



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Horst Möller

Mitherausgeber  
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2013

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1982

Wissenschaftliche Leiterin  
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter  
Michael Ploetz, Tim Szatkowski  
und Judith Michel

Oldenbourg Verlag München 2013

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

*Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <<http://dnb.d-nb.de>>.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
[www.oldenbourg-verlag.de](http://www.oldenbourg-verlag.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-71876-8

eISBN 978-3-486-72254-3

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Vorbemerkungen zur Edition</b> .....	VIII
<b>Verzeichnisse</b> .....	XV
Dokumentenverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	LXXX
Abkürzungsverzeichnis .....	LXXXIX
<b>Dokumente</b> .....	1
Band I (Dokumente 1–196) .....	3
Band II (Dokumente 197–363) .....	1043
<b>Register</b> .....	1863
Personenregister .....	1863
Sachregister .....	1939
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1982	



# Vorwort

Mit den Jahressbänden 1982 wird zum zwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl und Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke aus ihren Deposita im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bzw. im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der drei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Michael Ploetz, Herr Dr. Tim Szatkowski und Frau Dr. Judith Michel, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Frau Dr. Daniela Taschler durch Mitarbeit am Personenregister, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Herr Christian Bartlau, Frau Julia Danylow und Frau Janina Priebe.

Berlin, den 1. November 2012

Horst Möller

# Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1982“ (Kurztitel: AAPD 1982) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1982.

## Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1982“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurden zusätzlich die Deposita der ehemaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Helmut Schmidt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bzw. im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewertet.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil fast ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1982 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

### Dokumentenfolge

Die 363 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

### Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Unterabteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß oder Runderlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen insbesondere von Dolmetschern gefertigte Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich

der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

### Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht

vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

### Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleit-schreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (2.11.2012) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

## Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

## Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1982 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

# Verzeichnisse



## Dokumentenverzeichnis

- |   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |       |
|---|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1 | 03.01. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von der Heyden                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 3  |
|   | Von der Heyden konstatiert, das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Jaruzelski an Bundeskanzler Schmidt auf dessen Brief vom 25. Dezember 1981 lasse keine Änderungen in der bisherigen polnischen Argumentation erkennen. So gehe Jaruzelski nicht auf die Forderung nach Aufhebung des Kriegsrechts ein.                                                                                |       |
| 2 | 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 6  |
|   | Schmidt und Bush sprechen über die Beziehungen der USA zur Volksrepublik China sowie zur Republik China (Taiwan) und erörtern amerikanische Sanktionen gegenüber der UdSSR nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen.                                                                                                                                                                      |       |
| 3 | 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 9  |
|   | Themen sind die Beziehungen der USA zur Volksrepublik China und weltwirtschaftliche Fragen, insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA und der Bundesrepublik. Ferner werden die amerikanischen Sanktionen gegenüber Polen und der UdSSR sowie die Ergebnisse der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel angesprochen. |       |
| 4 | 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 16 |
|   | Schmidt und Reagan tauschen ihre Einschätzungen über einzelne Persönlichkeiten der sowjetischen Staats- und Parteiführung aus. Im Zentrum steht dabei die Bewertung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew. Sie behandeln außerdem die Lage in El Salvador und Nicaragua.                                                                                                            |       |
| 5 | 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 21 |
|   | Das Schwergewicht des Gesprächs ruht auf der Rüstungspolitik der UdSSR. Schmidt und Weinberger erörtern, wie die Öffentlichkeit in den westeuropäischen Staaten angesichts der Stationierung von SS-20- und SS-21-Raketen von der Notwendigkeit nuklearer Abschreckung überzeugt werden könne. Behandelt wird auch das Infrastrukturprogramm der NATO.                                         |       |

- 6**      05.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 25  
Pfeffer vermerkt, der italienische Botschafter in Bonn, Ferraris, habe die Sorge der italienischen Regierung geäußert, daß die Bundesrepublik wegen ihrer Haltung nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen innerhalb der NATO in die Isolierung geraten könne.
- 7**      05.01. Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 27  
Pfeffer rekapituliert die Ergebnisse der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel zur Lage in Polen. Als Hauptziele wurden die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der Internierten und die Wiederherstellung eines regulären Dialogs zwischen der polnischen Regierung sowie Vertretern der katholischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarność formuliert.
- 8**      06.01. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 30  
Herbst berichtet, daß die Haltung der Bundesregierung zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen in der französischen Presse und Regierung eine negative Bewertung erfahren habe. Dies resultiere aus den unterschiedlichen historischen und innenpolitischen Voraussetzungen in beiden Staaten.
- 9**      06.01. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 34  
Dannenbring informiert über die Unterredung des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 4. Januar in Washington. Die Gesprächspartner analysierten die Lage in Polen und die jeweiligen Reaktionen in der Bundesrepublik und den USA. Darüber hinaus wurden Sanktionsmaßnahmen gegenüber Polen und der UdSSR angesprochen.
- 10**     06.01. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 41  
Dannenbring berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 5. Januar in Washington. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung in Polen, die Lage der Menschenrechte in El Salvador, die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik und das griechisch-türkische Verhältnis.
- 11**     06.01. Staatssekretär von Staden, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 46  
Staden teilt mit, der amerikanische Sonderbotschafter Nitze habe ihn über die Positionen der UdSSR bei den INF-Verhandlungen informiert und sich zur Frage der Einbeziehung britischer und französischer Systeme geäußert.

- 
- |           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |       |
|-----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>12</b> | 07.01. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 49 |
|           | Dannenbring informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit führenden amerikanischen Politikern am 4. Januar in Washington, darunter mit Außenminister Haig, Finanzminister Regan und Handelsminister Baldrige. Es war Fragen der Weltwirtschaft und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen gewidmet. |       |
| <b>13</b> | 08.01. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 52 |
|           | Negwer resümiert ein Gespräch mit einem Mitglied des polnischen Staatsrats über die Verhängung des Kriegsrechts in Polen sowie die Motivation des Ministerpräsidenten Jaruzelski.                                                                                                                                                                    |       |
| <b>14</b> | 08.01. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 56 |
|           | Dannenbring übermittelt Informationen zum Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel. Im Vordergrund standen die Vorbereitungen für die außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel anlässlich der Krise in Polen sowie die dortige Lage.                                   |       |
| <b>15</b> | 09.01. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 61 |
|           | Dannenbring resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 6. Januar in Washington, bei dem die bevorstehende außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel und die Frage einer einheitlichen Reaktion des westlichen Bündnisses auf die Entwicklung in Polen behandelt wurden.                |       |
| <b>16</b> | 11.01. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 66 |
|           | Herbst faßt ein Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand zusammen, bei dem die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, die amerikanische Politik gegenüber der Dritten Welt, die innerdeutschen Beziehungen, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und die bilateralen Beziehungen besprochen wurden.                                              |       |
| <b>17</b> | 11.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 70 |
|           | Wieck berichtet über den ersten Teil der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Dabei habe der amerikanische Außenminister Haig an die NATO-Mitgliedstaaten appelliert, nach der Verhängung des Kriegsrechts durch die polnische Regierung gemeinsame Maßnahmen gegenüber Polen und der UdSSR zu ergreifen.                           |       |

- |           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |        |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>18</b> | 11.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 75  |
|           | Wieck resümiert den weiteren Verlauf der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen über ein gemeinsames Kommuniqué anlässlich der Krise in Polen. Griechenland machte dazu Vorbehalte geltend.                                                                                                               |        |
| <b>19</b> | 12.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan ibn Talal                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 79  |
|           | Gesprächsthemen sind der Nahost-Konflikt, die Vorschläge des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd für dessen Lösung, die israelische Politik, insbesondere in den besetzten Gebieten, und das Verhältnis Israels zu Jordanien.                                                                                                                                       |        |
| <b>20</b> | 13.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 88  |
|           | Schmidt und Mitterrand erörtern die Reaktionen in Frankreich, der Bundesrepublik und den USA auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, wobei Schmidt die historisch bedingte Zurückhaltung der Bundesregierung erläutert.                                                                                                                                     |        |
| <b>21</b> | 13.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 97  |
|           | Die Gesprächspartner behandeln die Krise in Polen, wobei sie auf unterschiedliche Stellungnahmen in beiden Staaten im Ton, aber nicht in der politischen Substanz hinweisen. Des weiteren wird über das Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 diskutiert, in dessen Mittelpunkt die Agrarpolitik und Haushaltsfragen der Europäischen Gemeinschaften standen. |        |
| <b>22</b> | 14.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 106 |
|           | Schmidt unterrichtet Burns über die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen und nimmt Stellung zur Frage von Sanktionsmaßnahmen gegenüber der UdSSR.                                                                                                                                                                  |        |
| <b>23</b> | 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 113 |
|           | Zeller faßt ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher zusammen, in dem Schmidt über seine Besuche in den USA und in Frankreich informierte, insonderheit über die hierbei erörterten Themen Polen und Entwicklung der Weltwirtschaft.                                                                                         |        |

- 
- 24**      15.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 118  
Vor dem Hintergrund eines Briefwechsels zwischen Bundesminister Genscher und dem Außenminister der DDR, Fischer, überlegt Ruth, ob und wie Gespräche mit der DDR über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle fortgesetzt werden sollen.
- 25**      18.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 122  
Bräutigam fragt, inwieweit sich die Lage in Polen mit derjenigen in der Türkei nach der in beiden Staaten erfolgten Verhängung des Kriegsrechts gleichsetzen lasse. Er kommt zu dem Ergebnis, dies sei nicht der Fall, weil es sich bei den Ereignissen in der Türkei um eine rein innertürkische Entscheidung gehandelt habe.
- 26**      21.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Botschafter Negwer, z. Z. Bonn S. 125  
Schmidt und Negwer besprechen die Lage in Polen und diskutieren die Frage, ob Ministerpräsident Jaruzelski bei der Verhängung des Kriegsrechts auf äußeren Druck hin gehandelt habe. Sie erörtern ferner die Haltung der Bundesregierung und des westlichen Bündnisses zu den dortigen Ereignissen.
- 27**      22.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 133  
Das Verhalten der griechischen Regierung unter Ministerpräsident Papandreu im Rahmen der EPZ veranlaßt Pfeffer, auf verschiedene Möglichkeiten hinzuweisen, um Griechenland zu einer loyalen und konstruktiven Zusammenarbeit zu bewegen.
- 28**      22.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 138  
Angesichts der Verhängung des Kriegsrechts in Polen stellt Pfeffer Überlegungen zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen an, wobei er das fortdauernde Interesse der Bundesrepublik an Fortschritten bei bilateralen Themen hervorhebt.
- 29**      25.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 141  
Aus einem Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Trudeau vermerkt Zeller den Wunsch der beiden Regierungschefs, sich angesichts der Lage in Polen abzustimmen und Uneinigkeiten innerhalb der NATO zu vermeiden.
- 30**      25.01. Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig S. 143  
Vor dem Hintergrund der Krise in Polen äußert sich Genscher zur Frage, ob die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nach ihrer Wiederaufnahme am 9. Februar fortgeführt oder erneut unterbrochen werden solle. Er plädiert für eine Fortführung, um der UdSSR keinen Vorteil zu verschaffen.

- 31** 27.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow S. 145  
Genscher und Mladenow erörtern wirtschaftliche Fragen, die Lage in Albanien, den bulgarischen Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Ereignisse in Polen.
- 32** 27.01. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 158  
Genscher notiert, der amerikanische Außenminister Haig habe ihn telefonisch über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Genf informiert. Haig und Gromyko hätten über die Ereignisse in Polen, die INF-Verhandlungen und START, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage im südlichen Afrika gesprochen.
- 33** 27.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 162  
Bräutigam untersucht, wie die drei Hauptziele der EG- bzw. NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Lage in Polen – die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der Inhaftierten und die Einleitung eines offenen Dialogs der polnischen Regierung mit Vertretern der katholischen Kirche sowie der Gewerkschaft Solidarność – in operative Politik umgesetzt werden können.
- 34** 28.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow S. 170  
Gesprächsthemen sind die wirtschaftliche Entwicklung in Bulgarien und der Bundesrepublik sowie die bilateralen Handelsbeziehungen, die Lage in Polen und die INF-Verhandlungen.
- 35** 28.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 175  
Ruth präsentiert die Ergebnisse der Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA zu MBFR. Im Mittelpunkt standen die amerikanische MBFR-Politik, Initiativen der NATO-Mitgliedstaaten für die nächste Verhandlungsrunde und der Vorschlag der Bundesrepublik für einen alternativen Datenansatz.
- 36** 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 180  
Gorenflos legt den Stand der Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA dar und verweist angesichts der Widerstände von Seiten Südafrikas auf die Schwierigkeiten, den Drei-Phasen-Plan, insbesondere die Einrichtung von UNTAG, zu verwirklichen.
- 37** 01.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 185  
Gegenstand sind Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der USA über die friedliche Nutzung der Kernenergie, in denen die amerikanische Seite über die Ergebnisse ihrer Nichtverbreitungspolitik informierte.

- 
- 38**      02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit  
Ministerpräsident Papandreou S. 192
- Erörtert werden die Haltung Griechenlands zur Krise in Polen, zu den diesbezüglichen Sanktionen der USA und zu den Bemühungen Frankreichs und der Bundesrepublik um eine Fortführung der Entspannungspolitik. Außerdem werden die Wirtschafts- und Finanzlage Griechenlands sowie dessen Rolle in den Europäischen Gemeinschaften analysiert.
- 39**      02.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 197
- Ruth äußert sich zum Entwurf der USA für ein INF-Abkommen. Neben der sehr kurzfristigen Unterrichtung der amerikanischen NATO-Partner spricht er strategische und politische Aspekte des Verhandlungsvorschlags an.
- 40**      02.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel S. 200
- Vogel informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Geschäftsträger, das der Unterrichtung über die Vorschläge der UdSSR für ein INF-Abkommen diene. Weitere Themen waren START, kernwaffenfreie Zonen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage Polens.
- 41**      04.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
französischen Botschafter Froment-Meurice S. 205
- Froment-Meurice schildert seine Erfahrungen als Botschafter in Moskau und beschreibt Politik und Gesellschaft der UdSSR. Die Gesprächspartner betonen die Notwendigkeit, eine gemeinsame Antwort auf die Außenpolitik der UdSSR zu finden und verweisen auf wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten in den Warschauer-Pakt-Staaten. Daneben werden die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die INF-Verhandlungen in Genf und die deutsch-französischen Konsultationen angesprochen.
- 42**      04.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen an die  
Botschaft in London S. 210
- Heinichen unterrichtet über den Besuch des Europa-Beauftragten der britischen Premierministerin. Hancock habe im Gespräch mit Ministerialdirektor Fischer die Vorstellungen Großbritanniens zur Ausgestaltung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt dargelegt.
- 43**      05.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
iranischen Außenminister Velayati S. 212
- Das Gespräch konzentriert sich zunächst auf die bilateralen Beziehungen sowie die Grundzüge der Außenpolitik des Iran und der Bundesrepublik. Ferner werden der irakisch-iranische Krieg, das Kulturinstitut der Bundesrepublik in Teheran und die Verhängung von Todesstrafen im Iran angesprochen.

- 44**    05.02.    Ministerialdirigent Bräutigam an die Botschaften in London, Paris und Washington    S. 217
- Bräutigam läßt bei den Regierungen der Drei Mächte anfragen, ob die sowjetischen Militärmissionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik in die Sanktionsmaßnahmen gegen die UdSSR, die wegen des Kriegsrechts in Polen ergriffen worden waren, einbezogen werden sollen.
- 45**    06.02.    Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt    S. 218
- Gehlhoff schildert ein Gespräch mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp. Im Mittelpunkt standen die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Jaruzelski, der Einfluß der UdSSR auf die polnische Innenpolitik, die Gewerkschaft Solidarność und die Wirkung von Sanktionen auf Polen.
- 46**    07.02.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak    S. 222
- Themen des Gesprächs sind Rüstungslieferungen der Bundesrepublik an Saudi-Arabien, das Verhalten der USA während der iranischen Revolution, die Umsetzung des Friedensvertrags von 1979 zwischen Ägypten und Israel sowie mögliche Beiträge der USA, der UdSSR und der Europäischen Gemeinschaften zu einer Beilegung des Nahost-Konflikts.
- 47**    09.02.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Juan Carlos in Madrid    S. 226
- Neben der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an Juan Carlos werden der Putschversuch in Spanien vom Vorjahr sowie die politische Einbindung der Streitkräfte in demokratischen Staaten behandelt. Weitere Gesprächspunkte sind Wahlen und Regierungsbildung in der Bundesrepublik und in Spanien, der spanische NATO-Beitritt, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt des Landes sowie die Rolle der EPZ.
- 48**    09.02.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo in Madrid    S. 232
- Genscher und Calvo-Sotelo analysieren den Putschversuch in Spanien von 1981 sowie den spanischen Beitritt zur NATO und die Verhandlungen über einen EG-Beitritt. Angesprochen wird auch die von Bundeskanzler Schmidt im Bundestag gestellte Vertrauensfrage.
- 49**    10.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer    S. 235
- Mit Blick auf ein Koalitionsgespräch und die bevorstehende Sitzung des Bundessicherheitsrats legt Fischer die Haltung des Auswärtigen Amts zur Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport dar.

- 
- 50**      10.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam      S. 241
- Bräutigam referiert Informationen des Bundesministers Genscher zu dessen Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Madrid. Dabei seien die Berücksichtigung der Bundesrepublik bei der Europareise des Präsidenten Reagan, die Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Haltung der Bundesrepublik und der USA gegenüber Polen sowie der UdSSR zur Sprache gekommen.
- 51**      10.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller,      S. 244  
Bundeskanzleramt
- Zeller resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Eyadéma. Neben den bilateralen Beziehungen wurden die Vermittlerrolle Togos in Afrika, besonders im Tschad-Konflikt, die Afrikapolitik Libyens und der UdSSR, die Konflikte im südlichen Afrika, die Gegensätze in der OAU sowie die Chinapolitik der USA angesprochen. Behandelt wurden ferner Probleme der Entwicklungspolitik und die Wirtschaftslage Togos.
- 52**      10.02. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das      S. 253  
Auswärtige Amt
- Kastl berichtet über ein anlässlich der Wiedereröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid von Kanada ausgerichtetes Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten. Hauptpunkte der Beratung waren die langfristigen Perspektiven der westlichen Polenpolitik, das Vorgehen der UdSSR und Polens auf der Eröffnungssitzung am Vortag, die Kreditgewährung an die UdSSR und die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, die Militärregierung in der Türkei, die Friedensbewegung in der DDR und die Konflikte in Mittelamerika.
- 53**      12.02. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt      S. 258
- Ruth faßt den Verlauf der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO zusammen. Seitens der USA sei über den eigenen sowie den Verhandlungsvorschlag der UdSSR bei den INF-Verhandlungen in Genf unterrichtet worden. Die deutsche Seite habe auf die Notwendigkeit intensiver Konsultationen und verstärkter Maßnahmen bei der Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen.
- 54**      15.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem      S. 263  
sowjetischen Botschafter Semjonow
- Semjonow übergibt eine Bereitschaftserklärung der sowjetischen Regierung, weitere deutsche Kriegsgräberstätten in der UdSSR für Besucher zu öffnen. Die Gesprächspartner befassen sich sodann mit der Krise in Polen, den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und den INF-Verhandlungen in Genf sowie der Ausgestaltung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

- 55** 15.02. Botschafter Schmitt, Valletta, an das Auswärtige Amt S. 273  
Schmitt faßt ein Gespräch mit Ministerpräsident Mintoff zusammen, in dem sich dieser zur Tätigkeit der Deutschen Welle auf Malta und den Kontakten zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der maltesischen Opposition äußerte.
- 56** 16.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Willoch S. 277  
Schmidt und Willoch analysieren die Lage der NATO im Hinblick auf das Zusammenwirken zwischen den USA und den europäischen Mitgliedstaaten, die INF-Verhandlungen, die sowjetische SS-20-Rüstung und die Friedensbewegung. Angesprochen werden Vorschläge für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa, die Menschenrechtslage in der Türkei und in El Salvador, der Nord-Süd-Dialog, die innerdeutschen Beziehungen, Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der EPZ, das Haushaltsdefizit der USA sowie das Erdgas-Röhren-Geschäft.
- 57** 16.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Willoch S. 290  
Die Auswirkungen des Bürgerkriegs in El Salvador auf die Beziehungen zwischen den USA und ihren europäischen Bündnispartnern werden ebenso behandelt wie die Lage in Nicaragua und die Rolle Kubas sowie der UdSSR in Mittelamerika. Weitere Themenfelder sind die Türkei, Polen und die DDR, des weiteren eine Heranführung Norwegens an die EPZ.
- 58** 16.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 298  
Braunmühl resümiert eine Erklärung des Bundesministers Genscher vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags, in der dieser die Bedeutung enger Bindungen zwischen der Bundesrepublik und den USA hervorhob und vor den Folgen einer Entfremdung warnte.
- 59** 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 303  
Holik bewertet den von der UdSSR in die MBFR-Verhandlungen eingebrachten Abkommensentwurf und weist darauf hin, daß dieser kein Entgegenkommen in der Datenfrage aufweist.
- 60** 18.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson S. 305  
Im Vorfeld der deutsch-französischen Konsultationen beschäftigen sich die Außenminister mit den Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich und den USA, der EG-Agrarpolitik und dem britischen Haushaltsbeitrag, mit Polen und der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Weitere Gesprächspunkte sind Saudi-

- 
- Arabien und der Iran, Pläne für ein neues Kernkraftwerk im Irak, Nicaragua, El Salvador sowie Namibia.
- 61**     18.02. Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Schmidt S. 313
- Unter Bezugnahme auf das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 15. Februar formuliert Genscher Bedenken gegen die Einlassung Schmidts, für Polen eine Lösung nach dem Vorbild Ungarns in Aussicht zu nehmen.
- 62**     23.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 315
- Hofmann benennt die möglichen Folgen eines auf der Grundlage einer Null-Lösung erzielten INF-Abkommens für die Sicherheit der Bundesrepublik.
- 63**     24.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 319
- Schmidt und Mitterrand analysieren die Auswirkungen der INF-Verhandlungen auf die NATO und befassen sich mit dem sicherheitspolitischen Leitantrag für den SPD-Parteitag, der Friedensbewegung, den Kernstreitkräften Frankreichs, seiner Nuklearstrategie und der französischen Option zur Produktion von Neutronenwaffen. Weitere Schwerpunkte sind die Wahrnehmung der Polenkrise in der öffentlichen Meinung Frankreichs und der Bundesrepublik, eine Wiedervereinigung Deutschlands, die deutsch-französische Industrie- und Rüstungskoperation, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie der Weltwirtschaftsgipfel.
- 64**     24.02. Aufzeichnung des Botschafters Herbst, Paris S. 329
- Herbst gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Mauroy in Paris wieder. Die bilateralen Beziehungen im Bereich der Industrie- und Rüstungskoperation standen im Mittelpunkt, insbesondere das Projekt eines gemeinsamen Kampfpanzers. Außerdem wurde eine angemessene Würdigung des zwanzigsten Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags von 1963 vereinbart.
- 65**     25.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 333
- Schmidt und Mitterrand treffen letzte Absprachen über die Gemeinsame Erklärung anlässlich des Gipfeltreffens. Sie erörtern sodann die Zusammensetzung der französischen Regierung sowie Kooperationsmöglichkeiten beim Bau eines Kampfpanzers und eines Panzerabwehrhubschraubers. Ansonsten werden Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik behandelt.

- 66**    25.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 339  
Steinkühler
- Steinkühler teilt mit, daß bei der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über die Europäische Akte, die gemeinsame Politik gegenüber der Türkei und Polen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Mittelamerika, Afghanistan und den Nahen Osten gesprochen worden sei.
- 67**    25.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 342  
Steinkühler
- Steinkühler informiert über die EG-Ministerratstagung in Brüssel. Neben den Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den USA und Japan befaßten sich die Außenminister mit dem EG-Beitritt Portugals, der VN-Seerechtskonferenz, Jugoslawien, Polen und dem Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980.
- 68**    26.02. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige    S. 346  
Amt
- Hermes faßt ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambdorff mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zusammen. Bei einer gemeinsamen Analyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sei deren Bedeutung für das Militärpotential der UdSSR und die Energieversorgung der Bundesrepublik zur Sprache gekommen.
- 69**    27.02. Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt    S. 348
- Vor dem Hintergrund bürgerkriegsartiger Kämpfe in Syrien erkundigt sich Wöckel nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zu den politischen Aktivitäten der syrischen Moslembruderschaft in der Bundesrepublik.
- 70**    02.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Königin    S. 351  
Beatrix
- Erörtert werden Fragen der bilateralen Beziehungen wie der Ausbau des Hafens von Emden und die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Daneben kommen die Situation der ausländischen Arbeitnehmer in beiden Staaten, die Demonstrationen der Friedensbewegung sowie die Lage in Polen zur Sprache.
- 71**    04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer    S. 355
- Pfeffer stellt fest, daß in der Generalversammlung und der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen Resolutionen zu menschenrechtlichen Fragen sich auf bestimmte lateinamerikanische Staaten konzentrieren. Er plädiert für ein differenziertes Stimmverhalten der Bundesrepublik ohne Rücksicht auf die Partner in der EPZ, um die Beziehungen zu einzelnen lateinamerikanischen Staaten und zu den USA nicht zu belasten.

- 
- 72**      04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer      S. 359  
Ungerer erläutert die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über einen gleichzeitigen EG-Beitritt Portugals und Spaniens und spricht sich gegen die französische Absicht aus, den Beitritt Portugals vorzuziehen.
- 73**      04.03. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt      S. 364  
Negwer kritisiert die von den EG- bzw. NATO-Mitgliedstaaten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen ergriffenen Maßnahmen. Statt dessen setzt er sich für eine Neuausrichtung der Politik gegenüber Polen ein.
- 74**      08.03. Aufzeichnung des Gesandten Wallau, Washington      S. 369  
Wallau notiert Informationen des Bundesministers Genscher über dessen Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig. Thema seien die Unterredungen Haigs mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, gewesen. Des weiteren hätten Genscher und Haig über die Lage in Polen, Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel und die kommende Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gesprochen. Außerdem sei die Lage in mehreren lateinamerikanischen Staaten thematisiert worden.
- 75**      08.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel      S. 376  
Zur Unterrichtung im Ständigen NATO-Rat übermittelt Kastrup eine Aufzeichnung über die Friedensbewegung in der DDR und ihr Verhältnis zur dortigen evangelischen Kirche. Letztere engagiere sich für die Einführung eines zivilen Wehersatzdienstes, versuche aber, einen Konflikt mit der SED zu vermeiden.
- 76**      08.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 380  
Hermes berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig. Themen waren Polen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, START sowie Möglichkeiten zur Verbesserung des Konsultationsmechanismus in der NATO.
- 77**      09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington      S. 386  
Genscher regt eine stärkere Konzertierung der amerikanischen und europäischen Politik an und verweist auf die grundlegende Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Gesprächspartner erörtern sodann Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR, das Hilfsprogramm der USA für die karibi-

- schen und mittelamerikanischen Staaten sowie die öffentliche Wahrnehmung des Bürgerkriegs in El Salvador.
- 78**    09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington    S. 390
- Im Mittelpunkt stehen Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR, wobei Genscher auf die Gefahren eines möglichen Handelskriegs aufmerksam macht. Zudem verweist er auf die positiven Ergebnisse des KSZE-Prozesses in osteuropäischen Staaten.
- 79**    09.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt    S. 394
- Hermes informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Im Vordergrund standen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR und ihre weitere militärische Aufrüstung sowie die Verteidigungsleistungen der USA und der Bundesrepublik.
- 80**    15.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray    S. 400
- Genscher und Stray diskutieren Möglichkeiten einer verbesserten Abstimmung der Politik der USA und der europäischen NATO-Mitgliedstaaten. Sie sprechen über die politische und militärische Lage in Nordeuropa, das Verhältnis Norwegens zur UdSSR, seine Beziehungen zur EG, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, über Polen und El Salvador.
- 81**    17.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler    S. 407
- Steinkühler unterrichtet über die handelspolitischen Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber der UdSSR infolge der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und macht deutlich, daß mit der Beschränkung sowjetischer Einfuhren in die EG ein politisches Signal gesetzt worden sei.
- 82**    17.03. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt    S. 409
- Bölling informiert über ein Gespräch des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Lafontaine, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei dem deutschlandpolitische Fragen, unter anderem der Mindestumtausch, erörtert wurden.
- 83**    17.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt    S. 413
- Wieck teilt mit, daß die USA den Ständigen NATO-Rat über die INF-Verhandlungen in Genf unterrichtet haben. Dabei wurden die Entwürfe der USA und der UdSSR für einen INF-Vertrag

erläutert. Abschließend wurde der Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, einer Bewertung unterzogen.

- 84**      18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 417
- Zeller vermerkt, Bundeskanzler Schmidt habe ein Telefongespräch mit Staatspräsident Mitterrand geführt, bei dem letzterer über seinen Besuch in den USA informiert habe. Schmidt und Mitterrand hätten außerdem über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA, die INF-Verhandlungen, die anstehende Reise Schmidts nach Großbritannien sowie die Lage in Nicaragua gesprochen.
- 85**      18.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt S. 423
- Franke skizziert ein Gespräch von Bundeskanzler Schmidt mit dem SPD-Abgeordneten Jahn. Dieser habe seine Erfahrungen als Leiter der Delegation der Bundesrepublik bei der Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf geschildert. Schmidt habe auf das Schicksal der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus hingewiesen.
- 86**      18.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 425
- Hermes berichtet über ein Gespräch des Ministerpräsidenten Strauß mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Behandelt wurden unter anderem die INF-Verhandlungen in Genf, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik sowie Forderungen im amerikanischen Kongreß nach höheren Verteidigungsleistungen der Bündnispartner.
- 87**      18.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 429
- Hermes informiert über ein Gespräch des Ministerpräsidenten Strauß mit Präsident Reagan, bei dem der CSU-Vorsitzende die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik skizzierte, eine baldige Regierungsübernahme durch CDU/CSU prognostizierte sowie deren Engagement für die NATO und das Bündnis mit den USA bekräftigte.
- 88**      19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 432
- Zeller gibt den Inhalt des Gesprächs von Bundeskanzler Schmidt mit Präsident Shagari wieder. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Beziehungen, die innenpolitische und wirtschaftliche Lage in Nigeria, die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sowie Konflikte in verschiedenen afrikanischen Staaten.

- 89**     19.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 441
- Semjonow überbringt den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein einseitiges Moratorium bei der Stationierung von Mittelstreckensystemen im europäischen Teil der UdSSR. Genscher nimmt dazu Stellung und spricht darüber hinaus die Themen Afghanistan und Polen an.
- 90**     19.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers S. 446
- Die Gesprächspartner diskutieren die Wirtschafts- und Finanzpolitik der amerikanischen Regierung, Energiefragen, Ansätze zur Entwicklungszusammenarbeit im Nord-Süd-Rahmen sowie die Abstimmung zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedstaaten.
- 91**     19.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers S. 451
- Schmidt und Thatcher erörtern Fragen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Versailles sowie der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Schmidt beurteilt Sanktionen gegenüber der UdSSR skeptisch und verweist auf die zwei Elemente des Harmel-Berichts von 1967 als Grundlage für die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen.
- 92**     19.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers S. 458
- Im Gespräch werden die unterschiedlichen Interessen der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften behandelt, ferner finden die Lage in El Salvador, das griechisch-türkische Verhältnis und die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten Erwähnung.
- 93**     24.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 464
- Hermes hält aus einer Unterredung von Ministerpräsident Stoltenberg mit dem amerikanischen Außenminister Haig fest, es sei über die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik, START, die INF-Verhandlungen und Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR gesprochen worden.
- 94**     25.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Siad Barre S. 467
- Siad Barre schildert die innenpolitische Lage in Somalia und wirbt um Investitionen, bevor er auf den Ogaden-Konflikt und die Beziehungen zu Äthiopien eingeht. Weitere Gesprächsthemen sind die Lage in Angola und die Namibia-Frage. Schmidt er-

- läutert die innere Entwicklung der UdSSR und deren Aufrüstung im nuklearen Mittelstreckenbereich.
- 95**    25.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt    S. 473
- Zeller faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Mauroy zusammen. Hauptthemen waren die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften, die damit zusammenhängenden Haushaltsfragen und das französische Interesse an einer baldigen Einigung über die Agrarpreise.
- 96**    25.03.    Botschafter Wieck, z. Z. Boeing 707, an das Auswärtige Amt    S. 481
- Wieck informiert über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Colorado Springs. Es wurden der Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, die Implementierung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses sowie die INF-Verhandlungen und START behandelt.
- 97**    27.03.    Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt    S. 486
- Meyer-Landrut berichtet über sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Dieser erläuterte den Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, und kritisierte den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses.
- 98**    28.03.    Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai in Hamburg    S. 493
- Die Fortführung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen steht im Zentrum des Gesprächs. Dabei beklagt Marjai eine undifferenzierte Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten.
- 99**    30.03.    Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel    S. 497
- Schmidt und Mitterrand befassen sich mit dem britischen Beitrag zum EG-Haushalt und der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Des weiteren werden die INF-Verhandlungen einer Bewertung unterzogen.
- 100**    31.03.    Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt    S. 503
- Boss erläutert das neue MBFR-Konzept der USA. Er konstatiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Vorschlägen der an

- den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.
- 101**    01.04.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Fälldin S. 506
- Genscher und Fälldin sprechen über verschiedene Aspekte der Sicherheitspolitik, unter anderem die Aufrüstung der UdSSR, den NATO-Doppelbeschluß, die INF-Verhandlungen und die Aufnahme von START. Sie behandeln ferner die Neutronenwaffe und kernwaffenfreie Zonen.
- 102**    01.04.    Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 514
- Karkow informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Hauptthemen waren die wirtschaftliche und soziale Lage in den EG-Mitgliedstaaten, die internationale Wirtschaftspolitik, das Mandat der EG-Kommission von 1980 sowie das Verhältnis Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 103**    01.04.    Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 517
- Herbst berichtet über ein Gespräch des SPD-Abgeordneten Bahr mit dem französischen Außenminister Cheysson in Paris. Erörtert wurden die Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt und sicherheitspolitische Fragen, hierbei vor allem die französische Nuklearstrategie, die INF-Verhandlungen und die Rolle der WEU als Diskussionsforum.
- 104**    02.04.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 519
- Zeller zeichnet den Verlauf eines Gesprächs zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Fälldin nach. Im Mittelpunkt stand die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, Schweden, den USA und der UdSSR. Des weiteren wurden die Aufrüstung der UdSSR, die Neutronenwaffe, Polen, Namibia und bilaterale Fragen behandelt.
- 105**    02.04.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 531
- Zeller notiert zu einem weiteren Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Fälldin, daß die Umweltverschmutzung und der Betrieb von Kernkraftwerken, die sicherheitspolitische Lage im Norden Europas und die Rüstungspolitik der UdSSR Erwähnung fanden.
- 106**    02.04.    Runderlaß der Legationsrätin Kohlhaas S. 535
- Kohlhaas faßt die Beratungen zu außenpolitischen Themen bei der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel zusammen. Gegenstand waren Polen, die KSZE, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Afghanistan, der Nahost-Konflikt, Mittelamerika,

- die Lage in der Türkei sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den USA.
- 107**    05.04. Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig                    S. 537
- In seinem Schreiben zeigt sich Genscher über die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA und der Volksrepublik China besorgt und warnt vor den daraus erwachsenden Vorteilen für die UdSSR.
- 108**    06.04. Vortragender Legationsrat Gerz an die Botschaft in Brasilia                    S. 539
- Gerz übersendet Bundesminister Genscher einen Vermerk über das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem britischen Botschafter Taylor, bei dem letzterer um Unterstützung Großbritanniens im Falkland-Krieg bat und die Bitte um Sanktionsmaßnahmen gegenüber Argentinien vortrug.
- 109**    06.04. Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt                    S. 542
- Hansen resümiert das Gespräch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, mit Ministerpräsident Begin, welches die Verbindungen von Berlin (West) zu Israel zum Inhalt hatte, außerdem die Nahost-Politik der EG-Mitgliedstaaten, die Palästinenser-Frage und die Äußerungen Begins über Bundeskanzler Schmidt aus dem Vorjahr.
- 110**    07.04. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher                    S. 547
- Schmidt informiert Thatcher über die Haltung der Bundesregierung zum Falkland-Krieg, versichert Großbritannien seiner Unterstützung und unterstreicht den Wunsch nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts.
- 111**    08.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz                    S. 549
- Angesichts des bevorstehenden Aufenthalts von Präsident Reagan in der Bundesrepublik und in Berlin (West) sowie der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Bonn stellt Seitz Überlegungen an, wie den zu erwartenden antiamerikanischen Demonstrationen begegnet und ein positives Bild in den Medien der USA gestaltet werden könnte.
- 112**    08.04. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt                    S. 557
- Boss legt den Abschlußbericht der 26. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vor. Er resümiert, auf seiten der an den Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten hätten sich unterschiedliche Auffassungen zu den Vorschlägen der War-

- schauer-Pakt-Staaten ergeben. Des weiteren erläutert Boss das neue MBFR-Konzept der USA.
- 113**    13.04.    Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig    S. 566
- Genscher und Haig nehmen eine Lagebeurteilung zum Falkland-Krieg vor, bei welcher der amerikanische Außenminister einen Lösungsvorschlag skizziert, der von Argentinien allerdings reserviert aufgenommen worden sei.
- 114**    13.04.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius    S. 569
- Martius gibt eine Mitteilung der amerikanischen Botschaft wieder, mit der die USA ihrer Sorge über die Haltung der SPD und der Sozialistischen Internationale zu den Wahlen in El Salvador Ausdruck verliehen.
- 115**    13.04.    Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk    S. 571
- Schenk faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Botschafter Taylor zum Falkland-Krieg zusammen. Dabei kamen handelspolitische Maßnahmen und die Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig zur Sprache.
- 116**    13.04.    Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel    S. 574
- Citron berichtet, die Bundesregierung sei vom sowjetischen Botschafter Semjonow über die letzte Runde der im März vertagten INF-Verhandlungen in Genf unterrichtet worden. Semjonow habe eine Darstellung übergeben, die sich kritisch mit dem Nachrüstungsbeschluss des NATO-Doppelbeschlusses und der von den USA vorgeschlagenen Null-Lösung auseinandersetze.
- 117**    15.04.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze    S. 576
- Nitze betont die Bedeutung der von den USA angestrebten Null-Lösung und stellt klar, daß die Behauptung der UdSSR, in Europa existiere ein ungefähres militärisches Gleichgewicht, nicht den Fakten entspreche. Genscher bekräftigt, daß für den Fall eines Scheiterns der INF-Verhandlungen an der Umsetzung des Nachrüstungsbeschlusses kein Zweifel gelassen werden dürfe.
- 118**    15.04.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam    S. 581
- Bräutigam befaßt sich mit der Auffassung der Botschaft in Warschau, daß eine Neuausrichtung der Politik gegenüber Polen eingeleitet werden müsse. Er kommt dagegen zu dem Ergebnis, die bisherige Haltung der EG- bzw. NATO-Mitgliedstaaten habe

- die positive Wirkung gehabt, die UdSSR von einer militärischen Intervention in Polen abzuhalten.
- 119**    16.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze in Hamburg    S. 585
- Schmidt und Nitze erörtern die inneramerikanische Debatte über die Nuklearstrategie und den Stand der INF-Verhandlungen. Dabei sind die sowjetischen Positionen, der amerikanische Vorschlag einer Null-Lösung sowie Fragen der Öffentlichkeitsarbeit Schwerpunkte des Meinungsaustauschs.
- 120**    17.04. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt    S. 593
- Gehlhoff berichtet über die Unterredungen des Bundesministers Genscher mit Papst Johannes Paul II. und dem Sekretär im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Casaroli, bei denen der Falkland-Krieg und die Lage in Polen besprochen wurden.
- 121**    19.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem dänischen Außenminister Olesen in Kopenhagen    S. 597
- Die Gesprächspartner behandeln die INF-Verhandlungen und START, die KSZE und eine KAE, die Lage in Polen sowie die Hochseefischerei vor Grönland.
- 122**    19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge    S. 603
- Dröge setzt sich mit einer Ausarbeitung des Mitarbeiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Stratmann, auseinander und bestätigt dessen Auffassung, daß für die INF-Verhandlungen und START ein integrierter Verhandlungsansatz gefunden werden sollte.
- 123**    20.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach    S. 605
- Nguyen Co Thach schildert das Verhältnis Vietnams zu seinen Nachbarn Kambodscha, Thailand sowie der Volksrepublik China und regt eine langfristige Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an. Genscher betont, daß der Rückzug Vietnams aus Kambodscha zu einer positiven Entwicklung beitragen könnte, und weist auf die Sorgen der ASEAN-Mitgliedstaaten in bezug auf den Indochina-Konflikt hin.
- 124**    22.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Innenminister Shaker    S. 611
- Shaker beschreibt die Entstehung, den Verlauf und die aktuelle Entwicklung des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran. Genscher setzt sich für die Lösung eines Haftfalles und mehrerer Entführungsfälle ein, die das bilaterale Verhältnis belasten.

- 125**    23.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius an die Botschaft in Bogotá S. 615
- Martius informiert über die Gespräche mit dem Staatssekretär im kolumbianischen Außenministerium, Londoño, in denen der Falkland-Krieg, die bilateralen Beziehungen und die Lage in Bolivien erörtert wurden.
- 126**    26.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 617
- Vor der Verabschiedung der neuen politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Bundessicherheitsrat nimmt Fischer Stellung zu Änderungswünschen der Arbeitskreise „Rüstungsexport“ der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP.
- 127**    26.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 622
- Hofmann stellt den Verlauf des SPD-Bundesparteitags in München dar, bei dem Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluß im Vordergrund standen. Er nimmt zugleich eine Prognose für die sicherheitspolitischen Entscheidungen auf dem kommenden Parteitag 1983 vor.
- 128**    28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 627
- Zeller faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, zusammen. Vorrangig beschäftigten sich Schmidt und Kádár mit der Lage in Polen. Daneben befaßten sie sich mit der Situation in anderen osteuropäischen Staaten, dem Falkland-Krieg, der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und in Ungarn sowie Fragen der Sicherheitspolitik.
- 129**    28.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 642
- Steinkühler teilt mit, daß die EG-Ministerratstagung in Luxemburg mit folgenden Themen befaßt war: der bevorstehenden AKP-EWG-Ministerratstagung in Libreville, dem geplanten EG-Beitritt Portugals, dem Entwurf für ein einheitliches Verfahren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, der Revision des Regionalfonds, dem Nahrungsmittelhilfeprogramm, der Textilpolitik und dem Mandat der EG-Kommission.
- 130**    30.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 646
- Zeller informiert über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher. Zentrale Themen waren der Falkland-Krieg, die Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der Bundesrepublik im Bereich der friedlichen Nut-

- zung der Kernenergie sowie die Verhandlungen über das Mandat der EG-Kommission und die Gemeinsame Agrarpolitik.
- 131** 04.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte, Jones, und dem amerikanischen Botschafter Burns S. 651
- Behandelt werden die Eskalation des Falkland-Krieges, die Kandidatur des Generalinspektors der Bundeswehr, Brandt, für den Vorsitz des Militärausschusses der NATO, Ost-West-Kontakte im militärischen Bereich, START und die INF-Verhandlungen, die amerikanische Politik gegenüber der Volksrepublik China, das Kräfteverhältnis zwischen Warschauer Pakt und NATO, die Nuklearwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik sowie die Haltung Portugals zum spanischen NATO-Beitritt.
- 132** 04.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sudanesischen Vizepräsidenten el-Tayeb S. 659
- Die Gesprächspartner befassen sich mit der Lage im Tschad und der Rolle Libyens, ferner mit den Beziehungen des Sudan zu Äthiopien, dessen Militäroperationen in Eritrea und der Politik der UdSSR am Horn von Afrika.
- 133** 04.05. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer S. 664
- Pfeffer und Fischer analysieren die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven einer Umschuldung Polens noch im Jahr 1982 und plädieren für eine Fortsetzung der Diskussion im Kreis der Bündnispartner.
- 134** 05.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 669
- Zeller referiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Balsemão. Themen waren die Lage der portugiesischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und die Ausländerpolitik der Bundesregierung, der Falkland-Krieg, der EG-Beitritt Portugals und Spaniens, die portugiesische Haltung zum spanischen NATO-Beitritt, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA, die Lage der NATO und die Ereignisse in Polen, die amerikanische Politik gegenüber der Volksrepublik China, die Konflikte im südlichen Afrika und das portugiesische Fregattenbauprogramm.
- 135** 05.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 685
- Gegenstand ist ein Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand über diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Falkland-Krieges. Daneben wurde das Junktim Großbritanniens zwischen einer Regelung seines Beitrags

- zum EG-Haushalt und einer Anhebung der EG-Agrarpreise angesprochen.
- 136** 06.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Shultz S. 690
- Zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Versailles erörtern Schmidt und Shultz die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA, die ökonomischen Konzepte des Staatspräsidenten Mitterrand, ein gemeinsames Vorgehen innerhalb des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die Wirtschaftslage der Bundesrepublik und die Nord-Süd-Beziehungen.
- 137** 06.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym auf dem Flugplatz Northolt S. 696
- Nach der Versenkung des britischen Zerstörers „Sheffield“ beraten Genscher und Pym über diplomatische Schritte zu einer Beendigung des Falkland-Krieges. Außerdem befassen sie sich mit den Verhandlungen über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt.
- 138** 06.05. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 703
- Aufgrund einer Firmenanfrage plädiert Strenziok dafür, die rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zum Iran nicht völlig abreißen zu lassen und Lieferverpflichtungen aus Altverträgen nachzukommen.
- 139** 06.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 706
- Wieck berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel. Neben der öffentlichen Debatte über die nukleare Abschreckung wurden die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) der USA, der Falkland-Krieg und die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs behandelt.
- 140** 07.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Presse- und Informationsamt S. 709
- Bölling rekapituliert seinen Abschiedsbesuch als Leiter der Ständigen Vertretung beim Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Dabei würdigte Honecker nochmals den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom Vorjahr, bekräftigte die Geraer Forderungen und warnte davor, ein Junktim zwischen dem Mindestumtausch und einer Verlängerung des Swing herzustellen. Weiterhin fanden der Falkland-Krieg und der NATO-Doppelbeschluß Erwähnung.

- 
- 141**    07.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 715
- Pfeffer legt dar, welche politischen und militärischen Maßnahmen für den Fall einer Krise in Jugoslawien bei den Vierertreffen der Politischen Direktoren erwogen werden. Er benennt die Grenzen, die sich die Bundesrepublik für ihre Beteiligung an den diesbezüglichen Planungen setzen sollte.
- 142**    09.05.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 718
- Citron analysiert das von Präsident Reagan in seiner Rede in Eureka vorgestellte Konzept für die Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START).
- 143**    10.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 722
- Zeller resümiert das Vieraugengespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Spadolini in Hamburg, das unter Hinzuziehung des Bundesministers Genscher und des italienischen Außenministers Colombo fortgesetzt wurde. Im Mittelpunkt standen der Falkland-Krieg und diplomatische Schritte zu seiner Beendigung. Darüber hinaus wurden die portugiesische Haltung zum NATO-Beitritt Spaniens, der EG-Beitritt beider Länder, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA, die Lage in Polen sowie Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel angesprochen, ferner die Politik Libyens und die Präsenz der sowjetischen Flotte im Mittelmeer.
- 144**    10.05.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kowalczyk S. 738
- Die Gesprächspartner analysieren den Stand der bilateralen Beziehungen nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 in Polen, die innere Lage des Landes und dessen Verschuldung bei westlichen Gläubigern, die zukünftige Rolle der Gewerkschaft Solidarność und die Vermittlungstätigkeit der katholischen Kirche.
- 145**    10.05.    Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg S. 743
- Siebourg gibt das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Villers-le-Temple wieder. Behandelt wurden die Lage im Nahen Osten, der Falkland-Krieg, der britische Beitrag zum EG-Haushalt, die Anhebung der EG-Agrarpreise und die Europäische Akte.

- 146**    10.05.    Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 760
- Hermes resümiert ein Gespräch mit dem ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister McNamara und dem ehemaligen Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Smith, über deren Vorschlag für einen Verzicht der NATO auf den Erstein-satz von Kernwaffen.
- 147**    11.05.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Thoroddsen S. 763
- Genscher und Thoroddsen befassen sich mit der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Weitere Themen sind Polen, die isländische Innen- und Wirtschaftspolitik, START, die Politik der USA gegenüber der Volksrepublik China sowie die innerdeutschen Beziehungen.
- 148**    11.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 768
- Gorenflos unterzieht die Wahlen zur Verfassunggebenden Ver-sammlung in El Salvador einer Bewertung und gibt Empfeh-lungen für die nächsten Schritte der Bundesregierung.
- 149**    13.05.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Arbeitsminister Godoy S. 772
- Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Art von Regierungssy-tem die FSLN in Nicaragua zu schaffen beabsichtigt. Außerdem werden die Handlungsoptionen der nicaraguanischen Liberalen Partei analysiert.
- 150**    14.05.    Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Hamburg S. 776
- Schmidt und Mitterrand erörtern den britischen Beitrag zum EG-Haushalt und die Anhebung der EG-Agrarpreise. Des wei-teren sprechen sie über den Falkland-Krieg, die Wirtschafts- und Finanzpolitik Frankreichs, die deutsch-französische Rüstungs-kooperation sowie den Verteidigungsbeitrag beider Staaten.
- 151**    14.05.    Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 784
- Ruth bewertet den neuen Entwurf der USA für ein MBFR-Ab-kommen und regt an, diesen noch vor der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in die Ver-handlungen einzuführen.
- 152**    16.05.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) in Luxemburg S. 791
- Die Außenminister diskutieren das Konzept der USA für START, den Entwurf einer Erklärung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, Einwände gegen einen

- Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die NATO sowie die Möglichkeit informeller Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten. Weitere Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in Versailles, Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel, Polen, die Türkei, Griechenland und der Nahe Osten.
- 153** 17.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 802
- Zeller hält ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Thoroddsen fest. Die Beteiligung der kommunistischen Volksallianz an der isländischen Regierung wurde dabei ebenso angesprochen wie die wirtschaftliche Lage Islands, Fragen der Weltwirtschaft, der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, der Falkland-Krieg, Polen, die Friedensbewegung und die Ost-West-Beziehungen.
- 154** 17.05. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 810
- Stein berichtet über ein Gespräch mit dem Kommandeur der saudi-arabischen Nationalgarde. Er habe Prinz Badr darüber informiert, daß die Bundesregierung dem Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen vermutlich eine Absage erteilen müsse.
- 155** 18.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Haas S. 813
- Haas vermerkt, daß Bundesminister Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA), MacGuigan (Kanada) und Pym (Großbritannien) in Luxemburg die nächsten Schritte der Kontaktgruppe für eine friedliche Beilegung der Namibia-Frage vereinbart habe.
- 156** 18.05. Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 815
- Wieck resümiert die Äußerungen des Bundesministers Genscher auf der NATO-Ministerratstagung über den Falkland-Krieg, die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, die Initiativen der USA sowie der NATO auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und über Polen.
- 157** 18.05. Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 819
- Wieck berichtet über die Rede des amerikanischen Außenministers Haig bei der NATO-Ministerratstagung. Dieser bezog Stellung zum Falkland-Krieg, dem irakisch-iranischen Krieg, dem Friedensprozeß zwischen Ägypten und Israel, der Wirtschaftslage der UdSSR, dem Weltwirtschaftsgipfel in Versailles und der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Weiterhin äußerte er sich zum amerikanischen Entwurf für ein MBFR-Abkommen, START und den INF-Verhand-

- lungen sowie einem informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten.
- 158** 18.05. Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 824
- Wieck faßt die Erklärungen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Colombo (Italien) und Pym (Großbritannien) auf der NATO-Ministerratstagung zusammen. Im Mittelpunkt standen der Falkland-Krieg, die Haltung der NATO gegenüber der UdSSR, die Frage informeller Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten und die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs.
- 159** 18.05. Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 827
- Wieck referiert die Äußerungen der Außenminister Charalambopoulos (Griechenland), Gonçalves Pereira (Portugal), MacGuigan (Kanada), Olesen (Dänemark), van der Stoep (Niederlande), Stray (Norwegen), Tindemans (Belgien) und Türkmen (Türkei) auf der NATO-Ministerratstagung. Neben dem Falkland-Krieg wurden der Nahe und Mittlere Osten, die Haltung der NATO zur UdSSR und die Lage in der Türkei debattiert.
- 160** 19.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Türkmen S. 834
- Themen sind der Türkei-Bericht der Bundesregierung und die Demokratisierung in der Türkei, die Lage der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, die Achtung der Menschenrechte durch die türkische Regierung und die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.
- 161** 19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck S. 842
- Loeck schildert den Verlauf eines Treffens im Rahmen der sieben Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels in Paris, bei dem über Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel und die Wirtschaftslage der RGW-Staaten beraten wurde.
- 162** 19.05. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 847
- Ruth setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Bundesregierung ihre bisherige Haltung zu der in der KSZE-Schlußakte vereinbarten Einladung von Manöverbeobachtern aus den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, insbesondere aus der DDR, ändern sollte.
- 163** 24.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Mugabe S. 853
- Neben dem Falkland-Krieg widmen sich Schmidt und Mugabe der innen- und außenpolitische Lage Simbawwes, der Namibia-Frage und den jeweiligen Beziehungen zu Südafrika.

- 
- 164**    24.05.   Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt S. 857
- Bräutigam berichtet über seinen Antrittsbesuch beim Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Im Mittelpunkt standen die innerdeutschen Beziehungen und dabei vor allem die Festlegung der Grenze im Bereich der Elbe. Außerdem wurden Fragen der Rüstungskontrolle und der Ost-West-Beziehungen aufgeworfen.
- 165**    25.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 862
- Zeller notiert ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher über die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt und die gegen die Stimme Großbritanniens beschlossene Anhebung der EG-Agrarpreise.
- 166**    27.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 866
- Gegenstand ist ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand über diplomatische Schritte zur Beendigung des Falkland-Krieges. Schmidt und Mitterrand sprachen außerdem über Präsident Reagan.
- 167**    27.05.   Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 871
- Steinkühler informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel. Erörtert wurden der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, der Umgang mit der Türkei und die Formulierung einer Europäischen Akte.
- 168**    03.06.   Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir in Jerusalem S. 875
- Die Gesprächspartner befassen sich mit den ägyptisch-israelischen Beziehungen nach Räumung des Sinai, der Rolle der PLO und Syriens im Nahost-Konflikt sowie der Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaften. Weitere Themen sind mögliche deutsch-israelische Entwicklungshilfeprojekte in Ägypten, der irakisch-iranische Krieg, der EG-Beitritt Spaniens und arabische Boykott-Maßnahmen gegen Israel.
- 169**    03.06.   Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 882
- Ruth analysiert den von der UdSSR am 25. Mai in Genf vorgelegten Entwurf für ein INF-Abkommen. Dabei konstatiert er eine Weiterentwicklung der sowjetischen Position bei Festhalten an der Forderung nach einer Einbeziehung der Systeme von Drittstaaten und nach einem Moratorium.

- 170**    03.06.    Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 885  
Ruth befaßt sich mit dem Bericht der Palme-Kommission über Abrüstung und Sicherheit. Er bewertet deren Vorschläge im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit der westlichen Rüstungskontrollpolitik.
- 171**    03.06.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 898  
Seitz  
Angesichts der Forderung der USA nach größerer Zurückhaltung in den Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR zeigt Seitz die tatsächliche Bedeutung des sowjetischen Außenhandels auf und umreißt die daraus erwachsenden Einflußmöglichkeiten des Westens.
- 172**    04.06.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, S. 903  
Bundeskanzleramt, z.Z. Versailles  
Zeller resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suzuki am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Versailles. Im Mittelpunkt standen die Wirtschaftspolitik Japans, die Entwicklung der Weltwirtschaft, das Haushaltsdefizit der USA und die Rolle neuer Technologien bei der industriellen Wertschöpfung.
- 173**    04.06.    Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die S. 906  
Botschaft in Tel Aviv  
Fiedler unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei, Peres, und dem ehemaligen israelischen Außenminister Eban. Behandelt wurden der irakisch-iranische Krieg, die Nahostpolitik der USA, die Einbeziehung Jordaniens in den ägyptisch-israelischen Friedensprozeß und die Palästinenser-Frage.
- 174**    04.06.    Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 909  
Hansen schildert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Begin in Jerusalem. Begin erläuterte den Stand des ägyptisch-israelischen Friedensprozesses nach Räumung des Sinai durch Israel. Daneben wurden die Palästinenser-Frage, die Rolle der PLO sowie die Nahostpolitik der EG angesprochen.
- 175**    05.06.    Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit S. 913  
Premierministerin Thatcher in Versailles  
Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels erörterten Schmidt und Thatcher diplomatische Optionen zur Beendigung des Falkland-Krieges, das Haushaltsdefizit der USA und die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration, die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie die Beziehungen zwischen Großbritannien und Spanien. Themen sind

- ferner die Gemeinsame Agrarpolitik sowie die Beiträge Großbritanniens und der Bundesrepublik zum EG-Haushalt.
- 176**    09.06. Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Präsident Reagan S. 919
- Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA werden in ihrer historischen Dimension gewürdigt. Erwähnung finden des weiteren die Herausforderung durch den Terrorismus, die innere Lage der UdSSR und medienpolitische Fragen.
- 177**    09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan S. 922
- Schmidt erläutert Reagan die Rahmenbedingungen der Politik der Bundesrepublik und weist auf die Bedeutung der Bundeswehr für die gemeinsame Verteidigung der NATO hin. Im Zusammenhang mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik schildert Reagan seine Erfahrungen in der amerikanischen Filmindustrie. Weitere Themen sind START und die INF-Verhandlungen, der Kommunismus in Osteuropa, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und die Politik des Präsidenten Carter.
- 178**    09.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 930
- Stabreit informiert über die außerordentliche Sitzung des Politischen Komitees und das außerordentliche Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ anlässlich des Einmarschs israelischer Truppen in den Libanon.
- 179**    11.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Wieck, z. Z. Bonn S. 932
- Pfeffer und Wieck berichten über die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Im Mittelpunkt standen die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen, das Ringen um die öffentliche Meinung in den NATO-Mitgliedstaaten, das Militärpotential der Allianz, START, die INF-Verhandlungen und MBFR. Weitere Gesprächspunkte waren der Falkland-Krieg, der israelische Einmarsch in den Libanon sowie die politische und wirtschaftliche Krise in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts.
- 180**    11.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 946
- Steinkühler unterrichtet über Verlauf und Ergebnis des Weltwirtschaftsgipfels in Versailles. Die Staats- und Regierungschefs befaßten sich mit den Auswirkungen der amerikanischen Haushaltspolitik auf die Weltwirtschaft, dem internationalen Währungssystem, dem Ost-West-Handel und der ökonomischen Bedeutung neuer Technologien. Darüber hinaus waren der Falkland-Krieg und der Nahost-Konflikt Gegenstand der Diskussion.

- 181**    12.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 952
- Zeller hält ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Saud al-Faisal fest. Faisal habe über seine Absicht informiert, mit Präsident Reagan während dessen Besuchs in der Bundesrepublik über den israelischen Einmarsch in den Libanon zu sprechen.
- 182**    14.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in New York S. 955
- Am Rande der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung sprechen Schmidt und Pérez de Cuéllar über die Beendigung des Falkland-Krieges, den Weltwirtschaftsgipfel in Versailles, den Libanon-Krieg und den Zypern-Konflikt.
- 183**    14.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Außenminister Czyrek in New York S. 961
- Bei einem Meinungsaustausch zur Lage in Polen analysieren Schmidt und Czyrek die Optionen der polnischen Regierung, die zukünftige Rolle der Gewerkschaft Solidarność, die Vermittlungstätigkeit der katholischen Kirche und die Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik.
- 184**    14.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Sorsa in New York S. 966
- Die Gesprächspartner erörtern die Haltung der amerikanischen Regierung zur Rüstungskontrolle und zu Fragen der Weltwirtschaft, die Lage der UdSSR und den absehbaren Wechsel in der sowjetischen Führung. Ein weiteres Thema ist der Libanon-Krieg.
- 185**    14.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua S. 970
- Vor dem Hintergrund des langfristigen Modernisierungsprogramms der chinesischen Regierung beschreibt Huang Hua die Beziehungen der Volksrepublik China zu den USA und der UdSSR. Genscher erläutert die Meinungsbildung in der amerikanischen Regierung sowie die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. Daneben werden noch die Globalstrategie der UdSSR sowie der anstehende Wechsel in der Führung der KPdSU angesprochen.
- 186**    15.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua S. 978
- Huang Hua skizziert die Leitideen der chinesischen Außenpolitik. Außerdem erläutert er die Haltung der Volksrepublik China zum Konflikt in Kambodscha sowie zum Bündnis zwischen Vietnam und der UdSSR. Genscher verweist auf die Schwierigkeiten der UdSSR im Umgang mit ihren Verbündeten und den

- anhaltenden Widerstand gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Abschließend werden die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China behandelt.
- 187**    18.06.    Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt    S. 987
- Böcker berichtet über die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat zu START. Dabei ging es um den amerikanischen Vertragsentwurf, die Verstetigung der Konsultationen innerhalb der NATO und Fragen der Öffentlichkeitsarbeit.
- 188**    21.06.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem mosambikanischen Außenminister Chissano    S. 992
- Hauptpunkt des Gesprächs ist die Frage einer Berlin-Klausel in Verträgen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik. Darüber hinaus werden die Lage Mosambiks nach der Unabhängigkeit und die Namibia-Frage thematisiert.
- 189**    22.06.    Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt    S. 996
- Hermes resümiert Informationen des amerikanischen Außenministeriums über die Gespräche zwischen den Außenministern Haig (USA) und Gromyko (UdSSR) in New York. Themen seien START und die INF-Verhandlungen, Polen, die Konflikte in Mittelamerika, die Namibia-Frage, die sowjetische Intervention in Afghanistan sowie der Nahost-Konflikt gewesen.
- 190**    23.06.    Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt    S. 1003
- Bräutigam gibt ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, wieder. Anlaß war die Übermittlung einer Botschaft Honeckers an Bundeskanzler Schmidt zu den innerdeutschen Beziehungen. Honecker bekräftigte dabei seinen Willen zur Fortführung der Entspannungspolitik und äußerte sich zur Lage in Polen und Afghanistan.
- 191**    24.06.    Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt    S. 1009
- Hansen berichtet über die Bitte des Generaldirektors im israelischen Außenministerium, Kimche, die Bundesrepublik möge sich gegen eine Erklärung des Europäischen Rats zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon einsetzen.
- 192**    25.06.    Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen Präsidenten Duarte    S. 1012
- Genscher und Duarte sprechen über die Lage in El Salvador nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 28. März. Hauptpunkte sind die wirtschaftlichen Probleme, das militärische Kräfteverhältnis zwischen Armee und Guerilla sowie die verschiedenen politischen Gruppierungen des Landes.

- 193**    25.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz S. 1016
- Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze zusammen, in dem Nitze über den Stand der INF-Verhandlungen informierte.
- 194**    26./27. Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den S. 1018  
06. Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch in Kiel
- Gesprächsthemen sind die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR auf die Ausfuhr von Ausrüstungsgütern für die Erdöl- und Erdgasindustrie, der Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig sowie der Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon. Ferner wird über den Weltwirtschaftsgipfel in Versailles, Wirtschafts- und Verteidigungsfragen, die Ost-West-Beziehungen, eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa und die Namibia-Frage gesprochen.
- 195**    26.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1032
- Fischer informiert über die Bitte der britischen Botschaft, die Verschiffung von Torpedos und U-Boot-Ersatzteilen an Peru zu stoppen, um deren möglichen Weiterverkauf an Argentinien zu verhindern.
- 196**    29.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit S. 1036  
Staatspräsident Mitterrand in Brüssel
- Schmidt und Mitterrand unterhalten sich über die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR, die Verhandlungen über einen spanischen EG-Beitritt, die französische Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik sowie die wirtschaftliche Lage in den USA.
- 197**    01.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1043  
Steinkühler
- Steinkühler informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel, in deren Verlauf Erklärungen zum Krieg im Libanon, zum irakisch-iranischen Krieg sowie zu Lateinamerika verabschiedet wurden.
- 198**    01.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1045  
Steinkühler
- Steinkühler faßt den wirtschaftspolitischen Teil der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel zusammen, der den Beziehungen der EG-Mitgliedstaaten zu den USA, der wirtschaftlichen Lage der Gemeinschaft und den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal gewidmet war.

- 
- 199**    02.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ulloa Elías S. 1048
- Schmidt und Ulloa Elías behandeln die Auswirkungen des Falkland-Krieges auf die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Staaten einerseits sowie den USA und den Europäischen Gemeinschaften andererseits. Die beiden Regierungschefs befassen sich des Weiteren mit Fragen der Weltwirtschaft und der wirtschaftlichen Situation Perus.
- 200**    05.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager S. 1059
- In der Aufzeichnung für Bundesminister Genscher beschäftigt sich Lautenschlager mit der Bürgschaftspolitik des Bundes gegenüber der UdSSR und weist auf die Problematik des steigenden Bürgschaftsvolumens hin.
- 201**    05.07. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1062
- Huber analysiert Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko und des Generalmajors Starodubow, die erkennen lassen, daß die UdSSR möglicherweise FBS nicht in der Kräftebilanz bei den INF-Verhandlungen, sondern bei START berücksichtigt wissen wolle.
- 202**    06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Kyaw S. 1066
- Kyaw nimmt die Fußball-Weltmeisterschaft in Spanien zum Anlaß, um auf die reservierte Haltung Frankreichs zum angestrebten spanischen EG-Beitritt hinzuweisen. Er spricht für Bundestrainer Derwall die Empfehlung aus, im anstehenden Halbfinale gegen Frankreich auch politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.
- 203**    08.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Verteidigungsminister van Mierlo in Den Haag S. 1068
- Die Gesprächsteilnehmer erörtern den Zustand der NATO, die Wirtschaftspolitik der USA, die Haltung der Bundesrepublik und der Niederlande zum NATO-Doppelbeschluß sowie START und die INF-Verhandlungen.
- 204**    09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1075
- Pfeffer befaßt sich mit Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zu der Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten. Pfeffer regt an, der Bundessicherheitsrat möge eine einheitliche Beurteilung für die öffentliche Debatte zur NATO-Strategie finden.

- 205** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1079  
 Fischer gibt einen Überblick zu den im Rahmen der Verhandlungen über das Mandat der EG-Kommission von 1980 bereits geklärten bzw. noch nicht gelösten Fragen.
- 206** 12.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Ruth S. 1082  
 Pfeffer und Ruth benennen die Aspekte, die bei einer Wiedereröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 9. November zu berücksichtigen seien. Es gehe dabei um ein ausgewogenes Schlußdokument, Verhandlungen über eine KAE, ohne die Menschenrechtsproblematik zu vernachlässigen, sowie Einfluß auf die weitere Entwicklung in Polen.
- 207** 13.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns S. 1089  
 Die Gesprächspartner erörtern die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie das Verhältnis der USA zur Bundesrepublik und den EG-Mitgliedstaaten. Sie behandeln ferner die Sanktionen der USA und die Kreditpolitik gegenüber der UdSSR sowie die Hintergründe für den Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig.
- 208** 13.07. Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1095  
 Munz berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hussein, in dessen Mittelpunkt der Krieg im Libanon, der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran sowie die amerikanische und sowjetische Nahost-Politik standen.
- 209** 14.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 1098  
 Zeller gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Haughey wieder. Behandelt wurden die wirtschaftliche Lage in beiden Staaten, eine Prospektion von Erdöl- und Erdgasvorkommen im irischen Küstenbereich, die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Haltung der USA zur VN-Seerechtskonferenz, die Lage in Nordirland, die Entwicklung im Nahen Osten, die politische Entwicklung in Spanien und die Verhandlungen über dessen EG-Beitritt.
- 210** 14.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali in Kairo S. 1106  
 Ali schildert den Krieg im Libanon aus der Sicht Ägyptens. Die beiden Außenminister sprechen in diesem Zusammenhang über die Palästinenser-Frage und die Haltung der UdSSR. Sie wenden sich dann dem Krieg zwischen dem Irak und dem Iran sowie der Reise Genschers nach Israel zu.

- 
- 211** 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem britischen Botschafter Taylor S. 1111
- Schmidt und Taylor beschäftigen sich mit dem Falkland-Krieg und den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien, der Außenpolitik der USA sowie der Haltung Großbritanniens zur EG.
- 212** 14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1118
- Hofmann informiert über die Aussage eines Mitarbeiters der amerikanischen Botschaft, daß sich das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern in der Frage der Ost-West-Beziehungen unterschiedlich äußerten.
- 213** 14.07. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1120
- Wallau berichtet über ein Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten. Clark beklagte sich über die Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen aufgrund des Erdgas-Röhren-Geschäfts und der Finanzhilfe der Bundesrepublik für Nicaragua. Staden charakterisierte die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR als problematisch.
- 214** 15.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak in Kairo S. 1124
- Themen sind die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel, insbesondere die Autonomieverhandlungen, die amerikanische und die sowjetische Nahost-Politik, der Krieg im Libanon, das Verhältnis zwischen Israel und Syrien, der irakisch-iranische Krieg sowie die Entwicklung dieser beiden Staaten.
- 215** 16.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler an die Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York und den Internationalen Organisationen in Genf S. 1131
- Steinkühler resümiert die Ergebnisse der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. In wesentlichen Fragen habe keine Einigung erzielt werden können, so auch nicht in der Frage eines von der Bundesrepublik initiierten Umfassenden Abrüstungsprogramms.
- 216** 19.07. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1134
- Boss übermittelt den Abschlußbericht der 27. Runde der MBFR-Verhandlungen, in deren Mittelpunkt die Vorlage eines Entwurfs für ein MBFR-Abkommen durch die an den Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten stand.

- 217** 21./22. Gespräche des Bundesministers Genscher mit S. 1141  
07. Ministerpräsidentin Planinc und dem jugoslawischen Außenminister Mojsov in Ohrid und Belgrad
- Hauptgesprächsthemen sind die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen aus der Sicht der Bundesrepublik und Jugoslawiens sowie die Politik der USA, der UdSSR und der Vereinten Nationen. Ausführlich werden noch der Nahost-Konflikt und Kambodscha behandelt. Bilaterale Fragen kommen ebenfalls zur Sprache.
- 218** 21.07. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das S. 1159  
Auswärtige Amt
- Gehlhoff informiert über ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek in Rom, das unmittelbar vor dessen Ablösung stattfand. Angesprochen wurden die Personalveränderungen im ZK der PVAP, die Lage in Polen, deren Einschätzung durch Papst Johannes Paul II. und Schritte zur Lockerung des Kriegsrechts.
- 219** 22.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem S. 1162  
Präsidenten der Weltbank, Clausen, in San Francisco
- Schmidt und Clausen sprechen über die Rolle der Weltbank, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung sowie über die Wiederauffüllung der IDA-Finanzmittel.
- 220** 23.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1164
- Dröge faßt die Ergebnisse einer von SHAPE vorgelegten Studie über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO zusammen und macht deutlich, daß angesichts der Unterlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt eine Behandlung des Themas in der High Level Group (HLG) erforderlich sei.
- 221** 27.07. Runderlaß des Staatssekretärs von Staden S. 1167
- Staden bewertet die Rede von Ministerpräsident Jaruzelski vor dem polnischen Parlament am 21. Juli. Er zieht daraus Schlußfolgerungen für die künftige Haltung der Bundesrepublik gegenüber Polen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.
- 222** 28.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, z. Z. S. 1172  
Frobisher Bay, an das Auswärtige Amt
- Höynck übermittelt Informationen zu den Gesprächen von Bundeskanzler Schmidt in den USA, unter anderem mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und Ministerpräsident Lee Kuan Yew. Besprochen worden seien die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und den USA, die Ost-West-Beziehungen, Allianzfragen, Fragen der Nahost-Politik, die Lage in Mittelame-

- rika, die Entwicklung in China und dessen Verhältnis zur UdSSR und zu den USA.
- 223**    29.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Trudeau in Ottawa S. 1180
- Schmidt gibt einen Überblick zu seinen Gesprächen in den USA. Trudeau und er tauschen sich über ihre Einschätzungen des neuen amerikanischen Außenministers Shultz aus. Die Gesprächspartner thematisieren darüber hinaus die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, Kanadas und der USA, die amerikanisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen sowie das geplante amerikanische Hilfsprogramm für die karibischen und mittel-amerikanischen Staaten.
- 224**    04.08. Botschafter Verbeek, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 1186
- Verbeek teilt mit, das argentinische Außenministerium bitte um Auskunft, ob die Aufhebung der Sanktionen der Bundesrepublik im Rüstungssektor vollständig sei und auch die für den Bau von Kriegsschiffen erforderlichen Zulieferungen betreffe.
- 225**    13.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 1189
- Seitz gibt einen Überblick zu Verschuldung und Schuldendienst der RGW-Mitgliedstaaten, insbesondere Polens, und der Entwicklungsländer. Er beschreibt die Konsequenzen für Banken und Kreditnehmer und zeigt Möglichkeiten zur Bewältigung der Schuldenkrise auf.
- 226**    14.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Como S. 1194
- Vor dem Hintergrund des Falkland-Konflikts erörtern die Gesprächspartner die Lage in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten und deren Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften. Sie besprechen außerdem das europäisch-amerikanische Verhältnis, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Polen sowie die EG-Süderweiterung und die deutsch-italienische Initiative für eine Europäische Akte.
- 227**    18.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 1202
- Limmer rekapituliert die noch offenen Punkte in den Verhandlungen über die Namibia-Frage. Als zentrales Problem stellt er die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola heraus.
- 228**    19.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1206
- Citron faßt die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) zusammen und analysiert die Verhandlungspositionen

- beider Seiten. Im Hinblick auf die UdSSR weist er auf deren Absicht hin, START mit den INF-Verhandlungen zu verbinden.
- 229**    24.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Rathke, am Brahmsee S. 1214
- Schmidt und Rathke sprechen über den Besuch des Bundeskanzlers in der DDR im Vorjahr und einen Gegenbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik. Weitere Punkte sind die Lage der mecklenburgischen Landeskirche, die Feierlichkeiten in der Bundesrepublik und der DDR 1983 anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther, die Landwirtschaft in der DDR, die Lage in Polen und das Friedenspapier der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.
- 230**    24.08. Oberst i. G. Barakling, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1218
- Barakling berichtet über ein Gespräch des Heeresattachés Schröter mit dem Ersten Stellvertretenden Chef des sowjetischen Generalstabs. Achromejew habe sich dabei für den Ausbau der militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR ausgesprochen und Besorgnis über die neue Nuklearstrategie der USA geäußert.
- 231**    24.08. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1220
- Berichte in der Presse der UdSSR und Äußerungen sowjetischer Gesprächspartner, die Besorgnis über die Nuklearstrategie der USA ausdrücken, veranlassen Meyer-Landrut zu der Frage, ob darüber mit den Bündnispartnern der Bundesrepublik beraten werden sollte.
- 232**    25.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den amerikanischen Senatoren Baker, Boren, Brady, Hawkins und Mattingly S. 1222
- Gesprächsthemen sind die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik, vor allem die Steuergesetzgebung, die Lage der Weltwirtschaft, die INF-Verhandlungen und START, eine Verstärkung der konventionellen Verteidigung und die Außenpolitik der UdSSR.
- 233**    30.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym S. 1230
- Behandelt werden die europäisch-amerikanischen Beziehungen, vor allem der Vorschlag eines Außenministertreffens im Fünferkreis. Daneben steht der Falkland-Konflikt im Zentrum des Interesses, insbesondere die Sanktionen gegenüber Argentinien. Weitere Gesprächspunkte sind die Verhandlungen über den EG-Haushalt, der EG-Beitritt Portugals und Spaniens sowie die Gemeinsame Fischereipolitik.

- 
- 234**    30.08. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt    S. 1236  
Unter dem Eindruck einer Verschlechterung im deutsch-türkischen Verhältnis plädiert Oncken für die Fortsetzung der Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für die Türkei. Zugleich spricht er sich aber für eine Eindämmung der Zuwanderung türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik aus.
- 235**    30.08. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt    S. 1242  
Wallau teilt mit, ein hochrangiger amerikanischer Beamter habe ihm die Beweggründe des Präsidenten Reagan für die Entscheidung erläutert, die Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR auf europäische Tochterunternehmen und Lizenznehmer amerikanischer Firmen auszuweiten.
- 236**    02.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Düsseldorf    S. 1246  
Schmidt und Glemp sprechen über die Gefahr einer Verschärfung der Lage in Polen, dabei werden die wirtschaftliche Krise, die Entwicklung der Gewerkschaft „Solidarność“, die Handlungsmöglichkeiten der katholischen Kirche und die Zugehörigkeit Polens zum sowjetischen Machtbereich in die Analyse eingeflochten. Zudem tauschen die Gesprächspartner ihre Einschätzungen des Ministerpräsidenten Jaruzelski aus.
- 237**    08.09. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt    S. 1252  
Pachelbel-Gehag bewertet den Abschluß der Verhandlungen über die Rückgabe der beschlagnahmten Deutschen Schule in Addis Abeba. Eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen sei nunmehr möglich.
- 238**    13.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt    S. 1256  
Wieck informiert über ein informelles Treffen des NATO-Generalsekretärs Luns mit einigen NATO-Botschaftern, bei dem Probleme der bevorstehenden militärischen Integration Spaniens in die NATO behandelt wurden.
- 239**    14.09. Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche    S. 1260  
Kimche legt die Haltung Israels zum Abzug der PLO sowie syrischer und israelischer Truppen aus dem Libanon dar, um sodann auf die Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib einzugehen. Zudem analysiert er die Friedensinitiativen des Präsidenten Reagan und der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Fes.

- 240**    14.09. Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem                    S. 1265  
                   Generaldirektor im israelischen Außenministerium,  
                   Kimche  
                   Kimche erläutert Staden die israelische Siedlungs- und Sicherheitspolitik und bekräftigt die Ablehnung von Verhandlungen unter Beteiligung der PLO.
- 241**    14.09. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das                    S. 1268  
                   Auswärtige Amt  
                   Bräutigam resümiert ein Gespräch des Staatsministers Wischniewski, Bundeskanzleramt, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Themen waren die sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik, die wirtschaftliche Lage der DDR, die Bedeutung der INF-Verhandlungen für die innerdeutschen Beziehungen, das Bild der DDR in den bundesdeutschen Medien, der Mindestumtausch, der Jugendaustausch und ein Kulturabkommen, ferner der Gewässerschutz, der S-Bahn-Betrieb in Berlin sowie der Grenzverlauf im Bereich der Elbe.
- 242**    16.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller,                    S. 1277  
                   Bundeskanzleramt  
                   Zeller notiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Saleh. Im Mittelpunkt standen die Ermordung des designierten Präsidenten Gemayel im Libanon, die Besetzung West-Beiruts durch israelische Truppen, die Friedensinitiativen des Präsidenten Reagan und der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Fes, das Verhältnis Ägyptens zur Arabischen Liga sowie die Einflußnahme der UdSSR am Horn von Afrika.
- 243**    20.09. Botschaftsrat Altenburg, Beirut, an das Auswärtige                    S. 1282  
                   Amt  
                   Nach einer Ortsbegehung unterrichtet Altenburg über die Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila, welche durch Milizen der „Forces Libanaises“ mit israelischer Billigung verübt worden seien.
- 244**    21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1284  
                   Holik  
                   Holik notiert die Ergebnisse der trilateralen MBFR-Konsultationen in London. Gegenstand der Diskussion waren eine Initiative des Leiters der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen, Michajlow, der Daten- und Verifikationsansatz der Bundesrepublik, der amerikanische Entwurf für ein MBFR-Abkommen vom 7. Mai sowie die Behandlung der französischen Truppen in der Bundesrepublik.

- 
- 245**    22.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns    S. 1289
- Gesprächspunkte sind der Bruch der sozialliberalen Koalition und der Regierungswechsel in der Bundesrepublik, die Nahost- und die Wirtschaftspolitik der USA, das Gespräch Schmidts mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, am 2. September sowie die INF-Verhandlungen.
- 246**    23.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Botschafter Ruth    S. 1296
- Ruth informiert Schmidt über seine Gespräche in Washington, die Informationen zu den INF-Verhandlungen sowie einer Pressekampagne gegen den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und den Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, erbrachten. Schmidt schildert seine Eindrücke vom Deutschen Katholikentag und seine Einschätzung der amerikanischen Freeze-Bewegung. Ferner betont er die Notwendigkeit einer überzeugenden Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf die INF-Verhandlungen.
- 247**    24.09. Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt    S. 1300
- Hansen berichtet über ein Gespräch mit dem Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche, in dem die Ermordung des designierten Präsidenten Béchir Gemayel, die Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila, die israelische Besetzung West-Beiruts und der Rückzug der syrischen und israelischen Truppen aus dem Libanon angesprochen wurden. Außerdem unterzog Kimche den neu gewählten Präsidenten Amin Gemayel einer Bewertung.
- 248**    28.09. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand    S. 1304
- Angesichts des bevorstehenden Regierungswechsels in der Bundesrepublik unterhalten sich Schmidt und Mitterrand nochmals über die bilateralen Beziehungen und die Lage der Weltwirtschaft.
- 249**    28.09. Staatssekretär von Staden, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt    S. 1306
- Staden resümiert ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Pym, bei dem über das Erdgas-Röhren-Geschäft und die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR sowie eine mögliche Verschärfung der COCOM-Regelungen gesprochen wurde.
- 250**    28.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt    S. 1309
- Pfeffer faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen, das den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sowie der

- Politik gegenüber Polen, der KSZE und der Terrorismusbekämpfung gewidmet war. Außerdem wurde über Rüstungskontrolle, den Weltwirtschaftsgipfel von Versailles, die Haltung König Husseins zum Nahost-Konflikt und die Integration Spaniens in die NATO beraten.
- 251** 30.09. Staatssekretär von Staden, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1316
- Staden berichtet über ein Gespräch mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA). Themen waren eine Verschärfung der COCOM-Regelungen und Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel, die Energiesicherheit sowie der nächste Weltwirtschaftsgipfel.
- 252** 01.10. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1321
- Pfeffer unterrichtet über das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York. Shultz habe über sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko berichtet. Des weiteren sei über die Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid beraten worden.
- 253** 03.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden S. 1325
- Staden gibt die Diskussionen auf dem informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten in La Sapinière wieder. Im Mittelpunkt standen die Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR, die Frage von Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und das Erdgas-Röhren-Geschäft.
- 254** 04.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1330
- Kohl und Mitterrand verständigen sich über die Grundlagen ihres politischen Denkens und analysieren die Beziehungen beider Staaten zu den USA und der UdSSR. Ein weiteres Thema ist die Sicherheitspolitik und Nuklearstrategie Frankreichs.
- 255** 04.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1335
- Im Mittelpunkt stehen die deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister und die nuklearstrategische Doktrin Frankreichs.
- 256** 05.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1338
- Kohl erläutert die Haltung der neuen Bundesregierung zur UdSSR und erinnert an seine bisherigen Kontakte mit der sowjetischen Führung.

- 
- 257** 05.10. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1341
- Pfeffer berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov in New York. Dabei seien die Bewegung blockfreier Staaten, die Wirtschaftslage Jugoslawiens, die Führung der UdSSR und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid behandelt worden.
- 258** 05.10. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1345
- Aus dem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York übermittelt Ruth die Passagen zu den INF-Verhandlungen.
- 259** 05.10. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1348
- Pfeffer unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in New York. Während Genscher die außenpolitische Kontinuität nach dem Regierungswechsel in Bonn betonte, bekräftigte Fischer die Bereitschaft der DDR zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Erörtert wurden ferner die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie START und die INF-Verhandlungen.
- 260** 06.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns S. 1352
- Kohl skizziert seine Haltung zu den USA und zum Atlantischen Bündnis, zur Rolle der Bundesrepublik bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und zur Wirtschaftspolitik.
- 261** 06.10. Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1355
- Böcker schildert die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über START. Der amerikanische Sonderbotschafter Rowny stellte die Verhandlungsvorschläge der USA und der UdSSR vor. Neben der Frage einer Verbindung zwischen START und den INF-Verhandlungen äußerte er sich auch zu den Diskussionen über Zählkriterien sowie vertrauensbildende Maßnahmen, zum amerikanischen Modernisierungsprogramm im Bereich der strategischen Nuklearwaffen und zu den Systemen dritter Staaten.
- 262** 06.10. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1360
- Pfeffer faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Themen waren die Forderung der USA nach Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die politischen Leitbilder der neuen Bundesregierung, das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten in La Sapinière, die amerikanisch-

- sowjetischen Beziehungen und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 263**    06.10. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1368
- Pfeffer übermittelt einen Auszug aus dem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York. Im Mittelpunkt standen die außenpolitische Kontinuität nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 264**    06.10. Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt. S. 1373
- Gegenstand des Fernschreibens ist das Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in New York. Die Gesprächspartner befaßten sich mit dem Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, der Lage im Libanon, der Einführung eines Waffenexportregisters der Vereinten Nationen, der Namibia-Frage und dem Nord-Süd-Dialog.
- 265**    07.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew S. 1379
- Hauptpunkt der Unterredung sind die bilateralen Beziehungen. Kohl betont die außenpolitische Kontinuität nach dem Regierungswechsel in Bonn und beschreibt, welches Geschichtsverständnis seiner Politik zugrunde liegt. Polen, Afghanistan und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen werden ebenfalls angesprochen.
- 266**    08.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem italienischen Außenminister Colombo S. 1386
- Kohl und Colombo befassen sich mit dem Antrittsbesuch des Bundeskanzlers in Italien und seinen Beziehungen zu den italienischen Christdemokraten. Außerdem sprechen sie über die Initiative für eine Europäische Akte und die Rolle der beiden Länder in der NATO.
- 267**    11.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1390
- Vor dem Hintergrund der Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung in El Salvador und der wachsenden Bereitschaft der FDR/FMLN, Verhandlungen über eine Beendigung des Bürgerkrieges aufzunehmen, empfiehlt Gorenflos die Wiederbesetzung des Botschafterpostens in San Salvador.

- 268** 12.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem brasilianischen Vizepräsidenten Chaves de Mendonça S. 1394  
Themen sind der Falkland-Krieg, die Lage in Mittelamerika, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien, insbesondere auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie, und die brasilianische Auslandsverschuldung.
- 269** 13.10. Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, in Peking S. 1397  
Die Gesprächspartner erörtern die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China, das wirtschaftspolitische Programm der chinesischen Regierung, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen, die Außenpolitik der UdSSR und die chinesische Haltung zur deutschen Teilung.
- 270** 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1403  
Pfeffer resümiert ein Treffen der an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund der Lage in Polen wurden Bedingungen für eine Fortsetzung der Verhandlungen vereinbart.
- 271** 13.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dassel S. 1408  
Dassel referiert über die deutsch-britischen Konsultationen auf der Ebene der Wirtschaftsdirektoren. Im Anschluß an das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten in La Sapinière wurde über Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR beraten.
- 272** 14.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow S. 1410  
Rostow informiert über den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli („Waldspaziergang“), der durch die UdSSR abgelehnt worden sei. Weitere Gesprächspunkte sind der Regierungswechsel in der Bundesrepublik, die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß, das Erdgas-Röhren-Geschäft und die Lage in Polen.
- 273** 15.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn S. 1415  
Angesprochen werden der Regierungswechsel in der Bundesrepublik, die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, der britische EG-Haushaltsbeitrag, die Verhandlungen mit den USA über Stahlimporte aus EG-Mitgliedstaaten, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Position Dänemarks in der Fischereipolitik.

- 274** 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow S. 1421
- Rostow unterrichtet Genscher über den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli („Waldspaziergang“). Ferner werden die Vorzüge der Null-Lösung und die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nuklearstrategie einer Bewertung unterzogen.
- 275** 16.10. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1427
- Herbst berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem französischen Verteidigungsminister Hernu in Paris. Hauptpunkte waren die Pläne der französischen Regierung für eine Umstrukturierung der Heeresverbände, Fragen der französischen Nuklearstrategie und eine Fortsetzung der bilateralen Rüstungskooperation.
- 276** 18.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1431
- Mit Blick auf die Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid untersucht Ruth verschiedene Vorschläge für den geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen einer KAE.
- 277** 18.10. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg S. 1438
- Siebourg protokolliert den Verlauf des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Nyborg. Gegenstand der Erörterungen waren die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, START und die INF-Verhandlungen, die Lage in Polen, Namibia, der Libanon, die Beziehungen zwischen der EG und den USA, Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und das Zusammenwirken der EG-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen.
- 278** 19.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1454
- Pfeffer zieht Schlußfolgerungen aus dem Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem französischen Verteidigungsminister Hernu zu der von der französischen Regierung beabsichtigten Ausweitung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.
- 279** 19.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1458
- Auf der Grundlage einer Unterrichtung durch den Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, analysiert Ruth den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli („Waldspaziergang“).

- 
- 280**    19.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1462  
Vor dem Hintergrund der amerikanischen Modernisierungspläne und der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik gibt Ruth einen Überblick zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen.
- 281**    19.10. Oberst i. G. Oldigs, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1466  
Oldigs informiert über die Gespräche des ehemaligen Bundesministers Eppler im amerikanischen Verteidigungsministerium. Im Mittelpunkt standen die INF-Verhandlungen und die Frage nach der Bedrohung durch die sowjetischen SS-20-Raketen.
- 282**    21.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1470  
Ministerpräsident Mauroy  
Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen werden die Wirtschafts- und Finanzlage Frankreichs, der deutsch-französischen Handel, die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung, die demographische Entwicklung in beiden Staaten sowie Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Schienenverkehrs erörtert.
- 283**    22.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1475  
französischen Außenminister Cheysson  
Cheysson und Genscher befassen sich mit Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, der Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen, dem Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags von 1963, der Lage in Afghanistan und Polen sowie den Wahlen zum VN-Sicherheitsrat.
- 284**    22.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1480  
Pfeffer teilt mit, daß im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister die Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und dem französischen Verteidigungsminister Hernu über eine Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik berieten. Weitere Themen waren die sowjetische Propaganda gegen den NATO-Doppelbeschluß, die INF-Verhandlungen, die französischen Truppen in der Bundesrepublik, die Nuklearstrategie Frankreichs und die Rüstungskooperation.
- 285**    26.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1488  
israelischen Botschafter Ben-Ari  
Die Gesprächspartner würdigen den Stand der bilateralen Beziehungen und erörtern Optionen zur Beendigung des Nahost-Konflikts. Außerdem werden die Beziehungen der Bundesrepublik sowie Israels zu den USA behandelt.

- 286**    26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bischof Meisner in Rom    S. 1490
- Genscher und Meisner bekräftigen ihre Ablehnung einer kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR. Meisner beschreibt sein Amtsverständnis und erläutert die Einstellung der katholischen Kirche zum Kommunismus und zur DDR. Der Regierungswechsel in der Bundesrepublik wird ebenfalls angesprochen.
- 287**    27.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Rom    S. 1495
- Genscher und Glemp beraten über die Lage in Polen nach dem Verbot der Gewerkschaft Solidarność. Glemp skizziert die Projekte der katholischen Kirche für eine Belebung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes. Er legt des weiteren dar, wie die polnische Bevölkerung die Maßnahmen der westlichen Staaten bewertet.
- 288**    29.10. Deutsch-britische Konsultationen    S. 1501
- Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher resümieren ihre vorangegangenen Gespräche über die bilateralen Beziehungen, das Atlantische Bündnis und die EG-Politik. Unter Beteiligung der zuständigen Minister wird über Polen, die INF-Verhandlungen, die Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen, die britische Rheinarmee, Fragen der Rüstungskooperation sowie wirtschafts- und industriepolitische Themen gesprochen.
- 289**    01.11. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt    S. 1514
- Wieck berichtet über den Besuch des Ständigen NATO-Rats beim Obersten Militärischen Hauptquartier (SHAPE) in Casteau. Er analysiert die Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, zur Anhebung der nuklearen Schwelle durch eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte.
- 290**    03.11. Aufzeichnung des Referats 220    S. 1519
- Zur Vorbereitung einer Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 4./5. November werden Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt, die zur Vermittlung des NATO-Doppelbeschlusses dienen sollen.
- 291**    04.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt    S. 1521
- Hermes resümiert Gespräche des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Marx, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, und dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger.

- Themen waren der NATO-Doppelbeschuß, die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei, Auslandseinsätze der Bundeswehr und eine Neuregelung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 292** 05.11. Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Werner in Luxemburg S. 1526
- Kohl und Werner erörtern eine Restrukturierung der Stahlindustrie, die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik, die Einführung des Satellitenfernsehens sowie die Beziehungen der Bundesrepublik zur NATO, zu den USA, zur UdSSR, zu Polen und zur DDR.
- 293** 05.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1534
- Pfeffer unterbreitet Vorschläge für eine Gesamtkonzeption der Ost-West-Beziehungen. Er betont die Notwendigkeit, Kontinuität in den Wirtschaftsbeziehungen zu wahren.
- 294** 05.11. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1539
- Ruth unterrichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, bei der eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit der NATO-Mitgliedstaaten als Reaktion auf die verstärkte sowjetische Propaganda zu den INF-Verhandlungen vorbereitet wurde.
- 295** 08.11. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1544
- Wallau informiert über ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush. Erwähnung fanden dabei eine Verminderung der amerikanischen Truppen in Europa, der NATO-Doppelbeschuß, der bevorstehende Wahlkampf in der Bundesrepublik, die Finanzierung des Infrastrukturprogramms der NATO, der Verteidigungshaushalt der USA sowie die amerikanische Freeze-Bewegung. Ferner wurden die Wirtschaftslage in beiden Ländern sowie die chinesisch-sowjetischen Beziehungen erörtert.
- 296** 09.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des israelischen Parlaments, Savidor S. 1548
- Savidor erläutert die israelische Libanonpolitik und äußert sich über die Haltung der EG-Mitgliedstaaten zur PLO. Weitere Gesprächspunkte sind die Rolle der UdSSR im Nahen Osten, die Friedensinitiative des Präsidenten Reagan und die Palästina-Frage.
- 297** 10.11. Ministerialdirektor Fischer an die Botschaft in Washington S. 1551
- Nach einer Verschiebung der Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR rekapituliert Fischer die Hal-

- tung der Bundesregierung zur Überprüfung der Grundsätze der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 298**    10.11.    Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1556  
 Meyer-Landrut entwirft Grundzüge einer längerfristigen Polenpolitik der Bundesregierung. Er warnt vor dem Beziehen rhetorisch zugespitzter Positionen, denen keine entsprechenden Taten folgen könnten.
- 299**    11.11.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1559  
 Hofmann begründet, warum die Bundesregierung sich die Entscheidung über eine Modernisierung nuklearer Kurzstreckensysteme offenhalten wolle.
- 300**    11.11.    Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1561  
 Kastl berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, bei dem die Verhandlungen über ein Abschlusdokument für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Menschenrechtsfragen und die Bedeutung einer KAE behandelt wurden.
- 301**    13.11.    Botschafter Jovy, Bukarest, an Staatssekretär von Staden S. 1564  
 Jovy resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Minister-Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Pungan, über Fragen der kulturellen, konsularischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Umschuldung Rumäniens sowie Probleme der Familienzusammenführung infolge eines neuen rumänischen Dekrets über die Rückerstattung von Ausbildungskosten.
- 302**    15.11.    Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau S. 1572  
 Themen des Gesprächs am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, sind die bilateralen Beziehungen, die INF-Verhandlungen, die Lage in Afghanistan und Polen, die Menschenrechtssituation in der UdSSR sowie Fragen der Familienzusammenführung.
- 303**    15.11.    Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1579  
 Braunmühl faßt ein Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Moskau zusammen. Hauptpunkte der Unterredung waren die innerdeutschen Beziehungen,

- die bevorstehenden Wahlen zum Bundestag, die INF-Verhandlungen, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sowie die Lage in Polen.
- 304** 15.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1586
- Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Czyrek. Die Gesprächspartner befaßten sich mit der Lage in Polen, insbesondere mit der Rolle der Gewerkschaften und der Kirche, der Freilassung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, sowie Umschuldungsfragen.
- 305** 15.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1592
- Ploetz unterrichtet über ein Treffen der bei den Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau anwesenden Außenminister der EG-Mitgliedstaaten. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Überprüfung der Grundsätze für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 306** 15.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1596
- Hermes informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan. Themen waren die Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR, die Deutsche Frage, die Lage in Polen, die neue sowjetische Führung, die INF-Verhandlungen, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen und die Wirtschaftslage in der UdSSR.
- 307** 16.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York S. 1601
- Kohl erläutert seinen Gesprächspartnern die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel und der PLO. Des weiteren geht er auf die Auswanderung jüdischer Personen aus der UdSSR und die Rolle des Neo-Nazismus in der Bundesrepublik ein.
- 308** 16.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1604
- Hermes resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Im Zentrum standen die sowjetische Militärmacht, die Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR sowie die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Ferner informierte Weinberger über seine Gespräche mit Bundesminister Wörner. Weiterhin angesprochen wurden die Problematik chemischer Waffen, der irakisch-iranische Krieg, die amerikanisch-japanischen Beziehungen, die strategische Bedeutung der NATO-Nordflanke sowie der Golfregion, außerdem isolationistische Tendenzen in den USA.

- 309**    16.11. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an Bundesminister Genscher S. 1609
- Pfeffer informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington. Die Gesprächspartner tauschten ihre Eindrücke über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, aus. Des weiteren befaßten sie sich mit Polen, den INF-Verhandlungen und der sowjetischen Propaganda gegen die USA sowie mit den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 310**    17.11. Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1614
- Van Well berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem VN-Generalsekretär. Pérez de Cuéllar schilderte seine Begegnung mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, und skizzierte seine Einschätzungen zur sowjetischen Führung sowie zum Krieg in Afghanistan. Daneben wurden der Nahost-Konflikt, die Weltwirtschaft und die Rolle der Vereinten Nationen angesprochen.
- 311**    19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1619
- Nitze informiert über die INF-Verhandlungen, insbesondere über die Verhandlungsposition der UdSSR. Die Gesprächspartner erörtern sodann ihre Einschätzungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, und der voraussichtlichen Entwicklung des Sozialismus in der Welt.
- 312**    19.11. Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1624
- Nitze äußert sich zu den amerikanischen und sowjetischen Initiativen bei den INF-Verhandlungen sowie zur Frage einer Einbeziehung der französischen und britischen Systeme. Außerdem erklärt er die Bedeutung von Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Verifikation im INF-Bereich.
- 313**    19.11. Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1629
- Jovy berichtet über ein Gespräch mit dem Generaldirektor im rumänischen Außenministerium, Neagu. Dieser kritisierte die Reaktion in der Bundesrepublik auf die Veröffentlichung des rumänischen Dekrets über die Rückerstattung von Ausbildungskosten.
- 314**    20.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara S. 1631
- Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Demokratisierung in der Türkei sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe, sowie die Politik der Bun-

- desregierung gegenüber türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik.
- 315** 20.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Ulusu in Ankara S. 1638
- Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen. Schwerpunkte sind die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für die Türkei sowie die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.
- 316** 22.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand S. 1640
- Kohl schildert seinen Besuch in den USA. Außerdem widmen sich die Gesprächspartner den INF-Verhandlungen, dem Weltwirtschaftsgipfel 1983, den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Fragen der Europäischen Gemeinschaften sowie dem bevorstehenden Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags von 1963.
- 317** 22.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1645
- Im Anschluß an die Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR faßt Steinkühler die Positionen der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel zur Neuausrichtung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zusammen.
- 318** 23.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 1649
- Kohl informiert über seinen Besuch in den USA und teilt seine Beobachtungen zur amerikanischen Wirtschaftslage und den amerikanisch-japanischen Beziehungen mit. Die Gesprächspartner unterhalten sich auch noch über die INF-Verhandlungen, die Friedensbewegung und den Weltwirtschaftsgipfel 1983.
- 319** 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit NATO-Generalsekretär Luns S. 1652
- Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Haltung der SPD, der amerikanischen Bischöfe, der Niederlande und der Friedensbewegung zum NATO-Doppelbeschluß. Des weiteren wird über den Zeitplan für die Stationierung der Mittelstreckenraketen, die Persönlichkeit Präsident Reagans und die Lage der amerikanischen Wirtschaft gesprochen.
- 320** 26.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1658
- Hartmann analysiert die Vorschläge des Präsidenten Reagan vom 22. November über vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearen Bereich und die sowjetische Reaktion darauf.

- 321**    26.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1662
- Hermes berichtet über Gespräche des Sicherheitsberaters des Kanzlerkandidaten der SPD, Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt. Mit Blick auf die 1983 anstehenden Entscheidungen zum NATO-Doppelbeschuß wurden die Haltung des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel, die Meinungsbildung innerhalb der SPD sowie die bevorstehenden Bundestagswahlen erörtert.
- 322**    27.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z.Z. Budapest, an das Auswärtige Amt S. 1666
- Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár. Thematisiert wurden die bilateralen Beziehungen, der Regierungswechsel in der Bundesrepublik, Fragen der Rüstungskontrolle, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Wechsel in der sowjetischen Führung sowie die innerdeutschen und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.
- 323**    29.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1674
- Schauer gibt einen Überblick zu den deutsch-italienischen Konsultationen im Bereich der Sicherheitspolitik. Gesprächspunkte waren die politische Gesamtstrategie der NATO, die Lage im Mittelmeerraum, die Integration Spaniens in das Bündnis, der NATO-Doppelbeschuß von 1979 und die Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit.
- 324**    29.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1680
- Hermes übermittelt Informationen des stellvertretenden amerikanischen Ministers für die Luftwaffe, Aldridge, über Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums. Hauptpunkte waren Fragen der Finanzierung, der Rüstungskontrolle und der strategischen Bedeutung des geplanten Programms.
- 325**    30.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Karamanlis S. 1683
- Die Gesprächspartner erörtern die Ost-West-Beziehungen, den NATO-Doppelbeschuß, die Lage in Polen, Fragen der europäischen Integration, die griechisch-türkischen Beziehungen und die Reintegration Griechenlands in die NATO.

- 
- 326** 30.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden S. 1694  
 Staden analysiert mögliche Auswirkungen des rumänischen Dekrets über die Rückerstattung von Ausbildungskosten auf die Familienzusammenführung und erwägt verschiedene Maßnahmen, welche die Bundesregierung zur Wahrung ihrer Interessen ergreifen könnte.
- 327** 30.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1699  
 Mit Blick auf die noch ausstehende Vervollständigung des Entwurfs vom 8. Juli für ein MBFR-Abkommen erläutert Ruth die geplante Einführung von Annex II (begleitende Maßnahmen) und Annex III (Ausnahmeregelungen für die Überschreitung der vertraglichen Höchststärken und die Behandlung von Wehrübenden) in die Verhandlungen.
- 328** 01.12. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1704  
 Hermes analysiert die Haltung der amerikanischen Regierung und Öffentlichkeit zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Er stellt fest, daß in den USA größeres Interesse an der KSZE nur im Hinblick auf Menschenrechtsfragen bestehe. Insgesamt gelte sie aber als Ausdruck gescheiterter Entspannungsbemühungen des Westens.
- 329** 01.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1707  
 Wieck berichtet über die Erklärungen von General Rogers (SACEUR), Admiral McDonald (SACLANT) und Admiral Staveley (CINCHAN) anlässlich der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Dabei wurde auf die Rüstungsentwicklung der UdSSR aufmerksam gemacht, aber auch auf mögliche Gegenmaßnahmen der NATO.
- 330** 06.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1710  
 Fischer untersucht die Argumente, die für oder gegen eine Lieferung von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien sprechen. Im Hinblick auf die deutsch-israelischen Beziehungen spricht er sich gegen eine Lieferung aus, verweist aber auch auf das abweichende Votum der Politischen Abteilung 3.
- 331** 07.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1714  
 Kohl und Mitterrand verabreden, die für beide Staaten wirtschaftspolitisch bedeutsamen Fragen durch enge Mitarbeiter untersuchen zu lassen. Sie befassen sich darüber hinaus mit den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens.

- 332** 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1716
- Die Außenminister sprechen über den Demokratisierungsprozeß in der Türkei, die Haltung Griechenlands zur EG und zur NATO, die spanische NATO-Mitgliedschaft, die Lage in Mittelamerika, insbesondere in Nicaragua und in El Salvador, sowie über verschiedene Aspekte der Ost-West-Beziehungen.
- 333** 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1722
- Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West. Dabei werden die Institutionen diskutiert, in deren Rahmen die bereits in Auftrag gegebenen Studien zu verschiedenen Aspekten dieser Beziehungen ausgearbeitet werden könnten.
- 334** 07.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1726
- Kohl und Shultz erörtern den Wechsel an der Spitze der KPdSU, Fragen des Ost-West-Wirtschaftsverkehrs, die Lage in Polen, die Beziehungen der Bundesrepublik bzw. der USA zu Frankreich, die INF-Verhandlungen, die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD, die Beziehungen der Volksrepublik China zur Bundesrepublik, den USA und der UdSSR sowie den Nahost-Konflikt.
- 335** 07.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1735
- Steinkühler informiert über den außenpolitischen Teil der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. Im Vordergrund standen die Ost-West-Beziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Lage in Polen und Afghanistan. Außerdem wurden der Nahost-Konflikt und die Lage im Libanon behandelt.
- 336** 07.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1737
- Steinkühler resümiert den mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der EG-Mitgliedstaaten befaßten Teil der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. In die Aussprache einbezogen wurden ebenfalls der EG-Beitritt Portugals und Spaniens, die Handelsbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Drittstaaten und die Haltung Dänemarks zur Gemeinsamen Fischereipolitik.
- 337** 08.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 1741
- Braunmühl untersucht Aussagen von Mitgliedern des ZK der KPdSU, insbesondere der Generalsekretäre Breschnew und Andropow, und des sowjetischen Außenministeriums im Hinblick

- auf die Zielsetzung, eine Umsetzung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern.
- 338**    09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán López in Brüssel    S. 1747
- Themen sind die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und eine mögliche Volksabstimmung zur NATO-Mitgliedschaft des Landes. Weiter werden die Beziehungen zwischen Spanien und den USA sowie die Gibraltar-Frage angesprochen.
- 339**    09.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt    S. 1753
- Pfeffer faßt die Ergebnisse des Treffens der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel zusammen. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Ost-West-Beziehungen, vor allem die in Auftrag gegebenen Studien zu den Wirtschaftsbeziehungen.
- 340**    09.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt    S. 1755
- Pfeffer resümiert den weiteren Verlauf des Treffens der vier Außenminister in Brüssel. Sie besprachen die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Überlegungen für eine KAE, die Lage in Polen, den Wechsel an der Spitze der KPdSU, die Türkei-Hilfe der Bundesrepublik, die griechisch-türkischen Beziehungen, den NATO-Beitritt Spaniens, die politische und wirtschaftliche Situation in Jugoslawien, die VN-Seerechtskonferenz und die Lage in Mittelamerika.
- 341**    09.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt    S. 1761
- Pfeffer rekapituliert den Teil des Treffens der vier Außenminister, der der Lage in und um Berlin sowie deutschlandpolitischen Fragen gewidmet war. Neben den Beziehungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur DDR wurden die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR, die innerdeutschen Beziehungen und die Vorbereitungen der SED für die Lutherfeiern 1983 behandelt.
- 342**    10.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth    S. 1766
- Ruth vermerkt, die USA hätten ihre Partner in der NATO über den Verlauf der zweiten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Verminderung strategischer Rüstungen (START) informiert. Das Schwergewicht habe dabei auf vertrauensbildenden Maßnahmen gelegen.

- 343** 10.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1770  
Seitz
- Seitz referiert die Ergebnisse einer Tagung des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien über die wirtschaftliche Lage in der UdSSR und in Osteuropa. Es sei deutlich geworden, daß der Handelsverkehr zwischen Ost und West auf keiner der beiden Seiten zu politischen Abhängigkeiten geführt habe und daß die UdSSR durch Wirtschaftssanktionen kaum angreifbar sei.
- 344** 10.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1776  
Amt
- Wieck informiert über die Erklärung von Bundesminister Genscher bei der NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Dieser habe sich zum NATO-Beitritt Spaniens, dem Wechsel an der Spitze der KPdSU, zu den INF-Verhandlungen, den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, der Lage in Polen und Fragen der Entwicklungspolitik geäußert.
- 345** 10.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1781  
Amt
- Wieck berichtet, der amerikanische Außenminister Shultz habe bei der NATO-Ministerratstagung in Brüssel den Wechsel an der Spitze der KPdSU, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Polen und die Beziehungen zu den Entwicklungsländern kommentiert.
- 346** 10.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1785  
Amt
- Wieck faßt die wichtigsten Punkte in den Erklärungen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Colombo (Italien) und Pym (Großbritannien) bei der NATO-Ministerratstagung in Brüssel zusammen.
- 347** 10.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das S. 1790  
Auswärtige Amt
- Pfeffer informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Türkmen in Brüssel. Themen waren der Türkei-Bericht der Bundesregierung, die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik, die Finanzhilfe der EG für die Türkei sowie die sowjetisch-türkischen Beziehungen.
- 348** 13.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1794
- Ruth teilt mit, er habe den Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags über den Stand der INF-Verhandlungen unterrichtet. In der Diskussion seien SPD-Abgeordnete zum Teil von bisherigen Positionen der Bundesregie-

rung und der im Bundestag vertretenen Parteien abgerückt. Dies betreffe auch die Forderung nach einer Null-Lösung.

- 349** 13.12. Aufzeichnung der Referate 200, 410 und 501 S. 1796
- In der Aufzeichnung werden die Haltung Frankreichs zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte, insbesondere im Hinblick auf Mehrheitsentscheidungen sowie die Rolle des Europäischen Parlaments, und die bisherigen Verhandlungsergebnisse einer Analyse unterzogen.
- 350** 14.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak S. 1801
- Schwerpunkt des Gesprächs ist der Nahost-Konflikt. Angesprochen werden die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel, der Krieg im Libanon, Friedensinitiativen für den Nahen Osten, das Verhalten der PLO, die Lage in Saudi-Arabien und im Iran sowie der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran.
- 351** 14.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1806
- Ruth gibt einen Überblick zum Stand der INF-Verhandlungen nach dem Ende der dritten Runde. Er skizziert die Positionen der USA und der UdSSR, dabei geht er ausführlich auf den sowjetischen Vorschlag einer speziellen Obergrenze für Raketen ein.
- 352** 16.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1810
- Steinkühler informiert über den Abschluß der Dritten VN-Seerechtskonferenz. Er legt dar, welche Staaten die Schlußakte und das Seerechtsübereinkommen bereits gezeichnet haben, und benennt Gründe für die Haltung der Bundesrepublik.
- 353** 17.12. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Gorenflos und Fischer S. 1813
- Nach einer Hausbesprechung halten die beiden Abteilungsleiter die künftigen Richtlinien für die Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien fest. Der restriktive Charakter solle weiterhin beibehalten, eine Lieferung von Panzern des Typs „Leopard“ in jedem Fall ausgeschlossen werden.
- 354** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1815
- Nach dem Erlaß eines Dekrets der rumänischen Regierung zur Rückerstattung von Ausbildungskosten untersucht Fleischhauer dessen Auswirkungen auf die Ausreise von Deutschstämmigen. Er zeigt verschiedene finanzielle und wirtschaftliche Instrumente auf, die der Bundesrepublik zur Wahrung ihrer Interessen zu Gebote stehen.

- 355** 17.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1821  
Fiedler  
Fiedler empfiehlt, das Ersuchen des Bundesarchivs um Freigabe von Kabinettsprotokollen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts abzulehnen. Er verweist dabei auf die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel und den arabischen Staaten.
- 356** 20.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1824  
Ruth notiert, Schweden habe in einer Verbalnote vorgeschlagen, als vertrauensbildende Maßnahme in Mitteleuropa eine von Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Er empfiehlt, den Vorschlag zurückzuweisen.
- 357** 20.12. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1828  
Auswärtige Amt  
Boss legt den Abschlußbericht über die 28. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vor. Weiterhin ungelöst seien die Datenproblematik, die Frage begleitender Maßnahmen und die Verbindung zwischen den einzelnen Phasen eines Abkommens.
- 358** 20.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1834  
Auswärtige Amt  
Meyer-Landrut sieht in der Ablehnung einer Null-Lösung den Angelpunkt der sowjetischen Position in den INF-Verhandlungen. Der Botschafter vermutet, daß die UdSSR einen Zusammenhang mit START herstellen könnte, um für Konzessionen im interkontinentalstrategischen Bereich Zugeständnisse der USA bei den eurostrategischen Systemen zu erreichen.
- 359** 21.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1839  
Ruth präsentiert die Ergebnisse seiner Gespräche mit Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu den Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß über ein Verbot chemischer Waffen.
- 360** 23.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1842  
Auswärtige Amt  
Meyer-Landrut analysiert die sicherheitspolitischen Teile der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, zum 60. Jahrestag der UdSSR. Auch die von Andropow genannten Vorschläge im Bereich der Rüstungskontrolle seien weiterhin von nur geringem militärischem Wert.
- 361** 27.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1847  
Citron  
Citron unterbreitet Vorschläge zur Flexibilisierung der bisherigen Positionen bei den INF-Verhandlungen und wägt die Vor- und Nachteile der einzelnen Alternativen ab.

- 
- 362**    28.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1855
- Meyer-Landrut teilt mit, der französische Botschafter in Moskau, Arnaud, habe beim sowjetischen Außenminister Gromyko demarchiert, um zu bekräftigen, daß die französischen Nuklearstreitkräfte nicht in die INF-Verhandlungen einbezogen werden dürften, da sie ausschließlich nationalen Zwecken dienen.
- 363**    29.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1857
- Meyer-Landrut berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zur Vorbereitung von dessen Besuch in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt standen die INF-Verhandlungen und der NATO-Doppelbeschluß.

## Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Jahressbände 1949/50–1953, 1962–1981, München 1994–2012.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre, 1. Teilband (4. September 1939 bis 18. März 1940), Baden-Baden/Frankfurt am Main 1961.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Sieglar, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ANDROPOW, Ausgewählte Reden und Schriften Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
- 1980 ANNUAL MEETINGS OF THE BOARDS OF GOVERNORS World Bank 1980. Annual Meetings of the Boards of Governors: Summary Proceedings, Washington D. C. 1980.
- BDFD, I Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BLÄTTER Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 1956 ff.
- BONN UND OST-BERLIN Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- BRANDT, Berliner Ausgabe Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Band 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006.
- BRESHNEW, Wege Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 8: April 1979–März 1981, Berlin [Ost] 1982. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
- BT DRUCKSACHEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- LXXX

- 
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BULLETIN DER EWG Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958–1967.
- BUNDESANZEIGER Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
- BUNDESARBEITSBLATT Bundesarbeitsblatt, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Stuttgart/Köln 1950 ff.
- BUNDESGESETZBLATT Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.
- CARSTENS, Erinnerungen Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CHRISTLICHE FRIEDENSBOTSCHAFT Die christliche Friedensbotschaft: Ansprachen, Reden und Vorträge zum Thema Frieden beim Katholikentag in Düsseldorf (1. bis 5. September 1982). Arbeitshilfen Bd. 28, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn 1982.
- CHURCHILL, Post-War Speeches The Sinews of Peace. Post-War Speeches by Winston S. Churchill, hrsg. von Randolph S. Churchill, London/Toronto/Melbourne/Sydney/Wellington 1953.
- CONGRESSIONAL RECORD Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress, Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966 to September 12, 1966). Congressional Record. Proceedings and Debates of the 91st Congress, First Session, Band 115, Teil 27 (November 26, 1969 to December 4, 1969), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D. C. 1966 bzw. 1969.
- CONSTITUTIONS OF NATIONS Constitutions of Nations. Second Edition. Band III: Nicaragua–Yugoslavia, hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1956.

- CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD  
Constitutions of Nations. Revised Third Edition, Band I: Africa. Band II: Asia, Australia and Oceania, hrsg. von Amos J. Peaslee, bearbeitet von Dorothy Peaslee Xydis, Den Haag 1965 bzw. 1968.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN  
Constitutions of the Countries of the World. The Kingdom of Spain, hrsg. von Rüdiger Wolfrum, Rainer Grote und Gisbert H. Flanz, ohne Ort 2007.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT  
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1947 ff.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT  
Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1962 ff.
- DzD II  
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XVI: 1978. Band XVIII: 1980. Band XIX: 1981. Band XX: 1982, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1980–1986.
- DzD IV  
Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1981  
Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966. Band 7: Vom 12. August bis 31. Dezember 1961, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Biewer, Frankfurt am Main 1976.
- ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982  
United Nations. Economic and Social Council. Official Records. Thirty-Seventh Session, 2 February–13 March 1981. Commission on Human Rights, Supplement Nr. 5, New York 1981.
- EUROPA-ARCHIV  
United Nations. Economic and Social Council. Official Records. Thirty-Eighth Session, 1 February–12 March 1982. Commission on Human Rights, Supplement Nr. 2, New York 1982.
- FRUS 1945  
Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRUS 1945  
Foreign Relations of the United States. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D. C. 1955.

- FRUS 1958–1960 Foreign Relations of the United States, 1958–1960. Band IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, Washington D. C. 1993.
- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1996.
- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States, 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region, Washington D. C. 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GROMYKO, Friedenskurs Andrej A. Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
- HANSARD, Commons The Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Sixth Series. Band 21–27 (Session 1981–1982). Band 33 (Session 1982–1983), London [1983].
- HONECKER, Reden Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7–9, Berlin [Ost] 1982, 1983 bzw. 1985.
- INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
- JAHRESBERICHT DER BUNDESREGIERUNG 1981 Jahresbericht der Bundesregierung 1981, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1982.
- JOURNAL OFFICIEL Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets. Arrêtés, Circulaires, Avis, Communications, Informations et Annonces, Paris 1947 ff.
- JOURNAL OFFICIEL ASSEMBLÉE NATIONALE Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1952 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hans Booms, Band 5: 1952, bearbeitet von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1961 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hartmut Weber, Band 14: 1961, bearbeitet von Ulrich Enders und Jörg Filthaut, München 2004.
- KISSINGER, China Henry Kissinger, China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München 2011.

- KOALITION DER VERNUNFT Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
- KOHL, Erinnerungen Helmut Kohl, Erinnerungen. 1930–1982, München 2004.
- KUNDGEBUNGEN Kundgebungen. Worte, Erklärungen und Dokumente des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Band 2: 1981–1991, hrsg. von Manfred Falkenau, Hannover 1996.
- KWIZINSKIJ, Vor dem Sturm Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- LAW OF THE SEA The Law of the Sea. Official Text of the United Nations Convention on the Law of the Sea with Annexes and Index. Final Act of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea. Introductory Material on the Convention and the Conference, New York 1983.
- LNTS League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements Registered with the Secretariat of the League, hrsg. vom Publications Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.
- MONROE, Writings The Writing of James Monroe including a Collection of his Public and Private Papers and Correspondence, hrsg. von Stanislaus Murray Hamilton, Band VI: 1817–1823, New York 1902.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974 Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980 Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985 Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- NITZE, Hiroshima Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, From Hiroshima to Glas-

- 
- nost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.
- PARTEITAG DER SPD  
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München. Protokoll der Verhandlungen, Angenommene und überwiesene Anträge, 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1982.
- POLISH CRISIS 1980–1981  
From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History, hrsg. von Andrzej Paczkowski, Malcolm Byrne und Gregory F. Domber, Budapest/New York 2007.
- LA POLITIQUE ETRANGÈRE  
La Politique Etrangère de la France. Textes et Documents. 1981 (6 Teilbände), 1982 (4 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Etrangères, Paris 1981 bzw. 1982/83.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1977  
Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 30 to June 24, 1977. Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1978.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1978  
Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978. Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1979  
Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 22, 1979. Band II: June 23 to December 31, 1979, Washington D. C. 1980.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/1981  
Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 und 1982.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1971  
Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1971, Washington D. C. 1972.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1972  
Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1972, Washington D. C. 1974.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981  
Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982  
Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to

- July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- REICHSGESETZBLATT  
Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980  
United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Official Records, Thirty-Fifth Year, New York 1981.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982  
United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1982. Official Records, Thirty-Seventh Year, New York 1983.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983  
United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1983. Official Records, Thirty-Eighth Year, New York 1984.
- ROOSEVELT, Letters  
The Letters of Theodore Roosevelt. Band II: The Years of Preparation 1898–1900, ausgewählt und hrsg. von Elting E. Morison, Cambridge, Mass. 1951.
- SCHMIDT, Menschen  
Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
- SCHMIDT, Nachbarn  
Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
- SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN  
Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, hrsg. von Martin Dallwitz und Klaus Ehring, Reinbek bei Hamburg 1982.
- SED CONTRA POLEN  
„Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, hrsg. von Michael Kubina und Manfred Wilke unter Mitarbeit von Reinhardt Gutsche, Berlin 1995.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT,  
Bd. 2  
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973  
Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG 1973, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, Brüssel, Luxemburg 1974.
- STAATSVERFASSUNGEN DER WELT  
Die Staatsverfassungen der Welt. Band 3: Die Verfassung der Fünften Französischen Republik, hrsg. von Hans Lottig, Frankfurt am Main/Berlin 1961.

- 
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM  
Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TRANSATLANTIC FRIENDSHIP  
A Transatlantic Friendship. Addresses by Queen Wilhelmina, Queen Juliana, and Queen Beatrix of the Netherlands to the Joint Sessions of the United States Congress, Middleburg 1992.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 9th  
Emergency Special Session  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Ninth Emergency Special Session. Provisional Verbatim Record of the Eight Meetings, 29 January–5 February 1982, New York 1982.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 26th Session,  
Plenary Meetings  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 21 September–22 December 1971, 3 Bände, New York 1974.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session,  
Plenary Meetings  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session,  
Plenary Meetings  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28 April, and 20 September 1982, 3 Bände, New York 1986.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 37th Session,  
Plenary Meetings  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Seventh Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 21 September–21 December 1982, 10–13 May, and 19 September 1983, 3 Bände, New York 1986.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 12th Special  
Session  
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twelfth Special Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of the Meetings, 7 June–10 July 1982, New York 1986.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS  
Serie I  
United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS  
Serie II  
United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988 ff.

- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA Vedomosti Verchovnogo Soveta Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, Moskau 1954 ff.
- VERFASSUNGEN DER ERDE Die Verfassungen der Erde in deutscher Sprache nach dem jeweils neuesten Stande, übersetzt und hrsg. von Werner Brorsen, Tübingen 1950.
- VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN Verfassungen der kommunistischen Staaten, hrsg. von Georg Brunner und Boris Meissner, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979.
- VERFASSUNGEN EUROPAS Die Verfassungen Europas, hrsg. von Peter Cornelius Mayer-Tasch in Verbindung mit Ion Contiades, Stuttgart 1966.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WIENER VERHANDLUNGEN Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973–1982, bearbeitet von Susanne Feske, Frank Henneke, Reinhard Mutz und Rudolph Nikutta, hrsg. von Reinhard Mutz, Baden-Baden 1983.
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.

## Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)	BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
AA	Auswärtiges Amt	BM	Bundesminister/ium
ABM	Anti-Ballistic Missile	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AFG	Afghanistan	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
AFL-CIO	American Federation of Labor–Congress of Industrial Organizations	BMI	Bundesminister/ium des Innern
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
AGY	Ägypten	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
AL	Abteilungsleiter	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BND	Bundesnachrichtendienst
AM	Außenminister	BOL	Bolivien
ANC	African National Congress	BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BR	Bundesrepublik
ARENA	Alianza Republicana Nacionalista	BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
ARG	Argentinien	BRD	Bundesrepublik Deutschland
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BSP	Bruttosozialprodukt
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter	BSR	Bundessicherheitsrat
AUS	Australien	BStS	Büro Staatssekretäre
AV	Auslandsvertretung	BT	Bundestag
AWACS	Airborne Warning and Control System	BW	Bundeswehr
AWG	Außenwirtschaftsgesetz	CAN/CDN	Canada
AZ	Aktenzeichen	CBM	Confidence-Building Measures
B/BE	Belgien	CD	Committee on Disarmament
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens		
BGBI	Bundesgesetzblatt		
BIP	Bruttoinlandsprodukt		
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich		
BK	Bundeskanzler		

Abkürzungsverzeichnis

---

CDA	Christen Demokratisch Appèl	DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
C.E.E.	Communauté européenne économique	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	DIA	Defense Intelligence Agency
CENTAG	Central Army Group, Central Europe	DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
CENTO	Central Treaty Organization	DK	Dänemark
CH	Confederatio Helvetica (Schweiz)	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DM	Deutsche Mark
CHN	China	DPC	Defense Planning Committee
CIA	Central Intelligence Agency	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
CINCHAN	Commander-in-Chief Channel	DTA	Democratic Turnhalle Alliance
CIO	<i>siehe AFL-CIO</i>	DW	Dritte Welt
CM	Cruise Missile	ECE	Economic Commission for Europe
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	ECOWAS	Economic Community of West African States
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	ECU	European Currency Unit
Coreu	Correspondance européenne	EFTA	European Free Trade Association
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	EG	Europäische Gemeinschaften
ČSSR	Československá Socialistická Republika/ Tschechoslowakische Sozialistische Republik	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
CSU	Christlich-Soziale Union	EH	Entwicklungshilfe
CTB	Comprehensive Test Ban	EIB	Europäische Investitionsbank
CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor	EL	Entwicklungsländer
D 66	Democraten 66	ELS	El Salvador
DB	Drahtbericht	EP	Europäisches Parlament
DC	Democrazia Cristiana	EPLF	Eritrean People's Liberation Front
DDR	Deutsche Demokratische Republik	EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
DE	Drahterlaß	ER	Europäischer Rat
Dg	(Ministerial-)Dirigent	ERE	Europäische Rechnungseinheit
		ETA	Euskadi Ta Askatasuna
		EU	Europäische Union

XC

EuGH	Europäischer Gerichtshof	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	GB/GRO	Great Britain/ Großbritannien
EVP	Europäische Volkspartei	GD	Generaldirektor
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GDR	German Democratic Republic
EWS	Europäisches Währungssystem	geh.	geheim
EZ	Entwicklungs- zusammenarbeit	GG	Grundgesetz
F/FRA	Frankreich	GK	Generalkonsul bzw. Generalkonsulat
FBS	Forward Based Systems	GL	Gruppenleiter
FCO	Foreign and Commonwealth Office	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
FDJ	Freie Deutsche Jugend	GR	Griechenland
FDP	Freie Demokratische Partei	GS	Generalsekretär
FDR	Frente Democrático Revolucionario	GSG	Grenzschutzgruppe
FF	Französischer Franc/ Franc français	GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
FFA	Forces françaises en Allemagne	GV	Generalversammlung
FLS	Frontlinienstaaten/Front Line States	hfl	Niederländischer Gulden
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional	HH	Haushalt
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola	HLG	High Level Group
FNS	Friedrich-Naumann- Stiftung	HNS	Host Nation Support
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique	I/IT	Italien
FRG	Federal Republic of Germany	IAEA	International Atomic Energy Agency
FS	Fernschreiben	IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional	IAU	International Accounting Unit
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte	ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
FY	Fiscal Year	IDA	International Development Association
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit	IDD	Integrated Decision Document
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	IG	Interessengemeinschaft/ Industriegewerkschaft
		i. G.	im Generalstab
		IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
		IL	Industrielländer

Abkürzungsverzeichnis

---

ILO	International Labour Organization	KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
IMF	International Monetary Fund	KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
IMS	International Military Staff	L/LUX	Luxemburg
INF	Intermediate Range Nuclear Forces	LA	Lateinamerika
IRA	Irish Republican Army	LLDC	Least Developed Countries
IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile	LPI	Leiter Planungsstab
IRL	Irland	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
IRN	Iran	LRTNF	Long Range Theater Nuclear Forces
ISL	Island	MB	Ministerbüro
ISR	Israel	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
ITU	International Telecommunication Union	MC	Military Committee
IWF	Internationaler Währungsfonds	MCM	Montants Compensatoires Monétaires
JAN/JAP	Japan	MD	Ministerialdirektor
JAR	Jemenitische Arabische Republik	MdB	Mitglied des Bundestags
JOR	Jordanien	MDg	Ministerialdirigent
JUG	Jugoslawien	MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa	MNF	Multinational Force in Lebanon
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	MP	Ministerpräsident/in
KG	Kontaktgruppe	MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	MR	Ministerialrat
KKW	Kernkraftwerk	MS	Mitgliedstaaten
KOL	Kolumbien	MWSt	Mehrwertsteuer
KP	Kommunistische Partei	MX	Missile Experimental
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	N/NWG	Norwegen
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	NAM	Namibia
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs	NASA	National Aeronautics and Space Administration
KPI	Kommunistische Partei Italiens	NATO	North Atlantic Treaty Organization
KPM	Königliche Porzellan-Manufaktur	NfD	Nur für den Dienstgebrauch
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	NIC	Nicaragua
		NL	Niederlande
		N+N	Neutrale und Nichtgebundene
		NO	Naher Osten
		NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe
		NPT	Non-Proliferation Treaty
XCH			

NRW	Nordrhein-Westfalen	PSI	Partito Socialista Italiano
NS	Nationalsozialismus	PSOE	Partido Socialista Obrero Español
NSC/NSR	National Security Council/Nationaler Sicherheitsrat	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag	PTG	Portugal
NVA	Nationale Volksarmee	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
NY	New York	PvdA	Partij van de Arbeid
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit	RA	Rechtsanwalt
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten	RBM	Regierender Bürgermeister
OAU	Organization of African Unity	RDF/RDJTF	Rapid Deployment (Joint Task) Force
OB	Oberbürgermeister	Res.	Resolution
OE	Österreich	RFA	République Fédérale d'Allemagne
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	RL	Referatsleiter
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt	RR	Regierungsrat
OZ	Ortszeit	RSA	Republic of South Africa
PAC	Pan Africanist Congress	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
PASOK	Panellinio Sozialistiko Kinima	RUM	Rumänien
PCI	Partito Comunista Italiano	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
PCN	Partido de Conciliación Nacional	SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
PDC	Partido Demócrata Cristiano	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine	SAM	Surface-to-Air Missile
PK	Politisches Komitee	SAR	Saudi-Arabien
PL/POL	Polen	SB	Schriftbericht
PLA	Palestine Liberation Army	SCC	Standing Consultative Commission
PLI	Partito Liberale Italiano	SCG	Special Consultative Group
PLO	Palestine Liberation Organization	SD	Stronniectwo Demokratyczne
PM	Premierminister/in	SDP	Social Democratic Party
PR	Public Relations	SEATO	Southeast Asia Treaty Organization
PRI	Partito Repubblicano Italiano	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano	SF	Suomi-Finland
		SG	Special Group

Abkürzungsverzeichnis

---

SGV	Sondergeneralversammlung	UCD	Unión de Centro Democrático
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SI	Sozialistische Internationale	UK	United Kingdom
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute	UN(O)	United Nations (Organization)
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	UNDC	United Nations Disarmament Commission
SOW	Sowjetunion	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SPA	Spanien	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SPC	Senior Political Committee	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik	UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
SRINF	Short Range Intermediate Range Nuclear Forces	U.R.S.S.	Union des républiques socialistes soviétiques
SS	Surface to Surface	US/USA	United States of America
SSSR	Sojus Sowjetskich Sozialistischeschik Respublik	USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
START	Strategic Arms Reduction Talks	USSR	Union of Soviet Socialist Republics
StGB	Strafgesetzbuch	UStS	Unterstaatssekretär
StM	Staatsminister	UVS	Upravlenie voennykh sil
StPO	Strafprozeßordnung	VAE	Vereinigte Arabische Emirate
str. geh.	streng geheim	VAR	Vereinigte Arabische Republik
StS	Staatssekretär	VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
St.V.	Ständiger Vertreter	VE	Verrechnungseinheit
SU	Sowjetunion	VK	Vereinigtes Königreich
SV	Sichtvermerk	VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)
SWAPO	South West Africa People's Organization	VM	Verteidigungsminister
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik	VN	Vereinte Nationen
SZR	Sonderziehungsrecht	VP	Vizepräsident
TR/TUR	Türkei/Turkey	VR	Volksrepublik
TNF	Theater Nuclear Forces	VS	Verschlusssache
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)		
TZ	Technische Zusammenarbeit		
UA	Unterabteilung		

XCIV

VS-v	VS-vertraulich	YU	Yugoslavia
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie	ZA	Zentralamerika
WEU	Westeuropäische Union	ZANU (PF)	Zimbabwe African National Union (Patriotic Front)
WHNS	Wartime Host Nation Support	z.g.K.	zur gefälligen Kenntnisnahme
WHO	World Health Organization	ZK	Zentralkomitee
WP	Warschauer Pakt	ZYP	Zypern
Wv	Wiedervorlage		

# Dokumente



## 1

**Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von der Heyden**

214-320.10 POL-32/82 geheim

3. Januar 1982<sup>1</sup>

Betr.: Lage in Polen;

hier: Botschaft des Bundeskanzlers an Jaruzelski<sup>2</sup>

Gespräch Botschafter Negwer mit Stellvertretendem MP Rakowski und AM Czyrek

Bezug: DB 16 der Botschaft Warschau vom 3.1.1982

– POL 320.10 geh. VS-Tgb.-Nr. 8/82 geh.<sup>3</sup>DB 15 der Botschaft Warschau – POL 320.10<sup>4</sup>

I. Das Gespräch von Botschafter Negwer mit Czyrek und Rakowski wie auch der von AM Czyrek im Rahmen dieses Gespräches übergebene Antwortbrief von Jaruzelski vom 4<sup>5</sup>.1.1982 an den Bundeskanzler haben keine wesentlich neuen Elemente in der polnischen Argumentation uns gegenüber gebracht.

– Das Kriegsrecht gilt weiter.<sup>6</sup> Die Verhängung des Kriegsrechts wird als vor-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat Kröger am 6. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 387 und Dok. 389.

<sup>3</sup> Botschafter Negwer, Warschau, übermittelte eine Übersetzung des am 3. Januar 1982 übergebenen Schreibens von Ministerpräsident Jaruzelski an Bundeskanzler Schmidt und teilte dazu mit: „Eine erste Wertung zeigt, daß Jaruzelski sich bei aller Höflichkeit strikt auf den Standpunkt der polnischen Souveränität [stellt] und somit indirekt die von Herrn Bundeskanzler ausgedrückte Besorgnis über die Lage in Polen zurückweist. Er schließt sich dieser nur insoweit an, als sie sich auf das Schicksal der Ost-West-Beziehungen erstreckt, wenn auch aus anderen Gründen. Im übrigen stellt er betont auf gesamteuropäische Aspekte ab und unterstreicht die Bedeutung der Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen für die polnische Entwicklung. Auf den Kern unserer Besorgnisse, aber auch auf den besonderen Hintergrund der deutsch-polnischen Beziehungen geht er nur in sehr distanzierter Form ein. Er ist in der gegebenen Lage zu einem wirklichen Dialog offenbar nicht bereit.“ Vgl. VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 3. Januar 1982, er habe am selben Tag ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski und dem polnischen Außenminister Czyrek geführt: „Beide Herren zeigten sich beeindruckt, vermochten in ihren Einlassungen aber nicht, die von uns so dringlich erwarteten konkreten Signale als unmittelbar bevorstehend anzukündigen. Ihre Argumentationslinie bewegte sich vielmehr dahin, eine voranschreitende Normalisierung der Lage nachzuweisen, in deren Verlauf sich unsere Erwartungen schrittweise – wenn auch ohne zeitliche Präzisierung – erfüllen würden bzw. schon dabei seien, sich zu erfüllen. [...] Insgesamt vermittelte das Gespräch den deutlichen Eindruck, daß die polnische Führung nicht bereit oder nicht in der Lage ist, den verfolgten Kurs der evolutionären Normalisierung durch die von uns geforderten deutlicheren Signale zu beschleunigen. Entweder scheut sie die Risiken oder – angesichts der für Polen so gefährlichen Konstellation im Westen und des Zeitfaktors ist eine solche Schlußfolgerung fast zwingend – sie ist nicht in vollem Umfang Herr ihrer Entschlüsse.“ Vgl. VS-Bd. 13320 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Diese Zahl wurde von Legationsrat Kröger gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „3“.

<sup>6</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde der Kriegszustand für das gesamte Territorium Polens verkündet. Zugleich wurde ein Militärart unter Führung des Generalsekretärs des ZK der PVAP, des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski, gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365. Ministerialdirigent Bräutigam vermerkte am 5. Januar 1982: „Wir neigen zu der Auffassung, daß Polen schon vor der Verhängung des Ausnahmezustandes unter schwerem sowjetischen Druck stand, Jaruzelski gleichwohl im nationalen polnischen Interesse zu handeln glaubte, um eine sowjetische

übergehend bezeichnet. Angaben über zeitliche Vorstellungen hinsichtlich der Aufhebung des Kriegsrechts werden<sup>7</sup> nicht gemacht.<sup>8</sup>

- Zu den Internierungen (von Jaruzelski mit 5000 angegeben): Jeden Tag Freilassungen – bisher ein Sechstel –, keine neuen Internierungen.<sup>9</sup>
- Der Prozeß der Reformen und der Erneuerung soll fortgesetzt werden (kein Zurück zu den Verhältnissen vor August 1980 – kein Zurück zur Anarchie vor dem 13. Dezember 1981). Der Dialog mit Kirche und Vertretern von „Solidarität“ wird als in Gang befindlich bezeichnet. Gespräche mit einer wieder zugelassenen „Solidarität“ und mit Wałęsa werden jedoch ausdrücklich für die Zeit des Kriegsrechts, in der die Gewerkschaftsrechte suspendiert seien, abgelehnt. Die Bedeutung Wałęsas innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft wird heruntergespielt.
- Die Wirtschaftssituation wird als sehr schwierig dargestellt, mit der Gefahr erheblicher zusätzlicher Belastungen durch die angekündigten amerikanischen Sanktionen. Dem wird unsere Bereitschaft zur Fortsetzung wirtschaftlicher Zusammenarbeit (ohne die Erwähnung der Verknüpfung mit der weiteren Entwicklung) gegenübergestellt.
- Der Hinweis des Bundeskanzlers in seinem Brief an Jaruzelski auf den Grundsatz der Nichteinmischung wird einseitig nur in dem Sinn ausgelegt, daß von uns erwartet wird, daß wir uns einer Politik der Druckausübung auf Polen<sup>10</sup> nicht anschließen.  
Demgegenüber wird die Diskussion über die Folgen der Verhängung des Kriegsrechts, das der Sicherung der Reformen dienen soll, als rein innerpolnische Angelegenheit hingestellt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 3*

Intervention abzuwenden. Wir sehen in Jaruzelski kein Instrument der SU. Ausnahmezustand daher nicht offener sowjetischer Intervention gleichzusetzen. [...] Militär- und Sicherheitskräfte scheinen inzwischen Lage unter Kontrolle zu haben. Streiks und Unruheherde sind gewaltsam aufgelöst worden. Dabei hat es auch Todesopfer gegeben, aber nur wenige, wie uns glaubhaft versichert worden ist (ca. zehn). Gegenwärtig wohl im ganzen Lande keine aktiven Streiks mehr, wohl aber in seinem Ausmaß nicht zu beurteilender passiver Widerstand, zu dem auch in den Untergrund gegangene Führer von ‚Solidarität‘ aufrufen. [...] Verhängung langfristiger Gefängnisstrafen für Streikführer. Die Zahl der Internierten, die in offiziellen Verlautbarungen (auch Rakowski gegenüber BM) mit ca. 5000 angegeben wird, kann von uns nicht überprüft werden. Vermutlich liegt sie höher.“ Vgl. VS-Bd. 13321 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt: „vorher“.

<sup>8</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Siehe aber: Stufenweise Aufhebung angestrebt.“

<sup>9</sup> Referat 214 vermerkte am 5. Februar 1982: „Nach einer Verordnung des Justizministeriums Polens vom 13.12.1981 wurden 49 ‚Isolierungszentren für Internierte‘ in Gefängnissen, getrennten Abteilungen von Strafanstalten, Zentren der Resozialisierung gebildet. In dieser Zahl sind nicht enthalten die sogenannten ‚Erholungsheime‘, in denen sich prominente Intellektuelle wie Mazowiecki und Bartoszewski befinden und [die] offenbar als Vorzeigeobjekte dienen sollen. Nach unbestätigten Meldungen soll nunmehr auch Wałęsa offiziell – und in einem abgeschlossenen Gebäude – interniert sein. [...] Die Zahl der Internierten wurde von Jaruzelski (25.1.) mit 4549 angegeben, vom Justizministerium mit 4129, während die Kirche 5100 bis 5200 Namen auf ihren Listen führt. Übereinstimmend erklären offizielle Kreise, 1760 Internierte seien seit dem 13.12. wieder freigelassen worden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132916.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt: „(US)“.

- Hinsichtlich der weiteren Entwicklung wird versucht, den Eindruck einer stetigen Normalisierung, Milderung des Kriegsrechts („wird nach Maßgabe der Möglichkeiten schrittweise aufgehoben“).<sup>11</sup>
- Bezug zu dem Hintergrund der deutsch-polnischen Beziehungen nur in allgemeiner Form.

II. 1) Von der Form her ist die Ausführlichkeit bemerkenswert, mit der Jaruzelski auf den Brief des Bundeskanzlers vom 25.12.1981 eingeht. Das Schwergewicht der Ausführungen Jaruzelskis liegt in der Verteidigung der Verhängung des Kriegsrechts, während sich Rakowski und Czyrek in dem Gespräch mit Botschafter Negwer mehr auf die Darstellung der bereits erreichten und noch folgenden Normalisierung der Situation konzentrieren.

2) Der Brief Jaruzelskis wie auch das Gespräch von Botschafter Negwer mit Rakowski und Czyrek vermitteln den Eindruck, daß die polnische Führung derzeit offensichtlich nicht bereit oder in der Lage ist, schnell auf unsere gegenüber der polnischen Seite geäußerte Erwartung in der von uns gewollten Weise einzugehen (Aufhebung des Kriegsrechts, Entlassung der Internierten, Wiederaufnahme des Reformkurses einschließlich des Dialogs mit Kirche und Solidarität, u. a. mit Wałęsa).

Von der Übermittlung von Signalen, wie sie von uns gegenüber der polnischen Seite mit allem Nachdruck als wesentlich und notwendig herausgestellt worden waren, kann unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Rede sein.

Herrn D2 z. g. K. vorgelegt.<sup>12</sup>

von der Heyden

**VS-Bd. 13320 (214)**

<sup>11</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>12</sup> Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen.

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington

Geheim

5. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 5.1.1982 von 10.30 Uhr bis 11.00 Uhr im Weißen Haus<sup>2</sup>

Teilnehmer: die Außenminister Genscher und Haig, die Botschafter<sup>3</sup>, Chef BK<sup>4</sup>, Eagleburger, AL<sup>2</sup><sup>5</sup> und Mitarbeiter des VP.

*Bundeskanzler* berichtet, daß ihm osteuropäische Gesprächspartner erfreut über die sich anbahnenden besseren Beziehungen zwischen China und den osteuropäischen Ländern berichteten. Sie zeigten deutliche Genugtuung über die Aussicht einer erneuten Verständigung zwischen den beiden kommunistischen Großreichen.

Bei allem Verständnis für Taiwan kann die USA China wegen seiner strategischen Bedeutung nicht vernachlässigen. Für die neuen Generationen nach Deng und Breschnew könnte der alte Streit zwischen China und der SU an Bedeutung verlieren. In China könnte man sich wieder an den Gedanken der Äquidistanz zwischen den beiden Großmächten gewöhnen. Wie seinerzeit die Pingpong-Diplomatie der Annäherung China–USA voranging, so werden jetzt Sportwettkämpfe in Osteuropa als erfreuliches Zeichen einer Wiederannäherung verstanden.

*Genscher* berichtet von seiner China-Reise<sup>6</sup>, daß seine Gesprächspartner ihm die amerikanischen Waffenverkäufe nach Taiwan<sup>7</sup> als außerordentlich seriöses Problem geschildert haben.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 5. Januar 1982 gefertigt und am 8. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers Vermerke über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan (im Oval Office und beim Arbeitessen) und mit Vizepräsident Bush. Vermerke über die Gespräche mit VM Weinberger und den Senatoren folgen.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 8. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Braunmühl am 17. Januar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 3–5, Dok. 9, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>3</sup> Arthur F. Burns (USA) und Peter Hermes (Bundesrepublik).

<sup>4</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>5</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 283 und Dok. 286.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente vermerkte am 18. Januar 1982: „1) Ende Dezember 1981 tat Washington zunächst die Absicht kund, Taiwan einen größeren Posten militärischer Ersatzteile zu liefern (nach US-Pressemeldungen im Wert von 97 Mio. Dollar). In der zweiten Januarwoche entsandte es den Abteilungsleiter Ostasien/Pazifik, Holdridge, nach Peking und gab, während dieser in Peking ‚konsultierte‘, bekannt, es sei bereit, Taiwan ‚mit solchen Waffen zu versorgen, wie nötig sein können, Taiwan in die Lage zu versetzen, eine genügende Selbstverteidigungskapazität auf-

*Bush* bestätigt, daß auch die Amerikaner eine gewisse neue Stimmung in China feststellen. Was der Bundeskanzler berichtet, ist sehr interessant, aber China scheint jedenfalls zur Zeit noch nicht sein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit den USA verloren zu haben.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß der Bruch zwischen der SU und China teilweise auch auf den Antagonismus der beiden politischen Führer<sup>8</sup> zurückging, die beide jetzt tot sind. Er rät den Amerikanern, die Entwicklung sehr sorgfältig zu verfolgen.

*Bush* betont, daß Washington sehr vorsichtig sein werde, aber für die SU wird das übermäßige Wachstum der asiatischen Bevölkerung eher ein Grund der Rivalität zu China sein, während in China das tiefe Mißtrauen aus der Chruschtschow-Zeit noch durchaus lebendig ist. Eine ganze Generation ist darauf getrimmt worden, in der Ablehnung des Jangtse-Brücke-Projekts eine nationale Demütigung zu sehen. Die USA beschäftigen sich sehr mit ihrer Beziehung zu China, vor allem aus strategischen Gründen, weniger aus Handelsgründen, aber durchaus auch wegen der guten kulturellen Beziehungen. Aber sie kann auch den alten treuen Freund Taiwan nicht fallenlassen.

*Haig* betont, daß die USA die Bemerkungen des Kanzlers sehr ernst nimmt. Deng hat bei seinem Besuch in Washington<sup>9</sup> deutlich gemacht, daß in China eine gewisse Ernüchterung über die Beziehungen mit dem Westen eingesetzt hat. Fünf Jahre Öffnung gegenüber dem Westen hat China keine entscheidenden strategischen Vorteile eingebracht. Es scheint auch wirtschaftlich nicht wesentlich davon profitiert zu haben. Und außerdem scheint Deng die Kontrolle in China langsam zu entgleiten.

*Bush* betont, daß man bei aller Bedeutung der Beziehungen zu China nicht zulassen kann, daß es den USA ihre Beziehungen zu Taiwan vorschreibt.

*Bundeskanzler* meint, daß sich die Amerikaner davor hüten sollten, zu viele Freunde in der Welt zu verlieren. Er macht sich große Sorgen über eine mögliche Annäherung zwischen China und der SU. Ihm kam es nur darauf an, der amerikanischen Regierung zu übermitteln, daß er bei seinen osteuropäischen Gesprächspartnern deutlich die Genugtuung über eine sich anbahnende Verbesserung der Beziehung zwischen Moskau und Peking spüren konnte. Sein Ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 6*

rechtzuerhalten'. Für Kampfflugzeuge fortgeschrittener Technologie bestehe jedoch kein militärischer Bedarf (Presseverlautbarung des State Department vom 11.1.1982). [...] 2) Die Chinesen hatten nach der amerikanischen Entscheidung über Ersatzteillieferungen an Taiwan ihre Polemik noch gesteigert. Sie protestierten sodann ‚scharf‘ dagegen, daß der Beschluß vom 11.1. bekanntgegeben worden sei, noch während man verhandelt habe. [...] 3) Hintergrund: Bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1.1.79 hatten die USA ihre grundsätzliche Absicht angekündigt, Taiwan mit Verteidigungswaffen zu beliefern, und zwar noch über den 1.1.80, an dem der gekündigte Verteidigungsvertrag mit Taiwan auslief, hinaus. Die Chinesen hatten von Beginn an erklärt, sie hielten Waffenlieferungen für unzulässig, hatten aber trotz dieses ihnen bekannten offenen Dissenses mit Washington eine breite Zusammenarbeit begonnen. Erst als Reagan und seine Berater während des Wahlkampfes und z.T. auch danach in wenig geschickter Weise erklärten, an dem alten Verbündeten Taiwan geschehenes Unrecht wiedergutmachen zu wollen, begann Peking mit zunehmender Schärfe zu reagieren.“ Vgl. Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>8</sup> Mao Zedong (Volksrepublik China) und Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (UdSSR).

<sup>9</sup> Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 33 und Dok. 37.

sprächspartner war Honecker, der seine Information sicher direkt aus Moskau hat.<sup>10</sup>

*Bush* betont, daß sich auch Washington darüber Sorge macht, nicht allzu viele Freunde in der Welt zu verlieren, aber man kann nicht jede chinesische Forderung an die amerikanische Außenpolitik hinnehmen.

*Haig* glaubt, daß die Chinesen Taiwan nur als Vorwand benutzen, um ihre größere Sorge über die amerikanische Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen. Man könnte z. B. mehr tun in der Handelspolitik gegenüber China.

*Bush* bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Chinesen die amerikanischen Getreidelieferungen an die SU scharf kritisiert haben, weil die USA damit ihren Feind stärken. Er sieht ein, daß die amerikanischen Getreidelieferungen an die SU der Welt erläutert werden müssen. Die Hauptgründe für die Aufhebung des Getreideembargos<sup>11</sup> sind, daß es die amerikanische Wirtschaft mehr trifft als den Empfänger und daß Präsident Reagan eine Zusage um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen halten mußte. Die Amerikaner haben aber jetzt wegen Polen Sanktionen gegen die SU verhängt<sup>12</sup> und hoffen, daß die Verbündeten ihnen folgen werden.

*Bundeskanzler* betont, daß Getreide wohl der einzige Rohstoff ist, bei dem die Sowjetunion wirklich verwundbar ist. Hochentwickelte Technologie wurde ihr immer vorenthalten.

<sup>10</sup> Anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR legte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einem Gespräch am 12. Dezember 1981 am Döllnsee dar, „daß die Sowjetunion um eine Normalisierung ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen zur Volksrepublik China bemüht sei. Erster Ansatz dazu sei die Einladung der Chinesen zu einem großen Turn- und Sportwettkampf in Moskau gewesen. Er verglich dieses Ereignis mit dem chinesisch-amerikanischen Pingpong, welches Auftakt zur Aufnahme der Gespräche Peking/Washington gewesen war. Auch die DDR strebe eine Normalisierung ihrer Beziehungen zur VR China an, könne jedoch nicht vorsehen. [...] Nach Auffassung Honeckers hätten die Sowjets eingesehen, daß sie ihr Verhältnis zur VR China auf Dauer normalisieren müßten, auch wenn es entlang der langen gemeinsamen Grenze immer wieder Schwierigkeiten gebe.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 693 f.

<sup>11</sup> Als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 kündigte Präsident Carter in einer Fernseh- und Rundfunkansprache am 4. Januar 1980 eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA an, unter anderem die Einschränkung von Getreidelieferungen. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.

Die Einschränkung von Getreidelieferungen an die UdSSR wurde von Präsident Reagan in einer Erklärung vom 24. April 1981 zurückgenommen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 382. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 614 f.

<sup>12</sup> Präsident Reagan verkündete am 29. Dezember 1981 Sanktionen gegen die UdSSR. Dazu gehörten die Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot“ in die USA; die Schließung der sowjetischen Einkaufskommission; die Suspendierung der Ausgabe oder Erneuerung von Lizenzen für den Export von elektronischer Ausrüstung, Computern und anderem hochtechnologischem Gerät in die UdSSR; die Verschiebung der Verhandlungen über ein neues langfristiges Getreideabkommen; die Suspendierung der Verhandlungen über ein neues bilaterales Schiffsabkommen sowie eine neue Regelung für die Zugangskontrolle von sowjetischen Schiffen zu amerikanischen Häfen; die Suspendierung der Ausstellung von Lizenzen für den Export von Ausrüstungsgegenständen zur Öl- und Gasförderung in die UdSSR; die Nichterneuerung bilateraler Austauschvereinbarungen einschließlich von Abkommen über Energie, Wissenschaft und Technologie. Für den Wortlaut der Erklärung Reagans vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1209. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 163 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 391.

*Bush*: Nach unserem Urteil stehen die Sowjets z.B. beim Bau ihrer U-Boote sehr wesentlich von der westlichen Technologie. (BK: Man sollte die sowjetische Technologie nicht unterschätzen.)

Er sieht gute Gründe für eine intensive Diskussion unter den Verbündeten über die Probleme des Technologietransfers. (Hierzu übermittelte VP Bush dem Bundeskanzler im Anschluß an das Gespräch eine Zusammenstellung technischer Komponenten westlicher Herkunft in sowjetischer Rüstung.)

*Bundeskanzler* berichtet, daß Breschnew in Bonn<sup>13</sup> die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SU zugegeben hat. Er hat der Feststellung des Bundeskanzlers nicht widersprochen, daß die SU voraussichtlich jährlich 50 Mio. Tonnen Getreide einführen muß. Sicher wird sie auch einiges Getreide für Krisenzeiten lagern. Sie muß aber voraussichtlich auch einiges an die Polen und die Rumänen liefern.

**VS-Bd. 14111 (010)**

### 3

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan in Washington

**Geheim**

**5. Januar 1982<sup>1</sup>**

Gespräch im Oval Office des Weißen Hauses, 5.1.1982<sup>2</sup>, 11.00 bis 12.20 Uhr<sup>3</sup>

Präsident Reagan, Bundeskanzler, VP Bush, AM Haig, BM Genscher, E. Meese, W. Clark, Chef BK<sup>4</sup>.

*Bundeskanzler* gibt einen Überblick über die Gespräche des gestrigen Abends, die nach seinem Eindruck ausgezeichnet verlaufen seien. Er informiert sich beim Präsidenten über einige Aspekte der Geschichte des Weißen Hauses. Bundeskanzler gibt seiner Sorge darüber Ausdruck, daß einige Aktionen der US-Außenpolitik in Asien zu einer Entfremdung der VR China von den USA und zu einer gewissen Annäherung der VR China an die SU führen könnten. Honek-

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 2, Anm. 1.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „4.1.1982“.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2, Dok. 4, Dok. 5, Dok. 9, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>4</sup> Manfred Lahnstein.

ker habe ihm vertraulich, nicht ohne Information aus Moskau und mit kaum verhüllter Genugtuung über diese Eventualität berichtet.<sup>5</sup>

*Präsident* hebt hervor, daß über lange Zeit SU und VR China Alliierte gewesen seien. Außerdem hingen sie beide dem gleichen kommunistischen „Glauben“ an, selbst wenn es sich dabei im Fall der Pekinger Führung wohl nur um ein Lippenbekenntnis handele. *Bundeskanzler* rät dazu, der VR China die Vorteile einer guten Beziehung zu den USA deutlicher zu machen. *Präsident* sieht in einer zu raschen Entwicklung der chinesischen Machtposition (mit US-Hilfe) ein großes Risiko („trap“) für den Fall, daß sich die VR China von einer derartigen Position aus mit der SU verbinden könnte.

*Bundeskanzler* leitet die Erörterung wirtschaftlicher Fragen mit dem Hinweis darauf ein, daß er während seines Florida-Urlaubs<sup>6</sup> viele, auch regionale Zeitungen gelesen und zahlreiche Gespräche geführt habe. Er sei durch die Lebhaftigkeit beeindruckt gewesen, mit der in den Medien die ökonomische Debatte geführt werde.

Als der *Präsident* ihn eingeladen habe, nach seinem Urlaub in Washington vorbeizusehen, habe er vorgehabt, wirtschaftliche Fragen in den Mittelpunkt des Gesprächs zu rücken. Trotz der mittlerweile eingetretenen Verwicklungen in und um Polen bleibe er der Ansicht, mit dem *Präsidenten* die Wirtschaftslage und die hier sichtbar werdenden Probleme erörtern zu sollen.

In den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA sehe er nicht ein nationales Problem, sondern vielmehr ein Phänomen mit weltweiten Auswirkungen. Es handele sich um die durch stagflationäre Elemente gekennzeichnete, schwerste Weltrezession seit langen Jahrzehnten. Die westliche Staatenwelt (außer vielleicht Japan), die Entwicklungsländer, aber auch COMECON seien sämtlich betroffen.

Man habe es mit den höchsten Zinsen seit Kriegsende und gleichzeitig mit dem höchsten Zinsniveau zu tun, das jemals in einer Rezessionsphase zu verzeichnen gewesen sei. Die verheerenden Auswirkungen auf private Ausrüstungs- und Bauinvestitionen lägen auf der Hand, von daher habe die weltweite Arbeitslosigkeit ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Es bestehe das Risiko, daß sich aus der Weltrezession eine Weltdepression entwickeln könnte. Was das bedeute, habe er als junger Mensch erlebt. Hitler sei die Frucht dieser Phase gewesen, und auch heute drohten aus ökonomischer Fehlentwicklung soziale Unruhe und die strategische Gefahr politischer Destabilisierung. Mehrere Länder Westeuropas seien praktisch unregierbar geworden: Belgien, Niederlande, Italien (Lob für den „liberalen“ Spadolini).

Im Ernstfall werde Osteuropa weniger stark betroffen sein, da man dort mit harter Hand das Bedürfnisniveau zusammendrücken und außerdem Regimewechsel verhindern könne.

In der heutigen Landschaft gebe es weder „nationale Ökonomien“ noch nationale Kapitalmärkte mehr. Deshalb müßte, ausgehend von den USA, das Zinsniveau

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. Dezember 1981 am Döllnsee; Dok. 2, Anm. 10.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida, bevor er am 4. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in Washington eintraf.

weltweit abgesenkt werden. Er wolle hier nicht die Fed<sup>7</sup> kritisieren, sondern in erster Linie auf Inflation und öffentliche Kreditaufnahme hinweisen, die die Fed in die eingeschlagene Richtung gezwungen hätten und sie dort festhielten.

Aus einer ähnlichen Entwicklung habe die Bundesregierung die Konsequenzen gezogen und erhebliche Haushaltskürzungen durchgesetzt.<sup>8</sup> Davon seien mit Wirkung vom 1.1.82 16 Leistungsgesetze betroffen, was für eine sozialliberale Koalition besonders schwierig gewesen sei. Das Ergebnis könne sich sehen lassen: Nettokreditaufnahme des Bundes von 27 Mrd. DM bei einer 1800-Mrd.-DM-Volkswirtschaft. Dies schone die Kapitalmärkte, entlaste die Leistungsbilanz und verringere die Notwendigkeit von Kapitalimporten.

Da auch aus anderen Gründen sich die Leistungsbilanz spürbar verbessere (Energiepolitik, gute Exportsituation), ergebe sich für die Bundesrepublik ein etwas größeres Ausmaß an Unabhängigkeit von den Dollarzinsen. Gleiches könne von anderen westeuropäischen „non-oil-economies“ nicht gesagt werden. Diese Länder könnten ihre Kapitalimporte häufig nur zu Zinsen finanzieren, die über denjenigen der USA liegen. Die überragende Stellung des Dollars auf den internationalen Finanzmärkten erleichtere es den USA, ihre Kapitalimporte zu finanzieren, der gleiche Umstand mache es den Partnern schwerer.

Deshalb müßten sich die USA darum bemühen, insbesondere das Niveau für den Langfristzins nach unten zu drücken. Er wisse, daß dies leichter gesagt als getan sei.

Das derzeitige überhöhte Zinsniveau müsse durch verstärkte „Crowding-out“-Effekte auch den für die zweite Hälfte dieses Jahres möglichen Aufschwung verzögern und/oder behindern.

Mit 35 bis 40 Prozent des aggregierten OECD-BSP seien die USA zur Führung aufgerufen. Noch einmal: Das Risiko der politischen Instabilisierung beunruhige ihn am meisten.

*Präsident* erinnert sich an seine Eindrücke und Erlebnisse aus der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise. Ihr habe an sich erst der Zweite Weltkrieg ein Ende gemacht. Das aber sei ein teures Heilmittel. Die Weltwirtschaftskrise habe die Konzeptionen des Wohlfahrtsstaates und einer interventionistischen Zentralregierung produziert. Sein Wahlkampf 1980<sup>9</sup> sei auf die Themen hohe Zinsen, niedrige Sparquote, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation konzen-

<sup>7</sup> Federal Reserve System.

<sup>8</sup> In der Presse wurde am 31. Juli 1981 berichtet: „Die Bundesregierung hat [...] nach vielstündigen Beratungen die ‚Eckwerte‘ für den Bundeshaushalt 1982 gesetzt. Danach soll der Haushalt im nächsten Jahr um knapp 10 Milliarden Mark oder 4,2 Prozent auf ein Gesamtvolumen von 240,85 Milliarden Mark steigen. Die Neuverschuldung wird auf 26,5 Milliarden Mark begrenzt, womit sich gegenüber dem laufenden Jahr eine Ermäßigung ergebe. [...] Nach Angaben des Bundeskanzlers sollen gesetzlich festgelegte Ausgaben in Höhe von 9,5 Milliarden Mark gekürzt werden. Dazu kommt die Verringerung von Etat-Ansätzen um 2,5 Milliarden Mark.“ Vgl. den Artikel „Eckwerte‘ für den Haushalt 1982 beschlossen. Erhöhung um 4,2 Prozent – Weniger neue Schulden“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, S. 1 f.

Am 19. Dezember 1981 wurde mitgeteilt, das „Gesetzgebungsverfahren über die Sanierung der staatlichen Haushalte und der Sozialversicherung“ sei am Vortag abgeschlossen worden. Vgl. den Artikel „Gesetzgebung zur Sanierung des Bundeshaushaltes abgeschlossen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Dezember 1981, S. 1 f.

<sup>9</sup> Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging.

triert gewesen. Von daher habe er sein wirtschaftspolitisches Konzept entwickelt. Im Kern gehe es ihm darum, über Markt und Wettbewerb die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Nur so könne die amerikanische Volkswirtschaft dauerhaft gesund sein. Es werde keine künstlichen Stimuli geben, die doch nur in stop-and-go-policies („rollercoaster-effects“) bei nach untenweisendem Gesamttrend enden würden.

Er bitte um Verständnis und Geduld für seinen Weg: Die Masse der Steuerensenkungen stehe noch aus, dennoch seien bereits erste Erfolge sichtbar. Die Zinsen seien von 21 Prozent auf 15 Prozent gefallen, bei der Inflationsrate nähere man sich dem gegenwärtigen deutschen Niveau, von zehn Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung wiesen vier nach oben, sechs sanken praktisch nicht weiter ab. Der Regierungsapparat und die ihm zur Verfügung stehenden Finanzmittel seien weiterhin zu groß, ihr Anteil am BSP zu hoch. Mit den größten Ausgaben- und Einnahmensenkungen der amerikanischen Geschichte werde er das nunmehr ändern. Über höhere wirtschaftliche Leistung würden die allgemeinen Steuerensenkungen letztlich zu höheren Staatseinnahmen führen. Für die Mitte des Jahres rechne er mit einem deutlichen Aufschwung – wichtig sei, daß im Unterschied zu 1980 die Mehrzahl der Bürger seit 1981 an eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse glaube. Gleichzeitig entwickelten sich zahllose vor- und außerstaatliche Aktivitäten im Sozial- und Bildungsbereich. Dies sei viel besser als das blinde Verlassen auf den Staat.

Er unterstreiche, Aufschwung um die Jahresmitte, gleichzeitig würden die Zinsen weiter sinken. (*Bundeskanzler*: Wirklich beides gleichzeitig? *Präsident*: Ja!) (*Bundeskanzler* und *Präsident* tauschen Informationen über die Sparquoten in beiden Ländern aus.)

*VP Bush*: Es dürfe keinen Irrtum geben, *Präsident*, er selbst und Administration sähen im Haushaltsdefizit ein sehr ernstes Problem. Man glaube allerdings nicht allen derzeit angestellten Prognosen.

*Bundeskanzler* unterstreicht erneut, er wolle an der US-Politik keinerlei Einzelkritik üben, sondern nur auf die Notwendigkeit hinweisen, das Zinsniveau abzusenken.

*Präsident* erläutert, daß die „unabhängige Fed“ (*Bundeskanzler*: unabhängig wie bei uns die Bundesbank) die Rezession durch Fehler bei der Geldmengensteuerung und dadurch ausgelöste überhöhte Zinsen mit hervorgerufen habe. Man sei nach unten aus dem Zielkorridor herausgefallen und habe aus Angst, falsche Signale zu setzen, keine Kurskorrektur vorgenommen. Der *Bundeskanzler* solle sich durch die US-Wirtschaftspresse nicht zu sehr beeinflussen lassen. Aus Untersuchungen ergebe sich, daß 80 Prozent der „media people“ linksliberal einzuordnen seien und für die Demokraten gestimmt hätten. Wenn er höchstehend die US-Wirtschaft auf Kurs bringen würde, würde das der „Miami Herald“ wohl als „Unfall“ bezeichnen.

*Bundeskanzler* dringt darauf zu achten, daß 1982 die Zinsen nicht erneut nach oben gehen. Das wäre für die Industrie- und die Entwicklungsländer ein Desaster.

*Präsident* weist abschließend erneut auf die Notwendigkeit hin, Mißbräuche im Transfersystem zu beseitigen. Eine von ihm eingesetzte Kommission habe al-

lein hier bereits Einsparungen von 2 Mrd. Dollar bewirkt, dieses Bemühen werde mit Nachdruck fortgesetzt.

Auf Polen eingehend, bemerkt der Präsident, ihm sei bewußt, daß die US-Presse den Bundeskanzler ungerecht behandelt habe.<sup>10</sup> Er jedenfalls sei über das sehr erfreut, was der Bundeskanzler bislang in Washington zu diesem Thema und zu dem Vorgehen der USA gesagt habe.

In der überaus harten Antwort Breschnews<sup>11</sup> auf seinen letzten Brief sei viel die Rede von der Selbstbestimmung der Polen. Damit sei er wohl einverstanden. Nur verstehe er darunter die Selbstbestimmung des polnischen Volkes, nicht die der polnischen Armee.

Die von ihm angekündigten Sanktionen seien gemäßigt und rückholbar.<sup>12</sup> Die Hilfe für das polnische Volk werde fortgesetzt. Dies gelte für alle Formen der Hilfe, die den Adressaten auch wirklich erreichten. Die katholische Kirche und eventuell auch das IKRK könnten hier eine wertvolle Kontrollfunktion übernehmen.

*Bundeskanzler* verweist auf das gestrige Treffen der EG-Außenminister<sup>13</sup>: Darüber sollte BM Genscher noch einiges sagen. Er möchte die Aufmerksam-

<sup>10</sup> In einer undatierten Zusammenfassung der „US-Pressestimmen im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers in Washington“ hieß es: „Bereits zum Jahresende hatte sich in den amerikanischen Medien ein vorherrschend negatives Meinungsbild zur deutschen Haltung in der Polen-Frage aufgebaut, das in Erwartung des Kanzler-Besuchs zunehmend schärfere kritische Konturen annahm. Mit großenteils geringer Verständnisbereitschaft für die Bonner Argumente setzten sich viele Kommentatoren recht undifferenziert mit vermeintlichen wirtschaftlichen (Erdgas-Röhren-Geschäft) und politischen Motiven (innerdeutsches Verhältnis) seitens der Bundesrepublik gegenüber Moskau auseinander. Als Beweis für das angeblich den Zusammenhalt der westlichen Allianz gefährdende Verhalten Bonn, das aktuell auf die Problematik der Sanktionspolitik bezogen wurde, wurden immer wieder beifällige Äußerungen aus Moskau an die Adresse der Bundesrepublik herangezogen. Von namhaften Kommentatoren ist die Möglichkeit bzw. sogar Opportunität einer Lokierung der transatlantischen Bindungen ventiliert worden.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124930.

<sup>11</sup> Der amerikanische Botschafter Burns übergab Staatssekretär von Staden am 28. Dezember 1981 „Elemente der Antwort GS Breschnews vom 26.12.1981 auf das Schreiben Präsident Reagans vom 23.12.1981“. Darin hieß es: „US overt and covert interference in the internal affairs of Poland has been underway for a long time, and gross interference in Poland's affairs is the official policy of the U.S. The Soviet Union condemns this policy and considers it unacceptable. [...] No one should interfere with what the Polish authorities are doing in their own home. The social order in Poland was chosen by the Poles themselves, and no one can direct the Polish leadership on how to conduct its affairs or on which methods should be used to stabilize the situation in the country. The Soviet Union rejects claims of anyone to interfere in the events occurring in Poland. Such attempts grossly violate international law and are thoroughly amoral.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6679 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 29. Dezember 1981; VS-Bd. 13318 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 26. Dezember 1981, Präsident Reagan habe in seiner Weihnachtsansprache vom 23. Dezember 1981 folgende Sanktionen gegen Polen verkündet: „a) Keine Verschiffung von staatlichen amerikanischen Landwirtschafts- und Milchprodukten an die polnische Regierung; Stopp der Erneuerung der Kreditlinie für Exportkredite der Ex[port]-Im[port]-Bank für die polnische Regierung; c) Ankündigung der Aufhebung der zivilen Flugrechte für Polen in den Vereinigten Staaten; d) Aufhebung der polnischen Fischereirechte in amerikanischen Gewässern; e) Vorschlag an die Alliierten, hochtechnologische Exporte Restriktionen zu unterwerfen; f) für den Fall der Fortdauer des Gebrauchs der Gewalt gegen die polnische Bevölkerung hat Reagan weitere ernste Konsequenzen angedroht und entsprechende Schreiben an Jaruzelski und Breschnew gerichtet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132920.

Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).

<sup>13</sup> Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 7.

keit auf seine Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 18.12.1981<sup>14</sup> sowie auf die praktisch einstimmig verabschiedete Parlamentsentschließung<sup>15</sup> vom gleichen Tage richten. Wenn man diese Entschließung mit dem von den EG-Außenministern verabschiedeten Text<sup>16</sup> vergleiche, ergebe sich eine erstaunliche Ähnlichkeit. Das gleiche gelte übrigens auch für den Vergleich mit den Äußerungen des Präsidenten vom 23.12.81.

Er sei darüber verärgert, daß über diese Zusammenhänge in der US-Presse nichts zu lesen gewesen sei. Genscher und er hätten das EG-Treffen gern bereits im Dezember gehabt, dies sei wegen der Vorbehalte „eines Landes“ nicht möglich gewesen. Er sehe nun dem NATO-Außenminister-Treffen der nächsten Woche<sup>17</sup> und dem KSZE-Treffen auf Ministerebene<sup>18</sup> mit großem Interesse entgegen. Ob nun die Sowjets und die Polen kommen würden oder nicht, Madrid sei auf jeden Fall eine gute Bühne. Dort könnten sich auch Länder zu Worte melden, die dem Bündnis nicht angehörten.

BM *Genscher* erläutert die wesentlichen Ergebnisse des EG-AM-Treffens. Er verweist insbesondere auf die für Polen zu steckenden Ziele sowie auf die Überzeugung, daß man hier ein wichtiges Symptom für eine tiefgreifende Krise des kommunistischen Systems vor sich habe. Von der EG-Resolution sollte auch die heute zu erarbeitende, gemeinsame deutsch-amerikanische Presseerklärung<sup>19</sup> ausgehen.

Er erinnere daran, daß der Bundeskanzler der einzige europäische Regierungschef gewesen sei, der durch seinen Brief an Breschnew auf die sowjetische Mitverantwortung für die polnische Entwicklung hingewiesen habe.<sup>20</sup> Er erläutere das Ziel der Tindemans-Mission, von der er nach wie vor hoffe, daß sie bald zustande kommen werde.<sup>21</sup> T. werde nur nach Warschau reisen, wenn er Jaruzelski, Glempl und die Solidarność-Führung sehen werde. Man solle der polnischen Führung auch die Option vorführen, bei Erfüllung der im EG-Text niedergelegten Ziele auf wirksame westliche Hilfe rechnen zu können. Durch dieses Vorgehen könne ein Prozeß eingeleitet werden, der am Ende geeignet sei, die polnische Bewegungsfreiheit zu erhöhen. Im übrigen sei in der EG auf

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f.

<sup>17</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>18</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und Bundeskanzler Schmidt vom 5. Januar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 165–167.

<sup>20</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 386 und Dok. 388.

<sup>21</sup> Zur Frage einer Reise des belgischen Außenministers Tindemans nach Warschau vgl. Dok. 7.

deutsch-britische Initiative hin verabredet worden, die US-Sanktionen nicht zu unterminieren. Auch hierzu sei hinfort enge Abstimmung nötig. Bei seinem Besuch in Bonn<sup>22</sup> habe Rakowski die drei Optionen vorgeführt, vor denen Jaruzelski und er gestanden hätten:

- Rücktritt mit anschließendem Vorrücken der orthodoxen Dogmatiker;
- Hinnahme des für den 21.12. geplant gewesenen Generalstreiks mit anschließender SU-Intervention;
- Verhängung des Kriegsrechtszustandes.

Auch diesen Hintergrund müsse man bei der Beurteilung der polnischen Vorgänge sehen.

*Präsident* stellt unzweideutig klar, daß die INF-Verhandlungen weitergehen sollen.<sup>23</sup> Eine Unterbrechung wäre nur von Vorteil für die SU, da diese über einen Rüstungsvorsprung verfüge.

*Bundeskanzler* bedankt sich ausdrücklich für diese Äußerung. Er bedankt sich außerdem für die ungewöhnlich wichtige Rede des Präsidenten vom 18.11.1981<sup>24</sup>. Er erläutert die Vorgeschichte des Doppelbeschlusses<sup>25</sup> und seine persönliche Rolle in derselben. Es dürfe keinerlei Zweifel daran geben, daß er an beiden Teilen dieses Beschlusses festhalten werde. Wenn durch Schuld der SU die Verhandlungen nicht zum Ziele führten, müsse nachgerüstet werden.

#### VS-Bd. 14111 (010)

<sup>22</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>23</sup> Die erste Runde der INF-Verhandlungen begann am 30. November 1981 in Genf und wurde am 15. Dezember 1981 für eine Weihnachts- und Neujahrspause unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380. Vgl. dazu ferner Dok. 11.

Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 11. Januar 1982: „In der ACDA wurde uns gegenüber betont, daß die Fortführung der INF-Verhandlungen am 12.1.82 nahtlos an die Gespräche im Dezember anschließe. Neue Weisungen seien nicht erforderlich. [...] Ein amerikanischer Vertragsentwurf sei noch nicht fertiggestellt. Man hoffe jedoch, einen solchen Entwurf im Verlauf der Runde, die bis Mitte März dauern werde, auf den Tisch legen zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 140; VS-Bd. 12050 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 17, Anm. 14.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>25</sup> Auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde beschlossen, daß angesichts des Aufwuchses sowjetischer Nuklearsysteme insbesondere im Mittelstreckenbereich „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden“ sollten. Im Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses wurde dafür die Dislozierung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen als Ersatz für die bisher stationierten amerikanischen Pershing-I-A-Raketen sowie von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) „in ausgewählten Ländern“ beschlossen. Zugleich kamen die Minister überein, „daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden“. Sie unterstützten ferner die Entscheidung der USA, mit der UdSSR im Zuge von SALT III über Begrenzungen für landgestützte LRTNF-Raketensysteme zu verhandeln. Die Begrenzungen müßten verifizierbar sein und in einer Form vereinbart werden, „die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt“. Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan in Washington

VS-vertraulich

5. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan beim Arbeitessen im White House am 5.1.1982 von 12.25 Uhr bis 13.40 Uhr (mit Delegationen)<sup>2</sup>

*Bundeskanzler* berichtet auf Frage des Präsidenten, daß der Besuch Breschnews in Bonn im November 1981<sup>3</sup> auf die Einladung zurückgeht, die er 1980 bei seinem Besuch in Moskau<sup>4</sup> ausgesprochen hatte. Er hat AM Haig gebeten, dem Präsidenten Auszüge aus seinen Tischreden im Kreml 1980<sup>5</sup> und in Bonn 1981<sup>6</sup> zu übermitteln.

Breschnew war in etwas besserer Gesundheitsform als 1980. Das änderte sich allerdings von Tag zu Tag. Die Rolle Gromykos war gegenüber 1980 gewachsen. Breschnew vergewisserte sich während der Gespräche bei Gromyko, was er sagen konnte. Aber der große Respekt, der dem Generalsekretär von der ganzen Delegation entgegengebracht wurde, blieb deutlich. Er selbst hatte das Gefühl, daß ihn die gegenwärtige Führungsgruppe an der Spitze halten möchte, wie krank er auch immer sein mag. Wahrscheinlich würden sie sich ohne ihn unsicherer fühlen. Auf Fragen, was nach Breschnew geschehen könnte, geben sie keine Antwort.

Von allen amerikanischen Präsidenten, denen er begegnet ist, schätzt Breschnew offensichtlich Nixon am meisten. Er glaubte seine Politik zu verstehen, während er die Politik Carters keinesfalls verstehen konnte. (Reagan: Das haben wir jedenfalls gemeinsam.) Es fällt Breschnew auch schwer, Intentionen und Ziele der gegenwärtigen amerikanischen Regierung zu verstehen. Daher sind persönliche Kontakte außerordentlich wichtig. Reagan kann nicht davon ausgehen, daß Breschnew die sicher sehr guten Berichte Dobrynins liest. Er kann dagegen erwarten, daß Breschnew von einer persönlichen Begegnung beeindruckt sein wird und auch besser die politische Konzeption (*grand strategy*) der amerikanischen Administration verstehen wird. Im persönlichen Gespräch kommt Breschnew immer häufiger auf seine Kriegserlebnisse zu sprechen. Es

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 5. Januar 1982 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 2, Anm. 1.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2, Dok. 3, Dok. 5, Dok. 9, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte vom 22. bis 25. November 1981 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt beim Abendessen am 30. Juni 1980 im Kreml vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt beim Abendessen am 23. November 1981 in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1981, S. 963–966.

ist deutlich, wie sehr er einen neuen Krieg fürchtet. In Fragen der Rüstungskontrolle wird er Kompromißlösungen eher aufgeschlossen gegenüberstehen als andere Mitglieder im Politbüro.

In Moskau 1980 sprach er auf seine Bitte mit Ustinow und Ogarkow, die beide ihn und BM Genscher durch ihre professionelle Kompetenz, aber auch durch ihr selbstbewußtes, gelassenes Auftreten beeindruckt haben. Sie zeigten sich nicht nur gut informiert über die militärische Stärke der Amerikaner, sondern schienen auch zu glauben, daß sie notfalls überlegen sein würden. Außer VM Brown<sup>7</sup> scheinen sie unter den führenden westlichen Politikern nur mit Genscher und ihm selbst gesprochen zu haben.

Nach seinem Gefühl ist es gefährlich, wenn die sowjetische Führung die amerikanische Politik nicht verstehen kann. Sie sollte besser erklärt werden, nicht um den Sowjets das Leben leichter zu machen, aber um ihnen das Gefühl der Kontinuität des amerikanischen politischen Konzepts zu vermitteln. Sie könnten sich sonst zu leicht den Amerikanern überlegen fühlen. Dies Gefühl der Überlegenheit könnte gefährlich werden. Es ist daher äußerst wichtig, ihm von vornherein entgegenzuwirken.

Unter diesem Aspekt hat er daher auch besonders die Rede des Präsidenten vom 18. November<sup>8</sup> begrüßt. Er hat Breschnew berichtet, daß Reagan bereits beim ersten Treffen nach seiner Wahl<sup>9</sup> betont habe, daß er über Rüstungskontrolle verhandeln und immer wieder verhandeln werde. Er hatte Breschnew auch versichert, daß die SU bei einem Scheitern der INF-Verhandlungen keine Chance hat, seine Regierung oder irgendeine andere vorstellbare Bundesregierung von der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland abzubringen. Er ist überzeugt, daß Reagan auf Breschnew bei einem persönlichen Treffen einen tiefen Eindruck machen wird. Ein solches Treffen wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege sein, die Sowjets zum richtigen Verständnis der kontinuierlichen amerikanischen grand strategy zu bringen. Man muß freundlich und fair im Ton mit ihnen sprechen, in der Sache allerdings deutlich, nach dem Motto Teddy Roosevelts „speak softly and carry a big stick“<sup>10</sup>. Die Sowjets lassen ihre Irritation über die amerikanische Regierung den Europäern gegenüber deutlich erkennen. Darin liegt die Gefahr, daß sie die amerikanische Stärke unterschätzen und zu Fehlentscheidungen kommen. Wir haben sie offensichtlich beeindruckt durch unser klares Bekenntnis zur Allianz

<sup>7</sup> Während der Zusammenkunft des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien führte der amerikanische Verteidigungsminister Brown ein Gespräch mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow. Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 22. Juni 1979, er sei am selben Tag vom stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, darüber informiert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2325; VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Am 20. November 1980 traf er in Washington mit dem designierten Präsidenten Reagan zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

<sup>10</sup> Der Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New York, Roosevelt, verwendete den Ausdruck „speak softly and carry a big stick“, der zu einem Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik während seiner Präsidentschaft von 1901 bis 1909 wurde, erstmals in einem Schreiben vom 26. Januar 1900. Vgl. dazu ROOSEVELT, Letters, Vol. II, S. 1141.

und gleichzeitig ein gewisses Verständnis für ihre sowjetischen Probleme. Die Gespräche waren informell, aber sie mußten die klare Entschiedenheit der Bundesrepublik fühlen.

Sie waren offensichtlich nicht sehr beeindruckt davon, daß Carter sie nach dem Treffen von Guadeloupe<sup>11</sup> in Wien<sup>12</sup> überhaupt nicht auf die Mittelstreckenraketen ansprach. Ihm wurde in Moskau 1979 auf dem Durchflug nach Tokio<sup>13</sup> vorgehalten, er habe dieses Problem offensichtlich übertrieben.

*Reagan* erwähnt eine Karikatur, in der Breschnew vor Generälen sagt: „Mir gefällt der Rüstungswettlauf besser, wenn wir allein dabei sind!“

*Bundeskanzler* sieht in Breschnew einen richtigen Russen, der zugleich sentimental und brutal sein kann, einen Eindruck, den *Reagan* bestätigt. Bei seinem einzigen Treffen in Kalifornien hat er auf seine Frage, ob ihm auch klar wäre, wie viele Millionen Menschen Hoffnungen auf dieses Treffen mit Nixon<sup>14</sup> setzen, seine Hand mit beiden Händen ergriffen und gesagt: „Das ist alles in meinem Herzen!“ In seinem Brief aus dem Krankenhaus vom Frühsommer<sup>15</sup> hat er ihn an diese Begegnung erinnert.

*Bundeskanzler* betont, daß die Sowjets daran festhalten, daß die Welt in Jalta<sup>16</sup> geteilt wurde, und sie daher jede Einmischung in ihren Bereich ablehnen (wobei sie, wie Reagan betont, übersehen, daß sie das Abkommen von Jalta in vielen Punkten, z. B. auch bei der Selbstbestimmung, gebrochen haben). Auf Frage Bushs, wer Breschnew nachfolgen könne, meint er, daß dies wahrscheinlich einer der Parteisekretäre aus einer der sowjetischen Republiken sein werde, der jedenfalls kaum außenpolitische Erfahrung hat. Er stellt die Frage, ob nicht unsere Militärs mehr mit ihren sowjetischen Kollegen sprechen sollten. Man könnte von ihnen andere wichtige Aspekte der sowjetischen Machtstrukturen erfahren als von den Beamten des sowjetischen Außenministeriums, die immer nur wie Advokaten handeln. Breschnew selbst scheint sich in der Außenpolitik sehr stark auf seine beiden Mitarbeiter Alexandrow und Blatow zu verlassen.

<sup>11</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>12</sup> Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

<sup>13</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1979 in Japan auf. Bei seinem Flug nach Tokio machte er am 25. Juni 1979 in Moskau Station. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1979, I, Dok. 188.

<sup>14</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA auf.

<sup>15</sup> Bei seinen Ausführungen vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington zitierte Präsident Reagan aus einem Schreiben vom April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und erinnerte an dessen Aufenthalt vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654 f.

<sup>16</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Jalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

Bundeskanzler schlägt vor, in die gemeinsame Erklärung auch noch einen Absatz über die Entwicklung des deutsch-amerikanischen Austauschs und die Bestellung der Koordinatoren aufzunehmen.<sup>17</sup> (Reagan stimmt auf Empfehlung Haigs zu.) Er fragt nach der amerikanischen Beurteilung der Lage in Zentralamerika und in Kuba.

*Reagan* berichtet, daß die sowjetische Brigade immer noch in Kuba ist.<sup>18</sup> Washington unterstützt die gegenwärtige Regierung in El Salvador<sup>19</sup>, weil sie eine Regierung der Mitte ist. Für die Wahlen im März<sup>20</sup> hat sie auch die Linken eingeladen, die aber bisher nur mit Drohungen gegen die Wahlen geantwortet haben.

In Nicaragua herrschen weitgehend die Sowjets mit Hilfe von 3000 (Haig verbessert: 6000) Kubanern, die mit russischen Panzern und anderen Waffen weit über die Erfordernisse ihrer eigenen Sicherheit ausgerüstet sind. Die anderen insgesamt eher labilen zentralamerikanischen Staaten sind sich dieser Gefahr voll bewußt.

*Bush* und *Reagan* erläutern auf Frage des Bundeskanzlers das Problem der illegalen Einwanderung aus Kuba und anderen Ländern Lateinamerikas, dem der Bundeskanzler während seines Florida-Urlaubs<sup>21</sup> begegnet war.

*Bundeskanzler* erläutert die Ausländerproblematik in der Bundesrepublik, insbesondere die Probleme der Türken, die sich nicht in Deutschland integrieren wollen. Unsere Sozialgesetzgebung schafft einen Anreiz für immer mehr Ausländer, unter verschiedensten Gründen und Vorwänden nach Deutschland zu kommen. Wir können nicht mehr lange mit den Folgen dieser Einwanderung fertigwerden, die noch durch die Freizügigkeitsregelung innerhalb der EG<sup>22</sup> verstärkt wird. Sein Besuch in der DDR wurde nach seinem Eindruck von der Bevölkerung als Zeichen der Hoffnung und des Vertrauens gewertet. Zum ersten Mal brachte er einen kommunistischen Führer in die Kirche, den Dom in Gü-

<sup>17</sup> In der Gemeinsamen Erklärung vom 5. Januar 1982 hieß es, Präsident Reagan und Bundeskanzler Schmidt hätten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Haig „in ihren jeweiligen Ministerien Koordinatoren für deutsch-amerikanische Beziehungen benannt haben. Im amerikanischen Außenministerium wurde diese Aufgabe dem Abteilungsleiter für Europa, Lawrence S. Eagleburger, übertragen. Im Auswärtigen Amt werden diese Aufgaben von Staatsminister Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher wahrgenommen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167.

<sup>18</sup> Am 31. August 1979 unterrichteten die USA den Ständigen NATO-Rat über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

<sup>19</sup> Am 15. Oktober 1979 übernahm eine Militärregierung die Macht in El Salvador. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 298.

Den Vorsitz der Militärregierung übernahm am 22. Dezember 1980 ihr bisheriges Mitglied, Duarte. Zur weiteren Entwicklung in El Salvador vgl. AAPD 1981, III, Dok. 343.

<sup>20</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida, bevor er am 4. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in Washington eintraf.

<sup>22</sup> Der EWG-Vertrag vom 25. März 1957 sah in seinen Artikeln 48 bis 73 die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, des freien Niederlassungsrechts, des freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs bis zum Ende einer Übergangszeit von zwölf Jahren vor. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 806–820.

strow, wo sich der Bischof<sup>23</sup> vor allen Fernsehkameras an den Marxisten Honnecker und den Christen Schmidt wandte.<sup>24</sup>

Bundeskanzler fragt nach einer Bemerkung von Bush über die einseitige Sicht der Probleme Zentralamerikas durch die Franzosen, warum die Amerikaner nicht ein Seminar auf hoher Ebene über Lateinamerika in Europa veranstalten. Die einseitige Sicht ist oft eher eine Frage des Nichtwissens als des Nichtverstehenwollens.

*Reagan* berichtet über die amerikanischen Vorstellungen für einen Caribbean Basin Plan.<sup>25</sup> Er soll dazu beitragen, die sozialen Probleme zu lösen, die der politischen Unruhe zugrunde liegen, und die Wirtschaft anzukurbeln.

*Bundeskanzler* hält die Stabilisierung der Bevölkerungszahl für das wichtigste Problem. Trotz Papst und Kirche braucht die Welt, die einer Bevölkerung von sechs Milliarden im Jahre 2000 keinen anständigen Lebensstandard garantieren kann, dringend eine Kontrolle des Bevölkerungswachstums.

Die Gespräche enden mit einer Durchsicht und Billigung des Textes der gemeinsamen Erklärung und einem kurzen Gedankenaustausch über die Bemerkungen vor der Presse vor dem Weißen Haus<sup>26</sup>.

**VS-Bd. 14111 (010)**

<sup>23</sup> Heinrich Rathke.

<sup>24</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363 und Dok. 364. Zum Besuch in Güstrow am 13. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 368.

<sup>25</sup> Referat 330 erläuterte Ende Juli 1981, auf Einladung der amerikanischen Regierung habe am 11./12. Juli 1981 in Nassau eine Konferenz der Außenminister Castañeda (Mexiko), Haig (USA), MacGuigan (Kanada) und Zambrano Velasco (Venezuela) stattgefunden. Die Teilnehmer hätten vereinbart, durch exploratorische Gespräche Umfang und Art der Hilfsbedürftigkeit karibischer und mittelamerikanischer Staaten festzustellen, um ein koordiniertes Hilfsprogramm ausarbeiten zu können. Vgl. dazu Unterabteilung 33, Bd. 125156.

<sup>26</sup> Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 5. Januar 1982 den Text der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt vor der Presse am selben Tag. Dabei ging Schmidt auf die Lage in Polen, die INF-Verhandlungen in Genf sowie weltwirtschaftliche Fragen ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 36; Referat 204, Bd. 124930.

## 5

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

VS-vertraulich

5. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Verteidigungsminister Weinberger am 5. Januar 1982 von 15.00 Uhr bis 16.20 Uhr im Blair House<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: BM Genscher, StS von Staden, Botschafter Hermes, MD von der Gablentz, Generalmajor von Ondarza; Generalstabschef Jones, StS Carlucci, General Williams, F. Iklé, Mr. Hughes.

Einleitend erläutert Mr. *Hughes* (Pentagon) die neuesten Aufnahmen sowjetischer Interkontinentalraketen, der SS-20 und SS-21.<sup>3</sup> *Weinberger* weist darauf hin, daß es keinerlei Anzeichen gibt, daß die in den Aufnahmen und Grafiken dargelegte Entwicklung sich verlangsamt.

*Bundeskanzler* hat den Eindruck, daß die Militärs in der SU aufgrund von allgemeinen Entscheidungen des Politbüros die Rüstung vorantreiben, ohne daß alle Mitglieder des Politbüros sich dieser Entwicklung und ihrer politischen Implikationen voll bewußt sind. *Jones* hat den Eindruck, daß von den Militärs lediglich Ustinow eine gewisse unabhängige politische Macht in der Nähe von Breschnew darstellt. Er scheint sogar unabhängiger zu sein als Gromyko.

*Bundeskanzler* betont, daß Gromyko sicherlich die militärischen und außenpolitischen Zusammenhänge versteht. Er berichtet, daß er beim Arbeitsessen im White House darauf hingewiesen habe, daß Kontakte westlicher Militärs mit ihren sowjetischen Kollegen auch deswegen interessant sein können, weil sie Eindrücke vom sowjetischen Denken und dem Funktionieren des Systems vermitteln können, die nicht vom sowjetischen Außenministerium vermittelt werden können.

*Hughes* erläutert auf Frage des Bundeskanzlers während des Lichtbildervortrags, daß die sowjetischen Raketen wohl zumeist auf militärische Ziele im Westen, aber wohl auch auf westliche Städte gerichtet sind. Er bestätigt, daß eine SS-20 mit ihren drei Sprengköpfen gleichzeitig drei große deutsche Städte auslöschen kann. Er berichtet über die erstmals fotografierte Stationierung

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 8. Januar 1982 gefertigt und am 11. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers die vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerke über seine Gespräche mit den Senatoren am 5. Januar und mit VM Weinberger am 5. Januar 1982“.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 11. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Braunnmühl vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2–4, Dok. 9, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>3</sup> Die Wörter „Interkontinentalraketen“, „SS-20“ und „SS-21“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Ploetz unterschlägelt. Dazu Fragezeichen.

von SS-21 mit der Reichweite von etwa 120 km in der DDR. Er erwartet eine Stationierung von 185 SS-21 in der DDR Ende der 80er Jahre.

*Bundeskanzler* knüpft an eine Frage *Weinbergers* nach der öffentlichen Präsentation der Zahlen und Bilder der fortlaufenden sowjetischen Rüstung an und betont, daß die öffentliche Darlegung der sowjetischen Rüstung ein zweischneidiges Problem ist. Man darf die Europäer nicht durch Behauptung militärischer Überlegenheit der Sowjetunion erschrecken. Meinungsumfragen zeigen, daß 80 % unserer Bevölkerung für das enge Bündnis mit den USA eintreten. Aber im Gegensatz zu früher glaubt heute eine Mehrheit der Befragten, daß die SU stärker ist als die USA. Das ist ein Ergebnis öffentlicher Reden und Darstellungen in den USA, die auf die Psychologie in Europa keine Rücksicht nehmen. Ohne Rücksichtnahme auf die psychologische Lage in Europa läuft man Gefahr, die Europäer eher zu verschrecken, als sie an die Allianz zu binden.

*Weinberger* stimmt dem *Bundeskanzler* zu, daß eine einseitige Betonung der sowjetischen Rüstung in der Öffentlichkeit ein zweischneidiges Problem ist. Aber wir müssen die Tatsachen der Rüstung deutlich darstellen, wenn wir unsere Öffentlichkeit davon überzeugen wollen, daß wir eine ausreichende Stärke – nicht Überlegenheit – im Westen herstellen müssen, um das Fenster der Verwundbarkeit rechtzeitig zu schließen. Er stimmt dem *Bundeskanzler* zu, daß es gefährlich wäre, wenn sich bei den Europäern der Eindruck einer sowjetischen Überlegenheit festsetzte.

*Bundeskanzler* berichtet, daß nach den neuesten Umfragen 53 % aller Deutschen die USA für das wirtschaftlich, aber nur 27 % für das militärisch stärkste Land halten (die Zahlen für die SU lauten 3 % bzw. 48 %). Dieser falsche Eindruck ist die Folge einer falschen Präsentation durch den Westen. Die Amerikaner müssen den Europäern bei der Unterrichtung über die sowjetische Rüstung gleichzeitig die Sicherheit vermitteln, daß sie selbst die Fähigkeit zur Abschreckung besitzen. Sie dürfen die Öffentlichkeit insbesondere in den Nicht-Nuklearstaaten Europas nicht erschrecken. In den Nuklearstaaten ist die psychologische Lage anders.

Diese Entwicklung in der öffentlichen Meinung hat erst 1981 eingesetzt. Sie ist das Ergebnis einer öffentlichen Debatte über die Möglichkeit einer begrenzten nuklearen Kriegsführung in Europa. *Breschnew* mußte den Europäern zu Hilfe kommen mit seiner Bemerkung, daß eine solche Kriegsführung undenkbar sei.<sup>4</sup> Auch die Amerikaner müssen dies klarstellen. Sie können, wenn sie ihre öffentliche Darstellung nicht auf die Psychologie der Europäer einstellen, nicht auf Dauer damit rechnen, daß die Nicht-Nuklearstaaten Europas bereit sind, solche Debatten hinzunehmen. Man darf nicht vergessen, daß auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland – in der Größe vergleichbar dem Staate Oregon mit seinen zweieinhalb Millionen Einwohnern – 61 Millionen Deutsche leben und etwa 5000 nukleare Sprengköpfe stationiert sind.

Die Bundesregierung wird am Doppelbeschluß festhalten und damit die Gefahr, ein Ziel sowjetischer Raketen zu werden, noch vergrößern. Aber man muß sich bewußt sein, daß man hiermit ein äußerst kompliziertes Problem schafft.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Breschnew*, in dem Interview „Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 37.

Die große Mehrheit der Kirchen, die sich alle in Denkschriften und Diskussionen mit dieser Frage beschäftigen, sagt im wesentlichen: Nuklearwaffen sind moralisch nur dann zulässig, wenn man gleichzeitig wesentliche Bemühungen unternimmt, ihre Zahl unter Kontrolle zu halten und zu reduzieren. Er sage dies, weil er grundsätzlich mit dem übereinstimmt, was die amerikanische Regierung tut. Er stimmt aber nicht überein mit der Präsentation der amerikanischen Politik gegenüber der deutschen Öffentlichkeit. Er gibt zu erwägen, ob man nicht in Washington eine Arbeitsgruppe einsetzen sollte, die sich mit den psychologisch-politischen Problemen in den nicht-nuklearen europäischen Staaten beschäftigt. BM Genscher und er hätten zum Beispiel politisch niemals die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen ohne das Rüstungskontrollangebot akzeptieren können. Eine ernsthafte und erfolgsorientierte Rüstungskontrollpolitik ist erforderlich, um die gemeinsame Verteidigungspolitik in der Öffentlichkeit akzeptabel zu machen.

*Weinberger* stimmt zu, daß wir in der NATO eine Erziehung der Öffentlichkeit in Verteidigungsfragen brauchen. Durch die SS-20 ist allerdings Westeuropa bereits das Zielgebiet sowjetischer Raketen geworden. Die amerikanische Nachrüstung ändert insoweit die Lage nicht. Zusätzliche Anstrengungen zur Erziehung der Öffentlichkeit insbesondere in Europa erscheinen auch ihm von vitaler Bedeutung.

*Bundeskanzler* plädiert noch einmal für ein besseres Gespür für die psychologische Lage von Menschen, die in den Zielgebieten sowjetischer Raketen leben. Die amerikanische Diskussion über einen begrenzten Nuklearkrieg erschwert die Situation in Deutschland außerordentlich. Ihm wird z.B. aufgrund dieser Diskussion immer dringender die Frage gestellt, warum er nicht auf der Seestützung der neuen amerikanischen Systeme bestand, die ihm ursprünglich auch mehr Sinn zu machen schien.

*Weinberger* betont, daß es sich nicht um eine amerikanische Diskussion zu dieser Frage handelt, sondern nur um eine eher zufällige Frage eines Journalisten an den Präsidenten.<sup>5</sup> Es gibt in Amerika auch keine Debatte über die Stationierung von 355 000 amerikanischen Soldaten in Europa. Keiner stellt sie in Frage.

*Bundeskanzler* möchte den Präsidenten nicht kritisieren, betont aber noch einmal sein Interesse, diese öffentliche Debatte ein für allemal abzuschließen.

*Weinberger* möchte abschließend noch die Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms ansprechen.<sup>6</sup> Er hat Verständnis für unsere Haushaltslage, be-

<sup>5</sup> Bei einem Gespräch mit Chefredakteuren regionaler Tageszeitungen am 16. Oktober 1981 antwortete Präsident Reagan auf die Frage, ob ein begrenzter nuklearer Schlagabtausch zwischen den USA und der UdSSR möglich sei oder ob dieser zwangsläufig eskalieren würde: „I don't honestly know. I think, again, until someplace – and I know that all over the world there's research going on to try and find the defensive weapon against strategic nuclear weapons. There never has been a weapon that someone hasn't come up with a defense. But except in this one, the only defense is, 'Well, if you shoot yours, we'll shoot ours.' And if you still had that kind of a stalemate, I could see where you could have the exchange of tactical weapons against troops in the field without it bringing either one of the major powers to pushing the button.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 956 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 598.

<sup>6</sup> Bei der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde Einigung über die gemeinsame Finanzierung eines neuen, auf fünf Jahre angelegten Infrastrukturprogramms der NATO für die Jahre von 1980 bis 1984 in deutlich erhöhtem Umfang von einer Milliarde International Accounting Units (IAU) bzw. rund 8,45 Milliarden DM

tont aber, daß die Zeit drängt. Der zusätzliche deutsche Anteil steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der vorgesehenen amerikanischen Programme.

*Bundeskanzler* verweist auf die Debatte über die wirtschaftliche Entwicklung. Die hohen Zinsen gefährden die wirtschaftliche Gesundung, die auch im Ost-West-Verhältnis von strategischer Bedeutung ist. Daher ist auch die Reduzierung des zu hohen öffentlichen Kreditbedarfs eine strategische Priorität für die USA und für die westeuropäischen Verbündeten. Wir haben das Defizit im Bundeshaushalt einschneidend gekürzt. Das wird wohl auch so für die nächsten Jahre bleiben. Wenn wir jetzt vom Parlament zusätzliche Mittel für das NATO-Infrastrukturprogramm fordern würden, würden wir ein falsches wirtschaftliches und gerade jetzt auch ein falsches psychologisch-politisches Signal setzen.

Die Sowjets wissen sehr genau, daß sie es im konventionellen Bereich in Deutschland mit einer hochqualifizierten deutschen Armee zu tun haben, verstärkt durch militärische Kontingente von sechs anderen Staaten. Wir begrüßen die Anwesenheit dieser Soldaten und hoffen, für sie gute Gastgeber zu sein. Er betont, daß Männer größere Bedeutung für die Verteidigung haben als Ausrüstung (Weinberger: Das glaube ich auch!).

Wir brauchen Soldaten, Motivation, Ausbildung und Geld für ihre Ausrüstung in dieser Reihenfolge. Er ist stolz darauf, daß sein Land bereit ist, eine große Armee auf der Grundlage der Wehrpflicht zu unterhalten. Diese Politik wird bis jetzt von unserem Volke voll mitgetragen. Aber wir können uns nicht beides leisten, Wehrpflicht und überhohe Verteidigungsausgaben.

Er hat das Gefühl, daß sich die Frage der Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms mit der Zeit lösen läßt.

*Weinberger* betont noch einmal, daß in dieser Frage die Zeit drängt. Er unterstreicht auf Frage des Bundeskanzlers seine gute Zusammenarbeit mit BM Apel, den er für einen äußerst fähigen Mann hält.

**VS-Bd. 14111 (010)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 23*

erzielt. Vgl. dazu Ziffer 15 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 324. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 140. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 15. Februar 1982: „Der deutsche Anteil beträgt 2,24 Mrd. DM. Wir stimmten dieser außerordentlichen Steigerung unter ausdrücklichem Hinweis auf die damit erreichte Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu. Die USA erachteten die Vereinbarung von Anfang an als unzureichend. [...] Tranche 1982 (slice 33) wurde im Dezember 1981 in Höhe von 130 Mio. IAU (= 1,09 Mrd. DM) genehmigt. [...] Die USA machen geltend, die bestehenden Mängel der NATO-Infrastruktur stellten das amerikanische Konzept der raschen Verstärkung der Land- und Luftstreitkräfte in Europa in Frage.“ Hofmann notierte ferner: „Lt. unserer NATO-Vertretung wären im vergangenen Herbst alle übrigen Bündnispartner mit einer Tranche 1982 von 200 (statt 130) Mio. IAU einverstanden gewesen. Unsere Position beruhte auf BSR-Beschluß vom 11.11.1981.“ Vgl. VS-Bd. 14108 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

## 6

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**

214-320.10 POL-41/82 VS-vertraulich

5. Januar 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Vorsprache des italienischen Botschafters<sup>4</sup> am 5.1.1982;

hier: Polen

Der italienische Botschafter, der mich aus anderem Anlaß aufsuchte, führte folgendes aus:

1) Außenminister Colombo mache sich außerordentliche Sorgen wegen der Geschlossenheit des Bündnisses im Zusammenhang mit der polnischen Krise. Colombo sei auch über das gestrige Ergebnis der Sondersitzung der Zehn<sup>5</sup> nicht zufrieden. Es müsse etwas geschehen, um während der NATO-Sondersitzung<sup>6</sup> durch tätige Solidarität mit den Amerikanern die Divergenzen zu mindern.

2) Italienische Seite sei beunruhigt, daß in der öffentlichen Meinung, nicht zuletzt Italiens, die Bundesrepublik Deutschland wegen einer als zu weich empfundenen Haltung weiter in Isolierung gerate. Unter den Verbündeten spreche man immer häufiger von Rapallo<sup>7</sup>. Besonders schockiert hätten die Äußerungen Beckers über die Sowjetunion (Nichtanstifter).<sup>8</sup> Selbst die PCI äußere sich klarer.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 6. Januar 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 12. Januar 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 10. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Luigi Vittorio Ferraris.

<sup>5</sup> Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 7.

<sup>6</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>7</sup> Im Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 verzichteten das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik unter anderem „gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden“, die aus dem Ersten Weltkrieg resultierten, und beschlossen die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen sowie eine Meistbegünstigung in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

<sup>8</sup> In der Presse wurde über Äußerungen von Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, im Zusammenhang mit dem Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik berichtet: „Eine Bewertung der Lage hänge davon ab, ob das Kriegsrecht in Polen autonom verhängt worden sei, wie die Bundesregierung glaube, ‚ohne es genau zu wissen‘, oder ob die amerikanische Prämisse zutrefte, wonach die polnische Regierung nicht aus eigenem Antrieb und eigener Zuständigkeit gehandelt habe. Die Frage sei, ob die Sowjetunion als Anstifter zu betrachten sei. ‚Wir teilen diese Ansicht nicht‘, sagte Regierungssprecher Becker.“ Vgl. den Artikel „Rakowski mit einem Brief Olszowskis bei Genscher“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Dezember 1981, S. 1 f.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 5. Januar 1982: „Nachdem die Äußerung von StS Becker, die Sowjetunion habe den Ausnahmezustand in Polen nicht initiiert, in der heutigen Prawda wiedergegeben ist, werden manche Kommentatoren den Verdacht bestärkt sehen, daß die Bundesregierung praktisch das im Namen des Ausnahmezustands geschehene Unrecht in Polen hinimmt. Es werden sich diejenigen bestätigt sehen, die in den letzten Tagen die Bundesrepublik

3) Der Botschafter kam erneut auf das Interview des Bundeskanzlers in der New York Times zurück.<sup>10</sup> Außenminister Colombo habe ihm dazu gesagt, die öffentliche Erörterung über Jalta<sup>11</sup> müsse sofort eingestellt werden. Der Helsinki-Prozeß<sup>12</sup> sei auf eine langfristige Änderung des Status quo und eine Überwindung Jaltas angelegt. Daran solle man immer denken, ohne darüber zu sprechen. Botschafter übergab dazu die beigefügte Spadolini-Erklärung vom 14.12.1981 (dynamische Entspannung zur Überwindung des Status quo).<sup>13</sup>

4) Aus dem Vatikan sei zu erfahren, daß es in der Kirche zwei Strömungen gebe: Dąbrowski sei der Ansicht, daß die Kirche in Polen einziger Dialog-Partner der polnischen Staatsführung werden solle, die Kurie (Casaroli, Silvestrini, Poggi, aber auch der Papst<sup>14</sup> selbst) wolle den Dialog zwar weiterführen, aber dabei nicht so weit gehen, die Kirche zu einem (und dazu noch dem einzigen das sozialistische Regime mittelbar stützenden) Pfeiler zu machen (Vertrauensverlust bei der Bevölkerung). Die Kurie wolle den Dialog auch für die Solidarität offenhalten. Die Kirche habe im übrigen ihre eigenen Interessen, die mit den Interessen der Staaten nicht identisch seien. Die Kurie zeige sich „zunehmend unangenehm berührt“ darüber, daß einzelne deutsche Politiker (der Botschafter nannte Wischniewski) sie offensichtlich für ihre eigene Lagebeurteilung in Anspruch nähmen und sich auf angebliche Empfehlungen der Kirche stützten.

Pfeffer

#### VS-Bd. 13321 (214)

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 25*

praktisch der Komplizenschaft mit der SU bezichtigt und damit alte antideutsche Ressentiments geweckt haben. Es versteht sich von selbst, daß mit diesem Mißverständnis der deutschen Position und unserem Verhältnis zu unseren westlichen Bündnispartnern Schaden zugefügt worden ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; VS-Bd. 13281 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982 beigefügte deutsche Übersetzung von Auszügen aus der Entschließung der KPI zu Polen, die am 30. Dezember 1981 in der Tageszeitung „L'Unità“ veröffentlicht wurden; VS-Bd. 13321 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 19. Januar 1982 erläuterte Ministerialdirigent Dröge: „Am 29. Dezember 1981 billigte der Vorstand des PCI mit 29 : 1 Stimmen eine Resolution, die den Militärputsch in Polen eindeutig verurteilt, das Oktroyieren des sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells auf die Länder Osteuropas nach dem 2. Weltkrieg zum schweren historischen Fehler erklärt und das Zentrum des Kommunismus kurzerhand von der Sowjetunion nach Westeuropa verlagert. Die Resolution wurde am 14. Januar auch vom ZK und der Zentralen Kontrollkommission des PCI mit überwältigender Mehrheit angenommen: 216 : 1 : 2. Mit ihr hat der PCI einen Beitrag von beträchtlicher Brisanz zur aktuellen Diskussion von Kommunismus und sowjetischer Machtpolitik geleistet.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124897.

<sup>10</sup> Für das Interview, das Bundeskanzler Schmidt am 1./2. Januar 1982 gab, vgl. den Artikel von James Reston „Schmidt Voicing Greater Concern Over Economy Than Over Poland“ und den Artikel „Excerpts From Schmidt Interview on Key Issues“; THE NEW YORK TIMES vom 3. Januar 1982, S. 1 und S. 14.

<sup>11</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Communiqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

<sup>12</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die deutsche Übersetzung von Auszügen aus der Rede des Ministerpräsidenten Spadolini vor dem italienischen Parlament am 14. Dezember 1981 in Rom vgl. VS-Bd. 13321 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Johannes Paul II.

## Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer

214-320.10 POL-40/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 5. Januar 1982, 20.35 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 51 Plurez

Citissime

Betr.: Sondersitzung der Außenminister der Zehn über Polen vom 4.1.1982 in Brüssel

Folgt Vermerk zu Sondersitzung der EG-Außenminister<sup>2</sup> in Brüssel:

I. Die Sondersitzung der Außenminister der Zehn über Polen, die am 4. Januar 1982 in Brüssel stattgefunden hat, führte zu einer weitgehenden Annäherung in der Lagebeurteilung, zu Übereinstimmung in den Zielen und zur Einigung über eine Reihe von Maßnahmen. Sie war deshalb von großer Bedeutung für das einheitliche Vorgehen der Zehn in dieser Frage, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das bevorstehende NATO-Ministertreffen<sup>3</sup>. Die Zehn unterstrichen die Notwendigkeit enger und positiver Konsultationen mit den Vereinigten Staaten.

II. In der Beurteilung der Lage wurde, besonders unter dem Eindruck der Eingangserklärung des Bundesministers<sup>4</sup>, weitgehend Annäherung erzielt. Colombo betonte den hohen Grad sowjetischer Involvierung, während der griechische Vertreter sie ganz herunterzuspielen suchte. Die übrigen lagen im „Mittelfeld“ (sowjetischer Druck, sowjetischer Einfluß, aber Jaruzelski kein Instrument der SU). Minister waren sich einig über historische Bedeutung der polnischen Entwicklung, die tiefen Riß im sozialistischen System erzeugt habe.

Hervorgehoben wurde die Unfähigkeit der kommunistischen Systeme in Osteuropa, die notwendigen Anpassungen zu vollziehen, um den legitimen Erwartungen der Bevölkerung zu entsprechen.

Diese Tatsache gefährdet das Vertrauen der öffentlichen Meinung in die Möglichkeit der Kooperation mit dem Osten. Die zehn Minister haben mit Besorgnis den großen äußeren Druck und die Kampagne der SU und anderer osteuropäischer Länder gegen die Bemühungen der Erneuerung in Polen festgestellt.

Als Hauptziele der Zehn wurden auf Vorschlag des BM in das Kommuniqué<sup>5</sup> aufgenommen:

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch konzipiert. Hat Legationsrat I. Klasse von der Heyden am 5. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Lord Peter Carrington (Großbritannien), Claude Cheysson (Frankreich), Emilio Colombo (Italien), James Dooge (Irland), Colette Flesch (Luxemburg), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Kjeld Olesen (Dänemark), Max van der Stoep (Niederlande) und Léo Tindemans (Belgien). Der griechische Außenminister Charalambopoulos wurde durch den Staatssekretär im Außenministerium, Fotilas, vertreten.

<sup>3</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>4</sup> Für die Eingangserklärung des Bundesministers Genscher bei der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Referat 214, Bd. 132925.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister

- 1) die Aufhebung des Kriegsrechts,
- 2) die Entlassung der Verhafteten<sup>6</sup>,
- 3) die Wiederherstellung des echten Dialogs mit der Kirche und Solidarität.

Der BM, Lord Carrington und Colombo haben besonders unterstrichen, daß die polnische Krise auf keinen Fall zu einer Krise der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses führen dürfe. Die Zehn einigten sich, in bezug auf die Wirtschaftsmaßnahmen, welche die USA gegen die SU ergriffen hat, in enge und positive Konsultationen mit der amerikanischen Regierung und den Regierungen anderer westlicher Staaten einzutreten, um festzustellen, welche Entscheidungen ihren gemeinsamen Zielen am besten dienen, und jeden Schritt zu vermeiden, der ihre jeweiligen Aktionen unterminiert.

III. Die zehn Minister haben sich auf folgende Maßnahmen geeinigt:

- 1) Fortsetzung der humanitären Hilfe für die polnische Bevölkerung.
- 2) Möglichst baldige Einberufung der KSZE-Konferenz in Madrid auf Ministerebene, um die Ereignisse in Polen zu diskutieren. Sondierungen gegenüber den Neutralen und Nichtgebundenen<sup>7</sup> mit diesem Ziel.
- 3) Die Zehn werden in den VN und ihren Sonderorganisationen darauf hinarbeiten, daß die Menschenrechtsverletzungen in Polen nachdrücklich gerügt werden.
- 4) Andere Maßnahmen werden im Lichte der weiteren Entwicklung in Polen in Erwägung gezogen werden, besonders Maßnahmen der Finanz- und Wirtschaftshilfe für Polen und Maßnahmen der Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber der SU. Außerdem werden die Zehn die Frage weiterer Nahrungsmittelhilfe in Polen prüfen.
- 5) Bemühungen der Zehn um Aufhebung der Beschränkungen gegen Botschaften, Vertreter der Medien, Flugverkehr und andere Verkehrsverbindungen in Polen werden fortgesetzt.
- 6) Die Zehn werden die Frage prüfen, wie sich die Lage der polnischen Flüchtlinge mildern läßt.<sup>8</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 27*

der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164f.

<sup>6</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>7</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 6. Januar 1982 mit: „1) In der Sitzung des Rates mit beschränktem Teilnehmerkreis am 6. Januar 1982, die dem Thema Polen gewidmet war, wurde die Initiative der Verbündeten mit dem Ziel der Einberufung einer KSZE-Sondersitzung zu Polen behandelt. 2) In diesem Zusammenhang berichteten außer mir der dänische und italienische Ständige Vertreter über ihre Demarchen bei den N+N-Staaten (DK bei Schweden und Finnland, Italien bei San Marino, Jugoslawien, Vatikan und Malta). Ich habe [...] über das Ergebnis unserer Demarchen bei der österreichischen und spanischen Regierung berichtet. [...] 3) Die Bewertung des Rats über die Aussichten für das Zustandekommen einer KSZE-Sondersitzung zu Polen fasse ich wie folgt zusammen: Von den drei Möglichkeiten einer Behandlung der Polen-Krise: (1) KSZE-Sondersitzung auf der Ebene der Minister, (2) vorzeitige Wiederaufnahme des KSZE-Nachfolgetreffens zum Zwecke der Behandlung der Polen-Krise, (3) sofortige Behandlung der Polen-Krise bei der Fortsetzung des KSZE-Nachfolgetreffens am 9. Februar 1982, wurde die Option (3) als die wahrscheinlichste bezeichnet. Das Zustandekommen einer KSZE-Sondersitzung auf der Ebene der Minister zu Polen (Option (1)) wird wegen des erforderlichen Konsenses der 35 skeptisch beurteilt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Gesandter Lang, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 8. Januar 1982, die Ständige Vertretung habe am 6. Januar ein Schreiben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Hartling, vom 30. Dezember 1981 erhalten, „das sich mit besonderer Situation polnischer

IV. 1) Die Frage eines Emissärs der Zehn (Tindemans nach Warschau und Moskau) ist von den Ministern ausführlich diskutiert worden. Die französische und griechische Delegation konnte sich dem Konsensus noch nicht anschließen. Die Frage soll auf dem nächsten Ministertreffen<sup>9</sup> entschieden werden. Entsendung nach Moskau kommt nur in Betracht, wenn Emissär außer mit polnischer Führung auch mit Kirche und Führung von Solidarität, einschließlich Wałęsa, sprechen kann. Präsidentschaft<sup>10</sup> wurde ermächtigt, Tatsache der Erörterung dieser Frage, die weiterverfolgt werden soll, der Presse mitzuteilen.

2) Griechenland und Dänemark lehnten Retorsion gegen polnische Botschaften und Medienvertreter wegen der Bewegungsbeschränkungen in Warschau ab.

3) Frage der Verstärkung von Radiosendungen nach Polen wurde nicht in das Kommuniké aufgenommen.

4) Griechenland äußerte sich sehr kritisch wegen nicht konsultierter unilateraler US-Maßnahmen<sup>11</sup> und wendete sich gegen jegliche Konditionierung der Hilfe an Polen.

Die einzelnen Ministern der übrigen Neun in diesem Vermerk zugeschriebene Haltung wird nur zur persönlichen Information der Vertretungen mitgeteilt. Sie dürfen dem Gastland gegenüber nicht erwähnt werden.

Pfeffer<sup>12</sup>

**VS-Bd. 13321 (214)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 28*

Asylanten in Österreich befaßt. Nach österreichischen Angaben haben vom 1.1. bis 15.12.1981 28 792 Polen um Asyl in Österreich nachgesucht. Darüber hinaus befänden sich wahrscheinlich noch weitere Polen in Österreich, die bisher nicht um Asyl gebeten hätten. Aufnahmemöglichkeiten seien nunmehr erschöpft. [...] In EG-Missionschef-Koordinierung am 7.1.1982 bat Vorsitz führender belgischer Botschafter um Stellungnahme zu Hilfsersuchen des UNHCR. Er teilte mit, daß USA Bereitschaft erklärt hätten, ca. 9000 Asylanten zu übernehmen. Auch Kan[ada] sei bereit, 9000 Polen Einreise zu gewähren, und zwar 6000 Asylanten und 3000 Exilierten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; Referat 214, Bd. 132918.

<sup>9</sup> Am 26. Januar 1982 fand eine EG-Ministerratstagung in Brüssel statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 29. Januar 1982 mit: „Der Rat beschloß die Einstellung des Verkaufs von Lebensmitteln zu Sonderbedingungen an Polen. Statt dessen sollen die hierfür im EG-Haushalt vorgesehenen Mittel ganz oder teilweise für eine rein humanitäre Aktion zugunsten der polnischen Bevölkerung verwandt werden. Die Abwicklung der Aktion wird nicht-staatlichen Organisationen übertragen, um die Endverteilung an die Bevölkerung sicherzustellen. Ferner wurde der AstV beauftragt, die Möglichkeiten handelspolitischer Einfuhrmaßnahmen der EG oder der Mitgliedstaaten gegenüber der SU zu prüfen und die Tragweite der von den USA gegenüber der SU bereits getroffenen Wirtschaftsmaßnahmen zu analysieren, die nicht unterlaufen werden sollen. Keine Einigung ließ sich erzielen über die Verschärfung der Export-Kreditbedingungen gegenüber der SU (Umstufung von Gruppe mittlerer Länder in Gruppe relativ reicher Länder), weil F Vorbehalt vom Vortag aufrechterhielt. Auch dieser Fragenkreis wurde dem AstV zur weiteren Behandlung überwiesen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 11; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>10</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>11</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>12</sup> Paraphie.

## Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-10070/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 24

Aufgabe: 6. Januar 1982, 12.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Januar 1982, 13.10 Uhr

Betr.: Lage in Polen

hier: französische Beurteilung der deutschen Haltung

Bezug: DB Nr. 2327 vom 15.12.1981 – POL 322 POL VS-NfD<sup>2</sup>

DB Nr. 2345 vom 17.12.1981 – POL 322.00

DB Nr. 2386 vom 30.12.1981 – POL 321.36 POL-680/81 VS-vertraulich<sup>3</sup>

1) Die französische Presse ist – mit der wenig schmeichelhaften Ausnahme der „Humanité“<sup>4</sup> – einmütig in ihrer Kritik an der deutschen Polenpolitik. Wie schon öfters, wenn es um den deutschen Nachbarn ging, verliert sie dabei das Maß und ruft ähnliches Echo aus Deutschland hervor: Dem deutschen Stiefelputzer des Kremls (in dem uns sonst wohlgesonnenen „Express“<sup>5</sup>) wird der gestikulie-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Rupprecht am 7. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, die Vortragenden Legationsräte Boden und Seibert sowie Legationsrat I. Klasse Bolewski verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sehr lesenswert.“

Hat Hofmann und Seibert am 7. Januar 1982 vorgelegen.

Hat Boden und Bolewski am 8. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Herbst, Paris, teilte mit: „Ein eigenständiges Polen ist Tradition französischer Ostpolitik. Napoleons Herzogtum Warschau, Weygands Hilfe für die Republik Polen, de Gaulles Europa bis zum Ural und dessen vorzeitige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ebenso wie Giscard's bevorzugte Behandlung Gierex's entsprechen der gleichen Staatsraison. Parallel hierzu hat sich (neben der polnischen Emigration zu Beginn des Jahrhunderts) eine romantische Polenbegeisterung des französischen Volkes herausgebildet. Sie ist seit 1830 bei der Linken besonders ausgeprägt [...]. Es war deshalb nicht überraschend, daß der ‚in Geschäftsführung für Moskau‘ durchgeführte ‚Militärputsch‘ (so die durchgängige Interpretation der nicht-kommunistischen Medien) eine Welle des Protests hervorgerufen hat. Auf die spontanen Kundgebungen am Sonntag, den 13., folgten am 14. Massenkundgebungen in 120 Städten. Die größte in Paris hat rund 50 000 Personen versammelt. [...] Mitterrand selbst schweigt. Eine erste Äußerung ist morgen im Ministerrat zu erwarten. Er dürfte schon seit langem mit einem gewaltsamen Ende des polnischen Experiments gerechnet haben. Seine Politik gegenüber der SU hat ebenso darauf gesetzt wie sein Verhalten gegenüber der KPF.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132922.

<sup>3</sup> Botschafter Herbst, Paris, berichtete über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Gutmann, am 30. Dezember 1981: „Wie uns, so führte der Generalsekretär [...] aus, gehe es auch der französischen Regierung nicht um eine Bestrafung Polens oder der Sowjetunion – eine Absicht, die im amerikanischen Denken offenbar eine Rolle spiele. Andererseits frage er sich, ob es zwischen den Positionen der deutschen und der französischen Regierung nicht doch einen nicht unbeträchtlichen Unterschied gebe. Im Quai glaube man unsere Haltung – nicht zuletzt wegen des Zusammentreffens des Bundesministers mit Rakowski – als eine Politik des ‚Dialogs ohne Ausübung von Druck‘ deuten zu müssen. Die französische Regierung glaube hingegen angesichts des menschlichen Dramas in Polen und des rüden Vorgehens des Militärregimes, den Dialog mit Druck – zunächst im politisch-moralischen Bereich mit der Möglichkeit der Ausdehnung in andere Bereiche (Schuldenregelung, Madrid, Entziehung anderer Vorteile) – verbinden zu müssen.“ Vgl. VS-Bd. 13282 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Artikel „Les pays européens ne se joindront pas aux mesures décidées par M. Reagan. C'est ce qu'a déclaré, à Bonn, le ministre de l'Économie de la R.F.A.“; L'HUMANITE vom 1. Januar 1982, S. 5.

<sup>5</sup> Botschafter Herbst, Paris, stellte am 1. Januar 1982 fest: „Besonders kritisch setzt sich der Express mit der deutschen Ostpolitik auseinander.“ Dort werde dargelegt: „In der Prioritätenliste der Bonner Außenpolitik hat die Ostpolitik seit langer Zeit den Vorrang vor der Wiederbelebung einer

rende Gallier entgegengehalten, der Worte schon für Taten nimmt. Die politisch Verantwortlichen bedauern diese simplifizierende Sicht. Sie verbergen allerdings ihre Sorge über die Entwicklung der europäisch-sowjetischen Beziehungen nicht. Die Botschaft fühlt sich verpflichtet, hierauf und auf einen Mangel in der deutsch-französischen Abstimmung hinzuweisen.

2) Was mir der Generalsekretär des Quai<sup>6</sup> sagte, hat man uns in einem langen vertraulichen Gespräch mit außenpolitischen Mitarbeitern des Staatspräsidenten bestätigt: Die französische und die deutsche Haltung falle auseinander. Man habe zum Nachteile Europas nicht genug getan, um dies zu verhindern: Frankreich wolle zwar auch den Dialog fortsetzen, aber ihn im Gegensatz zu uns mit Druck verbinden. Im Elysée fügte man dem eine eingehende Analyse hinzu: Ohne das moralische Element in der Politik abzuwerten, müsse man politisch feststellen, daß es in erster Linie nicht um Polen gehe, dessen Zugehörigkeit zum Ostblock mittelfristig nicht zu ändern sei. Es gehe um die Außenpolitik der SU, für die Polen nur ein Symptom unter anderen sei. Ideologisch und wirtschaftlich gescheitert, verlasse sich der Kreml immer mehr auf brutale militärische Macht. Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zu einer vorsichtigen Lockerung im Ostblock werde mit einem Gewaltakt beendet. Die Europäer wolle man dazu zwingen, hierüber zu schweigen. Würden die Europäer sich dem beugen, „würde Moskau sie eines Tages zwingen, über die eigene Lage zu schweigen oder zu lügen“.

Den Besuch Rakowskis in Bonn<sup>7</sup> sehe man kritisch: Polen habe „an viele Türen geklopft“ – auch an die französische, gab man uns zu verstehen –, aber nur in Bonn Einlaß gefunden. R. sei, gelinde gesagt, eine schillernde Persönlichkeit, und es sei schwierig, dann, wenn man ihn empfangen, den Eindruck zu vermeiden, man decke ein zweideutiges Unternehmen.<sup>8</sup> Jaruzelski selbst sei kein „polnischer Pétain“, weder im Selbstverständnis noch in den Augen der Bevölkerung. Beunruhigend sei – und das werde das Hauptthema des kommenden Jahres –, daß einem zunehmenden Militarismus im Osten, voran in der SU, eine zunehmende Tendenz zu Pazifismus und zu Neutralismus in Europa gegenüberstehe.

Die deutlichen, auf die Verantwortung Moskaus hinweisenden öffentlichen Stellungnahmen hätten durchaus einen Sinn, der über das Verbale hinausgehe: Sie warnten die Öffentlichkeit des Westens und bedeuteten der SU, die zur Zeit jede auch noch so leichte politische Bewegung registriere, daß Europa nicht bereit

*Fortsetzung Fußnote von Seite 30*

Allianz eingenommen [...]. Aber ohne die Gegenwart der Amerikaner auf dem alten Kontinent und folglich ohne europ[äische] Verteidigung wäre diese Ostpolitik nicht mehr als ein von Moskau aufgelegtes Diktat. Bisher hat die polnische Krise – weit davon entfernt, die westliche Allianz zusammenzuleimen – vielmehr ihre Unterschiede und ihre Zerbrechlichkeit deutlich gemacht. Der Block des Westens existiert nur in der Einbildung einiger Europäer. Das gleiche Blatt bringt dann eine Karikatur, die einerseits den Händedruck Adolf Hitlers mit Stalin aus dem Jahre 1939 zeigt, andererseits den Bundeskanzler, der 1981 Breschnew die Stiefel putzt, die auf Polen stehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 214, Bd. 132922.

<sup>6</sup> Francis Gutmann.

<sup>7</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „Opportunist!“

sei, „ihr alles durchgehen zu lassen“ oder, wie sie es wünsche, „mit zweierlei Maß zu messen“.

3) Die, verglichen mit der deutschen, härtere französische Reaktion, die von Anfang an ausdrücklich auf die sowjetische Mitverantwortung hinwies, erklärt sich zum einen aus unterschiedlichen historischen und innenpolitischen Voraussetzungen (DB Nr. 2327). Sie offenbart die größere Bewegungsfreiheit Frankreichs im Vergleich mit dem geteilten Deutschland. Sie spiegelt aber auch eine Entwicklung in der politischen Vorstellung der Führung Frankreichs wider. Hatte man beim deutsch-französischen Gipfel im Februar 1980<sup>9</sup> (*Le Monde* vom 6. Februar: „MM. Giscard d'Estaing et Schmidt lient la détente à un retrait soviétique d'Afghanistan“) <sup>10</sup> noch den Eindruck, daß Giscard vor der Presse den „atlantischen Aspekt“ der Erklärung<sup>11</sup> herunterspielte, so ist sein Nachfolger objektiv recht nahe an den Standpunkt Washingtons herangerückt (während sein Außenminister Cheysson nahezu wöchentlich Briefaustausch mit dem amerikanischen Kollegen<sup>12</sup> pflegen soll).

Zu den SS-20 mußte Mitterrand, anders als sein Vorgänger, mit eindeutigen Erklärungen so bald wie möglich an die Öffentlichkeit gehen, um Mißdeutungen über die Politik einer sozialistischen Regierung mit kommunistischer Beteiligung zu verhindern. Sechs Monate konsequenter Politik sind mit derartigen mehr taktischen Erklärungen nicht mehr zu erklären. Mitterrand scheint davon überzeugt, daß es den Europäern möglich und daß es für sie lebensnotwendig ist, der SU Widerstand zu leisten.

Als heftiger Kritiker des „kleinen Briefträgers Giscard“ (Warschau<sup>13</sup>, Venedig<sup>14</sup>), aber auch als jemand, der um die Schwerkraft und Langsamkeit der Geschichte weiß, zögert Mitterrand vor persönlichen Begegnungen mit den Führern der osteuropäischen Länder. Auch kann er, obwohl er persönlich den Vorwurf „pro-amerikanisch“ zu sein, nicht scheuen muß, amerikanische Sanktionsmaßnahmen<sup>15</sup> nicht einfach übernehmen: Die Logik der Rivalität der Großmächte ist nicht die Frankreichs. Doch müßte er aus seiner Logik heraus (Einschuldung der SU) Maßnahmen ergreifen, die über moralische Verurteilung und politische Pressionen hinausgehen. Hierüber fehlen uns bisher klare Auskünfte. Man verweist auf die vorbeugenden Überlegungen zu diesem Kapitel in der

<sup>9</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 4./5. Februar 1980 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 39 und Dok. 43.

<sup>10</sup> Für den Artikel „Un avertissement franco-allemand à l'U.R.S.S. MM. Giscard d'Estaing et Schmidt lient la détente à un retrait soviétique d'Afghanistan“ vgl. LE MONDE vom 6. Februar 1980, S. 1 und S. 3.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

<sup>12</sup> Alexander M. Haig.

<sup>13</sup> Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 in Warschau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 154 und Dok. 159.

<sup>14</sup> In Venedig fand am 22./23. Juni 1980 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.

<sup>15</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

NATO. Man deutet an, daß man den Umfang der Gasbezüge aus der SU (wirtschaftlich nicht einschneidende Kürzung von 8 auf 6 Mrd. cbm) neu überprüfen will.<sup>16</sup> Eine spektakuläre französische Geste wäre, die beiden französischen Kosmonauten zurückzuziehen, die im Mai mit sowjetischen Kollegen starten sollen.<sup>17</sup> Doch scheint das zur Zeit nicht in Erwägung gezogen zu werden. Der Frage nach Taten aber wird die französische Regierung nicht unbefristet ausweichen können, ohne sich unglaubwürdig zu machen.

4) Im deutsch-französischen Verhältnis erscheinen mir als Vorstufe einer besseren operativen Abstimmung offene Gespräche über die langfristige Lageanalyse und Interessenlage notwendig. Ohne das Folgende beweisen zu können, spricht doch einiges dafür, daß die französische Seite uns bisher im Verdacht hatte, wir würden eine Abstimmung unter den Zehn oder im bilateralen Bereich vorwiegend aus taktischen Gründen suchen, um unsere politische Linie – auch im Verhältnis zu Washington – durchzusetzen. Im Interesse der Erhaltung enger deutsch-französischer Beziehungen – auch zur Absicherung unserer Politik – müssen wir dem entgegenwirken. Dabei sehe ich weniger die Gefahr einer Konfrontation mit Paris als die Möglichkeit, daß die französische Politik sich von uns abwendet und eigene Wege geht.

Die bevorstehende Begegnung mit Mauroy<sup>18</sup> könnte ein Ansatz für die Reaktivierung des Abstimmungsprozesses sein. Jedoch dürfte es in den großen welt-politischen Fragen mehr auf Mitterrand selbst ankommen.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11975 (201)

<sup>16</sup> Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Rupprecht handschriftlich: „Also doch nur starke Worte?“

<sup>17</sup> Am 24. Juni 1982 startete die Raumkapsel „Sojus T6“ mit einem französischen und zwei sowjetischen Kosmonauten an Bord zu einem Flug, der am 2. Juli 1982 endete.

<sup>18</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Mauroy am 24. Februar 1982 in Paris vgl. Dok. 64.

## Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10087/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 40  
Citissime

Aufgabe: 6. Januar 1982, 13.10 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Januar 1982, 20.00 Uhr

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington am 4./5. Januar 1982<sup>2</sup>;  
hier: Erstes Gespräch des Bundeskanzlers mit AM Haig am 4.1.1982

Bezug: DB 20/82 vom 4.1.1982 geheim<sup>3</sup>

### Zur Unterrichtung

Im Anschluß an die mit Bezugsbericht übermittelte Kurzfassung folgt die noch nicht genehmigte ausführliche Gesprächsaufzeichnung zu Polen.

Über den Gesprächsteil zu Weltwirtschaftsfragen folgt gesonderter Bericht.<sup>4</sup>

Teilnehmer an dem etwa zweistündigen Gespräch im Blair House:

Auf amerikanischer Seite: AM Haig, Botschafter Burns, Eagleburger (Assistant Secretary of State), Niles (Deputy Assistant Secretary of State).

Auf deutscher Seite: Bundeskanzler, StS von Staden, Botschafter Hermes, MD von der Gablentz, Gesandter Dannenbring.

Haig eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß es so scheine, als gebe es in der Bewertung der Lage in Polen größere Unterschiede zwischen Bonn und Washington als zwischen Bonn und Moskau.

BK unterbrach hier und fragte, ob Haig sich dabei auf die amerikanische Presse beziehe.<sup>5</sup> Tatsächlich sei diese über die Haltung der Europäer nicht ausreichend informiert. Man frage sich, wer der Presse die Informationen liefere. Besonders die deutsche Haltung sei in grober Weise entstellt, die Bundestagsresolution vom 18.12.1981<sup>6</sup>, in der bereits die drei grundlegenden Punkte enthal-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.  
Hat Bundesminister Genscher am 7. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2-5, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>3</sup> Botschafter Hermes, Washington, übermittelte eine Kurzfassung der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 4. Januar 1982 in Washington. Vgl. dazu VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 4. Januar 1982 in Washington stellte Bundeskanzler Schmidt fest, die „amerikanische Verantwortung ergebe sich schon daraus, daß 80 Prozent der Weltwährungsreserven in US-Dollar gehalten würden. Die Notwendigkeit, immer neue Kredite aufzunehmen, habe zu einem Zinssatz von 15 Prozent und höher geführt, der eine der Hauptursachen für die zunehmende Arbeitslosigkeit sei. [...] Unter diesen Umständen sei das wirtschaftliche Verhalten der USA ein strategisches Element von größter Bedeutung, auch für die Entwicklung in Europa. Wir seien deshalb auf die Führung durch die USA angewiesen. Alle erforderlichen Schritte bedürften jedoch vorheriger Konsultationen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 68 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom 7. Januar 1982; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zur Berichterstattung in der amerikanischen Presse vgl. Dok. 3, Anm. 10.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

ten seien (Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Internierten, Wiederaufnahme des innerpolnischen Dialogs), habe in der hiesigen Presse kaum Niederschlag gefunden. Nach seiner Meinung gebe es in der Grundhaltung zu Polen zwischen USA und Bundesrepublik keine grundlegenden Unterschiede, allenfalls zum Zeitpunkt des Vorgehens. Außerdem könne die US-Regierung der EG-Resolution vom 4.1.1982<sup>7</sup> sicherlich zustimmen.

Haig: Er wolle nicht widersprechen, aber auch die europäische Presse berichte ähnlich, und die amerikanischen Korrespondenten berichteten aus Europa über dort vorliegende Informationen. Es bestehe die Gefahr, daß die Pressedarstellung ein Eigenleben entwickle. In der Frage der drei Punkte stimme er mit dem BK überein. Hier sei man, wenn auch nicht nahtlos, so doch nahe beieinander. Dies gelte z. B. auch für den gemeinsamen Wunsch der Fortsetzung humanitärer Hilfe.

BK erläuterte, daß deutsche Bürger zu Weihnachten zwei Millionen private Pakete nach Polen geschickt hätten. Es gebe bei uns den stark verbreiteten Wunsch, der polnischen Bevölkerung, nicht jedoch der polnischen Regierung und dem System, das sie repräsentiere, zu helfen. Die Deutschen hätten gegenüber Polen eine spezifische Einstellung. Er sei stolz darauf, daß sich nach der schwierigen Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen und nach fünf Teilungen Polens<sup>8</sup> – bis Jalta<sup>9</sup> – eine so positive Einstellung entwickelt habe. Die Deutschen seien sich des tragischen polnischen Schicksals sowie der Tatsache, daß die Polen im Krieg nach den Juden am meisten gelitten hatten, sehr bewußt. Die Deutschen seien dabei nicht so sehr von Schuldgefühlen wie von tiefem Mitgefühl motiviert. Dies bestimme auch die Haltung, die er selbst, BM Genscher und andere deutsche Politiker einnehmen. Er bitte seine amerikanischen Freunde, diese besondere Situation zu verstehen. Er selbst habe als Schulkind noch die abfällige, durch antipolnische Arroganz geprägte Kritik an der „polnischen Wirtschaft“ erlebt. Endlich seien die Deutschen in ihrer Beurteilung der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 34*

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 120, S. 4309.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

<sup>8</sup> Polen-Litauen wurde 1772, 1793 und 1795 schließlich vollständig aufgeteilt. An den Teilungen waren 1793 das Königreich Preußen und das Russische Reich sowie 1772 und 1795 das Königreich Preußen, das Russische Reich und die habsburgisch-lothringische Monarchie beteiligt.

Das mit dem Wiener Kongreß, der vom 18. September 1814 bis 9. Juni 1815 tagte, errichtete „Kongreß-Polen“ verlor 1831 seinen autonomen Status innerhalb des Russischen Reiches.

In einem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 zum Nichtangriffsvertrag vom selben Tag steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären unter anderem in Polen ab und einigten sich auf eine Teilung, die „ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San“ bestimmt wurde. Vgl. ADAP, D, VII, Dok. 229.

Eine genaue Festlegung der „Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates“ wurde im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vorgenommen. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157.

<sup>9</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

Polen – trotz des Verlustes von Danzig<sup>10</sup> und Stettin<sup>11</sup> – gereift. Wir wollten nicht, daß dieser Zustand jetzt zerstört werde. Dabei unterscheide man in Deutschland sehr genau zwischen den Gefühlen für das polnische Volk und den Gefühlen für seine kommunistischen Führer und die gegenwärtige Militärregierung.

Haig: Er sehe insoweit keine grundlegenden Unterschiede. Größere Sorge bereite ihm dagegen die Bewertung der sowjetischen Rolle und der sowjetischen Verantwortung für den Militärputsch vom 13.12.1981. Washington verfüge über äußerst sensitive Informationen, die die sowjetische Urheberchaft belegen: Von einem kurz vor der Krise übergelaufenen hohen polnischen Offizier, der persönlich beteiligt gewesen sei, wisse man, daß die Sowjets schon ein Jahr vorher mit der Planung und Vorbereitung des Putsches (crackdown) begonnen haben. Dies sei auch durch persönliche Informationen von Primas Glemp bestätigt worden. Alle osteuropäischen Regierungen, mit Ausnahme der ungarischen, seien über den bevorstehenden crackdown von Jaruzelski selbst unterrichtet gewesen. Jaruzelski habe dann unter dem Druck eines sowjetischen Ultimatus zuge schlagen. Auch der Breschnew-Besuch in Bonn<sup>12</sup> sei Bestandteil dieses Gesamtplanes gewesen.

Die polnische Kirche habe die harte amerikanische Reaktion begrüßt und empfinde die Zurückhaltung der Europäer als enttäuschend. Entscheidend sei, daß diese Angelegenheit nicht zu einer Kluft im Bündnis führe. Das sei die größte Sorge des Präsidenten. In den meisten Punkten bestehe Übereinstimmung mit der wichtigen Ausnahme der sowjetischen Rolle und der dazu erforderlichen Reaktion.

BK erklärte, diese Informationen seien ihm neu, warum habe die amerikanische Seite ihn nicht früher darüber unterrichtet?

Haig erwiderte, daß Eagleburger im Kreise der vier Politischen Direktoren<sup>13</sup> vor der Präsidentenrede vom 23.12.1981<sup>14</sup> eine sinngemäße Unterrichtung – allerdings ohne Angabe der Quellen – vorgenommen habe.

BK: Bei seinem Gespräch mit Honecker<sup>15</sup> habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser nicht vorher unterrichtet gewesen sei. Der Termin des Breschnew-Besuches sei sechs Monate vorher vereinbart gewesen. Aber unabhängig von der

<sup>10</sup> Im Vertrag vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) mußte das Deutsche Reich auf die Stadt Danzig und umliegende Gebiete verzichten. Zugleich verpflichteten sich die Alliierten und Assoziierten Mächte, die Stadt Danzig und umliegende Gebiete als Freie Stadt zu begründen, die unter dem Schutz des Völkerbundes stehen sollte. Vgl. dazu Artikel 100 bis 108 des Vertrags; REICHSGESETZBLATT 1919, S. 868–877.

<sup>11</sup> Nach der Eroberung Stettins durch die Rote Armee am 26. April 1945 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 war die Abgrenzung zwischen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und dem neu zu bildenden polnischen Staat zunächst umstritten. Am 5. Juli 1945 wurde das westlich der Oder gelegene Stettin jedoch der polnischen Verwaltung unterstellt.

<sup>12</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>13</sup> Die Politischen Direktoren und die Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA kamen am 22. Dezember 1981 in Brüssel zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 385.

<sup>14</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 23. Dezember 1981 vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

Frage, ob Jaruzelski als Marionette oder Werkzeug der Sowjets gehandelt habe, stimme er mit dem Grundgedanken der Analyse Haigs überein. Für Jaruzelski habe es wahrscheinlich keinen großen Unterschied gemacht, ob er auf russischen Druck oder um den Sowjets zuvorzukommen gehandelt habe. Entscheidend sei, daß auch nach seiner (BK) Meinung die Ereignisse vom 13.12.1981 durch sowjetischen Druck herbeigeführt worden seien. Man dürfe dabei nicht übersehen, daß es in der polnischen Führungsgruppe auch „liberale Kommunisten“ gebe. So meine er z. B., daß Rakowski aufrichtig glaube, was er sage. Rakowski sei kein Lügner, aber unterliege vielleicht Illusionen. Jaruzelski und Olszowski hätten wiederholt betont, daß eine Rückkehr zu der Zeit vor August 1980 nicht beabsichtigt sei. Es sei bemerkenswert, daß seit dem Militärputsch die Partei praktisch ausgeschaltet sei und daß es gelungen sei, außer sieben Toten größeres Blutvergießen zu vermeiden. Der Kommunismus funktioniere nirgends, aber in Polen noch weniger, denn die Polen seien schlechte Organisatoren. Dies sei bei Gomułka und Gierek so gewesen, und auch unter der Militärregierung werde das nicht anders sein. Nach der Ausschaltung der Partei seien jetzt die Armee und die Kirche die entscheidenden Kräfte, wobei die Kirche Vertrauen verdiene.

Haig: Im Hinblick auf die sowjetische Verantwortung sei es unmöglich, mit der sowjetischen Regierung weiter routinemäßig zu verkehren (business as usual). Vielmehr müsse der Westen eine harte Reaktion zeigen, wie sie der Präsident mit seiner Politik der Sanktionen<sup>16</sup> eingeleitet habe.

BK: Die Sanktionen seien wirtschaftlich bisher ohne große Auswirkungen, es handele sich dabei mehr um ein starkes politisches Signal. Der Bereich der sensitiven Technologie werde z. B. bereits im COCOM behandelt. Er habe sich bereits in Montebello<sup>17</sup> bereit erklärt, an einer Prüfung der Verschärfung der COCOM-Regeln mitzuwirken<sup>18</sup> – darauf sei jedoch niemand mehr zurückgekommen. Im übrigen würden Einschränkungen beim Technologietransfer auch nur mittel- und langfristig wirken.

<sup>19</sup>BK: Ferner müsse man nach den bisher vom Präsidenten verkündeten Sanktionen bedenken, daß für weitere wirtschaftliche Maßnahmen nicht mehr viel übrigbleibe – mit Ausnahme eines Getreideembargos. Dies würde allerdings

<sup>16</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt beim Weltwirtschaftsgipfel am 20/21. Juli 1981 in Ottawa/Montebello; AAPD 1981, II, Dok. 220.

<sup>18</sup> Referat 421 vermerkte am 17. Januar 1982: „Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs haben die Vereinigten Staaten im Zuge der sich verschärfenden Ost-West-Gegensätze die Ausfuhr von Waffen und anderen strategisch bedeutsamen Waren nach kommunistischen Ländern beschränkt und die anderen NATO-Staaten [...] zu einem gleichen Verhalten veranlaßt. Zur Abstimmung der gemeinsamen Embargopolitik wurde das COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy) mit Sitz in Paris gegründet. Es besteht kein gemeinsames Abkommen der Mitglieder; die Gründung erfolgte mehr oder weniger formlos. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Gremium im Januar 1950 beigetreten. [...] Die USA haben bei mehreren Erklärungen zum Ost-West-Handel durchblicken lassen, daß sie mit der Arbeit des COCOM nicht mehr zufrieden sind. Sie haben offensichtlich von dem Gremium eine raschere und ungeteilte Zustimmung zu ihren weitausgreifenden Embargoplänen erwartet. [...] In der NATO befäßt sich z. Zt. eine Ad-hoc-Studiengruppe damit, die militärischen Auswirkungen des westlichen Technologietransfers in die Länder des Warschauer Pakts zu untersuchen.“ Vgl. VS-Bd. 10399 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 41 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

die Sowjets hart treffen, weil dort ein Einfuhrbedarf von 35 bis 50 Mio. t jährlich bestehe. Die Einstellung amerikanischer Lieferungen würde deshalb auch dann spürbar sein, wenn Argentinien und andere Länder weiter liefern würden.

Ein wirklich schwerwiegender Eingriff dagegen sei im Bereich der Kreditpolitik möglich: Polen benötige im nächsten Jahr 5 Mrd. DM Dollar<sup>20</sup> neue Kredite und den gleichen Betrag für Umschuldung. Dies sei jedoch eine delikate Frage, wo man sehr genau prüfen müsse, wie die Auswirkungen gegenüber den Polen, den Sowjets oder den eigenen Banken seien.

Ferner sei in einem solchen Fall engste Abstimmung und Konsultation erforderlich.

Die USA hätten seit der Boston Tea Party<sup>21</sup> eine starke Neigung zur Verhängung von Sanktionen. Dies sei verständlich, da auf den amerikanischen Außenhandel bei einem BSP des dreifachen Umfangs des japanischen nur sieben Prozent entfielen, während die meisten europäischen Länder zu 25 bis 30 Prozent vom Außenhandel abhängig seien. Insbesondere Deutschland lebe nicht von Rohstoffen, sondern von industrieller Veredelung und Export. Er stelle fest, daß die amerikanischen Sanktionen von Präsident Reagan mit einer Vorwarnung von weniger als 24 Stunden verhängt worden seien.<sup>22</sup> Dies sei nicht die Art, mit Verbündeten umzugehen und sie zu konsultieren. Er bitte darum, in solchen Fällen frühzeitiger konsultiert zu werden.

Haig: Eagleburger habe auf seiner Rundreise in den europäischen Hauptstädten über bevorstehende Maßnahmen unterrichtet, wenn auch nicht im einzelnen.<sup>23</sup> Es sei aber klar gewesen, daß die USA etwas tun würden. Zur Wirkung der beschlossenen Sanktionen sei zu ergänzen, daß z. B. die Schließung amerikanischer Häfen für sowjetische Handelsschiffe für die Sowjets durchaus spürbar sei. Im letzten Jahr hätten 500 sowjetische Schiffe amerikanische Häfen angelaufen.

BK: Diese Zahlen über den sowjetischen Schiffsverkehr seien ihm neu. Er bitte seine Mitarbeiter um Prüfung und um Unterrichtung. Im übrigen erinnere er daran, daß die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran<sup>24</sup> wenig bewirkt hätten.

<sup>20</sup> So in der Vorlage.

<sup>21</sup> Am 16. Dezember 1773 warfen als Indianer verkleidete Bürger Bostons aus Protest gegen die britische Kolonialpolitik mehrere Ladungen Tee von Schiffen der Handelsgesellschaft East India Company in das Hafenbecken.

<sup>22</sup> Präsident Reagan informierte Bundeskanzler Schmidt nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 in einem Schreiben vom 20. Dezember 1981 über die Sanktionsmaßnahmen der USA: „There are measures we can take now to help prevent both further repression and Soviet intervention. These measures must be addressed to the Soviet Union as well as to the Polish regime.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1389 des Vortragenden Legationsrats von Treskow vom 22. Dezember 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13316 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>23</sup> Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, hielt sich am 21. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 382.

<sup>24</sup> Im Gefolge der Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran seit 4. November 1979 erklärte Präsident Carter am 12. November 1979, die USA würden mit sofortiger Wirkung den Ölimport aus dem Iran einstellen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2109 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 130.

Am 14. November 1979 verfügte Carter, sämtliche iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken, inklusive deren Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland, einzufrieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2119.

Zu den am 7. April 1980 von Carter in Kraft gesetzten amerikanischen Sanktionen gegen den Iran

Dasselbe gelte für den Olympia-Boycott.<sup>25</sup> Dazu hätten andere europäische Regierungen große Sympathieerklärungen abgegeben, während im Ergebnis außer den USA nur Deutschland<sup>26</sup>, Norwegen, die Türkei und Monaco nicht zur Olympiade nach Moskau gegangen seien. Auch bei dieser Gelegenheit sei nicht rechtzeitig konsultiert worden, im Gegenteil habe kurz vorher unser Botschafter<sup>27</sup> noch berichtet und Unterstaatssekretär Christopher versichert, daß amerikanischerseits ein Olympia-Boycott nicht geplant sei.<sup>28</sup> Er (BK) habe Erfahrungen mit fünf amerikanischen Außenministern<sup>29</sup> und vier Präsidenten<sup>30</sup> und bitte deshalb noch einmal nachdrücklich um rechtzeitige Konsultationen – nur dann könnten die Amerikaner Gefolgschaft erwarten. Dabei sei ferner zu bedenken, daß die Verbündeten die Reaktionen ihrer Parlamente und ihre eigenen Interessen berücksichtigen müßten.

Zur deutschen Haltung erinnere er daran, daß er im Juli 1980 in Moskau zwei Reden gehalten habe, in denen er die sowjetische Invasion Afghanistans<sup>31</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 38*

gehörten insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Ausweisung des Personals an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Irans in den USA bis 8. April sowie das Verbot von Exporten in den Iran mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 611–615, bzw. EUROPA-ARCHIV 1980, D 482–485.

Am 17. April 1980 ordnete Carter weitere Sanktionsmaßnahmen an. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 704–714, bzw. EUROPA-ARCHIV 1980, D 486 f.

Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. April 1980 in Luxemburg beschloß Wirtschaftssanktionen gegen den Iran; die Inkraftsetzung wurde mit Rücksicht auf die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann vom 25. April 1980; Referat 012, Bd. 115729.

Auf dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel wurde beschlossen, die „vorgesehenen Maßnahmen in der gemeinsam festgelegten Weise unverzüglich anzuwenden“. Vgl. die Erklärung zu Iran; BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.

25 Präsident Carter bat den Präsidenten des United States Olympic Committee, Kane, mit Schreiben vom 20. Januar 1980, wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf die Entsendung amerikanischer Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu verzichten, wenn die sowjetischen Streitkräfte nicht innerhalb eines Monats aus Afghanistan abgezogen würden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 106 f. In einem Fernseh- und Rundfunkinterview machte Carter diese Forderungen am selben Tag öffentlich. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 107–114.

26 Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab am 23. April 1980 die Empfehlung der Bundesregierung an das Nationale Olympische Komitee bekannt, keine Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden. Vgl. dazu BULLETIN 1980, S. 375.

27 Peter Hermes.

28 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. AAPD 1980, I, Dok. 15.

29 William P. Rogers, Henry A. Kissinger, Cyrus R. Vance, Edmund S. Muskie und Alexander M. Haig.

30 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter und Ronald W. Reagan.

31 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin gestürzt und getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395, AAPD 1980, I, Dok. 1 und Dok. 2, sowie AAPD 1981, III, Dok. 371.

Referat 340 bilanzierte am 4. Januar 1982, das afghanische Regime unter Babrak Karmal habe „1981 trotz starker sowjetischer militärischer Präsenz und eines mit Härte geführten Kampfes gegen den Widerstand weiterhin an Boden verloren. Es übt nur noch über einen geringen Teil des Landes eine begrenzte Kontrolle aus. [...] Sowjetische Truppenstärke wurde Ende 1981 von 85 000 auf ca. 90 000 angehoben. 35 000 Mann befinden sich in Reserve auf grenznahem sowjetischen Gebiet. [...] Bessere Organisation, Kampferfahrung und bessere Bewaffnung scheinen die Kampfkraft des Widerstandes gesteigert zu haben. Er kann sich auf die Unterstützung weiter Bevölkerungs-

schärfstens verurteilt habe.<sup>32</sup> Wir seien keineswegs weiche Verbündete. Er verwahre sich gegen leichtfertige Äußerungen dieser Art. In diesem Zusammenhang verweise er auf die amerikanische Unterlassung, die Mittelstreckenraketen in den SALT-Prozeß einzubeziehen. Bei Präsident Ford und Brzezinski habe er sich vergeblich um Verständnis dafür bemüht. Nachdem er sich schließlich im Oktober 1977 in London<sup>33</sup> öffentlich dazu geäußert habe, sei das Problem begriffen worden. Präsident Carter habe dann im Januar 1979 bei dem Treffen in Guadeloupe<sup>34</sup> die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa vorgeschlagen. Während Callaghan gefordert habe, darüber zunächst mit den Russen zu verhandeln, habe Giscard die Meinung vertreten, daß die Sowjets erst nach der Stationierung solcher Raketen verhandlungsbereit sein würden. Er (BK) habe sich der Meinung Giscard's angeschlossen. So sei es im Dezember 1979 zu dem NATO-Doppelbeschluß gekommen, den er (BK) gegen alle innenpolitischen Schwierigkeiten durchgesetzt habe. Er sei unverändert davon überzeugt, daß dieser Beschluß notwendig sei und durchgeführt werden müsse, weil die Sowjets die Entschlossenheit des Westens spüren müßten. Er (BK) sei also keineswegs weich, aber er wünsche, rechtzeitig konsultiert zu werden, und werde sich dann immer um eine kooperative Haltung bemühen. Die Zukunft der Bundesrepublik liege in der westlichen Allianz und im Bündnis mit den USA. Wie jüngste Meinungsumfragen zeigten, werde diese Haltung von 75 Prozent der Deutschen geteilt, so daß er damit eine allgemeine Einstellung vertrete.

Präsident Reagan habe ihm vor seiner Amtseinführung im November 1980 versichert, daß es im Verhältnis zu den Verbündeten keine Überraschungen geben werde.<sup>35</sup> Dennoch sei es zu einer starken Irritation der deutschen Öffentlichkeit gekommen, weil in den USA von einer Vorkriegsperiode statt von einer Nachkriegsperiode gesprochen wurde. Ferner würden die Sowjets in amerikanischen Verlautbarungen als militärisch überlegen dargestellt. Die Rede des Präsidenten vom 18.11.1981<sup>36</sup> habe wesentlich zu einer Verbesserung des amerikanischen Ansehens in Europa beigetragen. Man könne nur hoffen, daß es sich dabei nicht um eine Eintagsfliege gehandelt habe.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 39*

kreise und von Teilen der afghanischen Armee stützen. Die Zersplitterung des Widerstandes, die unter militärischen Aspekten einen Vorteil darstellt, macht es diesem aber unmöglich, den gewonnen politischen Handlungsraum zu nutzen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136766.

<sup>32</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt beim Abendessen am 30. Juni 1980 im Kreml vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

<sup>34</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>35</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Am 20. November 1980 traf er in Washington mit dem designierten Präsidenten Reagan zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

<sup>36</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

BK faßte das Gesprächsergebnis insoweit wie folgt zusammen:

- Die Bundesrepublik sei heute wie in der Vergangenheit ein zuverlässiger Verbündeter.
- Die Bundesrepublik werde auch im Bündnisrahmen ihre Interessen vertreten.
- Die Bundesrepublik wünsche, vor und nicht nach amerikanischen Entscheidungen gehört zu werden. Er würde es begrüßen, wenn Eagleburger und andere Vertreter der Administration häufiger nach Bonn kommen.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 14111 (010)

## 10

### Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10093/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 42  
Citissime

Aufgabe: 6. Januar 1982, 15.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Januar 1982, 21.53 Uhr

Betr.: Besuch des BK und Bundesaußenministers in Washington am  
4./5.1.1982<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch BM Genscher mit AM Haig am 5.1.1982

Zur Unterrichtung

Haig und BM trafen sich zu einem etwa anderthalbstündigen Arbeitsfrühstück im State Department, an dem auf amerikanischer Seite Stoessel, Eagleburger und Niles sowie auf deutscher Seite StS von Staden, MD Fischer und Gesandter Dannenbring teilnahmen.

In einleitenden Bemerkungen äußerte sich Haig positiv über die bisherigen Gespräche mit BK und BM. Es habe sich erwiesen, daß die Mißverständnisse über die unterschiedliche Bewertung der Lage in Polen hauptsächlich von der Presse erzeugt worden seien<sup>3</sup>, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. BM äußerte sich besorgt über die in der Öffentlichkeit verbreiteten falschen Vorstellungen. Die Militärregierung in Warschau sei nicht eine Krise des Westens, sondern eine Krise des Ostens.

1) Polen

Auf die Frage BMs nach seinen Erwartungen für die NATO-Ministersitzung

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 7. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>3</sup> Zur Berichterstattung in der amerikanischen Presse vgl. Dok. 3, Anm. 10.

am 11.1.1982<sup>4</sup> erwiderte Haig: Er hoffe, daß man dort noch eine weitere Annäherung erziele als in dem Beschluß der Zehn<sup>5</sup>. Bis zum 11.1. werde noch klarer werden, daß das Kriegerrecht in Polen keinen Erfolg habe und nicht haben werde. Dies schließe er aus den Meldungen über den anhaltenden und zunehmenden Widerstand gegen das Militärregime.<sup>6</sup> Auch die Wirtschaftslage einschließlich Lebensmittelversorgung werde sich wahrscheinlich weiter verschlechtern. Die Haltung der Fünfzehn werde durch die weitere Entwicklung beeinflusst werden. Wichtig sei, daß volle Übereinstimmung über die drei Punkte (Aufhebung des Kriegerrechts, Freilassung der Internierten<sup>7</sup>, Wiederaufnahme des innerpolnischen Dialogs) herrsche. Man sei sich auch einig, daß die Lebensmittelhilfe unter der Bedingung fortgesetzt werden sollte, daß die Auslieferung an die Bevölkerung sichergestellt sei.<sup>8</sup> Gegenüber der SU müßten die USA ein starkes Signal geben. Er hoffe, daß sich auch die Fünfzehn zu einem Signal entschließen, da sie andernfalls ihrer historischen Verantwortung nicht gerecht würden. Die Rüstungskontrolle gehöre nach Ansicht des Präsidenten in eine besondere Kategorie. In diesem Bereich werde es keinen Druck geben, sofern die Sowjets nicht in Polen direkt intervenierten. Etwas schärfer verhalte man sich bezüglich seines für den 27.1.1982 vorgesehenen Treffens mit Gromyko.<sup>9</sup> Insofern stelle man sich auf den Standpunkt, daß seine Teilnahme im Licht des sowjetischen Verhaltens in Polen überprüft werde.

BM erinnerte an den Vorschlag, eine KSZE-Sondersitzung auf der Ebene der Außenminister durchzuführen.<sup>10</sup> Wenn die Sowjets nicht zustimmen sollten,

<sup>4</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

<sup>6</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 2. Januar 1982: „Immer deutlicher wird, daß die unabhängige Gewerkschaft nach dem Schlag vom 13.12. und dem ersten Schock im Untergrund dabei ist, sich zu regenerieren und wieder aktiv zu werden. [...] Nach allen Informationen scheint jetzt sicher zu sein, daß die Streikbewegung von Militär und Sondereinheiten der Miliz in allen Regionen niedergeworfen wurde. An die Stelle des Streiks und offenen Protestes ist unterdessen der passive Widerstand getreten in Form von Go-slow und Dienst nach Vorschrift. Untergrund-Infodienst Solidarität berichtet über passiven Widerstand vor allem in Großbetrieben.“ Außerdem teilte Negwer mit, daß die „Lage an der Ostseeküste als weiterhin kompliziert bezeichnet worden“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 11; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>8</sup> Referat 214 vermerkte am 15. Januar 1982 zur humanitären Hilfe für Polen: „Von deutscher Seite sind der Deutsche Caritasverband e.V., Freiburg, das Deutsche Rote Kreuz und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland die bedeutendsten privaten Trägerorganisationen. Caritas: 1981 wurden von der Caritas 5000 t Hilfsgüter im Wert von rd. 20 Mio. DM (Grundnahrungsmittel und Grundmedikamente) nach Polen gebracht. [...] In der Regel hat es keine Schwierigkeiten bei den Transporten gegeben. Deutsches Rotes Kreuz (DRK): Vom DRK wurden 1981 ca. 2500 t Hilfsgüter im Wert von 10 bis 11 Mio. DM in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Roten Kreuz nach Polen gebracht. Die Weiterführung der Hilfe ist vorgesehen. Bei der Abfertigung gab es keine Schwierigkeiten. [...] Diakonisches Werk: Das Diakonische Werk brachte 1981 in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Ökumenischen Rat (acht Kirchen nicht römisch-katholischer Konfession) Hilfsgüter im Werte von 5,36 Mio. DM nach Polen. [...] Paketversand: Die Deutsche Bundespost beförderte 1981 fast 2 Mio. Pakete im Gewicht von max[imal] 20, im Durchschnitt 10 bis 15 Kilo. [...] Die Post hat aus ihrer Sicht keinen Anlaß, an Beförderung und Zustellung zu zweifeln.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132938.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>10</sup> Zur Frage einer KSZE-Sondersitzung auf Ministerebene zu Polen vgl. Dok. 7, Anm. 7.

müßte sich der Westen auf den Standpunkt stellen, daß das Treffen zu dem vorgesehenen Februar-Termin auf Ministerebene<sup>11</sup> fortgesetzt werden sollte. Wenn sich die Sowjets dem entzögen, würden sie und nicht der Westen in den Augen der N+N-Staaten eine schlechte Figur machen.

Haig stimmte diesem Vorschlag zu (good idea). BM ergänzte, Madrid beweise, daß wir gegenüber der SU nicht eine Politik des business as usual betrieben. In Brüssel<sup>12</sup> hätten sich acht der zehn Teilnehmer für die Entsendung von Tindemans nach Warschau unter der Voraussetzung eingesetzt, daß er auch Glemp und Wałęsa sprechen könnte. Seine ferner von den acht vorgeschlagene Entsendung nach Moskau würde demonstrieren, daß auch die Europäer Moskau für verantwortlich halten.

Haig wiederholte, daß nach seiner Ansicht die Sowjets die Drahtzieher (mastermind) der polnischen Krise seien. Gerade weil die Sowjets den Polen nicht trauten, hätte der Westen die Möglichkeit, die Entwicklung zu beeinflussen.

BM: Er glaube, das Kriebsrecht sei verhängt worden, um eine sowjetische Intervention zu vermeiden und den Manövrierraum Polens zu erweitern. Dies gebe uns die Möglichkeit, Polen je nach der weiteren Entwicklung Finanzhilfe anzubieten und uns gegen eine sowjetische Intervention auszusprechen. Diese Ansicht werde auch von Carrington geteilt, jedoch müßte über die Frage der Finanzhilfe im EG-Rahmen weiter beraten werden.

Haig erinnerte daran, daß auch Präsident Reagan in seiner Weihnachtsrede<sup>13</sup> Hilfe für Polen unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellt habe. Was ihm größere Sorge bereite, sei die Frage der gemeinsamen westlichen Reaktion gegenüber der SU. Nach seiner Meinung müsse der Westen die Sowjets zur Zurückhaltung auffordern und Ihnen klarmachen, daß sie für die Repression in Polen einen Preis zu zahlen hätten, und zwar innerhalb bestimmter Zeitgrenzen, denn sonst würde eine Situation wie nach Afghanistan<sup>14</sup> entstehen.

BM schlug vor, den Sowjets klarzumachen, daß Polen für uns der Prüfstein für die Ost-West-Beziehungen sei. Haig sollte sein Treffen mit Gromyko deshalb unbedingt durchführen und Polen an die Spitze der Tagesordnung setzen. Dies werde seine Wirkung haben, weil die Sowjets an der Kooperation mit den USA interessiert seien.

Haig betonte, daß die Lösung von Meinungsunterschieden über Polen unsere erste Priorität sein müsse. Er erinnert daran, daß jedenfalls die amerikanische Öffentlichkeit nicht verstehen könne, wenn man mit den Sowjets weiterhin „business as usual“ machen würde.

<sup>11</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>12</sup> Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 7.

<sup>13</sup> In seiner Weihnachtsansprache legte Präsident Reagan am 23. Dezember 1981 dar, die USA seien bereit, wirtschaftliche Hilfe für Polen zu leisten, sollte die polnische Regierung die Menschenrechte respektieren. Zudem kündigte er an, private Nahrungsmittellieferungen würden fortgesetzt, sofern diese die Bevölkerung erreichten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1186f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 162.

<sup>14</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

## 2) El Salvador

Haig erklärte, das deutsche Stimmverhalten zur El-Salvador-Resolution der VN<sup>15</sup> sei für die Amerikaner eine Katastrophe (desaster) gewesen und erfülle ihn mit großer Sorge.<sup>16</sup> Man könne nicht begreifen, daß die Bundesrepublik hier einem kubanischen Antrag zugestimmt habe.

BM erwiderte, er wolle nur soviel sagen, daß er bei dieser Abstimmung nicht der französischen Linie gefolgt wäre, wenn er damals gewußt hätte, was heute in Polen passiert wäre.

## 3) Verteidigungspolitik

Haig äußerte große Besorgnis wegen der Tendenz der deutschen Verteidigungsausgaben. Dabei denke er vor allem an zwei Punkte:

- die Entwicklung des deutschen Verteidigungshaushalts bis 1983 sowie
- den deutschen Beitrag zur NATO-Infrastruktur<sup>17</sup>.

Zum letzteren Thema erläuterte Haig, der Betrag, um den es gehe, sei als solcher äußerst gering (miniscule). Es gehe in Wahrheit um eine Grundsatzfrage im Bündnis. Während die Bundesrepublik früher eine treibende Kraft gewesen sei, würde nun durch ihr Verhalten das Infrastrukturprogramm blockiert.

Diese Frage werde sich auch als Belastung für das griechisch-türkische Verhältnis im Bündnis erweisen. Die Türken seien gegenüber den griechischen Irritationen bisher geduldig gewesen. Wenn Griechenland so weitermache, sage er voraus, daß die Irritationen wachsen und schließlich zu einer türkischen Reaktion in der Ägäis führen würden.<sup>18</sup> Wir sollten uns auf die neue griechische Politik lieber bald einstellen: Papandreou sei ein Demagoge, der aus innenpolitischen Gründen im Bündnis immer mehr Schwierigkeiten machen würde und

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/155 der VN-Generalversammlung vom 16. Dezember 1981 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 417 f.

<sup>16</sup> Die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen informierte am 12. Januar 1982, der von den Niederlanden „vorgelegte Entwurf zur Lage der Menschenrechte in El Salvador, der sich weitgehend an dem unkontroversen Text der letzten M[enschen]R[echts]K[ommission] orientierte und auch den USA keine größeren Schwierigkeiten bereitet hätte“, sei zurückgezogen worden, „da Frankreich – praktisch im Alleingang – sich mit Mexiko auf einen wesentlich schärferen und unausgewogenen Text geeinigt hatte, der schließlich – da weitere Textverhandlungen am Widerstand Mexikos scheiterten – unverändert zur Abstimmung gelangte. [...] Wir entschlossen uns – trotz unserer weitgehenden Vorbehalte – schließlich zuzustimmen, veranlaßten damit Belgien und Luxemburg, ebenfalls ihre Zustimmung zu geben, so daß Großbritannien als einziger EG-Partner sich der Stimme enthielt. [...] Allgemein waren die USA über das europäische Verhalten bei der Resolution zu El Salvador äußerst irritiert“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 39; Referat 230, Bd. 128027.

<sup>17</sup> Zur Frage der Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms vgl. Dok. 5, Anm. 6.

<sup>18</sup> Botschafter Sigrist, Athen, legte am 20. Januar 1982 dar: „Nachdem griechische Regierung bei Dezember-Tagung des NATO-Rats in Brüssel die nationalen Interessen Griechenlands (Konflikt mit der Türkei) unmißverständlich klargemacht und durch Verweigerung der Zustimmung zum gemeinsamen Kommuniqué ein Zeichen gesetzt hat, will man [...] eine derart spektakuläre Aktion zunächst nicht wiederholen. Hierfür spricht die trotz anfänglichen Sträubens (mit Rücksicht auf die spanischen Sozialisten) geleistete Mitunterzeichnung des spanischen Beitrittsprotokolls und die Fortsetzung der griechischen Mitarbeit in den NATO-Gremien. Man wird sich in Athen allerdings mit dem Ratifizierungsprozeß der spanischen Beitrittsakte einige Zeit lassen. Auch wird man die aus dem Rogers-Abkommen resultierende Verpflichtung zur Abgrenzung der NATO-Kommandobereiche (z. B. Luftkommando Larissa) weiterhin zurückstellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 201, Bd. 125644.

schon begonnen habe, eine künstliche Krise in Zypern zu schaffen.<sup>19</sup> Er (Haig) habe Papandreou daran erinnert, daß die Aufnahme Griechenlands in die NATO<sup>20</sup> von den europäischen Mitgliedsländern nur mit sehr knapper Mehrheit gebilligt worden sei. Sollte Papandreou auf seiner Linie fortfahren, werde man ihm sagen müssen, daß man auch ohne Griechenland auskommen könne. Eine amerikanische Studie habe ergeben, daß die USA ihre Stützpunkte in Griechenland<sup>21</sup> nicht wirklich benötigten.

Es sei zu hoffen, daß Frankreich nicht der griechischen Linie folgen werde, denn dann stünde das Bündnis vor schweren Problemen.

<sup>22</sup>4) Mittelamerika – Naher Osten

Haig berichtete, er habe aus kubanischer Quelle erfahren, daß die meisten der jetzt nach Nicaragua gelieferten Waffen französischen Ursprungs<sup>23</sup> seien. Er verfüge über keine sonstigen Beweise, werde aber Cheysson darauf ansprechen. Auf Frage BMs nach der Bezahlung dieser Waffenlieferungen erwiderte Haig, daß dafür möglicherweise Mittel aus Libyen zur Verfügung stünden. Gaddafi

<sup>19</sup> Botschafter Landau, Nikosia, berichtete am 14. Januar 1982: „Auf beiden Seiten der Demarkationslinie wird die Diskussion über Truppenverstärkungen mit offiziellen Erklärungen, Spekulationen und gegenseitigen Vorwürfen fortgesetzt. Am 4.1. wies AM Rolandis [...] die hier vertretenen Botschafter der ständigen Sicherheitsratsmitglieder auf angebliche türkische Truppenverstärkungen hin. [...] Die tatsächliche Lage ist wesentlich weniger dramatisch. Was die türkischen Truppen angeht, bleibt es nach allen der Botschaft zur Verfügung stehenden Informationen bei der [...] übermittelten Lagebeschreibung: Verstärkung um etwa 1000 Mann im Zuge einer Umorganisation, Modernisierung von Waffen, keine wesentliche Verstärkung des Militärpotentials.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 20; Referat 203, Bd. 124920.

<sup>20</sup> Griechenland wurde am 18. Februar 1952 Mitglied der NATO.

Am 14. August 1974 erklärte Griechenland seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO am 20. Oktober 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 292 und Dok. 296.

<sup>21</sup> Referat 201 vermerkte am 21. Januar 1982: „Auf der Grundlage des Stützpunktabkommens mit den USA vom 12.10.1953 befinden sich nach Angaben aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium gegenwärtig etwa 2400 Angehörige der amerikanischen Luftwaffe, 500 Angehörige des Heeres und 400 Angehörige der Marine in Griechenland. [...] Die griechische Regierung Karamanlis hatte [...] den Abschluß eines neuen Stützpunktabkommens mit den USA von der NATO-Reintegration abhängig gemacht. [...] Im Juni 1981 wurden die Verhandlungen über die Stützpunkte von der Regierung Rallis bis nach den Wahlen ausgesetzt.“ Ferner notierte Referat 201: „Papandreou betont, seine Regierung sei aufgrund ihrer ideologischen Position gegen Basen und Kernwaffen (in Griechenland).“ Er halte am Vorhaben der Schließung der Basen fest. Neue Verhandlungen würden im Frühjahr beginnen. Vgl. Referat 201, Bd. 125644.

<sup>22</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 43 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>23</sup> Gesandter Mühlen, Paris, informierte am 8. Januar 1982 über französische Rüstungsexporte nach Nicaragua: „Aufgrund einer Indiskretion sah sich der Quai am 7. Januar 1982 veranlaßt, den Abschluß eines Abkommens über Waffenlieferungen an Nicaragua zu bestätigen. Der im Dezember 1981 abgeschlossene Vertrag sehe, wie uns gesagt wurde, Lieferungen im Werte von etwa 20 Mio. US-Dollar vor. Geliefert werden sollen: zwei Hubschrauber Alouette 3, zwei Patrouillenboote, Lastwagen. Weiter sei die Ausbildung von Angehörigen der Marine und der Luftwaffe vorgesehen. Das Abkommen sei anlässlich des geheimen Besuches des Vize-Verteidigungsministers von Nicaragua, J. Cuadra, im Dezember 1981 ausgehandelt worden und enthalte eine Reexportverbotsklausel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 331, Bd. 136016.

Am 12. Januar 1982 berichtete Gesandter Dannenbring, Washington: „Wären die französischen Waffenlieferungen, so hören wir auf Arbeitsebene im State Department, vor zwei Jahren erfolgt, so hätte man sie als positiv angesehen. Heute aber sei es ‚too late in the game‘: Die französische Militärlieferung ergänze nur die des Ostblocks, ohne ein ernstzunehmendes Gegengewicht gegen die Abhängigkeit Nicaraguas von dieser darzustellen; sie bewirke im Gegenteil nur die Freisetzung weiterer Mittel des Ostblocks.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 164; Referat 331, Bd. 136016.

habe Washington wissen lassen, daß er Ausbildungslager für Terroristen geschlossen und nach USA entsandte Mordkommandos zurückgerufen habe – letzteres sei angesichts der vorhergehenden Dementis besonders bemerkenswert. Washington bleibe gegenüber Libyen skeptisch. Man beobachte mit Interesse, ohne ganz die libyschen Motive zu verstehen, daß sich Gaddafi um Annäherung an andere Araber, insbesondere die Saudis, bemühe.

BM erklärte zu der letzten Bemerkung Haigs, daß dies ein Ergebnis der Politik Begins sei, die selbst die gemäßigten Araber veranlasse, mehr Solidarität mit dem arabischen Lager zu zeigen.

[gez.] Dannenbring

**VS-Bd. 14111 (010)**

## 11

### **Staatssekretär von Staden, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-10100/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 66**

**Aufgabe: 6. Januar 1982, 20.43 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. Januar 1982, 02.48 Uhr**

Betr.: Besuch StS von Staden in Washington<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Botschafter Nitze

Zur Unterrichtung

Aus meinem Gespräch mit Botschafter Paul Nitze am 6.1., das vor allem die sowjetische INF-Verhandlungsposition behandelte, ist festzuhalten:

Nitze sieht in den sowjetischen Vorschlägen, insbesondere der schrittweisen Null-Lösung<sup>3</sup>, den Versuch, den amerikanischen Null-Vorschlag<sup>4</sup> zu konterkarieren, und zwar vornehmlich mit Blick auf die öffentliche Meinung in Europa. Ziel sei die Spaltung Westeuropas von den USA.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „Bitte mit Fü S II 2 klären, warum dort Fencer unter 1000 km gerechnet wird.“

Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 8. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte, um Wiedervorlage „[für] Besp[er]ch[ung] mit Fü S II 2 am 11.1.“ bat sowie zum handschriftlichen Vermerk Citrons notierte: „Kampfradius“.

Hat Hofmann am 8. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Staatssekretärs von Staden vom 4. bis 8. Januar 1982 in den USA vgl. auch Dok. 14.

<sup>3</sup> Bei der ersten Runde der INF-Verhandlungen vom 30. November bis 15. Dezember 1981 in Genf unterbreitete die UdSSR einen Zwei-Stufen-Plan zur Verminderung und Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380.

<sup>4</sup> Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657.

Schlüsselement der sowjetischen Verhandlungsposition sei die Anrechnung britischer und französischer Systeme, was nur noch wenig Raum für amerikanische Systeme lassen würde. Sowjetisches Ziel sei also, amerikanische Nuklearwaffen aus Europa herauszuhalten. Zur Frage, ob die SU wirklich annähme, die USA könnten einer Anrechnung von Drittstaatensystemen zustimmen, meinte Nitze, die sowjetische Darlegung sei vor allem für die Öffentlichkeit bestimmt<sup>5</sup>, gerade auch für den Fall, daß die Verhandlungen unterbrochen würden oder ohne Ergebnis blieben.

Auf meine Frage, ob die SU hoffe, eine Dislozierung vermeiden zu können, meinte Nitze, daß die Sowjets sich überzeugt gäben, die Amerikaner drängten den Europäern etwas auf, was diese gar nicht wollten. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Bundeskanzler sein politisches Schicksal an die Durchführung des Doppelbeschlusses geknüpft habe. Dies sei auch Breschnew während seines Bonn-Besuches<sup>6</sup> klargemacht worden. Es habe seinen Eindruck nicht verfehlt. Im übrigen legte ich dar, daß sich die öffentliche Protestbewegung<sup>7</sup> gegen die INF-Modernisierung zur Zeit etwas gedämpft habe, zumal solche Bewegungen nicht über sehr lange Zeit mit voller Kraft aufrechterhalten werden könnten, wie die Proteste gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zeigten. Das Schlimmste sei vorerst, vielleicht, vorbei<sup>8</sup>, aber es werde wohl erneut aufflammen<sup>9</sup>. Da die Stärke der amerikanischen Verhandlungsposition davon abhängen, wie die SU die Durchführung der INF-Modernisierung einschätzt, sei es wichtig, über die sowjetische Beurteilung Kontakt zu halten.

Nitze kam dann auf die sowjetische Verhandlungsposition und deren Grundsätze zurück. Das Problem sei, welche Systeme ein- oder ausgeschlossen werden. Der sowjetische Ansatz sei willkürlich selektiv und bei der Durchführung des eigenen Ansatzes nicht konsistent. Das gelte z.B. für das Reichweitenkriterium von Systemen über 1000 km; obwohl der sowjetische Bomber vom Typ Fencer klar eine Reichweite über 1000 km<sup>10</sup> habe, hätten die Sowjets ihn nicht mitgezählt. Bei der Behandlung von Systemen in Europa oder solchen, die Europa bedrohen, seien die Sowjets bisher sehr vage. Nicht logisch sei auch die von den Sowjets geforderte Einbeziehung der in den USA stationierten FB-111, möglicherweise deshalb, weil dieser Typ in SALT II<sup>11</sup> nicht einbezogen war. (Nitze er-

<sup>5</sup> Die Wörter „sowjetische ... bestimmt“ wurden von Legationsrat I. Klasse Bolewski unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bisher noch nicht veröffentlicht.“

<sup>6</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>7</sup> Die Wörter „öffentliche Protestbewegung“ wurden von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Beweis?“

<sup>8</sup> Die Wörter „das Schlimmste ... vorbei“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In[sch]allah.“

<sup>9</sup> Die Wörter „werde wohl erneut aufflammen“ wurden von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Anlässlich der ersten Enttäuschungen über Genf (bei SPD-Parteitag im April?).“

<sup>10</sup> Die Wörter „Fencer ... 1000 km“ wurden von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1800 km. Kampfradius 900 km.“

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

währte, daß die Amerikaner bereit gewesen wären, die FB-111 in SALT zu erfassen, wenn die SU ihrerseits einer Einbeziehung des Backfire-Bombers zugestimmt hätte.)

Nitze bezeichnete das Problem der britischen und französischen Systeme als sehr komplex. In den formellen Verhandlungen hätten die Amerikaner klargestellt, daß sie nur über amerikanische Systeme verhandeln würden. Informell sei darüber jedoch des längeren gesprochen worden. Die Amerikaner hätten darauf hingewiesen, daß die englischen und französischen Systeme strategische Funktionen hätten (mit Ausnahme der wenigen französischen IRBMs) und daher als strategische Systeme angesehen werden müßten.<sup>12</sup> Im übrigen hätten sie politisch differenzierende Elemente verwendet, nämlich das Veto-Recht Frankreichs und Großbritanniens im Sicherheitsrat; auch im Nichtverbreitungsvertrag<sup>13</sup> seien Frankreich und England als nukleare Mächte besonders behandelt worden.

Zur Frage, ob sich die Sowjets mehr über die Pershing II oder GLCMs besorgt gezeigt hätten, meinte Nitze, in den Verhandlungen hätten sie sich dazu nicht geäußert. Man wisse aber von Besuchern in Moskau, daß dortige Gesprächspartner über die Pershing II besonders besorgt seien (kurze Vorwarnzeit). Die Amerikaner hätten keine Veranlassung, ihnen diese Sorge zu nehmen. Ich habe bestätigt, daß wir ebenso dächten und danach handelten (Breschnew-Besuch).

Nitze ging dann auf die Konzentration der Verhandlungen auf Raketen als die bedrohlichsten Systeme ein. Eine Einbeziehung nuklearfähiger Flugzeuge wäre außerordentlich schwierig und die Vergleichbarkeit schwer zu bewerten (konventionelle/nukleare Fähigkeit, Luftabwehr, Personalfaktor bei Verlusten, kurze Flugdauer, Beweglichkeit und Verlegbarkeit). Im übrigen gebe es auch in diesem Bereich große Disparitäten zugunsten der SU. Zusammenfassend meinte Nitze, die sowjetische Argumentation sei nicht überzeugend, eher polemisch.

An dieser Stelle habe ich erwähnt, daß der sowjetische Geschäftsträger StS Lahnstein im Bundeskanzleramt über die INF-Verhandlung aus sowjetischer Sicht informiert hat (vgl. Plurex 22 vom 4.1.).<sup>14</sup> Die Unterrichtung habe nichts Neues gebracht, aber die Tatsache, daß sie erfolge, sei bemerkenswert. Nitze meinte dazu, daß die Sowjets mehrere Demarchen dieser Art unternommen und dabei betont hätten, daß auf sowjetischer Seite nur 975 Systeme anzurechnen seien.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also bei START anzurechnen.“

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

<sup>14</sup> Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington am 4. Januar 1982 mit, Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, sei am 30. Dezember 1981 von sowjetischer Seite über die INF-Verhandlungen unterrichtet worden: „Jüngste Unterrichtung bringt nichts Neues, beschränkt sich auf Darlegung einiger Elemente der östlichen Ausgangsposition. Die Angaben sind sehr knapp, bei der Darstellung der von Moskau gewünschten Null-Lösung fehlt z. B. für Mittelstreckensysteme die Formel ‚die auf Objekte in Europa gerichtet sind‘. Statt dessen macht die SU klar, daß sie an eine modifizierte Null-Lösung denkt mit einer ihr zugestandenen Kompensation für französische und britische Systeme. [...] Aus der sowjetischen Darstellung wird nicht deutlich, ob östliche Ausgangsposition in Genf schon vollständig präsentiert worden ist.“ Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

Ich habe hervorgehoben, daß die amerikanische Position logisch sei und auf soliden Argumenten beruhe. Die INF-Verhandlungen seien von einer politischen Bedeutung, wie Rüstungskontrollverhandlungen sie vielleicht noch nie gehabt hätten. Solange die SU glauben könne, daß der Westen bei der Dislozierung zögere, könnte sie die Verhandlungen ihrerseits verzögern. Die Behandlung der europäischen Öffentlichkeit während der Verhandlungen sei deshalb außerordentlich wichtig. Wir seien sehr befriedigt, daß Präsident Reagan an den INF-Verhandlungen trotz der Ereignisse in Polen – nach dem jetzigen Stand – festhalte. Nitze bemerkte, daß wichtigstes sowjetisches Ziel sei, den Westen zu spalten; es hätte insofern im Interesse der Sowjets gelegen, daß die USA wegen Polen die Verhandlungen einseitig unterbrochen hätten. Eine Unterbrechung wäre für die USA aber nur denkbar gewesen, wenn dies alle Verbündeten einheitlich unterstützt hätten; das sei aber wegen der öffentlichen Meinung nicht möglich gewesen. Ich betonte, daß es besser sei, die Verhandlungen fortzuführen; das stärke die Bundesregierung beim Festhalten am Doppelbeschluß, was wiederum die amerikanische Verhandlungsposition stärke, da die SU im Falle mangelnder Ergebnisse mit einer Dislozierung rechnen müsse.<sup>15</sup>

[gez.] Staden

VS-Bd. 12050 (201)

## 12

### Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10133/82 geheim

Fernschreiben Nr. 20

Citissime

**Aufgabe: 7. Januar 1982, 17.22 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 7. Januar 1982, 23.39 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers in Washington vom 4. bis 6.1.1982<sup>2</sup>;  
hier: Gespräche mit führenden amerikanischen Wirtschaftspolitikern am Abend des 4.1.1982

Zur Unterrichtung

BK und Bundesaußenminister trafen am 4.1. abends zu einem Arbeitsessen in der Botschafterresidenz mit AM Haig und führenden amerikanischen Wirtschaftspolitikern zusammen, darunter Finanzminister Regan, Handelsminister

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zirkelschluß.“

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 8. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 10 und Dok. 15.

Baldrige, Mr. Meese (Stabschef des Weißen Hauses), Senator Dole (Vorsitzender des Finanzausschusses), Abgeordneter Jones (Vorsitzender des Haushaltsausschusses), Weidenbaum (Wirtschaftsberater des Präsidenten), Volcker (Präsident der amerikanischen Bundesbank), Botschafter Burns sowie die Bankiers Preston und Prussia. Auf deutscher Seite u. a. StS Lahnstein, StS von Staden, StS Becker, Botschafter Hermes, MD Heick und MD Fischer.

1) BK führte aus, daß sich die Weltwirtschaft am Rande einer tiefen Depression befinde. Dabei stünde auch die Wirtschaft der USA und ihrer Verbündeten auf dem Spiel. Niemals zuvor habe es eine solche Kombination von hoher Arbeitslosigkeit, hohen Zinssätzen, Zahlungsbilanzdefiziten und – als Folge – einer Verdrängung von Privatinvestitionen auf dem Kapitalmarkt gegeben. Er sei heute pessimistischer als vor zwölf Monaten. Seine kurze Botschaft an seine amerikanischen Freunde laute: Das wirtschaftliche Verhalten der USA sei entscheidend für das wirtschaftliche Schicksal der OECD-Länder – von den Entwicklungsländern ganz zu schweigen.

Bei der Tatsache, daß seit 1973 in fast allen Industrieländern zweimal ein Regierungswechsel stattgefunden habe, habe die wirtschaftliche Rezession eine wesentliche Rolle gespielt. Wirtschaftliche Instabilität sei ein entscheidender strategischer Faktor.

Burns äußerte sich über den Ausblick der Wirtschaftsentwicklung optimistischer als BK. Er wies darauf hin, daß die Produktivität (pro Arbeitsstunde) in Ländern wie Großbritannien und der Bundesrepublik zugenommen habe.

Regan erläuterte, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen des Haushaltsdefizits nicht überschätzt werden dürften. Es handele sich in Wahrheit um „paper deficits“, die als solche nicht unmittelbar auf den Wirtschaftsablauf durchschlugen.

Weidenbaum und Dole machten darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Zinssätze inzwischen von fast 20 Prozent auf unter 15 Prozent gefallen seien. Präsident Reagan befinde sich mit seiner Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Wege, wenn auch noch einige Zeit bis zur Überwindung der Rezession vergehen werde. Es sei jedoch einzuräumen, daß wirtschaftliche Vorhersagen äußerst schwierig seien und fast nie zuträfen.

BK bekräftigte diese letzte Bemerkung. Er wies auf die große Bedeutung der Entwicklung des Haushalts hin und warnte vor der Tendenz, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Er rege an, daß seine amerikanischen Freunde den französischen Finanzminister Delors nach Washington einladen, um von dessen großer Erfahrung und Weisheit zu profitieren. Er habe vor Delors, der Unterstützung verdiene, großen Respekt. Im übrigen erinnere er an Artikel 2<sup>3</sup> des NATO-Vertrages, in dem von wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Partner die Rede sei.<sup>4</sup>

2) Zur amerikanischen Reaktion auf die Entwicklung in Polen begrüßte BK, daß die INF-Gespräche nicht in den Sanktionskatalog aufgenommen wurden und

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „6“.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut von Artikel 2 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

auch nicht aufgenommen werden sollen. Er habe schon drei frühere amerikanische Regierungen auf das Problem des Ungleichgewichts im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen hingewiesen. Ferner erinnere er an die Erfahrung, die man mit Sanktionen nach der Irankrise<sup>5</sup> und dem Olympia-Boycott<sup>6</sup> gemacht habe. Die Bundesrepublik habe ihre Reaktion auf die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen bereits am 18.12.1981 mit einer fast einstimmig angenommenen Bundestagsentschließung<sup>7</sup> deutlich gemacht.

BM Genscher berichtete über Verlauf und Ergebnis des Brüsseler Außenministertreffens der Zehn<sup>8</sup>, von dem er soeben komme. Es sei, nicht zuletzt auf deutsches Drängen, gelungen, die drei Punkte (Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung aller Verhafteten, Wiederaufnahme des innerpolnischen Dialogs) auch in diese Resolution<sup>9</sup> aufzunehmen. Leider hätten zwei EG-Mitglieder der vorgeschlagenen Entsendung von Tindemans nach Warschau und Moskau bisher nicht zugestimmt.

Haig begrüßte die Darlegungen des BK und BM. Jaruzelski sei nach einer Denkschule ein polnischer Nationalist und nach einer anderen eine sowjetische Marionette. Er neige mehr zu der letzteren Denkschule. Entscheidend sei jedoch, daß Jaruzelski unter sowjetischem Druck gehandelt habe.

Man müsse in diesem Zusammenhang der Bildung von Mythen über die Polenkrise entgegenwirken, nämlich

- deren angebliche Auslösung durch die überhandnehmende Radikalisierung von Solidarität sowie
- der Behauptung, daß der Westen über keine Gegenmittel verfüge.

Nach amerikanischen Erkenntnissen hätten die Vorbereitungen für die Ausrufung des Kriegsrechts bereits im März 1981 begonnen, und die entsprechende Proklamation sei im September 1981 in Moskau gedruckt worden. Es handele sich also zwei Jahre nach Afghanistan<sup>10</sup> um eine indirekte sowjetische Intervention. Wenn der Westen darauf mit „business as usual“ reagiere, dann fürchte er um die Zukunft der freien Welt.

Die Schlußakte von Helsinki<sup>11</sup> gebe uns das Recht und die Verpflichtung der Einflußnahme in Polen. Über die von BM Genscher genannten drei Punkte bestehe volle Übereinstimmung. Die amerikanischen Sanktionen seien in erster

<sup>5</sup> Zu den Sanktionen der USA und der EG-Mitgliedstaaten gegenüber dem Iran vgl. Dok. 9, Anm. 24.

<sup>6</sup> Zum Boycott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 25 und Anm. 26.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 120, S. 4309.

<sup>8</sup> Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 7.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164f.

<sup>10</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Linie ein notwendiges politisches Signal.<sup>12</sup> In Europa hätten diese Sanktionen bisher keinen Anklang gefunden (no receptivity). Der Präsident habe tief in seinem Herzen gewußt, daß auf eine entsprechende Frage von ihm die europäische Antwort gelautet hätte: Nein. Für ihn sei der wichtigste Aspekt, daß die Polenkrise nicht zu einer Krise des Westens werde und die Einigkeit des Bündnisses beeinträchtige.

Dole stellte daraufhin die Frage, ob BK bereit sei, Sanktionen zu unterstützen. Nach seiner Ansicht müßten die großen Bereiche der Übereinstimmung stärker herausgestellt werden.

BK erkannte an, daß es sich bei diesen Maßnahmen um einen klaren politischen – weniger wirtschaftlichen – Schritt gehandelt habe. Über die Durchführung der Sanktionen hätten bisher keine Konsultationen stattgefunden, dazu wäre in der NATO-Sitzung vom 11.1.1982<sup>13</sup> Gelegenheit.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 14111 (010)

### 13

#### Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-10172/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 8. Januar 1982, 18.20 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 87

Ankunft: 8. Januar 1982, 21.54 Uhr

Citissime

Betr.: Einschätzung der politischen Lage und Perspektive durch Staatsratsmitglied Prof. Szczepański

I. In Gespräch des Politischen Referenten<sup>2</sup> mit Staatsratsmitglied Prof. Szczepański am 8.1.82 gab dieser die folgende Einschätzung der politischen Lage und Perspektive:

1) Der Staatsrat sei von den Ereignissen am 13.12.81 überrascht worden und habe keine Entscheidungsmöglichkeit mehr gehabt.

<sup>12</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>13</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 9. Januar 1982 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich vermerkte: „Eilt. Über Bereitschaftsdienst D2: Diese Elemente (Quellenschutz) sollten in Brüssel verwandt werden.“

Hat Pfeffer am 9. Januar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe bereits ein Stück für diesen Zweck bereit.“

<sup>2</sup> Roland Wegener.

Er selbst sei wie alle anderen kurz vor Mitternacht aus dem Bett geholt worden. Im Staatsratsgebäude habe ihnen eine Gruppe hoher Militärs eröffnet, daß nunmehr nach Radom<sup>3</sup> und Danzig<sup>4</sup> eine Lage eingetreten sei, die die Armee zwingt, das Vaterland vor der Katastrophe zu retten. Sie könnten keine näheren Ausführungen machen. Die von der Armee nunmehr zu treffenden Maßnahmen seien unausweichlich, um eine nationale Lösung sicherzustellen.

Es habe für ihn keinen Zweifel gegeben, daß diese Aktion von langer Hand geplant und zuvor auch mit der Sowjetunion abgestimmt gewesen sei. Ihm sei – wie auch den anderen Staatsratsmitgliedern – klar gewesen, daß Jaruzelski sich zu diesem Vorgehen entschlossen habe, weil er seine Möglichkeiten, eine polnische Lösung durch einen Dialog zu erreichen, als erschöpft angesehen habe. Trotzdem hätte eine Minderheit in der mehrstündigen Debatte Bedenken geäußert. In der Beschlußfassung habe er sich der Stimme enthalten, nachdem die Mehrheit ohnehin festgestanden habe. Ihm sei klar, daß ihm dies bei vielen Intellektuellen den Ruf eines Verräters und Kollaborateurs einbringen werde. Doch habe er die Chance, zukünftig als selbstloser Berater und Mittler noch Einfluß auf das Militärregime ausüben zu können, bewahren wollen.

2) Er habe Jaruzelski, den er seit über zwanzig Jahren kenne, in den vergangenen Wochen drei Denkschriften vorgelegt:

a) In einer ersten Denkschrift zur allgemeinen politischen Perspektive habe er am 17.12. ausgeführt, daß eine Fortführung des Gedankens der nationalen Verständigung mit allen gesellschaftlichen Kräften auch unter den neuen Bedingungen unabdingbar sei. Er habe vorgeschlagen, daß dieser Gedanke während der Geltung des Kriegsrechts von einem Komitee der nationalen Verständigung realisiert werden solle, in dem alle Sejm-Abgeordnetenclubs repräsentiert seien. Das Zentrale Komitee solle auf regionaler Ebene durch Komitees ergänzt werden, die von den regionalen Sejm-Abgeordnetengruppen besetzt würden. Zu

<sup>3</sup> Am 3. Dezember 1981 fand in Radom eine Sitzung des Präsidiums der Gewerkschaft Solidarność statt. Referat 214 vermerkte dazu am 9. Dezember 1981, die polnische Regierung habe „mit der Veröffentlichung von Tonbandaufzeichnungen aus der Präsidiumssitzung das Mißtrauen der Gewerkschafter weiter geschürt. Das Präsidium beschloß unter Leitung von Wałęsa Ablehnung des von der Regierung geplanten ‚Provisoriums‘ (statt sofortiger wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Mitbestimmung; Fortführung des bisherigen Zustands durch Regierungsverordnungen während einer Übergangszeit); Ablehnung von Sondervollmachten für die Regierung wegen Einschränkung von Bürgerfreiheiten. Für den Fall der Verabschiedung im Sejm Androhung 24-stündigen Proteststreiks; bei Repressionen gegen ‚Solidarität‘ Generalstreik. Bedingungen für nationale Verständigung: Gewerkschaftsgesetz nach ‚Solidaritäts‘-Vorstellungen (Status); Wirtschaftsreform; demokratische Wahlen zu Volksräten (Regionalvertretungen); Volkswirtschaftsrat; Zugang zu elektronischen Massenmedien. Diese Entschlüsse werden der Landeskommission am 11.12. in Danzig zur Beschlußfassung vorgelegt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

Für den Wortlaut der Entschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 118–120.

<sup>4</sup> In Danzig fand am 11./12. Dezember 1981 eine Plenartagung der Landeskommission der Gewerkschaft Solidarność statt, welche die Beschlüsse des Präsidiums vom 3. Dezember 1981 bei seiner Sitzung in Radom bestätigte und den 17. Dezember zum „Tag des nationalen Protestes und der Einheit“ proklamierte. Referat 214 notierte dazu am 16. Dezember 1981: „Vertreter des Militärrates behaupten, ‚Solidarität‘ hätte auf den Tagungen in Radom und Danzig eine Machtübernahme in den Gemeinden und Betrieben, d. h. an der Basis, beschlossen. Wałęsa persönlich habe den Sturz von ‚Parlamenten und Räten‘ gefordert. Dieser hat erklärt, seine Aussagen seien aus dem Zusammenhang gerissen worden. [...] Bewertet man die Äußerungen von Solidaritäts-Führern in Radom und Danzig, so ließen sie zwar eine erhebliche Konfrontationsbereitschaft erkennen, doch zielte diese primär auf freie Wahlen, implizite damit allerdings auch auf Abwahl der PVAP als führende Kraft des Landes“. Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

einem späteren Zeitpunkt könnten diese Komitees dann durch Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen ergänzt werden, sobald diese wieder funktionsfähig seien; dazu gehöre selbstverständlich vor allem die Solidarität.

b) Nachdem dieser Gedanke auf eine positive Resonanz gestoßen sei, habe er in einer weiteren Denkschrift einen Themenkatalog konzipiert, mit dem sich dieses Komitee befassen könne. An erster Stelle sei die zukünftige Rolle der Gewerkschaften im Rahmen der nationalen Verständigung gestanden, womit deren gesellschaftspolitische Funktion gemeint sei. Die Abgeordnetenclubs befaßten sich mit diesen Fragen derzeit. Allerdings sei noch nicht die abschließende Haltung Jaruzelskis bekannt, so daß die Chancen dieses Projektes noch offen seien.

c) In einer dritten Denkschrift zur Lage der Hochschulen habe er dargelegt, daß eine ruhige und kontinuierliche Entwicklung dieses Bereichs nur möglich sei, wenn die gewählten Organe nicht angetastet würden und Gelegenheit gegeben werde, den Forschungs- und Lehrbetrieb baldmöglichst fortzuführen.<sup>5</sup> Von einer Auflösung des unabhängigen Studentenverbandes habe er abgeraten, denn er selbst habe während der vergangenen Monate während seiner Vermittlungsbemühungen in Radom festgestellt, daß dieser die zukünftige Elite des Volkes darstelle, die man nicht in den Untergrund treiben dürfe. Die bisherigen Maßnahmen des Militärregimes hätten diesen Darlegungen wenigstens teilweise Rechnung getragen.

3) Jaruzelski habe zwei schwere politische Fehler gemacht:

a) Er habe nicht gleichzeitig auch die politischen Parteien suspendiert. Damit habe er sich wesentlicher Möglichkeiten, die PVAP umzugestalten, beraubt.

b) Er habe dem Sicherheitsapparat bei der Durchführung zu viel Raum gegeben. Die Armee habe sich mit der militärischen Absicherung und Unterstützung begnügt, unter ihrem Schirm sei dies aber eine reine Polizeiaktion gewesen. Dies habe zu einem erheblichen Einfluß des Sicherheitsapparates geführt, den er nun nicht mehr zurückdrängen könne. Im Ergebnis müsse Jaruzelski daher auf die Orthodoxen erhebliche Rücksicht nehmen, was angesichts deren Rückhalts in Moskau seine Handlungsmarge beschränke.

4) Welches politische Konzept Jaruzelski verfolge, sei unklar. Sein politischer Hauptberater Rakowski habe in den vergangenen neun Monaten nach weitverbreiteter Einschätzung kein politisches Format gezeigt. Auch der Absprung seiner Söhne in den Westen schade ihm sehr. Es sei fraglich, ob er noch wesentli-

<sup>5</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 6. Januar 1982: „Wie wenig sich der militärische Rat zur nationalen Errettung Polens in den Hochschulen durchsetzen kann, wurde schon in den vergangenen Wochen aus den heftigen Attacken gegen den unabhängigen Studentenverband N[iezależne] Z[przeszenie]S[tudentów], den Internierungen im akademischen Milieu und dem Jaruzelski-Treffen mit den Wissenschaftlern deutlich. Heute nun wurden durch eine Mitteilung des Militärrates die Minister und Rektoren aufgefordert, bis Anfang Februar die ‚Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit unter den Bedingungen des Kriegsrechts‘ zu schaffen, an dessen Aufhebung anscheinend also noch nicht so schnell in diesem akademischen Jahr gedacht zu sein scheint. Lediglich für Examenskandidaten sollen zur Vorbereitung der mündlichen Prüfung die Universitäten bereits am 8. Jan[uar] geöffnet werden. [...] Gleichzeitig wurde der bisher suspendierte Studentenverband NZS aufgelöst und verboten, da er nach dem 13. Dezember Streikaktionen an den Hochschulen durchgeführt hat und seine Mitglieder sich aktiv an den Streiks in den Industriebetrieben beteiligt haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 64; Referat 214, Bd. 132916.

chen Einfluß ausüben könne. Die liberaleren Minister wie Zawadzki und Rajkiewicz, die er in das Kabinett geholt habe, litten unter der zunehmenden anti-intellektuellen Stimmung in Partei- und Staatsapparat. Im wesentlichen könne er sich praktisch nur auf Militärs stützen, die aber keine politische Erfahrung hätten.

Gegenwärtig arbeiteten eine Reihe von Arbeitsgruppen an einem „politischen Programm“, das Jaruzelski am 19./20. Januar 1982 dem Sejm vorstellen wolle.<sup>6</sup> Diese Gruppen mit ganz unterschiedlicher politischer Ausrichtung könnten aber nur begrenzten Einfluß nehmen, da die eigentliche Redaktion durch den Militärrat selbst erfolge und aus diesem nichts nach außen dringe. Es sei nur so viel bekannt, daß eine Vielzahl von Fragen in diesem Gremium kontrovers sei.

5) Zu den gegenwärtig wesentlichen Punkten erklärte Szczepański, der entscheidende Punkt sei die Frage der Wiederaufnahme des Dialogs mit der Solidarität. Falls dieser in Gang komme, seien auch Schritte zur Aufhebung des Kriegszustandes und Freilassung der Internierten<sup>7</sup> absehbar. In der Solidarität gebe es jetzt sehr unterschiedliche Strömungen: Während die einen in den Untergrund gehen und die anderen den passiven Widerstand formieren wollten, gebe es doch auch bei einigen Führern Einsicht, daß für die Solidarität nur im Rahmen des Systems durch die Beschränkung auf eine gewerkschaftliche Tätigkeit Hoffnung bestehe. In der Regierung sei man über das mangelnde politische Format Wałęsas, mit dem man wochenlang verhandelt habe, enttäuscht, andererseits sei man aber auch nicht bereit, dessen politische Berater hinzuzuziehen, die man für die Entwicklung der Ereignisse mitverantwortlich mache. Daher versuche man nun auch, mit einigen regionalen Führern zu sprechen, die mehr Verständnis für die Situation hätten.

Er persönlich glaube aber, dies könne nur eine Vorstufe sein für weitere Gespräche mit Wałęsa und dem Solidaritätspräsidium, da nur eine Einigung mit diesen einen ferneren Dialog eröffne. Eine Umgehung Wałęsas sei aussichtslos, da die Arbeiter einem anderen keinen Glauben schenken würden.

6) Szczepański erklärte abschließend zur westlichen Haltung, eine undifferenzierte Druckausübung müsse Polen in die Arme der Sowjetunion treiben. Er deutete an, daß er die Dosierung der westlichen Reaktion und die Konzentration auf einige essentielle Punkte, wie sie in der Zehner-Erklärung vom 4.1.<sup>8</sup> erfolgt ist, für erfolgsversprechend hält. Er ließ durchblicken, daß in der Frage des Kriegsrechts und der Internierten nur begrenzte Möglichkeiten einer Bewegung über das Bisherige hinaus bestünden. Die hierfür entscheidende Weichenstellung liege in der Frage der Wiederaufnahme des Dialogs mit der Solidarität, in der immer noch verschiedene Optionen offen seien.

II. Die Äußerungen Szczepańskis werden mit der Einschränkung wiedergegeben, daß dessen jetzige Einflußmöglichkeiten begrenzt sind. Gleichwohl erlauben

<sup>6</sup> Zur Rede von Ministerpräsident Jaruzelski am 25. Januar 1982 vor dem polnischen Parlament vgl. Dok. 29, Anm. 3.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

sie Rückschlüsse, in welchen Fragen noch Bewegungsmöglichkeiten Jaruzelskis bestehen.

[gez.] Negwer

VS-Bd. 13323 (214)

## 14

### Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10175/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 112  
Citissime

Aufgabe: 8. Januar 1982, 19.32 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. Januar 1982, 01.51 Uhr

Betr.: Konferenz der NATO-Außenminister zu Polen am 11.1.82 in Brüssel<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch StS von Staden mit Under Secretary Stoessel am 8.1.82<sup>3</sup>

StS von Staden traf heute zu einem insgesamt dreistündigen Gespräch mit Stoessel zusammen. An dem Gespräch nahmen außerdem Botschafter Arthur Burns, Deputy Assistant Secretary Thomas Niles, Deputy Director for Central Europe, Thomas Weston, sowie auf unserer Seite die Gesandten Dannenbring und Bazing teil. Wichtigstes Thema war die bevorstehende NATO-Außenministerkonferenz zu Polen. Hierzu ist folgendes festzuhalten:

1) Stoessel erklärte, daß wichtigstes amerikanisches Ziel die Einigkeit der Allianz in der Bewertung der Polen-Krise sei. Man hoffe, daß die Allianzpartner sich gemeinsam zu den anzustrebenden politischen Zielen äußern und die Verantwortlichkeit der SU für die Ereignisse klar zum Ausdruck bringen werden. Weiter hoffe man auf eine deutliche Kommuniké-Sprache zu den Verletzungen der Schlußakte von Helsinki<sup>4</sup>. Die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des Präsidenten vom 5.1.<sup>5</sup> habe hilfreiche Vorarbeit geleistet.

Stoessel wies auf den letzten Absatz des amerikanischen Entwurfs für eine Erklärung der Allianz hin, in dem die Voraussetzungen für eine Rücknahme der beschlossenen Maßnahmen genannt sind.<sup>6</sup> Er erwähnte, daß er kurz zuvor

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 9. Januar 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Venzlaff am 13. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Staatssekretärs von Staden vom 4. bis 8. Januar 1982 in den USA vgl. auch Dok. 11.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und Bundeskanzler Schmidt vom 5. Januar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 165–167.

<sup>6</sup> Für den Entwurf einer Erklärung der NATO-Mitgliedstaaten zu Polen („Draft „Alliance Declaration on Poland““), der Ministerialdirektor Pfeffer am 7. Januar 1982 von der amerikanischen Botschaft übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 11331 (220).

ein Gespräch mit dem kanadischen Botschafter<sup>7</sup> geführt habe, der im Auftrage seiner Regierung den Wunsch übermittelte, diesen letzten Absatz, der die „carrot“ enthalte, weiter zu verstärken. Dieser Anregung werde man zu entsprechen versuchen.

Stoessel erklärte weiter, daß die Administration nicht erwarte, am 11.1. hinsichtlich spezifischer Maßnahmen zu einer Übereinstimmung mit den Bündnispartnern zu kommen. Für jedes Allianz-Mitglied sei die Lage etwas anders. Jedes Land müsse für sich entscheiden, auf welchen Gebieten es möglicherweise an Maßnahmen denken könne. Wichtig sei, daß zu diesem Problembereich ein Konsultationsprozeß in Gang komme, der nach Maßgabe der weiteren Entwicklung in Polen fortzusetzen sei. Es wäre gut, wenn dennoch wenigstens gewisse Minimalschritte gemeinsam getan werden könnten; er denke hierbei etwa an Beschränkungen für polnische und sowjetische diplomatische Missionen. Niles ergänzte an dieser Stelle, daß es der amerikanischen Seite in erster Linie um ein möglichst starkes politisches Signal gehe. Dies werde die wichtigste Aufgabe für die Außenminister darstellen. In einem weiteren Teil der Debatte könnte dann über die Frage möglicher paralleler Aktionen der einzelnen Bündnispartner gesprochen werden. Niles betonte erneut, daß man dabei an von den einzelnen Staaten individuell zu unternehmende Schritte denke.

Auf die Frage von StS, warum der amerikanische Entwurf keine Aussage zur Unfähigkeit des kommunistischen Systems, die Erwartungen seiner Bürger zu erfüllen, enthalte, erklärten Stoessel und Niles, dies sei eine rein redaktionelle Frage. Sachliche Bedenken gegen die Einfügung eines solchen Passus bestünden nicht.

StS wies darauf hin, daß bei der weiteren Arbeit am Entwurf die Wirkung auf die gesamte internationale Öffentlichkeit berücksichtigt werden müsse. Er wies als Beispiel für den erweiterten Wirkungsbereich solcher Erklärungen auf die Verbindung der Europäischen Gemeinschaft mit ASEAN hin. Auch sollte man sich nicht nur auf die Schlußakte von Helsinki, sondern darüber hinaus auch auf andere Dokumente, insbesondere die UN-Charta<sup>8</sup>, abstützen. Stoessel stimmte diesen Gedanken zu.

2) Zur Lage in Polen machte Stoessel folgende Ausführungen: Die Militärs hätten insoweit einen gewissen „Erfolg“ erzielt, als das Land weitgehend ruhig scheine und die Arbeiter wieder in die Fabriken gingen. Ob sie dort auch wirklich arbeiteten, sei allerdings eine andere Frage. Noch immer seien die Nachrichten sparsam; über die Lage in vielen Provinzen sei wenig bekannt. Man müsse daher mit dem Urteil vorsichtig sein. Das Militärregime habe einige wirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere Preis-Reformen, angekündigt. Es gebe glaubhafte Berichte über die Freilassung einiger Internierter.<sup>9</sup> Gewisse Kontakte zwischen der Regierung, der Kirche und Solidarność fänden statt. Wałęsa be-

<sup>7</sup> Allan Ezra Gotlieb.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

<sup>9</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

teilige sich hieran offensichtlich jedoch nicht und sei weiterhin praktisch interessiert.<sup>10</sup> Politisch seien diese Kontakte dennoch nicht ohne Bedeutung.

Die Kirche mache sich offenbar Sorgen um ihre eigene Stellung und ihre Einwirkungsmöglichkeiten. Sie würde sich, falls eine solche Entscheidung notwendig würde, wohl eher für eine Wahrung der eigenen Stellung als für neue Reformen entscheiden. Die Ernährungssituation sei weiterhin schlecht. Es gebe größere Nahrungsmittelzufuhren aus den Ostblockstaaten.

Niles ergänzte, daß der Primas<sup>11</sup> die unter dem Kriegsrecht anhaltenden Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen nachdrücklich kritisiere. Die Regierung arbeite darauf hin, Solidarność auf eine rein soziale Rolle zu beschränken. Die Partei erscheine nach wie vor schwach und schlecht organisiert. Immerhin sei in einigen Bezirken das Kriegsrecht etwas gelockert worden.<sup>12</sup> Nach wie vor gebe es jedoch starke Beschränkungen der Reisemöglichkeiten.

Auf eine Frage von StS zum Kurs Jaruzelskis erwiderte Stoessel, daß Jaruzelski es offensichtlich vermeide, sich zur Zeit auf ein klarer umrissenes Programm festzulegen. Es gebe mehrere hochrangige Gruppen, die an politischen Lösungsvorstellungen arbeiteten. Jaruzelski sehe zwar wohl eine gewisse Notwendigkeit für Reformen, zögere aber, die zur Inangansetzung eines fruchtbaren Dialogs erforderlichen Partner auf seiten von Solidarność freizulassen. Er stehe sichtlich unter starkem Druck, eine härtere Linie beizubehalten.

3) Auf die Frage von StS nach unmittelbaren Kontakten mit der SU verwies Stoessel auf ein Gespräch von Botschafter Hartman in Moskau mit AM Gromyko Ende Dezember, das frostig verlaufen sei. Das Gespräch habe anlässlich der Übergabe eines Briefes von Haig an Gromyko stattgefunden.<sup>13</sup> Die inzwischen

<sup>10</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 15. Dezember 1981 anhand von Informationen aus kirchlichen Kreisen: „Der Schlag gegen die Solidarität habe völlig unterschiedslos Gemäßigte und Radikale getroffen. Auch Wałęsa selbst sei faktisch Gefangener und werde von seinen engsten Beratern isoliert gehalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1877; Referat 214, Bd. 132916.

Vortragender Legationsrat von Treskow teilte der Botschaft in Canberra am 21. Dezember 1981 mit: „Die polnische Regierung plant nach eigenen Angaben keine regelrechte Verhaftung des unter Hausarrest stehenden Gewerkschaftsführers Lech Wałęsa. In einer Botschaft an seinen australischen Amtskollegen Tony Street erklärte der polnische Außenminister Józef Czyrek, Wałęsa habe Gespräche mit dem Minister für Gewerkschaftskontakte und dem Sekretär des polnischen Episkopats, Bischof Bronislaw Dąbrowski, führen können.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 91; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>11</sup> Józef Glemp.

<sup>12</sup> Botschafter Negwer, Warschau, stellte am 10. Januar 1982 fest: „Das polnische Militärregime hat – rechtzeitig vor der NATO-Außenministertagung und sicherlich auf diese gezielt – mit einer Reihe von administrativen und politischen Maßnahmen versucht, die Optik zu verbessern und zumindest den Eindruck zu erwecken, daß die Zusagen Jaruzelskis schrittweise eingelöst werden. [...] Ab heute ist in Warschau und den meisten Wojewodschaften das Telefonnetz wieder in Betrieb gesetzt worden, die diplomatischen Vertretungen erhielten wieder Telex-Verbindungen, LOT nimmt in begrenztem Umfang den internationalen Linienflugverkehr wieder auf. [...] Die Aufhebung der Zensur und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ausländische Korrespondenten dürften eine Reaktion auf die sich häufenden Proteste sein. Damit verbindet sich wohl auch die Erwartung, das Polen-Bild in den westlichen Medien im Zuge der vordergründigen Normalisierung allmählich verbessern zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>13</sup> Der amerikanische Botschafter in Moskau, Hartman, führte am 29. Dezember 1981 ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister und übergab Gromyko bei dieser Gelegenheit ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 30. Dezember 1981 anhand von Informationen Hartmans, die USA hätten „nunmehr genügend Beweise, daß hinter Ausrufung des Kriegszustandes die SU stehe. [...] Hartman habe US-Maßnahmen gegenüber Gromyko als Minimum dessen bezeichnet, was erforderlich gewesen sei, um amerikanische Sorge über Entwicklung in Polen auszudrücken.“ Gromyko habe erwidert, die USA „trügen die volle

vorliegende Antwort Gromykos auf diesen Brief<sup>14</sup> sei insgesamt etwas weniger scharf ausgefallen als die Antwort Breschnews an den Präsidenten<sup>15</sup>.

Er, Stoessel, habe außerdem gestern (7.1.) Botschafter Dobrynin zu sich gebeten, um gegen die Störung der Sendungen der „Voice of America“ zu protestieren. Soviel ihm, Stoessel, bekannt sei, habe auch Großbritannien gegen die Störung der Sendungen von BBC Protest eingelegt. Eine öffentliche Mitteilung über die Demarche bei Dobrynin sei noch für den heutigen Tag (8.1.) geplant.<sup>16</sup>

4) StS warf die grundsätzliche Frage nach der Zielrichtung der zu ergreifenden Maßnahmen auf. Was sei zu tun, wenn die Maßnahmen nicht die erhoffte Wirkung zeitigten? An welchen zeitlichen Rahmen müsse man dabei denken? Es scheine ihm wesentlich, daß die amerikanische Seite bei der AM-Konferenz am 11.1. auch zu diesen konzeptionellen Fragen Stellung nehmen könne.

Stoessel erwiderte, daß es zu diesen Problemen noch keine festen amerikanischen Vorstellungen gebe. Hierüber sollte im Bündnis und auch im Vierer-Rahmen gesprochen werden. Man müsse sich sowohl auf eine Verbesserung der Lage in Polen als auch auf ihre Verschlechterung einstellen. Sollte letzteres eintreten, neige man amerikanischerseits dazu, die „Daumenschrauben weiter anzuziehen“. Es sei im Hinblick auf die erstere Alternative jedoch auch wichtig, den Carrot-Aspekt stärker auszuarbeiten. Stoessel erwähnte in diesem Zusammenhang auch, daß es von Bedeutung sei, die Frage der Umschuldung und evtl. neuer Kredite rechtzeitig unter den Bündnispartnern aufzunehmen.

StS stimmte dieser Überlegung nachdrücklich zu und verwies auf die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers in Washington hierzu.<sup>17</sup> Es dürfe nicht dazu kommen, daß über vielen anderen Aspekten die wirtschaftlichen Fragen vernachlässigt werden.

Niles machte auf die Probleme aufmerksam, die entstehen können, wenn die drei westlichen Ziele – Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Internierten und Rückkehr zum Dialog mit Kirche und Solidarność – nur teilweise und in einem länger dauernden Prozeß erreicht werden. Wie solle man sich dann

*Fortsetzung Fußnote von Seite 58*

Verantwortung für diesen neuen Schlag gegen gedeihliche Beziehungen mit der Sowjetunion“. Auf Hartmans Aussage, Polen solle seine Probleme selbst lösen, habe Gromyko „sehr scharf“ reagiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 6948; VS-Bd. 13283 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

14 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 7. Januar 1982 mit, der amerikanische Botschafter in Moskau, Hartman, habe über die Antwort des sowjetischen Außenministers Gromyko auf das am 29. Dezember 1981 übergebene Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig informiert: „Nach amerikanischer Beurteilung entspricht der Inhalt des Schreibens von Gromyko dem des Briefes von Breschnew an Reagan, im Ton allerdings sei das Schreiben Gromykos sehr viel gemäßigter und zurückhaltender gewesen.“ Die UdSSR sei bemüht, „in der gegenwärtigen, auch für sie äußerst kritischen Lage die Beziehungen zu Washington nicht zusätzlich durch unnötige Schärfe der Polemik zu belasten. Wie jüngste Pressekommentare zum Thema Nachrüstung zeigen, überwiegt sowjetisches Interesse, die Gespräche in Genf fortzusetzen.“ Gleichwohl werde den USA „wiederum die Mitschuld an den Entwicklungen in Polen gegeben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 73; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

15 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Dezember 1981 an Präsident Reagan als Antwort auf dessen Schreiben vom 23. Dezember 1981 vgl. Dok. 3, Anm. 11.

16 Für den Wortlaut der Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums vom 8. Januar 1982 über das Gespräch des Staatssekretärs Stoessel mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am Vortag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2059, S. 10.

17 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 10, Dok. 12 und Dok. 15.

hinsichtlich der getroffenen Maßnahmen verhalten? StS erklärte, daß gerade diese Frage die Wichtigkeit eines gemeinsamen strategischen Konzepts unterstreiche. Es komme darauf an, über grundsätzliche Fragen dieser Art Klarheit zu schaffen, ehe man sich mit den Einzelheiten spezifischer Maßnahmen befasse. Man müsse flexibel handeln und regieren können. In diesen Grundsatzfragen sei im Bündnis noch viel Arbeit zu leisten.

<sup>185)</sup> Botschafter Burns wies auf den Schaden hin, der möglicherweise für die Allianz entstehen könne, wenn die Medien aus der kommenden Ministertagung den Eindruck gewönnten, die Allianz sei nicht in der Lage, sich wirklich zu einigen. Bei einer Fortdauer von Divergenzen seien die Medien nach seiner Einschätzung in der Lage, das Bündnis längerfristig zu zerstören. Niles wies auf die schwer kontrollierbaren Auswirkungen von Hintergrundgesprächen hin, die auch bei einem insgesamt guten Verlauf der Konferenz nachträglich Schaden stiften könnten. Man solle eine Anstrengung unternehmen, dieser Gefahr so weit wie möglich vorzubeugen.

StS stimmte dem zu und äußerte sich zu dem von Botschafter Burns erwähnten Stichwort einer Bestrafung (punishment) der SU. Dieses Wort werde in Europa nicht geschätzt; man könne eine Großmacht nicht „bestrafen“. Man könne allenfalls Maßnahmen zur Förderung der eigenen Ziele treffen.

6) Das Gespräch wandte sich dann nochmals den Fragen der Umschuldung und neuer Kredite zu. Auf diesem Gebiet besitze der Westen die größte Hebelwirkung. Stoessel und Burns erklärten, daß zwar für die deutschen und auch die amerikanischen Banken die evtl. Zahlungsunfähigkeit Polens verkraftbar sei, doch gingen von einem solchen Vorgang erhebliche weitere Wirkungen aus. Die Frage von Krediten für andere osteuropäische Länder einschließlich der SU würde sich grundsätzlich neu stellen. Auch die SU sei, wie Botschafter Burns meinte, nicht in der Lage, für den Schuldendienst aller osteuropäischen Länder einzutreten. Die Frage von StS, ob es spezielle Kanäle gebe, über die mit der SU Kontakte hinsichtlich dieser Probleme bestünden, verneinten die amerikanischen Gesprächspartner; sie anerkannten, daß hier eine Notwendigkeit zu intensivierten Anstrengungen besteht.

[gez.] Dannenbring

**VS-Bd. 13323 (214)**

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 113 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

## 15

**Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-10186/82 **geheim**  
**Fernschreiben Nr. 122**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 9. Januar 1982, 18.36 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Januar 1982, 01.00 Uhr**

Betr.: Frühstück des Bundeskanzlers mit AM Haig am 6.1.82 im Blair House<sup>2</sup>  
 Bezug: Telefonische Weisung von StS von Staden am 9.1.82 sowie DB 58 vom  
 6.1.82 – POL 321.10<sup>3</sup> geheim<sup>4</sup>

Das Frühstück begann, wie vorgesehen, kurz nach 8.00 Uhr und dauerte über die geplante Zeit (8.40 Uhr) hinaus eine knappe weitere Stunde.

Teilnehmer:

Auf amerikanischer Seite: AM Haig, Botschafter Burns, Robert Hormats, Assistant Secretary of State for Economic Affairs (in Vertretung von Eagleburger), Tom Niles, Deputy Assistant Secretary of State.

Auf deutscher Seite: Bundeskanzler Schmidt, StS von Staden, StS Becker, Botschafter Hermes, MD von der Gablentz, Gesandter Dannenbring.

BK und Haig tauschten einleitend Bemerkungen über den erfolgreichen Ablauf der Gespräche in Washington am 4./5.1.1982 aus. Sie stellten fest, daß die bisher überkritische Presseberichterstattung<sup>5</sup> heute etwas freundlicher sei.

Haig bemerkte dazu, im Westen herrsche eine Tendenz zum Masochismus, der dazu führe, daß Probleme des Ostens als Krisen des Westens erscheinen.

BK: Probleme des Ostens könnten nicht in Washington gelöst werden, aber auch nicht in der ČSSR oder Ungarn.

Haig: Die Konzeption von Einflußsphären sei durch die mit dem Harmel-Bericht<sup>6</sup> eingeleitete Entspannungspolitik sowie durch die Schlußakte von Helsinki<sup>7</sup> modifiziert worden. Dadurch sei ein neues politisches Klima entstanden. Auf der Basis von Helsinki sei der Westen zur Einflußnahme berechtigt und verpflichtet.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Bundesminister Genscher am 10. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 4./5. Januar 1982. Vgl. dazu auch Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 10 und Dok. 12.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „231.10“.

<sup>4</sup> Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte eine Kurzfassung des Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 6. Januar 1982 in Washington. Vgl. VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zur Berichterstattung in der amerikanischen Presse vgl. Dok. 3, Anm. 10.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

BK: Die Grundsätze von Helsinki seien in Osteuropa niemals beachtet worden. Washington könne daraus keinen Anspruch herleiten, daß kommunistische Regime ihr System ändern – dies wäre ein historisches Mißverständnis. Wenn Helsinki einen Anspruch auf Beseitigung kommunistischer Regierungen begründe, dann könne man z.B. ebenso den Abtritt Ceausçescu wie Jaruzelskis fordern. Man müsse die richtigen Proportionen sehen.

Haig auf die Frage des BKs nach seinen Vorstellungen von bevorstehendem NATO-Ministertreffen am 11.1.82<sup>8</sup>: Das unmittelbare Problem sei Polen. Hierzu sei durch die EG-Resolution vom 4.1.82<sup>9</sup> und durch den BK-Besuch eine gute Grundlage gelegt worden.

Das sowjetische Problem werde schwieriger sein. Hierzu hoffe er, daß die 15 bei der Anerkennung der sowjetischen Verantwortung etwas weiter gehen würden als die Zehn. Die amerikanischen Sanktionen<sup>10</sup> betrachte er, wie BK, in erster Linie als politisches Signal. Er hoffe auf entsprechende Signale der 15, die nicht notwendigerweise parallele Wirtschaftsmaßnahmen sein müßten, sondern z.B. Unterstützung der vorgeschlagenen KSZE-Sondersitzung<sup>11</sup> oder die Verpflichtung, die Maßnahmen anderer nicht zu unterlaufen. Konkretere Schritte wären natürlich wünschenswert.

BK: Dies sollte man erreichen können, wenigstens verbal. Am meisten werde man sich dabei auf die Frontstaaten Norwegen, Deutschland und die Türkei verlassen können; jetzt sei auch Italien etwas besser.

Haig: Italien sei zuverlässig. Er hoffe, daß man sich nicht nur auf die Vermeidung des Unterlaufens einigen könne, sondern sich zu Fortschritten entschließen werde. Die SU sollte veranlaßt werden, zur Erfüllung der drei Punkte<sup>12</sup> beizutragen, insbesondere zur Wiederaufnahme des innerpolnischen Dialogs. Dafür gebe es gewisse Zeitgrenzen.

BK: Sowjetisches Entgegenkommen sei nicht durch öffentlichen Druck zu erreichen. Es handle sich um stolze Leute. Der Fall Sacharow<sup>13</sup> sei nicht ver-

<sup>8</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164f.

<sup>10</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>11</sup> Zur Frage einer KSZE-Sondersitzung auf Ministerebene zu Polen vgl. Dok. 7, Anm. 7.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 25. Januar 1982: „Am 22. Januar 1980 wurde Professor Andrej D[mitrijewitsch] Sacharow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Friedensnobelpreisträger, in Moskau verhaftet. Er wurde gezwungen, seine Moskauer Wohnung zu verlassen und in dem 450 km östlich von Moskau entfernten Gorki, das zu den für Ausländer gesperrten Gebieten der UdSSR zählt, eine ständig bewachte Wohnung zu beziehen. [...] Unmittelbarer Anlaß für die Verhaftung Sacharows war die Veröffentlichung einer von ihm verfaßten Erklärung zu den Vorgängen in Afghanistan, die von Mitgliedern der Moskauer Helsinki-Gruppe unterzeichnet worden ist, auch von Sacharow. Die Verhaftung ist aber im Zusammenhang mit einem verschärften Vorgehen gegen sowjetische Bürgerrechtler zu sehen.“ Arnot notierte außerdem: „Die Bundesregierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die zuständigen sowjetischen Behörden Frau Alexejewa, der [Schwieger]tochter von Prof. Sacharow, die Genehmigung zur Ausreise aus der Sowjetunion zu ihrem Ehemann in den USA erteilt haben. Die Bundesregierung hatte sich wiederholt bei der sowjetischen Führung hierfür eingesetzt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133173.

gleichbar, dabei hätte es auch private Kanäle, darunter seine eigene Mitwirkung<sup>14</sup>, gegeben.

Je stärker der öffentliche Druck, desto geringer werde das sowjetische Entgegenkommen sein. Es komme darauf an, einen Weg zu gehen, bei dem Sowjets nicht das Gesicht verlören, wir könnten sie nicht zwingen. Deshalb müßten wir versuchen, eine Kombination von Druck, Gesichtswahrung für die Sowjets und Hilfe für die Polen zu finden.

Was würden wir durch starke Erklärungen in Polen erreichen? Wir sollten die Freiheit für Solidarität fordern. Was ihm wirklich nötig erscheine, sei eine umfangreiche Wirtschaftshilfe an Polen für die nächsten fünf bis sieben Jahre.

Warum bieten wir Ihnen nichts an, für den Fall, daß die drei Punkte erfüllt werden?

Dies werde natürlich eine Menge Geld kosten, von dem wir – wie bei der Entwicklungshilfe – nichts zurückbekommen würden.

Haig: Ein Hilfsangebot an Polen zu gewissen Bedingungen – etwa der drei Punkte – sei auch in der Rede Präsident Reagans vom 23.12.1981<sup>15</sup> enthalten. Doch dies müsse noch konkretisiert werden. Man sollte dabei auch an die Forderung nach einer internen Verwaltungsreform in Polen denken. Es blieben aber die Schwierigkeiten mit dem sowjetischen Problem. Die öffentliche Kritik werde anhalten, wenn wir gegen die Sowjets nichts Wirksames unternähmen. Dies könnte zu einer Gefahr für die atlantische Einheit werden.

Burns: Man solle sich nicht täuschen, daß es tatsächlich eine Kluft im Bündnis gebe.

BK: Das Gefühl, daß wir uns in einer Krise des Bündnisses befinden, sei hier in den USA verbreitet, entspreche aber nicht der Stimmungslage in Europa. Wenn er (BK) erpreßt werden würde, werde er sehr stur reagieren.

Haig: Es gebe in der Tat neu-isolationistische Kreise in den USA, die scharfe Maßnahmen gegen die Verbündeten befürworten. Er nenne diese Leute „Kamikaze-Gruppe“, aber man müsse sich mit ihnen auseinandersetzen.

BK: Auch bei seinem Gespräch gestern abend mit alten amerikanischen Freunden<sup>16</sup> hätten alle gefordert, daß irgend etwas getan werden müßte, aber niemand habe konkrete Vorschläge gemacht. Es sei darauf hingewiesen worden, daß nur durch ein Getreideembargo und im Bereich der Kreditgewährung eine wirkliche Hebelwirkung bestehe.

Kissinger habe sich für die Fortsetzung der Rüstungskontrolle ausgesprochen. Die INF-Gespräche dürften unter keinen Umständen unterbrochen werden. Im übrigen müsse man sich die Frage stellen, wie man eingeleitete Maßnahmen

<sup>14</sup> Anlässlich des Aufenthalts des Generalsekretärs des ZK der KPdSU in der Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981 setzte sich Bundeskanzler Schmidt im Gespräch mit Breschnew am 23. November 1981 für die Ausreise der Schwiegertochter des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow, Jelisaweta Konstaninowna Alexejewa, ein. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 336.

<sup>15</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 23. Dezember 1981 vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Schmidt richtete am 5. Januar 1982 in Washington ein „Abendessen mit alten Freunden“ aus. Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 21. Dezember 1981 „Elemente für einen Toast“. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5165; Referat 204, Bd. 124930.

zurücknehmen könne, wenn sie in Polen nicht den gewünschten Erfolg bewirkt hätten.

Haig: Die von den alten Freunden des Kanzlers erwähnten Gefühle seien sehr stark und verbreitet, auch schon vor den Ereignissen in Polen.

Burns: Wir bräuchten als Ergebnis des NATO-Treffens vom 11.1.1982 einige positive Aktionen, sonst würde die bestehende Kluft aus amerikanischer Sicht noch größer werden.

Haig stimmte zu: Wenn die NATO gegenüber der SU keine nach vorwärts gerichtete Bewegung machen könne, wäre es besser, kein Treffen durchzuführen. Das Washingtoner Treffen mit dem Bundeskanzler habe die Kritik an den europäischen Verbündeten gedämpft, aber nicht beseitigt. Die NATO müsse deshalb mindestens eine Absichtserklärung für den Fall abgeben, daß sich die Lage weiter verschlechtere.

Von Staden: Das NATO-Treffen könnte sicherlich eine klare öffentliche Verurteilung aussprechen und vielleicht Maßnahmen für die Zukunft in Aussicht stellen. Er erinnere an das NATO-Kommuniqué vom Mai 1981, in dem bereits festgestellt worden sei, daß nach einer sowjetischen Intervention in Polen die Welt anders aussehen würde.<sup>17</sup> Man habe den Fehler gemacht, bei jeder Krise einen Maßnahmenkatalog aufzustellen, anstatt sich gründlicher mit der politischen Analyse zu befassen.

Haig stimmte zu, daß ein Maßnahmenkatalog nicht das Problem löse. Die „Agonie des Dilemmas“ bestehe darin, Schaden vom Bündnis abzuwenden.

Burns: Es komme darauf an, eine gemeinsame Reaktion gegenüber der SU zu finden und dabei die Einheit des Bündnisses zu wahren. Nur so könne man das Funktionieren des Bündnisses demonstrieren.

<sup>18</sup>BK: Es werde gesagt, daß die USA und der Westen die kommunistische Herrschaft nicht hinnehmen dürften. In der Präambel des Grundgesetzes sei das deutsche Volk mit Zustimmung auch der amerikanischen Alliierten aufgefordert worden, seine Einheit zu vollenden.<sup>19</sup> Man habe uns also gesagt, daß wir einen Anspruch auf Wiedervereinigung hätten. Die Teilung Deutschlands sei selbst nach 30 Jahren noch nicht akzeptiert, und man habe sich damit trotz der Tatsache noch nicht abgefunden, daß es nicht in unserer Macht liegt, etwas zu ändern.

Auch sie (die Amerikaner) könnten einen Wandel im Sowjetblock nicht bewirken – wir könnten weder die Rumänen noch die Polen befreien. Warum befreien wir nicht die DDR? Gegenwärtig sei Polen „in Mode“. Das Problem sei unlösbar, nur die USA seien nicht bereit, dies zu akzeptieren. Sie (die Amerikaner) könnten ihre öffentliche Meinung zufriedenstellen, aber sie könnten nicht die Tatsachen in Osteuropa ändern – es sei denn, mit dem Risiko einer militärischen Konfrontation.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Ziffer 3 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 25f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 340. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 123 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

Haig: Die Lösung in Polen werde nicht die volle Freiheit sein, aber man könne darauf bestehen, daß grundlegende Reformen durchgeführt werden. Trotz Jalta<sup>20</sup> und der darauf beruhenden Einflußsphären hätten wir durch die Schlußakte von Helsinki die Verpflichtung, in dieser Richtung weiterzumachen (keep that momentum). Wir dürften der SU keine freie Hand (carte blanche) geben. Wenn wir das täten, würden wir einen selbstmörderischen Weg einschlagen. Historisch betrachtet befinde sich die SU im Niedergang. Wir müßten deshalb den Rahmen für den Helsinki-Prozeß offenhalten und auch in diesem Punkt die Einigkeit des Bündnisses wahren. Die Einheit des Bündnisses müsse allen anderen Erwägungen untergeordnet werden, selbst wenn manche Maßnahmen gegen die SU kontraproduzent wirken sollten.

Burns: Er müsse nachdrücklich daran erinnern, daß es in den USA einen starken Sinn für Idealismus gebe, dem sich keine Regierung entziehen könne.

BK: Wir wünschten nicht, uns dabei zu exponieren (to stick our neck out) – weder gegenüber den USA noch der SU. Wir seien äußerst verwundbar, wir hätten noch immer Schuldgefühle und wir würden die Ergebnisse der Normalisierung mit der DDR-Bevölkerung, die 17 Mio. Geiseln darstellen, verlieren. Die Bundesrepublik werde sich daher im Konvoi bewegen.

Haig: Der Bundeskanzler sollte nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß er eine Vermittlerrolle übernehmen wolle, dies könnte sehr schädliche Folgen haben.

BK: Er werde diesen Rat beherzigen, aber bitte darum, die Bemühungen um Rüstungskontrolle nicht zu vernachlässigen.

Haig: Der Präsident habe dies zugesagt.

BK: Er habe volles Vertrauen in Reagans Aufrichtigkeit. Aber er habe auf die ersten Schritte zur Rüstungskontrolle zwölf Monate warten müssen.<sup>21</sup> Wir seien keine Wanderer zwischen zwei Welten, aber wir hätten die Sorge, daß die SU die amerikanische Politik nicht verstehe. Die Sowjets glaubten nicht, was die Amerikaner sagten, z. B. sei das wegen<sup>22</sup> Afghanistan verhängte Getreideembargo aufgehoben worden<sup>23</sup>, ohne daß dort eine Änderung eingetreten sei. Auch die amerikanische China-Politik habe bei den Sowjets Freude ausgelöst – besser sei es, die Sowjets in der Furcht vor einer möglichen strategischen Kooperation der USA mit China zu lassen. Sie (die Amerikaner) fänden uns zur Zusammenarbeit bereit, aber bisher sehe er nur kurzfristige Taktik und keine langfristige Strategie. Der Entspannungsprozeß sei jetzt gebrochen, und die USA seien zu Gesprächen nur nach mehr Wiederaufrüstung bereit. Die USA könnten nur auf der Grundlage geopolitischer Gleichheit Gespräche führen.

<sup>20</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

<sup>21</sup> Knapp ein Jahr nach dem NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 begannen am 17. Oktober 1980 in Genf die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über nukleare Mittelstreckensysteme. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „gegen“.

<sup>23</sup> Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

Burns: Nixon habe dies gewußt. In einem Gespräch längst vor seiner Wahl zum Präsidenten<sup>24</sup> habe Nixon ihm genau vorausgesagt, welche Politik er gegenüber der SU, gegenüber China und Vietnam führen wolle. Zu diesem Zeitpunkt habe Nixon Kissinger noch nicht gekannt. Er habe seine Konzeption als Präsident konsequent durchgeführt.

BK bestätigte mit einigen Bemerkungen, daß auch er einen großen Respekt vor der außenpolitischen Leistung Nixons habe.

Ende des Gesprächs.

(Anmerkung: Vorstehender Text gibt den zusammenhängenden Inhalt meiner Notizen wieder, einschließlich Bezugsbericht, wo die verschiedenen Äußerungen Haigs zur NATO-Sitzung zusammengestellt wurden.)

[gez.] Dannenbring

**VS-Bd. 14111 (010)**

## 16

### **Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt**

**114-10211/82 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 69**  
**Citissime**

**Aufgabe: 11. Januar 1982, 16.54 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. Januar 1982, 17.45 Uhr**

Betr.: Unterredung mit Staatspräsident Mitterrand beim Mittagessen im Elysée am 11. Januar 1982

Zur Unterrichtung im Hinblick auf den Besuch des Bundeskanzlers am 13. Januar 1982<sup>2</sup>

1) Die spannungsreiche internationale Lage – so Präsident Mitterrand zu mir zu Beginn des Mittagessens, zu dem er mich am 11. Januar eingeladen hatte – veranlasse ihn, mit einigen hier akkreditierten Missionschefs in einen intensiveren Gedankenaustausch zu treten. Als Geste gegenüber der befreundeten Bundesrepublik beginne er mit dem deutschen Vertreter, dem die Botschafter der SU<sup>3</sup> und Amerikas<sup>4</sup> folgen würden.

<sup>24</sup> Richard M. Nixon wurde am 5. November 1968 zum Präsidenten gewählt.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 13. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragenden Legationsrat Barker „z[ur] g[le]fälligen K[le]nn[un]gsnahme“ verfügte.

Hat Arnot am 13. Januar 1982 vorgelegen.

Hat Barker am 15. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 20 und Dok. 21.

<sup>3</sup> Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

<sup>4</sup> Evan G. Galbraith.

2) Aus der zwanglos geführten, lebhaften Unterredung halte ich folgendes fest:  
Zu Polen:

Anders als die Aufstände in Ostberlin<sup>5</sup> und Budapest<sup>6</sup> und auch die Vorgänge in Prag<sup>7</sup> – so der Präsident – handele es sich in Polen um eine Volksbewegung mit tiefen Wurzeln und weitreichenden Zielen. Auch wenn man den Liberalisierungsprozeß jetzt brutal unterdrücke, würden die Vorgänge der letzten einhalb Jahre in Polen unterschwellig weiterwirken und in einer historischen Perspektive vielleicht eine nachhaltige Wirkung haben.

Einer langen Tradition entsprechend, habe die französische Öffentlichkeit auf die Errichtung des Militärregimes in Polen emotional und heftig reagiert.<sup>8</sup> Weil die öffentliche wie auch die amtliche Reaktion in der Bundesrepublik sehr viel gemäßigter ausgefallen sei, habe sich hier der Eindruck festgesetzt, es gebe größere deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten. Dies sei nicht richtig. Die Haltung der französischen Regierung sei der unsrigen vielmehr eng benachbart.

Frankreich habe die Vorgänge in Polen und auch den Druck der SU auf Warschau verurteilt und die politische Forderung nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse ausgesprochen. Die amerikanischen Retorsionsmaßnahmen<sup>9</sup> seien, was Paris bedaure, ohne vorherige Konsultationen mit den europäischen Verbündeten beschlossen worden. Auch sehe man hier deutlich, daß diese Maßnahmen die amerikanischen Interessen schonten, während sie, von den europäischen Partnern angewandt, deren Interessen erheblich schädigen würden. Deshalb sei Frankreich – jedenfalls derzeit – gegen wirtschaftliche Retorsionsmaßnahmen gegen die SU. Bei aller Bereitschaft, nach einer gemeinsamen Position des Westens zu suchen, werde es auf der heutigen Sitzung des NATO-Rats<sup>10</sup> bei dieser Linie bleiben müssen.

Zur Sowjetunion:

Wenn Breschnew von der politischen Bühne abtrete, werde es wohl zu einem auch nach außen deutlicher erkennbaren verstärkten Einfluß der Armee auf die Staatsgeschäfte kommen. Die KPdSU sei, wie die Kommunisten in Polen, in den langen Jahren ihrer Herrschaft ausgelaugt und korrumpiert.

Trotz mancher anderslautenden Analyse solle man in absehbarer Zeit nicht damit rechnen, daß das sowjetische Imperium auseinanderbreche. Diese Feststellung sei gewiß keine Entschuldigung für westliches Nichtstun, setze der west-

<sup>5</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

<sup>6</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>7</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>8</sup> Zur Reaktion in der französischen Öffentlichkeit auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 8.

<sup>9</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

lichen Politik aber doch Grenzen. Niemand sei bereit, der Vorgänge in Polen wegen den dritten Weltkrieg zu riskieren.

Zu den Vereinigten Staaten:

Die amerikanische Politik unter Reagan sei kaum weniger widersprüchlich wie unter Carter. Nur werde sie mit mehr Energie betrieben.

Auffallend aus Pariser Sicht sei das mangelnde amerikanische Verständnis für die Dritte Welt.

Fehlerhaft sei die amerikanische Politik in Afrika. Im Tschad habe die französische Politik einen Ausweg aus einer verfahrenen Situation gefunden.<sup>11</sup> Die amerikanische Reaktion auf angebliche libysche Morddrohungen gegen Reagan<sup>12</sup> sei grotesk.<sup>13</sup> In Angola und in Äthiopien müsse man eine Politik betreiben, die es diesen Staaten erlaube, sich von östlichem Einfluß zu befreien.

Die französischen Waffenlieferungen an Nicaragua seien kaum mehr als eine

<sup>11</sup> Referat 321 erläuterte am 16. Januar 1981: „Am 6.1.1981 wurde zum Abschluß des Tripolis-Besuchs des Präsidenten der tschadischen Übergangsregierung, Goukouni Oueddei, ein Kommuniké veröffentlicht. Es enthält die Absichtserklärung, auf die volle Einheit beider Länder nach den Vorstellungen in Gaddafis Grünem Buch einer Volksmassenherrschaft hinzuwirken. Außerdem bekräftigt Libyen seine Hilfe für den Tschad einschließlich militärischer Unterstützung.“ Am 15. Dezember 1980 sei es den Truppen des Übergangspräsidenten Goukouni Oueddei mit „massiver libyscher Unterstützung“ gelungen, die Streitkräfte des ehemaligen Ministerpräsidenten Habré aus N'Djamena zu verdrängen: „Nach den heute vorliegenden Erkenntnissen hat Libyen eine Reihe von Stützpunkten geschaffen, die es ihm ermöglichen, schwere Waffen und entsprechendes Gerät über eine Entfernung von mehr als 1000 km heranzuschaffen und zu versorgen.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138032. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 23.

Am 11. Februar 1982 gab Referat 321 folgenden Sachstand: „Der Abzug der libyschen Truppen aus dem Tschad und die Entsendung einer OAE-Friedenstruppe seit November 1981 (z. Zt. bestehend aus Kontingenten aus Zaire, Nigeria und Senegal) brachten bisher nicht die erhoffte Stabilisierung des Landes und der Region. [...] Erst Frankreichs Rückendeckung ermöglichte es Goukouni, kurzfristig den Abzug der libyschen Truppen und den Einsatz der seit 1978 ins Auge gefaßten OAE-Friedenstruppe zu fordern. Der auf die tschadische Aufforderung vom 30.10.1981 sofort einsetzende Abzug der libyschen Truppen hat allgemein überrascht.“ Zur Haltung Frankreichs wurde dargelegt: „Die Regierung, getragen von persönlichen Engagement Mitterrands, hat Präsident Goukouni DM 13 Mio. Budgethilfe und größere Mengen von leichten Waffen und Munition zukommen lassen. Es stellt darüber hinaus Lufttransportkapazitäten zur Verfügung und will weitere DM 15 Mio. für die Friedenstruppe bereitstellen. [...] Indem Frankreich im November eine Geberkonferenz nach Paris einberief, hat es die Initiative für die Koordinierung von Aufbauhilfe übernommen.“ Vgl. Referat 321, Bd. 141043.

<sup>12</sup> Im November 1981 informierte die amerikanische Regierung, Libyen plane die Ermordung von Präsident Reagan und anderer politischer Persönlichkeiten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 369.

<sup>13</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 11. Februar 1982, er sei im amerikanischen Außenministerium über die Beurteilung der libyschen Politik durch die USA und die daraus folgenden Konsequenzen informiert worden: „Der Gesprächspartner bestätigte ausdrücklich unseren Eindruck, daß die Administration unverändert an ihrer Einschätzung der Gefährlichkeit der außenpolitischen Aktivitäten Gaddafis festhalte. Zahlreiche Hinweise belegten ohne Zweifel, daß Gaddafi seine massive Förderung des internationalen Terrorismus unvermindert fortsetze und nach wie vor tief in subversive Aktionen gegen arabische und afrikanische Länder von Nordjemen über Somalia bis Niger und Mauretanien verstrickt sei. [...] Ziel sei nach wie vor, Gaddafi [...] zu einem verantwortungsvolleren Verhalten und zur Respektierung internationaler Verhaltensnormen zu veranlassen. Nach dem Gesprächspartner ist damit zu rechnen, daß der NSC zu diesem Zweck weitere amerikanische Wirtschaftsmaßnahmen gegen Libyen beschleße. Der erste Schritt werde vermutlich die Verhängung eines Embargos gegen den Import libyschen Öls sein; zu gegebener Zeit könne dem möglicherweise ein allgemeines Embargo gegen den Handel mit Libyen folgen.“ Mittlerweile hätten die in der libyschen Ölindustrie tätigen 1200 Amerikaner bis auf etwa 200 das Land verlassen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 311, Bd. 137734.

Geste.<sup>14</sup> Die Amerikaner sollten endlich einmal darüber nachdenken, ob es sinnvoll sei, korrupte diktatoriale Oligarchien in Mittel- und Südamerika zu stützen. Sicher seien die Vereinigten Staaten als gleichmächtiger Gegenspieler der SU für Europa wichtig, ja unentbehrlich. Nur dürfe Washington nicht glauben, es könne den Europäern einfach vorschreiben, was sie tun oder lassen sollten.

Zur DDR:

Der Präsident erkundigte sich eingehend nach den Gründen, warum die Vorgänge in Polen auf die DDR nicht ansteckend gewirkt hätten. Er zeigte Interesse am Inhalt der deutsch-deutschen Beziehungen, auch an der beträchtlichen Wirkung westlicher Fernsehsendungen auf die Bevölkerung in der DDR.

Zur Pazifismusbewegung in der Bundesrepublik:

Wie viele französische Politiker verschiedener Couleur vorher, so stellte auch der Präsident mir die Standardfrage nach der politischen Bedeutung der Pazifismusbewegung in der Bundesrepublik. In dieser Frage spiegelt sich das erhebliche französische Interesse an der Fortdauer der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Bundesrepublik und ihrer Verteidigungsanstrengungen. Daß hier französische Zweifel mitklingen, ist nicht zu übersehen.

Zu den deutsch-französischen Beziehungen:

Über Pressemeldungen, die von einem „Zerbrechen der Achse Paris–Bonn“ gesprochen haben, machte sich der Präsident lustig. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern und den politisch Verantwortlichen seien aus seiner Sicht eng und vertrauensvoll, was ich aus unserer Sicht bestätigte.

Der Präsident unterstrich nachhaltig sein Interesse an dem bevorstehenden Meinungsaustausch mit dem Bundeskanzler, den so bald wiederzusehen er sich freue.<sup>15</sup>

[gez.] Herbst

**VS-Bd. 13282 (213)**

<sup>14</sup> Zu den französischen Rüstungsexporten nach Nicaragua vgl. Dok. 10, Anm. 23.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Mitterrand trafen zuletzt bei der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

## 17

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-10213/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 57  
Citissime

**Aufgabe: 11. Januar 1982, 19.20 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. Januar 1982, 20.01 Uhr**

Betr.: Ratssitzung der Außenminister am 11. Januar 1982<sup>2</sup>;  
hier: Verlauf der Sitzung am Vormittag (11.45 Uhr bis 13.00 Uhr)

Bezug: DB Nr. 53 vom 11. Januar 1982, I-322-POL 127/82 VS-v<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

### I. Zusammenfassung

Grundlage der Beratungen in der Vormittagssitzung waren die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der britischen und amerikanischen Delegation, die auf einer Fünfer-Vorberatung in der Residenz des amerikanischen Ständigen Vertreters<sup>4</sup> am 11.1.1982 vormittags beruhen. Außenminister Haig und Lord Carrington sprachen in der Vormittagssitzung sowie der belgische, italienische, dänische, norwegische<sup>5</sup>, französische, portugiesische<sup>6</sup> und der türkische Außenminister, die alle den als Tischvorlage eingebrachten Vorschlägen grundsätzlich zustimmten. Nur der dänische Außenminister zeigte Zurückhaltung, in Grenzen auch die Außenminister Norwegens und Frankreichs.

### II. Im einzelnen

1 a) Außenminister Haig eröffnete die Vormittagssitzung mit einer deutlich formulierten Rede, die er mit Nachdruck vortrug. Weder 1953<sup>7</sup> noch 1956<sup>8</sup> und 1968<sup>9</sup> habe es die Allianz geschafft, Einigkeit zu zeigen. Inzwischen sei deutlich geworden, daß die Sowjetunion immer mehr bereit sei, Gewalt anzuwenden, entweder unmittelbar oder durch Stellvertreter. Es stehe fest, daß die Sowjetunion auf die Ereignisse in Polen Einfluß genommen habe und nehme. In aller Deutlichkeit sagte Haig, daß er sowohl die Sowjetunion als auch die polnische Führung selbst für die Entwicklung in Polen seit dem 13. Dezember 1981 verant-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 13. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann verfügte.  
Hat Pöhlmann vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 18.

<sup>3</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte „britische und amerikanische Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu der Ministererklärung vom 11. Januar 1982“. Dazu teilte er mit: „Paragraph 11 wurde von GB, Paragraphen 8, 9 sowie Paragraphen 12 bis 16 von den USA eingebracht.“ Vgl. VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982. Für Auszüge vgl. Anm. 17 und 21.

<sup>4</sup> William T. Bennett.

<sup>5</sup> Sverre Thorvald Stray.

<sup>6</sup> André Gonçalves Pereira.

<sup>7</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

<sup>8</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>9</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

wortlich halte. Bisher gebe es nur Gesten der polnischen Militärregierung, aber keinen tatsächlichen Fortschritt auf die drei westlichen Hauptforderungen hin (Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Gefangenen, tatsächlicher Dialog zwischen Regierung und Solidarität). Wenn alle Verbündeten jetzt ernsthafte Maßnahmen ergreifen würden, so werde es wirklichen Fortschritt im Sinne der westlichen Forderungen geben.

Der heutige Tag müsse als Tag der Allianz-Solidarität in die Geschichte eingehen. Wenn die heutige Sitzung mit einem Fehlschlag endete, würde das bedeuten, daß die offenkundige Unfähigkeit des Ostens sich als Fehlschlag des Westens widerspiegle. Das Ziel des Westens müsse es sein, mehr Freiheit für die von der Sowjetunion beherrschten Völker des Ostens herbeizuführen, das würde dann auch mehr Stabilität für ganz Europa bedeuten.

b) Haig schlug sodann folgende Maßnahmen vor:

- (1) Zusammentreten des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens so bald wie möglich und auf Ministerebene.<sup>10</sup> Haig stellte in diesem Zusammenhang allerdings deziert fest, daß es angesichts der gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen zu keinem Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa<sup>11</sup> kommen könne.<sup>12</sup>
- (2) Restriktionen hinsichtlich polnischer und sowjetischer diplomatischer Vertretungen im Westen.
- (3) Wirtschaftsmaßnahmen seien besonders wichtig. Die übrigen Verbündeten sollten ähnliche Maßnahmen ergreifen, wie die USA es schon getan hätten. Das würde insbesondere Technologie-Transfer und Handelsbeziehungen betreffen.

<sup>10</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>11</sup> Frankreich brachte am 9. Dezember 1980 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid einen „Vorschlag betreffend die Sicherheit in Europa“ ein, der auf früheren Vorschlägen beruhte und die Einberufung einer Abrüstungskonferenz vorsah. Diese sollte zur Aufgabe haben, „einen Prozeß einzuleiten, dessen Ziel in der Anfangsphase die Annahme eines in sich geschlossenen Systems von vertrauensbildenden Maßnahmen ist, die auf den gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural anwendbar sind; die Bedingungen aufzustellen, unter denen solche im militärischen Bereiche bedeutsamen und zwingenden vertrauensbildenden Maßnahmen Bestimmungen beigegeben werden, welche die entsprechende Prüfung der unterzeichneten Verpflichtungen gewährleisten“. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVIII, S. 238.

In der Folgezeit war vor allem der geographische Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen umstritten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 318.

<sup>12</sup> Referat 221 notierte am 12. Januar 1982: „Die bisherige französische Reaktion auf die Erklärung des Kriegsrechts in Polen [...] läßt vermuten, daß auf französischer Seite nicht mehr damit gerechnet wird, das KAE-Projekt im Februar in Madrid zu einem Substanzergebnis zu führen. Französische Stellungnahme zu der Feststellung Außenminister Haigs beim NATO-Treffen am 11.1.1982 in Brüssel, daß die schweren Verletzungen der Schlußakte Verhandlungen über ein KAE-Mandat gegenwärtig unmöglich machen, ist jedoch bisher nicht bekannt. [...] Nach prinzipieller Einigung über drei der vom Westen geforderten Kriterien vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) für angestrebtes KAE-Mandat (militärische Bedeutsamkeit, Verifizierbarkeit, politische Verbindlichkeit) stellte der geographische Anwendungsbereich bis zur Weihnachtspause Schlüsselfrage des Madrider Treffens dar: 1) Westliche Formel vom 20.7.1981 sah Einbeziehung des gesamten europäischen Kontinents (‘the whole continent of Europe’) sowie Erfassung des angrenzenden Seebereichs und Luft- raumes vor, soweit dort militärische Aktivitäten stattfinden, die ‚integraler Bestandteil von notifizierungspflichtigen Aktivitäten auf dem Kontinent‘ sind (funktionaler Ansatz). [...] 2) Sowjetunion hat den westlichen Vorschlag kompromißlos abgelehnt und auch westliches Abgehen vom Begriff ‚continent‘ nicht honoriert. Sie verknüpfte weiterhin ihre Bereitschaft, den Anwendungsbereich von VBM auf ihr gesamtes europäisches Territorium (also bis zum Ural) auszudehnen, mit der Bedingung einer westlichen Gegenleistung in Form der Einbeziehung einer atlantischen Meereszone westlich von Europa.“ Vgl. VS-Bd. 11440 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

(4) Dazu sollte ein verstärkter Rat mit den Ständigen Vertretern und den Wirtschaftsdirektoren Ende nächster Woche zusammentreten und Beschlüsse fassen.<sup>13</sup>

(5) Zu den INF-Verhandlungen bestätigte Haig, daß morgen, am 12. Januar 1982, eine weitere Runde beginnen werde.<sup>14</sup>

(6) In einer späteren Intervention deutete der amerikanische Außenminister an, daß das seit langem geplante Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 von der Entwicklung in Polen beeinflusst sein werde. Heute gehe er noch davon aus, daß der Termin eingehalten werden könne.<sup>15</sup>

c) Zum Abschluß machte der amerikanische Außenminister klar, daß die Amerikaner ohne die Verbündeten handeln würden, falls diese sich nicht zu ähnlichen Maßnahmen bereit finden würden.

2) Der britische Außenminister Lord Carrington stimmte dem amerikanischen Außenminister in einer kurzen Intervention hinsichtlich dessen Ausführungen und Schlußfolgerungen grundsätzlich zu. Es müsse ein Konsens gefunden werden, der für alle akzeptabel sei. Die offenkundige Niederlage der Sowjets angesichts Polens dürfe nicht zu einer Niederlage des Westens werden. Die sowjetische Mitwirkung am 13. Dezember 1981 und den Ereignissen danach sei klar. Man müsse nach wie vor die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der Gefangenen und die Wiederherstellung des Dialogs zwischen der Regierung und Solidarität fordern und der Sowjetunion schwerste Konsequenzen für den Fall eines militärischen Eingreifens androhen.

<sup>13</sup> Ministerialdirigent Matthias, z. Z. Brüssel, teilte am 23. Januar 1982 zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit Vertretern aus den Außenministerien der NATO-Mitgliedstaaten am selben Tag mit: „Konkrete Entscheidungen wurden nicht getroffen. Alle Delegationen erläuterten jedoch den Rahmen der von ihnen bereits eingeleiteten und beabsichtigten Maßnahmen. Bei allen dabei zutage tretenden unterschiedlichen Nuancierungen ergab sich jedoch eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Art des Vorgehens und der dabei einzuschlagenden Richtung. [...] Volle Übereinstimmung bestand hinsichtlich der Maßnahmen gegenüber Polen: 1) Kommerzielle Kredite außer für Nahrungsmittel bleiben in der Schwebe. 2) Die Umschuldung 1982 wird ausgesetzt. 3) Fortsetzung und Intensivierung der humanitären Hilfe. 4) Nahrungsmittellieferungen nur gegen Zusage hinsichtlich zweckorientierten Endverbleibs.“ Außerdem unterrichtete Matthias: „Hinsichtlich der Beschränkung der Einfuhr aus der Sowjetunion und der Änderung der Exportkreditbedingungen für die Sowjetunion wurde auf die Erörterungen in der EG und in der OECD verwiesen. Einige Delegationen, darunter Großbritannien, Italien und die Niederlande, hoben besondere Handlungsmöglichkeiten im Schifffahrts- und Luftverkehrsbereich sowie bei der Frage der Bgrenzung der sowjetischen Handelsmissionen hervor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; VS-Bd. 10393 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 13. Januar 1982 aus der Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit beschränktem Teilnehmerkreis am selben Tag, die USA hätten über die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen informiert: „In der Sitzung am 12. Januar 1982 in Genf habe Botschafter Nitze eine mündliche Erklärung zu Polen abgegeben und dabei Formulierungen benutzt, die den Verbündeten wohl vertraut sind. [...] Die Vereinigten Staaten seien zum Fortschritt in den Verhandlungen entschlossen („committed to progress“). Die weitere Entwicklung in Polen werde jedoch Auswirkungen („impact“) auf die Verhandlungen haben.“ Der sowjetische Delegationsleiter Kwizinskij habe erwidert, „die in Polen getroffenen Maßnahmen seien eine innere Angelegenheit Polens. Das INF-Problem sollte nicht mit Elementen verknüpft werden, die damit in keinerlei Zusammenhang stünden“. Mit dem Austausch dieser beiden Erklärungen sei „das Thema Polen in der Sitzung am 12. Januar 1982 abgeschlossen worden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

3a) Der belgische Außenminister Tindemans stimmte Lord Carrington grundsätzlich zu. Die Lage in Polen sei nicht zufriedenstellend. Belgien trete für Nichteinmischung ein: Die sowjetischen Erklärungen seit dem 13.12.1981 seien nur eine Art Spanische Wand für ihr tatsächliches Eingreifen in Polen gewesen. Er wies auf die Erklärung der Zehn vom 4. Januar 1982<sup>16</sup> hin, auf die sich alle Delegationen geeinigt hätten. Auch die Allianz müsse zur Einigkeit gelangen. Es dürfe keine Allianzkrise geben.

b) Die Nahrungsmittelhilfe an Polen müsse weitergehen, und es müsse sichergestellt sein, daß sie an die richtigen Empfänger gelange. Es sei durchaus möglich, daß die verschiedenen Verbündeten verschiedene Maßnahmen treffen könnten, je nach ihren Möglichkeiten und unter nationaler Verantwortung. Madrid solle so bald wie möglich wieder zusammentreten. Auch im Rahmen der Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen müsse etwas getan werden. Hauptsache sei, daß die Verbündeten nicht die Maßnahmen eines anderen Verbündeten unterlaufen würden. Hinsichtlich § 14 des amerikanischen Entwurfs, Satz 1<sup>17</sup>, plädierte er für Streichung des Wortes „unilateral“, so daß es nur heißen sollte „certain advantages“.

4) Der italienische Außenminister Colombo erinnerte an die drei westlichen Hauptforderungen und an die sowjetische Verantwortung und erklärte sich sowohl mit dem britischen als auch mit dem amerikanischen Änderungsvorschlag zu §§ 11 bis 16 einverstanden. Es gehe jetzt um die Allianz-Einheit.

5) Der norwegische Außenminister erinnerte ebenfalls an die drei westlichen Hauptforderungen und fand die britischen und amerikanischen Änderungsvorschläge (§§ 11 bis 16) akzeptabel. Man müsse das Ziel, Polen auf den Reformkurs zurückzubringen, mit verschiedenen Mitteln politischer und wirtschaftlicher Art verfolgen. Politischer Druck sei wichtig (diplomatische Erklärungen einzeln und gemeinsam, bilaterale Demarchen; in diesem Zusammenhang erinnerte er daran, daß Norwegen in Moskau in Ausführung unseres Demarchenvorschlags bereits demarchiert habe<sup>18</sup>). Auch trat er für ein früheres Zusammentreten von Madrid ein.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

<sup>17</sup> Punkt 14 Satz 1 des amerikanischen Entwurfs der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung abgegeben werden sollte, lautete: „The Allies recalled that the Soviet Union had gained certain unilateral advantages in economic relations with the West in the period of détente.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 53 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 11. Januar 1982; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>18</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 13. Januar 1982: „In der Sitzung des Rats mit beschränktem Teilnehmerkreis am 13. Januar 1982 teilte der norwegische Ständige Vertreter mit, der norwegische Botschafter in Moskau habe auf der Grundlage der von uns vorgeschlagenen und vom Bündnis gebilligten Richtlinien am 8. Januar 1982 eine Demarche bei Vize-Außenminister Semschow durchgeführt. Die Demarche habe sich eng an die NATO-Richtlinien gehalten, sei aber vielleicht etwas zurückhaltender (low key) gewesen.“ Semschow habe dargelegt, der „norwegische Schritt werde ‚negative Implikationen‘ für die norwegisch-sowjetischen Beziehungen haben. [...] Der norwegische Ständige Vertreter zog aus dem Verlauf der Demarche den Schluß, daß die Sowjetunion vor allem auf zwei Elemente sehr empfindlich reagiere: a) die sowjetische Verantwortung bei den Ereignissen in Polen, b) die vom Bündnis angedrohten Konsequenzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Man dürfe allerdings nicht vergessen, daß die USA als Supermacht manche Sanktionsmaßnahmen leichter durchführen könnten als die Europäer.

6) Der türkische Außenminister Türkmen äußerte sich etwas zurückhaltend. Er wies darauf hin, daß die Türkei Kredite von der Sowjetunion erhalte, eine lange gemeinsame Grenze mit ihr habe und daß einige westliche Länder zwar keine Maßnahmen gegen Polen, aber gegen die Türkei wegen ihres Militärrégimes<sup>19</sup> ergriffen hätten.<sup>20</sup>

7) Der dänische Außenminister Olesen war hinsichtlich der britischen und amerikanischen Vorschläge am zurückhaltendsten. Aber auch er trat dafür ein, daß es zu keiner Spaltung der Allianz kommen dürfe und daß der Druck auf Polen wie auf die Sowjetunion, die für die Ereignisse in Polen Verantwortung trage, aufrechtzuerhalten sei. Zur Einführung der britischen und amerikanischen Vorschläge (Tischvorlage) meinte er kritisch, in der Allianz solle es um Konsultation, nicht um bloße Information gehen.

8) Zum Abschluß der Vormittagssitzung sprach der französische Außenminister Cheysson. Er stimmte dem italienischen Außenminister Colombo zu und meinte im Hinblick auf § 13 (Wirtschaftsmaßnahmen)<sup>21</sup>, er könne den Wortlaut „the Allies noted“ akzeptieren. In Madrid werde Frankreich auf Ministerebene vertreten sein, und man werde dort die Situation in und um Polen einer Kritik unterwerfen. Weitere Maßnahmen seien durchaus möglich, die jedes Land entsprechend seiner nationalen Verantwortung ins Auge fasse. Er, Cheysson, lege allerdings Wert auf die Feststellung, daß die Allianz ein Verteidigungsbündnis

<sup>19</sup> Am 12. September 1980 kam es in der Türkei zur Machtübernahme durch das Militär. Die Regierungsverantwortung übernahm ein „Nationaler Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht für das gesamte Territorium verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269. Vgl. dazu Ferner Dok. 25.

<sup>20</sup> Referat 410 vermerkte am 11. Januar 1982 hinsichtlich der EG-Finanzhilfe für die Türkei: „Die Zusage über eine Finanzhilfe von 600 Mio. ECU für fünf Jahre wurde bereits im Assoziationsrat vom 30.6.1980 erteilt, das Protokoll hierüber am 19.6.1981 paraphiert, doch wurde der förmliche Abschluß der Vereinbarung im Hinblick auf die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei (Parteienverbot, Verurteilung Ecevíts) durch Ratsbeschluß vom 17.11.1981 bis auf weiteres zurückgestellt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121998.

Am 18. Februar 1982 notierte Referat 410: „Die Initiative der belgischen Präsidentschaft, die EPZ zu befassen, sollte dazu genutzt werden, um das Protokoll von der Kommission auf den Rat zu verlagern [...]. Zugleich könnten die zur Türkeihilfe negativ stehenden Ratsmitglieder (GR, DK, evtl. auch NL) ihre Position beibehalten, zumal die Aufforderung des Rats an die Kommission zur Vorlage als Verfahrensentscheidung mit einfacher Mehrheit getroffen werden kann [...]. Es würde aber erreicht, daß die politische Verantwortung, darüber zu entscheiden, wann der Stand der Redemokratisierung der Türkei die Wiederaufnahme der Finanzhilfe gestattet, auf den Rat übergehen würde.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121998.

<sup>21</sup> Punkt 13 des amerikanischen Entwurfs der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung abgegeben werden sollte, lautete: „Regarding economic relations with Poland, the Allies noted that commercial credits for goods other than food had been placed in abeyance; noted that it would be inappropriate in present circumstances to hold negotiations about the payments due in 1982 on Poland's official debts; affirmed their willingness to continue and increase humanitarian aid to the Polish people for distribution and monitoring by non-governmental organizations to ensure that it reaches the people for whom it is intended; noted that those Allies which sell food to Poland will seek the clearest possible Polish commitments with regard to the use of food.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 53 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 11. Januar 1982; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

sei und es hinsichtlich wirtschaftlicher Aspekte zu keiner Kompetenzausweitung kommen dürfe.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11331 (220)

## 18

### Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10215/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 64  
Citissime

Aufgabe: 11. Januar 1982, 22.35 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 11. Januar 1982, 22.59 Uhr

Betr.: Ratssitzung der Außenminister am 11. Januar 1982<sup>2</sup>;  
hier: Nachmittagssitzung

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

In der Nachmittagssitzung sprachen Bundesminister sowie der niederländische und griechische Außenminister und der kanadische Ständige Vertreter<sup>3</sup> (der kanadische Außenminister<sup>4</sup> erreichte wegen der Wetterbedingungen Brüssel nicht mehr rechtzeitig).

Die anschließenden, wegen griechischer Vorbehalte teilweise lebhaften Kommuniqué-Beratungen führten zu einer Ministererklärung über Polen, die mit gesondertem Drahtbericht übermittelt wird.<sup>5</sup> Dabei wurde die britische und amerikanische Tischvorlage des Vormittags zu den Paragraphen 11 bis 16<sup>6</sup> durch Änderungsvorschläge des Bundesministers in wesentlichen Punkten umgeformt. Gegenüber dem griechischen Außenminister, der zu verschiedenen Absätzen Vorbehalte der griechischen Regierung einlegte und allgemein für zurückhaltende und z. T. beschönigende Wortwahl plädierte, machte Bundesminister deutlich, daß es jetzt darauf ankomme, eine klare und deutliche Sprache zu sprechen. So hat der Bundesminister in einer intensiven Diskussion des Passus über die sowjetische Rolle dazu beigetragen, daß der griechische Minister seinen Vorbehalt zurücknahm, allerdings ohne den vom Bundesminister

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 14. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 17.

<sup>3</sup> John G. H. Halstead.

<sup>4</sup> Mark MacGuigan.

<sup>5</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 11. Januar 1982 den Text der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am selben Tag in Brüssel abgegeben wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 60; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170.

<sup>6</sup> Zu den Vorschlägen Großbritanniens und der USA für ein Kommuniqué vgl. Dok. 17, Anm. 3.

gemachten und von AM Haig unterstützten Vorschlag eines Hinweises auf die schwere sowjetische Verantwortung zu übernehmen.

Zum Absatz über Rüstungskontrolle nahm AM van der Stoel seinen Vorbehalt zurück.

## II. Im einzelnen

### 1) Ausführungen des Bundesministers

a) Bundesminister wies einleitend darauf hin, daß der jetzt vorliegende Entwurf für eine Ministererklärung politischer geworden sei, so daß er klarer zeige, was in Polen tatsächlich vorgehe. Die Entwicklung in Polen sei Ausdruck des Versagens des kommunistischen Systems; die Sowjetunion trage Verantwortung für die Situation in Polen. Auf mittlere und längere Sicht werde es sich immer wieder zeigen, daß der Wille der Sowjetunion zur Hegemonie in ihrem Bereich mit dem Willen der Völker zur Selbstbestimmung kollidiere.

b) Der Westen müsse unbeirrt seine drei Hauptforderungen vorbringen (Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Gefangenen, Dialog der Regierung mit Solidarität). Die Maßnahmen der polnischen Regierung vom 10. Januar 1982 (Aufhebung der Zensur, Möglichkeit der Telefonkontakte)<sup>7</sup> seien nur Gesten und wahrscheinlich zur Beeinflussung der NATO-Ratssitzung der Außenminister von heute bestimmt gewesen.

c) Zum Madrider KSZE-Folgetreffen führte Bundesminister aus, man solle den KSZE-Prozeß nicht unterbrechen. Vor Weihnachten seien wir dafür eingetreten, nicht vom Verhandlungstisch aufzustehen; der Verhandlungstisch müsse vielmehr dazu benutzt werden, auch über Polen zu sprechen. Das solle so bald als möglich auf Ministerebene geschehen.<sup>8</sup> Er, der Bundesaußenminister, werde auf jeden Fall nach Madrid gehen. Der Westen solle sich nicht davon beeinflussen lassen, was der Osten dazu (Madrid auf Ministerebene) sage. Es gebe dazu kein Veto des Ostens.

d) Für die Lagebeurteilung sei wichtig, was die katholische Kirche sage. Hier sei festzustellen, daß die Besorgnis der katholischen Kirche eher größer geworden sei. Sie befürchte wohl, daß das, was vor dem 13. Dezember 1981 erreicht worden sei, jetzt eliminiert werden solle. Sowohl der Papst am 10. Januar 1982<sup>9</sup> als auch Primas Glemp am 6. Januar 1982<sup>10</sup> hätten sich sehr kritisch

<sup>7</sup> Zur Lockerung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 14, Anm. 12.

<sup>8</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>9</sup> Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), legte am 11. Januar 1982 zur Haltung von Papst Johannes Paul II. dar: „Bei seinem Angelus-Gebet am Sonntag, 10. Januar 1982, gab der Papst von neuem seiner Beunruhigung über die Entwicklung in Polen Ausdruck. [...] Der Ausnahmezustand führe zur Verletzung fundamentaler Rechte des Menschen und der Nation. [...] Ebenso wie schon Primas Glemp verurteilte der Papst die vom polnischen Militärregime verfolgte Praxis, die Bürger unter Androhung des Verlustes des Arbeitsplatzes zu zwingen, Erklärungen abzugeben, die mit ihrem Gewissen und ihrer Überzeugung nicht übereinstimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Referat 214, Bd. 132926.

<sup>10</sup> Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 7. Januar 1982 mit: „In ungewöhnlich direkter Form hat der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in einer Predigt am Dreikönigstag (6.1.) in Warschau Internierungen und anhaltenden Druck auf die Bevölkerung durch das Militärregime angeprangert. Nach seinen Worten hat sich der Zwang in der Bevölkerung nicht gemildert, sondern im Gegenteil noch verschärft. Nicht nur einige Bergleute seien getötet worden, sondern es sei auch zu anderen Todesfällen gekommen, die mittelbar durch den Kriegszustand in Polen verursacht worden seien.“

und besorgt geäußert. Die Entwicklung in Polen habe sich nicht zum Besseren gewendet, eher zum Schlechteren.

e) Mögliche Maßnahmen des Westens müßten daran gemessen werden, ob sie dazu beitragen, die polnische Entwicklung auf die westlichen Hauptforderungen hin zu erleichtern. Es gehe darum, die polnische Entwicklung zu beeinflussen und die polnische Militärführung an ihre Zusage zu erinnern, den Weg der Reform und Erneuerung weitergehen zu wollen. Darum gehe es und nicht um die Frage, ob es eine Krise des westlichen Bündnisses gebe, oder um die Relevanz von Rauchzeichen, ob Deutschland noch fest im Bündnis stehe.

f) Hinsichtlich der Rüstungskontrollverhandlungen sprach sich Bundesminister für deren Fortsetzung aus.

2) Der griechische Außenminister Charalambopoulos machte deutlich, daß seine Regierung den Ratsbemühungen von heute (11. Januar 1982) sehr zurückhaltend gegenüberstehe. Insbesondere müsse er seine Zustimmung zu zwei Aspekten zurückhalten:

(1) Die Kritik der Allianz an den gegenwärtigen Verhältnissen in Polen sei unangebracht. Es habe sich in Polen nichts Wesentliches geändert. Es sei bekannt, daß Polen schon seit langem unter sowjetischer Vorherrschaft stehe.

(2) Die griechische Regierung könnte irgendwelchen Sanktionen nicht zustimmen. Er gebe jedoch die Versicherung ab, daß Griechenland die Maßnahmen anderer Verbündeter nicht unterlaufen werde.

Griechischer Außenminister war zunächst nicht bereit, die britischen und amerikanischen Änderungsvorschläge vom 11. Januar 1982 mitzutragen. Das führte nach langen Diskussionen zu zahlreichen Vorbehalten der griechischen Delegation und entsprechenden Fußnoten.

3) Der kanadische Ständige Vertreter beschwor ebenfalls die Allianz-Solidarität. Ziel müsse sein, auf eine friedliche Entwicklung in Polen hinzuwirken, die drei westlichen Hauptforderungen vorzutragen und in erster Linie die Sowjetunion vor einer militärischen Intervention in Polen abzuschrecken. Dazu sei zwar eine gemeinsame grundsätzliche Haltung, jedoch keine Uniformität erforderlich. Die Maßnahmen müßten wie „carrot and stick“ wirken. Er trat dafür ein, das Madrider KSZE-Treffen sobald als möglich zusammentreten zu lassen. Auch im Bereich der ILO sollte der Westen aktiv werden.

4) Fortsetzung der Kommuniké-Sitzung

In der Kommuniké-Sitzung zum politischen Teil der Gemeinsamen Erklärung akzeptierten die Außenminister den vom Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene am 11.1.1982 noch einmal überarbeiteten Entwurf.

a) Nach intensiver Diskussion nahm der griechische Außenminister den Vorbehalt zur gesamten Ziffer 4 der Erklärung, die die sowjetische Rolle bei der Entwicklung in Polen zum Inhalt hat, zurück. Der griechische Außenminister wandte sich jedoch weiterhin sowohl gegen die Erwähnung sowjetischer „Ein-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 76*

Zu den Forderungen nach Unterzeichnung von Erklärungen, insbesondere über den Austritt aus der Solidarität, wies der Primas auf den zivilrechtlichen Grundsatz hin, wonach eine unter Zwang abgegebene Willenserklärung ungültig ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 67; Referat 214, Bd. 132926.

schüchternungen und Drohungen“ im Entwurf wie auch gegen den Vorschlag des Bundesministers, die Worte „active support“ (der Sowjetunion) durch „heavy responsibility“ zu ersetzen. Ferner wollte der griechische Minister den wichtigen Satz, daß die Sowjetunion kein Recht zur Bestimmung der politischen und sozialen Entwicklung Polens habe, zunächst streichen und dann so stark verwässern, daß er seine eigentliche Aussage verloren hätte. Nach den Argumenten des Bundesministers, des französischen<sup>11</sup> und des amerikanischen Außenministers sowie von Generalsekretär Luns hat der griechische Minister den Satz und die gesamte Ziffer 4 schließlich in der gegenwärtigen Form passieren lassen.

Hingegen hat der griechische Minister seinen Vorbehalt zum Satz über die Starrheit der WP-Staaten, die die notwendigen Änderungen zur Erfüllung der legitimen Erwartungen ihrer Völker verhindert (Ziffer 3, Satz 4), aufrechterhalten: In der veröffentlichten Version der Erklärung ist dieser Satz mit einer entsprechenden Fußnote versehen.

b) Der Absatz über die mögliche Auswirkung der Polen-Krise auf Rüstungskontrollverhandlungen wurde am 11.1.82 eingehend zunächst im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene und anschließend von den Ministern diskutiert. Hier standen sich die niederländische Haltung, die im Ausschuß zunächst noch teilweise von Dänen und Griechen gestützt wurde, und die Haltung der Mehrheit gegenüber. NL wollte zunächst jede Verbindung der Polen-Erklärung mit dem Rüstungskontrollprozeß verhindern. In der Ministersitzung war NL isoliert. Der niederländische Außenminister schlug einen Satz vor, wonach eine Beeinträchtigung der Rüstungskontrollverhandlungen eintreten solle, wenn die Sowjets militärisch in Polen intervenierten. AM Haig widersprach und setzte sich dafür ein, daß die Bedingung flexibler formuliert werde. Er wies darauf hin, daß man sich zu sehr binde, wenn man die Bedingung zu genau umschreibe: Andernfalls ergäbe sich ein Automatismus, den man u. U. bedauern würde. Im Verlauf dieser Diskussion wurde schließlich der ursprünglich amerikanische Textvorschlag, wonach die sowjetische „interference“ (sowie die Einhaltung internationaler Verpflichtungen) den Rüstungskontrollprozeß beeinträchtigen, durch eine Kompromißformel ersetzt, die die Flexibilität in vollem Umfang erhält: Anstelle von „interference“ bzw. des niederländischen Textvorschlags „military intervention“ ist der Ausdruck „actions with regard to Poland“ getreten. (Dieser Textvorschlag war im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene von griechischer Seite (sic) eingeführt worden.)

Zum KSZE-Prozeß wurde ohne Aussprache der amerikanische Vorschlag eines sehr knapp formulierten Passus angenommen.

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 14107 (010)**

<sup>11</sup> Claude Cheysson.

## 19

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan ibn Talal

12. Januar 1982<sup>1</sup>

Gespräch zwischen Herrn BM und dem jordanischen Kronprinzen Hassan ibn Talal anlässlich eines Arbeitsbesuchs in Bonn am 12. Januar 1982 von 11.30 bis 12.30 Uhr und des anschließenden Mittagessens im kleinen Kreis<sup>2</sup>

*BM* eröffnete das Gespräch nach den Begrüßungsworten mit einer Würdigung der Gespräche, die er mit König Hussein geführt habe<sup>3</sup> und die uns immer wertvolle Aufschlüsse gegeben hätten. Die Bundesregierung habe ungeachtet der Vorgänge in Polen ein unverändert großes Interesse am Nahen Osten, die unsere Aufmerksamkeit keineswegs minderten. Was in der Nachbarregion geschehe, sei auch wichtig für uns. Er habe schon wiederholt gesagt, daß wir uns als EG-Mitglied indirekt auch als Mittelmeer-Land betrachten.

Zu den Beziehungen mit Jordanien bemerkte der BM, daß sie herzlich und freundschaftlich seien. Er könne sie sich besser gar nicht vorstellen. Die Politik König Husseins habe er mit großem Respekt verfolgt. Er sei daher sehr an der jordanischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage und insbesondere der israelischen Außenpolitik interessiert.

KP<sup>4</sup> *Hassan* dankte für den herzlichen Empfang. Er sehe es angesichts der Politik der Großmächte als vital an, mit Staaten wie der Bundesrepublik zu sprechen. In den nächsten entscheidenden Monaten seien Kontakte besonders wichtig.

Israel stolpere von einer Krise in die andere und von einer Provokation zur anderen. Er erinnere an die kürzliche Verletzung des jordanischen Luftraums durch israelische Maschinen.<sup>5</sup> Jordanien sei besorgt über die strategische Zu-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 13. Januar 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 9. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Kronprinz Hassan hielt sich am 11./12. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> König Hussein hielt sich vom 5. bis 11. November 1978 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. November 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 344.

Genscher besuchte Jordanien vom 29. bis 31. August 1979. Für das Gespräch mit Hussein am 29. August 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 245.

Hussein hielt sich am 29./30. Juli 1980 erneut in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Genscher am 29. Juli 1980 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

Für das Gespräch Husseins mit Genscher am 30. Juli 1980 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125011.

<sup>4</sup> Kronprinz.

<sup>5</sup> Oberstleutnant i. G. Kuhn, Damaskus, berichtete am 2. März 1982: „In der Nacht vom 9. auf den 10.1.82 kam es zu einer weiteren schwerwiegenden Verletzung des Hoheitsgebietes Jordaniens, Iraks und Saudi-Arabiens durch die israelischen Luftstreitkräfte.“ Luftraumverletzungen durch israelische Kampfflugzeuge in Jordanien seien „an der Tagesordnung“. Innerhalb der jordanischen Streitkräfte habe sich nun aber „eine gefährliche Verbitterung breitgemacht. Beim nächsten derartigen Vorfall soll alles versucht werden, die Israelis zu stellen und, wenn es sein muß, abzuschließen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 21; Referat 310, Bd. 135710.

sammenarbeit zwischen den USA und Israel und über die damit verbundene weitere Aufrüstung Israels.<sup>6</sup> Israel werde zu unabhängigen Aktionen befähigt.

Neben dem israelischen Extremismus gelte seine weitere Sorge der syrischen Politik, deren Unterstützung für Iran er besonders kritisierte. In Iran müsse man die Zunahme des Einflusses der Tudeh-Partei mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Sein Land sei ferner äußerst beunruhigt über die Lage auf der Westbank, wo die israelische Besatzungspolitik die Entstehung einer neuen radikalen arabischen „Linken“ begünstige.

In der Golfregion sah KP Hassan die Gefahr einer externen Bedrohung und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Vorgänge in Bahrain.<sup>7</sup>

Er erkenne an, daß die USA in der Region Interessen hätten. Er wiederholte aber sein Mißtrauen gegenüber den USA wegen des Zusammenspiels mit Israel. Das Konzept der strategischen Zusammenarbeit sei nicht geeignet, die zentrale Frage, die Palästinenserfrage, zu lösen.

Er werfe Sadat nicht die Rede in der Knesset<sup>8</sup> vor, sondern daß er zu wenig für die Verwirklichung der darin verkündeten Grundsätze getan habe.

BM erkundigte sich nach den langfristigen israelischen Zielen.

KP Hassan sah die größte Gefahr in der Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Die Israelis benutzten das Sicherheitserfordernis als Vorwand zur Rechtfertigung für eine ganze Anzahl von Maßnahmen wie die Er-

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Montfort legte am 22. Dezember 1981 dar: „Das israelische Kabinett beschloß am 20. Dezember 1981, das erst am 30. November d.J. in Washington von US-Verteidigungsminister Weinberger und dem israelischen Verteidigungsminister Sharon unterzeichnete ‚Memorandum of Understanding‘ (MoU) zu kündigen. Vorgegangen war diesem beispiellosen Akt in den mehr als 30-jährigen israelisch-amerikanischen Beziehungen ein Beschluß der amerikanischen Regierung, die Anwendung des Memorandums für unbestimmte Zeit auszusetzen [...], um damit Israel ihre Mißbilligung des an einem Tag durchgepeitschten israelischen Golan-Gesetzes vom 14. Dezember deutlich spüren zu lassen.“ Die strategische Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA habe ihre „konkreteste Ausprägung“ in dem Memorandum erfahren, „das kein Verteidigungsabkommen, sondern einen [...] Rahmen für ständige Konsultationen und Zusammenarbeit“ darstelle: „Ziel der Zusammenarbeit ist die ‚Abwehr der Bedrohung für Frieden und Sicherheit der Region durch die SU und von der SU kontrollierte Kräfte von außerhalb der Region, die in die Region eingeführt werden‘. [...] Folgende Bereiche der Zusammenarbeit seien vereinbart worden: gemeinsame Manöver zur See und in der Luft im östlichen Mittelmeer; militärische Bereitschaftsmaßnahmen; alle weiteren Fragen der militärischen Zusammenarbeit sollen in späteren Verhandlungen bereinigt werden. Zu diesem Zweck sollen ein Koordinationsrat und gemeinsame Arbeitsgruppen eingesetzt werden“. Vgl. Referat 310, Bd. 135682.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 30. Dezember 1981, am 13. Dezember habe die bahrainische Regierung die Aufdeckung eines Umsturzversuchs bekanntgegeben: „Es war der erste bekannt gewordene gezielte Umsturzversuch in einem konservativen Golfstaat. Der Plan der insgesamt 66 verhafteten Verschwörer (52 Bahrainis, 12 Saudis, 1 Kuwaiter, 1 Omani) sah vor, nach dem Vorbild der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat am bahrainischen Nationalfeiertag, dem 16.12., [...] die Regierungsspitze zu ermorden, Geiseln zu nehmen und eine islamische Revolution nach iranischem Vorbild auszurufen, die anschließend auf andere Golfstaaten übergreifen sollte. [...] Die bahrainische Regierung hat offiziell gegen die iranische Rolle bei dem Umsturzversuch protestiert, ihr diplomatisches Personal in Teheran abgezogen und den iranischen Geschäftsträger zum Verlassen Bahrains aufgefordert. [...] Die Nachricht von dem Umsturzversuch hat bei den konservativen arabischen Golfstaaten Unruhe ausgelöst. Man erinnert sich an die von führenden iranischen Geistlichen nach der Revolution von 1979 wiederbelebten iranischen Souveränitätsansprüche auf Bahrain.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137663.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Sadat am 20. November 1977 im israelischen Parlament in Jerusalem vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 103–107 (Auszug).

richtung von Siedlungen, Landenteignungen, Verwehrung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser usw.

Er hege die Befürchtung, daß durch solche und andere Maßnahmen der Extremismus in der Region anwachse. Als ein weiteres Beispiel dafür nannte er die israelischen Provokationen im Libanon, die mit entsprechenden Gegenaktionen der Syrer beantwortet würden. Das Ergebnis sei eine Polarisierung in der Region. Die Israelis konsolidierten ihre Position auf Kosten der Gemäßigten. Sei spielten virtuos auf der Klaviatur der Teilungen („teile und herrsche“).

Der Fahd-Plan<sup>9</sup> habe klar gezeigt, daß die Araber gesprächsbereit seien. Die Gesprächsbereitschaft dauere an. Die Annexion der Golan-Höhen<sup>10</sup> sei darauf gerichtet, die Araber hiervon wieder abzubringen. Fes<sup>11</sup> sei nur suspendiert bis nach April, aber nicht aufgehoben. Es liege jetzt ganz in der Hand der Israelis, wie es weitergehe.

Ein US-Veto im SR gegen einen Sanktionsbeschluß gegen Israel würde Konfrontation mit der arabischen Welt bedeuten, und zwar auch mit den gemäßigten Arabern.

- <sup>9</sup> In einem Interview unterbreitete der saudi-arabische Kronprinz Fahd am 7. August 1981 Vorschläge für eine Lösung des Nahost-Konflikts. Dazu gehörten der Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, einschließlich des arabischen Teils von Jerusalem; die Auflösung der israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten; die Garantie freier Religionsausübung an den Heiligen Stätten; die Bestätigung der Rechte der Palästinenser und Entschädigung für diejenigen, die nicht zurückkehren wollen; die Unterstellung des Westjordanlandes und des Gazastreifens unter VN-Überwachung für eine Übergangszeit; die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt; die Bekräftigung des Rechtes der Staaten der Region auf ihre Existenz in Frieden; die Garantie der Vereinten Nationen oder einiger ihrer Mitglieder für die Durchführung dieser Grundsätze. Für den Wortlaut des Interviews vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 521–523 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 233.
- <sup>10</sup> Referat 310 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung zum israelischen Gesetz vom 14. Dezember 1981 über die „Unterstellung der besetzten Golan-Höhen unter Recht, Rechtsprechung und Verwaltung Israels“, es sei „buchstäblich aus heiterem Himmel und ohne erkennbaren Anlaß“ in nur einem Tag im Kabinett und im Parlament „durchgepeitscht“ worden: „Begriff der ‚Annexion‘ wurde vermieden, obwohl Schritt ihr in Bedeutung nahekomm.“ Es ergäben sich folgende Auswirkungen: „Unvermittelte und völlig unnötige Verschärfung Nahost-Lage. [...] Position Ägyptens droht unhaltbar zu werden: Auch wenn Mubarak im Interesse der Rückgewinnung Rest-Sinajs jetzt stillhält, ist zu befürchten, daß sich ägyptische Frustration und Entrüstung nach April 1982 in hartem Kurs niederschlägt. [...] Brückierung der USA, die stets Auffassung vertreten haben, daß Ergebnis von Friedensverhandlungen nicht durch einseitige Maßnahmen präjudiziert werden darf. (Begin erklärte in Knesset, USA nicht von seiner Absicht informiert zu haben, da mit amerikanischer Ablehnung zu rechnen gewesen sei.) Damit Brückierung aller westlichen Staaten, die sich in arabischen Augen als unfähig erwiesen haben, dem in Res[olution] 242 verankerten Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß Territorialerwerb durch Krieg unzulässig ist.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137544.
- <sup>11</sup> Am 25. November 1981 begann in Fes eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, die noch am selben Tag unterbrochen wurde. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 3. Dezember 1981, sie sei „nach heftigen Auseinandersetzungen um den ‚Acht-Punkte-Plan‘ von Kronprinz Fahd gescheitert. Zum ersten Mal seit der Gründung der Arabischen Liga vor 36 Jahren ist eine arabische Gipfelkonferenz mit einem solchen Eklat zu Ende gegangen. [...] Der Streit um Zustimmung oder Ablehnung des ‚Plans‘ hatte sich in den letzten Wochen vor der Konferenz verschärft und zugleich die Fronten im arabischen Lager deutlicher werden lassen. [...] Angesichts dieser Ausgangslage konnte man kaum erwarten, daß ein Konsens in Fes über den Fahd-Plan zustande kam. Überraschend war jedoch das Ausmaß der Zerstrittenheit und der Spaltung. Verbittert zeigte sich der Gastgeber, König Hassan II., über den Umstand, daß die Gegner des Fahd-Plans – so u. a. Syrien, Libyen, Irak, Algerien und Mauretanien – durch ihre Staatshäupter gar nicht erst vertreten waren. [...] Dank dem erneut bewiesenen taktischen Geschick von König Hassan wurde die Konferenz nicht abgebrochen, sondern – laut Hassan – bis Juni 1982 verschoben.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135645.

Die SU stünde dem Fahd-Plan aufgeschlossen gegenüber, wie der Besuch eines sowjetischen Sonderbotschafters in Amman im Anschluß an Fes ergeben habe. Die SU stehe zur Res. 242<sup>12</sup>. Auch der sowjetisch-syrische Freundschaftsvertrag<sup>13</sup> enthalte einen Bezug auf Res. 242.

BM erwiderte, daß die SU im Nahen Osten mit mehreren Zungen spreche. Sie sehe in der jetzigen unklaren Lage gewisse Vorteile für sich.

Er könne jedoch unterstreichen, was KP Hassan über die israelische Politik gesagt habe, die für die globalen westlichen Interessen nicht hilfreich sei. Die öffentliche Meinung in Israel bestätige dies.

BM nannte zwei Gründe für die Radikalisierung des Meinungsbildes in Israel:

- Die neue Zusammensetzung der Bevölkerung. Es gebe heute mehr Begin-Wähler.
- Die Arbeiterpartei habe den Fehler gemacht, im Wahlkampf<sup>14</sup> kein Kontrastsprogramm zu bieten. Sie habe total ignoriert, daß Begin die harte Linie vertreten werde. Mit ähnlichen Forderungen habe sie nicht siegen können.

Zu Mubarak meinte BM, unser Eindruck sei, daß er nicht vertragsbrüchig werde, auch wenn er sich wieder an andere arabische Länder annähern werde. BM drückte seine Sympathie für die Wiederaussöhnung mit den anderen Arabern aus und erinnerte an seine schon immer vertretene Forderung nach Einheit des arabischen Lagers als Voraussetzung für Fortschritte im Friedensprozeß.

Ob diese Einheit alle arabischen Länder umfassen müsse, wisse er nicht, aber die unmittelbar angrenzenden sollten geschlossen handeln.

Wir hätten den Fahd-Plan begrüßt, weil

- wir die Gesprächsbereitschaft in der Substanz als konstruktiv gewertet hätten und
- in ihm eine geeignete Grundlage sähen, um die arabischen Staaten wieder zusammenzubringen.

Die „arabische Einheit“ liege im europäischen wie im israelischen Interesse. Wenn es keine Geschlossenheit gebe, werde es auch keinen Frieden geben.

Den Besuch König Husseins in Washington<sup>15</sup> hätten wir positiv gewertet, da er

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. Oktober 1980 zwischen Syrien und der UdSSR über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 1222, S. 343–357.

<sup>14</sup> Am 30. Juni 1981 fanden Wahlen zum israelischen Parlament statt, bei denen die Israelische Arbeitspartei unter dem Vorsitz von Shimon Peres zwar Gewinne erzielen, aber nicht die Regierungsübernahme erreichen konnte.

<sup>15</sup> König Hussein hielt sich vom 1. bis 5. November 1981 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 11. November 1981 anhand von Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium: Nach diesem Besuch „sei das Klima zwischen den USA und Jordanien sehr viel besser als in der Zeit Präsident Carters. [...] Während Jordanien in der Vergangenheit amerikanischen Bemühungen um einen strategischen Konsens gegen sowjetische Expansion immer die Vorrangigkeit des ungelösten Palästina-Problems entgegengehalten habe, habe man nach den Gesprächen mit Hussein den Eindruck, daß er jetzt bereit sei anzuerkennen, daß die USA aufrichtig bemüht seien, Frieden und Sicherheit als einander ergänzende und miteinander verbundene Ziele zu verfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4542; Referat 310, Bd. 135686.

den Beziehungen mit den USA neue Impulse gegeben habe. Sein Wort habe in den USA ebenso Gewicht wie die Stimme Saudi-Arabiens.

KP *Hassan* antwortete, daß das schon erwähnte extensive israelische Sicherheitsdenken die Gesprächsbereitschaft der Araber sehr erschwert habe, sei es in bezug auf den Fahd-Plan, sei es in bezug auf Res. 242. Die Amerikaner hätten König Hussein über die Voraussetzungen für Gespräche mit der PLO unterrichtet (Anerkennung des Existenzrechts Israels und von Res. 242). Hussein habe daraufhin die Gegenfrage gestellt, welches Israel, das vor 1948 oder 1967<sup>16</sup> usw. Die jordanische Haltung zur PLO sei 1974 in Rabat definiert worden.<sup>17</sup> Das arabische Jerusalem sei Teil der besetzten Gebiete. Die Rechtslage hinsichtlich dieser Gebiete sei klar.

Der König fürchte wie er, der KP, daß sich die israelische Politik der vollendeten Tatsachen in den nächsten Monaten noch verstärke.

Die Israelis nützten jede Begriffsveränderung oder Unklarheit sofort aus: Dies habe sich bei der veränderten amerikanischen Haltung zu den Siedlungen, dem westlichen Abstimmungsverhalten zu dem jordanischen Antrag auf Einbeziehung Jerusalems in die „World Heritage List“<sup>18</sup> und bei den talmudischen Äußerungen Cheysson<sup>19</sup> gezeigt.

Auf eine Frage von D3<sup>20</sup> gab KP *Hassan* einen Überblick über die Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Anstatt daß Israel den Weg für eine echte Selbstbestimmung freimache, nehme der Einfluß des Militärs trotz der Übertragung einiger Befugnisse auf die Zivilverwaltung unter Menachem Milson<sup>21</sup> zu.

<sup>16</sup> Im Zuge des Sechs-Tage-Krieges vom 5. bis 10. Juni 1967 nahm Israel den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel, den jordanischen Teil von Jerusalem, das Gebiet westlich des Jordans und die Golan-Höhen ein. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

<sup>17</sup> Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut der Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

<sup>18</sup> Botschaftsrat Tidten, Paris (UNESCO), berichtete am 14. September 1981: „W[orld]H[eritage] C[ommittee] beschloß am 11. September 1981 nach zweitägiger Sondersitzung in Paris, die Altstadt von Jerusalem in die Liste des Weltkulturerbes aufzunehmen. [...] Für den jordanischen Antrag stimmten 14 Delegationen [...]. USA stimmten gegen den Antrag. Stimmenthaltungen: 5 (Austral[ien], I, CH, F, D). [...] Die fünf Delegationen, die sich der Stimme enthalten hatten, brachten in Stimmklärungen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Mehrheit sich über die Bedenken hinweggesetzt habe, die sich hinsichtlich des Status der Stadt Jerusalem aus der ungeklärten Rechtslage ergäben. Sie wiesen darauf hin, daß man diesen Bedenken hätte Rechnung tragen können, wenn die Aufnahme der Stadt in die Liste durch Initiative des Ausschusses selbst und nicht aufgrund des jordanischen Antrages vorgenommen worden wäre.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; Referat 232, Bd. 128113.

<sup>19</sup> Nach einem Besuch des französischen Außenministers Cheysson am 7./8. Dezember 1981 in Israel berichtete Botschafter Hansen, Tel Aviv, am 9. Dezember 1981: „Was AM Cheysson den Israelis zu sagen hatte, klang in deren Ohren so neu und auch so angenehm, daß der Kommentator der ‚Jerusalem Post‘ seinen Artikel mit ‚Entente cordiale‘ überschrieb. Der Eindruck, den Cheysson in Jerusalem hinterließ, war für die Israelis – zumindest auf den ersten Blick – überwältigend. Dies wirft auch ein Schlaglicht darauf, wie stark sich Israel den Europäern gegenüber bisher isoliert gefühlt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 907; Referat 310, Bd. 135682.

<sup>20</sup> Walter Gorenflös.

<sup>21</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 21. Oktober 1981 mit: „Verteidigungsminister Sharon hat am 19.10. Professor Menachem Milson zum Chef der Zivilverwaltung im Westjordanland und Gaza-Streifen mit Wirkung ab Ende Oktober berufen. Die Einsetzung Milsons bedeutet den ersten Schritt zur Reorganisation der Militär- und Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten, die vom is-

KP Hassan erläuterte im einzelnen, daß die Übertragung der Zuständigkeiten auf den Gebieten der Erziehung, Gesundheit, des Verkehrs, der Gemeinderäte und der zivilen Rechtsprechung auf die Zivilverwaltung im November 1981<sup>22</sup> eine Täuschung darstelle, denn der Chef der Zivilverwaltung sei genauso wie der Chef der Militärverwaltung, Oberst Harakabi, der für Sicherheit und militärische Angelegenheiten zuständig sei, Verteidigungsminister Sharon unterstellt.

In Gaza sei der frühere Militärgouverneur Brigadier Lunz Chef der Zivilverwaltung geworden. Die Bevölkerung habe mit Demonstrationen und Streiks reagiert. Die Antwort der Israelis auf die repressiven<sup>23</sup> Maßnahmen sei die Schließung der Bir-Zeit-Universität und einer Reihe von Schulen sowie die Zerstörung von Häusern in einigen Städten wie Hebron und Bethlehem gewesen.<sup>24</sup>

Milsons Konzept beruhe auf einer Förderung der Regionalisierung, d. h. Trennung von Städten und Dörfern, wobei die Dörfer zu Dorfgemeinschaften zusammengefaßt werden sollen.<sup>25</sup> Aber obwohl die Dorfbevölkerung 70 % der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 83*

rael[ischen] Kabinett am 4. Oktober beschlossen wurde und am 1. Dezember in Kraft treten wird.“ Milson sei „gegenwärtig Professor für moderne arabische Literatur an der hebräischen Universität Jerusalem. Er war zuvor politischer Berater für arabische Angelegenheiten beim Militärgouverneur Westjordanland.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 754; Referat 310, Bd. 135677.

<sup>22</sup> Am 5. Oktober 1981 informierte Botschafter Hansen, Tel Aviv: „Israel[isches] Kabinett hat gestern (4.10.) den vom Verteidigungsminister vorgelegten Plan zur ‚Reorganisation der Militärverwaltung in Judäa, Samaria und Gaza‘ einstimmig gebilligt. [...] Die Militärverwaltung bleibt weiterhin bestehen und wird nicht durch eine Zivilverwaltung ersetzt. In den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Landwirtschaft sollen jedoch Zivilbeamte die Aufgaben von Militärs übernehmen. Die Militärverwaltung wird weiterhin – auch im Falle einer C[amp]D[avid]-Autonomieregelung und der darin vorgesehenen Übernahme aller Verwaltungsfunktionen durch Palästinenser – die legale ‚source of authority‘ bleiben. Die Zivilbeamten werden wie bisher der Militärverwaltung unterstehen. [...] Der Plan sieht die Heranziehung auch von Palästinensern für Verwaltungsfunktionen vor. Anzeichen für deren Beteiligung sind allerdings noch nicht erkennbar. [...] Der Vollzug der Reorganisation soll am 1. Dezember erfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 718; Referat 310, Bd. 135677.

<sup>23</sup> So in der Vorlage.

<sup>24</sup> Botschafter Munz, Amman, berichtete am 5. November 1981, seit mehreren Tagen würden „Streiks und heftige Demonstrationen das Bild im Westjordanland“ bestimmen. Anlaß sei die „Einführung der sogenannten zivilen Verwaltung“ durch die israelischen Behörden: „Die Bir-Zeit-Universität wurde nach drei Tagen heftiger Demonstrationen durch die Militärbehörden für unbestimmte Zeit geschlossen und eine Räumung des Campus innerhalb von zwei Stunden angeordnet. [...] Besonders ernst ist die Lage in der Stadt Hebron, wo isr[aelische] Siedler ein weiteres Haus in der arabischen Stadt besetzt haben und es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Zur Vergeltung haben die Israelis die Häuser von drei arabischen Gewalttätern niedergedrückt, was zu einer weiteren Zuspitzung der Lage geführt hat. [...] Die jetzige Protestwelle spiegelt die totale Ablehnung des Camp-David-Prozesses durch die pal[ästinensische] Bevölkerung der Westbank wider.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Referat 310, Bd. 135677.

<sup>25</sup> Am 6. Oktober 1981 teilte Botschafter Munz, Amman, mit, in den von Israel besetzten Gebieten würde „mit äußerstem Widerwillen die Förderung der sogenannten Village Associations (VA), ländlicher Vereinigungen, die eine gewisse Konkurrenzorganisation zu den Bürgermeistern und ihren Gemeindevertretungen darstellen sollen“, beobachtet: „Diese VAs werden von israelischer Seite gefördert, und es wird teilweise auf Dorfbewohner erheblicher Druck seitens der israelischen Militärverwaltung ausgeübt, um sie zu einer Zusammenarbeit mit den VAs zu zwingen. Trotzdem ist es den VAs nach Aussagen der Gesprächspartner nicht gelungen, eine große Anhängerschaft zu rekrutieren. [...] VAs sind bisher bei Hebron, um Bethlehem und in der Gegend von Ramallah gegründet worden. Die Bürgermeister befürchten, daß die VAs dann an Einfluß gewinnen könnten, wenn sie auch entsprechende Finanzmöglichkeiten von den Israelis zur Verfügung gestellt bekämen. Allgemein sieht man in der Förderung der VAs einen israelischen Versuch, eine Parallelorganisation [...] zu schaffen, um diese dann als Gesprächspartner im Autonomieprozeß darstellen und damit die Bürgermeister übergehen zu können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 604; Referat 310, Bd. 135677.

Bevölkerung ausmache, erhalte ihr Entwicklungsbudget kaum 30%. Dies sei ein eklatantes Beispiel für die schon von ihm erwähnte Divide-et-impera-Politik.

Schließlich nannte er als letzte israelische Maßnahme zur besseren Kontrolle der besetzten Gebiete die Bildung eines „Supreme Judicial Council“ im Dezember 1981, der die Aufgabe habe, die Ernennung neuer Richter zu überwachen, sowie die Wahl Hebrons als Experimentierfeld für die Trennung von Zivil- und Militärverwaltung, da dort der Einfluß der pro-israelischen „Village Association“ besonders stark sei.

Auf die weitere Frage des *BM*, ob die Bevölkerung der besetzten Gebiete im Falle einer geheimen Wahl sich

- für eine Vereinigung mit Jordanien oder
- für einen unabhängigen Staat aussprechen werde,

antwortete KP *Hassan* ausweichend, daß die Sequenz in der Wiederherstellung der menschlichen Würde bestehen werde, die völlig verschieden von der Autonomie sei. Die Führung der PLO befinde sich in einer schwierigen Lage, die durch die syrische Kontrolle und Assads Fernbleiben von Fes kompromittiert worden sei, das nur dem arabischen Extremismus geholfen habe.

KP *Hassan* richtete einen Appell an die EG-Staaten, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu unterstützen und etwas für deren Entwicklung zu tun.

Der israelische Wille zu mehr Siedlungen bedeute letztlich Annexion.

KP *Hassan* kam sodann auf Ägypten zu sprechen, das wieder seine traditionelle Rolle spielen müsse, aber nicht beschränkt auf das Autonomie-Konzept. Ägypten sei unabhängig, es habe den Suez-Kanal und Öl. Es gebe eine gute Chance für eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Arabern, die aber vom politischen Willen abhängen. Ägypten müsse seine Bemühungen wieder auf die Palästinenserfrage konzentrieren. Die Initiative zur Normalisierung müsse aber von Ägypten ausgehen.

Auf den Einwurf des *BM*, daß sich die innenpolitische Position Mubaraks verbessert habe, drückte KP *Hassan* die Hoffnung aus, daß der Prozeß seiner Erleuchtung sich fortsetze.

*BM* betonte die Bedeutung Ägyptens für das weitere Geschehen in der Region. Man könne daher nur hoffen, daß die Lage in Ägypten sich weiter günstig entwickle.

Beim anschließenden Mittagessen im kleinen Kreise meinte *BM*, daß Mubarak als Präsident eine gute Wahl sei.

KP *Hassan* vertrat die Auffassung, daß Sadat seine Ankündigung, 1982 zurücktreten zu wollen, wohl wahrgemacht hätte, da die Probleme ihm über den Kopf gewachsen seien. Nur ein neuer Mann hätte damit fertigwerden können.

Auf Frage von D3 nach den Beziehungen mit Syrien sagte KP *Hassan*, daß die engen Beziehungen zur SU und Iran die Zusammenarbeit mit den anderen arabischen Staaten erschwerten. Syrien, das vermutlich zusammen mit Iran indirekt in Bahrain seine Hände im Spiel gehabt habe, betreibe eine sehr kurz-sichtige Politik. Der syrische Extremismus stärke die „Linke“, von der er eingangs als Gefahr gesprochen habe.

*BM* benützte die Gelegenheit, KP Hassan über die NATO-Resolution zu Polen<sup>26</sup> zu unterrichten. Das Ergebnis von Brüssel sei zufriedenstellend gewesen, der Schulterschuß wiederhergestellt. Es gebe eine Menge Leute, die sich mit der Lage im Westen statt mit der polnischen Tragödie befaßten und eine Krise des westlichen Systems herbeiredeten. Diese Gefahr sei jetzt abgewendet. Aber die Lage sei nach wie vor sehr ernst.

Es gehe grundsätzlich um die Frage des kommunistischen Systems. Die SU komme in ihrer Politik immer mehr in Konflikt mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa. Dieses Recht gelte ebenso für die Afghanen wie für die Palästinenser und für die Bevölkerung Osteuropas. Aus der Politik der Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts durch die SU ergäben sich Probleme für das Ost-West-Verhältnis.

*BM* meinte, daß die Militärdiktatur sich nur mit Unterstützung der katholischen Kirche halten könne, die aber fehle.

Obwohl es keine Streiks gebe, sinke die Produktion Polens weiter. Der passive Widerstand könne nur überwunden werden, wenn Polen zum Reformkurs zurückkehre. Dies habe er Rakowski mit aller Deutlichkeit gesagt.<sup>27</sup>

Daran schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch über die Kreml-Führung, insbesondere die Stellung von Breschnew und Gromyko, an.

Auf Frage KP *Hassans* nach den personellen Veränderungen im State Department drückte *BM* sein Vertrauen in Stoessel aus und meinte, daß Eagleburger aus Belgrad Verständnis für die Blockfreiheit mitbringe, was der amerikanischen Außenpolitik nur nützen könne.

Dann wandte KP *Hassan* sich der Frage eines interreligiösen Dialogs über Jerusalem zu. AM Colombo, mit dem diese Frage kürzlich erörtert worden sei, habe sich positiv zu dem Gedanken geäußert.

KP Hassan warb für das Vorhaben einer euro-arabischen Konferenz nach dem Muster des Club of Rome, an der etwa 30 bis 40 private Persönlichkeiten teilnehmen und die auf europäischer Seite von den drei außenpolitischen Gesellschaften in Paris, London und Bonn ausgerichtet werden sollte. Das erste Treffen sei nach mehreren Verschiebungen nunmehr im Mai vorgesehen.<sup>28</sup> Darüber wolle er auch mit Herrn Willy Brandt sprechen. Zweck sei die Förderung der langfristigen Zusammenarbeit von Führungskräften zwischen beiden benachbarten Regionen.

*BM* drückte sein großes Interesse für dieses Vorhaben aus. Auf uns könne er rechnen. Besonders zu begrüßen sei, daß der Vorschlag von arabischer Seite ausgehe.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>27</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>28</sup> Anlässlich der Reise des Bundesministers Genscher vom 12. bis 14. Juli 1982 nach Jordanien notierte Referat 310 zum Vorhaben einer europäisch-arabischen Konferenz: „K[ron]P[rinz] Hassan zufolge sollte das erste Treffen im Mai d. J. stattfinden, kam aber nach unserer Kenntnis nicht zustande.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 310, Bd. 135712.

KP *Hassan* kritisierte den brain drain auf arabischer Seite, dem entgegenzuwirken werden müsse.

KP *Hassan* unterrichtete den BM über die Gründung eines „interarabischen Zentrums“ in Amman, das sich mit der Wiederbesinnung auf die Werte des Islams befassen, aber andererseits auch den Exzessen eines Khomeini entgegenwirken solle.

Auf Frage des *BM*, was wir für eine Wiederannäherung zwischen den USA und Libyen tun könnten, erwiderte KP *Hassan*, daß er die Vorgänge nicht recht verstehe. Auf der einen Seite betrieben die USA eine konfrontative Politik, auf der anderen Seite bildeten Angehörige der „Green Berets“ Terroristen in Libyen aus<sup>29</sup>. KP bezog sich dabei auf einen BBC-Fernsehfilm. Er stelle sich die Frage, ob die USA bewußt provozierten?

KP *Hassan* wies auf den nuklearen Aspekt des israelischen Kanalprojekts<sup>30</sup> hin, der die arabische Seite mit großer Sorge erfülle.

Abschließend erinnerte der Kronprinz an die stehende Einladung an BM und BK.<sup>31</sup>

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung.<sup>32</sup>

**Referat 010, Bd. 178864**

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Artikel „Team of Ex-Green Berets Trained Terrorists for Libyan Government“ und „Officials Say Green Berets Lacked Authority for Operation in Libya“; THE NEW YORK TIMES vom 26. August 1981, S. A 1 und B 6, bzw. vom 25. September 1981, S. A 1 und A 25.

<sup>30</sup> Israel plante den Bau eines Kanals zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer. Während einer Debatte des Politischen Sonderausschusses der VN-Generalversammlung am 7. Dezember 1981 äußerte Jordanien folgende Bedenken: „Mögliche Überflutung von Teilen des Jordan-Tals, Versalzung großer Ackerbauflächen; Schädigung der Pottasche-Industrie, u. a. durch Verringerung des Salzgehalts des Toten Meeres (jordanischer Vertreter sprach von einer Gefahr der ‚Vergiftung‘ des Toten Meeres als Folge der Vermischung mit Mittelmeerwasser; nukleare Risiken durch vorgesehene Errichtung von zwei Reaktoren an dem geplanten Kanal; Möglichkeit der Schaffung einer – auch strategisch nutzbaren – Wasserbarriere im Jordan-Tal, die die Abriegelung der Westbank gestattet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3569 des Botschafters van Well, New York (VN), vom 8. Dezember 1981; Referat 310, Bd. 135685.

<sup>31</sup> Anlässlich seines Aufenthalts in der Bundesrepublik am 29./30. Juli 1980 äußerte König Hussein im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 30. Juli 1980 den Wunsch, Schmidt möge Jordanien besuchen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 223.

<sup>32</sup> An dieser Stelle wurde handschriftlich vermerkt: „Hinweis: Vom BM noch nicht genehmigt!“

## 20

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt  
mit Staatspräsident Mitterrand in Paris**

105-4.A/82 VS-vertraulich

13. Januar 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand unter vier Augen am 13.1.1982 um 18.30 Uhr im Elysée-Palast<sup>2</sup>;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsident *Mitterrand* brachte eingangs seine Genugtuung über den Besuch des BK zum Ausdruck. Während der Polen-Krise habe sich nicht die Gelegenheit zu einem direkten Kontakt ergeben, und auch die Möglichkeit, telefonisch miteinander in Verbindung zu treten, sei durch sprachliche Hindernisse erschwert. Die jeweiligen Mitarbeiter hätten jedoch engen Kontakt unterhalten.

In der Zwischenzeit sei es in den beiden Ländern zu unterschiedlichen Reaktionen auf die Ereignisse in Polen gekommen. Offensichtlich handle es sich dabei um den Niederschlag einer unterschiedlichen „Sensibilität“ in den beiden Völkern in bezug auf Polen: Aus historischen und geographischen Gründen sei die Reaktion in Deutschland anders als in Frankreich. Was aber die französische Regierung betreffe, so habe sie „kein einziges Wort gesagt“, das die Bundesregierung (oder den Bundeskanzler: wörtlich „Sie“) „stören könnte“.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er habe dies notiert. In der Presse habe es „exaltierte“ Äußerungen gegeben, aber er glaube, daß die deutsche Haltung bei der französischen Regierung Verständnis gefunden habe. Seiner Ansicht nach müsse alles getan werden, damit die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Russen und den Amerikanern fortgeführt werden. Die Bundesrepublik sei in dieser Hinsicht besonders empfindlich, da sie fast ein Nachbarstaat Polens sei.

*Mitterrand* warf ein, dadurch erkläre sich eine wirklichkeitsnähere Haltung der Deutschen; die Franzosen seien ein „Volk von 55 Millionen Helden“, die sich alle sehr stark für Polen engagierten, besonders wenn sie kein Blut dafür vergießen müßten.

Der *Bundeskanzler* erläuterte weiter, die moralische Erschütterung über die Ereignisse in Polen sei in der Bundesrepublik sehr stark, um so mehr als man

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 15. Januar 1982 gefertigt und von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 19. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers die Vermerke über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand (Dolmetscheraufzeichnung) vom 13.1.1982, mit Botschafter Burns vom 14.1.1982“.

Hat Braunmühl am 20. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 24. Januar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 21.

sich in den letzten 20 Jahren sehr bewußt um eine Aussöhnung mit den beiden ehemaligen Kriegsgegnern und Nachbarn im Westen und im Osten bemüht habe. Im Fall Polens sei die Lage besonders schwierig, weil das Land unter einem kommunistischen Zwangsregime stehe. Trotzdem habe es in der Bundesrepublik – im Gegensatz zum Moskauer Vertrag<sup>3</sup> und zum Grundlagenvertrag<sup>4</sup> – gegen den Vertrag mit Warschau<sup>5</sup> kaum jemals Ablehnung gegeben. Es bestehe heute vielmehr ein tiefempfundenes Mitgefühl mit dem polnischen Volk, das sich gerade auch in der Weihnachtszeit durch die Entsendung von über zwei Millionen Paketen an völlig unbekannte Empfänger in Polen geäußert habe.

Man müsse die Dinge jedoch auch sehr realistisch betrachten. Die Erwachsenen in Deutschland – vielleicht weniger die jungen Leute – hätten begriffen, daß man mit Demonstrationen weder den 17 Millionen Deutschen in der DDR noch den Tschechen usw. habe helfen können. Dies gelte auch für die Polen. Die deutsche Haltung könne als realistisch, pragmatisch und wohl auch etwas resigniert bezeichnet werden. Besorgt sei man wegen der Einstellung einiger Kreise in den USA, die von Kreuzzugsgedanken getragen seien. Nicht nur in Frankreich gebe es – wie Mitterrand bemerkt habe – 55 Millionen Helden: In den USA seien es sogar 230 Millionen.

Auf die Frage *Mitterrands*, ob man ihn in den USA gebeten habe, sich den Sanktionen<sup>6</sup> anzuschließen, erwiderte der *Bundeskanzler*, die Amerikaner hätten offensichtlich geplant, seinen Aufenthalt in Washington<sup>7</sup> in diesem Sinne zu nutzen und ihn dafür verantwortlich zu machen, daß die Europäer ihnen bisher nicht gefolgt seien.

*Mitterrand* bemerkte hierzu lächelnd, der BK habe wohl „die Speere auf sich gezogen“, weil er eben als einziger Europäer zur „Schicksalsstunde“ (frz. *heure fatale*) in den USA gewesen sei.

Der *Bundeskanzler* führte sodann aus, er sei besonders dankbar für das Gespräch mit Mitterrand am Vorabend seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag<sup>8</sup>, mit deren Formulierung erst während des Rückflugs von Orly nach Bonn begonnen werden solle. Er lege außerordentlich großen Wert darauf, sich vor dem Deutschen Bundestag „Seite an Seite mit der französischen Politik“ zu zeigen, möchte aber Mitterrand nicht beanspruchen, wo dieser es nicht wolle oder nicht dürfe.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

<sup>6</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida, bevor er am 4. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in Washington eintraf. Am 6. Januar 1982 beendete er den Aufenthalt in den USA. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 14. Januar 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4404–4413.

Mitterrand antwortete, dies solle gemeinsam abgestimmt werden (frz. „on va cadrer ça“).

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer gewissen Parallelität nach Versöhnung und Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen gestrebt habe, den Ländern, denen Deutsche – abgesehen von den Juden und den Russen – den meisten Schaden zugefügt hätten.

Mitterrand erläuterte, er habe in diesem Zusammenhang eine besondere Befürchtung. Er habe nie geglaubt, daß die Polen „ihrem Schicksal entrinnen“ könnten. Für ihn habe es stets nur zwei und nicht – wie manche meinten – drei Hypothesen gegeben: Entweder würde die Ordnung in Polen durch die polnische Regierung oder durch die Sowjets wiederhergestellt. Die Hypothese, wonach es zu einem Sieg der „Solidarność“ und einer entsprechenden Revolution im Lande kommen könnte, habe er stets als fiktiv betrachtet, denn in letzterem Fall wäre die Bewegung von sowjetischen Truppen „hinweggefegt“ worden.

Als zweite Bemerkung möchte er im Zusammenhang mit einer etwaigen massiven sowjetischen Intervention in Polen folgendes zu bedenken geben: Die Russen schienen nicht zu wissen, wie weit sie zu gehen hätten, um ihre Positionen zu wahren. Vielleicht befürchteten sie zusätzliche, ernstere Spannungen. Verhärtete sich die Haltung der Russen, so würde sich die Haltung der Amerikaner ebenfalls verhärten. Aber: Je härter sich die Russen zeigten, mit desto größerer Härte würden die USA ihre „volle Autorität“ über den Westen ausüben, was bedeute, daß die beiden Großmächte allein über das Schicksal der Welt entscheiden würden.

Drittens führte Mitterrand aus, er selbst und eine große Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung seien durch die Ereignisse in Polen zutiefst erschüttert. An der Spitze dieser echten und nicht nur künstlich zur Schau gestellten Gemütsregung in der öffentlichen Meinung stünden die linken Bewegungen, die linken Gewerkschaften, jedoch auch die überwiegende Mehrheit der Konservativen, Intellektuelle usw. Die einzigen, die gegen diese Emotionen angingen – aus Gründen, die er nicht teile, sondern die er vielmehr kritisiere –, seien die Kommunisten.

Was die französische Haltung zu Polen betreffe, sei er – Mitterrand – dafür, die humanitäre und Lebensmittelhilfe fortzuführen, jedoch nie über die Grenzen, welche die Vorsicht gegenüber der Sowjetunion einzuhalten gebiete, hinauszugehen. Es sei nicht immer leicht, dies den Wählern zu erklären.

Was die Haltung des Bundeskanzlers betreffe, so habe er sie voll und ganz verstanden. Angesichts der Tatsache, daß unterschiedliche Reaktionen in den jeweiligen öffentlichen Meinungen zu verzeichnen seien, müsse man „mit großer Präzision eine gemeinsame Sprachregelung finden“. Keinesfalls dürfe es zu einer Auslegung kommen, wonach, „was gut für Frankreich“ sei, „schlecht für Deutschland“ sein müsse und umgekehrt. Während des Abendessens könne man sich gemeinsam mit den anwesenden Mitarbeitern einigen über das, was zu sagen sei. Wichtig sei das Einvernehmen in der Sache, da ja nicht beabsichtigt sei, ein gemeinsames Kommunique zu formulieren.

Der *Bundeskanzler* dankte Mitterrand für dessen Ausführungen ebenso wie für

das Gespräch, das er vor einigen Tagen mit Botschafter Herbst geführt habe.<sup>9</sup> Den Bericht über dieses Gespräch habe er mit großer innerer Zustimmung gelesen.

Zur Lage der Bundesrepublik möchte er folgende Bemerkungen machen:

1) Aufgrund der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und seiner Entstehung habe sich die Bundesregierung bemüht, sich gegenüber jeder polnischen Führung – unter Gomułka und Gierek ebenso wie unter Jaruzelski – einer besonders vorsichtigen Sprache zu bedienen. In seiner Regierungserklärung vom 18.12.81<sup>10</sup> habe er (BK) aber deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er auf der Seite der Arbeiter stehe, auf die geschossen werde.

2) Er sei sehr pessimistisch in bezug auf die weitere Entwicklung in Polen. Die wirtschaftliche Lage sei so verfahren, daß es selbst einer erstklassigen Regierung kaum gelingen könnte, damit fertig zu werden, geschweige denn einer kommunistischen Militärregierung. Seiner Auffassung nach sollte man jedoch die Rückkehr Polens zu einem Reformkurs vom Westen aus nicht verbauen. Jaruzelski habe selbst versprochen, daß er den Kriegszustand aufheben und den Dialog mit der Kirche und den Gewerkschaftlern wiederaufnehmen werde. Man sollte ihn beim Wort nehmen und ihn zwingen, diese Versprechen einzulösen und auch die Inhaftierten<sup>11</sup> wieder freizugeben, wozu man durch die Schlußakte von Helsinki<sup>12</sup> legitimiert sei. Diese Forderungen seien am 18.12.81 vom Bundestag in einer fast einstimmig verabschiedeten Entschließung<sup>13</sup> enthalten und später auch im NATO-Kommuniqué<sup>14</sup> wiederholt worden.

Präsident *Mitterrand* betonte, in bezug auf die bisher besprochenen Punkte sei man sich wohl einig:

1) Hinsichtlich der Tatsache, daß die polnische Regierung beim Wort genommen und aufgefordert werden sollte – gemäß den mündlichen und schriftlichen Versprechungen Jaruzelskis –, den Kriegszustand aufzuheben, die „nationale Entente“ wiederherzustellen, die Inhaftierten freizulassen und auf alle gegen die Arbeiter gerichteten Unterdrückungsmaßnahmen zu verzichten. Es sollte deutlich zum Ausdruck kommen, daß der Staatsstreich nicht gebilligt werde.

2) Angesichts der dramatischen Versorgungslage des polnischen Volkes sei Frankreich bereit, die Lebensmittelhilfe fortzuführen. Die Regierung habe einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Sie verweigere auch nicht, weitere Maß-

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Botschafters Herbst, Paris, mit Staatspräsident Mitterrand am 11. Januar 1982 vgl. Dok. 16.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

<sup>11</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

nahmen zur Linderung der Leiden des polnischen Volkes zu prüfen, ohne daß damit bereits mit einer positiven Entscheidung zugunsten derartiger Maßnahmen gerechnet werden könne.

Was die weiteren gemeinsamen, bei einer Sprachregelung zu berücksichtigenden Punkte betreffe, sei eine „gewisse Vorsicht und Zurückhaltung“ geboten, besonders im Zusammenhang mit der Ost-West-Konfrontation.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit dem bisher Gesagten sehr einverstanden. Er brachte dann das Gespräch auf die Erklärungen Mitterrands<sup>15</sup> und Mauroys<sup>16</sup> zu Jalta<sup>17</sup> und betonte, daß er selbst (BK) „genau das gleiche gesagt habe“, seine Äußerungen aber von der amerikanischen Presse leider stark verzerrt wiedergegeben worden seien.<sup>18</sup> Die Deutschen seien noch mehr als andere an einem friedlichen Wandel im östlichen Teil der Welt interessiert, weil ja ein Teil der Deutschen dort lebe. Man habe sich zwar damit abgefunden, daß die deutsche Wiedervereinigung in diesem Jahrhundert nicht möglich sei, auch habe man sich längst mit der Abtretung eines Teils des deutschen Territoriums an Polen abgefunden und hege keinerlei Revanchismus. Etwa noch vorhandene revanchistische Empfindungen gegenüber Polen seien seit mindestens 15 Jahren völlig abgeklungen. Man sei in der Bundesrepublik für einen schrittweisen Wandel in Polen. Der bisherige Verlauf habe sich als erfolgreich erwiesen. Leider habe „Solidarność“ den Wandlungsprozeß zu schnell voranbringen wollen, was zu dem jüngsten Rückschlag geführt habe. Die Politik des Dialogs mit dem Osten sollte aber fortgesetzt werden, im Sinne der Mäßigung und nicht mit dem Ziel, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und möglicherweise auch die wirtschaftliche Kooperation „über Bord zu werfen“.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, man sage oft, die Politik sei die „Kunst des Möglichen“ – im übrigen eine *Maxime*, an die er nicht glaube, denn dies wäre gleichbedeutend mit politischem Opportunismus –; er halte die Politik aber für die „Kunst der Zeit“ (frz. „l'art du temps“), d. h. man müsse die Zeit wirken lassen.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Staatspräsident Mitterrand in einer Rede zum Jahreswechsel am 31. Dezember 1981 über die Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1981, VI, S. 84.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Ministerpräsident Mauroy am 23. Dezember 1981 vor der französischen Nationalversammlung zur Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1981, VI, S. 81.

<sup>17</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

<sup>18</sup> In einem Interview, das Bundeskanzler Schmidt der Tageszeitung „The New York Times“ am 1./2. Januar 1982 gab, führte er aus: „Historically, some almost 40 years ago the powers decided in a meeting in Yalta to practically divide Europe into spheres of influence. I think that many in the meantime have come to deplore this, but obviously the West so far has respected, over the last 40 years, that the countries east of the River Elbe, east of the dividing line which goes right through the middle of Germany, are not under the West's rule. [...] So the possibilities to influencing development in Eastern Europe are limited and that is true of the present situation of Poland.“ Vgl. den Artikel „Excerpts From Schmidt Interview on Key Issues“; THE NEW YORK TIMES vom 3. Januar 1982, S. 14.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß er in den USA um Verständnis dafür geworben habe, daß die polnische Krise nicht durch unüberlegtes Handeln des Westens zur „Krise des Westens“ werden dürfe. In den USA habe er oft von einer „Krise des NATO-Paktes“ sprechen hören. Dies habe er immer deutlich abgestritten. Er habe jedoch beklagt, daß die Europäer von den USA nicht genügend konsultiert würden. Mit tiefer Bestürzung habe er während seines Urlaubs in Florida festgestellt, daß selbst die dortigen Provinzzeitungen in den Chor derer einstimmten, die Zweifel an der deutschen Position innerhalb des westlichen Bündnisses zum Ausdruck gebracht hatten. Er habe diese Zweifel gegenüber der US-Regierung eindeutig widerlegt.

*Mitterrand* fragte den Bundeskanzler daraufhin nach seinem Urteil über die amerikanische Politik. Was die Sanktionen betreffe, so könne er (*Mitterrand*) sich nicht vorstellen, daß Reagan ernsthaft an deren Wirksamkeit glaube. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß Reagan ernsthaft gedacht haben könnte, Deutschland und Frankreich würden sich ohne weiteres wirtschaftlichen Sanktionen anschließen. Er (*Mitterrand*) halte Reagans Ankündigung von Sanktionen eher für eine „Attitüde“, die er gegenüber der öffentlichen Meinung Amerikas einnehme, um seine Position innerpolitisch zu stärken und auch um als Leader der westlichen Politik zu erscheinen. Er (*Mitterrand*) glaube nicht, daß die USA und Rußland wegen Polen einen Krieg führen würden. Alles andere sei ein „Spektakel“. Die USA wüßten aber, daß die Rüstungskontrollverhandlungen („gemäß dem NATO-Doppelbeschluß“, wie der BK einwarf) ein Hauptanliegen der Russen seien. Daher wollten sie möglicherweise durch die Drohung mit Sanktionen für die Russen „ein Klima der Unsicherheit schaffen“. Er (*Mitterrand*) wiederhole, daß s.E. die Amerikaner nie an die Wirksamkeit wirtschaftlicher Sanktionen geglaubt hätten, deren Preis im übrigen Europäer zahlen müßten.

Der *Bundeskanzler* bestätigte letzteren Eindruck und hob hervor, daß die Amerikaner gerade dort, wo die Russen zu treffen wären, d. h. auf dem Gebiet der Getreidelieferungen, nicht an Sanktionen dächten.

*Mitterrand* bemerkte dazu, das Ganze scheine „eine seltsame Schachpartie“ zu sein, die von den Amerikanern gegen die Russen gespielt werde. Aber auch wenn Europa sich zu Sanktionen bereit erklären würde, ließen sich die USA nicht daran hindern, mit den Russen zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die Tatsache, daß sich auf deutschem Gebiet Truppen aus sieben verschiedenen Nationen befänden, daß heute 5000 Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert seien, so daß der Gedanke, noch 570 zusätzliche Cruise Missiles und Pershings aufnehmen zu müssen und das Ziel russischer Raketen zu sein, nicht verlockend sei. Trotzdem habe er sich bereit erklärt, die Dislokation zusätzlicher Raketen in der Bundesrepublik durchzusetzen, unter der Voraussetzung, daß auch die andere Hälfte des Doppelbeschlusses durchgeführt werde, d. h., daß Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion stattfinden. Er (BK) habe Reagan von einer Unterbrechung der Genfer Verhandlungen<sup>19</sup> abgeraten und ihn davor gewarnt, sich dadurch selbst unter Zwang zu setzen. Zur Zeit habe dieses Ar-

<sup>19</sup> Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 17, Anm. 14.

gument bei Reagan ausgereicht, aber es gebe politische Kreise in Washington, die für eine Unterbrechung der RK-Verhandlungen<sup>20</sup> und gegen ein Treffen zwischen Reagan und Breschnew seien. Er selbst (BK) habe dem amerikanischen Präsidenten jedoch empfohlen, mit Breschnew zusammenzukommen, weil dieser sicherlich beeindruckt sein werde von der unkomplizierten, kraftvollen Art Reagans. Nicht ausgesprochen habe er (BK) seine Vermutung, daß ein unmittelbares Kennenlernen Breschnews es Reagan erlauben würde, sich einen wirklichkeitsnäheren Eindruck von Breschnew zu machen, als ihn Berichte der eigenen Ideologen zu vermitteln vermöchten.

*Mitterrand* sprach die Überzeugung aus, daß man „auf dieser Grundlage“ beim Erarbeiten einer gemeinsamen Position gut vorankomme. Angesichts der „unterschiedlichen Sensibilität“ der jeweiligen öffentlichen Meinungen müsse man aus Vorsichtsgründen beim Formulieren „wissenschaftlich“ genau vorgehen.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, man müßte auch sagen, daß sich im Falle einer militärischen Intervention der Sowjetunion in Polen die Welt grundlegend verändern würde.

*Mitterrand* wies in diesem Zusammenhang auf die Rede Mauroys vor der französischen Nationalversammlung vom 23.12.81 hin: In den vorbereiteten Text des Premierministers habe er selbst (*Mitterrand*) handschriftlich eine Präzisierung eingefügt. Man müsse sehr fein unterscheiden zwischen der russischen Unterstützung Jaruzelskis und einer direkten massiven Intervention der UdSSR in Polen. Es müsse sehr darauf geachtet werden, daß die Dinge nicht so dargestellt würden, als ob die Russen bisher überhaupt nicht auf Polen eingewirkt hätten.

Nachdem er nochmals auf die gebotene Vorsicht und die Notwendigkeit, einen „genauen Text“ zu erarbeiten, hingewiesen hatte, faßte Präsident *Mitterrand* die bisher vereinbarte „allgemeine Linie“ der Sprachregelung zusammen: Forderungen an Jaruzelski; Bereitschaft, die Lebensmittelhilfe fortzusetzen. Sehr feine Herausarbeitung der Unterscheidung zwischen bisherigem sowjetischen Einwirken und einer direkten militärischen Intervention.

*Mitterrand* fragte den BK sodann, ob dieser noch weitere Punkte behandeln möchte, vielleicht den einen oder anderen Aspekt der Brüsseler Erklärung.

Der *Bundeskanzler* brachte das Gespräch auf die im Kreis des NATO-Ministerates aufgeworfene Frage, ob eine Kontrolle darüber gefordert werden sollte, daß die westlichen staatlichen Hilfeleistungen auch tatsächlich die vorgesehenen Empfänger erreichten.

*Mitterrand* führte dazu aus, innerhalb der französischen Regierung sei diese Frage ebenfalls gestellt worden. Er sei gegen das Knüpfen irgendwelcher Kontrollbedingungen an die staatliche Hilfe. Zunächst einmal, weil es nur logisch sei, daß staatliche Hilfe über staatliche Stellen im Empfängerland laufe und weil in diesem Fall z. B. eine Verteilung durch die Kirche – ein Weg, der von einigen französischen Ministern vorgeschlagen worden sei – ihm absurd erscheine.

Der *Bundeskanzler* schloß sich dieser Meinung an.

<sup>20</sup> Rüstungskontroll-Verhandlungen.

*Mitterrand* betonte abschließend die Notwendigkeit der Einheit des Westens, der Atlantischen Allianz. Wie der BK sei er der Auffassung, daß am Beginn dieser Einheit die Konsultation der Verbündeten durch die USA stehen müsse. Die USA dürften die das Bündnis betreffenden Entscheidungen nicht allein treffen. Sie könnten nicht erwarten, daß die Verbündeten ihnen folgten, ohne vorher konsultiert worden zu sein. Dies alles sollte man in den mündlichen Erörterungen sagen.

Bevor beschlossen wurde, zu Tisch zu gehen, verwies der *Bundeskanzler* auf die beiden folgenden Punkte:

1) Er habe Reagan davor gewarnt, das Klima gegenüber Peking wegen Taiwan<sup>21</sup> sich verschlechtern zu lassen. Bei seinem jüngsten Treffen mit Honecker habe dieser sich sehr erfreut gezeigt über die Verschlechterung der Atmosphäre zwischen Peking und den USA.<sup>22</sup> Honecker habe sich geradezu damit gebrüstet, daß die Beziehungen zwischen Moskau und Peking wiederhergestellt würden. Dies sei eine große Gefahr.

*Mitterrand* bekundete sein Verständnis für diesen Standpunkt, berichtete aber über einen Besuch des chinesischen Botschafters<sup>23</sup> bei ihm in der vergangenen Woche, wo dieser Frankreich zu einer „harten Haltung“ gegenüber der Sowjetunion ermutigt habe. Im übrigen habe er eine offizielle Einladung zu einem Besuch in China erhalten.<sup>24</sup> Im März werde das Präsidium der Nationalversammlung dorthin reisen.

Der *Bundeskanzler* verwies außerdem auf eine geplante Einladung Nahum Goldmanns an ihn am 25.2.1982, dem Abend des zweiten Tages der deutsch-französischen Konsultationen<sup>25</sup>, zu dem Goldmann außer Mendès France auch Michel Rocard einladen wollte. Er (BK) wisse nicht, ob dies *Mitterrand* angenehm wäre, und bitte ihn daher um seinen Rat.

*Mitterrand* erhob keine Einwände dagegen.

Auf die Frage, ob er anlässlich seines geplanten Besuchs in Hamburg<sup>26</sup> bereit wäre, vor dem dortigen Übersee-Club eine Rede zu halten, oder ob er es vorzöge, z. B. einen Ausflug nach Lübeck mit einer Dombesichtigung zu machen, erklärte *Mitterrand*, er sei gerne bereit, vor dem Übersee-Club in Hamburg zu sprechen.<sup>27</sup>

Es wurde beschlossen, während des anschließenden Abendessens etwas zur Vorbereitung des kommenden Europäischen Rats<sup>28</sup> und über die Weltwirt-

<sup>21</sup> Zu den Beziehungen der USA zur Republik China (Taiwan) und zur Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 7.

<sup>22</sup> Für die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, bei einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Dezember 1981 am Döllnsee vgl. Dok. 2, Anm. 10.

<sup>23</sup> Yao Guang.

<sup>24</sup> Staatspräsident *Mitterrand* hielt sich vom 3. bis 8. Mai 1983 in der Volksrepublik China auf.

<sup>25</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 24./25. Februar 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 63–65.

<sup>26</sup> Staatspräsident *Mitterrand* hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Vgl. dazu Dok. 150.

<sup>27</sup> Staatspräsident *Mitterrand* hielt am 14. Mai 1982 im Übersee-Club in Hamburg eine Rede. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1982, II, S. 47–56.

<sup>28</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

schaftslage zu sagen, auch um bei der Presse nicht den Eindruck zu erwecken, als ob das Treffen nur der Annäherung des deutschen und des französischen Standpunktes in der Polenfrage gedient habe.

Zur politischen Lage in Deutschland befragt, verwies der *Bundeskanzler* darauf, daß er aufgrund einer jüngsten Meinungsumfrage eine „enorme Mehrheit“ für seine Außenpolitik besitze. Seine Partei stehe allerdings nicht so gut da. Eine starke Mehrheit habe sich für die Fortsetzung des festen Bündnisses mit den USA ausgesprochen, wolle sich jedoch von diesen ihre Politik nicht vorschreiben lassen. Eine pro-kommunistische Haltung werde nur sehr selten vertreten.

*Mitterrand* berichtete, die französischen Meinungsumfragen zeigten die gleichen Ergebnisse wie im Juli 1981. Die Inflationsrate sei die gleiche wie zur Zeit Barres. Die sozialen Verordnungen<sup>29</sup> hätten eine gute Aufnahme gefunden, auch wenn man sich im Volk bewußt sei, daß sie noch keine Abnahme der Arbeitslosenzahlen bewirken könnten, sondern nur eine Reduzierung der Steigerungsrate.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß er in den USA auf die negativen Wirkungen der amerikanischen Hochzinspolitik hingewiesen habe. Dadurch würden auch die Europäer gezwungen, zu hohe Zinsen zu verlangen, was neue Investitionen erschwere.

Das Vier-Augen-Gespräch endete ca. um 19.45 Uhr.

**VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>29</sup> Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 13. Januar 1982, der französische Ministerrat habe am selben Tag „folgende Angelegenheiten behandelt: 1) Verabschiedung einer Verordnung, mit der u. a. die gesetzliche Arbeitszeit auf 39 Stunden pro Woche (bei Aufrechterhaltung der Kaufkraft der nach den gesetzlichen Mindestlöhnen bezahlten Arbeitnehmer) herabgesetzt, die fünfte bezahlte Urlaubswoche eingeführt und die Zahl der Überstunden begrenzt wird. 2) Billigung der Verordnung über die Solidaritätsverträge zwischen Staat und Betrieben, die zum Ausgleich von Arbeitszeitverkürzungen zwischen dem 15. September 1981 und 1. September 1983 zusätzliches Personal einstellen. Die Verordnung sieht staatliche Hilfen in Form einer zeitlich begrenzten teilweisen oder völligen Befreiung des Arbeitsgebers von den Sozialversicherungsbeiträgen und eines Lohnausgleichs für Arbeitnehmer über 55 Jahre vor, die sich für Halbtagsbeschäftigung entscheiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 202, Bd. 140611.

## 21

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

VS-vertraulich

13. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand beim Arbeitsessen im Elysée am 13. Januar 1982 von 20.15 bis 22.00 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer: PM Mauroy, AM Cheysson, GS Bérégovoy; Chef BK<sup>3</sup>, StS von Staden, AL 2<sup>4</sup>.

*Mitterrand* berichtet aus dem vorangegangenen Vier-Augen-Gespräch mit dem Bundeskanzler. Man werde die Öffentlichkeit informieren, daß man über die Krise in und um Polen, über Europafragen (aber nicht über das Mandat), über die Lage der Weltwirtschaft, die Zinspolitik und andere Fragen gesprochen habe. Man wolle auch deswegen nicht nur Polen als Gesprächsthema aufführen, weil sonst der Eindruck entstehen könne, man habe eine Meinungsverschiedenheit auszuräumen, die es gar nicht gibt.

Er berichtet, daß nach Berichten französischer Piloten der Wagen von Mark Thatcher sowie Lebenszeichen von zwei Überlebenden gefunden worden seien.<sup>5</sup>

*Bundeskanzler* möchte öffentlich unterstreichen, daß es sich um einen üblichen Meinungsaustausch im Rahmen der engen deutsch-französischen Kooperation handele. Es geht nicht darum, Streitigkeiten auszugleichen. Es wäre ungewöhnlich gewesen, wenn Präsident und Kanzler in einer so schwierigen Weltlage nicht zusammengetroffen wären.

*Mitterrand*: Zu Polen streben wir kein schriftliches Kommuniqué an, aber eine inhaltlich abgestimmte Linie, die der Bundeskanzler und der Präsident vor der

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. Januar 1982 gefertigt und am 15. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers den vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit Präsident Mitterrand in Paris am 13. Januar 1982“.

Hat Braunmühl am 15. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 20.

<sup>3</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>4</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>5</sup> In der Presse wurde berichtet: „Mark Thatcher, Sohn der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, ist auf der Rallye Paris–Dakar in der Sahara [...] verschollen. Am Freitag erreichte er das Etappenziel nicht. [...] Das algerische Außenministerium soll der britischen Botschaft ‚alle geeigneten Maßnahmen‘ zugesichert haben, um Mark und seine Begleiter zu finden. Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu teilte mit, daß drei Militärflugzeuge seines Landes nach den beiden suchen.“ Vgl. den Artikel „Mark Thatcher bei Rallye in der Sahara vermißt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Januar 1982, S. 16.

Am 15. Januar 1982 wurde berichtet, Thatcher sei aufgefunden worden. Vgl. dazu den Artikel „Mark Thatcher in der Wüste wohlbehalten entdeckt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, S. 17.

Öffentlichkeit vertreten können. Der Bundeskanzler könne davon auch Gebrauch machen in seiner Erklärung vor dem Bundestag.<sup>6</sup>

- 1) Es besteht Einigkeit, daß Deutsche und Franzosen weiterhin drängen auf
- die Wiedereinführung der Bürgerrechte in Polen,
  - Aufhebung des Kriegszustands,
  - Freilassung der Inhaftierten<sup>7</sup>,
  - Rechte der Arbeiter.

Es geht insgesamt um die Rückkehr zu einer normalen Lage in Polen sowie um die Menschenrechte und die Rechte der Arbeiter. Jaruzelski hat selbst die Rückkehr zu einer solchen normalen Lage zugesagt.

2) In der dramatischen Krise Polens wollen wir dem polnischen Volk durch Nahrungsmittelhilfe und humanitäre Hilfe helfen. Polen braucht diese Hilfe.

3) Wie Mauroy vor den Abgeordneten am 23.12.1981 dargelegt hat, muß man zwischen der gegenwärtigen Lage und einer vollen sowjetischen Militärintervention unterscheiden.<sup>8</sup> Es geht um eine subtile Unterscheidung, die einerseits nicht den Eindruck erwecken darf, als ob heute keine Intervention stattfindet, aber andererseits deutlich macht, daß eine direkte militärische Intervention einen sehr schwerwiegenden und neuen Tatbestand schaffe.

PM *Mauroy* zitiert aus seiner Rede den folgenden Abschnitt: „Aufgrund der geopolitischen Lage, in der sich Polen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges befindet, weiß jeder, daß die Sowjetunion an allem beteiligt ist, was Osteuropa betrifft. Das ist die Folge des Kräfteverhältnisses, das in den Abkommen von Jalta<sup>9</sup> eingesehnet wurde. Die französische Diplomatie wird diese Lage nicht beenden können, was auch immer ihr Bestreben sei, Europa von der einfachen und brutalen Politik der Blöcke zu befreien.“

Ihrerseits ist die Sowjetunion keinesfalls bereit, ihre Haltung gegenüber den Ländern abzumildern, die sie als zu ihrer Einflußzone gehörig betrachtet.

Angesichts dieser Lage ist es die Verantwortlichkeit der französischen Regierung, so genau wie möglich darzulegen, wie sie die Probleme sieht. Das polnische Volk ist heute Opfer der Zwangsmaßnahmen seiner eigenen Armee. Wir verurteilen diese Situation und werden nicht aufhören, darauf hinzuwirken, daß ihr ein Ende bereitet wird. Selbst wenn die Einmischung der Sowjetunion eine Tatsache ist, so besteht aber doch ein deutlicher Unterschied zwischen der derzeitigen nationalen Unterdrückung und einem massiven direkteren Eingreifen von außen. Diesen Unterschied muß die französische Regierung berücksichtigen.“

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 14. Januar 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4404–4413.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Ministerpräsident Mauroy zu Polen am 23. Dezember 1981 vor der französischen Nationalversammlung vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981, VI, S. 80–83.

<sup>9</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

*Mitterrand* betont, daß dieses Zitat beweist, daß die Analysen der deutschen und der französischen Regierung sich in der Sache nicht unterscheiden. Deutsche und Franzosen sprechen hier auf der gleichen Wellenlänge.

*Bundeskanzler* schätzt die Bemerkung *Mitterrands* sehr. Er betont, daß Ziffer 5 der Entschließung des Bundestags vom 18.12.1981<sup>10</sup> ebenfalls auf den massiven Druck von außen gegen den polnischen Reformkurs und gegen die polnische Unabhängigkeit hinweist. Auf *Mitterrands* Einwurf, daß die beiden Erklärungen vom 18. und vom 23.12.1981 die Grundlage dafür sind, daß wir von übereinstimmenden Positionen sprechen können, stellt er fest, er könne jetzt sagen, daß *Mitterrand* und *Mauroy* ihre Erklärung vom 23.12.1981 heute noch für gültig halten.

*Mitterrand* meint, daß sich die amerikanische Regierung bei der NATO-Ministertagung in Brüssel<sup>11</sup> in der Sanktionsfrage im Grunde eine qualifizierte Ablehnung eingehandelt habe.

*Cheysson* präzisiert, daß man sich in Brüssel darauf geeinigt habe, die Sanktionen der Mitgliedstaaten nicht zu unterlaufen, die Abstimmung im Rat über weitere Maßnahmen einzuleiten, und daß jeder im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten und Lage die Maßnahmen ergreifen solle.

*Mitterrand* meint, daß die Brüsseler Sitzung jedenfalls kein voller Erfolg für Reagan gewesen sei. Man müsse außerdem die Genfer Abrüstungsverhandlungen fortsetzen<sup>12</sup> und die Nachfolgekonzferenz in Madrid<sup>13</sup>.

*Mauroy* zitiert einen weiteren Abschnitt aus seiner Rede. Danach muß der Westen die diplomatische Waffe nutzen, die ihm mit der Schlußakte von Helsinki<sup>14</sup> in die Hand gegeben wurde. Bei der nächsten Sitzung in Madrid müssen die Demokratien laut und deutlich fordern, daß man zu einem Verhalten zurückkehrt, das den Absichten von Helsinki entspricht. Frankreich jedenfalls kehrt nicht nach Madrid zurück, nur um so zu tun, als sei nichts geschehen. Es wird auch nicht die Komödie mitmachen, die darin besteht, Länder, die die elementarsten Rechte verletzen, als Demokratien zu bezeichnen.

*Mitterrand*: Das bedeutet, daß man die Verhandlungen in Madrid nicht verletz<sup>15</sup>, sondern sie als Tribüne für die Forderungen nach Verwirklichung der Schlußakte nutzt.

*Bundeskanzler* berichtet, daß inzwischen auch Präsident Reagan einem Sonder-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

<sup>11</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>12</sup> Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 17, Anm. 14.

<sup>13</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>15</sup> Zu diesem Wort vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Verläßt?“

treffen der Außenminister in Madrid<sup>16</sup> zugestimmt habe. Auf Einwurf Cheysson, der es weiterhin für wünschenswert hält, eine Einigung über die Einberufung einer KAE<sup>17</sup> zu suchen, fürchtet er, daß die USA dabei gegenwärtig nicht mitmachen. Das ist aber kein Grund für uns, das nicht vorzubringen.

*Mauroy* zeigt sich von dem Argument Cheysson, daß wir uns auch wegen des großen Interesses der Neutralen an einer KAE für eine baldige Einigung über das Mandat aussprechen sollten, nicht überzeugt. Eine KAE sollte stattfinden, aber nicht zu bald. Er zeigt sich in der Sache einverstanden, meint aber, daß wir jetzt mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung auch in Frankreich nicht in Gegensatz zu den USA in dieser Frage kommen sollten.

*Bundeskanzler* stellt fest, daß es ihm schwerfällt, wirkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Franzosen und Deutschen zu finden. Er bittet *Mitterrand*, sie ihm zu nennen, wenn sie existieren.

*Mitterrand* betont, daß die Unterschiede in den unterschiedlichen psychologischen und politischen Strukturen in Deutschland und Frankreich liegen. In Frankreich wird die Regierung von der Strömung in der öffentlichen Meinung in Richtung harter Aussagen gedrängt. In Deutschland geht der Druck der öffentlichen Meinung im Lichte der Kundgebungen der letzten Monate eher in Richtung geschmeidiger Stellungnahmen. Die französische Regierung muß in vernünftiger Weise auch durch eine etwas härtere Sprache die großen öffentlichen Emotionen in Rechnung stellen. In Deutschland geht der Druck wegen der Sorge um Rüstungskontrolle, die Ostpolitik und auch das Gespräch mit Breschnew eher in die andere Richtung.

Der Unterschied zwischen deutschen und französischen Stellungnahmen liegt daher eher im Ton als in der Substanz der Politik. Die französische Diplomatie habe daher auch einen etwas anderen Stil in dieser Frage als die deutsche.

*Bundeskanzler* stimmt voll zu und findet die Erläuterung *Mitterrands* sehr einleuchtend. Das wirkliche Problem liegt darin, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und in Frankreich nicht auseinandertreibt. Das ist von großer Wichtigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sind als nicht-nukleare Macht mit einer schlimmen Geschichte behaftet, geteilt, auf ein enges Einvernehmen mit unseren westlichen Nachbarn angewiesen und insbesondere mit Frankreich. Wenn es richtig ist, daß die Unterschiede mehr eine Frage der Präsentation in der Öffentlichkeit sind als eine Frage der politischen Substanz, so sollte es möglich sein, sich gegenseitig zu helfen, daß die öffentlichen Meinungen in beiden Ländern wieder aufeinander zugehen und daß man gegenseitig Rücksicht nimmt. Inzwischen erstreckt sich der Meinungsunterschied von Polen ausgehend bereits auf die Haltung zu den USA. Er selbst hat den Einfluß der Friedenskundgebungen auf das Deutschlandbild im Ausland immer mit Sorge gesehen. Die französische Regierung könnte uns dabei helfen, daß sich die öffentlichen Meinungen einander wieder annähern.

*Mitterrand* meint, daß die französische Position gegenüber den USA heute einfacher ist als die deutsche. Deutschland hat es dagegen einfacher mit den Rus-

<sup>16</sup> Zur Frage einer KSZE-Sondersitzung auf Ministerebene zu Polen vgl. Dok. 7, Anm. 7.

<sup>17</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

sen. (Bundeskanzler: Das ist mir genauso unangenehm!) Gestern beim Essen hat ihm der sowjetische Botschafter<sup>18</sup> gesagt, daß sich auch Frankreich so vernünftig benehmen sollte wie Deutschland. Man kann aber eben nicht allen gefallen.

Das Wesentliche aber ist, daß sich Deutschland und Frankreich untereinander und auch nach außen in folgendem einig sind: Deutschland und Frankreich sind zwei befreundete Mächte, deren Allianz für Westeuropa eine große politische Kraft darstellt. Wir erfinden die Übereinstimmung zwischen beiden nicht, sie ist bei allen gelegentlichen Meinungsunterschieden eine feste Realität.

Man sollte auch öffentlich herausstellen, daß, wenn sich Bundeskanzler und Präsident während der letzten Wochen aus Termingründen nicht getroffen haben, doch ihre Minister und die hohen Beamten ständig miteinander in Kontakt waren.

*Mauroy* fügt dem Hinweis des Bundeskanzlers auf die häufigen Treffen der Außenminister den Besuch von Rocard in Bonn<sup>19</sup> hinzu. Er hat wegen des harten Wetters auf der Rückreise sogar eine Nacht im Zug verbringen müssen. (Mitterrand: Das war nicht mein Fehler!)

*Mitterrand* setzt sich für baldige Fortschritte bei der Mandatsdiskussion in der Europäischen Gemeinschaft<sup>20</sup> ein. Der Europäische Rat kann sich nicht noch einmal ohne Ergebnis mit dieser Frage befassen.<sup>21</sup> Wenn es beim morgigen Ministerrat<sup>22</sup> keine Fortschritte gibt, dann sollte die Diskussion wohl erst im Herbst wiederaufgenommen werden.

Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß er sich nicht für die erwogene Mission Tindemans' nach Warschau und Moskau einsetzen kann.<sup>23</sup> Die EG, die

18 Stepan Wassiljewitsch Tschersonenko.

19 Der französische Minister für Planung und Raumordnung, Rocard, hielt sich am 11./12. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf.

20 In der Pressemitteilung über die EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel hieß es zu dem bis Ende Juni 1981 auszuführenden Mandat der EG-Kommission: „Die Prüfung sollte die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken betreffen, ohne die gemeinsame finanzielle Verantwortung für diese aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanzierten Politiken oder die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik in Frage zu stellen. Unter Berücksichtigung der Lage und der Interessen aller Mitgliedstaaten wird diese Prüfung darauf abzielen zu verhüten, daß für irgendeinen von ihnen erneut unannehmbare Situationen eintreten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 378.

21 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. November 1981 in London statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

22 Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 16. Januar 1982 über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 14./15. Januar 1982 in Brüssel, es sei „nach zum Teil zähflüssigen und schwierigen Verhandlungen mit deutlichen Fortschritten in der Sache“ zu Ende gegangen. Zur Haushaltsfrage teilte Poensgen mit: „Zu dieser Frage wurden die größten Fortschritte erzielt. Es bestehen noch zwei Vorbehalte. Während neun Del[egationen] Ausgleichsmaßnahmen für GB nur für vier Jahre beschlossen sehen wollen, verlangt GB eine längere Frist (ggf. fünf Jahre). Ferner ist GB nicht einverstanden mit einer Degressivität für seinen Ausgleich“. Des weiteren berichtete Poensgen: „Zu den Agrarfragen: GB und DK haben den Text über Milcherzeugnisse ganz in Klammern gesetzt. [...] Die Briten haben erhebliche materielle Probleme geltend gemacht. Der Text über die Mittelmeererzeugnisse enthält keine Vorbehalte mehr. Hingegen bestehen zum Text über die Haushaltsaspekte der GAP noch Reserven von I, GR, IRL und DK“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 141; Referat 412, Bd. 122414.

23 Zur Frage einer Reise des belgischen Außenministers Tindemans nach Moskau und Warschau vgl. Dok. 7.

jetzt so wenig Einheit im Innern zeigt, sollte sich auch nach außen nicht allzu stark machen. Er ist nicht bereit, Tindemans sozusagen als den Botschafter Frankreichs nach Moskau zu entsenden. Die EG sollte sich in den anstehenden Wirtschaftsfragen einigen und danach überlegen, ob sie Fortschritte bei der politischen Zusammenarbeit machen kann.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er bereits Weihnachten Breschnew in einem Brief auf seine Mitverantwortung für die Lage in Polen hingewiesen hat.<sup>24</sup>

*Mitterrand*: Die Gemeinschaft sollte bei der morgigen Ministertagung die in London begonnene Debatte<sup>25</sup> beenden. In London haben die Experten die Grundlage für Kompromisse nachts wieder aufgelöst, die die Regierungschefs bereits gefunden hatten.

*Bundeskanzler* meint, daß Beamte, die alle Details im Kopf haben, eben schwieriger Kompromisse finden können als Politiker. Er berichtet, daß heute im Kabinett über die anstehenden Europafragen keine rechte Debatte zustande kam.

*Cheysson* meint, daß alle ausstehenden Fragen gelöst werden können, wenn es zu einer deutsch-französischen Übereinstimmung in der Frage des deutschen Nettobeitrags<sup>26</sup> kommt. Ihm schwebt eine Lösung vor, bei der gemeinsame Politiken so gestaltet werden sollen, daß sie finanziell den großen Nettozahlern zugute kommen. Das würde praktisch bedeuten, daß die Nettzahlung mit steigendem EG-Haushalt abnimmt. Er wird Chef BK einen Formulierungsvorschlag geben.

<sup>24</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 386 und Dok. 388.

<sup>25</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 15. Dezember 1981: „Im Nachgang zum ER am 26./27.11.81 fand am 14./15.12.81 ein Sondertreffen der EG-Außenminister (Gymnich-type) in London statt. Hierbei handelte es sich um diejenigen Themen der GAP, die am umstrittensten waren (Milch, Mittelmeerprodukte und Agrarkostenanstieg-Formel), sowie um die eigentliche Kernfrage des Mandats vom 30.5.80, das Budget-Problem.“ Zu den Ergebnissen sei festzuhalten: „a) Bei der Agrarkostenanstiegs-Klausel bestätigte sich, daß die vom BK beim ER eingebrachte Formulierung, nach der die Zuwachsrate der Agrarkosten unterhalb derjenigen der eigenen Einnahmen liegen soll, mehrheitlich Zustimmung findet (dagegen noch: IRL, DK, GR). b) Hinsichtlich der Mittelmeerprodukte zeichnet sich eine Mehrheit für eine Überprüfung im Sinne einer Verbesserung ab. Hierauf bestehen insbesondere die M[itte]lM[eer]-Anrainer. Wir dringen hierbei darauf, daß das Marktgleichgewicht, angemessener Lebensstandard der Erzeuger und Auswirkungen auf den EG-Haushalt beachtet bleiben. c) Bei Milch gibt es eine Tendenz der Mehrheit dafür, die M[it]V[erantwortungs]A[bgabe] fortzusetzen, jedoch den kleinen Erzeugern dabei Erleichterungen zu gewähren. [...] d) Bei der Budgetfrage ist festzustellen: Es gehörte zu den positivsten Ergebnissen dieses Treffens, daß sich in seinem Verlaufe eine deutliche Bewegung in Richtung auf unseren Entlastungsanspruch manifestierte. Von niemandem wird mehr unsere Position bestritten, daß wir nicht einziger unlimitierter Nettozahler nach einem GB-Ausgleich bleiben dürfen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122413.

<sup>26</sup> Referat 412 legte am 13. November 1981 dar: „Am 30. Mai 1980 haben wir uns vorgenommen, durch Änderung der Haushaltsstruktur der Gemeinschaft innerhalb des vorgegebenen finanziellen Rahmens ab 1982 zu verhindern, daß irgendein MS durch diesen Haushalt in eine unannehmbare Lage kommt. Dabei war klar, daß GB – wenn nichts geschehen wäre – in eine solche Lage gekommen wäre. Folglich haben wir die Ausgleichsregelung für 1980/81 beschlossen. Aber das bewirkte, daß die Bundesregierung statt der Hälfte drei Viertel des gesamten Nettoressourcentransfers über den EG-Haushalt zu tragen hatte. Dadurch kamen wir in eine unerträgliche Situation, die wir nur durch Steuererhöhungen bewältigen konnten. Eine Wiederholung dieses Vorganges ist angesichts der wirtschaftlichen und vor allem der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik nicht mehr zu vertreten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122412.

Auf Frage des Bundeskanzlers meint er, daß der Ausgleich für Großbritannien nach einer Lösung des deutschen Problems schnell gefunden werden könnte. Er plädiert für eine dreijährige Lösung – über die nächsten britischen Unterhauswahlen<sup>27</sup> hinaus. Wenn man sich hierauf geeinigt hat, sollte es möglich sein, auch bei den drei anderen Problemen, Milch<sup>28</sup>, Mittelmeer-Erzeugnissen und der Steigerungsrate für die Agrarausgaben<sup>29</sup>, Lösungen zu finden. Tindemans ist einverstanden, daß man morgen die Diskussion mit der Erörterung dieses Vorschlags beginnt.

Auf erneuten Einwurf Mitterrands, daß man die Angelegenheit erst im Oktober wiederaufnehmen sollte, wenn man sich nicht im Januar einigen kann, meint auch er, daß man lieber warten soll, bis die Sache reif ist.

*Lahnstein* hält auf Frage des Bundeskanzlers die Aussichten für eine Einigung morgen für nicht sehr groß. Er hält eine Lösung im März dagegen für möglich.

Er stimmt mit Cheysson überein, daß man bei der Lösung des deutschen Nettobeitrags noch am wenigsten weit ist. Auf dem Tisch liegt der Vorschlag Thorns.<sup>30</sup> Unser Hauptbedenken gegen diesen Vorschlag auf der Grundlage von Artikel 200<sup>31</sup> ist, daß man damit das System der eigenen Einnahmen und die Ein-Prozent-Mehrwertsteuergrenze<sup>32</sup> außer Kraft setzen würde. Er sieht

<sup>27</sup> Am 9. Juni 1983 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt.

<sup>28</sup> Referat 411 notierte am 19. März 1982: „Aufrechterhaltung der Erzeuger-Mitverantwortung bei Milch in bisheriger Höhe ist erforderlich; auch wenn sich der Produktionsanstieg 1981 verlangsam, ist Potential für Überschußproduktion weiterhin vorhanden und kann erneut große Probleme schaffen; gegenwärtige Entwicklung der Überschußproduktion bei Magermilchpulver macht die Risiken deutlich. Die Ausgaben der Milchmarktordnung belasten E[uropäischen]A[usrichtungs- und]G[arantie-]F[onds für die]L[andwirtschaft] weiterhin um mehr als 30%. Wir unterstützen Vorschlag der EG-Kommission, daß bei einer Mehrproduktion von 0,5% pro Jahr weitere Maßnahmen der Erzeuger-Mitverantwortung einsetzen müssen. Die vorgeschlagene Ausnahme für Kleinerzeuger (Senkung des Richtsatzes von 2,5% auf 1,5% für die ersten 60 000 kg) können wir akzeptieren.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131251.

<sup>29</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 412 wurde am 23. November 1981 zur EG-Agrarpolitik dargelegt: „D, GB und – in gewissem Umfang – die NL unterstützen die in den ‚Leitlinien für die Europäische Landwirtschaft‘ zum Ausdruck kommenden Grundgedanken der EG-Kommission in Richtung auf eine längerfristig angelegte Sanierung der GAP und eine bessere Kontrolle der Agrarausgaben. F, unterstützt von IRL, B, IT und LUX, stellt dagegen die einkommens- und beschäftigungspolitischen Aspekte der GAP in den Vordergrund und lehnt deshalb mit Ausnahme des Getreidesektors eine vorsichtige Preispolitik und eine generelle Einschränkung der Garantien ab. [...] Die südlichen M[itglieds]S[taaten] – IT, F, GR – bestehen auf einer Verstärkung der Stützung für Mittelmeerprodukte (Olivöl, Wein, Obst und Gemüse) durch Ausdehnung der Intervention und des Außenschutzes sowie im Hinblick auf den Beitritt Spaniens auf die Einführung einer Fettsteuer.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122412.

<sup>30</sup> Vortragender Legationsrat van Edig notierte am 12. Januar 1982: „Wir halten die von EG-Präsident Thorn am 8.1.82 vorgelegten Kompromißvorschläge zu den Fragen der Begrenzung des Anstiegs der Agrarkosten, Regelungen für die Mittelmeerprodukte, Ausgestaltung der Mitverantwortungsabgabe Milch insgesamt für eine geeignete Grundlage zur Verabschiedung der Leitlinien im Agrarkapitel, auch wenn sie in einigen Punkten nicht unseren Vorstellungen entsprechen (z. B. Verzicht auf die Formulierung ‚deutlich geringerer Anstieg der Agrarkosten‘ und Verzicht auf klare Aussage zu Marktgleichgewicht und Haushaltsauswirkungen bei M[arkt]O[rdnungen] für Mittelmeerprodukte).“ Vgl. Referat 412, Bd. 122413.

<sup>31</sup> Artikel 200 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 bestimmte in Absatz 1: „Die Einnahmen des Haushalts umfassen unbeschadet anderer Einnahmen die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, die nach folgendem Aufbringungsschlüssel bestimmt werden: Belgien 7,9; Deutschland 28; Frankreich 28; Italien 28; Luxemburg 0,2; Niederlande 7,9.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 882.

<sup>32</sup> In Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften wurde festgelegt, daß ab 1. Januar 1975 „der

als die eigentlichen Probleme die Haltung der Mittelmeerländer zu den Agrarprodukten, die Haltung der Briten zum Ausgleichsmechanismus für den britischen Beitrag<sup>33</sup> und die Rechtsfragen zum Artikel 200 des Vertrages<sup>34</sup>. Diese drei Probleme sollten sich aber bis zum nächsten ER<sup>35</sup> lösen lassen.

*Mitterrand* betont, daß eine schnelle Einigung ein Erfolg für Europa wäre, das einen solchen, vor allem angesichts der Lage in Polen, dringend nötig hat. Wenn sich Deutsche und Franzosen auf eine Kompromißlösung einigen, wer sollte dann dagegen sein? Man kann nicht alles aufschieben und Probleme akkumulieren. Vor allem die nächste Preisrunde für die Landwirtschaft läßt sich nicht aufschieben. Wenn die Mandatsdiskussion jetzt nicht beendet werden kann, kann sie erst im Oktober wiederaufgenommen werden. Der Europäische Rat sollte die Fragen nur diskutieren, wenn sicher ist, daß man sich einigen kann.

*Bundeskanzler* will sich zu diesen Fragen nicht äußern. Er hat sie nicht im einzelnen verfolgt. Er ist daher politisch kompromißfähig.

*Mitterrand* weist darauf hin, daß das nächste Weltwirtschaftstreffen am 6. und 7. Juni 1982 in Frankreich stattfinden wird.<sup>36</sup> Die ursprünglichen Terminprobleme des Bundeskanzlers im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung für Abrüstung<sup>37</sup> scheinen gelöst zu sein. Er berichtet, Präsident Reagan habe ihn in einem Schreiben von dem Vorschlag unterrichtet, in Verbindung mit seiner Reise zum Weltwirtschaftstreffen einen NATO-Gipfel in Brüssel<sup>38</sup> zu veranstalten. Als französischer Staatspräsident werde er daran sowieso nicht selbst

*Fortsetzung Fußnote von Seite 103*

Haushalt der Gemeinschaften vollständig aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanziert“ werden soll und daß zu diesen Mitteln Mehrwertsteuereinnahmen gehören sollen, „die sich aus der Anwendung eines Satzes ergeben, der 1% einer steuerpflichtigen Bemessensgrundlage nicht überschreiten darf“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1268.

<sup>33</sup> Referat 412 vermerkte am 23. November 1981: „GB fordert einen generellen, an objektiven Kriterien orientierten Mechanismus für Nettozahler mit dem Ziel einer Nullstellung oder doch zumindest eines möglichst weitgehenden Ausgleichs des britischen Nettosaldo idealiter auf Dauer, ist jedoch u. U. mit gewisser zeitlicher Begrenzung und Degressivität der Entlastung einverstanden. F wünscht eine degressive (entsprechend 80/81er Entlastungsregelung) und zeitlich begrenzte (zwei bis vier Jahre) Entlastung GBs aufgrund politisch festzulegender Pauschalbeträge, außerdem eine mindestens teilweise Anrechnung der für 80/81 überzahlten Entlastungsbeträge an GB.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122412.

<sup>34</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen teilte Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Washington, am 4. Januar 1982 mit: „Gedanke einer Anwendung von Art[ikel] 200 EWG-V[ertrag] hat nach Informationen unserer EG-Vertretung in den letzten Wochen innerhalb der Kommission mehr und mehr Anhänger gefunden. Vorteil dieses Finanzierungsmodus: einfachste Möglichkeit, Finanzierungsbeiträge der verschiedenen MS unterschiedlich zu dosieren.“ Allerdings sei die „Reaktivierung des Art. 200 EWG-V rechtlich problematisch. BMWi und BMF sind der Auffassung, daß das System der Finanzbeiträge gemäß Art. 200 EWG-V durch Einführung des Systems der eigenen Einnahmen auf der Grundlage von Art. 201 EWG-V (Beschluß vom 21.4.70) ersetzt und Art. 200 EWG-V dadurch obsolet geworden ist. Eine Reaktivierung sei ohne Ratifikation rechtlich nicht möglich, darüber hinaus aber auch gegenüber nationalen Parlamenten und EP bedenklich (Einschränkung budgetrechtlicher Bewilligungsbefugnisse).“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 3; Referat 412, Bd. 122413.

<sup>35</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

<sup>36</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>37</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York vgl. Dok. 215.

<sup>38</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

teilnehmen. Er sieht aber ein Problem in der zeitlichen Verbindung der beiden Gipfeltreffen.

*Bundeskanzler* äußert sich nach seinen Erfahrungen skeptisch gegenüber einem erneuten NATO-Gipfeltreffen. Er würde eher davor warnen, sich jetzt bereits festzulegen.

Er hält es für besser, Reagan nahezulegen, seine Teilnahme am Weltwirtschaftstreffen in Versailles mit kurzen bilateralen Besuchen in europäischen Hauptstädten zu verbinden. Er sieht hierfür vor allem zwei Gründe: Erstens, die mögliche Auseinandersetzung über die Verwirklichung von Sanktionen und anderen Maßnahmen nach den Beschlüssen des NATO-Rats vom 11. Januar 1982 könnte zu einem Auseinanderdriften der öffentlichen Meinungen in Europa führen. Wichtiger aber ist zweitens, daß der Präsident Europa einmal persönlich erleben muß und nicht nur aus den Vorträgen von Leuten, die selbst nicht viel von Europa verstehen.

Er selbst würde Präsident Reagan gerne auch in Deutschland begrüßen. Aber er hält nicht viel von einem Gipfeltreffen, für das man sich jetzt schon darauf festlegen sollte, daß 15 Regierungschefs im Chor singen.

Er würde im übrigen auch andere Europareisen führender Mitglieder der Administration befürworten, z. B. des amerikanischen Bérégovoy, Ed Meese.

In den USA ist der Einfluß des Ostküsten-Establishments mit seinen europäischen Erfahrungen wesentlich zurückgegangen. Es wird ersetzt durch andere Gruppen, z. Zt. die Mannschaft Reagans aus Kalifornien, die Europa nur ausnahmsweise kennt. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, daß die Debatte im Ostküsten-Establishment wirklich Ausdruck der künftigen amerikanischen Außenpolitik ist.

Die außenpolitische Entscheidungsfindung hat sich seit Carter stärker ins Weiße Haus verlagert. Die Carter-Leute sind heute ohne Einfluß, aber auch die ehemaligen Mitarbeiter von Nixon. Kissinger gibt sich große Mühe, Einfluß auszuüben, wird aber nicht von der neuen Gruppe akzeptiert. Mit Ausnahme einiger wichtiger Wirtschaftler wie Burns, Shultz, sind mit Reagan neue Leute in die oberste politische Entscheidungsebene aufgerückt. Wir Europäer haben ein großes Interesse, sie an unsere Probleme und unsere Denkweise heranzuführen.

*Mitterrand* bringt einen kurzen Toast aus. Dieses zusätzliche deutsch-französische Treffen ist ein weiterer Faktor der Zusammenarbeit und der Einigkeit mit den deutschen Freunden.

*Bundeskanzler* erwidert im gleichen Sinne.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns

VS-vertraulich

14. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Burns am 14. Januar 1982 von 20.10 bis 21.30 Uhr

Gesprächsteilnehmer: Botschaftsrat Barkley, Chef BK<sup>2</sup>, AL<sup>2,3</sup>.

*Bundeskanzler* weist einleitend darauf hin, daß er in seiner heutigen Regierungserklärung<sup>4</sup> den Bundestag voll über seine Gespräche in Washington<sup>5</sup> und Paris<sup>6</sup> über die wirtschaftliche Lage informiert habe.

Mitterrand hat ihn über die Anregung Reagans unterrichtet, seine Reise zum Weltwirtschaftstreffen in Versailles<sup>7</sup> zeitlich mit einem NATO-Gipfeltreffen in Brüssel<sup>8</sup> zu verbinden. Er hat Mitterrand zu erwägen gegeben, ob man nicht Reagan nahelegen sollte, seine Reise nach Versailles eher mit bilateralen Besuchen in einigen europäischen Hauptstädten<sup>9</sup> zu verbinden. Er zögert, sich jetzt schon auf einen NATO-Gipfel im Juni festzulegen, bevor man weiß, ob etwas bei dieser Gelegenheit zu entscheiden ist.

Zur Lage in und um Polen hat er mit Mitterrand intensiv den Stand der westlichen Meinungsbildung erörtert. Mitterrand und er stellten fest, daß beide Regierungen hinter den Erklärungen der EG<sup>10</sup> und der NATO<sup>11</sup> stehen. Man hat dann die nationalen Erklärungen, insbesondere die Erklärung des Bundeskanz-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 18. Januar 1982 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 20, Anm. 1.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 20. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 14. Januar 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4404–4413.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida, bevor er am 4. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in Washington eintraf. Am 6. Januar 1982 beendete er den Aufenthalt in den USA. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 20 und Dok. 21.

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>8</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>9</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan, vom 7. bis 9. Juni in Großbritannien sowie vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Zu seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik vgl. Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

lers<sup>12</sup> und die Bundestagsentschließung vom 18.12.1981<sup>13</sup> sowie die Rede PM Mauroys vom 23.12.1981<sup>14</sup> im einzelnen besprochen und festgestellt, daß die deutschen und die französischen Stellungnahmen sich in der Sache nicht unterscheiden. Es gibt Unterschiede in der Präsentation und daher in der Perzeption der Öffentlichkeit, die von den Medien zu sachlichen Differenzen hochstilisiert wurden. Mitterrand zeigte großes Verständnis für unsere vorsichtigeren Präsentation, die der besonderen Stellung Deutschlands gegenüber Polen entspricht. Die französische Haltung zur Forderung nach Freiheit für Polen hat einen spezifischen historischen Hintergrund. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben sich übrigens Deutsche wie Franzosen für die Freiheit Polens begeistert. Auf dem Hambacher Fest vor 150 Jahren<sup>15</sup> wurden neben der Trikolore – im Verständnis der Völker die Fahne der Freiheit – und der schwarz-rot-goldenen Flagge – dem Symbol nationaler Freiheit und Einheit in Deutschland – die polnische und die griechische Flagge gezeigt. Danach entwickelte sich das deutsche Verhältnis zu Polen anders als in Frankreich, wo der polnische Anspruch auf Freiheit stets ein Teil der innenpolitischen Diskussion blieb. Die Weimarer Republik machte den Fehler, nach Locarno<sup>16</sup> nicht auch die Versöhnung mit Polen zu suchen. Der Hitler-Stalin-Pakt<sup>17</sup> und der Zweite Weltkrieg zerstörten die Möglichkeit für eine Anknüpfung an die Tradition des 19. Jahrhunderts. Nach 1945 dauerte es eine ganze Zeit, bis die Deutschen einsahen, daß nicht die Polen, sondern die Sowjets – die die Westverschiebung Polens<sup>18</sup> durchsetzten – die letzte Verantwortung für die Austreibung der

12 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

13 Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

14 Für den Wortlaut der Ausführungen von Ministerpräsident Mauroy zu Polen am 23. Dezember 1981 vor der französischen Nationalversammlung vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981, VI, S. 80–83.

15 Das Hambacher Fest fand vom 27. bis 30. Mai 1832 auf dem Hambacher Schloß statt.

16 Das Vertragswerk von Locarno vom 16. Oktober 1925 umfaßte einen Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, mit dem die Vertragspartner den zwischen Deutschland und Belgien sowie zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden territorialen Status quo und die Unverletzlichkeit der betreffenden Grenzen garantierten. Des weiteren schloß Deutschland Schiedsabkommen mit Belgien und Frankreich. In den Schiedsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei verzichtete Deutschland dagegen nicht ausdrücklich auf eine gewaltsame Grenzrevision. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 976–1009.

17 Zum Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vgl. Dok. 9, Anm. 8.

18 Auf der Konferenz vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran beschlossen Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, vorbehaltlich einer endgültigen Grenzziehung, „daß die Heimstatt des polnischen Staates und Volkes zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder-Linie liegen soll, unter Einbeziehung von Ostpreußen und der Provinz Oppeln in den Bestand Polens“. Stalin sprach jedoch Bedenken hinsichtlich der Einbeziehung ganz Ostpreußens aus. Vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 86f.

Im Kommuniqué der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 stattfand, hieß es, Churchill, Roosevelt und Stalin seien der Auffassung, „daß die Ostgrenze Polens, mit Abweichungen in einigen Gebieten um fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens, der Curzon-Linie folgen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen im Norden und im Westen einen bedeutenden Gebietszuwachs erhalten soll.“ Eine endgültige Festlegung der Westgrenze Polens sollte bis zu einer Friedenskonzferenz aufgeschoben werden. Vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 187f.

Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam erzielten Churchill bzw. Premier-

deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten trugen. In den 60er und 70er Jahren entwickelte sich dann langsam eine ausgewogenere und reifere Haltung gegenüber Polen. Symptomatisch für die neue deutsche Haltung war die Tatsache, daß der Warschauer Vertrag<sup>19</sup> auch von seiten der Opposition nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, wie z.B. der Grundlagenvertrag<sup>20</sup> oder der Moskauer Vertrag<sup>21</sup>. In Frankreich kommt heute noch hinzu, daß die Entwicklung in Polen auch noch als innenpolitischer Schlagstock gegen den kommunistischen Koalitionspartner benutzt wird.

Mitterrand war nach unserem Gespräch überzeugt, daß es in Deutschland ebensoviel Mitgefühl und Sympathie für Polen gibt wie in Frankreich. Aber die Deutschen haben natürlich auch unmittelbarer als Frankreich die Niederschlagung freiheitlicher Bewegungen im Osten 1948<sup>22</sup>, 1953<sup>23</sup>, 1956<sup>24</sup>, 1968<sup>25</sup> sowie die Berlin-Krise 1958 bis 1961 erlebt. Wir haben deutlicher erfahren, daß bloße Proteste die Lage nicht verändern. Adenauer selbst hat nach seinen Erfahrungen vier Tage nach dem Mauerbau – am 17.8.1961 – den Schluß gezogen, daß wir nichts unternehmen können. Er hat an diesem Tage mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow ein Gespräch geführt und in einem Kommuniqué festgestellt, daß beide Seiten keine Schritte unternehmen werden, die die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau verschlechtern könnten.<sup>26</sup> Adenauer wurde damals z.B. auch von der FAZ heftig kritisiert. Aber er konnte nicht übersehen, daß sowjetische Truppen in Berlin standen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 107*

minister Attlee, Stalin und Präsident Truman Übereinstimmung, „daß bis zur endgültigen Bestimmung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete östlich einer Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils von Ostpreußen, der im Einklang mit der auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarung nicht der Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterstellt wird, und einschließlich des Gebiets der früheren Freien Stadt Danzig der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt werden“. Vgl. DZD II/1, S. 2118.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

22 Nach Konflikten zwischen den kommunistischen und nicht-kommunistischen Mitgliedern der tschechoslowakischen Regierung billigte Präsident Beneš am 25. Februar 1948 eine von Ministerpräsident Gottwald vorgelegte Kabinettsliste, die zur Bildung einer von der Kommunistischen Partei dominierten Regierung in der ČSSR führte.

23 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

24 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

25 Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

26 Im Kommuniqué über das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 16. August 1961 hieß es: „Der Bundeskanzler versicherte, daß er alles vom Botschafter Vorgetragene sorgfältig prüfen wird, und wies seinerseits darauf hin, daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern.“ Vgl. DZD IV/7, S. 48. Für das Gespräch vgl. AAPD 1961.

Mitterrand zog im Gespräch den Schluß, daß aus diesen Gründen Bonn und Paris sich in einer unterschiedlichen Situation befinden, daß daher die Präsentation durch Regierung und die Medien und auch die öffentliche Perzeption unterschiedlich sein müssen, daß Bonn und Paris aber in der Sache auf der gleichen Linie liegen.<sup>27</sup>

*Burns* merkt an, daß Deutschland und damit auch die Allianz heute stärker dastehen als 1961.

Er fragt nach Frankreichs Haltung zu Sanktionen und erwähnt Berichte, nach denen Frankreich einen Rückzug aus dem Gas-Röhren-Geschäft<sup>28</sup> erwäge.<sup>29</sup>

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß auch Frankreich den Formulierungen des NATO-Kommuniqués zugestimmt hat. Er selbst hatte den Eindruck, als ob die Neigung zu Sanktionen nicht sehr groß war. Aber hierzu muß sich natürlich die französische Regierung selbst äußern. Zum Gas-Röhren-Geschäft hat Cheysson öffentlich Stellung genommen und erklärt, daß Frankreich das sowjetische Erdgas braucht.<sup>30</sup>

*Burns* merkt an, daß es seine Pflicht sei, darauf hinzuweisen, daß die amerikanische Regierung weiterhin auf deutsche Maßnahmen in bezug auf das Gas-Röhren-Geschäft hofft. Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß die Nachricht über die Lieferung einer kompletten Traktorenfabrik durch International Harvester offenbar stimme.

Für den Fall, daß die Europäer keine konkreten Sanktionen verhängen, fürch-

<sup>27</sup> Der Passus „Adenauer selbst ... liegen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Muß man das alles den Amerikanern sagen?“

<sup>28</sup> Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Ruhrgas und Sojugasexport haben am 20. November 1981 am Sitz der Ruhrgas in Essen eine Übereinkunft über zusätzliche Erdgaslieferungen unterzeichnet, die neben entsprechende Übereinkünfte mit anderen westeuropäischen Staaten tritt. Nach dem Inhalt dieser Übereinkunft wird die Ruhrgas AG ab 1984/85 jährlich statt der ursprünglich in Erwägung gezogenen 12 Mrd. cbm Erdgas nur 10,5 Mrd. cbm beziehen.“ Weiter wurde dargelegt: „Das Erdgasgeschäft mit der SU ist Teil unserer Bemühungen, den Anteil des Erdöls an der Deckung unseres Primärenergieverbrauchs zurückzudrängen (gegenwärtig ca. 48%) und damit unserer Versorgungsbasis zu diversifizieren. [...] Es handelt sich um ein westeuropäisch-sowjetisches Geschäft. Neben der Bundesrepublik sind noch Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, Österreich und möglicherweise in einem späteren Stadium auch weitere westliche Länder beteiligt. [...] Angesichts eines einzigen Übergabepunktes für die Lieferungen nach F, B, NL und Deutschland (Waidhaus/Bayern) sind gezielte Unterbrechungen gegenüber einzelnen Vertragspartnern kaum möglich.“ Die jährlich von der UdSSR zu liefernde Gesamtmenge Erdgas betrage 40 bis 55 Milliarden Kubikmeter. Berlin (West) sei mit einer Option auf eine jährliche Belieferung von bis zu 700 Millionen Kubikmetern in das Geschäft mit einbezogen. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

<sup>29</sup> Referat 405 notierte am 12. Januar 1982 zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR: „Nach dem Eindruck unserer Botschaft haben im Außenministerium die Gruppen an Einfluß gewonnen, die ein Liefervolumen von 8 Mrd. cbm für zu hoch halten. Es sei daher nicht auszuschließen, daß die französische Seite versuchen werde, dieses Volumen weiter zu drücken. Eine solche Kürzung würde auch das Verhältnis der unterirdischen Lagerkapazität der Gaz de France zu den Bezügen aus der Sowjetunion verbessern. Eine neue sowjetisch-französische Verhandlungsrunde ist für den 18. Januar vorgesehen. [...] Die Beurteilung der französischen Haltung wird erschwert durch die parallel geführten französisch-algerischen Verhandlungen über ein neues Erdgasabkommen. Dabei geht es um eine wesentliche Aufstockung der bislang bezogenen Mengen (möglicherweise annähernd Verdoppelung bisheriger Menge von 4 Mrd. cbm)“. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Außenministers Cheysson in einem Interview am 10. Januar 1982 zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, I, S. 15.

tet er einen öffentlichen Aufschrei in den amerikanischen Medien, der die Allianz ernsthaft schwächen könnte.

*Bundeskanzler* fragt, wer die Presse in diesem Sinne informiert. Er bezieht sich auf den Artikel von Safire<sup>31</sup> und fragt, was man mit diesen Beleidigungen bezwecke.

*Burns* erläutert die besondere Stellung Safires in der amerikanischen Publizistik. Er hat ein geistreiches „political dictionary“ veröffentlicht<sup>32</sup> und schreibt eine Kolumne über die englische Sprache.

Er weiß nicht, wer die Presse informiert. Sie reflektiert aber die traditionelle amerikanische Haltung, wenn es um die Repression der Freiheit geht. Diese Pressereaktion kann der Allianz Schaden zufügen.

*Bundeskanzler* betont, daß er sich seine Außenpolitik nicht von der Presse vorschreiben lassen kann, weder von der amerikanischen noch von der eigenen, die mit der amerikanischen in der Kritik an der Bundesregierung oft eng zusammenarbeitet.

Ihn beunruhigt die Frage, was man tun wird, wenn die Sanktionen nicht das gewünschte Ergebnis haben. Die Bundesregierung hat die mühsame Aufgabe übernommen, die notwendigen innenpolitischen Mehrheiten für die Durchsetzung des Doppelbeschlusses zu erhalten. Sie hat die Sportverbände überzeugen müssen, sich dem Olympia-Boycott anzuschließen.<sup>33</sup> Außer uns haben sich nur die Türken und Norweger mit den amerikanischen Sportlern solidarisch gezeigt, weil sie an der Grenze zur sowjetischen Militärmacht liegen. Er selbst hat in acht Jahren als Bundeskanzler die Verpflichtungen auch honoriert, die er übernommen hat. Wir werden auch jetzt wieder tun, wozu wir uns verpflichten. Aber wir werden unseren Kopf nicht herausstrecken.

*Burns*: Was die Amerikaner getan haben, hat keine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung. Aber er fürchtet die emotionale Reaktion in den USA, wenn die Europäer nicht wenigstens gewisse Maßnahmen ergreifen. Es geht um den Zusammenhalt der Allianz.

Auf Frage des Bundeskanzlers, warum er nicht nach Washington berichtet, daß die Deutschen auch die Verpflichtungen erfüllen, die sie übernehmen, und warum es dann notwendig ist, die Deutschen immer besonders unter Druck zu setzen, meint er: Weil die Deutschen die stärksten, verlässlichsten und zuverlässigsten Alliierten sind. (Bundeskanzler: Das hätte ich gerne öffentlich vor der Debatte im Bundestag aus Washington gehört!)

Unter Berufung auf sein heutiges Telefongespräch mit Meese betont er, daß der Präsident sich über sein Treffen mit dem Bundeskanzler sehr erfreut geäußert habe. Er sei besonders interessiert gewesen an dem, was der Bundeskanzler ihm zur Sowjetunion und Breschnew berichtet habe. Das sei sehr hilfreich

<sup>31</sup> Vgl. den Artikel von William Safire „The Kremlin Pipeline“; THE NEW YORK TIMES vom 3. Januar 1982, S. E 19.

<sup>32</sup> Vgl. WILLIAM SAFIRE, Safire's Political Dictionary. An Enlarged, Up-to-Date Edition of The New Language of Politics, 3. Auflage, New York 1978.

<sup>33</sup> Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab am 23. April 1980 die Empfehlung der Bundesregierung an das Nationale Olympische Komitee bekannt, keine Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden. Vgl. dazu BULLETIN 1980, S. 375.

gewesen. Die persönliche Reaktion des Präsidenten auf das Treffen sei sehr erfreulich gewesen. Er möchte dem Bundeskanzler dies sowohl offiziell als Botschafter sagen wie auch persönlich. Diese Reaktion des Präsidenten hat ihn sehr ermutigt, vor allem weil das letzte Treffen in Ottawa<sup>34</sup> zu einer nicht ganz so erfreulichen Reaktion geführt hatte.

*Bundeskanzler* freut sich über diese Mitteilung und dankt. Er war, um ehrlich zu sein, etwas irritiert über das viele, oft absurde Gerede in den USA über ihn selbst und sein Land. Und das, obwohl die Deutschen sicherlich die Amerikaner nie haben hängen lassen. Daher beruhigt ihn sehr, was Burns berichtet.

Er selbst hat, wie der Botschafter weiß, Reagan stets gemocht und seine unkomplizierte Art, an die Dinge heranzugehen, geschätzt. Er hat sich für ein persönliches Treffen mit Breschnew ausgesprochen, da er überzeugt ist, daß Breschnew von der unkomplizierten und realistischen Art Reagans beeindruckt sein wird. Er hat auch Mitterrand hierüber informiert. Ein solches Treffen ist auch deswegen nötig, weil die Sowjets immer noch nicht die amerikanische Strategie verstehen können. Wenn man vielleicht einmal von der berühmten Küchen-Debatte zwischen Chruschtschow und Nixon<sup>35</sup> absieht, hat wohl kein westlicher politischer Führer so offen und direkt mit Breschnew und den Mitgliedern des Politbüros gesprochen wie er selbst 1980<sup>36</sup> und 1981<sup>37</sup>.

Es beunruhigt ihn, nicht zu wissen, welche zweiten Schritte den ersten amerikanischen Maßnahmen folgen sollen, wenn sie nicht das gewünschte Resultat bringen. Er fürchtet, daß die westlichen Maßnahmen nur die Falken in Moskau ermutigen können. Unter den führenden Figuren in der Sowjetunion erscheint ihm Breschnew immer noch der, mit dem man am besten sprechen kann und der am meisten am Frieden interessiert ist. Die amerikanische Reaktion auf die Polenkrise gibt nicht das Gefühl, als ob eine wirkliche Strategie dahintersteht. Sie erweckt den Eindruck, daß öffentliche Emotionen durch Maßnahmen beruhigt werden sollen, die aus dem Moment heraus geboren sind.

*Burns*: Unser erstes Ziel muß sein, den Polen wirklich zu helfen. Das kann durch starke Sanktionen oder großzügige wirtschaftliche Angebote geschehen. (Bundeskanzler: beides zur gleichen Zeit.) Aber es geht auch darum, die SU zu schwächen. Vor allem aber geht es darum, Einheit und Integrität der Allianz zu erhalten. Daher muß man zumindest den Eindruck erwecken, als ob alle Verbündeten auf der gleichen Linie liegen. In den USA spricht man in der Presse bereits von einem Zusammenbruch der Allianz. Senator Nunn meinte kürzlich in Bonn<sup>38</sup>, daß er nicht sicher sein könnte, daß ein Mansfield Amendment<sup>39</sup> –

<sup>34</sup> Bundeskanzler Schmidt und Präsident Reagan trafen beim Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa/Montebello, der am 20./21. Juli 1981 stattfand, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

<sup>35</sup> Während eines Aufenthalts in der UdSSR führte Vizepräsident Nixon mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 24. Juli 1959 ein Fernsehgespräch.

<sup>36</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

<sup>37</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der sowjetische Außenminister Gromyko hielten sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334–340.

<sup>38</sup> Der amerikanische Senator Nunn hielt sich vom 10. bis 13. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Staatssekretär von Staden am 11. Januar 1982 legte er dar, „daß in den USA vielfach der deutsche Verteidigungsbeitrag und die deutschen politischen und wirtschaftlichen Beiträge zur Stabilisierung befreundeter Länder nicht genügend bekannt seien. [...] Nunn meinte, daß die in

wenn es eingebracht wird – ohne Erfolg bliebe. Öffentliche Gefühle in den USA gehen in diese Richtung. Sie müssen aufgehalten werden. Das ist besonders eine Aufgabe der Amerikaner und der Deutschen, von deren engem Zusammenhalt die Allianz lebt.

*Lahnstein* erwähnte die Briefe von Bush<sup>40</sup> und Reagan<sup>41</sup> zur Frage des Technologietransfers. Die Frage sollte nachdrücklich, aber vorsichtig aufgenommen werden, ohne eine öffentliche Kontroverse zu schaffen.

*Bundeskanzler* sieht in einer wirksamen Kontrolle des Technologietransfers insbesondere auf militärischem Gebiet eine notwendige Maßnahme. Sie hat aber nichts mit der Polenkrise zu tun. Eine öffentliche Kontroverse in dieser Frage sollte unbedingt vermieden werden.

Auf die Bemerkung Burns', eine Zustimmung zu einer strikteren Kontrolle fortgeschrittener Technologie wäre eine große Hilfe, meint er, daß der Westen seinen Vorsprung aus strategischen Gründen erhalten muß. Wir werden auf dem Gebiet den Amerikanern keine Schwierigkeiten bereiten. Er ist auch bereit, in diesem Sinne auf den Brief Reagans zu antworten.<sup>42</sup> Aber er warnt da-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 111*

den USA verbreitete Ansicht über mangelnde Bündnissolidarität und zu geringe Verteidigungsleistungen der europäischen Verbündeten Überlegungen in den USA gestärkt hätte, das amerikanische militärische Engagement in der NATO und in Europa grundsätzlich zu überprüfen. Dahinter stehe auch der Gedanke, daß die USA trotz erhöhten Verteidigungshaushalts nicht alles alleine schaffen könnten, sondern überfordert seien. Dies gelte insbesondere für die Frage, ob die USA das Krisenmanagement außerhalb des NATO-Bündnisgebietes alleine übernehmen könnten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 124934.

<sup>39</sup> Senator Mansfield brachte am 31. August 1966 erstmals eine Resolution im amerikanischen Senat ein, in der eine Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen verlangt wurde. Für den Wortlaut vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 112, Teil 16, S. 21442, bzw. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 115, Teil 27, S. 36149.

In den folgenden Jahren wiederholte Mansfield regelmäßig seine Forderung. 1975 wurde in der Presse berichtet, daß der Senator erstmals seit 1966 keine Entschließung zur Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa einbringen werde. Vgl. dazu den Artikel „Stimmung gegen Isolationismus wächst im amerikanischen Kongreß“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Mai 1975, S. 1.

<sup>40</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 5. Januar 1982 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 10399 (421).

<sup>41</sup> Vortragender Legationsrat Dassel übermittelte der Botschaft in Washington am 1. Februar 1982 den Wortlaut des Schreibens von Präsident Reagan vom 13. Januar 1982 an Bundeskanzler Schmidt. Darin hieß es: „In our meetings here in Washington earlier this week we discussed our evaluations of the situation in Poland, in the appropriate responses by our countries. Whatever measures are taken it is vital that we stop exports from the West that contribute directly or indirectly to the Soviet Union's military capabilities. The high-level Coordination Committee meeting should reach a consensus for tighter controls that are better enforced and administered. [...] I want to be able to count on your support for our efforts to prepare a successful meeting.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 110; VS-Bd. 10399 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>42</sup> Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, übersandte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 29. Januar 1982 ein Schreiben von Bundeskanzler Schmidt an Präsident Reagan mit der Bitte, es „auf dem üblichen Weg“ an Reagan zu übermitteln. Darin hieß es: „Ich halte es in der Tat für wichtig und richtig, daß der strategisch relevante Technologietransfer, zu dessen Kontrolle die Bundesrepublik Deutschland im übrigen bereits über eine effiziente nationale Gesetzgebung verfügt, von allen Mitgliedstaaten des Koordinierungskomitees einer wirksamen Kontrolle unterworfen wird. Inzwischen hat die Sitzung des Koordinierungskomitees in Paris stattgefunden und ist zu Schlußfolgerungen gelangt, die, so ist mein Eindruck, keinen Zweifel daran lassen, daß die Mitgliedstaaten von COCOM fest entschlossen sind, die Ausfuhr strategisch bedeutsamer Güter, einschließlich des hierzu gehörenden Know-hows, in Staaten des Warschauer Paktes einer verschärften Kontrolle zu unterstellen. [...] Wir werden so, bei der nun beschleunigt auf den Weg zu bringenden Revision der Embargolisten anhand schärfer umrissener Definitionen, dem jeweiligen

vor, in unpräziser Weise allgemein von Technologie zu sprechen. Es geht nur um fortgeschrittene Technologie im militärischen Bereich.

*Burns* berichtet abschließend, daß er im Februar mit PM Thatcher in London zusammenkommen wird, um über Wirtschaftsfragen zu sprechen. Er hat auf Bitte von Meese ein kurzes Memorandum über die Bedeutung der hohen Zinsen und ihrer Ursachen für den Präsidenten geschrieben, das im wesentlichen der Argumentation des Kanzlers folgt. Er hält eine Erhöhung der Verbrauchssteuern in den USA für unvermeidlich. Die notwendige Reduzierung des Haushaltsdefizits sollte nicht auf Kosten der Verteidigungsausgaben erfolgen, da man damit ein falsches Signal an die Sowjetunion setzen würde.

**VS-Bd. 14106 (010)**

## 23

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

**VS-vertraulich**

**15. Januar 1982<sup>1</sup>**

Betr.: Ihr<sup>2</sup> Telefonat mit PM Thatcher am Donnerstag, dem 14. Januar 1982, von 22.00 bis ca. 22.25 Uhr

Das Gespräch ging auf Ihre Anregung zurück.

PM berichtet von ihrem Sohn, der nach Mitteilung der französischen und algerischen Regierung wieder gefunden wurde.<sup>3</sup> Er soll heute noch mit Mr. Thatcher zusammentreffen.

Sie erklärten Ihre Freude und Erleichterung. Sie hätten auch mit Präsident Mitterrand über die Suchaktion gesprochen.<sup>4</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 112*

Stand der technologischen Entwicklung und den strategischen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten gebührend Rechnung tragen können.“ Vgl. VS-Bd. 10399 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 15. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller, er übersende „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers Kopie über ein Telefongespräch, das der Bundeskanzler gestern mit PM Thatcher geführt hat“.

Hat Braunmühl am 15. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 16. Januar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Zum Unfall von Mark Thatcher vgl. Dok. 21, Anm. 5.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 20 und Dok. 21.

PM drückt ihre tiefe Dankbarkeit für die Hilfe aus, die Präsident Mitterrand und die französische Regierung in dieser Lage für sie geleistet hätten.

Sie bieten an, PM von Ihren Gesprächen mit Präsident Reagan und Präsident Mitterrand zu unterrichten.

Gespräche mit Präsident Reagan und AM Haig seien vorzüglich verlaufen. Sie wüßten, daß auch die Gesprächspartner dies so sehen. Mit Weinberger verlief das Gespräch etwas geschäftsmäßiger. Sie hätten zahlreiche andere Gesprächspartner gehabt, wie Senatoren, Vertreter der Wirtschaft und viele alte Freunde.<sup>5</sup> Zwei wichtige Gesprächsthemen: Polen im Rahmen der Ost-West-Beziehungen und Wirtschaftsfragen.

Das öffentliche Klima in den USA sei etwas schwierig gewesen; Besuch habe geholfen, ein paar Korrekturen anzubringen.

In der Sache bestand beiderseitiger Wille, aufeinander zuzugehen.

PM kennt die gemeinsame Erklärung<sup>6</sup> und findet sie gut.

Politisch wichtig waren für Sie zwei Punkte: Die amerikanische Bereitschaft, die Verhandlungen in Genf fortzusetzen<sup>7</sup> und auch die Gespräche zwischen USA und SU (Haig/Gromyko-Gespräch Ende Januar 1982 werde stattfinden<sup>8</sup>).

Der Westen dürfe nicht vom Verhandlungstisch aufstehen und der SU damit die Chance zuschieben, sich als die einzigen darzustellen, die Abrüstung wollten.

PM stimmt zu allen Teilen zu. Sie stimmt auch darin mit Ihnen überein, daß Präsident Reagan in allen wichtigen Fragen entschlossen und klar sei. Sie habe von Anfang an großes Vertrauen in ihn gehabt.

Sie bekräftigten: Der Präsident gehe den Dingen auf den Grund, er erfasse das Wesentliche und drücke dies klar aus. Sie hätten gute persönliche Beziehungen zu ihm.

USA wollten, daß wir Sanktionen ergriffen; sie stimmten im vertraulichen Gespräch aber zu, daß auch ihre bisherigen Maßnahmen<sup>9</sup> wirtschaftlich nicht sehr eingriffen, sondern als politisches Signal verstanden werden müßten.

PM bemerkt, daß britische Regierung das Wort Sanktionen wohlüberlegt nicht benutze, sondern von Maßnahmen spreche. Es handele sich in der Tat nur um Signale.

Sie stimmten zu.

Sie erläuterten sodann den wesentlichen Inhalt Ihrer wirtschaftspolitischen Gespräche in den USA, wie er auch Eingang in die gemeinsame Erklärung gefunden hat. Vor allem hätten Sie sich für Zinssenkungen und eine Verringe-

<sup>5</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und Bundeskanzler Schmidt vom 5. Januar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 165–167.

<sup>7</sup> Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 17, Anm. 14.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>9</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

zung des Haushaltsdefizits verwandt. In beiden Fragen habe Präsident Reagan zugestimmt. Der amerikanische Botschafter habe Ihnen heute bestätigt, daß Ihre Ausführungen in den USA Eindruck gemacht hätten und daß dies Auswirkungen auf den Haushalt 1983 haben werde.<sup>10</sup> So könne es zur notwendigen Entlastung auf dem Kapitalmarkt kommen.

PM bezeichnet dies als gute Nachricht für uns alle. Präsident Reagan wolle auch die Steuern erhöhen.

Sie ergänzten, daß dies zwar letztlich vom Kongreß abhänge, Sie aber das Gefühl hätten, daß man auch dort die Probleme sehe.

PM hat den Eindruck, daß die augenblickliche Rezession für den Präsidenten überraschend gekommen sei.

Sie berichten, daß Präsident Mitterrand die Wirtschaftsfragen ebenso sehe. Sie seien von strategischer Bedeutung, vor allem in ihren möglichen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Dies hätten Sie auch Präsident Reagan gesagt.

In Paris hätten Sie auch PM Mauroy und AM Cheysson gesehen.

Es sei nicht schwierig gewesen, Übereinstimmung in der Substanz in allen wichtigen aktuellen internationalen Fragen festzustellen (Polen, auch die zu unternehmenden Schritte). Dies hätten Sie auch öffentlich gesagt. Unterschiede gebe es in der Präsentation. Auch die Reaktionen in der Bevölkerung seien unterschiedlich, was sich vornehmlich durch den je verschiedenen historischen Erfahrungshintergrund erklären lasse.

Aber auch die deutsche Öffentlichkeit habe stark reagiert und ihr Mitgefühl zum Ausdruck gebracht: zwei Millionen Pakete, die durch die Kirchen und andere Organisationen versandt würden.

PM quittiert diese Mitteilung mit starken zustimmenden Worten.

Sie berichten von der zwischen Ihnen und Präsident Mitterrand bestehenden Übereinstimmung, daß westliche Reaktionen politisch wirksam sein müßten. Nichts sei schlimmer, als zu viel und zu laut zu sprechen und dann zu wenig zu tun.

Sowohl Paris wie wir hätten – in unterschiedlichem Maße – bei unserer eigenen Meinungsbildung auf die katholische Kirche in Polen und auf den Papst gehört. Beide seien kürzlich, so auch Paris, weniger optimistisch geworden. Sowohl Primas Glemp wie der Papst seien jetzt stärker beunruhigt als im Dezember.<sup>11</sup>

PM führt dies auch auf ein klares Wort des Papstes zurück. Vorher seien die Stimmen aus dem Vatikan sehr viel unklarer gewesen.

PM bezweifelt, daß ein kommunistisches Regime je eine Macht außerhalb des Staates zulassen könne.

Sie stimmten zu. Die Militärs in Polen seien sich im übrigen sehr wenig klar darüber, was zu tun sei.

<sup>10</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 14. Januar 1982 vgl. Dok. 22.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Primas von Polen, Erzbischof Glemp, am 6. Januar 1982 und von Papst Johannes Paul II. am 10. Januar 1982; Dok. 18, Anm. 9 und Anm. 10.

PM bekräftigt, daß ein kommunistisches Regime immer dahin gelange, jeden Funken von Freiheit auszutreten.

Sie erwähnten Ihren Brief an Breschnew.<sup>12</sup> Sie hätten darüber auch öffentlich gesprochen, um darzutun, daß wir selbstverständlich immer auch von einer sowjetischen Verantwortung für die Ereignisse in Polen ausgegangen seien.

PM stimmt zu.

Sie berichten, daß Mitterrand wenig Erfolg damit gehabt habe, befreundete Staaten der Dritten Welt für Polen zu interessieren. Dies sei wenig ermutigend.

Ein weiteres Thema Ihres Gesprächs mit Mitterrand war der Wirtschaftsgipfel.<sup>13</sup> Sie hätten sowohl Präsident Reagan wie Präsident Mitterrand gesagt, es sei wichtig, daß Präsident Reagan im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgipfel auch kurze Besuche in europäischen Hauptstädten mache.<sup>14</sup> Reagan sei noch nicht dazu entschlossen.

Auch PM hat Reagan eingeladen.

Sie berichten von der Anregung an Präsident Reagan, Generalsekretär Breschnew zu treffen. Ihr Gefühl sei, daß Breschnew dann besser verstehen werde, was Reagan bewegt.

PM denkt, daß beide in manchen Zügen sich ähnlich seien.

Bundeskanzler: Reagan ziehe eine solche Begegnung in Erwägung; andere widerstrebten.

PM meint, daß Reagan dies tun werde, und er werde es ganz natürlich gut tun.

PM bemerkt, Sie hätten arbeitsreiche und interessante Tage gehabt.

Sie entgegneten, daß man Sie ein wenig auch zum Sündenbock für Europa gemacht habe.

PM versichert, daß Ihre Freunde Ihre Politik richtig einzuschätzen wüßten.

Sie verweisen auf die Notwendigkeit enger Konsultationen, um ein Auseinanderdriften zu vermeiden und auch, weil es ungut ist, wenn einseitig Maßnahmen ergriffen werden.

PM begrüßt, daß die NATO zusammensteht. Dies sei ermutigend für uns, entmutigend für andere.

Sie fragen nach der Lage in GB und danken für faire Berichterstattung der britischen Medien.

PM betont Übereinstimmung mit Ihnen in der Polen-Frage.

Auch GB wolle dem Volk, nicht der augenblicklichen Führung helfen. GB werde humanitäre Nahrungsmittelhilfe fortsetzen, jedoch nicht Hilfe über Regierungskanäle. Diese werden aufgehoben, bis die drei Forderungen<sup>15</sup> erfüllt seien.

<sup>12</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 386 und Dok. 388.

<sup>13</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>14</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan, vom 7. bis 9. Juni in Großbritannien sowie vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Zu seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik vgl. Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

Auf Ihre Frage bestätigt PM, daß dies auch für offizielle Nahrungsmittelhilfe gelte.

Bundeskanzler: Bei uns gelte dies für die Finanzhilfe.

PM spricht Frage der Umschuldung an und die Folgen, die ein Verzicht auf Umschuldung haben könnte.

Sie bemerkten, daß auch Reagan dies sehe.

PM kommt auf den Signalcharakter der augenblicklichen Maßnahmen zurück. Man müsse noch etwas in Reserve behalten.

Sie stimmen zu.

PM berichtet von einem Brief Präsident Reagans zu COCOM im Anschluß an Ottawa<sup>16</sup>.

Sie erwidern, daß Sie in Fragen militärisch relevanter Technologie bereit seien, sich weiterzubewegen.

PM hält es für wichtig, unsere Position auch den USA verständlich zu machen.

Sie werfen ein, daß die USA an ihre Konsultationspflichten erinnert werden müßten.

PM ist befriedigt darüber, daß Genfer Gespräche fortgeführt werden. Besonders erfreut ist sie über Ihren Bericht zum Verlauf Ihres Gesprächs mit Präsident Reagan über Wirtschaftsfragen.

Sie sehe sich vor einer schwierigen Wirtschaftslage, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Die britische Arbeitslosenziffer werde nächste Woche die Drei-Millionen-Grenze überschreiten. Viele junge Leute drängten auf den Arbeitsmarkt; auch gebe es große Probleme durch den Familiennachzug bei ausländischen Arbeitskräften.

Was in den USA passiert, ist für uns von großer Bedeutung.

Sie stellen fest, daß die Zinssätze wieder steigen.

PM wiederholt, daß die US-Regierung von der Rezession überrascht worden sei.

Sie würden es für hilfreich halten, wenn auch PM in Frage der Zinssätze auf die US-Regierung einwirken würde.

PM wünscht ein Sinken der britischen Zinssätze. Es sei unerlässlich, daß die Konjunktur wieder in Gang komme. Bei den augenblicklichen Zinssätzen sei dies nicht zu erreichen. Auch der Außenhandel müsse steigen.

Sie teilen mit, daß auch unsere Arbeitslosenziffern die höchsten seit 30 Jahren sind.<sup>17</sup> In F sei man etwas optimistischer, habe dort aber wohl etwas weniger Erfahrung.

PM berichtet von ihrem heutigen Gespräch mit kuwaitischem PM<sup>18</sup>. Er sei besorgt gewesen, daß die Araber im Sicherheitsrat auf zwingende Sanktionen ge-

<sup>16</sup> Am 20./21. Juli 1981 fand in Ottawa/Montebello der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

<sup>17</sup> Im Bericht der Bundesanstalt für Arbeit für Dezember 1981 wurde die Zahl der Arbeitslosen zum Ende des Monats mit 1 703 900 angegeben. Die Arbeitslosenquote betrug 7,3%. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 18 f.

<sup>18</sup> Scheich Saad al-Abdullah al-Salim al-Sabah.

gen die Golan-Aktion<sup>19</sup> hinarbeiten würden. Damit komme es zu westlichen Vetos, insbesondere der USA. Dies sei aber die arabische Linie, der sich auch Kuwait anschließen müsse. Sie, PM, habe darauf hingewiesen, daß alle das israelische Vorgehen im Golan verurteilten, einschließlich der USA. Wenn es aber zu zwingenden Sanktionen komme, so würden diese mit einem Veto belegt werden.

PM kommt sodann auf Polen zurück und bemerkt, daß die Gefühle in Großbritannien zu den Ereignissen in Polen recht stark seien. Man wolle in GB auch keine unilaterale Abrüstung.

Sie erwiderten, bei uns auch nicht. Das Handeln der Regierung würde auch nicht durch die Friedensbewegung bestimmt.

PM wirft ein, daß sie in GB große Publizität erhalte.

Sie erläuterten kurz Ihren Dialog mit der Friedensbewegung.

PM beglückwünscht Sie zu dieser klaren und festen Linie.

[gez.] Dr. Zeller

VS-Bd. 14103 (010)

## 24

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

223-370.70 DDR-107/82 VS-vertraulich

15. Januar 1982<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu III.<sup>2</sup>

Betr.: Meinungs austausch über Rüstungskontrolle und Abrüstung mit der DDR;  
hier: Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Mit der am 12.1.1982 eingegangenen Antwort des Außenministers der DDR, Fischer, auf den Brief des BM vom 10. Dezember 1981<sup>3</sup> stellt sich jetzt konkret

<sup>19</sup> Zur Unterstellung der Golan-Höhen unter israelisches Recht vgl. Dok. 19, Anm. 10.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Jagow konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 24. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 23. Januar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister: Ich halte den Vorschlag für sachdienlich.“

Hat Bundesminister Genscher am 24. Januar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[sprache] v[on] St[aden].“

Hat Staden am 5. Februar 1982 erneut vorgelegen, der für Botschafter Ruth handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen.“

<sup>3</sup> Botschafter Ruth übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 15. Januar 1982 das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 10. Dezember 1981 an den Außenminister der DDR, Fischer. Darin hieß es: „Die Themen, [...] deren Erörterung ich für nützlich hielt, sind die Grundsätze: Ausgewogenheit von Verhandlungsergebnissen, Offenheit bei militärischen Potentialen und Militärausgaben, Nachprüfbarkeit von Verhandlungsergebnissen sowie die Fortentwick-

die Frage, wie der Meinungs austausch mit der DDR über Rüstungskontrolle und Abrüstung fortgesetzt werden soll.<sup>4</sup>

#### I. Sachstand

1) BM hat in seinem Brief, der während des Bundeskanzler-Besuchs in der DDR<sup>5</sup> durch BM Franke übergeben wurde, vorgeschlagen:

- Fortsetzung des bilateralen Meinungs austausches.
- Themen: spezifische Fragen zur
  - Vorbereitung der 2. Abrüstungs-SGV<sup>6</sup> und zum
  - Umfassenden Abrüstungsprogramm, insbesondere
  - die vier Grundsätze aus der Rede des BM vor der 36. GV der VN (Ausgewogenheit, Offenheit, Nachprüfbarkeit, Vertrauensbildung)<sup>7</sup>.
- Ebene:
  - zunächst die Delegationsleiter beim Genfer Abrüstungsausschuß, wo die Arbeiten zum Umfassenden Abrüstungsprogramm gegenwärtig laufen;
  - falls von der DDR bevorzugt, als weitere Möglichkeit auch der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung und ein entsprechender Gesprächspartner der DDR.

2) AM Fischer geht in seiner Antwort vom 4.1.1982 darüber hinaus. Er schlägt zur Ebene des Meinungs austausches vor:

- im Februar 1982 Gespräche der Delegationsleiter nicht nur in Genf (CD), sondern auch in Wien (MBFR);
- im März/April 1982 Konsultationen zwischen Vertretern der Zentralen;
- zu gegebener Zeit Begegnung der Außenminister in der DDR oder in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf die konkreten Themenvorschläge des BM geht AM Fischer nicht ein. Er nennt für Genf und Wien lediglich „die dort anstehenden Probleme“. Für das Gespräch der Zentralen nennt er die auf der 2. Abrüstungs-SGV anstehenden Fragen als eine Möglichkeit.

Statt dessen fügt er den Gedanken hinzu, daß beide Staaten als Ergebnis dieser Gespräche eine gemeinsame Initiative als Beitrag zum Hauptanliegen der 2. Abrüstungs-SGV ergreifen.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 118*

lung der vertrauensbildenden Maßnahmen außerhalb Europas. Ich möchte vorschlagen, daß Vertreter unserer Delegationen beim Genfer Abrüstungsausschuß im Blick auf das Umfassende Abrüstungsprogramm über diese Themen sprechen. Sollten Sie eine andere Ebene bevorzugen, könnte unsererseits der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle den Meinungs austausch führen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 280; VS-Bd. 11567 (223); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Botschafter Ruth übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 15. Januar 1982 das Schreiben des Außenministers der DDR, Fischer, vom 4. Januar 1982 an Bundesminister Genscher. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 280; VS-Bd. 11567 (223); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>6</sup> Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 215.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor der VN-Generalversammlung am 23. September 1981 in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

## II. Bewertung

1) Die Antwort der DDR zeigt erneut, daß ihr Interesse in erster Linie darin liegt, durch Ausbau des Meinungs-austausches, wie er bisher stattfand (StS mit St. Vertreter 1977<sup>8</sup> und 1979<sup>9</sup>, Botschafter Ruth/Botschafter Krabatsch 3. 7. 1981 in Berlin (Ost)<sup>10</sup>, Gespräche der AM am Rande der VN-GV<sup>11</sup>), auf eine Begegnung der Außenminister auch außerhalb der VN hinzuwirken.<sup>12</sup>

In der Substanz weicht die DDR dagegen aus und bleibt vage. Während sie im Juli 1981 in Berlin als Gegenstand einer möglichen Zusammenarbeit eines der inhaltsleeren, aber konsensfähigen VN-Themen nannte, ergab sich am Werbelinsee im Dezember, daß die DDR an Gesprächsgegenstände denkt, die zwischen Ost und West kontrovers sind (Ersteinsatzverbot, Neutronenwaffe u. a.). Umgekehrt wissen wir, daß die unsererseits benannten Themen, insbesondere Transparenz, für den Osten schwer annehmbar sind. Von der Substanz her besteht deshalb wenig Wahrscheinlichkeit, daß es bald zu konkreten gemeinsamen Überlegungen kommen könnte.

2) Für uns bietet das Interesse der DDR an dem Meinungs-austausch einen Ansatzpunkt für den Versuch, dem Umfassenden Abrüstungsprogramm zum Erfolg zu verhelfen. Die ersten Reaktionen des Ostens auf unser Arbeitspapier vom August 1981 (Gesamtentwurf)<sup>13</sup> waren insgesamt positiv. Wir setzen uns in Genf für eine konsensfähige Lösung ein. In diesem Bereich sollte es nicht aussichtslos sein, mit der DDR gemeinsame Ansichten zu entwickeln.

Der DDR sollte nicht erlaubt werden, den Meinungs-austausch ohne klare Zielpunkte zur Substanz fortzuführen. Es ist deshalb wichtig, die Bereitschaft der DDR zu testen, über Grundsätze zu sprechen, die aus westlicher Sicht zentrale Bedeutung haben.

3) In der EPZ-AG „VN-Abrüstung“ am 13.1.1982<sup>14</sup> erkundigte sich Frankreich, ob es bereits konkrete Überlegungen zu gemeinsamen Vorschlägen in der SGV gebe, was unsererseits verneint wurde. Es zeigte sich, daß unsere europäischen Partner die innerdeutsche Diskussion aufmerksam verfolgen.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 21. Juni 1977, der Ständige Vertreter der DDR, Kohl, werde am selben Tag mit Staatssekretär van Well „in Begleitung von Experten aus Ost-Berlin zu Konsultationen über VN- und Abrüstungsfragen“ zusammentreffen. Vgl. Referat 010, Bd. 178747.

<sup>9</sup> Staatssekretär van Well empfing den Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, am 24. Juli 1979. Für das Gespräch vgl. AAPD 1979, II, Dok. 212.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, am 3. Juli 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 196.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „VN-SGV“.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 in New York vgl. AAPD 1981, II, Dok. 275.

<sup>12</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „U[nd] zwar in der Bu[ndes]Rep[ublik] Deutsch[land] oder der DDR.“

<sup>13</sup> Die Bundesrepublik legte am 6. August 1981 im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) zusammen mit Australien, Belgien, Großbritannien und Japan den Entwurf eines „Umfassenden Abrüstungsprogramms“ vor. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 230.

Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XIX, S. 396-404.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „13.1.1981“.

### III. Vorschlag

Der Schwerpunkt des Meinungsaustausches mit der DDR sollte zunächst nach Genf gelegt werden. Als nächstes sollte Botschafter Wegener gebeten werden, mit seinem DDR-Kollegen<sup>15</sup> Fühlung aufzunehmen und die Form eines späteren Meinungsaustausches zu Themen des Genfer Abrüstungsausschusses zu besprechen, wobei er ausdrücklich auf die von BM genannten besonderen Themen hinweisen sollte. Es besteht für uns kein Grund, diesen Dialog mit besonderer Eile zu betreiben. Ziel dieser Kontakte ist es, das Umfassende Abrüstungsprogramm, das zu seiner Annahme der Zustimmung des Ostens bedarf, konkret voranzubringen und für die uns wichtigen Grundsätze zu werben.

Erst als Ergebnis des Genfer Meinungsaustausches wird sich beurteilen lassen, wann eine Fortsetzung auf anderer Ebene zweckmäßig ist. Wenn ein neues Treffen mit Botschafter Krabatsch in Betracht gezogen wird, ist es an uns, dazu nach Bonn einzuladen.

Für Wien sollte vorerst keine Initiative geplant werden. Dort sollten lediglich die ohnehin laufenden Kontakte fortgeführt werden.

Unterrichtung unserer Verbündeten im NATO-Rat hat stattgefunden.

Ref. 210 hat mitgezeichnet.<sup>16</sup>

Ruth

**VS-Bd. 11293 (220)**

<sup>15</sup> Gerhard Herder.

<sup>16</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 24. Januar 1982 handschriftlich: „Gegenüber dem Hauptanliegen der DDR: einem Besuch von BM in Ost-Berlin oder einer Einladung Fischers nach Bonn, sollten wir gerade in der jetzigen Situation Zurückhaltung zeigen.“

## 25

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam**

203-322.00 TUR

18. Januar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Vergleich zwischen der Situation in Polen und in der Türkei

Zweck der Vorlage: Zur Information

Es mehren sich die Stimmen, die die unterschiedliche Reaktion des Westens auf die Militärregierungen in Polen und in der Türkei kritisieren. Es wird behauptet, daß der Westen die Lage in den beiden Ländern mit unterschiedlichen Maßstäben messe. Tatsächlich sind die Situationen beider Länder nicht vergleichbar:

1) Das polnische Militärregime hat die Verhängung des Kriegsrechtes mit dem Willen begründet, zu verhindern, daß das Land durch die schweren politischen und sozialen Spannungen in ein Chaos abgleite. Dazu hätte es jedoch keineswegs kommen müssen. Die Schwierigkeiten vor dem 13. Dezember 1981 waren in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die polnische Regierung – auch unter anhaltendem Druck Moskaus – sich weigerte, den legitimen Forderungen der gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ und der katholischen Kirche, die von der großen Mehrheit der polnischen Bevölkerung unterstützt wurden, zu entsprechen.

Die Gewerkschaftsorganisation „Solidarität“ war gesetzlich zugelassen.<sup>2</sup> Sie bediente sich bei der Durchsetzung ihrer Forderungen legaler Mittel und enthielt sich jeder Anwendung oder Androhung von Gewalt. Das Streikrecht, von dem sie Gebrauch machte, war gesetzlich garantiert.

In der demokratischen Türkei herrschten vor der Machtübernahme der Militärs<sup>3</sup> seit rd. 22 Monaten tatsächlich quasianarchische Zustände. Bewaffnete Gewaltanwendung durch Gruppen und um sich greifender Terror, dessen Unterstützung von außen heute erwiesen ist, steigerten sich schließlich auf rd. 25 Todesopfer täglich. Die demokratischen Institutionen blockierten sich gegenseitig und vermochten so der Situation nicht mehr Herr zu werden. Auch führende demokratische Politiker hielten die Machtübernahme durch das Militär zu jenem Zeitpunkt für unvermeidlich.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 20. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 203 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Lag BM vor Debatte vor.“

Hat Steffler am 21. Januar 1982 erneut vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Simon verfügte.

Hat Simon am 25. Januar 1982 vorgelegen, der hinsichtlich der nicht erfolgten Vorlage bei Staatssekretär von Staden handschriftlich vermerkte: „Der Eile halber unmittelbar.“

<sup>2</sup> Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 28. Oktober 1980 mit: „Warschauer Woiwodschaftsgericht hat am 24. Oktober Registrierung der Gewerkschaft Solidarność vorgenommen und ihr damit den Status einer juristischen Person gewährt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1288; Referat 214, Bd. 132906.

<sup>3</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19.

2) Es gibt bisher keine Anzeichen dafür, daß die polnische Führung entsprechend ihren öffentlichen Zusicherungen zu einer Politik der Erneuerung und der Reform zurückkehren will bzw. dazu in der Lage ist. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, daß die mit den Danziger Vereinbarungen vom August 1980<sup>4</sup> eingeleitete Entwicklung wieder zurückgeschraubt werden soll. Es scheint insbesondere beabsichtigt, die Gewerkschaftsorganisation „Solidarität“, wenn sie überhaupt wieder zugelassen werden soll, unter eine strikte politische und personelle Kontrolle der kommunistischen Partei Polens zu stellen.

In der Türkei erfolgte die Machtübernahme durch die Generäle mit dem ausdrücklichen Ziel, der Demokratie wieder eine gesunde Grundlage zu geben. Die ersten entsprechenden Schritte sind getan: Erarbeitung einer neuen Verfassung durch die Beratende Versammlung, die eine pluralistische, parlamentarische Demokratie schützen soll.<sup>5</sup> Der Verfassungsentwurf wird dem Volk zur eigenen Entscheidung durch Referendum vorgelegt.<sup>6</sup> Ein definitiver Zeitplan für die Etappen der Rückkehr zur Demokratie wurde am 30. Dezember bekanntgegeben.<sup>7</sup> Auch ein neues Parteiengesetz und ein Wahlgesetz werden ausgearbeitet.<sup>8</sup>

3) Nach unseren Erkenntnissen war die polnische Führung vor und bei der Verhängung des Kriegsrechtes schwerem sowjetischem Druck ausgesetzt. Da-

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 30. August 1980 in Stettin geschlossen wurde, vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 66–69.

Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 31. August 1980 in Danzig geschlossen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

Am 3. September 1980 wurde in Jastrzębie ein weiteres Abkommen zwischen dem dortigen überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung unterzeichnet.

<sup>5</sup> Gesandter von Hassell, Ankara, berichtete am 12. Februar 1982, Mitglieder der Beratenden Versammlung hätten ihm mitgeteilt, der Verfassungsausschuß der Versammlung „habe vor einigen Wochen Fragebogen über Grundprinzipien zukünftiger Verfassung an Institutionen wie Universitäten, Anwaltskammern, Gewerkschaften usw. versandt. [...] Aktion habe Absicht zugrunde gelegen, zu erfahren, welche Vorstellungen Institutionen hinsichtlich Prinzipien zukünftiger Verfassung haben. Nach Auswertung Antworten werde ca. 200 000 türkischen Staatsbürgern, die entsprechend Zahlenverhältnis verschiedene Berufsgruppen vertreten, neuer detaillierter Fragebogen mit 35 Fragen zu Einzelaspekten neuer Verfassung zugeleitet werden. Antworten hierauf würden bis Mitte April erwartet. Ab Mai werde man dann die einzelnen Artikel neuer Verfassung redigieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 230; Referat 203, Bd. 124911.

<sup>6</sup> In einer Volksabstimmung am 7. November 1982 sprachen sich 91,5% der Abstimmenden für die Annahme des Verfassungsentwurfs des türkischen „Nationalen Sicherheitsrats“ aus.

<sup>7</sup> Referat 203 notierte am 24. März 1982, Staatschef Evren habe am 30. Dezember 1981 einen Zeitplan für die Wiederherstellung der Demokratie bekanntgegeben, „der von der Vorlage der Verfassung bis Spätsommer 1982 an den Nationalen Sicherheitsrat ausgeht. Bis Ende November 1982 soll eine Volksabstimmung über die Verfassung stattfinden. Nach Annahme der Verfassung wird ein neues Parteien- und Wahlgesetz durch die Beratende Versammlung und den Nationalen Sicherheitsrat verabschiedet. Die ersten freien Wahlen sollen im Herbst 1983 abgehalten werden. Falls die Beratende Versammlung den Verfassungsentwurf nicht bis Spätsommer 1982 fertigstellen sollte oder bedeutende, die Türkei berührende internationale Veränderungen eintreten, sollen die Wahlen spätestens im Frühjahr 1984 stattfinden.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124911.

<sup>8</sup> Referat 203 legte am 24. März 1982 dar, die türkische Staatsführung habe am 19. März 1982 gegenüber dem belgischen Außenminister und EG-Ratspräsidenten Tindemans angedeutet, das Wahlgesetz „werde vom deutschen Wahlrecht beeinflußt werden, das die kleinen Parteien, die eine bestimmte Prozentzahl nicht erreichen, ausschließt; das Parteiengesetz werde völlige Freiheit für Schaffung und Entwicklung der Parteien geben, aber Machtstellungen von Oligarchien zu verhindern suchen.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124911.

hinter dürfte die Befürchtung Moskaus gestanden haben, daß eine Weiterführung der polnischen Reformpolitik, insbesondere die Beseitigung der politischen Vorrangstellung der kommunistischen Partei in Polen, die politische Kontrolle Moskaus auch über andere Staaten des Warschauer Paktes gefährden könnte.

Der Militärputsch in der Türkei war dagegen eine rein innertürkische Entscheidung. Mit ihm reihte sich die Türkei auch nicht einer internationalen Solidaritätsfront von Staaten (wieder) ein; vielmehr isolierte sie sich bewußt von ihren demokratischen Allianzpartnern und westlichen Freunden, allerdings in der erklärten und bisher auch verfolgten Absicht, in absehbarer Zeit wieder ein vollwertiges Mitglied der westlichen demokratischen Staatengemeinschaft zu werden. Die Türkei hat mit dieser Zielsetzung Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Ihr Militär hat bereits zweimal innerhalb von 20 Jahren nach einer als erforderlich betrachteten Machtübernahme im Staate diese wieder freiwillig an eine demokratische Regierung zurückgegeben.<sup>9</sup> Vergleichbare Beispiele aus der kommunistischen Staatenwelt gibt es nicht.

4) Militärregierungen sind für Demokraten in keinem Fall eine wünschenswerte Regierungsform. Sie haben die Suspendierung von Grundrechten, die Einschränkung von Pressefreiheit, von politischer und gewerkschaftlicher Betätigung, die verstärkte polizeiliche Observierung und gerichtliche Verfolgung von einzelnen und Gruppen von Staatsbürgern zur Folge. Insofern gibt es z. Zt. in Polen und in der Türkei in der Tat ähnliche Folgeerscheinungen. Auch ist der Ursprung der Entwicklung, nämlich eine umfassende wirtschaftliche Misere, vergleichbar.

Der Unterschied liegt in folgendem: Die Türkei ist ein orientalisches Entwicklungsland, das sich aus freier Entscheidung am Westen und seinen freiheitlich-demokratischen Maßstäben orientiert. Es muß dabei einen Zivilisationsrückstand von (mindestens) Jahrzehnten beschleunigt überwinden und mit enormen demographischen und ethnischen Unterschiedlichkeiten zurechtkommen. Auch seine demokratischen Regierungen sahen sich gezwungen, über längere Perioden das Ausnahmerecht zu verhängen, so Ecevit 1978 über 23 Provinzen (von 67) – einschließlich Ankara und Istanbul. Sein Nachfolger Demirel erhielt diese Maßnahme aufrecht. Die Militärregierung verhängte ab September 1980 dieses Kriegsrecht dann über das ganze Land. Die Funktionsfähigkeit der Gerichte ist aber unangetastet. Gegen die Entscheidungen auch von Militärgerichten sind Rechtsmittel zulässig, bei Verurteilungen bis zu vier Monaten allerdings nur durch den Kommandanten des jeweiligen Ausnahmezustandsbezirks. Die zunächst verfügte 90-Tage-Frist, während der Häftlinge ohne Zu-

<sup>9</sup> Am 27. Mai 1960 wurde Ministerpräsident Menderes vom Militär gestürzt und am 17. September 1961 hingerichtet. Am 15. Oktober 1961 fanden Wahlen zum türkischen Parlament statt.

Am 12. März 1971 forderten die türkischen Streitkräfte den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Demirel und drohten, ansonsten selbst die Macht zu übernehmen. Noch am selben Tag erklärte Demirel seinen Rücktritt. Vgl. dazu den Artikel „Türkische Generäle stürzen die Regierung Demirel – Ultimatum erzwingt den Rücktritt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1971, S. 1.

Am 19. März 1971 ernannte Präsident Sunay den Abgeordneten Erim zum neuen Ministerpräsidenten, der am 25. März 1971 sein Kabinett vorstellte. Vgl. dazu die Artikel „Die Staatskrise der Türkei vorerst beigelegt“ sowie „Erim präsentiert der Türkei ein ‚Kabinett der Köpfe‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. bzw. 26. März 1971, S. 1 bzw. S. 3.

gang zu einem Anwalt in Polizeihaft genommen werden konnten, wurde inzwischen auf 45 Tage reduziert.

Demgegenüber deutet in Polen alles darauf hin, daß es der polnischen Regierung darum ging und noch darum geht, langfristig die kommunistische Staatsmacht zu sichern, gesellschaftliche Organisationen, wie z. B. der Studenten, und Gewerkschaften gleichzuschalten und keine politische Betätigung zuzulassen, die in unserem Sinn als Ausdruck eines gewissen Pluralismus verstanden werden könnte. Die nach dem 13. Dezember 1981 bekanntgewordene Praxis polnischer Behörden und Gerichte, Streikführer und politisch mißliebige Personen festzunehmen und zu Haftstrafen zu verurteilen<sup>10</sup>, sowie der starke Druck, der jetzt auf die Reformbestrebungen ausgeübt wird, lassen jedes Zeichen von Rechtsstaatlichkeit vermissen.

i.V. Bräutigam

Referat 203, Bd. 124916

## 26

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Botschafter Negwer, z.Z. Bonn

VS-vertraulich

21. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Negwer am 21. Januar 1982 von 13.00 bis 14.30 Uhr im Bundeskanzleramt

Gesprächsteilnehmer: StS von Staden, AL 2<sup>2</sup>.

Negwer zeigt sich auf Frage des Bundeskanzlers nicht zufrieden mit der westlichen Politik in der polnischen Krise, die vom Osten als Kommuniké-Politik abgetan wird. Der Westen erweckt den Eindruck, als strebe er die Restaurierung des Status quo ante vor dem 13.12.1981 an. Er liefert damit dem Osten den „Beweis“ für seine Propagandathese, daß der Westen die Ereignisse in Polen nur nutze, um seinen „imperialistischen“ Einfluß im sowjetischen Machtbe-

<sup>10</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1982 gefertigt und am 29. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers den vom Bundeskanzler gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit Botschafter Negwer am 21. Januar 1982“.

Hat Braunmühl am 29. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Otto von der Gablentz.

reich auszudehnen. Auch die drei westlichen Forderungen<sup>3</sup> werden vom Osten so interpretiert. Während die Forderung nach Freilassung der Internierten reale Bedeutung hat, können die anderen nur, wie es BM Genscher tut, als Forderung nach Herstellung der Rahmenbedingungen angesehen werden.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß sein amerikanischer Kollege Meehan – mit Erfahrungen aus Bonn und Prag – es offensichtlich schwierig hat, mit seinen Berichten in Washington Gehör zu finden. Die westlichen Botschafter arbeiten eng zusammen und sind sich in der Analyse der Lage und in den Konklusionen weitgehend einig.

*Bundeskanzler* regt an, bei den westlichen Konsultationen den Außenministern noch stärker ins Bewußtsein zu heben, daß ihre Botschafter in Warschau die Lage übereinstimmend beurteilen.

*Negwer* berichtet, daß die innere Repression weitgehend den Sicherheitskräften überlassen wurde, die sich gegenüber den Militärs verselbständigt haben. Verfassungsmäßig handelt es sich um einen kriegsmäßigen Zustand in Polen, also einen Rechtszustand und nicht etwa einen faktischen Kriegszustand.

Auf Frage des Bundeskanzlers hält er es für möglich, daß Jaruzelski weiterhin den orthodoxen Flügel der Partei unter Kontrolle hält. Auch die 16 Mitglieder des Militärrats – nicht nur die acht Mitglieder des inneren Führungskreises – gehören zur Nomenklatura.

Von Jaruzelski selbst hat er aus drei bis vier Begegnungen<sup>4</sup> einen sehr positiven Eindruck. Er wirkt ruhig und gelassen und scheint sehr genau zu wissen, was er tut.

*Bundeskanzler* berichtet, daß Jaruzelski nach Honeckers Urteil zunächst ein nationalbewußter Pole ist<sup>5</sup>, der nach russischer Kriegsgefangenschaft keine ausgeprägte Neigung für die SU besitzt, dann ein Militär und erst in dritter Linie ein Kommunist.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>4</sup> Botschafter Negwer, Warschau, traf am 19. Februar 1981 mit Ministerpräsident Jaruzelski zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 46.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau, an dem Negwer teilnahm, vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

Negwer resümierte am 4. Januar 1982: „General Jaruzelski hat heute die hier vertretenen EG-Botschafter bei sich empfangen und ihnen in fast zweistündigem Vortrag seine Ansichten zur bisherigen Lageentwicklung, zur gegenwärtigen Situation und zu den Perspektiven für die unmittelbare Zukunft dargelegt. [...] Er war bemüht, insbesondere die Ereignisse unmittelbar vor dem 13. Dezember in einer Weise darzustellen, welche die ganze Schuld an der drohenden Konfrontation den destruktiven Kräften in Solidarność zuschob. [...] Was werde als nächstes geschehen? Die Zeit des Kriegsrechts werde um so kürzer sein, je weniger innere und äußere Faktoren seine Verlängerung notwendig machten. Konspirative Tätigkeit, die sich gegen den Status quo in Europa richte und junge Menschen zu mißbrauchen suche, sei hier sehr gefährlich. Die Internierten würden schrittweise entlassen, soweit man sicher sei, daß sie sich destruktiver Tätigkeit enthielten. Reform sei der einzige Weg, den Staat zu konsolidieren, aber sie sei nur möglich, wenn die Staatsstrukturen stabil seien. Man strebe eine breitere Koalition für die Regierung an, allerdings nicht mit denjenigen Kräften in Solidarność, die in Radom und Danzig dem Sozialismus den Krieg erklärt hätten. Es gebe auch realistische Kräfte in Solidarność. Der Dialog mit der Kirche gehe weiter.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 17 und Nr. 19; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>5</sup> In einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt legte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. Januar 1982 dar, Ministerpräsident Jaruzelski könne es „als polnischer Patriot“ nicht verantworten, „daß Polen in ein Chaos versinkt“. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 704.

*Negwer* bestätigt dieses Urteil, stellt aber fest, daß die nationale Integrität Jaruzelskis im Volke selbst in Frage gestellt ist, das die Herrschaft der kommunistischen Partei weiterhin als eine Art Fremdherrschaft empfindet. Der nationale Nimbus der Armee war beim Volk sofort nach dem 13.12. zerstört. Den Kriegszustand betrachtet man als Krieg gegen das eigene Volk.

Auf Frage des Bundeskanzlers bezeichnet er Rakowskis Darstellung, Jaruzelski habe das gegenüber einer sowjetischen Militärintervention geringere Übel gewählt, als eine parteiische Stellungnahme.<sup>6</sup> Die Propagandathese, der Solidarität die Schuld für die Zustände vor dem 13.12. zuzuschreiben, ist nicht zu halten. Richtig ist wohl, daß Jaruzelskis Stellung in der Partei – er hat sich zur Wahl zum Ersten Sekretär wohl nicht gedrängt, sondern sich eher dem Vaterland zur Verfügung gestellt – immer schwächer wurde. Denkbar ist auch, daß der dogmatische Flügel einen anderen Parteiführer haben wollte, weil Jaruzelski mit Maßnahmen gegen die Solidarität allzu sehr zögerte. Dieser Flügel mußte sich ermutigt fühlen durch den harten ultimativen Brief des sowjetischen ZK vom Sommer.<sup>7</sup> Es gab Anzeichen, daß eine Abwahl Jaruzelskis zugunsten etwa von Grabski oder Olszowski möglich gewesen wäre. Was dann passiert wäre, läßt sich im nachhinein<sup>8</sup> ablesen an der Erbitterung gegen die Miliz – praktisch die Polizei, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen anderen Namen annahm. Die sieben Todesopfer auf der Zeche Wujek<sup>9</sup> sind ein Zeichen für das brutale Vorgehen der Miliz gegen die erbitterten Arbeiter. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, daß Jaruzelski seinen Entschluß faßte, um die Machtübernahme des orthodoxen Parteiflügels zu verhindern.

*Bundeskanzler* stellt fest, daß diese Vermutungen Negwers in krassem Widerspruch zur These stehen, Jaruzelski habe im Auftrag der SU gehandelt. Für ihn war der Streit über die verschiedenen Thesen zur sowjetischen Rolle in Polen stets ein theoretischer Streit. Ohne faktischen Druck der SU wäre es jedenfalls nie zur Verhängung des Kriegsrechts gekommen. Er fragt nach dem Einfluß der verschiedenen sowjetischen „Zentralen“, Olszowskis (der sich früher immer anders dargestellt hatte), Grabskis, Czyreks (der früher ein eher netter, mittelmaßiger Beamter zu sein schien), Rakowskis (der vielleicht unter dem Druck der Verhältnisse eine schnelle Charakterwandlung durchgemacht hat).

*Negwer* meint, daß Jaruzelski sicher nicht im sowjetischen Auftrag gehandelt hat. Aber zu all den inneren Problemen kam der ständig wachsende Druck aus Moskau. Die sowjetische Mitverantwortung für die Ereignisse ist unbestritten. Der tatsächliche sowjetische Einfluß ist im Sicherheitsapparat am stärksten – wahrscheinlich direkt aus dem Sicherheitsapparat der SU. Der militärische

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Gespräche des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 anlässlich seines Aufenthalts in der Bundesrepublik am 30./31. Dezember 1981; AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des ZK der KPdSU vom 5. Juni 1981 an das ZK der PVAP vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 294–298. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 470–472.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „nachherein“.

<sup>9</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 17. Dezember 1981: „Der polnische Rundfunk gab soeben (19.00 Uhr) bekannt, daß der Stürmung der Grube Wujek in Kattowitz am 16.12.1981 sieben tote und 39 verletzte Bergleute sowie 31 verletzte Milizsoldaten zum Opfer fielen.“ Kattowitz sei zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1929; Referat 214, Bd. 132916.

Druck aus dem Warschauer Pakt ist schwerer zu beurteilen, war wahrscheinlich nicht ausschlaggebend. Die PVAP war und ist in einem trostlosen Zustand. Olszowski scheint inzwischen großes Vertrauen in Moskau zu genießen, obwohl er früher eher als Nationalkommunist galt und Moczar nahestand. Grabski und Siwak galten stets als hundertprozentig moskauhörig. Zu berücksichtigen bleibt, daß auch die PVAP in der Vergangenheit nie versucht hat, alles nach sowjetischem Modell zu gestalten. Man wollte gewisse polnische Besonderheiten bewahren. Der Chefredakteur der „Solidarität“<sup>10</sup> hat z.B. den früheren Staatspräsidenten Bierut hierfür ausdrücklich gelobt. Bierut hat z.B. verhindert, daß Gomułka der Prozeß gemacht wurde. Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß es im Verfahren gegen Gierek<sup>11</sup> jetzt wohl auch nur um die moralische Abrechnung, nicht aber um eine Strafzumessung geht.

Auf Bitte des Bundeskanzlers, aus seiner Sicht zur gegenwärtigen westlichen Politik Stellung zu nehmen, meint er, sie sollte stärker durch einen politischen Dialog begleitet werden. Auch den Polen ist das Ausmaß der Verdächtigungen bekannt, denen wir Deutsche im Westen ausgesetzt sind. Das Interesse am Dialog kommt auch darin zum Ausdruck, daß AM Czyrek offen und freundlich mit ihm sprach, obwohl Negwer, wie die anderen westlichen Botschafter, den Neujahrsempfang boykottiert hatte.

Czyrek erkundigte sich nach der Bedeutung der westlichen Forderung nach „einem echten Dialog“.<sup>12</sup> (BK: Czyrek sollte diese Unschärfe als Vorteil erkennen.) Im übrigen betonte er, daß die Maßnahmen vom 13.12.1981 eine innere Angelegenheit seien, die nichts mit der Schlußakte<sup>13</sup> zu tun haben und ausdrücklich als Ausnahme im Menschenrechtspakt der VN<sup>14</sup> vorgesehen seien. Der VN-

<sup>10</sup> Tadeusz Mazowiecki.

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 214 wurde am 13. Dezember 1981 festgestellt: „Die Verhaftung früherer Partei- und Regierungsverantwortlicher (Gierek, Ex-MP Jaroszewicz u. a.) ist wohl weniger aus Überlegungen der Staatssicherheit und eines befürchteten ‚Comebacks‘ erfolgt als aus Gründen der Optik: Es fällt damit leichter, der über die PVAP verbitterten Bevölkerung die Verhaftung extremistischer Führer der ‚Solidarität‘ [...] zu erklären.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

<sup>12</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 14. Januar 1982 über ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek am selben Tag: „Czyrek nahm eine ausgesprochen defensive Haltung ein und versuchte in einstündigem Gespräch, Verständnis für die derzeitige Situation und die Haltung der polnischen Führung zu wecken.“ Er habe darauf hingewiesen, Ministerpräsident Jaruzelski sei „soeben mit Arbeitern, darunter Vertretern von Solidarność, zusammengetroffen. Auch hier müsse man den Beginn eines Dialogs sehen. Ich habe darauf in aller Offenheit eingewandt, daß ein echter Dialog mit Solidarność nach unserer Ansicht nur zwischen Regierung und dem Präsidium der Gewerkschaft einschließlich Wałęsas stattfinden könne. In der sich hieran anschließenden Diskussion äußerte Czyrek Zweifel, ob das Präsidium von Solidarność und Wałęsa genügend Realismus besäßen, um auf der Grundlage einer notwendigen Beschränkung auf gewerkschaftliche Aufgaben Gespräche zu führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>14</sup> Artikel 4 Absatz 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedet wurde und am 23. März 1976 in Kraft trat, bestimmte: „Im Falle eines öffentlichen Notstandes, der das Leben der Nation bedroht und der amtlich verkündet ist, können die Vertragsstaaten Maßnahmen ergreifen, die ihre Verpflichtungen aus diesem Pakt in dem Umfang, den die Lage unbedingt erfordert, außer Kraft setzen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen ihren sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht zuwiderlaufen und keine Diskriminierung allein wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder der sozialen Herkunft enthalten.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1536.

Generalsekretär<sup>15</sup> wurde entsprechend von der Ergreifung dieser Ausnahme-  
maßnahmen unterrichtet.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob man in Polen den böartigen Unterstellungen  
mancher westlicher Medien Glauben schenke, die Deutschen feilschten  
jetzt mit den Sowjets erneut auf Kosten der Polen, antwortet er mit einem klaren  
Nein. Es gibt im Volk eine vage Enttäuschung, daß der Westen nicht härter  
reagiert, aber es wird insgesamt nicht viel über die westliche Politik ge-  
sprochen.

*Bundeskanzler* berichtet, daß sich erfahrene Politiker wie z. B. Gerstenmaier  
und alle kirchlichen Würdenträger, die er bei einem Empfang zum 75. Geburts-  
tag von Bischof Kunst<sup>16</sup> traf, spontan sehr zustimmend zur Haltung der Bun-  
desregierung in der Polen-Krise geäußert haben. Sie setzten sich für eine Poli-  
tik ein, die ruhiger wirkt als die aufgeregte Linie mancher westlichen Partner.  
Auch die Bundesregierung hat inzwischen eine etwas härtere Tonart gewählt,  
schon um sich nicht vom Papst<sup>17</sup> und dem Primas<sup>18</sup> übertreffen zu lassen. Der  
von Anfang an bekundete Respekt vor dem Urteil der katholischen Kirche in  
Polen und des Vatikans hat es uns erleichtert, die Tonlage unserer Politik den  
sich wandelnden Realitäten anzupassen.

Die Zustimmung des deutschen Volkes zu diesem Kurs der Bundesregierung  
hat weniger mit irgendwelchen nationalen Motiven zu tun als vielmehr mit  
dem Gefühl, daß die internationale Lage gefährlicher geworden ist. Das Gere-  
de in Amerika – am meisten die These, wir lebten in einer Vorkriegszeit – beun-  
ruhigt die Leute zutiefst. Die Deutschen sind auch besorgt, daß die Versöh-  
nung zwischen Polen und Deutschen, die auf gutem Wege war, gefährdet wer-  
den könnte. Was können wir tun und sagen, um diese Versöhnung auch im Be-  
wußtsein unseres Volkes zu erhalten?

*Negwer* sieht das Bild der Deutschen in Polen noch nicht gefährdet. Die hu-  
manitäre Hilfe der Deutschen hat, wie überhaupt die gesamte Entwicklung  
seit August 1980, dazu beigetragen, das gute deutsch-polnische Verhältnis um  
einen großen Sprung weiterzubringen.

*Bundeskanzler* wird in einem Fernsehprogramm zu dem von den Gewerkschaf-  
ten proklamierten Solidaritätstag mit Polen am 30. Januar auf die moralische  
und politische Bedeutung des deutsch-polnischen Verhältnisses eingehen.<sup>19</sup> Der  
moralische und politische Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege konn-  
te sich nicht ohne die Zustimmung der Welt vollziehen. Er wäre nicht möglich  
gewesen, wenn nicht die Deutschen vor den anderen Völkern und vor Gott be-  
reit gewesen wären, wiedergutzumachen, was die Nazis angerichtet hatten.  
Dabei ging es weniger um die finanzielle Wiedergutmachung für die Juden in  
aller Welt, sondern insbesondere auch um eine völlig neue Haltung gegenüber  
den Nachbarvölkern, insbesondere Frankreich und Polen. Das neue Verständ-

<sup>15</sup> Kurt Waldheim.

<sup>16</sup> Der ehemalige Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bun-  
desregierung, Kunst, feierte am 21. Januar 1982 seinen 75. Geburtstag.

<sup>17</sup> Johannes Paul II.

<sup>18</sup> Józef Glemp.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die Bundeskanzler Schmidt am 30. Januar 1982 anlässlich des  
„Tages der Solidarität mit Polen“ im amerikanischen Fernsehen abgab, vgl. BULLETIN 1982, S. 69.

nis und die neue Aufgeschlossenheit für Polen – die wegen der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten nicht einfach war – war dabei ein ganz wesentlicher Faktor. Wir müssen diese gegenseitige seelische Öffnung von Deutschen und Polen nach tausend Jahren einer oft sehr leidvollen Geschichte sehr pfleglich behandeln. Das muß auch in unseren öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck kommen.

*Negwer* meint, daß die gewisse Verhärtung in der Tonlage gegenüber Polen eine Tatsache ist, die auch die Polen verstehen können. Die bisher vom Westen ergriffenen Maßnahmen treffen die Polen nicht wirklich ernsthaft. Ernst würde es allerdings, wenn man die Umschuldungsverhandlungen zu lange aufschiebt und die Zahlungsunfähigkeit Polens öffentlich festgestellt wird.

*Bundeskanzler* betont, daß eine Lösung dieser vielschichtigen Frage nicht in der Macht der Bundesregierung liegt.

Das Aktienrecht zwingt die Banken, die teilweise wegen ihrer Polen-Kredite in echte Schwierigkeiten geraten, zu Wertberichtigungen. Sie müssen im Mai oder Juni vor ihren Aktionären Rechenschaft ablegen. Das gilt nicht nur für die deutschen Banken. Das Ausbleiben von Zinszahlungen vergrößert noch den Zweifel an den Forderungen an Polen. Mit kleinen Beträgen sind auch eine ganze Menge amerikanischer Banken beteiligt. Sie können ihre Anteile ganz abschreiben, ohne dadurch in große Schwierigkeiten zu geraten. Die Gefahr ist groß, daß eine der vielen amerikanischen Banken die Kette des cross defaulting auslöst. Keine verantwortliche Bank kann das wollen, aber es könnte politische Motive geben. Keine Bank kann Umschuldungsverhandlungen führen, solange die Zinsen nicht gezahlt werden.

Das Garantierisiko des Bundes beträgt bereits jetzt eineinhalb bis zwei Milliarden DM. Banken, die einen großen Selbstbehalt haben, können neue Kredite kaum geben ohne eine staatliche Absicherung bis zu etwa 95 %.

Das Problem der Umschuldung ist also aus rein bankmäßigen Gründen nicht zu lösen, wenn die Zinsen nicht gezahlt werden. Auf Frage *Negwers*, ob nicht die ausstehenden Zinsen mit von den COMECON-Banken garantierten Wechseln gezahlt werden können, meint er, daß dies dann auf eine Umschuldung mit sowjetischer Garantie hinausläuft. Wir werden dann auch mit amerikanischen Überlegungen zu rechnen haben, ob man nicht auf diesem Gebiet die Sowjets unter Druck setzen kann. Zwar müßten die USA wissen, daß künftige Weizenlieferungen aus Amerika von den Sowjets in Zukunft nur mit dem Erlös für ihre Gaslieferungen nach Europa bezahlt werden können. Diese Zusammenhänge werden allerdings gegenwärtig offensichtlich nicht klar gesehen.

Man muß also deutlich sehen, daß die westlichen Regierungen und Banken z. Zt. keine Möglichkeiten haben, weiter zu helfen. Dazu tragen auch wesentlich die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Westen bei. Wir können nicht auf Kosten der Beschäftigung immer mehr sparen. Wir können auch nicht von außen die polnische Volkswirtschaft in Ordnung bringen.

Zusammenfassend stellt er fest:

1) Er stimmt *Negwer* zu, daß der Dialog mit der polnischen Führung nicht abbrechen darf, auch wenn wir wie beim *Rakowski-Besuch* mit Unterstellungen in westlichen Medien zu rechnen haben.

2) In der Umschuldungsfrage kann die Bundesregierung von sich aus nicht tätig werden.

Auf Frage Negwers, ob nicht die Bundesregierung und der Westen ein klärendes Wort sagen müssen, um dem Eindruck entgegenzuwirken, der Westen wolle eine Rückkehr zum Zustand vor dem 13.12.1981, betont er, daß Negwer seinen Gesprächspartnern im Vertrauen vom Bundeskanzler sagen könne:

- Wenn die Zahl der Verhafteten von 5000 auf 500 reduziert wird, wird das Einfluß auf unser Urteil über die Militärregierung haben.
- Wir möchten das in den letzten zehn Jahren zwischen Polen und Deutschen entstandene neue Verhältnis der Nachbarschaft und des Verständnisses nicht gefährdet sehen. Ohne es direkt zu sagen, könne Negwer durchscheinen lassen, daß die Sympathie des Bundeskanzlers für Polen auch durch die gegenwärtigen Entwicklungen nicht in Frage gestellt wird.

Er bittet, Herrn Zimmerer seine Grüße zu bestellen.

Er fügt als persönliches Wort hinzu, daß er keinen Anlaß sieht, seine Einstellung zu Gierek zu revidieren. In dem Gespräch beim Spaziergang im Park in Helsinki<sup>20</sup>, das schließlich zur Einigung über den zweiten Polenvertrag<sup>21</sup> führte, ist ihm das innere Interesse Giereks an einer Versöhnung zwischen Deutschland und Polen deutlich geworden. Gierek habe immer wieder gesagt, „es muß doch mal zu Ende gehen mit der Feindschaft zwischen Deutschen und Polen“, und ihm erläutert, was von deutscher Seite getan werden muß, um ihm zu helfen, diese Politik auch im Politbüro durchzusetzen. Allerdings hat Gierek, wie seine Gespräche beim offiziellen Besuch in Polen<sup>22</sup> zeigten, die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht verstanden. Er habe auf seine Bemerkung, daß er die westlichen Kredite für Stahlwerke und Werften nicht mit Aufträgen aus dem Osten zurückzahlen könne, kein Verständnis gehabt.

Negwer sieht auf Frage des Bundeskanzlers als einzig positives Element in der gegenwärtigen Entwicklung der polnischen Wirtschaft die Steigerung der Kohlenförderung. Das könnte die Außenhandelsbilanz 1982 etwas erleichtern. Aber die frühere Hoffnung auf eine ausgeglichene Handelsbilanz oder sogar einen Überschuß wird sich natürlich nicht erfüllen.

*Bundeskanzler* berichtet über die bitteren Klagen Honeckers. Die DDR war gezwungen, für eine Viertelmilliarde DM in harter Währung Kohle im Westen zu kaufen und mußte dazu noch Kredite an Polen gewähren.<sup>23</sup> (Negwer: Auch die

<sup>20</sup> Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

<sup>21</sup> Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, eine Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, ein Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits an Polen, ein Ausreiseprotokoll sowie ein Langfristiges Programm über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1193–1203. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. AAPD 1979, II, Dok. 236 und Dok. 237.

<sup>23</sup> Anlässlich seines Aufenthalts vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR kam Bundeskanzler Schmidt am 11. Dezember 1981 am Döllnsee zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Dabei wies Honecker mit Blick auf die Lage in Polen auf die „negativen Auswirkungen für die Wirtschaft der DDR“ hin: „So seien fest eingeplante Lieferungen aus

DDR scheint nicht allen Lieferverpflichtungen an Polen nachgekommen zu sein.) Die Verbitterung Honeckers ist nur Ausdruck für die wachsenden Schwierigkeiten im ganzen Ostblock. Auch die SU kann in der gegenwärtigen Lage eigentlich wirklich nur helfen durch Auflösung der eigenen Währungsreserven oder durch Goldverkäufe.

Auf die Bemerkung Negwers, daß im Grunde nicht zu verstehen ist, daß ein reiches Land wie Polen die eigene Bevölkerung nicht ernähren kann, schildert er seinen Eindruck von einem Hubschrauberflug in Polen. Die kleinen Bauernäcker machen den Eindruck einer Vorstadt-Landschaft. Aber die notwendige Flurbereinigung wird sicherlich auf den Widerstand der Bauern und auch der Kirche stoßen, da es ohne die Auflösungen unzähliger selbständiger Bauernstellen nicht ginge.

*Negwer* berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich die bedrückenden Umstände in Polen auch auf die Arbeit der Botschaft auswirken und von den Mitarbeitern das Äußerste verlangen.

*Bundeskanzler* bittet *Negwer*, seinen Mitarbeitern zu sagen, daß er mit ihm in einem ausführlichen Gespräch von eineinhalb Stunden die Lage in Polen und auch die Arbeit der Botschaft ausführlich erörtert habe. Der Bundeskanzler möchte ihnen seine Anerkennung aussprechen und ihnen Mut machen für ihre schwierige Aufgabe. Der Bundeskanzler habe dem Botschafter ausdrücklich zugestimmt, daß wir am Gespräch und am Dialog mit den Polen festhalten. Daher ist die zur Zeit besonders schwierige Aufgabe der Vertretung für unsere Politik unverzichtbar. Sie dient dem guten Verhältnis zwischen den Deutschen und den Polen, ohne das es keinen stabilen Frieden in Europa geben wird.

*Negwer* dankt dem Bundeskanzler. Er hat aus diesem Gespräch wieder neuen Mut geschöpft für seine Arbeit.

*Bundeskanzler* stimmt *StS* von *Staden* zu, daß wir in unserer Polenpolitik auf einem sehr schmalen Grat wandern zwischen der notwendigen Solidarität in der Allianz und dem, was wir nach der Lage in Polen für richtig halten.<sup>24</sup> Er hat nicht umsonst den Bundestag an Adenauers Reaktion auf den Mauerbau 1961 erinnert.<sup>25</sup> Auch damals hat es auf diese Ereignisse nur Kommuniqués und Proteste gegeben. Adenauer hatte damals in der Sache nicht unrecht, wenn er auch von allen Seiten angegriffen wurde. Wenn man glaubt, in solch einer Lage mit Gewaltanwendung drohen zu können, läuft man Gefahr, seine Drohungen eines Tages wahrmachen zu müssen. Worauf es ankommt, ist eine ausgewogene Politik des Drucks und des Anreizes, von Zuckerbrot und Peitsche.

*Negwer* berichtet auf Einwurf *StS* von *Staden*, daß die Haltung der KPI sicherlich zu einer Ermutigung der Reformkräfte in Polen beigetragen habe.<sup>26</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 131*

Polen, insbesondere Steinkohlelieferungen im Wert von 3 Mrd. Mark ausgefallen, die teilweise durch Käufe außerhalb des RGW hätten kompensiert werden müssen. Zudem hätte die DDR 1/2 Mrd. Mark zur Unterstützung Polens bezahlt.“ Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 670 f.

<sup>24</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse *Edler* von *Braunmühl* durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>25</sup> Bundeskanzler *Schmidt* äußerte sich am 19. Januar 1982 zum Treffen des Bundeskanzlers *Adenauer* mit dem sowjetischen Botschafter *Smirnow* am 16. August 1961. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTTE, Bd. 120, S. 4519 f.

<sup>26</sup> Zur Haltung der KPI vgl. Dok. 6, Anm. 9.

Czyrek habe ihm auf eine Frage nach der Haltung Berlinguers und der Sozialistischen Internationale gesagt: Die SI ist eine alte Organisation mit großer Erfahrung und Verantwortungsgefühl, während der Eurokommunismus eine äußerst zweifelhafte Angelegenheit ist.

VS-Bd. 14105 (010)

27

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

200-350.14

22. Januar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Die EPZ im Vorfeld der deutschen Präsidentschaft 1983;  
hier: Griechisches Verhalten

Zweck der Vorlage: Zur Information und Billigung des Entscheidungsvorschlages

[I.] Entscheidungsvorschlag:

Angesichts des obstruktiven griechischen Verhaltens in der Politischen Zusammenarbeit nach dem Regierungswechsel in Athen<sup>4</sup> empfiehlt sich

- Nutzung aller bilateralen Einwirkungsmöglichkeiten auf Griechenland (auf offizieller wie inoffizieller Ebene), um Griechen zu verdeutlichen, daß nur eine Politik der loyalen Zusammenarbeit den Weg auch für die Einflußnahme auf die Politik der europäischen Partner öffnet;
- zögerliche Behandlung bi- und multilateral vorgebrachter griechischer wirtschaftlicher Wünsche, solange Griechenland an seiner ständigen Verweigerungshaltung festhält;
- Nutzung des Europäischen Parlamentes, um auf Griechenland Einfluß zu nehmen;
- Verstärkung des bilateralen Kontaktes zu denjenigen Partnern, bei denen am ehesten die Gefahr besteht, daß das griechische Beispiel Schule macht.

Am 13. Oktober 1981 verabschiedeten die zehn Außenminister den „Londoner Bericht“ zur EPZ.<sup>5</sup> Ohne die Grundstrukturen der Politischen Zusammenarbeit

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit konzipiert. Hat Stabreit am 17. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 30. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Nach den Wahlen zum griechischen Parlament am 18. Oktober 1981 wurde am 21. Oktober 1981 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Papandreou vereidigt.

<sup>5</sup> Bei der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London wurde ein Bericht über die Reform der EPZ-Strukturen verabschiedet. Für den Wortlaut des Berichts vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 299.

zu ändern, brachte ihr der Londoner Bericht eine Reihe konkreter Verbesserungen. Diese haben jedoch bisher ihre Wirkung kaum entfalten können. Im Gegenteil, die Politische Zusammenarbeit hat in den letzten Monaten an Dynamik verloren. Dies muß uns im Hinblick auf unsere europapolitische Interessenlage, aber auch auf die Gestaltung der deutschen Präsidentschaft Anfang 1983<sup>6</sup> Anlaß zu Besorgnis sein.

## II. Probleme der Zusammenarbeit der Zehn

1) Die EPZ war nie störungsfrei, da sich die Außenpolitiken der einzelnen Staaten vor zum Teil erheblich divergierendem innenpolitischen Hintergrund auch nach zehn Jahren Politischer Zusammenarbeit noch zu sehr unterscheiden, um eine völlige Harmonie denkbar erscheinen zu lassen. Dessen ungeachtet war es gelungen, einen wesentlichen Fundus gemeinsamer Positionen zu erarbeiten. Neben der KSZE war es in letzter Zeit insbesondere die Nahost-Problematik, die im Mittelpunkt erfolgreicher Bemühungen der Zehn stand, eine gemeinsame Politik zu formulieren. Als schwierig erwiesen sich in einzelnen Fragen immer wieder die Iren (vor dem Hintergrund ihrer Neutralität, aber auch ihrer eigenen „kolonialen“ Vergangenheit). Die irische Haltung blieb jedoch stets konstruktiv<sup>7</sup>, auch dort, wo sich Irland – wie häufig in den Vereinten Nationen – mit einem gewissen Bedauern der Position der übrigen Neun (oder einer Mehrheit unter den Zehn) nicht anschließen zu können glaubte. In Dänemark, einem wegen seiner instabilen politischen Verhältnisse und mehrheitlich nicht pro-europäisch eingestellten Bevölkerung auch nicht immer einfachen Partner, sorgte eine ausgezeichnete, professionelle Diplomatie dafür, daß die Störungsauswirkungen im allgemeinen gering blieben. Frankreich versuchte in den letzten Jahren der Präsidentschaft Giscard d'Estaings immer seltener, eine Sonderposition durchzusetzen, die von den Partnern nicht hätte akzeptiert werden können. Auch die griechische Regierung Rallis/Mitsotakis arbeitete nach dem 1.1.1981 konstruktiv an der EPZ mit.

Dies alles hat sich im zweiten Halbjahr 1981 mit der Wahl Andreas Papandreu zum Premierminister grundlegend gewandelt. Während der Übergang zu einer neuen Führungséquipe in Paris<sup>8</sup> gut gemeistert werden konnte, sieht man von der Verwirrung ab, die Außenminister Cheysson vorübergehend in der Frage der Position der Zehn zum Nahost-Problem auslöste, stellt die griechische Führung mit ihrem Vorgehen die EPZ selbst in Frage. Setzt sich diese Politik fort – und zur Stunde berechtigt wenig zu der Hoffnung, daß Papandreu sich der Einsicht in die Nützlichkeit enger Abstimmung zwischen den zehn EG-Staaten in Fragen der Außenpolitik beugen wird –, so wird hiervon nicht nur eine demoralisierende Wirkung auf die Politische Zusammenarbeit ausgehen, sondern auch die Gefahr einer Nachahmung. Das Bemühen der Bundesregierung und der italienischen Regierung, im Wege einer neuen Europainitiative<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>7</sup> Zum Passus „Die irische ... konstruktiv“ vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „[f]ichtig!“.

<sup>8</sup> Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging. Zum Ministerpräsidenten wurde am 21. Mai 1981 der Abgeordnete Mauroy ernannt.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo verständigten sich am 3. Oktober 1981 in Rom auf einen Vorschlag für eine Europäische Akte, mit der die Integration der EG

EG und EPZ zu größerer Kohäsion und Handlungsfähigkeit nach innen wie nach außen zusammenzufügen, wird u. U. durch das griechische Vorgehen schon in statu nascendi gefährdet.

2) Der amtierende Vorsitzende der Zehn, der dänische Außenminister Jørgensen, richtete am 26. Juni 1978 ein Schreiben an den griechischen Außenminister Rallis, in dem es heißt: „Die Neun erwarten von Griechenland, daß es sich mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages<sup>10</sup> verpflichtet, an der Politischen Zusammenarbeit mit den Rechten und Pflichten, die mit dieser verbunden sind, teilzunehmen.“

In seiner Antwortrede erwiderte der griechische Außenminister anlässlich der Übergabe dieser Mitteilung folgendes: „In der Tat ist diese Politische Zusammenarbeit, eine intergouvernementale Tätigkeit, die sich den auf den rechtlichen Verpflichtungen des Vertrages von Rom<sup>11</sup> beruhenden Gemeinschaftsaktivitäten hinzugesellt, unerlässlich für die Entwicklung eines europäischen gemeinschaftlichen Bewußtseins und die Erreichung des Endziels, der europäischen Einigung.“

Griechenland hat aber erkennen lassen, daß es nicht gewillt ist, sich an Regeln zu halten, deren Einhaltung die neun anderen Partner damit ersichtlich zur Geschäftsgrundlage seines Beitrittes gemacht haben. Dies gilt für die Übernahme des „acquis politique“ mit Inkrafttreten des Beitrittes<sup>12</sup>, für die Verpflichtung zur Konsultation (gegen die Papandreu mit der Aufnahme quasi-diplomatischer Beziehungen zur PLO<sup>13</sup> ohne auch nur einer Information seiner europäischen Partner erstmalig verstieß), ja sogar für eine so allgemeine und unbestrittene Regel des zwischenstaatlichen Verkehrs, daß die Stimme eines ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreters des Landes nicht im nachhinein dadurch entwertet werden darf, daß erklärt wird, dieser habe seine internen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 134*

vertieft und der Weg zur Bildung einer Europäischen Union beschritten werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 282.

Am 26./27. November 1981 unterbreiteten die Bundesrepublik und Italien bei der Tagung des Europäischen Rats in London den Entwurf einer politischen Grundsatzklärung zur Europäischen Union (Europäische Akte). Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 332, Dok. 348 und Dok. 349.

Für den Wortlaut des „Entwurfs einer Europäischen Akte“ und des „Textentwurfs einer Erklärung zu Fragen der wirtschaftlichen Integration“ vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 99–104.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Beschlusses des EG-Ministerrats vom 24. Mai 1979 über den Beitritt Griechenlands zur EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 234.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1979 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Griechenland über den Beitritt Griechenlands zur EWG und EURATOM vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 232 f.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

<sup>12</sup> Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

<sup>13</sup> Botschafter Sigrist, Athen, teilte am 30. Oktober 1981 mit: „Bei heutiger EG-Unterrichtung erläuterte Nahost-Referent im griech[ischen] Außenministerium [...] Haltung der neuen griechischen Regierung gegenüber PLO auf der Grundlage der jüngsten Äußerungen von MP Papandreu.“ Die griechische Regierung sehe die PLO als einzigen Repräsentanten der Palästinenser an und werde die Frage der Aufwertung des Büros der PLO in Athen erörtern. Über Einzelheiten habe sie sich noch keine Gedanken gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 740; Referat 310, Bd. 135693.

Botschaftsrat I. Klasse Kuhna, Athen, berichtete am 21. Dezember 1981, im griechischen Außenministerium sei bestätigt worden, daß die PLO-Mission „nicht als diplomatische Mission, sondern unter der Rubrik der sonstigen Missionen (other missions) aufgeführt werden soll“. Die PLO werde „de facto, aber nicht de iure anerkannt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 888; Referat 203, Bd. 123279.

Vollmachten überschritten und sein Land infolgedessen nicht binden können.<sup>14</sup> Daß diese Behauptung durch die Entlassung des betreffenden Staatssekretärs untermauert wird, macht das Vorgehen der griechischen Regierung weder sympathischer noch rechtlich akzeptabler.

Die griechische Regierung verstößt im übrigen gegen zwei ungeschriebene Grundsätze der EPZ, deren Beachtung für das Funktionieren der Politischen Zusammenarbeit unerlässlich ist. Dazu gehört der Grundsatz, daß Partner, die sich mit ihrer Auffassung isoliert sehen, eine Anstrengung unternehmen, um sich der Linie der Mehrheit anzunähern, nicht aber verlangen, daß diese Mehrheit auf ihre Linie einschwenkt. Mehr und mehr verspürte man in den vergangenen Jahren das Bemühen bei allen Partnern, zumindest in zentralen Fragen nicht im Alleingang einen Konsens zu verhindern. In der MFO<sup>15</sup>-Frage verhinderte Griechenland längere Zeit hindurch einen Konsens und zwang seine Partner immer wieder zu neuen Abstrichen.<sup>16</sup>

Eine zweite ungeschriebene Regel war es, daß kein Partner die Zusammenarbeit der Zehn mit seinen Sonderproblemen (weder solchen mit Partnern noch aber solchen mit Drittstaaten) obstruiert, ganz zu schweigen von dem Versuch, etwa die Haltung der Partner zu einem solchen Problem durch Verweigerung in anderen Bereichen zu beeinflussen. In eleganter Weise wurde dies durch Großbritannien am Beispiel von Gibraltar<sup>17</sup> vorexerziert. Aber auch die – un-

<sup>14</sup> Am 6. Januar 1982 teilte ein Sprecher der griechischen Regierung mit, der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Fotilas, sei am Vortag entlassen worden, weil er bei der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel die Weisungen von Außenminister Charalambopoulos überschritten und das Schlußkommuniqué unterzeichnet habe. Griechenland fühle sich an diese Unterschrift nicht gebunden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1982, Z 26.

<sup>15</sup> Multinational Force and Observers.

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 9. Februar 1982: „Israel hat am 31.1.1982 der geplanten Beteiligung von vier EG-Staaten an der MFO zugestimmt. Die anderen beiden Camp-David-Partner, die USA und Ägypten, das schon zuvor zugestimmt hatte, haben diese Entscheidung mit Erleichterung aufgenommen. Die MFO war gemäß dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vom 26.3.1979 alternativ zu einer VN-Sinai-Friedenstruppe vorgesehen, die vorwiegend an der Ablehnung Camp Davids durch die SU gescheitert war. Das Protokoll über die Errichtung der MFO war am 3.8.1981 in Washington zwischen den USA, Ägypten und Israel unterzeichnet worden. [...] Der Auftrag besteht in ‚to observe, report, verify‘. Die Truppe soll am 20.3.1982 einsatzbereit sein und wird am 25.4.1982 ihre Funktion voll aufnehmen. Folgende zehn Staaten werden Kontingente stellen: USA, Fidschi, Uruguay, Kolumbien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Niederlande, Australien, Neuseeland. [...] Die Ursache für den schwierigen und zeitraubenden Entscheidungsprozeß waren das abgrundtiefe Mißtrauen Begins auf israelischer Seite und Profilierungsversuche der neuen griechischen Regierung Papandreu auf europäischer Seite.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135710.

<sup>17</sup> Referat 203 gab im September 1981 folgenden Sachstand: „Die ungelöste Frage des künftigen Status von Gibraltar belastet die ansonsten problemfreien spanisch-britischen Beziehungen. Seit Mitte der fünfziger Jahre bemühte sich Spanien wieder verstärkt um die Rückkehr Gibraltars unter seine territoriale Souveränität, das es 1713 im Friedensvertrag von Utrecht [...] an Großbritannien hatte abtreten müssen. [...] Hauptproblem für die Aufnahme von Verhandlungen war die seit Juni 1969 von Spanien verhängte totale Sperre der Land- und Seeverbindungen nach Spanien als ‚Vergeltung‘ gegen die im Mai 1969 per ‚Gibraltar Constitution Order‘ gewährte Verfassung. [...] Am Rande der AM-Konferenz des Europarates in Lissabon vereinbarten AM Oreja und Lord Carrington am 10.4.80 gleichzeitig mit der Öffnung der Land- und Seeverbindungen die Aufnahme von Verhandlungen.“ Die Verhandlungen hätten bisher keinen Durchbruch erbracht: „Spanien fordert ab Wiederherstellung der Land- und Seeverbindungen zu Gibraltar die Gleichbehandlung seiner Staatsbürger mit Angehörigen von EG-Mitgliedsländern, während GB sich auf die Position zurückzieht,

geachtet ihrer ungelösten Probleme mit der Türkei – in der ersten Hälfte des Jahres 1981 konstruktive Mitarbeit der damaligen griechischen Regierung bietet ein Beispiel dafür, wie ein Partnerstaat sich loyal verhält.

Die neue griechische Regierung scheint hiervon abzugehen. Der Konflikt mit der Türkei steht im Zentrum ihrer Politik, und es ist zu vermuten, daß für Athen nur in dem Maße von einer reibungslosen Politischen Zusammenarbeit die Rede sein kann, als die neun europäischen Partner sich dazu verstehen, den griechischen Vorstellungen in bezug auf die Türkei Rechnung zu tragen. Athen dürfte dabei in langfristiger Perspektive seine Hand überreizen, doch kann bis zu dem Tag, an dem sich diese Einsicht bei den Griechen durchsetzt, bleibender Schaden angerichtet sein.

3) Es besteht die Gefahr, daß es zu einer lang andauernden Störung der EPZ kommt, dies just in dem Augenblick, in dem die Neun bzw. die Zehn beginnen, zaghaft aus dem Bereich gemeinsamer Analyse und Koordination ihrer Politiken hinauszutreten und zu gemeinsamer Aktion überzugehen. Von einer solchen Störung müßte unweigerlich eine demoralisierende Wirkung ausgehen. Darüber hinaus ist nicht abzusehen, wie sich angesichts solcher Einstellung die griechische Regierung in den Verhandlungen über eine Europäische Akte einlassen wird, die der Grundtendenz ihrer Politik – der einer größeren Handlungsfreiheit – zuwiderläuft.

Was kann getan werden, um dem entgegenzuwirken?

a) Alle bilateralen Einwirkungsmöglichkeiten auf Griechenland sollten genutzt werden, um Griechen zum Einhalten der europäischen Spielregeln zu bewegen und ihnen klarzumachen, daß alle Partner ihre nationalen Belange im Interesse der Gemeinschaft in gewisser Hinsicht zurückstellen. Nur eine im allgemeinen loyale Zusammenarbeit eröffnet auch die Möglichkeit, auf die Politik der anderen selbst Einfluß zu nehmen. Wir sollten auch unsere Partner für eine solche bilaterale Einwirkung gewinnen. Vor allem muß auch nur der Anschein, daß Athen mit seiner Verweigerungspolitik die westliche Haltung gegenüber der Türkei negativ beeinflussen könnte, vermieden werden.

b) Auch dort, wo die neun Partner eventuell bereit sein könnten, griechischen bi- und multilateralen, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen vorgebrachten Wünschen entgegenzukommen, sollten diese zumindest so lange zögerlich behandelt werden, wie Griechenland an seinem unakzeptablen Verhalten festhält. Dies gilt auch für den drohenden – wenn auch noch nicht konkretisierten und jedenfalls für uns nicht akzeptablen – Versuch einer Neuaushandlung bestimmter Beitrittsbedingungen, zumindest aber die Forderung nach besonderen Vergünstigungen mit lähmenden Folgen für die wirtschaftliche Integration. Es muß deutlich sein, daß die in der EPZ geltende Konsensregel keinen Freibrief verleiht. Wir selbst sollten zusammen mit unserem italienischen Partner Griechenland unser vitales Interesse an einer politischen Belebung des europäischen Einigungswerkes bekunden, die wir durch das griechische Verhalten in Frage gestellt sehen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 136*

daß diese Frage gesetzgeberische Maßnahmen des Parlaments von Gibraltar erfordere, auf die es keinen Einfluß habe.“ Vgl. Referat 204, Bd. 123325.

c) Unter Umständen sollte auch in geeigneter Weise über die deutschen Abgeordneten das Europäische Parlament zu kritischen Fragen veranlaßt werden. Griechenland wird hier unter Umständen besonders empfindlich sein, da es hofft, das Europäische Parlament für seine Politik gegenüber der Türkei im Zeichen der Machtübernahme durch das Militär<sup>18</sup> auf seiner Seite zu haben.

d) Besondere Aufmerksamkeit müssen wir der Gefahr widmen, daß das griechische Beispiel „Schule macht“. Dies wird am ehesten dort der Fall sein, wo bereits jetzt Partner in bestimmten Bereichen nur mit Mühe einer gemeinsamen Linie folgen. Dies deutet sich z. B. bereits in den Vereinten Nationen an. Wir sollten die in Betracht kommenden „Schwachstellen“ analysieren und den bilateralen Kontakt zu den betreffenden Partnern gezielt verstärken.

Herr D4<sup>19</sup> hat mitgezeichnet.

Pfeffer

Referat 200, Bd. 122745

## 28

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-321.00-234/82 VS-vertraulich

22. Januar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Überlegungen zur Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen angesichts der Krise in und um Polen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Im Lichte des Meinungsaustauschs beim Treffen der Staatssekretäre am 15.1. 1982 (Fünferkreis)<sup>4</sup> sollten für unser weiteres Vorgehen gegenüber der DDR folgende Gesichtspunkte im Auge behalten werden:

<sup>18</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

<sup>19</sup> Per Fischer.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 27. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 23. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 24. Januar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Vorlage ist für die vor uns liegende [Zeit] von erheblicher Bedeutung. Bei den Rüstungskontrollgesprächen mit der DDR ist der Zusammenhang zu beachten.“

<sup>4</sup> Staatssekretär von Staden hielt am 15. Januar 1982 zum „Treffen des Fünfer-Kreises“ am selben Tag fest: „Auf Frage von Herrn Huonker habe ich dargelegt, daß wir den Rüstungskontrollbereich [...] als verfahrensmäßig bis auf weiteres ausgenommen von der Krise in und um Polen betrachten. Dies beziehe sich folglich auch auf die in Aussicht genommenen deutsch-deutschen Kontakte in diesem Bereich. StS Bölling stimmte dem unter internationalen Gesichtspunkten zu. Im Hinblick auf unsere Interessenlage gegenüber der DDR führte er unter Zustimmung von Herrn Huonker je-

1) Die DDR hat die Entwicklung in Polen von Anfang an mit großer Sorge verfolgt. Es handelte sich in ihrer Sicht um eine Konterrevolution, durch die jedenfalls längerfristig die kommunistische Herrschaftsstruktur auch in anderen Staaten des WP gefährdet wurde<sup>5</sup>. Die Verhängung des Ausnahmezustandes am 13.12.1981 ist daher von ihr als längst fälliger Schritt begrüßt worden. StS Bölling hat aus seinen Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden und Mitgliedern des Politbüros der SED beim Neujahrsempfang<sup>6</sup> sogar den Eindruck gewonnen, daß die DDR erneut die Rolle des Scharfmachers zu übernehmen beginnt.

Gleichzeitig fällt auf, daß die Bundesregierung in den Medien der DDR bei der Wiedergabe westlicher Reaktionen auf die Ereignisse in Polen in bemerkenswerter Weise geschont wird. Öffentliche Kritik richtet sich vornehmlich gegen die USA und die Opposition. Dies wird als Ausdruck des Wunsches angesehen werden können, das am Werbellinsee<sup>7</sup> geschaffene positive Klima nicht verlorengelassen zu lassen. Es läßt ferner den Schluß zu, daß Honecker offenkundig über eine gewisse Marge verfügt, die Interessen der DDR weiterzuverfolgen.<sup>8</sup> Unser eigenes weiteres Vorgehen kann die Entwicklung in und um Polen jedoch nicht unbeachtet lassen. Auch wenn die Frage von Sanktionen gegenüber der DDR noch nicht gestellt ist, müssen wir sorgfältig darauf achten, daß unsere Politik bei unseren Freunden und in unserer öffentlichen Meinung keinen Mißdeutungen ausgesetzt ist. Diese Gefahr ist um so größer, je mehr die DDR sich in ihrer Rolle exponiert, der Sowjetunion propagandistische Hilfestellung zu leisten.<sup>9</sup> Ein behutsames Agieren ist insbesondere in den Bereichen angezeigt, die wegen ihrer Berlin-Aspekte formeller Konsultationen mit den Drei Mächten bedürfen.

2) Aus der Rede Honeckers zum Jahreswechsel<sup>10</sup> ist ebenso wie aus seinem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 138*

doch folgendes aus: Er habe aus seinen Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden und Mitgliedern des Politbüros der SED beim Neujahrsempfang und bei der Diplomatenjagd den klaren Eindruck gewonnen, daß die DDR sich in der polnischen Frage erneut anschiebe, die Rolle des Scharfmachers zu spielen. [...] Zugleich werde das Bestreben deutlich, den Eindruck zu erwecken, als liefen die Beziehungen in Bereichen wie der Rüstungskontrolle ungestört weiter. Damit verfolge die DDR das Ziel, international, trotz ihrer Scharfmacherrolle in bezug auf Polen, als respektabel zu erscheinen. Wir müßten dem entgegenwirken und insbesondere darauf bestehen, daß die DDR uns in bilateralen Fragen weiterhin entgegenkomme, soweit die Entwicklung der polnischen Krise dies irgend zulasse. [...] Um in dieser Richtung einzuwirken, müßten wir gegebenenfalls auch die Kontakte im Bereich der Rüstungskontrolle strecken und verdünnen.“ Vgl. VS-Bd. 13756 (014); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zu diesem Wort vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „werden könnte“.

<sup>6</sup> Der Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps in der DDR fand am 11. Januar 1982 statt.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>8</sup> Zum Passus „Öffentliche Kritik ... weiterzuverfolgen“ vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Im Gegenteil: Wir sollen auf die USA ‚einwirken‘. Diese Tendenz war bei Honecker sehr ausgeprägt.“

Zu dieser handschriftlichen Bemerkung Stadens vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 31. Dezember 1981 zum Jahreswechsel vgl. HONECKER, Reden, Bd. 8, S. 373–379.

Für den Wortlaut der Rede Honeckers beim Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps am 11. Januar 1982 vgl. HONECKER, Reden, Bd. 8, S. 380–383.

Gespräch mit StS Bölling beim Neujahrsempfang deutlich geworden, daß die DDR im deutsch-deutschen Verhältnis die Fragen der Friedenssicherung in den Vordergrund stellen möchte. Unser primäres Interesse besteht demgegenüber darin, bei den bilateralen Themen Fortschritte zu erzielen. Zwischen der Behandlung beider Bereiche sollte auch weiterhin ein Zusammenhang<sup>11</sup> bestehen. Es empfiehlt sich daher, daß unsere Kontakte mit der DDR über bilaterale und multilaterale Fragen wie bisher in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.<sup>12</sup> Das gewisse Lockmittel, der DDR international zu einem Prestigegewinn zu verhelfen, sollte von uns ggf. dosiert eingesetzt werden.

3) Wenn wir unter Beachtung dieser Gesichtspunkte unsere Anliegen gegenüber der DDR weiterbetreiben, so ist eine strikte politische Kontrolle unerlässlich. Der Gesamtzusammenhang unserer Beziehungen muß stets gewahrt sein. Unter den Staatssekretären bestand deshalb Einvernehmen, daß alle Gesprächsfäden<sup>13</sup> bei StS Bölling zusammenlaufen. Ferner kommt dem Aspekt der Konsultationen mit den Drei Mächten<sup>14</sup> besondere Bedeutung zu. Wir müssen Wert darauf legen, daß die Alliierten in der Vierergruppe wie bisher rechtzeitig und erschöpfend informiert werden. In diesem Punkt werden wir im übrigen von Senator Blüm nachdrücklich unterstützt.

Pfeffer

**VS-Bd. 13212 (210)**

11 Die Wörter „ein Zusammenhang“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

12 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

13 Die Wörter „alle Gesprächsfäden“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies bezog sich auf die verschiedenen bilateralen Traktanden, nicht auf den Rüstungskontrollbereich. Natürlich sollte die StV auch in diesem Bereich ‚eingeschaltet‘ bleiben.“ Zu dieser handschriftlichen Bemerkung Stadens vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

14 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Überall, wo Probleme berührt sind, die in die Zuständigkeit der drei Alliierten fallen oder diese berühren.“

## 29

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

25. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefonat des Bundeskanzlers mit Premierminister Trudeau am Montag, dem 25. Januar 1982, von 18.15 bis 18.30 Uhr

PM bezog sich nach einleitenden persönlichen Bemerkungen auf Ihre Absprache, sich zu konsultieren, wenn dafür Anlaß sei. Die Entwicklung in Polen sei ein solcher Anlaß. Hier gebe es z. T. widersprüchliche Darstellungen. Auch ihm gehe es um die Stärkung des Zusammenhalts im Bündnis. Er frage sich aber, was mit wirtschaftlichen Sanktionen erreicht werden könne. Ihnen sei die kanadische Haltung auf dem Treffen der NATO<sup>2</sup> bekannt. Kanada habe es nicht sehr eilig, damit zu beginnen. Andererseits wolle es nicht zu Uneinigkeit im Bündnis beitragen. Er wolle sich mit Ihnen abstimmen. In der Sache gehe es darum, die polnischen Anstrengungen zu nationaler Versöhnung zu fördern. Dazu müsse man auch den Druck aufrechterhalten. Er, Trudeau, sei etwas weniger hawkish als die Amerikaner und auch als manche Leute in Kanada es wünschten. Ihm sei es sehr darum gegangen, eine Intervention von außen zu verhindern. Daher habe er zunächst auch abgewartet, um zu beobachten. Die Lage habe sich allerdings nicht verbessert. Soweit ihm bekannt, habe jedoch Jaruzelski heute vor dem Sejm angekündigt, er wolle den Kriegszustand gegen Ende Februar aufheben.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 29. Januar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler bat, den Herrn Bundesminister zu unterrichten.“

Hat Braunmühl am 29. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 1. Februar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Jaruzelski hielt am 25. Januar 1982 vor dem polnischen Parlament eine Rede. Referat 214 notierte am 26. Januar 1982, sie enthalte eine „Rechtfertigung des Ausnahmezustandes u. a. durch den seither eingetretenen Erfolg innerer Stabilisierung und durch Hinweis auf Versuche von außen, die Fundamente der Stabilität und des Friedens in Europa (Jalta und Potsdam) zu zerschlagen; mehrfache Konditionierung der Aufhebung des Ausnahmezustandes; Ankündigung neuer gesellschaftlicher Konsultativorgane; Möglichkeit für Pluralismus in der Gewerkschaftsbewegung; Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs mit der katholischen Kirche – trotz Meinungsunterschieden“. Referat 214 analysierte: „Stellt man den Versprechungen des Militärrats vom 13. Dezember 1981, deren Erfüllung vom Westen immer wieder angemahnt wird, die Erklärungen General Jaruzelskis vom 25.1. gegenüber, so zeigt sich, daß der Militärrat noch weit davon entfernt ist, die Zusagen einzulösen: [...] Institutionell sollen mit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kammer beim Sejm und mit dem Konsultativrat neue Gremien geschaffen werden. Aber weder ist bekannt, welche Zusammensetzung sie haben werden noch welche Kompetenzen ihnen zukommen. Solange das Fragezeichen über der Zukunft der ‚Solidarität‘ steht, läßt sich auch nicht die Frage nach der Beteiligung dieser Organisation und der katholischen Kirche an diesen Gremien beantworten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132916.

Sie drückten Ihre Zustimmung zu dem aus, was Trudeau sagte. Soweit Sie die kanadische Position verfolgen könnten, fühlten Sie sich sehr in Übereinstimmung mit ihr. Sie fragten sich, was die westlichen Staaten tun würden, wenn die Sanktionen nicht griffen. Was die deutsche Haltung angehe, so wollten Sie nicht aus dem Konvoi herausfallen, nicht hinterherhinken.

Trudeau habe sicher gesehen, was die amerikanische Presse über die deutsche Haltung geschrieben habe<sup>4</sup> und jetzt auch über die französische, nachdem Frankreich den Gasvertrag<sup>5</sup> abschließen wolle. Sie könnten feststellen, daß die USA große Mengen Getreide an die SU verkauften. Warum sollten wir dann nicht von der SU etwas kaufen?

Andererseits fühlten und verstünden Sie sehr genau, was in der öffentlichen Meinung in den USA vor sich gehe. Sie hätten den ersten Ansturm ertragen müssen; das wollten Sie nicht noch einmal auf sich nehmen.

PM bemerkt, ihn habe es teilweise auch getroffen, und man habe ihm Vorwürfe gemacht. Er frage sich, wie es auf längere Sicht weitergehe. Ziel müsse eine interne Lösung in Polen sein und, in jedem Fall, eine Intervention der Sowjetunion zu verhindern. Auch Chaos sei wohl keine Lösung. Er frage sich, ob manche Leute die Karte von Europa verändern wollten. Dazu habe man wohl nicht die Mittel. Er frage sich auch, ob der passive Widerstand der Arbeiter in Polen zu einer Mäßigung der sowjetischen Haltung führen werde oder sogar zu einem sowjetischen Rückzug.

Sie verneinten dies und fügten hinzu, daß sich die Bundesregierung in ihren öffentlichen Äußerungen am Vatikan und an der Haltung der polnischen katholischen Kirche orientiert habe. Das gelte auch für Anpassungen unserer Haltung. Jedenfalls trete die Kirche für humanitäre Hilfe und auch für Nahrungsmittelhilfe ein.

Ihnen schien die Gelegenheit nicht angemessen, einen neuen Kalten Krieg vom Zaune zu brechen.

PM bemerkt, daß er Ihnen durch Botschafter Goldschlag vielleicht eine Botschaft zustellen lassen werde. Auch für ihn sei die Haltung der Kirche wichtig.

Sie äußerten Zweifel, ob das polnische Volk eine Sanktionspolitik als Hilfe ansehen würde, wobei selbstverständlich sei, daß es das Militärregime loswerden wolle. Ihnen persönlich liege die Versöhnung mit Polen sehr am Herzen. Dies sei für die Deutschen eine sehr wichtige Aufgabe, da es gelte, Verbrechen am polnischen Volk wiedergutzumachen. Sie könnten nicht heute von Internierungslagern als KZ sprechen, wo doch die wirklichen Konzentrationslager auf polnischem Boden gelegen waren. Dies verpflichte uns Deutsche auch zur Mäßigung in der Sprache. Dabei seien Sie keineswegs optimistisch, was den weiteren Verlauf der Entwicklung in Polen betreffe.

Auf die Frage PMs nach dem Inhalt Ihrer Fernsehbotschaft zum Polen-Tag<sup>6</sup> antworteten Sie, daß Sie über die besonderen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk sprechen wollten. Nicht über Strategien.

<sup>4</sup> Zur Berichterstattung in der amerikanischen Presse vgl. Dok. 3, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 29.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die Bundeskanzler Schmidt am 30. Januar 1982 anlässlich des „Tages der Solidarität mit Polen“ im amerikanischen Fernsehen abgab, vgl. BULLETIN 1982, S. 69.

Sie verabredeten abschließend mit PM, daß Sie schriftlich oder über den Botschafter in Verbindung bleiben wollten.

PM unterrichtete Sie, daß er auch mit Präsident Mitterrand sprechen werde. Er wolle Sie hiervon unterrichten.

Zeller

VS-Bd. 14104 (010)

### 30

## Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig

010-15/82 geheim

25. Januar 1982<sup>1</sup>

Dear Al,

Ihren Brief vom 23. Januar 1982<sup>2</sup> über den Zusammenhang zwischen KSZE und Polen habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Es liegt mir daran, Ihnen noch vor Ihrem Treffen mit Gromyko in Genf<sup>3</sup> zu antworten.

Ich möchte ausgehen von Ihrer Einschätzung, daß der Osten ein Interesse daran haben wird, die Madrider Konferenz<sup>4</sup> nach dem 12. Februar zu unterbrechen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, und ich glaube, daß sie zutrifft, ist dies ein Anzeichen mehr dafür, daß der Westen sich in der besseren Position befindet. Wir sollten doch nicht der Sowjetunion den Gefallen tun und sie aus der für sie schwierigen Position in Madrid befreien. Auf dieser Schlußfolgerung fußt auch der Konsensus der Zehn und der Fünfzehn, daß wir der Sowjetunion

<sup>1</sup> Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz, z. Z. Brüssel, am 25. Januar 1982 mit Drahterlaß Nr. 276 an das Auswärtige Amt sowie die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf übermittelt. Hat Ploetz am 10. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze übermittelte den Botschaften in London, Paris, Rom und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 25. Januar 1982 den Wortlaut des Schreibens des amerikanischen Außenministers Haig an Bundesminister Genscher. Darin hieß es: „I see Madrid as an excellent opportunity for the Allies to sustain public attention on Poland and to make clear to the East the damaging effects which the crackdown will continue to have on East-West relations. It is particularly important to make a show of Western strength there, and I understand from our consultations in NATO that we will do so. I am planning to attend the meeting February 9 and would appreciate learning your plans so that we can coordinate our appearances. I also would suggest that we develop common themes for our presentations at Madrid. We will, of course, want a frank and thorough exposition of violations of the final act by the Polish regime and by the Soviets.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 424; VS-Bd. 13240 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>4</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

nicht den Vorteil einräumen sollten, sie aus ihrer Defensiv-Position in Madrid zu entlassen, indem wir eine Unterbrechung mittelbar fördern oder sogar unmittelbar fordern.

Ich werde nicht müde zu wiederholen, daß der Westen nicht als erster vom Verhandlungstisch aufstehen sollte. Wäre, früherem Drängen – auch aus westlichen Delegationen – nachgebend, bereits im Dezember 1981 eine Unterbrechung beschlossen worden, hätten wir am 9. und 12. Februar nicht die Möglichkeit, auf Minister-Ebene vor dem Forum der KSZE zu den Ereignissen in Polen Stellung zu nehmen. Käme es nach dem 12. Februar zur Unterbrechung, wäre die Sowjetunion unserem Drängen auf Implementierung der Menschenrechte und Akzeptierung des westlichen Konzepts einer KAE<sup>5</sup> einschließlich des Anwendungsbereichs nicht mehr ständig ausgesetzt. Gerade der Bereich der Menschenrechte gibt uns den Hebel, in Madrid auf die Sowjetunion permanenten Druck in der polnischen Frage auszuüben.

Wir sollten deshalb am 9. Februar (und einige unserer Kollegen am 12. Februar) zu Polen eine sehr entschiedene Sprache sprechen, bei der Weiterverhandlung in Madrid unverrückbar an unseren Forderungen festhalten und diese Forderungen offensiv vertreten.

Gerade mit einem solchen Verhalten nehmen wir eine Position der Festigkeit ein. Wenn dann die Sowjetunion vom Verhandlungstisch aufsteht, ist das eine andere Sache. Wir aber sollten auf keinen Fall das sowjetische Verhalten gegenüber Polen damit belohnen, daß wir die Sowjetunion vor der Peinlichkeit bewahren, klar zur Frage der Menschenrechte Stellung nehmen zu müssen. Wir sollten auf gar keinen Fall die Sowjetunion aus der Notwendigkeit entlassen, daß sie vertrauensbildenden Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural zustimmt. Auch hier liegt der Vorteil deutlich auf unserer Seite.

Wir waren ja einig, daß Rüstungskontrollverhandlungen unberührt bleiben sollten, weil wir uns immer um ausgewogene Ergebnisse bemüht haben, so daß diese Verhandlungen der SU nicht einen Vorteil geben können, den man ihr wegen Polen entziehen muß.

Allerdings wird es erforderlich sein, daß wir in Madrid sehr klar und fest verhandeln und damit die Sowjetunion dazu veranlassen, daß sie endlich zu unseren Positionen eine klare Stellungnahme abgibt. Sie muß wissen, daß sie uns nicht unbegrenzt hinhalten kann.

Wir sollten auch den NNA<sup>6</sup>-Staaten keinen Anlaß geben, die Unterbrechung der Verhandlung dem Westen zuzuschreiben, sondern sie an unserer Seite halten.

Der NATO-Rat wird am 27. Januar über Strategie und Taktik in dieser Frage beraten<sup>7</sup>, und ich begrüße das sehr. Ich hoffe wie Sie, daß wir am 27. breite Übereinstimmung erzielen. Es wird darauf ankommen, daß bis dahin unsere

<sup>5</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>6</sup> Neutral and non-aligned.

<sup>7</sup> Für das am 15. Februar 1982 gefertigte Protokoll der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. Januar 1982 in Brüssel vgl. VS-Bd. 13236 (212).

Haltung nicht präjudiziert wird. Für die Bundesrepublik Deutschland hat die gemeinsame Position des Westens höchste Priorität.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14107 (010)

### 31

#### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow**

VS-NfD

27. Januar 1982<sup>1</sup>

Gespräche des Herrn Bundesministers mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow<sup>2</sup>;

hier: Abendessen in Wachtberg-Pech am 27.1.1982

Außer den beiden Ministern nahmen teil:

Auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Thomas, RL 214<sup>3</sup>, VLR von Ploetz.

Auf bulgarischer Seite: Botschafter Kosmow, Iwan Spassow, Referatsleiter, Zwetana Zenowa, Dolmetscherin.

Vor Tisch sprachen die beiden Minister über wirtschaftliche Probleme. AM *Mladenow* erläuterte auf Fragen des Herrn Bundesministers die Lage der bulgarischen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft. Er bezeichnete die Entwicklung als insgesamt günstig, wenn auch nicht problemfrei. Die Probleme der Versorgung der Bevölkerung seien gelöst, die landwirtschaftliche Produktion betrage das Eineinhalbfache des Eigenbedarfs. Die Zahlungsbilanz sei ausgeglichen, es gebe ordentliche Zuwachsraten. Die Wirtschaft werde umstrukturiert, modernisiert und rationalisiert. M. meinte, man wolle morgen aber über andere Fragen sprechen, insbesondere den Austausch von Technologie. Die USA schafften sich durch ihr Verhalten selbst Probleme. Sie seien in der Technologie weit voraus und drückten sowohl die kapitalistischen wie die sozialistischen Länder an die Wand. Auch die Japaner seien weit voraus. Unsere Länder müßten sich, trotz unterschiedlicher Systeme, zusammentun, um dieser Herausforderung zu begegnen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 27. Januar 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 28. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Ploetz am 1. Februar 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM genehmigt.“

<sup>2</sup> Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich am 27./28. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 34.

<sup>3</sup> Franz Keil.

*BM* verwies darauf, wir hätten in der Autoproduktion gegenüber den Japanern schon wieder an Boden gewonnen. Zunächst hätten wir wegen des hohen Niveaus unserer Löhne und der hohen Sozialleistungen, aber auch wegen der Bequemlichkeit unserer Industrie nicht mehr konkurrieren können. In fünf Jahren seien wir aber wieder da.

*Mladenow* fragte sodann nach dem Stand des Erdgas-Röhren-Geschäftes.<sup>4</sup>

*BM*: So wie es im Vertrag stehe.

*Mladenow* verwies darauf, die Franzosen hätten nunmehr auch abgeschlossen<sup>5</sup>, die Spanier seien auch interessiert. Bulgarien habe ein Erdgas-Röhren-Vorhaben schon vor längerer Zeit realisiert (pro Jahr 5 Mrd. cbm<sup>6</sup>). Nunmehr seien in der Region auch die Griechen und die Jugoslawen an einem Anschluß interessiert. Bulgarien habe eine ältere Leitung, die durch Rumänien (Dobrukscha) laufe. Man erwäge den Bau einer Parallelgasleitungf., da die Kapazität nicht mehr ausreiche. Die alte Leitung habe einen Durchmesser von 1400 mm und führe auf einer Strecke von 250 km Länge in die nahe Ukraine.

*BM* erinnerte daran, die Sowjetunion sei ein reiches Land mit großen Bodenschätzen.

*Mladenow* dazu: Superreich! Deshalb müsse es eigentlich ein Interesse geben, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten.

*BM*: Die Handelsinteressen der Industriestaaten Westeuropas seien im Grunde mit der Sowjetunion komplementär: Diese brauche Technologie, wir bräuchten Rohstoffe und Energie.

*Mladenow* hob nochmals die Notwendigkeit der Zusammenarbeit hervor.

Sodann folgte ein Gespräch über politische Fragen.

*BM*: Wir sprechen soviel über die Sowjetunion! Sprechen wir doch auch über Ihre kleineren Nachbarn.

*Mladenow*: Über die Türkei?

*BM*: Nein, ich meine einen kleinen Nachbarn, für den Sie Experte sind: Albanien. Was geht dort vor sich?

*Mladenow*: Vrhovec weiß das besser als ich. Offensichtlich gibt es dort scharfe innere Kämpfe.

Botschafter *Kosmov* wirft ein, er habe gestern in einer Zeitung gelesen, der Balkan sei wieder ein Pulverfaß.

*Mladenow*: Das ist nicht die richtige Einschätzung. Aber Albanien kann eine Krise hervorrufen. An sich ist heute die Lage auf dem Balkan besser als in Europa insgesamt.

<sup>4</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 28.

<sup>5</sup> Zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 29. In einer Aufzeichnung des Referats 405 wurde am 11. Februar 1982 ausgeführt: „Frankreich (Gaz de France) hat am 22.1.1982 mit Sojuzgas einen Vertrag über die Lieferung von jährlich 8 Mrd. cbm Erdgas (ab 1984) abgeschlossen. Frankreich wird damit (mit dem bereits bestehenden Vertrag über 4 Mrd. cbm) jährlich 12 Mrd. cbm Erdgas aus der Sowjetunion beziehen, was einen Anteil von ca. 30% des Erdgasverbrauches und 5% des Primärenergieverbrauches Frankreichs im Jahre 1990 darstellt. [...] Frankreich hat nunmehr auch mit Algerien einen Vertrag über die Lieferung von jährlich 9,15 Mrd. cbm abgeschlossen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „qm“.

*BM:* Für uns sind die Ereignisse in Albanien schwer verständlich, weil wir dort keinen Botschafter haben.

*Mladenow:* Wir haben eine diplomatische Vertretung, aber ohne Botschafter. Albanien ist aber eine geschlossene Gesellschaft.

*BM:* Kennen Sie Enver Hoxha?

*Mladenow:* Nein. Unser Präsident Schiwkow hat mir aber einiges über Hoxha erzählt. Er war früher zu den Bulgaren sehr freundlich. Jetzt kritisiert er uns als moderne Revisionisten und Diener des Sozialimperialismus. Wir antworten darauf nicht. Zum Nationalfeiertag Albanien lassen wir in unseren Zeitungen gute Artikel drucken, mit den besten Wünschen für das albanische Volk. Solange Hoxha lebt, wird es keine radikale Änderung geben. Der Tod Shehus war wirklich seltsam.<sup>7</sup>

*BM:* Welches war der Grund für die Abkühlung zwischen Albanien und China?

*Mladenow:* Ich glaube nicht, daß es ideologische Widersprüche waren. Vielmehr gab es ungelöste praktische Probleme. Albanien wollte mehr, China war nicht in der Lage. Bei der Beurteilung der Außenpolitik Albanien muß man ein halb-subjektives Element einbeziehen: den Charakter der Albaner. Außerdem gibt es ein rein subjektives Element: den Charakter Enver Hoxhas. Dieses Land kann aber auf Dauer nicht allein leben.

*BM:* Dafür ist es zu klein.

*Mladenow:* So isoliert könnten nur China, die Sowjetunion oder die USA leben.

*BM:* Wir alle anderen könnten das nicht.

*Mladenow:* Die Entwicklung Albanien wird so behindert. Es ist das ärmste Land Europas. Es wäre dort eine bessere Entwicklung des Tourismus möglich, besser als in Jugoslawien. Das Land liegt südlicher, es hat fast dieselben Bedingungen wie die Griechen. Griechenland ist voll von Touristen. In Albanien gibt es kaum jemand.

Sie wissen, wir haben den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan unterbreitet.<sup>8</sup> Dieser Vorschlag findet großen Zuspruch in der Bevölke-

<sup>7</sup> Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 21. Dezember 1981: „Die von Radio Tirana am 18. Dezember verbreitete Meldung, daß der albanische Regierungschef Mehmed Shehu im Zusammenhang mit einer Nervenkrise Selbstmord gemacht haben soll, stößt hier auf erhebliche Skepsis. [...] Hier wird für wahrscheinlich gehalten, daß Shehu liquidiert oder zum Selbstmord aufgefordert wurde, nachdem er in jüngster Zeit den Versuch gemacht haben soll, sich als definitiver Nachfolger von Hoxha zu plazieren. [...] Hoxha, der nach hiesigen Erkenntnissen an einer Krebserkrankung (Kehlkopfkrebs?) leidet und der nach hiesiger Meinung nur noch wenige Jahre zu leben hat, soll in jüngster Zeit besonders rabiat mit potentiellen Nachfolgern umgegangen sein. Offenbar will er in keiner Weise die Meinung aufkommen lassen, daß er in absehbarer Zeit abtreten muß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 543; Referat 214, Bd. 132848.

<sup>8</sup> In der Presse wurde berichtet: „Im Verlauf eines Staatsakts, bei dem der Gründung des ersten bulgarischen Staates vor 1300 Jahren gedacht wurde, hat Parteichef Schiwkow die Spitzenpolitiker der Balkanstaaten für 1982 zu einem Gipfeltreffen nach Sofia eingeladen. Hauptthema der Gespräche soll die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan sein. Eine ähnliche Forderung hatte der rumänische Staats- und Parteichef Ceauşescu schon vor Jahren erhoben, und auch dem neuen griechischen Regierungschef Papandreu werden Überlegungen in dieser Richtung zugeschrieben. Für Jugoslawien ist die Idee zumindest akzeptabel. Unter Balkanstaaten scheint Schiwkow jene fünf Länder zu verstehen, die sich Anfang 1976 in Athen grundsätzlich für eine multilaterale Zusammenarbeit unter anderem auf den Gebieten Verkehr und Telekommunikation aussprachen, nämlich Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. [...] Schiwkow mein-

rung der Balkanländer. Wir hoffen, daß die Bundesrepublik diesen Vorschlag unterstützt. Wir verlangen von Ihnen keine Garantien, Sie sind kein Atomland. Ich sehe keinen Grund, warum Sie dagegen sein sollten.

*BM:* Da ist ein Problem: Leider gibt es keine atomwaffenbedrohungs-freien Zonen.

*Mladenow:* Wir können dies nur erreichen, wenn die Atomländer garantieren, daß sie uns aussparen.

*BM:* Das Beste wäre eine atomwaffenfreie Zone „Welt“.

*Mladenow:* Wir schlagen vor, zuerst auf dem Balkan, dann in Nordeuropa, dann in der ganzen Welt. Wenn wir die Frage für Europa lösen können, dann auch für die ganze Welt.

*BM:* Wir möchten nicht gern davon abhängig sein, ob jemand Garantien, die er gibt, einhält oder nicht. Wir sagen, wichtig ist auch die Qualität der Waffensysteme. Es ist die Philosophie, die hinter unserem Vorschlag steht, bei den Mittelstreckenraketen anzufangen. Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine KAE<sup>9</sup>, weil diese vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa vorsehen soll. Diese vertrauensbildenden Maßnahmen sollen den europäischen Teil der Sowjetunion miteinbeziehen. Sie würden damit zum Teil die Probleme beseitigen, die sich aus der unterschiedlichen Entfernung der Sowjetunion und USA zu Europa ergeben. Dies ist wiederum im Zusammenhang zu sehen mit den Bemühungen um Reduzierung konventioneller Streitkräfte mit dem Ziel, dort ein Gleichgewicht zu erzielen. Wir sind in all diesen Fragen noch ein ziemliches Stück voneinander entfernt, weil uns ein wichtiges Instrument fehlt, nämlich wie man verifizieren kann und wie man Transparenz herstellt. Ich glaube, die Sondergeneralversammlung über Abrüstung<sup>10</sup> hat hier eine wichtige Aufgabe. Sie muß Kriterien, Parameter für Transparenz und Verifikation entwickeln. Ich habe unserem Kollegen Fischer in New York vorgeschlagen, daß die Bundesrepublik und die DDR für diese Parameter gemeinsame Vorschläge unterbreiten.<sup>11</sup>

*Mladenow:* Das ist sehr interessant.

*BM:* Er hat mir jetzt einen Brief dazu geschrieben.<sup>12</sup>

*Mladenow:* Meinen Sie, die Verifikation ist eine Schlüsselfrage?

*BM:* Natürlich.

*Mladenow:* Das meine ich nicht. Sogar mit den jetzigen Mitteln der Kontrolle ist es möglich, daß wir uns ein genaues Bild von dem machen, was Sie tun und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 147*

te, sein neuer Vorschlag könnte zur Verbesserung des internationalen Klimas beitragen und auf diesem Weg könnte Europa allmählich in einen atomwaffenfreien Kontinent umgewandelt werden.

Man kann davon ausgehen, daß er für den Vorstoß das Plaket des Kremls hatte.“ Vgl. den Artikel „Schirkow für eine atomfreie Zone“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 22. Oktober 1981, S. 4.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>10</sup> Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 215.

<sup>11</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 in New York vgl. AAPD 1981, II, Dok. 275.

<sup>12</sup> Zum Schreiben des Außenministers der DDR, Fischer, vom 4. Januar 1982 an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 24.

umgekehrt auch. Ich habe Weinbergers Broschüre<sup>13</sup> gelesen. Gestern erhielt ich die entsprechende Broschüre aus Moskau über die Rüstung der USA.<sup>14</sup> Wenn in solchen Broschüren ein Fehler ist, ist das beabsichtigt! Ich frage noch mal: Würden Sie unseren Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan unterstützen?

*BM:* Das hängt mit den erwähnten Fragen zusammen. Ihnen auf dem Balkan können wir überhaupt keine Vorschriften machen. Die Länder im westlichen Bündnis werden sich abzustimmen haben. Noch zu der Verifikation. Bei Raketen läßt sich die Reichweite so nicht genau bestimmen. Man kann zwar die Mindestreichweite feststellen, aber nicht die maximale.

*Mladenow:* Wie geht es in Genf<sup>15</sup>?

*BM:* Es läßt sich gut an. Ich kenne die beiden Unterhändler<sup>16</sup>. Sie sprechen beide gut deutsch.

*Mladenow:* Das ist sehr wichtig, da die meisten Raketen hier bei Ihnen sind.

*BM:* Na ja, bei den Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin<sup>17</sup> war auch Deutsch die gemeinsame Sprache.

*Mladenow:* Was machen wir mit Madrid? Werden wir das Treffen sausen lassen? Wir sind für Durchführung.<sup>18</sup>

*BM:* Wir auch. Man wird die Konferenz durchführen. Sie wollen sie ja auch nicht sausen lassen.

*Mladenow:* Nein, deshalb habe ich Sie gefragt. Wir wollen Durchführung mit verbindlichen Beschlüssen.

*BM:* Man muß etwas aufs Tempo drücken, aber Qualität geht vor.

*Mladenow:* Es ist wichtig, daß am Ende ein Dokument beschlossen wird.

*BM:* Ja, man muß zur Abrüstungskonferenz kommen.

*Mladenow:* Ja, man muß relevante Dokumente haben.

*BM:* Wir werden am 9. Februar in Madrid sein. Ich werde schon am 8. anreisen.

*Mladenow:* Dann müßten Sie ja in vier bis fünf Wochen noch einmal nach Madrid zur Unterzeichnung.

*BM:* Ich komme noch einmal. Am 9. und in vier bis fünf Wochen zum dritten Mal.

*Mladenow:* Hoffentlich führt das zweite Treffen nicht dazu, daß es kein drittes Treffen gibt.

*BM:* Glaube ich nicht, wenn Sie mit hinkommen, können wir es gemeinsam verhindern.

<sup>13</sup> Vgl. DEPARTMENT OF DEFENSE, Soviet Military Power, Washington 1981. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger verfaßte dazu ein Vorwort.

<sup>14</sup> Vgl. VON WO DIE GEFAHR FÜR DEN FRIEDEN AUSGEHT, Moskau 1982 (Übersetzung aus dem Russischen).

<sup>15</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 32, Anm. 4.

<sup>16</sup> Julij Alexandrowitsch Kwizinskij (UdSSR) und Paul H. Nitze (USA).

<sup>17</sup> Die Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA, die am 26. März 1970 in Berlin (West) begannen, führten am 3. September 1971 zur Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 135, und AAPD 1971, II, Dok. 281.

<sup>18</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

*Mladenow:* Ich sehe keinen Grund hinzugehen.

*BM:* Wenn ich dort hingehe, wäre das doch für Sie ein Grund, auch zu gehen.

*Mladenow:* Ich sehe keinen Grund, weshalb Sie hinreisen sollten. Selbstverständlich ist das Ihre souveräne Entscheidung.

Gespräch nach dem Essen

(Hier fragte Mladenow nach aktuellen Problemen unserer Innenpolitik. BM gibt Erläuterungen.)

*BM:* Wie beurteilen Sie die Lage in Polen?

*Mladenow:* Die Situation normalisiert sich schrittweise. Sie haben auch genügend Informationen. Dort gibt es jetzt keine Anarchie mehr: Die Polen haben angefangen zu arbeiten. Ohne Arbeit gibt es keine Lösung der Probleme. Keine Gesellschaft, eine kapitalistische oder eine andere, kann ohne Arbeit leben.

*BM:* Ich bin nicht sicher, ob sich die Produktivität erhöht hat. Es scheint, die Spannungen im Lande haben sich erhöht. Arbeit erfordert Motivation. Wir haben den Eindruck, daß in Polen eine sehr breit getragene Entwicklung vorhanden war, die durchaus zu einer nationalen Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Kräfte hätte führen können, eine Zusammenarbeit, die zum Teil schon vorhanden war. Dies ist jetzt jäh unterbrochen worden. Es gab Druck von außen, wie man sehen und lesen konnte. Mir scheint dringend erforderlich, daß man Jaruzelskis Versprechungen erfüllt der Rückkehr zu Reformen.<sup>19</sup>

*Mladenow:* Ich habe Ihre Stuttgarter Rede vom 6. Januar gelesen.<sup>20</sup> Es schien mir wichtig zu sehen, was Sie hierüber denken. Ich kann nur sagen, in Polen wird gearbeitet.

*BM:* Die Leute gehen hin zur Arbeit.

*Mladenow:* Nein, sie arbeiten. Aber RFE<sup>21</sup> verbreitet Aufforderungen zum passiven Widerstand, Aufforderungen, nicht zu arbeiten. Dies wurde sogar von der Kirche verurteilt. Selbstverständlich gibt es sehr wichtige Probleme in der Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen. Das kennen Sie sehr gut. Die sozialistischen Länder haben Exporte von Rohstoffen nach Polen vorgezogen. Es werden jetzt Güter geliefert, die erst Mitte des Jahres fällig waren. Viele Betriebe in Polen arbeiten aber mit Rohstoffen aus den nichtsozialistischen Ländern. Für diese Betriebe ist die Lage kompliziert. Man kann nicht von passivem Widerstand sprechen. Sie haben keine Rohstoffe.

*BM:* Das ist ein zusätzlicher Faktor.

*Mladenow:* Ein sehr wichtiger, es ist der Hauptfaktor. Ein Zeichen der Besserung ist auch die Erhöhung der Kohlelieferungen in den Westen. Die Entwicklung in Polen ist selbstverständlich eine Frage des Standpunkts, der Einschätzung. Ich glaube, die polnische Führung hatte keinen anderen Ausweg. Es wäre aber sehr unvernünftig, wenn ich Ihnen sagte, daß die Verhängung des Kriegsrechts etwas Gutes war.

*BM:* Das löst überhaupt nichts.

<sup>19</sup> So in der Vorlage.

<sup>20</sup> Für die Rede des Bundesministers und FDP-Vorsitzenden Genscher beim Drei-Königs-Treffen der FDP am 6. Januar 1982 in Stuttgart vgl. Referat 013, Bd. 179045.

<sup>21</sup> Radio Free Europe/Radio Freies Europa.

*Mladenow*: Was konnte man anders tun? Der Staat zerfiel. Es gab ein völliges Chaos in der Wirtschaft. Die Polen arbeiteten einfach nicht. Die „Solidarität“ wurde mit Zustimmung der polnischen Führung aufgebaut. Sie hatte ihr Statut, das von den Mitgliedern beschlossen wurde.<sup>22</sup> Aber eine Reihe von Funktionären waren Extremisten. Sie haben sich über das Statut hinweggesetzt und wollten nicht mehr und nicht weniger als eine andere soziale Ordnung. Wenn die polnische Führung nicht das Kriegsrecht verhängt hätte, wäre Polen in eine schreckliche Tragödie mit viel Blutvergießen gestürzt. Sie sehen, trotz der Verschärfung in den Ost-West-Beziehungen kommt es zu Treffen wie unserem heutigen. Dies wäre nicht möglich, wenn die Entwicklung in Polen weitergegangen wäre. Es wäre zu einem Bürgerkrieg gekommen. Man weiß nicht, wie sich die Situation dann entwickelt hätte. Was Drohungen und Druck von außen anlangt, ich weiß, Sie haben es am 4.1. bei dem Außenministertreffen der EG<sup>23</sup> und am 11.1. bei dem NATO-Außenministertreffen<sup>24</sup> gesagt. Man kann alles sagen, z. B. die Hypothese vertreten, Sie und die Vereinigten Staaten trügen die Schuld an der jetzigen Situation in der Türkei. Hier sagt man, die Sowjetunion habe Schuld, daß die polnische Führung das Kriegsrecht verhängt habe. Ich glaube, man muß sehr nüchtern hierüber denken. Sie erinnern sich daran, daß wir im letzten Sommer am Schwarzen Meer miteinander sprachen.<sup>25</sup> Sie sagten, die Bundesrepublik überlasse es den Polen, ihr Schicksal zu gestalten. Sie wolle sich nicht einmischen. Ich habe Ihnen voll zugestimmt. Die westlichen Länder haben nun diese Position aufgegeben und sie mit Füßen getreten. Was heißt denn, daß sie jetzt die Lage in Polen erörtern? Es kommen Gremien zusammen und erörtern die Lage in einem souveränen Staat, indem sie sich auf Helsinki berufen. Die Schlußakte von Helsinki<sup>26</sup> besagt, daß Einmischung keinesfalls gestattet ist. Es wird nicht nur die Lage erörtert, sondern es werden auch Sanktionen besprochen. Die USA wollen Polen bestrafen. Ist das nicht eine grobe Einmischung in innere Angelegenheiten? Sie bestrafen nur das Volk und schaffen zusätzliche Schwierigkeiten. EG und NATO erörtern dies, ist das keine Einmischung? Gegen die Sowjetunion sind schon sehr oft Sanktionen ergriffen worden. Das ist alles sinnlos. Man hat es vergessen. Allenfalls geblieben ist ein trauriger Ruhm. Wir sprechen doch wie Freunde. Das ist aber eine Politik, die wir nicht verstehen. Reagan will jetzt eine Show machen, mit Schauspielern, ehemaligen Botschaftern aus Polen.<sup>27</sup> Das wird den

<sup>22</sup> Die unabhängige Gewerkschaft *Solidarność* wurde am 17. September 1980 in Danzig gegründet und am 24. Oktober 1980 registriert, jedoch unter Veränderung der ursprünglich formulierten Statuten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 298, Dok. 300 und Dok. 310.

Am 10. November 1980 gab der Oberste Gerichtshof Polens der Klage der Gewerkschaft *Solidarność* gegen die einseitige Statutenänderung statt und legalisierte sie.

<sup>23</sup> Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 7.

<sup>24</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien auf. Zum Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 8. Juli 1981 in Varna vgl. AAPD 1981, II, Dok. 195.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>27</sup> In der Presse wurde berichtet: „Als Protest gegen die Unterdrückung des polnischen Volkes und der Gewerkschaft ‚Solidarność‘ hat US-Präsident Ronald Reagan in einer feierlichen Proklamation den 30. Januar, einen Sonntag, zum ‚Tag der Solidarität‘ erklärt. An diesem Tag sind in den USA

Beziehungen schaden. Warum beschäftigen Sie sich mit Polen und lenken nicht die Aufmerksamkeit auf Länder, die Ihre Bündnispartner sind, warum nicht auf die Türkei? Man lädt sogar Vertreter der Türkei ein, an den Beratungen über Polen teilzunehmen. Polen hat den Sejm, es gibt eine Verfassung und eine legitime Regierung. In der Türkei ist die Verfassung suspendiert<sup>28</sup>, es gibt keine politischen Parteien<sup>29</sup>, deren Führer sind in Gefängnissen. Wie viele Todesurteile hat es gegeben, seit die Militärs an der Macht sind? Es gibt kein Kriegsrecht, sie haben geputscht!

*BM:* Sie werden sich nicht wundern, wenn ich Ihnen sage, daß wir nicht einäugig sind. Ich habe im Bundestag gesagt, wir könnten nicht verschweigen, daß wir über das Militärregime in der Türkei nicht erfreut sind.<sup>30</sup> Wir waren auch nicht erfreut, als wir lasen, daß vor dem Putsch in der Türkei täglich etwa 25 Menschen auf der Straße von Terroristen ermordet wurden. Natürlich haben wir nie der türkischen Regierung gesagt, wie sie darauf reagieren soll. Es gibt keine Aufforderung der USA und der Bundesrepublik, einen Putsch zu inszenieren. Wir haben aber mit Aufmerksamkeit die in drohendem Ton gehaltenen öffentlichen Aufrufe aus Moskau an die Adresse Polens gelesen, obwohl die Lage völlig ruhig war! Tote gab es in Polen erst nach dem Putsch. Die Verbündeten der Türkei verlangen von der Türkei die schnellste Aufhebung des Militärregimes.

Ich glaube, Moskau unterschätzt noch die Bedeutung der schlimmen Ereignisse, die es in Polen in der Vergangenheit gab. Ich meine die ganze polnische Geschichte über Jahrhunderte bis zu den schlimmen Jahren von 1939 bis 1945. Es gibt tiefe Emotionen, Gefühle für das polnische Volk, nicht nur bei uns, überall. Deshalb ist bei uns die Anteilnahme an der Entwicklung in diesem mitteleuropäischen Land eine ganz andere. Wir haben den Eindruck, es gab eine breite, von den Werktätigen getragene Reformbewegung. Es war eine friedliche Entwicklung. Ganz unbestritten hat man auf allen Seiten nicht nur Richtiges getan, es gab auch Fehler. Trotzdem: Das Land war friedlich, solange die Führung mit der Kirche und „Solidarität“ zusammenarbeitete. Nach Einführung des Kriegsrechts hat Jaruzelski gesagt, wir werden schnellstmöglich zu den Reformen zurückkehren.<sup>31</sup> Er hat gesagt, die „Solidarität“ wird wieder zugelas-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 151*

und in anderen Teilen der freien Welt Gewerkschaftskundgebungen und andere Demonstrationen vorgesehen, die auf die Verletzung der Menschenrechte in Polen hinweisen sollen. [...] Unter dem Titel ‚Laß Polen Polen sein‘ wird die zur US-Regierung gehörende ‚International Communications Agency‘ am 31. Januar eine einstündige Film- und Fernsehsendung ausstrahlen, an der Künstler, Intellektuelle und Politiker aus aller Welt mitwirken werden. Grundthema des Programms, das in den USA und in Übersee ein Fernsehpublikum von rund 325 Millionen Menschen erreichen soll, ist die Freiheit des Menschen in ihren vielfältigen Ausprägungen.“ Vgl. den Artikel „Schmidt will weltweit seine Polen-Politik erläutern“, DIE WELT vom 22. Januar 1982, S. 1 und S. 3.

<sup>28</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

<sup>29</sup> Referat 203 notierte am 27. Oktober 1981: „Auflösung aller Parteien mit Gesetz vom 16.10. und Konfiszierung ihres Vermögens. Begründung General Evren (Fernsehansprache vom 16.): Parteien hätten mit Ausland Kontakt aufgenommen und auf diese Weise versucht, Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Völlig unnötige Maßnahme, da Parteien seit 12.9.1980 ohnehin jegliche politische Betätigung verboten und auch ihr Vermögen eingefroren war.“ Vgl. Referat 203, Bd. 123297.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1982 im Bundestag zur Lage in der Türkei vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4580 f.

<sup>31</sup> Ministerpräsident Jaruzelski erklärte am 13. Dezember 1981 zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen, daß es „keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken vor dem August 1980“

sen. Dies hat er nicht nur öffentlich gesagt, sondern auch den Botschaftern der westlichen Länder in Warschau offiziell mitgeteilt.<sup>32</sup> Wir berufen uns deshalb nicht nur auf die Schlußakte von Helsinki, sondern auch auf die Zusicherung, die die polnische Führung ihrem eigenen Volk und den europäischen Staaten gegeben hat. Rakowski war hier, ich habe ihn natürlich empfangen und mich ausführlich mit ihm unterhalten.<sup>33</sup> Er hat gesagt, die Sowjetunion hatte ihre Hand nicht im Spiel. Ich habe ihm gesagt, sie hat ihre Faust gezeigt, das kann schlimmer sein.

*Mladenow:* Das sind Vorstellungen und Gedanken der westlichen Länder. Die Sowjetunion hat keine Faust gezeigt. Als die „Solidarität“ entstand, hat die Sowjetunion dies als innere Angelegenheit Polens hingenommen. Wir haben von dem Kriebsrecht aus der Presse erfahren. Es war ein polnischer Beschluß.

*BM:* Ich habe gelesen, was in den offiziellen Medien der Sowjetunion stand.

*Mladenow:* Wir haben gelesen, was in Ihren Zeitungen stand. Die Entwicklung der letzten Tage vor Ausrufung des Kriebsrechts, Gdansk (Danzig)<sup>34</sup> und Radom<sup>35</sup>, das konnten wir nicht verstehen. Kania und Jaruzelski haben alles Mögliche getan, die „Solidarität“ in eine einheitliche nationale Front mit der Kirche, den Bauern und der Demokratischen Partei einzubeziehen. Da wollte die „Solidarität“ nicht mitmachen. Ich spreche jetzt nicht von den Mitgliedern, sondern von den Extremisten. Sie wollten nichts als die Macht. Sie wollten die sozialistische Ordnung stürzen. Wir sprachen im Sommer davon: Polen war ein sozialistisches Land und soll es bleiben. Warum sollen wir uns auf die Massenmedien der Sowjetunion berufen? Die Sowjets haben dort ihre Meinung dargelegt. Die KPI hat jetzt auch ihre Meinung gesagt.<sup>36</sup> Ist die SU auch dafür verantwortlich? Wenn Reagan das nicht versteht, so leuchtet mir das ein. Weniger verstehe ich, wenn Haig dies nicht klar sieht. Ich meine, Ihnen ist das alles klar. Was die Zusicherungen Jaruzelskis angeht, so hat er diese jetzt auch vor dem Sejm bekräftigt.<sup>37</sup> Jedes Land der Welt bemüht sich, seine Zustände zu verbessern. Bei uns gibt es keine „Solidarität“. Wir treffen aber auch Maßnahmen zugunsten der Arbeiter.

*BM:* Jedes Land ist anders.

*Mladenow:* Wenn man auf einer festen Grundlage steht, gibt es Möglichkeiten für Verbesserungen. Jaruzelski und die anderen polnischen Führer wissen, was nötig ist. Ich bin überzeugt, eine Normalisierung der Lage und die Abschaffung

*Fortsetzung Fußnote von Seite 152*

geben werde. Außerdem stellte er in Aussicht, daß „alle bedeutsamen Reformen [...] unter den Bedingungen Ordnung, der sachlichen Diskussion und Disziplin fortgesetzt“ würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 128.

<sup>32</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Ministerpräsidenten Jaruzelski mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am 4. Januar 1982 in Warschau; Dok. 26, Anm. 4.

<sup>33</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>34</sup> Zur Plenartagung der Landeskommission der Gewerkschaft Solidarność am 11./12. Dezember 1981 in Danzig vgl. Dok. 13, Anm. 4.

<sup>35</sup> Zur Sitzung des Präsidiums der Gewerkschaft Solidarność am 3. Dezember 1981 in Radom vgl. Dok. 13, Anm. 3.

<sup>36</sup> Zur Haltung der KPI vgl. Dok. 6, Anm. 9.

<sup>37</sup> Zur Rede von Ministerpräsident Jaruzelski am 25. Januar 1982 vor dem polnischen Parlament vgl. Dok. 29, Anm. 3.

des Kriegsrechts in Polen werden viel früher kommen als eine Normalisierung in der Türkei und Nordirland.

*BM:* „Solidarität“ war eine Reaktion auf das Versagen der früheren polnischen Führung. Wir haben das nicht zu entscheiden. Ich gebe nur wieder, was die heutigen polnischen Führer selbst sagen. Ich glaube, sie haben recht mit dieser Analyse. Mit der Verhängung des Kriegsrechts hat man, ich hoffe nicht für immer, die Chance für eine nationale Versöhnung verschüttet. Wie in keinem anderen Lande handelt die katholische Kirche in Polen sehr stark in nationalem Interesse. Selbst in katholischen Ländern wie in Spanien und Italien vertritt die Kirche nicht eine so hohe Identität mit nationalen Gefühlen wie in Polen. Es gibt keinen Zweifel, daß die Kirche vor dem 13. Dezember auf die polnische Führung und die Leitung der Gewerkschaft sehr mäßigend eingewirkt hat. Sie war ein Stabilitätsfaktor und ist es auch heute noch, aber ihre Besorgnis steigt. Ich kann nur dringend dazu raten, daß man die Chance der nationalen Versöhnung erkennt. Als ich in Sofia war, habe ich Ihnen gesagt, ich sei beeindruckt von meinem Gespräch mit Jaruzelski<sup>38</sup> gewesen. Sie werden gespürt haben, daß ich bei der Beurteilung, die ich über Kania und Jaruzelski abgab, eigentlich Jaruzelski den Vorzug gab. Ich nehme von diesem Eindruck nichts zurück, trotzdem bin ich der Meinung, daß er einen schweren Fehler gemacht hat, auch die sowjetische Führung. Es gibt noch einen schwereren Fehler, den die Sowjets hätten machen können. Gott sei Dank haben sie ihn bis heute nicht gemacht. Was wir zu Polen sagen, ist nicht von dem Willen zur Konfrontation gekennzeichnet, sondern im Gegenteil von großer Sorge. „Solidarität“ tat nichts, was im Gegensatz zu der Schlußakte von Helsinki stand. Es wäre unaufrichtig, wenn ich verschweigen würde, welche große Bedeutung wir den Vorgängen in Polen für die Ost-West-Beziehungen beimessen. Sie haben an unsere Gespräche am Schwarzen Meer erinnert. Dies war eigentlich nicht nötig, weil diese einen tiefen Eindruck bei mir hinterlassen haben. Ich möchte mit großem Ernst und großer Dringlichkeit an alle, die es angeht, appellieren, sich nicht einer Rückkehr zu Reformen und Versöhnung in Polen in den Weg zu stellen. Der Bundeskanzler hat schon wenige Tage nach Verhängung des Kriegsrechts an Breschnew<sup>39</sup> und Jaruzelski<sup>40</sup> geschrieben. Wir haben lange über diese Briefe nicht öffentlich gesprochen, weil wir nicht polemisieren wollten. Wir haben auch nicht öffentlich kommentiert, was in Sofia zu Polen gesagt wurde und werden dies auch in Zukunft nicht tun. Wenn wir hier zusammen sitzen, werden wir selbstverständlich offen sprechen, ebenso wie in Genf Haig mit Gromyko<sup>41</sup>. Es hat keinen Zweck, nur um den heißen Brei herumzureden. In Madrid werden wir unsere Meinung – ohne Polemik – offen und klar darlegen. Wir werden in Madrid mit Nachdruck dafür eintreten, daß man zu substantiellen Ergebnis-

<sup>38</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

<sup>39</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 386 und Dok. 388.

<sup>40</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. AAPD 1981, III, Dok. 387.

<sup>41</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

sen kommt. Wir hoffen, daß die Entwicklung in Polen geeignet ist, den Schatten von der europäischen Entwicklung zu nehmen, den sie jetzt darauf wirft.

*Mladenow:* Ich möchte nochmals ganz offen sagen, daß der Westen meiner Meinung nach in bezug auf Polen Fehler begeht. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für andere Länder. Durch die Reaktion des Westens entsteht der Eindruck, daß dieser bedauert, daß die Sowjetunion sich nicht in Polen einmischt.

*BM:* Ich bitte Sie!

*Mladenow:* Jetzt, wo wir eine rein polnische Variante haben, wird künstlich so getan, als hätte die Sowjetunion interveniert, wird die Sache auf eine andere Ebene gehoben. Weiterhin müssen Sie sehen, daß Sie durch Ihre Aktivitäten diejenigen Kräfte in Polen der Alternative berauben, die für eine Zusammenarbeit mit dem Westen sind. Durch die Maßnahmen, die der Westen jetzt trifft, zeigt er, daß man sich nicht auf ihn verlassen kann.

*BM:* Welche meinen Sie?

*Mladenow:* Die wirtschaftlichen Sanktionen.<sup>42</sup> Dies wird alles auf dem Rücken des polnischen Volkes ausgetragen. Die Leute werden nicht mehr glauben, daß der Westen ein verlässlicher Partner ist. Sie müssen selbst zu dieser Analyse kommen. Objektiv wirken sich die Dinge zu unseren Gunsten aus: Sie führen zu einer Ernüchterung. Sie sagen, der Westen mischt sich nicht in innere Angelegenheiten ein. In Wirklichkeit tut er dies aber doch. Wollen Sie in Madrid etwa auch über die Situation in der Bundesrepublik sprechen?

*BM:* Bitte!

*Mladenow:* Über Irland und die Türkei? Ich weiß, Sie sind der Initiator des Vorschlages, Polen in Madrid zur Sprache zu bringen. Ich achte Sie, aber dies ist ein Fehler, eine präzedenzlose Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens. Hierdurch lenken Sie die Aufmerksamkeit von den wichtigen Dingen, von der Zusammenarbeit, von der Sicherheit und Abrüstung ab. Jaruzelski hat vorgestern gesagt, sobald sich die Lage normalisiert, wenn es keine Streiks mehr gibt, dann wird auch das Kriegerrecht abgeschafft. Er hat sogar einen genauen Termin genannt. Wir meinen, hinter den Aktivitäten des Westens steckt das Streben nach Konfrontation. Man will von den wichtigen Fragen ablenken.

*BM:* Sie begehen eine Selbsttäuschung, wenn Sie glauben, es gebe im Westen einen ernstzunehmenden Menschen, der gehofft hat, die Sowjetunion werde in Polen einmarschieren. Wir hatten, offen gesagt, Angst, weil das, was in Polen befürchtet wurde, geeignet war, alles zu zerschlagen, was in 15 Jahren aufgebaut wurde.

Das polnische Volk reagierte gewerkschaftlich. Der Streik ist das wichtigste gewerkschaftliche Recht, wobei unbestritten ist, daß es auch unsinnige Streiks gibt. Was Sie mir damals in Sofia sagten, war wichtig und beruhigend. Aber deshalb ist das, was jetzt passiert, doch nicht schön. Sie müssen verstehen, Helsinki hat die Lage in Europa verändert. Der KSZE-Prozeß ist ein dynamischer Prozeß. In Polen ist vor dem 13. Dezember nichts geschehen, was dagegen verstieß. Wir würden viel lieber nicht über Polen reden müssen, auch nicht in Ma-

<sup>42</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

drid. Aber man kann nicht ansehen, was sich dort entwickelt. Ich befürchte einen schlimmen Verlauf. Jaruzelski sollte den Dialog der politischen Führung mit der Kirche und der Führung von „Solidarität“ – sie hat die Legitimität dazu – aufnehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Ich sage Ihnen, wenn morgen die Verhafteten<sup>43</sup> freigelassen, das Kriegsrecht aufgehoben und der Dialog fortgesetzt werden, wird Polen stärker sein als heute. Alle haben ihre Erfahrungen gemacht. Ich habe ganz ernst gemeint, daß wir keine Konfrontation wollen.

*Mladenow*: Es soll keine Konfrontation geben. Niemand soll sich in Polen einmischen. Die Polen schaffen es allein. Lassen wir die Führung und dieses kluge Volk seine Dinge regeln. Was wird diese Show im Fernsehen helfen? Ich habe den Botschafter<sup>44</sup> gebeten, diese Show aufzuzeichnen.

*BM*: Lassen wir doch diese Show. Die Emotionen bei uns hat nicht Reagan angestachelt. In den USA, in Frankreich, Belgien, Großbritannien und auch bei uns gibt es starke Gefühle für Polen. Sie sind echt.

*Mladenow*: Emotionen hin und her. Wir tragen doch die Verantwortung. Wir sind Außenminister.

*BM*: Ich habe nie Emotionen nachgegeben. Ich kann aber an der Tatsache nicht vorbei, daß einfache Menschen überall es als falsch empfinden, wenn eine Gewerkschaftsführung verhaftet wird. Niemand hat hier etwas angestachelt. Die Show, von der Sie sprechen, kommt jetzt. Aber die Stimmung war schon vorher da. Sie sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Man kann Zeichen setzen und den Menschen das Vertrauen zurückgeben, daß Jaruzelski seine Versprechungen erfüllt.

*Mladenow*<sup>45</sup>: Er hat diese Zeichen gesetzt. Emotionen kann man auch durch die Massenmedien anstacheln.

*BM*: Unsere Massenmedien haben nichts getan, um sie anzustacheln.

*Mladenow*: Ich spreche nicht konkret von der Bundesrepublik.

*BM*: Das ist gut.

*Mladenow*: Wir lesen auch andere Zeitungen. Die erste Reaktion auf die Rede Jaruzelskis war negativ. Wir haben auch über die Reaktion in Polen gelesen. Dort war sie positiv. Weder Sie noch wir sollten uns dort einmischen.

*BM*: Wir mischen uns nicht ein.

*Mladenow*: Sie vielleicht nicht, aber Radio Freies Europa, auch wenn Sie nicht für seine Sendungen verantwortlich sind.

*BM*: Wenn ich die Nachrichtensendungen aus Moskau höre ... Aber das tut hier niemand. Wir sind ein Land mit offenen Grenzen. Hier können alle hereinsenden.

*Mladenow*: RFE hat aber die Polen zu passivem Widerstand aufgerufen.

*BM*: Wenn morgen Radio Moskau sagt, am nächsten Freitag solle niemand bei uns arbeiten, so richtet sich niemand danach. Es kann doch niemand sagen, ein Sender schreibe dem stolzen polnischen Volk vor, was es zu tun habe.

<sup>43</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>44</sup> Stoyan Iliw Zhulew.

<sup>45</sup> Korrigiert aus: „BM“.

*Mladenow:* Die Kirche hat auch gesagt, das ist nicht gut. Ich möchte, daß Sie Ihre Verbündeten auffordern, solche Sendungen einzustellen.

*BM:* Lassen Sie sich doch einmal vorspielen, was jetzt nach Polen hineingesendet wird, nicht von RFE oder unseren Sendern, sondern von Sendern in näheren Nachbarländern Polens. Ich will gegen niemanden polemisieren, aber wenn Sie sich die offiziellen Verlautbarungen von Parteien anschauen, was allein in den Zeitungen steht, selbst in Parteiorganen ... Wenn Herr Suslow nicht gestern verstorben wäre, würde ich auch ihn noch zitieren.

Ich hatte am 30.12. eine lange, interessante Unterhaltung mit Rakowski. Sie war sehr offen. Ich habe das Gespräch sehr geschätzt. Ich habe dafür gesorgt, daß er bei uns nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit politischen Gruppen, mit den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien sprach. Es ist wichtig, sich gegenseitig seine Meinung zu sagen.

*Mladenow:* Rakowski ist weder ein Falke noch ein Dogmatiker. Sie kennen ihn.

*BM:* Er hat seine Auffassung dargelegt. Sie ist nicht weit entfernt von dem, was Sie jetzt sagen. Aber Sie wollten ja meine Meinung hören.

*Mladenow:* Was Sie anlangt, können wir unseren Meinungs austausch auch am Schwarzmeerstrand fortsetzen. Sie sind mit Ihrer Frau mein Gast im Sommer.<sup>46</sup> Polen ist dann keine aktuelle politische Frage mehr, auch wenn die wirtschaftliche Stabilisierung länger dauern wird. Ich möchte an Sie appellieren, machen Sie bitte in Polen nicht zu viele Schwierigkeiten. Die Polen müssen auch in die Lage versetzt werden, Ihnen ihre Schulden zurückzuzahlen.

*BM:* Sie reden wie ein kapitalistischer Banker.

*Mladenow:* Ich spreche nicht zu Finanzfragen des Kapitalismus. 30 Mrd. Dollar Schulden ist aber eine Menge Geld. Der Kapitalismus wird darüber nicht bankrott gehen, aber in Schwierigkeiten geraten.

*BM:* Unbedingt.

*Mladenow:* Wenn es Sanktionen gibt ...

*BM:* Sie wissen, wir geben an Nahrungsmitteln alles nur Mögliche, soweit sie die Bevölkerung erreichen.

*Mladenow:* Welche Einschränkungen gegen die Sowjetunion und gegen uns sind denn vorgesehen?

*BM:* Gegen Bulgarien haben wir überhaupt keine vorgesehen. Wollen Sie beantragen, daß wir Bulgarien aus Solidarität mit einschließen?

Zu Genf: Ich hoffe, die gestrige Begegnung dort hat deutlich gemacht, was wir wollen: Daß manche Entwicklungen nicht eintreten, die uns auch Sorgen machen.

*Mladenow:* Es ist unser Wunsch, daß die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA möglichst bald erfolgreich beendet werden.

*BM:* Unser Wunsch auch.

<sup>46</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien auf. Vgl. dazu das Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 14. Juli 1983 in Sofia; AAPD 1983. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 2 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Varna, vom 17. Juli 1983; AAPD 1983.

*Mladenow*: Polen wird noch Wirbel machen, dann wird es vorbei sein. Wir werden daraus lernen, wieviel Vertrauen wir in die Verbindung zum Westen haben können.

*BM*: Das kann man unterschiedlich sehen. Sie haben keine schlechten Erfahrungen gemacht.

*Mladenow*: Polen kann uns eines Besseren belehren. Erst gibt es keine neuen Vereinbarungen, dann noch Sanktionen. Erst hat man nach Afghanistan Sanktionen verhängt, weil die Sowjetunion sich angeblich einmischte.<sup>47</sup> Jetzt verhängt man Sanktionen, weil die Sowjetunion sich in Polen nicht einmischt.

**Referat 010, Bd. 178862**

### 32

## Aufzeichnung des Bundesministers Genscher

27. Januar 1982

Vermerk über Anruf von Außenminister Haig am Dienstag, den 26.1.1982, 20.15 Uhr, aus Genf

Die Gespräche mit Gromyko seien eben zu Ende gegangen. Er wolle mir sofort eine Vorab-Information geben.

Die Gespräche hätten etwa 73/4 Stunden gedauert. Sie seien sehr offen, hart, aber völlig unpolemisch geführt worden.

Er habe mit Polen begonnen und sehr klar die westliche Meinung zu Polen dargelegt, insbesondere die Verantwortung der Sowjetunion für die Entwicklung in Polen herausgestellt. Er habe die drei gemeinsam formulierten Forderungen für die Entwicklung in Polen<sup>1</sup> erläutert und begründet. Er habe darauf hingewiesen, daß man sich nicht täuschen dürfe. Der Westen sei sich in der Beurteilung der polnischen Entwicklung einig. Das sei eine der Lehren, die der Westen aus Afghanistan gezogen habe.

<sup>47</sup> Am 4. Januar 1980 kündigte Präsident Carter in einer Fernseh- und Rundfunkansprache eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 an. Dazu gehörten, neben der bereits am 2. Januar 1980 erfolgten Rückberufung des amerikanischen Botschafters in Moskau, Watson, die Bitte an den amerikanischen Senat um Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens für den SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979, die Einstellung der Lieferung hochentwickelter Technologie an die UdSSR sowie die Einschränkung sowjetischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern und amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.

Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau durch die USA und die Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 25 und Anm. 26.

<sup>1</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

Gromyko habe sich nicht zur Sache eingelassen, sondern habe darauf hingewiesen, daß es sich um eine innere Angelegenheit Polens handelt.

Man habe dann über START gesprochen. Er habe zum Ausdruck gebracht, daß die START-Verhandlungen als eine Sache von Priorität verhandelt würden.<sup>2</sup>

Da man substantielle Reduktionen wolle, bedeute es, daß man die Verhandlungen intensiv und gründlich vorbereite.

Leider seien die Voraussetzungen für die Verhandlungen jetzt schlecht. Die Sowjetunion solle sich um eine Verbesserung bemühen.

Weitere Themen seien gewesen: die Entwicklung in Madrid<sup>3</sup> und die Mittelstreckenverhandlungen<sup>4</sup>.

Gromyko habe hierzu gesagt, man werde doch wohl nicht Madrid zu einem Forum für die polnische Frage machen wollen.

Er habe das aber bejaht.

Gromyko habe ferner über Afghanistan gesprochen, über Kuba, über Zentralamerika. Zu Afghanistan habe Gromyko gesagt, Sie wollen ja gar nicht, daß wir aus Afghanistan herausgehen.<sup>5</sup> Sie wollen, daß wir weiter Probleme dort haben.

Er, Haig, habe darauf scherzhaft geantwortet: Vielleicht haben Sie uns das in Vietnam gelehrt.

Breiten Raum habe die Lage in Südafrika eingenommen. Hier habe sich gezeigt, daß die Sowjets offen waren, da die Sowjets offenbar einsähen, daß sie auch etwas tun müssen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron notierte am 9. Februar 1982: „Obwohl mit Rücksicht auf die Lage in Polen und die innenpolitische Debatte in den USA bei dem kürzlichen Haig-Gromyko-Treffen am 26. Januar 1982 kein Termin für den Beginn der START-Verhandlungen festgelegt werden konnte, gehen wir davon aus, daß die USA an der Aufnahme der START-Gespräche interessiert bleiben und sich auch weiterhin intensiv darauf vorbereiten. [...] Der Meinungsbildungsprozeß der neuen US-Administration zu SALT/START war nicht einfach, da aus der Zeit der SALT-II-Hearings von republikanischen Kritikern sehr unterschiedliche Neuverhandlungsforderungen gestellt wurden. Als sicher gilt, daß neben der Einführung eines neuen Zähl- und Vergleichskriteriums [...] als zweite konzeptionelle Neuerung (bzw. Wiederaufnahme) das Verhandlungsziel substantielle Reduzierungen (‘deep cuts’) postuliert wurde. [...] Das Konzept der ‘deep cuts’ als programmatische Zielvorgabe für künftige Verhandlungen über strategische Systeme kommt bereits in der Umbenennung von SALT (‘Strategic Arms Limitation Talks’) zu START (‘Strategic Arms Reduction Talks’) zum Ausdruck.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124531.

<sup>3</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>4</sup> Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 17, Anm. 14. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 29. Januar 1982 mit, der stellvertretende Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen, Glitman, habe den Ständigen NATO-Rat am selben Tag über den Verlauf der Verhandlungen informiert: „Aus der Unterrichtung ergab sich, daß sich die Verhandlungen noch im Stadium der Erläuterung der beiderseitigen Positionen befinden. Die Vereinigten Staaten konzentrieren sich auf die Null-Lösung einschließlich der relevanten Parameter und den Kräftevergleich. [...] Das erkennbare Ziel der sowjetischen Vorschläge ist es unverändert, den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses ohne adäquate Gegenleistung zu verhindern. Kwizinskij verwendet zunehmend das Argument, der Doppelbeschluß sei gegen den Willen der europäischen Völker gefaßt worden und genieße in der Öffentlichkeit der Bündnisländer keine Unterstützung. Es ist nach amerikanischer Auffassung offenkundig, daß die öffentliche Diskussion in Europa von unmittelbarer Bedeutung für die Verhandlungen in Genf ist. [...] Glitman kündigte an, daß ein amerikanischer Abkommensentwurf auf der Grundlage der NATO-Position bald fertiggestellt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 188; VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

Gromyko habe ihm sehr interessante Ausführungen gemacht, die er auf einer offenen Telefonleitung nicht wiederholen könne.

Gromyko sei am Nachmittag von sich aus und entgegen seiner Ankündigung am Flugplatz, über Polen nicht sprechen zu können, auf Polen zurückgekommen und hätte dazu Ausführungen gemacht, auf die er noch einmal erwidert hätte, so daß in der Tat Polen einen breiten Raum eingenommen hätte.

Er (Haig) habe den Eindruck gewonnen, daß in bezug auf Polen die Sowjets sich doch unter einem gewissen Druck fühlten, vor allen Dingen über die westlichen Reaktionen. Er werde in seiner Pressekonferenz das sowjetische Verhalten in bezug auf Polen herausstellen.<sup>6</sup> Er gehe davon aus, daß die Sowjets in ihrer Darstellung herausstellen würden, daß noch kein Termin für die START-Verhandlungen genannt worden sei.<sup>7</sup>

Ich fragte, ob über einen Gipfel Reagan/Breschnew gesprochen worden sei.

Das verneinte Haig.

In bezug auf Polen fragte ich, wie er sich erkläre, daß Gromyko zur Behandlung dieses Themas seine Meinung in der zweiten Hälfte des Gesprächs geändert habe. Ob es hier etwa über Mittag einen telefonischen Kontakt mit Moskau gegeben habe?

Haig meinte, das halte er für wahrscheinlich.

Ich bemerkte dann, daß möglicherweise der Tod von Suslow das künftige Verhalten der Sowjetunion zu den polnischen Ereignissen beeinflussen könne. Denn alles spricht dafür, daß Suslow auch in dieser Frage ein Hardliner gewesen sei und sogar im Dezember 1980 eine direkte sowjetische Intervention gewünscht habe. Man müsse diesen Umstand bei der künftigen Polenpolitik im Auge behalten.

Haig erwähnte, vielleicht sei schon das Verhalten Gromykos am Nachmittag durch den Tod Suslows beeinflußt worden.

Ich fragte in bezug auf das südliche Afrika, ob der seit langem bestehende Eindruck erhärtet worden sei, daß die Sowjetunion unsere Friedensbemühungen für Namibia<sup>8</sup> nicht schätze. Ich hätte in diesem Sinne einige Bemerkungen zu den Vertretern der Kontaktgruppe gemacht, die am Nachmittag bei mir gewesen seien.<sup>9</sup>

Dazu Haig: In der Tat sei Gromyko bei der Behandlung dieses Themas heftig gewesen.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Außenministers Haig bei einer Pressekonferenz am 26. Januar 1982 in Genf vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 203 f. (Auszug).

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko bei einer Pressekonferenz am 27. Januar 1982 in Genf vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 204.

<sup>8</sup> Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115. Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 36.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher traf am 26. Januar 1982 mit Vertretern der Namibia-Kontaktgruppe zusammen. Vgl. dazu Dok. 36.

Ich kam dann auf meinen Brief vom 25.1.1982 zu sprechen, der sich mit der Fortsetzung der KSZE befaßt.<sup>10</sup>

Haig sagte dazu, ich hätte ihn mit dem Brief teilweise überzeugt (partially persuaded). Allerdings dürfe man nicht weiter vorgehen nach der Methode: business as usual.

Ich sagte, das sei nicht beabsichtigt. Ich sei mir besonders mit Carrington einig, und wir hätten das auch im Kreis der EG-Außenminister zum Ausdruck gebracht, daß jetzt sehr fest verhandelt werden müsse und daß man die Sowjetunion dazu veranlassen müsse, endlich zu unseren Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural und zu den Menschenrechtsfragen klar Stellung zu nehmen. (Mein Eindruck war zum Punkt „KSZE“, daß sich die USA darauf einstellen, daß die Konferenz, wie von uns gewünscht, fortgesetzt wird.)

Ich habe mich abschließend für die prompte Unterrichtung bedankt und den Termin für Montag, den 8.2.1982, 21.30 Uhr, bestätigt<sup>11</sup> und hinzugefügt, daß ich es für richtig halten würde, wenn er anlässlich seiner Teilnahme an der Wehrkunde-Tagung in München<sup>12</sup> in Bonn einen Zwischenaufenthalt machen würde.

Er sagte, er werde sich sehr bemühen, das möglich zu machen. Ob ich denn eine Teilnahme an der Wehrkunde-Tagung für richtig halte?

Ich erwiderte, daß das sicher richtig sei.

[Genscher]<sup>13</sup>

**Referat 010, Bd. 178867**

<sup>10</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 30.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 8. Februar 1982 in Madrid vgl. Dok. 50.

<sup>12</sup> Die Internationale Wehrkunde-Tagung fand am 13./14. Februar 1982 statt.

<sup>13</sup> Vermuteter Verfasser der nicht gezeichneten Aufzeichnung.

## 33

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam**

214-320.10/0 POL-410/82 VS-vertraulich

27. Januar 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Ziele und Methoden der westlichen Polenpolitik

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs

## 1) Vorbemerkung

Die derzeitige Ost-West-Auseinandersetzung in der Polenfrage trägt die Gefahr einer zunehmenden Verhärtung beider Seiten in sich. Man muß sich fragen, ob die Aussichten, daß es in Polen zu einer Wende kommt, nicht um so geringer werden, je länger diese Tendenz anhält.

Im folgenden wird der Versuch gemacht,

- die bisher allgemein definierten westlichen Zielsetzungen unter Berücksichtigung der heute nicht veränderbaren politischen Rahmenbedingungen konkreter zu beschreiben und
- Wege aufzuzeigen, um den westlichen Druck auf diese Ziele hin genau zu steuern und jeweils richtig zu dosieren.

## 2) Westliche Zielvorstellungen

Die westlichen Hauptforderungen,

- Aufhebung des Kriegsrechts,
- Freilassung der Inhaftierten,
- Wiederaufnahme eines echten Dialogs zwischen Staat, „Solidarität“ und Kirche,

sind Rahmenbedingungen. Hinter ihnen steht die Zielvorstellung, daß die mit den Danziger Vereinbarungen im August 1980 eingeleitete Politik der Erneuerung und der Reform in Polen auf der Basis eines nationalen Konsenses wiederaufgenommen werden muß. Dies bedeutet insbesondere, daß die Danziger,

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 19. Februar 1982 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Bräutigam am 20. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 6. Februar 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Diese Aufzeichnung, die zwischen der Abt[eilung] und mir mehrfach hin- und hergegangen ist, soll nur Ihrer Unterrichtung dienen. Falls Sie sie zur Grundlage einer ‚Strategie-Besprechung‘ machen wollen, könnte sie wie vorgeschlagen verteilt werden.“

Ferner vermerkte Staden am 6. Februar 1982: „Keine Verteilung!“

Hat Staden am 18. Februar 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM will die von mir vorgeschlagene Besprechung mit den Botschaftern] Negwer u[nd] Meyer-Landrut machen. Sie sollte deshalb für den ersten Aufenthalt eines d[er] beiden Bo. in Bonn – dann auch mit dem anderen – vorgesehen werden.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. Februar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Seite] 12 Rückseite].“ Vgl. Anm. 16.

Stettiner und Oberschlesischen Vereinbarungen vom August/September 1980<sup>4</sup> erneut zur Grundlage der Beziehungen Staat-Arbeiterschaft werden, d. h.

- staatliche Garantie für die Tätigkeit unabhängiger, selbstverwalteter Gewerkschaften, die neben den alten Gewerkschaften bestehen können;
- Beachtung der Verfassung<sup>5</sup> und Anerkennung der führenden Rolle der PVAP durch die neuen Gewerkschaften und Verzicht auf die Rolle einer politischen Partei;
- Tätigkeit der neuen Gewerkschaften in Übereinstimmung mit den ILO-Übereinkommen 87 (Koalitionsfreiheit)<sup>6</sup> und 98 (Diskriminierungsverbot)<sup>7</sup>;
- Streikrecht als Mittel zur Durchsetzung von Arbeiterrechten nach Ausschöpfung aller anderen Mittel und Methoden zur Lösung von Streitpunkten;
- Festlegung von Form der Gewerkschaften und Umfang ihrer Rechte in einem Gewerkschaftsgesetz.

Angesichts der Ereignisse seit dem 13. Dezember 1981 ist es allerdings ungewiß, in welchem Ausmaß und Zeitrahmen ein solches Ziel erreichbar ist. Selbst bei einer sehr günstigen Entwicklung, die sich bis jetzt nicht abzeichnet, müssen wir davon ausgehen, daß eine Reformpolitik nur sehr eingeschränkt weitergeführt werden könnte.

Auch wenn das in der öffentlichen Diskussion im Westen nicht immer ganz klar zum Ausdruck kommt – noch kommen sollte –, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß zumindest der europäische Westen bei seiner Zielvorstellung für die Lösung der Polenfrage heute vom Fortbestand der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Polen sowie der Zugehörigkeit des Landes zum Warschauer Pakt und RGW-System ausgehen muß. Angestrebt wird nicht eine Revolutionierung im tatsächlichen Machtbereich der Sowjetunion, sondern die Ermöglichung einer Evolution, die den legitimen Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt und ständig wiederkehrende Destabilisierungen damit vermeidet. Es geht der westlichen Polenpolitik, anders ausgedrückt, nicht um ein Herausbrechen Polens aus dem tatsächlichen sowjetischen Machtbereich – weil dies nach Lage der Dinge unmöglich ist –, sondern um die Erhaltung der wesentlichen Elemente der polnischen Erneuerung, die die vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen nicht sprengen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 30. August 1980 in Stettin geschlossen wurde, vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 66–69.

Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 31. August 1980 in Danzig geschlossen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

Am 3. September 1980 wurde in Jastrzębie ein weiteres Abkommen zwischen dem dortigen überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung unterzeichnet.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der polnischen Verfassung vom 22. Juli 1952 in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 1976 vgl. VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 333–349.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 2073–2078.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1123–1127.

In diesem Lichte ist zu den westlichen Hauptforderungen folgendes zu bemerken:

a) Die Aufhebung des Kriegsrechts ist aus westlicher Sicht kein Selbstzweck, sondern der Weg zur Wiederherstellung der elementaren Bürger- und Freiheitsrechte in Polen. Es kommt hier mit anderen Worten nicht so sehr auf den institutionellen Rahmen an als auf die Substanz, d.h. die Folgen. Darum sind auch etwaige Teilschritte in dieser Richtung im westlichen Interesse. Dabei kann nach Lage der Dinge nicht ausgeschlossen werden, daß wesentliche Teile einer gemäßigten Reformpolitik möglicherweise besser unter dem Mantel des Kriegsrechts durchgeführt werden könnten, als wenn zunächst die politische Vorherrschaft der PVAP, gestützt auf die Sicherheitskräfte, wiederhergestellt würde. Das Kriegsrecht bringt zwar weiterhin schwere Eingriffe in die Freiheitsrechte der Polen mit sich. Diese aber könnten auch im Rahmen des Kriegsrechts Schritt um Schritt wiederhergestellt werden. Die Jaruzelski-Rede vom 25.1. vor dem Sejm<sup>8</sup> läßt zumindest gewisse Hoffnungen darauf zu. Andererseits kann die Repression auch bei Aufhebung des Kriegsrechts bestehen bleiben.

Die derzeit nächstliegende Alternative zur Militärherrschaft wäre andererseits eine Machtübernahme durch die „Falken“ in der Parteiführung, was wahrscheinlich die Perpetuierung der Unterdrückung bedeuten würde. Das Militärregime unter Jaruzelski bietet daher zur Zeit vielleicht die besten Chancen für eine Wende zum Besseren. Das Kriegsrecht stärkt wahrscheinlich Jaruzelskis Stellung.

Der Westen sollte daher das entscheidende Gewicht seiner Einzelargumentation hinsichtlich der Aufhebung des Kriegsrechts auf die Beseitigung der Folgen legen, d.h. den Abbau der Repression und die Wiederherstellung der Menschen- und Bürgerrechte.

b) Die westliche Forderung nach Entlassung der Inhaftierten stützt sich auf die allgemeinen Menschenrechte und die Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup>. Schon aus grundsätzlichen Erwägungen können hier Abstriche nicht in Betracht kommen. Außerdem ist die Wiederaufnahme des Dialogs mit der „Solidarität“ ohne Freilassung der Gewerkschaftsführung und ihrer Berater kaum denkbar. Im Hinblick auf den sowjetischen Druck wird man jedoch nicht mit einer spektakulären Entlassungsaktion auf einen Schlag rechnen können. Die Jaruzelski-Rede bestätigt das. Bestenfalls ist eine allmählich erfolgende Entlassung zu erwarten. Als „Signale“ könnten post factum allerdings nur große Entlassungsschübe gewertet werden.

c) In den gegenwärtig stattfindenden Gesprächen zwischen der Kirche und Vertretern der politischen Führung geht es darum, die Voraussetzungen für einen Dialog ohne äußeren Zwang zu schaffen. Die Schlüsselfrage dürfte dabei sein, ob die politische Führung Verhandlungen mit legitimierte[n] Vertretern des gesamten Präsidiums der „Solidarität“ akzeptiert und die Forderung nach vorheriger Freilassung aller Mitglieder des Präsidiums wie auch der Berater der

<sup>8</sup> Zur Rede von Ministerpräsident Jaruzelski am 25. Januar 1982 vor dem polnischen Parlament vgl. Dok. 29, Anm. 3.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Gewerkschaftsführung erfüllt wird. Die Rede Jaruzelskis vor dem Sejm läßt dazu erwartungsgemäß keine Bereitschaft erkennen.

In den Vermittlungsgesprächen der Kirche spielen allerdings auch jetzt schon Sachfragen eine Rolle. Man hat den Eindruck, daß die Kirche eine Lösung sucht, bei der die „Solidarität“ als unabhängige Gewerkschaft wiederhergestellt und die Fortgeltung der Danziger Vereinbarungen von der politischen Führung anerkannt werden. Dafür müßte die „Solidarität“ eine wesentliche Einschränkung ihrer politischen Aktivitäten hinnehmen sowie auf bestimmte politische Forderungen verzichten. Die Einzelheiten darüber ließen sich nur im Dialog ohne äußeren Zwang definieren. Andere Überlegungen der Kirche gehen offenbar in Richtung einer neuen christlichen Gewerkschaftsorganisation, welche die durch die Zerschlagung der „Solidarität“ gerissene Lücke ausfüllen sollte.

Angesichts des starken Drängens der orthodoxen Kräfte auf eine völlige Eliminierung der „Solidarität“ sind die Erfolgsaussichten der Vermittlungsbemühungen der Kirche insoweit gering einzuschätzen. Auch die Jaruzelski-Rede gibt kaum Aufschluß darüber, ob die Führung zu einem solchen Weg bereit sein könnte. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Schwierigkeiten und Risiken bei der Realisierung einer solchen Lösung für beide Seiten groß sein könnten und ein Maß an Disziplin, Selbstbeschränkung und gutem Willen von beiden Seiten verlangen würden, wie es bisher bei der Partei (und vielleicht auch bei radikalen Vertretern der „Solidarität“) nicht gegeben war. Immerhin scheint die Kirche einen solchen Weg aus der Krise nicht als völlig aussichtslos anzusehen. Dabei setzt sie offenbar gewisse Hoffnungen auf Jaruzelski, der nach ihrem Eindruck einen gemäßigten Reformkurs anstrebt und diesen gegenüber den „Falken“ in der Parteiführung durchzusetzen versucht. Die Kirche vermutet, daß Jaruzelski dafür von Moskau ein gewisser Spielraum zugestanden worden ist. Sollte diese Einschätzung richtig sein und die Richtung Jaruzelskis in den Auseinandersetzungen innerhalb der Führung die Oberhand gewinnen, so wäre ein Kompromiß zwischen der politischen Führung und der „Solidarität“ wohl denkbar, allerdings bei der gegebenen Lage sicher auf einem sehr kleinen Nenner.

Der Westen sollte solche Bestrebungen nicht von vornherein negativ bewerten, auch wenn das mögliche Ergebnis vermutlich den westlichen Zielvorstellungen nicht gerecht werden kann. Es empfiehlt sich mit anderen Worten weiterhin, auf Jaruzelski zu drücken, ihn dabei aber nicht zu schwächen. Seine Ablösung müßte – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit – eine Wendung zum Schlechteren bedeuten.

### 3) Sowjetische Interessenslage

Das Verhalten der sowjetischen und polnischen Führung nach der NATO-Erklärung vom 11. Januar<sup>10</sup> erweckt den Eindruck, daß Moskau und Warschau die westliche Maßnahmenpolitik mit Besorgnis und Unsicherheit verfolgen. Zwar haben sie sicher die Hoffnung, daß die westlichen Maßnahmen wie nach Af-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

ghanistan<sup>11</sup> nicht sehr effektiv sein werden und zumindest der eine oder andere westliche Staat aus der westlichen Linie herausgebrochen werden kann. Moskau dürfte aber nicht im Zweifel darüber sein, daß der amerikanische Druck diesmal wesentlich stärker ist und zu einer anhaltenden Konfrontation mit schwerwiegenden Einbrüchen bei der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit und bei der Rüstungskontrolle führen kann. Angesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Sorge, einen Rüstungswettkampf auf längere Sicht nicht mithalten zu können, und auch mit Rücksicht auf Erwartungen der eigenen Bevölkerung wird die Sowjetunion große Anstrengungen machen, um eine andauernde Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden.

Andererseits steht in Moskauer Sicht in Polen eine gefährliche Systemveränderung auf dem Spiel. In ihrem von Machterhaltung durch Gleichschaltung geprägten Denken steht ein Verzicht auf die führende Rolle der kommunistischen Partei und die Zulassung einer Oppositionsbewegung für sie nicht zur Diskussion. Insoweit wird Moskau nicht zögern, die Herausforderung durch den Westen aufzunehmen. Dagegen dürften Wirtschaftsreformen und Besonderheiten im sozialen und gesellschaftlichen Bereich für Moskau kein entscheidendes Problem darstellen, solange dadurch die Machtposition der kommunistischen Führung in Polen nicht in Frage gestellt ist. Die derzeitigen Grenzen des Durchsetzbaren dürften durch das ungarische Modell in etwa umrissen sein.<sup>12</sup>

Insgesamt besteht der Eindruck, daß für die Sowjetunion nach den Erfahrungen im letzten Jahr die Zerschlagung oder Gleichschaltung der „Solidarität“ die Priorität hat. Die nach dem 13. Dezember eingeleiteten Maßnahmen gegen die Organisation der „Solidarität“ und ihre Mitglieder lassen daran keinen Zweifel. Die sowjetische Führung wird möglicherweise aber einsehen müssen, daß auf diesem Wege eine dauerhafte Stabilisierung in Polen nicht zu erreichen ist. Deshalb scheint es nicht völlig ausgeschlossen, daß Moskau schließlich doch einen „kleinen Kompromiß“, wie er offenbar der Kirche vorschwebt, hinnehmen würde, zumal dies ein Weg sein könnte, eine kostspielige und ausweglose Konfrontation mit der anderen Supermacht zu vermeiden. Ein solches Einlenken Moskaus setzt allerdings voraus, daß die sowjetische Führung nicht zu der Überzeugung gelangt, der politische Preis für eine Abwendung der Konfrontation sei zu hoch, diese müsse daher durchgestanden werden, und Konzessionen in der Polenfrage könnten deshalb nicht in Betracht kommen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, der sowjetischen Führung ein in den Umrissen klares Bild der westlichen Zielsetzungen zu vermitteln. Moskau muß in etwa die Grenzen dessen richtig einschätzen können, was der Westen verlangt.

#### 4) Schlußfolgerungen

a) Der Westen sollte den von der Kirche anscheinend angestrebten „kleinen Kompromiß“, wenn er zustande kommt, nicht verwerfen, auch wenn er deutliche politische Beschränkungen für die „Solidarität“ mit sich bringt. Der Maßstab für die Beurteilung eines solchen Kompromisses sollte sein, ob ihm die Kirche

<sup>11</sup> Zu den Sanktionen gegen die UdSSR nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 31, Anm. 47.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vergleich ist fraglich.“

und die legitime Führung der „Solidarität“ ihre Zustimmung geben können. Dagegen sollte es für den Westen nicht darauf ankommen, inwieweit auch die früheren politischen Forderungen der „Solidarität“ von der Führung akzeptiert werden.

b) Ein „kleiner Kompromiß“ könnte allerdings nur akzeptiert werden, wenn die große Masse<sup>13</sup> der Inhaftierten einschließlich der Gewerkschaftsfunktionäre und der Angehörigen der Intelligenz freigelassen werden. Es stellt sich auch die Frage einer Amnestie für jene, die nach dem 13. Dezember wegen der Beteiligung an Streiks und Protestdemonstrationen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

c) Auf einem raschen formalen Abbau des Kriegsrechts sollte der Westen dagegen mehr in der Substanz als in der Form bestehen. Die gegenwärtige Situation deutet darauf hin, daß den Militärs unter dem Mantel des Kriegsrechts eine vorsichtige Reformpolitik eher möglich ist und der Einfluß der „Falken“ so besser eingedämmt werden kann.

d) Der Westen sollte erkennen lassen, daß es ihm um die Respektierung der Schlußakte von Helsinki geht, die ja auf einem Konsensus beruht, an dem die Sowjetunion beteiligt ist, und nicht um ein Aufbrechen des Warschauer Pakts, ein Herausbrechen Polens aus dem sowjetischen System oder einem Machtkampf zwischen West und Ost. Es geht mit anderen Worten um einen evolutionären Prozeß, dessen Zulassung durch die Schlußakte geboten und letztlich auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion ist. (Die „Überwindung des Status quo“ sehen wir in der Form des „Briefs zur Deutschen Einheit“<sup>14</sup>).

##### 5) Taktisches Vorgehen der Atlantischen Allianz

a) Verhandlungen über einen neuen Konsens zwischen politischer Führung, Kirche und „Solidarität“ werden möglicherweise langwierig sein. Wenn überhaupt ein Kompromiß noch möglich ist, wird er sowohl von den Reformkräften in der politischen Führung wie auch von den Führern der „Solidarität“ außerordentliche Anstrengungen und hohes politisches Geschick verlangen. Dieser Entscheidungsprozeß wird durch westlichen Druck nicht erschwert, sondern gefördert. Zweck der westlichen Maßnahmen muß es dabei sein, gezielt politischen Druck auszuüben, nicht irreparablen Schaden anzurichten. Dies kann am besten durch eine fühlbare Reduzierung politischer und fachlicher Kontakte (mit Ausnahme des politischen Dialogs) und einen vorläufigen Stillstand bei der vertraglichen Ausgestaltung der Beziehungen (ausgenommen Rüstungskontrolle) erreicht werden. Die bestehenden Verträge und die wesentliche Substanz der Beziehungen sollten jedoch erhalten werden. Die von uns jetzt ins Auge gefaßten Maßnahmen

<sup>13</sup> Die Wörter „wenn die große Masse“ wurden von Staatssekretär von Staden unterschlingelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Alle!“

<sup>14</sup> Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

entsprechen diesen Kriterien. Sie können flexibel gehandhabt und ohne spektakuläre Akte wieder zurückgenommen werden.

Wichtig ist jedoch, daß diese Maßnahmen jetzt ergriffen werden. Ein längeres Hinauszögern würde nur Zweifel an der Geschlossenheit des Westens erwecken und ihre Wirksamkeit herabsetzen.

b) Falls die Lage in Polen zunächst in der Schwebe bleibt, aber auch keine wesentliche Verschlechterung eintritt, sollten die westlichen Maßnahmen unverändert Anwendung finden. Wieweit ihre Verschärfung erforderlich ist, bedarf ständiger Überprüfung. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Stillstand weiterer vertraglicher Ausgestaltung der Beziehungen naturgemäß immer fühlbarer werden muß.

c) Kommt es unter westlichem Druck zu einem Kompromiß in Polen, wie er oben skizziert worden ist, so sollte der Westen prüfen, ob und wieweit die gegen die Sowjetunion und Polen gerichteten Maßnahmen ausgesetzt werden können. Dabei wäre wichtig, daß die grundsätzliche Bereitschaft der westlichen Staaten zur Aufnahme der Umschuldungsverhandlungen und ggf. auch zur Gewährung neuer Kreditbürgschaften signalisiert wird. Die Durchführung müßte von der tatsächlichen Entwicklung in Polen abhängig gemacht werden.

d) Eine solche Entwicklung ist allerdings nur vorstellbar, wenn die Sowjetunion zu der Überzeugung gelangt, daß der Westen einen Kompromiß, der die vitalen Interessen der Sowjetunion berücksichtigt, akzeptieren würde und nicht schon jetzt auf einen Konfrontationskurs festgelegt ist. Darum erscheint es notwendig, daß die westliche Haltung der sowjetischen und der polnischen Führung auf geeignetem Wege erläutert wird. Öffentliche Erklärungen reichen dafür nicht aus. Ein solches politisches Gespräch ist auf offiziellen Kanälen allerdings schwierig. Moskau würde eine Erörterung der inneren Probleme Polens mit einer westlichen Regierung kaum akzeptieren. Deshalb sollte für diesen Zweck auch an inoffizielle Kontakte (z.B. Arbatow, Sagladin, Falin u. a.) gedacht werden, wobei es wichtig wäre, daß Breschnew, von dem wir vermuten können, daß er für eine politische Lösung des Polenproblems grundsätzlich aufgeschlossen ist, persönlich unterrichtet wird. In Polen sollten Ansprechpartner Jaruzelski oder Barcikowski sein, möglicherweise auch Olszowski, der auf jeden Fall in einen Kompromiß eingebunden werden sollte.

e) Eine solche Strategie, die Druck mit Dialog verbindet und der Sowjetunion einen gesichtswahrenden Rückzug offen läßt, sollte zunächst zwischen den Vier bzw. den Fünf (unter Einschluß Italiens) vorbesprochen werden. Dabei ist besonders wichtig, daß Einvernehmen über realistische westliche Zielsetzungen erreicht wird. Sollte der Westen die Aufhebung seiner Maßnahmen von der Erfüllung von Maximalforderungen abhängig machen, die nach Lage der Dinge nicht durchsetzbar sind, so würde damit die Position der Reformkräfte in Moskau und Warschau geschwächt. Gleichzeitig würde denjenigen Vorschub geleistet, die an die Unvermeidbarkeit der Konfrontation glauben und deshalb ohne weitere Rücksichtnahme die Zerschlagung des polnischen Reformkurses im Interesse der Blockdisziplin wollen. Wenn eine schwere tiefgreifende Konfrontation vermieden werden soll, die im Osten zu Abschottung, Disziplinierungen und Verkrampfungen führen würde, muß der Westen Lösungen befürworten,

die innerhalb der bisherigen politischen Rahmenbedingungen des Ost-West-Verhältnisses bleiben.

Für die westliche Haltung folgt daraus:

- Hinnahme bis auf weiteres der Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt und RGW-System,
- Hinnahme bis auf weiteres einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Polen,
- Verzicht auf die nicht realisierbare Forderung einer weitgehenden Liberalisierung und Demokratisierung, wie sie von bestimmten Gruppen vor dem 13. Dezember angestrebt wurde.

Die Sowjetunion muß ihrerseits Besonderheiten in Polen tolerieren, insbesondere:

- die Rolle der katholischen Kirche als Garant eines nationalen Konsenses in Polen;
- eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die unter Respektierung der politischen Ordnung die sozialen Interessen der Arbeiterschaft (und letztlich der gesamten Bevölkerung) autonom vertritt;
- ein bestimmtes Maß an Liberalität im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Publizistik;
- eine Wirtschaftsreform, die, nicht in der Art, aber in ihrer tiefgreifenden Natur der ungarischen gleichkame;
- Förderung und Strukturverbesserung der privaten Landwirtschaft, um eine bessere Versorgung der Bevölkerung aus eigener Kraft zu erreichen.

f) Das Interesse der polnischen und sowjetischen Führung an einem Kompromiß in Polen könnte wesentlich gefördert werden, wenn der Westen in der Lage wäre, für den Fall einer Wende in Polen ein konkretes und langfristiges Programm zur wirtschaftlichen Unterstützung Polens zu entwickeln. Die Schwierigkeiten, die einem solchen Projekt in den westlichen Staaten z. Zt. entgegenstehen, sind bekannt, aber vielleicht nicht unüberwindbar. Am besten geeignet für eine Untersuchung der Sanierungsmöglichkeiten erscheint der IWF, dessen fachliche Kompetenz anerkannt und der unverdächtig ist, politische Ziele zu verfolgen. Polen sollte daher unbedingt ermutigt werden, an dem Antrag auf IWF-Mitgliedschaft festzuhalten.<sup>15</sup> Auch in der jetzigen Situation sollten die westlichen Staaten eine Einleitung der notwendigen Untersuchungen für den Beitritt Polens nicht blockieren. Außerdem wäre daran zu denken, eine unabhängige Persönlichkeit mit einer Untersuchung zu beauftragen, wie unter den gegebenen Bedingungen Polen wirksam geholfen werden könnte. In eine solche

<sup>15</sup> Polen stellte am 10. November 1981 einen Antrag auf Wiederaufnahme in den IWF. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen vermerkte dazu am 8. Februar 1982, das Bundesministerium der Finanzen gehe davon aus, „daß die Entsendung einer großen Verhandlungsdelegation mit längerem Aufenthalt in Polen auf starken Widerstand der USA stoßen“ werde: „Auch seien Zweifel gerechtfertigt, ob die Lage in Polen sinnvolle Beitrittsverhandlungen mit dem IWF gegenwärtig überhaupt erlaubt. Eine Entscheidung werde – da die Polen-Mission auf Anfang März terminiert ist – schon in nächster Zeit zu treffen sein. Dabei werde man nach Lage der Dinge einen Kompromiß ins Auge fassen müssen. Dieser könne möglicherweise in der Entscheidung einer begrenzten Mission [...] mit ‚technischem‘ Charakter gefunden werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130470.

Prüfung sollte auch die Frage einbezogen werden, welche Möglichkeiten industrieller Kooperation zwischen deutschen und polnischen Unternehmen weiterhin realistisch sind.<sup>16</sup>

Bräutigam

VS-Bd. 13325 (214)

### 34

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow

VS-vertraulich

28. Januar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 28.1.1982 von 14.10 bis 15.10 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Gesprächsteilnehmer: die Botschafter Thomas und Kosmow, MD Pfeffer, Herr Spassow, als Dolmetscherinnen Frau Zenowa und Frau Sabisch.

*Bundeskanzler* freut sich, Herrn Mladenow wiederzusehen, und fragt nach Herrn Schiwkow.

*Mladenow* übermittelt beste Grüße Schiwkows, der sich sehr gut der Gespräche mit dem Bundeskanzler in Bonn<sup>3</sup> und Sofia<sup>4</sup> erinnert und das ihm Mögliche

<sup>16</sup> An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Die Vorlage enthält viele interessante Gedanken, begrüßenswert ist operative Orientierung. Folgende Bedenken sollten gesehen werden: 1) Der Westen – schon gar nicht die Bundesrepublik Deutschland – kann und darf nicht mit der SU ein Einvernehmen über die künftige Struktur Polens anstreben (das wäre ‚Jalta 82‘). 2) Die Ziele und Besorgnisse der Kirche scheinen nicht zutreffend eingeschätzt. 3) Eine Konsolidierung erscheint ohne eine unabhängige Mitwirkung der ‚Solidarität‘ nicht mehr erreichbar. S[olidarität] ist und bleibt eine Volksbewegung. Wie stark die Unabhängigkeit und Mitwirkung sein muß, kann nur das polnische Volk entscheiden. 4) Vortrag.“

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 29. Januar 1982 gefertigt und am 1. Februar 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit AM Mladenow“.

Hat Braunmühl am 1. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.

Hat Ploetz am 2. Februar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich am 27./28. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 31.

<sup>3</sup> Staatsratsvorsitzender Schiwkow und der bulgarische Außenminister Mladenow besuchten die Bundesrepublik vom 24. bis 28. November 1975. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 355 und Dok. 356.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

tun wird, um zu verwirklichen, was er mit dem Bundeskanzler vereinbart hat. Er schätzt die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik des Bundeskanzlers sehr hoch. Seine politische Erfahrung in 26 Jahren hat ihn gelehrt, daß nicht alles immer glattgeht. Eine gute Politik beweist sich auch in der Fähigkeit, manchmal gegen den Strom zu schwimmen.

*Bundeskanzler* bittet, die Grüße Schiwkows herzlich zu erwidern. Auch er hat die beiden Treffen mit Schiwkow in bester Erinnerung. Er will der Versuchung widerstehen, die Bemerkung über das „gegen den Strom schwimmen“ zurückzugeben. Aber er möchte Herrn Schiwkow und dem Außenminister persönlich sagen: Sie können sich darauf verlassen, daß es bei den Grundlinien unserer Politik bleibt, die Sie kennen. Weder BM Genscher noch er selbst haben die Absicht, die Grundlinien zu ändern, auch wenn das gegenwärtig nicht so ganz einfach ist und man dabei Gefahr läuft, auf den ersten Blick und auf die erste Zeitungsmeldung hin in verschiedenen Hauptstädten – auch in Sofia – mißverstanden zu werden.

*Mladenow* wird Schiwkow genau übermitteln, was der Bundeskanzler gesagt hat.

Er bestätigt auf Frage, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Bulgarien normal verläuft. Das Land entwickelt sich weiter. Es gibt ernste Schwierigkeiten, die z.B. die Zuwachsrate des BSP vermindern, weil Bulgarien Energie und Rohstoffe einführen muß. (BK: Wie auch wir.) Trotz der Probleme gelang es, die Handels- und Zahlungsbilanz auszugleichen – seit langem mit den sozialistischen Ländern und seit drei Jahren auch mit dem Bereich konvertierbarer Währung. Die Stimmung ist insgesamt gut, der Markt mit Industriegütern und Nahrungsmitteln versorgt. Die Schwierigkeiten können überwunden werden, da die Bulgaren ein realistisches Volk sind und eine realistische Politik betreiben, die ihren Kräften entspricht, und keinem Größenwahn erliegen.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben sich auf der Grundlage der Vereinbarung des Kanzlers mit Schiwkow<sup>5</sup> in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Daß die Handelsbilanz negativ ist, erscheint ihm normal. Die Bulgaren streben den Ausgleich der Zahlungsbilanz z.B. über Transportleistungen an, auch den Fremdenverkehr. Die vom Kanzler mit Schiwkow vereinbarten neuen Wege für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zahlen sich aus. 40% des bulgarischen Exports in die Bundesrepublik ist inzwischen das Ergebnis der Kooperation deutscher und bulgarischer Firmen. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich kann den einzelnen Unternehmen überlassen werden. Dagegen sollten sich die Regierungen Gedanken machen, wie sie die technologische Zusammenarbeit fördern können. Im RGW-Rahmen hat sich Bulgarien auf die Gebiete der Elektronik und der Automatisierung spezialisiert. Sie stehen im Rahmen des RGW mit einer Ausfuhr von zwei Milliarden Rubel an erster Stelle. Die beiden Regierungen sollten eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und Deutschland in diesem Bereich fördern.

*Bundeskanzler*: Wenn es Bulgarien im Vergleich zu anderen RGW-Staaten wirtschaftlich relativ gut geht, so gilt dasselbe für die Bundesrepublik im Ver-

<sup>5</sup> Die Bundesregierung und die bulgarische Regierung unterzeichneten am 14. Mai 1975 in Sofia ein Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1154 f.

gleich zu ihren westlichen Partnern. Aber auch wir haben ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die explosive Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise hat 1980/81 zur größten Zahlungsbilanzlücke unserer jüngsten Wirtschaftsgeschichte geführt. Wir haben durch sehr restriktive, leider auch die Beschäftigung dämpfende Maßnahmen die Zahlungsbilanzkrise überwunden. In etwa sechs Monaten werden wir wieder die übliche ausgeglichene Zahlungsbilanz haben. Für Ende 1982 rechnet er mit einem wirtschaftlichen Aufschwung, aber das Wachstum wird insgesamt nur 1 bis 1,5% betragen. Aber auch wir sind von der sehr ernstesten konjunkturellen und strukturellen Krise der westlichen Wirtschaft berührt, die zunehmend auch auf die wirtschaftlichen Strukturen des COMECON übergreift, insbesondere soweit sie von der westlichen Wirtschaft abhängig sind. Zur Zeit bauen sich zwei parallele Weltkrisen auf:

- eine Krise des Vertrauens zwischen Ost und West, die durch die Krise in und um Polen ausgelöst wurde;
- eine Weltwirtschaftskrise, die sich verschärfen könnte, wenn die erste Krise zu Unterbrechungen des Kredit- und Handelsverkehrs führt.

Er möchte AM Mladenow nicht im unklaren darüber lassen, daß er die heutige internationale Lage mit viel größerer Besorgnis betrachtet als vor sechs Monaten oder bei seinem letzten Besuch in Sofia. Wir halten den Wirtschaftsaustausch mit Bulgarien und anderen RGW-Staaten aufrecht. Sowohl aus wirtschaftlichen wie aus außenpolitischen Gründen. Wir setzen uns auch für den Dialog zwischen Ost und West ein und werben dafür gegenüber Moskau sowie gegenüber den eigenen Verbündeten.

Unter dem Einfluß westeuropäischer Regierungen einschließlich der deutschen hat sich im Laufe der letzten zwölf Monate nach einer Phase der ersten Überraschung und Konsternation über die Politik des neuen Präsidenten Reagan die auf Dialog und Rüstungskontrolle gerichtete politische Linie in der Praxis stärker durchgesetzt, als das nach außen in Erscheinung trat. Das gilt sogar für die letzten vier Wochen seit der ersten Reaktion auf die polnische Tragödie. Tatsächlich sind die INF-Verhandlungen in Genf wiederaufgenommen worden<sup>6</sup>, Haig und Gromyko haben acht Stunden miteinander über alle internationalen Themen geredet<sup>7</sup>, Reagan ist persönlich an einem Treffen mit Breschnew interessiert. Die Gefahr der Konfrontation ist sicherlich gestiegen. Aber auch in den USA bleiben insbesondere Reagan und Haig auf dem Kurs des Dialogs und der Verhandlungen mit der SU. Wir haben diese Linie gefördert und werden sie weiter fördern.

Unabhängig von der ihn tief beunruhigenden Lage in Polen, über die Mladenow sicherlich mit BM Genscher ausführlich gesprochen hat, möchte er auf die Gefahren hinweisen, die eine Stagnation der INF-Verhandlungen oder auch der Madrider Verhandlungen<sup>8</sup> über die KAE mit sich bringt. Wenn die INF-Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, wird es ab Ende 1983 zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen kommen. Er hat diese Zusammenhänge

<sup>6</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 32, Anm. 4.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>8</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

GS Breschnew und im Juli 1980 auch seinen Kollegen im sowjetischen Politbüro deutlich gemacht.<sup>9</sup> Wir haben alle in Europa ein dringendes Interesse am Fortschritt der INF-Verhandlungen. Er möchte kein Mißverständnis darüber aufkommen lassen, daß er sich im Falle eines Mißerfolgs der Genfer Verhandlungen voll für die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen einsetzen wird. Das weiß auch Breschnew. Er sieht die Gefahr, daß Leute im zweiten Rang in den zwei Hauptstädten vielleicht aus Prestige-Gründen nicht begreifen, daß ein Mißerfolg dieser Verhandlungen die Beziehung zwischen Ost und West in Europa wesentlich beeinträchtigt. Die sowjetische Rüstung im Mittelstreckenbereich war ein politischer Fehler, eine schwere Übertreibung. Das Gleichgewicht muß wiederhergestellt werden, da sich sonst die Lage in Mitteleuropa wesentlich verschlechtert.

Er fragt nach der bulgarischen Einschätzung der künftigen Entwicklung in Polen.

*Mladenow* dankt für die Ausführungen des Bundeskanzlers, die er mit großer Aufmerksamkeit verfolgt hat. Die Politik der USA beunruhigt die bulgarische Regierung erheblich. Es handelt sich um eine aggressive Politik, darauf gerichtet, ohne Rücksicht auf den Preis Überlegenheit zu erreichen. Dafür sprechen das Rüstungsbudget, das neue Rüstungsprogramm<sup>10</sup>, der Bau neuer Bomber und neuer Raketen.

Der Bundeskanzler hebt mit Recht hervor, wie wichtig es ist, daß die Genfer Verhandlungen mit einem positiven Ergebnis beendet werden. Das ist der Wunsch der Sowjetunion und auch der bulgarischen Regierung. Aber es hängt nicht von einem Land ab, was in Genf herauskommt, sondern von beiden Verhandlungspartnern. Mit seiner sogenannten Null-Option verlangt Reagan, daß die SU alle ihre Mittelstreckenraketen abbaut, während die amerikanischen Systeme ebenso wie die britischen und französischen bleiben.<sup>11</sup> Das ist keine Grundlage für eine ernsthafte Verhandlung. Wenn man Ergebnisse will, muß man dafür sorgen, daß beide Seiten sachlich an die Probleme herangehen.

Die Ereignisse in Polen sind künstlich aufgebauscht worden, um die Aufmerksamkeit der Welt von den Hauptfragen abzulenken. Wenn die Polen nicht das Kriebsrecht verhängt hätten, wäre er z. B. nicht hier, weil in Polen jetzt Ströme von Blut fließen würden. Die Maßnahmen gegen Chaos und Bürgerkrieg waren notwendig. Man hat eine Hysterie entfacht mit dem Ziel, der SU die Schuld für die Verschlechterung der internationalen Beziehungen zuzuschieben. Und das nur, weil es in Polen eine legitime Regierung gibt, die auch offen erklärt hat, aus welchen Gründen sie das Kriebsrecht verhängen mußte. Es gibt keinen

<sup>9</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

<sup>10</sup> Präsident Reagan gab am 2. Oktober 1981 ein Programm für die Revitalisierung der strategischen Streitkräfte bekannt. Dazu gehörten der Bau von rund 100 Bombern vom Typ „B-1“, die weitere Dislozierung von Marschflugkörpern auf vorhandenen Bombern und die Entwicklung eines Bombers vom Typ „Stealth“; die Stärkung und Ausweitung seegestützter Streitkräfte; die Fertigstellung von MX-Raketen; die Verbesserung des Fernmelde- und Führungssystems; die Modernisierung strategischer Verteidigungseinrichtungen. Für den Wortlaut von Reagans Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 878–880. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 590–592. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 285.

<sup>11</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Grund, Jaruzelski oder Rakowski zu mißtrauen, die erklärt haben, daß die Verhängung des Kriegsrechts ihr eigener Entschluß war. Er versichert, daß auch die bulgarische Regierung über die Verhängung des Kriegsrechts erst aus dem Rundfunk erfahren habe. Ein Bürgerkrieg im Zentrum Europas würde nicht nur das Schicksal Polens, sondern ganz Europas berühren. Er kann nicht die Bedeutung von Sanktionen verstehen. Will man das polnische Volk oder die SU bestrafen? Man braucht nur auf die Landkarte zu sehen, um zu verstehen, daß man ein so großes Land wie die SU nicht bestrafen kann. Genauso unverständlich ist, daß sich die EG-Partner zusammensetzen und die NATO-Partner, um die Lage in Polen und Maßnahmen zu erörtern. Und dann beruft man sich noch auf die Schlußakte<sup>12</sup>, deren Hauptprinzip das der Nichteinmischung ist. Sollen die RGW-Staaten die Türkei, die Lage in Nordirland oder in den USA erörtern? Nach dem 13.12. hat der Bundeskanzler gesagt, man solle die Lösung der polnischen Probleme den Polen überlassen und sich nicht einmischen.<sup>13</sup> Das ist die einzige und prinzipientreue Position, und danach richtet sich auch die bulgarische Regierung. Für die Bulgaren ist es daher unverständlich, daß die Außenminister der westlichen Staaten sich jetzt in Madrid zusammensetzen wollen, um über Polen zu diskutieren.

Zur weiteren Entwicklung in Polen: Die Lage wird sich normalisieren. Die Schwierigkeiten sind konjunktureller Art, von denen man sich nicht ablenken lassen sollte. Das Kriegsrecht wird viel früher aufgehoben werden als zum Beispiel in der Türkei<sup>14</sup>. Die notwendigen Änderungen im Land werden der realen Lage und den realen Kräften Rechnung tragen. Erneuerung und Reform werden darauf ausgerichtet sein, den Sozialismus zu bestärken. Polen ist und bleibt ein sozialistisches Land und wird solange WP-Mitglied sein, wie es die NATO gibt. So sehen die Bulgaren es und so sagen sie es auch ihren polnischen Genossen.

*Bundeskanzler* erläutert, daß es vier Länder im Westen gibt, die besondere Beziehung zu Polen haben: Frankreich fühlt sich mit der polnischen Freiheit emotional seit 150 Jahren verbunden. Großbritannien war während der Hitler'schen Besetzung Zufluchtsort der polnischen Exilregierung. In den USA gibt es Millionen amerikanischer Bürger polnischer Abstammung.

Die Deutschen haben mit den Polen eine sehr leidvolle und in den letzten zwei Generationen auch schuldbeladene tausendjährige gemeinsame Geschichte. Er ruft den eigenen Landsleuten, auch den nachwachsenden Generationen in Deutschland, immer wieder ins Gedächtnis, daß zu Hitlers Zeiten in KZs auf polnischem Boden Millionen umgebracht wurden. Aus alledem resultiert ein tiefes Mitleiden mit allem, was den Polen widerfährt. Die Deutschen haben Millionen von Paketen nach Polen geschickt – nicht vom Staat organisiert, sondern von einzelnen, Gewerkschaften, Kirchen und dem Roten Kreuz. In diesen vier westlichen Ländern gibt es daher eine starke emotionale Bindung und An-

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289.

<sup>14</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

teilnahme gegenüber Polen. Was im Osten vielfach als Einmischung empfunden wird, muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Das Zitat aus der Rede des Bundeskanzlers war richtig. Er hat auch seine Meinung nicht geändert. Aber er hat in der gleichen Rede gesagt: Wenn irgendwo Militär auf Arbeiter schießt, stehe ich auf seiten der Arbeiter. Er ist davon überzeugt, daß die Schilderung Jaruzelskis und seiner Motive richtig ist. Sicher hat Jaruzelski – auch in den sieben tragischen Fällen<sup>15</sup> – kein Blutvergießen gewollt. Sein Wunsch wäre es, daß so schnell wie möglich die Mehrzahl der Gefangenen freigelassen wird. Unter ihnen sind Personen, für deren persönliche Integrität er sich selbst verbürgen könnte. Sein Wunsch ist auch, den Rechtszustand des Kriegsrechts so schnell wie möglich aufzuheben. Wir würden es begrüßen, wenn die Regierung wieder den Dialog mit Wałęsa und seinen Freunden aufnimmt.

In der Türkei liegen die Dinge anders. Sie hat häufig Militärregierungen gehabt, u. a. deswegen, weil eine Demokratie in der Türkei nicht immer wirklich funktioniert. Vor der Regierungsübernahme durch Militärs forderte der Terrorismus etwa 800 Todesopfer im Monat, im Jahr fast 10 000. Er wird sicher keine Militärdiktatur in der Welt verteidigen, aber man muß die Unterschiede deutlich sehen.

**VS-Bd. 14102 (010)**

## 35

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.15-154/82 VS-vertraulich

28. Januar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: MBFR;

hier: Trilaterale Konsultationen am 25.1.1982 in Bonn

Anlg.: 3 (nur zum Original)<sup>4</sup>

#### I. Zusammenfassung

1) Auf unsere im Dezember 1981 ausgesprochene Einladung fanden am 25.1.1982 in Bonn trilaterale Konsultationen mit den Briten und Amerikanern über

<sup>15</sup> Bei der Erstürmung der Zeche Wujek durch polnische Milizsoldaten starben am 16. Dezember 1981 sieben Menschen. Vgl. dazu Dok. 26, Anm. 9.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

Hat Pöhlmann am 11. Februar 1982 erneut vorgelegen.

Hat Holik am 14. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 30. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 7. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 9, 11 und 13.

MBFR statt. Die amerikanische Delegation wurde von Robert Grey, dem amtierenden Stellvertretenden Direktor der ACDA, geleitet, der britische Delegationsleiter war Assistant Under-Secretary David Gillmore.

2) Nach einem kurzen Rückblick auf den Stand der Wiener Verhandlungen nach der 25. Runde<sup>5</sup>, die wie die vorausgegangenen im Zeichen gegenseitigen Abwartens und zuletzt unter dem Eindruck der Polen-Krise stand, wurden folgende Komplexe behandelt:

- Überprüfung der amerikanischen MBFR-Politik,
- westliche Verhandlungsschritte für die am 28. Januar beginnende Runde<sup>6</sup>,
- unser neuer Datenansatz.

3) Wichtigstes Ergebnis: Die USA haben nach Überprüfung ihrer MBFR-Politik entschieden, an den Wiener Verhandlungen als Teil des westlichen rüstungskontrollpolitischen Gesamtkonzepts festzuhalten. Während die grundsätzliche britische Einstellung weiterhin durch die seit der konservativen Regierungsübernahme<sup>7</sup> deutliche Skepsis gekennzeichnet ist, betonen die USA die potentielle Bedeutung von MBFR als z. Zt. einzigem rüstungskontrollpolitischen Ansatz im konventionellen Bereich für eine notwendige Ergänzung der nuklearen Rüstungskontrollbemühungen. Diese Haltung wird durch einen konzeptionellen Beitrag zur längerfristigen MBFR-Politik unter Beweis gestellt. Die Amerikaner treten auch für die Weiterentwicklung der westlichen Position im Bündnis auf der Grundlage unserer Vorschläge für einen Verhandlungsschritt in der nächsten Runde ein. In der Frage weiterführender Schritte in den Wiener Verhandlungen selbst stellen sie jedoch – ebenso wie die Briten – einen klaren Zusammenhang zur weiteren Entwicklung in und um Polen her.

Unser eigener konzeptioneller Beitrag für einen alternativen Datenansatz wurde von beiden Partnern mit Interesse aufgenommen und soll gemeinsam auf seine technische Durchführbarkeit untersucht werden.

II. Aus den Konsultationen bleibt folgendes festzuhalten:

1) Überprüfung der amerikanischen MBFR-Politik

Unter ausdrücklichem Bezug auf die Rede Präsident Reagans vom 18.11.1981<sup>8</sup> bekräftigten die Amerikaner ihr Interesse an den Wiener Verhandlungen als Teil des von Reagan dargelegten umfassenden rüstungskontrollpolitischen Ansatzes. Anhand eines vor wenigen Tagen trilateral übergebenen Diskussionspapiers (Anlage 1<sup>9</sup>) bemühten sich die Amerikaner, einen neuen Verhandlungsansatz zu erläutern, der offenbar erst in Grundzügen erarbeitet worden ist. Grundsätzlich bevorzugen sie nunmehr ein einziges MBFR-Abkommen für Pha-

<sup>5</sup> Die 25. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 24. September bis 10. Dezember 1981 statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 372.

<sup>6</sup> Die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 112.

<sup>7</sup> Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das undatierte amerikanische Papier „MBFR: Discussion Paper for Trilateral“ vgl. VS-Bd. 11454 (221).

se-I- und -II-Reduzierungen sowie für begleitende Maßnahmen. Im Unterschied zum westlichen Vorschlag vom Dezember 1979 für vorgezogene Phase-I-Reduzierungen<sup>10</sup> soll unter stärkerer Verknüpfung der Phasen das Ziel betont werden, eine gemeinsame kollektive Höchststärke von 700 000 bzw. 900 000 Mann zu erreichen. Die Frage besonderer Höchststärken für die USA und Sowjetunion blieb offen. Die bisherige westliche Datenposition wird beibehalten. Eine wichtige Rolle spielt das Paket begleitender Maßnahmen, das bereits vor Reduzierungen implementiert werden soll. In der Konzentration der Vereinbarungen in einem einzigen Abkommen sehen sie die Chance leichter Verhandbarkeit, da damit die für den Osten essentiellen Fragen der Verknüpfung eher gelöst werden könnten.

Die Briten und wir begrüßten das amerikanische Festhalten an MBFR sowie den amerikanischen Substanzbeitrag, warfen jedoch gleichzeitig eine Reihe von Fragen bezüglich der Veränderung des Verhandlungsansatzes auf, die in den amerikanischen Erläuterungen unbeantwortet blieben. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob ein integrales MBFR-Abkommen die Gesamtmaterie enthalten und nach Abschluß des Abkommens nur noch die Implementierung offenbleiben solle, wie sich die USA ein Inkraftsetzen des Pakets begleitender Maßnahmen bereits vor Reduzierungen vorstellten und welche Rolle im Zusammenhang mit unserem neuen Datenansatz (vgl. unter Ziffer II 3) die Dateneinigung spielen soll.

Wir regten an, in einem weiteren trilateralen Treffen auf Arbeitsebene in Washington in etwa einem Monat die prozeduralen und substantiellen Fragen des amerikanischen Konzepts näher zu behandeln und dessen Vor- und Nachteile zu erwägen. Insbesondere muß die Frage eingehend behandelt werden, inwieweit ggf. der bisherige westliche Verhandlungsansatz zu modifizieren wäre. Amerikaner und Briten reagierten grundsätzlich positiv, wollten aber zuvor ihre Positionen zu diesen Fragen selbst überprüfen.

Wir schlugen im übrigen vor, die USA sollten die in Kürze beginnende MBFR-Diskussion in Brüssel zum Anlaß nehmen, die Tatsache der Beendigung ihrer MBFR-Überprüfung mitzuteilen und als Ergebnis ihr Engagement gegenüber MBFR zu bekräftigen. Eine solche politische „message“ wäre für die Kohäsion des Bündnisses hilfreich. Die Amerikaner wollen diesen Gedanken aufgreifen, machten jedoch klar, daß sie ihre neuen Vorstellungen noch nicht darlegen möchten. Gegenüber der Öffentlichkeit wollen sie sich nicht äußern, einmal, weil dann Zweifel am Festhalten an der bisherigen westlichen Position aufkämen, und zum anderen die Erwartung besonderer Initiativen geweckt würde, was gerade angesichts der politischen Gesamtsituation vermieden werden müßte.

<sup>10</sup> Auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel wurde ein Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten verabschiedet, in dessen Mittelpunkt ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen standen. Im Communiqué hieß es dazu: „Dieses Phase-I-Interimsabkommen würde den Weg für ein späteres Phase-II-Abkommen ebnen, das auf vereinbarten Gesamtdaten beruht und weitere Reduzierungen aller direkten Teilnehmer zur Herbeiführung einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke beim Personal der Landstreitkräfte beider Seiten bei etwa 700 000 Mann und Einigung über eine kombinierte übereinstimmende kollektive Gesamthöchststärke von etwa 900 000 Mann für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte beider Seiten vorsieht.“ Vgl. BULLETIN 1979, S. 1413. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 378.

Die Vorschläge wurden am 20. Dezember 1979 offiziell eingeführt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

## 2) Westliche Verhandlungsschritte für die nächste Runde

### a) Unsere Vorschläge

Unser bereits trilateral in Wien diskutierter und auf britische Anregung leicht modifizierter Entwurf der Verhandlungsweisung, der der Herr Bundesminister zugestimmt hat (vgl. Vorlage v. 18.12.1981 – 221-372.20/30-2149/81 VS-v, Anlage 2<sup>11</sup>), wurde nur noch kurz erörtert. Den Briten ging es darum, eventuelle Mißdeutungen auf östlicher Seite auszuschließen, als gingen wir mit diesem Schritt in Richtung auf einen datenlosen freeze zu. Diese Bedenken wurden durch textliche Klarstellungen ausgeräumt.

Es bestand Einigkeit, den Entwurf der Verhandlungsweisung nunmehr in die Bündnisdiskussion einzuführen. Unsere NATO-Vertretung wurde inzwischen mit DE vom 26.1.1982 entsprechend angewiesen.<sup>12</sup>

### b) Östlicher Vorschlag der Einsetzung einer Redaktionsgruppe zur Ausarbeitung eines ersten Abkommensentwurfs

Man war sich einig, daß der Westen diesen östlichen Vorschlag nicht schlechthin ablehnen, sondern den Osten durch einen Gegenvorschlag in die Defensive drängen sollte.

Die Amerikaner regten an, einer solchen Arbeitsgruppe nur das begrenzte Mandat zur Erarbeitung eines Sachstandsberichts (Joint Status Report) zu geben, d.h. einen faktischen Vergleich der Positionen für jedes Verhandlungselement zu erstellen. Die AHG in Wien habe intern bereits eine Liste von brauchbaren Elementen erstellt. Dieser Sachstandsbericht könne dann als Referenzdokument nützlich sein. Der Positionsvergleich könne zeigen, daß auf der Basis der bisherigen Position und vor allem ohne Dateneinigung kein Ergebnis erreicht werden könne, was dann Ausgangspunkt für neue Verhandlungsschritte sein könne. Sie halten eine Entscheidung in dieser Frage im Bündnis für nicht erforderlich, da es sich um eine in der Wiener AHG zu entscheidende Prozedurfrage handle.

Die Briten äußerten grundsätzliche Bedenken gegen einen Redaktionsbeginn, weil er schwer zu steuern wäre und die Gefahr der Ausklammerung der Datenfrage bestehe. Der Westen würde hier eine Konzession machen, die vor allem angesichts der derzeitigen politischen Situation nicht angebracht sei.

Wir stellten den Gedanken zur Diskussion, grundsätzlich auf den östlichen Vorschlag einzugehen und die Redaktionsaufgabe entsprechend dem amerikanischen Vorschlag einzugrenzen, gleichzeitig aber eine Arbeitsgruppe zu den begleitenden Maßnahmen sowie eine dritte zur Datenfrage vorzuschlagen. Dabei wäre die Arbeit dieser Gruppen durch das Erfordernis ausgewogener Fortschritte in den drei Bereichen miteinander zu verbinden, um eine Eigendyna-

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11454 (221).

Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. AAPD 1981, III, Dok. 378.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel einen bei den trilateralen MBFR-Gesprächen am 25. Januar 1982 leicht modifizierten Textentwurf eines Verhandlungsschrittes der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen: „Briten und Amerikaner haben sich mit der Einführung der Draft Guidance im Bündnis einverstanden erklärt.“ Die Ständige Vertretung wurde gebeten, „die Draft Guidance nunmehr einzuführen und zu erläutern“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 453; VS-Bd. 11500 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

mik der vom Osten vorgeschlagenen Redaktionsgruppe auszuschließen. Im übrigen waren wir der Meinung, daß es sich hier nicht um eine von der AHG in Wien zu entscheidende Prozedurfrage, sondern um eine politische Frage handle, die im Bündnis zu beraten sei.

Im Hinblick auf die britischen Bedenken stellten die Amerikaner ihren Vorschlag zurück und behielten sich vor, ihre Position in Washington zu überdenken. Wir regten an, daß die Amerikaner auf der Basis dieser Diskussion Mandatsvorschläge für die Einsetzung einer bzw. mehrerer Arbeitsgruppen erarbeiten und zirkulieren, um die Frage dann im Bündnis weiter zu behandeln. Diese Anregung wurde positiv aufgenommen.

### 3) Neuer Datenansatz

Nachdem den Amerikanern und Briten bereits einige Tage zuvor unser ausführliches Diskussionspapier zu einem alternativen Datenansatz (vgl. Vorlage vom 15.1.82/221-372.20/30-74/82 VS-v, Anlage 3<sup>13</sup>) zugegangen war, erläuterten wir unsere Vorstellungen und stellten insbesondere klar, daß es uns im gegenwärtigen Stadium um die Erörterung dieses Gedankens in trilateralem Rahmen, nicht um die Entwicklung eines Verhandlungsvorschlags gehe. Erst wenn geklärt sei, ob sich der neue Ansatz technisch durchführen lasse – wofür wir vor allem auf amerikanische Expertisen angewiesen seien –, könne über seine Anwendung im Rahmen des westlichen Verhandlungskonzepts gesprochen werden.

Amerikaner und Briten nahmen unsere Vorstellungen mit großem Interesse auf und erklärten sich bereit, die erforderlichen weiteren Untersuchungen gemeinsam durchzuführen. Insbesondere die USA hielten unseren Ansatz für vernünftig und auch mit ihrem eigenen neuen MBFR-Konzept für vereinbar, baten jedoch um weitere Erläuterungen. Auf amerikanische Bitte erklärte sich das BMVg bereit, die technische Seite unseres Ansatzes in einem weiteren Papier zu erläutern.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Ruth informierte Staatssekretär von Staden am 15. Januar 1982: „Der [...] alternative Ansatz zur Datendiskussion ist inzwischen entsprechend dem Wunsch des Herrn Bundeskanzlers im Zusammenwirken mit dem BMVg (Fü S III 5) konkretisiert worden. Wir beabsichtigen, diesen Ansatz bei den bevorstehenden trilateralen MBFR-Konsultationen mit Briten und Amerikanern am 25. Januar in Bonn zur Diskussion zu stellen. Zur Erläuterung unserer Vorstellungen soll beiden Bündnispartnern ein Diskussionspapier zugehen, dessen deutsche Fassung als Anlage 3 vorgelegt wird.“ Vgl. VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

In der Anlage 3 zu dieser Aufzeichnung legte Referat 221 am 14. Januar 1982 dar: „Wir stellen [...] einen Ansatz zur Diskussion, der das Ziel der Datendiskussion anstatt auf Klärung umstrittener Ausgangsdaten von vornherein auf die Möglichkeit der Überwachung von Höchststärken nach Reduzierung umstellt. Das damit verbundene Risiko, daß ein Abkommen zu einem Zeitpunkt unterschrieben werden müßte, zu dem das vereinbarte Datenüberprüfungsverfahren noch nicht wirksam geworden ist, erscheint uns tragbar, wenn die Datendiskussion auf der Grundlage des neuen Ansatzes vor Unterzeichnung des Abkommens hinreichende Transparenz im Hinblick auf die Streitkräftestruktur und -umfänge der Gegenseite erbracht hat und ihr Ergebnis durch förmliche Vereinbarung abgesichert wird; die im Abkommen vereinbarten Verifikationsmittel ausreichend erscheinen, um die Einhaltung des Streitkräfteumfangs zu überwachen; im Abkommen dafür Vorsorge getroffen wird, daß die Vertragspartner von ihren Verpflichtungen freikommen, wenn die erforderliche Überprüfung der Einhaltung des Abkommens am Verhalten der Gegenseite scheitert.“ Vgl. VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte den Botschaften in London und Washington am 11. Februar 1982 „ein weiteres Papier zu technischen Fragen unseres Konzepts“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 836/837; VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

Auf unseren Vorschlag wurde beschlossen, auf der Grundlage des vom BMVg zu erarbeitenden Papiers den Komplex anlässlich des vorgesehenen trilateralen Arbeitstreffens in Washington in etwa einem Monat weiter zu behandeln.<sup>15</sup>

Ruth

VS-Bd. 11454 (221)

### 36

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

320-381.40 NAM VS-NfD

29. Januar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf<sup>4</sup>;  
hier: Bewertung und Ausblick nach dem Bonner Fünfer-Treffen vom  
25./26.1.1982

Bezug: BM-Vorlage vom 14.12.1981 – 320-381.40 NAM<sup>5</sup>

<sup>15</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 5. März 1982 zu den trilateralen MBFR-Gesprächen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA am 1./2. März 1982 in Washington: „Die zuständigen amerikanischen zivilen wie militärischen Stellen haben unseren bereits im Bonner Trilateral eingeführten neuen Daten-Verifikations-Ansatz [...] mit großem Interesse, die Briten jedoch mit Skepsis aufgenommen. Ziel unseres Ansatzes ist es, die Datendiskussion auf die Möglichkeit der Überprüfung von Umfangsstärken umzustellen: Transparenz über Streitkräftestärken soll in erster Linie durch Einigung über Strukturelemente der jeweiligen Streitkräfte als verifizierbare Grundlage zur Hochrechnung des Streitkräfteumfangs geschaffen werden, wobei gleichzeitig strenge Verifikationsmaßnahmen zu vereinbaren wären. [...] Zum weiteren Vorgehen in Wien [...] bestand Einigkeit, daß die im Bündnis geführte Diskussion über den von uns initiierten begrenzten westlichen Verhandlungsschritt (Konkretisierung der westlichen Verhandlungsposition zur Frage der Gesamtstärke zwischen den Phasen und nach Phase II) zwar abgeschlossen werden soll, die Einführung der Verhandlungsweisung in Wien aber nicht mehr sinnvoll erscheint, und zwar weil kleinere Modifizierungen [...] angesichts des von den USA vorbereiteten umfassenderen Neuansatzes zurückgestellt werden sollten, nach der Einführung des östlichen Abkommensentwurfs vom 18.2.1982 diese Vorschläge zur Substanz verhandlungstaktisch und öffentlichkeitswirksam kein geeigneter Gegenschritt wären.“ Vgl. VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 30. Januar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dieser wenig vielversprechende Ausblick bestärkt mich in der Meinung, daß ich ca. Mitte März zu intensiven Gesprächen nach Wash[ington] gehen sollte. Ich glaube, daß es richtig wäre, meine in jahrelanger Arbeit aufgebauten Beziehungen nach Möglichkeit auszunutzen.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 22. Februar 1982 vorgelegen.

Hat Staatssekretär von Staden am 25. Februar 1982 erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen].“

Hat Ministerialdirigent Haas am 26. Februar 1982 vorgelegen, der für Referat 320 handschriftlich vermerkte: „Ich weiß noch nicht, wie besprochen.“

<sup>4</sup> Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Gorenflos legte Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1981 eine „Lagebe-

## I. Das Bonner Fünfer-Treffen vom 25. und 26. Januar 1982

1) Die Konferenz der Afrikabeauftragten der Fünf mit ihren Delegationen (insgesamt 28 Teilnehmer) unter Vorsitz von Dg32<sup>6</sup> ist in dem besonders angenehmen Rahmen des Palais Schaumburg reibungslos abgelaufen. Die Gäste waren dankbar dafür, daß sie von BM persönlich begrüßt worden sind. Sie würdigten nicht nur die Organisation als ausgezeichnet, sondern auch die deutsche Gastfreundlichkeit, die sich vor allem durch die Essenseinladung des StS<sup>7</sup> ins AA-Gästehaus Kiefernweg und eine Abendeinladung ins „Maternus“ ausdrückte.

2) Eine allseitige Einigung auf die Verfassungsprinzipien (VP) und damit der Abschluß der Phase I konnte nicht festgestellt werden, da die FLS<sup>8</sup> und SWAPO den KG<sup>9</sup>-Vorschlag eines Wahlsystems, wonach die Hälfte der Abgeordneten nach Verhältniswahl, die andere Hälfte durch die Mehrheit in Wahlkreisen gewählt werden sollte, als zu kompliziert abgelehnt („unacceptable“) haben.

Südafrika akzeptiert das Mischsystem und hat in bisherigen Sondierungen reines Verhältniswahlrecht abgelehnt. Die Südafrikaner glauben, daß die Weißen bei jedem System eine gute Zahl Mandate erringen können. Es geht ihnen darum, den SA<sup>10</sup> oder DTA ergebenden Führern kleiner Gruppen (Stämme), die bei Verhältniswahlrecht keine Chance hätten, über Mehrheiten in Wahlkreisen Sitze zu verschaffen.

Die Fünf sondieren jetzt, ob Einigung auf Westminster-System erreichbar ist, eine Notlösung, denn sie bringt Probleme mit der Wahlkreis-Einteilung und der sehr umstrittenen Bevölkerungszahl und sie droht auf Ausschaltung der kleinen nichtethnischen Mittelparteien (NIP<sup>11</sup>, Federal Party, SWANU<sup>12</sup>) hinauszulaufen, in denen die aus unserer Sicht vernünftigsten Politiker aktiv sind.

3) Die Fünf wollen Phase II (UNTAG und Impartiality) nach außen hin nicht vor Abschluß der Phase I beginnen. Sie würden sonst den Druck auf die Parteien in Richtung VP-Einigung vermindern.

Gleichwohl sind US von den Fünf beauftragt, schon jetzt Vorkonsultationen aufzunehmen über die Frage, wie SA sich die Gestaltung von UNTAG vorstellt. Beim letzten Kontakt Fourie/Crocker<sup>13</sup> hat SA weiter auf der Truppenzahl 1000

*Fortsetzung Fußnote von Seite 180*

wertung nach den Fünfer-Treffen von Washington und Ottawa vom 1. bis 8. Dezember 1981“ vor.  
Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 367.

<sup>6</sup> Wilhelm Haas.

<sup>7</sup> Berndt von Staden.

<sup>8</sup> Front Line States bzw. Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>9</sup> Kontaktgruppe.

<sup>10</sup> Südafrika/Südafrikaner.

<sup>11</sup> Namibia Independence Party.

<sup>12</sup> South West Africa National Union.

<sup>13</sup> Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, hielt sich vom 12. bis 15. Januar 1982 zu Gesprächen mit dem Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie, in London auf. Gesandter Wallau, Washington, berichtete darüber am 21. Januar 1982 anhand von Informationen Crockers: „S[ü]d[A]frika sehe UNTAG und VN-Unparteilichkeit als einheitliches Paket und erwarte daher offenbar, daß K[ontakt]G[ruppe] Vorschläge machen werde, die eine Interdependenz bis ins Detail berücksichtigen. [...] SA habe zugegeben, daß es seine Haltung in UNTAG-Frage gegenüber früheren Verhandlungsphasen geändert habe. Dies betreffe am deutlichsten die Größe von UNTAG, aber auch ihre Funktionen. [...] SA habe Schwierigkeiten, UNTAG „Peace-

(statt 7500) bestanden. Aus Crockers Bericht hierüber gewannen wir den Eindruck, daß US eine so weitgehende Reduktion zwar als unerreichbar bezeichnet, jedoch SA-Erwartung auf weniger als die Hälfte der VN-Zahl zugelassen haben. In Bonn haben die anderen Vier energisch darauf bestanden, daß SR 435<sup>14</sup> intakt bleiben muß, einschneidende UNTAG-Reduzierungen also nur möglich sind, soweit vorwiegend im SA-Interesse vorgesehene UNTAG-Aufgaben unwichtiger werden (z. B. nördliche Grenzüberwachung).

In diesem Zusammenhang stellen US Angola in den Mittelpunkt:

- Können mit Luanda feste Vereinbarungen (unter Einbeziehung von SA) erreicht werden, die zur Sicherung gegen SWAPO-Infiltration ausreichen?
- Kann doch noch Zustimmung zu VN-Überwachung von SWAPO-Lagern in Angola herbeigeführt und so die DMZ<sup>15</sup> überflüssig gemacht werden?
- Wie kann UNITA interessiert werden?
- Kann vor Beginn des 435-Waffenstillstands schon ein Zustand gewaltlosen Wohlverhaltens aller Parteien gesichert und damit eine berechtigte Erwartung auf Einhaltung des Waffenstillstands auch mit wenig UNTAG erzeugt werden?

Was hier erwogen wird, geht teilweise erheblich über den Rahmen hinaus, in dem nach dem bisherigen Verhandlungsstand zwischen VN und SA und nach dem Verständnis der Fünf die 435-Ausführung ablaufen sollte. Es birgt weitere Störungs- und Verzögerungsgefahren in sich. Die KG hat klargestellt, daß die Amerikaner Sondierungen im Fünfer-Auftrag nur insoweit führen dürfen, als dies die Gestaltung von UNTAG in dem von SR 435 abgesteckten Rahmen betrifft (Zahl, Art des Einsatzes in Namibia, Zusammensetzung).

4) Das UNTAG-Problem ist insoweit untrennbar mit impartiality verknüpft, als SA um so drastischere Anforderungen an die VN-Abkehr von jeder SWAPO-Bevorzugung stellt, je weniger Pretorias Wünsche zu UNTAG erfüllt werden. Operative Schritte, um – vor allem in New York – die schwierigen Maßnahmen zu impartiality einzuleiten, kommen nicht in Betracht, solange der 435-Start nicht konkreter in Sicht ist. Die Fünf haben in Bonn ihre weit fortgeschrittenen Planungen für diesen Zeitpunkt vervollständigt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 181*

keeping'-Funktionen zuzuerkennen, während die verschiedenen vorgesehenen Beobachter- und Überwachungsaufgaben ihm anscheinend keine Probleme bereiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 328; Referat 320, Bd. 125286.

<sup>14</sup> Mit Resolution Nr. 435 beschloß der VN-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der VN dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

<sup>15</sup> Demilitarisierte Zone.

Im Arbeitspapier „Monitoring and the Establishment of a Demilitarized Zone“ der Vereinten Nationen vom 21. September 1979 hieß es: „A zone 50 kilometres wide on each side of the Namibia/Angola and Namibia/Zambia frontiers will be established having a demilitarized character [...]. In the Caprivi Strip the Botswana/Namibia border would reduce the width of the zone. [...] Each Government concerned will be responsible for the demilitarization of its portion of the zone. Within the zone UNTAG shall operate freely to carry out its responsibilities.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125275.

5) In Ottawa<sup>16</sup> hatten die Fünf erörtert, daß massives wirtschaftliches Namibia-Engagement des Westens bei Unabhängigkeit erheblich zur Blockfreiheit des Landes und zur VP-Einhaltung beitragen und daß daher sichtbare Vorbereitung eines solchen Engagements vertrauensbildend wirken könnte. US sollten auf der Basis vorhandener deutscher Vorarbeiten hierzu ein Papier in Bonn vorlegen.<sup>17</sup> Zur Betroffenheit der anderen Vier ging das in Bonn vorgelegte US-Papier auf diesen Aspekt fast nicht ein, sondern stellt die SA-Forderung nach einem Fonds für die Entschädigung von Weißen, die sich im Zusammenhang mit dem Wechsel in Namibia zum Verlassen des Landes veranlaßt sehen, in den Vordergrund. Die Amerikaner zeigen Verständnis für das SA-Verlangen, erklären sich jedoch selbst für rechtlich außerstande, zu einem solchen Fonds beizutragen.

Die anderen Vier haben ihre auf der Hand liegenden Gründe gegen diese Maßnahme dargelegt und ihrerseits erneut zur sichtbaren Vorbereitung eines wirtschaftlichen Engagements geraten, das auf Stabilität und Aufbau im künftigen Namibia ausgerichtet sein und Anreiz für die Weißen zum Bleiben bieten soll.

## II. US-Politik gegenüber Angola/Namibia und Namibia-Initiative der Fünf

Der Drei-Phasen-Plan der Fünf<sup>18</sup> ist nach wie vor klar und sieht weiter den Start der 435-Ausführung noch 1982 vor.

Auch für Eingeweihte wird es aber immer schwieriger zu durchschauen, welche zusätzlichen, bisher nicht auf den Fünfer-Tisch gelegten Bedingungen SA für den Abschluß der Phase II stellt und welche Erwartungen die Amerikaner in dieser Richtung zulassen. Klar ist nur, daß Washington nicht daran denkt, in irgendeiner Weise Druck auf Pretoria auszuüben.

<sup>16</sup> Die für Afrika zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA trafen am 7./8. Dezember 1981 in Ottawa zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 367.

<sup>17</sup> Referat 320 legte am 26. Januar 1982 dar: „US-Papier läßt erkennen, daß [Süd]Afrika wirtschaftliche Absicherung der Weißen (insbesondere) wohl auch Bergbau-Interessen) durch westliche Kompensationszusagen als neuen Verhandlungsgegenstand gegenüber den Fünf eingeführt hat, daß USA – obwohl sie politische Gefahren selbst in ihrem Papier herausstellen – ein Arrangement mit Pretoria hierüber in irgendeiner Form für erforderlich halten, um SAs 435-Zustimmung zu erhalten [...]. Dieses Konzept krankt vor allem an folgendem Schönheitsfehler: Ziel Pretorias, innenpolitischen Widerstand gegen Namibia-Unabhängigkeit durch Absicherung von Wirtschaftsinteressen zu überwinden, kann nur dann erreicht werden, wenn noch in Phase II die Fünf öffentlich eine verbindliche Kompensationszusage machen; politisch realistisch ist aber nur eine allgemeine EH-Zusage, die zwar das Vertrauen der Weißen in die wirtschaftliche Zukunft Namibias stärken, nicht aber ihre individuellen Interessen absichern kann.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125286.

<sup>18</sup> Referat 320 notierte am 7. Januar 1982: „Verhandlungskonzept ‚(Drei Phasen)‘ der Namibia-Kontaktgruppe (USA, GB, F, CAN, wir) zielt auf Beginn der Durchführung des VN-Lösungsplans vor Ende 1982 ab. SR-Resolution 435 soll dabei nicht verändert, sondern den Parteien durch ergänzende Absprachen vertrauensbildenden Charakters die Zustimmung zur Ingangsetzung des Übergangsprozesses erleichtert werden. [...] Wir hoffen, die ‚erste Phase‘ (Vorabvereinbarung von Verfassungsprinzipien) in den nächsten Wochen abschließen zu können. [...] Wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten der ‚zweiten Phase‘, in der Vereinbarungen getroffen werden sollen über unparteiische Durchführung des Übergangsprozesses (durch VN wie auch durch südafrikanischen Generaladministrator); Größe, Zusammensetzung und Einsatzgebiete der VN-Überwachungstruppe UNTAG. Erfolg dieser Verhandlungsphase setzt voraus: Verständnis SWAPOs und der schwarzafrikanischen Regierungen für Notwendigkeit, einseitig SWAPO begünstigende VN-Beschlüsse und -Maßnahmen während der 435-Implementierung zu suspendieren; Einsicht Pretorias und der internen Parteien, daß eine international akzeptierte Unabhängigkeit nicht ohne angemessene Rolle der VN in der Übergangsphase (auch in Form ausreichenden militärischen UNTAG-Elements) zu haben ist.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125286.

Crockers Auskünfte über die bilateralen US-SA-Kontakte waren weitgehend vage, scheinen aber doch darauf hinzudeuten, daß SA bei milder Verständnishaftung seitens US fortfährt, immer weitere Forderungen hinzuzufügen, und die Skala jetzt etwa so aussieht:

- Kubaner-Abzug aus Angola<sup>19</sup>,
- VN-Überwachung von SWAPO-Lagern,
- mittelbare Anerkennung der UNITA und Einleitung eines Versöhnungsprozesses mit der MPLA,
- Garantien gegen Anwesenheit fremder Truppen in unabhängigem Namibia,
- westlicher Entschädigungsfonds für Weiße.

Die SA-Erwartungen harmonisieren mit dem und sind weitgehend erst hervorgerufen durch den US-Plan, die Außenpolitik Angolas umzukehren, das Land aus der SU-Umarmung zu lösen und zusammen mit Namibia möglichst neutral, wenn nicht pro-westlich zu machen. Die Namibia-Lösung wird dabei als ein für Angola attraktiver Preis gesehen. Crocker: „If the Angola train does not start, the Namibia train will stop.“

Bei aller Sympathie für das Endziel mußten die Vier bei ihren nachdrücklichen Warnungen vor der Realitätsferne des praktischen Ansatzes und vor der Gefährdung des 435-Prozesses bleiben, ohne allerdings den gegenwärtigen US-Glauben an die Durchführbarkeit dieser Politik wesentlich erschüttern zu können. Dabei enthüllte Crockers Bericht in Bonn die Dürftigkeit der bisherigen US-Schritte: Nur AM Jorge, Funktionär mit geringem MPLA-Rückhalt, war in den bisherigen zwei Gesprächen der Hauptpartner und hat dabei zwar Interesse an gutem bilateralen Wetter und baldiger 435-Ausführung gezeigt und den amerikanischen Vorstellungen über einen Kubaner-Abzug zugehört, jedoch in den sensitiven Punkten keinen Spielraum erkennen lassen. US verfügen über kein zuverlässiges Bild über die Machtverhältnisse in Luanda. Sondierungsversuche bei Gromyko verliefen in den sensitiven Punkten völlig negativ.

Die Reagan-Administration ist vorerst von der Priorität dieser Angolapolitik, dem „Parallelismus“-Konzept betreffend den Truppenabzug und der sonstigen Verknüpfung („linkage“) mit der Namibia-Frage, womit auch die Themen der Phase II in diesen Zusammenhang gezogen werden, nicht abzubringen. Dies zwingt zu der Schlußfolgerung, daß die Namibia-Initiative weitgehend nicht mehr der Kontrolle der Fünf unterliegt und auch zunehmend schwerer so dargestellt werden kann.

Andererseits steht fest, daß Washington von der politischen Notwendigkeit überzeugt ist, die Namibia-Politik in den VN und bei der afrikanischen Seite weiter im Fünfer-Rahmen zu präsentieren. Vor diesem Hintergrund hat sich in Bonn bestätigt, daß die anderen Vier weiterhin wertvolle und vielseitige Mög-

<sup>19</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vermerkte Referat 330 am 22. Januar 1980: „Die Entscheidung zur Entsendung von drei Brigaden mit etwa 18 000 Mann und moderner sowjetischer Ausrüstung nach Angola 1975 hat Havanna nach unseren Erkenntnissen selbständig getroffen. Die Sowjetunion unterstützte diese Intervention zugunsten der MPLA erst, nachdem sich ein Erfolg der Aktion abgezeichnet hatte. Dieser erste massive militärische Einsatz steigerte Kubas Popularität in linksorientierten Ländern Afrikas und regte andere Freiheitsbewegungen zu größerer Aktivität an.“ Vgl. Referat 330, Bd. 127432.

lichkeiten haben, den Amerikanern ihre eigene Lagebeurteilung und ihre Empfehlungen zu vermitteln und sie durch immer neu manifestierte Einbindung in den Fünfer-Rahmen daran zu hindern, durch Ausbrechen aus SR 435 oder gar durch Fallenlassen der Namibia-Initiative (falls sich in der Angola-Kubaner-Frage nichts bewegen läßt) die erreichten Ansätze für die VN-Lösung zu opfern.

Gorenflös

Referat 320, Bd. 125286

### 37

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-491.09 USA

1. Februar 1982<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Deutsch-amerikanische Nuklearkonsultationen im Auswärtigen Amt  
am 22.1.1982<sup>3</sup>

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 vom 20.1.1982 – 413-491.09 USA<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die deutsche Delegation, der Vertreter des AA, BMFT und BMWi angehörten, wurde von Dg41<sup>5</sup>, die amerikanische von Herrn Boright geleitet. Der amerikanische Delegationsleiter hat dem Herrn Staatssekretär einen kurzen Höflichkeitsbesuch abgestattet.

2) Die Konsultationen verliefen in sehr freundschaftlicher Atmosphäre; andererseits ist doch festzuhalten, daß US-Seite uns gegenüber – gemessen an den amerikanisch-britischen Konsultationen, über die wir von London unterrichtet wurden<sup>6</sup> – bei der Weitergabe von Informationen etwas zurückhaltender verfuhr.

<sup>1</sup>Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget und Legationsrat I. Klasse Heinsberg konzipiert.

Hat Rouget am 4. Februar 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Fischer am 4. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup>Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup>Mit Non-paper vom 10. November 1981 schlugen die USA der Bundesregierung Konsultationen über Nuklearexporte in den Nahen Osten vor. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 323.

<sup>4</sup>Hinsichtlich der deutsch-amerikanischen Gespräche über Fragen der nuklearen Nichtweiterverbreitung am 22. Januar 1982 führte Ministerialdirigent Ungerer aus: „Da die Amerikaner mit den Konsultationen in erster Linie den Zweck verfolgen, uns über ihre Haltung zu verschiedenen NV-politischen Aspekten zu unterrichten, sollten wir in dieser Phase davon absehen, unsere Überlegungen in Form von deutschen Positionen zu den einzelnen Punkten darzustellen, sondern uns auf gezielte Fragen an die amerikanische Seite konzentrieren.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129511.

<sup>5</sup>Werner Ungerer.

<sup>6</sup>Mit Verbalnote vom 18. Januar 1982 unterrichtete die britische Botschaft das Auswärtige Amt über

3) Ein Gesprächsvermerk ist als Anlage beigefügt.<sup>7</sup>

II. Aus den Konsultationen, die sehr eingehend geführt wurden, sind für die Bewertung der amerikanischen NV-Politik folgende Punkte von Relevanz:

1) Südafrika, Indien, Pakistan

Die Diskussion über die als Problemländer bezeichneten Staaten Südafrika, Indien und Pakistan hat gezeigt, daß den USA bei der Abwägung der Frage, bis zu welcher Grenze sie NV-politische Engagements durchsetzen können, wegen ihrer globalen Interessen und ihrer legislativen Einbindung im Endergebnis nichts anderes übrigbleibt, als sich aus diesen Verpflichtungen zurückzuziehen bzw. Lösungen anzustreben, die die Herbeiführung NV-politischer Entscheidungen zunächst vertagen.

– Südafrika

Hier hat die amerikanische Seite uneingeschränkt zugestanden, daß sich ihre „policy of leverage“ im Verhältnis zu Pretoria als wirkungslos erwiesen habe. Südafrika baut, ungeachtet amerikanischer Remonstrationen, das Fabrikationsgebäude für eine Anreicherungsanlage, so daß in der zweiten Hälfte der 80er Jahre angereichert werden könnte.

– Indien

Dies ist der erste Fall, daß eine Regierung sich aufgrund ihrer nationalen Gesetzgebung gezwungen sieht, aus einem Kooperationsabkommen<sup>8</sup> „auszusteigen“, weil der Kooperationspartner nicht bereit ist, ein Erfordernis des amerikanischen Exportgesetzes zu erfüllen, das im übrigen über den zur Zeit gültigen Konsens unter den nuklearen Lieferländern, die Londoner Richtlinien<sup>9</sup>, hinausgeht: Der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“ (NNPA)<sup>10</sup> verlangt, daß das Empfängerland seine gesamten nuklearen Aktivitäten den

*Fortsetzung Fußnote von Seite 185*

die amerikanisch-britischen Gespräche zu Fragen der nuklearen Nichtweiterverbreitung am 6. Januar 1982 in Washington. Für die britische Note vgl. Referat 431, Bd. 129511.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Heinsberg vom 26. Januar 1982 vgl. Referat 431, Bd. 129511.

<sup>8</sup> Die USA und Indien unterzeichneten am 8. August 1963 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 488, S. 21–39.

<sup>9</sup> Die vierte Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London verabschiedete Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedener Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

<sup>10</sup> Am 7. bzw. 9. Februar 1978 wurde der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“ vom amerikanischen Repräsentantenhaus und Senat verabschiedet. Das Gesetz trat nach Unterzeichnung durch Präsident Carter am 10. März 1978 in Kraft. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 413 vom 30. März 1978; Referat 413, Bd. 123648. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 102.

Botschafter Hermes, Washington, stellte am 6. April 1982 zu den Bemühungen um eine Revision des „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“ fest: „In seiner Erklärung vom 16.7.1981 zur amerikanischen nuklearen Nichtverbreitungs- und Exportpolitik hat Präsident Reagan indirekt zu erkennen gegeben, daß die neue amerikanische Administration eine Änderung des NNPA anstreben werde. Diese Absicht ist mittlerweile offensichtlich fallengelassen worden. Die Administration hält eine Änderung des Gesetzes mit dem Ziel, eine Reihe gesetzlicher Restriktionen für den Nuklearexport zu lockern, auf absehbare Zeit nicht für durchsetzbar. Sie bemüht sich jetzt, ihre nuklearexportfreundliche Politik durch eine großzügige Interpretation und ‚flexible‘ Anwendung des NNPA zu implementieren.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 431, Bd. 129511.

Kontrollen der IAEO unterstellt, wenn es weiterhin Kernbrennstoff von den USA erhalten will. Der von den Amerikanern anvisierte Weg, ein Ersatzland für die Lieferung von angereichertem Uran für Tarapur<sup>11</sup> zu stellen, sei von Indien zurückgewiesen worden; uns wurde in den Konsultationen nicht gesagt, an wen sich Washington in dieser Angelegenheit gewandt hatte.

– Pakistan

Auf unsere Frage, ob die US-Regierung die Belieferung Pakistans mit Wirtschafts- und Militärhilfe, die durch die Suspendierung des „Symington Amendment“ (für sechs Jahre) möglich geworden ist<sup>12</sup>, für eine NV-politisch langfristig gute Lösung halte, hatten unsere Gesprächspartner keine Antwort; dies gilt insbesondere für den Teil unserer Frage, ob hierdurch die amerikanischen Besorgnisse über pakistanische Käufe nuklearen Materials – Anreicherung und Wiederaufarbeitung – geringer geworden seien.<sup>13</sup>

2) Fullscope Safeguards

Die amerikanische Delegation machte sehr deutlich, daß die US-Regierung anstrebe, zukünftig die Lieferung nuklearen Materials an „NPT-like fullscope safeguards“ zu binden, wobei offenblieb, von welchem Zeitpunkt ab sie so zu prozedieren beabsichtigt. In der Diskussion wurde von der US-Seite ebenfalls klar gesagt, daß sie die im NNPA getroffene Regelung (de facto fullscope safeguards „at the time of the export“) als nicht ausreichend ansehe.

Für den Fall, daß Washington die Erfüllung von „NPT-like fullscope safeguards“ zur generellen Exportbedingung macht, dürfte dies darauf hinauslaufen, daß sich die USA – vergleichbar Indien – aus ihren Kooperationsabkommen mit den nuklearen Schwellenländern der Dritten Welt, die den NV-Ver-

<sup>11</sup> In Tarapur betrieb Indien seit 1963 ein mit Unterstützung der USA errichtetes Kernkraftwerk.

<sup>12</sup> Am 4. Mai 1979 vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager: „Die amerikanische Regierung hat am 6.4.79 das ‚Symington Amendment‘ zum ‚Foreign Assistance Act‘ gegenüber Pakistan zur Anwendung gebracht. Danach kann die Regierung die Entwicklungs- und Militärhilfe an ein Land einstellen, das sich nach dem 4.8.1977 Ausrüstungen oder Technologien zur Urananreicherung beschafft, es sei denn, daß das betreffende Land seinen gesamten Brennstoffkreislauf vorher den Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) unterstellt (fullscope safeguards); dies trifft auf Pakistan nicht zu.“ Vgl. Referat 340, Bd. 110691.

Am 15. Juni 1981 wurde zum Abschluß eines fünftägigen Besuchs einer amerikanischen Regierungsdelegation in Pakistan ein auf sechs Jahre angelegtes amerikanisches Hilfsprogramm für Pakistan bekanntgegeben: „This includes a program of cash military sales during this year. It also includes a 5-year program of economic support funds, development assistance, and loans for foreign military sales – the total value of which is expected to be approximately \$ 3 billion, subject to annual approval by the U.S. Congress. [...] The United States has agreed to the sale of F-16 aircraft to Pakistan to assist Pakistan to improve its air defense capabilities; terms, timing, and numbers will be determined in a later meeting“. Ferner würden in nächster Zeit dringend benötigte militärische Güter geliefert. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 83.

<sup>13</sup> Am 28. Oktober 1981 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget Informationen des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA zum Kernwaffenprogramm Pakistans: „Die pakistanische Regierung verfolgt parallel Anreicherung und Wiederaufarbeitung, um den Zugang zur Waffengrädigkeit zu erhalten (diesen Weg seien die USA Ende des Zweiten Weltkrieges beim Manhattan-Projekt gegangen). Nach Schätzungen der CIA verfüge Pakistan Ende 1982 über hochangereichertes Uran. [...] Nach CIA-Auffassung verfügt Pakistan über das Know-how zum Erwerb der Kernsprengfähigkeit. Im Hinblick auf die laufende umfassende US-Hilfe sowie die amerikanische Gesetzgebung, die im Falle einer Nukleardetonation die Einstellung jeder Hilfe vorschreibt, rechnet die CIA damit, daß Islamabad zunächst eine Politik des ‚stockpiling‘ waffengrädigen Materials betreibe, um zu einem Pakistan geeignet erscheinenden politischen Zeitpunkt eine Kernsprengung vorzunehmen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129416.

trag<sup>14</sup> nicht ratifiziert haben, zurückziehen müßten. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die USA den Druck auf ihre Verbündeten, ebenfalls „NPT-like fullscope safeguards“ als Exportbedingung einzuführen, verstärken werden.

In diesem Zusammenhang befürchten die Amerikaner, daß Argentinien bei Nichtdurchsetzung von „NPT-like fullscope safeguards“ einen getrennten, unkontrollierten Brennstoffkreislauf aufbauen könnte.<sup>15</sup> Hierbei gehen die USA zur Zeit nicht davon aus, daß Buenos Aires die Durchführung einer Kernsprengung anstrebe; es kommt hinzu, daß Washington in Lateinamerika – im Gegensatz zum Nahen Osten und dem Subkontinent – keine politischen Situationen gegeben sieht, die in den Staaten der Region Kernwaffenmotivationen auslösen könnten.

### 3) Naher Osten

Der Konsultationsverlauf ergab, daß die USA zur Zeit den Schwerpunkt ihrer NV-Politik auf den Nahen Osten legen und hier wiederum auf Libyen<sup>16</sup>. Es geht den Amerikanern darum, die Staaten der Ablehnungsfront mit Hilfe ihrer westlichen Partner NV-politisch „trockenzulegen“. Dieses politische Vorgehen wurde durch den Beitritt Ägyptens zum NV-Vertrag<sup>17</sup> und die sich daran anschließende Honorierung dieses Schritts durch die nuklearen Kooperationsabkommen Kairos mit den USA<sup>18</sup>, Frankreich<sup>19</sup>, der Bundesrepublik Deutschland<sup>20</sup>,

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget stellte am 3. Februar 1982 zur Errichtung einer argentinischen Fertigungsanlage für nukleare Brennelemente fest: „In der Anlage Ezeita, deren Inbetriebnahme kurz bevorsteht, befinden sich unter einem Dach vier Fertigungsstraßen für Brennelemente aus Natururan. Aus der einen Hälfte sollen Brennelemente für die aus Deutschland gelieferten Reaktoren Atucha I und II und auf der anderen für den aus Kanada gelieferten Reaktor Embalse gefertigt werden. [...] Argentinien könnte nach unserer Kenntnis frühestens 1985 seine eigene, bisher nicht safeguards unterliegende Wiederaufarbeitungsanlage in Betrieb setzen. [...] Argentinien baut gegenwärtig ohne Hilfe einen weiteren Forschungsreaktor, für den bisher Safeguardsregelungen nicht getroffen sind. Nach argentinischer Auskunft werden jedoch die Brennelemente für den Reaktor safeguards unterliegen. Insgesamt besteht also zur Zeit für Argentinien kein Zugang zu ungesichertem Plutonium.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129461.

<sup>16</sup> Am 28. Oktober 1981 faßte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget Erkenntnisse des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA zu Libyen zusammen: „Der von der UdSSR gelieferte Forschungsreaktor sei kaum geeignet, eine signifikante Menge von Plutonium zu produzieren. Libyen sei ein Land mit einer außergewöhnlich hohen Motivation für den Bau einer Bombe, aber z. Zt. ohne Anlagen und Ausrüstungsgegenstände. Es liege daher im Interesse aller westlichen Länder, von einer nuklearen Zusammenarbeit mit Libyen abzusehen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129416.

<sup>17</sup> Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 6. Januar 1981, daß die ägyptische Regierung dem Parlament den Entwurf eines Ratifizierungsgesetzes zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgelegt habe. Dazu führte er aus: „Die Ratifizierung des NV-Vertrags galt immer als entscheidende Hürde für die Realisierung des ägyptisch-amerikanischen Regierungsabkommens aus dem Jahr 1976, in dem der Bau von zwei KKW mit einer Gesamtleistung von 1550 MW vereinbart worden war. [...] Die Finanzierung des Nuklearenergieprogramms ist noch völlig offen. Selbst bei weiterhin stark anwachsenden Einnahmen aus dem Ölgeschäft würden die eigenen Mittel Ägyptens dafür nicht ausreichen. Infolgedessen bleibt nur der Rückgriff auf verbürgte Exportkredite und Entwicklungshilfemittel. Die USA und Frankreich dürften in den kommenden Jahren zu entsprechenden Zusagen bereit sein.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 20; Referat 431, Bd. 129452.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1981 zwischen Ägypten und den USA über die friedliche Nutzung der Kernenergie vgl. UNTS, Bd. 1529, S. 144–198.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. März 1981 zwischen Frankreich und Ägypten über die friedliche Nutzung der Kernenergie vgl. JOURNAL OFFICIEL, Nr. 121 vom 26. Mai 1982, S. 1660–1664.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. Oktober 1981 zwischen der Bundesrepublik und Ägypten

Großbritannien<sup>21</sup> und in absehbarer Zeit auch Kanada<sup>22</sup> ermöglicht. Der schon vor Jahren erfolgte Beitritt anderer arabischer Staaten zum NV-Vertrag, insbesondere Libyens und des Irak, zählt demgegenüber für die USA nicht. Israel scheidet zwar als nuklearer Kooperationspartner aus, wird aber offensichtlich von Washington keinem besonderen NV-politischen Druck ausgesetzt.

Die Konsultationen bestätigten, daß wir in der Sache mit den US-Vorstellungen über eine stringente nukleare Exportpolitik gegenüber dem Nahen Osten weitgehend übereinstimmen. Gleiches gilt für Großbritannien, Italien und Belgien, mit denen die Amerikaner hierüber ebenfalls gesprochen haben; eine Konsultationsrunde mit Frankreich steht noch aus.

Den USA geht es über die Übereinstimmung in der Sache hinaus jedoch auch um die Herbeiführung einer politischen Demonstration dieser gemeinsamen Haltung. Wir haben gegen eine solche Absicht Bedenken angemeldet. In der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe „Nichtverbreitung“ in Brüssel am 27.1.1982 zeigte sich bei der Erörterung des Themas „nukleare Exportpolitik gegenüber dem Nahen Osten“, daß diese Bedenken mit unterschiedlicher Akzentsetzung von unseren europäischen Partnern, insbesondere Frankreich, voll geteilt werden:

- Eine Einteilung in zuverlässige und unzuverlässige Parteien des NV-Vertrags führe zu einer Infragestellung dieses Vertrages.
- Frankreich hob hervor, daß man den Eindruck gewinnen könne, USA wollten sich der NV-Politik im Nahen Osten mit dem Ziel bedienen, Israel einseitig zum Nachteil der Araber zu bevorzugen; dies sei eine „politique déséquilibrée“.
- Besorgnis, daß die von den USA angestrebte Formalisierung einer gemeinsamen westlichen nuklearen Exportpolitik gegenüber dem Nahen Osten im Falle ihres Bekanntwerdens zu gravierenden Irritationen auf arabischer Seite führen und sich damit nachteilig auf die europäische Position in dieser Region auswirken würde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 188*

ten über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. BUNDESSETZBLATT 1982, Teil II, S. 567–570.

21 Am 24. November 1981 wies Gesandter von Alten, London, darauf hin, daß nach einer Reihe anderer Staaten nunmehr auch Großbritannien mit Ägypten am 2. November 1981 in London ein Kernenergieabkommen abgeschlossen habe: „Im Gegensatz zu den eingangs genannten ägyptischen Verträgen mit anderen Staaten zielt die britische Vereinbarung nicht auf den Export von Kernkraftwerken, da sich Ägypten für den Druckwasserreakortyp entschieden hat und entsprechende Leistungen auf absehbare Zeit von England nicht angeboten werden können. Das Vorbild für dieses Abkommen ist eher in der Rolle des unabhängigen Beraters zu sehen, den die U[nited]K[ingdom]A[tomic]E[nergy]A[gency] in Iran und in Hongkong gespielt hat.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 4224; Referat 431, Bd. 129452.

22 Botschafter Strätling, Ottawa, berichtete am 19. Mai 1982: „Im Anschluß an die am 17.1.1982 in Kairo gegebene Absichtserklärung [...] wurde am 17.5.1982 in Ottawa von den Energieministern Kanadas und Ägyptens ein ‚Agreement for Cooperation in the Peaceful Use of Nuclear Energy‘ unterzeichnet, dessen Laufzeit 30 Jahre beträgt. In der vom kanadischen Ministerium herausgegebenen Verlautbarung und in der hiesigen Presse wird an erster Stelle erwähnt, daß dieses Abkommen zu möglichen Verkäufen von Candu-Reaktoren führen kann. Daneben ist vorgesehen: Verkauf von Uran an Ägypten; gemeinsame Kernforschungsprojekte; Nutzung von Kernenergie in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Medizin; Austausch von Wissenschaftlern; technische Ausbildung von Fachkräften.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129452.

## 4) USA/EURATOM

US-Seite betonte, daß eine baldige Aufnahme von Verhandlungen USA/EURATOM im beiderseitigen Interesse läge, und zwar einmal, weil der Kongreß bei einer Fortsetzung der „waiver policy“ auf längere Sicht Schwierigkeiten bereiten könnte, und zum anderen die Reagan-Administration ein EURATOM gegenüber aufgeschlossener Partner sei.<sup>23</sup> In der Sache wurden die von EURATOM mit Australien<sup>24</sup> und Kanada<sup>25</sup> abgeschlossenen Abkommen als erwägenswerte Orientierungen für US-Verhandlungen mit Brüssel bezeichnet. Private Äußerungen am Rande der Gespräche zeigten indessen, daß die interne US-Meinungsbildung, wie im einzelnen gegenüber der Gemeinschaft zu verfahren sei – insbesondere bei Wiederaufarbeitung und thermischer Rezyklierung –,

<sup>23</sup> Am 1. Dezember 1981 informierte Ministerialrat Knoerich, Brüssel (EG), über Gespräche zwischen EURATOM und den USA: „Kom[missions]-Dienste berichteten, im Rahmen der halbjährlichen Konsultationen mit den USA sei auch die Frage des Schicksals des Zusammenarbeitsabkommens von 1958 angesprochen worden. Amerikaner hätten deutlich gemacht, daß mit einem neuen Waiver zum [Nuclear][on]Proliferation[A]ct bis Ende März gerechnet werden könne. Auch der Kongreß werde keine Schwierigkeiten machen. Unabhängig davon soll es eine neue Diskussionsrunde geben, die am 21./22. Januar 1982 in Brüssel stattfinden soll. Dabei soll vor allem die amerikanische Plutoniumpolitik sowie die weitere Durchführung der laufenden Abkommen besprochen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4680; Referat 431, Bd. 145666.

<sup>24</sup> Ministerialrat Knoerich, Brüssel (EG), legte am 12. Oktober 1981 dar: „Am 21. Sept. 1981 ist in Brüssel von EURATOM und der australischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet worden, das die Bedingungen für die Einfuhr australischen Kernmaterials in die Europäische Atomgemeinschaft festsetzt. Das Abkommen betrifft den Transport von Kernmaterial von Australien in die Gemeinschaft, seine Weitergabe an Drittstaaten, seinen eventuellen Rücktransport, die Wiederaufarbeitung, einschließlich der Plutoniumbewirtschaftung, sowie die Hochanreicherung von Uran. Die vereinbarten Bedingungen umfassen das Verbot der Verwendung australischen Kernmaterials zu militärischen Zwecken und auch zu friedlichen Kernsprengungen, die Beachtung der Sicherheitsmaßnahmen, wie sie nach dem zwischen EURATOM und der IAEO geschlossenen Sicherheitsabkommen bereits praktiziert werden, die Übernahme der internationalen Standards für den physischen Schutz von Kernmaterial sowie die Verpflichtung zur Wettbewerbsneutralität aller Überwachungsmaßnahmen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens hat die Gemeinschaft eine weitere Diversifizierung ihrer Kernmaterialbezugsquellen erreicht.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 431, Bd. 145655.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 21. September 1981 zwischen Australien und der EURATOM über die Weitergabe von Kernmaterial vgl. UNTS, Bd. 1368, S. 143–223.

<sup>25</sup> EURATOM und Kanada schlossen am 6. Oktober 1959 ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Für den Wortlaut des Abkommens und des dazugehörigen Briefwechsels vgl. UNTS, Bd. 475, S. 187–231.

Dieses Abkommen wurde infolge strengerer kanadischer Vorschriften über die Ausfuhr von Nuklearmaterial durch einen Briefwechsel vom 16. Januar 1978 geändert. Diesem beigefügt war als Anhang C eine Interimsvereinbarung über Anreicherung, Wiederaufarbeitung und anschließende Lagerung von Kernmaterial, die bis Ende 1980 durch eine dauerhafte Vereinbarung ersetzt werden sollte. Andernfalls sollte die Interimsvereinbarung verlängert werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 65 vom 8. März 1978, S. 16–32.

Am 22. Juli 1981 legte Ministerialdirektor Fischer dar: „In Verhandlungen EURATOM/Kanada über die Vereinbarung von Bedingungen über die Hochanreicherung, über die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen und über die Lagerung von hochangereichertem Uran und von Plutonium aus Uran kanadischen Ursprungs wurde am 24.6.1981 ein Entwurf eines entsprechenden Briefwechsels erstellt. Der Gemeinschaft geht es darum, in diesen Punkten kanadische Mitsprache (prior consent) in der Praxis für den EURATOM-Bereich auszuschließen. Das uns vor wenigen Tagen zugegangene Verhandlungsergebnis, das noch der näheren Prüfung bedarf, scheint den Belangen der Gemeinschaft zu entsprechen. Fortsetzung der Verhandlungen EURATOM/Kanada ist für Oktober 1981 vorgesehen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145657.

Für den am 18. Dezember 1981 unterzeichneten Briefwechsel vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 27 vom 4. Februar 1982, S. 25–30.

noch nicht abgeschlossen ist. Das Außenminister Haig zur Billigung vorliegende Plutoniumpapier<sup>26</sup> – das auch nur andeutungsweise zu besprechen, die amerikanische Delegation sich nicht bereit fand – dürfte hier weiteren Aufschluß geben.

III. 1) Diese Konsultationsrunde hat gezeigt, daß der Meinungsbildungsprozeß über die Nuklearpolitik der Reagan-Administration weitgehend abgeschlossen ist und sich eine Fortsetzung regelmäßiger Konsultationen, wie wir dies in der Vergangenheit praktiziert haben, empfiehlt.<sup>27</sup>

2) In den letzten Monaten haben wir eine Tendenz der Reagan-Administration beobachten können, den beiden westlichen Kernwaffenstaaten Großbritannien und Frankreich eine Vorzugsbehandlung zuzuweisen. (In der Erklärung Reagans vom 16.7.1981 wird nur diesen beiden Ländern explizit das Recht auf Wiederaufarbeitung zuerkannt.<sup>28</sup>) Wie in der Vergangenheit sollten wir einer solchen Entwicklung durch enge und regelmäßige Konsultationen mit Frankreich und Großbritannien in dem Sinne eines Festhaltens dieser Länder an ihrer bisherigen, auf europäische Interessen orientierten Linie entgegenwirken. In diesem Verständnis werden wir Frankreich und Großbritannien über unsere Konsultationsrunde mit den USA noch im einzelnen unterrichten.

Per Fischer

#### Referat 431, Bd. 129511

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Fischer notierte am 14. Juni 1982, vom amerikanischen Außenministerium sei am 9. Juni 1982 „das seit langem angekündigte ‚Non-paper‘ zur amerikanischen Wiederaufarbeitungs- und Plutoniumpolitik übergeben“ worden. Dazu führte er aus: „Die von den USA vorgeschlagene Regelung einer Wiederaufarbeitung und Plutoniumverwendung ist wesentlich rigorosier als die zwischen Australien und EURATOM sowie Kanada und EURATOM getroffenen Absprachen. In jeder Beziehung ist die Frage klärungsbedürftig, warum die USA – unabhängig von dem Zustimmungsbedürfnis für Wiederaufarbeitung und Plutoniumverwendung ihres Materials – eine generelle Informationspflicht hinsichtlich der Nuklearprogramme und -politiken der EURATOM-Mitgliedstaaten als Voraussetzung für die Voraberteilung des ‚prior consent‘ einführen wollen; dieser Ansatz, der bereits von der Carter-Administration in die Diskussion eingeführt wurde, läuft im Endergebnis darauf hinaus, daß sich die USA ein ‚droit de regard‘ für den Bereich Wiederaufarbeitung und Plutoniumverwendung einräumen wollen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129511.

<sup>27</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>28</sup> Präsident Reagan legte am 16. Juli 1981 in Washington die amerikanische Politik zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen dar. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 630 f.

Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 27. Januar 1982 mit: „Die Neuorientierung der amerikanischen Nichtverbreitungspolitik hat für die Reagan-Administration hohe Priorität. [...] Die wesentlichen Elemente der neuen amerikanischen Nichtverbreitungs- und Exportpolitik sind eine größere Flexibilität und eine sehr viel stärkere Tendenz zur Differenzierung zwischen NV-politisch zuverlässigen und unzuverlässigen Staaten bzw. Regionen. Dabei wird das Bestreben deutlich, die Nichtverbreitungs- und Exportpolitik als integralen Bestandteil der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik zu behandeln. Ziel dieser Politik ist es, die Exportchancen der amerikanischen Nuklearindustrie zu verbessern, ohne dadurch weiteren Staaten die nukleare Option zu eröffnen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 431, Bd. 129511.

## 38

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Papandreou

VS-vertraulich

2. Februar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou am 2. Februar 1982 im erweiterten Kreis von 12.30 Uhr bis 13.40 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: BM Genscher, StM Huonker, Botschafter Sigrist, AL 2<sup>3</sup>; Minister Tsochatzopoulos, StM Papoulias, Botschafter Tsamados, Politischer Direktor Katapodis.

*Bundeskanzler* berichtet, daß der Ministerpräsident, BM Genscher und er ein Gespräch über internationale Fragen geführt haben, das hier nicht mehr im einzelnen wiederholt zu werden braucht. Er regt an, in diesem Kreis über Ost-West, Bündnis, EG-Fragen und wirtschaftliche Probleme zu sprechen.

*Papandreou* möchte mit Polen beginnen. Die griechische Position ist nicht überall richtig verstanden worden. Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der deutschen. Griechenland war von Anfang bereit, die Militärdiktatur in Polen zu verurteilen, und hat dies auch in eigenen Erklärungen und gemeinsam mit westlichen Partnern getan. Nur in der Frage der Sanktionen können die Griechen den Amerikanern<sup>4</sup> aus folgenden Gründen nicht folgen:

- Sie wirken sich negativ auf die griechische Wirtschaft aus, da die Griechen den größten Teil ihrer Orangen- und Zitronenernte im Osten und nicht im Westen, insbesondere in der SU, absetzen.
- Wirtschaftliche Sanktionen Griechenlands gegen eine Supermacht erscheinen naiv.
- Der Hauptgrund aber ist, daß man nur schwer einsehen kann, warum jetzt auf einmal Entspannung und Zusammenarbeit wegen totalitärer Oppression in Polen in Frage gestellt werden sollten, wo doch jeder weiß, daß Polen auch vorher nicht gerade eine Demokratie war. Wenn man jetzt Polen zum Anlaß nimmt, gegen das bekannte totalitäre Regime im Osten vorzugehen, verändert man das Klima der Zusammenarbeit, was nur zum Zusammenbruch z. B. der wichtigen Rüstungskontrollgespräche führen kann. Der ideologische Kreuzzugsgeist, der an die Ära von Dulles erinnert, flößt ihm Furcht ein, weil eine

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. Februar 1982 gefertigt, der den „vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk“ am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelte.

Hat Braunmühl am 3. Februar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Papandreou hielt sich vom 1. bis 4. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

ideologisch begründete Konfrontationspolitik nur zum Rüstungswettlauf, dem Zusammenbruch wirtschaftlicher Zusammenarbeit und eventuell sogar zum Kriege führen kann.

Die Griechen sind also bereit zu einer harten Verurteilung der Militärdiktatur, können sich aber nicht Sanktionen anschließen. Sie waren unter den ersten, die sich für die Gewerkschaft Solidarität ausgesprochen haben. Sie können aber nicht vergessen, daß die USA seinerzeit mit der griechischen Militärdiktatur<sup>5</sup> besonders enge Beziehungen unterhalten hat. Und sie glauben auch, daß die Lage in Europa um so schwieriger werden wird, je härter man in der gegenwärtigen Situation Polen und die osteuropäischen Staaten behandelt. Sie haben daher die Erklärungen des Bundeskanzlers<sup>6</sup> und Mauroys<sup>7</sup> begrüßt.

*Bundeskanzler* erläutert, daß Mauroy sich deutlicher gegen Sanktionen ausgesprochen habe als er selbst. Aber in der Grundeinstellung zur Krise in und um Polen liegen wir nahe beieinander. Allerdings gibt es Nuancen:

Deutschland ist wegen seiner zentralen Lage in Europa besonders interessiert, Spannungen unter Kontrolle zu halten. Aber wir wissen auch, daß wir unser Gebiet gegen die überwältigende östliche Militärmacht nur mit den USA und ihren Truppen verteidigen können. Sie sind das Rückgrat unserer Unabhängigkeit. Wir wollen daher nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir die USA herausfordern. Aber zur Frage der Sanktionen und der Gefahr, daß sie zu Spannungen führen, teilen wir die griechische Auffassung.

Wir erfüllen mit großer Loyalität alle Verpflichtungen, die wir in der Allianz und im NATO-Vertrag<sup>8</sup> übernommen haben. Ohne die deutschen Truppen kann Europa nicht verteidigt werden. Aber auf dieser Basis – dem Gleichgewicht der militärischen Kräfte – suchen wir auch Entspannung und Zusammenarbeit und möchten nicht in vermeidbare Feindschaften und Konflikte hineingezogen werden.

Er betont die sehr enge und gute Zusammenarbeit der Außenminister Genscher und Haig und empfiehlt, daß auch Griechenland eine so enge Zusammenarbeit sucht. Er betont sein volles Vertrauen in die Person Präsident Reagans, der sich als angenehmer und verlässlicher Partner erwiesen hat. Das bedeutet nicht, daß er mit allen seinen politischen Vorstellungen übereinstimmt. Besonders nicht im Bereich der Wirtschaftspolitik. Es ist schwer zu verstehen, daß die größte Wirtschaftsmacht der Welt auf dem internationalen Kapitalmarkt borgen muß und damit den Zins für die anderen Kreditnehmer auf die Höhe des amerikanischen Zinses treibt. Die Bundesregierung wird sich daher bemühen,

<sup>5</sup> In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Die Phase der Militärregierungen endete mit dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androusooulos am 23. Juli 1974 und der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit unter dem aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis am folgenden Tag.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von Ministerpräsident Mauroy am 23. Dezember 1981 vor der französischen Nationalversammlung; LA POLITIQUE ETRANGERE 1981, VI, S. 80–83.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

im Laufe dieses Jahres auf die Aufnahme arabischer Gelder<sup>9</sup> verzichten zu können.

Er betont, daß unsere Abhängigkeit vom Handel mit der Sowjetunion mit etwa 2% des BSP weit geringer ist, als im allgemeinen angenommen wird. (Papandreou: Wir hängen vom Export von Produkten ab, die wir woanders nicht loswerden können.)

Zur Europäischen Gemeinschaft möchte er als Regierungschef eines Gründungsmitgliedes zwei Erfahrungen festhalten:

1) Die EG hat die westeuropäischen Staaten daran gehindert, gegeneinander Zoll-Barrieren aufzurichten, und hat daher entscheidend zum wirtschaftlichen Wachstum Westeuropas beigetragen. Großbritannien ist als verspätetes Mitglied<sup>10</sup> hierfür nicht symptomatisch.

2) Gerade heute ist von außerordentlicher Wichtigkeit, daß wir in der EG gelernt haben, unsere Außenpolitik zu koordinieren. Das ist nicht nur wichtig gegenüber der SU und dem Osten, sondern auch gegenüber dem von Papandreou befürchteten Wiederaufleben eines ideologischen Kreuzzugdenkens. Für uns Deutsche ist die Bedeutung der EPZ nicht hoch genug einzuschätzen. In Isolierung hätten wir in den letzten 13 Jahren nicht die Rolle in der internationalen Politik spielen können, die wir gespielt haben. Ohne die Grundlage der außenpolitischen Zusammenarbeit wäre es zum Beispiel vor vierzehn Tagen nicht zu einer so schnellen Einigung über die Krise in und um Polen mit Mitterrand gekommen.<sup>11</sup> Im Rahmen der EPZ können wir auch den anderen europäischen Staaten nahelegen, in der Polen-Krise vorsichtig zu handeln. Wir werden unsererseits nicht unseren Kopf herausstrecken, sondern im Konvoi segeln und dazu beitragen, daß er nicht zu schnell segelt.

*Papandreou* berichtet über die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland. Bis 1979 gab es in Griechenland ein ständiges Wirtschaftswachstum von jährlich 5% bei etwa 10 bis 12% Inflation. Seit 1979 hat sich die Lage rapide verschlechtert. Sie muß als Stagflation bezeichnet werden: Inflationsrate von 25%, Verschlechterung der Zahlungsbilanz und Rückgang des Wachstums 1981 bis auf Null. Dazu hat sicher auch die nur auf den Wahlkampf<sup>12</sup> abzielende Wirtschaftspolitik der Regierung Rallis beigetragen.

<sup>9</sup> Botschafter Vestring, Djidda, berichtete am 22. September 1981, der saudi-arabische Wirtschafts- und Finanzminister Aba al-Khail habe in einem Gespräch zu den Kapitalanlagen Saudi-Arabiens in der Bundesrepublik dargelegt, „daß er fest davon überzeugt sei, daß die deutsche Wirtschaft besser als andere Volkswirtschaften in der Lage sei, die augenblickliche Flaute zu überwinden, und daß die DM eine der stärksten Währungen der Welt bleibe. Saudi-Arabien habe seine bei der Bundesbank plazierten Erdölüberschüsse in einer guten Währung angelegt. Er habe dem Anlageprogramm von Anfang an zugestimmt und halte es weiter für richtig und gut. Das im Januar des Jahres für 1981 vereinbarte Programm, das die Anlage saudischer Gelder in der Bundesrepublik nach Höhe und zeitlicher Staffelung festlegt, sei jetzt bereits ganz oder fast ganz abgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 706; Referat 311, Bd. 137699.

<sup>10</sup> Großbritannien trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 20 und Dok. 21.

<sup>12</sup> In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Wahlen statt, aus denen die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) als Siegerin hervorging.

Griechenland hat im Ausland ein strukturelles Defizit und kann nur etwa 40% seiner Einfuhren durch Ausfuhren decken. Der Rest muß durch Schifffahrt, Tourismus und Gastarbeiterüberweisungen, vor allem aus Deutschland, gedeckt werden (eine Milliarde Dollar jährlich<sup>13</sup>).

Das größte Problem ist zur Zeit das Haushaltsdefizit. Der öffentliche Sektor beträgt inzwischen über 50% des BSP, unter anderem weil man Probleme der Arbeitslosigkeit durch Ausdehnung des öffentlichen Dienstes lösen wollte. Das gesamte Haushaltsdefizit des Staates – ohne Gemeinden – beträgt 350 Milliarden Drachmen, etwa 12 bis 15% des BSP. Die Regierung mußte sich daher fragen, was sie mit einer Wirtschaft anfangen kann, die durch Null-Wachstum, eine Inflationsrate von 25% und ein Haushaltsdefizit von etwa sechs Milliarden Dollar gekennzeichnet wird.

Die wirtschaftliche Strategie muß sich an zwei miteinander im Konflikt stehenden Zielen ausrichten: die Arbeitslosigkeit, die er in Abwesenheit von verlässlichen Statistiken auf etwa 11 bis 12% schätzt und die vor allem auf die Jugendlichen demoralisierend wirkt, bekämpfen und gleichzeitig das Haushaltsdefizit reduzieren. Die öffentlichen Ausgaben dürfen daher nicht steigen. Ihre Struktur: Verteidigung 130 Milliarden, Soziales 100, Erziehung 70, Verwaltungsausgaben 300 Milliarden Drachmen. Die Regierung arbeitet mit Steuererhöhungen insbesondere für höhere Einkommen. (Er erläutert auf Frage des Bundeskanzlers die Sonderstellung der Reeder: Sie bestimmen ihren eigenen Beitrag an den Staat, da man sie nicht besteuern kann, weil sie sonst in billige Staaten abwandern würden.) Durch Investitionsanreize (Zinsverbilligungen und Zuschüsse) möchte man private Investitionen steigern und ein Wirtschaftswachstum von 2% erzielen. Man versucht den eigenartigen policy mix – Verringerung der öffentlichen Ausgaben und gleichzeitig Ermutigung von Investitionen –, den nach den Worten des Bundeskanzlers praktisch nur eine neue Regierung durchhalten kann, die die Verantwortung für die wirtschaftliche Misere noch der alten anlasten kann.

Auf Frage des Bundeskanzlers berichtet er, daß man einen neuen Präsidenten der Zentralbank mit VN-Erfahrungen, Arsenis, bestellen und ihm zum ersten Mal innerhalb allgemeiner Richtlinien der Regierung eine weitgehende Entscheidungsfreiheit ohne Regierungsinterventionen geben möchte.

Die wirtschaftliche Lage wird sich auf dem Wege über Steuererhöhungen, Senkung der öffentlichen Ausgaben und gleichzeitige Programme für Arbeiterwohnungen und Verbesserung des Erziehungswesens verbessern, aber sicherlich nicht dramatisch.

Zur Frage der politischen Mitgliedschaft in der EG stimmt er einer Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß der Zeitpunkt für den Beitritt<sup>14</sup> nicht der günstig-

<sup>13</sup> Die Wörter „eine Milliarde Dollar jährlich“ wurden gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Es bleibt etwa eine Milliarde Dollar, die durch die Aufnahme von Krediten ausgeglichen wird.“

<sup>14</sup> Griechenland stellte am 12. Juni 1975 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1975, S. 11–14. Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

ste war. Das liegt einmal an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der griechischen Industrie und Landwirtschaft und zum anderen an der gegenwärtigen Unsicherheit über die Zukunft der EG (Mandats-Diskussion<sup>15</sup>). Die griechische Industrie hat ihre starken Seiten, z.B. Zement, Metallurgie oder Petrochemie, sie ist aber insgesamt keineswegs konkurrenzfähig innerhalb der EG. Sie wird unter der Öffnung der Grenzen für Industrieprodukte der anderen EG-Staaten leiden. Auch die Landwirtschaft ist in keiner Weise konkurrenzfähig. Aus diesen Gründen war die PASOK auch nur für ein Sonderabkommen mit der EG und nicht für die volle Mitgliedschaft. Regional- und Sozialfonds der EG sind nicht groß genug, um die Nachteile einer EG-Mitgliedschaft für ein Land wie Griechenland auszugleichen.

Er hat diese Probleme bereits beim letzten Europäischen Rat in London dargelegt.<sup>16</sup> Die EG sollte im Falle Griechenlands anerkennen, daß Griechenland nicht alle Verpflichtungen des Vertrages übernehmen.<sup>17</sup> Die griechische Regierung will daher der EG-Kommission Mitte März ihre Vorstellungen hierzu übermitteln.<sup>18</sup>

**VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>15</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

<sup>16</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. November 1981 in London statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

<sup>17</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>18</sup> Am 22. März 1982 berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG): „Griech[isches] Ratsmitglied, StS Varfis, übergab heute AM Tindemans in seiner Eigenschaft als Ratspräsident ein kurzes Schreiben des griech[ischen] AM, dem ein fünfzehnseitiges Papier mit ‚Positionen der griechischen Regierung über die Beziehungen Griechenlands zu den EG‘ beigefügt ist. [...] StS Varfis beschrieb und erläuterte [...] dem Rat das Positionspapier in einer maßvollen Erklärung. Ausgangspunkt sei niedriger Entwicklungsstand und Strukturschwäche der griech. Wirtschaft, die zu ernststen Schwierigkeiten ihres Funktionierens unter den normalen EG-Bedingungen führe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1136/1137; Referat 410, Bd. 130420.  
Zum Memorandum der griechischen Regierung vgl. ferner Dok. 102, Anm. 3.

## 39

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.76 INF-171/82 VS-vertraulich****2. Februar 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier: Präsentation des US-Vertragsentwurfs für ein INF-Ergebnis

Bezug: Vorlage vom 1.2.1982 – 220-371.76 INF-168/82 VS-v<sup>3</sup>DE 112 vom 1.2.1982 – 220-371.76 INF-168/82 VS-v<sup>4</sup>DB 484 vom 1.2.1982 VS-v<sup>5</sup>Anlg.: 1<sup>6</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Wir haben gegenüber dem State Department und der ACDA am 1.2. zum Ausdruck gebracht, daß wir es als positiv bewerten, daß die Administration durch die Vorlage eines Vertragstextes die Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungsvorschlages unter Beweis stellt (Zusammenfassung des Inhalts siehe Anlage).

Wir haben erklärt, daß wir es begrüßt hätten, wenn vor Übergabe des Vertragsentwurfs in der SCG über die in der Allianz noch nicht im einzelnen erörterten Elemente, die speziell kollaterale Beschränkungen betreffen, beraten worden wä-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 2. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Botschafter Ruth wies darauf hin, daß er am 1. Februar 1982 bei der Übergabe des amerikanischen Entwurfs für ein INF-Abkommen „dringend gebeten“ habe, „uns genügend Zeit zu lassen, zu dem amerikanischen Papier Stellung zu nehmen und mit der Übergabe mindestens bis Donnerstag, den 4. Februar, zu warten“. Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Botschafter Ruth bat die Botschaft in Washington, bezüglich des amerikanischen Entwurfs vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen „sofort den stell[ertretenden] Leiter der ACDA, Grey, und möglichst auch Eagleburger o. V. i. A. aufzusuchen“ und darzulegen: „Wir hätten es begrüßt, wenn Zeit gewesen wäre, über die in der Allianz noch nicht erörterten Elemente des Vertragsentwurfs zunächst in der SCG zu konsultieren, bevor das amerikanische Papier übergeben wird. Im Interesse der Allianz-Kohäsion sei es wichtig, die Gemeinsamkeit der Verhandlungsposition auch im Detail zu wahren.“ Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete, daß seitens des amerikanischen Außenministeriums und der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) mitgeteilt worden sei, Außenminister Haig habe sich nochmals damit befaßt, wann der amerikanische Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen in die Verhandlungen eingebracht werden solle: „Nach Abwägung aller Umstände habe er jedoch entschieden, am Zeitplan festzuhalten. Wesentlicher Grund dafür sei gewesen, daß Präsident Reagan bereits am 30.1. den Entwurf und die Vorlage in Genf am 2.2. gebilligt habe. Im übrigen seien nach langwierigem Abstimmungsprozeß in der Administration alle Vorbereitungen getroffen und die Verbündeten entsprechend unterrichtet worden. Auch Botschafter Nitze dränge auf eine baldige Vorlage, um einem möglichen Zug der Sowjetunion zuvorzukommen.“ Vgl. VS-Bd. 11975 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Der amerikanische Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen wurde von Referat 220 stichwortartig zusammengefaßt. So wurde u. a. festgehalten: „Zur Implementierung des Vertrages soll wie bei SALT I und SALT II die Standing Consultative Commission genutzt werden, u. a. für die Vereinbarung von Prozeduren zur Zerstörung von Systemen und zur Führung einer Datenbasis.“ Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

re. Eine solche Konsultation, die angesichts der Grundübereinstimmung keine Schwierigkeiten bereitet hätte, wäre wünschenswert gewesen, um die Allianz-Kohäsion auch hier zu unterstreichen.

Da wir u. a. aufgrund von Kontakten mit britischen Gesprächspartnern<sup>7</sup>, die sich am 29.1. in Washington aufgehalten hatten, wußten, daß es innerhalb der amerikanischen Administration Unstimmigkeiten über die Opportunität der Einbringung eines Vertragsentwurfs zu diesem Zeitpunkt gab, haben wir in unserer Weisung an die Botschaft Washington deutlich gemacht, daß wir die Übergabe des Papiers in Genf am 2.2. auf keinen Fall blockieren wollten, falls dies auf seiten des State Department und der ACDA als zwingend erforderlich angesehen werde. Wir haben allerdings darum gebeten, uns vor der Übergabe des Papiers einige Fragen zum Inhalt des Vertragsentwurfs zu beantworten.

2) Der stellvertretende Direktor der ACDA, Grey, hat aufgrund meines Anrufs AM Haig unseren Wunsch vorgetragen, gegebenenfalls mit der Vorlage des Vertragsentwurfs noch bis zum 4.2. zu warten. Secretary Haig hat nach Abwägung aller Umstände entschieden, am vorgesehenen Zeitplan festzuhalten.

Maßgeblich für diese Entscheidung waren wahrscheinlich zwei Gründe:

- einmal die Tatsache, daß der Vertragsentwurf nach einem langwierigen Abstimmungsprozeß in der Administration vom Präsidenten<sup>8</sup> zusammen mit der Festlegung des Einführungstermins 2.2.82 gebilligt worden war,
- sowie die Absicht der USA, durch die Vorlage eines Vertragsentwurfs in Genf die Initiative zu behalten und einem möglichen sowjetischen Schritt zuvorzukommen.

Der Stellvertreter von Eagleburger, Gompert, sowie der amerikanische Gesandte in Bonn, Woessner, haben ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß es wegen der Erkrankung von Eagleburger nicht zu der ursprünglich vorgesehenen Sitzung der SCG im Januar gekommen sei, bei der die amerikanische Initiative beraten worden wäre.

3) Ich habe die Absicht, gegenüber den Amerikanern in bilateralen Kontakten und in der nächsten Sitzung der SCG am 12. Februar<sup>9</sup> unter Bezugnahme auf diesen Vorgang die Notwendigkeit engster rechtzeitiger Konsultation zu betonen, entsprechend der bisherigen hervorragenden Abstimmungspraxis in der SG und SCG.

Die Sitzung wird im übrigen Gelegenheit bieten, über die Substanz des Vertragsentwurfs zu beraten.

4) Die amerikanische Seite hat unsere im Bezugserlaß gestellten Fragen zum Inhalt des Vertragsentwurfs sofort weitgehend beantwortet.

<sup>7</sup> Auf einer Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 1. Februar 1982 zu den INF-Verhandlungen vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Von einem britischen Kollegen, der soeben in Washington war, erfährt Herr Ruth, daß es starke Kräfte im Pentagon gebe, die den INF-Prozeß verhindern wollen. Deshalb sei zu befürchten, daß unsere Bitte zum Scheitern dieses Vorschlags [und] zu entsprechenden Verzögerungen führen könnte. D2A hat der Weisung an Washington deshalb hinzugesetzt, daß wir die Vorlage in Genf nicht blockieren wollten, falls zwingende interne Gründe die Einbringung am 2.2. erforderten.“ Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>9</sup> Zur Sitzung der Special Consultative Group der NATO in Brüssel vgl. Dok. 53.

Die in der Bezugsvorlage enthaltene allgemeine Bewertung der Inhaltsbeschreibung des Vertragsentwurfs wird durch diese Antwort auf unsere Fragen nicht modifiziert:

- Der Inhalt ist mit der Zielsetzung des IDD<sup>10</sup> und dem Kern der im Bündnis abgestimmten US-Verhandlungsposition weitgehend identisch.
- Er ist sowohl in seiner Struktur als auch hinsichtlich der Aussagen zur Verifikation und Nutzung der SCC an SALT-Vorgaben<sup>11</sup> orientiert und bestätigt damit die Einbindung der INF-Verhandlungen in den SALT-Rahmen.

5) Unsere Fragen zu einzelnen Positionen des Vertragsentwurfs wurden wie folgt beantwortet:

- Die USA wollen eine systemspezifische Unterscheidung von Reichweiten-spektren innerhalb des INF-Bereichs, um die Verpflichtungen der Parteien auch für die Zukunft genau festzulegen, d. h. für die Typen mit Reichweiten:
  - von 5500 km bis 1800 km vollständige Eliminierung aller Mittelstreckenflugkörper sowie Test-, Produktions- und Stationierungsverbot,
  - von 1800 km bis 925 km Test-, Produktions- und Stationierungsverbot,
  - von 925 km bis 550 km Verbot der Vermehrung vorhandener Systeme sowie Verbot ihrer MIRVung bei Einräumung der Möglichkeit, die Systeme zu ersetzen (replacement).

Dieser Ansatz entspricht der amerikansichen Absicht, Präjudizierung für eine systemunabhängige Aufteilung des INF-Bereichs zu vermeiden, insbesondere bezüglich der für Flugzeuge ungeeigneten 1000-km-Reichweite. Dieser Gedanke wurde im Prinzip von uns selbst im Dezember 1981 in der SCG<sup>12</sup> zur Diskussion gestellt.

<sup>10</sup> Integrated Decision Document.

Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

<sup>11</sup> Artikel VI des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) bestimmte: „To promote the objectives and implementation of the provisions of this Interim Agreement, the Parties shall use the Standing Consultative Commission established under article XIII of the Treaty on the limitation of anti-ballistic missile system in accordance with the provisions of that article.“ Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 397.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 21. Oktober 1980 zur Arbeit der im Rahmen des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) eingesetzten „Standing Consultative Commission“ (SCC): „Fast unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit tagt in Genf seit Ende September die in den SALT-Vereinbarungen vorgesehene Standing Consultative Commission der USA und der SU. [...] Obwohl die SCC vorwiegend Fragen der technischen Implementierung bearbeitet, sollte die politische Bedeutung der Tatsache nicht unterschätzt werden, daß in dieser Zeit verminderten Dialogs routinemäßige Zusammenkünfte zwischen den SALT-Mächten über Probleme von erheblicher sicherheitspolitischer Relevanz stattfinden, ohne daß diese Gespräche in die sonst zwischen Moskau und Washington übliche öffentliche Polemik hineingezogen werden.“ Referat 220, Bd. 124530.

<sup>12</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 10. Dezember 1981 über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag: „Es bestand Einvernehmen, daß über eine genaue Definition des neu eingeführten Begriffs INF im Bündnis bald Einvernehmen erzielt werden soll. US sagten zu, entsprechende Überlegungen zu zirkulieren. (Wir beabsichtigen, hierzu einen Beitrag an Washington zu übermitteln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2075; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

- Bei den kollateralen Beschränkungen für Raketen kürzerer Reichweite im Bereich von 550 bis 925 km (SS-12/22, SS-X-23 auf sowjetischer Seite) handelt es sich im wesentlichen um einen qualitativen und quantitativen „freeze“ ohne geographische Einschränkungen. Diese Zielsetzung dürfte dem Erfordernis relativ leichter Verhandelbarkeit entsprechen.  
Die Behandlung westlicher Systeme vergleichbarer Reichweite (derzeit 108 amerikanische<sup>13</sup> und 72 deutsche Pershing IA) bei den kollateralen Beschränkungen ist im amerikanischen Text offengeblieben und soll Gegenstand von baldigen Konsultationen in der SCG sein. Die Tatsache, daß die westlichen Systeme kürzerer Reichweite (bis 925 km) nicht ausdrücklich – entsprechend dem Grundsatz der Reziprozität – in die kollateralen Beschränkungen einbezogen worden sind, dürfte auf sowjetische Kritik stoßen.
- Das Memorandum of Understanding soll zunächst nur die einzubeziehenden Systeme enthalten. Erst nach einer Einigung auf die Systeme sollen beide Seiten die entsprechenden Daten einbringen. Dieser Ansatz wird von uns voll unterstützt. Die Einigung auf den Verhandlungsgegenstand und auf die Zählkriterien dürfte die entscheidende Voraussetzung für Fortschritte in den Verhandlungen sein.

Diese Vorlage ist mit BMVg – FÜS III 5 – abgestimmt.

Ruth

VS-Bd. 11347 (220)

## 40

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel

213-363.31-393/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 606 Plurez

Aufgabe: 2. Februar 1982, 19.07 Uhr<sup>1</sup>

Betr.: Unterrichtung des Bundesministers über sowjetische INF-Vorschläge  
aus Genfer Unterredungen Haig–Gromyko 26.1.1982<sup>2</sup>

I. BM empfing heute sowjetischen Geschäftsträger zu (von diesem erbetener) halbstündiger Unterredung. Geschäftsträger unterrichtete BM auf Moskauer Weisung vertraulich über INF-Vorschläge, die Gromyko 26.1. in Genf gegen-

<sup>13</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die amerikanische Pershing IA wird durch die Pershing II ersetzt.“

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Barker konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 2. Februar 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 32.

über Haig machte. Er führte aus, SU habe für Genfer Verhandlungen im Interesse klarer Orientierungspunkte für konkrete Vereinbarungen gemeinsame sowjetisch-amerikanische Absichtserklärung mit folgenden Kernbestimmungen vorgeschlagen:

- gemäß Grundsatz der Gleichheit und gleichen Sicherheit Einbeziehung aller nuklearen Waffen mittlerer Reichweite (über 1000 km), die in Europa und anliegenden Wasserflächen stationiert oder auf Europa gerichtet<sup>3</sup>;
- angestrebte Reduzierung bis 1990 auf je 300 Einheiten, bei Zwischenniveau von je 600 Einheiten bis Ende 1985;
- Zusammensetzung von jeder Seite selbst zu bestimmen;
- jede Seite kann innerhalb Höchststrahmens Systeme ersetzen und modernisieren, wobei Rahmen hierfür zusätzlich festgelegt wird;
- Reduzierung im wesentlichen durch Verschrottung, Rückzug hinter vereinbarte Grenzen allerdings nicht ausgeschlossen;
- adäquate Möglichkeit gegenseitiger Überprüfung;
- INF-Vereinbarung mit Geltungsdauer bis 31.12.1990 bei Möglichkeit der Verlängerung;
- keine Stationierung neuer Systeme im Reduzierungsraum, quantitatives und qualitatives Einfrieren jetzt vorhandener Waffen;
- jede Seite kann vorhandenes Niveau verringern.

Geschäftsträger fügte hinzu, Haig sei in Genf gesagt worden, daß amerikanisches Vorgehen dem Grundsatz der Gleichheit und gleichen Sicherheit zuwiderlaufe und daß amerikanischer Vorschlag, der von Moskau verlange, alle Mittelstreckenwaffen gegen amerikanischen Verzicht auf Neustationierung einzutauschen<sup>4</sup>, nicht in Betracht kommen könne, da er FBS und Drittstaatsysteme ausklammere.

<sup>3</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 220 vom 10. Februar 1982 wurde dargelegt, welche Waffensysteme nach sowjetischer Auffassung in den INF-Verhandlungen zu berücksichtigen seien: „Auf westlicher Seite die französischen S-2/S-3-IRBM, M-20-SLBM und Mirage-IV-Bomber, die britischen Polaris-SLBM und Vulcan-Bomber, amerikanische Flugzeuge vom Typ F-111/FB-111, F-4, A-6 und A-7 in nuklearer Rolle; auf sowjetischer Seite die im europäischen Teil der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen vom Typ SS-4/5 und SS-20, die den sowjetischen Fernfliegerkräften unterstellten Bomber der Typen Badger, Blinder und Backfire.“ Dazu wurde dargelegt: „Der Vorschlag stellt den auf westlicher Seite einbezogenen amerikanischen ‚FBS‘ (dabei auch FB-111/F-111 und F-4) nicht in reziproker Weise die entsprechenden sowjetischen Systeme gegenüber (z. B. Fencer, Flogger). [...] Die zahlenmäßige Einbeziehung der Drittstaatsysteme entspricht nicht dem bilateralen Verhandlungsansatz. Zudem werden auf britischer und französischer Seite U-Boot-Raketen miteinbezieht, die nach bisher geltenden SALT-Regeln eindeutig zu den interkontinentalstrategischen Waffen gehören. [...] Ein Eingehen auf den sowjetischen Vorschlag würde auf NATO-Seite lediglich einige relativ veraltete Flugzeugtypen kürzerer Reichweite, die [Pershing] I sowie die britischen und französischen INF-Systeme in Europa übriglassen und damit die Gefahr einer Abkopplung vom zentralstrategischen Potential der USA heraufbeschwören; auf WP-Seite die für Europa gleichermaßen gefährlichen und strategisch bedeutsamen INF kürzerer Reichweite (SS-12, SS-22, SS-X-23) unverändert wirksam lassen und damit eine neue Grauzonenproblematik entstehen lassen.“ Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4. Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

Gromyko habe in Genf – ebenso wie Breschnew in Bonn<sup>5</sup> – Bereitschaft zu echter Null-Lösung (also Beseitigung aller taktischen und Mittelstreckenwaffen mit nuklearer Ladung) unterstrichen.<sup>6</sup>

Amerikanische Forderung nach Reduzierung der SS-20 auch im asiatischen Teil der SU sei „haltlos“, da Entwicklungen im asiatischen Vorfeld der SU nicht vorherzusehen und hier China und amerikanische FBS mitzuberücksichtigen seien.

Haig habe sich zu diesen Vorschlägen und Darlegungen nicht „mit konstruktiven Gedanken“ geäußert.

Abschließend hätten sich beide Außenminister in Genf für Fortsetzung eingehender Erörterung des Fragenkomplexes ausgesprochen.

II. Zu START teilte Geschäftsträger mit, Haig sei auf direkte Frage Gromykos, ob USA zu sofortiger Terminfestlegung für Verhandlungsbeginn bereit, gezwungen gewesen, zu verneinen mit Hinweis auf Erwartung günstigeren politischen Klimas. USA trage damit Verantwortung für Aufschub in einer für viele Staaten entscheidenden Frage. SU trete demgegenüber eindeutig für sofortige Aufnahme von Verhandlungen und gegen Verzögerung ein.

III. BM dankte für Unterrichtung und stellte klar, Antwort auf sowjetische Vorschläge sei von USA am Genfer Verhandlungstisch zu geben.

1) Zu INF wolle er sich auf die folgenden zwei Hinweise beschränken:

a) Wir verträten bekanntlich globalen Ansatz, d. h. entscheidendes Kriterium sei nicht, wo eine Waffe stationiert sei, sondern worauf sie ziele. Auch eine in Asien stationierte Waffe, die Europa erreiche, sei Bedrohung für uns.

b) Zu sowjetischen Moratoriumsvorstellungen habe Bundeskanzler bereits gegenüber Breschnew ausgeführt, man könne nicht bestehendes Ungleichgewicht zementieren. Dies würde Verhandlungen über Gebühr verlängern.

Im übrigen seien Genfer Verhandlungen auch nach unserer Überzeugung von großer Bedeutung und müßten ernsthaft geführt werden. Richtschnur für uns sei Bestimmung im Doppelbeschluß vom Dezember 1979, daß Bedarf der Bündnispartner im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft wird.

2) Zu START hörten wir von amerikanischer Seite, daß Vorbereitungen zum Verhandlungsbeginn mit großem Nachdruck vorangetrieben würden, und seien überzeugt von baldigem Ende der Vorbereitungsphase.

3) Zu von sowjetischer Seite propagierten kernwaffenfreien Zonen<sup>7</sup> sei zu sa-

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>6</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 29. Januar 1982, der stellvertretende Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen, Glitman, habe im Ständigen NATO-Rat zum sowjetischen Vorschlag einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa dargelegt: „Dieser Vorschlag sei in den Plenarsitzungen nicht erwähnt worden. Die sowjetische Seite habe ihn nur kurz in den informellen Gesprächen erwähnt, um zu unterstreichen, daß sie mit ihren Vorschlägen noch weitergehen könne als die westliche Null-Lösung. Dabei sei allerdings deutlich geworden, daß die SU interkontinental-strategische Systeme im Westen des Landes als unantastbar betrachte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 188; VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Botschafter Menne, Helsinki, berichtete am 26. Juni 1981, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, habe in einem Interview mit der Parteizeitung der finnischen Sozialdemokraten zu ei-

gen, daß KWFZ nach unserem Verständnis solche Regionen seien, die von Kernwaffen nicht erreicht werden könnten.<sup>8</sup> Wollte SU weiter KWFZ nach ihrem Verständnis zum Gegenstand aktiver Politik machen, müßte dies als Versuch verstanden werden, das westliche Bündnis zu spalten. Dies würde keinen Erfolg haben, aber Verhandlungsklima beeinträchtigen. Wir hätten auch niemals Vorschläge gemacht, die darauf abzielten, WP-Bereich rüstungskontrollpolitisch aufzuspalten.

IV. Geschäftsträger erwiderte lediglich auf Ausführungen BM zu KWFZ und Moratorium:

1) Zu KWFZ wandte er ein, bei dem von uns verwendeten Kriterium der Erreichbarkeit könne es im Zeitalter ballistischer Raketen schlechterdings überhaupt keine kernwaffenfreien Zonen auf der Erde geben.

2) Zum Moratorium bestritt er eine bestehende Ungleichheit. (BM: Einschlägige Argumente sind oft genug ausgetauscht, Wiederholung entbehrlich.)

V. BM schnitt KSZE-Thematik an: Baldiger Abschluß in Madrid<sup>9</sup> mit konkretem KAE-Mandat<sup>10</sup> würde positive Auswirkungen auf INF, MBFR, START haben und neues Kapitel in Bemühungen um Rüstungsreduzierung in Europa aufschlagen.

Auf Frage des BM nach sowjetischer Einschätzung der Erfolgsaussichten in Madrid meinte Geschäftsträger, N+N-Entwurf<sup>11</sup> biete „gewisse Grundlage“ für

*Fortsetzung Fußnote von Seite 202*

ner kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa dargelegt: „Wir verstehen die Bestrebung von Völkern in verschiedenen Teilen der Welt, ihre Sicherheit durch Errichtung von atomwaffenfreien Zonen zu verstärken, um sich einigermaßen vor den katastrophalen Folgen eines Atomkrieges zu schützen für den Fall, daß es nicht gelingt, den Krieg zu verhindern. Die Sowjetunion hat schon mitgeteilt, daß sie auch zu dem fraglichen Vorschlag betreffend Verwandlung des Nordens in eine atomwaffenfreie Zone eine positive Haltung einnimmt. Diese tödlichen Waffen gibt es dort bis auf weiteres nicht, anders als in Westeuropa, dessen Bevölkerung schon heute buchstäblich auf einem Vulkan von Atomwaffen lebt. [...] Die Sowjetunion hat schon mitgeteilt, daß sie nicht Atomwaffen gegen die nordischen Länder anwendet, die an der atomwaffenfreien Zone beteiligt sind und also die Herstellung, Anschaffung oder Stationierung von Atomwaffen im eigenen Gebiet verweigern. [...] Selbstverständlich wäre die Bedeutung einer solchen Zone für die Beteiligten totaler, wenn ihnen auch seitens der Nuklearstaaten der NATO ähnliche Garantien gegeben würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 221, Bd. 123133.

<sup>8</sup> Am 3. Februar 1982 wies Botschafter Ruth die Ständige Vertretung bei der NATO darauf hin, daß Ziffer 3 wie folgt beginnen solle: „Zu den von sowjetischer Seite propagierten kernwaffenfreien Zonen sei zu sagen, daß dieser Gedanke nicht losgelöst von der Reichweite nuklearer Systeme und der Frage, inwieweit sich die Staaten von solchen Waffen bedroht fühlen, gesehen werden könne.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 633; VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 52.

<sup>10</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Pfeffer legte am 11. Dezember 1981 zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid dar: „Die N+N-Staaten haben am 11. Dezember in Madrid den Entwurf eines Schlußdokuments als Vermittlungsvorschlag inoffiziell eingebracht und dies als ihren letzten Versuch bezeichnet, das Madrider Treffen erfolgreich zu beenden. Das Papier enthält die bisher vorläufig vereinbarten Texte sowie Kompromißvorschläge zu den meisten noch offenen Problemen und hat daher einen beträchtlichen Umfang. Dieser darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur wenige Teile neu sind; ein Entscheidungsbedarf entsteht nur insoweit. Die bisher provisorisch vereinbarten Texte zur KAE sind nicht enthalten, auch nicht der österreichisch-neutrale Vermittlungsvorschlag zur Zonenformel der KAE [...]. Unter Verzicht auf westliche Maximalforderungen enthält das Papier in seinen neuen Teilen weitgehend westliche Petita. Die Annahme des Papiers würde im Großen und Ganzen einen westlichen Erfolg darstellen. Es wird jetzt entscheidend darauf ankommen, die west-

Weiterkommen. SU wolle, gerade im Hinblick auf KAE, Madrider Folgetreffen mit möglichst positivem Ergebnis abschließen.

BM sagte auf Frage Geschäftsträgers, er werde bekanntlich 9.2. in Madrid sprechen<sup>12</sup> und dabei im wesentlichen unsere Enttäuschung und Besorgnis wegen Lage in Polen darzulegen haben, die der SU mehrfach erläutert worden sei (z. B. in Schreiben Bundeskanzlers an Breschnew<sup>13</sup>). Es gebe nach wie vor leider erheblichen Druck auf Solidarność, mit der sich Millionen von Polen identifizierten. Der 13.12.81 habe einen Prozeß gestoppt, der mit KSZE-Schlußakte<sup>14</sup> im Einklang gestanden habe, und SU bestärke polnische Führung in repressivem Vorgehen, statt sie zur Aufhebung des Kriegsrechts zu ermutigen. Davon ausgehende Klimastörung könne in Madrid nicht ausgespart bleiben, sondern müsse offen angesprochen werden.

Geschäftsträger erwiderte, Moskau teile unsere Enttäuschung, wenn auch in anderer Weise: nämlich Enttäuschung über Reaktionen des Westens (wie auch in Antwortschreiben Breschnews an Bundeskanzler dargelegt<sup>15</sup>). Er müsse festhalten, daß Lage in Polen innere Angelegenheit dieses Landes sei und deshalb gemäß Prinzipien des Völkerrechts, der VN-Charta<sup>16</sup> und der KSZE-Schlußakte nicht in Madrid erörtert werden könne. Diese sowjetische Haltung sei bekannt und in Ansprache Gromykos während Besuchs in Ost-Berlin erneut bekräftigt worden.<sup>17</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 203*

lichen Änderungswünsche in einem realistischen Rahmen zu halten und auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133408.

Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten auf der Basis dieses Vorschlags am 16. Dezember 1981 einen von Österreich erarbeiteten Entwurf eines Schlußdokuments in die KSZE-Plenarsitzung ein. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XIX, S. 202 (Auszug).

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonzferenz in Madrid vgl. BULLETIN 1982, S. 107–110.

<sup>13</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 386 und Dok. 388.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>15</sup> Am 5. Januar 1982 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot der Botschaft in Moskau das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 29. Dezember 1981 an Bundeskanzler Schmidt. Zur Lage in Polen stellte Breschnew fest: „Wir haben dieses Thema schon während unserer persönlichen Gespräche in Bonn angeschnitten. [...] Ja, wir waren uns darüber einig, daß die Geschehnisse in Polen seine innere Angelegenheit sind und daß die Polen selbst, und nur sie, über ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen entscheiden können und müssen. Sie werden sich wahrscheinlich erinnern, daß ich Ihnen über Fakten solcher Einmischung, über aufhetzerische Handlungen bestimmter Kreise im Westen gesagt habe. Man muß feststellen, daß solche Einmischung, vor allem seitens der USA, nicht nur fortgesetzt, sondern auch verstärkt wird. Ihrem Wesen nach ist die Linie Washingtons, wie sie jetzt durch den Präsidenten der USA zum Ausdruck gebracht wurde, eine Linie auf Untergrabung und Umsturz der in Polen existierenden Staatsordnung. [...] Es kann nicht umhin, uns zu bestürzen, daß auch Sie nicht frei sind von dem Gedanken, die polnische Führung handele nicht ohne Einfluß von außen, – mit Anspielung auf eine Mitwirkung der Sowjetunion.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

<sup>17</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 27./28. Januar 1982 in der DDR auf. Für den Wortlaut seiner Rede am 27. Januar 1982 in Ost-Berlin vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 151–153.

VI. Zusatz für Washington: Amerikaner werden hier durch Botschafter Ruth über Inhalt von I–IV unterrichtet. Parallelunterrichtung in Washington in dortiges Ermessen gestellt.<sup>18</sup>

Vogel<sup>19</sup>

VS-Bd. 13296 (213)

## 41

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Botschafter Froment-Meurice

010-601/82 VS-vertraulich

4. Februar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem französischen Botschafter Froment-Meurice am 4.2.1982, 10.00 bis 10.40 Uhr (Antrittsbesuch)

Weitere Teilnehmer: VLR I Dr. Feit, 202, Gesandter von Bredow, Protokoll, VLR von Ploetz, 010, Fr. Hamerlak-Hermesdorff (Dolmetscherin).

Nach einleitender Begrüßung eröffnete der Herr Bundesminister (BM) das Gespräch mit der Frage nach den Erfahrungen des Botschafters (B) während seiner Moskauer Aufenthalte.

B. führte folgendes aus:

Er habe sich über 25 Jahre mit der sowjetischen Politik und der Sprache befaßt. Das Schicksal habe es gewollt, daß er 1956 (Budapest<sup>2</sup>), 1968 (Prag<sup>3</sup>) dort auf Posten gewesen sei. 1979 habe er zunächst auf einen ruhigeren Aufenthalt gehofft; dann sei es aber zu den Entwicklungen in Afghanistan<sup>4</sup> und endlich in Warschau<sup>5</sup> gekommen. Vieles habe sich in diesen 25 Jahren geändert, anderes nicht. Beides gelte für die Lebensbedingungen und für die Politik. Die Wohnverhältnisse seien z.B. besser geworden, die Nahrungsmittellage schlechter. Im Gegensatz zu früher gäbe es z.B. in Moskau und anderen Städten Bezugs-

<sup>18</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 4. Februar 1982, daß er den Ständigen NATO-Rat über die sowjetische Demarche vom 2. Februar 1982 unterrichtet habe: „Außer uns konnte nur belgischer Vertreter über eine ähnliche sowjetische Demarche bei der belgischen Regierung berichten. Ihm lagen jedoch noch keine Einzelheiten vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 5. Februar 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>3</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>4</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>5</sup> Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 6.

scheine. Kontakte seien indessen leichter herzustellen. Auch in seiner Eigenschaft als Botschafter könne er Sowjetmenschen empfangen, diese in ihren Wohnungen besuchen und sich mit ihnen relativ frei von Furcht unterhalten (sie seien aber nicht unängstlich).

B. bemerkte ferner: Die Wirtschaft insgesamt arbeite nicht gut, Schwierigkeiten seien allenthalben zu verzeichnen, genaugenommen nähmen sie zu. Die Politik der „Butter und Kanonen“ sei schwer zu verwirklichen. Die Sowjetführung stehe aber nicht unter so großem Druck, daß sie „Kanonen“ opfern müsse.

B. äußerte sich zur Außenpolitik: Moskau sei in Europa nicht „aggressive minded“, etwa in dem Sinne, daß es „violent actions“ anstrebe. Aber auf lange Sicht sei es keine Frage, daß es glaube, daß in Europa sozialistische Verhältnisse vorherrschen würden, daß ihr System obsiegen werde. Ziel Nr. 1 sei es zunächst, Europa von den USA zu trennen. Um dies zu erreichen, versuchten sie die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen (Angst) mit der Absicht, daß damit die Regierungen unter Druck kämen.

B. fuhr fort: Außerhalb Europas sei die Politik auf Expansion gerichtet: Naher Osten, Mittlerer Osten, Afrika seien die Zielbereiche. Hauptansatzpunkte seien der Persische Golf, Saudi Arabien, Aden, Äthiopien, Zentral- und Südafrika. Hier hofften sie, ihre Erfolge zu konsolidieren.

Unsere Antwort hierauf müsse wie bisher in einem einheitlichen Verhalten bestehen. Im Bereich der Sicherheitspolitik seien die Verhandlungen mit der SU wichtig, wir könnten uns darauf allein aber nicht verlassen. Verhandlungen seien hierfür nicht alles. (Man könne nicht alle Eier in einen Korb tun.) Es komme darauf an, daß wir noch mehr politische Einheit bezugeten, mehr wirtschaftliche Erfolge zeitigten und unsere Verteidigungsanstrengungen hochhielten. Die Sowjetpolitik sei zynisch und realistisch zugleich und verfolge, was uns anbetrifft, die Herbeiführung einer sozialistischen Ordnung in Europa. Aufrechterhaltung des Status quo sei nicht ihr Ziel.

BM pflichtete B. an dieser Stelle voll bei; auch er meinte, daß die Sowjets nicht auf der Grundlage des Status quo operierten, daß sie eine offensive Politik mit offensiven Mitteln betrieben, wenn sie auch nicht überall offensiv würden. Wenn sie sich in Europa etwas zurückhaltender verhielten als anderswo, läge das daran, daß die Risiken für sie zu hoch seien.

Afghanistan sei ein Beispiel für aggressives Vorgehen bei abschätzbaren Risiken. Unsere Antwort hierauf müsse eigene Festigkeit verbunden mit Verhandlungsbereitschaft sein. Der Doppelbeschluß vom 12.12.1979 sei ein Modell einer solchen Politik. Eine solche Verhaltensweise sei die einzige, die die Führung in Moskau beeindrucke.

BM sagte, er wünsche sich eine politisch (nicht militärisch) offensive Politik des Westens. Damit der (west-östliche) Kampf um die öffentlichen Meinungen in unseren eigenen Ländern und in der Welt nicht verlorengelange, müßten wir dafür sorgen, daß die öffentlichen Meinungen sich hinter die Ziele unserer Politik stellten. Der Iran sei ein Negativbeispiel gewesen. Der Schah habe eine erstklassige Armee gehabt, es aber nicht verstanden, die öffentliche Meinung hinter seine Politik zu bringen. Was der Botschafter über den Nahen (Mittleren) Osten und Afrika gesagt habe, sei richtig.

BM bezeichnete es als zusätzlich beunruhigendes Element, daß es der sowjetischen Führung schwerfalle, sich auf veränderte Lagen einzustellen (z. B. Polen, Nationalitätenfrage). Die ältere Führungsgeneration finde darauf wohl keine rechte Antwort. Auch die Lage in Osteuropa sei nicht so, wie sie scheine, Beispiel Rumänien.

B. war damit einverstanden.

BM sagte, er gehe nächste Woche nach Madrid.<sup>6</sup> Er sehe in Madrid eine ideale Möglichkeit, westliche Außenpolitik offensiv zu betreiben (KSZE, Menschenrechte). Die Sowjets müßten in jedem einzelnen Punkt Farbe bekennen. Abbruch wäre ein schwerer Fehler.<sup>7</sup> Er werde Montag abend AM Haig sehen.<sup>8</sup>

BM bestätigte B. auf Frage, daß er hoffe, die USA hiervon überzeugen zu können. AM Haig, der ihn nach den Gesprächen mit AM Gromyko angerufen habe<sup>9</sup>, habe ihm bestätigt, daß sein, BMs, Brief<sup>10</sup> ihn teilweise überzeugt habe. In Wahrheit sei er womöglich schon voll überzeugt, werde aber mit den Widerständen in der Administration noch nicht fertig.

Der KSZE-Prozeß sei ein wichtiges Element in westlicher Hand.

Auf Frage bestätigte BM, daß er mit weiterem Druck der USA in der Sanktionsfrage<sup>11</sup> rechne, auch deshalb sei Gespräch mit Haig wichtig.

Auf weitere Frage B.s äußerte BM Erwartung, mit Haig auch über INF-Verhandlungen zu sprechen. Heute werde amerikanischer Vertragsentwurf<sup>12</sup> präsentiert, so daß Zeitpunkt für Gespräch günstig sei.

<sup>6</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Bräutigam wies am 2. Februar 1982 darauf hin, daß beim Treffen der Vier Politischen Direktoren Andréani (Frankreich), Bullard (Großbritannien), Eagleburger (USA) und Pfeffer (Bundesrepublik) am selben Tag in London im Hinblick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid der amerikanische Wunsch nach einer „Vertagung der Madrider Konferenz zum frühest möglichen Zeitpunkt nach Abschluß der Ministerdebatte zu Polen“ bekräftigt worden sei. Er, Bräutigam, habe zur Haltung der Bundesregierung festgestellt: „Die Bundesregierung trete dafür ein, kontinuierlich weiterzuverhandeln. Dabei sollten die westlichen Positionen im Lichte der Ereignisse in Polen offensiv und mit großer Hartnäckigkeit vertreten werden. Gerade jetzt sollte die Sowjetunion in verstärktem Maße dem Drängen der westlichen Staaten auf Fortschritte im Bereich der Menschenrechte, bei den menschlichen Kontakten und der Information ausgesetzt werden. Wir sollten sie auch nicht von dem Druck befreien, sich klar zu den westlichen Konzepten für ein KAE-Mandat zu äußern. Die Konferenz könne so dazu benutzt werden, den Druck auf die Sowjetunion im Hinblick auf die Lage in Polen kontinuierlich aufrechtzuerhalten. Aus dieser Defensivposition sollte sie nicht entlassen werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 614; VS-Bd. 13238 A (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 8. Februar 1982 in Madrid vgl. Dok. 50.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Haig traf mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit Haig vom selben Tag; Dok. 32.

<sup>10</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 25. Januar 1982 an den amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 30.

<sup>11</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>12</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

B. bezeichnete sowjetische INF-Position<sup>13</sup> – selbst als Ausgangsposition – als völlig unrealistisch und unterstrich die Festigkeit, mit der Paris Einbeziehung seiner Nuklearwaffen ablehnt.

BM zeigte hierfür volles Verständnis (dies gehört zum französischen Selbstverständnis).

BM verwies auf Frage des B. darauf, daß sowjetische Zugeständnisse davon abhängig seien, wie sich die bevorstehenden Parteitage<sup>14</sup> entschieden. Zugeständnisse seien nur zu erwarten, wenn klar sei, daß wir fest auch zum Nachrüstungs- teil des Doppelbeschlusses stehen. Da er Sorge habe, daß in Moskau über die Ernsthaftigkeit unseres Willens Illusionen bestünden, sage er dies nachdrücklich allen osteuropäischen Gesprächspartnern.

B. meinte, die Sowjets würden mit dem Element der Angst versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dies werde aber nicht viel bringen.

BM stimmte zu und verwies auf die deutsche Nachkriegsgeschichte. Vor jeder sicherheitspolitischen Entscheidung (NATO-Beitritt<sup>15</sup>, BW<sup>16</sup>, Stationierung von Atomwaffen in den 50er Jahren<sup>17</sup>) habe SU mit massivsten Drohungen gearbeitet, danach aber eine Besserung der Beziehungen betrieben.

B. stimmte zu mit dem Zusatz, daß dies solange gelte, wie die Maßnahmen das Kräftegleichgewicht nicht störten.

Es sei klar, daß die westlichen Mittelstreckenraketen das Gleichgewicht nicht stören, dies wisse Moskau ganz genau.

Die Thematik wendete sich dem deutsch-französischen<sup>18</sup> und dem europäischen Gipfel<sup>19</sup> zu.

BM bemerkte, der deutsch-französische Gipfel werde sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des Europäischen Rates beschäftigen müssen. Gerade in der Krisenlage sei es wichtig, Einigkeit im Westen zu zeigen.

BM begrüßte, daß – wie die jüngsten Begegnungen deutlich gemacht hätten – sich auch mit der neuen Führung in Paris<sup>20</sup> ein enges und vertrauensvolles Verhältnis entwickelt habe.

Auf Frage äußerte sich BM skeptisch, ob in der Mandatsfrage<sup>21</sup> beim ER Einigung erzielt werden könne.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 40.

<sup>14</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

<sup>15</sup> Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erfolgte auf der NATO-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Mai 1955 in Paris. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 89–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7927.

<sup>16</sup> Am 12. November 1955 wurden die ersten 101 Generale, Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr durch Verteidigungsminister Blank ernannt.

<sup>17</sup> Am 25. März 1958 verabschiedete der Bundestag einem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU und DP vom selben Tag über die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägermitteln. Für das Abstimmungsergebnis und den Wortlaut des Antrags vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 40, S. 1160–1163 und S. 1169.

<sup>18</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. Dok. 63–65.

<sup>19</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

<sup>20</sup> Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging.

<sup>21</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

B. meinte, der deutsch-französische Gipfel müsse wenigstens in zwei bis drei Fragen eine deutlich herauszustellende Übereinstimmung bringen und nannte hierfür:

- gemeinsame Haltung zur Politik gegenüber der SU, der weiteren Entwicklung der Ost- und Entspannungspolitik; eine solche gemeinsame Haltung solle auf zehn Jahre konzipiert werden;
- Fortschritte in der Mandatsfrage;
- wirtschaftliche Konvergenz zwischen Frankreich und Deutschland als jeweils wichtigste Handelspartner mit Schwerpunkt darauf, wie man sich gegenseitig aus der Krise helfen kann; hiervon würden wichtige Impulse für die EG ausgehen;
- als wünschenswert: Fortschritte in der Rüstungskooperation, Panzer<sup>22</sup> (BM: das ist schwer);
- vielleicht: neuer Airbustyp<sup>23</sup>.

**VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit Anfang 1979 die Entwicklung und den Bau eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre. Ungeklärt blieb zunächst die Frage des Exports in Drittstaaten. Vor der Unterzeichnung der Vereinbarung während der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris erzielten Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing eine Einigung über Exportrichtlinien. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.

Am 19. März 1981 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann, Bundesminister Apel habe am Vortag in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestags erklärt, daß „die Neuentwicklung eines Panzers nicht in Frage komme. Es könne nur noch um die Weiterentwicklung des Leo II zum Leo III gehen. Nur mit dieser Zielsetzung – und auch diese mit einer zweijährigen Verzögerung – komme eine gemeinsame deutsch-französische Zusammenarbeit zur Entwicklung von Komponenten (z. B. Turm, Kette, Antrieb) in Betracht.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125579.

Zum Fortgang vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 14. Mai 1982 in Hamburg; Dok. 150.

<sup>23</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 11. Oktober 1982 zur Entwicklung eines neuen Passagierflugzeugs der Baureihe „Airbus“ dar: „Zur langfristigen Festigung des Airbus-Programms am Markt gehört der Ausbau der Airbusfamilie über die jetzigen Versionen A 300 und A 310 hinaus. Dafür kommen folgende Optionen in Betracht: A 320: 150-Sitzer für Kurz- oder Mittelstrecken; TA 11/TA 12: 210-Sitzer für Langstrecken mit 4/2 Triebwerken; TA 9: 350-sitziges Flugzeug für Mittelstrecken. Für die französische Regierung und Airbus Industrie steht der A 320 im Vordergrund der Überlegungen. Airbus Industrie möchte mit diesem Flugzeug in einem bisher von Boeing beherrschten Bereich Fuß fassen und in den Markt eindringen, der nach Ausmusterung von alten und mit hohem Treibstoffverbrauch arbeitenden Boeing 727 und DC 9 Ende dieses Jahrzehnts entsteht. [...] Die Bundesregierung hat sich durch Kabinettsbeschluß vom 24.3.1982 grundsätzlich für den Ausbau der Airbusfamilie entschieden. Im Bundeshaushalt ist durch eine Verpflichtungsermächtigung über 1,2 Mrd. DM entsprechende Vorkehrung getroffen, damit ein Projekt zügig in Angriff genommen werden kann, sobald der Markt reif ist.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129865.

42

## Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen an die Botschaft in London

412-424.01/10-253/82 VS-vertraulich

4. Februar 1982<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 674 Plurez

Aufgabe: 5. Februar 1982, 10.58 Uhr

Betr.: Besuch des Europa-Beauftragten im britischen Cabinet Office des PM,  
David Hancock, am 4.2.82 in Bonn

I. Der neu ernannte Europa-Beauftragte des britischen PM, D. Hancock, statete am 4.2.82 ChBK<sup>2</sup>, BMWi und AA Antrittsbesuche ab. Das mit D4<sup>3</sup> geführte Gespräch konzentrierte sich auf Fragen des Mandats vom 30.5.80<sup>4</sup>:

H. sagte einleitend, angesichts Tatsache, daß sich Diskussion um Degression britischer Entlastung festgefahren habe, frage man sich, ob es nicht sinnvoller sei, jetzt zur Zahlendiskussion überzugehen, um dann März-ER<sup>5</sup> bereits erste Ergebnisse (views) vorlegen zu können.

D4 stellte dazu fest, daß wir hier völlig anderer Meinung seien. Angesichts der sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen würden die Verhandlungen über Größenordnungen schwierig und langwierig werden. Eine Befassung des ER im März mit diesen ungelösten Fragen sei dann wenig sinnvoll und werde wohl auch abgelehnt werden. BM Genscher habe am 25.1.82 zum Ausdruck gebracht<sup>6</sup>, daß wir eine intensive Fortsetzung der Suche nach Kompromissen zu den noch offenen Fragen für die Schlußfolgerungen des November-ER<sup>7</sup> wünschten. Deshalb legten wir großen Wert darauf, daß vor Eintritt in die Verhandlungen über die Ausgestaltung durch die Tindemans/Thorn-Mission<sup>8</sup> noch ein-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Graf Brockdorff-Dallwitz konzipiert.  
Hat Ministerialdirektor Fischer zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>3</sup> Per Fischer.

<sup>4</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 28. Januar 1982 über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25. Januar 1982 in Brüssel. Bundesminister Genscher habe im Anschluß vor der Presse erklärt: „Das negative Ergebnis dieses Treffens ist deshalb so bedenklich, weil das Ausbleiben einer Einigung zum Mandatskomplex, der zwar nur einen Teilaspekt der Gem[einschaft] betrifft, gleichwohl deren Funktionsfähigkeit tangiert. Eine Lösung ist nur denkbar, wenn die MS nicht den jeweiligen nationalen Vorteil, sondern die Bedeutung der Gem. als Ganzes im Auge haben.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 9; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>7</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. November 1981 in London statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 28. Januar 1982 über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25. Januar 1982 in Brüssel mit, daß in der Frage des EG-Haushalts keine Einigung habe erzielt werden können: „Auch hier wurde deutlich, daß die britische Ablehnung gegenüber der Degressivität der Entlastung einen Konsens unmöglich machte. GB verlangte einen direkten, monokausalen Bezug der Degressivität zur Verbesserung des H[aus]H[alts]-Gleichgewichts. [...] Man verständigte sich schließlich dahingehend, daß der Vorsitzende, A[ußen]min[ister] Tindemans, und Präs[ident] Thorn innerhalb der nächsten acht bis zehn Tage die Hauptstädte besuchen, um festzustellen, ob sich kurzfristig ein konsensfähiger Text herstellen läßt. [...] In Verbindung mit der Tindemans/Thorn-Mission haben mehrere Delegationen ver-

mal ein ernsthafter Versuch der Verabschiedung der Leitlinien (ohne Zahlen) gemacht wird, da bleibe es dem Präsidenten überlassen, in welcher Form die Mission durchgeführt wird. Wir hielten allerdings eine Reise nach London für wichtig, damit PM Thatcher persönlich über Haltung der Partner unterrichtet werden könne.

Es entspreche nicht den Tatsachen, wenn die britische Seite behaupte, wir streben willkürliche („arbitrary“) Degression an. BM Genscher habe am 25.1.82 erklärt, er könne den – von GB gewünschten – Bezug auf Verbesserung HH-Gleichgewichts<sup>9</sup> als einen, nicht aber als den einzigen Grund für Degressivität akzeptieren. Wir seien bereit, britisches Problem durch Strukturanpassungen zu lösen und – da diese erst nach und nach greifen – zwischenzeitlich Ausgleich an GB zu leisten. GB müsse jedoch seinerseits Bereitschaft zeigen, nach und nach beim Beitritt akzeptierte Verpflichtungen<sup>10</sup> selbst zu übernehmen. Am 30.5.80 habe GB steigenden Restnettosaldo akzeptiert.<sup>11</sup> Diese Tendenz müsse fortgesetzt werden. Man könnte sich u.U. über eine Risikoaufteilung hinsichtlich unvorhergesehener Entwicklungen unterhalten. Keinesfalls könnten wir indes einseitige Risikoübernahme durch die Partner oder gar Konzept „broad balance“ akzeptieren.

H. trug daraufhin bekannte britische Auffassung über „relativen Wohlstand“ vor, wonach GB eigentlich Nettoempfänger sein müßte. Man befürchte, daß sich Strukturanpassungen nur marginal (bei Regional- und Sozialfonds) oder gar negativ (durch MM-Produkte<sup>12</sup> und Milch) auf britischen Nettosaldo auswirken werden. Man sehe sich daher im britischen Parlament hier (wie auch im Falle der Entwicklungshilfe) mit der Frage konfrontiert, warum GB an reichere Staaten zahlen müsse.

D4 stellte fest, daß sich in diesem Vergleich der grundlegende konzeptionelle Meinungsunterschied zwischen uns zeige. Es handele sich nicht um Zahlungen an andere Staaten, sondern um eigene Einnahmen der Gemeinschaft, zu denen sich alle MS verpflichtet hätten. Andererseits sei Gemeinschaft noch kein föderales Gebilde, in dem horizontaler Lastenausgleich gemäß relativem Wohlstand erfolgen könne. Der Geist der Gemeinschaft und das Regime der eigenen Ein-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 210*

langt, über das konkrete Volumen des Ausgleichs zu verhandeln, so daß die Gespräche über abstrakte Formulierungen hinausführen werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 9; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>9</sup> Haushalts-Gleichgewichts.

<sup>10</sup> Dänemark, Großbritannien und Irland unterzeichneten am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu EWG, EURATOM und EGKS mit Wirkung zum 1. Januar 1973. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat Oehms unterrichtete am 9. Juni 1980 darüber, daß bei der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel ein Kompromiß zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt gefunden worden sei: „a) Der britische Nettosaldo soll im Jahr 1980 um 1175 und im Jahr 1981 um 1410 Mio. ERE, zusammen um 2585 Mio. ERE entlastet werden. Mit dieser Entlastung würde der britische Nettosaldo im Jahr 1980 609 Mio. ERE und im Jahr 1981 730 Mio. ERE betragen. b) Falls der britische Nettosaldo 1980 und 1981 höher als die geschätzten Zahlen (1980: 1784 Mio. ERE, 1981: 2140 Mio. ERE) liegt, wird die Differenz nach einem bestimmten Schlüssel zwischen den MS geteilt. c) Kommission wird bis zum 1.7.1981 die Möglichkeit von strukturellen Änderungen prüfen, womit die Wiederkehr einer unzumutbaren Situation für die einzelnen MS verhindert wird. d) Der Rat hat bekräftigt, daß sich die Ausgabenentwicklung im Rahmen der eigenen Einnahmen (Zölle, Abschöpfungen, ein Prozent der MWSt-Bemessungsgrundlage) bewegen müsse.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 78; Referat 012, Bd. 115729.

<sup>12</sup> Mittelmeer-Produkte.

nahmen schließen eine nationale Gewinn- und Verlustrechnung aus. Das müsse auch GB im Grundsatz weiterhin akzeptieren, sonst bestehe Gefahr, daß es zu keiner Einigung komme, die im übrigen auch nicht mit Blockierung der Agrarpreisbeschlüsse zu erzwingen sei.

H. deutete für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen auch die Möglichkeit an, auf die Zusage vom 30.5.80<sup>13</sup> hinsichtlich der Fortführung des 80/81er Ausgleichs für 1982 zurückzukommen. D 4 stellte fest, daß es sich hier um eine höchst problematische Frage handele, zu der er nur seinen früheren Hinweis wiederholen könne, daß die Bundesregierung eine Anwendung der 1980/1981-Lösung auf 1982 sicherlich nicht akzeptieren werde.

II. Als Anlage wird der Inhalt eines Schreibens PM Thatchers in gleicher Sache an den BK vom 29.1.82 übermittelt.<sup>14</sup>

Heinichen<sup>15</sup>

VS-Bd. 10379 (412)

## 43

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati

5. Februar 1982<sup>1</sup>

Herrn BM mit der Bitte um Billigung

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit iranischem Außenminister Velayati  
am 5. Februar 1982<sup>2</sup>

Teilnehmer auf iranischer Seite: Botschafter Navab, ein weiterer Begleiter.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D 3<sup>3</sup>, RL 311<sup>4</sup>, VLR Dr. Jansen, VLR Dräger.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „30.5.82“.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. In ihrem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt legte Premierministerin Thatcher zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25. Januar 1982 in Brüssel dar: „I fully share your view that it would have been highly desirable for the Foreign Ministers to reach agreement on the four questions remitted to them by the European Council and it is very disappointing that they have failed to do so. [...] But on degressivity I frankly do not see how we could accept any text which implied an automatic and arbitrary reduction in our budget refunds regardless of the development of the underlying situation. [...] We all hope that the measures which we are proposing to adopt under Chapters 1 and 2 of the Mandate will lead to a shift in the balance of Community spending which will result in a reduction in our budget problem, and I fully accept that, to the extent that this happens and the problem is reduced, our refunds should also be reduced.“  
Vgl. VS-Bd. 10379 (412); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 8. Februar 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 5. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Walter Gorenflös.

<sup>4</sup> Reinhard Schlagintweit.

Der BM empfing am 5. Februar den iranischen Außenminister Ali Akbar Velayati zu einem Gespräch von einer Stunde und fünfzehn Minuten. Vorher hatte StS von Staden den Minister zu einem etwa zwanzigminütigen Gespräch empfangen und ihn über die Grundzüge der deutschen Politik in der Frage der Rüstungsbeschränkung unterrichtet.

1) Der *Bundesminister* begrüßte den Minister und erklärte: Ich freue mich über die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch wie mit Ihrem Vorgänger<sup>5</sup> und wäre dankbar, wenn Sie mir Ihre Ideen und Ziele erläutern würden.

*Velayati*: Gespräche dieser Art zwischen Deutschland und Iran sind sehr wichtig. Beide Staaten stehen sich politisch und wirtschaftlich in mehrfacher Hinsicht nahe. Das iranische Volk hat keine schlechte Erinnerung an die Deutschen und die Bundesrepublik; es möchte gern gute Beziehungen zu ihr.

Iran besitzt eine strategisch, wirtschaftlich und politisch besonders wichtige Lage in einem geographisch besonders bedeutsamen Teil der Welt. Wenn man berücksichtigt, daß die iranische Regierung heute die totale Unterstützung der Bevölkerung hat<sup>6</sup>, so ergibt sich daraus das Gewicht der iranischen Stimme in weltpolitischen Fragen.

Wegen der erwähnten strategischen, politischen und wirtschaftlichen Rolle war Iran im Laufe seiner Geschichte immer wieder Streitobjekt zwischen kolonialen und Supermächten. Zuletzt waren es die Amerikaner, die uns 25 Jahre lang beherrschten. Aufgrund ihrer direkten Einmischung in unsere Angelegenheiten haben die USA eine bittere Erinnerung hinterlassen.

Wir kennen die Beziehungen und das Bündnis zwischen der Bundesrepublik und den USA. Sie können und dürfen unsere Beziehungen zu Ihnen nicht beeinflussen. Sie müssen unabhängig von den Beziehungen beider Staaten zu Dritten gesehen werden.

Als islamischer Staat betrachten wir die Palästina-Frage als besonders wichtig. Ich habe in New York bei der Sondergeneralversammlung erklärt, daß Israel bisher keine Empfehlung des Sicherheitsrats oder der Vollversammlung der VN beachtet hat.<sup>7</sup> Daraus muß man schließen, daß es Probleme nicht politisch lösen will, sondern daß militärische Lösungen notwendig sind.

*Bundesminister*: Sie haben den Hintergrund der deutsch-iranischen Beziehungen zutreffend dargelegt und darauf hingewiesen, daß diese Beziehungen mehr

<sup>5</sup> Am 8. Oktober 1981 empfing Bundesminister Genscher den iranischen Außenminister Mussawi. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 292.

<sup>6</sup> Ministerialdirektor Gorenflos analysierte am 5. Februar 1982 die innenpolitische Lage im Iran: „Die Stellung der I[slamischen]R[epublik]P[artei] wird zur Zeit von niemandem angefochten. Eine längerfristige Prognose ist jedoch unmöglich wegen der fast hoffnungslosen wirtschaftlichen Lage; des ungewissen Kriegsausganges bei einem materiell überlegenen, ideell und personal allerdings schwächeren Gegner; beträchtlicher Kritik der Bevölkerung an wirtschaftlichem Versagen und politischer Unterdrückung; fast totaler außenpolitischer Isolierung. Die Regierung kann sich aber immer noch auf die Massen der Unterprivilegierten in Teheran, in den Provinzstädten und auf dem flachen Land stützen, die auch weitere Erschwernisse auf sich zu nehmen bereit scheinen. Basar und Armee verhalten sich neutral. Mit den nunmehr kampferprobten Revolutionsgarden steht der Regierung ein schlagkräftiges Machtinstrument zur Verfügung.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137720.

<sup>7</sup> Vom 29. Januar bis 5. Februar 1982 fand in New York eine Notstands-Sondertagung der VN-Generalversammlung aus Anlaß der Unterstellung der Golan-Höhen unter israelisches Recht statt. Für den Wortlaut der Rede des iranischen Außenministers Velayati am 3. Februar 1982 vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 9th Emergency Special Session, S. 76–79.

sind als staatliche Beziehungen und auf einer langen kulturellen Zusammenarbeit beruhen. Im Laufe dieser Zusammenarbeit hat es bei uns und bei Ihnen unterschiedliche politische Systeme gegeben. Wir erinnern uns nicht nur mit Freude an manche Periode unserer Geschichte, und Ihnen wird es ähnlich gehen. Als souveräne Staaten bestimmen sich unsere Beziehungen nach unseren Interessen und nicht nach den Beziehungen zu anderen Staaten.

Es trifft zu, daß wir Verbündete der USA sind und gemeinsame Interessen – auch im Bereich der Sicherheit – und gemeinsame Überzeugungen haben. Ebenso wie Iran liegt auch unser Land an einer strategisch, politisch und wirtschaftlich besonders wichtigen Stelle.

Wenn wir über die Welt schauen, entdecken wir verschiedene Regionen, die unsere Sorge erregen:

- in Polen, wo das Volk in seinem Willen, das Land demokratisch zu entwickeln, brutal niedergeworfen wurde,
- im Nahen Osten, wo das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes immer noch nicht verwirklicht ist.

Wir sind kein islamisches Land, aber nach unserer Überzeugung ist eine Friedensordnung nur dann möglich, wenn die Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung ausüben kann:

- in Ihrer Weltgegend, wo Krieg zwischen Ihnen und Irak<sup>8</sup> herrscht;
- in Afghanistan, wo die sowjetische Intervention einen brutalen Akt der Gewalt darstellt<sup>9</sup>;
- in Kambodscha<sup>10</sup>, mit seinem Leiden der Bevölkerung;
- in Namibia; hier sind wir etwas optimistischer, da wir selbst an einer friedlichen Lösung mitarbeiten können<sup>11</sup>;
- in Zentral-Amerika, das damit beschäftigt ist, sich entweder in Bürgerkriege zu bekämpfen, oder das sich mit Mißtrauen gegenübersteht.

Überall muß man versuchen, zu Friedenslösungen zu kommen. Kriege lösen Probleme nicht.

*Velayati*: Ich stimme Ihnen zu. Der gesunde Menschenverstand kann Kriege nicht wollen, wo friedliche Lösungen möglich sind. Solche Lösungen müssen aber

<sup>8</sup> Am 17. September 1980 beschloß die irakische Regierung die Kündigung des am 13. Juni 1975 geschlossenen Vertrags mit dem Iran über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab, der einen Grenzverlauf in der Mitte des Flusses vorsah, und beanspruchte statt dessen die Kontrolle über den gesamten Fluß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 482 des Botschaftsrats I. Klasse Spalcke, Bagdad, vom 18. September 1980; Referat 311, Bd. 137598.

Ab 22. September 1980 befanden sich beide Staaten im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

<sup>9</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>10</sup> Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen. Die Truppen der gestürzten Regierung der Roten Khmer gingen zum Partisanenkampf über. Weitere Widerstandsgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung nahmen in der Folge ebenfalls den Kampf gegen die vietnamesischen Streitkräfte auf.

<sup>11</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 36.

auf Gleichberechtigung, sie dürfen nicht auf der Vorherrschaft eines Partners beruhen.

Wir haben den Krieg mit Irak weder gewollt noch begonnen. Die irakische Armee hat Teile unseres Landes besetzt. 60% der besetzten Gebiete haben wir befreit. Wir begrüßen jede Art des Friedens, die unser Territorium und unsere Integrität unangetastet läßt.

2) Velayati: Ich würde mich freuen, wenn wir unsere bilateralen Beziehungen ausbauen könnten. Wir sollten über evtl. Hindernisse sprechen. Aus unserer Sicht gibt es wenige Probleme. Für uns ist es eine Belastung, daß unsere Handelsbilanz nicht ausgeglichen ist.<sup>12</sup> Wir hoffen, daß es durch gemeinsame Anstrengungen gelingt, dies zu lösen.

*Bundesminister:* Dies entspricht auch unseren Auffassungen.

D3 legt die Schwierigkeiten des Kulturinstituts dar. Eine nützliche Arbeit werde dadurch bedroht, daß die iranische Seite einen Beauftragten ins Institut setzen wolle.<sup>13</sup>

*Bundesminister* warf ein, daß dies sonst nirgendwo auf der Welt der Fall sei.

D3 bat V., sich dieses Problems anzunehmen und dem Institut eine Genehmigung zum Betrieb zu erteilen und es von äußeren Einwirkungen freizuhalten.

Velayati versprach, dieses Problem im Detail zu studieren und entsprechende Anweisungen zu geben.

3) *Bundesminister:* Sie wissen sicher, daß wir die Todesstrafe abgeschafft haben und dafür eintreten, daß sie auch weltweit geächtet wird. Die Motive sind die gleichen, die bei uns zur Abschaffung führten. Die hohe Zahl der Todesurteile in Ihrem Land ist eine Frage, die unsere Bevölkerung und auch die Bundesregierung zutiefst bedrückt.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Am 5. Februar 1982 wies Ministerialdirektor Gorenflos darauf hin, daß die Ausfuhren der Bundesrepublik in den Iran 1981 um 32 Prozent gestiegen seien: „Mit Ausfuhren von 3,6 Mrd. DM in den ersten elf Monaten 1981 war Iran immer noch unser drittgrößter Markt im Nahen und Mittleren Osten.“ Zu den iranischen Exporten in die Bundesrepublik legte er dar: „Iran ist vital an der Steigerung seiner Rohöl-Exporte interessiert. Sie schrumpften nicht so sehr aufgrund des Krieges als wegen der starren Preispolitik Irans. Die Iraner würden auch Bartergeschäfte begrüßen. Unser marktwirtschaftliches System läßt dies nicht zu. Wir wissen, daß höhere Ölbezüge einen nachhaltig positiven Einfluß auf die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen und auf unsere Exporte haben könnten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137720.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor Gorenflos stellte am 5. Februar 1982 zum Kulturinstitut der Bundesrepublik in Teheran fest: „Es konzentriert gegenwärtig seine Arbeit auf Sprachunterricht (ca. 600 Schüler, z. Z. studieren 10 000 Iraner in der Bundesrepublik) und Bibliotheksarbeit und stellt eine der letzten Oasen kultureller Verbindung zum Westen dar. Die Iraner versuchen, durch die Entsendung eines Vertreters Einfluß auf das nach deutschen Vorschriften arbeitende Institut zu gewinnen. Dies beunruhigt uns und stellt letzten Endes die Existenz in Frage.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137720.

<sup>14</sup> Am 3. September 1981 bilanzierte Ministerialdirektor Gorenflos: „In den ersten Monaten nach der Revolution wurden im Schnellverfahren vor Revolutionsgerichten ohne rechtsstaatliche Garantien schätzungsweise 2000 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet, darunter hauptsächlich prominente Vertreter des früheren Regimes [...]. Seit der Absetzung des früheren Staatspräsidenten Bani Sadr am 22.6.1981, der zuletzt der gesamten Opposition als Galionsfigur diente, hat sich die innenpolitische Auseinandersetzung in eine Kampagne von Terror und Repression gesteigert. Den häufigen Bombenanschlägen, die den Mudschaheddin zugeschrieben werden, fielen bisher über 100 prominente Vertreter des Regimes zum Opfer [...]. An Regimegegnern wurden seitdem ca. 600 Personen hingerichtet, hauptsächlich Anhänger der Volksmudschaheddin. Sie wurden wie zu Beginn der Revolution im Schnellverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gegenwärtig werden ca. 15 bis 20 Personen täglich hingerichtet.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137720.

*Velayati*: In Iran ist seit drei Jahren ein revolutionärer Prozeß im Gange<sup>15</sup>; er besitzt eine eigene Gesetzlichkeit. Verglichen mit den Revolutionen in Frankreich, Rußland und Kuba verläuft unsere Revolution relativ unblutig. Die Massenmedien berichten unrichtig. Hingerichtet wird nur, wer mit Waffen gegen Regierung und Bevölkerung kämpft und dessen Schuld bewiesen ist. Der Terror der Regimegegner richtet sich gegen die gesamte Bevölkerung. Viele Frauen und Kinder sind ihm zum Opfer gefallen. Er versucht, Verzweiflung bei der Bevölkerung zu erzeugen und die Revolution rückgängig zu machen. Daher müssen wir sie bekämpfen.

Wie viele andere Länder kennt auch Iran die Todesstrafe. Ohne sie würde die Verbrechensrate steigen.

*Bundesminister* widersprach aufgrund unserer Erfahrungen.

*Velayati*: Was würden Sie an unserer Stelle tun? Wir befinden uns in einem revolutionären Prozeß, führen einen Krieg, der uns aufgezwungen wurde, und müssen gegen eine fünfte Kolonne im eigenen Land kämpfen, die mit Terror versucht, die Regierung zu vernichten und das Volk zu unterdrücken.

*Bundesminister*: Ich kann und möchte mich nicht in Ihre inneren Angelegenheiten einmischen. Ich hoffe, daß dieser Meinungs-austausch fortgeführt werden kann, spätestens bei der nächsten UN-Vollversammlung in New York<sup>16</sup>. Sie sollen wissen, daß Sie jederzeit bei uns offene Türen finden.

*Velayati*: Auch unsere Arme sind offen für Sie. Ich hoffe, Sie bald einmal in Teheran zu sehen.

*Bundesminister* dankt und sagt, das würde dann sein erster Besuch in Teheran sein.

**Referat 311, Bd. 137720**

<sup>15</sup> In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich radikalisierenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

<sup>16</sup> Die XXXVII. VN-Generalversammlung fand vom 21. September 1982 bis 19. September 1983 in New York statt.

## 44

**Ministerialdirigent Bräutigam  
an die Botschaften in London, Paris und Washington**

213-553.12-444/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 712 Plurez

Aufgabe: 5. Februar 1982, 15.42 Uhr<sup>1</sup>

Betr.: Sowjetische Militärmissionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik  
Deutschland<sup>2</sup>

Sie werden gebeten, im Außenministerium anzufragen, ob im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Sowjetunion<sup>3</sup> im Lichte der polnischen Situation auch die Bewegungsfreiheit der Angehörigen der sowjetischen Militärmissionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (die bei den alliierten Hauptquartieren akkreditiert sind) eingeschränkt worden ist bzw. ob entsprechende Maßnahmen erwogen werden.

Drahtbericht erbeten.<sup>4</sup>

Bräutigam<sup>5</sup>

VS-Bd. 13302 (213)

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Staatssekretär von Staden zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Gemäß Artikel 2 des Abkommens vom 14. November 1944 zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über das Kontrollsystem in Deutschland, in das die Provisorische Regierung der Französischen Republik mit Abkommen vom 1. Mai 1945 einbezogen wurde, wurden jedem Oberbefehlshaber der Vier Mächte Vertreter des Heeres, der Marine und der Luftwaffe der anderen Oberbefehlshaber „für Verbindungsaufgaben“ zugewiesen. Vgl. DzD II/1, S. 2294. Vgl. dazu ferner DzD II/1, S. 2309.

Auf dieser Grundlage wurden zwischen September 1946 und April 1947 jeweils bilaterale Abkommen geschlossen und sowjetische Verbindungsmissionen in Bünde, Frankfurt am Main und Baden-Baden sowie Verbindungsmissionen der Drei Mächte in Potsdam errichtet.

<sup>3</sup> In der Erklärung der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel verpflichteten sich die NATO-Mitgliedstaaten, Möglichkeiten für Maßnahmen zur Beschränkung der Bewegungsfreiheit sowjetischer und polnischer Diplomaten sowie zu anderweitigen Einschränkungen für diplomatische Vertretungen Polens und der UdSSR zu identifizieren. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 70. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 169. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>4</sup> Botschafter Herbst, Paris, legte am 9. Februar 1982 dar: „Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der sowjetischen Militärmission in Baden-Baden oder im französischen Sektor Berlins werden hier nicht erwogen.“ Das französische Außenministerium habe darauf hingewiesen, „daß eine solche Aktion sich zwangsläufig negativ auf die Bewegungsfreiheit der westlichen Militärmissionen in Potsdam auswirken würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 294; VS-Bd. 13302 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 9. Februar 1982 berichtete Gesandter von Alten, London, das britische Außenministerium habe auf Anfrage mitgeteilt, daß eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Angehörigen der sowjetischen Militärmissionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht erwogen werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 195; VS-Bd. 13302 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

Botschafter Hermes, Washington, stellte am 9. Februar 1982 fest, auch das amerikanische Außenministerium habe erklärt, daß keine Bewegungsbeschränkungen für die Militärmissionen der UdSSR in Betracht gezogen worden seien, „da die Sowjetunion mit einer entsprechenden Gegenmaßnahme reagieren würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 620; VS-Bd. 13302 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Paraph.

45

**Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**

114-10746/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 35  
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Februar 1982, 16.05 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Februar 1982, 17.54 Uhr

Nur für Bundesminister<sup>2</sup> und Staatssekretär<sup>3</sup>

Betr.: Beurteilung der Lage in Polen durch Primas Glemp

Zur Unterrichtung

1) Der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, der zu Besprechungen mit Papst Johannes Paul II. nach Rom gekommen ist<sup>4</sup>, empfing mich heute (6.2.) zu einem einstündigen Gespräch über die Lage in seiner Heimat. Ich führte einleitend aus, daß meine Regierung stark daran interessiert sei zu erfahren, wie er die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in seinem Lande beurteile, welche Ziele die Kirche in dieser Lage verfolge und mit welchen Mitteln diese Ziele nach Ansicht der Kirche erreicht werden könnten.

2) Primas Glemp begann seine Ausführungen pointiert mit der Feststellung, daß General Jaruzelski wohl die letzte Gelegenheit darstelle, daß Polen von den Polen selber regiert werde. Stürze Jaruzelski, sei wahrscheinlich mit einem allgemeinen Chaos, mit einer fremden Intervention oder zumindest mit einer Führung, die auf fremden Befehl handele, zu rechnen.

Jaruzelski habe das Heft einigermaßen in der Hand, wenn er auch mit Opposition aus dem Lager der Orthodoxen rechnen müsse. Einfluß auf die Regierungsgeschäfte nähmen aber auch mehrere Militärs aus der näheren Umgebung von Jaruzelski.

Es gebe zwei Dogmen, um die in der gegenwärtigen Lage niemand in Polen herumkomme, nämlich die Zugehörigkeit des Landes zum Warschauer Pakt und die führende Rolle der Partei (PVAP). Solange diese beiden Grundsätze beachtet würden, würde es für Moskau wahrscheinlich akzeptabel sein, wenn Polen beim „Aufbau des Sozialismus“ – sicher<sup>5</sup> ein drittes Dogma – ein wenig seine eigenen Wege ginge.

Jaruzelski verfolge nach seiner (Glemps) Einschätzung eindeutig das Ziel, im Rahmen der beiden erstgenannten Dogmen Polen in stabilere Verhältnisse zurückzuführen.

Die Politik und die Bemühungen Jaruzelskis würden in Moskau ebenso wie durch sowjetische Beauftragte in Warschau sorgfältig beobachtet, aber nicht

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 7. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Berndt von Staden.

<sup>4</sup> Der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, hielt sich vom 4. bis 11. Februar 1982 beim Heiligen Stuhl in Rom auf.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „sich“.

im einzelnen kontrolliert oder vorgeschrieben. Die Sowjetunion sei wahrscheinlich zufrieden darüber, daß die Zurückführung Polens in halbwegs geordnete Verhältnisse von den Polen selber übernommen worden sei und ihr damit eine militärische Intervention in Polen erspart blieb.

3) Glemp äußerte, es werde gelegentlich gesagt, es sei das Ziel der westlichen Politik oder zumindest einiger Regierungen im Westen, Polen aus dem Gefüge des Warschauer Paktes herauszureißen. Sollte dieses Ziel tatsächlich verfolgt werden, würde dies für Polen, so wie die Dinge nun einmal lägen, den geraden Weg in die Katastrophe bedeuten.

Ich habe dem Primas an dieser versichert, daß meine eigene Regierung und auch die anderen Regierungen im Westen klug genug seien, keine irrealen Ziele zu verfolgen und etwa die Herauslösung Polens aus dem Warschauer Pakt zu betreiben.<sup>6</sup>

4) Glemp betonte, daß die Kirche gegenüber dem Militärregime an ihren drei Hauptforderungen (Aufhebung des Kriegszustandes, Freilassung aller Internierten<sup>7</sup>, Wiederaufnahme des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Gruppen) festhalte. Er fügte freilich nicht minder deutlich hinzu, daß es unrealistisch sei, schon in Kürze mit der Aufhebung des Kriegszustandes und der Freilassung aller Internierten zu rechnen. In einem derartigen Falle würden alsbald die Zustände unmittelbar vor dem 13. Dezember 1981 neu entstehen. Dies wäre nicht nur für das Militärregime, sondern für ganz Polen nicht zu verkraften.

5) Mit sehr nuancierten, ja kritischen Worten äußerte sich Glemp zu der Gewerkschaft „Solidarität“. Im Westen werde häufig der Fehler gemacht, die Gewerkschaft „Solidarität“ als eine geschlossene, einheitliche Bewegung und als repräsentativ für die gesamte Bevölkerung anzusehen. Beides treffe in dieser Weise nicht zu. In der „Solidarität“ und vor allem in ihren Führungsgremien hätten sich zuletzt sehr heterogene Elemente zusammengefunden. Neben eigentlichen Syndikalisten habe es viele Opportunisten, die zuvor irgendwelche Funktionen in der PVAP ausgeübt hätten, gegeben, aber auch Trotzkiten, die den Kampf gegen die Sowjetunion auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Diese heterogene Zusammensetzung sei natürlich auch dem Militärregime bekannt. Es sei unter diesen Umständen nicht zu erwarten, daß die gesamten Präsidiumsmitglieder von „Solidarität“ in absehbarer Zeit freigelassen würden. Die Regierung sei bisher nur zum Gespräch mit Wałęsa bereit. Dieser allerdings lehne es in klarer Einschätzung seiner eigenen Grenzen ab, ohne seine Berater und die übrigen Präsidiumsmitglieder in ein Gespräch mit dem Militärregime einzutreten. Ein Ausweg sei zur Zeit nicht erkennbar.

6) Die wirtschaftliche Lage in Polen habe sich seit dem 13. Dezember 1981 vielleicht geringfügig verbessert. Die jüngsten Preisreformen<sup>8</sup> seien seiner (Glemps)

<sup>6</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>8</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 214 wurde am 12. Januar 1982 zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Polen angemerkt: „Die Regierung sieht in einem neuen Preisgefüge die Hauptantriebskraft etappenweise durchzuführender Reformen. Die verfügten preispolitischen Maßnahmen (Aufhebung der staatlichen Preisbindung, Abwertung des Złoty) sind als erster Schritt in Richtung auf eine langfristige Sanierung der polnischen Volkswirtschaft zu werten. Die Erfolgchancen sind gegenwärtig jedoch noch unklar.“ Vgl. AV, Neues Amt, Bd. 24018.

Staatssekretär von Staden teilte am 2. Februar 1982 zu den Preiserhöhungen in Polen mit: „Die

Ansicht nach notwendig gewesen und geeignet, das Wiederingangkommen der Wirtschaft zu fördern. In dem Maße, wie der Złoty wieder an Wert gewinne, sei zu hoffen, daß die Bauern ihre landwirtschaftlichen Produkte wieder zum Verkauf anbieten.

7) Meinerseits habe ich in dem analytischen Teil unseres Gesprächs mehrfach darauf hingewiesen, daß eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung Polens solange schwer vorstellbar sei, wie das Militärregime nicht wirklich bereit sei, zum Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen zurückzukehren.

Primas Glemp äußerte in diesem Zusammenhang, der Inhalt meiner Bemerkung sei Gegenstand nahezu aller Eingaben, welche die Bischofskonferenz an das Militärregime mache.

Glemp fügte hinzu, er habe noch am Tage vor seiner Abreise nach Rom (also wohl am 3. Februar) ein Gespräch mit Barcikowski geführt und diesen auf die Diskrepanz hingewiesen, die zwischen den Zusagen der Spitze des Militärregimes und dem praktischen Verhalten der staatlichen Organe an der Basis bestehe. Barcikowski habe diese Diskrepanz ohne Umschweife bestätigt und erläuternd darauf hingewiesen, daß an der staatlichen Basis noch viele rachedürstige Funktionäre der PVAP am Werke seien, die nicht ohne weiteres unter Kontrolle gebracht werden könnten.

8) Zur Frage der ausländischen Hilfe äußerte Glemp, daß humanitäre Hilfe und Lebensmittelsendungen nach wie vor dringend erforderlich und erwünscht seien. Die Kirche sei bisher bereit gewesen, die Verteilung vieler humanitärer Hilfssendungen zu übernehmen, und die Regierung habe diesem Verfahren, wenn auch ohne Begeisterung, zugestimmt. Man müsse sich jedoch darüber im klaren sein, daß die Kirche nicht unbegrenzt zur Erfüllung von Aufgaben in der Lage sei, die nicht ihres Amtes seien. Im Westen sollte man deshalb trotz des verständlichen Mißtrauens gegenüber den staatlichen polnischen Organen prüfen, ob größere humanitäre Hilfssendungen nicht ganz oder teilweise auch über die staatlichen Organe abgewickelt werden könnten.

9) Mit Betonung erklärte Glemp, die größte Hilfe, die der Westen seinem Lande gegenwärtig leisten könne, sei eine an der Wahrheit orientierte Informationspolitik. Manche Zeitungen im Westen (darunter auch polnische Exilblätter) und in erheblichem Umfang leider Radio Free Europe in München gäben ein verzerrtes, allzu simplifiziertes Bild von der Lage in Polen. Durch das Hineinstrahlen solcher Meldungen nach Polen käme die Bevölkerung und käme insbesondere die Jugend nicht zu der Ruhe, die im Interesse der Stabilisierung des Landes so dringend erforderlich sei.

Ich sagte Glemp zu, meine Regierung auch von diesem Hinweis zu unterrichten, bat ihn aber, er möge dann seinerseits die polnische Regierung auffordern, den ausländischen Korrespondenten möglichst großen Bewegungsspielraum

*Fortsetzung Fußnote von Seite 219*

neuerlichen Arbeiterunruhen vom letzten Wochenende, die wahrscheinlich von den am 1.2. in Kraft getretenen Preiserhöhungen ausgelöst wurden, zeigen, daß es dem Militärregime nach wie vor nicht gelungen ist, die von der Propaganda behauptete Stabilisierung zu erreichen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 25; VS-Bd. 13276 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 36 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

einzuräumen. Pressezensur und Pressekontrolle seien noch stets die besten Mittel gewesen, Gerüchte und Schwarz-Weiß-Malerei zu fördern.

10) Zur Frage wirtschaftlicher Sanktionen<sup>10</sup> oder von Weitergewährung wirtschaftlicher Hilfe wollte sich der Primas nicht recht äußern. Er wich mit dem Bemerkten aus, er fühle sich in wirtschaftlichen Fragen nicht kompetent.

Ich bat ihn gleichwohl um seine persönliche Ansicht, ob es für sein Land hilfreicher sei, qua Sanktionen wirtschaftlichen Druck auszuüben, oder aber umgekehrt die Fortsetzung oder gar Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Aussicht zu stellen, sobald die politisch-sozialen Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Neuaufschwung in Polen geschaffen seien. Auch hierzu vermied Glemp eine Äußerung.

11) Am Schluß des Gesprächs äußerte der Primas, er habe sehr offen und unkonventionell mit mir gesprochen. Manche seiner Erklärungen seien von mir vielleicht nicht erwartet worden. Es wäre aber irrig anzunehmen, daß er mit seinen Äußerungen irgendwie das Militärregime habe verteidigen wollen.

Er orientiere sich vielmehr an der Wahrheit und an den Interessen des polnischen Volkes. Die Kirche werde nie die Nöte der einfachen Menschen vergessen, sondern sich stets zu deren Anwalt machen. Seine mir gegenüber gemachten Äußerungen reflektierten im übrigen die Ansichten des ganzen polnischen Episkopats, oder doch jedenfalls jener Bischöfe, die sich etwas näher mit politischen Fragen beschäftigten.

12) Ich bitte um besonders restriktive Behandlung der Äußerungen Glemps. Ich bitte ferner, nicht bekannt werden zu lassen, daß die Äußerungen gegenüber meiner Person gemacht wurden.<sup>11</sup>

[gez.] Gehlhoff

**VS-Bd. 14105 (010)**

<sup>10</sup> Vgl. dazu die am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen; Dok. 3, Anm. 12.

<sup>11</sup> Am 7. Februar 1982 übermittelte Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), einen Nachtrag zu seinem Gespräch mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp: „1) Unter Hinweis auf die wiederholten Versprechungen Jaruzelskis, daß die Politik der Reformen fortgeführt werden solle und daß es ein Zurück zu den Zuständen vor August 1980 nicht geben werde, fragte ich den Primas, ob er selber von diesen Versprechungen und ihrer Einhaltung überzeugt sei. Glemp erwiderte zögernd, leider seien in dieser Hinsicht Zweifel angebracht. Es gebe erste Anzeichen, daß in Polen wieder eine Epoche wie in den frühen fünfziger Jahren heraufziehe; damals habe es Elemente sowohl von Nationalismus wie von Stalinismus gegeben. 2) Auf meine Frage nach den Möglichkeiten einer politischen Unterstützung (von außen) für die Überwindung der Krise in Polen antwortete der Primas: Es sei in jedem Falle richtig, wenn konkrete Verletzungen von Menschenrechten aufgegriffen und verurteilt würden. Dies gelte zum Beispiel für die Androhung gegenüber Arbeitern, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie sich nicht von der Gewerkschaft Solidarität lossagten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

## 46

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak

310-321.10 AGY

7. Februar 1982<sup>1</sup>

Arbeitsbesuche des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, 7./8.2.1982; hier: Gespräch mit dem Herrn Bundesminister in Gymnich am 7.2.1982 von 19.15 bis 20.00 Uhr

Auf deutscher Seite anwesend: BM, D3<sup>2</sup>, RL 310<sup>3</sup>, VLR I Paschke, VLR Jansen, VLR Frau Siebourg.

Auf ägyptischer Seite: Präsident Mubarak, AM Kamal Hassan Ali, UStS Osama el-Baz, Botschafter Frau Rateb.

Präsident *Mubarak* knüpfte an die Gespräche mit MP Strauß und Herrn Dr. Kohl am Nachmittag an, die u. a. das Thema Rüstungsexport nach Saudi-Arabien<sup>4</sup> zum Gegenstand gehabt hätten. Die Oppositionspolitiker hätten sich aufgeschlossen gezeigt.

*Bundesminister* legte unsere Rüstungsexportpolitik dar.<sup>5</sup> Unsere Vergangenheit schaffe für uns Schwierigkeiten im In- und Ausland. Das Problem sei, daß unsere Waffen technisch die besten seien und wir, wenn wir die Exportschleusen einmal öffneten, bald Exportland Nr. 1 für Waffen sein würden. Dann könnten wir niemandem Waffen verweigern. Er, BM, wundere sich, daß die Opposition so großzügig sei. Seit Adenauer habe sich unsere restriktive Rüstungsexportpolitik bewährt.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 8. Februar 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 11. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und die Vortragenden Legationsräte von Ploetz und von Nordenskjöld verfügte.

Hat Braunmühl, Ploetz und Nordenskjöld am 12. Februar 1982 vorgelegen

<sup>2</sup> Walter Gorenflos.

<sup>3</sup> Heinz Fiedler.

<sup>4</sup> Saudi-Arabien erklärte seit dem Frühjahr 1979 sein Interesse an der Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Gepard“, „Leopard I“, „Leopard II“ und „Marder“. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 108, und AAPD 1980, I, Dok. 91.

Im Februar 1981 ersuchte Saudi-Arabien die Bundesregierung nochmals um Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Leopard II“, „Marder“ und „Gepard“. Beim Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 bekräftigte die saudi-arabische Regierung ihre Lieferwünsche. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 53 bzw. Dok. 117–119.

<sup>5</sup> Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.

Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 16. Juni 1971 vgl. WEHRDIENST, Ausgabe 614/1977 vom 13. Juni 1977, Beilage. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, I, Dok. 83.

Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier“). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

Zur geplanten Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport vgl. Dok. 49.

Präsident *Mubarak* trat für eine Auflockerung des Rüstungsexports ein. Die Hauptenergielieferländer müßten in den Stand gesetzt werden, sich selbst zu verteidigen. Dies verletze nicht die Interessen Ägyptens.

*Bundesminister* betonte demgegenüber unsere enge Zusammenarbeit mit SAR im Bereich der inneren Sicherheit<sup>6</sup> unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung und Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes. Wie das Beispiel Iran gezeigt habe, sei das Problem der inneren Sicherheit für die Staaten der Region von großer Bedeutung. Wir würden uns mit dem Wunsch Saudi-Arabiens weiter zu befassen haben.

Präsident *Mubarak* erwiderte, daß die USA im Iran zwei Fehler gemacht hätten:

- 1) Sie hätten dem Schah<sup>7</sup> geraten, keine Gewalt anzuwenden.
- 2) Sie hätten sich aus Iran zurückgezogen.

*Bundesminister* legte unser Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu SAR dar. SAR betreibe sowohl im politischen als auch wirtschaftlichen Bereich eine verantwortungsvolle Politik.

Zum Verhältnis Ägypten–SAR meinte der BM, daß sich die Beziehungen nach unserem Eindruck verbessert hätten.<sup>8</sup> Wir wünschten, daß sie noch besser würden. Dies sei wichtig für die ganze Region.

Bundesminister erkundigte sich im Anschluß an das Gespräch beim Bundespräsidenten<sup>9</sup> am Vormittag nach dem Stand der Autonomie-Verhandlungen. Nach unserer Einschätzung sei der Zielkonflikt zwischen Ägypten und Israel (Autonomie als Ende oder Anfang des Prozesses) kaum lösbar.<sup>10</sup>

<sup>6</sup> Seit Januar 1977 bestanden u. a. Kontakte zwischen dem Bundesministerium des Innern und der saudi-arabischen Regierung über die Einrichtung eines landesweiten Funküberwachungssystems in Saudi-Arabien („Projekt Monitor“). Zudem gab es eine Zusammenarbeit bei der Schulung von saudi-arabischen Spezialeinheiten für die Befreiung von Geiseln aus Flugzeugen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 23 und Dok. 34, sowie AAPD 1979, II, Dok. 213.

Am 22. März 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit die Botschaft in Djidda: „Im Verlauf Vorbereitungen zum Aufbau Funküberwachungssystems ‚Monitor‘ gibt es zahlreiche persönliche Kontakte zwischen BMI und General al-Battal. Offenbar kam es auf saudischer Seite zu Verstimmung, da Battal glaubte, ihm würden Ergebnisse von Probemessungen vorenthalten. BMI hat mit Übergabe einer detaillierten Aufstellung bisher beobachteter Funkaktivitäten geantwortet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 68; VS-Bd. 13568 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Mohammed Reza Pahlevi.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen handschriftlich eingefügt: „Sie seien wohl besser als von außen erkennbar. Hier lachte Mubarak, nahm BM am Arm und meinte, dazu wollte er ihm gern etwas unter vier Augen später sagen.“

<sup>9</sup> Präsident Mubarak legte Bundespräsident Carstens am 7. Februar 1982 zum Frieden zwischen Ägypten und Israel dar, „daß PM Begin den Ägyptern bestätigt habe, daß der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel nicht zwischen Präsidenten, sondern Staaten abgeschlossen worden sei und mithin nach dem Tode Sadats fortgilt“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 8. Februar 1982; Referat 310, Bd. 135701.

<sup>10</sup> Im gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Sadat und des Ministerpräsidenten Begin vom 26. März 1979 an Präsident Carter zum Friedensvertrag vom selben Tag zwischen Ägypten und Israel waren mehrere Phasen einer Autonomie-Regelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen vorgesehen. Einen Monat nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden sollten Verhandlungen aufgenommen und innerhalb eines Jahres zum Abschluß gebracht werden. Danach sollte eine Übergangsperiode von fünf Jahren beginnen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 195 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 248 f.

Botschafter Hille, Kairo, resümierte am 20. Januar 1982 den Verhandlungsstand: „Zielvorstellungen der Verhandlungen sind weiterhin diametral entgegengesetzt: für Ägypten Interimlösung auf dem Weg zu palästinensischem Staat (evtl. in Anbindung an Jordanien), für Israel Verhinderung eben

Präsident *Mubarak* bestätigte, daß die Kluft groß sei. Die besetzten Gebiete gehörten nicht Ägypten. Es könne daher keine weiteren Konzessionen machen. Nur eine allgemeine Prinzipienklärung sei möglich, um die Palästinenser auf den Weg der Selbstbestimmung zu bringen.

Wenn die Freunde Ägyptens, die USA und die westeuropäischen Staaten Israel im Sinne einer größeren Flexibilität beeinflussen, sei eine vernünftige Lösung möglich, so daß die anderen betroffenen Parteien sich dem Prozeß anschließen könnten.

AM Haig sei zu optimistisch gewesen. Er habe eine Prinzipienklärung in wenigen Tagen für erreichbar gehalten.

UStS *el-Baz* bemerkte zum vom BM angesprochenen Zielkonflikt, daß – technisch gesehen – Camp David<sup>11</sup> eine klare Lösung in dem Sinne vorsehe, daß die Autonomie nur für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Verhandlungen über den endgültigen Status gelten solle.

Präsident *Mubarak* ergänzte, daß Israel sich z. Z. überhaupt nicht bewege. Neben Einflußnahme auf Israel seitens der USA und der EG-Staaten würde auch eine amerikanische Einflußnahme auf die SU mit dem Ziel, die PLO zu mäßigen, hilfreich sein.

Anschließend machte der Präsident längere Ausführungen zu der negativen Rolle, die die SU in der Region spiele. Es ging daraus hervor, daß er sich keine Illusionen macht. Mit Hilfe Gaddafis destabilisierten die Sowjets den Sudan von Libyen und Äthiopien aus. Mubarak betonte die Schlüsselrolle Sudans für die strategische Lage am Roten Meer. Aden sei ein Stützpunkt der Sowjets. Die Ablehnungsfront sei eine Koalition mit Israel eingegangen, um Iran zu helfen. Zum Iran bemerkte der Präsident auf eine Frage des BM, daß die Tudeh-Partei stärker werde. Der sowjetische Einfluß dehne sich wie ein Krebsgeschwür aus. Auch hinter dem Putschversuch in Bahrain habe ein Bündnis zwischen Kommunisten und Schia gestanden.<sup>12</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 223*

dieser Lösung für alle Zeiten und Sicherung eigener Souveränität über Westbank und Gaza am Ende der Übergangsperiode. Dies erklärt Unmöglichkeit, Einigung in Einzelfragen zu erzielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 310, Bd. 135701.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Am 17. September 1978 unterzeichneten sie in Washington ein Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten und ein Rahmenwerk für den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Der amerikanische Außenminister Vance, der israelische Außenminister Dayan und der ägyptische Ministerpräsident und Außenminister Khalil führten vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David weitere Gespräche über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 2. März 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

<sup>12</sup> Zu dem Umsturzversuch im Dezember 1981 in Bahrain vgl. Dok. 19, Anm. 7.

Auf die Frage des *Bundesministers*, was wir zur Einschränkung des sowjetischen Einflusses tun könnten, antwortete der *Präsident*, daß er hierüber freimütig mit den Amerikanern<sup>13</sup> gesprochen habe. Er habe ihnen gesagt, daß sie ihre Fehler im Iran nicht wiederholen sollten. Sie sollten ihre Freunde zur Selbsthilfe befähigen, anstatt einen „big fuss“ zu machen. Anstelle von vielen Ankündigungen und Diskussionen müßten mehr Taten folgen: Er habe Oman z. B. zu facilities, aber nicht zu Basen für die USA geraten.<sup>14</sup> Eine US-Basis müßte eine sowjetische Basis zur Folge haben. Die Völker der Region könnten keine Basen akzeptieren. Die amerikanische Militärhilfe müßte im sensitiven Bereich diskret und effektiv sein.

*Bundesminister* unterstützte diese Linie, die auch die unsrige sei. Jede Großmacht müsse die Problematik sehen. Die Völker lehnten jede Bevormundung durch Errichtung von Stützpunkten ab. Die Stärkung der Unabhängigkeit und eine solide Zusammenarbeit, die die Gefühle der Völker nicht verletze, seien der beste Weg zur Stabilisierung der Region.

Präsident *Mubarak* stimmte voll zu.

*Bundesminister* ging sodann auf Polen ein. Dort mache die SU ähnliche Erfahrungen, wie sie die USA anderswo gemacht hätten. In Polen sei eine historische Bewegung in Gang gekommen, die auch in anderen osteuropäischen Staaten denkbar sei. Lenin und Stalin seien sich der Bedeutung der Nationalitätsfrage bewußt gewesen, die Nachfolger aber offenbar nicht mehr in dem Maße. Die Entwicklung in Polen sei ohne eine erkennbare Perspektive. Die Probleme würden größer. Die katholische Kirche, die einzige existierende Autorität im Lande, sei sehr pessimistisch.

Präsident *Mubarak* schilderte sodann seine Erlebnisse während seines neunmonatigen Trainingsaufenthaltes an der Frunse-Akademie 1959. Die zentralasiatischen Völker haßten die Russen, die sich wie eine Besatzungsmacht aufführten.

Der Gedankenaustausch wurde beim anschließenden Abendessen fortgesetzt, bei dem er auf weitere Einzelheiten seiner Erfahrungen in der Sowjetunion einging.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, notierte am 9. Februar 1982, Präsident Mubarak habe am Vortag im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt deutliche Kritik an den USA geübt: „Sie schienen die weltpolitischen Realitäten genauso wenig zu erkennen wie die in Nahost. Es erscheint ihm unverständlich, wie man die Beziehungen zum großen China um der Beziehungen zum kleinen Taiwan willen in Gefahr bringen kann. Er ließ auch Kritik an der amerikanischen Stützpunktpolitik im Nahost erkennen, die dem Stolz der Araber nicht Rechnung trägt und die Bevölkerung gegen die USA aufbringen wird. Er hat daher auch Oman ein vorsichtigeres Vorgehen empfohlen. Die amerikanische Kampagne gegen Libyen, der dann keine Taten folgten, hat nicht zum Ansehen der USA im Nahen Osten beigetragen.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Botschafter Reiners, Maskat, stellte am 25. August 1981 zu dem am 4. Juni 1980 unterzeichneten Sicherheitsabkommen zwischen Oman und den USA fest: „Das Sultanat hat sich darin bereit erklärt, den Amerikanern erleichterte Überflugrechte einzuräumen und ihnen die Benutzung seiner vier Flughäfen [...] sowie seiner beiden Häfen [...] zu gestatten. Die Bezeichnung ‚Basen‘ wird aus politisch-psychologischen Gründen, auch mit Rücksicht auf die übrigen Golfstaaten, peinlichst vermieden. In der Tat behält Oman die uneingeschränkte Souveränität über alle Anlagen auf seinem Territorium. Die USA leisten finanzielle und praktische Hilfe beim Ausbau bestehender und beim Aufbau neuer militärischer Einrichtungen und werden ihr Personal in so niedriger Zahl und so un-

Seine Ausführungen ließen auf eine klare Erkenntnis der von der SU ausgehenden Gefahr und auch auf persönliche negative Erfahrungen schließen.  
Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Referat 010, Bd. 178862

## 47

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Juan Carlos in Madrid

105-A.11/82

9. Februar 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers<sup>2</sup> mit dem spanischen König Juan Carlos am 9.2.1982, 18.50 Uhr, Palacio de la Zarzuela, Madrid;  
hier: Dolmetscheraufzeichnung

*BM* überbrachte dem König herzliche Grüße des Herrn Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers und unterstrich seine Freude darüber, den König bald, anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen<sup>3</sup>, wiederzusehen. Er fügte hinzu, seiner Meinung nach sei es eine weise Entscheidung gewesen, König Juan Carlos mit diesem Preis auszuzeichnen.

Der *König* erwiderte, es sei für ihn eine große Ehre, als Träger des Karlspreises bestimmt worden zu sein, und er werde ihn im Namen aller Spanier in Empfang nehmen. Die Entscheidung für ihn sei ein erneuter Beweis für die tiefen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland und das deutsche Interesse an seinem Land.

*BM* fügte hinzu, dem feierlichen Akt der Preisverleihung im Kaisersaal des Aachener Rathauses messe man auf internationaler Ebene große Bedeutung bei, was Gelegenheit geben werde, die Position Spaniens und die des spanischen Königs in Europa noch mehr zu festigen.

Der *König* sagte, er bitte seinen Freund Hans-Dietrich Genscher, es ihn durch den deutschen Botschafter<sup>4</sup> wissen zu lassen, wenn *BM* es für angemessen hielte, daß er das eine oder andere in seine Rede aufnehmen solle, die er bei

*Fortsetzung Fußnote von Seite 225*

auffällig wie möglich einsetzen. Außerdem erhält Oman Rüstungshilfe – teils unentgeltlich, teils in Form von Darlehen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 326; Referat 311, Bd. 137695.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Lehnhardt am 15. Februar 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1982 in Spanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 48, Dok. 50 und Dok. 52.

<sup>3</sup> Der Internationale Karlspreis der Stadt Aachen wurde am 20. Mai 1982 an König Juan Carlos verliehen. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 421–424.

<sup>4</sup> Guido Brunner.

der Preisverleihung halten wolle.<sup>5</sup> Er hoffe, auch weiterhin einen Beitrag zu einem immer stärker vereinten Europa leisten zu können.

BM wies darauf hin, daß seine Regierung auch in den letzten Monaten mit großem Interesse die weitere Entwicklung in Spanien und die getroffenen Entscheidungen verfolgt habe.

Der *König* entgegnete, Spanien befinde sich in einer schwierigen Phase. Die bevorstehende Eröffnung des Prozesses gegen die Angeklagten des Putschversuchs vom 23. Februar 1981 sei sowohl für die Militärs als auch für die spanischen Politiker von großer Bedeutung.<sup>6</sup> Er sei der Ansicht, daß sowohl die Neu-besetzung der JUJEM<sup>7</sup> (Rat der Generalstäbe) als auch seine anlässlich der Pascua Militar am 6.1.1982 gehaltene Rede und MP Calvo-Sotelo dazu beigetragen hätten, die Militärs zu beruhigen und den Ultrarechten Argumente für eventuelle Aktivitäten zu nehmen.<sup>8</sup> In bezug auf den Putschisten-Prozeß gebe es einen gefährlichen Punkt. Dies sei die Beteiligung am Verfahren von sogenannten „co-defensores“ (zweiten Verteidigern), die mit den zivilen Verteidigern zusammenarbeiten sollten und alle aus den Reihen der Militärs im Rang von Generälen oder Oberstleutnants kämen. Dies könne unter Umständen zu Diskussionen über Formfragen zwischen ihnen und den Zivilverteidigern im Verlauf des Prozesses führen und dem Gesamttablauf schaden. Man werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern.

Ein anderes Thema, das er mit BM besprechen wolle, sei der bevorstehende NATO-Beitritt Spaniens<sup>9</sup>, der für die spanischen Streitkräfte von großer Be-

<sup>5</sup> Zur Rede des Königs Juan Carlos am 20. Mai 1982 in Aachen vgl. den Artikel „Juan Carlos erinnert an Karl den Großen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Mai 1982, S. 7.

<sup>6</sup> Im Zuge eines Putschversuchs besetzte am 23. Februar 1981 eine Einheit der spanischen Guardia Civil das Parlament in Madrid. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 87.

Oberst i. G. Eichele, Madrid, resümierte am 4. Juni 1982: „Das am 19.2.82, knapp ein Jahr nach dem Putschversuch des 23. Februar 1981 begonnene Verfahren gegen die Beteiligten vor einem Militärgericht ging gestern [...] mit der Urteilsverkündung zu Ende. [...] Von den 33 Angeklagten – darunter drei Generäle, 29 St[abs]off[i]z[iere]/Off[i]z[iere] und ein Zivilist – wurden nur die beiden Hauptträdelsführer, der ehemalige Befehlshaber der Militärregion Valencia, Gen[eral]l[eu]t[nant] Milans del Bosch, und der den Überfall auf den Kongreß führende Oberstleutnant der Guardia Civil, Antonio Tejero, zu den vom Militärstaatsanwalt geforderten Höchststrafen von 30 Jahren verurteilt [...]. Für alle anderen Angeklagten blieb das Strafmaß weit unter den Forderungen des Militärstaatsanwalts.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 484; Referat 203, Bd. 124905.

<sup>7</sup> Junta de Jefes del Estado Mayor.

<sup>8</sup> Botschafter Brunner, Madrid, merkte am 9. März 1982 zu den Beziehungen zwischen der zivilen Regierung und den Streitkräften in Spanien an: „Der Schatten des Staatsstreichsversuches vom 23.2.1981 lastet weiter auf dem Land. Die Sorge vor einem erneuten Aufbegehren des Militärs erreichte einen Höhepunkt, als 100 Offiziere am 6.12.1981 ein Manifest veröffentlichten, in dem sie dem Primat der Politik widersprachen und die Tätigkeit der Medien scharf kritisierten. Die Regierung griff hart durch und kam damit weiteren Provokationen der extremen Rechten zuvor. König Juan Carlos hat als Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber mehrere militärische Feierstunden zum Anlaß genommen, den Militärs den Primat der Politik zu verdeutlichen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 203, Bd. 124905.

<sup>9</sup> In der Tageszeitung „El País“ erschien am 15. Juni 1980 ein Interview mit dem spanischen Außenminister Oreja, in dem er bekanntgab, daß die Regierung Spaniens einen NATO-Beitritt anstrebe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 459 des Gesandten Lewalter, Madrid, vom 16. Juni 1980; Referat 201, Bd. 120192.

Für den Wortlaut des Protokolls zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens vom 10. Dezember 1981 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 9. Februar 1982, bei der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am selben Tag sei zur Ratifizierung des spanischen NATO-Beitritts

deutung sei. In diesem Zusammenhang sehe er in erster Linie ein psychologisches Moment, d. h., den Militärs mit diesem Beitritt ein neues Ziel und neue Aufgaben zu geben, um so ihre Zeit und Aufmerksamkeit von politischen Themen abzulenken.

BM sagte, die Bundesrepublik Deutschland habe bei der Gründung der Bundeswehr<sup>10</sup> nach dem Krieg mit der NATO-Mitgliedschaft<sup>11</sup> die besten Erfahrungen gemacht. Die Integration der Bundeswehr in die NATO habe ihr ein besseres Verständnis anderer Staaten und deren Demokratien vermittelt. Die nordamerikanischen Demokratien hätten einen positiven Einfluß auf ihre Gesinnung besonders im Offizierskorps gehabt. Denn jahrzehntelang habe es diese Tradition nicht gegeben. Auch zu Zeiten der Weimarer Demokratie habe das Offizierskorps die Armeen der demokratischen Staaten nicht akzeptiert. Die Armee in Deutschland sei nicht faschistisch gewesen, habe aber sowohl der Demokratie als auch später Hitler gegenüber eine distanzierte bzw. oppositionelle Haltung eingenommen und eher ein Eigenleben entwickelt.

Der König fügte hinzu, wichtig sei auch, die Einstellung der jungen Militärs zu ändern, was aber sicher nicht von heute auf morgen möglich sei. Sie glaubten an ihren Oberbefehlshaber Juan Carlos; ihm erscheine es aber richtiger, daß die Regierung über einen gewissen Spielraum in den militärischen Fragen verfüge, die Truppe aber weiterhin den Eindruck habe, die Entscheidungen stammten von ihrem Oberbefehlshaber. Die Armee akzeptiere nicht, daß ihr die Regierung Befehle erteile, sondern halte an einer genauen Aufteilung zwischen dem König als ihrem Oberbefehlshaber, der Regierung und den politischen Parteien fest. Er werde sie davon überzeugen, daß die Regierung ihr sehr wohl befehlen könne, daß er aber für sie da sei. Die Regierung könne zwar z. B. militärische Würdenträger absetzen, aber wenn sie direkt intervenierte und die Armee glaube, sie könne nicht mit der Unterstützung der Regierung rechnen, sei dies sehr schlecht.

BM entgegnete, aufgrund der in Deutschland gemachten Erfahrungen verstehe er den König besonders gut in diesem Punkt. Nach dem Ersten Weltkrieg habe der Reichspräsident den Oberbefehl über die Reichswehr gehabt. Im Kabinett habe es einen Reichskriegsminister im Generalsrang gegeben. Nach dem Kapp-Putsch Anfang der 20er Jahre<sup>12</sup>, einem versuchten Staatsstreich von rechts, habe der Reichspräsident<sup>13</sup> den Reichskriegsminister<sup>14</sup> gefragt, wo die Armee stehe, und zur Antwort erhalten, sie stehe da, wo auch er, der Reichskriegs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 227*

durch die NATO-Mitgliedstaaten dargelegt worden: „Das niederländische Kabinett hat das Beitrittsprotokoll am 9.2. gebilligt. Der niederländische Ständige Vertreter konnte zur voraussichtlichen Dauer der nun beginnenden Parlamentsdebatte keine Aussagen machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 266; VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Am 12. November 1955 wurden die ersten 101 Generale, Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr durch Verteidigungsminister Blank ernannt.

<sup>11</sup> Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erfolgte auf der NATO-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Mai 1955 in Paris. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 89–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7927.

<sup>12</sup> Am 13. März 1920 besetzten rebellierende Truppen der Marinebrigade Ehrhardt unter Führung des Generals von Lüttwitz Berlin und riefen den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp zum Reichskanzler aus. Ausbleibende Unterstützung und ein von der Reichsregierung veranlaßter Generalstreik bewogen Lüttwitz und Kapp am 17. März 1920 zur Flucht ins Ausland.

<sup>13</sup> Friedrich Ebert.

<sup>14</sup> Das Amt des Reichswehrministers hatte Gustav Noske inne.

nister, stehe. Aus dieser Erfahrung habe man gelernt und die Armee nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dem Präsidenten, sondern in Friedenszeiten dem Verteidigungsminister und für den Kriegsfall dem Bundeskanzler unterstellt.<sup>15</sup> Wobei allerdings zu beachten sei, daß die Stellung des deutschen Bundespräsidenten eine völlig andere sei als die des spanischen Ministerpräsidenten. Der *König* erläuterte, in Spanien seien die Streitkräfte in Friedenszeiten ebenfalls dem Verteidigungsminister, im Krieg dem Ministerpräsidenten und nicht dem König unterstellt, auch wenn die Militärs das lieber sähen. Aber glücklicherweise enthalte die spanische Verfassung keine genauen Definitionen in bezug auf den Oberbefehlshaber; anderenfalls hätte er am 23. Februar 1981 nichts tun können. Die politischen Parteien in Spanien erwarteten von ihm, daß er alle Schwierigkeiten im Lande lösen könne und machten sich besonders in schweren Zeiten sehr abhängig von ihm. Felipe González habe ihm selbst gesagt, er habe Angst davor, die nächsten Wahlen<sup>16</sup> zu gewinnen und somit die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Angesichts der Uneinigkeit innerhalb der UCD und der Tatsache, daß Fraga zu weit rechts stehe, sei Felipe González aber sicher, daß die Sozialisten die Wahlen gewinnen würden. Sollte die PSOE nur wenige Stimmen mehr haben als die UCD, müsse er Felipe González die Regierung anvertrauen, auch wenn seine Partei nur die Mehrheit einer Minderheit darstellen sollte. Er könne der PSOE aber nicht die Regierungsgeschäfte übertragen, da er der Ansicht sei, daß weder die PSOE genügend vorbereitet sei, die Regierung zu übernehmen, noch Spanien selbst reif sei für eine sozialistische Regierung.

*BM* fragte den König, ob die spanische Verfassung<sup>17</sup> Bestimmungen darüber enthalte, daß der Führer der stärksten Partei die Regierung übernehmen müsse, oder ob es mehr demokratische Beweggründe seien, die ihm zu diesen Überlegungen Anlaß gäben.

Der *König* erwiderte, die spanische Verfassung enthalte keine Bestimmungen dieser Art, aber nach den letzten beiden Wahlen<sup>18</sup> sei man so verfahren. Nach dem Rücktritt von Adolfo Suárez<sup>19</sup> habe Felipe González ihn um die Übertragung der Regierungsverantwortung gebeten. Er habe ihm geantwortet, dies sei nicht möglich, da er nicht die Wahlen gewonnen habe. Bei den nächsten Wahlen sei es auch denkbar, daß Calvo-Sotelo und Fraga zusammen die Mehrheit bekämen, aber eine Koalition müsse vor den Wahlen und nicht im Anschluß daran gebildet werden.

*BM* berichtete, nach den Bundestagswahlen von 1980<sup>20</sup> habe der Bundespräsident die Vorsitzenden aller Parteien<sup>21</sup> zu einem Gespräch gebeten. Die CDU

<sup>15</sup> Mit Gesetz vom 19. März 1956 zur Ergänzung des Grundgesetzes wurde Artikel 65 a in das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 aufgenommen, mit dem die Kommandogewalt über die Bundeswehr im Frieden und Verteidigungsfall geregelt wurde. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 112.

<sup>16</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>17</sup> Für den englischen Wortlaut der spanischen Verfassung vom 29. Dezember 1978 vgl. CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD, S. 1–85.

<sup>18</sup> In Spanien fanden am 15. Juni 1977 und am 1. März 1979 Parlamentswahlen statt.

<sup>19</sup> Ministerpräsident Suárez trat am 29. Januar 1981 zurück.

<sup>20</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

<sup>21</sup> Willy Brandt (SPD), Hans-Dietrich Genscher (FDP), Helmut Kohl (CDU) und Franz Josef Strauß (CSU).

sei zwar die stärkste Partei gewesen, habe aber nicht über die Mehrheit verfügt. SPD und FDP hätten dem Bundespräsidenten als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers Helmut Schmidt vorgeschlagen. Nach dem Grundgesetz<sup>22</sup> der Bundesrepublik Deutschland schlage der Bundespräsident dem Bundestag einen Kandidaten zur Wahl vor, und zwar den, der die Mehrheit auf sich vereinige und nicht den der stärksten Partei.

Der *König* sagte, in dem Moment, in dem eine Partei in Spanien die Mehrheit habe, müsse ihr auch die Regierung übertragen werden. Felipe González werde sicher nicht allein regieren, sondern der UCD die Bildung einer Koalitionsregierung anbieten. Wenn die PSOE die Wahlen gewänne, würde dies den Militärs des 23. Februar 1981 recht geben mit dem Argument, daß nun doch die an der Macht seien, die hätten ausgeschaltet werden sollen.

*BM* bemerkte, am Vorabend habe er Gespräche mit einer Reihe von liberalen Politikern geführt, und er sei überrascht gewesen darüber, wie sehr sie die psychologischen Auswirkungen des Prozesses gegen die Angeklagten des 23. Februar 1981 beschäftigten.

Der *König* erwiderte, er wolle alles dazu tun und NATO-, EG-Beitritt<sup>23</sup> und auch die Verleihung des Karlspreises in Aachen als Argumente nutzen, um zur allgemeinen Beruhigung beizutragen und dazu aufzufordern, auch den Putschistenprozeß als etwas Normales in einem normalen Ablauf anzusehen. Zu Außenminister Haig habe er gesagt, es sei für Spanien wichtig, schon vor dem NATO-Beitritt die militärische Zusammenarbeit in Form von gemischten Kommissionen etc. zu beginnen, um das Interesse des Militärs auf ihre neue Aufgabe zu lenken.

*BM* fügte hinzu, dies bringe ihn zu einem anderen Thema, das der *König* vielleicht auch in Gesprächen mit anderen EG-Außenministern anschnitten könne. Er habe im Herbst letzten Jahres mit MP Calvo-Sotelo vereinbart<sup>24</sup>, Spani-

<sup>22</sup> Vgl. dazu Artikel 63 Absatz 1 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 8.

<sup>23</sup> Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 5. Februar 1979 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7 + 8/1977, S. 6 f., bzw. BULLETIN DER EG 2/1979, S. 22–27.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 5. Februar 1982: „Seit Besuch von Staatspräsident Mitterrand in Lissabon Ende 1981 mehren sich Anzeichen, daß F den Beitritt Portugals zur EG für weniger problematisch als den spanischen Beitritt erachtet. Es hat auch den Anschein, daß F zu zügigen Beitrittsverhandlungen der EG mit Portugal bereit ist, ohne wie bei Spanien die vorherige Lösung schwieriger innergemeinschaftlicher Probleme zu verlangen. Unvermeidliche Folge davon wäre, daß das politische Ziel der Zehn, beide Länder der iberischen Halbinsel etwa gleichzeitig in die EG aufzunehmen, nicht verwirklicht werden kann, wenn dieser Entwicklung nicht gegengesteuert wird.“ Auch in der EG-Kommission sei man skeptisch, „die Verhandlungen mit Spanien in der gleichen Frist durchziehen zu können: Die materiellen Probleme seien aus Sicht einiger MS zu groß: Angesichts Stockens der Mandatsverhandlungen verzögere sich Lösung des Problems der Mittelmeer-Agrarprodukte. Unbekannt sei, ob F, I und GR auch Beschlüsse über die integrierten Mittelmeerprogramme zur Voraussetzung des span[ischen] Beitritts machen. Hierzu sind Kom[mis]sions[vorschläge nicht vor Ende 1982 zu erwarten. Unklar sei ferner, welche Kompensationsforderungen für die Präferenzpartner im Mittelmeer (Israel, Marokko usw.) von einzelnen MS gestellt würden. In dieser Situation habe man in Paris das Wort gehört, der Zeitpunkt des span. Beitritts sei so ungewiß wie die Landung auf dem Mars.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 479; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>24</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsidenten Carstens bei dessen Besuch vom 28. September bis 2. Oktober 1981 in Spanien. Am 30. September 1981 berichtete Botschafter Lahn, Madrid, Genscher habe am 28. September 1981 mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo über die Initiative für

en und Portugal<sup>25</sup> schon vor dem EG-Beitritt an die EPZ, die gemeinsame Außenpolitik, heranzuführen. Anfang Januar 1982 habe er der Gemeinschaft den Vorschlag unterbreitet; zunächst habe es Bedenken gegeben. Nun habe man sich aber darauf geeinigt, zweimal jährlich Treffen zwischen den Außenministern der Zehn und dem spanischen Außenminister abzuhalten, um die gemeinsame Außenpolitik zu erörtern. Ihm wäre es lieber, wenn der spanische Außenminister schon an allen Sitzungen teilnehmen könnte. Es wäre gut, wenn der König diese Frage der Integration Spaniens in die EPZ auch mit anderen Außenministern anspräche.

Das Gespräch endete um 19.50 Uhr.

**Referat 010, Bd. 178877**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 230*

eine Europäische Union gesprochen. Calvo-Sotelo habe erklärt: „Mit Interesse habe seine Regierung die Europa-Initiative des Bundesministers zur Kenntnis genommen und sie innerlich unterstützt. Bei Bildung einer Europäischen Union würde Spanien ohne Zögern mitmachen. Calvo-Sotelo äußerte die Hoffnung und sprach die Bitte aus, schon im Vorstadium des Beitritts enger an die EPZ herangeführt und endlich an ihr beteiligt zu werden. Er wäre dankbar, wenn der BM sich bei den Mitgliedstaaten für diesen Gedanken verwenden wollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1351; Referat 200, Bd. 122670.

- <sup>25</sup> Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 17. Oktober 1978 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. BULLETIN DER EG 10/1978, S. 7–11. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 318. Am 8. Februar 1982 legte Botschafter Schattmann, Lissabon, dar: „Botschaft beurteilt Stand und Aussichten EG-Beitritt Portugals im wesentlichen wie Kommission. Sachliche und organisatorische Probleme auf portugiesischer Seite wirken sich verzögernd aus. Daher ist technische Unterstützung bei Verhandlungsvorbereitungen auch in Form bilateraler Initiativen zu begrüßen, solange Kommission Überblick behält und koordinieren kann, d. h. Doppelgleisigkeit verhindert wird. Auch der zeitliche Rahmen, Unterzeichnung vor Ende 1983, Beitritt 1.1.1985, erscheint realistisch, wenn auch hier der vor den Parlamentswahlen vollzogene Beitritt unverändert als unverzichtbar bezeichnet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 45; VS-Bd. 10377 (410); B 150, Aktenkopien 1982.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo in Madrid

105-A.12/82

9. Februar 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers<sup>2</sup> mit dem spanischen Ministerpräsidenten Leopoldo Calvo-Sotelo am 9.2.1982, 20.50 Uhr, Palacio de la Moncloa, Madrid; hier: Dolmetscheraufzeichnung

Unter Bezugnahme auf das gemeinsame Abendessen des BM mit spanischen Liberalen am 8.2.1982 sagte *BM*, er habe bis zu dem Zeitpunkt nicht gewußt, welche große Rolle die bevorstehende Eröffnung des Prozesses gegen die Angeklagten des Putschversuchs vom 23. Februar 1981<sup>3</sup> für die spanischen Politiker spiele.

*MP* erwiderte, der Prozeß sei in der Tat von großer Bedeutung für die spanischen Politiker; alle hofften, er werde normal verlaufen und strenge und gerechte Urteile für die Angeklagten zum Ergebnis haben. Er wisse, daß *BM* am Vorabend mit den Liberalen über die Lage Spaniens gesprochen habe, und wolle noch einmal unterstreichen, daß es nie seine Absicht gewesen sei, das Parlament (die Cortes) vorzeitig aufzulösen, wie einige gedacht hätten. In einer jungen Demokratie müsse man sich an die festgesetzten Termine halten. Die Regierung wolle auch nicht nur bis zum Ende der Legislaturperiode<sup>4</sup> durchhalten, sondern noch einiges verwirklichen, so z. B. die Eingliederung Spaniens in das Atlantische Bündnis. Daher sei es so wichtig, das Ratifikationsverfahren<sup>5</sup> schnell durchzuführen, so daß Spanien im Mai bereits an der Sitzung des Atlantischen Rats<sup>6</sup> teilnehmen könne. Er sei sich darüber im klaren, daß die deutsche Seite Spanien dabei keine Schwierigkeiten mache, und hoffe, die anderen Länder täten dies auch nicht. Die besondere Situation, in der sich der niederländische Außenminister<sup>7</sup> befände, verstehe er sehr gut. Er fügte hinzu, die Entscheidung der spanischen Regierung, der NATO beizutreten, beweise Mut, denn der spanische Wähler sehe dies nicht positiv, und es sei immer leichter gewesen, den NATO-Beitritt seines Landes zu kritisieren, als sich dafür auszusprechen. Aus diesem Grunde sei es wichtig für seine Regierung, daß der Zeitraum zwischen dem Beitritt und den 1983 abzuhaltenden Wahlen groß genug sei.

*BM* entgegnete, in der Bundesrepublik Deutschland sei der entsprechende Gesetzesentwurf aus den vom *MP* genannten Gründen in Form eines Eilverfahrens weitergeleitet worden. Sein Land habe seine eigenen Erfahrungen mit der Diskussion über den NATO-Beitritt gemacht. Er glaube, daß die Eingliederung

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Lehnhardt am 15. Februar 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1982 in Spanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 47, Dok. 50 und Dok. 52.

<sup>3</sup> Zum Putschversuch am 23. Februar 1981 in Madrid vgl. Dok. 47, Anm. 6.

<sup>4</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>5</sup> Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 9.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 156–159.

<sup>7</sup> Max van der Stoep.

Spaniens in das Bündnis sowohl für die spanische Demokratie als auch für alle, die den Beitritt befürworteten, von großer Bedeutung sei. Letzten Endes würden auch die Probleme in bezug auf die Niederlande überwunden werden; der niederländische Außenminister, den er seit vielen Jahren kenne, habe sich sehr deutlich für den Beitritt Spaniens ausgesprochen. Im Moment sehe er sich mit Problemen in seiner eigenen Partei konfrontiert.

*MP* fügte hinzu, daß dies in vielen Regierungen der Fall sei. Er wolle bei dieser Gelegenheit *BM* zu dem Ergebnis der Abstimmung über die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag und der damit verbundenen Stärkung der SPD-FDP-Koalition gratulieren.<sup>8</sup>

*BM* erwiderte, er messe dem Ergebnis keinen so hohen Stellenwert bei. Dem König habe er bereits darüber berichtet, daß unmittelbar nach der Abstimmung SPD-Abgeordnete geäußert hätten, sie würden auch weiterhin die Politik der Regierung kritisieren. Als Parteivorsitzender habe er es als sehr ermutigend empfunden, daß bei dem Essen am Vorabend alle anwesenden spanischen Liberalen von dem Gedanken erfüllt gewesen seien, wie sie die Regierung stärken könnten. Dies sei erfreulich, denn oft seien es sogar Mitglieder der eigenen Partei, deren Ziel darin bestehe, die Regierung zu schwächen, so z. B. in der Partei des Bundeskanzlers.

*MP* sagte, nicht den deutschen Außenminister, sondern seinen Freund Hans-Dietrich Genscher wolle er bitten, etwas vorsichtiger zu sein mit solchen Abendessen in Spanien, denn aufgrund seiner Bedeutung und seiner starken Persönlichkeit könne dies bedeuten, daß seine Worte besonders auf UCD-Mitglieder stark abfärbten und sie dabei nicht mehr zwischen Liberalen, Christdemokraten, Sozialdemokraten oder Unabhängigen unterscheiden würden.

*BM* erwiderte, er verstehe sehr gut, was *MP* damit sagen wolle.

*MP* fuhr fort, was den spanischen EG-Beitritt betreffe, gebe es keine Neuigkeiten.<sup>9</sup> Er würde von *BM* gerne wissen, ob er optimistisch sei in bezug auf eine Lösung der Haushalts- und Agrarfragen und des Problems der Kompensation für England<sup>10</sup>.

*BM* antwortete, die Situation sei etwas entkompliziert worden, da das deutsche Problem kleiner geworden und die Bundesrepublik Deutschland aus dieser Diskussion heraus sei, so daß nur noch das englische Kompensationsproblem bestehe. Er sehe keine Lösung, da diese Frage in England ein innenpolitisches Problem sei oder dazu gemacht worden sei. Anlässlich verschiedener Außenministertreffen habe man versucht, zu einer Annäherung der Standpunkte zu kommen. Während er früher einen gemäßigten Optimismus bezüglich dieser Frage gehabt habe, könne er diese Haltung in Zukunft nicht mehr einnehmen. Er hoffe aber, die Periode der Abkühlung werde dazu führen, daß die Bereitschaft der anderen Mitgliedsländer, Konzessionen zu machen, erschöpft sei. Bei den meisten Diskussionen dieser Art gehe es zur Hälfte um Prestigefragen und

<sup>8</sup> Am 3. Februar 1982 stellte Bundeskanzler Schmidt im Bundestag die Vertrauensfrage. Der Bundestag sprach ihm am 5. Februar 1982 mit 269 gegen 224 Stimmen das Vertrauen aus. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 5050–5071.

<sup>9</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 23.

<sup>10</sup> Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 42.

zur anderen Hälfte zwar um monetäre Probleme, aber gemessen am BSP aller Mitgliedstaaten seien dies eigentlich keine Probleme. Ihr gemeinsamer Freund Gaston Thorn habe sich, zusammen mit Leo Tindemanns, sehr stark für eine Lösung dieser Fragen eingesetzt, aber man habe den Eindruck, als renne man ständig gegen Betonwände. Er habe das letzte Treffen sehr deprimiert verlassen.

*MP* entgegnete, die spanische Öffentlichkeit sei auch sehr deprimiert über den Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Spanien und der EG. Die spanische Regierung müsse immer wieder Erklärungen zu der Verzögerung abgeben. Anlässlich der bevorstehenden Wahlen sei die Bilanz besonders trist; auf die Frage der PSOE, was die Regierung im Laufe von fünf Jahren in bezug auf den spanischen EG-Beitritt erreicht habe, müsse die Antwort der Regierung lauten: nichts, bzw. noch weniger als das, denn die Regelungen zwischen Spanien und der Gemeinschaft im Fischereibereich stellten sogar einen Rückschritt für Spanien dar. Er wisse nicht, wie lange seine Regierung noch den Europa-freundlichen Kurs beibehalten könne, wenn es nicht bald Fortschritte bei den Verhandlungen gebe.

*BM* sagte, er verstehe dies sehr gut. In einem Gespräch mit *MP* im Herbst letzten Jahres<sup>11</sup> habe er *MP* versichert, er werde sich für die sofortige Integration Spaniens in die EPZ einsetzen. Zunächst habe es in der Gemeinschaft einige Vorbehalte gegeben; nun habe man sich darauf geeinigt, zweimal jährlich ein Treffen der Außenminister der Zehn mit dem spanischen Außenminister abzuhalten. Wie er schon dem König gesagt habe, solle sich Spanien nicht mit diesen zwei Treffen pro Jahr zufriedengeben, sondern, wie er vorgeschlagen habe, immer wieder das Interesse Spaniens an einer Integration in die EPZ unterstreichen. Das werde zwar nicht die Agrarprobleme lösen, könne aber zeigen, daß ein Weg bereits gangbar sei, während es gelte, auf dem anderen noch Steine zu beseitigen.

Das Gespräch endete um 21.15 Uhr.

**Referat 010, Bd. 178877**

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo am 28. September 1981 vgl. Dok. 47, Anm. 24.

## 49

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**

422-411.10 ALLG/BSR/SH-229/82 geheim

10. Februar 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn BundesministerBetr.: Grundsätze für den Rüstungsexport<sup>3</sup>;hier: Bundessicherheitsrat und Koalitionsgespräch über Neufassung der Grundsätze<sup>4</sup>Anlg.: 1 (nur beim Original)<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu I. 2) und II.

Der BSR will in Kürze die Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport erörtern. Vorher soll das Thema in einem Koalitionsgespräch behandelt werden.

Die Arbeitsgruppen der Koalitionsfraktionen haben inzwischen die Arbeit an ihren Papieren abgeschlossen (FDP-Papier<sup>6</sup> in Mappe Fach 5, SPD-Papier in Fach 6).

I. 1) Der Entwurf der Ressorts<sup>7</sup> (ChBK, AA, BMWi, BMVg), (Fach 4), der dem BSR bereits vorgelegen hat, aber noch nicht gebilligt wurde, weist gegenüber der z. Z. geltenden Fassung der Grundsätze folgende neue Elemente auf:

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert.

Hat Henze am 20. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Februar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meine Anmerkungen.“ Vgl. Anm. 13–24 und 26–29.

<sup>3</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 5.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 25. März 1981: „Am 4. Februar 1981 beauftragte der Bundessicherheitsrat (BSR) die Häuser B[undes]K[anzleramt], AA, BMVg und BMWi (Federführung), einen Bericht über Erfahrungen bei der Handhabung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung vorzubereiten.“ Vgl. VS-Bd. 10403 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

Am 4. September 1981 legte Fischer einen Entwurf des Auswärtigen Amts für eine Neufassung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vor. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 249.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung „Rüstungsexportpolitische Grundsätze“ des Bundeskanzleramts vgl. VS-Bd. 10404 (422).

<sup>6</sup> Ministerialdirektor Fischer leitete am 21. Januar 1982 den „Entwurf einer Beschlussvorlage für die Arbeitsgruppe Rüstungsexport der FDP-Bundestagsfraktion“ an Staatssekretär Lautenschlager und Bundesminister Genscher weiter. In dem Entwurf hieß es: „In Anbetracht der weltweiten sicherheitspolitischen Verflechtungen und Spannungen ist das bisher geographisch begrenzt angewandte Kriterium Spannungsgebiet untauglich. Der Export von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern (Anlagen und Unterlagen zur Herstellung von Waffen und Gerät) in Bereiche außerhalb von NATO-Ländern und diesen gleichgestellten Ländern soll daher grundsätzlich nicht mehr stattfinden.“ Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Mit Schreiben vom 9. Februar 1982 übersandte das Bundeskanzleramt Bundesminister Genscher einen Entwurf für die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 23. Oktober 1981“. In dem Entwurf wurde zur Rüstungskoperation festgestellt: „Bei Koproduktionen mit NATO-Partnern sollen unter Beachtung unserer Kooperationsfähigkeit im Bündnis unsere rüstungsexportpolitischen Grundsätze soweit wie möglich verwirklicht werden. Dabei wird die Bundesregierung wie bisher dem Kooperationsinteresse grundsätzlich Vorrang einräumen, ohne auf Einwirkungsmöglichkeiten bei Exportvorhaben von Kooperationspartnern zu verzichten.“ Vgl. VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

- a) Der Begriff Spannungsgebiete bleibt erhalten. Kriegswaffenlieferungen in diese Gebiete sollen in Zukunft jedoch als Ausnahme möglich sein, wenn übergeordnete sicherheits- und/oder bündnispolitische Gründe dafür sprechen.
- b) Kriegswaffennahe, sonstige Rüstungsgüter (Anlagen sowie Unterlagen zur Herstellung von Kriegswaffen und Munition) sollen in Zukunft weitgehend wie Kriegswaffen behandelt werden, d. h. restriktiver als andere sonstige Rüstungsgüter.
- c) Bei Kooperationen auf Regierungsebene soll für den Export das französische Modell<sup>8</sup> gelten (Konsultationen, falls ein Partner Bedenken hat, aber kein Veto-Recht).
- d) Bei Kooperation auf Firmenebene soll angestrebt werden, stärkeren Einfluß auch auf die Exporte des ausländischen Partners auszuüben, wenn das Kooperationsprodukt eine Kriegswaffe ist.
- e) Die Endverbleibsklausel soll künftig strikter gehandhabt werden: bei Kriegswaffen immer amtliche Endverbleibserklärung; auch bei kriegswaffennahen Rüstungsgütern strengere Maßstäbe.
- f) Innere Unruhen sollen bei Anwendung des KWKG und des AWG berücksichtigt werden.
- 2) Die Papiere der Arbeitsgruppen der Koalitionsfraktionen weichen in folgenden wesentlichen Bereichen vom Entwurf der Ressorts ab:
- a) Verfahren  
Konsultation eines Parlamentarischen Gremiums vor Entscheidungen des BSR.
- b) Fortfall des Begriffs „Spannungsgebiet“.
- c) Weitgehende Einschränkungen für Rüstungsexporte in Länder außerhalb der NATO.
- d) Menschenrechtsklausel (FDP).
- e) Aufstellung einer Länderliste der den NATO-Ländern gleichgeordneten Länder durch die Bundesregierung nach Konsultationen des Bundestages (SPD).

<sup>8</sup> In Artikel 2 der Regierungsvereinbarung vom Februar 1972 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder hieß es: „Keine der beiden Regierungen wird die andere Regierung daran hindern, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen. Da sich der spezifische Charakter von Baugruppen und Einzelteilen eines unter die Ausfuhrformalitäten für Kriegswaffen und sonstiges Rüstungsmaterial fallenden Waffensystems ändert, wenn sie integrierender Bestandteil eines gemeinsam entwickelten und gefertigten Waffensystems werden, verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, die für die Lieferung von Einzelteilen und Komponenten an das ausführende Land erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen nach den in den nationalen Gesetzen vorgesehenen Verfahren ohne Verzug zu erteilen. Beide Regierungen sind übereingekommen, daß sie die nationalen Gesetze über die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial im Geiste der deutsch-französischen Zusammenarbeit auslegen und anwenden werden. Die Möglichkeit, eine Ausfuhrgenehmigung für Komponenten eines Gemeinschaftsprojekts zu versagen, kann nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden. Für einen solchen Fall vereinbaren beide Regierungen, daß sie sich vor einer endgültigen Entscheidung eingehend konsultieren werden. Es liegt bei dem Bundesminister der Verteidigung oder dem Staatsminister für Nationale Verteidigung, die Initiative zu solchen Konsultationen zu ergreifen.“  
Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hermes vom 8. April 1975; VS-Bd. 8875 (403); B 150, Aktenkopien 1975.

f) Engere Voraussetzungen für Kooperation (SPD).

Zu a): Konsultationen eines parlamentarischen Gremiums vor Entscheidungen der Bundesregierung sind verfassungsrechtlich wohl zulässig, aber verfassungspolitisch bedenklich (Vermerk der Abt. 5 in Mappe Fach 7<sup>9</sup>). ChBK<sup>10</sup> weist auf Arbeitsebene darauf hin, daß auch verfassungsrechtliche Bedenken bestehen könnten. Nach Artikel 26 Grundgesetz<sup>11</sup> dürfen „zur Kriegsführung bestimmte Waffen ... nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden“.

Dementsprechend bestimmt § 11 KWKG (Genehmigungsbehörden) in Absatz 1<sup>12</sup>: „Für die Erteilung und den Widerruf einer Genehmigung ist die Bundesregierung zuständig.“

Damit ist die Zuständigkeit für die Entscheidung eindeutig der Bundesregierung zugewiesen. Konsultationen parlamentarischer Gremien sind nicht vorgesehen. Der Bundeskanzler hatte daher in der BSR-Sitzung am 4.10.1981 erklärt:

„Die Entscheidung darf nicht verlagert werden, die Verantwortung bleibt bei der Regierung. Es besteht aber ein gerechtfertigter Wunsch des Parlaments, sehr bald nach einer Entscheidung informiert zu werden.“

Konsultationen vor einer BSR-Entscheidung schaffen auch im Verfahren Probleme. Es müßte zunächst entschieden werden, welche Fälle und mit welchem Votum konsultiert werden. Diese Entscheidung kann in der Regel nicht von einem Ressort allein getroffen werden, so daß zunächst der BSR über Konsultationen und Votum entscheiden müßte. Anschließend könnte konsultiert werden. Dann müßte der BSR formell über die Ausführungsgenehmigung entscheiden. Im Ergebnis würde es zu einem dreistufigen Verfahren kommen.

Vorschlag: Der BSR könnte vorschlagen, statt der Konsultationen ein parlamentarisches Gremium nach der BSR-Entscheidung und vor Vollzug der Entscheidung (durch Erteilung oder Ablehnung der Ausführungsgenehmigung) zu unterrichten, so daß noch die Möglichkeit besteht, schwerwiegenden Bedenken auf parlamentarischer Seite Rechnung zu tragen.<sup>13</sup> Das setzt allerdings voraus, daß das parlamentarische Gremium regelmäßig unmittelbar nach der BSR-

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Treviranus vermerkte am 4. Dezember 1981: „Der außenpolitische Bereich unterliegt dem politischen Ermessen der Regierung. Daher ist es prinzipiell bedenklich, wenn das Parlament eine Richtungskontrolle – nicht fachliche Leistungskontrolle – durch Ausübung von Budgetkompetenzen ausüben möchte, die darauf hinauslaufen kann, daß BT-Ausschüsse über unser Verhältnis zu bestimmten Staaten bestimmen, wenn nämlich dieses Verhältnis vom Umfang der Hilfgewährung abhängt. Hinzu kommt, daß sich die Bundestagsmehrheit, welche die Regierung stützt und trägt, mit der jeweiligen Ausschuß-(Unterausschuß-)Mehrheit nicht immer deckt, so daß schon innerhalb des Parlaments keine Einheitlichkeit der Meinungs- und der Willensbildung gewährleistet ist; Ausschüsse können das Plenum nicht ersetzen.“ Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>10</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut von Artikel 26 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut von Paragraph 11 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 446.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ich bin entschieden für ein ‚Ex-post-Verfahren‘.“ Vgl. Anm. 2.

Sitzung tagt. Die Unterrichtung sollte sich auf BSR-Entscheidungen beschränken.

Zu b): Beim Fortfall des Begriffes „Spannungsgebiet“ ergibt sich das Problem, daß es dann nur noch einen Maßstab für Lieferungen in Spannungsgebiete und andere Gebiete gibt. Der Ressortentwurf gewährt mehr Flexibilität bei Lieferungen in Länder, die nicht in Spannungsgebieten liegen, zieht dagegen die Grenze für Lieferungen in Spannungsgebiete um so enger. Wenn es nur noch einen Maßstab gibt, wird einerseits die Flexibilität bei Lieferungen in Länder, die nicht in Spannungsgebieten liegen, eingeschränkt, da die Kriterien restriktiver sind. Dies ist offensichtlich die Absicht der Koalitionsfraktionen. Andererseits erlaubte der Begriff Spannungsgebiet Ablehnungen von Kaufwünschen, ohne Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen.

Vorschlag:

Der BSR könnte die Fraktionen auf diese Bedenken hinweisen. Bei der ausführlich begründeten Ablehnung des Begriffes durch beide Fraktionen ist allerdings nicht mehr mit einer Willensänderung bei ihnen zu rechnen<sup>14</sup>.

Zu c): Das FDP-Papier (Ziff. 1(1)) sieht als Kriterien für Lieferungen in Nicht-NATO-Länder vor, daß

„bei Abwägung unserer Gesamtinteressen übergeordnete außen- und<sup>15</sup> sicherheitspolitische – unter Berücksichtigung bündnispolitischer – Gründe eindeutig dafür sprechen, den Frieden im Rahmen der Schutzzwecke des Kriegswaffenkontrollgesetzes zu sichern“.

Nach dem SPD-Papier (S. 21) können Ausfuhren genehmigt werden,

„wenn und soweit ... vitale außen- und<sup>16</sup> sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnis-Interessen dies erfordern“.

Beide Kriterien sind enger als die im Ressortentwurf (S. 4) enthaltenen. Danach werden Waffenlieferungen nur genehmigt,

„aufgrund besonderer politischer Erwägungen ... besondere Erwägungen sind vorrangig sicherheits- und außenpolitische Gesichtspunkte“.

Schwierigkeiten könnten sich insbesondere dann ergeben, wenn die Kriterien „außenpolitisch“ und „sicherheitspolitisch“ kumulativ und nicht alternativ erfüllt sein müssen, wie es das „und“ (statt „und/oder“) vermuten läßt.<sup>17</sup> Falls stets beide Kriterien erfüllt sein müssen, würden praktisch Lieferungen an Lateinamerika und an ASEAN-Staaten ausgeschlossen, nicht hingegen z.B. an Saudi-Arabien. (Die Sicherheit der Energieversorgung könnte als ein „sicherheitspolitisches Interesse“ eingestuft werden.)

Gegen den FDP-Vorschlag bestehen auch insofern Bedenken, als die „Sicherung des Friedens“ in sehr verkürzter Form mit Waffenlieferungen verbunden

<sup>14</sup> Der Passus „nicht mehr ... zu rechnen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermutlich richtige Einschätzung.“ Vgl. Anm. 2.

<sup>15</sup> Zu diesem Wort vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „oder“. Vgl. Anm. 2.

<sup>16</sup> Zu diesem Wort vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „oder“. Vgl. Anm. 2.

<sup>17</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Es geht nur alternativ! Das allgemeine außenpolitische Kriterium muß als selbständiges Kriterium aufrechterhalten bleiben.“ Vgl. Anm. 2.

ist. (Die Formulierung lehnt sich an den Ressortentwurf zur Lieferung in Spannungsgebiete an, ohne auf den Abbau von Spannungen und das regionale Gleichgewicht zu verweisen, so daß wesentliche Elemente herausfallen.)

Vorschlag:

Die Kriterien sollten in Anlehnung an den ersten Teil des SPD-Vorschlags und der SPD-Formulierung festgelegt werden. Es könnte von „erheblichen außenpolitischen und<sup>18</sup>/oder sicherheitspolitischen Gründen“ gesprochen werden. Dabei sollte das Kriterium des Beitrages zur Förderung des regionalen Gleichgewichts wiedereingeführt werden. Es sollte auf jeden Fall klargelegt werden, daß außenpolitische und sicherheitspolitische Gründe nicht kumulativ, sondern alternativ<sup>19</sup> vorliegen müssen.

Zu d): Das FDP-Papier (Ziff. 1(2)) möchte Waffenlieferungen ausschließen, wenn die Gefahr besteht,

„daß Kriegswaffen im Inneren eines potentiellen Empfängerlandes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gebraucht werden“.

Der Ressortentwurf (S. 5) enthält ähnliche, wenn auch generellere Formulierung. Hinweise auf die innere Lage eines Empfängerlandes könnten zwar wieder eine Diskussion über die Menschenrechtsproblematik provozieren und uns u. U. in die Lage bringen, zu Menschenrechtssituationen in zweifelhaften Fällen Stellung nehmen zu müssen. In der Praxis wurde dem Gedanken<sup>20</sup> jedoch auch bisher schon Rechnung getragen.

Vorschlag:

Dem FDP-Vorschlag kann zugestimmt werden.<sup>21</sup>

Zu e): Nach dem SPD-Papier (S. 20) soll für die den NATO-Ländern gleichbehandelten Länder von der Bundesregierung eine Länderliste nach Konsultationen des Bundestages erstellt werden. Die Liste soll auf Initiative des Bundestages oder der Bundesregierung geändert werden.

Eine Liste der NATO gleichgestellten<sup>22</sup> Länder besteht bereits (acht Länder: Australien, Irland, Japan, Neuseeland, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien).

Eine öffentliche Diskussion über die Liste dieser Länder oder ihre Änderung, die mit einer Konsultation des Bundestages verbunden wäre, würde die Beziehungen zu diesen oder anderen Ländern, die nicht eingeschlossen sind, belasten. Insbesondere die neutralen Länder wünschen nicht, in diesem Zusammenhang genannt zu werden. Es sollte daher bei dem Verfahren bleiben, die Länderliste durch den BSR zu ändern. Das parlamentarische Gremium könnte über die Liste und ihre Änderungen unterrichtet werden.

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Vgl. Anm. 2.

<sup>19</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 2.

<sup>20</sup> Der Passus „Praxis ... Gedanken“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 2.

<sup>21</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Er ist aber auch verzichtbar.“ Vgl. Anm. 2.

<sup>22</sup> Die Wörter „NATO gleichgestellten“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben und mit einem Pfeil mit dem unter „Acht Länder“ genannten Österreich verbunden. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Insbesondere Österreich war in der Vergangenheit bereits ein Problem!“ Vgl. Anm. 2.

Vorschlag:

Der BSR sollte eine mit dem Bundestag aufgestellte Länderliste ablehnen<sup>23</sup> und vertraulich auf die vorhandenen Festlegungen verweisen.

Zu f): Neue Vereinbarungen über Kooperationen sollen nach dem SPD-Papier (S. 16) „nur geschlossen werden, wenn dies bündnispolitisch geboten ist“. Diese Formel ist enger als der Vorschlag im FDP-Papier (Ziff. 3(2)) und der Ressortentwurf (S. 2). Der SPD-Entwurf unterscheidet auch nicht zwischen Kooperationen auf staatlicher und privater Ebene. Kooperationen außerhalb der NATO schließt er implizit (bündnispolitisch geboten) aus.

Nach dem FDP-Papier (Ziff. 3(1)) soll die Bundesregierung gegenüber dem Kooperationspartner Einwände erheben gegen ein Exportvorhaben bei Lieferung in Länder,

„die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen unmittelbar bevorsteht“.

Damit wird für Exporte des Kooperationspartners eine strengere Beschränkung verlangt als bei unseren Exporten.

Vorschlag:

Zur Kooperation sollte entweder die Formulierung des Regierungsentwurfs<sup>24</sup> übernommen werden oder eine Neufassung durch Weiterentwicklung des FDP-Entwurfs erfolgen.

Zum SPD-Vorschlag, Ausnahmeregelung für Kriegsschiffe zu schaffen (Sonderschiffbau), erwägt Bundeskanzler Streichung.<sup>25</sup>

II. 1) Zum weiteren Verfahren wird vorgeschlagen, daß

- der BSR seine grundsätzliche Haltung zum Vorschlag der Koalitionsfraktionen festlegt und<sup>26</sup>
- die Arbeitsgruppe der Ressorts beauftragt, den Entwurf der Grundsätze mit dieser Vorgabe zu überarbeiten und dem BSR zur<sup>27</sup> Beschlußfassung vorzulegen.

2) Außerdem sollte erörtert werden, zu welchem Zeitpunkt die Opposition vom Ergebnis unterrichtet werden soll. In Betracht käme eine mündliche Unterrichtung durch einen<sup>28</sup> Vertreter der Bundesregierung<sup>29</sup> nach der Diskussion im BSR.

<sup>23</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir sollten keiner ‚Listenlösung‘ zustimmen. Diese wird bekannt u[nd] führt dann mit Sicherheit zu außenpolitischen Problemen.“ Vgl. Anm. 2.

<sup>24</sup> Zu dem Passus „Formulierung des Regierungsentwurfs“ vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 2.

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Fischer handschriftlich eingefügt.

<sup>26</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(aufgrund einer abgestimmten Vorlage der Ressorts) dann“. Vgl. Anm. 2.

<sup>27</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „abschließen“. Vgl. Anm. 2.

<sup>28</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „dem zuständigen“. Vgl. Anm. 2.

<sup>29</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(BMWi)“. Vgl. Anm. 2.

Die unter II. 2) gemachten Vorschläge stimmen mit der Haltung der anderen Ressorts auf Arbeitsebene überein.<sup>30</sup>

Per Fischer

VS-Bd. 10404 (422)

## 50

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

212-321.11-509/82 VS-vertraulich

10. Februar 1982<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 8.2.1982 in Madrid<sup>2</sup>

Das Gespräch, das im Hotel von Außenminister Haig unter vier Augen (ohne Dolmetscher) stattfand, dauerte von 18.35 Uhr bis 20.30 Uhr.

Der Bundesminister gab nach dem Gespräch folgende Unterrichtung:

Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in Europa

BM: Es sei für die Bundesregierung nicht akzeptabel, wenn der amerikanische Präsident auf seiner ersten Europareise Paris, Brüssel, Rom und London besuche, aber nicht in die Bundesrepublik Deutschland komme. Auch frühere amerikanische Präsidenten hätten stets Wert darauf gelegt, nach einer gewissen Zeit seit Übernahme ihres Amtes die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen.

<sup>30</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze informierte am 17. Februar 1982 über eine Ressortbesprechung im Bundesministerium für Wirtschaft am Vortag, bei der der „Ressort-Entwurf der R[üstungs]E[xport]P[olitischen]-Grundsätze vom 23. Oktober 81 aufgrund des Koalitionsgespräches vom 10.2.82 überarbeitet“ worden sei. Zu den Ergebnissen bemerkte er: „Die einzige wesentliche Änderung betrifft die Kriterien zur Lieferung in D[ritte]W[elt] [...]. Hier lautet die Vorgabe aus dem Koalitionsgespräch vom 10.2.: ‚Kompromiß von Ressortpapier einerseits, SPD- und FDP-Papier andererseits‘. Der Passus über die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland ist so abgefaßt, daß auch außenpolitische Interessen allein zu K[riegs]W[affen]-Exporten führen können [...]. Im Wortlaut wurden die Papiere der Parteien so weit wie möglich berücksichtigt, da diese sich in den späteren Grundsätzen ‚wiederfinden‘ wollen. Bei der Formulierung war auch zu beachten, daß es, entgegen den Parteienpapieren, beim Begriff Spannungsgebiet mit den entsprechenden Sonderkriterien verbleiben soll“. Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 4. März 1982 übersandte Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, Bundesminister Genscher, „wie in der Sitzung des BSR am 3. März 1982 vereinbart, den Entwurf der ‚Neufassung der politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern““. Vgl. VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 11. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1982 in Spanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 47 und Dok. 48.

Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

Die Bundesregierung sei damit einverstanden, daß der NATO-Gipfel in Brüssel stattfinde. Sollte Brüssel jedoch ausscheiden, schlage die Bundesregierung als Ort des Gipfels Bonn<sup>3</sup> vor. Falls man sich auf Brüssel einige, bitte die Bundesregierung, daß der Präsident auf seiner Rundreise durch Europa auch Bonn besuche.

AM Haig sagte zu, dies mit Präsident Reagan zu besprechen.

Madrider Konferenz

AM Haig: Die amerikanische Regierung könne unter keinen Umständen nach der Polen-Debatte „business as usual“ auf der Konferenz akzeptieren.

BM: Das schwebt auch uns nicht vor.<sup>4</sup> Man solle vielmehr die Sowjets auf der Konferenz dazu zwingen, zu den anstehenden Fragen Stellung zu nehmen. Der Druck auf die Sowjetunion in der Polenfrage müsse auch hier aufrechterhalten werden.

AM Haig: Die N+N-Staaten beabsichtigen, schon bald eine Vertagung der Konferenz vorzuschlagen. Auch Norwegen wolle sich dafür einsetzen.<sup>5</sup>

Auf Frage BM, wie er sich in seiner morgigen Rede dazu äußern werde, sagte Haig, er habe die Absicht zu erklären, angesichts der Lage in Polen könne man die Sachverhandlungen in Madrid nicht fortsetzen.<sup>6</sup>

BM: Er rate, dies allenfalls in Frageform zu sagen. Alle Verbündeten müßten auf die Einheit und Geschlossenheit des Bündnisses Rücksicht nehmen.

<sup>3</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>4</sup> Mit Schreiben von 5. Februar 1982 an den belgischen Außenminister Tindemans legte Bundesminister Genscher die Haltung der Bundesregierung zu einer Unterbrechung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid dar: „Es stimmt mich besorgt, daß sich die Allianzpartner noch nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen konnten. [...] Nach unserem Eindruck haben die Zehn unter Ihrer Präsidenschaft einen Konsens dahin erzielt, daß wir der Sowjetunion nicht den Vorteil einräumen sollten, sie aus ihrer Defensivposition in Madrid zu entlassen, indem wir für eine Vertagung des Treffens eintreten. Vielmehr sollte der Westen auch in dieser Phase das Madrider Treffen kontinuierlich weiterführen. Auf diese Weise bliebe die Sowjetunion unserem Drängen auf Implementierung der Menschenrechte und Akzeptierung des westlichen Konzepts einer KAE weiterhin ständig ausgesetzt. Gerade der Bereich der Menschenrechte gibt uns die Möglichkeit, in Madrid auf die Sowjetunion permanenten Druck in der polnischen Frage auszuüben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 77 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze vom 5. Februar 1982 an die Botschaft in Madrid; VS-Bd. 13238 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 29. Januar 1982, die KSZE-Delegationsleiter der Neutralen und Nichtgebundenen Staaten (N+N) seien am 25./26. Januar 1982 in Wien zusammengelassen, „um ihre weitere Haltung zum Fortgang des Madrider KSZE-Folgetreffens zu koordinieren“. Dazu hielt Joetze fest: „Die N+N-Staaten möchten den KSZE-Prozeß und ihre Vermittlungsvorschläge vom 16.12.81 vor Schaden bewahren [...]. Die zu erwartende Härte der Polen-Debatte und die Annahme, der Westen werde Texte zu neuen, polenbezogenen Themen einbringen, brachten die N+N-Staaten jedoch zunächst dazu, die Gesamtatmosphäre der Verhandlungen in der nächsten Phase des Treffens als für den KSZE-Prozeß schädlich und die Chancen für die Einigung über das N+N-Dokument als aussichtslos zu bewerten. Unter diesen Umständen sei eine Vertagung das Klügste. Dem stehe aber sowohl seitens der Zehn, als auch der SU der Wunsch entgegen, weiterzuverhandeln; die SU könne nicht zugeben, daß die Ereignisse in Polen Einfluß auf das Madrider Treffen haben. Ausgehend von dieser Einschätzung fragten sich die N+N-Staaten, wie die Zeit vom 12.2. bis 2.4. unter Vermeidung irreparabler Konfrontation sinnvoll genutzt werden könne.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133408.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2061, S. 37–39.

Man dürfe es dem Osten nicht zu leicht machen, aus seiner schwierigen Lage in Madrid herauszukommen. Zunächst solle man die Debatte in dieser Woche abwarten. Danach könne man überlegen, wie es weitergehen solle.

AM Haig fragte, wo man das besprechen solle.

BM: Nicht in Madrid, sondern im NATO-Rat.

Der Bundesregierung gehe es darum zu verhindern, daß die Bundesrepublik in eine Position der Schwäche komme. Wir wollten nicht wie im Falle des amerikanischen Getreideembargos zunächst Bedingungen stellen, dann aber eines Tages doch zum „business as usual“ zurückkehren, auch wenn die Bedingungen nicht erfüllt worden seien.<sup>7</sup>

AM Haig: Die amerikanische Seite sei bereit, einem Vertagungsvorschlag mit festem Datum zuzustimmen. Er sei auch einverstanden, daß man die Wiederaufnahme der Konferenz nicht von Bedingungen abhängig mache. Zur Frage der START-Verhandlungen<sup>8</sup> habe amerikanische Regierung die gleiche Haltung eingenommen.

Er werde diese Fragen mit dem Präsidenten besprechen. Im übrigen werde er heute noch mit dem französischen Außenminister Cheysson sprechen, der offenbar begierig sei, seinen Konferenzvorschlag (KAE)<sup>9</sup> voranzubringen.

Besuch des Bundesministers in den Vereinigten Staaten<sup>10</sup>

AM Haig habe Absicht BM, im März die Vereinigten Staaten zu besuchen, begrüßt. Er habe dabei auf die Absicht hingewiesen, etwa in dieser Zeit in einer großen außenpolitischen Rede die amerikanische Außenpolitik mit ihren weltweiten Bezügen darzulegen.<sup>11</sup> Dabei werde er sich auch mit der Kritik konservativer Kreise in den Vereinigten Staaten an seiner Außenpolitik auseinandersetzen.<sup>12</sup> Der Präsident habe dieser Absicht bereits zugestimmt.

<sup>7</sup> Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

<sup>8</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, resümierte am 19. Februar 1982 Informationen der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START): „1) Die Arbeiten seien so weit fortgeschritten, daß die Vorbereitung auf die Verhandlungen technisch bis Ende März abgeschlossen werden könnte. [...] 2) Zu den noch ungelösten Fragen gehören die Art und Weise der Einbeziehung des Backfire und der SLCMs. Auch sei die Behandlung der Trägerflugzeuge noch offen, die allerdings möglicherweise auch in den INF-Bereich fallen könnten. 3) Besondere Schwierigkeiten stelle bei der neuen Zählmethode (Zerstörungskraft und Zahl der Sprengköpfe) die Einordnung der neuen Bomber dar. Hier müsse eine Lösung gefunden werden, die der Tatsache gerecht werde, daß es sich bei den Bombern nicht um eine Erstschlagwaffe handele. [...] 4) Besondere Aufmerksamkeit werde der Frage der Verifikation gewidmet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 795; VS-Bd. 12050 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 7. bis 9. März 1982 in den USA vgl. Dok. 74 und Dok. 76–79.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 2. März 1982 vor dem Senat in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Nr. 82 (1982), Heft 2061, S. 33–35.

<sup>12</sup> Ministerialdirigent Bräutigam hielt am 5. Februar 1982 fest: „In der Polenfrage hat sich die amerikanische Haltung in jüngster Zeit verhärtet. Dies beruht auf der Verschlechterung der Lage in Polen selbst, aber auch auf zunehmender Kritik konservativer Kreise an der angeblich ‚zu weichen Politik‘ der USA (u. a. Kissinger). Einflußreiche Kreise u. a. in der Administration drängen auf weitgehende Sanktionen auch der Verbündeten. Die Frage der Wirksamkeit der Sanktionen tritt zurück gegenüber dem Prinzip, moralische Werte geltend zu machen und gegenüber der SU ein

BM äußerte nach der Unterrichtung den Eindruck, daß die Amerikaner unter innenpolitischem Druck weiterhin auf eine Unterbrechung der Madrider Konferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt abzielten. Er habe deutlich gemacht, daß sie beide in dieser Frage eine große Verantwortung für die Erhaltung der Einheit des Bündnisses trügen.

Bräutigam

VS-Bd. 14106 (010)

## 51

### Aufzeichnung Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-NfD

10. Februar 1982<sup>1</sup>

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Togo, General Eyadéma, am Dienstag, dem 9. Februar 1982, 12.00 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: auf seiten Togos: Herr Dogo, Minister für Planung und Verwaltungsreform; Herr Akakpo-Ahiany, Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit; Botschafter Agbenou; auf deutscher Seite: StM Frau Hamm-Brücher; StS Lautenschlager; StS Porzner; MDg Dr. Zeller als Note-taker; Frau Hamerlak-Hermesdorff als Dolmetscher.

Das Gespräch wurde eröffnet mit einem Meinungsaustausch zwischen Ihnen und dem Präsidenten über die Exportgüter des Landes (Phosphat an erster Stelle, Kakao an zweiter), über die Wirtschaftsgeographie des Landes, Transportfragen (insbesondere Trassenführung der Eisenbahn, Pläne für ihre Erweiterung) sowie insbesondere über die deutsch-togoischen Beziehungen in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Der Präsident bemerkte, daß Togo selbst am meisten darunter gelitten habe, daß die Deutschen hätten Togo verlassen müs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 243*

deutliches Signal zu setzen, nicht in die politische und soziale Entwicklung eines ihrer osteuropäischen Verbündeten einzugreifen.“ Vgl. VS-Bd. 12935 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller am 10. Februar 1982 über Ministerialdirektor von der Gablentz, beide Bundeskanzleramt, und Staatssekretär Lahnstein an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie des Vermerks erhalten. [...] Wie ich vom Auswärtigen Amt soeben höre, will Präsident Eyadéma auf dem Rückflug Station in Tripolis machen.“

Hat Gablentz und Lahnstein am 10. Februar 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt am 11. Februar 1982 vorgelegen, der vermerkte, daß er die Gesprächsaufzeichnung „nicht gelesen“ habe. Zum geplanten Besuch von Präsident Eyadéma in Tripolis hielt Schmidt fest: „War mir auch so gesagt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Präsident Eyadéma hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf.

sen: daraus habe sich die Teilung des Landes in einen englisch- und einen französischsprachigen Teil ergeben.

Sie bemerkten sodann, wie sehr Sie sich freuten, den Präsidenten bei sich zu begrüßen. Sie wollten in dem Gespräch insbesondere erfahren, wie er die Gesamtheit der Lage in Afrika einschätze. Er sei 15 Jahre Regierungschef seines Landes gewesen. Dies sei eine lange Zeit, er habe in ihr große Erfahrungen sammeln können und dabei eine große Übersicht über die Gesamtentwicklung gewonnen. Demgegenüber seien Sie erst acht Jahre Bundeskanzler.

Präsident Eyadéma (künftig abgekürzt E.) erwiderte, indem er Ihnen und dem deutschen Volk die brüderlichen Grüße des Volkes von Togo übermittelt. Die Beziehungen unserer beiden Länder seien gut und fest. Er übermittelt Ihnen, der Bundesregierung, Ihrer Familie und Ihren Freunden auch die allerbesten Wünsche zum neuen Jahr und spricht Ihnen seinen Glückwunsch für den Ausgang der Vertrauensabstimmung im Bundestag<sup>3</sup> aus.

Togo sei es recht bald nach der Unabhängigkeit<sup>4</sup> gelungen, stabile Verhältnisse im Lande selbst zu entwickeln; es sei ein friedliches Land. Diesen Friedenswillen teile es mit anderen Völkern in Afrika; er wolle helfen, daß Frieden in der Region herrsche. Deshalb habe er auch in zahlreichen Streitfällen seine guten Dienste zur Verfügung gestellt. So habe er auf Bitten anderer afrikanischer Staatschefs im Konflikt zwischen Kongo-Brazzaville und Zaire zu helfen versucht, danach im Streit zwischen Obervolta und Mali, dann in sehr schwierigen Konflikten, zwischen Sekou Touré, Senghor und Houphouët-Boigny. Hier habe er drei Jahre gebraucht, bis er zu einer Regelung gekommen sei. Andere Streitfälle, bei denen er vermittelt habe, waren die zwischen Gabun und Benin sowie zwischen Kamerun und Nigeria.

Sie erkundigten sich nach der inneren Lage in Nigeria.

Laut E. gehe es nicht so gut. Er habe kürzlich einen Sendboten zu Shagari geschickt, wie dies recht regelmäßig zwischen ihnen geschehe. Shagari habe Probleme mit der Opposition im Lande, die sich formiere.

Sie fragten, ob Obasanjo hilfreich sei.

E. entgegnete, daß er Shagari sehr bei dessen Wahl<sup>5</sup> geholfen habe. Was er jetzt politisch tue, sei ihm nicht bekannt.

Sie machten darauf aufmerksam, daß er sich auf seine Farm zurückgezogen habe.

E. bejahte dies; die Farm liege zwischen Nigeria und Benin.

E. kam auf Streitschlichtungsfälle in Afrika zurück und erwähnte seine Vermittlung zwischen Houphouët und Limann. Afrika brauche Frieden, denn nur im Frieden könne es sich wirtschaftlich entwickeln. Die afrikanischen Staaten zählten dabei auf europäische Unterstützung durch Entwicklungshilfe und Technologie. Unfrieden in Afrika diene lediglich den Interessen der Großmächte.

<sup>3</sup> Am 3. Februar 1982 stellte Bundeskanzler Schmidt im Bundestag die Vertrauensfrage. Der Bundestag sprach ihm am 5. Februar 1982 mit 269 gegen 224 Stimmen das Vertrauen aus. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 5050–5071.

<sup>4</sup> Togo erlangte am 27. April 1960 die Unabhängigkeit von Frankreich.

<sup>5</sup> Alhaji Shehu Shagari wurde am 11. August 1979 zum Präsidenten Nigerias gewählt.

Auf den Tschad eingehend, bemerkte E., daß zu einem früheren Zeitpunkt Giscard d'Estaing ihn gebeten habe zu helfen.<sup>6</sup> Er habe aus Freundschaft zugestimmt und sei nach N'Djamena gereist. Es sei ihm damals gelungen, Goukouni und Hissan Habré an einen Tisch zu bringen. Beide wollten ja den Tschad nicht zerstören, sondern ihn aufbauen. Er habe sie daher nach Lomé an den Verhandlungstisch gebracht. Es sei damals zu einem Waffenstillstand gekommen, der freilich nicht respektiert worden sei. Grund dafür war, daß es damals keine OAU-Streitkraft gegeben habe. Die Feindseligkeiten seien daher erneut ausgebrochen. Dann habe es einen zweiten Waffenstillstand in Lomé gegeben. Hissan Habré sei damals freilich nicht gekommen, weil er meinte, sich in einer Position der Stärke zu befinden, und nicht gesehen habe, daß die Zeit gegen ihn spiele. Das Ergebnis sei gewesen, daß Gaddafi Hissan Habré verjagt habe. Nunmehr habe sich Gaddafi wieder zurückgezogen. Vorrangig sei es jetzt, zu einer Aussöhnung zwischen den feindlichen Personen und Parteien beizutragen. Erst dann sei es sinnvoll, OAU-Truppen in den Tschad zu entsenden. Jedenfalls habe er sich für ein solches Vorgehen eingesetzt. Andere, die dann sich durchgesetzt hätten, hätten sofort Truppen in den Tschad schicken wollen. Dabei habe es sich erwiesen, daß diese zwischen den feindlichen Parteien nicht operieren konnten. So sei man wieder auf seine Idee zurückgekommen, zunächst dazu beizutragen, die verschiedenen Kräfte im Tschad zu versöhnen. Hieran müßten alle Tendenzen im Tschad mitwirken. Diesen Friedenszustand gelte es dann, mit Hilfe der Truppen der OAU zu stabilisieren; danach müsse es unter OAU-Auspizien freie Wahlen geben. Die internationale Gemeinschaft solle dem Lande bei seinem Wiederaufbau helfen.

Sie erkundigten sich nach Gaddafis Rolle.

E. entgegnete, daß nicht so sehr Gaddafi den Tschad destabilisiere, sondern über ihn und ihn als Instrument benutzend, die Sowjetunion.

Zu Namibia bemerkte E., daß Togo den Vorsitz im Befreiungskomitee der OAU innehabe. Er wolle Sie zunächst zu der sehr dynamischen deutschen Namibia-Diplomatie beglückwünschen.<sup>7</sup> Pretoria irre sich, wenn es glaube, die SWAPO mit Kommunisten oder kommunistischem Einfluß in einem unabhängigen Namibia unter SWAPO-Einfluß gleichsetzen zu können. Wir müßten Druck auf Pretoria ausüben, aber gleichzeitig auch versuchen, Südafrika in diesem Punkte zu beruhigen. Die SWAPO sei ebensowenig kommunistisch wie Mugabe, dem man auch dasselbe nachgesagt habe. Festzustellen sei, daß bei der ersten

<sup>6</sup> Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 16, Anm. 11.

Am 23. Februar 1981 informierte Botschafter Reitberger, Lomé: „Der Fehlschlag der togoischen Initiative zur Befriedung des Tschad, die seit April 1980 und insbesondere zum Jahreswechsel zu einer Reihe von Tschad-Konferenzen in Lomé (September, Oktober, Dezember 1980, Januar 1981) und Lagos führte, wurde von Präsident Eyadéma als Schock empfunden. Togos Aktion sollte einem afrikanischen Bruderland den Frieden bringen und gleichzeitig der selbstgewählten, eigenen Berufung als Friedensstifter zum Durchbruch und zu internationaler Anerkennung verhelfen. [...] Libysch-tschadische Versuche, die völkerrechtliche Relevanz der ins Auge gefaßten Fusion und die Bedeutung der sowjetischen Rückendeckung herunterzuspielen, konnten die togoische Regierung bisher keineswegs von der Vermutung einer großangelegten und konsequent verfolgten sowjetischen Strategie der Destabilisierung Afrikas mit Hilfe von Stellvertretern abbringen. Den Westen trifft der Vorwurf, diese Gefahr noch immer nicht erkannt und es versäumt zu haben, ihr entschlossen entgegenzuwirken.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 72; Referat 321, Bd. 141032.

<sup>7</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 36.

Feier zur Unabhängigkeit Simbabwe<sup>8</sup> die Russen gar nicht eingeladen worden seien. Die SWAPO werde sich ebenfalls so verhalten.

Zu Namibia gelte es jetzt, die Arbeit der Kontaktgruppe zu verstärken, sodann einen Waffenstillstand zu erreichen; danach müßten sich die südafrikanischen Truppen zurückziehen; schließlich müsse es freie Wahlen unter der Schirmherrschaft der VN und der OAU geben. Die SWAPO sei durchaus bereit mitzuspielen. Sie würde auch nicht die Europäer aus dem Lande vertreiben wollen. In dieser Entwicklung schaue man sehr auf die Europäer.

Der Westen habe in diesem Teil Afrikas seine Interessen nicht immer gut wahrgenommen. So hätte er in Angola z.B. rechtzeitig Savimbi und Holden unterstützen sollen.<sup>9</sup> Der Westen habe ihnen jedoch nicht geholfen, wohl aber habe die SU Neto unterstützt. Wenn der Westen beide unterstützt hätte, dann wäre heute Frieden in Angola. Er habe den Eindruck, daß der Westen oftmals nicht schnell genug handele. Die kommunistische Gefahr sei real. In Togo gebe es keine Kommunisten; die Togolesen wollten auch nicht kommunistisch werden, wie überhaupt der Kommunismus für Afrika ungeeignet sei. Es könne jedoch sein, daß sie kommunistisch werden müßten. Bevor er nach Deutschland gekommen sei, habe er Präsident Houphouët-Boigny getroffen. Dieser habe ihm Grüße an den Bundeskanzler aufgetragen und gebeten, ihm zu sagen, daß die westlichen Staaten sehr aufmerksam darauf achten müßten, wie die Russen Fuß in Afrika faßten – auch in Westafrika, wie das Beispiel Ghana<sup>10</sup> zeige. Diese Entwicklung des kommunistischen Einflusses in Westafrika beunruhige ihn und seine Freunde sehr.

Sie entgegneten, daß Sie E., in dem, was er über Westafrika und das südliche Afrika gesagt habe, ohne Einschränkung zustimmen könnten.

In der Namibia-Frage sei es nicht immer einfach, in der Gruppe der Fünf zu gleichen Vorstellungen zu kommen. Sie stimmten Eyadémas Ausführungen zu Namibia zu und auch seiner Einschätzung Mugabes.

Sie fragten, warum die Afrikaner sich Gaddafi als Präsidenten der OAU gewählt hätten.<sup>11</sup> Dies habe Sie etwas überrascht, sei aber natürlich ein politi-

<sup>8</sup> Simbabwe wurde am 18. April 1980 formal in die Unabhängigkeit entlassen.

<sup>9</sup> Nach der Erlangung der Unabhängigkeit am 11. November 1975 brach in Angola ein Bürgerkrieg zwischen der MPLA und der von Jonas Savimbi geführten UNITA sowie der von Roberto Álvaro Holden Roberto geleiteten FNLA aus. Die von Kuba und der UdSSR unterstützte MPLA konnte dabei ihren Machtanspruch gegen den fortgesetzten Widerstand der beiden anderen Gruppierungen behaupten. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 19.

<sup>10</sup> Am 31. Dezember 1981 wurde in Ghana Präsident Limann durch einen „Provisorischen Militärrat“ unter Führung des ehemaligen Hauptmann Rawlings gestürzt. Botschafter Reitberger, Lomé, teilte dazu am 31. März 1982 mit: „Außenpolitische Sorge Nr. 1 ist für die togoische Regierung die Entwicklung in Ghana seit Jerry Rawlings zweitem Putsch vom 31.12.81. Präsident Eyadéma sieht sich hier in seiner Befürchtung einer großangelegten, von den Libyern im Auftrag der UdSSR planmäßig durchgeführten Destabilisierungsaktion auf drastische Weise bestätigt [...]. Die ohnehin durch die ‚West-Togoland-Frage‘ belasteten Beziehungen zu diesem Nachbarn haben sich trotz eines offiziellen ghanaischen Konsultationsbesuchs [...] praktisch dem Nullpunkt genähert. Man schließt insgeheim eine ähnliche Entwicklung für Togo keineswegs aus und verstärkt die Sicherheitsmaßnahmen im ganzen Land.“ Vgl. den Politischen Halbjahresbericht für Togo; Referat 321, Bd. 141032.

<sup>11</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen zum nächsten Veranstalter und damit Oberst Gaddafi zum Konferenzvorsitzenden sowie Präsidenten der OAE bestimmt.

sches Faktum. Immerhin habe Gaddafi jetzt seine Truppen aus dem Tschad zurückgezogen; dies sei eine positive Entwicklung.

Gestern hätten Sie ein langes Gespräch mit einem Freund, dem Präsidenten Mubarak, geführt, der Ihnen einen ähnlichen Eindruck von der Rolle Libyens und vom Einfluß der SU in der Region vermittelt habe.<sup>12</sup>

Wir seien recht befriedigt gewesen, wie Cancún<sup>13</sup> verlaufen sei und besonders auch darüber, daß die USA sich dank unserer Einwirkung in Fragen der Dritten Welt aufgeschlossener gezeigt hätten. Die Fronten seien dadurch etwas aufgelockert worden. Wir seien Anhänger der Globalen Verhandlungen. Sie selbst fühlten sich besonders engagiert für Lomé I und II.<sup>14</sup> Hier sei das bisher tragfähigste Konzept für eine Kooperation zwischen dem Norden und dem Süden entwickelt worden. Der Stabilisierungsfonds sei eine vorbildliche Schöpfung.

In Namibia stünden wir auf dem Boden der Sicherheitsrats-Entschießung 435.<sup>15</sup>

Sie erklärten sich enttäuscht darüber, daß Togo in den VN einer Entschließung zugestimmt hat, die uns der nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika beschuldigt (hier zeigte sich der Präsident etwas unruhig und gegenüber seinem AM verärgert).<sup>16</sup> Dies sei eine falsche Anschuldigung und jeder wisse das. Ein sol-

<sup>12</sup> Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vermerkte am 9. Februar 1982, Präsident Mubarak habe am Vortag im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt dargelegt: „Zu Gaddafi machte M[ubarak] aus seinem negativen Urteil keinen Hehl. Gaddafi bleibt unberechenbar, läßt sich von der SU mißbrauchen und bedeutet politisches Unheil für Sudan und Äthiopien. Meldungen über angebliche Öffnung der Grenzen gegenüber Libyen sind erfunden – vielleicht von der SU. Es ging nur darum, eine kleine Zahl von Ägyptern wieder nach Ägypten einreisen zu lassen, die in Libyen gearbeitet hatten.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1982. Zu dem Gespräch vgl. ebenfalls Dok. 46, Anm. 13.

<sup>13</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1088.

<sup>15</sup> Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 36, Anm. 14.

<sup>16</sup> Mit Resolution Nr. 35/28 verurteilte die VN-Generalversammlung am 11. November 1980 die Bundesrepublik, Frankreich, Israel und die USA wegen einer angeblichen nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XIX, S. 400–402.

Ministerialdirigentin Finke-Osiander führte dazu am 10. Dezember 1980 aus: „Seit 1976 müssen wir uns in der VN damit auseinandersetzen, daß in einer Resolution über ‚Wirtschaftliche Interessen in abhängigen Gebieten...‘ die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit westlichen Staaten und Israel wegen Zusammenarbeit mit Südafrika namentlich verurteilt wird. [...] 1978 haben wir eine weltweite Demarchenaktion gegen die ungerechtfertigte Unterstellung der Zusammenarbeit mit Südafrika auf nuklearem Gebiet durchgeführt. Die Zahl der Ja-Stimmen zu der uns verurteilenden Resolution ging zurück, 1978 auf 83; 1979 stieg sie auf 88 leicht an, 1980 dagegen war der Anstieg deutlich stärker, nämlich um 15 Ja-Stimmen auf 103. [...] Angesichts unserer Demarchenaktion von 1978 und angesichts des Umstandes, daß unsere Stimmklärung im 4. Ausschuß in den Hauptstädten nicht bekannt sein dürfte, schlage ich vor, daß unsere Botschaften in den Hauptstädten, deren Regierungen der Resolution zugestimmt haben, wiederum demarchieren und ein Non-paper abgeben [...], in dem die ungerechtfertigte Unterstellung unserer Zusammenarbeit mit Südafrika auf nuklearem Gebiet zurückgewiesen wird.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129508.

Am 24. November 1981 wiederholte die VN-Generalversammlung mit Resolution Nr. 36/51 ihre Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XX, S. 431–433.

Botschafter Reitberger, Lomé, legte am 17. Dezember 1981 zum Abstimmungsverhalten Togos dar: „In den Entscheidungsgremien der VN stimmt es, wo immer dies möglich ist, mit uns. Allerdings

ches Verhalten sei auch intern bei uns nicht gut, denn es mache der Regierung Schwierigkeiten, im Parlament die notwendige Unterstützung für Entwicklungshilfeleistungen zu erhalten.

Diese wirtschaftliche Kooperation zu stärken, sei in der Tat vordringlich. Es gehe darum, starke eigenständige Staaten und Wirtschaften zu schaffen. Nur so könne der sowjetische Einfluß aus der Region herausgehalten werden. Ihn könnten wir nicht nur in Westafrika, sondern auch in Südafrika feststellen, insbesondere aber am Horn von Afrika. Von Addis ausgehend, versuche die SU, Einfluß auf Somalia und auch auf den Sudan zu nehmen. Wir versuchten hier zu helfen. Auf der anderen Seite des Roten Meeres unterhalte die SU im Südjemen eine Bastion, ihr Einfluß im Nordjemen nehme zu. Sie stimmten daher der strategischen Besorgnis des Präsidenten voll zu. Vom Westen sei eine verständnisvolle Politik gefordert; hieran fehle es zuweilen. Uns gehe es darum, die Eigenständigkeit der Blockfreien zu stärken, sowohl politisch wie wirtschaftlich. Sie verwiesen nochmals auf Lomé und im Zusammenhang damit auf STABEX<sup>17</sup> und MINEX<sup>18</sup>.

Ihr Eindruck von dem bisherigen Gespräch sei, daß Sie und der Präsident in der Gesamtbeurteilung der Lage in Afrika sehr nahe beieinander seien.

E. dankte für Ihre Stellungnahme.

Was die OAU-Präsidentschaft und den OAU-Gipfel in Tripolis<sup>19</sup> betreffe, so wolle er sagen, daß die Afrikaner und er keine andere Wahl gehabt hätten. Eine Reihe von Ländern hätte Togo statt Libyen favorisiert. Da er aber ein vorsichtiger Mann sei und Gaddafis Reaktionen fürchte, sei er auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Gaddafi arbeite auch sehr mit dem Mittel der Korruption und reise mit dem Scheckheft in der Tasche herum, um Bestechungsgelder zu verteilen. Sein Rückzug aus dem Tschad sei taktisch gemeint. Er sei zurückgegangen, um danach besser springen zu können. Zunächst sei es ihm darum gegangen, den OAU-Gipfel nach Tripolis zu bekommen, was unmöglich gewesen wäre, wenn er im Tschad geblieben wäre. Wenn der Gipfel einmal vorbei sei, werde er mit dem Tschad auf seine Weise verfahren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 248*

sah sich die togoische Delegation im 4. Politischen Ausschuß der 36. VN-GV (November 1981) als Vertreterin der Präsidialmacht der Gruppe der 19 außerstande, sich bei der namentlichen strengen Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland wegen „militärischer und nuklearer collusion mit der RSA“ der Stimme zu enthalten, nachdem eine togoische Initiative gegen solche Verurteilungen kein Gehör fand.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 629; Referat 321, Bd. 141032.

<sup>17</sup> Das AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 sah die Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse für die AKP-Staaten für bestimmte Waren vor. Dazu sollte ein Fonds unter Verwaltung der EG-Kommission mit einem Gesamtbetrag von 375 Mio. Rechnungseinheiten, verteilt auf fünf Jahresraten, eingerichtet werden. Vgl. dazu Artikel 16–18 des Abkommens; BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2323 f.

In Artikel 31 des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 war ein Fonds in Höhe von 550 Mio. Rechnungseinheiten für einen Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 974.

<sup>18</sup> Mineralexporte.

In Titel III des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 waren Maßnahmen zur Schaffung einer stabileren Grundlage für die Entwicklung der AKP-Staaten vorgesehen, deren Wirtschaft in hohem Maße vom Bergbau abhängig war. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 976–978.

<sup>19</sup> In Tripolis fand am 8. August 1982 ein informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten statt. Eine Gipfelkonferenz kam nicht zustande.

Zu der von Ihnen monierten VN-Resolution wolle er lediglich wiederholen, daß die Bundesrepublik Deutschland für Togo ein guter Freund sei. Er habe sich stets für deutsche Interessen verwandt; so habe er auch seinen Dienst angeboten bei der Flugzeugentführung nach Mogadischu<sup>20</sup>.

Danach erläuterte der Außenminister auf Veranlassung des Präsidenten das Zustandekommen der VN-Resolution und wie Togo sich bemüht habe, aus der Resolution die namentliche Nennung der Bundesrepublik Deutschland zu entfernen. Damit sei Togo schließlich nicht durchgekommen und habe sich für die Resolution ausgesprochen, weil es sich nicht von seinen afrikanischen Freunden isolieren wollte.

Der Präsident unterbrach hier seinen Außenminister im ärgerlichen Ton mit der Bemerkung, daß Togo sich hätte enthalten sollen. Er wolle nicht, daß sich ein solcher Vorgang wiederhole. Wenn so etwas anstehe, so könne Herr Wischnewski ihn einfach anrufen.

Das Gespräch wurde sodann beim Mittagessen fortgesetzt. Auf togoischer Seite treten die folgenden Minister hinzu: Herr Tevi-Benissan, Herr Barque, Herr Walla; auf deutscher Seite: Herr Wischnewski; StS Lautenschlager nimmt an dem Essen nicht teil.

Sie wollten einige Bemerkungen zur Weltlage machen, so wie sie sich von Europa aus ansieht. Dabei wollten Sie insbesondere auf zwei Gefahren aufmerksam machen: Einmal bestehe die Gefahr, daß sich die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion verschärften; zum anderen könne die krisenhafte Weltwirtschaftslage sich zu einer echten Krise auswachsen, wenn die Weichen in den USA nicht bald anders gestellt würden.

Politisch sei die Position der USA nach dem Abtritt Nixons<sup>21</sup> und dem Rückzug der USA aus Vietnam<sup>22</sup> geschwächt worden; wohingegen die SU stärker ausgegriffen habe: So in Afghanistan<sup>23</sup>, auch in Afrika, in Libyen, Syrien, Irak und Iran, schließlich auch in Zentralamerika.

In Europa sei das politische Gleichgewicht in den letzten Jahren ganz gut gewahrt worden, es werde auch das Nötige getan, um das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland sei wichtig; sie stelle ihr Territorium, Truppen und Ausrüstung zur Verfügung. Die USA seien sich der Schwächung ihrer Position bewußt geworden. Sie dächten darüber

<sup>20</sup> Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“ sowie in der Türkei inhaftierte Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 wurde sie durch Angehörige der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Während drei von vier Terroristen bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 289–295 und Dok. 299.

<sup>21</sup> Präsident Nixon gab am 8. August 1974 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache seinen Rücktritt bekannt.

<sup>22</sup> Das am 27. Januar 1973 in Paris unterzeichnete Abkommen über die Beendigung des Kriegs und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam sah u. a. einen Waffenstillstand und innerhalb von 60 Tagen den Abzug des amerikanischen Militärpersonals aus Vietnam vor. Für den Wortlaut des Abkommens und der vier dazugehörigen Protokolle vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 68 (1973), S. 169–188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 112–122 (Auszug).

<sup>23</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

nach, wie dem gegengesteuert werden könne, ohne bislang allerdings eine klare Linie gefunden zu haben. Sie sähen besonders zwei Gefahren. Die Lage in Polen könne dazu führen, daß die Großmächte weniger miteinander redeten, sondern nur noch auf Rüstungseskalation setzten. Eine weitere Gefahr sähen Sie in einer Entfremdung zwischen USA und China<sup>24</sup>, wodurch eine Wiederveröhnung Pekings mit Moskau befördert werden könnte. Dies würde die Gewichte in der Welt grundlegend verschieben.

Die politische Krise verschärfe sich durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise. Alle Staaten seien erfaßt; Ausnahmen bildeten lediglich Japan und in geringerem Maße Südafrika. Profitieren würden von dieser Lage lediglich die Länder mit großen Ölüberschüssen. In den Ländern der Dritten Welt komme es hingegen zu einer Ausbreitung des Hungers, bei uns zu zunehmender Arbeitslosigkeit, die so hoch sei wie seit 30 Jahren nicht. GB habe im Augenblick mehr Arbeitslose als Togo Einwohner, die USA viermal so viel. Die Folge dieser Lage sei eine Gefährdung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität auch in den Ländern des Westens. Insgesamt befindet sich die Welt zu Beginn der 80er Jahre in einer gefährlicheren Globallage als zu Beginn der 70er Jahre. Seit sich diese Lage abzeichne, d. h. seit etwa einem Jahrzehnt, sei es auch zu einer Destabilisierung der Regierungen in den westlichen Ländern gekommen: In GB und in den USA habe die politische Richtung in diesem Jahrzehnt zweimal gewechselt, in F einmal. Ausgenommen von diesem Wechsel seien Japan und die Bundesrepublik Deutschland. Auch hier habe es Regierungswechsel, jedoch keine Richtungswechsel gegeben.

Die Wirtschaftskrise gefährde auch das System der Entwicklungshilfe und das Weltfinanzsystem. Mit dem, was Sie sagten, seien Sie kein Pessimist, sondern versuchten, ehrlich und realistisch zu sein, so wie Sie es sein müßten. Im Jahr 1982 werde die Lage sich eher verschlechtern als verbessern.

Ein weiterer Faktor der Unsicherheit in der Welt sei der möglicherweise bevorstehende schnelle Führungswechsel in der SU; dieser nicht aus politischen Gründen, sondern aus Gründen des Lebensalters und der Gesundheit der augenblicklichen Führer. Die dann nachrückenden Personen hätten keine Welterfahrung. Dabei ließe sich noch nicht abschätzen, ob die SU sich nach diesem Führungswechsel noch stärker expansiv verhalten werde. Wir jedenfalls zögen aus dieser Lage den Schluß, daß es vordringlich sei, das militärische Gleichgewicht so auszubauen, daß niemand seine Einflußzonen ausdehnen könne. Daher verwendeten wir auch sehr viel Energie auf das Zustandekommen von Abrüstungsverhandlungen, deren Ergebnisse sich allerdings noch nicht einmal am Horizont abzeichneten.

E. dankte Ihnen für Ihre Darlegungen. Er bemerkte, daß die Afrikaner von den westlichen Staaten und von den Europäern abhingen. Daher beunruhige es ihn zuweilen auch zu sehen, was in den entwickelten Staaten vor sich geht.

Für ihn sei ein Land groß durch die Qualität seiner Menschen und politischen Führer. Er stelle sich zuweilen die Frage, was in den USA vor sich gehe und was von ihnen zu erwarten sei. Manche Probleme wären leichter zu lösen gewesen, wenn die USA eine andere Haltung eingenommen hätten. Das gelte z. B.

<sup>24</sup> Zu den Beziehungen der USA zur Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 7.

für Namibia, aber auch für andere wirtschaftliche und politische Probleme, die die Dritte Welt betreffen.

Eine Annäherung der SU und Chinas wäre in der Tat ein sehr gefährlicher Vorgang, der das Gleichgewicht grundlegend stören würde. In einem solchen Fall bliebe auch den Afrikanern nichts anders übrig, als kommunistisch zu werden.

Die Europäer könnten sehr viel dazu tun, daß die Entwicklung besser verlief. Die Bundesrepublik Deutschland spiele eine bedeutende Rolle in der Welt. Sie betreibe eine gute, anerkannte Außenpolitik, und die D-Mark sei eine kräftige Währung. Dies erlaube den Deutschen, offen ihr Wort zu sagen, und ihr Wort habe Gewicht. Für Togo sei die Bundesrepublik Deutschland eine große Macht.

Er wolle nunmehr eine kurze Bemerkung zu Togos Wirtschaft machen. Togo sei einmal als LLDC eingestuft worden, dann aber aus der Liste der LLDCs herausgefallen, als der Phosphatpreis bei 75 Dollar pro Tonne gestanden habe. Inzwischen, d. h. seit 1975, sei der Preis für Phosphat auf 23 Dollar pro Tonne gefallen.

Auch könne Togo nur noch die Hälfte der Produktion absetzen.

Sie warfen ein, daß sich auch in Togo die Folgen der Wirtschaftskrise bemerkbar machten.

E. stimmte nachdrücklich zu. Auch die Preise für Kakao und Kaffee seien gefallen, und sie könnten von diesen Produkten nur noch die Hälfte verkaufen. Viele seiner Landsleute fragten sich daher, ob die Welt noch in Ordnung sei. Hinzu komme, daß neben fallenden Preisen und Absatzschwierigkeiten für die eigenen Produkte die Erdölpreise sehr in die Höhe gegangen seien. Wenn man hier nichts tue, dann werde es zu einer Destabilisierung der afrikanischen Länder kommen.

Togo sei, als die Preise für seine Produkte günstig waren, Verpflichtungen eingegangen. So habe man die Wasser- und Elektrizitätsversorgung in 18 von 22 Präfekturen verbessert. Dies sei vorbildlich für die Region. Auch die Physiognomie der Hauptstadt habe sich verändert. Lomé sei ein großes internationales Konferenzzentrum.

Selbstverständlich wollte und konnte die Regierung Togos auch die Schulden des Landes zurückzahlen. Sie geriete aber jetzt in Schwierigkeiten.<sup>25</sup>

Herr Wischnewski macht darauf aufmerksam, daß Togo in der Frage seines Status als LLDC einen wichtigen Punkt habe. Die Einteilung werde bei den VN vorgenommen. Wir sollten, wo wir mitzureden hätten, versuchen, Togo zu helfen.

Sie stimmten grundsätzlich zu, daß wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten in diesem Sinne in den VN verwenden sollten.

<sup>25</sup> Im Gespräch mit Bundespräsident Carstens am 8. Februar 1982 führte Präsident Eyadéma zur Haushaltslage Togos aus: „Seit 1976, seit der starken Erhöhung der Erdölpreise sei Togo in einer schwierigen Haushaltssituation und verfolge eine Politik der Sparsamkeit, um sein Defizit abzubauen. Die Inflation mache jedoch die Bemühungen der Regierung zunichte. Alle Schwierigkeiten beruhten auf den niedrigen Preisen und schlechten Absatzmöglichkeiten für Phosphat, Kaffee und Kakao [...]. Denn seitdem die OPEC-Länder die Erdölpreise in die Höhe trieben, versuchten die Industriestaaten, die Preise für Rohstoffe möglichst niedrig zu halten und möglichst geringe Mengen zu kaufen. So habe z. B. Jugoslawien, das früher viel gekauft habe, nun keine finanziellen Mittel mehr für den Kauf von Rohstoffen.“ Vgl. Referat 321, Bd. 141034.

E. erläuterte weiter, daß die Region, in der sich Togo befindet, immer ruhig und stabil gewesen sei. 1972 habe man die westafrikanische Gemeinschaft von zwölf Staaten und 140 Mio. Einwohnern gegründet.<sup>26</sup> Ihr politischer Sitz befinde sich in Nigeria, ihr wirtschaftlicher in Lomé. Sie sei zu einem Beispiel auch für andere afrikanische Staaten und Regionen geworden. Jetzt, mit dem Staatsstreich in Ghana, habe auch diese westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft einen schweren Schlag erhalten. Togo befinde sich jetzt in enger Nachbarschaft zu Staaten, in denen der kommunistische und sowjetische Einfluß stark sei. Er fürchte sehr die sowjetische Infiltration in der Region. Selbst Nigeria sei dagegen nicht gefeit.

Sie stimmten zu.

Herr Wischnewski wies darauf hin, daß sich das gesamte ehemalige Kabinett Ghanas in Togo im Exil befinde.

Auf die bevorstehende Gipfelkonferenz der OAU in Tripolis bezugnehmend, bemerkte Herr Wischnewski, daß Togo großen Einfluß in diesem Kreise habe und diesen Einfluß im Sinne einer gemäßigten realistischen Politik auch nutzen solle. Eyadéma solle sich engagieren. Dies sei im Interesse Afrikas, aber auch vieler Staaten in Europa.

Ende des Gesprächs gegen 14.30 Uhr.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60**

## 52

### **Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt**

114-10824/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 140  
Citissime nachts

**Aufgabe: 10. Februar 1982, 15.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Februar 1982, 16.24 Uhr**

Betr.: Kanadisches Frühstück westlicher AM in Madrid am 10.2.1982<sup>2</sup>

Mit der Bitte um Genehmigung des Inhalts des anliegenden Gesprächsvermerks über das heutige Frühstück der westlichen Außenminister auf Einla-

<sup>26</sup> Eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs von 15 westafrikanischen Staaten beschloß am 28. Mai 1975 in Lagos die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). Der Gründungsvertrag sah die Schaffung eines Exekutivsekretariats, eines Ministerrats und von vier Kommissionen vor. Vgl. dazu die Meldung „Eine Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 29. Mai 1975, S. 17.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet.

derung des kanadischen Außenministers<sup>3</sup> und um Genehmigung der Verteilung durch BM.

Aus der von dem kanadischen AM geleiteten Diskussion westlicher AM über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Entwicklung in Polen auf das Ost-West-Verhältnis ist festzuhalten:

US-AM: Laut amerikanischen Informationen aus dem Vatikan werde ein Dialog zwischen Kirche und anderen Gesellschaftskräften mit dem Militärregime noch für möglich gehalten, General Jaruzelski nach wie vor als Nationalist beurteilt und zur Vorsicht bei der Handhabung westlicher Sanktionen<sup>4</sup> gemahnt (z. B. schädliche Wirkung der Einstellung amerikanischer Lieferungen von Hühnerfutter). AM Haig fügte hinzu, daß nach anderen Informationen Wałęsa nach wie vor gegen Verhandlungen mit dem Militärregime sei. AM Haig riet zu folgender Haltung: Einerseits müßte die SU als der hinter den polnischen Ereignissen liegende Hauptfaktor gebührend herausgestellt werden, andererseits müßte der Westen eine „Karotte“ sichtbar in der Hand halten. Um die SU wirksam treffen zu können, biete sich Drosselung der westlichen Kredite an. (Der Ratschlag der öffentlichen Meinung in den USA wirke sich häufig schädlicher auf die Bündniseinheit im Westen als auf den Osten aus.) Nächste Woche werde eine Expertengruppe der Administration Westeuropa aufsuchen und Vorschläge zur Kreditfrage erörtern. Daß die „Karotte“ in unserer Hand ebenso wichtig sei, zeige seine gestrige Rede vor dem KSZE-Plenum<sup>5</sup>.

BM versteht Wałęsas Haltung, der seine Verhandlungsposition verbessern wolle. Die polnische Kirche warne vor Sanktionen, die von dem polnischen Militärregime benutzt werden könnten, um die Verantwortung für die Wirtschaftsmisere auf den Westen abzuschieben. (Dabei habe der Westen gegenüber Polen bisher keine Sanktionen ergriffen, sondern lediglich keine Kredite mehr gegeben.)

Die sowjetische Verantwortung für die Vorgänge in Polen müsse in der Tat klar herausgestellt werden. Die sowjetische Reaktion auf die gestrigen Reden westlicher AM im KSZE-Plenum zeige die sowjetische Empfindlichkeit.<sup>6</sup> Die sowje-

<sup>3</sup> Mark R. MacGuigan.

<sup>4</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2061, S. 37–39.

<sup>6</sup> Am 11. Februar 1982 berichtete Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), über die Fortsetzung der KSZE-Folgekonferenz am 9. Februar 1982 in Madrid: „1) Die sowjetische Delegation hat mit Hilfe des von ihr entsprechend instruierten polnischen Vorsitzenden unter Mißachtung der Verfahrensregeln es vermocht, von den 21 für die Plenarsitzung am 9.2.82 eingetragenen Sprechern zwölf Sprecher an der Wortergreifung zu hindern. Unter diesen befanden sich sieben Außenminister [...] westlicher Staaten. Der Sowjetunion ist es damit gelungen, die Debatte über Polen am ersten Tag nach den Ausführungen des kanadischen, belgischen, amerikanischen, italienischen, des Bundesministers und des spanischen AM abubrechen. Zum ersten Male in der Geschichte des KSZE-Prozesses hat damit ein Staat das zentrale Grundprinzip des KSZE-Prozesses mit Hilfe brutaler Manipulation verletzt, nach dem jeder Staat auf Grundlage der Gleichberechtigung zu jeder Zeit zu jedem Thema das Wort ergreifen kann. 2) Der sowjetische Delegationsleiter hat in der informellen Sitzung der Delegationsleiter am 10.2.82 ausdrücklich erklärt, daß die SU eine Polen-Debatte auf der Madrider Konferenz für ‚illegal‘ ansehe und sich jedem weiteren Versuch, über die polnische Frage zu sprechen, widersetzen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 212, Bd. 133408.

Am 12. Februar 1982 teilte Kastl zur Wiederaufnahme der Plenarsitzung am selben Tag mit: „Zu Beginn des Plenums stellte A nach vorheriger Absprache mit der SU unter Hinweis auf II Ziffer 13, Satz 2 der Beschlüsse über die Organisation des Madrider Treffens (Violettes Buch) wegen der gro-

tische Verantwortung herauszustellen, helfe auch bei der öffentlichen Meinung in Polen.

B-AM<sup>7</sup> berichtet, belgische Banken und Geschäftskreise stünden unter wachsendem Druck sowjetischer Geschäftsvorschläge.

N-AM<sup>8</sup> wendet ein, daß die SU weitere westliche Kredite erwarte, und zitiert als Beispiel joint ventures in der Barentssee, die die SU den Skandinaviern vorge schlagen hätte und abzielten auf modernste Ölbohrtechnik und westliche Kredite. N lehne dies ab.

BM bestätigt, daß die SU einen hohen Preis für ihre Rolle bei den polnischen Ereignissen in der öffentlichen Meinung der Welt zahle.

TUR-AM<sup>9</sup> berichtet von Kontakten mit der jugoslawischen Regierung, daß die SU einen Zustand anstrebe, der zwischen den August-Ereignissen von 1980 und dem 13.12.1981 liege. Man solle nicht die Polen bestrafen. Der türkische AM erinnert daran, daß sein Land mit der SU weiter Handel treiben muß, um sowjetische Kredite zurückzahlen zu können. Der Vergleich zwischen den Ereignissen in Polen und dem Militärregime in der Türkei<sup>10</sup> werde in der Türkei mißlich empfunden. BM erinnert an seine Erwiderung vor dem Deutschen Bundestag<sup>11</sup>, in der er u. a. folgende Unterschiede aufgezeigt habe:

- 1) In der Türkei habe es vor dem Militärregime 20 bis 30 Tote täglich gegeben, in Polen nach dem Militärregime erst die Toten<sup>12</sup>.
- 2) Die Türkei hat selbst sich für das Militärregime entschieden und sei nicht von den Verbündeten hierzu gedrängt worden. Ferner wünsche das türkische Militärregime das Land zur Demokratie zurückzuführen, in Polen hätten die Sowjets auf die Errichtung des Militärregimes hingedrängt.

CDN-AM stimmt darin überein, daß die SU nicht aus ihrer Verantwortung befreit werden sollte, ebensowenig aber auch das polnische Militärregime.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 254*

ben Zahl der in die Rednerliste eingetragenen Delegationen (22) den Antrag, eine Nachmittagssitzung, wieder unter portugiesischem Vorsitz, festzulegen. [...] Was die SU, die noch am Vortage ihre Obstruktionsabsicht nachdrücklich betont hatte, zu diesem Sinneswandel veranlaßt hat, scheint Ausdruck ihrer Erkenntnis zu sein, daß ihr Verhalten in der Plenarsitzung des 9.2. ihren Interessen geschadet hat.“ Kastl stellte sodann fest, daß von den in der Plenarsitzung am 9. Februar 1982 nicht mehr zu Wort gekommenen Staaten Frankreich, die DDR, Schweden, Großbritannien, die ČSSR, Irland und Dänemark gesprochen hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 212, Bd. 133408.

Kastl berichtete am 12. Februar 1982 über die Nachmittagssitzung am selben Tag: „Die Sprecher der NL (AM), von LUX (AM), A (AM), Liechtensteins und San Marinos wiesen die Forderung Polens – wie auch der übrigen Ostblockstaaten –, daß die Lage in PL kein Thema der KSZE sein dürfe, klar zurück. Während der Vertreter des Vatikans das Thema PL in allgemeiner Form, mit geschichtlichen und philosophischen Anmerkungen angereichert, ansprach und die Verletzung der Schlußakte klar nannte, vermied der Vertreter SF (StS) praktisch jede direkte Bewertung der polnischen Situation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 153; Referat 212, Bd. 133408.

<sup>7</sup> Léo Tindemans.

<sup>8</sup> Svenn Stray.

<sup>9</sup> Ilter Türkmén.

<sup>10</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1982 im Bundestag zur Lage in der Türkei vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4580 f.

<sup>12</sup> Bei der Erstürmung der Zeche Wujek durch polnische Milizsoldaten starben am 16. Dezember 1981 sieben Menschen. Vgl. dazu Dok. 26, Anm. 9.

BM: Der materielle Preis für die SU und Polen ist hoch. Ohne Dialog werde es in Polen keine Lösung der Probleme geben. Im übrigen Osteuropa wachse die Unruhe: Ceaușescu habe Reformen angekündigt, um dem inneren Druck zu begegnen, ohne diese zahlen zu können. Der Westen werde mit seinen Friedensbewegungen als flexible Gesellschaft leichter fertig als die DDR, wo es nun auch eine Friedensbewegung<sup>13</sup> gebe. In der dortigen evangelischen Kirche werde für Kriegsdienstverweigerer gebetet, was verfassungswidrig sei. Gestern habe es einen Aufruf evangelischer Theologen mit dem kommunistischen Dissidenten Havemann für eine atomfreie Zone gegeben, der keineswegs auf der offiziellen DDR-Linie liege.<sup>14</sup> Die osteuropäischen Reaktionen vollzögen sich aber nicht notwendig parallel zu denen in Polen. Die SU habe mit mehr und mehr Problemen zu rechnen.

US-AM: Die Finanzlage der SU ist kritisch: Im Januar 1982 habe sie 60 t Gold verkauft (1981 insgesamt 200 t). Selbst die geringen Sanktionen<sup>15</sup>, die der Westen bisher ergriffen habe, störten die SU-Wirtschaft. AM Haig hält es in Washington für leichter, sich bei weiteren Maßnahmen gegen die SU auf Kreditrestriktionen zu konzentrieren. (BM: ganz richtig.) Es sei wichtig, dies im Westen zu koordinieren. Daher reise die amerikanische Expertengruppe demnächst nach Europa.<sup>16</sup> Diese Maßnahme schade dem Westen am wenigsten und der SU am meisten.

AM Haig reist nächstes Wochenende nach Rumänien<sup>17</sup> auf dringende Bitte der dortigen Regierung, nicht um über Kredite zu sprechen, sondern über Polen und Rüstungskontrolle. Es bleibe wichtig, zwischen den einzelnen Staaten in Osteuropa Unterschiede zu machen, entgegen manchen Tendenzen in Washington alle leninistisch-marxistischen Staaten über einen Kamm zu scheren. Die westliche Einheit sei vordringlich. Sein Gespräch mit Gromyko<sup>18</sup> habe gezeigt, daß dieser die westlichen Reaktionen auf Polen nicht erwartet habe und noch keine Lösung für die Probleme in Polen zur Hand habe.

<sup>13</sup> Zur Friedensbewegung in der DDR vgl. Dok. 75.

<sup>14</sup> Der „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ wurde am 25. Januar 1982 von Robert Havemann und dem Ost-Berliner Pfarrer Eppelmann veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN, S. 227–229.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR; Dok. 2, Anm. 12.

<sup>16</sup> Am 2. März 1982 berichtete Botschafter Hermes, Washington, beim Vierergespräch am selben Tag sei seitens des amerikanischen Außenministeriums zur bevorstehenden Europareise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, dargelegt worden, dieser solle „die amerikanischen Vorstellungen zur Gestaltung des Ost-West-Handels in Reaktion auf die Polenkrisis erläutern. Dabei stehe im Vordergrund die Kreditfrage und hierbei das Problem des Abbaus der Kreditsubventionen und der Regierungsgarantien für kommerzielle Kredite. Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen sei nicht vorgesehen, daß Buckley vorher in Washington getroffene Entscheidungen zu diesem Fragenkomplex erläutere, sondern daß er lediglich die laufenden amerikanischen Vorstellungen darlege. Entscheidungen lägen noch nicht vor. Die in Europa gewonnenen Eindrücke sollten erst Teil des amerikanischen Entscheidungsprozesses werden. Stoessel und Eagleburger appellierten an uns, Buckley nicht mit leeren Händen zurückkehren zu lassen. Wenn es auf dem Kreditgebiet kein europäisches Entgegenkommen gebe, werde der Druck auf die Administration, auf das Erdgas-Röhren-Geschäft nachdrücklich negativ zu reagieren, unwiderstehlich werden können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 966; VS-Bd. 10401 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 12./13. Februar 1982 in Rumänien auf.

<sup>18</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

N-AM beklagt Minderwertigkeitskomplex der SU, die davon überzeugt werden müsse, daß wir ihr keinen Schaden zufügen wollten. Hinsichtlich der Lage in der Türkei äußerte er wachsende Ungeduld der norwegischen öffentlichen Meinung.

TUR-AM riet, ein endgültiges Urteil über die Türkei auf das Ende der Übergangsperiode 1983 aufzusparen.

B-AM weist auf türkische Todesurteile<sup>19</sup> hin.

TUR-AM wendet ein, bisher lägen nur Anträge der Staatsanwälte vor.

US-AM erinnert an ähnliche Probleme in Zentralamerika. „Wir sollten nicht dem Osten erlauben, von den Ereignissen in Polen abzulenken.“ In den USA gäbe es eine manipulierte Bewegung wegen El Salvador, die an die Kampagne im Vietnamkrieg erinnere.

CDN-AM sprach von der Auflösung des sowjetischen Reiches.

US-AM erinnerte daran, daß es noch radikalere Kräfte in Afrika jungen Revolutionären gäbe.<sup>20</sup>

B-AM berichtet, schweizerischer AM werde heute reden<sup>21</sup>, da in Plenarsitzung am 13.2. SU mit erneuter Geschäftsordnungsdebatte gedroht habe.

US-AM warnt davor, in Madrid in die Falle des Ostens zu treten, „business as usual“ zu betreiben.<sup>22</sup>

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 13238 A (212)**

<sup>19</sup> Am 26. Mai 1982 stellte Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler fest: „1) Türkisches Strafgesetzbuch sieht für Realisierung bestimmter Straftatbestände die Todesstrafe vor. Vollstreckung setzt voraus: rechtskräftiges Urteil und Bestätigung des Todesurteils durch Legislative. Vor Übernahme der Macht durch Militärs wurden, wie danach, Todesurteile verhängt. Parlament hat jedoch in aller Regel Todesurteilen Bestätigung versagt. Nach Auflösung Parlaments und Übernahme der Funktion der Legislative durch Nationalen Sicherheitsrat hat sich diese Praxis geändert: Todesurteile sind vom Nationalen Sicherheitsrat [...] bestätigt worden. Fünfzehn Todesurteile sind seitdem vollstreckt worden: das erste im Dezember 1980, das vorläufig letzte am 26.4.1982. 2) Allen vollzogenen Todesurteilen lag [...] Tötungsdelikt zugrunde. Sie betrafen in der Mehrzahl politisch motivierte Täter, aber auch nicht-politische [...]. 3) Bundesregierung hat sich von Anfang an [...] nachdrücklich für Nichtvollstreckung von Todesurteilen in der Türkei eingesetzt – trotz weiterer eindringlicher Demarchen ohne Erfolg.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124918.

<sup>20</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>21</sup> Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 10. Februar 1982, der schweizerische Außenminister Aubert habe am selben Tag bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid erklärt: „Dieses KSZE-Folgetreffen müsse sich aber mit dem Thema P[o]l[en] befassen, weil durch die Verhängung des Kriegsrechts Rechte und individuelle Freiheiten der Schlußakte eingeschränkt wurden. [...] Die Ereignisse von Afghanistan und Pl hätten aber die durch die KSZE genährten Hoffnungen bitter enttäuscht. Eine Rückkehr zum Kalten Krieg sei keine Alternative, darum müsse der KSZE-Prozeß gerettet werden. Deshalb halte es die Schweiz nun für vernünftig, das Madrider Treffen für mehrere Monate zu unterbrechen. Die Absicht, für eine unbestimmte Dauer um jeden Preis in Madrid sitzen zu bleiben, sei zum Scheitern verurteilt – dazu sei das Klima zu sehr gestört. Es müsse nunmehr vorrangig darum gehen, das Vertrauen in die bestehenden Verpflichtungen der Schlußakte wiederherzustellen, bevor man neue Verpflichtungen eingehen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Referat 212, Bd. 133408.

<sup>22</sup> Zur Übermittlung des Drahtberichts wurde vom Fernmeldezentrum des Auswärtigen Amtes vermerkt: „DB ging verstümmelt ein, Wiederholung angefordert.“

## 53

**Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt**

114-10902/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 300  
Citissime

**Aufgabe: 12. Februar 1982, 20.40 Uhr**  
**Ankunft: 12. Februar 1982, 21.07 Uhr**

Betr.: Sitzung der SCG am 12.2.1982

Zur Unterrichtung

I. Sitzung der SCG am 12.2.82 unter Vorsitz von Richard Burt, der den noch nicht wieder reisefähigen Eagleburger vertrat, bot Gelegenheit zu intensiver Konsultation über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf. Der stellvertretende amerikanische Delegationsleiter, Botschafter Glitman, nahm an der Sitzung teil und unterrichtete über jüngste Entwicklungen.

Ich habe die fundamentale Bedeutung dichter Konsultationen unterstrichen und vorgeschlagen, künftig eine NATO-SCG-Unterrichtung jeweils in vierzehntägigem Abstand vorzunehmen. Ich habe außerdem angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit im INF-Bereich zu verstärken und dies auch durch organisatorische Vorkehrungen zu ermöglichen.

Bei der analytischen Arbeit stand die kritische Bewertung des in der Prawda veröffentlichten sowjetischen Reduzierungsvorschlags im Vordergrund.<sup>1</sup>

Im Anschluß an die Vormittagssitzung habe ich die deutschen Korrespondenten über die Sicht der Allianz zu den Genfer Verhandlungen unterrichtet (siehe besonderen Bericht).

II. Aus der Sitzung ist im einzelnen folgendes festzuhalten:

1) Intensivierung der Konsultationen

Ich habe die Teilnahme des stellvertretenden amerikanischen Delegationsleiters in Genf, Glitman, begrüßt und vorgeschlagen, daß entweder Botschafter Nitze oder sein Vertreter regelmäßig an den SCG-Sitzungen teilnehmen und

<sup>1</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40. Am 10. Februar 1982 resümierte Gesandter Huber, Moskau: „In einem als offiziöse Stellungnahme anzusehenden TASS-Kommentar unter der Überschrift ‚Wird es eine neue Spirale des Wettrüstens geben oder nicht?‘ in der Prawda vom 10.2.82 hatten Sowjets der amerikanischen Seite vorgeworfen, die INF-Verhandlungen in Genf mit dem Ziel zu blockieren, um jeden Preis Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren und damit das militärische Übergewicht über die SU zu erlangen. [...] Gleichzeitig legen Sowjets ihre eigene Verhandlungsposition einschließlich ihres Vorschlags einer Grundsatzvereinbarung über Verhandlungsparameter erstmalig in der Öffentlichkeit dar und reagieren damit auf die öffentliche Bekanntgabe des amerikanischen Vertragsentwurfs. [...] Daß Sowjets so schnell auf die Bekanntgabe des amerikanischen Vertragsentwurfes mit der Publikation ihrer eigenen Positionen reagieren, läßt erkennen, daß sie sich von einer Geheimhaltung des Verhandlungsverlaufs in Genf jetzt weniger versprechen als von einer öffentlichen Schuldzuweisung an die USA. Breschnew hatte mit der öffentlichen Austragung der in Genf immer stärker zutage tretenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten durch das Gespräch mit der SI-Delegation begonnen. Von nun an soll offenbar nach sowjetischen Vorstellungen der Schlagabtausch zum Thema Nachrüstung in der Öffentlichkeit erfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 532; Referat 220, Bd. 124519. Für den Wortlaut des Artikels „Kommt eine neue Runde des Wettrüstens?“ der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 9. Februar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 206–210.

im übrigen vierzehntägige Unterrichtung der NATO vorgesehen wird. US wird den Vorschlag prüfen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß angesichts der sowjetischen Versuche, die Bündnispartner gegeneinander auszuspielen und dabei in relativ geschickter Weise vorzugehen, einer engen regelmäßigen Konsultation größte Bedeutung zukomme. Unter Hinweis auf unsere eigene Praxis (sofortige Unterrichtung der Allianz über sowjetische Demarche bei Bundesminister am 2.2.) habe ich dafür plädiert, die Alliierten so intensiv wie irgend möglich auch über Details der Verhandlungen zu unterrichten.

Ich habe die Zweckmäßigkeit der Vorlage eines Vertragstextes<sup>2</sup> in Genf zu diesem Zeitpunkt (2.2.) unterstrichen und herausgestellt, daß die kurzfristige Übergabe nur auf der Grundlage vereinbarter Bündnispositionen möglich war. Es müsse sichergestellt werden, daß die amerikanische Seite uns den Text ihres Vertragsentwurfs zur Kenntnis gebe. Ich hatte Burt und Gompert bereits im bilateralen Gespräch und in Fünfer-Sitzung am 11.2. über einige unserer Sorgen – u. a. kurzfristige Unterrichtung über amerikanischen Vertragstext – unterrichtet, allerdings betont, daß es uns jetzt vor allem darauf ankomme, Lehren für die Zukunft zu ziehen. Über die positive Bedeutung der Textvorlage bestehe kein Zweifel.

## 2) Öffentlichkeitsarbeit

Nach intensiven Vorgesprächen mit der amerikanischen Delegation und im Fünfer-Kreis am 11.2. habe ich in der SCG den Vorschlag eingebracht, die Öffentlichkeitsarbeit der Allianz in Begleitung der Genfer Verhandlungen weiter zu intensivieren. Dies sei angesichts der östlichen Propagandakampagne unbedingt notwendig. Hierfür sollte eine Arbeitsgruppe der SCG eingerichtet werden, welche jeweils einen Tag vor den Sitzungen der Special Consultative Group Vorschläge erarbeiten soll für

- die Präsentation der westlichen Verhandlungsposition,
- die westliche Reaktion auf zu erwartende östliche Vorschläge.

Dabei komme es darauf an, deutlich zu machen, daß die bisherige negative Haltung der Sowjetunion uns nicht entmutigen dürfe, weiterhin positive Ergebnisse in Genf anzustreben.

Die meisten Bündnispartner stimmten meinem Vorschlag zu und betonten die Bedeutung überzeugender vorausschauender Informationspolitik, betonten allerdings die Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit weiterhin in der SCG zu lenken. Die Alliierten sagten zu, unseren Vorschlag wohlwollend zu prüfen. USA regten an, mehr als bisher Informationsmaterial, Sprachregelungen und Veröffentlichungen auszutauschen.

(US zirkulierten bereits einen Katalog mit Fragen und Antworten und einen Artikel von Larry Eagleburger. Wir verteilten eine Bewertung des sowjetischen Zwei-Stufen-Plans.<sup>3</sup>)

<sup>2</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>3</sup> Bei der ersten Runde der INF-Verhandlungen vom 30. November bis 15. Dezember 1981 in Genf unterbreitete die UdSSR einen Zwei-Stufen-Plan zur Verminderung und Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380.

Am 10. Februar 1982 übermittelte Botschafter Ruth den Text des sowjetischen Zwei-Stufen-Plans

3) Die amerikanische Seite berichtete über die jüngste Entwicklung in Genf (nach dem Briefing im NATO-Rat vom 29.1.<sup>4</sup>).

Wie den Verbündeten gegenüber angekündigt, haben US am 2.2. ihren Vertragsentwurf eingeführt und sind noch dabei, die verschiedenen Elemente im einzelnen zu erläutern. Die Sowjets sind ihrerseits dem amerikanischen Beispiel gefolgt und haben am 4.2. den Text einer „gemeinsamen Absichtserklärung“ mit dem schon im Dezember eingeführten Zwei-Stufen-Plan (der mit einem die Verhandlungen begleitenden Moratorium verknüpft ist) vorgelegt. Sie haben begonnen, dessen Elemente zu erläutern.

Die amerikanische Seite erklärte auf Frage, daß die Gespräche weiterhin in sachlicher Atmosphäre geführt würden.

Kwizinskij habe sich lediglich zu Beginn des Jahres polemisch gezeigt.

Nach Veröffentlichung des Zwei-Stufen-Plans durch die Sowjets am 9.2. habe man die Sowjets auf diesen Bruch der vereinbarten Vertraulichkeit angesprochen.

SU habe erklärt, nach ihrem Verständnis gelte diese Regel nur für Genf, nicht jedoch für die Hauptstädte. Im übrigen habe auch die westliche Seite die eigene Position öffentlich dargelegt.

#### 4) Erläuterung des amerikanischen Vertragsentwurfs

Im Anschluß an die schriftliche Unterrichtung der Bündnispartner vom 1.2. erläuterten die Amerikaner auf der Grundlage der abgestimmten Bündnisposition die einzelnen Elemente ihres in Genf eingeführten Vertragsentwurfs:

- systemspezifischer Ansatz für die in Genf behandelten Systeme,
- vorrangige Konzentration auf die Flugkörper über 1800 km,
- kollaterale Maßnahmen vor allem für Systeme kürzerer Reichweite.

(Dabei erklärten sie, daß geographische Beschränkungen nicht vorgeschlagen worden seien, da in Krisenzeiten relativ leicht zu durchbrechen.)

Wir schlagen vor, die weitere Behandlung der Systeme kürzerer Reichweite bei der nächsten SCG<sup>5</sup> zu erörtern und dabei auch die Frage zu prüfen, ob und wann wir den Freeze-Vorschlag für Systeme von 525 bis 925 km<sup>6</sup> in der Öffentlichkeit bekanntgeben können.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 259*

mit der Bitte, „diese Bewertung in Brüssel an alle Mitglieder der SCG als Beitrag zur Vorbereitung der SCG am 12.2. zu zirkulieren“. Zu den Vorschlägen der UdSSR wurde darin festgestellt: „Acceptance of the Soviet proposal would mean that NATO would have left in Europe only a few fairly old types of short-range aircraft, the P[ershing] Is and the British and French INF systems, thus entailing the danger of Europe becoming decoupled from the central strategic potential of the United States. The Warsaw Pact would still have its short-range INF (SS-12, SS-22, SS-X-23) which are equally dangerous for Europe and are of eurostrategic importance, thus creating the problem of a new grey area.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 790; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Zur Unterrichtung durch den stellvertretenden Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen, Glitman, am 29. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 32, Anm. 4.

<sup>5</sup> Am 7. April 1982 berichtete Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, bei der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vom Vortag seien Informationen der USA über die erste Runde der INF-Verhandlungen in Genf zur Diskussion gestellt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 655; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron analysierte am 19. Januar 1982 die Option, bei den INF-Verhandlungen in Genf ein Moratorium über nukleare Kurzstreckensysteme zu vereinbaren: „Eine solche Vereinbarung könnte folgende Vorteile haben: In einem Bereich, in dem beide Seiten

Auf italienische Anregung soll bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Reziprozität, d.h. die Behandlung der entsprechenden westlichen Systeme (Pershing I), besprochen werden.

Insgesamt wurde die Einführung des amerikanischen Vertragsentwurfs von den Bündnispartnern voll unterstützt.

#### 5) Bewertung der bisher in Genf vorgelegten sowjetischen Vorschläge

Die Bündnispartner stimmten in ihrer kritischen Wertung der bisher vorliegenden sowjetischen Vorschläge überein. Grundlage der Diskussion war ein am 10.2. verteiltes US-Papier.<sup>7</sup>

Wir betonten die Notwendigkeit, diese Vorschläge gründlich zu analysieren und Punkte zu suchen, welche Ansätze für künftige Verhandlungsfortschritte bieten.

Es gelte die SU beim Wort zu nehmen, da sie indirekt dem Prinzip der Parität zugestimmt habe, Reduzierungen anstreben wolle und sogar die Zerstörung von Systemen ins Auge fasse.

Die eigentliche Zielrichtung der östlichen Vorschläge sei dagegen politischer Natur:

- die Abkoppelung Europas,
- die Durchsetzung hegemonialer nuklearer Überlegenheit gegenüber Europa.

Diesen Bemühungen, die Allianz zu spalten, müsse entgegengewirkt werden.

6 a) Unter TOP INF-Terminologie erläuterten Amerikaner das von ihnen erarbeitete Papier. Dieses ziele in erster Linie darauf ab, die in Genf eingeführte Definition von INF mit der in der Öffentlichkeitsarbeit verwendeten Terminologie (insbesondere beim Streitkräftevergleich<sup>8</sup>) in Einklang zu bringen. Dies

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 260*

ihre Modernisierungsmaßnahmen noch nicht durchgeführt haben, könnte eine destabilisierende Rüstungseskalation verhindert werden; der Osten ist in seinen Modernisierungsmaßnahmen weiter fortgeschritten als der Westen; für uns wäre wichtig, daß damit eine wichtige Forderung der SPD-Basis erfüllt werden könnte. Dem stünden folgende Nachteile gegenüber: Der Moratoriumsgedanke würde insgesamt belebt und aufgewertet; die Gegenforderung, ein Moratorium für Mittelstreckenwaffen zu vereinbaren, liegt auf der Hand; mit einem Moratorium für Raketensysteme kürzerer Reichweite wird ein Übergewicht des Ostens festgeschrieben; die Modernisierung der ‚deutschen‘ Pershing I würde verhindert; der Gefahr, daß mit Hilfe eines solchen Moratoriums auch die Modernisierung im Mittelstreckenbereich über 1000 km Reichweite berührt würde, müßte vorgebeugt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Botschafter Hermes, Washington, resümierte am 10. Februar 1982 ein amerikanisches Papier zu den Vorschlägen der UdSSR für ein INF-Abkommen: „In dem Papier ist die TASS-Veröffentlichung vom 9.2. über die sowjetischen Verhandlungsvorschläge noch nicht eingearbeitet. Papier beginnt mit einer Darstellung der sowjetischen Verhandlungsvorschläge, wie sie in Genf und insbesondere bei dem Gespräch Gromyko/Haig vorgetragen wurden. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Moratorium und Reduzierungsvorschlägen sei die SU ‚somewhat vague‘. Dem Begrenzungsvorschlag räume die SU zunehmend mehr Gewicht ein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 657; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

Für das amerikanische Papier „Discussion of Soviet Negotiating Proposals“ vom 11. Februar 1982 vgl. VS-Bd. 11402 (220).

<sup>8</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 15. Februar 1982 mit, der vom Militärausschuß der NATO vorgenommene Vergleich zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Pakts solle nach abschließender Beratung „in Form einer Presseerklärung des NATO-Generalsekretärs“ veröffentlicht werden. Zur noch ausstehenden redaktionellen Arbeit führte er aus: „Eine für uns annehmbare Lösung würde sich ohne viele Textänderungen dadurch erreichen lassen, daß gleich am Anfang des S[treit]k[räfte]v[ergleichs] der in vielen Abschnitten zum Ausdruck kommenden ‚Schwarzmalerei‘ die generelle Aussage entgegengesetzt wird, daß die Streitkräfte des Bündnisses

gelte insbesondere für die drei Bereiche, die auch bei der Diskussion um den Streitkräftevergleich noch umstritten seien:

- Der Begriff INF sollte alle Systeme umfassen, die gemäß amerikanischer Verhandlungspositionen in Genf angesprochen werden sollen.
- Es komme den USA darauf an, das in Genf angesprochene Problem der Nachladefähigkeit der SS-20 auch in der Öffentlichkeit als Verhandlungsproblem deutlich zum Ausdruck zu bringen.
- Einbeziehung der nuklearfähigen Flugzeuge: Auch hier habe man an die in Genf präsentierten Zahlen und Kategorien angeknüpft. Eine Abweichung von diesem Ansatz könne die amerikanische Position in Genf unterminieren.

b) UK-Sprecher faßte noch einmal bekannte britische Bedenken gegen amerikanische INF-Definition<sup>9</sup> zusammen, die nach Auffassung Londons auch Verhandlungssubstanz und IDD<sup>10</sup> berühre. Eine Ausdehnung des Begriffs INF auf Systeme mit Reichweite ab 150 km werfe für die Verhandlungen schwierige Probleme auf, namentlich Frage der Behandlung der Doppelschlüsselsysteme, der Drittstaatensysteme und der Dual Capable Aircraft. UK ziehe daher weiterhin vor, den Begriff LRTNF durch INF zu ersetzen, vorzugsweise bei Reichweiten ab 1500 km.

c) Ich habe noch einmal unterstrichen, daß Begriff TNF überholt sei und daher nicht erneut in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfe. Wir unterstützen grundsätzlich den amerikanischen Ansatz, INF systemspezifisch zu definieren. Man brauche sich aber in der Öffentlichkeit nicht auf konkrete Reichweiten festzulegen. Wichtig sei, die Fragen soweit zu klären (möglichst in vier Wochen), daß der in der NATO diskutierte Kräftevergleich bald verabschiedet und der Öffentlichkeit präsentiert werden könne.

#### 7) Weitere Konsultationen

Es wurde vereinbart, die Bündnispartner weiterhin regelmäßig über die Genfer Verhandlungen zu unterrichten (entweder im Rat oder in den Hauptstädten). Für das Ende der gegenwärtigen Verhandlungsrunde<sup>11</sup> – etwa in der zweiten Hälfte März – wurde eine Ratssitzung vorgesehen.

Die nächste SCG soll Ende März/Anfang April stattfinden. Als möglicher Termin wurde der 6. April genannt.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 261*

nach wie vor in der Lage sind, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Ohne einen solchen Hinweis könnte der veröffentlichte SKV verursachen, daß namentlich in der deutschen Öffentlichkeit Resignation um sich greift, also der Eindruck entsteht, die Verteidigungsanstrengungen der Bündnispartner seien vergeblich, der militärischen Stärke des WP sei nicht zu begegnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 304; VS-Bd. 12031 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Am 17. November 1981 informierte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, Bundesminister Genscher darüber, daß bei der Bestimmung der Position der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR in Genf beschlossen worden sei, die zur Verhandlung stehenden Waffensysteme als Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) zu bezeichnen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 329.

<sup>10</sup> Integrated Decision Document.

Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

<sup>11</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 16. März 1982 auf den 20. Mai 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

Folgende Punkte wurden bereits jetzt für die Tagesordnung vorgeschlagen:

- westliche Verhandlungspositionen,
- sowjetische Vorschläge,
- Behandlung der Systeme kürzerer Reichweite,
- Öffentlichkeitsarbeit.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11492 (220)

## 54

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

VS-vertraulich

15. Februar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 15.2.1982 von 18.30 Uhr bis 20.05 Uhr

Anwesend: Dolmetscher Kurpakow, AL<sup>2</sup>

*Semjonow* übermittelt die Grüße und besten Wünsche Breschnews, Tichonows und Gromykos. Breschnew erinnert sich gerne an seinen Bonn-Besuch<sup>3</sup> und an den guten Empfang. Der Besuch hat großes Echo im sowjetischen Volk gefunden.

Seine Moskauer Gesprächspartner sind vor allem daran interessiert zu erfahren, wie der Bundeskanzler die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Entspannungspolitik in der jetzigen gespannten Atmosphäre einschätzt, und ob man weiterhin vom gegenseitigen Interesse an Zusammenarbeit ausgehen kann. Breschnew hat mit großer Aufmerksamkeit die Antwort des Bundeskanzlers auf das Glückwunschtelegramm zu seinem Geburtstag<sup>4</sup> gelesen. Er hat das Politbüro über die aufrichtige Bereitschaft des Bundeskanzlers unterrichtet,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 16. Februar 1982 von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler bittet um weitere Veranlassung in der Frage der Kriegsgräberbesuche. Er hat den Botschafter um Übermittlung seiner Bitte gebeten, Botschafter Meyer-Landrut Gelegenheit zu einem Gespräch mit MP Tichonow zu geben.“

Hat Braunmühl am 17. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 18. Februar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>4</sup> Helmut Schmidt wurde am 23. Dezember 1918 geboren.

Wege zur gegenseitigen Verständigung und Annäherung zu suchen. Er hat hinzugefügt, daß das seiner tiefen inneren Überzeugung entspricht.

Als konkreten Auftrag hat er aus Moskau die Entscheidung der zuständigen sowjetischen Behörden mitgebracht, entsprechend der Bitte des Bundeskanzlers drei weitere Friedhöfe in den Städten Tambow, Morschansk und Kirsanow für Besuche von Verwandten verstorbener deutscher Kriegsgefangener zu öffnen (siehe Anlage<sup>5</sup>).

*Bundeskanzler* dankt für die Mitteilung über die Kriegsgräber und die Grüße, die er zu erwidern bittet.

Die internationale Lage hat sich nicht zum Guten verändert. Vor acht Wochen hat er dem Botschafter gegenüber von seiner Sorge gesprochen, daß aus der polnischen Krise keine internationale Krise werden möge.<sup>6</sup> In der Zwischenzeit sind die Ankündigungen Jaruzelskis<sup>7</sup> nicht verwirklicht worden. Daraus ergibt sich eine schwere Belastung für die Gesamtbeziehungen zwischen Ost und West, die sich in der empörten Reaktion der öffentlichen Meinung in den westlichen Staaten ablesen läßt. Er hat dies besonders bei seinem Washington-Besuch Anfang Januar gespürt.<sup>8</sup> Er verhehlt nicht, daß eine positive Wende in der internationalen Lage kaum zu erwarten ist, wenn nicht die polnische Führung auf die westlichen Forderungen eingehen wird, die Regeln der Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> einzuhalten. In diesem Sinne hat er auch an GS Breschnew geschrieben.

Der Botschafter hat sicher bemerkt, daß man sich in Bonn bemüht, dazu beizutragen, daß es zu keiner unnötigen Zuspitzung der Lage kommt. Wir halten auch öffentlich an unserer Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit mit der SU fest. Wir sehen uns aber auch bei der Fortentwicklung der Zusammenarbeit durch die polnische Tragödie behindert. Wir gehören zum westlichen Bündnis und beteiligen uns auch an der gemeinsamen westlichen Politik, zum Beispiel

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Mitteilung vgl. VS-Bd. 14106 (010).

<sup>6</sup> Dem sowjetischen Botschafter Semjonow erklärte Bundeskanzler Schmidt am 16. Dezember 1981, er wolle „im Lichte der Ereignisse der letzten Tage darauf hinweisen, daß er hier von einer bestimmten Seite dafür kritisiert wird, daß er seinen Besuch in der DDR am Sonntag nicht nach Verhängung des Ausnahmezustands in Polen abgebrochen hat. Das hat einen ganz klaren Grund: Er möchte nichts tun, das dazu beitragen könnte, aus einer innerpolnischen Angelegenheit einen internationalen Krisenherd werden zu lassen. Ihm liegt im Gegenteil daran, daß die Polen ihre Angelegenheiten ohne Einmischung von außen erledigen können. Solange es keine Einmischung von außen gibt, wird auch er sich dafür einsetzen, daß die Ereignisse in Polen nicht den Verhandlungen in Genf und dem Treffen Haig/Gromyko entgegenstehen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>7</sup> Ministerpräsident Jaruzelski erklärte am 13. Dezember 1981 zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen, daß es „keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken vor dem August 1980“ geben werde. Außerdem stellte er in Aussicht, daß „alle bedeutsamen Reformen [...] unter den Bedingungen Ordnung, der sachlichen Diskussion und Disziplin fortgesetzt“ würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 128.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida, bevor er am 4. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in Washington eintraf. Am 6. Januar 1982 beendete er den Aufenthalt in den USA. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

im Rahmen der NATO-Erklärung vom 11.1.<sup>10</sup> mit ihren politischen Signalen zur Verdeutlichung der westlichen Haltung.

Wir haben dabei deutlich unterstrichen, daß wir abgeschlossene Verträge erfüllen werden und keinen Maßnahmen zustimmen, die in das Netzwerk der Verträge eingreifen. Er glaubt, daß man in Moskau richtig verstehen wird, was wir tun und was wir lassen.

Er möchte eine Anregung machen: Er würde sich sehr freuen, wenn MP Tichonow Botschafter Meyer-Landrut so empfangen würde, wie er Botschafter Semjonow bereits mehrfach empfangen hat.

Er fragt nach dem sowjetischen Urteil über die Genfer Verhandlungen<sup>11</sup>, die er weiter mit großem Interesse und Engagement verfolgt. Er macht sich Sorgen darüber, daß beide Großmächte dazu übergegangen sind, ihre bekannten Vorschläge in die öffentliche Auseinandersetzung einzubeziehen, wodurch sie die Verhandlungen schwerer machen, als sie es ohnehin sind. Wie beurteilt die sowjetische Führung den gegenwärtigen Stand und welche Erwartungen hegt sie in bezug auf die Fortsetzung und den Erfolg der Verhandlungen?

*Semjonow* wird nach Moskau berichten, was der Bundeskanzler über Polen gesagt hat. Die sowjetische Führung begreift die Nuancen der Lage hier sehr gut. Die Lage in und um Polen ist sehr kompliziert. Man kann nicht über Nacht lösen, was sich in langer Zeit angesammelt hat. Die Rede Jaruzelskis vor dem Sejm<sup>12</sup> ist menschlich verständlich und bietet eine interessante Perspektive. Die Sowjets helfen den Polen bei der Überwindung ihrer schwierigen Lage mit der Lieferung von Gütern, aber auch mit westlicher Währung. Er stimmt dem Eindruck des Bundeskanzlers zu, daß ihre Goldverkäufe den Goldpreis gedrückt haben.<sup>13</sup>

Zum weiteren Gang der INF-Verhandlungen hat er vor einigen Tagen von Kwizinskij erfahren, daß man sich auf eine Pause vom 13. März bis Anfang Mai festgelegt habe.<sup>14</sup> Das ist nach seiner SALT-I-Erfahrung ein ungewöhnliches Verfahren.

In Moskau wird der Einsatz der Bundesrepublik zur Wiederaufnahme der Verhandlungen sehr hoch geschätzt. Die Gespräche Breschnews in Bonn waren ein wichtiger Beitrag zu dieser Entwicklung. Die USA haben jetzt ihre Po-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>11</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 53.

<sup>12</sup> Zur Rede von Ministerpräsident Jaruzelski am 25. Januar 1982 vgl. Dok. 29, Anm. 3.

<sup>13</sup> Am 19. Februar 1982 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), er habe im Ständigen NATO-Rat zur Zahlungsbilanz der UdSSR dargelegt: „1) Die Verbesserung der terms of trade habe sich im vergangenen Jahr nicht im gleichen Tempo wie 1980 fortgesetzt. 2) Der Goldpreis sei gesunken. Die Menge des von der SU verkauften Goldes sei deutlich gestiegen. 3) Höhere Getreideimporte seien zu bezahlen. 4) Aus der Devisensituation Polens seien offenbar indirekte Belastungen entstanden. 5) Das credit standing habe sich von Ende 1981 zum Jahresbeginn 1982 deutlich verschlechtert. [...] Wenn man Zeitungsmeldungen und Hinweisen aus Bankkreisen folge, so befinde sich die SU z. Zt. in einem Finanzierungsengpaß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 336; VS-Bd. 13251 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 16. März 1982 auf den 20. Mai 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

sition veröffentlicht und die Sowjets haben nachgezogen.<sup>15</sup> Es kommt jetzt darauf an, die Verhandlungen konstruktiv und sachlich zu führen. Leider hat man in Moskau nicht den Eindruck gewonnen, daß die USA eine konstruktive Linie verfolgen. Es geht bei den Verhandlungen um langfristig angelegte Entwicklungen. Sie müssen daher unabhängig von der politischen Konjunktur geführt werden. Er übergibt ein Interview Tichonows mit einer japanischen Journalistengruppe. Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Verhandlungsführer persönlich offensichtlich gut miteinander auskommen. Der um 30 Jahre jüngere Kwizinskij sei sehr flexibel und könne wesentlich zur Erleichterung des Verhandlungsklimas beitragen.

*Bundeskanzler* betont, daß für die Verhandlungen nicht sehr viel Zeit bleibt. Wenn sich im Sommer 1983 kein deutliches Ergebnis abzeichnet, können die Weichen nachher nicht mehr grundsätzlich neu gestellt werden. Es muß daher bis Sommer 1983 zu einem greifbaren Ergebnis kommen.

Er hat den klaren Eindruck, daß die USA – sowohl Reagan wie Nitze und Haig – ernsthafte Verhandlungen wollen. Reagan hat in Washington ausdrücklich zugestimmt, daß die INF-Verhandlungen nicht in den Bereich der Maßnahmen einbezogen werden, die die USA gegenüber der SU für nötig halten.<sup>16</sup> Es wird darüber hinaus notwendig sein, daß sich die INF-Verhandlungen bald an die SALT/START-Verhandlungen anlehnen können. Solange das nicht möglich ist, wird man zum Beispiel bei der Zählweise der Mittelstreckenraketen in der Luft hängen. Nach seiner Überzeugung sind die Amerikaner ernsthaft an einem baldigen Beginn der START-Verhandlungen interessiert.<sup>17</sup> Wir ermutigen sie in dieser Richtung.

Er selbst wird auf dem Münchner Parteitag der SPD<sup>18</sup> in acht Wochen eine sehr unbeugsame Haltung zum Doppelbeschluß vertreten. Er hält nichts davon, jetzt irgendwelche Verhandlungsergebnisse vorwegzunehmen. Er ist im Gegenteil davon überzeugt, daß es Verhandlungsergebnisse nur geben wird, wenn man am Doppelbeschluß und dem Stationierungsbeginn Ende 1983 festhält.

Wir sind beunruhigt über das schnelle Tempo der SS-20-Weiterrüstung sowie darüber, daß inzwischen auf ostdeutschem Boden neue SS-21-Raketen kürzerer Reichweite disloziert werden.<sup>19</sup> Das erleichtert die Verhandlungssituation sicherlich nicht.

<sup>15</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>16</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>17</sup> Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187.

<sup>18</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

<sup>19</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 11. Februar 1982, seitens des Militärischen Nachrichtendienstes (DIA) der USA sei zur Ausstattung der sowjetischen Streitkräfte mit taktischen Kernwaffen dargelegt worden: „Zur Zeit sind mit Sicherheit zwei sowjetische Divisionen in der DDR mit je einem Bataillon SS-21 neu ausgerüstet. Jedes Bataillon verfügt über 12 Raketen (three missiles on four launchers). In den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion werden nur wenige (,few) SS-21 erkannt. Insgesamt seien im Warschauer Pakt rund 1200 FROGs und Scuds vorhanden, die auf der Basis eins zu eins zügig durch SS-21 und SS-X-23 ersetzt werden. Es wird damit gerechnet, daß diese Umrüstung 1984/85 abgeschlossen wird. [...] In den GDR-, pol[nischen],

*Semjonow* erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß man sich am Vorabend des Nixon-Besuchs in Moskau angesichts der Bombardierung Hanois<sup>20</sup> gefragt habe, ob man unter diesen Umständen die SALT-I-Verhandlungen fortsetzen solle. Breschnew und seine Mitarbeiter haben sich für die Fortsetzung entschieden, da es bei den Verhandlungen um globale Fragen des Überlebens der Menschheit ging, die man nicht mit politischen Tagesereignissen verknüpfen darf. Er selbst hat zum Beispiel nie begriffen, daß Kissinger einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Angola und SALT II hergestellt hat. Gerade Ereignisse in der Dritten Welt sollte man nicht mit so wichtigen Verhandlungen verbinden.

Er zeigt Verständnis für den vom Bundeskanzler herausgestellten Zusammenhang zwischen den INF-Verhandlungen und SALT. Man sollte aber nicht die Abklärung der gegenseitigen Position in der INF-Frage bis zum Beginn der SALT-Verhandlungen aufschieben. Man sollte nach Möglichkeiten suchen, die Lösung dieser regionalen Frage – der nuklearen Waffen in Europa – möglich zu machen. Beide Seiten haben jetzt ihre Positionen erklärt. Sie sollen jetzt gemeinsam die einzelnen Fragen prüfen. Wenn man es allerdings so hält wie in Wien und erst eine Einigung über die Ausgangszahlen<sup>21</sup> sucht, dann könne man die Verhandlungen *ad calendas Graecas* hinausschieben.

Auch er hält 1983 für ein sehr wichtiges Datum für die INF-Verhandlungen. Aber man muß dabei bedenken, daß die Sowjetunion von westlichen Militärstützpunkten umzingelt ist. Er verweist auf die Karte in der neuesten sowjetischen Broschüre (Bundeskanzler: ein sehr teures Buch auf gutem Papier).<sup>22</sup> Er erläutert den neuen Breschnew-Vorschlag einer stufenweisen Reduzierung der Nuklearwaffen auf jeder Seite auf 600 und 300 und die Möglichkeit der Ab-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 266*

t[s]ch[echoslowakischen], Hun[garian]-Streitkräften seien die gleichen Infrastruktur- und Schutzeinrichtungen beobachtet worden, wie bei den SS-22-Verbänden in der Sowjetunion, so daß es gefährlich sei anzunehmen, daß diese Systeme nicht auch in den Satellitenstaaten disloziert werden könnten. [...] Insgesamt bedrohten zur Zeit 2300 sowjetische nukleare Gefechtsköpfe auf Flugkörpern Eurasien, von denen rund 1700 auf NATO-Europa zielten. Bis Mitte der achtziger Jahre werde mit einem Aufwuchs auf zwischen 3400 und 4000 nukleare Gefechtsköpfe gerechnet, wovon 60 Prozent NATO-Europa bedrohen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 677; VS-Bd. 12031 (201); B 150, Aktienkopien 1982.

<sup>20</sup> Am 31. März 1972 eröffnete die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) eine Offensive gegen die Republik Vietnam (Südvietnam), die die heftigsten Kämpfe seit der Tet-Offensive 1968 zur Folge hatte. Ab 10. April 1972 bombardierten amerikanische Kampfflugzeuge erstmals seit vier Jahren wieder Ziele in Nordvietnam. Am 16. April 1972 wurden der Hafen von Haiphong und Ziele im Großraum von Hanoi angegriffen.

Präsident Nixon hielt sich vom 22. bis 30. Mai 1972 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 149, und AAPD 1972, II, Dok. 161.

<sup>21</sup> Am 12. Februar 1981 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 221 zur Diskussion über die Streitkräftedaten bei MBFR ausgeführt: „Der Osten anerkennt die ungefähre Parität als Ziel des Reduzierungsprozesses der MBFR-Verhandlungen. Gleichwohl geht es ihm um die Erhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses, d. h. der gewaltigen eigenen konventionellen Überlegenheit im Raum der Reduzierungen. Mit der Vorlage seiner Zahlen im Jahr 1976 und 1980 versucht der Osten zu belegen, daß beim Personal der Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen bereits ungefähre Parität besteht. Zwischen den westlichen Erkenntnissen über den Streitkräfteumfang des WP und den entsprechenden eigenen östlichen Angaben besteht jedoch eine Diskrepanz von etwa 150 000 Mann. Gesicherte Ausgangsdaten sind aber die Grundlage für eine Reduzierungsvereinbarung. Die Bedeutung der Datendiskussion wird daher vom Osten zu unrecht heruntergespielt; diese ist vielmehr wesentlicher Bestandteil der Substanzdiskussion.“ Vgl. Referat 221, Bd. 124577.

<sup>22</sup> Vgl. die Karte „Die wichtigsten Militärstützpunkte der USA im Ausland“; VON WO DIE GEFAHR FÜR DEN FRIEDEN AUSGEHT, Moskau 1982 (Übersetzung aus dem Russischen), S. 26 f.

schaffung aller Nuklearwaffen (unsere Null-Lösung<sup>23</sup>). Er zeigt sich beunruhigt über das ständige Wachstum der strategischen Rüstung in den USA, die neue Rüstung im Bereich der chemischen Waffen<sup>24</sup>. Diese Entwicklung ist schwer zu korrigieren. Er möchte auf Frage des Bundeskanzlers allerdings nicht behaupten, daß sich die USA damit über SALT II<sup>25</sup> hinwegsetzen. Die Einhaltung der SALT-Grenzen ist eine lebenswichtige Frage, auch wenn die neuen Verhandlungen bevorstehen.

*Bundeskanzler* betont, daß beide Seiten nach seinem Eindruck an der Einhaltung der SALT-Grenzen festhalten, auch wenn die SU nicht mit dem Abwracken ihrer überschüssigen Raketen begonnen hat. Die USA haben sich offensichtlich noch nicht auf ein START-Konzept festgelegt, was auch damit zusammenhängen mag, daß Äußerungen im Präsidenten-Wahlkampf<sup>26</sup> noch nachwirken.

*Semjonow*: Die 250 abzuwrackenden Raketen spielen in der strategischen Gleichung keine Rolle. Jedenfalls psychologisch wichtiger ist, ob die USA ihre Marge von etwa 150 weiteren Raketen nutzen werden. Auch die Bundeswehr geht ja über die Grenze von etwa 50000 Mann nicht hinaus.

*Bundeskanzler* bestätigt, daß die Bundeswehr diese Grenze nicht überschreiten wird. Es ist allerdings eine von uns selbst gesetzte und eingehaltene Zahl, keine international festgelegte Grenze.

Er weist darauf hin, daß die SS-20-Rüstung allerdings ein Beispiel einer dynamischen Aufrüstung ist und nicht nur als Modernisierung der SS-4 und SS-5 angesehen werden kann. Die Zahl der unabhängig voneinander ihr Ziel ansteuernden Sprengköpfe hat sich gewaltig vermehrt.

*Semjonow* begründet den SS-20-Aufbau mit sowjetischen Sorgen wegen der FBS und der britischen und französischen Systeme. Außerdem ist die Erinnerung an den letzten Krieg noch sehr lebendig im sowjetischen Volk, das es seiner Führung nie vergeben würde, wenn sie nicht für die notwendige Sicherheit sorgt.

<sup>23</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>24</sup> Am 11. Januar 1982 vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer: „In der NATO verfügen nur die USA über chemische Waffen. Davon sind 95 % im Mutterland, der Rest in der BR Deutschland gelagert. Die US-C[hemie]W[affen]-Bestände sind veraltet, da Präsident Nixon 1969 die Einstellung der CW-Produktion angeordnet hatte. Die in den letzten Jahren zu verzeichnende sowjetische CW-Rüstung und insbesondere auch sich verdichtende Meldungen über den Einsatz sowjetischer CW in Laos, Kambodscha und Afghanistan veranlaßten die Reagan-Administration, die Modernisierung des amerikanischen CW-Potentials einzuleiten. Im Juni 1981 genehmigte der US-Kongreß die Einstellung von 19,9 Mio. US-Dollar in den Haushalt 1982 für den Bau einer Produktionsanlage für neuartige binäre chemische Kampfstoffe. [...] Wie aus dem State Department zu erfahren war, sind im Haushaltsentwurf für 1983 120 Mio. Dollar für die Fortsetzung des CW-Modernisierungsprogramms vorgesehen. Die Produktion der neuen chemischen Kampfmittel solle 1984 beginnen (155 mm Artilleriegranaten und Flugzeugbomben).“ Vgl. VS-Bd. 12068 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>26</sup> Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging.

Er meint auf Einwurf des Kanzlers, daß die britischen und französischen Systeme die SU-Führung mehr als früher beunruhigten, insbesondere die geplante Einführung von Mehrfachsprengköpfen<sup>27</sup> bringt die strategische Gleichung in Unordnung. Die SU möchte nicht die britischen und französischen Systeme in die Verhandlungen einbeziehen, besteht aber darauf, sie in den Verhandlungen zu berücksichtigen. Der Bundeskanzler selbst hat ja gesagt, daß er diesen Standpunkt versteht.<sup>28</sup> Im Moskauer Verteidigungsministerium geht man davon aus, daß das strategische Verhältnis nicht geändert werden darf. Man ist beunruhigt über die Doktrin des begrenzten Nuklearkriegs in Europa. Keine Seite kann Interesse an der Zerstörung Europas haben. Man ist außerdem beunruhigt über die Modernisierung der FBS. Die Sowjetunion ihrerseits bietet eine einseitige Reduzierung ihrer Raketen in ihrem modifizierten Moratoriumsvorschlag an, sozusagen als Vorleistung für künftige vereinbarte Reduzierungen.

Bei den neuen Stationierungsplänen der USA ist vor allem die Reduzierung der Vorwarnzeit von 30 bis 40 Minuten (interkontinentaler Raketen) auf vier bis sechs Minuten beunruhigend. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß für uns die Vorwarnzeiten der SS-20 entsprechend niedrig sind, antwortet er, daß die Sowjetunion weder ein Interesse noch Pläne hat, in Europa ein Abenteuer zu starten. Sie hat im Gegenteil ein großes Interesse an einer sachlichen Zusammenarbeit und wünscht keinen Konflikt in Europa.

*Bundeskanzler:* Wenn die Sowjets den Aufbau der SS-4 und SS-5 noch damit begründen konnten, das Gleichgewicht zu den FBS und den britischen und französischen Systemen herzustellen, so gilt diese Begründung sicherlich nicht mehr für die Verdopplung der nuklearen Sprengköpfe durch den SS-20-Aufbau. Auch er glaubt nicht an Pläne für einen militärischen Einsatz der SS-20, die wahrscheinlich einer militärischen Rüstungsmanie entspringen. Auch er glaubt nicht, daß das Politbüro einen Krieg auslösen will. Aber er ist nach entsprechenden Erfahrungen sehr beunruhigt, daß mit Hilfe einer diskreten Raketendrohung politischer Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden könnte. Er hat daher Kissinger und Carter Vorwürfe gemacht dafür, daß sie die Mittelstreckenwaffen nicht in die SALT-Verhandlungen einbezogen haben. Wir müssen davon ausgehen, daß ein guter Teil der SS-20-Rüstung auf Deutsch-

<sup>27</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 15. März 1982, die britische Botschaft habe „über die Entscheidung ihrer Regierung zur Modernisierung des britischen strategischen Nuklearpotentials“ mitgeteilt: „Die Entscheidung sieht vor, daß das Nachfolgesystem für die Anfang der 90er Jahre veraltenden Polaris-U-Boote mit Trident-II/D-5-Raketen und nicht, wie im Juli 1980 beschlossen, mit Trident-I/C-4-Raketen ausgestattet“ werde. Hofmann erläuterte dazu weiter: „Ein Vergleich der beiden Systeme zeigt, daß Trident-II mit 9600 km über eine erheblich größere Reichweite (Trident-I: 6500 km) verfügt. Jede Trident-II hat 14 unabhängig zielbare Gefechtsköpfe mit verbesserter Treffgenauigkeit (Trident-I: acht Gefechtsköpfe). [...] Während im Jahre 1970 die Gesamtzahl der britischen Gefechtsköpfe sieben Prozent des amerikanischen und acht Prozent des sowjetischen strategischen Potentials ausmachte, fiel es mit zunehmender sowjetischer und amerikanischer Nuklearrüstung im Jahre 1980 auf zwei Prozent sowohl des amerikanischen als auch des sowjetischen Potentials zurück. Mit der Einführung der Trident-II in den 90er Jahren kann das britische Potential an Nuklearsprengköpfen unter Berücksichtigung der geschätzten Entwicklung wieder etwa sieben Prozent erreichen.“ Vgl. VS-Bd. 11972 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>28</sup> Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 28. November 1981; AAPD 1981, III, Dok. 334.

land zielt, ein Instrument, um isolierten Druck auf die Bundesrepublik Deutschland auszuüben.

Daher setzt er sich für den Doppelbeschluß und die Null-Lösung ein. Er möchte nicht, daß einer künftigen sowjetischen Führung dieses Mittel zur politischen Druckausübung zur Verfügung steht. Die Kürze der Vorwarnzeit macht die Sache noch schlimmer, zumal uns ja auch keine Hotline mit dem Kreml zur Verfügung steht. Er sieht also im Aufbau der SS-20 ein politisches Pressionsinstrument ebenso wie in der offensichtlich begonnenen Dislozierung der SS-21 und anderer Systeme kürzerer Reichweite in der DDR.

Er hat es nie für klug gehalten, daß die SU die SS-20-Rüstung so ungeheuer vorantreibt. Sie schafft damit einen politisch-psychologischen Druck, der einen Kohäsionstest des Bündnisses erzwingt. Es kann überhaupt keine Zweifel daran geben, wo wir bei einem solchen Kohäsionstest stehen. In Europa darf keine Lage entstehen, in der die SU – wie es zum Beispiel Chruschtschow 1956 in der Suez-Krise getan hat<sup>29</sup> – politischen Druck mit militärischen Mitteln ausüben kann. Ein solcher Druck braucht gar nicht direkt ausgesprochen zu werden. Die Existenz solcher Raketen hat eine politische Wirkung, auch wenn keiner auf den Knopf drückt.

*Semjonow* betont, daß die SS-20 nur ein Ersatz für die veralteten SS-4 und SS-5 sind. Dem Hinweis des Bundeskanzlers auf die Ausstattung mit drei Sprengköpfen begegnet er mit dem sowjetischen Reduzierungsangebot für Raketen. Auch die SU hält eine zu große Zahl von Nuklearwaffen für gefährlich.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß nicht Bonn, sondern Washington der Verhandlungspartner ist. Moskau ist zu einem Entgegenkommen bereit, wenn auch die USA entgegenkommen. Es<sup>30</sup> ist daher auch in seiner Propaganda gegen die USA zurückhaltend, was man von den USA nicht sagen kann.

*Bundeskanzler*: Das letztere gilt aber nicht für die Person Breschnews. Er hat das Gefühl, daß Reagan ernsthaft an ein Treffen mit Breschnew denkt. Die beiden Männer werden sich gut verstehen. Sie denken beide in klaren Grundlinien, nach denen sie sich auch richten. Er würde sich nicht wundern, wenn es im nächsten Jahr zu einem solchen Treffen kommen würde. Er selbst hat sehr dazu geraten.

Auf den Hinweis von Semjonow, daß Nixon und Breschnew nach anfänglichen Schwierigkeiten eine gemeinsame Sprache gefunden hätten, betont er, daß auch er Nixon für einen hochbegabten Außenpolitiker hält. Reagan ist im übrigen kein Vertreter des rechten Flügels. Im Gegenteil, er wird zur Zeit dafür kritisiert, daß er nicht hart genug ist.

*Semjonow* berichtet, daß sich Archipow und Patolitschew in ihren Gesprächen in Moskau sehr positiv über den Stand der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland geäußert haben. Er hebt das große Potential

<sup>29</sup> Die Suezkrise wurde im Juli 1956 durch die von der ägyptischen Regierung betriebene Verstaatlichung des Suezkanals ausgelöst. Großbritannien und Frankreich griffen Anfang November 1956 in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten ein, sahen sich aber durch den Druck sowohl der USA als auch der UdSSR, wobei letztere die Möglichkeit eines Einsatzes atomarer Waffen andeutete, zum Rückzug gezwungen.

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „Er“.

der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervor und betont dabei insbesondere das Braunkohleprojekt. Diese langfristige Perspektive sollte über den gegenwärtigen Problemen nicht vergessen werden. Auch wenn die Wolken den Himmel verdecken, die Sterne bleiben.

*Bundeskanzler* wird seinerseits an dem 1978 geschlossenen wirtschaftlichen Rahmenabkommen<sup>31</sup> festhalten und legt Wert darauf, daß auch die SU dieses weiß. Er hat den Eindruck, daß man sich in Moskau keine rechte Vorstellung vom Ausmaß der Emotionen macht, die die Ereignisse in Polen vor allem in den USA, Frankreich und Großbritannien hervorgerufen haben. Frankreich hat sich seit Generationen für die Freiheit Polens engagiert, Großbritannien war Sitz der polnischen Exilregierung, und in den USA gibt es Millionen von Staatsbürgern polnischer Herkunft.

Wir haben uns bei der Beurteilung der polnischen Tragödie nicht zufällig auch am Urteil der Kirche orientiert. Das hat es uns ermöglicht, etwas zurückhaltender im Ton zu sprechen als unsere westlichen Freunde. Wenn der Vatikan zu einem schrofferen Urteil kommt, wird das allerdings auch Einfluß haben auf unsere Haltung.

*Semjonow* bittet auch die Lage der Sowjetunion in Rechnung zu stellen: Die Schwierigkeiten auf Grund schlechten Wetters, die wirtschaftliche Belastung durch das Wettrüsten und die großen Lieferungen an Polen wirken sich bereits auf den einzelnen Sowjetbürger aus. Moskau will keine Einmischung. Die Polen sollen ihre Probleme selbst lösen.

Auf den Hinweis des Bundeskanzlers, daß es die Lage der gegenwärtigen polnischen Führung erleichtern könnte, wenn die Sowjets ihnen Hoffnung machen könnten auf eine ungarische Entwicklung, meint er, daß die schwierige Lage Polens nicht durch die westliche Haltung erleichtert wird.<sup>32</sup> In Moskau versteht man, daß Bonn sich bemüht, die Lage der Polen nicht zu erschweren. Es gehört zur Stabilisierung der Lage, daß wieder Waren in den Geschäften sind. Noch wichtiger aber ist die Wiederherstellung der industriellen Produktion. Wenn in Polen gearbeitet würde, könnte man sich viel leisten. Es ist keine normale Lage, daß Rakowski zum Beispiel gegenüber Wolff von Amerongen festgestellt hat, daß die Partei als gesellschaftliche Kraft erst nach der Armee und nach der Kirche rangiert.

*Bundeskanzler* stellt fest, daß es ihm menschlich mißfällt, wenn Männer, die gemeinsam im Politbüro saßen, einander einsperren. Breschnew und Gierek waren gute Freunde. Jetzt ist Gierek verfemt und soll vor Gericht gestellt werden.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

<sup>32</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „In Ungarn gibt es keine unabhängige Gewerkschaft.“ Vgl. dazu Dok. 61.

<sup>33</sup> Bei der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 gab Ministerpräsident Jaruzelski bekannt, daß auch der ehemalige Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, interniert worden sei. Am 13. Dezember unterrichtete Vortragender Legationsrat von Treskow: „Die Verhaftung früherer Partei- und Regierungsverantwortlicher (Gierek, Ex-MP Jaroszewicz u. a.) ist wohl weniger aus Überlegungen der Staatssicherheit und eines befürchteten ‚Comebacks‘ erfolgt als aus Grün-

*Semjonow* meint, daß Moskau auf diese inneren Entwicklungen keinen Einfluß hat. Es hat sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt, als Gierек oder Gomułka am Ruder waren. Er selbst hatte immer eine gewisse Angst, wenn er als Stellvertretender Außenminister zu Gesprächen zu Gomułka zu reisen hatte. Er bekräftigt noch einmal, daß er die Bemerkung des Bundeskanzlers über Gierек aus einem früheren Gespräch nach Moskau weitergeleitet hat.

*Bundeskanzler* hat diese Bemerkung über Gierек gemacht, weil er überzeugt ist, daß in der Politik auch die Beziehungen zwischen Menschen wichtig sind. Er hat Gierек vertraut. Er möchte ihn nicht nachträglich fallenlassen. Gierек hat ein großes Verdienst daran, daß sich Deutsche und Polen nach der tragischen jüngsten Geschichte wieder mit friedlichen Augen betrachten können. Er selbst wird es den Polen, die neben Russen und Juden am meisten unter den Nazis gelitten haben, nicht vergessen, daß sie die Verträge mit Brandt und ihm abgeschlossen haben.<sup>34</sup>

Es hat ihn sehr befriedigt zu erfahren, daß seine Landsleute Pakete im Wert von 100 Millionen DM zu Weihnachten nach Polen schickten. Das ist ein Zeichen einer innereuropäischen Solidarität.

*Semjonow*: Das sind Ihre Sanktionen! (*Bundeskanzler*: Das können Sie so sagen!)

Er betont abschließend:

- Er wird sich dafür einsetzen, daß MP Tichonow Botschafter Meyer-Landrut empfängt.
- Moskau ist, wie Breschnew dem Bundeskanzler gesagt hat, nicht an krisenhaften Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland interessiert.

**VS-Bd. 14106 (010)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 271*

den der Optik: Es fällt damit leichter, der über die PVAP verbitterten Bevölkerung die Verhaftung extremistischer Führer der ‚Solidarität‘ [...] zu erklären.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6447; Referat 214, Bd. 132916.

<sup>34</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f.

Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, eine Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, ein Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits an Polen, ein Ausreiseprotokoll sowie ein Langfristiges Programm über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1193–1203. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296.

## 55

**Botschafter Schmitt, Valletta, an das Auswärtige Amt**

114-10918/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 14

**Aufgabe: 15. Februar 1982, 14.15 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. Februar 1982, 15.49 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Ministerpräsident Mintoff bei Einladung in seinem Landhaus

Mit der Bitte um Weisung zu 3 b)

1) Durch telefonische Einladung aus seinem Büro, die mir am späten Abend des 12.2.1982 übermittelt wurde, hat Dom Mintoff meine Frau und mich gestern (14.2.) zu einem Mittagessen in seinem Landhaus L-Gharix (nahe den Installationen der Deutschen Welle gelegen) gebeten, bei dem außer Frau Mintoff und persönlichen Freunden des Ministerpräsidenten auch Finanzminister Spiteri und Gattin anwesend waren. Dom Mintoff, der von einem ausgedehnten Bad im nahen Meer bei 13 Grad Wassertemperatur kam, machte einen gesunden und frischen Eindruck; von Krankheiten, die ihm gerüchteweise nachgesagt werden, war ihm nichts anzumerken. Bei seinen uns keineswegs immer freundlichen Ausführungen und harter Gegenrede, die einen wesentlichen Teil des Tischgesprächs ausmachten, blieb er stets bemüht, sich als liebenswürdiger Gastgeber nach guter mediterraner Tradition zu beweisen. Trotz seines lebhaften Redeflusses scheint es mir besser als hiesigen Kollegen, ihren Schilderungen zufolge, gelungen zu sein, meine Gegenargumente einzuschleiben, ohne dabei allerdings irgendeine erkennbare Wirkung zu erzielen. (Als Charakteristikum zur Person des Ministerpräsidenten sei angemerkt, daß bei einem lebhaften, recht kontroversen Disput mit meiner Frau über allgemeine Fragen des Menschseins, bei dem Dom Mintoff zur sichtbaren Freude von Frau Mintoff die ihm gewohnte dozierende dominierende Rolle nicht durchzuhalten vermochte, eine bei seinem forschen Auftreten überraschende Angst vor dem Tod und einer möglichen Fortexistenz deutlich wurde.) Minister Spiteri steuerte, wie die übrigen Gäste, wenig zur Unterhaltung bei.

2) Für die überraschend schnelle Einladung bald nach meinem Dienstantritt<sup>2</sup> (andere hiesige Botschafter wurden bisher überhaupt noch nicht oder erst nach mehreren Monaten zum Mittagessen gebeten) dürften folgende Gründe bestimmend gewesen sein:

- a) Beschwerde über die Tätigkeit der „Academy for the Development of a Democratic Environment (AZAD)“ und Androhung möglicher Folgen auch für das deutsch-maltesische Verhältnis;
- b) Tätigkeit der Deutschen Welle und maltesische Vorstellungen hierzu;

<sup>1</sup> Hat Amtsrat Gisy am 16. Februar 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit der Bitte um Stellungnahme zu Hintergrund und um Auftrag für die von Botschafter Schmitt erbetene Weisung.“ Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 17. Februar 1982 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Dg 20 hat Klenn[t[ni]s“.

<sup>2</sup> Eberhard Schmitt war seit 7. Dezember 1981 Botschafter in Valletta.

c) die Absicht, mich zu taxieren und über mich als neuen deutschen Botschafter seine Ausführungen in Bonn „an den Mann“ zu bringen.

3) Zu a): Wie bereits in öffentlichen Ansprachen (vgl. Bericht Nr. 56 vom 11.2. 1982 – 650.22) wandte sich der Ministerpräsident in heftiger Form gegen die Unterstützung, die der AZAD durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und damit von deutscher Seite in ihrer gegen die demokratisch gewählte Regierung des Inselstaates gerichteten Kampagne gewährt werde. Er wisse sehr wohl, daß zu diesem Zweck erhebliche Finanzmittel der AZAD und damit im Ergebnis der Nationalist Party zufließen mit der durchsichtigen Begründung, damit solle das Verständnis für die Demokratie und ihre Spielregeln gefördert werden. „Are we Zulus to teach us democracy?“ Scharf müsse er verurteilen, daß die AZAD mit diesen Geldern in den Wochen vor den Dezemberwahlen 1981<sup>3</sup> über einen privaten Fernsehsender in Sizilien eine heftige Kampagne gegen ihn selbst und seine Partei geführt habe<sup>4</sup>, die von Regierungsseite nicht einmal habe gestört werden können, da ihr dazu die technischen Mittel fehlten. Von seiner Partei werde er gedrängt, dem bösen Spiel ein baldiges Ende zu machen, und er könne mir versichern, daß er die gesetzlichen Mittel dazu besitze.

Der Ministerpräsident fuhr fort, er wolle mir ganz klarmachen, daß diese mit deutschen Geldern gespeiste Tätigkeit der AZAD eine schwerwiegende Belastung des deutsch-maltesischen Verhältnisses darstelle. Es sei an der Bundesregierung, hier Abhilfe zu schaffen, wenn ihr – wie ihm selbst – an guten gegenseitigen Beziehungen gelegen sei. Anderenfalls könnten Konsequenzen, die er nicht näher erläuterte, nicht ausbleiben.

Ich habe mich vergeblich bemüht, den Ministerpräsidenten, wenn nicht zu überzeugen, so doch Verständnis bei ihm zu erwecken dafür, daß in einem Staat, der wie die Bundesrepublik Deutschland die Demokratie ernst nimmt, die Regierung nach der Verfassung, an die sie gebunden ist, nicht einfach gebieten und verbieten kann, zumal es sich bei den Politischen Stiftungen, die den im Bundestag vertretenen Parteien nahestehen, um unabhängige Institutionen han-

<sup>3</sup> Am 12. Dezember 1981 fanden in Malta Parlamentswahlen statt, aus denen die regierende Arbeiterpartei des Ministerpräsidenten Mintoff als Siegerin hervorging. Botschafter Schmitt, Valletta, führte dazu am 15. Januar 1982 aus: „Daß die Diskussion über das Wahlergebnis noch unvermindert andauert, liegt an der verständlichen Verbitterung der N[ationalist]P[arty]-Anhänger, die sich um den Wahlsieg betrogen fühlen. Trotz der erzielten Stimmenmehrheit befindet man sich aufgrund ‚mathematischer Manipulationen‘ bei den Parlamentssitzen in der Minderheit. Man ärgert sich wahrscheinlich auch, weil von NP-Seite die Auswirkungen der Wahlbezirksänderungen unterschätzt und der ‚Swing‘ zur eigenen Partei überschätzt wurden. Im nachhinein wird ersichtlich, wie ‚sorgfältig‘ man diesbezüglich im Regierungslager gearbeitet hatte und warum die Malta Labour Party (MLP) trotz des unverkennbaren Trends in der Bevölkerung zugunsten der NP so gesessicher sein konnte.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 203, Bd. 124908.

<sup>4</sup> Botschafter Schmitt, Valletta, berichtete am 25. Februar 1982 über ein Gespräch mit dem außenpolitischen Sprecher der Nationalist Party (NP) Maltas, Tabone, am Vortag: „Zum Abschluß der Unterredung kam Dr. Tabone auf die Tätigkeit von AZAD zu sprechen, von der man wisse, daß sie von der Regierung mit großem Mißbehagen verfolgt werde. Er als Präsident dieser autonomen und von der NP unabhängigen Institution, die eine Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung sei, könne leicht anhand der Quittungsbücher den Nachweis führen, daß entgegen der Behauptung der Labour-Führer keine Mark für angebliche parteipolitische Wahlkampfzwecke ausgegeben worden sei. Verständlicherweise sei es freilich so, daß zu Seminaren und Vortragsveranstaltungen vorwiegend solche Sprecher eingeladen würden, die der eigenen politischen Philosophie naheständen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 203, Bd. 124908.

dele. Es könne allerdings nicht verwundern, daß die Stiftungen, die zur Förderung des demokratischen Gedankens wertvolle Arbeit leisteten, Kontakte zu den Gruppen unterhielten, die ihnen politisch nahestehen. Für die auch von ihm vorgebrachte Behauptung über eine angebliche Verwendung der der AZAD über die Konrad-Adenauer-Stiftung zugeflossenen Gelder zur Finanzierung von Programmen des sizilianischen Privatsenders seien Beweise nie beigebracht worden; gerüchtweise seien dafür ganz andere Quellen genannt worden (u. a. Gad-dafi).

Die Reaktion, mit der der Ministerpräsident meine Ausführungen aufnahm, läßt es ratsam erscheinen, seine Beschwerden ernst zu nehmen. Mit Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß er bei Bekanntwerden und Fortdauer weiterer Hilfen an die AZAD von seiten der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Kampagne gegen uns in Gang setzen könnte (wobei der deutsche Botschafter zur Dramatisierung durchaus zur Persona non grata werden könnte).

Aus hiesiger Sicht ist dringend zu empfehlen, die Politischen Stiftungen – nach Lage der Dinge die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung – bei Planung und Durchführung von Vorhaben für die Insel auf diese hier gegebene besondere Situation nachdrücklich hinzuweisen.

Zu b): In seinen kürzer gefaßten Ausführungen zur Tätigkeit der Deutschen Welle wenige Tage vor dem Besuch ihres Intendanten Schütz (3. und 4. März 1982) legte der Ministerpräsident dar, Malta und der von ihm verfolgten Neutralitätspolitik könne es nicht angenehm sein, wenn von seinem Territorium aus ein Programm ausgestrahlt werde, das ausschließlich nach den Positionen eines anderen Landes, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, ausgerichtet sei. Nach seiner Vorstellung müsse von diesem Sender die Stimme Maltas und des Mittelmeers viel stärker zu Gehör kommen; sonst habe er in seinen Augen seinen Sinn verloren.

Ich habe entgegengehalten, ich müsse mich über seine Darlegungen verwundern, da zwischen der Deutschen Welle und der Regierung von Malta ein Vertrag bestehe, in dem die gegenseitigen Rechte und Pflichten genau niedergelegt seien.<sup>5</sup> Die Deutsche Welle, eine von der Bundesregierung unabhängige Anstalt, habe ihre Verpflichtungen strikt eingehalten; das gleiche müsse auch von der Regierung Maltas erwartet werden.

Mit Sicherheit wird Ministerpräsident Mintoff diese Angelegenheit mit dem Intendanten der Deutschen Welle in dem für den 4. März vorgesehenen Gespräch vorbringen. Um entsprechende Unterrichtung von Intendant Schütz wird gebeten.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler vermerkte am 24. Februar 1982, die Deutsche Welle habe zur Überlassung von Sendezeit an die Regierung Maltas dargelegt: „Aufgrund eines 1975 geschlossenen Vertrages wurde die Bereitstellung von Sendezeiten der Relaisstation der Deutschen Welle im Mittel- und Kurzwellenbereich an Malta vereinbart. Ausdrücklich wurde dabei auch die Weitergabe an Dritte vorgesehen. Da der Deutschen Welle zusätzliche freie Sendezeiten zur Verfügung standen, hatte sie sie über die vertraglichen Vereinbarungen hinaus an Malta weitergegeben. Sie wehrt sich allerdings jetzt, daß die maltesische Seite dies als Vertragsbestandteil ansieht, obwohl eine vertragliche Vereinbarung nicht getroffen worden ist. Die Deutsche Welle sagte zu, während ihrer jetzt in Valletta vorgesehenen Gespräche um eine gütliche Lösung bemüht zu sein.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124910.

Mintoff hat mir gegenüber die Erwartung geäußert, daß ich bei diesem Gespräch zugegen sein werde. Ich habe darauf ausweichend geantwortet. Meines Erachtens könnte dadurch der Eindruck entstehen, nicht oder nicht nur die Deutsche Welle, sondern die Bundesregierung sei Vertragspartner Maltas.

Ich bitte um Drahtweisung, ob diese Bedenken dort geteilt werden.<sup>6</sup>

4) Über weitere für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Malta nicht unmittelbar aktuelle oder relevante Themen folgt Schriftbericht.<sup>7</sup>

[gez.] Schmitt

**VS-Bd. 12927 (203)**

<sup>6</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler erteilte der Botschaft in Valletta am 24. Februar 1982 Weisung, den Intendanten der Deutschen Welle, Schütz, bei seinen Gesprächen mit der maltesischen Regierung am 3./4. März 1982 nicht zu begleiten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 16; Referat 203, Bd. 124910.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler resümierte am 14. Mai 1982: „Die maltesische Regierung hat die Deutsche Welle im März in Valletta bei Gesprächen mit Intendant Schütz [...] von der Forderung nach einer Revision der 1970 geschlossenen Lizenzverträge mit dem Ziel der Überführung der Anlagen in maltesisches Eigentum und der Mitsprache bei der Programmgestaltung unterrichtet und die unverzügliche Aufnahme entsprechender Verhandlungen gefordert. Zur Begründung hat die maltesische Seite auf die seit 1970 eingetretenen Änderungen in der von Malta verfolgten Mittelmeerpolitik sowie auf angebliche arabische Proteste gegen Programmsendungen der D[eutschen]W[elle] hingewiesen. Die DW hat diesen massiven Forderungen widersprochen, sich aber bereit erklärt, Vorschläge zu einer gewissen Modifizierung der Lizenzverträge zu unterbreiten, durch die im Wege der Umgestaltung (Übertragung der Betriebsrechte in Malta auf eine DW-Tochtergesellschaft) bestimmten Vorstellungen der maltesischen Regierung Rechnung getragen werden könnte. Diese Vorschläge wurden der maltesischen Regierung übermittelt. Anstatt die Vorschläge wenigstens zu prüfen und mögliche Gegenvorstellungen mit der DW zu erörtern, hat die maltesische Regierung den Dialog mit der DW abgebrochen und verlangt jetzt Regierungsgespräche auf Außenministerebene.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178864.

<sup>7</sup> Am 19. Februar 1982 übermittelte Botschafter Schmitt, Valletta, ergänzende Informationen zu seinem Gespräch mit Ministerpräsident Mintoff am 14. Februar 1982: „Auch aus den weiteren Tischgesprächen Mintoffs kam ein erstaunlich starkes Bewußtsein zum Ausdruck, einer Nation anzugehören, die ihre Formation aus der langen Geschichte des Mittelmeers empfangen hat. Die Überzeugung, somit als Erbe ein besonders hohes Maß an Intelligenz und wacher Sensibilität empfangen zu haben (im Gegensatz zu den schwerblütigen nordischen Völkern), dürfte einer der Gründe für das manchmal stark auftrumpfende Selbstbewußtsein Mintoffs sein (verbunden mit einiger Trauer darüber, zwar Herr der Inseln, aber doch recht kleiner Inseln zu sein).“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 203, Bd. 124910.

## 56

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Willoch

VS-vertraulich

16. Februar 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Willoch am 16.2.1982 von 11.45 bis 13.15 Uhr und beim anschließenden Arbeitsessen im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Am Gespräch nahmen als Note-taker teil: StS Colding und MD von der Gablentz. Am anschließenden Arbeitsessen nahmen außerdem teil: Botschafter Busch, StS von Staden, MD Knoph, Botschafter Balsler.

*Bundeskanzler* freut sich sehr über den Besuch und betont sein besonderes Interesse, mit der norwegischen und auch der dänischen Regierung, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Zusammensetzung, engen Kontakt zu halten. Zwischen den beiden Staaten gibt es eigentlich keine Probleme, die dringend gelöst werden müßten. Aber es gibt sehr starke gemeinsame Interessen, außenpolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche.

Wir Deutsche haben ein besonderes Interesse daran, daß über unseren wichtigen Beziehungen zu den USA unsere Beziehungen zu den europäischen Staaten nicht zu kurz kommen. Diese Gefahr besteht immer dann, wenn die beiden Großmächte, wie gegenwärtig, in eine Periode der Spannungseskalation eingetreten zu sein scheinen. Er hat es immer bedauert, daß Norwegen nicht Mitglied der EG ist und sich nicht an der außenpolitischen Abstimmung in der EPZ beteiligen kann. Daher ist es um so nötiger, Gelegenheiten wie heute zu schaffen, um sich auszutauschen.

*Willoch* dankt für die Gelegenheit zu diesem Gespräch. Auch er möchte keine Probleme zwischen den Ländern diskutieren, sondern gemeinsame Probleme. Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Norwegen hängt nicht von den jeweiligen Regierungen ab. Seine Regierung hat deutlich erklärt, daß sie die außenpolitische Linie Norwegens fortsetzen wird.<sup>3</sup> Sie ist entschlossen, eine klare und unmißverständliche Außen- und Sicherheitspolitik zu führen, im Rahmen der NATO und in engster Beziehung zu den Alliierten. Sie legt sehr großen Wert darauf, die engsten Beziehungen mit Deutschland aufrechtzuerhalten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt. Am 17. Februar 1982 übermittelte er den „vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers“.

Hat Braunmühl am 17. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Willoch hielt sich am 16./17. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 57.

<sup>3</sup> Nach den Wahlen am 13./14. September 1981 in Norwegen übernahm der Fraktionsvorsitzende der Konservativen Partei, Willoch, am 14. Oktober 1981 das Amt des Ministerpräsidenten.

Er sieht mit Unruhe die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Europa, die Debatte über die Nachrüstung und die Unsicherheit, ob nachgerüstet wird. Das westliche Bündnis ist heute nicht mehr völlig in Ordnung. Auf Frage des Bundeskanzlers sieht er als Anzeichen hierfür das Anwachsen einer anti-amerikanischen Stimmung in seinem Lande und in Europa. Eine regionale Gruppierung der norwegischen Sozialdemokraten hat sich zum Beispiel gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa ausgesprochen, solange die USA faschistische Regime in El Salvador und in der Türkei unterstützt.<sup>4</sup> Es beunruhigt ihn, daß diese Debatte im Westen dazu führen könnte, daß die SU meinen könnte, sie könne die westliche Nachrüstung verhindern, ohne selbst etwas zu geben.

Er weiß, daß sich die Bundesregierung mit Nachdruck für den Doppelbeschluß einsetzt. Wie kann man der SU klarmachen, daß es zur Nachrüstung kommt, wenn die SU nicht zum Zustandekommen von Rüstungskontrollergebnissen bis 1983 beiträgt?

*Bundeskanzler* stellt einleitend fest, daß in seinem Lande etwa 5000 nukleare Sprengköpfe stationiert sind. Ursprünglich wollten weder die SU noch die USA über Mittelstreckenwaffen verhandeln. Wir haben zunächst die USA überzeugt, daß die SS-20 eine Gefahr darstellen, daß die Mittelstreckenraketen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen, daß dies durch Verhandlungen geschehen soll und durch Nachrüstung erst dann, wenn die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen. Hierfür haben sich Giscard, Callaghan und er in Guadeloupe eingesetzt.<sup>5</sup> Erst 1980 gelang es dann, die SU zu überzeugen, daß es zur Nachrüstung kommt, wenn es vorher keine Verhandlungsergebnisse gibt. Die Sowjetunion glaubt das auch heute noch und muß es auch glauben. Denn unabhängig von allen Friedensbewegungen wird es in Deutschland keine vorstellbare Bundesregierung geben, die anders denkt. Diese Haltung wird den Deutschen nicht dadurch erleichtert, daß Norwegen und Dänemark an der Nachrüstung nicht teilnehmen und andere Länder sich ihrer Verpflichtung zu entziehen scheinen.

Er erläutert auf Fragen Willochs, daß Carter 1977 noch abgelehnt hat, das Problem der Mittelstreckenwaffen zu sehen. In Guadeloupe haben die Europäer dann die Philosophie des Doppelbeschlusses entwickelt. Reagan hat eine gewisse Zeit gebraucht, bis er sich hinter dieses Konzept stellte. Er hatte allerdings schon vorher direkt nach seiner Wahl BM Genscher und ihm versichert, er werde über Rüstungskontrolle verhandeln, verhandeln, verhandeln...<sup>6</sup>

Inzwischen hat die SU mit dem Aufbau von fast 300 SS-20-Raketen einen Vorsprung von sieben Jahren (1976 bis 1983) voll genutzt. Die gerade aufgenom-

<sup>4</sup> Botschafter Balsler, Oslo, berichtete am 3. März 1982: „In der Entschließung der Arbeiterpartei im Bezirk Nordland (Nordnorwegen), die zu fortgeschrittener Stunde mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden war, war die Teilnahme amerikanischer Truppen an bevorstehenden Manövern in Nord-Norwegen als unerwünscht bezeichnet worden, solange die USA ihre jetzige Politik in El Salvador nicht ändere.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 145; Referat 204, Bd. 124952.

<sup>5</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>6</sup> Ronald W. Reagan wurde am 4. November 1980 zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher trafen am 20. November 1980 in Washington mit dem designierten Präsidenten Reagan zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

menen INF-Verhandlungen in Genf<sup>7</sup> sind aus zwei Gründen in eine schwierige Lage geraten:

- durch die polnische Tragödie;
- dadurch, daß die Wiederaufnahme der SALT/START-Verhandlungen wieder in der Luft hängt, an die sich die INF-Verhandlungen notwendigerweise anlehnen müssen, schon um definieren zu können, was unter Mittelstreckenraketen zu zählen ist.

Die USA stehen wohl vor der doppelten Schwierigkeit, daß sie mit ihrer START-Konzeption<sup>8</sup> noch nicht fertig sind und gleichzeitig eine antikommunistische Grundwelle in den USA zu erwarten scheint, daß wegen Polen alle Verhandlungen abgebrochen werden sollen. Die Europäer ihrerseits haben Sorgen vor einer weiteren Zuspitzung. Viele Mitglieder der Administration müssen noch Rücksichtnahme auf europäische Partner lernen. Er bestätigt auf Einwurf Willochs, daß Haig die europäische Stimmung gut kennt, aber oft allein steht. Reagan ist ein sehr sympathischer, offener, unkomplizierter Mann, der aber noch dabei ist, das weltpolitische Geschäft zu lernen. Auch Weinberger betrachtet die Europäer sicherlich nicht als Satelliten, zeigt sich aber immer wieder erstaunt, wenn sie nicht gleich seinen Vorschlägen zustimmen. Zu Zeiten Nixons und Fords gab es das wohl größte Maß an Kooperation zwischen Amerikanern und Europäern.

Auf Willochs Einwurf, daß viele Amerikaner es als ungerecht empfinden, daß die Europäer weniger Verteidigungslasten tragen als sie, meint er, daß man sich nicht nur mit Verteidigungsausgaben verteidigt. Solange die Regierung in Washington aus Sorge vor Unpopularität nicht die Wehrpflicht<sup>9</sup> wieder einführt, wird er sich nicht von bloßen Dollar-Argumenten beeindrucken lassen.

Auf Frage Willochs nach seinem Urteil über eine nuklearwaffenfreie Zone Nord<sup>10</sup> unterstreicht er, daß er nie etwas davon gehalten hat oder halten wird, weder für Skandinavien, noch für Zentraleuropa, noch für andere Teile der Welt, in die man von außen mit Nuklearwaffen hineinschießen kann. Die Mitglieder einer solchen angeblich nuklearwaffenfreien Zone bleiben bedroht und politisch erpreßbar. Das Konzept kommt nur der SU zugute, weil es zu einer Lockerung des Zusammenhalts des westlichen Bündnisses führt.

Der Gedanke stammt von Rapacki und entsprach dem polnischen Interesse an einer Auflockerung der Lage in Mitteleuropa für Polen und andere europäische Staaten.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 12. Januar 1982 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 50, Anm. 8.

<sup>9</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

<sup>10</sup> Ministerpräsident Nordli äußerte sich in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar 1981 zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nord- und Mitteleuropa. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 5 und Dok. 20.

<sup>11</sup> Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der VN-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR und Polen bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen in einem Memorandum. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Planes, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. November 1958 und am

Willoch stimmt dem Bundeskanzler voll zu. Kekkonen, der den Gedanken lanciert hatte<sup>12</sup>, hat sicher selbst nicht gewünscht, daß ihn die anderen skandinavischen Länder akzeptieren. Er mußte aber immer wieder etwas Neues an die Adresse der SU vorweisen. Zur Zeit ist die Diskussion über eine NWFZ<sup>13</sup> nicht virulent. Sie kann aber wiederkommen. Einfache Leute könnten wiederum in den Fehler verfallen, eine sowjetische Garantie für wirkliche Sicherheit zu halten.

*Bundeskanzler:* Die Gefahr der Nuklearwaffen in Europa liegt weniger in ihrem tatsächlichen Einsatz als vielmehr in der implizierten politischen Pressure durch diese Waffen. Er sagt auch den Sowjets, daß diese Waffen daher entweder verschwinden müssen oder das Gleichgewicht durch eine westliche Gegendrohung wiederhergestellt wird. Auf Fragen Willochs erläutert er, daß nach seiner Überzeugung die Sowjets mit der Nachrüstung rechnen. Die skandinavische Diskussion über eine NWFZ schlägt sich in einer gewissen Unruhe in einigen Kreisen der SPD und FDP nieder. Er stimmt Willoch zu, daß es für uns viel bedeutet, daß Mitterrand in diesen Fragen die Haltung der Bundesregierung teilt.

Willoch berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, daß O. Nordli Vizepräsident des Storting ist, aber leider zur Zeit keine herausragende politische Rolle spielt.

In den letzten Tagen wird in der politischen Diskussion in Norwegen El Salvador genutzt, um Mißtrauen zwischen USA und Europa zu säen.

*Bundeskanzler* unterstreicht, daß die Frage von interessierter Seite politisch genutzt wird. Aber die USA handeln auch nicht sehr klug. Anstelle des Präsidenten würde er den Nachdruck auf einen Marshall-Plan für Mittelamerika legen. Sicher mischen sich die Sowjets und die Kubaner in die mittelamerikanischen Angelegenheiten ein. Aber wichtiger wäre in jedem Fall das gute Verhältnis der USA zu ihren Nachbarn im Süden. Er selbst will sich zu Nicaragua und El Salvador möglichst nicht öffentlich äußern.

Bundeskanzler betont auf Frage Willochs, wie man Druck auf Polen ausüben könne, ohne die Bevölkerung zu treffen, daß es keinen wirklichen wirtschaftlichen Druck auf Polen und die SU gibt. Bei den Maßnahmen<sup>14</sup> handelt es sich bisher nur um Gesten. Solange die USA vernünftigerweise ihre Getreidelieferungen nicht einstellen, können sie von den Europäern nicht verlangen, einen Wirtschaftskrieg gegen die SU zu führen. Dafür, daß Europa und Amerika auseinanderzutreiben scheinen, sind nicht nur die SU (die alle ihre propagandisti-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 279*

28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 143.

Am 14. Dezember 1964 wiederholte Rapacki seine Vorschläge vor der VN-Generalversammlung in New York und empfahl die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 398, und AAPD 1965, I, Dok. 152.

<sup>12</sup> Präsident Kekkonen regte in einer Rede am 28. Mai 1963 in Helsinki die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 330 f. Kekkonen wiederholte seinen Vorschlag mehrfach, so in einer Rede vor dem Schwedischen Institut für Internationale Angelegenheiten am 8. Mai 1978 in Stockholm. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 24. Mai 1978; Referat 204, Bd. 115962.

<sup>13</sup> Nuklearwaffenfreie Zone.

<sup>14</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

schen Möglichkeiten nutzt) und die Europäer, sondern auch die USA verantwortlich. Das Ausmaß der Vorwürfe gegen die Deutschen in der amerikanischen Presse ist nicht Ausdruck der Volksstimmung, sondern beruht weitgehend auch auf Anstößen aus der Administration von Leuten, die noch nicht wissen, wie man mit Verbündeten umgeht. (Willoch hält die Diffamierung Deutschlands für völlig unverständlich.)

Nach Afghanistan mußte in großer Aufregung schnell etwas getan werden. Zwei Dinge wurden getan:

- Ein hastig geplantes Getreideembargo, das dann von allen Seiten – auch durch Lieferung von Getreide an Europa, das dann als Mehl in die SU ging – umgangen wurde. Der Nachfolger Carters hatte nichts Eiligeres zu tun, als dieses Embargo aufzuheben.<sup>15</sup>
- Ein Boykott der Olympischen Spiele<sup>16</sup>, zu dem sich alle Alliierten bekannten und den schließlich neben den Amerikanern nur Norwegen, Deutschland und die Türkei durchführten, die drei Staaten, die wegen ihrer geographischen Lage am stärksten auf die amerikanische Solidarität für ihre eigene Sicherheit angewiesen waren.

Diese Maßnahmen, die ihren Eindruck in Moskau völlig verfehlen mußten, zeigen, daß Außenpolitik nicht geplant wurde und man auf die europäischen Partner der USA nicht ausreichend Rücksicht nahm. Er bezweifelt, ob die innenpolitischen Probleme bei der Durchführung einer rationalen Außenpolitik in den USA größer sind als in anderen Demokratien. Aber die politische Umwelt in Washington ist stärker innenpolitisch orientiert und die Entscheidungsverfahren der amerikanischen Verfassung<sup>17</sup> für die heutige Lage ungeeignet. Die französische Verfassung<sup>18</sup> mit der Funktionsteilung zwischen Präsident und Premierminister erscheint dem zweckmäßiger.

Auf Frage Willochs nach der Lage in der Türkei, die in Norwegen große innen- und außenpolitische Probleme schafft<sup>19</sup>, meint er, daß er sich mit der Kritik

<sup>15</sup> Zu den Sanktionen gegen die UdSSR nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 31, Anm. 47.

Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

<sup>16</sup> Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau durch die USA und die Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 25 und Anm. 26.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der USA vom 17. September 1787 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Bd. III, S. 582–596.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der französischen Verfassung vom 4. Oktober 1958 vgl. STAATSVERFASSUNGEN DER WELT, Bd. 3, S. 67–102.

<sup>19</sup> Am 10. Februar 1982 analysierte Botschaftsrat I. Klasse Diekmann, Oslo, die Diskussion in der norwegischen Öffentlichkeit über die Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980: „Die Forderung nach Sanktionen gegen Polen oder die Sowjetunion wurde mit einer Verschärfung der Agitation gegen die Türkei und El Salvador beantwortet. Arbeiterpartei, Gewerkschaften und Linkspresse warfen unisono in diesem Zusammenhang der amerikanischen und der eigenen Regierung ‚Heuchelei‘ vor. Diese Kampagne veranlaßte die Regierung sogar zu der einigermaßen spektakulären Aktion, eine kurz vor der Verladung stehende Lieferung ausgedienter Luftabwehrraketen an die Türkei im letzten Augenblick aufzuhalten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 96; Referat 204, Bd. 124951.

Am 12. März 1982 stellte Referat 204 zu den Auswirkungen der norwegischen Türkeipolitik fest: „Norwegen hat die Verteidigungshilfe an die Türkei bis auf weiteres eingestellt. Der Beschluß hat in Ankara Empörung ausgelöst, in den Niederlanden aber Nachahmung gefunden: Die Niederlande haben Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe einzustellen beschlossen. Die Absicht der Dänen, zu-

am türkischen Militärregime immer zurückhalten wird. In der Türkei sind die Voraussetzungen für eine Demokratie westlichen Typs nicht gegeben. Alle demokratischen Experimente haben nach einiger Zeit zu Zwischenspielen militärischer Diktatur geführt. Ecevit und Demirel waren nach seiner Erfahrung unfähig, die inneren Probleme – bis zu 30 Terror-Tote am Tag – anzupacken. Die Militärregierung hat den Terrorismus unter Kontrolle gebracht. Sie orientiert sich am westlichen Bündnis, betreibt aber eine eigene Politik gegenüber der SU. Er hat zum Beispiel den Eindruck, daß die SU den türkischen Luftraum seit Jahren überfliegt. Sonst wäre die Versorgung zum Beispiel Syriens, Äthiopiens oder des Südjemens kaum zu erklären. Er neigt dazu, die Türkei öffentlich und privat nicht zu sehr zu kritisieren, weil er nicht sieht, was man eigentlich in der Türkei besser machen soll. Er stimmt Willoch zu, daß auch in dieser Frage viele Politiker – nicht zuletzt Sozialdemokraten – dazu neigen, zu moralisieren und andere Völker zu belehren. Sicher haben die Türken Fehler gemacht, zum Beispiel als sie Ecevit einsperrten oder ein Rechtsverfahren gegen Gewerkschaftler eröffneten.<sup>20</sup>

Willoch stimmt zu, daß man versuchen sollte, die Kritik an der Türkei zu dämpfen.

Bundeskanzler betont auf Frage Willochs, daß unsere Möglichkeiten, Einfluß in Polen zu nehmen, sehr gering sind. Die Lage ist sicherlich nicht schlechter als in Rumänien. Durch Propaganda kann man eine polnische kommunistische Diktatur nicht zu einer westlichen Demokratie machen. So etwas hat auch in Ungarn 1956<sup>21</sup> oder in der Tschechoslowakei 1968<sup>22</sup> nicht funktioniert. Wenn man nicht das Risiko eines Krieges eingehen kann, kann man nur begrenzt Einfluß nehmen.

Willoch fragt, ob die europäischen Länder gemeinsam die Probleme überwinden können, die sich für sie aus der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft ergeben. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß eine wesentliche Wurzel unserer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 281*

sammen mit anderen Staaten Klage bei der Europäischen Menschenrechtskommission gegen die Türkei zu erheben, hat bei den türkischen Militärs den Eindruck einer europäischen Hexenjagd auf die Türkei hervorgerufen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124951.

<sup>20</sup> In dem von Ministerialdirigent Dröge am 23. Februar 1982 der Botschaft in Ankara übermittelten Entwurf für einen Türkei-Bericht der Bundesregierung wurde zur Strafverfolgung von Funktionären türkischer Gewerkschaften mitgeteilt: „Gegen den zweitgrößten Gewerkschaftsdachverband D[evrimci]I[şçi]S[endikalari]K[onfederasyonu] (0,5 Mio. Mitglieder) und den kleineren M[illiyetçi] I[şçi] S[endikalari]K[onfederasyonu] (0,29 Mio. Mitglieder) sowie ihre Führer sind Strafverfahren anhängig. Während der Dauer dieser Verfahren ist ihre Betätigung suspendiert. Die formelle Auflösung wird von der Staatsanwaltschaft gefordert. Die Anklage wirft DISK vor, mit landesweiten Streiks die Industrie in den Monaten vor der Machtübernahme paralyisiert und zu Gewalttätigkeiten auf der 1.-Mai-Kundgebung in Istanbul 1977 (40 Todesopfer) angestiftet zu haben.“ Des weiteren wurde zur Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit dargelegt: „Die Pressefreiheit ist weiterhin fühlbar durch das bereits erwähnte Dekret Nr. 52 eingeschränkt [...]. Seine Anwendung hat in verschiedenen Fällen zum zeitweisen Verbot einer Zeitung [...] und zu Verhaftungen von Journalisten geführt. Prominentestes Opfer des Dekrets ist der frühere MP Ecevit, der zu vier Monaten Haft verurteilt wurde, die durch ein neues Urteil auf drei Monate herabgesetzt wurden. Ecevit ist nach zweimonatiger Inhaftierung entlassen worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 38; Referat 203, Bd. 124912.

<sup>21</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>22</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

wirtschaftlichen Probleme in den USA liegt. Das große Haushaltsdefizit mit seinen Auswirkungen auf den Zinssatz stürzt uns alle in größere Arbeitslosigkeit.

*Bundeskanzler* meint, daß die Europäer nur dann sich gegen die negativen Einflüsse aus Amerika wehren können, wenn sie alle rücksichtslos genug sind, um ihre Haushaltsdefizite abzubauen, die zu Zahlungsbilanzdefiziten und der Notwendigkeit führen, im Wettbewerb mit den USA Kredite im Ausland zu US-Zinsen aufzunehmen. Das ist nicht zu erwarten. Daher bleibt die einzige Möglichkeit, auf die Änderung der amerikanischen Politik zu drängen.

*Willoch* stimmt dem Bundeskanzler zu, daß diese wirtschaftliche Entwicklung von größerer politischer Bedeutung ist als zum Beispiel die Friedensbewegung.

Er erwähnt, daß er Verständnis hat für die amerikanischen Einwände gegen die Mehrheitsmeinungen auf der Seerechtskonferenz (das Thema wird jedoch nicht vertieft).<sup>23</sup> Er fragt nach der Meinung des Bundeskanzlers zum Nord-Süd-Dialog.

*Bundeskanzler* erinnert daran, daß er sich in der Vergangenheit für STABEX-Lösungen<sup>24</sup> eingesetzt hatte. Die Amerikaner sind zu konservativ in ihrer Nord-Süd-Politik, manche Europäer dagegen zu progressiv, wohl in der Hoffnung, die Amerikaner werden schon rechtzeitig bremsen.

<sup>23</sup> Am 3. Dezember 1973 begann in New York die Dritte VN-Seerechtskonferenz. Bis zum 29. August 1980 wurden neun Sitzungsperioden abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 93, und AAPD 1980, II, Dok. 270.

In einer Aufzeichnung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein vom 11. September 1980 wurde festgestellt: „Die Seerechtskonferenz befindet sich in ihrer politischen Schlußphase. Außerliches Ergebnis ist der abermals in wichtigen Teilen revidierte informelle Verhandlungstext, der in seiner Fassung vom 27. August 1980 nun den Titel ‚Draft Convention on the Law of the Sea – Informal Text‘ trägt. Dieser Entwurf einer Seerechtskonvention dürfte sich inhaltlich nur noch sehr schwer ändern lassen. In einer für März/April 1981 geplanten 10. Session besteht letzte Gelegenheit zu Sachverhandlungen.“ Vgl. AS 50, Bd. 125400.

Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 16. Februar 1982, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe in einem Schreiben an Bundesminister Apel „um Unterstützung für die neue Haltung der USA auf der Dritten VN-Seerechtskonferenz“ gebeten: „Die auf die Schifffahrt bezüglichen Vorschriften (navigation articles) des Konventionstextes dürften in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht mehr verändert werden. Sie seien zwar nicht ideal, schützten aber die erforderliche weltweite Beweglichkeit der Streitkräfte (global mobility); insbesondere die Durchfahrtsregelungen (etwa von Kriegsschiffen in Küstenmeeren) müßten verteidigt werden. [...] Das Meeresbodenregime demgegenüber sei nicht akzeptabel, insbesondere in seinen institutionellen Teilen (in der vorgesehenen Meeresbodenbehörde hätten die Industriestaaten zu wenig Einfluß) und in den Technologie-Transfer-Regelungen, die, zumindest mittelbar, auch sicherheitsrelevante Technologien betreffen könnten.“ Vgl. VS-Bd. 12357 (AS 50); B 150, Aktenkopien 1982.

In einem am 18. Februar 1982 übergebenen Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Schmidt wurden die Einwände der USA gegen den vorliegenden Entwurf einer Internationalen Seerechtskonvention wiederholt. Für das Schreiben vgl. den Drahterlaß Nr. 1047 des Vortragenden Legationsrats Kiderlen vom 23. Februar 1982; VS-Bd. 12357 (AS 50); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 24. Februar 1982 übermittelte Kiderlen ein Antwortschreiben Schmidts an Reagan. Darin hieß es: „Die Bundesrepublik Deutschland wird sich auf der Seerechtskonferenz wie bisher in enger Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika, für entsprechende Verbesserungen vor allem des Meeresbodenregimes einsetzen. Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß es für die Durchsetzung wichtiger Änderungen des gegenwärtigen Übereinkommensentwurfs wesentlich auf ein gemeinsames Vorgehen der wichtigsten westlichen Industrieländer ankommt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 126 an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York; VS-Bd. 12357 (AS 50); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>24</sup> Zum System zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten vgl. Dok. 51, Anm. 17.

Er selbst ist für die Aufnahme des Dialogs, wenngleich er sich von den Global-Verhandlungen<sup>25</sup> keine baldigen Ergebnisse verspricht. Er wird allerdings nie zustimmen, daß die Entwicklungsländer den IMF oder die Weltbank beherrschen. Die Kreditnehmer können nicht die Politik der Bank bestimmen. Auf Frage Willochs meint er, daß eine Mitgliedschaft Polens im IMF jetzt wohl angesichts des Konsolidierungsbedarfs von vielleicht 30 Milliarden Dollar zehn Jahre zu spät kommt.<sup>26</sup>

#### Deutsch-deutsche Beziehungen

*Bundeskanzler* hält auf Frage Willochs den Bewegungsspielraum der DDR-Führung für noch begrenzter als den der anderen osteuropäischen Staaten. Sicher hat die moralische Verantwortung für 16 Millionen auch Einfluß auf unsere Ostpolitik. Auf Frage Willochs, ob das auch bei den Maßnahmen gegenüber Polen eine Rolle spielt, meint er, daß wir natürlich keine Politik gegen Polen führen können, die übersieht, daß zwischen Warschau und uns etwa 300 000 Mann sowjetischer Truppen stehen.

Auf Frage erläutert er, daß es das wichtigste Motiv seines Treffens mit Honecker<sup>27</sup> war, den Deutschen Mut und Hoffnung zu geben. Honeckers Motiv war, ihn auf Wunsch der SU möglichst freundlich gegenüber dem Osten zu stimmen. Honecker hat nicht verhindern können, daß er mit seinem Besuch in der DDR auch den Menschen, die Honecker unterjocht, Mut machen konnte. Honeckers Versuch, uns gegenüber dem Osten freundlicher zu stimmen, war eigentlich nicht notwendig. Wir sind weiterhin auf sehr sachliche Beziehungen gestimmt. Wir lassen uns nicht bedrohen, stehen daher hinter dem Doppelbeschluß. Das hat er der sowjetischen Führung mindestens viermal nachdrücklich erläutert.

<sup>25</sup> Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolutionen Nr. 34/138 und Nr. 34/139, mit denen die Einrichtung eines Globalen Dialogs über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems beschlossen wurde. Für deren Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229 f.

Auf der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York konnte jedoch keine Einigung über Verfahren und Tagesordnung der Globalen Verhandlungen erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 273.

Auf der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún wurde auch über die Fortführung der Globalen Verhandlungen beraten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen stellte am 8. Februar 1982 zur Agenda von Globalen Verhandlungen im „Bereich Währung und Finanzen“ fest: „Die wachsenden Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer haben in den vergangenen Jahren zu einem ständig steigenden Devisenbedarf dieser Länder zum Ausgleich ihrer Defizite geführt. [...] Ihr gleichzeitig bei zunehmender Verschuldung sinkendes Kreditstandung erschwert oder verschließt schließlich völlig die Kreditaufnahme auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten. Immer mehr EL sehen sich daher gezwungen, sich an den IWF als ‚last resort‘ zu wenden. Diese Entwicklung hat naturgemäß ein stark gestiegenes Interesse der EL am IWF und seiner Politik bei der Vergabe von Stützungskrediten zur Folge, das sich nicht zuletzt darin niederschlägt, daß die Frage einer ‚Reform des IWF‘ oder einer ‚Reform des Weltwährungssystems‘ in der Nord/Süd-Auseinandersetzung zu einem Schwerpunktthema geworden ist. [...] Materielles Ziel in den Globalen Verhandlungen sollte vor diesem Hintergrund die Erhaltung und Fortentwicklung des gegenwärtigen Weltwährungssystems im Einklang mit den Zielen des IWF sein. Dies bedeutet insbesondere die Garantie der Rolle des IWF als unabhängiger Sonderorganisation des VN-Bereichs, es bedeutet auch, in einem bestimmten [...] Ausmaß, die Garantie bewährter Funktionsprinzipien (z. B. ‚Banker Prinzip‘) des IWF.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130468.

<sup>26</sup> Zum Antrag Polens für eine Wiederaufnahme in den IWF vgl. Dok. 33, Anm. 15.

<sup>27</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

Wenn es den Deutschen in der DDR vielleicht wirtschaftlich besser geht als anderen Ländern Osteuropas, so geht es ihnen doch insofern schlechter, als ihnen ihre nationale Identität genommen und die Familienbande oft zerschnitten wurden. Insofern wäre es für die Menschen vielleicht leichter, kommunistische Verhältnisse in ganz Deutschland zu ertragen als nur in einem Teil.

Das Bewußtsein, reisen zu können, ist entscheidend wichtig für das Freiheitsgefühl der Menschen. Das hat wohl auch Kádár erkannt, den wir vor 20 Jahren als einen Verräter betrachteten und der es sich heute leisten kann, seine Landsleute sogar in den Westen reisen zu lassen, von wo sie wiederkehren.

Auf Frage Willochs erläutert er seine Eindrücke von den führenden Männern im sowjetischen Politbüro. Breschnew scheint die Dinge unter Kontrolle zu haben, soweit seine physische Kraft reicht. Auf Willochs Frage, ob Breschnew, wie Brandt<sup>28</sup> sagte, um den Frieden zittert, meint er, daß daran etwas Richtiges sei. Er schildert, wie er bei einem Abendessen Brandts zu Ehren Breschnews 1973 als Verteidigungsminister auf Breschnews Schilderungen der Kriegsleiden des russischen Volkes eingegangen und die Leiden der Deutschen dargestellt hat.<sup>29</sup> Breschnew erkannte an, daß der Krieg für alle schrecklich sei. Diese Diskussion war die Grundlage zu dem persönlichen Verhältnis, das er mit der Zeit mit Breschnew gefunden hat. Sicher hat Breschnew Instinkt für die Machterweiterung der Sowjetunion. Sicher hat auch er einen „Sicherheitstick“, der nicht befriedigt ist, wenn die SU nicht von allem mehr hat als andere; sicher hat er auch nicht die Fähigkeit, frühere Fehler wiedergutzumachen; aber die SU wird, wenn Breschnew eines Tages geht, nicht friedlicher werden. Wahrscheinlich war es für uns günstig, daß Suslow keine Chance gehabt hat, Breschnew, wenn auch nur für kurze Zeit, zu beerben.

Er schildert seine persönlichen Eindrücke beim Abendessen mit den meisten Mitgliedern des Politbüros im Kreml im Sommer 1980. Er hat sich bemüht, möglichst viele Mitglieder des obersten Führungsgremiums persönlich kennenzulernen. Ihm steht noch vor Augen, wie Suslow auf seine harte, aber im gemäßigten Ton vorgetragene Rede empört reagierte.<sup>30</sup> Er hat sich bemüht, am nächsten Tag Verteidigungsminister Ustinow und Marschall Ogarkow zu sehen, die er für erstklassige Generäle hält. All diese Eindrücke waren wichtig, reichten aber nicht aus, die politischen und menschlichen Spannungen und Divergenzen in diesem obersten Führungskreis zu erkennen.

Auf Frage Willochs, warum die SU trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Rüstungsanstrengungen forciert, nennt er folgende Gründe: Die SU hat nach der Revolution und während des Zweiten Weltkriegs zwei schwere mili-

<sup>28</sup> Nach einem Besuch in der UdSSR vom 29. Juni bis 2. Juli 1981 äußerte sich der SPD-Vorsitzende Brandt in einem Interview zu seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. dazu den Artikel „Breschnew zittert um den Frieden“; DER SPIEGEL, Nr. 28 vom 6. Juli 1981, S. 23–29.

<sup>29</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

Zur Begegnung des Bundesministers Schmidt mit Breschnew vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.

<sup>30</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

Für den Wortlaut der Tischrede von Schmidt am 30. Juni 1980 im Kreml vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

tärische Niederlagen erlitten. Den Zweiten Weltkrieg hat sie nur mit Hilfe der USA bestanden. In der SU ist der alte sowjetische Sicherheitskomplex genauso lebendig wie der traditionelle russische Charakter. Die politische Führung ist dort traditionell rücksichtslos gegenüber dem eigenen Volk, das nie eine Demokratie gekannt hat. Das Militär erhält sicher einen viel zu großen Anteil am BSP, es kann seine Forderungen offensichtlich beim Politbüro durchsetzen, aber es erscheint ihm unwahrscheinlich, daß militärische Führer die politischen Entscheidungen direkt beeinflussen.

Auf Frage Willochs nach dem Gas-Röhren-Geschäft<sup>31</sup> betont er, daß wir uns nach unseren eigenen Interessen richten. Wir brauchen im Gegensatz zum glücklicheren Norwegen Energie von außen. Wir sind uns zweimal dieser Abhängigkeit vom Ausland bewußt geworden: Einmal durch die Öl-Preis-Explosion und zum zweiten Mal, als Carter das Kernkraftwerk-Geschäft mit Brasilien<sup>32</sup> blockieren und gegen uns ein Embargo von angereichertem Uran verhängen wollte. Wir haben uns bereits vor langer Zeit im BSR darauf festgelegt, nicht mehr als 30 % einer bestimmten Energieart aus einem Land zu beziehen. Das Gas-Röhren-Geschäft kann zu einer Abhängigkeit von 5 % der Primär-Energie vom sowjetischen Erdgas führen, was uns strategisch nicht in Abhängigkeiten bringt. Wir verfügen über ein Verteilernetz, das es ermöglicht, mit den Folgen auch eines völligen Ausfalls sowjetischen Erdgases fertigzuwerden.

Er stimmt der Bemerkung Willochs zu, daß es ja auch für den Westen von Vorteil ist, durch Nutzung östlicher Ressourcen die westlichen Reserven zu schonen. Außerdem brauchen die Sowjets dringend westliche Devisen, um zum Beispiel Getreide in den USA zu kaufen oder ihren Verpflichtungen gegenüber Polen und anderen Ostblockstaaten zu entsprechen.

#### EG/EPZ

*Willoch* erläutert das besondere norwegische Interesse an engem Kontakt mit der außenpolitischen Zusammenarbeit der Zehn (EPZ). Norwegen hat leider auf absehbare Zeit keine politische Möglichkeit, den politischen Fehler – wie es der Bundeskanzler nannte –, nicht der EG beizutreten<sup>33</sup>, zu korrigieren. Es befindet sich aber in einer Sonderposition in vielfacher Hinsicht und hält es für be-

<sup>31</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 28.

<sup>32</sup> Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

Im Rahmen der amerikanischen Nichtverbreitungspolitik war die Regierung des Präsidenten Carter bestrebt, die Bundesrepublik zu veranlassen, die im Abkommen vom 27. Juni 1975 mit Brasilien vereinbarte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie von zusätzlichen Kontrollen des brasilianischen Brennstoffkreislaufs abhängig zu machen. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 341, AAPD 1977, I, Dok. 3, Dok. 29–32, Dok. 34, Dok. 35, Dok. 41, Dok. 59, Dok. 61, Dok. 82 und Dok. 96.

<sup>33</sup> Norwegen stellte am 21. Juli 1967 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die Verhandlungen über den Beitritt wurden am 30. Juni 1970 eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 289.

Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt Norwegens sowie Dänemarks, Großbritanniens und Irlands zur EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften statt, in der sich 54 % der Abstimmenden gegen einen Beitritt aussprachen. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

sonders wichtig, den engen Kontakt zur außenpolitischen Abstimmung in der EG zu wahren.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß es seinerzeit weniger die skandinavischen Bindungen als vielmehr Fragen der Landwirtschaft und Fischerei waren, die zum negativen Ausgang des Referendums geführt haben. Er selbst hofft auf eine schrittweise Annäherung an die EG in der Hoffnung, daß sich eines Tages auch eine engere Bindung an die EG erleichtern läßt. Aber das kann man auch heute noch nicht in der öffentlichen Debatte in Norwegen erwähnen. Die Gegenkräfte sind zu stark und es wäre schädlich, sie jetzt zu mobilisieren. Insgesamt aber kann er feststellen, daß das politische Gefühl in Norwegen europäischer wird.

*Bundeskanzler:* Wenn wir etwas tun können, um zu helfen, will ich es gerne tun. Die außenpolitische Zusammenarbeit innerhalb der EG ist nicht durch NATO-Konsultationen zu ersetzen. Der Themenkreis ist weiter (z. B. Nahost und Dritte Welt) und die spezifischen europäischen Interessen kommen deutlicher zum Ausdruck als in der NATO. Er sieht die institutionellen Schwierigkeiten, Norwegen in das enge Netz der persönlichen Beziehungen unter den zehn Außenministern einzufädeln. Aber er hat sich immer mitverantwortlich dafür gefühlt, daß der enge Kontakt Norwegens mit den EG-Partnern gewahrt bleibt, und wird auch in Zukunft hilfreich sein.

Aus dem Gespräch beim Arbeitsessen im erweiterten Kreis halte ich<sup>34</sup> folgende Punkte fest:

- 1) Nord-Ferro-Werke Emden (NFW) – siehe gesonderten Vermerk<sup>35</sup>
- 2) EPZ und Norwegen<sup>36</sup>

StS von Staden erläutert auf Bitte des Bundeskanzlers den institutionellen Rahmen für enge Kontakte Norwegens mit den Arbeiten der EPZ auf der Grundlage der Gymnicher Formel<sup>37</sup> und des Londoner Berichts<sup>38</sup>. Ob sich Verbesse-

<sup>34</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>35</sup> Am 16. Februar 1982 vermerkte Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, Ministerpräsident Willoch habe Bundeskanzler Schmidt am selben Tag zur Beteiligung Norwegens an den Norddeutschen Ferro-Werken (NFW) in Emden erklärt, „daß sich das norwegische Kabinett laufend mit der Angelegenheit hat beschäftigen müssen. Nach seinem Urteil handelt es sich für Norwegen um eine Fehlinvestition aufgrund der Entscheidung der vorigen Regierung. Die norwegische Regierung kann jetzt nichts anderes tun, als ihre Verluste zu begrenzen. [...] Die norwegische Regierung ist nicht in der Lage, Unternehmen durch niedrige Gaspreise zu subventionieren.“ Vgl. VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>36</sup> Botschafter Balsler, Oslo, stellte am 4. März 1982 fest: „Die konservative Regierung hat die bisherigen norwegischen Bemühungen um eine Intensivierung der Beziehungen EPZ/NWG zielstrebig fortgesetzt. Der Londoner EPZ-Bericht hat diesen Bemühungen neue Impulse verliehen. AM Stray hat mit der EG-Präsidentschaft im Oktober 81 (Lord Carrington) und im Januar 82 (AM Tindemans) detaillierte Absprachen über einen verbesserten Informationsaustausch mit dem norwegischen Außenministerium vereinbart. Sie wurden von StS Berg (norwegisches Außenministerium) als ‚optimale Lösung angesichts der derzeitigen institutionellen Position NWGs gegenüber der EG‘ bezeichnet. Auf norwegische Initiative sind auch die ersten Informationsgespräche zwischen den Botschaftern der Zehn in Oslo und der norwegischen Regierung angebahnt worden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 149; Referat 204, Bd. 124951.

<sup>37</sup> Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission, Ortoli, statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type“-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Ver-

rungen auf der Grundlage der von uns und den Italienern vorgeschlagenen Europäischen Akte<sup>39</sup> ergeben werden, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Interesse und Willen der EG-Partner, den engen Kontakt mit Norwegen zu wahren, ist ohne jeden Zweifel vorhanden. Man muß jetzt mit Norwegen gemeinsam darüber nachdenken, wie der Rahmen optimal ausgefüllt werden kann.

Willoch zeigt sich sehr zufrieden mit der positiven, „sympathischen“ Reaktion der belgischen Präsidentschaft<sup>40</sup> auf die norwegischen Wünsche und Vorstellungen. Er unterstreicht noch einmal die besondere Bedeutung, die er dem engen Kontakt Norwegens mit den Arbeiten der EPZ zumißt.

### 3) Griechenland

Bundeskanzler berichtet auf Frage Willochs über seine Eindrücke aus dem Gespräch mit Papandreou.<sup>41</sup> Im Vier-Augen-Gespräch hat P. seine Positionen in sehr viel gemäßigterer Form vertreten als in der Öffentlichkeit. Er scheint drei Probleme zu haben:

- Die Probleme sehen in der Regierung anders aus als in der Opposition.
- Die Griechen fühlen sich – sicherlich ungerechtfertigterweise – von den Türken bedroht. Das wird mit historischen Gründen und dem türkischen Einmarsch auf Zypern<sup>42</sup> gerechtfertigt. Zu den beiden Streitpunkten Zypern und Ägäis<sup>43</sup> (die auch zum Interessengebiet der östlichen Schwarzmeeranrainer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 287*

fahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

Bei dem Treffen wurde ferner ein „Gentlemen’s Agreement“ über die Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten vereinbart, das allerdings „keine automatische Verpflichtung zur Konsultation“ vorsah. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 168.

<sup>38</sup> Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

<sup>39</sup> Zu dem auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vorgelegten Entwurf einer politischen Grundsatzserklärung zur Europäischen Union („Europäische Akte“) vgl. Dok. 27, Anm. 9.

<sup>40</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>41</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Papandreou am 2. Februar 1982 vgl. Dok. 38.

<sup>42</sup> Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am frühen Morgen des 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; dessen ungeachtet begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

<sup>43</sup> Die griechische Regierung gab am 1. November 1973 ihre Absicht bekannt, in der Ägäis nach Erdöl zu suchen. Das hierzu vorgesehene Gebiet betraf etwa die Hälfte der Ägäis und schloß die der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Inseln ein, die von der Türkei als Teil des türkischen Festlandssockels betrachtet wurden. Vgl. dazu ADG 1976, S. 20551 f.

Botschafter Oncken, Ankara, resümierte am 25. Februar 1982 den Stand der griechisch-türkischen Beziehungen: „Seit dem Regierungsantritt Papandreous haben sich diese schon vorher problematischen Beziehungen erheblich verschlechtert. Papandreous wiederholte Behauptung, Griechenland werde von der Türkei bedroht, sowie die mehrfach abgegebene türkische Erklärung, eine von Papandreou angeblich beabsichtigte Inanspruchnahme der Zwölf-Semeilen-Grenze in der Ägäis sei für die Türkei Casus belli, haben die Beziehungen einen Tiefstand erreichen lassen. Türkisch-griechische Gespräche über die ungelösten Probleme zwischen beiden Ländern (Begrenzung der Territorialgewässer, des Luftraums darüber und des Festlandssockels in der Ägäis) finden seit Papandreous Regierungsantritt nicht mehr statt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 434; Referat 203, Bd. 124914.

Am 2. Februar 1982 informierte Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, über Äu-

gehört) hat sich Papandreou ihm gegenüber verhältnismäßig vernünftig geäußert.

- P. ist in klassischer griechischer Tradition ein Volkstribun, der sich in seinen öffentlichen Äußerungen auch von der Stimmung der Menge tragen läßt. Ob es ihm im Gespräch mit P. gelungen ist, ihn wesentlich zu beeinflussen, ist schwer zu beurteilen.

StS von *Staden* ergänzt auf Fragen Willochs, daß sich die Griechen in der EPZ weiterhin als außerordentlich schwierige Partner erweisen, zuletzt bei dem KSZE-Ministertreffen in Madrid<sup>44</sup>. Der Austritt aus der EG ist für P. keine wirkliche Alternative, da dieser nur aufgrund eines Referendums möglich ist, das Präsident Karamanlis nicht anordnen wird.

*Bundeskanzler* antwortet auf die Bemerkung Willochs, daß die EG sehr viele wirtschaftliche Vorteile für Griechenland bringe, mit dem Hinweis, daß Griechenland zunächst im wesentlichen wirtschaftliche Nachteile durch die Öffnung des Landes für die Produkte der leistungsfähigeren Industrie und Landwirtschaft der übrigen EG-Partner zu erwarten habe. Wirtschaftlich war es eher ein Fehler, die EG nach Süden zu erweitern. Nur lange Übergangszeiten können dabei helfen, daß die heimische Industrie nicht durch die der anderen EG-Partner an die Wand gedrückt wird.

Auf Frage Willochs bestätigt er, daß wir uns für einen baldigen NATO-Beitritt Spaniens<sup>45</sup> verwenden.

#### 4) Einladung nach Norwegen

*Willoch* lädt den Bundeskanzler ein, die Tradition seiner Besuche in Norwegen fortzusetzen. Die Regierung werde sich freuen, den nächsten Besuch des Bundeskanzlers nach seinen Vorstellungen und Wünschen zu arrangieren.

*Bundeskanzler* nimmt die Einladung gerne an. Er freut sich darauf, MP Willoch beim Treffen mit den skandinavischen Regierungschefs am 26. Juni anlässlich der Kieler Woche wiederzusehen.<sup>46</sup>

### VS-Bd. 14104 (010)

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 288*

ßerungen des Ministerpräsidenten Papandreou gegenüber Bundeskanzler Schmidt am selben Tag: „Papandreou hat im Gespräch im kleinen Kreis darauf hingewiesen, daß er bereit wäre, einem Vorschlag von dritter Seite zuzustimmen, alle türkisch-griechischen Streitfragen in der Ägäis (Luft, Wasser, Schelf) für eine gewisse Periode von zwei bis fünf Jahren auf Eis zu legen. Auf dieser Grundlage könnte ein Modus vivendi gefunden werden.“ Schmidt habe sich bereit erklärt, „diesen Gedanken beim Generalsekretär der NATO zu ventilieren“. Vgl. VS-Bd. 12927 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>44</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>45</sup> Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 9.

<sup>46</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Fällin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch am 26./27. Juni 1982 in Kiel; Dok. 194.

## 57

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Willoch

204-321.10 NWG VS-NfD

16. Februar 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Ministerpräsident Willoch<sup>2</sup> in Bonn am 16.2.1982

An dem einstündigen Gespräch nahmen teil von norwegischer Seite: Botschafter Busch, StS Colding, MD Knoph, Gesandter Bølset; von deutscher Seite: Botschafter Balsler, RL 204<sup>3</sup>, RL 013<sup>4</sup>, VLR von Ploetz.

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

### 1) Zentralamerika

MP *Willoch* begann das Gespräch mit dem Hinweis, daß es interessierte Gruppen in Europa gebe, die die komplizierte Lage in El Salvador benutzten, um einen Keil zwischen die USA und die Westeuropäer zu treiben. So gebe es in Norwegen Stimmen, die die amerikanische Unterstützung El Salvadors und der Türkei zum Anlaß nähmen, um die Beteiligung amerikanischer Truppen an NATO-Manövern in Norwegen abzulehnen.<sup>5</sup> Es sei interessant zu beobachten, wie man Probleme in fernen Ländern benötige, aber auch benutze, um Probleme zwischen den USA und Europa zu schaffen.

*BM* meinte, daß es derartige Tendenzen auch in der BR Deutschland gebe. El Salvador habe auch bei uns ernste innenpolitische Implikationen. Auch bei uns gebe es Gruppen, die El Salvador als Hebel zu benutzen versuchten, um einen Keil zwischen Europa und Amerika zu treiben und gleichzeitig von der Polenkrise abzulenken. Die Entwicklung in El Salvador habe aber auch große außenpolitische Implikationen: Zentralamerika sei eine zu wichtige Region, um zuzulassen, daß dort ein Kräftemessen zwischen der SU und den USA stattfände. Er, *BM*, möchte an die Kuba-Krise erinnern, an deren Ende ein Vergleich zwischen den USA und der SU gestanden habe.<sup>6</sup> Danach habe die SU sich bereit

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk gefertigt und am 17. Februar 1982 „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 19. Februar 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Schenk vermerkte: „1) Vielleicht können Sie die Anmerkungen berücksichtigen. 2) Verteilung kann mit Vorbehalt erfolgen, daß *BM* noch nicht genehmigt hat. Bitte Änderung Verteilers beachten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178864. Vgl. Anm. 7–9, 11, 12, 14, 15, 17, 19–21, 23, 26, 30–33, 38, 40, 42 und 45.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Willoch hielt sich am 16./17. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 56.

<sup>3</sup> Reinhold Schenk.

<sup>4</sup> Karl Theodor Paschke.

<sup>5</sup> Zur Kritik in Norwegen an der Unterstützung der Regierung El Salvadors durch die USA vgl. Dok. 56, Anm. 4.

<sup>6</sup> Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau

erklärt, keine Raketen in Kuba zu stationieren, während die USA sich verpflichteten, ihre Mittelstreckenraketen aus Großbritannien, Italien und der Türkei abzuziehen. An den Folgeproblemen dieser Vereinbarung trügen wir noch heute. Die Europäer dürften nicht zulassen, daß Zentralamerika ein Streitpunkt zwischen ihnen und den Amerikanern werde<sup>7</sup>. Es sei wichtig, daß Europa ein stärkeres Interesse an den Entwicklungen in Zentralamerika nehme und durch eine stärkere wirtschaftliche Kooperation zur inneren Stabilisierung der Region beitrage. So sollten wir z.B. mithelfen, daß Costa Rica, lange Zeit eine der stärksten Demokratien in Zentralamerika, seine jetzigen Schwierigkeiten (gewaltige Staatsverschuldung) überwinde und zur inneren Stabilität zurückkehre.

Auf eine Frage MP *Willochs* nach einer sowjetischen Involvierung in El Salvador meinte *BM*, daß an der indirekten Involvierung der SU in El Salvador kein Zweifel bestehen könne<sup>8</sup>. Die SU versuche dort, über Kuba und andere Katalysatoren einzuwirken, weil sie wisse, welche eine empfindliche geostrategische Stelle diese Region<sup>9</sup> sei. Auf einen Hinweis von MP *Willoch*, in Europa bestehe wenig Verständnis für die dortigen Probleme, und es bestehe vielfach die irrierte Auffassung, alle Schwierigkeiten würden enden, wenn sich die USA aus diesen Ländern zurückzögen, unterstrich *BM* nochmals die Notwendigkeit europäischer wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe. Wir hätten zum Beispiel Nicaragua noch nicht aufgegeben.<sup>10</sup> Dort bestehe derzeit immer noch ein Interesse an gewissen Formen der Zusammenarbeit mit westlichen Staaten. Die SU könne nur beschränkte Hilfe leisten, denn sie habe sich übernommen (Kuba, Vietnam, Afghanistan, Polen). Ein stärkeres europäisches wirtschaftliches und ökonomisches<sup>11</sup> Engagement sei auch deshalb wünschenswert, weil es in Zentralamerika aus geschichtlichen Gründen nach wie vor Ressentiments gegenüber den USA gebe.<sup>12</sup> Wir gäben (auf entsprechende Fragen von MP *Willoch*) nach wie vor finanzielle Hilfe für Nicaragua.<sup>13</sup> Wir überlegten aber, ob wir sie angesichts der dor-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 290*

der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei stationierte Raketen vom Typ „Jupiter“ abzuziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283 und S. 285 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 413, Dok. 418–421, Dok. 435, Dok. 455, Dok. 456 und Dok. 469.

<sup>7</sup> Der Passus „Zentralamerika ... werde“ wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „durch Druck in Zentralamerika Wirkungen in Europa erzeugt würden“. Vgl. Anm. 1.

<sup>8</sup> Der Passus „an der indirekten ... könne“ wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „für die USA“. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Gorenflös analysierte am 27. Oktober 1981 die Politik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 309.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „finanzielles“. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „und Europa könne eine stabilisierende Rolle spielen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Am 15. März 1982 bilanzierte Legationsrat Knieß, Managua, die Leistungen der Bundesrepublik für Nicaragua: „Der Gesamtwert unserer gewährten und zugesagten Leistungen unter Berücksichtigung u. a. auch von technischer Zusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Beteiligung an Programmen internationaler Organisationen beläuft sich seit 19. Juli 1979 auf r[un]d 137 Mio. DM. Finanzielle Zusammenarbeit seit 19.7.1979 insgesamt 86,5 Mio. DM. U. a. 41 Mio. DM Warenhilfe (davon 6 Mio. zur Bekämpfung des Kaffeerosts), 5 Mio. für das nicaraguanische Fernmeldewesen, 5,5 Mio. für die nicaraguanische Entwicklungsbank – jeweils 30 Jahre Laufzeit, zehn Freijahre, zwei

tigen Entwicklung weiterführen sollten. Wir seien in Nicaragua stark engagiert.<sup>14</sup> Hierüber bestünden mit den USA keine Differenzen. Wie die USA seien aber auch wir nicht bereit, eine Aufrüstung Nicaraguas zu unterstützen. Auch über El Salvador gebe es zwischen der Bundesregierung und den USA keine Probleme. Anders werde in Washington sicher die Haltung der Sozialistischen Internationale eingeschätzt.<sup>15</sup>

## 2) Polen – Ost-West-Beziehungen – innerdeutsches Verhältnis

Bundesminister meinte (auf eine Frage MP Willochs), er sei sich nicht sicher, wie die politische Entwicklung in Polen weitergehe. Wir seien für eine vorsichtige Gangart. Es sei nicht auszuschließen, daß sich die Tendenz in Polen zum Schlechteren wende. Was die westlichen Maßnahmen in der Polenkrise angehe, so habe er, BM, bereits im Dezember 1980 am Rande des NATO-Ministertreffens in Brüssel<sup>16</sup> dem damaligen amerikanischen AM Muskie vorgeschlagen, wir müßten alles tun, um eine direkte Intervention der SU zu verhindern<sup>17</sup>. Dieser Fall sei bisher nicht eingetreten. Wer Polen und den starken polnischen Drang nach nationaler Identität und Unabhängigkeit kenne, wisse, daß eine direkte sowjetische Intervention gänzlich anders verlaufen würde als in der ČSSR<sup>18</sup>. Eine direkte sowjetische Intervention werde zu einer grundlegenden Veränderung der internationalen Lage führen. Was westliche Maßnahmen angehe, so müsse er<sup>19</sup> sich Steigerungsmöglichkeiten bewahren für den Fall, daß sich die Situation weiter verschlechtere.

Auf eine Frage von MP *Willoch*, ob bei einem polnischen Schulden-Moratorium nicht auch für den Westen Probleme entstehen würden, meinte *BM*, im Falle Polens bestehe ein dreiseitiges<sup>20</sup> Abhängigkeitsverhältnis. Wir dürfen<sup>21</sup> nicht nur das Verhältnis zwischen dem Westen und Polen im Auge behalten; es liege im Interesse der SU als Führungsmacht des Ostens, die Kreditwürdigkeit der RGW-Staaten zu erhalten. Diese Überlegung stehe auch hinter der Entschei-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 291*

Prozent Zinsen. Außerdem Zuschuß (Schenkung) in Höhe von 10 Mio. DM für Krankenhaus in der Provinzstadt Esteli.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 120; Referat 331, Bd. 136014.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Vgl. Anm. 1.

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Im übrigen sei die El S[alvador]-Politik Washingtons in den USA selbst – auch bei Republikanern – keineswegs unumstritten.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher erörterte die Lage in Polen in einem Gespräch mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Muskie (USA) am 10. Dezember 1980 in Brüssel. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 357.

Die NATO-Ministerratstagung fand am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 363.

<sup>17</sup> Der Passus „wir müßten ... verhindern“ wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „statt über eventuelle Sanktionen gegen die SU im Falle einer direkten militärischen Intervention darüber zu reden, was getan werden könne, um eine Intervention der SU zu verhindern“. Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>19</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „man“. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „beiderseitiges“. Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich „aber“ eingefügt. Vgl. Anm. 1.

derung der sowjetischen<sup>22</sup> Regierung, für fällige polnische Zinszahlungen einzuspringen. Jetzt schon sei die Frage der Bedienung der polnischen Schulden die wirksamste Maßnahme gegenüber der SU.

Auf eine Frage von MP *Willoch* nach der Bedeutung der Polenkrise für die deutsch-deutschen Beziehungen entgegnete *BM*, das Verhalten der DDR-Führung müsse immer in Funktion zur sowjetischen Führung gesehen werden. Einen Handlungsspielraum für die DDR gebe es nur dort, wo deckungsgleiche<sup>23</sup> Interessen zwischen ihr und der SU vorhanden seien. *BM* ging dann auf eine grundsätzliche Würdigung der polnischen Ereignisse ein, die gegenüber den Aufständen in der DDR 1953<sup>24</sup>, in Ungarn 1956<sup>25</sup> und in der ČSSR 1968 etwas Neues darstellten. Die polnische Krise unterstreiche die historische Grundtendenz nach mehr Unabhängigkeit und gegen den Neokolonialismus<sup>26</sup>, wie er im sowjetischen Machtbereich praktiziert werde. Polen sei aus historischen Gründen das schwächste Glied der Kette. Unterschwellig seien diese Tendenzen aber überall im sowjetischen Machtbereich erkennbar, so z. B. im Aufleben der Friedensdiskussion in der DDR<sup>27</sup>. Er, *BM*, habe schon früher darauf hingewiesen, daß die „Friedensbewegung“ der DDR-Führung noch großen Kummer bereiten werde. Der Westen könne mit der Offenheit seines demokratischen Systems neuen Entwicklungen angemessen begegnen. Der Osten habe aber wegen seiner verkrusteten Strukturen diesen Entwicklungen, wie sie sich jetzt auch in der DDR zeigten (Friedensdiskussion, Kriegsdienstverweigerungsfrage), nicht mehr die Fähigkeit zu einer angemessenen Reaktion.<sup>28</sup> Dies sei ein Anlaß zur Nervosität für die DDR-Führung. Es sei kein Zufall, daß sie jetzt gewisse Reiseerleichterungen<sup>29</sup> verkündet habe. Sie wolle damit<sup>30</sup> gegenüber der eigenen Bevölkerung „Dampf ablassen“ und signalisieren, daß diese Entwicklungen nicht wie in Polen gefährdet werden dürften. Hinzu komme, daß auf dem kleinen Territorium der DDR über 20 sowjetische Divisionen stationiert seien. Auf eine Frage von MP *Willoch* nach der Position der Kirchen in der DDR entgegnete *BM*: Die Kirche schaffe in der DDR einen organisierten Freiraum für die Menschen. Es gebe in der DDR eine Reihe unterschiedlicher voneinander getrennter Lebensräume (Arbeitsfeld/Arbeitsschwarzmarkt; zwei Währun-

22 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „amerikanischen“.

23 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „oder mindestens parallele“. Vgl. Anm. 1.

24 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

25 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

26 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Neoimperialismus“. Vgl. Anm. 1.

27 Zur unabhängigen Friedensbewegung in der DDR vgl. Dok. 75.

28 So in der Vorlage.

29 Am 11. Februar 1982 erklärte Bundesminister Franke zu den von der Regierung der DDR gewährten Reiseerleichterungen: „Die bisherigen Anlässe für Reisen von DDR-Bürgern in dringenden Familienangelegenheiten sind erweitert worden. Neu hinzugekommen sind der 60. Geburtstag, der 65. Geburtstag, der 70. Geburtstag, der 75. Geburtstag und jeder weitere Geburtstag, Konfirmation, Erstkommunion und Jugendweihen. Das bedeutet: mehr Reisemöglichkeiten für jüngere DDR-Bürger – unterhalb des Rentenalters.“ Vgl. BULLETIN 1982, S. 120.

30 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich „auch“ eingefügt. Vgl. Anm. 1.

gen; Betriebswelt/private Welt). Die Kirche bietet demgegenüber einen größeren Freiraum<sup>31</sup>. Er, BM, habe am Sonntag vor Weihnachten in seiner Heimatstadt Halle an einem Gottesdienst teilgenommen. Es sei sehr beeindruckend gewesen, daß etwa zwei Drittel der Gottesdienstteilnehmer junge Leute unter 30 gewesen seien. Die evangelische Kirche in der DDR habe nicht die organisatorische Kraft wie in Polen, aber sie<sup>32</sup> spiele eine große Rolle. In den Synoden werde mit großer Offenheit auch über kontroverse Themen, wie z. B. die DDR-Erziehung zum Haß auch gegenüber anderen Gesellschaftsformen, gesprochen. BM erläuterte dann im einzelnen die Lage und auch die finanzielle Situation der Kirchen in der DDR.

Auf eine Frage von MP *Willoch*, ob die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik Deutschland gewisse Einflußmöglichkeiten gebe, meinte *BM*: Die von der DDR gewährten menschlichen Erleichterungen seien sicher auch eine Konsequenz des ökonomischen Interesses der DDR. Er, BM, habe keinen Zweifel, daß die DDR-Führung diese menschlichen Erleichterungen als eine Gegenleistung für die ihr gewährten ökonomischen Vorteile (auch als „stillter Teilhaber“ der EG) betrachte.

### 3) Europa – USA

Auf eine Frage *Willochs*, ob es wegen der Reaktion auf die Polenkrise Probleme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA gegeben habe, entgegnete *BM*, über die Substanz unserer Politik gegenüber Polen habe es mit den USA keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Bei uns sei es zu einigen Fehlern in der öffentlichen Präsentation gekommen durch Erklärungen, die weder mit dem Bundeskanzler noch mit ihm abgestimmt worden seien. Diese Probleme seien aber inzwischen aplaniert. Wir müßten in dieser ganzen Frage sehen, daß sich in den USA auf Grund der eigenen Schwäche in den letzten Jahren die öffentliche Meinung anders entwickelt habe als in Europa. Auch wenn die Europäer nicht mit allem einverstanden seien, was aus Washington komme, müßten sie doch wissen, daß der enge Zusammenhalt zwischen Europa und den USA von vitaler Bedeutung sei. Es sei eine sicherheitspolitische Hochstapelei, wenn man von einer Lockerung des Bündnisses eine Stärkung der europäischen Sicherheit erwarte. Dies müsse man in der öffentlichen Auseinandersetzung deutlich sagen. Meinungsverschiedenheiten müßten wie in einer Familie, nicht aber auf dem öffentlichen Markt ausgetragen werden. Insbesondere dürfe man nie vergessen, wo der Gegner stehe.

MP *Willoch* erklärte, er stimme den Ausführungen des Bundesministers voll und ganz zu. Man dürfe bei alledem auch nicht vergessen, daß durch einen Anti-Amerikanismus in Europa eine starke amerikanische Gegenreaktion provoziert werde. Es sei bedauerlich, wenn es in Europa Stimmen gebe, die von der polnischen Krise dadurch abzulenken versuchten, indem sie den USA die Mitverantwortung für die Entwicklungen in El Salvador und in der Türkei zuschöben.

<sup>31</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „für den Menschen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>32</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die offene Diskussion in ihr“. Vgl. Anm. 1.

BM wies darauf hin, daß er sich<sup>33</sup> mit Entschiedenheit gegen eine Vergleichbarkeit der polnischen und türkischen Ereignisse<sup>34</sup> ausgesprochen habe<sup>35</sup>: Der Unterschied bestehe schon darin, daß es in Polen die ersten Toten nach der Errichtung der Militärdiktatur gegeben habe, während in der Türkei vorher pro Tag etwa 20 bis 30 Tote zu beklagen gewesen seien. Dies bedeute nicht, daß man den jetzigen Verhältnissen in der Türkei zustimme, aber es mache doch die Unterschiede deutlich. Hinzu komme, daß die NATO-Verbündeten der Türkei, einschließlich der USA, die militärische Führung in der Türkei drängen, möglichst bald zur Demokratie zurückzukehren, während die SU das polnische Regime zwingt, die bisher eingeräumten Freiheiten abzuschaffen und die Militärdiktatur zu erhalten. BM erläuterte anschließend unsere innenpolitische Diskussion über die Türkei (Bundestagsbeschuß, bevorstehender Bericht über die Entwicklung in der Türkei<sup>36</sup>, Stand unserer Wirtschaftshilfeleistungen an die Türkei<sup>37</sup>). Er unterstrich, daß es zwischen den Koalitionsparteien in der Regierung völlige Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage in der Türkei und über unsere Türkeipolitik gebe. Schwieriger sei es schon im Parlament und in Teilen unserer öffentlichen Meinung.<sup>38</sup> BM erläuterte ferner auf

33 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „im Bundestag“. Vgl. Anm. 1.

34 Vgl. dazu die Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980; Dok. 17, Anm. 19.

35 Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1982 im Bundestag zur Lage in der Türkei; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4580 f. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

36 Der Bundestag nahm am 5. Juni 1981 einen Entschließungsantrag aller Fraktionen vom 3. Juni 1981 an, in dem daran erinnert wurde, „daß die Türkei, wie alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses und des Europarates, besondere Verpflichtungen zur Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Herrschaft des Rechtes, der Freiheit der Person und der Menschenrechte übernommen hat“. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung aufgefordert, dem Bundestag im folgenden Jahr über die in der Türkei erreichten Fortschritte Bericht zu erstatten. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 273, Drucksache Nr. 9/531. Für die Abstimmung im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 2484. Ministerialdirigent Dröge übermittelte der Botschaft in Ankara am 23. Februar 1982 einen Entwurf für den Bericht der Bundesregierung an den Bundestag zur Lage in der Türkei mit der Bitte, diesen auf sachliche Richtigkeit zu überprüfen. Vgl. dazu die Drahterlasse Nr. 38 und 39; Referat 203, Bd. 124912.

Am 3. März 1982 gab Ministerialdirektor Pfeffer zu bedenken: „Es erscheint geboten, den 24./25. März als letztes Datum für eine Vorlage des Berichts der Bundesregierung bei den Bundestagsausschüssen und im Plenum vor der vierwöchigen Osterpause des Parlaments einzuhalten: Die Verschiebung der Meinungsbildung in Bonn auf die Zeit nach dem 26.4. würde sich nachteilig auf die Vorbereitung der OECD-Sonderhilfsaktion auswirken. [...] Im Januar und Februar 1982 sind Fortschrittszahlungen für deutsche Firmen im Rahmen der Verteidigungshilfe (VH) und Rüstungshilfe (RSH) in Höhe von DM 72,5 Mio. fällig geworden, die bereits 1980 (RSH) bzw. 1981 (VH) jeweils nach Zustimmung der BT-Ausschüsse verbindlich vereinbart worden waren. Im März werden weitere Rechnungen in Millionenhöhe fällig [...]. Diese Firmen erwarten bisher eine Regelung ihrer Ausstände spätestens nach Behandlung des Türkei-Berichts im Februar/März 1982. Eine Verzögerung der Auszahlung dieser Mittel könnte für die betroffenen Firmen finanzielle und beschäftigungspolitische Konsequenzen und für die Bundesregierung unerwünschte Rückwirkungen (nämlich Zahlungsverzugskosten) haben“. Vgl. Referat 203, Bd. 124912.

37 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler gab 24. Februar 1982 einen Überblick zu den finanziellen Hilfen der Bundesrepublik für die Türkei: „Bei der finanziellen Zusammenarbeit haben wir der Türkei 1981 im Rahmen der OECD-Hilfsaktion Darlehensmittel in der Gesamthöhe von 460 Mio. DM zugesagt. Hiervon sind 330 Mio. DM Warenhilfe (Soforthilfe) [...]. Die übrigen 130 Mio. DM sind zur Finanzierung von Projekten bestimmt (Projekthilfe). [...] Für 1982 sind wiederum 130 Mio. DM Projekthilfe im Haushalt des BMZ vorgesehen. Es ist beabsichtigt, diese Mittel im Rahmen der OECD-Hilfsaktion 1982 zuzusagen. In welcher Höhe Warenhilfsmittel (Soforthilfe) für 1982 zur Verfügung gestellt werden können, ist noch offen.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124912.

38 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „BM wies darauf hin, daß bei KSZE-Folgetreffen in Madrid die Kritik der kommunistischen Staaten auf

eine entsprechende Frage von MP Willoch einzelne Aspekte unserer Verteidigungspolitik, insbesondere unsere Verteidigungsleistungen: 1981 hätten wir 3,4% Realsteigerung zu verzeichnen. Auch Ende 1982 würden wir nicht viel schlechter dastehen.

MP Willoch wies auf die Gefahr hin, daß die SU die Friedensbewegung in Europa falsch einschätze und sich der Illusion hingeben könnte, sie bräuchte keine ernsthaften Verhandlungen in Genf zu führen, da die innenpolitischen Entwicklungen in Westeuropa ohnehin zu ihren Gunsten arbeiteten. BM stimmte MP Willoch zu, daß solche Entwicklungen leicht zu Fehleinschätzung führen könnten. Dies zeige, wie berechtigt die Frage von MP Willoch sei. Er, BM, lasse keine Gelegenheit aus, in Gesprächen mit verantwortlichen Politikern des Ostblocks von sich das Thema anzusprechen (Hinweis auf seine letzten Gespräche mit dem bulgarischen Außenminister<sup>39</sup>). Er unterstreiche hierbei neben der Besorgnis über die sowjetische Überrüstung, daß es eine gefährliche Illusion sei, wenn die SU auf Grund falsch eingeschätzter innenpolitischer Entwicklungen den Schluß ziehe, wir seien ein schwaches Land. Dies sei eine gefährliche Illusion. Wir alle hätten die Pflicht, in Gesprächen mit verantwortlichen Politikern des Ostens von uns aus dieses Thema immer wieder anzusprechen. Am Anfang verhängnisvoller Entwicklungen habe immer eine Fehleinschätzung des Gegners<sup>40</sup> gestanden.

Auf eine Frage von MP Willoch, was man tun könne, um die europäisch-amerikanischen Beziehungen zu stärken, meinte BM: Wichtig sei vor allem, daß wir nicht in kleinlicher Rechthaberei verharren, sondern immer wieder im Bewußtsein der fundamentalen Bedeutung der Allianz für uns alle miteinander redeten. Es sei ein großer Vorzug der Allianz, daß diese nicht nur ein militärisches Zweckbündnis sei, sondern auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen eine akkordierte Außenpolitik entwickelt habe. Er, BM, habe bei seinem ersten Gespräch mit AM Haig im März 1981<sup>41</sup> darauf hingewiesen, daß es einen Bestand von Politik im Bündnis gebe, der zwar nicht ratifiziert sei, der aber de facto bestehe. Es sei ein Fehler, mit jedem Regierungswechsel in einem verbündeten Land die Frage der gemeinsamen Politik neu aufzurollen. Er habe damals darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Bündnisländern Wahlen anstünden, und man könne nicht sicher sein, ob die aus den Wahlen hervorgegangene neue Regierung genauso positiv zum Bündnis stehe wie ihre Vorgängerin. Wenn die neue amerikanische Regierung – so habe er damals gegenüber AM Haig erklärt – den Bestand an gemeinsamer Politik zur Diskussion stelle, so würden auch andere verbündete Regierungen dies tun. Es sei wichtig, daß die USA einsähen, daß sie nicht einen neuen Anfang machen könnten. BM fuhr fort, daß wir andererseits der amerikanischen Administration nicht vorwerfen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 295*

die USA konzentriert, aber kein Wort gegen die Türkei gesagt wurde. Die sowjetische Politik sehe abwartend zu, wie Europa immer mehr zur Entfremdung der Türkei beitrage. BM erwähnte seine Reise nach Ankara (Nov[ember] 81) und empfahl, entsprechende Besuche in Erwägung zu ziehen. Eine Regierung wie die norwegische könne viel bewirken.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>39</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenov am 27. Januar 1982 vgl. Dok. 31.

<sup>40</sup> Die Wörter „des Gegners“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der anderen Seite“. Vgl. Anm. 1.

<sup>41</sup> Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Haig trafen am 9. März 1981 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 61–63.

könnten, daß sie sich jetzt darauf besinne, was wir immer gewollt hätten, nämlich ihre Führungsaufgabe wahrzunehmen<sup>42</sup>.

BM unterstrich die große positive Bedeutung der Rede Präsident Reagans vom 18.11.<sup>43</sup> Er, BM, würde es begrüßen, wenn der Präsident von Zeit zu Zeit auf diese Weise die amerikanische Politik interpretiere. Eine solche authentische Interpretation könne mithelfen zu vermeiden, daß die Europäer das als eigentliche amerikanische Politik interpretierten, was sich aus mißverständlichen Äußerungen einiger Leute in Washington ergebe. BM unterstrich, daß für uns eine Äquidistanz zur SU und den USA eine politische und moralische Unmöglichkeit sei.

#### 4) Norwegen – EPZ

MP *Willoch* unterstrich das große Interesse Norwegens, das in vorhersehbarer Zukunft der EG sicher nicht beitreten werde, an enger politischer Zusammenarbeit mit der EPZ.<sup>44</sup>

*BM* meinte, er habe immer die Auffassung vertreten, daß die<sup>45</sup> seinerzeitigen Beitrittsverhandlungen zwischen EG und Norwegen ein Fehler gewesen seien. Sie hätten gezeigt, wohin es führe, wenn die EG ihre Interessen in kleinkarierter Weise definiere.<sup>46</sup> Die norwegische Regierung werde für ihren Wunsch nach engen Kontakten mit der EPZ bei uns stets ein offenes Ohr finden. Dabei gingen wir davon aus, daß solche Kontakte nicht zu einer institutionellen Einbindung Norwegens in die EPZ führen könnten, die wohl auch von norwegischer Seite nicht gewünscht werde. Wir hätten aber auch ein Eigeninteresse an engen Kontakten zu Norwegen, denn es mache manche Probleme für die Dänen möglicherweise leichter, wenn auch noch ein anderes nordisches Land positiv zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit stehe.

MP *Willoch* unterstrich, daß er für die positive Reaktion des Bundesministers dankbar sei. Er erklärte den norwegischen Wunsch nach engen Kontakten mit der EPZ auch durch die besondere geographische Situation und die Sonderposition Norwegens im Bündnis. (*BM* stimmte dem zu.) MP *Willoch* würdigte anschließend die deutsche Außenpolitik in sehr positiver Weise; was die Bundesregierung zu internationalen Fragen, wie zum Beispiel dem europäisch-amerikanischen Verhältnis, Polen oder zum Doppelbeschluß sage, werde in Norwegen sehr beachtet. Die Tatsache, daß der erste Besuch des norwegischen Premierministers<sup>47</sup> außerhalb der nordischen Nachbarländer in die BR Deutschland

<sup>42</sup> Der Passus „darauf besinne ... wahrzunehmen“ wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „auf die große Kraft der USA besinne, was wir immer gewollt hätten, und ihre Führungsaufgabe wahrnehme“. Vgl. Anm. 1.

<sup>43</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 342.

<sup>44</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen Norwegen und den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 56, Anm. 36.

<sup>45</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „die Art der Führung der“. Vgl. Anm. 1.

<sup>46</sup> Vgl. dazu die Volksabstimmung am 25./26. September 1972 über einen norwegischen EG-Beitritt; Dok. 56, Anm. 33.

<sup>47</sup> Nach den Wahlen am 13./14. September 1981 in Norwegen übernahm der Fraktionsvorsitzende der Konservativen Partei, Willoch, am 14. Oktober 1981 das Amt des Ministerpräsidenten.

geführt habe, sei kein Zufall, sondern unterstreiche die große Bedeutung, die Norwegen der BR Deutschland beimesse. Dies komme auch in dem bevorstehenden Besuch des norwegischen Außenministers im März in Bonn zum Ausdruck.<sup>48</sup> Zwischen der BR Deutschland und Norwegen gebe es viele gemeinsame Interessen, sie seien in gleicher Weise verletztlich und verfolgten eine gemeinsame Politik. Im außenpolitischen Bereich habe es in der Endphase der letzten norwegischen Regierung gewisse Unklarheiten gegeben. Dies habe u. a. für die KWFZ gegolten.<sup>49</sup> Er, MP Willoch, sei über die norwegische Debatte nicht glücklich gewesen. Damit habe es aber jetzt ein Ende. Die jetzige norwegische Regierung sei der Auffassung, daß die KWFZ-Debatte in den Hintergrund treten müsse, angesichts der Priorität, die insbesondere den INF-Verhandlungen in Genf für die europäische Sicherheit zukomme.

Referat 010, Bd. 178864

58

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

010-629/82 geheim

16. Februar 1982<sup>1</sup>

Betr.: Ausführungen des Ministers vor dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages am 10.2.1982 zum deutsch-amerikanischen Verhältnis

BM wurde bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt von einem Abgeordneten der Opposition auf die Störungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis angesprochen. BM erwiderte: Er wolle dazu offen sprechen, mit seinen Äußerungen aber nicht weiteren Zündstoff beitragen. Deshalb wurde dieser Teil der Sitzung als geheim eingestuft.

BM führte aus: Das deutsch-amerikanische bzw. europäisch-amerikanische Verhältnis mache ihm derzeit die meisten Sorgen. Der Hauptgrund dafür sei, daß sich die öffentlichen Meinungen auseinanderentwickelten. Politiker, die Popularität suchten, äußerten sich auf beiden Seiten zu einigen Themen unterschiedlich. Was Amerika angehe, müsse man die Vorgeschichte sehen: In die Regierungszeit Präsident Carters sei der Höhepunkt einer schwierigen Entwicklung gefallen. Nach dem Schock von Vietnam habe Amerika die Demütigung der Geiselnahme in Teheran<sup>2</sup> erlebt. Die Amerikaner seien durch diese

<sup>48</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray am 15. März 1982; Dok. 80.

<sup>49</sup> Ministerpräsident Nordli äußerte sich am 1. Januar 1981 zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nord- und Mitteleuropa. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 5 und Dok. 20.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 4. November 1979 besetzten Demonstranten die amerikanische Botschaft in Teheran. Mehr als 60 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza

Entwicklung in ihren Gefühlen tief verletzt worden. Vor diesem Hintergrund könne es nicht überraschen, daß der Präsidentschaftskandidat Reagan, der den Wählern versprochen hatte, Amerika wieder stark zu machen, deren Unterstützung erhielt.<sup>3</sup> Es sei natürlich, daß das amerikanische Volk die ihm angemessene Rolle in der Welt spielen wolle.

Jeder, der sich hier zum deutsch-amerikanischen Verhältnis äußere, müsse definieren, wo die Interessen seines Landes liegen. Alles, was wir außenpolitisch tun könnten, hänge am Ende immer von der Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen ab. Dies gelte für unser Gewicht im Osten ebenso wie für unseren Einfluß in der westlichen Gemeinschaft. Es sei grotesk und eine sicherheitspolitische Hochstapelei, wenn man behauptete, ein Weniger an deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit bedeute ein Mehr an Sicherheit für uns. Manche Äußerungen zu diesem Thema erinnerten an den Satz: „Es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Finger erfriere.“ Der Bundeskanzler habe kürzlich im Deutschen Bundestag mit Recht gesagt, wir dürften über dem Splitter im Auge des Freundes nicht den Balken im Auge des Gegners übersehen. BM rügte in diesem Zusammenhang die von manchen angestellten Vergleiche zwischen Polen und El Salvador, bei denen unterschiedliche Maßstäbe angelegt würden. In der Polenfrage seien von unserer Seite einige Äußerungen abgegeben worden, die besser unterblieben wären, z.B. über die Frage der sowjetischen Verantwortlichkeit. Bei den Reaktionen in Amerika darauf müsse man die dort bestehende Grundstimmung berücksichtigen.

Auf der anderen Seite, fuhr BM fort, könne er manches über Dinge in der amerikanischen Politik sagen, die ihm nicht gefielen: So sei z. B. die Aufhebung des Getreideembargos<sup>4</sup> ein Fehler gewesen. Die Sowjets hätten daraus den Schluß gezogen, daß der Westen wirtschaftliche Maßnahmen nicht durchhalten könne. Bei SALT sei man nach seiner Auffassung auf amerikanischer Seite zu kurz gesprungen. Er, BM, sei stets für die SALT-Verhandlungen gewesen. Er hätte aber anstelle der Amerikaner gegen die Gewährung der Parität im zentralstrategischen Bereich auf Parität in allen Bereichen bestanden. Der Verzicht, eine Lösung der Probleme sowjetischer Überlegenheit im Mittelstrecken- und konventionellen Bereich zu suchen, sei ein zentraler Fehler gewesen, mit dessen Nachwirkungen wir uns heute bei der Mittelstreckenwaffenproblematik zu beschäftigen hätten. Vor diesem Hintergrund sei auch die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA ein großer Fehler gewesen.<sup>5</sup> Entscheidend sei nicht die Zahl

*Fortsetzung Fußnote von Seite 298*

Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten die Forderungen der Geiselnahmer ab und verhängten verschiedene Embargomaßnahmen gegen den Iran. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 7. April 1980 scheiterte am 24./25. April 1980 ein militärischer Befreiungsversuch der USA. Danach bemühte sich die Bundesregierung um Vermittlung. Ferner begannen am 10. November 1980 Verhandlungen unter Vermittlung der algerischen Regierung, die am 20. Januar 1981 zur Freilassung der verbliebenen 52 Geiseln führten. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348, Dok. 357, Dok. 363 und Dok. 391. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306, ferner AAPD 1981, I, Dok. 16.

<sup>3</sup> Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging.

<sup>4</sup> Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

<sup>5</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA die Wehrpflicht in Friedenszeiten ab Juli 1973 aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

der Soldaten in normalen Zeiten, sondern die Mobilisierungsfähigkeit in Krisenzeiten. Hierfür hätten die USA keine Reserven. Er, BM, habe Präsident Carter schon nach Afghanistan<sup>6</sup> bei der Diskussion über einen Olympia-Boycott<sup>7</sup> gesagt, daß die Einführung der Wehrpflicht in den USA das einzige sei, was die SU wirklich beeindrucken würde. Präsident Carter habe immerhin die Registrierung der Wehrpflichtigen eingeführt.<sup>8</sup> Der jetzige Präsident fühle sich in dieser Frage durch seine Wahlkampfklärungen festgelegt. Er werde jedoch den Weg weitergehen, und wir sollten in unseren Gesprächen mit den Amerikanern, nicht in der Öffentlichkeit, diese ermutigen, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Die sowjetische Bereitschaft zur Zurückhaltung werde maßgeblich von der Einschätzung Moskaus beeinflußt, ob die Vereinigten Staaten im Falle einer Zuspitzung den sowjetischen Kräften in kürzester Zeit konventionell entgegentreten könnten. Im Ersten Weltkrieg hätte es sich Amerika noch leisten können, von Amerika aus Truppen nach Europa zu verschiffen und in die Kämpfe einzugreifen. Im Zweiten Weltkrieg sei schon eine schwierige Landungsoperation von den Britischen Inseln her notwendig gewesen, um auf besetztem Land Fuß zu fassen. Sollte es unter den heutigen Bedingungen zu einer dritten Auseinandersetzung in Europa kommen, so könnte man überhaupt nicht mehr damit rechnen, daß eine Wende durch amerikanisches Eingreifen von außen her nach längerer Anlaufzeit noch erreicht werden könne. Zu den Bedingungen gehöre, daß sich die Lage auf den Weltmeeren verändert habe und daß die beiden Weltmächte sich gegenseitig mit interkontinentalen Raketen zerstören könnten.

Ein weiterer Fehler sei in amerikanischen Erwägungen zu sehen, wegen der Kritik von Umweltschützern die Pläne für eine landgestützte MX-Rakete<sup>9</sup> in dünn besiedeltem amerikanischen Gebiet zu ändern.

BM fuhr fort: Wenn er dies alles morgen Journalisten sagen würde, dann würde er große Aufmerksamkeit finden, aber auch vieles zerstören. Was könne man tun? Die Bundesrepublik Deutschland habe in Zeiten der Gefahr niemals Zeichen der Schwäche gezeigt. Wenn es darauf ankomme, habe sie immer fest an der Seite der USA gestanden. Nicht eine Änderung unserer Politik sei heute notwendig, sondern wir müßten stärker aus dem Bewußtsein handeln und sprechen, daß uns vitale Interessen mit den USA verbinden. Ein Ausweichen auf einen billigen Antiamerikanismus dürften wir nicht zulassen. Wir seien nicht

<sup>6</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>7</sup> Zum Boycott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau durch die USA und die Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 25 und Anm. 26.

<sup>8</sup> Am 2. Juli 1980 unterzeichnete Präsident Carter die „Proclamation 4771“, mit der die Registrierung der Wehrpflichtigen wiedereingeführt wurde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 1275–1277.

<sup>9</sup> Am 7. April 1982 notierte Vortragender Legationsrat Seibert zur Frage einer Stationierung von MX-Interkontinentalraketen in den USA, der Streitkräfteausschuß des amerikanischen Senats habe „für die Streichung der für den vorläufigen Stationierungsmodus (40 MX-Raketen in existierenden Minuteman-Raketensilos) vorgesehenen Mittel“ gestimmt. „Er verschob ferner die Finanzierung der Produktion der ersten MX-Raketen, um sie dem Zeitplan der endgültigen, langfristig überlebensfähigen Stationierungsart anzupassen. [...] Der Beschluß des Streitkräfteausschusses darf nicht überbewertet werden, da abzuwarten bleibt, wieweit Senat und Repräsentantenhaus diesem Vorschlägen im Rahmen des amerikanischen Verteidigungshaushalts 1983 folgen werden. Der Beschluß ist zunächst Ausdruck der zunehmenden Ungeduld wegen der langwährenden Entscheidung der Administration über die endgültige Stationierungsweise des MX-Systems.“ Vgl. VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

von beiden Großmächten gleich weit entfernt. Er, BM, habe heute die Erklärung eines deutschen Bundestagsabgeordneten gelesen, der gesagt habe, die Ansätze der USA und der SU für die Mittelstreckenwaffenverhandlungen seien unbrauchbar. Hierbei werde übersehen, daß uns das gleiche Schicksal mit den USA verbinde, daß wir an der Ausarbeitung der amerikanischen Verhandlungsposition mitgewirkt hätten und daß die Null-Lösung<sup>10</sup> unserem eigenen Vorschlag entspreche.

Es sei schlecht, wenn man über Kritikwürdiges auf der Gegenseite beharrlich schweige, aber über Familienangelegenheiten ständig laut und kritisch rede. Wenn wir unser Verhältnis zu den USA beschädigten, beschränken wir unsere außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten insgesamt. Von Berlin gar nicht zu sprechen.

Auf die Frage eines Abgeordneten ging BM anschließend auf die Lage in Zentralamerika ein: Unsere Politik, die sich für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit einsetze, gelte auch für Zentralamerika. Dort seien soziale Ungerechtigkeiten und verkrustete soziale Strukturen ein Nährboden für die derzeitigen Auseinandersetzungen. Das beste Mittel für die Lösung der Schwierigkeiten seien im Grunde soziale Reformen. Wir müßten uns fragen, ob nicht ein Kooperationsabkommen nach dem Vorbild der Zusammenarbeit zwischen EG und ASEAN<sup>11</sup> ein gutes Mittel für die Europäer sei, ihren Beitrag für eine Verbesserung der schwierigen Lage in der zentralamerikanischen Entwicklung zu leisten. Ein stärkeres Engagement der Europäischen Gemeinschaft werde von den Partnern in der zentralamerikanischen Region möglicherweise leichter akzeptiert werden als die Bemühungen der USA, denen die Staaten in Zentralamerika aus geschichtlichen Erfahrungen mit Vorbehalten begegneten. Dagegen hätten die mit geschichtlichen Belastungen versehenen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft durch die Gründung der EG ihre koloniale Jungfräulichkeit zurückerhalten. BM wehrte sich erneut gegen bisweilen angestellte Vergleiche zwischen Polen und El Salvador. In Polen habe vor dem 13.12.1981 eine friedliche Entwicklung stattgefunden, niemand habe der Solidarität Waffen geliefert, die ersten Toten habe es erst nach Verhängung des Kriegsrechts gegeben.

BM stellte fest, daß wir keine Absicht hätten, Wahlbeobachter nach El Salvador zu senden.<sup>12</sup> Er habe diese Frage in Madrid<sup>13</sup> auch mit dem italienischen<sup>14</sup> und belgischen Außenminister<sup>15</sup> erörtert, die die gleiche Haltung eingenommen hätten, obwohl ihnen dies als Christdemokraten nicht leichtgefallen sei.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

<sup>12</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Wiedereröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 9. Februar 1982 vom 8. bis 10. Februar 1982 in Madrid auf. Vgl. dazu Dok. 47, Dok. 48, Dok. 50 und Dok. 52.

<sup>14</sup> Emilio Colombo.

<sup>15</sup> Léo Tindemans.

Auf die Frage eines Abgeordneten nach den Ursachen für die unterschiedlichen Grundstimmungen in den USA und in Europa wies BM auf die unterschiedliche Berichterstattung des Fernsehens auf beiden Seiten hin. Im deutschen Fernsehen gebe es eine kontinuierliche Berichterstattung über die USA, so daß die Deutschen in der Regel mit den Entwicklungen, den tagespolitischen Problemen und den führenden Persönlichkeiten in den USA vertraut seien. In den USA bringe das Fernsehen oft wochenlang nichts über die Bundesrepublik Deutschland. Die Normalität unserer Stabilität sei dort nicht bekannt. Dies werde dann plötzlich durch Berichte über besondere Ereignisse, z.B. die Demonstration beim Haig-Besuch in Berlin<sup>16</sup>, unterbrochen. Dadurch ergebe sich ein einseitiges und unzutreffendes Bild beim amerikanischen Publikum.

Abschließend wiederholte BM das Bild vom gemeinsamen Boot. Beide sitzen drin, wir etwas mehr am Rande; wir würden als erste naß, aber wenn das Boot untergehe, sei es mit beiden vorbei. Unsere Lage sei empfindlicher, aber die Sicherheitsinteressen der USA und Europas seien verbunden. Wenn die Amerikaner Europa im Stich ließen, würde ihre Weltmachtstellung beeinträchtigt; Sowjetunion und Westeuropa zusammen würden die stärkste Macht in der Welt sein.

Aus der nüchternen Einschätzung unserer Interessen ergäben sich unsere Aufgaben: Wenn sich die Dinge zwischen Amerika und Europa auseinanderentwickelten, hätten wir die Verantwortung, für eine Wiederannäherung zu sorgen. Dies müsse jeder Politiker bedenken, auch wenn er für Äußerungen zugunsten der Annäherung nicht immer so viel Beifall wie für Kritik am Partner erhalte.

Braunmühl

**VS-Bd. 14106 (010)**

<sup>16</sup> Während des Aufenthalts des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981 in Berlin (West) fand eine Demonstration statt, an der etwa 30 000 bis 40 000 Personen teilnahmen. Im Anschluß an die Kundgebung kam es zu gewalttätigen Übergriffen von verummten Demonstranten. Vgl. dazu den Artikel „Haig: Die Demokratie kann nicht überleben ohne die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. September 1981, S. 1.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

221-372.20/30-279/82 VS-vertraulich

17. Februar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung<sup>4</sup>

Betr.: MBFR;

hier: Östlicher Entwurf eines ersten Abkommens

Anlg.: 1 (DB Nr. 66 und 67 vom 16.2.82 VS-v aus Wien) – nur zum Original<sup>5</sup>

### I. Sachverhalt

1) Der Osten hat in der informellen Sitzung am 16. Februar 1982 in Wien den Entwurf eines Phase-I-Abkommens vorgelegt (vgl. beigefügten DB Nr. 66/67 vom 16.2.82 der MBFR-Delegation). Es ist davon auszugehen, daß dieser Entwurf in der Plenarsitzung am 18. Februar offiziell eingeführt werden wird.<sup>6</sup>

2) Der östliche Schritt kommt nicht überraschend. Bereits am 10. Dezember 1981 hatte der Osten offiziell vorgeschlagen, zu Beginn dieser 26. Verhandlungsrunde die Einsetzung einer Redaktionsgruppe mit dem Auftrag zu beschließen, den Entwurf eines ersten Abkommens auszuarbeiten.<sup>7</sup> Mit der Einführung des Abkommensentwurfs will der Osten Inhalt und Richtung der Arbeit einer solchen Redaktionsgruppe von vornherein bestimmen.

3) Mit der Vorlage dieses Abkommensentwurfs versucht der Osten darüber hinaus, sein Interesse an MBFR-Ergebnissen gerade in der jetzigen politischen Situation (Ablenkung von Polen, Verhandlungslage in Madrid<sup>8</sup> und Genf<sup>9</sup>) zu dokumentieren. Er wird diesen Schachzug propagandistisch zu nutzen und den

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 18. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. Februar 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Februar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „BM hat die Vorlage als eine gute Arbeit gewürdigt.“

Hat Ruth am 25. Februar 1982 vorgelegen.

Hat Holik am 25. Februar 1982 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde handschriftlich vermerkt: „Ziffer II 3 enthält Vorschlag.“

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Mit den Fernschreiben Nr. 66/67 übersandte Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), „die uns von der DDR-Delegation übermittelte inoffizielle deutsche Übersetzung des östlichen Abkommensentwurfs“. Vgl. VS-Bd. 12031 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Der Abkommensentwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer Pakt-Staaten wurde am 18. Februar 1982 vom Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Przygodzki, in die Verhandlungen eingeführt. Vgl. dazu WIENER VERHANDLUNGEN, S. 287–293.

<sup>7</sup> Der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, schlug am 10. Dezember 1981 in seiner Erklärung zum Abschluß der 25. Verhandlungsrunde vor, in der kommenden Runde mit der Arbeit an einem Abkommenstext zu beginnen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 372.

<sup>8</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>9</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 53.

Westen in die Defensive zu drängen versuchen. In der Sache kommt es dem Osten darauf an, die Verhandlungen in die Richtung seines eigenen Konzepts zu führen und eine Lösung der Substanzfragen ohne Dateneinigung<sup>10</sup> voranzutreiben.

## II. Vorläufige Bewertung

1) Der Entwurf besteht außer einer kurzen Präambel aus fünf Teilen, die inhaltlich voll den bisherigen östlichen Positionen entsprechen. Die Frage einer Dateneinigung wird praktisch völlig ausgeklammert und nicht einmal in Form von ausfüllungsbedürftigen Leerstellen behandelt. Soweit von Zahlen die Rede ist, wird unterstellt, daß eine Dateneinigung im östlichen Sinne erfolgt ist, so wenn beim Reduzierungsumfang von einem Verhältnis von 13 000 zu 20 000 Soldaten ausgegangen wird. Ebenso spiegelt der Komplex der Verknüpfung von Phase I und II (freeze für die Dauer der Verhandlungen, proportionale Reduzierungsverpflichtungen für Phase II) und die Festlegung des 50%-Mechanismus eindeutig die östliche Position wider. Schließlich entspricht auch der Bereich der begleitenden Maßnahmen nicht entfernt der westlichen Vorstellung, weder was eine ausreichende Verifikation, noch was das Ziel der Stabilisierung angeht.

2) Der Westen hat immer klargestellt, daß eine Einigung in den Hauptbereichen der Verhandlungssubstanz – Reduzierungsumfang in Phase I, freeze, Verknüpfung von Phase I und II, Vereinbarung von Höchststärken – ohne eine Einigung über die Ausgangsdaten nicht möglich ist. Vor allem aber bestünde beim Eingehen auf einen solchen Abkommenstext die Gefahr, daß sich hier ein Prozeß mit Eigendynamik entwickelt, an dessen Ende als einzig ungelöstes Problem die Datenfrage übrigbliebe. Der Osten würde diese Situation nutzen, um den Westen – in der Hoffnung auf entsprechenden Druck seitens dessen öffentlicher Meinung – in dieser letzten ungelösten Frage zum Nachgeben zu drängen. Bei einem Eingehen auf Vertragstexte unter Ausklammerung der Datenfrage liefe der Wesen somit die Gefahr der Ausweitung und rechtsförmlichen Verfestigung der bisherigen westlichen Zugeständnisse in den für den Osten interessanten Substanzfragen der Verhandlungen, während der Osten in der für uns entscheidenden Datenfrage keine Bereitschaft zur Bewegung zeigen müßte.

3) Andererseits würde der Westen, wenn er die Erörterung des Abkommensentwurfs völlig ablehnt, dem Osten einen Vorwand bieten, ihm mangelnde Bereitschaft zu konkreten Fortschritten in den Verhandlungen vorzuwerfen. Es erscheint deshalb verhandlungstaktisch zweckmäßig, mit einem Gegenschritt zu antworten, der im Bündnis im einzelnen erarbeitet werden müßte.<sup>11</sup> Dabei könnten wir auf unsere bereits mit Briten und Amerikanern in Bonn erörterte Anregung zurückgreifen und die Behandlung des Entwurfs in der vom Osten vorgeschlagenen Redaktionsgruppe ins Auge fassen. Als Bedingung sollte jedoch die Einsetzung je einer weiteren Arbeitsgruppe zur Lösung der Datenfrage und zu den begleitenden Maßnahmen vorgeschlagen werden. Durch eine enge Koppelung der Arbeit in den drei Arbeitsgruppen würden Fortschritte in der vom Osten geforderten Redaktionsgruppe von Fortschritten in den beiden anderen Arbeitsgruppen abhängig gemacht. Wir beabsichtigen, diesen Ge-

<sup>10</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 54, Anm. 21.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

danken bei den bevorstehenden trilateralen Konsultationen am 1./2. März in Washington weiter zu vertreten, um entsprechende Vorschläge möglichst bald im Bündnis zur Diskussion zu stellen und eine Entscheidung herbeizuführen.<sup>12</sup>

### III. Behandlung in der Öffentlichkeit

Zur Beantwortung eventueller Anfragen der Presse zum östlichen Verhandlungsschritt wurde Referat 013 gebeten, auf folgender Linie Stellung zu nehmen:

Es trifft zu, daß der Osten den Entwurf eines Phase-I-Abkommens in die Wiener Verhandlungen eingeführt hat. Dieser Vorschlag wird im Bündnis sorgfältig geprüft werden.

Der Westen hat immer klargestellt, daß die Lösung der Hauptfragen eines MBFR-Abkommens ohne Dateneinigung nicht möglich ist. Der jetzt vorgelegte Abkommensentwurf klammert gerade diese Frage praktisch aus und entspricht in den übrigen umstrittenen Substanzfragen – soweit auf den ersten Blick zu übersehen ist – voll den bisherigen östlichen Positionen.

Holik

VS-Bd. 11497 (221)

## 60

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson

010-685/82 VS-vertraulich

18. Februar 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Cheysson am Donnerstag, 18.2.1982, 17.45 Uhr bis 21.00 Uhr (19.15 Uhr Abendessen)<sup>2</sup>

Teilnehmer: MD Pfeffer, MD Fischer, VLR Siebourg als Dolmetscherin (vor Tisch), Politischer Direktor Andréani, Wirtschaftsdirektor Paye, Botschafter Froment-Meurice.

Die Außenminister führten zunächst ein ca. 45-minütiges Vier-Augen-Gespräch.

Darüber berichtete *BM* anschließend im Beisein der Delegationen: Die Minister hätten eine sehr befriedigende und intensive Aussprache über die Ziele gehabt, die sie gemeinsam in der Perspektive des deutsch-französischen Gipfels<sup>3</sup> verfolgten. Sie glaubten, daß es wichtig sei, von diesem Gipfeltreffen politische Signale ausgehen zu lassen, die unterstreichen, daß beide Seiten die internationale Lage als ernst ansehen und daß sie der Meinung seien, Deutschland und Frankreich müßten dieser Herausforderung durch noch engeres Zusammen-

<sup>12</sup> Zu den trilateralen MBFR-Gesprächen am 1./2. März 1982 in Washington vgl. Dok. 35, Anm. 15.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. Februar 1982 gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt.“

<sup>2</sup> Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 18. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. Dok. 63–65.

rücken und durch gemeinsames Handeln begegnen. Zugleich seien sie der Auffassung, daß Deutschland und Frankreich alles daransetzen müssen, um Europa politisch und ökonomisch zu stärken. Schließlich hielten sie es für besonders wichtig, daß die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA gefestigt werde. Hierfür sollten wir alles, was in unseren Kräften stehe, tun. Wir seien uns dabei bewußt, daß wir dem Trend einer Auseinanderentwicklung der öffentlichen Meinungen in Europa und USA entgegenwirken müßten.

BM fuhr fort: Bezüglich des ersten Punktes glaubten beide Minister, daß das engere Aneinanderrücken Deutschlands und Frankreichs auch bedeuten müsse, daß wir die Aussprache über Sicherheitsfragen intensivieren müßten. Es werde beim Gipfel in Paris zu entscheiden sein, durch den Bundeskanzler und den Präsidenten<sup>4</sup>, welche Prozedur hierfür angewandt werden sollte. Die Minister hätten darüber gesprochen, daß die beiden Außen- und die beiden Verteidigungsminister<sup>5</sup> zu diesem Zwecke zusammenarbeiten könnten. Wir seien seit vielen Jahren in der Bundesrepublik in der glücklichen Lage, daß zwischen den Ministern für Auswärtiges und Verteidigung und zwischen beiden Ministerien engstes Einvernehmen bestehe. Bezüglich des dritten Punktes müsse überlegt werden, was wir tun könnten, um in der öffentlichen Meinung Amerikas mehr Verständnis für Europa zu finden, Mißverständnisse zu vermeiden und ein Auseinanderstreben zu verhindern. Die Probleme sollten schnell analysiert werden. Wenn man einmal die Ursachen kenne, werde man auch schneller die Medizin finden. Den meinungsbildenden Schichten in den USA müsse unsere Auffassung erläutert werden, nach der wir nicht gegen die USA arbeiten, sondern ein gemeinsames Bewußtsein fördern wollten.

BM wies darauf hin, daß er seinem Freunde Cheysson gesagt habe: Der Bundeskanzler und er stimmten in der festen Überzeugung überein, daß die engste Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gerade heute von vitaler Bedeutung sei. Wir müßten alles tun, um der Aufgabe gerecht zu werden, die schwierigen Zeiten gemeinsam zu bestehen. Wir werteten positiv, daß der Wechsel in Frankreich<sup>6</sup> uns nicht vor außenpolitische Probleme stelle. Wir arbeiteten unbeeinträchtigt davon auf das engste zusammen. Auch dies solle auf dem Gipfel deutlich gemacht werden.

Zum Entwurf einer Gemeinsamen Erklärung<sup>7</sup> sagte BM, die Minister hätten ihre Meinungen darüber ausgetauscht, ob und in welcher Form man eine solche Erklärung abgeben solle. Wenn man eine Erklärung abgebe, so solle diese nach Auffassung beider Minister möglichst kurz sein, um das politische Gewicht der darin enthaltenen Aussagen zu unterstreichen. Man solle die drei Punkte hervorheben:

- Antwort auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Lage,
- Eintreten für die politische und ökonomische Stärkung Europas,
- Eintreten für enge Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika.

<sup>4</sup> François Mitterrand.

<sup>5</sup> Hans Apel (Bundesrepublik) und Charles Hernu (Frankreich).

<sup>6</sup> Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. BULLETIN 1982, S. 145 f.

Dazu müsse eine Aussage zum Ost-West-Verhältnis und zur Lage in Polen kommen. Das reiche dann. Cheysson habe gemeint: Zehn Zeilen genüchten. Diese könnten dann in der Pressekonferenz erläutert werden. Die Erklärung sollte ein Signal sein nach innen, nach Washington und auch nach Moskau, damit dort keine Illusionen entstünden.

*Cheysson* stimmte zu. Er betonte, daß sich die Entschlossenheit Frankreichs und Deutschlands, eng zusammenzuarbeiten, gegen keine Organisation richte. Ihre engere Zusammenarbeit solle auch Europa stärken. Sie solle einem besseren Verständnis mit Amerika dienen und sie solle in Moskau klar verstanden werden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ersetze nicht die Bemühungen in Europa. Die Gemeinsame Erklärung solle keinesfalls von der Art der Kommuniqués des ER sein. Die Beamten sollten zusammenarbeiten, um einen systematischen Vergleich der Situation in Osteuropa anzustellen. Hinsichtlich des europäisch-amerikanischen Verhältnisses sei eine gründliche Aktion vonnöten. Sie müsse sich nicht nur an die Administration und den Kongreß wenden, sondern auch an die meinungsbildenden Kräfte im Lande: die Universitäten, Gewerkschaften und die regionalen Kräfte. Eine task force sollte gebildet werden, die innerhalb eines Monats nach dem Gipfel eine Empfehlung über die Ziele und auszusendenden Botschaften abzugeben habe. Dann solle auf dieser Grundlage jede Seite ihre eigenen Anstrengungen unternehmen.

Cheysson wies auf die Beiträge hin, welche von den anderen am Gipfel teilnehmenden Ministern erwartet würden, besonders auch den Finanzministern<sup>8</sup>. Die französische Seite messe diesem Gipfel in einer schwierigen Zeit besondere Bedeutung zu.

*BM* schlug vor, den Besuch Cheyssons in diesem Sinne der Presse zu erläutern: Wir sollten darauf hinweisen, daß solche kurzfristigen Vorbesprechungen des Gipfels nicht üblich seien und daß die jetzige Begegnung die Bedeutung ausdrücke, die beide Seiten dem Gipfel in der gegenwärtigen Lage beimessen. Die Ziele beider Regierungen sollten durch die schon genannten drei Punkte wiedergegeben werden.

*Cheysson* akzeptierte den Vorschlag des *BM*, daß die deutsche Seite einen neuen Entwurf für die Gemeinsame Erklärung nach Paris schickt. Zu der ins Auge gefaßten Zusammenarbeit der beiden Außen- und Verteidigungsminister machte Cheysson den Vorbehalt, daß er dies noch mit seinem Präsidenten besprechen müsse und daß eine Entscheidung dann beim Gipfel fallen sollte. *BM* bat, diesen Punkt mit besonderer Diskretion zu behandeln. Er werde darüber mit *BK* sprechen.

*Cheysson* kam auf die Gemeinschaftsprobleme zu sprechen; er hob das französische Interesse an der Gemeinsamen Agrarpolitik hervor. Da man nicht mehr in einer Zeit starken wirtschaftlichen Wachstums lebe, in der es eine Bewegung der Landbevölkerung in die Städte gebe, könne die Verringerung der landwirtschaftlichen Einkommen nicht mehr durch eine Verkleinerung der Landbevölkerung aufgefangen werden. Die Inflationsrate sei von vitaler Bedeutung für die landwirtschaftlichen Einkommen. Wenn man sich an die Prinzipien der monetären Ausgleichsbeträge halte, könne man die Inflationsverluste durch Preis-

<sup>8</sup> Jacques Delors (Frankreich) und Hans Matthöfer (Bundesrepublik).

erhöhungen in landwirtschaftlichen Produkten ausgleichen. *D4* legte die deutsche Haltung hierzu dar.<sup>9</sup>

Zum Thema *relance* und deutsch-italienische Initiative führte *Cheysson* aus: Die französische Seite sei sehr einverstanden mit dem „Genscher-Colombo“-Vorschlag<sup>10</sup>. Dessen Wirkung werde um so größer sein, je weniger seine Behandlung in die Länge gezogen werde. Die französische Seite sei entsprechend interessiert an der weiteren Entwicklung der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit bei bestimmten Fragen, nämlich der Nutzung der europäischen Dimension bei Forschung und Industrie zur Gewinnung von Ressourcen.

*Cheysson* äußerte sich anschließend zum britischen Haushaltsproblem.<sup>11</sup> Er wisse, daß die deutsche Seite dies nicht ganz so pessimistisch sehe, aber die französische Seite finde, daß man in die Sackgasse geraten sei. Die britische Haltung zur Degressivität mache Fortschritte zur Zeit unmöglich. In Paris sei man dafür, jetzt noch ein bißchen zu warten. *D4* verwies auf die bevorstehenden Initiativen von *Tindemans* und *Thorn*<sup>12</sup> und drückte die Sorge aus, daß weiteres Abwarten das Funktionieren des Gemeinschaftsapparats hemmen könne.

Vor Tisch wurde noch das Thema Polen angeschnitten. *Cheysson* erwähnte kurz sein Gespräch mit dem polnischen AM *Czyrek* in Paris.<sup>13</sup> Er äußerte sich pessimistisch zur weiteren Entwicklung in Polen. *BM* drückte die Überzeugung aus, daß die Solidarität eine starke Kraft, eine Volksbewegung geblieben sei, ohne die eine Lösung in Polen nicht möglich sein werde. *Wałęsa* sei weiterhin ein entscheidender Faktor. Er habe sich seine Autorität erhalten und habe abgelehnt, Kollaborateur zu werden. Der einzige Weg zur Lösung sei der Dialog mit der Kirche und mit *Wałęsa*. *Glemp* habe ihm eine Botschaft geschickt, die dies bestätige. Die polnische Kirche halte eine feste westliche Haltung gegenüber der SU und dem Militär für hilfreich. Wenn man sich dagegen weiter gegen den Dialog sperre, Massenfestnahmen wie in den vergangenen Tagen vornehme und auch noch auf die Kirche übergreife<sup>14</sup>, wie die letzten

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse *Steinkühler* teilte am 1. März 1982 zu den Ergebnissen der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris mit: „Bei der Diskussion der für das nächste Wirtschaftsjahr vorzusehenden Agrarpreise ergab sich der bekannte Unterschied: Die deutsche Seite akzeptierte die Kommissionsvorschläge bezüglich einer neunprozentigen Steigerung, über die hinaus die Ein-Prozent-Grenze der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage keinen weiteren Spielraum mehr erlaube, die französische Seite bezeichnete diese Steigerungsrate als absolut ungenügend, sie verlangte weiterhin einen höheren Abbau der deutschen Währungsausgleichs-abgabe, als dies von der Kommission vorgesehen wird. Wir wiesen in Beantwortung dieser Forderung darauf hin, daß bei Annahme des Kommissionsvorschlages die deutschen Landwirte einen absolut unzureichenden Preisausgleich erhalten würden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 23; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>10</sup> Zu dem auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vorgelegten Entwurf einer politischen Grundsatzzerklärung zur Europäischen Union („Europäische Akte“) vgl. Dok. 27, Anm. 9.

<sup>11</sup> Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 42.

<sup>12</sup> Zu den Bemühungen des belgischen Außenministers *Tindemans* und des Präsidenten der EG-Kommission, *Thorn*, die Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt zu lösen, vgl. Dok. 42, Anm. 8.

<sup>13</sup> Der französische Außenminister *Cheysson* empfing den polnischen Außenminister *Czyrek* am 3. Februar 1982 in Paris zu einem Gespräch.

<sup>14</sup> Am 15. Februar 1982 erbat Vortragender Legationsrat I. Klasse *Edler von Braunmühl* von *Botschafter Negwer*, *Warschau*, eine Stellungnahme zu Meldungen über verstärkte Repressionsmaßnahmen in Polen: „*BM* ist von hoher Stelle katholischer Bischofskonferenz unterrichtet worden, daß Meldungen gut unterrichteter Quelle vorlägen, nach denen in Polen Aktionen gegen katholische

Meldungen voraussagten<sup>15</sup>, werde die Entwicklung nur noch tiefer in die Krise geraten. Die Sowjets hätten in den letzten Monaten von 1980 die Möglichkeit vorbeigehen lassen, eine andere Lösung zu finden. *Cheysson* äußerte demgegenüber die Meinung, daß man von seiten des Regimes den Gewerkschaften jetzt keine Zugeständnisse machen werde und könne, weil sonst der Bewegung, die sich in der Solidarität ausdrücke, eine Ermutigung mit unabsehbaren Folgen gegeben würde. *BM* verwies auf die Stimmung in anderen kommunistisch regierten Ländern und erläuterte die Bedeutung der Friedensdemonstration in Dresden<sup>16</sup> am vergangenen Wochenende.

Gespräch bei Tisch: Der *französische Botschafter* fragte nach der Reise Wehners nach Polen.<sup>17</sup> *BM* erläuterte, daß Wehner sich gerade Polen besonders verbunden fühle und daß er seine Reise auch aus Sorge um die Entspannung unternehme. Im übrigen handele es sich um eine Reise in eigener Verantwortung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, die mit BK und ihm, *BM*, nicht vorher abgesprochen worden sei. Wehner habe jedoch in einem Interview mit einer polnischen Zeitung

*Fortsetzung Fußnote von Seite 308*

Kirche geplant seien: a) Unter Verantwortung von Olszowski sollen Listen mit Namen zu verhaftender Priester aufgestellt worden sein. Der Zugriff soll in drei bis vier Wochen [...] erfolgen. b) Es sei beabsichtigt, manipulierte Loyalitätserklärungen von Priestern auf dem Land und in den Städten über Rundfunk zu verbreiten, um weitere Priester zur Abgabe von Loyalitätserklärungen unter Druck zu setzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 213; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Negwer berichtete am 16. Februar 1982, er habe mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, im Sinne der Weisung Braunmühls ein Gespräch geführt. Glemp habe dazu erklärt, „er habe schon seit geraumer Zeit Indizien für eine Kursverschärfung gegenüber der Kirche, so daß ein derartiges Vorgehen nicht auszuschließen sei. In der gegenwärtigen verworrenen Lage gebe es Kräfte, die hierzu bereit seien. Auch gebe es in der Kirche Priester, die in den letzten Wochen erhebliche Risiken bei ihrem Engagement eingegangen seien. Allerdings gelte auch, daß die Existenz derartiger Pläne noch nicht auch deren Umsetzung bedeute.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 461; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „hervorsagten“.

<sup>16</sup> Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, informierte am 15. Februar 1982: „Bereits gegen Ende des vergangenen Jahres hatten einige wenige Jugendliche der ‚Jungen Gemeinde‘ eines Dresdener Vororts spontan den Gedanken entwickelt, als eigenen Ausdruck des Friedenswillens für den 13. Feb[ruar] 82 für die Stunde des Untergangs Dresdens vor 37 Jahren zu einem Schweigemarsch zur Ruine der Frauenkirche aufzurufen. Sie druckten Flugblätter, die sie auf dem Dresdener Weihnachtsmarkt verteilten, wobei sie vom Staatssicherheitsdienst identifiziert wurden. [...] Um den Jugendlichen den Konflikt mit der Staatsgewalt zu ersparen, entschloß sich die Leitung der sächsischen Kirche kurzfristig, zu einem eigenen ‚Friedensforum‘ in der Kreuzkirche aufzurufen. Darüber verständigten sich Landesbischof Hempel und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Modrow. [...] Um 18.00 Uhr zur allwöchentlichen Kreuzkirchen-Vesper war die 3500 Plätze bietende Kreuzkirche bereits überfüllt. Etliche 100 Jugendliche mußten bei strenger Kälte weiter draußen warten, bis auch sie noch zu Beginn des eigentlichen Friedensforums kurz vor 20.00 Uhr eingelassen wurden.“ Landesbischof Hempel habe den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ als „Alarmsignal“ beschrieben: „Dieser bestreite nicht, betonte der Bischof nochmals, daß sich die DDR um Abrüstung bemühe. Niemand sei so naiv, zu glauben, daß es gegenwärtig ohne Armeen gehe. Aber Waffen hinterließen keine Sieger mehr. Heftiger Beifall zeigte, daß der Bischof damit die Gedanken der Jugendlichen getroffen hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 210, Bd. 132576.

<sup>17</sup> Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner hielt sich vom 19. bis 23. Februar 1982 in Polen auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil vermerkte am 17. Februar 1982 zu einer Vorbesprechung mit Wehner und dessen Mitarbeiter Selbmann: „Herr Wehner überließ es weitgehend Herrn Selbmann, Fragen zu stellen. Er machte selbst keine Ausführungen, ließ allerdings während meines Vortrages verschiedentlich Zustimmung erkennen. [...] Herr Selbmann verwies auf die hochgradige Abhängigkeit der polnischen Wirtschaft von Lieferungen aus dem Westen und erklärte sodann, er höre von polnischen Gesprächspartnern die Befürchtung, der Westen werde Polen durch seine Maßnahmen in noch größere Abhängigkeit von der Sowjetunion treiben. Er sah auch darin die Gefahr einer weiteren Eskalation der innenpolitischen Gegensätze und meinte, so werde der nächste Zusammenstoß vorprogrammiert.“ Vgl. VS-Bd. 13336 (214).

vor Reiseantritt wichtige Punkte der Position der Bundesregierung zu Polen, wie die bekannten drei Forderungen<sup>18</sup>, wiederholt; sicherlich deshalb, um den Gastgebern seine Übereinstimmung mit der Bundesregierung zu signalisieren. *Cheysson* fragte, warum wohl die WP-Delegationen in Madrid am 9.2. die Dummheit mit der erzwungenen Geschäftsordnungsdebatte begangen hätten.<sup>19</sup> *BM* vermutete, daß sie den Westen zu einem Abbruch provozieren wollten, um ihm dann die Schuld zu geben. Das weise Verhalten und die Geschlossenheit des Westens hätten den Osten dann belehrt, daß er einen Fehler begangen habe. *Cheysson* stimmte zu und bemerkte, daß die Neutralen (BM: auch die internationale Presse) sehr negativ auf das östliche Verhalten reagiert hätten. Die Minister stimmten überein, daß Cheyssons Rede<sup>20</sup> dadurch aufgewertet wurde.

Der *französische Botschafter* berichtete über sein Gespräch bei seinem Antrittsbesuch mit Abrassimow. *BM* betonte, daß die Gespräche der drei Botschafter mit Abrassimow von allerhöchster Bedeutung seien. Abrassimow versuche, die alliierten Botschafter dabei immer wieder zu testen, wie sie zu ihren Verpflichtungen stünden. Außerdem demonstrierte er mit dieser Vierer-Zusammenarbeit auch die besondere sowjetische Rolle gegenüber der DDR.

*Cheysson* berichtete über den Besuch des französischen Verteidigungsministers in Saudi-Arabien vor zwei Wochen.<sup>21</sup> Man habe über den Golf, über Iran und Bahrain gesprochen. Erst ganz am Ende des Gesprächs hätten die saudischen Gesprächspartner, von Hernu auf Israel angesprochen, bemerkt: Dieses Thema sei auch wichtig.

Cheysson äußerte sich sehr kritisch über Israel. Die israelische Regierung sei wahnsinnig, bei ihrer Politik nicht an die Zukunft zu denken.

Sehr besorgt äußerte sich Cheysson über die Entwicklung im Iran. Von begrenzten Konflikten an der Oberfläche abgesehen sei die Lage dort noch relativ normal. Wenn aber Khomeini sterbe und es dann zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung komme, werde die USA möglicherweise einen Coup organisieren, und dann müsse man mit einem Einmarsch der Sowjets nach Aserbaidshan rechnen.

*BM* äußerte seinen Eindruck, daß das Verständnis in Washington dafür gestiegen sei, daß die Hauptprobleme der Golfstaaten einschließlich Saudi-Arabiens innere Probleme seien. Die AWACS-Diskussion habe dies gezeigt.<sup>22</sup> Wir arbei-

<sup>18</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>19</sup> Zur Sitzung der KSZE-Folgekonferenz am 9. Februar 1982 in Madrid vgl. Dok. 52, Anm. 6.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Cheysson am 12. Februar 1982 bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, I, S. 34–36.

<sup>21</sup> Der französische Verteidigungsminister Hernu hielt sich vom 30. Januar bis 2. Februar 1982 in Saudi-Arabien auf.

<sup>22</sup> Botschaftsrat Osterloh, Djidda, legte am 15. Oktober 1981 dar, daß die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien durch die Ungewißheit über eine Lieferung von fünf AWACS-Aufklärungsflugzeugen an Saudi-Arabien belastet worden seien: „Die Saudis verletzt es, daß die US-Regierung die Auseinandersetzung im Kongreß mit Argumenten führen muß, die das Königreich im arabischen Lager diskreditieren (keine Angriffsabsichten gegen Israel) oder ihre technische Kompetenz in schlechtem Licht erscheinen lassen (faktisches US-Mitspracherecht, da Saudi-Arabien die AWACS-Flugzeuge mit eigenem Personal allein zunächst nicht nutzen können).“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 681; Referat 311, Bd. 137696.

teten eng mit Saudi-Arabien zusammen, besonders hinsichtlich der inneren Sicherheit.<sup>23</sup>

Beide Minister stimmten überein, daß die Lage in der Region durch die sehr heterogene Unterstützung der beiden Konfliktpartner Irak und Iran durch andere islamische Staaten sehr kompliziert sei. Sie waren sich auch einig, daß es darauf ankomme, mit den Staaten im Golfraum eng zusammenzuarbeiten, sie aber nicht als Stützpunkte zu benutzen.

Der *französische Botschafter* meinte aus Moskauer Sicht, der Westen müsse sich gut überlegen, ob er sich den Verzicht auf Präsenz im Iran noch lange leisten könne; er verwies auf die Entsendung iranischer Delegationen in die SU und die DDR<sup>24</sup>. Cheysson wies auf das Problem hin, daß im Iran z. Z. keine richtige Struktur für eine politische Zusammenarbeit bestehe.

Cheysson kam kurz darauf zu sprechen, daß Irak einen neuen Reaktor<sup>25</sup> an einem anderen Ort unter Grund wünsche, diesen Ort aber noch nicht angegeben habe. Wahrscheinlich sei der Grund des Zögerns Geldmangel.

BM erkundigte sich nach der französischen Einschätzung der Entwicklung in Zentralamerika. Cheysson bezeichnete die Lage in El Salvador als desaströs und beklagte, daß die USA sich mit ihrer Politik selbst größten Schaden zufügten. Obwohl man in Frankreich wenig über El Salvador wisse, werde die öffentliche Meinung davon bewegt. Die französischen Waffenlieferungen an Nicaragua seien „peanuts“, 18 Mio. Dollar für zwei Jahre.<sup>26</sup> Trotzdem sei die französische Position hierzu sehr unangenehm für die amerikanische Regierung. BM wies darauf hin, daß die Zentralamerika-Problematik bei uns ein immer größeres Thema werde. Zum Teil werde es ehrlich, zunehmend aber auch unehrlich benutzt von Leuten, die versuchten, Parallelen zwischen El Salvador und Polen zu konstruieren. Man müsse die Möglichkeit sehen, daß die SU in der Region Fuß fesse, wenn die USA große Fehler machten. Es sei eine europäische Aufgabe, auf die Entwicklung einzuwirken. Auch darüber solle man in Paris sprechen.

Cheysson stimmte zu und regte an, in solche Gespräche auch Länder wie Schweden und Kanada einzubeziehen, die uns in dieser Frage naheständen. Er erwähnte mit der Bitte um vertrauliche Behandlung, daß die Schweden ihm bei seinem kürzlichen Besuch<sup>27</sup> zu verstehen gegeben hätten, daß der U-Boot-Zwischenfall in den schwedischen Territorialgewässern<sup>28</sup> ein politischer Wendepunkt für das Land geworden sei. Man sei sich klar darüber geworden, daß Neutralität nur funktioniere, wenn man sie auch kontrollieren könne. Die Schweden hätten sich an die Amerikaner mit der Bitte um technische Hilfe für die Aufklärung gegen sowjetische U-Boote gewandt. Die Amerikaner hätten mit

<sup>23</sup> Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien in Bereich der inneren Sicherheit vgl. Dok. 46, Anm. 6.

<sup>24</sup> Der stellvertretende iranische Ministerpräsident Jasebi besuchte vom 12. bis 16. Februar 1982 die DDR.

<sup>25</sup> Am 7. Juni 1981 zerstörte die israelische Luftwaffe die irakische Nuklearanlage „Osirak“. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 173.

<sup>26</sup> Zu den französischen Rüstungsexporten nach Nicaragua vgl. Dok. 10, Anm. 23.

<sup>27</sup> Der französische Außenminister Cheysson besuchte am 4./5. Februar 1982 Schweden.

<sup>28</sup> Am 5. November 1981 gab die schwedische Regierung ein sowjetisches U-Boot frei, das am 27. Oktober bei Karlskrona auf Grund gelaufen war.

einem Forderungskatalog für Sicherheitsprüfungen geantwortet, der von Schweden mehr verlange, als wenn es NATO-Mitglied wäre.

BM berichtete kurz über unsere ablehnende Haltung zur Entsendung von Wahlbeobachtern nach El Salvador<sup>29</sup>, die auch der Haltung Italiens und Belgiens entspreche, wie Colombo und Tindemans ihm in Madrid<sup>30</sup> erläutert hätten. BM berichtete auch über den Anruf des norwegischen Außenministers Stray vor wenigen Tagen in der Frage.

Zu Namibia bewertete BM die Spaltung der DTA.<sup>31</sup> Dies zeige, daß man in Namibia realisiere, daß unser Weg der richtige sei. Allerdings wisse er nicht, wie Südafrika reagieren werde. Jetzt sei auch für den Letzten gewiß, was er immer geglaubt habe, daß die SWAPO bei Wahlen eine überwältigende Mehrheit erhalten werde. BM berichtete über die Bestrebungen der IG, sich als politische Partei zu organisieren und die Verhandlungen zu unterstützen.<sup>32</sup> Dies seien erfreuliche Entwicklungen, aber die Reaktion Südafrikas stehe noch aus. Cheysson und BM waren sich einig, daß in jedem Falle die Bemühungen in der Fünfer-Gruppe<sup>33</sup> forciert fortgesetzt werden müßten.

<sup>29</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>30</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Wiedereröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 9. Februar 1982 vom 8. bis 10. Februar 1982 in Madrid auf. Vgl. dazu Dok. 47, Dok. 48, Dok. 50 und Dok. 52.

<sup>31</sup> Am 16. Februar 1982 informierte Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, über den Rücktritt des Präsidenten der Democratic Turnhalle Alliance (DTA) in Namibia: „Am 15.2. trat [...] Peter Kalangula von seinem Posten zurück. Mit ihm verläßt seine im wesentlichen aus Ovambos bestehende National Democratic Party (NDP) die Allianz. Die NDP bildete das stärkste Glied der DTA. Als Grund für seine Trennung von der DTA führte Kalangula deren Überbetonung des ethnischen Prinzips an. [...] Viele Menschen flüchteten aus Namibia, um der ‚Heimatlandstruktur‘ zu entkommen. Es habe sich erwiesen, daß die DTA den Wünschen der Bevölkerung keine Rechnung trage und an dem ethnischen Prinzip festhalte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 320, Bd. 138096.

<sup>32</sup> Am 29. Januar 1982 teilte Ministerialdirektor Gorenflos der Generalkonsulat in Kapstadt zur „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“ in Namibia mit: „1) Botschaft wird ermächtigt, an die [Interessen]G[einschaft] den Betrag von DM 50 000 [...] zu zahlen [...]. 2) Es wird gebeten, bei Übergabe des Betrages an die IG eindeutig klarzustellen, daß es sich um eine einmalige und streng vertraulich zu behandelnde Zuwendung handelt. Zugleich ist zu betonen, daß es sich nicht um eine Budgethilfe zu beliebigen IG-Zwecken handelt. Vielmehr gehen wir davon aus, daß die Mittel mit dem Ziel eingesetzt werden, die internationalen Bemühungen um Ausführung der SR 435 zu fördern und mitzuhelfen, die Voraussetzungen für eine international akzeptable Lösung der Namibia-Frage zu verbessern. 3) Die IG sollte nicht in Zweifel darüber gelassen werden, daß wir bei unserer Zusammenarbeit erwarten, daß die IG sich offener und eindeutiger zu SR 435 bekennt und nach angemessener Übergangszeit auch wieder zu konstruktiven Schritten im Sinne vertrauensbildender Kontakte mit FLS/SWAPO bereit sein wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, legte dazu am 2. Februar 1982 dar: „Bei der gegenwärtigen Krise in der IG, die den Vorstand zu vorsichtigem Taktieren zwingt, wird sich diese kaum auf die im Bezugsverlaß genannten Bedingungen festlegen lassen. [...] Aus hiesiger Sicht empfiehlt sich zur Zeit die peinliche Vermeidung jeden Anscheins, als benutze die Bundesregierung die IG als Instrument für die Durchsetzung ihrer Verhandlungsziele. [...] Ich schlage daher vor, Unterstützung zunächst zurückzuhalten, bis IG sich über ihren Kurs klar geworden ist. Sollte es zu Neugründung als Partei kommen, sollte die IG die genannte Summe als Starthilfe ohne ausdrückliche Festlegung des Verwendungszwecks erhalten, was die Formulierung unserer Erwartungen bei Übergabe des Geldes nicht ausschließt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>33</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 36.

In einem abschließenden Vier-Augen-Gespräch fragte BM nach der Beteiligung Mitterrands an einem Abendessen am Vorabend des NATO-Gipfels<sup>34</sup> in Bonn. *Cheysson* versprach, den Präsidenten darauf anzusprechen und BM am Dienstag in Brüssel<sup>35</sup> über das Ergebnis zu unterrichten.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 61

### Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Schmidt

18. Februar 1982<sup>1</sup>

Persönlich – vertraulich

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Aufzeichnung über Ihr Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am 15. Februar 1982<sup>2</sup> entnehme ich den folgenden Satz:

„Auf den Hinweis des Bundeskanzlers, daß es die Lage der gegenwärtigen polnischen Führung erleichtern könnte, wenn die Sowjets ihnen Hoffnung machen könnten auf eine ungarische Entwicklung, meint er, daß die schwierige Lage Polens nicht durch die westliche Haltung erleichtert wird.“

Angesichts der gestrafften Niederschrift kenne ich natürlich nicht den genauen Inhalt Ihres Hinweises.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Lage in Ungarn, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, derzeit befriedigender ist als in Polen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Kernforderung der polnischen Reform und Erneuerung, nämlich die Existenz einer unabhängigen Gewerkschaft, im ungarischen Modell nicht erfüllt wird. Auf der anderen Seite ist die Stellung der katholischen Kirche in Polen, selbst unter den heute gegebenen Bedingungen, besser als die Stellung der Kirchen in Ungarn. Vor allem aber müssen wir berücksichtigen, daß der Prozeß der Reform und Erneuerung in Polen auch in der von der Regierung durch Unterzeichnung von Dokumenten zugestanden Form weit über die ungarische Entwicklung hinausging.

<sup>34</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>35</sup> In Brüssel fanden am 22./23. Februar 1982 eine EG-Ministerratstagung und am 23. Februar ein Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu Dok. 66 und Dok. 67.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat diesen Brief StS v[on] St[aden] zum Lesen gegeben.“

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow vgl. Dok. 54.

Ich glaube deshalb, daß die von uns aufgestellten Forderungen<sup>3</sup>, die inzwischen von allen westlichen Staaten übernommen wurden, die richtige Richtung für die polnische Entwicklung anzeigen. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es eine deutsche Anregung, abweichend von der bisher eingenommenen Haltung, eine Art ungarischen Weg einzuschlagen. Das müßte zu Fehleinschätzungen in Moskau, zu absoluter Ablehnung in Polen durch die Kirche und die Anhänger von Solidarität und zu neuerlichen Mißverständnissen im Westen führen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, zwei zusätzliche Gesichtspunkte bitte ich besonders ernst zu nehmen:

Wir müssen uns als Deutsche immer bewußt sein, daß wir auch nicht den geringsten Anlaß zu der Annahme geben würden, wir wollten über die Köpfe Polens hinweg mit der Sowjetunion ein Arrangement über den Status, über den Weg Polens herbeiführen. Hier liegt die historische Dimension unserer Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk und für unsere Haltung gegenüber Polen und gegenüber der Sowjetunion.

Was Ungarn angeht – hier wissen Sie, wie sehr ich das respektiere, was Kádár unter den gegebenen Umständen an Freiraum für seine Mitbürger nach innen geschaffen hat –, so ist mit der ungarischen Entwicklung doch untrennbar verbunden die blutige Niederschlagung der ungarischen Volkserhebung von 1956<sup>4</sup> durch die Sowjetunion. Gerade vor dem Hintergrund einer immer noch möglichen sowjetischen Intervention ist dieser Aspekt sehr ernst zu nehmen.

Ich wollte Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, meine Gedanken zu diesen schwerwiegenden Problemen nahebringen, und ich tue das in dem Bewußtsein, daß wir, wie Sie und ich wiederholt festgestellt haben, gemeinsam, mit Besonnenheit und Festigkeit, uns bemühen wollen, dem polnischen Volk nach Kräften bei der Erfüllung seines Wunsches nach Reform und Erneuerung zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr<sup>5</sup> Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14105 (010)

<sup>3</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>4</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>5</sup> Das Wort „Ihr“ wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

## 62

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-759/82 VS-vertraulich

23. Februar 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Die „Null-Lösung“<sup>4</sup> und ihre Folgen

I. 1) Am 19.2.82 befaßte sich eine trilaterale (dt.-brit.-frz.) Arbeitsgruppe aus Beamten der Außen- und Verteidigungsministerien im Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien mit den Konsequenzen einer bei den Genfer INF-Verhandlungen vereinbarten Null-Lösung, nämlich beiderseitigem Verzicht auf landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen in und für Europa. Auf deutscher Seite nahmen MD Stütze, MD von der Gablentz und ich teil. Wichtigster britischer Teilnehmer war der Leiter der sicherheitspolitischen Abteilung des F.C.O.<sup>5</sup>; wichtigster französischer der Leiter des Planungsstabs im Quai d'Orsay<sup>6</sup>.

Ein von Christoph Bertram verteiltes Arbeitspapier ging von der allseits geteilten Feststellung aus, daß der Beschluß von 1979<sup>7</sup> über die „LRTNF-Modernisierung“ nicht nur wegen des Aufbaus der SS-20 notwendig war (Problem der Lücke), sondern vor allem zur Aufrechterhaltung der strategischen Verkopplung (Problem der Abkoppelung) angesichts der Veralterung der westlichen Mittelstreckenflugzeuge und des Verlustes ihrer Eindringfähigkeit (Problem der Modernisierung im engeren Sinne). In der Tat hatte das Auswärtige Amt bei Anbahnung des Doppelbeschlusses auf das strategische Erfordernis eines „Sockelbetrags“ an „LRTNF“ hingewiesen.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 24. Februar 1982 vorgelegen.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 5. März 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Vortragenden Legationsrat Bolewski an Ministerialdirigent Dröge und Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.

Hat Bolewski am 5. März 1982 vorgelegen.

Hat Dröge und Seibert am 8. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 24. Februar 1982 vorgelegen, der am 3. März die Weiterleitung an Botschafter Ruth und Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Pfeffer am 4. März 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 27. Februar 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Reagan am 18. November 1981 vor den Mitgliedern des National Press Club; Dok. 11, Anm. 4.

<sup>5</sup> David Howe Gillmore.

<sup>6</sup> Jean-Louis Gergorin.

<sup>7</sup> Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3, Anm. 25.

<sup>8</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 5. September 1979, im Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher am 3. September 1979 sei zur Frage eines nicht zu unterschreitenden „Sockels“ von zu stationierenden LRTNF-Systemen ausgeführt worden: „Der Bundesminister hat klargemacht, daß an dem Gedanken eines Sockels festgehalten werden muß. [...] Für meine Verhandlungen in der Special Group gilt folgendes Vorgehen: Wir werden nicht vorschlagen, den Hinweis auf einen Minimalumfang an Modernisierung zu streichen. Nur wenn die Streichung von anderer Seite vorgeschlagen wird, können wir entsprechende Formulierung vom 4. Juli als Kompromißvorschlag einbringen. Auf meine ausdrückliche Frage stellte der Bundesminister fest, daß, falls nie-

2) Vor diesem Hintergrund wurden folgende Folgen untersucht, welche eine Realisierung der Null-Option für die Abschreckung (Glaubwürdigkeit, Stabilität, Effektivität) möglicherweise hätte (Einzelbeiträge zur Diskussion werden dem Prinzip der Gespräche entsprechend nicht personenbezogen kenntlich gemacht).

a) Erhöhung der Gefahr regionaler Kriegsführung

Britischerseits und französischerseits wurde dargelegt, daß die Null-Lösung die Abschreckung empfindlich schwächen würde, denn dann sei es aus sowjetischer Sicht weniger glaubwürdig, daß bei einem Angriff auf Westeuropa amerikanische Nuklearschläge von dort – mit allen weiteren Eskalationskonsequenzen – auf die SU ausgelöst werden könnten.

Als Ergebnis der Null-Lösung werde also eine regionale Kriegsführung in Europa denkbarer.

b) Erschwerung der nötigen Modernisierung der Gefechtsfeldwaffen

Wenn es keine landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen gebe, komme den nuklearen Kurzstreckensystemen eine unangemessen große Bedeutung zu (Triadenkonzept). Dies sei aus europäischer Sicht ein „Eigentor“, denn es liefe dem zweckmäßigen Trend entgegen, nämlich unseren Bemühungen um Kriegsverhinderung, also um Abschwächung der Kriegsführungsrolle der Kurzstreckenwaffen.

Die als richtig erkannte Verlagerung der nuklearen Rolle von Kurz- auf Mittelstreckensysteme werde durch die Null-Lösung unmöglich gemacht. Dort, wo die NATO Flexibilität für einseitige oder reziproke Verminderungen bisher besaß, würde sie ihr damit genommen.

c) Ruf nach nuklearfreier Zone Europa

Die Null-Lösung für landgestützte Mittelstreckenraketen würde es weiten Teilen der Bevölkerung plausibel erscheinen lassen, von Null-Lösung zu Null-Lösung fortschreitend die De-Nuklearisierung Europas schlechthin zu fordern. Wenn es ganz ohne INF-Raketen gehe, warum dann nicht ohne INF-Flugzeuge und ohne Kurzstreckenraketen?

Doch hänge gerade dann die Verkoppelung des Nuklearpotentials in NATO-Europa mit dem interkontinental-strategischen amerikanischen Potential nur von den (obsolet werdenden) INF-Flugzeugen des Bündnisses ab (Vulcan; F-111).

In dieser Situation würde es sich innenpolitisch rächen, daß die LRTNF-Modernisierung aus innenpolitischer Zweckmäßigkeit vor allem mit der SS-20 gerechtfertigt wurde, also nicht aus strategischer Notwendigkeit, sondern mit Erfordernis des Nachziehens („matching“).

In diesem Zusammenhang wurde allerdings anerkannt, daß die sog. Friedensbewegung ihre Bemühungen um De-Nuklearisierung fortsetzen dürfte, ob es zu einer Null-Lösung kommt(: dann deswegen) oder nicht(: dann deswegen).

d) Sicherheits-Euphorie

De facto würde das Verschwinden der SS-4, SS-5 und SS-20 die nukleare Bedrohbarkeit NATO-Europas nicht beenden. Weiterhin blieben sowjetische INF-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 315*

mand die Streichung vorschläge, auch wir die Formulierung auf Seite 6 des Special-Group-Berichts akzeptieren.“ Vgl. VS-Bd. 11389 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Bomber, ICBM, SLBM sowie Raketen und nuklearfähige Flugzeuge kürzerer Reichweite mit Tausenden von Sprengköpfen auf uns gerichtet.

Einem optisch großen, de facto aber minimalen Sicherheitsgewinn stünde eine enorme Einbuße an Abschreckungswirkung seitens der Allianz gegenüber. Die westliche Öffentlichkeit werde diese Zusammenhänge entweder nicht erkennen und sich zu Unrecht in Sicherheit fühlen (Folge: Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft) oder aber sich düpiert fühlen (Folge: zynische Einstellung zur Rüstungskontrolle als Augenwischerei).

e) Abschieben von sicherheitspolitischer Verantwortung auf Frankreich und Großbritannien

Die Briten und Franzosen, besonders emotional letztere, zeigten ihre scharfe Ablehnung der von Egon Bahr erwogenen Definition von „Null“-Lösung (keine Pershing II und GLCM, aber genügend SS-20 zur Abdeckung des französischen und britischen strategischen Potentials).

Sie wiesen dies als auch in Genf sichtbaren sowjetischen Versuch zurück, Paris und London künftig die Verantwortung für das Niveau des SS-20-Potentials nach Abschluß der INF-Verhandlungen anzulasten. Wenn Frankreich z.B. ein siebentes strategisches U-Boot in Dienst stellen wolle, werde Paris unter Druck seiner Verbündeten geraten, dies nicht zu tun, weil sich die SU sonst frei fühlen würde, ihr SS-20-Potential entsprechend zu erhöhen. Ein französischer Teilnehmer sagte pointiert: „Wenn sich die Amerikaner dennoch darauf einlassen würden, in Genf die französischen Systeme anrechnen zu lassen, würde dies eine Dauerkrise in der Allianz auslösen.“

Briten und Franzosen wiesen auf widersprüchliches sowjetisches Vorgehen hin. Die SU habe SALT I<sup>9</sup> und SALT II<sup>10</sup> unterzeichnet, ohne einen Bonus wegen der Drittstaatensysteme zu fordern. Die Nuklearstreitkräfte von F und UK seien im Verhältnis zum sowjetischen Potential heute aber nicht größer als seinerzeit.

3) Das Treffen erörterte vor diesem Hintergrund schließlich Kompensationsmöglichkeiten:

a) Eine Übernahme der Pershing II und GLCM zgedachten Funktionen durch die brit. und franz. Mittelstreckensysteme (Vulcan, Mirage) wurde für nicht möglich erachtet, da es abschreckungspolitisch ja gerade um Androhung amerikanischer Nuklearschläge geht, also nicht um Ausbau des Kriegsführungspotentials schlechthin.

<sup>9</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

**b) Einführung amerikanischer SLCM**

Alle Teilnehmer waren sich darin einig, daß die zahlreichen Gründe, welche gegen seegestützte Mittelstreckenraketen sprachen – vor allem „visibility“ der Abschreckung fortbestehen. Im übrigen wäre der innenpolitische Widerstand gegen SLCM (Hafenstädte!) wahrscheinlich nicht geringer als derjenige gegen GLCM heute.

Ein Ersatz für Pershing II und GLCM durch SLCM dürfte nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer aber schon deshalb ausscheiden, weil wohl jede „Null-Lösung“ mit „collateral constraints“ bzw. Nichtumgehungsklauseln verbunden sein dürfte. (Wir haben ein Interesse daran wegen der sowjetischen SS-21, SS-22 und SS-23, die SU hat ein ebenso starkes Interesse daran wegen des amerikanischen SLCM-Programms.)

In diesem Zusammenhang bestand Einvernehmen darüber, daß die INF-Verhandlungen schon bald durch den Aufbau eines unverifizierbaren amerikanischen Potentials von 3000 seegestützten nuklearfähigen Marschflugkörpern konzeptionell aus den Angeln gehoben werden könnten.<sup>11</sup>

II. Das nächste Treffen soll am 21.5.82 zum Thema START veranstaltet werden.

Wilfried Hofmann

**VS-Bd. 12050 (201)**

<sup>11</sup> Am 23. April 1982 berichtete Brigadegeneral von Ondarza, Washington, die amerikanische Marine plane, „Marschflugkörper auf allen geeigneten Überwassereinheiten und U-Booten“ zu installieren: „Bis 1987 sind insgesamt folgende Beschaffungsvorhaben geplant: ca. 600 Stück der konventionellen Seezielversion; ca. 800 Stück der konventionellen Landangriffsversion; ca. 50 Prozent der mit ca. 700 bis 800 Stück angegebenen Gesamtzahl der nuklearen Variante. Derzeit plant die US-Navy, ca. 4000 CM aller drei Typen zu beschaffen. [...] Die besondere Fähigkeit, alle Varianten dieses Marschflugkörpers aus demselben Startbehälter verschießen zu können, erschwert die Verifizierbarkeit, erhöht aber den Abschreckungswert entscheidend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1825; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

## 63

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt  
mit Staatspräsident Mitterrand in Paris****Geheim****24. Februar 1982<sup>1</sup>**

Gespräch zwischen dem Bundeskanzler<sup>2</sup> und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Februar 1982 um 13.30 Uhr im Elysée-Palast in Paris; hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung erkundigte sich Präsident *Mitterrand* nach der nächsten in der Bundesrepublik bevorstehenden Landtagswahl und deren voraussichtlichem Ausgang.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, die nächsten Landtagswahlen fänden in Niedersachsen statt.<sup>3</sup> Dort werde die CDU wahrscheinlich die absolute Mehrheit verlieren, die SPD zwar zunehmen, jedoch nicht genügend Stimmen gewinnen, um Regierungspartei zu werden. Die FDP werde sich in etwa halten.

Auf die Bemerkung *Mitterrands*, dann habe er (BK) wohl Anlaß, optimistisch zu sein, entgegnete der *BK*, dies wäre so, wenn es nicht in seiner eigenen Partei Kreise gäbe, die zwar an sich lobenswerte Vorstellungen hegten, die jedoch in die derzeitige Zeitlage schlecht paßten: Sie sähen ihre Abrüstungsbestrebungen nicht genügend im internationalen Zusammenhang. Präsident *Mitterrand* sprach die Vermutung aus, daß diese Bewegung sich wohl in einem Teil der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik in Form einer Ablehnung der Installation von Cruise Missiles und Pershings ausdrücke, was der BK bestätigte.

Mitterrand bemerkte in diesem Zusammenhang, die Leute seien sich nicht klar darüber, daß die beste Art, die Installierung von Pershings zu vermeiden, darin bestehe, mit den Sowjets darüber zu verhandeln.

Präsident Mitterrand schlug sodann vor, die folgenden Themen zu besprechen: die Fragen des Gemeinsamen Marktes, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion. Im Hinblick auf den für Juni in Versailles geplanten Weltwirtschaftsgipfel<sup>4</sup> sollte man vielleicht auch beginnen, eine Nord-Süd-Politik zu definieren.

Ferner könnte über eine gemeinsame Industriepolitik auf der Grundlage deutsch-französischer Vereinbarungen gesprochen werden. In diesem Zusammenhang

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 8. März 1982 gefertigt und am 10. März 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister streng persönlich zu unterrichten.“

Hat Braunnühl am 11. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 13. März 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 24./25. Februar 1982 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 64 und Dok. 65.

<sup>3</sup> Am 21. März 1982 fanden in Niedersachsen Landtagswahlen statt, dabei entfielen auf die CDU 50,7, auf die SPD 36,5 und auf die FDP 6,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

wäre es begrüßenswert, wenn noch vor Abschluß der Konsultationen die Gründung von Ausschüssen beschlossen würde, mit dem Auftrag, bald entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Seiner Auffassung nach sollten diesen Ausschüssen möglichst nicht mehr als sechs hochrangige Mitglieder angehören.

Zur Vorbereitung des Juni-Gipfels sollte man möglicherweise bis Ende April – in vertraulicher Form – auch die Positionen Frankreichs und Deutschlands für eine Dritte-Welt-Politik festlegen.

Hinsichtlich der Entwicklung industriepolitischer Vorhaben (actions industrielles) denke er daran, in fünf bis sechs Bereichen Privatunternehmen freie Hand zu lassen.

Unerläßlich erscheine es ihm, auch im Hinblick auf die Gemeinsame Erklärung die Positionen in den ersten drei Punkten (EG – Wirtschaftsbeziehungen zu den USA – politische Beziehungen zur Sowjetunion) zu definieren.<sup>5</sup>

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, der von den Mitarbeitern ausgearbeitete Textentwurf könnte ggf. angereichert werden.

*Mitterrand* betonte, man müsse vermeiden, die Erklärung in einer „allzu diplomatischen“ Sprache abzufassen. Im französischen Ministerrat z. B. bestehe die Tendenz, Communiqué-Entwürfe zu unterbreiten, die jeweils in einer allzu „juristischen, diplomatischen, administrativen“ Sprache redigiert seien, was sie manchmal geradezu unverständlich mache.

Er bezog sich sodann auf das in „Le Monde“ vom gleichen Tag erschienene Interview des Bundeskanzlers<sup>6</sup>, nach dessen Lektüre es ihm sehr leicht erscheine, gemeinsam mit dem Bundeskanzler eine Politik gegenüber der Sowjetunion zu definieren.

Der einzige Punkt, der seiner Auffassung nach Schwierigkeiten bereiten könnte, sei die Einbeziehung der französischen Waffensysteme in die Verhandlungen zwischen den Russen und den USA durch den SPD-PV-Leitantrag.<sup>7</sup>

Hierzu bemerkte der *BK*, mit ihm selbst würde es hier keine Schwierigkeiten geben.

*Mitterrand* führte in diesem Zusammenhang aus, vom Standpunkt der Sowjetunion betrachtet, wäre diese Einbeziehung logisch, da ja bekannt sei, daß Frankreich mit den USA verbündet sei. Auch aus der Sicht Deutschlands wäre es logisch; man müsse aber auch die französische Logik verstehen: Wenn er – wie

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. BULLETIN 1982, S. 145 f.

<sup>6</sup> Für das Interview des Bundeskanzlers Schmidt vgl. den Artikel „Un entretien avec le chancelier Schmidt“; LE MONDE vom 24. Februar 1982, S. 1.

<sup>7</sup> Legationsrat I. Klasse Gröning übermittelte Bundesminister Genscher am 22. Januar 1982 „einen Entwurf für einen Leitantrag zur Sicherheitspolitik, der von einer besonderen Arbeitsgruppe („AG sicherheitspolitischer Leitantrag“) des Parteivorstands der SPD ausgearbeitet worden ist, am kommenden Montag vom Parteivorstand der SPD verabschiedet werden soll und für den Parteitag der SPD im April in München bestimmt ist“. Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „Der Antrag verläßt in mehreren Punkten die Grundsätze der Politik der Regierung und des Bündnisses. Die undifferenzierte Erwähnung der USA und der UdSSR ist vielsagend.“ Vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Für den Wortlaut des sicherheitspolitischen Leitantrags des Parteitags der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. PARTEITAG DER SPD 1982, Bd. II, S. 907–911.

Zum Parteitag der SPD ferner vgl. Dok. 127.

die USA – die Mittel besäße, die Sowjetunion mindestens einmal völlig zu zerstören, wäre er bereit, den Verhandlungen beizutreten. Dies gälte auch, wenn er selbst bei einer Reduzierung seines Rüstungspotentials um die Hälfte oder auf ein Drittel noch in der Lage wäre, die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten. Jedoch reiche der Bestand an französischen Nuklearwaffen gerade eben aus, um sein Land zu schützen. Wenn nicht jeweils gleichzeitig drei französische Atom-U-Boote sich auf See befänden, würde Frankreich nicht als ein zu fürchtender Gegner betrachtet werden. Wenn die französischen Nuklearwaffen nicht Moskau erreichen und lebenswichtige Zentren der Sowjetunion in einer Flächenausdehnung, die mindestens der Größe Frankreichs entspreche, zerstören könnten, wäre die französische Abschreckung „international nicht konkurrenzfähig“.

Eine Reduzierung des französischen Militärpotentials komme aus den genannten Gründen nicht in Frage. Allenfalls müßte Frankreich zunächst zusätzliche Rüstungsanstrengungen unternehmen, um später abrüsten zu können. Frankreich sei heute „nicht mächtig genug“, um im Bereich der Sicherheit über entsprechenden Spielraum zu verfügen. Einer Abrüstung könnte es nicht zustimmen; allenfalls könnte es sich dazu bereit erklären, nicht „überzurüsten“. Dies sei für ihn ein wichtiger Punkt – im Grunde genommen der einzige –, in dem zwar nicht er (Mitterrand) und der BK, wohl aber die beiden Länder sich nicht auf der gleichen Wellenlänge befänden.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, sowohl die beiden Länder als auch die beiden Regierungen lägen in dieser Frage auf der gleichen Wellenlänge. Er habe auch in „Le Monde“ darauf hingewiesen, daß weder in Frankreich noch in Deutschland die Regierungen von den Parteitag geleitet würden; vielmehr würden sie von den Parteimehrheiten kontrolliert, die sie gewählt hätten.

*Mitterrand* unterstrich, daß er unterscheide zwischen einer wirklichkeitsfremden, rein absoluten Argumentationsweise (*raisonnement dans l'absolu*) – und hierbei könnte er Willy Brandt recht geben – und den praktischen Auswirkungen: Eine, auch nur teilweise, nukleare Abrüstung Frankreichs käme dem völligen Verzicht auf Verteidigung gleich. Es wäre so, als würde man jemandem beide Beine abschneiden und von ihm erwarten, daß er in diesem Zustand einen Wettlauf gewinnen könne.

Präsident Mitterrand erwähnte sodann sein vom deutschen Fernsehen am Vorabend der Konsultationen ausgestrahltes Interview (Scholl-Latour).<sup>8</sup> Es sei etwas „improvisiert“ gewesen, und er hoffe, dabei nichts gesagt zu haben, was den Bundeskanzler hätte stören können.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er habe den Text des Interviews gelesen und glaube, daß dieses Interview und sein eigenes gut zusammenpaßten.

*Mitterrand* bemerkte, es sei nicht einmal erforderlich gewesen, sich vorher abzustimmen. Überrascht, aber nicht unangenehm berührt, habe ihn die Tatsache, daß man ihm als erstes eine Frage nach der deutschen Wiedervereinigung gestellt habe. Bisher sei er immer davon ausgegangen, daß man sich hierbei an einen Ausspruch halten sollte, den ein berühmter französischer Diplomat (er

<sup>8</sup> Zum Interview des Staatspräsidenten Mitterrand am 23. Februar 1982 im ZDF vgl. den Artikel „Mitterrand im ZDF“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. Februar 1982, S. 25.

glaube, Clemenceau) im Zusammenhang mit der Elsaß-Lothringen-Frage getan habe: „Immer daran denken, nie davon reden.“

Der *Bundeskanzler* äußerte die Vermutung, daß einige deutsche Journalisten und Zeitungen, z.T. weil sie der Bundesregierung nicht wohlgesonnen seien, versuchten, in Frankreich Argwohn mit dem Hinweis darauf zu wecken, daß möglicherweise die beiden Deutschlands eine Politik des Aufeinanderzugehens und der deutschen Vereinigung betreiben könnten. Eine Vereinigungsmöglichkeit sei von der Realität um Lichtjahre entfernt, also völlig unrealistisch.<sup>9</sup> Diese Vorstellung könnte jedoch im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Reaktionen der deutschen und französischen Medien auf die polnische Tragödie eine gewisse Bedeutung gehabt haben. Mitterrand stimmte dieser Ansicht zu.

Der *Bundeskanzler* führte aus, die Ereignisse in Polen erinnerten ihn an die altgriechische Tragödie, bei der die Rollen der jeweiligen Parteien schicksalhaft vorgezeichnet seien – diejenige der nach Freiheit strebenden Arbeiter und ihrer Führer ebenso wie diejenige der Regierung und der Militärs. Es könne darauf hinauslaufen, daß sie sich gegenseitig umbrächten; die Gefahr eines Bürgerkrieges nehme ständig zu. Nur die Seher, d.h. in diesem Falle Klerus und Kirche, würden vermutlich ohne größeren Schaden davorkommen.

*Mitterrand* verwies auf die unterschiedliche Einschätzung der Vorgänge in Polen durch die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland. Die „opinion leaders“ in Frankreich hätten sich der Polenkrise bedient, um sich gegenseitig in antisowjetischen und antikommunistischen Äußerungen zu überbieten. Dies entspreche aber nicht der Position der französischen Regierung, die stets auf die Position der deutschen Regierung Rücksicht genommen und vermieden habe, sich abweichend von dieser zu äußern.

Der *Bundeskanzler* erklärte, dies wisse er sehr zu schätzen und sei dankbar dafür.

*Mitterrand* betonte, die Reaktion der öffentlichen Meinung in Frankreich sei geradezu hysterisch gewesen, was – nach Auffassung des BK – auch für die USA zutreffe. Es gebe viel stärkere historische Affinitäten zwischen Frankreich und Polen als zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Antikommunistische Tendenzen gebe es auch bei einem Teil der linksgerichteten öffentlichen Meinung, etwa bei den Leuten des „Nouvel Observateur“ und „Le Matin“. Hinzuzufügen sei auch, daß der C.F.D.T.<sup>10</sup> die Ereignisse in Polen besonders scharf angeprangert habe, um sich gegenüber dem C.G.T.<sup>11</sup>, der kommunistischen Gewerkschaft, in Vorteil zu setzen.

Dabei handle es sich sowohl bei den Konservativen als auch bei den Linken, die eine derartige Haltung verträten, um aufrichtige Menschen. Innerhalb von drei Wochen hätten nun auch die Sozialisten, sozusagen als „Trittbrettfahrer“, die gleiche Sprache übernommen. Die von dem *Bundeskanzler* vorgebrachten Argumente hätten die Linke in Frankreich jedoch sehr beeindruckt. Jetzt sei man aus der „Turbulenzzone“ wieder heraus.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na.“

<sup>10</sup> Confédération française démocratique du travail.

<sup>11</sup> Confédération générale du travail.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, in der Gemeinsamen Erklärung sollte auch ein Wort über Polen gesagt werden. Er fragte Mitterrand, was dieser davon hielte, wenn gesagt würde, im Falle einer Aufhebung des Kriegsrechts, einer Freilassung der Gefangenen<sup>12</sup> usw. wäre man bereit, Polen wirtschaftlich zu helfen, um seinen Wiederaufbau zu unterstützen.

*Mitterrand* erklärte sich mit einem entsprechenden Passus einverstanden, unter der Voraussetzung, daß hierunter eine Hilfe in „normalem Umfang“ (volume normal) zu verstehen sei. Bestimmte Hilfeleistungen an Polen seien ja nie unterbrochen worden.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß Polen im Falle der Normalisierung eine Art von Marshall-Plan brauche, worüber man sich bereits bei dem letzten Treffen<sup>13</sup> einig gewesen sei.

*Mitterrand* wiederholte, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland, jedoch nicht zwischen den beiden Regierungen bestanden habe.

Der *Bundeskanzler* brachte erneut die Rede auf die Gemeinsame Erklärung und erinnerte daran, daß Mitterrand gesagt habe, man solle sich nicht einer allzu diplomatischen Sprache bedienen, sonst würde die Erklärung von der öffentlichen Meinung nicht verstanden. Er – BK – meine, daß es richtig sei, sich gegenüber der Sowjetunion einer sehr klaren Sprache zu bedienen. Dies sollte man in bezug auf die Wirtschafts- und Hochzinspolitik der Vereinigten Staaten auch tun.<sup>14</sup>

*Mitterrand* betonte, seiner persönlichen Auffassung nach sollten sich aus dem deutsch-französischen Treffen wichtige Konsequenzen hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens mit dem Ziel einer Zinssenkung ergeben, dem sich auch andere europäische Länder wie etwa Italien anschließen könnten. Es sei ihm bekannt, daß sich angesichts der unterschiedlichen Inflationsraten diese Frage für Frankreich und Deutschland anders stelle. Frankreich neige eher dazu, den Kapitalverkehr zu kontrollieren; Deutschland befürworte andere Maßnahmen. Wichtig sei, daß man zum gleichen Ergebnis gelange. Als Ziel erscheine ihm eine zwischen Deutschland und Frankreich beschlossene Senkung der Zinsen um ein Prozent. Es sollte möglich sein, im Rahmen des EWS eine entsprechende Regelung zu treffen, um negative Auswirkungen zu vermeiden.

Der *Bundeskanzler* antwortete, die entscheidende Frage sei in diesem Zusammenhang, wie stark die jeweilige Abhängigkeit von einer ausländischen Finanzierung des Zahlungs- und Kapitalbilanzdefizits sei. Je abhängiger man nämlich in dieser Hinsicht vom Ausland sei, desto abhängiger sei man auch von der Höhe der Zinsraten der USA.

Nachdem Präsident *Mitterrand* darauf hingewiesen hatte, daß man über einen gewissen Ermessensspielraum verfüge, über den die zuständigen Minister sich eingehender unterhalten könnten, betonte der *Bundeskanzler*, man dürfe be-

<sup>12</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>13</sup> Zum Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 13. Januar 1982 in Paris vgl. Dok. 20 und Dok. 21.

<sup>14</sup> Der Passus „Er – BK ... tun“ wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

rechtigte Vorwürfe gegen die USA nicht zurückhalten, sonst könnte man später für Dinge verantwortlich gemacht werden, die einzig und allein in Washington beschlossen würden.<sup>15</sup>

*Mitterrand* bekräftigte, daß auch er eine „kategorische Politik“ in diesem Punkt befürworte. Wenn die USA eine „selbstmörderische“ Wirtschaftspolitik betreiben wollten, bedeute dies nicht, daß sie das Recht hätten, damit auch westeuropäische Länder „umzubringen“. Es sei seltsam, daß von Westeuropa (wörtlich: von uns) Solidarität im Krieg verlangt werde, während uns andererseits in Friedenszeiten eine entsprechende Solidarität nicht zugestanden werde. Im übrigen herrsche zur Zeit s. E. weder Krieg noch Frieden, sondern man befinde sich in einem „ständigen Kampf“.

Im Zusammenhang mit Mitterrands Hinweis auf eine Zusammenarbeit im Bereich der Industrie erwähnte der *Bundeskanzler* die bereits bei dem Besuch von Premierminister Mauroy in Bonn<sup>16</sup> angeschnittene Frage der deutsch-französischen Gemeinschaftsproduktion eines Kampfpanzers<sup>17</sup>. Im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages gebe es großen Widerstand gegen ein derartiges Vorhaben, weil Deutschland bis 1995 keine neuen Panzer brauche. Er selbst (BK) möchte jedoch gerne erreichen, daß dennoch gemeinsam mit Frankreich ein Panzer entwickelt werde, weil darin ein gewisser Symbolgehalt liege.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß diese Frage für ihn von besonderer Bedeutung sei, da – wie er dem BK vertraulich mitteile – Frankreich kurz vor der Entscheidung über die Einführung der Neutronenbombe stehe.<sup>18</sup> Es sei klar, daß im Falle eines mit konventionellen Waffen geführten Krieges Frankreich einem massiven Ansturm sowjetischer Panzer auf deutschem wie auf französischem Gebiet nicht nur „negativ“ durch den Einsatz von Neutronenwaffen, sondern auch durch verstärkten Einsatz eigener Panzer begegnen möchte. Es handle sich um eine sehr schwerwiegende Entscheidung. Die französische öffentliche Meinung sei mit dieser Frage nicht befaßt, und er selbst möchte nur „halb-laut“ darüber sprechen. Frankreich habe die Möglichkeit, „über die Neutronenbombe sofort zu verfügen“. Dies könne sehr bedeutsame Rückwirkungen auf das Gleichgewicht in Europa haben. Der Besitz der Neutronenwaffe – falls er (*Mitterrand*) sie akzeptiere und, er wiederhole, dies überlege er sich noch – würde eine „Art von Widerspruch“ (frz.: une sorte de contradiction) zwischen der Zugehörigkeit zur Allianz und der Abschreckung (dissuasion) bedeuten. Es hand-

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, informierte am 22. Juli 1981 über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem französischen Ministerpräsidenten am 12. Juli 1981. Mauroy sei dabei ausführlich auf die neue Wirtschaftspolitik der französischen Regierung eingegangen. Er habe zudem die Wichtigkeit des „deutsch-französischen Zusammenwirkens in wirtschaftlichen Fragen“ betont. Vgl. Referat 202, Bd. 140630.

<sup>17</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

<sup>18</sup> Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, teilte am 13. Januar 1982 mit, der französische Verteidigungsminister Hernu habe in einem Interview mit der Zeitung „Washington Post“ zur Neutronenwaffe erklärt, „daß Frankreich technisch in der Lage sei, diese Waffe zu produzieren, zur Zeit die Entwicklung und die dazu notwendigen Versuche vorantreibe, aber die Entscheidung zur Produktion noch nicht getroffen habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat 201, Bd. 125674.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, meldete am 15. Oktober 1982, daß in der amerikanischen Presse über „die bislang nicht veröffentlichte Entscheidung Frankreichs, mit der Produktion von Neutronenwaffen zu beginnen,“ berichtet worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4368; Referat 201, Bd. 125674.

le sich dabei um eine politische und psychologische Frage wie auch um eine Frage der Opportunität. Falls man sich in Genf<sup>19</sup> nicht einigen könne, sei eine Entscheidung für diese Waffe gerechtfertigt. Man könnte damit zunächst einen sowjetischen Vormarsch aufhalten, ohne gleich Atomwaffen einzusetzen, was einen totalen Krieg zur Folge haben könnte.

Der *Bundeskanzler* erwiderte darauf folgendes:

1) Es könnte besonders in Deutschland in diesem Zusammenhang ein psychologisches Problem erwachsen, da die Neutronenwaffen nicht Ziele auf russischem Gebiet, wohl aber auf deutschem Gebiet erreichen könnten. (*Mitterrand* räumte dies ein und präziserte, es könnten damit – im Gegensatz zu den Atombomben – bewegliche Ziele (des objectifs en mouvement) getroffen werden.)

*BK*: Es handle sich um taktische Nuklearwaffen.

2) Es sei zu bedenken, daß diese Waffen keine überlegene Panzerabwehr gewährleisten, weil das von diesen Waffen getroffene Gelände wenige Stunden später erneut von Panzern durchfahren werden könne. Es bestehe kein Unterschied zwischen den Neutronenwaffen und den nuklearen Waffen. Auch bei Einsatz von Neutronenwaffen sei eine spätere Ausweitung eines zunächst regional begrenzten Krieges nicht auszuschließen. (*Mitterrand* gab zu, daß die Russen sich, wenn sie einmal so weit kommen würden, sicherlich auch schon vorher Gedanken über eine mögliche Ausweitung gemacht haben würden.)

*Mitterrand* sagte, dies sei die Frage, die sich ihm jetzt stelle.

1) Die Frage sei entscheidungsreif; sie sei nicht mehr in der Phase der theoretischen Diskussion; die fertigen Pläne lägen vor.

2) Alles, was in diesem Zusammenhang Deutschland berühre, werde er zuvor mit dem *Bundeskanzler* besprechen. Er habe absichtlich seine Entscheidung, die er schon vor zwei Tagen hätte treffen können, hinausgeschoben, um den *Bundeskanzler* von seinen Überlegungen zu unterrichten.

Es erscheine ihm zweckmäßig, zunächst den Ausgang der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen abzuwarten. Durch seine Entscheidung wolle er die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen nicht noch verstärken. Andererseits habe er eine Rechtfertigung für den Fall, daß man sich in Genf nicht über eine Abrüstung einigen könne.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er verstehe dies, und es erscheine ihm logisch. Zunächst hätten weder Rußland noch die Vereinigten Staaten über Mittelstreckenwaffen miteinander verhandeln wollen. Von 1977 bis 1979 hätten die USA Verhandlungen abgelehnt und sich erst mit dem NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 dazu bereit gefunden. Erst acht Monate später – im Sommer 1980 – hätten sich die Russen zu Verhandlungen bereiterklärt.<sup>20</sup> Es sei also viel Zeit vergeudet worden.

Die derzeitige Administration der USA benehme sich so, als ob die deutschen Verbündeten ein abhängiger Staat seien, in diesem Punkt wie in anderen Si-

<sup>19</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 53.

<sup>20</sup> Anlässlich des deutsch-sowjetischen Regierungsgesprächs am 1. Juli 1980 in Moskau erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, die Bereitschaft der UdSSR, mit den USA Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen aufzunehmen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 193.

cherheitsfragen.<sup>21</sup> In der Bundesrepublik sei die Stimmung gegenüber den Vereinigten Staaten infolgedessen nicht mehr so gut wie noch vor zwei Jahren. Es bestehe zwar noch immer eine eindeutige Unterströmung zugunsten der Allianz mit den USA. Stärker sei jedoch die Neigung zu einer Allianz mit Frankreich.<sup>22</sup> Dies entspreche auch seiner eigenen Stimmung – wenn auch nicht seiner Ratio, die ihm sage, daß Europa ohne Amerika nicht verteidigt werden könne. Er – BK – glaube, daß auch Mitterrand diese Meinung teile.

*Mitterrand* antwortete. „Es ist bedauerlich, aber es ist nun einmal so.“ (Frz.: „C'est bien dommage, mais c'est comme ça.“)

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, es sei daher erforderlich, daß die Politik der USA bei den Genfer Verhandlungen glaubwürdig erscheine. Der nüchterne Verstand sage einem, daß ein allgemeiner Rüstungswettlauf die Sicherheit nicht erhöhen könne. Mit einem auf Verträgen beruhenden Gleichgewicht könne man der Sicherheit am besten dienen. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn Mitterrand Möglichkeiten sähe, in Richtung auf ernstgemeinte Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu drängen. Dasselbe werde auch die Bundesregierung tun. Ebenso deutlich müsse man aber auch erklären, daß im Falle eines Fehlschlags in Genf Cruise Missiles, Pershing-Raketen und französische Neutronenwaffen produziert und disloziert würden. Auch die sowjetische Seite müsse von der „tödlichen Ernsthaftigkeit“ unserer Anstrengungen überzeugt sein.

*Mitterrand* meinte, daß wenn auch die Amerikaner möglicherweise nicht mit ernsthaften Absichten verhandelten, die Russen doch großen Wert auf die Genfer Verhandlungen legten. Es müsse den Russen deutlich vor Augen geführt werden, daß Pershing-Raketen und andere Waffen installiert würden, falls sie keine ausreichenden Konzessionen machten. Die Russen mögen viele Fehler haben, aber sie seien mutig.

Er – Mitterrand – sei einverstanden mit den beiden Schlußfolgerungen des Bundeskanzlers:

- a) Die USA müßten ernsthaft verhandeln; aber
- b) die Russen müßten wissen, daß Pershing-Raketen und alles andere im Falle eines Fehlschlags der Verhandlungen tatsächlich installiert würden.

Der *Bundeskanzler* regte an, daß in der Erklärung auch drei Sätze über dieses Thema stehen sollten, und fragte sodann, was aus der auf der Madrider KSZE-Konferenz vorgebrachten, ursprünglich französischen Idee einer Konferenz über Abrüstung in Europa geworden sei.<sup>23</sup>

*Mitterrand* antwortete, er habe in der Tat auf einer Pressekonferenz im Juli 1981 einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Infolge der inzwischen in Polen eingetretenen Ereignisse sei er jedoch in bezug auf diesen Plan vorsichtig geworden. Er lege nach wie vor großen Wert auf ein System der kollektiven Sicherheit und habe sogar Paris als Tagungsort vorgeschlagen, die Entscheidung jedoch wegen der Lage in Polen verschoben.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher unterschlängelt.

<sup>23</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

Der *Bundeskanzler* brachte dann das Gespräch auf den im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel in Versailles im Juni in Bonn geplanten NATO-Gipfel<sup>24</sup> und fragte Mitterrand, ob er an diesem teilnehmen werde.

*Mitterrand* wies zunächst auf eine terminologische Frage hin: An einem NATO-Gipfel könnte Frankreich nicht teilnehmen, da es aus der Organisation des Bündnisses ausgeschieden sei<sup>25</sup>, jedoch wohl an einem „Gipfel der Atlantischen Allianz“. Nachdem der *Bundeskanzler* darauf hingewiesen hatte, daß es sich in der Tat um eine Konferenz des „Atlantischen Bündnisses“ handle, sagte *Mitterrand*, sein Premierminister werde Frankreich auf der Konferenz in Bonn vertreten. Der BK habe aber fragen lassen, ob er selbst (*Mitterrand*) bereit sei, an einem für den Vorabend der Konferenz geplanten Abendessen teilzunehmen. Er sei hierzu gerne bereit.

Der *Bundeskanzler* äußerte die Besorgnis, daß die USA auf dieser Konferenz „hochtrabende“<sup>26</sup> Reden führen könnten. Zwar werde er nicht selbst den Vorsitz innehaben, diese Aufgabe falle Herrn Luns als NATO-Generalsekretär zu.

*Mitterrand* bemerkte, daß er die gleichen Befürchtungen habe. Deswegen ziehe er es vor, an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen.

Der *Bundeskanzler* zeigte Verständnis für diese Einstellung; weder *Mitterrand* noch er selbst hätten ja eine derartige Konferenz befürwortet. Da Reagan aber angekündigt habe, er werde von Versailles aus nach Rom und im Anschluß an Brüssel nach Windsor fahren<sup>27</sup>, habe er – BK – es für geboten gehalten, Bonn als Tagungsort vorzuschlagen.

*Mitterrand* betonte die Notwendigkeit einer Erörterung innerhalb der Atlantischen Allianz, die sich nicht so sehr auf die Strukturen des Bündnisses, sondern vielmehr auf den Inhalt beziehen sollte. Es erscheine ihm beispielsweise nicht normal, über die Presse erfahren zu müssen, daß der Westen Sanktionen gegenüber Polen beschlossen habe. Es sei nicht vertretbar, daß die USA<sup>28</sup> derartige Entscheidungen im Alleingang trafen und die westeuropäischen Verbündeten sie gehorsam, sozusagen als „Befehlsempfänger“, befolgen müßten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob *Mitterrand* in diesem Jahr Reagan besuchen werde, erwiderte dieser, es sei ein Besuch in den USA geplant, doch sei der Termin noch nicht festgelegt.<sup>29</sup> Möglicherweise könnte ein Zeitpunkt unmittelbar vor oder im Anschluß an seinen für Mitte April geplanten Japan-Besuch

<sup>24</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>25</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>26</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>27</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>28</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>29</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „AM hat mir zum selben Zeitpunkt den genauen Zeitpunkt (12.3.) u[n-ter] allen Umständen genannt.“

such<sup>30</sup> vereinbart werden. Er würde es vorziehen, wenn er Washington so bald wie möglich besuchen könnte.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er im Juni ein zweites Mal in die Vereinigten Staaten reisen werde, und zwar zur Sondergeneralversammlung der UN.<sup>31</sup> Er fragte, ob auch Mitterrand dort sprechen werde.

*Mitterrand* antwortete, sein Zeitplan im Juni sehe nur für den 2.6. einen Besuch bei dem Internationalen Arbeitsamt in Genf vor. Hinsichtlich eines etwaigen Besuchs bei den Vereinten Nationen sei keine Entscheidung getroffen worden. Möglicherweise könnte er etwas später nach New York reisen. Er frage sich im übrigen, ob es unerlässlich sei, daß alle Westeuropäer auf der gleichen Session sprächen, vielleicht könnte man sich die Arbeit etwas aufteilen.

Der *Bundeskanzler* wies auf den Wert einer deutsch-französischen Kooperation und Konsultation auch im Hinblick auf die UNO hin.

*Mitterrand* betonte sein Verständnis für diesen Gesichtspunkt; die französische Regierung werde sich damit befassen, aber zur Zeit sei kein Besuch in New York zur Sondergeneralversammlung im Programm vorgesehen.

Der *Bundeskanzler* brachte dann das Gespräch auf den geplanten Privatbesuch Mitterrands in Hamburg, wo man sich schon sehr darauf freue, den französischen Staatspräsidenten am 14.5. zu empfangen. Was das Programm betreffe, stelle er – BK – sich vor, daß Mitterrand zunächst in seinem Haus zu Mittag essen und ein politisches Gespräch führen könnte.<sup>32</sup> Am späten Nachmittag könnte er vor einem kleinen ausgewählten Kreis – 100 bis 150 Personen – einen Vortrag in französischer Sprache mit Simultanübersetzung halten. Es sei daran gedacht, etwa 100 Persönlichkeiten und 50 weitere aus der gesamten Bundesrepublik einzuladen, damit Mitterrand Gelegenheit habe, die Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft, des Bankwesens und der Politik kennenzulernen. Giscard habe dies nie gemacht. Er – BK – halte ein derartiges Auftreten Mitterrands für eine sehr schöne Geste, die ihm Gelegenheit bieten würde, die französischen Ansichten über die deutsch-französische Kooperation darzulegen. Im Anschluß daran sei ein Abendessen geplant.

*Mitterrand* antwortete, er kenne die deutsche Presse in der Tat nicht sehr gut und würde eine solche Gelegenheit sehr begrüßen. Er hoffe jedoch auch, einige interessante Punkte der Stadt und der Umgebung kennenzulernen, damit nicht der Eindruck entstehe, daß die Staatsmänner nur unter einer Glasglocke lebten.

Nach Fotoaufnahmen, die im Arbeitszimmer des französischen Präsidenten gemacht worden waren, wurde das vorher im Speisezimmer geführte Gespräch fortgesetzt.

Mitterrand sagte zu, daß er eine entsprechende Weisung erteilen werde. Er glaube, daß einem derartigen Vorhaben keine materiellen Schwierigkeiten entgegenstünden.

<sup>30</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 14. bis 18. April 1982 in Japan auf.

<sup>31</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 13. bis 15. Juni 1982 die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York. Vgl. dazu Dok. 182–184.

Zur VN-Sondergeneralversammlung vgl. Dok. 215.

<sup>32</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Vgl. dazu Dok. 150.

Abschließend wurde beschlossen, die von den Außenministern erarbeiteten Textentwürfe für die Gemeinsame Erklärung am kommenden Morgen durchzusprechen.

Was seine unmittelbaren Reisepläne betreffe, sagte Mitterrand, er werde am 26.2. für zwei Tage nach Rom<sup>33</sup> und am 3. März nach Israel<sup>34</sup> fahren.

Das Gespräch wurde gegen 15.30 Uhr beendet.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 64

### Aufzeichnung des Botschafters Herbst, Paris

24. Februar 1982<sup>1</sup>

Unterredung zwischen dem Bundeskanzler<sup>2</sup> und dem französischen PM Mauroy am Nachmittag des 24. Februar 1982

Zur Unterrichtung

Auf Wunsch des BK übermittle ich nachstehenden Gesprächsvermerk:

Der Bundeskanzler traf am Nachmittag des 24. Februar mit Premierminister Mauroy zusammen.

Unter Hinweis darauf, daß außenpolitische Fragen im Mittelpunkt der Unterredung zwischen dem BK und dem Staatspräsidenten stehen, schlug Mauroy die Erörterung bilateraler Fragen vor.

Kampfpanzer der 90er Jahre<sup>3</sup>

Der Bundeskanzler unterrichtete Mauroy über den günstigen Verlauf seiner Gespräche mit den Vorsitzenden der beiden Koalitionsparteien<sup>4</sup>. Nun komme es darauf an, den zögernden Verteidigungsausschuß von der Tragfähigkeit des Projekts zu überzeugen. Mit der Einführung eines neuen Panzers in die Bundeswehr hätten wir noch bis spät in die 90er Jahre Zeit, während Frankreich den AMX 30<sup>5</sup> bereits früher ersetzen müsse. Auch denke Frankreich anders als wir an einen leichteren Panzer, der auch für den Export in Länder mit anderen geographischen Bedingungen geeignet sei.

<sup>33</sup> Staatspräsident Mitterrand besuchte am 26./27. Februar 1982 Italien.

<sup>34</sup> Vom 3. bis 5. März 1982 hielt sich Staatspräsident Mitterrand in Israel auf.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Herbst, Paris, am 24. Februar 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris auf. Vgl. dazu auch Dok. 63 und Dok. 65.

<sup>3</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

<sup>4</sup> Willy Brandt (SPD) und Hans-Dietrich Genscher (FDP).

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „MKS 30“.

Dennoch liege uns aus außenpolitischen Gründen und wegen der Bedeutung eines gemeinsamen Panzers als Symbol für die enge deutsch-französische Zusammenarbeit an einem Zustandekommen des Projekts.

Vielleicht lasse sich an eine Panzerfamilie – eine leichtere und eine schwerere Version – denken.

Wichtig werde auch eine Verständigung über den Verteilungsschlüssel für die Kosten der Entwicklung sein, bei dem das vorrangige französische Interesse an baldiger Produktion voll berücksichtigt werden müsse.

Wenn der parlamentarische Widerstand überwunden werden könne – der BK sagte zu, sich hierfür nachdrücklich zu verwenden –, sollten die Verteidigungsminister beider Länder erneut zusammentreten. Sie könnten dann die nächste Phase, die etwa drei bis vier Jahre dauern würde, festlegen.

Für eine ernsthafte Erörterung des Projekts „Panzerabwehrhubschrauber“<sup>6</sup> war es nach übereinstimmender Einsicht des BK und des PM noch zu früh. Der BK bemerkte hierzu noch, daß eine solche Entwicklung derzeit unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen würde.

Airbus A 320 (kleinere Version des Airbus ca. 150 Plätze)<sup>7</sup>

Der PM unterstrich das französische Interesse an der Schaffung einer „Airbus-Familie“ durch die gemeinsame Entwicklung und Fabrikation einer kleineren Version des Airbus. Er wies auf den kommerziellen Erfolg des Airbus hin sowie auf die Bedeutung, die die Erhaltung der europäischen Luftfahrtindustrie für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Frankreich und in der Bundesrepublik habe.

Ein Markt, dessen Aufnahmefähigkeit man auf französischer Seite auf etwa 1000 Flugzeuge schätze, sei vorhanden. Die Optionen auf den kleinen Airbus – von Air France, British Airways und von Delta Air Lines, die in Kürze zu erwarten seien – seien allerdings zahlenmäßig noch unzureichend.

Auf eine Zwischenfrage des BK bestätigte Mauroy, daß die Firma Pratt & Whitney die in der Tat teure Entwicklung des Triebwerkes übernehmen wolle, wenn die Beteiligung zweier großer Luftfahrtgesellschaften gesichert sei.

Der BK bejahte ein deutsches Interesse an der kleineren Version des Airbus, das jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft sei:

<sup>6</sup> Am 12. Januar 1982 resümierte Wehrtechnischer Attaché Forndran, Paris, die Gründe der französischen Regierung dafür, eine deutsch-französische Rüstungskooperation beim Bau eines Panzerabwehrhubschraubers (PAH) voranzutreiben: „Sie erlaube, den Bedarf zweier Länder der westlichen Allianz – und sicher einer Reihe weiterer Partner – mit einer Familie von Waffensystemen zu decken, [...] die aus gemeinsamer Entwicklung hervorgehe. Dies führe zu einer Stärkung der Allianzbindungen – ein Ergebnis, dem gerade im Augenblick wachsender Ost-West-Spannungen besonderes Gewicht beizumessen sei. [...] Nach französischer Auffassung müsse Europa über eine eigene leistungsfähige Luft- und Raumfahrtindustrie verfügen. Es habe zu diesem Zweck insbesondere die gewachsenen Schwerpunkte zu fördern. Im Bereich der Hubschrauber sei Europa bereits heute international wettbewerbsfähig – ein deutsch-französisches Zusammengehen sichere diese Konkurrenzfähigkeit für die Zukunft. [...] In Frankreich ist man fest davon überzeugt, daß die Alternative zu einem deutsch-französischen Vorgehen nur ein deutscher Kauf in den USA sein könne [...]. Könnte ein deutsch-französisches Programm PAH 2 den ‚Kristallisationspunkt‘ der europäischen Hubschrauberezusammenarbeit bilden, so sieht Frankreich in einer Deckung des deutschen Bedarfs in den USA den ‚Spaltpilz‘ europäischer Hubschrauberaktivitäten.“ Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 254 übermittelte Aufzeichnung; Referat 424, Bd. 135843.

<sup>7</sup> Zur Entwicklung eines neuen Passagierflugzeugs der Baureihe „Airbus“ vgl. Dok. 41, Anm. 23.

- a) Es müsse sicher sein, daß das Flugzeug wirtschaftlich und mit dem Konkurrenzflugzeug von Boeing wettbewerbsfähig sei.
- b) Die finanziellen Risiken für den Bundeshaushalt müßten in vernünftigen Grenzen gehalten werden.
- c) Es müßten genügend Optionen für den neuen Flugzeugtyp vorliegen, bevor man einer Entscheidung nähertrete.

Der Bundeskanzler bestand darauf, daß von Airbus-Industrie eine weitere sorgsame Marktanalyse vorgelegt werden solle.

Beide Seiten waren sich darüber einig, daß derzeit eine Entscheidung über die Entwicklung der kleineren Version des Airbus noch nicht möglich ist. Der PM drückte die Hoffnung aus, daß es hierzu bei der nächsten Gipfelbegegnung<sup>8</sup> komme.

Gegen die Fortführung der laufenden Gespräche über die kleinere Version des Airbus bestanden beim BK keine Bedenken.

#### Fernsehsatellit<sup>9</sup>

Die französische Seite unterstrich ihr großes Interesse an baldigen Absprachen über die Nutzung des gemeinsamen Fernsehsatelliten, der 1985 in den Weltraum geschickt werden soll. Nach den Ausführungen von Premierminister Mauroy müßten die Gespräche den Betrieb des Satelliten, alle hiermit zusammenhängenden Rechtsfragen (auch im Verhältnis zu dritten Ländern), die Programmgestaltung und die heikle Frage der Werbung umfassen. Auf französischer Seite sei der neue Leiter der Kulturabteilung des Quai, Jacques Thibau, der ein erfahrener Fachmann sei, zum Beauftragten für die Gespräche bestellt worden. Ehrgeizig könne man sagen, daß die französische Seite an eine Art „espace européen audiovisuel“ denke.

Der Bundeskanzler bat darum, daß Monsieur Thibau der deutschen Seite ein Memorandum über die französischen Vorstellungen zukommen lasse. Wegen unserer föderalistischen Struktur sei übrigens die Ausarbeitung der deutschen Haltung schwierig, zudem spielten hier zahlreiche umstrittene medienpolitische Fragen hinein.

Beide Seiten stimmten überein, daß das Gespräch bei der nächsten Gipfelkonsultation fortgeführt werden solle.

#### Zusammenarbeit beim Schienenverkehr der Zukunft

Das deutsche Papier, das gemeinsame Studien auf der Grundlage der vorliegenden Entwicklungen in beiden Ländern vorsieht, fand die Zustimmung des Bundeskanzlers und des Premierministers.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 21./22. Oktober 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 282–284.

<sup>9</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 2. März 1982 wurde dargelegt: „Bei dem deutsch-französischen Rundfunksatellitenprojekt (TV-Sat) ist die gemeinsame technische Entwicklung in vollem Gang. Die Vergabe des Hauptauftrags (ca. halbe Milliarde DM) an das deutsch-französische Industriekonsortium Eurosatellite [...] steht bevor. Der Start des ersten (deutschen) TV-Sat mit Ariane ist für April 1985, der des zweiten (französischen) für Juni 1985 vorgesehen. [...] Durch ihren dritten erfolgreichen Start im Dez[ember] 1981 hat die Ariane ihre Qualifizierung als Trägerrakete unter Beweis gestellt.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129867.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 1. März 1982 zu den Ergebnissen der

Übereinstimmung, daß die Öffentlichkeit hierüber unterrichtet werden solle. Sozialleistungen der EGKS zugunsten der notleidenden Stahlindustrie<sup>11</sup>

Der Premierminister unterstrich das französische Interesse an der Regelung dieser Frage. Er bat, die deutsche Seite möge doch ihre Zustimmung zur Übertragung von Mitteln des EG-Haushalts auf den Haushalt der EGKS geben.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß es sich hier um eine Grundsatzfrage handle. Wir seien zögernd, den vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Uns sei die klare Regelung von Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten an das Budget der EGKS lieber.

Bei nochmaligem französischem Insistieren blieb die Entscheidung offen.

Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Elysée-Vertrages<sup>12</sup> (1983)

Der Bundeskanzler regte an, die Fernsehanstalten beider Länder sollten zum 20. Jahrestag des Elysée-Vertrages gemeinsam oder im Austausch Programme mit großer Breitenwirkung (Theater, Musik) senden.

Premierminister Mauroy hieß diesen Gedanken gut. Man war sich darüber klar, daß die Frage gemeinsamer ausstrahlender Veranstaltungen zum Jahrestag des Elysée-Vertrages weiter untersucht werden muß.

(Dieses Thema wurde nach Vortrag durch die beiden Koordinatoren in der Plenarsitzung<sup>13</sup> von Bundeskanzler und Staatspräsident kurz erörtert. Den Koordinatoren wurde der Auftrag erteilt, sich der Vorbereitungen zum Jahrestag des Elysée-Vertrages anzunehmen.)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 331*

deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 mit: „Als ein weiteres Projekt sollte eine Zusammenarbeit bei Schnellbahnsystemen geprüft werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 23; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>11</sup> Zur Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften vgl. AAPD 1980, II, Dok. 304.

Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff-Dallwitz notierte am 9. März 1981: „Seit vier Jahren versucht die Gemeinschaft, die Krise der europäischen Stahlindustrie zu lösen, jedoch auch der Subventionskodex vom Februar 1980 brachte bisher keine greifbaren Erfolge. Von 1975 bis 1980 sind den Stahlunternehmen in der EG ca. 30 bis 40 Mrd. DM an Beihilfen zugeflossen; weitere Stützungsaktionen sind angekündigt, so daß Subventionsbetrag bis 1983 auf ca. 60 Mrd. DM ansteigen kann. In Bundesrepublik erhalten die meisten Stahlunternehmen keine staatlichen Beihilfen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

Am 12. Januar 1982 wies Vortragender Legationsrat Sasse darauf hin, daß das Bundesministerium für Wirtschaft in einer Reihe von Fällen die Vergabe von Beihilfen durch die EG-Kommission „als bedenklich“ ansehe: „Die Beihilfen werden den selben Unternehmen gewährt, denen die Kommission Beihilfen (wenn auch anderer Art) bis vor kurzem verweigert hatte. Es laufen noch einige diesbezügliche Vertragsverletzungsverfahren wegen nicht notifizierter Beihilfen. Die Kommission gewährt Teilbewilligungen (z. T. zum wiederholten Male), ohne daß bereits ein kodexgerechtes Umstrukturierungskonzept vorliegt oder ohne daß sie gleichzeitig auch, mit den entsprechenden Auflagen, über das Dachkonzept entscheidet. [...] Die Kommission bewilligt erhebliche Beträge ohne einen entsprechenden Subventionsabbau. [...] Die Genehmigungspraxis verstößt gegen das Prinzip der Transparenz; die anderen MS sind vorher über diese Anträge nicht unterrichtet worden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130503.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>13</sup> Im Plenargespräch der deutsch-französischen Konsultationen am 25. Februar 1982 in Paris erklärte der französische Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen, Laloy: „Zum 20-jährigen Jubiläum des deutsch-französischen Vertrages sollen sich die Kundgebungen über das ganze Jahr erstrecken. Schon bestehende Veranstaltungen und Einrichtungen sollen verstärkt genutzt werden.“ Sein deutscher Kollege Frank betonte, „daß es sich nicht um protokollarische Zugaben zu Gipfeltreffen, sondern um eigenständige Veranstaltungen handeln sollte, die sich direkt an den Bürger wenden“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1982.

Nach den Fragen der deutsch-französischen Kooperation im industriellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich erörterten der Bundeskanzler und der Premierminister in einem breit angelegten Gespräch verschiedene Aspekte des europäischen internationalen Prozesses, wobei auch institutionelle Fragen berührt wurden, sowie die krisenhafte Situation der Weltwirtschaft, wobei die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der Vereinigten Staaten im Vordergrund standen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60**

## 65

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

105-17.A/82

25. Februar 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Gespräch zwischen dem Bundeskanzler<sup>2</sup> und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 25.2.1982 um 9.30 Uhr im Elysée-Palast;  
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Während des etwa einstündigen Teils des Gesprächs, der unter vier Augen stattfand, besprachen der Bundeskanzler und Mitterrand den von den beiden Außenministern vorbereiteten Textentwurf für die Gemeinsame Erklärung<sup>3</sup>.

Dabei wies *Mitterrand* insbesondere auf das Fehlen eines Nord-Süd-Passus und genauerer Angaben über die geplante bilaterale Zusammenarbeit hin (Arbeitsgruppen zur Entwicklung der Beziehungen im Industriebereich sowie zur Untersuchung der Beziehungen zwischen der EG und Japan usw.).

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß seiner Ansicht nach der Gemeinsamen Erklärung eine mehr grundsätzliche Signalwirkung gegenüber den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen der Welt – Russen, Polen, Amerikanern usw. – zgedacht sei. Die von Mitterrand erwähnten konkreten Einzelheiten könnten in

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 1. März 1982 gefertigt und am 10. März 1982 von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl zur Unterrichtung des Bundesministers Genscher übermittelt.

Hat Braunnühl am 11. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte.

Hat Genscher am 13. März 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris auf. Vgl. dazu auch Dok. 63 und Dok. 64.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der 39. deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. BULLETIN 1982, S. 145 f.

ein Zusatzpapier, das der Presse außerdem zuzuleiten wäre, aufgenommen werden.

*Mitterrand* zeigte Verständnis für diese Konzeption, bat jedoch, jeweils einen allgemeinen Passus über die Nord-Süd-Beziehungen und die bilaterale Zusammenarbeit in den Haupttext aufzunehmen.<sup>4</sup>

Nachdem sich der Bundeskanzler und Mitterrand über einige Änderungen und Präzisierungen einig geworden waren, beschlossen sie, die endgültige Formulierung des Textes den Außenministern zu überlassen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs betonte Mitterrand, von den 44 derzeitigen Kabinettsmitgliedern (Minister und Staatssekretäre) hätten 41 vor ihrer Ernennung im Juni 1981<sup>5</sup> noch kein Regierungsamt in Frankreich ausgeübt. Lediglich Gaston Defferre – vor 25 Jahren – sowie der ehemalige Außenminister Jobert und Savary (letzterer nur sechs Monate) hätten Regierungserfahrung aufzuweisen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, weshalb Jobert berufen worden sei, antwortete Mitterrand, er sei sich von Anfang an darüber im klaren gewesen, daß das Ergebnis der Parlamentswahlen im Juni nur „aus einer allgemeinen Begeisterung heraus“ zu erklären sei und nicht der wirklichen Einstellung der Bevölkerung in Frankreich entsprochen habe. Es sei eine Illusion zu glauben, daß die Sozialisten eine absolute Mehrheit im Lande besäßen. Aus diesem Grund habe er es für richtig gehalten, auch Minister aus anderen Parteien, die ihn bei der Wahl unterstützt hätten, in die Regierung aufzunehmen, also die vier Kommunisten<sup>6</sup>, Linksradikale<sup>7</sup> (die etwa den deutschen Liberalen entsprächen) und Michel Jobert, der sozusagen eine „Ein-Mann-Partei“ vertrete. Das „echte Kräfteverhältnis“ betrage in Frankreich zur Zeit 53 % zu 47 %.

Die jüngsten vier Nachwahlen seien von den Sozialisten zwar verloren worden, aber die von ihnen erzielten Stimmen lägen doch noch über dem Ergebnis der gesamten Linken bei den Präsidentschaftswahlen. Wenn auch die Kandidaten der Linken geschlagen worden seien, gebe das gesamte Wahlergebnis, bezogen auf die Stimmenzahl, trotz einer gegenteiligen Propaganda keinen Anlaß zu Besorgnis.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, in Deutschland sei die Lage insofern anders, als der Bundeskanzler vom Parlament und nicht vom Volk direkt gewählt werde. Im Falle einer Direktwahl würde er (Bundeskanzler) zwischen 55 % und 60 %

<sup>4</sup> Am 1. März 1982 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler zu den Ergebnissen der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris fest: „Bei der Behandlung weltwirtschaftlicher Probleme waren sich beide Seiten erneut einig, daß im Geist des Nord-Süd-Treffens von Cancún die Entwicklung der Länder der Dritten Welt weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefördert werden müsse. Präsident Mitterrand wiederholte hierzu in der Pressekonferenz die Priorität, die beide Regierungen der Sicherung der Ernährungsbasis und der Energievorsorge beimessen. Beide Seiten widersetzten sich der Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt, da andernfalls die von ihnen unterstützte Ungeborgenheit der Entwicklungsländer zerstört würde.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 22; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>5</sup> Nach den Parlamentswahlen am 14. und 21. Juni 1981 in Frankreich wurde die von Ministerpräsident Mauroy neugebildete Regierung am 23. Juni 1981 in ihr Amt eingeführt.

<sup>6</sup> Charles Fitermann (Verkehr), Anicet Le Pors (Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform), Jack Ralite (Gesundheit) und Marcel Rigout (Berufsbildung).

<sup>7</sup> François Abadie (Tourismus) und Michel Crépeau (Umweltschutz).

der Stimmen erhalten.<sup>8</sup> Jedoch komme es in der Bundesrepublik nicht so sehr auf das Ansehen der Person der Kandidaten, sondern vielmehr auf das der politischen Parteien an. Die Überlegungen Mitterrands zu seiner Kabinettsbildung habe er zum ersten Mal richtig verstanden; sie seien sehr klar.

Präsident *Mitterrand* brachte sodann das Gespräch auf die Frage des Kampfpanzers, die am Vortage Gegenstand des Gesprächs mit Premierminister Mauroy gewesen sei, und führte dazu aus, er habe den Brief des Bundeskanzlers zu diesem Thema erhalten.<sup>9</sup> Er verstehe die Schwierigkeiten der Bundesregierung, wenn man in Deutschland meine, daß die Herstellung eines deutsch-französischen Panzers nicht aktuell sei und dieses Vorhaben vom Parlament abgelehnt werde. Andererseits komme dem Projekt aber aus französischer Sicht eine symbolhafte Bedeutung zu. Auf den gemeinsamen Kampfpanzer verzichten, wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf militärische Zusammenarbeit überhaupt.

Bisher sei zwischen ihm (Mitterrand) und dem Bundeskanzler noch nicht über die Entwicklung eines Hubschraubers<sup>10</sup> gesprochen worden. Er sei sich nicht genau über die Tragweite und den Stand dieses Projekts im klaren und würde gerne die Meinung der deutschen Seite hierzu erfahren, da auch hier wohl „Verträge in die Wege geleitet“ worden seien.

Der *Bundeskanzler* antwortete, Verteidigungsminister Apel habe ihm gesagt, mit dem Hubschrauber habe er eher noch größere Schwierigkeiten als mit dem Panzer. Über den Hubschrauber sei in der Presse nicht berichtet worden, während der Panzer seit zwei Jahren Gegenstand von Zeitungsmeldungen sei. Dieser habe in zweifacher Hinsicht symbolhafte Bedeutung:

1) als Symbol der militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und

2) weil der Plan bereits während der Amtszeit von Giscard ins Auge gefaßt wurde.

Er (Bundeskanzler) hielte es für einen Fehler, ihn zur Zeit Mitterrands außer Kraft zu setzen. Daher werde er in der kommenden Woche zusammen mit Genscher, Brandt, Wehner und Mischnick nachdrücklich versuchen, die zuständigen parlamentarischen Gremien in Bonn umzustimmen. Er glaube, daß diese Bemühungen Aussicht auf Erfolg hätten. Auf die Verwirklichung des Panzerprojekts möchte er nicht verzichten, selbst wenn Deutschland derzeit keinen neuen Kampfpanzer brauche. Die gemeinsame Definition und gemeinsame Entwicklung wäre „eine große Sache“; sie werde ohnehin mehrere Jahre in Anspruch nehmen und sich bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre erstrecken. Man sollte das Projekt nicht heute abschreiben. Er (Bundeskanzler) werde vielmehr

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>9</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

Mit Schreiben vom 4. Februar 1982 legte Bundeskanzler Schmidt Staatspräsident Mitterrand dar: „Was das Vorhaben eines gemeinsamen Baus des Kampfpanzers der Zukunft betrifft, so hat hierüber in der vorletzten Kabinettsitzung Bundesminister Apel auf meine Bitte berichtet. Ich habe bei dieser Sitzung des Bundeskabinetts meinerseits auf die politische Bedeutung des Projekts in den deutsch-französischen Beziehungen hingewiesen. Ich habe danach Premierminister Mauroy bei unserem kürzlichen Gespräch, wie ich meine, sehr offen und umfassend die Art und die Gründe der recht erheblichen Widerstände erläutert, die sich bei uns, insbesondere im Bundestag, gegen dieses Projekt ergeben haben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135843.

<sup>10</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers (PAH) vgl. Dok. 64, Anm. 6.

nach der Rückkehr nach Bonn der FDP- und der SPD-Fraktion mitteilen, der französische Präsident messe dem Vorhaben eine große symbolische Bedeutung zu; die deutschen Bedenken sollten daher zurückgestellt werden.

Auf eine Frage nach dem Hubschrauber erwiderte der Bundeskanzler, diese Angelegenheit sei noch nicht so weit gediehen, daß die Chefs darüber sprechen könnten. Soweit er unterrichtet sei, dächte die eine Seite an einen Panzerabwehrhubschrauber und die andere an einen Kampfhubschrauber. Die Bundesrepublik verfüge zur Zeit über keine entsprechenden Geldmittel, da für sie der „Tornado“<sup>11</sup> schon zu kostspielig sei.

*Mitterrand* bemerkte, ohne diesen Punkt sehr gut zu kennen, habe er den Eindruck, Verteidigungsminister Hernu mache sich eher Sorgen darum, daß die französische Fabrikation möglicherweise durch eine Produktion in den USA ersetzt werden könnte, als daß er eine Hinausschiebung der vertraglichen Vereinbarung mit der deutschen Seite befürchten würde.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, daß er diese Frage zu Hause prüfen werde, da er die Einzelheiten nicht kenne. Generell könne er aber darauf hinweisen, daß die Bereitschaft, US-Rüstungsgüter zu beschaffen, in der Bundesrepublik „fast auf Null gesunken“ sei.

*Mitterrand* wiederholte, „in der Reihenfolge der Sorgen“ des französischen Verteidigungsministers rangiere s. E. die Frage der „Substitution vor der baldigen Unterzeichnung der Verträge“.

Der französische Präsident schnitt sodann zwei wirtschaftspolitische Fragen an, denen er im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen eine besondere Bedeutung beimesse:

1) Er frage sich, ob es nicht möglich sei, gemeinsam eine – wenn auch geringfügige – Zinssenkung zu vereinbaren.

Zur Zeit betrage der französische Zinssatz für Dreimonatsgeld 14,8%, die Inflationsrate 14%. In Deutschland lägen die entsprechenden Sätze bei 9% und 6%. Dies bedeute, daß in Frankreich nur ein geringer Spielraum bestehe. Er (*Mitterrand*) hielte es dennoch für gut, wenn die jeweiligen Zinssätze um 1% – mindestens jedoch um 1/2% – gesenkt werden könnten. Es wäre schade, wenn hierüber kein gemeinsamer Beschluß zustande käme, denn eine derartige Entscheidung erscheine ihm aus grundsätzlichen Erwägungen sehr wichtig.

In seiner Erwiderung verwies der *Bundeskanzler* darauf, daß sich in diesem Bereich in der Bundesrepublik eine verfassungsrechtliche Frage stelle: Mit dem Ziel des französischen Vorschlags sei er einverstanden, er könne jedoch

<sup>11</sup> Im Sommer 1968 beschlossen zunächst Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Kanada und die Niederlande die Entwicklung eines „Multi Role Combat Aircraft“ (MRCA). Nachdem 1970/71 Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens laut geworden waren, entschieden sich im September 1971 nur noch die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien für eine Fortsetzung. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 408, AAPD 1971, I, Dok. 87, und AAPD 1971, II, Dok. 240.

Das Kabinett beschloß am 7. April 1976 den Beginn der Produktion des MRCA unter dem Namen „Tornado“ zum 1. Juli 1976. Dazu wurde mitgeteilt: „Das Beschaffungsprogramm hat für die Bundesrepublik Deutschland einen Umfang von 15,556 Mrd. DM. Der Geräte-Stückpreis für ein Flugzeug beträgt 32,21 Mio. DM (jeweils Preisstand 31. Dezember 1975). Für die Luftwaffe und die Marine werden 322 Flugzeuge gebaut, die Partnerstaaten Großbritannien und Italien werden 385 bzw. 100 Tornado beschaffen. Der Zulauf der Flugzeuge ist für 1979 geplant und soll sich bis in das Jahr 1987 erstrecken.“ Vgl. BULLETIN 1976, S. 660.

wegen der Unabhängigkeit der Bundesbank von der Regierung keine entsprechende Anordnung treffen. Der Zentralbankrat bestehe aus 17 Persönlichkeiten, die sich „wie Halbgötter“ vorkämen. In den vergangenen zehn Jahren, in denen er – zunächst als Finanzminister und seit acht Jahren als Bundeskanzler – mit diesem Gremien zu tun habe, habe er immer wieder festgestellt, daß die Frankfurter Herren um so halsstarriger würden, je hörbarer man versuche, auf sie einzuwirken. Er (Bundeskanzler) wisse daher nicht recht, was er öffentlich zu Mitterrands Anregung sagen und tun könne. Gelegentlich habe man mit Erfolg mit einer „Einzelbearbeitung“ dieser Personen, mit „Seelenmassage“ gearbeitet.

Es würde ihn interessieren, in der Plenarsitzung den Vortrag von Finanzminister Delors<sup>12</sup> zu diesem Punkt und dessen Vorstellungen über eine Vertiefung der Zusammenarbeit in Europa zu hören.

Selbst wenn der deutsche Bundeskanzler in diesem Bereich nicht seinen eigenen Willen durchsetzen könne, handle es sich um eine wichtige Frage für die europäische Volkswirtschaft. Frankreich habe ebenso wie Deutschland einen großen Bedarf an ausländischen Krediten. Ausländische Kreditgeber könnten aber langfristig in New York Zinssätze in Höhe von 15, 16 und 17 % erzielen, in Frankfurt jedoch nur 10 % und in Paris 14 oder 15 %. Der Anreiz, Gelder nach New York fließen zu lassen, sei demnach wesentlich größer als eine Anlage in Paris oder Frankfurt. Nur aus politischen Gründen hätten die Saudis Geld nach Deutschland gebracht.<sup>13</sup> Die Zinsen<sup>14</sup> müßten daher genügend hoch sein, um OPEC-Gelder nach Europa zu locken.

Der Bundeskanzler wies ferner auf das Phänomen der Kapitalflucht aus Europa nach den USA hin, das auf die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs und auf die unterschiedlichen Zinssätze zurückzuführen sei. Zur Zeit seien<sup>15</sup>, wegen der größeren Verdienstmöglichkeiten in den USA, besonders die Niederlande, Großbritannien, aber auch andere europäische Staaten davon betroffen. Je höher der Zinsunterschied zu den USA, desto stärker die Kapitalflucht. Die Tatsache, daß in Europa viel geringere Zinssätze als in den USA angewandt würden, biete andererseits auch Vorteile für die europäische Wirtschaft. Man müßte einen Mittelweg einschlagen.

*Mitterrand* wandte ein, wenn Europa nichts täte, hieße dies abwarten, bis „Amerika auf die Nase falle“ (frz.: se casse la figure), und dann ebenfalls Schaden erleiden.

<sup>12</sup> Der französische Finanzminister Delors plädierte am 25. Februar 1982 in der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen in Paris dafür, „daß D und F gemeinsam eine leichte Zinssenkung beschließen. In F bestehe zwischen Zinssatz und Inflationsrate (letztere 14 %) praktisch keine Differenz.“ Er stellte ferner zur französischen Wirtschaftspolitik fest, „daß in den letzten fünf Jahren nicht genügend investiert worden sei. Frankreich sei dadurch international im Nachteil. Bei dieser Lage habe man versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Dafür sei viel Geld, hauptsächlich für die sozial Schwächeren, ausgegeben worden. Es sei auch zu einer gewissen Erholung gekommen.“ In diesem Zusammenhang wies er „auf die Vorteile hin, die gerade die Bundesrepublik aus der Entwicklung in Frankreich gezogen habe: Die deutschen Exporte nach Frankreich seien in den letzten drei Monaten um 1,2 Mrd. DM gestiegen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>13</sup> Zur Anlage saudi-arabischer Gelder bei der Bundesbank vgl. Dok. 38, Anm. 9.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „auf dem Euromarkt“.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „würden“.

Der *Bundeskanzler* räumte ein, daß er die Dinge so sehe wie Mitterrand und daher für eine Zinssenkung sei. Vorher möchte er aber die Finanzminister Delors und Matthöfer dazu hören. Zum weiteren Vorgehen rege er (Bundeskanzler) folgendes an:

Vielleicht könnte man inoffiziell, mit möglichst wenig Geräusch, eine Konferenz von Finanzfachleuten aus europäischen Ländern einberufen. Beispielsweise könnten an einer derartigen Tagung die beiderseitigen Notenbankpräsidenten<sup>16</sup>, „ein guter Mann“ aus Den Haag – Holland leide noch mehr als Paris und Bonn unter der Kapitalflucht – und der Präsident der schweizerischen Zentralbank, Leutwiler, teilnehmen. Hinter verschlossenen Türen sollten alle Interessen und Möglichkeiten geprüft und festgestellt werden, ob man sich von den USA ablösen oder ob man diese unter Druck setzen sollte.<sup>17</sup> Auch die Wechselkurspolitik, die Frage der Paritäten usw. sollten Gegenstand der Erörterungen sein. Die Gemeinschaft sollte erst einbezogen werden, wenn die Experten aus den genannten Ländern unter sich einig über die Operation geworden seien.

Präsident *Mitterrand* brachte dann das Gespräch auf die letzte Frage, deren Behandlung er sich – nach dem Kampfpanzer und der Zinssenkung – für dieses Gespräch vorgenommen habe: die Gemeinsame Agrarpolitik und die Grenzausgleichsabgaben.<sup>18</sup>

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er sei „ein schlechter Partner“ für die Behandlung der Agrarpolitik, da er zu wenig davon verstehe. Dieses Thema sei in Europa nur 22 Personen, darunter die zehn Agrarminister und die zehn COPA<sup>19</sup>-Präsidenten, sowie dem französischen Staatspräsidenten ausreichend bekannt.

Nachdem sich Premierminister Mauroy zusammen mit den Außenministern Cheysson und Genscher etwa um 10.30 Uhr hinzugesellt hatte, erläuterte Staatspräsident *Mitterrand* ihnen im Grundsatz die von ihm und dem Bundeskanzler vorgeschlagenen Änderungen der Gemeinsamen Erklärung. Die Außenminister wurden beauftragt, bis zur anschließenden Plenarsitzung einen umgearbeiteten Entwurf zur endgültigen Billigung vorzulegen.

#### **VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>16</sup> Renaud de la Genière (Banque de France) und Karl Otto Pöhl (Deutsche Bundesbank).

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>18</sup> Zur Frage einer Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 60, Anm. 9.

<sup>19</sup> Comité des organisations professionnelles agricoles.

## 66

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 25. Februar 1982, 14.46 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 20 Ortez

Zum 45. EPZ-Ministertreffen in Brüssel am 23.2.1982

Das 45. EPZ-Ministertreffen fand am 23.2.1982 in Verbindung mit einem EG-Rat<sup>2</sup> in Brüssel statt. Außerhalb der Tagesordnung wurde die deutsch-italienische Initiative zu einer Europäischen Union behandelt. Im übrigen befaßte sich das Treffen mit folgenden Fragen: Türkei (Stellung im Europarat), Ost–West (Polen/KSZE), Mittelamerika, Afghanistan und Nahost.

## 1) Europäische Akte

Aussprache erfolgte aufgrund eines ersten Berichtes der persönlichen Beauftragten der Außenminister (sogenannte Ad-hoc-Gruppe, Vorsitz: Botschafter de Schoutheete).<sup>3</sup>

Dieser Bericht wurde nach drei Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe erstellt und identifiziert die wesentlichen politischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit den deutsch-italienischen Vorschlägen ergeben.

In einleitendem Vortrag sprach Bundesminister insbesondere die Notwendigkeit einer Einbeziehung von Sicherheitsfragen in die politische Zusammenarbeit der Zehn, die Frage einer Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im EG-Rat sowie die von uns gewünschte Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments<sup>4</sup> an. Die Aussprache unter den Außenministern verlief positiv. Es bestand Eignigkeit, daß Europa neuer politischer Impulse bedarf. Unter diesem Aspekt betrachten alle Partner die deutsch-italienischen Vorschläge als einen wertvollen Beitrag. Es wurde allerdings auch hier deutlich, daß, in unterschiedlichem Maße,

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.

<sup>2</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 22./23. Februar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 67.

<sup>3</sup> Zu dem auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vorgelegten Entwurf einer politischen Grundsatzserklärung zur Europäischen Union („Europäische Akte“) vgl. Dok. 27, Anm. 9.

Für den Bericht der Ad-hoc-Gruppe vom 17. Februar 1982 zu den Vorschlägen für eine „Europäische Akte“ (Rapport aux Ministres des Affaires Etrangères) vgl. Referat 200, Bd. 122723.

Am 19. Februar 1982 wurde in einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 200, 410 und 501 über den Bericht der Ad-hoc-Gruppe vermerkt: „Der Bericht zeigt auf, daß die deutsch-italienischen Vorschläge einer ‚Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen‘ über die – von allen Parteien anerkannten – Formulierungen des Londoner Berichts hinausgehen und einige Delegationen (DK, IRL, wohl auch F und GB) dies für weder möglich noch wünschenswert halten. Die Ad-hoc-Gruppe macht die Minister darauf aufmerksam, daß diesem Problem aufgrund seiner außerordentlichen politischen Bedeutung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122723.

<sup>4</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 200 zur „Europäischen Akte“ wurde am 12. Februar 1982 zur Haltung der Bundesregierung festgehalten: „Was das Europäische Parlament (EP) betrifft, so messen wir einer verstärkten Nutzung bestehender Kompetenzen des EP und einer Möglichkeit ihrer Fortentwicklung im Hinblick auf die Rolle des EP als wichtiger Faktor des europäischen Einigungsprozesses und auch wegen weitergehender Forderungen der Parlamentarier im Vorfeld der Direktwahl 1984 besondere Bedeutung zu.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122723.

Partner der Auffassung sind, es bedürfe gleichzeitiger Fortschritte im EG-Bereich, um das europäische Einigungswerk voranzubringen.

Irische Besorgnisse in der Frage einer stärkeren Einbeziehung der Sicherheitspolitik dürften aufgrund unserer Erläuterungen weitgehend abgeklungen sein. Auch Dänemark hat sich einer weiteren Behandlung unserer Vorschläge nicht widersetzt und wird konstruktiv an der weiteren Arbeit teilnehmen.

Die Ad-hoc-Gruppe hat das Mandat erhalten, an den vorgeschlagenen Texten zu arbeiten und den Ministern auf ihrem Treffen am 24. Mai 1982 über den Inhalt einer „Europäischen Akte“ konkrete Vorschläge zu machen.<sup>5</sup>

## 2) Türkei

Zur Lage in der Türkei fand ein längerer Meinungs austausch statt. Alle Partner treten für den Verbleib der Türkei im Europarat ein. Dänemark (im Benehmen mit anderen nordischen Staaten) und die Niederlande (nach Beschluß niederländischen Parlamentes) erwägen jedoch wegen fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen die Erhebung einer Staatenbeschwerde vor der Menschenrechtskommission des Europarats.<sup>6</sup>

In mehrfacher Intervention verwies Bundesminister darauf, daß es uns darauf ankommen müsse, konkrete Resultate (in Richtung auf Redemokratisierung und Abstellung von Menschenrechtsverletzungen) zu erreichen. Türkei müsse zur Änderung ihrer Politik gedrängt werden. Am besten eigne sich hierfür das direkte Gespräch. Er schlage deshalb vor, daß der Ratspräsident, AM Tindemans, nach Ankara reise, um vor weiteren Entscheidungen der Zehn mit der Militärführung zu sprechen, dabei bestimmte Fragen, die sich uns im Zusammenhang mit Redemokratisierungsprozeß und Menschenrechtsverletzungen stellten, zu klären und bei türkischer Führung auf weitere Schritte zu drängen.

Auch Frankreich sprach sich dafür aus, vor einer Aktion im Europarat eine Zwischenphase in Form einer Mission einzuschalten.

Vorschlag des Bundesministers wurde angenommen. Dänen und Niederländer ließen erkennen, daß sie Wert darauf legten, daß Ratspräsident bald reise und daß sie unter diesen Umständen vorläufig von einer Aktion im Europarat Abstand nehmen würden.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 24. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 167.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Drøge teilte am 24. Februar 1982 der Botschaft in Ankara mit: „Auf gestrigem EPZ-Ministertreffen wurde Frage der Türkei, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Stellung im Europarat, eingehend erörtert. [...] Dänischer Außenminister Olesen erläuterte, daß zwar chaotische Verhältnisse zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch das Militär Ereignisse verständlich gemacht hätten. Seither habe sich jedoch Lage in der Türkei, insbesondere was Menschenrechte anbetreffe, ständig verschlechtert. Es gebe in den europäischen Ländern eine wachsende Diskussion über die Lage in der Türkei. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates habe ihre Unzufriedenheit gegenüber der Türkei zum Ausdruck gebracht. Die Achtung der Menschenrechte sei das Fundament, auf dem der Europarat aufgebaut sei. Dänemark sei nicht dafür, daß die Türkei den Europarat verlasse. Da jedoch die Menschenrechte in der Türkei mit Füßen getreten würden, prüften Beamte Dänemarks und ‚einiger anderer Staaten‘ [...], was getan werden könne.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1673; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Am 26. Februar 1982 berichtete Botschafter Oncken, Ankara, er habe das türkische Außenministerium über den Beschluß der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1982 in Brüssel informiert, den belgischen Außenminister Tindemans nach Ankara zu entsenden. Dazu habe er erklärt: „Nach meiner Ansicht müsse türkische Seite zu würdigen

## 3) Polen/KSZE

Im Anschluß an eingehende Erörterung gemeinschaftlichen Vorgehens im EG-Rahmen<sup>8</sup> (vgl. hierüber gesondertes Ortex) fand kurzer Meinungs austausch zu Polen statt. Bundesminister wies darauf hin, daß sich Lage in Polen weiter verschlechtert habe und Kirche besorgt über weitere Entwicklung sei. Unsere Politik, Kriegerrecht nicht mit Einmarsch der Sowjetunion gleichzusetzen und Signale an die Regierungen in Warschau und Moskau zu senden, die aber steigerungsfähig bleiben müßten, habe sich als richtig herausgestellt. Polen stelle heute eine schwere Last für den Ostblock dar.

Ratspräsident<sup>9</sup> berichtete über amerikanische Einschätzung der Lage. Amerikaner sehen nach Fortfall winterbedingter Verkehrsbehinderungen neue Verhandlungswelle voraus, die möglicherweise auch nicht vor der Kirche haltmachen wird. Stellung Jaruzelskis innerhalb der Regierung erscheint den USA nicht unangefochten.

Diskussion zur KSZE ergab volle Übereinstimmung über bisherige Haltung der Zehn. Die Vertreter der Zehn werden in Madrid<sup>10</sup> aktiv die Konsultationen im Kreis der Zehn sowie mit den N+N-Staaten und anderen westlichen Staaten fortsetzen, wobei sie alle Optionen offenhalten. Einem Vertagungsantrag werden die Zehn zustimmen, wenn die Initiative von den N+N-Staaten kommt, ein festes Datum für die Wiederaufnahme der Konferenz festgelegt wird und diese Wiederaufnahme nicht an Bedingungen geknüpft ist.

## 4) Mittelamerika

Bundesminister schlug vor, bei nächster EPZ-Sitzung eine umfassende politische Aussprache über die Lage in Zentralamerika zu führen. In Gemeinschaft und EPZ sollen die Möglichkeiten Europas, einen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten, geprüft werden. Europäisches Interesse verlangt – nicht zuletzt wegen möglicher gefährlicher Rückwirkungen auf Europa –, Zentralamerika nicht zum Brennpunkt der Ost-West-Auseinandersetzungen werden zu lassen.

## 5) Afghanistan

In kurzer Presseerklärung begrüßten die Zehn die Initiative des Europäischen Parlaments, den 21. März als Afghanistan-Tag<sup>11</sup> zu begehen. Sie unterstützen diese Initiative und werden am 21. März eine Zehner-Erklärung zu Afghani-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 340*

verstehen, daß BM mit seiner Initiative (Beauftragung Tindemans) der Staatsbeschwerde einzelner europäischer Staaten wegen türkischer Menschenrechtsverletzungen zuvorgekommen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 294; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 17. März 1982; Dok. 81.

<sup>9</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>10</sup> Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 16. März 1982 mit: „In einer Entschließung vom 16.12.1981 hat das Europäische Parlament den 21.3.1982, den Tag des afghanischen Neujahrsfestes, zum Afghanistanstag erklärt. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und anderer westlicher Staaten, insbesondere der USA, haben sich dieser Initiative angeschlossen. Über die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaften sind darüber hinaus alle Staaten, die für die VN-Resolution der Vereinten Nationen zu Afghanistan vom 18.11.1981 stimmten, auf die Initiative des Europäischen Parlaments aufmerksam gemacht worden in der Hoffnung, daß diese sich ihr anschließen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 29; Referat 012, Bd. 124419.

stan<sup>12</sup> abgeben. Die Präsidentschaft wird im Namen der Zehn eine Anzahl von Regierungen – insbesondere auch von Ländern der Dritten Welt – auf die Entschließung des Europäischen Parlamentes hinweisen und vorschlagen, daß sie sich der Initiative anschließen.

6) Nahost

Sehr kurzer Meinungs austausch konzentrierte sich auf Formulierung einer Presseerklärung, die alle beteiligten Parteien auffordert, sicherzustellen, daß die Chancen für einen Dialog und für den Frieden gestärkt und Konfrontation vermieden werden.

Steinkühler<sup>13</sup>

**Referat 012, Bd. 124419**

## 67

### **Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler**

**012-312.74 VS-NfD**

**Aufgabe: 26. Februar 1982, 13.02 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 21 Ortez**

Zum EG-Rat der Außenminister am 22./23.2.1982 in Brüssel

Der Allgemeine Rat befaßte sich am 22.2.1982 in Brüssel mit den Beziehungen der EG zu Japan und den USA, der Nahrungsmittelhilfe (Konzertierung mit dem EP), der Nicht-Assoziierten-Hilfe und mit Rohstoff-Fragen (Kautschukabkommen<sup>2</sup>, Zinnübereinkommen<sup>3</sup>, Dritten VN-Seerechtskonferenz<sup>4</sup>). In Verbindung mit dem Rat fand das 6. Ministertreffen EG–Portugal im Rahmen der Beitrittsverhandlungen statt. Am 23.2.1982 erörterte der Rat Polen und Sozialmaßnahmen im Stahlbereich sowie Demonstrationsvorhaben im Energiebereich, die weitere Behandlung des Mandatskomplexes, sodann die Europäische Akte, mit der zum EPZ-Teil der Außenminister übergeleitet wurde (vgl. zu letzterem gesonderten Ortex<sup>5</sup>).

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21. März 1982 abgegebenen Erklärung zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 222 f.

<sup>13</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Karkow konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 20. März 1987 über Naturkautschuk vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 107–141.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommens vom 26. Juni 1981 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 15–54.

<sup>4</sup> Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 56, Anm. 23.

<sup>5</sup> Für den Runderlaß Nr. 20 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 25. Februar 1982 vgl. Dok. 66.

Im einzelnen

1) EG–USA

Der Rat nahm ohne Aussprache Berichte von VP Haferkamp, luxemburgischer AM Frau Flesch und Ratspräsident Tindemans über deren kürzliche Gespräche in Washington entgegen. VP Haferkamp erwähnte insbesondere den wachsenden Druck der USA auf die EG im landwirtschaftlichen Bereich, den amerikanischen Wunsch, den Dienstleistungssektor auf die TO der GATT-Ministerkonferenz zu setzen (Kommission möchte zunächst die OECD-Vorarbeiten intensivieren), die ablehnende Haltung der Kommission gegenüber Absichten im Kongreß, handelspolitische „Reziprozität“ (insbesondere gegenüber Japan) einzuführen. Der Ratspräsident betonte insbesondere, daß bei einer Beurteilung der amerikanischen Politik die Tatsache sehr wichtig sei, daß die Vertreter der jetzigen Administration weitgehend aus dem Westen stammten (nicht mehr von der Ostküste). Deshalb müsse jede Gelegenheit zu Gesprächen gesucht werden, damit die internationalen Zusammenhänge erkannt und größeres Verständnis für Europa geweckt würden.

2) EG–Japan

Der Rat führte eine Orientierungsdebatte über die handelspolitischen Beziehungen zu Japan. Die Bewertung der Kommission in bezug auf die jüngsten japanischen Maßnahmen in Richtung stärkerer Marktöffnung („Schritt in die richtige Richtung“) wurde weitgehend geteilt. Die von der Kommission vorgeschlagene Multilateralisierung des Problems (Befassung des GATT) und der Abbau noch bestehender nationaler Beschränkungen einzelner EG-MS wurden von F und I als ungeeignete Mittel abgelehnt. Im Rat bestand jedoch Einigkeit über die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens gegenüber Japan.

3) Beitritt Portugal<sup>6</sup>

Dem Rat gelang es, die Gemeinschaftsposition in einer Reihe von offenen Fragen festzulegen. Damit konnten im anschließenden Ministertreffen EG–Portugal, nachdem auch portugiesische Seite zu gewissen Konzessionen bereit war, die Verhandlungen in den – allerdings nicht zentralen – Kapiteln EURATOM, Kapitalverkehr, Regionalpolitik und Verkehr abgeschlossen werden. Zwei weitere Kapitel („Wirtschafts- und Finanzfragen“ und „Niederlassungsrecht“) stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Konferenzrunde, in der erstmals direkt verhandelt wurde, brachte damit einen beachtlichen Fortschritt. Es wird jetzt darauf ankommen, für das nächste Ministertreffen EG–Spanien am 23.3.1982 entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

4) Seerechtskonferenz

Kommissar Narjes wies anhand eines einstimmig gebilligten Arbeitspapiers der Kommission über die EWG-Interessen am Meeresbodenregime auf die Bedeutung des Meeresbergbaus für die Gemeinschaft, aber auch für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern hin. StM Dr. Corterier begrüßte diese Erklärung und die durch die USA eröffneten Möglichkeiten zu neuen Verhandlungen ausdrücklich.

<sup>6</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 47, Anm. 25.

#### 5) Maßnahmen im Stahlbereich, Energie-Demonstrationsvorhaben, Kokskohlenbeihilfe

Die Präsidentschaft<sup>7</sup> hatte die streitigen Komplexe zu einem Verhandlungspaket geschnürt, wobei sie von dem zwischen BM Graf Lambsdorff und EG-Kommissar Davignon getroffenen Kompromiß ausging, für Demonstrationsvorhaben im Energiebereich 55 Mio. ECU vorzusehen.<sup>8</sup> Dieser Vorschlag wurde nach längerer Beratung angenommen, nachdem Italien seinen zunächst eingelegten Widerspruch zurückzog.

Beim TOP Sozialmaßnahmen im Stahlbereich gerieten wir unter erheblichen Druck. Der von allen anderen MS getragenen Aufstockung der Mittel um 62 Mio. ECU stimmte BM nach längerer Diskussion ad referendum zu. Über die endgültige Zustimmung muß im Kabinett entschieden werden.<sup>9</sup>

#### 6) EG–Jugoslawien

Der Rat billigte das Anpassungsprotokoll zu dem Kooperationsabkommen mit Jugoslawien<sup>10</sup>, das dem EG-Beitritt Griechenlands<sup>11</sup> Rechnung trägt (Erhöhung der zollermäßigsten Kontingente, z. B. für jugoslawisches „baby beef“). Das Protokoll ist ratifizierungsbedürftig. Durch die Zustimmung des Rats sind längere Verhandlungen mit der jugoslawischen Seite erfolgreich abgeschlossen worden.

#### 7) Polen

Der Rat billigte die Umwidmung von Haushaltsmitteln in Höhe eines Teilbetrages von 8 Mio. ECU für eine humanitäre Hilfsaktion an Polen, die über NHOs<sup>12</sup> abgewickelt werden soll. Im Bereich handelspolitischer Maßnahmen gegenüber der SU erörterte der Rat die Maßnahmen der USA<sup>13</sup> und faßte den Grundsatzbeschluß, die Einfuhr von liberalisierten und kontingentierten Waren aus der

<sup>7</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Am 18. Februar 1982 wurde von Referat 412 darlegt, in Gesprächen mit der EG-Kommission sei zu den Demonstrationsvorhaben im Energiebereich eine Absprache getroffen worden, „wonach die Kommission sich zunächst darauf beschränken will, eine Aufstockung der Mittel in der Höhe unseres Angebotes (55 Mio. statt 95 Mio. ECU, wie von Kommission und anderen MS gewünscht) vorzuschlagen; wobei jedoch die Frage des Finanzierungszeitraums offengelassen werden soll (Kommission dürfte stillschweigend davon ausgehen, daß es sich um einen Finanzierungsbeitrag im laufenden Haushaltsjahr handelt, während das BMF eine Streckung des Aufstockungsbetrages von 55 Mio. ECU auf die Restlaufzeit des Programms der Demonstrationsvorhaben bis Ende 1983 wünscht; der Dissens ist bewußt offengelassen worden, um in der Sache zunächst weiterzukommen).“ Vgl. Referat 412, Bd. 130506.

<sup>9</sup> Zur Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 64, Anm. 11.

In einer Aufzeichnung des Referats 011 vom 9. März 1982 wurde aus der Kabinettsitzung der Bundesregierung am 1. und 3. März 1982 festgehalten: „Nach Berichten von BM Lambsdorff stimmt das Kabinett dem Beschlußvorschlag von BMWi und AA in der Tischvorlage des BMWi vom 26. Februar 1982 zu. Der Bundeskanzler bittet darum, die französische Regierung wissen zu lassen, daß die Bundesregierung trotz sachlicher Bedenken ihre Zustimmung zu den Sozialmaßnahmen im Stahlbereich in Höhe von 62 Mio. ECU im Lichte der deutsch-französischen Konsultationen vom 24./25. Februar 1982 gegeben habe.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130506.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 2. April 1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Jugoslawien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 41 vom 14. Februar 1983, S. 2–27.

<sup>11</sup> Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

<sup>12</sup> Nationale Hilfsorganisationen.

<sup>13</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

SU zu beschränken. EG-Kommission soll hierzu Vorschläge vorlegen.<sup>14</sup> Hiermit ist vor allem ein politisches Signal gesetzt worden.

8) Nicht-Assoziierten-Hilfe (NAH)

Kommissar Pisani berichtete von seiner Reise ins südliche Afrika, daß er Eindruck gewonnen habe, Angola und Mosambik bewegten sich in Richtung auf einen Beitritt zum Abkommen von Lomé<sup>15</sup>. Unter den gegebenen Umständen stimmten wir zu, daß die vorgesehene Afrikaquote aus der NAH vorerst offengehalten, d.h. nicht anderweitig vergeben wird, machten dabei aber deutlich, daß dies keine Zustimmung zur Förderung konkreter Projekte in den beiden Ländern bedeute.

9) Mandat<sup>16</sup>

BM erklärte beim Mittagessen am 23.2.1982, wir legten auf Erhaltung des bereits erreichten Konsensstandes Wert. Allerdings könnten die Leitlinien zum Mandat nur in ihrer Gesamtheit verabschiedet werden, es sei nicht möglich, sich ihrer bereits vorher selektiv zu bedienen. Es müßten daher schnellstmöglich Kompromisse in den wenigen noch offenen Punkten gefunden werden, die Verabschiedung der Leitlinien dürfe nicht von einer Einigung über Größenordnungen des Ausgleichs an GB abhängig gemacht werden. Die AM drangen auf zügige Durchführung der Tindemans-Thorn-Mission<sup>17</sup> zur Finalisierung der Schlußfolgerungen und kamen überein, den Mandatskomplex noch vor dem ER am 29./30.3.1982<sup>18</sup> zu behandeln.

[gez.] Steinkühler

**Referat 012, Bd. 124419**

<sup>14</sup> Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 81.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1088.

<sup>16</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

<sup>17</sup> Zu den Bemühungen des belgischen Außenministers Tindemans und des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, die Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt zu lösen, vgl. Dok. 42, Anm. 8.

<sup>18</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

68

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-11153/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 938  
Citissime

**Aufgabe: 26. Februar 1982, 21.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 27. Februar 1982, 03.49 Uhr**

Betr.: Gespräche von BM Graf Lambsdorff in Washington<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Verteidigungsminister Weinberger am 26. Februar  
1982

Nach einer kritischen Bemerkung von Weinberger zum Infrastrukturproblem<sup>3</sup>, auf die BM Graf Lambsdorff antwortete, daß dies kein Thema sei, zu dem er sich äußern könne, ging Weinberger auf seine gegenwärtigen Anhörungen zu dem Verteidigungshaushalt im Kongreß ein. Die strategische Lage verlange im Grunde genommen eine einfache Antwort auf den Umfang des Verteidigungshaushaltes: Der Verteidigungshaushalt müsse den sicherheitspolitischen Erfordernissen gerecht werden. Wenn diese Antwort zutreffe, ergebe sich daraus die Folgerung, daß andere Regierungsprogramme, falls das erforderlich sei, hinter den Verteidigungshaushalt zurücktreten müßten.

Weinberger ging dann zu Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zum Osten über. Der Handel mit der Sowjetunion sei verschieden von dem mit anderen Ländern. Es sei nun einmal so, daß die Sowjetunion sich im Grunde den Handel zu militärischen Zwecken völlig dienstbar machen könne. Das gelte auch für die Devisenerlöse aus dem Verkauf von Erdgas in Westeuropa. Wenn man sich die gegenwärtigen großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion vergegenwärtige, werde man auch die erstaunliche Feststellung machen müssen, daß sich die militärische Rüstung der Sowjetunion in keiner Weise verlangsamt habe.

BM Graf Lambsdorff erwiderte, daß der sowjetische Westhandel für den Aufbau der militärischen Macht der Sowjetunion wohl keine so wichtige Rolle spiele wie vermutet werde. Im übrigen sei aber die Entscheidung, mit der Sowjetunion Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten, schon vor vielen Jahren positiv getroffen worden. Er sehe nicht, daß diese damalige Entscheidung heute grundsätzlich in Frage gestellt werde. Anders sei es von Anfang an bei solchen Gütern gewesen, die unter das COCOM-Regime<sup>4</sup> fielen. Hier blieben wir, wie den Amerikanern bekannt sei, bereit, eine Verschärfung der Exportbestimmungen mitzumachen. Was das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>5</sup> angehe, so sei das Argument der übergroßen europäischen Abhängigkeit nicht überzeugend. Auf die Frage Weinbergers, ob die Europäer sich auch mit genügender Energie weiterversorgen könnten, wenn der sowjetische Gashahn abgedreht werde, antwortete BM Graf

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 17. bis 25. Februar 1982 in den USA auf.

<sup>3</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 5, Anm. 6.

<sup>4</sup> Zu den Regelungen des COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 18.

<sup>5</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 28.

Lambsdorff bejahend. Die weitere Frage, warum dann die Gasleitung überhaupt notwendig sei, beantwortete BM Graf Lambsdorff mit der Notwendigkeit der Diversifizierung unserer Energieimporte.

Wie in verschiedenen anderen Gesprächen<sup>6</sup>, die BM Graf Lambsdorff zuvor in Washington geführt hatte, wurden die Fragen der deutschen Energieabhängigkeit, der Verlässlichkeit der gegenwärtigen und potentiellen Energieversorgung und die Frage, welchen Devisenvorteil die Sowjetunion in Zukunft aus Gasexporterlösen erzielen werde, eingehend besprochen.

Weinberger meinte eher resignierend, daß, wenn auch seine Ablehnung des Erdgas-Röhren-Geschäfts unverändert bleibe, es wohl jetzt zu spät sei, das Geschäft noch zu stoppen. Die Vereinigten Staaten hätten es versäumt, brauchbare Alternativen anzubieten, die den gemeinsamen Interessen besser gedient hätten als das Erdgas-Röhren-Geschäft. Es gäbe große Energiereserven in Alaska und der Nordsee, die anstelle der Erdgasversorgung aus der Sowjetunion hätten in Anspruch genommen werden sollen. Selbst wenn es jetzt wohl zu spät sei, hier eine Alternative zu dem Erdgas-Röhren-Geschäft zu suchen, bleibe Präsident Reagan tief besorgt, daß die Sowjetunion aus dem Erdgasgeschäft einen erheblichen Vorteil erziele, der ihrer militärischen Macht zugute käme.

BM Graf Lambsdorff empfahl, angesichts des nicht mehr in Frage zu stellenden Erdgas-Röhren-Geschäfts die öffentliche Kritik daran einzustellen. Ohne hierauf einzugehen, fragte Weinberger, ob eine sowjetische Invasion Polens das Geschäft zu Fall bringen würde. BM Graf Lambsdorff antwortete bejahend und fügte hinzu, daß die Sowjetunion das auch wüßte. Im übrigen erklärte er sich bereit, die Verkürzung der Laufzeiten der der SU zu gewährenden Kredite positiv zu erörtern. Weinberger charakterisierte General Jaruzelski als einen Mann, der dem Bild eines sowjetischen Generals in polnischer Uniform ziemlich nahekomme. Falls es zu einer sowjetischen Invasion kommen würde, würden Rüstungskontrollgespräche sinnlos werden.

Weinberger schloß das Gespräch mit der Versicherung, daß, abgesehen von einzelnen Kontroversen, entscheidend für das gegenseitige Verhältnis sei, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre enge Bindung an die NATO aufrechterhalte, und daran gäbe es keinen Zweifel.<sup>7</sup> Er wolle hinzufügen, daß Präsident Reagan

<sup>6</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 24. Februar 1982, Bundesminister Graf Lambsdorff habe dem amerikanischen Handelsminister Baldrige am selben Tag zum Ost-Handel der Bundesrepublik dargelegt: „Auch die Wirtschaftsbeziehungen müßten Teil des Dialogs zwischen Ost und West bleiben, wobei er darauf hinweisen möchte, daß das Volumen des Ost-Handels für die Bundesrepublik wirtschaftlich nicht von zentraler Bedeutung sei (nur 80 Prozent des Handelsaustauschs mit der Schweiz). Wir Deutschen hätten als geteiltes Land ein besonderes Interesse an der Fortsetzung des Dialogs, von dem auch die Sicherheit Berlins abhängt. Außerdem möchten wir auch im Außenhandel verlässliche Partner sein und unterschriebene Verträge auch honorieren. Hinter dem Erdgasprojekt stehe nichts anderes als ein Zwang zur Diversifizierung der Energiequellen. [...] Das sog. alternative Energiepaket der USA sei keine echte Alternative, sondern lediglich eine zusätzliche Hilfe, über die man auch im Gespräch bleiben wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 897; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Am 24. Februar 1982 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, der amerikanische Außenminister Haig habe Bundesminister Graf Lambsdorff in einem Gespräch am Vortag versichert, „das Bündnis sei ohne deutsch-amerikanische Achse nicht denkbar. Die Bundesrepublik habe ihre Aufgabe im Bündnis bisher beispielhaft erfüllt und – z. B. in der Vietnamkrise – ohne großes Aufhebens durch ihren Beitrag die Lücken gefüllt, die die zeitweise Einschränkung der amerikanischen Präsenz in Europa geschaffen habe. Sie verfüge über eine eindrucksvolle Armee. Es sei Wahnsinn, und dies sa-

in der Frage der Rüstungskontrollverhandlungen zu INF voll engagiert sei und ein realistisches und faires Ergebnis wünsche.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11315 (220)

## 69

### Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

27. Februar 1982<sup>1</sup>

Schriftbericht Nr. 131

Betr.: Deutsch-syrische Beziehungen;  
hier: Aktivitäten der Moslembroderschaft in der Bundesrepublik  
Deutschland

Bezug: AFP-Meldung, Paris 10.2.1982 über Führungswechsel bei dem  
„Kommando der islamischen Revolution“ sowie DE Plurez Nr. 1065  
vom 24.2.1982 – 310-320.10 SYR<sup>2</sup>

Zwei Doppel

Länderdoppel an Referat 310

Zwei Durchdrucke für BMI anbei<sup>3</sup>

Bitte um Weisung

Seit den blutigen Unruhen in der syrischen Stadt Hama<sup>4</sup> wird die syrische Regierung nicht müde zu betonen, daß Urheber dieser Unruhen die islamisch-fun-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 347*

ge er allen Kritikern in Washington, dieses Fundament der Allianz durch ständiges Mäkeln an den Deutschen oder törichte Drohungen zu erschüttern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 873; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat Gläser vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aktenzeichen vermerkte Legationsrat Gläser handschriftlich: „310-500 SYR/SB“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte die Botschaft in Beirut darüber, daß der in der Bundesrepublik „an geheimgehaltenem Ort“ lebende syrische Exilpolitiker al-Attar laut dem Bericht einer Nachrichtenagentur dementiert habe, „Chef der aufständischen Moslem-Bruderschaft zu sein, die zur Zeit in Syrien in blutigen Kämpfen gegen die Regierung von Staatspräsident Assad rebelliert“. Aus gesundheitlichen Gründen sei er, al-Attar, nicht in der Lage, „eine solche organisatorische Verantwortung zu übernehmen [...]. Hinzu komme, daß er seit der Ermordung seiner Frau aus verschiedenen Gründen nicht habe seßhaft werden können“. Vgl. Referat 310, Bd. 135698.

<sup>3</sup> Dazu vermerkte Legationsrat Gläser handschriftlich: „Ab 19/3“.

Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>4</sup> Am 15. Februar 1982 teilte Botschafter Wöckel, Damaskus, mit: „Die Stadt Hama, eine Hochburg der Moslembroder, befindet sich nicht zum ersten Mal im Aufstand gegen die syrische Regierung. Ähnliche Unruhen haben sich das letzte Mal 1980 und 1981 ereignet. Diesmal scheinen allerdings die Kämpfe ein ungewöhnliches Ausmaß erreicht zu haben. [...] Moslembroder hatten sich offen-

damentalistische Vereinigung der Moslembrüder sei. Außerdem ist auch von Unterstützung vom Ausland die Rede.

O. a. AFP-Meldung zufolge gab in Bonn ein sogenanntes „Kommando der islamischen Revolution“ am Abend des 10. Februar eine Mitteilung heraus, in der die Unterstützung der Aufständischen durch in der Bundesrepublik lebende Syrer deutlich wurde. Diese Gruppe wird der in Syrien verfolgten Moslembruderschaft zugerechnet.

Die Kämpfe in Hama begannen am 2./3. Februar und waren zum Berichtszeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Sie sollen mit erbitterter Härte und großer Grausamkeit geführt worden sein. Der gegenseitige Haß und die nach koranischem Brauch geübte Blutrache lassen befürchten, daß selbst nach Beendigung der Kämpfe Vergeltungsaktionen alle diejenigen treffen werden, denen im weiteren Sinne die Verantwortung für Handlungen der Moslembrüder zur Last gelegt wird.

Sobald die vermeintliche oder wirkliche Verbindung zwischen Moslembrüdern in Deutschland und den Kämpfen in Hama hier in der regierungsgelenkten Presse verbreitet wird, ist nicht auszuschließen, daß auch die Botschaft in Vergeltungshandlungen einbezogen wird.

Anläßlich des Besuchs einer Delegation der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments<sup>5</sup> hatte ich ein längeres Gespräch mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des syrischen Parlaments. Dr. Bilal brachte vor allem die Tatsache zur Sprache, daß führende Köpfe der Moslembrüder sich in Deutschland aufhalten. Er habe vor etwa 14 Tagen Kontakte mit Vertretern der Moslembrüder in Kuwait gehabt. Diese hatten ihm gesagt, daß vor ca. vier Wochen eine Versammlung der Moslembrüder in Bonn stattgefunden habe. Dabei sei auch der Exilpolitiker Issam al-Attar aufgetreten. Dies würde der Auflage widersprechen, wonach Attar sich jeder politischen Betätigung gegen die syrische Regierung enthalten muß.<sup>6</sup> Ich versprach Dr. Bilal, die von ihm gemachten Ausführungen weiterzugeben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 348*

sichtlich, auf welchem Wege auch immer, in den Besitz schwerer, auch panzerbrechender Waffen gesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 74; Referat 310, Bd. 135728.

Ministerialdirektor Gorenflös stellte am 20. Dezember 1982 zu den „Kämpfen vom Februar 82 in Hama“ fest: „Durch rücksichtslosen Einsatz der Armee, die mit Panzern und schwerer Artillerie gegen die Aufständischen vorging, behielt das Regime erneut die Oberhand. Ergebnis: völlige Zerstörung der historischen Altstadt von Hama einschließlich aller Moscheen der Stadt, gesteigerter Haß der Bevölkerung auf das Regime, ca. 10 000 Tote.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135728.

<sup>5</sup> Botschafter Wöckel, Damaskus, berichtete am 1. März 1982, daß sich vom 19. Februar bis 9. März 1982 eine Delegation der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Syrien aufhalte. Bei einem Gespräch mit der Delegation habe der syrische Außenminister Khaddam am 27. Februar 1982 zum Nahost-Konflikt dargelegt: „Syrien sei für den Frieden, aber ein solcher Frieden sei ohne politisches und militärisches Gleichgewicht zwischen Israel und Syrien nicht zu erreichen. So habe auch München 1938 wegen der politisch-militärischen Überlegenheit Deutschlands keinen Dauerfrieden bringen können. Dasselbe habe im Verhältnis des Frankreichs Pétains zu Deutschland gegolten. Israel fühle sich heute stark genug, um jede Expansionspolitik zu verfolgen. [...] Auf die Frage, wann Syrien das angestrebte Gleichgewicht erreicht haben werde, erwiderte Khaddam, daß dies bald der Fall sein werde. Er erwähnte dabei aber weder die Sowjetunion noch Ägypten. Er schien vielmehr seine Hoffnung auf Einsicht bei den USA zu richten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 310, Bd. 135652.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Petersen notierte am 1. April 1981, daß der syrische Exilpolitiker al-Attar am 23. Dezember 1980 „wegen seiner politischen Tätigkeit (u. a. wiederholter Aufruf zum Sturz der syrischen Regierung) nach Abstimmung AA-BMI von der zuständigen Behörde in Aachen verwart

Die Botschaft wäre für die Beantwortung folgender Fragen dankbar:

- 1) Liegen Erkenntnisse vor, denen zufolge Organisationen der Moslembruderschaft die Unruhen in Syrien planen und ggf. fernsteuern?
- 2) Unter welchen Bezeichnungen tritt die Moslembruderschaft an die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland?
- 3) Gibt die Moslembruderschaft eine Zeitschrift „Al Nazir“ (Der Bote) – Stimme der Mudschaheddin – heraus? (Quelle: Basler Zeitung vom 13. 2. 1982, S. 3, Artikel von Carl Buchalla.<sup>7</sup>)
- 4) Trifft es zu, daß Issam al-Attar Ende 1980 als Führer der Moslembrüder von einem Führungskollegium aus Ali Bayanouni (bzw. Banniouni), Said Hawwa und Adnan Saadeddin (bzw. Saad el-Din) abgelöst wurde? Wenn ja, welche Funktion übt Issam al-Attar jetzt aus?
- 5) Wie viele Mitglieder hat die Moslembruderschaft in der Bundesrepublik?
- 6) Wo befindet sich der Schwerpunkt der Tätigkeit dieser Vereinigung(en)?
- 7) Könnten sich aus dem deutschen Strafrecht Möglichkeiten ergeben, gegen die in Deutschland ansässigen Moslembrüder wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorzugehen? Ich habe wenig Zweifel, daß die in Hama jüngst begangenen Taten der Moslembrüder weit über das hinausgehen, was einer Opposition zugebilligt werden kann, so daß man evtl. von einer terroristischen Vereinigung sprechen könnte.

Mit Rücksicht auf die angespannte Sicherheitslage in Syrien wäre die Botschaft für eine umgehende Beantwortung dankbar.<sup>8</sup>

Wöckel

**VS-Bd. 13559 (310)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 349*

worden“ sei. Petersen wies darauf hin, daß al-Attars Ehefrau am 17. März 1981 bei einem Anschlag ermordet worden sei, der nach bisherigen Ermittlungen ihrem Ehemann, dem Direktor des Islamischen Zentrums Aachen und Führungsmitglied der Moslembruderschaft, geglückt habe. Zu zwei der insgesamt drei Tatverdächtigen stellte er fest: „Die bisherigen Ermittlungen haben den dringenden Tatverdacht ergeben, daß beide Personen, die mit Empfehlungsschreiben des syrischen Außenministeriums ausgestattet waren, auch die Mörder sind. Die Mitwirkung des Außenministeriums durch Ausstellung von Empfehlungsschreiben läßt mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit vermuten, daß die syrische Regierung selbst in den Fall verwickelt ist.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135698.

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel „Kämpfe in Hama halten an“, BASLER ZEITUNG vom 13. Februar 1982, S. 3.

<sup>8</sup> Am 19. April 1982 nahm Botschafter Wöckel, Damaskus, nochmals Bezug auf die Aktivitäten der syrischen Moslembruderschaft in der Bundesrepublik: „Die Botschaft erlaubt sich, an die Beantwortung der Fragen des Bezugsberichts zu erinnern und die Frage 3) folgendermaßen zu ergänzen: In einer Unterredung mit dem niederländischen Diplomaten in Beirut, Nikolaos van Dam, Autor des Buches ‚Struggle for Power in Syria‘, konnte ein Vertreter der Botschaft ein Exemplar der in Englisch redigierten Zeitung ‚Al Nazeer‘ von Februar 1982 einsehen. Sie enthält Äußerungen und Absichtserklärungen zu den Ereignissen in Hama, die für die Arbeit der Botschaft von großem Interesse sind.“ Wöckel nannte sodann die Anschrift der Zeitschrift in der Bundesrepublik und ein diesbezügliches Spendenkonto bei einer Bank in Stuttgart. Vgl. den Schriftbericht Nr. 265; VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

Mit einer Aufzeichnung vom 10. Mai 1982 erteilte das Bundesministerium des Innern Auskunft zu den von Botschafter Wöckel, Damaskus, gestellten Fragen. Vgl. dazu VS-Bd. 13559 (310).

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Königin Beatrix

VS-NfD

2. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit der niederländischen Königin am 2. März 1982 von 12.20 bis 13.20 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Am Gespräch nahmen teil: Prinz Claus, Frau Schmidt, AM van der Stoel, StS von Staden, AL<sup>2</sup><sup>3</sup>.

1) Nach der Begrüßung wendet sich das Gespräch dem Stand der bilateralen Beziehungen zu. Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß noch viel Distanz und manches Unausgesprochene auf holländischer Seite in diesen Beziehungen mitschwingt, meint die *Königin*, daß diese Dinge gelegentlich wieder hochkommen. Die Emotionen der Kriegsgeneration werden im Alter eher stärker. Aber die junge Generation ist da viel gelöster und ohne Komplexe gegenüber Deutschland. Die Demonstrationen auch jüngerer Holländer, z. B. bei ihrer Hochzeit<sup>4</sup>, führt sie darauf zurück, daß die Jungen bis dahin keine Gelegenheit hatten, ihre von der älteren Generation übermittelten Emotionen abzureagieren.

*Prinz Claus* unterscheidet zwischen den Gefühlen der Bevölkerung und der Darstellung in den Medien. Es gibt inzwischen zunehmend Stimmen, die anerkennen, daß die Bundesregierung einer vernünftigen europäischen Politik auch gegenüber den USA Ausdruck verleiht. Der Sorge des Bundeskanzlers über eine vor allem in den sozialdemokratischen Parteien beider Länder um sich greifende radikalmoralistische Haltung begegnet *van der Stoel* mit der Bemerkung, daß jetzt in den Niederlanden auch der Neo-Realismus entdeckt wird. Er wird, wie *Prinz Claus* bemerkt, von Vertretern der neuen Linken der 60er Jahre propagiert, die inzwischen in der politischen Verantwortung sich mit den Realitäten auseinandersetzen müssen.

2) Nach einem kurzen Gedankenaustausch über die steigende Arbeitslosigkeit in beiden Ländern meint der *Bundeskanzler*, daß sich – bei allen Unterschieden

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 4. März 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit lege ich den Gesprächsvermerk mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten. Ihre Bitte, bei der nächsten Amerika-Reise ein Treffen mit McNamara einzuplanen, ist notiert. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Bruns in Hannover wurde von mir unterrichtet, daß Sie, wie in Emden zugesagt, die Königin auf den Ausbau des Dollart-Hafens angesprochen haben. Sie haben mit AM van der Stoel vereinbart, auf den Stand der deutsch-niederländischen Verhandlungen bei Ihrem geplanten Besuch in den Niederlanden im Juli zurückzukommen.“

Hat Lahnstein am 5. März 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „nicht gelesen“ und „Kopie z[u] d[en] A[kten]“.

Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Königin Beatrix hielt sich vom 1. bis 3. März 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Die Hochzeit von Kronprinzessin Beatrix mit dem Deutschen Claus von Amsberg fand am 10. März 1966 in Amsterdam statt.

den im einzelnen – gewisse Parallelen zwischen der heutigen Lage und der Lage Anfang der 30er Jahre aufdrängen. Auch heute geht es vor allem um die Arbeitslosigkeit und die Hilflosigkeit der Regierungen, wie sie mit den Problemen der Wirtschaft fertigwerden sollen. Er sieht die Gefahr einer politisch destabilisierenden Depression, da wir noch bis ins nächste Jahr hinein mit US-Hochzinsen zu rechnen haben. Die *Königin* sieht wie der Bundeskanzler die Gefahren einer Kapitalflucht aus den Niederlanden. Sie fragt nach der Möglichkeit deutsch-französischer und europäischer Maßnahmen, über die bei den deutsch-französischen Konsultationen<sup>5</sup> gesprochen wurde. Der *Bundeskanzler* erläutert, daß es sich bei der Ankündigung vor allem um ein Signal an Washington handelt.<sup>6</sup> Man hat kein Instrumentarium zu einer wirklichen Durchsetzung gemeinsamer Maßnahmen. Die Franzosen sind noch eher als wir bereit zu Kapitalverkehrscontrollen, die ihrer colbertistischen Vorstellung entsprechen. Aber die Welt hat sich seit 30 Jahren wesentlich geändert. Die Volkswirtschaften der europäischen Staaten sind so miteinander verflochten, daß nationale Sonderkonjunktoren nicht mehr vorstellbar sind. Er sieht wie Prinz Claus in dieser Lage die Gefahr extremistischer politischer Bewegungen. Ihnen kann nicht mit einer Politik begegnet werden, die Sicherheit nur in einer immer größeren Aufrüstung sucht. Ein „kapitalistisches“ Konzept der Verteidigung, das ohne Wehrpflicht mehr auf Waffen als auf Soldaten beruht, kann in demokratischen Staaten keine wirkliche Sicherheit garantieren. Wir müssen mit einer gewandelten Stimmung in den USA rechnen, die sich u. a. aus der regionalen Verschiebung des politischen Schwergewichts von der Ostküste nach dem Westen und Süden der USA ergibt. Damit einher geht auch die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts. Im Westen und Süden liegt z. B. die große Rüstungsindustrie, die von der gegenwärtigen Haushaltsstruktur profitiert. Strukturelle Depressionen im Nordosten werden den Einfluß der Ostküste noch verringern.

3) Die *Königin* äußert ihre Sorge über die Verschlechterung der Lage in Polen. Der *Bundeskanzler* berichtet über kürzliche Berichte Rakowskis und von Freunden aus der Solidarność, die sich praktisch in allen Punkten widersprechen. Aber im Grunde gehören sie zusammen. Es bahnt sich eine griechische Tragödie an. Die Helden müssen ihren einmal eingeschlagenen Weg fortsetzen. Ob es zum Bürgerkrieg oder zu einer Re-Stalinisierung in Polen kommt, wobei das Volk an seiner tiefen Religiosität festhalten wird, es wird in jedem Fall zu großer wirtschaftlicher Not kommen. Beide Seiten in Polen glauben, daß sie ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch westlichen Sanktionen verdanken. Das ist ein Irrtum, da es praktisch keine Sanktionen gibt.<sup>7</sup> Aber es gibt keine neuen Bankkredite aus dem Westen, und die Sowjetunion kann die erforderliche große Devisenhilfe auf Dauer nicht allein leisten. Sie haben schon jetzt ihre

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vgl. Dok. 63–65.

<sup>6</sup> In der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris hieß es: „Das außerordentlich hohe Niveau der Zinssätze in den Vereinigten Staaten hat für die europäischen Volkswirtschaften sehr schwere Folgen. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich werden sich energisch dafür einsetzen, dieser Situation Herr zu werden. Sie werden sich dazu um die Unterstützung ihrer Partner in der Gemeinschaft bemühen.“ Vgl. BULLETIN 1982, S. 146.

<sup>7</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Devisenreserven abbauen und Gold verkaufen müssen. Insgesamt sieht er eine düstere wirtschaftliche und daher auch politische Entwicklung voraus. Das Urteil des Primas<sup>8</sup> ist für uns eine wichtige Orientierungshilfe, auch gegenüber den USA, weil es sich an der Freiheit in Polen ausrichtet und die Interessen der Kirche wahrt. Er weist auf die Hilfsbereitschaft der Deutschen hin, die in der großen Zahl von privaten Paketen an Polen zum Ausdruck kommt. Er stimmt der Bemerkung der Königin zu, daß ein Wirtschaftsboykott gegen die SU weder den Polen helfen noch die Ost-West-Beziehungen zugunsten des Westens verändern kann. Die pauschalen Import-Restriktionen, die die EG-Kommission ins Auge faßt<sup>9</sup>, gehen ihm auch zu weit. Er berichtet über die Beratungen des Kabinetts zu dieser Frage.

4) Der *Bundeskanzler* wirft, wie er es in einer Rede in Emden versprochen hat, die Frage des Ausbaus des Ems-Dollart-Hafens auf.<sup>10</sup> Es geht ihm um eine baldige Lösung, da Ostfriesland unter großer Arbeitslosigkeit leidet. AM *van der Stoel* berichtet, daß von deutscher Seite in diesen Tagen ein weniger ehrgeiziger Plan vorgelegt wurde. Damit ist ein neues Element in die Verhandlungen eingeführt worden, deren Ausgang er jetzt optimistischer sieht. Der *Bundeskanzler* wird sich auf dem laufenden halten und nimmt in Aussicht, mit AM *van der Stoel* bei seinem geplanten Besuch in den Niederlanden im Juli dieses Jahres<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Józef Glemp.

<sup>9</sup> Die EG-Kommission legte am 19. Januar 1982 das Dokument „C. E. E. – U. R. S. S. Catalogue commenté“ vor, das verschiedene Import- und Exportrestriktionen gegenüber der UdSSR auflistete, die in der Folgezeit innerhalb der EG erörtert wurden. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132925.

Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 5. März 1982, der Ausschuß der Ständigen Vertreter habe sich in der Sitzung am selben Tag „nach langer, intensiver Beratung auf Kompromiß, d. h. Reduzierung der Einfuhren aus der Sowjetunion“ geeinigt, und zwar „im (gemeinschaftseinheitlich) liberalisierten Bereich um 25 Prozent (Annex 1 des Kom[missions]-Vorschlags), im nicht-liberalisierten Bereich (Annex 2 des Kom.-Vorschlags) um 50 Prozent. Wir konnten insb[esondere] auch unsere Forderungen im Hinblick auf das Ausklammern bestimmter Produkte, Altverträge, Befristung der Maßnahmen und Referenzjahr durchsetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 857; Referat 214, Bd. 132926.

Die EG-Kommission legte am 5. März 1982 Änderungen „zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates betreffend gewisse handelspolitische Maßnahmen gegenüber Einfuhren mit Ursprung in der UdSSR“ vor. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132926.

<sup>10</sup> Referat 514 erläuterte am 16. November 1978, daß die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung einen Ausbau und eine Modernisierung des Emdener Hafens sowie die Schaffung eines Industriegeländes planten. Aufgrund des Vertrags vom 8. April 1960 über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) müsse mit den Niederlanden vor Baubeginn eine Einigung über Eindeichung und Landgewinnung erzielt werden. Für die Niederlande seien neben dem Schutz der wirtschaftlichen Interessen niederländischer Häfen der Umwelt- und Naturschutz in dem Gebiet wichtig. Vgl. dazu B 86 (Referat 514), Bd. 1671.

Am 11. Februar 1982 resümierte Referat 514: „1) Seit April 1978 werden deutsch-niederländische Regierungsverhandlungen [...] über a) den Ausbau des Hafens von Emden (Dollart-Hafen), b) die Verlegung des Ems-Fahrwassers, c) die Ermöglichung der Ansiedlung von Industrien auf dem im Zusammenhang mit dem Ausbau des Hafens aufzuschüttenden Geise-Rücken geführt. Hiermit verbunden sind: d) eine Klarstellung des Grenzverlaufs im Bereich der Verlegung des Ems-Fahrwassers, e) eine Regelung der deutsch-niederländischen Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Umweltfragen im Vertragsgebiet, f) die Einsetzung einer Beratungskommission und g) eine Regelung über die Schiedsgerichtsbarkeit. 2) Dem Projekt wird vom Bund und vom Land Niedersachsen erhebliche Bedeutung beigemessen, da die industrielle Nutzung des Geise-Rückens zur Schaffung von 24 000 Arbeitsplätzen in Ostfriesland [...] führen soll. [...] 3) Die Verhandlungen sind sehr schleppend vorangegangen, insbesondere weil auf niederländischer Seite Umweltorganisationen heftigen Widerstand gegen das Projekt geleistet haben.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1835.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 8./9. Juli 1982 in den Niederlanden auf. Vgl. dazu Dok. 203.

hierüber zu sprechen. Die *Königin* berichtet über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region um Groningen.

*Prinz Claus* weist darauf hin, daß die Nutzung des Hafens auch unter den jüngsten Demonstrationen gegen Transporte amerikanischer Munition nach Deutschland zu leiden hatte.

5) *AM van der Stoel* erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Demonstrationen bei solchen Gelegenheiten in den Niederlanden von verschiedenen politischen Kräften getragen und wohl auch bezahlt werden. Die *Königin* fügt hinzu, daß es sich bei der Friedensbewegung sicherlich nicht nur um bezahlte Leute handelt. Sie bringt die echte Angst und Unruhe der Menschen zum Ausdruck. Die Gefahr ist, daß sie dann in Sicherheitsfragen nicht mehr rational reagieren. Die Kirchen in den Niederlanden – es gibt etwa 80 große und 120 kleine – gehen immer mehr auf diese Unruhe und Angst ein. Es gibt dabei kaum einen Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten, die beide in den Niederlanden von einer calvinistischen Mentalität geprägt sind. *Prinz Claus* ergänzt, daß es in beiden Kirchen rechte und linke Flügel gibt. Aber da die Niederlande keine Kirchensteuer kennen, drückt sich die Unzufriedenheit mit der Haltung der Kirchen in dieser Frage nicht so deutlich durch Kirchenaustritte aus wie in Deutschland.

6) Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert *AM van der Stoel* den zur Zeit wenig befriedigenden Stand der Zusammenarbeit der Beneluxstaaten. Seit 1975<sup>12</sup> gab es kein Gipfeltreffen mehr<sup>13</sup>, weil Brüssel die Opposition der Wallonen fürchten muß. Die *Königin* ergänzt, daß der Schwerpunkt der Zusammenarbeit bei der Ökologie und Raumordnung liegt. *Prinz Claus* weist darauf hin, daß die regionale Zusammenarbeit in Europa am besten in der Dreiländerecke funktioniert. Dazu mag auch der gleiche Dialekt in allen drei Ländern beitragen.

7) Der *Bundeskanzler* dankt der *Königin* dafür, daß sie Berlin in ihr Besuchsprogramm aufgenommen hat.<sup>14</sup> Die *Königin* freut sich darauf, Berlin wiederzusehen, das sie bereits vor einigen Jahren kennengelernt hatte. *AM van der Stoel* berichtet, daß die DDR versucht hat, einen Protest einzulegen, der von den Niederlanden aber nicht akzeptiert wurde.

8) Die *Königin* spricht die Probleme der Gastarbeiter und des sozialen Friedens an. Der *Bundeskanzler* berichtet über die Probleme der Integration von vier- einhalb Millionen Ausländern, unter denen die 1,5 Mio. Türken das Hauptproblem darstellen. Es gibt bei uns noch keinen Rassenstreit, aber eine deutliche Tendenz zu einer Zweiklassengesellschaft, besonders in den Ballungsgebieten in Großstädten. Er hat das Gefühl, daß sich die zweite Generation integrieren wird. Die vielen Ausländerinnen, die er bei seinem Besuch bei Quelle in Nürnberg gesehen hatte, machten den Eindruck, voll integriert zu sein. Die *Königin* betont, daß sich auch in den Niederlanden – *AM van der Stoel* erläutert, daß es etwa eine halbe Mio. Ausländer gibt – die Tendenzen zu einer Zweiklassengesellschaft und zur Konzentration der Ausländer auf bestimmte Stadtgebiete

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „1974“.

<sup>13</sup> Am 20./21. Oktober 1975 fand in Brüssel eine Gipfelkonferenz der Benelux-Staaten statt, an der die Ministerpräsidenten Thorn, Tindemans und den Uyl teilnahmen.

<sup>14</sup> *Königin* Beatrix besuchte Berlin (West) am 3. März 1982.

abzeichnen. Sie sieht die Gefahr, daß die zweite Generation, die aufgrund ihrer niederländischen Schulbildung beruflich aufsteigen kann, die Tür zum sozialen Aufstieg verschlossen findet. Sie betont auf Frage von Frau Schmidt, daß sich die Ambonesen bisher jeder Integration verschlossen haben.

9) Der *Bundeskanzler* legt der Königin nahe, in den Vereinigten Staaten ihre Autorität als Königin für ein größeres Verständnis der Lage und der Probleme Europas durch die Amerikaner einzusetzen.<sup>15</sup> Auf Hinweis der Königin, daß sie im April anlässlich der Feiern zum 200-jährigen Bestehen der niederländisch-amerikanischen diplomatischen Beziehungen vor beiden Häusern des Kongresses sprechen wird<sup>16</sup>, betont er noch einmal, daß eine politische Rede der Königin in der amerikanischen Öffentlichkeit größeren Eindruck hinterlassen wird als Appelle europäischer Regierungschefs.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

## 71

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

231-383.25/12 ELS

4. März 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Resolutionen über lateinamerikanische Staaten auf der Sitzung der VN-Menschenrechtskommission (MRK) in Genf vom 1.2. bis 12.3.1982

Anlg.: 3 (Resolutionsentwürfe zu Chile, El Salvador, Guatemala)<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Entscheidung zu den Vorschlägen unter II.

#### I. Sachstand und Wertung

1) Im menschenrechtlichen Bereich der Vereinten Nationen bildet Lateinamerika einen einseitigen Schwerpunkt, und zwar sowohl in der GV wie in der MRK. Auf fast jeder Sitzung gibt es Resolutionen zu El Salvador, Chile, Bolivien,

<sup>15</sup> Königin Beatrix hielt sich vom 18. bis 22. April 1982 in den USA auf.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Rede von Königin Beatrix am 21. April 1982 vor dem amerikanischen Kongreß vgl. TRANSATLANTIC FRIENDSHIP, S. 31–37.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Baumann und Vortragendem Legationsrat Lincke konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 5. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 5. März 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 8. März 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflos verfügte.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Gründe für die Vorschläge sind nicht voll überzeugend. Warum bemühen wir uns nicht um Verurteilungen auch bei solchen Ländern, wo es uns erforderlich erscheint?“

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11, 19 und 21.

Guatemala. Dabei fällt wiederum die Einseitigkeit der Auswahl auf: Es fehlen z.B. Kuba und das von ihm beeinflusste Nicaragua, denen selbst Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen sind. Sie stehen sogar als treibende Kraft hinter den Resolutionen. Der Osten und radikale Länder der Dritten Welt haben sie aktiv mitgefördert. Im Westen waren in den letzten Jahren insbesondere NL und die Skandinavier aktiv an der Ausarbeitung solcher Texte beteiligt, sogar als Miteinbringer; seit den jeweiligen Wahlen sind F<sup>5</sup> und GR<sup>6</sup> hinzugekommen. Die Mehrheit der EPZ-Partner, darunter wir, hat sich in der Regel notgedrungen entschlossen, diesen Resolutionen zuzustimmen, auch wenn sie einseitig und überzogen waren.

Resolutionen, die sich auf menschenrechtliche Anliegen beschränken, sollten wir in jedem Fall mittragen, gleichgültig, welchen Teil der Welt sie betreffen. Dies kann jedoch nicht gelten, wenn ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird durch rein politische Aussagen, durch einseitige Parteinahme in einem Bürgerkrieg oder durch falsche bzw. übertriebene Tatsachenbehauptungen. Bei den Resolutionen zu Lateinamerika bestehen derartige Bedenken (insbesondere El Salvador, Chile).

2) Bei unserem Stimmverhalten können wir uns in diesen Fragen nicht mehr vorwiegend von der Rücksichtnahme auf unsere EPZ-Partner bestimmen lassen. NL, DK, F und GR verhandeln zunehmend mit anderen Gruppen (radikale Länder der Dritten Welt) und bringen Resolutionen mit ein, ohne sich um unsere Bedenken und diejenigen anderer EPZ-Partner (GB, B, I, LUX) zu kümmern.

3) Unsere Loyalität in der EPZ wird also nicht honoriert und bringt uns Nachteile und Belastungen in anderen außenpolitischen Bereichen:

- Unsere „Ja“-Stimme zur letzten GV-Resolution über El Salvador<sup>7</sup> hat die USA verärgert, weil sie den Text auch als gegen sich gerichtet ansehen.<sup>8</sup> Aufgrund unseres Stimmverhaltens wechselten B und I von der Enthaltung im Ausschuß zum „Ja“ im Plenum über.
- Unsere traditionell guten Beziehungen zu Lateinamerika leiden darunter, wenn wir undifferenziert bei allen Verurteilungen von Ländern dieser Region zustimmen (trotz eventueller einschränkender Stimmerklärungen). Dies schmälert auch unsere Einwirkungsmöglichkeiten im menschenrechtlichen Bereich. Andere EPZ-Partner brauchen derartige Rücksichten nicht im gleichen Maße zu nehmen.
- In dieser MRK laufen wir Gefahr, daß auch die eher pro-westlichen lateinamerikanischen Mitglieder der MRK aus Verärgerung unsere Polen-Resolution zu Fall bringen (Haupteinbringer bisher wir, I, DK und NL), zumal DK

<sup>5</sup> Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging.

<sup>6</sup> Nach den Wahlen zum griechischen Parlament am 18. Oktober 1981 wurde am 21. Oktober 1981 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Papandreu vereidigt.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/155 der VN-Generalversammlung vom 16. Dezember 1981 zu El Salvador vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 417 f.

<sup>8</sup> Zur Haltung der USA gegenüber der Bundesrepublik hinsichtlich der Resolution Nr. 36/155 der VN-Generalversammlung vom 16. Dezember 1981 zu El Salvador vgl. Dok. 10.

und NL ohnehin als Vorreiter bei Lateinamerika-Resolutionen bekannt sind. Um so mehr liegt es an uns und I, für die Polen-Resolution bei den Lateinamerikanern zu werben.<sup>9</sup>

- Schließlich sollte auch ins Gewicht fallen, daß der Osten überzogene Resolutionen gegen lateinamerikanische Staaten propagandistisch nutzt, gerade auch in den von Kuba geschürten Bürgerkriegssituationen in Mittelamerika.

4) Wir sollten daher unser Stimmverhalten überprüfen und im Kreise unserer westlichen Partner für ein entsprechendes Vorgehen in den bevorstehenden Abstimmungen werben. Der MRK gehören für die westliche Gruppe an: AUS, KAN, USA, darunter von den Zehn: D, DK, F, GB, GR, I, NL.

Ferner ist Japan Mitglied der MRK.

## II. Vorschläge und Begründung im einzelnen

1) El Salvador: Wir sollten uns diesmal enthalten<sup>10</sup>.

USA haben bei der letzten GV-Resolution mit „Nein“ gestimmt, ebenso Lateinamerikaner fast geschlossen, bis auf Kuba-Flügel und Mexiko. GB, AUS, KAN und Japan haben sich bereits in der GV enthalten. I dürfte uns bei einer Enthaltung folgen, wenn wir uns rechtzeitig abstimmen, DK, F, GR und NL haben die letzte GV-Resolution miteingebracht. Sie haben sich auch – zunächst ohne GR – über unsere Bedenken hinweg mit Mexiko (das für die Radikalen der Dritten Welt verhandelte) über die Einbringung des vorliegenden Textes geeinigt.

Gründe: Der neue Resolutionsentwurf (Anlage 1<sup>11</sup>) ist deutlich schärfer als derjenige der letzten GV. Er fordert u. a. in op.<sup>12</sup> 4 die Regierung von El Salvador auf, Verhandlungen mit allen repräsentativen politischen Kräften in El Salvador zu beginnen, um die Bedingungen für die Bildung einer demokratisch gewählten Regierung zu schaffen. Eine solche Aussage unmittelbar vor den angesetzten Wahlen in El Salvador<sup>13</sup> stellt eine starke Vorbelastung dar, die den Verlauf beeinträchtigen kann.<sup>14</sup> Der gesamte Tenor des Textes richtet sich stärker gegen die Regierung und die USA als gegen die Guerillas und die hinter ihnen stehenden Kräfte.<sup>15</sup>

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/26 der VN-Menschenrechtskommission vom 10. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in Polen, die mit 19 gegen 13 Stimmen bei zehn Enthaltungen angenommen wurde, vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 143 f.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den undatierten Resolutionsentwurf zu El Salvador vgl. Referat 231, Bd. 121145.

<sup>12</sup> Order point.

<sup>13</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>14</sup> Der Passus „Der neue ... kann“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das genau ist unsere Position, wie ich sie in der GV justiert habe.“

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/28 der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in El Salvador vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 145–147.

2) Chile: Wir sollten uns enthalten<sup>16</sup>, falls auch GB Enthaltung übt (entsprechend Vorschlag der Botschaft Santiago).

In der vorigen MRK haben die USA mit „Nein“ gestimmt, wir, F, GB, Australien und Kanada haben uns enthalten. DK, NL, GR, Portugal (jetzt ersetzt durch Italien) votierten dafür.<sup>17</sup>

In der letzten GV stimmten jedoch alle westlichen MRK-Mitglieder mit „Ja“, außer USA („Nein“). Japan enthielt sich.<sup>18</sup>

In der diesjährigen MRK dürfte unter den EPZ-Partnern nur bei GB eine Enthaltung möglich sein, ebenso bei Australien und Kanada, schon damit der Gegensatz zum amerikanischen „Nein“ nicht zu groß wird. F hat nach dem Präsidentenwechsel in dieser Frage eine absolute Kehrtwendung vollzogen. NL und DK haben sich trotz unserer ihnen bekannten Bedenken entschlossen mitzubringen.

Gründe: Der Resolutionsentwurf (Anlage 2<sup>19</sup>) würde die Sonderbehandlung Chiles (Sonderberichterstatter, eigener TOP der MRK), gegen die wir uns seit langem wenden, fortsetzen. Ferner enthält der Text laut Bericht der Botschaft Santiago falsche Tatsachenbehauptungen (z. B. hat die Zahl der willkürlichen Verhaftungen 1981 nicht zugenommen, sondern sie ist zurückgegangen).<sup>20</sup>

3) Guatemala: Hier liegt bisher nur ein informeller Entwurf (Anlage 3<sup>21</sup>) vor, der von Exilkraften verfaßt ist. Schweden hat unsere Delegation gefragt, ob sie ihn einbringen möchte. Wir könnten den Text dann zwar noch abschwächen. Doch sollten wir in diesem Bereich nicht durch eigene Initiativen hervortreten, nachdem wir uns stets gegen eine selektive Behandlung Lateinamerikas gewandt haben.<sup>22</sup> Dies schließt nicht aus, daß wir wie im Vorjahr<sup>23</sup> einem sachlich kritischen Text zustimmen (1981 der gesamte Westen, auch USA).<sup>24</sup>

16 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

17 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 9 (XXXVII) der VN-Menschenrechtskommission vom 26. Februar 1981 zur Lage der Menschenrechte in Chile vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1981, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 206–209.

18 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/157 der VN-Generalversammlung vom 16. Dezember 1981 zu Chile vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 418 f.

19 Dem Vorgang beigelegt. Für den undatierten Resolutionsentwurf zu Chile vgl. Referat 231, Bd. 121145.

20 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/25 der VN-Menschenrechtskommission vom 10. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in Chile vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 140–142.

21 Dem Vorgang beigelegt. Für den undatierten Resolutionsentwurf zu Guatemala vgl. Referat 231, Bd. 121145.

22 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

23 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 33 (XXXVII) der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1981 zur Lage der Menschenrechte in Guatemala vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1981, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 234 f.

24 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.  
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/31 der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in Guatemala vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 149 f.

4) Bolivien: Eine Resolution liegt noch nicht vor. Wenn sie so sachlich wie im Vorjahr ausfällt<sup>25</sup>, könnten wir ihr wieder zustimmen (so der gesamte Westen 1981).<sup>26</sup>

D<sup>327</sup> hat mitgezeichnet.

Pfeffer

Referat 231, Bd. 121145

## 72

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer

410-420.10 VS-NfD

4. März 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Süderweiterung der EG;

hier: Gleichzeitiger Beitritt Spaniens<sup>3</sup> und Portugals<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Billigung der vorgeschlagenen Linie

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 34 (XXXVII) der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1981 zur Lage der Menschenrechte in Bolivien vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1981, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 235 f.

<sup>26</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/33 der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in Bolivien vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 152 f.

<sup>27</sup> Walter Gorenflos.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler sowie den Legationsräten I. Klasse Krier und Döring konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. März 1982 vorgelegen, der Ministerialdirigent Ungerer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Kyaw um Rücksprache bat.

Hat Lautenschlager am 9. März 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 41 wie b[e]spr[ochen].“

<sup>3</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 23.

Referat 410 notierte am 19. März 1982: „Die belgische Präsidentschaft hat sich zum Ziel gemacht, die weniger problematischen Kapitel der Beitrittsverhandlungen: Kapitalverkehr, Verkehr, Regionalpolitik, Niederlassungsrecht, Rechtsharmonisierung, Wirtschafts- und Finanzfragen, bis zum Sommer abzuschließen. Danach sollen sich die Beitrittsverhandlungen auf die schwierigen Kapitel (Zollunion, Landwirtschaft, Fischerei, EGKS, Außenbeziehungen, Sozialfragen, EURATOM) konzentrieren.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130427.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 47, Anm. 25.

Referat 410 informierte am 16. März 1982: „Das Kapitel Zollunion stellt (neben Landwirtschaft) den Kernbereich der Verhandlungen dar. Auf ihn wird sich die Arbeit in Brüssel in den kommenden Wochen konzentrieren. [...] Die Verwirklichung der Zollunion wird durch die mit der EWG u[nd] EGKS geschlossenen Abkommen von 1972 (Zusatzprotokolle 1976 und 1979) wesentlich erleichtert. [...] Allerdings hat das Ergänzungsprotokoll von 1979 Portugal die Möglichkeit eingeräumt, den Zollabbau für bestimmte Waren einzufrieren und, ‚soweit zur Industrialisierung und Entwicklung des Landes erforderlich‘, zu erhöhen oder wieder einzuführen. Über die Fortgeltung dieser Maßnahmen

## I. Zusammenfassung

Die Beitrittsverhandlungen kommen wegen der Mandatsdiskussion<sup>5</sup> in den großen Kapiteln, insbesondere bei Landwirtschaft und Fischerei, nur langsam vorwärts. Frankreich will den weniger belastenden Beitritt Portugals zeitlich vorziehen. Wir lehnen dies wegen der unabsehbaren Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Spanien und dessen Einbindung in den Westen ab. Realistisch gesehen, könnte Portugal am 1.1.1985 beitreten. Dasselbe Datum muß auch für Spanien gelten. Um dies zu erreichen, müssen wir vor allem in den Beitrittsverhandlungen mit Spanien auf Fortschritte drängen, aber gleichzeitig einer einseitigen Beschleunigung bei Portugal entgegenzutreten, wo immer dies sachlich angemessen ist. In bilateralen Kontakten sowie im Rat sollten wir die Wichtigkeit eines gleichzeitigen Beitritts unsererseits weiterhin unterstreichen. Während unserer Präsidentschaft<sup>6</sup> werden wir in dieser Frage besonders gefordert werden, deren Lösung letztlich von der Regelung der anstehenden gemeinschaftsinternen Probleme (insbesondere Mandat, Mittelmeerprodukte) abhängt.

II. 1) Die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal bewegen sich in den „großen“ Kapiteln (insbesondere Landwirtschaft, Fischerei) nur langsam vorwärts. Zwar konnte bisher eine Blockierung verhindert werden, die ausbleibenden Fortschritte in der Mandatsdiskussion haben jedoch auf den Gang der Beitrittsverhandlungen insgesamt einen lähmenden Effekt. Die Gemeinschaft versucht z. Zt. in den kleineren, von der GAP-Reform nicht betroffenen und auch im übrigen weniger schwierigen Verhandlungsbereichen (Kapitalverkehr, Niederlassungsrecht, Verkehr u. a.) weiterzukommen, bisher mit gutem Erfolg.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 359*

über 1982 hinaus muß noch in diesem Jahr zwischen Portugal und der Gemeinschaft im Gemischten Ausschuß verhandelt werden.“ Offene Fragen gäbe es auch im Textilbereich: „Etwa 30% der portugiesischen Exporte entfallen auf den Textilsektor. Es ist der Industriezweig, von dem sich Portugal am unmittelbarsten Vorteile und weitere Expansion im Zusammenhang mit dem Beitritt erhofft. Besonders GB (größter Abnehmer portugiesischer Textilien) und F fordern für eine Übergangszeit nach Beitritt mengenmäßige Beschränkungen“. Vgl. Referat 410, Bd. 130297.

<sup>5</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff-Dallwitz legte am 4. März 1982 dar: „1) GB ist bereit, Nettozahler in geringfügigem Ausmaß (150–200 Mio. ECU) zu bleiben, obgleich sein BIP deutlich unter Gem[einschafts]-Durchschnitt liegt. 1.1) GB wünscht weitgehenden Ausgleich seines Nettosaldos, und zwar auf der Einnahmeseite durch den (noch anzupassenden) Finanzmechanismus (GB Beitragsanteil = 23,5% / GB BIP-Anteil = 19,8%); auf der Rückflußseite durch möglichst weitgehenden Ausgleich des ‚objektiven Indikators‘ (Differenz zwischen Rückflußanteil = 11 bis 13% und BIP-Anteil = 19,8%) nach einem für die gesamte Laufzeit (GB = fünf Jahre, Partner = vier J[ahre]) festzulegenden, konstanten Prozentsatz. 1.2) GB ist bereit, die sich hierbei allerdings automatisch ergebende Degressivität der Entlastung bei sinkendem Gesamtnettosaldo bzw. die Progressivität des Restnettosaldos bei steigendem Gesamtnettosaldo zu akzeptieren. Es lehnt ‚willkürlich‘ festgelegte Degressivität ab. [...] 2) Frankreich sieht britische Frage als reines Übergangsproblem an, lehnt Bezug auf Zusage von 1970 (solidarische Verhinderung des Eintretens ‚unannehmbarer Situationen‘) ab und tendiert dazu, von Textteilen, über die bereits Einvernehmen erzielt worden ist, wieder abzugehen. 2.1) F fordert daher autonome, d. h. politisch festgelegte Degressivität der Entlastung mit dem Ziel der Verminderung auf Null nach Ende der Laufzeit. [...] 2.2) F lehnt Verlängerung des Finanzmechanismus ab, obgleich es entsprechenden Text am 15.1.82 bereits hingenommen hatte.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130593.

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

2) Frankreich hat in den letzten Monaten seine Absicht, den weniger problematischen Beitritt Portugals zeitlich vorzuziehen, mehrfach bekräftigt (Mitterrand in Lissabon am 11./12.12.1981<sup>7</sup>, Minister Chandernagor am 22. Februar im Rat<sup>8</sup>). Ein vorgezogener Beitritt Portugals würde es F leichter machen, den gerade für die französische Landwirtschaft (aber auch die Stahlindustrie) belastenderen Beitritt Spaniens hinauszuschieben. F hat in diesem Sinne mit Portugal zur Beschleunigung des Portugal-Dossiers die Einrichtung eines bilateralen Ausschusses vereinbart, der regelmäßig alle zwei bis drei Monate Probleme der Beitrittsverhandlungen erörtern soll.

3) Wir haben alles Interesse daran, die Beitrittsverhandlungen zu beschleunigen. Wir lehnen es aber ab, den Beitritt Portugals vorwegzunehmen. Ein vorgezogener Beitritt Portugals würde nicht nur aus wirtschaftlich-technischen Gründen den mit der Süderweiterung verbundenen Anpassungsprozeß erschweren, sondern brächte vor allem die Gefahr einer weitgehenden Verschleppung des spanischen Beitritts mit sich. F und ggf. auch andere MS könnten nach vollzogenem Beitritt Portugals das „Erweiterungssoll“ der Gemeinschaft vorläufig als erfüllt ansehen und angesichts der internen Schwierigkeiten der Gemeinschaft den unzweifelhaft problematischen Beitritt Spaniens nachhaltig hemmen. Dies würde sich auf die weitere Integration des Landes in den Westen und die Entwicklung der Demokratie in Spanien mit Sicherheit destabilisierend auswirken. Die Gemeinschaft ist Spanien gegenüber im Wort und würde bei Spanien politisch mehr verlieren, als sie bei Portugal gewinnen könnte. Eine Hintansetzung Spaniens, deren Folgen unabsehbar sind, können wir nicht dulden.

Wir fühlen uns gebunden an die informelle Vereinbarung der Neun 1978<sup>9</sup> in Hesselet<sup>10</sup>: getrennte Verhandlungen, aber gleichzeitiger Beitritt. Gegen ein schnelleres Verhandlungstempo bei Portugal und ggf. eine frühere Unterzeichnung des portugiesischen Beitrittsvertrages können wir nur schwer Einwände erheben. Das Augenmerk ist daher auf das Beitrittsdatum zu richten. Dieses muß für beide Länder identisch sein. Diesem Konzept kommt in der Praxis entgegen, daß die Zeit zwischen Unterzeichnung und tatsächlichem Beitritt dehnbar ist, wenn auch in Grenzen. Andererseits hat bereits der Unterzeichnungstermin als solcher ein politisches Gewicht und ist im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in beiden Ländern zu sehen, die in Spanien im Frühjahr 1983<sup>11</sup> und in Portugal 1984<sup>12</sup> anstehen.

4) Bisher wurde als – inoffizielles – Beitrittsdatum für Spanien und Portugal regelmäßig der 1.1.1984 genannt. Dies kann inzwischen als ausgeschlossen gel-

<sup>7</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 11./12. Dezember 1981 in Portugal auf. Bei einer Pressekonferenz am 12. Dezember 1981 in Lissabon legte er dar: „Je crois qu'on peut dire oui l'heure de rentrée du Portugal dans la C[ommunauté]E[conomique]E[uropéenne] approche et même l'aiguille qui marque les heures accélère son allure.“ Vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1981, VI, S. 70.

<sup>8</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 22./23. Februar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 67.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „1977“.

<sup>10</sup> Am 20./21. Mai 1978 fand ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ im Hotel Hesselet in Nyborg statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 156.

<sup>11</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>12</sup> In Portugal fanden am 25. April 1983 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

ten, und zwar für beide Länder. Da für die Ratifizierungsverfahren in den MS mindestens ein Jahr veranschlagt werden muß, würde dieses Datum einen Verhandlungsabschluß bis Ende 1982 voraussetzen, was angesichts der sich hinziehenden GAP-Anpassung (Mittelmeerprodukte!) nicht zu erwarten ist. Bei Portugal spielt die Agrarproblematik zwar nicht die überragende Rolle wie bei Spanien (geringe Konkurrenzgefahr durch portugiesische Landwirtschaft, keine größeren Kosten für EG-Haushalt). Trotzdem wird sich die bis auf weiteres ungeklärte Ausrichtung der GAP bei MM<sup>13</sup>-Produkten bremsend auch auf die Portugal-Verhandlungen auswirken. Auch im Fischereikapitel gäbe es zeitlich Schwierigkeiten. Realistisches Beitrittsdatum für Portugal ist demnach der 1.1.1985 (Verhandlungsabschluß unter deutscher Präsidentschaft, Vertragsunterzeichnung zweite Hälfte 1983). Ob dasselbe für Spanien angenommen werden kann, wird innerhalb der EG-Kommission bereits bezweifelt.

5) Vor diesem Hintergrund muß unser Ziel sein:

- Beitritt auch für Spanien zum 1.1.1985. Das bedeutet Unterzeichnung des Vertrages bis Ende 1983 und vor allem: Abschluß der Beitrittsverhandlungen möglichst noch während deutscher Präsidentschaft.
- Unterzeichnungstermine Spanien und Portugal möglichst nah aneinanderhalten. Ein zu weiter zeitlicher Abstand wird für Spanien innenpolitisch schwierig und erhöht die Gefahr, daß der synchrone Beitritt dann doch nicht gelingt.<sup>14</sup>

Wir müssen daher in den Beitrittsverhandlungen mit Spanien auf Fortschritte drängen und einer einseitigen Beschleunigung in den Verhandlungen mit Portugal entgegentreten. Verhandlungsfortschritte bei Portugal sollten wir im übrigen als Argument für notwendige ähnliche Fortschritte bei Spanien verwenden. Wir müssen vor allem unsere EG-Partner bilateral (belgische und dänische Präsidentschaft<sup>15</sup>, einzelne MS) darauf verpflichten, Spanien politisch nicht hintanzustellen.

6) Bei allem verfahrensmäßigen Drängen müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es ohne die zumindest ansatzweise Lösung bestimmter, die Gemeinschaft insgesamt betreffender Problemkomplexe einen absehbaren Beitritt Spaniens voraussichtlich nicht geben wird. Dazu gehören:

- Anpassung der GAP: Ohne eine maßgebliche Verbesserung der Marktordnungen für MM-Erzeugnisse werden die mediterranen MS die Schlußverhandlungen mit Spanien blockieren. Wir werden hier Zugeständnisse ma-

<sup>13</sup> Mittelmeer.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden sowie Portugal und Spanien über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) nebst der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 302 vom 15. November 1985, S. 9–465.

Zugleich faßte der EG-Rat am 11. Juni 1985 einen Beschluß über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 302 vom 15. November 1985, S. 5 f.

Der EG-Beitritt Portugals und Spaniens erfolgte am 1. Januar 1986.

<sup>15</sup> Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 inne, Dänemark vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982.

chen müssen, werden aber darauf zu achten haben, daß wir die Erfüllung unseres Beitrittsinteresses nicht unverhältnismäßig hoch bezahlen.

Größtes Problem ist der zu erwartende Überschuß in der Olivenölproduktion. F und andere MS fordern zur Marktregelung Einführung einer Fettsteuer, die die EG in schwere handelspolitische Konflikte mit den USA bringen würde.

- EG-Finanzierung: Die Ein-Prozent-MWSt-Grenze<sup>16</sup> wird sich im Zuge der Süderweiterung nicht halten lassen. Darüber besteht weitgehend unausgesprochenes Einverständnis. Wir müssen jedoch (gegen F), solange es nur irgend geht, schon um den Druck in der GAP-Anpassung aufrechtzuerhalten, an der Grenze festhalten. Im laufenden und im kommenden Jahr werden wir unter den gegenwärtigen Bedingungen voraussichtlich im Rahmen des einen Prozents bleiben. (BMF anderer Meinung hinsichtlich 1983.) Das Bild für 1984 und die Jahre ab dem Beitritt wird nicht nur von der Entwicklung der landwirtschaftlichen Weltmarktpreise und dem Ausmaß der EG-internen Agrarpreiserhöhungen abhängen, sondern vor allem von den Problemlösungen, die die Gemeinschaft im Rahmen des „Mandats“ zur Sanierung ihrer eigenen Finanzstruktur finden wird.
- Drittländersbeziehungen: Das Problem der Auswirkungen der Süderweiterung auf die Mittelmeerländer kann nicht auf die Jahre nach dem Beitritt Portugals und Spaniens verschoben werden. Die betroffenen Länder (insbesondere Maghreb und Israel) drängen verstärkt.  
Auch wir haben spezifische Interessen. Auf der anderen Seite steht die Forderung der MM-MS nach verstärktem Außenschutz. Die Kommission beabsichtigt, möglichst noch in diesem Jahr Vorschläge zur Frage der Drittländersauswirkungen der Süderweiterung zu unterbreiten.

Ungerer

**Referat 410, Bd. 130359**

<sup>16</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

## Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-11240/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 580  
Cito

Aufgabe: 4. März 1982, 15.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 4. März 1982, 17.59 Uhr

Betr.: Westliche Polen-Politik<sup>2</sup>

1) Mit dem allmählichen Abklingen des Schocks, den die Ereignisse des 13. Dezember 1981 ausgelöst haben, wird zunehmend deutlich, daß die westliche Politik gegenüber Polen sich in einem Dilemma befindet.<sup>3</sup> Dies ist neuerdings auch Diskussionsgegenstand im Kreise der westlichen Botschafter in Warschau. Ich fühle mich deshalb verpflichtet, hierzu einige Gedanken zu formulieren und vorzulegen.

2) Es dürfte unbestreitbar sein, daß die nach dem 13. Dezember 1981 im Bündnis und im Kreis der Zehn eingenommenen Positionen nicht die erhoffte<sup>4</sup> Wirkung gehabt haben. Das polnische Militärregime wollte oder konnte die geforderten deutlichen Signale vor allem deshalb nicht geben, weil die hart<sup>5</sup> formulierten drei Bedingungen<sup>6</sup> auf eine Wiederherstellung des Status quo ante<sup>7</sup> des 12. Dezember abzielen schienen. Vielleicht ist unmittelbar nach dem 13. Dezember verkannt worden, daß ein Abbau der Zwangsmaßnahmen und eine politische Lösung der entstandenen Probleme nur im Zuge eines längeren Prozesses erfolgen können. Dies ergibt sich aus unserer seitherigen Berichter-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl am 5. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen, der für Staatssekretär von Staden handschriftlich vermerkte: „DB 580 ist ein erstaunliches Dokument. Es steht im Widerspruch zur gesamten bisherigen Berichterstattung einschließlich der mündlichen Vorträge hier. Man hätte erwarten dürfen, daß Botschaft – wenn sie eine solche Kehrtwendung für erforderlich hält – die Gründe dafür darlegt. Unabhängig von Vorstehendem halte ich eine genaue Analyse für erforderlich, zunächst erbitte ich Rücksprache.“

Hat Amtsrat Kusnezow am 8. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] an B[üro]StS.“

Hat Ploetz am 8. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Braumnühl „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Braumnühl erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hausbespr[echung] mit M[eyer]-L[andrut] und Negwer soll stattf[inden]. Erst Vorlage an BM.“

Hat Braumnühl am 2. April 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Graf Brühl bestätigte nach Rückkehr aus Warschau, daß Negwer diesen Bericht unter dem Eindruck seiner Gespräche mit Wehner verfaßt hat.“

<sup>2</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl handschriftlich: „Bezug?“

<sup>3</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl handschriftlich: „Zu undifferenziert.“

<sup>4</sup> Die Wörter „nicht“ und „erhoffte“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>7</sup> Die Wörter „Status quo ante“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

stattung und aus den vorgelegten umfangreichen Materialien zur Stimmung im Lande.

Die westliche Politik konnte sich überdies nie klar genug entscheiden, ob der Hauptverantwortliche und damit der Hauptadressat in Warschau oder in Moskau zu suchen sei.<sup>8</sup> Hieraus erklärt sich wohl die Unausgewogenheit und mangelnde Konsistenz der Sanktionen<sup>9</sup>, die den Verdacht nährten, es gehe in Wirklichkeit nicht um Polen, sondern um eine Schwächung des östlichen Bündnisses.<sup>10</sup>

3) Von einer Erfüllung der drei westlichen Bedingungen kann nicht die Rede sein. Allerdings muß eingeräumt werden, daß das Militärregime sich, wenn auch in winzigen Schritten, in Richtung auf eine Erfüllung bewegt. Eine Reihe von Restriktionen des Kriegsrechts für die polnische Bevölkerung und für die diplomatischen Vertretungen sind aufgehoben worden<sup>11</sup>, nach offiziellen Angaben ist etwa ein Drittel der Internierten inzwischen entlassen worden<sup>12</sup>, und die katholische Kirche bemüht sich weiterhin mit Geduld und Zähigkeit um einen gesellschaftlichen Dialog unter Einbeziehung der Vertreter von Solidarność.<sup>13</sup> Man kann diese winzigen Schritte, wie es bis jetzt geschieht, als pure Kosmetik und als nicht ausreichend für eine Änderung unserer Politik abtun. Man könnte aber auch in Abständen prüfen, ob die Schritte sich zu kleinen Signalen summieren. Die Volksmeinung in diesem mehr denn je aufgewühlten und explosiven Lande sollte jedenfalls nicht unkritisch zum Indikator für eine ratio-

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl angeschlängelt.

<sup>9</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Bei der EG-Ministerratstagung am 22./23. Februar 1982 in Brüssel wurde der Grundsatzbeschluß gefaßt, die Einfuhr von liberalisierten und kontingentierten Waren aus der UdSSR zu beschränken. Vgl. dazu Dok. 67. Vgl. dazu ferner Dok. 70, Anm. 9.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl angeschlängelt.

<sup>11</sup> Zur Lockerung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 14, Anm. 12.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 1. März 1982, der polnische Innenminister Kiszczak habe in einem Interview zu den Bestimmungen des Kriegsrechts dargelegt, es werde nicht daran gedacht, „in naher Zukunft die Militärgerichte, die Internierungen, die Zensurvorschriften, das Streik- und Versammlungsverbot, die Schnellverfahren nach Kriegsrecht und andere Einschränkungen der Bekämpfung von Kriminalität und Wirtschaftsdelikten aufzuheben. [...] An konkreten Erleichterungen nannte er: Volle Bewegungsfreiheit entsprechend der vor dem 13.12.81 geltenden Vorschriften. Ausgenommen sind die Grenzgebiete [...]. Im Laufe des März sollen wieder hergestellt werden die Telefonverbindungen ins Ausland, der Selbstwählverkehr mit den Woiwodschaftshauptstädten, der Telexverkehr in Polen und ins Ausland, vorrangig für Handelsvertretungen, Forschungsinstitute, Reisebüros, der Telegrammverkehr für besonders dringliche Fälle.“ Negwer resümierte, mit einer baldigen Aufhebung des Kriegsrechts sei nicht zu rechnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; Referat 214, Bd. 132924.

<sup>12</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 1. März 1982 über Äußerungen des polnischen Innenministers Kiszczak in einem Interview: „Eine allgemeine Freilassung der Internierten oder einer größeren Zahl von ihnen ist nicht beabsichtigt. Das Tempo der Freilassungen werde von der Stabilisierung und Normalisierung im Lande und vom Verhalten der Internierten abhängen. Als neueste Zählergebnisse nannte er 6647 Internierte zwischen 13.12.1981 und 26.2.1982. Diese Zahl fluktuieren deshalb, weil immer noch neue Leute, deren Aktivitäten die Staatsinteressen gefährdeten, interniert würden. Es gebe auch Fälle der Re-Internierungen. Am 26. Februar seien 4095 Personen interniert gewesen, ‚kürzlich‘ seien 300 Personen entlassen worden, und es werde, wenn es die Lage erlaube, weitere Entlassungen geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; Referat 214, Bd. 132924.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Sollen wir ihr in den Rücken fallen?“

nale Politik gemacht werden. Da ist es schon ratsamer, sich an der Haltung des polnischen Episkopats zu orientieren, der bei aller Festigkeit im Grundsätzlichen die Beschränkungen sieht und anerkennt, denen die künftige Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens unterliegen wird.<sup>14</sup>

Natürlich wird es sehr weitgehend auch auf die Analyse der Politik Jaruzelskis und der denkbaren Alternativen ankommen.

4) Die persönliche Stellung Jaruzelskis dürfte nach dem 7. ZK-Plenum<sup>15</sup> und nach seinem Moskau-Besuch<sup>16</sup> zunächst ungefährdet sein. Damit ist wohl auch seine politische Linie in der polnischen und sowjetischen Führung unbestritten, es sei denn, sie erwiese sich als erfolglos.

Jaruzelski scheint aufrichtig und mit Überzeugung immer noch weitgesteckte Reformziele anzustreben, die bis zu einer Veränderung der Menschen reichen und insoweit geradezu utopische Züge tragen. Als wichtigste Voraussetzung hierfür gilt ihm die Sicherung von Ordnung, Ruhe und Disziplin. Ausschließlich hierfür sei das Kriegsrecht gedacht. Offenbar ist er als Militär unfähig zu erkennen, daß mit der Schaffung dieser Voraussetzung durch brutale Repression eine andere Voraussetzung für das Gelingen seines Werkes zerstört wird, nämlich die Bereitschaft einer gesellschaftlichen Mehrheit, ihm auf seinem Wege zu folgen. Hier liegt ein kaum auflösbarer Widerspruch seiner Politik.

Nach allgemeiner Einschätzung würde jede Alternative zu Jaruzelski jedoch eine Wende zu größerem Übel bedeuten.

Hierzu kann es kommen, wenn der sich formierende Widerstand eine neue und schärfere Repression herausfordert. Szenarien von der Machtübernahme der Dogmatiker bis hin zu einer Befriedungsaktion von außen sind je nach Entwicklung vorstellbar.

Die günstigste Variante wäre auf Drängen der Kirche die allmähliche Entwicklung eines gesellschaftlichen Dialogs mit der Chance, in wichtigen Fragen Kompromisse zu finden.

5) Der Ausweg aus der Krise hängt in hohem Maße von der Lösung der Wirtschaftsprobleme ab. Es bedarf keiner Erläuterung, welche verhängnisvolle Rolle hierbei ein Ausfall der Kooperation mit dem Westen spielt. Auch dies ist ein Ergebnis der Politik der 70er Jahre, die wir nach dem Leitsatz „mehr Bindungen schaffen mehr Sicherheit“ geführt haben. Jetzt kann das Gegenteil eintreten.

Es ist verständlich, daß der Westen mangels politischer Einwirkungsmöglichkeiten zum Instrument der Wirtschaftssanktionen gegriffen hat. Diese treffen einen Lebensnerv Polens. Auch die Versagung der Umschuldung und neuer Kre-

<sup>14</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Wo ist der Unterschied zu uns?“

<sup>15</sup> Botschafter Negwer, Warschau, bewertete am 26. Februar 1982 die Tagung des VII. Plenums des ZK der PVAP am 24./25. Februar 1982 in Warschau: „Die Diskussion des 7. ZK-Plenums, das insgesamt den Eindruck einer parteilichen Pflichtübung Jaruzelskis vor seiner fälligen Moskau-Reise erweckte, verlief ohne besondere Höhepunkte. Die Plenumsregie hatte dafür gesorgt, daß fast alle Redner Unbekannte aus dem dritten Glied waren. Sie priesen den Kriegszustand und forderten die Säuberung der Partei. [...] Die geforderte monolithische Einheit demonstrierte das Plenum durch die einstimmige Annahme einer Resolution zu den Aufgaben der PVAP in der gegenwärtigen Lage. Mit der vordergründigen Disziplinierung des Landes und der Partei kann Jaruzelski nun nach Moskau fahren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 536; Referat 214, Bd. 132917.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Jaruzelski hielt sich am 1./2. März 1982 in der UdSSR auf.

dite ist eine Sanktion. Wenn aber ein Erfolg solcher Maßnahmen nicht unmittelbar eintritt, wird er ganz ausbleiben. Jetzt ist das Prestige des Warschauer Paktes und des RGW ins Spiel gekommen. Unter dem Stichwort „Produktions-Kooperation“ laufen Bemühungen an, durch Ausfall westlicher Zulieferungen stillstehende Industriekapazitäten wieder in Gang zu setzen. Sicherlich ist die SU außerstande, den Westen hier voll zu ersetzen. Ist die sich abzeichnende Reorientierung aber erst einmal unumkehrbar, sind die mittelfristigen Konsequenzen schwerwiegend:

- weiteres Absinken des Lebensstandards in Polen;
- dauerhafte Einschränkung der Exportmöglichkeiten Polens Richtung Westen;
- Unmöglichkeit einer Begleichung der Hartwährungsschulden und somit Zahlungsunfähigkeit Polens;
- die vom Westen finanzierten Industriekapazitäten kommen zumindest teilweise der SU zugute.

Es ist nicht zu verkennen, daß bei einem solchen Entwicklungstrend der Zeitfaktor dramatische Bedeutung gewinnt. In die kommunistischen Treuebekanntnisse offizieller Vertreter mischen sich immer noch verschämte und zugleich beschwörende Versicherungen, man wolle auch gegenüber dem Westen offen bleiben.

6) Die düstere Perspektive einer wirtschaftlichen Abkoppelung Polens vom Westen läßt auch für die Zukunft der politischen Beziehungen nichts Gutes erhoffen. In Parenthese: Wo bleiben dann die moralischen Aspekte der so hoffnungsvoll begonnenen Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen?<sup>17</sup>

Polen als Klotz am Bein der SU und ihrer Verbündeten, Umsichgreifen der Systemkrise, wachsendes Übergewicht des Westens – das mögen für einige verlockende Vorstellungen sein, wenn sie blind sind für die sich daraus ergebenden Sicherheitsrisiken.

Die Chance, in Polen eine pluralistische Gesellschaftsordnung mit Analogien zu westlichen Modellen zu schaffen, ist vertan. Es wäre leichtfertig, irrationalen Hoffnungen in der Bevölkerung neue Nahrung zu geben. Dies könnte dem polnischen Volk nur neue, womöglich schlimmere Leiden auferlegen. Der Prozeß der Selbstfindung der polnischen Gesellschaft in jetzt enger gezogenen Grenzen ist von außen politisch nicht beeinflussbar. Wenn wir die Menschen in Konsequenz unserer Politik weiter in wirtschaftliches Elend absinken lassen, beschneiden wir ihre letzten Chancen.<sup>18</sup>

7) Eine Änderung der westlichen Politik gegenüber Polen könnte, wenn überhaupt, nur graduell erfolgen und wäre mit großer Behutsamkeit einzuleiten. Es ist klar, daß die Summierung der kleinen Schritte jetzt noch nicht ausreicht, um positive Signale zu konstatieren. Weitere Fortschritte in der Frage der Internierten und eine Zurücknahme der Repression sind unerlässlich. Wenn aber der Trend sich fortsetzt, könnte der polnischen Führung eine positivere Wertung bedeutet werden, verbunden mit der Erwartung eines entschiedenen Fort-

<sup>17</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl angeschlängelt.

<sup>18</sup> Der Passus „Polen als Klotz ... Chancen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

gangs und der Inaussichtstellung eines abgestuften politischen Entgegenkommens.<sup>19</sup> Mir scheint jedenfalls ein Punkt erreicht, an dem man Bewegungen in der polnischen Szene nicht länger ignorieren und mit der Feststellung kommentieren kann, die Lage habe sich nicht nur nicht gebessert, sondern verschlechtert.<sup>20</sup>

Insbesondere wäre sorgfältig zu beobachten, wie die polnische Führung auf das letzte Kommuniqué der Bischofskonferenz<sup>21</sup> reagiert, in dem auch offizielle Kreise den bisher realistischsten Vorschlag der katholischen Kirche für eine gesellschaftliche Übereinkunft sehen.

8) Selbstverständlich ist mir bewußt, welchen Schwierigkeiten eine Änderung der Politik, vor allem in der öffentlichen Meinung unseres Hauptverbündeten, begegnen würde. Ich habe jedoch Grund zu der Annahme, daß auch bei manchen unserer europäischen Partner die Zweifel wachsen.

Für uns Deutsche kommt hinzu, daß seit August 1980 bis heute in Polen die Überzeugung gewachsen ist, die verlässlichsten Freunde seien in der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Diese Meinung kann man, mit einem Unterton ungläubigen Erstaunens ausgesprochen, sogar in Regierungskreisen hören.<sup>22</sup>

[gez.] Negwer

VS-Bd. 14105 (010)

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das entspricht nicht der Berichterstattung der Botschaft.“

<sup>21</sup> Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 28. Februar 1982 über die Konferenz der polnischen Bischöfe am 25./26. Februar 1982 in Warschau: „Die Bischofskonferenz beschloß ein Kommuniqué, in dem die entstandene Lage mit härtesten Worten verurteilt und die Forderung erhoben wird, das Kriegerrecht abzuschaffen, die Internierten freizulassen, die wegen Verletzung des Kriegerrechts Verurteilten zu amnestieren und den im Untergrund Lebenden Straffreiheit zuzusichern.“ Zugleich werde im Kommuniqué „der Gedanke einer nationalen Verständigung entwickelt. Die Partner einer solchen Verständigung seien die Regierungsmacht und die legitimen Vertreter der organisierten gesellschaftlichen Gruppen, bei denen Vertreter [der] zeitweilig suspendierten Gewerkschaften, vor allem der mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung versehenen ‚Solidarität‘, nicht fehlen dürften. [...] Bei aller Schärfe der Kritik an der bestehenden Lage ist der Aufruf der Bischofskonferenz das Gegenteil einer Kampfansage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 541; Referat 214, Bd. 132917.

Für den polnischen Wortlaut des Kommuniqués vom 27. Februar 1982 vgl. AV, Neues Amt, Bd. 24018.

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei der Bevölkerung könnten wir den Ruf verlieren.“

## Aufzeichnung des Gesandten Wallau, Washington

VS-vertraulich

8. März 1982<sup>1</sup>

Über sein Gespräch mit AM Haig am Sonntagabend, 7. März 1982 (Dauer: 20.00 Uhr bis ca. 22.30 Uhr)<sup>2</sup>, berichtet BM:

1) AM Haig habe nach seinem Treffen mit AM Gromyko in Genf<sup>3</sup> den Dialog mit der SU fortgesetzt. Seit Genf habe er Botschafter Dobrynin zweimal gesehen, einmal vor vierzehn Tagen und ein zweites Mal vergangenen Dienstag<sup>4</sup>. Außerdem entwickelten sich die Gespräche mit Kuba recht gut. Ein Beauftragter Haigs sei in Kuba gewesen.<sup>5</sup> Castro habe sich bereit erklärt, die kubanischen Truppen aus Äthiopien und Angola herauszunehmen. Aus Äthiopien ohne Bedingungen, aus Angola unter der Gegenleistung einer Sicherheitsgarantie durch Südafrika. Auch hier hätte Kuba zunächst Vorleistungen verlangt, sich jetzt aber mit Parallelität bereit erklärt. Als problematisch stelle sich dar, wie die innere Stabilität in Angola herzustellen sei, mit andern Worten also die UNITA-Frage. Eventuell müsse man ein afrikanisches Peacekeeping denken. Auch hierüber habe er mit Dobrynin gesprochen, der diesen Gedanken bei dem ersten Treffen indossiert habe.

2) Dobrynin habe Haig gegenüber geäußert, daß Gromyko in Genf enttäuscht gewesen sei, daß er, Haig, das großzügige Angebot zu Südafrika nicht ausreichend honoriert habe. Dobrynin hätte nicht ausgeführt, worin eine Honorierung bestanden hätte, Dobrynin hätte aber deutlich gemacht, daß Polen gemeint gewesen sei. Haig stehe unter dem Eindruck, daß die SU auf jeden Fall START wolle und Rüstungskontrolle überhaupt wünsche. Dobrynin habe ihn gefragt, was die Amerikaner denn in Polen und in Afghanistan<sup>6</sup> erwarteten. Zu Afghanistan habe Dobrynin vorgeschlagen, in Verhandlungen einzutreten. Die SU sei zu einem Truppenabzug aus Afghanistan gegen eine Grenzgarantie bereit. Haig habe erwidert, es müsse sich um einen vollständigen Truppenabzug handeln,

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 13. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 76–79.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>4</sup> 2. März 1982.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat Ederer notierte am 9. April 1982: „1) Am 8. April 1982 sprach BR R. C. Barkley von der US-Botschaft bei Dg33 vor, um uns [...] vertraulich über eine Reise Botschafter [Vernon] Walters nach Kuba am 5. März 1982 zu unterrichten. Der Besuch Botschafter Walters, der in Havanna vor allem mit Fidel Castro zusammentraf, sei als ‚follow-up‘ des Haig/Rodríguez-Treffens in Mexiko vom November 1981 zu verstehen. Er sei auf amerikanische Initiative zustande gekommen. [...] 2) Walters habe gegenüber der kubanischen Führung u. a. folgende Themen angeschnitten: Beobachtung der kubanischen Lieferungen im karibischen Raum (Rüstungsgüterkomponente); kubanische Truppenpräsenz in Afrika; Weigerung der Zurücknahme von nach Miami ausgereisten kubanischen Schwerverbrechern. 3) Eine Veränderung in der kubanischen Grundhaltung zu diesen Fragen sei nicht festgestellt worden (man habe diesbezüglich auch keine Illusionen gehegt), aber USA legten Wert darauf, ‚to establish a record to influence Cuban behaviour through direct talks.‘“ Vgl. Referat 331, Bd. 136019.

<sup>6</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

und außer den beiden Faktoren Truppenabzug und Grenzgarantien müsse noch ein dritter Faktor, nämlich das Selbstbestimmungsrecht für Afghanistan, berücksichtigt werden. Dobrynin habe vorgeschlagen, über das Afghanistan-Thema in Moskau durch Fachleute zu verhandeln unter Teilnahme des amerikanischen Botschafters<sup>7</sup>. Er, Haig, habe nicht den Eindruck, daß die SU jetzt eine Lösung wolle; sie wolle vielmehr nur verhandeln, um darstellen zu können, daß sie zu Verhandlungen bereit sei. In dieser Frage beabsichtige Haig enge Kontakte zu D und GB, aber nicht zu F. Er, BM, habe Haig sehr geraten, auch F in die engen Kontakte einzubeziehen.

Zu Polen habe Haig Dobrynin gesagt, daß eine Entlassung der Gefangenen<sup>8</sup> erwartet werde. Dobrynin habe geantwortet, daß die Entlassung aller mit Ausnahme ganz weniger beabsichtigt sei. Haig habe ferner den Dialog mit „an independent trade union“ gefordert. Hier habe BM gefragt, ob damit Solidarität gemeint sei. Haig habe verneint und bewußt „an independent trade union“ gesagt, aber, so Haig, in den Dialog müsse Wałęsa einbezogen werden. Haig hätte Dobrynin ferner dargelegt, daß die Amerikaner keine ideologischen Vorstellungen verfolgten,<sup>9</sup> insbesondere nicht vorhätten, „to change the map of Europe“. Dobrynin habe zu erkennen gegeben, daß Polen für die SU von vitalem Sicherheitsinteresse sei. BM habe eingeworfen, eine Gewerkschaft müsse eine Gewerkschaft sein, aber keine politische Partei. Darum sei es wesentlich, Wałęsa in den Dialog miteinzubeziehen, denn nur er könne die Bevölkerung beeinflussen, und er habe immer gesagt, daß die Solidarität keine politische Partei, sondern eine unabhängige Gewerkschaft in einem sozialistischen Staat sein solle. Es verstehe sich von selbst, so BM, daß eine unabhängige Gewerkschaft in einem sozialistischen Staat eine politische Kraft sei.

Dobrynin habe durchblicken lassen, daß in der Polen-Frage bald eine Bewegung zu sehen sein werde. Haig habe darauf erwidert, er habe diesen Eindruck nicht, er meine eher, Jaruzelski stehe unter sowjetischem Druck für größere Härte. Hier habe Dobrynin erwidert, „this is internal“. Haig habe gemeint, daß zu Polen die SU Wirkung zeige und es durchaus sein könnte, daß sie sich in der Polen-Frage bewege. Er habe hier Dobrynin gegenüber erwähnt, daß die SU, wenn sie bereit sei, sich zu bewegen, auch bereit sein müßte, Risiken in Kauf zu nehmen. BM habe hinzugefügt, er glaube, daß die finanzielle Lage Polens auf der SU laste. Moskau trage praktisch seit dem 13.12. die polnische Finanzsituation allein, nachdem vor diesem Datum der Westen sie weitgehendst getragen habe. BM meinte, daß die SU diese Belastung stärker spüre als jede Diskussion über Sanktionen.

Haig habe abschließend bemerkt, daß zu Polen in der Administration unterschiedliche Meinungen herrschten. Deshalb habe er über seine Gespräche mit Dobrynin nur den Präsidenten unterrichtet.

<sup>7</sup> Arthur A. Hartman.

<sup>8</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zur Freilassung von Internierten vgl. Dok. 73, Anm. 12.

<sup>9</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „keinerlei Status quo ante forderten und“.

2) Haig habe sich dann dem Weltwirtschaftsgipfel<sup>10</sup> zugewandt. Dieser bereite ihm Sorge, da die Administration damit rechnen müsse, daß Präsident Reagan dort kritisiert werde. Auch in den USA würde die Lage für den Präsidenten schwieriger. Er, Haig, fürchte, daß der Druck wachse, die Verteidigungsausgaben zu reduzieren. BM habe gefragt, ob Haig damit meine, daß es leichter sei, die Verteidigungsausgaben zu reduzieren, als Steuererhöhungen auszusprechen. Haig habe dies als Tendenz der Entwicklung zugestanden und sich darüber besorgt geäußert. Er, Haig, habe sich damals gegen die Ausweitung des Verteidigungshaushaltes ausgesprochen, sei aber der Meinung, daß man jetzt dazu stehen müsse. BM habe ihn hierin bekräftigt.<sup>11</sup> Dies entspräche auch unseren Erfahrungen mit der SU. Man müsse in der Lage sein, eine Position durchhalten zu können. Auch er hätte die Ausweitung des amerikanischen Verteidigungshaushaltes als sehr hoch empfunden, meine aber, daß man jetzt nicht reduzieren dürfe, da sich die SU hierdurch ermutigt sehe.<sup>12</sup>

Haig habe weiter ausgeführt, der Weltwirtschaftsgipfel müsse gut vorbereitet werden. Er habe dem Präsidenten vorgeschlagen, zur Vorbereitung George Shultz nach Bonn, Paris, London und Tokio zu entsenden.<sup>13</sup> Haig habe BM gebeten, diesen Gedanken ohne Erwähnung des Namens Shultz in seinem bevorstehenden Gespräch mit Präsident Reagan anzusprechen.

BM habe erwähnt, daß in der Tat die amerikanische Zinshöhe problematisch sei.<sup>14</sup> Neben berechtigter Klage gegen die Zinshöhe sei nicht zu verkennen, daß es politische Kreise gebe, die die Höhe der Zinsen zum Vorwand nähmen, ihre eigenen Probleme dahinter zu verbergen, mit anderen Worten, sie würden versuchen, den Amerikanern die Schuld für ihre eigenen Probleme anzulasten. Dies würde nicht ohne Bedeutung für die transatlantischen Probleme bleiben.

3) Haig habe die bevorstehende Buckley-Mission erwähnt.<sup>15</sup> Er, Haig, habe das Gefühl, man werde die Problematik um das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>16</sup> und um

<sup>10</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Auch er hätte die Ausweitung des amerikanischen Verteidigungshaushaltes als sehr hoch empfunden, meine aber, daß man jetzt nicht zu stark reduzieren dürfe, da sich die SU hierdurch ermutigt sehen würde.“

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ehemaligen amerikanischen Finanzminister Shultz am 6. Mai 1982; Dok. 136.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „Er habe die Probleme bei uns erläutert.“

<sup>15</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 52, Anm. 16.

<sup>16</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 22, Anm. 28.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dieckmann vermerkte am 1. März 1982 zu den Diskussionen über das Erdgas-Röhren-Geschäft auf der Sitzung des NATO-Wirtschaftsausschusses am 23./24. Februar 1982, die Argumentation der USA habe auf sicherheits- und geopolitische Aspekte abgestellt. Er, Dieckmann, habe versucht, „die Sicherheitsaspekte in einen breiteren Rahmen zu stellen. Die gesamte westliche Energiepolitik habe seit Mitte der siebziger Jahre, als man sich der Abhängigkeitsrisiken bewußt geworden sei, im Zeichen größerer Sicherheitsbemühungen gestanden. [...] Neben der Diversifizierung nach Energiearten sei auch die Diversifizierung nach den Versorgungsregionen ein Gebot der Sicherheit: Beides zusammen müsse zu einem vertretbaren ‚mix‘ führen. [...] Sicherheitsrelevant sei aber auch die Frage, ob Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Osten nicht dessen Druck auf wichtige Versorgungsgebiete verstärke. Besser sei es, wir lebten – in vertretbaren Grenzen – von den Energiereserven des Ostblocks als umgekehrt.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

die Exterritorialität lösen können, wenn Buckley nicht mit leeren Händen von seiner Mission zurückkehre. BM habe gefragt, was damit gemeint sei. Haig habe Andeutungen zur Laufzeit, zur Subvention und zu Regierungsgarantien für Kredite gemacht. BM habe erwidert, wenn diese Thematik im Rahmen der OECD behandelt würde, seien wir zur Mitwirkung bereit. Dort könne auch über die Kürzung der Kreditlaufzeiten gesprochen werden. Wir seien damit einverstanden, wenn dort auch gegen die Subventionierung von Krediten vorgegangen würde. Haig habe sich hier nach der Hermes-Deckung erkundigt. BM habe erläutert, daß unsere Banken dafür zahlen müßten, daß sie Rückversicherung bekommen. Diese Kreditkosten gingen in die Preise, mit anderen Worten, die SU zahle die Rückversicherung. Wenn sich die Buckley-Mission in diesem Rahmen bewege, aber nicht zum Ziele habe, das Handelsvolumen<sup>17</sup> herunterzuschrauben, werde er in Bonn keine Probleme haben. Für D stünden die Geschäftsbeziehungen nicht im Vordergrund, wie in den USA immer wieder angenommen würde. D hätte ohnehin einen rückläufigen Handel mit dem Ostblock, und der deutsch-sowjetische Handel mache ohnehin nur ein Drittel des deutschen Handelsaustauschs mit Österreich oder der Schweiz aus. AM Haig habe zugegeben, daß amerikanischerseits hierzu viel Unwissenheit herrsche.

BM habe zum Erdgas-Röhren-Geschäft noch angeführt, daß D abgeschlossene Verträge einhielte. Dem habe Haig zugestimmt; es hätte der Carter-Administration obliegen, seinerzeit das Geschäft zu verhindern. Jetzt sei es zu spät.

Zum NATO-Gipfel<sup>18</sup> und bevorstehendem Deutschland-Aufenthalt des amerikanischen Präsidenten<sup>19</sup> habe BM angekündigt, er werde Präsident Reagan offiziell nach Berlin einladen. Er bäte AM Haig, den Präsidenten hierauf vorzubereiten. Er, BM, hielte es ferner für gut, wenn Reagan in Deutschland den Bundespräsidenten zur 300-Jahr-Feier<sup>20</sup> im Oktober 1983 in die USA einlüde.<sup>21</sup>

Zum NATO-Gipfel habe Haig seine Sorge geäußert, daß es in den USA Kreise gebe, die eine Strategiediskussion wünschten. BM und Haig waren sich einig, daß eine Diskussion über die Militärstrategie unmöglich<sup>22</sup> sei. BM sei aber dafür, über eine politische Strategie zu sprechen. Haig habe darauf hingewiesen, daß es Bestrebungen gebe, den Harmel-Bericht<sup>23</sup> zu ersetzen; es gebe die Idee, „Weise“ einzusetzen. BM habe hierzu Bedenken geäußert, wenn dies bedeute, daß damit ein Abgehen vom Harmel-Bericht verbunden sei. Dieser sei heute noch gültig. Es sei falsch gewesen, daß die USA Grundprinzipien des Harmel-Berichts in den siebziger Jahren durch Abbau der amerikanischen Verteidigungsleistungen beeinträchtigt haben. Er, BM, warne aber davor, eine Diskus-

<sup>17</sup> An dieser Stelle ergänzte Bundesminister Genscher handschriftlich: „etwa prozentual“.

<sup>18</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>19</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Juni 1982 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>20</sup> 1683 begann die Ansiedlung von Deutschen auf dem Territorium der heutigen USA.

<sup>21</sup> Bundespräsident Carstens hielt sich vom 3. bis 14. Oktober 1983 in den USA auf.

<sup>22</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „nicht rätlich“.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

sion darüber zu führen, ob die Ost-West-Politik zu ändern sei. Bei der Einsetzung von „Weisen“ werde sich sofort die Frage nach ihrem Mandat erheben. BM hielte es für besser, zu einer Ausweitung der politischen Dimension der gemeinsamen NATO-Politik zu kommen und eine Art europäisch-amerikanische Konzertierung der Außenpolitik zu erreichen. In ihr könnten über gemeinsame Analysen gemeinsame Ergebnisse erzielt werden. In ihr könne man auch abfangen, wenn sich Regierungen änderten und dadurch Entwicklungen in die eine Richtung (so Washington) oder in die andere Richtung (so Athen) gingen. Die Konzertierung in der Allianz sollte nach Art der Gymnich-type-Treffen<sup>24</sup> gestaltet werden. Sie sei ein wichtiger Rahmen gerade auch für die kleineren Allianz-Partner. Mit diesem Vorschlag verfolge er, BM, das gleiche Ziel wie AM Colombo. Haig habe diesen Gedanken positiv aufgenommen. BM habe darauf gedrängt, daß Präsident Reagan insbesondere den Gedanken weiterverfolge, noch möglichst vor dem NATO-Gipfel eine Grundsatzrede zu halten<sup>25</sup> nach dem Muster seiner Rede des vergangenen Novembers<sup>26</sup>. In der Rede sollten INF, MBFR, KAE und START erwähnt werden. Haig habe erwidert, er hoffe, daß man amerikanischerseits bis dahin (Juni) soweit sei. Auf BMs Frage habe Haig die Hoffnung geäußert, daß in Polen bis dahin keine Verschlechterung der Lage eintrete.

4) Zu Polen habe Haig geäußert, daß die gegen Polen gerichteten Wirtschaftsmaßnahmen<sup>27</sup> wirkten. BM habe zugestimmt, aber abgeraten, zusätzliche Maßnahmen gegen Polen zu ergreifen. Polen müsse als Opfer der SU behandelt werden. Haig habe dem zugestimmt und sich erkundigt, wie deutscherseits die Rolle Jaruzelskis beurteilt werde. Hier gebe es Stimmen, die meinten, daß Jaruzelski abgelöst werden könnte, wenn wir ihm nicht hülfe. BM habe ihn daran erinnert, was er AM Haig schon bei früherer Gelegenheit gesagt habe, nämlich daß die polnische Armee hinter Jaruzelski stünde. Wenn es zu einer Ablösung Jaruzelskis käme, würde die Armee intervenieren. Wenn die SU eine Intervention nicht wolle, müsse sie mit dem Ordnungsfaktor Armee arbeiten.<sup>28</sup>

5) Zur KSZE-Konferenz habe Haig erwähnt, daß sie nicht mehr lange dauern könne. Man sollte an eine Vertagung in den September oder Oktober denken. BM habe Haig erwidert, daß man in die entscheidende Woche eintrete. Er habe ihn von dem bevorstehenden Treffen der amerikanischen, österreichischen und jugoslawischen Delegationsleiter unterrichtet.<sup>29</sup> Der deutsche Eindruck sei, daß

<sup>24</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

<sup>25</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>27</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>28</sup> Der Passus „Wenn es zu ... arbeiten“ wurde von Bundesminister Genscher geändert: „Wenn es zu einer Ablösung Jaruzelskis käme, würde die Armee als Ordnungsfaktor weitgehend ausfallen. Wenn aber die SU eine Intervention selbst nicht wolle, müsse sie mit dem Ordnungsfaktor Armee arbeiten.“

<sup>29</sup> Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 8. März 1982: „Der bisherige österreichische Delegationsleiter Botschafter Ceska hat seit 4.3.82, unterstützt von seinem jugoslawischen Kollegen, StS Golob, hinter den Kulissen des Treffens eine Initiative ergriffen, um zu einer einvernehmlichen Vertagung des Treffens zu kommen. Er fühlte sich zu dieser Initiative durch den Sprecher der sowjetischen Delegation, Kondraschow, ermutigt, der angedeutet hatte, daß nach einer Arbeitswoche mit dem bisherigen Arbeitsprogramm, das entsprechend verlängert werden müßte, am 17.3.82 auf einer Plenarsitzung ein Konsens über eine längere Denkpause erzielt werden könnte.“ Am

die SU zu vertagen bereit sei, wenn es noch in dieser Woche in den Arbeitsgruppen zu Substanzgesprächen in zwei Sitzungen käme. Die Sowjets hätten uns wissen lassen, daß sie es für gut hielten, wenn dort die sowjetische und die blockfreien Delegationen sprächen, die westlichen Länder aber schwiegen. BM habe von diesem Weg abgeraten; auch der Westen solle sprechen, es solle klargemacht werden, daß menschenrechtliche Vereinbarungen nach den Ereignissen in Polen noch wichtiger seien denn jemals zuvor. Wenn der Westen nicht spreche, habe die SU den Vorwand, daß vertagt worden sei, weil der Westen nicht bereit sei, zu verhandeln. Haig habe dieses einleuchtend gefunden. BM habe ergänzt, wir seien mit einer Vertagung unter Vereinbarung eines festen Wiederaufnahmetermins einverstanden. Die Vereinbarung eines festen Termins sei wichtig, weil dieser die SU unter die Forderung stelle, nicht mit derselben Lage in Polen, wie sie sich heute darstelle, nach Madrid zurückzukehren; die SU müsse unter dem Druck stehen, die Lage in Polen zu verbessern.

6) Man sei kurz auf die Machtverhältnisse in Moskau zu sprechen gekommen. Haig habe geäußert, er hoffe, hierzu noch eine Analyse zu erhalten für das morgige Gespräch. Der Tod Suslows habe sicherlich die Struktur verändert. Haig habe wiederholt, was er BM bereits früher am Telefon gesagt habe, daß bei dem Treffen mit Gromyko in Genf dieser nach der Mittagspause (nach Bekanntwerden des Todes von Suslow) wie ausgewechselt gewesen sei.<sup>30</sup> BM habe kurz erwähnt, daß manchen der Einfluß der unmittelbaren Berater Breschnews zu stark werde.

7) Haig habe über sein Treffen mit dem mexikanischen AM Castañeda berichtet.<sup>31</sup> Er habe angemerkt, daß er diesem weniger traue, größeres Vertrauen jedoch in den mexikanischen Präsidenten<sup>32</sup> setze. Die Mexikaner seien über die Lage in Zentralamerika beunruhigt. Washington hielte von dem mexikanischen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 373*

7. März 1982 habe eine Unterredung stattgefunden, an der unter anderem er, Kastl, sowie der stellvertretende Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Oliver, teilgenommen hätten: „Alle Teilnehmer bekundeten ihr Interesse an einem ausgewogenen und substantiellen Schlußdokument. Da die gegenwärtigen Bedingungen der Erreichung dieses Ziels abträglich seien, wäre auch die sowjetische Seite bereit, eine Denkpause zu erwägen. [...] Voraussetzung für den Beschluß über eine Vertagung, der am 12. oder 17.3.82 gefaßt werden könnte, wäre nach sowjetischer Auffassung ein Arbeitsprogramm mit drei Plenarsitzungen, drei Arbeitsgruppen-Sitzungen und zwei oder einer informellen Sitzungen der Delegationsleiter.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 233; Referat 212, Bd. 133421.

<sup>30</sup> Zum Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 26. Januar 1982 vgl. Dok. 32.

<sup>31</sup> Der amerikanische Außenminister Haig und der mexikanische Außenminister Castañeda trafen am 6. März 1982 in New York zusammen. Botschafter van Well, New York (VN), berichtete dazu am 16. März 1982: „Anlässlich eines von der EG-Präsidentschaft gegebenen Arbeitssessens äußerte sich VN-Botschafterin Kirkpatrick zu den von AM Haig in New York mit dem mexikanischen AM Castañeda und VN-GS Pérez de Cuéllar geführten Gesprächen. Kirkpatrick führte aus, daß die von Haig dargelegten fünf Punkte für ein Arrangement mit Nicaragua nicht neu seien, sondern schon zu Zeiten der Carter-Administration Gegenstand von Überlegungen gewesen seien. Dies gelte vor allem für die Idee eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes. Als besonders schwierig bezeichnete sie die Idee eines regionalen Übereinkommens über den Verzicht auf die Einfuhr schwerer Offensivwaffen und die Reduzierung von ausländischen Militär- und Sicherheitsberatern. Es werde schwer sein, Nicaragua zu einem solchen Übereinkommen zu bewegen. Dabei sei klar, daß Nicaragua selbst diese Waffe nicht brauche. Keiner seiner kleinen Nachbarn könne gegen das Land ankommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 548; Referat 331, Bd. 136019.

<sup>32</sup> José López Portillo y Pacheco.

Vermittlungsplan<sup>33</sup> nicht viel, habe ihn aber auch nicht abgelehnt. In Nicaragua, so Haig, seien die militärischen Anstrengungen enorm. Die Lage in Nicaragua sei auch für Castro schwieriger als seine Einmischung in Afrika. In Afrika sei Castro zu Bewegungen bereit. Haig habe sich dann erkundigt, ob die Lage in El Salvador bei uns wichtig genommen werde. BM habe erwidert, daß sich die öffentliche Meinung in D sehr stark um El Salvador kümmere. In Italien sei über El Salvador fast die Regierung gestürzt.<sup>34</sup> Er, BM, sei der Meinung, daß sich die EG um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen zentralamerikanischen Ländern bemühen sollte, um durch sozialen Fortschritt die Lage dort zu stabilisieren. D würde zu den Wahlen in El Salvador<sup>35</sup> keine Beobachter schicken, sich aber mit Kritik zurückhalten.<sup>36</sup>

8) Haig sei kurz auf den Besuch von MP Strauß zu sprechen gekommen.<sup>37</sup> Er habe dem Präsidenten geraten, MP Strauß zu empfangen. BM habe zustimmend erwidert, daß er diesen Rat auch gegeben hätte. Strauß sei einer der beiden Führer der Union. Er werde die amerikanische Politik in mancher Hinsicht, so z. B. in Lateinamerika, bestärken.

9) Zum Besuch von Präsident Mitterrand habe BM ausgeführt, daß deutscherseits der Eindruck herrsche, dieser Besuch solle eine Geste gegenüber Präsident Reagan sein.<sup>38</sup> Haig habe verwiesen auf die lebhaften französischen Bemühungen zum Zustandebringen dieses Besuchs. BM habe hinzugefügt, daß Mitterrand in Ost-West- und Verteidigungsfragen eine sehr klare Position beziehe. Problematischer könne das Gespräch bei Wirtschaftsthemen werden. Haig habe darauf hingewiesen, daß man auf freiem Handel bestehen werde. BM habe freien Zahlungsverkehr hinzugefügt und kurz die französische Politik zu Zentralamerika erwähnt.

Zu Nahost: Mitterrand hätte Israel gesagt, er wolle keine neue europäische Initiative. Er, BM, frage sich, wer denn eine solche gewollte habe. Haig habe kurz

<sup>33</sup> In einer Rede am 21. Februar 1982 in Managua unterbreitete Präsident López Portillo einen Friedensplan für Mittelamerika. Als Konfliktherde benannte er insbesondere El Salvador, Nicaragua sowie das Verhältnis zwischen Kuba und den USA. Mit Blick auf Nicaragua betonte er, die USA sollten sich jeglicher Androhung oder Anwendung von Gewalt enthalten. Ferner schlug er einen Abbau der dortigen militärischen Kräfte vor sowie ein System von Nichtangriffspakten zwischen Nicaragua und den USA einerseits sowie zwischen Nicaragua und dessen Nachbarstaaten andererseits. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 265–268 (Auszüge).

<sup>34</sup> Gesandter Ruyter, Rom, berichtete am 16. Februar 1982: „Die in Parlamentsdebatte am 10.2. zum Ausdruck gekommenen Meinungsunterschiede der Koalitionsparteien über die El-Salvador-Politik [...] werden von Parteisekretär Craxi (PSI) gegenwärtig genutzt, um die Regierung Spadolini und die DC in eine schwierige Lage zu bringen. Obwohl die Positionen der DC und der Republikaner einerseits und der PSI, PSDI und Liberalen andererseits sich im wesentlichen nur durch die Härte der Kritik an der Junta Duarte [...] unterscheiden, akzentuiert Craxi die Meinungsunterschiede in polemischer und provokatorischer Weise, offenbar in der Absicht, damit die bestehenden Spannungen zwischen DC und PSI noch mehr anzuheizen und ein Koalitionsgespräch zu erzwingen.“ Der italienische Außenminister Colombo habe geäußert, „er werde sich zu der nächsten Debatte über El Salvador nicht mehr allein in die Abgeordnetenkammer begeben, sondern eine vorherige Koalitionsabstimmung fördern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 184; Referat 203, Bd. 124897.

<sup>35</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>36</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „Haig versicherte, daß auf keinen Fall in El Salvador eine Intervention geplant sei.“

<sup>37</sup> Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 13. bis 18. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 86 und Dok. 87.

<sup>38</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 84.

berichtet, daß die Amerikaner die Israelis mit Mühe soweit bringen konnten, nicht militärisch im Libanon einzugreifen.

Wallau<sup>39</sup>

VS-Bd. 14106 (010)

75

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup  
an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel**

210-330.10-772/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 64

8. März 1982<sup>1</sup>  
Aufgabe: 9. März 1982

Betr.: Friedensbewegung in der DDR

Bezug: DB Nr. 402 vom 26.2.82 – I-322 DDR-872/82 VS-v<sup>2</sup>

Als Anlage wird Unterlage zur Unterrichtung der Verbündeten im NATO-Rat über „Friedensbewegung“ und evangelische Kirchen in der DDR übermittelt. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Das Thema hat vor allem für die Leitung der evangelischen Kirche in der DDR besondere politische und gesellschaftliche Sensibilität. Die Kirchenleitungen sind besorgt, daß die Publizität der jetzt aufkommenden Friedensbewegungstendenzen und der damit verbundenen Demonstrationen Rückwirkungen auf den mühsam gefundenen Modus vivendi zwischen dem SED-Staat und der evangelischen Christenheit in der DDR hat. Sie befürchten, daß sich dadurch der geringe pastorale und gesellschaftspolitische Freiraum der Kirche als „Kirche im Sozialismus“ erneut und zusätzlich einengen könnte. Diese Sorge gilt besonders der öffentlichen Behandlung offiziell unerwünschter kirchlicher Friedensaktivitäten in westlichen Gremien und Medien. Wir sind deshalb sehr daran interessiert, daß über die Diskussion im Bündnis nichts an die Öffentlichkeit

<sup>39</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit: „1) Amerikanische Delegation hat uns davon in Kenntnis gesetzt, daß sie aus Washington umfangreiches Material über die Entwicklung und Manipulation der Friedensbewegung in der DDR erhalten habe. [...] 2) Aus meiner Sicht würde sich das Thema ‚Friedensbewegung in der DDR‘ in besonderem Maße für eine deutsche Unterrichtung und als Beitrag zu der im Bündnis stattfindenden Diskussion über die Friedensbewegung eignen. Die amerikanische Delegation ist ebenfalls dieser Auffassung und würde hierbei uns gerne den Vortritt lassen. 3) Ich bitte daher, die Vertretung möglichst bis zum 9.3.82 durch Übermittlung von Material in die Lage zu versetzen, eine entsprechende Unterrichtung vorzunehmen.“ Vgl. VS-Bd. 13211 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

gelangt. Es wird gebeten, bei der Unterrichtung auf diesen Gesichtspunkt nachdrücklich hinzuweisen.

Kastrup<sup>3</sup>

Folgt Anlage

„Friedensbewegung“ und evangelische Kirchen in der DDR

1) Die evangelischen Kirchen in der DDR haben in der letzten Zeit in vielfältigen Synodalbeschlüssen, Kirchenleitungsberichten, Kanzelabkündigungen und anderen Verlautbarungen, auch im ökumenischen Zusammenhang und abgestimmt mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Verantwortung und Sorge für den Frieden bekundet. Die Sorge um den Frieden stand im Mittelpunkt der Tagungen der Landeskirchlichen Synoden im Herbst 1981<sup>4</sup>.

2) Gegenstand der Beratungen und Beschlüsse der Kirchenleitungen sind – abgesehen von der globalen Thematik des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West und der daraus entspringenden Sorge um die Kriegsgefahr – zwei Themenkreise mit unmittelbarem Bezug auf die DDR:

- die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens in der DDR, die neben vielen anderen Aktivitäten in besonders deutlicher Weise in der im August 1981 veröffentlichten Anweisung über vormilitärische und Sanitätsausbildung an den Erweiterten Oberschulen<sup>5</sup> zum Ausdruck kommt;
- der immer stärker zum Vorschein tretende Wunsch in der wehrpflichtigen männlichen Jugend nach Einräumung der Möglichkeit einer Verweigerung

<sup>3</sup> Paraphe vom 9. März 1982.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, legte am 28. Oktober 1981 mit Bezug auf die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 17. bis 20. Oktober 1981 in Dresden dar: „Unter dem umfassenderen Thema ‚Friedenszeugnis der Kirchen‘ haben sich die Synodalen eingehend und – wie uns Beobachter mitteilten – engagiert mit den Eingaben vieler junger Menschen von innerhalb und außerhalb der Kirche befaßt, die anstelle des Wehrdienstes in der NVA einen ‚sozialen Friedensdienst‘ absolvieren möchten [...]. Einige Redner hatten, wie man uns sagte, daneben eine Entschließung gefordert, die eine klare und deutliche Forderung an den Staat enthielt, einen echten Wehrersatzdienst einzuführen. Im Hinblick auf dämpfende Äußerungen – auch aus Kreisen der Kirchenleitung Sachsens – hat sich dann die Synode jedoch darauf geeinigt, allen Einsendern einen Brief zuzuleiten [...]. Hierin wird klar gesagt, daß die bisher vom Staat abgelehnten Bemühungen in Richtung auf Einführung eines Wehrersatzdienstes fortgesetzt werden sollen. Eindeutig wird auch die Solidarität der Synodalen mit den Einsendern bekundet.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 210, Bd. 132563.

<sup>5</sup> Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 13. November 1981: „Die kürzlich erfolgte Präzisierung von Anordnungen zur vormilitärischen Ausbildung in den Erweiterten Oberschulen und zur Zivilverteidigung [...] sind Beispiele für das Bemühen der militärischen Führung der DDR, den zukünftigen Anforderungen an Wehrbereitschaft und Kampfkraft durch eine effektivere Ausnutzung der bestehenden Instrumentarien zu entsprechen. Damit sollen weiterreichende Veränderungen, wie zum Beispiel eine Verlängerung der Wehrdienstzeit, vermieden werden.“ Die DDR stehe hinsichtlich ihrer Militärpolitik vor einem Bündel von Problemen: „relativ kurze Wehrdienstzeit; Zulassung, wenn auch in geringem Umfang, eines Wehrdienstes ohne Waffen (Bausoldaten); das Fehlen von Arbeitskräfte reserven; die bevorstehende Einziehung geburtschwacher Jahrgänge. Dazu kommen wachsende Verpflichtungen der DDR-Militärs im Ausland, insbesondere in der Dritten Welt. Gerade für die Tätigkeit im Ausland werden besonders qualifizierte Kader bereitgestellt, die dann in der DDR nicht zu ersetzen sind. [...] Im Vordergrund der Bemühungen stehen ganz eindeutig die Jugendlichen. Es mehren sich die Klagen über Disziplinlosigkeit und Gleichgültigkeit. Von daher kommen Forderungen aus der NVA, die Schüler mehr als bisher an Ordnung und Disziplin zu gewöhnen, und zwar in einem Alter, in dem die Jugendlichen noch relativ leicht beeinflussbar sind (etwa 14 Jahre, ab 8. Klasse).“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 210, Bd. 132429.

des Wehrdienstes aus Gewissensgründen und nach Einführung eines zivilen Wehrrersatzdienstes in Form eines „sozialen Friedensdienstes“.

Kirchenleitungen und Synodalen stimmen in der Ablehnung vormilitärischer Ausbildung überein und machen sich einmütig den Wunsch junger Christen nach Einführung des zivilen Wehrrersatzdienstes zu eigen. Sie haben jedoch bisher davon abgesehen, entsprechende offizielle Anträge an die Regierung der DDR zu stellen. Die Kirchenleitungen wollen vielmehr versuchen, in Gesprächen mit der Regierung Lösungen zu finden.

3) Staatspartei und Staatsführung der DDR haben ihrerseits grundsätzlich klargestellt, daß das Schlagwort „Frieden schaffen ohne Waffen“ für die DDR nicht gilt. Wehrdienstverweigerung und Bestrebungen, einen zivilen Wehrrersatzdienst einzuführen, werden von der SED strikt abgelehnt. Starke Beachtung in der Öffentlichkeit hat in diesem Zusammenhang eine rigorose Äußerung des SED-Bezirkssekretärs von Cottbus, Walde, gefunden, der den „sozialen Friedensdienst“ als „friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlich“ bezeichnet hatte. Grundtenor der SED-Politik ist die Forderung: „Der Friede muß bewaffnet sein.“

Daß sich eine Friedensströmung – vorwiegend innerhalb der Jugend – überhaupt artikulieren kann und nicht bereits im Ansatz unterdrückt wurde, ist daraus zu erklären, daß diese stark vom christlichen Glauben her motivierte Strömung unter dem Dach der Kirche entstanden und geblieben ist. Andererseits dürfte die staatliche Seite es gerade als besonderes Problem betrachten, daß sich außerhalb des direkten staatlichen Zugriffsbereichs eine ihren politischen Zielen nicht konforme Strömung entwickelt.

4) Auf der anderen Seite wissen die Kirchen, daß gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft gerichtete kirchenoffizielle Friedensinitiativen zum Konflikt mit dem SED-Regime führen würden. Sie befürchten die negativen Auswirkungen eines solchen Konflikts für den Lebensraum der Kirche, besonders auch in ihrem Kommunikationsbereich.

Wenn sich die Amtskirche mithin nicht voll in die Protestströmung einreihen kann, so entwickeln sich doch unter dem Dach der Kirche oder im kirchlichen Zusammenhang gewisse Initiativen, die von kirchlichen Kreisen getragen werden, die eher als „Randgruppen“ gelten können. Mit diesen Initiativen sympathisiert auch die offizielle Kirche aus ihrer Grundeinstellung und aus ihrer pastoralen Verpflichtung, ohne ihnen jedoch ausdrücklich zuzustimmen.

Dies gilt vor allem auch für das am 13. Februar 1982, dem 37. Jahrestag des Luftangriffs auf Dresden, veranstaltete „Dresdener Friedensforum“.<sup>6</sup> Schon gegen Jahresende 1981 war der Gedanke aufgekommen, ein solches Forum zu veranstalten. Vor der Veranstaltung hatte es eine Absprache zwischen der SED-Leitung des Bezirks Dresden und dem Landesbischof<sup>7</sup> der evangelischen Kirche Sachsens gegeben, um eventuelle Konflikte möglichst zu vermeiden. Zu einem abendlichen Gottesdienst und dem anschließenden Friedensforum versammelten sich etwa 4000 Menschen, vorwiegend Jugendliche. Viele von ihnen trugen Aufnäher „Frieden schaffen – ohne Waffen“ und „Schwerter zu Pflugscharen“ auf der Kleidung. Kirchenvertreter nahmen an der Veranstaltung teil und

<sup>6</sup> Zum „Friedensforum“ am 13. Februar 1982 in Dresden vgl. Dok. 60, Anm. 16.

<sup>7</sup> Johannes Hempel.

versuchten, in der Diskussion Emotionen zu bremsen. Partei und Staat zeigten sich bei dieser Gelegenheit relativ flexibel.

5) Zusammenfassend läßt sich feststellen:

- Eine „Friedensbewegung“ mit Massencharakter gibt es in der DDR nicht, wohl aber ist das Friedensthema ein beherrschendes Thema vor allem im Leben der Kirche und dort insbesondere der Jugendarbeit.
- Friedensinitiativen, die gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens gerichtet sind und auf Schaffung eines Wehersatzdienstes zielen, stoßen auf entschiedenen grundsätzlichen, in der Praxis bisher differenzierten Widerstand des SED-Staates. Die Amtskirche muß mit dem Konflikt rechnen, wenn sie mit offiziellen Forderungen an das Regime herantritt.
- In kirchlichem Zusammenhang entwickeln „Randgruppen“ Initiativen, mit denen die Kirche zwar sympathisiert, die sie sich jedoch nicht voll zu eigen machen kann.
- Der SED-Staat erwartet von der Kirche, daß sie sich einerseits in eine weltweite Abrüstungsbewegung einreihet, andererseits für die DDR akzeptiert, daß dort „der Friede bewaffnet“ sein muß.
- Grundsätzlich unterschieden werden müssen die hier behandelten Erscheinungsformen der „Friedensbewegung“ von systemkonformen, durch SED und FDJ getragenen Friedensinitiativen, die sich einseitig gegen den NATO-Doppelbeschluß richten.

Ende der Anlage

2) Text beruht auf Ausarbeitung des BMB und ist mit diesem abgestimmt.

3) Vor Abgang: über Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> Herrn Bundesminister (gemäß telefonischer Bitte des Ministerbüros).

4) DD<sup>9</sup>: MB, BStS, D 2<sup>10</sup>, Dg 21<sup>11</sup>, 201, 220.

5) Wv 210.

**VS-Bd. 13211 (210)**

<sup>8</sup> Berndt von Staden.

<sup>9</sup> Durchdruck.

<sup>10</sup> Franz Pfeffer.

<sup>11</sup> Hat Ministerialdirigent Bräutigam vorgelegen.

## 76

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-11306/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1089

Aufgabe: 8. März 1982, 23.24 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. März 1982, 05.42 Uhr

Betr.: BM Genscher in Washington<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

Am zweiten Tag seines Besuchs setzte BM seine Gespräche mit AM Haig in erweitertem Kreis fort (amerikanische Teilnehmer: Stoessel, Eagleburger, Buckley, Hormats, Burt, Niles, Kornblum; auf deutscher Seite: Botschafter, D<sup>4</sup><sup>3</sup>, Wallau, von Braunmühl, Weber, Paschke). AM Haig unterstrich eingangs die Notwendigkeit langfristiger politischer Übereinstimmung. Für diese Übereinstimmung sei die „Achse Bonn–Washington“ besonders wichtig. BM erwiderte, er sei sich bewußt, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis für die europäisch-amerikanischen Beziehungen und damit für eine einheitliche westliche Position wichtig sei.

BM ging auf die letzte Entwicklung in Madrid ein, die er als Signal dafür wertete, daß das in Madrid entwickelte Konzept richtig gewesen sei. Ihm läge ein Bericht vor, wonach noch unter einem sowjetischen Vorbehalt letzter Instruktionen aus Moskau ein Vorschlag der N+N-Länder auf Vertagung angenommen worden sei. AM Haig war ein sowjetischer Vorbehalt nicht bekannt. Er ergänzte aus einer Reuter-Meldung, daß ein Gentlemen's Agreement für eine Vertagung ab kommenden Freitag (12.3.) bis November zustande gekommen sei.<sup>4</sup> BM verwies auf die wichtigen Abschlußklärungen der Delegationsleiter

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 9. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Jansen und von Nordenskjöld verfügte.

Hat Jansen und Nordenskjöld am 9. März 1982 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 11. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 74 und Dok. 77–79.

<sup>3</sup> Per Fischer.

<sup>4</sup> Zu den Bemühungen um eine Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 74, Anm. 29. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 8. März 1982 über die Plenarsitzung am selben Tag, bei der Beschlüsse über das Arbeitsprogramm bis 12. März 1982 und über die Vertagung der Konferenz getroffen worden seien: „Zu Beginn der letzten Plenarsitzung dieser Woche am 12.3. wird ein Vertreter der N+N-Staaten die Vertagung bis zum 9.11.1982 vorschlagen, wobei Übereinstimmung darin besteht, daß die Bestätigung dieses Wiederaufnahmedatums durch die sowjetische Regierung noch aussteht. V[ize]A[ußen]M[inister] Iljitschow erklärte verschiedentlich, daß er keinerlei Schwierigkeiten voraussehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 237; Referat 212, Bd. 133421.

Am 29. März 1982 informierte Vortragender Legationsrat Karkow: „Auf Antrag der Neutralen und Ungebundenen hat Plenum des Madrider Treffens am Freitag, 12. März, die Vertagung des Treffens bis 9. November 1982 beschlossen. Zugleich haben die Teilnehmerstaaten die Absicht ausgesprochen, sich möglichst bald nach Wiederbeginn der Verhandlungen auf der Basis des Vermittlungsentwurfs der N+N über ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument zu einigen. Die von Bundesregierung genannten Voraussetzungen für Vertagung sind erfüllt: Vertagung im Konsens, mit festem Datum für Wiederbeginn der Verhandlungen, ohne Vorbedingungen; der Westen ist nicht als erster vom Verhandlungstisch aufgestanden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 33; Referat 012, Bd. 124419.

am 12. März.<sup>5</sup> Er werde sich an diesem Tage aus Bonn äußern.<sup>6</sup> Die Delegationen in Madrid sollten in enger Verbindung bleiben. Die Abschlusserklärungen würden in Ost und West große Aufmerksamkeit finden. Es müsse unsere gemeinsame Position bleiben, daß der Anschein vermieden wird, als sei die sowjetische Delegation diejenige gewesen, die gerne weiter verhandelt hätte.

BM sprach sich dafür aus, daß es gut wäre, wenn Präsident Reagan nach Möglichkeit noch vor dem NATO-AM-Treffen im Mai<sup>7</sup> eine weitere konzeptionelle Rede hielte. In dieser Rede solle ähnlich wie in der November-Ansprache des Präsidenten<sup>8</sup> u. a. für den KSZE-Prozeß und KAE geworben werden.<sup>9</sup> Bei der KSZE habe der Westen die besseren Karten in der Hand gehabt. Haig führte aus, diese Rede solle zusätzlich ein „Carrot“ enthalten, nämlich, daß der Osten von einer Verbesserung der Lage in Polen nur profitieren könne. Sicherlich wären KSZE, MBFR und START Themen, auf die die Rede einginge.

Zu START führte Haig aus, daß Präsident Reagan hier weiterkommen wolle. Zwar hätte zum Zeitpunkt seines Genfer Treffens mit AM Gromyko<sup>10</sup> bei der damaligen Undurchschaubarkeit der Verhältnisse in Polen nicht einfach mit START weiter verfahren werden können. Er hätte aber den Präsidenten dahingehend beraten, daß START nicht in dieselbe Kategorie wie Sanktionen subsummiert werden dürfe. Es habe bisher vermieden werden können, an die Aufnahme der START-Verhandlungen<sup>11</sup> dieselben drei Bedingungen zu knüpfen, die für die Aufhebung der Sanktionen verkündet worden waren<sup>12</sup>. Bei einem Fortschritt in Polen sei der Präsident bereit, sich bei START zu bewegen. Bei der START-Vorbereitung sei man bemüht, die Fehler von SALT II<sup>13</sup> zu ver-

<sup>5</sup> Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 13. März 1982 über die Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz am Vortag in Madrid und seine Abschlusserklärung. Er habe hervorgehoben, „daß die Bundesregierung den leider notwendig gewordenen Vertragsschluß als einen Akt der Bewahrung des KSZE-Prozesses durch einvernehmliches Handeln der Teilnehmerstaaten werte. Die Gründe für die gegenwärtige schwierige Situation seien in den polnischen Ereignissen und den damit zusammenhängenden schwerwiegenden Verletzungen der Schlußakte zu sehen. [...] Fortschritte in der Arbeit seien um so leichter zu erreichen, je mehr sich die Verhältnisse in Polen bis zum Herbst gebessert hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 265; Referat 212, Bd. 133422.

<sup>6</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 erklärte Bundesminister Genscher am 12. März 1982: „Die Verantwortung für die Belastung des KSZE-Prozesses und die Verzögerung der Arbeiten der Konferenz tragen diejenigen, die für die Entwicklung in Polen verantwortlich sind. [...] Die Verantwortlichen der Sowjetunion und in der Volksrepublik Polen bleiben aufgerufen, den Regeln der Schlußakte wieder Geltung zu verschaffen.“ Vgl. BULLETIN 1982, S. 199.

<sup>7</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 156–159.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf vgl. Dok. 32.

<sup>11</sup> Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2. Die Verhandlungen wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

meiden. SALT II sei nicht am sowjetischen Einmarsch in Afghanistan<sup>14</sup>, sondern an der Unzulänglichkeit des SALT-Vertrages selbst gescheitert. Er hoffe, die START-Vorbereitungen seien in drei oder vier Wochen beendet und dann auch von einer solchen Qualität, daß sie im Kongreß vertreten werden könnten. START stelle auf starke Reduktionen, nicht nur auf Begrenzungen ab. BM dankte für diese Ausführung und unterstrich, daß für uns der Abbau von strategischen Waffen, nicht nur ihre Begrenzung, von entscheidender Wichtigkeit sei. Wenn der Präsident hierauf in seiner Rede eingehe, würde dies nicht ohne tiefe psychologische Wirkung für Europa bleiben. Er begrüße sehr die getroffene Unterscheidung zwischen START und Sanktionen im Zusammenhang mit der Polen-Krise. Wichtig sei ferner, daß als Basis-Philosophie auch das Angebot zu weitgehender Hilfe und Zusammenarbeit mit dem Ostblock bei einer Haltungsänderung zu Polen ausgedrückt werde. Dies sei auch der Grundgedanke des Harmel-Berichts<sup>15</sup>.

AM Haig wandte sich dem Thema Polen zu. Nach amerikanischer Auffassung habe die Lage sich dort nicht verbessert, die Opposition gegen das Kriegsrecht halte an. Bei trügerischer Ruhe an der Oberfläche blieben die Arbeiter weiter entfremdet, solange ein echter Dialog ausbliebe. Die SU müsse einerseits die Konsequenzen fürchten, die eine Lockerung des Druckes mit sich brächte; sie sei sich andererseits bewußt, daß bei Fortsetzung der Repression die gleichen Folgen drohten. Wir müßten fortfahren, die SU davon zu überzeugen, daß die bestehende Lage nicht nur anomal sei, sondern daß der SU weitere Sanktionen drohten. Trotz unterschiedlicher Auffassung beiderseits des Atlantiks sei man insgesamt nicht schlecht gefahren. Er, Haig, habe den Eindruck, daß Jaruzelski vor zwei Wochen gerne eine moderatere Rede gehalten hätte<sup>16</sup>, daß die SU jedoch auf einen schärferen Ton Wert gelegt habe. Haig erklärte sich nicht einverstanden mit der Theorie, daß man Jaruzelski helfen müsse, um zu vermeiden, daß er durch einen noch unbeugsameren Nachfolger ersetzt wird. Während nach seiner, Haigs, Ansicht man der SU gegenüber hart bleiben solle, sollte man auf der anderen Seite die polnische Lage sehr aufmerksam verfolgen und dort bei dem leisesten Anzeichen einer Bewegung zu einer gewissen Flexibilität bereit sein. Noch sei man aber nicht so weit. BM stimmte zu, daß man das polnische Volk nicht für eine Regierung bestrafen dürfe, die es nicht

<sup>14</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Jaruzelski hielt am 24. Februar 1982 anlässlich der Tagung des VII. Plenums des ZK der PVAP am 24./25. Februar 1982 in Warschau eine Rede. Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 25. Februar 1982: „Die zwar etwas ambivalente, aber versöhnlich klingende Rede wurde mit einer Apologie der Ereignisse seit dem 13. Dezember eröffnet. Der Imperialismus bestehe auf Revision der durch die Oktoberrevolution eingeleiteten Ergebnisse. Der antipolnische Kreuzzug sei Teil der antisowjetischen Strategie. Der Kriegszustand in Polen sei in Wahrheit ein Anti-Kriegszustand, denn er habe vermutlich einen dritten Weltkrieg verhindert. Nachdem die Pläne der NATO-Geheimdienste im letzten Jahr gescheitert seien, die Konterrevolution verhindert wurde, versuche man nun vergeblich, einen Bürgerkrieg auszulösen. [...] Das Kriegsrecht sei kein Selbstzweck. Es werde, wie im Sejm angekündigt, weiterhin schrittweise aufgehoben. In einigen Tagen (wohl in der morgigen Sejm-Sitzung) werde der Innenminister über Milderungen des Kriegsrechts und Freilassung von Internierten eine Erklärung abgeben. Eine völlige Aufhebung des Kriegsrechtes sei wegen der fortbestehenden Spannungen nicht möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 527; Referat 214, Bd. 132917.

wolle. Man sei sich einig in der Analyse, daß die Hauptverantwortung für die Lage in Polen bei der SU liege. Es komme jetzt nicht darauf an, ob Jaruzelski das Kriegerrecht verhängt habe, weil die SU es verlangte, oder um Schlimmeres zu vermeiden. Für beide Fälle gelte sowjetische Verantwortung. Dieses sei ein wichtiges Ergebnis westlicher Politik in Madrid. Die zweite Botschaft aus Madrid sei ein Hilfsangebot an Polen, wenn sich Polen auf den Weg der Erneuerung und Reform begibt.<sup>17</sup> Zur Position Jaruzelskis wiederholte BM die im vergangenen Jahr in Rom<sup>18</sup> gemachten Ausführungen nach seinen Gesprächen in Warschau<sup>19</sup>: Die SU könne Jaruzelski nicht ersetzen<sup>20</sup> ohne eigene Intervention. Daher sei das Angebot wirtschaftlicher Hilfe für Polen durchaus attraktiv.

Haig griff das KSZE-Thema wieder auf. Er äußerte sich anerkennend über die Arbeit Botschafter Kastls in Madrid. Es würde ihn freuen, wenn es zu dem eingangs erwähnten Gentlemen's Agreement einer Vertagung käme. Er, Haig, hätte lieber ein früheres Wiederaufnahmedatum als November gehabt, da die Wiederaufnahmevereinbarung an sich bereits Druck auf die SU ausübe. Die AM stimmten darin überein, daß für die Abschlusserklärung das Eingehen auf die Menschenrechtsfrage in bezug auf die Lage in Polen wichtig sei. BM fügte hinzu, am 12.3. müsse klar gesagt werden, daß Fortschritte bei der KSZE um so größer sein könnten, je mehr sich die Dinge in Polen bewegten. In jedem Falle müsse in Madrid klar gesagt werden, wer die Verantwortung für die gegenwärtige Qualität des Ost-West-Verhältnisses habe.

Zum bevorstehenden NATO-Gipfel<sup>21</sup> führte Haig aus, die bestehende Militärstrategie der NATO<sup>22</sup> dürfe nicht ersetzt werden durch eine neue visionäre Militärstrategie. Solchen Gedanken hänge man in London nach. Er habe vielmehr Vertrauen in die bestehenden Strukturen der NATO. Man könne an eine Verbesserung der konventionellen Verteidigung denken, sollte hiermit aber nicht politische Fragen vermischen. Auch BM warnte vor einer Grundsatzörterung der Militärstrategie. Das Zustandekommen des Doppelbeschlusses in der NATO,

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher erklärte am 9. Februar 1982 vor dem Plenum der KSZE-Folgekonferenz in Madrid: „Ein Polen, dessen Regierung entschlossen den Weg der Erneuerung und Reform wieder aufnimmt – so wie die polnische Führung es dem eigenen Volk, aber auch den europäischen Regierungen versprochen hat –, ein solches Polen kann auf unsere tatkräftige Hilfe zählen.“ Insbesondere nahm Genscher ein „großzügiges Programm“ zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens in Aussicht. Vgl. BULLETIN 1982, S. 108.

<sup>18</sup> Für das Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Haig (USA) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. AAPD 1981, II, Dok. 125.

Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

<sup>19</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „entsetzen“.

<sup>21</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>22</sup> Der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

die Bildung der SCG<sup>23</sup>, habe gezeigt, daß das Bündnis flexibel genug ist, konzeptionell und institutionell zu reagieren. Daß die SCG nach 1979 weiter bestehe, zeige, daß es keiner revolutionären Erneuerung bedürfe, denn dann würde die Diskussion der Optionen einsetzen. Haig griff den Gedanken BMs auf, im Rahmen der NATO den Konsultationsmechanismus zu stärken. Er sehe hier zwei Möglichkeiten, eine eher moderate und evolutionäre und zweitens eine „politische Überholung“ der Allianz durch die Einsetzung einer Kommission von Weisen. Dem letzten Gedanken stehe er reserviert gegenüber. BM sprach sich für die Notwendigkeit einer Konzertierung der amerikanischen, kanadischen und europäischen Außenpolitik aus. Eine solche gebe es schon zu Namibia und in der KSZE. Eine europäisch-amerikanische Konzertierung sei ferner von Bedeutung bei Regierungswechseln im Bündnis zur Wahrung politischer Kontinuität. Dies sollte ein wichtiger Punkt in Bonn werden. In der NATO sollte man auf AM-Ebene zwei informelle Treffen im Jahr vorsehen, die unter Ausschuß der Presse nach Art der Gymnich-type-Treffen in der EG<sup>24</sup> strukturiert sind. Diese informellen Treffen seien wichtig für die kleineren Allianz-Mitglieder. Er sei aber gegen die Einsetzung einer Kommission von Weisen, da man von ihr eine Änderung der Politik erwarte und darüber hinaus für die Dauer der Tätigkeit der Kommission eine Periode politischer Ungewißheit schaffe.

<sup>25</sup>BM appellierte an AM Haig, durch solche AM-Treffen eine ganz andere Gesprächsform zur gemeinsamen Meinungsbildung zu schaffen. Die AM besprachen kurz die Initiative AM Colombos.<sup>26</sup> AM Haig hatte sie eher als ein Interesse der europäischen Zehn verstanden, Wirtschaftsthemen zu erörtern. Er würde einen solchen Gedanken lieber im Rahmen der 15 NATO-Mitgliedstaaten realisiert sehen, Wirtschaftsthemen zwar nicht auszuschließen, aber sie nicht ausdrücklich betonen.<sup>27</sup> BM schilderte zum Hintergrund kurz den seinerzeitigen Wunsch Italiens nach Teilnahme am Weltwirtschaftsgipfel. Die Allianz werde ohne Wirtschaftsthemen nicht voll erfaßt, Wirtschaftsthemen dürften aber nicht an die Spitze treten. Bei Einbindung der 15 NATO-Mitgliedstaaten sei wichtig, daß damit Länder einbezogen würden, die nicht oder noch nicht der EG angehörten.

Einer abschließenden Frage BMs nach den amerikanischen Vorstellungen zu dem Gipfel wich Haig aus. Eagleburger ergänzte, der Gipfel müsse nach vorne

<sup>23</sup> Mit Ziffer 10 des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde beschlossen, ein hochrangiges Konsultationsgremium innerhalb der NATO zu bilden, das die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen für den Mittelstreckenbereich begleiten sollte. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37. Die Special Consultative Group (SCG) der NATO trat am 25. Januar 1980 zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 28.

<sup>24</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1090 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 17./18. Februar 1982 in den USA auf. In einer Rede vor der Georgetown University am 18. Februar 1982 in Washington schlug er einen amerikanisch-europäischen Freundschaftspakt vor, um gegenseitige Mängel in der Konsultation politischer und wirtschaftlicher Fragen zu beheben. Dies sollte vor allem durch periodische Treffen der betreffenden Außenminister geschehen, ohne die Konsultationsmechanismen in der NATO und bei den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln zu beeinträchtigen. Für die Rede vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 604 der Botschaft in Washington vom 23. Februar 1982; Referat 203, Bd. 124899.

<sup>27</sup> So in der Vorlage.

schaufen, dürfe nicht „business as usual“ sein. BM verwies an dieser Stelle erneut darauf, daß eine konzeptionelle Rede des Präsidenten vor dem NATO-AM-Treffen wichtige Perspektiven für den Gipfel eröffne. Die Frage Haigs nach Hinzuziehung der Verteidigungsminister zum Gipfel beantwortete BM unter Zustimmung Haigs damit, daß noch kein formeller Vorschlag eines Landes zur Hinzuziehung der Verteidigungsminister vorliege.

Die AM waren sich einig, daß die Ankündigung des NATO-Beitritts Spaniens ein wichtiger Punkt für den Gipfel sei.<sup>28</sup> AM Haig verwies – zum Teil auch für die eigenen Mitarbeiter überraschend – auf Widerstände im französischen Parlament, die die Aufnahme bis zum Mai unsicher machten.

Beide Minister waren sich einig, NL und F (Besuch Mitterrands in Washington<sup>29</sup>) im Rahmen des Möglichen für den NATO-Beitritt Spaniens zu beeinflussen. Die Frage Haigs nach der griechischen Haltung beantwortete BM damit, daß auch für Griechenland das holländische Verhalten ausschlaggebend sein könnte.

Zum Thema Buckley-Mission folgt gesonderter Bericht.<sup>30</sup>

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 14111 (010)**

<sup>28</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>29</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 84.

<sup>30</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 52, Anm. 16.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 11. März 1982: „Under Secretary Buckley bat mich – eb[en]so wie später die Botschafter Italiens, Frankreichs und Großbritanniens und den Leiter der EG-Delegation – zu einer Vorunterrichtung über die Mission, die er im Auftrag des Präsidenten am kommenden Samstag unternimmt.“ Buckley habe mehrfach darauf hingewiesen, „daß das Ziel seiner Mission nicht die Einstellung oder Einschränkung des Handels mit der SU generell sei. Vielmehr gehe es darum, den sowohl politisch wie wirtschaftspolitisch ‚unsinnigen‘ Zustand zu beenden, daß im Wege von staatlichen oder staatlich verbilligten Krediten sowie von Ausfuhrbürgschaften ein laufender Ressourcentransfer in die SU auf Kosten des westlichen Steuerzahlers stattfinde. [...] Die USA hätten die Gewährung staatlicher Kredite und Ausfuhrbürgschaften in die SU bereits 1974 eingestellt. Man hoffe in Washington, daß die übrigen Alliierten sich solchen Schritten anschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1149; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington

010-858/82 geheim

9. März 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Präsident Reagan am 9. März 1982, 15.00 bis 15.30 Uhr<sup>2</sup>

*BM* überbrachte dem Präsidenten zu Beginn eine förmliche mündliche Einladung des BK und des Regierenden Bürgermeisters<sup>3</sup> zu einem Besuch in Berlin im Zusammenhang mit dem Besuch des Präsidenten in Bonn<sup>4</sup> und zum NATO-Gipfel am 9./10. Juni 1982<sup>5</sup>. *BM* bezeichnete einen solchen Besuch in Berlin als positives Signal gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und der westlichen Welt, aber auch als Signal gegenüber dem Osten. Der *Präsident* erwiderte: Man beschäftige sich mit dieser Frage, und er hoffe, daß man es tun könne.

*BM* überbrachte herzliche Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Er betonte, daß wir mit großer Erwartung dem Besuch des Präsidenten in Bonn und seiner Teilnahme am NATO-Gipfel entgegensehen. Die Gipfeltreffen in Versailles<sup>6</sup> und Bonn seien von entscheidender Bedeutung für die künftige westliche Politik. Der *Präsident* erwiderte, er freue sich auf die beiden Treffen. Auf amerikanischer Seite arbeite man hart an der Vorbereitung, um einen Erfolg daraus zu machen. Der NATO-Gipfel sei von vitaler Bedeutung als Demonstration der festen westlichen Entschlossenheit und Einheit.

*BM* unterstrich, daß dies auch unser Ziel sei. Die Gespräche in Washington hätten ihn außerordentlich ermutigt. Wir seien interessiert daran, angesichts der schwieriger gewordenen Ost-West-Situation zu einer stärkeren Konzertierung der europäisch-amerikanischen Politik zu kommen und die politische Dimension des Bündnisses zu erweitern und noch stärker auszufüllen. Er habe deshalb dem amerikanischen Außenminister vorgeschlagen, daß die Außenminister des Bündnisses ein- bis zweimal im Jahre informelle Treffen an einem Wochenende abhalten sollten, in denen alle Fragen auf der Tagesordnung offen besprochen werden könnten, mit dem Ziel, zu gemeinsamen Analysen und Konzeptionen für die westliche Politik zu kommen. Dies sei auch deshalb wichtig für den Zusammenhalt der Allianz, weil es auch den kleineren Bündnispartnern ermögliche, an der Meinungsbildung teilzunehmen. Die öffentliche Meinung in Europa werde nicht nur durch die Auffassungen in Deutschland, Frank-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 10. März 1982 gefertigt. Dazu vermerkte er maschinenschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt.“ Hat Bundesminister Genscher am 10. März 1982 vorgelegen. Hat Braunmühl am 19. März 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 74, Dok. 76, Dok. 78 und Dok. 79.

<sup>3</sup> Richard Freiherr von Weizsäcker.

<sup>4</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Juni 1982 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>5</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>6</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

reich, Italien und Großbritannien gebildet, sondern ebenso durch die Niederlande, Dänemark, Portugal, Norwegen und Griechenland.

BM drückte seine Befriedigung darüber aus, daß er bei dem jetzigen Gespräch die Ergebnisse einer Meinungsumfrage auf dem Tisch liegen lassen könne, die sich mit der Haltung der Völker Europas zu den Vereinigten Staaten und mit dem Vertrauen in die amerikanische Politik sowie mit der Entschlossenheit beschäftige, lieber für die Freiheit zu kämpfen, als sich fremder Vorherrschaft zu unterwerfen.<sup>7</sup> Das Ergebnis dieser Umfrage sei, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand die positivste Auffassung zeige. Es sei wichtig für den Präsidenten und die amerikanische Bevölkerung zu wissen, was dieses Ergebnis ausdrücke. Es gebe die Meinung der Mehrheit wieder, die widerlege, was lautstarke Minoritäten als die angebliche öffentliche Meinung bei uns wiedergeben. Dies sei bedeutsam nicht nur für die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland; das deutsch-amerikanische Verhältnis sei entscheidend für den Zustand der westlichen Allianz. Dies stelle eine gemeinsame Verantwortung der Amerikaner und der Deutschen dar. Danach müßten wir handeln. Wenn unser Verhältnis gut und vertrauensvoll sei, dann sei dies Ausdruck eines guten Zustandes des Bündnisses. Das drücke sich in verschiedenen Faktoren aus, zu denen u. a. die geographische Lage, die militärische Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland und die politische Bedeutung der öffentlichen Meinung in Deutschland für die politische Situation in Europa gehörten. Lenin habe recht gehabt, wenn er gesagt habe: Wer Deutschland habe, habe Europa. Deshalb sei das, was wir in das Bündnis einbringen, entscheidend. Wir seien nicht immer ein einfacher Bündnispartner, aber ein verlässlicher.

Der *Präsident* entgegnete: Er könne nur seine vollste Zustimmung zu den Ausführungen des Ministers über die Bedeutung des Verhältnisses zwischen unseren beiden Ländern erklären. Deshalb sei es auch wichtig, daß die bevorstehende Buckley-Mission<sup>8</sup> erfolgreich verlaufe. Nach amerikanischen Informationen über die Entwicklung im Osten scheine sich heute eine größere Chance für den Westen zu bieten als jemals zuvor. Die SU sei in einer verzweifelten Notlage. Jetzt biete sich die Möglichkeit, mit der Politik von Zuckerbrot und Peitsche vielleicht die polnische Frage zu lösen und vielleicht auch die SU aus Afghanistan<sup>9</sup> herauszubringen. Ohne westliche Kredite würde die SU gerade jetzt hilflos sein.

BM verwies darauf, daß AM Haig und er in ihren Reden in Madrid<sup>10</sup> zum Ausdruck gebracht hätten, daß Polen auf großzügige westliche Hilfe rechnen könne, wenn es zum Reformkurs zurückkehre. Die polnische Entwicklung belaste die SU mit hohen Kosten. Während bis zum 13.12.1981 der Westen für Polen gezahlt habe, müßten jetzt die SU und ihre Verbündeten dafür aufkommen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

<sup>8</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 76, Anm. 30.

<sup>9</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. BULLETIN 1982, S. 107–110.

Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2061, S. 37–39.

Dies sei ein hoher Preis, und dies möge ein Grund dafür sein, daß die SU seit Jahresbeginn in erhöhtem Maße Gold verkaufe und zunehmende Schwierigkeiten habe. Das Ausmaß unseres Handels mit der SU werde manchmal überschätzt. Nach unserer Auffassung wäre ein Handelskrieg der falsche Weg, der SU zu begegnen. Wir seien jedoch einverstanden, in aller Offenheit über die Kreditfragen zu sprechen. Uns falle dies um so leichter, als wir im Gegensatz zu unseren Partnern das einzige größere Industrieland seien, das Kredite an die SU nicht staatlich subventioniere. Vielmehr müsse die SU die marktüblichen Kosten und Bedingungen dafür übernehmen.

Zu den von dem Präsidenten erwähnten Schwierigkeiten der SU betonte BM, daß unserer Meinung nach die Zeit für uns arbeite. Er selbst sei optimistischer als viele, die im Westen Verantwortung trügen. Wir hätten keinen Grund, selbstquälerisch an uns zu zweifeln. Wir hätten die besseren Karten. Wir sollten sie benutzen. In der Politik hätten wir mit Helsinki<sup>11</sup> einen Prozeß eingeleitet, der im sowjetisch beherrschten Gebiet den Willen der Völker zur Selbstbestimmung und gegen Vorherrschaft angeregt habe. Die Schlußakte<sup>12</sup> verlange von uns nichts, was wir nicht ohnehin praktizierten; eine Änderung der Politik verlange sie dagegen vom Osten. Daraus habe sich ein dynamischer, kraftvoller Prozeß entwickelt. Wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, gemeinsam zu handeln. Man sollte nicht mit dem Mikroskop suchen, wo es im Bündnis unterschiedliche Haltungen gebe. Wenn man wirklich zur Sache komme, stelle man fest, daß in den wichtigen Dingen Übereinstimmung bestehe. Sicher gebe es manchmal Mißverständnisse und ungeschickte Erklärungen. Dies auch bei uns, in Deutschland und in Europa.

BM betonte, er wolle ganz offen sagen: Es sei wichtig, daß sich die SU keine Illusionen über Differenzen im deutsch-amerikanischen, im europäisch-amerikanischen Verhältnis mache. Er habe kürzlich einem sowjetischen Gesprächspartner gesagt: Die Sowjets hätten jahrelang gehofft auf eine Finnlandisierung Westeuropas. Dies sollten sie sich aus dem Kopf schlagen. Dagegen sollten sie über eine Finnlandisierung Osteuropas nachdenken. Sie sollten sich überlegen, mit wem die SU mehr Schwierigkeiten habe, mit Polen oder mit Finnland. Die Schlüsse daraus sollten klargeworden sein.

Der *Präsident* kam auf die Kreditfrage zurück und betonte den großen Kreditbedarf der Sowjets. Es frage sich, wer ihnen aus diesem Engpaß heraushelfe. Die Zeit sei gekommen, die Sowjets wissen zu lassen, daß – wenn wir ihnen heraushelfen sollten – bestimmte Dinge passieren sollten: in Polen sowie ein sowjetischer Rückzug aus Afghanistan. In diesem Zusammenhang kam der Präsident auch auf Zentralamerika zu sprechen und drückte die Hoffnung aus, daß die Europäer besser verstünden, welche Probleme die Amerikaner mit Zentralamerika hätten. Man wisse, wer hinter diesen Problemen stehe. Die Sowjets versuchten, Brückenköpfe in der westlichen Hemisphäre zu errichten.

Der *Minister* erwähnte, daß er schon in seinen Gesprächen mit Vertretern amerikanischer Medien betont habe, daß wir mit großem Interesse die Rede des

<sup>11</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

amerikanischen Präsidenten über den Hilfsplan für das Karibische Becken<sup>13</sup> zur Kenntnis genommen hätten. Er habe vor zwei Wochen auf dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft<sup>14</sup> angeregt, daß wir Europäer uns in Zentralamerika stärker wirtschaftlich und finanziell engagieren sollten. Damit wollten wir zur wirtschaftlichen Stabilität in der Region beitragen, die zu größerer sozialer Stabilität führe, die wiederum eine Voraussetzung für pluralistische demokratische Systeme und Strukturen in dieser Region sei. Hier trafen sich die amerikanischen und die europäischen Ansichten.

BM wies darauf hin, daß eine Partei in der Opposition in El Salvador zur Sozialistischen Internationale gehöre und daß andere Parteien in der Sozialistischen Internationale in diesem Teil der Welt aktiv seien. Wir hätten beobachtet, daß die Probleme in El Salvador zu einer Belastung für die italienische Regierung geführt haben<sup>15</sup>, deren Stabilität von großer Wichtigkeit sei. Hier möge einer der Gründe dafür liegen, warum man sich in Europa für diese Region interessiere. Er glaube, daß mittel- und langfristig die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung das richtige Rezept sei. Von daher unterstützten wir in Europa das, was der Präsident gesagt habe.

Abschließend äußerte BM noch zwei Gedanken:

Er wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung in Europa tief beeindruckt von der Rede des Präsidenten im November 1981<sup>16</sup> gewesen sei. Er bitte zu erwägen, ob der Präsident nicht eine ähnliche konzeptionelle Rede vor dem Weltwirtschaftsgipfel und dem NATO-Gipfel halten könne.<sup>17</sup> Von Zeit zu Zeit sei es notwendig, daß der Präsident die amerikanische Politik in dieser Weise artikuliere. Dies könnte bewußte und unbewußte Mißverständnisse in Europa ausräumen.

Als zweiten Punkt regte BM an zu erwägen, ob der Präsident nicht zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels einen hochrangigen persönlichen Beauftragten in die anderen Hauptstädte zu Vorkonsultationen entsenden könne. Die beiden Gipfel seien von entscheidender Bedeutung für das Gewicht der westlichen Welt, auch im Verhältnis zum Osten. *Haig*, an den sich der Präsident mit der Bitte um eine Stellungnahme wandte, meinte: Nach seiner Auffassung könne man so etwas tun.<sup>18</sup> Abschließend würdigte Haig kurz den positiven Verlauf

<sup>13</sup> Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 4, Anm. 25.

In einer Rede vor der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten am 24. Februar 1982 in Washington unterbreitete Präsident Reagan den Plan, den freien Handel für Produkte aus dem Bereich des Karibischen Beckens, die für den Export in die USA vorgesehen seien, einzuführen. Davon sollten lediglich Textilien und ähnliche Produkte ausgenommen bleiben. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 210–215. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 268–275.

<sup>14</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 66.

<sup>15</sup> Zur Kontroverse in der italienischen Regierung über die El-Salvador-Politik vgl. Dok. 74, Anm. 34.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>18</sup> Präsident Reagan entsandte den ehemaligen amerikanischen Finanzminister Shultz, der am 6. Mai 1982 ein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt führte. Vgl. dazu Dok. 136.

der Gespräche zwischen beiden Außenministern und die große Bedeutung der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

VS-Bd. 14111 (010)

78

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington

010-861/82 geheim

9. März 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Vizepräsident Bush am 9.3.1982, 16.00 Uhr<sup>2</sup>

Der *Vizepräsident* (VP) brachte einleitend die Zinsproblematik zur Sprache. *BM* erläuterte die nachteilige Wirkung der hohen amerikanischen Zinsen auf die Wirtschaft in Europa. Auch deshalb habe er dem Präsidenten vorgeschlagen, den Weltwirtschaftsgipfel<sup>3</sup> gut vorzubereiten, damit man vermeide, die Differenzen auf dem Gipfel selbst austragen zu müssen. Manche Leute suchten mit einem Mikroskop nach Meinungsunterschieden zwischen den Bündnispartnern. Wenn man die Sache dann gründlich diskutiere, stelle man fest, daß man im Grunde übereinstimme. Dies gelte auch für das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>4</sup> und für die Kreditfrage. Wir wollten keinen Handelskrieg. *VP* bezog sich auf neuerliche Informationen, nach denen die Kreditfrage für die Sowjets äußerst kritisch sei. Hierüber könne man vielleicht etwas mehr Flexibilität der SU erreichen.

*BM* bezweifelte, ob man die SU in die Knie zwingen könne. Ein Handelskrieg würde wahrscheinlich zu einer fundamentalen Entscheidung in Moskau führen, daß Rüstung Priorität vor Konsum habe. Deshalb sollte man besser die Sowjets in einen Wirtschaftsverkehr inkorporiert halten und einen Mittelweg gehen. Deshalb sei es wichtig, die Aufgabe der Buckley-Mission<sup>5</sup> nicht mechanistisch, sondern politisch anzugehen. Es sei noch nie gelungen, ein totalitäres System mit wirtschaftlichen Maßnahmen in die Knie zu zwingen. Aber man könne es beeinflussen. *VP* meinte, wenn die Sowjets in ihrer immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage feststellen, daß wir im Westen trotz ökonomischer Schwierigkeiten in der Lage seien, unsere Rüstungsanstrengungen durch-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 10. März 1982 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 10. März 1982 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 19. März 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 74, Dok. 76, Dok. 77 und Dok. 79.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>4</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>5</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 76, Anm. 30.

zuführen, dann würden sie vielleicht bereit sein, ernsthaft über die Reduzierung strategischer Waffen zu verhandeln. *BM* bezeichnete es als wichtig, den Sowjets klarzumachen, daß wir unsere Verteidigungsmaßnahmen ausführen würden, wenn Moskau nicht zu Verhandlungsergebnissen bereit sei.

*VP* wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Präsident mit dem Verteidigungshaushalt habe. Er sei jedoch fest entschlossen, eine Menge Geld auszugeben, um das Ungleichgewicht in der Verteidigung wieder auszugleichen. Er betonte, daß der Präsident es sehr ernst meine mit seinem Wunsch, durch Verhandlungen zu wesentlichen Rüstungsreduzierungen zu kommen, wie er das in seiner Rede im November<sup>6</sup> ausgeführt habe. Er sehe jedoch nur dann eine ernsthafte Verhandlungschance, wenn wir vorher genügend Mittel aufwendeten, um die Verteidigung auf die notwendige Höhe zu bringen. Außerdem sollte man nach amerikanischer Auffassung die sowjetischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nutzen, um die sowjetische Bereitschaft anzuspornen, die sowjetischen Verteidigungsausgaben zu reduzieren.

*BM* äußerte sich überzeugt, daß die SU an Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung interessiert sein werde, wenn der Westen fest bleibe, aber Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeige. Deshalb hätten Haig und er in Madrid das Angebot zur Zusammenarbeit betont.<sup>7</sup> Wenn man dagegen die gesamten ökonomischen Beziehungen mit der SU abschneide, dann müsse man mit einer Fundamentalentcheidung in Moskau rechnen, der Rüstung den Vorrang vor dem Lebensstandard zu geben. Deshalb müsse man eine Position dazwischen einnehmen.

*VP* äußerte die zweifelnde Frage, ob sich die Sowjets in ihrer immer schwieriger werdenden Wirtschaftslage weiter leisten könnten, an die 18% des BSP in die Verteidigung zu stecken. *BM* wies darauf hin, daß die Bedeutung der westlichen Kredite an die SU nicht überschätzt werden sollte. Wir hätten eine negative Handelsbilanz mit der SU. Unser Handel mit der UdSSR betrage 1,9% unseres Außenhandels und sei rückläufig seit 1975. Dies sei genug, um das Interesse der SU an der Kooperation mit uns aufrechtzuerhalten, stelle aber keine Vitalitätsspritze dar, für die manche unseren Handel hielten. Unsere Weigerungen, Kredite an die SU aus Steuermitteln zu subventionieren, werde uns gleichermaßen von den Sowjets und unserer Exportindustrie vorgehalten. Die Sowjets hätten darauf hingewiesen, daß unsere Partner ihnen insoweit bessere Bedingungen gäben. *BM* und *VP* erörterten kurz die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den anderen Ostblockstaaten. *BM* hielt ernsthafte Überlegungen für notwendig, was man für Jugoslawien tun könne. Mit dem Rückgang des jugoslawischen Handelsverkehrs mit dem Westen gehe ein besorgniserregender Anstieg des Handelsaustausches mit dem Osten einher, der aus politischen Gründen von den Sowjets gefördert werde. *BM* wies auch darauf hin, daß die Ju-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. BULLETIN 1982, S. 107–110.  
Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 9. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2061, S. 37–39.

goslawen glaubten, ihre Unabhängigkeit besser bewahren zu können, wenn es nicht zu einer harten Ost-West-Auseinandersetzung komme.

In diesem Zusammenhang setzte sich BM dafür ein, die Ergebnisse des dynamischen KSZE-Prozesses in Osteuropa nicht zu gefährden. Unser offenes Fenster habe frische Luft nach Osteuropa hineingelassen. Wenn wir es schlossen, könne es sein, daß dieser Prozeß nicht unterbrochen, aber eingefroren werde. Es sei immerhin bemerkenswert, daß die SU unter Gesetzen des Kalten Krieges in der DDR<sup>8</sup>, Ungarn<sup>9</sup> und der ČSSR<sup>10</sup> militärisch interveniert habe, nicht aber unter Bedingungen der Entspannung in Polen. Das bedeute nicht, daß wir zufrieden mit der Entwicklung in Polen seien, aber der Unterschied sei erkennbar. Man müsse die Dynamik in Polen sehen. Die von der Militärregierung ergriffenen Maßnahmen seien ohne Wirkung geblieben; der wirtschaftliche Zustand sei schlechter als vorher. Die Militärregierung finde keine Zustimmung bei der Bevölkerung und werde sie nicht finden, wenn nicht mit Wałęsa verhandelt werde. Auch die Kirche lehne es ab, sich zum Komplizen der Militärregierung zu machen. Diese Umstände müßten wir bei unserer Politik berücksichtigen.

Hinsichtlich der SU wies BM auf zwei Ereignisse hin, die der SU Probleme bereiteten:

- die Wiederaufnahme des KSZE-Folgetreffens in Madrid Anfang November<sup>11</sup> und
- der geplante Papst-Besuch in Polen einige Wochen vorher<sup>12</sup>.

Nach Auffassung des Ministers wird der Papst-Besuch Polen vor Entscheidungszwänge stellen.

Unter diesen Umständen müsse unser Interesse darin bestehen, fuhr BM fort, die Situation ambivalent zu halten und nicht in eine totale Konfrontation zu gehen. Eine völlige Unterbrechung des Handelsverkehrs würde zu nichts führen.

Auf die Frage des VP, welche zusätzlichen Schritte wir denn ergreifen könnten, meinte BM: Die politischen Signale hätten schon eine Wirkung gezeigt. Wenn die Buckley-Mission zu dem Ergebnis führe, daß alle westlichen Länder wie wir keine Kreditsubventionen geben würden, wäre dies ein Erfolg. Außerdem könne man in der OECD über kürzere Kreditlaufzeiten sprechen und die Kreditentwicklung beobachten. Dies würde ein weiteres, ernstzunehmendes Signal für die SU darstellen. Wir sollten an unseren drei Forderungen hinsichtlich Polens festhalten.<sup>13</sup> In den nächsten Monaten werde sich entscheiden, wie es weitergehe. Er nehme an, daß die SU die Erfahrung machen werde, daß sie mit ihrer gegenwärtigen Politik nicht weiterkomme und deshalb eine andere Linie werde

<sup>8</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

<sup>9</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>10</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>11</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>12</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

suchen müssen, in Richtung auf mehr Dialog. Wir könnten nicht vorhersagen, wie die sowjetischen Entscheidungen aussehen würden. Aber wir sollten den Prozeß, der die SU unter Druck setze, wirken lassen.

Der *VP* erläuterte, daß Präsident Reagan unter großem innenpolitischen Druck, der von mehreren Seiten komme, stehe, hinsichtlich Polens mehr zu tun. Starker Druck komme von den Gewerkschaften, die angekündigt hätten, notfalls selbst Maßnahmen zu ergreifen. Druck komme von einigen Kolumnisten und vom rechten Flügel der Republikanischen Partei. Man verlange vom Präsidenten etwas „Dramatisches“. Der Präsident wolle dagegen Schritt für Schritt vorgehen. Aber die Europäer sollten verstehen, daß der Druck wachse.

*BM* wies darauf hin, was er schon Haig gesagt habe: Es sei besser für das Bündnis, eine kleinere Strecke gemeinsam zu gehen, als wenn einige weit gingen und andere stehenblieben. Die Einigkeit des Westens beeindrucke die SU. Innenpolitische Erwägungen seien im übrigen der schlechteste Ratgeber für die Außenpolitik, da sie meist anderen Gesetzen folgten als den außenpolitischen Realitäten. *BM* verwies erneut darauf, daß in der Zeit des Kalten Krieges trotz strategischer amerikanischer Überlegenheit die militärische Intervention der SU in Ungarn nicht habe verhindert werden können. Man müsse sich also fragen, welchen Vorteil man von einer Rückkehr zum Kalten Krieg haben könne, zumal die amerikanische Überlegenheit inzwischen weggefallen sei und nicht wiederkommen werde. Wenn man sich die Geschichte nach dem Kriege ansehe, komme man zum Schluß, daß die größten Probleme für die SU nicht in den 50er und 60er, sondern in den 70er Jahren entstanden seien. Wir sollten daher heute die SU mit Festigkeit beeindrucken und Illusionen vermeiden, daß Moskau die Uneinigkeit des Westens ausnutzen könne. Es mache großen Eindruck auf die Völker im Westen und Osten, wenn demonstriert werde, daß die Vereinigten Staaten ihre Partner als gleiche Partner betrachteten, mit denen sie eine gemeinsame Politik machten. Darin drücke sich der fundamentale Unterschied zu den WP-Staaten, zur Behandlung der Bündnispartner Moskaus durch die SU aus. Wir alle bräuchten die Zustimmung der öffentlichen Meinung und müßten einen Kampf führen, um die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen. Es sei grotesk, daß West und Ost als zwei Anbieter auf dem Markt der öffentlichen Meinung aufträten, wobei wir ein relativ gutes Angebot in schlechter Verpackung, die SU dagegen ein relativ schlechtes Angebot in ansprechenderer Verpackung anbiete. Wir müßten die Präsentation unserer Politik verbessern und deutlich machen, daß wir die besseren Karten haben. Er sei tief überzeugt, daß die Zeit für uns arbeite.

Der *VP* äußerte nachdenklich, daß er dazu neige, mit den Ausführungen von *BM* übereinzustimmen. Er ließ sich von *BM* bestätigen, daß in Deutschland wie in USA der moralische Gesichtspunkt bei der Beurteilung der Entwicklung in Polen eine große Rolle spiele.

*BM* erläuterte anschließend dem *VP* das Ergebnis der von Newsweek durchgeführten Meinungsumfrage und zeigte ihm einzelne Zahlen, aus denen sich die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den USA und zur Verteidigung ergibt.<sup>14</sup> Der *VP* zeigte sich sehr beeindruckt. Die Spitzenstellung der Bundesrepublik

<sup>14</sup> Vgl. den Artikel „The U.S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

Deutschland, die sich daraus ergebe, sei für ihn nicht überraschend, die Bestätigung aber von großem Nutzen. Er bat um eine Kopie, um sie dem Präsidenten zu zeigen.

Abschließend bat VP um deutsche Unterstützung bei der Abstimmung über die El-Salvador-Resolution in der Menschenrechtskommission in Genf.<sup>15</sup> Man finde es in Amerika unverständlich, daß der Eindruck verbreitet werde, als unterstütze die amerikanische Regierung eine rechtsextreme Diktatur, während die anderen sich für demokratische Kräfte einsetzten. Man brauche die deutsche Hilfe hier sehr. *BM* wies darauf hin, daß wir über unsere Haltung noch nicht abschließend entschieden hätten. Wir konsultierten noch mit unseren Partnern. Wir würden die Resolution jedoch nicht unterstützen, sondern uns wahrscheinlich enthalten und uns für die Enthaltung auch unserer EG-Partner einsetzen.<sup>16</sup> Frankreich werde wahrscheinlich für die Resolution stimmen.

**VS-Bd. 14111 (010)**

## 79

### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11337/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1101

Aufgabe: 9. März 1982, 17.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. März 1982, 23.30 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesaußenminister Genscher mit Verteidigungsminister Weinberger am 8.3.1982<sup>2</sup>

*BM* Genscher eröffnete das einstündige Gespräch, an dem auf amerikanischer Seite neben Verteidigungsminister Weinberger Iklé, Perle, General Lasater und zwei Stabsmitarbeiter *VM* Weinbergers, auf deutscher Seite außer mir *D4*<sup>3</sup>, Wallau, von Ondarza, von Braunmühl, Paschke und ein Note-taker teilnahmen, mit der Frage nach der Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Kräftever-

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1982/28 der VN-Menschenrechtskommission vom 11. März 1982 zur Lage der Menschenrechte in El Salvador vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, S. 145–147. Vgl. dazu ferner Dok. 71.

<sup>16</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Baumann teilte der Botschaft in Mexiko-Stadt am 15. März 1982 mit: „Wir haben uns bei Resolution zu El Salvador enthalten, da sie sich nicht auf menschenrechtliche Aussagen, die Sache der Menschenrechtskommission sind, beschränkte, sondern auch stark politischen Charakter hatte. Sie ist daher nicht ausgewogen: Der Tadel richtet sich stärker an die Regierung El Salvadors als an die Guerillas. Sie sagt indirekt – wenn auch nicht ausdrücklich –, daß die Voraussetzungen für Wahlen nicht gegeben seien.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 82; Referat 231, Bd. 121145.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 74 und Dok. 76–78.

<sup>3</sup> Per Fischer.

hältnisses. Er habe von Iklé soeben gehört, daß es Anzeichen für ein Erlahmen der sowjetischen Wachstumsentwicklung gebe.

Weinberger (unterstützt von Iklé): Im militärischen Bereich sei ein solches Erlahmen nicht in Sicht, vielmehr sei mit einem ungebremsten weiteren sowjetischen Aufwuchs zu rechnen. Im wirtschaftlichen Bereich stehe die Sowjetunion allerdings tatsächlich vor großen Problemen. Die erheblichen Goldverkäufe und Einnahmeverluste durch die Ölpreissenkungen stellten die Sowjetunion vor erhebliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Trotzdem werde die Sowjetunion ihre Anstrengungen, so wie in der Vergangenheit ihre militärischen Fähigkeiten weiter auszubauen, kontinuierlich fortsetzen. Deshalb liege es in unserem Interesse, nicht dazu beizutragen, die Probleme der sowjetischen Wirtschaft zu lösen. Ansätze dazu biete etwa der Bereich der Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion.

BM Genscher: Die Sowjetunion stehe in der Tat vor erheblichen Devisenschwierigkeiten. U. a. kosteten Kambodscha<sup>4</sup> und Polen (letzteres besonders seit dem 13.12.81) viel Geld.

Die Bundesrepublik Deutschland habe allerdings niemals Kredite an die SU subventioniert; die Sowjetunion müsse bei uns für Kredite Marktpreise bezahlen.

Bei der Frage der Behandlung der jetzt verbleibenden Restbeziehungen mit der Sowjetunion sei eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile für den Westen zu treffen. Er halte es für wichtig, daß der Westen in der Polen-Frage deutliche Signale setze. Falls aber die Sowjetunion in Polen in unserem Sinne Zurückhaltung übe, dann könne von uns ein Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation in Aussicht gestellt werden.

VM Weinberger: Diese Überlegungen könne er nicht teilen; die historische Erfahrung zeige nämlich, daß Bemühungen, die Sowjetunion durch das Angebot von Anreizen zu einem moderaten Verhalten zu veranlassen, stets gescheitert seien. In der Détente-Ära habe die SU allenfalls ihre Rhetorik gedämpft, nicht jedoch ihre Handlungsweise. Die Geschichte zeige, daß es in der Détente-Ära nicht ein einziges Jahr gegeben habe, in dem die SU den Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten in irgendeiner Weise gebremst habe. Das Angebot von Anreizen könne daher das Problem nicht lösen.

BM Genscher: Eine Betrachtung dieser Frage müsse sich über einen weiteren Zeitrahmen, nämlich die letzten zehn oder fünfzehn Jahre, erstrecken. Als Beispiel für die richtige Philosophie könne der NATO-Doppelbeschluß gelten; es sei von außerordentlicher Wichtigkeit, der Sowjetunion westliche Festigkeit und Entschlossenheit, vor allem aber Berechenbarkeit und Ausdauer zu beweisen.

Die Philosophie des Doppelbeschlusses reflektiere die Grundphilosophie des Harmel-Berichts<sup>5</sup>. Er habe den Eindruck, daß diese Doppelphilosophie von den USA in den 70er Jahren vernachlässigt worden sei, als die USA ihre Verteidigungsanstrengungen reduzierten und damit der Sowjetunion ein falsches Sig-

<sup>4</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

nal übermittelten. Auch die Abschaffung der Wehrpflicht<sup>6</sup> sei in diesem Zusammenhang zu nennen.

Im Gegensatz dazu hätten wir Deutschen in dieser Dekade nicht eine einzige Verteidigungsentscheidung zurückgestellt. Wir hätten also den Harmel-Bericht in seinen beiden Teilen gleich ernstgenommen. Er wolle dem Eindruck entgegenreten, den er in den USA immer wieder anträfe, als hätten auch wir in der letzten Dekade verteidigungspolitische Erfordernisse vernachlässigt.

VM Weinberger: Er wolle nicht die Fehler von Präsident Carter verteidigen. Es sei aber wichtig, das Vorgehen der Sowjetunion klar zu erkennen: Die Sowjetunion habe massiv gerüstet und sei jetzt zu einer offensiven Politik fähig. SALT II<sup>7</sup> habe sich als nicht imstande erwiesen, Reduzierungen herbeizuführen.

Er gebe gerne zu, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit das ihre getan habe. Jetzt sei aber die Zeit gekommen, um mehr und gemeinsam mehr zu tun.

Er wolle auch auf die innenpolitische Dimension hinweisen; es gebe in Amerika deutliche anti-europäische Stimmungen. Er selbst sei ernsthaft besorgt über Stimmen im Kongreß, die den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa forderten.<sup>8</sup>

Wir müßten erkennen, daß die SU ohne Unterlaß ihre militärische Stärke ausgebaut habe, und zwar ohne Rücksicht auf das Verhalten des Westens. Handel mit der Sowjetunion sei qualitativ anders zu betrachten als Handel mit anderen Ländern. Es läge in unserem besten Interesse, der Sowjetunion nicht dabei zu helfen, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

BM Genscher: Er habe sich in der Vergangenheit immer gefragt, warum die USA der Sowjetunion Parität im interkontinentalstrategischen Bereich angeboten hätten, ohne gleichzeitig auf Parität im konventionellen Bereich zu insistieren. Dies sei heute ein Problem der Vergangenheit. Jetzt gehe es darum, in verschiedenen Bereichen, die für uns besonders kritisch seien, zu Fortschritten zu kommen, wie etwa im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen für ganz Europa bis zum Ural, und, soweit Zentraleuropa angesprochen sei, bei MBFR.

Die Sowjetunion habe ihre größten Fortschritte in ihrer Aufrüstung während der Periode des Kalten Krieges gemacht, als sie den Versuch begonnen habe, mit den USA gleichzuziehen.

<sup>6</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>8</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 3. März 1982: „Am 2.3.82 hörte das Armed Services Committee des Repräsentantenhauses im Rahmen der Haushaltsberatungen Fiscal Year (FY) 1983 General Rogers, SACEUR, zum Zustand und zu den Erfordernissen der US-Truppen unter dem European Command. [...] Durch die anschließende Befragung zog sich wie ein roter Faden die Frage nach dem Abzug amerikanischer Truppen aus Europa. [...] Fast alle Abgeordneten verwiesen auf zunehmend drängende Fragen aus dem Kreise ihrer Wähler zur Überseestationierung amerikanischer Truppen. Einige zeigten offen Sympathie für die kritische Einstellung angeblich vieler Wähler, und zwei Abgeordnete [...] gestalteten ihre Fragen förmlich zu einem Plädoyer für den Abzug der US-Truppen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002/1003; Referat 201, Bd. 125650.

Weinberger (unterstützt von Iklé und Perle): Der sowjetische Aufwuchs habe vor allem in der Détente-Ära stattgefunden. 1969/70, als die ersten SALT-Verhandlungen begonnen hätten<sup>9</sup>, habe in allen maßgeblichen Kriterien des nuklearstrategischen Verhältnisses ein klarer amerikanischer Vorteil bestanden. Heute, nach zwölf Jahren des Versuchs, zu strategischer Rüstungskontrolle zu gelangen, verfüge die Sowjetunion über Vorteile in all diesen Kategorien. Das Erstaunliche sei der Grad, zu dem westliche Technologie beigetragen habe, der Sowjetunion das waffentechnische Aufholen und die militärische Massenproduktion zu ermöglichen.

Weinberger ergänzte, die amerikanische Freiwilligenarmee sei besser als ihr Ruf. Die Administration sei bemüht und habe auch bereits Erfolge dabei erzielt, das Freiwilligenkonzept zu einem Erfolg zu machen.

Er, Weinberger, habe im übrigen im Kongreß bereits die europäischen Alliierten verteidigt, als die Sprache auf den Truppenrückzug gekommen sei.

BM Genscher: Er habe dies im deutschen Fernsehen mitangesehen und sei beeindruckt von der klaren Sprache Weinbergers gewesen. Dies gebe ihm Anlaß, VM Weinberger einzuladen, auch eine weitere gemeinsame Schlacht um die öffentliche Meinung zu schlagen. Eine Umfrage in Newsweek zeige, daß unter den Europäern die Deutschen das höchste Vertrauen in die amerikanischen Verbündeten hätten; in der Bundesrepublik sei der höchste Zustimmungsquotient zu der TNF-Politik des Bündnisses zu verzeichnen.<sup>10</sup> Es gehe deshalb darum, trotz der Konzentration der Medien auf eine deutsche Minderheit etwas mehr Augenmerk auf die Mehrheit der Deutschen zu lenken, die voll hinter dem Bündnis stehe.

Es sei auch wichtig, die Nachkriegsgeschichte Deutschlands zu kennen. Alle wichtigen deutschen Nachkriegsentscheidungen seien unter starkem sowjetischen Druck, gegen starken sowjetischen Druck gefallen, u. a.:

- NATO-Beitritt<sup>11</sup>;
- Einführung taktischer Nuklearwaffen in Deutschland<sup>12</sup>;
- Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft<sup>13</sup>;
- die TNF-Modernisierung.

In allen diesen Fällen habe die Sowjetunion massive Propagandakampagnen unternommen. Die Bundesrepublik habe aber bewiesen, daß sie – obwohl Teil

<sup>9</sup> Vorgespräche zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) fanden vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki statt. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 6 und Dok. 26.

Die Verhandlungen begannen am 16. April 1970 in Wien und endeten mit der Unterzeichnung des Interimsabkommens am 26. Mai 1972. Vgl. dazu AAPD 1971, III, Dok. 399, und AAPD 1972, I, Dok. 26 und Dok. 75, sowie AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut des SALT-I-Vertrags vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

<sup>10</sup> Vgl. den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

<sup>11</sup> Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik am 9. Mai 1955 der NATO bei.

<sup>12</sup> Zur Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägermitteln vgl. Dok. 41, Anm. 17.

<sup>13</sup> Am 25. Juli 1952 trat der EGKS-Vertrag in Kraft, mit dem die Bundesrepublik Mitglied der Montanunion wurde.

Am 1. Januar 1958 traten die Römischen Verträge in Kraft, mit denen die Bundesrepublik Mitglied der EWG und EURATOM wurde.

einer geteilten Nation – nicht erpressungsfähig sei und zum Westen gehöre. Es sei jetzt wichtig, daß nicht eine Veränderung unserer öffentlichen Meinung dadurch provoziert werde, daß durch Kritik an im Grunde peripheren Fragen Verwirrung hervorgerufen werde.

Weinberger: Die anti-europäischen Stimmungen manifestierten sich im Kongreß an Einzelfragen wie WHNS<sup>14</sup>, Infrastruktur<sup>15</sup> und Master Restationing Plan<sup>16</sup>. Er und die Administration seien bemüht, diese Fragen zu erledigen, bevor sie an die Oberfläche gelangten. Die Amerikaner seien selbst unglücklich über die hohen Zinsraten. Er sei aber zuversichtlich, daß die Zinssätze weiter sinken werden.

<sup>14</sup> Wartime Host Nation Support.

Am 4. November 1980 legte der amerikanische Botschafter Stoessel den Wunsch der amerikanischen Regierung dar, die Bundesregierung möge ihre Leistungen für die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte erhöhen. Priorität besaßen dabei Unterstützungsleistungen für im Krisen- oder Kriegsfall auf dem Territorium der Bundesrepublik einzusetzende US-Verstärkungstreitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 370.

Bundesminister Apel erläuterte am 11. November 1981 im Bundessicherheitsrat die Notwendigkeit, ein entsprechendes Rahmenabkommen mit den USA zu unterzeichnen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 328.

Referat 514 legte am 1. März 1982 zu dem ausgehandelten Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“) dar, es sehe im Krisen- oder Verteidigungsfall die Heranführung von sechs Divisionen zusätzlich zu den bereits in der Bundesrepublik stationierten vier amerikanischen Divisionen vor. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 125672.

Das Abkommen wurde am 15. April 1982 in Bonn von Bundesminister Genscher und dem amerikanischen Botschafter Burns unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–454.

<sup>15</sup> Zur Frage der Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms vgl. Dok. 5, Anm. 6.

Mit Schreiben vom 23. Februar 1982 an Bundeskanzler Schmidt legte Bundesminister Genscher hinsichtlich des Infrastrukturprogramms der NATO für die Jahre von 1980 bis 1984 dar: „Die USA halten die Tranche 1982 für unzureichend und wirken weiterhin mit großem Nachdruck auf eine Erhöhung hin. [...] Sie erwägen sogar eine Vorfinanzierung des durch unsere Haltung ausgefallenen Betrags ohne uns, d. h. nur zu dreizehnt. Wir wären dann auf ganz unangenehme Weise isoliert. Es ist zu befürchten, daß die unterschiedlichen Positionen beim Thema Infrastruktur zu einer ernststen Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen führen. Dies sollte, nicht zuletzt im Hinblick auf den NATO-Gipfel in Bonn, vermieden werden. Ich halte es daher für erforderlich, daß sich der Bundessicherheitsrat so bald wie möglich erneut mit dem Thema Infrastruktur befaßt mit dem Ziel, eine positive Lösung herbeizuführen.“ Vgl. VS-Bd. 12072 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>16</sup> In einem Gespräch mit Bundesminister Apel legte der amerikanische Botschafter Stoessel am 4. November 1980 den Wunsch der amerikanischen Regierung nach einer Verlegung von Teilen der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte dar. Sie sollten näher an die innerdeutsche Grenze verlegt werden, um eine adäquate Verteidigung gewährleisten zu können. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge vom 17. November 1980; VS-Bd. 10820 (514); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirektor Soddemann, Bundesministerium der Finanzen, z. Z. Washington, berichtete am 18. März 1982, am Vortag habe eine Besprechung im amerikanischen Verteidigungsministerium stattgefunden, bei der die amerikanische Seite folgende Erläuterungen gegeben habe: „Der M[aster] R[estationing]P[lan] wird auf die ursprüngliche Phase I beschränkt, d. h. auf die Verlegung von drei US-Brigaden von westlich des Rheins (Großraum Baumholder) nach (1) Vilsack (Grafenwöhr) = 7092 Mann, (2) Wildflecken = 4882 Mann, (3) Gießen = 5628 Mann. Die US-Streitkräfte benötigen hierfür Truppenunterkünfte (facilities for units), Wohnraum für Verheiratete (family housing), Unterstützungseinrichtungen und Dienstleistungen (base operations support). Die gegenwärtigen Planungen gehen davon aus, daß alle für die drei Brigaden erforderlichen Einrichtungen auf Grundstücken errichtet werden können, die bereits jetzt von den US-Streitkräften genutzt werden. [...] Obwohl es auf der US-Seite keine bestimmten Forderungen in zeitlicher Hinsicht gibt, denke man daran, konkrete Maßnahmen 1984/1985 zu beginnen mit dem Ziele, das Programm mit Ende des Jahrzehnts abgeschlossen zu haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1245; Referat 201, Bd. 125671.

(Auf Frage BM Genschers nach dem Stand der INF-Verhandlungen:) Die sowjetische Seite habe das Angebot der Null-Option<sup>17</sup> nicht von vornherein verworfen. Der amerikanische Vorschlag bleibe unverändert auf dem Tisch.<sup>18</sup> Erfolg könne es nur geben, wenn auch der Modernisierungsteil des Doppelbeschlusses ohne Einschränkung implementiert werde.

BM Genscher: Dem stimme er zu, man müsse beide Teile des Doppelbeschlusses ernsthaft verfolgen. Er selbst sei<sup>19</sup> überzeugt, daß ein echter Durchbruch in den Verhandlungen erst dann erzielbar sei, wenn die Sowjetunion davon ausgehen müsse, daß die Stationierung der INF-Systeme tatsächlich erfolgen werde.

(Auf Frage VMs Weinberger nach den Aussichten auf dem SPD-Parteitag im April<sup>20</sup>.) Die Substanz des NATO-Doppelbeschlusses werde auch auf diesem Parteitag erhalten bleiben. Im übrigen hätten der Bundeskanzler und er selbst bekanntlich ihr politisches Schicksal mit der INF-Politik der Allianz verbunden.

Es sei auch wichtig, die Auswirkungen von Rüstungsentscheidungen auf einer Seite des Atlantiks auf die andere Seite im Auge zu behalten. Er wolle den Fall der amerikanischen Diskussion über eine eventuelle Seestützung der MX nennen, um dies zu illustrieren. Bei einem FDP-Parteitag im vergangenen Jahr<sup>21</sup> seien zu Beginn von 400 Delegierten 20 gegen die TNF-Politik der Regierung gewesen. Ein Antrag, die Möglichkeit einer Seestützung von TNF zu prüfen, der sich auf die inneramerikanische MX-Diskussion gestützt habe, habe dann nicht 20, sondern über 90 zustimmende Delegierte gefunden. Auf solche Öffentlichkeitswirkung müsse auch künftig geachtet werden.

Die Rede des Präsidenten vom 18. November 1981<sup>22</sup> sei eine sehr wichtige Rede gewesen; er werde bei seinem morgigen Gespräch mit Präsident Reagan diesen ermutigen, noch vor dem NATO-Gipfel 1982<sup>23</sup> erneut eine derartige grundsätzliche Rede zu halten.<sup>24</sup>

Auf Frage Weinbergers nach Zielen für den NATO-Gipfel: Stärkung der Allianzsolidarität; Konzertierung der Außenpolitik der Allianzmitglieder; Präsidenten-Rede noch vor dem Gipfel; unser Interesse an Berlin-Besuch Präsident Reagans<sup>25</sup>.

Weinberger: Auf dem Gipfel müsse auch einiges Spezifische zur Verteidigungspolitik gesagt werden. Er denke u. a. daran, in Fortführung früherer Bemühungen über die erforderlichen Verteidigungsanstrengungen zu sprechen. Er wolle

<sup>17</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>18</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

<sup>19</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1102 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

<sup>21</sup> Der Bundesparteitag der FDP fand vom 29. bis 31. Mai 1981 in Köln statt.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>23</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>25</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Juni 1982 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

zum Abschluß nach der Haltung der Bundesregierung in der NATO-Infrastrukturfrage fragen. Sowohl der Bundeskanzler<sup>26</sup> wie auch VM Apel hätten ihm auf seine Frage geantwortet, man werde die Frage einer Lösung zuführen. Eine konkretere Auskunft habe er bisher nicht bekommen.

BM Genscher: Man werde die Frage in den Haushaltsjahren 1983/84 lösen. Diesen Punkt habe er mit dem Bundeskanzler besprochen, bevor er nach Washington abgeflogen sei. Auf weitere Fragen machte BM Genscher deutlich, daß eine Lösung des Problems noch vor dem NATO-Gipfel nicht möglich sein wird.

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 14111 (010)**

80

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray**

**204-321.11 NWG VS-NfD**

**15. März 1982<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem norwegischen Außenminister Stray am 15. März 1982 in Bonn<sup>2</sup>

*BM* unterstrich unter Hinweis auf den kürzlichen Besuch von MP Willoch<sup>3</sup> die Bedeutung, die wir einem kontinuierlichen Meinungs austausch mit Norwegen beimessen: Mit Norwegen bestehen keine bilateralen Probleme. Es gibt aber gute Perspektiven für eine noch engere Zusammenarbeit. Unsere beiden Länder sind durch die Mitgliedschaft im Bündnis eng miteinander verbunden. Wir schätzen den klaren Bündniskurs Norwegens. Im Bündnis kommt es jetzt darauf an, über Möglichkeiten zu sprechen, wie die Zusammenarbeit, insbesondere auch die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit, ausgebaut werden kann. Wir wissen um die besondere Bedeutung des Harmel-Berichts<sup>4</sup>.

<sup>26</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 5. Januar 1982 in Washington; Dok. 5.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 15. März 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 22. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl verfügte.

Hat Braunnühl am 22. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der norwegische Außenminister Stray hielt sich am 15./16. März 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Willoch hielt sich am 16./17. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 56 und Dok. 57.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

BM würdigte die gemeinsame Mitarbeit im Europarat, der eine wichtige Brücke zwischen den EG-Mitgliedern und den europäischen Demokratien sei, die nicht der EG angehören.

AM *Stray* unterstrich das große norwegische Interesse an enger außen- und sicherheitspolitischer Abstimmung mit der BR Deutschland, insbesondere in der jetzigen kritischen Phase der Weltpolitik. Es gelte jetzt, gemeinsam politische Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden. Norwegen und die BR Deutschland hätten zusammen mit ihren übrigen Bündnispartnern im Zusammenhang mit der Polen-Krise und in Madrid<sup>5</sup> gut zusammengearbeitet.

#### 1) Bündnispolitik – Konzertierung europäisch-amerikanischer Politik

BM betonte unter Hinweis auf seine Gespräche in Washington<sup>6</sup> die Notwendigkeit, die politische Dimension des Bündnisses auszuweiten und zu einer Verdichtung des Meinungsaustausches zu kommen. Dies sei nötig, weil nur auf einer gemeinsamen Grundlage eine gemeinsame operative Politik möglich sei (u. a. gemeinsame Einschätzung der Lage in Polen als Grundlage für eine gemeinsame Reaktion).

Er, BM, wolle auf zwei Fälle hinweisen, in denen das Bündnis Geschlossenheit gezeigt habe:

- die Namibia-Initiative der Fünf<sup>7</sup>, die von den anderen Bündnispartnern politisch unterstützt werde;
- das geschlossene Verhalten des Westens bei der KSZE, das auf eine gute Abstimmung und Übereinstimmung im Bündnis zurückgehe.

BM sprach sich für eine bessere Konzertierung der Bündnispolitik aus. Den Begriff erläuterte BM: Einzelne Länder leisten unterschiedlichen Beitrag zu gemeinsamer Politik (nicht alle müssen dasselbe Instrument spielen). Er habe in Washington vorgeschlagen, informelle Treffen der NATO-Außenminister nach dem Gymnich-Modell<sup>8</sup> zweimal jährlich vorzusehen. Auf diesen Treffen könne man ohne Tagesordnung und Protokoll miteinander sprechen. Er habe in Washington auch unterstrichen, wie wichtig es sei, die öffentlichen Meinungen zu

<sup>5</sup> In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Verhandlungen wurden bis 28. Juli 1981 sowie vom 27. Oktober 1981 bis 18. Dezember 1981 und vom 9. Februar 1982 bis 12. März 1982 geführt. Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 12. März 1982 auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 76–79.

<sup>7</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 36.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau resümierte am 16. März 1982: „1) Verfassungsprinzipien: K[ontakt]G[ruppe] ist unserem sorgfältig erarbeiteten Vorschlag einer konzertierten Überzeugungskampagne zugunsten des Mischsystems nicht gefolgt, sondern hat durch Verwässerung und Textkonfusion Aussichten eher noch verschlechtert. Wir sollten nicht mehr erwarten, daß sich Mischsystem bei SWAPO durchsetzen läßt. Wir sollten Phase I als vorläufig abgeschlossen behandeln [...]. 2) Vorwaffenstillstand: Seit 1977 wird hin und her erwogen, wie schon vor dem 435-Start ein Zustand relativen Friedens (nicht etwa Ausschluß jeglichen Zwischenfalls) erreicht werden könnte. [...] 3) Größe, Zusammensetzung und Einsatz von UNTAG: SR 435 ist (einschließlich des Waldheim-Berichts vom August 1978) nicht negotiabel. Es ist nach wie vor nicht notwendig, von ‚Neuverhandlung‘ zu sprechen, um von 7500 herunterzukommen. US müssen der gefährlichen und ganz unnötigen Süd[afrika]-Vokabel ‚symbolic‘ energischeren Widerstand entgegenzusetzen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125287.

<sup>8</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

gewinnen, weil 50% der Ost-West-Auseinandersetzung in einem Kampf um die öffentliche Meinung bestehen. Die SU habe dies längst erkannt und mobilisiere gewaltige Mittel für diesen Zweck. Der Westen müsse seine gute Ware in besserer Verpackung besser verkaufen. Er, BM, habe Präsident Reagan und AM Haig gesagt, daß die öffentliche Meinung in Europa aus allen Mitgliedstaaten bestehe. Aus seinen eigenen Erfahrungen in einem föderativen Staat und innerhalb der EG wisse er, daß ein dauerhafter Zusammenhalt nur möglich sei, wenn alle auf gleiche Weise an der Meinungsbildung beteiligt seien. Auf diesem Grundgedanken beruhe sein Vorschlag zusätzlicher informeller NATO-Außenministertreffen. AM Haig habe den Vorschlag informeller NATO-AM-Treffen mit positivem Interesse aufgenommen. Er, BM, werde darüber in Luxemburg<sup>9</sup> sprechen. In der Form könne man hierbei pragmatisch vorgehen, eventuell könne man auch an ein zusätzliches informelles NATO-AM-Treffen (Wochenende) pro Jahr denken. Wichtig sei ihm vor allem, daß alle NATO-Partner an dieser Konzertierung der europäisch-amerikanischen Politik teilnähmen.

Auf den NATO-Gipfel<sup>10</sup> eingehend, meinte BM, daß dieser ein Signal des gemeinsamen Willens zum Zusammenstehen und der Geschlossenheit geben müsse. Für das Bündnis sei nicht nur die Übereinstimmung in militärischen Fragen, sondern auch die politische Handlungsfähigkeit wichtig. Er habe daher in Washington gesagt, es sei besser, alle Bündnispartner marschierten zehn Kilometer gemeinsam, als einer 50, der andere 35, und der Rest trete auf der Stelle. Entscheidend sei die Einheit im Vorgehen.

AM *Stray* stimmte dem Vorschlag zusätzlicher informeller NATO-Außenministertreffen zu: Es sei ein interessanter Vorschlag und eine ausgezeichnete Idee. Es sei wichtig, daß innerhalb des Bündnisses auf höherer Ebene verschiedene Aspekte der Politik erörtert würden. Man habe in der NATO mit der *super restricted session* gute Erfahrungen gemacht. Auch er, *Stray*, sei der Auffassung, daß es wichtig sei, durch ein gemeinsames Auftreten die Einheit der Allianz zu demonstrieren. Wenn in Norwegen von NATO-Krise und europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten geredet werde, so weise er darauf hin, daß Bündnis-MS Demokratien seien. Von ihnen könne man nicht erwarten, daß sie alle sofort einig seien. Die Erfahrung habe aber gezeigt, daß es bisher immer gelungen sei, nach einem Meinungsaustausch und einer Diskussion eine gemeinsame Basis zu finden. Was die Rede von AM Colombo an der Georgetown University<sup>11</sup> angehe, so halte er den Vorschlag eines europäisch-amerikanischen Freundschaftspakts für bedenklich, wenn er auf die USA und die EG beschränkt werde. Norwegen möchte von dem transatlantischen Dialog nicht ausgeschlossen werden. Norwegen sei auch bemüht, seine politischen Verbindungen mit der EPZ auszubauen. Er, *Stray*, bevorzuge daher den Vorschlag des Bundesministers (informelle NATO-AM-Treffen).

*BM* meinte, daß sein Vorschlag und die Motive von AM Colombo im Grundsatz gleich seien. Es gehe um eine Verbesserung des transatlantischen Dialogs.

<sup>9</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 vgl. Dok. 156–159.

<sup>10</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Colombo vom 18. Februar 1982 für einen amerikanisch-europäischen Freundschaftspakt vgl. Dok. 76, Anm. 26.

Er, BM, halte es für wichtig, daß der politische Dialog in der NATO geführt und der transatlantische Dialog nicht auf die EG-Mitglieder beschränkt werde. Dies würde auf längere Sicht ausgerechnet die Türkei und Norwegen, die „Frontstaaten“, hiervon ausschließen. Man müsse in dieser Frage pragmatisch vorgehen. Der Gedanke eines förmlichen europäisch-amerikanischen Vertrags könnte die Angelegenheit überlasten. Er, BM, werde mit AM Colombo sprechen, ob man beide Ideen miteinander „verheiraten“ könne. Wir müßten untereinander offen miteinander reden und nicht zulassen, daß das Denken sich in den einzelnen Ländern des Bündnisses voneinander entwickle. (BM kam später auf die Frage besserer Konzertierung der europäischen Politik zurück und meinte, ein anderer Tagungsort als Brüssel für ein informelles NATO-AM-Treffen trage dazu bei, den politischen Charakter zu verdeutlichen, was auch Frankreich die Teilnahme erleichtere).

## 2) Lage in Nordeuropa

Auf eine Frage BMs nach der norwegischen Einschätzung der Lage in Nordeuropa entgegnete AM *Stray*: Der norwegische Regierungswechsel<sup>12</sup> habe, ebenso wie in Dänemark<sup>13</sup>, keine großen Auswirkungen auf die Außenpolitik gehabt. Die norwegische Regierung bemühe sich um eine gemeinsame außenpolitische Basis. Sämtliche demokratischen Parteien seien sich in der Außenpolitik mehr oder weniger einig. Dies werde auch so bleiben. Er sehe lediglich eine Gefahr darin, daß die Sozialdemokraten auch außenpolitische Fragen in ihre Oppositionspolitik miteinbringen könnten. So sei z. B. El Salvador eine schwierige innenpolitische Frage in Norwegen geworden.

Hierbei richte sich die El-Salvador-Kritik mehr gegen die neue norwegische Regierung als gegen El Salvador.

Er hoffe jedoch, daß auch in der El-Salvador-Frage die außenpolitische Übereinstimmung aufrechterhalten werden könne. In Dänemark sei dies komplizierter, denn dort sei die eigentliche Linke stärker, und die Regierung sei mehr auf die Linkssozialisten angewiesen als früher. Er, Stray, stimme dem Bundesminister zu, wenn er die besondere geographische Lage Norwegens, der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland als „Frontstaaten“ betone. In Norwegen wisse man, daß die SU alle Möglichkeiten habe, den Norwegern das Leben schwierig zu machen, ohne zu militärischen Schritten zu greifen. Bemerkenswert sei jedoch, daß die SU – wenn man von einigen kritischen Zeitungsartikeln absehe – in den letzten Monaten sehr zurückhaltend aufgetreten sei. Auch sonst sei die Lage im Norden ruhig. Allerdings gäbe es ungelöste norwegisch-sowjetische Fragen. Die letzte norwegisch-sowjetische Verhandlungsrunde sei nur eine Wiederholung alter Positionen gewesen.<sup>14</sup> Norwegen sei bereit gewesen, seine Po-

<sup>12</sup> Nach den Wahlen am 13./14. September 1981 in Norwegen übernahm der Fraktionsvorsitzende der Konservativen Partei, Willoch, am 14. Oktober 1981 das Amt des Ministerpräsidenten.

<sup>13</sup> Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Jørgensen am 12. November 1981 fanden in Dänemark am 8. Dezember 1981 vorgezogene Parlamentswahlen statt, in deren Folge Jørgensen eine Minderheitsregierung aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bildete.

<sup>14</sup> Botschaftsrat I. Klasse Diekmann, Oslo, übermittelte am 6. Januar 1982 eine Presseverlautbarung des norwegischen Außenministeriums vom 28. Dezember 1981, in der es hieß: „In den Verhandlungen über die Teilungslinie in der Barents-See vom 7. bis 11.12.81 in Oslo wurde auch die Frage der ‚beiderseitigen Zurückhaltung‘ erneut erörtert. Gegen Ende der Verhandlungen war von sowjetischer Seite der norwegischen Regierung ein Vorschlag unterbreitet worden, der das Prinzip der Zu-

sition aufzulockern, wenn die Sowjetunion ähnliche Signale gegeben hätte. Mit dem sowjetischen Fischereiminister<sup>15</sup> habe man jetzt in Oslo auch über die gemeinsamen Fischereiressourcen in den nördlichen Seegebieten gesprochen. Die Atmosphäre sei gut gewesen. Konkrete Ergebnisse habe es aber nicht gegeben. Die SU wolle ein – wenn auch zeitlich begrenztes – Totalverbot für den Fischfang in der Barents-See. Dies sei für Norwegen schwierig, denn ein großer Teil der nordnorwegischen Bevölkerung lebe vom Fischfang. Die SU habe ferner ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bei der Ölexploration in der Barents-See erkennen lassen. Das sei für Norwegen uninteressant, denn Norwegen solle offenbar die Risiken übernehmen, während der Gewinn gleichmäßig verteilt werden solle. Die SU habe jetzt ihr Interesse erkennen lassen, zwei Bohrinseln und entsprechende Hilfsschiffe in Norwegen bauen zu lassen. Es scheine, daß die SU versuche, durch diese Haltung zu zeigen, daß sie mit Norwegen trotz Polen „business as usual“ betreiben könne.

Die militärische Lage im Norden sei im wesentlichen unverändert. Der große militärische Aufbau der SU gebe Anlaß zur Sorge. Um die militärische Balance zu verbessern, habe Norwegen mit den USA ein Depot-Abkommen abgeschlossen.<sup>16</sup> Eine ähnliche Vereinbarung gebe es mit Kanada.<sup>17</sup> Insgesamt scheine es aber, daß das militärische Bild im Norden im allgemeinen etwas günstiger für die SU gezeichnet werde, als es in Wirklichkeit sei. So sei zum Beispiel das Übergewicht der konventionellen sowjetischen Truppen im hohen Norden nicht so groß. In der Nähe der sowjetischen Grenze befänden sich zum Beispiel eine Division und eine Marine-Brigade. Auf norwegischer Seite stünde dem etwas mehr als eine Brigade gegenüber. Das Verhältnis sei insgesamt 3:1 zugunsten der SU. Allerdings könne die SU sehr schnell Verstärkungen heranzuführen. Auch bestehe eine zahlenmäßige Überlegenheit bei Luftwaffe und Marine. Andererseits dürfe man die norwegischen Wehrpflichtigen nicht unterschätzen. Sie seien mit den klimatischen Verhältnissen sehr gut vertraut.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 403*

rückhaltung in bezug auf Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen in einem Gebiet angewendet wissen wollte, das in gleichem Umfang westlich und östlich jener Linie liegt, die nach sowjetischer Auffassung bei der Abgrenzung zugrunde gelegt werden muß, jedoch nicht weiter östlich als bis zum 34. Längengrad O[st]. Danach würde das Gebiet ‚beiderseitiger Zurückhaltung‘ weniger als einen siebten Teil des umstrittenen Gebietes umfassen. Darüber hinaus würde auch nicht umstrittenes norwegisches Gebiet auf dem Kontinentalsockel mit eingeschlossen werden.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 5; Referat 204, Bd. 124952.

<sup>15</sup> Wladimir Michajlowitsch Kamenzew.

<sup>16</sup> Das amerikanisch-norwegische Abkommen wurde am 16. Januar 1981 in Washington unterzeichnet und trat am selben Tag in Kraft. Es sah die Vorratshaltung von amerikanischem Militärmaterial in Mittelnorwegen vor. Norwegen verpflichtete sich zur Bereitstellung entsprechender militärischer Logistik. Ferner enthielt das Abkommen eine Bestätigung der norwegischen Haltung zur Stationierung fremder Truppen sowie der Lagerung nuklearer Waffen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1266, S. 17–22.

<sup>17</sup> Botschafter von Schmidt-Pauli, Oslo, teilte am 29. September 1980 mit, Kanada sei „das einzige Land, das spezifische Einheiten für den Einsatz in Norwegen bereitgestellt hat; Großbritannien pflegt regelmäßige Übungen in Norwegen abzuhalten. In beiden Fällen wurden kleinere Lager angelegt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 569; Referat 201, Bd. 125564.

Referat 201 legte am 12. Mai 1981 dar, es bestünden mit Norwegen „Vereinbarungen über das Heranzuführen von 6400 kanadischen und 3500 britischen Soldaten“. Vgl. Referat 201, Bd. 125564.

Am 8. Februar 1982 vermerkte das Bundesministerium der Verteidigung, die kanadische Regierung habe Norwegen kürzlich das Angebot unterbreitet, militärisches Gerät im Norden Norwegens einzulagern. Es werde wohlwollend geprüft, sei aber nicht vor 1985 zu verwirklichen. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 125637.

*BM* meinte, auch nach unserem Eindruck halte sich die *SU* zurück. Dies sei Teil einer politischen Strategie, denn sie wolle in ihrer Behandlung der Europäer ganz bewußt einen Unterschied zu den USA setzen.

(Fortsetzung bei Mittagessen)

### 3) Zentralamerika

Das Thema El Salvador aufgreifend, meinte *BM*, dies sei für die Allianz sehr schwierig, zumal es für die Administration in Washington sehr sensitiv sei. Die Administration gerate wegen ihrer El-Salvador-Politik in den USA zunehmend unter innenpolitischen Beschuß. Er, *BM*, habe seinen amerikanischen Gesprächspartnern auf deren Frage, warum die Europäer so erregten Anteil an den Entwicklungen in El Salvador nähmen, die parteipolitischen Querverbindungen (über Sozialistische Internationale) und die innenpolitische Bedeutung der El-Salvador-Frage für die europäischen Länder (u. a. Hinweis auf Italien<sup>18</sup>) sowie das in Europa vielleicht stärker als in den USA ausgeprägte Bewußtsein für politische Unabhängigkeit und Blockfreiheit erläutert. Im übrigen sehe die amerikanische Administration die Wahlen in El Salvador<sup>19</sup> auch nur als eine Vorphase für eigentliche Verhandlungen. Er, *BM*, habe aus Washington den Eindruck mitgenommen, daß die Administration nicht an eine militärische Intervention in El Salvador denke, dies aber offenbar aus innenpolitischen Gründen nicht öffentlich sagen könne.

### 4) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen (Gas-Röhren-Geschäft<sup>20</sup>)

*BM* meinte, daß die Administration sich mit der Realisierung des Projektes abgefunden habe.

*AM Stray* wies darauf hin, daß er hier bereits im vergangenen Herbst in Washington<sup>21</sup> diesen Eindruck gewonnen habe. Weinberger habe damals gefragt, ob Norwegen nicht anstelle der *SU* die benötigte Energie liefern könne. Er, *Stray*, habe damals erklärt, daß dies die Leistungsfähigkeit Norwegens bei weitem übersteigen werde.

*BM* erläuterte dann weitere Aspekte unseres Osthandels (u. a. die Buckley-Mission<sup>22</sup>) unter Hinweis auf seine Argumentation in Washington.

### 5) Polen

In einem Meinungsaustausch über die Lage in Polen bestand Übereinstimmung, daß ohne einen Dialog mit der Solidarität (*Wałęsa*) keine Chancen für eine Erholung der polnischen Wirtschaft und eine Stabilisierung der Lage bestehen. *AM Stray* stimmte *BM* zu, daß die Entwicklung in Polen ein Beweis für die fehlende Fähigkeit des bürokratisierten Systems sei, den legitimen Erwartungen der Bevölkerung zu entsprechen und die Zeichen der Zeit zu verstehen. *Stray* erwartete, daß jetzige Lage noch lange fort dauern wird.

<sup>18</sup> Zur Kontroverse in der italienischen Regierung über die El-Salvador-Politik vgl. Dok. 74, Anm. 34.

<sup>19</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>20</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>21</sup> Der norwegische Außenminister *Stray* hielt sich am 11./12. November 1981 in den USA auf.

<sup>22</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, *Buckley*, vgl. Dok. 76, Anm. 30.

## 6) KSZE

*BM* unterstrich die Bedeutung des KSZE-Prozesses. Dieser sei auf Dynamik abgestellt. Es gebe keinen politischen Status quo. Die Helsinki-Schlußakte<sup>23</sup> zeige den Weg zur Bewältigung der Probleme, welche die Notwendigkeit des Wandels mit sich bringt.

## 7) Innerdeutsche Beziehungen

Auf eine entsprechende Frage von *AM Stray* erläuterte *BM* den Stand der innerdeutschen Beziehungen und die Lage in der DDR (u. a. Fehlen der nationalen Identität, Bedeutung des Zugangs zu westlichen Medien, Besonderheit eines „doppelten Währungssystems“, Friedensdiskussion in Dresden<sup>24</sup>, allgemeine ökonomische Lage).

## 8) Norwegen – EPZ

*AM Stray* kam anschließend nochmals auf das Verhältnis Norwegens zur EG zu sprechen: Die wirtschaftlichen Interessen Norwegens würden durch die derzeitigen Vereinbarungen mit der EG gut gewahrt. In Norwegen habe man den Eindruck, daß es in der EG selbst zu einem gewissen Stillstand gekommen und die EG in der Gefahr sei, sich zu einem Diskussions-Club zu entwickeln. Einige frühere norwegische EG-Befürworter seien daher der Auffassung, daß Norwegen durch seine Ablehnung der EG-Mitgliedschaft<sup>25</sup> nicht viel verloren habe. Demgegenüber verfolge man die EPZ in Norwegen mit sehr großem Interesse. In diesem Bereich sei es so, daß auch die damaligen Gegner eines norwegischen EG-Beitritts für ein engeres norwegisches Verhältnis zur EPZ eintreten. Die EG-Mitgliedschaftsfrage werde erst wieder aktuell, wenn EG wieder Dynamik entfalte und Norwegen das Gefühl bekomme, etwas zu verpassen.

*BM* meinte, daß eine Mitgliedschaft Norwegens auch für Dänemark manches leichter gemacht hätte. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß die seinerzeitigen Beitrittsverhandlungen mit Norwegen von der EG kurzfristig und in falscher Einschätzung der norwegischen Fischereiiinteressen geführt worden seien. Am Beispiel Grönland zeige sich erneut, daß die EG offenbar nicht in der Lage sei, auf die Interessen von einigen Zehntausend Rücksicht zu nehmen. Er, *BM*, bedauere dies. (*Dg40*<sup>26</sup> wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Grönländer pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu anderen EG-Ländern die höchsten Zuschüsse aus dem Regionalfonds der EG erhielten.)

Das Gespräch endete mit einem kurzen Meinungs austausch über die amerikanische Wirtschaftslage, die Bedeutung des bevorstehenden Wirtschaftsgipfels<sup>27</sup> und die Entwicklungen in der sowjetischen Führungsspitze.

Teilnehmer des Gespräches auf norwegischer Seite: Geschäftsträger a. i. N. Bølset, Botschafter L. Mevik, MR V. Wikberg, MR S. S. Jervell, Herr T. Frøysnes,

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>24</sup> Zum Friedensforum in Dresden am 13. Februar 1982 vgl. Dok. 60, Anm. 16.

<sup>25</sup> Zur Volksabstimmung am 25./26. September 1972 über einen norwegischen EG-Beitritt vgl. Dok. 56, Anm. 33.

<sup>26</sup> Helmut Matthias.

<sup>27</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

Persönlicher Sekretär; auf deutscher Seite: Dg20<sup>28</sup>, Dg41<sup>29</sup>, RL 204<sup>30</sup>, RL 013<sup>31</sup>, VLR von Ploetz.

Referat 010, Bd. 178864

## 81

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 17. März 1982, 17.35 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 30 Ortez

Betr.: Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG gegenüber der Sowjetunion als Reaktion auf die Ereignisse in Polen

1) Die Europäische Gemeinschaft hat mit Ratsbeschluß vom 15.3.1982<sup>2</sup> folgende handelspolitische Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion in Kraft gesetzt:

a) Im liberalisierten Warenverkehr werden die sowjetischen Einfuhren in die EG auf der Basis einer Liste ausgewählter Produkte um 25 Prozent gekürzt. Referenzjahr ist 1980.

b) Bei ausgewählten Gütern, deren Einfuhr bislang noch einer Kontingentregelung unterworfen war, wird eine Kürzung um 50 Prozent vorgenommen. Referenzjahr ist 1982.

c) Bestehende Lieferverträge werden nicht berührt.

d) Die Maßnahme ist auf 1982 befristet. Vor Jahresende wird die Gemeinschaft prüfen, ob im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Polen eine Verlängerung angebracht ist.

e) Griechenland ist von dieser Regelung ausgenommen.

2) Die in intensiven Beratungen erstellte Liste der Produkte, die von der Einfuhrkürzung erfaßt werden, verzichtet bewußt auf Energie- und Rohstofflieferungen. Sie enthält Industrieerzeugnisse wie vor allem Elektromotoren, Traktoren, Klaviere, Fernsehgeräte, Kühlschränke, Uhren, Ferngläser usw. neben sogenannten Luxusgütern wie Kaviar, Perlen und Diamanten (jedoch keine Pelze). Sie umfaßt insgesamt 59 Warenpositionen mit einem Kürzungsvolumen von

<sup>28</sup> Heinz Dröge.

<sup>29</sup> Werner Ungerer.

<sup>30</sup> Reinhold Schenk.

<sup>31</sup> Karl Theodor Paschke.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Frick konzipiert.

<sup>2</sup> Am 15. März 1982 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister statt.

152 Mio. ECU (ca. 380 Mio. DM). Dies entspricht – bezogen auf das Jahr 1980 – einem geschätzten Anteil von etwa drei Prozent der sowjetischen Einfuhren in die EG außerhalb des Energie- und Rohstoffbereiches.

Die deutschen Importe aus der Sowjetunion sind mit 105 Mio. DM betroffen. Dies wird einen Rückgang unserer nationalen Industriegüterimporte um sechs Prozent mit sich bringen. Vom Kürzungsvolumen der Gemeinschaft tragen wir 27 Prozent. Dies entspricht exakt unserem Anteil am Gesamtimport der EG aus der Sowjetunion.

3) Die Europäische Gemeinschaft setzt mit diesem Maßnahmenpaket ein politisches Signal, das der Sowjetunion ihre unmittelbare Mitverantwortung für die Ereignisse in Polen vor Augen führen soll. Im Kommuniqué vom 4.1.1982<sup>3</sup> hatten die EG-Außenminister Maßnahmen auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik als Reaktion auf die von ihnen verurteilte Entwicklung der polnischen Situation angekündigt. Der EG-Rat vom 23.2.1982<sup>4</sup> hatte einen entsprechenden Grundsatzbeschuß gefaßt, der mit der nun von ihm verabschiedeten Verordnung<sup>5</sup> umgesetzt wird.

4) Die Bundesregierung begrüßt das erzielte Ergebnis. Es entspricht der vom Kabinett am 3.3.1982 befürworteten Linie. In einer kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen hat die Europäische Gemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit bewiesen. Ein nicht einfacher, interner Abstimmungsprozeß war vorausgegangen. Unsere bilateralen Kontakte zu F und GB haben zu dieser Einigung beigetragen.

Die Beschränkungen der EG auf dem Gebiet des Handels reihen sich in das Bündel politischer Maßnahmen ein, das die Mitgliedstaaten in ihrer nationalen Zuständigkeit bereits gegenüber der Sowjetunion getroffen hatten. Sie stellen zugleich eine wesentliche Ergänzung zu den bislang unternommenen Schritten der USA<sup>6</sup> und anderer westlicher Staaten dar, ohne daß sich diese Länder ihrerseits auf konkrete Importrestriktionen festgelegt haben. Auf unseren Wunsch hin ist deshalb die Kommission beauftragt worden, interessierte Länder, insbesondere die USA, Kanada, Japan und Australien, über die handelspolitischen Maßnahmen der EG zu unterrichten.

Steinkühler<sup>7</sup>

**Referat 012, Bd. 124419**

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

<sup>4</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 22./23. Februar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 67.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Verordnung Nr. 596/82 des EG-Rats vom 15. März 1982 „zur Änderung der Einfuhrregelung für bestimmte Waren mit Ursprung in der UdSSR“ sowie der Verordnung Nr. 597/82 des EG-Rats vom selben Tag „zur Aussetzung bestimmter gegenüber Einfuhren mit Ursprung in der UdSSR anwendbarer handelspolitischer Maßnahmen im Falle Griechenlands“ vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 72 vom 16. März 1982, S. 15–19.

<sup>6</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>7</sup> Paraphe vom 17. März 1982.

## Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-11460/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 244  
Citissime

Aufgabe: 17. März 1982, 10.39 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. März 1982, 12.41 Uhr

Betr.: Gespräch OB Oskar Lafontaine mit GS Honecker am 16. März 1982

Unmittelbar nach seiner zweieinhalbstündigen Begegnung unterrichtet mich Herr Lafontaine über die wichtigsten Punkte, die er mit dem GS erörtert hat.

### 1) Mindestumtausch<sup>2</sup>

Lafontaine gewann den Eindruck, daß die DDR-Führung hier unentschieden ist. Honecker erwähnte auch ihm gegenüber die Manipulationen gegen die DDR-Währung und verwies auf den von der ČSSR verlangten Mindestumtausch für Touristen. Der GS hat sich gegenüber Lafontaine allerdings auch nicht negativ festlegen wollen. Lafontaine wiederum meinte zu spüren, daß sich Honecker mit dem Thema schwer tut.

### 2) Gera-Rede

Offenbar sehr eindringlich hat der GS gegenüber dem OB die vier Postulate seiner Gera-Rede<sup>3</sup> vertreten. Zumal das Thema Elb-Grenze<sup>4</sup> solle nach der

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 18. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 220, 221, 222 und 223 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Jagow am 19. März 1982 vorgelegen.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Hartmann und Holik sowie Vortragendem Legationsrat Kunz vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 10. Oktober 1980: „In einer Meldung vom 9.10.1980 gab die DDR bekannt, daß sie mit Wirkung vom 13.10.1980 die Mindestumsätze für Besucher in der DDR und in Berlin (Ost), die bisher bei DM 6,50 pro Tag/Person für Berlin (Ost) und DM 13.– pro Tag/Person in der DDR lagen, auf einheitlich DM 25.– pro Tag/Person für die DDR und Berlin (Ost) festgesetzt hat. Dabei sind bisher bestehende Vergünstigungen für Kinder, Rentner und Invalide fortgefallen.“ Richthofen vertrat die Ansicht, der „in den letzten Jahren enorm angestiegene Besucherverkehr (etwa 8 Mio. Personen per anno) dürfte vor dem Hintergrund der Entwicklung in Polen die Befürchtung vor einer Destabilisierung der Lage in der DDR ausgelöst haben. Aus dem Grunde wurde die Umtauschrate fast prohibitiv erhöht. Damit ist mit beträchtlichem Rückgang der Besucherzahlen zu rechnen. Es zeigt sich erneut, daß DDR bereit ist, finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen, wenn dies politisch für notwendig erachtet wird.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132464.

Für den Wortlaut der Anordnung vom 9. Oktober 1980 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1980, Teil I, S. 291.

<sup>3</sup> Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einer Rede in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden und Aufsätze, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

<sup>4</sup> Im Zusatzprotokoll zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde festgelegt, daß eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten die Markierungen der innerdeutschen Grenze überprüfen und gegebenenfalls erneuern oder ergänzen solle. Im März 1977 unterbreitete die Bundesregierung den Vorschlag, die Frage des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe aus den Verhandlungen der Grenzkom-

Wahl im Bundesland Niedersachsen<sup>5</sup> wieder aufgenommen werden. Der OB zitierte Honecker mit dem Satz: „Wir würden dann Gegenzüge machen.“<sup>6</sup>

### 3) Jugendtourismus

Der GS zitierte hier BK mit der Bemerkung von Werbellin<sup>7</sup>, daß uns wenig an einem FDJ-Tourismus gelegen sei, und erweckte den Eindruck, daß man dieses Argument künftig berücksichtigen wolle. Problematisch sei die Finanzierung. Die Sache dürfe nicht zu teuer werden. Der GS machte hier eine Bemerkung über ein Verhältnis von 1:6, die dem OB unklar blieb.

### 4) Besucherverkehr

Honecker informierte den OB, es sei eine Mitteilung an den Senat „unterwegs“, daß von sofort an die Grenze der DDR zu West-Berlin von 0:00 Uhr an (statt wie bisher von 7:00 Uhr an) geöffnet sei. StÄV ist vom Senat darüber noch nicht unterrichtet. Ich nehme an, daß es sich in der Sache um jene Maßnahme handelt, die mir am 11. Februar 1982 durch StS Schalck angekündigt worden war.<sup>8</sup>

#### Fortsetzung Fußnote von Seite 409

mission auszuklammern. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 392, AAPD 1976, I, Dok. 112, sowie AAPD 1977, I, Dok. 48.

Ministerialdirektor Blech legte am 11. November 1977 dar, daß das Präsidium des Obersten Gerichts der DDR am 9. November 1977 zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe entschieden habe, „daß die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des Talwegs verläuft“. Vgl. Referat 210, Bd. 115052.

Am 29. November 1978 unterzeichneten die Bundesrepublik und die DDR ein Protokoll über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der bestehenden Grenze, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme und weitere dazugehörige Dokumente. In einem Protokollvermerk zu Artikel 1 dieses Protokolls wurde festgestellt, daß die „Arbeiten zur Feststellung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Grenze“ im Bereich der Elbe noch nicht abgeschlossen seien und daher fortgesetzt würden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 3–11 (Auszug). Vgl. dazu ferner BULLETIN 1978, S. 1321–1324.

<sup>5</sup> Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 21. März 1982 erreichte die CDU unter Ministerpräsident Albrecht mit 50,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mehrheit. Die SPD erzielte 36,5 %, die Partei „Die Grünen“ 6,5 % und die FDP 5,9 %. Die CDU zog mit 87 Abgeordneten in den Landtag ein, die SPD mit 63, die „Grünen“ mit 11 und die FDP mit 10.

<sup>6</sup> Als Ergebnis der 60. Sitzung der Grenzkommission am 17./18. März 1982 in Bad Karlshafen vermerkte das Bundesministerium des Innern am 29. März 1982: „Die DDR forderte dazu auf, über die Feststellung des Grenzverlaufs in einen eingehenden Dialog einzutreten. [...] Unsere Seite hob erneut hervor, daß sich der Feststellungsauftrag auf die von den ehemaligen Besatzungsmächten zum Grenzverlauf getroffenen Vereinbarungen beziehe. Die Schwierigkeiten bei der Feststellung des von den Besatzungsmächten Vereinbarten bestünden nach wie vor fort.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132696.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Im Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. Dezember 1981 am Döllnsee legte er anläßlich der Diskussion über die Frage, ob der Tourismus bzw. Jugendtourismus im Zusammenhang mit dem Reise- und Besucherverkehr im Communiqué erwähnt werden solle, dar, er sei „gegen jede Form des FDJ-Tourismus“. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 688. Zum Besuch vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>8</sup> Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 11. Februar 1982 über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, am selben Tag: „Wir verabredeten eine Begegnung in der Bornholmer Straße nahe dem Grenzübergang. Das Treffen unter freiem Himmel war ein ausdrücklicher Wunsch von StS Schalck, für den ich in diesem Augenblick keine Erklärung zu nennen weiß. Um 7.40 Uhr traf ich Schalck an der verabredeten Stelle. Er bat mich in seinen Dienstwagen und gab mir ein Papier zu lesen, das er mir allerdings nicht auszuhändigen wünschte. Darauf waren zwei Punkte vermerkt: 1) Für längerfristige Aufenthalte in der Hauptstadt der DDR, Berlin, und für Reisen in die anderen Bezirke der DDR können die Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) die zugelassenen Grenzübergangsstellen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, bereits ab 0.00 Uhr nutzen. 2) Die Möglichkeit des Mindestumtausches an den

## 5) Kulturaustausch

Nach Ansicht des GS werde ein stärkerer Kulturaustausch nicht primär durch die Berlin-Klausel behindert, sondern durch das Problem Preußischer Kulturbesitz.<sup>9</sup> So hatte sich Honecker auf dem Neujahrsempfang<sup>10</sup> sinngemäß auch zu mir geäußert.

## 6) Friedensbewegung in der DDR

Der Saarbrücker OB hat dem GS, wie er mir berichtete, kritische Bemerkungen über die zunehmende Militarisierung gemacht und dafür geworben, daß die DDR mit der Friedensbewegung tolerant umgeht. Honecker verwies darauf, daß allein die DDR die Einrichtung der Bausoldaten kenne. Diese Formation werde allerdings auch künftig die einzige Alternative zum Waffendienst sein. Er behauptete: „Jeder, der will, kann Bausoldat werden.“ Er machte klar, daß die DDR-Führung auf das Drängen nach einem sozialen Friedensdienst nicht einzuweichen bereit ist.<sup>11</sup>

## 7) Verhältnis zur Bundesregierung

Mehrere Male äußerte der GS gegenüber Lafontaine seine Bereitschaft, an die konstruktive Atmosphäre bei den Werbellin-Gesprächen anzuknüpfen. Er wiederholte sinngemäß, was er am vergangenen Sonntag in Replik auf meine Erklärung am Stand von Otto Wolff formuliert hatte.<sup>12</sup> Dem OB versicherte er

*Fortsetzung Fußnote von Seite 410*

Grenzübergangsstellen der DDR wird für Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) von zwei auf drei Tage erweitert. Die Befreiung von der polizeilichen Meldepflicht wird ebenfalls auf drei Tage erweitert. Auf meine Frage, ob diese Regelung analog zu der Neuregelung bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten umgesetzt werden solle, antwortete Schalck, das werde so geschehen. Auf meine Frage nach dem Zeitpunkt konnte er heute morgen offenkundig noch nicht antworten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1234; VS-Bd. 13212 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Referat 210 vermerkte am 25. Oktober 1982, die 1973 begonnenen Verhandlungen mit der DDR über kulturelle Fragen seien „nach fünf Gesprächsrunden im Oktober 1975 auf unbestimmte Zeit vertagt worden, weil die DDR die Herausgabe jener Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gefordert hatte, die früher zu Sammelstätten im heutigen Ost-Berlin gehörten (z. B. Staatsbibliothek, Museumskomplex auf der sogenannten ‚Museumsinsel‘)“. Die Fortführung der Verhandlungen unter Ausklammerung dieser Frage entspreche den Vorstellungen der Bundesrepublik: „Das Problem der Einbeziehung Berlins ist damit allerdings nicht geregelt. Mit der Sowjetunion haben wir 1973 ein Rahmenabkommen über kulturelle Zusammenarbeit abgeschlossen, das die sogenannte Frank/Falin-Klausel enthält. Die Verhandlungen über ein Zweijahres-Programm mußten dann allerdings nach jahrelangen Bemühungen [...] wegen Auseinandersetzungen über die Einbeziehung Berlins abgebrochen werden (Betreuung der Berliner Philharmoniker bei Konzerten in Moskau, Deutsches Archäologisches Institut in Berlin).“ Mit Blick auf die fortbestehenden Schwierigkeiten mit der UdSSR sollten hinsichtlich möglicher Verhandlungen mit der DDR „keine zu großen Hoffnungen gehegt werden“. Vgl. Referat 210, 132728.

<sup>10</sup> Der Neujahrsempfang für das Diplomatische Corps in der DDR fand am 11. Januar 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 6.

<sup>11</sup> Zur Friedensbewegung und zur Forderung nach einem Wehrersatzdienst in der DDR vgl. Dok. 75.

<sup>12</sup> Bei der Eröffnung der Leipziger Frühjahrmesse am 14. März 1982 führte Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Bölling berichtete darüber: „Honecker schien eine eher geschäftsmäßige Abwicklung des Standbesuchs bei Otto Wolff vorzuziehen. [...] An seiner Erwiderung auf meine Erklärungen scheint mir bemerkenswert, daß er den Geist von Werbellin ausdrücklich bestätigte und von Beiträgen zu mehr Normalität sprach. Das Stichwort Großwetterlage aufnehmend, hat er erkennen lassen, daß er [in] den internationalen Problemen nicht zwingend einen Hinderungsgrund für eine positive Fortentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen, vielleicht sogar gewisse Handlungsspielräume sieht. Offensichtlich will Honecker das in der Periode der Entspannungspolitik Erreichte und weitere Fortschritte, zumal in den wirtschaftlichen Beziehungen, nicht durch exogene Faktoren gefährdet wissen. Honecker hat erneut das Junktim zwischen Fortschritten im innerdeutschen Verhältnis und Fortschritten bei der

eindringlich sein Interesse daran, daß die sozial-liberale Bundesregierung im Amt bleibe. Sein Verhältnis zum BK schilderte er Herrn Lafontaine als besonders positiv. Es habe sich zwischen ihm und „Herrn Schmidt“ ein Vertrauensverhältnis entwickelt. Der GS berichtete dem OB, daß er mit BK auch nach Werbellin in einem guten Kontakt gewesen sei.

Längere Zeit verweilte Honecker (er übergab Lafontaine den vollen Text der Breschnew-Rede<sup>13</sup>) bei dem Thema Abrüstung, zu dem ihm der OB jene Vorstellungen entwickelt hatte, die Herr Lafontaine am Vorabend in einem Vortrag vor dem IPW<sup>14</sup> dargelegt hatte. Der OB hielt für berichtenswert, daß der GS wiederholt und mit besonderer Eindringlichkeit dafür plädierte, die Europäer müßten eine gemeinsame Politik als Alternative und als Gegengewicht zur Linie der amerikanischen Regierung entwickeln. So wie gegenüber dem BK am Werbellinsee erinnerte er an seine „außerordentlich positiven“ Gespräche mit dem damaligen US-Präsidenten Gerald Ford<sup>15</sup>.

[gez.] Bölling

**VS-Bd. 11293 (220)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 411*

Friedenssicherung im Sinne der sowjetischen Abrüstungsvorschläge hervorgehoben, indem er die Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Friedenssicherung besonders herausstellte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 229 vom 15. März 1982; Referat 421, Bd. 141386.

<sup>13</sup> Bei einer Rede auf dem XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR am 16. März 1982 in Moskau kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR an. Auch die Ersetzung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Raketen sollte gestoppt werden. Zudem teilte Breschnew die Absicht mit, unter bestimmten Bedingungen eine Reduzierung von Mittelstreckenraketen vorzunehmen. Für den Wortlaut der Rede vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 227–241.

<sup>14</sup> Institut für Internationale Politik und Wirtschaft.

<sup>15</sup> Präsident Ford und der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, trafen am 30. Juli 1975 bei der KSZE-Schlußkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Gespräch Erich Honeckers mit USA-Präsident Ford“, NEUES DEUTSCHLAND vom 31. Juli 1975, S. 1.

## 83

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-11476/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 541  
Citissime

Aufgabe: 17. März 1982, 21.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. März 1982, 21.48 Uhr

Betr.: INF-Verhandlungen;  
hier: Unterrichtung des NATO-Rats durch Botschafter Nitze

Bezug: DE Nr. 1473 vom 14.3.1982 – 220-370.70 USA-329II/82 geheim<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Amerikaner, vertreten durch Botschafter Nitze und Botschafter Glitman, haben am 17.3.1982 den NATO-Rat zum vierten Mal seit Aufnahme der Genfer INF-Verhandlungen<sup>3</sup> unterrichtet.<sup>4</sup> Der Rat tagte im Beisein einiger SCG-Vertreter. Das Auswärtige Amt war durch D2A<sup>5</sup> vertreten. Nitze gab in seiner ruhigen und sachlichen Art wiederum sein sehr umfassendes Bild vom Genfer Verhandlungsverlauf<sup>6</sup> und ließ keine Frage unbeantwortet.

2) Nitze, ergänzt durch Glitman, umriß zunächst noch einmal die amerikanischen und sowjetischen Textvorschläge für einen INF-Vertrag<sup>7</sup> und bewertete

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Bolewski am 18. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann sowie Vortragenden Legationsrat Seibert „[nach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hofmann am 19. März 1982 vorgelegen.

Hat Seibert am 22. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington mit: „US-Botschaft hat uns heute, 14.3.82, Papier übergeben, das sich mit neuen Initiativen der Sowjetunion im INF-Bereich befaßt, die anläßlich der Frühjahrsunterbrechung der Verhandlungen am 16.3.82 für möglich gehalten werden. [...] Zu den drei amerikanischen Annahmen: U[nseres] E[rachtens] sind die drei Annahmen hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit unterschiedlich zu bewerten. [...] Annahmen 1 und 2 sind denkbar und bauen auf bereits vorliegenden Vorschlägen auf. Annahme 3 wäre eine radikale Veränderung der sowjetischen Position. Wir halten sie deshalb nicht für wahrscheinlich. Zu Annahme 1: Eine Erweiterung des bisherigen Moratoriumsvorschlags um einen ausdrücklichen einseitigen Dislozierungsstopp für die in Europa zu stationierenden oder auf Europa gerichteten SS-20 halten wir für denkbar. [...] Die Annahme 2 ist eine konsequente Weiterentwicklung des sowjetischen Zweistufen-Plans. [...] Zu Annahme 3 (withdrawal of medium range missiles out of range of NATO countries): Annahme 3 erscheint uns, so wie sie formuliert ist, unwahrscheinlich. Sie würde die sowjetische Bereitschaft implizieren, die westlichen Reichweitenargumente hinsichtlich der SS-20-Raketen zu akzeptieren.“ Vgl. VS-Bd. 11348 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Die INF-Verhandlungen wurden am 30. November 1981 eröffnet.

<sup>4</sup> Der amerikanische Außenminister Haig und Sonderbotschafter Nitze gaben bei der NATO-Ministerstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel Informationen zum Stand der Verhandlungen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356.

Nitze unterrichtete den Ständigen NATO-Rat erneut am 18. Dezember 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380.

Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den stellvertretenden Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen, Glitman, am 29. Januar 1982 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

<sup>5</sup> Friedrich Ruth.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Verhandlungslauf“.

<sup>7</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40. Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

diese auf der Grundlage der Papiere, die die amerikanische Delegation bereits vorab in den Hauptstädten zirkuliert hatte. Er stellte anschließend die unterschiedlichen Auffassungen zu den Sachpunkten gegeneinander und arbeitete die noch bestehenden Unterschiede im Verhandlungsansatz beider Seiten heraus. Auf Fragen gab er zusätzliche Informationen, insbesondere eine ausführliche Darstellung der sowjetischen Verhandlungsführung und der erkennbaren Verhandlungsziele der SU.

3) Nitze äußerte sich abschließend befriedigt über den Stil und Fortgang der Verhandlungen, die er als „intense und businesslike“ bezeichnete. Beide Seiten hätten vom Gedankenaustausch profitiert.

4) In der lebhaften Diskussion dankten Ständige Vertreter für ausführliche Unterrichtung durch USA. In einer Erklärung des Pressesprechers der NATO soll auf Tatsache der Unterrichtung hingewiesen und betont werden, daß Konsultationen im Rat und in SCG mit großer Intensität fortgeführt werden sollen. Auch in Verhandlungspause stehe Botschafter Glitman in Genf den Sowjets für Kontakte zur Verfügung.

5) Jüngste Breschnew-Äußerungen zum sowjetischen einseitigen Moratorium<sup>8</sup> wurden in der Diskussion ebenfalls kurz bewertet. Der Rat wird Haltung der Verbündeten in dieser Frage so rasch wie möglich abstimmen.

6) Text der Unterrichtung von Botschafter Nitze wird gesondert übermittelt.<sup>9</sup>

## II. Im einzelnen

1) Nitze referierte zunächst über den amerikanischen Vertragsentwurf und den sowjetischen Text einer Absichtserklärung. Er führte aus, daß die Delegationen in sechs Plenarsitzungen ihre Texte der anderen Seite erläutert und in Arbeitsgruppen die Probleme weiter vertieft hätten. Dabei verfolgten die Sowjets mit ihren Vorschlägen das Ziel, durch die vorgeschlagene Reduzierung der Systeme auf 300 in Europa alle Vorteile auf ihrer Seite zu lassen:

(1) Der sowjetische Raum östlich des Urals werde nicht erfaßt.

(2) Gemirvte Raketen (SS-20) würden mit einem einzigen Flugzeug oder Raketen mit nur einem Gefechtskopf gleichgestellt.

(3) Während die SU sich die Möglichkeit zum freien Mix ihrer INF-Systeme freihielte, könnte der Amerikaner nur Flugzeuge in Europa behalten.

(4) Französische und britische Systeme wären in die INF-Obergrenze einbezogen, den USA blieben nur 37 Flugzeuge in Europa. Sie müßten sogar nach der sowjetischen Logik und Zählweise ihre FB-111 in den USA abbauen.

(5) Die SU würde nur obsolete Systeme abbauen.

(6) Der Vertrag liefe zu einem Zeitpunkt aus, in dem gerade erst die Reduzierung auf 300 Systeme erfolgt sei. Die SU wäre in diesem Zeitpunkt wieder frei, Systeme östlich des Urals in den westlichen Teil zu verlegen.

<sup>8</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>9</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 17. März 1982 den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze vor dem Ständigen NATO-Rat am selben Tag. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 539/540; VS-Bd. 11348 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

2<sup>10</sup>) Nitze stellte folgende unterschiedliche Positionen der beiden Seiten gegenüber:

(1) Entscheidender Punkt sei die Frage des Gleichgewichts. Die SU versuche weiterhin, durch willkürliche Zahlenangaben die Fiktion eines bestehenden Gleichgewichts aufrechtzuerhalten. Die Amerikaner hätten angeboten, ohne Vorbedingungen alle Datenfragen in Arbeitsgruppen zu untersuchen. Sie seien sogar bereit, der sowjetischen Logik zu folgen und deren Zahlenangaben zu überprüfen. Die Sowjets hätten dies mit dem Argument abgelehnt, die Amerikaner suchten auf diese Weise lediglich ihre nachrichtendienstlichen Erkenntnisse zu erweitern. Die sowjetische Haltung zeige, daß man in der Datenfrage inzwischen verunsichert und wohl selbst nicht von der Möglichkeit des Nachweises der eigenen Behauptungen überzeugt sei.

(2) Frage der Zusammensetzung der Kräfte: Die USA bestehen auf einer unterschiedlichen Behandlung von land-, seegestützten Raketen und Flugzeugen, die SU spreche lediglich von nuklearen Systemen (einschließlich F/UK-Potentiale).

(3) SU lehnt es ab, auf Grundlage des US-Textes zu verhandeln.

(4) Sie besteht auf Prinzip der „equality and equal security“, Amerikaner setzen dagegen auf „equal rights and limits“.

(5) SU will sich Freiheit vorbehalten, die Zahl ihrer Systeme zu erhöhen, wenn UK und F ihre Zahlen erhöhen. Den USA soll kein gleiches Recht eingeräumt werden.

(6) Bei den Systemen kürzerer Reichweite suchen USA begleitende Begrenzungen, die SU wolle nur über Systeme mit Reichweiten über 1000km sprechen und lasse Frage nach Non-circumvention unbeantwortet.

(7) Die USA streben globale, die Sowjets lokale Begrenzungen an.

(8) Unterschiedliche Geltungsdauer (USA: unbegrenzt, SU bis 1990) des Vertrages.

3<sup>11</sup>) In der Diskussion vertieften Nitze und Glitman einzelne Punkte. Dabei ist besonders zu erwähnen:

(1) Auf deutsche Frage

Nach Eindruck der Amerikaner würde die sowjetische Delegation in Genf am kurzen Zügel geführt und verfüge über wenig eigenen Spielraum. Sie sei auch anscheinend nicht besonders über die Vorgänge in Moskau informiert. Das habe sich am Beispiel der jüngsten Breschnew-Äußerungen gezeigt. Nitze habe Kwizinskij über den genauen Text der Rede informiert.

(2) Im Gegensatz zu SALT I<sup>12</sup> liege die Verhandlungsführung klar in den Händen der Politiker (Zentralkomitee) und nicht auf der militärischen Seite. Die

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „3“.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „4“.

<sup>12</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Vorschläge trügen deutlich die Handschrift Sagladins, Samjatins und Falins. Sie seien in erster Linie politisch motiviert mit dem Ziel, die USA aus Europa herauszudrängen und durch öffentlichen Druck (partielle Bekanntgabe der Verhandlungsposition) auch außerhalb des Verhandlungsraums ihre Vorstellungen durchzusetzen.

(3) Auf deutsche Frage nach sowjetischer Flexibilität in der Frage der regionalen Begrenzung meinte Nitze, die Sowjets hätten angedeutet, daß sie diesbezüglichen Sorgen des Westens entgegenkommen könnten. Einzelheiten wollten sie nicht mitteilen, sondern meinten, dies müsse in einem späteren Zeitpunkt untersucht werden, wenn sich ein konkreter Vertragsentwurf abzeichne. Aus Bemerkungen am Rande der Sitzungen könne man jedoch schließen, daß die SU an die Verhandlung einer Linie denke, hinter die Systeme zurückgezogen werden könnten. (Glitman nannte in diesem Zusammenhang Nowosibirsk.) Eine derartige Linie in der SU müsse auch auf westlicher Seite zu Konzessionen führen (Ausdehnung des INF-Reduzierungsraumes auf an Europa angrenzende Gewässer und Luftraum).

(4) Auf Frage nach der Behandlung der französischen und britischen Systeme: Nitze schloß nicht aus, daß langfristig die SU eine Ausgestaltung der Null-Lösung<sup>13</sup> anstrebe, bei der die Amerikaner über keine Raketen, die SU aber über soviel Raketen wie die Franzosen und Briten gemeinsam verfügen könnte.

(5) Auch bei der Frage der Einbeziehung von Systemen kürzerer Reichweite hätte SU am Rande der Gespräche zu erkennen gegeben, daß man über diese Systeme in einem späteren Zeitraum sprechen könne.

4<sup>14</sup>) Die Frage der Öffentlichkeitsarbeit spielte in der Diskussion erneut eine große Rolle. Von uns angeregt ging Nitze kurz auf die jüngsten Breschnew-Vorschläge ein, die er als eine Mischung von Propaganda und Drohung bezeichnete. Ich habe angeregt, möglichst bald im Rat eine Abstimmung über die Bewertung dieser Vorschläge zu erzielen und habe in diesem Zusammenhang die Erklärung von Pressesprecher Becker<sup>15</sup> zirkuliert. Der Pressesprecher der NATO wurde angewiesen, auf Anfrage zu bestätigen, daß im Rat über die Breschnew-Vorschläge gesprochen worden sei. Ich habe ferner darauf gedrängt, in der Öffentlichkeit die Gründe für die Verhandlungspause in Genf zu erläutern und zu erwähnen, daß sich Botschafter Glitman in dieser Zeit in Genf als Ansprechpartner für die Sowjets aufhalten wird. (Wir hörten von Glitman, daß die sowjetische Delegation in der Pause nicht in Genf sein werde.)<sup>16</sup> Der Pressesprecher hat in seiner Erklärung inzwischen auf diesen Punkt hingewiesen und zusätzlich erwähnt, daß NATO-Rat wie in der Vergangenheit laufend über den Stand der INF-Verhandlungen informiert wird und die SCG-Konsultationen mit Nachdruck fortgeführt werden. Zu der pressemäßigen Behandlung des Nitze-Be-

<sup>13</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „5“.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs Becker, Presse- und Informationsamt, vom 16. März 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 203.

<sup>16</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „Eher: in der Welt-  
presse.“

richts und über die NATO-Beratungen zur Breschnew-Rede erfolgt noch ergänzender Bericht.<sup>17</sup>

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12050 (201)

## 84

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

18. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Ihr<sup>2</sup> Telefongespräch mit Präsident Mitterrand am Mittwoch, 17. März 1982; Dauer etwas über eine halbe Stunde

Das Gespräch wurde auf beiden Seiten mit Dolmetschern geführt.

Präsident Mitterrand eröffnete das Gespräch mit der Ankündigung, daß wichtigster Grund für seinen Anruf sein Wunsch sei, Sie von seiner Begegnung mit Präsident Reagan zu unterrichten.<sup>3</sup> Außerdem wolle er mit Ihnen, was nicht

<sup>17</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 18. März 1982, „im Anschluß an die Unterrichtung durch Botschafter Nitze über den Stand der Genfer INF-Verhandlungen“ habe der Ständige NATO-Rat „folgende pressemäßige Behandlung“ vereinbart: „In der Folge laufender Unterrichtung der Verbündeten über den Stand der Genfer INF-Verhandlungen nahm der NATO-Rat einen Bericht von Botschafter Nitze entgegen [...]. Die Verbündeten dankten Botschafter Nitze für die umfassende, detaillierte Unterrichtung. Es bestand Einvernehmen, daß der Rat den Gedankenaustausch fortsetzen wird. Die Vereinigten Staaten werden wie bisher fortfahren, ihre Verhandlungsposition in der Special Consultative Group zu konsultieren. Frankreich ist kein Mitglied dieser Gruppe. In der zur Zeit anstehenden Verhandlungspause wird Botschafter Glitman sich in Genf für Kontakte mit der sowjetischen Seite bereit halten.“ Außerdem sei beschlossen worden, „auf Anfrage zu einer ersten Bewertung der Breschnew-Vorschläge“ folgende Erklärung abzugeben: „The moratorium as well as the unilateral proposal for reductions is limited to the European Soviet Union, thus leaving the Soviets free to continue to deploy SS-20s east of the Urals, well within range of Western Europe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 543; Referat 220, Bd. 124519.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 23. März 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat gebeten, den Herrn Bundesminister zu unterrichten. Der Bundeskanzler regt außerdem an, AM Cheysson, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt, darauf anzusprechen, wie die von Präsident Mitterrand berichtete Beunruhigung von amerikanischer Seite hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht worden sei.“

Hat Braunmühl am 23. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher sowie die Staatssekretäre von Staden und Lautenschlager verfügte.

Hat Genscher am 29. März 1982 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 30. März 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Seite] 4 habe ich H[errn] v[on] Butler f[ür] StS weitergegeben. Wir sollten gelegentlich nach Erg[ebnis] fragen.“ Vgl. Anm. 16, 17 und 19. Hat Ploetz am 31. März und erneut am 16. April 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12. März 1982 in den USA auf.

vorgesehen gewesen sei, von dem Besuchswunsch PM Mauroys bei Ihnen sprechen.<sup>4</sup>

Er habe Ihnen in Paris<sup>5</sup> mitgeteilt, daß er beabsichtige, in Washington einen Besuch zu machen. Er habe an Mitte April gedacht. Dann habe es Gründe gegeben, den Besuch vorzuziehen: die Lage in Zentralamerika; auch sei es notwendig gewesen, einige Fragen, die den Wirtschaftsgipfel von Versailles<sup>6</sup> betreffen, jetzt schon zu besprechen.

Das Gespräch habe, simultan gedolmetscht, drei Stunden gedauert. Dabei habe man zahlreiche Themen berührt.

Er habe über Versailles gesprochen; Präsident Reagan habe auch den Allianz-Gipfel in Bonn<sup>7</sup> angesprochen.

In Versailles gehe es, so habe er Präsident Reagan gesagt, vorrangig auch um die Wechselkurse und die Zinssätze. Er habe Präsident Reagan in diesen Fragen sehr offen gefunden. Er werde hier auch in seinem eigenen Land angegriffen, gerade auch von den Unternehmern und aus dem Mittelstand. Sein, Mitterrands, Verständnis sei, daß Präsident Reagan noch vor Versailles beabsichtige, die Zinssätze zu senken. Er habe keine Zahlen genannt, auch habe er keine formelle Zusage gemacht, jedoch seien für ihn die Äußerungen Reagans sehr deutlich gewesen. Grund für diese Haltung sei seiner Einschätzung nach die Senkung der Inflationsrate in den Vereinigten Staaten zunächst von 12,5 auf 8,5%; seit zwei Monaten betrage sie 5% pro Jahr. Dadurch habe sich die Spanne zwischen Inflationsrate und Höhe des Zinssatzes zu weit aufgetan. Dies wirke in Richtung einer leichten Entspannung bei den Zinssätzen. Natürlich bleibe das sehr schwere Problem des Haushaltsdefizits. Dadurch könne die Inflation wieder angeheizt werden. Jedenfalls sei es sein klarer Eindruck, daß Reagan noch vor Juni unseren Forderungen eine gewisse Befriedigung verschaffen würde. Dies brauche nicht zu bedeuten, daß sich diese Zinspolitik auch stark auf die Lage in Europa auswirke.

Zum Gipfel der Allianz in Bonn habe sich Präsident Reagan interessiert an Vorschlägen für eine größere Kohärenz der Allianz gezeigt. Er, Mitterrand, habe ihm geantwortet, daß die erste Voraussetzung dafür sei, daß der amerikanische Präsident die Staats- und Regierungschefs der Partner besser unterrichte, und zwar ehe er Entscheidungen treffe. Ihn erfülle es immer mit großer Unzufriedenheit, wenn er Briefe mit Mitteilungen erhalte, die er gleichzeitig auch den Zeitungen entnehmen könne. Er habe Präsident Reagan informiert, daß er zu dem Abendessen vor Eröffnung des Gipfels kommen werde<sup>8</sup>, während PM Mauroy am Gipfel selbst teilnehme.

In Ost-West-Fragen habe weitgehendes Einvernehmen zwischen ihm und dem

<sup>4</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Mauroy am 25. März 1982 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 95.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 24. Februar 1982 in Paris; Dok. 63.

<sup>6</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>7</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>8</sup> Staatspräsident Mitterrand nahm am 9. Juni 1982 zusammen mit Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher an einem von Bundespräsident Carstens gegebenen Abendessen auf Schloß Augustusburg in Brühl teil.

Präsidenten bestanden. Man habe auch von der Verhandlungspause in Genf<sup>9</sup> gesprochen. Sein persönlicher Eindruck sei, eher sei es eine persönliche Intuition, daß die Amerikaner nicht besonders daran interessiert seien, die Verhandlungen voranzubringen. Er könne sich durchaus vorstellen, daß die USA es darauf absähen, zunächst die Pershing II zu stationieren, um dann aus einer Position größerer Stärke heraus mit den Russen verhandeln zu können. Dies sei ein Eindruck und nicht die Wiedergabe klarer Äußerungen. Er sei hierüber jedoch beunruhigt.

Zum Gespräch über Nahost sei nicht viel Neues und Wichtiges zu berichten. Es sei notwendig, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um Israel von einem Angriff auf den Libanon abzuhalten.<sup>10</sup> Sein Besuch in Israel<sup>11</sup> und amerikanische Pressionen hätten wahrscheinlich dazu geführt, daß Israel einen schon beabsichtigten Angriff verschoben habe. Man könne aber nicht sicher sein, daß es nicht doch noch dazu komme. Wichtig sei, daß man wenigstens Zeit bis zum 26. April, dem Tag nach dem Rückzug Israels aus dem Sinai<sup>12</sup>, gewinne.

Zu Nord-Süd sei ebenfalls nicht viel Originelles zu berichten mit Ausnahme des Gesprächspunktes Karibik. Er habe erneut den Plan zur Entwicklung dieser Region, der auch von Mexiko und Kanada sowie anderen unterstützt werde, positiv bewertet.<sup>13</sup> Mittelamerika beschäftige offenbar die US-Administra-

<sup>9</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>10</sup> Referat 310 resümierte am 29. März 1982, die „neuerliche Entsendung von US-Sonderbotschafter Habib (fünfte Mission: 26.2. bis 9.3.)“ habe gezeigt, „wie prekär die Situation im Libanon ist: Das Konfliktpotential vom vorigen Jahr blieb erhalten, neues kam hinzu.“ Der VN-Sicherheitsrat habe am 25. Februar 1982 die vom Libanon seit langem geforderte Verstärkung der UNIFIL-Einheiten von 6000 auf 7000 Mann beschlossen. Weiter legte Referat 310 dar: „Die Normalisierungsbestrebungen des Vierer-Komitees (AM [Saudi]AR[abien], Kuwait, SYR[ien], Alrabische]L]l]igal-G[enerall]S[ekretär]) haben bisher kaum Erfolge gezeitigt. Die Entwaffnung der mehr als 80 Milizen allein in Beirut gelang nur teilweise, die gemeinsame Kontrolle der Häfen (Waffenschub!) kam über Absichtserklärung nicht hinaus. Entsprechend schlecht ist die Sicherheitslage, die durch eine nicht abreißende Serie von Sprengstoffanschlägen, politischen und kriminellen Morden und sonstigen Gewaltakten, aber auch durch Blutfehden zwischen mächtigen Familien gekennzeichnet ist. Die Bereitschaft zur Gewalttätigkeit ist trotz der Ereignisse der letzten sieben Jahre (Bilanz: 65000 Tote) noch immer erschreckend hoch.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135717.

<sup>11</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 3. bis 5. März 1982 in Israel auf. Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 5. März 1982: „Die mit Spannung erwartete Rede Mitterrands vor der Knesset sowie Begins Entgegnung darauf führten nicht zu dem von einigen Beobachtern befürchteten Eklat. Mitterrand äußerte sich eher vage. Er stellte allerdings fest, daß die Palästinenser ein Recht auf einen eigenen Staat hätten und daß die PLO ein konstituierendes Element auf dem Wege dazu sei. Er vermied es indessen, zu Jerusalem Stellung zu beziehen, den Libanon erwähnte er überhaupt nicht. [...] Begin brachte ebenfalls keine wesentlich neuen Elemente ins Spiel. Mit großem rhetorischen Aufwand erläuterte er, warum Israels Position in der Frage eines eigenen palästinensischen Staates so starr ist und auch in Zukunft so bleiben müsse. Er unterstellte Mitterrand die allerbesten Absichten, begrüßte die nunmehr durch ihn eingeleitete ‚historische‘ Wende in den israelisch-französischen Beziehungen, stellte aber auch klar fest, daß der Weg zu einer Intensivierung dieser Beziehungen blockiert werde eben durch Frankreichs Unterstützung Palästinenser-Staates.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 204; Referat 310, Bd. 135710.

<sup>12</sup> Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 25. April 1979. Am 25. April 1982 wurde der israelische Rückzug vertragsgemäß abgeschlossen.

<sup>13</sup> Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 77, Anm. 13.

tion sehr, vornehmlich vielleicht aus innenpolitischen Gründen. Präsident Reagan habe den Eindruck gehabt, daß die französische und die amerikanische Analyse des Problems nicht allzu weit auseinander lägen. Er habe hier den Präsidenten korrigieren müssen. Dennoch habe man diese Fragen in sehr freundschaftlicher Atmosphäre besprochen. Frankreich wolle nützlich in der Region sein und die dort anstehenden Probleme nicht noch komplizieren. Die französischen Waffenlieferungen an Nicaragua<sup>14</sup> hätten politische Konsequenzen gehabt; F wolle die Lage dort nicht noch schwieriger gestalten. Notwendig sei es, Portillo zu unterstützen, der einen Nichtangriffspakt für die Region anstrebe.<sup>15</sup> Es müsse verhindert<sup>16</sup> werden, daß die Bürgerkriege in der Region sich ausweiteten. Wenn dies geschehe, könne sogar Mexiko bedroht werden.

Abschließend zu diesem Bericht wolle er bemerken, daß er bei seinem amerikanischen Gesprächspartner eine gewisse Beunruhigung hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland festgestellt habe.

Er habe mit Ihnen sprechen wollen, weil dies Teil der guten deutsch-französischen Beziehungen sei. Nicht alles, was er Ihnen mitteile, sei besonders wichtig; jedoch wolle er seine Eindrücke nochmals wie folgt zusammenfassen:

Er sei optimistischer aus Washington hinsichtlich der amerikanischen Zinssatzpolitik zurückgekommen; pessimistischer bezüglich der INF-Verhandlungen und nicht sehr optimistisch, was Zentralamerika betrifft.

Sein Eindruck sei, daß Präsident Reagan zum Allianz-Gipfel nach Bonn mit vielen Vorschlägen für eine Stärkung des Zusammenhalts in der Allianz kommen wolle, über die er aber mit ihm nicht im einzelnen gesprochen habe.<sup>17</sup>

Bezüglich der Bemerkung zur Bundesrepublik Deutschland habe er Präsident Reagan gesagt, daß Frankreich und Deutschland bei den meisten außenpolitischen Problemen übereinstimmten, nachdem sie es gemeinsam analysiert hätten.

Präsident Reagan habe in der Frage der Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Osten nicht insistiert. Er, Mitterrand, habe seinen Standpunkt sehr klar gemacht, daß er nämlich keine Sanktionen wolle. Er habe auch deutlich gesagt, daß er über das Erdgas-Geschäft<sup>18</sup> nicht sprechen wolle; dies sei ein vitales nationales Problem. Andererseits habe er Frankreichs Zustimmung zur Prüfung strengerer Kontrollen beim Technologietransfer erklärt. Auch sei F bereit,<sup>19</sup> die Kosten für Kredite an den Osten zu erhöhen, wie von der Gemeinschaft beschlossen. (Mitterrand bezieht sich hier wahrscheinlich auf die Zustimmung der EG, hierüber im Rahmen der OECD zu sprechen.)

Sie dankten Mitterrand für die Unterrichtung und auch dafür, daß er in Washington gemeinsame Interessen und damit auch deutsche Interessen vertreten habe.

<sup>14</sup> Zu den französischen Rüstungsexporten nach Nicaragua vgl. Dok. 10, Anm. 23.

<sup>15</sup> Zum Friedensplan von Präsident López Portillo für Mittelamerika vgl. Dok. 74, Anm. 33.

<sup>16</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei Haig anfragen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

Zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 31, Anm. 5.

<sup>19</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Hinsichtlich der US-Zinspolitik freuten Sie sich über den persönlichen Eindruck, den Präsident Mitterrand aus Washington mitgebracht habe. Sie seien allerdings skeptischer. Was Mitterrand sage, gebe Ihnen jedoch Hoffnung. In der Bundesrepublik Deutschland zeige sich eine deutliche, wenn auch langsame Abschwächung des Zinsniveaus. Die größeren Geschäftsbanken senkten zur Zeit ihre Zinssätze um 1/2 bis 1%.

Was die amerikanische Position zu den INF-Verhandlungen und zu START betreffe, so hätten Sie verstanden, daß diese Mitterrand beunruhige. Sie wollten ihn daher fragen, ob wir vor den Gipfeln in Versailles und Bonn Washington darauf hinweisen sollten, daß aus politischen und psychologischen Gründen keinesfalls der Eindruck entstehen dürfe, daß die USA die Verhandlungen nicht mit großem Nachdruck betrieben.

Zu Nicaragua wollten Sie bemerken, daß einer Ihrer Minister soeben aus Nicaragua zurückgekommen sei.<sup>20</sup> Sie hätten gebeten, daß sein Reisebericht auch Ihnen zur Verfügung gestellt werde. Sie verstünden, daß die französische und die deutsche Lagebewertung etwa ähnlich seien und etwas von der Washingtons abwichen. Die wirtschaftlichen Karibik-Vorschläge Präsident Reagans, die er mit Hilfe Mexikos und Kanadas sowie anderer umsetzen wolle, erschienen Ihnen richtig.

Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland würde in Nicaragua und auch in anderen Staaten Mittelamerikas ausgesprochenes Vertrauen entgegengebracht; BM Offergeld habe berichtet, daß dies auch für die Opposition, z. B. auch in Guatemala, gelte.

Zu den deutsch-französischen Konsultationen wollten Sie bemerken, daß Sie bei uns in einer weiten Öffentlichkeit ein vorzügliches Echo gefunden hätten.<sup>21</sup>

Außerdem wollten Sie Präsident Mitterrand mitteilen, daß Sie sich nächsten Freitag mit PM Thatcher zu Konsultationen träfen.<sup>22</sup> Dabei werde sicher auch die Rede auf die Schwierigkeiten in der Mandatsfrage, beim britischen Finanzbeitrag und bei den Agrarpreisen kommen.<sup>23</sup> Sie seien bisher unter dem Eindruck gewesen, daß wir uns im jetzigen Stadium nicht allzu sehr engagieren könnten. Dies sei Aufgabe der Kommission. Sie fragten Präsident Mitterrand nach seinem Eindruck aus dem Gespräch mit Thorn und Tindemans. Unser Eindruck sei, daß man versuchen müsse, die Leitlinien zu verabschieden.<sup>24</sup>

<sup>20</sup> Bundesminister Offergeld hielt sich am 11./12. März 1982 in Nicaragua auf.

<sup>21</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 24./25. Februar 1982 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 63–65.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 90–92.

<sup>23</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 72, Anm. 5.

<sup>24</sup> Zu den Bemühungen des belgischen Außenministers Tindemans und des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, die Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt zu lösen, vgl. Dok. 42, Anm. 8.

Referat 412 hielt am 11. März 1982 fest, Tindemans und Thorn hätten „am 4. März ihre Rundreise im Rahmen ihres Auftrags, Kompromisse zu den drei noch offenen Punkten der Leitlinien zum Mandat zu erreichen, mit einem Besuch in Bonn begonnen. Sie wollen bis zum 20.3. alle Hauptstädte besucht haben (8.3. Den Haag, 9.3. Luxemburg, 15.3. Paris, 16.3. Dublin und London, 19./20.3. Rom), um dann konkrete Textvorschläge dem Rat am 23.3.82 vorlegen zu können.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130593.

Anläßlich der EG-Ministerratstagung am 22./23. März 1982 in Brüssel teilte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), am 23. März 1982 mit: „Ratspräsident Tindemans berichtete zu Beginn der heutigen

Sie fragten Mitterrand nach Anregungen für Ihre Gespräche in London. Sie würden ihn alsbald über den Verlauf der Konsultationen unterrichten lassen.

Präsident Mitterrand entgegnete, daß Ihre und seine Bewertung der amerikanischen Zinssatzpolitik, insbesondere in der Prognose, vielleicht doch nicht allzuweit auseinander liegen brauchten. Präsident Reagan gehe auf unsere Kritik ein, indem er sage, daß sich die Administration sehr stark für eine Senkung einsetze, der Markt allerdings bis jetzt noch nicht reagiere; es fehle an Vertrauen.<sup>25</sup> Vielleicht wolle er sich damit nur vorab entschuldigen, und dies gehe dann in die Richtung Ihrer Analyse. Sein, Mitterrands, Eindruck sei freilich, daß es wirklich zu einer Entspannung komme.

Hinsichtlich der INF-Verhandlungen und der amerikanischen Haltung hierzu stimme er Ihnen zu, obwohl er sich noch keine Gedanken darüber gemacht habe, wie dies geschehen solle. Er habe bei seinem Besuch in Washington schon auf Präsident Reagan eingewirkt. Wahrscheinlich sei es aber notwendig, vor den Gipfeln noch weitere Schritte zu unternehmen, da sonst die Entwicklung in die falsche Richtung laufen könne.

Hinsichtlich Nicaraguas habe er nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten einen angstvollen Appell der Junta erhalten. Ihr gehe es um einen Nichtangriffspakt. Die Opposition in El Salvador mache gute Fortschritte, wahrscheinlich schneller als ihr lieb sei, denn sie wolle nicht so bald mit den gleichen internationalen Fragen konfrontiert sein wie die Junta von Nicaragua. Nachdem er einen Brief von Ortega erhalten habe, werde er jetzt Präsident Reagan schreiben. Ortega befürchte eine direkte Intervention der Vereinigten Staaten. Dies wäre für uns alle eine Katastrophe wegen der Rückwirkungen auf Afghanistan und Polen.

Er wolle noch kurz die Reise PM Mauroys nach Bonn ansprechen. Ihm sei sehr daran gelegen, daß Mauroy Ihnen sagen könnte, in welchen Punkten die französische Politik fest sein müsse. Mit Thorn und Tindemans habe er sehr deutlich gesprochen.

Er bedauere sehr, daß man in der Frage der britischen Finanzbeiträge über Grundsätze spreche. GB berufe sich viel zu sehr auf das Prinzip der unannehmbaren Lage. Dahinter verberge sich lediglich der Wunsch nach einem juste retour und der Wunsch nach einer langfristigen Regelung. Dies seien dumme, nicht akzeptable Grundsätze. Sehr viel einfacher wäre es, wenn die Engländer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 421*

Beratung über die Mission der beiden Präsidenten Thorn und Tindemans in den Hauptstädten. Danach ist die weitgehende Übereinstimmung über die beiden ersten Kapitel (allgemeine Gemeinschaftspolitik und Gemeinsame Agrarpolitik) erhalten geblieben. Auch die drei offengebliebenen Fragen des Kapitels Agrarpolitik (Mittelmeererzeugnisse, Milch, Agrarkostenanstiegsformel) erschienen lösbar, nicht jedoch wegen zu großer Meinungsverschiedenheiten die Haushaltsfrage. Bei dieser Ausgangslage sei ohne Bewegung der Delegationen eine Wiederaufnahme des Dialogs nicht möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1161; Referat 412, Bd. 130593.

<sup>25</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 29. März 1982: „Die Zinsentwicklung ist nach wie vor uneinheitlich und spiegelt nicht den Inflationsrückgang wider. Die Prime Rate wurde nach einem zeitweisen Rückgang auf 16 Prozent wieder auf 16,5 Prozent angehoben. Da die Zinsen für kurzfristige Treasury Bonds inzwischen wieder nachgegeben haben, kann von einem weiteren langsamen Rückgang der Zinsen ausgegangen werden. Dennoch wird vom Geld- und Kapitalmarkt wegen der ungelösten Haushaltsprobleme die niedrige Inflationsrate nach wie vor nicht honoriert. Als Folge ergibt sich ein in der Höhe bisher nicht dagewesener Realzins.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1414; Referat 420, Bd. 130014.

uns sagten, daß sie Geld brauchten. Dies könne auch jedes Jahr erneut geschehen. F sei bereit, eine Regelung bis zu drei Jahren mitzutragen, keinesfalls für sieben Jahre. Ihm wäre es lieber, wenn man rein pragmatisch sprechen würde, ohne Grundsatzfragen zu stellen, weil er diese Grundsätze für die Gemeinschaft nicht akzeptieren könne. AM Cheysson habe dies kürzlich auch Lord Carrington erläutert. GB solle über Zahlen sprechen und dann auch über seinen jetzigen Bedarf, und nicht über die Zukunft.

Was die Agrarpreise betreffe, so seien die französischen Bauern sehr aufgeregt. Wenn die Verhandlungen über die Preise scheiterten, so würde dies zu für die Gemeinschaft gefährlichen Konsequenzen führen. Er hoffe sehr, daß Frankreich hier nicht in Zwangslagen gerate. Auch dies wolle PM Mauroy mit Ihnen besprechen.

Sie erwiderten, daß Sie sich in London im wesentlichen rezeptiv verhalten würden, ohne eigene Vorschläge einzubringen. Sie würden gerne hören, was Mauroy Ihnen mitzuteilen habe.

Abschließend äußerten sowohl der Präsident wie Sie sich befriedigt über Ihre telefonische Unterhaltung. Sie wollten dieses Kommunikationsmittel in Zukunft öfter benutzen.

[gez.] Zeller

VS-Bd. 14103 (010)

## 85

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt

18. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MdB Gerhard Jahn über die 38. Tagung der VN-Menschenrechtskommission in Genf<sup>2</sup> am 18. März 1982 von 10.10 Uhr bis 10.30 Uhr

Aus dem Gespräch ist festzuhalten:

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 18. März 1982 über Ministerialdirigent Zeller, Ministerialdirektor von der Gablentz und Staatssekretär Lahnstein, alle Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet.

Hat Zeller am 19. März 1982 vorgelegen, der für Franke handschriftlich vermerkte: „Müssen wir noch etwas g[e]l[en]ü[ber] AA unternehmen?“

Hat Franke am 19. März 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rate davon ab bzw. sollte L[eiter]A[rbeits]S[tab]D[deutschlandpolitik] überlassen bleiben, der sich für Koordinierungsfunktion auf Äußerung BK berufen kann.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61.

<sup>2</sup> Die 38. Tagung der VN-Menschenrechtskommission fand vom 1. Februar bis 12. März 1982 statt. Vgl. dazu auch Dok. 71.

Bevor MdB Jahn über Genf berichtete, schilderte der Bundeskanzler seine Eindrücke aus seinem von ihm als wichtig und aufschlußreich empfundenen Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Vorsitzender: Rose, Chef eines der Verbände: Bürgenfelder). Er wünschte eine Große Anfrage des Parlaments und eine Debatte im Bundestag, die der Bundesregierung Gelegenheit gibt, sich mit der Lage der Sinti ausführlich auseinanderzusetzen.<sup>3</sup> Das sei wichtig, da die Deutschen z. B. nicht wüßten, daß die Sinti in Auschwitz genauso wie die Juden behandelt worden seien. Herr Jahn begrüßt die Idee und will in diesem Sinne tätig werden.

Herr Jahn will aufgrund seiner Erfahrungen als Leiter unserer Delegation auf der 38. Tagung der VN-Menschenrechtskommission drei Bemerkungen machen: Erstens: Die Zusammenarbeit mit den USA sei ungewöhnlich gut und eng gewesen. Viele schwierige Fragen hätten durch diese enge bilaterale Kooperation gelöst werden können. Auf Frage des Bundeskanzlers: Der amerikanische Vertreter<sup>4</sup> war nicht, wie Herr Jahn, eine unabhängige Persönlichkeit, sondern ein Vertreter der Administration. Es sei gelungen, den USA mehr Augenmaß für europäische Belange zu vermitteln.

Zweitens: Die europäische Zusammenarbeit in Genf sei miserabel gewesen. Von politischer Zusammenarbeit auf dem Papier viel, in der Praxis keine Rede, trotz Weisung aus den Hauptstädten, wo (dies auf Frage des Bundeskanzlers) jeweils die Außenministerien zuständig. Zu Polen z. B. habe das AA in den übrigen Hauptstädten vorstellig werden müssen, was aber nicht geholfen habe. Er habe zu Polen als einziger länger als eine Minute gesprochen, die übrigen Europäer hätten wohl am liebsten gar nichts gesagt, was aber eine Kollision mit den USA bedeutet haben würde.

Drittens: Wirkliche Schwierigkeiten habe er bei der DDR-Behandlung gehabt. (DDR – als erstes kommunistisches Land – unterliegt einem vertraulichen Verfahren wegen Verletzung der Freizügigkeit, in dem sie sich damit verteidigt, daß sie die Fälle bilateral erledige. War bei dieser Tagung zu 80 % der Fall, jedoch neue Fälle hinzugekommen, so daß DDR aus Verfahren nicht entlassen.)<sup>5</sup> Die interne Abstimmung in Bonn habe erst funktioniert, nachdem er sich in vielen Telefonaten selbst um sie gekümmert habe. Er könne aber nicht neben sei-

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Großen Anfrage mehrerer SPD- und FDP-Abgeordneter sowie der Fraktionen von SPD und FDP vom 25. August 1982 über „Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen“ vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 286, Drucksache Nr. 9/1935.

Für die Antwort der Bundesregierung vom 21. Dezember 1982 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 290, Drucksache Nr. 9/2360.

<sup>4</sup> Michael Novak.

<sup>5</sup> Botschafter Sahn, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 4. Februar 1982 zur Sitzung einer VN-Arbeitsgruppe, die sich mit schweren Menschenrechtsverletzungen in der DDR beschäftigte, mit: „Der MRK wird erneut die DDR [...] zur weiteren Behandlung im vertraulichen Verfahren empfohlen. Der einstimmig verabschiedete Beschluß ist weitaus deutlicher als im Vorjahr formuliert: Die DDR wird aufgefordert, künftig mehr Kooperation bei der Aufklärung der Fälle zu zeigen und insbesondere konkrete Informationen über einzelne Fälle (hauptsächlich Familienzusammenführung) zur Verfügung zu stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; Referat 340, Bd. 136785.

In einer Aufzeichnung des Referats 231 vom 14. April 1982 wurde begrüßt, „daß die im Vorjahr angenommene Behandlung der DDR wegen ihrer menschenrechtswidrigen Ausreisepraktiken über die diesjährige Sitzung hinaus fortgeführt wird. Dieses Verfahren hat, wie sich schon im vergangenen Jahr zeigte, einen positiven Einfluß auf das Verhalten der DDR-Behörden.“ Vgl. Referat 231, Bd. 127899.

ner Aufgabe in Genf noch die des Koordinators in Bonn übernehmen. Er habe BM Franke darauf hingewiesen, daß das federführende Auswärtige Amt von seinem Hause Informationen brauche, um ihm zuarbeiten zu können. BM Franke's Reaktion sei jedoch ziemlich reserviert gewesen. Er habe auch mit StM Huonker und anderen gesprochen. Er hoffe, daß alle sich seine Bitten zu Herzen nähmen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß das Bundeskanzleramt sich der Koordination annehmen müsse.

Franke

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

## 86

### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11501/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 18. März 1982, 15.12 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1240

Ankunft: 18. März 1982, 21.22 Uhr

Cito

Betr.: Gespräch MP Strauß–SecDef<sup>2</sup> Weinberger am 17.3.82 im Pentagon<sup>3</sup>

#### 1) Allgemeines

a) Teilnehmer am Gespräch: SecDef Weinberger, Ministerpräsident Strauß, Abgeordneter Dr. Zimmermann, Botschafter Dr. Hermes, Mr. Bader (Principal Director for European and NATO Policy), MajGen<sup>4</sup> Smith und BrigGen<sup>5</sup> von Ondarza.

b) Ministerpräsident Strauß leitete das Gespräch mit dem Hinweis ein, daß er ein sehr gutes Verhältnis zu einer Reihe von Vorgängern SecDef Weinbergers gehabt habe. Offene, konstruktive, aber auch rechtzeitige Ansprache von Problemen läge im gemeinsamen Interesse.

#### 2) Einzelpunkte

##### a) INF-Verhandlungen

Das von Breschnew vor dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 16.3.<sup>6</sup> erläuterte einseitige Moratorium lehnte SecDef Weinberger eindeutig ab.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte.

Hat Staatssekretär von Staden am 19. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Secretary of Defense.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 13. bis 18. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>4</sup> Major General.

<sup>5</sup> Brigadegeneral.

<sup>6</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

Dieser Vorschlag böte nichts Neues, würde vielmehr die Überlegenheit von 300:0 bei Nuklearwaffen mittlerer Reichweite festschreiben.

MP Strauß wertete den Vorschlag Breschnews als Fortsetzung der Propagandaoffensive mit der Hauptzielrichtung Europa und Bundesrepublik Deutschland. Hiermit solle – wie bekannt – der Doppelbeschluß von Dezember 1979 unter Ausnutzung der verschiedenen Antigruppen ausgehebelt werden.

Weinberger bat um eine vorausschauende Bewertung zur INF-Problematik auf dem SPD-Parteitag im April 1982 in München<sup>7</sup>. MP Strauß argumentierte, Parteivorsitzender Brandt werde alles daran setzen, eine endgültige Entscheidung zum Dezemberbeschluß 1979 auf Herbst 1983 zu verschieben. Auf dem Münchener Parteitag werde mit Sicherheit eine Resolution dahingehend verabschiedet, daß der Beschluß von Dezember 1979 im Lichte der Rüstungskontrollergebnisse vom Herbst 1983 zu beurteilen sei; besonders hinsichtlich der Frage, ob überhaupt eine Nachrüstung noch in Betracht käme. Es gebe aber keinen Zweifel, daß die Opposition in der SPD – erkennbar in den zahlreichen Beschlüssen der Bezirksverbände gegen den Dezemberbeschluß – wachse und damit auch der Widerstand gegen die Politik des Bundeskanzlers.

SecDef Weinberger stellte zu dieser Einschätzung fest, daß es – gerade in den kommenden Monaten – darauf ankäme, durch Festhalten am Dezemberbeschluß die Rüstungskontrollverhandlungen zu stützen. Nur diese Haltung sei ein „incentive“ für die SU zu ernstern Verhandlungen. Ein Infragestellen des Beschlusses auf dem SPD-Parteitag sei deshalb gefährlich. Es gäbe keinen Zweifel, daß die Sowjetunion in sehr geschickter Form ihre Propagandaoffensive fortsetzen werde. Auf das Konzept der „Null-Option“<sup>8</sup> eingehend, erwähnte MP Strauß, daß die Sowjets diese niemals akzeptieren würden. Dies hätte Semjonow ihm, Strauß, in einem Gespräch sehr deutlich gemacht. Die Sowjets begründeten z. B. ihre SS-20-Rüstung als Nachrüstung zum Erreichen einer aus ihrer Sicht erforderlichen Parität. Die Implementierung der „Null-Option“ würde deshalb die Sowjetunion in eine Unterlegenheit bei den Nuklearwaffen mittlerer Reichweiten zurückführen.

b) Nuklearwaffengegner, Friedensbewegung etc.

MP Strauß wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren bereits eine ähnliche Bewegung kannte. Diese entzündete sich u. a. an der Einführung von Nuklearträgern in die Bundeswehr.<sup>9</sup>

Auch damals habe die Sowjetunion unter Ausnutzung der „nützlichen Idioten“ versucht, massiv durch Propagandamaßnahmen einzugreifen. Diese Bewegung verlief sich im Jahr 1960. Allerdings gebe es einen fundamentalen Unterschied. Im Gegensatz zur heutigen jüngeren Generation habe die Nachkriegsgeneration klare Vorstellungen von der Bedrohung, den Grundwerten der Demokratie, der Brutalität des kommunistischen Systems gehabt. Hier müßte angesetzt werden. Das Infragestellen der demokratischen Grundwerte müßte ener-

<sup>7</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>9</sup> Zur Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägermitteln vgl. Dok. 41, Anm. 17.

gisch bekämpft werden. Es müsse wieder deutlich werden, daß die USA der Garant dieser Werte in der freien Welt und die Sowjetunion ihr Gegner sei.

In diesem Zusammenhang sei ermutigend, daß sich eine sehr starke Mehrheit (über 70 Prozent) der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zu der Verteidigung der demokratischen Werte bekenne.

#### c) Innenpolitische Lage

Die kürzlich erhobenen Umfragen zeigten an Wählerstimmen: SPD ca. 34 Prozent, FDP ca. 8 bis 9 Prozent, CDU/CSU ca. 49 bis 51 Prozent, Grüne über 5 Prozent.

Die SPD wäre danach heute nicht mehr in der Lage, gemeinsam mit der FDP eine auf die Mehrheit der Wähler sich stützende Regierung zu bilden.

#### d) Stimmung im Kongreß (US)

SecDef Weinberger äußerte sich besorgt über eine zunehmende Kritik in beiden Häusern gegenüber den europäischen Bündnispartnern und auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die Forderung nach höheren Verteidigungsleistungen, „burden sharing“, Leistungen im Konzept der Arbeitsteilung (Golf-Region) usw. würden stärker, er, Weinberger, nehme den Trend hin zu einer Art „Mansfield Resolution“<sup>10</sup> ernst. Der Abzug von US-Truppen aus Europa könnte katastrophale Folgen für NATO-Europa, aber auch die USA selber haben. Es käme darauf an, diesem Trend durch positive Signale, auch mit mehr Leistungsbereitschaft, entgegenzutreten.

#### e) Verteidigungsleistungen

MP Strauß stellte fest, daß er es für falsch halte, Steigerung von Verteidigungsleistungen in Prozentzahlen zu messen (z. B. drei Prozent<sup>11</sup>).

Es käme vielmehr darauf an, den Einsatzwert der Kampfverbände aller Teilstreitkräfte meßbar zu steigern. Er sähe konkret folgende deutsche Verteidigungsprogramme als wichtig an:

- Bau der Fregatten 5/6/7/8.
- Bereitstellen von Kräften, um Lücken bei US-Verbänden auszugleichen. Lücken, die durch Einsatz zur Sicherung in der Golf-Region entstehen.
- Verbesserung der Munitionsbevorratung. Hier sollten die bekannten Lehren aus dem Oktober-1973-Krieg<sup>12</sup> gezogen werden (hoher Munitionsverbrauch).

<sup>10</sup> Zu den Resolutionen des amerikanischen Senators Mansfield bezüglich einer Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen vgl. Dok. 22, Anm. 39.

<sup>11</sup> In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitgliedstaaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

<sup>12</sup> Am 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen am Suez-Kanal ägyptische Angriffe auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen. Nachdem erste Bemühungen um einen Waffenstillstand am 22./23. Oktober 1973 erfolglos geblieben waren, wurde am 11. November 1973 eine ägyptisch-israelische Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Israel und Ägypten unterzeichnen Waffenstillstand“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. November 1973, S. 1.

- Implementierung des WHNS-Programms<sup>13</sup>.
- Ausbau der Lufttransportkapazität, auch für Transportleistungen, wie sie z. B. bei Einsatz französischer Einheiten in Afrika notwendig waren (Shaba-Zaire<sup>14</sup> mit US-Lufttransportkapazität).

f) Rüstungszusammenarbeit

MP Strauß betonte, daß hier neue Signale gesetzt werden sollten. Es müsse zur Verbesserung der Rüstungszusammenarbeit Europa–USA kommen. Hierbei müsse man an der unbeweglichen Bürokratie ansetzen, die wichtige Programme verschleppe. Beispiele seien Patriot und Roland. Zu Roland meinte Weinberger, das System sei zu teuer geworden.<sup>15</sup>

g) MP Strauß regte an, die Frage der Wartung der ägyptischen Flugzeuge (F-4) bei MBB nochmals aufzugreifen. Es sei nicht erklärlich, daß die Bundesregierung sich in dieser Frage ablehnend verhalte, nachdem ein Konsensus mit der israelischen und amerikanischen Regierung erzielt worden sei. Ich erläuterte auf Frage von Herrn Strauß im einzelnen die Gründe, die zu einer endgültigen Ablehnung des ägyptischen Ersuchens geführt hätten.<sup>16</sup>

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 13757 (014)**

<sup>13</sup> Zum „Wartime Host Nation Support“ vgl. Dok. 79, Anm. 14.

<sup>14</sup> Am 8. März 1977 brachen in der zairischen Provinz Shaba an der Grenze zu Angola Kämpfe zwischen Regierungstruppen und aus Angola eingedrungenen bewaffneten Gruppen aus. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 72.

In der Nacht vom 11./12. Mai 1978 stießen Rebellen in die zairische Provinz Shaba vor. Frankreich und Belgien entsandten am 19. Mai 1978 Fallschirmjäger zur Evakuierung von Europäern aus der umkämpften Stadt Kolwezi. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 166.

<sup>15</sup> Referat 201 notierte am 4. Dezember 1981, das Flugabwehrsystem „Roland“ werde in deutsch-französischer Rüstungskooperation hergestellt: „Im Interesse einer ausgewogeneren Rüstungszusammenarbeit zwischen den europäischen NATO-Partnern und den Vereinigten Staaten haben die deutsche und französische Regierung die von US-Seite seit 1975 beabsichtigte Einführung des Roland in das US-Heer unterstützt [...]. D/F-Vereinbarung mit den USA über US-Nachbau und Einführung des Roland wurde bereits 1975 getroffen. Ursprünglich wollten USA 180 Waffenanlagen und 6186 Flugkörper beschaffen. Nachdem US-Heer aus finanziellen Gründen 1981 zunächst von Roland-Einführung ganz Abstand nehmen wollte, ist nun Bau von 27 Anlagen und ca. 595 Flugkörpern vorgesehen. Verwendung als Teil der Luftverteidigungsausrüstung der Rapid Deployment Force. Bewilligung der Haushaltsmittel hierfür durch US-Kongreß steht noch aus, ist jedoch wahrscheinlich.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125540.

<sup>16</sup> Bundesminister Wörner teilte Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1982 mit: „Der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Sepp Hort, ist an mich herangetreten mit der Bitte, ‚erneut zu prüfen‘, ob eine positive Entscheidung des Bundessicherheitsrats erreicht werden kann über die Genehmigung zur Wartung und Instandsetzung von 36 Flugzeugen Phantom F-4 durch MBB. Diese Flugzeuge seien 1980 von der amerikanischen Regierung im Rahmen des Camp-David-Abkommens Ägypten ‚zur Verfügung gestellt worden‘. In einer Vereinbarung mit der ägyptischen Regierung habe sich die amerikanische Luftwaffe verpflichtet, die Flugzeuge zu warten und zu überholen. Da die Überführung der Flugzeuge in die Vereinigten Staaten zu teuer sei, komme das Unternehmen MBB aufgrund seines nachgewiesenen Leistungsvermögens für diese Aufgabe in Betracht. Die Flugzeuge würden im übrigen von amerikanischen Piloten unter hoheitlicher Verantwortung der amerikanischen Regierung und mit amerikanischen Hoheitsabzeichen nach Deutschland und zurück nach Ägypten überführt werden. Auf Anfragen in den Jahren 1980 und 1981 an das Auswärtige Amt hat Staatssekretär Dr. Lautenschlager der Firma MBB am 14.8.1981 mitgeteilt, daß mit einer Genehmigung des Projekts nicht zu rechnen sei.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135776.

## Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11505/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1242

Aufgabe: 18. März 1982, 19.41 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 19. März 1982, 01.50 Uhr

Betr.: Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in Washington<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Präsident Reagan am 18.3.1982

An dem 35minütigen Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite Stoessel, Botschafter Burns, Holmes (State Department) und Rentschler (White House), auf deutscher Seite Abgeordneter Dr. Zimmermann, Max Strauß und ich teil.

MP Strauß erinnerte Präsident Reagan an ihre erste Begegnung im Jahr 1978 in München.<sup>3</sup>

Er sei nicht hier in Washington, um deutsche Innenpolitik zu führen, er wolle jedoch auf die Geschlossenheit der CDU/CSU hinweisen, die fest zur NATO stehe, den NATO-Doppelbeschluss unterstütze und deren Jugendorganisation „Junge Union“ diese Politik mittrage.

Soweit es in der Bundesrepublik Deutschland anti-amerikanische Demonstrationen gegeben habe oder noch gebe, sei daran nur eine Minderheit beteiligt. Die überwältigende Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland stünde an der Seite der Vereinigten Staaten.

Präsident Reagan nannte das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland absolut entscheidend für die westliche Welt. Beide Länder müßten eine einheitliche gemeinsame Haltung vertreten.

Auf eine Bemerkung von MP Strauß, die Deutschen müßten sich im Ost-West-Verhältnis robuster („tougher“) verhalten, meinte Reagan, alle sollten sich so verhalten. Wir könnten uns keine Naivität hinsichtlich des Ernstes der Situation leisten. MP Strauß meinte, die Opposition in der Bundesrepublik Deutschland werde nicht später als 1984 die Regierungsverantwortung übernehmen können. Seit Ende 1980 hätte sich die politische Landschaft geändert. Der Wahlsieg 1980<sup>4</sup> sei ein Pyrrhussieg geworden. Seit etwa einem Jahr stehe die CDU/CSU in der Wählergunst bei etwa 50 Prozent; die SPD stehe heute bei 34

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 19. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager, Ministerialdirektor Pfeffer sowie Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itte] stempeln.“

Hat Lautenschlager am 23. März 1982 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 24. März 1982 vorgelegen.

Hat Ruth am 27. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 13. bis 18. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 86.

<sup>3</sup> Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien, Reagan, hielt sich vom 29. November bis 2. Dezember 1978 in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erhielt die SPD 42,9% und die FDP 10,6% der abgegebenen gültigen Stimmen. CDU und CSU erreichten 44,5% der Stimmen. Im Bundestag kamen SPD und FDP zusammen auf 271, CDU und CSU auf 226 Mandate. Am 5. November 1980 wählte der Bundestag Helmut Schmidt erneut zum Bundeskanzler.

Prozent. Sie sei in wichtigen Fragen gespalten, wie etwa zum NATO-Doppelbeschluß. Von einem Anti-Amerikanismus der SPD könne jedoch keine<sup>5</sup> Rede sein, und der Bundeskanzler sei ohne Zweifel Atlantiker. Da die FDP gegenwärtig in der Wählergunst bei acht bis neun Prozent stehe, könne sich die Regierung in Bonn nicht mehr auf eine Mehrheit der Wähler stützen. Die Umweltpartei habe Aussicht, im nächsten Bundestag vertreten zu sein.<sup>6</sup> Sie erhalte ihren Zulauf überwiegend von Wählern der SPD und FDP.

Für die niedersächsischen Wahlen am kommenden Sonntag sage er eine Niederlage der SPD voraus.<sup>7</sup>

Präsident Reagan, der von MP Strauß auf sein gesundes Aussehen angesprochen worden war, erwiderte, er fühle sich besser als je zuvor. Er berichtete, daß er bei dem Attentat im vergangenen Jahr<sup>8</sup> zunächst gar nicht wahrgenommen habe, daß er selbst getroffen worden sei. Da er früher als Schauspieler solche Szenen mitgespielt habe, sei ihm das Ganze zunächst unwirklich vorgekommen. Als dann im Auto ein Secret-Service-Mann sich schützend auf ihn gelegt habe, habe er erst seine Verwundung empfunden.

MP Strauß erinnerte an die drei Attentate im Jahre 1981: Auf Präsident Reagan, auf den Papst<sup>9</sup> und auf Präsident Sadat<sup>10</sup>. Diese drei Männer hätten mehr als alle anderen Veränderungen in der Nachkriegszeit bewirkt: der Papst in Verbindung mit der Entwicklung in Polen, Sadat im Mittleren Osten und Präsident Reagan in der Wiederherstellung der amerikanischen Macht und Zuverlässigkeit.

Präsident Reagan erwiderte, daß die Sowjetunion sich in einer schwierigen, fast gefährlichen Lage befinde.<sup>11</sup> Ihre ökonomischen Schwächen seien offenbar; die Osteuropäer zeigten heute deutlicher als je zuvor, daß sie den Kommunismus niemals wirklich akzeptiert hätten. Wenn es einen Konflikt gäbe, wüßten die Sowjets nicht, wohin ihre osteuropäischen Verbündeten schießen würden.

MP Strauß unterrichtete über die beabsichtigten Demonstrationen der CDU/CSU in Verbindung mit dem Besuch Präsident Reagans in der Bundesrepublik Deutschland<sup>12</sup>. Bei der Bonner Demonstration werde der CDU-Vorsitzende Kohl

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Ruth hervorgehoben.

<sup>6</sup> Bei den vorgezogenen Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 zog die Partei „Die Grünen“ mit 5,6% der abgegebenen gültigen Stimmen bzw. 27 Mandaten in das Parlament ein.

<sup>7</sup> Zu den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 21. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 5.

<sup>8</sup> Botschafter Hermes, Washington, meldete am 30. März 1981: „Präsident Reagan wurde am 30. März 81 gegen 14.30 OZ verletzt, als er seinen Wagen vor dem Hotel Washington Hilton besteigen wollte. Nachdem es zunächst hieß, der Präsident sei unverletzt geblieben, bestätigte das Weiße Haus später, Reagan sei von einer Kugel in die linke Brustseite getroffen worden.“ Im Krankenhaus sei Präsident Reagan sofort operiert worden, da die Kugel knapp am Herzen vorbei in die Lunge eingedrungen sei und zu einem teilweisen Lungenkollaps geführt habe. Weitere Verletzte seien der Pressesprecher des Präsidenten, Brady, sowie ein Mitarbeiter des amerikanischen Secret Service und ein Polizist: „Als Täter wurde John W. Hinckley Jr., ein 22jähriger arbeitsloser Weißer aus Evergreen im Bundesstaat Colorado, identifiziert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; Referat 204, Bd. 123311.

<sup>9</sup> Papst Johannes Paul II. wurde am 13. Mai 1981 während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 142.

<sup>10</sup> Präsident Sadat wurde am 6. Oktober 1981 in Kairo bei einer Militärparade ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289 und Dok. 293.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Botschafter Ruth durch Pfeil hervorgehoben.

<sup>12</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Juni 1982 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

sprechen, in München auf dem Marienplatz er selbst.<sup>13</sup> Der Präsident begrüßte diese Demonstration. Nach den Demonstrationen, die sich gegen den Besuch von Außenminister Haig in Berlin gerichtet hätten<sup>14</sup>, hätte er eher in Zukunft mit derartigen Demonstrationen gerechnet; freundliche Demonstrationen seien eine gute Überraschung.

MP Strauß nannte die gegenwärtige Dekade die dritte gefährliche in diesem Jahrhundert (1910 bis 1920, 1940 bis 1950, 1980 bis 1990). Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus werde dieses Jahrzehnt bestimmen. Diese Auseinandersetzung dürfe nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Er rechne nicht damit, daß die Russen einen Krieg riskieren würden. Nur wenn sie mit großer Überlegenheit und ohne Risiko angreifen könnten, gäbe es diese Gefahr.

Präsident Reagan stimmte dem zu. Er sei überzeugt, daß die Sowjets niemals den ersten Schlag auslösen würden, wenn sie damit eine ernsthafte Gefahr für ihr eigenes Land herbeiführten. Präsident Reagan erkundigte sich dann nach der Einstellung der Deutschen jenseits der Mauer in Berlin und der DDR. MP Strauß erinnerte an den Besuch des Bundeskanzlers in der DDR<sup>15</sup>, wo dieser von der Bevölkerung abgeschirmt und völlig isoliert worden sei. Wenn sich die Deutschen in der DDR frei äußern könnten, gäbe es eine überwältigende Mehrheit für die westliche Politik. Der Marxismus-Leninismus habe als Ideologie keine Kraft mehr, die wirtschaftlichen Schwächen würden in Zukunft eher noch größer. Er sei überzeugt, daß es sich hier bei dieser Entwicklung um den Anfang vom Ende des Kommunismus handele, das könne 10, 20 oder auch 30 Jahre dauern. Wir dürften aber nichts tun, um diesen Niedergang aufzuhalten. Das beziehe sich in erster Linie auf die wirtschaftlichen Beziehungen. Langfristige Kredite sollten nicht mehr gewährt werden. Unabhängig davon sei er für eine Hilfe, die den einzelnen im Osten zukomme, für eine humanitäre, individuelle Hilfe. Präsident Reagan erwähnte die Buckley-Mission, von der er hoffe, daß sie positive Ergebnisse aus Europa mitbringe.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> In der Presse wurde über eine Veranstaltung im Bonner Hofgarten am 5. Juni 1982 berichtet: „Vergleichbares hat es in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten nicht gegeben. Mehr als 100 000 Menschen sangen zum Abschluß der CDU-Demonstration für Frieden, Freiheit und die Freundschaft mit Amerika das Lied der Deutschen. [...] Helmut Kohl hielt die Schlußrede.“ Vgl. den Artikel „Ein machtvolles Bekenntnis zu Frieden und Freundschaft“; DIE WELT vom 7. Juni 1982, S. 3.

Ferner wurde berichtet: „Oberbürgermeister Erich Kiesel sprach von den ‚Leisen im Land‘, die er auf dem Münchner Königsplatz als ‚liebe Freunde des Friedens‘ begrüßte. Schweigend waren die 40 000 zuvor in vier Marschkolonnen sternförmig durch die Stadt gezogen, Franz Josef Strauß an der Spitze eines Zuges.“ Vgl. den Artikel „Über dem Münchner Königsplatz das Geläute der Berliner Freiheitsglocke“; DIE WELT vom 7. Juni 1982, S. 3.

<sup>14</sup> Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 13. September 1981 Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 255 und Dok. 256.

Zu den Demonstrationen beim Besuch Haigs in Berlin (West) vgl. Dok. 58, Anm. 16.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>16</sup> Zur geplanten Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 76, Anm. 30.

Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 19. März 1982: „Unter Vorsitz des stellvertretenden Generalsekretärs Da Rin fand das angekündigte Briefing durch US Under Secretary of State James L. Buckley statt. [...] Die Buckley-Mission hatte zuvor Gespräche in Bonn, Paris, London und Rom geführt. Für den Nachmittag des 19.3.1982 ist eine Zusammenkunft mit der EG-Kommission und der

Zum Abschluß riet MP Strauß, INF-Verhandlungen nicht<sup>17</sup> über Ende 1983 fortzuführen. Wenn die Sowjets damit rechneten, daß die Verhandlungen danach zunächst vielleicht um sechs Monate, dann noch einmal um sechs Monate verlängert würden, würde es zu keinem für den Westen annehmbaren Ergebnis kommen können.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 13757 (014)

## 88

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

19. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Bundesrepublik Nigeria, Shagari, am Donnerstag, dem 18. März 1982, 12.15 Uhr mit anschließendem Arbeitsessen bis 14.45 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer am Gespräch auf nigerianischer Seite: AM Prof. Audu, Prof. Edozien, Berater für Wirtschaftsfragen, Botschafter Rafindadi; auf deutscher Seite: StS von Staden, Botschafter Oldenkott, GL21<sup>3</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 431*

belgischen Präsidentschaft vorgesehen. [...] Buckley machte über den Inhalt der Diskussionen in den vier Hauptstädten zum Teil recht konkrete Angaben. Er griff insbesondere den angeblichen Subventionscharakter gewisser Kreditformen heraus. Buckley unterstrich die Dringlichkeit der Fortsetzung und Intensivierung von Konsultationen unter den Alliierten (auch in Verbindung mit Staaten außerhalb der Allianz) und hob die amerikanische Erwartung baldiger westlicher Aktionen hervor, die ausschließlich gegen die SU gerichtet sein sollten. [...] Insgesamt herrschte im Rat die Bereitschaft zu Konsultationen vor. Die Notwendigkeit der Einheitlichkeit westlichen Vorgehens wurde unterstrichen, wobei die Ausgestaltung dieser Linie offenblieb.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 561; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Botschafter Hermes, Washington, teilte am 19. März 1982 mit: „Sowohl AM Haig als auch Eagleburger haben gegenüber mir und meinem Vertreter ihre Enttäuschung über das Ergebnis der Mission Buckleys in Bonn zum Ausdruck gebracht. Hormats sagte in einem Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung, man habe nicht erwartet, daß die Verbündeten Buckley mit völlig leeren Händen nach Washington zurückkehren lassen würden, da man davon ausgegangen sei, daß die Europäer sich darüber im klaren gewesen seien, was mit der Mission für den Präsidenten politisch auf dem Spiel stehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1264; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Ruth hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 19. März 1982 über Ministerialdirektor von der Gablentz und Staatssekretär Lahnstein, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Zustimmung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte Zeller: „BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie des Vermerks erhalten.“

Hat Lahnstein am 22. März 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt am 23. März 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61.

<sup>2</sup> Präsident Shagari hielt sich vom 17. bis 20. März 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Klaus Zeller.

Präsident Shagari erklärte Ihnen auf Ihre Bitte die geographische Lage der neuen Hauptstadt Abuja sowie deren juristischen Status.

Sodann äußern Sie Ihre Freude, Shagari wiederzusehen, den Sie vor etwa zehn Jahren getroffen haben, als Sie beide Finanzminister waren. Sie stellen fest, daß die Beziehungen zwischen Nigeria und der Bundesrepublik Deutschland sehr gut seien und dies auf allen Gebieten, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Sie erinnern an Ihren Besuch Nigerias im Jahre 1978<sup>4</sup> und berichten von einigen Eindrücken, die Sie damals von der explosionsartigen Entwicklung des Landes, auch des Verkehrs, erhalten haben.

Sie bemerken, daß unsere Handelsbeziehungen gut und eng seien, wir verkauften eine Menge, aber kauften auch von Nigeria, so insbesondere Öl. Sehr aufmerksam betrachteten wir die wichtige Rolle, die Nigeria in der OAU und bei der Regelung verschiedener afrikanischer Konflikte spielt, so insbesondere in Namibia. Dort würden wir in der Gruppe der Fünf ebenfalls versuchen, zur Lösung des Konflikts beizutragen.<sup>5</sup>

Sie äußern Ihr Bedauern, daß Sie nicht nach Cancún<sup>6</sup> hätten kommen können; den dort behandelten Fragen begegneten Sie mit großem Interesse. Sie hätten sich sehr für das Lomé-Abkommen<sup>7</sup> eingesetzt und für das durch Lomé gesetzte Modell für die Regelung der Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden.

Sie wünschten, daß Shagari durch seinen Besuch davon überzeugt werde, daß uns an wirklich guten Beziehungen zu seinem Land gelegen sei; wir würden sie aufmerksam pflegen. Nigeria sei für uns der wichtigste Partner unter den Ländern südlich der Sahara, wie es überhaupt das wichtigste Land in Afrika sei.

Wir sähen auch die Probleme, vor denen das Land durch ein rasches Wachstum gestellt werde. Wir sehen in Nigeria ebenfalls eine gut funktionierende Demokratie in Afrika.

Mit diesen Worten wollten Sie Shagari nochmals sehr herzlich bei uns willkommen heißen.

Präsident Shagari äußert ebenfalls seine Freude darüber, Ihnen wieder zu begegnen, wie schon vor Jahren bei Treffen des IWF und der Weltbank. Er habe im Jahre 1975 die Regierung verlassen, sei dann aber wieder 1979 zurückgekommen. Als Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung habe er an der Ausarbeitung der neuen Verfassung<sup>8</sup> teilgenommen. Danach habe er einen sieben

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 26. bis 28. Juni 1978 in Nigeria auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 202.

<sup>5</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 80, Anm. 7.

<sup>6</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der dazugehörigen Protokolle und anderen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 sowie der dazugehörigen Protokolle und anderen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1088.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der nigerianischen Verfassung vom 1. Oktober 1979 vgl. THE CONSTITUTION OF THE FEDERAL REPUBLIC OF NIGERIA 1979, published by authority of the Federal Military Government of Nigeria and printed by the Ministry of Information, Printing Division, Lagos o. J., S. 1–120.

Monate dauernden Wahlkampf im ganzen Land geführt.<sup>9</sup> Dies sei bei dem Zustand der Kommunikationsmöglichkeiten und der Größe des Landes nicht einfach. Nigeria sei froh, wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückgekehrt zu sein. Die neue Verfassung sei gut; sie sei eine eigene nigerianische Schöpfung und nicht wie die vorherige<sup>10</sup> ein Kompromiß zwischen britischen und eigenen nigerianischen Vorstellungen. Jetzt gehe es darum, daß die Verfassung auch Leben erhalte; dies sei ein neues Experiment. Dem Typ nach ähnele die Verfassung dem föderalen amerikanischen System. Sicher sei es nicht einfach, ein solches Experiment in Gang zu setzen. Der Verfassungsgerichtshof habe viel zu tun.

Die neuen Zustände im Lande träfen auf breite Zustimmung. Es gehe jetzt auch darum, jedermann in das politische Leben einzubeziehen. Es gebe in seinem Lande fünf Parteien, deren Zusammenarbeit nicht immer ganz einfach sei. Jede der Parteien übe wenigstens in dem einen oder anderen der 19 Bundesstaaten Regierungsmacht aus. Seine eigene Partei verfüge nicht über eine Mehrheit in der Nationalversammlung.<sup>11</sup>

Wichtigstes Ziel sei der Aufbau der Wirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft. Nigeria sei traditionell ein landwirtschaftlich genutztes Land. Der Ölboom habe eine Richtungsänderung in der Wirtschaft mit sich gebracht, mit der Folge einer starken Wanderung vom Land in die Stadt. Darüber habe man die Landwirtschaft etwas vernachlässigt. Jetzt gehe es darum, sie zu fördern, um eine zunehmende Bevölkerung ernähren und die Abwanderung zur Stadt stoppen zu können. Er habe daher einen Plan unter dem Siegel „Grüne Revolution“ in Gang gesetzt.<sup>12</sup> Nigeria sei in der Vergangenheit ein großer Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewesen. Heute exportiere Nigeria lediglich noch Kakao, führe hingegen große Mengen von Reis und Fisch ein. Er präzierte auf Ihre Frage, daß es sich um Stockfisch aus Norwegen und Island handle; Nigeria nehme 80 % der norwegischen Stockfischproduktion ab. Zwar bemühe sich Nigeria um den Aufbau einer Fischereiflotte; man befände sich da aber erst am Anfang. Im übrigen gehe es um die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in allen Bereichen; dies sei die erste Priorität. Ihm sei es darum zu tun, die Gewinne aus der Erdölproduktion nutzbringend zu investieren, ehe es zu spät sei. Ziel sei, daß Nigeria sich selbst ernähren könne.

Daneben baue man neue Industrien auf und entwickle auch das Transportsystem, sowohl die Eisenbahnen wie die Straßen wie auch die Luftverkehrsver-

<sup>9</sup> Am 16. August 1979 fanden in Nigeria Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Nationalen Partei, Shagari, als Sieger hervorging.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der nigerianischen Verfassung vom 1. Oktober 1963 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Vol. I, Africa, S. 592–671.

<sup>11</sup> Am 14. Juli 1979 fanden in Nigeria Parlamentswahlen statt, bei denen die Nationale Partei 168 von 449 Sitzen erringen konnte.

<sup>12</sup> Botschafter Oldenkott, Lagos, berichtete am 3. März 1982, Nigeria sei vornehmlich ein Agrarland. Über zwei Drittel der Erwerbstätigen seien in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors sei aber erheblich zurückgegangen: „Die Militärregierung erließ deshalb das Programm ‚Operation Feed the Nation‘, durch welches die Lebensmittelproduktion gesteigert werden sollte. Die Zivilregierung unter Präsident Shagari modifizierte dieses Programm sodann zur ‚Green Revolution‘. [...] Im Rahmen des vierten nationalen Entwicklungsplans Nigerias für die Jahre 1981 bis 1985 wird der Entwicklung der Landwirtschaft Vorrang eingeräumt. 13 Prozent aller öffentlichen Mittel des vierten Planes sollen für Förderungsmaßnahmen auf dem Sektor der Agrikultur eingesetzt werden. [...] Bisher war den Bemühungen, den Agrarsektor zu aktivieren, wenig Erfolg beschieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139; Referat 321, Bd. 127686.

bindungen. Das Verkehrsnetz seines Landes habe sich in den vergangenen Jahren beachtlich verbessert.

Eine weitere Entwicklungspriorität sei der Hausbau und die Entwicklung ländlicher Gebiete, in denen Elektrizitäts- und Wasserversorgung ausgebaut werden müßten. Die Elektrizitätserzeugung werde ausgebaut auf der Grundlage von Wasserkraft und Erdgas. Zur Zeit bestehe noch Mangel an elektrischer Energie. Seine Regierung bemühe sich um die Erweiterung des Versorgungsnetzes und den Bau von Staudämmen. Darüber hinaus werden ganze Flußregionen entwickelt. Es gebe 13 autonome Flußbecken-Verwaltungen, die für Bewässerung, Dammbau etc. verantwortlich seien.

Im Industriesektor seien Fortschritte zu verzeichnen. Man habe mit der Stahlproduktion begonnen; ein erstes Stahlwerk, das mit deutscher Hilfe erbaut worden sei, habe kürzlich die Produktion aufgenommen.<sup>13</sup> Auf Ihren Einwurf, daß es bei Stahl weltweit Überkapazitäten gebe, entgegnet Shagari, daß ein Land von der Größe Nigerias zumindest einen Teil seines eigenen Bedarfes selbst erzeugen müsse. Es würden auch Walzwerke mit japanischer Hilfe gebaut.

Ca. 150 deutsche Unternehmen beteiligten sich sehr aktiv an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Dafür seien die Nigerianer ihnen dankbar.

Auf Ihre Frage bemerkte Botschafter Oldenkott, daß sich etwa 6–8000 Deutsche in Nigeria befinden.

Sie warfen ein, daß Ihnen von seiten deutscher Firmen zuweilen Klagen zugezogen würden über die mangelnde Sicherheit deutscher Staatsangehöriger im Lande. Dieselben Unternehmen würden Ihnen freilich auch sagen, daß sie recht gute Geschäfte im Lande machten.

Shagari bemerkt, wie hoch der deutsche Beitrag für die Ausbildung von Fachkräften geschätzt werde. Nigerianer würden nach Deutschland zur Ausbildung gesandt. Besser sei noch die Ausbildung im Lande. Er wäre sehr dankbar, wenn die Hilfe auf diesem Gebiet verstärkt werden könnte. Es sei sehr viel besser, wenn die Ausbildung unter Landesbedingungen erfolgen könnte. Wir sollten daher mehr Ausbilder nach Nigeria schicken und weniger Nigerianer zu uns herüberbringen.

Shagari bemerkt, daß ihn einige seiner Fachminister begleiteten, die über diese und andere Fragen mit den zuständigen deutschen Ministern Gespräche führten. Vor allem aber habe man auf nigerianischer Seite auch das Gefühl, daß der Handel abnehme. Wir, die Deutschen, kauften weniger, die Nigerianer mehr.

Sie entgegneten, daß dies mit dem Rückgang unserer Öleinkäufe aufgrund der hohen Preise zu tun habe. Dies betreffe auch nicht Nigeria allein. Unser Ölverbrauch sei in den letzten Jahren von 140 auf 110 Mio. t pro Jahr heruntergegangen. Die Ölpreiserhöhungen hätten sich sehr stark auf unsere Konjunktur ausgewirkt. Es handele sich dabei um mehr als nur eine Rezession.

Sie fragten Shagari, ob er schon daran gedacht habe, eine Wirtschaftsmission zu entsenden, die für beide Seiten tätig werde, d. h. sich um den Export von Erzeug-

<sup>13</sup> Referat 321 vermerkte am 17. März 1981, das Gemeinschaftsprojekt zwischen Unternehmen aus der Bundesrepublik und Österreich zur Errichtung eines Stahlwerkes in Aladja bei Warri umfasse ein Gesamtinvestitionsvolumen von zwei Milliarden DM. Vgl. dazu Referat 321, Bd. 127690.

nissen Nigerias bemühen würde wie auch um die Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie, z. B. auch im Gebiet der Ausbildung.

Shagari bemerkt, daß eine solche Delegation des Industrieministeriums im vergangenen Jahr hierher gekommen sei.<sup>14</sup> Man befinde sich im übrigen mit uns im Gespräch über ein Abkommen zur technischen Zusammenarbeit.

Auf Ihre Frage entgegnete der Botschafter, daß ein Entwurf uns zur Prüfung übergeben worden sei. Neu sei, daß man verschiedene Bereiche der Zusammenarbeit in diesem Abkommen definiere. Außerdem gehe es um die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission, die die Zusammenarbeit überwachen solle.

Shagari berichtet sodann von einem Großprojekt zur Erdgasverflüssigung. Aus einem Konsortium westeuropäischer und amerikanischer Unternehmen hätten sich die US-Unternehmen zurückgezogen. Man erwäge in Nigeria nunmehr, ausschließlich mit westeuropäischen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Auch wolle man das Projekt überdenken, es entgegen den ursprünglichen Plänen etwas verkleinern. Auch einige Europäer hätten sich aus dem Projekt zurückgezogen, so z. B. BP.

Sie wiesen darauf hin, daß ein derartiges Projekt sehr lange Anlaufzeiten benötige.

Shagari bestätigt, daß Nigeria vorangehen wolle, da das Land über sehr große Mengen Gas verfüge.

Sie erkundigten sich nach der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Zusammenschlusses westafrikanischer Staaten (ECOWAS).<sup>15</sup>

Shagari entgegnet, daß er große Hoffnungen in ECOWAS setze. Man sei freilich erst am Anfang. Nigeria zusammen mit Togo seien die Promotoren. Besonders Togo sei engagiert. Es gebe im Rahmen von ECOWAS Abkommen in vielerlei Bereichen, so z. B. dem der Freizügigkeit. Man frage sich auch, ob man zu einer Art vernünftiger nationaler Arbeitsteilung gelangen könne, indem sich jeder der Mitgliedstaaten in einem oder mehreren Gebieten spezialisiere, um so besser der ganzen Region nutzen zu können. Es gehe darum, auch den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und ähnliche Investitionsbedingungen in allen Staaten zu schaffen. Das Hauptquartier befinde sich in Lagos.

Sie erkundigten sich nach Möglichkeiten politischer und militärischer Zusammenarbeit in der Region.

Shagari bestätigt, daß man in der Tat an Verteidigungsabkommen denke, die schon formuliert, nicht aber unterzeichnet seien. Man wolle ein regionales Verteidigungssystem auf die Beine stellen und denke auch an Standardisierung der militärischen Ausrüstungen. Ziel einer solchen Zusammenarbeit sei es, einen potentiellen Aggressor vor Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines der Länder abzuschrecken.

Auf Ihre Frage, ob es denn ernst gemeinte Aggressionen in der Region geben könne, entgegnet Shagari, daß es in Guinea, Togo und Benin zum Einsatz aus-

<sup>14</sup> Der nigerianische Industrieminister Ciroma hielt sich vom 6. bis 9. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf.

<sup>15</sup> Zur Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) vgl. Dok. 51, Anm. 26.

ländischer Söldner gekommen sei. Dahinter stünden Aufständische, denen von dritten Ländern geholfen werde. Shagari erwähnte in diesem Zusammenhang auch Libyen.

Auf Ihre Frage, warum die Afrikaner Gaddafi zum Präsidenten der OAU in diesem Jahr gewählt hätten<sup>16</sup>, entgegnet Shagari, daß dies nicht der Fall sei. Man habe vor drei Jahren Libyen als das für dieses Jahr gastgebende Land bestimmt. Libyen habe damit auch den Vorsitz bei den Tagungen inne. Wäre Libyen nicht schon bestimmt gewesen, so hätte man es gewiß jetzt nicht gewählt. Shagari verwies auf die Parallele Uganda, das ebenfalls zum Gastgeber bestimmt worden war, ehe es dort einen Staatsstreich gab.<sup>17</sup> Nachdem Amin die Macht übernommen hatte, habe man diesen Beschluß nicht revidiert. So sei auch Amin Vorsitzender der OAU gewesen.<sup>18</sup>

Die Afrikaner hätten das Gefühl, daß mit Gaddafis Vorsitz wenigstens ein Gutes verbunden sei: Gaddafi sei dadurch dazu gebracht worden, sich etwas zusammenzunehmen. Dies sei auch einer der Gründe für den Rückzug libyscher Truppen aus dem Tschad gewesen.<sup>19</sup> Gaddafi bemühe sich, Schwierigkeiten mit einigen Nachbarn auszubügeln.

Shagari bejahte Ihre Frage, ob dies auch für den Tschad und die Westsahara gelte. Man versuche jetzt, im Tschad eine Lösung zu finden. Goukouni sei in Schwierigkeiten. Als die OAU in Nairobi<sup>20</sup> versucht habe, eine Lösung zu finden, habe Goukouni sich einem Waffenstillstand widersetzt. Anders Habré, und dies sei wichtig, da er der stärkere sei. Goukouni sei ohnehin unfähig zu kämpfen. Die OAU-Streitkraft im Tschad habe eine durchaus nützliche Funktion; sie habe auch Goukouni geholfen. Wenn sie das Land verlasse, so werde Habré die Macht übernehmen. Goukouni wisse das. Es würde daher nicht überraschen, wenn er einlenken würde. Die OAU sei freilich unfähig, die Kosten für die Streitkräfte aufzubringen; auf Nigeria entfalle der größte Teil.

Sie fragten nach der Lage Numeiris und des Sudan.

Shagaris Überzeugung ist es, daß Numeiri das Land kontrolliere und Erfolg haben werde, die Ordnung im Land wiederherzustellen.

Shagari bestätigt, daß es sowjetische Infiltration und Einflußnahmen in der Region gebe. Größtes Problem sei Libyen. Libyen und die Sowjetunion hätten bei dem Umsturz in Ghana<sup>21</sup> ihre Hände im Spiel gehabt. Dies könnte die Region destabilisieren und die demokratischen Regime in ihr stürzen. Ähnliches

<sup>16</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen als nächster Veranstalter der Gipfelkonferenz und damit Oberst Gaddafi zum Konferenzvorsitzenden sowie Präsidenten der OAE bestimmt.

<sup>17</sup> Während sich Präsident Obote anlässlich der Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten, die vom 14. bis 22. Januar 1971 in Singapur stattfand, im Ausland aufhielt, übernahm das Militär unter Generalstabschef Amin am 25. Januar 1971 die Macht in Uganda.

<sup>18</sup> Präsident Amin wurde bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 28. Juli bis 1. August 1975 in Kampala zum Präsidenten der OAE gewählt. Er hatte das Amt bis 2. Juli 1976 inne.

<sup>19</sup> Zum Rückzug libyscher Streitkräfte aus dem Tschad vgl. Dok. 16, Anm. 11.

<sup>20</sup> In Nairobi fand vom 24. bis 28. Juni 1981 die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten statt.

<sup>21</sup> In Ghana wurde Präsident Limann am 31. Dezember 1981 durch einen Militärputsch unter Führung des ehemaligen Präsidenten Rawlings gestürzt.

gelte für Benin, das auch enge Freundschaft zu Gaddafi pflege. Er sei besorgt über die Verbindungen dieses Landes zu Libyen, der SU und Kuba.

Auf Ihre Frage, wie lange die Kubaner in Angola<sup>22</sup> bleiben würden, entgegnet Shagari, daß dies solange der Fall sein werde, als eine Bedrohung des Landes bestehe. Südafrika greife Angola an und dringe weit in das Landesinnere hinein. Kürzlich seien 200 Personen getötet worden.<sup>23</sup> Dies würde die Lage derjenigen Afrikaner schwierig machen, die Angola davon überzeugen wollten, daß die Kubaner das Land verlassen sollten. Nigeria habe der Regierung Angolas sogar vorgeschlagen, eine afrikanische Truppe aufzustellen. Dies würde die Regierung Angolas nur akzeptieren, wenn sie sich nicht mehr von Südafrika bedroht fühlte. Südafrika greife jedoch Angola täglich an.

Sie bitten Shagari, uns doch nicht mit den Südafrikanern in einen Topf zu werfen. Wir würden einen solchen Vorwurf sehr ungern hören, insbesondere wenn man uns unterstelle, daß wir mit Südafrika im nuklearen Bereich zusammenarbeiteten.<sup>24</sup>

AM Audu wirft ein, daß wir vielleicht nicht genau wüßten, wie die Resolution in den VN behandelt worden sei. Nigeria habe sich sehr bemüht, die ursprünglichen Formulierungen abzuschwächen; im übrigen müsse es sich in der Gruppe der 77 bewegen.

Sie entgegnen, daß doch auch über die einzelnen Paragraphen abgestimmt worden sei, und wiederholen mit Nachdruck, daß man uns in solchen Fragen nicht mit Südafrika zusammen anprangern solle. Sie begrüßten, daß auch schon BM Genscher diese Frage angesprochen hat.<sup>25</sup> Wir seien überaus empfindlich in diesen Fragen. Die Bundesrepublik Deutschland sei kein Kernwaffenstaat. Wenn man uns anklage, zusammen mit anderen etwa Kernwaffen zu entwickeln oder zur Kernwaffenentwicklung anderer beizutragen, würden wir auch in große Schwierigkeiten mit unseren eigenen Nachbarn geraten. Uns sei in diesen Fragen sehr an einer reinen Weste gelegen.

Im übrigen würden wir uns unsererseits stets gegen die Apartheid wenden.

Shagari und auch Audu warfen hier ein, daß wir uns bei mehreren Apartheids-Resolutionen der Stimme enthalten hätten.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

<sup>23</sup> Am 13. März 1982 startete Südafrika von Namibia aus eine mehrtägige militärische Operation gegen Stellungen der SWAPO im Südwesten Angolas.

<sup>24</sup> Zum Vorwurf der nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika vgl. Dok. 51, Anm. 16.

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher führte am Vormittag des 18. März 1982 ein Gespräch mit Präsident Shagari. Dabei wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Entwicklungshilfeleistungen der UdSSR und die Lage in Polen angesprochen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178864.

<sup>26</sup> Vor Beginn der XXXVI. VN-Generalversammlung am 15. September 1981 in New York vermerkte Referat 231 in einer undatierten Aufzeichnung: „1973 wurde mit einer GV-Resolution ein Übereinkommen verabschiedet, das die Praxis der Apartheid als Verbrechen einstuft und strafrechtliche Sanktionen gegen jene fordert, die diese Praxis betreiben oder unterstützen (GV-Resolution 3068 (XXVIII); bei Enthaltung der EG- und nordischen Staaten außer Gegenstimme von GB). Am 18. Juli 1976 trat das Übereinkommen in Kraft und war am 1.6.1981 von 60 Staaten, darunter keinem westlichen, ratifiziert worden. [...] Alljährlich werden Resolutionen der GV und MRK verabschiedet, die eine 1967 gegründete (MRK-Resolution 2 (XXIII)) Ad-hoc-Expertenarbeitsgruppe zur Fortsetzung ihrer Arbeiten an einer Liste auffordert, welche Einzelpersonen, Organisationen und Regierungsver-

StS von Staden bemerkt, daß es sich hierbei offensichtlich um Sanktionsresolutionen gehandelt habe, denen wir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen würden.

Sie bitten um Aufklärung und bestätigen, daß wir keine Freunde wirtschaftlicher Sanktionen seien. Wenn sich die Frontlinienstaaten<sup>27</sup> zu Sanktionen gegen Südafrika bereit finden würden, so könnten wir unsere Position evtl. noch einmal überdenken.

Sodann nehmen Sie erneut die Frage unserer Verurteilung (zusammen mit den USA und Israel) wegen angeblicher nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika auf und erläutern die Zusammenhänge, die eine solche falsche Anschuldigung für uns besonders schwer erträglich machen.

Beim Mittagessen, das sich hieran anschließt, treten folgende Gesprächspartner hinzu:

Auf nigerianischer Seite: StS Musa (Präsidialkanzlei) und Botschafter Adeniji (Abteilungsleiter für europäische Angelegenheiten im Außenministerium).

Auf deutscher Seite: StM<sup>28</sup> und AL<sup>4</sup><sup>29</sup>.

StS von Staden dankt für nigerianische Unterstützung bei unserer VN-Flüchtlingsinitiative.<sup>30</sup>

AM Audu erläutert, welche Flüchtlingsprobleme es in Nigeria gibt (Flüchtlinge aus dem Tschad und aus Kamerun).

Präsident Shagari erläutert sodann einige Aspekte der inneren Lage im Tschad, so den Gegensatz zwischen Norden und Süden, die Tatsache, daß die Nomaden aus dem Norden zunächst die Franzosen, sodann die den Franzosen nachfolgenden Regierungen aus den südlichen Landesteilen bekämpft hätten.

StS von Staden stellte die Frage nach den Implikationen einer Verbindung zwischen Senegal und Gambia.

Sie fragen nach der Bevölkerungsentwicklung in Nigeria.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 438*

treter nennt, die beschuldigt werden, Verbrechen gemäß Art. II des Übereinkommens begangen zu haben. Die westlichen Staaten haben sich zu diesen Entschließungen enthalten. [...] Unsere Haltung ist unverändert. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt nicht, dem Übereinkommen beizutreten. Es bestehen verfassungs- und strafrechtliche Bedenken, u. a.: Tatbestand und Täterkreis des ‚Apartheid-Verbrechens‘ sind zu ungenau (Bestimmtheitsgrundsatz).“ Vgl. Referat 231, Bd. 121115.

<sup>27</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>28</sup> Gunter Huonker.

<sup>29</sup> Hermann Heick.

<sup>30</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 231 vom 14. April 1982 wurde festgehalten: „1) Zum Tagesordnungspunkt ‚Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme‘, mit dem sich die VN-GV auf Initiative der Bundesregierung erstmals im Herbst 1980 befaßt hatte, verabschiedete die 36. VN-GV am 16.12.1981 die Resolution 36/148. Die Annahme der Resolution erfolgte im Gegensatz zum Vorjahr (Res[olution] 35/124: 105 Ja-Stimmen bei 14 Enthaltungen und 16 Gegenstimmen des Ostblocks) ohne förmliche Abstimmung im Konsens. Frankreich war Miteinbringer. 2) Die Resolution 36/148 bildet die Grundlage für die weitere Behandlung der Problematik im Rahmen der VN. Im Vergleich zur prozedural ausgerichteten Vorjahres-Resolution liegt der entscheidende materielle Fortschritt bei der Resolution 36/148 darin, daß sie die Einsetzung einer Arbeitsgruppe von 17 Regierungsexperten vorsieht. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, bis zur kommenden 37. VN-GV im Herbst 1982 Empfehlungen über ‚geeignete Maßnahmen zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme‘ zu erarbeiten. [...] Es sind zwei Tagungen der Arbeitsgruppe vorgesehen: 10. bis 14.5.1982, 2. bis 6.8.1982.“ Vgl. Referat 231, Bd. 127899.

Präsident Shagari weist darauf hin, daß die Bevölkerungsentwicklung in Nigeria weniger explosiv als in einigen asiatischen Ländern sei. Im übrigen würde das landwirtschaftliche Potential des Landes eine doppelt so große Bevölkerung wie die augenblickliche ernähren können. Das Bevölkerungswachstum Nigerias bereite der Regierung zur Zeit keine Sorgen. Größere Sorgen mache das Problem der Einwanderung, das sich durch die Gründung der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verschärft habe. Es gebe Wirtschaftseinwanderer aus Ghana und insbesondere auch aus der Sahel-Zone (Mali und Niger). Die Trockenheit habe größere Bevölkerungsgruppen ins Land getrieben.

Sie erläutern sodann die Lage in der DDR und an der befestigten und verminnten Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten.

Shagari bemerkt, daß er Berlin schon im Jahre 1974 kennengelernt habe und dann mit dem Auto von Berlin nach München gefahren sei.

Sie sagen, es sei seither nicht leichter geworden.

Eine Frage von AM Audu nach dem Kulturaustausch zwischen beiden Staaten beantwortet Staatsminister.

Shagari fragt nach Fortschritten bei den Abrüstungsgesprächen.

Sie entgegnen, daß gewisse Hoffnungen im Mittelstreckenbereich bestünden.<sup>31</sup> Ansonsten gebe es mehr Rauch als Feuer, mehr Gerede als Handlungen, seit kurzem auch etwas zu viel Kriegsgerede.

AM Audu erkundigt sich nach der Entwicklung der EG.

Sie entgegnen, daß es mit der politischen Zusammenarbeit sehr gut gehe. Die wirtschaftliche bereite ziemliche Schwierigkeiten, desgleichen die Finanzierung. Selbstverständlich wäre Europa ohne den gemeinsamen Markt sehr viel schlimmer dran. Die EG habe aber zu schnell expandiert. GB wolle zum wiederholten Male neu verhandeln; Schwierigkeiten gebe es auch mit Griechenland.

Finanziell hätten wir große Lasten für den gemeinsamen Markt auf uns genommen, wie z. B. auch lange Jahre für die Türkei und für Polen. Dies belastete unsere Wirtschaft zunehmend, zumal da wir uns jetzt in einer Depression befinden.

Auf eine Frage des Wirtschaftsberaters des Präsidenten nach dem Gasvertrag mit der Sowjetunion<sup>32</sup> erläutern Sie unsere Diversifikationsbestrebungen. Wir hätten unsere Erfahrungen mit einseitigen Abhängigkeiten gemacht, sei es bei Öl, sei es bei Uran. Wir versuchten daher, uns aus möglichst zahlreichen Quellen zu versorgen. Sodann erläutern Sie den Umfang der Abhängigkeit, die durch das sowjetische Gasgeschäft entsteht. Frankreich denke ebenso wie wir und wünsche zu diversifizieren.<sup>33</sup>

Die Auswirkungen der OPEC-Preiserhöhungen auf unsere Wirtschaft gingen sehr viel tiefer, als man dies außen, so auch in der Dritten Welt, annehme. Die Ölpreiserhöhungen seien zu hoch ausgefallen und in zu rascher Zeit über uns gekommen. Dies habe strukturelle Auswirkungen gehabt. Wir würden auch weiterhin unsere Kohlevorkommen ausbeuten; dies sei aber sehr teuer, da die

<sup>31</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

<sup>32</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>33</sup> Zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 31, Anm. 5.

Flöze 1000 bis 1200 m tief lägen. Wir könnten aber nicht darauf verzichten, wenigstens einen Teil unserer Energie aus eigenen Vorkommen zu beschaffen.

AM Audu bemerkt, daß Nigeria gerne auch bei der Kohleverflüssigung mit uns zusammenarbeiten würde.

Der nigerianische Botschafter fügt hinzu, daß einige deutsche Firmen hieran Interesse gezeigt hätten. Die Kohle stehe in Nigeria nur 100 Fuß tief an.

Shagari bemerkt, daß sie zur Energieerzeugung verwendet werden solle.

Sie sagen, daß solche Kohlevorkommen im Tagebau gefördert werden könnten, so wie wir dies bei uns mit Braunkohle täten. Der Präsident habe wahrscheinlich die Förderanlagen auf dem Hubschrauberflug nach Gymnich gesehen.

Im übrigen berührte die Unterhaltung bei Tisch noch folgende Themen: Ölpreis-indexierung und deren wirtschaftliche Nachteile, Weltwährungspolitik nach Aufgabe der Bretton-Woods-Abkommen<sup>34</sup>, EWS und seine stabilisierende Funktion.

Sie besprachen sodann mit dem Präsidenten Form und Inhalt der Präsentation seines Besuchs vor der Presse.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

## 89

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow**

**19. März 1982<sup>1</sup>**

Gespräch BM mit Botschafter Semjonow am 19.3.1982, 8.00 Uhr bis 8.40 Uhr

*Semjonow* übergab im Auftrag seiner Regierung den Text der Vorschläge (Redeauszug), die Breschnew in seiner Rede vor dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß am 16.3.1982<sup>2</sup> gemacht hatte.<sup>3</sup>

<sup>34</sup> Vom 1. bis 23. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. März 1982 gefertigt, der am selben Tag die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Ploetz am 24. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 97.

<sup>3</sup> Für den Redeauszug, der auch in einer inoffiziellen deutschen Übersetzung übergeben wurde, vgl. Referat 010, Bd. 178866.

BM führte aus: Dem Botschafter sei bekannt, daß die Bundesregierung alle Vorschläge der Sowjetunion, besonders auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung, immer ernst nehme und mit ihren Verbündeten prüfe und bewerte. Die Bundesregierung habe sich bereits in einer ersten öffentlichen Stellungnahme geäußert.<sup>4</sup> Für die Bundesregierung sei entscheidend, daß bis zum Sommer 1983 in Genf<sup>5</sup> konkrete Ergebnisse erzielt würden. Wir seien der Meinung, daß diese außerordentlich schwere, die Völker Europas belastende Frage befriedigend gelöst werden müsse durch einen vollkommenen Verzicht auf landgestützte Mittelstreckensysteme auf beiden Seiten. Nur der beiderseitige, vollkommene Verzicht sei geeignet, die Sorgen von den Menschen zu nehmen und die sich aus der vorhandenen sowjetischen Überlegenheit ergebende Gefährdung zu beseitigen. Wir entnahmen aus der Erklärung der sowjetischen Regierung das Interesse der UdSSR, daß es nicht zur Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper komme. Er wolle noch einmal ganz offiziell für die Bundesregierung feststellen, daß der Weg, dies zu verhindern, von uns ganz eindeutig dargelegt worden sei:

Die Sowjetunion müsse von sich aus auf ihre landgestützten Mittelstreckenraketen gänzlich verzichten. Das heißt, es gehe nicht nur darum, keine weiteren Raketen mehr aufzustellen, und es genüge nicht, sich auf die Raketen in Europa zu beschränken. Die sowjetischen Raketen jenseits des Urals bedrohten wegen ihrer Reichweite ebenso die Bundesrepublik Deutschland und andere westeuropäische Länder. Er, BM, habe diese Fragen wiederholt mit dem Generalsekretär, dem sowjetischen Außenminister und dem Botschafter erörtert. Inzwischen habe die Sowjetunion 300 SS-20-Raketen mit 900 Sprengköpfen stationiert, von denen die meisten auf Westeuropa gerichtet seien; dies sei für uns Anlaß zu außerordentlicher Sorge.

BM betonte, er appelliere bei dieser Gelegenheit noch einmal an die sowjetische Führung, zu erkennen, daß die Beseitigung der sowjetischen Vorrüstung ein wichtiger Beitrag für Sicherheit und Gleichgewicht sowie für die Festigung und Stärkung des Ost-West-Verhältnisses wäre. Aus manchen in Moskau abgegebenen Erklärungen wie aus Reden, die von sowjetischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland gehalten wurden, sei zu entnehmen, daß man sich auf sowjetischer Seite der Vorstellung hingabe, die Bundesregierung wäre nicht in der Lage, im Falle eines nicht rechtzeitigen erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen in Genf die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium politisch durchzusetzen. Er müsse darauf hinweisen, daß dies ein folgenschwerer Irrtum sei. Es müsse alles daran gesetzt werden, bis zum vorgesehenen Stationierungszeitpunkt zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

BM fuhr fort: Wir hätten bei verschiedenen Gelegenheiten, zuletzt auch in Madrid, vor der Vertagung des KSZE-Folgetreffens<sup>6</sup>, unser außerordentlich großes Interesse an der Ost-West-Zusammenarbeit, an Rüstungskontrolle, Abrüstung und Entspannung zum Ausdruck gebracht. Er wiederhole dies hier. Dies entspreche dem aufrichtigen Willen der Bundesregierung, aller Parteien im Deut-

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Erklärung von Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, vom 16. März 1982; BULLETIN 1982, S. 203.

<sup>5</sup> In Genf fanden die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>6</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

schen Bundestag und der Menschen in unserem Lande sowie den Interessen der Völker in Europa. Wir wären unaufrichtig, wenn wir verschwiegen, daß wir besorgt seien über die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses.

Dazu gehöre der anhaltende Krieg in Afghanistan.<sup>7</sup> Der Deutsche Bundestag habe gemeinsam mit der Bundesregierung am 11.3.1982 eindrucksvoll unterstrichen, daß die Besetzung beendet werden müsse und das afghanische Volk Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Blockfreiheit zurückgewinnen müsse.<sup>8</sup> Wir seien besorgt über die Entwicklung in der Volksrepublik Polen. Nach unserer Überzeugung könne nur die Erfüllung der drei Erwartungen, die der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung vom 18.12.1981<sup>9</sup> ausgedrückt habe, den Weg zu einer zukunftssträchtigen Entwicklung freimachen. Schließlich seien wir besorgt über die sowjetische Mittelstreckenraketenrüstung.

BM wies darauf hin, daß er gerade intensive Gespräche mit der amerikanischen Führung und Repräsentanten des amerikanischen Senats in Washington geführt habe.<sup>10</sup> Diese Gespräche hätten erneut bestätigt, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland entschlossen seien, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und amerikanischen Partnern im westlichen Bündnis zu festigen, und daß die USA und die Bundesrepublik gleichzeitig entschlossen seien, alle Kräfte dafür einzusetzen, damit durch aufrichtige, ernsthafte Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen die Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs vermieden würde. Die Gespräche in Washington hätten gezeigt, daß die Besorgnisse der Bundesregierung hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses von der amerikanischen Regierung geteilt würden. Wir seien ebenso wie die USA entschlossen, uns weiter zu bemühen, durch Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit mit der sowjetischen Führung einen Beitrag zur Überwindung aller uns belastenden Fragen zu leisten. Wir seien überzeugt, daß eine solche Politik den Völkern im Westen und Osten, aber auch im Süden unseres Erdballs am besten nütze.

BM erwähnte, daß wir die engen und dichten Gesprächskontakte zwischen den USA und der Sowjetunion zu schätzen wüßten. Wir mäßen ihnen für die Stabilität und Friedenssicherung in der Welt hohen Rang zu.

BM wies darauf hin, daß er auf den Wahlversammlungen<sup>11</sup>, die er in den vergangenen Tagen besucht habe, in unmittelbarem Kontakt mit der deutschen Bevölkerung eindrucksvoll festgestellt habe, daß die Bundesregierung eine sehr breite Unterstützung im Lande für ihre Außen- und Sicherheitspolitik besitze.

<sup>7</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>8</sup> Am 11. März 1982 fand im Bundestag eine Debatte zu Afghanistan statt, bei der Bundesminister Genscher eine Erklärung der Bundesregierung abgab. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 5443–5449.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

<sup>10</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 76–79.

<sup>11</sup> In Niedersachsen fanden am 21. März 1982 Landtagswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 5.

*Semjonow* drückte die Hoffnung aus, daß die sowjetischen Vorschläge aufmerksam geprüft würden. Die sowjetische Seite sei bereit, sie nach dieser Prüfung konkret und sachlich mit uns zu behandeln. Die Vorschläge fußten auf gut ausgearbeitetem Material, das auch Vorschläge berücksichtige, die von seiten der Bundesregierung gemacht worden seien. Auf Rückfrage von BM wies *Semjonow* auf den von der Bundesregierung ausgedrückten Wunsch nach einer Einstellung des Wettrüstens und nach Stabilisierung sowie nach Verhandlungslösungen hin und bezog sich vage auf die stattgefundenen Spitzengespräche. In Moskau habe man festgestellt, daß einige Staaten sehr schnell auf die sowjetischen Vorschläge geantwortet hätten, ohne diese gelesen zu haben. Dies sei ein „schwacher Weg“ für die Verhandlungsführung.

*Semjonow* regte an, daß man die sowjetischen Vorschläge später „mit einer gewissen Zahl von Teilnehmern“ besprechen sollte.

Zu Afghanistan bemerkte *Semjonow*:

Die Vereinigten Staaten<sup>12</sup> und das Europäische Parlament<sup>13</sup> hätten den 21. März zum Afghanistan-Tag erklärt und zum Anlaß für eine gegen die Sowjetunion und das demokratische Afghanistan gerichtete feindliche Kampagne gemacht. Auf sowjetischer Seite könne man dies nur bedauern. Dies trage nicht zur Entspannung und Konfliktlösung bei. Wenn die geplanten Maßnahmen ausgeführt würden, würde dies nicht ohne Gegenreaktion bleiben. Die Suche nach einer politischen Lösung werde dadurch erschwert. Dies wäre um so verhängnisvoller, als zur Zeit hoffnungsvolle Anzeichen für einen Dialog zwischen Afghanistan und Pakistan sowie im Hinblick auf die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs bestünden.<sup>14</sup> Er hoffe, daß wir diese Überlegungen berücksichtigten.

<sup>12</sup> In der Presse wurde berichtet, Präsident Reagan werde am 10. März 1982 eine gemeinsame Resolution des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses unterzeichnen, die den 21. März 1982 zum „Afghanistan-Tag“ erkläre. Vgl. dazu den Artikel „The Calendar“, THE NEW YORK TIMES vom 8. März 1982, S. A 16.

<sup>13</sup> Zur Initiative des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 1981 für einen „Afghanistan-Tag“ vgl. Dok. 66, Anm. 11.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach resümierte am 6. April 1982: „Das EPZ-Ministertreffen vom 23. Februar 1982 bat die belgische Präsidentschaft, andere westliche und blockfreie Staaten auf die Initiative des EP hinzuweisen und vorzuschlagen, sich der Initiative anzuschließen. [...] Von 106 Demarchen wurden 51 Ergebnisse analysiert, bei denen zum Stichtag eine eindeutige Reaktion vorlag. Es lagen in Brüssel 33 positive und 18 negative Bescheide vor. [...] Geht man von den 106 ursprünglichen Demarchen aus, so kann man davon ausgehen, daß kaum ein Drittel der Staaten bereit war, seine Solidarität mit dem afghanischen Volk als Opfer der sowjetischen Besetzung in der vorgeschlagenen Form offen zu bekunden.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136770.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach notierte am 8. Februar 1982 zur Sitzung der Arbeitsgruppe „Asien“ der EPZ am 4./5. Februar 1982: „Präsidentschaft berichtete über Kontakte mit dem neuen VN-GS. De Cuéllar habe Kontakte mit Pakistan, Iran und Afghanistan aufgenommen und beabsichtige, in Kürze einen neuen Sonderbeauftragten zu ernennen. Man könne auf dreierlei Arten vorgehen: ‚shuttle diplomacy‘, Verhandlungen über einen Dritten (‚proxy‘), dreiseitige Gespräche Pakistan, Iran, Afghanistan. Pakistan und Afghanistan seien bereit, sich an einem dritten, neutralen Ort wie Wien oder Genf zu treffen mit dem VN-Beauftragten als ‚shuttle‘ zwischen ihnen. Pakistan könne sich, was die Nichtteilnahme des Iran betreffe, auch ein Vorgehen mit leerem Stuhl für Teheran vorstellen. Allerdings zeige inzwischen auch der Iran vermehrt Bereitschaft, den Sonderbeauftragten des VN-GS zu empfangen. De Cuéllar habe auch davon gesprochen, bei der SU ‚gewisse Zeichen‘ der Bereitschaft für eine Verhandlungslösung festgestellt zu haben. (Hierzu haben F, GB, wir und andere MS erklärt, derartige Zeichen sowjetischer Flexibilität seien nicht zu erkennen, eher eine Verhärtung.)“ Vgl. Referat 340, Bd. 136771.

Zu Polen äußerte Semjonow:

Die Haltung der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen sei bekannt. Sie sei bei dem jüngsten Besuch Jaruzelskis in Moskau in veröffentlichten Dokumenten<sup>15</sup> eindeutig dargelegt worden. Die Sowjetunion bemühe sich, mit ihrer beträchtlichen Hilfe an die Volksrepublik Polen in einer schwierigen Lage das polnische Volk dabei zu unterstützen, seine eigenen Probleme zu lösen.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen von BM über die Festigung des Verhältnisses im westlichen Bündnis meinte Semjonow:

Aus dem von ihm vorgelegten Material ergebe sich, daß ähnliche Bestrebungen im Warschauer Pakt unternommen würden. Im übrigen komme es nach sowjetischer Auffassung darauf an, durch die Schritte zur Zügelung des Wettrüstens zur Festigung des Weltfriedens beizutragen. Wenn die sowjetischen Bemühungen zu keinen Resultaten führten, wäre die Sowjetunion allerdings gezwungen, entsprechende Schritte zu ergreifen, um das im Falle der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Zu dem Hinweis des Ministers auf die sowjetisch-amerikanischen Kontakte meinte Semjonow unsicher:

Auf die Gespräche zwischen den Außenministern Haig und Gromyko<sup>16</sup> wolle er nicht näher eingehen; sie seien nützlich, und ihr Inhalt sei BM wohl bekannt.

Auf den Hinweis des Ministers auf die Gespräche zwischen Haig und Dobrynin ging Semjonow nicht ein.

Abschließend stellte *BM* in Aussicht, daß er Semjonow demnächst wieder zu einem Gespräch ohne Begrenzung auf ein bestimmtes Thema einladen werde. Er bat, seine Ausführungen Gromyko zu berichten und den sowjetischen Außenminister zu grüßen.

**Referat 010, Bd. 178866**

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués anlässlich des Aufenthalts von Ministerpräsident Jaruzelski am 1./2. März 1982 in der UdSSR; EUROPA-ARCHIV 1982, D 195–199 (Auszug).

<sup>16</sup> Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf; Dok. 32.

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers

VS-vertraulich

19. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 19. März 1982 von 11.00 bis 12.00 Uhr<sup>2</sup>

Als Note-taker: C. Whitmore, AL 2<sup>3</sup>.

Weltwirtschaftsfragen

*Bundeskanzler* betont anknüpfend an das Gespräch auf dem Wege nach Chequers, daß es heute nicht einmal eine theoretische Antwort auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise gibt.

*Thatcher* meint, daß es die Antwort gibt, nämlich die Reduzierung des stetig wachsenden Lebensstandards. Aber die Öffentlichkeit in Demokratien ist nicht bereit, diese Antwort zu akzeptieren, und die Politiker nicht fähig, sie davon zu überzeugen. Es gibt nur einen ehrlichen Weg: Staatsausgaben durch Steuereinnahmen zu decken. Wenn Reagan sich daran halten würde, könnte es zu einer Wende der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung kommen. Er hat richtigerweise die Sozialausgaben beschnitten und seinen Partnern in Ottawa<sup>4</sup> zugesagt, daß die Zinssätze sinken werden. Wir Europäer müssen mit ihm reden, wie es auch bereits die amerikanischen Banker tun. Die amerikanische Volkswirtschaft ist im Grunde sehr stark. (BK: Die USA sind eine sehr vitale Nation.) Man muß fragen, was sie daran hindert, ihr enormes Potential zu verwirklichen.

*Bundeskanzler* meint, daß Reagan wohl vor den Kongreßwahlen<sup>5</sup> zögern wird, seine Wirtschaftspolitik wesentlich zu ändern.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. März 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers die vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerke über seine Gespräche mit PM Thatcher am 19. März 1982 in Chequers“.

Hat Braunmühl am 22. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 23. März 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär von Staden vermerkte: „Die Aufzeichnung enthält Hinweise für den NATO-Gipfel.“

Hat Braunmühl am 23. März 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Staden verfügte.

Hat Staden am 25. März 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D2 insb[esondere] 2. Aufzeichn[un]g S. 5 ff.“ Vgl. Dok. 91, Anm. 17.

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 25. März 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11994 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 91 und Dok. 92.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Am 20./21. Juli 1981 fand in Ottawa/Montebello der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

<sup>5</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

*Thatcher* betont noch einmal, daß Reagans Haushaltspolitik falsch ist. Auch sie möchte die Steuern in Großbritannien senken, kann es aber wegen wachsender Staatsausgaben nicht tun. Aber immerhin hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie verbessert, und der überproportionale Anstieg der Lohnkosten konnte gestoppt werden.

*Bundeskanzler*: Reagan betreibt unter dem Namen supply economics eine Wirtschaftspolitik à la Keynes und überläßt die Inflationsbekämpfung der Fed<sup>6</sup>. Zwei widersprüchliche Wirtschaftspolitiken liegen miteinander im Streit auf Kosten des Volkes.

*Thatcher* stimmt der Analyse zu. Sie hält es für notwendig, mit Reagan erneut zu sprechen, da seine gegenwärtige Wirtschaftspolitik auf einem grundlegenden Irrtum beruht.

Die Entwicklung einer „schwarzen Wirtschaft“ zeigt, daß es bei genügendem Unternehmensgeist noch Chancen gibt, Arbeitsplätze zu schaffen. Die zur Modernisierung veralteter Industriestrukturen erforderlichen Investitionen (sie spricht von capital reconstruction) könnten ebenfalls Arbeitskräfte schaffen, wenn es gelingt, den Lohnanstieg unter der Inflationsrate zu halten.

Sie sieht im Rückgang des Ölpreises eine Chance, durch Expansion des internationalen Wirtschaftsaustauschs die Rezession zu überwinden. Um so wichtiger ist es, daß Reagan jetzt das Richtige tut.

*Bundeskanzler* meint, daß PM Thatcher am meisten Aussicht hat, daß Reagan auf sie hört. Er selbst hat Reagan sogar dazu gebracht, in einem gemeinsamen Kommuniqué<sup>7</sup> über die Notwendigkeit einer Reduzierung des Haushaltsdefizits zu sprechen. Aber das hat ihn noch nicht zur Änderung seiner Politik bewegt. Mitterrand ist in einer noch schlechteren Lage, da er eine andere wirtschaftspolitische Richtung vertritt. Inzwischen sieht es so aus, als ob in den USA der gesamte Kreditbedarf der öffentlichen Hand etwa die gleiche Höhe erreicht wie das verhältnismäßig niedrige Sparvolumen. Wenn Reagan erst nach den Wahlen, d. h. im kommenden Winter, seinen wirtschaftspolitischen Kurs ändert, werden die Folgen erst sehr viel später spürbar werden. Auf PM Thatchers Einwand, daß die US-Volkswirtschaft schneller auf wirtschaftspolitische Maßnahmen reagiert als unsere, weist er darauf hin, daß es viele Jahre dauerte, bis der New Deal zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit führte. Die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt kann in den USA mit der Lage von 1931, in Europa mit der von 1929 in etwa verglichen werden. Sicherlich trifft heute die Arbeitslosigkeit den einzelnen nicht so hart wie damals.

Wenn es den Europäern nicht gelingt, Reagan zu einer Änderung seiner Wirtschaftspolitik zu bringen, bleibt ihnen nur der Ausweg, sich von der amerikanischen Politik unabhängig zu machen. Wenn sie ihre Leistungsbilanzen in Ordnung bringen, könnten sie das EWS zur Koordinierung der europäischen Geldpolitik nutzen und dafür sorgen, daß sie kein amerikanisches oder arabisches Kapital brauchen. Sie brauchen dann für ihren Kapitalbedarf nicht mit den hohen Zinsen in New York in Wettbewerb treten. Allerdings wird es schwierig sein,

<sup>6</sup> Federal Reserve System.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und Bundeskanzler Schmidt vom 5. Januar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 165–167.

alle Europäer auf einen solchen strikten Kurs ausgeglichener Leistungsbilanz festzulegen.

*Thatcher* weist auf Großbritanniens Zahlungsbilanzüberschuß und die ausgezeichnete Exportentwicklung hin.

Sie erklärt sich bereit, mit Präsident Reagan zu sprechen. Das erscheint ihr um so notwendiger, als sich offensichtlich die anderen Mitglieder der Administration scheuen, die Probleme des Haushaltsdefizits und der Steuerermäßigung mit dem Präsidenten aufzunehmen.

*Bundeskanzler* stimmt mit PM Thatcher darin überein, daß man sich außerdem mit Amerikanern in Verbindung setzen muß, die das Vertrauen Reagans<sup>8</sup> haben und mit ihm sprechen können. Das gilt zum Beispiel für die beiden Kalifornier Clausen, den neuen Präsidenten der Weltbank, und George Shultz. Er wird im Lichte seines heutigen Gesprächs mit PM Thatcher an George Shultz schreiben.

Ölpreisrückgang und Energiefragen

*Thatcher* sieht im Rückgang des Ölpreises vor allem eine Chance für die Expansion des internationalen Wirtschaftsaustauschs. Sie hält es für unwahrscheinlich, daß die OPEC-Staaten ihre Förderung drastisch reduzieren werden. Die meisten Staaten hängen von den laufenden Öleinkünften ab. In Saudi-Arabien wird die innere Struktur – die Abhängigkeit einer großen Zahl von Prinzen von den ihnen zugewiesenen Öleinkünften – eine wesentliche Reduzierung der Fördermenge verhindern. Falls es zu einem Ende des Krieges zwischen Iran und Irak<sup>9</sup> kommt, wird das Ölangebot noch wachsen.

*Bundeskanzler* meint auch, daß der Ölpreisrückgang sich auf längere Sicht günstig auswirken und einen Teil der Schäden des Ölkartells wettmachen könnte. Kurzfristig allerdings wird er sich negativ auf unseren Export in die OPEC-Länder auswirken. Der langfristige Nutzen wird allerdings nur eintreten, wenn wir an der erfolgreichen Politik des Energiesparens und der Ölsubstitution festhalten.

*Thatcher* betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß Großbritannien am Ausbau der Nuklearenergie festhält. Öl zu verbrennen, ist eine Vergeudung. Auf Frage des Bundeskanzlers berichtet sie, daß die nuklearen Abfälle Großbritanniens und anderer Staaten wie zum Beispiel Japans in Großbritannien wiederaufbereitet werden. Das gewonnene Plutonium soll in schnellen Brüttern wiederverwandt werden. Die reduzierten nuklearen Abfälle werden zur Zeit gelagert.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „Regans“.

<sup>9</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 43, Anm. 8.

Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 10. März 1982: „Vermittlungsdelegation Islamischer Konferenz unter Führung von Präsident Sekou Touré hat sich am 8.3. in Teheran aufgehoben.“ Die Gespräche hätten erkennen lassen, daß der Iran an Friedensbemühungen interessiert sei, weil die wirtschaftlichen Belastungen infolge des Krieges wüchsen: „Religiös-ideologische Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit aber, verbunden mit ungebrochener Siegeszuversicht, verhindern echte Konzessionsbereitschaft. Iran sieht Sinn und Zweck von Vermittlungsdelegationen allein darin, Irak zu bedingungsloser Kapitulation zu bewegen. Khomeini nach Abreise der Delegation: „Sad-dam Hussein ist ein Wahnsinniger. Ein Kompromiß mit Verbrechern wie dem Baath-Regime wäre in sich ein Verbrechen gegen den Islam.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; Referat 311, Bd. 137716.

Sie hält es auf Frage des Bundeskanzlers durchaus für denkbar, daß auch nukleare Abfälle aus der Bundesrepublik in Großbritannien auf kommerzieller Basis wiederaufbereitet werden können.

*Bundeskanzler* und *Thatcher* vereinbaren, dieser Frage nachzugehen.

#### Beschäftigungspolitik

*Thatcher* betont, daß technischer Fortschritt dazu führt, daß eine wirtschaftliche Expansion noch nicht notwendigerweise neue Arbeitsplätze schafft. Das wird notwendigerweise Auswirkungen auf die Struktur der modernen Gesellschaft haben.

*Bundeskanzler*: Das Problem liegt darin, daß die Arbeiter durchaus eine Reduzierung der Arbeitszeit, nicht aber eine Reduzierung der Löhne akzeptieren. Wir können eine Reduzierung der Arbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit bei gleichem Lohn nicht finanzieren. Wir sind inzwischen soweit, daß der durchschnittliche Arbeitnehmer von der letzten Mark einer Lohnerhöhung 50 % an Steuern und Sozialabgaben bezahlt. Er würde sehr zögern, den Arbeitnehmern noch höhere Lasten aufzubürden. Sie könnten dann nur auf Kosten der Rentempfänger gehen.

#### Nord-Süd-Fragen

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß auch ein Blick auf die Folgen der Bevölkerungsexplosion zu einer skeptischen Einschätzung der weltwirtschaftlichen Aussichten führt. Hungersnöte und politischer Druck der Entwicklungsländer werden zu Hilfsanforderungen an die Industrieländer führen, denen wir nicht gewachsen sind. Von Globalverhandlungen oder gar von Vorstellungen einer neuen Weltwirtschaftsordnung sind keine Lösungen zu erwarten. Er hat Präsident Shagari gestern zu dessen Vorstellungen über die internationalen Finanzinstitutionen sagen müssen, daß eine Bank nicht in Händen der Schuldner liegen kann.<sup>10</sup> Demokratische Regierungen jedenfalls können dann kein Geld mehr zur Verfügung stellen.

*Thatcher* erinnert daran, daß sie gemeinsam mit BM Genscher in Cancún<sup>11</sup> um die Erhaltung der gegenwärtigen Strukturen der Weltbank und des IWF gekämpft hat.

Sie wirft in dem Zusammenhang den Appell des indonesischen Präsidenten<sup>12</sup> auf, dem sechsten Zinnabkommen<sup>13</sup> zuzustimmen. In unseren beiden Ländern sind die Außenminister<sup>14</sup> dafür, weil sie die außenpolitische Zusammenarbeit mit Indonesien und Malaysia und die künftige Bedeutung dieser Märkte für uns im Auge haben, die Wirtschafts-<sup>15</sup> und Finanzminister<sup>16</sup> dagegen wegen der

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Shagari am 18. März 1982 vgl. Dok. 88.

<sup>11</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>12</sup> Suharto.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommens vom 26. Juni 1981 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 15–54.

<sup>14</sup> Lord Peter Carrington (Großbritannien) und Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik).

<sup>15</sup> John Biffen (Großbritannien) und Otto Graf Lambsdorff (Bundesrepublik).

<sup>16</sup> Geoffrey Howe (Großbritannien) und Hans Matthöfer (Bundesrepublik).

finanziellen Belastungen und weil die USA als größter Verbraucher nicht mitmachen.<sup>17</sup>

#### Allianz-Fragen

*Bundeskanzler* setzt sich auf Einwurf PM Thatchers, der Bonner Allianz-Gipfel<sup>18</sup> müsse ein Erfolg werden, für einen möglichst normalen und undramatischen Ablauf ein. Die Amerikaner haben die Initiative ergriffen mit dem Ziel einer politischen Demonstration. Sie haben inzwischen gelernt, daß die Zusammenarbeit in der Allianz etwas anders funktioniert, als sie gedacht haben.

Auf Frage PM Thatchers, was hinter Mitterrands Vorschlag für eine engere europäische Verteidigungszusammenarbeit stehe, weist er darauf hin, daß Mitterrand selbst ihm gegenüber diese Vorstellungen nicht aufgeworfen hat, die wohl eher in Presse und Öffentlichkeit diskutiert werden.<sup>19</sup> Sie entsprechen auch nicht Mitterrands im Grunde gaullistischem Ansatzpunkt: Frankreich braucht Alliierte und ein Glacis, verläßt sich aber im Grunde in Verteidigungsfragen auf sich selbst.

*Thatcher* zeigt sich erleichtert (so we needn't worry). Sie hat im Parlament Fragen nach diesen Vorstellungen beantworten müssen und klargemacht, daß sie keine Verteidigung Europas außerhalb der Allianz für möglich hält.

*Bundeskanzler* stimmt zu, fügt jedoch ein Aber an. Wenn die USA meinen, den Alliierten Weisungen erteilen zu können, kann die Allianz nicht funktionieren. Die Reagan-Administration muß noch lernen, die Allianz zu verstehen. Sie hat offensichtlich angenommen, daß die Verbündeten jedem plötzlichen Einfall der amerikanischen Politik folgen werden, auch wenn sie erst aus den Zeitungen von ihm erfahren. Im November hatte man den Eindruck, daß über Libyen ein

<sup>17</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft stellte am 18. März 1982 fest: „Das Sechste Zinn-Übereinkommen bringt zwar wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Fünften Zinn-Übereinkommen. Gleichwohl lassen sich für einen Beitritt keine auf Zinn bezogenen wirtschaftlichen Erwägungen anführen, im Gegenteil, es gibt gewichtige wirtschaftliche Gründe, die dagegen sprechen. Ein Beitritt zu diesem Übereinkommen müßte daher – wie in der Vergangenheit – von außen-, entwicklungs- oder gemeinschaftspolitischen Überlegungen getragen werden [...]. Das Sechste Internationale Zinn-Übereinkommen soll erstmals ein auch von uns angestrebtes deutlich größeres Ausgleichslager bekommen. Treten indessen die USA – wie von ihnen definitiv erklärt – dem Übereinkommen nicht bei, wird das Ausgleichslager schon aus Finanzierungsgründen voraussichtlich auf die bisherige – aus Verbrauchersicht unzureichende – Größe zusammenschrumpfen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133774.

<sup>18</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>19</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 29. März 1982 wurde ausgeführt: „Ziel der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist auch weiterhin die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit auf der Grundlage eines hinlänglichen, ausschließlich französischer Kontrolle unterworfenen Abschreckungspotentials. Obwohl diese Prämisse die Rückkehr in die militärische Integration des Bündnisses unverändert ausschließt, bleibt die Zugehörigkeit zur Atlantischen Allianz ein wesentliches Element französischer Sicherheitspolitik.“ In der „Angst vor Veränderungen in Mitteleuropa“, die den eigenen Bewegungsspielraum einengen könnten, unterstützte Frankreich alle Initiativen, die geeignet seien, Kohäsion und Effizienz der NATO zu erhöhen: „In diesen Zusammenhang müssen auch die verschiedenen französischen Äußerungen zur europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung gestellt werden, von denen der am 14.9.81 von PM Mauroy in die Debatte gebrachte Gedanke eines europäischen ‚politischen Ensembles, das über eine autonome Verteidigung verfügt‘, die spektakulärste war. Mangels eines praktikablen Konzepts für die Verwirklichung einer spezifisch europäischen Sicherheit, über das auch Frankreich nicht verfügt, müssen diese und ähnliche Äußerungen z. Z. noch als Reflexionen ohne konkrete politische Intentionen angesehen werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125640.

dritter Weltkrieg ausbrechen werde.<sup>20</sup> Das wurde dann durch die Ereignisse in Polen überholt. Jetzt sollen die Verbündeten Sanktionen wegen Polen ergreifen.<sup>21</sup> Die Allianz ist eine Verteidigungsgemeinschaft und – so hofft man jedenfalls – auch ein Verbund zur Koordinierung der Außenpolitik. Aber die Franzosen werden sicher nicht mitmachen, wenn man in Washington die Außenpolitik verkündet und hinterher von ihnen verlangt, sie mitzumachen. Sie werden sich außenpolitischer showmanship in jedem Fall widersetzen. Deutsche und Briten auch, wenngleich in etwas vorsichtigerer Form.

*Thatcher*: Das Weiße Haus läuft Gefahr, sich seine Politik von den Erfordernissen der täglichen Pressekonferenz vorschreiben zu lassen. Die Amerikaner verwechseln Konsultation und Information. Sie informieren die Alliierten in letzter Minute und nennen es Konsultation.

Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß die Konsultation mit Kissinger und Ford besser funktionierte, meint sie, daß man diese Kombination seitdem nicht mehr gehabt hat: Ford kannte seine Grenzen, und Kissinger kannte seine Stärke. Sie hat wie der Bundeskanzler bedauert, daß Ford nicht gewählt wurde.<sup>22</sup>

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 91

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers

**VS-vertraulich**

**19. März 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher unter Teilnahme der Außenminister Genscher und Lord Carrington am 19. März 1982 von 12.00 bis 13.00 Uhr in Chequers<sup>2</sup>

Als Note-taker: C. Whitmore, AL2<sup>3</sup>.

*Thatcher* berichtet kurz über ihr Gespräch mit dem Bundeskanzler zu Wirtschaftsfragen. Sie wird Präsident Reagan erneut die Sorgen der Europäer darlegen. Dabei wird sie insbesondere darauf hinweisen, daß ein amerikanisches

<sup>20</sup> Im November 1981 informierte die amerikanische Regierung, Libyen plane die Ermordung von Präsident Reagan und anderer politischer Persönlichkeiten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 369.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley; Dok. 87, Anm. 16.

<sup>22</sup> Am 2. November 1976 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Partei, Carter, als Sieger hervorging.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. März 1982 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 90, Anm. 1.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 90 und Dok. 92.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

Haushaltsdefizit, das das gesamte amerikanische Sparvolumen aufsaugt, die Chancen zunichte macht, die der Rückgang des Erdölpreises für eine wirtschaftliche Expansion bietet. (*Carrington*: Sollte man nicht die Reduzierung des Haushaltsdefizits dem Kongreß überlassen?)

#### 6. Zinnabkommen<sup>4</sup>

*Carrington* berichtet, daß sich die beiden Außenminister für das Abkommen aussprechen. Dem Bedenken der Wirtschaftsminister<sup>5</sup> wollen sie durch eine Erklärung im EG-Rat gegen Marktmanipulationen entsprechen.<sup>6</sup> Wenn es nicht zu einem Abkommen kommt, droht die Gefahr einer Tin-OPEC<sup>7</sup>.

*Genscher* fügt hinzu, das Abkommen werde kaum Probleme schaffen, wenn es wegen des Fernbleibens der USA nicht funktioniert.

*Bundeskanzler* und *Thatcher* stimmen diesem Vorgehen zu. (*Bundeskanzler* will noch mit dem Wirtschaftsminister sprechen.)

#### West-Ost-Beziehungen

*Bundeskanzler* berichtet, daß er sich für einen undramatischen Allianz-Gipfel<sup>8</sup> eingesetzt hat und seine Skepsis gegenüber Erklärungen ausgedrückt hat, an die man sich dann nicht hält. Er berichtet über die Einladung des Bundestags an Reagan.<sup>9</sup>

*Genscher* berichtet, daß die Amerikaner den Gipfel von Versailles<sup>10</sup> für noch wichtiger halten. Haig macht sich große Sorgen. Daher hat er den Amerikanern die Rundreise eines Sonderbeauftragten – er denkt dabei an George Shultz – vorgeschlagen.<sup>11</sup>

*Thatcher* sieht als zentrale Frage des Allianz-Gipfels, wie der Westen seine Beziehungen mit dem Osten im Lichte von Afghanistan, Polen und der kritischen Entwicklung bei den Ost-Krediten führen kann.

*Bundeskanzler*: Washington kann sich nicht der Illusion hingeben, seine Exporte in die SU um 90% steigern zu können und gleichzeitig den Europäern Exportreduzierungen auferlegen zu können. Wir sind bereit, über weitere Ein-

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommens vom 26. Juni 1981 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 15–54. Vgl. dazu ferner Dok. 90, Anm. 17.

<sup>5</sup> John Biffen (Großbritannien) und Otto Graf Lambsdorff (Bundesrepublik).

<sup>6</sup> Anlässlich der EG-Ministerratstagung am 22./23. März 1982 in Brüssel teilte Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), am 23. März 1982 mit: „1) Der Rat beschloß, daß die Gem[einschaft] dem Internationalen Zinn-Abkommen beitreten wird. Damit wird das für ein vorläufiges Inkrafttreten des Abkommens erforderliche Quorum von 65 Proz[ent] der Verbraucherländer erreicht werden. 2) Bei Unterzeichnung wird die Gem. folgende Erklärung abgeben: ‚In signing this agreement the Community does so on the understanding that it will not be used to facilitate or to support manipulation of the tin market.‘ 3) Diese von belg[ischer] Präs[identschaft] vorbereitete Erklärung ermöglichte es GB und D, unter Würdigung übergeordneter polit[ischer] und ökonom[ischer] Gesichtspunkte, ihre sachlichen Bedenken zurückzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; Referat 402, Bd. 133774.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „TINPEC“.

<sup>8</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>9</sup> Anlässlich seines Aufenthalts vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik hielt Präsident Reagan am 9. Juni 1982 vor dem Bundestag eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 6372–6381.

<sup>10</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>11</sup> Präsident Reagan entsandte den ehemaligen amerikanischen Finanzminister Shultz, der am 6. Mai 1982 ein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt führte. Vgl. dazu Dok. 136.

schränkungen bei der Lieferung militärisch relevanter Technologie mitzuarbeiten und uns an den OECD-Konsensus für Kreditkondition zu halten. Wir haben keine staatlichen Kreditsubventionen gewährt, die nur zu einem Wettlauf zwischen den westlichen Ländern führen können.

*Thatcher* stimmt zu. Die britische Regierung hat daher nach Afghanistan<sup>12</sup> die seinerzeit von Wilson in Moskau<sup>13</sup> zugesagten Kredite gestoppt. Sie setzt sich für eine Erschwerung der Kreditkonditionen für die SU im Rahmen des OECD-Konsensus ein. (*Carrington*: Darüber sind sich die EG-Partner einig.)

*Bundeskanzler* sieht zwei Möglichkeiten, einen Wettlauf um Zinskonditionen zu vermeiden: Man einigt sich entweder darauf, daß keiner Zinssubventionen gewährt, oder darauf, die Zinssätze zu begrenzen. Er zieht die erstere Möglichkeit vor, da man zum Beispiel den Japanern kaum zumuten kann, von den Sowjets höhere Zinssätze zu verlangen, als sie der japanische Markt verlangt. Die Amerikaner sollten zum Beispiel jetzt für die Kredite, die sie im Zusammenhang mit den Getreidelieferungen<sup>14</sup> gewähren, 15% Zinsen verlangen.

Auf Frage PM Thatchers meint er, daß die SU selbst wohl nicht mehr Kredite aufnimmt, als sie bedienen kann. (BM Genscher ergänzt: Etwa 18 Milliarden Dollar sind für ein Riesenland wie die SU kaum zu viel.) Die extra Öl- und Goldverkäufe der SU waren wohl nötig, um Polen und auch Rumänien zu helfen. Die polnische Zinslast von etwa zwei bis drei Milliarden Dollar im Jahr scheint jetzt im wesentlichen von der SU, der DDR, eventuell auch den Ungarn und den Bulgaren, getragen zu werden.

Bei der Buckley-Mission<sup>15</sup> scheint es den Amerikanern im wesentlichen darum gegangen zu sein, zu zeigen, daß sie etwas unternehmen. Zu möglichen Versuchen, das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>16</sup> zu behindern, muß ihnen deutlich gesagt werden, daß die Rotoren letztlich auch in anderen Staaten produziert werden können.

*Thatcher*: Sie sind vor den Auswirkungen eines Lieferverbots auf den amerikanisch-britischen Handel gewarnt worden.

*Carrington* ergänzt, daß Haig diese Probleme sieht. Aber er muß sich mit den wilden Leuten in Washington auseinandersetzen. Er hat daher die Europäer gebeten, nett zu Buckley zu sein. Er will die ironische Bemerkung des Bundeskanzlers nicht gelten lassen, daß sich hierin wieder die normale Arbeitsteilung zeige: Die Briten sind nett zu den Amerikanern, und die Kontinental-Europäer sagen ihnen die Wahrheit. Nach seinen Informationen habe Buckley in Bonn, in

<sup>12</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>13</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 13. bis 17. Februar 1975 in der UdSSR auf.

<sup>14</sup> Am 5. August 1981 unterzeichneten die USA und die UdSSR in Wien ein „Memorandum of Understanding“, das die Verlängerung des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 20. Oktober 1975 über die Lieferung von Getreide bis zum 30. September 1982 vorsah. Für das Memorandum vgl. Referat 421, Bd. 141330.

Am 1. Oktober 1981 wurde in Moskau ein weiteres Abkommen über die Lieferung von Getreide unterzeichnet, das einen Lieferrahmen von 23 Mio. Tonnen für ein Jahr vorsah. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3917 des Botschafters Hermes, Washington, vom 2. Oktober 1981; Referat 421, Bd. 141330.

<sup>15</sup> Zur Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 87, Anm. 16.

<sup>16</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

London und in Paris praktisch dasselbe gehört. Lediglich Cheysson habe persönlich größeres Entgegenkommen gezeigt.

Gipfeltreffen in Versailles und Bonn

*Bundeskanzler* fragt, welche Botschaft der Westen bei den beiden Gipfeltreffen Versailles und Bonn der Öffentlichkeit übermitteln will. Sicher sollten die Meinungsunterschiede zwischen den USA und Europa in den Fragen Zinsen, Osthandel und Verteidigungshaushalt nicht hochgespielt werden. Aber wollen wir die Meinungsunterschiede nur überkleistern oder wollen wir zu einem wirklichen Einvernehmen kommen?

Er begrüßt die Bereitschaft PM Thatchers, die europäischen Sorgen über die amerikanische Wirtschaftspolitik erneut mit Präsident Reagan aufzunehmen. Er wünscht ihr in unser aller Interesse Erfolg. Es wäre ein großer Erfolg, wenn es gelänge, Reagan zu überzeugen. Aber was sagen wir, wenn das nicht gelingt? Wir steuern dann auf eine wirkliche Depression zu. Die Meinungsunterschiede in der NATO ließen sich vielleicht eher überkleistern.

Er selbst hält es für notwendig, der Öffentlichkeit bald in Churchill'scher Manier zu sagen, daß wir jetzt keine Zeit mehr für kleinlichen Streit haben. Wir brauchen Leute, die wissen, was zu tun ist. Wir stehen kurz davor, in eine nicht mehr korrigierbare tiefe Depression mit sozialer Unruhe hineinzurutschen, die nur zu einem Wiederaufleben des nationalen Egoismus und protektionistischer Maßnahmen führen kann. Die EG darf in einer solchen Lage nicht mehr wie bisher – mit Ausnahme der EPZ – eine leere Hülse bleiben.

*Thatcher*: In Versailles müssen sich die Regierungschefs der Chance gewachsen zeigen, die der Rückgang des Ölpreises für eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft bietet.

In Bonn muß das richtige Maß zwischen Abrüstung und der Verteidigung unserer westlichen Lebensart gefunden werden. Die Propaganda und auch die Subversion gegen die Grundlagen unserer freien Gesellschaft läuft in den Medien auf hohen Touren (BK: was von Moskau <sup>17</sup>in gekonnter Weise ausgenutzt wird). Die Demonstrationen in Brüssel<sup>18</sup> zeigen, daß wir diesen Faktor nicht ignorieren können.

*Bundeskanzler*: Die Unruhe der europäischen Öffentlichkeit ist nicht nur das Ergebnis von Manipulationen aus Moskau, das sich inzwischen auf die PR-Arbeit in Westeuropa versteht. Sie ist auch das Ergebnis der miserablen PR-Arbeit der USA. Das amerikanische Gerede von einer „Vorkriegszeit“ und von der

<sup>17</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Dok. 90, Anm. 1.

<sup>18</sup> In der Presse wurde berichtet: „Als am Mittwoch die Bilanz der schweren Unruhen im Zentrum Brüssels am Tag zuvor gezogen wurde, registrierte man fast 200 verletzte Polizisten, davon 14 schwer, eine unbekannte Zahl von verletzten Demonstranten und einen Sachschaden in Höhe von Millionen Franc. [...] Die sozialistischen Gewerkschaften hatten mit etwa 10 000 Stahlarbeitern aus Lüttich und Charleroi einen ‚Marsch auf Brüssel‘ organisiert, der die Regierung das Fürchten lehren sollte. Es ging vor allem um die Rettung der großen Stahlwerke, die nur noch mit kräftigen Staatszuschüssen über Wasser gehalten werden können. [...] Einen Vorgeschmack der neuen Militanz boten die Stahlarbeiter schon vor fünf Wochen, als sie in Brüssel in das Gebäude der EG-Kommission eindringen, um die immer wieder verschleppte Entscheidung über die Neustrukturierung ihrer Stahlwerke anzumahnen.“ Vgl. den Artikel „Mit der belgischen Idylle scheint es vorbei zu sein“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. März 1982, S. 3.

Führbarkeit eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa<sup>19</sup> macht vielen Europäern tiefe Angst.

Einiges von diesem miserablen Eindruck auf die europäische Öffentlichkeit könnte ausgeglichen werden, wenn der Allianz-Gipfel die gemeinsame Grundphilosophie des Harmel-Berichts<sup>20</sup> aufs neue unterstreicht. Er strebt daher eine erneute Erklärung (restatement) der doppelten Philosophie an:

- die Verteidigungsfähigkeit gegen Druck und Kriegsdrohung aufrechterhalten, keinen Zweifel bei der SU aufkommen zu lassen, daß der Westen seine Fähigkeit zur Verteidigung und Abschreckung nicht vernachlässigt<sup>21</sup>;
- auf dieser Grundlage Bereitschaft zu Verhandlungen und zum Abschluß von Verträgen über Rüstungskontrolle und Abrüstung (INF und START) sowie zum Handel und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils.

Eine solche Doppel-Philosophie könnte dazu beitragen, die gefährliche Stimmung der Öffentlichkeit in Europa umzukehren und eine gleichgewichtige westliche Politik durchzusetzen, die uns auch ermöglicht, das zu tun, was für unsere Verteidigung notwendig ist. Eine solche Neubelebung der doppelten Philosophie des Harmel-Berichts wäre das beste Ergebnis des Gipfels der Allianz.

*Carrington* hält es für wichtig, daß etwas in dieser Art aus dem Bonner Gipfel-treffen herauskommt. Die USA sollten bereits davor die Wiederaufnahme der START-Verhandlungen verkünden.<sup>22</sup> Sonst würde sich der positive Eindruck verflüchtigen, den die Rede Reagans vom 18. November<sup>23</sup> in Europa gemacht hat. Eine neue Erklärung Reagans in dieser Richtung wäre nicht nur für den Gipfel der Allianz, sondern auch für das Bild der westlichen Politik im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung für Abrüstung<sup>24</sup> erforderlich.

*Thatcher* bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß auch sie beabsichtigt, vor der Abrüstungs-SGV zu sprechen.<sup>25</sup> Sie vereinbart mit dem Bundeskanzler, daß die Außenminister untereinander und unter Einbeziehung der Franzosen die Linie für die SGV abstimmen.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Reagan am 16. Oktober 1981; Dok. 5, Anm. 5.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>21</sup> So in der Vorlage.

<sup>22</sup> Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.

Vgl. dazu ferner die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>24</sup> Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 215.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 14. Juni 1982 in New York vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 156–160. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 537–541.  
Für den Wortlaut der Rede der Premierministerin Thatcher am 23. Juni 1982 in New York vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 409–411. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 461–464 (Auszug).

*Genscher* berichtet, daß er Präsident Reagan nahegelegt hat, in einer Rede rechtzeitig vor den westlichen Gipfeltreffen im Hinblick auf die europäische Öffentlichkeit die Politik zu bestätigen, die er in seiner Rede vom 18. November entwickelt hatte.<sup>26</sup>

Er hat ebenso wie *Carrington* Zweifel am amerikanischen Gedanken, eine Gruppe von „weisen“ Männern mit der Ausarbeitung einer künftigen politischen Strategie der Allianz zu beauftragen. Dieser Gedanke scheint als Kompromiß zwischen dem Drängen Haigs auf eine neue politische Strategie und dem Druck des Pentagons auf eine neue Militärstrategie entstanden zu sein. Er hat Haig gesagt, daß es auf die tatsächliche Abstimmung der Politik ankommt und nicht auf einen Auftrag an „weise Männer“.

*Thatcher* betont, daß die Ausarbeitung einer Militärstrategie nicht die Aufgabe von „Weisen“ sein kann.

*Carrington* ergänzt, daß man keine Frettchen in einen Kaninchenbau schicken soll, wenn man nicht weiß, was rauskommt.

Den Amerikanern wird ein Bestehen auf dem Harmel-Bericht verdächtig sein, wenn man nicht gleichzeitig ihr Schlüsselwort vom gegenseitigen Selbstinteresse betont.

*Bundeskanzler* erläutert noch einmal die Bedeutung des Harmel-Berichts vom Dezember 1967 und zitiert die Ziffer 5 über die beiden sich ergänzenden Funktionen der Allianz.

Auf Einwurf PM *Thatchers*, daß die Sowjets seit 1967 in der ČSSR<sup>27</sup> und Afghanistan einmarschiert sind, ihren Einfluß in der Dritten Welt wesentlich ausgedehnt haben und unter ihrem Druck in Polen ein Militärregime eingerichtet wurde, erläutert er die fortbestehende Bedeutung der zweiten Funktion der Allianz, die nach dem Harmel-Bericht in der Suche nach einer stabileren Beziehung mit dem Osten besteht, in der die zugrundeliegenden politischen Probleme gelöst werden könnten:

Deutschland bleibt ein geteiltes Land. Jede Bundesregierung muß die Hoffnungen und Bestrebungen der 16 Millionen Deutschen in der DDR im Auge halten. Auch die heutige Lage in Polen unterscheidet sich politisch nicht grundsätzlich von der der Deutschen in der DDR seit 35 Jahren. Wir dürfen den 16 Millionen Deutschen in der DDR nicht das Gefühl geben, als trügen wir durch unsere Politik dazu bei, den Eisernen Vorhang noch undurchlässiger zu machen. Er selbst vermeidet es im allgemeinen, das Wort Entspannung zu benutzen. Aber keine Bundesregierung kann an der Tatsache vorbei, daß Deutschland eine geteilte Nation ist, daß Berlin sich in einer anomalen Lage befindet, daß Truppen von sieben verschiedenen Staaten auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert sind, daß wir als einziger größerer europäischer Staat nicht Nuklearmacht sind, daß wir in besonderer Weise von der Zusammenarbeit mit den Amerikanern abhängen und gleichzeitig wissen, daß wir im Falle eines Krieges das wesentliche Schlachtfeld in Europa sein werden. In dieser Lage kann sich eine Bundesre-

<sup>26</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers *Genscher* mit Präsident Reagan am 9. März 1982 in Washington; Dok. 77.

<sup>27</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

gierung nicht für eine Politik aussprechen, die die Spannungen erhöhen könnte. Wir brauchen eine ausgewogene Sprache und ausgewogene Ziele. Die Grundphilosophie des Harmel-Berichts, der übrigens zwei Jahre vor der Bildung der sozialliberalen Regierung 1969 geschrieben wurde, entspricht dem, was für die Deutschen notwendig ist. Politische Polarisierung und politischer Druck sind dazu angetan, die deutsche Öffentlichkeit zu erschrecken. Der Gedanke an eine Befreiung der Polen vom Kommunismus, den er Anfang Januar in Washington<sup>28</sup> antraf, ist nicht nur unrealistisch, sondern für die Deutschen überdies beleidigend. Wir Deutschen haben in der Vergangenheit genug Lippenbekenntnisse über die Befreiung der Deutschen vom Kommunismus abgelegt. Wir haben das seit längerer Zeit von unseren Verbündeten nicht mehr verlangt. Aber das darf nicht zu einer Fehleinschätzung der psychologischen Lage in Deutschland führen. Eine andere Bundesregierung als die gegenwärtige könnte versucht sein, von den Alliierten den öffentlichen Einsatz für die Wiedervereinigung Deutschlands zu verlangen. Die langfristig angelegte und geduldige Position der Bundesregierung – auf eine Lage in Europa hinzuarbeiten, die Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR möglich macht – wäre dann kaum mehr zu halten.

*Thatcher* wendet ein, daß sich der Westen unter dem Druck der Ereignisse weit von der Philosophie der sogenannten Sonnenfeldt-Doktrin<sup>29</sup> entfernt hat. Entspannung kann nicht die richtige Haltung sein, da das sowjetische System offensichtlich nicht überlebensfähig ist. Wie kann man unter diesen Umständen Beziehungen und Kontakte gestalten?

*Carrington* stimmt dem Kanzler zu, daß man sich nicht nur auf die Verteidigung beschränken und daß Polarisierung kein Ziel sein kann. Wir brauchen auch die andere Seite der Medaille. Aber wir sollten nicht von Entspannung und Normalisierung sprechen. Wir müssen vielmehr das Verhältnis zum Osten so gestalten, daß es unseren Interessen entspricht und daß sich die Sowjetunion an die internationalen Spielregeln hält.

*Bundeskanzler* betont, daß die Unbeständigkeit der amerikanischen Politik – z.B. Aufhebung des Getreide-Embargos<sup>30</sup>, Versuche, F-15 an Taiwan zu lie-

<sup>28</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>29</sup> Der Berater im amerikanischen Außenministerium, Sonnenfeldt, äußerte sich auf einer Botschafterkonferenz im Dezember 1975 in London zu den Grundsätzen der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Nachdem Teile der Rede durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt waren, veröffentlichte das amerikanische Außenministerium am 5. April 1976 eine Zusammenfassung: „The Soviets' inability to acquire loyalty in Eastern Europe is an unfortunate historical failure, because Eastern Europe is within their scope and area of natural interest. It is doubly tragic that in this area of vital interest and crucial importance it has not been possible for the Soviet Union to establish roots of interest that go beyond sheer power. [...] With regard to Eastern Europe, it must be in our long-term interest to influence events in this area – because of the present unnatural relationship with the Soviet Union – so that they will not sooner or later explode, causing World War III. This inorganic, unnatural relationship is a far greater danger to world peace than the conflict between East and West. [...] So it must be our policy to strive for an evolution that makes the relationship between the Eastern Europeans and the Soviet Union an organic one.“ Vgl. den Artikel „Text of Summary of Sonnenfeldt's Remarks on Eastern Europe“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 12. April 1976, S. 21.

<sup>30</sup> Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

fern<sup>31</sup> – den Mangel eines umfassenden strategischen Konzepts verrät. So entsteht der Eindruck großer Lautstärke, aber nur geringer Kraft dahinter.

Auf Einwand PM Thatchers, daß es in Polen im Gegensatz zur ČSSR 1968 wirkliche Möglichkeiten eines politischen Wandels gab, räumt er ein, daß das so hat erscheinen können. Er ist bereit zu gemeinsamen Aktionen des Westens, wenn alle daran festhalten und wenn eine vernünftige Aussicht besteht, damit gemeinsame Ziele zu erreichen. Aber verbale Kreuzzüge führen zu nichts. Er zitiert als Beispiel einer weitsichtigen Strategie Nixons China-Politik, zu der er sich schon entschlossen hatte, bevor er Kissinger kennenlernte. Er hat es darüber hinaus fertiggebracht, den Vietnam-Krieg zu beenden und den SALT-Prozeß einzuleiten. Auch der Harmel-Bericht muß als Teil einer langfristig angelegten westlichen<sup>32</sup> Strategie gesehen werden, die bereits unter Kennedy begann und unter Nixon fortgeführt wurde.

*Carrington* stimmt dem Bundeskanzler zu, hält es aber für besser, heute den Namen des Harmel-Berichts nicht mehr wieder auferstehen zu lassen, sondern lieber die darin enthaltene Strategie neu zu formulieren.

*Thatcher* stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß sich der Westen um eine kohärente und umfassende politische Strategie bemühen muß und nicht den Eindruck unzusammenhängender Einzel-Politiken erwecken darf. Sie regt an, sich vor dem NATO-Treffen auf die Grundzüge eines solchen Konzepts zu einigen.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 92

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers

**VS-vertraulich**

**19. März 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher und den Außenministern Genscher und Lord Carrington beim Arbeitsessen am 19. März 1982 von 13.00 bis 14.30 Uhr in Chequers<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: die Botschafter Ruhfus und Taylor, C. Whitmore, AL2<sup>3</sup>.

<sup>31</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 2, Anm. 7.

<sup>32</sup> Korrigiert aus: „wesentlichen“.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. März 1982 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 90, Anm. 1.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 90 und Dok. 91.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

## EG-Fragen

*Thatcher* betont, daß sich die Briten an die „Bundeskanzler-Regel“ halten, nach der das Wachstum der EG-Agrarausgaben unter dem der eigenen Einnahmen liegen muß. Die jüngsten Agrarpreis-Vorschläge der Kommission<sup>4</sup> tragen dem keine Rechnung. Sie bringen außerdem keine grundsätzliche Änderung der GAP. Bei seiner Kritik an den Vorschlägen der Kommission stand der britische Vertreter in Brüssel<sup>5</sup> allerdings allein.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß Großbritannien eben der EG beiträt, als ihre Regeln bereits standen, meint sie, daß eine Politik nur Bestand haben kann, wenn sie auch Änderungen zuläßt. Auf Einwurf des Bundeskanzlers: Das entspricht guter konservativer Philosophie von Burke und von Disraeli.

*Carrington* berichtet, die beiden Außenminister seien nach ausführlicher Diskussion zum Schluß gekommen, daß eine Einigung der Außenminister in der Mandats-Frage voraussichtlich nicht am 23. zu erreichen ist.<sup>6</sup> Daher sollten die offenen Fragen dem Europäischen Rat<sup>7</sup> vorgelegt werden, der sie diskutieren und dann wiederum an die Außenminister zurückverweisen sollte.

*Bundeskanzler* und *Genscher* betonen, daß Mitterrand auf einer sehr harten Linie bestehen wird. Er sieht nicht ein, warum die Grundsätze der EG-Politik zugunsten Großbritanniens geändert werden sollten.

*Thatcher* betont, daß die Agrarausgaben seit dem britischen Beitritt entgegen allen Voraussagen überproportional gestiegen sind. Alle Mitgliedstaaten schei-

<sup>4</sup> Referat 411 vermerkte am 3. März 1982: „Die EG-Kommission hat ihre Vorschläge zur Festsetzung der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu bestimmten flankierenden Maßnahmen vorgelegt. [...] Die Kommission schlägt für 1982/83 eine Anhebung der Agrarpreise in ECU um 9% vor, wobei die Preise bei Getreide um zwischen 6 und 7% angehoben werden sollen, während bei verschiedenen anderen Produkten eine Anhebungsrate von über 9% vorgeschlagen wird. Bei den vorhandenen positiven Währungsausgleichssätzen schlägt sie folgende Abbauraten vor: Bundesrepublik Deutschland -4,5 Prozentpunkte, Niederlande -3,0 Prozentpunkte, Vereinigtes Königreich -4,0 Prozentpunkte. Der vorhandene negative Währungsausgleich bei Italien soll entfallen (2,5 Prozentpunkte). Des weiteren schlägt sie die Einführung bestimmter Garantieschwellen bei Milch, Getreide (ohne Durum), Raps, bestimmten Tomatenverarbeitungszeugnissen sowie bei Baumwolle vor, bei deren Überschreiten die Erzeugermitverantwortung einsetzen soll; bei Milch hat die Kommission bisher für diesen Fall keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen. Die vorhandene Erzeugerabgabe bei Milch soll in der bisherigen Höhe fortgesetzt werden, wobei Erleichterungen für Kleinerzeuger vorgesehen werden sollen; die daraus resultierenden Mindereinnahmen dürfen jedoch 120 Mio. ECU/Jahr nicht überschreiten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130593.

<sup>5</sup> Michael Butler.

<sup>6</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), unterrichtete am 23. März 1982, bei der EG-Ministerratstagung am 22./23. März 1982 in Brüssel hätten der belgische Außenminister Tindemans als EG-Ratspräsident und der Präsident der EG-Kommission, Thorn, ein Non-paper vorgelegt. Darin hieß es: „1) Die Gemeinschaft gewährt dem Vereinigten Königreich ab 1982 einen Ausgleich für die Dauer von fünf Jahren. 2) Der Grundbetrag dieses Ausgleichs wird für die Jahre 1982, 1983 und 1984 einheitlich auf X Mio. ECU festgesetzt. Dieser Betrag stellt Y v. H. des objektiven Indikators für 1981 dar. Falls dieses Verhältnis zwischen dem Ausgleich und dem objektiven Indikator 1982, 1983, 1984 um mehr als 10 v. H. variiert, wird eine Berichtigung auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags vorgenommen, anhand dessen der Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Beschluß faßt. 3) Eine zusätzliche Berichtigung erfolgt, wenn der MWSt-Anteil des Vereinigten Königreichs über dessen BIP-Anteil liegt. Der betreffende Ausgleich stellt Z v. H. dieser Differenz dar. 4) Die Höhe des Ausgleichs für 1985 und 1986 wird vom Rat auf Vorschlag der Kommission vor Ende 1984 einstimmig festgesetzt.“ Der britische Außenminister Lord Carrington habe dazu auf „deutliche Einzelvorbehalte“ hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1161; Referat 412, Bd. 130593.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

nen das System benutzt zu haben, um ihren Landwirten immer mehr zuzuschustern.

*Bundeskanzler* meint, daß alle Mitgliedstaaten diese Entscheidungen zumindest hingenommen haben. Wir müssen jetzt fragen, ob wir über dieser Frage die EG zerbrecen lassen wollen.

*Thatcher* hat keine Absicht, die EG zu zerbrecen. Aber das gegenwärtige Finanzierungssystem in Verbindung mit der Agrarpolitik könnte dazu führen, wenn es nicht zu Lösungen kommt, ohne daß man an den Abgrund eines Auseinanderbrechens gerät. Equity scheint ein britisches Konzept zu sein. Sie sieht keinen Sinn in einer erneuten Erörterung der Frage im Europäischen Rat, wie es die beiden Außenminister vorgeschlagen haben.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß Frankreich viele Kleinbauern hat. Ihre Unterstützung wird von den Franzosen seit Beginn der EG<sup>8</sup> als ihr Recht angesehen. Deutschland hat sich auf agrarpolischem Gebiet bei Gründung der EG anpassen müssen. Der damalige Wirtschaftsminister Erhard wurde dabei überstimmt. Die Franzosen betrachten es als unfair, daß die Briten nach zwei Verhandlungen<sup>9</sup> und zwei Neuverhandlungen immer wieder die Grundlagen der EG in Frage stellen.

*Carrington* verweist auf den Vorbehalt der unannehmbaren Situation, den die Briten bei ihrem EG-Beitritt durchgesetzt haben.<sup>10</sup> Die Franzosen haben offensichtlich noch nicht einmal begonnen, das britische Finanzierungsproblem zu sehen, während die Briten das deutsche durchaus sehen.

*Thatcher* hält es wie der Bundeskanzler für schwer vertretbar, daß das deutsche Zahlungsbilanzdefizit im wesentlichen auf dem Transfer an die EG und der Überweisung von Gastarbeitern beruht. Aber für die britische öffentliche Meinung bleibt es unverstündlich, daß Großbritannien über die EG den reicheren europäischen Ländern mehr an Subventionen zukommen läßt als den armen Ländern der Dritten Welt über ihre Entwicklungshilfe.

*Bundeskanzler* stimmt zu, daß die GAP außer Kontrolle geraten ist. Aber er gibt zu bedenken, daß ein genereller Angriff gegen die GAP, die auf gemeinsamen Ratsbeschlüssen beruht, von den anderen EG-Partnern als unfair emp-

<sup>8</sup> Die Römischen Verträge vom 25. März 1957, mit denen EWG und EURATOM begründet wurden, traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

<sup>9</sup> Großbritannien stellte am 9. August 1961 einen Antrag auf Aufnahme in die EWG. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 9–10/1961, S. 5.

Die Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG scheiterten am 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Am 11. Mai 1967 stellte Großbritannien Anträge auf Aufnahme in EGKS, EWG und EURATOM. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1967, S. 9. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, I, Dok. 101, und AAPD 1967, II, Dok. 209.

Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten zwischen dem 30. Juni 1970 und dem 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>10</sup> Anlässlich der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Großbritanniens, die vom 30. Juni 1970 bis 12. Dezember 1971 stattfanden, gaben die Gemeinschaften folgende Erklärung ab: „Sollten unannehmbare Situationen auftreten, so würde die Existenz der Gemeinschaft selbst es erfordern, daß die Organe eine angemessene Lösung zu ihrer Behebung finden.“ Vgl. Punkt 35 des Kommuniqués der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10. Dezember 1974 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1975, D 46.

funden wird. Die Briten sollten sich bei ihrer Kritik am Finanzierungssystem lediglich auf das eine starke Argument stützen, daß für eine unannehmbare Situation Abhilfe geschaffen werden muß. Die Deutschen haben den Preis einer Nettozahler-Position um des Zusammenhalts der EG willen akzeptiert.

*Thatcher*: Die Lösung muß aber so ausfallen, daß sie gültig bleibt, solange die unannehmbare Situation fort dauert. Die unannehmbare Situation ist allerdings heute inhärenter Teil der EG. Eine auf zwei Jahre begrenzte Lösung – Thorn sprach sogar von einem Jahr – kann daher nicht akzeptiert werden. Die Lösungsformel muß sich daher auf die unannehmbare Situation beziehen.

*Carrington* erwartet, daß die Kommission einen neuen Lösungsvorschlag unterbreitet.

*Thatcher* erwähnt auf Frage Carringtons nach anderen TOPs des ER die japanische Handelspolitik.

*Carrington* geht auf Bitte des Bundeskanzlers auf die amerikanische Politik in Zentralamerika ein. Washington mißtraut Mexiko und insbesondere AM Castañeda (und dem Einfluß seiner Frau<sup>11</sup>). Bei den Wahlen in El Salvador wird voraussichtlich Duarte gewinnen.<sup>12</sup> Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, der es dann auch möglich machen würde, Verhandlungen einzuleiten. Großbritannien hat zwei Beamte als Beobachter entsandt.

*Genscher* ergänzt, daß die Sozialdemokraten in El Salvador zu schwach sind und die nichtdemokratische Linke die Wahlen ablehnt.

*Bundeskanzler* meint, daß man in Lateinamerika unsere westeuropäischen Maßstäbe ebensowenig anwenden kann wie z. B. in der Türkei.

Türkei/Griechenland

*Carrington* betont, daß die Griechen zur Zeit die NATO in eine schwierige Lage bringen und außerdem die Türkei der Allianz entfremden. Das ist um so gravierender, als – wie PM Thatcher betont – die Türkei für die NATO noch wesentlicher ist als Griechenland.

*Bundeskanzler*: Die Türkei hat schwere Fehler begangen. Aber man darf nicht alles schwarz und weiß sehen. Er selbst kann sich eine Formulierung vorstellen, die, ohne Türkei und Griechenland zu nennen, die NATO-Mitglieder auffordert, ihre Konflikte friedlich beizulegen. Gleichzeitig sollte man dafür sorgen, daß Evren und Papandreu zu einem diskreten Gespräch zusammentreffen. Er berichtet aus seinem Gespräch mit Averoff<sup>13</sup>, der nicht befürchtet, daß Pa-

<sup>11</sup> Neoma Gutman.

<sup>12</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>13</sup> Bundeskanzler Schmidt führte am 9. März 1982 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der „Nea Demokratia“, Averoff-Tossizza. Der Parteivorsitzende legte dar, daß Ministerpräsident Papandreu „in der Substanz Kontinuität der Politik Griechenlands gegenüber der EG und dem Bündnis bewahren werde. [...] Auf eine Frage des Bundeskanzlers, ob wir hilfreich sein könnten, z. B. im Bündnis, um die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei zu verbessern, regte A[veroff] [...] an, zu versuchen, MP Papandreu und den türkischen Vertreter beim bevorstehenden Gipfeltreffen der Allianz zusammenzubringen. Papandreu sei ein kühner, intelligenter Mann. Wenn eine solche persönliche Begegnung gut verlaufen würde, so könnte vielleicht etwas daraus entstehen. A. wollte in diesem Zusammenhang nicht genannt werden. Vielleicht, so A., könnte man Papandreu aber einen Hinweis aus eigener deutscher Einschätzung geben, daß eine solche Begegnung auch von der grie-

pandreou aus der NATO oder der EG ausscheiden möchte. Aber Papandreou findet es offensichtlich schwierig, die Erwartungen in seiner eigenen Partei zu erfüllen.

Papandreou war im Gespräch hinter geschlossenen Türen sehr viel vernünftiger als bei jedem öffentlichen Auftritt.<sup>14</sup> Er sprach sich für ein Einfrieren der Ägäis-Konflikte<sup>15</sup> aus und unterschied die zwei Aspekte der zyprischen Frage<sup>16</sup>, die unterschiedlich geregelt werden müssen. Er selbst hat Papandreou davor gewarnt, die Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer auf zwölf See-meilen zu erklären, was auch auf Widerstand der osteuropäischen Schwarzmeer-Anrainer stoßen müßte.

*Carrington* macht sich große Sorgen, daß man durch all diese Diskussionen und Auseinandersetzungen die Türken Europa entfremde. Die Türken tragen allerdings ihrerseits nicht dazu bei, die europäische Öffentlichkeit für sich einzunehmen. Vom Europarat scheinen sie wieder einmal genug zu haben.<sup>17</sup>

*Genscher* wird im Bundestag über die Türkei berichten müssen. Er hat daher die Tindemans-Mission in die Türkei<sup>18</sup> angeregt, auf die er sich beziehen möchte.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 461*

chischen Opposition begrüßt würde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Ministerpräsident Papandreou hielt sich vom 1. bis 4. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 2. Februar 1982 vgl. Dok. 38.

<sup>15</sup> Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 56, Anm. 43.

<sup>16</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 56, Anm. 42.

Botschafter Landau, Nikosia, legte am 25. März 1982 die Länderaufzeichnung für Zypern nach dem Stand von März 1982 vor: „Starke türkische Truppen stehen weiterhin im Norden. Unter ihrem Schutz hat sich der ‚türkische Bundesstaat von Zypern‘ entwickelt, der aber nur von der Türkei anerkannt wird. [...] Die Griechisch-Zyprer wünschen eine Föderation mit offenen Grenzen, um beide Regionen unter einer starken Bundesregierung auf möglichst vielen Bereichen zu integrieren und allen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimatsorte sowie Niederlassungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und das Recht auf Eigentum [zu] sichern. Die türkisch-zyprische Seite will diese Rechte aber nicht oder nur in eingeschränkter Form gewähren. [...] Bei den Volksgruppen-Gesprächen vertreten die Parteien in den Grundfragen völlig gegensätzliche Positionen: Die Türkisch-Zyprer wollen weitgehende Autonomie der beiden Teilstaaten und eine gleichberechtigte (50:50) Mitbestimmung bei schwacher Bundesgewalt. Diese könne weitere Kompetenzen erhalten, wenn sich aus der Zusammenarbeit der beiden Teile allmählich ein Vertrauensverhältnis entwickle (‚federation by evolution‘). Die Griechisch-Zyprer fordern eine starke Bundesgewalt, in der die beiden Volksgruppen im Verhältnis 70:30 (bisheriger Vorschlag 80:20) vertreten sind. Die Gespräche haben bisher keine Annäherung in der Sache gebracht.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 136; Referat 203, Bd. 124920.

<sup>17</sup> Referat 200 notierte am 18. Februar 1982: „1) Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PV) hat am 27./28.1.1982 eine Türkei-Debatte geführt. Wichtigste Ergebnisse waren: a) Resolution der PV mit Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Hinweis auf die gemäß Art[ikel] 24 M[enschen]R[echts]K[onvention] den Mitgliedstaaten offenstehende Möglichkeit, derartige Verletzungen im Wege der Staatenbeschwerde (gegen die Türkei) überprüfen zu lassen; b) Empfehlung der PV an den Ministerrat, die innere Entwicklung in der Türkei zu beobachten und ‚alle Mittel‘ einzusetzen, um die Rückkehr der Türkei zu Demokratie und Menschenrechten zu erleichtern [...]. Die Beschlüsse enthalten keine Ausschlussdrohung gegen die Türkei. Eine solche Möglichkeit stand jedoch unausgesprochen im Hintergrund der Debatte und ihrer (spätestens) im Herbst 1982 zu erwartenden Fortsetzung. 2) Die Beschlüsse haben zu heftiger, z. T. emotional gefärbter Kritik seitens der türkischen Militärregierung geführt. Nach Informationen unserer StV beim Europarat [...] ist es nicht auszuschließen, daß die Türkei im Fall, daß ein wichtigeres Mitgliedsland (etwa F oder D) Staatenbeschwerde vor der Menschenrechtskommission erhebt, von sich aus den Europarat verläßt.“ Vgl. Referat 200, Bd. 129642.

<sup>18</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich als EG-Ratspräsident am 18./19. März 1982 in der Türkei auf. Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 23. März 1982: „Belgischer Botschafter van de Kerckove unterrichtete EG-Botschafter 22.3. über Besuch Tindemans‘. [...] Darlegungen türkischer Gesprächspartner hätten an sich wenig Neues gebracht. Wesentlich sei, so der belgische

*Bundeskanzler*: Wir werden uns weiter durchwursteln müssen, nachdem wir uns einmal entschieden haben, so ungleiche Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Er hat es zum Beispiel auch nie verstanden, daß man die portugiesische Diktatur in die NATO hatte aufnehmen können.<sup>19</sup>

*Genscher* sieht auch einen Vorteil darin, daß ein Mitglied der Islamischen Konferenz zur NATO gehört.

*Carrington* sieht die Gefahr, daß Papandreou den spanischen NATO-Beitritt<sup>20</sup> blockiert (Genscher: auch die Niederlande?). Das würde politisch besonders ungünstig wirken in einem Augenblick, in dem die Lage in Spanien wegen der Prozesse gegen die Militärs<sup>21</sup> gespannt und das Prestige des Königs<sup>22</sup> angeschlagen ist.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß der Central Pact politisch schon lange tot war, bevor er endgültig aufgelöst wurde.<sup>23</sup>

Naher und Mittlerer Osten

*Carrington* berichtet über den Besuch des Sultans von Oman.<sup>24</sup> Er schätzt ihn sehr, zeigt sich aber erstaunt über das etwas anspruchsvolle Auftreten, das es dem Bundeskanzler letzten Endes nicht möglich machte, ihn in Deutschland zu sehen.<sup>25</sup>

*Thatcher* berichtet über die doppelte Sorge der Omanis, daß der Iran auseinanderfallen oder seine Revolution in der Golf-Region ausbreiten könnte. Seit dem Zwischenfall von Bahrain<sup>26</sup> ist man in der Region außerordentlich nervös. Die Omanis sind bereit, Widerstand zu leisten, ganz im Gegensatz zu den Kuwaitis, die seit jeher bereit sind, Kompromisse mit jedem zu schließen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 462*

Botschafter, für seinen Minister das Gewinnen eines unmittelbaren Eindrucks von der Aufrichtigkeit seiner Gesprächspartner gewesen. Hinsichtlich dieses Punktes habe Tindemans einen im ganzen günstigen Eindruck mitgenommen. [...] Evren: Dieser habe Vorgeschichte gegenwärtiger Situation ausführlich dargestellt und bekräftigt, daß er Referendum über Verfassung November 1982, freie Wahlen November 1983 anstrebe. [...] Gespräche sind nach hiesigem Eindruck ohne Reibungen abgelaufen. Erfahrung bestätigte sich, daß besonders Evren günstigen Eindruck hinterließ, dessen Gesprächsführung sich im großen und ganzen im Rahmen seiner Äußerungen gegenüber BM hielt. Geschadet hat Besuch nicht. Unverkennbar war freilich türkische Disposition zur Empfindlichkeit [...]. Das nationale Selbstgefühl bestimmt fast ausschlaggebend hiesiges Verhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 450; Referat 410, Bd. 121998.

19 Portugal war Gründungsmitglied der mit Vertrag vom 4. April 1949 errichteten NATO.

20 Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

21 Zum Prozeß gegen die Teilnehmer am Putschversuch vom 23. Februar 1981 in Spanien vgl. Dok. 47, Anm. 6.

22 Juan Carlos I.

23 Der Iran trat am 11. März 1979 aus der CENTO aus. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 65 f.

Am 13. März 1979 berichtete Botschafter Scheske, Islamabad: „Außenminister Agha Shahi gab gestern in Pressekonferenz bekannt, Pakistan werde seine Mitgliedschaft in CENTO mit Wirkung vom Februar 1980 beenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; Referat 340, Bd. 110682.

Botschafter Sahm, Ankara, teilte am 16. März 1979 mit: „Türkische Regierung beschloß am 15.3.1979 unter Eindruck Austrittsentscheidungen Pakistans und Irans, notwendige Schritte zur Auflösung des CENTO-Pakts in Übereinstimmung mit entsprechenden vertraglichen Vorschriften zu unternehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 340, Bd. 110682.

24 Sultan Qabus hielt sich vom 16. bis 19. März 1982 in Großbritannien auf.

25 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte der Botschaft in Maskat am 9. März 1982 mit: „Treffen BK mit Sultan nicht zustande gekommen. BK war zu Treffen bei Frankfurt bereit. Weitere Reise BK, etwa wie von Sultan angeregt nach München, ließ sich wegen Terminenge BK nicht verwirklichen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 19; Referat 311, Bd. 137825.

26 Zum gescheiterten Putsch in Bahrain vgl. Dok. 19, Anm. 7.

*Carrington* betont, daß ein absinkender Ölpreis es den Saudis erschweren könnte, die Regierungen der Region durch Unterstützungszahlungen zur politischen Mäßigung zu bringen.

*Bundeskanzler* hält es für entscheidend, daß die Saudis den Ägyptern helfen. Mubarak hat seine Position gefestigt, bleibt aber verwundbar.

*Carrington* glaubt, daß auch nach der Rückgabe des West-Sinai<sup>27</sup> die Autonomie-Verhandlungen fortgehen werden. Vor den Kongreß-Wahlen in Amerika im November<sup>28</sup> wird sich die amerikanische Politik nicht bewegen. Die Israelis sind am Fortgang dieser Verhandlungen interessiert, und die Ägypter brauchen amerikanisches Geld.

*Thatcher* betont, daß wir dann im Hinblick auf die US-Präsidentschaftswahlen<sup>29</sup> nur noch mit knapp einem Jahr rechnen können, in dem eine aktive amerikanische Nahost-Politik möglich ist. Bis Ende 1982 werden die Amerikaner also am Camp-David-Prozeß<sup>30</sup> festhalten müssen.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 93

### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11592/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1324

**Aufgabe: 24. März 1982, 10.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 24. März 1982, 16.50 Uhr**

Betr.: Besuch des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Stoltenberg, in Washington vom 19. bis 25.3.1982;  
hier: Gespräch mit AM Haig am 25.3.1982

In dem etwa 45-minütigen Gespräch erläuterte MP Stoltenberg auf Frage von AM Haig seine Beurteilung der innenpolitischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Wohl das wichtigste Ereignis der Niedersachsen-Wahl sei das starke Abschneiden der Grünen.<sup>2</sup> Diese vierte Partei könne in Zukunft die politische Landschaft verändern; sie sei in ihrer gegenwärtigen Form für die CDU/CSU und die SPD/FDP jedoch nicht koalitionsfähig. Die Auswirkung der Niedersachsen-Wahl auf die Bundespolitik sei schwer abzuschätzen, er wolle daher von einem Urteil absehen. Auf dem SPD-Parteitag in München<sup>3</sup> werde der Bundes-

<sup>27</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>28</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>29</sup> In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>30</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 29. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 21. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 5.

<sup>3</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

kanzler für seine Politik eine Zustimmung von 60 Prozent oder mehr erhalten. Die innerparteiliche Opposition werde aber weitergehen.

Auf die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland angesprochen, antwortete MP Stoltenberg, daß aufgrund der Steuerschätzungen die Bundesregierung in absehbarer Zukunft neue Entscheidungen treffen müsse.

Was den NATO-Doppelbeschluß angehe, werde die Regierung im Bundestag keine Schwierigkeiten haben, vorausgesetzt, der Bundeskanzler habe seine eigene Partei hinter sich. Die öffentliche Debatte werde weitergehen, das betreffe im besonderen Maße die protestantische, in geringerem Maße auch die katholische Kirche. Allerdings habe nach den Ereignissen in Polen ein Überdenkungsprozeß begonnen.

MP Stoltenberg wies darauf hin, daß es in dieser Lage sehr wichtig sei, daß die Vereinigten Staaten die Abrüstungs- und Rüstungskontrollgespräche intensiv weiterführten. Es müsse unserer Öffentlichkeit nachgewiesen werden, daß jeder ernsthafte und ehrenhafte Versuch unternommen werde, mit der Sowjetunion zu einer Regelung zu kommen.

MP Stoltenberg befürwortete, daß Präsident Reagan anlässlich seines Besuches in Bonn vor dem Bundestag spreche.<sup>4</sup>

AM Haig äußerte sich zuversichtlich, daß der Besuch von Präsident Reagan in Deutschland erfolgreich sein werde. Was die Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche angehe, hätten die Vereinigten Staaten bewußt keine direkte Verbindung zu den polnischen Ereignissen hergestellt. Die START-Verhandlungen<sup>5</sup> würden sorgfältig vorbereitet, es sei wichtig, daß die Vereinigten Staaten eine faire und gesunde Position erarbeiteten, die substantielle Abrüstungsvorschläge enthalte. Wegen der sehr komplizierten Materie bedürfe die Festlegung der amerikanischen Position einiger Zeit. Diese Position müßte schließlich für den amerikanischen Kongreß, für die Allianzpartner und für die Sowjetunion annehmbar sein.

AM Haig meinte – unter Bezugnahme auf die INF-Verhandlungen in Genf<sup>6</sup> –, daß die Sowjetunion erst dann ernsthaft verhandeln werde, wenn sie das amerikanische Konzept für den Gesamtzusammenhang von INF und START erkenne. Wenn die Entwicklung in Polen nicht doch einen Strich durch die Rechnung mache, werde die amerikanische Verhandlungsposition jedoch bald vorliegen.

MP Stoltenberg erkundigte sich nach dem Ergebnis der Buckley-Mission.<sup>7</sup> AM Haig meinte, sie sei in Bonn auf größere Schwierigkeiten gestoßen als in den anderen Hauptstädten. Auf meinen Einwand, daß der Bundesaußenminister

<sup>4</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

Am 9. Juni 1982 hielt Reagan vor dem Bundestag eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 121, S. 6372–6381.

<sup>5</sup> Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.

Vgl. dazu ferner die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>6</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

<sup>7</sup> Zur Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 87, Anm. 16.

mit ihm – Haig – darüber telefoniert und den Eindruck einer wenig freundlichen Aufnahme in Bonn korrigiert habe und dem State Department inzwischen die authentischen Texte der Erklärungen in Bonn vorlägen, erläuterte Niles, daß die amerikanische Beurteilung darauf beruhe, daß in Bonn in der Frage Exportkreditgarantien keinerlei Entgegenkommen gezeigt worden sei, während in den anderen Hauptstädten behauptet worden sei, man könne in der Frage der Kreditsubventionen dann entgegenkommen, wenn Bonn bei den Exportkreditgarantien sich flexibel zeige.

Auf die Äußerung von MP Stoltenberg, es wäre falsch, den Handel der SU mit den Europäern allgemein zu beschneiden, meinte AM Haig, die Vereinigten Staaten beabsichtigten keine Handelskonfrontation und keinen Handelskrieg mit der Sowjetunion. Zur Frage der Ost-Verschuldung sei ihm vor kurzem von einem Fachmann gesagt worden, daß der Westen 60 Milliarden Dollar als endgültig verloren abschreiben müßte.

MP Stoltenberg betonte die Notwendigkeit, im Handel mit den osteuropäischen Ländern zu differenzieren. Auch der innerdeutsche Handel müßte gesondert betrachtet werden. Es zeige sich immer wieder, daß bei den Diskussionen über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu wenig tatsächliche Kenntnisse vorhanden seien. Er hielte es für richtig, wenn einmal hochrangige Experten der westlichen Länder eine gründliche Prüfung aller Fragen des Ost-West-Handels vornähmen.

Auf die Frage nach der amerikanischen Haltung zum Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>8</sup> antwortete Haig, es sei zu spät, dieses Geschäft zu stoppen. Wenn die Vereinigten Staaten das hätten tun wollen, hätte es 1979 geschehen müssen. Zum Fortgang der Buckley-Mission könne er jetzt noch nicht im einzelnen Stellung nehmen. Wenn die Lage in Polen schlechter werde – und Anzeichen dafür seien vorhanden –, werde der Druck auf den Präsidenten zunehmen, im Ost-West-Handel weiteres zu unternehmen. Er schließe allerdings auch nicht aus, daß Jaruzelski, in Vorwegnahme des zunehmenden innenpolitischen Drucks, die politischen Zügel etwas lockerer ließe. Das einzige, was die innenpolitische Lage in Polen wirklich entspannen könne, sei die Entlassung Wałęsas<sup>9</sup> und die Aufnahme eines Dialogs mit ihm.

Zu der Frage, ob die Vereinigten Staaten in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion möglicherweise einseitig und im Widerspruch zu ihren westeuropäischen Alliierten vorgehen würden, antwortete AM Haig, das würde er nicht befürworten. Die westlichen Länder hätten zusammenzustehen und zusammen zu handeln. Am 25. März 1982 werde eine Sitzung beim Präsidenten über den Fortgang der Buckley-Mission stattfinden<sup>10</sup>; er werde über das Ergebnis seine westeuropäischen Kollegen unverzüglich unterrichten.

<sup>8</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>9</sup> Zur Inhaftnahme des Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, vgl. Dok. 14, Anm. 10.

<sup>10</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. März 1982: „In Vorbereitung einer Sitzung des National Security Council unter Vorsitz des Präsidenten heute um 13.00 bat mich Under Secretary Buckley zu einem Gespräch über seine Mission in Bonn und die Fortführung der Diskussion über die Maßnahmen im Kreditbereich. [...] Die US-Regierung könne sich nicht mit der deutschen Erklärung zufriedengeben, sie gewähre keine Regierungskredite oder Zinssubventionen wie andere westliche Industrieländer, sondern lediglich Ausfuhrbürgschaften, die kein Subventionselement enthielten. Man sei im Gegenteil nach den Gesprächen in Bonn zu dem Ergebnis gelangt, daß Aus-

In einem Gedankenaustausch über die Lage in El Salvador und Guatemala ergaben sich keine neuen Gesichtspunkte. Zu dem Militärcoup in Guatemala<sup>11</sup> hatte AM Haig noch keine schlüssige Analyse. Die Vereinigten Staaten hätten Beweise dafür, daß Kuba die mittelamerikanischen Guerilla-Aktivitäten zentral steuere. Im Süden Mexikos befänden sich bedeutende Waffenlager, die auf spätere Verwendung in Guatemala schließen ließen. Es sei kaum denkbar, daß die mexikanischen Behörden von diesem Verwendungszweck nicht wüßten.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11291 (220)

## 94

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Siad Barre

VS-NfD

25. März 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem somalischen Präsidenten Siad Barre am 25.3.1982 von 11.10 bis 12.50 Uhr<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: AM Dr. Jama Barre, Arbeitsminister Issak, Botschafter Dr. Hussein; StS von Staden, StS Porzner, AL<sup>23</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 466*

fuhrbürgschaften eine eindeutige regierungsamtliche Exportförderung mit Subventionscharakter darstellten, da ohne die Absicherung durch die Bundesregierung die private Hermes-Versicherungs-AG Ausfuhrbürgschaften jedenfalls zu den geltenden Bedingungen nicht geben würde und ohne solche Ausfuhrbürgschaften die meisten Exportgeschäfte mit der SU nicht abgeschlossen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1351; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

- <sup>11</sup> Referat 331 vermerkte am 29. März 1982 zum Militärputsch in Guatemala: „Am 23. März 1982 wurde der amtierende Präsident Lucas García durch einen unblutigen Putsch seines Amtes enthoben. An seine Stelle trat eine dreiköpfige Militärjunta mit General a.D. Efraín Ríos Montt als Vorsitzendem [...]. Die politische Einordnung der neuen Machthaber in Guatemala ist mangels vorhandener schlüssiger Informationen derzeit praktisch nicht möglich. Meldungen darüber, daß – wie zu vermuten sozial eingestellte – jüngere Offiziere eine grundlegende Änderung der durch Korruption und scharfe politische Repression gekennzeichneten Herrschaft des Militärs anstreben, werden anscheinend durch die Wahl des Junta-Chefs bestätigt, der als Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten 1974 die Wahl gewonnen hatte, aber durch Wahlbetrug des herrschenden Militärs an der Übernahme der Präsidentschaft gehindert wurde.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135986.

- <sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. März 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Gablentz, er lege die Aufzeichnung „mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher, BM Offergeld und BM Graf Lamsdorff haben Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten.“

Hat Lahnstein am 26. März 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

- <sup>2</sup> Präsident Siad Barre besuchte vom 25. bis 27. März 1982 die Bundesrepublik.

- <sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

*Bundeskanzler* begrüßt den Präsidenten als einen guten Freund. Er freut sich sehr, ihn wiederzusehen, und erinnert an das letzte Gespräch.<sup>4</sup>

*Barre* ist sehr dankbar für das Gefühl der Freundschaft, das er erwidert. Sein Land ist in großen Schwierigkeiten. Zum üblichen Wechsel von Trockenheit und Flutkatastrophen kommt die Bedrängnis von außen. In der Vorstellung der Völker am Horn von Afrika ist praktisch nur die Sowjetunion als Großmacht in dieser Region präsent. Der Westen ist es in dieser Vorstellung der Völker bisher nicht.

Auf Bitte des Bundeskanzlers erläutert er: Der Druck kommt von den Sowjets und ihren Alliierten, zu denen er Syrien, Südjemen und Libyen rechnet. Sie zielen auf eine Destabilisierung der Region. Neben die zyklischen Katastrophen Trockenheit und Überschwemmung tritt jetzt die von Menschen gemachte Katastrophe des Flüchtlingsstroms. Sein Land mit etwa fünf Millionen Einwohnern kann nicht mit zusammengenommen über zwei Millionen Flüchtlingen fertigwerden.<sup>5</sup> Hiervon abgesehen, gibt es in der Innenpolitik in Somalia praktisch keine Probleme.

Er berichtet, daß er in Washington ebenso wie in Ottawa und Paris sehr freundschaftlich aufgenommen wurde.<sup>6</sup> Es war ein guter Besuch. Er hatte Gelegenheit, seinen Gesprächspartnern die Lage am Horn von Afrika zu schildern. Er hatte auch Gelegenheit, ihnen die Entwicklungschancen Somalias deutlich darzulegen und für private Investitionen in seinem Lande zu werben. Somalia ist nur zur Zeit ein armes Land, besitzt aber große natürliche Reichtümer, die es allerdings nicht aus eigener Kraft entwickeln kann. Dazu gehören eine sonnige, 3000 km lange Küste an einem warmen Meer mit Fischen und z. B. Hummern, landwirtschaftlich nutzbares Gebiet, das zwei Ernten im Jahr hergeben könnte, noch unerforschte Bodenschätze, zu denen Uran und Eisenerz gehören.

Er hat über diese Möglichkeiten gesprochen, aber keine konkrete Wunschliste vorgelegt. Seine Gesprächspartner in Washington, Ottawa und Paris haben sich in sehr positiver Weise über die Notwendigkeit ausgesprochen, die gemeinsamen Interessen in der Region zu verteidigen. Alle haben zugesagt, mit Freunden in ihrem Lande über Somalia zu sprechen. Das somalische Volk ist besonders dankbar für das, was die Deutschen für sie getan haben. Insbesondere die Hilfe für Flüchtlinge hat dazu geführt, daß die Deutschen und ihre Hilfe inzwischen im ganzen somalischen Volke bekannt sind. Das Ansehen des deutschen Volkes als eines befreundeten Volkes ist außerordentlich gestiegen. Die Somalis sind den Deutschen dankbar.

<sup>4</sup> Präsident Siad Barre hielt sich vom 18. bis 20. Juni 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 192 und Dok. 194.

<sup>5</sup> Referat 320 vermerkte am 19. März 1982: „Wir sehen in absehbarer Zeit keine Möglichkeit, die etwa 700 000 (laut somalischen Angaben über 1,5 Mio.) Flüchtlinge in Somalia in ihre Heimat Äthiopien zurückzuführen.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138003.

Am 10. September 1982 teilte Ministerialdirektor Gorenflos Staatssekretär von Staden mit: „Das akute Flüchtlingsehend der Jahre 1979/80 besteht nach übereinstimmender Beurteilung durch UNHCR wie private deutsche Hilfsorganisationen (Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk) nicht mehr. Das Überleben der Flüchtlinge ist gesichert.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138003.

<sup>6</sup> Präsident Siad Barre hielt sich vom 9. bis 23. März 1982 in den USA auf. Zwischenzeitlich besuchte er am 16./17. März 1982 Kanada. Am 23. März brach er nach Frankreich auf, wo er sich bis zum 25. März 1982 aufhielt.

Auf Bitte des Bundeskanzlers macht er folgende Bemerkungen zum Ogaden, zu Äthiopien und zum Sudan:

Die Somalis sprechen nicht gerne vom Ogaden, da dies nur die Bezeichnung eines Stammes ist. Sie nennen die Region West-Somalia. Die Freiheitskämpfer werden weiterkämpfen.<sup>7</sup> Die Flüchtlinge kommen von allen Stämmen aus der Region.

Zu Äthiopien steht er im Gegensatz zur westlichen Meinung, die Mengistu im wesentlichen für einen äthiopischen Nationalisten hält. Er hält sich nur durch Unterstützung der SU, der DDR und der Kubaner, die auch das äthiopische Volk indoktrinieren. Der Westen sollte ein solches Regime nicht durch Geld und Nahrungsmittel unterstützen. Die Parole, daß Äthiopien sich langsam wieder dem Westen annähern möchte, kommt nur dem sowjetbeherrschten Regime in Äthiopien zugute. Sie ist wahrscheinlich nichts weiter als raffinierte sowjetische Propaganda, um vom Westen Nahrungsmittel und Geld zu erhalten für ein Regime, das gegen Somalia zu Felde zieht.

Mit Kenia hat er zur Zeit keine offenen Probleme. Er fürchtet aber, daß politische Kräfte – nicht Präsident Moi – wieder dabei sind, sich mit den Äthiopiern gegen Somalia zu verschwören. Der Aden-Pakt<sup>8</sup> ist eine teuflische Verschwörung, um die ganze Region zu destabilisieren.

Der Sudan ist auch ein Ziel sowjetischer Destabilisierungsbemühungen. Er hofft, daß westliche und ägyptische Hilfe den sowjetischen Einfluß begrenzen.

*Bundeskanzler* betont sein großes Vertrauen auf Präsident Mubarak, der auch nach Meinung Barres in die richtige Richtung tendiert.

*Barre* wiederholt noch einmal, daß er nach Deutschland gekommen ist, um die gefährliche Lage in seinem Lande und in der Region darzulegen. Es handelt sich nicht länger nur um ein afrikanisches Problem. Es geht ihm um zwei Dinge:

<sup>7</sup> Nach bewaffneten Auseinandersetzungen an der äthiopisch-somalischen Grenze in der Region Ogaden begann am 23. Juli 1977 eine somalische Offensive zur Unterstützung der Westsomalischen Befreiungsfront, welche die Unabhängigkeit von Äthiopien anstrebte. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 297, und AAPD 1978, I, Dok. 41 und Dok. 67.

Referat 320 legte am 19. März 1982 dar: „Der Status quo der äthiopisch-somalischen Konfrontation dauert an. Kompromißbereitschaft der einen ist nur unter für die andere Konfliktpartei nicht annehmbaren (Vor-)Bedingungen zu erkennen: Äthiopien verlangt von Somalia die uneingeschränkte Anerkennung seiner Grenzen einschließlich der umstrittenen Provinz Ogaden. Für Präsident Siad Barre kommt eine Aufnahme von Gesprächen mit Äthiopien nur bei vorheriger Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der ethnisch den Somalis verwandten Ogadenis, allenfalls aber ‚ohne Vorbedingungen‘, d. h. ohne Anerkennung der territorialen Integrität Äthopiens in den heutigen Grenzen, in Betracht.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138003.

<sup>8</sup> In Aden trafen vom 17. bis 19. August 1981 Oberst Gaddafi, der Vorsitzende des äthiopischen Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, und Präsident Nasser Mohammed zusammen. Am 19. August 1981 unterzeichneten sie ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit resümierte am 29. September 1981: „Neben umfassender politischer, wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit [...], beinhaltet der Vertrag eine automatische militärische Beistandsklausel und die Absicht, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auszubauen. [...] Der Vertrag ist die Reaktion der radikalen, scharf antiamerikanischen Staaten der Region auf den Ausbau der amerikanischen militärischen Präsenz im östlichen Mittelmeer und im Indik und auf die beabsichtigte strategische Zusammenarbeit mit Israel sowie mit Ägypten, Saudi-Arabien und Sudan. Als Allianz von Ohnmächtigen besitzt der Vertrag relativ wenig Gewicht. Er zeigt aber, daß die amerikanische Politik kritische Staaten weiter antagonisiert, solidarisiert und der Sowjetunion öffnet.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137686.

- die Verteidigung der Freiheit seines Landes, denn nur ein freies Volk, das nicht erniedrigt wird, kann auch mit seinen Nachbarn zusammenarbeiten;
- eine Entlastung von der Bürde des Flüchtlingsproblems, wirtschaftliche Hilfe einschließlich privater Investitionen.

*Bundeskanzler* hebt hervor, daß für private Investitionen noch eine psychologische Barriere genommen werden muß. In westlichen Geschäftskreisen ist man sich nicht sicher, ob man in Somalia seinen Geschäften frei und ungehindert nachgehen kann. Man hat den Eindruck, daß das Investitionsklima in Somalia etwa in der Mitte liegt zwischen dem guten in Kenia und dem sehr schlechten in Tansania.

*Barre*: Wir werden das berücksichtigen. Die gute Atmosphäre für Kenia ist aber weitgehend von den westlichen Regierungen geschaffen worden, die die Privatunternehmen in diese Richtung beeinflussen und die Medien entsprechend mobilisierten. Dagegen gab es im Westen eine anti-somalische Kampagne, die von Kenia ausging. Er erläutert am Beispiel der italienischen Bauern und Geschäftsleute, daß in Somalia volle Freiheit besteht, zu investieren und die Gewinne auch wieder auszuführen.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß der Einfluß auf Privatwirtschaft und Medien den westlichen Regierungen nicht so leichtfällt. Aber er ist bereit, die deutsche Wirtschaft über das Anliegen Präsident Barres zu informieren.

*Barre* erläutert auf Fragen des Bundeskanzlers, daß Somalia ein umfassendes Potential für die Entwicklung des Tourismus bietet. Es hat alle Möglichkeiten, angefangen vom Norden über die Savannenlandschaft mit reichem Tierleben in der Mitte bis zum Dschungel im Süden. Allerdings müßte die Infrastruktur aufgebaut werden. Er selber würde es begrüßen, in Somalia viel mehr Deutsch zu hören als bis jetzt.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß Somalia sich gleichermaßen in der Arabischen Liga wie in der OAU engagiert. Es wurde von vielen Arabern boykottiert, weil es sich für Camp David<sup>9</sup> ausgesprochen hatte. Aber er ist zusehends vorsichtiger, daß die guten Beziehungen wiederhergestellt werden. Er unterhält gute Beziehungen mit Riad.

*Bundeskanzler* erinnert daran, daß er zum ersten Mal mit Barre in Assuan zusammengetroffen ist, als sie beide Gäste von Sadat waren.<sup>10</sup>

*Barre* erläutert auf Bitte des Bundeskanzlers seine Sicht der Lage im südlichen Afrika. Sowjets und Kubaner hätten sich nicht in Angola festgesetzt<sup>11</sup>, wenn die Angolaner ohne Einmischung Südafrikas ihre Angelegenheit selbst hätten ordnen können. Es geht jetzt darum, daß die Namibia-Gruppe ihre Arbeit beschleunigt. Eine Lösung des Bürgerkriegs in Angola und eine Garantie der Stabilität für Angola würde den Grund der Anwesenheit der Kubaner beseitigen. Der Westen sollte jegliche Unterstützung für Südafrika einstellen, das von einer kleinen Clique beherrscht wird. Simbabwe wird sich nicht vom Westen ent-

<sup>9</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Rahmen einer Urlaubsreise vom 27. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978 in Ägypten auf. Für das Gespräch mit Präsident Siad Barre am 2. Januar 1978 in Assuan vgl. AAPD 1978, I, Dok. 1.

<sup>11</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

fernen können, und Mosambik wird sich schrittweise vom sowjetischen Einfluß befreien wollen.

StS *von Staden* erläutert unsere Bemühungen, über die Fünfer-Diplomatie zu einer Lösung der Namibia-Frage beizutragen.<sup>12</sup> Wir sehen jetzt zum ersten Mal wieder eine Chance für wirkliche Fortschritte. Zur Rolle des Westens in Südafrika weist er auf den Druck hin, den die EG-Staaten über die Niederlassungen europäischer Firmen in Richtung auf Abschaffung der Diskriminierung am Arbeitsplatz ausüben.

*Bundeskanzler* weist als Fußnote darauf hin, daß die Verurteilung der Bundesregierung wegen angeblicher nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika in den regelmäßigen VN-Resolutionen sachlich falsch und uns gegenüber unfreundlich ist.<sup>13</sup> Solche fälschlichen Urteile werden in unserer Presse herausgestellt und wirken auf die Stimmung im Lande.

*Barre* und *AM Barre* erläutern, daß sich Somalia bei der OAU-Außenministerkonferenz<sup>14</sup> mit Erfolg dafür eingesetzt hat, daß Deutschland trotz starker Bemühungen Libyens in diesem Zusammenhang nicht mit verurteilt wurde. Somalia hat sich auch in den VN trotz Zugehörigkeit zur Arabischen Liga gegen ungerechtfertigte Verurteilungen der USA ausgesprochen.

*Bundeskanzler* wäre dankbar, wenn man sich in allen solchen Fällen an diese Linie hält. Er fragt nach der Beurteilung der Rolle Gaddafis, der sich offensichtlich aus Unsicherheit um Annäherung an die Europäer bemüht.

*Barre*: Gaddafi hat Krisen in vielen Staaten angezettelt. Somalia ist auch nicht bereit, ein OAU-Gipfeltreffen in Libyen<sup>15</sup> hinzunehmen. Auf marokkanische Anregung wird ein außerordentliches OAU-Treffen sich auch mit dieser Frage befassen. Somalia jedenfalls wird nicht nach Tripolis gehen, Mubarak wohl auch nicht.

Er bestätigt den Eindruck des Bundeskanzlers, daß Mubarak vorsichtig, aber stetig seine Stellung im Lande und in der Region ausbaut. Er bemüht sich auch um Aussöhnung mit Saudi-Arabien zum Beispiel durch seine Unterstützung der Fahd-Vorschläge<sup>16</sup>.

*Bundeskanzler*: Die Saudis betreiben in ruhiger Weise und ohne Aufgeregtheit eine verlässliche und beständige Politik. Er berichtet vom Eindruck Mubaraks, daß die USA zum Beispiel mit ihrem Bemühen um Militär-Stützpunkte in der Region<sup>17</sup> vorsichtiger vorgehen sollten, wenn sie sich nicht einige Araber entfremden wollen.

<sup>12</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 80, Anm. 7.

<sup>13</sup> Zum Vorwurf der nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika vgl. Dok. 51, Anm. 16.

<sup>14</sup> Die Konferenz der Außenminister der OAE-Mitgliedstaaten fand vom 22. bis 28. Februar 1982 in Addis Abeba statt.

<sup>15</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen als nächster Veranstalter der Gipfelkonferenz und damit Oberst Gaddafi zum Konferenzvorsitzenden sowie Präsidenten der OAE bestimmt.

<sup>16</sup> Zu den Vorschlägen des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd für eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak am 7. Februar 1982; Dok. 46.

*Barre* stimmt in diesem Punkt Mubarak nicht zu. Warum sollten die USA nicht in der Region erscheinen, wo es doch die Sowjetunion überall tut?

*Bundeskanzler* sieht auf Frage *Barres* die Entwicklung in der Sowjetunion in einer kritischen Phase. Die Notwendigkeit großer Getreideimporte und die tiefen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Polen und Rumäniens legen der SU hohe Verbindlichkeiten in harter Währung auf. Hinzu kommt die panische sowjetische Einkreisungsfurcht, die sie dazu bringt, ihren Einfluß überall in der Welt zur Geltung bringen zu wollen. Ihre Führer sind zu alt und nicht mehr anpassungsfähig. Es ist schwer vorzustellen, daß eines Tages jüngere Führungskräfte an demselben politischen Kurs festhalten. Sie werden die Lage neu analysieren wollen und dann zu Schlußfolgerungen kommen, die für den Westen nicht notwendigerweise weniger gefährlich sind. Breschnew übt insgesamt einen mäßigen Einfluß aus.

Er erläutert die wachsende Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen SS-20 seit der Mitte der 70er Jahre. Nicht zuletzt unter dem Druck der Europäer verhandeln jetzt die beiden Großmächte über eine Begrenzung dieser eurostrategischen Waffen.<sup>18</sup> Wir lassen die Russen in keinem Zweifel, daß wir die Stationierung amerikanischer Raketen zulassen werden, wenn es nicht zur rechten Zeit zu vereinbarten Reduzierungen in Genf kommt. Die Bundesrepublik trägt entscheidend dazu bei, daß die SU ihre konventionelle Überlegenheit in Europa nicht politisch nutzen kann. Neben einer halben Million deutscher Soldaten – eine äußerst fähige Armee – haben sechs andere Staaten Einheiten des Heeres und der Luftwaffe auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert. In Friedenszeiten gab es noch nicht so viele Soldaten auf deutschem Boden. Wir nehmen all das in Kauf, weil wir die politische und militärische Bedrohung von Moskau auch so deutlich sehen wie Präsident *Barre*.

Aber weil wir eine so feste Sicherheitspolitik betreiben, weil Moskau jetzt damit rechnen muß, daß zum ersten Mal auch Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden, die Moskau zerstören können, können wir es uns auch leisten, im Umgang mit der SU leise und vorsichtig zu sprechen, einen Dialog und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

Er weist darauf hin, daß auch Gaddafi für die SU kein berechenbarer oder verlässlicher Partner ist (*Barre* stimmt zu).

Wir sollten auch die Möglichkeit einer künftigen Annäherung zwischen der SU und China nicht unterschätzen. Der Bruch liegt jetzt immerhin 25 Jahre zurück, die unversöhnlichen politischen Führer Chruschtschow und Mao sind tot. Wenn die USA darauf bestehen, China als eine andere kommunistische Macht zu behandeln, werden sie es einer neuen Generation politischer Führer in Moskau und auch in China leicht machen, diese Lage auszunutzen. Er erläutert auf *Barres* Einwurf, daß die Verschlechterung der Beziehung zwischen China und der SU nicht mehr aufzuhalten ist, den schnellen Wechsel in der chinesischen Führung seit dem Tode Maos.

*Barre* betont, daß Somalia die Entwicklung in China verfolgt und sich bemüht, gute Beziehungen mit China zu unterhalten.

<sup>18</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

Er möchte abschließend folgende Punkte herausstreichen:

1) Somalia braucht die Hilfe der Bundesrepublik bei der Verteidigung des eigenen Landes.

2) Somalia hat große Entwicklungsmöglichkeiten, die es allerdings nicht selbst verwirklichen kann, da es unter der großen Belastung durch das Flüchtlingsproblem sowie Trockenheit und Flutkatastrophen leidet.

Somalia rechnet mit deutscher Hilfe, die es dringend braucht. Es hat inzwischen ein Investitionsschutzabkommen geschlossen.<sup>19</sup> Es hat deutsche Geschäftsleute eingeladen, Somalia zu besuchen und Investitionsmöglichkeiten zu prüfen. Er hofft, daß der Bundeskanzler die deutschen Industriellen ermutigen und auch die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten Somalias in der deutschen Presse fördern wird.

*Bundeskanzler* sagt zu, daß die Bundesregierung Somalia wie bisher auch weiter helfen wird. Er ist bereit, Industrielle, die von Somalia eingeladen werden, zu ermutigen. Er will wie bisher Somalia helfen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

## 95

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

25. März 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Mauroy am Donnerstag, dem 25. März 1982, von 14.14 bis 16.00 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil von deutscher Seite: BM Matthöfer, StS Lautenschlager, AL4<sup>3</sup>, GL21<sup>4</sup> (als Note-taker); auf französischer Seite: Eu-

<sup>19</sup> Die Bundesrepublik und Somalia schlossen am 27. November 1981 einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut des Vertrags und des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 779–785.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. März 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte er, er übersende „zur Vorlage bei BM Genscher und St[aa]tssekretär] Lautenschlager Kopie des Vermerks über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Mauroy“. Bundeskanzler Schmidt habe der Aufzeichnung noch nicht zugestimmt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. März 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178863.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Mauroy hielt sich am 25. März 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Hermann Heick.

<sup>4</sup> Klaus Zeller.

ropa-Minister Chandernagor, Botschafter Froment-Meurice, der stellvertretende Kabinettsdirektor des PM, Peyrelevade, sowie auf beiden Seiten je eine Dolmetscherin.

Nach einleitenden Bemerkungen von beiden Seiten dankte Ihnen PM für die kurzfristig vereinbarte Begegnung.

Er habe keine besonders delikaten Fragen vorzubringen, insbesondere wolle er nicht über den Franc sprechen.<sup>5</sup> Er wolle auch nicht die Fragen im einzelnen berühren, zu denen Übereinstimmung zwischen uns bestehe. Das gelte für die gemeinsamen Anstrengungen, Abhilfe für die wirtschaftliche Krise in Europa und in der Welt zu schaffen, auch dafür, daß Europa gestärkt werden müsse oder sich zur Zeit in vielfältigen Schwierigkeiten befinde. Schließlich wolle er nicht über eine neue Landwirtschaftspolitik mit Ihnen sprechen, sondern ganz einfach über die Agrarpreise. Dieses Thema habe große Bedeutung, ja Vorrang für seine Regierung. Ihr gehe es darum, daß man so schnell wie möglich zu einer Einigung über die Agrarpreise komme. Dies müsse allerspätestens vor Juli geschehen. Er betonte die Notwendigkeit, hierüber zwischen Deutschen und Franzosen zu sprechen und sich abzustimmen. Die Agrarpreispolitik sei für die französische Regierung Teil ihrer umfassenden Anstrengungen, die französische Wirtschaft in Ordnung zu bringen, Arbeitslosigkeit und Inflation zu bekämpfen.

Was die Inflationsrate betreffe, so liege sie in F zur Zeit bei 14%; die Regierung hoffe, sie bis zum Jahresende auf dann 10% senken zu können; wenn man die augenblicklichen Linien fortziehe, so werde man zumindest 12% erreichen.

PM führte sodann aus, daß Frankreich ein landwirtschaftliches Land geblieben sei, trotz – später begonnener – industrieller Entwicklung. Die Landwirte seien eine wichtige und einflußreiche Bevölkerungsgruppe. Ihre Kaufkraft sei gesamtwirtschaftlich von Bedeutung, sie habe laufend abgenommen. Die Inflationsrate liege über dem Anstieg der Agrarpreise: 14% bei einem Anstieg der Agrarpreise von etwas über 12% im vergangenen Jahr.

Sie warfen ein, daß bei uns die Inflationsrate im vergangenen Jahr um 6% gelegen habe, das Verhältnis sich also umgekehrt darstelle. Wir müßten darauf achten, daß sich die Agrarpreise nicht inflationssteigernd auswirkten.

PM fuhr fort, indem er erläuterte, daß mit einem Sinken der landwirtschaftlichen Einkommen die Kaufkraft der Landwirte abgenommen habe, während die

<sup>5</sup> Vor dem Hintergrund der Abwertung der französischen Währung im Juni 1982 berichtete Botschafter Herbst, Paris, am 12. August 1982: „Die Sozialisten sind 1981 mit der ideologisch fundierten Verheißung angetreten, mehr soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Aufschwung und Abbau der Arbeitslosigkeit harmonisch miteinander verbinden zu können. Unter dem Erwartungsdruck ihrer Wähler hielten sie an ihrem Konzept auch nach der ersten Abwertung im Herbst 1981 trotz der immer deutlicher aufblinkenden wirtschaftlichen Warnzeichen und gegen interne Widerstände, wenn auch mit wachsender Inkonsequenz, fest. [...] Die Arbeitslosigkeit ist, wenn auch mit abgeschwächten Zuwachsraten, auf über zwei Millionen gestiegen, die Inflationsrate blieb unverändert bei fast 14 Prozent. Die Defizite in der Handelsbilanz, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung und des Staatshaushalts drohten außer Kontrolle zu geraten. Der Franc mußte ein zweites Mal abgewertet werden. Hinter einem Nebelschleier von Schuldzuweisungen [...], Euphemismen und politischen Buschfeuern, hinter denen man eher Ablenkungsmanöver denn Ungeschick vermuten möchte, hat die Regierung unter dem Druck der wirtschaftlichen Realitäten das Steuer zu später Stunde radikal herumgeworfen, ohne den Kurswechsel öffentlich einzugestehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1483; Referat 202, Bd. 140611.

Kaufkraft anderer Bevölkerungsgruppen laufend gestiegen sei; die Schere zwischen dem Einkommen der Landwirte und dem Rest der Bevölkerung habe sich damit zunehmend weiter geöffnet. Die Unruhe bei den Landwirten steige daher, vergangenen Dienstag sei es zu einer großen Demonstration in Paris<sup>6</sup> gekommen. Es gehe der französischen Regierung also darum, zu verhindern, daß sich die Einkommensunterschiede weiter akzentuierten. Die französischen Landwirte verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die augenblicklichen Beratungen um die landwirtschaftlichen Preise. Dies sei im übrigen ein gemeinsames Problem für unsere beiden Länder.

Es gehe nicht nur um die Preise, sondern auch um den Abbau des Währungsausgleichs, eine Frage, die zwischen D und F offen sei.

Die Kommission habe eine Steigerung von 9% in ECU vorgeschlagen; die französische Idealvorstellung liege bei 11,5%, obwohl dies für die französischen Landwirte nicht ausreichend sei. F werde sich beweglich zeigen, die Regierung wolle aber jedenfalls 11,5%. Die französische Regierung würde es bedauern, wenn sie gezwungen wäre, die Kommission um Ermächtigung zu bitten, nationale Kompensationen zu zahlen. Sie stehe aber vor dem schweren Problem, ihren Landwirten verständlich machen zu müssen, warum ihre Kaufkraft ständig abnehme.

Sie bemerkten, wie gut es sei, daß Sie BM Matthöfer und Staatssekretär Lautenschlager zu dem Gespräch hinzugebeten hätten. Sie seien kein Fachmann in diesen Fragen. Sie seien aber durchaus bereit, Argumente zu hören. Sie wollten Ihrerseits einige politische Bemerkungen machen.

Es sei Ihrer Meinung nach nicht gut, wenn die britische Regierung an einem Junktim zwischen der Lösung der Mandatsfrage<sup>7</sup> und der Bestimmung der Agrarpreise festhalte. Sie hätten dies auch PM Thatcher sehr deutlich gesagt.<sup>8</sup> Sie gaben im Anschluß hieran einige Erläuterungen über den Verlauf der deutsch-britischen Konsultationen. Im Zusammenhang damit bemerkten Sie, daß einerseits an den Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht gerührt werden dürfe, auch wenn sie für uns, D, nicht immer zum Vorteil seien, wir aber andererseits Verständnis für britische Ausgleichsansprüche hätten, solange sie ausschließlich finanziell begründet würden. Sie verwiesen in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Pressekonferenz in Chequers, in der Sie öffentlich sehr zur Entdramatisierung der Mandatsfrage geraten hätten.<sup>9</sup> Im übrigen sei dies nicht die erste Schwierigkeit, in die die Gemeinschaft während ihres Bestehens geraten sei.

<sup>6</sup> In der Presse wurde über die Demonstration am 23. März 1982 in Paris berichtet: „Bei der größten Kundgebung, die Paris seit der Studentenrevolte des Mai 1968 erlebte, protestierten gestern etwa 100 000 französische Landwirte gegen die ständige Verteuerung ihrer Betriebskosten bei sinkenden Erzeugerpreisen und für eine Aufbesserung ihres Einkommens um 16,3 Prozent vom 1. April an.“ Vgl. den Artikel „100 000 Bauern demonstrierten in Paris“; DIE WELT vom 24. März 1982, S. 1.

<sup>7</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.  
Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 90–92.

<sup>9</sup> Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierministerin Thatcher am 19. März 1982 auf dem Stützpunkt der Royal Air Force bei Halton legte Bundeskanzler Schmidt zu den Diskussionen über das Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 dar: „There is a little too much publicity and too much dramatisation. There are greater things at stake.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 415 des Botschafters Ruhfus, London, vom 20. März 1982; Referat 204, Bd. 124946.

Zu den Agrarpreisen könnten und wollten Sie im einzelnen nicht Stellung nehmen. Sie wollten lediglich bemerken, daß wir uns nicht auf Beschlüsse einlassen könnten, durch die die Ein-Prozent-Grenze<sup>10</sup> durchstoßen würde. Die finanziellen Nettoleistungen an die Gemeinschaft schlugen auf unseren Haushalt und unsere Zahlungsbilanz massiv durch; sie lägen jetzt in der Größenordnung von 6,5 Mrd. DM pro Jahr.

Ergänzend berichteten Sie über Ihren Meinungs austausch mit PM Thatcher zu weltwirtschaftlichen Fragen und zur Wirtschaftspolitik der USA. Hier zeichne sich eine gemeinsame europäische Position ab, was auch für den Wirtschaftsgipfel von Versailles<sup>11</sup> konkrete Konsequenzen haben könne. Dabei seien sich alle Beteiligten sicher einig, daß es nicht darum gehe, die USA in Versailles in die Ecke zu stellen, sondern gute, für alle nützliche Ergebnisse zu bekommen.

Auch der Allianzgipfel in Bonn<sup>12</sup> müsse sehr gründlich und wirksam vorbereitet werden.

PM reagierte sehr zustimmend auf Ihre Ausführungen sowohl zu den europäischen wie auch zu den weltwirtschaftlichen Fragen. Auch F erhoffe sich vom Versailler Gipfel fruchtbare Ergebnisse, auch wenn es schwierig sei, dahin zu gelangen.

Was Ihre Gespräche mit PM Thatcher zu europäischen Fragen betreffe, so habe man auf französischer Seite günstige Auswirkungen festgestellt. Dies sei jedenfalls der Eindruck gewesen, den AM Cheysson aus Brüssel<sup>13</sup> mit nach Hause gebracht habe. Er habe sich also nicht geirrt, und PM wolle Ihnen dafür danken.

Er werde auch den Präsidenten<sup>14</sup> hiervon unterrichten.

Sodann gab BM Matthöfer auf Ihre Bitte Erläuterungen zu den Agrarpreisen. Übereinstimmung bestehe zwischen uns und den Franzosen, daß die Ein-Prozent-Grenze nicht überschritten werden dürfe und daß der Anstieg der Kosten für die Agrarpolitik unterhalb der Wachstumsrate des EG-Gesamthaushalts bleiben müsse.

PM äußerte seine Zustimmung.

BM Matthöfer erläuterte des weiteren, daß unserer Einschätzung nach eine endgültige Einigung über die Agrarpreisfrage Anfang April nicht erreicht werden könne – nicht etwa, daß wir dies nicht wollten, aber wir sähen die Schwierigkeiten – und daß alle Beteiligten daher etwas Geduld haben müßten. Die Preiserhöhungen könnten jedoch rückwirkend in Kraft gesetzt werden.

Letzteres wurde von PM Mauroy ausdrücklich quittiert.

Meinungsunterschiede gebe es zwischen uns, so fuhr BM Matthöfer fort, in der Frage der Preiserhöhungsrate, über die Höhe des Abbaus des Grenzausgleichs und bei den Mittelmeerfragen. Der Vorschlag der Kommission sei mit 9% schon sehr hoch. Die französische Seite strebe wohl 14% an.

<sup>10</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

<sup>11</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>12</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>13</sup> Am 22./23. März 1982 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 6.

<sup>14</sup> François Mitterrand.

Der Bundeskanzler warf ein, 11,5%.

PM ergänzte hier, daß die französische Regierung sich vielleicht auch mit 11% zufriedengeben könnte.

BM Matthöfer machte darauf aufmerksam, daß die französische Regierung intern durch eine Abwertung des Grünen Francs<sup>15</sup> noch eine Marge von 1,8% habe, nachdem sie im Oktober schon über den Grünen Franc eine Preisanhebung von 1,5% erhalten habe. Wir meinten, daß die Preissteigerung für landwirtschaftliche Güter jedenfalls nicht die allgemeine Preissteigerungsrate übersteigen dürfe.

Der Kommissionsvorschlag für den Abbau des positiven Währungsausgleichs läge bei 4,5%; dies sei für uns nicht akzeptabel. Was die Mittelmeerprobleme betreffe, so seien wir bereit, soviel wie möglich und nötig im Preispaket zu lösen.

Chandernagor wies darauf hin, daß die Mittelmeerfragen geprüft würden und schnelle Ergebnisse nicht zu erwarten seien. Wir würden die französischen Besorgnisse kennen, insbesondere auch, daß es eine Erweiterung<sup>16</sup> ohne eine vorherige Lösung der Mittelmeerfragen nicht geben könne.

Sie warfen ein, daß Erweiterung ohnehin nicht übereilt werden könne.

Chandernagor wies darauf hin, daß besonders dringlich die Lösung des Weinproblems sei. Hierbei sei es schon zu einer Belastung des französisch-italienischen Verhältnisses gekommen, die nur noch stärker werden könnte. F begrüße, daß einer Destillierung von 6 Mio. hl jetzt zugestimmt worden sei, ein Beschluß, der nicht sehr leicht zustande kam. Die deutsche Position sei hier hilfreich gewesen. Dies löse die akutesten Fragen. Längerfristig seien weitere Maßnahmen zu ergreifen, so insbesondere strukturverbessernde Maßnahmen.

StS vermerkte mit Befriedigung, daß F nicht an nationale Maßnahmen denke. Derartige Maßnahmen würden uns vor sehr große Probleme stellen.

PM stimmte dem zu; Chandernagor ergänzte, daß man dies in F sehr klar sehe. Eben deshalb bemühe sich F um eine rasche Gemeinschaftslösung, bei der es um die Höhe des Preisanstiegs wie selbstverständlich auch um die Höhe des Abbaus des Währungsausgleichs gehe.

Seiner Meinung nach dürfte eine Preisanhebung bis zu 11% keine Haushaltsprobleme nach sich ziehen.

BM Matthöfer bemerkte, daß die große Beanspruchung des EG-Haushalts 1981 durch Agrarausgaben auf ein Ansteigen der Weltmarktpreise zurückzuführen sei; dies müsse nicht so bleiben.

Chandernagor bekräftigte, daß die Ausgaben für Agrar die Gemeinschaft aller Voraussicht nach im laufenden Jahr nicht vor Haushaltsprobleme stellen würden. Dies spreche für eine vernünftige Steigerung der Agrarpreise.

<sup>15</sup> Der „grüne Kurs“ einer nationalen Währung gab den vom EG-Ministerrat festgelegten Umrechnungskurs der jeweiligen Währung zur Europäischen Rechnungseinheit (ERE) wieder.

<sup>16</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 72, Anm. 4.  
Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 72, Anm. 3.

StS Lautenschlager machte darauf aufmerksam, daß F für eine Festsetzung der Agrarpreise bei der augenblicklichen Praxis noch die Zustimmung der Briten benötige.

BM Matthöfer wies auf den Zusammenhang hin, daß<sup>17</sup> unter Haushaltsgesichtspunkten und dem der Ein-Prozent-Grenze selbstverständlich ein Zusammenhang zwischen der Agrarpreiserhöhung und dem Ausgleich an GB bestehe, unabhängig davon, ob ein formelles Junktim hergestellt werde oder nicht.

Chandernagor bemerkte, daß dies selbstverständlich auch umgekehrt gelte. Je geringer der Ausgleich ausfalle, um so höher könnten die Agrarpreise sein. Er wies darauf hin, daß von den Überzahlungen an GB im Rahmen des abgelaufenen Ausgleichs nicht mehr die Rede sei.

BM Matthöfer widersprach; man habe darüber auch in Chequers gesprochen und den Briten gesagt, daß wir<sup>18</sup> von den überzahlten 900 Mio. ECU 600 in etwa drei oder vier Jahren zurückhaben wollten. Dies bedeute, daß sich GB entweder 200 Mio. ECU oder 150 Mio. ECU pro Jahr anrechnen lassen müsse. Dies sei auf jeden Fall Verhandlungsgegenstand.<sup>19</sup>

Chandernagor fragte sich, wie sich die britische Haltung nach dem Europäischen Rat<sup>20</sup> entwickeln werde, auch wenn man auf dem ER nicht hart über Mandat und Agrarpreise sprechen wolle. Letzteres jedenfalls stehe nach französischer Einschätzung fest.

Sie vermerkten dies als eine interessante Feststellung. BM Genscher und auch Sie hätten noch gewisse Zweifel daran. Bedeute die Aussage Chandernagors, daß F diese Fragen auf dem ER nicht hart ansprechen wolle, oder sei dies eine Aussage über die Haltung anderer?

Chandernagor berichtet, daß nach Lord Carringtons Aussage Mrs. Thatcher wohl die Mandatsfrage ansprechen wolle, ohne hierauf aber länger einzugehen. Carrington selbst habe den Beratungstermin des 3. April für eine eingehende Aussprache der AM zu dieser Sache vorgeschlagen.

Sie erkundigten sich erneut nach der französischen Haltung.

Chandernagor entgegnete, daß F von Anfang an der Meinung war, daß darüber auf dem ER nicht gesprochen werden solle. Auf Lord Carringtons Vorschlag zurückkommend, sagte Chandernagor, daß er die Antwort auf eine Erwägung von AM Tindemans gewesen sei, sofort anschließend an den ER die AM tagen zu lassen.

Carrington wollte nicht, daß der ER sofort durch eine sich anschließende schwierige Beratung der AM belastet werde.

BM Matthöfer bemerkte, daß nach seinem Eindruck wir nicht allzu weit entfernt von einer Einigung in der Preisfrage und in der Frage des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge seien. PM und Chandernagor entgegneten, man wolle dies hoffen; die Positionen der Kommission und die französische lägen jedenfalls noch auseinander.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „der“.

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>20</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

StS Lautenschlager erkundigte sich nach den französischen Vorstellungen über das weitere Vorgehen.

Laut Chandernagor könne man zwei Hypothesen für den Fortgang aufstellen: Wenn GB blockiere, so werde der Gang der Gemeinschaft insgesamt blockiert. Für diesen Fall sollte man ein Übereinkommen zu neunt über die Agrarpreise ins Auge fassen, wobei offenbliebe, was die Folgen wären.

Die zweite Hypothese wäre wie 1980 eine Krise der Gemeinschaft, da die Gemeinschaft eine gemeinsame Rechtsverpflichtung nicht einhalte. Dann sei die Kommission zum Handeln aufgefordert.

StS Lautenschlager fragte, ob F daran denke, die Agrarpreise durch Mehrheitsentscheid festzusetzen. Chandernagor stellte darauf die Gegenfrage, wie dies bewerkstelligt werden sollte.

Sie bezeichneten eine Konfrontation in dieser Frage als gefährlich. Wir stünden auch nicht unter Zeitdruck. Jedenfalls müßten am 1. April noch keine Preise festgesetzt werden.

PM bestätigte dies und fügte hinzu, daß die Preise jedenfalls vor dem 1. Juli beschlossen werden müßten.

Sie stellten fest, daß die AM über das Mandat beraten, die Agrarminister über die Agrarpreise. Ein Kompromiß könne aber wahrscheinlich nur im Gesamtzusammenhang zustande kommen. Wie solle er aber erreicht werden, wenn es weder den Agrarministern noch den AM gelingen sollte, hierzu etwas beizutragen? Wer solle es dann zustande bringen? Die Regierungschefs würden mit Recht ablehnen, sich mit dieser Frage zu befassen, da ein Fehlschlag der Regierungschefs in der augenblicklichen Lage der Gemeinschaft gefährlich werden könnte. Auch wäre dies das völlig falsche Signal an Moskau und auch an die Adresse Washingtons. Man müsse sich vielleicht fragen, welches Kränzchen man zusammenbringen müsse, wenn bis Ende April weder die Mandats- noch die Agrarpreisfrage geregelt sei. Hierüber brauche man freilich jetzt noch nicht nachzudenken, da Hoffnung bestehe, daß die zuständigen Minister zu Ergebnissen gelangen.

PM hielt es für dringend erforderlich, daß sich F und D abstimmen, dann würde es auch Ergebnisse geben. Er wolle seinerseits keineswegs dramatisieren. Wenn sich eine Entscheidung jedoch hinziehe, so würde es in F ganz von selbst zu dramatischen Entwicklungen kommen. Aus eben diesem Grunde habe er um das Gespräch gebeten. Das Landwirtschaftsproblem stehe im Mittelpunkt unserer augenblicklichen Schwierigkeiten. Wir müßten unter allen Umständen versuchen, rasch (hier nannte PM Mauroy plötzlich Anfang April) zu einer Regelung zu kommen. Dazu sei es notwendig, daß F und D sich einigten, weitere sieben Staaten würden folgen, und GB müsse dann einlenken.

Was den Abbau der Währungsausgleichsbeträge angehe, so sei seine Einschätzung, daß wir nicht zu weit auseinander lägen.

Sie machten darauf aufmerksam, daß wir die Rechnung nicht ohne den englischen Wirt machen könnten.

PM kam auf seinen Vorschlag einer Abstimmung unter Neun zurück und verwies erneut darauf, daß die Lage in F selbst sehr kritisch würde. Die Gemeinschaft könne sich dann in einer schwierigen Lage kurz vor den Gipfeltreffen in

Versailles und Bonn befinden, was für unsere Position auf diesen Gipfeln sehr nachteilig wäre.

Sie gaben zu erwägen, ob die AM bei ihren Gesprächen zum Mandat nicht auch die Frage der Agrarpreise mit berücksichtigen könnten. Sie könnten sich vorstellen, daß die AM hier einige positive Anstöße geben könnten. Sie bezogen dies insbesondere auch auf Lord Carrington.

PM äußerte gewisse Zweifel, die Chandernagor mit einem Bericht über die AM-Sitzung am 25. Januar<sup>21</sup> ergänzte, auf der Lord Carrington sehr wenig Bewegungsfreiheit gehabt habe.

Im übrigen äußerte er grundsätzliche Bedenken dagegen, daß die AM bei der Behandlung des Mandats auch die Agrarpreise im Auge hätten. Hier würde dann gerade ein Junktim hergestellt, das Frankreich unter keinen Umständen akzeptieren könne.

PM äußerte sich sehr nachdrücklich in derselben Richtung. Präsident Mitterrand habe sich sehr dezidiert gegen eine politische Verbindung von Mandat und Agrarpreisen geäußert. Er kam wieder auf die notwendige Abstimmung zwischen F und D zurück und erwähnte erneut die Möglichkeit einer Abstimmung unter neun Staaten. Man müsse auf GB Druck ausüben. Wenn dies nicht geschehe, so würden wir mit allen Fragen der Gemeinschaft in eine Krise geraten.

Sie bekräftigten, daß auch Sie gegen ein Junktim seien und dies, wie bereits erläutert, GB gesagt hätten. Ihnen gehe es jedoch darum, daß die Gemeinschaft nicht in die Luft gesprengt werde, indem man GB in die Ecke dränge. Es sei notwendig, daß auch GB das Gesicht wahren könne. Sie hätten auch nicht an eine formelle Behandlung der Agrarpreise bei den AM gedacht, sondern lediglich an eine Zusammenschau. Man solle den steten Einfluß Lord Carringtons nicht unterschätzen, der schon in anderen wichtigen Fragen Erfolg gehabt habe.

Ihr Ratschlag sei, daß selbstverständlich kein Junktim hergestellt werde, man aber sehr gründlich darüber nachdenke, wie GB sein Gesicht wahren könne.

PM machte Anstalten, das Gespräch zu beenden, indem er Ihnen für den Empfang dankte, nochmals die Bedeutung des Preisproblems für die Agrarerzeugnisse unterstrich und ausführte, daß den Landwirten eine normale Gegenleistung für ihre Produktion geboten werden müsse. Er bestätigte, daß es Wunsch seiner Regierung sei, eine Preiserhöhung von 11,5 % zu erhalten, sie aber auch mit 11 % zufrieden sein könnte, bei entsprechender Senkung des (deutschen) Währungsausgleichs.

StS Lautenschlager führte den Gedanken ein, daß bei selbstverständlicher Ablehnung eines formellen Junktims beide Entscheidungen – über Agrarpreise, über das Mandat – ad referendum in einer Art Gleichschritt getroffen werden könnten, die eine bei den Landwirtschaftsministern, die andere bei den Außenministern. Die Regierungen könnten dann die Entscheidungen über beide treffen.

Auf Ihre Frage nach dem Zeithorizont für diese Entscheidungen entgegnete PM mit deutlich zurückgenommener Sprache. Bei dem Druck, der von seiten

<sup>21</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 42, Anm. 6 und 8.

der Landwirte ausgehe, strebe die französische Regierung selbstverständlich eine Entscheidung möglichst im April an. Sie wolle kein Risiko einer internen Dramatisierung laufen. Der Erwägung einer Ad-referendum-Entscheidung stimmte PM nicht ausdrücklich zu, er ließ aber Interesse erkennen.

Sie versicherten PM, daß die französische Interessenlage bei diesem Gespräch sehr deutlich geworden sei.

Unabhängig davon wollten Sie eine andere Frage noch stellen, Sie würden so manches über F lesen, so auch über den Franc. Was sollten Sie antworten, wenn Sie danach gefragt würden, ob Sie und PM, was man vermutet, über Währungsprobleme gesprochen hätten.

PM entgegnete, daß Sie dann ganz einfach antworten könnten, daß dies nicht der Fall gewesen sei.

Im Anschluß an dieses Gespräch halten Sie den PM für einige Minuten zu einem Gespräch unter vier Augen bei sich zurück.

**Referat 010, Bd. 178863**

## 96

### **Botschafter Wieck, z.Z. Boeing 707, an das Auswärtige Amt**

114-11613/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 1001  
Citissime

**Aufgabe: 25. März 1982, 00.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 25. März 1982, 08.10 Uhr**

Zur Unterrichtung

Betr.: 31. NPG-Ministerkonferenz in Colorado Springs (23./24. März 1982);  
hier: Ergebnisbericht

I. Überblick

1) Das Treffen der Verteidigungsminister gewann seine besondere Bedeutung durch die Möglichkeit, geschlossen auf die jüngsten Moratoriumsvorschläge Breschnews<sup>2</sup> zu reagieren. Dies gelang nach außen durch Paragraph 9 des Abschlußkommuniqués<sup>3</sup>. Intern gab es darüber jedoch erhebliche Auseinandersetzungen mit den niederländischen und dänischen Delegationen. Diese fühlten sich quasi an ein imperatives Mandat gebunden, die teilweise positive Kom-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 25. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bolewski verfügte.

Hat Bolewski am 26. März 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24. März 1982 in Colorado Springs vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 44–46. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 218–220.

mentierung der Breschnew-Vorschläge durch van der Stoel bzw. Jørgensen auch im NPG-Kommuniqué reflektiert zu sehen. Dies führte schließlich zur Eliminierung eines konkreten Hinweises auf den Breschnew-Vorschlag sowie – griechischem Muster entsprechend – zu einem formal aufgezeäumten Vorbehalt Dänemarks zu Paragraph 9.

Die Irritationen, die dadurch bei Weinberger auftraten, dürften amerikanische Zweifel an der Zuverlässigkeit einiger politischer Tendenzen in Europa noch bestärkt haben.

BM Apel verurteilte die bedenkliche neue Praxis, sich der gemeinsamen Verantwortung durch offene Vorbehalte zu entziehen, als eine nicht tolerable, durch die Öffnung der NPG in Gang gesetzte Entwicklung von gemeinsamer nuklearer Planung zu einseitiger Ausrichtung auf nukleare Abrüstung. Wenn dieser Trend sich fortsetze, könnte dies das Ende der NPG-Arbeit einleiten.

2) Im übrigen verlief das Treffen atmosphärisch entspannt. Dazu dürfte u. a. beigetragen haben

(1) die Ankündigung der Niederlande, jetzt doch bereits Vorbereitungsarbeiten für die evtl. spätere Dislozierung von GLCM zuzulassen;

(2) Zusage Weinbergers, die START-Verhandlungen noch im Sommer 1982 aufzunehmen<sup>4</sup>;

(3) im deutsch-amerikanischen Verhältnis die Fortschritte bei WHNS<sup>5</sup>, MRP<sup>6</sup> und durch sachliche Gesprächsführung zum Thema NATO-Infrastruktur<sup>7</sup>;

(4) das auf amerikanischer Seite für die europäischen Problemstellungen gewachsene Verständnis, wofür das plötzliche Auftreten einer Friedensbewegung in den USA beigetragen haben dürfte.

Griechenland spielte allerdings erneut seine Sonderrolle, suchte dabei aber Irritationen zu vermeiden (vgl. 4<sup>8</sup>)

3) Zu Polen beschränkte sich die NPG in Paragraph 14 ihres Kommuniqués auf Hinweis auf die Erklärung der NATO-AM vom 11.1.82<sup>9</sup>, ohne Eindruck einer nachträglichen Indossierung erwecken zu wollen.

4) GS Luns stellte aufgrund einer Absprache der Verteidigungsminister bei einem gemeinsamen Essen fest, daß sich ein Konsens darüber entwickelt habe, daß die Verteidigungsminister am Bonner NATO-Gipfel<sup>10</sup> teilnehmen sollten. Selbstverständlich setze dies Zustimmung der Regierungschefs voraus. Diese Frage werde im NATO-Rat weiter zu behandeln sein. BM Apel beabsichtigt, sie

<sup>4</sup> Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.

<sup>5</sup> Zu dem von den USA geforderten „Wartime Host Nation Support“ vgl. Dok. 79, Anm. 14.

<sup>6</sup> Master Restationing Plan.

Zum Wunsch der amerikanischen Regierung nach Verlegung von Streitkräften innerhalb der Bundesrepublik vgl. Dok. 79, Anm. 16.

<sup>7</sup> Zur Frage der Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms vgl. Dok. 79, Anm. 15.

<sup>8</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>10</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

in Sitzung des Bundeskabinetts am 31.3. zur Erörterung zu stellen. Er teilt die Ansicht seiner Kollegen zur Teilnahme der VM, um den Verteidigungsaspekt des Bündnisses sichtbar zu machen.

## II. Im einzelnen

1) Unter dem traditionellen TOP 1 „Status der nuklearen Streitkräfte“ gab es diesmal eine Unterrichtung über die Einsatzgrundsätze für die amerikanischen interkontinental-strategischen Streitkräfte (Zielsetzung, constraints, Optionen). Sie erbrachte keine neuen Erkenntnisse.

2) Dies traf auch hinsichtlich eines ergänzenden Briefings durch den Internationalen Stab bzw. SHAPE über die Richtlinien für den selektiven nuklearen Einsatz im Bereich von ACE<sup>11</sup> zu, da sie sich im wesentlichen auf Wiedergabe der „provisional political guidelines for the initial defensive tactical use of nuclear weapons by NATO“ beschränkten (TOP 2). Die Minister waren sich darin einig, daß die Arbeit der NPG-Arbeitsgruppe an den Generellen Einsatzrichtlinien (GPG<sup>12</sup>) ohne besondere Dringlichkeit bei Fortgeltung der gültigen Dokumente fortgesetzt werden sollte.

[3] Zur Implementierung des Nachrüstungsteils des Doppelbeschlusses (TOP 3 a):

a) Weinberger erklärte, die Entwicklung der Pershing II und der GLCM verlaufe entgegen anderslautender Pressemeldungen planmäßig. Kanada gab bekannt, daß es der Durchführung von Probeflügen der GLCM auf kanadischem Territorium zugestimmt habe.

Van Mierlo (NL) unterrichtete darüber, daß Den Haag der Aufnahme von Explorationen zur Festlegung eines GLCM-Standortes in den Niederlanden zugestimmt habe, damit keine Zeit für den Fall verlorengelange, daß Den Haag der Dislozierung später zustimmen sollte. Diese Entscheidung sei davon nicht präjudiziert.

Nott verwies darauf, daß einer der beiden Stationierungsorte für GLCM in Großbritannien bereits fertiggestellt sei.

4) Nott erläuterte die britische Entscheidung zugunsten der Trident-II-D-5-Rakete.<sup>13</sup> Die erhöhten Fähigkeiten dieses Typs gegenüber dem Typ IC4 hätten bei der Entscheidung keine Rolle gespielt, sondern nur der Gesichtspunkt, ein auch in die US Navy eingeführtes System zu erwerben. Die britischen strategischen Nuklearstreitkräfte würden trotz Trident II wie bisher nur 3 v. H. der sowjetischen Raketenstreitkräfte ausmachen.<sup>14</sup>

5) INF-Verhandlungen/START (TOP 3 b)

a) Breschnews jüngster Vorschlag eines Moratoriums in INF-Bereich wurde allgemein als Propagandamanöver beurteilt, das auf Beeindruckung der Friedensbewegungen und Spaltung des Bündnisses angelegt sei. Es gelte, den Täu-

<sup>11</sup> Allied Command Europe.

<sup>12</sup> General Political Guidelines.

<sup>13</sup> Zur Modernisierung der britischen Nuklearstreitkräfte vgl. Dok. 54, Anm. 27.

<sup>14</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „= Raketenzahl. 6% Sprengköpfe.“

schungscharakter dieses Vorgehens offenzulegen und an der Verhandlungsposition in Genf festzuhalten.<sup>15</sup>

Auf Frage erklärte Weinberger kategorisch, die USA könnten die von Breschnew möglicherweise angedrohte Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba nicht hinnehmen.

b) Den sowjetischen Verhandlungsvorschlag in Genf<sup>16</sup> kommentierte Weinberger wie folgt:

- Er beruhe auf gekünstelten Daten;
- stelle mehr auf Intentionen als auf Fähigkeiten ab;
- reserviere nur der SU das Recht, in Europa landgestützte Mittelstreckenraketen zu haben;
- sehe einen Vertrag vor, der just dann seine Geltung verlieren solle (1990), wenn die letzten amerikanischen Raketen/FBS aus Europa abgezogen sein würden.

Weinberger stellte heraus, daß die Sowjets in Genf unter „your side“ zweierlei verstünden: nur die USA, was Vertragsverpflichtungen betrifft, aber auch F und UK, was das anzurechnende Potential anbetrifft.

BM Apel regte an, die Sowjets zu fragen, ob die ersten 300 von ihnen zu reduzierenden Mittelstreckensysteme SS-20 sein würden. Die Antwort darauf werde entlarvend sein.

c) Weinberger versicherte, die USA beabsichtigten, START im Sommer 1982 aufzunehmen. Man suche, die bevorstehende öffentliche Ankündigung Reagans<sup>17</sup> mit einer Formel zu verbinden, die ebenso öffentlichkeitswirksam sei, wie es die Null-Option bei INF<sup>18</sup> gewesen ist.

BM Apel bat seine europäischen Kollegen, in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu erwecken, als nötigten sie die USA zur Aufnahme und als sei dies notwendig.

6) Über die künftige Arbeit der HLG soll auf ihrer Sitzung am 10. Mai entschieden werden.

Erwartungsgemäß plädierte van Mierlo dafür, die sog. Shift Study selbst unter der Annahme fortzusetzen, daß die Null-Option Wirklichkeit werde. Die von DK vertretene Gegenmeinung geht davon aus, daß es einen dringenden Anlaß zur Verlagerung von nuklearen Aufgaben im von van Mierlo angenommenen Fall nicht gibt, sondern nur bei Dislozierung der INF-Raketen.

Als van Mierlo sich zu der Bemerkung hinreißen ließ, daß manche nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO uns selbst mehr gefährdeten als den Gegner, verwahrte sich sein belgischer Kollege Vreven gegen pauschale Distanzierung vom nuklearen Element der Abschreckung.

<sup>15</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

<sup>16</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>18</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

## 7) Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit (TOP 4)

Der Streitkräftevergleich (SKV) der NATO wurde begrüßt. Der portugiesische VM<sup>19</sup> schlug vor, darüber hinaus u. a. folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a) Meinungsumfragen und deren gezielte Auswertung,
  - b) Frage- und Antwortkataloge zu Argumenten der SU und der Friedensbewegung,
  - c) Unterrichtsmaterial für schulische Einrichtungen,
- Unterrichtung auch der Dritten Welt und der Neutralen über die Sicherheitspolitik des Bündnisses und ihren Hintergrund.

## 8) Absicherung von Nuklearwaffenlagern gegen terroristische Anschläge (TOP 5)

Bei Fortschrittsbericht über das Longe Range Security Programme gaben USA bekannt, daß die Auswertung der Entführung von General Dozier<sup>20</sup> erstmals konkret bestätigt habe, daß terroristische Kreise an Nuklearwaffenlagern interessiert seien. Eine Bewertung der terroristischen Entwicklung soll auf der nächsten NPG<sup>21</sup> erfolgen.

9) Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung bleiben offen, da Griechenland seine Einladung dafür zurückgezogen hatte. Hingegen wurden bereits Einladungen ausgesprochen für

- Frühjahr 1983 durch Portugal,
- Herbst 1983 durch Kanada,
- Frühjahr 1984 durch Türkei.<sup>22</sup>

10) Abschließend verlas der griechische NATO-Botschafter<sup>23</sup> als Vertreter Papandreou eine Erklärung, wonach er aufgrund seiner bekannten Position nicht allem heute Verhandelten zustimmen könne. Athen sei Entspannung, Abrüstung und Frieden verpflichtet. Gleichgewichts unter Absenkung des Waffenbestands auf möglichst niedrige Ebene für notwendig und suche daher Wege, die jede neue Dislozierung von nuklearen Waffen in Europa überflüssig machen würden.<sup>24</sup> Der Botschafter verlangte schließlich, daß im Kommuniqué

<sup>19</sup> Diogo Pinto de Freitas do Amaral.

<sup>20</sup> Der von Terroristen entführte amerikanische Brigadegeneral Dozier wurde am 28. Januar 1982 von italienischen Sicherheitskräften befreit. In der Presse hieß es dazu: „Eine Spezialeinheit der italienischen Polizei befreite in einer mustergültig vorbereiteten Aktion den Offizier aus einem Versteck in der norditalienischen Stadt Padua, 42 Tage, nachdem er aus seiner Wohnung in Verona entführt worden war. Die Polizisten überrumpelten dabei fünf Terroristen, dem Vernehmen nach vier Männer und eine Frau, die der linksextremistischen Terrororganisation ‚Rote Brigaden‘ angehören. [...] Die italienischen Sicherheitskräfte zeigten sich erleichtert darüber, daß der General als Angehöriger verbündeter Streitkräfte, als ranghöchster amerikanischer Heeresoffizier in Italien und stellvertretender Generalstabschef der NATO-Landstreitkräfte Europa-Süd durch ihr Eingreifen unversehrt die Freiheit wiedererlangte. [...] Dozier war am 17. Dezember aus seiner Wohnung in Verona entführt worden.“ Vgl. den Artikel „General Dozier nach 42 Tagen aus der Gewalt italienischer Terroristen befreit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Januar 1982, S. 1 f.

<sup>21</sup> Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 30. November 1982 in Brüssel statt.

<sup>22</sup> Am 22./23. März 1983 fand die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura statt, am 27./28. Oktober 1983 in Montebello und am 3./4. April 1984 in Çeşme.

<sup>23</sup> George E. Sekeris.

<sup>24</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

festgehalten werde, daß „Griechenland seine Ansichten in einer Erklärung erläutert habe, welche zu Protokoll genommen worden sei“.

Was der Inhalt dieser Erklärung gewesen sei, sei der Presse nicht zu enthüllen. Die Minister stimmten diesem Procedere zu.

11) Im übrigen wird auf das getrennt übermittelte Kommuniqué verwiesen.<sup>25</sup>

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12035 (201)

## 97

### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-11663/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1268  
Citissime

Aufgabe: 27. März 1982, 13.06 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 27. März 1982, 14.05 Uhr

Betr.: Gespräch mit Gromyko am 26.3.1982;  
hier: ausführliche Wiedergabe

Bezug: DB Nr. 1265 vom 26.3.1982–POL 321.00 VS-v<sup>2</sup>

Folgt Anlage und Fortsetzung zu DB Nr. 1267 vom 27.3.1982.

[gez.] Meyer-Landrut

#### Anlage

Gromyko leitete das Gespräch ein mit dem Hinweis, die Vorschläge und Initiativen, die der GS vor dem Gewerkschaftskongreß vorgetragen hat<sup>3</sup>, seien

<sup>25</sup> Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 24. März 1982 den Text des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24. März 1982 in Colorado Springs. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1350; Referat 201, Bd. 125674.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Botschafter Ruth am 27. März 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Bereitschaftsdienst bitte Kopie an BM, StS, D 2, D 2 A. 2) 220: Analyse am Montag anfertigen.“

Zu diesem Vermerk notierte Ruth am 27. März 1982: „Erhalten.“

Hat dem Bereitschaftsdienst vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[emplar] für BM am 27.3.82 an H[errn] v[on] Braunmühl.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 27. März 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 29. März 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Barker und Legationsrat Mülmenstädt verfügte.

Hat Barker am 30. März 1982 vorgelegen.

Hat Mülmenstädt am 2. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, übermittelte Informationen über sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. März 1982 und kündigte eine ausführliche Unterrichtung an. Vgl. dazu VS-Bd. 13274 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

uns bekannt und auch in Bonn übermittelt worden<sup>4</sup>, er wolle sie deshalb nicht noch einmal wiederholen. Er äußere im Namen der sowjetischen Führung und auch des GS persönlich den Wunsch, die Bundesregierung und der Bundeskanzler mögen die Vorschläge aufmerksam prüfen. Die sowjetische Seite hoffe, daß eine solche Prüfung Vereinbarungen über Nuklearwaffen in Europa erleichtere. Sie habe die Reaktion in der Bundesrepublik beobachtet. Manche Politiker hätten gleich reagiert, andere erst nach einiger Zeit. Einige hätten gesagt, die Vorschläge seien zweifelhaft, oder sogar, sie brächten die Sache nicht voran. Andere hätten von wichtigen Vorschlägen gesprochen, die Aufmerksamkeit verdienten. Der Bundeskanzler selbst habe auch eine kurze Stellungnahme gleich nach Bekanntwerden der Vorschläge abgegeben.<sup>5</sup>

1) Die sowjetische Aufmerksamkeit hätten die Teile der Äußerungen erregt, wo von der bleibenden Bedeutung des Doppelbeschlusses die Rede gewesen sei. Man habe das Gefühl, daß offizielle Kreise in Bonn die Tendenz haben, sich vor dem Doppelbeschuß wie vor einem Gott zu verneigen. „Der Doppelbeschuß als ästhetische Formel gefällt uns aber gar nicht.“ Man müsse sich vor allem fragen, was es mit dem zweiten Teil des Doppelbeschlusses auf sich habe. Schließlich liege der Schlüssel für diesen Verhandlungsteil allein bei den USA: Selbst wenn die Bundesregierung gegen die Stationierung der Raketen ist, hat sie auf die Verhandlungen keinen Einfluß, dieses sei allein in der Kompetenz der USA. Wenn nun das 1983 herannahe, könne eine Situation eintreten, in der die USA sagen, es gebe keine Vereinbarung.<sup>6</sup> Die Schuld daran würden sie dann wohl der SU anlasten. Die SU wolle natürlich eine Vereinbarung, aber wenn sich beide Seiten ohne Ergebnis trennen, müsse die Bundesrepublik entscheiden, wer recht hat. „Wir hätten nichts dagegen, daß sie uns recht geben, aber wir erwarten nicht, daß sie eine solche Höhe der Objektivität erreichen.“ Die Bundesrepublik werde wohl aus Bündnissolidarität auf seiten der USA stehen. Damit ergebe sich, daß der Schlüssel zu den weiteren Ereignissen nicht in Bonn, sondern in Washington liege. Es komme nicht darauf an, den Doppelbeschuß als eine magische Formel zu betrachten, sondern sich über die Notwendigkeit einer politischen Wahl klar zu sein.

2) Zu den Vorschlägen Breschnews: Hier seien zwei Aspekte von Bedeutung. Mit dem Moratoriumsvorschlag bezwecke sowjetische Seite, für eine Vereinbarung eine bessere Atmosphäre und bessere Bedingungen zu schaffen. Ein einseitiges Moratorium sei schließlich ein Minus für die SU und ein Plus für die NATO, dagegen könne wohl niemand etwas haben. Zum anderen habe SU eine einseitige Entscheidung über Reduktionen getroffen. Die Bundesregierung möge dies alles aufmerksam prüfen und sich für eine „kaltblütige“ Analyse Zeit lassen.

Über die blitzartige Reaktion der USA sei man frappiert gewesen. Offenbar habe man Reagan nur ein paar Sätze aus der Rede des GS gegeben, auf die er dann

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 19. März 1982; Dok. 89.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Erklärung von Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, vom 16. März 1982; BULLETIN 1982, S. 203.

Vgl. dazu ferner die Stellungnahme des Kabinetts vom 17. März 1982 zu den INF-Verhandlungen in Genf und zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom Vortag; BULLETIN 1982, S. 203.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

reagierte.<sup>7</sup> Wenn man diesem Beispiel folgte, könnte die SU immer gleich alles ablehnen, was Reagan oder der Bundeskanzler sagen. Es gehe darum, die noch bestehenden Brücken zur Problemerkennung nicht abzurechen, sondern sie zu pflegen. Man habe sich über die Leichtfertigkeit Washingtons gewundert, mit der die ablehnende Haltung wiederholt worden sei.

Auch das Kommuniké von Colorado Springs<sup>8</sup> habe nur die gleichen ablehnenden Argumente enthalten und die einseitige sowjetische Entscheidung gar nicht bemerkt. Man könne dies vergleichen mit der damaligen Reaktion auf den Abzug von Truppen und Panzern aus der DDR.<sup>9</sup> „Das wurde damals auch nur ‚eingesteckt‘.“ Sowjetische Seite glaube, daß man in Bonn noch geneigt sei – hier gebrauchte Gromyko das englische Wort „receptive“ –, die sowjetischen Vorschläge zu analysieren. Hätte man geglaubt, daß die westdeutsche Seite sich schon zu hundert Prozent entschieden hätte, hätte man den Botschafter nicht zu einem Gespräch gebeten.<sup>10</sup> Die zusätzlichen Erläuterungen würden gegeben, um der Bundesregierung zu erlauben, sich ein klares Bild zu machen.

3) Ich habe in meiner Erwiderung festgestellt, daß wir selbstverständlich daran interessiert sind, mit allen Seiten über diese Fragen zu sprechen, die unser Schicksal unmittelbar angehen, wobei wir freilich nicht Verhandlungspartner seien, sondern nur beratend mitwirken können. In jedem Fall würden wir die Position mit Nachdruck vertreten, die der Bundesminister am 19.3. in Bonn Botschafter Semjonow dargelegt hat.

Zu Gromykos Interpretation des Doppelbeschlusses korrigierte ich die Behauptung, die Bundesrepublik sei vom Verhandlungsteil des Beschlusses völlig ausgeschlossen. Wir seien in der Konsultativgruppe des Atlantischen Bündnisses aktiv beteiligt, in der alle die nuklearen Mittelstreckenwaffen betreffenden Fragen detailliert konsultiert werden. Dies beziehe sich sowohl auf die Formulierung der Verhandlungsposition als auch auf die Beurteilung des jeweiligen Verhandlungsstandes.

Sicherlich könne eine Situation der von Gromyko geschilderten Art eintreten. Die Bundesregierung werde dann die ihr richtig erscheinenden Entscheidungen treffen. Jetzt gelte ihr ganzes Interesse dem Erreichen einer Vereinbarung in Genf<sup>11</sup>. Zur Gleichgewichtssituation in Europa habe der Kanzler schon 1978

<sup>7</sup> Am 16. März 1982 erklärte der stellvertretende Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten, Speakes, daß der Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom selben Tag weder einseitig sei, noch ein Moratorium darstelle. Der Vorschlag sei auf den europäischen Teil der UdSSR beschränkt und gebe ihr die Möglichkeit, östlich des Urals den Aufbau von Mittelstreckenraketen fortzusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 307 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 215 f.

Vgl. dazu ferner die Ausführungen von Präsident Reagan in einem Interview am 16. März 1982 in Oklahoma; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 309.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24. März 1982 in Colorado Springs vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 44–46. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 218–220. Vgl. dazu ferner Dok. 96.

<sup>9</sup> Bei einer Rede am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, den Abzug von 20 000 sowjetischen Militärangehörigen und 1000 Panzern aus der DDR an. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, D 559. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

<sup>10</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Barker handschriftlich: „Demnach ist sich die SU auch der italienischen Haltung nicht sicher.“

<sup>11</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

im Gespräch mit dem GS gesagt, daß wir über die neuen sowjetischen Raketen äußerst besorgt sind.<sup>12</sup>

Unabhängig davon, ob damals ein Gleichgewicht bestanden habe oder nicht, sei es heute schwierig zu begreifen, wenn die SU jetzt ebenso wie damals öffentlich behauptet, es bestünde ein Gleichgewicht, während zwischenzeitlich 300 moderne Mittelstreckenraketen mit 900 Sprengköpfen aufgestellt wurden bei nur unbedeutenden Reduktionen von SS-4 und SS-5. Ein weiteres Problem sei die richtige Einschätzung für uns und für die Sowjetunion, welche Träger in welche Kategorie einzuordnen sind, angesichts der Tatsache, daß es Flugzeuge und U-Boote gibt, die sowohl nukleare wie nicht-nukleare Aufgaben haben können. Jede Verringerung sei natürlich gut, doch frage es sich, ob sie ausreiche. Die Bundesregierung sei dafür, daß auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle Fortschritte mit dem Ziel eines völligen Ab<sup>13</sup> von Mittelstreckenraketen gemacht werden. Ich erinnerte an den Beitrag der Bundesrepublik zum Zustandekommen der Verhandlungen in Genf und erwähnte als Beispiel für unsere Aktivität in anderen Abrüstungsbereichen unseren Genfer C-Waffen-Vorschlag<sup>14</sup>.

Fortschritte könnten jedoch nur in einem Gesamtrahmen vernünftiger Beziehungen und mit einem Minimum an Vertrauen erzielt werden. Zwar dürfe das in den letzten zehn Jahren Erreichte nicht zerstört werden, doch gebe es viele Entwicklungen, in deren Beurteilung wir mit der SU nicht einig sind. Das betreffe in erster Linie Afghanistan<sup>15</sup> und Polen. In Afghanistan müsse dringend eine tragbare politische Lösung gefunden werden. Zu Polen bezog ich mich auf meine Äußerungen gegenüber den stellvertretenden AM Kowaljow<sup>16</sup> und Kor-

<sup>12</sup> Anlässlich des Aufenthalts des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik legte Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich seine Sorgen über die sowjetische Aufrüstung bei den nuklearen Mittelstreckensystemen dar. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 136.

<sup>13</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>14</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 30. März 1982 wurde erläutert, die Bundesrepublik habe am 25. März 1982 im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) ein Arbeitspapier vorgelegt, das Grundsätze zur Verifizierung eines Verbots chemischer Waffen enthalte. Es beruhe auf zwei Säulen: „einem Verfahren zur Überprüfung besonderer Vorkommnisse und einem regelmäßigen Überprüfungsverfahren. Letzterem sind die Vernichtung der C-Waffen-Bestände und -Produktionsstätten unterstellt, andererseits sieht es Kontrollen, insbesondere Ortsinspektionen, in der chemischen Industrie vor, die phosphororganische Verbindungen herstellt, wodurch die Einhaltung der Verpflichtung, keine C-Waffen herzustellen, wirksam überprüft werden kann. [...] Das Modell konzentriert sich auf die Verifizierung der gefährlichsten (supertoxischen) heute im Vordergrund stehenden C-Kampfstoffe und nimmt toxische Substanzen wie Blausäure, die im zivilen Bereich vielfältige Verwendung finden, von der regelmäßigen Überprüfung aus (nicht aber von der Überprüfung aus besonderem Anlaß). [...] Auch binäre Waffen sind verifizierbar. Binär nennt man Waffen, die erst nach Zusammenfügung zweier oder mehrerer schwachtoxischer Komponenten während des Einsatzes sich zu einem super-toxischen Kampfstoff verbinden. Die Verifizierung der Nichtherstellung binärer Waffen macht eine Analyse einer Probe erforderlich; diese erfolgt an Ort und Stelle, und zwar derart, daß keine Rückschlüsse auf Herstellungsmethoden der chemischen Industrie bei erlaubten Produkten möglich sind.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124538.

<sup>15</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>16</sup> Am 24. März 1982 teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, mit, er sei am selben Tag in das sowjetische Außenministerium gebeten worden. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kowaljow habe eine mündliche Erklärung vorgetragen, „mit der er auf die Darlegung der Politik der Bundesregierung antwortete, die ich Stv. AM Kornienko am 26.2.1982 vorgetragen hatte. [...] Bewertung: Aus der Eile, mit der Kowaljow ohne jeden Nachdruck seine Mitteilung hersagte, und aus ihrem Inhalt ergibt sich trotz der Härte einiger Formulierungen, daß es sich aus sowjetischer Sicht um

nienko<sup>17</sup>. Dennoch wollten wir auf dem Weg der Entspannung weitergehen, davon zeuge auch unser Festhalten am Gas-Röhren-Projekt<sup>18</sup> und die Entwicklung der gesamten bilateralen Beziehungen.

<sup>19</sup>4) Gromyko griff hierauf zunächst meine letzten Äußerungen auf und stellte fest, daß sowjetische Seite unsere Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Beziehungen hoch einschätze. Man glaube, daß die Bundesregierung das vom Bundeskanzler gegenüber dem Generalsekretär gegebene Wort halten werde, für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu arbeiten. Offenbar hielten wir uns an die festgelegte Disziplin: Er stelle in allen Gesprächen mit westlichen Vertretern fest, daß jedes Mal Polen und Afghanistan „abgehakt“ werden. Die SU könne über diese Fragen keine andere als die von ihr eingenommene Position vertreten. Niemand könne den Polen und den Afghanen oder anderen Ländern diktieren, was sie zu tun hätten. Das Nichteinmischungsgebot sei das „Allerheiligste“ des Völkerrechts, und niemand werde ein besseres Völkerrecht oder eine bessere UN-Charta<sup>20</sup> machen. Deshalb könne auch die SU nirgendwo anders hin. Hier zitierte Gromyko die Devise der Sowjetarmee im Kampf um Stalingrad: „Jenseits der Wolga gibt es kein Land mehr.“

In letzten Äußerungen der Bundesrepublik und anderer Länder sei davon die Rede gewesen, daß nicht nur heute, sondern auch schon vor zwei oder drei Jahren ein Ungleichgewicht in der Nuklearraketenrüstung bestanden habe. Da müsse man sich fragen, ob in Wien<sup>21</sup> ein Phantom oder der Präsident der USA mit seinen Beratern dem Generalsekretär gegenübergesessen habe.<sup>22</sup> Hätten sie nicht gesagt, daß es Gleichgewicht gibt?<sup>23</sup> Wo ist die Wahrheit? Es könne kein halbes Plus und kein halbes Minus geben. Man müsse sich zurückhalten, um in diesem Zusammenhang keine unhöflichen Worte zu gebrauchen. Es gebe Pa-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 489*

eine Pflichtübung handelte und eine Eskalation vermieden werden soll. Die Sowjets waren bei der Verabschiedung deutlich bemüht, nach meiner Zurückweisung ihrer Vorwürfe so schnell wie möglich zu einem verbindlichen Umgang zurückzukehren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1220; Referat 421, Bd. 122586.

<sup>17</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 26. Februar 1982, am selben Tag habe er dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kornienko die Haltung der Bundesregierung zur Lage in Polen erläutert: „Kornienko versuchte gleich zu Anfang, meine Darlegungen als Beweis für unsere Einmischung in die innerpolnischen Angelegenheiten zu interpretieren [...]. Auf meine Darstellung der sowjetischen Verantwortung für die Krise in Polen ging Kornienko praktisch nicht ein, er bestritt lediglich, daß, worauf ich besonders hingewiesen hatte, die SU schon beim WP-Treffen am 5.12.1980 ihrerseits klare Forderungen an die polnische Führung gestellt habe. [...] Ich halte es für wichtig, daß Kornienko sich auf eine ausführliche Diskussion über die Lage in Polen überhaupt eingelassen hat, womit er implizit unserer Auffassung recht gab, daß dies eine Frage von gemeinsamem Interesse ist, für die auch die SU Verantwortung trägt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 810; Referat 214, Bd. 132919.

<sup>18</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>19</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1269 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

<sup>21</sup> Zu diesem Wort vermerkte Botschafter Ruth handschriftlich: „SALT.“

<sup>22</sup> Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

<sup>23</sup> Vgl. dazu das Kommuniqué anlässlich der Zusammenkunft des Präsidenten Carter und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 54–57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 395–400.

rität. Aber die amerikanische Öffentlichkeit werde täglich mit neuen Daten zur sowjetischen Überlegenheit gefüttert: mal 1:2, mal 1:6. Die Erfahrung und die Geschichte hätten gezeigt, daß solche Versionen schließlich der Korrosion unterlägen. Es werde die Zeit kommen, daß die Leute sich besinnen. Immer sei die Rede von SS-20. Wer habe denn die SU konsultiert, als die USA Flugzeugträger entsandten und als die französischen und englischen U-Boote gebaut wurden. Er habe damals dem Bundeskanzler eine Karte gezeigt, die illustrierte, wie die SU durch die FBS abgedeckt wird.<sup>24</sup> Heute könne praktisch der ganze europäische Teil der SU von den FBS aus erreicht werden. Die in der Bundesrepublik stationierten Raketen reichen bis Minsk und ins Baltikum, ganz zu schweigen von den sozialistischen Nachbarländern, die voll abgedeckt werden. Wenn es schon Unterschiede gibt, dann zugunsten der USA, weil SU deren Territorium mit ihren Mittelstreckenwaffen nicht erreichen kann. Die geplanten Pershings und CM dagegen sind strategische Waffen, und damit ergibt sich ein Ungleichgewicht zugunsten der USA.

Zu den englischen und französischen Potentialen meinte Gromyko, England und Frankreich betonten immer ihre Unabhängigkeit von den USA; wenn man vom strategischen Konzept spreche oder aber eine militärische Konfrontation annehme, seien sie wieder „ein Herz und eine Seele“ mit ihren Verbündeten. Gromyko erzählte dann, daß er vor etwa zweieinhalb Jahren, als er im Weißen Haus ein Lunch mit Carter und Vance hatte, den Präsident gefragt habe, ob die SU nur mit ihm oder auch mit England und Frankreich über die nuklearen Potentiale sprechen solle.<sup>25</sup> Carter habe lange nachgedacht und dann gesagt, die SU habe recht, wenn sie glaube, daß auch die englischen und französischen Potentiale gegen die SU gerichtet seien. Das zeige doch, daß die Amerikaner das Problem gesehen hätten. Er habe damals hierüber auch gleich den Generalsekretär unterrichtet. Heute aber verschlüsse man davor die Augen, das sei doch nur Schauspielerei.

Heute sprächen die Amerikaner von der Absicht der Dislozierung von Tausenden von seegestützten Cruise Missiles.<sup>26</sup> Dieses sei eine Bedrohung jenseits des Rahmens des jetzt in Genf verhandelten Mittelstreckenpotentials und auch jenseits des SALT-Rahmens<sup>27</sup> von Raketen mit einer Reichweite von 5500 km und mehr.

<sup>24</sup> Im Rückblick auf ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. November 1979, der sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik aufhielt, legte Helmut Schmidt dar: „Abends in meiner Bonner Wohnung kamen wir in einem Gespräch unter vier Augen auf die Raketenfrage zurück; Gromyko zeigte mir auf einer Landkarte die sowjetischen Gebiete, die nach Moskauer Analyse von westlichen vorgeschobenen Nuklearsystemen erreicht werden können. [...] Ich zeigte ihm meine Landkarte, auf der völlig korrekt die vier Jahre später, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zu stationierenden Pershing II etwa bis zur geographischen Länge Moskaus reichen; die auf seiner Karte eingezeichnete Reichweite der amerikanischen Raketen sei dagegen übertrieben.“ Vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 104 f. Zum Besuch Gromykos vgl. ferner AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

<sup>25</sup> Die Wörter „ihm“, „England“ und „Frankreich“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>26</sup> Zu der von der amerikanischen Marine geplanten Beschaffung von seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vgl. Dok. 62, Anm. 11.

<sup>27</sup> Artikel II Absatz 1 des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 bestimmte: „Abschußvorrichtungen für interkontinentale ballistische Flugkörper (ICBM) sind landgestützte Abschußvorrichtungen für ballistische Flugkörper, deren Reichweite größer ist als die kürzeste Entfernung zwischen der Nordost-

Mit der Dislozierung solcher seegestützten Cruise Missiles würde sogar ein eventuell in Genf zustande kommendes Abkommen stark relativiert. „Gleichzeitig haben die USA das SALT-Abkommen in eine tiefe Schublade gelegt.<sup>28</sup> Da kann man noch so viele Doppel- und Dreifachbeschlüsse fassen – das nutzt alles nichts.“

5) Hierauf habe ich erwidert, daß es notwendig ist, eine klare und vernünftige Basis für Fortschritte in der Rüstungskontrolldiskussion zu haben, klare und vergleichbare Daten über die Potentiale, die sicherlich schwer miteinander vergleichbar sind. In Wien 1979 sei nur von einem Gleichgewicht im strategischen Bereich die Rede gewesen, und dies sei auch das Ziel von SALT II gewesen. Die Bundesregierung habe große Anstrengungen gemacht, um die Ratifizierung des Vertrages herbeizuführen. Sie habe sein Nicht-Inkrafttreten sehr bedauert. Um so mehr ermutige uns, was der Generalsekretär jetzt zur Notwendigkeit der Wiederaufnahme des SALT-Prozesses gesagt habe. Die Bundesregierung sei an SALT/START-Vereinbarungen nach wie vor stark interessiert; ich ginge davon aus, daß solche Gespräche in absehbarer Zeit zustande kommen würden.<sup>29</sup>

Es sei sicherlich richtig, daß die USA von den sowjetischen Mittelstreckenwaffen nicht erreichbar sind, doch das sei für uns und für unsere Bedrohung irrelevant.

Zu Polen und Afghanistan: Niemand wolle das Völkerrecht ändern, in der Tat gebe es nichts Besseres. Die Frage sei aber, wie man seine Prinzipien auslegt und wie man z. B. das Herbeirufen militärischer Unterstützung durch Minderheiten zu beurteilen habe. Dieses sei eine politische Frage und müsse politisch gelöst werden.

Ich habe abschließend Gromyko für das Gespräch gedankt und ihm versichert, daß die Bundesregierung ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage leisten wird. Ich könne jedoch nicht verschweigen, daß uns die Entwicklungen im Mittelstreckenbereich und in bezug auf einzelne Aspekte der sowjetischen Politik allergrößte Sorge bereiten.

Ende der Anlage

**VS-Bd. 13274 (213)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 491*

grenze des Festlandsteils des Hoheitsgebiets der Vereinigten Staaten von Amerika und der Nordwestgrenze des Festlandsteils des Hoheitsgebiets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, d. h. größer als 5500 Kilometer.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368 f.

<sup>28</sup> Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 ersuchte Präsident Carter den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, mit Schreiben vom 3. Januar 1980, die Debatte im Senat über die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12.

<sup>29</sup> Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.  
Vgl. dazu ferner die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

## 98

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai in Hamburg**

VS-vertraulich

28. März 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten, Dr. József Marjai, am Sonntag, 28. März 1982, im Gästehaus des Hamburger Senats<sup>2</sup>

An dem Gespräch im größeren Kreis nahmen noch teil auf deutscher Seite: Bürgermeister von Dohnanyi, Wirtschaftssenator Steinert, VLR I Dr. Höynck als Note-taker; auf ungarischer Seite: Botschafter Kővári.

Das Gespräch im größeren Kreis dauerte etwa 45 Minuten. Anschließend führten der Bundeskanzler und Ministerpräsident Marjai ein kürzeres Gespräch unter vier Augen.

*BK* erinnerte an den nur kurze Zeit zurückliegenden Besuch von Ministerpräsident Lázár.<sup>3</sup> Uns liege an einer Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn. Er freue sich darüber, daß die ungarischen Wirtschafts- und Kulturtage in Hamburg<sup>4</sup> zustande gekommen seien.

*Marjai* übermittelte die Grüße Kádárs und der ganzen politischen Führung. Die Ungarn seien entschlossen, soweit möglich, das weiterzuführen, was man angefangen habe. Vor 20/25 Jahren habe man die Grundlagen der Zusammenarbeit gelegt; in den letzten Jahren habe sich der Prozeß der Zusammenarbeit beschleunigt. In Ungarn sehe man keinen Grund, an dieser Entwicklung irgend etwas zu ändern – sogar im Gegenteil.

Was geschehen sei, habe die ungarische Seite bekräftigt in ihrer Entscheidung, die eigene Wirtschaft zu öffnen gegenüber der Welt.

Auch innenpolitisch sei man nicht stehengeblieben.

Das ungarische System sei aufgewertet worden. Das sehe zunächst aus wie ein Vorteil; es sei aber auch ein Nachteil.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 30. März 1982 gefertigt und am 1. April 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „zur Unterrichtung und vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler“ übermittelt.

Hat Braunmühl am 1. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 2. April 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der ungarische Stellvertretende Ministerpräsident Marjai hielt sich vom 26. März bis 2. April 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Lázár hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 308.

<sup>4</sup> Die ungarischen Wirtschafts- und Kulturtage in Hamburg fanden vom 29. März bis 4. April 1982 statt. Vgl. dazu den Artikel „Hamburg auch in Zukunft Ungarns größter Hafen“; DIE WELT vom 30. März 1982, S. 19.

(BK: Objektiv ein Nachteil?) Ungarn finde zu wenig Unterstützung und Verständnis! Die größten Gefahren für Ungarn kämen gegenwärtig aus dem Westen – ausnahmsweise, wie man in historischer Perspektive sagen müsse. (BK: Sie meinen wirtschaftliche Gefahren?)

Er denke an wirtschaftliche und politische Gefahren. Wenn Ungarn aus der „Weltkirche“ ausgeschlossen werde, so habe das politische Folgen. Diese Vorgänge seien gelenkt, sie seien gesteuert.

*BK* bittet, die Grüße von Kádár und Lázár zu erwidern.

Die von Marjai angedeuteten Vorgänge müsse man mit einer ganz scharfen Lupe betrachten. Man müsse in Rechnung stellen, daß unsere amerikanischen Verbündeten von neuen Personen geführt würden, die die Welt noch nicht ausreichend kennen; manche in Washington scherten Osteuropa über einen Kamm, weil sie mit den Zusammenhängen nicht vertraut seien. Die europäischen Regierungen hätten sich auf eine allgemeine Sanktionspolitik nicht eingelassen. Noch nicht einmal gegenüber der Sowjetunion seien schwerwiegende Sanktionen ausgesprochen worden<sup>5</sup>; schon gar nicht gegenüber anderen Staaten Osteuropas. Hervorzuheben sei, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost keine Folge politischer Entscheidungen seien, sondern in erster Linie auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden müßten. Unsere privaten Banken hätten im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit mit COMECON-Ländern Bonitätsangst. Allerdings gehöre in diesen Zusammenhang auch die Sorge der Banken, eine politische Polarisierung werde langfristig auch wirtschaftliche Folgen haben. Dies entspreche aber nicht der Einschätzung der Regierungen. Man müsse aber auch den Gesichtspunkt der Banken verstehen. Die Banken sähen auch, daß z. B. Ungarn von der Sowjetunion unter Druck gesetzt werde, damit die Ungarn den Polen helfen.

Er sei überzeugt, daß auch ohne die Vorgänge in und um Polen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost von der Weltwirtschaftskrise voll berührt worden wäre. Niemand könne sich dieser Krise entziehen, die sich im Westen insbesondere durch Arbeitslosigkeit und Inflation und im Osten insbesondere durch Zahlungsbilanz- und Exportprobleme bemerkbar mache.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise würden jetzt noch dadurch verstärkt, daß die Ölexportländer den Zusammenbruch ihrer Überschusssituation erwarteten. Im Grunde sei dies eine gesunde Entwicklung; sie führe aber zu zusätzlichen Störungen, da sie genauso plötzlich komme wie seinerzeit der explosionsartige Anstieg der Ölpreise.

Ungarn solle nicht das Gefühl haben, daß man in Paris, in London, in der EG oder in Bonn die politische Tendenz verfolge, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ungarn einzuschränken. Alle westlichen Länder könnten zur Zeit nicht mehr so, wie sie eigentlich möchten.

BK verwies dann auf die Vergleichbarkeit der heutigen Arbeitslosenzahlen mit denen von 1930. Man könne nur hoffen, daß uns die Entwicklungen, die damals in die Jahre 1932, 1933 geführt hätten, erspart blieben.

<sup>5</sup> Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 81.

Die Wirtschaftspolitik der USA sei gut gemeint, aber falsch. In die sowjetische Wirtschaftspolitik habe er noch nie Vertrauen gehabt. Eine Wirtschaft, die jährlich mehr als 35 Millionen Tonnen Getreide importieren müsse, sei nicht in Ordnung. Erst wenn die Sowjetunion mehr Wert lege auf die Entwicklung der Landwirtschaft als auf die Entwicklung ihrer Rüstung, werde sich das ändern.

Weder Präsident Mitterrand noch PM Thatcher noch der deutsche Bundeskanzler wollten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ungarn einschränken. Das Problem seien die Zwänge aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

*Marjai* wies darauf hin, daß er bei einem kurze Zeit zurückliegenden Besuch in Mexiko die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ähnlich dargestellt habe wie jetzt der Bundeskanzler. Er müsse aber dabei bleiben: Ungarn habe mit zusätzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und die seien politischer Art. Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen träfen in gleicher Weise. Was die Ungarn störe: Sie erführen die gleiche Behandlung wie andere COMECON-Länder als Rückwirkung von Dingen, wofür die Ungarn nicht verantwortlich seien. Ungarn sei nicht in der gleichen Lage wie andere COMECON-Länder – aber es werde genauso behandelt. Praktisch treibe man im Westen keine differenzierte Politik. Ostblock sei Ostblock, und COMECON sei COMECON.

Auf Zwischenfrage von *Dohnanyis*, in welchen Bereichen Ungarn konkret besonders belastet sei, erwiderte *Marjai*: in allen! Was wir wünschen, ist eine Behandlung, die man – geschichtlich gesehen – als normal bezeichnen kann.

*BK* wies dann darauf hin, daß Ungarn im COMECON relativ günstig dastehe. Trotzdem schätze er, daß Ungarn z. Zt. für seine Auslandskredite 14 bis 15% Zinsen zahlen müsse.

*Marjai* erwiderte, für Schuldzinsen zahle man z. Zt. etwa 10%; die Zahl, die der Bundeskanzler für die Zinsen von Auslandskrediten genannt habe, könne wohl stimmen.

Auf Frage von *Dohnanyis*, ob die ungarische Wirtschaft durch Polen stark belastet werde, erwiderte *Marjai*, die Belastung sei nicht sehr stark. Ungarn habe die Entwicklung in Polen seit zehn Jahren vorausgesehen. Deshalb habe man der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen eine geringere Rolle zugewiesen als andere COMECON-Länder. Es gebe z. B. weniger ungarisch-polnische Kooperationsverträge als Kooperationsverträge Ungarns mit der Bundesrepublik. Anfang 1980 habe man die wirtschaftliche Entwicklung in Polen konkret vorausgesehen und sich darauf eingerichtet. Für die DDR sei die gegenwärtige Situation sehr viel schwieriger, weil sie in ihrem gesamten Außenhandel von den Rohmaterialien bis zu den Nahrungsmitteln durch die Schwäche Polens berührt sei.

*BK* bemerkte, der Besuch Außenminister Haigs in Bukarest<sup>6</sup> sei doch sicher nützlich gewesen.

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 12./13. Februar 1982 in Rumänien auf. Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 17. Februar 1982, von amerikanischer Seite sei dazu mitgeteilt worden: „Bedeutung Treffens Haig/Ceauşescu bestünde eigentlich darin, daß es überhaupt stattgefunden habe. Vorhergegangen sei heftige Debatte in Washington und auch Druck von gewissen Gruppen, ob die USA ihre differenzierte Politik gegenüber Ostblockstaaten fortsetzen oder sie alle gleich behandeln sollten unter dem Motto ‚Sie müssen alle für Polen zahlen‘. Hiesiger Besuch Haigs habe deutlich demonstriert, daß seine Politik der differenzierten Behandlung fortgesetzt werden würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 103; Referat 214, Bd. 139553.

*Marjai*: Die USA hätten durch diesen Besuch an Autorität verloren. In Osteuropa verstehe niemand, warum einerseits Haig zu einem Besuch in Bukarest entsandt werde und gleichzeitig in USA die Kredite für Rumänien gesperrt würden. Es entstehe der Eindruck der Doppelzüngigkeit.

Marjai stimmte der Bemerkung des BK zu, daß Außenminister Haig in der amerikanischen Führungsgruppe derjenige sei, der die besondere Situation der Europäer am besten verstehe.

Anschließend an einige Bemerkungen des Bundeskanzlers zu Edward Gierek, er habe nicht viel von Wirtschaft verstanden, aber sei kein schlechter Mensch gewesen, sagte Marjai, die Rückkehr zur Stabilität in Polen sei ein sehr langfristiges Problem; die Polen bräuchten mindestens zunächst fünf bis sechs Jahre. Die Kräfte, die wirklich zur Stabilität führen könnten, seien noch nicht da, sondern müßten erst gefunden werden. Das polnische Volk sei müder, vielleicht auch ruhiger geworden. Eine Rückkehr zur Stabilität in Polen sei unter den Bedingungen einer Blockade nicht zu realisieren.

BK wies darauf hin, daß wir über dieses Thema intensiv mit unseren amerikanischen Partnern gesprochen haben. Anreize seien nach unserer Meinung erforderlich; er habe sich in Washington<sup>7</sup> sogar für einen „kleinen Marshall-Plan“ für Polen eingesetzt. Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß ein großes wirtschaftliches Hilfsprogramm für Polen angesichts der Weltwirtschaftskrise sehr schwierig zu verwirklichen sei.

Auf Frage BK, ob Marjai keine Fragen an ihn habe, sagte *Marjai*, die Ungarn interessiere im Augenblick nur, was der Bundeskanzler ihnen zu sagen habe.

BK: Die Bundesregierung versuche den Ungarn zu helfen sowohl im Hinblick auf den IWF<sup>8</sup> als auch im Hinblick auf ihre Kontakte mit der BIZ<sup>9</sup>. Wir könnten diese Probleme aber nicht allein bewältigen. Wir versuchten, Frankreich und Großbritannien zur Mitwirkung zu bewirken. Es bestünden auch gute Aussich-

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 6. Januar 1982 in Washington; Dok. 15.

<sup>8</sup> Referat 412 vermerkte am 22. März 1982: „1) Ungarn hat am 4. November 1981 einen Antrag auf Mitgliedschaft im IWF gestellt. Nach Abschluß der Vorbesprechungen mit dem IWF-Stab umfaßt der Zeitplan für das Aufnahmeverfahren die folgenden Schritte: 19. März: Behandlung des Stabs-Papiers einschließlich Quotenvorschlag im Quotenausschuß; 26. März: Behandlung im Exekutivdirektorium; 1. April: Zusendung des Resolutionsentwurfs an die Gouverneure; 1. [Mai]: Ende der Abstimmungsperiode für den Gouverneursrat. 2) Es wird davon ausgegangen, daß die ungarischen Behörden die IWF-Statuten kurz nach dem Vorliegen des Gouverneursratsbeschlusses unterzeichnen werden. [...] Die für Ungarn vorgeschlagene Quote beträgt 375 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR), was zu einem Quotenanteil von 0,61% und einem Stimmrechtsanteil von 0,59% führt. Die Quote Rumäniens, des bisher einzigen IWF-Mitglieds aus dem RGW-Bereich, beträgt 367,5 Mio. SZR.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130577.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Loeck notierte am 25. März 1982: „1) Ungarn hat die BIZ um einen Überbrückungskredit in Höhe von 500 Mio. US-Dollar gebeten. Dieser Kredit soll dazu dienen, ungarische Liquiditätsengpässe bis zum Beschluß über die Aufnahme Ungarns in den IWF und die ersten Zahlungsmöglichkeiten (nicht vor Herbst 1982) zu überbrücken. [...] 2) Die BIZ verfügt nicht über das notwendige Kreditpotential, um eine solche Operation allein durchführen zu können. Sie ist hierfür auf die Refinanzierungsbereitschaft westeuropäischer Banken angewiesen. Angeblich sind NL, GB und OE zur Teilnahme an einer solchen gemeinsamen Aktion bereit. GB hat Mitwirkung für den Fall zugesagt, daß wir das gleiche tun. Die Haltung Frankreichs liegt noch nicht fest. Eine deutsche Beteiligung ist ohne Übernahme einer Bundesbürgschaft für den deutschen Kreditanteil nicht vorstellbar. Hierzu bedarf es der Zustimmung der Bundesregierung.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141390.

ten für eine ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der USA. Dieser gesamte Komplex werde sicherlich auch bei dem bevorstehenden ER<sup>10</sup> besprochen.

Er schätze die Art und Weise, wie Ungarn regiert werde. Für ganz Europa wäre es gut, wenn die kommunistischen Staaten sich öffnen würden für eine Evolution.

**VS-Bd. 14106 (010)**

99

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt  
mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel**

**VS-vertraulich**

**30. März 1982<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand unter vier Augen am 30.3.1982 um 9 Uhr in der französischen Botschaft in Brüssel<sup>2</sup>;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsident *Mitterrand* bemerkte eingangs, aus dem Verlauf des Kamingesprächs vom Vorabend lasse sich eine gewisse Annäherung der Standpunkte hinsichtlich der Beziehungen zur Sowjetunion erkennen. Mrs. Thatchers Ablehnung eines gewaltsamen Vorgehens gegen Diktatoren und Besatzungsmächte lasse sich wohl durch die Tatsache erklären, daß England seit dem Rosenkrieg nie von fremden Truppen besetzt gewesen sei.

<sup>10</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 1. April 1982 gefertigt und am 15. April 1982 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Fischer-Dieskau: „Der Bundeskanzler bittet, in Abstimmung mit den Franzosen und Italienern, um Weiterverfolgung des Vorschlags einer deutschen, französischen und italienischen koordinierten Demarche und um möglichst baldige Vorlage eines Entwurfs eines Briefes des Bundeskanzlers an Präsident Reagan. Zu dem in der Dolmetscheraufzeichnung erwähnten Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand ist Ihnen der Vermerk mit Schreiben vom 23. März 1982 übermittelt worden.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 15. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 18. April 1982 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 23. April 1982 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg handschriftlich vermerkte: „BK-Amt ein[er]standen, daß Ang[ele]genheit] durch Gespräch] BM – Nitze kompensiert ist.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 106.

Weiterhin schwierig blieben die finanziellen Probleme. Die Hauptschwierigkeit liege darin, daß Mrs. Thatcher das System des Ausgleichs institutionalisieren wolle. Er (Mitterrand) beabsichtige nicht, im ER über die Agrarpreise zu sprechen, da die Agrarminister dies an den kommenden Tagen tun würden<sup>3</sup>. Falls Mrs. Thatcher aber auf einem Junktim zwischen dem Mandat und den Agrarpreisen bestehen wolle, würde eine Lösung „nicht vor mehreren Monaten“ möglich sein.

Der *Bundeskanzler* führte hierzu aus, er habe Mrs. Thatcher in Chequers<sup>4</sup> sehr von einem derartigen Junktim abgeraten, da sie damit alle anderen Länder gegen Großbritannien aufbrächte. Wenn er auch nicht den Eindruck gehabt habe, daß seine Argumentation Mrs. Thatcher in Chequers überzeugt habe, so sei ihren Ausführungen vom Vortage zu entnehmen, daß ihre Haltung sich etwas gelockert habe. Natürlich könnte sie jeden Tag wieder zu ihrer ursprünglichen Taktik zurückkehren.

*Mitterrand* bemerkte dazu, da Mrs. Thatcher im ER vor ihm gesprochen habe, habe sie vielleicht „verführerischere Töne angeschlagen“.

Zu den Agrarpreisen schlug der *Bundeskanzler* vor, daß die Agrarminister diese am 1. und 2. April „ad referendum“ festlegen sollten. Dies würde den Vorteil bieten, daß die Junktim-Frage nicht aufgebracht werden müßte. Frankreich könnte sich dadurch einen etwaigen innenpolitischen Druck „vom Halse halten“. Außerdem würde die ganze Lage etwas entspannter. Allerdings dürfe man nicht vergessen, daß die Agrarminister sich bisher als die „schlimmsten Kampfhähne“ gezeigt hätten; auch Ertl sei nicht weniger kampfesmutig als andere. Premierminister Mauroy habe ihm (BK) bei seinem jüngsten Besuch in Bonn<sup>5</sup> erläutert, welches Ziel der französischen Seite vorschwebte. Er selbst (BK) halte die genannte Zahl zwar für „etwas zu hoch“, aber die Deutschen besäßen hier eine „gewisse Bewegungsfreiheit“, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Ein-Prozent-Grenze der MWSt-Bemessungsgrundlage<sup>6</sup> nicht überschritten werde.

In diesem Zusammenhang unterbreitete der BK Mitterrand eine Tabelle über die deutschen Nettozahlungen für 1982, aus der hervorgehe, daß die Bundesrepublik mit über 6,5 Mrd. ECU netto mehr für die EG aufbringe als für ihre Ent-

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Ungerer notierte am 6. April 1982 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 31. März bis 2. April 1982 in Brüssel, der Rat habe „zumindest in einigen Bereichen Ansätze für eine Einigung über die Agrarpreise 1982/83 und flankierende Maßnahmen“ erarbeitet: „Agrarminister zeigten sich gewillt, Beitrag zur Überwindung des Verhandlungsstillstandes in wichtigen europäischen Fragen zu leisten. Entgegen vielfach geäußerten Erwartungen verhandelte GB flexibel und kooperativ, während sich F durch überzogene Positionen öfters isolierte. [...] Nach Diskussion des von der EG-Kommission am zweiten Verhandlungstag vorgelegten Kompromißvorschlages müssen die Minister bei der nächsten Ratstagung (20. bis 22.4.) von folgender Verhandlungssituation ausgehen: Preise: Neun Delegationen werden voraussichtlich von EG-K[ommission] als Kompromiß vorgeschlagene Preisanhebungen (jetzt 10,4% statt ursprünglich 9%) akzeptieren können. [...] Währungsausgleichsbeträge (WABs): Diskussionsgrundlage ist hier nicht Kompromißvorschlag der EG-K, sondern niederländische Initiative, nach der alle negativen WABs vollständig abgebaut und die positiven WABs wie folgt vermindert werden sollen: D von 8% um 2,5% auf 5,5%, NL von 4% um 2% auf 2%, GB: 8,4% unverändert. Auch hier verlangt F höheren Abbau insbesondere des positiven deutschen WABs.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131241.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 90-92.

<sup>5</sup> Ministerpräsident Mauroy besuchte am 25. März 1982 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 95.

<sup>6</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

wicklungshilfe in der ganzen Welt. Abgesehen von der Ein-Prozent-MWSt-Grenze sei die Bundesrepublik aber, wie gesagt, beweglich.

Mrs. Thatcher habe er (BK) in Chequers deutlich die Meinung gesagt: Sie möge aufhören, die Gemeinsame Agrarpolitik anzugreifen, die nunmehr aufgrund der Verträge<sup>7</sup> seit 25 Jahren so entwickelt worden sei, wie sie sich heute darstelle. Ob sie einem gefalle oder nicht – er selbst finde sie nicht schön –, so sei sie nun einmal eine historische Tatsache. England könne über sie nicht zum fünften Mal verhandeln wollen – ebenso wenig wie es eine erneute Wiederholung der Beitrittsverhandlungen<sup>8</sup> in die Wege leiten könne. Desgleichen könne es nicht an den tragenden Grundsätzen rütteln, da diese durch den britischen Beitritt akzeptiert worden seien. Der einzige Grund, der ein Abweichen von der gegenwärtigen finanzwirtschaftlichen Rechtslage der EG rechtfertigen könnte, wäre eine „unbearable situation“. Ein Beharren auf ihrer Haltung würde nur dazu führen, daß die acht oder neun übrigen Länder gegen England Front machen würden.

Nachdem der BK erläutert hatte, was er unter einer Festlegung der Agrarpreise „ad referendum“ verstehe, erklärte sich *Mitterrand* mit diesem Vorgehen einverstanden. Er gehe davon aus, daß die Regierungschefs, die dann die endgültige Entscheidung zu treffen hätten, bis Ende der Woche einen Bericht über die Ergebnisse der Agrarministerbesprechungen erhalten würden.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß in diesem Fall der übliche Termin vom 1. April überschritten werde. Dies sei auch in anderen Jahren der Fall gewesen; abgesehen von einigen Ausnahmefällen seien die Agrarpreise meist rückwirkend zum 1. April in Kraft gesetzt worden.

*Mitterrand* verwies darauf, daß eine spätere Festlegung – etwa bis Ende Juni – zwar denkbar, aber kein gutes Beispiel wäre. Wenn er richtig verstanden habe, meine der BK „handeln“ (frz.: agir) zu können, sofern nicht gegen die Ein-Prozent-Grenze verstoßen werde.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte die letztere Bedingung mit Nachdruck.

*Mitterrand*: Was die Tabelle der deutschen Nettozahlungen für 1982 betreffe, die der BK ihm unterbreitet habe, seien die Belastungen in der Tat sehr groß. Es würde ihn aber interessieren zu erfahren, wie die deutschen Nettosalde aussähen, falls man die Kosten für die GAP ausklammere. Sicherlich würde es sich um wesentlich geringere Zahlen handeln.

Im Zusammenhang mit den von *Mitterrand* angesprochenen deutschen Währungsausgleichsabgaben erläuterte der *Bundeskanzler*, je höher die Preise festgelegt würden, desto beweglicher sei man bei den MCMs<sup>9</sup>; der EG-Haushalt sei aber ohnehin sehr teuer.

*Mitterrand* verwies auf den Unterschied bei den jeweiligen Inflationsraten, von denen ebenfalls Sachzwänge ausgingen. Daher beabsichtige er, eine energische

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

<sup>8</sup> Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten zwischen 30. Juni 1970 und 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>9</sup> Montants Compensatoires Monétaires.

Haushaltspolitik zu betreiben. Zur Zeit sei das französische Haushaltsdefizit mit 3,1% des BSP das geringste innerhalb der EG; es weise allerdings eine steigende Tendenz auf. Um ein Ansteigen zu verhindern, habe er – wie er dem BK vertraulich mitteile – die beiden zuständigen Minister (Finanzen/Haushalt)<sup>10</sup> bereits beauftragt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Die Inflationsrate habe von 14% auf 11% gesenkt werden können; der jetzige Stand sei aber labil.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß dies in allen Ländern so sei. Die Senkung der Inflationssätze stehe auch im Zusammenhang mit der aufgrund der Arbeitslosigkeit verminderten Nachfrage. Sobald die wirtschaftliche Tätigkeit sich wieder belebe, könnten auch die Inflationsraten wieder steigen.

*Mitterrand* gab dagegen zu bedenken, daß „das absolute Gleichgewicht der Tod“ sei (frz.: l'équilibre absolu, c'est la mort). Wenn Frankreich nicht durch die amerikanische Hochzinspolitik in Bedrängnis geraten wäre, könnte man von einem guten Anlauf der Wirtschaftstätigkeit sprechen. 1981 sei eine Wachstumsrate von 3% erzielt worden, ein Stand, der allerdings nach Ansicht der Fachleute 1982 nicht erreicht werden könne.

Gegenüber Reagans Politik sollten alle westlichen Verbündeten eine einheitliche, entschiedene Haltung einnehmen. So wichtig es sei, für die Konferenz der Atlantischen Allianz in Bonn<sup>11</sup> positive Vorschläge für den Bereich der Abrüstung und den Zusammenhalt des Westens zu machen sowie den Amerikanern zu zeigen, daß man loyal an ihrer Seite stehe, so sehr sollte man auf wirtschaftlichem Gebiet geschlossen gegen ihre derzeitige Politik Front machen.

Der *Bundeskanzler* antwortete, diese „Wirtschaftsfront“ sollte schon in Versailles<sup>12</sup> gebildet werden. Seiner Auffassung nach sollte man bei inoffiziellen Gelegenheiten am Rande des Wirtschaftsgipfels Reagan gegenüber deutlich zum Ausdruck bringen, daß er durch die amerikanische Wirtschaftspolitik, möglicherweise ohne dies selbst zu wissen, seine westeuropäischen Verbündeten in Bedrängnis bringe. Er sollte lernen, dies zu erkennen, und erfahren, daß sich in Westeuropa eine negative Stimmung gegen die USA verbreite. In Bonn sollte man dagegen den Zusammenhalt des Bündnisses herausstellen. In der vergangenen Woche habe er sich im Deutschen Bundestag in ähnlichem Sinne geäußert.<sup>13</sup>

*Mitterrand* brachte dann das Gespräch auf das Verhältnis zwischen Rußland und China und sagte, daß ihm die amerikanische Politik der Waffenlieferungen an Taiwan<sup>14</sup> unverständlich sei. Trotz sich abzeichnender Annäherungstendenzen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China beharre Washington auf dieser Politik.

<sup>10</sup> Dem französischen Finanzminister Delors beigeordneter Minister mit Zuständigkeit für Haushaltsfragen war Laurent Fabius.

<sup>11</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>12</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 26. März 1982 im Bundestag zum Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 5735.

<sup>14</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 2, Anm. 7.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er halte dies ebenfalls für schlimm. Im übrigen häuften sich in letzter Zeit die Reisen führender Oppositionspolitiker aus der Bundesrepublik in die USA.<sup>15</sup> Von amerikanischer Seite bekämen sie zu hören, ihre Politik gefalle der Reagan-Administration besser als die des Bundeskanzlers.

*Mitterrand* bemerkte dazu lächelnd, darin seien die amerikanischen Gesprächspartner aufrichtig. Sie glaubten wohl, daß die Christdemokraten, wenn sie an der Macht wären, mit größerem Engagement gegen den Neutralismus ankämpfen würden. Sie seien sich aber nicht im klaren darüber, daß der Neutralismus kein sozialliberales, sondern ein deutsches Problem<sup>16</sup> sei.

Wie er dem BK gegenüber in seinem Telefongespräch angedeutet habe, sei er mit einigem Optimismus aus Washington zurückgekehrt in der Hoffnung, daß sich dort ein Wandel in der Wirtschaftspolitik abzeichne.<sup>17</sup> In der Zwischenzeit sei Reagan einem starken innerpolitischen Druck ausgesetzt, und im Oktober/November fänden in den USA Wahlen statt<sup>18</sup>, so daß sich sein Verhalten ändern könnte.

Der *Bundeskanzler* meinte hierzu, er befürchte, daß Reagan meinen könnte, er könne sich vor den Wahlen keine Kursänderung erlauben, ohne das Gesicht zu verlieren, und seine Wirtschaftspolitik daher erst im Winter abändern.

*Mitterrand* fragte sodann, ob er dem BK eine Frage, die die deutsche Innenpolitik betreffe, stellen könne: Die sozialliberale Koalition vertrete ja im Gegensatz zu den Konservativen fast die Gesamtheit der Linken, der Arbeiterschaft. Wie gelinge es ihm (BK), diese Kreise zu einer Einschränkung des Konsums zu bewegen? Praktisch verurteile er ja die Arbeiterklasse zu einer Minderung der Kaufkraft und einer Senkung ihres Lebensstandards. Er (*Mitterrand*) frage sich, wie es möglich sei, unter diesen Umständen das Vertrauen der Arbeiterschaft zu wahren. Die einzige Antwort, die er (*Mitterrand*) auf diese Frage wüßte, wäre die, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik vernünftiger seien als anderswo.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, letzteres treffe zu. Auch habe man es in der Bundesrepublik im wesentlichen mit einer Einheitsgewerkschaft zu tun und nicht etwa mit sozialistischen, christdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaften, die sich in der Kritik gegen die Regierung gegenseitig überbieten. Bei offiziellen Anlässen werde er (BK) zwar von den Gewerkschaftsführern kritisiert, jedoch maßvoll; in Wirklichkeit seien aber die deutschen Gewerkschaftschefs alle persönliche Freunde des BK. Drei oder vier Mal im Jahr träfen jedoch auch Gewerkschaftsführer und Unternehmer zu einem gemeinsamen Abendessen mit ihm zusammen, wobei nur über wirtschaftliche Fragen gesprochen werde.

<sup>15</sup> Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 13. bis 18. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 86 und Dok. 87.

Ministerpräsident Stoltenberg besuchte die USA vom 19. bis 25. März 1982. Vgl. dazu Dok. 93.

<sup>16</sup> Die Wörter „deutsches Problem“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na.“

<sup>17</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 84.

<sup>18</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

*Mitterrand* räumte ein, daß dies vielleicht „eine sehr gute Methode“ sei; in Frankreich seien gemeinsame Treffen mit Gewerkschaftern und Unternehmern jedoch zur Zeit schwer denkbar.

Der *Bundeskanzler* präzisierte, er könne nur deshalb dazu aufrufen, einen Teil des Lebensstandards zu opfern, weil er mit gutem Gewissen erklären könne, daß dies zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit führen werde.

Was die FDP betreffe, so stehe sie eher auf der „bourgeoisen“ Seite und vertrete grundsätzlich die Thesen der Arbeitgeber, des Patronats. Aber in den letzten zwölf Jahren seien diese guten Beziehungen zum Patronat der Regierung oft sehr nützlich gewesen.

Wenn die SPD Stimmenverluste zu verzeichnen habe, so liege dies mehr an den Lehrern und Intellektuellen als an den Arbeitern.

Auf die Frage, ob die SPD mehr Stimmen an die Rechte oder an „marginale Bewegungen“ abgegeben habe, antwortete der *Bundeskanzler*, Stimmen seien eher in das Lager der Ökologen und der Nichtwähler abgewandert.

Im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen<sup>19</sup> erinnerte der *Bundeskanzler* daran, daß sich *Mitterrand* bei dem jüngsten Telefongespräch skeptisch in bezug auf die Intensität des Willens der Amerikaner, in Genf ernsthaft zu verhandeln, geäußert habe.

Ministerpräsident Spadolini habe mit ihm (BK) am Vorabend ein Gespräch über diesen Punkt geführt. Zur Zeit gebe es in Italien keine nennenswerte Gegenbewegung gegen die Installierung von Pershings und Cruise Missiles. Dies könnte sich aber ändern. Spadolini habe daher vorgeschlagen, die USA noch vor den für Juni geplanten Gipfelkonferenzen deutlich auf die Notwendigkeit einer ernsthaften Verhandlungsführung hinzuweisen. Er (BK) habe Spadolini gegenüber eine Andeutung über das mit *Mitterrand* geführte Telefongespräch gemacht und gesagt, er selbst und *Mitterrand* hätten die Absicht, sich in der kommenden Woche erneut in Form eines Schreibens oder auf anderem Wege an Washington zu wenden, um in diesem Sinne auf die amerikanische Regierung einzuwirken.

Spadolini habe die Absicht geäußert, etwa im gleichen Zeitraum in ähnlicher Weise auf Washington Einfluß zu nehmen.

Es erscheine ihm (BK) wünschenswert, daß *Mitterrand* Spadolini noch in Brüssel persönlich zu dem geplanten Schritt ermutige. Im kommenden Monat könnten dann die drei Staats- bzw. Regierungschefs über die jeweiligen Botschaften, jeder unabhängig von dem anderen, z.B. einen Brief an Reagan übermitteln lassen.

*Mitterrand* erklärte sich hiermit einverstanden und bemerkte, daß die Amerikaner die Verhandlungen möglicherweise bis zum Zeitpunkt der Installierung der Pershings hinausschieben wollten, weil sie meinten, die Russen würden dann stärker nachgeben.

Auf die Lage der Europäischen Gemeinschaft zurückkommend, erklärte *Mitterrand*, er glaube, daß der Gemeinsame Markt und Europa gerettet werden könnten, wenn sich alle einig wären. Sei eine Einigung aller nicht möglich, so könnte er sich vorstellen, daß England aus der Gemeinsamen Agrarpolitik aus-

<sup>19</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

scheide, jedoch Mitglied der EG bleibe. Auch auf anderen Gebieten, wie etwa dem Flugzeugbau, der Herstellung von Raketen usw., gebe es Einzelverträge, an denen sich nicht sämtliche Mitgliedstaaten beteiligten. Als gemeinsame europäische Institutionen blieben ohnehin der Europäische Rat, die Kommission und das Europäische Parlament.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß England sich beispielsweise dem EWS nicht angeschlossen habe. Wenn England aus der GAP austräte, würde sich sein Finanzbeitrag schnell reduzieren. Abschließend bemerkte Mitterrand, wichtig sei in der Politik nur der Fortschritt.

Das Gespräch endete um 10.10 Uhr.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 100

### **Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt**

114-11707/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 144

**Aufgabe: 31. März 1982, 11.47 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. März 1982, 12.53 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 30/82

Betr.: MBFR;

hier: neues amerikanisches MBFR-Konzept

Bezug: 1) Amerikanisches Papier vom 26.2.82 – 221<sup>2</sup>-343/82 geheim<sup>3</sup>

2) Ministeraufzeichnung vom 5.3.82 – 221-372.15-377/82 VS-v<sup>4</sup>

Zur Unterrichtung

I. Bei der Bewertung des neuen amerikanischen MBFR-Konzepts sollten aus hiesiger Sicht folgende Punkte berücksichtigt werden:

1) Die amerikanischen Vorstellungen sind nur zu den grundlegenden Zielvorstellungen – Ein-Phasen-Ansatz, Parität, Dateneinigung, Kollektivität und Anwen-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 31. März 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 14. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „222“.

<sup>3</sup> Für das amerikanische Papier „MBFR: U. S. Approach“ vgl. VS-Bd. 11497 (221).

<sup>4</sup> Botschafter Ruth vermerkte: „Die USA streben nunmehr ein einziges integriertes MBFR-Abkommen für Phase-I- und -II-Reduzierungen mit klarer Verbindung zwischen den Phasen in Form bindender Verpflichtungen für Phase-II-Reduzierungen sowie für begleitende Maßnahmen an – d. h. alle Verpflichtungen für alle Teilnehmer werden in dem Abkommen von vornherein festgelegt. Das Ziel, gleiche gemeinsame Höchststärken von 900 000 bzw. 700 000 Mann zu erzielen, bleibt erhalten; es soll durch eine Serie von vornherein festgelegten Reduzierungsschritten erreicht werden. [...] Kritisch ist zu bewerten, daß das amerikanische Konzept eine Abkehr von den westlichen Vorschlägen vom Dezember 1979 darstellt, die auf Vereinfachung der Verhandlungen im Interesse eines baldigen Zwischenergebnisses gerichtet waren. Die Amerikaner streben jetzt eine noch stärkere Verbindung der

dung begleitender Maßnahmen – artikuliert. Wichtige Details und Fragen der Implementierung dieser Zielvorstellungen sind noch nicht angesprochen und bedürfen präziser Ausformulierung, welche sich schon angesichts terminologischer Verschwommenheit des US-Papiers als nicht einfach erweisen dürfte. So ist z. B. das Erfordernis einer Dateneinigung in I. b des US-Papiers postuliert, wobei die Verwendung unseres Daten-Verifikations-Ansatzes<sup>5</sup> in III. b offengehalten wird. „Nature and timing of data agreement arrangements“ (III. c) sind aber, von konkreten Fristvorstellungen für Reduzierungen abgesehen (II.), nicht in dem funktionellen Zusammenhang mit der etappenweisen Implementierung des Abkommens gestellt. III. b geht anscheinend sogar vom Gebrauch der begleitenden Maßnahmen zum Zwecke der Lösung von Datendiskrepanzen aus.

2) Es trifft zwar zu, daß das neue amerikanische Konzept in den entscheidenden Fragen die gegenwärtige westliche Position ohne Abstriche übernimmt. Auch sind die wichtigen negativen Aspekte des amerikanischen Konzepts (Abkehr vom vereinfachten Phase-I-Abkommen und Wiederaufgreifen des Erfordernisses der Gesamtdateneinigung; Aufgabe des Phasenkonzepts mit der Folge, daß alle kontroversen Fragen gleichzeitig entschieden werden müssen; rechtliche Gleichstellung aller MBFR-Teilnehmer) im Bezug zu 2) bereits genannt. Ergänzend ist jedoch darauf hinzuweisen, daß das amerikanische Papier, entgegen der bisherigen westlichen Position, von einer Anwendung der begleitenden Maßnahmen auf alle direkten Teilnehmer von Anfang an ausgeht (III. c). Die begleitenden Maßnahmen selbst werden nicht aufgeführt. Auch wenn man davon ausgeht, daß das westliche Paket vom Dezember 1979<sup>6</sup> im ganzen übernommen wird, ist die Nichterwähnung der Ausdehnung von begleitenden Maßnahmen spezifisch vertrauensbildenden Charakters auf einen über das Reduzierungsgebiet hinausgehenden Raum auffällig.

3) Es erscheint zweifelhaft, ob die Einbringung der amerikanischen Vorstellungen in Wien eine positive Reaktion des Ostens hervorrufen und zu Fortschritten in den Verhandlungen führen würde.

a) Zwar hat der Osten den Westen seit Dezember 1979 immer wieder aufgefordert, zum Verhandlungsstand von 1978 zurückzukehren, da man damals einer tragfähigen Verhandlungsplattform nahe gewesen sei. Das neue amerikanische Konzept geht mit dem Wiederaufgreifen der Gesamtdateneinigung und der Festlegung von Gesamtumfang und Zeitrahmen der Personalreduzierungen aber nur bei vordergründiger Betrachtung auf diese Aufforderung ein.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 503*

zur Herstellung des common ceiling erforderlichen Reduzierungsphasen an, als sie der Westen mit seiner Initiative vom März 1978 angeboten hatte. Während der Westen damals bereit war, im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen eine Verpflichtung über Gesamtumfang und Zeitrahmen der Personalverminderungen zu übernehmen, die in Phase II nach noch auszuhandelnden Modalitäten durchgeführt werden, wollen die Amerikaner jetzt alle anstehenden Fragen in einem einzigen Vertragsinstrument regeln. Damit würde einem wesentlichen sowjetischen Anliegen in einer für uns wichtigen Frage – rechtliche Gleichstellung aller MBFR-Teilnehmer von Anfang an – Rechnung getragen, ohne daß diese Konzession die Aussichten auf Ergebnisse verbessern dürfte“. Vgl. VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik für einen Daten-Verifikations-Ansatz bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 35, Anm. 13–15.

<sup>6</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 35, Anm. 10.

b) Die Vorteile, die ein einphasiger Ansatz gegenüber einem Zwei-Phasen-Konzept theoretisch haben könnte, gehen dadurch verloren, daß das Abkommen weder den Gesamtreduzierungsumfang noch individuelle Reduzierungsanteile festsetzt, sondern diese Entscheidung der Implementierung in Etappen vorbehält. Dadurch muß die Frage einer allgemeinen Charakterisierung der nationalen Reduzierungsanteile im Abkommenstext angesprochen werden, was in der Formulierung des „significant share“ geschieht. Das für den Osten wesentliche westliche Angebot vom 13.12.1978<sup>7</sup>, daß die allianzinterne Entscheidung über die Aufteilung der Gesamtreduzierungen vor Unterzeichnung eines Phase-I-Abkommens getroffen und auf üblichem Wege veröffentlicht werde, fehlt.

c) Die Frage eines „freeze“ für die Dauer der Implementierung des Abkommens ist nicht berührt, dürfte vom Osten aber ggf. angesprochen werden.

d) Die Frage der Rüstungsreduzierungen wird im Gegensatz zum Verhandlungsstand von 1978 ausgeklammert oder offengelassen.

e) Die vom Osten diskriminierend empfundene Festlegung amerikanischer und sowjetischer „subceilings“ im Rahmen der gleichen kollektiven Höchststärke ist dem westlichen Vorschlag vom Dezember 1979 entnommen. Sie würde nach der Logik östlicher Argumentation sogleich die Forderung nach der 50-Prozent-Klausel auslösen.

4) Insgesamt dürfte der Osten das neue amerikanische Konzept als neu arrangierte, en bloc präsentierte Kollektion westlicher Maximalforderungen interpretieren. Aus hiesiger Sicht würde das neue amerikanische Konzept weder Einigung in den Sachfragen erleichtern, noch würde es Einigung bieten. Die Abkehr vom Konzept eines vereinfachten ersten Abkommens dürfte beim Fehlen einer attraktiven Alternative auch verhandlungstaktisch ungünstig sein. Der Osten könnte dies als Beweis mangelnden westlichen Interesses an einem Abkommen darstellen.

II. Aus hiesiger Sicht sollte man die Amerikaner nach Möglichkeit entmutigen, ihre Vorstellungen in der jetzigen Form einzubringen. Selbst die hiesige amerikanische Delegation hat versucht, uns diese Schlußfolgerung nahezulegen. Das amerikanische Konzept dürfte erst dann verhandlungstaktisch Erfolg versprechen, wenn es mit unserem Daten-Verifikations-Ansatz verbunden werden könnte, so daß tatsächlich ein neues Element eingeführt würde, das die Wiedereinführung des Konzepts einer globalen Verhandlungslösung rechtfertigen könnte. Aus verhandlungstaktischen Gründen und um genügend Zeit zur Erarbeitung eines durchdachten Substanzvorschlags zu gewinnen, könnte es sich empfehlen, erst einmal das Ergebnis unseres Vorschlags einer Bestandsaufnahme abzuwarten und den neuen Substanzschritt dann mit diesem Ergebnis zu begründen.

[gez.] Boss

**VS-Bd. 11497 (221)**

<sup>7</sup> Am 13. Dezember 1978 präsentierten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten neue Vorschläge zur Kollektivität. Danach sollten die nicht-amerikanischen Teilnehmer im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen ihre Bereitschaft erklären, einen substantiellen Anteil der Reduzierungen in Phase II zu übernehmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 373 und Dok. 388.

## 101

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Fälldin

204-321.10 SCN VS-NfD

1. April 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Fälldin am 1. April 1982 in Bonn<sup>2</sup>

An dem einstündigen Gespräch nahmen teil von schwedischer Seite: Botschafter Backlund, StS Johannsson, Politischer Direktor Botschafter Eckerberg, Gesandter Wingstrand; von deutscher Seite: MD Pfeffer, Botschafter von Puttkamer, RL 204<sup>3</sup>.

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

MP *Fälldin* eröffnete das Gespräch mit einer positiven Würdigung des bisherigen Besuchsverlaufs und der Gespräche, die für ihn sehr wertvoll gewesen seien.<sup>4</sup>

*BM* unterstrich nach einleitenden Begrüßungsworten unser Interesse an der Lage in Nordeuropa. Wenn auch aus unterschiedlichen Positionen, so sind wir doch gemeinsam daran interessiert, zur Stabilität in Europa beizutragen.

*BM* hofft, daß die Verhandlungen<sup>5</sup> zum Erfolg führen. Er hofft insbesondere, daß sich bei START die amerikanische Auffassung von der Notwendigkeit wirklicher Reduktionen durchsetzt.<sup>6</sup> SALT waren nicht Abrüstungsverhandlungen, sondern Vereinbarungen über das höchstmögliche Niveau.<sup>7</sup> Wir sind stets für ein möglichst niedriges Niveau eingetreten. Dem entspricht auch der neue ameri-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 2. April 1982 gefertigt und am 7. April 1982 an das Ministerbüro weitergeleitet mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 16. April 1982 vorgelegen, der für Referat 204 handschriftlich vermerkte: „Bitte als VS-NfD einstufen u[nd] unter Vorbehalt verteilen. S[iehe] Fragen auf S[eite] 2+3. S. 3, 5, 6 u. 8 wurden hier rein geschrieben.“ Vgl. Anm. 10, 17, 18, 20, 21, 24, 32 und 34. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 124953.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Fälldin hielt sich vom 31. März bis 2. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 104 und Dok. 105.

<sup>3</sup> Reinhold Schenk.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Er erkannte die deutschen Bemühungen um den Beginn von Verhandlungen zwischen Moskau und Washington an.“

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zwischen SU u[nd] USA“.

<sup>6</sup> Zum Konzept der USA für die geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.

<sup>7</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

kanische Verhandlungsansatz bei START. Notwendig ist ein baldiger Beginn der Verhandlungen. Wir hoffen, daß Präsident Reagan noch vor dem NATO-Gipfel<sup>8</sup> den Beginn von START-Verhandlungen bekanntgeben wird<sup>9</sup>.

<sup>10</sup>Auf eine Frage von MP *Fäldin* nach der Bewertung des letzten Angebots von GS Breschnew<sup>11</sup> erwiderte *BM*: Die SU hat in jeder Phase der Nachkriegszeit versucht, Einfluß auf die öffentliche Meinung in Westeuropa zu gewinnen. Insofern ist das einseitige sowjetische Moratoriumsangebot nichts Neues. Normalerweise gehört es an den Verhandlungstisch. Man muß sich daher fragen, was die sowjetische Seite wirklich beabsichtigt: Denkbar ist, daß sie hofft, die Allianz in dieser Frage zu spalten und die Verhandlungen zu erschweren.

*BM* erläutert eingehend die in der Kabinettsitzung vom 31.3. verabschiedeten sicherheitspolitischen Grundsätze.<sup>12</sup> Sie sind ein deutliches Signal, daß beim Ausbleiben von Verhandlungsergebnissen in Genf<sup>13</sup> die Modernisierung entsprechend dem Doppelbeschluß durchgeführt wird.<sup>14</sup> Es wäre ein folgenschwerer Irrtum der SU, zu hoffen, sie könne die Stationierung<sup>15</sup> verhindern. Die Stationierung wird stattfinden, wenn es zu keinen Verhandlungsergebnissen kommt. In diesem Fall wird die Stationierung wie vorgesehen im vierten Quartal 1983 beginnen. Die SU kann dies nur abwenden, wenn bis dahin Verhandlungsergebnisse vorliegen. Der Schlüssel hierfür liegt allein in Moskau. Die SU will testen, wie fest der Westen, im konkreten Fall die Bundesrepublik Deutschland ist. Es ist unser Schicksal, obwohl wir ein geteiltes Land sind, daß wir eine entscheidende Position für die Festigkeit des westlichen Bündnisses haben. Dies ist die eine Seite der Münze. Andererseits haben wir aber auch eine entscheidende Position für die Fähigkeit des Westens, nicht in einen Kalten Krieg zurückzufallen. Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft sind die beiden Grundlagen unserer Strategie. In dieser Frage sind unsere Positionen klar. Dies macht die Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik aus. Die sowjetische Politik ist demgegenüber derzeit nicht berechenbar. So passen eine Reihe ihrer Maßnahmen in ihrer Logik nicht zueinander. Sie können nur auf sowjetischen Fehleinschätzungen beruhen. Hierzu gehören der Bau und die Stationierung der SS-20, aber auch die Invasion Afghanistans<sup>16</sup>. Es habe kein Land gegeben, mit dem die SU so wenig Probleme gehabt habe wie mit Afghanistan bis zum <sup>17</sup>sowjetischen Einmarsch. Auch das sowjetische Verhalten gegenüber den Staaten des Warschau-

<sup>8</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>10</sup> Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der außen- und sicherheitspolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 31. März 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 233 f.

<sup>13</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Die Feststellungen zu Mittelstreckensystemen sind ein deutliches Signal an die SU, daß beim Ausbleiben von Verhandlungsergebnissen in Genf die Stationierung entsprechend dem Doppelbeschluß durchgeführt wird.“

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ohne Gegenleistung“.

<sup>16</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>17</sup> Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

er Paktes beruht im Grund auf Fehleinschätzung der Grundströmung im Denken, Fühlen und Wollen der europäischen Völker im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die Kräfte der Blockfreiheit, der nationalen Identität und der Selbstbestimmung werden nicht nur in der Dritten Welt zunehmend stärker. Mit zunehmendem Abstand zum Zweiten Weltkrieg wird es sehr schwer, in europäischen Ländern eine so starke Faust zu zeigen, wie die SU es tut. Dies ist in Polen besonders deutlich, aber auch in anderen Ländern Osteuropas liegen die Probleme trotz unterschiedlicher Strukturen und Ausdrucksformen gleich. Wenn man aus sowjetischer Sicht vergleicht, mit welchen Nachbarn die wenigsten Probleme bestehen, müßte man in Moskau eigentlich feststellen, daß man mit Finnland die wenigsten Probleme hat. Je stärker die SU Druck auf die Nachbarn ausübt, um so größer würden auch die Probleme. Im Grunde zeigt die sowjetische Politik wenig Klugheit und Voraussicht. Die Zeiten der Vorherrschaft sind vorbei. Man kann diese Entwicklung verzögern, aber nicht aufhalten. Hier liegt der Grundwiderspruch in der sowjetischen Politik. Unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, daß aus der inneren Krise des kommunistischen Systems nicht mehr wird

- durch Festigkeit und politische Mäßigung,
- Garantie des Gleichgewichts,
- Bemühen um Rüstungskontrolle.

MP *Fälldin* weist auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SU hin, die kaum ihre eigene Bevölkerung ernähren kann. Afghanistan ist ein politischer und ökonomischer Fehler gewesen, der sehr an der sowjetischen Wirtschaft zehrt. Auch Polen ist zu einer großen wirtschaftlichen Belastung für die SU geworden. Die sowjetischen Schwierigkeiten drücken sich auch in verstärkten sowjetischen Goldverkäufen aus, die bereits zu niedrigen Goldpreisen geführt haben. Von finnischen Freunden weiß er, daß auch Finnland noch große Forderungen an die SU hat. Das Sinken des Öl- und Gaspreises stelle die SU vor weitere Probleme. Er fragt sich, ob die SU wegen dieser Umstände und aus ökonomischen Gründen zu größerem Entgegenkommen in Fragen der Abrüstung bereit sein könne.<sup>18</sup>

Auf eine Frage von MP *Fälldin* nach dem bisherigen Verhandlungsablauf in Genf meint *BM*, daß die derzeitige Verhandlungspause kein Schaden ist. Er erläutert die unmittelbare Beteiligung der europäischen Partner über die SCG an dem Verhandlungsprozeß in Genf.<sup>19</sup> Über die Verhandlungen dürfe man sich keine Illusionen machen. Mit Ergebnissen ist frühestens im Frühjahr 1983 zu rechnen, nämlich dann, wenn die SU überzeugt ist, daß ohne Verhandlungsergebnisse stationiert wird. Die von MP *Fälldin* angeschnittene Frage des Verhältnisses sowjetischer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und sowjetischer Bereitschaft zur Abrüstung wird im Bündnis eingehend diskutiert. Man kann hierzu feststellen, daß die SU mit Abstand das reichste Land der Welt ist. 65 Jahre kommunistische Herrschaft haben jedoch keine überzeugenden Ergebnisse ge-

<sup>18</sup> Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von *Ploetz* gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Er erläutert die unmittelbare Beteiligung der europäischen Partner über die SCG an der Formulierung des Verhandlungsmandats und Begleitung der Verhandlungen in Genf.“

bracht. Dies liegt sicher einmal an dem falschen Wirtschaftssystem, zum anderen aber auch an der gigantischen Rüstung. Bei der Frage, wie man die SU dazu bringt, mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Probleme Einschränkungen bei ihrer gigantischen Rüstung vorzunehmen, gibt es mehrere Denkschulen. Nach der einen sollten die wirtschaftlichen Beziehungen mehr oder weniger eingestellt werden. *BM* erläutert dann Einzelaspekte, insbesondere den Umfang unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der SU: Wenn wir Wirtschaftsbeziehungen mit der SU unterhalten, dann rangieren hierbei politische vor den ökonomischen Gründen, weil offenkundig ist, daß in der Unterhaltung von Wirtschaftsbeziehungen auch ein stabilisierendes Element liegt. In Europa muß aber jede Stabilisierungsmöglichkeit genutzt werden. Für uns stehen die politischen Motive an der Spitze. Er, *BM*, hat die langfristigen Wirkungen von Wirtschaftsbeziehungen auch im Deutschen Bundestag politisch begründet.

Es stellt sich die Frage, was ein totalitäres System tut, wenn ihm die Luft ausgeht. Kein totalitäres Land wird zuerst bei der Rüstung sparen. Deshalb ist ein Handelskrieg keine taugliche Waffe, wohl aber geben uns unsere wirtschaftlichen Beziehungen zur SU Möglichkeiten, politische Signale zu setzen. Wir werden deshalb mit Festigkeit und Konsequenz die Dinge ausführen, die wir uns vorgenommen haben. Nur hierdurch kann die SU überzeugt<sup>20</sup> werden. Er, *BM*, hat sich noch nie einem Ultimatum gebeugt. Wir werden dies auch als Land mit Sicherheit nicht tun. Was die Wahl der Mittel und der Ziele angeht, so muß man wissen, was man durchsetzen kann. Man darf keine falschen Instrumente einsetzen. Es ist wie bei einem Sportler, der weiß, daß er nur einen Meter hoch springen kann. Neunzig Zentimeter sind dann schon eine große Leistung. Versucht er aber, einen Meter zehn zu springen, so ist er blamiert, wenn er scheitert. Ebenso ist es auch in der Politik. Dies gilt besonders für kleinere Länder wie für die Bundesrepublik Deutschland und Schweden.

*MP Fälldin* unterstreicht noch einmal, wie sehr Schweden die deutschen Aktivitäten und Initiativen im Ost-West-Bereich schätzt. Auch er ist der Meinung, daß ein Handelskrieg ungeeignet ist. Die Rüstungskontrollverhandlungen müssen zu beiderseitiger, kontrollierter Abrüstung führen. Die Geschichte hat gelehrt, daß die SU stets eine breit angelegte Rüstung intern hat durchsetzen können. Die SU vertritt den Standpunkt, sie brauche die SS-20, um aus ihrer Sicht das Gleichgewicht wiederherzustellen. Wenn der Westen jetzt reagiert, so wird die SU nach alter Tradition einen Schritt in der Aufrüstung weitergehen. Oder glaube der Westen, daß die SU aus wirtschaftlichen Gründen in der Rüstung nicht weiter eskalieren könne?

*BM* entgegnet, daß die SU nicht aus wirtschaftlichen Gründen die Modernisierung des westlichen Mittelstreckenpotentials zu verhindern versuche, sondern weil sie nicht wolle, daß in Westeuropa Mittelstreckenraketen der USA stationiert werden, die sowjetisches Gebiet erreichen. Die SU hat die SS-20 als politische Waffe geschaffen für die nächste Phase der sowjetischen Politik, wie sie sich manche in Moskau vorstellen: Die Waffe soll der atomaren Abkopplung der USA von Europa dienen. Sie ist so ausgelegt, daß die SU damit alle für sie wichtigen Staaten der Welt erreichen kann, außer den USA. Es wird damit ein

<sup>20</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Bedrohungspotential geschaffen, das die Führung der USA vor die Frage stellen soll, ob angesichts einer möglichen Erpressung Europas die amerikanische Volkssubstanz gefährdet werden soll. Mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa wird die Wirkung neutralisiert, die USA sind damit voll involviert.

<sup>21</sup>Dies erklärt die empfindliche sowjetische Reaktion. Sowjetische Erklärungen, man werde als Reaktion noch mehr Waffen bauen und stationieren, kann uns angesichts der bestehenden sowjetischen Bedrohung nicht mehr weiter erschrecken. Die SU richtet daher ihre Drohungen an die Adresse der Vereinigten Staaten. Es ist aus diesem Grunde auch wichtig, daß START möglichst bald beginnt, damit Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen-Verhandlungen parallel und in Verbindung miteinander ablaufen können. Hierdurch würde auch das Problem gelöst, daß die SU bei ihrer Gleichgewichtsberechnung im Mittelstreckenbereich beim Westen auch solche Waffen mitzählt, die schon bei SALT gezählt werden. Wir haben uns daher frühzeitig für eine Verbindung zwischen INF und SALT/START ausgesprochen.

MP *Fällidin* hat nichts gegen diese Verhandlungstaktik; er weiß jedoch aus dem Friedensforschungsinstitut SIPRI<sup>22</sup> in Stockholm, daß das bestehende Kernwaffenpotential ausreicht, das gesamte Leben auf der Welt auszulöschen. Es bleibt die Frage nach dem sachlichen Unterschied zu den Interkontinentalraketen, deren Treffsicherheit auch bei etwa 100 Metern liege. Er müsse sich daher fragen, warum Mittelstreckenraketen, die Moskau erreichen könnten, für die SU gefährlicher sein sollten als Interkontinentalraketen.

BM erläuterte das Gleichgewicht im Bereich der Interkontinentalraketen. Die Sowjetunion geht daher davon aus, daß es nicht zu einem Einsatz von Interkontinentalraketen komme. Sie sieht in der SS-20 eine Möglichkeit, alle für sie interessanten Länder von den USA abzukoppeln. Es würde ja „nur“ die SS-20 eingesetzt, die die USA nicht erreichen könne. Der US-Präsident, dessen Land erkennbar durch die SS-20 nicht bedroht wird, macht diese Drohung durch Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa wirkungslos! Zusätzlich beunruhigt die geringe Vorwarnzeit, die bei der Pershing II nur wenige Minuten beträgt. Bei Interkontinentalraketen beträgt sie bis zu 40 Minuten. Insoweit sieht die SU in den Mittelstreckenraketen ein größeres Risiko. Bei den Cruise Missiles liegt das Neue der Bedrohung in der mangelnden Bekämpfbarkeit.

Die SS-20-Rüstung machte für die SU nur so lange Sinn, als der Westen nicht reagierte. Die SU hat lange geglaubt, daß der Westen nicht reaktionsfähig oder reaktionsbereit sei. Dies sei für die 70er Jahre weitgehend zutreffend gewesen (in den USA Abschaffung der Wehrpflicht<sup>23</sup>, Vernachlässigung der Marinerrüstung,<sup>24</sup> Zurückstellung der B-1<sup>25</sup> und der Neutronenwaffe<sup>26</sup> trotz Entwick-

<sup>21</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Stockholm International Peace Research Institute.

<sup>23</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

<sup>24</sup> Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>25</sup> Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

<sup>26</sup> Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für

lung). Die sowjetische Führung hat den gleichen Fehler gemacht wie die deutsche Führung in den 40er Jahren. Sie hat mißverstanden, daß westliche Demokratien einen längeren Reaktionsweg haben als totalitäre, weil sie auf den Konsens der öffentlichen Meinung angewiesen sind. Dies wird von totalitären Führungen fälschlicherweise oft als Schwäche eingeschätzt.

Für uns ist wichtig, daß wir durch große Festigkeit, ohne Provokation, und durch Verhandlungen zu einem Wendepunkt zum Guten in den internationalen Beziehungen kommen.

MP *Fäldin* kommt auf die Frage zurück, inwieweit sich die SU durch die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen bedroht fühlt.

*BM* erwähnt in diesem Zusammenhang ein Gespräch, das er vor zwei Jahren mit GS Breschnew geführt hat.<sup>27</sup> Auf den Einwand Breschnews, daß die neuen Mittelstreckenraketen die SU erreichen könnten, hat *BM* entgegnet, daß die sowjetischen auch unser Territorium erreichten. Er, *BM*, wohne in Bonn, dessen Sicherheit ihm genauso am Herzen liege wie die Washingtons.

MP *Fäldin* berichtet über seine Gespräche mit Verteidigungsminister Weinberger in Stockholm<sup>28</sup>: Weinberger hat dabei erklärt, daß evtl. die Neutronenbombe notwendig sei, um die Überrüstung der SU im konventionellen Bereich auszugleichen. Nach Ansicht MP *Fäldins* bedeutet dies eine Senkung der atomaren Schwelle, z. B. wenn man einen Tank-Angriff mit nuklearen Waffen stoppen wolle.

*BM* weist darauf hin, daß man zwischen Mittelstreckenraketen und der Neutronenwaffe als atomarer Gefechtsfeldwaffe unterscheiden müsse. Auch Frank-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 510*

den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 7. August 1981 mit, er sei am selben Tag vom amerikanischen Außenministerium informiert worden, „daß Präsident Reagan vor einigen Tagen die Entscheidung getroffen habe, die einzelnen Bestandteile des Neutronensprengkopfes zusammenzufügen und in den Vereinigten Staaten zu lagern. [...] Das State Department betonte, daß es sich um eine Produktionsentscheidung handle, die auch nach dem Verständnis der Verbündeten allein Sache der US-Regierung sei. Die Frage der Stationierung sei damit in keiner Weise berührt. Es gebe auch für die Stationierung keinerlei Pläne. Die Stationierung würde, wie mehrfach zugesichert, selbstverständlich zunächst zum Gegenstand von Konsultationen gemacht werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3133; VS-Bd. 10338 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>27</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Im Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 1. Juli 1980 in Moskau wurde die Stationierung von Mittelstreckensystemen in Europa diskutiert. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 193.

<sup>28</sup> Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete am 22. Oktober 1981 über den Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 15. bis 18. Oktober 1981 anhand von Informationen aus dem schwedischen Außen- und Verteidigungsministerium: „Die rüstungstechnische Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt der Gespräche. [...] Weinberger hat erstmals die Zustimmung der amerikanischen Regierung zu zwei bedeutenden Projekten des militärischen Technologie-Transfers öffentlich bekanntgegeben: die Koproduktion des General-Electric-Triebwerks 404 für das von Saab-Scania zu bauende JAS-Mehrzweckkampfflugzeug der nächsten Generation; der Ankauf der L-Version der Sidewinder M9 Luft-Luft-Rakete [...]. Das Hauptpolitikum liegt in dem Umstand, daß nach jahrelangem Zögern seit Einsetzen der Wirtschaftskrise von 1973 ein Weg sichtbar gemacht worden ist, auf dem die kostspieligen Sicherheitserfordernisse Schwedens, die ohne Einsicht in die wachsende wirtschaftlich-technologische Interdependenz der freien Länder abzubrückeln drohten, unter Vermeidung einer Änderung der politischen Neutralitäts-Grundsatzposition Schwedens auch in Zukunft gewahrt bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 398; Referat 204, Bd. 123334.

reich sehe in der Neutronenwaffe eine Möglichkeit, die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereich auszugleichen.<sup>29</sup> Frankreich habe die Neutronenwaffe ebenso wie die USA bis zur Produktionsreife entwickelt. Die Argumente für die Entwicklung seien die gleichen wie in den USA, nämlich als Mittel, um konzentrierte Truppenbewegungen aufzuhalten.<sup>30</sup> Bei uns werden<sup>31</sup> ohnehin atomare Gefechtsfeldwaffen stationiert.

<sup>32</sup>Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Militärstrategie völlig verändert. Bis dahin war alle Strategie auf Sieg gerichtet. Unter den Gesetzen der atomaren Waffen ist das Mord und Selbstmord. Die westliche Strategie ist daher heute eine Kriegsverhinderungsstrategie. Das Risiko für einen Angreifer muß so groß sein, daß Krieg als Mittel rationaler Politik ausgeschlossen wird. Diese Strategie hat bis heute den Frieden in Europa bewahrt. Die kriegsvermeidende Wirkung dieser Strategie muß man erkennen. Aber dies reicht nicht aus: Ziel muß es sein, aus dem Gleichgewicht des Schreckens zu einem Frieden des Vertrauens zu kommen. Die junge Generation wächst auf unter Aufarbeitung der Ursachen des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen. Es kann aber eine Generation nachwachsen, die nicht weiß, wie schrecklich ein Krieg ist. Wir mit unseren Erfahrungen müssen die Entwicklung so weit vorantreiben, daß auch ein Wahnsinniger keinen Krieg mehr entfesseln kann.

MP *Fälldin* stimmt dem nachdrücklich zu.

*BM* weist darauf hin, daß er erschreckt ist, wenn er Politiker von der Möglichkeit „nur“ eines konventionellen Krieges reden hört. Der Zweite Weltkrieg ist ein Kinderspiel gegenüber dem, was heute konventionelle Waffen an Zerstörungspotential haben. Für uns ist daher auch die sowjetische konventionelle Überlegenheit so bedrückend. *BM* hat sich daher so engagiert für eine KAE mit dem Ziel vertrauensbildender Maßnahmen für ganz Europa, um unseren Kindern auch einen konventionellen Krieg zu ersparen.

MP *Fälldin* stimmt dem Bundesminister nachdrücklich zu. Er bewertet dann die Bewegung für Frieden und gegen Atomwaffen positiv. Die Politiker haben eine schwere Aufgabe, die Wirklichkeit so darzustellen, wie sie *BM* gerade beschrieben hat. Eine einseitige Abrüstung im Westen ist keine Lösung. Das Gleichgewicht des Schreckens hat bisher den Krieg verhindert. Es ist schwer, dies der Jugend zu erklären. Daher muß der Dialog mit der sogenannten Friedensbewegung aufgenommen werden. Die nordischen Länder bemühen sich hierum. Er hat Verständnis für die Unterschriften in den nordischen Ländern für eine kernwaffenfreie Zone im Norden<sup>33</sup> oder für die direkten Verhandlungen.

<sup>29</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Auch Frankreich und GB sähen in der Neutronenwaffe eine Möglichkeit, die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereich auszugleichen.“

<sup>30</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Die Argumente für die Entwicklung seien die gleichen wie in den USA, die neue Regierung habe aber noch nicht entschieden über die Produktion.“  
Zur Ausrüstung der französischen Streitkräfte mit Neutronenwaffen vgl. Dok. 63, Anm. 18.

<sup>31</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „seien“.

<sup>32</sup> Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>33</sup> Zum sowjetischen Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone (KWFZ) in Nordeuropa vgl. Dok. 40, Anm. 7.

Referat 221 notierte am 30. März 1982, die Diskussion über eine KWFZ sei zu Jahresbeginn 1981

gen mit den USA und der SU über die Nichtanwendung von Kernwaffen in einer solchen Zone. Realistischerweise muß man aber einsehen, daß ein Verzicht auf Nuklearwaffen um jeden Preis keine Gewähr für den Frieden ist.

BM hat Bedenken gegen<sup>34</sup> solche kernwaffenfreien Zonen im Norden: Wichtig ist nicht nur, daß keine Atomraketen in eine solche Zone hineingeschossen werden, sondern auch, wo sie stehen.<sup>35</sup> Was den sicherheitspolitischen Dialog mit der Jugend angeht, so ist sicher manches versäumt worden. BM ist überzeugt, daß eine rationale Diskussion über die Sicherheitspolitik auch zu Ergebnissen führen wird. BM ist beeindruckt über die große Übereinstimmung in der Denkweise, die sich in diesem Gespräch ergeben hat. Beide – er und MP Fälldin – sprechen als Europäer.

MP *Fälldin* unterstreicht die große Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland für Schweden: größter Handelspartner, Motor in der EG, deutsche Rolle in der Sicherheits- und Kontrollpolitik. Die deutschen Informationen sind für ihn außerordentlich wichtig. Schweden hat für sich andere sicherheitspolitische Lösungen gefunden. Schweden und Deutsche arbeiten aber auf der Grundlage gemeinsamer Standpunkte eng in den Vereinten Nationen und vielen anderen Gremien zusammen. Für Schweden ist es wichtig, daß diese enge Zusammenarbeit im bilateralen und internationalen Bereich erhalten und weiter ausgebaut wird.

**Referat 204, Bd. 124953**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 512*

von der UdSSR aufgenommen worden: „Die amtliche Nachrichtenagentur Nowosti stellte allerdings am 23. und 26. Juli 1981 klar, daß keine Rede davon sein könne, daß die SU bereit sei, als Gegenleistung für die Schaffung einer solchen Zone die Halbinsel Kola oder die Ostsee kernwaffenfrei zu machen. Dies wurde damit begründet, daß das militärische Potential in diesem Gebiet sich nicht gegen die nordischen Länder richte, sondern Bestandteil des globalen strategischen Kräftegleichgewichts SU/USA sei.“ Vgl. Referat 221, Bd. 128664.

<sup>34</sup> Ende der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>35</sup> Der Passus „BM hat ... stehen“ wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „BM hat Bedenken gegen kernwaffenfreie Zonen: Richtig kernwaffenfrei sei eine Zone nur, wenn auch nicht mit Atomraketen in eine solche Zone hineingeschossen werden könne.“

## 102

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow**

012-312.74 VS-NfD

**Aufgabe: 1. April 1982, 11.57 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 34 Ortez**

Betr.: Zur 22. Tagung des Europäischen Rats in Brüssel am 29./30.3.1982;  
hier: Wirtschafts- und EG-Fragen

Im Mittelpunkt der Beratungen über Wirtschafts- und Gemeinschaftsfragen stand ein vertiefter Meinungs austausch über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft sowie über die internationale Wirtschaftspolitik im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels von Versailles<sup>2</sup>. Die Mandatsfrage wurde eher am Rande gestreift. PM Papandreu benutzte den ER zu einer eingehenden Erörterung des griechischen Memorandums<sup>3</sup> zu den Beziehungen seines Landes zur EG.

1) Auf der Grundlage eines Kommissionsberichts<sup>4</sup> befaßte sich der ER vor allem mit einer Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft und in der Welt sowie den daraus für die Gemeinschaft und ihre MS zu ziehenden Folgerungen. Hierbei zeigten sich die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen MS und die sich daraus ergebenden divergierenden Handlungsspielräume der Regierungen mit den entsprechenden einengenden Auswirkungen auf die Aktionsmöglichkeiten der Gemeinschaft insgesamt.

Trotz dieser Unterschiede ergab sich letztlich das übereinstimmende Grundinteresse an der Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Wahrung der Währungsstabilität und der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Notwendigkeit einer Förderung der produktiven Investitionen – trotz begrenzter Eigenmittel der EG<sup>5</sup> auch über eine Stärkung der gemeinschaftlichen Kreditinstrumente – wurde im Grundsatz genauso an-

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des griechischen Memorandums („Standpunkte der griechischen Regierung betreffend die Beziehungen Griechenlands mit den Europäischen Gemeinschaften“) vgl. BULLETIN DER EG 3/1982, S. 100–104.

Zur Übergabe des Memorandums am 22. März 1982 vgl. Dok. 38, Anm. 18.

<sup>4</sup> Für die Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 in Brüssel legte die EG-Kommission einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage in den EG-Mitgliedstaaten vor, mit dem sie „über eine bloße Analyse der Lage hinausgehen“ wollte und in dem sie vorschlug, „auf Länder- und Gemeinschaftsebene wirtschaftspolitische Maßnahmen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen“. Vgl. BULLETIN DER EG 3/1982, S. 41 f.

<sup>5</sup> Artikel 2 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften bestimmte: „Ab 1. Januar 1971 stellen [...] folgende Einnahmen eigene, in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzende Mittel dar. a) Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind [...]. b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Gemeinschaftsorganen eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1264.

Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

erkannt wie das Erfordernis koordinierter nationaler und EG-Maßnahmen insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Unter voller Nutzung der ganzen Dimension des Gemeinsamen Marktes sollen die Industrie-, Energie- und Forschungspolitik gefördert werden. Das EWS<sup>6</sup> soll einen neuen Impuls erhalten und als Instrument währungspolitischer Zusammenarbeit wie auch einer Stabilitätspolitik fortentwickelt werden.

Der Bundeskanzler unterstrich in der Diskussion die Notwendigkeit wirtschaftlicher und währungspolitischer Disziplin. Ein „Abwertungswettkampf“ sei zu vermeiden. Die erforderlichen produktiven Investitionen setzten letztlich einen Konsumverzicht voraus.

2) Der ER spricht im Hinblick auf den Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juni in Versailles die Erwartung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den IL zur Erleichterung von Zinssenkungen, zur Verringerung erratischer Wechselkurschwankungen, zur Öffnung der Märkte und zur Wiederaufnahme des Nord-Süd-Dialogs aus. Die besorgniserregend hohen Zinssätze trügen zur Verringerung der für die Ankurbelung der Konjunktur notwendigen Investitionen bei. Die Wechselkursschwankungen beeinträchtigten den Welthandel. Von Japan verlangt der ER eine stärkere Integration in den Welthandel und einen ausgewogeneren Beitrag zu den von allen IL für den wirtschaftlichen Aufschwung zu übernehmenden Lasten. Ausdrücklich wird auch der Ostblock an seine Verantwortung für die Weltwirtschaft erinnert. Zum Osthandel erklären sich die Teilnehmer zur Prüfung der Frage der Exportkreditpolitik in enger Konsultation mit den USA bereit. Insbesondere auf unsere Initiative wird zugleich die stabilisierende Rolle der west-östlichen Wirtschaftsbeziehungen betont, welche die Staats- und Regierungschefs fortgesetzt sehen wollen.

3) In der Mandatsfrage machte die britische PM<sup>7</sup> lediglich einige allgemeine Ausführungen zur Unterstreichung der britischen Forderungen, während Präsident Mitterrand die von AM Tindemans und EG-Kommissionspräsident Thorn am 23.3.1982 unterbreiteten Lösungsvorschläge<sup>8</sup> für F ablehnte. Kurz vor dem ER hatte Lord Carrington noch in einem Schreiben an AM Tindemans<sup>9</sup> diese Vorschläge zwar als eine gute Diskussionsgrundlage bezeichnet, zugleich jedoch eine Reihe von weitergehenden Forderungen angemeldet. Dennoch erklärten

<sup>6</sup> Das Europäische Währungssystem (EWS) trat am 13. März 1979 in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 83.

<sup>7</sup> Margaret Thatcher.

<sup>8</sup> Zu den Vorschlägen, die der Präsident der EG-Kommission, Thorn, und der belgische Außenminister Tindemans als EG-Ratspräsident bei der EG-Ministerratstagung am 22./23. März 1982 in Brüssel zur Lösung der Mandatsfrage unterbreiteten, vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>9</sup> Für das Schreiben des britischen Außenministers Lord Carrington vom 26. März 1982 an den belgischen Außenminister Tindemans in dessen Eigenschaft als EG-Ratspräsident vgl. Referat 412, Bd. 130593.

Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff-Dallwitz faßte die von Carrington formulierten Vorbehalte am 30. März 1982 zusammen: „1.1) Gegen Zweiteilung der Laufzeit; Forderung also Entlastungsgrundbeträge für alle fünf Jahre des Ausgleichs. 1.2) Gegen die Höhe der Freimarge von zehn Prozent; GB wünscht, sie niedriger anzusetzen. 1.3) Gegen das System der jährlichen Aushandlungen der Korrekturen für den Fall der Überschreitung der Zehn-Prozent-Schwelle. 1.4) Gegen den MWSt/BIP-Mechanismus. Forderung: teilweiser Ausgleich der gesamten Differenz zwischen Beitragsanteil und BIP-Anteil (also Bezugsgröße wie beim Dubliner Mechanismus). 1.5) Forderung nach Überprüfungs Klausel, die Fortsetzung des Ausgleichs nach der vorgesehenen Laufzeit nicht ausschließt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130593.

sich sowohl F als auch GB zur Fortsetzung der Verhandlungen anlässlich der für den 3.4.1982 vorgesehenen Sonderratstagung der AM<sup>10</sup> bereit.

4) MP Papandreou machte auf dem ER längere Ausführungen, mit denen er die Forderungen seines Landes auf besondere Vergünstigungen (stärkere Fondsmittel und Stützung der ländlichen Einkommen, Ausnahmen von EG-Wettbewerbsregeln) erläuterte. Die Kommission wird dem Rat eine Stellungnahme zu leiten.<sup>11</sup>

5) Der 22. Europäische Rat wurde am 29. März vormittags mit einer Feierstunde aus Anlaß des 25. Jahrestages der Römischen Verträge<sup>12</sup> eingeleitet. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten die AM das Gründungsabkommen über die Europäische Stiftung<sup>13</sup>. Die Stiftung soll die Kenntnis des kulturellen Erbes Europas sowie das Verständnis für die europäische Integration fördern. Sie geht auf einen Vorschlag im Tindemans-Bericht zur Europäischen Union<sup>14</sup> zurück und unterstreicht, daß die MS in diesem wichtigen Bereich über die insoweit unzureichenden Regelungen der Gemeinschaftsverträge hinaus zur Zusammenarbeit entschlossen sind.

EPZ-Teil folgt.<sup>15</sup>

Karkow<sup>16</sup>

#### Referat 012, Bd. 124419

<sup>10</sup> Die vorgesehene Sondertagung des EG-Ministerrats in Luxemburg entfiel wegen des Falkland-Krieges. Die Beratungen über die Mandatsfrage sollten bei der EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1982 in Luxemburg fortgeführt werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 412 vom 19. April 1982; Referat 412, Bd. 130593.

Zur EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1982 vgl. Dok. 129.

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 18. Juni 1982 hieß es: „Die Kommission gibt in ihrem Papier vom 14.6.82 eine erste Bewertung des griech[ischen] Memorandums, in der sie die spezifische Problematik der griech. Situation anerkennt, andererseits aber deutlich auf die Grenzen griech. Wünsche hinweist. Die Kommission hält fest, daß die EG für den wirtschaftlichen Rückstand Griechenlands nicht verantwortlich gemacht werden kann, daß alle MS unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben und daß Aufgabe der EG nur sein kann, nationale Eigenanstrengungen unterstützend zu fördern. [...] Als Bewertungskriterien stellt die Kommission insbesondere heraus: Die EG kann GR nur im Rahmen ihrer Politiken helfen, nicht durch (vorübergehende) Abweichungen vom Acquis. Die EG kann keine Maßnahme dulden, die den Grundprinzipien des EWG-V[ertrags] (insbesondere den vier Freiheiten) widerspricht. Die gespannte Haushaltslage der EG setzt Grenzen. Haushaltsmittel sind i[m] ü[brigen] nur einsetzbar, wenn sie Gemeinschaftspolitiken unterstützen. Die Kommission wird bis Ende d[ies] J[ahres] Vorschläge für ein Programm zur Beschleunigung der Entwicklung des Mittelmeerraums vorlegen. Gerade in diesem Rahmen sind nach ihrer Ansicht die griech. Anliegen zu berücksichtigen und aufzufangen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130420.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

<sup>13</sup> Am 5./6. Dezember 1977 beschloß der Europäische Rat in Brüssel die Errichtung der Europäischen Stiftung. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 357.

Bei der Tagung in Kopenhagen am 7./8. April 1978 bestimmte der Europäische Rat Paris als Sitz der Stiftung. Vgl. dazu die Erklärung über die Europäische Stiftung vom 8. April 1978; EUROPA-ARCHIV 1978, D 287. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 113.

Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 29. März 1982 über die Errichtung einer Europäischen Stiftung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 647–650.

<sup>14</sup> Ministerpräsident Tindemans legte am 29. Dezember 1975 einen Bericht über die Gesamtkonzeption für eine Europäische Union vor. Zu den Aufgaben einer Europäischen Stiftung hieß es, sie bestünden darin, „alle Beiträge zu einer besseren Verständigung zwischen unseren Völkern zu fördern, wobei das Hauptgewicht auf die zwischenmenschlichen Kontakte gelegt werden soll“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 77. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

<sup>15</sup> Vgl. Dok. 106.

<sup>16</sup> Paraphe.

## 103

**Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 677

Aufgabe: 1. April 1982, 17.10 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 1. April 1982, 17.45 Uhr

Betr.: Informationsreise MdB Egon Bahr nach Paris am 1. und 2.4.1982;  
hier: Gespräch mit AM Cheysson am 1.4.

Bezug: DB Nr. 655 vom 30.3.1982

Nach der Begrüßung erklärte Bahr sein Interesse an einem offenen Meinungs-  
austausch über europäisches Verhältnis zu Amerika, Stärke der Entwicklung der  
europäischen Interessen und insbesondere Sicherheitsfragen.

Cheysson begann mit dem Verhältnis zur Dritten Welt, dem französischen Zwei-  
fel an der amerikanischen Haltung, einschließlich des Glaubens an die Markt-  
kräfte, der zum Teil auch – über das vernünftige Maß – in Deutschland geteilt  
würde. Gerade jetzt in einer Phase billiger Ölpreise wäre es notwendig, ein Kon-  
zept gegenüber der Dritten Welt zu entwickeln, langfristig die Rohstoffversor-  
gung zu sichern und den Ländern zu helfen. Dies liegt in unserem Interesse.  
Er betonte die Sorge Frankreichs, daß die beiden Großmächte ihre Probleme und  
ihre Interessen zu stark in der Dritten Welt zum Tragen bringen, und nannte  
als Beispiel Nahost.

Zur Sicherheit, die er als Hauptpunkt bezeichnete, führte er aus und wieder-  
holte am Schluß noch einmal, daß er damit auch öffentlich zitiert werden kön-  
ne, daß Frankreich seine bekannte Strategie der massiven Abschreckung und  
seine Unabhängigkeit beibehalten werde. Selbst für den Fall der Entwicklung  
kleinerer Nuklearwaffen – die Entscheidung darüber sei noch nicht gefallen –  
wäre nicht daran gedacht, diese als battle field weapons zu verwenden, sondern  
allenfalls sehr selektiv als „rotes Licht“, also als letzte Warnung vor dem großen  
Atomschlag einzusetzen.<sup>2</sup> Frankreich fürchte eine Tendenz der Abkoppelung  
und glaube, daß die Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> zur Zeit weder von der SU noch

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 2. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Ausrüstung der französischen Streitkräfte mit Neutronenwaffen; Dok. 63, Anm. 18.  
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 30. März 1982 wurde darauf  
hingewiesen, daß der französische Generalstabschef Lacaze in einer Rede am 31. September 1981  
„ungewöhnlich detailliert über den möglichen Einsatz der taktischen Nuklearwaffen“ gesprochen ha-  
be: „Sie sollen die Umgehung der strategischen Abschreckung durch einen Aggressor verhindern,  
diesen zur Einstellung eines Angriffs zwingen und der politisch-militärischen Führung Zeit ver-  
schaffen. Sie sollen so den Charakter eines unmißverständlichen letzten Signals vor dem Rückgriff  
auf die strategischen Systeme behalten. Damit diese Warnung auch verstanden wird und den ge-  
wünschten Effekt habe, müsse sie militärische Wirkung erzielen. Das bedeute einen massiven, aber  
nach Zeit und Raum begrenzten Einsatz. Eine solche Warnung in Form eines ‚Warnschusses‘ oder  
einer ‚abgestuften Reaktion‘ (réponse graduée) schließe sich in diesem Konzept aus. Auf französischer  
Seite wird die Kritik an der Strategie der ‚flexible response‘ der NATO aufrechterhalten, in der die  
Verteidigung Europas nicht die ‚Finalität‘, sondern nur eine Stufe der Gewaltanwendung darstelle.  
Nach wie vor scheint der Unterschied zwischen beiden Konzepten aber weniger im grundsätzlichen  
als in der unterschiedlichen Qualität und Quantität der auf beiden Seiten verfügbaren Mittel be-  
gründet.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125640.

<sup>3</sup> Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 83.

von den USA ernsthaft geführt würden. Es gäbe ein sowjetisches Interesse an der Verhinderung von Pershing II und Cruise Missiles landgestützt, aber es könne an der sowjetischen Bereitschaft gezweifelt werden, darüber ernsthaft zu verhandeln, solange Pershing II nicht stationiert sei. Es sei europäisches Interesse, auf die Amerikaner mit dem Ziel baldiger Aufnahme der SALT- oder START-Verhandlungen<sup>4</sup> einzuwirken.

Für die Diskussion europäischer Sicherheitsinteressen böte sich die Versammlung der WEU an. Sie sei der NATO vorzuziehen, zumal mit der Türkei ein politisches Gespräch zur Zeit schwer vorstellbar sei.

Bahr erklärte seine volle Übereinstimmung mit den Ausführungen zur Dritten Welt und dankte für die Erklärung über die unveränderte französische Strategie. Auch er habe Sorge über die seit mindestens 15 Jahren erkennbare amerikanische Neigung zur Abkoppelung<sup>5</sup>. (Cheysson hatte negativ die Reagan-Erklärung über einen begrenzten Nuklearkrieg erwähnt.<sup>6</sup>) Er betonte die Notwendigkeit, das gemeinsame Risiko als Kitt des Bündnisses zu erkennen. Genau genommen sei die Strategie der flexiblen Antwort<sup>7</sup> die Doktrin des begrenzten Krieges. Die Friedensbewegung habe im Grunde von dorthier Auftrieb erhalten. Ohne das ungeteilte Risiko könne sich in Deutschland eine Haltung der Verweigerung entwickeln, die bis weit in das sogenannte bürgerliche Lager reiche. Bahr erwähnte die Stellungnahme von Professor Biedenkopf. In diesem Zusammenhang sei auch die Ablehnung der Neutronenwaffe zu sehen, die durch ihre Technik die Nuklearschwelle senke.

Zu den Genfer Verhandlungen erwähnte Bahr, daß sie erst im Herbst, also nach Klärung der amerikanischen SALT-Position, ernsthaft in Gang kämen. Der Zeitdruck für ein baldiges Verhandlungsergebnis sei noch nicht da. Er erläuterte die Position des Druckes auf die Verhandelnden, wie sie für den SPD-Parteitag<sup>8</sup> vorgesehen sei.

Zur notwendigen Diskussion europäischer Sicherheitsinteressen meldete er Zweifel in bezug auf die WEU als Instrument an, auch mit dem Hinweis auf die mindere deutsche Stellung<sup>9</sup> dort. Cheysson zeigte für dieses Argument Ver-

<sup>4</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen.

<sup>5</sup> Die Wörter „amerikanische Neigung zur Abkoppelung“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Ferner vermerkte Stabreit handschriftlich: „Nein!“

<sup>6</sup> Zu den Äußerungen des Präsidenten Reagan am 16. Oktober 1981 vgl. Dok. 5, Anm. 5.

<sup>7</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>8</sup> Der Parteitag der SPD fand vom 19. bis 23. April 1982 in München statt. Vgl. dazu Dok. 127.

<sup>9</sup> Die WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenkwaffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273.

Anlage III Abschnitt V über „Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke“ wurde zwischen 1958 und 1973 mehrfach geändert. Für den Wortlaut der geltenden Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 768 f., bzw. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 671. Der Bundesverteidigungsrat beschloß bereits am 3. November 1967, die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen als Fernziel anzustreben. Zu den Bemühungen der Bundesregierung vgl. zuletzt AAPD 1980, II, Dok. 237.

Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 22. Juni 1982, die WEU-Versammlung habe während ihrer

ständnis. Paris sei noch nicht festgelegt. Man brauche eine gewählte Körperschaft. Man könne zur Zeit vielleicht an die Parlamentarische Versammlung, sicher nicht den Ministerrat der EG, denken. Darüber müsse bilateral gesprochen werden.<sup>10</sup>

Cheysson unterstrich, daß Frankreich keinesfalls seine Nuklearstreitkräfte in die Genfer Verhandlungen einbeziehen lassen wird. Wenn später einmal über globale Gleichgewichte geredet würde, könne man natürlich ihre Berücksichtigung erwägen. Er hoffe stark, daß auf dem SPD-Parteitag dies klar gesehen werde. Bahr erwiderte, daß die SPD zu keinem Zeitpunkt die Einbeziehung oder auch nur die Berücksichtigung des französischen Nuklearpotentials für Genf<sup>11</sup> verlangt habe, was für Cheysson wichtig war, da er durch Presseberichte ein anderes Bild gehabt hat.<sup>12</sup>

[gez.] Herbst

Referat 200, Bd. 122724

## 104

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

2. April 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Fälldin am Mittwoch, den 31. März 1982, 16.15 bis 18.15 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil auf schwedischer Seite: Staatssekretär Johannsson, Botschafter Backlund, Politischer Direktor Eckerberg; auf deutscher Seite: Staatssekretär von Staden, Botschafter von Puttkamer, GL21<sup>3</sup> sowie zwei Dolmetscher.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 518*

Sitzung vom 14. bis 17. Juni 1982 in Paris eine Empfehlung angenommen, welche die „Aufhebung der letzten Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich“ für die Bundesrepublik beinhaltet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1111; Referat 200, Bd. 123170.

<sup>10</sup> Der Passus „Man brauche ... gesprochen werden“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>11</sup> Die Wörter „für Genf“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So?“

<sup>12</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit handschriftlich: „Ich auch!“

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Fälldin hielt sich vom 31. März bis 2. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 101 und Dok. 105.

<sup>3</sup> Klaus Zeller.

Sie<sup>4</sup> begrüßen MP Fälldin sehr herzlich. Die Beziehungen zwischen uns und Schweden seien so selbstverständlich, daß man sich Zeit lasse, einander zu besuchen. Der letzte Besuch eines schwedischen MP bei uns sei lange her.<sup>5</sup>

Sie baten den MP um Angabe der Themen, die er besprechen wolle. Die Welt befinde sich in nicht allzu guter Verfassung, das nehme sich von Stockholm wohl ebenso aus wie von uns aus gesehen. Wir beide lebten sehr nahe der Zone, von der aus Spannungen ausgingen.

Fälldin dankt für die Einladung. Bilaterale Probleme gebe es nicht zu besprechen. Er sei interessiert an einem Meinungs austausch zu internationalen Fragen, die uns beide betreffen, sowie zur wirtschaftlichen Lage. Die internationalen Spannungen seien in der Tat angestiegen. Schweden fühle sich als naher Nachbar zu Polen, dessen Entwicklung Sorge bereite.

Die folgenden Ausführungen Fälldins unterbrechen Sie von Zeit zu Zeit durch Fragen.

Fälldin: Der Welthandel sei 1981 zurückgegangen. In allen Ländern versuche man, die Produktion anzukurbeln. Wenn die Gesamtnachfrage nicht steige, so könne man auch nicht mehr verkaufen. Grund für schwindende Nachfrage sei eine Zunahme protektionistischer Tendenzen überall. Druck, sich stärker nach außen abzuschotten, gebe es auch in Schweden, obwohl Schweden traditionell ein Freihandelsland sei. Seit Mitte der 60er Jahre seien die Industrieinvestitionen gesunken. Man habe dem gegengesteuert, indem man die Beschäftigung im öffentlichen Sektor gesteigert habe. Für eine solche Politik gebe es jedoch Grenzen. Die Arbeitslosigkeit in Schweden betrage 3%, das Leistungsbilanzdefizit 13 Mrd. Kronen (ca. 5 Mrd. DM). Der internationale Strukturwandel habe sich nachteilig für die traditionellen schwedischen Industriebereiche ausgewirkt: Bergbau, Stahl, Schiffbau und Holzindustrie. Die Regierung betreibe grundsätzlich eine expansive Politik. Das Haushaltsdefizit betrage ca. 80 Mrd. Kronen; dies seien 11% des BSP. (Sie werfen ein, daß unser Defizit 3,6% des BSP betrage, das schwedische sei also sehr hoch.)

Fälldin entgegnet, daß er unter politischen Druck gerate, weil er nicht eine noch expansivere Politik betreibe.

Sie entgegnen, daß bei noch expansiverer Politik die Nackenschläge in weniger als zwei Jahren folgen würden. Sie sähen dies auch für andere Länder voraus.

Laut Fälldin befänden sich alle Regierungen in schwieriger Lage.

Sie stimmen zu. In der ganzen Allianz gebe es nur eine Regierung, die seit dem ersten Ölpreisschock nicht gewechselt habe. In manchen Ländern habe die Regierung zweimal oder mehrmals gewechselt. Wie die Beispiele zeigten, habe dies mit der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung nichts zu tun, es träfe Konservative wie Sozialisten und Liberale gleichermaßen. Die Instabilität sei Ausfluß der Lage.

Fälldin: Die beiden Ölschocks hätten alle Länder mit einer zusätzlichen Steuer zugunsten der ölproduzierenden Länder belastet. Würden die betroffenen In-

<sup>4</sup> Helmut Schmidt.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kiesinger empfing Ministerpräsident Erlander am 17. April 1969 zu einem Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 128.

dustrielländer versuchen, dennoch eine positive Leistungsbilanz zu erreichen, so würde die Bürde auf der Dritten Welt noch schwerer lasten.

Sie bemerkten, daß die Entwicklungsländer unter dem Ölschock und unter Verwerfungen der Zahlungsbilanzen in der Tat sehr viel stärker litten als wir. Länder wie Nigeria, die eigenes Öl produzierten, seien die Ausnahme.

Wir selbst hätten es mit einer Arbeitslosigkeit von sechs bis neun Prozent zu tun. Auch wir stünden mithin unter Druck, unsere eigenen Interessen zu wahren.

Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer seien mit Entwicklungshilfe nicht zu beheben.

Fäldin stimmt zu.

Sie: Die zusätzlichen Lasten, die der Ölschock für die EL mit sich gebracht habe, und die Höhe unserer Entwicklungshilfe seien inkommensurable Größen. Dies gelte auch dann, wenn Länder wie Schweden reichlich Entwicklungshilfe geben. Auch Schweden könne seine Hilfe nicht verdoppeln oder verdreifachen. Es sei eine beachtliche Verschiebung von Wohlstand zugunsten der Ölländer eingetreten. Daran sei im Grunde nichts zu ändern.

Auf die Bemerkung Fäldins, daß in sämtlichen Industrieländern in der Tat große Arbeitslosigkeit herrsche, bemerken Sie, daß die schwedische Arbeitslosenrate lediglich 3% betrage, dies sei Vollbeschäftigung. Nach dem Kriege habe man unter dem Einfluß der anglo-amerikanischen Volkswirtschaft sogar eine Arbeitslosenrate von 4% als Vollbeschäftigung bezeichnet. Dann habe man die Rate noch weiter senken wollen, mit der Folge, daß die Staatsverschuldung ungeheuer angestiegen sei.

Fäldin stimmt zu. Hohe Staatsverschuldung sei in der Tat der Preis dafür, die einheimische Nachfrage hoch zu halten. Wir hätten aber keine andere Wahl. Die Nachfrage in der Dritten Welt, die einen großen Markt auch für die EG darstelle, sei zurückgegangen. Wenn sich auch die Nachfrage in den Industrieländern vermindere, wo in der Welt finde man dann Käufer für eine größere Produktion?

Sie bemerken, daß dies jedenfalls nicht in den Entwicklungsländern der Fall sei. Wir müßten auch bei den Entwicklungsländern darauf bestehen, daß sie Lieferungen bezahlten. Natürlich könne man an Kreditmöglichkeiten denken. Entweder liehen die Entwicklungsländer sich Geld, um ihre Importe zu bezahlen, oder die schwedische Regierung leihe sich das Geld, um dies der eigenen Industrie zu geben. Im zweiten Fall ruiniere man die schwedische Währung, im ersten Fall ruinierten sich die Währungen der Entwicklungsländer. In der Praxis gehe beides Hand in Hand. Telefonisches und telegraphisches Geld vermehre sich noch rascher als Papiergeld. Hier könne man eine zweite Inflationswelle erwarten, in Japan z. B. relativ bald, da dort eine strikte Haushaltspolitik, aber eine Politik des losen Geldes betrieben werde. Das könne nicht ohne Auswirkungen auf den Yen bleiben.

Sie bedauern, daß Sie in Cancún<sup>6</sup> nicht anwesend waren. Sie hätten sich sehr gefreut, dorthin zu gehen. Alles, was Sie darüber gelesen hätten, vermittele ihnen freilich nicht viel bessere Einsichten.

<sup>6</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

Fälldin stimmt zu und fügt hinzu, daß es noch schwieriger sei, konkrete Ergebnisse von Cancún zu sehen, mit Ausnahme vielleicht des Gedankens, eine Energiefiliale der Weltbank zu gründen.<sup>7</sup>

Sie meinen, daß dies marginale Verbesserungen schaffen könne, jedenfalls nicht schade. Sehr viel gravierender sei jedoch die Bevölkerungsexplosion, das Ansteigen der Weltbevölkerung von vier auf über sechs Milliarden bis zum Jahre 2000. Gleichzeitig steigere man nicht die eigene Produktivität.

Die beiden Weltmächte betrieben eine wenig überzeugende Wirtschaftspolitik. Die SU könne zum ersten Mal nicht ihre eigene Bevölkerung ernähren, sondern müßte pro Jahr 35 bis 40 Millionen Tonnen Getreide einführen. Die US-Volkswirtschaft befinde sich in der größten Krise seit Roosevelt. Bei einer fünfprozentigen Inflation habe man Zinssätze von weit mehr als der doppelten Höhe der Inflationsrate. Die Arbeitslosigkeit sei sehr hoch. Wir alle seien anfällig geworden. Die alten Rezepte von Keynes<sup>8</sup> oder der Monetaristen paßten nicht auf die augenblickliche Entwicklung.

Ein weiterer Schock sei vorprogrammiert, wenn auch die Nachfrage der ölproduzierenden Länder zurückgehe. Deren Überschuß sei von 100 Mio. Dollar auf 25 Mio. Dollar gesunken. Sie hätten nicht mehr genügend Geld, ihre eigenen Aufträge zu finanzieren, vor allem könnten sie keine Kredite mehr an andere Länder geben. Selbstverständlich sei es gut, daß der Ölpreis gefallen sei. Dies sei aber ebenso abrupt gekommen wie vorher der Ölschock. Dies könne zu schweren weiteren Verwerfungen führen. Alle großen Kreditgeber, die Saudis, Libyen, Irak, vorher schon der Iran, säßen jetzt nach und nach auf dem Trockenen.

Fälldin räumt ein, daß dies ein sehr realistisches Bild sei.

Er spricht die Höhe der Zinsen in den USA an und begrüßt, daß Sie Schritte unternommen haben, um auf eine Zinssenkung hinzuwirken.

Auf eine Frage Fälldins äußern Sie sich skeptisch über die Möglichkeit der US-Wirtschaft, rasch umzusteuern, solange die USA ein Haushaltsdefizit von 120 Mrd. Dollar hätten bei Ersparnissen von nur 170 Mrd. Dollar. Die USA seien zu einem Kapitalimportland geworden. Die Regierung habe nur die Wahl, entweder das Haushaltsdefizit zu verringern oder die Zinsen hoch zu halten oder die abzuschaffen.<sup>9</sup> Der einzige Ausweg sei, die Verteidigungsausgaben zu beschneiden, nachdem man nun einmal auf Friedmans Veranlassung die Steuern gesenkt habe, ohne das gleiche mit den Ausgaben zu tun.

<sup>7</sup> In der Schlußerklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs wurde die Weltbank aufgefordert, die „Möglichkeit der Gründung eines neuen Tochterinstituts oder einer Fazilität zu prüfen, mit denen sie ihre Programme für die Vergabe von Darlehen zur Energiehilfe verbessern und ausbauen könnte“. Vgl. BULLETIN 1980, S. 631 f.

Der Präsident der Weltbank, McNamara, schlug während der Jahresversammlung am 3. Oktober 1980 vor, eine „Energiebank“ im Rahmen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) zu gründen. Diese sollte Entwicklungsländer in Energiefragen beraten und zugleich den internationalen Anpassungsprozeß an den gestiegenen Ölpreis vorantreiben. Vgl. dazu 1980 ANNUAL MEETINGS OF THE BOARDS OF GOVERNORS, S. 232.

Im Kurzbericht vom 24. Oktober 1981 der beiden Ko-Präsidenten der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún, Präsident López Portillo und Ministerpräsident Trudeau, hieß es, die Schaffung einer „Energie-Filiale“ der Weltbank werde befürwortet. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 98.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „Caines“.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

Wir hätten unser staatliches Defizit heruntergefahren trotz steigender Arbeitslosigkeit (letztes Jahr 4,5% des BSP, dieses Jahr nur 3,5%). Wir haben damit die Nachfrage gedrosselt und unsere Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht gebracht. Dadurch konnten wir unsere Zinsen niedriger halten als auf dem Weltmarkt, von dem wir etwas unabhängiger in Kapitalimporten geworden sind. Unsere Zinsen seien von 11 auf 9,2/9,3% gefallen mit weiterhin fallender Tendenz. Dies sei nur möglich gewesen durch kräftige Einsparungen bei den Sozialleistungen.

Nach einem kurzen Meinungs austausch über die Position der politischen Parteien beider Länder zu diesen Fragen bemerkte Fälldin, daß er mit seiner Wirtschaftspolitik im großen und ganzen recht gut zwischen Linken und Rechten zu Rande kommt. Er beklagt die hohen Zinsen in den USA.

Sie bemerken, daß man so rasch in den USA nicht umsteuern könne. Sowohl die Monetaristen wie die Vertreter hoher Verteidigungskosten seien in den USA sehr stark. Der Präsident habe selbst die Steuern gesenkt und könne sich nicht widersprechen. Gewiß wachse die Kritik in den USA selbst, und es stünden Wahlen<sup>10</sup> bevor. Wahrscheinlich werde man die augenblickliche Politik auch nicht länger als bis zum Winter durchhalten können. Aber bis dahin seien es noch acht oder neun Monate. Ein Umsteuern könne es nicht geben, ehe der Haushalt 1983 nicht aufgestellt werde. Die Folgen würden sich erst im Frühjahr 1983 bemerkbar machen, bei uns noch später. Wer mithin auf die USA warten wolle, brauche viel Geduld.

Es sei richtig, daß mit Präsident Reagans Regierungsantritt<sup>11</sup> ein psychologischer Aufschwung in den USA einherging. Dieser Aufschwung sei noch nicht verbraucht. Mit Reagan haben die USA der ganzen Welt zeigen wollen, daß sie sich nicht von jedermann herumstoßen ließen. Dies habe eine große Stimmung erzeugt mit erheblichen Nachwirkungen.

StS von Staden ergänzt auf Ihre Bitte, daß mit dem Präsidentenwechsel in der Tat sehr starke Ausschläge sichtbar würden. Sie seien von Carter zu Reagan noch größer als damals von Eisenhower zu Kennedy<sup>12</sup>. Wir müßten hoffen, daß sich ein Gleichgewicht wieder einstelle.

Sie verweisen auf den starken Personalwechsel in den USA, dem eine starke Kontinuität der politischen Führung in Moskau gegenüberstehe, Grund für die dickköpfige Stetigkeit Moskaus in politischen Dingen. Sie äußern Ihre Hochachtung vor der außenpolitischen Genialität Nixons, dem im übrigen durch einen ebenso genialen Außenminister<sup>13</sup> assistiert wurde.

Fälldin bemerkt, daß es offenbar die Grundthese Reagans sei aufzurüsten, um das Gespräch mit der Sowjetunion zu erleichtern.

<sup>10</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>11</sup> Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Am 20. Januar 1981 übernahm Reagan die Amtsgeschäfte.

<sup>12</sup> Am 8. November 1960 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Partei, Kennedy, als Sieger hervorging. Am 20. Januar 1961 übernahm Kennedy die Amtsgeschäfte.

<sup>13</sup> Henry A. Kissinger.

Sie bemerken, daß Reagan ein sehr vorsichtiger Mensch sei, in den man Vertrauen setzen könne. Er wolle nicht unkontrolliert und leichtfertig aufrüsten, aber es gebe andere in den Vereinigten Staaten, die das wollten. Dies seien die politischen Kräfte, auf die der Präsident sich stütze. Die alte politische Elite aus dem Osten sei verschwunden. Amerika werde durch Personen aus Georgia, Texas, Florida und Kalifornien bestimmt, deren wirtschaftliche Struktur sich seit 15 Jahren entscheidend entwickelt habe. Dies sei Grund für einen gewissen naiven Optimismus, dem aber die Erfahrung fehle.

Fälldin: Wenn die Abrüstungsgespräche Erfolg haben sollten, müsse das Vertrauen zwischen den Supermächten wachsen. Kontrollierte Abrüstung werde nicht gefördert, wenn, wie von amerikanischer Seite, kategorische Forderungen gestellt würden. Wir müßten dazu beitragen, Vertrauen aufzubauen.

Sie entgegnen dem, daß für das augenblickliche Mißtrauen unter den Supermächten die Russen sehr viel mehr Verantwortung trügen. Sie verweisen dabei auf die Beratungen des Bundeskabinetts, das sich drei Stunden lang mit der strategischen Lage in der Welt beschäftigt habe.<sup>14</sup> Breschnew habe mit einer neuen Welle von Hochrüstung 1974 ganz langsam begonnen. Die sowjetische Aufrüstung bedrohe Europa, China, Japan und den Nahen Osten. Wir hätten uns als erste über diese Lage alarmiert gezeigt und darauf gedrängt, kein SALT-Abkommen abzuschließen, in dem die Mittelstreckenwaffen nicht einbezogen wären. Trotzdem seien sie ausgeklammert geblieben.<sup>15</sup> Breschnew habe bei seinem Besuch im Mai 1978 von einem Gleichgewicht der Kräfte gesprochen.<sup>16</sup> Damals habe es 60 bis 70 SS-20-Raketen gegeben, heute seien 300 stationiert, d. h. jedes Jahr seien 60 bis 65 hinzugekommen. Insgesamt handele es sich um 900 Sprengköpfe. Rechne man die SS-4 und SS-5 mit noch weiteren 300 Sprengköpfen hinzu, so ergebe sich eine Summe von 1200. Das sei mehr als eine Verdoppelung seit 1975. Dadurch gerate Westeuropa als Ganzes unter Druck, nicht nur Helsinki, sondern auch Oslo, Stockholm und Bonn.

Zwar sei Breschnew ein vorsichtiger Mann, der nicht auf den Knopf drücken werde, auch Ustinow nicht. Es genüge aber, daß man diese militärische Macht politisch einsetze, um uns zu einem bestimmten Tun zu zwingen. Der Zweck der SU-Rüstung sei ein politischer, bei wohlwollender Betrachtung sei der Grund für die Hochrüstung ein übertriebenes russisches Sicherheitsbedürfnis, bei weniger wohlwollender Betrachtung imperiales, aggressives russisches Ausgreifen. Dies zeige sich in Afghanistan<sup>17</sup>, in Laos<sup>18</sup> und Kambodscha<sup>19</sup>, wo die Sowjet-

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der außen- und sicherheitspolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 31. März 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 233 f.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 thematisierte er Fragen des militärischen Gleichgewichts in Europa. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 136.

In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978, die Breschnew zusammen mit Schmidt abgab, hieß es, „annähernde Gleichheit und Parität“ würden Sicherheit gewährleisten. Vgl. BULLETIN 1978, S. 429.

<sup>17</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>18</sup> Im Politischen Halbjahresbericht teilte Botschafter Flender, Vientiane, am 1. September 1981 zu den

union auch Giftgas eingesetzt habe<sup>20</sup>. Die SU könne sich versprechen, viele einzuschüchtern, freilich nicht die USA, Gott sei Dank.

Fälldin berichtet von einem sehr interessanten Gespräch, das er mit Weinberger im Herbst vergangenen Jahres geführt habe.<sup>21</sup> Dieser habe ihm erläutert, daß man die SS-20 durch die Einführung der Neutronenwaffe ausgleichen wolle. Auf Ihren Einwand korrigierte er sich, daß die Neutronenwaffe zum Ausgleich der sowjetischen Übermacht im konventionellen Bereich (Panzerwaffe) dienen solle.

Sie bemerken, daß F genauso wie die USA die Neutronenwaffe herstellen könnte.<sup>22</sup> Das treffe allerdings auch für die SU zu. Man tue hier in der Tat einen Schritt in eine neue Qualität hinein und gerate auch in eine Eskalation. Der Vorsprung des einen werde von dem anderen recht bald eingeholt.

Fälldin berichtet, daß er Weinberger gefragt habe, ob mit Einführung der Neutronenbombe und ihrem Einsatz auf Panzer die nukleare Schwelle gesenkt würde.

Sie entgegnen, daß die atomare Schwelle durch vielerlei Entwicklungen theoretisch gesenkt werde, z. B. auch dadurch, daß in der DDR nukleare Kurzstreckenraketen stationiert würden.<sup>23</sup>

Im übrigen gebe es dreieinhalb Mal soviel russische Panzer in Europa wie auf westlicher Seite. Die nukleare Option, um einen sowjetischen Panzerangriff zu stoppen, sei stets schon Teil der westlichen Strategie gewesen. Schon immer war man der Meinung, daß der konventionellen sowjetischen Überlegenheit nur begegnet werden könne durch die Bereitschaft zu einem nuklearen Gegenschlag.

Laut Fälldin sei es das Problem, daß es für das Gleichgewicht keine objektive Definition gebe. Die SU sei z. B. der Ansicht, daß das Gleichgewicht bestehe.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 524*

Beziehungen zwischen Laos und der UdSSR mit: „Nachdem Ende 1980 ein Fünf-Jahres-Abkommen zur Finanzierung wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern geschlossen wurde, erfolgte im April ein Fünf-Jahres-Protokoll über die Zusammenarbeit im Transport- und Verkehrswesen. Die Sowjetunion dürfte sich hierbei besonders unter strategischen Gesichtspunkten engagieren [...]. Das Sowjet-Engagement wird auch durch eine ‚große‘ Botschaft und die Anwesenheit von etwa 1500 bis 2000 Experten verdeutlicht.“ Ferner berichtete Flander, die laotische Außenpolitik sei „vollkommen auf die Thesen des sozialistischen Blocks eingestimmt“, obwohl sich Laos als blockfreier Staat darstelle. Das ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei verstehe Laos als „Vorposten des Sozialismus in Südostasien“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 342; Referat 340, Bd. 137136.

19 Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

20 Botschafter Ruth hielt am 11. März 1980 zu Meldungen über den Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos fest: „1) Afghanistan: [...] Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen (NATO, BND) kann ein solcher Einsatz weder bestätigt noch ausgeschlossen werden. Weiter bleibt unklar, ob es sich um hochtoxische moderne C-Waffen oder lediglich um chemische Substanzen handelt, die den Gegner vorübergehend kampfunfähig machen wie Tränengas u. ä. [...] Nicht geklärt ist auch, ob der behauptete C-Waffen-Einsatz von sowjetischen oder afghanischen Einheiten durchgeführt wurde. 2) Laos und Kambodscha: Von den USA war Anfang d. J. auch ein C-Waffen-Einsatz in Laos und Kambodscha, gestützt auf Aussagen von Flüchtlingen und diesbezüglichen hearings im Kongreß, dargetan worden. Das Beweismaterial war auch in diesem Falle nicht ausreichend, wobei die Art der eingesetzten chemischen Substanzen und die Verursacher (Vietnamesen, Laoten oder Sowjets?) offenblieben.“ Vgl. Referat 222, Bd. 116952.

21 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hielt sich vom 15. bis 18. Oktober 1981 in Schweden auf. Vgl. dazu Dok. 101, Anm. 28.

22 Zur Ausrüstung der französischen Streitkräfte mit Neutronenwaffen vgl. Dok. 63, Anm. 18.

23 Zur Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen der UdSSR vgl. Dok. 54, Anm. 19.

Sie entgegnen, daß die SU dies zwar behaupte, aber wohl wisse, daß es nicht so sei.

Im übrigen hätten wir der Stationierung von Neutronenwaffen nicht zugestimmt.

Fälldin: Weinberger habe ihm mit Bestimmtheit gesagt, daß Neutronenwaffen eingeführt werden müßten.

Sie entgegnen, nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Sie fügen erläuternd hinzu, daß schon aus geographischen und Platzgründen das sowjetische konventionelle Übergewicht konventionell bei uns nicht ausgeglichen werden könnte. Wir könnten nicht so viele Panzer stationieren.

Schon jetzt befänden sich sechs verschiedene Armeen auf unserem Territorium. Mehr könnten wir nicht bei uns aufnehmen. Polen allein sei eben geographisch größer als die Bundesrepublik Deutschland, dahinter die europäische Sowjetunion riesig.

Ein weiteres Problem sei, daß die Sowjetunion seit langem die Wehrpflicht kenne; die USA keine Wehrpflicht hätten<sup>24</sup> und glaubten, Wehrpflichtige durch hardware ersetzen zu können.

Weil wir die sowjetische konventionelle Überlegenheit in Europa konventionell nicht ausgleichen könnten, brauchten wir die nuklearen Waffen. Nur weil die SU einem nuklearen Risiko in Europa begegne, werde sie davon abgeschreckt, ihre konventionelle Überlegenheit einzusetzen. Die Möglichkeit einer nuklearen Kampfführung muß sie auch davon abschrecken, ihre Übermacht zu politischem Druck zu benutzen. Unsere Eventualbereitschaft zum Einsatz nuklearer Waffen ist die Garantie dagegen, daß die SU uns konventionell überrennt. Diese Sicherheit ist für uns nur im Bündnis gegeben. Wie die Entwicklung zeige, marschiert die SU dort ein, wo es keine Bündnisse gibt und mithin auch kein Risiko für sie; und dies, obwohl man Breschnew grundsätzlich als friedliebend bezeichnen könne.

Die Lage in der sowjetischen Führung sei nicht ohne Risiken. Was wäre passiert, wenn Breschnew vor Suslow gestorben wäre? Was wird nach dem Tode Breschnews geschehen? Werde die SU flexibler, selbstbewußter?

Sie fragen Fälldin, was seine finnischen Freunde hierzu sagten.

Fälldin: Koivistos Meinung sei, daß die Russen an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Verteidigung gelangt seien. Nach seiner Einschätzung wollten sie auch keinen Krieg. Der Einmarsch in Afghanistan beruhe, so seine finnischen Gesprächspartner, auf einer politischen Fehleinschätzung in der sowjetischen Führung. Kekkonen habe die Nachfolgefrage für Breschnew stets sehr beschäftigt; er habe oft versucht, herauszufinden, wer Nachfolger Breschnews werde.

Ihrer Meinung nach ist es ziemlich sicher, daß Breschnew Tschernenko als Nachfolger wolle. Ob dies aber so komme, sei offen.

Sie berichten sodann von Ihrem Moskau-Aufenthalt 1980<sup>25</sup> und der Wirkung

<sup>24</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

<sup>25</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

Ihrer vor den Mitgliedern des Politbüros gehaltenen Rede<sup>26</sup>. Sie hätten sehr sanft im Ton, aber stark in der Sache gesprochen, so z. B. über Afghanistan und die Bedrohung durch die SS-20. Die Mitglieder des Politbüros hätten in dieser Weise noch keinen westlichen Politiker über ihre Angelegenheiten reden gehört. Sie seien empört gewesen und hätten Breschnew Vorhaltungen gemacht. Am nächsten Tag sei die ganze Aufregung abgeebbt, und die SU-Führung habe sich bereit erklärt, die INF-Verhandlungen aufzunehmen.

Bei dem Besuch hätten Sie auch Ustinow und einen zweiten Marschall, Ogar-kow, kennengelernt. Es seien dies überaus selbstbewußte, selbstsichere und im Auftreten zurückhaltende Personen, die sich ihrer Macht voll bewußt seien. Der Eindruck könne ängstigen.

Fälldin berichtet, daß er eine ähnliche Erfahrung beim Jubiläum der Finni-schen Republik<sup>27</sup> gemacht habe. Er sei damals vom russischen Botschafter<sup>28</sup> eingeladen worden, zu einem Zeitpunkt als man über neue Waffendepots in Norwegen sprach. Kossygin, dem er dort begegnete, hätte sich kaum Zeit für einige Begrüßungsfloskeln genommen und habe sich dann über ihn geworfen. In harter Sprache habe er behauptet, daß Norwegen so handle, um den Russen zu schaden. Er habe dem heftig widersprochen und Kossygin's Äußerungen nicht akzeptiert. Er sei über die nordische Zusammenarbeit vorzüglich über alles informiert, was bei den Nachbarn sich ereigne. Noch nie in seinem Leben habe er jemanden so aufgeregt gesehen wie Kossygin. Später habe man darüber unter den nordischen Ministerpräsidenten miteinander gesprochen. Nordli sei empört gewesen. Durch ihr Verhalten hätten die nordischen Ministerpräsidenten dann gezeigt, daß es eine vertrauensvolle, gute Zusammenarbeit in Skandinavien gibt und daß man zu antworten wisse.

Die SU benutze von Zeit zu Zeit diese Methode des Drucks. Das habe ihn, Fäll-din, in seiner Überzeugung bestärkt, daß man immer, wenn man es mit Russen zu tun habe, den Kopf sehr hoch halten müsse. Dies habe er auch in der U-Boot-Affäre<sup>29</sup> getan.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt beim Abendessen am 30. Juni 1980 im Kreml vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

<sup>27</sup> Finnland beging am 6. Dezember 1977 den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit.

<sup>28</sup> Wladimir Sewastjanowitsch Stepanow.

<sup>29</sup> Referat 204 notierte am 3. November 1981: „Am Abend des 27. Oktober 1981 lief ein sowjetisches U-Boot der Whisky-Klasse ungefähr 30 km innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer in den Schären, ca. 12 km von der schwedischen Marine-Basis Karlskrona entfernt, auf Felsgrund. [...] Das so-wjetische U-Boot wurde erst am Morgen des 28.10. von einem schwedischen Fischerboot entdeckt, nachdem es die ganze Nacht versucht hatte, aus eigener Kraft freizukommen. Der daraufhin ver-ständigte Chef des Stabes der Marine-Basis Süd in Karlskrona wurde erst nach anfänglichem Zö-gern an Bord des manövrierunfähigen U-Bootes gelassen [...]. Von schwedischer Seite wurde fest-gestellt, daß es unmöglich sei, in diese Gewässer aufgrund eines Irrtums oder eines Navigations-fehlers zu gelangen, da sie extrem schwierig und nur an Hand exakten Kartenmaterials zu befah-ren seien. [...] Wertung: Der Vorfall hat auf die schwedische Öffentlichkeit wie ein Schock gewirkt und bereits eine innenpolitische Diskussion über das eklatante Versagen der schwedischen Kü-stenwacht und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reorganisation ausgelöst. Die von Exper-ten immer wieder behauptete, von Regierungsstellen aber nie wirklich geglaubte rege sowjetische Spionagetätigkeit in sensitiven Bereichen der schwedischen Verteidigung ist damit bewiesen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124954.

Botschafter Thomas, Stockholm, teilte am 6. November 1981 mit, die schwedische Regierung habe am Vortag bekanntgegeben, daß die Rückführung des sowjetischen U-Bootes eingeleitet werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 418; Referat 204, Bd. 124954.

Auf Ihre Anfrage nach der Erklärung für den Zwischenfall entgegnet Fälldin, daß es keine sichere Theorie hierüber gebe, man aber verschiedene Erklärungen dafür haben könne – auch die, daß es sich um einen Versuch politischer Einschüchterung gehandelt habe. Es gab gewisse Hinweise, daß dies so sei. Dies erläutert Fälldin anhand eines konkreten Beispiels.

MP Fälldin bittet Sie um Ihre Bewertung der Lage in Polen.

Sie äußern sich überaus skeptisch hinsichtlich einer Aufhebung des Kriegsrechtes. Jaruzelski und die ihn umgebenden Kräfte seien der Überzeugung, daß es wieder zu großen Unruhen im Lande komme, wenn man größere Freiheiten einräume. Daher sei die jetzige Führung ebenso hilflos wie ihre Vorgänger in Fragen der Wirtschaft. In den vergangenen Jahren sei Polen in zunehmende Abhängigkeit von westlichen Krediten geraten. Seine augenblickliche Westverschuldung betrage um 28 Mrd. DM.

Polen sei zur Zeit außerstande, sich selbst zu ernähren.

Man müsse sich fragen, wie das polnische Volk mit dieser Lage fertigwerde, ob es etwa resigniere und sich mit dem Kriegsrecht abfinde oder ob es zu blutigen Zuspitzungen kommen werde.

Die westlichen Banken wollen Kredite an Polen nicht mehr geben. Polens Abhängigkeit von der Sowjetunion wachse daher. Dies habe auch politische Folgen.

Sie und MP Fälldin stellen übereinstimmend fest, daß Vertrauen in die Partei in Polen nicht mehr bestehe, aber auch nicht in die Militärs, nur noch in die Kirche. Jede Lösung mit einem Minimum an Aussicht auf Erfolg benötige den Segen der Kirche.

Sie äußern sich sehr bedrückt über die Lage in Polen. Viele Leute bei uns seien dies.

Fälldin berichtet ebenfalls von einem großen Engagement in Schweden. Man mache sich in seinem Land große Sorge um Polen.

Er erkundigt sich danach, was wir von einem Beschluß der polnischen Führung wüßten, polnische Landsleute ins Exil zu schicken.

StS von Staden erläutert, daß etwa 70 bis 80 Einreiseanträge von Mitgliedern der Solidarität bei unserer Botschaft vorliegen.<sup>30</sup> Im Prinzip wollten wir diese Personen hereinlassen, dabei aber vermeiden, daß eine Politik der Ausweisungen gefördert würde. Auf eine Frage von Ihnen entgegnet StS von Staden, daß

<sup>30</sup> Zum Wunsch von Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarność nach Ausreise in die Bundesrepublik notierte Ministerialdirigent Bräutigam am 12. Februar 1982: „Für eine Erteilung eines Visums sprechen folgende politische Gründe: Eine strikt ablehnende Haltung würde von einigen Verbündeten – namentlich den USA – nicht verstanden werden. Man wird uns darauf verweisen, daß diese ‚Solidaritäts‘-Führer in einer außerordentlich schwierigen politischen Lage sind und ihre persönliche Freiheit bedroht ist; aus demselben Grund müßten Vorwürfe aus dem Bundestag und aus der Öffentlichkeit erwartet werden. [...] Gegen eine Erteilung sprechen folgende Gründe: Die innere Entwicklung in Polen ist noch im Fluß. Die Bemühungen der katholischen Kirche dauern an, den Dialog unter Einschluß der ‚Solidarität‘ wieder in Gang zu bringen. Es ist noch nicht völlig ausgeschlossen, daß ‚Solidarität‘ in bestimmtem Umfang wieder tätig werden darf. Möglicherweise wird der Druck der Arbeiterschaft auf das Regime wieder zunehmen und es zu Kompromissen zwingen. Die Erfolgchancen, daß der Dialog doch noch zustande kommt und das Regime den Arbeiterforderungen entgegenkommt, werden schwächer werden, wenn es der polnischen Führung gelingen sollte, wichtige Führer der Solidarität durch Druck oder Zwang ins westliche Ausland abzuschieben.“ Vgl. VS-Bd. 12361 (510); B 150, Aktenkopien 1982.

wir sehr wohl den Eindruck hätten, daß in einigen Fällen Druck auf einzelne ausgeübt würde auszureisen.

Fälldin berichtet, daß im Reiseverkehr mit Polen Visumsfreiheit herrsche. Polen hätte freilich ein entsprechendes Abkommen mit Schweden gekündigt; trotzdem lasse man einreisende Polen frei herein.

Fälldin erkundigt sich nach dem Stand der Bemühungen um Namibia.

StS von Staden berichtet über die augenblickliche Arbeit in der Fünfer-Gruppe.<sup>31</sup> Er erläutert den Stand der Bemühungen um die erste Phase (Wahlssystem, Verfassungsgarantien). Im Ergebnis stehe die Sache im Augenblick nicht sehr gut. Die Fünf würden sich jedoch weiter bemühen. Man habe auch schon Überlegungen zur zweiten Phase (VN-Truppe zur Wahlüberwachung) angestellt. Hierzu gebe es jedoch lediglich erste Kontakte, da die zweite Phase nicht vor Abschluß der ersten behandelt werden kann. Für die weitere Entwicklung entscheidend seien die Gespräche, die von US-Seite mit Südafrika geführt würden. Dabei seien wir uns nicht ganz im klaren darüber, wieweit von US-Seite ein Zusammenhang zwischen der Namibia-Lösung und dem Rückzug kubanischer Truppen aus Angola<sup>32</sup> hergestellt werde.

Die USA befänden sich hierüber auch im Gespräch mit Angola, ohne daß sich bis jetzt eine Lösung abzeichne.

Fälldin bemerkt, daß das Prestige der VN in dieser Frage sehr engagiert sei.

Sie ergänzen, daß wir uns um Namibia große Mühe gäben. Wir hätten auch eigene Interessen wegen der dort lebenden Deutschen und Deutschstämmigen. Vieles hänge jedoch vom Verhalten Südafrikas ab.

Fälldin spricht sodann die Frage des Wahlrechts für Schweden bei uns an. Die schwedische Regierung prüfe die Möglichkeit einer Gesetzgebung zur Briefwahl. Die gesetzliche Regelung mache jedoch Schwierigkeiten und könne voraussichtlich nicht vor September, dem Datum der nächsten Wahl<sup>33</sup>, abgeschlossen werden. Man befinde sich mithin unter Zeitdruck. Er wolle daher fragen, ob wir den Beschluß aussetzen könnten, wonach eine Stimmabgabe in der Botschaft und bei Konsulaten nicht möglich sei.

Sie weisen darauf hin, daß es sich um eine alte, feststehende Praxis handele, die wir im übrigen vor einigen Wochen auf Frage der Opposition vor dem Bundestag bestätigt hätten.<sup>34</sup> Sie gelte für alle. Eine Ausnahme hätten wir für die

<sup>31</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 80, Anm. 7.

<sup>32</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

<sup>33</sup> In Schweden fanden am 19. September 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>34</sup> Auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom 3. Februar 1982 betreffend „Wahlen zu ausländischen parlamentarischen Körperschaften“ antwortete die Bundesregierung am 24. Februar 1982, angesichts der „großen Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer“ halte sie „in Übereinstimmung mit den Bundesländern die Gestattung von Wahlen zu ausländischen parlamentarischen Körperschaften in den hier akkreditierten diplomatischen und konsularischen Vertretungen nicht für angezeigt; sie befürchtet, daß sie anderenfalls in innenpolitische Auseinandersetzungen der Heimatstaaten der hier lebenden Ausländer hereingezogen werden könnte und daß diese auf unserem Boden ausgetragen werden könnten“. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 280 bzw. Bd. 281, Drucksache Nr. 9/1311 bzw. Drucksache Nr. 9/1381.

Direktwahlen zum EP<sup>35</sup> gemacht, ansonsten aber nie zugestimmt, daß Wahlen auf deutschem Boden stattfinden. Wir könnten und wollten von dieser Praxis auch nicht abweichen und wir könnten nicht für verschiedene Länder verschiedenes Recht anwenden.

Fälldin wie auch der Botschafter insistieren und verweisen auf frühere Praxis. Sie äußern Zweifel, daß es sich um sehr viele Schweden handeln könnte. Der Botschafter entgegnet darauf, daß es sich auch um Durchreisende handelt.

Sie verweisen auf unsere Regelungen zur Briefwahl.

Fälldin bestätigt, daß es die Absicht der Regierung sei, eine Gesetzesänderung herbeizuführen, daß die Zeit jedoch für eine Änderung bis zu den Wahlen zu kurz sei. Er bittet noch einmal zu überdenken, ob es praktische Lösungen geben könnte, die zwischen Botschaft und den deutschen Behörden ausgehandelt würden.

Sie verweisen im weiteren Verlauf der Diskussion darauf, daß wir vor allem befürchteten, Wahlkämpfe unter ausländischen Parteien auf deutschem Boden zu bekommen, was wir in jedem Fall vermeiden wollten.

Sie wiederholen sodann Ihre Einladung an Fälldin, an dem Treffen der Regierungschefs aus nordischen Ländern anlässlich der Kieler Woche am 26. Juni teilzunehmen.<sup>36</sup> Sie würden sich freuen, wenn Fälldin aus diesem Anlaß mit Ihnen segeln würde.

Fälldin nimmt Ihre Einladung dankend an.

Sie danken sodann Fälldin für sein Verständnis, daß das ursprünglich für Freitagmorgen<sup>37</sup> angesetzte zweite Gespräch wegen der Trauerfeier für Prof. Hallstein auf den Nachmittag verlegt werden mußte.

Das Gespräch schließt mit einigen persönlichen Bemerkungen u. a. zur Stellung der Zentrumspartei in Schweden und bei uns unter der Weimarer Republik.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

<sup>35</sup> Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

<sup>36</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch am 26./27. Juni 1982 in Kiel vgl. Dok. 194.

<sup>37</sup> 2. April 1982.

## 105

**Aufzeichnung des  
Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt**2. April 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Fälldin am Freitag, 2. April 1982, 15.00 bis 15.45 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Politischer Direktor Eckerberg, GL21<sup>3</sup> sowie zwei Dolmetscher.

Sie<sup>4</sup> eröffnen das Gespräch mit der Frage, wie ernst MP Fälldin die chemische Beeinträchtigung der schwedischen Umwelt durch Luftverschmutzung aus Westeuropa nehme. Sie rühre sowohl aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Holland, aber auch aus Nordfrankreich her.

Fälldin entgegnet, das Problem sei sehr ernst zu nehmen. Mehrere tausend Seen in seinem Land seien schon so geschädigt, daß es in ihnen keine Fische mehr gebe. Auf Ihre Frage bestätigt Fälldin, daß der pH-Gehalt (Säurewert) der Gewässer die kritische Grenze überschritten habe. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Seen in Öland und Gotland, d. h. in Regionen mit kalkhaltigen Böden. Der größte Teil von Schweden sei jedoch kalkarm. Man versuche jetzt, dem Problem abzuweichen, indem man Kalk in die Seen gebe. Bei Untersuchungen habe man festgestellt, daß für 25% der Säureverschmutzung Schweden selbst, für die restlichen 75% aus Westeuropa verantwortlich seien.<sup>5</sup>

Im eigenen Lande fordere man daher Verbrennungsmethoden für Öl und Kohle, bei denen geringe Schwefelmengen freigesetzt würden. Am schlimmsten sei die Benutzung von Kohle. Die schwedischen Ökologen kritisierten, daß die Regierung nicht genug tue. Die Gemeinden und die Betriebe wehrten sich freilich gegen die hohe finanzielle Belastung.

Fälldin betont nochmals, daß das Problem für das Land sehr schwerwiegend sei. Die Wirkungen kenne man seit längerem, sie zeigten sich auch beim Wuchs der Bäume in den schwedischen Wäldern.

Ihre Frage, ob auch Finnland betroffen sei, bejahte Fälldin. Schweden selbst habe sicher Anteil an der Übersäuerung finnischer Seen.

Er dankt für deutsche Unterstützung bei Vorbereitung eines entsprechenden Abkommens<sup>6</sup> und betont, wie notwendig es sei, eine internationale Konvention zur Begrenzung von Emissionen zu schließen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Fälldin hielt sich vom 31. März bis 2. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 101 und Dok. 104.

<sup>3</sup> Klaus Zeller.

<sup>4</sup> Helmut Schmidt.

<sup>5</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

Sie danken für die sorgfältige Auskunft. Ihr Eindruck sei es, daß man mit Kernkraft diese Probleme vermeiden könnte. Sie fragten sich daher, warum man in Schweden so intensiv gegen Kernkraft sei, da das Land unter den Wirkungen der Kohle- und Ölkraftwerke zu leiden habe.

Fälldin entgegnet, daß das Problem die Beseitigung der Abfälle aus KKW's sei. Wenn man davon ausgehen könnte, daß KKW's normal funktionierten, so seien sie in der Tat umweltfreundlich. Man wisse jedoch nicht, wohin mit den Abfällen. Es gebe auch keinen Platz zur Endlagerung.

Sie widersprechen und verweisen auf verschiedene arktische Gebiete, aber auch auf Australien. GB, F und die SU würden wiederaufarbeiten und wohl einen Teil ihrer Abfälle an der Oberfläche lagern. Sie bemerken, daß wir Brennstäbe in F aufarbeiten ließen. Auch Schweden, so bemerkt Fälldin, habe Absprachen mit GB (Windscale) und mit F (Cap la Hague). F behalte das aus der WA<sup>7</sup> gewonnene Plutonium, das es offenbar für schnelle Brüter verwenden wolle. Den Rest müsse Schweden wieder zurücknehmen. Für die Lagerung des Mülls habe F die Verglasungsmethode entwickelt. Im eigenen Land untersuchten sie die Möglichkeit, ob Abfälle im Untergrund gelagert werden könnten.

Sie bemerken, daß Sie nicht sicher seien, ob die Lagerung im Untergrund die wirklich beste Methode sei. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß die Umwelt durch die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen in sehr viel höherem Maße verschmutzt werde, insbesondere durch Kohlekraftwerke, als durch KKW's.

Fälldin entgegnet, daß nach Untersuchungen in Schweden die Abfallprodukte mehrere tausend Jahre gefährlich wären; bei einer Lagerung im Boden bestehe insbesondere die Gefahr, daß das Grundwasser kontaminiert werden könnte.

Sie halten es bei Anstrengung der Phantasie für denkbar, daß man in weniger als 50 Jahren Abfälle auf die Sonne mit Raketen schießen würde, die dort verbrennen könnten.

Fälldin räumt ein, daß es in den USA in der Tat einige Wissenschaftler gebe, die ernsthaft diese Möglichkeit ins Auge faßten. Voraussetzung sei freilich, daß jeder Raketenabschuß ein Erfolg sei.

Sehr schädliche Auswirkungen habe es gehabt, Kernabfälle ins Meer zu versenken.

Sie bezeichnen dies in der Tat als die falsche Methode.

Fälldin bemerkt, daß er in der Tat interessiert gewesen sei, über die internationale Konvention für Umweltfragen zu sprechen. Sie und BM Genscher hätten sich vornehmlich nach der Situation in Norwegen erkundigt.

Auf sicherheitspolitische Fragen übergehend, bemerkt Fälldin, daß sich die strategische Lage im Norden Europas durch die zunehmende Massierung von Rüstungsgütern auf der Halbinsel Kola erheblich verändert habe. Norwegen habe darauf durch die Einräumung von Depots geantwortet.<sup>8</sup> Für Schweden stehe es außer Zweifel, daß das Land einen Beitrag zu leisten habe, damit die Stabilität

<sup>7</sup> Wiederaufbereitung.

<sup>8</sup> Zum Abkommen vom 16. Januar 1981 zwischen Norwegen und den USA über Vorratshaltung für Militärmaterial vgl. Dok. 80, Anm. 16.

gewahrt bleibe. Für einen neutralen Staat wie Schweden sei dies freilich sehr teuer.

Sie stimmen zu und bemerken, daß Schweden in der Tat sehr viel mehr für seine Verteidigung leiste als z. B. Dänemark, das dem Bündnis angehöre.

Fälldin: Die schwedische Regierung habe den Verteidigungshaushalt umstrukturiert und Prioritäten etwas anders verteilt. Durch den Geburtenrückgang hätten die Ausbildungsverbände reduziert werden können. Frei werdende Mittel habe Schweden u. a. für die Entwicklung und den Bau eines neuen Flugzeuges verwandt, das verschiedensten Anforderungen gerecht werden müßte (Jagd-, Kampf- und Erkundungsflugzeug).

Auf Ihre Frage nach der Dauer der Wehrpflicht bemerkte Fälldin, daß die Grundausbildung neun Monate betrage, die gesamte Dienstzeit sich nach den jeweiligen Anforderungen richte.

Sie bemerken, daß Sie, wenn Sie in der Pressekonferenz danach gefragt würden, folgende Lagebeurteilung andeuten würden: Die Bundesrepublik Deutschland respektiere und schätze die schwedische Neutralitätspolitik. Es handle sich hier um echte Blockfreiheit. Schweden stütze seine Politik durch eigene, zu Buche schlagende Verteidigungsfähigkeit und den Willen, sich zu verteidigen. Damit leiste Schweden einen Beitrag zur Stabilität.

Fälldin stimmt dem zu.

Fälldin gibt seinerseits eine Einschätzung des Doppelbeschlusses, der Sie zustimmen.

Sie bemerken, daß Schweden Wert darauf legen müsse, daß zum Schutze seiner Neutralität im übrigen Europa Gleichgewicht bestehe.

Fälldin stimmt dem zu. Schweden sei in der Tat darauf angewiesen, daß Stabilität bestehe. Vor diesem Hintergrund sei Schweden sehr an gleichgewichtiger und kontrollierter Abrüstung interessiert. Er bittet Sie um Ihren Kommentar zu der Äußerung des amerikanischen Präsidenten zum (sowjetischen?) Moratorium.<sup>9</sup> Er habe seinerseits Reduzierung verlangt.

Sie entgegnen, daß Breschnews bisherige Moratoriums-Vorschläge nicht viel wert seien. Sie erläutern sodann die durch die sowjetische Aufrüstung mit SS-20 entstandene Ungleichgewicht-Situation in Europa. Wenn die Sowjets, nach Jahren massiver Aufrüstung, nunmehr zu einem Moratorium bereit seien, so sei dies zwar lobenswert, aber nicht ausreichend. Die aufgestellten Raketen müßten zerstört werden. Präsident Reagan habe den deutschen Standpunkt insoweit übernommen, als auch er für Null-Raketen in Ost- und Westeuropa<sup>10</sup> eintritt.

<sup>9</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

Vgl. dazu die Erklärung des stellvertretenden Pressesprechers des amerikanischen Präsidenten, Speakes, vom 16. März 1982; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 307 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 215 f.

Vgl. dazu ferner die Ausführungen von Präsident Reagan in einem Interview am 16. März 1982 in Oklahoma; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 309.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

Seine Äußerungen zu interkontinentalen Raketen seien noch nebulös.<sup>11</sup> Unsere Einschätzung sei es, daß er spätestens auf dem Allianzgipfel im Juni in Bonn<sup>12</sup> die amerikanische Bereitschaft zur Aufnahme von sofortigen Verhandlungen mit der SU über die Verringerung interkontinentaler Raketen ankündigen werde. Möglicherweise erfolge diese Ankündigung auch früher.<sup>13</sup> Er stehe hier unter innenpolitischem Druck und auch unter dem Druck der Europäer. Die Meinungen in der amerikanischen Regierung hierüber seien noch sehr vielfältig. Diese würden auch öffentlich geäußert. Das mindere die Autorität des Präsidenten und auch seine Autorität innerhalb des Bündnisses. Es sei daher notwendig, schnell zu entscheiden, da er sonst sein Prestige aufs Spiel setze.

Im übrigen seien für die augenblickliche Lage in erster Linie die Russen verantwortlich, die seit 1975 in unerhörtem Umfange aufgerüstet hätten. Sie müßten sich daher gefallen lassen, daß man sie international kritisiere und ihnen öffentlich Vorwürfe mache.

Zum Abschluß des Gespräches vereinbaren Sie mit Fällidin den Ablauf der dann folgenden Pressekonferenz.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

<sup>11</sup> Vor den Mitgliedern des National Press Club legte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington dar, die USA schlugen vor, im kommenden Jahr so bald wie möglich Verhandlungen mit der UdSSR über strategische Waffen zu eröffnen. Er habe Außenminister Haig angewiesen, Terminabsprachen mit der sowjetischen Seite zu treffen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1066. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 658.

<sup>12</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

## 106

**Runderlaß der Legationsrätin Kohlhaas****012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 2. April 1982, 12.43 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 35 Ortez**Zum 22. Europäischen Rat am 29./30. März 1982 in Brüssel<sup>2</sup>

Außenminister und Regierungschefs erörterten intensiv politische Fragen. Der Europäische Rat äußerte sich zu folgenden Themen: Ost-West-Beziehungen, Mittelamerika, Türkei (Tindemans-Mission), Afghanistan, Nahost und transatlantische Beziehungen.<sup>3</sup>

Erklärungen zu Polen und zur KSZE bestätigen westliche Positionen (Polen: Wiederholung der drei westlichen Forderungen<sup>4</sup>, Warnung vor Zwangsexilierung politisch Mißliebiger; KSZE: Hinweis auf polnische Ereignisse, die Vertagung notwendig machten<sup>5</sup>, um KSZE-Prozeß zu retten, Festhalten der Zehn an KSZE-Prozeß, Hoffnung, daß Umstände bei Wiederaufnahme im November 1982 positives Resultat ermöglichen werden). Griechenland legte hinsichtlich eines Passus in Äußerung zu Polen, der von Auswirkungen polnischer Krise auf Verhältnis der Zehn zur Sowjetunion spricht, Vorbehalt ein und setzte damit seine Politik, sich in einzelnen Fragen von den Neun abzusetzen, fort.

In der Frage der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen kam es zu sorgfältig ausbalanciertem Text: Stabilisierungseffekt, Wunsch nach Fortsetzung auf der Basis echten gegenseitigen Vorteils verknüpft mit der Bereitschaft der Zehn, in eine durch die Ereignisse der letzten Monate notwendig gewordene und insbesondere von den USA ins Gespräch gebrachte Bestandsaufnahme einzutreten (insbesondere Kreditpolitik). Auch hier legte Griechenland hinsichtlich der in Aussicht genommenen Prüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen einen Vorbehalt ein.

Zu Afghanistan haben die Zehn an ihre Erklärung zum Afghanistan-Tag<sup>6</sup> angeknüpft und nach Schilderung der tragischen, durch den sowjetischen Einfall<sup>7</sup> entstandenen Lage ihre Forderung nach einer politischen Lösung auf der Grundlage eines Rückzugs des sowjetischen Expeditionskorps und der Anerkennung eines unabhängigen souveränen und blockfreien Afghanistans wiederholt.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Karkow konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 102.<sup>3</sup> Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates“ anlässlich der Tagung am 29./30. März 1982 in Brüssel vgl. BULLETIN 1982, S. 229–232.<sup>4</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.<sup>5</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.<sup>6</sup> Für den Wortlaut der von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21. März 1982 abgegebenen Erklärung zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 222 f.<sup>7</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 9, Anm. 31.

Zu Nahost mißbilligen die Zehn das Vorgehen Israels in Westjordanien.<sup>8</sup> Die Zehn äußern ihre Besorgnis über die Entwicklung der Lage im Libanon<sup>9</sup> und nehmen positiv zur Teilnahme von vier EG-Staaten an der MFO<sup>10</sup> Stellung. Im übrigen bekräftigen die Zehn ihre Bereitschaft, auch zukünftig zur Herbeiführung eines gerechten, dauerhaften Friedens im Nahen Osten beizutragen.

Erklärung zu Mittelamerika enthält die Feststellung, daß die von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Gemeinschaft selbst für die Entwicklung der Staaten in Mittelamerika und der Karibik gewährte Hilfe koordiniert und möglichst aufgestockt werden sollte. Mit diesem Ziel hat der Europäische Rat die Außenminister beauftragt, Einzelheiten für die Gewährung der Gemeinschaftshilfe auf der Basis von Vorschlägen der Kommission auszuarbeiten.

Besonders schwierig gestaltete sich auf Grund griechischer Widerstände die Diskussion der Zehn zur Frage der Türkei. Die Erklärung des Europäischen Rates, der den Tindemans-Bericht<sup>11</sup> zur Kenntnis nahm, enthält die von Außenminister Tindemans der Türkei übermittelte Botschaft der Zehn (Wunsch nach beschleunigter Redemokratisierung und Abstellung von Menschenrechtsverletzungen) und hebt aus Gesprächsergebnissen Zusicherung türkischer Führung hervor, Referendum über Verfassung im November 1982<sup>12</sup>, allgemeine Wahlen im Herbst 1983 oder Frühjahr 1984 stattfinden zu lassen.

<sup>8</sup> Zur Reorganisation der Verwaltung in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 19, Anm. 21–24.

Botschafter Munz, Amman, resümierte am 27. April 1982: „Die israelische Besatzungspolitik – Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, konsequente Fortsetzung der Siedlungspolitik und Ausschaltung der Bürgermeister – hat zur Solidarisierung der Palästinenser und zur Erstarkung des Widerstandswillens geführt. Das israelische Konzept, den Einfluß der PLO auszuschalten und eine kooperationswillige Mehrheit zu finden, hat sich als Trugschluß erwiesen. Die dörflichen Vereinigungen sind als Quislingsorganisationen abgestempelt und auf absehbare Zeit ohne Bedeutung, der Einfluß der PLO hat dagegen zugenommen (Solidarisierungseffekt). Die repressive israelische Besatzungspolitik und deren Duldung durch den Westen gefährdet langfristig die Stellung der moderaten pro-westlichen arabischen Regierungen und die Position des Westens in der Region aufgrund der zu erwartenden Radikalisierung der Palästinenser [...]. Die Absetzung der 1976 demokratisch gewählten Bürgermeister von Al-Bireh (Ibrahim Tawil) sowie anschließend von Ramallah (Karim Khalaf) und Nablus (Bassam Shakaa) haben zu den schwersten Unruhen geführt, die die besetzten Gebiete seit 1967 gesehen haben. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Palästinensern (hauptsächlich Jugendlichen) und israelischen Truppen und Siedlern gab es fast 200 Verletzte und mindestens 15 Tote.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 282; Referat 310, Bd. 135707.

<sup>9</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 84, Anm. 10.

<sup>10</sup> Zur Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande an der internationalen Friedenstruppe „Multinational Force and Observers“ (MFO) für den Sinai vgl. Dok. 27, Anm. 16.

<sup>11</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich als EG-Ratspräsident am 18./19. März 1982 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 18.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 23. März 1982 mit, Tindemans habe bei der EG-Ministerratstagung am 22./23. März 1982 in Brüssel einen „insgesamt positiv gehaltenen Bericht über seine Mission“ erstattet: „Auf Bitten des Bundesministers des Auswärtigen soll dieser Bericht sowohl schriftlich verteilt wie auch dem Europäischen Rat am 29./30. März noch einmal mündlich vorgelesen werden. [...] Tindemans berichtete ausführlich über die Ausgangslage, die im September 1980 zur militärischen Intervention geführt hat. Er betonte das Nichtfunktionieren der türkischen Demokratie und die laizistische und kemalistische Tradition der türkischen Armee. [...] Sein Eindruck sei, daß bei den Verantwortlichen der feste Wille bestehe, sobald wie möglich zu einer Demokratie westeuropäischen Typus zurückzukehren, wobei für das Verfassungsreferendum als spätesten Termin April 1983, für die Wahlen April 1984 genannt worden sei. Hinsichtlich der Grund- und Menschenrechte habe er die europäischen Besorgnisse übermittelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; Referat 410, Bd. 121998.

<sup>12</sup> In einer Volksabstimmung am 7. November 1982 sprachen sich 91,5% der Abstimmenden für die Annahme des Verfassungsentwurfs des türkischen „Nationalen Sicherheitsrats“ aus.

Der Passus über die Beziehungen zwischen Europa und den USA nimmt Bezug auf die Erklärung Präsident Reagans<sup>13</sup> anlässlich des 25. Jahrestages der Römischen Verträge<sup>14</sup>. Diese, die Unterstützung der Vereinigten Staaten für den europäischen Einigungsprozeß unterstreichende Erklärung wird von den Zehn gewürdigt und mit dem Ausdruck ihres Willens erwidert, die Konsultationen zwischen Europäern und Amerikanern fortzuentwickeln.

Kohlhaas

Referat 012, Bd. 124419

107

### Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig

VS-vertraulich

5. April 1982<sup>1</sup>

Lieber Al,

ich knüpfe an unsere bisherigen Gespräche über das amerikanisch-chinesische Verhältnis an<sup>2</sup>, über dessen zunehmende Verschlechterung wir sehr besorgt sind. Nach allem was wir aus Peking hören, ist anzunehmen, daß die Chinesen hart reagieren werden, wenn die USA jetzt im vorgesehenen Rahmen militärisches Gut an Taiwan liefern<sup>3</sup>.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 24. März 1982 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 374.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Staatssekretär von Staden mit Drahterlaß Nr. 368 vom 5. April 1982 an die Botschaft in Washington mit der Bitte übermittelt, es „möglichst umgehend weiterzuleiten“. Vgl. VS-Bd. 13605 (341); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 13./14. September 1981 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 14. September 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 256.

Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 in den USA auf. Die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China kamen beim Gespräch mit Haig am 22. September 1981 zur Sprache. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 265.

Genscher hielt sich am 4./5. Januar 1982 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt erneut in den USA auf. In den Gesprächen Schmidts mit Präsident Reagan, an denen Genscher und Haig teilnahmen, wurden die Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) erörtert. Vgl. dazu Dok. 2 und Dok. 3.

<sup>3</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 2, Anm. 7.

Gesandter Wallau, Washington, informierte am 14. April 1982: „Die Administration hat am 13.4.1982 – wie seit längerem erwartet – den Kongreß förmlich von ihrer Absicht unterrichtet, Taiwan Flugzeugersatzteile im Werte von 60 Millionen US-Dollar zu liefern. Damit ist die 30-Tage-Frist angelaufen, innerhalb der der Kongreß sich zu dem Verkauf äußern kann; die Verkaufsabsicht gilt als genehmigt, falls ihr nicht beide Häuser widersprechen.“ Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums habe erklärt, bei den Lieferungen handele es sich weder um Waffen noch um Munition. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1642; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

Botschafter Schödel, Peking, teilte am 15. April 1982 mit: „Mit einem Protest ohne augenblickliche

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Entwicklung weit über das amerikanisch-chinesische Verhältnis hinaus wirken wird. Die Sowjetunion würde sich dann an ihrer Ostgrenze einer veränderten Situation gegenübersehen. Die von China zunächst zurückgewiesene Offerte Breschnews von Taschkent<sup>4</sup> könnte durch eine tiefgreifende Störung der Beziehungen zu den USA eine neue Bedeutung gewinnen.

Die Sowjetunion könnte somit in einer Phase, in der ihre Politik der Expansion und Hochrüstung ihr große innere und außenpolitische Belastungen auferlegt hat, eine entscheidende Entlastung erfahren. Wir sollten vor dem Hintergrund der andauernden Invasion in Afghanistan<sup>5</sup>, des Drucks auf Polen und der sowjetischen Rüstungsanstrengungen keine Entwicklung begünstigen, die alle unsere gemeinsamen Anstrengungen zunichte macht.

Ich befürchte auch, daß sich die chinesische Haltung im Nord-Süd-Dialog und in der Dritte-Welt-Politik weiter verschärfen wird. Obwohl die Chinesen die Sowjets nach wie vor als Hauptgefahr darstellen, kritisieren sie schon jetzt zunehmend die westliche Führungsmacht. Dies verschafft der Sowjetunion, die sich in der Dritten Welt durch ihr Vorherrschaftsstreben kompromittiert hat, auch auf diesem Feld Entlastung.

Eine Entfremdung zwischen den USA und China würde sich auf die Einstellung Chinas zum Westen insgesamt auswirken. Die Einwirkungsmöglichkeiten würden beeinträchtigt werden, die der Westen in den letzten Jahren durch die Öffnung Chinas gewonnen hat.

Ein China, das sich wieder mehr auf sich selbst zurückzieht, würde auch wieder weniger berechenbar sein.

Ich wollte es nicht versäumt haben, Ihnen diese Gedanken, die uns stark beschäftigen, nahezubringen in der Hoffnung, daß sie Ihnen bei den Entscheidungen von Nutzen sein werden, die Sie jetzt zu treffen haben. Ich bringe dabei meine Einschätzung in Erinnerung, die ich Ihnen nach meinem Besuch in Peking<sup>6</sup> gab. Es gibt für mich nach den Gesprächen keinen Zweifel, daß die Taiwan-Frage für die Volksrepublik China zunehmend an Gewicht gewinnt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Hans-Dietrich Genscher

**VS-Bd. 13605 (341)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 537*

Konsequenzen hat die chines[ische] Führung auf die Notifizierung des Verkaufs militärischer Ersatzteile an Taiwan beim US-Kongreß reagiert. [...] Chinesische Erklärung stützt sich auf folgende Punkte: Kein neues Waffengeschäft. [...] Nur Ersatzteil-, keine Waffenlieferungen. Keine neuen Entscheidungen der Amerikaner über Taiwan-Waffenlieferungen, solange bilaterale Geheimverhandlungen über Regelung dieser Frage im Gange sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 688; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>4</sup> In einer Rede am 24. März 1982 in Taschkent legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, dar, die UdSSR sei bereit, sich mit der Volksrepublik China unter der Maßgabe der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des beiderseitigen Nutzens ohne Vorbedingungen über Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu verständigen. Das betreffe die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 255 f.

<sup>5</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 283 und Dok. 286.

## 108

**Vortragender Legationsrat Gerz an die Botschaft in Brasilia****204-322.00 GRO-295/82 VS-vertraulich****Aufgabe: 6. April 1982, 14.01 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1990****Citissime nachts**

Betr.: Falkland-Inseln;

hier: Gesprächsvermerk über Demarche des britischen Botschafters am 5.4., 16.00 bis 17.30 Uhr

Bezug: DB 258<sup>2</sup> vom 5.4. aus Brasilia<sup>3</sup>Bitte Herrn Bundesminister sofort vorzulegen.<sup>4</sup>

1) StS<sup>5</sup> empfing 5.4. Botschafter Taylor (T) auf dessen Wunsch zu einem ca. ein- einhalbstündigen Gespräch (16.00 bis 17.30 Uhr), in dem T. die dringende Bitte seiner Regierung um Unterstützung in der Falkland-Krise vortrug.<sup>6</sup>

Botschafter T. dankte eingangs im Namen seiner Regierung für die bisher durch BM geleistete Unterstützung. Die Hilfe werde einhellig anerkannt (unanimously appreciated). Der Rücktritt Carringtons<sup>7</sup> sei ein großer Verlust (tremendous

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Staatssekretär von Staden am 6. April 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „257“.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. Brasilia, teilte mit: „Bundesminister bittet Botschafter Ruhfus, unverzüglich neuen englischen Außenminister aufzusuchen, ihm seine Glückwünsche und die nachfolgende Botschaft des Bundesministers zu übermitteln: „Lieber Freund, entsprechend der Bitte, die Lord Carrington kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt mir in Brasilia hat zukommen lassen, haben der Bundespräsident und ich selbst in den heutigen Gesprächen mit Präsident Figueiredo und Außenminister Guerreiro sofort zu Beginn des Staatsbesuches argentinisch-britischen Konflikt mit großem Nachdruck behandelt. Ich habe in Vorbereitung des Gesprächs der beiden Präsidenten unter Teilnahme der beiden AM zunächst ein nicht vorgesehenes Gespräch mit dem AM geführt. [...] Wir ermutigten brasilianische Gesprächspartner, in der schwierigen Situation verantwortlich tätig zu werden. Wenn britische Seite dies wünscht, werden wir Gespräche auf dieser Linie morgen (6. April) fortsetzen. Insbesondere ist zu klären, ob GB eine solche Rolle Brasiliens wünscht und ob bejahendenfalls von uns auch Kontakt mit Argentinien aufgenommen werden soll“. Vgl. Referat 330, Bd. 136665.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 7. April 1982 in Brasilien auf.<sup>5</sup> Berndt von Staden.

<sup>6</sup> Kapitän zur See von Eitzen, Buenos Aires, berichtete am 2. April 1982, daß Einheiten der argentinischen Streitkräfte am Vortag gegen 22.00 Uhr mit der Besetzung der von Argentinien als Malwinen bezeichneten Inseln begonnen hätten: „Nach Besetzung wird es m[eines] E[rachtens] aus hiesiger Sicht Aufgabe der arg[entinischen] Streitkräfte sein, die Inseln zu sichern, nicht nur die der Hauptgruppe der Malwinen, sondern auch der Süd-Georgias und der Süd-Sandwich-Inseln. Da diese Inselgruppen weit auseinander liegen, dürfte diese Aufgabe bei vollem Einsatz G[roß]br[itanniens] schwierig werden. Den Briten stehen theoretisch folgende örtliche Möglichkeiten offen: Isolierung der Inseln, Abschneiden vom Festland durch Zusammenziehung von Überwasser- oder Unterwasser-Streitkräften; Abschneiden der Luftverbindung durch Entsendung eines Flugzeugträgers; Wiedereinnahme der Inseln durch eigene geschützte Landungskräfte. Britischerseits sind bereits ein Raketenzerstörer und zwei U-Boote (nuclear powered) in den arg. Südatlantik unterwegs. Sie dürften etwa Anfang bis Mitte der nächsten Woche im Seegebiet der Malwinen eintreffen. Zur Durchführung der o. a. Möglichkeiten dürften diese Kräfte jedoch nicht ausreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187; Referat 330, Bd. 136665.

<sup>7</sup> Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 5. April 1982: „Im Zusammenhang mit der Krise um die Falkland-Inseln ist AM Lord Carrington zusammen mit dem stellvertretenden AM, Lordsiegelbe-

loss). Über die Hintergründe wolle er, T., sich nicht auf Spekulationen einlassen. Carrington habe die Konsequenzen aus einer Entwicklung gezogen, in der mehrere Regierungen und Ministerien verwickelt gewesen seien (successive governments and various ministries involved). Das Problem sei gewesen, ein weit entferntes Gebiet ausreichend und zu außerordentlich hohen Kosten ausreichend militärisch zu sichern, das nicht mehr die strategische Bedeutung wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg gehabt habe.

Zur Stimmung in London führte T. aus, Shadow-Außenminister Peter Shore habe ihm von der Unterhaussitzung am 3.4.<sup>8</sup> berichtet, das Unterhaus sei aufgebracht und unterstütze mit Nachdruck den eingeschlagenen Kurs. Wenn alle politischen Bemühungen fehlschlügen, sei Frau Thatcher gezwungen, andere Mittel zu gebrauchen. Die Freunde Großbritanniens müßten helfen, den größtmöglichen Druck auf Argentinien auszuüben, um Schlimmeres zu verhindern. Die Situation sei nicht mit Polen vergleichbar. Man könne sich nicht zurücklehnen und lange diskutieren. Hilfe sei umgehend vonnöten, da sich die britische Flotte dem Einsatzgebiet nähere und in wenigen Tagen dort angelangt sei.

T. verlas und übergab anschließend eine von Carrington unmittelbar vor seinem Rücktritt unterzeichnete Botschaft (liegt dort bereits vor), in der britische Sanktionswünsche aufgeführt sind.<sup>9</sup>

Auf Frage StS zeigte sich T. nicht in der Lage anzugeben, in welchen Hauptstädten sonst noch die Demarche durchgeführt werde. Seiner Vermutung nach in allen Partnerstaaten der NATO und der EG und in weiteren Hauptstädten wichtiger Länder wie z. B. Japan.

T. unterstrich mehrfach die Gefährlichkeit der Lage. Seine Regierung sei entschlossen. Wenn die Bemühungen kein Ergebnis hätten, müsse Frau Thatcher gehen. Aber nicht darauf richte sich die britische Sorge in erster Linie. Man sei besorgt, einen Krieg zu vermeiden. T. wies auf eine hier nicht bekannte Äußerung Präsident Reagans hin, der zufolge Großbritannien das Recht habe, Ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 539*

wahrer Atkins, und dem StM im FCO, Luce, soeben zurückgetreten. In seinem Rücktrittsgesuch an PM Thatcher erklärte Lord Carrington, daß an der Regierungspolitik in bezug auf die Falkland-Inseln erhebliche Kritik geübt worden sei, die er zwar für weitgehend unbegründet halte, aber gleichwohl zum Anlaß seines Rücktritts nehme. [...] Nach Mitteilung aus dem M[inistry]o[f]D[efence] hat auch V[erteid]i[g]ungs]M[in]i[ster] Nott seinen Rücktritt eingereicht, der aber von PM Thatcher, bis zum erfolgreichen Abschluß der Falkland-Operation' abgelehnt worden sei [...]. Es heißt, daß PM Thatcher sich gegen einen Rücktritt Carringtons zunächst gewehrt habe. Sie verliert mit ihm in der Tat den profiliertesten, erfahrensten und allgemein im In- und Ausland am meisten respektierten Minister ihres Kabinetts. Der noble Charakter von Lord Carrington ließ für diesen wohl keine andere Möglichkeit zu". Vgl. den Drahtbericht Nr. 508; Referat 204, Bd. 124943.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „4.4.“

Für den Verlauf der Debatte zum Falkland-Krieg am 3. April 1982 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, Commons, 1981/82, Bd. 21, Spalte 629–668.

<sup>9</sup> In der Botschaft des britischen Außenministers Lord Carrington vom 5. April 1982 hieß es: „The British Government will be pursuing separately corporate action with their community partners and allies. Meanwhile they would be grateful for any bilateral action which the Federal Government might feel able to take immediately. The following are examples of the action which might be possible: a) the recall of Ambassadors from Buenos Aires for consultation (an effective demonstration if sufficiently widespread); b) embargo of supply of arms and military equipment (in particular action in respect of the re-equipment programme for the Argentine Navy, contracts for which have been signed with German companies); c) denial of E[xport]C[redits]G[uarantee]D[e]partment]-type credit to Argentina.“ Vgl. die Anlage zum Drahterlaß Nr. 1972 des Staatssekretärs von Staden vom selben Tag an Bundesminister Genscher, z. Z. Brasilia; VS-Bd. 12941 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

walt zu gebrauchen („... Reagan accepted that we had a right to use force“). Persönlich sei er, T., durch seinen Sohn betroffen, der ebenso wie Prinz Andrew auf der „Invincible“ mitfahre. Seine Regierung befinde sich in einer Zwangslage (my government is totally committed). Sie wende sich daher um Hilfe an ihre Freunde, um das Schlimmste zu verhindern (prevent the worst case). Das britische Vorgehen wolle sich auf UN-Resolutionen und unterstützende Maßnahmen befreundeter Länder stützen.

StS versicherte T. der Sympathie der Bundesregierung. An den britischen Wunsch anknüpfend, Krieg zu vermeiden, fuhr StS fort, wir stimmten im Ziel überein. Die Frage sei, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Das britische Ersuchen werde sorgfältig und – angesichts der Dringlichkeit – so schnell wie möglich geprüft. T. unterstrich nochmals die Eilbedürftigkeit des britischen Ersuchens. Er zeigte sich zuversichtlich: Je schneller und eindeutiger Großbritannien mit den befreundeten Ländern den Argentinern durch Druck klar machte, daß sie sich selbst ausmanövriert hätten (put themselves out of court), um so eher sei Erfolg zu erwarten.

StS erwiderte unter Hinweis, daß er zu Petita noch nicht Stellung (was Botschafter auch nicht erwartete) nehmen könne. Die Maßnahmen bedürften der Prüfung und politischen Entscheidung. Bei allen Maßnahmen müßten auch mögliche Auswirkungen auf die Dritte Welt und Lateinamerika sowie auf möglichen Einfluß des Ostens bedacht werden. Hierbei wies StS auf die wirtschaftlichen, insbesondere Handelsbeziehungen, hin, die sich zwischen Argentinien und der SU in den letzten Jahren, nicht zuletzt auf dem Agrarsektor, nicht zuletzt als Folge des amerikanischen Getreideembargos<sup>10</sup>, entwickelt hätten. Die Frage sei auch, ob die Argentinier Druck nachgeben würden, ob sie das Geschehene rückgängig machen würden, ob Druck allein wirklich die Lösung sei oder die Gelegenheit nicht verschlimmere.

T. meinte, wenn Druck überzeugend und schnell ausgeübt werde, werde das in Argentinien Kräfte ins Spiel bringen, die verhandeln würden. Wenn nichts geschähe, würde eine viel schlimmere Situation entstehen (much worse situation). Seine Regierung könne die entstandene Lage einfach nicht hinnehmen (government simply cannot accept this situation).

Auf den Hinweis StS, die Geiselkrise in Teheran<sup>11</sup> habe gezeigt, wie schwierig Handelssanktionen<sup>12</sup> seien, antwortete T., das britische Ersuchen ziele nicht auf Handels-, sondern auf finanzielle Sanktionen ab. Hinsichtlich des gewünschten Waffenembargos vertrat T. die Ansicht, daß Argentinien in der derzeitigen Situation vielleicht den Status eines Spannungsgebiets erhalte und nach deutscher Praxis bei Waffenlieferungen ohnehin einer speziellen Behandlung unterliege.

Die von britischer Seite gewünschten Maßnahmen wurden im übrigen nicht weiter vertieft. Es bestand Übereinstimmung, daß die britischen Wünsche zunächst geprüft werden müßten.

<sup>10</sup> Zur Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

<sup>11</sup> Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 58, Anm. 2.

<sup>12</sup> Zu den Sanktionen der USA und der EG-Mitgliedstaaten gegenüber dem Iran vgl. Dok. 9, Anm. 24.

Abschließend wandte sich das Gespräch noch kurz der Buckley-Mission zu.<sup>13</sup> StS legte unsere Haltung hinsichtlich Ost-Wirtschaftsbeziehungen dar (u. a. kein Wirtschaftskrieg, Mitarbeit bei COCOM, wir geben keine staatlichen Kredite oder Zinssubventionen) und teilte auf Frage mit, daß wir als Forum für „follow up“ den Gipfel in Versailles<sup>14</sup> anstreben. Als Wirtschaftsgipfel sei das sachlich richtige Forum, außerdem sei die Beteiligung Japans wichtig.

2) An dem Gespräch zwischen Botschafter Taylor und StS nahmen Stuart Eldon, Zweiter Sekretär der britischen Botschaft, und VLR Gerz als Note-taker teil.

[gez.] Gerz

VS-Bd. 12941 (204)

## 109

### Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

114-11815/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 6. April 1982, 16.14 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 304

Ankunft: 6. April 1982, 17.25 Uhr

Cito

Betr.: Besuch von RBM<sup>2</sup> Weizsäcker in Israel (3. bis 7.4.1982);  
hier: Gespräch mit PM Begin am 6.4.1982 vormittags

Bezug: DB 293 v. 5.4.82 – POL 321.00

1) Termin, der vom<sup>3</sup> Außenministerium bereits abgelehnt worden war, kam durch eine persönliche Intervention von Dr. Hecht, dem Berater Begins für deutsche Fragen, zustande. Die Unterredung, an der Hecht, Meroz, Pressesprecher Porath und der Unterzeichnete teilnahmen, dauerte 40 Minuten. Sie fand in menschlich angenehmer Atmosphäre statt, war in der Sache jedoch streckenweise schwierig.

2) Zu Beginn schilderte RBM die gute Integrierung der jüdischen Gemeinde Berlins. Die Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 40. Jahrestages der Wannsee-Konferenz<sup>4</sup>, an der auch der israelische Gesandte<sup>5</sup> und der Vorsteher der jüdischen

<sup>13</sup> Zur Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 87, Anm. 16.

<sup>14</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 7. April 1982 und am 13. Mai 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Regierender Bürgermeister.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „dem“.

<sup>4</sup> In der Presse wurde über die Ausführungen des israelischen Gesandten Eylon anläßlich der Gedenkveranstaltung am 20. Januar 1982 in Berlin berichtet: „Eylon wandte sich am Schluß seiner Ansprache in dem historischen Konferenzraum der Jugendstil-Villa ‚Minoux‘ am Wannseeufer an eine Grup-

Gemeinde<sup>6</sup> teilnahmen, zeige, daß wir nichts vergessen, wohl jedoch die Vergangenheit in konstruktiver Weise überwinden wollten. Wir seien dankbar dafür, daß man israelischerseits dabei helfe, diese zarte Pflanze zu pflegen. RBM schilderte die vielfachen persönlichen, sozialen, kulturellen usw. Verbindungen Berlins zu Israel (Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, Kooperation der Universitäten, bevorstehendes Symposium des Aspen-Instituts mit dem Weizmann-Institut), was auch für die BR Deutschland Gültigkeit besitze. Sie müßten mit dem Blick in die Zukunft ausgebaut werden.

3) Begin ging hierauf nicht ein. Er kam – im Hinblick auf den „baldigen“ Besuch Bundesministers<sup>7</sup>, den er zu grüßen bat – auf die NO-Politik der EG-Länder zu sprechen. Er kritisierte nachdrücklich die Erklärung von Venedig<sup>8</sup>, welche die Mitwirkung der PLO („tödliche Gefahr für Israel“) am Friedensprozeß stipuliert und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zum Prinzip erhoben habe. Dieses führe zwangsläufig zu einem palästinensischen Staat, ob man ihn nun beim Namen nenne (wie Mitterrand) oder nicht. Carrington habe ihm das bei seinem kürzlichen Besuch<sup>9</sup> zugeben müssen.

Die – ausdrückliche oder implizierte – Förderung eines palästinensischen Staates sei schlimm genug, wenn sie von Frankreich, England, den Beneluxstaaten oder Dänemark (dem Israel wegen der Rettung dänischer Juden so viel verdanke) ausgehe. Sie dürfe jedoch um Gottes Willen („for God's sake“) nicht von den Deutschen kommen, die ein Drittel des jüdischen Volkes zerstört hätten und die sich darüber im klaren sein müßten, daß sie mit der Wegbereitung eines palästinensischen Staates für die Zerstörung eines weiteres Drittels mitverantwortlich sein könnten. Sogar die Araber setzten sich im privaten Gespräch für einen solchen Staat nicht ein.

Es gehe darum, alles zu tun, um die Palästinenser zur Annahme einer angemessenen Autonomielösung zu bestimmen. Israel habe substantielle Angebote gemacht.<sup>10</sup> (Begin übergab RBM Zusammenstellung der israelischen Vorschläge,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 542*

pe von Berlinern, die während der Nazizeit ihr Leben für bedrängte Juden aufs Spiel setzten: „Das jüdische Volk hat ein langes Gedächtnis. Es gedenkt derer, die seine Söhne und Töchter verschmäht, verfolgt und vernichtet haben, aber es besinnt sich auch derer, die ihm in Zeiten der Not zur Seite standen.“ Vgl. den Artikel „Das Attentat ist ein Mahnzeichen gegen falsch verstandene Liberalität“; DIE WELT vom 21. Januar 1982, S. 5.

<sup>5</sup> Ephraim Eylon.

<sup>6</sup> Heinz Galinski.

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 168, Dok. 173 und Dok. 174.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>9</sup> Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 30. März bis 1. April 1982 in Israel auf. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 8. April 1982, der britische NATO-Botschafter Graham habe den Ständigen NATO-Rat am Vortag über die wesentlichen Ergebnisse informiert: „Begin schloß einen palästinensischen Staat kategorisch aus. In seiner Tischrede sagte Lord Carrington, GB bejahe das palästinensische Selbstbestimmungsrecht; mit den Palästinensern müßten Verhandlungen in dieser Frage aufgenommen werden. Zustimmung der PLO zu solchen Verhandlungen setzte allerdings die Anerkennung des israelischen Rechts voraus, in gesicherten Grenzen zu leben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 682; VS-Bd. 13560 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, berichtete am 29. April 1982, die Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel würden wieder stärker in den Vordergrund rücken. Was die inhaltlichen

wie sie auch Mitterrand<sup>11</sup> und Carrington ausgehändigt worden waren. Sie folgt mit nächstem Kurier.) Er sehe nicht ein, daß eine Lösung, wie man sie für Korsika<sup>12</sup>, Südtirol<sup>13</sup>, Belgien<sup>14</sup> gefunden habe und für Nordirland anstrebe, nicht auch für Judäa und Samaria möglich sein solle.

RBM betonte ebenso wie ich, daß wir uns niemals für einen palästinensischen Staat ausgesprochen hätten. Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts sei einem solchen nicht gleichzusetzen. Meinem Hinweis darauf, daß die deutsche Politik von der Vereinbarkeit von Venedig und CD<sup>15</sup> ausgehe, hielt der Premierminister entgegen, daß eine Mitwirkung der PLO CD widerspreche.

Er glaube, daß wir nach den Israel-Besuchen von Mitterrand und Carrington in eine neue Phase des europäisch-israelischen Dialogs eingetreten seien. Vertrauliche Gespräche (bei denen unterschiedliche Meinungen durchaus zur Sprache kommen sollten) seien wichtiger und wirksamer als weitreichende Erklärungen, an denen die unmittelbar Beteiligten nicht mitwirkten. Er wolle auf persönlicher Basis hinzufügen, daß es nicht gut sei, von den tiefgreifenden Schwierigkeiten der Gemeinschaft gleichsam auf dem Weg des geringsten Widerstandes mit Hilfe der EPZ abzulenken.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 543*

Positionen betreffe, scheinere Israel „wenig kompromißbereit“. Ministerpräsident Begin habe am Vortag in einem Interview erklärt, „daß die israelische C[amp]D[avid]-Interpretation die ‚legitimate rights‘ der Palästinenser wahre. [...] Auch Chefunterhändler Burg dämpfte in einem Interview am 26.4. die Erwartungen. Nach den langen Unterbrechungen käme es darauf an, die Verhandlungen erst einmal wieder in Gang zu bringen. Wichtig sei, daß kein anderer Plan an die Stelle des Autonomiekonzepts trete. Burg machte PLO-Terror dafür verantwortlich, daß sich gemäßigte Palästinenser nicht an den Verhandlungen beteiligen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 369; Referat 310, Bd. 135664.

<sup>11</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 3. bis 5. März 1982 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 11.

<sup>12</sup> Korsika erhielt 1982 ein erstes Autonomiestatut. Die gesetzlichen Grundlagen für das „Statut Deferre“ bildeten die französischen Gesetze Nr. 82/214 vom 2. März 1982 und Nr. 82/659 vom 30. Juli 1982. Mit Gesetz Nr. 82/214 wurde Korsika zur „collectivité territoriale“ und damit zu einer regulären Gebietskörperschaft innerhalb Frankreichs erhoben. Es regelte unter anderem die Wahlen zum korsischen Regionalparlament und dessen Funktionen. Gesetz Nr. 82/659 übertrug der korsischen Gebietskörperschaft Kompetenzen in den Bereichen Erziehung und Ausbildung, Kommunikation, Kultur und Umwelt, Raumordnung und Städtebau, Landwirtschaft, Wohnungspolitik, Verkehr, Arbeitsmarkt sowie Energie. Für den Wortlaut vgl. JOURNAL OFFICIEL, Nr. 52 vom 3. März 1982, S. 748–752, bzw. Nr. 176 vom 31. Juli 1982, S. 2459–2463.

<sup>13</sup> Am 5. September 1946 schlossen der österreichische Außenminister Gruber und der italienische Außenminister de Gasperi ein Abkommen, das Bestandteil des Friedensvertrags mit Italien vom 10. Februar 1947 wurde und den „deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient“ einen Autonomiestatus einräumen sollte. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1946/47, S. 333.

Am 3. Dezember 1969 berichtete Botschafter Lahr, Rom, über die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zu den von Italien und Österreich ausgehandelten neuen Vereinbarungen zur Lösung der Südtirol-Frage, welche die Selbstverwaltung der beiden Provinzen Bozen und Trient zu Lasten der ihnen übergeordneten Region Trentino/Alto Adige stärken sollten. Vgl. dazu den Schriftbericht; Referat IA 4, Bd. 440.

<sup>14</sup> Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, berichtete am 14. August 1980 über die zweite belgische Staats- und Verfassungsreform: „Für den französischen wie für den niederländischen Sprachbereich wird je ein eigener Rat und eine eigene Exekutive (Regierung) eingerichtet. Sie erhalten eigene, über das Kulturelle erheblich hinausgehende Zuständigkeiten, eigene Rechtsetzungsbefugnis, eigene Geldquellen und Finanzhoheit; sie verfügen auch über eine eigene Verwaltung“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1146; Referat 202, Bd. 140567.

<sup>15</sup> Camp David.

Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

Begin stimmte zu. Er unterstrich die Opfer Israels bei der Sinai-Räumung<sup>16</sup>. Einbuße der Ölquellen, weswegen man nun von Ägypten ein Drittel des Ölbedarfs äußerst teuer kaufen müsse. Verlust der strategisch so wichtigen Flugplätze. „Tragödie“ mit innenpolitischer Relevanz, derentwegen er „gesteinigt“ werde. Dies wurde von RBM gewürdigt.

4) Am Ende des Gesprächs brachte RBM die Irritationen zwischen Begin und dem Bundeskanzler zur Sprache. Er gehöre zwar einer anderen politischen Partei als BK an, er könne jedoch mit Bestimmtheit sagen, daß dieser auf Grund seiner Lebensgeschichte und seiner Überzeugung den schrecklichen Geschehnissen der Nazizeit gegenüber ebenso eingestellt sei wie alle Menschen guten Willens und historischer Proportion. Die kurze Teilnahme an dem Prozeß, zu der er befohlen worden sei, ändere nichts an dessen nachdrücklicher Ablehnung durch ihn.

Begin erwiderte: „Did I say anything?“ Er habe auf die Äußerungen des Bundeskanzlers nach dessen Rückkehr aus Saudi-Arabien<sup>17</sup> reagiert, die „sehr bitter für die Juden“ gewesen und die in Israel einhellig abgelehnt worden seien.<sup>18</sup> (Er wiederholte insoweit in der Substanz die im Gespräch mit Frau Renger am 26.10.1981 erhobenen Vorwürfe.<sup>19</sup>) Er habe sich jedoch, wie er dies bereits Herrn Blumenfeld gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, nach einer Klärung durch Gideon Hausner<sup>20</sup> korrigiert.<sup>21</sup> Die Teilnahme als Beobachter an dem Prozeß

<sup>16</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>17</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 117–119.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Interviews von Bundeskanzler Schmidt in der ARD-Sendung „Die Fernsehdiskussion“ am 30. April 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 341–347.  
Zur israelischen Reaktion vgl. AAPD 1981, II, Dok. 132.

<sup>19</sup> Die Vizepräsidentin des Bundestags, Renger, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1981 in Israel auf. Renger teilte zu ihrem Gespräch mit Ministerpräsident Begin am 26. Oktober 1981 mit: „Er zitierte in genauer Form aus dem Kopf einige Formulierungen, die er politisch nicht hinnehmen könne. So habe der Bundeskanzler Auschwitz angesprochen, es aber unmittelbar mit der deutschen Schuld an den europäischen Nachbarvölkern verknüpft, ohne das Leid des jüdischen Volkes namentlich hervorzuheben. Obwohl Saudi-Arabien den Heiligen Krieg gegen Israel ausgerufen habe, habe der Bundeskanzler vor dem genannten historischen Hintergrund die Saudis als besonders gute Freunde der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Dagegen habe er sich als Regierungschef Israels wenden müssen. Er sei von den Nazi-Verbrechen in höchstem Maße persönlich betroffen, da alle Mitglieder seiner Familie in deutschen Vernichtungslagern ermordet worden seien. Botschafter Hansen erläuterte, daß die vom israelischen Außenministerium verbreitete englische Übersetzung die Äußerungen des Bundeskanzlers an einigen Stellen nicht genau wiedergegeben habe. Ich habe den Premierminister gebeten, ihm meine Meinung zur moralischen und politischen Grundeinstellung des Bundeskanzlers und seinem tiefen Verantwortungsgefühl gegenüber den im deutschen Namen verübten Verbrechen darzulegen. [...] Der Premierminister hörte diese Darlegungen mit großer Aufmerksamkeit an. Er wollte ausdrücklich sagen, daß er sich mir gegenüber nur zur Sache auf die Äußerungen des Bundeskanzlers bezogen habe, wie sie bekanntgeworden seien. Von seiner Kritik, die er mir in der Sache gesagt habe, könne er nicht abweichen.“ Vgl. das Schreiben vom 3. November 1981 an Bundesminister Genscher; Referat 310, Bd. 135676.

<sup>20</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, informierte die Redaktion der Zeitung „Bild am Sonntag“ am 22. Mai 1981: „Sehr geehrte Herren, M[itglied]d[er]K[nesset] Gideon Hausner hat Mithilfe der Botschaft in folgender Angelegenheit erbeten: Bild am Sonntag habe am 10. Mai 1981 auf S. 1 unter Berufung auf Hausner berichtet, daß BK Schmidt bei Filmvorführung über Hinrichtung deutscher Generäle nach dem 20. Juli 1944 anwesend war. Er sei darüber entsetzt, da er in einem Gespräch mit dem Korrespondenten von Bild am Sonntag, Avi Sidon, gerade das Gegenteil gesagt habe. Er bitte, Veröffentlichung seines Leserbriefes in Ausgabe am 24.5.81 sicherzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Referat 310, Bd. 135678.

<sup>21</sup> Anlässlich seines Besuchs in Israel führte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Blumenfeld,

stelle zwar objektiv ein „grave event“ dar. Aber: „I did not mean personalities. I meant the phenomenon.“

Der Bundeskanzler schulde Israel – schon aus protokollarischen Gründen – einen Besuch als Erwiderung auf die nunmehr bereits sieben Jahre zurückliegende Visite eines israelischen Premierministers<sup>22</sup> in der BR Deutschland.<sup>23</sup> Er wolle keinesfalls insistieren. Falls BK sich jedoch zu Besuch entschließen wolle, sei er willkommen.

5) Herr Hecht, mit dem RBM vor der Unterredung einen halbstündigen Meinungsaustausch geführt hatte und mit dem ich nachher kurz sprach, meinte, Begin habe „eindeutig und zweifelsfrei“ zum Ausdruck gebracht, daß er dem Bundeskanzler keinerlei persönliche Vorwürfe machen wolle.

6) RBM ist mit Wortlaut dieses Berichts einverstanden.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 13559 (310)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 545*

in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 20. Juli 1981 ein Gespräch mit Ministerpräsident Begin. Nach seiner Rückkehr informierte er Staatssekretär von Staden über seine Reise. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler teilte den Botschaften in London, Mexiko-Stadt und Tel Aviv daraufhin am 30. Juli 1981 mit: „Begin habe die bekannten Vorwürfe gegen BK wiederholt. Blumenfeld habe demgegenüber dargelegt, daß die Kritik in wesentlichen Punkten unrichtig sei. Begin habe eingeräumt, daß er hinsichtlich militärischer Tätigkeit BK nicht richtig unterrichtet gewesen sei und die Vorwürfe noch einmal überprüfen wolle. Blumenfeld habe sich dafür eingesetzt, daß die Verhärtung der wechselseitigen Positionen aufgelöst werden müsse. Begin habe nicht widersprochen, jedoch gefordert, daß der erste Schritt vom BK als ‚Auslöser‘ kommen müsse. Eindruck, daß Begin nach Weg suche, das Verhältnis wieder zu entkrampfen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3905; Referat 310, Bd. 135678.

<sup>22</sup> Ministerpräsident Rabin hielt sich vom 8. bis 12. Juli 1975 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 194 und Dok. 199.

<sup>23</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht richtig dargestellt; offene Einladung ja, aber Rabins Besuch auf Brandt-Besuch war Besuchserwiderung. Richtigstellen.“

Am 13. Mai 1982 vermerkte Fiedler handschriftlich: „Ich habe H[errn] Bo[tschafter] Hansen anlässlich meines Besuchs in Israel 9. bis 11.5. hierauf hingewiesen und gebeten, entsprechend zu argumentieren.“

## 110

## Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

7. April 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher vom 7. April 1982 von 13.10 bis 13.25 Uhr

*Bundeskanzler* möchte PM Thatcher gleich nach Beendigung der Kabinettsitzung<sup>2</sup> unterrichten, daß er seinen Urlaub unterbrochen habe, um einer zweistündigen Kabinettsberatung über die Falkland-Krise vorzusitzen. Er dankt für den Brief von PM Thatcher, den er heute früh gerade noch rechtzeitig zum Kabinett erhalten hat.

*Thatcher* betont, daß sie dieses Engagement des Bundeskanzlers sehr zu schätzen weiß. Sie meint auf die Frage des Bundeskanzlers, daß es ihr gemessen an den Umständen eigentlich recht gut geht.

*Bundeskanzler* berichtet, daß er im Kabinett das vitale deutsche Interesse unterstrichen habe, Großbritannien bei der friedlichen Beilegung des Konflikts mit allem Nachdruck zu unterstützen. Eine flagrante Völkerrechtsverletzung gegen einen engen Verbündeten und Freund wiegt für uns schwerer als in anderen Fällen. (PM Thatcher: Diese Feststellung ist besonders wichtig.) Das wirkt sich auch auf unsere Bereitschaft zu Maßnahmen aus. Er hat die Minister gebeten, sich nicht durch einige Pressekommentare zu einer falschen Einschätzung der Angelegenheit verleiten zu lassen. Er selbst nimmt die Falkland-Krise außerordentlich ernst.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. April 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit lege ich den Gesprächsvermerk mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten. Sie haben PM Thatcher ausdrücklich für ihr Schreiben vom 6. April gedankt. PM Thatcher hat Ihren mündlichen Bericht über die Kabinettsberatung als Antwort angesehen, so daß eine besondere schriftliche Beantwortung des Briefes entfallen kann. Ich habe in Ihrem Auftrag den diplomatischen Berater von Präsident Mitterrand über das Ergebnis der Kabinettsitzung unterrichtet und dabei Ihr großes Interesse unterstrichen, in dieser Frage im Einvernehmen mit Präsident Mitterrand vorzugehen.“

Hat Staatsminister Huonker in Vertretung von Lahnstein am 8. April 1982 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 14. April 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte. „Kopie z[u] d[en] A[kten] p[ri]vat[em] (S[amm]lun[g]) bei mir.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Aus der Kabinettsitzung am 7. April 1982 zum Falkland-Krieg hielt Staatssekretär von Staden am selben Tag mit Bezug auf die dort beschlossene Erklärung der Bundesregierung sowie auf Wünsche der britischen Regierung fest: „a) Waffenembargo: Wie aus der Erklärung ersichtlich. b) Importembargo: Hier hat der Herr Bundeskanzler entschieden, daß Botschafter Poensgen Weisung erhalten soll, sich im Geleitzug zu bewegen und sich grundsätzlich ähnlich wie der französische Vertreter zu verhalten. [...] Gemeinschaftsmaßnahmen verdienten Vorrang. Einseitige britische und deutsche Maßnahmen wären sinnlos. c) Einstellung von Exportkreditgarantien: Hier hat der Bundeskanzler entschieden, daß die Erteilung der Garantien gestoppt werden soll. Dies soll deutlich erkennbar aus risikopolitischen Gründen geschehen. d) Nichtermütigung privater Bankkredite: Dem wird gefolgt. e) Streichung Argentiniens von der EG-Präferenzliste: Dem sollen wir in der Form der Suspendierung zustimmen.“ Vgl. VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1982.

Er erläutert die fünf Punkte der Erklärung<sup>3</sup> im einzelnen. Er möchte PM Thatcher versichern, daß er selbst und die Bundesregierung die Krise mit großem Ernst betrachten und mit großem Nachdruck Großbritannien bei der friedlichen Beilegung des Konflikts unterstützen.

*Thatcher* dankt dem Bundeskanzler. Eine offene Aggression wie auf den Falkland-Inseln würde, wenn man ihr nicht deutlich entgegentritt, ein schlimmes Beispiel für andere Teile der Welt bieten. Die Solidarität Europas erscheint ihr in diesem Zusammenhang als absolut vital. Sie sollte in grundsätzlichen Erklärungen zum Ausdruck kommen, aber auch in politischen Maßnahmen, sicherlich im Embargo von Waffenlieferungen.

*Bundeskanzler* betont, daß auch die Bundesregierung die Sorge vor den Auswirkungen einer Hinnahme der argentinischen Besetzung auf andere Weltgegenden teilt. Er betont, daß die Bundesregierung auch mit den Franzosen in dieser Angelegenheit Kontakt hält.

*Thatcher* berichtet, daß Mitterrand außerordentlich hilfreich war beim Zustandebringen der Sicherheitsrats-Resolution<sup>4</sup>. Sie zeigt sich noch einmal außerordentlich befriedigt über die Solidarität der europäischen Partner.

Sie stimmt dem Vorschlag des Bundeskanzlers zu, daß der neue Außenminister Pym sobald wie möglich seine europäischen Kollegen persönlich kennenlernen sollte. Pym ist ein ausgezeichnete Mann, und sie ist sicher, daß der Bundeskanzler ihn auch schätzen wird.

Wie der Bundeskanzler bedauert sie sehr den Rücktritt Lord Carringtons.<sup>5</sup> Er ist für Großbritannien ein großer Verlust. Sie hofft, daß er schon bald wieder in die politische Verantwortung zurückkehren wird.

Sie versichert dem Bundeskanzler abschließend, wie sehr sie sich über die Haltung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers selbst gefreut habe.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung vom 7. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. BULLETIN 1982, S. 282.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>5</sup> Zum Rücktritt des britischen Außenministers Lord Carrington vgl. Dok. 108, Anm. 7.

## 111

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz**

02-321.00 USA

8. April 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>Betr.: NATO-Gipfel<sup>4</sup> und Reagan-Besuch in Bonn<sup>5</sup>;hier: US-bezogene medienpolitische Überlegungen, insbesondere zum  
US-Fernsehen

## I. Ausgangslage

1) Die geplante Demonstration (Demonstrationen) gegen Reagan-Besuch und NATO-Gipfel bringen Gefahr, daß dadurch das Bild beider Ereignisse für Millionen von Amerikanern bestimmt wird. Zu befürchten ist eine Konzentration der amerikanischen Medien und insbesondere des Fernsehens auf die unkomentierte Darstellung gerade dieser Randerscheinungen.

Gipfel und Reagan-Besuch sind Medienereignis erster Ordnung auch und gerade wegen erwarteter Gegendemonstrationen. Das Bild einer anti-amerikanischen und anti-NATO deutschen Demonstrationsöffentlichkeit fügt sich zudem in gegen uns bestehende Vorurteile ein. NATO-Gipfel und Reagan-Besuch bedeuten daher für uns nicht nur Chance, sondern zugleich erhebliches Risiko.

2) Wir haben ein Interesse daran,

- den Aufmerksamkeitswert der Demonstration nicht noch dadurch zu steigern, daß wir durch eigene Maßnahmen einen sensationellen Demonstrationsverlauf wahrscheinlicher machen;
- von der Demonstration abzulenken, indem wir unsererseits ihr möglichst viel an medienwirksamer „Aktion“ entgegensetzen. Der Aufmerksamkeitswert dieser Aktionen muß dabei so hoch sein, daß er mit dem „news value“ der Demonstration konkurrieren kann. Dadurch ließe sich erreichen, daß der der Demonstration gewidmete Anteil der zeitlich begrenzten amerikanischen Fernseh-Nachrichtenprogramme möglichst gering ausfällt. Jede Berichtsminute über von uns angebotene „Aktionen“ zu Gipfel und Reagan-Besuch bedeutet eine Berichtsminute weniger für die Demonstration. Das gleiche gilt abgeschwächt auch für die Presseberichterstattung;
- den Stellenwert der Demonstration im deutschen Gesamtmeinungsspektrum als eine Randerscheinung deutlich zu machen (vgl. Newsweek-Umfrageergebnisse<sup>6</sup>).

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Rudolph konzipiert. Hat Rudolph am 21. April 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 10. April 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>5</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Juni 1982 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

Dabei wird der Eindruck, den Reagan-Besuch in Bonn (und Berlin) für uns in der US-Öffentlichkeit hinterlassen wird, auch abhängen von möglichen Vergleichen. Verglichen werden wird Reagans Besuch vor allem

- mit Empfang, der ihm in anderen besuchten europäischen Ländern<sup>7</sup> zuteil wird,
- mit Besuchen früherer US-Präsidenten in Bonn und Berlin<sup>8</sup>,
- mit dem Empfang, der Breschnew 1981<sup>9</sup> bei uns zuteil wurde.

Wir werden uns besonders zum letzten Punkt (keine Proteste gegen Breschnew, Proteste gegen Reagan) auf kritische Fragen vorbereiten müssen.

### 3) Sonderproblem Berlin-Besuch

Amerikanischer Seite ist klar, daß Berlin-Besuch vor allem im Vergleich zu Kennedys Triumph und auch zu Besuchen anderer früherer amerikanischer Präsidenten und Vizepräsidenten kein ungetrübter Erfolg werden kann. Demonstrationen, wahrscheinlich mit illegalen Ausuferungen, erscheinen nahezu unvermeidbar.

Medienpolitisch ist Berlin-Besuch für uns deshalb besonders problematisch, weil in der US-Öffentlichkeit das Bild eines schlechten Verlaufs wegen der symbolbeladenen Bedeutung Berlins besonders heftig aufgenommen werden wird.

Für Berlin-Besuch besteht daher auf amerikanischer Seite nach vertraulicher Information aus US-Botschaft keine große Begeisterung, sondern Tendenz, ihn möglichst kurz und risikolos zu halten.

## II. Vorschläge zu Gipfel und bilateralem Besuchsteil in Bonn

### 1) Vorbereitungsphase

a) Die deutsche Öffentlichkeit sollte durch Erklärungen der Bundesregierung, der Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbände auf die Bedeutung von Reagan-Besuch und NATO-Gipfel für unser internationales Ansehen und für das deutsch-amerikanische Verhältnis hingewiesen werden.

Diese innerdeutsche Öffentlichkeitsarbeit muß sich gezielt auch an diejenigen wenden, die sich an der Demonstration beteiligen wollen. Dies ist bei der Auswahl der zu verwendenden Argumente zu berücksichtigen. Diejenigen, die am Tage des NATO-Treffens demonstrieren wollen, sollten aufgefordert werden,

<sup>7</sup> Präsident Reagan besuchte vom 2. bis 7. Juni 1982 Frankreich, am 7. Juni Italien und den Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 Großbritannien.

<sup>8</sup> Präsident Eisenhower hielt sich am 26./27. August 1959 in der Bundesrepublik auf und führte am 27. August 1959 Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, S. 10–13 und S. 19–25.

Präsident Kennedy besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 26. Juni 1963. Am 26. Juni 1963 reiste er nach Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 206 und Dok. 208.

Präsident Johnson hielt sich anlässlich der Beisetzung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer vom 23. bis 26. April 1967 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 147.

Am 26./27. Februar 1969 stattete Präsident Nixon der Bundesrepublik einen Besuch ab. Am 27. Februar 1969 besuchte er Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 79–81.

Vom 26. bis 28. Juli 1975 war Präsident Ford zu Gast in der Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 222 und Dok. 224.

Präsident Carter hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 15. Juli 1978 Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 219, Dok. 222 und Dok. 223.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

sich nicht zu Antiamerikanismus und zu einseitiger NATO-Kritik mißbrauchen zu lassen. Die Demonstranten sollten dabei in unseren öffentlichen Erklärungen nicht als „Radikale“ oder „Feinde“, sondern als in diesem Punkt andersdenkende Bürger angesprochen werden. Jede Verteufelung wäre self-fulfilling.

b) In briefings mit deutschen Journalisten sollte die Bedeutung eines erfolgreichen Verlaufs von Gipfel und Besuch hervorgehoben und deutlich gemacht werden, daß hierzu eine entsprechende vorbereitende Pressekommentierung entscheidend beitragen kann.

c) Hiesigen US-Korrespondenten gegenüber sollte die Gefahr deutlich gemacht werden, daß die Demonstration einer Minderheit durch breite Mediendarstellung in den USA als Haltung „der Deutschen“ mißverstanden werden könnte. US-Korrespondenten sollten daher gebeten werden, unvermeidbare Randerscheidungen durch aufklärende Kommentare in den Gesamtzusammenhang einer mehrheitlich US-positiven deutschen öffentlichen Meinung zu stellen. Entsprechende Unterlagen (Daten) sollten überreicht werden.

d) In den USA sollten die drei Fernsehketten<sup>10</sup> (networks) und insbesondere deren news editors sowie die politischen Redaktionen der großen Tages- und Wochenzeitungen im gleichen Sinne angesprochen werden. Das sollte nach Möglichkeit hochrangig in Einzelgesprächen unserer Botschaft und vorzugsweise bei sich aus anderen Gründen bereits bietenden Anlässen geschehen. GIC<sup>11</sup>-Ebene und schriftliche Darstellungen reichen nicht aus. Das GIC ist nach Äußerungen hiesiger US-Journalisten einerseits mit dem Vorurteil belastet, eine deutsche „Propagandastelle“ zu sein. Das führe zu Widerständen gegen die Übernahme von GIC-Material. Andererseits würden „Demarchen“ des GIC als Routineangelegenheiten bewertet, fänden also auch nur Routineaufmerksamkeit.

e) Bei den unter c) und d) genannten Maßnahmen ist nach bisheriger Erfahrung einzukalkulieren, daß die Bereitschaft von US-Medien zur Aufnahme positiver deutscher Daten und Argumente zur Zeit durch eine allgemein vorherrschende deutsch-kritische Stimmung herabgesetzt ist. Das Nicht-Erscheinen einiger für uns positiver Umfragen in der US-Ausgabe von Newsweek und ebenso die Ablehnung eines auf ausgewogene Darstellung zielenden Artikels C. F. von Weizsäckers durch die New York Times verdeutlichen die für uns bestehenden Schwierigkeiten. Das macht Anstrengungen für eine wirksame US-Öffentlichkeitsarbeit aber nicht überflüssig, sondern besonders notwendig.

f) Die bisher genannten Vorbereitungsmaßnahmen sollten möglichst bald anlaufen. Sie müssen sachlich, ruhig und informativ, also undramatisch und ohne den Eindruck von Hysterie stattfinden. Andernfalls wirken sie eher kontraproduzent.

g) In der unmittelbaren Vorbereitungsphase könnten Interviews des BK und des BM mit US-positiven Aussagen ein Klima freundlicher Aufnahmebereitschaft in der amerikanischen Öffentlichkeit schaffen helfen. Überlegt werden könnte auch, ob das gleiche Ergebnis nicht auch noch durch rechtzeitig geplante kleine medienwirksame Gesten erzielt werden kann. Zu denken wäre bei

<sup>10</sup> American Broadcasting Company (ABC), Columbia Broadcasting System (CBS) und National Broadcasting Company (NBC).

<sup>11</sup> German Information Center.

spielsweise an die Auszeichnung hier tätiger prominenter Amerikaner (etwa Generäle, die sich um deutsch-amerikanische Beziehungen verdient gemacht haben, Journalisten), an Besuch von Regierungsmitgliedern (BK, BM, BMVg) bei amerikanischen Truppen oder an Einladung amerikanischer Soldaten und ihrer Familien zu Rundgesprächen. Solche Gesten könnten auch durch Gewerkschaften, politische Stiftungen und kommunale Institutionen in Betracht kommen. Sie versprechen, wenn sie durch entsprechende Vorbereitung Eingang in US-Medien finden, größere Wirkung auf das US-Stimmungsbild als bloße Erklärungen.

Bei diesen indirekten Vorbereitungsarbeiten soll jeder Bezug auf Gipfel und Reagan-Besuch vermieden werden.

## 2) Maßnahmen während NATO-Gipfel und Reagan-Besuch

Die drei großen US-Fernsehketten werden zusätzlich zu ihren hiesigen Teams weitere Aufnahmeteams einfliegen, um in der Lage zu sein, während Gipfel und Reagan-Besuch eine Vielzahl von Ereignissen gleichzeitig abzudecken.

Es wird daher darauf ankommen, so viel positive Ereignisse mit unabweisbarem news value anzubieten oder zu schaffen, daß bei der Auswahl des aufgenommenen Bildrohmaterials (footage) durch die Nachrichtenredaktionen die für negative Ereignisse verbleibende Zeit minimalisiert wird (bzw. der hierfür verbleibende Raum in der Presse).

a) Dazu müssen der Gipfel und auch der bilaterale Besuchsteil weitgehend „medienoffen“ und vor allem „fernsehoffen“ geplant werden. Es muß vermieden werden, daß die Medienaufmerksamkeit durch geschlossene Sitzungstüren der Straße überlassen wird. Wo Sitzungen nicht medienoffen sein können, sollte durch vorher anzukündigende Unterbrechungen Medien-Zugang geschaffen (Interviews, Gruppenfotos) und dadurch Medienaufmerksamkeit (und Bindung der Aufnahmeteams) erhalten werden. Diese Einschätzung wird von hiesiger US-Botschaft geteilt, die ein „action packed program“ gegenüber Washington empfohlen hat.

b) Bei den zu bietenden „actions“ sollte auch an Frau Reagan gedacht werden. Sie hat für US-Medien einen hohen Aufmerksamkeitswert. Bietet man ihr ein Programm an, das für sie und für die Medien attraktiv ist, so werden die networks auch hiervon Aufzeichnungen machen. Hieran dürfte auch Frau Reagan interessiert sein, um sich als First Lady ihres Landes darstellen zu können. Dadurch wird die Chance einer Verringerung der für Demonstrationen zur Verfügung stehenden Sendezeit (bzw. des Druckraums) weiter erhöht. Das „Damenprogramm“ bedarf unter diesem Vorzeichen besonders sorgfältiger Vorbereitung. Schon jetzt vorgeklärt werden könnten

- Frau Reagans Interessen (Botschaft Washington);
- besuchenswerte soziale Einrichtungen?
- Ist im Beethoven-Haus kurze Konzertdarbietung, u.U. mit historischen Instrumenten, aus Besuchsanlaß möglich?
- Lohnt Besuch von Bahnhof Rolandseck zum Besuchszeitpunkt?

c) BK und BM könnten sich gegenüber US-networks bereit erklären, am 10.6. in Interviews auch zu den Demonstrationen Stellung zu nehmen. Wir erhielten so Gelegenheit, dem optisch wirkungsvollen Bild einer Demonstration mit ein-

drucksvollen Argumenten und Daten entgegenzutreten. Das würde Chance bedeuten, die Demonstration in der richtigen Perspektive erscheinen zu lassen. Nach Möglichkeit sollten Interviewtermine zu diesem Zweck für den 10.6. vorher vereinbart werden. Dies könnte über Botschaft Washington (wiederum hochrangig, nicht GIC, nicht schriftlich) geschehen. U.U. könnte StS von Staden hierfür auch seine persönlichen Verbindungen einsetzen.

d) Wir haben größtes Interesse am friedlichen Verlauf der Demonstration. Schikanöses Verhalten der Ordnungskräfte muß völlig, Gewaltanwendung soweit als möglich unterbleiben. Nichts wirkt abschreckender und gäbe der Demonstration größere Medienwirksamkeit als der Eindruck brutaler Polizeigewalt (Prügelsetzen, Tränengaseinsatz). Schlagstockeinsatz gegen Frauen und sehr junge Demonstranten muß auch dann vermieden werden, wenn Angriffshandlungen ihn zu rechtfertigen scheinen.

Die eingesetzten Polizeibeamten und Einsatzleiter müssen schon in der Vorbereitungsphase eindringlich über die Bedeutung eines friedlichen Verlaufs der Demonstration und des für uns international schädlichen Eindrucks polizeilicher Gewaltanwendung belehrt werden. Das damit u.U. verlangte Opfer muß in diesen Gesprächen überzeugend motiviert werden.

Wir sollten diese Gesichtspunkte in Vorbereitungsgesprächen mit dem Innenminister von NRW<sup>12</sup> und ebenso dem Bonner Polizeipräsidenten<sup>13</sup> rechtzeitig erörtern.

e) In diesem Zusammenhang sollte auch überlegt werden, ob es wirklich sinnvoll ist, die Demonstration auf nicht zumutbare „Hinterhöfe“ zu verweisen, also auf Orte außerhalb Bonns oder an den Bonner Rand. Auch das rechte Rheinufer, das gesprächsweise in Erwägung ist, erscheint in dieser Hinsicht nicht als Ideal. Wird die Demonstration nur für einen von den Demonstranten als unzumutbar empfundenen Ort genehmigt, so ist zu befürchten, daß ein nicht unerheblicher Teil in illegale Aktionen abgedrängt wird. Gerade solche illegalen Aktionen gilt es zu vermeiden.

f) Abzuraten ist auch vom Gedanken einer Gegendemonstration. Diese würde nahezu mit Sicherheit kontraproduzent wirken:

- Sie brächte die Gefahr von Zusammenstößen zwischen beiden Demonstrationen.
- Sie würde im besten Falle das Fernsehbild einer gespaltenen (also unzuverlässigen) deutschen Öffentlichkeit und damit einer instabilen Bundesrepublik bieten.
- Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre die Pro-Reagan/Pro-NATO-Demonstration zahlenmäßig kleiner als ihr Anti-Part: Die schweigende Mehrheit sitzt im Zweifel vor dem Fernsehschirm.

g) Medienmäßiger Schwerpunkt des bilateralen Besuchsteils wird voraussichtlich BT-Sitzung mit Reagan-Ansprache<sup>14</sup> sein. Sitzung bietet Gelegenheit zur positiven Selbstdarstellung für beide Seiten.

<sup>12</sup> Herbert Schnoor.

<sup>13</sup> Hans Wilhelm Fritsch.

<sup>14</sup> Anlässlich seines Aufenthalts vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik hielt Präsident Rea-

Unsere Selbstdarstellung kann dabei nur wirksam werden, wenn sie durch US-medienbekannte deutsche Politiker erfolgt. Daher sind nach Begrüßungsworten durch BT-Präsident<sup>15</sup> auf Regierungsseite unbedingt kurze Ansprachen durch BK und BM erforderlich. Reden sollten auf politische Globalschau verzichten und statt dessen einige auf bilaterales Verhältnis und Westbündnis bezogene konkrete Aussagen sowie einige wenige eindrucksvolle Umfrageergebnisse enthalten. Insgesamt sollte auf komplizierte Argumente zugunsten einer auch emotional wirksamen Darstellung verzichtet werden. Dabei sollten nicht nur passive, auf Anpassung zielende Konzepte verwandt (Dankbarkeit, Treue zum Bündnis und bilaterale Partnerschaft), sondern auch aktive „Angebote“ eingesetzt werden:

- wie bisher auch in Zukunft Entschlossenheit, unseren wirksamen Beitrag zur Verteidigung und Stärkung gemeinsamer und vitaler westlicher Interessen zu leisten (Zahlen?);
- aktive Bereitschaft, sich für Entwicklung gemeinsamer westlicher Konzepte, Positionen und Strategien einzusetzen.

Erwähnenswerte Einzelthemen mit US-Bezug könnten sein:

- positive Würdigung des Caribbean Basin Plan<sup>16</sup> als Eingehen gerade auf soziale und wirtschaftliche Probleme der Region (solche Würdigung würde von US-Seite besonders begrüßt werden und wird bisher bei uns vermißt);
- Würdigung der friedenserhaltenden Rolle der in Europa und insbesondere bei uns stationierten amerikanischen Soldaten;
- Würdigung des Verhandlungswillens der USA zu START und INF;
- Hinweis auf Ausbildung deutscher Piloten in USA;
- Nennung einiger für uns günstiger Verteidigungszahlen.

Ideal wäre Bekanntgabe konkreter bilateraler Übereinkünfte oder Initiativen als Ergebnis der bilateralen Gespräche (z. B. deutsch-amerikanische Initiative zu NATO-Fortschreibung des Harmel-Berichts<sup>17</sup>, vgl. unter h)).

h) Hinweise für medienwirksame Sachpunkte des Gipfeltreffens

Thema der „Substanz“ des Gipfels geht über Rahmen dieser Aufzeichnung hinaus. Hinweise beschränken sich daher auf für Medienarbeit verwertbare Anregungen.

Der Gipfel trifft die Allianz in einer als Krise empfundenen Situation, gekennzeichnet vor allem durch europäisch-amerikanisches Auseinanderdriften. Öffentlichkeit erwartet daher Fortschritte in diesem Bereich. Schon deshalb kann Gipfel nicht als Routineereignis gelten. Ergebnis sollte über allgemeine Beschwö-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 553*

gan am 9. Juni 1982 vor dem Bundestag eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 121, S. 6372–6381.

<sup>15</sup> Richard Stücklen.

<sup>16</sup> Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 77, Anm. 13.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

rung von Solidarität und grundsätzlicher Übereinstimmung hinausgehen und konkrete Entscheidungen oder Initiativen bringen. Gipfel sollte nicht als Pflichtübung, sondern als „Gipfel eines neuen Anfangs“ erscheinen.

Hierzu wird vom LPI in Aufzeichnung vom 5.3.1982 aus Anlaß des BM-Besuchs in Washington<sup>18</sup> vorgelegte Anregung einer deutsch-amerikanischen Initiative zur Fortschreibung des Harmel-Berichts wiederholt (Bestandsaufnahme, Fortschreibung westlicher Strategie gegenüber SU).<sup>19</sup>

Eine solche Initiative müßte bei amerikanischem Interesse mit übrigen westlichen Hauptverbündeten vorkonsultiert werden, bedarf also ausreichender Vorlaufzeit.

Die Gefahr solcher Fortschreibung könnte für uns darin liegen, daß Politik der „Entspannung“ und damit unsere bisherige „Ostpolitik“ grundsätzlich in Frage gestellt werden. Solches Infragestellen findet aber ohnehin statt, wird also durch formelles Festhalten am Harmel-Bericht nicht verhindert. Es geht daher im wesentlichen nur noch darum, ob eine informelle Fortschreibung ohne und möglicherweise gegen uns stattfindet, oder ob wir durch Beteiligung an einer formellen Fortschreibung auf diesen Prozeß aktiv Einfluß nehmen wollen. Gerade bei formellen Verfahren können wir die „Fortschreibung“ am besten unter Kontrolle halten und darin unsere Vorstellungen einbringen.

Das Angebot solcher Fortschreibung durch uns würde zugleich deutlich machen, daß Entspannungspolitik auch von uns nicht als passiv-bewahrende, sondern als aktiv-dynamische Politik im westlichen Gesamtverbund verstanden wird. Dem jetzigen Zustand des schwelenden Unbehagens und uneingestandenem Dissens wäre eine offene Diskussion mit dem Ziel eines neuen strategischen Konsenses vorzuziehen.

Die Präsentation der Initiative als gemeinsame deutsch-amerikanische Anregung würde auch medienpolitisch ein wirksames Signal unserer engen Zusammenarbeit mit den USA zur Stärkung der Allianz bedeuten.

<sup>18</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 76–79.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz stellte folgende Überlegungen an, die er Bundesminister Genscher schriftlich zukommen ließ: „Das zentrale Problem der europäisch-amerikanischen Beziehungen angesichts der Herausforderungen der 80er Jahre ist der mangelnde Konsens über eine gemeinsame politische Strategie in den drei großen Bereichen: der Politik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa; der Politik gegenüber der Dritten Welt; der Politik gegenüber der Strukturkrise der Weltwirtschaft. [...] Sie könnten die Idee des Strategiedialogs in den Gesprächen mit Außenminister Haig aufgreifen. Wird die Idee von ihm positiv aufgenommen, so könnte sie der Öffentlichkeit als ein Ergebnis der Gespräche präsentiert werden. [...] Der Harmel-Bericht wird in der Strategiediskussion naturgemäß eine wichtige Rolle spielen. Die Europäer sollten jedoch davon absehen, diesen Bericht sozusagen als Rechtsgrundlage für ihre Meinung benutzen zu wollen. Zu argumentieren, eine neue amerikanische Administration könne sich nicht einfach von einem gültigen NATO-Beschluß loslösen, bewirkt nur, daß sich die Ohren der Amerikaner auch für unsere Sachargumente verschließen. Denn die Amerikaner verstehen eine solche Argumentation so, daß die Europäer sie an einer Politik festhalten wollen, [die] sich nach ihrer Meinung als manifest falsch erwiesen hat. Insbesondere wir Deutsche tendieren dazu, in einer Neueröffnung der Diskussion über die Politik gegenüber der Sowjetunion die Gefahr zu sehen, daß wir damit unsere eigene Entspannungsphilosophie zur Disposition stellen.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178474.

### III. Vorschläge Berlin-Besuch

Der Berlin-Besuch könnte zum schwierigsten Teil des Reagan-Aufenthalts werden. Wegen starker emotionaler US-Bindung besteht bei Anti-Reagan-Demonstrationen Gefahr eines „Berlin-Schocks“.

Bei unserem medienpolitischen Ziel der Minimierung von Konfrontationsmöglichkeiten und Maximierung „positiver“ Ereignisse bestehen Bedenken gegen jede Massenkundgebung. Diese würde zwar eine beeindruckende Menge von Berlinern auf die Straße bringen, gleichzeitig aber die Gefahr schwerer und kaum kontrollierbarer Zusammenstöße vergrößern.

Der ohnehin kurze Berlin-Besuch muß sich daher auf ein Programm kleinerer medienwirksamer Aktionen konzentrieren. Dabei ist zu denken an:

- Sondersitzung des Abgeordnetenhauses mit Ansprach Reagans und des RBM<sup>20</sup>;
- gemeinsame Kranzniederlegung von Reagan und BK/BM/RBM am Luftbrückendenkmal;
- gemeinsamer Besuch Reagan/BK/BM/RBM bei US-Garnison in Berlin.
- Besonders medienwirksames Ereignis des Aufenthalts könnte Besuch in vor kurzem eingeweihter Ford-Fertigungsstätte mit 500 neuen Arbeitsplätzen sein. Reagan erhielte dabei Gelegenheit für kurze Ansprache vor Belegschaft und zusätzlich einzuladenden Gewerkschaftsmitgliedern (fortbestehendes Vertrauen in Berlin, wir werden hier nicht weggehen, stehen zu Berlin). RBM und/oder Berliner DGB-Vorsitzender<sup>21</sup> hätten Gelegenheit, Investition und Schaffung von Arbeitsplätzen gerade in jetziger Situation als Ausdruck der Verbundenheit mit USA zu würdigen.

Seitz

**Referat 02, Bd. 178474**

<sup>20</sup> Regierender Bürgermeister von Berlin war Richard Freiherr von Weizsäcker.

<sup>21</sup> Michael Pagels.

## 112

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-11880/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 164

Aufgabe: 8. April 1982, 19.53 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. April 1982, 12.55 Uhr

Betr.: MBFR;

hier: Abschlußbericht der 26. Runde<sup>2</sup>

Zur Information

I. 1) Die Vorlage eines die gegenwärtige östliche Verhandlungsposition konsolidierenden Entwurfs über ein „Abkommen in der ersten Etappe“ am 18.2.82 bestimmte weitgehend den Verlauf der 26. Runde.<sup>3</sup> Sie lag in der Linie des östlichen Vorschlags vom 10. Dezember 1981<sup>4</sup>, baldmöglichst mit der Ausarbeitung eines Abkommenstextes zu beginnen und hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Während sich der Osten während der Runde ausschließlich auf die Darlegung und Kommentierung seines Entwurfs beschränkte, setzten die westlichen Unterhändler unter dem Hinweis, der östliche Vorschlag werde geprüft, die Darlegung der westlichen Position vom Dezember 1979<sup>5</sup> unter besonderer Betonung der Bereiche Daten und begleitende Maßnahmen fort und erarbeiteten intern eine Analyse des östlichen Entwurfs. Am Ende der Runde (8.4.82) schlug der Westen in Antwort auf die beiden östlichen Initiativen dem Osten die Errichtung dreier Arbeitsgruppen (allgemeine Fragen, begleitende Maßnahmen, Daten) vor, um nach noch zu vereinbarem Verfahren eine gemeinsame, schriftliche Bestandsaufnahme der beiderseitigen Verhandlungspositionen zu versuchen.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16 und 25.

Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann vorgelegen, der um Weiterleitung einer Kopie an Referat 213 und Wiedervorlage bat.

<sup>2</sup> Die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 in Wien statt. Vgl. dazu auch Dok. 35.

<sup>3</sup> Zum Abkommensentwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 18. Februar 1982 vgl. Dok. 59.

<sup>4</sup> Der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, schlug am 10. Dezember 1981 in seiner Erklärung zum Abschluß der 25. Verhandlungsrunde vor, in der kommenden Runde mit der Arbeit an einem Abkommenstext zu beginnen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 372.

<sup>5</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 20. Dezember 1979 offiziell eingeführt wurden, vgl. Dok. 35, Anm. 10.

<sup>6</sup> Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 8. April 1982, die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten seien am 6. April 1982 informell vorgelegt worden: „Auf persönlicher Basis haben sich einige östliche Delegationsleiter zum westlichen Vorschlag skeptisch geäußert. Wieland und Keblůšek sagten ein langes prozedurales ‚Gerangel‘ bei der Errichtung der Arbeitsgruppen voraus und meinten, der Westen spiele auf Zeit, um einen neuen Substanzvorschlag vorzubereiten. Wieland kritisierte auch, daß die Datenfrage in zwei Arbeitsgruppen behandelt werde. Eine weitere Schwierigkeit für den Osten scheint jedoch eine Teilnahme der Flankenstaaten an den Arbeitsgruppen zu sein. Offensichtlich will er die Rumänen von diesen Arbeitsgruppen ausschließen. Wieland, der offensichtlich Vorbehalte gegen den östlichen Vorschlag vom 10.12.81 gehabt haben muß, erklärte schlicht, der Osten sei nun für seinen eigenen Vorschlag bestraft worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; VS-Bd. 11475 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

Die östlichen Unterhändler erklärten, diesen Vorschlag, der nicht als Antwort auf die wichtigen, substantiellen Initiativen des Ostens vom 10.12.81 und 18.2.82 betrachtet werden könne, prüfen zu wollen. Einige östliche Delegationsleiter äußerten im Gespräch Bedenken zu dem westlichen Vorschlag, insbesondere zur Beteiligung der Flankenstaaten in den Arbeitsgruppen.

2) Die Atmosphäre der Verhandlungen war von ungewöhnlicher Sachlichkeit. Der Osten, der keinen großen Erfolg hatte, die Vorlage des Abkommensentwurfs für seine Öffentlichkeitsarbeit propagandistisch umzusetzen, hielt sich sowohl in den Verhandlungen selbst als auch in den Pressekonferenzen mit Polemik fast ganz zurück. Das Verhandlungsklima zwischen Ost und West war somit von traditioneller westlicher Sachlichkeit und dem Bestreben des Ostens geprägt, einen atmosphärisch günstigen Boden für die Beantwortung seiner Vorschläge zu schaffen, östliche Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren und unterschwellig vermutete allianzinterne Schwierigkeiten zu nutzen.

Um so gereizter und dissonanter waren die Diskussionen in der westlichen AHG. Bei der Analyse des östlichen Abkommensentwurfs wurde ein grundsätzliches Mißtrauen einiger Delegationen (vor allem NL) gegenüber der Bereitschaft anderer Delegationen (US, UK), positive Schritte des Ostens entsprechend zu würdigen, deutlich. Dies führte, genährt durch die auch Isolation nicht fürchtende Hartnäckigkeit des niederländischen DL<sup>7</sup> de Vos und das nicht immer professionelle Verhalten der quantitativ und qualitativ geschwächten US-Delegation dazu, daß die AHG sich nach zahlreichen Sitzungen lediglich auf eine technische Analyse des östlichen Entwurfs einigen konnte, eine politische Bewertung oder gar das Aussprechen von Empfehlungen an den NATO-Rat wegen Aussichtslosigkeit einer Einigung aber erst gar nicht in Angriff nahm. Ein Novum war, daß sich die Flankenstaaten temperamentvoll in die Debatte einschalteten und alleine dadurch einen sich manchmal abzeichnenden Kompromiß der direkten Teilnehmer verhinderten. Zum Teil war dies darauf zurückzuführen, daß bei der Diskussion des östlichen Abkommensentwurfs Fragen der Beteiligung der Flankenstaaten hochgespielt wurden, die bislang unbeantwortet unter der Oberfläche geschlummert hatten. Im ganzen vermittelte die AHG den Eindruck, die Allianz habe weder eine klare politische Zielvorstellung noch ein gemeinsames MBFR-Konzept.<sup>8</sup>

II. 1) Der Vorschlag des Ostens vom 10.12.81, mit der Ausarbeitung eines Abkommenstextes zu beginnen, war nur im Grad der Intensität des Vorbringens

<sup>7</sup> Delegationsleiter.

<sup>8</sup> Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 25. März 1982: „1) Nach zweiwöchiger mühsamer Beratung einigte sich die AHG am 23.3.82 auf die im AHG-Bericht vom 4.3.82 an den NATO-Rat angekündigte Analyse des östlichen Abkommensentwurfs. Der Bericht enthält zwar eine Analyse der einzelnen Vertragsbestimmungen, unterläßt es aber, den östlichen Entwurf politisch zu werten, Empfehlungen auszusprechen oder auch nur Veränderungen der östlichen Position deutlich zu qualifizieren. 2) Einigung in der AHG wurde durch zwei Faktoren erschwert. De Vos (NL) hatte eingangs wörtlich erklärt, er müsse der Tendenz einiger Delegationen entgegenwirken, in der Analyse nur die negativen Aspekte des östlichen Entwurfs herauszustellen, die im Bericht vom 4.3.82 zu stark betont worden seien. Es gelang ihm trotz weitgehender Isolierung in der AHG, eine Reihe eigener Formulierungen durchzusetzen. Eine Einigung in der AHG wurde weiter dadurch erschwert, daß die Vertreter der Flankenstaaten verstärkt in die Diskussion eingriffen und die spezifischen und in der Allianz nicht immer ausdiskutierten Anliegen der Flankenstaaten in dem Bericht festzuschreiben versuchten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 132; VS-Bd. 11464 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

und der prozeduralen Konkretisierung (eine Arbeitsgruppe für drei „Verhandlungsblöcke“: allgemeine Reduzierungsfragen, Verknüpfungsproblematik und begleitende Maßnahmen), nicht aber in der Sache neu. Er stellte dennoch für den Osten einen wirksamen Hebel dar, den Westen, der, vom prozeduralen Datenvorschlag vom 23.7.81<sup>9</sup> abgesehen, verhandlungstaktisch seit Dezember 1979 nicht initiativ geworden war, in der nun etwa ein Jahr andauernden Stagnation der Verhandlungen zu einem Schritt zu drängen. Dieser östliche Druck wurde weiter erhöht durch die überraschende Vorlage eines voll, wenn auch anscheinend etwas hastig ausgearbeiteten östlichen Abkommenstextes. Trotz der Tatsache, daß er im wesentlichen eine Konsolidierung und „Begradigung“ der über die Jahre teilweise in formellen Sitzungen entwickelten östlichen Positionen darstellt, brachte er den Osten verhandlungstaktisch in eine starke Position. Das gilt sowohl für die Substanz der östlichen Position, in der angreifbare Details berichtigt oder beseitigt wurden, als auch für die prozedurale Seite, da der Osten bei einem „drafting“ oder einem „stock taking“ nun auf einen ausformulierten Abkommenstext zurückgreifen kann.

Der zeitliche Zusammenhang mit der Polen-Debatte in Madrid<sup>10</sup> und der Vorlage sowjetischer Vorschläge bei den INF-Verhandlungen in Genf<sup>11</sup> sollte aber auch die Vermutung nahelegen, daß die Vorlage des östlichen Abkommensentwurfs am 18.2.82 zumindest teilweise von Propagandaerwägungen motiviert war.

2) Der Gedanke einer Bestandsaufnahme war von den Amerikanern und uns bereits zu Beginn der Runde entwickelt worden, um den verhandlungstaktischen Druck vom Westen zu nehmen. Obwohl die Vorlage des östlichen Abkommensentwurfs diesen Druck kurzfristig zu mildern versprach – östliche Unterhändler hatten bilateral Verständnis dafür geäußert, daß die bündnisinterne Prüfung des Abkommensentwurfs, der vom „drafting“-Vorschlag nicht zu trennen ist, längere Zeit in Anspruch nehmen würde –, erschien eine Antwort auf diesen Vorschlag noch in dieser Runde ratsam.

3) Andererseits kann die Koppelung des Vorschlags zur Bestandsaufnahme mit dem von den USA in Aussicht gestellten umfassenden und im Ansatz neuen – in der AHG aber offiziell nicht bekannten – MBFR-Konzept<sup>12</sup> zu Schwierigkeiten führen, wenn der Osten gewillt ist, auf diesen Vorschlag einzugehen.

<sup>9</sup> Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 23. Juli 1981 über die informelle Sitzung am 21. Juli 1981 mit: „Im letzten Informal der 24. Runde präsentierte der Westen seinen neuen Vorschlag für die prozedurale Fortsetzung der Datendiskussion und für eine beiderseitige Vorlage weiter aufgefächelter Daten für das sowjetische Landstreitkräftepersonal. Über die Grundzüge des Vorschlags war Tarassow der Übung entsprechend von Dean vorab unterrichtet worden. Der Osten stellte eine Vielzahl von Fragen, die in ihrer allgemeinen Tendenz das Zurückbleiben des Vorschlags hinter den östlichen Gedanken vom 24.3.81 hervorhoben, äußerte sich jedoch über den Vorschlag nicht bewertend und erklärte die östliche Bereitschaft, ihn während der Verhandlungspause zu prüfen. Insgesamt schien der Osten in einer gewissen Verlegenheit, daß der Westen entgegen ursprünglichen östlichen Erwartungen doch auf den Gedanken vom 24.3.81 eingegangen ist, und unsicher, welchen Kurs er hinsichtlich des westlichen Vorschlags – auch den eigenen Hauptstädten gegenüber – einschlagen soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 398/399; VS-Bd. 10450 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>10</sup> Die Debatte über Polen am 9. Februar 1982 bei der am selben Tag wiedereröffneten KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde vorzeitig abgebrochen. Vgl. dazu Dok. 52, Anm. 6.

<sup>11</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

<sup>12</sup> Zum MBFR-Konzept der USA vom 26. Februar 1982 vgl. Dok. 100.

Es bleibt auch in der NATO-Richtlinie offen, was geschehen soll, wenn der neue Substanzvorschlag nach prozeduraler Einigung mit dem Osten nicht vorliegt, die Amerikaner aber nicht bereit sind, eine Bestandsaufnahme auf der Grundlage der westlichen Vorschläge von 1979 durchzuführen. Der Westen könnte in Wien dann in die peinliche Lage geraten, die Implementierung seines eigenen Vorschlags hinauszögern zu müssen, bis im Rat eine Einigung erzielt ist, oder selbst von der stillschweigend vereinbarten Geschäftsgrundlage, die zur Zeit der Vorschlagseinbringung herrschende Verhandlungssituation zum Gegenstand der Bestandsaufnahme zu machen, abrücken zu müssen.

Es dürfte sich ggf. auch als schwierig erweisen, einen solchen amerikanischen Vorschlag während oder nach einer Bestandsaufnahme in Wien einzubringen. Zweifel des Ostens an der Seriosität der westlichen Verhandlungsführung oder gar an dem Willen, zu einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zu kommen, wären dann verständlich, wenn nicht der Inhalt des neuen Vorschlags östlichen Wünschen entgegenkommt<sup>13</sup>. Da dies, soweit hier erkennbar, nicht der Fall zu sein scheint, sollte man, um negative Auswirkungen in Wien zu vermeiden, versuchen, die Bestandsaufnahme westlicherseits auf die seit Dezember 1979 bezogenen Positionen zu richten und die Einbringung des amerikanischen Vorschlags bis zur Beendigung der Bestandsaufnahme in Wien zurückstellen.<sup>14</sup> Diese wird voraussichtlich so grundsätzliche Positionsunterschiede festhalten, daß man dann – obwohl nicht in der Logik einer Bestandsaufnahme – die Einbringung eines neuen westlichen Vorschlags mit dem Hinweis auf die offensichtlichen grundlegenden Meinungsunterschiede rechtfertigen könnte.

Nach hiesiger Ansicht sollte also dem Versuch, den neuen Sachvorschlag unmittelbar in die Bestandsaufnahme „einzufüttern“, entgegengetreten werden. Abgesehen davon, daß dies ein ungewöhnliches Verfahren wäre, das auch Risiken der Umfunktionierung in ein „bargaining“ enthielte, bestünde die Gefahr, daß sich sowohl die amerikanische Administration wie auch NATO bei der Ausarbeitung und Beratung des Vorschlags selbst unter starken Zeitdruck<sup>15</sup> setzen. Dies könnte angesichts der offensichtlich relativen Unerfahrenheit der mit dem Entwurf befaßten Amerikaner und der Komplexität der Materie langfristige Auswirkungen haben, die sich für den Westen im allgemeinen und für die Erfolgsaussichten eines Abkommens im besonderen als nachteilig erweisen könnten. Dies sollte in Brüssel bei der weiteren Beratung über die Implementierung des westlichen Verhandlungsschritts vom 8.4.82 und bei der Diskussion des amerikanischen Vorschlags berücksichtigt werden.

### III.

Teil III mit Analyse der verschiedenen Verhandlungsschritte folgt mit besonderem Verteiler.

<sup>13</sup> Die Wörter „östlichen Wünschen entgegenkommt“ wurden von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>14</sup> Der Passus „versuchen ... zurückstellen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann angeklängelt.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Besteht ohnehin: Gipfel.“

### <sup>16</sup>III. Im einzelnen

1) Am Ende der 25. Runde hat der Osten vorgeschlagen, eine aus Vertretern direkter Teilnehmer zusammengesetzte Arbeitsgruppe einzurichten, die einen Abkommenstext oder zumindest ein später als Grundlage für einen Abkommenstext dienendes Arbeitspapier erarbeiten solle. In diesem Zusammenhang schlug der Osten auch eine Aufgliederung der Verhandlungsmaterie in drei Blöcke vor, die sich mit Fragen der Phase-I-Reduzierungen, der Verknüpfung der Phasen sowie den begleitenden Maßnahmen befassen sollten.

2) Der östliche Abkommensentwurf für ein „Abkommen in der ersten Etappe“ vom 18.2.1982 stellt im wesentlichen eine förmliche Konsolidierung der im Laufe der letzten Jahre vertretenen östlichen Positionen dar. Er enthält gegenüber früherem östlichen Vorbringen einige Modifikationen, die mit Ausnahme des östlichen Eingehens auf eine Formulierung zur Gewährleistung der Flankensicherheit und des wahrscheinlich verhandlungstaktisch bedingten Abrückens von der informell erzielten Einigung über das Verbot der Behinderung nationaler technischer Mittel (begleitende Maßnahme 7 des westlichen Pakets von 1979) jedoch nicht von großer Bedeutung sind. Der Entwurf bestätigt zwar das prinzipielle östliche Eingehen auf das westliche Phasenkonzept und auf die Prinzipien der Parität und Kollektivität, bleibt aber in drei anderen entscheidenden Bereichen (Daten, begleitende Maßnahmen und Verknüpfung zwischen den Phasen) wie bisher wesentlich hinter den westlichen Vorstellungen zurück.

a) Die Frage der Dateneinigung wird im östlichen Entwurf nicht angesprochen.<sup>17</sup> Er sieht vielmehr nicht in Zahlen ausgedrückte Verpflichtungen zur Einhaltung der Resthöchststärken und des „freeze“ zwischen den Phasen vor. Der Osten hat ganz deutlich gemacht, daß er die Vorlage eines datenlosen Abkommens als Beweis dafür betrachte, daß alle Fragen eines Reduzierungs- und Begrenzungsabkommens für die Phase I ohne Dateneinigung gelöst werden können.

b) Mit dem Kapitel über begleitende Maßnahmen im Abkommensentwurf hat der Osten erstmalig seinerseits ein Paket begleitender Maßnahmen formell eingebracht. Damit ist er einer in den letzten Runden wiederholt geäußerten Forderung des Westens nachgekommen. Auch könnte darin – entgegen früherer Äußerungen – die Andeutung seiner Bereitschaft gesehen werden, begleitende Maßnahmen gleichzeitig mit den von ihm so bezeichneten „Hauptfragen“ eines Reduzierungsabkommens (Umfang, Form und Ablauf von Reduzierungen) zu diskutieren.

In der Sache erfüllen die östlichen begleitenden Maßnahmen dagegen keineswegs die Erfordernisse, die der Westen an Maßnahmen einer effektiven Verifikation und Vertrauensbildung stellt. Der östliche Entwurf stellt offensichtlich nicht auf die Verifikation der Einhaltung von Resthöchststärken oder der „freeze“-Verpflichtung ab. Seine einzige Verifikationsmaßnahme, die Errichtung von benannten Kontrollpunkten, soll nur zur Verifizierung von Reduzierungen gelten. Andere Verifikationsmaßnahmen, die auf Grund ihres kooperativen Charakters zu einem gemeinsam gewonnenen und damit von der ande-

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 165 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 54, Anm. 21.

ren Seite schwer bestreitbaren Fundus von Informationen führen könnten, wie z. B. Inspektionen, sind nicht vorgesehen. Der östliche Entwurf sieht zwar vor, daß zur Verifizierung der Einhaltung eines Abkommens nationale technische Kontrollmittel in einer den allgemein zuerkannten Prinzipien des Völkerrechts entsprechenden Weise verwandt werden, spricht jedoch kein Verbot der Behinderung dieser Mittel aus. Damit enthält diese Bestimmung (Art. 19 des Entwurfs) nur einen Hinweis auf die bereits bestehende Rechtslage.

Zwar hat der Osten durch seine Vorschläge zur vorherigen Notifizierung von Truppenbewegungen über 20000 Mann innerhalb des Reduzierungsgebiets, in das Gebiet hinein und aus ihm heraus, sowie von Manövern mit mehr als 20000 Mann Land- und Luftstreitkräfte als auch zur Begrenzung von Manövern der Land- und Luftstreitkräfte bei 40000 bis 50000 Mann (Art. 16 bis 18 des Entwurfs) einige Maßnahmen spezifisch vertrauensbildenden Charakters vorgeschlagen. Vor allem die letzte ist mit westlichen militärischen Erfordernissen jedoch nicht vereinbar. Auch beharrt der Osten ausdrücklich auf seiner Ablehnung der 1979 vom Westen vorgeschlagenen Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Maßnahmen 1 und 2 (Vorankündigung und Beobachtung von Bewegungen außerhalb der Standorte) über das Reduzierungsgebiet hinaus. Schließlich fordert der Osten – im Gegensatz zu unseren Vorstellungen, aber der Logik seines Entwurfs folgend, der bereits in Phase I ein Einfrieren der Streitkräfte aller direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet vorsieht – die Anwendung der begleitenden Maßnahmen auf die Streitkräfte aller direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet.

c) Auch in der Frage des Reduzierungsumfangs in Phase I (20000 zu 13000), der strikten Ablehnung einer Ausnahmeregelung und bei der Verknüpfungproblematik behält der Osten seine alten Positionen bei. Hier sieht sein Entwurf eines ersten Abkommens

- eine Verpflichtung zu Reduzierungen zu gleichen kollektiven Höchststärken von 700 000 Mann Landstreitkräfte und 200 000 Mann Luftstreitkräfte sowie zu Rüstungsreduzierungen in Phase II,
- annähernd proportionale individuelle Personalreduzierungen in Phase II,
- die östliche 50-Prozent-Klausel vom 10. Juli 1980<sup>18</sup>
- sowie ein kollektives Einfrieren aller Streitkräfte der direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet vor.

Das im November 1980 vorgeschlagene „gentlemen’s understanding“ über die Beibehaltung der zahlenmäßigen Streitkräftestärken<sup>19</sup> fand naturgemäß im Abkommenstext keinen Ausdruck, bleibt aber Bestandteil der östlichen Position.

<sup>18</sup> Am 10. Juli 1980 schlugen die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vor, daß die kombinierten Land- und Luftstreitkräfte keines einzelnen Teilnehmers an den Verhandlungen nach den Reduzierungen 50 Prozent der kombinierten Höchststärken von 900 000 Mann, also 450 000 Mann, überschreiten sollten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 209.

<sup>19</sup> In ihren Vorschlägen vom 13. November 1980 gaben die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten ihre Forderung nach einem individuellen Einfrieren der Streitkräftestärken der nicht-amerikanischen und nicht-sowjetischen Teilnehmer zwischen Phase-I und Phase-II-Reduzierungen auf und stimmten einem kollektiven Streitkräftemoratorium zu. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 321.

d) Veränderungen der östlichen Position lassen sich folgendermaßen qualifizieren:

- Eingehen auf westliche Forderungen durch die Aufnahme einer Bestimmung über Flankensicherheit nach westlichen Vorstellungen sowie die Aufgabe des „disbandment proposal“ von 1976<sup>20</sup> und der Forderung nach einer Begrenzung der Zahl der Einheiten im Reduzierungsgebiet von 1978<sup>21</sup>;
- Bewegungen auf westliche Positionen hin, die aber westliche Bedenken nicht ausräumen und/oder erst in der zweiten Phase relevant werden durch ein
  - Fallenlassen der 50-Prozent-Klausel von 1978, daß kein einzelner direkter Teilnehmer mehr als 50 Prozent der von einem anderen direkten Teilnehmer einseitig abgezogenen Truppen ersetzen dürfe<sup>22</sup>;
  - formelles Eingehen auf die westliche Forderung nach Notifizierung des genauen Umfangs der individuellen Reduzierungsverpflichtungen der zweiten Phase erst in den Phase-II-Verhandlungen;
  - ein Verschieben der Entscheidung über Form und Zeitablauf der Phase-II-Reduzierungen auf Phase II;
  - die Aufgabe der sog. „withdrawal clause“ vom Juni 1978 (Rücktrittsrecht vom Phase-I-Abkommen, wenn Art der Phase-II-Reduzierungen wesentlich von denen der ersten Phase abweicht);
- eine Spezifizierung der östlichen Position durch die Definition des Begriffs „auf Divisionsebene“ (im Zusammenhang mit der Frage nach der Form der Reduzierungen);
- die Entfernung von der westlichen Position in noch ungelösten Fragen durch die
  - Festlegung auf eine der beiden bislang zur Wahl ge...<sup>23</sup> Alternativen bei Rüstungsreduzierungen;
  - marginal engere Definition hinsichtlich der Form amerikanischer Reduzierungen in Phase I
  - und den Einschluß der Luftstreitkräfte bei der numerischen Schwelle für Manöverbegrenzungen;
- ein Abrücken von bereits informell vereinbarter Position durch Nichterwähnung des Verbots der Behinderung von NTMs<sup>24</sup>.

<sup>25</sup>3 a) Der Westen hat am 8.4.82 eine Bestandsaufnahme der Verhandlungsergebnisse in den Bereichen vorgeschlagen, denen beide Seiten entscheidende Be-

<sup>20</sup> Die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 19. Februar 1976 beinhalteten die Forderung nach Auflösung der in einer ersten Reduzierungsphase abgezogenen amerikanischen und sowjetischen Einheiten. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 53.

<sup>21</sup> Gemäß den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 sollten Umgruppierungen von militärischen Verbänden nach Abschluß von Phase-II-Reduzierungen den einzelnen Teilnehmern unbenommen bleiben. Allerdings hätte die Gesamtzahl der reduzierten Einheiten nicht erhöht werden dürfen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 180.

<sup>22</sup> In den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 wurde das Konzept der kollektiven Gesamthöchststärken näher erläutert. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 180.

<sup>23</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>24</sup> National Technical Means.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 166 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

deutung beimessen. Sie soll in drei, direkten wie indirekten Teilnehmern offenen Arbeitsgruppen erfolgen. In Gruppe 1 sollen die Positionen beider Seiten zu allgemeinen Fragen eines Verminderungsabkommens wie Daten, Kollektivität und Verknüpfung der Phasen, in Gruppe 2 die Positionen zu den begleitenden Maßnahmen verglichen werden. Gruppe 3 soll ein Arbeitsprogramm zur baldigen Lösung der Datendiskrepanz bei den östlichen Streitkräften ausarbeiten. Mandat, Zusammensetzung und Verfahren der Arbeitsgruppen sollen in der nächsten, Mitte Mai beginnenden Runde ausgearbeitet und so gefaßt werden, daß paralleler Fortschritt in allen drei Arbeitsgruppen gewährleistet ist. Intern ist die AHG gehalten, mit der Bestandsaufnahme nicht zu beginnen, bis der NATO-Rat grünes Licht für dieses „Experiment“ gegeben hat. Die AHG ist weiter beauftragt, dem Rat Vorschläge für die Arbeit der Gruppen auszuarbeiten sowie Verfahrensregeln zu erarbeiten, die erst nach Genehmigung durch den Rat dem Osten vorgeschlagen werden dürfen.

b) Die Weisung wirft einige Fragen auf. Die schwierigste ist das Verhältnis des prozeduralen Vorschlags der Bestandsaufnahme zum gleichzeitig verfolgten Vorhaben, auch den neuen amerikanischen MBFR-Ansatz in Wien einzuführen. Die Weisung an die AHG, erst nach einer Entscheidung des NATO-Rats mit der Bestandsaufnahme selbst zu beginnen, könnte die westlichen Unterhändler in Wien in die schwierige Situation bringen, die Behandlung der Verfahrensfragen eines eigenen Vorschlags hinauszuzögern oder vielleicht durch einen neuen westlichen Vorschlag die Geschäftsgrundlage der Bestandsaufnahme zu verändern.

Die Aufforderung an die AHG, ihre prozeduralen Vorstellungen über Zusammensetzung und Arbeit der Arbeitsgruppen dem Rat zur Genehmigung vorzulegen, ist ungewöhnlich und steht im direkten Widerspruch zur grundlegenden NATO-Richtlinie CM 73 (83) (Art. 64: „Acting on the instructions of their governments and on guidance on general policy and goals provided by the Council, and remaining in close touch with the Council, the negotiators on the spot, meeting in the ad hoc group, will have the responsibility for allied tactics in the negotiations and for conducting the negotiations themselves.“ Art. 58: „The AHG will normally choose among the following alternatives: plenary meeting ... working groups ... emissaries ... and informal contacts ...“)

Damit wird die AHG in ihrer ureigenen Aufgabe, die in Brüssel festgelegten Sachpositionen vor Ort auf die wirksamste Weise zu vertreten, in empfindlicher Weise beschnitten. Eine solche Einschränkung ließe sich auch nicht mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit der AHG rechtfertigen, sich in Fragen politischer Relevanz zu einigen. Denn die gemeinsame praktische Erfahrung der Delegationen hat bislang immer zur raschen Einigung in Fragen der praktischen Verhandlungsführung geführt.

c) Die AHG hat dem Rat zum Verfahren und der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen folgende Vorschläge gemacht:

- Die bestehenden Strukturen in Wien bleiben erhalten.
- Mandat, Zusammensetzung und Verfahren der Arbeitsgruppen werden in den informellen Sitzungen ausgehandelt.
- Die Arbeitsgruppen stehen direkten wie indirekten Teilnehmern offen. Die Art der Vertretung in den Arbeitsgruppen steht jeder Delegation frei.

4) Der von den Vereinigten Staaten erwogene neue MBFR-Ansatz, der nach amerikanischen Vorstellungen noch in diesem Sommer eingeführt werden soll, ist bislang nur in einigen Grundelementen bekannt. In einem einphasigen Abkommen sollen sich die direkten Teilnehmer zu etappenweise durchzuführenden Verminderungen zu gleichen kollektiven Höchststärken verpflichten. Die westlichen Positionen zu Parität, Kollektivität und Dateneinigung bleiben uneingeschränkt erhalten; den begleitenden Maßnahmen kommt insoweit eine verstärkte Bedeutung zu, als erst nach zufriedenstellender Verifizierung einer Reduzierungsetappe zur nächsten Etappe übergegangen werden soll.

Gegen dieses Konzept bestehen vor allem verhaltenstaktische Bedenken. Seine Einführung vor, während oder gleich nach einer Bestandsaufnahme kann beim Osten nur Fragen nach dem langfristigen westlichen Verhandlungskonzept auslösen. Es enthält, soweit der Delegation bekannt ist, auch keine Elemente oder weiteren Perspektiven, die es<sup>26</sup> für den Osten attraktiv machen könnten.

Das Eingehen auf die verbal erhobene östliche Forderung, zum Ein-Phasen-Konzept zurückzukehren, ist lediglich vordergründig, denn das vom Osten mit dieser Forderung verfolgte Ziel der Festlegung der individuellen Reduzierungen aller direkten Teilnehmer von Anfang an, verbunden mit einer Nichterhöhungsverpflichtung bis zum Wirksamwerden der gleichen kollektiven Höchststärken, ist durch das Konzept etappenweiser Implementierung wieder zunichte gemacht worden. Damit behält der Streit um den „significant share“ bzw. die „approximate proportionality“ westlicher Reduzierungsanteile und um die Frage eines „freeze“ bis zur – in Praxis zeitlich kaum absehbaren – Erfüllung des Abkommens seine Virulenz bei.

Wir sollten daher den Amerikanern von einer baldigen Vorlage ihres neuen MBFR-Ansatzes abraten und im Zusammenhang damit darauf dringen, daß unser Daten-Verifikations-Ansatz<sup>27</sup>, der sowohl ein Abrücken von den Vorschlägen vom Dezember 1979 rechtfertigen als auch für den Osten von Interesse sein dürfte, in dem amerikanischen Vorschlag berücksichtigt wird.<sup>28</sup>

[gez.] Boss

VS-Bd. 11472 (221)

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „ihn“.

<sup>27</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik für einen Daten-Verifikations-Ansatz bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 35, Anm. 13–15.

<sup>28</sup> Der Passus „Es enthält, soweit ... berücksichtigt wird“ wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann angeschlängelt.

## 113

## Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig

010-1217/82 VS-vertraulich

13. April 1982<sup>1</sup>

Telefongespräch BM–AM Haig am 13.4.1982 von 14.40 Uhr bis 14.55 Uhr

Das Gespräch kam auf Initiative AM Haigs zustande.

*BM* bat um Haigs Lagebeurteilung.<sup>2</sup> Er erwähnte, daß er argentinischen Botschafter nach Beendigung des Telefongesprächs empfangen würde.<sup>3</sup>

*Haig* eröffnete seine Lagebeurteilung mit der Feststellung, daß die Bemühungen um einen Lösungsrahmen am 12.4. eine Wendung zum Schlechten genommen hätten.<sup>4</sup> Dieser Rahmen solle drei Elemente enthalten:

- Truppenabzug;
- Etablierung einer interimistischen örtlichen Verwaltung (local management);
- eine Verpflichtung beider Seiten, über die Zukunft der Inseln zu verhandeln und die Verhandlungen bis zum Ende des Jahres abzuschließen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 13. April 1982 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „BK (MD v[on] d[er] Gablantz) und Bo[tschafter] Ruhfus sind unterrichtet.“

<sup>2</sup> Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 108 und Dok. 110.

<sup>3</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. April 1982 legte der argentinische Botschafter Guyer zum Falkland-Krieg dar: „Argentinien habe viele praktische Lösungen vorgeschlagen, aber GB habe diese meist mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß die derzeitige Regierung das Problem nicht lösen könne, zumal die britischen Inselbewohner gegen eine Veränderung des Status seien [...]. GB sei weiterhin dabei, den Konflikt emotionell aufzuladen und eine gegnerische Front (EG-, Commonwealth-Maßnahmen) aufzubauen. Dadurch werde ARG, das sich den westlichen Staatengemeinschaften zugehörig fühle, in eine Richtung gedrängt, in die es gar nicht wolle. Sollte Haig-Mission scheitern, werde sein Land gezwungen, Unterstützung bei den Blockfreien und, wenn es sein muß, auch bei anderen zu suchen.“ Genscher entgegnete: „Was den überraschenden Zuspruch anbelange, den ARG nunmehr von anderer Seite bekomme, sei zu bemerken, daß derartige Unterstützungen wechselhaft seien und es vielmehr auf die gewachsene, dauerhafte Freundschaft ankomme. ARG müsse aufpassen, daß seine Seriosität nicht beeinträchtigt werde. BM habe in Interviews nicht ARG, sondern SU kritisiert, die aus dem Konflikt Nutzen ziehen möchte. [...] Daher erneute Bitte, englische Entschlossenheit nicht zu unterschätzen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 136665.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 14. April 1982: „Die Vermittlungstätigkeit von AM Haig ist offenbar ins Stocken geraten. Nach verlängertem Aufenthalt in London flog er gestern nachmittag nicht, wie ursprünglich geplant, nach Buenos Aires, sondern nach Washington, um Präsident Reagan Bericht zu erstatten. [...] Nach unbestätigten Pressemeldungen soll Haig als Kompromißlösung bis zur endgültigen Streitbeilegung im Verhandlungswege u. a. eine trilaterale Verwaltung (ARG, GB, USA) vorgeschlagen haben, die GB nicht abgelehnt, ARG aber zurückgewiesen haben soll. Aus der US-Botschaft in London erfuhren wir, daß die Verhandlungen anfangs gut gelaufen seien und sehr schnell Fortschritte gebracht hätten, sich dann jedoch festgezogen hätten. Das Telefongespräch Haigs mit AM Costa Méndez hätte die Fronten nicht auflockern können. Der Verhandlungstillstand sei wohl eher – so hieß es – auf mangelnde Flexibilität der Briten zurückzuführen. Die britische Regierung ist demgegenüber bemüht, klarzumachen, daß der ausbleibende Fortschritt vor allem an argentinischer Intransigenz liege. AM Pym erklärte, die argentinische Regierung stände nicht mehr zu ihren eigenen Vorschlägen, die Haig aus Buenos Aires mitgebracht hätte.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136665.

Argentinien sei der letzte Punkt nicht ausreichend genug. Es habe gestern ziemlich reserviert (bridled) reagiert. (Aus diesem Grunde habe er, Haig, mit Rückkehr nach Washington gedroht<sup>5</sup>, aber nicht mit Abbruch seiner Bemühungen.)

Argentinien habe heute neue Vorschläge übermittelt, die auf den ersten Blick möglicherweise machbar erschienen. Er prüfe sie jetzt und werde sie dann beiden Seiten mit gewissen Änderungen anbieten. Er beabsichtige, heute nach Washington zurückzukehren und von dort später nach Buenos Aires zu fliegen. Es sei wichtig, den Prozeß in Gang zu halten.

Haig unterstrich seinen festen und klaren Eindruck, daß die Briten in ihrer Entschlossenheit, notfalls zu kämpfen, unerschütterlich seien. Es sei sehr wichtig, daß Argentinien dies verstehe, was offensichtlich nicht ganz der Fall sei. Er, Haig, wolle nicht der Übermittler britischer Drohungen an Buenos Aires sein, sondern ein ehrlicher Makler. Offenbar verstehe keine Seite die andere sehr gut, was wohl mit der Geschichte des Konflikts wie mit der jüngsten Gewaltanwendung zusammenhänge.

Es sei wichtig, beide Seiten vom extremen Ernst der Lage wie auch davon zu überzeugen, daß nur noch wenig Zeit bleibe, daß aber allein eine Verhandlungslösung einen Krieg abwenden könne. Sie setze voraus, daß beide Seiten mit weniger einverstanden seien, als sie zu brauchen glaubten.

Haig unterstrich, die USA würden aktiv bleiben, weil die Alternative Krieg unannehmbar sei. Wenn Argentinien allerdings die Entschlossenheit der Briten in der Sperrzone<sup>6</sup> falsch einschätze, würde sehr schnell etwas geschehen.

Auf Frage BMs, wieviel Zeit noch verfügbar sei, meinte Haig:

- keine, wenn Argentinien in die Sperrzone eindringe (die britische Flotte sei zwar noch weit, nach seinem Eindruck lägen aber bereits U-Boote dort);
- wenn keine Seite die andere in Handlungszwang bringe, solange die Gespräche andauerten.

BM dankte US-Regierung und AM Haig persönlich und brachte Sorge über das Kriegsrisiko und die möglichen negativen Auswirkungen auch im Verhältnis zwischen Europa und Lateinamerika sowie dem Westen und dem Süden zum Ausdruck. Anlaß zu tiefster Besorgnis sei auch, daß die SU alles tue, um aus der Lage einen Vorteil zu ziehen. BM erwähnte, daß er die SU am Wochenende zweimal kritisiert habe<sup>7</sup>, weil sie die Generäle in Argentinien ermutige und damit

<sup>5</sup> Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 8./9. April in Großbritannien sowie vom 9. bis 11. April 1982 in Argentinien auf. Am 12./13. April war er erneut in Großbritannien zu Gast, bevor er sich vom 15. bis 19. April 1982 wiederum in Argentinien aufhielt.

<sup>6</sup> Legationsrat I. Klasse Krier notierte am 12. April 1982: „Ab heute morgen 4:00 h (0:00 h Ortszeit Falkland-Inseln) besteht die von Gß erklärte 200-Seemeilen-Sperrzone um die Falkland-Inseln. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Pressemeldungen zitieren Äußerungen des britischen Verteidigungsministeriums, wonach ein Großteil der arg[entinischen] Kriegsflotte aus dem umstrittenen Seegebiet abgezogen ist und sich nur noch eine arg. Fregatte und ein Zerstörer im Bereich der Inseln befinden.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136665.

<sup>7</sup> In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk am 10. April 1982 legte Bundesminister Genscher dar: „Wenn man eine Analyse des britisch-argentinischen Konflikts vornimmt, muß man erkennen, daß die Sowjetunion ganz eindeutig bemüht ist, um die Gunst Argentiniens zu werben. [...] Hier nimmt die Sowjetunion eine schwere Verantwortung auf sich für die Gefahr einer weiteren Konfrontation. [...] Die Sowjetunion versucht ganz offensichtlich, aus diesem Konflikt Vorteile

den Weltfrieden gefährde und gegen eine Resolution des SR<sup>8</sup> verstoße. Dies habe ihm gestern scharfe Kritik aus Moskau eingetragen.<sup>9</sup>

BM verwies darauf, daß er bei heutigem Gespräch mit britischem Botschafter<sup>10</sup> gebeten habe, London möge sowjetische Haltung in Rechnung stellen und auch öffentlich etwas dazu sagen. Er habe ferner britische Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die USA und ihr Außenminister persönlich stark involviert seien und es im gemeinsamen Interesse liege, daß Haig keinen Mißerfolg erleide. Er habe London volle Solidarität zugesagt, er werde auch einer Verlängerung des Importembargos von 15 auf 30 Tage zustimmen, wenn die Briten dies für nötig hielten.<sup>11</sup> Es sei wichtig, daß die britische Regierung die Möglichkeit erhalte, für die vernünftige Lösung zu arbeiten.

*Haig* bezeichnete die Haltung der Bundesregierung als außerordentlich hilfreich und dankte BM persönlich. Er äußerte sich positiv über den ihm von früher her bekannten neuen AM Pym und zeigte sich beeindruckt von Frau Thatcher wie auch den argentinischen Führern. Es sehe jetzt etwas besser aus, vor Abreise aus London wolle er eine kurze Pressekonferenz geben und nochmals

*Fortsetzung Fußnote von Seite 567*

für sich zu ziehen, was hineinpaßt in ihre Gesamtstrategie, die ja politisch darauf gerichtet ist, Lateinamerikas Instabilitäten, die sich vornehmlich auch aus sozialer Ungerechtigkeit in vielen Ländern, aus sozialen Problemen, ergeben, für sich zu nutzen. Man wird sich fragen müssen in der Öffentlichkeit, wie es eigentlich zu bewerten ist, daß die Sowjetunion hier offensichtlich Sympathie hegt für das Militärregime in Argentinien, das eine solche gewaltsame Lösung der Falkland-Insel-Frage gesucht hat.“ Vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 2029 B/82; Referat 013, Bd. 179046.

In einem Interview am 11. April 1982 für die ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ führte Genscher aus, es sei „ganz offenkundig, daß die sowjetische Politik darauf gerichtet ist, aus sozialen Problemen in Staaten der Dritten Welt, in diesem Fall in Zentralamerika, für sich politischen Nutzen zu ziehen“. Vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 2027 B/82; Referat 013, Bd. 179046.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>9</sup> Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 13. April 1982: „TASS-Englischkommentar greift Interview-Äußerungen des Herrn BM zur Rolle der SU im britisch-argentinischen Konflikt in polemischer Form an. Kommentar ist in sowjetischen Zentralmedien bisher nicht gebracht worden.“ Der Kommentator wundere sich, „daß Herr Genscher‘ Gewalt im anglo-argentinischen Konflikt sehe, sie aber nicht dort anprangere, wo sie tatsächlich geschehe (Beispiele Nordirland, El Salvador). Kornilow wiederholt dann die ‚prinzipielle Position‘ der SU (gemäß Sprachregelung, die TASS seit 10.4.82 wiederholt verwendet hat): Die SU ist entschieden gegen Kolonialismus in jeder Form; Versuche, den Kolonialstatus der Inseln mit Gewalt wiederherzustellen, sind unzulässig, der Streit zwischen GB und ARG soll friedlich, auf dem Verhandlungswege gelöst werden. Jede Unterstellung, die SU verfolge im Zusammenhang mit dem Konflikt Eigeninteressen, sei ‚so weit von der Wahrheit wie die Falkland-Inseln von Bonn, wo derartige Versuche unternommen werden‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1499; Referat 330, Bd. 136665.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Botschafter Taylor am 13. April 1982 vgl. Dok. 115.

<sup>11</sup> In einer Erklärung zum Falkland-Krieg legten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. April 1982 dar, sie hätten entschieden, „gegenüber Argentinien eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die so schnell wie möglich in Kraft zu setzen sind. In dieser Hinsicht haben die Regierungen der Zehn bereits beschlossen, ein totales Embargo über den Export von Waffen und militärischem Gerät nach Argentinien zu verhängen. Sie werden gleichfalls die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um alle Einfuhren argentinischen Ursprungs in die Gemeinschaft zu verbieten. [...] Da es sich um wirtschaftliche Maßnahmen handelt, werden diese gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Gemeinschaftsverträge ergriffen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 395. Mit Verordnung Nr. 877/82 beschloß der EG-Rat am 16. April 1982 die Aussetzung der Einfuhr aller Erzeugnisse mit Ursprung in Argentinien. Sie trat am selben Tag in Kraft und galt bis 17. Mai 1982. Danach sollte eine Überprüfung der Geltungsdauer vorgenommen werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 102 vom 16. April 1982, S. 1f.

mit Pym sprechen.<sup>12</sup> Wenn man sich in dem einen Punkt (womit Haig offensichtlich das dritte der drei Lösungselemente meinte) verständigen könne, werde der Rest leicht sein.

*BM* bat Haig, auch im Namen der Bundesregierung, seine Bemühungen fortzusetzen, bei denen wir ihn in jeder möglichen Weise unterstützen würden. Wir hofften, daß er erfolgreich sei,

- damit der Konflikt gelöst werde;
- damit die USA als Friedensbringer (country of peacemaking) erfolgreich seien und beweisen, welche der Supermächte tatsächlich friedliche Konfliktlösungen herbeiführe.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 114

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius

**331-322.00 ELS**

**13. April 1982<sup>1</sup>**

Betr.: US-Reaktion auf Haltung der SPD zu El Salvador

Bei einem ausführlichen Gespräch brachte Vertreter der US-Botschaft Bonn die tiefe Besorgnis, ja Verbitterung Washingtons über die Haltung der SPD gegenüber El Salvador zum Ausdruck.

Es handelt sich offenbar um eine an Verzweiflung grenzende Ratlosigkeit darüber, wie man die wiederholten Stellungnahmen der SPD verstehen soll.

Das State Department habe im April 1981 nach der Reise des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski<sup>2</sup> an mehr Verständnis für die ZA<sup>3</sup>-Probleme,

<sup>12</sup> Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 13. April 1982, der amerikanische Außenminister Haig habe am selben Tag weitere Gespräche mit dem britischen Außenminister Pym geführt und sei dann nach Washington aufgebrochen. Vor seinem Abflug in London habe er vor der Presse erklärt: „As you know yesterday I had planned to go on to Buenos Aires in continuation of our efforts to help in this crisis, but difficulties developed. We changed those plans, we have now received some new ideas and while the parties are considering these ideas it will provide an opportunity for me to return to Washington to report to President Reagan prior to proceeding on to Buenos Aires shortly. I think the whole situation in the region is dangerous and increasingly so and therefore there is a great urgency in finding a political solution in conformance with UN Resolution 502.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 553; Referat 330, Bd. 136665.

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius verfügte die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflos „n[ach] R[ückkehr]“, Ministerialdirigent Limmer, Legationsrat I. Klasse Kuligk „n. R.“ und Legationssekretär Heumann.

Hat Limmer am 13. April 1982, Gorenflos am 17. April, Heumann am 20. April und Kuligk am 26. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff teilte am 11. Mai 1981 mit: „Der stv. Parteivorsitzende Wischnewski reiste zu einer von ihm selbst als ‚fact-finding-mission‘ bezeichneten Reise vom 4. bis 16. April 1981 nach Mexiko – El Salvador – Costa Rica – Panama – Kuba – Mexiko – El Salvador und wieder Mexiko. Ziel der Reise war es, die Möglichkeiten eines Dialogs zwischen den demokra-

insbesondere zu ELS geglaubt. Im Verlauf des Jahres sei die Haltung der SPD zunehmend parteiisch und amerikakritisch geworden.

Besonders aber habe die Erklärung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden<sup>4</sup> und der SI<sup>5</sup> nach den Wahlen in El Salvador<sup>6</sup> irritiert, die als „sogenannte Wahlen“ bezeichnet worden seien.

Das State Department bringe Verständnis dafür auf, daß ZA und besonders El Salvador für die SPD kein prioritäres Thema, keine Region vorrangigen Interesses sei. Auch für Zurückhaltung könne das State Department Verständnis aufbringen. Es verstimme jedoch („Eagleburger went straight through the roof“), wenn Stellungnahmen der SPD und der SI die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten in ZA unberücksichtigt lassen. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten um Beilegung der regionalen Konflikte würden dadurch erheblich beeinträchtigt.

Der Wahlausgang in El Salvador eröffne schon lange gesuchte Verhandlungsmöglichkeiten, die durch ausgewogenere Stellungnahmen der SPD und SI hätten gefördert werden können, so aber gefährdet würden.

Der Vertreter der US-Botschaft sprach mit ungewohntem Ernst und Nachdruck. Er hinterließ den Eindruck, auf Weisung zu sprechen, ohne dies ausdrücklich zu sagen.

Ich vermute, daß die amerikanische Botschaft in absehbarer Zeit hierzu demarchieren wird.

Martius

### Referat 331, Bd. 135975

*Fortsetzung Fußnote von Seite 569*

tischen Kräften in Regierung und Linksoption und damit einer politischen Lösung des Salvador-Konflikts zu erkunden. [...] Präsident López Portillo habe die Initiative der SPD positiv bewertet, Präsident Herrera Campins war hingegen skeptisch gegenüber Einflüssen von außerhalb der Region und betonte, daß das Problem letztlich nur von Kräften des Landes selbst (Duarte, Ungo) gelöst werden könne. Fidel Castro gab Waffenlieferungen an die Guerilla in El Salvador unumwunden zu. [...] Herr Wischnewski hat die US-Regierung ausführlich unterrichtet.“ Vgl. den Rund-erlaß; Unterabteilung 33, Bd. 125142.

<sup>3</sup> Zentralamerika.

<sup>4</sup> Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischnewski legte am 6. April 1982 im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ dar: „Die sogenannten Wahlen in El Salvador haben in nur sechs von 14 Provinzen stattgefunden. Es gab kein Wahlverzeichnis, so daß es nicht möglich ist, die Wahlbeteiligung festzustellen. Kandidaten der Opposition konnten nicht aufgestellt werden, da sie und ihre Angehörigen der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, ermordet zu werden [...]. Wer unter diesen Voraussetzungen von ‚demokratischer Willensbildung‘ in El Salvador spricht, begeht den Gipfel der Geschmacklosigkeit. [...] Jetzt den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und der Sozialistischen Internationale die Schuld am Erstarken faschistischer Kräfte in El Salvador in die Schuhe zu schieben, verkehrt die Fronten und ist widerwärtig.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135975.

<sup>5</sup> In der Presse wurde berichtet, die USA hätten am 5. April 1982 „eine Erklärung der Sozialistischen Internationalen (SI) vom 2. April zu den Wahlen in El Salvador und zu Nicaragua scharf kritisiert. Die Bevölkerung in El Salvador habe ihr Leben riskiert, um in ‚bisher nie dagewesener Zahl zur Wahl zu gehen‘. Das Präsidium der SI habe dagegen das Ereignis als ‚sogenannte Wahlen‘ herabzusetzen versucht, heißt es in der von der US-Informationsagentur in Bonn herausgegebenen Erklärung [...]. ‚Wenn die Sozialistische Internationale die Absicht hat, zur Verbesserung der Situation in Mittelamerika beizutragen, dann muß sie mehr Ausgewogenheit und Objektivität bei der Behandlung der Probleme der Region an den Tag legen‘, fordert die amerikanische Regierung. ‚Die demokratische Linke muß in der Lage sein, sich von der totalitären Linken abzusetzen.‘“ Vgl. die Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom selben Tag; Referat 331, Bd. 135975.

<sup>6</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

## 115

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk****204-322.00 GRO-331/82 VS-vertraulich****13. April 1982<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 2125 Plurez****Cito**

Betr.: Falkland-Konflikt;

hier: Gespräch des Herrn BM mit britischem Botschafter am 13. 4. 1982 vormittags

BM bat am 13. 4. vormittags britischen Botschafter zu sich. (Über Gespräch des BM mit argentinischem Botschafter am Nachmittag des 13. 4.<sup>2</sup> folgt gesonderter DE.)

BM eröffnete Gespräch mit der Bitte um britische Einschätzung der Entwicklung des Falkland-Konflikts. Er, BM, werde nachmittags dem argentinischen Botschafter unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Er wolle dies auf gesicherter Grundlage tun.

Botschafter Taylor übergab eine Botschaft von AM Pym<sup>3</sup>, in dem dieser sich für die Hilfe und Unterstützung der Bundesregierung bedankt. Botschafter unterstrich, daß die Haltung der Bundesregierung in Großbritannien besonders geschätzt werde. Man sei hierfür sehr dankbar. Die EG-Beschlüsse<sup>4</sup> unterstrichen die europäische Solidarität und spielten eine große Rolle, um Druck auf Argentinien auszuüben. Zum derzeitigen Stand der Haig'schen Vermittlungsbemühungen<sup>5</sup> konnte sich Botschafter nicht äußern. Er unterstrich jedoch die britische Absicht, eine friedliche Lösung anzustreben. GB sei bereit, über fast alles zu sprechen. Es müsse aber auf Einhaltung der SR-Resolution<sup>6</sup> und einem vorherigen Abzug der Argentinier bestehen. Botschafter verwies in diesem Zusammenhang auf zwei Interviews, die AM Pym am 11. 4. gegenüber BBC und Weekend World gegeben habe.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 13. April 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Botschafter Guyer vgl. Dok. 113, Anm. 3.

<sup>3</sup> Für die vom britischen Botschafter Taylor am 13. April 1982 übergebene Botschaft des britischen Außenministers Pym an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14103 (010).

<sup>4</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>5</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 113.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>7</sup> Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 11. April 1982 über Interview-Äußerungen des britischen Außenministers Pym am selben Tag: „Pym wiederholte frühere Stellungnahmen der Regierung und ließ keinen Zweifel daran, daß Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen gemäß SR-Resolution 502 vollständiger Abzug (militärische und zivile argentinische Kräfte) von den Falklands sei. Er bestand weiter darauf, daß die britische Administration wiederhergestellt werden müsse, ohne allerdings ein Zeit-Limit hierfür zu nennen [...]. Er schloß aus, daß die auf dem Weg in den Südatlantik befindliche Flotte als Vorleistung für die Aufnahme von Verhandlungen angehalten werden könnte. Auf die Frage, ob die Entsendung einer VN-Friedenstruppe der Wiederherstellung britischer Verwaltung auf den Falkland-Inseln vorzugehen könne, wollte Pym nicht ein-

Zu den Vermittlungsbemühungen von AM Haig wies Botschafter darauf hin, daß dieser insgesamt zehn Stunden mit MP Thatcher gesprochen habe. Man warte jetzt auf den Ausgang der Haig'schen Bemühungen. Auf persönlicher Basis erklärte Botschafter, daß es nicht sehr nützlich erscheine, wenn die Falkland-Frage erneut im Sicherheitsrat aufkomme. Es sei besser, sich an die SR-Resolution zu halten und auf dieser zu bestehen. GB habe daher derzeit nicht vor, etwas Neues in den VN zu unternehmen. Zur Frage des EG-Importstopps wies Botschafter darauf hin, daß ein Importstopp für 15 Tage der britischen Seite zu wenig erschiene. Auf britischer Seite würde man es begrüßen, den Importstopp auf 30 Tage auszudehnen. Kanada habe inzwischen ebenfalls einen Kredit- und Importstopp gegenüber Argentinien verhängt. Dies sei weitgehend auf die EG-Beschlüsse zurückzuführen.

Zur militärischen Seite meinte Botschafter, daß Argentinien inzwischen alle Kriegs- und Kriegshilfsschiffe, d. h. Schiffe, die der Regierung gehören oder ihr unterstellt sind, aus der 200-Meilen-Zone<sup>8</sup> abgezogen habe.

Auf eine Frage BMs, welche Vorstellungen die britische Regierung von einer endgültigen Regelung des Falkland-Problems habe, meinte Botschafter, daß man auf britischer Seite zunächst an eine Überwindung der Krise denke. Was die Grundsätze einer späteren Lösung angehe, so dürfe die britische Souveränität nicht angezweifelt werden. Dies bedeute aber nicht, daß man für immer auf ihr bestehe. Hierüber bestünden im übrigen seit über 15 Jahren Gespräche mit den Argentinern, um eine beiderseits akzeptable Lösung zu finden. Ein Ergebnis dieser Gespräche sei die Einrichtung eines argentinischen Flugdienstes nach Port Stanley. Wegen der Errichtung argentinischer Militärdiktaturen<sup>9</sup> sei es dann schwierig gewesen, die Bewohner der Falkland-Inseln davon zu überzeugen, ihre Zukunft in einem Zusammengehen mit Argentinien zu sehen. Trotzdem sei man mit Argentinien im Gespräch geblieben. Die letzten Gespräche hätten Ende Februar dieses Jahres mit dem argentinischen VN-Botschafter in New York<sup>10</sup> stattgefunden. Die argentinische Entscheidung einer Besetzung der Falkland-Inseln sei erst am 29.3. gefallen. In London habe man danach noch gehofft, mit den Argentinern in Kontakt zu bleiben. AM Carrington habe nichts unternehmen wollen, was die Argentinier hätte provozieren können. Er, Botschafter, wolle die britische Entschlossenheit unterstreichen, notfalls auch militärisch vorzugehen. Er sei sich hierbei allerdings im klaren, daß fast alle Länder Lateinamerikas und der Entwicklungsländer sich gegen GB stellen würden.

BM nahm Bezug auf Erklärung der Bundesregierung vom 7.4.<sup>11</sup> und stimmte der Auffassung des Botschafters zu, daß eine neue Sicherheitsrats-Resolution kaum besser werden könne. BM unterstrich, daß wir die Vermittlungsbemühun-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 571*

gehen.“ Ruhfus resümierte, die britische Regierung halte „unnachgiebig“ an ihren Forderungen fest. Vgl. den Drahtbericht Nr. 542; Referat 330, Bd. 136665.

<sup>8</sup> Zur Einrichtung einer Sperrzone um die Falkland-Inseln durch Großbritannien vgl. Dok. 113, Anm. 6.

<sup>9</sup> Am 24. März 1976 übernahm das Militär die Macht in Argentinien. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 97.

<sup>10</sup> Eduardo A. Roca.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zum Falkland-Krieg vgl. BULLETIN 1982, S. 282.

gen Haigs nachdrücklich unterstützten. Wir seien uns aber auch bewußt, daß bei einer so großen direkten Involvierung der USA ein Fehlschlag der Bemühungen Konsequenzen haben müsse. Niemand könne Interesse daran haben, daß USA nicht erfolgreich seien. BM betonte, daß Botschafter die Haltung der Dritten Welt richtig eingeschätzt habe. Die meisten von ihnen hielten die militärische Besetzung der Falkland-Inseln nicht für gut, nicht zuletzt deswegen, weil sie ähnliche eigene Probleme hätten. Selbst wenn man von der Grundphilosophie, d.h. keine gewaltsame Veränderung von Grenzen, ausgehe, so müsse man doch damit rechnen, daß die Stimmung umschlagen könne. BM verwies auf unsere Besorgnis über die sowjetischen Aktivitäten, unter anderem demonstrativer Abschluß eines Handelsvertrages mit Argentinien<sup>12</sup> und Erklärungen, die darauf hinausliefen, Argentinien zur Nichterfüllung der SR-Beschlüsse zu ermutigen. Er, BM, habe sich zweimal öffentlich hierzu geäußert. Die SU habe ihn deshalb am 12.4. scharf attackiert.<sup>13</sup> Er, BM, wolle die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die sowjetische Haltung zu dem Falkland-Konflikt lenken. Fest stehe, daß das sowjetische Verhalten geeignet sei, eine diplomatische Lösung zu erschweren.

Wir würden unseren Teil dazu beitragen, um die solidarische Haltung der EG mit GB aufrechtzuerhalten. Wenn GB eine Ausdehnung des Importstopps von 15 auf 30 Tage beantrage, so würden wir dies unterstützen. Die Bundesregierung könne sich in der Falkland-Frage auf die breite Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit und des Parlaments stützen, obwohl uns bewußt sei, daß uns die ökonomischen Folgen am meisten trafen (Importstopp kommt Exportstopp gleich). Für uns sei das Verhalten der europäischen Staaten in dieser Frage, auch losgelöst vom Falkland-Konflikt, als Demonstration europäischer Solidarität eine gewichtige Sache. Dies komme am Ende allen zugute. BM wies darauf hin, daß wir dankbar wären, wenn die britische Seite uns möglichst umfassend auch über die britischen politischen Zielvorstellungen unterrichten könnte. Dies sei für die Aufrechterhaltung der politischen Unterstützung wichtig.

BM wies auf eine entsprechende Frage von Botschafter Taylor darauf hin, die entscheidenden Faktoren für die deutsche Haltung in der Falkland-Frage seien – intern – das deutsch-britische Verhältnis, die europäische Solidarität und bündnispolitische Überlegungen. Der Sicherheitsratsbeschluß komme erst danach. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß nach außen der SR-Beschluß entscheidender Faktor sei.

StS von Staden, der an dem Gespräch teilnahm, unterstrich, daß die Bedeutung des SR-Beschlusses vor allem darin liege, daß er sich auf eine flagrante Verletzung des Völkerrechts beziehe, auch vor dem Hintergrund, daß in ande-

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot analysierte am 14. Mai 1982, die Haltung der UdSSR zum Falkland-Krieg werde „auch stark von handelspolitischen Erwägungen beeinflusst. Argentinien ist inzwischen der bedeutendste Handelspartner der Sowjetunion in der Dritten Welt geworden, noch vor Indien. Die UdSSR bezieht nahezu ein Drittel ihres Importbedarfs an Getreide und einen nicht unerheblichen Anteil ihrer Fleischimporte aus Argentinien. Hinweise deuten zudem darauf hin, daß die SU diese Getreidekäufe noch steigern will. Eine am 8.4. abgeschlossene Handelsvereinbarung sieht erhöhte Einkäufe Argentinien in der SU vor, um das bestehende große Handelsdefizit zuungunsten der SU zu verringern.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133206.

<sup>13</sup> Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher am 10./11. April 1982 und zur Kritik in den sowjetischen Medien vgl. Dok. 113, Anm. 7 und 9.

ren ähnlich gelagerten Fällen ein SR-Beschluß am sowjetischen Veto gescheitert sei. BM meinte in diesem Zusammenhang, daß der Verbalismus der SU in der Falkland-Frage auch vor dem Hintergrund einer Enttäuschung in manchen Teilen der Dritten Welt über die sowjetische Haltung zu sehen sei.

Schenk<sup>14</sup>

VS-Bd. 12941 (204)

## 116

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.76 INF-627/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 13. April 1982, 17.11 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 2116 Plurez

Citissime

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier: sowjetische Unterrichtung über den Stand der Verhandlungen

1) Sowjetischer Botschafter Semjonow übergab am 10. April auf eigenen Wunsch im Bundeskanzleramt bei MD von der Gablentz die als Anlage<sup>2</sup> übermittelte Darstellung der ersten Verhandlungsrunde<sup>3</sup> aus sowjetischer Sicht und betonte dabei, daß die in der Rede Breschnews vom 16.3.<sup>4</sup> enthaltenen Vorschläge Teil des sowjetischen Verhandlungskonzepts für Genf seien.

14 Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11348 (220).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron übermittelte den Botschaften in London, Moskau und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 14. April 1982 eine „Übersetzung des sowjetischen Papiers in der Fassung unseres Sprachendienstes“. Darin hieß es: „Während der beendeten Verhandlungsrunde hat sich die sowjetische Seite, wie auch bisher, beharrlich bemüht, reale Fortschritte bei den Verhandlungen zu erzielen [...]. Die amerikanische Seite hat an ihrem früher unterbreiteten Vorschlag betreffend die sogenannte ‚Null-Lösung‘ festgehalten, die in einem offensichtlichen Widerspruch zu dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit steht und nicht auf die Erzielung einer Übereinkunft abgestellt ist. [...] Das Vorerwähnte bedeutet nicht, daß die Verhandlungen in Genf aussichtslos seien. Wir sind davon überzeugt, daß eine Vereinbarung über eine radikale Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa möglich ist. Um Fortschritte zu erzielen, ist es jedoch notwendig, daß beide Seiten sich endlich darauf einigen, von der tatsächlich bestehenden Lage auszugehen, das heißt, daß die nuklearen FBS der USA in die Kategorie der zu reduzierenden Waffen einbezogen werden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2150/2151; VS-Bd. 11348 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen und am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>4</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 16. März 1982 in Moskau vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

2) Die sowjetische Seite betont zunächst ihr Bemühen um Verhandlungsschritte, wiederholt ihre Gleichgewichtsbehauptung und erläutert ihre Absichtserklärung für einen Zwei-Stufen-Plan<sup>5</sup>.

Das Papier beschäftigt sich ferner kritisch mit dem US-Vorschlag für eine Null-Lösung<sup>6</sup> und behauptet, daß der amerikanische Vertragsentwurf<sup>7</sup> die Unannehmbarkeit der westlichen Vorschläge noch verstärke.

Im einzelnen wird kritisiert:

- die Einbeziehung der sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite in Europa und Asien und die fehlende Reziprozität auf amerikanischer Seite;
- die Möglichkeit der Umgehung, z. B. dadurch, daß den westlichen Bündnispartnern nicht-nukleare Flugkörper zur Verfügung gestellt werden, während die US die SK<sup>8</sup> hierfür behalten.

In diesem Zusammenhang wird Sorge vor der US-Cruise-Missiles-Rüstung zum Ausdruck gebracht.

Die sowjetische Seite behauptet, die US-Verhandlungsführung sei nicht so ernsthaft und konstruktiv, wie sie es der Öffentlichkeit gegenüber erklärten. Sie warnt unter Hinweis auf die Breschnew-Rede vom 16.3. vor der Annahme, die Stationierung der neuen Raketen<sup>9</sup> könne die Aussichten für eine Vereinbarung verbessern. Abschließend wird betont, daß die sowjetische Kritik keinesfalls bedeute, daß die Verhandlungen keine Perspektive hätten. Eine Vereinbarung sei erreichbar, dies verlange jedoch die Einbeziehung der FBS und die Berücksichtigung aller Mittelstreckensysteme, die zum Einsatz in Europa vorgesehen seien.

3) Bewertung: Die sowjetische Darstellung enthält keine Überraschung. Sie entspricht weitgehend den öffentlichen Äußerungen Moskaus, mit denen versucht wurde, die westliche Verhandlungsbereitschaft in Zweifel zu ziehen.

Neu ist das Eingehen auf einzelne Elemente des amerikanischen Vertragsentwurfs vom 2.2.82:

- Mit der Kritik an der fehlenden Reziprozität für INF kürzerer Reichweite läßt sich die SU darauf ein, auch über Systeme von Reichweiten unter 1000 km zu sprechen.
- Mit dem Hinweis auf die amerikanische CM-Rüstung und die Möglichkeit der Stationierung von konventionellen CM bei nicht-atomaren Bündnispartnern zeigt die SU ihre Sorge vor künftigen Entwicklungen auch bei Drittstaatensystemen. Da damit gerechnet werden muß, daß die SU auch diese Kritik an der westlichen Verhandlungsposition in die Öffentlichkeit tragen wird, sollte die Allianz möglichst bald in der SCG ihre Argumentation zu diesen Punkten abstimmen (vor allem zu den INF kürzerer Reichweite). Die Tatsache, daß Moskau Wert darauf legt, Verhandlungen weiterhin eine Per-

<sup>5</sup> Zum sowjetischen Zwei-Stufen-Plan zur Verminderung und Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 53, Anm. 3.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>8</sup> Schlüsselkontrolle.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

spektive zuzubilligen, zeigt, daß die SU den Eindruck vermeiden will, daß sie nicht alles versucht, um Vereinbarungen zustande zu bringen.

4) Es wird gebeten, die Bündnispartner über die wichtigsten Elemente dieser Darstellung und unserer Wertung zu informieren, den Text jedoch nicht zu zirkulieren; allenfalls könnten Elemente verteilt werden. Alliierte sollten gefragt werden, ob auch sie von SU entsprechend unterrichtet wurden.

5) Botschaft Washington wird gebeten, Richard Burt oder Vertreter über den Inhalt der sowjetischen Darstellung zu unterrichten.<sup>10</sup>

Citron<sup>11</sup>

VS-Bd. 11348 (220)

## 117

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-371.76 INF-655/82 VS-vertraulich

15. April 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem US-Delegationsleiter, Botschafter Nitze, und seinem Stellvertreter Glitman am 15.4.1982<sup>2</sup>

Der *Bundesminister* begrüßte den Besuch des amerikanischen Delegationsleiters und sprach Botschafter Nitze seinen Dank aus für die eindeutige Vertretung der gemeinsam erarbeiteten Verhandlungsposition des Bündnisses.

Ziel der Verhandlungen müsse es sein, die SU nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, die Hoffnung der Völker Europas zu erfüllen, daß beide Seiten auf Mittelstreckenraketen verzichten.

Er sehe mit Besorgnis den sowjetischen Versuch, auch Drittstaatensysteme mit einbeziehen zu wollen.

Die SU nehme damit die Verantwortung für eine Verzögerung der Verhandlungen auf sich.

<sup>10</sup> Der Drahterlaß ging nachrichtlich an die Botschaften in London und Washington.

<sup>11</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 21. April 1982 gefertigt und von Legationsrat I. Klasse Erath am selben Tag an das Ministerbüro weitergeleitet. Dazu vermerkte Erath, es werde ein von Botschafter Ruth „gebilligter Protokollentwurf“ mit der Bitte übersandt, „die Genehmigung durch den Herrn Bundesminister zu veranlassen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 22. April 1982 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 23. April 1982 erneut vorgelegen, der Referat 014 um Unterrichtung des Bundeskanzleramts bat. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 15./16. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 119.

Die Bundesregierung lege größten Wert darauf, daß bei der SU kein Zweifel entsteht, daß die US-Systeme ab 1983 stationiert werden, falls bis dahin kein konkretes Verhandlungsergebnis erreicht wird. Der Bundeskanzler und er würden nicht müde, dies bei allen Kontakten mit sowjetischen Gesprächspartnern zu betonen. Die SU werde ihre bisherige negative Haltung erst ändern, wenn sie ihre Zweifel am westlichen Stationierungswillen aufgegeben hat.

Der Bundesminister erwähnte dann das von Botschafter Semjonow am 10.4. übergebene Papier über die sowjetische Bewertung der ersten Runde in Genf<sup>3</sup> und bat Botschafter Nitze um dessen Einschätzung der Verhandlungslage. Er fügte hinzu, daß die Bundesregierung auf eine baldige Bekanntgabe des Verhandlungsbeginns für START<sup>4</sup> hoffe. Sie unterstütze die US-Haltung, die auf signifikante Reduzierungen abziele. Dies würde überall zeigen, daß es dem Westen nicht nur um Begrenzung, sondern um echte Abrüstung gehe.

Botschafter Nitze erklärte, die westliche Verhandlungsposition (Ziel: Null-Lösung<sup>5</sup>) sei solide. Es sei richtig, an ihr festzuhalten. Bei der Vorbereitung der nächsten Runde<sup>6</sup> gelte es, die Punkte zu wählen, welche in Genf betont werden müssen:

- Wichtig sei es, sich auf die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung zu konzentrieren (bisher sei es am Verhandlungstisch gelungen, die Oberhand zu behalten). In der Öffentlichkeit wüßten aber nur sehr wenige Menschen, wie schwach die östliche Position sei.
- Auch die Prinzipien Diskussion sei erfolgreich geführt worden. Die US-Delegation in Genf habe u. a. überzeugend dargelegt, daß selbst das von der SU für sich in Anspruch genommene Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit ungeeignet sei, die Gleichgewichtsbehauptung Moskaus zu stützen. Sowjetische Publikationen versuchten, den Begriff „equal security“ mit „undiminished security“ gleichzusetzen, was für Moskau die Bewahrung der Überlegenheit bedeute.

Botschafter Nitze erwähnte dann, daß man in Washington derzeit prüfe, ob das Thema Verifikation schon in dieser Runde sehr stark betont werden solle. Er selbst neige der Auffassung zu, daß es für konkrete Verifikationsvorschläge noch zu früh sei.

Der *Bundesminister* betonte die Notwendigkeit einer überzeugenden Darstellung der westlichen Verhandlungsposition in der Öffentlichkeit: Gerade auch zur Frage, warum der Westen eine Einbeziehung der französischen und britischen Systeme ablehnt, bräuchten wir eine mit Großbritannien und Frankreich abgestimmte Sprachregelung. In diesem Zusammenhang erwähnte er die sowjetische

<sup>3</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen und am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

Zur Bewertung der Verhandlungen durch die UdSSR vgl. Dok. 116.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>6</sup> Die nächste Runde der INF-Verhandlungen in Genf fand vom 20. Mai bis 20. Juli 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 169.

Kritik an der fehlenden Reziprozität für westliche SRINF<sup>7</sup>, wie sie im Semjow-Papier vom 10.4. zum Ausdruck komme.

Die Allianz müsse ihre Reaktion auf diese Kritik vorbereiten. Auch sonst müsse die Allianz ihre starke Position besser in der Öffentlichkeit herausstellen und deutlich machen, daß es um die Bereitschaft zum Verzicht auf nukleare Mittelstreckenraketen (das sei klarer als der Begriff Null-Lösung) geht. Der Westen solle darüber hinaus noch stärker die Grundsätze der Transparenz und der Verifikation (besonders: „on site inspection“) herausstellen.

Es wäre gut, wenn auch Präsident Reagan dies in seiner Erklärung bei der 2. SGV<sup>8</sup> betonen würde. Das Argument, „wer nichts zu verbergen hat, kann auch ‚on site verification‘ akzeptieren“, überzeuge jeden.

Der Westen erbringe eine wesentliche sicherheitspolitische Vorleistung durch die Transparenz der offenen westlichen Gesellschaften. Es gelte, ein Gleichgewicht nicht nur bei Rüstungen und Streitkräften, sondern auch bei Transparenz und Verifikation anzustreben.

Botschafter *Nitze* stimmte den Ausführungen des Bundesministers zu, meinte jedoch, daß die Behandlung des Verifikationsthemas in Genf eine Frage des „timing“ sei. Die sowjetische Seite argumentiere, daß Verifikation jeweils eine Frage der „compliance“ mit einer spezifischen Vereinbarung sei. Es sei schwierig, rein abstrakt über Verifikation zu sprechen.

Diese Argumentation habe einiges für sich; die USA hätten daher die Verifikation zwar allgemein behandelt, sie jedoch noch nicht in den Vordergrund gestellt. Botschafter *Glitman* fügte hinzu, daß er dem sowjetischen ZK-Vertreter gegenüber deutlich gemacht habe, daß man die Festlegung der Verifikationsanfordernisse parallel zu den spezifischen Regelungen behandeln müsse und damit nicht bis zum Schluß der Verhandlungen warten könne. Er fügte hinzu, daß die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme ein zentraler Punkt der sowjetischen Argumentation sei, der darauf abziele, die USA aus Europa zu drängen. Hier dürfe der Westen nicht nachgeben.

Botschafter *Glitman*: SU habe eigene Art von Null-Lösung: Null Raketen für USA in Europa und null für die Sowjetunion im Vergleich zu den USA in Europa.<sup>9</sup> Im Hinblick auf Großbritannien und Frankreich beanspruche die SU Parität.

Der *Bundesminister* betonte, es müsse auch nach draußen deutlich gemacht werden, daß derjenige, der Drittstaaten-Systeme in die Verhandlungen einführe, diese kompliziere. Der globale Ansatz müsse immer wieder bei öffentlichen Äußerungen betont werden. Bei den INF-Verhandlungen gehe es nicht um Begrenzungen für Europa.

<sup>7</sup> Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 17. Juni 1982 in New York vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 271–274. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 458–461 (Auszug). Zur VN-Sondergeneralversammlung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 vgl. Dok. 215.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 40.

Botschafter *Nitze* erläuterte dann die amerikanische Argumentation in Genf zu dieser Frage: Er habe deutlich gemacht, daß die sowjetische Argumentation in dieser Frage sechs Irrtümer (levels of error) enthalte:

- Zunächst handele es sich um bilaterale Verhandlungen; Frankreich und UK wollen nicht, daß ihre Systeme behandelt werden.
- Die westlichen SLBM seien keine Mittelstreckensysteme und könnten nicht wie Flugzeuge behandelt werden. Sie müßten sowjetischen SLBMs gegenübergestellt werden.
- Die SS-20 würden 1:1 mit Flugzeugen aufgerechnet. Das sei unzulässig.
- Die willkürliche Festlegung der 1000-km-Untergrenze sei nicht zu rechtfertigen, da die SU zum Teil direkt an NATO-Territorium grenze, zum Teil nur 600km entfernt sei. Alle nuklearfähigen sowjetischen Flugzeuge könnten NATO-Europa erreichen. Daher: Wenn schon Flugzeuge einbezogen würden, müßten alle nuklearfähigen Flugzeuge berücksichtigt werden.
- Selbst bei Berücksichtigung der falschen sowjetischen Zählkriterien gäbe es kein Gleichgewicht in Europa. Die SU sei dann den kombinierten Kräften der USA, GBs und Fs immer noch im Verhältnis von 2:1 überlegen.
- Die sowjetische Forderung, so stark wie die anderen Kernwaffenstaaten zusammen sein zu müssen, sei nicht akzeptabel (absolute Sicherheit für eine Seite bedeute absolute Unsicherheit für alle anderen).

Auf Fragen des Bundesministers antwortete Botschafter Nitze: Die Verhandlungsmarge der sowjetischen Delegation sei bisher gering, die Weisungen offensichtlich sehr strikt.

An der Weisungsgebung in Moskau seien sowohl Außen- wie Verteidigungsministerium beteiligt, die allgemeine Zielorientierung werde wohl vom ZK und Politbüro vorgegeben (u. a. von Samjatin und seinen Mitarbeitern).

Der *Bundesminister* wies darauf hin, daß sowohl Gromyko als auch Ustinow im Politbüro seien und dadurch die Zuständigkeiten etwas verwischt würden.

Botschafter *Nitze* berichtete, daß Kwizinskij sich gerühmt habe, einer von nur sechs Botschaftern zu sein, die auf Empfehlung des ZK ernannt worden seien (das SAM<sup>10</sup> durfte erst nachträglich informiert werden). *Glitman* ergänzte, daß häufig Samjatin und Sagladin öffentliche Erklärungen abgeben, die erst danach in die Verhandlungen eingeführt werden. Botschafter *Nitze* fügte hinzu, daß Kwizinskij auf Frage erklärt habe, wichtiger als Breschnews Rede in Bonn<sup>11</sup> sei der TASS-Artikel mit der authentischen sowjetischen Verhandlungsposition<sup>12</sup>.

*D2A*<sup>13</sup> erinnerte an das Semjonow-Papier vom 10.4. und stellte die Frage nach

<sup>10</sup> Sowjetisches Außenministerium.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981 in Bonn während seines Aufenthalts vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1981, S. 966–968. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Artikels „Kommt eine neue Runde des Wettrüstens?“ der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 9. Februar 1982 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 206–210.

<sup>13</sup> Friedrich Ruth.

der sowjetischen Behandlung der bisherigen SRINF und der Problematik konventioneller CM auch im Hinblick auf mögliche sowjetische Propaganda.

*Nitze* antwortete, daß Kwizinskij bisher nur sehr kurz auf SRINF eingegangen sei, wohl aus der Sorge, dadurch von der sowjetischen 1000-km-Untergrenze fortgelockt zu werden.

Der *Bundesminister* betonte die Notwendigkeit, auch in dieser Frage eine überzeugende westliche Position zu haben.

Auf die Frage des Bundesministers nach Behandlung der START-Thematik in Genf erwiderte *Glitman*, daß die SU bisher daran interessiert sei, die beiden Verhandlungen separat zu halten. Die US-Botschaft in Moskau registriere zu diesem Problemkreis gegenwärtig jedoch zunehmend sowjetische Fragen. In Washington müßten die Auswirkungen von START auf INF noch durchdacht werden.

Auf die Frage von *D2A*, wie man am besten der Kritik begegne, der Westen beharre auf der Null-Lösung, ohne ernsthaft zu verhandeln, meinte *Glitman*, daß es für die Anhänger der Friedensbewegung seltsam wäre, wenn sie statt Null ein Ergebnis über Null forderten.

*Bundesminister* stellte fest, daß der Westen mit der Null-Option eine ernsthafte Position vertrete, die in der Öffentlichkeit offensiv und durchaus auch emotional verdeutlicht werden könnte.

Botschafter *Nitze* stellte fest, daß man in diesem frühen Stadium noch nicht mit echter östlicher Bewegung rechnen könne, und erinnerte an eine Äußerung von Semjonow über Fortschritte bei SALT I<sup>14</sup>: In den ersten zwei Monaten der Verhandlungen habe man ein Drittel erreicht, ein weiteres Drittel in den nächsten zwei bis drei Jahren und das dritte Drittel in den letzten 20 Minuten. Symbolisch sei diese Analyse richtig.

Auch dieses Mal habe man in der ersten Runde viel geschafft und im Unterschied zur Verhandlungslage bei SALT I keinen Boden verloren.

Der *Bundesminister* dankte für die Unterrichtung und stimmte mit Botschafter *Nitze* die Substanz der Pressemitteilung des AA ab (Text siehe Anlage<sup>15</sup>).

(Diktirt von Herrn Dr. Citron vor Abreise.)

**VS-Bd. 14109 (010)**

<sup>14</sup> Vorgespräche zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) fanden vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki statt. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 6 und Dok. 26.

Die Verhandlungen begannen am 16. April 1970 in Wien und endeten mit der Unterzeichnung des Interimsabkommens am 26. Mai 1972. Vgl. dazu AAPD 1971, III, Dok. 399, und AAPD 1972, I, Dok. 26 und Dok. 75, sowie AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut des SALT-I-Vertrags vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

<sup>15</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Information des Pressereferats des Auswärtigen Amtes Nr. 1084/82“ vom 15. April 1982 vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

## 118

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam**

214-320.10 POL-1160/82 geheim

15. April 1982

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup>

Betr.: Polen;

hier: vom Herrn Bundesminister erbetene Stellungnahme zum Bericht der Botschaft Warschau vom 4.3.1982, Nr. 580 geheim<sup>3</sup>

Bezug: Weisung Staatssekretär von Staden vom 16.3.1982

Zur Unterrichtung

1) Die Botschaft Warschau hat bisher die Entwicklung in Polen seit dem 13. Dezember 1981 sehr kritisch bewertet. Eine Rückkehr zu einer Politik der Erneuerung auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der politischen Führung, der katholischen Kirche und den gemäßigten Kräften in der „Solidarität“ hat sie von Anfang an für wenig wahrscheinlich gehalten. In ihrer laufenden Berichterstattung hat die Botschaft insbesondere auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen:

- Eine Beendigung des Kriegsrechts in absehbarer Zeit sei nicht zu erwarten.
- Trotz der zahlreichen Entlassungen von Internierten sei es fraglich, ob das Militärregime bereit sei, auch den harten Kern der politischen Opposition freizulassen.<sup>4</sup>
- Die Gespräche mit der katholischen Kirche seien bisher ergebnislos verlaufen. Eine ernsthafte Bereitschaft der Führung zu einem Dialog mit den berufenen Vertretern der „Solidarität“ sei bisher nicht erkennbar geworden.
- Das Vorgehen der Führung lasse keinen Zweifel daran, daß sie entschlossen sei, die „Solidarität“ als unabhängige Organisation mit einem politischen und wirtschaftlichen Mitspracherecht endgültig zu zerschlagen. Es bestehe offenbar die Tendenz, die Mitglieder der „Solidarität“ in politisch strikt kontrollierter, auf soziale Aufgaben beschränkte Branchengewerkschaften einzugliedern.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 16. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1982 vorgelegen, der Staatssekretär von Staden und Ministerialdirektor Pfeffer um Rücksprache bat.

Hat Staden am 22. April 1982 erneut vorgelegen, der Pfeffer um Rücksprache bat.

Hat Pfeffer am 28. April 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Negwer, Warschau, vgl. Dok. 73.

<sup>4</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zur Freilassung von Internierten vgl. Dok. 73, Anm. 12.

Botschafter Negwer, Warschau, meldete am 29. April 1982: „Entsprechend einem Beschluß des Militärrats, der am 28.4. verkündet wurde, werden 800 Internierte freigelassen und 200 weitere beurlaubt.“ Unter den Freigelassenen befänden sich „367 Intellektuelle“ und „154 festangestellte Solidaritäts-Funktionäre“. Der Beschluß mache „deutlich, daß Jaruzelski im Begriff scheint, nunmehr eine neue innenpolitische Initiative zu ergreifen, nachdem die letzte derartige Aktion in der zweiten Februar-Hälfte keinen wesentlichen vertrauensbildenden Effekt gehabt hat und die Stagnation der vergangenen beiden Monate von einer fortdauernden wirtschaftlichen Talfahrt begleitet war“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 865; Referat 214, Bd. 132918.

- Funktionäre der „Solidarität“, Streikführer und andere Oppositionelle versuche die Führung, durch Druck zur Emigration zu veranlassen.
- 2) Diese Analyse wird auch in dem Bericht der Botschaft Warschau vom 4.3.1982 nicht in Frage gestellt. Die Botschaft weist aber in ihrer Lagebeurteilung nachdrücklicher als bisher, wenngleich nicht zum ersten Mal, auf folgende Aspekte der Situation hin:
  - Jaruzelski scheine aufrichtig weitgesteckte Reformziele anzustreben. Voraussetzung einer Reformpolitik sei für ihn jedoch die Sicherung von Ordnung, Ruhe und Disziplin<sup>5</sup>. Diesem Ziel diene das Kriegerrecht.
  - Das Kriegerrecht werde kontinuierlich abgebaut.<sup>6</sup> Ein Drittel der Internierten sei inzwischen entlassen worden. Ein vollständiger Abbau der Zwangsmaßnahmen und eine politische Lösung der Probleme können nur in einem längeren Prozeß erfolgen.
  - Die Kirche bemühe sich weiterhin mit Geduld und Zähigkeit um einen gesellschaftlichen<sup>7</sup> Dialog unter Einbeziehung der Vertreter von „Solidarität“. Dabei erkenne die Kirche bei aller Festigkeit im Grundsätzlichen die Beschränkungen an, denen die künftige Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Polen unterliegen werde.
  - Jede denkbare Alternative zu Jaruzelski (Übernahme der Führung durch den orthodoxen Flügel der PVAP oder militärische Intervention der SU) müsse aus westlicher Sicht negativer beurteilt werden als der derzeitige Zustand.
- 3) Ausgehend von ihrer bisherigen Lagebeurteilung setzt sich die Botschaft in ihrem Bericht vom 4.3.1982 kritisch mit der westlichen Politik auseinander. Sie kritisiert die angebliche Unausgewogenheit und mangelnde Konsistenz der westlichen Maßnahmen, die den Verdacht nährten, es gehe in Wirklichkeit nicht um Polen, sondern um die Schwächung des östlichen Bündnisses. Die Botschaft weist darauf hin, daß die sich abzeichnende wirtschaftliche Abkoppelung Polens vom Westen ein weiteres Absinken des polnischen Lebensstandards, eine dauerhafte Einschränkung der Exportmöglichkeiten Polens in den Westen und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit Polens zur Folge haben müsse. Sie warnt davor, daß sich die Abkoppelung Polens vom Westen negativ auf den Prozeß der deutsch-polnischen Aussöhnung auswirken könnte und daher von uns auch unter moralischen Gesichtspunkten gesehen werden müsse.

<sup>5</sup> Die Wörter „Ordnung, Ruhe und Disziplin“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>6</sup> Zur Lockerung des Kriegerrechts in Polen vgl. Dok. 73, Anm. 11.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 29. April 1982, der polnische Militärrat habe am Vortag einige Beschränkungen im Zusammenhang mit der Verhängung des Kriegerrechts aufgehoben. Dazu würden unter anderem die Abschaffung der Polizeistunde ab 2. Mai 1982, die Aufhebung der Genehmigungspflicht für bestimmte Versammlungen, Konferenzen und Schulungen sowie die Aufhebung von Einschränkungen im Grenzverkehr an bestimmten Grenzübergängen gehören. Ferner teilte Negwer mit: „Ab 15.5. werden einige Einschränkungen für die ausländischen Korrespondenten aufgehoben, die beim Pressezentrum des Außenministeriums akkreditiert sind. Einzelheiten werden nicht genannt. Die Konsularabteilungen bekommen wieder das Recht, Visa für Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen sowie für ausländische Handels- und Jagdunternehmen zu erteilen, und zwar in der Weise wie vor dem 13.12. Ab 10.5. wird der vollautomatische Telefonverkehr für ganz Polen wiederhergestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 865; Referat 214, Bd. 132918.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

4) Bei der Bewertung der Gesamtsituation in Polen stimmt Abt. 2 der Auffassung der Botschaft zu, daß jede Alternative zu Jaruzelski wahrscheinlich ein größeres Übel als der bestehende Zustand wäre.

Zuzustimmen ist auch der Annahme, daß mit einer Wiederherstellung der Lage, wie sie vor dem 13. Dezember 1981 bestanden hat, d.h. insbesondere einer Wiedezulassung der „Solidarität“ als einer politischen Bewegung mit einem Mitspracherecht in wirtschaftlichen und politischen Fragen, nicht zu rechnen ist.

Sehr ernst zu nehmen ist die in dem Bericht deutlich werdende Sorge der Botschaft, daß Polen durch die Entwicklung seit dem 13. Dezember 1981 vom Westen abgeschnitten und das polnische Volk in wirtschaftliches Elend und einen Zustand der Hoffnungslosigkeit absinken könnte. Es ist verständlich, daß gerade die deutsche Botschaft in diesem Zusammenhang die Frage aufwirft, welche Wirkungen – auch psychologisch – die westlichen Maßnahmen gegenüber Polen haben können.

Bei ihrer Kritik an der westlichen Polenpolitik geht die Botschaft allerdings nicht darauf ein, daß es für den Westen bei der gegebenen internationalen Lage unausweichlich war, auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen zu reagieren und „etwas zu tun“. Die Botschaft setzt sich auch nicht näher mit der Frage auseinander, ob durch Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Umkehr in Polen erzwungen werden könnte. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen in einem begrenzten Rahmen, wie sie an sich denkbar wäre, eine stärkere Einbindung Polens in den RGW kaum verhindern kann. Eine massive Unterstützung durch den Westen, etwa durch ein großes Hilfsprogramm à la Marshall-Plan<sup>8</sup> mit entsprechenden Bedingungen für die polnische Wirtschaftspolitik, würde dagegen, wenn sie überhaupt im Westen organisiert werden könnte, am Widerstand Moskaus scheitern. Im übrigen käme eine solche Wirtschaftshilfe – abgesehen von Finanzmittelknappheit und von strategischen Erwägungen – auch nur dann in Betracht, wenn die drei westlichen Forderungen<sup>9</sup> erfüllt würden.

Abt. 2 teilt die Zweifel, die die Botschaft in ihrer bisherigen Berichterstattung immer wieder hervorgehoben hat, wie weit die Reformbereitschaft der polnischen Führung unter Jaruzelski tatsächlich geht.<sup>10</sup> Die Bekundung eines allgemeinen Reformwillens ist dafür kein ausreichender Maßstab. Entscheidend ist, ob die polnische Führung tatsächlich in der Lage ist, als richtig erkannte Reformziele und die Notwendigkeit eines neuen nationalen Konsenses gegen den Widerstand Moskaus und des orthodoxen Parteiflügels tatsächlich durchzusetzen. Hier ist Skepsis angebracht.

<sup>8</sup> Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das European Recovery Program (ERP), das nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannt wurde, diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>10</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „[r]ichtig!“.

Nach Auffassung der Abt. 2 unterschätzt die Botschaft die Wirkungen, die die geschlossene westliche Haltung in der Polen-Frage auf die sowjetische Führung gehabt hat. Die scharfe Reaktion des Westens dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die Sowjetunion eine militärische Intervention in Polen nur als äußerstes Mittel in Betracht zieht<sup>11</sup>. Insofern haben die westlichen Warnungen an Moskau – auch wenn dies im einzelnen nicht zu beweisen ist – sicherlich Wirkung gehabt.<sup>12</sup> Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion in Fragen der Rüstungskontrollpolitik und der KSZE seit Einführung des Kriegsrechts in Polen deutlicher hervortritt als früher.<sup>13</sup>

5) Insgesamt besteht der Eindruck, daß der Bericht der Botschaft vom 4.3.1982 eine niedergedrückte Stimmung widerspiegelt, die in den letzten Wochen bei westlichen Beobachtern in Warschau vorzuherrschen scheint. Diese Stimmung ist auch bemerkbar in den beiden Artikeln, die Gräfin Dönhoff nach ihrer Polenreise in „Die Zeit“ veröffentlicht hat.<sup>14</sup> Nicht alle Schlußfolgerungen, die die Botschaft in ihrem Bericht vom 4.3.1982 zieht, halten einer sorgfältigen Prüfung, in die auch unsere westpolitischen Interessen einbezogen werden müssen, stand. Andererseits werden in dem Bericht wichtige Fragen aufgeworfen, die in der jetzigen Phase der Entwicklung einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Dazu gehört auch die Kernfrage, wie die Entscheidungen in Warschau und Moskau über den künftigen Kurs in Polen von westlicher Seite am besten beeinflußt werden können.

i. V. Bräutigam

VS-Bd. 13326 (214)

<sup>11</sup> Der Passus „daß ... zieht“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>12</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „richtig“.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „richtig“.

<sup>14</sup> Vgl. die Artikel „Nach dem Krieg – wann wird das sein?“ und „Nicht alle sind gegen die neue Ordnung“; DIE ZEIT vom 26. März 1982, S. 3, bzw. vom 2. April 1982, S. 3.

## 119

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze in Hamburg

VS-vertraulich

16. April 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Paul Nitze am 16. April 1982 von 17.00 bis 19.00 Uhr in Hamburg, Neubergerweg<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Glitman, MD von der Gablentz.

*Bundeskanzler* dankt Nitze dafür, daß er von sich aus die Initiative zu diesem Besuch ergriffen hat. Die öffentliche Meinung, vor allem in den nicht-nuklearen Stationierungsländern, braucht mehr Klarheit und eine plausiblere Darlegung der strategischen Notwendigkeiten. Sie wird jetzt wieder durch die inner-amerikanische Strategiedebatte durcheinandergebracht. Es fällt uns schwer, an ihr teilzunehmen, solange die amerikanische Regierung selbst nicht klar Stellung bezogen hat. Haig hat einige Antworten gegeben, die aber für die europäische öffentliche Meinung nicht ausreichen. Spadolini und er werden z. B. drängend gefragt, warum ein Einfrieren der Nuklearwaffen für Europa nicht gut sein sollte, wenn es für die USA gut ist. Die selbstverständliche Antwort, daß ein Einfrieren für die INF nicht in Frage kommt, leuchtet hier nicht allen ein. Das gilt um so mehr, als der Vorschlag des Einfrierens in Amerika nicht nur von Leuten vorgebracht wird, die als Tauben bekannt sind.

Er wird seinerseits klar am Doppelbeschluß festhalten. Aber er möchte noch einmal betonen, daß die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen gegenüber der Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung wegen der inneramerikanischen Strategiedebatte noch drängender werden.

*Nitze* betont zunächst auf zusätzliche Frage des Bundeskanzlers, daß die Verhandlungsführung in Genf<sup>3</sup> ihn mit vielen schwierigen und harten Problemen konfrontiert. Ganz besonders hat ihm die Argumentation in der Frage der britischen und französischen Systeme zugesetzt.

Zur inneramerikanischen Strategiedebatte betont er, daß die eine Seite der Auseinandersetzung (Kennedy/Hatfield) von „Tauben“ geführt wird, was man von der anderen Seite (Jackson/Warner) nicht sagen kann. (BK: Aber auch in dem letzteren Resolutionsentwurf erscheint das hier mißverständliche Wort vom Ein-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 19. April 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk“.

Hat Braunmühl am 19. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 21. April 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 15./16. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 117.

<sup>3</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83 und Dok. 116.

frieren, wenngleich als Ergebnis eines Übereinkommens.)<sup>4</sup> Ihn erstaunt, daß sich McNamara und G. Smith als Republikaner der „Vierer-Bande“ angeschlossen haben.<sup>5</sup>

*Bundeskanzler* meint, daß McNamara in dieser Frage bereits in den sechziger Jahren sein Damaskus erlebt hat. Haig scheint im übrigen seine Rede vom 6. April<sup>6</sup> auf Grund von Informationen über die bevorstehende<sup>7</sup> Veröffentlichung des Artikels der Vier<sup>8</sup> gehalten zu haben, die er von uns erhielt. Auf Nitzes Bemerkung, daß die Debatte, zu der er selbst mit seinem New-York-Times-Artikel vom 13.4.<sup>9</sup> beigetragen hat, bald wieder sterben wird, meint er, daß sich die Europäer die Gelegenheit zur Debatte nicht entgehen lassen werden. Außerdem werden die Kritiker einige nicht haltbare Behauptungen in Haigs Rede aufgreifen, wie z.B. die, daß die Herstellung des konventionellen Gleichgewichts mit dem Osten eine Verdreifachung der Verteidigungsaufwendungen erfordere, die nur im Kriegszustand möglich ist.

Tatsache bleibt, daß die geostrategische Lage Westeuropas keine Abschreckung ohne Nuklearwaffen möglich macht, auch nicht, wenn man das westliche konventionelle Potential über alle Gebühr steigert. Die Forderung nach Stärkung der konventionellen Komponente könnte allerdings zur Einführung der Wehrpflicht führen, deren Abschaffung in den USA<sup>10</sup> ohnehin ein Fehler war. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA würde die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verteidigungsanstrengungen in Europa und gegenüber der SU außerordentlich steigern.

*Nitze* hat sich stets für die Wehrpflicht eingesetzt, sieht allerdings zur Zeit kaum Aussichten für eine Wiedereinführung, zumal sich die Personalbedürfnisse der US-Streitkräfte wegen der Arbeitslosigkeit leicht erfüllen lassen.

<sup>4</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 8. März 1982: „Am 10.3. plant Senator Kennedy zusammen mit weiteren Senatoren, im Senat einen Resolutionsentwurf einzubringen, der im strategischen Bereich auf Verhandlungen drängt über einen gegenseitigen freeze bei Tests, Produktion und Dislozierung von Sprengköpfen und Trägersystemen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1081; Referat 201, Bd. 125650.

Am 29. April 1982 teilte Hermes mit: „Der Auswärtige Ausschuß des Senats hat am 29.4.82 mit einer – auf zwei bis drei Wochen veranschlagten – Anhörungsserie zu der Frage strategischer Rüstungskontrolle begonnen. [...] Die Anhörungsserie des Auswärtigen Ausschusses ist schon insoweit bemerkenswert, weil sie den Versuch des Senats darstellt, in der amerikanischen Nukleardebatte die Initiative gegenüber der Administration zu gewinnen. [...] Konkret geht es dabei darum, die diversen Vorschläge – ‚Freeze‘-Vorschlag der Senatoren Kennedy und Hatfield, ‚Freeze‘-Vorschlag der Senatoren Jackson und Warner, Vorschlag Senator Percys zur sofortigen Aufnahme von START-Gesprächen und Vorschlag der Senatoren Glenn und Biden zur Ratifizierung des SALT-II-Vertrags – auf einen akzeptablen zu konzentrieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1938; Referat 220, Bd. 124516.

<sup>5</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 6. April 1982 an der Georgetown-Universität in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 231–238.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „bestehende“.

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198.

<sup>9</sup> Für den Artikel von Paul Nitze „A-Arms and NATO“ vgl. THE NEW YORK TIMES vom 13. April 1982, S. A 27.

<sup>10</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden sollte. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

*Bundeskanzler* möchte mit Zustimmung Nitzes eine Reihe von Fragen zum Stand der Verhandlungen stellen und anschließend Nitzes persönliche Einschätzung zu den Erfolgsaussichten der INF-Verhandlungen erfahren. Für uns ist wichtig, daß an der Null-Lösung<sup>11</sup> – oder, wie Nitze sagt, an der Null/Null-Lösung – festgehalten wird. Wir werden wie Haig sagen, daß wir keine Stationierung amerikanischer INF-Systeme möchten, daß wir aber nur dann darauf verzichten können, wenn die SU die ihrigen beseitigt. Wie lange werden die USA ihre Haltung zur Frage der britischen und französischen Systeme aufrechterhalten können? Gibt es Zwischenlösungen?

Er vereinbart mit Nitze, keine Einzelheiten dieses Gesprächs nach außen dringen zu lassen ohne Zustimmung Nitzes.

*Nitze*: Die Null/Null-Lösung erscheint um so besser, je länger man sich mit ihr beschäftigt. Das gilt vor allem für die schwierige Frage der Verifikation. Eine Abschaffung der Waffen, der Testeinrichtungen und der Stellungen ist weit leichter zu verifizieren als z. B. die außerordentlich schwierige Frage der Nachladefähigkeit. Man wird kaum dazu kommen, ein Inventar sämtlicher Gefechtsköpfe aufzustellen oder deren Produktion zu überwachen.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß die Sowjets am härtesten an ihren zur Zeit etwa 90 gegen China gerichteten SS-20 festhalten werden. Sie sind noch lange nicht bereit, hierüber auch nur zu diskutieren. Wenn wir ihnen für diesen Zweck Ausnahmen von einer Lösung offerierten, würden wir die Verhandlungen außerordentlich erschweren, da die Sowjets sich mit ihren Forderungen dann immer weiter nach Westen verschieben würden. Das Ergebnis könnte nur ein völlig unbefriedigendes sein. Wir brauchen noch mehr öffentliche Unterstützung in USA und Europa für eine Null/Null-Lösung.

*Bundeskanzler* betont, daß die Null-Lösung ursprünglich von uns erfunden wurde. Wir haben damals sicherlich nicht alle Probleme übersehen und hatten vor allem eine Lösung vor Augen, bei der keine SS-20 Ziele in Westeuropa erreichen kann.

*Nitze* läßt es offen, ob die Sowjets sich wirklich Sorgen machen um französische und britische Systeme oder ob sie sie vorwiegend als Argument zur Erreichung ihrer Verhandlungsziele benutzen, d. h., um ihre Stärke aufrechtzuerhalten und die USA aus Europa herauszudrängen.

Die sowjetische Argumentation in dieser Frage ist in vielfacher Hinsicht fehlerhaft:

- Die SU zählt die SLBM mit, die offensichtlich mit sowjetischen und amerikanischen Systemen identisch sind, die nicht unter die INF gerechnet werden. (Glitman: Zur Rechtfertigung rechnet die SU 18 sowjetische Systeme in der Ostsee mit.)
- Die SU rechnet nuklearfähige Flugzeuge als Äquivalent der SS-20.
- Die SU zählt lediglich Kampfflugzeuge mit einem Radius von über 1000 km, während ihre eigene Stärke bei Kampfflugzeugen gerade unter 1000 km liegt, mit denen sie weite Teile des NATO-Territoriums in Westeuropa erreichen kann.

<sup>11</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

- Selbst wenn man die letzten beiden Argumente akzeptieren sollte, hätte die SU immer noch eine zwei- bis dreifache Überlegenheit gegenüber der kombinierten Stärke der USA, GBs und Fs.
- F und GB lehnen die Berücksichtigung ihrer Systeme ab.
- Die SU sieht in dem Zusammenhang nicht ein, daß das Streben nach absoluter Sicherheit eines Landes die absolute Unsicherheit für alle anderen bedeutet.
- Letztlich hat er die strikte Weisung, britische und französische Systeme nicht in den Verhandlungen zu berücksichtigen.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß Breschnew bereits 1978 von einem Gleichgewicht gesprochen hat<sup>12</sup>, das angesichts der einseitigen sowjetischen Hochrüstung in den letzten vier Jahren heute keinesfalls mehr existieren könne. Wie kann man die Sowjets unter möglichster Gesichtswahrung von ihrer Gleichgewichtsbehauptung im INF-Bereich herunterbekommen?

Er verweist<sup>13</sup> auf zwei Probleme, die das jüngste Papier Semjonows aufwirft:

- Die USA erwähnen bei den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite lediglich die sowjetischen, nicht aber ihre eigenen. (Nitze erläutert: Es handelt sich nur um eine kollaterale Maßnahme. Die USA sind bereit, auch über entsprechende amerikanische Systeme zu sprechen, wenn die Sowjets es wünschen. Aber sie haben es bisher nicht gewünscht. Kwizinskij hat lediglich angemerkt, daß die Amerikaner offensichtlich „die Kuh zweimal verkaufen wollen“. Damit meint er wohl, daß die USA die Nichtstationierung von Pershing II gegen den Abbau von SS-20 anrechnen wollen und dann noch die Pershing I, die an sich durch Pershing II ersetzt werden sollen<sup>14</sup>, gegen sowjetische Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite.)
- Hat die Frage konventioneller CMs in Genf eine Rolle gespielt? (Nitze erläutert, daß die Unterscheidung zwischen nuklear und konventionell bestückten CMs ein außerordentlich schwieriges Verifikationsproblem stellt. Ob man daher eine generelle Reduzierung der CMs ins Auge fassen kann, ist ein Problem kollateraler Maßnahmen und wird erst in einem späteren Stadium behandelt werden. Auf unserer Seite muß sich die HLG noch eingehend damit beschäftigen.)

Er fragt, wann die kritische Phase der Verhandlungen erreicht sein wird. Nach seinem Gefühl haben die Sowjets wirkliche Angst vor einer Stationierung der Pershing II. Dieser Anreiz für einen Verhandlungserfolg muß daher unbedingt aufrechterhalten werden.

*Nitze* hofft, daß die Sowjets die Verhandlungspause<sup>15</sup> zu einem intensiven Nachdenken nutzen werden und man dann bald zu wirklichen Verhandlungen

<sup>12</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 thematisierte er Fragen des militärischen Gleichgewichts in Europa. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 136.

In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978, die Breschnew zusammen mit Schmidt abgab, hieß es, „annähernde Gleichheit und Parität“ würden Sicherheit gewährleisten. Vgl. BULLETIN 1978, S. 429.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „weist“.

<sup>14</sup> Zu den amerikanischen Überlegungen, die in der Bundesrepublik stationierten Pershing-I-A-Raketen durch Pershing-II-Raketen zu ersetzen, vgl. Dok. 299.

<sup>15</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 16. März 1982 vertagt.

kommt. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen zu urteilen, haben die Sowjets viele Motive. Ihr wichtigstes scheint zu sein, die USA aus Europa herauszudrängen (BK: oder zumindest die öffentliche Meinung in Europa gegen die USA aufzuputschen). Die sowjetischen Militärs in Genf geben vor, sich größere Sorgen über die CM zu machen als über die Pershing II. Aber vielleicht wollen sie damit ihre wirklichen Ziele verschleiern. Insgesamt glaubt er, daß die kritische Phase der Verhandlungen noch nicht während der nächsten zwei Monate bis zur Sommerpause um den 20. Juli herum<sup>16</sup> erreicht sein wird. Man wird sich ihr erst nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im September<sup>17</sup> nähern können.

*Glitman* fügt hinzu, daß die langsam fliegenden CMs die Sowjets in Wirklichkeit wohl weniger beunruhigen werden, da sie ohnehin eine Abwehr gegen die amerikanischen SLCM<sup>18</sup> aufbauen müssen. Der Einschluß der britischen und französischen Systeme ist für die sowjetische Argumentation entscheidend. Wie ein Prawda-Artikel deutlich macht, soll der sowjetische Reduzierungsvorschlag 1990 praktisch zu einem Ausschluß amerikanischer Systeme aus Westeuropa führen.

*Bundeskanzler* meint, daß es Moskau wahrscheinlich schwerfallen wird, sich auf Rückfallpositionen zu einigen. Breschnew ist nur beschränkt arbeitsfähig. Unter seinem Namen werden Entscheidungen von seinem Büro vorbereitet. Das Nachfolgeproblem wirft sicherlich insoweit Schatten voraus, als jeder zur Zeit sich außerordentlich vorsichtig bewegt.

Auf Bemerkung Nitzes, daß Ustinow Tschernenko als Nachfolger Breschnews im Amte des Generalsekretärs favorisieren soll, während Andropow eine Position als Königsmacher anstrebe und Gromyko zum Staatsoberhaupt machen wolle, meint er, daß Gromyko wohl jedenfalls weiterhin an Einfluß gewinnen werde. Er ist jetzt schon wesentlich stärker, als er es 1978 war, als Breschnew in Bonn sich noch über ihn lustig machen konnte. Wesentlich für die Moskauer Verhandlungsführung wird sein, ob die Militärs bereit sind, ihren Vorteil gegenüber dem Westen aufzugeben. Gorschkow, Ustinow und Ogarkow sind außerordentlich fähige und selbstbewußte militärische Führer, aber er bezweifelt, ob sie ihre in den letzten Jahren erkämpfte Position verändern werden.

Auf Einwurf Nitzes, daß z. B. nach dem Tode Stalins Veränderungen immerhin den österreichischen Friedensvertrag<sup>19</sup> möglich gemacht hatten, bezweifelt er, daß es nach einem Abtreten Breschnews zu einer aufgeschlosseneren Politik kommt. Vielleicht wird eine neue Führungsgruppe im wirtschaftlichen Gebiet flexibler handeln müssen. Sie wird aber wahrscheinlich bei der Verteidigung eher hartnäckiger sein als Breschnew, dessen Denken eindeutig auf die Vermeidung eines Krieges ausgerichtet ist. Wirtschaftlich muß sich einiges än-

<sup>16</sup> Die nächste Runde der INF-Verhandlungen in Genf fand vom 20. Mai bis 20. Juli 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 169.

<sup>17</sup> Nach der Vertagung der INF-Verhandlungen in Genf am 20. Juli 1982 fand die nächste Verhandlungsrunde vom 30. September bis 30. November 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 279 und Dok. 312.

<sup>18</sup> Zu der von der amerikanischen Marine geplanten Beschaffung von seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vgl. Dok. 62, Anm. 11.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

dern, weil sich das System offensichtlich als unfähig erweist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die sowjetischen Führer müssen sich vor sich selbst schämen, daß sie sogar bei Normalernten auf die Einfuhr von 44 Mio. Tonnen Getreide aus dem Westen angewiesen sind. Aber selbst ein Wirtschaftskrieg würde sie nicht zu einer Reduzierung der Verteidigungslasten bewegen, sondern nur dazu, ihrer Bevölkerung weitere Entbehrungen aufzuerlegen.

Auf Nitzes Einwurf, daß die Sowjets in Genf die Polen für die Reduzierung der Fleischration in der SU verantwortlich machen, meint er, daß die Polen insbesondere für die Verluste an Hartwährung verantwortlich sind. Das östliche Wirtschaftssystem zeigt zumindest ebenso große Krisenerscheinungen wie das westliche. Sie werden sich ausbreiten. Seine Sorge ist, daß auch Ungarn in den Sog der Wirtschaftskrise und in größere Abhängigkeit von der SU gezogen werden könnte. Er wird Kádár, den er für einen sehr weisen und in seinem Lande erstaunlich populären politischen Führer hält, Ende April in Bonn sehen.<sup>20</sup>

Nitze betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Haltung der Bundesregierung für die Verhandlungen in Genf sehr hilfreich war. Das gilt insbesondere für die starke Unterstützung für den NATO-Doppelbeschluß.

Zur Öffentlichkeitsarbeit berichtet er, daß er mit Kwizinskij vereinbart hat, die Verhandlungen strikt vertraulich zu behandeln. Er hat sich allerdings vorbehalten, die NATO-Verbündeten und den Kongreß zu unterrichten. Aber einige Verbündete scheinen die Vereinbarung über die Vertraulichkeit so zu interpretieren, daß sie ihrerseits ihre Öffentlichkeit nicht über die Substanz der Gespräche unterrichten dürften. Das aber ist nicht das Ziel der vereinbarten Vertraulichkeit.

Nach seiner Erfahrung könnte es nützlich sein, bei der Darstellung zwischen der zentralen Frage – der Null/Null-Lösung – und den vielen zweitrangigen Problemen zu unterscheiden. Nur dann kann man die wirkliche Bedeutung der verschiedenen sowjetischen Vorschläge wirklich verständlich machen. Ein Moratorium<sup>21</sup>, das mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung in Genf in Kraft tritt, würde z.B. bedeuten, daß die Sowjets SS-20 in Sibirien weiterhin stationieren können. Die von ihnen vorgeschlagene Reduzierung<sup>22</sup> würde auch nicht zur Vernichtung der SS-20 führen, sondern lediglich zum Abtransport aus Europa.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß natürlich solche Stationierungsorte in Sibirien ausgeschlossen werden müssen, von denen aus die USA erreicht werden können. Aber das kann z.B. die Japaner nicht beruhigen, die ihre Sorgen bereits in Washington angemeldet haben. Nach seiner Auffassung könnte die SU bei einem endgültigen Abkommen letzten Endes einer Obergrenze der in ihren östlichen Landessteilen stationierten Systeme zustimmen.

<sup>20</sup> Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich vom 26. bis 28. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 128.

<sup>21</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 40.

(*Glitman*: Breschnews Behauptung in seiner Rede in Taschkent<sup>23</sup>, daß die SU China nicht bedrohe, steht im klaren Widerspruch zur Haltung der SU in Genf.)

*Bundeskanzler* hätte es im Hinblick auf chinesische Empfindlichkeiten lieber gesehen, daß die USA keine Flugzeugersatzteile nach Taiwan verkauften.<sup>24</sup> (*Nitze*: Nicht alle Leute wissen, worauf es ankommt.)

Er versteht *Nitze*s Bemerkung zur Vertraulichkeit der Verhandlungen so, daß die Regierungen frei sein sollen, über die aufgeworfenen Fragen zu diskutieren. Er fragt, ob es hilfreich sein würde, wenn er die Bemerkung *Reagans* über ein mögliches Treffen mit *Breschnew* am Rande der 2. SGV<sup>25</sup> auch als gute Gelegenheit begrüßt, die START-Verhandlungen vorwärtszubringen. Auf Frage *Glitmans* meint er, daß der Präsident seine geplante Erklärung über den Beginn der START-Verhandlungen<sup>26</sup> am besten so rechtzeitig abgibt, daß sie ihren vollen Effekt auf Presse und Öffentlichkeit bereits bei seiner Ankunft<sup>27</sup> entfaltet hat. Harte Reden verschiedener Falken haben insbesondere in den nicht-nuklearen Staaten Europas den Eindruck geschaffen, als sei Washington nicht wirklich an Abrüstung interessiert, sondern strebe nach Überlegenheit. Außerdem versteht sich die SU inzwischen außerordentlich gut auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Westeuropa. (*Nitze*: Samjatin brüstet sich damit, 70 000 Leute zu beschäftigen.)

Er berichtet, daß er die große Strategiedebatte bereits in Guadeloupe<sup>28</sup> kommen sah. Er hat dort die drei anderen westlichen Führer von der Gefahr einer nuklearen Erpressung durch die SS-20 überzeugen können. Er hat in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer strategischen Bestandsaufnahme im Westen hingewiesen, die wahrscheinlich mit einer Strategiedebatte verbunden werden muß. Eine solche Bestandsaufnahme und auch eine Debatte ist inzwischen im Gange. Er selbst fragt sich, ob man nicht, um die Debatte in vernünftige Richtung zu lenken, an ein informelles und privates Treffen intelligenter und wohlinformierter Leute denken sollte. Teilnehmen sollten Parlamentarier, die sich mit diesen Fragen beschäftigt haben, Fachleute wie z. B. *Christoph Bertram*, aber ein oder zwei Vertreter der „Vierer-Bande“.<sup>29</sup>

<sup>23</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Breschnew*, am 24. März 1982 in Taschkent vgl. Dok. 107, Anm. 4.

<sup>24</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>25</sup> In einem Interview sprach Präsident *Reagan* am 5. April 1982 in Washington über die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, *Breschnew*, anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung, die vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York stattfand. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 430. Zur VN-Sondergeneralversammlung vgl. Dok. 215.

<sup>26</sup> Vgl. die Rede von Präsident *Reagan* am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>27</sup> Präsident *Reagan* hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und nahm am 10. Juni 1982 an der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Bonn teil. Vgl. dazu Dok. 176, Dok. 177 und Dok. 179.

<sup>28</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister *Callaghan*, Präsident *Carter*, Staatspräsident *Giscard d'Estaing* und Bundeskanzler *Schmidt* auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>29</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Er macht sich Sorge, daß die strategische Debatte, wenn sie nicht in die richtige Richtung gelenkt wird, von utopischen Vorstellungen bestimmt werden kann, inspiriert von Emotionen, Halbwissen und sowjetischer Propaganda.

*Nitze* fürchtet seinerseits den bandwaggon-effect von Vorstellungen wie der des Einfrierens nuklearer Rüstungen. Senator Percy hat ihn bei seinem Bericht vor dem Senatsausschuß auf die Begeisterung der „freeze people“ hingewiesen. Seine Antwort war eine Warnung vor den möglichen Folgen einer übertriebenen Begeisterung.

*Bundeskanzler* weist darauf hin, daß seine Popularität in seiner eigenen Partei darunter gelitten hat, daß er sich hartnäckig geweigert hat, seine Sicherheitspolitik durch Emotionen und Begeisterung bestimmen zu lassen. Er wird daran festhalten, auch wenn er damit in die wohl schwierigste Periode seiner politischen Karriere hineingerät. Aber auch alle anderen Regierungschefs der nicht-nuklearen westeuropäischen Staaten haben Schwierigkeiten. Auf die Frage *Nitze*s, ob der bandwaggon-effect in Deutschland durch die viel beschriebene Angst vergrößert werde, meint er, daß es heute modisch ist, Angst herauszustellen. Aber es geht nicht wirklich um Existenzangst. Das Konzept der Angst ist ein Vehikel, andere Ideen zum Ost-West-Verhältnis durchzusetzen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Niederlande, Dänemark, Belgien (wenn man dort einmal über den Sprachenstreit hinausdenkt) und auch Italien.

*Nitze* hält den Gedanken, eine grand strategy durch eine repräsentative Gruppe kluger und informierter Leute ausarbeiten zu lassen, für sehr fruchtbar. Sie befinden sich nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit oder politischer Opportunität (BK: nur unter dem Druck der Argumente und berechtigten Zweifel). Kennedys Vorschläge sind nicht hilfreich, da sie allzusehr von politischer Opportunität bestimmt sind.

*Bundeskanzler*: Leute wie Vance, Mondale, McNamara sollten an einer solchen Gruppe teilnehmen, von uns jedenfalls Bahr. (*Nitze* hatte die Absicht, Bahr aufzusuchen, kann es jetzt leider aus zeitlichen Gründen nicht mehr tun. Er bittet den Bundeskanzler, Bahr jedenfalls seine Absicht mitzuteilen.)

*Nitze* geht abschließend auf die Frage des Bundeskanzlers nach einer persönlichen Bewertung der Verhandlungsaussichten ein. Er gibt den Verhandlungen weniger als 50% Erfolgchancen. Nur eine Null/Null-Lösung – mit einigen gesichtswahrenden Ausnahmen – macht wirklich Sinn. Es hat keinen Zweck, ein Abkommen von nur marginalem Wert zu schließen.

*Bundeskanzler* versteht, daß *Nitze* keine große Aussicht auf ein voll zufriedenstellendes Abkommen sieht. Er weist darauf hin, daß aber auch die Aussicht auf ein marginal noch befriedigendes Abkommen mit den START-Verhandlungen verknüpft ist. Ohne wirkliche START-Verhandlungen läßt sich selbst theoretisch kein INF-Abkommen vorstellen.

*Nitze* hält es für vernünftig, INF und START parallel zueinander zu verhandeln. Aber die INF-Verhandlungen haben auch ihr eigenes Gewicht, ebenso wie START.

*Bundeskanzler* fügt hinzu, daß die Sowjets ein größeres Interesse an einem Abkommen über die interkontinental-strategischen Waffen haben als an einem

Abkommen über die INF. Es kann – schon wegen der immer wichtiger werden- den seegestützten Nuklearwaffen – ohne START auch nicht zu einer zufrieden- stellenden Dateneinigung bei INF kommen. Aber ohne Dateneinigung schwe- ben Verhandlungen – wie MBFR zeigt – im luftleeren Raum.

Als ein Instrument und als ein Ziel der westlichen Strategie müssen wir heute Rüstungskontrolle und Abrüstung herausstellen. Das hat man 1967 im Harmel- Bericht<sup>30</sup> noch nicht so eindeutig gesehen.

Abschließend einigen sich der *Bundeskanzler* und *Nitze* über die Grundlinien ihrer kurzen Erklärungen vor der Presse.<sup>31</sup>

**VS-Bd. 14109 (010)**

## 120

### Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 71

Cito

**Aufgabe: 17. April 1982, 16.35 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 17. April 1982, 17.27 Uhr**

Betr.: Privataudienz von Papst Johannes Paul II. für BM Genscher am  
16. 4. 1982<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

1) Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, wurde am 16. April 1982 von Papst Johannes Paul II. in einer 45 Minuten dauernden Pri- vataudienz empfangen. Er führte anschließend ein ebenfalls 45 Minuten wäh- rendes Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli. An dem zweiten Gespräch nahmen auch der Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche (vatikanischer „Außenminister“), Erzbischof Silvestrini, und Botschafter Gehlhoff teil.

2) In der Privataudienz beim Papst überbrachte BM Genscher die Grüße sowohl des Bundespräsidenten wie auch der Bundesregierung und betonte, daß der Be-

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>31</sup> Im Anschluß an sein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze erklärte Bundes- kanzler Schmidt am 16. April 1982: „Herr Nitze hat mein Vertrauen in die ernsthafte und verant- wortungsbewußte Verhandlungsführung durch die amerikanische Regierung bestärkt.“ Vgl. die Meldung „Nitze beim Kanzler“; DIE WELT vom 17./18. April 1982, S. 4.

<sup>1</sup> Hat Amtsrat Gisy am 19. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 16. April 1982 im Vatikan auf.

such des Papstes in Deutschland im November 1980<sup>3</sup> bei allen Menschen in guter Erinnerung sei.

Das Gespräch wandte sich dann dem Konflikt um die Falklandinseln zu. BM Genscher erläuterte hierzu die Haltung der Bundesregierung, die – gemäß ihren allgemeinen Grundsätzen – eine friedliche Lösung wünsche, Blutvergießen vermeiden wolle und auf einen Erfolg der amerikanischen Vermittlungsbemühungen<sup>4</sup> hoffe. Leider gebe es Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion die Bemühungen um eine friedliche Konfliktregelung nicht unterstütze, sondern vielmehr Argentinien zu einer unnachgiebigen Haltung bewege.<sup>5</sup>

3) Der Gesprächsabschnitt, der den Ost-West-Beziehungen gewidmet war und der von BM Genscher zu einer kurzen Erläuterung der Regierungspolitik benutzt wurde, konzentrierte sich auf die Lage in Polen. Papst Johannes Paul II. erklärte hierzu, daß die gegenwärtige Führung in Polen vom Volk nicht gewollt worden sei und daß sie das Vertrauen des Volkes auch nicht zu gewinnen vermöge. Die von der Regierung auch gegenüber der katholischen Kirche abgegebene Versicherung, ein Konzept der nationalen Versöhnung zu verfolgen, sei bisher rein verbal und ohne praktische Konsequenzen geblieben. General Jaruzelski habe früher in Polen einen guten Namen gehabt. Es sei schwer zu beurteilen, wie stark seine Position heute wirklich sei und ob er noch eine eigenständige Lösung der Probleme in Polen anstrebe, oder ob er für einen orthodoxen, prosovjatischen Kurs lediglich seinen Namen hergegeben habe.

Zu seinem Plan einer zweiten Polenreise im Spätsommer 1982 erklärte der Papst, die Verwirklichung dieses Planes werde davon abhängen, ob zur gegebene

<sup>3</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 15. bis 19. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 340.

<sup>4</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 113. Ministerialdirigent Limmer teilte den Botschaften in Buenos Aires, London und Washington am 17. April 1982 mit: „Die Vermittlungsbemühungen AM Haigs in Buenos Aires haben gestern offenbar Fortschritte gemacht. Lage wird vorsichtig optimistisch eingeschätzt. Einzelheiten der Gespräche in Buenos Aires nicht bekannt. In Medien ist die Rede von arg[entinischem] Rückzug von den Inseln gegen brit[ische] 3000-Seemeilen-Distanz vom Konfliktgebiet. Argentinische Nachrichtenagentur verbreitete ferner Möglichkeit, ARG solle Inselouveränität zugesprochen werden, GB dafür Nutzungsrechte für Bodenschätze im Seegebiet um die Inseln erhalten. Im State Department hieß es, Argentinien sei wohl bereit, Truppen von Inseln gegen brit. Flottenumkehr abzuziehen, bestehe aber auf arg. Inselouveränität. Man schließe nicht aus, daß GB Tempo der Flotte verlangsame, um Haigs Bemühungen mehr Zeit zu geben.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 136666.

<sup>5</sup> Vortragende Legationsrätin Wannow notierte am 16. April 1982 zur Haltung der UdSSR zum Falkland-Krieg: „Zwei Wochen nach Beginn der Falkland-Insel-Krise liegt noch keine eigene offizielle sowjetische Stellungnahme vor. Die sowjetische Presse beschränkt sich auf die Wiedergabe von westlichen Stellungnahmen und von Stimmen aus den Argentinien benachbarten Staaten. Diese Reaktion auf eine nicht von der UdSSR verursachte Krise ist typisch. [...] Die sowjetische Haltung bei der Abstimmung über eine Verurteilung der argentinischen Besetzung der Inseln im Rahmen der Vereinten Nationen – sowjetische Enthaltung bei der Abstimmung – entsprach der gegenwärtig noch andauernden sowjetischen Überlegungsphase; sie verletzte nicht argentinische Interessen, die sie freilich auch nicht voll befriedigte (deshalb auch im Anschluß an die Abstimmung Intensivierung der bilateralen Außenhandelskontakte zu Argentinien). [...] Zwischenzeitlich wird die Sowjetunion durch ihre Pressekampagne die selektive Auswahl aus Pressepublikationen westlicher Länder in erster Linie unter dem Gesichtspunkt treffen, den Konflikt dafür zu nutzen, einen Gegensatz der Staaten der westlichen Hemisphäre (USA/Südamerika), neue Gegensätze innerhalb der NATO-Staaten (USA/Großbritannien/Frankreich), Handelsblockaden der EG-Staaten als Beispiele für imperialistische Krisen in der ‚kapitalistischen‘ Welt herauszustellen und diese ohne viel eigenes Zutun für den Ausbau ihres Verhältnisses zur Dritten Welt und insbesondere zu Lateinamerika zu nutzen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133206.

nen Zeit die Möglichkeiten für die Durchführung eines Reiseprogramms ohne staatliche Beschränkungen bestehen und ob das Kriegsrecht wieder aufgehoben oder zumindest weitgehend gemildert worden sei. Eine endgültige Entscheidung über den Plan einer zweiten Polenreise im Spätsommer 1982 werde voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Monate getroffen werden.<sup>6</sup>

Der Bundesminister gab in diesem Teil des Gesprächs seine Einschätzung der Lage in der DDR und der ökonomischen Schwierigkeiten in den übrigen osteuropäischen Staaten.

4) Des weiteren erläuterte der Minister die Haltung der Bundesregierung zu den Problemen Abrüstung und Rüstungskontrolle. In diesem Zusammenhang unterstrich er die Bedeutung des KSZE-Prozesses und die Notwendigkeit, diesen Prozeß fortzusetzen.

5) Im Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli wurde von BM Genscher, wie auch schon zuvor in der Audienz beim Papst, der gute und problemlose Stand der deutsch-vatikanischen Beziehungen hervorgehoben. Kardinal Casaroli meinte hierzu, daß es einige schlafende Probleme (Bistumsgrenzen<sup>7</sup>) gebe. Der Minister quittierte dies mit der Bemerkung: Je länger diese Probleme schließen, desto besser.<sup>8</sup>

6) Kardinalstaatssekretär Casaroli wie Bundesminister Genscher drückten ihre ernste Sorge über den Konflikt um die Falklandinseln aus. Casaroli machte deutlich, daß der Heilige Stuhl nach Möglichkeiten sucht, gegenüber den Konfliktparteien sein Gewicht für eine friedliche Lösung des Konflikts in die Waagschale zu werfen. BM Genscher hielt es für förderlich, wenn der Papst in einem

<sup>6</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Vom 16. bis 23. Juni 1983 besuchte er erneut Polen.

<sup>7</sup> Seit 1949 befanden sich Teile von Diözesen mit Bischofssitz in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der DDR. Die bischöflichen Kompetenzen wurden in diesen Gebieten zunächst durch Kommissare wahrgenommen, die von den jeweiligen Bischöfen der zuständigen Diözesen in der Bundesrepublik ernannt wurden, darüber hinaus jedoch mit einem „Mandatum speciale“ des Papstes handelten, das die Übertragung bestimmter, der päpstlichen Genehmigung unterliegender Befugnisse regelte. Bei den kommissarisch verwalteten Jurisdiktionsbezirken der katholischen Kirche in der DDR handelte es sich um das Generalvikariat Erfurt als Teil des Bistums Fulda, das Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg als Teil des Erzbistums Paderborn, das Kommissariat und Generalvikariat Meiningen als Teil des Bistums Würzburg sowie das Kommissariat Schwerin als Teil des Bistums Osnabrück. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 324.

Am 23. Juli 1973 wurden die bisherigen Kommissare zu dem Papst unmittelbar unterstehenden Apostolischen Administratoren ernannt. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 226.

In der DDR gab es keine nationale Bischofskonferenz. Die in der DDR residierenden Bischöfe gehörten der Deutschen Bischofskonferenz an, wurden jedoch aus politischen Gründen an der Teilnahme gehindert. Die Bischöfe der DDR trafen sich daher in einem informellen Gremium, das als Berliner Ordinarienkonferenz bzw. seit 1976 als Berliner Bischofskonferenz bezeichnet wurde. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 260.

<sup>8</sup> Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte am 21. September 1981 mit, das Thema einer kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR sei „gegenwärtig nicht aktuell. Es liegen uns keine Hinweise vor, die zu einer Änderung dieser Einschätzung Anlaß geben. Solange die Krise in Polen anhält und im Ost-West-Verhältnis keine Anzeichen für eine Neubelebung der Entspannung vorhanden sind, dürfte Papst Johannes Paul II. nach meiner Auffassung keine Veranlassung haben, eine Neuordnung der Bistumsgrenzen in der DDR vorzunehmen. Es spricht auch nichts dafür, daß Kardinalstaatssekretär Casaroli, loyaler erster Mitarbeiter des Papstes, aus eigener Initiative Sondierungen in dieser Richtung vornimmt oder vornehmen läßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 119; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

öffentlichen Appell alle Mächte und somit vor allem die Sowjetunion dazu aufrufen könnte, die Vermittlungsbemühungen der USA nicht zu stören.

7) Zum Abschluß des Gesprächs mit Kardinalstaatssekretär Casaroli wurde die Lage in Polen erörtert. Sowohl Casaroli wie BM Genscher hoben hervor, daß sie vor etwa Jahresfrist in mehrstündigen Gesprächen von Ministerpräsident Jaruzelski den Eindruck eines ernsthaften, patriotisch denkenden Mannes gewonnen hätten.<sup>9</sup>

Casaroli führte aus, daß alle Polen – verständlicherweise – der Ansicht seien, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 sei auf direkte Anordnung Moskaus geschehen. Im Vatikan bestehe hierzu eine etwas vorsichtigere Einschätzung. BM Genscher berichtete aus einem Gespräch mit Vizeministerpräsident Rakowski Ende Dezember 1981, bei dem er ihm gesagt habe, daß die Sowjetunion der polnischen Regierung bei der Verhängung des Kriegsrechts vielleicht nicht die Hand geführt habe, daß hinter diesem Akt aber die sowjetische Faust sichtbar geworden sei.<sup>10</sup> Casaroli teilte die Auffassung, daß es ohne die stets präsente sowjetische Drohung wohl nicht zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen gekommen wäre.

8) Die Privataudienz von Papst Johannes Paul II. für BM Genscher konnte an die Begegnung während des Deutschland-Besuchs im November 1980 anknüpfen. Sie wurde, ebenso wie das anschließende Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli, in deutscher Sprache geführt und verlief sehr herzlich und aufgeschlossen. In der Beurteilung weltpolitischer Fragen erbrachte die Audienz praktisch vollständige Übereinstimmung; dies gilt insbesondere für den Konflikt um die Falklandinseln und seine Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen sowie für die Lage in Polen.

Der Besuch des Bundesministers im Vatikan bestätigte den guten Stand der deutsch-vatikanischen Beziehungen und war für den kontinuierlich zwischen beiden Seiten gepflegten Dialog von hohem Wert.

[gez.] Gehlhoff

**Referat 203, Bd. 124901**

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 19./20. März 1981 Polen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

Der Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Casaroli, hielt sich vom 30. Mai bis 1. Juni 1981 in Polen auf. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 1. Juli 1981, zur Unterredung Casarolis mit Ministerpräsident Jaruzelski sei ihm, Gehlhoff, durch eine „polnische Quelle“ mitgeteilt worden, die Gesprächspartner hätten unter anderem über die „Gefahr von Provokationen“ gesprochen: „In Polen sei z. B. bereits das Gerücht zu hören, daß hinter dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. vom 13. Mai die Sowjetunion stecke. Dieses Gerücht, wenn allgemein verbreitet, könnte in einer zugespitzten Situation leicht eine allgemeine Volkswut mit unabsehbaren Folgen provozieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>10</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395.

## 121

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem dänischen Außenminister Olesen in Kopenhagen

204-321.11 DAN

19. April 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit AM Olesen<sup>2</sup>;  
hier: Delegationsgespräch

An dem knapp einstündigen Delegationsgespräch nahmen teil auf dänischer Seite: StS Jørgensen, Botschafter Fischer, UStS Dyvig, UStS Møller; auf deutscher Seite: Botschafter Jestaedt, MD Per Fischer, RL 204<sup>3</sup>, RL 013<sup>4</sup>, VLR von Ploetz.

AM *Olesen* wies einführend darauf hin, daß die beiden Außenminister sich in ihrem etwa einstündigen Vieraugen-Gespräch befaßt hätten mit Bündnisfragen, Verbesserung der transatlantischen Konsultationen, Problem des EG-Mandats vom 30.5.1980<sup>5</sup>, Europäische Akte, Grönland nach dem Referendum<sup>6</sup> und Falkland-Konflikt.

Im Delegationsgespräch wurden folgende Themen behandelt: Stand der INF-Verhandlungen/START; KSZE-Prozeß, einschließlich KAE, Polen; Grönland, einschließlich Fischereifrage; EG-Mandat vom 30.5.1980.

## 1) INF/START

*Bundesminister* berichtet auf Wunsch von AM Olesen über den Nitze-Besuch in Bonn<sup>7</sup>: Wir hätten gegenüber Nitze erneut unser Interesse an der Durchsetzung der<sup>8</sup> Null-Option<sup>9</sup> unterstrichen und auf die Probleme hingewiesen, die

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 21. April 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 22. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnmühl und Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte.

Hat Braunnmühl am 23. April 1982 und Jansen am 26. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. April 1982 in Dänemark auf.

<sup>3</sup> Reinhold Schenk.

<sup>4</sup> Karl Theodor Paschke.

<sup>5</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte am 26. Februar 1982: „Die Grönländer haben sich am 23. Februar 1982 in einer Volksabstimmung mit 52 % der Stimmen gegen das weitere Verbleiben Grönlands in der EG ausgesprochen. Damit fand eine Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt, die bereits Anfang der 70er Jahre ihren Ausgang nahm. Die grönländische Bevölkerung stand von Anfang an einem Eintritt Dänemarks in die EG ablehnend gegenüber, da sie befürchtete, dadurch die Verfügungsgewalt über die Fischerei in den grönländischen Gewässern (die Hauptlebensgrundlage der Grönländer) zu verlieren. [...] Wichtig ist, daß Grönland auch nach der Volksabstimmung vom 23. Februar 1982 außen-, währungs- und verteidigungspolitisch integraler Bestandteil der dänischen Krone bleibt. Daher besteht auch kein Zweifel an der weiteren Zugehörigkeit Grönlands zur NATO. Indessen ist unstreitig, daß mit dem Nein zur EG Grönland ein wichtiges Bindeglied zur Zentralregierung in Kopenhagen lockert.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124939.

<sup>7</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 15./16. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 117 und Dok. 119.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnmühl handschriftlich eingefügt: „beiderseitigen“.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnmühl gestrichen.

entstehen können. Der amerikanische Entwurf<sup>10</sup> beziehe sich auch auf Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite der östlichen Seite. Es sei zunächst nicht sicher gewesen, ob die SU darüber zu sprechen bereit sei. Wir seien daran interessiert, daß darüber gesprochen werde, damit durch Ausschluß dieser Systeme nicht eine neue Grauzonenproblematik entstehe. SU sei jetzt auf diese Frage eingegangen, habe aber beanstandet, daß die westlichen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite nicht einbezogen worden seien. Der Bundesminister vertrat die Auffassung, daß es notwendig sei, darüber in der SCG zu sprechen. Man müsse sich schnell mit Frankreich und Großbritannien verständigen, auch im Interesse einer gemeinsamen westlichen Reaktion gegenüber der Öffentlichkeit. Es dürfe nicht zu unterschiedlichen westlichen Reaktionen kommen. Die USA seien hierfür sehr aufgeschlossen. Wir hätten im übrigen – so BM – gegenüber Nitze unser Interesse an baldiger Aufnahme der START-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Die Aufnahme von START-Verhandlungen mache es leichter, sich über einige Hauptstreitpunkte, nämlich die Abgrenzung von Mittelstrecken- und strategischen Waffen, zu verständigen. Er, BM, hoffe, daß Präsident Reagan vor dem NATO-Gipfel<sup>11</sup>, d.h. im Mai und Juni, noch zwei Reden zu Fragen der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik halten werde<sup>12</sup>.

AM Olesen erwähnte, daß MP Jørgensen den jüngsten Moratoriumsvorschlag Breschnews vom 16.3.<sup>13</sup> als ein „positives Signal“ bezeichnet habe. Diese Bewertung beziehe sich nicht auf den Inhalt des sowjetischen Vorschlages. Diesem könne man nicht zustimmen. Der sowjetische Vorschlag sei jedoch ein positiver Schritt in die richtige Richtung, wenn man ihn mit früheren sowjetischen Positionen vergleiche. Was die Frage der SS-4 und SS-5 betreffe, so dürfe man nicht übersehen, daß diese Systeme nicht im Mittelpunkt der Diskussion gestanden hätten, als man den Doppelbeschluß verabschiedet habe. Nach dänischer Auffassung müsse man sich auf die wirklich zentralen Fragen in den bevorstehenden Verhandlungen konzentrieren. Dänemark habe sich den in der SCG abgestimmten Positionen angeschlossen in dem Sinne, daß diese einen Anfang der Verhandlungen darstellen sollten. Mit der ersten Verhandlungsrunde in Genf<sup>14</sup> sei man zufrieden. Die Verhandlungen hätten einen guten Start gehabt.

BM betonte, man müsse der SU immer wieder klarmachen, daß sie keine Anstrengungen darauf verschwenden sollte zu versuchen, den Westen auseinanderzudividieren. Er, BM, weise in jedem Gespräch mit sowjetischen Gesprächspartnern darauf hin, daß 1983 stationiert werde, es sei denn, die SU komme mit konstruktiven Vorschlägen, die zu konkreten Ergebnissen führten, an den Verhandlungstisch. In Moskau bestünden viele Illusionen. Man verkenne dort die Realitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Im Augenblick sei die SU in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 597*

Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Lösung“.

Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>11</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>12</sup> Vgl. die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>13</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 16. März 1982 in Moskau vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>14</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen und am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

der Substanz nicht verhandlungsbereit, weil sie hoffe, ihr Ziel auch ohne Gegenleistung erreichen zu können. Man blicke hierbei insbesondere auf die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Die SU habe nach Verabschiedung des Doppelbeschlusses zunächst überhaupt nicht verhandeln wollen. Sie habe zunächst die Parteitage der SPD<sup>15</sup> und der FDP<sup>16</sup> und deren Stellungnahme zum Doppelbeschluss abgewartet. Erst danach habe sie sich Mitte 1980 zu Verhandlungen bereit erklärt.

## 2) KSZE/KAE

BM meinte, der Westen sei in Madrid recht erfolgreich gewesen; so sei es nur zu einer Vertagung gekommen, und die Wiederaufnahme der Verhandlungen sei nicht an Bedingungen geknüpft worden.<sup>17</sup> Es bleibe wichtig, daß man sich nach Wiederbeginn der Verhandlungen auf die Abrüstungskonferenz konzentriere. Diese bleibe ein zentraler Punkt. Vertrauensbildende Maßnahmen seien unverzichtbar, wenn wir uns mit konventionellen Stärkeverhältnissen befaßten. Auch die MBFR-Verhandlungen könnten erleichtert werden, wenn wir uns über vertrauensbildende Maßnahmen verständigen können.

AM Olesen befürwortete – unter Zustimmung durch BM – möglichst baldige Konsultationen innerhalb der NATO und der EG. Er stimmte der Auffassung des Bundesministers zu, daß man sich in Madrid auf ein präzises Mandat für die KAE konzentrieren müsse. Man werde sich weiter mit den Verletzungen der Akte von Helsinki<sup>18</sup> befassen müssen. Er, AM Olesen, hoffe aber, daß dies keine Wiederholung der letzten Plenarsitzungen sein werde und daß man das Nötige im Plenum sagen und in den Ausschüssen konzentrierte Sacharbeit leisten könne.

## 3) Polen

BM erwähnte, daß er mit dem Papst am 16.4. in Rom auch über die Lage in Polen gesprochen habe.<sup>19</sup> Frage einer Polen-Reise des Papstes sei wohl noch nicht entschieden; die Entscheidung hänge auch von den Bedingungen dieses Besuchs ab. Er, BM, habe gegenüber dem Papst unterstrichen, daß allein die Tatsache, daß der päpstliche Besuch in Polen in Aussicht stehe<sup>20</sup>, eine politische Wirkung habe und zur Beeinflussung der polnischen Entwicklung dienen könne. Wir bewerten es daher positiv, daß der Papst sich mit dem Gedanken eines Polen-Besuchs trage. Der Primas von Polen, Glemp, werde in den nächsten Tagen in Rom sein und dort sicher auch über einen möglichen Polen-Besuch des Papstes sprechen.<sup>21</sup>

<sup>15</sup> Am 9./10. Juni 1980 fand in Essen ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt.

<sup>16</sup> Am 6./7. Juni 1980 fand in Freiburg im Breisgau ein außerordentlicher Parteitag der FDP statt.

<sup>17</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>19</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Papst Johannes Paul II. vgl. Dok. 120.

<sup>20</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

<sup>21</sup> Der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, hielt sich vom 26. bis 29. April 1982 im Vatikan auf. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete dazu am 30. April 1982: „Entgegen vielfältigen Pressemeldungen, denen zufolge Primas Glemp in Rom erklärt habe, die für August 1982 vorgesehene zweite Reise des Papstes nach Polen müsse verschoben werden, erklärte mir zu dieser Frage der Substitut im päpstlichen Staatssekretariat: Die Frage der zweiten Papstreise nach Polen sei nach wie vor offen [...]. Aus der Sicht der Botschaft erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Heilige

BM bewertete die polnische Entwicklung nicht sehr optimistisch. Es sei nicht gelungen, die Unterstützung der Bevölkerung für den jetzigen Kurs zu gewinnen. Jaruzelski und Rakowski hatten wohl am Anfang die Absicht gehabt, einen eher liberalen Kurs zu steuern. Sie hätten aber ihre persönliche Wirkung überschätzt. Jaruzelski habe rapide an persönlichem Ansehen verloren. Die wirtschaftlichen Probleme ließen sich nicht lösen, wenn man keine breitere Unterstützung finde. Es sei offen, wie lange noch die anderen in die wirtschaftlichen Lasten Polens eintreten würden. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage, auch in anderen osteuropäischen Staaten, u. a. Rumänien, aber auch in der DDR, sei nicht viel besser.

Was wir jetzt angesichts der bevorstehenden schwierigen Monate bräuchten, sei eine abgewogene, besonnene Politik (die Solidarität sei nicht zerschlagen). Er, BM, sei froh, daß wir in nächster Zeit eine Reihe internationaler Treffen hätten (NATO-Ministertreffen<sup>22</sup>, Weltwirtschaftsgipfel<sup>23</sup>, NATO-Gipfel, VN-SGV<sup>24</sup>) mit der Gelegenheit, über die normalen Kanäle hinaus vertrauensvoll miteinander zu sprechen.

AM Olesen stimmte der Analyse der polnischen Entwicklung durch BM voll zu. Die dänische Regierung habe ein klein wenig gezögert, in ihrer Kritik der polnischen Entwicklung zu offensiv zu sein. Dänemark habe den gemeinsamen westlichen Resolutionen zugestimmt. Es könne das Militärregime nicht akzeptieren. Andererseits stelle sich die Frage, wie man in den kommenden Monaten reagieren wolle. Er, AM Olesen, könne sich denken, daß einige Länder in der Zukunft mehr offensiv, andere eher mehr zurückhaltend vorgehen wollten. Es könne Schwierigkeiten geben, wenn man gegenüber Polen Sanktionen anwenden wolle. Die könnten auch dazu führen, daß die bisher positive Haltung des polnischen Volkes gegenüber dem Westen ins Negative umschlage.

#### 4) Deutsche Fischerei vor Ostgrönland

AM Olesen unterstrich, daß es außer der Frage der deutschen Fischerei vor Ostgrönland keine bilateralen Probleme gebe. Grönland habe man bereits in Vieraugen-Gespräch erörtert. Er wolle aber doch auf das positive Ergebnis der deutsch-dänischen Verhandlungen vom 15.4. in Kopenhagen hinweisen. Der grönländische Inselpremier Motzfeldt habe an den Verhandlungen teilgenommen und sei an dem positiven Ergebnis maßgeblich beteiligt gewesen. Die Einräumung einer Kabeljauquote für die deutsche Hochseefischerei von 4500 Tonnen sei ein positives Ergebnis.<sup>25</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 599*

Stuhl mit dem Offenhalten der Frage [...] den Versuch unternimmt, auf die Regierung in Warschau Einfluß im Sinne einer Lockerung und Aufhebung des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts zu nehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; Referat 214, Bd. 133050.

<sup>22</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 156–159.

<sup>23</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>24</sup> Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 215.

<sup>25</sup> Bundesminister Ertl teilte Bundesminister Genscher am 30. März 1982 mit: „Der Beschluß des EG-Ministerrates vom 29.12.1981 über die vorläufige Regelung der Fischerei im EG-Meer im Jahre 1982 hätte an sich die Eröffnung der [...] Fangmenge bereits zu Jahresbeginn erlaubt. Nur aus politischer Rücksichtnahme auf die Entwicklung in Grönland wurde bilaterale Abstimmung mit Dänen und Grönländern gesucht.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131262.

Botschaftsrat I. Klasse Giesder, Kopenhagen, berichtete am 15. April 1982 über Verhandlungen mit der dänischen Regierung am selben Tag: „Die Kabeljauquote für die deutsche Hochseefischerei

AM Olesen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die grönländische und isländische Bevölkerung mehr und mehr über die Schätzungen der Fischbestände besorgt seien. Für einige Fischarten sei bereits ein vollständiges Fangverbot vorgeschlagen worden.

5) EG-Mandat vom 30.5.1980

AM Olesen unterstrich, daß er dem Herrn Bundesminister zustimme, daß man mit Realismus an die Mandatsfrage herangehen müsse. Er, AM Olesen, stimme dem Herrn Bundesminister voll zu, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in der Frage einer deutschen Beteiligung an GB-Ausgleich in einer besonderen Situation befinde. Dänemark anerkenne sie und sei bereit, ihr Rechnung zu tragen.

6) Zur Pressekonferenz

BM stimmte sich mit AM Olesen darüber ab, daß er, BM, in der Pressekonferenz<sup>26</sup> folgende Punkte erwähnen werde:

- Keine bilateralen Probleme.
- Übereinstimmung in der Bedeutung, welche das Problem Grönland für uns alle in der EG habe: Dies sei die Grundposition für die Lösung der Grönland-Frage.
- Mandatsverhandlungen: Beide Seiten hätten die Erwartung ausgesprochen, daß die Mandatsfrage im Geiste europäischer Verantwortung und Solidarität auf dem nächsten EG-Ministertreffen am 27.4.<sup>27</sup> entschieden werde. Dänisches Verständnis für besonderes deutsches Problem betrifft Nettozahler-Position.
- Zum Stand der Beratungen des deutsch-italienischen Vorschlages über eine Europäische Union<sup>28</sup> habe AM Olesen die dänische Auffassung zur Erweiterung der Vollmachten des Europäischen Parlaments erläutert; er, BM, habe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 600*

wird für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Mai 1982 auf 4500 t unter Anrechnung der bisherigen Beifänge festgesetzt. Die Regelung, die in begrenztem Umfang die Möglichkeit auf die direkte Fischelei von Kabeljau eröffnet, tritt am 16.4.1982 in Kraft. Die Verhandlungen werden am 3. Juni 1982 in Grönland fortgesetzt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131262.

<sup>26</sup> Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher anlässlich der Pressekonferenz am 19. April 1982 in Kopenhagen vgl. Referat 010, Bd. 178862.

<sup>27</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 129.

<sup>28</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 66, Anm. 3.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung vermerkten die Referate 200, 410 und 501 am 27. April 1982: „Die in der Ad-hoc-Gruppe bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Zehner-Textes für die Europäische Akte als Instrument zur schrittweisen Verwirklichung der Europäischen Union bisher erzielten Fortschritte können grosso modo als zufriedenstellend bewertet werden. Gleichwohl konnte über einige Kernfragen noch keine Übereinstimmung erzielt werden. Es kommt entscheidend darauf an, die Grundorientierungen unseres Entwurfs nicht in Frage stellen zu lassen.“ Dazu würde gehören, daß „die politische Lenkungsfunction des Europäischen Rats für EG und EPZ auch im Zehner-Text der E[uropäischen]A[kte] erhalten bleibt; die sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärker als im Londoner Bericht akzentuiert wird. Insbesondere sollten wir darauf bestehen, daß der Rat der Außenminister in Fragen der Sicherheitspolitik – falls notwendig – auch ‚in anderer Besetzung‘ tagen kann. Das von der Präsidentschaft vorgeschlagene ‚Internationale Sekretariat‘ der EPZ zur administrativen und operativen Unterstützung der Präsidentschaft deckt sich mit unseren Vorstellungen, geht allerdings in der Bezeichnung über den Londoner Bericht (mobiler Arbeitsstab) hinaus. An diesem Vorschlag der Präsidentschaft sollte unbedingt festgehalten werden, um in der EA einen sichtbaren Schritt nach vorn im EPZ-Bereich festzuschreiben.“ Die Rolle und die Kompetenzen des Europäischen Parlaments sollten „angemessen gewürdigt“ werden. Vgl. Referat 200, Bd. 122725.

die Ziele dieser Initiative erläutert.<sup>29</sup> Beide Seiten gingen davon aus, daß diese Frage in den nächsten Monaten im Kreise der EG-Außenminister weiter beraten wird.

- Übereinstimmung in der Notwendigkeit, die politischen Konsultationen im Bündnis zu intensivieren. Positive Aufnahme des BM-Vorschlags informeller NATO-AM-Treffen<sup>30</sup> durch AM Olesen.
- Gemeinsames Interesse an zügigem Verlauf der INF-Verhandlungen und baldiger Aufnahme der START-Verhandlungen.
- Übereinstimmung, daß auf den NATO-Ministertreffen und dem NATO-Gipfel die Grundpositionen des Bündnisses, wie im Harmel-Bericht<sup>31</sup> niedergelegt, bekräftigt werden sollten.
- Übereinstimmung in der Bewertung der Lage in Polen.
- Übereinstimmung in der Bedeutung der Fortsetzung des KSZE-Prozesses und der Notwendigkeit, nach Wiederaufnahme möglichst bald ein präzises KAE-Mandat zu erarbeiten.
- Falkland-Malwinen-Konflikt: Hoffnung, daß die Vermittlungsbemühungen von AM Haig Erfolg haben<sup>32</sup>, und Erwartung, daß alle Staaten diese Bemühungen konstruktiv unterstützen.

**Referat 010, Bd. 178862**

<sup>29</sup> Zur angestrebten Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments gemäß der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 66, Anm. 4. Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 20. April 1982, die Ad-hoc-Gruppe habe die „Prüfung des EP-Kapitels des Entwurfs der Europäischen Akte“ fortgesetzt. Die dänische Delegation habe sich „weiterhin restriktiv“ verhalten. Die belgische, die italienische, die luxemburgische und die niederländische Delegation hätten sich dagegen „weiterhin sehr kooperativ“ gezeigt. Gleichwohl habe es auch von belgischer und luxemburgischer Seite Einwände gegeben, „wonach ‚Empfehlungen‘ eine neue Form der parlamentarischen Beschlußfassung seien, deren Auswirkung nicht genügend bestimmt sei. Man müsse, wenn überhaupt, diesen Begriff auf Akte zur Entwicklung der Union beschränken. Wir wandten uns gegen diesen engen Begriff, der diese Initiative völlig ihres Sinnes entblöße. Es handle sich nicht um die Einführung eines neuen Instrumentes für das EP, sondern lediglich um die freiwillige und im übrigen auch zurücknehmbare Verpflichtung des Rates, in bestimmten Fragen, wenn dies das EP so wünsche, eine Antwort zu erteilen. [...] Die Entscheidung darüber, was das Parlament als wichtig ansehe, müsse ihm überlassen bleiben. Wenn es hierbei überziehe, entwerfe es selbst ein Instrument, das in seinem Interesse geschaffen worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1442; Referat 200, Bd. 122725.

<sup>30</sup> Zum Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen vgl. Dok. 76.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>32</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 120, Anm. 4.

## 122

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge**

201-363.31-1504/82 VS-vertraulich

19. April 1982<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär zur Kenntnisnahme<sup>2</sup>

Betr.: Strategische Erfordernisse bei INF und START;

hier: Anmerkungen von K.-P. Stratmann (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) – SWP-LN 3011<sup>3</sup>

I. Der durch das Buch „NATO-Strategie in der Krise?“<sup>4</sup> ausgewiesene Wissenschaftler K.-P. Stratmann (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) hielt aus Gesprächen in der amerikanischen „Defence Community“ u. a. folgende, unsere Erkenntnisse bestätigenden Eindrücke zur Politik der Reagan-Administration hinsichtlich START und INF-Verhandlungen<sup>5</sup> fest:

1) Eine Gefahr der gegenwärtigen „Rhetorik“ in bezug auf „substantial reductions“ bei START<sup>6</sup> liege darin, daß die Verhandlungsposition ein Opfer der Unwägbarkeiten und Eigenheiten nur symbolischer Rüstungskontrollpolitik werden könnte. Diese Gefahr sei gegeben, weil keine plausible strategische Begründung für „deep cuts“ gegeben sei. Im Gegenteil: „Deep cuts“ würden der jetzigen nuklearen Strategie den Boden entziehen. (Diese sieht die Fähigkeit vor, längere Zeit hindurch kontrolliert nukleare Einsätze durchzuführen und neben dem nuklearen auch wichtige Teile des nicht-nuklearen Streitkräftepotentials der UdSSR mit strategischen Waffen abzudecken.) Die Forderung, das Problem

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Bolewski konzipiert.

Hat Bolewski am 22. April 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.

Hat Ploetz am 22. April 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 23. April 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 26. April 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 21. April 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte auch an B[otschaft] Washington.“

<sup>3</sup> Botschafter Ruth legte Bundesminister Genscher am 11. Mai 1982 die Lagenotiz 3011 „Eindrücke und Anmerkungen zur Politik der Reagan-Administration hinsichtlich START, INF-Verhandlungen und MBFR/KAE“ vom März 1982 vor. Dazu vermerkte er: „Bei einem umfassenden START/INF-Ansatz bestünde für die Europäer die Gefahr, daß die Administration schon aus Rücksicht auf den Senat innerhalb des Gesamtvolumens ihren eigenen Sicherheitsinteressen Vorrang einräumen würde. Dadurch könnte der besonderen Funktion und Qualität der westlichen INF innerhalb der strategischen Konzeption des Bündnisses (Koppelung mit dem strategischen Nuklearpotential der USA) nicht in gleichem Maße Rechnung getragen werden. Vielmehr bestünde die Gefahr, die als besonders destabilisierend empfundenen Nuklearsysteme der SU (z. B. SS-20) innerhalb der strategischen Nuklearkräfte aufzurechnen, nicht aber abzubauen oder ganz zu beseitigen. [...] Aus den genannten Erwägungen wird vorgeschlagen, an der bisherigen Trennung der zwei Verhandlungsforen für INF und START festzuhalten. Die Frage, ob bei positiven Entwicklungen bei START eine Fusion der zwei Verhandlungsstränge sinnvoll sein kann, müßte zu gegebener Zeit, jedoch nicht vor 1983, neu geprüft werden.“ Vgl. VS-Bd. 11365 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Vgl. Karl-Peter STRATMANN, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981.

<sup>5</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83 und Dok. 116.

<sup>6</sup> Zum Konzept der USA für die geplanten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 32, Anm. 2.

der Verwundbarkeit der amerikanischen Minuteman-Raketen durch Abrüstungsschritte auf sowjetischer Seite zu lösen, sei unrealistisch.

2) Die START-Vorbereitungen ließen bisher eine enge konzeptionelle Verknüpfung mit der INF-Problematik vermissen. Daraus ergebe sich die Gefahr, daß sich das amerikanische Interesse wiederum wie bei Anbahnung von SALT II<sup>7</sup> auf die „strategischen“ Verhandlungen konzentrieren und die INF-Probleme der Europäer als Störfaktoren an den Rand drängen könnte. Wenn INF- und START-Verhandlungen separat konzipiert und geführt würden und die „Nachrüstung“ der NATO<sup>8</sup> sich als ebensowenig realisierbar erweisen sollte wie die „Null-Lösung“<sup>9</sup>, spreche vieles dafür, daß die Reagan-Administration eher ersatzlos auf dieses NATO-Programm verzichten würde, als ihr dann nur noch geringes „bargaining leverage“ in den START-Verhandlungen für die Reduzierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials einzusetzen. In diesem Falle könnte sich die Einschätzung durchsetzen, daß das nukleare Dispositiv der USA keineswegs eine Landstationierung von Mittelstreckensystemen in Europa erfordere.<sup>10</sup> Um ein Stagnieren bzw. Scheitern der Genfer Verhandlungen zu verhindern, während die START-Verhandlungen gleichzeitig in den USA Priorität erhalten und unter Erfolgszwang geraten könnten, sollten sich die Europäer um eine weitgehende Integration beider Verhandlungsprozesse durch einen umfassenden Verhandlungsansatz bemühen.

3) Es gebe in der amerikanischen Haltung zur Null-Lösung bei INF Widersprüche zwischen verhandlungspolitischen Zielen und militärstrategischen Erfordernissen. Die nukleare Bedrohung Westeuropas würde auch durch eine Null-Lösung für Mittelstreckenraketen nicht einschneidend verringert, da die UdSSR zur Zielabdeckung auf interkontinental-strategische Systeme, Flugzeuge, seegestützte Flugkörper und landgestützte Raketen kürzerer Reichweite zurückgreifen könne. Der mit der Null-Lösung verbundene Verzicht der NATO auf eine Modernisierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckensysteme<sup>11</sup> in Europa würde eine Anpassung der nuklearen Strategie und des militärischen Dispositivs der NATO erforderlich machen, um der westlichen Strategie die nukleare Eskalationsfähigkeit zum Ausgleich der regionalen militärischen Unterlegenheit in Europa zu erhalten.

## II. Bewertung

Die „Eindrücke“ Stratmanns unterstreichen die Notwendigkeit, die START-Vorbereitungen mit den INF-Verhandlungen durch einen integrierten gesamtstrategischen Verhandlungsansatz zu koordinieren, welcher die strategischen Be-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>9</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D. h. die vor 1978 vorherrschende Ansicht.“

<sup>11</sup> Die Wörter „landgestützter amerikanischer Mittelstreckensysteme“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese gibt es z. Zt. ja nicht.“

dürfnisse zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie der NATO in allen Verhandlungsphasen (mit oder ohne „Null-Lösung“) gewährleistet.

Dröge

VS-Bd. 12050 (201)

## 123

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach

340-321.11 VIE

20. April 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Zur Billigung

Besuch des vietnamesischen Außenministers Co Thach am 20.4.1982<sup>3</sup>;  
hier: Gesprächsvermerk

*Bundesminister* begrüßt den Gast und den bevorstehenden Meinungsaustausch. Es handele sich nicht um den ersten Besuch des Außenministers in Bonn<sup>4</sup>, wohl aber um die erste Begegnung mit ihm, seit Herr Co Thach Außenminister und Kandidat des Politbüros geworden sei.

BM zeigt sich interessiert an den Ansichten des Gastes zur internationalen Lage, zu den bilateralen Beziehungen, besonders aber zu der Situation in Vietnam und der weiteren Region.

AM *Co Thach* ergreift diese Gelegenheit ohne Umschweife. In Südostasien sei Frieden und Stabilität bedroht. Seit 35 Jahren herrsche dort Krieg. Deshalb hegten die Menschen in Vietnam nur Wünsche nach Frieden ebenso wie diejenigen in den ASEAN-Staaten. Alle wollten den Frieden, außer China. Nur China lehne das Waffenstillstandsangebot Vietnams<sup>5</sup> und den angebotenen Dialog

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 21. April 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 22. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung über Referat 014 an Pfetten-Arnach verfügte und handschriftlich vermerkte: „Gesprächsvermerk kann unter Hinweis auf ausstehende Genehmigung durch BM verteilt werden.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 22. April 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach hielt sich am 20. April 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Der vietnamesische Stellvertretende Außenminister Nguyen Co Thach hielt sich vom 16. bis 19. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf.

<sup>5</sup> Im „Politischen Halbjahresbericht“ für Vietnam vermerkte Botschafter Vollers, Hanoi, am 1. März 1982: „Wie alljährlich machte Viet[nam] am 28.12. den Vorschlag eines Waffenstillstands an der Grenze [...]. Nachdem China dies, ebenfalls wie üblich, am 4.1. abgelehnt hatte, erklärte Viet. am 14.1. einen einseitigen Waffenstillstand vom 20. bis 29.1. und ließ am 15.1. elf chinesische Gefangene frei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 105; Referat 342, Bd. 137392.

zwischen Indochina und den ASEAN-Staaten ab. China sei der Störenfried. China fahre selbst fort, die wühlerischen Aktivitäten der kommunistischen Parteien in den ASEAN-Staaten zu unterstützen. Vietnam sei bereit, mit China einen Nichtangriffspakt zu schließen, ebenso mit Thailand. Vietnam leiste keine Unterstützung an die kommunistischen Parteien in Südostasien. Vietnam suche den Frieden und die Stabilität. Die Kambodscha-Frage<sup>6</sup> sei ein Problem zwischen China und Indochina geworden, nicht mehr dagegen zwischen ASEAN und Indochina. Vietnam sei bereit, seine Truppen zurückzuziehen, wenn China seine Bedrohung Vietnams aufgeben würde. Man sei bereit, einen Puffer („tampon“) zwischen sich und die ASEAN-Staaten zu legen.

Sogar der indonesische Außenminister Mochtar habe zugegeben, daß der Konflikt nicht mehr ASEAN und Indochina einander gegenüberstelle, sondern in Wirklichkeit China der Konfliktpartner Indochinas sei.

Zur Frage der Sicherheit Thailands und der militärischen Präsenz Vietnams in Kambodscha sei folgendes zu bemerken:

- Nach 1975<sup>7</sup> habe Vietnam die Hälfte seiner Streitkräfte demobilisiert. Erst 1978, als die Bedrohung durch China auflebte, hätte Vietnam seine Truppen reaktiviert.
- In den letzten 40 Jahren sei Thailand fünfmal in Indochina eingedrungen: 1940 mit japanischer Hilfe, 1954 im Rahmen von SEATO, 1961/62 gegen das Laos von Souvanna Phouma, 1973/74 auf seiten der Amerikaner, heute erneut mit chinesischer Hilfe.
- Thailand habe sich bislang allen Lösungsvorschlägen entzogen, auch solchen, die einen vietnamesischen Teilrückzug unter der Bedingung vorsahen, daß Thailand seine Unterstützung Pol Pots einstelle.

Was ASEAN anbetrifft, so sei Vietnam bereit, der Neutralisierung Südostasiens zuzustimmen, wenn alle fremden Stützpunkte aufgelöst würden. Man sei bereit, eine gute Zusammenarbeit zwischen ASEAN und Indochina zu suchen, ohne die es keinen Frieden und Stabilität in der Region geben könne. Man sei bereit, die ASEAN-Solidarität zu respektieren, unter der Voraussetzung, daß auch ASEAN die Solidarität Indochinas respektiere. Der Gast zog an dieser Stelle den Vergleich mit der NATO und deren Solidarität, die man auf der Basis der Gegenseitigkeit zu respektieren gewillt sei. Indochina sei auch bereit, dem ASEAN-Bündnis beizutreten, wenn diese Staaten das wünschten. Die dreijährige Politik der Konfrontation habe nichts bewirkt und zu keiner Lösung geführt. Indochina sei zu allem bereit, was zu einer Détente und dem Spannungsabbau hinführe. Man wolle eine friedliche Koexistenz.

Er, Co Thach, müsse allerdings offen sagen, die westlichen Staaten hätten diese Politik der Konfrontation unterstützt. Die EG sollte statt dessen die Stabilität der Region im Auge haben. Die Bundesrepublik habe im Entspannungsprozeß in Europa eine positive und anerkannte Rolle gespielt, sie solle sich jetzt in den Dienst einer guten Sache in Südostasien stellen. Man könnte sich sehr wohl einen ersten Schritt auf diesem Wege vorstellen (dies sei allerdings nicht

<sup>6</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

<sup>7</sup> Mit der Einnahme Saigons am 30. April 1975 durch nordvietnamesische Truppen und deren Verbündete endete der Vietnam-Krieg. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 115.

für die Öffentlichkeit und die Presse bestimmt). 1975 bis 1978 hätte Vietnam die Zusammenarbeit mit dem Westen gesucht. Mit diesem Ziel sei er, Co Thach, auch 1978<sup>8</sup> erstmalig in der Bundesrepublik gewesen. Die Kredite und Hilfszusagen des Westens hätten damals denjenigen des Ostblocks entsprochen. Seither hätten allerdings einige westliche Länder ihre Hilfe eingestellt. Heute fehle das Gleichgewicht zwischen westlicher und östlicher Unterstützung. Man stelle sich auf vietnamesischer Seite eine langfristige Zusammenarbeit mit uns vor. Historisch gesehen habe die Bundesrepublik Deutschland keinerlei strittige Probleme mit Südostasien. Es gebe keine geschichtlichen Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses wie es etwa mit Frankreich, Japan oder den USA der Fall sei. Man wolle nicht bitten oder betteln. Statt dessen habe man eine Zusammenarbeit auf lange Sicht im Auge. Vietnamesen seien stolz und hätten große Selbstachtung. Sie hätten auch eigene Ressourcen anzubieten: Steinkohle, Kautschuk und ab 1983 auch Erdöl. Ebenso habe Vietnam billige Arbeitskräfte. Man verstehe nicht die bisherigen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Bonn. Alles hatte sich so gut angelassen (z. B. Geschäfte mit der Textilfirma UNIONMATEX). Man könnte die Zusammenarbeit über Vietnam hinaus auf ganz Indochina erstrecken. Allerdings wolle man sich nicht aufdrängen, andernfalls müsse man sich eben andernorts nach Partnern umsehen.

BM erkennt an, der Gast habe den Stier bei den Hörnern gefaßt, auch wenn er den Ausführungen des Gastes sachlich nicht zustimmen könne. Bei uns habe man an den Leiden des vietnamesischen Volkes großen Anteil genommen. Wir hätten uns lebhaft gewünscht, nach dem Krieg in Vietnam eine glückliche Entwicklung eintreten zu sehen. Wir haben großen Respekt vor dem Willen aller Völker, ihre Selbstbestimmung zu verwirklichen, die Gestaltung ihrer nationalen Identität selbst in die Hand zu nehmen und sich eine Gesellschaftsordnung ihrer Wahl zu geben. Unsere Beziehungen zu Dritten sind unabhängig von der Ausgestaltung ihrer Gesellschaftsordnung, dies sei daran abzulesen, daß wir mit einigen Staaten gleicher Gesellschaftsordnung durchaus mäßige Beziehungen unterhalten, umgekehrt aber oft auch ausgezeichnete Beziehungen zu solchen Staaten unterhalten, deren innere Ordnung mit der unsrigen in Widerspruch zu stehen scheint.

Wir unterhalten gute Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, und wir haben mit daran gewirkt, ein engeres Verhältnis zwischen der EG und den ASEAN herzustellen. Mit Japan verbindet uns eine alte und traditionsreiche Freundschaft. Das Verhältnis zu China entwickelt sich seit der Wiederaufnahme<sup>9</sup> zusehends positiv. Es lag in unser aller Interesse, daß China seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft einnehmen und dort Verantwortung übernehmen würde.

BM kam sodann auf die Beziehungen zu Vietnam zu sprechen. Nur über diese könne man sich unterhalten und nicht etwa über diejenigen mit anderen Staaten Indochinas. Er wolle ganz offen sein. Wir seien überrascht gewesen, daß sich Vietnam nach dem Kriege nicht seinem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau gewidmet, sondern seine Armee verstärkt und Krieg geführt habe.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „1979“.

<sup>9</sup> Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China nahmen am 11. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 328.

Dies sei ein Tatbestand, den die Mehrzahl der Staaten der Völkergemeinschaft, wie dies auch dem Besucher bestens bekannt sei, zurückgewiesen und abgelehnt habe. Wir teilten in diesem Zusammenhang die Sorgen der ASEAN. Wir orientierten uns an den Auffassungen und den Zielen der ASEAN-Staaten in bezug auf die Region.

Der Besucher habe seine Meinung über die Volksrepublik China dargelegt. Es sei nicht unsere Aufgabe, dem Besucher wegen der Gestaltung der Beziehungen zu China Ratschläge zu erteilen. China habe seine eigenen Beziehungen, die wir nicht zu beeinflussen wünschten. Wenn es aber etwas gäbe, was uns unsere eigene schmerzvolle Vergangenheit gelehrt hat, so ist es die Überzeugung, daß mit Gewalt keine Probleme gelöst werden können. Krieg sei kein vernünftiger, gangbarer Weg. Vietnam habe in den Augen der Welt an moralischem Ansehen verloren, seit es in Kambodscha Soldaten unterhält, die dort in Kämpfe verwickelt seien. Er, BM, müsse dazu aufrufen, durch ihren Rückzug den Weg für eine politische Lösung freizumachen, wie die ASEAN-Staaten sie vorgesehen hätten. Diese Öffnung würde einen positiven Beitrag zur internationalen Entwicklung darstellen. Wir müßten in aller Aufrichtigkeit dem Besucher sagen, daß wir weiterhin die Vorstellungen der VN und der ASEAN für eine politische Lösung unterstützten, die von einem Rückzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha ausgehe.

AM *Co Thach* dankt für die Offenheit. Er gehe mit dem Bundesminister nicht einig. Er gäbe sich allerdings keinen Illusionen hin, daß er es vermöge, den Bundesminister umzustimmen. Der Bundesminister sehe keine Gefahr für Vietnam, er sehe offenbar nicht den Schatten Chinas. China aber bedrohe Indochina und die Staaten ASEANs. Anscheinend vermöge man das hier nicht zu verstehen.

*BM*: Aber Kambodscha bedroht Sie doch nicht!

AM *Co Thach*: Die Pol-Pot-Leute sind Werkzeuge Chinas. Dagegen sind die vietnamesischen Truppen in Kambodscha Helfer der lokalen Bevölkerung. Dies könnten alle internationalen Journalisten bestätigen. Die Khmer haben die größte Angst vor den Pol-Pot-Leuten. Vietnam habe im vergangenen Jahr 50000 Soldaten aus Kambodscha abgezogen (*BM* fragt: „Wie viele sind noch da?“) und habe dies nicht öffentlich bekanntgegeben, damit die Bevölkerung Kambodschas nicht noch mehr in Furcht und Sorge lebe. Wenn vietnamesische Einheiten abgelöst würden, folge ihnen die einheimische Bevölkerung aus Angst, zurückgelassen zu werden, und beruhige sich erst wieder, wenn eine Ablösung in Sicht sei. Es handele sich einwandfrei um eine chinesische Bedrohung.

*BM* fragt, warum Vietnam nicht die Bemühungen ASEANs unterstütze, eine Kambodscha-Regierung aller politischen Kräfte zu bilden.

AM *Co Thach*: Dies würde nur Pol Pot an die Macht bringen.

*BM*: Es ist nicht unsere Aufgabe, zu entscheiden, wer das Volk von Kambodscha regiert: nicht unsere, nicht diejenige Vietnams und nicht diejenige von ASEAN. Vielmehr sollte das Volk von Kambodscha selbst entscheiden können.

AM *Co Thach* pflichtet bei, fragt aber nach der Berechtigung, diese Frage aufzuwerfen.

*BM* antwortet: Weil Sie und nicht wir eine Armee in Kambodscha unterhalten.

AM *Co Thach* verweist auf Kriegsvorbereitungen Chinas und Pol Pots gegen Vietnam. Erst nach 1978 habe demgegenüber Vietnam seine Armee aufgerüstet.

BM unterstreicht, daß, solange vietnamesische Armee im eigenen Lande stehe, er daran nichts aussetzen und kritisieren könne. Seither sei aber vietnamesische Armee in Kambodscha eingedrungen.

AM *Co Thach* behauptet, daß es das dritte Mal sei, daß Vietnam im Nachbarland Kambodscha stehe: einmal während französischer, einmal während amerikanischer und jetzt während der chinesischen Besetzung Kambodschas. In den ersten beiden Malen habe sich Vietnam jedoch wieder zurückgezogen. Man habe keine expansionistischen Ziele. Vietnam werde sich auch diesmal wieder zurückziehen. Im übrigen stünden US-Truppen auch in der Bundesrepublik Deutschland.

BM: Aber die Amerikaner führen keinen Krieg gegen uns!

AM *Co Thach*: Es gehe um Prinzipien.

BM: Um welche?

AM *Co Thach*: Das Recht auf Unabhängigkeit und das Recht, Hilfe bei anderen zu erbitten. Wenn die ASEAN-Staaten untereinander Hilfe erbitten können, warum solle dies Indochina verwehrt sein? Die Quellen, aus denen der Bundesminister seine Informationen schöpfe, seien inkorrekt und falsch. Vietnam werde immer wieder erneut das Opfer verdrehter und verleumderischer Darstellungen.

BM: Wir sind frei von Ressentiments. Vietnam habe eine Chance, seine internationale Stellung zu verbessern. Es sei doch wohl nicht anzunehmen, daß die überwältigende Mehrheit der VN schlecht unterrichtet sei. Auch unsere eigenen Informationen seien nicht so schlecht, wie der Gast offensichtlich annähme. Wenn Vietnam seine Truppen abziehe, werde es weltweit geachtet sein, wenn nicht, gehe es einen schweren Weg in der Zukunft. Er sei seinem Gast diese Offenheit schuldig. Eine ehrliche Darstellung gäbe eine bessere Grundlage für das gegenseitige Verständnis ab, selbst wenn man unterschiedlicher Meinung sei. In der Bundesrepublik gebe es keine feindselige Haltung gegen Vietnam; im Gegenteil sei man frei und offen. Dies sei ein Kapital, welches Vietnam mehren solle. Der Bundesminister würde sich freuen, den Meinungsaustausch bei anderer Gelegenheit fortzusetzen.

AM *Co Thach* stimmt zu. Er sei dazu bereit, sei es in Bonn, Hanoi oder New York.

BM verweist darauf, daß er im September in New York bei der VN-GV<sup>10</sup> sei.

*Co Thach* lehnt ab, dorthin zu kommen wegen der Anwesenheit Pol Pots<sup>11</sup> und dessen „schlechten Geruchs“.

<sup>10</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>11</sup> Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 blieb die Ständige Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen in New York in den Jahren 1979 bis 1981 einem Vertreter des früheren „Demokratischen Kampuchea“, d. h. den Roten Khmer, vorbehalten. Bei der 37. VN-Generalversammlung wurde der Sitz der am 22. Juni 1982 gebildeten Koalition unter Führung des früheren Königs und Staatschefs Norodom Sihanouk übertragen, an der

Er kommt sodann zurück auf die Frage des Truppenabzugs. Man sei dazu bereit; China bleibe eine Bedrohung. Sicherheit müsse daher an erster Stelle stehen. Wenn China seine Bedrohung aufgäbe, wäre etwas zu machen. Sollte man denn eine zweite „Lektion“ hinnehmen müssen?<sup>12</sup>

*BM:* Wir haben keine Absicht, Lektionen zu erteilen. Er verweist darauf, daß zum gleichen Zeitpunkt sowjetische Raketen auf uns gerichtet sind.

*AM Co Thach* meint, Sowjets wollten uns aber keine Lektion erteilen. Er wiederholt: Wenn Thailand aufhöre, Pol Pot zu unterstützen, könnte Vietnam einen ersten Schritt unter der Voraussetzung unternehmen, daß Thailand den zweiten Schritt mache und nachziehe. Die Europäer könnten dann beim dritten Schritt behilflich sein. Dies habe er auch Cheysson, Tindemans und Ullsten gesagt.<sup>13</sup> Er wäre froh, wenn Bundesminister etwas in dieser Richtung tun könnte. Der VN-GS<sup>14</sup> und die Europäer sollten Chinesen dazu bewegen, auf das Waffenstillstandsangebot Vietnams zu antworten. Dies möge man aber vertraulich behandeln.

*BM* übergibt Liste der früheren Ortskräfte, um deren Ausreisemöglichkeit wir bäten.

*AM Co Thach* sagt im Prinzip zu, es bestünden aber Schwierigkeiten wegen Korruption und dergleichen. Er werde sich bemühen.

*BM* meint, er werde am Ergebnis der Bemühungen den Grad des Einflusses eines Mitglieds des Politbüros messen. Er erwähnt auch die Schwierigkeiten der Botschaftsangehörigen, die seit Jahren im Hotel leben mußten.

*AM Co Thach:* In Vietnam müsse sich um diese schwierige Frage sogar der Premierminister<sup>15</sup> persönlich kümmern.

Er kommt zurück auf die Haltung Vietnams zu den Vereinten Nationen. Er verweist darauf, daß Vietnam zum Zeitpunkt des Krieges mit den USA, als es Opfer deren Aggression war, außerhalb der VN stand und von dort keine Hilfe erhielt. Sei das nicht ungerecht? Und heute? Solange Pol Pot in den VN vertreten sei, sei kein Fortschritt möglich. Es werde heute gelegentlich vom leeren Stuhl für Kambodscha gesprochen und die Befürchtung geäußert, daß sich in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 609*

auch Vertreter der Roten Khmer und der frühere Ministerpräsident Son Sann beteiligt waren. Ständiger Vertreter Kambodschas bei den Vereinten Nationen blieb aber zunächst ein Vertreter der Roten Khmer.

<sup>12</sup> Am 17. Februar 1979 marschierten Truppen der Volksrepublik China in Vietnam ein. Am 5. März 1979 verkündete die chinesische Regierung, daß sich ihre Streitkräfte auf das eigene Territorium zurückziehen würden. Botschafter Wickert, Peking, bilanzierte am 16. März 1979: „China mußte seinerseits gegen Jahresende – insbesondere angesichts des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrags – erkennen, daß Vietnam sich mehr und mehr in das sowjetische Lager begab und daß dem Verbündeten Kambodscha eine gefährliche Bedrohung erwuchs. Die Besetzung Kambodschas durch Vietnam, die es nicht verhindern konnte, mußte China als Rückschlag empfinden. Das an seiner Südflanke gelegene Vietnam entwickelte sich zu einem ‚Kuba Asiens‘, das zunehmend Grenzprovokationen verübte. So entschloß sich China schließlich im Februar 1979, obwohl zahlreiche politische und militärische Gründe hiergegen sprachen, zu einer begrenzten Invasion des südlichen Nachbarn, um Vietnam – und sei es unter hohen eigenen Opfern – eine ‚Lektion‘ zu erteilen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 415; Referat 341, Bd. 110489.

<sup>13</sup> Der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach hielt sich am 8./9. April 1982 in Frankreich auf, am 13./14. April in Schweden und am 19./20. April 1982 in Belgien.

<sup>14</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

<sup>15</sup> Pham Van Dong.

einem solchen Fall Heng Samrin auf den leeren Stuhl drängen würde. Er könne versprechen, daß dies nicht der Fall sein werde. Vietnam sei 33 Jahre lang außerhalb der VN gewesen und brauche sie zum Überleben nicht. Es lohne sich nicht, ihnen anzugehören.

*BM* widerspricht, es sei von Vorteil, den VN anzugehören.

*AM Co Thach*: Wir würden eine internationale Kontrolle zwischen Thailand und Kambodscha akzeptieren, nicht aber eine solche der VN, solange ihr Pol Pot angehört.

*BM* verweist darauf, daß in den Vereinten Nationen die Mehrheit entscheide, ob uns dies gefalle oder nicht.

Er verabschiedet den Gast mit dem Bemerkten, als Optimist habe er die Hoffnung noch nicht aufgegeben, ihn überzeugen zu können.

**Referat 340, Bd. 127365**

## 124

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Innenminister Shaker

VS-NfD

22. April 1982<sup>1</sup>

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Gespräch des BM mit dem irakischen Innenminister Sadun Shaker am 22. April 1982 um 9.30 Uhr, Dauer: eine Stunde<sup>2</sup>

Der *Bundesminister* begrüßte den Gast und sagte: Ihr Besuch ist Ausdruck der guten Qualität unserer Beziehungen. Wie sieht es in Ihrem Land aus? Wir haben mit Interesse die jüngsten Stellungnahmen des Präsidenten zum Krieg mit Iran gelesen.<sup>3</sup> Wir sind daran interessiert, daß dieser Konflikt bald beigelegt

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 22. April 1982 gefertigt, der maschinenschriftlich vermerkte: „Vom Bundesminister noch nicht genehmigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 29. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der irakische Innenminister Shaker hielt sich vom 21. bis 23. April 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 90, Anm. 9.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, teilte am 18. April 1982 mit: „In einer Rede vor der Nationalversammlung hat Präsident Saddam Hussein am 11.4.1982 sofortigen Abzug der irakischen Truppen aus Iran angeboten, sofern Iran zusichere, nicht auf irakisches Gebiet nachzustoßen und keine Artilleriebeschießungen über die Grenze vorzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 221; Referat 311, Bd. 137716.

Am 19. April 1982 resümierte Holzheimer: „Durch die letzten Bewegungen auf dem Schlachtfeld und die offene syrische Unterstützung Irans sind die Steine im Mosaik der Kräfte und Strömungen der Politik im Mittleren Osten in Bewegung geraten [...]. Journalistische Frontbesucher bestätigten, daß die irakische Armee intakt ist, über reichlich Truppen und Material verfügt, solide Stellungen in ausreichender Staffellung besetzt hält und die Moral der Truppe möglicherweise besser ist als

wird; er bringt weder Irak noch Iran Nutzen und räumt raumfremden, aber auch -nahen Mächten neue Möglichkeiten ein.

*Shaker*: Unsere innere Lage ist sehr stabil. Wir arbeiten ernsthaft an der Vorbereitung der Gipfel-Konferenz der blockfreien Staaten.<sup>4</sup> Die letzten Einzelheiten werden bis Ende Juni geregelt sein.

Der Konflikt mit Iran dauert nun schon ein Jahr und acht Monate. Wir sind darauf bedacht, unseren guten Willen zur Lösung zu bezeugen. Grund für den Krieg waren einmal Grenzzwischenfälle, die Iran angezettelt hat, zum anderen die provozierende Politik Khomeinis – Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten und Sprengstoffattentate. Wir wollten diese Zwischenfälle friedlich lösen und uns um ein gutes Klima mit dem Nachbarn bemühen; aber schon aus dem Antworttelegramm Khomeinis auf den Glückwunsch des Präsidenten sprach reiner Hohn („möge Gott die Heiden auf den rechten Weg führen“). Obwohl wir versuchten, uns nicht provozieren zu lassen, nahmen die Zwischenfälle zu. Die Iraner verletzten unsere Souveränität, griffen Grenzstationen an, beschossen irakische Städte und behinderten die Schifffahrt im Schatt (4.9.1980). Darauf mußten wir antworten; so brach der Krieg aus. Wir mußten die geschlagenen Iraner verfolgen und konnten Teile Iraks befreien, die der Schah uns weggenommen hatte. So gewannen wir bessere Positionen, um unser Land zu verteidigen.

Dann erklärten wir aber unsere Bereitschaft, zu verhandeln, falls unsere Souveränität aufrechterhalten werden würde, und zwar bereits sechs Tage nach Kriegsbeginn (28.9.1980). Wir setzen diese Versuche fort und begrüßen alle Bemühungen, den Konflikt beizulegen, aber Iran bleibt starr.

*BM*: Wir sind befriedigt, daß Ihre Regierung den Krieg beenden will, und hoffen, daß Sie dabei Erfolg haben werden. Der Blockfreien-Konferenz sehen wir mit Interesse entgegen, da wir der Blockfreien-Bewegung außerordentliche Bedeutung beimessen. Wir sind besorgt über die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten, insbesondere über Libanon und die Gewaltaktionen gegen Libanon.<sup>5</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 611*

zuvor, da es jetzt gilt, die eigenen Grenzen zu schützen und das eigene Land außer Reichweite der iranischen Artillerie zu halten. Die iranisch-syrischen Annahmen, daß das irakische Regime kurz vor dem Zusammenbruch stünde, finden keine Stütze im innerirakischen Geschehen. Insoweit könnten sich gefährliche Trugschlüsse aufbauen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 224; Referat 311, Bd. 137716.

<sup>4</sup> Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 10. Juni 1982, der Iran bemühe sich seit Monaten, die für September 1982 geplante Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Bagdad zu verhindern. „Alle Wahrscheinlichkeit“ spreche dafür, daß die Konferenz nicht dort stattfinden werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 359; Unterabteilung 31, Bd. 135644.

Die Konferenz fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

<sup>5</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 84, Anm. 10.

Botschaftsrat Altenburg, Beirut, meldete am 22. April 1982: „Israelische Luftwaffe griff am 21.4.1982 etwa ab 14:30h rund zwei Stunden lang verschiedene Ziele im Küstenstreifen zwischen südlichen Vororten Beiruts und Saida an. [...] Nach Informationen der pol[itischen] Abteilung der PLO soll es 12 bis 15 Tote gegeben haben [...]. Israelischer Luftangriff erscheint aus hiesiger Sicht als grober, unprovokierter Bruch der im Juli 1981 ausgehandelten Waffenruhe. Der Angriff kam trotz oder gerade wegen des vorangegangenen vielfältigen Alarmgeschreis und der zahlreichen Drohungen überraschend. PLO hat sich – wie ständig berichtet – an die Waffenruhe gehalten. [...] Sinn und Zweck des Angriffs läßt sich – aus hiesiger Sicht – nur aus der durch Sinai-Rückzug und die Unruhen in den besetzten Gebieten entstandenen innenpolitischen Lage in Israel selbst erklären.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 216; Referat 310, Bd. 135717.

Wir haben also gemeinsame Sorgen. Bitte sagen Sie dem Präsidenten und dem Außenminister<sup>6</sup>, wie sehr wir an den Beziehungen zwischen beiden Ländern interessiert sind und wie sehr wir die Rolle Iraks in der Region zu würdigen wissen.

Wir haben Sorgen wegen deutscher Staatsangehöriger, die ihrer Freiheit beraubt sind, und wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Bemühungen in geeigneter Weise unterstützen würden.<sup>7</sup> Es gibt außerdem den Haftfall Petross, den wir mit äußerster Diskretion behandeln.<sup>8</sup> Ich wäre dankbar, wenn rasch eine Lösung herbeigeführt werden könnte.

*Shaker:* Ich will von hinten anfangen. Wir kennen die Bedeutung, die Ihre Regierung dem Fall Petross beimißt, und die Kontakte, die stattgefunden haben, aber ich möchte eines klarstellen: Petross ist Iraker und hat einen irakischen Paß. Er wird seit 1969 gesucht; wir haben gesicherte Erkenntnisse, daß er seit 1967 mit dem israelischen Nachrichtendienst zusammengearbeitet hat. Er hat auch gestanden; die Sache ist für uns klar. Ich hoffe allerdings, daß dieser Fall unsere guten Beziehungen und ihre Verbesserung nicht beeinträchtigen wird. Wäre Petross Deutscher gewesen, so hätten wir Nachsicht walten lassen. Wir verstehen Ihre Sorge und Ihre Bemühungen, weil er bei Ihnen gearbeitet hat und mit einer Deutschen verheiratet ist.

*BM:* Ich kann nicht beurteilen, was er getan hat. Aus meiner früheren Erfahrung als Innenminister weiß ich, daß er keinen Schaden für Ihr Land mehr bedeuten kann, wenn Sie so lange unterrichtet sind. Das könnte es Ihnen erleichtern, ihn zu seiner Familie zurückzuschicken; darum möchte ich Sie bitten.

*Shaker:* Ich werde Ihren Wunsch mit meiner vollen Unterstützung den zuständigen Behörden unterbreiten. Es liegt in unser beider Interesse, wenn ein Fall einer Person die Beziehungen verbessern kann. Wir sind glücklich, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten sich politisch, wirtschaftlich und kultu-

<sup>6</sup> Saadun Hammadi.

<sup>7</sup> Botschafter Holzheimer, Bagdad, informierte am 13. April 1982: „Bagdader Vertreter der F[irm]a Hörmann GmbH, Alfred Stadler, sprach am 13.4. in Botschaft vor und teilte mit, drei entsandte deutsche Mitarbeiter der Firma [...] seien am 10.4.1982 bei Fahrt zwecks Umzugs von Baustelle Erbil nach neuer Baustelle Suleimaniya (beides Kurdengebiet) verschwunden, d. h. mit hoher Wahrscheinlichkeit entführt worden. [...] Laut Firmenvertreter arbeitet Fa. Hörmann im Auftrag der dem irakischen Innenministerium unterstehenden Civil Defence und dessen für Kurdistan zuständiger Untergliederung in Erbil mit Baustellen in Erbil, Suleimaniya und Dohuk.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 209; Referat 311, Bd. 137714.

<sup>8</sup> Ministerialdirigent Montfort teilte der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 18. September 1981 mit: „Jacob Petross, irakischer Staatsangehöriger mit deutscher Ehefrau und einem Kind, vor 20 Jahren als Ortskraft an der deutschen Botschaft Bagdad tätig, seit 1969 Angestellter des Bundespresse-Amtes, wurde am 11.7.81 in Bagdad verhaftet. Er war dorthin auf Einladung der irakischen Regierung als Begleiter einer deutschen Journalistengruppe gereist“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 675; Referat 311, Bd. 137712.

Am 21. Dezember 1982 unterrichtete Montfort die Botschaft in Bagdad: „Die Iraker haben Petross der Spionage beschuldigt, ohne uns zu sagen, für welchen Staat er nachrichtendienstlich gearbeitet haben soll. Freilich wissen wir inzwischen, daß er zu 20 Jahren Gefängnis wegen Spionage zugunsten der Bundesrepublik Deutschland verurteilt worden ist. Wir sind den Spionagevorwürfen sofort nachgegangen. Wir sind davon überzeugt, daß Petross weder für uns noch für USA oder Israel nachrichtendienstlich gearbeitet hat. [...] Selbst die Iraker scheinen nach einigen Monaten brutaler Verhöre zu diesem Schluß gekommen zu sein.“ Ferner teilte Montfort mit: „Ein Staatsminister, zwei Bundesminister und der Chef des BND haben sich intensiv für Petross verwandt. Daß er überlebt hat, dürfte auf das ständige deutsche Drängen zurückzuführen sein.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 289; VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

rell vertieft haben. Haben Sie aber bitte Verständnis, daß wir auf unsere Souveränität sehr bedacht sind, vor allem in bezug auf Spionage; aber ich werde mich persönlich um die Sache kümmern, sie dem Präsidenten unterbreiten und Sie vom Ergebnis unterrichten.<sup>9</sup>

In bezug auf die gefangengenommenen deutschen Staatsbürger werden wir alles unternehmen, um sie mit unseren Mitteln zu befreien. Es gibt Jugoslawen und Franzosen in der gleichen Lage. Wir haben gesicherte Erkenntnisse, daß die Geiseln gesund sind. Die Rebellen wollen mit uns befreundete Staaten erpressen und die guten Beziehungen zu uns beeinträchtigen. Seien Sie sicher, daß wir unsere Vorkehrungen für die fremden Experten sehr verstärkt haben. Schwierigkeiten gibt es, weil die Experten sich nicht an unsere Anweisungen halten.

*BM:* Wir sind sehr interessiert daran, daß keine Entscheidungen getroffen werden, die das Leben gefährden könnten.

*Shaker:* Wir versuchen, was wir können, werden aber keine Gewalt anwenden.

*BM:* Bitte übermitteln Sie dem Präsidenten und dem Außenminister unsere freundschaftlichen Gefühle. Wir messen der Entwicklung der Beziehungen größte Bedeutung bei, und zwar auf allen Gebieten. Uns beeindruckt die sehr eindeutig unabhängige Politik Ihres Landes.

*Shaker:* Wir haben nur eine Bitte, daß die Handelsbilanz irgendwann einmal ausgeglichen sein wird. Sie sollten später mehr Öl importieren. Die Wirtschaftskommission trifft sich Ende Juni.<sup>10</sup> Sie sollten sich damit befassen.

*BM:* Wenn unser Wirtschaftsprogramm Erfolg hat, werden wir auch wieder Energie verbrauchen.

#### **Referat 010, Bd. 178864**

<sup>9</sup> Am 20. Dezember 1982 informierte Ministerialdirigent Montfort die Botschaft in Bagdad, daß am 22. Dezember 1982 ein von Bundespräsident Carstens unterschriebenes „Gnadengesuch mit arabischer Übersetzung“ übersandt werde. Zugleich übermittelte Montfort vorab den deutschen Wortlaut. In dem Gnadengesuch an Präsident Hussein hieß es: „Herr Präsident, zu diesem Gnadengesuch habe ich mich ausschließlich aufgrund humanitärer Überlegungen entschlossen. Ich will weder zum Urteil des zuständigen irakischen Gerichts Stellung nehmen noch mich in irakische Angelegenheiten einmischen. Der Grund meines Schreibens ist allein die menschliche Seite des Falles. Es geht mir einmal um das Schicksal eines Mannes, der – ohne Deutscher zu sein – enge berufliche und menschliche Bindungen zu Deutschland hat. Zum anderen möchte ich seiner Frau helfen – einer deutschen Staatsangehörigen, die mir aus ihrer beruflichen Tätigkeit persönlich bekannt ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 288; VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Die Sitzung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission fand am 20./21. Juni 1982 in Bagdad statt. Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete dazu am 28. Juni 1982: „Breiten Raum nahm die Frage der unausgeglichenen bilateralen Handelsbeziehungen ein. Erwartungsgemäß wurde von irakischer Seite sowohl in der Kommission wie auch in Einzelgesprächen des Bundeswirtschaftsministers, u. a. mit dem irakischen Ölminister, der irakische Wunsch nach höheren Rohölbezügen vorgebracht. Von deutscher Seite wurde auf die Hemmnisse hingewiesen (Struktur der deutschen überarbeitenden Industrie, Bezugswege, Preis, Qualität).“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 446; Referat 311, Bd. 137715.

## 125

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius an die Botschaft in Bogotá

**331-322.00 LA-317/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2400**

**Aufgabe: 23. April 1982, 15.08 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Konsultationen mit Kolumbien (19./20.4.1982)<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch D3<sup>3</sup> mit StS Londoño

Bezug: Drahterlasse Nr. 2344 und 2345 vom 22.4.1982 – 331-321.22 KOL<sup>4</sup>

D3 führte am 20.4.1982 (im Anschluß an die von Dg33 geführten Konsultationen<sup>5</sup>) ein Gespräch mit dem kolumbianischen StS Londoño und Begleitern, aus dem folgende Punkte festzuhalten sind:

1) Falkland(Malwinen)-Konflikt

D3 unterrichtete die KOL-Delegation vom Bericht AM Pym's und Stellungnahme BM's auf EPZ-AM-Treffen am 20.4. in Brüssel<sup>6</sup>:

Einzelne Elemente des von AM Haig mit ARG erarbeiteten Verhandlungspakets zur Beilegung des Streitfalls seien für GB unzureichend.<sup>7</sup> Diplomatische

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Wolf konzipiert.

<sup>2</sup> Der Staatssekretär im kolumbianischen Außenministerium, Londoño, hielt sich vom 18. bis 21. April 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Walter Gorenflos.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Limmer übermittelte den Botschaften in Bogotá und Washington eine Zusammenfassung der Gespräche mit dem Staatssekretär im kolumbianischen Außenministerium, Londoño, am 19./20. April 1982. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 136301.

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Limmer führte am 20. April 1982 ein erstes Gespräch mit dem Staatssekretär im kolumbianischen Außenministerium, Londoño. Dabei wurden der Falkland-Krieg sowie die Lage in El Salvador, Guatemala und Nicaragua erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung Limmers vom selben Tag; Referat 331, Bd. 136301.

Am 20. April 1982 traf Limmer zu einem zweiten Gespräch mit Londoño zusammen. Dabei wurden die Entwicklung Kubas, das geplante Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten sowie die Bewegung blockfreier Staaten thematisiert. Vgl. dazu die Aufzeichnung Limmers vom 23. April 1982; Referat 331, Bd. 136301.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat von Ploetz vermerkte am 20. April 1982 zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am selben Tag: „BM meinte unter Bezugnahme auf Pym's Äußerung (beim Lage-Bericht über den Falkland(Malwinen)-Konflikt), daß die Europäische Gemeinschaft bei der an sich betrüblichen Entwicklung über den Anlaß hinaus an politischer Statur gewonnen habe“. Genscher habe „ernsthaft“ die Frage gestellt, ob die Behandlung des Mandats der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 bei der EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1982 in Luxemburg nicht vertagt werden solle: „Nach einer längeren Diskussion [...] stellte Pym fest: Er wolle am Dienstag kommen und das Mandat behandeln. Die gegenwärtige Lage müsse ausgenutzt werden, um eine Regelung zu erzielen. Die Budget-Frage sei nicht nur ein Problem für Großbritannien, sondern auch für die EG. Es sei daher nicht nur an GB, Kompromisse zu machen. [...] Pym blieb bei dieser Haltung, obwohl alle übrigen Sprecher deutlich auf die mit einem Fehlschlag verbundenen negativen Folgen hingewiesen und ihr Verständnis für einen evtl. britischen Vertagungswunsch zum Ausdruck gebracht hatten.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122687.

<sup>7</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 120, Anm. 4. Ministerialdirigent Limmer teilte den Botschaften in Buenos Aires, London und Washington am 20. April 1982 mit: „AM Haig ist nach Abschluß viertägiger Diskussionen mit ARG-Regierung in Buenos Aires am 19.4.82 abends nach Washington abgereist. Über das ausgehandelte Verhandlungspaket mit argentinischen Höchstzugeständnissen und Mindestforderungen liegen keine De-

Lösung sei aber noch möglich (Pym am 22.4. nach Washington<sup>8</sup>). Für GB seien Rückzug ARG-Truppen und Selbstbestimmungsrecht vital. BM habe unser Interesse an Erfolg der Haig-Mission als westlicher Führungsmacht und wegen involvierten US-Prestiges sowie Bekräftigung europäischer Solidarität mit GB betont. Wir bedauern insbesondere negative Auswirkungen auf Verhältnis Europa/LA durch einen unnötigen Konflikt, aus dem nur SU Vorteile zieht.

StS Londoño erläuterte die kolumbianische OAS-Initiative<sup>9</sup> (Vermittlerrolle einer Gruppe von drei MS als Rückfallposition im Falle des Scheiterns der Haig-Mission).

## 2) Bilaterale Beziehungen

Auf Frage D3 nach der Bewertung des Standes unserer Beziehungen antwortete StS Londoño „sehr gut“, vor allem in Bereichen wie Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Er empfahl Ausweitung der Zusammenarbeit in neue Bereiche wie CBI<sup>10</sup>. Geschäftsträger Uribe ergänzte: wissenschaftlich-technologische Kooperation.

## 3) Bolivien

Im Hinblick auf mögliche Verbesserung unserer Beziehungen zu Bolivien fragte D3 nach Einschätzung der Lage durch dieses mit KOL befreundete Andenpakt-Land<sup>11</sup>. StS Londoño antwortete: Es sei nicht realistisch, von rascher

*Fortsetzung Fußnote von Seite 615*

tails vor. Britische Regierung hat in Erklärung nach nächtlicher Sitzung Krisenkabinetts und Fragestunde im Parlament erklärt, daß Haig-Vorschläge komplex und schwierig seien und auf ersten Blick den vom Parlament gestellten Forderungen, besonders hinsichtlich des Status der Inselbewohner, nicht gerecht werden. [...] AM Pym werde Donnerstag nach Washington fliegen und dort britische Vorschläge unterbreiten. Mehr optimistische u[nd] mehr skeptische Beurteilungen halten sich in B[uenos]A[ires] u. London die Waage. Haig-Vorschlag soll die Souveränitätsfrage (ARG-Forderung) und die Berücksichtigung des Willens der Inselbewohner (GB-Forderung) vorläufig ausklammern.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 136666.

<sup>8</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich am 22./23. April 1982 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, London, berichtete dazu am 24. April 1982: „AM Pym kehrte heute früh aus Washington zurück und begab sich sofort zu PM Thatcher, um sie über Gespräche mit AM Haig zu unterrichten. [...] Seit heute morgen werden im Rundfunk Meldungen der argentinischen Agentur Télam zitiert, wonach Invasion South Georgias unmittelbar bevorstehe (‘is imminent’). M[inistry]o[f]D[efence] hat abgelehnt, diese Meldungen zu bestätigen oder zu dementieren. Dementiert wurde nur, daß Landung bereits erfolgt sei. [...] Bewertung: In London wächst das Gefühl, daß die Haig-Mission zu Ende geht und die Differenzen zwischen den britischen und argentinischen Vorschlägen nicht zu überbrücken sind. Es heißt, daß vor allem PM Thatcher glaubt, daß nur eine – wenn auch begrenzte – britische militärische Aktion Argentinier veranlassen könnte, ihre Position zu überdenken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 645; Referat 330, Bd. 136666.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 20. April 1982: „Am 13. April lagen der OAS zwei Resolutionsvorschläge zum Falkland(Malwinen)-Konflikt vor. Die von Kolumbien eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. [...] Die Entschließung ist als erster Schritt der OAS anzusehen, sich – wenn dies notwendig werden könnte, z. B. bei Erfolglosigkeit der Haig-Mission – für eine Mittlerfunktion anzubieten. Gleichzeitig kommt in dieser Resolution das Bemühen einiger Staaten zum Ausdruck, zu einer Entwicklung beizutragen, die eine klarere Stellungnahme weiterhin vermeiden läßt, wie es für die lateinamerikanischen Staaten bei Anrufen des Rio-Paktes durch Argentinien kaum mehr möglich sein dürfte. Im Gegensatz zum Rio-Pakt, dem die zwölf englischsprachigen karibischen Kleinstaaten nicht angehören, ist die argentinische Position in der OAS nicht so stark, um angesichts der pro-englischen Neigung der englischsprachigen Karibikstaaten ohne weiteres eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu gewinnen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136666.

<sup>10</sup> Caribbean Basin Initiative.

<sup>11</sup> Der Anden-Pakt wurde durch den Vertrag von Cartagena vom 26. Mai 1969 geschlossen, der am 16. Oktober 1969 in Kraft trat. Gründungsmitglieder waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Zum 1. Januar 1974 trat Venezuela dem Anden-Pakt bei, die Mitgliedschaft Chiles wurde am 30. Oktober 1976 aufgehoben.

Wandelbarkeit des relativ niedrigen demokratischen Selbstverständnisses in BOL auszugehen. Als traditionelle Demokratie bedauere KOL die seit über 100 Jahren „fast täglichen“ Staatsstreiche oder Staatsstreichversuche bolivianischer Militärs, von denen fast jeder Staatspräsident werden wolle. Unter Berücksichtigung dieses „Bolivian way of life“ werde die Ausgangslage in BOL in 100 Jahren etwa die gleiche wie heute sein. Daher habe KOL die diplomatischen Beziehungen zu BOL nach dem Staatsstreich des Generals García Meza<sup>12</sup> nicht abgebrochen. Jetzt seien sie unter General Torrelio eher lau. Alle Andenpakt-Staaten hätten aber ihr Verhältnis zu BOL normalisiert in der Überzeugung, daß man hiermit nicht mehr lange warten sollte und es gefährlich sei, BOL allein zu lassen.

Martius

VS-Bd. 13593 (331)

## 126

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 BSR/SH-671/82 geheim

26. April 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Grundsätze für den Rüstungsexport;  
hier: Diskussion im BSR vom 28.4.1982

Bezug: FS ChBK Nr. 506 vom 26.3.1982 (liegt bei Original)<sup>2</sup>

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 19. August 1980, der Staatsstreich der bolivianischen Streitkräfte am 17. Juli 1980 habe den seit zwei Jahren in Gang befindlichen Demokratisierungsprozeß in Bolivien unterbrochen: „Motive der mit harter Hand vorgehenden Militärs waren neben der Sicherung von Pfründen und Einfluß die Furcht vor einer linksorientierten Entwicklung. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß der Führer der linksliberalen Volksunion, Siles Zuazo, am 6.8.1980 zum Präsidenten gewählt worden wäre. Zu erwarten war auch, daß Siles mit Parteien linker Observanz ein Bündnis eingegangen wäre. Dies ließ die benachbarten Militärregime in Argentinien, Brasilien, Chile und Paraguay befürchten, daß oppositionelle Linkskräfte dieser Länder in Bolivien eine Operationsbasis erhalten könnten.“ Der neue Präsident, García Meza Tejada, sei allerdings auch beim Militär umstritten. Vgl. Referat 331, Bd. 125068.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert. Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 26. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, teilte den Bundesministern Apel, Baum, Genscher, Graf Lambsdorff, Matthöfer und Schmude mit, Bundeskanzler Schmidt bitte die Mitglieder des Bundessicherheitsrats um Stellungnahmen zu den Änderungsvorschlägen zum Entwurf der Neufassung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung: „Diese Änderungsvorschläge stammen von den Vorsitzenden der Arbeitskreise Rüstungsexport der beiden Koalitionsfraktionen. [...] Der Bundeskanzler wird aufgrund Ihrer Stellungnahmen entscheiden, ob eine erneute Behandlung im BSR erforderlich wird oder der Beschluß im Umlaufverfahren gefaßt werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

Anlg.: 1 (nur bei Original)<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu I.3 und III.

I. 1) Mit dem Bezugs-FS hatte Chef BK drei Änderungswünsche der Vorsitzenden der Arbeitskreise „Rüstungsexport“ der beiden Koalitionsfraktionen<sup>4</sup> zu dem Ressortentwurf der Grundsätze für den Rüstungsexport vom 17.3.1982<sup>5</sup> mitgeteilt:

Sie haben den Änderungswünschen grundsätzlich zugestimmt.

BMF und BMJ haben Bedenken geäußert. Diese sollen am 28.4.82 in einer Sondersitzung des BSR im Anschluß an die Kabinettsitzung erörtert werden.

2) Eine Besprechung der am Entwurf der neuen Grundsätze beteiligten Ressorts auf Referentenebene erbrachte folgendes Ergebnis:

a) Zur Änderung der Präambel

Alte Formulierung:

„In dem Bestreben ...,

... auch auf Beschlüsse internationaler Institutionen grundsätzlich Rücksicht zu nehmen, die eine Beschränkung des internationalen Waffenhandels unter Abrüstungsgesichtspunkten anstreben ...“

Neue Formulierung (Änderungswunsch):

... „auch Beschlüsse internationaler Institutionen zu berücksichtigen, die eine Beschränkung ...“

Die neue Formulierung ist bindender. Sie könnte in Ausnahmefällen Schwierigkeiten, vor allem bei UNO-Resolutionen, bringen. Der BMJ weist darauf hin, daß Resolutionen nicht immer unseren außen- und sicherheitspolitischen Interessen entsprechen müssen. „Berücksichtigen“ bedeutet jedoch nicht in jedem Fall „befolgen“ und ließe somit noch Spielraum. Die Ressorts waren sich einig, daß der Änderungswunsch akzeptiert werden sollte.

b) Rüstungslieferungen an Nicht-NATO-Länder (Ziffer 9)

Alte Formulierung:

„Vitale Interessen sind insbesondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.“

Neue Formulierung (Änderungswunsch):

„Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“

Mit der Streichung von „insbesondere“ werden die „vitalen Interessen“ auf außen- und sicherheitspolitische Interessen eingeeengt. Darüber hinaus könnte die Ersetzung von „oder“ durch „und“ dahin interpretiert werden, daß beide

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 2.

<sup>4</sup> Egon Bahr (SPD) und Hans-Günter Hoppe (FDP).

<sup>5</sup> Kapitän zur See Krancke, Bundeskanzleramt, übermittelte Bundesminister Genscher am 19. März 1982 die „Neufassung der politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, Stand vom 17. März 1982“. Vgl. VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Interessen kumulativ vorliegen müssen. ChBK und BMVg haben auf Referentenebene Bedenken gegen diese Einengung geäußert. BMWi wies darauf hin, daß andere vitale Interessen, vor allem bei der Energie- und Rohstoffsicherung, die ursprünglich in einer Protokollerklärung besonders erwähnt, später durch „insbesondere“ abgedeckt werden sollten, nach der neuen Formulierung nicht mehr zur Begründung herangezogen werden können.

Der neue Hinweis auf „beschäftigungspolitische Gründe“ hängt in der Luft, da als „vitale“ Interessen, die ausnahmsweise eine Genehmigung ermöglichen, außen- und sicherheitspolitische Interessen allein definiert wurden. Im übrigen läßt der neue Hinweis den Text auch unausgewogen erscheinen: Beschäftigungspolitische Gründe sollten kein stärkeres Gewicht als die Energie- und Rohstoffsicherung haben. „Beschäftigungspolitische Gründe“ können für die Fortsetzung unserer Exportpolitik im „Sonderschiffbau“ sprechen. Sie lassen sich aber auch für den Export von „Sonderfahrzeugen“ verwenden. Der Vertreter des Bundeskanzleramts schlug vor, entsprechend der alten Formulierung das Wort „insbesondere“ zu außen- und sicherheitspolitischen Interessen stehenzulassen. AA äußerte auf Referentenebene Bedenken und schlug statt dessen die Einfügung von „vorrangig“ vor. Das fand Zustimmung.

c) Spannungsgebiete (Ziffer 13)

Alte Formulierung:

„Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheidet deshalb grundsätzlich aus. Der BSR kann Ausnahmen von diesem Grundsatz beschließen; sie sind eingehend zu begründen. Ausnahmen können vorliegen, wenn bei Abwägung unserer Gesamtinteressen vitale sicherheits- oder bündnispolitische Interessen eindeutig dafür sprechen, durch einen Beitrag das regionale Gleichgewicht zu fördern, somit Spannungen abzubauen und den Frieden zu sichern.“

Neue Formulierung (Änderungswunsch):

„Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheidet deshalb grundsätzlich aus.“

Da nach Satz 2 der neuen Formulierung Lieferungen in Spannungsgebiete „grundsätzlich“ ausscheiden, kommt es für die Anwendung des neuen Textes der Ziffer 13 auf die Interpretation der Bedeutung des Wortes „grundsätzlich“ an. Es sind zwei Interpretationen denkbar:

- Überhaupt keine Lieferungen in Spannungsgebiete, oder
- der Ausschluß gilt nur im Regelfall, Ausnahmen sind möglich.

BMJ und BMF neigen zur ersten Interpretation und halten die Neuformulierung für zu eng. BMJ hat vor allem Bedenken wegen der kriegswaffennahen Rüstungsgüter, da diese unter das AWG<sup>6</sup> fallen und nach dem AWG Rüstungs-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

exporte in Spannungsgebiete u.U. möglich sind. Die an dem Entwurf beteiligten Ressorts neigen aufgrund der Entstehungsgeschichte zur zweiten Interpretation. In diesem Fall würde die neue Formulierung Ausnahmen zulassen, ohne hierfür Kriterien festzulegen. ChBK, BMWi und BMVg traten auf Arbeitsebene für Beibehaltung der alten Formulierungen ein, um die Kriterien für Ausnahmen festzuschreiben. Wie ich aus dem BMWi höre, wird BM Graf Lambsdorff vorgeschlagen werden, den Inhalt der alten Formulierung ggf. in gekürzter Form in eine einvernehmliche Protokollerklärung aufnehmen zu lassen.

### 3) Wertung

a) Der Neuformulierung für die Präambel sollte zugestimmt werden.

b) Die Neuformulierung für Rüstungslieferungen an Nicht-NATO-Länder (Ziffer 9) wirft Bedenken auf. Da nur noch vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen eine ausnahmsweise Genehmigung rechtfertigen, könnten Genehmigungen für Kriegswaffenexporte in Länder außerhalb der NATO (und NATO-gleichgestellte Länder) nur noch schwer begründet werden. Dies gilt für Lieferungen an alle Länder der Dritten Welt einschließlich der uns befreundeten Länder in Lateinamerika und der ASEAN-Länder.

Es sollte daher möglichst vor „außen- und sicherheitspolitisch“ das Wort „vorrangig“ eingefügt werden. Dies würde eine angemessene Abstufung bewirken und die neugefaßte Ziffer 9 praktikabler machen:

- Das Hauptgewicht hätten Außen- und Sicherheitspolitik.
- Daneben würden aber auch weitere Gründe zugelassen.
- Die Beschäftigungspolitik könnte dann, und zwar in der vom Änderungswunsch erstrebten subsidiären Form, tatsächlich als Genehmigungsgrund in Betracht gezogen werden.
- Außerdem würde klargestellt, daß vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen alternative Gründe sind und nicht kumulativ vorliegen müssen.

c) Bei Lieferungen in Spannungsgebiete (Ziffer 13) spricht der Vergleich mit den Grundsätzen für den Rüstungsexport von 1971 („Länder in Spannungsgebieten: keine Kriegswaffen“)<sup>7</sup> für die Interpretation, daß auch nach der Neuformulierung nunmehr Ausnahmen von diesem Grundsatz möglich sein sollen. Falls der BSR hiervon ausgeht, sollten die Kriterien festgelegt werden, um die Ausnahmen zu begrenzen. Dies könnte auch durch Protokollerklärung geschehen.

Falls die in der alten Formulierung vorgesehenen Kriterien als zu weit empfunden werden, könnte folgende Formulierung vorgeschlagen werden:

Sollte in einem besonders gelagerten Einzelfall aus vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen sowie bündnispolitischen Interessen ein Beitrag notwendig sein, um das regionale Gleichgewicht zu fördern, kann der Bundessicherheitsrat einer Lieferung zustimmen. Die Entscheidung ist eingehend zu begründen und sollte in Abstimmung mit unseren Bündnispartnern erfolgen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 16. Juni 1971 vgl. WEHRDIENST, Ausgabe 614/1977 vom 13. Juni 1977, Beilage. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, I, Dok. 83.

Diese Formulierung ist wegen der Einengung auf „einen besonders gelagerten Einzelfall“ restriktiver als der Ressortentwurf vom 17.3.1982. Restriktiver wirkt sich auch der Hinweis aus, daß alle drei Interessen (außen-, sicherheits- und bündnispolitische) gemeinsam vorliegen müssen und daß die Abstimmung mit unseren Bündnispartnern verlangt wird.

Wenn die vorgeschlagene Formulierung für die Abgrenzung der Kriterien nicht akzeptiert wird, sollte der Änderungsvorschlag der Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der Fraktionen angenommen werden, um die Verabschiedung der neuen Grundsätze nicht noch weiter zu verzögern.

II. Grundsätzlich ist festzustellen, daß Vorschläge für weitere Textveränderungen im BSR im Fall der Ablehnung bei Interpretationsauseinandersetzungen in Zukunft auch gegen uns verwandt werden können.

III. Falls die neuen Grundsätze verabschiedet werden<sup>8</sup>, sollte die nächste Sitzung des BSR möglichst Mitte Mai stattfinden mit dem Ziel, über die wichtigsten noch offenen Fragen (Saudi-Arabien<sup>9</sup>, Malaysia<sup>10</sup>) zu entscheiden.

D 2<sup>11</sup>, D 3<sup>12</sup> und D 5<sup>13</sup> haben mitgezeichnet.

Per Fischer

Zusatz D3: Ich plädiere für jede noch mögliche Erweiterung oder zumindest Offenhaltung des verbliebenen engen Spielraumes. Die insgesamt mit der Neufassung, insbesondere nach den letzten Änderungen, bewirkte negative Selbstbindung ist nach meiner Auffassung mit einer aktiven DW-Politik nicht vereinbar.

Zusatz D2: Auch ich plädiere dafür – zur Wahrung unserer sicherheits- und bündnispolitischen Interessen auch außerhalb des NATO-Vertragsgebiets.<sup>14</sup>

**VS-Bd. 11274 (220)**

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311.

<sup>9</sup> Zum Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 4.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 22. Juni 1982: „Die Firma Thyssen-Henschel hat im Februar 1981 die Genehmigung zur Ausfuhr nach Malaysia für 108 gepanzerte Radfahrzeuge des Typs UR 425 – Condor – in der Spähversion und 102 gepanzerte Kettenfahrzeuge (Transport-, Kampf- und Bergepanzer ähnlich dem Typ Marder bzw. TAM) beantragt. [...] Es handelt sich um Kriegswaffen (KWKG-pflichtig). Für die Radfahrzeuge und 40 der 102 Kettenfahrzeuge sind 20-mm-Maschinenkanonen (Rheinmetall) vorgesehen, ebenfalls KWKG-pflichtig.“ Fischer legte dazu dar: „Bei den 102 gepanzerten Kettenfahrzeugen handelt es sich um Panzer. Für komplette Panzer wurden bisher noch in keinem Fall Genehmigungen zur Ausfuhr in Länder der Dritten Welt erteilt. [...] Auch hinsichtlich des Condor UR 425 in der Spähversion gibt es keinen Präzedenzfall. Wir haben bisher die Lieferung derartiger gepanzerter Fahrzeuge mit 20-mm-Bewaffnung in Länder der Dritten Welt nicht genehmigt.“ Fischer empfahl, die Genehmigung zur Ausfuhr nicht zu erteilen: „Obwohl die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation eine positive Entscheidung über die Anträge nicht zuläßt, hält das Auswärtige Amt wegen der Bedeutung der Fälle eine Erörterung im BSR für notwendig.“ Vgl. VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Franz Pfeffer.

<sup>12</sup> Walter Gorenflos.

<sup>13</sup> Carl-August Fleischhauer.

<sup>14</sup> Der Passus „Zusatz D2 ... Vertragsgebiets“ wurde handschriftlich eingefügt.

127

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-1635/82 VS-vertraulich

26. April 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

Betr.: Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß;  
hier: Münchner SPD-Parteitag (19. bis 23.4.1982)

### I. Verlauf

Auf dem SPD-Parteitag stand die Debatte über den Doppelbeschluß neben der Erörterung wirtschaftspolitischer Probleme weit im Vordergrund, obwohl sich die Parteiführung bemüht hatte, die Debatte dadurch zu entschärfen, daß die Beschlußfassung über die INF-Dislozierung auf 1983 verschoben wurde.

Schärfste Kritik an dem den Doppelbeschluß in diesem Sinne behandelnden Leitantrag des Parteivorstandes<sup>4</sup> wurde vor allem von Eppler, Lafontaine und Klose vorgetragen. Sie versuchten, den Doppelbeschluß schon jetzt unmittelbar oder mittelbar – durch Moratoriumsvorschläge (hinsichtlich der Vorbereitung der Dislozierung oder der Dislozierung selbst) – zu „kippen“.

Dies konnte durch den energischen Einsatz für Festhalten am Doppelbeschluß vor allem durch BK Schmidt, BM Apel, MP Rau, StM Corterier, der MdB Bahr, Ehmke, Horn, Leber und K. Voigt sowie von Senator Pawelczyk verhindert werden; der beschlossene Leitantrag kann allerdings die Gefahr, welche der Realisierung des Doppelbeschlusses auf dem SPD-Parteitag 1983<sup>5</sup> droht, nicht mindern.

Die Beschlußlage der SPD zeigt weiterhin:

- „Es darf keinen Automatismus der Stationierung geben.“
- „Es wird zu prüfen sein, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Statio-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Hofmann und Citron kopiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 29. April 1982 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 4. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 28. April 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine hochinteressante Aufzeichnung.“

Hat Staden am 3. Mai 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth und Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Pfeffer am 5. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 2. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Antrags des SPD-Parteivorstands zur Sicherheitspolitik vgl. PARTEITAG DER SPD 1982, Bd. II, S. 907–911.

<sup>5</sup> Ein außerordentlicher Parteitag der SPD fand am 18./19. November 1983 in Köln statt.

nierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und WP erleichtern würden.“<sup>6</sup>

- „Die SPD wird 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.“

## II. Bewertung

1) Es ist kaum zu beurteilen, wie die Entscheidung ausgefallen wäre, wenn bereits in München über die Dislozierung zu entscheiden gewesen wäre.

a) Gegen die Annahme, daß sich die Parteiführung klar durchgesetzt hätte, sprechen folgende Beobachtungen:

- In der sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe II, die allerdings nicht nur den Delegierten, sondern allen Besuchern des Parteitags offenstand, sprachen sich fast alle Diskussionsredner aus dem „Parteivolk“ (und übrigens sämtliche an der Debatte teilnehmenden Frauen) gegen den Doppelbeschluß aus. Das tiefe Mißtrauen gegenüber der Reagan-Administration war für viele ein zentrales Motiv.
- Demagogische Redner wie Lafontaine erhielten den größten Beifall.
- Parteichef Brandt zitierte folgendes aus dem Artikel von McNamara und drei anderen<sup>7</sup>: „Indessen hoffen einige der Europäer, die öffentlich beide Teile der Vereinbarung von 1979 unterstützen, ganz eindeutig, daß der Tag der Dislozierung nie kommen möge“, und ergänzte: „Das ist nicht so falsch gesehen. Und ich füge hinzu: Aus dem Beschluß von Brüssel ergibt sich keine Automatik.“
- Der Bundeskanzler selbst hatte es – allerdings ohne Bezug auf die Sicherheitspolitik – als legitim bezeichnet, wenn die Partei „vorausdenke“; dies wurde von der innerparteilichen Linken als Legitimation von Beschlüssen interpretiert, welche der gegenwärtigen Regierungslinie widersprechen.

b) Für die Annahme, daß sich die Parteiführung durchgesetzt hätte, spricht andererseits folgendes:

- Auch kompromißlose Gegner des Nachrüstungsteils des Doppelbeschlusses verschlossen sich nicht dem taktischen Argument, daß das Kippen des Beschlusses zu einem Machtwechsel in Bonn führen könnte.
- Auch unter den SPD-Parteitagsdelegierten, welche insgesamt überwiegend der Altersgruppe 40 bis 60 Jahre angehörten, war das Phänomen der „schweigenden Mehrheit“ zu beobachten.

2a) Noch schwieriger ist es, aus dem Verlauf des Parteitags eine Prognose über die zu erwartenden Beschlüsse 1983 zu treffen, zumal sich innerparteilich, in-

<sup>6</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Anscheinend etwa wie 1979.“ Zu dieser Bemerkung Stadens notierte Vortragender Legationsrat von Ploetz am 29. April 1982 handschriftlich: „Ist identisch.“

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198.

nenpolitisch wie weltpolitisch, aber auch in Genf<sup>8</sup> bis dahin neue Entwicklungen ergeben können.

Man kann aber mit relativ hoher Gewißheit vorhersagen, daß die Entscheidung der SPD 1983 bis zuletzt offenbleiben wird.

b) Die SU wird zweifellos versuchen, durch öffentlichkeitswirksame Verhandlungsvorschläge den Parteitag zu beeinflussen.

c) Für das Taktieren der Parteiführung im Jahre 1983 könnte maßgeblich werden, was Egon Bahr im Arbeitskreis II des Parteitags am 20.4.1982 skizzierte:

Bahr bezeichnete die westliche (wie die östliche) Verhandlungsposition als undurchsetzbare Maximalpositionen, von denen beide Seiten „runter“ müßten(!). Die Zeit bis 1983 reiche aber aus, sich einem konkreten Verhandlungsergebnis zumindest so anzunähern, daß man dann auch ein befristetes Stationierungsmoratorium ins Auge fassen könne(!). Dies schon jetzt zu tun, sei falsch. Ein Nein zur Dislozierung werde der SU jeden Anreiz zu ernsthaftem Verhandeln nehmen. Andererseits sei es auch falsch, schon jetzt zur Dislozierung für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen ja zu sagen, da dies den Druck auf die USA, erfolgsorientiert zu verhandeln, wegnehmen würde.<sup>9</sup> Bahr bestritt in diesem Zusammenhang, daß die Bündnispartner sich für den Fall des Ausbleibens von konkreten Verhandlungsergebnissen bereits im Doppelbeschluß zur Durchführung der INF-Dislozierung verpflichtet hätten.

(U. E. enthält das Kommuniqué vom 12.12.1979<sup>10</sup> eine verbindliche Festlegung auf Dislozierungen; lediglich deren Umfang soll im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse überprüft werden.)<sup>11</sup>

Der scheinbare Kompromiß eines zeitlich begrenzten Stationierungsmoratoriums, das in Wirklichkeit durch ständiges Verlängern zu einer Aushöhlung des Doppelbeschlusses führen könnte, ist somit zumindest konzeptionell für 1983 angebahnt.

d) Schon jetzt ist auch erkennbar, daß der sowjetische Vorschlag eines Verzichts auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen (Non First Use/NFU)<sup>12</sup> wegen seiner Befürwortung durch McNamara, McBundy, Kennan und Smith und da-

<sup>8</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 83 und Dok. 116.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[wichtig]“. Ferner vermerkte er: „Die Stationierungsentscheidung ist ‚auflösend‘ und nicht ‚aufschiebend‘ bedingt.“

<sup>12</sup> Ministerialdirigent Dröge notierte am 15. April 1982, die UdSSR habe bei der 36. VN-Generalversammlung, die vom 15. September bis 18. Dezember 1981 in New York stattfand, „im September 1981 einen Resolutionsentwurf ‚Verhinderung einer Nuklearkatastrophe‘ vorgelegt. Danach soll die Generalversammlung in Form einer feierlichen Proklamation jeden Ersteinsatz von Nuklearwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit ächten und die Verantwortung für einen solchen Einsatzbefehl den jeweiligen Staatsmännern persönlich zuschreiben. Dieses Thema eines Verzichts auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen bzw. der damit verwandte generelle Verzicht auf den Einsatz von Nuklearwaffen war bereits in der Vergangenheit mehrfach Gegenstand sowjetischer VN-Initiativen. [...] Bewertung der sowjetischen Haltung: Die seit über einem Jahrzehnt unveränderte sowjetische Militärstrategie läßt keinen ernsthaften Zweifel daran aufkommen, daß – entgegen den politischen Äußerungen und VN-Initiativen der SU – diese, falls sie dies für erforderlich erachten sollte, auch einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen in Betracht zieht.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124510.

mit verknüpft auch intensive Strategiediskussionen auf dem SPD-Parteitag 1983 eine bedeutende Rolle spielen werden.

(Delegierte wie Eppler, Klose und Lafontaine, welche fälschlich behaupten, die Nachrüstung ziele auf eine Erstschlagfähigkeit ab, sehen im NFU-Konzept ein zusätzliches Argument gegen die Nachrüstung.)<sup>13</sup>

Egon Bahr, der das NFU-Konzept im „Vorwärts“ vom 22.4.1982 – wenngleich in ambivalenten Formulierungen – begrüßte<sup>14</sup>, äußerte sich dazu im Arbeitskreis II am 20.4. in München wie folgt:

Die vier Autoren hätten einen wertvollen Denkanstoß gegeben. Die Strategie der „flexiblen Antwort“<sup>15</sup> könne abgelöst werden; sie sei wie frühere Strategien keine Bibel. Eine neue NATO-Strategie dürfe jedoch nicht weniger Sicherheit bieten. Deshalb setze NFU auch annäherndes konventionelles Gleichgewicht voraus. (Bahr knüpfte daran die Vision, daß – wenn sich erst einmal eine echte „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen West und Ost eingestellt habe – auch die Doktrin der Abschreckung abgelöst werden könne.) Abschließend stellt Bahr jedoch klar, daß die eingeleitete Strategiediskussion keine Veranlassung zum „Aussteigen aus dem Doppelbeschluß“ gebe.

BM Apel bekräftigte dies, indem er feststellte, daß NFU als Doktrin voraussetze, daß

- die konventionelle Verteidigung „ganz massiv ausgebaut“ werde;
- die Verteidigungsausgaben jährlich um mindestens real vier Prozent gesteigert würden;
- in der BR Deutschland eine „Truppenkonzentration ungeahnten Ausmaßes stattfinde“;
- wir nicht<sup>16</sup> bereit seien, einer Doktrin zuzustimmen, welche einen Krieg führbarer erscheinen lasse.<sup>17</sup>

BM Apel schloß mit dem Appell, die Delegierten, welche hinsichtlich Doppelbeschluß und Strategie schließlich Angelegenheiten des gesamten Bündnisses diskutierten, „sollten sich nicht übernehmen und so tun, als gebe es drei Supermächte, nämlich die USA, die SU und die SPD“<sup>18</sup>.

### III. Folgerungen

1) Die Bundesregierung kann mit dem sicherheitspolitischen Ergebnis des SPD-Parteitags leben; wenn auf sicherheitspolitischem Gebiet ein unmittelbarer Nachteil entstanden ist, dann durch die Berichterstattung von Medien und Botschaften über die Zerrissenheit und die daraus abgeleitete Unberechenbarkeit der größeren Regierungspartei.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Angesichts der Reichweiten muß man schon annehmen: wider besseres Wissen!“

<sup>14</sup> Vgl. den Artikel von Egon Bahr „Die Strategie-Diskussion lohnt. Zu den Überlegungen, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten“; VORWÄRTS vom 22. April 1982, S. 14.

<sup>15</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>16</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

<sup>17</sup> Der Passus „BM Apel ... lasse“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“.

<sup>18</sup> Der Passus „sollten ... SPD“ wurde von Staatssekretär von Staden durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

2) Die Sachargumentation der Befürworter des Doppelbeschlusses in der SPD war der Kritik des Eppler-Flügels überlegen. Langfristig könnte die US-Freeze-Bewegung<sup>19</sup> die Auseinandersetzung jedoch erheblich erschweren.

3) Die Bewertung der Genfer Verhandlungsergebnisse wird 1983 im Mittelpunkt der Parteitagdiskussion stehen. Dabei wird nachzuweisen sein, daß die USA wirklich alles versucht haben, um zu einem Ergebnis zu kommen, das eine US-Stationierung in Westeuropa überflüssig macht. Ein Festhalten an allen Elementen der bisherigen westlichen Verhandlungsposition, die selbst der BK nur als Ausgangsposition ansieht, dürfte nicht genügen, um den SPD-Parteitag 1983 zu überzeugen.<sup>20</sup>

4) Neue Argumente gegen den Doppelbeschuß wurden in München kaum vorgebracht. Die neue Strategiedebatte (u. a. NFU-Konzept) wird allerdings verstärkte Bemühungen für sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit erforderlich machen. Diese Arbeit muß – gerade auch in den Parteien – enorm intensiviert werden, wenn der SPD-Parteitag 1983 zu einer eindeutigen, mit dem Doppelbeschuß konformen Entscheidung auf einer von der breiten Bevölkerung getragenen Basis führen soll.

RL 220<sup>21</sup>, den StM Corterier neben RL 201<sup>22</sup> zu seiner Beratung in München herangezogen hatte, hat mitgewirkt.

Hofmann

**VS-Bd. 12050 (201)**

<sup>19</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 8. März 1982 mit: „In den letzten Tagen hat die Bewegung für einen nuklearen freeze ein gewisses nationales Momentum in den USA erhalten. [...] In Kalifornien läuft zur Zeit eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel, bei den November-Wahlen über einen Resolutionsentwurf abstimmen zu lassen, der einen nuklearen freeze fordert. Der Resolutionsentwurf lautet, ‚that the government of the United States should propose to the government of the Soviet Union that both countries agree to immediately hold the testing, production and further deployment of all nuclear weapons, missiles and delivery systems in a way that can be checked and verified by both sides‘. [...] Nach Angaben der Organisatoren hat die im Dezember angelaufene Unterschriftenaktion bereits zu 350 000 Unterschriften geführt und damit eine wichtige Bedingung für die Möglichkeit einer Abstimmung erreicht. [...] Falls die Resolution zur Abstimmung kommt, womit zu rechnen ist, würde zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte die Nuklearfrage in einem Einzelstaat von der Bevölkerung behandelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1081; Referat 201, Bd. 125650.

<sup>20</sup> Der Passus „Dabei ... überzeugen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Am meisten Gedankenarbeit müssen wir – so auch Nitze – in die Abwehr des Drittstaatenarguments investieren.“

Zu diesen Bemerkungen Stadens notierte Bundesminister Genscher handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>21</sup> Klaus Jürgen Citron.

<sup>22</sup> Wilfried Hofmann.

128

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

28. April 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Ihr<sup>2</sup> Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Janos Kádár, am Dienstag, den 27. April 1982<sup>3</sup>

Dauer des Gesprächs: 10.45 bis 13.00 Uhr

An dem Gespräch nahmen als Note-taker teil: Herr G. Horn, Stellvertretender Leiter der außenpolitischen Abteilung des ZK der USAP, MDg Dr. Zeller sowie zwei Dolmetscher.

Nach einigen persönlichen Vorbemerkungen drücken Sie Ihre Freude aus, Kádár zum Gespräch bei sich zu sehen; dies gelte politisch wie persönlich.

Kádár dankt; er habe den Gedanken an einen Besuch sofort aufgegriffen, wie er glaube aus gleicher Motivation wie Sie. Von dem Treffen solle politische Wirkung ausgehen. Ihm gehe es darum, das deutsch-ungarische Partnerverhältnis zu stärken. Persönlich freue er sich sehr, Sie wiederzusehen.<sup>4</sup>

Sie wollten, wenn Kádár einverstanden sei, in Ihrem Toast beim Abendessen sagen, daß zwischen Ungarn und Deutschland ein Verhältnis guter Nachbarschaft bestehe.<sup>5</sup> Dies könnten Sie so von keinem anderen Staat aus dem RGW-Bereich sagen.

Kádár stimmt dem zu und bemerkt, mit der Bitte ihn nicht mißzuverstehen, daß aus seiner Sicht das deutsch-ungarische Verhältnis sich lediglich mit dem ausgezeichneten ungarisch-österreichischen Verhältnis vergleichen lasse.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 28. April 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat gebeten, diesen Vermerk, dem er selbst inhaltlich noch nicht zugestimmt hat, dem Herrn Bundesminister vor dessen Gespräch mit Herrn Kádár zur persönlichen Kenntnisnahme vorzulegen.“

Hat Braunmühl am 28. April 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 28. April 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 28. April und erneut am 29. April 1982 vorgelegen, der zu den Bemerkungen Zellers handschriftlich vermerkte: „Telefongespräch mit H[errn] Zeller: Er bittet, das Wort ‚persönlichen‘ zu streichen und macht entspr[echenden] Vermerk.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Zeller teilte Braunmühl am 5. Mai 1982 mit, Bundeskanzler Schmidt habe „die Ihnen mit meinen Schreiben vom 28. und 29. April vorab zugegangenen Vermerke über seine Gespräche mit Erstem Sekretär Kádár mit der Maßgabe der in der Anlage aufgeführten Änderungen gebilligt. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Änderungen in die Ihnen übersandte Ausfertigung übertragen könnten.“ Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982. Vgl. Anm. 20, 22, 38, 43, 46 und 47.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich vom 26. bis 28. April 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 251 und Dok. 255.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 27. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 317–319.

Sie entgegnen, daß Sie erst letzte Woche mit Bundeskanzler Kreisky über den bevorstehenden Besuch Kádárs gesprochen hätten.

Sie wollten einleitend einige Bemerkungen machen: Wir stehen in einer Doppelkrise, die einerseits wirtschaftlicher Natur, andererseits politischer Natur sei. Zusammengenommen gebe es eine Vertrauenskrise zwischen Ost und West, die Sie seit Beginn Dezember zunehmend besorgt mache. Nach Ihrem Verständnis verstehe die sowjetische Führung nicht, was in Washington vorgeht; in Washington verstehe man nicht die Ziele der Sowjetunion. Dabei könne man einräumen, daß es die SU zuweilen schwerer habe, die amerikanische Politik zu verstehen, weil dort alle vier Jahre eine neue Mannschaft antrete, die im Wahlkampf die Politik ihrer Vorgänger hart kritisiert habe. Es bedürfe dann eines oder zweier Jahre, um die Politik des Landes wieder in die Kontinuität zurückzuführen; das gelte für die Außen- wie für die Sicherheits- wie für die Handels- und Wirtschaftspolitik. Auf sowjetischer Seite herrsche größere Kontinuität.

Es gebe zwei große Ereignisse und verschiedene kleinere, die das Vertrauen des Westens in die Politik des Ostens tiefgreifend gestört und zu einer Vertrauenskrise geführt hätten. Dies seien die Besetzung Afghanistans<sup>6</sup> wie die Ereignisse in Polen. Dabei habe Polen einen sehr viel tieferen Schock ausgelöst, als man sich offenbar in Moskau und Warschau vorstellen konnte. Daneben gebe es kleinere Ereignisse, in Lateinamerika, in Afrika, im Südjemen, über die Sie im Augenblick jedoch nicht sprechen wollten.

Was in Polen vorgegangen sei, habe insbesondere in der amerikanischen und französischen Nation zu tiefgreifenden negativen Wirkungen geführt. In Amerika, so insbesondere bei der dortigen politischen Führung, sei man außerstande, zu begreifen, daß Jaruzelski seinem Volke dienen wolle. Man halte ihn dort für einen Militärdiktator. Sie seien der einzige europäische Regierungschef gewesen, der gleich nach Einführung des Kriegszustandes sehr deutlich an die Adresse Jaruzelski gerichtet gesprochen hätte mit der Forderung, den Kriegszustand aufzuheben, die Gefangenen freizulassen<sup>7</sup> und den nationalen Dialog mit den Gewerkschaften und der Kirche wieder aufzunehmen.<sup>8</sup> Andererseits hätten Sie sich jedoch geweigert, eine Politik der Sanktionen und des Handelskrieges zu führen. Dies habe Ihnen vom Ende des vergangenen Jahres bis in den Februar hinein heftigste Kritik eingetragen; in den USA seien Sie der meist kritisierte Europäer gewesen. Es sei schwierig gewesen, diesen Zustand durchzustehen. Inzwischen hätten die europäischen Staaten, so insbesondere F und GB, zusammengefunden. Heute wolle im Westen Europas niemand einen Handelskrieg mit dem Osten führen und sei auch nicht zu einer Politik der Sanktionen bereit. Polen habe freilich die innere Kohärenz des westlichen Bündnisses auf eine Probe gestellt, da die verschiedenen Mitglieder des Bündnisses zunächst verschieden reagiert hätten.

<sup>6</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zur Freilassung von Internierten vgl. Dok. 118, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Sowjetische] Verantwortung?“

Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski bzw. zu dessen Übergabe am 26. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 387 und Dok. 389.

Von den Vorgängen um die Falkland-Inseln könnte eine weitere Gefährdung ausgehen. Die USA dürften und wollten es nicht mit GB verderben; andererseits gehe es auch um ihre Politik in Südamerika. Haigs Vermittlungsmission<sup>9</sup> sei überaus schwierig. Man könne den Verdacht nicht ganz von sich weisen, daß die SU die Krise für ihre Interessen nutzen wollte. Dies könne sehr zu einer Verschärfung der Spannungen in der Welt beitragen.

Mit diesen einleitenden Bemerkungen wollten Sie deutlich machen, daß Sie Kádár gegenüber in aller Offenheit sprechen wollten. Sie würden es ihm überlassen, was immer er aus diesem Gespräch gegenüber seinen Freunden in den anderen osteuropäischen Staaten verwenden wolle.

Kádár dankt. Auch er gehe davon aus, daß Offenheit im Umgang miteinander diese Begegnung auszeichnen solle. Hierin sehe er den Wert dieses Gesprächs. Jeder werde die Ergebnisse des Gesprächs in seiner politischen Arbeit in geeigneter Weise verwenden.

Er wolle einleitend einige Bemerkungen zur Lage in Ungarn machen. Ungarn befinde sich zur Zeit in besonders schweren wirtschaftlichen Umständen. Er habe einen sehr strengen Kurs eingeschlagen, im Einvernehmen mit der Bevölkerung und mit ihrer Unterstützung. Es sei gelungen, in den letzten zwei Jahren einiges zu verbessern. Die Hauptaufgabe für ihn war die Verbesserung der Zahlungsbilanz. Hier habe man einige Erfolge zu verzeichnen. Die Handelsbilanz sei 1981 zum ersten Mal seit 1974 ausgeglichen. Dasselbe gelte nicht für die Zahlungsbilanz. Grund für die Zahlungsbilanzschwierigkeiten seien die Ereignisse der letzten Jahre, die auch Ungarn eingeholt hätten.<sup>10</sup> Man befinde sich in einer schweren Phase. Ihnen sei bekannt, was in der Bankenwelt geschehen sei. Er wolle Ihnen für Ihr Verständnis in diesem Bereich sehr danken; man schätze dies sehr hoch ein.

Selbstverständlich sei Ungarn bestrebt, bei seinen Verbündeten treue Gefolgschaft zu leisten; es wolle aber ebenso gegenüber seinen Partnern ein korrekter Partner sein. Hier werde es keine Enttäuschungen geben. Seine Erwartung sei, daß die augenblickliche schwere Phase relativ rasch überwunden werden könne und man in nicht allzu ferner Zukunft sich in einer anderen Lage befinde. Ihm gehe es darum, die ungarischen Zahlungsverpflichtungen und die ungarischen Exporte zu einem vernünftigen Verhältnis zueinander zu bringen; das sei ihm auch zunehmend gelungen. Es gebe jedoch in der ungarischen Zah-

<sup>9</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 125, Anm. 7 und 8.

<sup>10</sup> Botschaftsrat Zimprich, Budapest, teilte am 15. Februar 1982 zur Wirtschaftslage in Ungarn mit, nur inoffiziell sei zu erfahren gewesen, „daß die Gesamtexporte wertmäßig lediglich um 6,5 % gestiegen sind, die Importe jedoch vergleichsweise stark um 4,8 %. Noch ungünstiger ist die Entwicklung des für die Zahlungsbilanz besonders wichtigen Außenhandels in Dollarverrechnung; hier betrug der Exportanstieg 4,7 % und die Zunahme der Importe 4,4 %. [...] Dieses Außenhandelsergebnis erscheint vor dem Hintergrund der ungünstigen Perspektiven sowohl der Einfuhren (Preisanstieg für Rohstoffe und Energie) als auch der Ausfuhren sowie dem hohen Stand der Auslandsverschuldung nicht unproblematisch. Nach vertraulicher Auskunft der Ungarischen Nationalbank betrug die Bruttoauslandsverschuldung Ende 1981 8,1 Mrd. US-Dollar. Der Umfang der Hartwährungsexporte und der Einnahmen bei den laufenden Posten beliefen sich, nach optimistischen Schätzungen, auf 5,1 bzw. 6 Mrd. US-Dollar“. Es ergebe sich „eine Schuldendienstquote von gut 30 % im Verhältnis zum Leistungsbilanzergebnis und fast 36 % gemessen an den Exporterlösen – eine wohl bereits überhöhte Quote für ein Land dieses Entwicklungsstandes“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 155; Referat 421, Bd. 141390.

lungsbilanz strukturelle Schwächen: So erziele Ungarn die Hälfte seiner Umsätze im Handel mit dem Osten; 90% seiner Verpflichtungen bestünden freilich gegenüber dem Westen. Er würde wünschen, es sei umgekehrt. Er hoffe, diesen Zustand in etwa zwei bis drei Jahren beseitigen zu können. Ungarns Beitritt zum Internationalen Währungsfonds<sup>11</sup> und zur Weltbank<sup>12</sup> sei in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt. Es sei für Ungarn keine leichte politische Frage gewesen, den Aufnahmeantrag zu stellen. Auf Ihre Frage bestätigt Kádár, daß sich diese Aussage auf das Verhältnis Ungarns zu seinen Verbündeten im RGW bezieht. Das Aufnahmeverfahren beim IWF sei nahezu zum Abschluß gekommen; die Unterzeichnung solle am 6. Mai 1982 erfolgen. Ungarn werde sich dann in einer anderen Lage befinden. Dabei gehe es ihm nicht darum, das Land weiter zu verschulden, wohl aber darum, erleichterte Kreditbedingungen zu erhalten.

Sie begrüßen die Entscheidung Ungarns, dem IWF beizutreten; der Entschluß sei freilich etwas spät gefaßt worden; besser wäre es vor drei Jahren gewesen. Dasselbe gelte für Polen<sup>13</sup>; manche Erscheinungen wären dort dann nicht so krass ausgefallen.

Kádár bemerkt, daß er diesen Schritt vor drei Jahren nicht hätte tun können. Sie bekunden Verständnis.

Kádár bemerkt, es sei schwer zu entscheiden, welches von beiden das größere Übel sei, die Wirtschaftskrise oder die politische Weltlage. Man müsse sie jedenfalls im Zusammenhang sehen. Auch handele es sich um eine globale Frage, die alle drei Bereiche der Welt, den kapitalistischen, den sozialistischen und den der Entwicklungsländer, gleichermaßen berühre. Man könne sich nun, wenn man wolle, jeweils über die Übel bei den anderen freuen; dies trage aber nicht zur Lösung der Probleme bei.

Vor 14 Tagen habe sich die Gruppe der 30 (ehemalige Notenbankgouverneure) in Ungarn zur Untersuchung der Lage in der ungarischen Wirtschaft aufgehal-

<sup>11</sup> Zu einer Mitgliedschaft Ungarns im IWF vgl. Dok. 98, Anm. 8.

Referat 412 notierte am 20. September 1982: „Ungarn wurde am 6. Mai 1982 mit einer Quote von 375 Mio. Sonderziehungsrechten (1 SZR = 0,9 US-Dollar) Mitglied des IWF.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130577.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 19. April 1982, Ungarn habe im November 1981 die Mitgliedschaft bei der Weltbank beantragt. Deren Leitung habe geplant, einen Beschluß zur Aufnahme am 6. April 1982 herbeizuführen: „Mehrere Weltbank-Direktoren sprachen sich allerdings für eine gründlichere Erörterung des Berichts des Mitgliedschaftsausschusses und damit für eine Verschiebung des Beschlusses aus. [...] Die Gründe, weshalb der Beitritt Ungarns zur Weltbank nicht – wie sonst üblich – lediglich als automatische Folge der entsprechenden IWF-Entscheidung erfolgt, sind unterschiedlich. a) Zum einen bestehen die Exekutivdirektoren für Saudi-Arabien, Kuwait, der VAE, Koreas und einiger lateinamerikanischer Staaten darauf, daß die Zuteilung von Kapitalanteilen der Weltbank an Ungarn gekoppelt wird mit der seit längerem schwebenden Entscheidung zur Erhöhung der Anteile dieser Länder. b) Die USA verlangen vor einer Entscheidung über den Weltbank-Beitritt Ungarns, daß die Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens (PKE) für Ungarn durch den IWF überprüft werden müsse“. Vgl. Referat 412, Bd. 130577.

<sup>13</sup> Zu einer Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 33, Anm. 15.

Der Exekutivdirektor der Bundesrepublik beim IWF in Washington, Laske, teilte dem Bundesministerium der Finanzen am 12. März 1982 mit: „Eine aus zwei Personen bestehende Mission des IWF-Stabes befindet sich seit Anfang dieser Woche in Warschau. Sie hat bereits Gespräche mit hohen Beamten des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums sowie der Staatsbank geführt. Dabei sei, wenn auch in sehr zurückhaltendem Ton, deutlich Enttäuschung über die Verzögerung in der Behandlung des polnischen Antrags auf IWF-Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht worden.“ Vgl. das Fernschreiben; Referat 412, Bd. 130470.

ten. Er sei mit der Gruppe zusammengetroffen und habe auch ihnen den Gedanken der globalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise vorgetragen. Er habe u. a. ein Bild gebraucht: Wenn es in der kapitalistischen Dachrinne ein Loch gebe, dann fließe auch den Ungarn das Wasser ins Genick, und umgekehrt.

Sie stimmten zu; es gebe eben nicht drei Welten, sondern nur noch eine. Sie begrüßten Ungarns Absicht, auch der Weltbank beizutreten; Kádár bemerkt, daß es wichtig wäre, wenn die Weltbank universeller werde.

Er glaube, daß ihn die Mitglieder der Gruppe der 30 verstanden hätten; sie hätten eine sehr positive Wertung der Lage der Wirtschaft in Ungarn abgegeben.

In der Frage verschärfter Spannungen zwischen Ost und West und in der Rüstungsproblematik ist er wie Sie der Meinung, daß die Spannungen zugenommen haben, auch, daß dies nicht gut sei. Ihre persönliche Haltung in dieser Frage und die der Bundesregierung sowie die dauernden Anstrengungen, die wir hier unternehmen, bewerte man in Ungarn sehr hoch.

Seine sowjetischen Freunde hätten selbstverständlich Kenntnis von seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland; sie würden ihn sehr begrüßen.

Es gebe freilich auch Punkte, in denen sich seine Meinung nicht mit der Ihren decke. Dies betreffe insbesondere die Ursachen der Spannungen und auch die Analyse dessen, was daraus folge und was man zu tun habe. Nicht identisch bedeute jedoch nicht, daß man völlig entgegengesetzter Meinung sei. Man spreche wahrscheinlich einen Satz ähnlichen Inhalts aus, setze die Betonung freilich etwas anders. Einer der Gründe hierfür sei, daß wir verschiedenen Bündnisssystemen angehörten. Er wisse sehr wohl, daß wir ein treues Mitglied im NATO-Bündnis seien, so wie Ungarn sich loyal und treu in seinem Bündnis verhalte. In Ungarn sei auch häufig die Rede davon, daß sich die Ungarn sehr mutig in ihren eigenen inneren Angelegenheiten verhielten; im Außenverhältnis jedoch abhängig, ein Satellit, seien. So sei dies in Zeitungen zu lesen. Er wolle mit den Journalisten nicht darüber rechten; jedenfalls gebe es diese Art von Beurteilung seit Jahren, und man sei sich ihrer in der Partei und in der Regierung sehr bewußt.

Sie äußern Verständnis.

Kádár fährt mit der Bemerkung fort, daß es ihm statt um extravagante Touren im außenpolitischen Bereich um das direkte Gespräche miteinander gehe; man könne versuchen, auch Einfluß auf die Verbündeten auszuüben. Dies sei jedenfalls die Wirklichkeit, mit der man auch in der Zukunft zu leben habe.

Zur internationalen Lage wolle er weder Falkland noch Afghanistan ansprechen.

Es sei eine Tatsache, daß es Spannungselemente gebe, die entweder von irgendwelchen Personen ausgedacht und dann auch praktiziert würden; andere, die sich von selbst ergäben. Er wisse aus eigener Erfahrung nur allzu gut, daß man immer mit dem Unerwarteten und Ungeplanten zu rechnen habe.

Er wolle insbesondere über Polen sprechen. Letzte Woche sei die polnische Führung bei ihm zu Besuch gewesen.<sup>14</sup> Sie hätte zuvor Besuche bei drei ande-

<sup>14</sup> Ministerpräsident Jaruzelski hielt sich am 21. April 1982 in Ungarn auf.

ren Nachbarn gemacht.<sup>15</sup> Sie hätte sich dann vorgestellt, daß die übrigen nach und nach nach Warschau kommen sollten. Er habe zugestimmt, nach Warschau zu gehen, jedoch nicht jetzt, sondern erst in der zweiten Hälfte Juni. Darauf hätten die Polen den Wunsch gehabt, nach Ungarn zu kommen. Dafür habe es auch einen aktuellen Grund gegeben. Die polnische Führung spreche zu Hause öfters von der Nützlichkeit der ungarischen Erfahrungen. Diese seien gewiß keine schlechte Sache, obwohl er vor der Anwendung von Schablonen warnen wolle; die Lage in den beiden Ländern sei auch je anders. Jedoch könne man vielleicht gewisse Erfahrungen übertragen. Daher hätten die Polen sehr auf diesen Termin gedrängt.

Wesentlich an den Gesprächen sei für ihn gewesen, daß die Polen versuchten, einen Weg zu finden, der aus ihren augenblicklichen Schwierigkeiten herausführt. Sie wollten ihre gesellschaftspolitischen Fragen unter Wahrung des eigenständigen Status lösen. Das gelte für die politischen wie für die wirtschaftlichen Probleme, für diese suchten sie jeweils politische Lösungen.

Auf Ihre Frage bemerkt Kádár zu Jaruzelski, daß er ihn seit längerem persönlich kenne. Jaruzelski ist selbstverständlich Kommunist; er sei im guten Sinne aber auch ein Patriot, jedenfalls kein Hasardeur, sondern im Gegenteil sehr gewissenhaft. Die Schritte nach dem 13. Dezember seien zwangsläufig gekommen; von polnischer Seite seien sie als notwendig dargestellt worden, um die Anarchie abzuwenden. Man sei weit entfernt, hierin einen Sieg zu sehen, ja nicht einmal eine Lösung der Probleme, wohl aber die notwendige Voraussetzung, um Grundlagen auf dem Weg zur Normalität zu schaffen. Jaruzelski sei tätig, um die Verhältnisse zu ändern. Die Polen hätten ihm gesagt, daß sie den Kriegszustand noch für eine gewisse Zeit aufrechterhalten wollten; sie hätten/wollten jedoch die Hälfte der Internierten entlassen. Zahlreiche Maßnahmen seien auch gelockert worden; auf diesem Wege wolle die polnische Führung weitergehen.

In seiner Sicht hätten wir uns sehr richtig verhalten. Die Hilfsbereitschaft, die wir im Augenblick für das polnische Volk zeigten, sei wichtig nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft. In der Tat sei zu vermeiden, das gelte auch für andere, daß neue Antipathien zwischen Deutschen und Polen entstünden.

Das Verhalten der NATO sei freilich zu beanstanden, weil die Art und Weise, wie die NATO Polen behandelt habe, ein Geschenk für die SU gewesen sei. Was am 13. Dezember in Polen geschah, sei ausschließlich eine polnische Erfindung gewesen.

Was die sozialistischen Staaten und die sowjetische Führung von Polen verlangt hätten, sei die Bildung einer politischen Plattform gewesen, auf welcher sich die Partei und die polnischen Patrioten hätten treffen können.

Auf Ihre Frage bestätigt Kádár, daß diese Forderung seit dem Sommer 1980 und insbesondere bei dem Treffen der sozialistischen Parteien im Dezember 1980<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Ministerpräsident Jaruzelski besuchte am 1./2. März 1982 die UdSSR, am 29. März 1982 die DDR und am 5. April 1982 die ČSSR.

<sup>16</sup> Am 5. Dezember 1980 fand eine Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau statt. Für das Protokoll der Tagung vgl. SED CONTRA POLEN, S. 140–195. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

gestellt worden sei, und zwar unisono. Die polnische Führung sei jedoch zu schwach gewesen. Polen habe den Verbündeten im Warschauer Pakt immer gesagt, daß sie Ruhe bewahren sollten; Polen werde nicht aus dem Warschauer Pakt ausscheiden. Würde es zu weitergehenden Entwicklungen kommen (zu einer konkreten Wende), so werde man diese durch Maßnahmen zu stoppen wissen. Kania sei unfähig gewesen zu sagen, was zu geschehen habe, entweder weil er wirklich nicht wußte, was zu tun sei, oder weil er dieses nicht sagen wollte. Beides sei sehr schlecht gewesen. Kádár bezeichnet Kania erneut als einen nicht fähigen Mann und stellt ihn Jaruzelski gegenüber, der ernst und gewissenhaft sei.

Die politischen Stellungnahmen des NATO-Bündnisses zu den Ereignissen in Polen hätten zu sehr schlechten Ergebnissen geführt, wie man am jetzigen Verhalten der Banken und von Wirtschaftskreisen sehen könne. Hier sei eine Kettenreaktion ausgelöst worden, die, auch wenn man es wollte, schwer aufgehalten werden könne.

Sie warfen ein, daß die Banken der ganzen westlichen Welt bei der polnischen Verschuldenslage Polen ohnehin keine Kredite mehr geben könnten.

Kádár räumt ein, daß er dies wisse und verstehe. Trotzdem stelle er ein blockmäßiges Verhalten sämtlicher Banken gegenüber allen sozialistischen Staaten fest. Er räumt Ihnen auf nochmaligen Einwurf ein, daß die Banken in der Tat Angst um ihre Kredite hätten. Dies hänge jedoch auch mit den politischen NATO-Beschlüssen zusammen. Jedenfalls seien dies die Erfahrungen, die sie, die Ungarn, im Umgang mit Banken z. B. in den USA gemacht hätten.

Sie bemerkten, daß die Banken bei uns an Polen Kredite in erheblichem Umfange gegeben hätten. Jetzt müßten sie in ihre Bilanzen erhebliche Wertberichtigungen und Rückstellungen aufnehmen, weil Gefahr bestehe, daß die polnischen Kredite notleidend würden.

Kádár bemerkt, daß er dies wisse; Bankiers seien eben Bankiers.

Er begrüßte es sehr, daß der Gouverneursrat des IWF nach gründlicher Analyse entschieden habe, Ungarn aufzunehmen. Er habe freilich auch Reagan gefragt; dieser habe zugestimmt.

Sie warfen ein, daß eine entsprechende Frage an die Bundesregierung nicht notwendig gewesen sei, denn sowohl die Bundesbank wie der Finanzminister<sup>17</sup> wußten, daß die Bundesregierung positiv eingestellt sei.

Kádár: In den USA sei dies anders gewesen.

Sie bemerkten, daß der Besuch Feketes<sup>18</sup> für Sie sehr wichtig gewesen sei.

Kádár nennt ihn einen sehr korrekten Mann mit ausgesprochen gesundem Menschenverstand.

Im Gespräch mit den Banken habe er stets betont, daß Ungarn jeden eingegangenen Vertrag auch einhalten und seinen Verpflichtungen in aller Korrektheit nachkommen werde. Es werde immer zu seinem Wort stehen, sogar wenn es keine schriftlichen Unterlagen gebe.

<sup>17</sup> Hans Matthöfer.

<sup>18</sup> Der Erste Vizepräsident der Ungarischen Nationalbank, Fekete, gehörte zur Delegation des ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai bei dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 26. März bis 2. April 1982. Vgl. dazu Dok. 98.

Auf die polnische Frage zurückkommend, bemerkte Kádár, daß die polnische Führung unter keinen Umständen zu Zuständen vor dem August 1980 zurückkehren wolle, jedoch auch keinen Rückfall in die Zustände der Anarchie wünsche.

Ungarn habe seine Solidarität zum Ausdruck gebracht und werde sich auch entsprechend verhalten. Man habe den Polen auch gesagt, daß Ungarn nichts zu verschenken habe. Polen sei jedoch für Ungarn ein wichtiger Rohstoff- und Energielieferant. Wenn Polen Ungarn die ungestörte Lieferung von Kohle, von Stahl und Kupfer zusichere, so sei Ungarn auch zu Gegenleistungen bereit. Polen bemühe sich, seinen Lieferverpflichtungen nachzukommen. Für Polen sei unser Verhalten von besonderer Bedeutung. Das Land befinde sich in einer abnormalen Lage. Es sei bestrebt, seine Beziehungen zum Westen wieder zu normalisieren.

Jaruzelski genieße zu Hause eine bestimmte Autorität; er sei auch Puritaner<sup>19</sup>, was gerade in der jetzigen Lage Polens nicht unwichtig sei. Er genieße auch moralischen Kredit. Auch die Armee genieße in Polen ein gewisses Ansehen.

Sie berichteten von den privaten Hilfsleistungen deutscher Bürger. Zur Zeit würden täglich etwa 30000 Pakete nach Polen geschickt. Sie seien hierüber sehr froh, weil damit zum Ausdruck komme, daß auch alle deutschen Bürger begriffen hätten, welche Bedeutung Frieden und gute Nachbarschaft zum polnischen Volke für uns haben, und dies unabhängig davon, welches Regime im Lande herrsche. Was Jaruzelski betreffe, so kennten Sie ihn persönlich nicht. Sie glaubten, daß er nach besten Kräften versuche, seinem Lande zu dienen; die augenblickliche Lage sei freilich recht ungünstig.

Sie kennten auch Kania nicht, hätten freilich Gierek recht gut gekannt. Für wirtschaftliche Fragen habe auch Gierek wenig Verständnis gehabt. Er habe nicht verstanden, daß man mit Rubeleinnahmen nicht Investitionskredite in Dollar und D-Mark zurückzahlen könne, d. h. mit Exportlieferungen durch Werften, Stahlwerke etc. in Rubelländer nicht Investitionen bezahlen könne, die mit DM und Dollar finanziert worden seien.<sup>20</sup> Ihm habe wohl auch etwas das Augenmaß gefehlt. Er sei aber ein grundständiger Mann, und man wünsche hier bei uns sehr, daß ihm nichts geschehe. Kádár glaubt, daß dies nicht der Fall sein werde.

Sie bemerkten, würde man die Hand auf Gierek legen, so hätte dies bei uns sehr negative Auswirkungen.<sup>21</sup>

Sie wollten sodann Kádár mit der großen Sorge vertraut machen, die Sie über das erneute Wettrüsten empfinden. Sie hätten diese Sorge nicht, weil Sie ein guter Verbündeter seien, sondern aus eigener Interessenlage. Die vorherige US-Regierung habe diese Sorge wohl nicht ernst genug genommen. Sie dagegen<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „Proritaner“.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt geändert. Vorher lautete er: „Er habe nicht verstanden, daß man mit Rubeleinnahmen nicht Investitionen in Dollar und D-Mark zurückzahlen könne, d. h. mit Exporten von Werften, Stahlwerken etc. in Rubelländer nicht Investitionen, die mit DM und Dollar finanziert worden seien.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Und die Verfolgung wirklich Unschuldiger?“

<sup>22</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

seien von Anfang an von der sowjetischen Aufrüstung mit SS-20 und auch mit SS-22 und -23<sup>23</sup> tief geängstigt worden. Sie hätten diese Sorge nicht deshalb, weil Sie glaubten, daß Breschnew oder seine Nachfolger auf Druckknöpfe drücken würden, sondern weil Sie fürchteten, daß sie die Aufrüstung zur Ausübung politischen Drucks mißbrauchen könnten. Sie würden die sowjetischen Raketen als gegen uns gerichtet empfinden und hätten dies Breschnew auch mehrfach deutlich gesagt. Sie glaubten, daß Breschnew den Frieden wolle. Sie sehen jedoch andererseits, daß das sowjetische Sicherheitsbedürfnis zu übersteigert worden sei, daß es in einer Weise befriedigt wurde, die für uns allergrößte Unsicherheit bedeutet. Sie seien mit SALT II<sup>24</sup> deshalb nicht zufrieden gewesen, weil es die Mittelstreckenwaffen nicht berücksichtigt habe. Als Breschnew im Mai 1978 bei Ihnen gewesen sei, habe er Ihnen gesagt, daß wir uns keine Sorgen machen sollten, weil ungefähres Gleichgewicht bestehe.<sup>25</sup> Sie hätten dies damals bestritten. Seit Mai 1978 bis heute seien jedoch über 250 neue Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu über 4000 km und drei Sprengköpfen auf sowjetischer Seite hinzugekommen. Dies sei ursächlich für den Doppelbeschluß der NATO gewesen, an dem Sie maßgeblich beteiligt waren. Er sei im Winter 1978/79 in Guadeloupe<sup>26</sup> konzipiert worden. Damals hätten die USA die anwesenden europäischen Verbündeten um Zustimmung gebeten, daß sie US-Mittelstreckenraketen auch bei uns aufstellten. Die Europäer hätten zugestimmt; aber mit der Einschränkung, daß die Stationierung erst ab 1983, d.h. in vier Jahren, von damals an gerechnet, stattfinden sollte. Vorher sollte der Versuch unternommen werden, ernsthaft mit der SU über eine beiderseitige Limitierung zu sprechen und einen entsprechenden Vertrag zu schließen. Dazu bestand zunächst auf sowjetischer Seite keine Neigung. Im Sommer 1980 hätten die Sowjets jedoch Verhandlungen akzeptiert. Nach der Wahl Reagans<sup>27</sup> habe es weitere zwölf Monate gedauert, bis die neue Regierung vorbereitet gewesen sei, Verhandlungen in Genf aufzunehmen. Seit fünf Monaten spreche man jetzt in Genf<sup>28</sup> und werde nach einer Verhandlungspause ab Mitte Mai

<sup>23</sup> Zur Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen der UdSSR vgl. Dok. 54, Anm. 19.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>25</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 thematisierte er Fragen des militärischen Gleichgewichts in Europa. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 136.

In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978, die Breschnew zusammen mit Schmidt abgab, hieß es, „annähernde Gleichheit und Parität“ würden Sicherheit gewährleisten. Vgl. BULLETIN 1978, S. 429.

<sup>26</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>27</sup> Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging.

<sup>28</sup> Die erste Runde der INF-Verhandlungen begann am 30. November 1981 in Genf und wurde am 15. Dezember 1981 für eine Weihnachts- und Neujahrspause unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380. Vgl. dazu ferner Dok. 11.

Die Verhandlungen wurden am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen und am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

weiterverhandeln<sup>29</sup>. Diese Genfer Verhandlungen seien zur Zeit das wichtigste Scharnier in den Beziehungen zwischen West und Ost. Wenn vernünftig von beiden Seiten über die eigentlichen Sachfragen gesprochen werde und auch, wenn es zu einer neuen Runde über die interkontinentalen Waffen komme, so sei dies ein Segen für die Welt. Sie seien etwas zurückhaltend in Ihrer Beurteilung, was die Erfolge der Verhandlungen in Genf betreffe; ebenso zurückhaltend seien Sie in Ihrer Erwartung, daß SALT III/START zu schnellen Erfolgen führe. Wir seien jedoch dringend an Erfolgen interessiert. Wir werden weiterhin bis an die Grenze des Möglichen Einfluß ausüben, daß die Verhandlungen mit Substanz geführt würden; diese Grenze würden wir freilich nicht überschreiten. An Kádár richteten Sie die herzliche Bitte, auch in Osteuropa und insbesondere in Moskau für Bereitschaft zu substantiellen Verhandlungen zu werben. Wir hätten jetzt noch etwa ein dreiviertel Jahre Zeit, zu Erfolgen zu kommen. Spätestens Ende Dezember 1983 werde mit der Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa begonnen. Die Vorbereitungen hierzu liefen an, wobei wir sehr hofften, daß wir 1983 die für eine Stationierung vorbereitend getätigten Investitionen verschrotten könnten.

An dieser Politik würden Sie unbeirrt und eisern festhalten. Sie hofften, daß Kádár klare Berichterstattung über den Münchener Parteitag der SPD<sup>30</sup> erhalten habe. Dort habe es gewisse lautstarke Strömungen gegeben, die aber bei Abstimmungen sich als Minderheiten erwiesen hätten, die nicht mehr als ein Sechstel bis zu einem Viertel der Stimmen des Parteitages auf sich vereinigen konnten.

Sie hätten jedenfalls Ihr politisches Schicksal mit dieser Politik verbunden. Dies müsse man auch in der Sowjetunion klar sehen. Auch für die Zukunft würden Sie sich mit aller Kraft für Dialog, für Verhandlungen, für Verträge, für Abrüstungsverträge, für die Fortsetzung des Wirtschaftsaustausches zwischen Ost und West einsetzen, und dies mit allem Engagement. Mit gleicher Energie würden Sie jedoch dazu beitragen, daß das militärische Gleichgewicht in Europa nicht durch einseitige Aufrüstung gestört werde.

Für diese Linie würden Sie auch bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen der NATO eintreten und, wenn nötig, auch gewisse Diskussionen nicht scheuen. Diese Linie solle auch Eingang in die Erklärung des NATO-Gipfeltreffens<sup>31</sup> finden, in dem expressis verbis bestätigt werden solle, daß wir eine Fortsetzung des Dialogs wünschen, desgleichen aber ausreichende Anstrengungen, damit das Gleichgewicht nicht gestört werde.

Für uns ergebe sich diese Politik nicht nur als Mitglied des Bündnisses, sondern wir verfolgten sie aus klarem deutschen Interesse. Dies sei im übrigen eine Politik, die nach unserer Einschätzung auch im sowjetischen Interesse liege.

<sup>29</sup> Die nächste Runde der INF-Verhandlungen in Genf fand vom 20. Mai 1982 bis 20. Juli 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 169.

<sup>30</sup> Der Parteitag der SPD fand vom 19. bis 23. April 1982 statt. Vgl. dazu Dok. 127.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner Dok. 179.

Sie hätten hierüber gestern mit GS Honecker telefonisch gesprochen.<sup>32</sup> Da Kádár mit Honecker in Kürze zusammentreffen werde<sup>33</sup>, wollten Sie ihn bitten, das, was Sie ihm hier gesagt hätten, Honecker zu berichten.

Im Verhältnis zur DDR könnten Sie nicht von gutnachbarlichen Beziehungen sprechen, nicht einmal von normalen. Zwischen der DDR und uns gebe es noch keine gute Nachbarschaft, sondern Stacheldraht, Minen und Reisebeschränkungen. Sie würden sich wünschen, daß in den Beziehungen zur DDR Verhältnisse bestünden, wie in unseren Beziehungen zu Ungarn. Würde sich das deutsch-deutsche Verhältnis normalisieren, so hätte dies auch günstige Auswirkungen auf andere Spannungsursachen in Europa. Das Verhältnis Ost-Berlin–Bonn spiele in Europa eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ihrer Meinung nach gebe sich Honecker Mühe, Sie ebenfalls; und selbstverständlich gelte das auch für BM Genscher. In der Koalition herrsche volle Übereinstimmung in außenpolitischen Fragen, in der Politik gegenüber DDR, in Bündnisfragen und in Fragen der Beziehungen zum Warschauer Pakt und zur Sowjetunion. Hierüber sei man harmonisch einer Meinung.

Was die Wirtschaftslage bei uns betreffe, so seien wir 1980/81 in schwere Zahlungsbilanzschwierigkeiten hineingeraten. Dem steuerten wir jetzt mit den Mitteln einer ungewöhnlich zurückhaltenden Haushaltspolitik entgegen; desgleichen mit einer zurückhaltenden monetären Politik. Dies habe zwei Folgen gehabt: Die Zahlungsbilanz sei ausgeglichen, die Handelsbilanz weise große Überschüsse auf, die Arbeitslosenzahl sei jedoch auf 1,8 Mio. geklettert. Dies sei sehr hoch, wenn auch prozentual gesehen wir die kleinste Arbeitslosigkeit in der westlichen Welt hätten. Dem müsse man hinzufügen, daß es den Arbeitslosen nicht schlecht gehe, die wenigsten Arbeitslosen wären auch länger als ein halbes Jahr ohne Arbeitsplatz. Dennoch empfinde man die hohe Arbeitslosigkeit als eine schwerwiegende Fehlentwicklung bei uns. Ihrer Meinung nach werde die Arbeitslosigkeit frühestens ab Beginn 1983 zurückgehen. Für Sie bedeute dies politisch große Schwierigkeiten; sie seien größer, als dies von außen zuweilen den Anschein habe. Die zweite schwierige Front, an der Sie politisch angetreten seien, seien die Beziehungen zwischen West und Ost.

Die Unzufriedenheiten bei uns hätten zugenommen, auch unter den Abgeordneten, sowohl bei den Koalitionsparteien wie selbstverständlich auch bei der Opposition. Letztere gewinne zur Zeit sehr an Boden, obwohl sie sich in allen politisch wichtigen Fragen verschweige. Von allen Ihren bisherigen Amtsjahren sei das bevorstehende voraussichtlich das schwierigste für Sie.

Kádár dankt für Ihre Ausführungen zur Lage in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere für die sehr klare Darstellung in den Fragen der Mittelstreckenwaffen. Er will Ihnen seine Sicht der Dinge erläutern, wobei es Sie nicht überraschen werde, daß er manches anders sehe. Ungarn stehe jedenfalls auf der Seite des Friedens; es trete konsequent für Zusammenarbeit ein, wie sich sehr konkret auch in der Zusammenarbeit zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland zeige. Er glaube, mit uns in dem Prinzip übereinzuz-

<sup>32</sup> Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 26. April 1982 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 715–726.

<sup>33</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1982 in Ungarn auf.

stimmen, daß gleiche Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der Waffen erzielt werden müsse. Dies alles sei kein Novum. Die Lösung der Streitfragen in diesem Bereich müsse durch Verhandlungen erzielt werden. Mit uns teile er die Überzeugung, daß man gerade in komplizierten Situationen Kontakte und den Dialog zu pflegen habe.

Was die Mittelstreckenraketen betreffe, so halte er den Doppelbeschluß für nicht richtig. Er habe die Lage schwieriger gemacht. In der SU sei ein starkes Gefühl der Gefährdung stets präsent. Überrüstung<sup>34</sup> im Bereich der Raketen sei nicht Ausdruck für Angriffswillen. Es sei auch nicht richtig, daß man sie als Mittel politischen Drucks verwenden wolle.

Der Doppelbeschluß sei auch deshalb verfehlt, weil der Westen mit ihm der Sowjetunion einseitig seine Sicht der Dinge aufzwingen wolle. Sie hätten bemerkt, daß Sie hofften, daß die SU ernsthaft verhandeln werde. Er hingegen wisse, daß die SU in ernsthafter Absicht verhandele, und könne seinerseits nur hoffen, daß die USA ernsthaft verhandeln würden.

Sie werfen ein, daß man also unsere beiden Hoffnungen zusammentun müsse.

Kádár bemerkt, daß eine weitere Frage das Verhältnis der Blöcke zueinander kompliziere. Im Warschauer Pakt gebe es nur ein Land, das über Atomwaffen verfüge, in der NATO drei Staaten. Wie sollten die USA und die SU über die atomaren Waffen von zwei Nichtverhandlungsteilnehmern miteinander sprechen? Jedenfalls müsse man hierfür einen Modus finden, der auch die Waffen der beiden anderen berücksichtige. Außerdem spreche man bis jetzt nur über die Reduzierung der landgestützten Raketen; man schließe die luft- und seegestützten Raketen aus; dies sei ein weiteres Problem. Schließlich seien die sowjetischen Mittelstreckenraketen ausschließlich gegen Europa<sup>35</sup> gerichtet; durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa werde jedoch die SU bedroht. Nach den überkommenen Kategorien handele es sich bei den Mittelstreckenwaffen um taktische Waffen. Diese Bezeichnung könne man weiterhin nur für die sowjetischen Mittelstreckenraketen benutzen, nicht aber für in Westeuropa stationierte und auf die SU gerichtete Waffen.

Sie entgegnen, daß Sie sich durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht taktisch, sondern tödlich bedroht fühlten.

Kádár entgegnet, daß das gleiche entsprechend für die sozialistische Seite gelte. Er hoffe sehr, daß die Hauptverhandlungspartner zu dem eigentlichen Gegenstand der Verhandlungen finden würden. Er deutet an, daß auch er sich im Sinne substantieller Verhandlungen verwenden wolle, verweist aber auf die beschränkten Möglichkeiten seines Landes, die im Vergleich zu den unseren sehr viel geringer seien. Dennoch werde auch Ungarn seinen bescheidenen Einfluß auf konkrete Art und Weise in die Waagschale legen.

Der Ausgangspunkt sei für ihn wie für uns identisch. Wenn sich die Lage verschlechtere, so hätte dies weitgehende Auswirkungen für unsere beiden Völker.

<sup>34</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>35</sup> Die Wörter „gegen Europa“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nur.“

Er drückt die große Hochachtung aus, die er für Ihre Politik, die Ihrer Partei und die der Koalitionsregierung empfinde, die bemüht sei, ohne Unterlaß entsprechende Lösungen herbeizuführen.

Sodann bemerkt Kádár, daß er in Kürze den französischen Staatspräsidenten bei sich zu Besuch empfangen werde.<sup>36</sup> Die ungarisch-französischen Beziehungen seien seit den Wahlen in F<sup>37</sup> lebendiger geworden. Er sprach von neuerdings schon täglichen Kontakten. Seiner Einschätzung nach sei die französische Sozialistische Partei eine sehr komplizierte Partei.

Sie werfen ein, daß dies nicht für Mitterrand selbst gelte; er sei einfach und klar<sup>38</sup>.

Kádár kennt Mitterrand. Dieser habe vier Einladungen aus sozialistischen Staaten erhalten; zuerst wolle er jetzt nach Ungarn kommen.

Sie wollten noch einige bilaterale Fragen ansprechen. Sie erwähnen die Modersohn-Ausstellung, deren Erfolg Sie persönlich sehr gefreut habe.<sup>39</sup> Sie hätten großes Interesse am Kulturaustausch mit Ungarn, der von beiden Seiten nachhaltig gefördert werden sollte. Wir hätten uns gegenseitig sehr viel zu bieten.

Sie wollten sich außerdem bei Kádár bedanken, daß Ungarn in der Frage der Pflege deutscher Kriegsgräber Entgegenkommen gezeigt habe.<sup>40</sup> Dies sei für die Pflege der Gefühle bei uns von großer Bedeutung. Sie bitten Kádár, dieser Frage auch in Zukunft persönliche Aufmerksamkeit zu widmen. Sie vereinbaren sodann, daß Herr Zeller Herrn Horn auf fünf humanitäre Einzelfälle ansprechen werde (dies ist mit Übergabe der Unterlagen geschehen).<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 7. bis 9. Juli 1982 in Ungarn auf.

<sup>37</sup> Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging.

<sup>38</sup> Die Wörter „und klar“ wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>39</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil vermerkte am 29. Juli 1981: „Modersohn-Ausstellung wird morgen im Museum der Schönen Künste in Budapest in Anwesenheit von Christian Modersohn [...] eröffnet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139485.

Im „Kulturpolitischen Jahresbericht 1981“ für Ungarn, den Botschaftsrat I. Klasse Sperl am 31. März 1982 übermittelte, wurde dargelegt, ein „Höhepunkt“ sei „zweifellos die große Otto-Modersohn-Ausstellung im Museum der Schönen Künste“ gewesen, „die zwei Sommermonate lang Budapester und ausländische Touristen in großer Zahl anlockte und viel Publizität erhielt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 279; Referat 214, Bd. 139522.

<sup>40</sup> Anlässlich der Vorbereitungen für den Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der USAP, Kádár, vom 26. bis 28. April 1982 in der Bundesrepublik vermerkte Referat 214 am 16. April 1982: „Die Bundesregierung hat mit Befriedigung und Dankbarkeit festgestellt, daß aufgrund der letzten Gespräche im September 1981 in Budapest zwischen dem V[olksbund]D[eutsche]K[riegsgräberfürsorge] und dem ungarischen Roten Kreuz das deutsche Gräberfeld im X. Bezirk von Budapest nun gärtnerisch hergerichtet wird und daß zunächst 200 Gräber, für die Pflegeaufträge von Angehörigen der Gefallenen vorliegen, mit Grabsockeln und Namensplatten gekennzeichnet werden sollen. Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, und sie unterstützt darin das besondere Anliegen des VDK, wenn sich die ungarische Seite darüber hinaus bereit finden könnte, die Pflege aller in Ungarn registrierten deutschen Soldatengräber zuzulassen, unabhängig vom Vorliegen eines besonderen Auftrages von Angehörigen der Gefallenen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139486.

<sup>41</sup> Ministerialdirektor Pfeffer legte Bundesminister Genscher am 26. April 1982 für dessen Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 28. April 1982 einen „Gesprächsführungsvorschlag“ vor, in dem es hieß: „Ich möchte gerne noch einen Fall von Familienzusammenführung ansprechen, zu dem Herr Staatssekretär Nagy im Oktober 1981 zu Herrn Staatssekretär von Staden meinte, die ungarische Seite könne nicht entscheiden, da der Antragsteller DDR-Bürger ist. Seine Frau und zwei Kinder sind aber ungarische Staatsbürger, und deswegen wäre ich Ihnen sehr dank-

Schließlich teilen Sie Kádár mit, daß wir gerne die ungarische Kandidatur für die nächste Präsidentschaft der Vollversammlung<sup>42</sup> unterstützen würden.

Sie bitten sodann Kádár um seine Einschätzung der Lage bei den ungarischen Nachbarstaaten Rumänien, Jugoslawien und ČSSR. Sie hätten sich stets große Mühe um die Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen gegeben. Dies gelte auch für die DDR. Wir wollten die Pflege dieser Beziehungen auch auf die ČSSR erstrecken. Sie durchschauten die Lage in der ČSSR allerdings sehr schlecht. Chňoupek sei Ihnen persönlich<sup>43</sup> bekannt.<sup>44</sup> Einen offiziellen Besuch in Prag hätten Sie noch nicht gemacht, um den von Husák bei uns<sup>45</sup> zu erwidern. Vielleicht könne Ihnen Kádár gewisse Hinweise geben.

Kádár dankt für Ihre Ankündigung, daß wir die ungarische Kandidatur in den VN unterstützen würden.

Er hält die Erweiterung der kulturellen Beziehungen für überaus unterstützenswert.

In den humanitären Einzelfragen wollten die Ungarn<sup>46</sup> sich bemühen, Lösungen zu finden. Der Stand in diesem Bereich sei nicht schlecht. An ihn<sup>47</sup> seien 36 Fälle herangetragen worden, von denen 23 eine Lösung finden konnten; in fünf Fällen sei keine Lösung gefunden worden; in acht weiteren hätten die Beteiligten dies nicht gewollt.

Zur Lage bei den Nachbarn Ungarns wolle er folgendes sagen: Er könne Absichten nur begrüßen, daß wir nachbarschaftliche Beziehungen weiter pflegten.

Die Lage in Rumänien sei uns bekannt. Für Ungarn sei es schwer, zu einer guten Zusammenarbeit mit Rumänien zu gelangen. Dafür gebe es historische Gründe (Nationalitätenproblem). In letzter Zeit habe es in Rumänien gewisse innere Schwierigkeiten gegeben, so auch bei der Versorgung und bei der Zahlungsbilanz. Die rumänische Führung sei jedoch weiterhin Herr der Lage. Potentiell sei Rumänien ein sehr reiches Land und bringe alle Voraussetzungen mit, um seine Probleme zu lösen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 639*

bar, wenn Sie aus humanitären Gründen versuchen würden, in dieser Sache Ihren Einfluß geltend zu machen. [...] Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn auch den Ausreisearträgen von vier Familien, die in der Härtefall-Liste aufgeführt sind, möglichst bald entsprochen werden könnte“. Vgl. Referat 214, Bd. 139486.

<sup>42</sup> Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 20. Oktober 1981: „Die Osteuropäische Gruppe, die turnusgemäß den Präsidenten der 37. GV stellt, hat sich bereits darauf geeinigt, die Kandidatur des derzeitigen Ersten ungarischen Vize-Außenministers Imre Hollai vorzuschlagen. [...] In seiner Zeit als VN-Vertreter seines Landes hat er von sich aus den Kontakt zu uns bewußt gepflegt. Die westlichen Missionen schätzten ihn als einen sehr umgänglichen, flexiblen und humorvollen Ostblock-Vertreter, der sich durch sein weltmännisches Auftreten äußerst vorteilhaft von den zuweilen in osteuropäischen Diensten zu findenden Apparatschiks unterschied.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1512; Referat 230, Bd. 128031.

<sup>43</sup> An dieser Stelle wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt folgendes Wort gestrichen: „nicht“. Vgl. Anm. 1.

<sup>44</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich am 16./17. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 17. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 374.

<sup>45</sup> Präsident Husák hielt sich vom 10. bis 13. April 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 111 und Dok. 112.

<sup>46</sup> Die Wörter „die Ungarn“ wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sie“. Vgl. Anm. 1.

<sup>47</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

In Jugoslawien mache sich das Fehlen Titos deutlich bemerkbar. Ungarn verfolge gegenüber Jugoslawien die gleiche Politik wie unter Tito. Jugoslawien sei Ungarns größter Nachbar, und man habe mit ihm die längste Grenze. Es bestünden normale Parteikontakte und auch breite Regierungskontakte. Ungarn respektiere voll den blockfreien Status Jugoslawiens. Schwierigkeiten ergeben sich für Jugoslawien aus seinem Zustand als Vielvölkerstaat. Ungarn wisse, daß Kosovo für Jugoslawien erhebliche Probleme geschaffen habe. Die jugoslawische Regierung wolle jedoch gegen alle autonomistischen Bestrebungen hart auftreten. Kosovo habe auch negative Auswirkungen auf die Serben gehabt. Gerade hier fehle heute Titos Autorität.

Das Regierungssystem mit Rotation sei absurd und erschwere das Regieren im Lande.

Jugoslawien bleibe aber ein wichtiger politischer Faktor im internationalen Bereich.

Dem schließt Kádár die Bemerkung an, daß die Blockfreien mit dem Tod ihrer Gründungsväter und zuletzt mit Titos Tod in erhebliche Schwierigkeiten geraten seien.

Zur ČSSR wolle er bemerken, daß dies ein sehr solides Land sei mit einer guten wirtschaftlichen Grundlage. In den internationalen Beziehungen spiele die ČSSR eine weniger wichtige Rolle; sie wolle jedoch hier aufholen. Es gebe einige interne Schwierigkeiten, und man diskutiere in der ČSSR, was zu tun sei. In diesem Zusammenhang sei auch das ungarische Beispiel berührt. Štrougal sei seiner Meinung nach ein Mann mit guter Auffassung und gesundem Menschenverstand, der in Wirtschaftsfragen auch durchaus den Markt berücksichtige. Husák habe ein gutes intellektuelles Niveau und gute Absichten.

Jedenfalls werde die Rolle der ČSSR international zunehmen; die Beziehungen zu ihr zu pflegen, lohne sich.

Bei dem sich anschließenden Mittagessen im erweiterten Kreis (hinzu traten die ungarischen Staatssekretäre Nagy und Török, auf deutscher Seite StS Lautenschlager und Herr Wischnewski sowie die beiden Botschafter<sup>48</sup>) wurden in einem eher lockeren Gespräch folgende Themen behandelt:

- Führungswechsel und Führungspersonal in der Sowjetunion; neue Führungskräfte in Polen (Kádár bemerkt insbesondere, daß es eine Reihe noch nicht sehr bekannter guter junger Leute dort gebe, daß im übrigen die Führung mehr und mehr von Militärs auf Zivilkräfte zurückübertragen werde);
- Lage der Landwirtschaft in Polen und in Ungarn;
- ungarische Minderheit in den USA;
- nationale Minderheiten in Ungarn; auch Lage der deutschen Minderheit;
- erneut Polen.

[gez.] Zeller

**VS-Bd. 14106 (010)**

<sup>48</sup> Norman Dencker (Bundesrepublik) und Péter Kővári (Ungarn).

## 129

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 28. April 1982, 17.16 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 42 Ortez

Zum Allgemeinen Rat (Außenminister) der Europäischen Gemeinschaften am 26./27. April 1982 in Luxemburg

Im Mittelpunkt des Allgemeinen Rates der EG am 26. April 1982 standen das Ministertreffen EG/Portugal im Rahmen der Beitrittsverhandlungen und die Vorbereitung der Gemeinschaft auf den jährlichen Ministerrat mit den AKP-Staaten im Rahmen des Abkommens von Lomé<sup>2</sup>. Ferner wurden insbesondere behandelt der Entwurf eines einheitlichen Wahlverfahrens für das Europäische Parlament, ein verbesserter Einsatz des Regionalfonds, Fragen der gemeinsamen Handelspolitik und das Nahrungsmittelhilfeprogramm für 1982. Am 27. April wurde die Mandatsdiskussion über die Anpassung der EG-Haushaltsstruktur fortgesetzt.

1) Rat befaßte sich mit der Vorbereitung des AKP-EWG-Ministerrats in Libreville (12. bis 14.5.1982).<sup>3</sup> Es bestand Übereinstimmung, daß die unzureichenden Mittel für das STABEX-Exporterlössystem (Fehlbetrag 1981: 310 Mio. ECU = 73%<sup>4</sup> der Gesamttransfersumme) zentrales Thema seien und von einvernehmlicher Lösung Erfolg und Nichterfolg der Konferenz abhängt.<sup>5</sup> Dies gilt um so mehr, als bis auf GB kein MS die von den AKP verlangte Ausdehnung der STABEX-Produktionsliste auf Tabak und Zitrusfrüchte (Marktordnungspro-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Karkow am 28. April 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der dazugehörigen Protokolle und anderen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417. Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 sowie der dazugehörigen Protokolle und anderen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1088.

<sup>3</sup> Die AKP-EWG-Ministerratstagung fand am 13./14. Mai 1982 in Libreville statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kyaw notierte dazu am 24. Mai 1982: „Zum STABEX-System verlangten die AKP-Staaten nicht nur einen Ausgleich für das Jahr 1981, sondern auch entsprechende Regelungen für die ganze Dauer des Lomé-II-Abkommens. Die Gemeinschaft war sich einig darin, daß trotz fehlender Rechtspflicht nach dem Abkommen aus politischen Gründen ein Gesamtbetrag in Höhe von 208,6 Mio. ECU für das STABEX-Jahr 1981 zur Verfügung gestellt werden müsse [...]. AKP-Staaten haben das Gesamtangebot der Gemeinschaft nur insoweit akzeptiert, als sie einer Auszahlung von STABEX-Leistungen aufgrund der vorhandenen Mittel zustimmten. Über die danach noch erforderlichen Kürzungen der STABEX-Transfers soll der AKP-EWG-Botschafterausschuß bis zum 20.6.1982 befinden [...]. Die von AKP-Seite beantragte Aufnahme weiterer Produkte in die STABEX-Liste (insbes[ondere] Tabak, Zitrusfrüchte, Sisalerzeugnisse, Sperrholz, Holzmasse) mußte ebenfalls zur Prüfung an den gemeinsamen Botschafterausschuß überwiesen werden, da sich Gemeinschaft lediglich zur Aufnahme von Muskat, Muskatblüten und Lamynüssen in der Lage sah.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131091.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „63“.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw vermerkte am 27. April 1982, es bestehe „hinsichtlich der unzureichenden und daher gemäß Lomé-Vertrag anteilig zu kürzenden STABEX-Mittel eine besondere Ausnahmesituation. Berechtigten Transferforderungen über 422 Mio. ECU stehen lediglich Mittel in Höhe von 112 Mio. ECU gegenüber. Die Transferleistungen sind demnach lediglich zu 27% gedeckt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131091.

dukte) bzw. Sperrholz (Halbfertigprodukt) wegen der damit verbundenen Präjudizwirkung bzw. finanziellen Kosten für realisierbar hält. Rat sieht vielmehr Notwendigkeit, sich vorrangig auf Erhaltung der Lebensfähigkeit des gegenwärtigen Systems zu konzentrieren. Dies erfordert trotz fehlender Rechtsverpflichtungen zusätzliche Leistungen auch seitens der EG bzw. ihrer MS unter Verwendung von Rückflüssen der EIB aus Sonderdarlehen, deren Höhe allerdings unter den MS (GB!) und unter den Ressorts (BMF!) noch strittig ist.

2) In der 7. Ministerkonferenz im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal, die in Verbindung mit der Ratstagung stattfand, konnte Gemeinschaft Erklärungen zu den Kapiteln Zollunion, EGKS und Niederlassungsrecht (Direktinvestitionen) übergeben.<sup>6</sup> Zuvor war es Rat nach längerer und schwieriger Diskussion gelungen, in den noch offenen Problemen eine uns befriedigende Paketlösung zu finden. Der Rat billigte außerdem ein Mandat für die Kommission zur Aushandlung eines Übergangsprotokolls im Rahmen des Freihandelsabkommens mit Portugal<sup>7</sup>, das in den Beitrittsvertrag einmünden soll. Insgesamt gelang dem Rat damit ein wichtiger Schritt zur Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen. Weitere Ministerkonferenzen sind für den Monat Juni sowohl mit Portugal<sup>8</sup> als auch mit Spanien<sup>9</sup> vorgesehen.

3) Der Rat befaßte sich erstmals mit dem Vorschlag des EP vom 10.3. für ein einheitliches Wahlverfahren in allen MS und faßte die jetzt nötigen Prozedurbeschlüsse. In der Sache bestand Einigkeit, daß ein einheitliches Wahlverfahren wünschenswert sei; die Schwierigkeiten wurden angesprochen (besonders von GB, F, DK).<sup>10</sup> Wir wiesen besonders auf Zeitbedarf für innerstaatliche Um-

<sup>6</sup> Botschafter Poensgen, z.Z. Luxemburg, berichtete am 26. April 1982, am selben Tag habe in Luxemburg die „7. Konferenz auf Ministerebene im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit PTG“ stattgefunden: „PTG übergab seinerseits keine Erklärungen, sondern lediglich Memoranda zu Kap[iteln] Steuern und all[emeiner] Vorbehalt bei den Direktinvestitionen [...]. Bezeichnung als Memorandum soll offensichtlich einen noch nicht endgültigen Status der Autorisierung durch portugiesische Regierung anzeigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 410, Bd. 130297.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Freihandelsabkommens zwischen der EWG und Portugal vom 22. Juli 1972 und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 301 vom 31. Dezember 1972, S. 165–367.

Seit 13. Februar 1976 verhandelten die Europäischen Gemeinschaften und Portugal über eine Erweiterung des Freihandelsabkommens vom 22. Juli 1972. Die Verhandlungen endeten am 20. September 1976 mit der Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls. Für den Wortlaut vgl. BUNDEGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 959–984.

<sup>8</sup> Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 23. Juni 1982 mit: „Am 22.6. fand in LUX 8. Konferenz auf Ministerebene mit Portugal statt. Verhandelt wurde in den Kapiteln Zollunion, Außenbeziehungen, EGKS, Steuern und Niederlassungsrecht (Direktinvestitionen). Unterhandlungen, die bis in die frühen Morgenstunden des 23.6. dauerten, erbrachten Fortschritte, auch wenn endgültige Ergebnisse noch nicht in den verhandelten Kernfragen erzielt werden konnten.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130297.

<sup>9</sup> Botschafter Poensgen, z.Z. Luxemburg, berichtete am 22. Juni 1982: „11. Ministerkonferenz im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit SPA trat am 21.6. in Luxemburg zusammen. Konferenz gelangte nicht zu echten Verhandlungen wie während 10. Ministerkonferenz im März. Dies lag zum einen an unzureichender Regie der belg[ischen] Präs[identschaft], zum anderen an Schwierigkeit der Materie. Verhandlungsdynamik konnte deshalb wie seinerzeit nicht dazu ausgenutzt werden, um über zuvor im Rat vereinbarte Positionen der Gem[einschaft] hinauszugehen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130427.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 25. März 1982: „Im Juni 1984, vier Monate vor der BT-Wahl, findet die zweite Direktwahl zum EP statt. Bei der ersten Direktwahl galten noch neun verschiedene nationale Wahlsysteme. Das EP hat dem Rat am 10.3.82 den Entwurf für ein einheitliches Wahlsystem vorgelegt, das erstmals 1984 Anwendung finden soll“. Weiter notierte Fischer:

setzung hin, damit das System zur nächsten Direktwahl Juli 1984<sup>11</sup> anwendbar ist.

4) Rat führte erste Orientierungsdebatte zur Revision des Regionalfonds. Sie brachte keine definitiven Ergebnisse, aber hinsichtlich der Positionen der einzelnen MS wichtige Klarstellungen in den Fragen stärkerer Konzentration der Mittel und effizienterer Koordinierung der Regionalpolitiken. Bei grundsätzlicher Befürwortung stärkerer Konzentration durch alle MS gingen Meinungen über Verwirklichung dieses Ziels weit auseinander (von uns unterstützte Konzentration auf vier Länder – I, GR, IRL und GB – nicht konsensfähig). Weitgehendes Einvernehmen bestand auch über Bedeutung effizienter Koordinierung im Interesse der Erreichung eines hohen Grades von Konvergenz.

Kommissionsvorschläge, die auf eine Ausweitung ihrer eigenen Rolle bei der „Koordinierung“ bzw. „Kontrolle“ der nationalen Politiken hinauslaufen, stießen bei der Mehrheit der MS auf große Zurückhaltung.

5) Rat stimmte dem Nahrungsmittelhilfeprogramm 1982 mit einem Getreidehilfeprogramm in Höhe von 927 663 Tonnen zu. Kommission wies in einer Erklärung auf ihren ursprünglichen Vorschlag für ein Getreidehilfeprogramm in einer Gesamthöhe von 1 087 963 Tonnen hin, zu dem das EP eine positive Stellungnahme abgegeben habe, und appellierte an den Rat, sobald wie möglich eine weitere Entscheidung hinsichtlich der Differenzmenge zu treffen.

6) Textilpolitik gegenüber den Mittelmeerländern einschließlich der Türkei

Die erneuerten Textilabkommen mit Ägypten<sup>12</sup> und Spanien wurden angenommen. Hinsichtlich Malta und Zypern wurde die Kommission beauftragt, die Verhandlungen mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses fortzusetzen. Mit Marokko, Portugal und Tunesien, mit denen sich bislang noch keine Einigung über ein neues Selbstbeschränkungsabkommen abzeichnet, soll der Dialog fortgesetzt werden. Parallel hat der Rat vorbeugenden Überwachungsmaßnahmen bei den Textileinfuhren aus diesen Ländern zugestimmt.

Das von der Kommission mit der Türkei ausgehandelte Preis- und Mengenanagement bei Baumwollgarnen<sup>13</sup> wurde insgesamt positiv gewürdigt, stieß je-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 643*

„Der Entwurf ist ein modifiziertes Verhältniswahlsystem [...]. Deshalb stimmten die meisten britischen Abgeordneten dagegen. Alle deutschen Mitglieder und jeweils die Mehrheit der Abgeordneten aus allen anderen EG-Ländern stimmten dafür. Die Entscheidung über das Wahlverfahren obliegt dem Rat, der einstimmig entscheiden muß. Die Behandlung im Rat steht unter großem Zeitdruck, weil der Ratsbeschluß ratifizierungsbedürftig ist und dann noch in nationales Recht umgesetzt werden muß. [...] Hauptmerkmale des EP-Entwurfs: originelle Verbindung von Verhältniswahl mit Elementen der Persönlichkeitswahl (um GB entgegenzukommen): Einteilung der Mitgliedsländer in ‚Mehr-Mann-Wahlkreise‘ mit 3 bis 15 Sitzen, die die Mitgliedstaaten ‚zuschneiden‘ können; innerhalb dieser Wahlkreise Listenvorschläge, die auch landes- bzw. bundesweit verbunden werden können. Innerhalb der Listen auch Stimmabgabe für Einzelkandidaten möglich (‚Vorzugsstimmen‘). Sitzverteilung auf die Listen landesweit nach d’Hondtschem Verfahren.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130286.

<sup>11</sup> Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

<sup>12</sup> Das Abkommen zwischen der EWG und Ägypten über den Handel mit Textilwaren sollte laut Artikel 19 am 1. Januar 1983 in Kraft treten und bis 31. Dezember 1986 gelten. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 293 vom 16. Oktober 1986, S. 97–141.

Der EG-Rat genehmigte das Abkommen mit Beschluß vom 8. April 1986. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 293 vom 16. Oktober 1986, S. 96.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Verordnung Nr. 876/82 der EG-Kommission vom 15. April 1982 zur Festsetzung

doch in Einzelpunkten noch auf Vorbehalte von F und GB. Beide Länder sagten zu, ihre Haltung kurzfristig noch einmal zu überprüfen, um nach Möglichkeit zu einer abschließenden Einigung zu kommen.

7) Die Beratung über den Finanzteil des Mandats<sup>14</sup> fand im engsten Rahmen statt. Obwohl der britische AM Pym offensichtlich noch nicht über die für eine Einigung erforderliche Verhandlungsmarge verfügte, brachten vor allem die ausgedehnten bilateralen Gespräche der Präsidenten von Rat<sup>15</sup> und Kommission<sup>16</sup> mit den einzelnen Außenministern einen wichtigen Fortschritt. Zu wesentlichen Elementen des Problems, insbesondere zur Höhe der Entlastung für GB, zeichnete sich eine Linie ab, der neun MS – zum Teil mit gewissen Abstrichen – folgen können.

Übereinstimmung herrschte unter diesen MS auch in der Auffassung, daß wegen der sozialen Bedeutung einer baldigen Verabschiedung des Agrarpreispakets<sup>17</sup> die Verbindung von Mandat und Agrarpreisen aufgelöst werden müsse. In seinem Appell zur Lösung der Mandatsfrage in der einleitenden Sitzung der Außenminister erklärte BM Genscher, es sei nicht vertretbar, die europäischen Landwirte zu Geiseln des Mandatsproblems zu machen.

Die britische Seite schien sich diesem Appell nicht verschließen zu wollen. Sie widersetzte sich nicht der vorgesehenen Fortführung der Agrarpreisverhandlungen am 28.4.

Wie BM Genscher in der abschließenden Presseunterrichtung betonte, haben die Gespräche mit den beiden Präsidenten und unter den Außenministern beim Mittagessen ein großes Maß an guter Absicht, Verantwortungsbewußtsein und Gemeinschaftsgeist aller MS gezeigt. BM schloß dabei ausdrücklich AM Pym ein, der in der Art, wie er sich zu dem Problem stellte, den Eindruck vermittelt habe, daß er bei dessen Lösung mitzuwirken bereit sei und sich für eine Überprüfung des britischen Junktims zwischen Mandat und Agrarpreisen einsetzen werde.

Auf Bitte von AM Pym sollen die Verhandlungen über das Mandat erst in etwa zehn Tagen fortgesetzt werden.<sup>18</sup> In dieser Zeit werden die Präsidenten von Rat und Kommission erneut mit der britischen Seite Verbindung aufnehmen mit dem Ziel, beim nächsten AM-Treffen<sup>19</sup> einen konsensfähigen, quantifizierten Kompromißvorschlag vorzulegen.

Steinkühler<sup>20</sup>

#### Referat 012, Bd. 124419

*Fortsetzung Fußnote von Seite 644*

mengenmäßiger Beschränkungen für die Einfuhren bestimmter Textilwaren mit Ursprung in der Türkei vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 101 vom 16. April 1982, S. 43f.

<sup>14</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>15</sup> Leo Tindemans.

<sup>16</sup> Gaston Thorn.

<sup>17</sup> Zur Frage einer Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 92, Anm. 4.

<sup>18</sup> Die Verhandlungen über das Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 wurden beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple fortgesetzt. Vgl. dazu Dok. 145.

<sup>19</sup> Die nächste EG-Ministerratstagung fand am 24./25. Mai 1982 in Brüssel statt.

<sup>20</sup> Paraphr.

130

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

30. April 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Betr.: Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Thatcher am Donnerstag, den 29. April 1982

Anwesend: MDg Dr. Zeller

Nach dem Austausch von Grüßen fragten Sie nach dem Verlauf der Unterhaus-Debatte.<sup>2</sup>

PM bestätigte, daß die Debatte gut verlaufen sei, sie habe viel Willen zur Zusammenarbeit, viel Verständnis und Unterstützung erfahren.

Sie bemerkten, daß dies für PM schwere Zeiten seien. Wir stellten fest, daß PM, Ihre Regierung und AM Haig ernsthaft um politische Lösungen bemüht seien.<sup>3</sup> Wir wollten Sie in dieser Haltung bestärken.

PM entgegnete, daß das Problem die argentinische Forderung nach sofortiger Anerkennung der argentinischen Souveränität über die Inseln sei. Dies entspreche nicht dem Wunsch der Bevölkerung der Falkland-Inseln, die britisch sei und britisch denke und nicht wünsche, unter argentinische Regierung zu geraten.

Sie bemerkten, wie wichtig es sei, daß sie und GB als Ganzes die politische Initiative insbesondere gegenüber der Dritten Welt und Lateinamerika behielten. Es sei wichtig, daß man nicht vergesse, daß Argentinien militärische Gewalt angewandt habe und daß die Anwendung von Gewalt nicht im Interesse der

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 30. April 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 5. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Verlauf der Debatte zum Falkland-Krieg am 29. April 1982 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, Commons, 1981/82, Bd. 22, Spalte 980–1059.

<sup>3</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig im Falkland-Krieg vgl. Dok. 125, Anm. 7 und 8.

Botschafter Ruhfus, London, meldete am 24. April 1982: „Die britische Presse geht aufgrund von Berichten aus Washington und Buenos Aires davon aus, daß sich bei den Gesprächen AM Pym–AM Haig keine Fortschritte ergeben haben und die Aussichten für eine Verhandlungslösung weiter gesunken sind, andererseits eine britische Landung auf South Georgia kurz bevorsteht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 644; Referat 330, Bd. 136666.

Am 25. April 1982 teilte Ruhfus mit: „Ab 18.15 Uhr OZ wurde in London bestätigt, daß britische Truppen auf South Georgia gelandet sind. M[inistry]o[f]D[efence] hat mitgeteilt, daß bereits Donnerstag zwölf Mann einer Spezialeinheit (S[pecial]B[oat]S[ervice]) in South Georgia abgesetzt wurden. Während heutiger Landeoperation sei argentinisches U-Boot Santa Fe vor Grytviken gesichtet und in Überwasserfahrt durch Hubschrauberangriffe so beschädigt worden, daß Weiterfahrt offensichtlich nicht mehr möglich ist. [...] Bewertung: Es hatte sich schon in den letzten Tagen abgezeichnet, daß GB South Georgia aussuchen würde, um angesichts der fehlenden Verhandlungsfortschritte den weiteren diplomatischen Bemühungen militärischen Nachdruck zu verleihen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 646; Referat 330, Bd. 136666.

Dritten Welt stehe, um dort anstehende Territorialfragen zu lösen. Es sei deshalb besonders wichtig, daß die britische Seite unmißverständlich klarmache, daß sie eine politische Lösung für den Konflikt suche.

PM entgegnete, daß sie eine politische Lösung wünsche, jedoch nicht um jeden Preis. Es gehe nicht an, daß jemand Streit suche, dann ein Gebiet besetze und dann die Hälfte der Beute für sich verlange. Anmerkung des BK: Aus den folgenden Bemerkungen der PM über die Haig-Mission, und dies im Gesamtzusammenhang des Gesprächs, gewannen Sie den Eindruck, daß PM Thatcher in naher Zukunft handeln wolle.<sup>4</sup>

Sie deuteten sodann an, daß man in der deutschen Öffentlichkeit etwas zuviel von martialischen Äußerungen des kommandierenden Admirals<sup>5</sup> lese.

PM zeigte sich etwas überrascht, daß man hierüber auch in der deutschen Presse berichte. Jedenfalls hätten die Äußerungen des Admirals in ihrem eigenen Land große Publizität erhalten, und sie sei deshalb auch im Unterhaus heftig angegriffen worden. Es sei freilich üblich, daß es Verteidigungskorrespondenten auf britischen Kriegsschiffen gebe. Die Äußerungen des Admirals seien höchst lächerlich, vor allem aber in hohem Maße belastend für sie.

Sie wiesen darauf hin, daß dies gewisse Probleme bei uns schaffe.

PM wollte dies dem Admiral mitteilen, der ansonsten ein recht guter Soldat sei. Sie könne Ihnen versichern, daß man solche Töne nicht mehr hören werde.

Sie bemerkten, daß wir sehr deutlich die Anstrengungen, die sie und Al Haig unternehmen, sehen würden, und auch die Schwierigkeiten, die es mache, Argentinien dazu zu bringen, sich politisch zu bewegen. Sie fragten nach der Rolle der SU in der Region.

PM bestätigte, daß auch sie darüber sehr beunruhigt sei.

Die USA hätten Argentinien stets sehr unterstützt, weil sie der Meinung waren, daß die dortige Führung ein gutes Bollwerk gegen den Kommunismus und die Sowjetunion darstelle.

Die Dinge hätten sich allerdings geändert. 80% der argentinischen Exporte gingen in die Sowjetunion. Dies sei die Folge davon, daß Argentinien das US-Afghanistan-Embargo<sup>6</sup> durchbrochen hatte und in die SU Weizen und Fleisch liefere. Die so entstandene Lage der Handelsbilanz Argentiniens könne durch die Sowjetunion nur ausgeglichen werden, wenn sie Waffen an Argentinien liefere. Im übrigen würde die Sowjetunion den Argentinern Aufklärungshilfe leisten.

Sie wiederholten Ihre Sorge, daß die Sowjetunion eine strategische Position zu ihren Gunsten in der Region errichten könnte.

PM bemerkte, daß dies auch ihre Sorge sei. Die Verbindungen Argentiniens zur Sowjetunion seien schon sehr weit gediehen.

<sup>4</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat von Ploetz am 5. Mai 1982 handschriftlich: „Anmerkung des BK: Dies ist eine nach dem Gespräch erfolgte Bewertung (Anruf Matussek 5.5.).“

<sup>5</sup> In der Presse wurde über Äußerungen des britischen Admirals Woodward berichtet: „Der rothaarige Admiral, Yachtbesitzer und als schneidiger Kanalsegler bekannt, erteilte dem Gegner gleich noch einen Rat: ‚Laßt die Finger von uns, die Wetten stehen 20:1 gegen euch.‘“ Vgl. den Artikel „Argentinier, die Wetten stehen 20:1“; DER SPIEGEL, Nr. 17 vom 26. April 1982, S. 129 und 131.

<sup>6</sup> Zu den Sanktionen gegen die UdSSR nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 31, Anm. 47.

Sie: Argentinien könne zum Einfallstor der Sowjetunion in die Region werden.

PM stimmte zu. Die SU habe bereits eine Bastion in Kuba. Kämen die Falkland-Inseln mit ihrem vorzüglichen Hafen hinzu, oder gar noch Süd-Georgien, ebenfalls mit einem vorzüglichen Hafen, so würde die SU eine beherrschende Position in der Region erhalten. Man müsse sich dann nur noch vorstellen, was geschehen würde, wenn der Panama-Kanal geschlossen würde.

Sie bestätigten, daß Sie die strategische Lage ebenso sehen wie PM.

Sie wollten noch als Randfrage die BBC-Sendung zur deutsch-argentinischen Zusammenarbeit auf dem Kernsektor<sup>7</sup> erwähnen, durch die einige atmosphärische Störungen eingetreten seien.<sup>8</sup> Sie wollten erwähnen, daß der gesamte Bereich von IAEO kontrolliert werde.<sup>9</sup>

PM stimmte zu. Sie wisse, daß wir dorthin ein KKW geliefert hätten und daß jegliches Material Kontrollen unterworfen sei.

Auf Ihre Frage, was man tun könne, erklärte PM, daß sie sich eine Frage im Unterhaus hierzu bestellen und dann in sehr deutlicher Weise darauf antworten wolle.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Referat 413 vermerkte am 18. März 1982: „Die deutsch-argentinische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie läuft zur Zeit in geschäftsmäßigen Bahnen. Partner der kommerziellen Zusammenarbeit sind die argentinische Kernenergiekommission (Comisión Nacional de Energía Atómica) und die deutsche Kraftwerks-Union (KWU). Das von der KWU gelieferte KKW Atucha I arbeitet seit 1974 zur vollen Zufriedenheit der argentinischen Seite. 1979 erteilte die CNEA der KWU den Auftrag für das KKW Atucha II. Mit den Bauarbeiten wurde begonnen.“ Vgl. Referat 413, Bd. 129456.

<sup>8</sup> Der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Rühl, erklärte am 19. April 1982: „Die BBC wird am heutigen Abend, 19. April, ein Programm ausstrahlen, das sich unter dem Titel ‚Germany and the Argentine Bomb‘ mit der deutsch-argentinischen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie befaßt. Die britische Presse, die wohl Gelegenheit hatte, diesen Fernsehfilm vorab zu sehen, hat sich eingehend mit dieser angeblichen Filmdokumentation beschäftigt. Die hier erhobenen Unterstellungen zielen nur darauf ab, die Welt glauben zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland Argentinien beim Erwerb einer Atombombe unterstütze. Dieses ist un- wahr. Die deutsch-argentinische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist fest in eine wirksame Nichtverbreitungspolitik eingebunden. Die Kontrollabkommen zwischen Argentinien und der Internationalen Atomenergie-Behörde in Wien [...] haben dem Gouverneursrat der Behörde, dem für Kontrollabkommen zuständigen Gremium der Organisation, vorgelegen und sind von diesem im Konsens gebilligt worden. Eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien im Bereich der Urananreicherung und Wiederaufbereitung gibt es nicht.“ Vgl. das Manuskript zur Pressekonferenz Nr. 42/82; Referat 413, Bd. 129461.

<sup>9</sup> Am 18. März 1982 notierte Referat 413: „Argentinien ist weder Partei des NV-Vertrages noch des Vertrages über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco). Dies bedeutet, daß Argentinien keinen völkerrechtlich verbindlichen Verzicht auf Kernwaffen ausgesprochen hat und sich keinen umfassenden Kontrollen seiner nuklearen Aktivitäten unterwirft. [...] Wichtigste Kooperationspartner sind wir, gefolgt von den USA, Kanada, der Schweiz und der Sowjetunion. Aus diesen Ländern stammende Lieferungen lösen aufgrund von Lieferauflagen IAEO-Kontrollen auf das gesamte derzeit bestehende Kernenergieprogramm aus. Ein kleiner Teil des argentinischen Nuklearprogramms beruht nach argentinischer Darstellung auf eigener Entwicklung und löst demgemäß keine IAEO-Kontrollen aus. [...] Es ist jedoch festzuhalten, daß nach der gegenwärtigen Kontrolllage Argentinien bis auf weiteres nicht über Material verfügen wird, zu dessen Wiederaufarbeitung es keiner Zustimmung eines Lieferlandes bedürfte. Insofern besteht z. Zt. und auf absehbare Zukunft in Argentinien eine de facto ‚Full-scope-safeguards‘-Situation.“ Vgl. Referat 413, Bd. 129456.

<sup>10</sup> Am 4. Mai 1982 stellte der britische Abgeordnete Griffiths Premierministerin Thatcher die Frage, ob sie eine Erklärung zu Berichten über die Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der Bundesrepublik im nuklearen Bereich abgeben wolle. Thatcher antwortete am selben Tag: „The Government of the Federal Republic made a statement on these matters on 19 April. We are entirely satis-

Sie baten, die Botschaft zu unterrichten, damit wir hier bei uns der Frage und der Antwort große Publizität geben könnten.

Auf EG-Fragen übergehend, bemerkten Sie, daß die Landwirtschaftsminister bei ihren Beratungen in Luxemburg<sup>11</sup> an einen kritischen Punkt gelangt seien. Sie hätten einen Telefonanruf von Präsident Mitterrand erhalten.<sup>12</sup> Sie wollten an die PM appellieren, das Junktim zwischen Haushalts- und Agrarfragen aufzuheben. Ansonsten bestehe Gefahr, daß die Gemeinschaft in eine ernsthafte Krise gerate.

PM entgegnete, daß sie Sie leider in diesem Punkt enttäuschen müsse. Das Kabinett habe einstimmig einen Beschluß gefaßt, das Junktim aufrechtzuerhalten. Es gehe jetzt darum, diese Fragen in den nächsten Wochen zu klären.

Auf Ihren erneuten Einwand, daß die Gemeinschaft dadurch in eine kritische Lage gerate, entgegnete PM Thatcher, es gebe eine klare Entscheidung ihrer Regierung. Es stehe außerdem außer Zweifel, daß die Agrarfragen sehr eng mit den Haushaltsfragen zusammenhängen. Das Mandatsproblem<sup>13</sup> umfasse drei Fragenbereiche: die Fragen des Sozial- und Regionalfonds, die Fragen der Belastungen durch die GAP und die Haushaltsfragen. Daß hier klare gegenseitige Abhängigkeiten bestünden, und dies insbesondere finanzieller Art, sei ihr

*Fortsetzung Fußnote von Seite 648*

fied both that there is no truth in suggestions of support from the Federal Republic of Germany for Argentina in the acquisition of an atomic bomb, and that co-operation in the nuclear field between the two countries is firmly tied to an effective non-proliferation policy. All the relevant agreements on co-operation for peaceful purposes have been approved by the International Atomic Energy Agency.“ Vgl. HANSARD, Commons, 1981/82, Bd. 23, Written Answers, Spalte 20.

<sup>11</sup> In einem Bericht über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 28. bis 30. April 1982 in Luxemburg legte Bundesminister Ertl am 30. April 1982 dar: „Nach sehr intensiven und mehrfach unterbrochenen Verhandlungen gelang es dem Agrarrat, am 30.4.1982 eine grundlegende Einigung über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1982/83 zu erzielen. Eine formelle Verabschiedung war noch nicht möglich, weil drei Delegationen Vorbehalte einlegten. Die britische Delegation machte neben einigen sachlichen Vorbehalten ihre endgültige Zustimmung davon abhängig, daß auch in der Frage des britischen Haushaltsausgleichs im Rahmen der Mandatsdiskussion eine Lösung erreicht wird. Die griechische und italienische Delegation verweigerten ihre Zustimmung zu dem Gesamtkompromiß, da die Regelungen für Mittelmeerprodukte als unzureichend angesehen werden. Angesichts dieser Verhandlungssituation wurden zunächst die Wirtschaftsjahre für Milch, Rind- und Schaffleisch sowie Trockenfutter bis zum 17.5.1982 verlängert. [...] Auf der Basis des ursprünglichen Kommissionsvorschlages und der Ergänzungsvorschläge der Präsidentschaft einigte sich der Agrarrat auf eine Anhebung der gemeinsamen Agrarpreise für das nächste Wirtschaftsjahr um etwa 10,6%. Durch den Abbau des deutschen Währungsausgleichs um 2,9 Prozentpunkte beträgt die Preisanhebung in Deutschland etwa 7%.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131241.

<sup>12</sup> Bundeskanzler Schmidt führte am 29. April 1982 ein Telefongespräch mit Staatspräsident Mitterrand. Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, vermerkte am 30. April 1982, Mitterrand habe sich „auf die Lage auf dem Agrarrat in Luxemburg“ bezogen: „Dort hielten die Briten weiterhin an dem Junktim zwischen der Agrarpreisfrage und der Haushaltsfrage fest. Seiner Meinung nach bestünden gute Aussichten, zu einem Abkommen unter Neun in der Agrarpreisfrage zu kommen. Er wolle Sie hierzu um Ihre Meinung bitten. [...] Er wolle der französischen Delegation Weisung erteilen, daß sie unter Neun abschließe. Ein Abschluß unter Zehn sei möglich, wenn GB das Link zum Mandat aufhebe. Sie bestätigten dem Präsidenten, daß Sie ihn so verstünden, daß er notfalls auch bereit sei, zu neunt abzuschließen, d. h. ohne die Briten. Auch Sie hätten grundsätzlich gegen eine derartige Einigung keine Einwände, fragten sich jedoch sehr dringend, wozu dies führen könne. London werde sich auf den Luxemburger Kompromiß berufen, d. h. auf das Einstimmigkeitsprinzip. Dazu wäre es lediglich notwendig, vitale Interessen ins Spiel zu bringen.“ Vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>13</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20. Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

fester Standpunkt seit längerem. Auf Ihren Einwand, daß GB 1981 Nettoempfänger geworden sei, antwortete PM mit dem Hinweis, daß die positive Netto-position GBs sehr klein sei, wenn sie überhaupt bestehe. Jedenfalls würde das kommende Jahr (1982) sehr schwierig werden mit einer britischen negativen Position von 900 Mio. ECU (nach Ausgleich).

Sie äußerten sich skeptisch hinsichtlich solcher Vorhersagen. Die Vorhersage für 1981 sollte uns eine Warnung sein.

PM berichtete sodann von neuen Formeln zum Ausgleich der Haushaltsfragen. Sie regten an, daß es vielleicht gut wäre, wenn PM mit ihrer Delegation in Luxemburg auf dem Agrarrat telefonisch in Verbindung trete.

PM äußerte Zweifel, ob dies viel an der Lage in Luxemburg ändern würde, da ja das gesamte britische Kabinett einen klaren Beschluß gefaßt habe.

Sie schlossen diesen Punkt mit der Bemerkung ab, daß wir darauf achten werden, daß die Kommission den klaren Nachweis erbringt, daß wir uns innerhalb der Ein-Prozent-Grenze<sup>14</sup> hielten und daß auch der Grundsatz der geringeren Steigerungsrate der Agrarausgaben im Vergleich mit der Steigerung der eigenen Einnahmen eingehalten werde.

PM äußerte ihre volle Zustimmung hierzu, an der sie auch festhalten werde. Dies sei Teil ihrer Mandatsposition.

Sie berichteten sodann von den gestrigen Veränderungen im Kabinett.<sup>15</sup> Sie seien im wesentlichen von untergeordneter Bedeutung. Wichtig sei freilich die Benennung Ihres bisherigen Mitarbeiters Lahnstein zum Finanzminister.

PM äußerte sich hierzu sehr befriedigt, man kenne Herrn Lahnstein sehr gut und schätze ihn.

Sie berichteten sodann von dem Besuch Kádárs.<sup>16</sup> Der Besuch habe deutliche politische Akzente getragen. Wir bei früheren Begegnungen hätten Sie einen vorzüglichen Eindruck von der Persönlichkeit Kádárs erhalten. Er legte großen Wert auf den Beitritt Ungarns zum IWF.<sup>17</sup> Ihm geht es vor allem darum, den politischen Spielraum für sich zu erhalten und dabei Hilfe zu erfahren.

Sie sagten zu, den britischen Botschafter<sup>18</sup> voll über den Besuch zu unterrichten, wobei wir Wert darauf legten, daß hierüber nicht allzu viel in die Öffentlichkeit gerate.

PM bekundete ihr Interesse, zumal der britische Botschafter in Budapest einer ihrer früheren Mitarbeiter ist.

<sup>14</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

<sup>15</sup> Auf Vorschlag von Bundeskanzler Schmidt entließ Bundespräsident Carstens am 28. April 1982 die Bundesminister Ehrenberg (Arbeit und Sozialordnung), Gscheidle (Post- und Fernmeldewesen) und Huber (Jugend, Familie und Gesundheit). Zu ihren Nachfolgern ernannte er die bisherige Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Fuchs (nun Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit), den bisherigen Bundesminister der Finanzen, Matthöfer (nun Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen), sowie den SPD-Abgeordneten Westphal (nun Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung). Neuer Bundesminister der Finanzen wurde Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 293.

<sup>16</sup> Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich vom 26. bis 28. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 128.

<sup>17</sup> Zu einer Mitgliedschaft Ungarns im IWF vgl. Dok. 128, Anm. 11.

<sup>18</sup> Bryan George Cartledge.

Sie erwähnte sodann noch die Zahlungsschwierigkeiten, in die Ungarn geraten war.<sup>19</sup>

Sie erwiderten, daß wir uns alle hierum bemüht hätten.

Zeller

VS-Bd. 14103 (010)

## 131

### **Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte, Jones, und dem amerikanischen Botschafter Burns**

VS-vertraulich

4. Mai 1982<sup>1</sup>

Das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Generalstabschef und dem US-Botschafter in Bonn, das am 4. Mai 1982 von 16.05 Uhr bis 18.30 Uhr stattfand, konzentrierte sich auf zehn thematische Komplexe:

- 1) Falkland-Konflikt
- 2) Kandidatur General Brandt als Chairman MC
- 3) Ost-West-Dialog von Spitzenmilitärs (Jones-Rede)
- 4) Beziehungen Polens, Ungarns und Bulgariens zur SU
- 5) Zusammenhang START-INF-Verhandlung
- 6) Amerikanische China-Politik
- 7) Ost-West-Kräfteverhältnis
- 8) GLCM-Stationierung in Deutschland
- 9) Reduzierung von Nuklearwaffen auf deutschem Boden
- 10) Portugals Sicht zu Spaniens NATO-Beitritt

#### 1) Falkland-Konflikt

Der *Bundeskanzler* erläutert eingangs seine große Sorge über die Entwicklung des Falkland-Konfliktes: Das Versenken des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ außerhalb der 200-Meilen-Sperrzone und der Verlust von 800 Menschenleben würden die bisherigen Proportionen sprengen (out of proportions) und der An-

<sup>19</sup> Zur Entwicklung der ungarischen Zahlungsbilanz vgl. Dok. 128, Anm. 10.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Kapitän zur See Weißer, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 12. Mai 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Braunmühl am 12. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

griff eines modernen Nuklear-U-Bootes auf einen veralteten Kreuzer (lame duck) schwierig politisch zu rechtfertigen sein.<sup>2</sup> Die Solidarität der Europäer in dieser Frage würde erheblichen Belastungen ausgesetzt; Irland habe heute eben diese Solidarität als erstes europäisches Land verweigert.<sup>3</sup> Die von den Briten geforderte Solidaritätserklärung würde wohl nicht so ausfallen wie erwartet. Die Bundesrepublik Deutschland sei mit den Partnern im Prozeß der Abstimmung und würde dabei vor allem auf Frankreich schauen. Im Gegensatz zu Botschafter *Burns* („war is war“) teilt General *Jones* eher die Auffassung des Bundeskanzlers: Es sei vielleicht besser, wenn die Briten jetzt nicht nach Solidaritätsbezeugungen fragen würden. Im übrigen sei das Versenken des Kreuzers außerhalb der Sperrzone wohl mit dem alten britischen Grundsatz zu erklären, im Zweifel lieber als erster zu schießen.

## 2) Kandidatur General Brandt als Chairman MC<sup>4</sup>

General *Jones* spricht dieses Thema von sich aus an: Bisherige US-Policy für die Wahl des Chairman MC sei mit Blick auf die US-Besetzung von SACEUR und SACLANT immer gewesen, diesen Posten den Europäern zu belassen und mit deren Mehrheit zu stimmen; die Wahl sei im übrigen eigentlich immer mehr

<sup>2</sup> Kapitän zur See Dingeldein, London, resümierte am 6. Mai 1982 Informationen des britischen Verteidigungsministeriums zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ am 2. Mai 1982 durch britische Seestreitkräfte: „Der arg[entinische] Kreuzer ‚Belgrano‘ wurde südlich der Falklands knapp außerhalb der T[otal]E[xclusion]Z[one] von einem in der weiteren Formation der T[ask]F[orce] befindlichen sog[enannten] S[hip]S[ubmersible]N[uclear] D[irect]S[upport] (nuclear powered submarine in direct support) versenkt. Es wird vermutet, daß die ‚Belgrano‘ südlich an den Falklands vorbei zum brit[ischen] rückwärtigen, relativ schwach geschützten Stützpunkt South Georgia durchdringen wollte. [...] Die ‚Belgrano‘-Aktion der Argentinier wird als selbstmörderisch bezeichnet. [...] Bewertung: Das brit. U-Boot handelte im Rahmen des oben dargestellten polit[ischen] und milit[ärischen] Rahmenauftrags. Einer gesonderten Freigabe zum Torpedoschuß bedurfte es nicht. Ein Informationsaustausch hierzu erlaubte die taktische Situation nicht. Sog[enannte] rules of engagement decken derlei Situationen im Rahmen des Gesamt- und/oder Einzelauftrages ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 749/750; VS-Bd. 12330 (500); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Am 4. Mai 1982 berichtete Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, Irland habe bei der Sondersitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am selben Tag eine Aufhebung der gegen Argentinien im Zusammenhang mit der Besetzung der Falkland-Inseln erlassenen EG-Sanktionen gefordert: „Die irische Regierung sei bestürzt über den Ausbruch des offenen Krieges [...]. Irland halte die Wirtschaftssanktionen für nicht länger angebracht und werde sich für die Aufhebung durch die Gemeinschaft einsetzen. Nach seinem Verständnis habe die Solidarität der Zehn dem Ziele gedient, den militärischen Druck Großbritanniens durch politischen und wirtschaftlichen Druck der Neun zu ergänzen, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen. [...] Inzwischen müsse die irische Regierung feststellen, daß das Schwergewicht von britischer Seite auf die militärische Aktion verlagert worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Mit Privatdienstschreiben vom 8. März 1982 unterrichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), Staatssekretär von Staden über die für Mai 1982 anstehende Wahl des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO: „Neben dem holländischen Generalstabschef de Jager ist der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Brandt, ein Kandidat für das im Sommer 1983 frei werdende Amt des MC-Vorsitzenden. Auch die britische Seite ist wohl interessiert. [...] Es ist daher wichtig, die Regierungen der Bündnispartner nicht im unklaren darüber zu lassen, daß der deutsche Kandidat die volle Unterstützung der Bundesregierung bei seiner Kandidatur hat. Bislang habe ich mir nur auf der Grundlage von Gesprächen mit General Brandt und Bundesminister Apel Gewißheit darüber verschaffen können, daß der Bundesminister der Verteidigung die Kandidatur des Generalinspektors unterstützt. Mit einer allgemeinen Formulierung habe ich darüber den Generalsekretär der Allianz sowie die Ständigen Vertreter Norwegens und der USA unterrichtet. Ich halte es aber für erforderlich, daß die Bundesregierung als solche den Bündnispartnern – Außenministern und Verteidigungsministern insbesondere – die offizielle Unterstützung der Kandidatur von General Brandt mitteilt und in einer jeweils den Umständen angepaßten Form um Unterstützung nachsucht.“ Vgl. VS-Bd. 12014 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Sache der Generalstabschefs – in Person – als ihrer Regierungen gewesen. Dieses Mal hätten sich die „Chiefs of Defense“ schon weitgehend auf den niederländischen Kandidaten de Jager festgelegt gehabt, als die regierungsgestützte Kandidatur General Brandts gekommen sei. Bei persönlicher Wertschätzung General Brandts stünde er zwischen Person und Verfahren. Der *Bundeskanzler* macht sehr deutlich, daß es – ganz abgesehen von der langjährigen Kenntnis des Kandidaten und seiner militärpolitischen Erfahrung – bei ihm schwer verständlich und auf entsprechende Reaktion stoßen würde, wenn die USA gegen den deutschen Kandidaten stimmen würden. Der *Bundeskanzler* macht klar, daß der politische Affront, der in der Nichtwahl des deutschen und möglichen Unterstützung der anderen Kandidaten läge, das Problem von General Jones relativiere, bei dieser Wahl als Amerikaner deutlicher für einen Kandidaten Stellung zu beziehen als sonst üblich.

### 3) Ost-West-Dialog von Spitzenmilitärs

Der *Bundeskanzler* drückt seinen Beifall für die Rede aus (I like that speech), die General Jones am 28. April 1982 in San Francisco vor dem Verband der amerikanischen Zeitungsverleger gehalten hat: Ihm gefalle vor allem der Gedanke von Jones, daß die Spitzenmilitärs von USA und SU miteinander reden müßten, um die gegenseitigen Zielvorstellungen zu kennen und Mißverständnissen vorzubeugen. Für die Russen sei es sehr schwierig, die Amerikaner zu verstehen. Selbst für ihn sei vieles schwierig zu verstehen, obwohl er Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit vier Administrationen in Washington habe. Ihm habe das lange Gespräch mit Ustinow und Ogarkow (Juli 1980) – professionellen, kenntnisreichen Führern mit Gefühl für die Bedeutung ihrer Macht, aber unaufdringlich – wichtige Aufschlüsse gegeben.<sup>5</sup> General *Jones* bestätigt ähnliche Erfahrungen mit Ogarkow, mit dem er 1979 in Wien gesprochen habe<sup>6</sup>; Ustinow sei damals zu frisch im Amt gewesen. Er habe dafür gesorgt, daß Teilnehmer des US War College nach Ungarn und in die ČSSR gereist seien. Wenn dort auch nicht gelungen sei, das Vorurteil auszuräumen, die NATO sei der mögliche Aggressor, so hätten doch die östlichen Gesprächsteilnehmer Fragen und Zweifel erkennen lassen. Der *Bundeskanzler* bittet General Jones, in diesem Sinne inständig weiter auf die US-Regierung einzuwirken.

### 4) Beziehungen Polens, Ungarns und Bulgariens zur SU

Der *Bundeskanzler* kommt im Zusammenhang mit Generälen, mit denen es zu sprechen lohne, auch auf Jaruzelski; dieser sei in erster Linie Patriot und General, erst dann auch Kommunist. Jaruzelski habe – auch nach der Einschätzung Kádárs, mit dem er gerade gesprochen habe<sup>7</sup> – die schwierige Aufgabe zu vollbringen gehabt, Polen in katastrophaler Situation vor sowjetischer Inter-

<sup>5</sup> Für das Gespräch des *Bundeskanzlers* Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow und dem sowjetischen Generalstabschef Ogarkow am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. AAPD 1980, II, Dok. 194.

<sup>6</sup> Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Zu ihren Delegationen gehörten der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte, Jones, und der sowjetische Generalstabschef Ogarkow. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des *Bundeskanzlers* Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27. April 1982 vgl. Dok. 128.

vention bewahren zu müssen – allerdings habe dieses politische Ziel dem Ergebnis nach mit dem sowjetischen Ziel koinzidiert, denn auch die SU habe nicht intervenieren wollen. Polen, Ungarn, aber auch Bulgarien versuchten jeder auf seine Weise möglichst viel Unabhängigkeit zu gewinnen – und dabei müsse man helfen. Botschafter *Burns* ergänzt in diesem Zusammenhang, daß Washington auf Anfrage positiv auf den ungarischen Kreditwunsch von 100 Mio. Dollar beim IWF<sup>8</sup> reagiert habe. Der *Bundeskanzler* erklärte die noch positivere und weitreichendere Rolle der Bundesregierung und die Motive für sein Engagement.

##### 5) START-INF-Verhandlungen

Der *Bundeskanzler* nimmt Bezug auf sein jüngstes Gespräch mit Nitze<sup>9</sup> über Stand INF: Er habe das Gefühl, daß in Washington wenig über Bewegungsmöglichkeiten nachgedacht würde. Im Gegenteil: Manche Köpfe in Washington erweckten den Anschein, als ob so lange unveränderlich an der derzeitigen beiderseitigen Null-Lösungsposition<sup>10</sup> festgehalten werden solle, bis die Verhandlungen gescheitert seien.<sup>11</sup> Er weist auf die schwerwiegenden innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Verhandlungsführung in den europäischen Staaten hin.

Der *Bundeskanzler* spricht die Notwendigkeit an, sich bei den Drittstaatensystemen (vor allem französischen/britischen SLBM) und dem „global approach“ weitergehende Gedanken als bisher machen zu müssen. Eine Verhandlungsrichtung, mit der die Mittelstreckensysteme in die östliche Sowjetunion – östlich von Nowosibirsk – geschoben würden, bedeute eine neue Bedrohung für China und Japan. Er empfehle auf geeigneten Kanälen Kontakte mit China über dieses Thema, ginge im übrigen davon aus, daß von den USA auch mit Frankreich und Großbritannien gesprochen würde. General *Jones* berichtet, daß über dieses Thema soeben ausführlich im NSC diskutiert worden sei; Secretary Haig habe in diesem Sinne über die Verknüpfung von START und INF vorge tragen und auch Rostow überzeugen können. Haig sei im Kern der Auffassung, daß nur ein überzeugendes START-Angebot Bewegung bei INF und Zeitgewinn in der Öffentlichkeit bringen könne. General *Jones* berichtet weiter, daß die START-Position weiterhin zwischen den beteiligten Stellen diskutiert würde. Es sei außerordentlich schwierig, die Forderung des Präsidenten<sup>12</sup> zu erfüllen, nämlich eine gleichermaßen einfach verständliche wie politisch präsentable und überzeugende Verhandlungsposition zu definieren – dies selbst bei Einigkeit über das Ziel, nämlich zu erheblichen Reduzierungen zu kommen. Trotz aller Schwierigkeiten wolle der Präsident noch vor dem Bonner Gipfel<sup>13</sup> die angekündigte START-Rede<sup>14</sup> halten.

<sup>8</sup> Zur Mitgliedschaft Ungarns im IWF vgl. Dok. 128, Anm. 11.

<sup>9</sup> Für das Gespräch des *Bundeskanzlers* Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 16. April 1982 in Hamburg vgl. Dok. 119.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>12</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>13</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>14</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. Dok. 142.

## 6) Amerikanische China-Politik

Der *Bundeskanzler* vertieft das Thema China unter politischen und strategischen Aspekten: Die China-Politik der gegenwärtigen Administration, die auf Bevorzugung Taiwans (angesprochen in diesem Zusammenhang die US-Flugzeug- und Ersatzteillieferungen) und Vernachlässigung der Volksrepublik angelegt sei, sei im Sinne von „grand strategy“ ein Fehler von strategischem Ausmaß.<sup>15</sup> Er habe mit den chinesischen Führern Hua Guofeng<sup>16</sup> und Deng Xiaoping<sup>17</sup> viele Stunden über „grand strategy“ gesprochen und neben viel Verständnis herausgefunden, daß sich die Chinesen gegenüber der Sowjetunion für nuklearfähig halten, selbst bedingt „second-strike-fähig“. Bei altersbedingtem Wechsel der politischen Führung in Moskau und Peking seien prinzipiell wenig Änderungen zu erwarten, wohl aber der Versuch der Sowjets, ihr Verhältnis zu China in Ordnung zu bringen, China wieder in die kommunistische Kooperation einzubinden. Vor diesem Hintergrund schein ihm wichtig und sinnvoll, daß die USA mit China über Nuklearwaffen, über den Komplex START/INF ins Gespräch kommen. General *Jones* erklärt die amerikanische China-Politik mit den tiefsitzenden emotionalen Vorbehalten vieler Republikaner gegen die kommunistische VR China und nach wie vor starken emotionalen Bindungen an Taiwan. Secretary Haig arbeite beständig daran, die Politik dieser Administration wenigstens schrittweise in Richtung Volksrepublik zu öffnen; allerdings erhalte der Präsident immer mehr Kritik von rechtsstehenden Republikanern. Der *Bundeskanzler* entgegnet, daß Emotion und Strategie sich ausschließen, „grand strategy“ das Ergebnis rationaler Prozesse sei.

## 7) Ost-West-Kräfteverhältnis

General *Jones* erläutert dem *Bundeskanzler* das Ergebnis jüngster Untersuchungen zu einem möglichen sowjetischen Kräfteaufwuchs in Krisenzeiten<sup>18</sup>: Als Ergebnis der sowjetischen Alarmierung und Kräfteumgruppierung in der Afghanistan- und Polenkrise habe sich gezeigt, daß die Sowjetunion wesentlich mehr Zeit als bisher angenommen benötige, um die Masse ihrer Divisionen aufgefüllt und auf kriegsmäßigen Bereitschaftszustand zu bringen. Früher habe man im Pentagon mit einer Verfügbarkeit von 36 sowjetischen Divisionen in zehn Tagen gerechnet. Nach der Studie rechne man nun damit, daß die Sowjetunion mindestens 50 Tage benötige, um 65 Divisionen einsatzbereit zu haben – dies mit allen positiven Konsequenzen für das westliche Reinforcement-Konzept.

<sup>15</sup> Zu den Beziehungen der USA zur Republik China (Taiwan) und zur Volksrepublik China vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Für seine Gespräche mit *Bundeskanzler* Schmidt vgl. AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

<sup>17</sup> *Bundeskanzler* Schmidt besuchte vom 29. Oktober bis 2. November 1975 die Volksrepublik China. Für seine Gespräche mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping vgl. AAPD 1975, II, Dok. 322 und Dok. 326.

<sup>18</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, informierte am 19. Mai 1982 über eine Studie des militärischen Nachrichtendienstes (DIA) der USA zur Mobilisierungsfähigkeit der sowjetischen Streitkräfte: „Studie geht davon aus, daß die SU ihre Großverbände erst dann als ‚combat ready‘ einstuft und einsetzt, wenn diese den Kriterien (Ausbildungsstand, Personalstärke etc.) der ‚Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland‘ bzw. den L[uft]L[ande]-Verbänden entsprechen. Wichtig: ‚No commitment until 100 percent combat effective.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237; VS-Bd. 11975 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Der *Bundeskanzler* drückt in diesem Zusammenhang sein großes Vertrauen in die Kampfkraft der deutschen und alliierten Verbände in Zentraleuropa aus, die selbst 36 kurzfristig verfügbaren Divisionen sehr lange Widerstand leisten könnten, wenn keine Nuklearwaffen gegen die NATO-Kräfte eingesetzt würden; die Sowjets wüßten das ganz genau.

#### 8) GLCM-Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland<sup>19</sup>

Der Bundeskanzler erläutert General Jones die Beschlüsse des 11. BSR<sup>20</sup>: Die Bundesregierung habe grünes Licht für die Infrastrukturmaßnahmen gegeben, die mit Blick auf einen Verhandlungsfehlschlag erforderlich seien, um dann planmäßig stationieren zu können.<sup>21</sup> Infolge der Bund-Länder-Struktur der Bundesrepublik Deutschland müßten im Zuge der Baumaßnahmen relativ viele Stellen und Personen informiert werden; damit würde möglicherweise die nach wie vor angestrebte Geheimhaltung nicht zu halten sein. Zum militärischen Stationierungskonzept – alle in Deutschland stationierten GLCM in eine einzige Stellung – habe er erhebliche Zweifel über die Zweckmäßigkeit; sinnvoller sei doch wohl eine möglichst weitgestreute Verteilung, beispielsweise auf Flugplätze. General *Jones* teilt diese Zweifel des Bundeskanzlers: Die auf eine Stellung konzentrierten GLCM würden möglicherweise als besonders wichtiges Ziel angesehen werden; auch ihm schein eine weitverteilte Dislozierung (dispersal) mehr Sinn zu machen. Der *Bundeskanzler* erklärt dem General, daß der Generalinspekteur Auftrag habe, mit SACEUR<sup>22</sup> über alternative Stationierungsmöglichkeiten zu sprechen.

#### 9) Reduzierung von Nuklearwaffen auf deutschem Boden

Der Bundeskanzler führt mit Blick auf die Vielzahl von Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland aus: Ein dichtbevölkerter Staat von der Größe Ore-gons, das aber keine einzige Nuklearwaffe auf seinem Boden habe, müsse mit 4000 bis 5000 Nuklearwaffen leben, dazu möglicherweise noch Drehscheibe für die RDF<sup>23</sup> sein. Angesichts dieser Situation bitte er den General, doch einmal

<sup>19</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>20</sup> Die Sitzung des Bundessicherheitsrats fand am 24. März 1982 statt.

<sup>21</sup> Am 30. März 1982 benannte Ministerialdirigent Bräutigam die zur Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses anfallenden Infrastrukturmaßnahmen: „Die Finanzierung erfolgt im Rahmen einer besonderen Kategorie des NATO-Infrastrukturprogramms, der sog. ‚LRTNF-Infrastruktur‘. Die erforderlichen Mittel werden zusätzlich zu denen des allgemeinen NATO-Infrastrukturprogramms aufgebracht, also außerhalb der üblichen Fünfjahresprogramme, und sind auf die Dauer der Implementierung abgestellt (ca. fünf Jahre). Für die Finanzierung gilt der übliche Infrastrukturschlüssel (Deutschland = 26,54 Prozent). Das LRTNF-Programm ist mit 74 Mio. IAU ausgestattet = ca. 625 Mio. DM (deutscher Anteil: DM 175 Mio.). Wir haben diesem Finanzvolumen am 27.11.1981 im DPC zugestimmt. Für das Haushaltsjahr 1982 wurden dafür DM 15 Mio. gebilligt; diese Mittel sind für die LRTNF-Implementierung außerhalb des Bundesgebiets bestimmt. Im Entwurf des Bundeshaushalts 1983 sind DM 25 Mio. eingestellt; davon sollen auch Projekte im Bundesgebiet finanziert werden (P[ershing]-II-Stationierung!).“ Vgl. VS-Bd. 12072 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>22</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte am 18. Februar 1982 zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA dar: „Im Zuge einer unter Präsident Reagan immer stärker akzentuierten globalstrategischen Ausrichtung forcieren die USA gegenwärtig den Aufbau ihrer Rapid Deployment Force (RDF), der sie unter Rückgriff auf schon bestehende Einheiten, darunter vor allem Reservverbände, bis 1985 einen Bestand von ca. 100 000 Mann zuweisen möchten. Sie schaffen sich damit ein militärisches Mittel zur globalen Wahrnehmung vitaler sicherheitspolitischer Interessen, vor allem im Krisengebiet S[üd]W[est]A[sien].“ Zu einer Nutzung amerikanischer Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik führte er aus: „Im Hinblick auf die Verantwortung der Bundesrepublik für von ih-

sehr genau zu prüfen, ob hier denn wirklich ein unabdingbarer militärischer Bedarf für solch einen hohen Bestand an Nuklearwaffen bestünde. Wenn es militärisch vertretbar sei, solle nicht nur über drastische Reduzierungen nachgedacht, sondern solche Reduzierungen dann auch öffentlichkeitswirksam politisch kapitalisiert werden. Ein Teil der Nuklearköpfe würde möglicherweise von den USA zur Wiedergewinnung von spaltbarem Material benötigt. Der Abzug der rund 1000 Nuklearköpfe im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß sei nicht hinreichend gewürdigt und verwertet worden. General Jones verspricht, sich der Problematik anzunehmen, weist zugleich darauf hin, daß schon mit Ersatz der Nike/Hercules durch Patriot bei der Luftverteidigung die Zahl der Nuklearköpfe verringert würde.

#### 10) Portugals Sicht zum spanischen NATO-Beitritt

Der *Bundeskanzler* berichtet aus seinen Gesprächen vom gleichen Tage mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten und Außenminister.<sup>24</sup> Letzterer habe die Unterstützung Portugals für den spanischen NATO-Beitritt unterstrichen, in dem Zusammenhang aber die spätere Kommandostruktur auf der iberischen Halbinsel angesprochen.<sup>25</sup> Portugal sei sehr daran gelegen, daß seine Atlantik-Inseln, Festland und Streitkräfte nicht unter das Kommando verschiedener NATO-Oberbefehlshaber kämen. Territorium und Streitkräfte sollten im Rahmen der NATO-Kommandostruktur auch nach Spaniens NATO-Beitritt bei einem NATO-Befehlshaber, nämlich bei SACLANT, bleiben. Für Portugal sei

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 656*

rem Territorium ausgehende Aktionen und möglicherweise weitreichende internationale Konsequenzen der fraglichen amerikanischen Maßnahmen ist unsere vorherige Zustimmung in jedem Einzelfall einzuholen.“ Vgl. VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler stellte am 24. März 1982 ergänzend fest: „Angesichts der umfangreichen Funktionen, die von den Alliierten im Falle eines Einsatzes der RDF wahrzunehmen wären, erhebt sich die Frage der Definition des Einsatzfalles: Wer bestimmt ihn und unter welchen Voraussetzungen ist er gegeben? [...] Da wir die amerikanischen Vorstellungen von der ‚strategic cooperation‘ nicht ohne Einschränkungen teilen, sind auch hinsichtlich des Einsatzspektrums der RDF abweichende Auffassungen sehr wohl denkbar. Wie die Vorgänge anlässlich des Nahostkrieges im Oktober 1973 gezeigt haben, ist zu erwarten, daß die USA im Ernstfall ihre Rechte extensiv auslegen und auf Konsultationen verzichten. Die Folgen für das Verhältnis innerhalb der Allianz waren 1973 überaus nachteilig.“ Vgl. VS-Bd. 13557 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>24</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Balsemão und dem portugiesischen Außenminister Pereira am 4. Mai 1982 vgl. Dok. 134.

<sup>25</sup> Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 9.

Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 19. April 1982, der spanische Außenminister Pérez-Llorca habe ihm am Vortag dargelegt: „Beim spa[nischen] NATO-Beitritt sei überraschend ein Hindernis in Lissabon aufgetreten. Entgegen den Erwartungen des portugiesischen Premierministers Pinto Balsemão habe eine Gruppe von Abgeordneten und Militärs im Verteidigungsausschuß am Freitag Bedenken geltend gemacht. [...] Vor dem span. NATO-Beitritt müsse die Kommandostruktur im Sinne portugiesischer Interessen gewährleistet sein. Es dürfe keine Unterordnung portugiesischer Einheiten unter spanischen Oberbefehl geben. Auch müsse man amerikanischerseits Garantien erhalten, daß der spanische Beitritt nicht auf Kosten von Rüstungshilfe an Portugal gehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 22. April 1982 erteilte Ministerialdirigent Dröge der Botschaft in Lissabon hinsichtlich des spanischen NATO-Beitritts folgende Weisung: „Sie werden jedoch gebeten, bei geeigneten Gelegenheiten auf die große Bedeutung einer zügigen Durchführung des portugiesischen Ratifizierungsverfahrens hinzuweisen. Eine Verzögerung durch Portugal würde anderen Bündnispartnern (GR, NL) Gelegenheit geben, das portugiesische Beispiel zum Vorwand für eine Verschleppung des eigenen Ratifizierungsverfahrens zu nehmen. Damit würde nicht nur Spanien, sondern auch dem Bündnis Schaden zugefügt. Portugal würde große Verantwortung auf sich nehmen.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

es unerheblich, welche Lösungen für Spanien und seine Streitkräfte gefunden würden, ob teils zu SACEUR, teils zu SACLANT oder alles einem NATO-Oberbefehlshaber unterstellt würde; sie dürften nicht unterhalb spanischer Stabsbeteiligung rangieren und nicht unter spanisches Kommando kommen. Der Bundeskanzler bittet General Jones und Botschafter Burns jeweils auf ihren Kanälen und in ihren Zirkeln im Sinne des portugiesischen Wunsches Einfluß zu nehmen; er kündigt Botschafter Burns ein entsprechendes „Aide-mémoire“ an.

Am Rande und Schluß des Gespräches: Der Bundeskanzler drückt sein Erstaunen aus, daß eine unlängst von dem amerikanischen Meinungsforschungsinstitut Gallup angestellte Umfrage über das Verhältnis der Europäer zu den USA – die Umfrage habe erneut gezeigt, daß die Deutschen unter den Europäern nach wie vor das positivste Amerikabild hätten – von Newsweek<sup>26</sup> nicht in den USA, sondern nur in der internationalen Ausgabe veröffentlicht sei. Botschafter *Burns* erklärt, daß er der Sache nachgegangen sei und einen Brief mit plausibler Begründung (verlagstechnisch, keine böartigen Gründe) vom Herausgeber erhalten habe; er wolle dem Bundeskanzler Kopie des Briefes senden.

Abschließend drückt General *Jones* seine Bewunderung und Glückwünsche für den großen politischen Erfolg des deutschen Bundeskanzlers auf dem Bundesparteitag seiner Partei in München<sup>27</sup> aus. Selbst aufmerksame Beobachter hätten nicht die überwältigende Mehrheit von 80 zu 20 für die sicherheitspolitische Resolution erwartet.

Der *Bundeskanzler* bringt zum Ausdruck, daß er mit positiven Erwartungen nach München gegangen sei. Zu dem großen Mehrheitserfolg habe Egon Bahr im Rahmen der Parteitagstrategie wesentlich beigetragen – ein Erfolg Egon Bahrs, der in der deutschen Öffentlichkeit kaum anerkannt und in den USA wohl nicht registriert sei.

**VS-Bd. 14106 (010)**

<sup>26</sup> Vgl. dazu den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

<sup>27</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

## 132

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sudanesischen Vizepräsidenten el-Tayeb

310-321.36 SUD

4. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister und dem sudanesischen Ersten Vizepräsidenten Generalmajor Omer Mohammed el-Tayeb am 4. Mai 1982<sup>2</sup>

Anwesenheit auf deutscher Seite: Bundesminister, Präsident Kinkel und ein Begleiter, VLR I Dr. Fiedler, VLR Jansen, Dolmetscher Dr. Hajjaj; auf sudanesischer Seite: Erster Vizepräsident und zwei weitere Begleiter, Botschafter Medani.

*Bundesminister* eröffnete das Gespräch mit freundlichen Worten der Begrüßung und bat den Vizepräsidenten um Einschätzung der Lage in der Region.

*Vizepräsident* ging zunächst auf die deutsch-sudanesischen Beziehungen ein und qualifizierte sie als alt und hervorragend. Aufgrund der Bemühungen der Bundesregierung und der sudanesischen Regierung sei es gelungen, sie weiter zu entwickeln.

Hinsichtlich der Bewertung der Lage begann er mit Tschad. Die negative Entwicklung habe vor zwei Jahren mit dem libyschen Einmarsch begonnen.<sup>3</sup> Die libysche Präsenz sei eine Gefahr für die Sicherheit seines Landes gewesen. Er nannte in diesem Zusammenhang insbesondere den Ausbau von Flughäfen und von Stützpunkten, die die Sicherheitsinteressen des Sudan beeinträchtigt hätten.

Präsident Numeiri habe immer eine klare Meinung über die Vorgänge im Tschad vertreten. Er sei gegen jede Einmischung von außen. Sudan sei es gelungen, Libyen zum Verlassen des Tschad zu veranlassen. Motiv für die Libyer sei es gewesen, im Tschad ein Vakuum zu hinterlassen, das jedoch zunächst durch die OAE ausgefüllt werden konnte. Numeiri habe Goukouni eingeladen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Sudan habe sich stets für die Versöhnung der Konfliktparteien ausgesprochen. Goukouni habe aus Furcht vor Habré gezögert. Er, der Vizepräsident, habe an dem Januar-Gipfel der OAE in Nairobi<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 4. Mai 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Der sudanesische Vizepräsident el-Tayeb besuchte vom 2. bis 7. Mai 1982 die Bundesrepublik. Mit Schreiben vom 5. Mai 1982 teilte der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Kinkel, Bundesminister Genscher mit: „Nochmals besten Dank dafür, daß Sie gestern den Ersten sudanesischen Vizepräsidenten empfangen haben. Das Gespräch war für den Gast ganz wichtig, und mir haben Sie sehr geholfen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178866.

<sup>3</sup> Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 16, Anm. 11 und 13.

<sup>4</sup> In Nairobi fand am 10./11. Februar 1982 eine Tagung der dem Ständigen Ausschuß für den Tschad angehörenden OAE-Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Referat 321 notierte dazu am 26. April 1982: „Seit den Beschlüssen des OAE-Ad-hoc-Komitees in Nairobi vom 11.2.1982, die dem Übergangspräsidenten Goukouni nach militärischen Rückschlägen gegen seinen Widersacher Hissan Habré im Dezember und Januar auch eine diplomatische Niederlage bescherten, stagniert die Entwicklung innen- und außenpolitisch. Die Beschlüsse, die u. a. vorsehen Beendigung des Mandats der OAE-Friedenstruppe zum 30.6.1982, Forderung eines Waffen-

teilgenommen. Goukouni habe die sudanesischen Vorschläge – Waffenstillstand, Versöhnung zwischen den Parteien und Wahlen – abgelehnt. Damit bestehe das Tschad-Problem fort.

Seine Regierung unterhalte Kontakte mit Goukouni, Habré und AM Acyl. Obwohl diese Kontakte sich nicht einfach gestalteten, seien sie doch der einzige Weg, um das Problem zu lösen. Sudan habe Habré dringend nahegelegt, N'Djamena nicht zu besetzen, da dann die Gefahr bestanden hätte, daß Goukouni die Kubaner zu Hilfe gerufen hätte. Die Möglichkeit der erneuten Entsendung von libyschen Truppen habe nicht bestanden, da Gaddafi es als Gastgeber des nächsten OAE-Gipfels<sup>5</sup> nicht mit den Afrikanern verderben wolle.

Zur „Ostfront“ (Äthiopien, Eritrea, Libyen): Die Beziehungen zu Äthiopien seien ursprünglich gut gewesen und hätten sich seit einiger Zeit verschlechtert. Im Januar 1980 habe er, der Vizepräsident, die Initiative ergriffen und Kontakte mit Mengistu aufgenommen, die zum gegenseitigen Besuch von Mengistu in Sudan<sup>6</sup> und Numeiri in Äthiopien<sup>7</sup> geführt hätten. Die Sowjetunion sei über die Entspannung zwischen beiden Ländern sehr erobost gewesen. Den Sowjets sei es auf dem Gipfel von Aden<sup>8</sup> unter Mitwirkung Südjemens und unter Einsatz der Ölwanne gelungen, die sudanisch-äthiopischen Beziehungen erneut zu stören. Äthiopien habe beträchtliche Finanzmittel von Libyen erhalten. Seitdem schalte und walte der libysche Geheimdienst in Äthiopien wieder frei.

Dem äthiopischen Botschafter in Khartum<sup>9</sup> sei bedeutet worden, daß Sudan diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen könne. Eine Reise des Vizepräsidenten nach Äthiopien sei wegen der Red Star Kampagne in Eritrea<sup>10</sup> nicht zu-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 659*

stillstands zum 28.2.1982, Aufnahme von Verhandlungen zur nationalen Versöhnung unter Vorsitz der OAE (Ausarbeitung einer Verfassung, Vorbereitung von Wahlen), wurden von der Übergangsregierung (GUNT) des Tschad als null und nichtig zurückgewiesen. Die implizite Aufforderung, sich mit Habré zu arrangieren, und die Forderung nach Wahlen sind für Goukouni nicht annehmbar. GUNT hat sich nicht an den Waffenstillstand gehalten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135724.

<sup>5</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen als nächster Veranstalter der Gipfelkonferenz und damit Oberst Gaddafi als künftiger Präsident der OAE bestimmt.

<sup>6</sup> Der Besuch des Vorsitzenden des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, im Sudan fand im Mai 1980 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 336 des Botschafters von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, vom 5. Juni 1982; Referat 320, Bd. 125166.

<sup>7</sup> Präsident Numeiri hielt sich vom 18. bis 23. November 1980 in Äthiopien auf. Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, berichtete am 1. Dezember 1980: „Beide Seiten verpflichteten sich, jede gegen die andere Seite gerichtete subversive Aktivität zu verhindern, einschließlich solcher Aktivitäten, die über die gemeinsame Grenze geführt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 948; Referat 320, Bd. 125166.

<sup>8</sup> Bei ihrem Treffen vom 16. bis 19. August 1981 in Aden schlossen Oberst Gaddafi, der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, und Präsident Nasser Mohammed einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.

<sup>9</sup> Yilma Tadesse.

<sup>10</sup> Am 7. Mai 1982 stellte Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, fest: „Anders als Kaiser Haile Selassie versucht die Revolutionsregierung Äthiopiens immer wieder eine militärische Lösung des Eritreaproblems. Der derzeitige Versuch, für den die Regierung nahezu die gesamten Streitkräfte unter dem persönlichen Kommando Mengistus einsetzt, konzentriert sich auf die Eroberung Nakfas, des letzten festen Stützpunktes der EPLF, ist jedoch seit etwa einem Monat nach beträchtlichen beiderseitigen Verlusten festgefahren. [...] Trotz aller Propaganda der Regierung für die Kampagne ‚Roter Stern‘ und die Reintegration der Region Eritrea ist von echtem Enthusiasmus der Bevölkerung nichts zu spüren. [...] Die Motivation der Regierungstruppen ist im Vergleich zum Engagement des Gegners schwach. Immer wieder gibt es Gerüchte über Desertion und über gefallene oder standrechtlich erschossene Kommandeure.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 301; Referat 320, Bd. 137951.

stande gekommen. Statt seiner habe der sudanesisch AM<sup>11</sup> vor ein paar Tagen Mengistu besucht. Da er vor dessen Rückkehr nach Bonn abgereist sei, könne er über das Ergebnis noch nichts sagen.

Die Beziehungen zwischen Sudan und Eritrea seien ausgezeichnet. Die äthiopischen militärischen Aktionen gegen Eritrea seien kläglich gescheitert. Dieser Fehlschlag habe sich sehr negativ auf die Moral der äthiopischen Truppe ausgewirkt. Mengistu ziehe es daher vor, seine Verwundeten nach Südjemen statt nach Äthiopien zur Pflege ausfliegen zu lassen. Sudan trete dafür ein, das Eritrea-Problem nur politisch lösen zu wollen.

Mit den anderen Nachbarn Uganda, Kenia, Zentralafrikanische Republik und Zaire unterhalte Sudan gute Beziehungen.

Die OAE sei gegenwärtig in der Polisario-Frage in zwei Gruppen gespalten. Sudan sei gegen eine Spaltung, da die OAE für den Frieden in Afrika und in der Welt wichtig sei.<sup>12</sup>

Zu den USA, GB und der Bundesrepublik Deutschland seien die Beziehungen ausgezeichnet. Er erwähnte in diesem Zusammenhang den nützlichen Besuch von Präsident Kinkel in Khartum.<sup>13</sup> Die Beziehungen zu uns seien auf allen Gebieten gut und er hoffe, daß sie noch ausgebaut werden könnten.

<sup>11</sup> Mohammed Mirghani Mubarak.

<sup>12</sup> Botschafter Jessor, Rabat, legte am 25. November 1980 dar: „Vordergründig dreht sich der Westsahara-Konflikt um die Frage der Legitimität des marokkanischen Souveränitätsanspruchs über das gesamte Gebiet der ehemaligen Spanischen Sahara (ca. 266 000 qkm mit im Jahre 1974 ca. 75 000 Bewohnern und sehr reichen Phosphatvorkommen). Marokko stützt seinen Souveränitätsanspruch auf historische Rechte. Der Gegner, die Polisario-Front (Frente Popular de Liberación de Saguia el Hamra y Rio de Oro) und das von ihr auf dem Papier konstituierte Staatsgebilde RASD (République Arabe Sahraouie Démocratique), gefördert von Algerien und Libyen, stützt seine Ansprüche auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts für das saharawische Volk. Der marokkanische Rechtsanspruch auf das Territorium der ehemaligen Spanischen Sahara steht völkerrechtlich auf etwas schwachen Füßen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag kam in seinem Gutachten vom 16.10.1975 jedenfalls nicht zu dem Ergebnis, daß die marokkanischen Souveränitätsansprüche begründet seien“. Jessor schlußfolgerte, es spreche alles dafür, „daß mangels Aussichten auf eine politische Lösung des Konflikts der Krieg in der Art des Abnutzungskriegs sich unabsehbar lange hinziehen wird“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1021; Referat 311, Bd. 137641.

In einer undatierten Aufzeichnung wurde von Referat 320 zu den Bemühungen der OAE um eine Lösung des Konflikts ausgeführt: „Beim Gipfel der OAE in Khartum (78) stand die RASD-Frage erstmals auf der Tagesordnung. Dort konstituierte sich der ‚Implementierungsausschuß‘ (IA), dem heute sieben afrikanische Staatschefs, darunter auch Präsident Numeiri, angehören. Der IA hat einen Lösungsplan ausgearbeitet, der im wesentlichen einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien vorsieht. Der Lösungsplan ist zuletzt auf einer IA-Tagung in Nairobi (Februar 1982) bekräftigt worden. Die von Generalsekretär Kodjo auf der Tagung des OAE-Ministerrats (22.2. bis 1.3.82) ‚handstreichartig‘ vollzogene Aufnahme der RASD als 51. MS durchkreuzt nicht nur das wenige Tage zuvor bekräftigte IA-Lösungskonzept, sondern hat nach allgemeiner Ansicht auch eine Entscheidung getroffen, die der Gipfelebene vorbehalten war. Marokko und 18 ihm in der Westsahara-Frage verbündete afrikanische Staaten, darunter Sudan, boykottieren seitdem alle Arbeiten der OAE.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135724.

<sup>13</sup> Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Kinkel, hielt sich am 22./23. Februar 1982 im Sudan auf. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, teilte am 24. Februar zum Gespräch Kinkels mit Präsident Numeiri am Vortag mit: „Er, Numeiri, wolle bei inneren Unruhen Einsatz Militärs vermeiden, hierfür sei Polizei da. Außerdem bestehe Absicht, Polizei im Rahmen Regionalisierungspolitik zu dezentralisieren. Ohne verbesserte Beweglichkeit und ausreichende Nachrichtenverbindung könne Polizei gestellten Anforderungen nicht entsprechen. Seine Bitte richte sich an befreundete Bundesregierung, in Anknüpfung an früher gewährte Hilfe für Polizei Unterstützung zu gewähren. Präsident präzisierte Umfang und Art der erbetenen Hilfe nicht weiter.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; Referat 310, Bd. 135724.

Mit Ägypten unterhalte Sudan privilegierte Beziehungen. Sudan koordiniere sein Verhalten auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet mit seinem nördlichen Nachbarn.

Auch mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten seien die Beziehungen privilegiert. Sudan erhalte insbesondere Wirtschaftshilfe.

Nach Abschluß der Räumung des Sinai<sup>14</sup> glaube er an eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Ägypten und den arabischen Ländern. Ägypten sei auf die arabische Welt angewiesen und umgekehrt.

Er würde sich sehr glücklich schätzen, wenn der Herr BM den Sudan bald besuchen würde.

*BM* dankte für die Einladung und sprach die Hoffnung aus, ihr in nicht allzu ferner Zukunft Folge leisten zu können. Er bezeichnete den Lageüberblick als wertvoll.

Wir wüßten die unabhängige Politik und die freundschaftlichen Beziehungen des Sudan zu uns und zu unseren engsten Freunden in Europa, den USA und in der Region sehr zu schätzen. Insbesondere Ägypten gehöre zu unseren besten Freunden. Obwohl wir von der Region durch das Mittelmeer getrennt seien, seien wir gleichwohl Nachbarn. Europa und die Staaten südlich des Mittelmeers könnten sich auf das vorteilhafteste ergänzen. Wir unterhielten Beziehungen zu ihnen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und zum beiderseitigen Vorteil. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Sudan seien exemplarisch.

Leider liege die weitere Entwicklung nicht in unserer Hand. Wir müßten uns daher Gedanken über das politische und geographische Umfeld machen. Wir seien überzeugt, daß die ägyptische Politik unter Mubarak sehr stark zur Stabilität der Region beitragen werde. Er hoffe, daß die Normalisierung mit den arabischen Staaten Schritt für Schritt vorangehen werde. Wir hätten ein großes Interesse an der arabischen Einheit und seien bemüht, diese so sehr wie möglich zu fördern. Er sei nicht sicher, ob seine Beurteilung von unseren israelischen Freunden geteilt werde. Wenn die Israelis jedoch einen umfassenden Frieden wollten, so könnte dieser ohne Einheit der Araber nicht erreicht werden. Langfristig profitiere nur die Sowjetunion von der Uneinigkeit der arabischen Staaten. Auch aus diesem Grunde müßte die arabische Einheit im arabischen, europäischen und auch israelischen Interesse liegen.

Er sage auch allen afrikanischen Freunden, daß der beste Weg zur Verhinderung einer Einmischung von außen die Aufrechterhaltung ihrer Einheit sei. Sonst könnte die SU versucht sein, ihren Fuß auf afrikanischen Boden zu setzen.

Wir hätten den Rückzug der libyschen Truppen aus Tschad begrüßt, selbst auf die Gefahr des Entstehens eines Sicherheitsvakuum. Wir hätten den Libyern gesagt, daß ihre Präsenz im Tschad die internationale Position Libyens beeinträchtige.<sup>15</sup> Unsere Linie sei es, die libysche Politik positiv zu beeinflussen, auch wenn dies nicht immer leicht sei.

<sup>14</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>15</sup> Am 9. Juni 1981 erläuterte Bundesminister Genscher dem libyschen Sonderbotschafter Shahati die Haltung der Bundesregierung zum Konflikt im Tschad. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 166.

Von besonderem Interesse seien die Bemerkungen des Vizepräsidenten zu Äthiopien gewesen. Für uns sei es wichtig, wohin Äthiopien sich schließlich wenden werde, insbesondere ob es eine eigenständige Politik oder eine abhängige betreiben werde.

*Vizepräsident* antwortete, daß auch er diese Frage für sehr wichtig halte. Er habe eine Studie ausarbeiten lassen, die zu dem Ergebnis gekommen sei, daß es gegenwärtig zwei Gruppen gebe: Die eine unter Mengistu denke rational, realistisch und nationalistisch, die zweite Gruppe sei orthodox. Es sei Zeitverschwendung mit ihr zu sprechen, da sie wie Moskau denke. Sudan habe seine Kontakte auf Mengistu konzentriert. Mengistu und Numeiri hätten insgesamt 26 Stunden unter vier Augen konferiert.

Numeiri habe Mengistu unter Bezugnahme auf den kommunistischen Putsch von 1971<sup>16</sup> vor den Sowjets gewarnt und versucht, ihm nahezubringen, daß die Sowjets durchaus auf andere Persönlichkeiten als auf Mengistu setzen könnten. Nach seinen Informationen sei Mengistu von diesem Treffen beeindruckt gewesen. Die Sowjetunion habe sich jedoch eingeschaltet, um eine Normalisierung zwischen Sudan und Äthiopien zu verhindern.

*BM* bemerkte, daß sich langfristig eine gemäßigte Politik und eine Politik, die auf friedliche Konfliktlösung ausgerichtet sei, durchsetzen werde.

*BM* bat den Vizepräsidenten, Numeiri seine respektvollen Grüße zu übermitteln. Er kenne den Sudan noch nicht und hoffe, dort einen Besuch machen zu können.

**Referat 010, Bd. 178866**

<sup>16</sup> Ministerialdirektor Gorenfloß führte zur Rolle der Kommunistischen Partei Sudans aus: „In der ersten Phase seiner Präsidentschaft (Mai 1969 bis Juli 1971) stützte Numeiri sich zunächst stark auf die an sich verbotene Kommunistische Partei und baute sich später mit der Sudanesischen Sozialistischen Union (SSU) nach Nassers Vorbild eine eigene Machtbasis auf. [...] In der zweiten Phase der Numeiri-Ära, die mit dem kommunistischen Putschversuch im Juli 1971 aus Gründen der Ablehnung der Union mit Ägypten und Libyen begann, versuchten diese und andere [...] in der ‚Nationalen Front‘ lose verbundenen Parteien mehrfach und insbesondere mit libyscher Unterstützung, Numeiri zu stürzen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 9. November 1982; Referat 310, Bd. 135724.

## 133

**Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer**

214-444.41 POL-727/82 VS-vertraulich

4. Mai 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Besprechung bei Ihnen am 6. Mai 1982 über Polen;

hier: Aspekte der Umschuldung 1982

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Punkt V

I. In der Besprechung am 22.4.82 hatten Sie – bevor wir einer Umschuldung Polens 1982 nähertreten – um eine Aufzeichnung über unsere politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen und Argumente sowie über die Erwägungen hinsichtlich des Zeitpunktes von Initiativen und der Abstimmung mit unseren Verbündeten gebeten.

## II. Problemstellung

Entspricht es unseren politischen und wirtschaftlichen Interessen am besten, die Umschuldung 1982 der öffentlichen und staatlich garantierten Forderungen

- 1) erst nach Erfüllung der drei westlichen Forderungen<sup>4</sup> durchzuführen;
- 2) die Frage als eine rein wirtschaftliche getrennt von unserer politischen Grundsatzzposition zu betrachten;
- 3) die Umschuldung in Zusammenhang mit den – begrenzten – Lockerungen in Polen<sup>5</sup> zu stellen und Umschuldungsverhandlungen vorzusehen;
- 4) Verhandlungen zwar demnächst einzuleiten, sie aber als Hebel zur Förderung weiterer Lockerungen einzusetzen?

Die Antworten auf diese vier Möglichkeiten liegen nahe:

Zu 1) Die Umschuldung würde auf unabsehbare Zeit verschoben. Dies würde zugleich bedeuten, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich Kooperation, auf unabsehbare Dauer nachhaltig geschwächt würden. Dies wäre auch aus politischer Sicht grundsätzlich zu bedauern. (Wirtschaftsbeziehungen sind wichtiger Teil unserer Gesamtbeziehungen und unserer langfristigen Politik der Verständigung mit Polen).

Im einzelnen wären folgende Auswirkungen zu erwarten:

- Perpetuierung der polnischen Zahlungsunfähigkeit, daraus folgendes Absterben der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen und fast völlige politische

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Keil, Fournes und Henze sowie von Vortragendem Legationsrat Zirpel konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 5. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 5. Mai 1982 vorgelegen, der handschriftlich die Bitte um Rücksprache vermerkte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erl[edigt] durch Hausbespr[echung].“

<sup>4</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>5</sup> Zur Lockerung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 118, Anm. 4.

wie wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten.

- Unvermeidliches Ausstrahlen auf unsere Wirtschaftsbeziehungen zu anderen RGW-Ländern, Schwächung der Vertrauensbasis, eskalierende Verschlechterung der gesamten Ost-West-Beziehungen; es ist allerdings zweifelhaft, ob Polen auch bei einer Umschuldung staatlich verbürgter Forderungen den sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommt.
- Westliche Banken, insbesondere die im Polengeschäft mit rd. 6,5 Mrd. DM besonders stark engagierten deutschen Banken, würden durch ausbleibende Umschuldung der verbürgten Kredite zunächst unmittelbar weniger getroffen, weil staatliche Gewährleistung (abzüglich Selbstbehalt) zum Tragen käme. Ungleich wichtiger ist für Banken die Umschuldung der nicht verbürgten Forderungen, weil nur dadurch Eintritt der förmlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit vermieden werden kann, die über den sogenannten cross default zum schlagartigen Ausfall aller unverbürgten Polenkredite führen würde, d.h. zum sofortigen Eintritt schwerer Verluste (keine Möglichkeit sukzessiver Wertberichtigungen).
- Banken werden deshalb schon sehr bald Umschuldungsverhandlungen über unverbürgte Polenkredite aufnehmen. Zunehmender Druck auf vergleichbare Regelung der öffentlichen und öffentlich verbürgten Kredite sowohl seitens der Banken als auch – mehr noch – seitens anderer Gläubigerländer, insbesondere der Neutralen. Gefahr, daß Gläubigersolidarität zerbricht; eine Bankenumschuldung wäre auch ohne parallele Umschuldung der staatlich gedeckten Forderungen theoretisch denkbar. Angesichts der verzweifelten finanziellen Lage Polens neigen die Banken jedoch dahin, ihre Aktion von einer parallelen staatlichen Umschuldungsaktion abhängig zu machen, da sie hiervon die Verbesserung der polnischen Kreditwürdigkeit erwarten.
- Für Bundeshaushalt wäre ausbleibende Umschuldung zunächst noch erträglich, da verbürgte Forderungen ohnehin, ebenso wie bei Umschuldung, entschädigt werden müssen (1,4 Mrd. DM abzüglich zehn Prozent Selbstbehalt; fällig erst nach Ablauf sechsmonatiger Karenzfrist, d.h. teilweise erst in 1983). Allerdings wären weder Barquote noch Konsolidierungszinsen noch irgendwelche Rückflüsse in überschaubarer Zukunft zu erwarten, so daß Bundeshaushalt bei Ausbleiben der Umschuldung stärker belastet würde.

Zu 2) Die völlige Trennung der Wirtschaftsfrage von der politischen Problematik ist kaum möglich. In jedem Falle wäre ein solches Vorgehen politisch unbefriedigend, da wir einen wesentlichen wirtschaftlichen Hebel politisch ungenutzt aus der Hand gäben.

Zu 3) Die dritte Lösung würde zwar die politische Frage mit der wirtschaftlichen verknüpfen, der Westen würde sich aber mit den bereits erfolgten (ungezüglichen) Lockerungen zufriedengeben.

Zu 4) Unter den gegebenen Umständen erscheint ein westliches Vorgehen in dieser Richtung als optimal.

### III. Überlegungen für eine Lösung gemäß Ziffer 4

Der unter 4) genannte Weg wirft das Problem der Absicherung unserer politischen Grundposition bei gleichzeitig positiver Reaktion auf partielle Besserungen in der polnischen Lage auf.

1) Die Absicherung der Grundposition ist unerlässlich. Der Westen muß auf der Erfüllung seiner drei Forderungen bestehen. Er darf die polnische Militärregierung nicht aus den von ihr selbst gemachten Zusagen entlassen. Die Schlußakte von Helsinki<sup>6</sup> bleibt Maßstab, den wir an die polnische Situation anlegen müssen.

Unser Festhalten an den westlichen Forderungen ist notwendig

- aus Selbstachtung und aus Achtung der von uns vertretenen<sup>7</sup> Werte,
- wegen der Wirkung unserer Haltung auf andere Länder, auch und gerade im Zusammenhang mit der Implementierung der Schlußakte und der Weiterführung des KSZE-Prozesses,
- mit Rücksicht auf diejenigen polnischen Kräfte, die auf eine stetige Haltung des Westens vertrauen und die wir nicht enttäuschen dürfen,
- zur Aufrechterhaltung des Drucks auf die polnische Militärregierung und die Sowjetunion.

Zum letzten Anstrich ist daran zu erinnern, daß die westlichen Maßnahmen, obwohl das im einzelnen nicht zu beweisen ist, offenbar gewirkt haben (Beitrag zur Nicht-Intervention der Sowjetunion, deren seither größere Flexibilität in Rüstungskontrollfragen; Lockerungen in Polen, von Polen selbst mit der Umschuldungsfrage in Verbindung gebracht).

Folgende politische Argumente sprechen dafür, die Einleitung von Umschuldungsverhandlungen als Hebel zur Förderung weiterer Lockerungen einzusetzen:

- Derartige Verhandlungen könnten den dünner gewordenen politischen Dialog mit der polnischen Regierung anreichern und konkrete Einwirkungsmöglichkeiten bieten und unser Interesse verdeutlichen, die Ost-West-Beziehungen vor weitergehenden Schäden zu bewahren.
- Langfristig könnten sie dazu beitragen, intensive Wirtschaftsbeziehungen Polens zum Westen, die unserer Auffassung nach ein Element der Stabilisierung darstellen, zu erhalten.
- Der Westen würde Polen damit ein Zeichen geben, daß er nicht von sich aus die sich abzeichnende verstärkte Integration Polens in den RGW beschleunigen möchte.

Andererseits könnten politische Argumente auch gegen Umschuldungsverhandlungen angeführt werden:

- Sie könnten als Rückkehr zu „normalen“ wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Polen und als Aufwertung des dortigen Regimes mißverstanden werden.
- Es ist ungewiß, ob sich tatsächlich eine einheitliche Bereitschaft aller westlichen Regierungen, einschließlich US-Regierung, zur Führung von Umschuldungsverhandlungen wird herstellen lassen.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „vertretbaren“.

2) Wir werden die Frage nach dem optimalen Zeitpunkt der Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen zu prüfen haben. Die Beantwortung ist abhängig davon, ob wir dadurch, daß wir die Angelegenheit weiter in Suspens halten, weitere Lockerungen noch vor Aufnahme der Verhandlungen erzielen können. Wenn sich der Westen zur Aufnahme von Verhandlungen entschließt, sollte dies unter Anknüpfung an polnische Avancen und unter Darlegung klarer politischer Erwartungen geschehen.

3) Allerdings sollte Klarheit darüber bestehen, daß in der Umschuldungsfrage die Zeit nicht mehr unbegrenzt lange für den Westen arbeitet. Politische Konzessionen können von der polnischen Führung realistischerweise nur solange erwartet werden, als diese noch auf eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen hoffen kann. Ein weiteres Aufschieben der Umschuldung könnte auf polnischer Seite die Vorstellung auslösen bzw. verstärken, daß der Westen angesichts der hohen polnischen Westverschuldung an einer Fortsetzung der intensiven industriellen Kooperation mit Polen nicht mehr interessiert ist. Eine solche Schlußfolgerung würde einerseits das polnische Interesse an der Umschuldung stark reduzieren, wenn nicht sogar erlöschen lassen; andererseits würde sie eine verstärkte Hinwendung Polens zum RGW auslösen müssen.

Der Westen hat dementsprechend ein zunehmendes Interesse, die polnische Regierung durch Abschluß einer völkerrechtlich wirksamen Umschuldungsregelung in die Pflicht zu nehmen, statt ihr die Gelegenheit zu geben, sich an den derzeitigen Zustand bequemen Nichtbedienens fälliger Forderungen zu gewöhnen. Angesichts der gewaltigen Außenverschuldung Polens und der geringen Chancen, diese jemals wieder abzubauen, ist die Option, die Westkredite überhaupt nicht zurückzuzahlen, ohnehin gefährlich verlockend.<sup>8</sup> Zwar wäre die polnische Kreditwürdigkeit dadurch endgültig zerstört, und selbst die notwendigen Importe könnten nur noch auf Cash-Basis abgewickelt werden. Eine sicherlich verheerende Aussicht, die in Warschau aber dann nicht mehr schrecken kann, wenn man erkennt, daß im Westhandel – trotz größter Anstrengungen, die übernommenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen – fast „nichts mehr geht“.

Die äußerst begrenzte Leistungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft wird dementsprechend bei den Umschuldungskonditionen zu berücksichtigen sein, wobei günstigere Bedingungen, in einem späteren Zeitpunkt möglicherweise auch wieder neue Kredite, Schritt um Schritt gegen weitere Lockerungen der polnischen Seite in Aussicht gestellt werden könnten. Nur darf – aus wirtschaftlicher Sicht – mit der Aufnahme der Verhandlungen nicht mehr allzu lange gewartet werden. Es wird ohnehin Monate dauern, ehe eine multilaterale Umschuldungsregelung durch bilaterale Abkommen konkretisiert wird. Unser Ziel sollte es deshalb sein, die Gespräche mit unseren Verbündeten in Gang zu bringen, damit im Rahmen des Pariser Clubs spätestens im Frühherbst 1982 mit den Polen verhandelt werden kann. Eine Permanenz unserer Einwirkungsmög-

<sup>8</sup> Der Passus „statt ihr die Gelegenheit ... verlockend“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das nicht überzogen? Da hängt doch mehr dran: IWF, Abhängigkeit RGW usw. usw.“

lichkeiten bei diesen Verhandlungen würde uns politisch den besten Stand verschaffen. Sie würde auch unserer Generallinie entsprechen, wonach Wirtschaftsbeziehungen zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses beitragen. Außerdem würde so am ehesten dem gemeinsamen westlichen und polnischen Interesse gedient, Polen nicht in noch größere Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten zu lassen.

#### IV. Konsultationen mit den Verbündeten

Der nationalen Meinungsbildung sollten Konsultationen mit den Hauptverbündeten parallel gehen. Die französische Initiative in den Besprechungen der vier Direktoren vom 28. April 1982<sup>9</sup> und das vorsichtige Eingehen des amerikanischen kommissarischen Politischen Direktors, Holmes, sowie der zweite Anlauf Andréanis in dieser Richtung bei den deutsch-französischen Direktoren-Konsultationen am 30. April<sup>10</sup> erleichtern uns diese Aufgabe. Unter den Wirtschaftsdirektoren der Vier (auch mit Italien) ist Sache auch im Gespräch.<sup>11</sup>

Eine erste Gelegenheit für die Weiterbehandlung des Themas mit den USA ergibt sich bereits am 6. Mai 1982 (Gespräch des Bundesministers mit Stoessel).<sup>12</sup> Vielleicht bringt Stoessel das Thema selber auf. Wenn der Bundesminister noch nicht zur Sache mit Stoessel sprechen möchte, könnte er jedenfalls vorschlagen, dass die vier Außenminister am Vorabend des NATO-Ministertreffens in Luxemburg (16. Mai 1982)<sup>13</sup> das Problem diskutieren. Dort könnte auch die Ausweitung des Kreises der zu Konsultierenden besprochen werden.

<sup>9</sup> Am 29. April 1982 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk über das Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am Vortag zu einer Umschuldung Polens: „Die Frage Andréanis, ob die USA sich auch gegen eine Umschuldung für 1982 wendeten, wenn eine größere Anzahl Inhaftierter entlassen werde, konnte Holmes nicht beantworten. Er hielt es aber für möglich, daß bei einer auch teilweisen, allerdings nicht nur kosmetischen Berücksichtigung westlicher Forderungen eine Erleichterung der amerikanischen Sanktionspolitik erfolgen könnte. [...] Holmes meinte, daß die polnischen Bemühungen um westliche Wirtschaftshilfe und Umschuldung zeigten, daß der westliche Druck Wirkung zeige.“ Vgl. VS-Bd. 12949 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, berichtete am 30. April 1982, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, habe „das Thema Umschuldung für Polen an die Spitze der heutigen deutsch-französischen Direktorenkonferenz“ gestellt: „Zunächst machte er ähnliche Ausführungen wie beim Vierertreffen am 28. April und berichtete über die verschiedenen Versuche der polnischen Seite, die vorgesehenen Lockerungen auch dazu zu benutzen, um auf westlicher Seite die Umschuldung 1982 zu erreichen. [...] Es stellte sich die Frage, wie wir auf diese Lockerungen und die polnischen Avancen reagieren sollten. Die französische Haltung sei noch nicht festgelegt. [...] Vieles spreche dafür, die Besprechungen über die Umschuldung 1982 mit den Polen in Etappen zu führen und darauf hinzuwirken, daß auf diese Weise weitere Lockerungen erreicht würden. Unter Umständen müsse man diese Verhandlungen mit besonders harter Sprache nach außen verbinden. Es müsse vermieden werden, daß diejenigen Polen, welche die drei Forderungen des Westens für richtig halten, enttäuscht würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 840; VS-Bd. 13342 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Fischer handschriftlich eingefügt.

<sup>12</sup> Am 6. Mai 1982 legte Bundesminister Genscher dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Stoessel dar, „daß er heute eine Hausbesprechung über Polen, auch über die Umschuldungsfrage, gehalten habe. [...] Er, BM, glaube, daß wir in der Umschuldungsfrage noch bis in den Juni hinein warten sollten. Es sei jetzt kräftiger sichtbar geworden, im Gegensatz zu einigen Erwartungen, daß ohne einen Dialog mit Solidarität, und das heiße mit Wałęsa, in Polen nichts zu machen sei.“ Vgl. VS-Bd. 12935 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) vgl. Dok. 152.

## V. Votum

Die (von Frankreich im Viererkreis bereits begonnene) Diskussion über die Umschuldung Polens 1982 für staatliche Forderungen sollte im Kreis der Verbündeten fortgesetzt werden. Von deutscher Seite wäre dabei in Weiterentwicklung des die Umschuldung betreffenden Passus in der NATO-Erklärung vom 11.1.1982<sup>14</sup> eine Formulierung anzustreben, die flexible Reaktionen und einen dynamischen Prozeß in der Umschuldungsfrage ermöglicht. Eine solche Formel könnte etwa lauten:

Die Umschuldungsverhandlungen mit Polen sind unter Berücksichtigung der Lage in Polen mit dem Ziel zu führen, (weitere) Fortschritte im Sinne der drei westlichen Forderungen zu erreichen.

Pfeffer  
Per Fischer

VS-Bd. 13342 (214)

## 134

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-NfD

5. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Ihr<sup>2</sup> Gespräch mit dem portugiesischen Premierminister Balsemão<sup>3</sup> am Dienstag, dem 4.5.1982, 11.00 bis 13.00 Uhr, mit einem anschließenden Mittagessen

An dem Gespräch nahmen außerdem teil auf portugiesischer Seite: AM Pereira, Finanz- und Planungsminister Salgueiro, Botschafter Ennes; auf deutscher Seite: BM Genscher, Botschafter Dr. Schattmann, GL 21<sup>4</sup> und GL 41<sup>5</sup>.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 6. Mai 1982 „mit der Bitte um Zustimmung“ an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet, dazu vermerkte er: „BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie des Vermerkes vorab erhalten. Ebenfalls hat BM Westphal einen Auszug aus dem Vermerk zu den Fragen der portugiesischen Arbeiter bei uns, entsprechend ihrer Weisung im Kabinett, vorab erhalten. BM Apel und der amerikanische Botschafter sind weisungsgemäß schriftlich über die Ausführungen des portugiesischen AM zur Frage des spanischen NATO-Beitritts unterrichtet worden. BM Apel hat außerdem vorab mündlich Unterrichtung über den Gesprächsverlauf zum Fregattenprogramm erhalten.“

Hat Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Balsemão besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 6. Mai 1982.

<sup>4</sup> Klaus Zeller.

<sup>5</sup> Rüdiger Thiele.

Auf portugiesischer Seite trat Staatssekretär Vilaça beim Mittagessen hinzu.

Sie begrüßten sehr die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem portugiesischen PM als einem Verbündeten in der NATO. Die internationale Lage sei sehr ernst; das gelte für die Ost-West-Beziehungen; jetzt auch für die Falkland-Krise, deren Eskalation uns Grund zur Besorgnis gebe. Vielleicht gelte dies noch mehr für Portugal und auch Spanien, mit ihren engeren Beziehungen zu Lateinamerika, aber auch für Italien.

Bilaterale Probleme sehen Sie keine. Sie bitten Balsemão die Themen zu nennen, die er besprechen wolle und in welcher Folge. Balsemão dankt seinerseits für die Gelegenheit zu einem Gespräch. Er wolle auch einige wenige bilaterale Themen ansprechen, so die Frage portugiesischer Gastarbeiter bei uns (es sind etwas über 100 000). Er wisse, daß wir mit den Portugiesen keine Probleme hätten. Dennoch seien seine Landsleute mit Sorgen wegen der Ausländerpolitik der Bundesregierung auf ihn zugekommen.

Balsemão erwähnt außerdem die Fregattenfrage<sup>6</sup> und glaubte, Ihnen hierzu einen Brief geschrieben zu haben (dieser Brief ist nicht eingegangen).

Eine für ihn sehr wichtige Frage sei die des portugiesischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt.<sup>7</sup>

Sodann wolle er Polen, die Falkland-Frage und Namibia ansprechen.

Er wolle mit dem portugiesischen EG-Beitritt beginnen. Dagegen seien die Kommunisten; die restlichen Parteien dafür. Das gelte auch für Soares, der den Antrag gestellt habe. Eine Verzögerung des Beitritts würde sich aber innenpolitisch schlecht auswirken. Seine Regierung habe größtes Interesse, daß der Verhandlungszeitplan eingehalten werde. Er habe nichts gegen einen gleichzeitigen Beitritt Spaniens<sup>8</sup> einzuwenden. Wenn dies so eintreffe, so sei dies ein gutes Zusammentreffen. Er müsse jedoch Bedenken erheben, wenn die spanischen Probleme sich verzögernd auf den Beitritt seines Landes auswirken würden. Von portugiesischer Seite gehe man nach wie vor davon aus, daß die Verhandlungen Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres abgeschlossen werden könnten, mit dem Ziel eines Beitritts am 1.1.1984. Für Portugal sei der Beitritt wichtig, um die demokratischen Verhältnisse zu konsolidieren.

<sup>6</sup> Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 19. April 1979 über eine Studie des NATO-Kommandos Atlantik, in der die Ausrüstung der portugiesischen Marine mit neuen Fregatten empfohlen wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 478; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 3. Juni 1982 mit, NATO-Generalsekretär Luns habe in einem Gespräch mit Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens, der Niederlande und der USA die Frage aufgeworfen, warum das portugiesische Fregattenprogramm „nicht von der Stelle käme“. Wieck stellte dazu fest: „Das offene Gespräch ergab die einhellige Auffassung, daß die Portugiesen in der Handhabung des Projekts nicht eben glücklich taktiert hätten. Außerdem hätten sie in bilateralen Gesprächen ohne Information der übrigen Partner versucht, günstigere Bedingungen herauszuschlagen.“ Zur Haltung der Bundesrepublik regte Wieck an, „möglichst bald im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine Zusage über die deutsche Beteiligung im Rahmen von drei Finanzquoten (slices) in der Größenordnung von je 45 Mio. DM für jeweils 18 Monate einzubringen, nachdem Portugal erklärt hat, daß es diesen Beitrag im wesentlichen für den Fregattenbau verwendet sehen möchte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1114; VS-Bd. 10880 (209); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 129, Anm. 6 und 8.

<sup>8</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 129, Anm. 9.

Sie baten BM Genscher zum Zeitplan Stellung zu nehmen, wollten jedoch einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

Auch die EG sei von den allgemeinen Schwierigkeiten betroffen, politisch wie wirtschaftlich. Die EG habe außerdem noch nicht die erste Erweiterungsrunde<sup>9</sup> verdaut. Mit GB befinde man sich zur Zeit bereits schon in der fünften Verhandlungsrunde.<sup>10</sup> Irland mache wenig Probleme; man habe gewußt, daß Irland Empfänger sein würde, und das sei auch gerechtfertigt. Anders DK; obwohl dies eines der reichsten Länder der Gemeinschaft sei, mit dem höchsten Per-capita-Einkommen Europas, sei es Nettoempfänger. Griechenland mußte Nettoempfänger sein. Das sei es auch, aber zusätzlich stelle Griechenland jetzt neue Bedingungen in den verschiedensten Bereichen.<sup>11</sup> Wir sehen durchaus, daß Griechenland ernsthafte Probleme hat, auch in der Landwirtschaft und bei den Mittelmeerprodukten.

Die EG hat eine große Geschichte; es sei ihr auch gelungen, in ihren Problemregionen etwas Hilfe zu leisten. Für manche sei sie eine wichtige Unterstützung auf dem Landwirtschaftssektor gewesen, für andere, so auch für uns, im Industriebereich und bei der Ausweitung der Exporte von Industriegütern. Insgesamt habe sie insbesondere den industriell fortgeschrittenen Industrieländern Vorteile gebracht. Für die anderen bringe sie gerade auf diesem Gebiet Schwierigkeiten mit sich. Wir hätten dies GB gesagt, auch Karamanlis. Das gleiche gilt jetzt für Portugal und auch für Spanien. Mit dem Beitritt müsse Portugal mit einer zunehmenden Konkurrenz weiterentwickelter Unternehmen auf dem eigenen Markt rechnen, mit der Folge, daß eigene portugiesische Unternehmen aus dem Markt verdrängt würden. Enttäuschungen könnten nicht ausbleiben, da manche Industriezweige Portugals nicht konkurrenzfähig gegenüber den hochentwickelten Unternehmen aus Frankreich, Luxemburg, bei uns etc. bleiben würden. Es sei daher wichtig, daß die portugiesische Öffentlichkeit auf diese Entwicklung und auch auf Enttäuschungen vorbereitet werde. Zweitens müsse man die Übergangsperioden lange genug ausgestalten. Auf lange Sicht werde sich der gemeinsame Markt auch für Portugal als sehr vorteilhaft erweisen; kurzfristig könne es jedoch auch zu tiefen Enttäuschungen kommen. Dies könnte sich zugunsten jeder Oppositionspartei im Lande auswirken, wer auch immer in Opposition sei. Man könne nicht ausschließen, daß sich auch in Portugal Stimmen zugunsten einer Neuverhandlung erheben würden. Es sei daher wichtig, dies schon in der ersten Verhandlung zu berücksichtigen und mögliche Schwierigkeiten schon in den jetzigen Verhandlungen vorwegzunehmen. Dies sei besser, als wenn man in zwei Jahren neu verhandeln müsse. Dieses Urteil gründe sich auf die Erfahrung, die Sie und BM Genscher öfters gemacht hätten. Daran würden auch gute persönliche und politische Beziehungen nichts ändern.

<sup>9</sup> Dänemark, Großbritannien und Irland unterzeichneten am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu EWG, EURATOM und EGKS mit Wirkung zum 1. Januar 1973. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>10</sup> Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>11</sup> Zum Ersuchen Griechenlands an die EG um Ausnahmeregelungen für seine Industrie und Landwirtschaft vgl. Dok. 102, Anm. 11.

Zur allgemeinen Lage der EG wollten Sie bemerken, daß am besten die Abstimmung in internationalen und außenpolitischen Fragen funktioniert habe, auch als sie auf schwere Bewährungsproben gestellt wurde, zum Beispiel bei der Geiselnahme im Iran<sup>12</sup> oder nach der Invasion der SU in Afghanistan<sup>13</sup>, mit dem Beginn der polnischen Tragödie oder als sich in Washington seit 1980 ein Wandel abzeichnete.

Die Ost-West-Beziehungen seien in einem besonders schwierigen Stadium. Wir befinden uns am Rande eines möglichen Handelskrieges, der uns große Kosten verursachen würde. Dies reflektiere auch auf die Bündnisbeziehungen. Die Eskalation im Falkland-Konflikt versieht den Westen mit einem weiteren Handicap, um dies vorsichtig auszudrücken.

Dennoch sei die politische Seite der europäischen Zusammenarbeit die kräftigere, verglichen mit der wirtschaftlichen.

In der Falkland-Frage hätten die Briten vielleicht nicht so viel Solidarität seitens ihrer europäischen Partner erwartet, wie sie erhalten hätten.<sup>14</sup> Sie brauchen diese Solidarität, um auch die Solidarität der USA zu bekommen.

Wir haben unsererseits sehr viel Verständnis für den portugiesischen Wunsch, möglichst bald Mitglied der Gemeinschaft zu werden und damit auch einen kräftigeren internationalen Status zu bekommen. Wir verstehen auch die innenpolitischen Gründe für den Beitritt, mit dem Portugal den demokratischen Prozeß im eigenen Lande stabilisieren wolle. Dies alles seien willkommene und gute Gründe, die im übrigen auch für Spanien gelten.

Ihrer Einschätzung nach würden auch in Spanien Enttäuschungen nicht ausbleiben, wird auch die spanische Industrie unter den Konkurrenzdruck aus europäischen Ländern geraten. Auch dort werde es eine Ernüchterung geben. Der spanische König<sup>15</sup> und die politischen Führer Spaniens sehen in ihrem Beitritt zur EG ebenfalls ein Mittel, um den internationalen Status Spaniens zu stützen und auch die Demokratie im Lande zu stabilisieren. Diese Gründe seien gleichgerichtet wie die der Portugiesen. In einem hätte Portugal noch einen Vorteil gegenüber Spanien, nämlich darin, daß es von Anfang an Mitglied der NATO gewesen sei. Spanien habe größere Schwierigkeiten, sich in die westlichen Gemeinschaften einzufinden.

BM Genscher bemerkt, daß wir den Zeitplan für die Beitrittsverhandlungen einhalten wollten. Für Spanien sei dies weniger vorhersehbar, wenn man daran denke, welche Probleme dies für F stelle.<sup>16</sup> Im Sommer werden wir entscheiden müssen, ob wir die beiden Beitrittsverhandlungen weiterhin parallel laufen lassen oder ob sie im Tempo auseinanderfallen werden. Dies sei eine politische Entscheidung.

Wir verstehen den Standpunkt Portugals. Wenn es zu Zeitverschiebungen von nur wenigen Monaten komme, so könnten beide immer noch gleichzeitig beitreten. Etwas anderes wäre es, wenn die Verhandlungen zeitlich noch weiter

<sup>12</sup> Zur Geiselnahme von amerikanischen Diplomaten in Teheran vgl. Dok. 58, Anm. 2.

<sup>13</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien; Dok. 113, Anm. 11.

<sup>15</sup> Juan Carlos I.

<sup>16</sup> Zur französischen Haltung gegenüber einem EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 47, Anm. 23.

auseinanderfielen. Dann wäre in der Tat zu entscheiden, ob man sie endgültig voneinander trennen müsse.

Balsemão bekundet Verständnis. Portugal habe auch Verständnis für den spanischen Wunsch, der NATO beizutreten.<sup>17</sup> Seine Regierung könne sich aus Staatsräson jedoch nicht damit einverstanden erklären, daß der portugiesische Beitritt von dem Spaniens abhängig gemacht werde. Man würde dies auch nicht in der Öffentlichkeit Portugals verstehen. Beide Verhandlungen müßten ja „on its own merits“ geführt werden. Das Image der EG sei zur Zeit nicht besonders gut. Das rühre von den internen Problemen der EG her. Die EG-Gegner in Portugal könnten zunehmen. Sicher werde Portugal nicht Nettozahler sein; dies hänge mit seinem Entwicklungsstand zusammen, aber Portugal würde alle Verpflichtungen erfüllen. Sie warfen ein, daß der einzige Nettozahler zur Zeit wir seien.

Balsemão bemerkt, daß Portugal durch seine frühere Mitgliedschaft in der EFTA schon auf den Beitritt etwas vorbereitet sei. Auch sei nicht einmal ganz klar, wie Portugals Nettoposition zu Beginn aussehen werde. Er betonte die Wichtigkeit von Übergangszeiten.

In Fragen der politischen Kooperation habe sich Portugal bereits schon sehr den Zehn angenähert, was sich zum Beispiel am portugiesischen Stimmverhalten in den VN ablesen lasse.

Er betont nochmals, wie wichtig es sei, den Zeitplan einzuhalten und die zweite Verhandlungsrunde im Juni so durchzuziehen wie geplant. Man werde schon dann sehen können, und nicht erst im Oktober, wie schnell man vorangehen könne. Im übrigen seien die Unterzeichnung und die Ratifikation zwei verschiedene Stadien. Man könne zum Beispiel daran denken, daß Portugal mit der Unterzeichnung gegenüber Spanien vorziehe. Das brauche nicht auszuschließen, daß dann beide gemeinsam beitreten. Dies sei nicht die offizielle portugiesische Position, was der Außenminister auf Frage Balsemãos bestätigte.

AM Pereira fügte hinzu, daß kein Land mehr als Portugal an der Stabilität in Spanien interessiert sei. Denn die Folgen einer Instabilität in Spanien würden sich unmittelbar in Portugal bemerkbar machen. Auch Pereira wies auf die Nähe der politischen Haltungen Portugals zu denen der Zehn hin. Im übrigen seien ihm die Schwierigkeiten nicht unbekannt. Spanien sei größer und stelle mehr Probleme, insbesondere für F. F habe sich übrigens sehr positiv für rasche Verhandlungen mit Portugal ausgesprochen und benutze das auch als Waffe gegen Spanien. Wenn notwendig, so solle man den Beitrittsvertrag mit Portugal unterzeichnen, den mit Spanien zu einem anderen Zeitpunkt.

Sie fragten Balsemão nach seinen Eindrücken aus seinen anderen in europäischen Ländern geführten Gesprächen. Balsemão entgegnet, daß er mit anderen Gesprächspartnern in dem eben behandelten Punkt nicht so offen gesprochen habe. Jedoch habe er bei den anderen sehr viel Verständnis für die portugiesische Haltung gefunden, daß der Beitritt seines Landes und der Spaniens jeweils „on its own merits“ geschlossen zu betreiben seien. Finanzminister Salgueiro erklärt, daß die deutsche Unterstützung für den portugiesischen Beitritt entscheidend sei. Auch er bemerkt, daß Portugal von F sehr viel Unter-

<sup>17</sup> Zur portugiesischen Haltung zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 131, Anm. 25.

stützung erfahre, und setzt sich seinerseits für eine Abkoppelung von den spanischen Verhandlungen ein, wenn diese zu lange Zeit in Anspruch nehmen würden. Nach einigen Bemerkungen zur Übergangszeit (drei bis sieben Jahre je nach dem Bereich) bemerkt Salgueiro, daß Portugal zum Beispiel im Landwirtschaftsbereich keine Probleme aufwerfe, da Portugal die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die es benötige, einführen müsse. Er weist darauf hin, daß Portugal Gründungsmitglied der EFTA war und seine Zollschranken daher schon sehr niedrig seien, verglichen mit denen Spaniens. Im übrigen sei die portugiesische Wirtschaft nicht so groß und damit auch die Größenordnung der wirtschaftlichen Probleme, die Portugals Beitritt für die Gemeinschaft stelle, entsprechend geringer. Würde ein Link mit dem spanischen Beitritt hergestellt, so würde das in Portugal nur Bitterkeit erzeugen. Er glaubt, daß die Verhandlungen in den einzelnen Kapiteln recht gut vorangehen könnten. Schlimm wäre es, wenn es so aussehen würde, als ob lediglich F den Beitritt Portugals unterstütze, die anderen sich jedoch zurückhielten. Sei es nicht doch so, daß wir der Parallelität der Verhandlungen mit Portugal und Spanien zu große Aufmerksamkeit schenken?

BM Genscher wirft ein, daß dies notwendig wäre, um Lösungen für den spanischen Beitritt zu finden.

Sie wollten noch auf eine Frage aufmerksam machen, die sich aus unserer Position als einziger Nettozahler ergibt und daraus, daß wir fiskalisch und monetär die Gemeinschaft stützten. Dies stelle uns vor wirtschaftliche und finanzielle Probleme, aber auch vor ein wichtiges politisch-psychologisches Problem. Die nicht so reichen Mitglieder der EG erwarten einerseits politische Stützung, andererseits jedoch Nettobeiträge, und dies zu Recht. Auch einige ältere Mitglieder erwarteten, daß der Fluß der Nettotransfers sich verstärke. Wir zahlten unsererseits mehr für die EG als für Länder der Dritten Welt. Hinzu komme der Druck wegen verstärkter Verteidigungsaufwendungen. Dies bringt uns in der EG in eine schwierige Lage. Wer müsse für neue Projekte aufkommen, wenn nicht wir. Dies könnte zur Folge haben, daß wir Bremser sind in allem, was andere in der EG bewerkstelligen wollen. Dies dränge uns in eine sehr negative Rolle.

Hinzu komme, daß der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte mehr und mehr für uns eine Belastung werde. Viereinhalb Millionen Ausländer seien mehr, als wir politisch und gesellschaftlich verdauen könnten. Die Folge sei eine zunehmend kritische Haltung gegenüber Ausländern. Ein Grund dafür sei die steigende Arbeitslosigkeit auch bei uns, die wir seit langem nicht mehr gekannt haben und zum ersten Mal wieder in dieser Härte als Folge der Weltwirtschaftskrise erlebten. Würden 1,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte in ihr Heimatland zurückgehen, so hätten wir bei uns Vollbeschäftigung. Selbstverständlich werden wir sie nicht zurückschicken. Jedoch mußten wir einen Einwandererstoppp verhängen<sup>18</sup>, um diesem Problem Herr zu werden. Zunehmend komme es auch zu Gewalttätigkeit auf der Straße. Dies betreffe nicht die Portugiesen,

<sup>18</sup> Am 23. November 1973 wies Bundesminister Arendt die Bundesanstalt für Arbeit an, „zeitweilig keine Arbeitnehmer aus dem Ausland mehr zu vermitteln“. Für den Wortlaut der „Maßnahme zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung“ vgl. BULLETIN 1973, S. 1506.

auch nicht die Italiener, ein wenig die Jugoslawen, aber am meisten die Türken. Letztere hätten die größten Schwierigkeiten, sich in eine westliche Gesellschaft zu integrieren; das ist nicht ihr Fehler, sondern ihr Schicksal. Jedenfalls seien wir an der Grenze des Möglichen angelangt. Wir würden daher an dem Einwandererstoppp festhalten müssen, um weiteren Zuzug zu verhindern. Die Regierung müsse der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen und mehr noch, sie sei verantwortlich dafür, daß es nicht zu einer akuten Ausländerfeindlichkeit bei uns komme. Diese Sorge müsse auch von jedem neuen Mitglied der Gemeinschaft verstanden werden. Sie wüßten zwar nicht genau, wie die französische Haltung sei und wie Mitterrand darüber denke. Jedoch wird auch er darüber nachdenken müssen, da auch seine Arbeitslosenrate steige. Sie erwarteten ähnliche Reaktionen. AM Pereira bemerkt, daß die von Ihnen geschilderte Lage nicht durch die portugiesischen Arbeiter herbeigeführt worden sei. Was die Haltung Frankreichs betreffe, so sei sie sehr offen; die französische Regierung habe zum Beispiel alle Maßnahmen abgeschafft, die eine Rückwanderung portugiesischer Arbeiter fördern sollten. Mitterrand habe versichert, daß man die Portugiesen nicht nach Hause schicken werde. In Frankreich gebe es 900 000 Portugiesen; Paris sei die zweitgrößte portugiesische Stadt in der Welt.

Er bemerkt des weiteren, daß die portugiesische Regierung keineswegs sicher sei, daß sie in den ersten Jahren nach dem Beitritt Nettoempfänger sei. Nach optimistischen portugiesischen Einschätzungen würde der Transferfluß von uns nach Portugal in etwa der augenblicklichen deutschen Entwicklungshilfe an Portugal entsprechen.

Sie warfen ein, daß Ihre Bemerkungen sich nicht an die Adresse Portugals richteten, sondern daß Sie damit einer allgemeinen Besorgnis Ausdruck geben wollten.

Auch Ihrer Auffassung nach müsse Portugal Nettoempfänger bleiben, dies sei wirtschaftlich notwendig.

Balsemão bemerkt, daß die Zahl der portugiesischen Arbeiter bei uns in den vergangenen Jahren gefallen sei: von 120 000 (1974) auf 109 000 im letzten Jahr. Dies sei sehr wenig, verglichen mit der Gesamtzahl der bei uns arbeitenden Ausländer. Der Fall der portugiesischen Arbeiter könne nicht mit dem anderer Arbeiter verglichen werden. Im übrigen zeigten die geringen Arbeitslosenziffern bei den Portugiesen, wie sehr man diese bei uns schätze.

Sie stimmen zu.

Balsemão teilt mit, daß er in Niedersachsen mit Vertretern portugiesischer Arbeiter zusammentreffen werde und dort auch eine Rede halten müsse. Was solle er ihnen sagen? Die Vertreter der portugiesischen Arbeitnehmer äußerten sich sehr deutlich gegen die Ausländerpolitik und Gesetzgebung bei uns.

Sie entgegneten, daß er sie darauf hinweisen könne, daß die Bundesrepublik Deutschland kein multinationaler Staat werden wolle. Entweder müßten die portugiesischen Kinder Deutsche werden mit allen Rechten und Pflichten, so der Steuerzahlung, so des Wehrdienstes. Wenn jedoch die Nachkommen der portugiesischen Arbeitnehmer Portugiesen bleiben wollen, so müßten sie auch eines Tages wieder zurückgehen. Wir seien mit beidem einverstanden, jedoch nicht mit einer Zwischenlösung, die bedeute, daß diese Personen sich weder integrieren, noch nach Hause gehen wollten.

Sie berichteten sodann von der Tätigkeit extremer Gruppen der Rechten und Linken in der türkischen Gemeinschaft.<sup>19</sup>

Sie zogen daraus den Schluß, daß die Zahl der Ausländer bei uns nicht ansteigen dürfe. Das gelte im Ergebnis auch für die Zuwanderer aus den Staaten der EG.

Sie erörterten sodann auf Einlassung der Portugiesen das Problem der Rückerstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bei einer Rückkehr ins Heimatland.

Hierzu gab der Botschafter weitere Erläuterungen und wies insbesondere darauf hin, daß die AN<sup>20</sup> bei einem solchen Verfahren zwar alle Vorteile verlören, die sie erworben hätten, und insbesondere auch auf den Arbeitgeberbeitrag verzichten müßten. Dennoch sei dies ein incentive für die Rückkehr.

Sie einigten sich sodann mit Balsemão, daß Sie in der Pressekonferenz in allgemeiner Form auf diese Fragen der Ausländerbeschäftigung und insbesondere der bei uns beschäftigten Portugiesen eingehen wollten: Sie hätten darüber gesprochen.

Balsemão fragte Sie sodann nach den Vorbereitungen für die Gipfel in Versailles<sup>21</sup> und Bonn<sup>22</sup>.

Sie äußerten hinsichtlich Versailles Ihre Skepsis, da offenbar der amerikanische Präsident noch nicht sprechbereit sein könne, weil er nicht weiß, wie er politisch mit dem Kongreß zu Rande kommt.

Sie bemerkten, daß man in den USA nicht deutlich genug sehe, welche Folgen die amerikanische Wirtschaftspolitik für den Rest der Welt habe. Dies zeige sich insbesondere an den Zinssätzen, die sehr viel höher seien, als dies in einer Periode tiefer Rezession möglich ist. Sie äußerten Verständnis für die Politik der Fed<sup>23</sup>. Das Problem sei, wie das Haushaltsdefizit der USA geschlossen werden könnte. Offen sei, wann sich eine Wende in der US-Wirtschaftspolitik abzeichne, wobei die Nachwahlen zum Senat im November<sup>24</sup> zweifellos eine Rolle spielen werden.

Man werde also Reagan wahrscheinlich wegen des amerikanischen policy mix in Versailles kritisieren; Japan werde unter Druck wegen seiner Politik der Abschottung der inneren Märkte geraten. Die Japaner sollten hier in der Tat etwas tun; sie befänden sich wirtschaftlich in einer sehr günstigen Lage, wie die Industrieländer überhaupt im Vergleich zur Dritten Welt und zu den Ländern des Ostens.

Ein Problem, das auf dem Versailles-Gipfel eine Rolle spielen werde, sei der Ausgleich der Zahlungsbilanzen, um so die Abhängigkeit vom Kapitalimport und damit von den hohen Weltzinssätzen zu reduzieren. Die Abhängigkeit von den

<sup>19</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Wir unterscheiden sehr deutlich zwischen A[rbeit]n[eh]mern aus Mitgliedstaaten und AN aus Nichtmitgliedstaaten. Der Assoziationsvertrag mit der Türkei müsse in diesem Punkt klargestellt werden.“

<sup>20</sup> Arbeitnehmer.

<sup>21</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>22</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>23</sup> Federal Reserve System.

<sup>24</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

Weltzinssätzen bedeute jedoch praktisch Abhängigkeit von den amerikanischen Zinssätzen. Sie würden jedenfalls in dieser Richtung sprechen. Unsere Zahlungsbilanz in diesem Jahr entwickle sich günstig, nachdem es 1980 und 1981 hohe Defizite gegeben habe. Dies sei die Folge einer restriktiven Haushalts- und einer restriktiven Lohnpolitik. Sie habe die Inflationsrate heruntergebracht auf jetzt unter fünf Prozent. Auch die Arbeitskosten seien im Vergleich zum Vorjahr gefallen, mit der Folge, daß unsere Exporte anstiegen.

Von außen gesehen könnte der Wirtschaftsgipfel Ihrer Einschätzung nach als ein Mißerfolg erscheinen, da auf ihm keine gemeinsame Politik formuliert werden könne. Dies würden Sie natürlich nicht öffentlich sagen. Wirtschaftlich hängen wir maßgeblich von den USA und dem Dollar ab. Von den 2000 Milliarden Dollar, die sich auf dem internationalen Kreditmarkt befinden, werden 20% in DM gehalten. Der Franc und die hohen französischen Zinssätze (24%) spielten keine Rolle. Der Dollar sei beherrschend. Aber während der Einfluß des Dollars auf den Rest der Welt zunehme, blicke man in den USA weiterhin viel zu sehr nach innen.

Zum NATO-Gipfel stellten Sie mit Befriedigung fest, daß F teilnimmt, und Präsident Mitterrand zum Abendessen am Vorabend, der PM<sup>25</sup> danach kommt.

Auf die Frage Balsemãos nach der Teilnahme der Verteidigungsminister entgegneten Sie, daß sie bis jetzt nicht eingeladen worden seien.<sup>26</sup> Sie würden sie einladen, wenn der amerikanische Präsident Sie darum bitten würde.

Pereira wirft ein, wenn die Amerikaner auf eine Teilnahme der Verteidigungsminister beim DPC<sup>27</sup> drängten, so müsse man ihnen sagen, daß wir nicht wollten, daß Frankreich seine Teilnahme zurückziehe.

Sie stimmten zu.

Sie bemerkten sodann, daß es unser Ziel sei, die beiden Grundelemente der NATO-Strategie zu unterstreichen, so wie sie im Harmel-Report<sup>28</sup> einmal formuliert wurden. Dabei braucht man den Namen des Harmel-Reports nicht zu erwähnen. Uns gehe es aber sehr nachdrücklich um die beiden Elemente; d. h. einerseits unsere Verteidigungsfähigkeit, das Prinzip der gleichen Sicherheit, möglichst auf einem niedrigeren Niveau – und andererseits um eine Politik des

<sup>25</sup> Pierre Mauroy.

<sup>26</sup> Am 23. April 1982 informierte Botschafter Hermes, Washington, über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, bei dem eine Demarche der Bundesrepublik gegen eine Beteiligung der Verteidigungsminister an der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 erörtert worden sei: „Holmes begrüßte unsere Demarche. Vor zwei oder drei Tagen hätte hiesige französische Botschaft in dem gleichen Sinne vorgeschlagen. Wie wir würden auch die Amerikaner ein Fernbleiben der Franzosen vom NATO-Gipfel bedauern. Er, Holmes, glaube, daß man auch im Pentagon begägne einzusehen, daß die Verteidigungsminister am NATO-Gipfel nicht teilnehmen sollten. Holmes notierte mit besonderer Aufmerksamkeit, daß wir als Gastgeber des NATO-Gipfels beabsichtigten, nur Regierungschefs und Außenminister einzuladen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1820; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>27</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 139.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

Dialogs, der Verhandlungen und der Abkommen, auch der Abrüstungsabkommen, im besonderen über Mittelstreckenwaffen, aber auch über interkontinentale Waffen. Uns gehe es auch um Handel, da es keinen Sinn mache, Handelsbeziehungen abzubrechen.

In diesem Zusammenhang erwähnten Sie den Besuch Kádárs<sup>29</sup>, der einer der liberalsten und erfahrensten Führer aus dem Osten sei. Ungarische Staatsangehörige könnten frei ausreisen und kämen auch wieder in ihr Land zurück. Kádár sei es gelungen, seinem Volk etwas Freiheit zu bringen. Ihm sei auch sehr an einem Austausch mit westlichen Ländern gelegen. Wir sollten dies ermutigen. Wir glaubten nicht, daß es richtig wäre, zusätzliche Elemente der Polarisierung einzuführen. Davon gebe es schon genug in Afghanistan, in Polen, im Mittleren Osten etc.

Wir würden jedoch mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß das Gleichgewicht erhalten wird und daß wir stark genug bleiben, um überhaupt handeln zu können.

Im übrigen sei es ihr Gefühl, daß Präsident Reagan auf dem Treffen auch eine Ankündigung hinsichtlich START machen werde. Im übrigen sei der Gipfel ein sehr kurzes Treffen. Auf der Eröffnungssitzung werden GS Luns, Trudeau – wahrscheinlich in derselben Richtung wie Sie – und Sie selbst sprechen. Die eigentliche Sitzung werde nicht länger als einen halben Tag dauern. Bei 15/16 Teilnehmern blieben für das Eingangs-Statement etwa zehn Minuten übrig und sodann noch etwas Zeit für Diskussion.

Pereira bemerkt, daß sich portugiesische Seite auf ein kurzes Statement von zehn Minuten einrichte.

Balsemão fragt nach unserer Beurteilung der Ereignisse in Polen.<sup>30</sup>

BM Genscher sieht darin den Beweis, daß die Führung das Land nicht unter Kontrolle habe. Die „Solidarität“ sei stark. Der Krise könne nur begegnet werden, wenn die Führung den Dialog wieder aufnehme. Dazu brauchten sie Wałęsa und auch die Kirche. Ohne Wałęsa könne es nur Mißerfolg geben.

Sie warfen ein, daß „Solidarität“ zu weit in zu kurzer Zeit gegangen sei. BM Genscher bemerkte, daß dies nicht die Absicht Wałęsas gewesen sei, wohl aber die einiger seiner Freunde.

Sie bemerkten, daß die polnische Führung Wałęsa als Gesprächspartner brauche. Wichtig sei jedoch, daß Wałęsa gut von der katholischen Kirche beraten werde.

<sup>29</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27. April 1982; Dok. 128.

<sup>30</sup> Am 1. und 3. Mai 1982 gab es in Polen Demonstrationen gegen das Kriegsrecht und für die Gewerkschaft Solidarność, die von der Polizei aufgelöst wurden. In einer Aufzeichnung des Referats 214 vom 21. Mai 1982 hieß es dazu: „An den friedlichen – und in ihrem Ausmaß für die Regierung offenbar überraschenden – Demonstrationen von Anhängern der ‚Solidarität‘ am 1. Mai nahmen allein in Warschau über 20 000 Menschen teil. Über die von Miliz-Sondereinheiten (Zomo) am 3. Mai gewaltsam aufgelösten Demonstrationen insbesondere, aber nicht nur Jugendlicher liegen folgende Angaben vor: Orte: Warschau, Danzig, Gdingen, Elbing, Lublin, Thorn, Krakau, Lodz, Bromberg, Swidnik bei Lublin, Gleiwitz, Stettin (auch am 4.5.); Teilnehmer: allein in Warschau rund 30 000 (Schätzungen unserer Botschaft); Opfer: zwei Demonstranten getötet, zahlreiche weitere verletzt (veröffentlicht wurde nur die Zahl der verletzten Milizionäre: 72); Festnahmen: 2669 (offizielle Angabe), mindestens 211 Internierungen; Schnellgerichte; bis 7.5. rund 600 Geld- und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten, bis 5.5. 26 Freisprüche“. Vgl. Referat 210, Bd. 132601.

BM Genscher teilt mit, daß die Kirche vor der Entscheidung stehe, ob der Papst nach Polen komme oder nicht. Wenn er kommt, so will er auch frei mit Wałęsa sprechen. Verzichte er auf den Besuch, so werde es im Sommer wiederum zu kräftigen Demonstrationen kommen. Der Papst hat gesagt, daß er sich verpflichtet fühlt, nach Polen zu kommen.<sup>31</sup> Die polnische Führung müsse freilich die Bedingungen schaffen, damit sein Besuch möglich werde.

Sie berichteten, daß Kádár Jaruzelski einen Patrioten genannt habe, der auch über Autorität verfüge: Hieran zweifelten Sie freilich.

BM Genscher wirft ein, daß er diese Autorität hatte.

Auf Balsemãos Frage nach den Folgen eines möglichen Führungswechsels in der SU entgegneten Sie, daß Sie sich nicht sicher seien, wie weit Änderungen trügen, zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik. Sie erwarteten jedenfalls keine raschen Änderungen, so insbesondere auch nicht in der Außenpolitik. Die Wirtschaftsstruktur könne sich auf die Jahre hinaus ändern, vielleicht in Richtung größerer Flexibilität. In der Politik gegenüber dem Westen erwarten Sie keine großen Änderungen; vielleicht in der Haltung gegenüber China. Dies hänge auch sehr weitgehend davon ab, wie die USA mit Peking umgingen.<sup>32</sup> Als persönliche Bemerkung fügten Sie hinzu, daß Sie nicht ausschließen wollten, daß die amerikanische Politik das verspiele, was Nixon hier erreicht habe. Hier gehe es um gemeinsame westliche Interessen. Nixon habe hier große Erfolge erzielt. Jetzt vernachlässige man diese Dinge. Sie wollten nicht ausschließen, daß es im Laufe der Jahre zu einer Annäherung zwischen einer neuen Führung der SU und einer neuen Führung Chinas komme.

BM Genscher fügte hinzu, daß China die Taiwan-Frage als ein innenpolitisches Problem ansehe, das China aber nicht mit Waffengewalt lösen wolle.

Balsemão weist darauf hin, daß wegen des Besitzes von Macao Portugal die Region recht aufmerksam beobachte. Er stimmte Ihrer kritischen Bewertung der US-China-Politik zu.

Pereira ergänzt, daß Portugal keine Beziehungen zu Taiwan unterhalte. Die zu Peking seien gut. Die Zukunft Macaos hänge von dem Willen Chinas ab.

Balsemão meint, daß Portugal vielleicht in dieser Frage hilfreich sein könnte.

Sie regten an, daß von portugiesischer Seite auf dem NATO-Gipfel unter Bezugnahme auf die portugiesische Position in Macao vielleicht ein Wort zu China gesagt werden könnte. Wir würden Portugal bei einer solchen Äußerung assistieren. Hier würde es sich um eins der schwierigsten Weltprobleme handeln, für das man vielleicht in den USA zur Zeit nicht das größte Verständnis habe. China sei von allergrößter Bedeutung für das Gesamtkräfteverhältnis in der Welt.

Pereira stimmt zu.

Auf Südafrika übergehend, berichtet Balsemão von verschiedenen portugiesischen Besuchen in der Region. Er selbst werde im Juni nach Mosambik fahren.<sup>33</sup> Auf Ihre Frage erläutert er, daß die offizielle Sprache dort Portugiesisch sei, man setze sich dort sogar für ein besonders reines Portugiesisch ein.

<sup>31</sup> Zu einer Reise des Papstes Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

<sup>32</sup> Zur amerikanischen Politik gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 107.

<sup>33</sup> Ministerpräsident Balsemão besuchte vom 27. Juni bis 1. Juli 1982 Mosambik.

Die Beziehungen zu Angola verbesserten sich. Angola wolle auch an einer Lösung für Namibia mitarbeiten.

Portugal habe auch gute Kontakte zu Südafrika selbst, wo eine halbe Million Portugiesen lebt.

Pereira weist darauf hin, daß Portugal in Namibia-Fragen in der Tat eine gewisse Rolle spielen könne, da Portugal enge Beziehungen sowohl zu Angola wie zu Südafrika unterhalte. Man wisse sehr wohl in Portugal zu unterscheiden zwischen einer Verurteilung der Apartheid und den Beziehungen zu Südafrika.

Aus Angola habe man neueste Nachrichten durch den kürzlichen Besuch von Präsident Eanes.<sup>34</sup> Das Land befinde sich am Rande des Bankrotts; das interne Wirtschaftssystem sei nahezu zerstört. Angola lebe recht und schlecht von der Ölförderung. Diese sei nicht unbeträchtlich (neun Millionen Tonnen pro Jahr). Angola verkaufe jedoch auf dem Spotmarkt Dollar mit dem Erfolg, daß die Einnahmen letztes Jahr drastisch gesunken seien.<sup>35</sup> Die Bevölkerung hungere; insbesondere die fünf bis sechs Millionen in den großen Zentren. Hinzu kommen die militärischen Einfälle Südafrikas im Süden des Landes.<sup>36</sup>

Die Spaltung innerhalb der Regierung in Hardliner mit Ausrichtung auf Moskau und einen Flügel, der in der Zusammenarbeit mit dem Westen die einzige Möglichkeit sehe, verschärfe sich. AM macht darauf aufmerksam, daß die Regierung Angolas Wert darauf gelegt habe, auch in einer öffentlichen Erklärung zu sagen, daß die Kubaner sich auf Anforderung der Regierung Angolas im Lande befinden.<sup>37</sup> Auch wenn die Regierung kein offizielles Link zwischen der Anwesenheit der Kubaner und der Lösung der Namibia-Frage herstelle, so sei sie doch bereit, die Kubaner zum Abzug zu bewegen, wenn die Sicherheit des Landes im Süden gewährleistet werde.

Die Spannungen zwischen Angola und der SWAPO nehmen zu. Angola habe einen sehr schweren Preis für seine Unterstützung der SWAPO zahlen müssen.

Portugal habe mit Nujoma gesprochen, um zu einem Abkommen zu gelangen. Nujoma zeige sich aber unbeugsam. Er sehe sich als einen echten Guerilla, obwohl er nie wirklich gekämpft habe. Portugal habe auch den Wunsch Angolas transportiert, daß Nujoma sich zur Mitwirkung an einer Namibia-Lösung bereit finden möge. Man könne jedenfalls erwarten, daß die Absatzbewegung von der SWAPO in Angola zunehme, wenn die SWAPO nicht einlenke. Angola weiß, daß bei einem längeren Stillstand der Verhandlungen Südafrika wieder zuschlagen werde, Angola also darunter zu leiden habe. Von angolanscher Seite möchte man daher gerne die gemäßigten Elemente in Namibia unterstützen.

<sup>34</sup> Präsident Eanes hielt sich vom 15. bis 19. April 1982 in Angola auf.

<sup>35</sup> So in der Vorlage.

<sup>36</sup> Am 2. Juni 1982 berichtete Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, die portugiesische Botschaft habe zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Angola und Südafrika „aus zuverlässiger Quelle Informationen erhalten, daß die Südafrikaner tatsächlich Vorbereitungen für einen Großangriff trafen. Sie würden mit großer Wahrscheinlichkeit dann versuchen, die kubanischen Truppen ins Kampfgeschehen einzubeziehen. Die kubanischen Truppen seien zur Zeit um Jamba bei den Kasinga-Erzminen in Südan-gola konzentriert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 311; Referat 320, Bd. 138066.

<sup>37</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

Balsemão weist darauf hin, daß Portugal über Kaunda auf die Frontstaaten<sup>38</sup> Einfluß zu nehmen suche, damit diese ihrerseits auf die SWAPO einwirkten.

Auf Ihre Frage bestätigte der AM, daß Kaunda der einzige Regierungschef aus dieser Staatengruppe sei, der mit Südafrika spreche.

Ihre Frage nach der Stärke der angolanischen Armee beantwortet AM mit 20 000; hinzu kommen 22 000 Kubaner, die aber an Kämpfen nicht teilnehmen. Die angolanische Regierung habe sich überaus geschickt verhalten, indem sie die Kubaner von Kämpfen fernhielt. Sie benutzten sie als Unterstützungsreserve, verhinderten aber gleichzeitig, daß sie in die Kämpfe hineingezogen wurden. Es gebe 2000 russische Militärs, darunter sieben Generale. Die russischen Offiziere übten das Kommando über die Truppen Angolas aus (zwei Divisionen). Die DDR leiste Hilfestellung im Bereich der inneren Sicherheit und der Telekommunikation.

AM sprach von drei Gruppen: der politischen Führung, den Militärs und einer Gruppe von Föderalisten. Das Hauptproblem sei das der UNITA, die ein Teil des Gebietes kontrolliere. Die Föderalisten möchten gerne zu einer Art Übereinstimmung mit UNITA gelangen. Santos, Netos Nachfolger, geht es nur darum, seinen eigenen Kopf zu retten. Er würde nie einem Übereinkommen mit UNITA zustimmen.

AM konkludierte seine Ausführungen mit der Bekräftigung, daß eine Namibia-Lösung für Angola dringend notwendig sei; Angola brauche Frieden.

Der Finanzminister bemerkt, daß der Handelsaustausch zwischen Portugal und Angola zu rasch vorangehe. Eine wichtige Rolle spiele dabei das Öl. Auch gebe es Firmenübernahme-Verträge, wonach portugiesische Firmen aus Angola übernehmen würden, so zum Beispiel auch die private Eisenbahnverwaltung und Hafenverwaltungen. Die Eisenbahn in Richtung Kongo könne technisch auf der ganzen Strecke, politisch (wegen der Kontrolle der UNITA) auf 300 Kilometer eröffnet werden.<sup>39</sup> Wolle man sie auf der ganzen Strecke eröffnen, so müsse es zu einem Abkommen zwischen der Regierung und UNITA kommen. Dazu werde es aber nicht kommen. Sie werfen ein, daß die Schließung der Eisenbahnlinie Probleme für den Kongo wie für Sambia geschaffen habe.

Finanzminister teilt mit, daß man Vorbereitungen für eine Rückkehr von etwa 10 000 Portugiesen in das Land treffe; das werde auch die innere Lage Angolas ändern.

Zur Haltung Südafrikas bemerkt AM, daß es vor allem darum gehe, den USA zu beweisen, daß sie zur Zusammenarbeit in Namibia bereit sind. Andererseits habe es a)<sup>40</sup> den Druck gegenüber Mosambik verstärkt und mehr militärische Aktionen gegenüber Mosambik<sup>41</sup> und Angola unternommen. Mosambik habe

<sup>38</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>39</sup> Infolge des Bürgerkriegs in Angola wurde 1975 die Benguela-Bahn geschlossen, die die zairische Provinz Katanga mit der Stadt Lobito an der angolanischen Atlantikküste verband. Legationsrat I. Klasse Schmidt, Kinshasa, wies am 25. September 1975 darauf hin, daß durch die Unterbrechung der Bahnlinie „ein wichtiger Transportweg für die Ausfuhr des zairischen Kupfers blockiert“ sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 790; Referat 320, Bd. 108162.

<sup>40</sup> So in der Vorlage.

<sup>41</sup> Ministerialdirektor Gorenflös führte am 13. Dezember 1982 zu der ab 1980 feststellbaren „südafrikanischen Destabilisierungspolitik“ gegenüber Mosambik aus: „Hierzu wurde die Resistência Nacional

Portugal gebeten, Südafrika zu sagen, daß der Regierung Mosambiks sehr daran gelegen wäre, wenn Südafrika seinen Druck vermindern würde.

Auf Ihre Frage nach dem portugiesischen Besuchs Austausch mit Südafrika erläutert AM, daß er seinen südafrikanischen Kollegen<sup>42</sup> für einen inoffiziellen Besuch eingeladen habe. Er verweist erneut auf die Rolle von 600 000 Portugiesen in Südafrika.

Sie erkundigen sich nach der Witwaters Universität. Sie seien eingeladen worden.<sup>43</sup>

AM berichtet, dies sei die erste gemischte Universität mit einer großen liberalen Tradition, eine sehr gute Einrichtung.

Sie werfen ein, daß Sie veranlassen würden, einen Vertreter aus dem deutschen Geistes- und Kulturleben dorthin zu schicken. AM bestätigte, dies sei wichtig, um das Ghetto-Syndrom in Südafrika zu bekämpfen.

PM spricht sodann das Fregattenproblem an. Seine Regierung habe versucht, hierüber mit uns seit langem zu verhandeln. Die neueste Entwicklung sei, daß BM Apel Möglichkeiten für einen Bau der Fregatten auf deutschen Werften und dazu ein finanzielles Engagement angedeutet habe. Er wolle gerne von Ihnen hören, was zu den Möglichkeiten eines solchen Arrangements zu sagen wäre.

Sie bestätigen, daß es überhaupt keine Schwierigkeiten machen werde, die Schiffe bei uns zu bauen. Bezüglich des finanziellen Arrangements wollten Sie sagen, daß wir mit Ausnahme der USA der einzige NATO-Bündnispartner Portugals seien, der regelmäßige Verteidigungshilfe leiste. Die augenblickliche Tranche betrage 45 Mio. DM. Darüber hinaus könnten wir nicht noch etwas tun.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 681*

Moçambicana (RNM) neu oder aus bereits vorhandenen Zellen heraus zu einer schlagkräftigen Guerilla-Organisation ausgebaut. Nicht der gewaltsame Sturz der FRELIMO-Herrschaft, sondern die Unterminierung der inneren Sicherheit des unbequemen Nachbarn wurde angestrebt. Die so zu erzielende Lähmung soll Mosambik in Abhängigkeit von Südafrika halten und seine Regierung daran hindern, ihre Souveränität zu einer wirksamen politischen Gegnerschaft gegenüber Pretoria zu nutzen. [...] Die seit Jahren aufgestaute Unzufriedenheit der mosambikanischen Bevölkerung über die katastrophale Wirtschaftslage ließ ein aktivierbares Sympathisantenpotential entstehen, das die RNM nutzen konnte und das die schnelle Ausbreitung der Guerilla im Lande begünstigte.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138149.

<sup>42</sup> Roelof Frederik Botha.

<sup>43</sup> Mit Schreiben vom 2. März 1982 lud die Witwatersrand Universität in Johannesburg Bundeskanzler Schmidt zu einem Vortrag ein. Für das Schreiben vgl. Referat 320, Bd. 138145. Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte am 6. Mai 1982 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau ein privates Schreiben Schmidts an Hilde Roux in Südafrika. Dazu legte Franke dar: „Der Brief soll auf Wunsch des Bundeskanzlers Frau Roux nicht durch die Post, sondern über den Kurier des Auswärtigen Amtes und – in Südafrika – durch die Botschaft Pretoria übermittelt werden. (Damit der tüchtige südafrikanische Geheimdienst nicht mitliest).“ Vgl. Referat 320, Bd. 138145.

In seinem Schreiben vom 3. Mai 1982 führte Schmidt aus: „Ich kann in meinem gegenwärtigen Amt Euer Land nicht besuchen. Mit meiner Partei hat das nichts zu tun. Vielmehr damit, daß ich nicht mit der Aussicht auf Verständnis bei der großen Mehrzahl der afrikanischen Staats- und Regierungschefs rechnen könnte, auch wenn Ihr schreibt, daß die Witwatersrand Universität für ihre Opposition gegen die Apartheid bekannt ist. [...] Wenn ich mir die Reise auch versagen muß, will ich doch Professor du Plessis nicht einfach abschreiben, sondern prüfen, wie auf andere Weise der mutige und schwierige Einsatz der Witwatersrand Universität für eine Aufhebung der Rassendiskriminierung gewürdigt und unterstützt werden kann.“ Schmidt bat Roux, du Plessis „schon einmal privat vorab“ von seiner Entscheidung zu unterrichten. Vgl. Referat 320, Bd. 138145.

AM ergänzt, daß es sich bei dem Fregattenprogramm um ein NATO-Projekt handelt. Portugal habe hierüber zunächst mit den Niederlanden verhandelt. Bei dem finanziellen Arrangement für den Fall eines Baus auf deutschen Schiffswerften müsse es sich seinem Verständnis nach um ein privates Arrangement handeln, BM Apel habe hierüber bei der Tagung in Colorado Springs<sup>44</sup> mit dem portugiesischen Verteidigungsminister<sup>45</sup> gesprochen. Portugal sei interessiert, hierüber Näheres zu hören; vielleicht schon bei dem Treffen der Verteidigungsminister. Für Portugal mache es keinen Unterschied, ob die Schiffe auf holländischen oder deutschen Werften gebaut würden. Ein Bau auf deutschen Werften sei freilich nur möglich, wenn auch die Finanzierung sichergestellt wäre. Bis jetzt seien sie ohne Antwort von deutscher Seite. Man müsse hierüber vielleicht diese Woche in Brüssel sprechen.

Sie teilten mit, daß Sie über die Gespräche der Verteidigungsminister zu dieser Frage nicht unterrichtet seien. Sie wollten jedoch darauf hinweisen, daß BM Apel schon Schwierigkeiten haben werde, Geld für das eigene Flottenbauprogramm zu erhalten.

Balsemão bestätigte, daß es portugiesischer Auffassung nach darum gehe, die Sache quasi privatwirtschaftlich anzugehen.

Sie sagten Prüfung zu.

Sie fragten sodann nach der portugiesischen Einschätzung der Falkland-Krise. AM meinte, daß es keinen Gewinner in diesem Konflikt geben könne. Die portugiesische Haltung sei nicht sehr verschieden von der Spaniens. Portugal unterstütze die Sicherheitsrats-Resolution 502<sup>46</sup>; es unterstütze auch den Embargo-Beschluß der Gemeinschaft. GB gewähre es gewisse Unterstützungen bei dem Aufbunkern der Schiffe. Geringfügige Waffenlieferungen an Argentinien seien eingestellt worden. Im übrigen gebe es 50 000 Portugiesen in Argentinien, und man unterhalte auch mit diesem Land freundschaftliche Beziehungen.

Das Problem sei, wenn Galtieri falle, so würden aller Wahrscheinlichkeit nach Peronisten nachfolgen.

Sie fragten nach dem Unterschied zwischen einem Regime Galtieri und einem peronistischen Regime. Beides seien wohl in der Tat keine demokratischen Regimes.

AM erwidert, daß die Russen das Militärregime unterstützten; der russische Einfluß wird zunehmen und würde es noch mehr unter einem peronistischen Regime. Kuba sei in die lateinamerikanische Welt durch den Konflikt wieder eingeführt worden. Die Entwicklung habe sich gegen die USA gewendet, die versucht habe, Kuba, Nicaragua und El Salvador zu isolieren. Jetzt seien die USA isoliert. PM Thatcher müsse den Konflikt rasch beenden. Im übrigen werde sich auch die öffentliche Meinung in GB seiner Einschätzung nach gegen die Regierung wenden, wenn es den ersten britischen Toten gegeben habe. 20 britische

<sup>44</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24. März 1982 in Colorado Springs vgl. Dok. 96.

<sup>45</sup> Diogo Pinto de Freitas do Amaral.

<sup>46</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

Tote würden einen Umschwung in der öffentlichen Meinung in GB herbeiführen. In jedem Fall würde der Osten der Gewinner sein.

Sodann äußerte sich AM Pereira zum NATO-Beitritt Spaniens: Er führte aus, daß portugiesische Regierung Beitritt Spaniens zur NATO begrüßen würde. Das könnte nur positive Auswirkungen auf die spanische Armee haben. Die Erfahrung mit der NATO-Zusammenarbeit sei für Portugal wichtig gewesen, sie werde auch für die spanische Armee wichtig sein. Portugal könne sich nur damit nicht einverstanden erklären, daß das Kommando (für Portugal) gespalten werde, daß z. B. das portugiesische Festland einerseits, die Inseln andererseits je einem anderen Kommando unterstellt würden. Portugal wolle nicht aus SACLANT heraus. Die portugiesische Regierung habe nichts dagegen, wenn die spanischen Streitkräfte entweder SACEUR oder SACLANT unterstellt würden. Die portugiesische Regierung werde aber sehr genau prüfen müssen, wie sich dies auf die Stellung der portugiesischen Einheiten auswirke. Sie lege Wert darauf, dies ihren Freunden vorher zu sagen.

Sie bestätigten, daß Sie die Darlegungen des AM klar verstanden hätten.

Während des Mittagessens wurden folgende Themen behandelt: Deutsch-portugiesisches Investitionsabkommen<sup>47</sup>; Besuch des Papstes in Portugal<sup>48</sup>; portugiesische Finanzlage (hierzu erläuterte der Finanzminister die starke Abhängigkeit seines Landes von ausländischer Finanzierung, die im vergangenen Jahr durch eine große Trockenheit und die Notwendigkeit zusätzlicher Nahrungsmittel-Einfuhren verschärft worden sei); erneut Falkland und die Gefahr einer peronistischen Machtübernahme in Argentinien (die Peronisten würden, so der AM, heftig antiamerikanisch sein, während die Militärregierung eine Verständigung mit den USA herbeiführen könnte); die Lage in Brasilien; zur Person des brasilianischen Finanzministers<sup>49</sup> und des neuen Chefs der Weltbank, Anderson.

PM Balsemão erinnerte an Ihre Zusage, Portugal zu besuchen, und wiederholte seine Einladung. Sie teilten mit, daß Sie überlegen würden, im Anschluß an einen Neujahrsurlaub an anderem Ort Anfang Januar vielleicht für zwei Tage nach Portugal zu kommen. Sie bemerkten in diesem Zusammenhang, daß Sie sich während Ihrer gesamten Regierungszeit sehr um die Pflege der bilateralen Beziehungen zu allen unseren Nachbarn bemüht hätten.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

<sup>47</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. September 1980 zwischen der Bundesrepublik und Portugal über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 57–61.

<sup>48</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 12. bis 15. Mai 1982 in Portugal auf.

<sup>49</sup> Ernane Galvéas.

## 135

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

5. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefonat des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten am Mittwoch, dem 5. Mai 1982, 15.30 bis ca. 16.15 Uhr

Präsident bezieht sich auf Ihr Telefongespräch vom 29. April<sup>2</sup>, das er wieder aufnehmen und gleichzeitig aktualisieren wolle. Er wolle zunächst über Falkland sprechen.

AM Cheysson habe ihm von den Gesprächen mit BM Genscher über die Lage berichtet. Cheysson habe ihm für die heutige Kabinettsitzung den Entwurf eines Textes einer französischen Erklärung<sup>3</sup> vorgelegt, mit deren Inhalt D, It und wohl auch NL einverstanden seien.

Er habe in diesem Entwurf Vorbehalte gegen zwei Punkte gehabt: einmal gegen die Erwähnung der Vermittlungsbemühungen von AM Haig<sup>4</sup>, sodann gegen den Hinweis auf ein eventuelles vermittelndes Tätigwerden der Europäischen Gemeinschaft in dieser Frage.

Er sei hingegen für die Erwähnung der Resolution 502<sup>5</sup> und auch dafür, die Einstellung der Kampfhandlungen zu verlangen. Ebenfalls befürworte er den Appell an den Generalsekretär<sup>6</sup> der Vereinten Nationen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Braunmühl am 6. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „30. April“.

Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, vermerkte am 30. April 1982, Staatspräsident Mitterrand habe im Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt am Vortag bekräftigt, „daß er die Falkland-Frage nicht mit den EG-Fragen verbinden wollte. F werde jedenfalls seine Solidarität gegenüber Großbritannien in der Falkland-Frage weiterhin aufrechterhalten. Man werde darüber nachdenken müssen, unter welchen Bedingungen diese Solidarität gelte.“ Vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 5. Mai 1982, im Anschluß an ihre Kabinettsitzung vom selben Tag habe die französische Regierung ein Communiqué zum Falkland-Krieg veröffentlicht: „Der Ministerrat wurde über die Entwicklung informiert, die über die Besetzung der Malwinen zu einem wirklichen Krieg zwischen Argentinien und Großbritannien führte. Der Ministerrat bedauert den Tod von Hunderten von Kriegsteilnehmern und hält es für zwingend, durch die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und der Trennung der militärischen Kräfte zur strikten Anwendung der SR-Resolution 502 zurückzukehren. Die französische Regierung hofft, daß der Generalsekretär der VN den Weg aufzeigen wird, der eine Wiederaufnahme von friedlichen Verhandlungen nach Feuereinstellung erlaubt. Die Regierung bleibt in enger Verbindung mit ihren Partnern der EG.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 874; Referat 330, Bd. 136667.

<sup>4</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig im Falkland-Krieg vgl. Dok. 125, Anm. 7 und 8.

Haig gab am 30. April 1982 das Scheitern seiner Vermittlungsbemühungen zwischen Argentinien und Großbritannien bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 492 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>6</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

Zur Haig-Mission wolle er bemerken, daß er nicht etwa gegen sie sei, weil sie nicht gut sei. Er möchte aber nicht zu sehr mit ihr in Verbindung gebracht werden, schon deshalb nicht, weil er (und andere Europäer) hierzu nicht konsultiert worden seien.

Was ein Eintreten der EG betreffe, so sei er, wie gesagt, vorsichtig. Die EG könne nur tätig werden mit GB. Hier könne es keine Initiative zu neunt geben; nur diese sei jedoch möglich. Er sei jedoch einverstanden, daß man ankündige, daß die Partner in der Europäischen Gemeinschaft untereinander in engem Gesprächskontakt über die Krise stünden.

Seiner Einschätzung nach werde PM Thatcher versuchen, wieder Fuß auf den Inseln zu fassen. Vorher sei nichts zu bewegen, was natürlich nicht bedeute, daß man überhaupt nichts tun könne.

Er wünsche hierzu Ihre Meinung zu hören.

Sie führen aus, daß das Bundeskabinett sich heute morgen in einer Weise zu dem Falkland-Konflikt eingelassen habe, die sehr weitgehend dem französischen Entwurf entspreche.<sup>7</sup> In beiden Punkten, in denen der Präsident seine Zweifel geäußert habe, hätten wir überaus vorsichtig formuliert.

Sie erläutern sodann den Inhalt des dem Regierungssprecher<sup>8</sup> nach der Kabinettsitzung zur Verfügung gestellten Textes, zitieren dabei insbesondere den Satz über die Bemühungen der amerikanischen Regierung, der lateinamerikanischen Regierungen sowie des Generalsekretärs der VN. AM Haig sei nicht ausdrücklich genannt, und wir hätten besonders die Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unterstrichen. Die Erklärung spiegele den gegenwärtigen Stand unserer Überlegungen wider. Das gelte insbesondere auch für die Aufforderung nach einer sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen.

Ein zweiter Punkt, den Sie besonders herausstellten, war die Formulierung über die Fortsetzung der ständigen und engen Kontakte der Bundesregierung mit ihren Freunden und Partnern, insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft. Wir gingen nicht davon aus, daß die Gemeinschaft selbst eine Rolle zu übernehmen hätte.

Sie wollten dem nachher noch einige Gedanken hinzufügen.

Präsident drückte seine Freude aus, daß die beiden Regierungen in ihren politischen Reaktionen übereinstimmten. Er fügt als Unterrichtung hinzu, daß der dem Ministerrat vorgelegte Entwurf so verabschiedet und veröffentlicht worden sei, mit Ausnahme der beiden von ihm genannten Passagen (Haig und EG), gegen die er Vorbehalte gehabt habe.

Sie geben sodann folgende Einschätzung aus unserer Sicht: Nach Versenkung der beiden Schiffe<sup>9</sup> bestehe die Gefahr, daß der Konflikt außer Kontrolle gera-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Appells der Bundesregierung vom 5. Mai 1982 zur friedlichen Lösung des Falkland-Kriegs vgl. BULLETIN 1982, S. 324.

<sup>8</sup> Klaus Bölling.

<sup>9</sup> Zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ vgl. Dok. 131, Anm. 2.

Kapitän zur See Dingeldein, London, resümierte 6. Mai 1982 Informationen des britischen Verteidigungsministeriums zu der am 4. Mai 1982 erfolgten Versenkung des britischen Zerstörers „Sheffield“ durch eine von der argentinischen Luftwaffe abgeschossene Seeziellrakete des französischen Typs „Exocet“: „Der Angriff mit zwei AM-39 Flugkörpern erfolgte völlig überraschend. [...] Ohne vollautomatische Nahbereichsflugabwehr war HMS ‚Sheffield‘ dem sie anfliegenden F[lug]K[örper]

te. Die Dritte Welt könne in ihm den Ausdruck alter Kolonialpolitik sehen, was zur Solidarisierung der Dritten Welt mit Argentinien führen könne. Dies sei in Teilen Lateinamerikas zu beobachten. Kuba und Nicaragua würden durch den Konflikt voll hoffähig, und für die SU werde er ein wenig zum Eingangstor zum Südatlantik.

Wir haben über alldem nicht vergessen, daß der Konflikt von Argentinien ausgelöst wurde und wie unbeweglich und zu Entscheidungen unfähig die Argentinier seien. Ohne die Loyalität zu GB in irgendeiner Weise gefährden oder in Frage stellen zu wollen, meinen wir doch, daß wir beiden Parteien raten müssen, den Weg zu einer politischen Lösung zu beschreiten.

Sie berichten von Ihrem Telefonat mit PM Thatcher.<sup>10</sup> Diese habe sich zwar zu einer politischen Lösung bereit erklärt, jedoch nicht zu einer Lösung um jeden Preis. Nach ihrer, PM Thatchers, Einschätzung sei es der SU schon jetzt gelungen, sich erheblichen Einfluß im Südatlantik zu verschaffen.

Die Ereignisse dürften keineswegs zu einem Auseinanderfallen der so wichtigen politischen Zusammenarbeit unter den Zehn führen (auch nicht zu Nachteilen für die Allianz). In diesem Zusammenhang könnte dem Außenministertreffen am Wochenende große Bedeutung zukommen.<sup>11</sup> Unser Eindruck sei, daß sich nicht nur die irische Regierung von der Solidarität entferne<sup>12</sup>, sondern daß auch die italienische Regierung Schwierigkeiten habe. Sie habe es insbesondere auch mit einer kritischen öffentlichen Meinung zu tun. Auch die deutsche öffentliche Meinung habe zunehmend weniger Verständnis für die Richtung der Eskalation, die der Konflikt eingeschlagen habe.

Präsident erklärt sich ausdrücklich mit Ihrer Analyse einverstanden. Es ist aber seine Überzeugung, daß PM Thatcher nicht zurückweichen kann, bevor es ihr nicht gelungen ist, die Inseln wieder zu besetzen. Bis dahin würden auch Aktionen von unserer Seite wirkungslos bleiben (wir würden in die Luft sprechen). Wir müßten daher vermeiden, daß wir GB nur verurteilen. Seiner Einschätzung nach würde der Zustand ohnehin nur einige Tage dauern. Während dieser Tage gebiete es die Weisheit, sich mit der allergrößten Vorsicht auszudrücken, da sonst die Gefahr bestehe, daß man mit GB in einen sehr gefährlichen Streit gerate. Wir sollten in dieser Zeit nur das sagen, was von allen gebilligt werden könne. Ihm erschiene hier die Tätigkeit des VN-Generalsekretärs der beste Weg.

Sobald die Briten jedoch Fuß auf den Inseln gefaßt hätten, was vielleicht nur drei bis vier Tage dauere, sollten wir nicht zögern, uns einzuschalten.

Ihre Frage, ob er mit Präsident Reagan in Kontakt stehe, bejahte Mitterrand, bezog sich dann jedoch auf einen Kontakt Cheysson/Haig.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 686*

ausgeliefert. Sie wurde über der Wasserlinie achterraus der Op[erations]z[entrale] getroffen. Die Besatzung versuchte vier Stunden vergeblich, den entstandenen Brand (z. T. brennendes Aluminium) zu löschen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 750; VS-Bd. 12330 (500); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Zum Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 29. April 1982 vgl. Dok. 130.

<sup>11</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple vgl. Dok. 145.

<sup>12</sup> Zur irischen Haltung zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 131, Anm. 3.

Auf Ihre Frage, wie die USA über die kürzliche Entwicklung dächten, entgegnet Mitterrand, daß sie dächten wie wir auch. Sie wollten es nicht mit den Lateinamerikanern verderben. Sie meinten auch, daß GB etwas zu weit gehe, aber daß PM Thatcher nicht bewegt werden könne, ihren Kurs innerhalb 48 Stunden zu ändern. Sie sehen offenbar wie wir, daß die Dinge sehr schnell fortschreiten und daß auch die Gefahr von großen Mißverständnissen besteht.

Das beste sei wohl, sich an den VN-GS zu halten und im übrigen überaus engen Kontakt unter den Europäern zu pflegen. Ziel könne dabei wohl kaum sein, die Seeoperationen zu unterbrechen; wir sollten sie jedoch auch nicht ermutigen. Wichtig sei es, Terrain zu belegen und die unternommenen Schritte und geknüpften Kontakte auch nach außen bekannt zu geben.

Sie stimmen zu und teilen Präsident Mitterrand mit, daß MP Spadolini Sie am Freitag besuchen werde und Sie mit ihm hierüber sprechen würden.<sup>13</sup>

Sie wollten nunmehr auf den Agrarrat zurückkommen.<sup>14</sup> Sie teilen Mitterrand mit, daß Sie im Telefonat auf PM Thatcher eingewirkt hätten im Sinne einer Aufhebung des Junktims. Sie habe zwar widersprochen, jedoch sei es Ihr Eindruck, daß die englische Delegation sich relativ gemäßigt verhalten habe, gemessen an den Maßstäben, die frühere Äußerungen gesetzt hätten. Sie wollten auch die gute Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Delegation hervorheben. Im übrigen wollten Sie Präsident Mitterrand bitten, sowohl auf Italien wie auf Griechenland mit dem Ziel einzuwirken, Sonderwünsche zurückzustellen.

Mitterrand entgegnet, daß er zunächst noch eine Bemerkung zu den Malwinen machen wolle.

Wenn es GB gelinge, wieder Fuß auf den Inseln zu fassen, so würde GB, sobald der erste englische Soldat offiziell seinen Fuß auf die Falklands gesetzt habe, mit eigenen Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten. Wichtig sei es, sich schon kurz vorher abzustimmen, um dann mit einer gemeinsamen Erklärung aufzutreten und in Richtung von Verhandlungen tätig werden zu können.

Sie erklären sich einverstanden und schlagen vor, daß Sie mit dem Präsidenten auch vorher Verbindung aufnehmen wollten, wenn vorher gravierende Ereignisse eintreten würden.

Mitterrand hält dies für selbstverständlich. Sobald GB wieder auf die Inseln gelangt sei, müßten wir mit einem Friedensvorschlag in der Öffentlichkeit sein, d. h. wir müßten kurz vorher intervenieren und dazu unter uns besonders enge Kontakte aufrechterhalten.

Sie stimmen zu.

Mitterrand fügt ausdrücklich hinzu, daß er selbstverständlich nicht sicher sei, daß GB die Insel wieder besetzen könne. Daß PM Thatcher dies jedoch anstrebe, liege in der Logik der Dinge.

Sie bemerken, daß Sie Mitterrand richtig verstanden hätten.

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Spadolini und dem italienischen Außenminister Colombo am 7. Mai 1982 in Hamburg vgl. Dok. 143.

<sup>14</sup> Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 28. bis 30. April 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 130, Anm. 11.

Zu Ihren Ausführungen über die Agrarfragen bemerkt Mitterrand folgendes: Auch er ist befriedigt über das Ergebnis, hätte freilich gehofft, daß wir unseren positiven Währungsausgleich noch stärker herabsetzen würden. Die Ergebnisse seien jedenfalls vorteilhaft sowohl für Frankreich wie für die Bundesrepublik Deutschland. Dabei handele es sich freilich um eine Übereinstimmung zu neun und nicht zu zehnt (in Wirklichkeit ist es eine Vereinbarung unter Sieben). Nunmehr gehe es darum, daß wir auf die Kommission einwirkten mit dem Ziel, diese Vereinbarung für alle in Kraft zu setzen. Die Kommission verfüge dazu über die Instrumente des Vertrages.<sup>15</sup> Wir müßten sie zu einem flexiblen, aber dennoch sehr kraftvollen Vorgehen ermutigen.

Was Italien und Griechenland betreffe (ich habe in der Tat verstanden, daß der Präsident sowohl Italien wie auch Griechenland erwähnte), so sei er geneigt, sich in Ihrem Sinne telefonisch zu verwenden.

Sie drücken Ihre Freude aus, in Hamburg am 14. des Monats ausführlich mit dem Präsidenten zu sprechen.<sup>16</sup>

Der Präsident kommt nochmals auf seinen Gedanken zurück, in der Agrarfrage Druck auf die Kommission auszuüben, dem unter Neun (Sieben) getroffenen Übereinkommen Geltung zu verschaffen. Er wolle dabei keineswegs Großbritannien hart anfassen, halte jedoch ein energisches Vorgehen für notwendig.

Er bestätigt, daß Sie miteinander in telefonischen Kontakt treten sollten, wenn Ihnen dies nützlich erscheint, ansonsten würden Sie sich nächste Woche sprechen. Als eine letzte Frage wollten Sie mit dem Präsidenten klären, ob es gut wäre, die Öffentlichkeit wissen zu lassen, daß sie miteinander telefoniert hätten, ja, jetzt schon zweimal miteinander telefoniert hätten.

Der Präsident bestätigt, dies sei eine gute Sache. Man könne erwähnen, daß Sie über die internationale Lage gesprochen hätten, insbesondere über den Falkland-Konflikt, ohne mehr zu sagen. Jedoch sei es wichtig, daß die Öffentlichkeit davon unterrichtet sei, daß Sie beide sich mit dieser Frage beschäftigten.

Sie stimmen voll zu, danken.

Abschließend beglückwünscht Sie Mitterrand zu der „guten Schlacht“, die Sie vor dem Parteikongreß in München<sup>17</sup> geschlagen hätten.

[gez.] Zeller

**VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>16</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 150.

<sup>17</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

## 136

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem  
Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Shultz**6. Mai 1982<sup>1</sup>

Verschlossen

Ergebnisvermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit George Shultz am 6. Mai 1982 um 18.30 Uhr zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Versailles<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Botschafter Burns, StS Schulmann, AL4<sup>3</sup>.

*Shultz* überbringt Grüße von Präsident Reagan. Er legt die Haltung von Präsident Reagan zum bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Versailles dar. Der Präsident sei sehr besorgt über die Entwicklungen des internationalen Handelssystems, insbesondere über den um sich greifenden Protektionismus. Hierin sehe Präsident Reagan das Hauptthema. In Versailles sei es nötig, über eine bloße Erneuerung der Forderung nach Erhaltung des Freihandels hinauszugehen. Außerdem möchte der Präsident Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Industrienationen, insbesondere den Gipfelländern, ansprechen. Hierbei stehe die Frage im Vordergrund, wie der Prozeß der Abstimmung verbessert werden kann. Ferner wolle der Präsident den Handel mit der Sowjetunion mit dem Ziel ansprechen, daß dieser sich nur auf rein marktwirtschaftlicher Basis vollziehen solle.

Die Fragen des Nord-Süd-Dialogs sehe der amerikanische Präsident in enger Verbindung zu den Fragen des Welthandels. Dem Präsidenten liege auch daran, daß die Sicherheit der Energieversorgung des Westens im Bewußtsein gehalten werde.

Im Zusammenhang mit der Budget-Diskussion in den Vereinigten Staaten erwähnte Shultz die Diskussion über Steuererhöhungen, u. a. die Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Energie.

Der Präsident habe das Gefühl, andere Staaten würden ihm vorwerfen, daß er zu wenig auf die Wirkung der amerikanischen Wirtschaftspolitik auf andere Länder achte. Deshalb habe der Präsident ihn, Shultz, nach Europa gesandt. Er habe die Absicht, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um vor dem Weltwirtschaftsgipfel die Meinung der Europäer zu hören. Er solle dem Präsidenten nach seiner Rückkehr berichten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 10. Mai 1982 von Ministerialdirektor Heick, Bundeskanzleramt, gefertigt.

Hat Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 13. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Eine schwarze Kopie für Sie für Paris.“

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>3</sup> Hermann Heick.

*BK* begrüßt die Absichten des amerikanischen Präsidenten. Über die engere Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik müsse noch eingehender diskutiert werden. Er verweist auf seine Rede vor dem Übersee-Club in Hamburg am 5. April 1982, in der er zu den Fragen des Weltwirtschaftsgipfels Stellung genommen habe.<sup>4</sup> *BK* überreicht George Shultz und Botschafter Burns ein Exemplar dieser Rede und bittet sie, insbesondere die Ziffern 1 bis 12 auf den Seiten 18 bis 22 zu lesen.

Zur Verdeutlichung der Haltung der Bundesrepublik in der Nord-Süd-Frage gibt *BK* Weisung, schriftliche Informationen über das Lomé-Abkommen<sup>5</sup> an Shultz und Burns zu senden.

Zum Handel mit der Sowjetunion wolle er anfügen, daß die Bundesrepublik diesen Handel nicht subventioniert habe.

Auf eine Frage von *Shultz* nach Ziffer 9 der Rede (S. 21) erläutert *BK*, fast alle Industrieländer hätten gegen das Prinzip des Freihandels verstoßen. Die größten Sünder seien Frankreich und Japan, bei denen es starke Tendenzen gebe, ihre Märkte abzuschließen. In der Agrarpolitik sündige die EG, in der Stahlpolitik sündige die EG nicht mehr als andere Länder.

Zwar seien die Sünden der US-Administration im Bereich der Handelspolitik kleiner als z. B. in Frankreich, doch gebe es in USA ein großes Protektionismus-Potential.

Er stimme Präsident Reagan zu, daß man sich in Versailles beim Handelsthe-ma nicht mit Allgemeinheiten begnügen dürfe, vielmehr müsse sich jeder Teil-nehmer konkret festlegen, z. B. was den freien Kapitalverkehr betrifft, was die Stahlpolitik betrifft etc.

Man müsse verhindern, daß die Staaten in der Handelspolitik den falschen Weg einschlagen. Z. B. müsse Japan gedrängt werden, seine Märkte zu öffnen. Ein entsprechender Druck auf Frankreich sei nötig, könne jedoch nicht von den Deutschen kommen.

Er vermute, daß Präsident Mitterrand sehr scharf gegen die amerikanische Wirt-schaftspolitik argumentieren werde. Obwohl selbst kein Wirtschaftler, sei die-ser praktisch ein Anhänger von Keynes. Frankreich werde die Folgen seiner Wirtschaftspolitik in den kommenden Monaten immer stärker zu spüren be-kommen. Die Preise steigen, ebenso die Verschuldung. Das Vertrauen in den Franc gehe zurück. Ein Symptom hierfür seien die außerordentlich hohen Zin-sen. Mitterrand sei ein Befürworter protektionistischer Praktiken auf den Kapi-tal- und Gütermärkten. M. werde die US-Zinspolitik angreifen und die USA zum Schuldigen für die Lage erklären. Er erkenne nicht, daß die Ursache weit-gehend in den hohen Budget-Defiziten zu sehen sei.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 5. April 1982 in Hamburg vgl. BULLE-TIN 1982, S. 265–273.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatz-protokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnah-men zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehöri-gen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1088.

*Shultz* wirft ein, auch bei der Bekämpfung des Protektionismus sei Angriff die beste Verteidigung. Man müsse zu einer neuen Offensive im GATT aufrufen. Der Weltwirtschaftsgipfel sollte Impulse für das GATT-Ministertreffen im Herbst<sup>6</sup> geben. Vielleicht sei eine neue Runde von Handelsverhandlungen angebracht (Versailles-Runde?). Damit meine er nicht eine neue Tokio-Runde<sup>7</sup>, sondern Verhandlungen, die im gegenwärtigen Rahmen durchgeführt werden können. Man müsse einige Dinge positiv vorantreiben. Als Beispiele nennt *Shultz*: Stahl, japanischer Protektionismus, Dienstleistungen, flow of information. Probleme werde es mit Frankreich geben, da die Franzosen einen „regulated trade“ wollen. Im Freihandel sehe Mitterrand das Gesetz des Dschungels. Man müsse sich darüber hinaus mit den unmittelbaren Bedrohungen befassen.

*Schulmann* weist darauf hin, daß die Bundesrepublik sich immer für Liberalisierung eingesetzt habe, ebenso für die stärkere Integration der Entwicklungsländer – insbesondere der Schwellenländer – in die Weltwirtschaft. Wir machten uns Sorgen wegen der zunehmenden Diskussion über reciprocity in den Vereinigten Staaten.

*Shultz* erwidert, vor allem die Gewerkschaften (Lane Kirkland) seien Anhänger der reciprocity. Dazu seien sie durch das Verhalten Japans herausgefordert worden. In Japan brauche z. B. ein ausländisches Auto neun Monate, bevor es verkauft werden könne. Dies sei ein erhebliches Handelshindernis. Da die amerikanische Automobilindustrie sich in großen Schwierigkeiten befinde, seien die Gewerkschaften für reciprocity.

*BK* fragt, ob von den Persönlichen Beauftragten bereits ein Communiqué-Entwurf<sup>8</sup> gedraftet worden sei und ob er Aussagen zu GATT enthalte.

*Schulmann*: Ein Communiqué-Entwurf der Franzosen habe vorgelegen, der aber unklare Aussagen zu den Handelsfragen enthalten habe.

*BK* erwähnt, daß die französische Politik der Wiedereroberung des französischen Binnenmarktes problematisch sei.<sup>9</sup> Es sei deshalb nicht angebracht, daß nur Frankreich einen Entwurf vorlege.

<sup>6</sup> Die Ministerkonferenz des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>7</sup> Legationsrat I. Klasse Oehms teilte am 20. April 1979 mit: „Die multilateralen Handelsverhandlungen der Tokio-Runde im GATT sind zum großen Teil abgeschlossen. Die bisher erzielten Ergebnisse liegen seit 12.4.79 in Genf zur Paraphierung aus. Die Europäische Gemeinschaft hat das Protokoll am 12.4.1979 paraphiert. [...] Entwicklungsländer (außer Argentinien) haben das Vertragswerk bisher nicht paraphiert. Sie haben trotz der vorgesehenen differenzierenden Vorzugsbehandlung ihre Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen erklärt [...]. Die im September 1973 mit der Tokio-Erklärung eingeleiteten Verhandlungen sind nach Zahl der teilnehmenden Staaten, nämlich 99, und der Verhandlungsbereiche die umfangreichsten und ehrgeizigsten in der Geschichte des GATT. Im Gegensatz zu früheren Handelsverhandlungen stand der Bereich der nichttarifären Handelshindernisse im Vordergrund, die Bedeutung der Zölle ist zurückgetreten. [...] Wenn der inzwischen weitgehend erreichte materielle Abschluß auch nicht voll unseren Liberalisierungserwartungen entspricht, so stellen das Ergebnis und sein Zustandekommen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Ausweitung des freien Welthandelssystems und zur Stärkung der GATT-Regeln dar.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 34; Referat 012, Bd. 111777.

<sup>8</sup> Mit Schreiben vom 19. Mai 1982 übermittelte Staatssekretär Schulmann, Bundesministerium der Finanzen, einen Entwurf für die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles, der dem Stand der Beratungen am 16. Mai 1982 entsprach. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 130536.

<sup>9</sup> Im Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit vom März 1982 wurde festgestellt: „Die im Zuge der neuen französischen Ankur-

*Shultz* erinnert an seine Zeit als Persönlicher Beauftragter des amerikanischen Präsidenten. Damals sei der Kommuniké-Entwurf von den Persönlichen Beauftragten gemeinsam gemacht worden.

*BK* regt an, Entwürfe für die einzelnen Paragraphen von verschiedenen Persönlichen Beauftragten vorlegen zu lassen. Den Entwurf zum Handel sollte die USA vorlegen.

*Shultz* wünscht im Kommuniké konkrete Aussagen z.B. zu den Exportkrediten. Er möchte auch die Frage des internationalen Investments angesprochen haben. In vielen Ländern gebe es Restriktionen.

*BK* sieht protektionistische Entwicklungen im Handelsbereich, beim Kapitalverkehr und in der Geldpolitik. Er beklagt, daß es zu viele nebeneinander herlaufende internationale Ministertreffen gebe. Er frage sich auch, ob sich die Einrichtung der Persönlichen Beauftragten nicht inzwischen überlebt habe. Die Weltwirtschaftsgipfel sollten jedoch fortgesetzt werden. Es gebe zwar enge persönliche Beziehungen, dies sei jedoch nicht genug. Er sei seit acht Jahren Bundeskanzler. In dieser Zeit sei die Lage noch nie so kritisch gewesen wie jetzt. Angesichts der Doppelkrise, in der sich die Welt befinde, mache sich besonders das Fehlen eines wirklichen Kommunikationssystems zwischen USA und Europa nachteilig bemerkbar. In vielen Fragen hätten keine echten Konsultationen stattgefunden.

Nach seiner Überzeugung könne es Stabilität und Demokratie nur geben auf der Grundlage von ökonomischer Stabilität. Die Wiedergewinnung der ökonomischen Stabilität sei von strategischer Bedeutung. In dieser Situation sei es besonders wichtig, daß die USA eine Führungsrolle übernehmen. Hierzu seien sie allein schon aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts verpflichtet.

Präsident Reagan sei beim Weltwirtschaftsgipfel gleicher als die anderen. Er müsse sagen, wohin die Reise geht. Er, *BK*, gehöre zu denjenigen, die bereit seien, auch einen Kurs mitzumachen, wenn sie nicht in allen Punkten davon überzeugt seien.

Im wirtschaftlichen Bereich müßten sich die USA z.B. dazu entschließen, ihre Politik der Enthaltbarkeit hinsichtlich Devisenmarkt-Interventionen aufzugeben. Man dürfe die Märkte nicht sich selbst überlassen, allerdings dürfe man auch nicht gegen den Trend intervenieren.

*Shultz* will sich dafür einsetzen, daß Treasury und Fed<sup>10</sup> ihre ablehnende Haltung gegenüber Devisenmarkt-Interventionen aufgeben. Ziel dürfe jedoch nur die Glättung erratischer Schwankungen, nicht jedoch die Beeinflussung der „basic values“ sein.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 692*

belungspolitik sprunghaft gestiegene Kaufkraft der einkommenschwächeren Haushalte führte zu einem Importsog, der auch der deutschen Wirtschaft zugute kam und den traditionellen deutschen Aktivsaldo im bilateralen Handel noch weiter erheblich erhöhte [...]. Dem Importdruck versucht die französische Regierung mit einem Konzept zur ‚Wiedereroberung des heimischen Marktes‘ entgegenzuwirken. Dies hat zu erheblicher Beunruhigung in der deutschen Wirtschaft geführt. Obwohl die französische Regierung auf hoher Ebene, z.B. im persönlichen Gespräch und durch Schreiben von BM Graf Lambsdorff, gebeten wurde, ihre Vorstellungen im einzelnen bekanntzugeben, wurden bis jetzt bezüglich dieses Vorhabens keine Detailauskünfte gegeben. In Erklärungen des Premierministers und der Minister Rocard, Dreyfus und Delors wurde immer wieder herausgestellt, daß sich die Maßnahmen im Rahmen der Regeln des Gemeinsamen Marktes hielten“. Vgl. Referat 420, Bd. 129867.

<sup>10</sup> Federal Reserve System.

*BK* stimmt zu: Ziel sei Erhaltung von orderly markets.

*BK* fragt dann, ob Shultz noch einige Bemerkungen zu seiner Rede vor dem Übersee-Club zu machen habe.

*Shultz* betont, dem Präsidenten liege sehr an einer Diskussion der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Man könne sich bessere Wege denken als die bisher praktizierten. Z. B. könnte die Gruppe der G5 alternierend in den Hauptstädten der Beteiligten zusammentreffen. Dabei sollte sie von den jeweiligen Regierungschefs empfangen werden.

Auch nach Meinung des Präsidenten sei das amerikanische Zinsniveau zu hoch. Mit sinkender Inflationsrate verbesserten sich jedoch die Aussichten für Zinssenkungen. Es liege nicht in der Macht der Fed, die Zinsen zu senken. Wenn die Fed ein stärkeres Wachstum der Geldmenge zulasse, würden die Finanzmärkte skeptisch reagieren und einen erneuten Anstieg der Inflationsrate erwarten. Das würde einen Zinsanstieg zur Folge haben.

*BK*: Er habe Volcker nie für die hohen Zinsen verantwortlich gemacht und werde das auch künftig nicht tun.

*Shultz*: Wenn das Budget-Defizit verringert werde, würden die Zinsen weiter sinken. Der Präsident versuche, das Budget-Defizit zu verringern.

Die in der Öffentlichkeit genannten Zahlen über die Höhe des Budget-Defizits seien übertrieben. 75 Mrd. Dollar seien konjunkturell bedingt, 15 Mrd. Dollar inflationsbedingt (Indexierung!). Der strukturelle Kern des Budget-Problems betrage 60 bis 70 Mrd. im fiscal year 1983. Bei den Verhandlungen mit dem Kongreß habe man dicht bei dieser Zahl gelegen (Reduzierung der Defizite um 400 Mrd. Dollar im Verlauf der nächsten fünf Jahre). Warum sie gescheitert seien, könne er nicht sagen. In dem Zusammenhang erwähnt Shultz lobend den Chairman des House Budget Committee, James Jones (Oklahoma).

*BK* bittet, den Namen zu notieren.

*Shultz*: Der Präsident habe versucht, das zu tun, was der Bundeskanzler in der Vergangenheit empfohlen habe: den Konsum zu beschränken und die Investitionen zu erhöhen. Die Umstrukturierung sei jedoch ein langer Weg. Es gebe schon einige günstige Anzeichen: neben der gesunkenen Inflationsrate die günstigen Tarifabschlüsse z. B. in der Automobilindustrie und bei den Teamsters. Dies habe die japanische Konkurrenz bewirkt.

*BK* erläutert dann die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik. Hauptproblem sei die hohe Arbeitslosenquote von über sieben v. H. Sie schaffe innenpolitisch erhebliche Probleme und beeinträchtige das Vertrauen in die Bundesregierung. Günstig seien die Preisentwicklung, die Entwicklung der Leistungsbilanz und die Tarifabschlüsse. Die deutschen Gewerkschaften hätten sich sehr verantwortungsvoll verhalten.

Die Vereinigten Staaten genießen in der Bundesrepublik großes Vertrauen, mehr als in den anderen europäischen Ländern. Dies habe eine in Newsweek veröffentlichte Umfrage gezeigt, die leider in den USA nicht veröffentlicht worden sei.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

Ost-West-Handel: Er glaube nicht an die Wirkung von Wirtschaftssanktionen gegen die SU und Polen.<sup>12</sup> Die Bundesrepublik habe den Handel mit der SU und Polen niemals subventioniert. Sie habe lediglich gegen entsprechende Gebühren Garantien zur Absicherung der Kredite gegen politische Risiken gegeben. In der Vergangenheit habe man mit den Hermes-Garantien sogar erhebliche Gewinne gemacht.

Die Frage von *Shultz*, ob er wie der Präsident der Meinung sei, daß man der Sowjetunion nur market based credits gewähren solle, bejaht *BK*.

Die Bundesrepublik wolle den Ost-Handel nicht aus politischen Gründen zerstören. Die Bundesrepublik exportiere kein Getreide, sie exportiere Maschinen, was für die Beschäftigung erhebliche Bedeutung habe.

Die amerikanische Haltung gegenüber den „global negotiations“<sup>13</sup> erläutert *Shultz* damit, daß die USA Institutionen wie IWF, Weltbank geschützt haben möchten.

*BK* erklärt, auch die Bundesrepublik möchte keine Herrschaft der Schuldner über IWF und Weltbank. Auch er wolle die Integrität von IWF und Weltbank verteidigen. Er rate den Amerikanern jedoch, die Entwicklungsländer freundlicher zu behandeln. Die USA sollten mehr für ihre Beliebtheit bei den Entwicklungsländern tun.

*Shultz* spricht abschließend den Bundeskanzler auf seinen Besuch in Kalifornien im Juli an.<sup>14</sup> Es wird folgender Titel für die Rede des Bundeskanzlers vor dem Bay Area Council vereinbart: „Today and tomorrow as a European sees it.“<sup>15</sup>

Shultz lädt Frau Schmidt ein, den Bundeskanzler auf seiner Kalifornien-Reise zu begleiten. Während des BK-Besuchs im Grove sei Frau Schmidt eingeladen, sich als Gast in seinem Haus aufzuhalten.

*BK* nimmt diese Einladung an.

<sup>12</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>13</sup> Zur Frage von Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 56, Anm. 25.

Im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún merkte Ministerialdirektor Fischer zur Frage von Globalen Verhandlungen an: „Die nach Cancún wieder aufgenommenen Vorbereitungen zur Eröffnung der globalen Verhandlungen haben sich als außerordentlich schwierig erwiesen. Die zuständigen amerikanischen Beamten haben entgegen den durch Präsident Reagan in Cancún erweckten Erwartungen sich nicht aktiv für einen baldigen Beginn eingesetzt, sondern teilweise sogar den Eindruck erweckt, die Zustimmung auf höchster Ebene wieder rückgängig machen zu wollen. Die USA erscheinen führungslos, da unterschiedliche Auffassungen in der Administration sich gegenseitig neutralisieren. Die EG hat bisher im wesentlichen Zurückhaltung geübt, um die von ihr angestrebte Brückenfunktion zwischen den USA, die sie nicht isoliert sehen wollten, und den G 77 glaubwürdig und mit Aussicht auf Erfolg ausüben zu können.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 8. Dezember 1981; Referat 402, Bd. 133852.

<sup>14</sup> Im Rahmen eines Privatbesuchs hielt sich Bundeskanzler Schmidt vom 20. bis 30. Juli 1982 in den USA und Kanada auf. Vgl. dazu Dok. 222 und Dok. 223.

<sup>15</sup> Am 22. Juli 1982 hielt Bundeskanzler Schmidt vor dem „Bay Area Council“ in San Francisco eine Rede über „Responsibility and cooperation in the world economy“. Oberregierungsrat Schmittlein, z. Z. San Francisco, übermittelte den Wortlaut am selben Tag. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2 bis 4; Referat 204, Bd. 124930.

Unter Bezugnahme auf ein Schreiben von StS von Staden trägt BK den Wunsch des Präsidenten<sup>16</sup> der Johns Hopkins Universität vor, George Shultz als Präsidenten des Founding Board des „Institute for Contemporary German Studies“ zu gewinnen.

*Shultz* erwidert, er sei bereits beim German Marshall Fund engagiert.

Der Meinungsaustausch über außenpolitische Fragen wurde auf Wunsch BK nicht notiert.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

### 137

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym auf dem Flugplatz Northolt

010-1517<sup>1</sup>/82 geheim

6. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Pym auf dem Flugplatz Northolt bei London am 6. Mai 1982 – 15.30 bis 17.00 Uhr<sup>2</sup>

*BM* drückte sein Mitgefühl zu den Opfern der Versenkung der Sheffield<sup>3</sup> aus und bat im Namen der Bundesregierung, unser Mitgefühl auch PM Thatcher zu übermitteln. *AM Pym* dankte und legte dar, welchen tiefen Schock der Verlust in Großbritannien ausgelöst habe. Er wies darauf hin, daß die argentinische Flotte, ganz im Unterschied zur britischen Flotte, sehr aggressive Einsatzbefehle habe. Die britische Flotte müsse in die Lage versetzt werden, sich unter direkter Angriffsfahr zu verteidigen. Aus dieser Situation sei der Kreuzer *Belgrano*<sup>4</sup> torpediert worden. Der Zerstörer *Sheffield* sei getroffen worden, da in diesem Moment die gesamte Verteidigungskette versagt habe.

<sup>16</sup> Steven Muller.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Mai 1982 gefertigt, der vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 7. und erneut am 21. Mai 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 204 persönlich.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 21. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher informierte am 6. Mai 1982 den französischen Außenminister Cheysson über sein Gespräch mit dem britischen Außenminister Pym am selben Tag: „Unser britischer Kollege hatte mich gestern abend erneut gebeten, doch noch zu einem kurzen Gespräch zu kommen. Er ist aus London zum Flugplatz Northolt herausgekommen, und hier haben wir uns getroffen. Ich habe Francis Pym über die gestrige Erörterung des Falkland-Konflikts im Kabinett unterrichtet. Ich habe unsere große Sorge dargelegt und unterstrichen, wie wichtig es ist, alle Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Konflikts zu nutzen und dies auch der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen. [...] Ich habe das Gefühl, lieber Claude, daß die Lage ernst ist, und wir nichts unversucht lassen dürfen, um weiter auf eine friedliche Lösung hinzuwirken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 125; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zur Versenkung des britischen Zerstörers „*Sheffield*“ vgl. Dok. 135, Anm. 9.

<sup>4</sup> Zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „*Belgrano*“ vgl. Dok. 131, Anm. 2.

Zum Stand der diplomatischen Bemühungen berichtete Pym über die amerikanisch-peruanischen Vorschläge<sup>5</sup> und die des VN-Generalsekretärs<sup>6</sup>. Er habe gestern die amerikanisch-peruanischen Vorschläge akzeptiert. Vor einer Stunde habe Haig ihm mitgeteilt, daß die Argentinier die Vorschläge abgelehnt hätten. Diese Vorschläge hätten vorgesehen:

- einen Waffenstillstand,
- einen beiderseitigen Rückzug,
- die Bildung einer Kontaktgruppe (zu der, wie Haig uns sicher gesagt habe, auch wir gehören sollten, außerdem USA, Peru und Brasilien) zur Überwachung des Rückzuges und zur Förderung der Wiederaufnahme der Verhandlungen.

BM gab zu erkennen, daß wir über den Vorschlag einer solchen Kontaktgruppe unterrichtet seien, und fügte hinzu, daß wir in einer solchen Situation auch die Teilnahme Frankreichs anregen würden, um eine abgesicherte Position in Europa zu erreichen und wegen des deutsch-französischen und des britisch-französischen Verhältnisses. Pym bemerkte, man habe schon daran gedacht, aber außer der Größe der Gruppe müsse man bedenken, daß die Argentinier dann etwa Venezuela mit hineinnehmen würden, was zu Schwierigkeiten führen könne. Aber er werde diesen Punkt im Auge behalten.

Pym fuhr fort: Wenn die Argentinier den Vorschlag angenommen hätten, wäre die Feuereinstellung heute um 17.00 Uhr Londoner Zeit in Kraft getreten. Auf Frage von BM fügte er hinzu, daß die Argentinier ihre Ablehnung nicht begründet hätten. Sie hätten bisher keine Bewegung in der Souveränitätsfrage<sup>7</sup> gezeigt. Die britische Position sei dazu: Die Falkland-Inseln seien souveränes britisches Territorium. GB anerkenne, daß die Argentinier glaubten, sie hätten

<sup>5</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. Mai 1982, im Zehnerkreis sei seitens der britischen Botschaft zum peruanischen Vorschlag für eine friedliche Beendigung des Falkland-Krieges mitgeteilt worden, dieser „berücksichtige alle in Sicherheitsrats-]R[esolution] 502 explizit und implizit enthaltenen Punkte. Seine wichtigsten Elemente seien: 1) Einstellung der Feindseligkeiten; 2) gegenseitiger Rückzug und dafür erforderliche Arrangements; 3) Interimsverwaltung unter internationaler Aufsicht, an der die USA und Peru beteiligt wären; 4) Verhandlungen über endgültige Regelung für die Inseln; 5) vereinbarter Zeitrahmen für derartige Verhandlungen. Bisher sei der peruanische Plan den Konfliktparteien noch nicht förmlich unterbreitet worden. Sobald die USA und Peru ihn in eine Form gebracht hätten, die sie für beide Parteien annehmbar hielten, könne dies jedoch innerhalb 48 Stunden geschehen. Wenn danach alles gut verlaufe, könne der Plan dann sehr schnell in Kraft treten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2021; VS-Bd. 12330 (500); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Am 7. Mai 1982 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, die britische Botschaft habe im Zehnerkreis darüber informiert, daß der dem britischen Außenminister Pym am 2. Mai 1982 von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vorgelegte Vorschlag zur Beendigung des Falkland-Krieges folgende Punkte enthalte: „1) Gleichzeitiger Rückzug beider Seiten; 2) Beginn von Verhandlungen mit Blick auf ein Zieldatum; 3) Aufhebung aller Sanktionen, Blockaden usw.; 4) Übergangsverwaltung bis zum Abschluß der Verhandlungen.“ Dazu sei dargelegt worden: „Auf britischer und amerikanischer Seite habe man den Eindruck, daß Argentinien durch die Verlagerung der Frage in die VN auf Zeit spiele. Indiz dafür sei u. a., daß Argentinien zwar positiv auf den GS-Vorschlag reagiert habe, aber anders als GB bisher keine konkreten Vorstellungen dazu mitgeteilt habe. [...] Während nach dem peruanischen Plan ein Waffenstillstand bereits gestern, 12 Uhr, hätte in Kraft treten können, hänge es nun von der ausstehenden substantiellen Antwort der Argentinier an den VN-GS ab, wann ein Waffenstillstand wirksam werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2072; VS-Bd. 13589 (330); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Der argentinische VN-Botschafter Roca legte am 1. April 1982 in einer Erklärung an den VN-Sicherheitsrat die argentinische Rechtsauffassung zur Souveränität über die Falkland-Inseln dar. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 476 f.

einen Anspruch darauf. Einen solchen Anspruch halte man in London nicht für gerechtfertigt, man bestreite aber den Argentinern nicht das Recht auf eine solche Auffassung. GB sei auch nicht verpflichtet, die nach seiner Auffassung bestehende Situation für immer aufrechtzuerhalten. Jedoch müßten die Wünsche der Bevölkerung, „das Selbstbestimmungsrecht“, berücksichtigt werden. Wenn man Lösungen vorschläge, wie die eines assoziierten Territoriums, einer Treuhandschaft oder der Unabhängigkeit, würde man auf britischer Seite nicht im Wege stehen.

Die argentinische Ablehnung habe London nicht überrascht. Argentinien lege offenbar das Schwergewicht jetzt auf die UNO. Der argentinische Außenminister<sup>8</sup> habe auf den Vorschlag des UN-Generalsekretärs eine positive Antwort gegeben. Die britische Regierung habe ebenfalls heute diesen Vorschlag als eine Grundlage für Verhandlungen akzeptiert. Dieser Vorschlag sei auf der Linie der amerikanischen Vorschläge, diese letzteren seien jedoch detailliert, während der Vorschlag des Generalsekretärs nur einen allgemeinen Rahmen enthalte. Die Formulierung des Vorschlages des Generalsekretärs werfe unter anderem die Frage auf, ob einer Feuereinstellung ein automatischer Rückzug beider Seiten folge. Dies könne sicher geklärt werden. Die britischen Militärs glaubten, daß ein Rückzug in sieben Tagen zu bewerkstelligen sei. Man könne das auch in zehn Tagen machen, aber wichtig sei ein Überprüfungsmechanismus und eine Abdeckung der Sicherheitslücke in der Zwischenzeit. Er und auch Al Haig hätten Zweifel, ob die UNO nicht zu lange Zeit brauche und ob sie überhaupt in der Lage sei, eine detaillierte Vereinbarung auszuarbeiten. Die Argentinier spielten aber offenbar auf Zeit und hofften, daß die Behandlung der Sache in der UNO die Briten zu einer Annäherung an die argentinische Position bringen könne. Man müsse also an andere Arrangements denken. Möglicherweise werde Haig wieder ins Spiel kommen. Zur Zeit seien seine Vorschläge und die peruanische Rolle jedoch durch das glatte argentinische Nein vom Tisch.

Auf britischer Seite denke man daran, heute oder morgen die Einzelheiten der amerikanisch-peruanischen Vorschläge, die GB akzeptiert habe, zu veröffentlichen. Es gäbe eine große Informationslücke, und die Öffentlichkeit sollte wissen, wie die Dinge tatsächlich stünden. Wenn der Generalsekretär seine Vorschläge ebenfalls veröffentliche, wäre das ebenfalls nützlich. Diese sehen keine Interimsregelung, keine Kontaktgruppe und keine Verifikation vor.

*BM* begrüßte den Gedanken der Veröffentlichung und regte an, daß die britische Regierung gleichzeitig einen einseitigen Waffenstillstand für 48 Stunden erklären sollte, wobei die Erwartung ausgedrückt werden könnte, daß Argentinien die Zeit nutze, um zuzustimmen. Dies könne einen enormen Effekt auf die Weltmeinung haben. Argentinien werde in der Zeit nicht wagen, die Briten anzugreifen. Es sei wichtig, daß GB jetzt die Weltmeinung beeinflusse.

*Pym* erwiderte: Er werde diese Anregung „as a challenge“ in Betracht ziehen. Er wies auf den notwendigen Zeitabstand zwischen der Erklärung einer Feuereinstellung und dem Inkrafttreten hin, da man einige Zeit brauche, um die Befehle an die U-Boote zu übermitteln.

<sup>8</sup> Nicanor Costa Méndez.

(In diesem Moment wurde Pym angerufen und bei diesem Telefongespräch teilte er den Vorschlag von BM für eine einseitige Feuereinstellung mit.)

Pym wies erneut auf die unterschiedlichen Einsatzbefehle der argentinischen und der britischen Flotte hin. Wir hätten die Briten ja über unsere Erkenntnisse unterrichtet. Auf die Frage von BM, ob er die gestrige Mitteilung meine, erwiderte er, wir hätten dies schon früher mitgeteilt. Die argentinischen Einsatzbefehle bezögen sich auf die argentinische maritime Ausschlußzone. Die Briten seien hier besonders besorgt über den argentinischen Flugzeugträger. Dieser habe selbst seinen Radius, und seine Flugzeuge hätten einen 500-Meilen-Radius. Wenn der Flugzeugträger versenkt würde, würde dies als ein schlimmer Kriegsakt angeprangert werden. Aber wenn die diplomatischen Bemühungen scheiterten, werde man eine Landung in Betracht ziehen müssen. Dann komme der Luftdeckung und diesem Flugzeugträger eine wichtige Bedeutung zu. Besonders die gegenwärtige Position des Trägers beunruhe. Wenn er versenkt würde, würde dies absolut im Bereiche der britischen Warnung liegen und völlig legal sein. Er wisse nicht, wann dies passieren könne, da dies von der Position der britischen U-Boote abhängige; er hoffe auch, daß man dies vermeiden könne. Aber solange die britischen Schiffe im Bereiche des Kreuzers seien, könne man sich nicht darauf einlassen zu warten, ob die Argentinier als erste angriffen. Zuletzt sei der Kreuzer nordwärts gefahren. Wenn er diese Bewegung fortsetze und sich weit genug entferne, werde nichts passieren. Für einige Stunden hätten die Argentinier nicht angegriffen; er wisse nicht, ob dies bewußte Politik sei. Eine genügend weite Entfernung des Flugzeugträgers sei das Wichtigste, was man in Ermangelung einer Feuereinstellung erreichen könne.

BM unterstrich, daß die Briten mit einer Veröffentlichung der Vorschläge, die London akzeptiert habe, und einer Erklärung eines einseitigen Waffenstillstandes für 48 Stunden großen psychologischen Druck auf Argentinien ausüben könnten. Die öffentliche Meinung in der Welt sei heute konzentriert darauf, daß keine Menschenleben verloren würden. Wer hier in die Vorhand komme, bringe sich in die bessere Position. Wenn die Briten dies täten, würde es schwerer für Argentinien, die Streitkräfte in dem von Pym angegebenen Sinne zu bewegen.

Pym meinte darauf, es gäbe ein Problem mit dem Waffenstillstand. Die Argentinier seien weiter auf den Inseln. Für die britische Flotte sei der Zeitfaktor wichtig. Man wolle nicht in die Lage geraten, daß die Argentinier unbehelligt auf den Inseln blieben und die britische Flotte sich fernzuhalten habe. Auf den Einwand des Ministers, daß die Begrenzung des Waffenstillstandes auf 48 Stunden diesem Problem Rechnung trage, meinte Pym, es sei schon wichtig, daß ein gleichzeitiger Rückzug der Streitkräfte beider Seiten stattfinde und man, wie in den amerikanisch-peruanischen Vorschlägen vorgesehen, ein Verifikations-Schema habe. Es sei schwierig, die britischen Matrosen nach dem Ablauf von 48 Stunden wieder in die vorherige Lage zurückzubringen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß der argentinische Rückzug der zentrale Teil der Resolution 502<sup>9</sup> sei. Argentinien habe bei seiner Reaktion auf die Waffenstillstandsvorschläge den Rückzug ausgelassen. Pym kam nochmals auf die bedrohliche Position des argentinischen Kreuzers zurück und erwähnte erneut

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

den schweren Verlust der Sheffield. Er wies darauf hin, daß die Briten ein Luftbild des Flugplatzes von Port Stanley machen und veröffentlichen wollten. Zuerst habe man nur einen Teil der Landebahn zerstört, die danach noch von kleineren Flugzeugen hätte benutzt werden können, die nicht mehr für die Flotte, aber noch innerhalb des Inselbereiches eine Bedrohung dargestellt hätten. Bei dem zweiten Angriff habe man auch den Rest der Landebahn unbrauchbar gemacht. Schlechtes Wetter verhindere zur Zeit jedoch eine solche Luftaufnahme. Pym gab die vermutete Anzahl argentinischer Truppen auf den Inseln mit 9000 an. Er betonte, daß die Briten keine weitere militärische Entscheidung in der nahen Zukunft planten, falls nicht etwas Neues passiere. Deshalb beunruhige sie der Träger.

Auf Frage von BM ergänzte er, daß man Warnungen ausgesprochen habe. Sie lägen auf dem Tisch der UN. Auf weitere Rückfrage fügte er hinzu, man habe gewisse Hemmungen, spezielle Warnungen auszusprechen, weil diese die bereits existierenden abwerten könnten. Auf Frage von BM nach dem Schutz des Trägers gab Pym an, daß dieser bisher einen Zerstörer bei sich gehabt habe; der Kreuzer habe zwei Zerstörer bei sich gehabt, die man nicht als Bedrohung empfunden und deshalb auch nicht angegriffen habe.

BM berichtete, das Kabinett habe gestern die Falkland-Entwicklung im Detail erörtert.<sup>10</sup> Dabei sei großes Mitgefühl für die britischen Soldaten ausgedrückt worden, die bei dem Untergang der Sheffield ums Leben gekommen oder verwundet worden seien. Alle Aspekte des Konfliktes seien erörtert worden. Deshalb sei er sehr befriedigt über die Absicht, die positive britische Antwort auf die amerikanisch-peruanischen Vorschläge öffentlich zum Ausdruck zu bringen, und er glaube, daß mit dem zusätzlichen Angebot einer 48-stündigen Feuerpause in der Öffentlichkeit etwas bewegt werden könne. Pym kenne die irische Erklärung.<sup>11</sup> Wir müßten die Meinungen in der Gemeinschaft wieder zusammenführen. Unabhängig von Falkland sei die Einheit der Gemeinschaft und des Bündnisses wichtig an sich. Eine Feueinstellung würde auch in Lateinamerika Auswirkungen haben. Sie könne dazu beitragen, daß Druck auf Argentinien ausgeübt werde und man Buenos Aires frage, warum der unter Beteiligung von Peru zustande gekommene und inhaltlich vernünftige Vorschlag abgelehnt worden sei. BM betonte, wir seien froh, daß die USA sich an diesem Vorschlag beteiligt haben. Wir messen einem Erfolg der Amerikaner in dieser Sache große Bedeutung bei. BM erinnerte an die Ankündigung Gromykos bei seinem Besuch in Belgrad<sup>12</sup>, als die Falkland-Krise gerade begann: Das Ergebnis dieser Entwicklung werde zu einer tiefen Vertrauenskrise im Bündnis führen. BM betonte, dem müßten wir entgegenwirken. Wenn man den amerikanisch-peruanischen Bemühungen zum Erfolg verhelfen könnte, würde dies die amerikanische Position in Lateinamerika wieder verbessern, die internationale Rolle der USA stärken und in Europa die Länder wieder zusammenführen, so daß die Gesamtentwicklung wieder besser unter Kontrolle gebracht werde. Der Bundeskanzler und er hätten im Kabinett mit großem Ernst auf den Wert hin-

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Appell der Bundesregierung vom 5. Mai 1982 zur friedlichen Lösung des Falkland-Krieges; BULLETIN 1982, S. 324.

<sup>11</sup> Zur irischen Haltung zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 131, Anm. 3.

<sup>12</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 4. bis 6. April 1982 in Jugoslawien auf.

gewiesen, den für uns die volle Solidarität mit unserem Alliierten, Partner und Freund im Bündnis habe. Sie hätten auch betont, welche Bedeutung dies für die Sowjetunion und andere Staaten in der Welt habe.

*Pym* bedankte sich besonders für diesen Hinweis. Er stimmte auch der Bedeutung eines Erfolgs der amerikanischen Bemühungen für die USA und für Haig persönlich zu, der große Risiken auf sich genommen habe. *Pym* räumte die Schwächung der NATO durch den Entzug der im Falkland-Konflikt engagierten britischen Streitkräfte ein, meinte aber, daß der bevorstehende NATO-Gipfel<sup>13</sup> und der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Europa<sup>14</sup> die Stärke und Solidarität des Bündnisses unterstreichen würden. Die NATO sei schließlich gegründet worden, um die europäische Verteidigung wirksam zu machen und um einen Beitrag zur Gemeinsamkeit in internationalen Angelegenheiten zu leisten. Wenn man nach der Aggression im Südatlantik nicht zueinander stehen könne, wann werde man dies dann können? Falls Großbritannien Erfolg habe, werde die Welt danach sicherer sein, denn es sei demonstriert worden, daß man nicht zulasse, daß ein demokratisches Land durch einen Nachbarn überrannt werde. *Pym* äußerte sich sehr kritisch über die irische Haltung. Er dankte für den Beistand, den die Bundesrepublik unter eigenen Opfern durch die Sanktionen<sup>15</sup> Großbritannien geleistet habe. Er habe vor, die Verlängerung der in zehn Tagen auslaufenden EG-Sanktionen bei dem Treffen der zehn Außenminister am Wochenende aufzubringen.<sup>16</sup> Er bat allerdings BM um einen Rat zu dieser Frage. *BM* empfahl, den Gang der Diskussion und die Entwicklung der öffentlichen Meinung noch abzuwarten. Im Moment sei die öffentliche Meinung in Europa in einer kritischen Phase. Von daher sei eine britische Aktion, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, günstig. Eine Feuereinstellung, wenn auch mit zeitlicher Begrenzung, könne viel bewirken, auch gegen die Gefahr, daß Argentinien auf Zeit spiele. Er habe das Gefühl, daß auch in Argentinien viele Menschen nachdenklich würden. Die Zeit müsse deshalb nicht für Argentinien arbeiten. *Pym* stimmte zu: Nach britischer Einschätzung wollten 50 % der Argentinier oder mehr keinen Krieg. Zu den anderen gehörten die Peronisten und die Militärs. Auf Frage von *BM* bezeichnete *Pym* die britische öffentliche Meinung als hinter der Regierung stehend. Niemand liebe Verluste; viele Briten würden auch nichts dagegen haben, wenn ein weiteres argentinisches Schiff versenkt werde. Im Parlament habe die Regierung jedoch eine breite Unterstützung für ihre Haltung, gleichzeitig mit dem militärischen und wirtschaftlichen Druck die diplomatischen Bemühungen fortzusetzen. *Pym* erwähnte in diesem Zusammenhang die Erklärung der Bundesregierung nach der letzten Kabinettsitzung, die gewisse Zweifel ausgedrückt habe, und betonte die Bedeutung, die Solidarität für Großbritannien habe. *BM* erkundigte sich nach den Kommunalwahlen am gleichen Tage und den Auswirkungen der Falkland-

<sup>13</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>14</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>15</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>16</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple vgl. Dok. 145.

Entwicklung auf die Wahlergebnisse.<sup>17</sup> *Pym* erläuterte, daß merkwürdigerweise („strangely“) die Falkland-Entwicklung Frau Thatcher geholfen habe. Dieses Thema verdränge z. Zt. alle anderen Fragen in Großbritannien. *BM* wies darauf hin, daß dieses Thema auch bei uns im Fernsehen und in der Öffentlichkeit eine große Rolle spiele. Er unterstrich unsere Hoffnung, daß es zu einer Lösung ohne Kampfhandlungen komme.

*BM* erkundigte sich, ob *Pym* am Wochenende beim Außenministertreffen der Zehn auch die Haushaltsfragen<sup>18</sup> behandeln wolle. *Pym* erwiderte, wenn möglich, sollte man hier Fortschritte zu machen suchen. Er werde am Abend mit *PM Thatcher* und *Minister Howe* die Angelegenheit erörtern. Man brauche jetzt Solidarität, die Haushaltsfrage sei jedoch ein trennender Faktor. Wenn wir etwas über 800 hinausgehen könnten und er auch etwas tun könne, das werde sicher nicht viel sein, dann werde man vielleicht eine gewisse Bewegung machen können.

*BM* erläuterte die Schwierigkeiten für ein Land, das einziger Nettozahler sei. Dies müsse bei uns und anderen zu psychologischen Aufrüchen<sup>19</sup> führen. Man müsse die Möglichkeiten der Bundesrepublik richtig einschätzen. *Pym* wisse, wie schwierig es sei, vor Öffentlichkeit und Parlament eine Nettozahlerposition zu vertreten. Aber die Briten hätten damals noch Gesellschaft gehabt. Wir sagten, wir wollten einen reduzierten Beitrag zum britischen Haushaltsproblem. Was bei dem letzten Treffen beim Essen mit *Tindemans* und *Thorn* über die Größenordnung gesagt worden sei, sei für ihn, *BM*, mehr, als sein Kabinettsbeschluß ihm erlaube. In seinem Gespräch mit *Tindemans* und *Thorn* habe er eine Zahl auf persönliche Verantwortung genannt, weil er eine Lösung jetzt wolle, mit Rücksicht auf die Landwirtschaft und auch mit Rücksicht auf die Reputation der EG in der Welt. Er müsse das im Kabinett durchsetzen und werde dies auch tun. Er bitte aber zu sehen, daß die Zahlen, die am Tisch genannt worden seien, nicht nur für uns, sondern auch für andere die Grenzen des Möglichen darstellten. Damit seien das britische Problem in der Substanz akzeptiert und die Ziele erreicht, die bei dem Kompromiß 1980<sup>20</sup> genannt worden seien. Inzwischen seien die Briten besser weggekommen, als damals angenommen worden sei. Dies mache die Verhandlungen auch nicht leichter. Im Kabinett sei er nach der Rückzahlung der überzahlten Beträge gefragt worden. Bei realistischer Einschätzung stellten die Zahlen von *Tindemans* und *Thorn* das dar, was die Gemeinschaft tragen könne.

*Pym* entgegnete: 1981 sei Deutschland tatsächlich einziger Nettozahler. In den folgenden Jahren werde jedoch GB Nettozahler sein. Dabei sei Großbritannien etwa an fünfter oder sechster Stelle des wirtschaftlichen Wohlstands in der Gemeinschaft; man sollte deshalb eher Nettoempfänger sein. Diese Position nehme die britische Regierung jedoch nicht ein. Sie akzeptiere, Nettozahler zu

<sup>17</sup> In England und Schottland fanden am 6. Mai 1982 Kommunalwahlen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 35 Prozent entfielen 39 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die Conservative and Unionist Party, 32 Prozent auf die Labour Party und 26 Prozent auf die SDP.

<sup>18</sup> Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>19</sup> So in der Vorlage.

<sup>20</sup> Zu den Beschlüssen des EG-Ministerrats am 29./30. Mai 1980 in Brüssel zu den britischen Beitragszahlungen vgl. Dok. 42, Anm. 11.

sein, wolle aber ein bescheidener Nettozahler werden. Ohne eine Änderung werde man aber ein größerer Nettozahler als Deutschland. In den vorliegenden Zahlen sei der Abstand zu dem, was man in Großbritannien als fair verstehe, noch zu groß. *BM* legte dar, wie die deutsche Zustimmung zu dem Kompromiß 1980 zustande gekommen sei, wie er damals StM von Dohnanyi aus Gründen der Staatsraison gestützt habe und welche Empfindlichkeit diese Sache bei uns zurückgelassen habe.

*Pym* betonte, daß damals ein Arrangement gemacht worden sei. Später habe sich herausgestellt, daß GB besser abgeschnitten habe, dies sei aber auch anderen so gegangen. Er glaube nicht, daß PM Thatcher mit 50% durch das Unterhaus komme. *BM* empfahl, den Unterschied zu den früheren Erwartungen zu berücksichtigen. Er wies auf die Haushaltsprobleme bei uns und die Folgen für die Sozialleistungen hin. Deshalb sei es doppelt schwer, jetzt in Europa noch weiter zu gehen. *Pym* meinte, er werde heute abend die Premierministerin sprechen. Sie sei aber nicht in der Stimmung, einfacher zu werden. Man habe die Labour-Partei gegen sich, und im Lande glaubten die Leute einfach, die EG mache ihr Budget auf einer für die Briten unfairen Grundlage. Und dies sei schlecht für die Stimmung im Lande gegenüber der Gemeinschaft.

**VS-Bd. 12941 (204)**

## 138

### Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-12325/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 276

Aufgabe: 6. Mai 1982, 11.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Mai 1982, 10.31 Uhr

Betr.: Rüstungswirtschaftliche Beziehungen zu Iran;  
hier: Firma Rohde und Schwarz, München

Bezug: Lfd. Berichterstattung

Firma Rohde und Schwarz hat das als Anlage folgende Schreiben vom 19.3.1982<sup>2</sup> der Botschaft zur Information übersandt. Die danach notwendigen Schrit-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 6. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 422 mit der handschriftlichen „B[itt]e um Übernahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Schöning am 10. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Mit ihrem Schreiben unterrichtete die Firma Rohde und Schwarz über folgenden Lieferwunsch aus dem Iran: „Aus aktuellem Anlaß bemüht sich die iranische Marine seit geraumer Zeit, für die im Jahre 1977/78 mit Zustimmung des Bundesministeriums für Verteidigung von uns gelieferten VHF-UHF multichannel Systeme XT 3030/2 100-400 MHz, ein Ersatzteilpaket zu bestellen. Diese Art von Ersatzteilen sind nach den derzeit gültigen Bestimmungen nach Liste 0011 des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft genehmigungspflichtig. In langen Verhandlungen mit den Bedarfsträgern der iranischen Marine wurde seitens unseres Hauses besonderes Augenmerk darauf verwendet, daß das angebotene Ersatzteilpaket es nicht ermöglicht, komplette Systeme

te im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens wird die Firma in der Bundesrepublik Deutschland einleiten.

In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in Iran und des noch immer nicht abgeschlossenen Entscheidungsprozesses, ob die Technologie für die Armee vom Westen oder vom Osten übernommen werden soll, ist nach Auffassung der Botschaft das aus der Anlage hervorgehende Anliegen von besonderer Bedeutung.

Die bisherigen guten Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Iran, gerade auch auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet, sind von den betroffenen deutschen Firmen auch nach der Revolution<sup>3</sup> besonders sorgfältig und umsichtig gepflegt worden. Trotz vieler Widerstände von außen (Ostblock) und innen (revolutionäre Institutionen und linksgerichtete Gruppen) ist die Vertrauensbasis, die in langjähriger traditioneller Zusammenarbeit aufgebaut werden konnte, erhalten geblieben. Dies ist nach Auffassung der Botschaft um so beachtenswerter, als die östliche Seite das zwangsläufig durch die politischen Veränderungen entstandene Vakuum auszufüllen versucht hat. Da in vielen nicht unwichtigen Bereichen junge linksorientierte Revolutionäre über die zukünftige Entwicklung entscheiden, dürfte, wenn sich der Westen aus der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit – aus welchen Gründen auch immer – zurückzieht, eine entscheidende zukunftsorientierte Weichenstellung in technologischer Hinsicht erfolgen, die aufgrund ihres naturgemäß langfristig angelegten Programms spätere Einflußmöglichkeiten kaum mehr offenläßt. Im Falle Iran sollte unsere Rüstungsexportpolitik Bestandteil unserer westlichen Abwehrstrategie sein und mithelfen, die sowjetischen Machtexpansionsbestrebungen im Nahen Osten einzudämmen. Mit der bisherigen Politik haben wir ein Abdriften verhindern können und darüber hinaus mit unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch solche mehr technisch-pragmatisch denkenden Kräfte gestärkt, die gerade zu uns und damit dem Westen gute Beziehungen erhalten wollen.<sup>4</sup>

Der aus der Anlage ersichtliche Sachverhalt gibt einmal mehr die Möglichkeit, in diesem Sinne weiter zu wirken. Aus diesem Grunde würde es die Botschaft mit Nachdruck begrüßen, wenn dem iranischen Anliegen entsprochen werden könnte, zumal es sich um Verpflichtungen aus Altverträgen handelt und unsere

*Fortsetzung Fußnote von Seite 703*

zusammenzustellen. Es handelt sich somit um reine Service-Hilfsmittel, die einer Reparatur der kundeneigenen XT 3030-Anlage zugrunde liegt. Ein entsprechender Antrag über die Lieferung der hier aufgezeigten Ersatzteile im Wert von DM 5,2 Mio. liegt nun unserem Hause vor.“ Vgl. VS-Bd. 10407 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 43, Anm. 15.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 9. Juni 1982, seit „der iranischen Revolution wurden keine Lieferungen von Kriegswaffen in den Iran genehmigt. Seit Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges im September 1980 wurden folgende sonstige Rüstungsgüter (ausfuhrgenehmigungspflichtig nach dem Außenwirtschaftsgesetz) für den Iran genehmigt: Fa. Heckler und Koch: Schnitt-, Stanz- und Formwerkzeuge zur Fertigung von Gewehrteilen (aufgrund von Altverträgen), Wert: ca. 1,47 Mio. DM; Fa. Fritz Werner: Werkzeuge, Ersatz- und Verschleißteile für Maschinen zur Munitionsherstellung (aufgrund von Altverträgen), Wert: ca. 15,9 Mio. DM; Fa. Mauser: Ersatzteile für Munitionsprüfgeräte (aufgrund von Altverträgen), Wert: ca. 200 000 DM. Ferner wurden genehmigt (Ausfuhrliste C): Fa. Standard Elektrik Lorenz: Navigationsanlagen zur Flugsicherung, Wert: ca. 3,7 Mio. DM; AEG Telefunken: Gerät für Telegrafentechnik, Wert: ca. 213 000 DM. Im übrigen wurden für Geräte für Güter, die zur Kriegsführung bestimmt sind, keine Genehmigungen erteilt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135797.

neutrale Haltung im iranisch-irakischen Konflikt<sup>5</sup> nicht tangiert würde. Wenn nichtwestliche Lieferanten in den von der Firma Rohde und Schwarz genannten sensitiven Bereichen Eingang finden, stehen ihnen auch die Ergebnisse zur Verfügung. Dies dürfte nicht in unserem Interesse liegen.

Die Botschaft würde es deshalb begrüßen, wenn der Firma Rohde und Schwarz – hiesiger Repräsentant, Herr Kiening, wird ab 8. Mai 1982 ebenfalls in der Bundesrepublik Deutschland sein – die Gelegenheit gegeben würde, weitere Details auch im Hinblick auf die Situation in der Armee vortragen zu können.

Botschaft ist wegen genereller Bedeutung der Sache gern bereit, die im Entscheidungsprozeß sich möglicherweise noch ergebenden Fragen zu beantworten und bittet, vor endgültiger Entscheidung Gelegenheit zu weiterer Stellungnahme zu erhalten.<sup>6</sup>

[gez.] Strenziok

**VS-Bd. 10407 (422)**

<sup>5</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 124, Anm. 3.

<sup>6</sup> Am 1. Juli 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat von Hoessle, Vertreter der Firma Rohde und Schwarz seien wegen einer Lieferung von Ersatzteilen an die iranische Marine im Auswärtigen Amt vorstellig geworden: „Ich habe kurz dargelegt, welche Überlegungen für uns als Länderreferat bei der Stellungnahme ausschlaggebend sind und im übrigen darauf hingewiesen, daß über Genehmigung oder Ablehnung noch nichts gesagt werden könne. Die grundsätzliche Zuständigkeit im AA liege im übrigen bei Referat 422“. Hoessles Rücksprache mit Referat 422 habe sodann ergeben, daß „zur Zeit keine grundsätzlichen Bedenken gegen die geplante Lieferung aus einem Altvertrag bzw. Lieferung von Ersatzteilen zu bereits bei der iranischen Marine vorhandenen Anlagen“ vorlägen. „Politischer Hinderungsgrund für Zustimmung könnte allerdings möglicher Einsatz der iranischen Marine bei Maßnahmen gegen arabische Golfstaaten sein.“ Hoessle wies ferner darauf hin, daß mit einem offiziellen Antrag der Firma Rohde und Schwarz in Bälde zu rechnen sei.“ Vgl. VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

Mit Schreiben vom 12. Juli 1982 ersuchte das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft das Auswärtige Amt um Zustimmung zu der von der Firma Rohde und Schwarz beantragten Genehmigung für die Lieferung eines Satzes „Ersatzbaugruppen und Ersatzteile für VHF-UHF-Multichannel-Transceiver Typ XT 3030/2 (Teile für die 1977/78 mit Behördengenehmigung gelieferten Geräte)“ an das Verteidigungsministerium des Iran. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte auf dem Schreiben, daß seitens des Referats 311 keine Bedenken bestünden. Vgl. Referat 424, Bd. 135797.

139

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-12332/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 888  
Citissime

**Aufgabe: 6. Mai 1982, 15.45 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. Mai 1982, 16.10 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 6./7. Mai 1982 in Brüssel;  
hier: „Restricted Session“ am 6.5.82

Zur Unterrichtung

1) In Vormittagssitzung befaßten sich die Verteidigungsminister der NATO mit folgenden Themen:

- Strategiediskussion
- Bedrohung von außerhalb des NATO-Gebiets
- Falkland-Krise
- Verteidigungsthematik auf Bonner Gipfeltreffen

2) Im einzelnen

a) Strategiediskussion

Der Vorsitzende des Militärausschusses (CMC<sup>2</sup>) stellte fest, daß der von NATO am 4.5. veröffentlichte Streitkräftevergleich<sup>3</sup> die von der Öffentlichkeit erwartete autoritative Antwort auf die Frage gegeben habe, ob es seitens der SU wirklich eine militärische Bedrohung und daher auch die Notwendigkeit der Verstärkung des konventionellen Potentials der NATO gebe. Im gleichen Zeitpunkt sei die Öffentlichkeit jedoch durch McNamara et al. auf eine neue Frage gestoßen worden: Ob denn nicht bei ausreichender Erhöhung dieses Potentials ein Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz (NFU<sup>4</sup>) möglich wäre.<sup>5</sup>

Admiral Falls erklärte, daß es zur Strategie der flexiblen Antwort<sup>6</sup> keine vernünftige Alternative gebe, räumte aber ein, daß die Frage des nuklearen Ersteinsatzes „akademisch“ werden könne, sofern es der NATO gelinge, die nukleare Schwelle durch Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit bedeutend anzuheben. Es gehe allerdings um Vermeidung jeder Art von Krieg. Auch eine konventionelle Auseinandersetzung würde schließlich unvorstellbare Schäden anrichten<sup>7</sup>.

Minister Apel warnte daraufhin vor der Annahme, daß die Abschreckung rein konventionell aufrechterhalten werden könne, und zwar selbst dann, wenn kon-

<sup>1</sup> Hat Vortragenden Legationsräten Seibert und Boden am 6. bzw. 7. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Chief Military Committee.

<sup>3</sup> Für die in der Bundesrepublik erschienene Buchhandelsausgabe vgl. KRIEG ODER FRIEDEN. Die offizielle NATO-Studie über den Kräftevergleich West-Ost, hrsg. von Rüdiger Moniac, München 1982.

<sup>4</sup> No First Use.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“, FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198.

<sup>6</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „ausrichten“.

ventionelle Parität erreichbar wäre. Denn dann würde die NATO-Reaktion für die SU kalkulierbar und ein für uns vernichtender Krieg in Europa unter Ausparung sowjetischen Territoriums für sie wieder denkbar.

Die NATO könne also auch bei Verstärkung ihres konventionellen Potentials keineswegs auf die Streitkräfte triade bzw. die nukleare Komponente der Abschreckung verzichten.

#### b) Südwestasien (SWA)/Rapid Deployment Force (RDF)<sup>8</sup>

Der CMC berichtete über Stand der Studie des IMS über die Konsequenzen, welche sich für die NATO aus den Planungen der USA für SWA ergeben. Die Studie gehe von der hoffentlich nicht eintretenden pessimistischen Annahme aus, daß für den NATO-Einsatz vorgesehene US-Kräfte wegen Dislozierung nach SWA in einer Doppelkrise nicht verfügbar wären. Als Schwachstellen seien für diesen Fall zu identifizieren:

- strategischer Lufttransport,
- taktische Luftstreitkräfte in Europa,
- Überwachung der atlantischen Zugänge,
- logistische Unterstützung in Europa (combat support).

Die Studienergebnisse seien voraussichtlich für die Streitkräfteplanung 1985–1990 relevant.

Weinberger warnte vor der Wunschvorstellung, daß sich die Probleme in SWA verflüchtigen könnten.<sup>9</sup> Die USA werde weiterhin im Interesse der gesamten Allianz beträchtliche Aufwendungen für die militärische Stabilisierung dieser Regionen erbringen müssen. Die Falkland-Krise illustriere, wie wichtig die Fähigkeit der Bündnispartner sei, flexibel die zeitweise Verlegung von NATO-assignierten Streitkräften in andere Regionen zu kompensieren.

#### c) Falkland-Krise

Minister Nott erklärte, es gehe nicht nur um territoriale Fragen, sondern um höchste Prinzipien der zwischenstaatlichen Ordnung. Nur Dank der Geschlossenheit des Westens (Sanktionen<sup>10</sup>) und militärischen Drucks bestehe Hoffnung auf eine Verhandlungslösung. Die sei von Anfang an erschwert worden, weil es in Argentinien keine „normale“, sondern eine inkohärente, entscheidungsschwache Regierung gebe. Die britische Entschlossenheit und Demonstration militärischer Fähigkeiten im Falkland-Konflikt komme der Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung schlechthin zugute. London werde seine Be-

<sup>8</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 131, Anm. 23.

<sup>9</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), legte am 7. April 1982 zur Krisenfallplanung der USA für Südwestasien dar: „Bei der Weiterentwicklung des amerikanischen Konzepts waren Verteidigungsminister Weinberger und das Pentagon die treibende Kraft. Das Bündnis wurde darüber nur punktuell unterrichtet. [...] Die Überlegungen im Pentagon scheinen sich auf die sowjetische Bedrohung gegen Iran zu konzentrieren. Assistant Secretary of Defence F. J. West bezeichnete in einem hearing vor dem zuständigen Senatsausschuß eine sowjetische Invasion in Iran als die ernsthafteste Gefahr für Südwestasien. Das Szenario der Übung Hilex 82 (März 1982) beruhte auf ähnlichen Annahmen: Die Sowjetunion dringt in die Nordprovinzen Irans ein, nachdem sich dort im Zuge des Verfalls der gesamtstaatlichen Ordnung eine sowjetfreundliche Provinzregierung etabliert hat. Auf Ersuchen von Saudi-Arabien und Oman werden daraufhin Teile der RDF in diese beiden Golfstaaten verlegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 664; VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien; Dok. 113, Anm. 11.

mühungen um eine friedliche Lösung fortsetzen, aber einem Waffenstillstand vor Räumung der Inseln nicht zustimmen. Denn sonst könnte Argentinien seine Besetzung zementieren. Der Westen hätte Argentinien damit erlaubt, das gesamte Gefüge des Völkerrechts zu schwächen.

Zur Rechtfertigung der Versenkung der „General Belgrano“<sup>11</sup> führte Nott aus, der Kreuzer habe ein untragbares Risiko für die britische Task Force dargestellt. Da er von zwei Zerstörern begleitet worden sei, habe man davon ausgehen können, daß die Mannschaft des Kreuzers von ihnen aufgenommen würde. Der Torpedoangriff habe nach „politischer Konsultation“ des Task-Force-Befehlshabers<sup>12</sup> mit London stattgefunden.

d) Bonner Gipfel (10.6.)<sup>13</sup>

Nachdem die europäischen Verteidigungsminister während des „Euro-Dinner“ am 5.5.<sup>14</sup> mit dem Ausdruck des Bedauerns festgestellt hatten, daß die Verteidigungsminister nicht zum Gipfel eingeladen seien, gab auch Weinberger im DPC zu erkennen, daß er nicht nach Bonn kommen wird. Er insistierte jedoch darauf, daß der Gipfel substantielle, detaillierte Aussagen auch zu Verteidigungsfragen mache. Wenn dies mit französischer Zustimmung in der Gipfelerklärung<sup>15</sup> geschehe, dann um so besser. Andernfalls müsse es zu einer gesonderten Erklärung der Vierzehn kommen. Nur wenn die NATO den Sowjets so signalisiere, daß sie ihre Verteidigung nicht vernachlässige, hätten die Rüstungskontrollinitiativen wie für INF und START eine Chance. (Weinberger drückte Hoffnung aus, daß START-Verhandlungen bereits „vor Ende des Sommers“ beginnen.<sup>16</sup>)

Auf Vorschlag Weinbergers setzte das DPC ohne jeden Enthusiasmus und mit fast allseits schweren Bedenken gegen den Inhalt des amerikanischen Entwurfs eine „High Level Ad Hoc Group“ ein, welche auf Grundlage des dort vorliegenden amerikanischen Entwurfs für eine „Gipfel-Charter über die Verbesserung der

<sup>11</sup> Zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ vgl. Dok. 131, Anm. 2.

<sup>12</sup> John Woodward.

<sup>13</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>14</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 6. Mai 1982, daß bei der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am Vortag in Brüssel auch auf die Gefahr hingewiesen worden sei, „aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung für die Verteidigung in Zukunft Mittel nur noch in abnehmendem Maße in den Haushalten zugestanden zu bekommen“. Bundesminister Apel habe demgegenüber betont, „daß man Sicherheit auch als soziale Sicherheit sehen müsse und daß zumindest bei uns die Grenzen, in denen man den Verteidigungshaushalt zu Lasten des Sozialhaushaltes bevorzugt behandeln könne, eng gezogen seien. Er wies weiterhin auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die sich daraus ergäben, daß wir u. a. der einzige Nettozahler der EG seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 884; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Am 6. Mai 1982 unterrichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), über die Arbeit an einer Erklärung für die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982: „Der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) hat in ganztägigen Sitzungen am 5.5. und 6.5. den ersten Entwurf einer Gipfelerklärung auf der Grundlage von Weisungen überarbeitet. Das Ergebnis ist ein noch in vieler Hinsicht überarbeitungsbedürftiger Entwurf [...]. Die Verhandlungen im SPC waren dadurch schwierig, daß vor allem von französischer Seite mit Insistenz umfangreiche Textvorschläge vorgebracht wurden [...], die zwar im ganzen gesehen akzeptabel waren, aber im einzelnen gedankliche und sprachliche Ungereimtheiten enthielten, die zum Teil noch im Text enthalten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 898; VS-Bd. 12003 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>16</sup> Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187.

konventionellen Verteidigung“ versuchen soll, einen Text zu erarbeiten, welcher den Regierungschefs mit der Empfehlung zur Inkorporierung in die Gipfelerklärung oder zur Annahme unter den Vierzehn empfohlen werden soll.<sup>17</sup> (Parallel dazu wird die Arbeit an der Gipfelerklärung im SPC unter französischer Beteiligung fortgesetzt.)

Minister Apel widersprach der Annahme Weinbergers, daß die Ad-hoc-Gruppe ihre Arbeit noch vor Ende des Ministertreffens abschließen könne. Der amerikanische Entwurf müsse sehr sorgfältig geprüft werden.

Bewertung

Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, daß die Frage, ob es eine „Charter“-Erklärung der Vierzehn geben wird, erst auf dem Gipfel selbst gelöst werden wird. Es sind jedenfalls die Weichen dafür gestellt geblieben, daß die US einen (abgestimmten oder nicht abgestimmten) Text dafür dort einbringen werden.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12017 (201)

## 140

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Presse- und Informationsamt

VS-vertraulich

7. Mai 1982<sup>1</sup>

Betr.: Mein Abschiedsbesuch bei GS Erich Honecker am 6. Mai 1982;  
hier: Grundsätzliche Darlegungen des GS zum deutsch-deutschen Verhältnis nach dem Telefonat mit BK am 26. April 1982<sup>2</sup>

Das Gespräch mit GS Honecker, zu dem mich RR Tiessen in das Staatsratsgebäude begleitete, dauerte eine gute Stunde. Anwesend waren der amtierende AM Dr. Krolikowski und AL Seidel. Honecker hatte sich auf die letzte Unterhal-

<sup>17</sup> Am 29. April 1982 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), einen amerikanischen Entwurf für eine „Erklärung zur konventionellen Verteidigung“, die auf Wunsch der USA von der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 verabschiedet werden sollte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 830; VS-Bd. 12002 (201); B 150, Aktenkopien 1982. Wieck berichtete, daß bei der Plenarsitzung der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6. Mai 1982 in Brüssel ein erster „Entwurf für eine ‚Gipfel-Charta für die Verbesserung der konventionellen Verteidigung‘“ vorgelegt worden sei: „Dieser Entwurf wird noch überarbeitet und dann – wie von Minister Apel angeregt – nicht weiter im DPC verhandelt, sondern zunächst den Hauptstädten zur Stellungnahme übermittelt.“ Wieck fügte den Text des Entwurfs als Anlage bei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 896 vom 6. Mai 1982; VS-Bd. 12017 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt, am 7. Mai 1982 an Bundeskanzler Schmidt übermittelt. Dazu vermerkte er: „In der Anlage finden Sie einen Vermerk über meinen Abschiedsbesuch bei Generalsekretär Honecker.“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 12. Mai 1982 vorgelegen, der handschriftlich

tung mit mir sehr gut vorbereitet. Der GS war von Anfang an erkennbar um eine gute Gesprächsatmosphäre bemüht, wollte aber seine ernststen Sorgen vor einer Beschädigung der Beziehungen zu uns nicht verbergen. Aus einem kleinen Notizbuch trug Honecker sieben Punkte vor, die er mich dem Bundeskanzler zu übermitteln bat.

1) Unverändert mißt die DDR den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung bei. Beide Staaten haben für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses besondere Verantwortung.

2) Die Ergebnisse des Werbellin-Treffens<sup>3</sup> werden vom GS nach wie vor positiv beurteilt, auch eine Intensivierung der persönlichen Beziehungen zu BK. Allerdings sind die Resultate wegen der Entwicklungen in Polen und wegen „Kalifornien“ nicht voll zum Tragen gekommen.

3) Die DDR unterstützt den Gedanken der Sicherheitspartnerschaft.<sup>4</sup> Es wäre sehr gefährlich, wenn die Politik der Verträge durch eine Politik der Sanktionen abgelöst würde.

4) Die DDR möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich normale Beziehungen zwischen den beiden Staaten entwickeln. Davon hätten beide Staaten Nutzen.

5) Die alles überragende Frage ist die der Friedenssicherung. Hier sei er in der Grundauffassung mit BK einig.

6) Für die DDR stünden die vier Forderungen seiner Rede von Gera unverändert im Mittelpunkt.<sup>5</sup>

7) Es ist gefährlich, ein Junktim herzustellen (gemeint ist Mindestumtausch<sup>6</sup> / Swing<sup>7</sup>). Dadurch wird die Bewegungsfreiheit beider Staaten eingeschränkt, auch was Berlin-West anlangt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 709*

vermerkte: „1) Reg[istratur], bitte als VS-v eintragen. 2) Vermerk: Die all[iierten] Sprecher der Vierergruppe wurden von mir am 12. Mai in meinem Dienstzimmer unterrichtet.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13212 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 26. April 1982 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 715–726.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt erläuterte am 20. April 1982 auf dem SPD-Parteitag in München das Konzept einer Vertrags- und Sicherheitspartnerschaft zwischen den „gegnerischen Systemen“. Für den Wortlaut vgl. PARTEITAG DER SPD 1982, Bd. I, S. 149 f.

<sup>5</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 3.

<sup>6</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

<sup>7</sup> Die Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolgte über drei Unterkonten, die bis zu einem gewissen Betrag überzogen werden konnten („Swing“). Am 6. Dezember 1968 vereinbarten Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Stellvertretende Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, eine an den Lieferungen der DDR orientierte jährliche Neufestsetzung des Überziehungskredits („Swing“) in Höhe von 25 % der im Vorjahr bezahlten Lieferungen und Dienstleistungen. Für den Briefwechsel vgl. Referat II A 1, Bd. 869.

In einem Briefwechsel vom 6. Dezember 1974 vereinbarten Kleindienst und Behrendt die Fortsetzung der Swing-Regelung bis zum 31. Dezember 1981 in Höhe von maximal 850 Millionen VE. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Dezember 1974, S. 2.

Der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel, Rösch, und der Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR, Keilholz, unterzeichneten am 17. Dezember 1981 eine Vereinbarung über die Verlängerung des Überziehungskredits im innerdeutschen Handel für das erste

Der GS stellte einleitend Fragen zur Lage der Koalition. Bei seinem Telefonat habe er gespürt, daß BK die Situation realistisch und nicht zweckoptimistisch beurteile, dennoch habe die Koalition eine schwierige Wegstrecke vor sich. Schon hier gab der GS zu erkennen, daß er sich auch für die Zukunft die sozialliberale Bundesregierung als Partner wünscht. Er wolle nicht verhehlen, daß die CDU bereits ihre Fühler ausstrecke und zu erkennen gebe, daß sie deutschlandpolitisch den Kurs beibehalten werde, den die Bundesregierung verfolge. Die DDR-Führung sei allerdings an der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Opposition nicht interessiert. Im Verlauf des Gesprächs akzentuierte Honecker diesen Gedanken noch einige Male durch positive Urteile über BK und Vizkanzler Genscher.

Nach einem Exkurs über die Falkland-Krise („mit Genugtuung habe ich vernommen, daß die Bundesregierung auf Großbritannien und Argentinien mäßigen Einfluß zu nehmen versucht“) reflektierte Honecker ausführlich über die schwierig gewordene internationale Lage. Am Beispiel der Falkland-Krise könne man erkennen, wie schnell man in eine kriegerische Auseinandersetzung gerate. Der GS sprach von einem Menetekel. Obwohl der Falkland-Konflikt nicht unmittelbar dem Ost-West-Konflikt zuzuordnen sei, könne er zu einer politischen Verschlechterung der weltpolitischen Lage führen. Irgendwann sei dann auch das deutsch-deutsche Verhältnis negativ berührt.

Der Falkland-Konflikt könne womöglich gravierendere Folgen haben als die Nahost-Krise und die Spannungen im karibischen Raum. Er sehe hier unkalulierbare Risiken.

An dieser Stelle wolle er mich ausdrücklich darum bitten, dem Bundeskanzler auszurichten, wie sehr der DDR an einer Fortsetzung des Entspannungsprozesses gelegen sei. (Honecker: „Wir sind stets dialogbereit.“) Nachdem der GS abermals die Aufrechterhaltung des Friedens als die zentrale Frage bezeichnet und die uns bekannten Positionen zum NATO-Doppelbeschluß beschrieben hatte, wünschte er, sich ausdrücklich mit dem Begriff von der Sicherheitspartnerschaft und der hinter diesem Begriff stehenden Idee zu identifizieren.

Hier habe ich den GS über die Einschätzung der Falkland-Krise durch das Bundeskabinett kurz unterrichtet.<sup>8</sup> Ich habe ihn auch davon informiert, auf welcher Linie BK auf der NATO-Gipfelkonferenz<sup>9</sup> argumentieren werde. Auf mei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 710*

Halbjahr 1982. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 99 f.

Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 13. Mai 1982 zur Erörterung des „Swing“ beim Treffen der Staatssekretäre für Deutschland- und Berlin-Fragen („Fünferkreis“) am selben Tag: „Es bestand Einigkeit, daß wegen des Gesamtzusammenhangs der Beziehungen die bestehende Regelung nicht fortgeführt werden kann, sondern der DDR gegenüber ein deutliches Signal gesetzt werden muß. Hierfür kommen im wesentlichen zwei Modelle in Betracht: a) Verlängerung mit einer relativ kurzen Geltungsdauer bei sofortiger Rückführung; b) Verlängerung für eine längere Zeit mit ratenweiser jährlicher Rückführung. Die Diskussion führte zu einer einmütigen Auffassung, daß Modell a) den Vorzug verdient. StS Lautenschlager, der sich für dieses Modell aussprach, wies zur Begründung darauf hin, daß hierdurch ein größerer Druck auf die DDR ausgeübt werde. Bei den Besprechungsteilnehmern bestand eine deutliche Präferenz, für das Ministergespräch als mögliche Regelung eine Vereinbarung mit einer Laufzeit von anderthalb Jahren bei einer Rückführung des Höchstbetrages auf 650 Mio. VE vorzuschlagen.“ Vgl. VS-Bd. 13214 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Appell der Bundesregierung vom 5. Mai 1982 zur friedlichen Lösung des Falkland-Kriegs; BULLETIN 1982, S. 324.

<sup>9</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

ne Bemerkung, daß wir die Hoffnung auf die Fortsetzung der Entspannungspolitik auch durch positive Bewegung in den deutsch-deutschen Beziehungen rechtfertigen sollten, antwortete der GS, er habe die Hoffnung, daß der Bundeskanzler in nächster Zeit öffentlich klarstellen werde, daß

- Ost und West gleichrangig zur Sicherung des Weltfriedens beitragen müßten,
- dabei auch die Frage der Rüstungskontrolle vorangebracht werden müsse,
- im deutsch-deutschen Verhältnis Fortschritte erzielt werden sollten.

Unsere Beziehungen seien besser als ihr Ruf. Die Indiskretionen aus meinem vertraulichen Gespräch mit StS Schalck<sup>10</sup> hätten die Atmosphäre allerdings beeinträchtigt. Er sei von der Veröffentlichung sehr betroffen gewesen. Er vermute hier einen bewußten Stoß gegen die Vereinbarungen vom Werbellinsee. („Wo kommen wir denn hin, wenn in diesen wichtigen Fragen keine Diskretion mehr gewährleistet ist.“)

Wenig später äußerte der GS recht harte Kritik an den Interviews von BM Franke über ein Junktim zwischen der Verlängerung des Swing und der Korrektur des Mindestumtausches. Er schätze den Minister persönlich und habe vor allem dessen Bemerkungen bei der Kranzniederlegung in Sachsenhausen in guter Erinnerung.<sup>11</sup> Die DDR werde sich hier nicht vor ein Ultimatum stellen lassen. (Wörtlich: „Das geht nicht nach dem Wort ‚Vogel friß oder stirb‘.“) So könne man nicht Politik machen. Eine Aussetzung des Swing käme zur unpassenden Zeit. Überdies würde eine Nichtverlängerung den Grundlagenvertrag<sup>12</sup> und die entsprechenden Protokolle verletzen, in denen wir uns vorgenommen hatten, den innerdeutschen Handel weiter auszubauen.

Augenscheinlich auf seine Gespräche mit Otto Wolff<sup>13</sup> anspielend, meinte der GS, ihm sei aus Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik signalisiert worden, daß man gegen eine negative Swing-Entscheidung eingestellt sei. Honecker sagte: „In der gegenwärtigen Situation wäre eine Nichtverlängerung für eine bestimmte Meute ein gefundenes Fressen.“ Gegen das Wort Meute habe ich mich ausdrücklich verwahrt.

<sup>10</sup> Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 14. April 1982 über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, am selben Tag: „Zum Mindestumtausch sagte StS Schalck: ‚Es gibt Dinge, die unveränderbar sind.‘ Die DDR lebe nicht allein auf dieser Welt. Für den GS seien die Voraussetzungen für eine Korrektur nicht gegeben. [...] StS Schalck zeichnete dann ein düsteres Bild der Entwicklung der Beziehungen für den Fall, daß der Überziehungskredit auf das vorgesehene Minimum zurückfalle. Wörtlich: ‚Wenn es hart auf hart kommt, werden wir das überleben.‘ Allerdings müsse dann mit einer Eskalation gerechnet werden, in deren Folge solche Leute Gelände gewinnen könnten, die heute schon ‚bestimmte Ideen‘ hätten. Auf meine Frage, was das für Ideen seien, antwortete Schalck, daß als Reaktion auf eine Politik der ökonomischen Isolierung der DDR einige dafür eintreten könnten, die Grenze zu schließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 338; VS-Bd. 13213 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Bundesminister Franke begleitete Bundeskanzler Schmidt bei dessen Besuch vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, bei der Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse; Dok. 82, Anm. 12.

Der Swing, sagte der GS, sei eine Frage, der Mindestumtausch eine ganz andere. Er wiederholte die BK und mir bekannten Argumente, wie sie auch Politbüromitglied Günter Mittag BM Graf Lambsdorff<sup>14</sup> neulich vorgetragen hatte, nämlich die Unterbewertung der Mark der DDR und Manipulation.

An dieser Stelle gewann ich den Eindruck, daß Honecker eine Korrektur des Mindestumtausches zwar bis zum Ablauf der Swing-Regelung ausschließt, aber genau weiß, daß er von uns nicht aus dem Obligo entlassen werden wird und dann auf das Thema zurückzukommen bereit sein könnte, wenn sich das politische Umfeld verbessert hat. Der GS resümierte seine Ausführungen zu den bilateralen Beziehungen mit der Feststellung: „Sie müssen Schritte unternehmen, die aus der momentanen Situation herausführen. Die Herstellung eines Junktims oder eines psychologischen Zusammenhangs kann heute nicht mehr das Problem sein.“ Die Vernunft sollte dazu führen, daß „wir nicht in die Zeit vor dem 11. Dezember 1981 zurückgeworfen werden“.

Bei den Gera-Forderungen setzte der GS das Thema Elbgrenze<sup>15</sup> an die Spitze und drängte, wie schon am Werbellinsee, auf eine positive Bewegung der Bundesregierung. Zur Frage der Staatsbürgerschaft räumte er ein, daß wir das Grundgesetz nicht ändern könnten.<sup>16</sup> Dafür habe er Verständnis. Auf meine Bemerkung, daß wir eine Grundgesetzänderung auch gar nicht anstreben, meinte der GS: „Ich habe schließlich noch mit anderen Politikern gesprochen.“ An dritter Stelle figurierte das Thema Umwandlung der Ständigen Vertretungen. Wiederum kam Honecker auf seine Werbelliner Forderung zu sprechen, daß man die Missionschefs wenigstens mit dem Titel von Botschaftern ausstatten könne. Zu der Erfassungsstelle Salzgitter<sup>17</sup> äußerte er sich weiter nicht.

Sodann beklagte sich Honecker darüber, daß wir die DDR-Neuregelung für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „so herunterspielen, daß ich fast bedauere, etwas unternommen zu haben“.<sup>18</sup> Auch die geplante Erweiterung des Jugendreiseverkehrs sei ein positiver Schritt der DDR.<sup>19</sup> Er bedauere, daß

<sup>14</sup> Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich am 17./18. März 1982 in der DDR auf. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 18. März 1982 über Lambsdorffs Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am Vortag: „Den Swing nannte Mittag eine Aufgabe, die jetzt zu regeln sei. Dieses Instrument müsse langfristig genutzt werden. Er schilderte die Vorteile für beide Seiten, vor allem für etwa 5000 kleine und mittlere Unternehmen bei uns. Neues Argument: Der Swing sei nicht allein für die beiden deutschen Staaten von Wichtigkeit. Mittag stellte einen Zusammenhang mit der vom westlichen Bündnis erwogenen Politik der Sanktionen her und vermittelte dem BM den Eindruck, daß die Bundesregierung durch eine Verlängerung des Swing zu beweisen habe, daß sie eine von der US-Administration gewünschte Politik wirtschaftlicher Sanktionen nicht mitzumachen bereit sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; VS-Bd. 13212 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Zu einer Festlegung der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe vgl. Dok. 82, Anm. 4 und 6.

<sup>16</sup> Die deutsche Staatsangehörigkeit war in Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

<sup>17</sup> Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde am 24. November 1961 in Salzgitter eingerichtet. Ihre Aufgabe war „die Erfassung von seit dem 13. August 1961 an der Zonen-grenze und in der DDR durch die SED-Regierung und ihre Organe begangenen Gewaltverbrechen“. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 14 (1961), S. 246, Anm. 11.

<sup>18</sup> Das Innenministerium der DDR gab am 11. Februar 1982 eine Erweiterung des Katalogs der „dringenden Familienangelegenheiten“ bekannt, bei deren Vorliegen DDR-Bürger eine Reise in die Bundesrepublik beantragen konnten. Vgl. dazu den Artikel „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten in das nichtsozialistische Ausland“; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Februar 1982, S. 8.

<sup>19</sup> In einer mündlichen Botschaft vom 15. Juni 1982 an Bundeskanzler Schmidt stellte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zum innerdeutschen Jugendreiseverkehr fest: „Von uns wurde

man auch dies bagatellisiere. Ich antwortete Honecker, daß wir die Neuregelung als kleinen Schritt in die richtige Richtung gewürdigt hätten, daß wir aber nicht übersehen könnten, daß die Zahl der genehmigten Reisen in den letzten zwei Jahren rückläufig gewesen sei. Wir könnten es nur begrüßen, wenn die neue Anordnung in nächster Zeit das frühere Volumen erreiche und darüber hinaus zusätzliche Reisen ermögliche.

Nachdem Honecker ein weiteres Mal den Gedanken variiert hatte, daß wir die Erfolge der Vergangenheit nicht unter den Scheffel stellen sollten („der Entwurf des Grundlagenvertrages stammt zu dreiviertel von mir selber“), verengte er die Perspektiven für die Entwicklung unserer Beziehungen durch den Hinweis auf die veränderte Position der Bundesregierung nach der Reise von BK in die Vereinigten Staaten<sup>20</sup> und durch eine kritische Bemerkung zur Bestätigung des Doppelbeschlusses durch den Münchener SPD-Parteitag<sup>21</sup>.

Als ich dem GS von meinem Gespräch mit Botschafter Abrassimow berichtete und erwähnte, daß ich bei meinem Abschiedsbesuch dessen Polemik gegen den Vizekanzler zurückgewiesen und auf die klare Übereinstimmung zwischen BK und BM Genscher in allen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik hingewiesen hätte, antwortete Honecker: „Ich habe anders als der von Ihnen zitierte russische Botschafter keine kritischen Bemerkungen zu Genscher.“ Der GS erläuterte dies mit dem Hinweis auf die „zutreffende Beurteilung“ des Swing durch den Vizekanzler, der eben zur Geschäftsgrundlage gehöre. GS Honecker beauftragte mich, Grüße an den Herrn Bundespräsidenten und den Herrn Bundeskanzler auszurichten.

#### Wertung

Das Gespräch mit dem GS muß als neue Bestätigung unserer eigenen Analyse betrachtet werden, daß sich Honeckers Spielraum seit dem Treffen in Werbellin weiter verengt hat. Mindestens bis zum Ablauf der verlängerten Swing-Regelung sieht er für eine Korrektur des Mindestumtauschs keine Möglichkeit, will aber für den Fall, daß wir – jedenfalls bei der Elbe-Grenze – seinen Wünschen substantiell entgegenkommen, eine Bewegung nicht ganz ausschließen. Er ist fest davon überzeugt, daß die DDR eine Vorleistung erbracht hat, die wir durch ein positives Eingehen auf seine Gera-Postulate zu honorieren haben. Der Punkt 7 seiner für BK bestimmten Liste muß so verstanden werden (wie ich bereits StS Schalck interpretiert hatte), daß nämlich eine allgemeine Verschlechterung der Beziehungen unvermeidlich sein wird, wenn wir ein Junktim zwischen Mindestumtausch und Swing gegen die DDR geltend machen. Auch der Hinweis auf Westberlin hatte warnenden bis drohenden Charakter. Andererseits ist dem GS zu glauben, daß er sich stärker als andere im Politbüro mit Werbellin identifiziert. Sein zeitgeschichtlich wohl nicht haltbarer Hin-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 713*

die Initiative zur Erweiterung des Jugend-Austausches ergriffen. Das Jugend-Reisebüro der Deutschen Demokratischen Republik ist dabei, mit interessierten Reisebüros der Bundesrepublik Deutschland konkrete Abmachungen über den Jugendtourismus zu treffen. Probleme, die sich aus dem hohen Preisniveau in der Bundesrepublik Deutschland ergeben, können meines Erachtens gelöst werden.“ Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 740.

<sup>20</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

<sup>21</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

weis auf die Autorenschaft beim Grundlagenvertrag belegt sein unverändert starkes Interesse am Dialog mit der Bundesregierung.

[Bölling]<sup>22</sup>

VS-Bd. 13212 (210)

## 141

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO/JUG-436/82 geheim

7. Mai 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer III

Betr.: Krisenfall-Planung Jugoslawien

Anlg.: 1) Schreiben des BMVg vom 3. Mai 82  
 – 204-321.00 SO/JUG-417/82 geh.<sup>4</sup>  
 2) Aufzeichnung der Abt. 4 vom 18.1.82  
 – 422-411.10 JUG-1187/81 VS-geheim<sup>5</sup>

I. Seit 1976<sup>6</sup> werden auf Grund eines Mandats der vier Außenminister (USA, GB, F, D) im Kreis der Vier Politischen Direktoren und ihrer Militärischen Berater (bei uns Generalmajor Tandecki) in strenger Abschirmung Überlegungen

<sup>22</sup> Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. Mai 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die in Ziffer III vorgeschlagene Linie scheint mir richtig. Im übrigen: Wenn man diese Thematik zu weit zu weit treibt, stellt sich m. E. das ‚italienische Problem‘ über kurz oder lang erneut und dann dringlich.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung an Ministerialdirektor Pfeffer vgl. VS-Bd. 12954 (204).

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirektor Fischer vermerkte für Bundesminister Genscher zur Rüstungsexportpolitik gegenüber Jugoslawien: „Nach einem Ressortgespräch mit dem BMVg wird jetzt folgendes Verfahren vorgeschlagen: In einem Chefgespräch wird zwischen Ihnen, dem Bundeskanzler und Bundesverteidigungsminister festgelegt, daß auf Jugoslawien ebenso wie auf alle anderen Länder die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport [...] Anwendung finden; Jugoslawien zwar im Sinne der geltenden Grundsätze ‚sonstiges Land‘ ist, (d. h. nicht der NATO gleichgeordnet), aber schon im Hinblick auf die Vierergespräche hier regelmäßig ‚besondere politische Erwägungen‘ anzunehmen sind, aufgrund derer die Ausfuhrgenehmigung auch für Kriegswaffen erteilt werden kann; über Genehmigungen jedoch nicht automatisch, sondern stets in normalen Verfahren, d. h. in der Regel durch Entscheidung auf politischer Ebene befunden wird.“ Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 9. November 1976 über Konsultationen des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis, bei denen über eine Krisenfallplanung für Jugoslawien beraten wurde. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 322.

angestellt, welche militärische Ausrüstungshilfe und logistische Unterstützung Jugoslawien im Falle einer gegen Jugoslawien gerichteten sowjetischen Bedrohung gewährt werden kann. Hierbei geht es neben einer Bestandsaufnahme über bisher geliefertes Rüstungsmaterial um eine Abstimmung und Koordinierung bei der möglichen Überlassung militärischen Materials im Krisenfall.

Wir haben uns unter dem Vorbehalt unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik<sup>7</sup> an dieser Krisenplanung beteiligt, weil wir ein Interesse daran haben, in dieser elementaren Frage europäischer Sicherheit und Stabilität gemeinsam mit unseren wichtigsten Verbündeten zu handeln und nicht abseits zu stehen. Allerdings haben wir mit unserer restriktiven Rüstungsexportlinie den Fortgang der Krisenfallplanung aufgehalten. Es ist Ihnen deshalb vorgeschlagen worden, möglichst bald ein Chefgespräch mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister der Verteidigung<sup>8</sup> zu suchen mit dem Ziel, unsere restriktive Linie gegenüber Jugoslawien grundsätzlich zu lockern, um dadurch unsere weitere Beteiligung an den Vierer-Beratungen zu Jugoslawien zu ermöglichen (vgl. Aufzeichnung der Abt. 4 vom 18.1.82 – 422-411.10 JUG-1187/81 – Anlg. 2<sup>9</sup>).

II. Der amerikanische militärische Berater (General Bowman) hatte im Mai 1981 vorgeschlagen, die bisherige Krisenfallplanung Jugoslawien im Bereich der Ausrüstungshilfe auf operative militärische Eventualfallplanungen (contingency planning) auszuweiten. Hierbei hatte er zunächst die Eventualfallplanung einer möglichen AWACS-Unterstützung für Jugoslawien (u. a. mit deutschem F-4-Jagdschutz) und eine Seeblockade der Straße von Otranto im Auge. Angesichts der außerordentlich politischen Sensitivität solcher Eventualfallplanungen sollten diese allerdings in jedem Einzelfall von der Zustimmung der Vier Politischen Direktoren abhängig gemacht werden.

Die britische Seite (MD Bullard) hat auf dem Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am 28.4.<sup>10</sup> erstmals für einen konkreten Einzelfall die Zustimmung der übrigen drei Politischen Direktoren erbeten, nämlich die vier Militärischen Berater zu ermächtigen, die Eventualfallplanung für eine evtl. Seeblockade der Straße von Otranto durchzuführen. Das BMVg (Generalmajor Tandecki) hat sich gegen eine solche Ausweitung der Jugoslawien-Krisenfallplanung ausgesprochen (vgl. Anlg. 1). Ich habe den drei Politischen Direktoren vorgeschlagen, die Frage auf dem nächsten Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am 16.5. aufzunehmen.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 5. Zur Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport vgl. Dok. 126.

<sup>8</sup> Hans Apel.

<sup>9</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Darin heißt es nur, daß ein Chef-Gespräch gegenüber ChBK angeregt werden wird.“

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 30. April 1982 zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 28. April 1982: „Bullard wies auf die kritische wirtschaftliche Lage in Jugoslawien hin (seine eigene pessimistische Einschätzung werde von UStS Eagleburger geteilt, mit dem er in der vergangenen Woche in Washington darüber gesprochen habe). Er stelle sich die Frage, wie das Vertrauen der westlichen Privatbanken in die jugoslawische Wirtschaft gestärkt werden könne. Schätzungen hätten ergeben, daß Jugoslawien einen Nettokreditbedarf von etwa fünf Mrd. Dollar habe. Der IMF schätze allerdings die Wirtschaft Jugoslawiens nicht ganz so pessimistisch ein.“ Vgl. VS-Bd. 12949 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Am 17. Mai 1982 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk aus dem Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortrag in Luxemburg fest, Ministerialdirektor Pfeffer habe „entsprechend

III. Ich beabsichtige, auf dem Treffen am 16.5. unsere mit dem BMVg abgestimmte Haltung zu einer Eventualfallplanung betreffend Jugoslawien wie folgt darzulegen:

1) Auch wir halten individuelle, nationale Eventualfallplanungen für möglich und würden eine gegenseitige Unterrichtung und einen Gedankenaustausch im Vierer-Kreis begrüßen.

2) Gegen eine gemeinsame operative Eventualfallplanung der Vier haben wir allerdings Bedenken, denn

a) eine militärische Eventualfallplanung betr. Jugoslawien geht weit über den Rahmen der bisherigen Vierer-Zusammenarbeit der Militärischen Berater hinaus;

b) wir sehen für uns keine operativen militärischen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen einer solchen gemeinsamen Vierer-Eventualfallplanung, da der Einsatz der Bundeswehr nur im Rahmen von Bündnisplanungen und Bündnisentscheidungen möglich ist;

c) eine operative Eventualfallplanung im Vierer-Kreis würde Bündnisentscheidungen präjudizieren. Eine Schwächung des Bündnisses wäre die Folge.<sup>12</sup>

Frankreich (Andréani) hat auf einer ersten Diskussion dieser Frage durch die Vier Politischen Direktoren am 14.12.81 zu erkennen gegeben, daß es angesichts der großen politischen Sensitivität einer Ausweitung der Vierer-Zusammenarbeit auf die militärische Jugoslawien-Eventualfallplanung zurückhaltend gegenübersteht.<sup>13</sup> Ich habe daher vor, am Rande des Siebener-Vorbereitungstreffens für den Politischen Teil des Wirtschaftsgipfels am 14.5. in Paris diese Frage mit Andréani zu besprechen.<sup>14</sup>

Pfeffer

**VS-Bd. 12954 (204)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 716*

der von dem Herrn Bundesminister gebilligten Vorlage vom 7.5.1982 unsere Bedenken gegen eine Ausweitung der Vierer-Zusammenarbeit der Militärischen Berater auf eine militärische Eventualfallplanung betr. Jugoslawien“ vorgetragen: „Er wies insbesondere darauf hin, daß wir keine operativen militärischen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen einer solchen gemeinsamen Vierer-Eventualfall-Planung sehen, da der Einsatz der Bundeswehr nur im Rahmen von Bündnisplanungen und Bündnisentscheidungen möglich sei.“ Vgl. VS-Bd. 12954 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Dieser Punkt wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit eckigen Klammern versehen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses dritte Argument sollte ich im Arbeitskreis nicht vortragen. Der Vorwurf („Schwächung des Bündnisses“) wird sicher übelgenommen. Vorabüberlegungen der Vier dienen in der Regel ja gerade der Erreichung schnellerer Bündnisentscheidungen.“

<sup>13</sup> Das Vierertreffen der Politischen Direktoren fand am 9. Dezember 1981 statt. Zur Diskussion über die Krisenfallplanung für Jugoslawien vgl. AAPD 1981, III, Dok. 352.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte am 17. Mai 1982 Ausführungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortrag in Luxemburg: „Andréani stimmte einer Eventualfall-Planung Jugoslawien durch die vier Militärischen Berater grundsätzlich zu. Er schlug jedoch für den konkreten Fall vor, die vier Militärischen Berater sollten sich nicht nur auf die Frage einer Seeblockade der Straße von Otranto beschränken, sondern sich allgemein einen Überblick („monitor“) über den militärischen Schiffsverkehr in der Adria, insbesondere im Hinblick auf sowjetische U-Boote, verschaffen.“ Vgl. VS-Bd. 12954 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80 START-1647/82 VS-vertraulich

9. Mai 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: US-Verhandlungskonzept für START;

hier: Vorläufige Bewertung der Vorschläge, die Präsident Reagan in seiner Rede vom 9. Mai 1982<sup>3</sup> vorlegen wird.

Bezug: Vorlagen von Referat 220 vom 7. Mai 1982<sup>4</sup>

DB aus Washington 2078 vom 8. Mai 1982 VS-v<sup>5</sup>

DB aus Brüssel (NATO) 911 vom 8. Mai 1982 geheim<sup>6</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information und zur Billigung des in Ziffer 4 vorgeschlagenen Procedere

1) Die amerikanische Regierung hat die Bündnispartner am 7. Mai 1982 durch Briefe von AM Haig an seine Amtskollegen, durch ein Gespräch von Richard Burt mit Botschafter Hermes sowie dem britischen, französischen und italienischen Botschafter<sup>7</sup> in Washington am 8. Mai 1982 und schließlich in einer Sit-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 9. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 580–586. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 300–303 (Auszug).

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron wies darauf hin: „StS Stoessel hat den Herrn BM davon unterrichtet, daß Präsident Reagan am Sonntag, den 9. Mai 1982, im Rahmen einer Rede [...] auch die amerikanische Bereitschaft zur Aufnahme von START-Verhandlungen mit der SU ankündigen werde“. Als Anlage fügte Citron der Aufzeichnung den Entwurf einer Erklärung des Bundesministers Genscher zum Verhandlungsangebot Reagans bei. Vgl. Referat 220, Bd. 124531.

<sup>5</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete, zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) sei ihm im amerikanischen Außenministerium gesagt worden: „1) Der amerikanische Vorschlag beinhalte ein zweiphasiges Vorgehen, dessen Hauptziel eine Erhöhung der Stabilität des nuklearstrategischen Gleichgewichts sei. Infolgedessen konzentriere sich der amerikanische Vorschlag auf erhebliche Reduzierungen derjenigen Waffensysteme auf beiden Seiten, die am stärksten destabilisierend wirkten. Die erste Phase schlage eine Reduzierung der Sprengköpfe ballistischer Systeme, die zweite Phase u. a. gleiche Obergrenzen des Gesamtwurfgewichts dieser Systeme vor. 2) Die erste Phase solle zur ungefähren symmetrischen Reduzierung der Sprengköpfe ballistischer Systeme um etwa ein Drittel dergestalt führen, daß beide Seiten nach erfolgter Reduzierung über eine gleiche Zahl von Sprengköpfen verfügten. Darüber hinaus schlage die amerikanische Seite vor, daß nicht mehr als die Hälfte der verbleibenden Sprengköpfe in landgestützten ICBM disloziert werden dürfen. Dieser Reduzierungsvorschlag werde auf sowjetischer Seite Reduzierungen der landgestützten ICBM-Sprengköpfe, auf amerikanischer Seite Reduzierungen bei seegestützten Systemen erfordern.“ Vgl. VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), teilte mit: „Im Hinblick auf die für den 9.5. vorgesehene Rede von Präsident Reagan zu START im Eureka College, Illinois, unterrichtete amerikanischer Ständiger Vertreter den Rat – auch unter Hinweis auf bereits von AM Haig bilateral an Außenminister von Bündnispartnern gesandte Briefe – über den Stand von START. In einem am 7.5. an Breschnew gerichteten Schreiben habe Reagan Ende Juni als Datum und Genf als Ort für START-Verhandlungen vorgeschlagen.“ Vgl. VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Nicholas Henderson (Großbritannien), Rinaldo Petrigiani (Italien), Bernard Vernier-Palliez (Frankreich).

zung des NATO-Rates am selben Tage über die vorgesehenen amerikanischen Verhandlungsvorschläge für START unterrichtet.

Die Amerikaner haben darauf hingewiesen, daß Präsident Reagan an GS Breschnew geschrieben habe, um ihm die Aufnahme der Verhandlungen noch im Monat Juni vorzuschlagen. Der Präsident werde die Grundzüge der US-Verhandlungsposition in seiner Rede am 9. Mai 1982 bekanntgeben.

Richard Burt hat gegenüber Botschafter Hermes die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bundesregierung schon am 9. bzw. 10. Mai positiv auf die Rede des Präsidenten reagieren werde.<sup>8</sup>

2) Der amerikanische Verhandlungsvorschlag sieht ein Vorgehen in zwei Phasen vor, deren wichtigstes Ziel die Erhöhung der Stabilität des nuklear-strategischen Gleichgewichts sein soll:

– In der ersten Phase sollen die Sprengköpfe (SK) der land- und seegestützten Interkontinentalraketen (ICBM und SLBM) um mindestens ein Drittel reduziert werden.

Nur die Hälfte der Gesamtzahl der dann noch verbleibenden SK soll danach noch auf landgestützten Raketen disloziert werden.<sup>9</sup>

– In einer zweiten Phase sollen gleiche Obergrenzen für andere Elemente der amerikanischen und sowjetischen strategischen Streitkräfte vereinbart werden; dies schließt eine Reduzierung des Gesamtwurfgewichts ballistischer Systeme beider Seiten (bei dem die SU weit überlegen ist) unter das bisherige amerikanische Niveau ein.

Für beide Phasen soll wirksame Verifizierung vereinbart werden.

Auf Fragen haben die Amerikaner erklärt, daß sie bereit seien, bereits über die für die erste Phase vorgesehene Verhandlungsmaterie ein Abkommen mit der SU zu schließen, die geforderten gleichen Obergrenzen für das Wurfgewicht seien keine Voraussetzung für den Abschluß einer ersten Vereinbarung.

Angaben zur Behandlung von schweren Bombern und Cruise Missiles (CM) fehlen. R. Burt erklärte jedoch, daß man bei Bombern gleiche Obergrenzen anstrebe und über CM „in good faith“ mit der SU sprechen werde.

Die amerikanische Regierung hat den Bündnispartnern nicht verschwiegen, daß die Verhandlung und die zu vereinbarenden Reduzierungen Jahre in Anspruch nehmen werden. Sie hat jedoch zugesagt, sich dieser Aufgabe mit größtem Ernst und gutem Willen zu widmen.

3) Vorläufige Bewertung

a) Mit seiner Entscheidung für ein langfristig angelegtes weitreichendes Verhandlungskonzept für START hat Präsident Reagan einen bedeutsamen Schritt zur Wiederbelebung des Dialogs der beiden Weltmächte getan.

<sup>8</sup> Der Passus „schon am ... reagieren werde“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „u[nd] Unterstützung zusichern“.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Offene Zahlen Juli 81: Die US hatten 2152 SK auf ICBM, 4848 SK auf SLBM. Die SU hatte 5500 SK [auf ICBM], 1300 SK [auf SLBM]; d. h. die SU müßte mehr als 50 % ihrer ICBM abbauen, während die USA gar nicht zu reduzieren bräuchten (sic).“

b) Die Vorschläge stellen einen Kompromiß zwischen den Positionen des State Department und des Pentagon dar, wobei h. E.<sup>10</sup> die Entscheidung, sich in der ersten Phase auf SK zu konzentrieren, eindeutig das Konzept von AM Haig begünstigt. Durch diese Entscheidung dürfte die Verhandelbarkeit des US-Vorschlags und damit die Wirkung in der Öffentlichkeit erleichtert werden.

c) Die amerikanische Vorabunterrichtung enthält keinen Hinweis auf ein „linkage“ zur internationalen Situation (Polen). Die angedeutete Bereitschaft, mit der SU schon vor dem Luxemburger Treffen der NATO-Außenminister<sup>11</sup> einen Termin für den START-Verhandlungsbeginn zu vereinbaren, läßt vermuten, daß die Administration dem „linkage“ mit Rücksicht auf die amerikanische „Freeze-Bewegung“<sup>12</sup> derzeit weniger Gewicht beimißt.

d) Die START-Verhandlungsposition ist ohne Mitwirkung der Bündnispartner erarbeitet worden. (Die Interessen der USA und ihrer Gesamtstrategie standen im Vordergrund.) Der Druck der „Freeze-Bewegung“ dürfte mit dazu beigetragen haben, daß eine Präsentation gewählt wurde, welche die US nicht allzusehr einseitig begünstigt.

Die USA haben auf Drängen der Bündnispartner Konsultationen zugesagt, werden aber wohl an den zentralen Elementen ihrer mühsam zwischen den Ressorts abgestimmten Position festhalten. Es wird in den Konsultationen darauf ankommen, vor allem unter Hinweis auf den INF-Zusammenhang unser Interesse an zügigen, erfolgsorientierten Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen und für eine glaubwürdige Verhandlungsposition zu plädieren.

e) Das US-Konzept für die erste Phase kann h. E. weitgehend positiv bewertet werden, da es beiden Seiten mehr Sicherheit verspricht und einen Vertragsabschluß ohne Koppelung an die zweite Phase erlaubt. Die angestrebte Verringerung der Zahl der ICBM-Sprengköpfe soll für die USA das angenommene „Fenster der Verwundbarkeit“ verkleinern. Auch die SU würde durch die Reduzierung der immer treffgenauer werdenden SLBM-Sprengköpfe und die indirekte Begrenzung der Zahl neuer amerikanischer MX-Sprengköpfe langfristig mehr Sicherheit erhalten. Die Beschränkung auf SK ist für die Verhandelbarkeit eine zweckmäßige Entscheidung. Problematisch ist dagegen die Ausklammerung der Cruise Missiles aus dem Konzept für die erste Phase. Angesichts der be-

<sup>10</sup> Hiesigen Erachtens.

<sup>11</sup> Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 17./18. Mai 1982 vgl. Dok. 156–159.

<sup>12</sup> Zur Friedensbewegung in den USA vgl. Dok. 127, Anm. 19.

Generalkonsul von Siegfried, Chicago, berichtete am 15. April 1982, daß in Chicago 20 000 Menschen an einer gegen Nuklearwaffen gerichteten Demonstration teilgenommen hätten: „Der Protestmarsch war einer der größten in Chicago seit den sechziger Jahren, als die Anti-Vietnamkriegs- und die Bürgerrechtsbewegung auf die Straße gingen. [...] Protestmarsch und ‚town meetings‘ haben bewiesen, daß sich in der amerikanischen Bevölkerung die Erkenntnis durchsetzt, im Falle eines Nuklearkrieges nur geringe Überlebenschancen zu haben, und daß sich die Anti-Nuklearstimmung in den USA möglicherweise zu einer politischen Kraft entwickelt, die die Regierung in Washington bei im nuklearen Bereich zu treffenden Entscheidungen nicht ignorieren kann.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 119; Referat 204, Bd. 124928.

Am 27. Mai 1982 teilte Vortragender Legationsrat Rothmann, San Francisco, mit, von einer „Reihe von Anti-Atomgruppen“ seien in Kalifornien 750 000 Unterschriften gesammelt worden, um „im November 1982 eine Volksabstimmung über die Beendigung des atomaren Wettrüstens zwischen den USA und der UdSSR herbeizuführen“. Die Regierung von Kalifornien habe die Zulässigkeit des Volksbegehrens mittlerweile anerkannt und einen Abstimmungstermin festgesetzt. Vgl. den Schriftbericht Nr. 163; Referat 204, Bd. 124928.

reits in den USA diskutierten Programme für SLCM<sup>13</sup> und weitere ALCM dürfte der kritische Teil der Öffentlichkeit vor allem auf diese, einseitig zu Lasten der SU gehende Auslassung hinweisen.

Das Konzept für die zweite Phase ist bisher nur in Umrissen erkennbar und daher schwer zu bewerten. Die vorgeschlagene massive Reduzierung des Gesamtgewichtes aller sowjetischen Raketen dürfte für die SU auch wegen der damit verbundenen weitreichenden Umrüstung schwer zu akzeptieren sein. Die US haben allerdings betont, daß sie selbstverständlich bereit sind, alle ernsthaften Gegenvorschläge der SU sorgfältig zu prüfen.

f) Die Reaktion der SU auf die Vorschläge des Präsidenten dürfte zwiespältig sein:

- Sie wird zweifellos der Wiederaufnahme des SALT/START-Dialogs zustimmen.
- Sie wird andererseits ihre Kampagne gegen die amerikanische Sicherheitspolitik fortsetzen und darauf hinweisen, daß die USA den auch von vielen Amerikanern und Europäern positiv bewerteten SALT-II-Vertrag<sup>14</sup> nicht ratifiziert haben und nun versuchen, einseitig zu ihren Gunsten wirkende Bestimmungen durchzusetzen.

Die sowjetische Kritik dürfte sich vor allem gegen die Ausklammerung der Cruise Missiles, aber auch gegen die „deep cuts“ bei ihren schweren Raketen wenden. (Schon 1977 hatte Moskau die von Carter vorgeschlagenen substantiellen Reduzierungen der schweren Raketen abgelehnt.<sup>15</sup>)

g) START-INF-Zusammenhang

AM Haig hat in seinem Brief an den Herrn Bundesminister darauf hingewiesen, daß die US-Ziele für START auch im Hinblick auf den START-Rahmen für INF konzipiert worden seien.

Die Auswirkungen der START-Verhandlungen auf Fortschritte bei INF sind noch nicht zu bewerten. Angesichts der Fülle der bei START zu lösenden Probleme dürften die Verhandlungen Jahre in Anspruch nehmen. Die SU könnte versucht sein, unter Hinweis auf die offenen Probleme bei START schnelle Ergebnisse bei INF zu verzögern<sup>16</sup>. (Eine besondere Vorlage zur Problematik des INF/START-Zusammenhangs wird vorbereitet.)

4) Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister, wie in der Bezugsvorlage vom 7. Mai vorgeschlagen, positiv zu der Rede des amerikanischen Präsidenten, zur Ankündigung der baldigen Aufnahme von START-Verhandlungen

<sup>13</sup> Zu der von der amerikanischen Marine geplanten Beschaffung von seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vgl. Dok. 62, Anm. 11.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>15</sup> Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich vom 27. bis 30. März 1977 in der UdSSR auf und unterbreitete bei dieser Gelegenheit einen „umfassenden Vorschlag“ für Abrüstungsschritte im Bereich der strategischen Nuklearwaffen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 82 und Dok. 84.

<sup>16</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das hängt von unserer Entschlossenheit zur Nachrüstung ab.“

und zu dem amerikanischen Vorschlag substantieller Reduzierungen für strategische Systeme Stellung nimmt, ohne jedoch auf Einzelheiten der amerikanischen Verhandlungsvorschläge einzugehen.<sup>17</sup>

Citron

VS-Bd. 11392 (220)

143

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

10. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Spadolini<sup>2</sup> am 7. Mai 1982 im Gästehaus des Hamburger Senats ab ca. 10.15 Uhr

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Gesandter Berlinguer, MDg Dr. Zeller, zwei Dolmetscher.

Dieser Vermerk berücksichtigt, daß das Gespräch in einigen Punkten stark persönlichen Charakter trug und daß zu Teilen des Gesprächs Notizen nicht gefertigt wurden.

Sie<sup>3</sup> äußern einleitend Ihre Freude, den Ministerpräsidenten in Ihrer Heimatstadt Hamburg zu begrüßen. Italien sei stolz auf seine Städte mit großer Tradition und hat Grund dazu, vielleicht mehr als wir. Aber auch wir sind stolz auf unsere Städte, so auch auf Hamburg. Hamburg seinerseits ist stolz auf jeden auswärtigen Gast. Sie weisen darauf hin, daß Hamburg seinen Hafengeburtstag<sup>4</sup> feiert. Teil dieser Feiern sei auch das Essen am Abend im Übersee-Club und beim Verband der Reeder. Spadolini werde dort Vertreter der Schifffahrt, des Handels und der Industrie treffen. Sie selbst seien Gründungsmitglied. Es sei Ihnen eine besondere Freude gewesen, daß Spadolini und Minister Colombo be-

<sup>17</sup> Die Bundesregierung veröffentlichte am 9. Mai 1982 eine Erklärung, in der sie die von Präsident Reagan am selben Tag erklärte Bereitschaft zur baldigen Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) begrüßte. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 344.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde am 10. Mai 1982 von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, zur Unterrichtung des Bundesministers Genscher, „vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskanzlers“, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl übermittelt.

Hat Braunnühl am 10. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Spadolini hielt sich am 6./7. Mai 1982 in Begleitung des italienischen Außenministers Colombo in Hamburg auf.

<sup>3</sup> Helmut Schmidt.

<sup>4</sup> Unter Bezugnahme auf einen durch Kaiser Friedrich I. „Barbarossa“ am 7. Mai 1189 gewährten Freibrief feierte Hamburg im Mai 1982 den 793. „Hafengeburtstag“.

reit waren, daran teilzunehmen. Sie machen sodann einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs im Vergleich zu der anderer deutscher Städte und schließen mit der Bemerkung ab, daß an einem Tag wie diesem und bei einem Gast wie Spadolini Hamburg über sich und seinen Gast beglückt sei.

Spadolini äußert seine Genugtuung, Sie in Ihrer Heimatstadt zu besuchen. Hamburg sei in seiner Geschichte als Schifffahrtsstadt Italiens eng verbunden gewesen. Er bezieht sich auf den freien und republikanischen Charakter der Stadt und ihrer Verfassung<sup>5</sup>; Hamburg habe seine Unabhängigkeit bewahren können. Er zieht Parallelen zu der Verfassung italienischer Städte seit der Renaissance. Er selbst fühlt sich als Florentiner und als Republikaner in der Republik Hamburg sehr wohl. Er äußert seine Hoffnung, daß Sie bald nach Italien kommen und daß Sie, wie vereinbart, Florenz besuchen würden.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zu diesem Besuch entgegnet Spadolini auf kurze Erläuterungen von Ihnen zum föderalen Charakter unserer Verfassung<sup>6</sup> mit dem Hinweis, daß die italienische Verfassung<sup>7</sup> eine andere Entwicklung genommen habe. Sie sei nicht föderal; die Probleme seien deshalb nicht geringer. Außerdem hätten die Regionen an Gewicht und Zuständigkeiten gewonnen, auch wenn sie lediglich administrative Einheiten seien.

Sie erwidern mit kurzen Ausführungen zur deutschen Geschichte, den Konflikten zwischen den Territorialherren unter sich und gegen die Reichsgewalt bis in das 19. Jahrhundert hinein. Spadolini wirft ein, daß Cavour, als Italien sich einigte, die Unabhängigkeit der italienischen Stadtrepubliken und Monarchien abgeschafft habe. Er sei zwar aus Piemont hervorgegangen, habe sich aber anders als Bismarck nicht auf einen einzelnen territorialen Staat abstützen wollen.

Auf Ihre Frage nach dem Einfluß liberaler Gedanken auf die italienische nationale Einigungsbewegung und auf die Rolle von Cavour und Garibaldi entgegnet Spadolini, daß der Einfluß französischer liberaler Ideen, auch Schweizer auf dem Umweg über Genf, in Italien sehr stark gewesen sei. Garibaldi sei ein Linker gewesen und ein Schüler Mazzinis, Cavour hingegen ein Monarchist und Ministerpräsident eines kleinen Königreichs, in dem der französische Einfluß über Savoyen sehr stark gewesen sei. Am Hofe von Piemont habe man Französisch gesprochen. Seine Partei, die Republikanische, sehe in Garibaldi ihren Urgroßvater; in den Büros der Ortsgruppen der Partei sehe man das Bild von Garibaldi. Er habe Ihnen übrigens ein Buch über Garibaldi mitgebracht.

Nach dieser Einleitung spricht Spadolini den Falkland-Konflikt an und führt dazu aus: Wir seien hier in eine akute Krise geraten. Wir müßten uns fragen, was gemeinsam getan werden könne. Italien fürchte eine Ausweitung des Konflikts. Es empfinde den Konflikt um so stärker, als 1,5 Millionen Italiener in Argentinien lebten und etwa 13 Millionen Argentinier, d.h. etwa die Hälfte, wenigstens entfernt italienischen Ursprungs seien. Spadolini erläutert dies etwas näher auf Ihre Frage und weist darauf hin, daß z.B. auch Galtieri ita-

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Hamburger Verfassung vom 6. Juni 1952; DIE VERFASSUNG DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG VOM 6. JUNI 1952, Sammlung Guttentag, Kommentar von Wilhelm Drexelius und Renatus Weber, 2. Auflage, Berlin, New York 1972, S. 1-148.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1-19.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der Italienischen Republik vom 27. Dezember 1947 vgl. VERFASSUNGEN DER ERDE, S. 1-27.

lienischer Abstammung sei, wie auch mehrere andere Mitglieder der augenblicklichen argentinischen Führung. Dies sei das Ergebnis einer um die Mitte des vergangenen Jahrhundert einsetzenden Auswanderung von Italien nach Argentinien. Auch Garibaldi habe in Argentinien und Uruguay gekämpft.

Ihre Frage, wie lange Italien diesen Konflikt noch aushalten könne, ohne daß es zu starken emotionalen Reaktionen komme, beantwortet Spadolini, daß diese Marke mit der Versenkung der beiden Schiffe<sup>8</sup> schon überschritten sei. Es gebe auch heftige Reaktionen gegenüber Großbritannien. Außerdem verstärkten sich die Zweifel an der Zweckmäßigkeit von Sanktionen gegen Argentinien. Diese seien besonders stark in der Sozialistischen Partei, die sich von Anfang an gegen derartige Sanktionen ausgesprochen habe. Craxi verlange jedenfalls, daß die Sanktionen nicht über den 17. Mai hinaus verlängert würden.<sup>9</sup> Bei dieser Haltung mische sich Rücksichtnahme auf politische Strömungen im Lande mit Opposition gegen Großbritannien.

Sie erläutern, daß bei uns, gerade auch in einer Stadt wie Hamburg, die Gefühle gemischt seien. Hamburg habe enge Handelsbeziehungen in Argentinien, wie in Lateinamerika überhaupt. Sie datierten schon aus der Zeit vor Gründung des Deutschen Reiches, als damals eine der größten Schifffahrtslinien für den Handelsverkehr mit Südamerika gegründet wurde. Auf der anderen Seite sind die traditionellen Beziehungen Hamburgs zu Großbritannien besonders eng; die Hamburger seien anglophil und kauften ihre Hemden in London.

Nummehr gebe es eine gewisse Unruhe über die Möglichkeit einer Gefährdung der Verbindungen zu Argentinien und Lateinamerika. In der Versenkung des argentinischen Kreuzers habe die hiesige öffentliche Meinung einen Exzeß gesehen, auch deshalb, weil dies außerhalb der 200-sm-Sperrzone<sup>10</sup> geschah. Die Versenkung des britischen Zerstörers habe emotionell einen gewissen Ausgleich gebracht. Wenn GB jedoch noch weitergehe, so würde die Kritik bei uns sehr viel stärker werden.

Dabei sehen wir, daß Argentinien das Völkerrecht verletzt hat; das ist evident. Inzwischen ist jedoch diese Erkenntnis in der Öffentlichkeit von deutlichen Besorgnissen über die militärische Eskalation überlagert worden.

Betrachte man die Auswirkungen, so müsse man feststellen, daß die USA Verlierer im Konflikt seien (Spadolini wirft ein, dies sei kein Vorteil für uns); die SU habe in aller Ruhe gewonnen (Spadolini wirft ein, dies sei eine Gefahr für uns alle); Kuba sei voll akzeptiertes Mitglied in der Gemeinschaft der lateinameri-

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ bzw. des britischen Zerstörers „Sheffield“; Dok. 131, Anm. 2, bzw. Dok. 135, Anm. 9.

<sup>9</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 19. Mai 1982 darüber, daß bei der informellen EG-Ministerratstagung am 16./17. Mai 1982 in Luxemburg hinsichtlich einer Fortsetzung der Sanktionen gegen Argentinien folgendes Ergebnis erzielt worden sei: „1) Sieben MS (GB, D, B, NL, LUX, GR) werden für weitere sieben Tage, d. h. bis zum 24.5. (Zeitpunkt des nächsten EPZ-Ministertreffens EG-Rats), Importverbot für argentinische Waren auf Grundlage von Art. 113 EWG-Vertrag fortsetzen. 2) Zwei MS (I, IRL) berufen sich auf Art. 224 EWGV und erklären sich bereit, ggf. mit der Kommission in Konsultationen einzutreten, um auf der Grundlage von Art. 225 EWGV die Verbringung argentinischer Waren von ihrem Staatsgebiet auf das Gebiet anderer MS zu verhindern. 3) Ein MS (DK) wird Art. 113 nur solange anwenden, bis er nationale Maßnahmen nach Art. 224 getroffen hat.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 55; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>10</sup> Zur britischen Sperrzone um die Falkland-Inseln vgl. Dok. 113, Anm. 6.

kanischen Staaten geworden; Argentinien verbrüdere sich mit Nicaragua. Vor allem jedoch: Wenn die USA politische Einbußen erlitten, so erlitten auch wir Einbußen. Argentinien sei in jedem Fall Verlierer. Für uns alle steht die Kohäsion der EG auf dem Spiel.

Spadolini folgert, daß es deshalb unser aller Interesse sein muß, es nicht zu einer Verlängerung des Konfliktes kommen zu lassen. Es stelle sich die Frage nach einer europäischen Aktion. Parallel zur Einstellung der Kampfhandlungen solle es zu Friedensverhandlungen kommen. Der amerikanische Plan sei gescheitert.<sup>11</sup> Die Resolution 502<sup>12</sup> werde nicht angewandt. Diese Lage dürfe uns nicht gleichgültig lassen. In der EG bestehe keine Einmütigkeit mehr über die Sanktionen. Italien hätte bei einer Verlängerung über den 17. Mai hinaus große Schwierigkeiten.

Sie entgegnen, daß diese Frage im politischen Bewußtsein unserer Öffentlichkeit noch nicht präsent sei. Wir hätten bis jetzt auch unser Hauptgewicht darauf gelegt, auf die beteiligten Parteien mäßigend einzuwirken. AM Genscher habe gestern mit AM Pym gesprochen.<sup>13</sup> Sie haben mit PM Thatcher<sup>14</sup> telefoniert und zweimal auch mit Präsident Mitterrand.<sup>15</sup> Sie regen an, daß auch Spadolini mit Mitterrand Verbindung aufnimmt.

Ihres Erachtens beurteilt Mitterrand die militärische Lage nicht ganz richtig. Bei einem Telefonat vor zwei Tagen habe er für dieses Wochenende eine Landung englischer Soldaten auf den Inseln erwartet. Sie hielten ein solches Vorgehen jedenfalls militärisch für sehr riskant, schon weil GB nicht über genügend Luftschirm verfügt, auch nicht über genügend Truppen.<sup>16</sup>

Spadolini wirft ein, daß GB, wenn es ernsthaft an eine Landung denke, zunächst den argentinischen Flugzeugträger versenken müsse.

Sie: Dies würde die Weltmeinung gründlich gegen GB aufbringen und das Verhältnis der EG zu den Staaten der Dritten Welt schwer belasten. Auch Mitterrand sehe dies sehr deutlich. Er meine daher, daß wir, die anderen Europäer,

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Außenministers Haig am 30. April 1982; Dok. 135, Anm. 4.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym am 6. Mai 1982 auf dem Flugplatz Northolt vgl. Dok. 137.

<sup>14</sup> Zum Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 29. April 1982 vgl. Dok. 130.

<sup>15</sup> Für das Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 29. April 1982 vgl. Dok. 135, Anm. 2.

Für das Telefongespräch Schmidts mit Mitterrand am 5. Mai 1982 vgl. Dok. 135.

<sup>16</sup> Am 8. Mai 1982 resümierte Botschafter Ruhfus, London, Gespräche im britischen Admiralstab zu den militärischen Optionen Großbritanniens im Falkland-Krieg: „Die Aussage, eine Kampfplandung nicht als automatische funktionale Folge bisheriger Vorbereitungen und hergestellter Fähigkeiten durchführen zu wollen, wurde wiederholt [...]. Mit einer solchen Landung würde mit Verlusten, die man allerdings von Anfang an als möglich dargestellt habe, zu rechnen sein. Man wolle diese vermeiden. [...] Eine Landung zur Herstellung eines Brückenkopfes, um zu einer Art Pattsituation (stalemate) zu kommen, wird allerdings nicht ausgeschlossen. Sie wäre bei Aussichtslosigkeit der Wirksamkeit der Blockade einerseits und Verhandlungsführung andererseits eine neue Stufe der milit[ärischen] und polit[ischen] Eskalationsmöglichkeiten. In diesem Falle wäre eine neue Verhandlungsqualität geschaffen, die darin bestünde, daß über den Abzug dann qualitativ gleicher Mittel verhandelt werden müsse, wobei UK auf dem F[est]l[and] wieder Fuß gefaßt hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 763; VS-Bd. 12330 (500); B 150, Aktenkopien 1982.

wenn der erste englische Soldat seinen Fuß auf die Insel setzt, massiv auf Waffenstillstand drängen müßten. Er scheint aber das militärische Risiko einer britischen Rückkehr auf die Insel zu gering einzuschätzen.

Nach Spadolini's Auffassung ist der Moment gekommen, um deutlich auf GB im Sinne einer friedlichen und politischen Lösung einzuwirken. GB hat erreicht, was es mit militärischen Mitteln erreichen konnte. Jede weitere militärische Aktion würde die Welt gegen GB aufbringen. Der französische Ministerrat habe sich in ähnlicher Richtung geäußert.<sup>17</sup> Wir müßten jetzt härter dagegen halten.

Sie entgegnen, daß Mitterrand die ihm von AM Cheysson vorgelegte Erklärung als zu hart empfunden habe. Er habe sie in zwei Punkten abgeschwächt.

Spadolini meint darauf, daß AM Colombo aus seinen Gesprächen mit Cheysson den Eindruck habe, als analysierten sie die Lage in ähnlicher Weise.

Sie weisen darauf hin, daß Mitterrand Cheysson in zwei Punkten korrigiert hat. Sie unterrichten Spadolini sodann über die Erklärungen der Bundesregierung, die zuletzt die Bemühungen des VN-Generalsekretär unterstützt habe.<sup>18</sup> Seine Bemühungen scheinen im Augenblick etwas größere Chancen zu haben als die Initiative von Peru und den USA. Spadolini sagt hierzu, daß die Initiative von Peru und USA gescheitert sei. Der Vorschlag des VN-GS sei im Augenblick der einzige Vorschlag, der gewisse Aussichten auf Erfolg habe.<sup>19</sup> Europa solle das Seine dazu tun, damit er Erfolg hat.

Unsere beiden Länder, D und IT, sollten in Hamburg hierzu einen Ansatz formulieren.

Sie verabreden darauf mit Spadolini, die AM zu bitten, für Ihre Erklärungen vor der Presse einige Sätze zu formulieren. (Dies geschieht.)<sup>20</sup>

Spadolini äußert sich sodann zur Rolle Spaniens. Im Argentinien-Konflikt erwäge es, seine guten Dienste anzubieten. Kulturell gesehen sei es das Mutterland Argentiniens. Für ihn sei Spanien sehr wichtig. Er habe sich daher selbst in Rede vor dem Senat zugunsten des NATO-Beitritts Spaniens<sup>21</sup> ausgesprochen. Italien sei das letzte Land, das den Beitritt noch nicht ratifiziert hat. Spanien sollte vor dem NATO-Gipfel<sup>22</sup> beitreten können. Der Beitritt Spaniens zur NATO werde sich günstig auf die spanischen Streitkräfte auswirken, obwohl ein Land wie die Türkei zeigt, daß dies keine ausreichende Garantie für demokratisches Verhalten der Armee<sup>23</sup> sei. In der spanischen Armee seien die

<sup>17</sup> Zum Kommuniké des französischen Ministerrats vom 5. Mai 1982 vgl. Dok. 135, Anm. 3.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung vom 7. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. BULLETIN 1982, S. 282.

Für den Wortlaut des Appells der Bundesregierung vom 5. Mai 1982 zur friedlichen Lösung des Falkland-Krieges vgl. BULLETIN 1982, S. 324.

<sup>19</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 5 und 6.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Ministerpräsidenten Spadolini vom 7. Mai 1982 zum Falkland-Krieg vgl. BULLETIN 1982, S. 344.

<sup>21</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>22</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>23</sup> Zur Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980 in der Türkei vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

Frankisten noch recht stark. Ein NATO-Beitritt sei jedenfalls als Impfung gegen eine frankistische Infektion anzusehen. Der Beitritt sei im übrigen auch notwendig für die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa. Schließlich sei Spanien für uns Europäer wichtig als Brücke nach Lateinamerika, damit dort Europa politisch Einfluß ausüben könne. Spadolini führt diesen Gedanken noch etwas weiter aus, insbesondere im Hinblick darauf, daß nur ein freiheitliches und demokratisches Spanien im demokratischen Sinne in Lateinamerika wirken könne.

Ihre Frage, ob in Spanien Gefühle gegen Großbritannien stark seien, bejaht Spadolini. Gibraltar spiele dabei eine Rolle.<sup>24</sup> Bei einer Verschärfung des Falkland-Konflikts könnten die Gefühle in Spanien hochgehen. Das könnte wiederum zu einer Anheizung der Auseinandersetzung um Gibraltar führen.

Spadolini spricht sodann von einer echten Rivalität zwischen Spanien und Frankreich, die auch heute fortbesteht. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien schlecht. Auf Ihre Frage nach den Gründen hierfür entgegnet Spadolini zunächst mit dem Hinweis auf das Terroristen-Problem<sup>25</sup>, sodann auf historische über hundertjährige Reibungen zwischen den beiden Ländern. Man empfinde in Spanien außerdem das französische Verhalten zuweilen als arrogant.

Sie berichten, daß Balsemão bei seinem Besuch in Bonn für den Beitritt Spaniens in die NATO eingetreten sei.<sup>26</sup> (Spadolini: Er war auch bei uns.) Als Fußnote fügen Sie an, daß aus Balsemãos Äußerungen deutlich geworden sei, daß er auf keinen Fall die portugiesischen Streitkräfte einem spanischen Kommando unterstellen wolle. Seiner Meinung nach sollten die spanischen Streitkräfte entweder SACEUR unterstellt werden – was ihm wohl offensichtlich das liebste wäre – oder auch SACLANT. Wenn letzteres geschehe, so dürfe darüber Portugal seinen Rang im atlantischen Kommandobereich nicht verlieren; Spanien dürfe nicht höher rangieren. Portugal empfinde sich sehr stark als ein atlantisches Land. In diese Nebenaussage habe Balsemão sehr viel mehr Emotion hineingelegt als in die Hauptaussage über seine Zustimmung zum NATO-Beitritt Spaniens.

Was die Aufnahme Portugals in die EG betrifft, so habe Balsemão darauf verwiesen, daß die EG die Verhandlungen mit Portugal früher als die mit Spanien begonnen habe.<sup>27</sup> Es wolle daher auch zuerst zu einem Vertrag kommen; die Effektivierung des Vertrages (Ratifizierung) könne dann gleichzeitig mit der des Vertrages mit Spanien geschehen.

<sup>24</sup> Zur Gibraltar-Frage vgl. Dok. 27, Anm. 17.

<sup>25</sup> Botschafter Brunner, Madrid, legte am 9. März 1982 zum Verhältnis zwischen Frankreich und Spanien dar: „Neben dem EG-Komplex belasten vor allem Nachbarschaftsfragen das Verhältnis zu Frankreich. Die Regierung Calvo-Sotelo hatte sich dieses Themas als eines der ersten angenommen und Mitte 1981 mit einer Reihe bilateraler Kontakte auf hoher Ebene vergeblich eine Wende in den spanisch-französischen Beziehungen gesucht. Die prinzipielle Weigerung der französischen Regierung, ETA-Terroristen auszuliefern, hat sich aber als ebenso unüberwindliches Hindernis erwiesen wie die Duldung von Anschlägen französischer Bauern auf spanische Agrartransporte in Südfrankreich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 434; Referat 203, Bd. 124905.

<sup>26</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Balsemão am 4. Mai 1982 vgl. Dok. 134.

<sup>27</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 129, Anm. 6, 8 und 9.

Ihres Erachtens werde die EG durch den Beitritt Spaniens zum dritten Mal vor schwere Probleme gestellt, deren Sprengkraft nicht unterschätzt werden dürfe. Dies sei zum ersten Mal mit dem Beitritt Großbritanniens<sup>28</sup> geschehen, danach, etwas geringer, mit dem Griechenlands<sup>29</sup>.

Spadolini glaubt, daß es einen gewissen Konflikt zwischen Portugal und Spanien gibt. Auch er reiche in die Geschichte zurück, er sei aber nicht so heftig wie der zwischen Frankreich und Spanien oder auch der zwischen Spanien und Großbritannien. Es sei sehr wichtig, Portugal hereinzunehmen. Es sei schon immer ein atlantisches Land gewesen, auch unter Salazar, obwohl dieser eine Art ziviler Franco war. Vielleicht sei der Grad an Demokratie in Portugal auch etwas höher als der in Spanien.

Zwischen Spanien und Portugal gebe es eigentlich keine territorialen Probleme – am Rande vielleicht Madeira. Jedenfalls kein Problem von der Schärfe Gibraltars im Verhältnis Spaniens zu GB. Auch sei die Intensität der Reibungen zwischen Spanien und Portugal nicht mit der zwischen Griechenland und der Türkei vergleichbar.

Ihre Frage, auf wen Papandreou höre, beantwortet Spadolini mit dem Hinweis auf Mitterrand. Papandreou habe sich links von Mitterrand angesiedelt. Seine neutralistischen Tendenzen gäben Anlaß zur Besorgnis.

Sie bemerken, daß Sie Papandreou im persönlichen Gespräch vernünftig und liebenswert fanden.<sup>30</sup>

Spadolini schließt diesen Gesprächspunkt mit der Bemerkung, daß die Probleme unter Sechs geringer gewesen seien.

Er bittet Sie sodann um Ihre Beurteilung der Politik der USA.

Sie erläutern, ausführlicher als im folgenden dargestellt, die Vorgeschichte von SALT I<sup>31</sup> und SALT II<sup>32</sup>, die Widerstände, die sich dagegen in den USA, insbesondere im Kongreß, gezeigt haben und die Verschiedenheit der Reaktionen der verschiedenen amerikanischen Administrationen hierauf.

Sie gehen sodann auf die Vorgeschichte von INF ein und seine Beziehung zu SALT. Dabei erläutern Sie den Stand der öffentlichen Meinung bei uns, die Politik der Bundesregierung und den Verlauf des Münchener Kongresses<sup>33</sup> in

<sup>28</sup> Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1973 bei.

<sup>29</sup> Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

<sup>30</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Papandreou am 2. Februar 1982 vgl. Dok. 38.

<sup>31</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>33</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

diesem Punkt. Entscheidend wichtig sei, daß die Verhandlungen von den USA weiterhin in good faith geführt würden. Mit dem bisherigen Verlauf seien Sie zufrieden.

Spadolini berichtet von zunehmender Kritik gegen die Stationierung in Italien, von der Haltung der sozialistischen Partei hierzu, vom Stand der Vorbereitungen, von der Haltung seiner Regierung zu den Verhandlungen und einer Stationierung. Er zieht hieraus den Schluß, daß die Entwicklung in Italien parallel zu der in der Bundesrepublik Deutschland verläuft.

Sie sind sich mit Spadolini darin einig, daß es ganz wichtig sei, daß die USA wissen, wie sehr wir auf ernsthafte Verhandlungen drängen. In diesem Zusammenhang führen Sie auch einen Meinungs austausch zum Verhandlungskonzept.

Sie machen sodann Ausführungen zur Wirtschaftspolitik der USA und ihrem Einfluß auf die Weltwirtschaft und insbesondere die Wirtschaft in den europäischen Ländern. Spadolini teilt Ihnen mit, daß der reale Zinsfuß in Italien zur Zeit 10% betrage; Sie: bei uns 3,5%. Beides sei zu hoch. Dies sei ein Thema für Versailles<sup>34</sup>, ebenso wie die Ost-West-Handelsbeziehungen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war der Besuch Präsident Reagans in Europa.<sup>35</sup> Spadolini teilt Ihnen in diesem Zusammenhang mit, daß er beabsichtige, mit Präsident Reagan im Flugzeug von Paris nach Rom zu fliegen.

Im Zusammenhang mit einem Meinungs austausch über die Lage in Polen bewertet Spadolini auf Ihre Frage die Haltung des Vatikans als differenziert. Der Papst<sup>36</sup> selbst nehme eine sehr moderate Haltung ein und habe in diesem Sinne auch auf Kardinal Glemp eingewirkt.

Gesandter Berlinguer trägt auf Veranlassung von Spadolini folgendes zu Stahl vor: Die Frage sei von den zuständigen Ministern erörtert, aber nicht zum Abschluß gebracht worden. Einige Punkte seien noch offen. Es gehe insbesondere um die Erneuerung der Produktionsquoten bei bestimmten Stählen (u. a. Stabeisen). Die heutigen Quoten seien 1975 festgesetzt worden, seitdem habe sich der Verbrauch ausgeweitet, nicht aber die Produktion; in Italien führe dies zu starken Diskrepanzen.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>35</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>36</sup> Johannes Paul II.

<sup>37</sup> Zur Regelung der Stahlproduktion in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 64, Anm. 11.

Am 1. Juni 1982 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, Bundesminister Graf Lambsdorff habe dem italienischen Industrieminister Marcora am 25. Mai 1982 in Rom die Haltung der Bundesregierung zu einer Ausweitung der italienischen Stahlproduktion dargelegt. Lambsdorff habe sich für eine Verlängerung der bestehenden Quoten um zwölf Monate ausgesprochen und gewarnt, bei einer Nichtverlängerung „würde die europäische Stahlindustrie in die nächsten Monate ohne Quotenregelung gehen. Das bedeute angesichts der Marktlage und der bestehenden Überkapazitäten offenen Kampf unter hohen Opfern. Dem sei dadurch zuvorzukommen, daß jeder auf einen Teil der seinen Kapazitäten entsprechenden Quoten verzichte, daß auch Anlagen – wie in Dortmund und Bremen und in I in Bagnoli – geschlossen und Einbußen von Arbeitsplätzen hingenommen werden müßten. Da seien UK, F und D vorangegangen mit Rückgängen der Beschäftigtenzahlen in der Stahlindustrie von 1974 bis 1981 um 108 000, 58 000 und 39 000, während I in der gleichen Zeit 4500 zusätzlich eingestellt habe.“ Marcora habe entgegnet: „Für die italienische Regierung sei es unvorstellbar, in Bagnoli bei Neapel die Fabriktore zu schließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 583/584; Referat 412, Bd. 130502.

Spadolini unterstreicht, daß das Problem ihm sehr am Herzen liegt.

Sie entgegnen, daß sich die Stahlindustrie bei uns im seit Kriegsende schlimmsten Zustand befinde. Sämtliche Firmen machten Verluste. Sie könnten ihm diese Sorge nicht verschweigen. Wir hätten auf die Lage mit einer Einschränkung der Stahlproduktion reagiert mit der Folge, daß Zigtausende von Arbeitern entlassen werden mußten. Unser Eindruck sei, daß in Italien die Produktion eher erweitert werden solle; und dies mit Hilfe staatlicher Mittel. Solange dies innerhalb der Grenzen des Subventionskodex stattfindet, könnten Sie dagegen nicht polemisieren. Wir seien aber sehr daran interessiert, daß Eurofer<sup>38</sup> nicht blockiert und der Kodex nicht perforiert werde.

Spadolini äußert sich zustimmend. Italien respektiere den Kodex. Das italienische Problem sei jedoch, daß die finanzielle Belastung der italienischen Unternehmen stärker sei als in anderen Ländern. Das ergebe sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdmitteln. Bei den öffentlichen Stahlunternehmen sei der Anteil des Eigenkapitals in Italien lediglich 5% gegenüber z. B. 51% bei der französischen Firma Usinor, und von etwa 40% bei britischen Unternehmen. Hieraus folge ein überaus ungünstiges Verhältnis der Finanzierungskosten zum Umsatz wegen der hohen Zinsbelastungen.

Sodann bemerkt Spadolini, daß die Sanktionspolitik, eine Politik wirtschaftlicher Vergeltung, unzweckmäßig sei. Zumindest müsse dieses Instrument überaus vorsichtig benutzt werden, wie unsere Erfahrungen mit dem Iran<sup>39</sup>, mit Polen<sup>40</sup> und jetzt mit Argentinien<sup>41</sup> gezeigt hätten.

Er bedauert, daß das für Italien lebenswichtige Erdgas-Röhren-Geschäft noch nicht abgeschlossen werden konnte.<sup>42</sup> Grund hierfür seien die politischen Schwierigkeiten. Der Einsatz wirtschaftlicher Waffen müsse anders geregelt werden als bisher geschehen.

Sie bekunden Ihr volles Einverständnis mit den Äußerungen Spadolinis. Präsident Reagan müsse dies in Versailles sehr deutlich von den Europäern hören. Spadolini bekräftigt, daß wir dies sehr deutlich sagen müßten; mit äußerster Klarheit.

Sie berichten sodann von Ihrem Gespräch mit George Shultz.<sup>43</sup> Er sei der beste Kenner der Weltwirtschaft in den USA, früher Minister für Arbeit bei Nixon, verantwortlich für den Haushalt, und danach Finanzminister; heute sei er privater Industrieller.

Sie hätten in Washington angeregt, daß Präsident Reagan einen Mann seines Vertrauens nach Europa schicke. Shultz wollte auch nach Rom kommen. Sie regen an, daß Spadolini ihn persönlich empfängt.

Spadolini entgegnet, daß dieses Zusammentreffen nicht stattfinden konnte wegen seines Besuchs in Hamburg.

<sup>38</sup> Wirtschaftsverband der europäischen Eisen- und Stahlindustrie.

<sup>39</sup> Zu den Sanktionen der USA und der EG-Mitgliedstaaten gegenüber dem Iran vgl. Dok. 9, Anm. 24.

<sup>40</sup> Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 81.

<sup>41</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>42</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 74, Anm. 16.

<sup>43</sup> Für das Gespräch vom 6. Mai 1982 vgl. Dok. 136.

Sie teilen mit, daß George Shultz am Montag<sup>44</sup> nach Japan weiterreisen werde, heute und morgen befinde er sich in Berlin. Er habe sehr gehofft, Spadolini zu treffen.

Anmerkung: Spadolini hat Ihre Anregung aufgenommen und mit George Shultz ein Treffen in Berlin vereinbart; das Treffen hat auch stattgefunden.

Sie berichten, daß Shultz Ihnen mitgeteilt hat, der Präsident halte an seinen Vorstellungen über eine Einschränkung des Handels mit Osteuropa fest. Solange dafür die Formel heiße, den Wirtschaftsaustausch mit kommunistischen Staaten zu marktwirtschaftlichen Bedingungen abzuwickeln, so seien Sie damit einverstanden. Wenn Präsident Reagan jedoch an eine Formel denke, die zu einer willentlichen Einschränkung des Handels mit der SU, mit Polen, mit anderen kommunistischen Staaten führt, so könnten Sie dem nicht zustimmen. Sie vermuteten, daß Präsident Reagan in dieser Frage sehr weit gehen wolle.

Spadolini wirft ein, daß man hier sehr wachsam sein und deutlich sprechen müsse.

Sie berichten, daß Shultz Ihnen als Hauptanliegen Präsident Reagans auf dem Versailler Gipfel die Punkte Handelsfreiheit, GATT und Ausweitung des GATT auf Dienstleistungen vorgetragen habe. Wir seien prinzipiell einverstanden, wollten dies aber nicht als einen Versuch verstehen, nicht über die wichtige Frage der Auswirkungen der US-Wirtschaftspolitik auf uns zu sprechen.

Eine weitere auf der Tagesordnung stehende Frage sei die Energieversorgung. Sie seien mit Shultz der Meinung, daß die Ölschwemme vorübergehend sei. Je nach der weltpolitischen Entwicklung könnte schon 1983 (?) ein neuer Versorgungsengpaß eintreten, und zwar dann, wenn einerseits die Wirtschaft wieder angesprungen sei und mehr Öl benötige und gleichzeitig etwa im Iran, im Irak, in Libyen oder anderswo politische Schwierigkeiten auftreten würden. Dies könne sofort wieder zu einer Verknappung führen. Die OPEC wolle jedenfalls wieder die Oberhand gewinnen und dies bald, wahrscheinlich schon 1983. Wichtig sei unter diesen Umständen, daß wir sagen, daß sowohl die industriellen Verbraucher wie die Autofahrer sich nicht in Sicherheit wiegen sollten. Es gehe vielmehr darum, weiter zu sparen, Kernkraftwerke zu bauen und nicht zu glauben, daß die Energiekrise hinter uns liege.

Die Außenminister und danach die Botschafter<sup>45</sup> treten gegen 12.00 Uhr zu dem Gespräch hinzu.

AM Colombo teilt mit, daß sie die Formulierung zu Falkland ausgearbeitet hätten.

Sie wollten zuvor noch den Agrarpreiskompromiß<sup>46</sup> ansprechen. Ihnen erscheine es wichtig, daß schnell abgeschlossen werde. Griechen und Italiener sollten ihre Vorbehalte zurückstellen. Die Sache könne nur noch teurer werden mit üblen Folgen für die Preisentwicklung und den EG-Haushalt. Die Frage der GB-Entlastung sei immer noch nicht gelöst.<sup>47</sup> Es sei schlimm, wenn GB weiterhin an dem Junktim festhalte.

<sup>44</sup> 10. Mai 1982.

<sup>45</sup> Luigi Vittorio Ferraris (Italien) und Rüdiger Freiherr von Wechmar (Bundesrepublik).

<sup>46</sup> Zur Frage einer Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 130, Anm. 11.

<sup>47</sup> Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

Auch wir sind über die im Agrargebiet gefundene Lösung nicht glücklich. Ein Hinauszögern könne die Sache jedoch nur noch schlimmer machen. Italien erhalte bei dem Kompromiß einen Preisanstieg von 14%, wir von nur 7%. Für Wein gebe es eine besonders günstige Regelung.

Spadolini bemerkt hierzu, daß der italienische Landwirtschaftsminister<sup>48</sup> Vorbehalte zu drei (nach Colombo nachher vier) Punkten angemeldet habe. Diese werden von Spadolini nicht näher spezifiziert. Könne man nicht überlegen, wenigstens an einer Stelle nachzugeben? Dies würde der italienischen Regierung die Aufgabe des Vorbehalts erleichtern.

Colombo ergänzt, daß es bei Wein nicht darum gehe, die Preise weiter anzuheben, sondern die Garantien für Destillation zu verbessern. Auch er spricht sich für eine kleine Geste aus, die für die italienische Regierung hilfreich sein könnte.

Sie äußern Ihr Verständnis, stellen aber die Frage, wohin das führt. Vor allem wir seien betroffen, da 1981 Deutschland der einzige Nettozahler der Gemeinschaft war. Dies bringe uns in die überaus mißliche Lage, bei jeder neuen Politik, bei Fragen den Haushalt betreffend, bei Wein, bei allem, was etwas koste, diejenigen zu sein, die per Saldo zahlen. Der deutsche Finanzminister<sup>49</sup> könne dies nicht verantworten. Deshalb müßten ihn der Außenminister und auch Sie selbst jedes Mal zu beruhigen versuchen. Jedenfalls zwingt uns diese Lage zu einer Politik des Vorbehalts. Wenn aber wir anfangen, Vorbehalte einzulegen, dann gehe wohl nichts mehr. Unser augenblicklicher Nettobeitrag für die Gemeinschaft sei 6,5 Mrd. DM, d. h. etwa 1/4 unseres eigenen Haushaltsdefizits. Blicke es bei dieser Lage, so würden Forderungen unserer anderen Partner, Irland, Großbritannien, Griechenland, Italien, uns dazu zwingen, Vorbehalte einzulegen.

Colombo weiß dies. Er habe in letzter Zeit selbst immer wieder hierauf hingewiesen, auch gegenüber anderen, auch im Zusammenhang mit der Frage des Briten-Ausgleichs.

In der jetzt angesprochenen Frage gehe es um ein politisches Problem der Präsentation nach innen.

Sie bemerken, daß Sie dies verstünden. Sie wollten im Zusammenhang damit jedoch auch anmerken, daß wir uns nur geringfügig am Briten-Ausgleich beteiligen wollten und hierfür ebenfalls um Verständnis bäten. Mit ihrer augenblicklichen Haltung bereite PM Thatcher der Gemeinschaft erhebliche Schwierigkeiten. Unsere öffentliche Meinung verstehe dies nicht mehr. Das Zahlmeister-Argument hätten nicht Sie erfunden. Aber Sie seien sich mit dem jetzigen und den früheren Finanzministern voll einig und hätten dies auch immer vertreten, daß im Interesse Europas unsere finanziellen Leistungen nicht unbegrenzt ansteigen dürften. Wir würden diese finanziellen Klagen nicht öffentlich vorbringen, müßten sie jedoch deutlich ansprechen.

Spadolini fragt Sie nach der Polen-Umschuldung 1982.<sup>50</sup>

Sie bemerken, daß Sie über den augenblicklichen Stand nicht unterrichtet seien.

<sup>48</sup> Giuseppe Bartolomei.

<sup>49</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>50</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 133.

BM Genscher bemerkt, daß die Umschuldungsverhandlungen sowohl unter politischen wie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine wichtigere Frage seien als das Thema der Kreditkonditionen gegenüber dem Osten. Bei der Umschuldung gehe es um die Kreditfähigkeit des Ostens. Es sei dies nicht nur ein ökonomischer Vorgang, sondern auch eine Frage, die die politische Strategie des Westens betreffe. Eine Entscheidung hierüber stehe für Oktober/November an. Die Vorbereitung der Entscheidung falle in etwa zusammen mit der Entwicklung des Papst-Besuches in Polen.<sup>51</sup> Für uns geht es bei der Umschuldung um den Einsatz eines wichtigen politischen Instruments zur Förderung von Reformen in Polen. Beides müsse parallel gesehen und benutzt werden. Die Ereignisse am 1. und am 3. Mai in Polen hätten gezeigt, daß das Regime nicht gegen Wałęsa operieren könne.<sup>52</sup> Das Ansehen Jaruzelskis sei ziemlich auf dem Nullpunkt angelangt, er habe seinen ehemals hohen Kredit verspielt und gelte inzwischen als Instrument Moskaus. Moskau sei es durchaus recht, nicht selbst eingreifen zu müssen. Vielleicht sei man in Moskau durchaus bereit, ihm sogar eine längere Leine zu lassen. Tragisch in diesem Zusammenhang sei freilich, daß die politische Entscheidungsfähigkeit in Moskau durch den Zustand Breschnews sehr reduziert sei.

BM Genscher weist darauf hin, daß wir unsere Entscheidung zur Polen-Umschuldung ab Juni vorbereiten müssen. Seiner Meinung nach sei dieses ein Thema auch für Versailles.

Sie werfen ein, daß dies vielleicht nicht am Verhandlungstisch, sondern beim Essen behandelt werden sollte.

Colombo bemerkt, daß das Thema im Gesamtzusammenhang sowohl der Polen-Frage wie auch der Verschuldung anderer kommunistischer Länder gesehen werden müsse. Wir müssen uns in der Tat über unser zukünftiges Verhalten klarwerden.

Für BM Genscher geht es um die Kreditwürdigkeit der Länder des Ostens. Mit diesem Thema nähmen wir die SU stärker in die Pflicht als mit dem der Kreditkonditionen.

Sie bemerken in diesem Zusammenhang, daß es unser Interesse sein müsse, nicht ein Land wie Ungarn unter die Fuchtel Moskaus geraten zu lassen. Unter allen kommunistischen Ländern sei Ungarn das freieste; es sei freier als Kuba und die DDR, wohl mindestens ebenso frei wie Jugoslawien, und dies trotz der Anwesenheit vier sowjetischer Divisionen im Land. Die Ungarn könnten ohne Visum ausreisen und kämen auch wieder zurück. Hier habe sich eine relativ liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsform unter kommunistischer Oberhoheit herausbilden können. Das gelte auch für die Landwirtschaft. Wenn andere kommunistische Länder ähnlich organisiert wären, so wäre dies gut für Europa, insbesondere für Osteuropa. Ungarn hätte nun sowohl die Last der West- wie verstärkter OPEC-Verschuldung zu tragen. Aus diesem Grunde hätten wir auch geholfen.<sup>53</sup> Wir müßten aufpassen, daß die USA nicht meinten, Rumänien sei der fortgeschrittenste Staat in Osteuropa.

<sup>51</sup> Zu einer Reise des Papstes Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

<sup>52</sup> Zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai 1982 in Polen vgl. Dok. 134, Anm. 30.

<sup>53</sup> In einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 421 und 422 vom 7. April 1982 wurde festgehalten: „Die Bundesregierung ist von ungarischer Seite in früheren Jahren wiederholt auf die Gewäh-

Sie besprechen sodann den von den Außenministern ausgearbeiteten Text zu Falkland und erörtern dabei einzelne Absätze, so insbesondere auch den letzten Absatz.

Im Laufe des Meinungsaustausches zu diesem Punkt berichtet der italienische Botschafter von einer Intervention des englischen Vertreters im AStV, der gebeten habe, gerade jetzt nicht GB die Unterstützung der Europäer zu entziehen, da dies sonst ungünstige Folgen für das Verhalten Argentiniens haben würde.

BM Genscher bemerkt hierzu, daß es GB hier vor allem um eine Verlängerung der Sanktionen gehe.

Sie bemerken zu den Sanktionen und deren möglicher Verlängerung über den 17. Mai hinaus, daß wir hierüber noch nicht beraten hätten.

BM Genscher berichtet, daß er damit rechne, daß hierüber bei den AM am 8. und 9. Mai gesprochen werde.<sup>54</sup> Wir hielten eine Entscheidung über eine Verlängerung jetzt für verfrüht. Man müsse hierüber gegen Ende der Frist erneut beraten. Wie immer wir jetzt entscheiden, könnte dies zu einer Versteifung der argentinischen Haltung führen. Am Wochenende wüßten wir voraussichtlich mehr über den weiteren Verlauf des Konflikts. Im übrigen brauchten alle AM zu einer Entscheidung die Zustimmung ihres Kabinetts. Eine Festlegung am Wochenende wäre ein Fehler. Iren und Dänen wollten bei einer Verlängerung nicht mitmachen. Die Zurückhaltung, die von italienischer Seite zum Ausdruck kommt, breite sich auch bei anderen Partnern aus.

AM Colombo bestätigt dies und befürchtet bei einer Verlängerung heftige Reaktionen in seinem Parlament, und dies sowohl bei der Mehrheit wie bei der Opposition.

Auf beiden Seiten besteht Einvernehmen, daß am Wochenende über die Sanktionsfrage gesprochen, nicht über sie entschieden werden solle.

Sie fügen hinzu, daß GB bei den Gesprächen am Wochenende eine klare Vorwarnung erhalten müsse wegen der wachsenden Opposition in Europa.

Beim Mittagessen berichtet AM Colombo auf Ihre Bitte über Libyen. Dabei bemerkt er, daß Libyen Zahlungsverpflichtungen gegenüber Italien nicht mehr einhalte. Er fragt, ob dies bei uns ähnlich sei.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 733*

... rung eines ‚Handelsförderungskredits‘ in Höhe von einer Mrd. DM [...] angesprochen worden [...]. Die Bundesregierung hat dieses Anliegen stets abgelehnt. Inzwischen (März 82) hat Ungarn die BIZ um Gewährung eines Überbrückungskredits in Höhe von 500 Mio. Dollar gebeten. Dieser Kredit soll dazu dienen, gewisse Liquiditätsengpässe bis zum Beschluß über die Aufnahme Ungarns in den IWF und die ersten Ziehungsmöglichkeiten (nicht vor Herbst 1982) zu überbrücken. Eine solche Aktion der BIZ ist nur bei entsprechendem Engagement westeuropäischer Zentralbanken und gleichzeitiger staatlicher Garantieübernahme möglich. Um eine Zahlungseinstellung Ungarns gegenüber westeuropäischen Gläubigern vermeiden zu helfen, hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, an einer multilateralen Stützungsaktion mitzuwirken, und zwar durch Übernahme einer Bundesgarantie für einen Bundesbankkredit an die BIZ in Höhe von 25 Mio. Dollar. Hierdurch konnte der ungarischen Nationalbank eine erste Kredittranche von 100 Mio. Dollar als kurzfristige Überbrückungshilfe (sechs Monate) zur Verfügung gestellt werden. Notfalls wird die Bundesregierung auch bereit sein, sich an einer weiteren Stützungsaktion ähnlichen Umfangs zu beteiligen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141387.

<sup>54</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple vgl. Dok. 145.

BM Genscher bejaht dies grundsätzlich.<sup>55</sup> Man müsse sich die Frage stellen, ob Libyen gegenüber Italien damit bezwecke, Italien zum Abschluß bestimmter Öllieferungsverträge zu höheren Preisen zu zwingen.

Spadolini hält dies für möglich.

Er sei im übrigen bereit, Jalloud in Rom zu empfangen und mit ihm über Wirtschaftsfragen zu sprechen.

Colombo berichtet von möglichen Konflikten zwischen Gaddafi und Jalloud, über die zuverlässige Informationen jedoch nicht vorliegen. Libyen habe jedenfalls mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun.

Sie fragen, ob dabei der USA-Boycott<sup>56</sup> gegenüber dem Libyen-Öl eine Rolle spiele oder die fallenden Ölpreise generell.

Colombo bestätigt, daß der Boycott Libyen in der Tat geschadet habe. Er fragt, mit einem leicht kritischen Unterton im Hinblick auf italienische Interessen, ob sich Libyen bei Unternehmen der Bundesrepublik darum bemühe, daß diese an die Stelle der USA treten.

BM Genscher bestätigt, daß die Libyer etwas in dieser Richtung drängten.

Sie berichten, daß Kreisky den Eindruck habe, als ob Gaddafi sich etwas vereinsamt fühle und in Europa Anlehnung suche.<sup>57</sup> Von afrikanischen Regierungs- und Staatschefs hörten wir freilich nur negative Urteile über Gaddafi, obwohl diese andererseits bereit seien, ihn zum Präsidenten der OAU zu machen.<sup>58</sup>

Spadolini hat den Eindruck, als sei die sowjetische Unterstützung für Gaddafi schwächer geworden. Gaddafi sei auch für die SU unberechenbar. Die Beziehungen zwischen Libyen und Ägypten seien etwas weniger schlecht, als sie in der Vergangenheit waren, wo sie sehr schlecht waren.

Sie erkundigen sich nach Anlaufmöglichkeiten für die Eskadra und nach dem Zwischenfall im Golf von Tarent<sup>59</sup>.

<sup>55</sup> Die Botschaft in Tripolis teilte am 5. April 1982 zur Außenwirtschaftspolitik Libyens mit: „Im Berichtszeitraum konnte Libyen seinen Erdölabsatz nicht über 600 000 b[arrel]/d[ay] steigern. Bei einem Bedarf von etwa 1,5 Mio. b/d zum Ausgleich des Haushalts und vor allem der Zahlungsbilanz schmolzen die Devisenreserven um etwa 800 Mio. US-Dollar pro Monat auf 6 Mrd. US-Dollar (und etwa 2,5 Mrd. US-Dollar in Gold) ab. Zur Jahreswende ergriffen daher die Libyer drastische Sparmaßnahmen durch Beschränkung der Einfuhren, Aufschiebung der Vertragsabschlüsse für Entwicklungsprojekte sowie allgemeine Zahlungsverzögerungen. Erst nach der letzten OPEC-Sitzung in Wien hat libysches Öl wieder bessere Marktchancen, falls sich die anderen Mitglieder an die Mengenbeschränkungen und Preisbeschlüsse halten.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 224 des Legationssekretärs Leuchs, Tripolis; Referat 311, Bd. 137733.

<sup>56</sup> Präsident Reagan verhängte am 10. März 1982 ein Einfuhrverbot für libysches Erdöl. Für den Wortlaut der Erklärung 4907 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 271 f.

<sup>57</sup> Oberst Gaddafi hielt sich vom 10. bis 13. März 1982 in Österreich auf.

<sup>58</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen als nächster Veranstalter der Gipfelkonferenz und damit Oberst Gaddafi als künftiger Präsident der OAE bestimmt.

<sup>59</sup> Am 27. Februar 1982 gab das italienische Verteidigungsministerium bekannt, daß es im Golf von Tarent zu einem Zwischenfall mit einem fremden U-Boot gekommen sei, bei dem es sich wahrscheinlich um ein sowjetisches Boot der Viktor-Klasse gehandelt habe. Nach mehrstündiger Verfolgungsjagd sei das U-Boot in internationale Gewässer entkommen. Vgl. dazu den Artikel „Ein ‚fremdes‘ atomgetriebenes U-Boot vor Italiens Südküste“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. März 1982, S. 3.

Spadolini antwortet etwas ausweichend auf die erste Frage und bemerkt sodann, daß die Beziehungen zwischen SU und Algerien ausgezeichnet und stabil seien.

Sie fragen, ob es Verträge hinsichtlich der Hafenbenutzung gebe und mit wem. Eine schwimmende Versorgung der Eskadra werde für die SU sehr teuer.

Colombo berichtet, daß Malta mit der SU ein Abkommen über Hafenbenutzung, allerdings nur für Handelsschiffe, geschlossen hätte.<sup>60</sup> Dies könne in der Praxis jedoch rasch auf Kriegsschiffe ausgedehnt werden. Italien habe gegenüber Dom Mintoff deshalb protestiert. Jetzt wolle auch Eagleburger nach Malta fahren, offiziell wegen eines Doppelbesteuerungsabkommens, offenbar aber aus politischen Gründen.

Auf Ihre erneute Frage nach dem Vorfall im Golf von Tarent bemerkt Spadolini, daß sie selbst nicht sehr schlau aus dem Vorfall geworden seien. Colombo erläutert des näheren, daß es sich in der Tat wahrscheinlich um ein sowjetisches U-Boot in italienischen Territorialgewässern gehandelt habe. Die italienische Regierung habe gegenüber der sowjetischen Regierung protestiert; diese habe den Protest zurückgewiesen.

Spadolini wirft ein, wäre Albanien nicht so sehr außerhalb des von der Sowjetunion beherrschten Blocks, so wäre es logisch, daß die Eskadra dort sich versorge.

Sie berichten in diesem Zusammenhang von Ihrem Eindruck, daß Papandreou Wert darauf lege, die Ägäis als Durchmarschgebiet für sowjetische Schiffe eher schwieriger zu machen. Andererseits verzichte er (im Hinblick auf die Türkei) durch Ausweitung der Territorialgewässer<sup>61</sup> den Durchmarsch zu schließen, halte vielmehr legalen Durchlaß offen. Sie fragen, ob über diese Fragen schon in der NATO gesprochen werde.

Colombo wirft ein, daß Griechenland zur Zeit zu einem schwierigen Element innerhalb des Bündnisses zu werden drohe. Auf vielen Gebieten zeige es eine negative Haltung mit einem starken Element des disengagements. Vorrangig sei freilich die Sorge vor der Türkei.

<sup>60</sup> Am 23. November 1982 gab Referat 203 einen Überblick zu den Beziehungen zwischen Malta und der UdSSR: „Seit Januar 1981 hat die Sowjetunion ihre Präsenz auf der Insel zielstrebig ausgebaut. Jan[uar] 1981: Abkommen über Bunkerrechte für sowjetische Schiffe in maltesischen Häfen; Schifffahrtsabkommen, das u. a. sowjetischen Handelsschiffen das Anlaufen maltesischer Häfen und die Nutzung maltesischer Werftanlagen ohne besondere Genehmigung gestattet. Jul[i] 1981: Vereinbarung über Errichtung von Botschaften in Valletta und Moskau; Okt[ober] 1981: Notenaustausch über Anerkennung der m[a]l[t]esischen Neutralität; Luftverkehrsabkommen mit Landerechten für Aeroflot auf Malta; Nov[ember] 1981: Eröffnung sowjetischer Botschaft in Valletta; März 1982: Kulturabkommen. Die sowjetische Botschaft soll zu einer Endstärke von 30 Diplomaten ausgebaut werden (in Moskau nur ein mlt. Diplomat), Bunker- und Luftverkehrsabkommen erlauben sowjetisches Personal auf Malta. Gleichzeitig bemüht sich die SU um politische Mitsprache in mlt. Angelegenheiten. Im sowjetisch-maltesischen Notenaustausch zur mlt. Neutralität vom 8.10.1981 heißt es: ‚The Government of the U.S.S.R. (...) expresses its readiness to consult with the Government of the Republic of Malta on questions directly affecting the interests of the two countries, including the neutral status of Malta.‘ Die SU hat primär ein strategisches Interesse an der Insel. Das Bunkerabkommen ist für die SU vor allem zur logistischen Abstützung der sowjetischen Mittelmeerflotte wertvoll.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124910.

<sup>61</sup> Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 56, Anm. 43.

Er berichtet von einer Rede Pym<sup>62</sup>, über die er soeben informiert worden sei. Pym habe sich zugunsten der Tätigkeit der VN ausgesprochen. GB zeige größere Flexibilität als Argentinien. Argentinien hätte eigentlich die Vorschläge Haigs und der Peruaner annehmen sollen. In der Sanktionsfrage sei GB für eine Ausweitung im Rahmen der VN. Es zeige sich jedoch aufgeschlossen für ein VN-Mandat.

In diesem Zusammenhang solle man auch den Druck der USA auf GB, obwohl nicht öffentlich, nicht unterbewerten.

BM Genscher berichtet von dem überaus günstigen Wahlergebnis für die Konservativen bei den Kommunalwahlen.<sup>63</sup> Es sei das beste Wahlergebnis für eine Regierungspartei bei einer solchen Wahl nach dem Kriege.

Sie äußern Ihre Sorge hinsichtlich der Entsendung der Queen Elizabeth<sup>64</sup> in das Konfliktgebiet. Sie sei überaus schwer zu schützen, und wenn man dies wolle, so müsse man eine weitere große Seestreitkraft mobilisieren.

Spadolini berichtet, daß Pertini dies genauso sehe und dabei ein Vorgehen von dritter Seite nicht ausschließe.

Weitere, beim Essen besprochene Themen: Lage in den politischen Parteien sowohl bei uns wie in Italien, historische Ursprünge von Republikanern und Liberalen in Italien.

[gez.] Zeller

**VS-Bd. 14104 (010)**

<sup>62</sup> Für den Wortlaut der Rede des britischen Außenministers Pym am 7. Mai 1982 im britischen Parlament vgl. HANSARD, Commons, 1981/82, Bd. 23, Spalte 395–403.

<sup>63</sup> Zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1982 in England und Schottland vgl. Dok. 137, Anm. 17.

<sup>64</sup> Kapitän zur See Dingeldein, London, meldete am 6. Mai 1982, seitens der britischen Streitkräfte sei dargelegt worden, daß mit dem Kreuzfahrtschiff „Queen Elizabeth II“ eine Infanteriebrigade als zukünftige Garnisonstruppe auf die Falkland-Inseln verbracht werden solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 749; VS-Bd. 12330 (500); B 150, Aktenkopien 1982.

## 144

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kowalczyk

10. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch des FDP-Vorsitzenden und Bundesministers des Auswärtigen mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Demokratischen Partei der Volksrepublik Polen und Vize-Ministerpräsidenten, Edward Kowalczyk, am 10. Mai 1982, 16.00 Uhr im Thomas-Dehler-Haus<sup>2</sup>

Teilnehmer auf polnischer Seite: Jerzy Młokosiewicz, Vorsitzender des Hauptstadtkomitees der SD, ehemaliger Vizeminister; Jerzy Czerwiński, Persönlicher Sekretär von Herrn Kowalczyk; BR Miroslaw Wojtkowski, Geschäftsträger der polnischen Botschaft; Leopold Kutyla, Erster Sekretär der polnischen Botschaft, als Dolmetscher; auf deutscher Seite: Herr Schmülling, Pressesprecher der FDP; Herr Schumacher, Persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP; VLR Dr. von Ploetz, Ministerbüro, AA; Frau Dr. Rothlach, FDP; Frau Hamerlak, Dolmetscher.

*BM* begrüßt die Gäste, er erinnert an die letzte Begegnung im März 1981 in Warschau<sup>3</sup> und begrüßt – unter Hinweis auf die inzwischen eingetretenen Entwicklungen in Polen – die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache über alle Probleme und Sorgen, aber auch die Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse, die auch für die Stabilität in Europa von Bedeutung sei.

*Kowalczyk* dankt für die Einladung und hofft, zu einer Atmosphäre des besseren Verständnisses beitragen zu können, die in der gegenwärtigen Lage für Polen besonders wichtig sei. Unter Hinweis auf ein Gespräch vor Abreise mit General Jaruzelski übermittelt er *BM* dessen Grüße. Jaruzelski habe seine tiefe Anerkennung für das ausgesprochen, was *BM* für die bilateralen Beziehungen leistet.

Zur Lage in Polen unterstreicht *Kowalczyk*, Polen und die polnische Regierung wollten keinesfalls vom fortschrittlichen Reformkurs abweichen: Es werde keine Rückkehr zu den Zuständen geben, die vor August 1980 herrschten; es werde aber auch keine Rückkehr zu den Zuständen geben, die am 12.12.1981 herrschten.

*Kowalczyk* verweist darauf, daß unter dem Kriegsrecht eine Reihe von bedeutenden Reformen durchgeführt worden seien. Als Beispiele nennt er die Bereiche von Kleinindustrie, Kleinbesitz von Herstellungsmitteln, Landwirtschaft

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 10. Mai 1982 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl weitergeleitet.

Hat Braunmühl vorgelegen, der den „von Minister Genscher noch nicht genehmigten Vermerk“ am 19. Mai 1982 in Kopie an Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, übermittelte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178865.

Hat Ploetz am 14. Mai 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Kowalczyk hielt sich vom 10. bis 12. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

(Eigentum im Kleinbesitz), Wissenschaft, Kultur und schöpferische Freiheit. Diese Reformen legten Zeugnis ab vom Willen der polnischen Regierung zur Fortsetzung der Reformpolitik.

Kowalczyk unterstreicht, daß Regierung und gesellschaftliche Kräfte nach wirtschaftlicher Stabilität strebten, um auf dieser Grundlage alle Verpflichtungen Polens gegenüber seinen Gläubigern<sup>4</sup> zu erfüllen. Polen hoffe, bei diesen Bemühungen Hilfe zu erhalten und nicht gestört zu werden.

Man sei sich auch einig in der Auffassung, daß ein Feuer in Polen gleichbedeutend sei mit einem Brand in ganz Europa. So sei es logisch, daß alle Bemühungen in Polen – ungeachtet der fortdauernden Unruhen – nicht nur polnischen Interessen, sondern den Interessen Europas diene.

Kontakte und Beziehungen auf Parteiebene sollten das Verständnis verbessern. Er sei gern bereit, Fragen zu beantworten.

BM hebt hervor, daß unsere große Anteilnahme für die Ereignisse in Polen keine Einmischung in polnische Angelegenheiten darstelle. Wir seien interessiert, daß die von uns gegenüber Polen eingeleitete Politik Bestand habe, daß sich die Beziehungen gut entwickelten und daß Deutsche und Polen ihren Beitrag leisten könnten zur Stabilisierung und zum Ausbau der Beziehungen in Europa. Wir seien auch als Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki<sup>5</sup> interessiert, daß diese überall erfüllt werde.

BM nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf sein Gespräch mit Rakowski im Dezember 1981<sup>6</sup> und auf die Gespräche mit Kowalczyk und Jaruzelski in Warschau im März 1981. Er bat, die Grüße an Jaruzelski zu erwidern. Er sei unverändert beeindruckt von dem mit großer Offenheit geführten Gespräch, bei dem Jaruzelski die Probleme der Volksrepublik Polen so, wie sie sich damals darstellten, erläutert habe.

BM stellt fest, wir hätten die Entwicklung seit dem 13.12.1981 mit großer Besorgnis verfolgt. Nach unserem Eindruck sei es mit der gegenwärtigen Politik nicht gelungen, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht. Hier müsse sich für die polnische Führung die Frage stellen, ob sie den Weg des Dialogs – mit der polnischen Kirche wie mit der Führung von Solidarität – beschreiten solle.

Rakowski habe im Dezember erklärt: Die Solidarität sei aus dem Leben Polens nicht wegzudenken und solle ihre Arbeit fortsetzen. Das Gespräch mit Rakowski habe den Eindruck vermittelt, daß die Internierung<sup>7</sup> sehr bald beendet werde.

BM verweist auf unser konstruktives Interesse: Wir wünschten, daß man in der Volksrepublik Polen die wirtschaftlichen Probleme schnell anfassen und zu stabilen Verhältnissen kommen könne. Wir täten nichts, was die wirtschaftli-

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Schuldner“.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZIE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>6</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>7</sup> Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zu den am 28. April 1982 angekündigten Freilassungen vgl. Dok. 118, Anm. 4.

che Entwicklung beeinträchtigen könnte. Wir fragten uns, z. B. im Hinblick auf die polnischen Auslandsverbindlichkeiten, was in Polen geschehen solle, um die angestrebten Entscheidungen bei der Umschuldung<sup>8</sup> durchsetzen zu können. Durch die Reaktion auf die Ereignisse am 1. und 3. Mai 1982<sup>9</sup> seien wir enttäuscht.

BM fragt nach Beurteilung der Diskussion über den Papst-Besuch, ob man mit ihm rechne?<sup>10</sup>

*Kowalczyk* wiederholt die amtliche These, daß an den jüngsten Demonstrationen hauptsächlich Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren beteiligt gewesen seien, hingegen kaum Arbeiter oder Vertreter von ernsthaften gesellschaftlichen Kräften. Unter Hinweis auf den Aufruf des Primas<sup>11</sup> bedauert *Kowalczyk*, daß oppositionelle Politiker sich hinter dem Rücken von Kindern zu verstecken suchen.

Zur Dialog-Problematik bemerkt *Kowalczyk*, die Regierung müsse zwar nach Unterstützung streben, aber sie sei kein Fremdkörper, der ständig um Dialog und Zustimmung bemüht sein müsse, sondern ein Teil der polnischen Gesellschaft. Der Dialog könne nur die Verwirklichung der Prinzipien wie Selbstverwaltung betreffen, nicht die großen Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens selbst.

*Kowalczyk* verweist noch einmal auf die lange Liste von normativen Akten, mit denen die Regierung seit dem 13.12.1981 konsequent Fortschritte zu verwirklichen versuchte, und auf die wiederholten Störungen durch die Opposition. Auch wenn es paradox klinge, könne man sagen, das Kriegsrecht habe geholfen, Reformen konsequent zu verwirklichen. Dabei gebe es keinen Zweifel, daß das Kriegsrecht für Polen unangenehm sei.

*Kowalczyk* unterstellt, daß das plötzliche internationale Interesse an der polnischen Frage ein Vorwand sein könnte für andere Dinge. Polen solle nicht, wie 1939, Vorwand für einen Brand in Europa sein. Deshalb sei das Kriegsrecht ausgerufen worden. Bei objektiver Würdigung des polnischen Geschehens könnte man im übertragenen Sinn sagen, daß die Raketen nicht näher an die Grenze gerückt seien.

*BM* erinnert noch einmal an die Motive unseres Interesses an der Volksrepublik Polen und an ihrer inneren Lage. Er stellt fest, daß die Gefühle der Deutschen durch die Entwicklung in den letzten Monaten nicht beeinträchtigt worden seien. Aber: Wir seien interessiert an dem Geschehen in einem Land, mit dem wir aufrichtig zusammenarbeiten wollten und das wie wir die KSZE-Schlußakte unterzeichnet habe.

Unter Hinweis auf unsere öffentlich geäußerte Erwartung (drei Forderungen<sup>12</sup>) äußert *BM* die Überzeugung, daß die Politik der polnischen Regierung keine Unterstützung gefunden habe.

<sup>8</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 133.

<sup>9</sup> Zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai 1982 in Polen vgl. Dok. 134, Anm. 30.

<sup>10</sup> Zu einer Reise des Papstes Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

<sup>11</sup> Józef Glemp.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

BM kommt zurück auf sein Gespräch mit Rakowski und dessen Feststellung, Solidarität sei aus der polnischen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Diesen Worten seien seit dem 30. Dezember keine Taten gefolgt.

Als Ergebnis des Gesprächs mit Rakowski, das er geführt habe, um Fehleinschätzungen zu vermeiden, habe er (in vertraulichen Gesprächen) Überzeugungen und Erwartungen ausgesprochen. Ob dies nach dem heutigen Gespräch wieder möglich sei?

*Kowalczyk* referiert die amtliche These von der heterogenen Struktur der Solidarität, in der völlig richtige Ansichten über die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und der politischen und sozialen Moral vertreten würden, die er sich zu eigen machen könne, in der aber auch andere Ziele verfolgt würden, nämlich Machtübernahme.

Ohne eine freie Gewerkschaft, wobei Gewerkschaft gleichzusetzen sei mit der Vertretung von berufstätigen Menschen, sei keine Entwicklung vorstellbar. Dabei könne offenbleiben, ob diese Gewerkschaft Solidarität heiße oder nicht. Aber: Gegen Anarchie im Staat und wirtschaftliche Anarchie müsse eingeschritten werden.

Kowalczyk verweist darauf, daß an den ehrlichen Intentionen einiger Führer der Solidarität und ihrer Berater gezweifelt werden könnte.

Kowalczyk stellt fest, er antworte so, wie die Regierenden in Warschau antworten würden, auch Rakowski würde sich entsprechend äußern, wenn auch vielleicht mit anderen Worten: An der Verwirklichung der positiven und konstruktiven Ideen werde weitergearbeitet. Daran habe sich nichts geändert.

Auf entsprechende Frage stellt Kowalczyk fest, die Einordnung Wałęsas sei schwierig. Persönlich sei er von Wałęsas gutem Willen überzeugt. Fraglich seien seine Führungsqualitäten und die Eignung seiner Berater. Er empfinde persönliche Sympathie für diesen Mann aus dem Volk mit guten und ehrlichen Absichten. Ob sie aber ausreichten, in diesem großen politischen Spiel in Polen mitzuwirken, sei fraglich.

*BM* stellt fest: Sie werden ihn brauchen.

*Kowalczyk* verweist auf direkte Zuständigkeit seiner Partei für Kleingewerbe und -industrie und meint, daß Parteikontakte hier eine Zusammenarbeit fördern könnten. Er verweist auf die stärker gewordene Position der Demokratischen Partei im polnischen Partei- und Regierungssystem.

Kowalczyk betont erneut die Notwendigkeit der Umschuldung und der Behebung des ausländischen Kapitalzuflusses. Er hebt erneut das gemeinsame Interesse Polens und der übrigen Staaten Europas hervor, daß in Polen Stabilität herrsche: Eine grundlegende Systemveränderung in Polen sei nicht denkbar ohne einen dritten Weltkrieg!

Die erreichte Öffnung nach Westen solle erhalten bleiben. Ultimaten oder Bedingungen von außen seien aber nicht annehmbar. Es werde geprüft, was die West-Öffnung gebracht habe und was sie noch bringen könne. Der aufrichtige Wunsch zur Zusammenarbeit sei vorhanden.

*BM* sieht in Parteikontakten ebenfalls die Möglichkeit, zu gegenseitigem Verständnis und zur weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen beizutragen.

gen. Eine Fortsetzung des Erfahrungsaustausches in den angesprochenen Bereichen werde begrüßt.

Für die staatlichen Beziehungen seien für uns der Vertrag von Warschau<sup>13</sup> und die Schlußakte von Helsinki unabänderliche Grundlagen. Beide Dokumente würden uns weiter in unserem Verhalten zur Volksrepublik Polen leiten.

Die Deutschen seien daran interessiert, das, was an guten Beziehungen zwischen Deutschen und Polen entstanden sei, zu bewahren und weiter zu entwickeln. Die Deutschen hätten nur das eine Ziel, in Frieden zu leben und zu arbeiten und für den Frieden zu arbeiten.

*Kowalczyk* kommt auf die Umschuldung zurück, über die früher oder später gesprochen werden müsse. Dies könne in der Gemischten Kommission geschehen, aber auch in einem inoffiziellen Rahmen, gegebenenfalls in einer kleineren Gruppierung. Polen müsse weiter existieren, und es sei kein Grund zu ersehen, warum die Gespräche hinausgezögert würden.

*BM* stellt fest, dieses Thema sei im Kreis der Gläubigerländer zu besprechen. Die Möglichkeiten müßten genau eingeschätzt werden, auch hinsichtlich der Erwartungen in die polnische Wirtschaft. *BM* verweist in diesem Zusammenhang auf seine früher getroffenen Feststellungen.

*BM* schließt das Gespräch mit der Feststellung, daß wir dem Meinungsaustausch mit Polen unverändert große Bedeutung beimessen. Er hofft, den polnischen Außenminister – wie alljährlich – am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen<sup>14</sup> zu treffen und bittet, ihm und Jaruzelski seine Grüße zu übermitteln.<sup>15</sup>

#### **Referat 010, Bd. 178865**

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

<sup>14</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>15</sup> Am 26. Mai 1982 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), über Anfragen anderer NATO-Mitgliedstaaten zum Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kowalczyk vom 10. bis 12. Mai 1982 in der Bundesrepublik: „Insbesondere türkischer Vertreter im Politischen Ausschuß erkundigte sich gezielt danach und teilt vertraulich im bilateralen Gespräch mit, die polnische Botschaft in Ankara habe gegenüber dem türkischen Außenministerium angedeutet, daß insbesondere die Bundesregierung den polnischen Bitten um Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und dem Westen aufgeschlossen sei. Dies sei auch beim Besuch Kowalczyks in Bonn deutlich geworden.“ Dazu stellte Wieck fest: „Hiesigen Erachtens handelt es sich um einen ähnlichen Versuch, die westlichen Staaten gegeneinander auszuspielen, wie bereits mit Bezugsdrahtbericht übermittelt (polnisch-niederländische Kontakte). Im türkischen Fall kommt hinzu, daß durch die polnischen Behauptungen in Ankara eine größere Geneigtheit der Türken gegenüber bilateralen türkisch-polnischen Konsultationen herbeigeführt werden sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1041; Referat 010, Bd. 178865.

## 145

**Aufzeichnung der Vortragenden Legationsratsrätin Siebourg**

200-350.31-493/82 VS-vertraulich

10. Mai 1982<sup>1</sup>

Betr.: Informelles AM-Treffen der Zehn in Villers-le-Temple am 8. und 9. Mai 1982;  
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Themen: Nahost, Falkland-Malwinen-Konflikt, Polen, China (Bericht AM Flesch über Reise<sup>2</sup>), Europäische Akte, Mandat.

Präsident Tindemans berichtete über seine Reise nach Kuwait, Saudi-Arabien, Ägypten.<sup>3</sup>

AM Cheysson legte dar, Fortschritt im NO sei jetzt, nach Auftreten neuer Faktoren, darunter Irak-Iran-Konflikt<sup>4</sup>, dringend geboten. Eine Lösung könne es nicht geben ohne Schaffung eines palästinensischen Staates. Dabei lasse er hier beiseite, wie und wo ein solcher Staat entstehen könne oder solle. Jedenfalls könne Europa nur vereint sinnvoll im NO handeln. Die Erörterung der eigentlichen Frage liege auch in Israel nur noch eben unter der Schwelle des Bewußtseins. S.E. müsse Europa sowohl in US wie in Israel Meinungsbildungsprozeß in allen politischen Gremien und Meinungszentren (insbesondere außerhalb der Administration) fördern.

BM warnte vor einer Intensivierung der Aktivität gerade jetzt, da Israel nach Abzug aus Sinai<sup>5</sup> zunächst zur inneren Beruhigung zurückfinden müsse.

Der Meinungsaustausch schloß insbesondere Interessenlage und mögliches Verhalten der SU im NO sowie Auswirkungen des irakisch-iranischen Krieges ein. Beschluß: AM Tindemans wird Rundreise fortsetzen: Israel (Pfingsten)<sup>6</sup>, Algerien, Marokko, Syrien. Er wird danach abschließenden, umfassenden Bericht vorlegen. Dann kann Beschluß über weiteres Vorgehen gefaßt werden. Dabei soll die gegenüber AM Tindemans von arabischer Seite geäußerte Frage nach Kontinuität im Verhalten Europas (in jüngerer Zeit vier Missionen von jeweiligen Ratspräsidenten) berücksichtigt werden.

UNIFIL<sup>7</sup>

F berichtete, in einem für französisches Truppenkontingent vorgesehenen Sektor habe man einen vergrabenen israelischen Panzer mitten in UNIFIL-Gebiet

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Ministerialdirektor Pfeffer, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit und Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 12. Mai 1982 vorgelegen. Vgl. dazu Anm. 32.

<sup>2</sup> Die luxemburgische Außenministerin Flesch begleitete Ministerpräsident Werner vom 29. April bis 5. Mai 1982 bei seinem Besuch in der Volksrepublik China.

<sup>3</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich am 3. Mai 1982 in Saudi-Arabien und am 5./6. Mai 1982 in Ägypten auf.

<sup>4</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 124, Anm. 3.

<sup>5</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>6</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 30. Mai bis 1. Juni 1982 in Israel auf.

<sup>7</sup> Am 15. Februar 1982 beschrieb Oberstleutnant i. G. Richstein, Tel Aviv, die Haltung Israels zu der seit 1978 im Südlibanon stationierten „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL): „Das bis-

entdeckt, dessen Kanone sehr sichtbar aus nur 120 m Entfernung direkt auf einen nigerianischen Kommandoposten gerichtet sei. Dies sei ein so flagranter Widerspruch zu den eingegangenen Verpflichtungen, daß F seine Truppe in diesen Sektor nicht einziehen lassen werde, um nicht geradezu als heuchlerisch dazustehen. Die Sache müsse vorher geklärt und gelöst werden.

NL<sup>8</sup> und IRL<sup>9</sup> verwiesen darauf, daß auch sie wiederholt auf Haddad-Truppen<sup>10</sup> gestoßen seien, Soldaten seien durch Minen oder Schüsse verletzt worden. Man müsse solche Dinge gewärtigen, denn insgesamt reiche die Truppenstärke zur vollständigen Kontrolle nicht aus.

F beharrte auf vorheriger Lösung, was bei Einwirken auf Israel durch die Zehn und durch US (quietly but firmly) ein Leichtes sein dürfte. AM Cheysson bat die Kollegen, die UN-Botschafter der Zehn entsprechend anzuweisen, damit Lösung in UN-Rahmen herbeigeführt werde.

#### Falkland-Malwinen-Konflikt

AM Pym: Er könne an zwei Gedanken aus dem NO-Bericht von AM Tindemans anknüpfen. 1) „Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser“ – GB habe die Inseln stets, 149 Jahre lang, im Interesse und in Sympathie für die Wünsche der Inselbewohner verwaltet. Hier sei also Vergleichbarkeit der Grundsätze festzustellen. 2) Tindemans habe gesagt, Europa habe auf manche Ereignisse, wie z. B. die Invasion Afghanistans durch die SU<sup>11</sup>, nicht wie erforderlich reagieren können. Im Falle Falkland könne man reagieren, und die Sachlage sei die gleiche: Ein großes Land sei in ein kleines eingefallen, eine VN-Entscheidung<sup>12</sup> habe es zum sofortigen Abzug aufgefordert, aber es weigere sich.

Niemand wolle eine Eskalation, niemand wolle ein Problem in eine Region tragen, das zur Instabilität führen müsse.

In diesem Zusammenhang sei in Augen GBs die Haltung der US, insbesondere von AM Haig, von großer Bedeutung.

Bezüglich der anderen Supermacht könne bislang keine Involvierung mit Argentinien festgestellt werden, jedenfalls keine militärische. Allerdings ermuti-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 743*

her gespannte Verhältnis hat sich entkrampft, wahrscheinlich eine Folge der Wesensgleichheit des neuen UNIFIL-Kommandeurs, des irischen Generalmajors Callaghan, mit dem israelischen Generalstabschef Generalleutnant Eitan. Der Vorwurf, die UNIFIL greife bei Kontrollen nicht hart genug durch, trifft zu. Daneben muß aber berücksichtigt werden, daß die lückenlose Überwachung des Raumes, für den UNIFIL verantwortlich ist, mit den vorhandenen Kräften ohnehin nicht möglich ist.“ Vgl. den Schriftbericht an das Bundesministerium der Verteidigung; Referat 310, Bd. 135710.

<sup>8</sup> Max van der Stoep.

<sup>9</sup> Gerry Collins.

<sup>10</sup> Oberstleutnant i. G. Richstein, Tel Aviv, stellte am 15. Februar 1982 zu den Aktivitäten des ehemaligen Majors der libanesischen Armee, Haddad, im Südlibanon fest: „Israel unterstützt weiterhin die Milizen des Majors Haddad mit allem Lebensnotwendigen. Die durch Israel garantierte Sicherheit und relative Ruhe hat zu einem allgemeinen Aufschwung im Haddad-Gebiet geführt, der in einem ungestümen Bauboom sichtbar wird. [...] Israel ist im Haddad-Gebiet in unbekannter Stärke präsent. Es nutzt das Gebiet vor allem zur vorgeschobenen Aufklärung gegenüber der PLO.“ Vgl. den Schriftbericht an das Bundesministerium der Verteidigung; Referat 310, Bd. 135710.

<sup>11</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

ge die SU Argentinien, kaufe seinen Weizen, werde ihm vielleicht Waffen liefern.<sup>13</sup>

Hieraus ergebe sich, daß es im Interesse GBs, des Westens insgesamt liege, die derzeitige Situation bald zu beenden, soweit möglich im Wege einer Verhandlungslösung; falls nicht möglich und soweit erforderlich aber, müsse man auch zu unerwünschten, unpopulären Maßnahmen greifen wie militärischer Aktion, um die Argentinier zu entfernen. Man stehe hier vor einer Situation, in der es möglich sei, so zu handeln. Ein Land habe eine Invasion durchgeführt und tue einer kleinen Gruppe von Menschen Unrecht an. In allen anderen Teilen der Welt würde man ebenso handeln, wenn es nur möglich sei – in Afghanistan, in Polen, in Belize, etc. Aus diesem Grunde unterstützten denn auch die Zehn und andere GB.

Die britische Strategie bestehe aus einer Kombination des wachsenden Drucks auf Argentinien, diplomatisch, militärisch, wirtschaftlich.

Zur diplomatischen Seite: GB habe umgehend, noch vor der Invasion, den GS der VN informiert. Argentinien habe keine Notiz davon genommen. GB habe den US-Präsidenten<sup>14</sup> informiert. Argentinien nahm keine Notiz. GB beschloß seine Operationen, rief den Sicherheitsrat an, der umgehend Entschließung 502 annahm. Als bald beschloß AM Haig, eine Verhandlung umgehend aufzunehmen, wozu GB selbstverständlich Zustimmung erteilte.<sup>15</sup> Es folgte die bekannte Reise-tätigkeit.

Als besonderes Problem stellte sich heraus, daß man in Argentinien nicht wisse, mit wem man eigentlich zu sprechen und zu verhandeln habe. Ergebnis: eine Reihe von US-Vorschlägen. Einige Elemente seien nie erörtert worden. Sie wären für GB wohl schwer akzeptierbar gewesen, aber Argentinien habe sein „Nein“ gesprochen. Daraufhin habe US beschlossen, GB zu unterstützen, nicht militärisch, aber materiell und logistisch. Dann habe Peru AM Haig einige Vorschläge unterbreitet<sup>16</sup>, von denen Haig bereits wußte, daß sie nicht akzeptierbar waren. Sie wurden abgeändert, GB vorgelegt, abgeändert, Argentinien vorgelegt. Argentinien antwortete mit „nein“. GB habe dies „Nein“ dazu schon erwartet, denn Argentinien habe es da schon vorgezogen, sich an VN zu wenden, vielleicht um auf Zeit zu spielen. So kam es zu zwei „sets of proposals“.

Heute gebe es nur noch die Vorschläge des GS de Cuéllar.<sup>17</sup> AM Haig betrachte seine Rolle nicht als beendet; vielmehr sei er bereit zu helfen, soweit er könne.

Britisches Lösungskonzept: Abzug der Argentinier und Waffenstillstand. Andernfalls würde Argentinien ungesetzlich in Besitz der Inseln bleiben, auch Entschließung 502 verlange dies. Kardinalpunkt für GB, sowohl unter US- wie unter Peru-Plan: zwischen Waffenstillstand und Rückzug eine unzweideutige Verbindung. GB würde dann sich zurückhalten (withstand). Ferner müsse es Garantien für die Einhaltung geben; nach dem einen Vorschlag durch US, nach

<sup>13</sup> Zu den Beziehungen zwischen Argentinien und der UdSSR vgl. Dok. 115, Anm. 12.

<sup>14</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>15</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig im Falkland-Krieg vgl. Dok. 135, Anm. 4.

<sup>16</sup> Zum Vorschlag Perus für eine Beendigung des Falkland-Krieges vgl. Dok. 137, Anm. 5.

<sup>17</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

dem anderen durch vier von GB und Argentinien gemeinsam zu benennende Staaten. Es müsse ferner eine feste Frist für den Rückzug geben (sieben oder zehn oder zwölf Tage).

Das nächste Element sei dann eine Vereinbarung über die Verwaltung der Inseln während der Verhandlung über ihr endgültiges Schicksal. Dies sei nicht leicht, aber auf multilateraler Grundlage erreichbar. Die Vorschläge sähen drei bzw. vier Verwaltungsmächte vor, wobei in letzterem Vorschlag die vier Mächte auch in Zusammenspiel mit den zwei bestehenden gewählten Gremien der Inselbewohner benannt werden sollten. Schließlich müsse auch die Sicherheit der Inseln gegen weitere – wenngleich unwahrscheinliche, so doch mögliche – Angriffe garantiert werden. Der zweite Plan sehe nicht nur den Abzug, sondern auch das Verbot weiterer Truppenzufuhr vor.

Danach komme dann die Verhandlung über die langfristige Zukunft der Inseln und die Souveränitätsfrage.

Argentinien gehe davon aus, einen ausschließlichen Anspruch zu haben, ohne indes je Besitz ergriffen zu haben.<sup>18</sup>

Nach GB bestehe keinerlei Zweifel, daß die Inseln souveränes britisches Territorium seien. GB habe die Frage bereits vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen getrachtet, aber Argentinien sei nie erschienen. GB anerkenne, daß Argentinien an seinen Anspruch glaube. Es habe stets die Auffassung vertreten, die Frage könne geprüft werden, es könne eine friedliche Verhandlung geben, es bedürfe keines Krieges. GB habe sich aber zugleich als Schutzmacht (trustees) für die Bevölkerung betrachtet. GB wolle die Souveränität der Inseln nicht unbedingt behalten, falls die Bevölkerung sich anders organisieren wolle (VN-Territorium, mit Argentinien oder mit anderem Staat assoziiertes Territorium, Kondominium). GB habe Gespräche über mögliche Lösungen vorgeschlagen. Es werde dem Willen der Bevölkerung niemals im Wege stehen. Es müsse dazu diplomatische Schritte geben, ohne Präjudizierung der Lösung vorab.

Wenngleich GB die Souveränität nicht behalten, sondern über sie verhandeln wolle, gehe es keinesfalls um einen Dekolonisierungsfall, wie Argentinien behaupte. Es bestehe kein Zweifel, daß die Inseln britische Kolonie seien. Argentinien aber versuche, sie mit Gewalt zu kolonisieren.

Bisher habe Argentinien sich geweigert, einem Abzug zuzustimmen und die Souveränitätsfrage als offen zu behandeln. Sobald Argentinien diese beiden Punkte anzuerkennen bereit sei, könne der oben geschilderte Lösungsweg besritten werden. Dabei könne auch einer von VN evtl. vorgeschlagenen Lösung einer Interim-Verwaltung zugestimmt werden. GB habe aber vom ersten Tag der gewaltsamen Einnahme der Inseln<sup>19</sup> an erklärt, wenn die Inseln nicht freigegeben würden, so brauche man Gewalt.

Die getroffenen Maßnahmen brauche er hier nicht weiter zu schildern. Grund für Erklärung der Sperrzone: Schutz für eigene Truppen.<sup>20</sup> GB habe jedoch nie

<sup>18</sup> Der argentinische VN-Botschafter Roca legte am 1. April 1982 in einer Erklärung an den VN-Sicherheitsrat die argentinische Rechtsauffassung zur Souveränität über die Falkland-Inseln dar. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 476 f.

<sup>19</sup> Zur Besetzung der Falkland-Inseln durch argentinische Truppen vgl. Dok. 108.

<sup>20</sup> Zur britischen Sperrzone um die Falkland-Inseln vgl. Dok. 113, Anm. 6.

erklärt, es werde seine Maßnahmen auf die Sperrzone begrenzen, vielmehr es werde alles angreifen, was Gefahr darstellt. Daher Bombardierung von Port Stanley und Versenkung von Belgrano<sup>21</sup>. Alle diese Maßnahmen aber geschahen in Übereinstimmung mit § 51 der VN-Charta<sup>22</sup>.

Militärische Position zur Zeit:

Schutz für eigene Truppen und für Nachschubwege, daher auch Ausdehnung der Sperrzone. Angriff auf alles, was Gefahr oder Behinderung darstellt. Derzeit sei keinerlei Beschluß über militärische Maßnahmen getroffen, aber Optionen seien offen. Um so dringlicher sei Fortschritt auf der diplomatischen Seite. Je mehr Einfluß allseits auf Argentinien genommen werde, desto hilfreicher.

Wirtschaftlicher Aspekt:

Argentinien sei in schlechter Lage: Inflation, Schwierigkeiten der Kreditaufnahme, Abwertung. Bis all dies aber Wirkung zeige, dauere es noch lang. Man könne davon ausgehen, daß die US-Wirtschaftsmaßnahmen<sup>23</sup> (Kredit- und Waffensperre) kurzfristig die effektivsten seien. So seien diese vielleicht sinnvoller als langfristige Wirtschaftssanktionen. GB möchte ohnehin schnell zu einem Ende der Angelegenheit kommen. Gewaltanwendung sei das Letzte, das GB wünsche. Aber das britische Volk stehe voll hinter den bisher getroffenen Maßnahmen und betrachte sie als ausgewogen. Nämlich Druckausübung in Richtung Frieden, andernfalls Gewalt. Beweis für Zustimmung im Volk: Debatte im Parlament<sup>24</sup> und Ausgang der Kommunalwahlen<sup>25</sup>. Glücklicherweise habe US im eigenen Land auch keine Schwierigkeiten mit Haltung der Bevölkerung bekommen, könne also ggfs. weitere wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen. Besondere Anerkennung gebühre AM Haig.

Auch EG-Schritte seien höchst beeindruckend gewesen.<sup>26</sup>

Argentinien habe offensichtlich diese Reaktionen seitens Europas und der VN nicht erwartet, ebensowenig den sofortigen Einsatz der Marine. Die heutige kriegerische Atmosphäre sei allein Galtieri und der Junta anzulasten.

<sup>21</sup> Zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ vgl. Dok. 131, Anm. 2.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

<sup>23</sup> Der amerikanische Außenminister Haig gab am 30. April 1982 in einer Fernsehansprache die Verhängung von Sanktionen gegen Argentinien bekannt. Botschafter Hermes, Washington, machte am selben Tag folgende Angaben zu den Maßnahmen der USA: „Einstellung aller militärischen Exporte nach Argentinien; Rücknahme des argentinischen Privilegs zum Kauf von Waffen und Militärgerät in den USA; keine Vergabe neuer Eximbankkredite und Garantien; Suspendierung der Vergabe von C[ommodity]-C[ountry]-C[urrency]-Garantien; die USA werden britische Bitten um materielle Unterstützung für brit[ische] Streitkräfte positiv beantworten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1946; Referat 330, Bd. 136666.

<sup>24</sup> Am 5. Mai 1982 teilte Botschafter Ruhfus, London, zur Unterrichtung des britischen Parlaments über die Versenkung des britischen Zerstörers „Sheffield“ mit: „Die heutige Debatte brachte seitens der Opposition im Gefolge des Verlustes der Sheffield keine wirkliche schwerwiegende Kritik an der Regierung.“ Lediglich 73, „meist der linken Tribune-Gruppe der Labour-Fraktion angehörende Abgeordnete“ seien für einen sofortigen Waffenstillstand eingetreten. Dazu stellte Ruhfus fest: „Die Meldung vom Verlust der 57 Mann Besatzung auf der Sheffield hat große Betroffenheit hervorgerufen. Bis jetzt ist jedoch kein Umschwung der öffentlichen Meinung erkennbar. Auch die 73 Antragsteller der insgesamt 239 Abgeordnete umfassenden Labour-Fraktion gehören überwiegend dem bisher schon der Entsendung der Task Force kritisch gegenüberstehenden linken Flügel [...] an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 740; Referat 330, Bd. 136667.

<sup>25</sup> Zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1982 in England und Schottland vgl. Dok. 137, Anm. 17.

<sup>26</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 10.

Nach GB Auffassung müsse es möglich sein, zu einer Lösung zu finden. Für jeden Ratschlag der Kollegen sei er dankbar. Wie schwierig die Lage für alle sei, werde in GB gewürdigt.

Im Anschluß an diese Darlegungen wurden mehrere Fragen nach Einzelheiten der Lage gestellt. Insbesondere:

Frage: Wie groß ist die Gefahr einer militärischen Konfrontation, d.h. welche Truppen- und Gerätstärke wird in der neuen Sperrzone vermutet?

Antwort: 12000 Soldaten auf den Inseln, in miserabler Lage angesichts der Wetterlage und Nachschubschwierigkeiten (Wasser und Nahrung). Zwei Hilfsschiffe im Hafen von Port Stanley seit Anbeginn der Verhängung der Sperrzone. Außerhalb Sperrzone U-Boote und Träger sowie landgestützte Flugzeuge.

Es sei keine Entscheidung gefallen, das Festland anzugreifen, obwohl auch diese Option nicht ausgeschlossen werden könne.

Frage: Sind Brückenköpfe zur Rückeroberung geplant?

Antwort: Derzeit nein, aber Option ist offen.<sup>27</sup> Ausrüstung hierfür sei auf Ascension.

Frage: Wird ein Unterschied gemacht zwischen Status der anderen Inseln und den Falkland-Inseln?

Antwort: Ja. Wenngleich Südgeorgien einmal in argentinischem Besitz war, geht es in allen Vorschlägen stets nur um die Falkland-Inseln. An Südgeorgien scheine Argentinien kein großes Interesse zu haben, behaupte keinen starken Rechtsanspruch.

Frage: Ist SU in der Lage, am Ort mit Aufklärung oder Nachschub zu helfen?

Antwort: Keine nennenswerten Aufklärungsmöglichkeiten, keine logistischen Möglichkeiten. Nur Fischereischiffe in der Nähe. Für militärische Präsenz keinerlei Beweise, dürfte aber im Falle der Anwesenheit entdeckt worden sein. Vermutlich sei SU von argentinischem Vorgehen überrascht worden und habe Reaktion noch nicht beschlossen.

Abschließend behielt sich IRL vor, auf die Frage am kommenden Tag zurückzukommen.

Polen

Mit Inhalt des vorliegenden Entwurfs einer Erklärung waren alle AM einverstanden außer GR<sup>28</sup>, der einige Abänderungen durch PK vorzunehmen vorschlug.

Mit Abgabe einer Erklärung waren vornehmlich F und GR nicht einverstanden, da dies der Praxis der informellen Treffen widerspreche.

BM wies nachdrücklich auf den Fehler hin, den ein scheinbares Ignorieren der Ereignisse des 1. und des 3. Mai<sup>29</sup> bedeute. Die Ereignisse trieben auf eine Kulmination hin; die Regierung bekomme Lage nicht in den Griff; die Bevölkerung betreibe Verweigerung. Es dürfe in Moskau und Warschau nicht der Eindruck entstehen, Polen sei im Westen aus dem Gesichtsfeld geraten. Eine nicht provo-

<sup>27</sup> Zur Frage einer Landung britischer Truppen auf den Falkland-Inseln vgl. Dok. 143, Anm. 16.

<sup>28</sup> Yannis Charalambopoulos.

<sup>29</sup> Zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai 1982 in Polen vgl. Dok. 134, Anm. 30.

kative, sondern besonnene Erklärung wie die vorliegende könne als ein Warnlicht dienen, daß nicht nur die Solidarität mit Polen fortbestehe, sondern auch weiterhin hier ein wichtiges Element des Interesses gesehen werde, das Ost-West-Verhältnis nicht weiter kaputtgehen zu lassen.

Gründe eher formalen Charakters sollten die Gemeinschaft sich nicht zur Sprachlosigkeit verurteilen lassen.<sup>30</sup>

Nachdem keine Einigung auf Abgabe der Erklärung erzielt werden konnte, betonte BM, der Präsident möge gegenüber Presse jedenfalls Polen als einen Punkt des Gespräches erwähnen.

China

AM Flesch berichtete über ihre Reise.

Themen: innerpolitische Entwicklung, Beziehungen zu USA, Kambodscha<sup>31</sup>. Zu letzterem Punkt habe chinesische Seite sie ausdrücklich gebeten, im Kreise der Zehn zu berichten, China trete für die Khmer Rouges ein, die es als einzige politische Kraft erachte. China befürworte eine dreiseitige Koalition in Kambodscha, was bedeute, Son Sann müsse einigungsbereit sein.

Während des Abendessens:<sup>32</sup>

Europäische Akte

Kurze Einführung durch Präsident Tindemans einschließlich eines Aufrufs, den im Lauf der Woche letztmalig zusammentretenden Sachverständigen Weisungen zur Ausräumung letzter Unterschiedlichkeiten zu geben.<sup>33</sup>

<sup>30</sup> So in der Vorlage.

<sup>31</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

<sup>32</sup> Die Wörter „während des Abendessens“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu verfügte er am 12. Mai 1982 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Stabreit und Vortragenden Legationsrat Rosengarten mit der Bitte um Wiedervorlage. Hat Stabreit und Rosengarten am 12. Mai 1982 vorgelegen. Hat Pfeffer erneut vorgelegen. Vgl. Anm. 1.

<sup>33</sup> Die Ergebnisse der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe zur „Europäischen Akte“ am 3./4. Mai 1982 wurden beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple mit dem Arbeitsdokument Nr. 7 vom 5. Mai 1982 vorgelegt. Für das „Document de Travail“ vgl. Referat 200, Bd. 122725. Am 6. Mai 1982 legte Ministerialdirektor Pfeffer dazu dar: „Die Gruppe hat den Großteil des Textes im zweiten Durchgang, die Texte zur Kultur und Wirtschaft im ersten Durchgang behandelt. Eine Reihe von Klammern sind beseitigt worden. Einige Kernprobleme bleiben bestehen und sind durch Alternativen klarer als bisher gekennzeichnet. Dabei haben wir darauf Wert gelegt, an den für uns entscheidenden Stellen durch ‚tour de table‘ die Positionen jeder einzelnen Delegation festzuhalten.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122725. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 12. Mai 1982 über die Fortsetzung der Beratungen der Ad-hoc-Gruppe am Vortrag in Brüssel: „Die Gruppe hat die Prüfung der Texte für den Entwurf einer Akte abgeschlossen. Das Ergebnis ist ein etwa fünfundzwanzigseitiges Dokument, das den Außenministern für ihre Sitzung am 24./25. Mai vorgelegt werden soll. Auch wenn die Gruppe im zweiten und dritten Durchgang eine Reihe von Klammern ausmerzen konnte, bleiben noch viele Klammern, vor allem in den zentralen Fragen der Sicherheitspolitik, der Verklammerung der Ministerräte, der Befugnisse des EP und des Abstimmungsverfahrens im Ministerrat. Auch zu den Kapiteln über kulturelle Zusammenarbeit und die Europäischen Gemeinschaften bleiben Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es wird großen Geschicks der Präsidentschaft und viel guten Willens aller Beteiligten bedürfen, auf der Grundlage des vorliegenden Textes bereits am 24./25. Mai zu einem positiven Beschluß der Außenminister über die Europäische Akte zu gelangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1790; Referat 200, Bd. 122726.

DK:<sup>34</sup> Nicht sein Land allein habe Klammern gesetzt; aber er habe sich von Anbeginn skeptisch geäußert. Die Römischen Verträge<sup>35</sup> und der Bericht von London<sup>36</sup> als Basis der EPZ stellten einen guten Rahmen für die Zusammenarbeit in der Gemeinschaft dar. In vielen Bereichen, so z.B. Landwirtschaftspolitik und Fischerei, gebe es Schwierigkeiten. Dahinter stehe mangelnder politischer Wille zur Zusammenarbeit. Die Verträge und die Basis der EPZ ändern zu wollen, sei s. E. nur eine Verschleierung dieses Mangels an politischem Willen.

Das dänische Volk trage die Arbeit in Gemeinschaft und EPZ. Aber Volk und Parlament hätten Bedenken gegenüber einer Änderung der Basis.

Im einzelnen: In praxi bestehe Einverständnis, Sicherheit einzubeziehen. Befürchtungen aber bestünden gegenüber größerem Einfluß des Parlaments.

Ganz offen müsse er auch hier eine Frage an Präsident Thorn richten, nämlich ob EPZ zu Zehn oder zu Elf gemacht werde, mit anderen Worten wieso Kommissionspräsident (anstatt nur Regierungen) Erklärungen zu Argentinien und Falkland-Inseln<sup>37</sup> abgeben könne.

DK liege an Erweiterung der Zusammenarbeit in der Praxis, an praktischen und konkreten Ergebnissen, an Einigung über Landwirtschaft. Der „Akte“ gegenüber aber bestünden ernste Zweifel.

LUX: Es sei durchaus verständlich, daß öffentliche und politische Meinung in einigen Ländern nicht bereit sei voranzuschreiten, in anderen Ländern aber bestehe solche Bereitschaft. In Fragen der Sicherheit sei es wohl angeraten, nicht zu sehr zu forcieren. Im Kulturbereich gebe es Schwierigkeiten gegenüber dem Europarat, der seine Tätigkeit ausgehöhlt sehe; dies müsse vorsichtig berücksichtigt werden. In den institutionellen Fragen dürfte man sich auf eine Formel einigen können.

NL: Die in der Akte vorgeschlagene Erweiterung sei für die Gemeinschaft wichtig, zumal in der derzeitigen Weltlage und in den Beziehungen zu US. AM-Rat solle sich am 24. Mai<sup>38</sup> ausführlich mit dem Thema befassen, um Einigung zu erzielen.

GB: Die Frage der Sicherheit sei in Beziehungen zu US von fundamentaler Bedeutung. Engste Zusammenarbeit mit US sei erforderlich.

Wichtig sei Meinung der Öffentlichkeit und Tempo der Entwicklung. Das Wort „Act“ allein sei bereits schwer akzeptabel, britisches Volk sei nicht bereit zu einer Formalisierung in dieser Weise. Er plädiere stark dafür, sich mehr Zeit für dieses Unterfangen zu gönnen, um Beunruhigung zu vermeiden. Die Sicht der Öff-

<sup>34</sup> Kjeld Olesen.

<sup>35</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>36</sup> Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

<sup>37</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des belgischen Außenministers Tindemans in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident vom 10. April 1982 über die Besetzung der Falkland-Inseln durch argentinische Truppen vgl. BULLETIN DER EG 4/1982, S. 7 f.

<sup>38</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 24. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 167.

fentlichkeit (public perception) und politischer Wille seien untrennbar verbunden. Schon wegen der Bande über den Atlantik brauche man noch längere Zeit.<sup>39</sup> IT:<sup>40</sup> Die Entwicklung von Wirtschaftsgemeinschaft über EPZ zu diesem Projekt hin sei logisch, jedoch wenig ehrgeizig genug. Es gelte, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Europäischen Union zu überzeugen, dafür brauche man klare Zielsetzungen. Diese lauteten: Sicherheit, Kulturangelegenheiten, Institutionen einschließlich Parlament. Sei man nicht bereit, dies Wenige zu tun, so komme das einer Resignation für die Zukunft gleich.

F: Betrachte man die Unterschiede im einzelnen, so seien sie gering. Er sei befremdet, daß hier von unterschiedlicher Bereitschaft oder Fähigkeit einiger, Schritte in Richtung auf engere Zusammenarbeit und Union hin zu tun, gesprochen werden könne. Schließlich haben die Zehn unter den erstaunlichsten Umständen ihre starke und feste Solidarität bekundet. Wie könne es dann angehen, daß man nicht bereit sei, weitere Schritte konkret zu tun?

GR: Viele MS empfänden beachtliche Unterschiede. 1) Sicherheit müsse näher definiert werden. 2) Mehrheitsbeschlüsse lehne GR zugunsten Einhelligkeit ab. 3) Parlament: schwerlich akzeptierbar. Die Gemeinschaftsstrukturen seien zu kompliziert, als daß man bereits bis Juni zu einem abschließenden Text gelangen könne. Wenngleich das Papier viele gute Elemente enthalte, dürfe man nichts übereilen.

IRL: Die Dinge seien kompliziert und bedürften noch der eingehenden Prüfung und einer längeren Zeitspanne.

BM: Er frage sich, was in der Welt noch geschehen müsse, damit es endlich zu einem Anstoß für Europa komme. Dieses Projekt sei nicht gedacht, auf die lange Bank geschoben werden zu können.

Es sei nicht aufrichtig gegenüber den Völkern, der Öffentlichkeit, ja vor sich selbst, wenn man sage, im Prinzip sei man ja einverstanden und irgendwann werde man dann auch schon entscheiden. Vielmehr lägen ganz konkrete Vorschläge auf dem Tisch, und dazu gelte es, in aller Verantwortlichkeit, auch mit Kompromissen, Entscheidungen zu treffen, und zwar in der vorgesehenen Zeit, durch ER. Da werde sich dann herausstellen, wie es um Europa bestellt sei. Das Ergebnis müsse man dem eigenen Volk gegenüber dann darlegen, auch in einer Wahlkampagne für eine kommende Direktwahl zu Europäischem Parlament. In D werden diese Dinge sehr ernst genommen.

Man werde also erneut zu diesem Punkt zusammenkommen müssen. Dann werde eine formale Entscheidung gefällt werden müssen.

Präsident Thorn (Bemerkungen fehlen, wegen Flüsterdolmetschens)

BM: Die Verträge beschränkten sich nicht auf Statistisches. Wenn man aber statistisch vorgehe, so müßten alle Elemente einbezogen werden. Man könne nicht nur die „Rosinentheorie“ verfolgen; Europa sei vielmehr ein Gesamt. Europa werde außerhalb in seinem Gewicht überschätzt, nämlich an seinem De-facto-Gewicht gemessen, und Europa komme das Gewicht der SU, der US zu.

<sup>39</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Rosengarten hervorgehoben. Dazu Frage- und Ausrufezeichen.

<sup>40</sup> Emilio Colombo.

All dies sei in den Verträgen bereits angelegt und enthalten. Die Verträge begrenzen ja nicht auf die ersten Schritte, enthalten vielmehr eine Zukunftsperspektive. Nach einer weiteren Gesprächsrunde werde also dann offenbar werden, wie weit die Europäer zu gehen gewillt seien.

Beschluß: AM-Rat wird sich am 24. Mai, Sitzungsbeginn 10.00 Uhr, den ganzen Tag, mindestens aber einen halben Tag, mit Europäischer Akte befassen.

Vorrunde der für den zweiten Tag vorgesehenen Aussprache über Mandat<sup>41</sup>

AM Pym: Britische Überlegungen und Parameter des Problems: GB Haltung ergebe sich aus den Umständen, unter denen es beiträt.<sup>42</sup> Die Schwierigkeiten seien größer als erwartet, aber bereits seinerzeit habe man Vorsorge für Ausgleich getroffen, und zwar zunächst für zwei Jahre. Grundlage: die Lücke auf zwei Drittel, also 66 %, zu decken.<sup>43</sup> Wenngleich GB im Grunde Nettogewinner sein müsse, sei es – wie sonst nur D – Nettozahler. GB habe dies zugestanden und sich kompromißbereit erklärt. Es habe auch Konzessionen bereits gemacht.

Es gehe nun um eine Regelung für die Jahre ab 1982. Man wolle Zahlen von ihm. Außer Zahlen aber müsse es um Dauer und um „risk sharing“ gehen. Die Regelung müsse sowohl GB wie der Gemeinschaft gegenüber fair sein. Über einen Zeitraum von fünf oder sechs Jahren hin dürfe GB weder Nachteil erleiden, noch wolle es verdienen. Ein „risk sharing“ könne dem gerecht werden. Dabei wäre es falsch, nicht über den Abstand zu sprechen, der noch zwischen den Vorstellungen herrsche. Es würde der am Tage mehrfach beschworenen Solidarität dienen, es wäre gut im Sinne der Landwirtschaftspolitik, es wäre gut für die Gesundheit der Gemeinschaft, wenn man sich miteinander einigen könne. Sein Wunsch, zu Abschluß und Einigung zu gelangen, sei „second to none“. In Luxemburg sei die Frage offengeblieben.<sup>44</sup> Als Vorstellung habe man von 800 Mio. ECU gesprochen. Darauf müsse er nun antworten, dies entspräche weniger als 50 % der Lücke, während GB an eine neunzigprozentige Deckung denke. Dies sei die Größenordnung des Problems. Schon 1980, als GB eine 66-prozentige Deckung akzeptierte, sei man damit nicht glücklich gewesen. Heute sei dies um so weniger akzeptabel. Das Parlament werde dies nicht hinnehmen. Man müsse nun also sehen, ob man sich „by miracle“ irgendwo treffen und einigen könne.

BM: Die Zahl von 800 Mio. ECU sei keine Eröffnungsposition, liege vielmehr bereits über dem Beschluß des Bundeskabinetts.

F und LUX warnten vor weiterer Verknüpfung von unterschiedlichen Sachpunkten.

NL: Frage nach Grenze des „risk sharing“, ob es in Dauer oder Zahl liegen solle.

<sup>41</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 92, Anm. 6.

<sup>42</sup> Großbritannien trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>43</sup> Zu dem beim EG-Ministerrat am 29./30. Mai 1980 in Brüssel erzielten Kompromiß in der Frage des britischen EG-Haushaltsbeitrags vgl. Dok. 42, Anm. 11.

<sup>44</sup> Vgl. dazu die EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1982; Dok. 129.

IRL: „Fair share“ müsse definiert werden. GB selbst sei insofern nicht fair, als es die gesamte Gemeinschaft in Landwirtschaftspreisen blockiere.<sup>45</sup> Wenn alle MS sich im Druck-Ausüben befleißigten, könne man gleich auseinandergehen.

GB: Er verstehe, daß man ihn nach Obergrenzen befrage. Es sei ihm aber schwer, dies zu sagen, wenn man nicht absehe, wohin die Dinge sich entwickeln. Im übrigen bedaure er, was IRL über das „link“ gesagt habe, wolle GB Gegenargumente hier aber nicht wiederholen.

GR: Man brauche Zahlen, um die Dinge insgesamt lösen zu können.

DK: Übereinstimmung mit Vorrednern, auch bezüglich „link“, das einer Blockierung der Gemeinschaft gleichkomme.

BM regte an, am folgenden Tag mit den Agrarpreisen zu beginnen, dann die Mandatsfrage zu lösen, aber nicht zwischen den Themen zu springen.

GB: Es liege ihm vor allem eine beiden Seiten gegenüber faire Lösung am Herzen. Die vertragliche Verpflichtung zur Einigung über Landwirtschaftspreise anerkenne er. Jedoch sei in der Gemeinschaft schon häufig eine Verbindung zwischen verschiedenen Punkten hergestellt worden.

Er gewinne den Eindruck, niemand wolle sich bewegen, nur er selbst. Auf dieser Grundlage seien die Aussichten für den kommenden Vormittag „cheerful“. GB könne so schlicht nicht vor sein Parlament treten, ebensowenig wie vermutlich die Kollegen. Es sei also ein Problem für die ganze Gemeinschaft. Wenn diese Haltung des Abends am kommenden Morgen dieselbe sei, so könne seine Regierung damit nicht zu Rande kommen.

Vormittag 9.5. Fortsetzung

Einleitend Information über Entwicklung in Südatlantik

AM Pym: GS de Cuéllar habe Fragen übermittelt. Vielleicht komme es später zu Gesprächen, jedenfalls bestehe Hoffnung auf deren Fortsetzung. Die Frage sei, ob innerhalb dieser Woche die Angelegenheit beendet werden könne. In dem Fall würde man dann auch nicht über weitere Maßnahmen gegenüber Argentinien zu sprechen haben, und alle Seiten könnten sich nur glücklich schätzen. Zusatz auf NL Frage: Für die Verhandlung habe GB sich zeitlich keine Grenze gesetzt.<sup>46</sup>

Präsident Tindemans führte Mandats-Diskussion mit einer Beleuchtung der Entwicklung ein.

<sup>45</sup> Zur Frage einer Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 130, Anm. 11.

<sup>46</sup> Botschafter van Well, New York (VN), resümierte am 10. Mai 1982 den Stand der Verhandlungen über eine Beendigung des Falkland-Krieges: „Seit dem Eintreffen des argentinischen UStS Ros in New York am 7.5.1982 mit großer Intensität geführte Verhandlungen sind am 10.5.1982 ins Stokken geraten. GB hat die argentinische Seite um Klarstellung zu Äußerungen gebeten, die von AM Costa Méndez am Sonntag im US-Fernsehen abgeben worden waren. Der AM hatte u. a. gesagt, Argentinien wollte über alles verhandeln, alles dies müsse aber zur (argentinischen) Souveränität auf den Inseln führen. GB akzeptiert die in dieser Äußerung zum Ausdruck kommende Position nicht, in der es eine Präjudizierung der mit Argentinien aufzunehmenden Verhandlungen sieht. [...] Im übrigen scheinen die bisherigen Verhandlungen gewisse Fortschritte gebracht zu haben [...]. In Zehner-Unterrichtung durch meinen britischen Kollegen wurde erkennbar, daß GB erheblich von früheren Maximalpositionen abgerückt ist. Dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung der Rolle der Falklandbewohner.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1117; VS-Bd. 12941 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

GB: Die bei voriger Begegnung (Luxemburg) genannte Zahl 800 für drei Jahre sei unannehmbar, da sie weniger als 50% für 1982 bedeute, der Schätzwert des Defizits sei 1650. Überdies würde GB das Risiko jeder Schätzzahl tragen; daß Schätzungen falsch sein können, habe man erlebt. Es bedürfe also eines „risk sharing“, das in beide Richtungen funktioniere. Zur Dauer: Er könne sich auf vier Jahre, statt ursprünglich fünf, einigen, wobei das fünfte dann offen bleibe.

Er betonte erneut, GB müsse eigentlich angesichts unterdurchschnittlichen Per-capita-Einkommens gemäß Konvergenzgrundsatz Nettogewinner sein, beharre darauf aber nicht. Andere aber seien nicht zu erforderlichen finanziellen Anpassungen bereit. GB habe insgesamt beachtliche Beitragszahlung zu leisten. Dabei sei es einziger weniger wohlsituerter MS, der Nettozahler bleibe. Derzeit stehe man zusätzlich vor dem Problem des Pakets der Agrarpreise. Das mache für GB weitere 200 Mio. ECU aus. Die Preise hingen aber letztlich von den Weltmarktpreisen ab. Daher die Sorge und daher die in GB gesehene Verbindung zwischen beiden Positionen. GB wolle durchaus seinen Verpflichtungen nachkommen. Aber Parlament und Volk seien nicht für Zahlen zu gewinnen, die über den derzeitigen Verpflichtungen lägen. Schließlich gäbe es Grenzen für alles.

Auf Rückfrage des Präsidenten, ob GB also das „link“ nicht aufgebe, erwiderte AM Pym, falls man sich heute über Mandatsfrage einige, würden ja alle Dinge „wunderbarerweise“ ihre Lösung finden. Er wolle gern zu einer Einigung kommen. Wenn man sich aber nicht über Budgetfrage einige, so sei er nicht autorisiert, einseitig zuzustimmen, daß Agrarpreise beschlossen werden könnten.

Umfrage um den Tisch ergab, daß alle übrigen Neun sich, bei nur geringfügigen Änderungen (IT, NL), noch in dieser Woche auf vorliegende Landwirtschaftspreise einigen könnten.

BM legte Rechnung vor, wonach bei Einbeziehung der bisherigen Überzahlung an GB die Zahl von 800 sich pro Jahr auf 1150 beziffere, was einer Deckung von gut über 50% gleichkomme.

Es könne hier nicht um ein Feilschen um Preise gehen. Man möge sich doch in gutem Geist einigen.

Er gebe also obige Rechnung zu bedenken, wobei er anmerken müsse, D sei zu einer Übernahme nur eines geringeren Anteils, nämlich 25% des normalen Anteils bereit. Jeder weitere Tag, der verstreiche, mache es schwieriger, diese Zusage zu vertreten und aufrechtzuerhalten, zumal die für GB geschätzten Zahlen sich von Tag zu Tag verbesserten.

(Unterbrechung der Sitzung)

GB: Er bedaure zutiefst, seitens seiner Kollegen keine Bereitschaft zu einer Bewegung festgestellt zu haben. Die Lücke sei bei weitem zu groß, als daß die vorgeschlagene Zahl akzeptiert werden könne. Die Gemeinschaft behandle sein Land nicht vernunftgemäß und nicht fair. Wenn man sich nicht einige, seien die Auswirkungen äußerst ernst für die gesamte Gemeinschaft. Einige schoben vielleicht GB die Schuld zu. Dies sei keinesfalls gerechtfertigt; er empfinde keinerlei Schuldgefühl für die dann entstehende Situation. Die GB-Position sei in seinen Augen völlig gerechtfertigt und vernünftig. Wenn eine Krise der Gemeinschaft entstehe, so liege es nicht an GB, sondern an den Schwierigkeiten, die

erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Vielleicht sei er ja schlechter Anwalt seiner Sache und könne sich nicht nachdrücklich genug erklären. Mangelnde Einigung sei in seinen Augen um so bedauerlicher, als sie in einen besonders ernsten Moment des Weltgeschehens treffe, da Ereignisse anderenorts – im Nahen Osten, im Südatlantik – die einige und vereinigte Einflußmöglichkeit Europas erforderten. Wenn es denn aber zu keiner Einigung komme, so bleibe nur noch zu hoffen, man werde sich nicht in gegenseitigen Anschuldigungen ergehen. Alle miteinander stünden in der Verantwortung für die Gemeinschaft; GB empfinde dies sehr tief. Das Zögern, auf die britische Position hin sich zu bewegen, sei eine Sache, für die alle die Verantwortung tragen müßten. Wenn man denn in dieser Weise heute abschließe, nun, dann sei es so. Er könne es nur als einen besonders schlecht gewählten Moment angesichts der Weltlage empfinden und sein Bedauern wiederholen.

Präsident Thorn: Gegenseitige Beschuldigungen würden bei mangelnder Einigung jedenfalls laut werden; darüber dürfe man sich keinen Illusionen hingeben.

Als eine letzte „Hand-in-den-Mund“-Lösung schlage er vor: Einigung auf 800 nur für 1982. Dies gebe Zeit, für die weiteren Jahre an einer Gesamtlösung zu arbeiten.

Zusatzvorschlag F: Dabei zunächst, für 1982, die geleistete Überzahlung an GB nicht in Rechnung einzubeziehen.

GB: Er sei nicht befugt, sich über 1982 in Isoliertheit zu unterhalten. Er wolle nicht a priori ablehnen, aber Zustimmung schein ihm nicht sehr wahrscheinlich.

(Unterbrechung der Sitzung)

Bei Wiederaufnahme Vorfrage an GB: ob an den über Agenturmeldungen laufenden Gerüchten über Landung auf Falkland-Inseln Wahres sei.

Antwort GB: Das könne nicht stimmen. Wie er gestern ausgeführt habe, gebe es eine solche Option, aber eine Entscheidung dazu sei nicht gefällt.

GB: Er danke für den Geist, in dem neuer Gedanke aufgebracht wurde. Er habe Schwierigkeiten, sich für 1982 auf die Lösung von 1980 zu einigen, sei jedoch bereit, diesen Gedanken weiterzuverfolgen, allerdings auf einer noch nicht vorgeschlagenen Grundlage. Die Zahl 800 bedeute, wie dargelegt, ein Problem.

Zweierlei erbitte er: exakte Zahlen und den Prozentsatz, der dann zu einer Zahl führe. Die Defizit-Schätzung in GB liege höher als die Zahlen der Gemeinschaft. Dies sei dann gleichgültig, wenn man die Lösung auf die am Ende konkret sich ergebende Zahl gründe. Und dabei wolle er auf einen Prozentsatz hinaus, der beachtlich über 50 liege. Falls diese zwei Dinge hier erörtert werden könnten, sei er bereit, seinen PM<sup>47</sup> anzurufen.

Präsident Thorn erläuterte seine Berechnung erneut.

BM: Er habe Präsident Thorn verstanden, als schlage er vor, die Krise zu vermeiden oder zu überwinden, indem man sich für den Moment auf die Dauer von einem Jahr einige. AM Pym aber werfe das Prinzip selbst hier wieder auf. Dies führe nicht weiter.

<sup>47</sup> Margaret Thatcher.

Präsident Tindemans erläuterte die ursprüngliche Berechnungsmethode.

GB: Er werfe nicht das Prinzip auf; er habe gemeint, einen Vorschlag machen zu dürfen.

Präsident Thorn erläuterte erneut Defizitberechnung und Zahlenspiel der Kommission.

F betonte erneut, der nun vorgeschlagene Weg lasse die geleistete Überzahlung vorerst beiseite.

GB: Die Überzahlung sei schließlich de jure korrekt, GB habe Anrecht darauf. Er frage sich nur, ob für die Zukunft noch eine Geste hinzukommen könne. Der Vorschlag Thorn bleibe bei 800, ohne Einbeziehung der Überzahlung. Er frage, ob man sich statt auf Schätzwerte auf die Endzahl (turn-out) beziehen könne.

Wenn er das Schweigen um den Tisch recht interpretiere, so laute die Antwort „nein“.

F betonte, nach seinem Vorschlag lasse man zunächst sowohl Überzahlung wie auch den de facto „turn-out“ beiseite.

GB: Gewiß, GB habe Überzahlung erhalten. Aber auch andere MS hätten von dieser Regelung profitiert. Es könne nicht angehen, dies nur gegenüber GB ins Spiel zu bringen. Schließlich rede GB nicht von einem erstrebten Gewinn, sondern von seinem Beitrag. Er vermisse den beschworenen Geist der Gemeinschaft. Schließlich sei es nicht gerechtfertigt, daß GB Nettozahler bleibe. D könne sich dies leisten, die anderen aber seien zu solcher Rolle nie aufgefordert worden. Dies wolle er hier einmal feststellen.

BM: Wie er die Dinge verstehe, gehe es hier und jetzt lediglich um die Entscheidung über die Zahl von 800 für drei Jahre oder – falls dies zu riskant erscheine – dann nur für ein Jahr.

Präsident Thorn erklärte, die Gemeinschaft sei nicht nur ein buchhalterisches Unternehmen. Vielmehr sei es in den Erweiterungsverhandlungen stets auch um ganz andere Dinge und Vorteile gegangen.

GB: Wenn hier gesagt werde, man dürfe die Gemeinschaft nicht lediglich unter dem Aspekt „what do I get out“ sehen, so wiederhole er, daß GB zu Beitrag bereit sei. Warum aber nie die Gewinne anderer in Rechnung gezogen würden.

BM wiederholte, es gehe hier lediglich um die Entscheidung: ein Jahr oder drei Jahre. Er bitte um Klärung, ob GB mit 800 einverstanden sei, dann halte er sein Angebot aufrecht.

GB: Er wisse Bemühung Thorns zu würdigen, eine Krise der Gemeinschaft zu vermeiden. Aber zwei Tage lang habe er nun die Position GBs erläutert. Er bedaure, sich auf dieser Basis nicht einigen zu können. Er wolle sich nicht wiederholen. Jeder aber habe eine unterste Linie, die er nicht unterschreiten könne. Die Zahl würde schon beachtlich über 800 liegen müssen. GB fühle sich von Gemeinschaft nicht fair behandelt. GB habe seine gesamten Handelstraditionen auf die Gemeinschaft umstellen müssen. Dies habe sich zwar erstaunlich schnell entwickelt. Aber man brauche für alles die Zustimmung der Bevölkerung. Er wünsche, hier anders sprechen zu können, aber es sei ihm unmöglich.

BM: Der formale Weg sei nun: Der AM-Rat müsse dieses Ergebnis formell fest-

halten. Der Agrarrat werde an den beiden kommenden Tagen zusammenkommen.<sup>48</sup> Der AM-Rat habe nur über das Mandat zu sprechen.<sup>49</sup>

IRL: Wenn der AM-Rat dies so zur Kenntnis nehme, bedeute dies, das Mandat stehe nicht mehr auf der Tagesordnung?

Präsident Tindemans: Man werde die Ergebnisse des Agrarrates ja erleben. Dann müsse der AM-Rat entscheiden.

F: Danach könne die Frage dann nur noch im ER aufgenommen werden. Die Solidarität der Gemeinschaft bestehe selbstverständlich unvermindert fort. Die Agrarpreise festzulegen, bestehe jedoch eine juristische Verpflichtung.

IRL: Wie gestern angekündigt, wolle er gern über die Reaktionen in seinem Land auf die Ereignisse im Südatlantik eingehen. Er habe in seinem Land zu keinem Zeitpunkt solch starke und emotionale Reaktionen gesehen wie zum Untergang der „Belgrano“. Die Entscheidung, sich an Sanktionen zu beteiligen, sei für IRL Regierung schwierig genug gewesen. Sie erfolgte jedoch in der Annahme, man unterstütze eine politische und diplomatische Befriedigungsaktion. Seit den neueren Entwicklungen sei irische Bevölkerung zutiefst besorgt, ob man da seine Hand zu militärischen Maßnahmen reiche. Dies wäre nicht vereinbar mit der traditionell neutralen Haltung IRLs; die Bevölkerung sähe diese Haltung bereits unterminiert (nicht zuletzt durch Darstellung am britischen Fernsehen, das in IRL direkt empfangen wird). Zudem neige IRL angesichts der Nordirland-Frage zur argentinischen Auffassung. Allerdings habe Argentinien ungesetzlich gehandelt und Anlaß zu Entschließung 502 gegeben. Angesichts der Bedeutung der Gemeinschaftssolidarität habe IRL sich den Maßnahmen angeschlossen. Der Öffentlichkeit sei dies schwer darzulegen. IRL rücke nicht ab von der damaligen Entscheidung, von Entschließung 502, von der Notwendigkeit einer politischen Lösung.

Er bitte, ihm Auffassung der Partner über evtl. Fortschreibung der Sanktionen zu nennen.

BM: Soeben sei von Zahlen und Geld die Rede gewesen. Dies Blatt schiebe er nun beiseite. Er wolle nicht, daß nach den Bemerkungen IRLs ein Mißverständnis aufkomme. GB sei in einer äußerst schwierigen Lage. Er (BM) wisse nicht, was sich in diesem Augenblick ereigne. Er wisse aber eines: Argentinien habe Völkerrecht verletzt. In einer solchen Situation müsse jeder Partner verlässlich

<sup>48</sup> Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 10./11. Mai 1982 in Brüssel legte die EG-Kommission eine überarbeitete Kompromißvorlage zur Regelung der EG-Agrarpreise vor, die nicht die Zustimmung Großbritanniens fand. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1982, S. 29.

<sup>49</sup> In der Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt konnte bei der informellen EG-Ministeratstagung am 16./17. Mai 1982 in Luxemburg noch keine Einigung erzielt werden. Die Beratungen wurden auf der EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel abgeschlossen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler stellte dazu am 27. Mai 1982 fest: „Nach schwierigen und langwierigen Beratungen einigten sich die AM in den frühen Morgenstunden des 25. Mai auf einen Haushaltsausgleich zugunsten von GB für 1982. Danach wird GB auf der Grundlage eines von EG-Kom[mission] auf 1530 Mio. ECU geschätzten britischen Nettobeitrags einen Ausgleich von 850 Mio. ECU erhalten. Bei größerer Abweichung (nach oben oder unten) des tatsächlichen britischen Nettosaldos 1982 von der Schätzung findet eine Risikoteilung statt. Über die grundsätzlich von allen MS angestrebte mehrjährige Lösung soll noch vor Ende November 1982 entschieden werden. Dabei wird auch die Überzahlung an GB für 1980 und 1981 durch Korrektur der Entlastungsbeiträge berücksichtigt werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 60; Referat 012, Bd. 124419.

wissen: Ein Freund ist ein Freund, ein Partner ist ein Partner, ein Verbündeter ist ein Verbündeter.

F: Er schließe sich in vollem Umfang den Bemerkungen von BM an. Es bestehe vollste Solidarität mit GB.

IT: Er bekräftige Solidarität mit GB – Völkerrecht sei verletzt worden. Politisch gesehen sei es erforderlich, schnell zu einer Lösung zu gelangen, denn man müsse berücksichtigen, die Meinung der Öffentlichkeit wandle sich oft schnell und habe notwendigerweise Auswirkungen auf die Regierungen.

NL: Solidarität mit GB sei und bleibe Reaktion auf einen Akt der Aggression. Die Solidarität gründe auf der Annahme, daß GB sich nicht zu unverhältnismäßigen Reaktionen hinreißen lasse, sich nicht in militärische Aktion gebe, solange noch Verhandlung möglich sei.

DK: Auch sein Land sei solidarisch mit GB. Die Sanktionen habe man daher bewußt mit beschlossen. Sie gelten bis zum 17.5. Sollte dies Thema später erneut aufgegriffen werden, so müsse das innerhalb EPZ<sup>50</sup> erörtert werden.

LUX: Bekräftigung der Solidarität mit GB, jedoch auch LUX wolle eine Verhandlungslösung so bald und zügig wie möglich.

GR: Übereinstimmung mit den Zehn in dieser Frage sei bereits bekundet worden. Argentinien habe eine gewaltmäßige Aggression vorgenommen, dem müsse man entgegentreten. GR trete zugleich für eine friedliche Lösung ein, für die Anwendung der EntschlieÙung 502. GR sei gegen jegliche Eskalation, gegen weitere Komplizierung, gegen weitere Opfer an Menschenleben.

GR sei um so mehr dieser Auffassung, als es selbst in nächster Nähe an einem vergleichbaren Problem leide. AM Pym habe gestern von Grundsatz der Selbstbestimmung gesprochen, er habe GB als Schutzmacht der Falkland-Inseln bezeichnet. Auch in jenem anderen Zusammenhang – auf Zypern<sup>51</sup>, wo eine Invasion vor siebeneinhalb Jahren erfolgte, die Besetzung andauere, wo es auch eine VN-EntschlieÙung<sup>52</sup> gebe – sei GB einst als Schutzmacht aufgetreten, sei GB auch eine der Garantiemächte. Wenn man konsequent sein wolle, so müÙten stets und überall dieselben Normen und Grundsätze gelten. Er entschuldige sich, dies andere und in mancher Hinsicht nicht vergleichbare Problem hier anzusprechen. Aber es sei ein für GR geographisch und menschlich naheliegendes Problem, das nach wie vor AnlaÙ zu Sorge gebe, dessen Lösung auf sich warten lasse.

B: Festhalten an Solidarität bei gleichzeitigem Wunsch nach schneller Verhandlungslösung.

DK: Er habe zuvor eine verkürzte Antwort erteilt. Er schlieÙe sich im übrigen NL an. Auch in seinem Land wachse die Besorgnis.

GB: Er danke für die bekundete Solidarität und die Beschlüsse zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Er wolle nicht im einzelnen auf alle ÄuÙerungen eingehen.

<sup>50</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 24. Mai 1982 in Brüssel; Dok. 165, Anm. 3.

<sup>51</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 56, Anm. 42.

<sup>52</sup> Vgl. dazu Resolution Nr. 353 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1974, mit der der Abzug ausländischen Militärpersonals aus Zypern gefordert wurde. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 63. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 444 f.

Er wolle jedoch die Kollegen versichern, er und seine Regierung werden nichts unversucht lassen, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. GB wünsche keine militärische Aktion, vielmehr habe die Verhandlungslösung höchste Priorität. Allerdings könne er keine Garantien geben, daß man nicht zu militärischer Aktion greife. Solange die eigenen Truppen am Ort seien, möglicherweise angegriffen oder gefährdet werden, müssen sie sich selbst verteidigen. Alle Maßnahmen stünden in direkter Beziehung zu diesem Grundsatz. Der größte Wunsch sei, daß dies nicht erforderlich werde. So habe es in den letzten Tagen ja auch keine Nachrichten über militärische Aktivitäten gegeben. GB wolle keine Eskalation, könne aber militärische Aktion nicht a priori ausschließen.

Zu den Äußerungen von GR: Er habe Selbstbestimmungsrecht und Schutzmachtfunktion in diesem Zusammenhang nicht in einem juristischen Sinne erwähnt. Es handle sich bei den Falkland-Inseln um eine britische Kolonie, um britisches souveränes Territorium, GB betrachte sich jedoch als Schutzmacht für die dortige Bevölkerung und sei offen gegenüber einer eventuell anderen Regelung für die Zukunft. Argentinien behaupte, einen Anspruch auf das Gebiet zu haben. GB wolle die für alle Beteiligten bestmögliche Lösung unter Berücksichtigung der Wünsche der Bewohner. Auch GB halte nichts von unterschiedlichen Grundsätzen und Verhaltensnormen je nach Lage.

GR: Er müsse anmerken, die Ergebnisse allerdings seien unterschiedlich.

IRL: Seine Regierung habe ihn gebeten, die Meinungen der Partner einzuholen. Er danke für die erteilten Antworten. Seine nicht leichte Aufgabe sei ihm auf diese Weise erleichtert worden.

Er bitte, in seinen Darlegungen vor der Presse möge der Präsident die Unterstützung der Zehn gegenüber GB für Bemühungen um eine friedliche Lösung in Übereinstimmung mit Entschließung 502 betonen.

Dem wurde zugestimmt. Im übrigen wurde beschlossen, auf eventuelle Rückfragen der Presse nach militärischen Aspekten zu antworten, GB habe nicht um militärische Unterstützung gebeten.

Ferner wurde beschlossen, es gebe – dem üblichen Verhalten bei Gymnich-type-Treffen<sup>53</sup> folgend – keine nationale Presseunterrichtung. Lediglich der Präsident werde die Presse über die Punkte der Erörterung in knappen Zügen informieren.

Die Sitzung endete gegen 12.30 Uhr.

G. Siebourg

**VS-Bd. 12908 (200)**

<sup>53</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

146

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-12423/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2087

**Aufgabe: 10. Mai 1982, 18.25 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. Mai 1982, 00.42 Uhr**

Betr.: Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen;  
hier: Gespräch mit McNamara und Smith

Ich hatte McNamara, der nach dem Erscheinen des Vier-Autoren-Artikels in „Foreign Affairs“<sup>2</sup> von längeren Reisen zurückgekehrt war, zusammen mit Smith zu einem Frühstück gebeten. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Dr. Glotz, nahm an dem Gespräch teil.

McNamara zeigte sich über das Echo auf den Artikel befriedigt. Über die Nuklearstrategie müsse eine Debatte geführt werden, allerdings weniger in der breiten Öffentlichkeit als in kompetenten Gremien strategisch-wissenschaftlicher Art, aber auch politischen Bündnisforen wie der NPG<sup>3</sup>. McNamara wies insbesondere auf das Studienprojekt über europäische Sicherheit des MIT<sup>4</sup>-Professors Carroll Wilson hin, in dessen Beratungsgremium von deutscher Seite die Professoren Kaiser und Ritter sowie die Generale a.D. Schulze und Steinhoff mitwirken. Ziel des Projekts sei, die Möglichkeiten für eine Verbesserung konventioneller NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa zu erörtern (Projektbeschreibung folgt mit nächstem Kurier<sup>5</sup>).

McNamara sagte sehr freimütig, daß er bereits seit 1961 Präsident Kennedy und später Präsident Johnson mit Erfolg von einem denkbaren Ersteinsatz von Nuklearwaffen nachdrücklich abgeraten habe. Ein Ersteinsatz von Nuklearwaffen wäre schon damals praktisch nicht in Frage gekommen. Er gehe von einer gleichen Einstellung der späteren Präsidenten aus und nehme daher an, daß kein amerikanischer Präsident jemals einen Ersteinsatz anordnen werde.<sup>6</sup> Diese Lage sei für die amerikanischen Truppenführer in Europa verwirrend, da sie einerseits nuklearen Einsatz planen, andererseits aber wissen müßten,

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 11. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Bolewski verfügte. Hat Hofmann am 12. Mai 1982 vorgelegen. Hat Bolewski am 15. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith sprachen sich dafür aus, daß die NATO offiziell darauf verzichten sollte, im Falle eines Krieges auf einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts mit dem Erstgebrauch von Kernwaffen zu reagieren. Vgl. dazu den Artikel „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „HLG.“

<sup>4</sup> Massachusetts Institute of Technology.

<sup>5</sup> Für die mit Schriftbericht vom 13. Mai 1982 von der Botschaft in Washington übermittelte Projektbeschreibung vgl. Referat 201, Bd. 125682.

<sup>6</sup> Der Passus „kein amerikanischer ... werde“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

daß mit einem Ersteinsatz nicht gerechnet werden könnte<sup>7</sup>. Diese stillschweigende Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz werde der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit nicht mehr lange verborgen bleiben. Es gelte daher, sich darauf einzurichten und die Konsequenzen, insbesondere für die konventionellen Streitkräfte und deren Struktur, zu überdenken. Auch bei verstärkter Betonung der konventionellen Streitkräfte müsse, so betonte McNamara, an der überlebensfähigen Zweitschlagskapazität festgehalten werden; dies sei unverzichtbar. Selbst wenn gewisse Erfolge bei Rüstungskontrollvereinbarungen erzielt würden, verblieben noch Tausende von nuklearen Sprengköpfen auf beiden Seiten.

McNamara erinnerte an die lebhafte Nukleardebatte innerhalb des Bündnisses (z. B. MLF<sup>8</sup>) in den sechziger Jahren. Er rechnete sich als Verdienst an, durch Gründung der NPG im Jahre 1965<sup>9</sup> die Meinungsbildung im Bündnis begonnen und strukturiert zu haben.

McNamara erwähnte, daß er mit Kissinger über den Problembereich „no first use“ gesprochen habe. Kissinger teile seine Meinung – noch – nicht, habe aber in seiner Brüsseler Rede 1979<sup>10</sup> ähnliche Überlegungen geäußert.

McNamara sprach sich dafür aus, eine notwendige strategische Debatte von den politischen Bestrebungen hinsichtlich eines Rüstungsstillstands (freeze) und auch von den INF-Verhandlungen streng zu trennen. Die Aussichten für rechtzeitige Erfolge bei den INF-Verhandlungen beurteilte McNamara negativ. Wenn kein Erfolg erzielt werde, müsse die Allianz neue Beschlüsse fassen.<sup>11</sup> Dazu habe ich erwidert, daß der NATO-Doppelbeschluß von 1979 vorliege und bereits einen negativen Ausgang mitberücksichtige.

Im übrigen habe ich auf die politisch-psychologischen Gefahren einer öffentlichen Erörterung des westlichen Verzichts auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen hingewiesen, weil damit die Abschreckung beeinträchtigt, das Risiko des Angreifers unter Aussparung des eigenen – sowjetischen – Territoriums kalkulierbar und der Frieden gefährdeter würden.

<sup>7</sup> Der Passus „einerseits nuklearen ... könnte“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>8</sup> Die Initiative zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO (MLF) ging im Dezember 1960 vom amerikanischen Außenminister Herter aus und wurde Ende 1962 von Präsident Kennedy wiederaufgenommen. An Verhandlungen über den Aufbau einer solchen Streitmacht beteiligten sich neben den USA vor allem die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Den Kern der Streitmacht sollten mit Polaris-Raketen bestückte und mit gemischten Besatzungen bemannte Schiffe bilden. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 497, Dok. 500 und Dok. 501. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, I, Dok. 2, Dok. 16 und Dok. 20.

Präsident Johnson entschied jedoch am 17. Dezember 1964, daß weder inhaltliche noch zeitliche Zusagen hinsichtlich der Verwirklichung des Projekts zu machen seien. Vgl. dazu FRUS 1964–1968, XIII, S. 165–167. Vgl. dazu ferner AAPD 1964, II, Dok. 401.

<sup>9</sup> Die erste Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO fand am 6./7. April 1967 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 2. August 1967; VS-Bd. 4101 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger hielt am 1. September 1979 in Brüssel einen Vortrag aus Anlaß des 30. Gründungsjubiläums der NATO. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 254.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wird NATO völlig unglaubwürdig.“

Smith erwiderte, daß amerikanische Nuklearwaffen in Europa durchaus auch bei Ersteinsatzverzicht weiter abschreckend wirkten, da die SU mißtrauisch sei und niemals sicher sein könnte.<sup>12</sup>

Smith zeigte sich im weiteren besorgt über wachsende Tendenzen im Kongreß, die auf eine Truppenverringerung in Europa drängten.<sup>13</sup> Er hoffe, daß ein längerer öffentlicher Erziehungsprozeß in Richtung auf den Verzicht eines Ersteinsatzes von Nuklearwaffen zu höherer Bereitschaft für konventionelle Ausrüstung führen könne.<sup>14</sup>

Auf MBFR angesprochen, meinte McNamara, daß Erfolge bei diesen Verhandlungen zur Lösung des Problems beitragen könnten. Er räumte jedoch ein, daß der Mangel an geographischer Tiefe auf westlicher Seite ein schwer behebbarer Nachteil sei.

Für mich war die Mittelung McNamaras, daß er während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister die Präsidenten Kennedy und Johnson davon überzeugt habe, eine Erstanwendung von amerikanischen Nuklearwaffen auszuschließen, neu. McNamara bestätigte damit jedoch Vermutungen und Besorgnisse, die schon Anfang der sechziger Jahre in Europa hinsichtlich der Zuverlässigkeit des vollständigen amerikanischen Nuklearschutzes geäußert worden waren<sup>15</sup>. Wenn es zutreffen sollte, daß – wie McNamara wohl nicht ohne Grund vermuten mag – auch spätere Präsidenten einen nuklearen Ersteinsatz nicht mehr ernstlich in Rechnung stellten, wäre dies eine wichtige und in ihren Folgen sehr ernstzunehmende Tatsache.

MdB Egon Bahr hat sich am 10.5. in der „New York Times“ für einen Verzicht auf einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen ausgesprochen (dazu besonderer Bericht) und damit hier eine andere Position als die Bundesregierung vertreten.<sup>16</sup>

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 12055 (201)**

<sup>12</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Aber weniger, da wir vertragstreu sind.“

<sup>13</sup> Zur Diskussion um einen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa vgl. Dok. 79, Anm. 8.

<sup>14</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Blanke Illusion.“

<sup>15</sup> Der Passus „hinsichtlich ... worden waren“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Würde F[rankreich] bestätigen.“

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Dröge resümierte am 17. Mai 1982 die Argumente des SPD-Abgeordneten Bahr für einen Verzicht der NATO auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen: „Ein amerikanischer Verzicht auf einen nuklearen ‚Erstschlag‘ (‘nuclear first-strike‘) verringere unsere Sicherheit nicht, sondern erhöhe das Gefühl der Sicherheit in Europa und stärke die Atlantische Allianz somit politisch. Die Verwirklichung des Vorschlags eines ‚Nicht-Ersteinsatzes von Nuklearwaffen‘ (‘no first-use‘) könne in Europa die Diskussion um den Verdacht beenden, die USA wollten möglicherweise einen auf Europa begrenzten nuklearen Krieg führen.“ Dazu legte Dröge dar: „Egon Bahr verwechselt in seiner Argumentation den ‚nuklearen Ersteinsatz‘ (‘first-use‘) mit einem ‚nuklearen Erstschlag‘ (‘first-strike‘). Die NATO-Doktrin der flexiblen Reaktion sieht nicht etwa einen umfassenden Entwaffnungsschlag (‘first-strike‘) vor, wohl aber die (nicht-automatische) Eskalationsoption eines nuklearen Ersteinsatzes zur glaubwürdigen Abschreckung auch einer konventionellen Aggression.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125682.

## 147

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit Ministerpräsident Thoroddsen**

204-321.10 ISL

11. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem isländischen MP Thoroddsen am 11. Mai 1982 in Bonn<sup>2</sup>

An dem knapp einstündigen Gespräch nahmen teil von isländischer Seite: Botschafter Eggerz, Staatssekretär Benediktsson, Botschafter Egilsson, Frau Ásgeirsdottir, Erster Sekretär; von deutscher Seite: Botschafter Krieg, RL 204<sup>3</sup>, RL 013<sup>4</sup>, VLR von Ploetz.

*BM* knüpfte an die Rede Präsident Reagans vom 9.5.<sup>5</sup> an und unterstrich, daß diese Rede ein gutes Konzept für die Ost-West-Beziehungen und die Abrüstungsverhandlungen enthalte. Sie sei für das innere Verhältnis im Westen und für die Ost-West-Beziehungen von großer Bedeutung. Nur durch ein feste und klare Position werde man die SU beeindrucken können. Wir hätten es begrüßt, wenn es schon im Juni zu einem Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Breschnew gekommen wäre. Allerdings hätten wir aus Fernsehberichten über die Erste-Mai-Feier in Moskau den Eindruck gehabt, daß sich GS Breschnew nicht in bester Gesundheit befinde. Dies sei für die Verhandlungen nicht gut.

MP *Thoroddsen* leitete auf den bevorstehenden NATO-Gipfel<sup>6</sup> über: Er und der isländische Außenminister<sup>7</sup> würden an der Konferenz teilnehmen.

*BM* wies darauf hin, daß alle Regierungschefs und Außenminister der Mitgliedstaaten, einschließlich des amerikanischen Präsidenten, zum NATO-Gipfel nach Bonn kommen würden. Der französische Präsident<sup>8</sup> werde am Abendessen des Vorabends des NATO-Gipfels teilnehmen. Frankreich werde auf der Konferenz selbst durch den Premierminister<sup>9</sup> und den Außenminister<sup>10</sup> vertreten sein.

*BM* erwähnte den Besuch des Vorsitzenden der Polnischen Demokratischen Partei und des Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Kowalczyk. Er, *BM*, ha-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 12. Mai 1982 gefertigt und am 14. Mai 1982 mit der Bitte, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 14. Mai 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte mit üblichem Vorbehalt verteilen.“

Hat Schenk am 17. Mai 1982 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 124950.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Thoroddsen vom 11. bis 14. Mai 1982 vgl. auch Dok. 153.

<sup>3</sup> Reinhold Schenk.

<sup>4</sup> Karl Theodor Paschke.

<sup>5</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. Dok. 142.

<sup>6</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>7</sup> Jóhannesson Ólafur.

<sup>8</sup> François Mitterrand.

<sup>9</sup> Pierre Mauroy.

<sup>10</sup> Claude Cheysson.

be mit ihm ein längeres Gespräch über Polen geführt, das nicht sehr hoffnungsvoll gewesen sei.<sup>11</sup> Die polnische Militärregierung sehe offenbar keine Möglichkeiten, einen liberalen Kurs einzuschlagen. Er, BM, sei der Auffassung, daß ohne einen Dialog, insbesondere mit Solidarität, einschließlich Wałęsa, die Bevölkerung sich weiter verweigern werde. Er, BM, habe den Eindruck gewonnen, daß die polnische Führung kein langfristiges Konzept habe. Sie hoffe auf Zeit und darauf, daß sich die Bevölkerung doch noch akkommodieren werde. Diese Politik werde nicht zum Erfolg führen. Für uns komme es darauf an, immer wieder zu unterstreichen, daß wir es mit den drei Forderungen<sup>12</sup> ernst meinten. Es sei erstaunlich, wie die polnische Bevölkerung immer wieder ihre Auffassung zum Ausdruck bringe. Dies geschehe vor allem durch die Kirche. Die Kirche habe offenbar mit der polnischen Führung gesprochen, ob ein Papst-Besuch<sup>13</sup> in diesem Jahr möglich sei. Der Papst möchte nur unter Umständen nach Polen reisen, die einen Papst-Besuch im echten Sinn ermöglichen, d. h. auch Gespräche mit allen Gläubigen, auch mit Wałęsa, zulassen. Vorbereitungs-gesprächen für einen möglichen Papstbesuch in Polen komme daher erhebliche Bedeutung zu.

Auf eine Frage von BM nach der Lage in Island erläuterte MP *Thoroddsen* die innen- und wirtschaftspolitische Lage seines Landes: große wirtschaftliche Schwierigkeiten, große Inflationsrate, die man jedoch erheblich reduziert habe. Man sei allerdings darüber glücklich, daß man keine Arbeitslosigkeit habe (1981: 0,4%). Eine der drei Parteien der Koalitionsregierung, die Kommunistische Volksallianz, sei gegen die NATO-Mitgliedschaft Islands. Grundlage der Regierungsbeteiligung der Volksallianz sei aber gewesen, daß die Außen- und Verteidigungspolitik Islands unverändert dieselbe bleibt. Für diese Politik bestehe eine große Mehrheit im Parlament (49 von 60 Abgeordneten). Auch die Mehrheit der Bevölkerung unterstütze diese Politik.

Auf eine Frage von MP *Thoroddsen* nach der Lage in der sowjetischen Führung meinte *BM*: Die Führungsfrage in der SU sei eine der größten Unsicherheitsfaktoren für die internationale Politik. Sie zeige, wie gefährlich die absolute Undurchsichtigkeit über Führungs- und Kräfteverhältnisse in einem Land von der Bedeutung der SU sei. Im Westen könne sich jeder seine Meinung über politische Kräfteverhältnisse und politische Richtung bilden. Dies habe auch mit Sicherheit zu tun, denn es mache die Politik berechenbar. Die Undurchsichtigkeit der Kremldauer sei jedoch ein zusätzlicher Faktor der Nichtberechenbarkeit und der Unsicherheit der sowjetischen Politik, der uns noch weiter beschäftigen werde. Es sei daher von großer Bedeutung, daß der Westen eine abgewogene Politik verfolge und nicht von sich aus zur Unsicherheit beitrage. Die Klarheit und Festigkeit westlicher Politik sei ein wesentlicher Beitrag zur internationalen Stabilität. Hier liege auch die große Bedeutung der bevorstehenden Konferenzserie, die durch die Betonung der Berechenbarkeit und Geschlossenheit der westlichen Politik zur Stabilität in der Welt beitragen werde. Was die SU angeht, so sei es durchaus möglich, daß diese vor einer Periode der Sterili-

<sup>11</sup> Für das Gespräch am 10. Mai 1982 vgl. Dok. 144.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>13</sup> Zu einer Reise des Papstes Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

tät stehe, in der keine Entscheidungen fielen, aber auch die Möglichkeit von Richtungsänderungen sei nicht auszuschließen.

(Auf eine entsprechende Frage von MP Thoroddsen:) Es habe bisher keine offizielle sowjetische Reaktion auf den Brief Präsident Reagans an GS Breschnew gegeben.<sup>14</sup> Die SU habe aber bei der Übergabe des Briefes im Gespräch zu erkennen gegeben, daß sie die Vorschläge Präsident Reagans nicht von vornherein ablehne. Heutige erste Agenturmeldungen bestätigten dies. Danach sprächen die Sowjets von einem „Schritt in die richtige Richtung“, auch wenn sie die amerikanischen Vorschläge als nicht befriedigend bezeichneten. BM meinte, daß sich die SU dem amerikanischen Angebot nicht entziehen könne. SU werde mit einer Reihe westlicher Abrüstungsvorschläge konfrontiert, u. a. Verzicht auf die Mittelstreckenraketen<sup>15</sup>, die Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen auf ganz Europa<sup>16</sup>, Reduzierung interkontinentaler Raketen um ein Drittel. Diese Vorschläge würden die öffentliche Meinung der Welt nicht unbeeindruckt lassen. Er, BM, hoffe, daß es schon im Juni zu START-Verhandlungen<sup>17</sup> kommen werde. Die Definition der Verhandlungsposition sei jedoch eine schwierige Aufgabe für jede Regierung. Dabei könne sich insbesondere erschwerend auswirken, wenn die Entscheidungskraft und Entscheidungsfähigkeit von GS Breschnew reduziert sein sollte. Dies könne es den sowjetischen Militärs erleichtern, sich gegen jede Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge auszusprechen. Hinzu komme, daß Abrüstung der SU schwerer falle als dem Westen: Die Verschrottung von Raketen, die unter spürbaren Opfern der Bevölkerung aufgestellt worden seien, falle der sowjetischen Führung politisch schwerer. Die sowjetischen Rüstungsaufwendungen seien nicht nur in ihrer absoluten Zahl höher als im Westen, sondern stünden auch in einem anderen Verhältnis zum Lebensstandard der Bevölkerung. Auch bei uns seien die Verteidigungsausgaben eine Belastung; sie beeinträchtigten aber nicht so sehr den Lebensstandard, wie dies in der SU der Fall sei.

BM erwähnte in diesem Zusammenhang seine und des Bundeskanzlers Gespräche mit Ustinow und Ogarkow im Sommer 1980 in Moskau.<sup>18</sup> Die sowjetischen Militärs verkörperten nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Macht. Die politische Führung der SU müsse daher fähig sein, die für die Abrüstung notwendigen Maßnahmen durchzusetzen. Dies werde erschwert, wenn Nummer 1 nicht voll einsatzfähig sei und andere sich auf Nachfolgekämpfe konzentrierten. Dies dürfe uns aber nicht an Anstrengungen in Richtung auf Abrüstung hindern.

<sup>14</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Präsidenten Reagan vom 7. Mai 1982 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 142, Anm. 6.

<sup>15</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>16</sup> Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, übergab dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am 16. Juli 1981 in Madrid einen amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 207.

<sup>17</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Für ihr Gespräch mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow und dem Chef des sowjetischen Generalstabs, Ogarkow, am 1. Juli 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 194.

MP *Thoroddsen* sprach dann das sowjetisch-chinesische Verhältnis an.

*BM* meinte hierzu: Die SU bemühe sich seit vielen Jahren um eine Besserung dieses Verhältnisses. Wegen der Meinungsverschiedenheiten der USA mit der VR China über Waffenlieferungen an Taiwan<sup>19</sup> habe es in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen eine gefährliche Periode gegeben. Diese sei jetzt aplaniert, weil die USA erklärt hätten, daß die jetzigen Waffenlieferungen an Taiwan mehr oder weniger die letzten seien. Die Gegensätze zwischen der SU und China seien unvermindert stark. Dies dürfe uns aber nicht dazu verleiten, unsere Politik so zu definieren, als ob dieser Gegensatz ein Naturereignis sei. Der größte Unterschied zwischen beiden Ländern liege in der unterschiedlichen Zahl der Bevölkerung. Das russische Denken beruhe seit Jahrhunderten auf dem Gefühl der eigenen Überzahl, weil im Osten China handlungsunfähig war. Jetzt habe die SU erstmalig ein handlungsfähiges China als Nachbarn. Stalin habe diese Gefahr vorausgesehen. Er habe Mao nicht unterstützt und sei an einem lang andauernden chinesischen Bürgerkrieg interessiert gewesen, als er erkannt habe, welches Gewicht China mit tausend Millionen Menschen habe. Andererseits: Das Bewußtsein der eigenen Überzahl spreche aus jedem Gespräch, das man mit Chinesen führe. *BM* kam in diesem Zusammenhang auf ein Gespräch mit Zhou Enlai im Jahre 1973 zu sprechen.<sup>20</sup> Zhou Enlai habe damals die Auffassung vertreten, daß China nicht deshalb Angst vor einem sowjetischen Angriff habe, weil es fürchte, besiegt zu werden, sondern weil ein solcher Angriff China um 20 bis 30 Jahre in seiner Entwicklung zurückwerfen werde. Zhou Enlai habe auch die Meinung vertreten, daß die Zahl der Chinesen Sicherheit gebe. Er habe damals befürchtet, daß die SU versuchen werde, durch einen Präventivkrieg Zeit zu gewinnen, um die Entwicklung Chinas hinauszuschieben. Man müsse verstehen – so *BM* –, daß die SU vor dieser anderen chinesischen Welt Sorge habe. *BM* bezweifelte (auf eine entsprechende Frage von MP *Thoroddsen*), daß Mao Zedong jemals die gleiche unbeschränkte Macht gehabt habe wie Diktatoren wie z. B. Hitler oder Stalin. Wir wüßten z. B., daß der Stellvertretende Vorsitzende Deng mehrfach in Ungnade gefallen sei. Er habe aber immer wieder Zuflucht in den Provinzen gefunden, weil die jeweiligen Militärbefehlshaber ihre Hand über ihn gehalten hätten. Dies zeige, wie groß der Einfluß der Provinzgouverneure sei, die teilweise Provinzen mit über hundert Millionen Einwohnern verwalteten. Auch Mao habe um die Zustimmung dieser regionalen Fürsten ringen müssen. Darin liege für uns, die wir zu den kleinen Völkern gehörten, auch ein Stück Sicherheit.

Auf eine Frage von MP *Thoroddsen* nach der Bedeutung der sogenannten Friedensbewegung oder neutralistischer Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland erläuterte *BM*: Neutralistische Gruppierungen seien ohne jeden Belang. Die Friedensbewegung sei im Prinzip nicht neutralistisch. Sie bestimme nicht unsere Politik, stelle aber ein Problem für die Öffentlichkeitsarbeit dar. Wir bemühten uns um eine offene offensive Diskussion. Hierbei werde sich herausstellen, daß unsere Politik so schlecht nicht sei. Es sei ein normaler Pro-

<sup>19</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 23. November 1973 in der Volksrepublik China auf. Für sein Gespräch mit Ministerpräsident Zhou Enlai am 22. November 1973 vgl. AAPD 1973, III, Dok. 389.

zeß in einer Demokratie, daß sich unterschiedliche Diskussionspositionen eine Weile gegenüberstehen, dann aber doch überwunden würden und auf diese Weise ein neuer Konsens entstehe. Ernsthaftige Rüstungskontrollvorschläge, wie sie Präsident Reagan jetzt vorgelegt habe, seien geeignet, die Position der Bundesregierung zu stärken.

Auf eine Frage von MP Thoroddsen nach dem Stand der innerdeutschen Beziehungen, meinte BM: Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien das schwierigste Problem unserer Politik. Wir hätten es bei der DDR mit einer anderen Regierung, aber mit demselben Volk zu tun. Die Schwäche der DDR-Regierung sei, daß die Bevölkerung im Grunde das wolle, was die Bundesregierung mache. In der DDR seien 24 sowjetische Divisionen stationiert. Es gäbe keinen Platz der Welt, wo so viele fremde Divisionen auf so engem Raum stationiert seien. Diese seien nicht nur nach außen, sondern auch nach innen gerichtet. Alle Fortschritte gegenüber der DDR im menschlichen Bereich hätten wir mühsam durchgesetzt. Die jetzige Phase sei gekennzeichnet durch eine Versteifung der DDR-Position. Wir würden in schwieriges Fahrwasser kommen und seien teilweise schon mittendrin (auf eine entsprechende Frage von MP Thoroddsen): Das Vier-Mächte-Abkommen zu Berlin<sup>21</sup> habe die Lage in Berlin zum Guten verbessert. Man habe im Hinblick auf die Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins ohne Zweifel eine Menge erreicht. Dies gelte auch für das deutsch-deutsche Verhältnis. Wir hätten jedoch eine weitergehende dynamische Entwicklung erwartet. Wir befänden uns jetzt in einer Periode der Verhärtung. Man müsse einen langen Atem haben.

Auf eine Frage nach der Berliner Mauer entgegnete BM: Vielen in der Welt sei die ganze Gräßlichkeit der Mauer nicht voll bewußt. Man müsse gesehen haben, wie eine Stadt mit Minen, Stacheldraht und Mauer getrennt werde. Dies sei das stärkste Argument gegen den Kommunismus als System.

BM wies zum Abschluß des Gesprächs darauf hin, daß er sich freue, MP Thoroddsen anläßlich des NATO-Gipfels in Bonn wiederzusehen.

**Referat 204, Bd. 124950**

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflös

331-322.00 LA

11. Mai 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Entscheidung zu Punkt 5.2)

Betr.: Ergebnis der Wahlen in El Salvador

Die Wahlen in El Salvador vom 28. März 1982 stellen eine Zäsur in der Entwicklung des Landes mit starken Auswirkungen auf Zentralamerika dar.

1) Eine unerwartet hohe Wahlbeteiligung erbrachte den deutlichen Beweis, daß das Volk von El Salvador sich demokratischer Mittel bedienen will, um die Probleme des Landes zu überwinden und den Frieden zu gewinnen.

Durch diese Wahlen widerlegte das salvadorianische Volk ganz eindeutig und zum wiederholten Male die von der Opposition so oft behauptete starke Unterstützung der Guerilla. Trotz massiver Einschüchterung, trotz vom Ausland gewährter intensiver politischer Unterstützung (sozialistische Parteien, kommunistisches Lager und verschiedene internationale liberale Kräfte) und Waffenhilfe (Kuba, Nicaragua) erreichte die Guerilla-FMLN und ihr politischer Arm FDR nicht ihr Ziel, durch Verhinderung der von PDC und gemäßigten Militärs getragenen demokratischen Reformpolitik den revolutionären Weg als einzige Alternative zu reformfeindlicher rechtskonservativer Politik erscheinen zu lassen.

Der von der Vielzahl objektiver Wahlbeobachter aus Europa und Lateinamerika als korrekt bezeichnete Wahlverlauf läßt ein Abqualifizieren der Wahl als „Farce“ oder als „sogenannte Wahlen“ nicht zu.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius und Legationsrat I. Klasse Kuligk konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 26. Mai 1982 vorgelegen, der die Aufzeichnung am 20. August 1982 an Referat 311 weiterleitete.

Hat Martius am 23. August 1982 erneut vorgelegen, der die Aufzeichnung an Legationssekretär Heumann weiterleitete und handschriftlich vermerkte: „Hat BM nicht vorgelegen.“

Hat Heumann am 23. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 26. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius notierte am 29. März 1982 telefonisch übermittelte Informationen des Kanzlers Engel, San Salvador: „Trotz Beschwerden – z. B. mußten wegen Vielzahl zerstörter Busse vielfach lange Fußwege zu Wahllokalen in Kauf genommen werden – waren die Wahllokale bei Eröffnung überfüllt von Wählern. Wartezeiten von bis zu sechs Stunden. [...] Es gab Fälle, wo die Wähler Störaktionen der Guerilla abwarteten und dann erneut im Wahllokal erschienen, um Stimme abzugeben. Wunsch des Volkes, sich in Wahlen politisch zu äußern, überdeutlich. In Usulután gab es seit vier Tagen Schießereien zwischen Militär und Guerilla, dort anscheinend Probleme bei Wahlen. In San Antonio de Abad gab es einen selbstmörderischen Angriff der Guerilla auf das Wahllokal, der abgewehrt wurde (zwölf tote Guerillas). Allgemein schien Aktivität der Guerilla im Vergleich zu den vergangenen zwei bis drei Monaten gering, auf keinen Fall höher. Guerilla trat auch nur merkbar verstärkt in Gebieten auf, in denen sie ohnehin stark ist. Ankündigung Ungos, Opposition werde Wahlen nicht stören, ist reiner Hohn. In San Salvador gab es am Freitag Flugblätter der Guerilla mit dem Text: ‚Wähle am Vormittag, stirb am Nachmittag.‘“ Vgl. Referat 331, Bd. 135975.

2) Für die Christdemokraten unter Duarte ist das Wahlergebnis von über 40% sehr gut und war für diese Mitte-Links-Partei kaum besser zu erwarten.

Angesichts der hohen Wahlbeteiligung (ca. 90%) bedarf aber der hohe Stimmanteil der rechten bis ultrarechten Parteien (zusammen 58%) der Interpretation: In ihm manifestierte sich stärker die Ablehnung der täglich lebensbedrohenden Präsenz bewaffneter Gewalt und der Wunsch nach Ordnung und Gesetz als Zustimmung zum Rechtsextremismus. Beigetragen hat sicher auch die Schwächung der Linken durch Wahlboykott des FDR und Wahlkritik besonders sozialistischer Kreise des Auslands. Bei der Analyse des Wahlverhaltens darf auch nicht übersehen werden, daß El Salvador dicht besiedelt und deshalb vom Terrorismus verhältnismäßig leicht zu treffen ist, daß die Salvadorianer arbeitsam sind, die katholische Kirche eine wichtige Rolle spielt und der indianische Bevölkerungsanteil niedrig liegt. Schließlich verfügten die Konservativen über beträchtliche Wahlkampfmittel, und der Chef der rechtsextremen Partei ARENA (29%), Major d'Aubuisson, ist jung, männlich und attraktiv (was beim lateinamerikanischen Wahlverhalten immer eine Rolle spielt), und die nationale Versöhnungspartei (14%) ist seit langem eine im politischen Leben anerkannte Kraft.

3) Die Opposition FDR/FMLN hat das Debakel offenbar kommen sehen. Entschiedener Ablehnung, sich an der Wahl zu beteiligen, folgte in der Vorwahlwoche die öffentlich gegenüber dem christdemokratischen Präsidenten von Venezuela<sup>4</sup> signalisierte Verhandlungsbereitschaft. Wie tief sie dennoch vom Wahlergebnis betroffen war, bezeugt das längere verlegene Schweigen danach. Bis heute hat sie keine schlüssige politische Linie gefunden. Es bleibt abzuwarten, ob sie das vor den Wahlen über Venezuela lancierte Verhandlungsangebot aufrechterhält. Nur wenige Beobachter erwarten, daß die maßgeblichen Führer der Guerilla für die politische Auseinandersetzung mit demokratisch-friedlichen Mitteln zu gewinnen sind. Die Hoffnung konzentriert sich stärker auf die weiter abgesunkene Unterstützung im Volk und darauf, daß sich die zivilen politischen Kräfte der FDR von den undemokratischen Gruppierungen trennen.

Das Kommuniqué der Sozialistischen Internationale aus Bonn vom 2.4.1982 signalisiert trotz der umstrittenen Formulierung „sogenannte Wahlen“ die Anerkennung einer neuen Situation und enthält erste Ansätze, der jüngsten Entwicklung Rechnung zu tragen (Aufforderung an USA und Kuba, zu verhandeln und von Interventionen abzusehen, Verhandlungslösung; Text klingt teilweise ähnlich wie bisherige Erklärungen der Bundesregierung).

4) In El Salvador muß jetzt die gewählte Konstituante eine Verfassung ausarbeiten und zur plebiszitären Annahme stellen. Am 23.4.1982 wurde der Vorsitzende der rechtsextremen ARENA, d'Aubuisson, zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt.

Der am 29.4. auf Vorschlag des Militärs von den Abgeordneten der christdemokratischen Partei und der konservativen Versöhnungspartei zum Interimspräsidenten gewählte Dr. Álvaro Magaña ist gemäßigt konservativ und Wirtschaftsfachmann. Er gilt als Mann des Ausgleichs. Je einer der drei Vizepräsi-

<sup>4</sup> Luis Herrera Campíns.

denten ist Mitglied der drei stärksten Parteien ARENA, Versöhnungspartei (PCN) und christdemokratischen Partei (PDC).

Diese nahezu paritätisch die drei stärksten Parteien berücksichtigende Wahl war angesichts der ursprünglichen Absicht, die Christdemokraten zugunsten einer reinen Rechtsregierung auszuschalten, nur durch starken Druck der USA, der Kirche und des Militärs möglich. Diesem Druck ist es auch zu verdanken, daß der am 4.5.1982 gebildeten Regierung je vier Mitglieder der PDC, der ARENA und der PCN angehören und vier Unabhängige. Verteidigungsminister bleibt General Guillermo García, ebenso behält Außenminister Chávez Mena sein Amt. Das für die Agrarreform zuständige Landwirtschaftsministerium fiel an die ARENA. Zu einer Rückgängigmachung der Reformen<sup>5</sup> soll es aber nicht kommen.<sup>6</sup> Mit der Besetzung der für die Auseinandersetzung mit der Guerilla wichtigen Ressorts Verteidigung<sup>7</sup>, Inneres<sup>8</sup> sowie der Ministerien für Finanzen<sup>9</sup> und Planung<sup>10</sup> durch vom Militär vorgeschlagene Offiziere und Unabhängige hat die Armee eine direkte Einflußmöglichkeit behalten.

Schlüssel für die Handlungsfähigkeit der Regierung Magaña ist das Verhältnis zur Verfassungsgebenden Versammlung. Die Konstituante hat sich nach ihrem ersten Zusammentreten weitgehende gesetzgeberische Befugnisse gegeben. Die Dekrete der Regierung Duarte über die wirtschaftlichen Reformen (Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels, Agrarreform) sollen in Kraft bleiben; allerdings ist die dritte Phase der Agrarreform, die die Überschreibung von Besitztiteln an die das Land bearbeitenden Pächter vorsah, zunächst für die kommende Ernteperiode ausgesetzt worden.

Wichtig wird sein, wieweit der politische Gegensatz zwischen konservativen bis rechtsextremen Parteien auf der einen und der Mitte-Links stehenden christlich-demokratischen Partei auf der anderen Seite die Handlungsfähigkeit der Regierung beeinträchtigen wird.<sup>11</sup>

<sup>5</sup> Die Wörter „Rückgängigmachung der Reformen“ wurden von Ministerialdirektor Gorenflos hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Inzwischen hat Regierung Phase III der Landreform – Eigentumsübertragung an Landbesteller – ausgesetzt.“

<sup>6</sup> Kanzler Engel, San Salvador, berichtete am 25. Mai 1982 zur Agrarreform in El Salvador: „Die Verfassungsgebende Versammlung hat vergangene Woche ein Teilstück der Agrarreform für die Dauer eines Agrarzyklus' (ein Jahr) suspendiert. Hierbei handelt es sich um das Dekret vom April 1980, das jedem Pächter von bis zu sieben Hektar bebaubarem Land das Recht einräumt, die Übertragung des Besitztitels auf seinen Namen zu beantragen. [...] Bislang ist noch nicht abzuschätzen, ob dieser Maßnahme lediglich das Bemühen um eine wirtschaftliche Besserung zugrunde liegt oder ob es sich um einen ersten Schritt zur Eliminierung der Reformen handelt. Führende Christdemokraten äußerten sich besorgt über die Entwicklung, wollen jedoch vorerst abwarten. Eine ähnliche Stellungnahme gab der amerikanische Botschafter. Verteidigungsminister García sagte, daß die Streitkräfte mit der Ausdehnung der Suspendierung auf Getreideanbau- und Viehzuchtgebiete nicht einverstanden seien. Versammlungspräsident d'Aubuisson verteidigte den Beschluß als reine wirtschaftliche Notmaßnahme und wies darauf hin, daß alle Pächter, die bereits einen Besitztitel erhalten bzw. die Landüberschreibung beantragt haben, von der Suspendierung nicht betroffen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat 331, Bd. 135975.

<sup>7</sup> José Guillermo García.

<sup>8</sup> Manuel Isidro López Sermeño.

<sup>9</sup> Jorge Eduardo Tenorio.

<sup>10</sup> Manuel Robles.

<sup>11</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich: „Diese entscheidende Frage bleibt weiterhin offen. Bisher konnten die US die Rechtsparteien mühsam an der Leine halten.“

Die Lage in El Salvador hat sich seit den Wahlen deutlich entspannt. Die Guerillaaktivität ist zurückgegangen. Die meist einseitigen Darstellungen des Problems El Salvador in der internationalen Öffentlichkeit und in den Medien ließen stark nach. Darin wird deutlich, wie sehr die radikale Opposition und die internationale Meinung von dem so nicht erwarteten Wahlergebnis betroffen sind. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dies zu größerer Verhandlungsbereitschaft der Linken führt.

5.1) Die neue Lage in El Salvador legt Überlegungen über eine Reaktion der Bundesregierung darauf nahe. Soll sie versuchen, auf die weitere Entwicklung konstruktiv Einfluß zu nehmen, oder soll sie weiterhin abseits stehen? Eine im Interesse einer demokratischen Entwicklung und wirtschaftlichen Gesundung liegende Einwirkung hätte die Entsendung eines Botschafters<sup>12</sup> und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Voraussetzung.<sup>13</sup>

5.2) Auf folgende nächste Schritte wird hingewiesen:

a) Unmittelbar bevor steht im Auswärtigen Ausschuß die vor den Wahlen angekündigte und in der Sitzung vom 28.4.1982 von der Opposition angemahnte Bewertung der Wahlen und der danach gegebenen Situation in El Salvador an.<sup>14</sup> Eine Gesprächsunterlage dazu wird vorbereitet. Der Text einer Sprachregelung für die Presse ist beigefügt.<sup>15</sup>

b) Ex-Präsident Duarte beabsichtigt nach Mitteilung der salvadorianischen Botschaft, als Chef der Christdemokratischen Partei die Bundesrepublik Deutschland ca. vom 10. bis 15.6.1982 privat zu besuchen.<sup>16</sup> Er bittet, mit hochrangigem Partner im Auswärtigen Amt ein Gespräch über die Lage in El Salvador und Zentralamerika führen zu können. Es wird ein Termin bei Herrn Staats-

<sup>12</sup> Die Wörter „Entsendung eines Botschafters“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sollte m. E. geprüft werden für nach Sommerpause.“

<sup>13</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Gorenflos hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir sollten noch abwarten, bis die Entwicklung klarere Konturen annimmt. Inzwischen eine Politik kleiner Schritte.“

Ministerialdirektor Gorenflos legte am 2. Juli 1982 zur Rückberufung von Botschafter Neukirch am 29. Februar 1980 aus El Salvador dar: „Der deutsche Botschafter in El Salvador war im Februar 1980 abgezogen worden, nachdem aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen, insbesondere auch in der Hauptstadt San Salvador, seine persönliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet war. Die Botschaft wird seitdem von einem Geschäftsträger – bis November 1980 von Guatemala aus – geleitet. Anfang Dezember 1981 wurde Botschafter Dr. Neukirch für kurze Zeit nach San Salvador gesandt. Er kehrte am 12. Dezember 1981 nach Bonn zurück.“ Des weiteren stellte Gorenflos fest, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador ebenfalls Anfang 1980 eingestellt worden sei: „Unsere Begründung für die Einstellung der EH an El Salvador stützte sich darauf, daß angesichts der gewaltsamen Auseinandersetzung im Lande der sinnvolle Einsatz unserer Finanzmittel nicht gewährleistet war.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

<sup>15</sup> Dem Vorgang beigefügt. In der Aufzeichnung des Referats 331 vom 11. Mai 1982 hieß es: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in El Salvador am 28. März unter Berücksichtigung der im Lande herrschenden schwierigen Bedingungen korrekt verlaufen sind und daß die Höhe der Wahlbeteiligung alle Erwartungen übertroffen hat. Die Nichtteilnahme der sozialistischen und kommunistischen Parteien beeinträchtigt zwar den Ausgawert der Wahlen. Die Bundesregierung sieht aber in den Wahlen ein klares Bekenntnis der Bevölkerung El Salvadors zur Demokratie und ein Votum für die Lösung der wirtschaftlich-sozialen Probleme des Landes mit friedlichen Mitteln auf der Grundlage der eingeleiteten Reformen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135975.

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Gorenflos hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies wäre eine gute Geste.“

sekretär vorgeschlagen.<sup>17</sup> Sie hatten im Auswärtigen Amt am 20.11.1981 mit AM Chávez Mena ein Gespräch geführt und ihm ein Mittagessen gegeben.<sup>18</sup>

Gorenflös

Referat 331, Bd. 135975

## 149

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Arbeitsminister Godoy

331-321.00 NIC

13. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit dem nicaraguanischen Arbeitsminister und Vorsitzenden der Liberalen Partei Nicaraguas, Virgilio Godoy, am 13.5.1982<sup>2</sup>

1) Gesprächsteilnehmer

Virgilio Godoy, Dr. Guillermo Selva, Generalsekretär der Partei, Gottfried Wüst, Geschäftsführer FNS, Herr Weber, Pressereferat FNS, RL 331<sup>3</sup>.

2) Gesprächsdauer: 40 Minuten

<sup>17</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich finde nicht, daß Wahrnehmung auf StS-Ebene beim Führer der größten Partei u[nd] ehem[aligen] Präsidenten ganz adäquat ist. M. E. spricht nichts dagegen, daß der Bundesaußenminister D[uarde] kurz sieht.“ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen Präsidenten El Salvadors, Duarte, am 25. Juni 1982 vgl. Dok. 192.

<sup>18</sup> Der Außenminister von El Salvador, Chávez Mena, hielt sich vom 18. bis 21. November 1981 in der Bundesrepublik auf. In dem Gespräch mit Bundesminister Genscher führte er aus, die Regierung von El Salvador beabsichtige, „der Probleme durch politische und soziale Strukturreformen Herr zu werden. Hauptziele sind: Frieden, wirtschaftlicher Fortschritt, Beseitigung sozialer Ungleichheit. Zur Erreichung dieser Ziele wird ein Aktionsprogramm vorbereitet, an dem alle Parteien unterschiedslos sich beteiligen sollen. Wahlprozeß ist an sich noch nicht die Lösung, aber ein wichtiger erster Schritt auf dem Wege.“ Chávez Mena sprach „Einladung an Bundesregierung zur Entsendung von Wahlbeobachtern aus“. Genscher sagte Prüfung zu. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 127449.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius am 13. Mai 1982 gefertigt und von Ministerialdirektor Gorenflös am 18. Mai 1982 „mit der Bitte um Billigung“ an Bundesminister Genscher weitergeleitet.

Hat am 18. Mai 1982 Ministerialdirigent Limmer und erneut Martius vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 331, Bd. 136013.

<sup>2</sup> Der nicaraguanische Arbeitsminister Godoy hielt sich als Mitglied einer Delegation vom 12. bis 15. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirektor Gorenflös vermerkte am 11. Mai 1982 für Bundesminister Genscher: „Die Regierung von Nicaragua hat eine große Delegation unter Leitung von Juntamitglied Sergio Ramírez zu einem Europabesuch entsandt. [...] Friedrich-Naumann-Stiftung schlug Ihnen vor, Arbeitsminister Godoy, der zugleich Vorsitzender der Liberalen Partei Nicaraguas ist, zu einem Gespräch zu empfangen. [...] Ein Gespräch mit der ganzen Delegation oder mit Juntamitglied Ramírez erscheint hingegen nicht angezeigt.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136013.

<sup>3</sup> Götz-Alexander Martius.

3) *Godoy* erläutert ausführlich die Lage in Nicaragua und den Grund für Verbleiben der Liberalen in der Regierung.

Er macht sich Sorgen über wachsenden Pessimismus in Europa zur Entwicklung in Nicaragua. Das Land ist aber auf die Unterstützung Westeuropas angewiesen, da der Konflikt mit den USA ein Vakuum schafft. Isolierung bedeutet, Nicaragua in die Arme des Kommunismus zu treiben.

Godoy kündigt für die nächste Zeit einen partiellen Regierungswechsel an, der zwar die Liberalen nicht befriedigt, aber doch gewisse Mäßigung signalisieren wird. Die Aktivitäten von Robelo<sup>4</sup> und Pastora<sup>5</sup> veränderten die politische Lage im Lande. Der nach der Revolution begonnene Wiederaufbau der Streitkräfte ist noch nicht abgeschlossen. Kommt es jetzt zu einem neuen internen Konflikt, bedeutet dies eine Katastrophe.

Die Liberale Partei beteiligt sich an der Regierung, solange noch Aussicht auf Erhaltung von Demokratie und Pluralismus besteht. Sie will dazu beitragen. Sie ist sich des damit verbundenen Risikos bewußt. Die Liberalen wollen nicht gegen eine Diktatur gekämpft haben, um eine neue Diktatur entstehen zu lassen. Sie setzen daher hohes Vertrauen in die fortgesetzte Stützung durch die westeuropäischen Demokratien, die Nicaragua nicht im Stich lassen dürfen.

Die Wahlen 1985 werden über die demokratische Zukunft des Landes entscheiden.<sup>6</sup>

Godoy gibt zu, daß es linksradikale Kräfte in der Regierung gibt, die das von den USA gelassene Vakuum in ihrem Sinne ausfüllen möchten. Sie sind aber noch nicht so stark, wie in Europa geglaubt und befürchtet wird.

Die Regierung einschließlich der Liberalen hat eine Verpflichtung gegenüber dem gesamten nicaraguanischen Volk, nicht gegenüber einer bestimmten poli-

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius, z. Z. San José, teilte am 7. Mai 1982 mit, der Vorsitzende des Movimiento Democrático Nicaraguense (MDN), Robelo, habe Bundesminister Offergeld bei dessen Besuch in Costa Rica dargelegt: „Er habe Nic[aragua] definitiv verlassen, auch übrige Parteikader MDN hätten oder würden Land verlassen. Seit Besuch BM im März 1982 gibt es keine demokratische (civica) Alternative mehr. FSLN unterdrückt jede politische Aktivität der Opposition. Radio und Fernsehen sind gleichgeschaltet, Presse unterliegt drückender Zensur. FSLN identifiziert sich mit Staat. [...] In der Spitze der sandinistischen Führung gibt es einen horizontalen Bruch [...]. Wheelock gilt als der Gemäßigte, Daniel Ortega und Borge sind die Härtesten, Humberto Ortega bleibt unzweifelhaft die einflußreichste Persönlichkeit, wenn auch ohne Charisma, denn der verfügt über die Streitkräfte. [...] Die Krise in der Führungsspitze wird überdeckt durch den immens starken kubanischen Einfluß in Junta und Streitkräften. Beweis: Der kubanische General Leica nimmt teilweise an den Juntaberatungen teil. 1800 kubanische Militärberater, 150 aus der DDR vornehmlich im Nachrichtenwesen, 80 Bulgaren, 30 Nord-Koreaner, ca. 120 PLO.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; Referat 331, Bd. 136013.

<sup>5</sup> Der ehemalige stellvertretende nicaraguanische Innenminister Pastora hielt sich vom 7. bis 13. Juni 1982 auf Einladung des PSI in Italien auf. Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 16. Juni 1982, seitens des PSI sei ihm dazu mitgeteilt worden: „Pastora habe die Situation in Nicaragua sehr schwarz gemalt. Die regierende Junta in Nicaragua habe die Prinzipien des Sandinismus verlassen; insbesondere sei sie nicht mehr demokratisch und rechtsstaatlich. Von freien Wahlen spreche man nicht mehr. Gesetze gebe es nicht. Die Politik der Blockfreiheit sei verlassen worden, und die Beziehungen zur SU würden immer enger. [...] Die ihm von der Presse unterschobenen Erklärungen, daß er gegen die Verräter und Mörder der FSLN-Führung notfalls mit der Waffe in der Hand kämpfen werde, habe er dahingehend relativiert, daß er gegenwärtig lediglich die Rückkehr zu dem einstigen Revolutionsprogramm fordere. Falls dies nicht geschehe, wolle er die Möglichkeit eines Kampfes nicht ausschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 652; Referat 331, Bd. 136013.

<sup>6</sup> Am 4. November 1984 fanden in Nicaragua Präsidentschaftswahlen und Wahlen zur Nationalversammlung statt.

tischen Gruppe übernommen. Überwiegt der radikale Einfluß, gehen die Liberalen heraus, dies jedoch nicht, bevor sie alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Der Kampf geht nicht nur um Nicaragua. Ganz Zentralamerika ist davon betroffen.

Godoy weiß, daß Nicaragua selbst die Hauptlast bei der Gestaltung eines pluralistischen Staatswesens zufällt. Der stärkste Störfaktor dabei ist die Spannung mit den Amerikanern. Verhandlungen mit ihnen sind nur dann erfolgversprechend, wenn beide Seiten Konzessionen machen. Der geeignete Augenblick für Verhandlungen muß noch gefunden werden.

Godoy unterstreicht mit großem Ernst und Nachdruck die Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Wheelock hat im November 1981 aus dem Gespräch mit BM sehr „heilsame Lehren“ gezogen, was zu größerer Flexibilität der Junta führte.<sup>7</sup> Deshalb ist es bedauerlich, daß das von Sergio Ramírez erbetene Gespräch mit dem Bundeskanzler nicht zustande gekommen ist. Wenn so etwas geschieht, regnet es gleich Einladungen aus dem Osten. Die Bundesregierung verzichtet so auf gute Einflußmöglichkeiten.

BM betont „wie immer in aller Offenheit“ mit Entschiedenheit die Unterstützung der Bundesregierung für das nachrevolutionäre Nicaragua von Anfang an – trotz interner und internationaler Kritik. Sie hat auf das Bekenntnis zum Pluralismus vertraut. Heute muß sie sich fragen, ob sie die Lage richtig eingeschätzt hat. Geht Nicaragua auf eine Volksdemokratie zu? Die Einschätzung der Bundesregierung ist in der Tat heute pessimistisch. Ohne die Anwesenheit der Liberalen Partei in der Regierung wäre sie es noch mehr. Die Bundesregierung kann nicht erkennen, ob der Junta die Rolle der Liberalen für unsere bisher positive Haltung überhaupt bekannt ist. Alles in allem haben wir ein eher entmutigendes Bild. Wird die angekündigte Regierungsumbildung dies ändern können?

Wir haben nicht die Absicht, in Nicaragua und Zentralamerika ein Vakuum entstehen zu lassen. Aber: Ist der Osten nicht schon da?

Warum geht die nicaraguanische Regierung eigentlich nicht wirklich auf die acht Punkte der Amerikaner<sup>8</sup> ein? Gute Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind entscheidend wichtig für das Land.

<sup>7</sup> Der nicaraguanische Landwirtschaftsminister Wheelock hielt sich auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 15. bis 22. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Am 20. November 1981 erläuterte ihm Bundesminister Genscher die Haltung der Bundesregierung zur Lage in Nicaragua: „Wir haben die Revolution in Nicaragua seinerzeit begrüßt und den angekündigten Kurs politischer Öffnung mit Sympathie verfolgt. Aber wir sehen heute auch, daß viele hiermit verbundene Hoffnungen enttäuscht wurden. Ausreiseverbote für Oppositionspolitiker, Pressezensur und Menschenrechtsverletzungen sind für uns Zeichen zumindest innerer Unsicherheit und nicht der Hoffnung auf eine gute Zukunft.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 127449.

<sup>8</sup> Gesandter Wallau, Washington, resümierte am 22. April 1982 Informationen des amerikanischen Außenministeriums über die Bemühungen der USA um eine Verbesserung der Beziehungen zu Nicaragua. Demnach seien der nicaraguanischen Regierung am 4. April 1982 „acht Punkte unterbreitet“ worden, „die aus US-Sicht als Ziel von Gesprächen angestrebt werden sollten und die bereits die Interessen beider Seiten berücksichtigten. [...] Im einzelnen sähen diese Punkte [...] vor: 1) Beendigung nicaraguanischer Unterstützung von Unruhen in Nachbarländern; 2) Erklärung der USA gegen Pläne nicaraguanischer Exilanten, in Nicaragua einzumarschieren, und Versprechen, solche Aktivitäten zu unterbinden [...]; 3) zweiseitige Erklärung, sich nicht in die Angelegenheiten des anderen einzumischen; 4) Begrenzung der militärischen Kräfte in der Region; einschließlich Importverbots für schwere Angriffswaffen, Reduzierung ausländischer militärischer Berater auf niedriges,

Wir leisten nur zu gern einen Beitrag zur Erhaltung der Demokratie und haben dies auch bewiesen. Aber: Werden 1985 die Voraussetzungen für freie Wahlen in Nicaragua noch gegeben sein? Es gibt in der neueren Geschichte nicht wenige Beispiele für Regierungen, die Wahlen herausgeschoben haben, um sie dann nicht durchzuführen oder nur unter vorgeplanten Bedingungen durchzuführen.

Die Bundesregierung bekundet ihren Respekt für die standfeste Haltung der Liberalen Partei Nicaraguas. BM wiederholt: Sie wünscht nichts aufrichtiger als ein demokratisches System für das Land.

Zu dem Bedauern Godoys über den nicht zustande gekommenen Termin mit dem Bundeskanzler weist BM darauf hin, daß uns ein offizieller Wunsch nicht übermittelt wurde. StM Wischniewski war bereit, Ramírez zu empfangen. Grundsätzlich ist die Bundesregierung immer zu Gesprächen bereit, und nicaraguanische Besucher sind stets herzlich willkommen.

Das Gespräch schloß mit herzlichen Wünschen für die Liberale Partei Nicaraguas und für Godoy persönlich.

Anzumerken ist, daß Finanzminister Cuadra und Außenhandelsminister Martínez am Nachmittag des 12. Mai vom Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ<sup>9</sup> und von D4<sup>10</sup> zu Gesprächen empfangen worden sind.<sup>11</sup>

#### **Referat 331, Bd. 136013**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 774*

vernünftiges Maß; 5) Verifizierung von Ziffer 4 durch Dritte (OAS oder VN); 6) Wiederaufnahme amerikanischer Entwicklungshilfe für Nicaragua, Förderung amerikanischer Investitionen im Rahmen des karibischen Plans; 7) vertrauensbildende Maßnahmen, einschließlich kulturellen und anderen Austauschs; 8) Versprechen Managuas, seine eigenen, früheren Verpflichtungen auf politischen Pluralismus und diversifizierte Wirtschaft zu honorieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1781; Referat 331, Bd. 136016.

<sup>9</sup> Alwin Brück.

<sup>10</sup> Per Fischer.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Gorenflos legte dem nicaraguanischen Außenhandelsminister Martínez und dem nicaraguanischen Finanzminister Cuadra am 12. Mai 1982 dar: „Das Interesse Nicaraguas an Investitionen der EG-Staaten sei zu begrüßen. Allerdings müßten die hierzu erforderlichen Rahmenbedingungen von der nicaraguanischen Regierung selbst geschaffen werden. Wesentliche Voraussetzung hierfür sei auch der Abschluß eines Umschuldungsabkommens. Die Bundesregierung habe mit ihrer Bereitschaft, entgegen der üblichen Praxis ein solches Abkommen auch ohne Vorliegen einer multilateralen Überprüfung zu schließen, ein erhebliches Maß an Entgegenkommen gezeigt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 136013.

## 150

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Hamburg

105-32.A/82 geheim

14. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 14.5.1982 um 15.00 Uhr in seinem Privathaus in Hamburg-Langenhorn<sup>2</sup>;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Zu Beginn des Vier-Augen-Gesprächs berichtete der *Bundeskanzler* über eine Mitteilung von BM Genscher, wonach Mrs. Thatcher zur Minderung der englischen Finanzlast ein Betrag von 800 Mio. ECU angeboten worden sei; die britische Premierministerin habe aber eine Aufstockung um weitere 200 Mio. ECU, d. h. insgesamt 1 Mrd. ECU, verlangt.<sup>3</sup> Er – Bundeskanzler – meine, daß man dies ablehnen sollte.

Präsident *Mitterrand* erklärte, er habe ebenfalls nicht die Absicht, ein derartiges Zugeständnis zu machen. Im übrigen sei man rechtlich ja gar nicht zu einer Erstattung der britischen Ausgaben verpflichtet. Der Betrag von 800 Mio. ECU sei schon sehr hoch; er entspreche 5 Mrd. FF, die Frankreich zur Deckung seines eigenen Haushaltsdefizits sehr zustatten kämen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, auch die Bundesregierung hätte geringere Haushaltssorgen für das Jahr 1983, wenn sie über einen derartigen Betrag verfügen könnte, der etwa die Hälfte der für 1983 noch fehlenden Summe ausmache.

Auf die Frage Mitterrands nach der Höhe des deutschen Haushaltsdefizits antwortete der Bundeskanzler, die Zahl gelte bis zur Einbringung des Haushaltsentwurfs im Bundestag, d. h. bis zum 16. Juni, als geheim. Man versuche, das Defizit auf 30 Mrd. DM zu begrenzen, was jedoch eine Kürzung der Subventionen, Steuervergünstigungen und<sup>4</sup> Sozialleistungen um ca. 5 Mrd. erfordern würde. Andererseits könnten weder bei den Verteidigungskosten noch bei den Investitionen Einsparungen vorgenommen werden. Die Regierung sei daher gezwungen, den Rotstift bei den konsumptiven Ausgaben<sup>5</sup> anzusetzen. Dies werde eine starke Reaktion bei der öffentlichen Meinung hervorrufen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 16. Mai 1982 gefertigt. Die „vom Bundeskanzler genehmigte Fassung der Dolmetscheraufzeichnung“ wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. Mai 1982 „zur persönlichen Unterrichtung von Bundesminister Genscher“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Hat Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 23. Mai 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktienkopien 1982.

<sup>2</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf.

<sup>3</sup> Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 145, Anm. 49.

<sup>4</sup> Die Wörter „Subventionen, Steuervergünstigungen und“ wurden handschriftlich eingefügt.

<sup>5</sup> Der an dieser Stelle gestrichene Passus „also auch bei den Sozialleistungen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich wiedereingefügt: „auch bei den Sozialleistungen“.

*Mitterrand* erklärte, das französische Haushaltsdefizit betrage z. Zt. ca. 3% des Bruttosozialprodukts, worauf der *Bundeskanzler* erwiderte, die von ihm genannten 30 Mrd. DM stellten weniger als 2% des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik dar; im Gegensatz zu Frankreich spielten jedoch in Deutschland neben dem Bundeshaushalt auch die Haushalte der Länder und der Gemeinden eine große Rolle, so daß das Globaldefizit mehr als 4% des BSP ausmachen werde. Ein Anteil von 3% in Frankreich spreche für eine solide Haushaltspolitik. In diesem Zusammenhang stellte der Bundeskanzler die Frage, ob in der von Mitterrand genannten Zahl auch das Defizit von Electricité de France, Gaz de France usw. enthalten sei.

*Mitterrand* erläuterte, von den fünf großen Konzernen, die er verstaatlicht habe, hätten drei mit Defizit gearbeitet.<sup>6</sup> Da die Entscheidung über die Verstaatlichung erst vor kurzer Zeit gefallen sei, sei es noch verfrüht, Prognosen über einen möglichen Ausgleich zu machen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß in der Bundesrepublik die Bundesbahn mit 13 Mrd. das größte Defizit habe; dagegen erziele die Bundespost Milliarden-Überschüsse.

*Mitterrand* brachte dann das Gespräch auf die Agrarpreise<sup>7</sup> und betonte, daß er politisch und auch juristisch an einer möglichst baldigen Fixierung dieser Preise interessiert sei. Juristisch stelle sich die Frage, ob die Möglichkeit bestünde, daß dies durch die Neun erfolgen könne. In diesem Zusammenhang bezog er sich auf den „Luxemburger Kompromiß“<sup>8</sup> aus dem Jahr 1966. Er sei nicht für eine Aufhebung dieses Beschlusses, wenn er auch glaube, daß sich dadurch für Europa Rückschläge ergeben hätten. Der Beschluß sei aber in den inzwischen verstrichenen 16 Jahren sozusagen zum „Gewohnheitsrecht“ geworden, und Frankreich möchte nicht darauf verzichten. Seine Regierung sei allerdings bereit, nach einer Formulierung zu suchen (frz.: examiner une formulation), die es ermögliche, in bestimmten Fällen Mehrheitsbeschlüsse zustande zu bringen. Es müsse sich natürlich um eine sehr durchdachte „diplomatische Formel“ handeln.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, vor der Nagelprobe werde man stehen, wenn Mrs. Thatcher in der genannten Frage ein vitales britisches Interesse erkläre und aus diesem Anlaß den Luxemburger Kompromiß für sich in Anspruch nehme.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler vermerkte am 23. März 1982: „Die Verstaatlichung von wichtigen Industriekonzernen und des größten Teils des Bankensektors, von der sich die französische Regierung bessere strategische Steuerungsmöglichkeiten für ihre Wirtschaftspolitik verspricht, betrifft gleichfalls deutsche Interessen. Im Falle der Mehrheitsbeteiligung der Hoechst AG an dem Pharmakonzern Roussel-Uclaf ging die französische Regierung auf unsere Bitte ein, eine Lösung im Verhandlungswege herbeizuführen. Eine für beide Seiten befriedigende Verhandlungslösung wurde erzielt. Hinsichtlich der Minderheitenbeteiligungen deutscher Banken an verstaatlichten französischen Kreditinstituten ging die französische Regierung dagegen nicht auf unseren Wunsch nach einer Verhandlungslösung ein, sondern setzte ein Verstaatlichungsgesetz durch, das den Interessen der betroffenen deutschen Banken nicht ausreichend Rechnung trägt.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129867.

<sup>7</sup> Zur Frage einer Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 145, Anm. 48.

<sup>8</sup> In der Folge der EWG-Ministerratsstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes ab 1. Januar 1966 gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratsstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

*Mitterrand* bemerkte, hier liege die Schwierigkeit. Ein derartiges Vorgehen müßte man wohl hinnehmen. Er fragte, wie Deutschland sich in diesem Fall verhalten würde.

Der *Bundeskanzler* antwortete, die Bundesregierung versuche, eine gemeinsame Linie mit Frankreich zu finden. Seines Erachtens sollte man vermeiden, Großbritannien einen Anlaß zum Austritt aus der EG zu bieten, denn ohne England wäre der Einfluß Europas auf die weltpolitischen Angelegenheiten wesentlich geringer.

*Mitterrand* entgegnete, er denke keineswegs daran, England vor die Tür zu setzen, andererseits dürften die Briten den anderen Mitgliedstaaten auch nicht störend ins Gehege kommen.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß man die Karten nicht überreizen dürfe. Wenn England von selbst aus der EG austrete, könne man dies allerdings auch nicht verhindern.

*Mitterrand* meinte, daß Großbritannien nicht primär an einen Austritt denke. Seines Erachtens sollten der Bundeskanzler und er selbst, *Mitterrand*, auf die britische Regierung im Sinne eines Verbleibens in der Gemeinschaft einwirken, jedoch gleichzeitig betonen, daß England für die anderen kein Hemmschuh sein dürfe.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte, daß man dies mit aller Deutlichkeit versuchen sollte.

*Mitterrand* wies darauf hin, daß er am kommenden Montag (17.5.) zu einem Frühstück mit Mrs. Thatcher nach London fahren werde.<sup>9</sup> Das Datum sei im übrigen rein zufällig gewählt worden.

Der *Bundeskanzler* erklärte, *Mitterrand* könne dann auch für ihn mitreden. Für die deutsche Seite gelte weiterhin die Bedingung, daß die Ausgaben der EG ein Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer<sup>10</sup> nicht überschreiten und die deutsche Nettozahlerposition durch den Beitrag anderer zur britischen Kompromißlösung nicht noch stärker ausgeprägt werden dürfe. Der französischen Diplomatie sei dieser Standpunkt bekannt.

*Mitterrand* unterstrich, daß Großbritannien angesichts der zahlreichen anstehenden Probleme mehr Augenmaß zeigen sollte. Eine allzu starre Haltung in der Frage der Agrarpreise und des Finanzausgleichs könnte bewirken, daß es in der Falkland-Affäre isoliert werde. Die Briten hätten bisher offensichtlich nicht verstanden, daß mehr Vorsicht geboten sei.

Der *Bundeskanzler* regte an, *Mitterrand* könnte am Montag Mrs. Thatcher gegenüber erklären, daß Frankreich und Deutschland es befürworten würden, wenn die Europäische Kommission durch Verordnung die Agrarpreise in Kraft setze, selbst wenn die Frage des Mandats – 800 Mio. oder 1 Mrd. ECU – nicht geregelt sei. Gleichzeitig sollten Frankreich und Deutschland Mrs. Thatcher gegenüber versichern, daß sie in der Falkland-Frage weiterhin solidarisch an der Seite Großbritanniens stünden. Ferner sollte man darauf drängen, daß die

<sup>9</sup> Staatspräsident *Mitterrand* und Ministerpräsident *Mauroy* trafen am 17. Mai 1982 in London mit Premierministerin *Thatcher* zusammen.

<sup>10</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

Vermittlungsbemühungen des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar möglichst bald zum Abschluß kommen.<sup>11</sup>

Besonders auch für Hamburg sei dieser Punkt von großer Bedeutung: Wegen des Embargos gegenüber Argentinien<sup>12</sup> seien zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet. Bereits vor der Zeit des Deutschen Reichs seien Handelsverträge zwischen Deutschland und Argentinien abgeschlossen worden, und auch heute bestünden sehr enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Sollten die Truppentransporte auf der „Queen Elizabeth II“<sup>13</sup> torpediert werden, was Hunderte oder Tausende Menschenleben kosten könnte, so würde dies heftige Kritik in der öffentlichen Meinung auslösen. Man sollte, wie gesagt, auf ein schnelleres Handeln drängen, aber gleichzeitig sollten sich Frankreich und Deutschland in der Falkland-Frage weiterhin mit England solidarisch erklären.

Präsident *Mitterrand* betonte, s. E. werde Mrs. Thatcher keinen Rückzieher machen, solange nicht wenigstens ein britischer Seemann wieder falkländischen Boden betreten werde. Man müsse bedenken, daß die britische Flotte Tausende von Kilometern zurückgelegt habe, um sich in den südlichen Atlantik zu begeben. Wenn auch nur zehn Quadratmeter falkländischen Bodens durch britische Landtruppen wiedererobert würden – was, wie er hoffe, schnell geschehen möge –, sollte man ohne Verzug Mrs. Thatcher gegenüber Druck ausüben, um sie zu möglichst baldigen Verhandlungen zu veranlassen. Erst die Wiedereroberung falkländischen Bodens durch britische Soldaten werde neue Tatsachen schaffen, und erst dann könne man erwarten, daß sich Mrs. Thatcher ohne Gesichtsverlust dazu bereit erkläre. Wesentlich sei dann aber eine sofortige Demarche, sonst laufe man Gefahr, ganz Lateinamerika gegen sich aufzubringen. Die Falkland-Frage sollte durch ein Schiedsverfahren geregelt werden.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß bereits jetzt die USA in Lateinamerika sehr an Ansehen verloren hätten; der einzige Gewinner sei bisher die Sowjetunion.

*Mitterrand* bestätigte diesen Eindruck und fügte hinzu, die argentinischen und die sowjetischen Diktatoren hätten sich offensichtlich unter Ausklammerung aller ideologischen Erwägungen gefunden.

Auf die Agrarpreise zurückkommend, erklärte *Mitterrand*, mit dem Ergebnis der Verhandlungen könne man insgesamt zufrieden sein. Allerdings hätte er von Deutschland eine größere Anstrengung bei der Reduzierung der Währungsausgleichsabgaben erwartet.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß die gesamte Agrarpolitik „ziemlich verworren“ sei. Es sei z. B. schwer verständlich, daß für Länder, die sehr unterschiedliche Inflationsraten verzeichneten, gleiche Agrarpreise gelten sollten.

*Mitterrand* räumte ein, daß dieses System ständige Korrekturmaßnahmen erfordere, was in der Tat Verwirrung schaffe. Er glaube aber, daß Europa nicht auf eine Gemeinsame Agrarpolitik verzichten könne, wenn der Bundeskanzler auch einmal gesagt habe, man sollte sie am besten ganz abschaffen.

<sup>11</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

<sup>12</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>13</sup> Zum Kriegseinsatz des britischen Kreuzfahrtschiffes „Queen Elizabeth II“ vgl. Dok. 143, Anm. 64.

Der *Bundeskanzler* versicherte, es habe sich dabei nur um eine private Meinungsäußerung<sup>14</sup> gehandelt. Seine amtliche Meinung sei eine andere: 1957 habe sich die Bundesrepublik als Preis für das Zustandekommen der Römischen Verträge<sup>15</sup> mit der Gemeinsamen Agrarpolitik einverstanden erklärt. Er habe sie damals schon für „nicht sehr vernünftig“ gehalten, aber der Preis sei nun einmal bezahlt worden, und man könne nicht davon abrücken.

Präsident *Mitterrand* stellte sodann die Frage, ob der Bundeskanzler den Wunsch habe, besondere bilaterale Fragen zu erörtern. Er selbst möchte die Frage der gemeinsamen Rüstungsproduktion<sup>16</sup> (Panzer, Hubschrauber) anschnitten.

Einleitend erinnerte er daran, daß die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in den beiden Ländern unterschiedlich gelagert seien. Frankreich könne sich nicht weiterhin eine Inflationsrate von 14, 13 oder 12% erlauben, und die Bundesrepublik müsse auch von einer Arbeitslosenzahl von zwei Mio. herabkommen. Es gelte, zwischen diesen beiden Gefahren einen Mittelweg zu finden. Frankreich unternehme große Anstrengungen, um im Staatshaushalt Einsparungen zu erzielen, und gehe dabei mit großer Härte vor. Es seien insbesondere Kürzungen im Sozialhaushalt und eine „strikttere Lohnkostenpolitik“ vorgesehen. Man müsse allgemein die Zügel straffen. Er habe Maßnahmen getroffen, um den Unterschied in den<sup>17</sup> Inflationsraten zu mindern. Es stehe in Frankreich jetzt ein Jahr ohne Wahlen bevor, wodurch er etwas Spielraum gegenüber der öffentlichen Meinung gewinne. Hinsichtlich der Ergebnisse ließen sich allerdings noch keine Prognosen aufstellen. Die industriellen Strukturen Frankreichs seien den modernen Gegebenheiten nicht genügend angepaßt worden, so daß ein großer Teil des Binnenmarktes verlorengegangen sei. Wenn seine Regierung von einer „Wiedereroberung des Binnenmarktes“<sup>18</sup> spreche, so seien damit nicht etwa protektionistische Maßnahmen gemeint, sondern Anstrengungen, um die französische Industrie auch im Inland wieder konkurrenzfähig zu machen. Es gebe Wirtschaftsbereiche, die man nicht hätte vernachlässigen dürfen. Der Binnenkonsum müsse wiederbelebt werden.

Auf eine Frage des Bundeskanzlers nach dem Stand der französischen Zahlungsbilanz erwiderte Mitterrand, im Jahre 1981 sei es gelungen, das Defizit gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren, aber 1982 werde das Zahlungsbilanzdefizit wieder ansteigen. Man sei dabei, aufgrund der Zahlen für das erste Vierteljahr, das voraussichtliche Gesamtdefizit für 1982 zu errechnen. Er glaube nicht, daß

<sup>14</sup> Die Wörter „eine private Meinungsäußerung“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlägelt. Dazu Fragezeichen.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>16</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

Wehrtechnischer Attaché Schreiber, Paris, unterrichtete am 27. Mai 1982 über Äußerungen des französischen Verteidigungsministers zum Projekt eines Panzerabwehrhubschraubers (PAH) aus deutsch-französischer Koproduktion: „Hernu unterstrich, daß es sich zunächst um ein finanzielles Problem handelt. Die deutschen Haushaltsmittel für den PAH 2 seien bisher noch niemals in so ausreichender Höhe vorgesehen worden, um damit die selbst (von Ge[rmany]) gestellten Forderungen realisieren zu können. Weiterhin sei sicher, daß im Laufe dieses Jahres mit keiner klaren Entscheidung zu rechnen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; Referat 201, Bd. 125640.

<sup>17</sup> An dieser Stelle wurde das Wort „beiderseitigen“ gestrichen.

<sup>18</sup> Zu den Bemühungen der französischen Regierung um eine „Wiedereroberung des heimischen Marktes“ vgl. Dok. 136, Anm. 9.

in diesem Jahr 60 Mrd. FF überschritten würden. Im Interesse der Wahrung des sozialen Gleichgewichts sollten die Sozialleistungen nicht gekürzt werden. Dagegen denke er an eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Während zwischen 1976 und 1982 die Privatinvestitionen in Frankreich nur um 20 % zugenommen hätten, seien die öffentlichen Investitionen um 52 % gestiegen. Die Verweigerung einer größeren Investitionstätigkeit seitens der Privatindustrie sei ein allgemeines Phänomen des kapitalistischen Westens, gegen das die Regierungen nicht ankommen könnten.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, dies könnte auch mit der Höhe der Zinsen zu tun haben, worauf *Mitterrand* hervorhob, in Frankreich gebe es auch psychologische Gründe für die mangelnde Investitionstätigkeit der Privatindustrie. In bestimmten Bereichen – z. B. in der Textil-, Stahl- und Elektronikindustrie – habe sich die Produktion in den Pazifikraum (Singapur, Hongkong, Taiwan und auch nach Japan) verlagert. Die entsprechenden Schwierigkeiten seien in ganz Europa, und nicht nur in Frankreich, zu verspüren.

Mitterrand brachte dann das Gespräch auf die deutsch-französische Rüstungsproduktion und bemerkte, aufgrund der ihm vorliegenden Informationen habe der französische Verteidigungsminister das gemeinsame Panzerprojekt praktisch aufgegeben. Es bleibe daher nur noch der gemeinsam zu produzierende Hubschrauber, ein Bereich, in dem man s. E. schneller voranschreiten sollte. Was den Panzer betreffe, werde Frankreich nunmehr eigene Anstrengungen unternehmen; sollte es aber auch in bezug auf den Hubschrauber nicht zu einer Zusammenarbeit kommen, so könnte eine Verschlechterung (frz.: *détérioration*) in den beiderseitigen Beziehungen eintreten. Die von deutscher Seite begründete ablehnende Entscheidung in der Panzerfrage habe er zwar bedauert, könne sie jedoch verstehen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, in Wirklichkeit lägen die Dinge anders. Es sei noch keine endgültige Entscheidung in der Panzerfrage gefallen. Zur Schilderung der Lage müsse er weiter ausholen: Bis vor vier Jahren sei Georg Leber während eines Zeitraums von sechs Jahren deutscher Verteidigungsminister gewesen. Er habe sein Amt ausgezeichnet geführt, jedoch den Fehler begangen, mehrere Rüstungsprojekte einzuleiten, die sich später als zu kostspielig erwiesen hätten. Dies habe zu einer Verärgerung im Parlament geführt, das nunmehr Einwände gegen alle neuen militärischen Beschaffungsprojekte erhebe. Die schlimmsten Auswirkungen seien beim Tornado-Projekt<sup>19</sup> zu verzeichnen, dessen Verwirklichung wesentlich teurer sei, als ursprünglich vorgesehen. Aufgrund der Rechtslage könne die Bundesregierung keine neuen Vorhaben beschließen ohne die vorherige Zustimmung des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses im Bundestag. Im vorliegenden Fall hätten alle zuständigen Ausschüsse erklärt, die Bundesrepublik brauche zur Zeit weder einen neuen Panzer noch einen neuen Hubschrauber. Für derartige Projekte seien keine Mittel vorhanden.

Er – Bundeskanzler – habe zunächst von den beiden Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick die Zustimmung dazu erhalten, daß sie sich bei den Abgeordneten für den deutsch-französischen Panzer einsetzen würden. Da sie offensichtlich in ihren Fraktionen auf Widerstand gestoßen seien, hätten sie ihre

<sup>19</sup> Zur Entwicklung und Beschaffung des Kampfflugzeugs „Tornado“ vgl. Dok. 65, Anm. 11.

Bemühungen nicht fortgeführt. Er – Bundeskanzler – habe sein persönliches Prestige für dieses Projekt eingesetzt und werde weiterhin dafür kämpfen. Zwar müsse er gestehen, daß die Aussichten auf Erfolg zur Zeit unter 50 % lägen; er halte die Sache aber noch nicht für verloren.

Was den Hubschrauber betreffe, so lägen die Dinge – entgegen Mitterrands Meinung – jedoch weniger günstig. Es bestehe in diesem Bereich ein unterschiedlicher Bedarf in Frankreich und Deutschland. Auch bei dem Panzer seien die Anforderungen verschieden: Frankreich wünsche einen leichteren Panzer, weil es auch die Möglichkeit haben möchte, ihn zu exportieren. Die deutsche Seite dagegen brauche einen schwereren Panzer, der in Mitteleuropa einsetzbar sei. Frankreich brauche bereits zu Beginn der 90er Jahre einen neuen Panzer, während der Leopard in Deutschland noch bis zum Jahr 1995 gute Dienste leisten könne. Man könnte jedoch eine gemeinsame Definitionsphase von zwei bis drei Jahren vorsehen.

Mitterrands Bemerkung über eine mögliche Beeinträchtigung der bilateralen Beziehungen, für den Fall, daß es nicht zu einer gemeinsamen Rüstungsproduktion komme, nehme er sehr ernst. Er werde weiterhin auf Brandt, Wehner, Genscher und Mischnick einwirken, damit das Projekt doch noch zustande komme.

*Mitterrand* antwortete, er habe nicht die Absicht gehabt, die deutsche Seite in der Panzerfrage einem „übertriebenen Druck“ auszusetzen. Er wisse, mit welchem Nachdruck der Bundeskanzler sich dafür eingesetzt habe; es sei ihm aber auch bekannt, daß die ablehnenden Kräfte in der Mehrheit seien. Er halte es daher nicht für angebracht, weiter zu insistieren. Jedoch sei ihm nicht bekannt gewesen, daß hinsichtlich des Hubschrauber-Projektes noch größere Schwierigkeiten beständen. Dies sei für ihn ganz neu, und er müsse infolgedessen neue Überlegungen anstellen.

Der *Bundeskanzler* betonte, eine gemeinsame Hubschrauber-Produktion könne als „Wunschtraum“ bezeichnet werden. Während für den Panzer immerhin seit 1978 gemeinsame Vorarbeiten geleistet worden seien, gebe es in bezug auf den Hubschrauber keine ausreichenden gemeinsamen Vorarbeiten.

Hierzu bemerkte *Mitterrand*, daß er die Dinge bisher nicht unter diesem Blickwinkel betrachtet habe; er habe gemeint, das Hubschrauber-Projekt sei schon weiter fortgeschritten.

Auf die Frage, was in bezug auf den Hubschrauber getan werden könnte, sagte der *Bundeskanzler*, er sehe derzeit keine Möglichkeit, dieses Projekt zu verwirklichen, weil nicht genügend Geld dafür vorhanden sei. Die finanzielle Lage sei im Verteidigungsbereich zur Zeit sehr angespannt, auch weil die Bundesrepublik vor kurzem der NATO sechs Brigaden mit 350 Panzern zur Verfügung gestellt habe<sup>20</sup>, was zwei amerikanischen Divisionen entspreche. Die Einhaltung ihrer NATO-Verpflichtungen stelle für die Bundesrepublik eine schwere finanzielle Belastung dar, so daß z. B. auch keine Mittel für eine Modernisierung der Kasernen verfügbar seien. Da man schon gezwungen sei, die Sozialleistungen zu kürzen, könne man keine zusätzlichen Aufwendungen für Verteidigungszwecke erbringen. Die Zustimmung der SPD wäre hierzu nicht zu gewinnen.

<sup>20</sup> Die Umgliederung des Feldheeres der Bundeswehr auf die Heeresstruktur 4 konnte 1981 im wesentlichen abgeschlossen werden. Vgl. dazu JAHRESBERICHT DER BUNDESREGIERUNG 1981, S. 285 und 289.

*Mitterrand* erwiderte, Frankreich habe noch weniger Geld als die Bundesrepublik, müsse aber auch seine Streitkräfte unterhalten, worauf der *Bundeskanzler* entgegnete, die Stellung des französischen Staatspräsidenten sei aber eine ganz andere als die des Bundeskanzlers. *Mitterrand* könne anordnen, während er selbst die Zustimmung von Parlamentsausschüssen einholen müsse.

Präsident *Mitterrand* verwies auf das Risiko, daß sich in Frankreich – für den Fall, daß man im militärischen Bereich nicht auf andere zählen könne – die Tendenz durchsetzen könnte, die Abschreckungsstrategie nur zur eigenen Verteidigung einzusetzen. Frankreich verfüge über die Atombombe und könne jederzeit beschließen, eigene Neutronenwaffen<sup>21</sup> herzustellen, die nicht nur zur eigenen Verteidigung bestimmt seien. Seine konventionelle Rüstung könne es allerdings nicht verstärken.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er kenne die französischen Vorstellungen im nuklearen und konventionellen Bereich und brauche selbst nicht überzeugt zu werden. Es gehe jedoch darum, andere zu überzeugen.

*Mitterrand* wies darauf hin, daß die Lage nicht dramatisiert werden sollte, s. E. stehe ein Krieg nicht unmittelbar bevor, er glaube nicht, daß die Russen einen Angriffskrieg auslösen würden. Die Gefahr sei sicher nicht so groß, wie Reagan sie darstelle. Ein mögliches Risiko wäre aber ein gemeinsames Risiko, und es gebe einen „Solidaritätsspielraum“ (frz.: *une marge de solidarité*), den er honorieren möchte. Im übrigen verweise er auf die schnelle Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Waffentechnik. Bestimmte französische Boden-Boden-Raketen und die Mirage-Flugzeuge seien bereits überholt.

Der *Bundeskanzler* erinnerte an den bei der letzten Begegnung in Paris<sup>22</sup> getroffenen Beschluß, wonach die beiden Außenminister<sup>23</sup> und die beiden Verteidigungsminister<sup>24</sup> zu einem Gespräch über die bilaterale Zusammenarbeit zusammenkommen sollten. Vielleicht könnte man ihnen heute einen konkreten Auftrag erteilen.

*Mitterrand* erklärte sich hiermit einverstanden. Es handele sich um ein Thema, das einer längeren Erörterung bedürfe.

Der *Bundeskanzler* machte einige kritische Bemerkungen zu den im Laufe der letzten Jahre sehr unterschiedlichen Forderungen, die seitens der USA auf militärischem Gebiet an die Bundesrepublik gestellt worden seien.

Die Amerikaner verlangten von ihren Verbündeten stets neue Anstrengungen, während sie selbst ihre eigenen Divisionen z. B. zweimal verpflichteten – in Europa und im Nahen Osten –, keine Wehrpflicht<sup>25</sup> und keine aufrufbaren Reservisten hätten. Frankreich und Deutschland hätten ihre Pflichten immer erfüllt und sollten sich von den USA nicht drängen lassen. Er glaube, daß man in

<sup>21</sup> Zu einer Ausrüstung der französischen Streitkräfte mit Neutronenwaffen vgl. Dok. 63, Anm. 18.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris auf. Vgl. dazu Dok. 63–65.

<sup>23</sup> Claude Cheysson (Frankreich) und Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik).

<sup>24</sup> Hans Apel (Bundesrepublik) und Charles Hernu (Frankreich).

<sup>25</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

Deutschland z. Zt. zufrieden sein könne mit dem Stand der konventionellen Rüstung.

*Mitterrand* betonte, er wisse aus eigener Erfahrung, daß die Deutschen „gute und mutige Soldaten“ seien, die sich auch unter den schlimmsten Umständen bewährt hätten. Auch die französischen Streitkräfte seien in gutem Zustand. Die genannten Minister sollten bald zusammentreffen, um die gemeinsamen militärischen Interessen zu erörtern.

Der *Bundeskanzler* regte an, bereits in Versailles<sup>26</sup> in einer ersten „restricted session“ gesamtstrategische Fragen zu behandeln. Er halte es nicht für unzumutbar, wenn die Japaner dabei anwesend seien.

*Mitterrand* erklärte sich hiermit einverstanden. Im übrigen sei die Vorbereitung des Gipfels von Versailles das wichtigste Thema, das er mit dem Bundeskanzler während seines zweitägigen Aufenthaltes in Norddeutschland noch ansprechen möchte.

Das Gespräch endete um 16.15 Uhr.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 151

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-882/82 VS-vertraulich

14. Mai 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister<sup>2</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: MBFR;

hier: amerikanischer Entwurf für ein MBFR-Abkommen

Bezug: Vorlage der Abt. 2 A – 221-372.20/30-762/82 VS-v vom 30.4.1982

Anlg.: a) Bezugsvorlage (nur zum Original)<sup>3</sup>

b) US-Abkommensentwurf<sup>4</sup> (außer D2A, 201, 500, FÜ S III 5, BK)

<sup>26</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. Mai 1982 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich als Vorschlag vermerkte: „Herrn D2A (u[nd] ggf. H[errn] D2) Gelegenheit zu ergänzendem Vortrag zu geben.“ Des weiteren vermerkte Lautenschlager zu einer Übermittlung der Aufzeichnung an das Bundeskanzleramt: „Erst nach Billigung durch BM.“

Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1982 vorgelegen, der zum Vorschlag Lautenschlagers handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. Mai 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „010 bemüht sich weiter um T[ermin].“

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Ruth resümierte am 30. April 1982: „Die Amerikaner führten im NATO-Rat am 28. April 1982 ihren Vorschlag für eine MBFR-Initiative auf der Basis eines ein-

## I. Der amerikanische Entwurf eines MBFR-Abkommens

### 1) Stand der Erörterung im Bündnis

Nachdem die Amerikaner zunächst nur die Elemente ihrer MBFR-Initiative am 28.4.1982 (vgl. Bezugsvorlage) im NATO-Rat dargelegt hatten, wurde der Text eines MBFR-Abkommensentwurfs in der als Anlage beigefügten Form am 7.5.1982 im Bündnis zirkuliert. Ebenso wie die Briten hatten wir den Entwurf drei Tage vor der Zirkulierung in Brüssel erhalten, von uns erbetene Modifikationen wurden berücksichtigt.

Ziel der Amerikaner ist es, auf dem Bonner NATO-Gipfel<sup>5</sup> die Verhandlungsinitiative in Form eines Abkommensentwurfs anzukündigen und den Text unmittelbar danach in die Wiener Verhandlungen einzuführen. Sollte es angesichts der Kürze der Zeit nicht gelingen, den Entwurf in allen Details zu finalisieren, stellen sich die Amerikaner vor, einen Entwurf einzubringen, der die Kernbestimmungen („main body of a treaty text“) enthält und dem Detailbestimmungen und Annexe nachgeschoben werden können.

Eine erste Diskussion im Bündnis am 10. Mai ergab, daß zwar alle Delegationen wegen des knappen Zeitraums bis zum NATO-Gipfel Zweifel daran haben, ob es gelingen wird, eine Weisung in Form eines Abkommensentwurfs zu erarbeiten. Sie wollen dies jedoch versuchen, da man sich einig ist, daß mit der Ankündigung eines Abkommensentwurfs auf dem Bonner Gipfel eine optimale Wirkung gegenüber dem Osten wie auch in der Öffentlichkeit erzielt werden kann.

### 2) Struktur und Inhalt des Abkommensentwurfs

#### a) Der Entwurf besteht aus

- einem Hauptvertrag („Treaty on the Mutual Reduction of Armed Forces and Associated Measures in Central Europe“), der von allen direkten Teilnehmern zu unterzeichnen und zu ratifizieren ist;
- drei Annexen, die integrale Bestandteile dieses Vertrages sind (I. Daten und Umfang von Reduzierungen und Begrenzungen, II. begleitende Maßnahmen, III. Ausnahmen von Höchststärken);
- einem Protokoll, mit dem die indirekten Teilnehmer die Verpflichtung zur Anwendung bestimmter begleitender Maßnahmen übernehmen.

b) In der rechtlichen Konstruktion entspricht die Unterscheidung zwischen den „Parteien“, die den Vertrag als Völkerrechtssubjekte untereinander abschließen, und den „beiden Seiten“, die die Implementierung von Vertragsverpflichtungen

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 784*

zigen integrierten MBFR-Abkommens ein [...]. Das neue amerikanische Konzept war uns seit den trilateralen Konsultationen in Bonn am 25. Januar 1982 bekannt, wir haben unsere Vorbehalte bzw. Änderungswünsche gegen Teile des Ansatzes in einem weiteren Trilateral auf Arbeitsebene am 5. März 1982 in Washington sowie bilateral vorgetragen. Unsere Anregungen sind in dem jetzt vorgelegten Vorschlag, der uns vorab von der amerikanischen Botschaft überlassen worden war [...], berücksichtigt worden.“ Den USA sei daher die Bereitschaft der Bundesrepublik mitgeteilt worden, „auf der Basis dieser Vorstellungen an der möglichst baldigen Einbringung einer westlichen Verhandlungsinitiative mitzuwirken“. Vgl. VS-Bd. 11497 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für den amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. VS-Bd. 11497 (221).

<sup>5</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

kollektiv übernehmen, unserer Konzeption der Kollektivität bei MBFR. Die direkten Verpflichtungen der „Parteien“ aus dem Vertrag beschränken sich – abgesehen vom Sonderstatus der USA und der UdSSR – auf die Mitwirkung an kollektiven Reduzierungen (allerdings mit der Zusage der Übernahme eines „significant share“) und Höchststärken sowie an begleitenden Maßnahmen, deren Implementierung kollektiv erfolgen soll.

Die Ausklammerung Ungarns aus dem Kreis der „Parteien“ wirft Probleme auf, die näher geprüft werden müssen.<sup>6</sup>

c) Für den Raum der Reduzierungen ist nicht die Einbeziehung staatlicher Territorien das ausschlaggebende Kriterium, sondern die Definition einer äußeren geographischen Grenzlinie (Artikel II). Diese Definition unterstreicht unsere MBFR-Konzeption als rüstungskontrollpolitisches Arrangement zwischen den beiden Bündnissystemen und vermeidet – vorbehaltlich näherer Prüfung – Komplikationen, die sich aus deutschland- und berlinrechtlichen Gesichtspunkten ergeben könnten.

Daß bestimmte begleitende Maßnahmen über den Raum der Reduzierungen hinaus Anwendung finden sollen, ergibt sich nur aus Annex II, nicht aber aus dem Hauptvertrag. Hier wäre eine Verdeutlichung der westlichen Position angebracht.

d) Entsprechend dem amerikanischen Ein-Phasen-Konzept sieht der Entwurf vier Reduzierungsetappen vor, wobei auch weiterhin in der ersten Etappe amerikanische und sowjetische Landstreitkräfte im Verhältnis von 13 000 zu 30 000 Mann vermindert werden sollen. In den übrigen drei Etappen sind kollektive Reduzierungsquoten für die übrigen Teilnehmer, aber auch zusätzliche amerikanische/sowjetische Reduzierungen vorgesehen, die zu Zwischenhöchststärken führen sollen.

Für die Unterzeichnung des Abkommens wird Einigung über die Ausgangsdaten<sup>7</sup> aller Teilnehmer vorausgesetzt (Artikel III, Ziffer 1), deren Umfang in Annex I festgehalten werden soll.

e) Die Herstellung übereinstimmender kollektiver Höchststärken bei 900 000 Mann Land- und Luftstreitkräftepersonal einschließlich 700 000 Landstreitkräftepersonal soll innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens erreicht werden. Innerhalb der kollektiven Höchststärken für beide Seiten sind

<sup>6</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Westen hatte laut Protokoll der Plenarsitzung der vorbereitenden Konsultationen vom 14.5.1973 klargestellt, daß die Frage, wie und wieweit Ungarn in zukünftige Entscheidungen, Vereinbarungen oder Maßnahmen einbezogen werde, während der Verhandlungen zu entscheiden sei.“

<sup>7</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 54, Anm. 21.

Am 19. Mai 1982 legte Referat 221 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 26. Mai 1982 dar: „Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Stagnation der Datendiskussion haben wir in trilateralen Konsultationen einen neuen Daten/Verifikationsansatz zur Diskussion gestellt, der daran festhält, daß ohne einvernehmliche Klärung und Überprüfbarkeit der Daten ein MBFR-Abkommen keine zuverlässige und verifizierbare Grundlage für stabilere militärische Verhältnisse in Mitteleuropa wäre; aber darauf abzielt, das Schwergewicht der Datendiskussion von der Klärung umstrittener Ausgangsdaten auf die Möglichkeit der Überprüfung der Umfangsstärken umzustellen; vorsieht, Transparenz über Streitkräftestärken durch Einigung über Strukturelemente („Bausteine“) der jeweiligen Streitkräfte als verifizierbare Grundlage zur Hochrechnung des Streitkräfteumfangs zu erreichen; gleichzeitig die Vereinbarung strenger Verifikationsmaßnahmen voraussetzt.“ Vgl. VS-Bd. 11962 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

nationale Höchststärken für amerikanische und sowjetische Streitkräfte im Raum der Reduzierungen vorgesehen, wie sich zwar nicht aus dem Vertrag selbst, aber aus dem Annex I ergibt. Für die westeuropäischen Teilnehmer soll volle Kollektivität gewährleistet werden, wobei von dem „Alliance Internal Understanding“ ausgegangen wird, wonach alle Bündnispartner ihre Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des common ceiling nicht unerfüllt lassen werden. Bei der Erläuterung des Vertragsentwurfs werden die westlichen Unterhändler darauf hinweisen, daß der Westen eine derartige interne Absprache anstrebt, aus der keinerlei Bindewirkungen gegenüber dem Osten erwachsen können.

In diesem Zusammenhang ist auch die bereits 1978 gegebene westliche Zusage zu sehen, den Osten bei der Unterzeichnung eines Abkommens über die allianzinterne Aufteilung der kollektiven westlichen Reduzierungsquoten zu unterrichten.<sup>8</sup> Diese Zusage soll bekräftigt werden; da sie jedoch nicht Gegenstand der Verhandlungsmaterie bei MBFR sein kann, findet sie im amerikanischen Entwurf keinen Niederschlag.

f) Der Vertragsentwurf sieht lediglich Reduzierungen und Begrenzungen von militärischem Personal vor und stellt schon durch seine Überschrift klar, daß Waffen nicht einbezogen sind. Im Bündnis besteht grundsätzliche Übereinstimmung, daß die Einbeziehung von Waffen angesichts der geographischen Rahmenbedingungen bei MBFR<sup>9</sup> und der bestehenden geostrategischen Asymmetrien den Westen benachteiligen würde. Daß Begrenzungen für Waffen nicht-amerikanischer westlicher Teilnehmer nicht akzeptiert werden können, gehört seit Einführung der Option III<sup>10</sup> zur gemeinsamen westlichen Verhandlungsposition (s. u.).<sup>11</sup> Im westlichen Vorschlag für ein Interims-Phase-I-Abkommen vom Dezember 1979<sup>12</sup>, der ausschließlich auf Personalreduzierungen abstellte und damit die Option III zurücknahm, erklärte sich der Westen jedoch auf niederländisches Drängen bereit, die Frage der Reduzierung und Begrenzung von Waffen auf Wunsch in Phase II zu erörtern. Die Niederländer legen auch jetzt großen Wert darauf, gegenüber dem Osten die Möglichkeit der Diskussion von Waffenreduzierungen bei Verhandlungen über neuen amerikanischen Entwurf

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978; Dok. 100, Anm. 7.

<sup>9</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>10</sup> In Ergänzung ihres Rahmenvorschlags vom 22. November 1973 unterbreiteten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am 16. Dezember 1975 einen Vorschlag für einen Abzug von Nuklearwaffen aus dem Reduzierungsraum („Option III“). Er sah den Abzug von 1000 amerikanischen Atomsprengköpfen, 36 amerikanischen Startlafetten für ballistische Boden-Boden-Raketen vom Typ „Pershing“ und 54 amerikanischen nuklearfähigen Kampfflugzeugen vom Typ F-4 („Phantom“) vor. Ferner wurde eine kombinierte Höchststärke für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte von 900 000 Mann vorgeschlagen („combined common ceiling“). Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 370.

<sup>11</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Dokument C-M (75) 75 vom 4.12.1975, Ziffer 22: „Limits on Allied armaments. The Allies agree not to accept limitations on Allied non-US armaments or on aggregate Allied armaments; the only acceptable limitations on non-US Allies would be those resulting in practice from collective limits on Allied air and ground force manpower in the area.“

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 für ein MBFR-Interimsabkommen vgl. Dok. 35, Anm. 10.

nicht auszuschließen.<sup>13</sup> Im Hinblick auf die in den vorbereitenden Konsultationen 1973<sup>14</sup> zwischen Ost und West zustande gekommene Definition des Verhandlungsgegenstands („gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa“) werden wir uns diesem Anliegen kaum entziehen können, gleichzeitig jedoch sicherstellen, daß die gemeinsame Position in der Sache – Ausschluß europäischer Waffen – gewahrt bleibt.

g) In Artikel III, Ziffer 6 des Abkommensentwurfs ist vorgesehen, daß Höchststärken zum Zwecke der Rotation, von Routineübungen und Manövern zeitweise überschritten werden dürfen. Über die Anwendung dieses Prinzips wird im Bündnis gegenwärtig auf der Grundlage eines deutschen Arbeitspapiers diskutiert.<sup>15</sup> Die Amerikaner hatten einen Annex III zu dem Abkommensentwurf ausgearbeitet, der für das Problem der Ausnahmen von Höchststärken eine für uns unannehmbare Regelung vorsah und den die Amerikaner deshalb auf unseren Einspruch hin nicht in Brüssel zur Diskussion stellten. Uns geht es dabei insbesondere um die Behandlung der Wehrübenden der Bundeswehr, die nicht unter die Definition des Streitkräftepersonals in Artikel III, Ziffer 5 des Abkommensentwurfs („full-time active duty ... personnel“) fallen und deshalb auch nicht Gegenstand von Ausnahmeregelungen im Sinne des Artikels III, Ziffer 6 sein können. Wir haben in Brüssel für Wehrübende eine Regelung *sui generis* vorgeschlagen, die den Erfordernissen der Stabilität und Transparenz genügt. Der Annex III wird deshalb voraussichtlich erst nach einer Einigung im Bündnis über die Substanzfragen nachgeschoben werden können.

h) Annex II, für den die Amerikaner demnächst den Text zirkulieren wollen, wird die westlichen Vorstellungen für begleitende Maßnahmen entsprechend

<sup>13</sup> Am 12. Mai 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik, bei den bilateralen Rüstungskontrollkonsultationen mit den Niederlanden am 7. Mai 1982 in Den Haag sei von niederländischer Seite zum amerikanischen Entwurf für ein MBFR-Abkommen der Vorbehalt angemeldet worden, daß „Waffenreduzierungen [...] nicht ausgeschlossen“ werden dürften: „Zur Waffenfrage deuteten die Niederländer im weiteren Verlauf der Diskussion Bereitschaft an, sich damit abzufinden, daß bei der Einführung des westlichen Abkommensentwurfs von seiten der Ad-hoc-Gruppe Bereitschaft bekundet würde, im Zuge der Verhandlungen über diesen Entwurf auch über Waffenreduzierungen zu sprechen.“ Vgl. VS-Bd. 11446 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „1983“.

Vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 fanden in Wien MBFR-Explorationsgespräche statt.

<sup>15</sup> Am 25. Februar 1982 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel ein „Arbeitspapier“, in dem die Wünsche der Bundesrepublik für Ausnahmeregelungen bei einem MBFR-Abkommen erläutert wurden: „Zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses werden zeitlich begrenzte Überschreitungen der in einem MBFR-Abkommen zu vereinbarenden Höchststärken unerlässlich sein. Die vorübergehende Zuführung von Verstärkungskräften von außen (USA, GB, Kanada) in den Raum der Reduzierung hinein sowie ein Aufwachsen der Streitkräfte innerhalb dieses Raums durch Reservisten, die zeitlich begrenzte Wehrübungen ableisten (Wehrübende der Bundeswehr), muß bis zu einem gewissen Grade gewährleistet sein, um Personalaustausch und militärische Ausbildungsvorhaben durchzuführen. Ein MBFR-Abkommen muß daher Regelungen enthalten, die einen derartigen zeitweiligen Personalaufwuchs möglich machen, und zwar in Phase I für amerikanisches und sowjetisches militärisches Personal sowie in Phase II für das militärische Personal aller direkten Teilnehmer.“ Zu den Wehrübenden wurde festgestellt: „Wehrübende Reservisten verlieren dagegen auch für die Zeit der Wehrübung nicht ihren Reservistenstatus. Sie werden deshalb auf der Basis der Zählkriterien bei der Datendiskussion von den Höchststärken auch während der Wehrübungen nicht erfaßt. Einer Ausnahmeregelung bedarf es unter diesen Voraussetzungen also nicht.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1100; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

dem westlichen Paketvorschlag von Dezember 1979, die bereits in Artikel VI des Hauptvertrags in Grundzügen aufgeführt sind, im einzelnen darlegen.

i) In den Schlußklauseln des Hauptvertrags wird (auf unseren Wunsch) eine noch auszufüllende zeitlich begrenzte Geltungsdauer vorgesehen (Artikel IX, Ziffer 1). Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags solle eine Überprüfungs-konferenz stattfinden, deren Aufgabe voraussichtlich eine mögliche Verlängerung wäre. Artikel X sieht ein Kündigungsrecht auf der Basis einer Supreme Interest Clause vor, wobei die Bindung aller Parteien an den Vertrag enden soll, sobald sich auch nur eine Partei zurückzieht.

Bedenklich erscheint die in Artikel IX, Ziffer 2 niedergelegte Absichtserklärung, zu gegebener Zeit über zusätzliche Reduzierungen von Streitkräften in Mitteleuropa zu verhandeln. Diese Frage sollte für einen gesamteuropäischen Rahmen offengehalten und nicht jetzt im MBFR-Rahmen präjudiziert werden. In diesem Zusammenhang erscheint uns eine Indossierung der gemeinsamen Zielsetzung einer KAE in der Präambel des Hauptvertrags erstrebenswert.

### 3) Gesamtbewertung der neuen Initiative

a) Die neuen amerikanischen Vorschläge zielen nicht auf ein neues westliches MBFR-Konzept ab, sondern übernehmen – wie bereits bei der Bewertung der amerikanischen Substanzvorstellungen in der Bezugsvorlage festgestellt – in den Kernfragen die von uns mitgestaltete und mitgetragene Verhandlungsposition des Bündnisses. Von besonderer Bedeutung ist für uns insbesondere, daß den Erfordernissen der Kollektivität voll Rechnung getragen wird. Die Aufgabe des Phasenkonzepts, der wir unter Rückstellung von Bedenken zugestimmt haben, bringt uns immerhin den Vorteil, die mit der Verknüpfung der Phasen verbundenen, in Wien (und zum Teil auch in Brüssel) strittigen Fragen – insbesondere Freeze für die Europäer – einer einfachen Lösung zuzuführen.

b) Mit ihrem Entwurf ist es den Amerikanern insgesamt gelungen, das westliche Gesamtkonzept in einer Form darzustellen, die die Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungswillens und die Bereitschaft zu konkreten Verhandlungsergebnissen eindrucksvoll unterstreicht. Obgleich die rechtliche Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, hat eine vorläufige Bewertung durch Referat 500 keine durchgreifenden Bedenken gegenüber dem Entwurf ergeben.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt bescheinigte Referat 221 am 11. Mai 1982, daß gegen den amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen „keine durchgreifenden Bedenken“ bestünden, „die uns etwa veranlassen müßten, der amerikanischen Absicht zu widersprechen, diesen Text im Rahmen der NATO weiterzubehandeln“. Oesterhelt stellte des weiteren fest: „Was die Berlinerstreckung betrifft, so wird nicht erwartet werden können, daß ein Vertrag in der jetzt von den USA vorgeschlagenen Form förmlich auf Berlin (West) erstreckt werden könnte. Insofern kommt dem Art[ikel] II des vorliegenden Entwurfs besondere Bedeutung zu. Referat 500 versteht diese Formulierung dahin, daß sie Berlin einschließt. Um dies noch klarer zu machen, könnte man jedoch daran denken, in Art. II eine Formulierung zu wählen, die das Reduzierungsgebiet folgendermaßen beschreibt: ‚... die Landmasse Europas, die von einer Linie umschlossen wird, die von den äußeren Grenzen der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, der ČSSR, Polens, der DDR und wiederum der Bundesrepublik Deutschland gebildet wird.‘ Durch diese Formulierung, die einen geschlossenen Kreis um das Reduzierungsgebiet beschreibt, wird noch deutlicher, daß dieses Gebiet eine zusammenhängende Fläche in Mitteleuropa bildet und nicht nur aus der Fläche der genannten Einzelstaaten zusammengesetzt ist.“ Vgl. VS-Bd. 11497 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

c) In Verbindung mit dem vom Westen am Ende der letzten Verhandlungsrunde<sup>17</sup> vorgeschlagenen Verhandlungsinstrumentarium (Bestandsaufnahme, drei Arbeitsgruppen) wird die neue Initiative den Westen in die Lage versetzen, die Offensive zu übernehmen und die Verhandlungen auf die offenen Kernfragen zu konzentrieren. Zwar wird der Osten voraussichtlich schon deshalb kritisch reagieren, weil die westliche Initiative den am 18.2.1982 unterbreiteten östlichen Entwurf für ein Phase-I-Abkommen<sup>18</sup> obsolet macht. Dessen ungeachtet kann von einem zumindest sowjetischen Interesse an dem modifizierten westlichen Konzept ausgegangen werden. Die Sowjetunion hat bisher stets, obgleich sie formal auf das Zweiphasenkonzept eingegangen war, die Forderung nach – ihren eigenen Verpflichtungen für Phase I gleichwertigen – Zusagen der westeuropäischen Teilnehmer zu ihrem Hauptanliegen gemacht. Wenn der Westen diesem Anliegen nunmehr Rechnung trägt, soweit dies mit dem Kollektivitätsprinzip vereinbar ist, bleibt als wesentliche offene Kernfrage das Datenproblem übrig. Hier wird sich der Osten vor die Entscheidung gestellt sehen, entweder dem westlichen Drängen auf Klärung der Datenbasis und Verifizierbarkeit stattzugeben oder die klare Verantwortung für die Blockierung der Verhandlungen zu übernehmen.

d) Wenn es gelingt, die neuen westlichen Vorschläge nach entsprechender Ankündigung beim Bonner NATO-Gipfel in der Form eines umfassenden Abkommensentwurfs vorzulegen, würde das Bündnis damit die optimale politische Wirkung sowohl im Hinblick auf die Verhandlungen wie auch auf die Öffentlichkeit erzielen. Wir werden deshalb unseren Beitrag zu möglichst rascher Einigung über den amerikanischen Entwurf im Bündnis leisten.<sup>19</sup>

Diese Vorlage ist mit dem BMVg – FÜ S III 5 – abgestimmt.

Ruth

**VS-Bd. 11497 (221)**

<sup>17</sup> Zur 26. Runde der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 112.

<sup>18</sup> Zum Abkommensentwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 18. Februar 1982 vgl. Dok. 59.

<sup>19</sup> Am 21. Mai 1982 regte Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), hinsichtlich des amerikanischen Entwurfs vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen folgendes Vorgehen an: „Es sollte aus hiesiger Sicht den westlichen Unterhändlern in Wien vorbehalten bleiben, den Entwurf im Detail zu präsentieren. Sonst macht man es dem Osten wohl zu leicht, die westliche Initiative als ein ausschließlich propagandistisch motiviertes Manöver abzuqualifizieren. Das schließt natürlich nicht aus, daß bei der Ankündigung der westlichen MBFR-Initiative beim Bonner Gipfel Hinweise auf ihren Inhalt gemacht werden. Anschließend Verlautbarungen in den Hauptstädten sollten darüber nicht hinausgehen, um der Präsentation in Wien noch ein gewisses Gewicht zu belassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; VS-Bd. 11497 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

## 152

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) in Luxemburg

010-1695/82 geheim

16. Mai 1982<sup>1</sup>

Vierer-Treffen in Luxemburg in der Residenz des amerikanischen Botschafters<sup>2</sup> am 16. Mai 1982, 21.45 Uhr

1) *BM* bat, den für die Bonner NATO-Deklaration<sup>3</sup> vorgesehenen Satz aus dem Brief zur deutschen Einheit<sup>4</sup> auch in das Luxemburger Außenminister-Kommuniqué<sup>5</sup> zu übernehmen. Die Minister beauftragten die Direktoren, einen entsprechenden Formulierungsvorschlag auszuarbeiten.

2) Das Namibia-Treffen<sup>6</sup> am folgenden Tage wurde bestätigt. Haig bezeichnete es als „wichtig, dringlich und kurz“. Die Politischen Direktoren wurden mit der Vorbereitung beauftragt.

3) Luxemburger Außenminister-Treffen und Bonner NATO-Gipfel

*Haig* betonte, daß die NATO-Sitzungen die Einheit des Bündnisses unterstreichen sollten. Das Kommuniqué der Außenminister-Sitzung sollte klar und ausgewogen sein. Es sollte auf den spanischen Beitritt<sup>7</sup> hinweisen. In Athen habe er erfahren, daß die Griechen ihr Ratifikationsverfahren beschleunigten.<sup>8</sup> *Cheysson* erwähnte hier, daß die Spanier sich an die Franzosen mit der Bitte um Teilnahme am Weltwirtschafts-Gipfel<sup>9</sup> gewandt hätten. Er rechne mit einer Wiederholung solcher Bemühungen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 28. Mai 1982 gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vom BM noch nicht genehmigt.“ Hat Botschafter Ruth am 25. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> John E. Dolibois.

<sup>3</sup> Zur Ausarbeitung einer Erklärung für die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 139, Anm. 15.

<sup>4</sup> Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356.

Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 50–55. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 336–340. Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner Dok. 156–159.

<sup>6</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA), MacGuigan (Kanada) und Pym (Großbritannien) am 17. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 155.

<sup>7</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>8</sup> Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 15./16. Mai 1982 Griechenland.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

## 4) START

*Haig* erwähnte Äußerungen Kissingers<sup>10</sup> darüber, daß START ein schlechter Ansatz sei und man besser zu SALT II<sup>11</sup> zurückgekehrt wäre, sowie Bemühungen im amerikanischen Senat um Wiederbelebung von SALT II. Die Administration habe sich größte Mühe gegeben, einen verhandelbaren Vorschlag auf den Tisch zu legen. Das Pentagon habe als Zählkriterium das Wurfgewicht verlangt, was den Vorschlag gegenüber den Sowjets nicht verhandelbar gemacht hätte. In der jetzigen Form sei er jedoch negotiabel. Auch Flugzeuge und Cruise Missiles seien eingeschlossen. Auf Frage von Cheysson fügte er hinzu, daß dies zu den Punkten in dem der Sowjetunion übermittelten Verhandlungsvorschlag gehöre, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden seien.<sup>12</sup> Unter diesen Umständen sei eine Wiederbelebung von SALT II sehr gefährlich. Die Sowjets würden sich dem amerikanischen Vorschlag gern entziehen, könnten dies aber nicht leicht tun. Jede westliche Kritik des Vorschlages erhöhe deshalb die Gefahr einer ablehnenden sowjetischen Reaktion. Deshalb sei eine Bekräftigung der westlichen Unterstützung für die amerikanischen Vorschläge notwendig. Wenn den Sowjets eine solide Front präsentiert werde, sei es schwierig für sie abzulehnen. Der jetzige Vorschlag sei auch vollkommen vereinbar mit INF.

*Pym* bezeichnete die amerikanischen Vorschläge als wohlausgewogen. Er wies jedoch auf die Gefahr hin, durch Abrüstungsvorschläge, deren Verwirklichung realistischere nicht erwartet werden könne, öffentliche Erwartungen zu stimulieren und damit die Friedensbewegung anzuregen.

*BM* führte zur Generallinie des Kommuniqués folgendes aus: Wir müßten damit rechnen, daß die Sowjets vor dem Bonner Gipfel noch eine umfassende Stellungnahme zum Ost-West-Verhältnis und zur Abrüstung abgeben würden. Deshalb sei es notwendig, daß von Luxemburg eine klare politische Erklärung ausgehe, die schon jetzt die öffentliche Meinung bestimme. Vor diesem Hintergrund sei der vorliegende Kommuniqué-Entwurf nicht offensiv und nicht politisch genug. Vor einem Jahr hätten wir in Rom eine beachtliche politische Erklärung<sup>13</sup> verabschiedet, die alle Weltprobleme, das Ost-West-Verhältnis, die Sicherheitspolitik – hier vor allem die Feststellung, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik seien – und die Drit-

<sup>10</sup> Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger äußerte sich am 12. Mai 1982 in Den Haag zu dem in der Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vorgestellten Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START). Für das Redemanuskript vgl. Referat 201, Bd. 125682.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>12</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

te Welt behandelt habe. Heute müßten wir auf dieser Grundlage und unter Erwähnung der genannten Grundsätze darlegen, was seither geschehen sei.

Und was sei geschehen?

(a) Wir hätten die Sowjetunion aufgefordert, vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural zu akzeptieren.<sup>14</sup> Außer einer allgemeinen vagen Antwort von Breschnew auf seinem Parteitag<sup>15</sup> hätten wir darauf keine klare sowjetische Antwort erhalten.

(b) Präsident Reagan habe in seiner Rede vom vergangenen November die Null-Lösung für landgestützte Mittelstreckenraketen vorgeschlagen.<sup>16</sup> Darauf hätten wir keine Antwort erhalten.

(c) In seiner Rede vom 9. Mai habe Präsident Reagan die neuen START-Vorschläge gemacht.<sup>17</sup> Auch darauf hätten wir bisher keine Reaktion.

Diese drei Erklärungen und Angebote sollten wir als Bündnis stark unterstützen und herausstreichen, um zu zeigen, daß der Ball im anderen Feld sei. Dazu komme die Einladung Präsident Reagans an Breschnew, sich im Juni zu treffen oder auch im Herbst.<sup>18</sup> Dies alles entspreche den Grundsätzen des Harmel-Berichtes: Das Notwendige für die Verteidigung zu tun, andererseits aber auch für Dialog und Rüstungskontrolle einzutreten.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 221 vom 1. März 1982 zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen einer KAE hieß es: „Nach prinzipieller Einigung über drei der vom Westen geforderten Kriterien vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) für angestrebtes KAE-Mandat (militärische Bedeutsamkeit, Verifizierbarkeit, politische Verbindlichkeit) stellte der geographische Anwendungsbereich bis Weihnachtspause Schüsselfrage des Madrider Treffens dar: 1) Westliche Formel vom 20.7.1981 sah Einbeziehung des gesamten europäischen Kontinents [...] sowie Erfassung des angrenzenden Seebereichs und Luftraumes vor, soweit dort militärische Aktivitäten stattfinden, die ‚integraler Bestandteil von notifizierungspflichtigen Aktivitäten auf dem Kontinent‘ sind (funktionaler Ansatz). Durch Aufgabe des Wortes ‚continent‘ (‚the whole of Europe‘) zu Beginn der Herbsttrunde hat der Westen klargestellt, daß als Anwendungsbereich von VBM nicht nur das kontinentale Festland, sondern das gesamte Territorium aller Teilnehmerstaaten in Europa gilt. 2) Sowjetunion hat den westlichen Vorschlag kompromißlos abgelehnt und auch westliches Abgehen vom Begriff ‚continent‘ nicht honoriert. Sie verknüpfte weiterhin ihre Bereitschaft, den Anwendungsbereich von VBM auf ihr gesamtes europäisches Territorium (also bis zum Ural) auszuweiten, mit der Bedingung einer westlichen Gegenleistung in Form der Einbeziehung einer atlantischen Meereszone westlich von Europa“. Vgl. Referat 222, Bd. 124535.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 726–812. Zum Vorschlag Breschnews für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. ferner AAPD 1981, I, Dok. 56.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660. Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 580–586. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 300–303 (Auszug). Vgl. dazu ferner Dok. 142.

<sup>18</sup> In einem Interview sprach Präsident Reagan am 5. April 1982 in Washington über die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung, die vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York stattfand. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 430.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

Daraus müsse ein ganz harter politischer push gemacht werden, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, wer die Verantwortung für die gegenwärtige schwierige Lage trägt.

*Cheysson* machte zwei Anmerkungen dazu:

(a) Wir sollten die amerikanischen START-Vorschläge in deutlicher Sprache begrüßen. Die Vorschläge stellten die Genfer INF-Gespräche in den richtigen Rahmen. Das sei sehr wichtig.

(b) Er stimme mit BM überein, wir hätten ein Problem mit der Klarheit und der Verständlichkeit unserer Strategie. Wir müßten die Probleme so ansprechen, daß jeder sie verstehen könne, und wir müßten dabei offensiv vorgehen. Allerdings sei die NATO nicht bei allen einschlägigen Fragen das geeignete Forum. Den Hinweis auf die mangelnde sowjetische Antwort bei der Null-Option und bei START unterstütze er. Allerdings würde er bei der KAE<sup>20</sup> etwas vorsichtiger sein, da wir die Weiterbehandlung in Madrid<sup>21</sup>, wenn auch mit Recht, blockiert hätten.

*BM* warf ein, daß die Sowjets die Annahme des Mandates für den Geltungsbe- reich vom Atlantik bis zum Ural blockiert haben.

*Haig* stimmte *BM* zu, daß der Westen viele Abrüstungsvorschläge gemacht habe. Ein weiterer Vorschlag werde bekanntlich für MBFR<sup>22</sup> vorbereitet. Von der Sowjetunion habe man dafür nicht das Geringste bekommen. Die Aussagen sollten jedoch nicht zugunsten der Rüstungskontrolle unausgewogen sein, auch aus den von *Pym* genannten Gründen. Man müsse klarmachen, daß die Abschreckung der Hauptaspekt der Verteidigungspolitik des Bündnisses sei. Mit *Harmel* habe man in den USA Schwierigkeiten. Die Entspannung würde in den Vereinigten Staaten für gescheitert gehalten. Dabei sei der Fehler sicher nicht die Entspannung gewesen, sondern die falschen Erwartungen. Mit einer Aussage über *Harmel* werde er eine Diskussion zu Hause über unsere Philosophie bekommen. Dagegen sei er für Aussagen zur Rüstungskontrolle in politisch offensiver Form. Wir sollten die Strategie darlegen, die Stärke und Verhandlungsbereitschaft zeige.

*BM* fügte hinzu: Auch auf das Element des Dialoges solle hingewiesen werden. Wir wollten Entspannung. Das müßten wir zeigen. Wir müßten auch sagen, wer dafür verantwortlich sei, daß wir noch keine Entspannung hätten. Aber niemand von uns wolle Spannungen. Mit solchen Aussagen würden wir in unseren Ländern keine Probleme schaffen. Deshalb sollten wir uns im Kommuniké dazu äußern. Dabei sollten wir eine Sprache benutzen, die von den Menschen verstanden werde. Wir sollten nicht der Sowjetunion erlauben, vom Frieden zu sprechen und Rüstung zu machen. Das Kommuniké von Rom habe beide Elemente, die Abschreckung und unsere Angebote, enthalten und habe festgestellt, daß die Rüstungskontrollpolitik ein integraler Bestandteil unserer Verteidigungspolitik sei.

*Pym* bat *BM*, über seine Vorstellungen einen Textvorschlag zu machen.

<sup>20</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>21</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>22</sup> Vgl. dazu den amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen; Dok. 151.

BM kündigte dies für den folgenden Morgen an.

Pym bezeichnete es als untersuchungswürdiges Problem, warum sich unsere Öffentlichkeit so wenig bewußt sei über die Tatsache, daß die Rüstungskontrollvorschläge vom Westen kämen und die Sowjetunion nicht reagiert habe. Im übrigen pflichtete er Haig bei: Was den Begriff der Entspannung angehe, so halte die britische Öffentlichkeit ihn für einen „totalen Unsinn“.

Cheysson schloß sich an: Détente als Wort sei in Frankreich nicht mehr akzeptabel. Haig meinte, man sollte von den Code-Worten herunterkommen und sagen, was wir meinten, z.B. Verhandlungsbereitschaft. BM fügte erneut den Dialog an. Pym wies auf die Gefahr hin, daß Ausführungen über die Entspannung bei der Bevölkerung „wishful thinking“ hervorrufe.

Cheysson erkundigte sich nach den Gründen für die deutschen Einwände gegen einen französischen Textvorschlag für das Kommuniqué, daß die Sowjetunion die westliche Friedensbewegung ausnutze. BM erwiderte, wir seien durchaus bereit zu sagen, daß die Sowjetunion eine Friedenskampagne bei sich nicht dulde, sondern bekämpfe. Wir wollten nur nicht sagen, daß alle Mitglieder der Friedensbewegung im Westen von der Sowjetunion benutzt würden.

Abschließend faßte Haig zusammen, daß die Anregungen von BM hilfreich seien und er sie unterstützen könne.

5) Separates Dokument des Bonner NATO-Gipfels über Verteidigung<sup>23</sup>

Haig verwies auf die Probleme, die uns die öffentliche Debatte über die Nuklear-Frage und die Vorschläge für einen Nicht-Ersteinsatz<sup>24</sup> schaffe. In diesem Zusammenhang müsse man die Notwendigkeit einer Stärkung der konventionellen Komponente anerkennen. Außerdem entstehe die Gefahr eines Ungleichgewichtes, wenn neben den Ausführungen über die Rüstungskontrolle nicht eine zusätzliche Erklärung über die konventionelle Verteidigung abgegeben werde. Die USA ziehe eine separate Erklärung gegenüber einer Aufnahme in die Gipfel-Erklärung vor.

BM wies darauf hin, daß in allen NATO-Kommuniqués der vergangenen Jahre eine Menge über SALT, Mittelstreckenraketen, MBFR etc. gesagt worden sei, aber nichts Ausreichendes über die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion. Es sei notwendig, daß der Grundsatz der Parität, den die Sowjetunion bei SALT/START verlange und der bei den Mittelstrecken-Raketen von entscheidender Bedeutung sei, nicht bei den konventionellen Waffen vernachlässigt werde. Damit meine er nicht MBFR mit seiner begrenzten Reduzierungszone, sondern ganz Europa. Dieser Gesichtspunkt müsse stärker herausgestellt werden. In diesem Sinne halte er auch einen Hinweis auf die Notwendigkeit der konventionellen Verteidigung für wichtig und notwendig. Wir müßten allerdings aufpassen, und diese Gefahr sehe er bei einem separaten Dokument, daß uns die Aussage über die konventionelle Verteidigung nicht in Konflikt mit der Notwendigkeit bringe, die unveränderte Fortgeltung der Abschreckung deutlich herauszustellen. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als wichen wir vor der Kampagne zurück, die von der Abschreckung mit nuklearen Waffen weggehen wol-

<sup>23</sup> Zum Vorschlag der USA für eine „Erklärung über konventionelle Verteidigung“ vgl. Dok. 139, Anm. 17.

<sup>24</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

le. Es wäre gefährlich, wenn der Eindruck entstünde, wir erwögen, unsere Strategie<sup>25</sup> zu ändern und auf einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten. Wir sollten nicht zu einer Verharmlosung eines konventionellen Krieges beitragen. In jedem Falle sollte unsere Aussage in dem Hauptdokument selbst erscheinen, und zwar im Zusammenhang mit der Abschreckung.

*Pym* beklagte, daß bei den vielen Ungleichgewichten zwischen Ost und West das Ungleichgewicht beim Propagandakrieg ganz erheblich die Sowjetunion begünstige, da sie geschickt unsere freie Gesellschaft beeinflusse, während wir die Öffentlichkeit in den kommunistischen Ländern nicht erreichen könnten. Außerdem gebe er den Rüstungskontrollbemühungen keine große Chance, da das sowjetische System einfach so sei, daß das Regime offenbar die immer weiter fortschreitende Hochrüstung gar nicht stoppen könne. Unser Problem bei den konventionellen Waffen bestehe darin, daß diese von den Sowjets billig hergestellt werden könnten, aber bei uns teuer seien. Trotzdem brauchten wir natürlich eine starke konventionelle Rüstung. Die Sache mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen sei ein machtvoll Instrument. Der Ersteinsatz sei für jeden äußerst schwierig. Wir müßten überlegen, wie wir die Kosten für die konventionelle Verteidigung senken könnten, vor allem durch eine Rationalisierung in der Rüstungsindustrie.

*Haig* verwies auf die steigende Kritik im Senat an der Militärpolitik. Selbst ein Mann wie Senator Nunn, der generell die Verteidigungspolitik der Administration unterstütze, habe sich jetzt in die Reihen der Kritiker gestellt und fordere eine Verstärkung der konventionellen Waffen.<sup>26</sup> Zu den Einwänden von BM meinte Haig, dies sei eine Frage der Formulierung. Eine Aufnahme einer Erklärung über die Verteidigung in das allgemeine Dokument bereite offensichtlich Frankreich Schwierigkeiten. Wir müßten aber die konventionelle Verteidigung betonen, um die Kritik abzubiegen. Dabei gehe es eindeutig nicht um eine neue Strategie und nicht um eine Änderung der Abstützung auf die nukleare Abschreckung. Ebenso bleibe es selbstverständlich bei der Ablehnung des Nicht-Ersteinsatz-Konzeptes. Dazu hätten sich ja Reagan und er kürzlich geäußert.<sup>27</sup> Aber mit der Frage der nuklearen Schwelle, auf die sich auch die Äußerungen von Pym bezögen, müßten wir uns beschäftigen. Die von Pym angeregte Spe-

<sup>25</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>26</sup> Botschafter Hermes, Washington, informierte am 19. Mai 1982 über eine Studie des amerikanischen Senators Nunn, die dieser am 13. Mai 1982 unter dem Titel „NATO – Can the Alliance be Saved?“ im Verteidigungsausschuß des Senats vorgelegt habe: „Zentrale Punkte dieses Berichts sind: Erkenntnis der Unzulänglichkeit der NATO-Kräfte angesichts des sowjetischen militärischen Aufwuchses (flexible response in theory has become inflexible response in praxis); Notwendigkeit erhöhter konventioneller Verteidigungsanstrengungen, um die Nuklearschwelle zu heben. Nunn schlägt hierzu die Ausnutzung neuer Technologien, eine verbesserte und flexiblere militärische Einsatzdoktrin unter Betonung des frühzeitigen Gegenangriffs auch auf die rückwärtigen Verstärkungskräfte des Gegners (Air-Land-Battle 2000) sowie bessere Ausnutzung der vorhandenen Reserven bei den europäischen Verbündeten vor. Qualifizierte Ablehnung des ‚No-First-Use‘-Vorschlags; Hauptargument: Nukleardrohung verhindert Massierung gegnerischer konventioneller Kräfte, insbesondere Panzerarmeen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2240; Referat 201, Bd. 125651.

<sup>27</sup> Am 13. Mai 1982 wies Präsident Reagan in einem Pressegespräch den Vorschlag für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zurück. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 619 f. Der amerikanische Außenminister Haig verwandte sich am 13. Mai 1982 vor der Presse ebenfalls dagegen, einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen auszusprechen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2064, S. 44.

zialisierung sei allerdings eine äußerst sensitive Frage. Für manche werde sie eine Souveränitätsfrage.

6) Informelle Allianz-Konsultationen (Gymnich-type-Vorschlag<sup>28</sup>)

Haig kam auf den italienisch-deutschen Vorschlag<sup>29</sup> zu sprechen, der offenbar noch auf einen gewissen Widerstand stoße. Er sei ganz einverstanden mit dem Vorschlag und unterstütze auch seine Aufnahme in das Gipfel-Kommuniqué, um seine Bedeutung zu unterstreichen und das öffentliche Bewußtsein darauf hinzulenken.

*Cheysson* befürwortete die informellen Treffen, die bereits bestünden. Zu weitergehenden Vorstellungen müsse er jedoch sagen, daß die Atlantische Allianz im Grunde ein Verteidigungssystem sei. Alle Mitgliedstaaten hätten ein gemeinsames Interesse an der Verteidigungszusammenarbeit. Sie hätten jedoch nicht alle das gleiche politische Interesse. Ob ein Treffen im NATO-Hauptquartier oder außerhalb stattfinde, sei für ihn nicht der entscheidende Punkt. Aber eine politische Diskussion in einem so großen Kreise, auf die auch noch die Aufmerksamkeit der Presse gelenkt würde, könne übermäßige Erwartungen erwecken, ohne tatsächlich etwas zu bringen.

*BM* erwiderte: Die NATO-Tagungen stünden unter dem Zwange des Kommuniqués, der Presse und der Tagesordnung. Was wir brauchten, sei ein Meinungsaustausch. Die Erfahrungen mit den informellen Gymnich-type-Treffen in der EG seien hervorragend. Die NATO brauche so etwas auch. Es habe keinen Zweck, sich über mangelnde europäisch-amerikanische Konsultationen zu beschweren, wenn man nicht bereit sei, die Form des Meinungsaustausches zu schaffen. Die Leute erwarteten dies, und es sei notwendig. Er wolle nicht unbedingt auf zwei Treffen im Jahr bestehen; vielleicht könne man mit einem Treffen pro Jahr anfangen. *Pym* fragte, ob man sich nicht beim NATO-Treffen zusammensetzen könne. *Cheysson* wäre mit dieser Form einverstanden. *BM* hielt eine solche Form für möglich, wenn das Treffen etwa am Wochenende vor der regulären NATO-Ministersitzung stattfinden würde. Ein Treffen nur am Abend vorher halte er dagegen nicht für ausreichend. *Cheysson* insistierte: Welche Probleme sollte man denn besprechen? Bei Polen würden die Türken Schwierigkeiten machen, bei Falkland würden ebenfalls einige Partner Schwierigkeiten haben. Auf erneuten Hinweis von *BM* auf das Funktionieren der Gymnich-type-Treffen in der EPZ meinte *Cheysson*: Auch in der Gemeinschaft gebe es Probleme, mit denen man aber gerade noch fertig werde, selbst in der erweiterten Gemeinschaft. Zwischen den Zehn gebe es auch weniger Unterschiede. *BM* meinte, dies sei gerade der Grund, warum man auch für die Fünfzehn einen solchen Meinungsaustausch zur Klärung von Unterschieden brauche. *Cheysson* erklär-

<sup>28</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

<sup>29</sup> Am 26. April 1982 erteilte Ministerialdirektor Pfeffer der Botschaft in Washington Weisung für eine gemeinsame Demarche des Botschafters Hermes mit dem italienischen Botschafter Pettrignani. Dabei solle „an hoher Stelle“ im amerikanischen Außenministerium folgendes vorgetragen werden: „Wir schlagen vor, informelle Treffen der 15 Außenminister der Atlantischen Allianz (Gymnich-type; ein- bis zweimal im Jahr) nunmehr fest ins Auge zu fassen, um die politischen Konsultationen im Bündnis zu vertiefen. Wir regen an, so rasch wie möglich Einigung im NATO-Rat herbeizuführen und dann einen entsprechenden Passus für das Kommuniqué der Außenminister und/oder die Gipfelerklärung der NATO vorzusehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2426; VS-Bd. 12935 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

te schließlich: Wenn die Entscheidung so gemacht werde, wolle Frankreich ihr nicht widersprechen. Trotzdem halte er nicht viel davon. *BM* schlug vor, es wenigstens zu versuchen. Außerdem wolle man nicht die Interessen der kleineren Länder vergessen, die auch inkorporiert werden müßten. *Cheysson* bezweifelte, ob ein Treffen mit 60 Teilnehmern, d.h. Minister, Dolmetscher, Berater und Note-taker, praktikabel sei. *BM* erwiderte, wenn *Cheysson* unbedingt seinen Politischen Direktor dabei haben wolle, wolle er keine Einwendungen erheben. Er habe jedoch an ein Treffen allein der Minister mit Dolmetschern gedacht. *Cheysson* erklärte sich einverstanden, einen Versuch zu machen; man solle aber nicht gleich ein System einführen. Außerdem sollte man der Presse nichts sagen, wenn man nicht beim ersten Treffen die Fortführung beschließe. *Pym* meinte mit Zustimmung von *Cheysson*, man solle sich einen Anlaß suchen. *BM* schlug daraufhin vor, die Anwesenheit der Minister bei der VN-Generalversammlung in New York<sup>30</sup> zu nutzen. *Haig* könne ja an einen schönen Platz, z.B. Virginia, einladen. Dort könne man dann über den Fortgang entscheiden. *Haig* war sehr einverstanden und nannte als möglichen Ort Camp David. Allen vier Ministern war das Wochenende<sup>31</sup> vor Beginn der Vollversammlung recht. *Cheysson* wandte sich jedoch gegen eine Ankündigung im Kommuniké, um nicht die Journalisten anzulocken. *BM* bestand jedoch darauf, daß man auf das Treffen hinweisen müsse. *Cheysson* wollte jedenfalls nicht von einem „ersten“ Treffen sprechen, um den Fortgang nicht zu präjudizieren. *BM* wies darauf hin, daß bei den EPZ-Gymnich-type-Treffen bis auf einen Ausnahmefall die Presse nie zugegen gewesen sei. Im übrigen betonte er noch einmal mit großem Ernst, man dürfe den Nutzen europäisch-amerikanischer Konsultationen und das Bedürfnis der kleineren Staaten an der Einbeziehung in die Konsultationen nicht unterschätzen.

7) Gipfeltreffen in Versailles<sup>32</sup> und Bonn und Kreditpolitik gegenüber dem Osten

*Haig* betonte, daß die Kreditfragen in Versailles und Bonn behandelt werden sollten und daß der Weltwirtschaftsgipfel bereits einen positiven Anstoß geben solle. Die Ost-West-Wirtschaftspolitik sei nach amerikanischer Auffassung eine vitale Dimension. Er sei sehr enttäuscht über die negativen Mitteilungen, die er gerade von Buckley über den Stand der Vorbereitung erhalten habe.<sup>33</sup> Dabei wies er insbesondere auf den französischen Gesichtspunkt hin. *Haig* betonte, daß die östliche Verschuldung immense Ausmaße erreicht habe und daß der Westen niemals das zurückerhalten werde, was er an Krediten gegeben habe. *Haig* wies auch darauf hin, daß in Amerika die Kreditfragen mit einigen aktuellen Handelsfragen verknüpft seien (AEG Kanis etc.). Die Diskussion über die Buckley-Mission<sup>34</sup> scheine zusammengebrochen zu sein. *Cheysson* wandte ein, daß die Erörterungen fortgesetzt würden. Am Donnerstag<sup>35</sup> finde ein neues

<sup>30</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>31</sup> 18./19. September 1982.

<sup>32</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>33</sup> Vgl. dazu das Treffen im Rahmen der sieben Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels am 14./15. Mai 1982 in Paris; Dok. 161.

<sup>34</sup> Zur Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 87, Anm. 16.

<sup>35</sup> 20. Mai 1982.

Treffen statt. Man werde sehen, wie man vorankomme. Es handle sich um ein schwieriges Thema. Nach französischer Auffassung sei die NATO-Struktur nicht das geeignete Diskussions-Forum, sondern vielmehr der Weltwirtschafts-Gipfel, schon wegen der notwendigen Teilnahme Japans. *BM* stimmte zu.

#### 8) Polen

*Haig* wies darauf hin, daß Jaruzelski unter starkem Druck der Sowjets und der Orthodoxen in Polen stehe. Jaruzelski wolle die Situation verbessern. Über das Wochenende<sup>36</sup> habe er nachrichtendienstliche Mitteilungen gesehen, nach denen Jaruzelski nach der Kirche auch die Gewerkschaften, eventuell unter einem anderen Namen, aber unter Einschluß Wałęsas, wieder in den Dialog einbeziehen wolle. Deshalb sei ein westliches Nachgeben in der Verschuldungsfrage in dieser Phase für den Erfolg der Auflockerungsbemühungen abträglich (a disincentive).

*BM* beurteilte die Lage ähnlich, auch hinsichtlich der Konsequenzen für die Umschuldung.<sup>37</sup> Sein Eindruck sei, daß die nächsten zwei Monate entscheidend sein würden für die weitere politische Entwicklung in Polen. Schon jetzt stehe fest, daß der bisherige Kurs der Führung keinen Erfolg haben könne, weil sich die Öffentlichkeit immer stärker verweigere und die Untergrund-Solidarität immer stärker werde. Die Führung müsse in nächster Zeit entscheiden, ob sie mit dem Mittel der Repression durchgreifen wolle oder einen wirklichen Dialog wünsche, was vernünftiger wäre. Er wisse nicht, ob die Führung dies könne. Der Papst<sup>38</sup> sehe die Lage ähnlich. Er wolle im August nach Polen reisen, aber nur, wenn vorher die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen seien.<sup>39</sup> Darüber müsse er im Juni, spätestens Mitte Juli, entscheiden. Das Regime müsse sich auch im Hinblick auf diese Entscheidung selbst entscheiden. Die Frage, ob der Papst reise oder absage, werde gleichsam eine offizielle Antwort auf die Frage sein, welchen Weg das Regime gehen wird. Dies alles bedeute, daß wir die Umschuldungsfrage zur Zeit nicht anfassen, sondern in der Schwebe halten sollten.

*Cheysson* äußerte sich leidenschaftlich und grundsätzlich zu dieser Frage: Für die europäischen Demokratien sei es vital, gegenüber den totalitären Regimen bei ihrem Wort zu bleiben. Diese sollten niemals den Eindruck erhalten, daß man im Westen etwas sage, aber dann nicht tue. Im Januar hätten wir sehr klare Voraussetzungen aufgestellt, keine Bedingungen, aber Voraussetzungen.<sup>40</sup> Sie seien geradewegs von Jaruzelskis Rede im Dezember 1981<sup>41</sup> gekommen. Wir hätten einen wesentlichen Fortschritt in den angegebenen Bereichen für notwendig erklärt. Frankreich sei in diesem Punkte besonders empfindlich. Sein Verteidigungssystem beruhe auf der Glaubwürdigkeit des Schwachen gegenüber dem Starken. Wenn sie versage, könne man die nuklearen U-Boote verschrotten. Deshalb sollte man bei dem Wort vom Januar bleiben, selbst wenn

<sup>36</sup> 8./9. Mai 1982.

<sup>37</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 133.

<sup>38</sup> Johannes Paul II.

<sup>39</sup> Zu einer Reise des Papstes Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

<sup>40</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>41</sup> Zur Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 54, Anm. 7.

dieses damals ein Fehler gewesen sein sollte. Aber es sei kein Fehler geworden. Das Kommuniké vom 11. Januar<sup>42</sup> sei eine ausgezeichnete Erklärung gewesen. *Pym* stimmte zu: Man solle bei der bisherigen Linie bleiben, selbst im Falle eines default.

#### 9) Falkland

*Haig* sagte, er wolle auf dieses Thema nicht mehr eingehen, da es schon im Zehner-Kreis behandelt worden sei. Er dankte aber Frankreich und Deutschland für ihre starken Unterstützungserklärungen.<sup>43</sup> *Pym* stimmte zu. *Cheysson* erklärte mit Zustimmung von *BM*: Wir müssen zusammenhalten.

10) *Haig* berichtete über seine Reisen nach Griechenland und in die Türkei:

#### (a) Türkei

Er sei zwischen 1975 und 1979 jedes Jahr in der Türkei gewesen. Er habe das Abgleiten des Landes in die Anarchie miterlebt. Der Unterschied der Türkei von heute gegenüber Juni 1979, seinem letzten Besuch, sei wie der Unterschied zwischen Nacht und Tag.<sup>44</sup> Es werde gearbeitet, die Dinge seien organisiert, der Terrorismus sei ausgerottet. Die Wirtschaft habe einen erstaunlichen Aufschwung erlebt. Er, *Haig*, sei kein Freund von militärischen Machtübernahmen<sup>45</sup>. *Evren* sei jedoch ein Mann, der sein Wort halten würde, was die Rückkehr zur Demokratie angehe. Er, *Haig*, habe eine wachsende Animosität in der Türkei gegenüber der öffentlichen Kritik im Westen festgestellt.<sup>46</sup> Dies könne tiefe Wunden hinterlassen.

<sup>42</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170.

<sup>43</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung vom 7. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. BULLETIN 1982, S. 282.

Zum Kommuniké des französischen Ministerrats vom 5. Mai 1982 vgl. Dok. 135, Anm. 3.

<sup>44</sup> Der amerikanische Außenminister *Haig* hielt sich 13./14. Mai 1982 in der Türkei auf. Botschafter *Hermes*, Washington, berichtete am 26. Mai 1982, *Haig* habe den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten dazu am Vortag in Washington dargelegt: „Gegenüber dem letzten Besuch vor der Übernahme der Regierung durch die Militärs habe sich die Situation wesentlich zum besseren gewandelt. [...] Damals habe man die Türkei in einem prärevolutionären Zustand – vergleichbar der Entwicklung im Iran vor *Khomeini* – geglaubt und gewünscht, daß eingegriffen werde. Heute, nachdem die Militärs den prärevolutionären Zustand in der Türkei beendet hätten, biete die Türkei dem Besucher ein erfreuliches Bild. Sauberkeit und Ordnung seien sichtbar, die Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten schreite zügig voran, die Inflation sei unter 40 Prozent gesunken und die hohe Arbeitslosigkeit schein langsam zurückzugehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2342; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>45</sup> Zur Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980 in der Türkei vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

<sup>46</sup> Am 17. Mai 1982 stellte Botschafter *Oncken*, Ankara, über die „innere Lage und geistige Situation der Türkei“ fest: „Zahlreiche Akte des Regimes seit Jahresbeginn sind als Kursverschärfung gedeutet worden. Eine solche liegt insofern vor, als man dazu übergegangen ist, auf Europa keine Rücksichten zu nehmen. Bulldozerhaft und ohne Rücksicht auf internationale Isolierung setzt das Regime seinen Kurs fort. Dabei steht das Bemühen hinsichtlich Redemokratisierung à la turque ebenso außer Frage wie der Versuch, dem Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen zu Leibe zu gehen – Beispiel hierfür Druck *Evrens* auf Verfassungsausschuß (Arbeitsbeschleunigung), dann sich mehrende Bekanntgabe von Untersuchungen wegen Folterungsvorwurf. Wenn letztere Maßnahmen angesichts zunehmend durchsichernder Vorwürfe sehr lückenhaft erscheinen, so ist doch festzuhalten, daß das Regime über den Schatten seiner Eigenliebe zu springen sucht. Das fällt ihm sehr schwer, auch angesichts der Eigenheiten eines Rechtsdenkens, das nicht in der Lage scheint, die aufgepfropften europäischen Errungenschaften der Atatürk-Zeit zu absorbieren. [...] Wenn 15 Fäl-

Auch die Gespräche in der Türkei über Zypern seien erfolgreich gewesen, die Gespräche im UNO-Rahmen würden fortgesetzt.<sup>47</sup> Der Gesamtrahmen sei positiv.

(b) Athen

Er sei von Papandreou und seinen anderen Gesprächspartnern außerordentlich gut empfangen worden. Jedes Thema sei konstruktiv behandelt worden. Man habe ihm zugesichert, daß die parlamentarische Zustimmung des spanischen NATO-Beitrittes schnell durchgeführt würde. Der Vorschlag Evrens, Gespräche über Zypern zu führen, sei sofort angenommen worden. Insgesamt habe man sich ihm gegenüber völlig anders geäußert als in der öffentlichen Rhetorik. Auch die bilateralen Themen liefen gut.

11) Mittlerer Osten

Haig brachte drei untereinander verbundene Themen zur Sprache:

(a) Iranisch-irakischer Krieg<sup>48</sup>

Die Ausdehnung des iranischen Einflusses auf die Region sei äußerst beunruhigend. Vor allem Saudi-Arabien sei besorgt. Andererseits bestehe die Gefahr, daß man durch eine Überreaktion den Iran in die Hände der Sowjets und der Syrer treiben könne. Deshalb müsse man irgend etwas unternehmen, um die territoriale Integrität des Irak zu bewahren, aber ohne den Iran über den Rand zu stoßen. Man müsse einen internationalen Rahmen dafür finden.

(b) Libanon

Hier sei es höchst dringlich, sich etwas in einem internationalen Rahmen einfallen zu lassen, um einen Puffer herzustellen. Die Glaubwürdigkeit des Waffenstillstandes<sup>49</sup> sei vorüber. Israel sei bereit, jederzeit loszuschlagen; jeder verrückte Akt eines Palästinensers könne zu einem Krieg führen.

(c) Westbank

Israel habe die Westbank de facto annektiert. Die Infrastruktur der palästinensischen Dorfverwaltungen wurde zerstört. Vor der Räumung des Sinai<sup>50</sup> habe man nichts tun können. Daß die Räumung schließlich habe durchgeführt werden können, sei ein Wunder gewesen. Die Autonomie würde ein Vetorecht ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 800*

le von Foltortod zugegeben worden sind, liegt auf der Hand, wieviel Personen Mißhandlungen ausgesetzt waren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; VS-Bd. 12928 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>47</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>48</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 124, Anm. 4.

Oberst i. G. Fromm, Ankara, übermittelte am 28. Mai 1982 Informationen des Militärattachéstabs an der niederländischen Botschaft in Ankara zum Vorgehen der iranischen Streitkräfte im Krieg gegen den Irak: „Soldaten würden mit kleinem, goldenen ‚Himmelsschlüssel‘ im Mund im Sturmangriff durch Minenfelder vorgeschickt, hätten bei ‚Heldentod‘ einen sicheren Platz im Himmel.“ Der Iran sei zu einer größeren Offensive nicht in der Lage und „hätte bestenfalls die Absicht, ein Faustfand auf ir[ak]ischem Boden zu nehmen. Nachschub und Versorgung (Ausnahme: deutlich verbesserte San[itäts]versorgung) und Mangel an kampfkraftigen Einsatzverbänden ließen großräumige Operationen außerhalb Irans nicht zu. Außerdem sei Motivationsverlust zu erwarten, wenn Iran Aggressor würde und nicht mehr ‚den Heimatboden‘ verteidige.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 860; VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>49</sup> Am 24. Juli 1981 gab Ministerpräsident Begin bekannt, daß die israelische Regierung einer befristeten Feuereinstellung im Kampf gegen palästinensische Formationen im Libanon zugestimmt habe. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 219.

<sup>50</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

gen neue Siedlungen und gegen Eingriffe in die Dorfverwaltungen auf der Westbank geben.<sup>51</sup> Die Vereinigten Staaten könnten jedoch nichts in der Libanon-Frage machen ohne Verbesserung ihrer Beziehungen mit Israel. Deshalb werde man wohl das MoU<sup>52</sup> wieder beleben, aber in begrenzter Form. Man denke an einige Lieferungen und an gewisse Koproduktionen. Wichtig sei, daß man schnell weiterkomme.

*Cheysson* äußerte sich in diesem Zusammenhange anerkennend über den erstaunlich guten Zustand der iranischen Armee. Besorgt äußerte sich *Cheysson* über das Übergreifen des Terrorismus nach Frankreich. Hier arbeiteten inzwischen internationale Organisationen für Iraner, Syrer und Palästinenser. Die Reaktion der französischen öffentlichen Meinung werde immer empfindlicher.

*Cheysson* wies darauf hin, daß sich die Lage Ägyptens außerordentlich stabilisiert habe und die Autorität von Mubarak bemerkenswert stark sei. Dies sei eine Hoffnung für die Zukunft. *BM* stimmte dem zu. *Cheysson* machte noch einige Bemerkungen über die gefährliche Zunahme des baskischen Terrorismus.

VS-Bd. 11328 (220)

153

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-NfD

17. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem isländischen Ministerpräsidenten, Prof. Gunnar Thoroddsen, am Dienstag, 11. Mai 1982<sup>2</sup>

Anwesend waren auf isländischer Seite: Gudmundur Benediktsson, StS am Amt des MP, Botschafter Petur Eggerz, Olafur Egilsson, Chef des Protokolls; auf deutscher Seite: Botschafter Krieg, MDg. Dr. Dröge, VLR I Weber, MDg. Dr. Zeller.

<sup>51</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 46, Anm. 10.

Am 14. Mai 1982 stellte Botschafter Hansen, Tel Aviv, fest: „Die gegensätzlichen Auffassungen bei den Autonomieverhandlungen sind nicht dazu geeignet, das bilaterale Verhältnis zu verbessern. Der Verhandlungsprozeß ist so häufig und lange unterbrochen worden, daß fast ein Neubeginn nötig erscheint. Nicht zuletzt die von Israel errichtete zusätzliche Hürde des Verhandlungsortes Jerusalem und die offenbar wenig überzeugende Persönlichkeit des US-Beauftragten Fairbanks (dem gerade wegen des Streits um den Ort, der zur Zeit keine direkten Verhandlungen zuläßt, eine noch wichtigere Vermittlerrolle zuwächst) lassen keine günstige Perspektive erwarten.“ Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 524 vom 17. Mai 1982 übermittelte Aufzeichnung; Referat 310, Bd. 135708.

<sup>52</sup> Zu dem von den Verteidigungsministern Sharon (Israel) und Weinberger (USA) am 30. November 1981 in Washington unterzeichneten „Memorandum of Understanding“ vgl. Dok. 19, Anm. 6.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Thoroddsen hielt sich vom 11. bis 14. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 147.

Sie begrüßen T. zu seinem Gegenbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Sie erwähnen Ihren Besuch im Jahre 1977<sup>3</sup>, Ihre engen persönlichen Beziehungen zu den nordischen Staaten, die Sie aus eigener Anschauung kennen.

Sie wären daran interessiert, T.s Einschätzung der augenblicklichen Beziehungen im Bündnis sowie der weltwirtschaftlichen Lage kennenzulernen, die Sie als wenig einladend und eher erschreckend bezeichnen.

T. bemerkt, daß er zum letzten Mal vor sieben Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sei, damals zu Verhandlungen über den Fischereikonflikt.<sup>4</sup> Führer der deutschen Delegation sei StM Wischniewski gewesen. Es sei ihm gelungen, den Fischereikonflikt zu lösen. Auch T. macht einige Bemerkungen über Ihren Island-Besuch und erwähnt insbesondere, daß Sie die damals neu aufgetauchte Insel besucht hätten.

Er wolle mit einer Beschreibung der politischen Lage in seinem Lande beginnen. Unter den 60 Parlamentariern stelle seine Partei, die Unabhängige Partei, mit 22 Abgeordneten das größte Kontingent. Er erwähnt, daß diese Partei vor etwa 50 Jahren aus einer Fusion der Konservativen und Liberalen Partei entstanden ist. Das zweitgrößte Abgeordnetenkontingent stellt die Progressive Bauernpartei mit 17 Abgeordneten, gefolgt von der Volksallianz mit 11; die Sozialdemokraten stellten 10 Abgeordnete.

Nie sei es einer Partei gelungen, die Mehrheit für eine Regierungsbildung zu erreichen; so hätten sich immer zwei oder drei Parteien zu einer Koalition zusammenfinden müssen. In den folgenden Ausführungen geht es T. darum darzutun, daß die kommunistische Volksallianz, die einzige Partei in Island, die gegen die NATO und gegen die isländische Verteidigungspolitik sei, Mitglied schon in mehreren Regierungskoalitionen war. Nach den Wahlen von 1979<sup>5</sup> hätten die Unabhängigen, die Fortschrittlichen und die Volksallianz versucht, zusammen eine Regierungskoalition zustandezubringen; dem habe seine eigene Partei letztlich nicht zugestimmt. Seine Regierung könne sich im Parlament auf eine Mehrheit von 32 Stimmen gegenüber 28 in der Opposition stützen. Er befinde sich seit jetzt mehr als zwei Jahren im Amt; die nächsten Wahlen werden 1983<sup>6</sup> stattfinden. Es könnte sein, daß für einige Freunde Islands die Tatsache der Regierungsbeteiligung der Volksallianz ein gewisses Problem darstelle.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 15. bis 17. Juli 1977 Island.

<sup>4</sup> Die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Island über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island wurde am 28. November 1975 durch Notenwechsel geschlossen und trat am gleichen Tag in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1852–1859. Zu den Fischereiverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Island vgl. ferner AAPD 1975, II, Dok. 220 und Dok. 362.

<sup>5</sup> Am 2./3. Dezember 1979 fanden in Island Parlamentswahlen statt.

<sup>6</sup> In Island fanden am 23. April 1983 Parlamentswahlen statt.

<sup>7</sup> Botschaftsrat Pallasch, Reykjavik, analysierte am 28. Juli 1981 „Brennpunkte der kommunistischen Machteroberungsstrategie“ auf Island: „Es ist eindeutig, daß die kommunistische Strategie davon ausgeht, vorhandene Stärkepositionen im Bereich der isländischen Wirtschaft weiter auszubauen, um den Wirtschaftsablauf auf Island noch vollständiger zu kontrollieren. [...] Dabei erscheint die jetzige innenpolitische Konstellation Islands den Kommunisten beinahe ideal. Denn sie hoffen und erwarten, ihre Partner innerhalb der Regierung immer wieder zum Nachgeben gegenüber ihren Forderungen bewegen zu können. Tatsächlich scheint der jetzige, zur Zeit außerordentlich zurückhaltende Ministerpräsident Gunnar Thoroddsen diesen Erwartungen in gewisser Weise zu entsprechen. Ohne größeren Rückhalt in der eigenen Partei, deren Mehrheit sich in der Opposition befindet, nach glaubwürdigen Darstellungen noch bis vor kurzem stark verschuldet, dabei ehrgei-

Sie werfen ein, daß Mitterrand in derselben Lage sei und auch Kommunisten in die Regierung aufgenommen habe.

T. erläutert, daß er als Bedingung für die Regierungsbeteiligung der Volksallianz gestellt habe, daß die Richtung der Außen- und Verteidigungspolitik beibehalten werde. Im Parlament werde die Bündnispolitik von 49 unter 60 Abgeordneten unterstützt; lediglich die elf Abgeordneten der Volksallianz seien dagegen. Auch die Bevölkerung unterstütze die Bündnispolitik in ihrer überwältigenden Mehrheit.

In seiner Regierungszeit habe er versucht, die Inflationsrate zu senken. Das sei ihm tendenziell auch gelungen; sie sei von 60 % in den Jahren 1979/80 auf 40 % im letzten Jahr gefallen; er hoffe, sie auf 30 % herunterzubringen. Dabei wolle er vermeiden, daß es zu Arbeitslosigkeit komme, die es jetzt in Island nicht gebe; die Arbeitslosenrate habe im vergangenen Jahr 0,4 % betragen.

T. bejaht Ihre Frage, ob es ein Defizit in der Leistungsbilanz gebe. Ein Grund dafür sei der Rückgang der Fischreserven. So sei eine Fischart, der Capelin, nahezu vollständig verschwunden. Er werde durch isländische Fischer auch nicht mehr gefischt, und seine Regierung versuche, mit der EG und mit Norwegen gemeinsam Konservierungsmaßnahmen zu ergreifen. Die EG sei hiervon wegen der Fischgründe um Grönland betroffen.

Ihre Frage nach einem möglichen Verbleib Grönlands in der EG<sup>8</sup> beantwortet T. eher ausweichend. Es sei schwierig zu wissen; jedenfalls stelle Grönland ein schweres Problem für Dänemark dar, wenn es dazu kommen sollte, daß Zollschranken zwischen dem dänischen Mutterland und Grönland errichtet würden.

Zweiter Grund für die Schwäche der isländischen Leistungsbilanz sei der Rückgang der Aluminiumexporte. Der Haushalt hingegen befinde sich in gutem Gleichgewicht, und er bemühe sich, daß dies so bleibe.

T. verneint Ihre Frage, ob die Sowjets direkten Einfluß auf die Volksallianz ausübten. Jedenfalls leugnet die Volksallianz, daß sie Beziehungen zu Moskau habe. Sie werfen ein, daß die Sowjets eine große Botschaft in Reykjavik unterhalten.

T.: Sie erklärten dies mit den Handelsbeziehungen zu Island und auch damit, daß sie in ihrer Botschaft keine Isländer beschäftigen wollten. Sie, die Isländer, wüßten wohl, daß dies nicht eine vollständige Erklärung sei.

Auch die chinesische Botschaft sei sehr groß. Jedes Mal, wenn er den chinesischen Botschafter<sup>9</sup> treffe, betone dieser, wie wichtig es sei, die NATO zu stärken.

Die Volksallianz habe gegen die Invasion Afghanistans<sup>10</sup> und die Vorfälle in Polen protestiert. Ebenso würde sie freilich gegen Islands Mitgliedschaft im Bündnis Stellung nehmen.

Sie nehmen dann zur wirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Es handele sich um eine tiefgreifende Krise, eine Depression. Die Arbeitslosigkeit in allen west-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 803*

zig, scheint Ministerpräsident Thoroddsen der Volksallianz-Partei zur Zeit die beste Gewähr dafür zu bieten, daß ihre Vorwärtsstrategie ohne größere Widerstände weiterhin erfolgreich sein wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 206; Referat 204, Bd. 124950.

<sup>8</sup> Zur Volksabstimmung in Grönland am 23. Februar 1982 über einen Verbleib in der EG vgl. Dok. 121, Anm. 6.

<sup>9</sup> Chen Feng bzw. Ding Xuesong.

<sup>10</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

europäischen Ländern sei hoch: zwölf Prozent in GB, acht Prozent in F, sieben bis acht Prozent in It, über sechs Prozent bei uns. Unsere Öffentlichkeit habe Schwierigkeiten, dies zu verdauen. Die Inflationsrate bei uns sei hingegen eher niedrig: aufs Jahr gerechnet zwei Prozent, im Vergleich zum Vorjahr fünf Prozent.

Es bestünden Aussichten, aus der augenblicklichen Depression in der zweiten Jahreshälfte wieder herauszukommen. Die Arbeitslosigkeit bliebe jedoch hoch. Sie erläutern dann im einzelnen die Probleme der Ausländerbeschäftigung bei uns, die unterschiedlich sind, je nach der Herkunft der Arbeitskräfte. Das Hauptproblem stellten aus kulturellen und Gründen ihrer politischen Organisation die Türken. Die Ausländerfrage stelle für uns eines der größten Probleme der 80er Jahre dar.

Die wirtschaftliche Lage bei uns habe zu Unzufriedenheit unter der Wählerschaft geführt; dies zeige sich bei den Wahlen in den Ländern (hier geben Sie eine kurze Erläuterung der föderalistischen Verfassungsstruktur bei uns). Die Lage werde sich jedoch bessern; Sie seien nicht pessimistisch hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage bei uns, wohl aber, wenn man die wirtschaftliche Lage weltweit ansehe. Die Wirtschaftspolitik der USA habe sich sehr nachteilig auf unsere Wirtschaften ausgewirkt, insbesondere, was die Zinssätze betrifft, die international teilweise 10 % real übersteigen. Bei uns zeigt die Inflationsrate eine fallende Tendenz; uns sei es auch gelungen, die Leistungsbilanz auszugleichen, wodurch wir unabhängiger von den amerikanischen und internationalen Zinssätzen geworden sind. Von nominal 11 % im Herbst sei die Zinsrate auf 8,5 % jetzt gefallen und werde wahrscheinlich weiter unter 8 % fallen. Dies sei auch dringend notwendig, um die privaten Investitionen wieder anzuregen, insbesondere im Wohnungsbau. Die Zinsraten seien jedenfalls das größte Einzelhindernis für eine wirtschaftliche Wiedergesundung.

Sie äußern sich auf Thoroddsens Frage nach dem Versailles-Gipfel<sup>11</sup> etwas skeptisch hinsichtlich seiner positiven Wirkungen; vielleicht werde er dazu beitragen, zusätzliche Schwierigkeiten zu verhindern. Das gilt insbesondere in der Frage des Handelsprotektionismus. Unter dem Strich erwarteten Sie jedoch keine spektakulären Ergebnisse.

T. wird zusammen mit dem isländischen Außenminister<sup>12</sup> zum Allianz-Gipfel nach Bonn kommen.<sup>13</sup>

Sie erwähnen, daß die Verteidigungsminister nicht eingeladen sind<sup>14</sup>, was nur natürlich sei, da der Gipfel politische Akzente und nicht Akzente auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung setzen sollte. Von amerikanischer Seite, insbesondere seitens Weinbergers, sei versucht worden, die militärischen Fragen stärker in den Vordergrund zu bringen.

<sup>11</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>12</sup> Ólafur Jóhannesson.

<sup>13</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>14</sup> Zu einer Beteiligung der Verteidigungsminister an der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 134, Anm. 26.

Sie nehmen sodann zu der Kontinuität und Nichtkontinuität amerikanischer Politik bei den jeweiligen Präsidentenwechseln Stellung, schildern, mit welchen Folgen gerade auch in der öffentlichen Meinung der USA Sie und die Bundesregierung im Sinne einer Kontinuität der Bündnispolitik gearbeitet hätten. Die Zeichen für den Allianzgipfel stünden jedoch auf Konvergenz. Sie erwähnen insbesondere die Ansprache des Präsidenten vom 9. Mai<sup>15</sup> und sein Angebot, mit START-Verhandlungen zu beginnen.

Sie äußern sodann Ihre Besorgnis über die Falkland-Krise, ihre möglichen wirtschaftlichen Folgen und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen Europas und der westlichen Welt zu den Staaten Lateinamerikas. Wir hofften, daß die Bemühungen des VN-Generalsekretärs<sup>16</sup> und anderer Erfolg hätten. Wir hätten uns spontan auf die Seite GBs gestellt, versuchten aber zu mäßigen. Letztlich wisse man nicht genau, was GB wolle. Die SU sei wahrscheinlich der einzige Gewinner in diesem Spiel. In Lateinamerika sei es schon zu Umarmungen zwischen Nicaraguanern und Argentinern gekommen. Auch F mache sich Sorgen, insbesondere aber die italienische Regierung, da die Hälfte der argentinischen Bevölkerung italienischer Abstammung sei und 1,5 Millionen Italiener in Argentinien lebten. Ähnlich gehe es mit Spanien und Portugal.

Nächster Gesprächspunkt ist Polen. Sie verweisen auf die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und darauf, daß der Kommunismus in einem Land wie Polen stets auf Widerstände treffen werde. Die Führung Polens sei jedoch schon aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Melodie anzustimmen, die man in Moskau spiele. Jaruzelski sei Pole, Militär und erst zuletzt Kommunist. Man könne durchaus vermuten, daß er mit Verhängung des Kriegsrechts einer sowjetischen Intervention zuvorkommen wollte. Damit habe er freilich eine Lage geschaffen, die den Russen sehr entgegenkommt. Eine polnische Diktatur behage ihnen sehr viel mehr als die direkte Intervention. Die beste Entwicklung, die man für Polen voraussehen könne, wäre eine langsame Entwicklung sowohl der Wirtschaft wie der Rechte der Bevölkerung. Es seien jedoch Zweifel daran erlaubt, ob die polnische Bevölkerung sich mit einer solchen langsamen Entwicklung zufrieden gibt. Komme es zu weiteren Zusammenstößen, so folge eine Eskalation der Gewalt, wie schon die Ereignisse vom 1. und 3. Mai<sup>17</sup> befürchten ließen.

Sie äußern sich kritisch hinsichtlich der Embargo-Politik gegenüber Polen, fügen jedoch hinzu, daß auch ohne politisch motiviertes Embargo die westlichen Banken äußerst zögernd wären, Polen zusätzliche Kredite zu gewähren. Auch keine westliche Regierung könne es sich mehr leisten, derartige Kredite zu 100% abzusichern. Die Verluste aus früheren Kreditgeschäften seien dieses und nächstes Jahr schon sehr hoch. Daraus ergebe sich nahezu eine Unmöglichkeit, neues Geld auszuleihen.

Auf die Friedensbewegung angesprochen, entgegnen Sie, für Sie gebe es drei verschiedene Gründe, einen legitimen, einen verständlichen und einen übertriebenen.

<sup>15</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. Dok. 142.

<sup>16</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

<sup>17</sup> Zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai 1982 in Polen vgl. Dok. 134, Anm. 30.

Der legitime sei, daß die Großmächte ihren Verpflichtungen aus dem NPT<sup>18</sup> nicht nachgekommen seien, sondern vielmehr ihre Nuklearrüstungen vorantrieben. Auf unserem Boden lägen zahlreiche nukleare Gefechtsköpfe; auch im anderen Teil Deutschlands gebe es derartige Gefechtsköpfe. Rußlands übertriebenes Bedürfnis nach Sicherheit bedeute Unsicherheit für alle übrigen.

Der verständliche, wenn auch nicht immer rationale<sup>19</sup> Grund für die Friedensbewegung sei, daß mehr und mehr Leute die Logik der Abschreckung und Gegenabschreckung nicht mehr nachvollziehen könnten. Dies trete um so leichter ein, je lauter man von diesen Dingen in der Öffentlichkeit spreche. Dabei sei natürlich richtig, daß dieses System der Abschreckung 30 Jahre lang den Krieg verhindert habe. Dies gelte auch für die Zukunft.

Es sei jedoch unerlässlich, dies durch Rüstungskontrolle und Abrüstung auf der Grundlage beiderseitiger Absprachen zu ergänzen. Besorgnisse bei uns, in der öffentlichen Meinung, seien auch verstärkt worden durch eine nicht immer wohlüberlegte Sprache in den USA. Ein Satz wie der, daß wir nicht mehr in einer Nachkriegszeit, sondern in einer Vorkriegszeit lebten, habe seine Wirkungen bei uns nicht verfehlt. Dies alles aber könne wieder in die richtige Richtung gebracht werden, wenn die Administration in den USA größeres Verständnis für die Notwendigkeiten ihrer Verbündeten aufbringe. Hier habe sich letztlich manches richtig entwickelt, und das Verständnis wachse, nicht zuletzt unter dem Druck eigener innerer Bewegungen, wie der des freeze movement<sup>20</sup>. Dies alles hat freilich sehr viel Zeit in Anspruch genommen und wird weiterhin Zeit dauern. Präsident Reagan spüre den Druck im eigenen Land; zum Teil hat dies wirtschaftliche Gründe, zum Teil hat dies aber auch mit seiner Politik auf strategischem Gebiet zu tun. Schließlich solle man nicht vergessen, daß die Friedensbewegung ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten genommen hat; dies seit dem Vietnam-Krieg.

Sie verweisen dann auf die allgemeine Wehrpflicht bei uns, auf die Stärke der konventionellen Verteidigung, die beweise, daß wir unseren Verpflichtungen voll gerecht würden. Auch die Friedensbewegung sei nicht der Ausdruck von Feigheit, sondern von Besorgnis. In den USA gebe es jetzt den Vorschlag der vier recht bekannten Politiker, auf einen Erstschatz mit nuklearen Waffen zu verzichten.<sup>21</sup> Sie hielten diesen zwar nicht für gut, er zeige jedoch, wie tief die Skepsis in den Vereinigten Staaten selbst reiche.

Jedenfalls habe die Strategiedebatte begonnen, und ihr Ende sei nicht abzusehen. Es würde Sie nicht erstaunen, wenn sie bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hineinreichen würde. Sie habe natürlich auch etwas mit dem bevorstehenden Führungswechsel in der SU zu tun, der zusätzliche Unsicherheiten schaffe. Sie glaubten nicht, daß es bei einem Führungswechsel in der SU zu tiefgreifendem Wandel in der Politik der Sowjetunion komme. Jedoch vermuteten Sie, daß die SU verstärkte Anstrengungen unternehmen würde, ihre Beziehungen mit China zu verbessern. Auf die Frage nach einem Nachfolger Breschnews

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „rationelle“.

<sup>20</sup> Zur Friedensbewegung in den USA vgl. Dok. 142, Anm. 12.

<sup>21</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

entgegenen Sie, daß dies für uns nicht klar sei. Breschnew selbst würde wahrscheinlich Tschernenko favorisieren. Die Frage sei nur, wie weit sein Einfluß noch reiche. Sie glaubten, daß Breschnew immer sehr ernsthaft um die Erhaltung des Friedens bemüht gewesen sei, so wie er das eben verstehe.

T. fragt nach Ihren Vorstellungen für den 10. Juni und nach der Bedeutung des Allianz-Gipfels.

Sie meinen, daß die USA die sowjetische Bedrohung sehr stark herausstellen werde; desgleichen unsere Schwäche. Dies treffe jedoch nicht zu, wir seien so schwach nicht.

Die USA drängten auch sehr auf eine Verstärkung der konventionellen Verteidigung<sup>22</sup>, so wie sie vor vier Jahren zunächst eine Erhöhung der finanziellen Beiträge<sup>23</sup>, danach eine Verstärkung des nuklearen Arsenal verlangt hätten. Wir seien uns stets der Notwendigkeit genügend großer Verteidigungsanstrengungen bewußt gewesen, um das Gleichgewicht zu erhalten. Wir wollten jedoch ebenso, daß auf dieser Grundlage des Gleichgewichts Dialog und Verhandlungen stattfänden und daß es zu Abmachungen über Abrüstung und Rüstungsbegrenzung komme. In diesem Zusammenhang habe Reagans START-Rede große Bedeutung. Die US-Regierung sei jetzt zu Verhandlungen bereit, wobei offen bliebe, ob sie auch die Unterstützung der Senatoren für den Abschluß von Verträgen finden würde.

Uns gehe es jedenfalls darum, beim Allianz-Gipfel die Doppelstrategie der Allianz zu festigen und zu bestärken. Wir würden in dieser Richtung auch sehr deutlich sprechen.

Auf Ihre Bitte erläutert Herr Dröge die noch nicht von Ihnen berührten Bereiche der Vorbereitung für den Allianz-Gipfel, so insbesondere die Frage der out of area activities und die Nord-Süd-Beziehungen. Ein Entwurf der Bonner Erklärung werde zu Beginn der nächsten Woche von den Außenministern besprochen werden.<sup>24</sup>

Sie werfen ein, daß der Allianz-Gipfel auf jeden Fall kein Ort für Muskelspiele sein sollte.

T. fragt, wer von Reagans beiden Hauptberatern in internationalen Fragen, Haig oder Weinberger, den größten Einfluß habe.

Sie entgegnen, daß man den Präsidenten selbst nicht unterschätzen solle. Er habe letztlich den größten Einfluß, sei eine verlässliche und auch liebenswerte Persönlichkeit, die sehr hochzuschätzen sei. Er kenne Europa und die Welt noch nicht so gut. Der einzige, der hiervon eigene Kenntnisse habe, sei Haig und ein wenig der Vizepräsident Bush.

<sup>22</sup> Vgl. dazu den Vorschlag der USA für eine „Erklärung über konventionelle Verteidigung“; Dok. 139, Anm. 17.

<sup>23</sup> Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 152.

<sup>24</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 156–159.

MDg Dröge erläutert die Stellung des Vizepräsidenten in den USA, die nie besonders stark gewesen sei. Das habe sich etwas mit Mondale und auch mit Bush geändert, die beide sich eine gewisse Stellung erobern konnten. Bush erhalte auch Sonderaufträge, und er habe guten Zugang zum Präsidenten.

Sie bekräftigen, daß Haig ein gutes und solides Urteil über die Außenwelt habe, und verweisen auf seine früheren Positionen.

Thoroddsen will abschließend noch einige bilaterale Fragen ansprechen.

Unsere Beziehungen seien ausgezeichnet, die strittigen Fischereifragen gelöst, bei uns studierten zahlreiche isländische Studenten. Island exportiere in die Bundesrepublik Deutschland Fisch und Fischprodukte; die Handelsbilanz sei für Island negativ. Ihm sei sehr daran gelegen, Mittel und Möglichkeiten zu finden, um dies zu bessern.

Dann gehe es ihm um die Konservierung der Fischbestände und um die Frage der Einfuhrzölle auf Salzhering und Seelachs. Dies seien weniger bilaterale Fragen, als Fragen, die zwischen Island und der EG zu behandeln seien.

Bei der Konservierung handele es sich um den Capelin-Fisch (Lodde). Die Bestände seien überfischt und dadurch in ein kritisches Stadium geraten. Da dieser Fisch nicht nur in Gewässern um Island stehe, sondern auch in denen um Grönland, müsse man sich gemeinsam um diese Fragen kümmern.

Sodann spricht Thoroddsen die Frage der Einfuhrzölle für Salzhering und für Seelachs an. Seelachs sei für die deutsche fischverarbeitende Industrie von Bedeutung.

Sie sagen Prüfung zu und bitten gleichzeitig um Übersendung eines Memorandums zu diesen Fragen.

Sodann bemerkt Thoroddsen, daß er sich auf das Treffen in Kiel sehr freue.<sup>25</sup> Sie geben hierzu einige Erläuterungen.

Auf Ihre Frage nach der isländischen Haltung zur KWFZ in Nordeuropa<sup>26</sup> entgegnet T., daß es einmal in Island keine Atomwaffen gebe, daß im übrigen die Haltung der Regierung Islands die gleiche sei wie die der anderen betroffenen nordeuropäischen Staaten. Er sei gegen eine Sonderzone innerhalb des Bündnisbereichs.

Sie verweisen darauf, daß der Verzicht auf Stationierung in einer bestimmten Zone das Problem nicht löse, da man stets mit den Mittelstreckenwaffen auch in die Zone hineinschießen könne.

Auf Ihre Frage nach der Haltung der Regierung Islands zur Seerechtskonferenz<sup>27</sup> erläutert Thoroddsen die bekannte positive Haltung Islands.

Eine Möglichkeit, daß deutsche Fischer wieder in isländischen Gewässern fischen könnten, schloß T. aus. Dies sei leider nicht möglich.

<sup>25</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch am 26./27. Juni 1982 in Kiel vgl. Dok. 194.

<sup>26</sup> Ministerpräsident Nordli äußerte sich am 1. Januar 1981 zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nord- und Mitteleuropa. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 5 und Dok. 20.

Zum sowjetischen Vorschlag für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 101, Anm. 33.

<sup>27</sup> Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 56, Anm. 23.

Sie schließen das Gespräch ab mit einer kurzen Verständigung über die Behandlung des Gesprächs in der sich anschließenden Pressekonferenz.

[gez.] Zeller

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61

## 154

### Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt

114-12547/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 17. Mai 1982, 13.00 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 236

Ankunft: 17. Mai 1982, 13.31 Uhr

Cito

Betr.: Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien<sup>2</sup>

Bezug: 1) DE 91 vom 20.4.82 – 422-411.10 SAR-637/82 VS-v<sup>3</sup>

2) DB 220 vom 8.5.82 – Pol 411.10 VS-NfD<sup>4</sup>

I. 1) Auf meinen schon vor längerer Zeit geäußerten Wunsch hin hat mich stellvertretender Kommandeur der Nationalgarde, Prinz Badr ibn Abdul Aziz, gestern in Riad zu längerem Gespräch empfangen. Ich habe ihm dabei einleitend gesagt, Hauptzweck meines Besuchs sei es, ihm auf seine Anfrage vom 6.3.82<sup>5</sup> wegen der Lieferung von Leopard-II-Panzern zwar keine endgültige

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Fischer am 18. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist sehr positiv.“

Hat Loeck am 18. Mai 1982 vorgelegen.

Hat Henze am 20. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 4.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Fischer wies Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an: „Sie werden gebeten, das Schreiben von Prinz Badr vom 6.3.1982, möglichst mündlich, wie folgt zu beantworten: Die Bundesregierung habe die neuen Grundsätze für den Rüstungsexport noch nicht verabschiedet. Unmittelbar nach der Verabschiedung werde sie die saudischen Wünsche prüfen. Der Zeitpunkt lasse sich noch nicht absehen. Schon jetzt sei deutlich, daß die Genehmigung für die Ausfuhr von Leopard-II-Panzern angesichts unserer Rüstungsexportpolitik, die weiterhin restriktiv bleiben werde, sehr große, wahrscheinlich unüberwindliche Probleme aufwerfe. Sämtliche saudischen Wünsche werden jedoch sehr sorgfältig geprüft werden.“ Vgl. VS-Bd. 10407 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, wies darauf hin, daß der saudi-arabische Verteidigungsminister Prinz Sultan in einem Interview „erneut die Diversifizierung der Bezugsquellen als Leitlinie saudischer Rüstungspolitik bestätigt“ habe: „In einem kurzen Abschnitt des Interviews kommt auch der Ankauf von Leopard-II-Panzern zur Sprache. Sultan wiederholt dort fast wörtlich seine am 4.2. gemachten Äußerungen [...]: S[audi]A[rabien] hat keinen förmlichen Antrag gestellt. Angebot zur Lieferung der Panzer ist von deutscher Seite an uns herangetragen worden. Das Königreich hat den Gedanken begrüßt, aber: ‚Wir sind nicht in Eile, weil wir schon gleichartige Waffen besitzen.‘“ Vgl. Referat 422, Bd. 124244.

<sup>5</sup> Am. 13. März 1982 berichtete Botschafter Freiherr von Stein, Djidda: „Mit an mich gerichtetem Schreiben vom 6.3.1982 – hier eingegangen am 10.3.82 – fragt stell[vertreter] Kommandeur der Nationalgarde, Prinz Badr, förmlich an, ob Bundesregierung bereit und in der Lage sei, Leopard II

Antwort, wohl aber einen Sachstandsbericht zu geben. Dazu habe ich dann unter sinngemäßer Verwendung der mit Bezugs-DE erteilten Weisung folgendes ausgeführt:

Die Überprüfung unserer rüstungsexportpolitischen Grundsätze<sup>6</sup>, die sich länger als erwartet hingezogen habe, sei – wie er vielleicht schon wisse – vor kurzem mit der Verkündigung einer Neufassung der Richtlinien abgeschlossen worden.<sup>7</sup> Die Bundesregierung sei deshalb jetzt in der Lage, die in den vergangenen Monaten an sie herangetragenen Wünsche im einzelnen zu prüfen. Auch bezüglich der Anfrage der National Guard könne nun also mit einer baldigen Antwort gerechnet werden.

Schon jetzt müsse ich aber darauf hinweisen, daß entgegen anderslautender, auch in der saudischen Presse veröffentlichter Agenturmeldungen die neuen Vorschriften im Kern nicht weniger restriktiv seien als die bisherigen Richtlinien.

So bleibe das grundsätzliche Verbot des Exports von Waffen in Nicht-NATO-Länder bestehen. Ausnahmen seien nur in ganz besonders gelegenen Fällen möglich. Bei Anwendung der hierfür geltenden Kriterien (die ich nicht im einzelnen aufgeführt habe) werde sich vermutlich im Vergleich zur bisherigen Praxis eher eine Einengung als Ausweitung ergeben. Es sei deshalb möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß sich der Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien unüberwindbare Hindernisse in den Weg stellen würden.

Ich habe noch hinzugefügt, daß die sich in den neuen Grundsätzen widerspiegelnde Beibehaltung unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik Ausdruck einer breiten, auf die Förderung des Friedens gerichteten Grundströmung im deutschen Volk und im Bundestag sei und keineswegs das Ergebnis irgendeines Drucks der Israelis oder der „jüdischen Lobby“.

Prinz Badr bedankte sich für den Freimut meiner Darlegungen, den er als Beweis der zwischen beiden Ländern bestehenden Freundschaft zu würdigen wisse. Er sei über meine Ausführungen nicht überrascht, da der Bundeskanzler die saudische Seite bei allen Gesprächen über diese Frage bereits auf die zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen habe. Er halte eine Stärkung der saudischen Verteidigungsfähigkeit zwar für dringend wünschenswert und auch im westlichen Interesse liegend, wolle mir aber versichern, daß die saudische Führung „die befreundete deutsche Regierung nicht in die Enge treiben“ wolle.

2) Im restlichen Teil des von Prinz Badr auf über anderthalb Stunden ausgedehnten Gesprächs beklagte er sich zunächst eindringlich über die US-Haltung im Nahost-Konflikt. Anknüpfungspunkt Badrs war eine (mir nicht bekannte und in den hiesigen Medien auch nicht erwähnte) Erklärung Präsident Reagans vom 14. oder 15. Mai, in der dieser offenbar nochmals die amerikanische Ga-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 810*

an Nationalgarde zu liefern [...]. Nach Rang und Herkunft des Absenders (Badr ist Sohn von ‚Ibn Saud‘) ist davon auszugehen, daß das Schreiben zumindest mit seinem Halbbruder, Prinz Abdullah, höchstwahrscheinlich aber auch mit Kronprinz Fahd abgestimmt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; VS-Bd. 10407 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 5.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu ferner Dok. 126.

rantie für die Bewahrung der israelischen militärischen Überlegenheit bekräftigt hat.<sup>8</sup> Die Saudis hätten sich zunächst große Hoffnungen gemacht, daß Haig für eine ausgewogenere US-Politik im Nahen Osten sorgen werde, seien von ihm aber enttäuscht worden. Weinberger sei der einzige, der die Lage realistisch sehe.

Weitere Ausführungen waren der „Doppelzüngigkeit“ der neuen französischen Regierung gewidmet. Demgegenüber gehöre die Bundesregierung zu den wenigen, die ihre Nahost-Politik kontinuierlich beibehalten hätten. An sie und vor allem an den von der gesamten saudischen Führung hoch geschätzten Bundeskanzler richte sich daher die Bitte, allen Einfluß geltend zu machen, um die Amerikaner und die Europäische Gemeinschaft zu einer Politik der Vernunft zu bewegen. Badr hat schließlich auch unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit lobend hervorgehoben.<sup>9</sup>

II. 1) Verlauf des in entspannter, sogar ausgesprochen freundlicher Atmosphäre geführten Gesprächs hat mich einigermaßen überrascht. Nach den hier durchweg unter Überschriften wie „Bonn erleichtert den Rüstungsexport“ veröffentlichten Pressemeldungen hatte ich eigentlich bei Prinz Badr deutliche Anzeichen der Enttäuschung erwartet. Dies war nicht der Fall, statt dessen hat Badr auch im zweiten Teil des Gesprächs immer wieder die besonders guten bilateralen Beziehungen hervorgehoben und das Schwergewicht auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im politischen Bereich gelegt. Ich vermute, daß seine Gesprächsführung auch durch die derzeitige Situation in Nah- und Mittelost und das dadurch bedingte Gefühl der Saudis beeinflußt wurde, mehr denn je auf enge Partnerschaft mit uns und anderen westlichen Verbündeten angewiesen zu sein.

Welchen Einfluß der 1933 geborene und in den 60er Jahren zu den sog. „liberal Princes“ gehörende Badr bei Prinz Abdullah hat, vermag ich allerdings nicht zu sagen.

2) Ausführungen Prinz Badrs zeigen jedenfalls, wie groß das Vertrauenskapital ist, über das wir in Saudi-Arabien verfügen. Ob dies so bleibt, wird m. E. weniger von der Entscheidung über den Leopardverkauf als von unserer Haltung im Nahost-Konflikt und damit auch – auf kurze Frist gesehen – vom Verlauf des Besuchs des Herrn Bundesministers in Israel<sup>10</sup> abhängen.

[gez.] Stein

**VS-Bd. 10407 (422)**

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Reagan am 14. Mai 1982 bei einem Pressegespräch in Philadelphia; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 641 f.

<sup>9</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien im Bereich der inneren Sicherheit vgl. Dok. 46, Anm. 6.

<sup>10</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 2./3. Juni 1982 Israel. Vgl. dazu Dok. 168, Dok. 173 und Dok. 174.

## 155

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Haas****Dg 32-381.40 NAM-428I/82 VS-vertraulich****18. Mai 1982<sup>1</sup>**

Betr.: Treffen der fünf Außenminister der Namibia-Kontaktgruppe am  
17.5.1982 in Luxemburg

Die fünf AM trafen sich in Begleitung ihrer Afrika-Direktoren von 17.30 bis 18.00 Uhr.

1) Auf Bitte von AM Haig schilderte Crocker kurz den Sachstand: Die Südafrikaner hätten auf die Frage der Kontaktgruppe nach der Annehmbarkeit des einen oder anderen Wahlsystems (in seiner reinen Form) noch nicht geantwortet, jedoch eine Antwort noch in dieser Woche in Aussicht gestellt.<sup>2</sup>

Haig ergänzte, Washington sei vom bei den letzten Gesprächen in Genf gezeigten südafrikanischen Entgegenkommen völlig überrascht worden.

2) AM Cheysson schlug – unter allgemeiner, insbesondere auch des BM Zustimmung – vor, SA<sup>3</sup> beim Wort zu nehmen. Einmal könne sich die innenpolitische Lage in SA wieder ändern, zum anderen spiele, wie die Erfahrungen der letzten Monate zeigten, ein Stocken der Verhandlungen den Sowjets in die Hände.

3) AM Haig warf dann die „sensitive Frage“ der Kubaner in Angola auf, da deren Rückzug für SA und für US mit der Namibia-Lösung verbunden sei.<sup>4</sup> Er, Haig, habe die Frage vor einigen Monaten mit Gromyko besprochen.<sup>5</sup> Die SU

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 19. Mai 1982 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Haas am 19. Mai 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Hat RL 320 vorgelegen, der Vermerk mit FS an Washington, N[ew] Y[ork] und Kapstadt weitergegeben hat. 2) H[errn] D 3 vorgelegt. 3) H. Flittner (320).“

Hat Legationsrat I. Klasse Flittner am 20. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 13. Mai 1982 berichtete Ministerialdirigent Haas, z. Z. Paris, über ein Treffen der Namibia-Kontaktgruppe am Vortag in Paris. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, habe dargelegt, daß sich Südafrika bei Gesprächen über die Namibia-Frage in Genf bereit erklärt habe, am 15. Juli 1982 mit der Ausführung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 zu beginnen, „so daß die Wahlen am 15. März 1983 stattfinden könnten. [...] Zu UNTAG zeigte S[üd]A[frika] – laut Crocker – bisher nie dagewesene Flexibilität. Theoretisch könne es im großen und ganzen bei dem bisherigen VN-Konzept bleiben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 936; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Südafrika.

<sup>4</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

Am 15. Juni 1982 resümierte Botschafter Hermes, Washington, Informationen des amerikanischen Außenministeriums: „Washington ist inzwischen davon überzeugt, daß Luanda einen Abzug der Kubaner lieber heute als morgen sähe. Wichtiger noch als die allgemeine Unzufriedenheit mit der Anwesenheit der ungeliebten Brüder sei das wachsende Bewußtsein, daß ein kubanerfreies Angola ganz andere Möglichkeiten haben werde, westliche Wirtschaftshilfe auf sich und Investitionen anzuziehen. [...] Dennoch fehle die letzte Entschlossenheit, diesen Schritt zu tun. Außer einem Restbestand politisch-ideologischer Hemmungen gebe es in Luandas Perzeption noch immer ein militärisches Schutzbedürfnis angesichts der Bedrohung aus dem Süden (S[üd]A[frika]/UNITA). Crocker und Walters hätten jedoch inzwischen erreicht, daß die angolansiche Regierung in einer Namibia-Regelung auch eine weitgehende Sicherheitsgarantie für sich selbst erkenne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2714; Referat 320, Bd. 138066.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. Januar 1982 in Genf; Dok. 32.

habe heimtückisch bestätigt („sneakily confirmed“), daß sie bereit sei, bei einer Simultanlösung zu kooperieren. Die sowjetischen Handlungen der letzten Monate strafte ihre Worte allerdings Lügen.

Die ebenfalls angesprochenen Kubaner hätten zwar keine Simultanlösung, wohl aber eine gewisse Vereinbarkeit mit diesem Konzept („some compatibility with the concept“) akzeptiert. Sowohl die SU als auch die Kubaner würden von US einen Preis für ihr Wohlverhalten verlangen.

4) AM Haig schlug vor, in der Kubaner-Frage gemeinsam zu handeln, und fragte, wie die Fünf Ihre Bemühungen gegenüber der SU, Kuba, Angola und den übrigen Beteiligten konzertieren könnten.

AM Cheysson betonte, der Verhandlungsprozeß müsse jetzt beschleunigt werden, und schlug vor, diesen Gedanken ins Communiqué aufzunehmen.<sup>6</sup> (Dies geschah.) Sobald SA auf die Frage nach dem Wahlrecht geantwortet habe, sei F bereit, vor allem die Angolaner anzusprechen. Das Hauptproblem sei allerdings Savimibi/UNITA.<sup>7</sup> Er fragte, ob die US und SA hierzu konkrete Vorstellungen hätten. Crocker antwortete und Haig bestätigte, von konkreten SA-Vorstellungen nichts zu wissen; immerhin habe aber Botha im Treffen mit Kaunda von der Öffnung der Benguela-Bahn<sup>8</sup> gesprochen. Die US seien allgemein für eine Politik der nationalen Versöhnung in Angola, wobei Savimibi selbst nicht unbedingt einen Platz haben müsse. „But he must not be destroyed.“

5) AM Pym fand das plötzliche SA-Entgegenkommen merkwürdig, stimmte aber mit allem bisher Gesagten überein.

6) AM Haig schlug – bei allgemeiner Zustimmung – vor, Portugal mehr ins Spiel zu bringen. Alle AM waren bereit, auf Portugal in diesem Sinne einzuwirken.

7) BM sagte zum Savimibi-Problem, daß Fragen nationaler Versöhnung am allerbesten von Afrikanern (z. B. Kaunda) an die Angolaner herangetragen werden könnten.

8) Die weitere Diskussion zur Frage, wer mit wem sprechen solle und könne, ergab, daß alle AM im Prinzip bereit waren, alle Beteiligten – d. h. SU, Kuba, die Portugiesen und die Schwarzafrikaner – anzusprechen.

Die „konzertierte Aktion“ soll in der Washingtoner KG<sup>9</sup> vorbereitet werden.

9) Über den Inhalt dieser Demarchen wurde nichts vereinbart. Einem von Crocker nach Schluß der Ministerrunde geäußerten Gedanken, US könnten

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Communiqués des Treffens der fünf Außenminister der Namibia-Kontaktgruppe am 17. Mai 1982 in Luxemburg vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, II, S. 61.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Staks gab am 23. September 1982 einen Überblick zu der von Jonas Savimibi geführten angolanschen Rebellenbewegung UNITA: „Mit unverminderter, ja verstärkter Kraft kämpft die Guerillaorganisation UNITA gegen die Autorität der MPLA in den Süd- und Zentralprovinzen Angolas. Ein gewisser Höhepunkt wurde im Mai erreicht, als die UNITA-Aktivitäten bis auf 300 km vor Luanda außerhalb der Stammesgebiete der UNITA-geneigten Umbundus heranreichten. [...] Die Angst der MPLA-Regierung ist es, daß UNITA mit Hilfe der Südafrikaner versuchen könnte, in den Grenzregionen zu Namibia einen ‚Pufferstaat‘ aufzubauen. Die MPLA sitzt, solange die Kubaner im Lande sind, fest im Sattel. Auch ohne kubanische Präsenz wäre man vielleicht in der Lage, mit der UNITA militärisch fertig zu werden, wenn der UNITA der Nachschub aus einem unabhängigen Namibia nach Rückzug der Südafrikaner abgeschnitten wäre.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138065.

<sup>8</sup> Zur Schließung der Benguela-Bahn vgl. Dok. 134, Anm. 39.

<sup>9</sup> Kontaktgruppe.

einen Vorschlag für eine solche Demarche unter den Fünf zirkulieren, hielt ich entgegen, es könne zweckmäßiger sein, wenn jeder der Fünf von sich aus seine eigene Gesprächslinie entwerfen würde.

10) BM fragte, wer mit SWAPO sprechen solle. AM Cheysson und AM MacGuigan plädierten dafür, auf SWAPO vor allem über die Afrikaner einzuwirken.

BM ließ Crocker wissen, daß wir jederzeit bereit wären, ein Gespräch Crockers mit SWAPO (Nujoma) zu vermitteln. Crocker sagte mir, er werde auf diese Frage zurückkommen, und zeigte dabei eine Präferenz für deutsche Teilnahme an einer solchen Begegnung.<sup>10</sup>

Haas

VS-Bd. 13582 (320)

## 156

### Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt

114-12571/82 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 7

Citissime

Aufgabe: 18. Mai 1982, 00.10 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 18. Mai 1982, 07.47 Uhr

Betr.: NATO-Außenministertagung 17./18. Mai;<sup>2</sup>

hier: Intervention Bundesminister Genscher in der Aussprache im kleinsten Kreis am 17. Mai 1982 (1 und 1)

Bundesminister Genscher, der als dritter in der ganztägigen Aussprache im kleinsten Kreis sprach, behandelte in seiner ein- bis zweistündigen Intervention die westliche Haltung in der Falkland-Krise und anschließend ausführlich alle außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die in Verbindung mit der Gipfelkonferenz des Bündnisses am 9./10. Juni<sup>3</sup> zur Erörterung und Entscheidung anstehen.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte am 2. Juni 1982 über ein Treffen zwischen dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker: „Durch unsere Vermittlung fand am 1.6. in Bonn erste Begegnung zwischen Crocker und Nujoma [...] statt, nachdem vorher von US geplantes Treffen in Luanda infolge Ausweichen Nujomas (nach Havanna) gescheitert war. [...] Crocker glaubt, bei Nujoma Verständnis dafür gefunden zu haben, daß die sofortige Einberufung einer Konferenz des Genfer Typs keinen Sinn hätte. Nujoma hat hinsichtlich der Form des weiteren Vorgehens erhebliche Flexibilität gezeigt. Ihm kommt es darauf an, daß UNTAG und impartiality schnell und nicht in getrenntem Nacheinander behandelt werden und daß auch die Einigung über das Wahlsystem nicht auf die Phase der 435-Ausführung verschoben wird.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3113; Referat 320, Bd. 125288.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand in Luxemburg statt. Vgl. dazu ebenfalls Dok. 157–159.

<sup>3</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

## 1) Die westliche Haltung in der Falkland-Krise

Die Haltung der Bundesregierung wird in der Falkland-Krise von der Achtung vor dem Völkerrecht bestimmt. Bundesminister Genscher betonte, daß Aggression nicht belohnt werden dürfe. Die Glaubwürdigkeit der Allianzpartner und der Europäischen Gemeinschaft stehe in dieser Situation mit zur Diskussion. Es wirke nichts überzeugender als Solidarität und Einheit. Darin bestehe das Signal an Argentinien und an alle Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft.

2) Der Außenminister begrüßte die Möglichkeit des vertraulichen Gedankenaustausches im Kreise der Allianz-Außenminister zur Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels in Versailles<sup>4</sup> und des NATO-Gipfels in Bonn. Er unterstrich das Ziel, bei diesen Gipfelbegegnungen eine Manifestation des Willens zur Verteidigung und zur Entspannung als Signal auszugeben und die Berechenbarkeit der Allianz und ihrer Ziele erneut zu bekunden: Alles, was zur Wahrung des militärischen Gleichgewichts notwendig sei, müsse geschehen. Der Westen müsse sich weiterhin um wirkliche Entspannung bemühen und das breite Spektrum – es sei das bisher umfassendste – auf den Gebieten der Abrüstung und Rüstungskontrolle (KAE/KSZE und<sup>5</sup> INF, START, MBFR) ausbreiten und als ein überzeugendes Verhandlungsangebot vorstellen. Das Außenminister-Kommuniqué von Rom (Mai 1981) sei bemerkenswert gewesen.<sup>6</sup> Es habe Verteidigungsanstrengungen und Rüstungskontrollvorschläge gebracht und die Notwendigkeit des Dialogs unterstrichen. In dem Kommuniqué sei auch der wichtige Beitrag der echten Blockfreiheit für die Sicherung des Weltfriedens unterstrichen worden. Mancher habe an der Glaubwürdigkeit dieser Aussage als Bestandteil westlicher Politik Zweifel gehegt. Diese Zweifel seien unbegründet.

Der Bundesminister würdigte dann die amerikanischen Initiativen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle mit der positiven Entscheidung zur KAE zu Beginn der Reagan-Administration, der Darlegung des amerikanischen Verhandlungsvorschlags zu INF vom 18. November 1981<sup>7</sup>, dem START-Vorschlag vom 8. Mai 1982<sup>8</sup> und der umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Rede des amerikanischen Außenministers<sup>9</sup>. Das Bild werde durch den bevorstehenden MBFR-Vorschlag<sup>10</sup> vervollständigt.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „n“.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

<sup>7</sup> Zu den Ausführungen von Präsident Reagan am 18. November 1981 vor den Mitgliedern des National Press Club vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>8</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Haig bekräftigte am 6. April 1982 in einer Rede vor der Georgetown-Universität in Washington die Grundlagen der amerikanischen Abschreckungsstrategie, betonte aber auch die Bereitschaft der USA zur vertraglichen Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2062, S. 31–34. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 231–238.

Haig erläuterte am 27. April 1982 vor der Handelskammer in Washington die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2063, S. 40–45.

Anschließend hob der Bundesminister die Breite und Tiefe der Konsultationen bei den INF-Verhandlungen hervor, was besonders wichtig für Deutschland, Großbritannien und Italien sei, die sich zur Aufnahme von Mittelstreckenraketen bereit erklärt hätten. Bei diesen Konsultationen seien auch wichtige Beiträge in die Verhandlungsposition der Vereinigten Staaten eingeflossen. Anknüpfend an die Ausführungen des amerikanischen Außenministers zu den Konsultationen über START unterstrich Bundesminister Genscher die Bedeutung dieses Elements der Zusammenarbeit im Bündnis.

Die neue MBFR-Initiative der USA, zu der jetzt eine gemeinsame Position in der Allianz erarbeitet werde, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß es weiterhin eine konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion und des Warschauer Pakts gebe, und ein MBFR-Abkommen diese Überlegenheit nur in einem begrenzten Raum beseitigen könne. Anstrengungen zur Wahrung eines angemessenen Kräfteverhältnisses seien daher auf jeden Fall erforderlich. Es sei aber auch wichtig, daß in dem Zusammenhang der Verbesserung des Kräfteverhältnisses auf konventionellem Gebiet keinerlei Zweifel an dem Fortbestehen der Abschreckungsstrategie zur Verhinderung des Krieges aufkommen dürften. Das Ziel aller Verteidigungs- und Rüstungskontrollanstrengungen sei, das Gleichgewicht herzustellen bzw. zu sichern, und dies auf möglichst niedrigem Niveau.

Bundesminister Genscher unterstrich die Entschlossenheit, an beiden Elementen des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 festzuhalten. Die Bundesregierung habe mit Zustimmung des Parlaments daher auch Mittel für die Durchführung der Stationierung in den Haushalt 1982 aufgenommen.<sup>11</sup> Die Sowjetunion müsse sich bis Frühjahr 1983 klar werden, welches Verhandlungsergebnis sie erreichen wolle, und darin werde sie positiv beeinflusst werden, wenn sie davon überzeugt werde, daß wir alle Schritte zur Durchführung des Modernisierungsprozesses trafen.

Bundesminister Genscher unterstrich die Notwendigkeit der öffentlichen Unterstützung für die gemeinsamen Anstrengungen auf den Gebieten der Verteidigung und Entspannung. In diesem Zusammenhang wies der Minister darauf hin, daß die Entspannung in den vergangenen Jahren vielen Menschen etwas gebracht habe, insbesondere den Menschen im geteilten Deutschland. Dieses sei erreicht worden und dürfe nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Gleichzeitig hätten wir allerdings auch keine Verringerung unserer Verteidigungsanstrengungen vorgenommen.

3) Zu Polen wies der Bundesminister auf die drei Grundforderungen des Westens, die von den Außenministern in der Sondersitzung vom 11.1.1982 genannt worden waren<sup>12</sup>, hin und unterstrich, daß nach unserer Auffassung eine

*Fortsetzung Fußnote von Seite 816*

Vgl. ferner die Ausführungen Haigs am 17. Mai 1982 in Luxemburg vor der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis; Dok. 157.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 151.

<sup>11</sup> Zu den im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß anfallenden Kosten für Infrastrukturmaßnahmen vgl. Dok. 131, Anm. 21.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

stabile Entwicklung in Polen, aus der Sackgasse hinaus, ohne Dialog mit den Gewerkschaften nicht zu erwarten sein würde. In dieser Situation dürfe man keine falschen Signale geben.

4) Mit besonderem Nachdruck knüpfte Bundesminister Genscher an die Feststellung der Außenministertagung vom Mai 1981 (Rom) bezüglich der Blockfreiheit als Element der Stabilität in der weltpolitischen Entwicklung an und betonte, daß wir alles unternehmen müßten, um die Glaubwürdigkeit der Partnerschaft des Westens mit den Ländern der ungebundenen Welt zu stärken. Die Entwicklung wirtschaftlicher und stabiler Beziehungen zu der Dritten Welt sei von konstitutiver Bedeutung für die Festigung des Friedens. Der Minister nannte als Beispiel die Bemühungen um eine sachgerechte, dem Frieden im südlichen Teil Afrikas dienende Lösung des Namibia-Problems.<sup>13</sup>

5) Anknüpfend an die Ausführungen von Außenminister Haig zu den Schwächen der Sowjetunion, führte Bundesminister Genscher aus: Die sowjetische Wirtschaft werde durch eine zum Mißerfolg verurteilte Wirtschaftsordnung und durch überhöhte Rüstungsausgaben belastet. Diese negativen Faktoren seien durch die Weltwirtschaftskrise potenziert worden. In dieser Lage sei es gerechtfertigt, mit Vertrauen und Selbstbewußtsein die westliche Politik auf allen Gebieten zu vertreten.

6) Große Bedeutung komme vor dem Hintergrund der guten Erfahrung mit der jetzigen Form der Aussprachen der Außenminister im kleinsten Kreis bei den regulären Minister-Konferenzen (Teilnahme: Minister und Ständiger Vertreter im Rat) der Intensität und Offenheit innerhalb des Bündnisses zu. Anknüpfend an die EPZ-Konsultationen im europäischen Rahmen im kleinsten Kreise, schlage er vor, einmal über diese Möglichkeit der Vertiefung der Allianz-Konsultationen<sup>14</sup> informell zu sprechen, möglicherweise im September, wenn alle Außenminister sowieso aus Anlaß der Vollversammlung der VN in New York<sup>15</sup> sein werden. (Der Außenminister der USA und der Außenminister Kanadas<sup>16</sup>, letzterer im Hinblick auf die Ehrenpräsidentschaft Kanadas bis Ende September im NATO-Rat, kündigten die Bereitschaft an, für ein solches informelles Treffen als Gastgeber tätig zu werden. Einzelheiten werden im Nordatlantik-Rat behandelt werden.)

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 14107 (010)**

<sup>13</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen vgl. Dok. 152.

<sup>15</sup> Die VN-Generalversammlung wurde am 21. September 1982 in New York eröffnet.

<sup>16</sup> Mark MacGuigan.

## 157

**Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt**

114-12570/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 8  
Citissime

**Aufgabe: 18. Mai 1982, 00.25 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 18. Mai 1982, 07.48 Uhr**

Betr.: NATO-Außenministertagung 17. bis 18.5. in Luxemburg;<sup>2</sup>  
hier: Diskussionsbeitrag des amerikanischen Außenministers bei der  
Aussprache in kleinstem Kreise am 17. (1 und 1)

Der amerikanische AM appellierte in seiner vierzigminütigen Intervention an die Bereitschaft aller Allianzpartner, in einer von Instabilitäten bestimmten internationalen Lage eine Politik für das nächste Jahrzehnt ins Auge zu fassen, die von Entschlossenheit und Augenmaß (restraint), von Dialogbereitschaft und Verteidigungsanstrengungen bestimmt sei und die sowohl kurzfristigen Bedürfnissen als auch langfristigen Notwendigkeiten gerecht werden müsse. Im einzelnen führte AM Haig folgendes aus:

1) Entwicklung der internationalen Lage

(1) Haig gab der britischen Politik in der Falkland-Krise volle moralische Unterstützung und wies darauf hin, daß ein Fehlschlag außerordentlich abträgliche Wirkungen haben werde. Die Krise im Südatlantik beeinträchtigte die Position der Vereinigten Staaten in Latein- und Mittelamerika und störe den von den USA angestrebten Dialog im karibischen Raum, der mit dem Wahlergebnis in El Salvador<sup>3</sup> an sich eine positive Entwicklung genommen habe, weil dort der demokratische Prozeß gegenüber Gewalt und Revolutionen obsiegt habe. Abträgliche Folgen der Krise im Südatlantik seien aber nicht zu vermeiden.

(2) Die Lage im Nahen und Mittleren Osten bleibt labil. Man könne eine iranische militärische Invasion im Irak nicht ausschließen.<sup>4</sup> Gleichzeitig bestehe die Notwendigkeit, gegenüber Iran Schritte einzuleiten, die die Gefahr einer sowjetischen „politischen Umarmung Irans“ bändigen könnten. Mit Sorge müsse man die kritische Entwicklung im Libanon verfolgen.<sup>5</sup> Zu dem arabisch-israelischen Konflikt unterstrich Haig die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, den Friedensprozeß auf der Basis von Camp David<sup>6</sup> fortzusetzen. Ungeachtet aller entgegenstehenden Schwierigkeiten und vieler guter Ratschläge müsse man sich darüber klar sein, daß es zu diesem Prozeß keine realistische Alter-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ebenfalls Dok. 156, Dok. 158 und Dok. 159.

<sup>3</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>4</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 152, Anm. 48.

<sup>5</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, resümierte am 30. August 1982 die Geschehnisse im Libanon: „Am 21. April brach Israel das im Sommer 1981 ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen im Libanon und bombardierte dort PLO-Ziele. Ein weiterer Luftangriff folgte am 9. Mai.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 916; Referat 310, Bd. 135707.

<sup>6</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

native gebe. Mit dem Abzug Israels aus Sinai<sup>7</sup>, der Beteiligung der Europäer an der „Sinai Peace Force“<sup>8</sup> sei der Weg zur Aufnahme der Autonomie-Gespräche<sup>9</sup> geöffnet. Haig wies bei einer späteren Intervention (Frage des dänischen AM<sup>10</sup> nach den Perspektiven im Nahen Osten) darauf hin, daß zu den Tatsachen der Situation im Nahen Osten auch folgende Umstände gehörten:

Israel sei militärisch stärker als jede arabische Kombination von Kräften. Israel werde immer davon ausgehen, daß es gegebenenfalls auf günstigere Bedingungen bei einer nächsten amerikanischen Administration hoffen könne und beide Seiten, Israel wie Ägypten, wüßten, daß es eine Alternative zu den Autonomiegesprächen nicht gebe.

(3) Haig unterstrich die Bedeutung der Bemühungen der fünf Namibia-Länder und das Ziel, regionalpolitische Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Druck auf den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola erfolgreich werden könne.<sup>11</sup>

(4) Haig unterstrich die fortbestehende Identität (conversion) der strategischen Interessen Chinas und der Vereinigten Staaten. Man werde den Dialog fortsetzen, die schwierigen Fragen der Waffenlieferungen an Taiwan<sup>12</sup> seien aber noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis hingebacht worden.

## 2) Die Lage der Sowjetunion

Haig unterstrich die Schwächen der internationalen sowie der wirtschaftlichen Lage der SU. Er wies auf die Wirtschaftsprobleme des sowjetischen Blocks hin, die mit der Weltwirtschaftskrise noch verschärft worden seien. Die Entwicklung in Polen habe die Schwächen der sowjetischen Vorherrschaft offen kundgemacht; Polen habe noch keine Basis für eine Überwindung seiner politischen und wirtschaftlichen Krise schaffen können. Die Voraussetzung für politische Stabilität sei die „nationale Versöhnung“. Der Westen müsse diesen Punkt entschlossen in den Vordergrund seiner Bemühungen und Forderungen stellen.

Ungeachtet der vorhandenen Schwächen zeige die SU immer wieder Entschlossenheit zum Einsatz militärischer Kräfte, wo sich eine Gelegenheit biete. Es sei bezeichnend, daß er bei seinen Vermittlungsversuchen<sup>13</sup> in Buenos Aires kubanische Flugzeuge gesehen habe, die Gruppen von „Experten“ aus Kuba gebracht hätten. Der sowjetische Botschafter in Buenos Aires<sup>14</sup> sei fast täglich mit der Junta zusammengetroffen.

Die Schwächen der SU können für den Westen nicht Anlaß zur Beruhigung und Zufriedenheit sein. Die SU werde nach amerikanischer Auffassung Zu-

<sup>7</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>8</sup> Zur internationalen Friedenstruppe für den Sinai (MFO) vgl. Dok. 27, Anm. 16.

<sup>9</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

<sup>10</sup> Kjeld Olesen.

<sup>11</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>12</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>13</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig im Falkland-Krieg vgl. Dok. 135, Anm. 4.

<sup>14</sup> Sergej Romanowitsch Striganow.

rückhaltung und Maß nur üben, wenn sie sich darüber im klaren sei, daß ihr ein starker und entschlossener Westen gegenüberstehe.

### 3) Die Lage des Westens

Die Bündnispartner verfügen nach amerikanischer Auffassung über genügend materielle Voraussetzungen, um ihre Interessen wahrnehmen zu können. Heute und in Zukunft brauche die Allianz aber mehr denn je Entschlossenheit und Kohäsion. Darauf käme es in einer Phase des Übergangs der Herrschaft in der SU besonders an.

Die Gipfelbegegnungen in Versailles (Wirtschaftsgipfel)<sup>15</sup> und Bonn (NATO-Gipfel)<sup>16</sup> müßten zu Manifestationen des Vertrauens in unsere Geschlossenheit werden. Sie sollten dazu dienen, die politischen und die wirtschaftlichen Anstrengungen der Bündnispartner so zu gestalten, daß die sowjetische Seite sich zu Zurückhaltung und Maß genötigt fühle.

Der Beitritt Spaniens<sup>17</sup> sei ein Beweis für die Attraktivität und die Stärke des Bündnisses.

### 4) Vorbereitung der Gipfelerklärung Bonn

Zu der in Vorbereitung befindlichen Gipfelerklärung von Bonn<sup>18</sup> machte Haig folgende Ausführungen:

Die Erklärung sollte die gemeinsamen Werte und die gemeinsame Entschlossenheit unterstreichen sowie die Politik der Zurückhaltung und des Maßhaltens in den Vordergrund stellen. Möglicherweise in einer getrennten Erklärung sollten die Notwendigkeit der Verbesserung der Verteidigung und der dazu erforderlichen Anstrengungen, vor allem auf konventionellem Gebiet, hervorgehoben werden.<sup>19</sup> Kein Mensch, so führte Haig aus, spreche in diesem Zusammenhang von einer Veränderung der Strategie der Abschreckung. So wie die Vereinigten Staaten gegenwärtig dabei seien, die nuklearen Kräfte zu modernisieren, so müsse dies auch auf konventionellem Gebiet bei allen Bündnispartnern geschehen.

Die Gipfelerklärung solle auch die drei Grundforderungen bezüglich Polens wiederholen (Aufhebung des Kriegsregimes; Befreiung der Internierten; Wiederaufnahme des Dialogs mit Kirche und Gewerkschaften).<sup>20</sup> Ungeachtet der Beschwichtigungsdemarchen, die gegenwärtig von dem polnischen Regime und Moskau in allen westlichen Hauptstädten unternommen würden, müsse der Gipfel ein Signal an Polen und Moskau senden, das auf die Wiederaufnahme des Dialogs und die Herstellung der nationalen Versöhnung gerichtet sei.

<sup>15</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>16</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>17</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>18</sup> Zur Ausarbeitung einer Erklärung für die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 139, Anm. 15.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag der USA für eine „Erklärung über konventionelle Verteidigung“ vgl. Dok. 139, Anm. 17.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

Soweit von den Beratungen des Wirtschaftsgipfels in Versailles Aussagen für die Sicherheit der Allianz relevant seien, müsse auf sie Bezug genommen werden.

Einen breiten Abschnitt seiner Ausführungen räumte AM Haig dann der Darlegung der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Vereinigten Staaten und des Bündnisses, über die Handhabung dieses Komplexes in der Gipfelerklärung ein. Er nannte die bevorstehende MBFR-Initiative<sup>21</sup> und wies darauf hin, daß der Reagan-Vorschlag für die Aufnahme der START-Verhandlungen<sup>22</sup> Ende Juni durch diplomatische Gespräche mit Dobrynin und auf Arbeitsebene untermauert werde. Dobrynin sei nach Moskau zurückgefliegen und man erwarte eine Breschnew-Rede zu diesem Thema in naher Zukunft.<sup>23</sup> Die positive Passage im sowjetisch-kambodschanischen TASS-Kommuniqué vom 16.5. sei ermutigend.<sup>24</sup> Es komme politisch darauf an, in dieser Phase der Verhandlungsvorbereitung wie auch später keine Divergenzen zwischen den USA und den Verbündeten aufkommen zu lassen. Um dem Vorwurf der Propaganda zu begegnen und um das Ergebnis der über ein Jahr währenden vorbereitenden Arbeiten nicht zu gefährden, habe der Präsident in seiner Rede zur Aufnahme der START-Verhandlungen nur einen Teil der amerikanischen Zielvorstellungen öffentlich erläutert, die darauf gerichtet seien, in einer ersten Phase eine Reduktion der Sprengköpfe und Waffensysteme sowie eine erhebliche Reduzierung der das Gleichgewicht am stärksten belastenden interkontinentalen landgestützten Raketen herbeizuführen sowie in einer zweiten Phase das Wurfgewicht des strategischen Potentials auf einen gleichen Nenner zurückzuschrauben. Auf Frage des französischen AM<sup>25</sup> führte Haig auch aus, daß die amerikanischen Vorarbeiten sich auf Bomber und Marschflugkörper erstreckten.

Die brauchbaren Elemente aus SALT II<sup>26</sup> seien übernommen worden. Der neue amerikanische Vorschlag beseitige die Mängel von SALT II. Haig bedauerte

<sup>21</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 151.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>23</sup> Am 18. Mai 1982 äußerte sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XIX. Komsomol-Kongreß in Moskau zu den von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka unterbreiteten Vorschlägen für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START). Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 279 f.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, stellte dazu am 18. Mai 1982 fest: „Die Passage zu Verhandlungen über strategische Waffen wird von Breschnew nicht – wie noch im Kambodscha-Kommuniqué – mit Aussagen zur Wünschbarkeit eines bilateralen Gipfeltreffens verknüpft. Ansonsten sind seine Ausführungen spiegelbildlich zu denen Reagans in Eureka zu sehen [...]. Breschnew versucht die ‚Blockade‘ aller Kanäle des Wettrüstens durch einen präzise auf die nach den Reagan-Vorschlägen angeblich noch möglichen amerikanischen Modernisierungsprogramme (MX, B-1, Trident) gezielten Vorschlag: quantitativer Freeze: Keine Seite soll die strategische Situation (Breschnew spricht nicht von Gleichgewicht!) verändern; Modernisierungsbeschränkung: Hier zeigt der Redetext zwei Varianten. Der Vorschlag selbst lautet: ‚... Modernisierung aufs äußerste beschränkt‘. Vorher hat Breschnew als Postulat erhoben: ‚... daß die Entwicklung neuer Typen strategischer Waffen entweder verboten oder durch vereinbarte Charakteristika aufs äußerste begrenzt‘ werden soll. Damit stellt Breschnew geschickt eine publizistisch verwertbare sowjetische Gegenposition heraus, läßt aber insgesamt Verhandlungsbereitschaft der Materie und Verhandlungsinteresse der SU erkennen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2080; Referat 220, Bd. 124497.

<sup>24</sup> Der Außenminister der Volksrepublik Kampuchea, Hun Sen, hielt sich vom 8. bis 16. Mai 1982 in der UdSSR auf.

<sup>25</sup> Claude Cheysson.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl.

außerordentlich und ausdrücklich, daß Demagogen in seinem eigenen Land – Demokraten und auch einige Republikaner – jetzt SALT II aus der Schublade zögen. Davon werde ein ungünstiger Einfluß auf die sowjetische Reaktion ausgehen. Er müsse hier feststellen, daß das SALT-II-Abkommen, so sehr das mancher auch bedauern möge, tot sei.

Haig unterstrich die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu ernsthaften Verhandlungen mit der SU über strategische Waffensysteme und die Bereitschaft seines Landes, auch sowjetische Vorschläge ernsthaft zu prüfen.

Unter Hinweis auf die erfolgreichen Konsultationen bei INF innerhalb des Bündnisses bekundete er die amerikanische Bereitschaft zu Konsultationen im NATO-Rat über START und schloß auch neue Formen der Konsultationen nicht aus.

Hinsichtlich der Verbindung zwischen INF und START meinte Haig, daß die formellen Verknüpfungen zwischen beiden noch nicht spruchreif seien.

Haig qualifizierte den bevorstehenden MBFR-Verhandlungsschritt und die westliche Verhandlungsposition bei KSZE/KAE als solide und ermahnte dann die Alliierten, daß auch das umfassende Verhandlungskontrollpaket, das nun vorliege, in keiner Weise die Notwendigkeit verringere, die Schwächen in der Verteidigung zu beseitigen.

Zu der Frage eines Gipfels zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Staatschef meinte Haig, nachdem er auf den bekannten Sachstand hingewiesen hatte (beiläufige Bemerkung Reagans wegen einer Begegnung während der VN-Vollversammlung im Herbst 1982<sup>27</sup>; sowjetischer Vorschlag für eine Begegnung an einem dritten Ort im Oktober<sup>28</sup>), daß der Präsident durchaus positiv dem Gedanken einer solchen Begegnung gegenüberstehe, daß man sich aber der Gefahren bewußt sein müsse, die mit solchen Begegnungen verbunden seien, falls sie nicht gut vorbereitet seien und zu einem erkennbaren glaubwürdigen Erfolg führten. Haig war in dieser Hinsicht besonders skeptisch.

Abschließend betonte Haig nochmals die Schwächeperiode der SU, die prinzipiellen Schwächen jedes zentralistischen Systems in der Übergangsphase, die In-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 822*

DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

27 Korrigiert aus: „1981“.

Vgl. dazu das Angebot des Präsidenten Reagan, am Rande der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, zusammenzutreffen; Dok. 119, Anm. 25.

28 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 10. April 1982, der amerikanische Botschafter Hartman habe mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kornienko am 7. April 1982 über ein Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Reagan am Rande der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York gesprochen: „Kornienko hat dabei die Ernsthaftigkeit des Angebots in Zweifel gezogen, er hat es aber nicht rundweg abgelehnt; er hat zugleich auf Schwierigkeiten – kurze Vorbereitungszeit, weiter Weg für GS – hingewiesen. Die US-Botschaft wertet das Gespräch als implizite Bekundung vorsichtigen Interesses.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1494; Referat 220, Bd. 124497.

Am 26. Mai 1982 teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, mit, daß vom amerikanischen Botschafter in Moskau am Vortag zu einem Schreiben Breschnews an Reagan zu erfahren war: „Hartman erwähnte sodann eine Äußerung Präsident Reagans gegenüber Journalisten, worin dieser sich unter Bezug auf den Brief zu einem Gipfeltreffen bereit erklärt habe – von einem Gipfel sei jedoch in Breschnews Brief nicht die Rede.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2187; Referat 220, Bd. 124497.

stabilitäten, die heute die weltpolitische Entwicklung bestimmten, und seine Überzeugung, daß die Bündnispartner die Fähigkeit zur Bewältigung dieser schwierigen weltpolitischen Lage und Entwicklung hätten, wenn sie dazu nur den Willen aufbrächten. Er selbst sei in dieser Hinsicht mit Blick auf den Gipfel in Bonn optimistisch und ermutigt.

Bericht über die weiteren Interventionen folgt gesondert mit jeweils besonderem Verteiler.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14107 (010)

## 158

### Botschafter Wieck, z.Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt

114-12579/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 9

Aufgabe: 18. Mai 1982, 10.25 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 18. Mai 1982, 16.42 Uhr

Betr.: NATO-Außenministertagung am 17. und 18. Mai 1982;<sup>2</sup>

hier: Diskussionsbeiträge zur Aussprache der Außenminister am 17. Mai 1982 (Großbritannien, Frankreich, Italien)

#### 1) Erklärung des britischen Außenministers

Die Ausführungen des britischen Außenministers Pym bei der Diskussion der Außenminister im kleinsten Kreise am 17. Mai fasse ich wie folgt zusammen:

Außenminister Pym setzte sich eingangs seiner Ausführungen mit Entschiedenheit für die Unterstützung der Vorschläge von Präsident Reagan für die START-Verhandlungen<sup>3</sup> ein. Er unterstrich im gleichen Atemzuge die Notwendigkeit, Verteidigungsanstrengungen in einer für Moskau eindrucksvollen Weise fortzusetzen. Nur die Kombination von Abschreckungspotential und Gesprächsbereitschaft werde den für uns angestrebten Effekt in Moskau haben können.

Im Anschluß daran legte er die britischen politischen Zielsetzungen in der Falkland-Krise dar, ohne neue und bislang nicht bekannte Gesichtspunkte vorzutragen. Auffallend war seine positive Würdigung der Vermittlungsversuche des amerikanischen Außenministers Haig.<sup>4</sup>

Nach seinen Ausführungen ist der Konflikt hinsichtlich der Möglichkeit einer politischen Regelung nunmehr in eine kritische Phase eingetreten – in Verbin-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand in Luxemburg statt. Vgl. dazu ebenfalls Dok. 156, Dok. 157 und Dok. 159.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>4</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Außenministers Haig im Falkland-Krieg vgl. Dok. 135, Anm. 4.

dung mit den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen unternommenen Verhandlungsschritten.<sup>5</sup> Er wies auf die Schwierigkeiten mit der Junta hin, die mit unterschiedlichen Stimmen spreche. Die Lösung des Problems könne nur mit einem accord über Waffenstillstand, Abzug und friedlicher Lösung der politischen Fragen gefunden werden. Heute, so unterstrich Außenminister Pym, müsse psychologischer Druck durch militärische und wirtschaftliche sowie politische Maßnahmen ausgeübt werden:

- Durchsetzung der schon erklärten Blockadezone<sup>6</sup>;
- Versorgung der britischen Streitkräfte über die Distanz von 13 000 Meilen und
- die Entschlossenheit, der Gefährdung der britischen Streitkräfte mit Waffengewalt zu begegnen;
- wirtschaftliche Embargomaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft<sup>7</sup>, der USA<sup>8</sup>, Portugals, Norwegens und der Commonwealth-Länder;
- politische Vermittlungen über die VN.

Es handele sich nur um die Regelung der Zukunft einer kleinen Archipel-Inselgruppe, aber das Prinzip, das zur Diskussion stehe, müsse hier und für alle analogen Fälle verteidigt werden.

Großbritannien stelle nicht den Anspruch von Argentinien auf die Souveränität über die Inseln als Anspruch in Frage, könne aber nicht Gewaltanwendung zur Durchsetzung dieses Anspruchs hinnehmen. Es müsse ein Verhandlungsweg eingeschlagen werden. Falls es zu einer ausgehandelten Lösung komme, würde, so Außenminister Pym, die Welt wieder ein Stück sicherer sein. Der Abschreckungsgedanke werde an Gewicht und Glaubwürdigkeit gewonnen haben.

## 2) Erklärung des französischen Außenministers

Außenminister Cheysson unterstützte den britischen Standpunkt in bezug auf Falkland und den amerikanischen Standpunkt in bezug auf Polen. Er sprach sich für den spanischen NATO-Beitritt<sup>9</sup> aus und stellte die Frage, wer denn wohl bereit sei, freiwillig dem WP beizutreten.

Anschließend sprach er sich dafür aus, in der Öffentlichkeit mit größerer Sicherheit und Selbstverständlichkeit von dem Gedanken der Verteidigung zu sprechen und sich in dieser Frage nicht in die Defensive treiben zu lassen.

Er äußerte Verständnis und Sympathie für die Sorgen, die der amerikanische Außenminister hinsichtlich der negativen Auswirkungen unbefriedigend verlaufenden Spitzengesprächs zwischen den Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion habe, und meinte, daß es wichtig sei, von vornherein positive und konstruktive Ergebnisse einer solchen Spitzenbegegnung sicherzustellen.

In bezug auf die Behandlung von Themen außerhalb des NATO-Bereichs äußerte sich Cheysson eher in skeptischer Weise. Er wies darauf hin, daß es unterschied-

<sup>5</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

<sup>6</sup> Zur britischen Sperrzone um die Falkland-Inseln vgl. Dok. 113, Anm. 6.

<sup>7</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>8</sup> Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Argentinien vgl. Dok. 145, Anm. 23.

<sup>9</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

liche Einstellungen zu Fragen außerhalb des NATO-Bereiches gebe, und daß man sich schwer vorstellen könne, darüber auf einfache Weise Einvernehmen herstellen zu können. Vor diesem Hintergrund müsse man auch Skepsis, so meinte Cheysson, gegenüber dem Gedanken von informellen Gesprächen aller Allianzpartner nach dem Gymnich-type äußern<sup>10</sup>, weil mit den Beratungen über Fragen außerhalb der NATO-Region andere Perspektiven der nationalen Außenpolitik angesprochen seien, als das bei den die Allianz unmittelbar betreffenden Fragen der Fall sei. Außenminister Cheysson setzte diese skeptischen Bemerkungen nicht in eine operative Forderung oder Darlegung um. Ohne Frage blieb aber seine Skepsis gegenüber einem über den NATO-Bereich hinausgehenden informellen Gedankenaustausch auf Ministerebene erkennbar. Diese Skepsis fand auch ihren Niederschlag in seiner Ausführung, daß informelle Beratungen der Allianz-Außenminister in der Regel und vorzugsweise ohne eine sichtbare publizistische Begleitung stattfinden sollten. Er ließ erkennen, daß Zusammenkünfte über den normalen, etablierten Rahmen hinaus von Paris mit Zurückhaltung anvisiert würden.

Cheysson ging dann auf die Bestrebungen der Vereinigten Staaten nach Verbesserung konventioneller Verteidigung<sup>11</sup> ein und unterstrich die geltende französische Abschreckungs- und Verteidigungsdoktrin. Anschließend äußerte er sich hinsichtlich einer etwaigen Erklärung der 14 Regierungschefs<sup>12</sup> zu Verteidigungsfragen, an denen Frankreich nicht unmittelbar beteiligt ist, in einem unterstützenden und Verständnis zum Ausdruck bringenden Sinne. Es wurde erkennbar, daß Frankreich einer solchen Erklärung nicht im Wege stehen würde.

Cheysson betonte die positive Reaktion Frankreichs auf den START-Vorschlag von Präsident Reagan. Die von ihm in diesem Zusammenhang gestellten Fragen nach der Einbeziehung von Bombern und Marschflugkörpern in die strategischen Verhandlungen wurde von Außenminister Haig positiv beantwortet.

Cheysson ließ dann ein Wort des Zweifels anklingen an der negativen Beurteilung der Wirtschaftslage der Sowjetunion und des WP. Er räumte ein, daß sich die Sowjetunion in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinde, er meinte aber, daß die westlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten den sowjetischen nur im geringen Umfang nachstünden und daß es nicht zweckmäßig sei sowie vertretbar wäre, aus den sowjetischen Schwierigkeiten auf Folgen für die sowjetischen Verteidigungsanstrengungen zu schließen.

3) Der italienische Außenminister sprach sich zunächst positiv für die baldige Einbeziehung Spaniens in die Allianz aus und meinte, daß dies ein wichtiges Ereignis für den Gipfel in Bonn sei.

In bezug auf das in Vorbereitung befindliche Außenminister-Kommuniqué<sup>13</sup> sprach er sich für eine Betonung der politischen Aussagen über Kohäsion der

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen; Dok. 76 und Dok. 152.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Vorschlag der USA für eine „Erklärung über konventionelle Verteidigung“; Dok. 139, Anm. 17.

<sup>12</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 50–55. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 336–340.

Allianz, Fortsetzung und Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen und zusammenfassende Präsentation der Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschläge des Westens aus (INF, START, KAE, KSZE, MBFR).

In der Frage der Konsultationen innerhalb der Allianz assoziierte sich Colombo voll inhaltlich mit den Vorschlägen des deutschen Außenministers.

In der für Italien besonders schwierigen Falkland-Frage unterließ es Colombo nicht, Solidarität mit Großbritannien, aber gleichzeitig Unterstützung für die integrale Durchführung der Resolution Nr. 502 des Sicherheitsrates der VN<sup>14</sup> hervorzukehren und für eine baldige verhandelte Lösung einzutreten. Er wies sehr eindeutig und für den britischen Bündnispartner erkennbar darauf hin, daß die öffentliche Meinung in „unseren Ländern durchaus Wandlungen unterworfen“ sei.

Colombo wandte sich dann dagegen, Polen und Afghanistan an die Peripherie des öffentlichen Interesses abdrängen zu lassen, und forderte dazu auf, für diese Probleme wie für die Fragen der Sicherheit ein stärkeres Engagement der Öffentlichkeit herbeizuführen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14107 (010)

## 159

### Botschafter Wieck, z. Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt

114-12578/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 10  
Citissime

Aufgabe: 18. Mai 1982, 13.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 18. Mai 1982, 16.41 Uhr

Betr.: NATO-Ministerkonferenz am 17. bis 18. Mai in Luxemburg  
hier: Interventionen der Außenminister von Bündnispartnern in der  
Aussprache der Außenminister in kleinstem Kreise am 17. und 18. Mai  
1982 (1 und 1)

Nachfolgend übermittle ich zusammenfassend die Interventionen der Außenminister von Portugal, den Niederlanden, Norwegens, Belgiens, Dänemarks, Kanadas sowie von Griechenland, Türkei, Island und Luxemburg im Rahmen der Aussprache im kleinsten Kreise am 17. Mai 1982.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen.

### 1) Portugal

Der portugiesische Außenminister<sup>2</sup>, der sich, wie ich meine, am Vorabend des Beitritts von Spanien zum Bündnis<sup>3</sup> bemühte, der Stellung Portugals im Bündnis Profil und Gesicht zu geben, führte folgendes aus:

Der Außenminister behandelte ausführlich die Auswirkungen der Entwicklung in Polen und der öffentlichen Debatte über strategische Fragen auf die für die Außen- und Sicherheitspolitik seines Landes innenpolitisch relevanten Tendenzen in seinem Lande. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die positive Wirkung der Initiativen des amerikanischen Präsidenten<sup>4</sup> auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle.

Der Außenminister betonte die besondere Bedeutung, die auch für sein Land die Manifestation von Einheit und Solidarität bei dem Gipfel in Bonn<sup>5</sup> haben würde.

Die Gipfelbegegnung werde einen günstigen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung haben können, auch wenn von ihr keine definitiven Entscheidungen ausgehen könnten.

Ungeachtet des Umstandes, daß Portugal noch nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sei, habe es auf der Grundlage der Resolution 502 des Sicherheitsrats der VN<sup>6</sup> analog zu den Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft<sup>7</sup> entsprechende Entscheidungen getroffen, die dazu dienen sollen, eine politische Lösung zu fördern.

Der portugiesische Außenminister äußerte sich hoffnungsvoll in bezug auf die weitere Entwicklung in Angola. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er den Ausführungen von AM Haig über China (Macao-Problem).

In bezug auf den bevorstehenden Beitritt Spaniens zum Bündnis wiederholte der portugiesische Außenminister die schon bekannte portugiesische Position, daß Portugal den Beitritt Spaniens begrüße, weil damit der Demokratie in Spanien Nachdruck verliehen werde, und äußerte im gleichen Zusammenhang die Überzeugung, daß bei der zukünftigen Gestaltung der Befehlsverhältnisse nichts geschehen dürfe und könne, was portugiesischen Interessen widerspräche.<sup>8</sup>

### 2) Niederlande

Der niederländische Außenminister begrüßte die amerikanischen Vorschläge zu START<sup>9</sup> und meinte, daß damit den Besorgnissen vieler Bürger in Europa, vor allem auch in seinem Lande, wegen der zukünftigen Rüstungs- und Abrüstungspolitik der Vereinigten Staaten in einem positiven Sinne Rechnung getragen worden sei.

<sup>2</sup> André Gonçalves Pereira.

<sup>3</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>4</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>5</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>7</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>8</sup> Zur portugiesischen Haltung zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 131, Anm. 25.

<sup>9</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

Van der Stoel brachte die Verbindung der START-Verhandlungen mit INF<sup>10</sup> in Erinnerung und erwähnte die Notwendigkeit, den nächsten Schritt in Madrid (KSZE/KAE, 9. November 1982<sup>11</sup>) sorgfältig vorzubereiten. Es sei nicht zu erwarten, daß Polen bis dahin zu einem konstruktiven Weg zurückgefunden habe. Man dürfe aber die Verhandlungen über die Zukunft des KSZE-Prozesses nicht dem Zufall überlassen.

Van der Stoel setzte sich für angemessene Verteidigungsanstrengungen ein und unterstrich die Notwendigkeit der wirksamen Demonstration von Allianz-Kohäsion und Verteidigung.

Van der Stoel begrüßte den Gedanken informeller Gespräche im Rahmen der Außenminister der NATO-Partner<sup>12</sup> und bemerkte in diesem Zusammenhang, daß man gewiß einigen Fragen, z. B. denen des Nahen und Mittleren Ostens, bislang im NATO-Rahmen nicht genügend Aufmerksamkeit zugewandt habe.

In bezug auf Falkland unterstützte der holländische Außenminister die britische Position.

### 3) Norwegen

Der norwegische Außenminister<sup>13</sup> wies auf die Diskrepanz hin, die in der Öffentlichkeit wegen der angeblichen Disharmonie innerhalb des Bündnisses vorherrsche, und der Wirklichkeit, die darin bestehe, daß innerhalb der Allianz, wie auch bei dieser Ministerkonferenz demonstriert werde, ein weitgehender Grad des Einvernehmens vorherrsche.

Der Außenminister sprach sich in starken Worten für eine kräftige Gipfelerklärung in Bonn<sup>14</sup> aus, die von den Prinzipien der Verteidigung und Entspannung ausgehen solle und sich auf die jüngsten umfassenden Rüstungskontrollvorschläge des Westens konzentrieren müsse.

Der Außenminister sprach positiv von den neuen Vorstellungen für die Vertiefung der Konsultationen auf Ministerebene und stellte darauf ab, daß bei allen Rüstungskontrollverhandlungen, so wenig Aussicht auf Erfolg sie manchmal auch haben mögen, beachtet werden müsse, daß ohne solche Perspektive (Gleichgewicht auf niedriger Ebene) die Motivierung für die Verteidigungsanstrengungen erlahmen müßte.

Der Außenminister sprach sich sehr warmherzig und entschieden für den Dialog zwischen den Weltmächten und damit für den Gipfel in Bonn aus.<sup>15</sup>

Erwartungsgemäß unterstützte der norwegische Außenminister die britische Position in der Falkland-Krise, wies auf die eigenen Embargo-Maßnahmen gegen Argentinien hin und sprach sich für fortgesetzte Solidarität der NATO-Partner aus.

<sup>10</sup> Zur Fortsetzung der INF-Verhandlungen am 20. Mai 1982 in Genf vgl. Dok. 169.

<sup>11</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen; Dok. 76 und Dok. 152.

<sup>13</sup> Svann Stray.

<sup>14</sup> Zur Ausarbeitung einer Erklärung für die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 139, Anm. 15.

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

In der Darlegung der norwegischen Positionen zur Intensivierung der Konsultationen innerhalb der Allianz erinnerte der norwegische Außenminister daran, daß eine Regelung, wie Außenminister Colombo sie erwähnt habe (Vertiefung des Gedankenaustauschs zwischen den Zehn und den Vereinigten Staaten)<sup>16</sup>, aus norwegischer Sicht kontraproduzent sei, und unterstrich die Bedeutung der Abstimmung innerhalb des NATO-Rahmens.

#### 4) Belgien

Der belgische Außenminister<sup>17</sup> unterstrich die Solidarität mit Großbritannien in der Falkland-Krise und setzte sich für eine politische Lösung ein.

Er qualifizierte die Lage im Nahen Osten als explosiv und nannte in diesem Zusammenhang insbesondere die Situation im Libanon und die Beziehungen zwischen Israel und den palästinensischen Kräften.<sup>18</sup> Man müsse alles tun, um einen neuen Krieg zu verhindern. Nach dem Eindruck, den er in seiner Nahost-Reise<sup>19</sup> habe gewinnen können, strebten viele arabische Staaten die im David-Abkommen<sup>20</sup> vorgesehenen Autonomieverhandlungen<sup>21</sup> an.

Der Außenminister unterstützte den Gedanken der Vertiefung und Verbesserung der Konsultationen zwischen den 15 Allianz-Partnern, brachte aber gleichzeitig in Erinnerung, daß es für die Regelung wirtschaftlicher Fragen zweckmäßiger sei, einen Konsultationsmechanismus zwischen den Zehn der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Das bedeute keine Einschränkung in bezug auf die Befürwortung der vertieften Konsultationen innerhalb des Bündnisses. Bei der Behandlung der Frage in bezug auf die Gipfel-Begegnung in Bonn hielt sich der Außenminister an etablierte belgische Positionen und erinnerte vor allem an den Beitrag von Außenminister Pierre Harmel in den Jahren 1967/1968<sup>22</sup> zur Entwicklung eines ausgewogenen Verhältnisses zur Sowjetunion und den WP-Staaten.

Die verschiedenen Vorschläge des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, für Rüstungskontrolle und Abrüstung befürwortete der Außenminister ausdrücklich.

#### 5) Dänemark

Der dänische Außenminister<sup>23</sup> unterstrich die Notwendigkeit für die Allianzpartner, die konstruktiven, auch auf Rüstungskontrolle ausgerichteten Vorschläge des Westens für die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Partnern offensiver und pointierter vorzutragen. Die Allianz

<sup>16</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Colombo vom 18. Februar 1982 für einen amerikanischen-europäischen Freundschaftspakt vgl. Dok. 76, Anm. 26.

<sup>17</sup> Léo Tindemans.

<sup>18</sup> Zu den israelischen Luftangriffen auf Ziele im Libanon vgl. Dok. 157, Anm. 5.

<sup>19</sup> Der belgische Außenminister Tindemans besuchte als EG-Ratspräsident am 2. Mai 1982 Saudi-Arabien und hielt sich anschließend am 5./6. Mai 1982 in Ägypten auf.

<sup>20</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>21</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>23</sup> Kjeld Olesen.

habe in dieser Hinsicht nichts zu verbergen, müsse aber dafür Sorge tragen, daß sie eine angemessene öffentliche Unterstützung gewinne. Man dürfe nicht den Eindruck entstehen lassen, daß man mit diesen Entwicklungen den „Friedensbewegungen“ in Europa oder gar in den Vereinigten Staaten einen Lippendienst erweisen wolle. Es sei unbedingt notwendig, herauszuarbeiten, daß die westliche Politik auf Abschreckung und Entspannung beruhe.

Der dänische Außenminister wies auf den Wunsch hin, die Politik der Allianzpartner so zu gestalten, daß der Sowjetunion keine Gelegenheit zur Ausbeutung westlicher Schwächen zufalle.

In bezug auf die von dem deutschen Außenminister vorgeschlagenen vertieften Konsultationen äußerte der Außenminister generelle Zustimmung und warf einige technische Fragen auf (Zahl der Treffen, Themen, Koordinierung der Ergebnisse).

In bezug auf die Falkland-Inseln äußerte sich der dänische Außenminister in einem für den britischen Außenminister<sup>24</sup> sympathischen Sinne.

Des längeren ließ sich der dänische Außenminister über die Nahost-Frage aus. Er warf die Frage auf, wohin man in den letzten 16 Monaten gekommen sei. Der Versöhnungsprozeß habe noch keine dauerhafte Wirkung gezeigt. Die Bedeutung der Autonomiegespräche könne man gar nicht hoch genug einschätzen. Man kenne, wie auch der amerikanische Außenminister, kaum einen Weg für eine bessere Lösung. In dieser Hinsicht stützten sich der amerikanische und der dänische Außenminister gegenseitig in der Beurteilung der Lage.

<sup>25</sup>6) Kanada

Der kanadische Außenminister<sup>26</sup>, der schon am Vormittag bei der feierlichen Eröffnungsveranstaltung der Frühjahrstagung der Außenminister eine ausführliche Würdigung der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Probleme der Allianz gegeben hatte, führte bei seiner Intervention in der Aussprache der Außenminister im kleinsten Kreis am 17. Mai folgendes aus:

Nach einem mit dem Ausdruck hoher Einschätzung verbundenen Hinweis auf die Tatsache, daß Bundesminister Genscher am 17. Mai 1982 auf eine achtjährige Tätigkeit als Bundesminister des Auswärtigen zurückschauen könnte, würdigte der kanadische Außenminister zunächst den Vorschlag der deutschen und der italienischen Seite, informelle Begegnungen der Außenminister herbeizuführen und stattfinden zu lassen (Gymnich-type<sup>27</sup>). In seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Rates möchte er, so führte der Außenminister aus, die Außenminister für diese eine informelle Aussprache im September d. J. nach Kanada einladen.<sup>28</sup> Gegenüber dieser Einladung wurde, ohne daß darüber besonders gesprochen wurde, kein Widerstand deutlich.

Der Außenminister wies dann auf den kanadischen Vorschlag hin, eine Studie über die materiellen, politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen des Ost-

<sup>24</sup> Francis Pym.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 11 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Mark MacGuigan.

<sup>27</sup> Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 56, Anm. 37.

<sup>28</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

West-Verhältnisses für das nächste Jahrzehnt durchzuführen, und kündigte eine entsprechende Initiative im NATO-Rat in Brüssel an.

Bezüglich einer geplanten Erklärung der Regierungs- und Staatschefs am 10. Juni in Bonn zu Verteidigungsfragen (US-Vorschlag)<sup>29</sup> äußerte sich der kanadische Außenminister außerordentlich skeptisch und zurückhaltend und meinte, daß die wesentlichen Elemente dieser besonderen Erklärung – ggf. mit französischer Zustimmung – in die gemeinsame Erklärung der 15 Länder bei dem Bonner Gipfel einfließen sollten. Der Bundesminister des Auswärtigen ließ seine Zustimmung zu dieser Einschätzung für den Rat kenntlich werden.

#### 7) Türkei

Der türkische Außenminister würdigte die Intervention des amerikanischen Außenministers sowie die Ausführungen des deutschen Außenministers zu dem Thema MBFR und zu der unbestrittenen Tatsache, daß auch bei MBFR eine konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion in den anderen Bereichen weiterhin bestehen bleiben würde. Aus Sicht der türkischen Regierung sei es unumgänglich, bei der Gipfelbegegnung in Bonn Einheit und Solidarität des Bündnisses zu bekräftigen.

In bezug auf die Falkland-Krise unterstrich der türkische Außenminister die Notwendigkeit, die Problematik zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu einer politischen Lösung im Rahmen der VN auf der Basis der Resolution 502 zu bringen.

Der Außenminister begrüßte den bevorstehenden Beitritt Spaniens zum Bündnis und wies darauf hin, daß die legislativen Voraussetzungen in der Türkei getroffen worden seien.

Er unterstützte die Vorstellungen des deutschen Außenministers für eine Vertiefung der Konsultationen innerhalb des Bündnisses (Gymnich-type).

Nicht ohne Überraschung räumte der türkische Außenminister einen wesentlichen Teil seiner Intervention der Entwicklung im Mittleren Osten ein und bestätigte die Befürchtung, daß die Situation an verschiedenen Stellen äußerst krisenanfällig sei.

Die iranisch-irakische Krise<sup>30</sup> beunruhige die türkische Regierung. Man habe keinen Hinweis über den wahrscheinlichen Trend der weiteren Entwicklung und hoffe in der Türkei auf eine intensive Konsultation innerhalb des Bündnisses.

Dann behandelte Außenminister Türkmén in diplomatischer Redewendung die Maßnahmen, die seitens einiger Bündnispartner (Norwegen) wegen der Ausrufung des Militärregimes in der Türkei zur Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit<sup>31</sup> sowie vom Europäischen Parlament zur Einschränkung der Wirtschaftshilfe<sup>32</sup> angekündigt bzw. verfügt worden sind. Er meinte, daß mit

<sup>29</sup> Zum Vorschlag der USA für eine „Erklärung über konventionelle Verteidigung“ vgl. Dok. 139, Anm. 17.

<sup>30</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 152, Anm. 48.

<sup>31</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

Zur Aussetzung der norwegischen Verteidigungshilfe an die Türkei vgl. Dok. 56, Anm. 19.

<sup>32</sup> Am 10. Mai 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat Junker zur Haltung des Europäischen Parlaments gegenüber der Türkei: „Das EP hat auf die Politik der Militärregierung in der Türkei wiederholt kritisch reagiert: Einstellung der parlamentarischen Zusammenarbeit; Forderung nach Aus-

solchen Maßnahmen die wirtschaftliche Lage in der Türkei erschwert und damit die Rückkehr zur Demokratie weiteren Verzögerungen ausgesetzt werde. Außenminister Türkmen war bei der Handhabung dieser Frage außerordentlich vorsichtig und ließ sich von Selbstbeschränkung und Einfühlung in die Position anderer Länger ausdrücklich leiten. Gleichwohl ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Türkei in der Unterstützung durch die Alliierten einen Beweis für die Allianzrelevanz der Türkei erblicke und in der Kritik an der Türkei eine dem Bündnis abträgliche Politik sehe.

Der türkische Außenminister warf erwartungsgemäß die Frage nach einer angemessenen Erklärung der Allianz-Partner zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>33</sup> auf und wies darauf hin, daß die Zahl der Attentate gegen Bürger der Türkei in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen sei.

#### 8) Griechenland

Der griechische Außenminister<sup>34</sup> stellte fest, daß Griechenland den Beitritt Spaniens befürworte und daß die Ratifikation vom griechischen Parlament innerhalb der nächsten zehn Tage vollzogen werde. Der Außenminister schloß sich der kritischen Beurteilung des britischen Außenministers hinsichtlich des Konfliktpotentials im Nahen und Mittleren Osten an und machte durch Anspielungen auf die Wirtschaftsblockade der Allianzpartner und der Europäischen Gemeinschaft gegen Griechenland während der Diktatur (1967–74)<sup>35</sup> indirekt die Türkei selbst wegen des eigenen Militärregimes für die kritische Haltung von europäischen Staaten gegenüber der Türkei verantwortlich. Im übrigen äußerte sich der Außenminister sehr ausgewogen zu den Problemen der Allianz, u. a. zum Thema der vom deutschen Außenminister vorgeschlagenen Konsultationen in kleinem Kreise. Er meinte allerdings in diesem Zusammenhang, daß Einzelheiten dazu innerhalb der Allianz noch ausgehandelt werden müßten.

Der Bereich der Rüstungskontrollverhandlungen wurde vom griechischen Außenminister ausführlich angesprochen, ohne daß darin für uns neuartige Elemente genannt worden wären.

Der Außenminister äußerte sich sehr zurückhaltend und skeptisch gegenüber den Erwägungen des amerikanischen Außenministers sowie den Formulierun-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 832*

setzung der Finanzhilfe bis zur Wiederherstellung demokratischer Institutionen, Achtung der Menschenrechte und bürgerlicher Freiheiten, namentlich der Gewerkschaften; zahlreiche Anfragen und Entschließungen. Es befindet sich damit weitgehend in Übereinstimmung mit der Kommission. [...] Die letzte EP-Resolution vom 22. Januar ‚Zu dem Prozeß gegen die 52 Gewerkschaftsführer‘ ist gekennzeichnet durch starke Worte bei gemäßigtem Kern: Sie enthält nicht, was viele Griechen und Kommunisten gern gewollt hätten, die völlige Suspendierung der Assoziation. Dem haben u. a. gemäßigte deutsche Abgeordnete durch Änderungsanträge widerstanden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178866.

<sup>33</sup> Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Mai 1982 über den Wunsch der Türkei hinsichtlich des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg, „statt der üblichen separaten Erklärung zum Terrorismus diesmal wegen des Wiederauflebens von Terrorismus in der Türkei eine verkürzte Passage in das Kommuniqué aufzunehmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 926; VS-Bd. 12001 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>34</sup> Yannis Charalambopoulos.

<sup>35</sup> In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Die Phase der Militärregierungen endete mit dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androusoopoulos am 23. Juli 1974 und der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit unter dem aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis am folgenden Tag.

gen in dem Kommuniqué der Außenminister-Konferenz<sup>36</sup> zur Problematik des Engagements von Mitgliedstaaten in Gebieten außerhalb des Bündnisbereiches. Solche Engagements würden immer schwierige Fragen aufwerfen, und deshalb zögere die griechische Seite, den in dem Kommuniqué angesprochenen Konsequenzen für die Haltung und die Mitwirkung von Bündnispartnern zuzustimmen.

#### 9) Island

Die Intervention des isländischen Außenministers<sup>37</sup> lag auf der Linie des vorherrschenden Einvernehmens in der Allianz. Besonderheiten sind nicht zu berichten.

#### 10) Luxemburg

Die Außenministerin des Großherzogtums Luxemburg<sup>38</sup>, das in diesem Frühjahr die Außenminister-Konferenz ausrichtete, lag auf der Linie des allgemeinen Konsenses der Allianz und bedarf hier keiner weiter ausgewerteten Darstellung.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14107 (010)

## 160

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Türkmén

203-322.11 TUR VS-NfD

19. Mai 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM/türkischer AM am 19.5.1982, 17.00 Uhr im Auswärtigen Amt<sup>2</sup>  
Gesprächsdauer: 50 Minuten

Nach Begrüßung und Hinweis auf unmittelbar vorausgegangene Begegnung bei NATO-Ratssitzung in Luxemburg (17./18.5.1982)<sup>3</sup> eröffnet *BM* Gespräch: Er erinnere sich gut an seinen Besuch in Ankara (November 1981)<sup>4</sup> und inzwi-

<sup>36</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 50–55. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 336–340.

<sup>37</sup> Ólafur Jóhannesson.

<sup>38</sup> Colette Flesch.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 21. Mai 1982 gefertigt und am selben Tag mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 21. Mai 1982 vorgelegen, der für Referat 203 handschriftlich vermerkte: „Kann mit Vorbehalt, daß Zustimmung von BM noch aussteht, verteilt werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 203, Bd. 124915.

<sup>2</sup> Der türkische Außenminister Türkmén hielt sich am 19. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 156–159.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher besuchte die Türkei am 5./6. November 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 316 und Dok. 320.

schen erfolgte Entwicklung. Es gebe den Auftrag des Bundestags an die Bundesregierung, einen Bericht zu erstatten.<sup>5</sup> Er habe davon bisher abgesehen, weil er hoffe, daß fortschreitende Zeit ihm ermögliche, positiv oder positiver zu berichten. Er wäre dankbar, wenn auch türkische Seite dies stets in Rechnung stellen würde.

Er stehe auch noch voll unter Eindruck von dem, was türkischer AM vor einiger Zeit im NATO-Kreis gesagt habe, als von einem anderen Land die Rede gewesen sei.<sup>6</sup> Türkmen habe damals darauf hingewiesen, daß in der Türkei immerhin feststehe, wie der Prozeß der Wiederherstellung von Demokratie vorstatten gehen werde. Könnten wir also fest davon ausgehen, daß Zeitplan zur Demokratisierung eingehalten werde? Seien Presseberichte richtig, wonach Vorsitzender des Verfassungsausschusses<sup>7</sup> noch Anfang Juni NSR<sup>8</sup> über Prinzipien des Verfassungsentwurfs Bericht erstatten werde, und werde es sich hier nur um internen Bericht handeln oder werde etwas über diesen Bericht und die Reaktion des NSR bekannt gemacht? Ihn interessiere auch, ob bis zur Volksabstimmung über Verfassung<sup>9</sup> Schritte zu erwarten seien, die in Richtung weiterer Vorbereitung der Wiedereinführung der Demokratie gingen.

AM *Türkmen* dankt BM für Ausführungen und erklärt, daß sich hinsichtlich des vorgesehenen Prozesses zur Herstellung der Demokratie nichts gegenüber dem geändert habe, was man BM bereits bei seinem Ankara-Besuch gesagt habe. Damals habe es zwar noch keinen Zeitplan gegeben, doch Evren habe ihn BM gegenüber schon angedeutet, ihn dann auch noch früher bekanntgegeben, als er dem BM gesagt habe. Er selbst habe sich vor seiner Abreise bei Evren noch einmal nach Daten für Referendum (über Verfassung) erkundigt: Herbst 1982 bleibe das Ziel. Evren sei entschlossen, Referendum im November abzuhalten, wenn nicht völlig Unvorhersehbares dazwischen komme.

Zur Verfassung könne er folgendes sagen: Der Ausschuß bereite sie zwar vor, doch Evren arbeite auch persönlich an dieser Verfassung. Sie werde ihre endgültige Form nach Vorlage des Entwurfs beim NSR erhalten. Da die Verfassung dem Volk unter der Verantwortung des NSR zur Abstimmung vorgelegt werde, müsse dieser sie auch vorher überprüfen. Keiner betrachte jedoch das Einhalten des gesetzten Termins für unmachbar. Schließlich handele es sich nur um

<sup>5</sup> Zum Türkei-Bericht der Bundesregierung vgl. Dok. 57, Anm. 36.

Mit Schreiben vom 8. Juni 1982 teilte Bundesminister Genscher Bundestagspräsident Stücklen mit: „Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschließung vom 3. Juni 1981 [...] die Bundesregierung aufgefordert, ihm ‚im nächsten Jahr‘ über die Entwicklung in der Türkei zu berichten. Nach erneuter eingehender Überlegung ist die Bundesregierung zu dem Schluß gekommen, daß der Bericht dann vorgelegt werden sollte, wenn sich die türkische Öffentlichkeit zum Entwurf einer neuen Verfassung äußern kann. Dies dürfte nach der Zeitvorstellung des Nationalen Sicherheitsrates in absehbarer Zeit der Fall sein. Damit soll eine Unterrichtung des Auswärtigen Ausschusses über die Lage in dieser Region – entsprechend seiner Übung, sich über die weltpolitische Situation laufend zu informieren – nicht ausgeschlossen sein, falls dies gewünscht wird.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178866.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des türkischen Außenministers Türkmen zu Polen bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel; Dok. 17.

<sup>7</sup> Orhan Aldikaçti.

<sup>8</sup> Nationaler Sicherheitsrat.

<sup>9</sup> In der Türkei fand am 7. November 1982 eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf des türkischen „Nationalen Sicherheitsrats“ statt.

einen Prozeß der Anpassung der Verfassung an die von 1961<sup>10</sup>, wesentliche Dinge blieben erhalten. Es werde auch nicht das Präsidialsystem eingeführt, sondern man werde beim parlamentarischen System bleiben.<sup>11</sup>

BM erläutert, daß er seine Frage auf Hintergrund besonderen Interesses gestellt habe. Wenn er wüßte, daß Verfassungsprinzipien ab Anfang Juni in der Diskussion verwendet werden könnten, würde er das in seinen zu erstattenden Bericht noch aufnehmen. *Türkmén* erklärt, daß er keine derartige Zusage machen könne, sich nach seiner Rückkehr aber erkundigen und seinen Botschafter in Bonn telegrafisch informieren werde.<sup>12</sup>

Nach Verabschiedung der Verfassung werde das Wahl- und Parteiengesetz ausgearbeitet, die Wahlen blieben für Herbst 1983<sup>13</sup> vorgesehen. BM habe nach seinem Besuch in Ankara genügend Eigenerfahrung (insight), um zu wissen, daß Daten absolut eingehalten würden. Auch AM Haig habe bei seinem gerade abgeschlossenen Besuch in Ankara (13. bis 15.5.1982) erklärt, keinerlei Zweifel an exakter Einhaltung des Zeitplans zu haben.<sup>14</sup>

Türkmén geht kurz auf Thema Europarat ein. Bereits in Luxemburg sei zur Sprache gekommen, daß einige Mitgliedstaaten beabsichtigen, Staatenbeschwerde gegen Türkei vor Menschenrechtskommission einzulegen.<sup>15</sup> Er habe gesagt, daß, falls dies aus Interesse an Menschenrechten geschehe, die Beschwerde zu spät komme, falls es sich um politische Aktion handele, sie kontraproduzent sein würde. Er bittet deutsche Seite um Intervention in diesem Sinne bei den entsprechenden Ländern, um sie an Staatenbeschwerde zu hindern.

BM erkundigt sich, um welche Länder es sich handelt, und erfährt, daß es um skandinavische Staaten, NL und F geht. *Türkmén* erläutert, daß Militärregierung keine Schwierigkeiten mit F unter Giscard d'Estaing gehabt habe, der

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der Türkischen Republik vom 27. Mai 1961 vgl. DIE VERASSUNGEN EUROPAS, S. 723–786.

<sup>11</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In seinem Vortrag vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik am Abend des 19.5. ergänzte [Türkmén] dies wie folgt: Neue Verfassung werde Bestimmungen zur Auflösung des Parlaments enthalten und damit gravierende Lücke in alter Verfassung schließen. Sie werde Mindestgröße der im Parlament zugelassenen Parteien festlegen, die Stellung des Präsidenten werde gestärkt werden; kommunistische, extrem rechte und religiöse Parteien würden verboten. Ehemalige Politiker würden voraussichtlich für eine Legislaturperiode von eigener politischer Betätigung ausgeschlossen.“

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 24. Mai 1982 unterrichtete der türkische Botschafter Halefoglu Bundesminister Genscher mit Bezug auf dessen Gespräch mit dem türkischen Außenminister Türkmén am 19. Mai 1982 darüber, daß der türkische Verfassungsausschuß spätestens im Juli 1982 seinen Bericht und einen darin enthaltenen Verfassungsentwurf vorlegen werde. Für das Schreiben vgl. Referat 010, Bd. 178866.

<sup>13</sup> In der Türkei fanden am 4. November 1983 Parlamentswahlen statt.

<sup>14</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig in der Türkei vgl. Dok. 152, Anm. 44.

<sup>15</sup> Zu einer Staatenbeschwerde gegen die Türkei im Europarat vgl. Dok. 92, Anm. 17.

Am 10. Mai 1982 vermerkte Referat 200 zur Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 29. April 1982 in Straßburg: „Norwegen, die Niederlande und Dänemark, wahrscheinlich auch Frankreich und Schweden, fassen Staatenbeschwerde gegen Türkei wegen Menschenrechtsverletzungen ins Auge.“ Der türkische Außenminister Türkmén habe seinerseits deutlich gemacht, „daß die Türkei ihre andauernde Zugehörigkeit zum Europarat als Symbol für ihre feste Entschlossenheit, zu einer pluralistischen Demokratie zurückzukehren, verstehe. Es liege im Interesse der Partner, einen Bruch zwischen der Türkei und Europa zu vermeiden. Die Türkei messe dem Europarat große Bedeutung bei, dieser müsse aber auch der Mitgliedschaft der Türkei Bedeutung beimessen. Wenn die jeweiligen Interessen nicht übereinstimmen, könne nicht die Türkei allein sich um die Aufrechterhaltung der Bindungen bemühen.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124912.

schon damals Zeitplan für Wiederherstellung der Demokratie (Ende 1983) vorausgesehen und erklärt habe, daß F der Türkei niemals Schwierigkeiten machen werde. Unter Mitterrand habe sich dies jedoch geändert. Seither habe sich F Haltung skandinavischer Länder angeschlossen. Unter diesen vertrete Schweden die vernünftigste Haltung.

BM erklärt, daß für alle von sozialistischen Regierungen geführten Länder das Verfahren gegen Ecevit große Rolle spielt.<sup>16</sup> Dies gelte besonders für DK und F, aber auch für NO, NL und auch für uns. Bei uns werde außerdem diskutiert, ob in den anhängigen Gerichtsverfahren die Rechte der Verteidigung nicht eingeschränkt seien, was es mit der Verfolgung der Gewerkschafter auf sich habe und anderes mehr.

*Türkmén* bestätigt, daß ihm dies bekannt ist. Ecevit habe Regierung jedoch kaum eine andere Möglichkeit gelassen; er habe das Gerichtsverfahren gegen sich herausgefordert, sich regelrecht darum bemüht. Mit seinen letzten, vor norwegischer, britischer und deutscher Presse<sup>17</sup> gemachten Bemerkungen, wonach die türkische Armee die Ideale Atatürks verraten habe und es in der Türkei keine Hoffnung mehr gebe, sei er tatsächlich etwas weit gegangen.

BM wirft ein, daß das, was Türkmén dazu im Kreise der NATO gesagt habe, sehr eindrucksvoll gewesen sei. Er kommt zurück auf sein Ziel, für besonders günstigen (Türkei-)Bericht besonders günstigen Termin zu finden.

*Türkmén* erklärt, daß Ankara dies verstehe, auch wisse, wie geschickt BM Angelegenheit im Vorjahr gehandhabt habe, und darauf vertraue, daß er auch diesmal passenden Termin finde. Die Frage der Türkei-Hilfe habe allerdings zwei Aspekte: den der bilateralen deutschen Wirtschaftshilfe an die Türkei<sup>18</sup> per se und den der Situation der übrigen OECD-Partner<sup>19</sup>. Die US z. B. habe im Prin-

<sup>16</sup> Zur Inhaftierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit vgl. Dok. 56, Anm. 20.

Am 13. April 1982 berichtete Botschafter Oncken, Ankara, über eine neuerliche Verhaftung Ecevits am 10. April 1982: „Ecevit hat [...] bald nach Entlassung aus dem Gefängnis Erklärung gegenüber niederländischem Fernsehen, deutscher Zeitschrift ‚Spiegel‘, Parteizeitung dänischer Sozialdemokraten, norwegischer Zeitung und britischem Fernsehen abgegeben und damit in kurzer Zeit fünfmal gegen Dekret Nr. 52 verstoßen. Daß Militärstaatsanwaltschaft kaum etwas übrigblieb, als nach geltendem Recht Ermittlungen gegen ihn einzuleiten, war Ecevit dabei zweifellos bekannt. Bewußte Provokation der Militärregierung war offensichtlich beabsichtigt. [...] Botschaft empfiehlt, auch bei unserer Reaktion in Rechnung zu stellen, daß Ecevit Lage, in die er jetzt geraten ist, absichtlich herbeigeführt hat. Bei allem Verständnis für Ecevits sicher beabsichtigten Wunsch, auf politischer Bühne wieder Rolle zu spielen, sollte Bundesrepublik Deutschland ihre Entscheidungen nicht durch taktische Manöver eines ausländischen Politikers beeinflussen lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 555; Referat 203, Bd. 124918.

<sup>17</sup> Vgl. dazu den Artikel „Vogel mit nur einem Flügel.“ Der türkische Ex-Premier Bülent Ecevit über das Militärregime“; DER SPIEGEL, Nr. 12 vom 22. März 1982, S. 137–139.

<sup>18</sup> Zu den finanziellen Hilfen der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 57, Anm. 37.

<sup>19</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 420 wurde zu der der Türkei im Rahmen der OECD gewährten Wirtschafts- und Finanzhilfe festgehalten: „Anstelle einer offiziellen Pledging-Konferenz möchte sich das OECD-Generalsekretariat 1982 – nicht zuletzt im Hinblick auf die kritische Türkei Stimmung in einer Reihe von Geberländern – darauf beschränken, nach Sitzung der OECD-Arbeitsgruppe II im Juni d. J. die Teilnehmerstaaten zu bitten, sich in zwei bis drei Monaten schriftlich über die Höhe der bilateralen Türkei-Hilfe-Beiträge 1982 zu äußern.“ Zum türkischen Kreditbedarf wurde des weiteren festgestellt: „Die Türkei wird 1982 voraussichtlich erstmals wieder in der Lage sein, ihre Importe aus Deviseneinnahmen (insbesondere Exporten und Gastarbeiterüberweisungen) voll selbst zu finanzieren. Auslandskredite werden jedoch zur Bedienung der in den letzten Jahren eingegangenen Auslandsschulden notwendig bleiben. Die Summe der fälligen Zinsen und Rückzahlun-

zip keine Schwierigkeiten mit ihrer Hilfe an die Türkei, doch auch sie brauche den „OECD-Hut“ dafür.

*BM* meint, man solle vor allem niemanden unter Zeitdruck setzen, sondern Regierungen überlassen, geeigneten Zeitpunkt zu finden. Das endgültige OECD-Pledging finde erst im September statt.

Er wendet sich erneut Prinzipien der Verfassung zu: Würden sie im Juni dem NSR mitgeteilt und könnte man dazu etwas sagen, werde alles etwas leichter. Bundesregierung sei interessiert, daß Demokratisierungsprozeß sich fortsetze und daß deutsch-türkische Beziehungen keinen Schaden erlitten. Dies erkläre die sehr vorsichtige Behandlung durch die Bundesregierung; es erkläre auch unsere Scheu vor der öffentlichen Diskussion. Unter traditionell verbundenen Freunden, als Partner in der Allianz, könne man sich offen sagen, welche Sorgen man sehe und habe, doch sollte man keine großen öffentlichen Erklärungen darüber abgeben.

*Türkmén* stimmt zu. Türkei habe in diesem Jahr keinen so dringlichen Bedarf an barer Finanzhilfe wie 1981. Sie wünsche allerdings auch nicht, sich ein Problem aufgelaufener Schulden zu schaffen. *BM* erinnert, daß ihm gelungen sei, NATO-Verteidigungshilfe<sup>20</sup> sehr behutsam zu behandeln und geräuschlos durchzuziehen.

Er wendet sich Problem vertraglicher Beziehungen der Türkei zur EG zu. In Anbetracht der schon jetzt 1,55 Mio. Türken bei uns würde Bundesregierung gerne intensiv mit Türkei erörtern, wie die Situation 1986<sup>21</sup> zu handhaben sei. Für uns sei ausgeschlossen, das Tor zur Einreise dann zu öffnen; dies könne auch nicht im türkischen Interesse liegen.

*Türkmén* erklärt, daß man bereit sei, mit deutscher Seite darüber zu sprechen. Z. Zt. gebe es allerdings ein Image-Problem in diesem Zusammenhang, das sich aus der Praxis nicht der Bundesregierung, sondern einiger Landesregierungen und -behörden ergebe, die die Türken zur Rückkehr in ihre Heimat ermutig-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 837*

gen wird 1982 voraussichtlich 2,2 Mrd. Dollar betragen und bis 1985 auf schätzungsweise 3,5 Mrd. Dollar steigen.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

<sup>20</sup> Botschafter Oncken, Ankara, stellte am 1. März 1982 fest: „Die Bundesrepublik Deutschland gewährt der Türkei auf Empfehlung des NATO-Ministerrats vom 5. Mai 1962 seit 1964 Verteidigungshilfe. Sie wird federführend vom Auswärtigen Amt bearbeitet, in Amtshilfe vom BMVg durchgeführt und besteht aus Materiallieferungen. Bisher wurden zwölf Abkommen, sogenanntel Tranchen, im Gesamtwert von über einer Mrd. DM abgeschlossen, die letzte über 130 Mio. DM 1981, jeweils mit einer Laufzeit von ca. anderthalb Jahren. Ein 13. Abkommen wird vorbereitet. Daneben wurden 1975 und 1979 Abkommen über unentgeltliche Abgabe von Rüstungsmaterial [...] abgeschlossen. Bei dieser Materialhilfe [...] handelt es sich um Überschußmaterial der Bundeswehr. Angesichts der gestiegenen Bedrohung der Türkei und dem ständig gefallenem Einsatzwert ihrer Streitkräfte hat die Bundesregierung im Frühjahr 1980 eine einmalige Rüstungs-sonderhilfe in Höhe von 600 Mio. DM mit einer Laufzeit von vier Jahren beschlossen. [...] Das Abkommen über Rüstungs-sonderhilfe wurde am 17.11.1980 unterzeichnet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 458; Referat 203, Bd. 124914.

<sup>21</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 2. Mai 1978 wurde zum Abkommen vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei dargelegt: „Nach Artikel 12 des Assoziierungsabkommens sollen sich die Vertragsparteien von den Art. 48, 49 und 50 des EWG-Vertrages leiten lassen, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. Ergänzend spricht das Zusatzprotokoll von 1970 die Verpflichtung der EG aus, zwischen dem Ende des 12. und 22. Jahres nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens (also in der Zeit vom 1.12.1976 bis 30.11.1986) die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121760.

ten.<sup>22</sup> Das habe natürlich seine Rückwirkungen in der Türkei, auch in der Presse.

Ankara wisse, daß es bei uns arbeitslose Türken gebe, Asylanten und eine Reihe anderer Probleme. Die Rückkehr dürfe jedoch nur auf freiwilliger Basis erfolgen, es dürfe kein Druck ausgeübt werden.

*BM* bestätigt, daß auch wir dies stets vertreten hätten. Der Bundestag versuche, zur Rückkehr zu ermutigen, aber nicht Druck auszuüben. Die erwogene Möglichkeit eines finanziellen Angebots bedeute keinen Druck.

*Türkmen* meint, daß der Unterschied zwischen Ermutigung durch Geld und Ausübung von Druck verschwindend klein sein könnte, und Botschafter *Halefoglu* wirft ein, daß zu viele Menschen zu vieles zu oft sagten; *BM* pflichtet ihm bei. *Türkmen* erklärt, daß türkische Seite nicht wünscht, daß diese Frage irritierende Auswirkung auf die bilateralen Beziehungen habe. *BM* sagt, der Tag werde kommen, an dem ausdiskutiert werden müsse, wie die türkische Minderheit ihre Zukunft bei uns sieht. *Türkmen* stimmt zu, hofft zugleich, daß deutsche Seite nichts gegen diejenigen unternehmen werde, die sich zu integrieren wünschten. *BM* erklärt, es mehrten sich bei uns die Stimmen, die entweder Integration oder Rückkehr forderten. Hier liege in der Tat ein Problem für beide Seiten.

*Türkmen* weist darauf hin, daß BR Deutschland für 1986 eine sehr förmliche Verpflichtung zur Freizügigkeit eingegangen sei; *BM* erwidert, wir dürften dennoch nichts tun, was die Probleme zwischen unseren beiden Ländern vergrößern müßte; dies wäre aber die unweigerliche Folge eines Offenhaltens der Türen ab 1986.

*Türkmen* erinnert an Reihe von Maßnahmen, die Türkei schon selbst ergriffen hat, um Zustrom nach Deutschland zu mindern, und die, auch nach Äußerung unseres Botschafters<sup>23</sup>, ihre Wirkungen gezeigt hätten. Dies zeige, wie und daß man bei Lösung des Problems zusammenarbeiten könne. Türkei hoffe natürlich auch auf Revision unserer Sichtvermerkspolitik.<sup>24</sup> Gemeinsam müßten wir die Probleme lösen, die die Einführung des SV-Zwangs erforderlich gemacht hätten, damit dieser wieder aufgehoben werden könne.

*BM* bittet, *Türkmen* möge seine Äußerungen zum Termin 1986 ganz ernst nehmen. Das Problem sei quantitativ und qualitativ schwer genug. Bei Unterzeichnung der Vereinbarung<sup>25</sup> habe keiner voraussehen können, daß sich schon heute

<sup>22</sup> In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 513 über „Türken in Deutschland“ wurde zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Rückkehr von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer dargelegt: „Die Bundesregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe damit beauftragt zu untersuchen, wie die Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitskräfte gefördert werden kann. Hier denkt man bei uns an die Möglichkeit der Schaffung finanzieller Anreize für den einzelnen – etwa durch vorzeitige Auszahlung von Rentenanwartschaften und ähnlichem – ebenso wie an ein Programm der Erleichterung der Wiedereingliederung ins Heimatland, etwa durch Schaffung von Arbeitsplätzen dort. Hier wird zu gegebener Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung für uns wichtig sein.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

<sup>23</sup> Dirk Oncken.

<sup>24</sup> Die Bundesregierung beschloß am 25. Juni 1980 die Einführung einer Sichtvermerkspflicht für türkische Staatsbürger. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 188.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 30. Oktober 1961 zur Regelung der Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik vgl. BUNDESARBEITSBLETT 1962, S. 69–71.

über 1,5 Mio. Türkmén in der BR Deutschland aufhalten würden. *Türkmén* wirft lachend ein, daß man bis 1986 keine Invasion von etwa 15 Mio. Türkmén bei uns plane. Wir müßten jedoch auch zur Kenntnis nehmen, daß, nachdem nunmehr Griechenland in die EG<sup>26</sup> eingetreten sei und SPA<sup>27</sup> und PTG<sup>28</sup> ihren Beitritt betrieben, auch die Türkei auf längere Sicht ein Mitglied des Gemeinsamen Markts werden müßte. GRI sage überall nein, wo es um die Türkei gehe (Zwischenbemerkung BM: auch zu allem anderen). Die gesamte Frage (der Freizügigkeit) müsse also in einem breiteren Zusammenhang geprüft werden.

Er wünscht dann ein Problem anzuschneiden, das auch bei den Gesprächen mit AM Haig eine Rolle gespielt hat. (Einwurf BM: Haig war sehr beeindruckt von seinem Gespräch mit Evren.) In den Beziehungen zwischen GRI und TUR gebe es einen sehr kritischen Punkt – mit den anderen könne man leben. Sollte GRI versuchen, seine Territorialgewässer<sup>29</sup> auszuweiten, wäre dies der Anfang einer sehr großen Krise. Man solle sich hier keiner Illusion hingeben. Die TUR würde sich jeglicher Ausdehnung über die Sechse-Seemeilen-Zone hinaus widersetzen, da ihre Interessen dadurch wesentlich berührt würden. Nicht erst eine Ausdehnung auf zwölf Seemeilen, sondern bereits eine solche auf acht Seemeilen oder darunter werde also türkische Gegenmaßnahmen auslösen. Man wünsche, daß dies klar verstanden werde. In allen anderen Bereichen seien die Beziehungen zwischen TUR und GRI „manageable, if not pleasant, but we can live with them“. In ZYP habe sich eine neue Problematik ergeben, nachdem Papanreou versucht habe, im Alleingang die Volksgruppen-Gespräche aus den Schienen zu heben.<sup>30</sup> Im Augenblick habe er nun seinen eigenen Konflikt mit Kyprianou, was dem BM sicher bekannt sei.

Nach kurzer Konsultation mit seiner Delegation schneidet Türkmén das Thema Familienzusammenführung bei türkischen Arbeitnehmern in der BR Deutschland an.<sup>31</sup> Es könne natürlich einige Beschränkungen geben, doch bestehe eine Tendenz, hier zu weit zu gehen.

<sup>26</sup> Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

<sup>27</sup> Zu den Verhandlungen über einen Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 129, Anm. 9.

<sup>28</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 129, Anm. 6 und 8.

<sup>29</sup> Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 56, Anm. 43. Oberst i. G. Graf Neidhart von Gneisenau, Ankara, informierte am 18. März 1982 über Vorbereitungen der türkischen Streitkräfte für den Fall einer Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer in der Ägäis: „Ab Mitte Januar 1982 verstärkt sich der Eindruck, daß der tür[kische] Generalstab seine Planungen für die Ägäis überdenkt und überarbeitet. So soll am 20.1.1982 eine Weisung des Generals] Evren an die Armeen sowie O[ber]b[e]fehlshaber] Luft- und Seestreitkräfte ergangen sein, die die generelle Planung darlegt und auf detaillierte Weisung, die in Kürze folgt, verweist [...]. Am 2.2. fand offensichtlich im T[ürkischen]G[eneral]S[tab] eine kurzfristig anberaumte Besprechung statt, an der alle Gen. und Adm[irale] des TGS, die in Operationsplanung sowie intelligence eingesetzt sind, teilnahmen. [...] Anfang Februar wurden zwei Instrukteure der Kriegsakademie Istanbul zur Ägäis-Armee kommandiert und befinden sich noch heute dort. Beide Instrukteure nahmen an der Zypern-Aktion 1974 teil. Die Abkommandierung der Instrukteure zu einer Armee für einen längeren Zeitraum ist hier unüblich und soll erstmals stattgefunden haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; VS-Bd. 11980 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>30</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>31</sup> In einer undatierten Aufzeichnung über „Türkmén in Deutschland“ hielt Referat 513 zur Haltung der Bundesregierung fest: „Angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage und des hohen Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung ist die Politik der Bundesregierung weiterhin auf Konsolidierung ausgerichtet. Ihre außenpolitischen Grundpositionen, beschlossen am 3. Febr[uar] 1982, betreffen

*BM* erwidert, daß dies wohl auf die Altersgrenze beim Nachzug von Kindern abziele und daß auch hinter diesem Komplex die Frage der Integration stehe. Sie sei in jungem Alter eher möglich. Besondere Sorgen machten uns aber die Menschen jener Altersstufe, die in der Türkei noch nicht verwurzelt wären, jedoch zu spät zu uns kämen, um hier noch Wurzeln zu fassen. Das Problem stelle sich nicht bei den ganz jungen, auch nicht bei den älteren Menschen, doch akut bei der Gruppe dazwischen.

Anschließend Einigung beider Minister über Darstellung des Gesprächs vor der Presse. Auf Frage von *Türkmén*, ob er sagen könne, daß *BM* Fortsetzung der Wirtschaftshilfe an die Türkei in Aussicht gestellt habe, bittet *BM*, dies nicht zu tun, da er Entscheidung des Bundestags nicht vorgeifen könne.

*BM* eröffnet *Türkmén* abschließend, daß Bundesländer sich mit versuchsweiser Einführung für Einjahres-Visen für ausländische (also auch türkische) Geschäftsreisende, Fernfahrer und Arbeiter, die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in unseren Nachbarstaaten haben, einverstanden erklärt hätten und daß wir damit einem türkischen Wunsch entgegenkommen können.

(*Türkmén* erkundigte sich später, ob er von dieser Mitteilung öffentlich Gebrauch machen könne. Ihm wurde gesagt, daß Information zunächst nur zu seiner Unterrichtung gedacht sei, da Frage besonderes Petitum türkischer Seite bei letzten Gesprächen der beiden AM in Ankara gewesen sei. Einzelheiten würden nach Expertengesprächen im Juni bekanntgegeben.)

#### **Referat 203, Bd. 124915**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 840*

vornehmlich auch unsere türkische Bevölkerung: Weitere Zuwanderung soll begrenzt, die Rückkehrbereitschaft gestärkt, die soziale Integration gefördert werden. [...] Demgemäß muß der Anwerbestopp aufrechterhalten bleiben, ebenso wie die Wartezeiten für den Zugang von Familienangehörigen zum Arbeitsmarkt (Mittelwert: drei Jahre). Der Familiennachzug mußte sozialverträglich gesteuert werden (Beschluß vom 2. Dez[ember] 81), insbesondere war Herabsetzung des Alters zuzugsberechtigter Kinder auf 16 Jahre nötig. Diese Regelung beruht darauf, daß ältere türkische Jugendliche in Deutschland sozial nicht mehr integrierbar sind und nur das Heer der Arbeitslosen vermehren. (Für Härtefälle gibt es Ausnahmen.)“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

## 161

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck**

422-413.00 GA/SOW-868/82 VS-vertraulich

19. Mai 1982<sup>1</sup>

Betr.: Ost-West-Kreditbeziehungen (Buckley-Mission<sup>2</sup>);  
hier: Treffen im Rahmen der sieben Teilnehmerländer des Weltwirtschaftsgipfels Versailles in Paris<sup>3</sup> am 14./15.5.1982

A. Unter französischem Vorsitz (M. Paye, Wirtschaftsdirektor des Quai d'Orsay, daneben M. Baquiast, Wirtschaftsdirektor des Finanzministeriums) nahmen auf US-Seite Adviser Buckley (State Department) sowie Assistant Secretary Leland (Treasury) teil, während die übrigen Teilnehmerländer durch die Wirtschaftsdirektoren ihrer Außenministerien und Beamte ihrer Wirtschaftsressorts vertreten waren (die deutsche Seite durch MD Steeg und Dg 42<sup>4</sup> in Vertretung von D 4<sup>5</sup>).

B. Die Diskussion gliederte sich in zwei Abschnitte:

(1) Stellungnahme zu den von den Teilnehmerländern inzwischen analysierten Zahlen und Schlußfolgerungen der CIA-Studie zur Wirtschafts-, Finanz- und Verschuldenslage des RGW und spezifisch der SU.

(2) US-Vorschlag für die Entwicklung eines Modells, das zu restriktiverer Handhabung der staatlich geförderten Kreditgewährung an die SU führt.<sup>6</sup>

Erster Abschnitt

1) Alle sechs Partnerländer der USA waren sich einig, daß die im CIA-Papier gezeichnete längerfristige Perspektive der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung starke spekulative Elemente enthalte und daher von „nicht zu großem praktischem Wert“ sei. Begründung insbesondere:

– US-Annahme, daß terms of trade der SU bis 1990 stagnieren, ist nicht annehmbar, da sie vom Fortbestand der gegenwärtigen weichen Energiepreise

<sup>1</sup> Hat laut Stempel am 19. Mai 1982 im Ministerbüro vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Europa-Reise des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, vgl. Dok. 87, Anm. 16.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>4</sup> Hans-Werner Loeck.

<sup>5</sup> Per Fischer.

<sup>6</sup> Am 26. April 1982 vermerkte Ministerialdirektor Fischer, daß bei einem Treffen im Rahmen der sieben Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels am 23. April 1982 in Paris Vorschläge der USA für Kreditrestriktionen gegenüber der UdSSR erörtert worden seien: „In ihrem operativen Vorschlag haben Amerikaner bisherigen Nachdruck auf Abbau subventionierten Teils westlicher Kredite gemildert (in Erkenntnis, daß westeuropäische Länder, die Kredite subventionieren, nicht zum Abbau bereit sind, und sie uns nicht davon überzeugen können, daß wir als Initialzündung Bürgschaften reduzieren müßten) und haben System vorgeschlagen, das unter Motto ‚fair burden sharing‘ sämtliche westeuropäischen Finanzmittel, ob Kredite oder Bürgschaften, in Reduktionsschritte einbezieht. Um damit auf uns zukommenden Druck zu entgehen und gleichzeitig auch andere Vorschläge in die Diskussion einzuführen, hat Frau Steeg als Alternative und einfacherem, marktgerechterem Vorgehen Prüfung angeregt, Ziel der Erschwerung der Kreditvergabe durch Erhöhung sogenannten Selbstbehalts, d. h. nicht verbürgtem Teil der Kredite bzw. Bürgschaften (bei uns werden in der Regel 85 % verbürgt, 15 % müssen bar angezahlt oder bei Banken zusätzlich aufgenommen werden), anzustreben.“ Vgl. VS-Bd. 10395 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

ausgeht. Ebenso wenig begründet erscheint die Annahme, daß SU keinerlei Zuwachs bei ihren nichtenergetischen Ausfuhren erzielen kann.

- Die sowjetischen Goldreserven (vom BMWi geschätzt auf ca. 20 Mrd. US-Dollar) sind in US-Überlegungen nicht berücksichtigt.
- Die US-Annahme, daß die SU bis 1990 ca. 50 Mrd. US-Dollar für Hilfe an die kleineren RGW-Länder aufwendet, ist unbeweisbar.

Die Analyse der Zahlenangaben für die Zeit bis 1985 deutete aus der Sicht aller sechs Partnerländer darauf hin, daß die wirtschaftlich-finanzielle Entwicklung des gesamten RGW in diesem Zeitraum „kritischer“ werde. „Kritisch“ sei die Lage schon jetzt für einige kleinere RGW-Länder. Die SU stehe zwar vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen, da auch sie sich den Wirkungen der weltwirtschaftlichen Rezession nicht entziehen könne. Jedoch bestehe für die SU, und zwar aufgrund der Analyse der westlichen Banken, kurz- und mittelfristig kein „very bad risk“. (Dies ist kein Fachausdruck, sondern sollte erkennbar aussagen, daß es gegenwärtig keinen Anlaß gibt, die SU als „schlechten Schuldner“ zu betrachten. Dies ist auch der Standpunkt des BMWi.)

Begründung:

- Wiederauffüllung sowjetischer Devisenguthaben bei westliche Banken (laut BIZ Ende 1981 von 4 Mrd. Dollar auf 8,5 Mrd. Dollar; Nettoverschuldung jetzt nur noch auf 12,5 Mrd. Dollar geschätzt) deute darauf hin, daß SU im Begriff sei, gegenwärtigen Liquiditätsengpaß zu überwinden.
- Die sowjetische Schuldendienstquote sei nicht zu hoch, sondern durchschnittlich.
- Man könne entgegen amerikanischer Annahme nicht davon ausgehen, daß die SU zwangsläufig ihr gegenwärtiges Importvolumen unverändert aufrechterhalten müsse, und zwar auch nicht unter Einbeziehung der in der Tat nicht verzichtbaren Getreideimporte. Hierbei Hinweis, daß die SU in den letzten fünf Jahren die Produktionskapazität ihrer Industrie in Höhe von insgesamt 50 % nicht ausgenutzt habe und die Investitionszuwachsrate gefallen sei.

Die amerikanischen Delegierten gingen auf diese Argumente nicht im einzelnen ein, vermochten aber auch den Schlußfolgerungen der Partner nicht zuzustimmen, sondern bestanden darauf, daß es bei Fortsetzung der westlichen Kreditgewährung im bisherigen Umfange mittel- und längerfristig zu einer Entwicklung der Verschuldens- und Liquiditätslage der SU kommen müsse, die die westlichen Gläubiger einem gefährlichen Risiko aussetzen würde. Die US-Seite wiederholte die bekannte These, die Regierungen mancher westlicher Länder, vor allem wir und GB, blähten die Kreditgewährung an die SU in „künstlicher“ Weise auf, indem die risikobedingte Zurückhaltung der Banken zugunsten der SU durch erhöhte Gewährung von staatlichen Bürgschaften kompensiert werde. Marktgerichtetem Verhalten würde es entsprechen, die SU vor die Wahl zu stellen, ihre Importe gegen bar bzw. gegen Kreditgewährung bis zu einem Jahr zu tätigen oder auf sie zu verzichten.

Diese Argumente forderten den Widerspruch der Partner heraus:

- Zurückhaltung der Banken auch durch das gewachsene politische Risiko ausgelöst (GB, D).

- Scharfe französische Polemik, die den USA unterstellte, daß sie unter dem Vorwand, für marktgerechtes Vorgehen einzutreten, ihren kommerziellen Vorteil auf Kosten der Partner suchten. Die USA setzten die Getreideverkäufe, von denen die SU tatsächlich abhängig sei, zu den allgemein üblichen Barzahlungsbedingungen fort und wollten zugleich ihren Partnern bei dem Verkauf von Anlagegütern, die nur zu den etablierten Kreditbedingungen absetzbar seien, in den Weg treten.

Die US-Delegierten sahen sich veranlaßt, ihre ursprünglich auf die Verwendung ökonomischer Aspekte beschränkte Argumentation durch Heranziehung der bekanntesten strategischen Aspekte zu ergänzen. Auch diese konnten sich die übrigen Teilnehmer nicht zueigen machen.

Ergebnis:

Vorläufig keine Einigung auf gemeinsame Bewertung der sowjetischen Finanz- und Wirtschaftslage sowie hieraus zu ziehende Schlußfolgerungen möglich.

Zweiter Abschnitt

1) Die US-Delegierten erläuterten ihren Vorschlag für einen multilateralen Kontrollmechanismus für staatliche Kreditförderung zugunsten der SU. Dieser übernimmt die von MD Steeg ad referendum aufgelisteten Alternativmodelle entgegen unseren Vorstellungen additiv. Er fügt ihnen wiederum ein „monitoring and review system“ hinzu, dessen Kern eine Kreditplafondierung mit degressiv wirkenden Elementen ist.

Ergebnis dieses Teils der Diskussion:

Der US-Vorschlag wurde von allen übrigen Teilnehmerländern abgelehnt. Sie erklärten, daß multilaterales Vorgehen sich auf einen Informationsaustausch beschränken müsse.

2) Der französische Vorsitz stellte daraufhin zur Erörterung, ob und welche Elemente des US-Vorschlags bzw. welches der Steeg-Modelle für ein paralleles nationales Vorgehen oder für ein Vorgehen im Konsensus übernommen werden könnten, falls die Staats- und Regierungschefs zur Überzeugung kommen sollten, daß die finanzielle Lage der SU dies erforderlich macht.

Ergebnis:

- Kreditplafondierung<sup>7</sup> wurde von sechs Delegationen als mechanistisches Element, das der jeweiligen Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzlage nicht Rechnung tragen könne, abgelehnt.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Loeck analysierte am 19. April 1982 Ausführungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Finanzministerium, Leland, über mögliche Kreditrestriktionen gegenüber der UdSSR: „Die Überlegungen Lelands zielen in verschiedenen Varianten auf eine Beschränkung neuer Deckungszusagen für SU-Geschäfte innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Abt. 4 hat bereits bei der Vorbereitung des Buckley-Besuches zu bedenken gegeben, daß eine solche Plafondierung problematisch ist, da ein niedriger Plafond angesichts der starken Nachfrage deutscher Exporteure nach SU-Deckungen einen scharfen, ein großer Deckungsrahmen dagegen keinen Brems-effekt haben würde. Diese Bewertung muß bei näherer Analyse der Anregungen Lelands aufrecht-erhalten werden: Sie würden teils zu empfindlichen Beschränkungen im normalen Ausfuhrgeschäft [...] führen, teils sind sie technisch nicht durchführbar. Es kommt hinzu, daß Maßnahmen dieser Art nur vertretbar sind, wenn sie entweder für die OECD oder zumindest für die wichtigen Handelspartner der UdSSR in der OECD beschlossen würden.“ Vgl. VS-Bd. 10400 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

- Alle Teilnehmerländer haben die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit, die Kreditlaufzeiten zu verkürzen und Prämienanhebungen vorzunehmen. Wegen der Verschiedenheit der Prämiensysteme ist es allerdings schwierig, eine Regelung zu treffen, die im Sinne des burden sharing alle gleichermaßen belastet.
- Alle Teilnehmerländer außer Frankreich sind in der Lage, den Selbstbehalt bei der Bürgschaftsgewährung zu erhöhen und die Bedingungen bezüglich Anzahlung und Zwischenzahlungen zu verschärfen. (F erklärt, hierzu wegen seiner Verpflichtungen aus dem mit der SU abgeschlossenen Handelsprotokoll nicht in der Lage zu sein.)

3) Auf Intervention von MD Steeg konzentrierte sich die Diskussion auf An- und Zwischenzahlungen, da die Höhe der Anzahlungen Teil des OECD-Konsensus ist und hier deshalb eine Einbeziehung aller OECD-Mitgliedsländer erreichbar wäre. Die Frage der Verkürzung der Laufzeit für öffentlich geförderte SU-Kredite auf fünf Jahre wurde nicht vertieft, da alle Beteiligten sich über die Aufstufung der SU nach Kategorie I des OECD-Konsensus einig waren und für die Länder der Kategorie I im Regelfall ohnehin eine Kreditlaufzeit von fünf Jahren nicht überschritten werden darf.

Ergebnis:

Die US-Seite bestand darauf, daß die Verschärfung der Kreditbedingungen innerhalb des OECD-Konsensus nur für die SU vorgesehen werden solle. Falls dies im OECD-Konsensus nicht erreichbar sei, müsse notfalls eine solche Vereinbarung auf die Sieben (einschließlich der übrigen EG-Länder) beschränkt werden.

F, I, CAN und JAP<sup>8</sup> sprachen sich demgegenüber dafür aus, eine Verschärfung der Bedingungen für alle Länder der Kategorie I vorzusehen, da man die Neutrale für eine Sonderbehandlung der SU nicht gewinnen könne. GB und D hielten ihre Stellungnahme hierzu offen.

C. Bewertung der Gesamtdiskussion und Prozedur für die weitere Behandlung des Themas

1) Die US-Seite zeigte größte Enttäuschung, daß es weder zur Einigung über einen Kontrollmechanismus noch wenigstens über eines der Steeg-Modelle (letzteres war offenbar US-Rückfallposition) gekommen war. Ihre Kritik konzentrierte sich auf Frankreich, das seinen Standpunkt mit besonderer Schärfe vertreten hatte und nach amerikanischer Ansicht in der Lage gewesen wäre, die von ihm geltend gemachten Hinderungsgründe bezüglich der Steeg-Modelle schon in der letzten Runde geltend zu machen.

Unter diesen Umständen fiel es uns um so leichter, uns in einer mittleren Verhandlungsposition zu halten, obwohl wir keinen Zweifel daran ließen, daß für unseren Standpunkt die ökonomischen und risikopolitischen Aspekte maßgebend sind.

2) Die US-Delegierten streuten in die Diskussion mehrfach den Hinweis auf das Junktim zwischen ihren Forderungen auf dem Kreditsektor und der Frei-

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „JAN“.

gabe der Rotoren für das Erdgasgeschäft<sup>9</sup> ein. Unter vier Augen erklärte mir der Wirtschaftsdirektor des State Department, Hormats, er sei überzeugt, daß eine Einigung auf wenigstens eines der Steeg-Modelle eine sehr gute Chance für die Auflösung des Junktims eröffnen würde.

3) Es bestand Einigkeit, daß die Diskussion der Staats- und Regierungschefs weiterer Vorbereitung bedarf. Hierzu wurde folgendes beschlossen:

Am 20./21.5. Tagung einer Expertengruppe in Washington mit folgendem Mandat:

- Ausarbeitung eines Papiers, das die für die westlichen Wirtschafts- und Kreditbeziehungen zur SU indikativen Fakten und Zahlen zusammenfaßt und die sowjetische Wirtschafts- und Finanzlage beschreibt.
- Prüfung der technischen Möglichkeiten einer Veränderung der Prämiensätze für Bürgschaften durch die Teilnehmerländer.
- Prüfung der technischen Möglichkeiten für eine gleichgewichtige Lastenteilung für den Fall, daß „einige Teilnehmerländer auf dem Gipfel z. B. den Betrag von der SU zu leistender Anzahlungen erhöhen oder die Kreditlaufzeiten verkürzen wollen“. (Hierbei geht es insbesondere darum, einen Weg zur Einbindung Frankreichs in das burden sharing zu finden, sofern es sich den bezeichneten Maßnahmen nicht anschließen kann oder will.)

Auf der Grundlage der in Washington erzielten Ergebnisse soll am 27.5. zwischen den Teilnehmern der Gesprächsrunde vom 14.5. in Paris<sup>10</sup> ein weiterer Versuch zur Einigung auf ein Modell unternommen werden.<sup>11</sup>

Loeck

**VS-Bd. 14104 (010)**

<sup>9</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 74, Anm. 16.

Botschafter Hermes, Washington, teilte am 3. Juni 1982 mit, ein hochrangiger Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe ihm zum Erdgas-Röhren-Geschäft vertraulich mitgeteilt: „Bei der Sitzung des NSC am 24.5., bei der in der Vorbereitung des Gipfels von Versailles auch die Frage der US-Haltung zum Erdgas-Röhren-Projekt, insbesondere der Zulieferung von G[eneral]E[lectric]-Rotoren an europäische Kompressorenhersteller, und die Kreditpolitik gegenüber der SU behandelt worden seien, sei es der VN-Botschafterin Kirkpatrick sehr zum Ärger von Haig gelungen, den Präsidenten zu einer festen Haltung gegenüber den Europäern zu überreden. [...] Obwohl der Präsident noch nicht negativ über den Antrag der Europäer auf Ausnahmegenehmigung der GE-Zulieferungen entschieden habe, sei er doch im wesentlichen dazu entschlossen. Die einzige Chance, diese Haltung noch zu ändern, liege in einem direkten Gespräch des Bundeskanzlers mit ihm beim Gipfel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2492; VS-Bd. 13331 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Mit Schreiben vom 19. Mai 1982 informierte der amerikanische Außenminister Haig Bundesminister Genscher über die Haltung der USA zum Treffen im Rahmen der sieben Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels am 14./15. Mai 1982 in Paris: „You know how important we think it is – for all of us – to establish a regime for limiting official credits and credit guarantees to the Soviet Union. I will not conceal from you, therefore, my disappointment that our experts were unable to reach agreement at their May 14 meeting on such promising measures as lowering the percentage of any transaction that could be covered by official credits or credit guarantees, reducing credit lengths or placing a quantitative limit on official credit supports. The President, as he indicated in his letter of May 7, attaches great importance to deciding this issue in time for the Versailles Summit. He firmly believes that a common credit policy toward the Soviet Union and a means for limiting official credits and credit guarantees are both necessary and workable.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 572 des Vortragenden Legationsrats Gerz vom 21. Mai 1982 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12935 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Am 1. Juni 1982 vermerkte Ministerialdirigent Loeck: „Am 27. Mai fand unter französischem Vorsitz in Paris die letzte Runde der Vorbereitung des obigen Gipfelthemas statt. Die USA waren wie-

## 162

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****221-341.32/2-936/82 VS-vertraulich****19. Mai 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister<sup>2</sup>Betr.: Einladung von Manöverbeobachtern im Rahmen der KSZE-Schlußakte<sup>3</sup>

Bezug: a) Randvermerk des Herrn StS auf Aufzeichnung der Abt. 2 vom

13.4.82 – 210-360<sup>4</sup>b) Aufzeichnung der Abt. 2 vom 11.12.1980 – 221-341.32/2-2111/80 VS-v<sup>5</sup>*Fortsetzung Fußnote von Seite 846*

derum durch Buckley und Leland [...] vertreten. [...] Alle sieben Delegationen akzeptierten den von der Expertengruppe der Sieben am 20./21.5. in Washington unter US-Vorsitz erarbeiteten Bericht über ‚Hartwährungsfinanzlage der SU und Perspektiven der weiteren Entwicklung‘. Die Erarbeitung einer ‚voll in sich geschlossenen Diskussionsgrundlage‘ für den Weltwirtschaftsgipfel in Versailles sei jedoch nicht gelungen: ‚Als die entscheidende politische Frage kristallisierte sich immer mehr das Problem der von den USA gewünschten isolierten Behandlung der SU heraus. Auch hierzu konnte nur die britische Delegation eine uneingeschränkte positive Haltung ihrer Regierung erklären. In den als persönliche Ansicht vorgetragenen Einschätzungen der Delegationen wurde deutlich, daß im übrigen nur J[a]p[an] (wenn auch unter Zurückstellung erheblicher Bedenken) bereit wäre, die SU gesondert zu behandeln (‚single out‘). Die französische, italienische und kanadische Delegation hielten es für ausgeschlossen, daß ihre Regierungen sich zu einer Sonderbehandlung bereit finden würden, während von unserer Seite darauf hingewiesen wurde, daß es bei einem Festhalten an dem bisher zugrunde gelegten ökonomisch-risikopolitischen Ausgangspunkt sehr schwierig sein werde, eine Sonderbehandlung der SU überzeugend zu begründen.‘ Vgl. VS-Bd. 10388 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat Weigel konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 30. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: ‚Bitte zunächst Ergänzung (S. 4).‘ Vgl. Anm. 13.

Hat Ruth am 1. Juni 1982 erneut vorgelegen, der mit der handschriftlichen Bitte um ‚w[eitere] V[er-]an[[assung]‘ die Weiterleitung an Referat 221 verfügte.

Hat Bundesminister Genscher am 17. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich die Bitte um ‚R[ück-]sprache‘ vermerkte.

Hat Staden am 29. Juli 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ruth verfügte.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Bräutigam legte am 13. April 1982 dar: ‚Der Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr beabsichtigt, die Genehmigung zur Durchführung des 25. Jahreskongresses des Comité International de Médecine et de Pharmacie Militaires (CIMP) 1984 in der Bundesrepublik Deutschland zu beantragen. [...] Im Hinblick auf die zu erwartende Teilnahme militärischer Vertreter aus der DDR [...] bestehen im BMVg gegen die Durchführung des Kongresses in der Bundesrepublik Deutschland Bedenken. Das Auswärtige Amt ist um eine Stellungnahme gebeten worden.‘ Bräutigam sprach sich dafür aus, dem Bundesministerium der Verteidigung von einer Bewerbung um die Durchführung des Jahreskongresses abzuraten.

Hat Staatssekretär von Staden am 17. April 1982 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: ‚Ich stimme mit d[em] Votum in diesem besonderen Fall nicht überein.‘

Hat Genscher am 18. April 1982 vorgelegen, der für Staden handschriftlich festhielt: ‚Ich stimme dem Votum des StS zu. Wir sollten nicht abraten, sondern erklären, daß aus der Sicht des AA keine Einwendungen bestehen wegen des Themas Manöverbeobachtung.‘

Hat Staden am 22. April 1982 erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Pfeffer und Botschafter Ruth handschriftlich notierte: ‚BM bittet, dieses Thema für ihn zu dem Ministergespräch bei BK vorzubereiten, das in heutiger D[irektoren]b[esprechung] erwähnt wurde. BM fragt sich, ob wir bei diesem Austausch nicht mehr gewinnen würden als verlieren.‘ Vgl. Referat 210, Bd. 132651.

<sup>5</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vgl. AAPD 1980, II, Dok. 359.

Anlg.: 1 Vorgang<sup>6</sup>

Zweck der Vorlage: Vorbereitung des deutschlandpolitischen Gesprächs beim Bundeskanzler<sup>7</sup>

### I. Auftrag

Sie haben Weisung erteilt (vgl. Bezug zu a)), im Hinblick auf Ihr Gespräch mit dem Bundeskanzler unsere gegenwärtige Praxis bei der Einladung von KSZE-Manöverbeobachtern zu überprüfen.

Die jetzige Praxis ist darauf ausgerichtet, das Auftreten von Angehörigen der NVA der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Wir beschränken deshalb die Einladung von Manöverbeobachtern auf Mitglieder der hiesigen (diplomatischen) Vertretungen der KSZE-Teilnehmerstaaten. Diese Einladungspraxis ist das Ergebnis einer Abstimmung zwischen den Ressorts (AA, BMVg, BMB, BMJ) und im Bündnis. Sie ist zuletzt auf Bitten des Herrn Bundeskanzlers Ende 1980 überprüft worden (vgl. Bezug zu b)).

### II. Ergebnis der Untersuchung

1) Die erneute Überprüfung unserer Einladungspraxis hat ergeben, daß eine Liberalisierung uns unter KSZE-politischen Gesichtspunkten Vorteile bringen würde (Vermeidung von Auseinandersetzungen mit WP-Ländern, Verbesserung der VBM-Implementierung, Glaubwürdigkeit unseres KAE-Konzepts<sup>8</sup>). Bündnispolitisch könnten sich Nachteile ergeben (Verdacht des Neutralismus bzw. der Äquidistanz). Deutschlandpolitisch ließen sich für eine Änderung der bisherigen Praxis Argumente anführen.

2) In rechtlicher Hinsicht bestehen die Gründe, die zur Beschränkung der Einladungen auf Mitglieder der hiesigen Vertretungen geführt haben, unverändert fort. Nach bestehender Rechtslage wäre eine gesetzliche Regelung erforderlich, um als Manöverbeobachter entsandte NVA-Angehörige von der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland ebenso freizustellen, wie dies Manöverbeobachtern aus anderen KSZE-Teilnehmerstaaten kraft Völkerrecht zusteht. Die Durchsetzung einer solchen Regelung könnte jedoch innen- und deutschlandpolitisch zu Schwierigkeiten führen, die in keinem akzeptablen Verhältnis zu den außenpolitischen Vorteilen einer Liberalisierung unserer Einladungspraxis stünden.

3) Ohne Änderung der rechtlichen Ausgangslage wäre eine politische Entscheidung zugunsten einer Änderung der gegenwärtigen Einladungspraxis nur möglich, wenn das Risiko in Kauf genommen würde, daß ein als Manöverbeobachter entsandter NVA-Angehöriger im Zusammenhang mit der Schießbefehl-Problematik von der Strafgerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland belangt

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

<sup>7</sup> Am 19. Mai 1982 sprach sich Bundesminister Genscher beim deutschlandpolitischen Ressortgespräch unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Schmidt dafür aus, „unsere Grundphilosophie anders zu definieren: Beide deutschen Staaten haben besondere Verantwortung für die Lage in Europa. Von ihren Beziehungen dürfen nicht nur keine Störungen, sondern müssen vielmehr positive Impulse ausgehen. Beide deutschen Staaten sollten sich bemühen, bei der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki in allen Teilen den höchsten Standard zu erreichen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

wird.<sup>9</sup> Angesichts der Entwicklung an der innerdeutschen Grenze während der letzten Jahre und im Hinblick auf das Eigeninteresse der DDR, Zwischenfälle mit entsandten Manöverbeobachtern zu vermeiden, ist dieses Risiko jedoch praktisch als gering zu bewerten.

### III. Im einzelnen

1) Gemessen an den Verpflichtungen, die uns die Schlußakte von Helsinki im Hinblick auf die Implementierung vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) auferlegt, läßt sich unsere gegenwärtige Einladungspraxis durchaus rechtfertigen:

- Die Schlußakte stellt es in das Ermessen des einladenden Staates, Verfahren und Bedingungen der Teilnahme von Manöverbeobachtern zu bestimmen. Wir wenden das gleiche Einladungsverfahren ohne Unterschiede gegenüber allen KSZE-Teilnehmern an. Unsere Praxis ist insofern nicht diskriminierend.
- Wir laden regelmäßig alle KSZE-Teilnehmerstaaten ein, und zwar unbeschadet des in der Schlußakte erwähnten Prinzips der Gegenseitigkeit auch solche, von denen wir noch keine Einladung erhalten haben. Unsere Praxis ist also – im Gegensatz zu derjenigen der WP-Staaten – nicht selektiv.
- Wir stellen es den eingeladenen KSZE-Teilnehmerstaaten – auch der DDR – regelmäßig frei, militärische oder zivile Mitglieder ihrer hiesigen Vertretungen zu entsenden. Die Entsendung von zivilen Beobachtern erscheint uns insofern ausreichend, als die VBM der Schlußakte anerkanntermaßen eher politischen als militärisch signifikanten Charakter haben.
- Schließlich ist zu berücksichtigen, daß wir grundsätzlich zu allen Manövern, die nach der Schlußakte notifizierungspflichtig sind, auch Beobachter einladen, während die WP-Staaten dies unter Berufung auf die vereinbarte Freiwilligkeit dieser Maßnahme nur in sehr beschränktem Umfang tun. Es steht den WP-Staaten deshalb schlecht an, sich in diesem Bereich der Vertrauensbildung auf Gegenseitigkeit zu berufen.

Dennoch wäre eine Liberalisierung unserer Einladungspraxis in dem Sinne, daß die Auswahl der zu entsendenden Manöverbeobachter den eingeladenen Staaten überlassen bliebe, vor allem unter KSZE-politischen Gesichtspunkten mit Vorteilen verbunden:

- Die Vertrauensbildung nimmt innerhalb unserer Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik eine zentrale Stelle ein. Wir könnten unsere Position noch glaubhafter und nachdrücklicher vertreten, wenn sich nicht gerade an unserer Einladungspraxis immer wieder Auseinandersetzungen mit den WP-Staaten entzündeten.

<sup>9</sup> Im Hinblick auf eine Strafverfolgung von Offizieren der NVA in der Bundesrepublik gab Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse am 10. Mai 1982 zu bedenken: „Strafprozessual besteht die Möglichkeit, nach § 153 c Abs. 1 und 2 StPO von der Strafverfolgung abzusehen [...]. Den Staatsanwaltschaften könnten entsprechende unverbindliche Empfehlungen über das BMJ und die Landesjustizminister gegeben werden. Es ist jedoch die Frage, ob alle Landesjustizminister eine solche Empfehlung an ihre Staatsanwaltschaften weitergeben würden. [...] Selbst wenn sich der BMJ und die zuständigen Landesjustizminister zu einer entsprechenden Empfehlung entschließen würden, wäre nicht auszuschließen, daß ein Staatsanwalt gleichwohl ein Verfahren gegen einen NVA-Offizier einleitet und einen Haftbefehl beantragt. Etwaige Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe würden dem Erlaß eines Haftbefehls nicht entgegenstehen.“ Vgl. VS-Bd. 11413 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

- Die überwiegende Mehrheit der in Bonn vertretenen WP-Staaten – zuletzt nur noch mit Ausnahme der ČSSR – lehnte unter ausdrücklicher oder indirekter Berufung auf unsere Einladungspraxis die Entsendung von Manöverbeobachtern ab. Eine Änderung unserer Praxis würde zu einer größeren Teilnahmebereitschaft der WP-Staaten führen. Dies liegt im Interesse einer möglichst effektiven Implementierung der VBM.
- Wenn es – entsprechend dem westlichen KAE-Konzept – gelingen sollte, militärisch bedeutsame, verbindliche und verifizierbare VBM zu vereinbaren, könnte es sogar erforderlich werden, den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit zu geben, militärische Beobachter mit den notwendigen Spezialkenntnissen aus den Hauptstädten zu entsenden. Zumindest könnten wir ein Eigeninteresse hieran haben.
- Durch die Entsendung sowjetischer Militärs aus Moskau als Manöverbeobachter ließe sich das nach wie vor starke Interesse der SU an bilateralen Militärkontakten<sup>10</sup> (Austausch von Militärdelegationen zwischen BW und sowjetischen Streitkräften) auf unverfängliche Weise auffangen.

Diese Vorteile überwiegen auch gewisse Bedenken, die sich aus bündnispolitischer Sicht sowie unter dem Gesichtspunkt unseres Interesses an einem Austausch von Militärattachés mit Polen<sup>11</sup> gegen eine Änderung der bestehenden Praxis ergeben könnten:

- Es ist nicht auszuschließen, daß wir uns mit der Zulassung von NVA-Angehörigen als Manöverbeobachter mancherorts dem Verdacht der Nachgiebigkeit gegenüber dem Osten aussetzen<sup>12</sup>, vielleicht sogar dem Verdacht neutralistischer Neigungen im Interesse einer Wiedervereinigung. Beim gegenwärtigen Zustand der Ost-West-Beziehungen könnte eine Änderung unserer Einladungspraxis als Signal in diese Richtung von beiden Seiten mißverstanden werden.

<sup>10</sup> Brigadegeneral Eichler, Moskau, berichtete am 29. April 1982, er sei von dem sowjetischen Generalleutnant Borisow zu einem Gespräch in die Verwaltung für Auswärtige Beziehungen des Verteidigungsministeriums der UdSSR gebeten worden: „B[orisow] erklärte ohne Umschweife Einbestellung durch Hinweis auf Notwendigkeit für nähere und öftere Gespräche zwischen sow[jetischen] und unseren mil[it]ärischen Vertretern. Die gelegentlichen Kontakte auf Parties etc. reichten keineswegs aus. Bot sich und seinen Stab als Gesprächspartner oder Vermittler von Kontakten für unseren Mil[it]äratt[aché]stab an, und zwar zu jeder Zeit und für jedes beliebige Thema, erkundigte sich nach Wünschen, Problemen, Klagen. [...] Der Gesprächsinhalt, insbesondere die so direkt offerierte Bereitschaft zur Kontaktpflege, erscheint zwar außergewöhnlich, ist aber als konsequente Fortsetzung der von M[arschall] d[er] SU Ogarkow am 18.12.1981 vorgebrachten Gedanken gegenüber V[erteidigungs]att[aché] zu sehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1761; VS-Bd. 11975 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Fournes legte am 10. Mai 1982 dar: „Aus hiesiger Sicht ist bei einer Erweiterung des Kreises von Manöverbeobachtern über die Mitglieder der hiesigen (diplomatischen) Vertretungen hinaus zu beachten, daß damit eine alte Position auch gegenüber der VR Polen geräumt würde, die seit langem bestrebt ist, selbst bestimmen zu können, woher ihre Manöverbeobachter kommen. Zuletzt beschwerte sich die Botschaft der VR Polen in einer Verbalnote vom 5.9.1980 darüber, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland „erneut die Einladung zur Entsendung der Beobachter nur auf die Vertreter der Botschaft beschränkt“ habe. Die Regierung der VR Polen hielt dieses Verfahren für den Bestimmungen der KSZE-Schlußakte widersprechend.“ Vgl. VS-Bd. 11413 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Der Passus „Verdacht ... aussetzen“ wurde von Staatssekretär von Staden mit Fragezeichen versehen.

- Unsere mit den Bündnispartnern abgestimmte Einladungspraxis gilt für alle Manöver, die auf unserem Territorium stattfinden, d.h. für die überwiegende Mehrzahl aller NATO-Manöver, auch solche ohne deutsche Beteiligung. Eine Liberalisierung würde sich damit auch auf die VBM-Implementierung der NATO insgesamt auswirken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unsere Partner die von uns gewünschten, restriktiven Einladungsmodalitäten nur aus Rücksicht auf unsere Sonderinteressen gegenüber der DDR akzeptiert haben und es vorziehen würden, wenn sie freie Hand bei der Einladung hätten.<sup>13</sup>
  - Gegenüber Polen haben wir – im Interesse der langfristigen Normalisierung unserer Beziehungen – seit 1977 mehrfach und auf verschiedenen Ebenen unser Interesse an einem Austausch von Militärattachés erkennen lassen und dabei darauf hingewiesen, daß damit die Schwierigkeiten bei der Einladung von Manöverbeobachtern ausgeräumt werden könnten. Die polnische Seite scheint hieran – vor allem wohl aus geschichtlichen Gründen – nicht interessiert zu sein. Würden wir die Entsendung militärischer Manöverbeobachter aus Warschau zulassen, entfielen für die VR Polen ein starker Anreiz, sich doch noch zu einem Austausch von Militärattachés bereit zu finden.
- 2) Unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten wurden bisher gegen eine Einladung von Angehörigen der NVA folgende Argumente geltend gemacht:
- Eine Behandlung der NVA wie die Streitkräfte anderer Länder könnte als ein Schritt angesehen werden, der auf eine Angleichung unserer Beziehungen zur DDR an diejenigen zu Drittstaaten hinausliefe.
  - Wegen der Schießbefehlsproblematik müßte mit Kritik und emotionsgeladenen Reaktionen in unserer Öffentlichkeit gerechnet werden, wenn NVA-Angehörige in Uniform in der Bundesrepublik Deutschland aufträten.

Zu diesen Erwägungen ist folgendes zu bemerken:

- Ein zeitweiliger Aufenthalt von NVA-Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland mit der begrenzten Aufgabe der Manöverbeobachtung bleibt in seiner rechtlichen Qualität und in seinen praktischen Auswirkungen hinter einem Austausch von Militärattachés zurück. Der besondere Status der innerdeutschen Beziehungen, wie er im Grundvertrag<sup>14</sup> seinen Niederschlag gefunden hat, wird dadurch nicht berührt. Es ist auch nicht ohne weiteres erkennbar, wie bei unbefangener Betrachtungsweise ein dem entgegenstehender Rechtsschein erzeugt werden könnte. Bei einer Interessenabwägung dürfte in jedem Fall schwerer wiegen, daß wir politisch überzeugender für vertrauensbildende Maßnahmen in Europa eintreten können, wenn wir den un-

<sup>13</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Wie ist die Praxis der anderen?“ Vgl. Anm. 2.

Am 1. Juli 1982 vermerkte Botschafter Ruth für Staden: „Die Praxis der anderen Bündnispartner ist [...] mit unserer identisch, soweit die Manöver auf deutschem Boden stattfinden. Nur bei wenigen NATO-Manövern, die nicht auf deutschem Boden stattfinden, wird ein anderes Einladungsverfahren praktiziert.“ Vgl. VS-Bd. 11413 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972 sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

mittelbaren Nachbarn DDR, mit der ein Austausch von Militärattachés nicht möglich ist, wenigstens in diesem Bereich nicht isolieren.

- Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß eine eventuelle Beteiligung bei uns auftretender NVA-Angehöriger an Straftaten im Zusammenhang mit dem Schießbefehl ein Problem von geringer praktischer Bedeutung ist. Zudem ist es wenig wahrscheinlich, daß die DDR einen in dieser Hinsicht belasteten Offizier als Manöverbeobachter entsendet. Das bedeutet nicht, daß in gleichem Maße die Möglichkeit emotioneller Reaktionen auf das öffentliche Auftreten von NVA-Angehörigen bei uns abgenommen hat. Eine derartige Kritik dürfte jedoch um so begrenzter sein, je überzeugender die Bundesregierung auf ihr Ziel verweisen kann, zu mehr Vertrauensbildung in Europa beizutragen.
- 3) Rechtlich bestehen die Gründe, die zur Beschränkung der Manövereinladungen auf Mitglieder der hiesigen Vertretungen geführt haben, unverändert fort:
- Obgleich die Entwicklung an der innerdeutschen Grenze während der letzten Jahre und das Eigeninteresse der DDR dies nicht sehr wahrscheinlich machen, läßt sich nicht ausschließen, daß als Manöverbeobachter entsandte Offiziere der NVA im Zusammenhang mit der Schießbefehlsproblematik als mittelbare oder unmittelbare Täter der Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt werden.
  - Die Bundesrepublik Deutschland wäre völkerrechtlich verpflichtet, aus den Hauptstädten entsandte Manöverbeobachter zu privilegieren, sie insbesondere auch von ihrer Strafgerichtsbarkeit freizustellen. Sie könnte diese Verpflichtung gegenüber der DDR jedoch nicht erfüllen, da Manöverbeobachter aus der DDR Deutsche im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes<sup>15</sup> sind und deshalb allenfalls Amtsimmunität – d.h. Immunität für die als Manöverbeobachter begangenen strafbaren Handlungen – genießen würden.
  - Um Manöverbeobachtern aus der DDR einen Status einzuräumen, wie ihn aus den Hauptstädten anderer KSZE-Teilnehmer entsandte Manöverbeobachter hätten, bedürfte es nach Auffassung der Abteilung 5 einer besonderen gesetzlichen Grundlage entsprechend der Regelung, wie sie im Jahre 1973 für die Ständige Vertretung der DDR und ihre Mitglieder getroffen wurde (Gesetz über die Gewährung von Erleichterungen, Vorrechten und Befreiungen an die Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. November 1973; BGBl. 1973, I, S. 1673 ff.<sup>16</sup>).
  - Die Durchsetzung einer solchen gesetzlichen Regelung wäre schon im Hinblick auf die notwendige Mitwirkung des Bundesrats problematisch und könnte unsere Innenpolitik mit kontroversen Diskussionen schwieriger deutschlandrechtlicher und deutschlandpolitischer Fragen belasten.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut von Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „BGBl. 1973, II, S. 1673 ff.“

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 16. November 1973 über die Gewährung von Erleichterungen, Vorrechten und Befreiungen an die Ständige Vertretung der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil I, S. 1673 f.

Diese Vorlage berücksichtigt Stellungnahmen der Referate 201, 210, 212, 214, 500, 502 und 511, die im beiliegenden Vorgang zusammengefaßt sind. D2<sup>17</sup> und D5<sup>18</sup> haben mitgezeichnet. Eine förmliche Abstimmung mit anderen Ressorts ist bisher weisungsgemäß nicht erfolgt.<sup>19</sup>

Ruth

VS-Bd. 11413 (221)

## 163

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Mugabe

24. Mai 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Mugabe<sup>2</sup> am 24. Mai 1982 von 18.10 bis 18.50 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Gesprächsteilnehmer: AM Mangwende, Finanzminister Chidzero, Botschafter Chambati; StS von Staden, Botschafter Ellerkmann, MD von der Gablentz.

*Bundeskanzler* betont, daß er sich auf dieses erste persönliche Treffen sehr gefreut habe. Was Mugabe für sein Land getan hat, hat ihm großen Respekt in Deutschland eingetragen. Er selbst hat Interesse, mit Mugabe über die Probleme im südlichen Afrika zu sprechen. Er nimmt an, daß Mugabe über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sprechen will.

*Mugabe* ist für die Einladung zum Besuch nach Deutschland sehr dankbar. Wie der Bundeskanzler hat er sich sehr auf das erste persönliche Treffen gefreut.

<sup>17</sup> Franz Pfeffer.

<sup>18</sup> Carl-August Fleischhauer.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat Pöhlmann vermerkte am 4. August 1982, Bundesminister Genscher habe gebeten, erneut „zu prüfen, wie die Probleme, die sich aus einer Einladung von Manöverbeobachtern aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ergeben würden, gelöst werden könnten“. Dazu legte Pöhlmann dar: „Ohne Änderung der rechtlichen Ausgangslage müßte deshalb geprüft werden, wie groß die Gefahr der Strafverfolgung von NVA-Angehörigen oder anderer aus der DDR entsandter Manöverbeobachter einzuschätzen ist [...], ob die Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen in Salzgitter Auskunft über bestehende Strafverfolgungsinteressen gegenüber den aus der DDR angemeldeten Manöverbeobachtern geben oder zu geben verpflichtet werden könnte, bzw. ob die Erfassungsstelle nicht u. U. ein entgegengerichtetes Interesse an der Festnahme entfalten könnte; welchen Grad an Vollständigkeit die Erfassung in Salzgitter gewährleisten kann (Strafantrag durch Dritte); welcher Zeitraum für eine gesicherte Prüfung von Manöverbeobachterkandidaten zu veranschlagen wäre; ob und wie eine Rahmenlegung für entsprechende Amtshilfeersuchen getroffen werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 13221 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. Mai 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Mugabe hielt sich am 24./25. Mai 1982 in der Bundesrepublik auf.

Er kennt und bewundert die großen Bemühungen des Bundeskanzlers, die Kluft zwischen Nord und Süd zu überbrücken und politische Spannungen in der Welt abzubauen und auf Gesprächen zu bestehen, selbst wenn es die eigenen Freunde nicht immer verstehen. Er begrüßt diese Bemühungen, die den Prinzipien entsprechen, von denen sich auch Simbabwe leiten läßt.

Er möchte gerne über die bilateralen Beziehungen<sup>3</sup> sprechen, aber auch über die Beziehungen im südlichen Afrika. Die Schritte zur Unabhängigkeit Namibias müssen beschleunigt werden. Südafrikas Apartheidpolitik enthält eine Dimension der Aggression, die die afrikanischen Nachbarstaaten täglich berührt. Er möchte außerdem mit dem Bundeskanzler über den Stand der internationalen Beziehungen sprechen.

*Bundeskanzler* hält Mugabes vorsichtige Politik bei der Lösung der internen Probleme<sup>4</sup> und in der Behandlung der Beziehungen zu seinen Nachbarn für exemplarisch. Er fragt, ob nach Mugabes Meinung die Fünfer-Vorschläge eine baldige Lösung der Namibia-Frage ermöglichen.<sup>5</sup> Wir setzen uns auf der Grundlage der Resolution 435<sup>6</sup> für eine schnelle Lösung ein und streben ein unabhängiges blockfreies Namibia an. Für die Lancaster-House-Lösung<sup>7</sup> gebührt Car-

<sup>3</sup> Ministerpräsident Mugabe erläuterte Bundeskanzler Schmidt am 25. Mai 1982 den Stellenwert der Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik: „Nach Briten und Amerikanern, die im Zusammenhang mit der Simbabwe-Lösung besondere Zusagen gemacht haben, leistet Deutschland die größte Hilfe. Diese Hilfe überstieg die Erwartungen seiner Regierung, da man vor der Unabhängigkeit keine engen Beziehungen mit der Bundesrepublik geknüpft hatte. Er und seine Regierung waren positiv überrascht und sahen in der deutschen Hilfe einen glücklichen Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen. Die deutsche Hilfe ist überdies nach Auffassung des zuständigen Ministeriums diejenige, die nach Konditionen und Schwerpunkten den Bedürfnissen des Landes am meisten entspricht.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178866.

<sup>4</sup> Am 12. Februar 1982 führte Botschafter Ellerkmann, Salisbury, zur innenpolitischen Entwicklung Simbawes aus: „Ereignisse der letzten Zeit und Äußerungen Mugabes in der Öffentlichkeit könnten Anlaß zu der Vermutung geben, als habe sich ein innenpolitischer Kurswechsel vollzogen. Zu diesen Anzeichen gehören: die Ankündigung Mugabes, die ‚national transformation‘ der nächsten drei Jahre auf der Grundlage des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ durchzuführen; die Forderung nach einem Sozialismus auf marxistisch-leninistischer Grundlage; die Forderung Mugabes nach einem Einparteiensstaat; die Feststellung Mugabes, ‚ZANU will rule forever‘; der Parteibeschuß der ZANU (PF), daß ZK-Beschlüsse Vorrang vor Regierungsentscheidungen haben; die Forderung nach der Beendigung der ‚economic minority rule‘ und der Ankündigung staatlicher Einflußnahme auf Industrie und Wirtschaft; öffentlich geäußerte Zweifel an der Loyalität der Weißen in Verwaltung, Armee und Polizei; die Nichterwähnung der Versöhnungspolitik in der Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten; die Verhaftung eines weißen Abgeordneten, dem anwaltliche Betreuung wochenlang versagt wurde; der erzwungene Rücktritt des Generalstaatsanwalts, der sich geweigert hat, Strafverfahren gegen hohe (schwarze) Militärs der National-Armee niederzuschlagen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 105; Referat 320, Bd. 138130.

Ellerkmann teilte am 12. März 1982 zur Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Mugabe und dem am 17. Februar 1982 als Minister entlassenen Vorsitzenden der Patriotischen Front, Nkomo, mit: „PM Mugabe setzt mit konsequenter Entschlossenheit die Ausschaltung seiner Gegner fort. [...] Mugabe führt Kampf gegen Nkomo mit unversöhnlicher Härte. Er drohte ihm damit, ihn vor Gericht zu stellen und ihn im Falle seiner Verurteilung ins Gefängnis zu werfen. [...] Mugabes politische Rechnung ist bisher aufgegangen: Hier gewaltsame Zerschlagung, dort innerer Zerfall, ohne daß es zu größeren Unruhen bei der Bevölkerung oder in der Armee gekommen wäre.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 320, Bd. 138130.

<sup>5</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>6</sup> Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 36, Anm. 14.

<sup>7</sup> Die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbawes in die Unabhängigkeit fand vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London statt. Am 21. Dezember 1979 unterzeichneten der britische Außenminister Lord Carrington, der britische Lordsegelbewahrer Gilmour, der ehe-

rington große Anerkennung, der eine Lösung durchsetzte, die er dann später Schwierigkeiten hatte, im eigenen Lande akzeptiert zu bekommen. Carrington, der seit vielen Jahren sein persönlicher Freund ist, hat ihm auch viel von Mugabe gesprochen.

*Mugabe* macht den letzten Wahlrechtsvorschlag der Kontaktgruppe dafür verantwortlich, daß die Namibia-Verhandlungen zum Stillstand gekommen sind. Die verschiedenen Variationen eines Zweistimmen-Systems sind für SWAPO und für die FLS<sup>8</sup> unakzeptabel.

Auf Einwand des Bundeskanzlers, daß auch wir ein Zweistimmen-System haben, meint er, daß ein solches System für ein entwickeltes Land wie Deutschland gut sein mag. Für Namibia wäre ein einfaches System (Mehrheit oder Proporz) angemessen. Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er das Proporzsystem, nach dem in Simbabwe gewählt wurde mit der Besonderheit, daß 20% der Sitze für Weiße reserviert waren. Diese Besonderheit wäre für Namibia nicht angemessen. Auch ein Mehrheitssystem würde daran scheitern, daß es keine zuverlässige Volkszählung gibt. Er setzt sich daher für ein reines Proporzsystem ein.

*Bundeskanzler* bittet, diesen Punkt mit BM Genscher im einzelnen zu besprechen. Er hält es angesichts der Falkland/Malwinen-Krise für um so wichtiger, die Namibia-Frage so schnell wie möglich zu lösen. Wahlen sollten noch 1983 stattfinden.

*Mugabe* stimmt zu. Die Briten scheinen zu erwägen, gleich Stufe zwei in Gang zu setzen und eine Art von Lancaster-House-Konferenz vorzubereiten.

*Bundeskanzler* hält eine solche Konferenz für nicht erforderlich, da man sich ja bereits über die Hauptpunkte der Verfassung geeinigt hat. Außerdem hätte auch die Lancaster-House-Konferenz wohl nicht funktioniert ohne Carrington.

*Mugabe* stimmt dem Kanzler in Retrospekt zu, obwohl er natürlich zunächst Carringtons Politik nicht geschätzt habe. Im Gegensatz zu Simbabwe gibt es im Falle Namibias keine Kolonialmacht, die sich für eine Lösung verantwortlich fühlt.

Auf Frage des Bundeskanzlers zur Bewertung der Lage in Angola betont er, daß die Südafrikaner die Lösung der Namibia-Frage mit dem Abzug der Kubaner aus Angola<sup>9</sup> verknüpfen wollen. Die FLS sehen keine Probleme, den Angolanern einen Abzug der Kubaner nahezulegen, wenn die Drohung einer südafrikanischen Aggression gegen Angola entfallen ist. Aber letzten Endes steht natürlich den Angolanern das Recht zu, die Kubaner zum Verlassen aufzufordern. Er erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Kubaner sich um die Ausbildung der Armee bemühen, aber nicht direkt in Kämpfen eingesetzt werden, um die Auseinandersetzungen nicht zu eskalieren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 854*

malige Ministerpräsident von Simbabwe/Rhodesien, Muzorewa, sein Stellvertreter Mundawarara, der Vorsitzende der ZANU, Mugabe, und der Vorsitzende der ZAPU, Nkomo, ein Abkommen (Lancaster-House-Abkommen). Dieses enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).

<sup>8</sup> Front Line States bzw. Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>9</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

*Bundeskanzler* betont, daß wir den Abzug der Kubaner nicht zur Vorbedingung einer Ausführung der Resolution 435 machen. Aber wenn es zu einer Namibia-Lösung kommt, wäre ein Abzug der Kubaner sicherlich die richtige Lösung, da ihre Anwesenheit Verdacht und Sorge mit sich bringt.

Zu Südafrika unterhalten wir normale, aber auch recht formale Beziehungen. Wir haben uns klar gegen die Apartheid ausgesprochen. Wir benutzen unsere Beziehungen für einen kritischen Dialog, der der Überwindung der Apartheid-Politik dienen soll. Wir haben gute Beziehungen zu allen politisch relevanten Gruppen in Südafrika, auch dem ANC und dem PAC, und helfen in diskreter Weise Opfern der Apartheid-Politik. Er zeigt sich etwas verwundert, stets von den FLS unter Druck gesetzt zu werden, wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika abubrechen, die die FLS selbst aus guten Gründen unterhalten. Er hofft, daß eine Lösung der Namibia-Frage auch die Entwicklung in Südafrika entspannen hilft.

*Mugabe* betont, daß die Industrieländer ihre engen wirtschaftlichen Bindungen mit Südafrika einsetzen können, um die südafrikanische Politik zu beeinflussen. Da Südafrika nicht auf Ratschläge hört, muß man sich überlegen, ob Sanktionen notwendig werden. Alle FL-Staaten sind aus historischen Gründen wirtschaftlich mit Südafrika verbunden. Aber sie sind im Gegensatz zu den Industriestaaten wirtschaftlich abhängig von Südafrika. Wenn sie sich an Sanktionen gegen Südafrika beteiligen, müßten sie von den Industriestaaten entschädigt werden. Er ist sich dessen bewußt, daß Sanktionen nur einen Erfolg haben können, wenn keiner der Handelspartner Südafrikas Sanktionen unterläuft. Simbabwe kann also an Sanktionen nur teilnehmen, wenn es für die wirtschaftlichen Nachteile entschädigt wird. Es wird sich aber weiterhin für Sanktionen einsetzen in der Hoffnung, daß sich alle Handelspartner Südafrikas beteiligen.

*Bundeskanzler* hält Sanktionen für ein außerordentlich zweifelhaftes politisches Mittel. Wie die Erfahrung zeigt, können sie politische Bemühungen nicht ersetzen. Das gilt natürlich besonders für ein Land, das wie die Bundesrepublik Deutschland seine Rohstoffe importieren muß, da wir außer Kohle – die allerdings inzwischen auch in Tiefen von 1200 Metern gefördert werden muß – praktisch keine eigenen Rohstoffe haben. Handelsembargos fügen einem Land wie dem unseren schweren Schaden zu. Außerdem zeigt die Erfahrung, daß diejenigen, die am lautesten nach Sanktionen rufen, sich danach am wenigsten daran halten. Es ist schwer zu verstehen, daß die USA uns dazu bringen wollen, unseren Handel mit der SU einzuschränken, ihrerseits aber riesige Mengen von Getreide verkaufen, für das die Sowjets nur aus den Hartwährungserlösen im Handel mit Westeuropa bezahlen können. Carters Getreideembargo<sup>10</sup> wurde nicht nur durch Argentinien und Australien, sondern auch durch Mehllieferungen aus den USA unterlaufen.

Auch die amerikanische Forderung nach gleichen Zinssätzen für Ostkredite kann nicht akzeptiert werden wegen der außerordentlichen Höhe der amerikanischen Zinssätze. Wir Deutschen haben daher jedes Interesse, Handel nicht mit Außenpolitik zu vermischen. Wir haben nur mit größter Zurückhaltung dem

<sup>10</sup> Zur Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

Importembargo gegen Argentinien<sup>11</sup> zugestimmt, das uns auf längere Sicht schwer treffen kann.

*Mugabe* berichtet auf die Frage des Bundeskanzlers, daß sich Simbabwe mit einer Stellungnahme zum Falkland-Konflikt Zeit gelassen hat. Er betont, daß sicherlich Argentinien im Unrecht ist. Daher setzt er sich auch für die Resolution 502<sup>12</sup> ein. Aber wenn er auch das Vorgehen Argentiniens verurteilen muß, so hat er doch kein Verständnis dafür, daß Großbritannien jetzt in einen Krieg zieht, in dem voraussichtlich weit mehr Menschen getötet werden, als die Inseln Einwohner haben.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

164

**Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin,  
an das Bundeskanzleramt**

**Geheim**

**Fernschreiben Nr. 525**

**Aufgabe: 24. Mai 1982, 20.46 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 24. Mai 1982, 21.56 Uhr**

Betr.: Gespräch mit GS Honecker am 24.5.82 anlässlich meiner Akkreditierung

Heute vormittag – sechs Tage nach meinem Eintreffen – wurde ich vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker zur Übergabe meines Beglaubigungsschreibens empfangen. Das Akkreditierungszeremoniell hielt sich genau an den bisherigen, hier üblichen Rahmen.

Im Anschluß an die Zeremonie bat mich Honecker zu einem Gespräch in sein Arbeitszimmer, an dem auch der Sekretär des Staatsrates, Eichler, und der Staatssekretär im Außenministerium, Krolikowski, teilnahmen. Das Gespräch, das etwa vierzig Minuten dauerte – erheblich länger als bei diesen Anlässen üblich –, fand in einer sehr angenehmen, nahezu freundlichen Atmosphäre statt. Im Vordergrund standen bilaterale Fragen, daneben wurde die internationale Lage behandelt, aber nicht vertieft. Ich habe davon abgesehen, in meinem ersten, eher protokollarischen Gespräch Einzelprobleme des bilateralen Verhält-

<sup>11</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde am 25. Mai 1982 von Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, an Bundesminister Genscher übermittelt. Dazu führte er aus: „Zu Ihrer Unterrichtung übersende ich als Anlage FS-Bericht von Herrn Staatssekretär Dr. Bräutigam über sein Gespräch mit Generalsekretär Honecker am 24. Mai 1982 anlässlich seiner Akkreditierung. Der Wortlaut der von ihm übergebenen mündlichen Botschaft des Herrn Bundeskanzlers ist als Anlage ebenfalls beigefügt.“ Hat Genscher am 25. Mai 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

nisses zu erörtern, und mich auf grundsätzliche Ausführungen konzentriert. Bei der Übermittlung der mündlichen Botschaft des Bundeskanzlers<sup>2</sup> habe ich darauf hingewiesen, daß ich beauftragt sei, schon in nächster Zeit Gespräche über die anstehenden bilateralen Fragen aufzunehmen.

Im einzelnen

Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Staatsratsvorsitzenden habe ich zunächst die Grüße des Herrn Bundespräsidenten und des Herrn Bundeskanzlers übermittelt. Ich habe dann den Text der mündlichen Botschaft des Bundeskanzlers übergeben, ohne diese im einzelnen zu erläutern, im Verlauf des Gespräches auf bestimmte Punkte, die auch in der Botschaft behandelt werden, aber ausdrücklich hingewiesen.

In meinen Ausführungen habe ich zunächst die erhebliche Bedeutung unterstrichen, die den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gerade in der jetzigen internationalen Lage zukomme. Es sei darum heute besonders wichtig – vielleicht wichtiger denn je –, daß sich beide Seiten ernsthaft um eine Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten und Probleme bemühen und ihre Zusammenarbeit in einem breiten Rahmen weiterentwickeln und vertiefen. Sie dienten damit nicht nur ihren eigenen Interessen, sondern auch der Festigung von Frieden und Stabilität in Europa. Von einer Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen könnten zudem positive Impulse auf den Entspannungsprozeß insgesamt ausgehen.

Das Treffen am Werbellinsee<sup>3</sup> habe für eine solche Entwicklung konkrete Ansätze und Perspektiven geschaffen. Die Bundesregierung bewerte die Gespräche am Werbellinsee weiterhin positiv. Auch wenn manche Erwartungen bisher nicht in Erfüllung gegangen seien. Beide Seiten hätten erste Schritte im Sinne der Beratungen getan. Die Bundesregierung hoffe, daß in absehbarer Zeit weitere substantielle Fortschritte möglich würden, und zwar in allen Bereichen, die für eine ausgewogene Entwicklung des Gesamtverhältnisses entscheidend seien.

Dabei komme es nicht zuletzt darauf an, daß praktische und für die Menschen erfahrbare Ergebnisse erzielt würden. Wir seien überzeugt, daß durch Anstrengungen auf beiden Seiten Vertrauen, Stabilität in den Beziehungen und die Vor-

<sup>2</sup> Mit Bezug auf eine Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 6. Mai 1982 legte Bundeskanzler Schmidt in einer undatierten „mündlichen Botschaft“ dar: „Wir waren uns einig, daß beide deutsche Staaten besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa tragen und daß von ihrem Verhältnis keine zusätzlichen Belastungen für das Ost-West-Verhältnis ausgehen dürfen. [...] Durch die Mindestumtauscherhöhung vom Oktober 1980 ist in den Bestand des Erreichten eingegriffen worden. Für die Bundesregierung bleibt es von ausschlaggebender Bedeutung, den drastischen Rückgang des Reiseverkehrs durch eine substantielle Korrektur dieser Maßnahmen zu beseitigen. Der Bundesregierung geht es nicht um politische Bedeutungen, Druck oder Prestige, sondern darum, die menschlichen Härten dieser Maßnahmen zu mildern und ein Hindernis auf dem Wege der weiteren Entwicklung unserer Beziehungen abzubauen. Hier besteht kein Junktim, doch hält die Bundesregierung an dem Konzept des Gesamtzusammenhanges der Beziehungen fest. In diesem Rahmen sollten wir möglichst schnell gemeinsam überlegen, welche Regelung wir beim Swing für die Zeit nach dem 30. Juni 1982 vereinbaren können“. Vgl. VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

aussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit geschaffen werden könnten. Das sei unverändert unser Ziel. Der Bundeskanzler habe in seiner Botschaft zu den anstehenden Fragen Stellung genommen.

Auf die internationalen Fragen eingehend, habe ich betont, daß die Bundesregierung an ihrer Politik des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Verträge festhalte. Es gehe ihr darum, den Frieden auf der Grundlage des Gleichgewichts sicherer zu machen und durch eine an den Realitäten orientierte Entspannungspolitik zu einem konstruktiven Ost-West-Verhältnis beizutragen. Bundesaußenminister Genscher habe darauf hingewirkt, daß das Kommuniqué der NATO-Außenminister vom 18.5.82 einen entsprechenden Passus enthalte.<sup>4</sup>

In der heutigen internationalen Lage messe die Bundesregierung der Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle entscheidende Bedeutung bei. Es gehe uns darum, durch entsprechende Verträge in Fragen der Sicherheit zu einer Partnerschaft zu gelangen, die die Gefahr des Rüstungswettlaufes einschränke und die Stabilität festige.

In seiner Erwiderng machte Honecker deutlich, daß er die Gespräche am Werbellinsee als einen wichtigen Neuanfang in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten empfunden habe. Auch seine persönlichen Beziehungen zum Bundeskanzler hätten eine neue Qualität bekommen. Auf dem Treffen seien die Weichen für eine konstruktive Entwicklung gestellt worden.

Die Verwirklichung der am Werbellinsee getroffenen Verabredungen sei allerdings durch die westliche Reaktion auf die Polen-Krise wesentlich erschwert worden. Die Einmischung der NATO-Staaten in die inneren Angelegenheiten Polens könne nicht akzeptiert werden. Honecker erwähnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den letzten Absatz des NATO-Kommuniqués vom 11. Januar<sup>5</sup> (in dem von einer Überprüfung der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit die Rede ist).

Die DDR wünsche in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mehr Normalität. Er wisse, daß dies nicht von heute auf morgen gehe. Er müsse aber daran erinnern, daß die Forderungen der DDR zur Frage der Staatsbürgerschaft, zu Salzgitter<sup>6</sup>, zur Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und zur Grenzziehung in der Elbe weiterhin auf der Tagesordnung seien.<sup>7</sup> Die DDR habe die Erklärungen, die der Bundeskanzler nach dem Treffen am Werbellinsee zur Frage der Staatsangehörigkeit im Bundestag gemacht habe<sup>8</sup>, aufmerksam zur Kenntnis genommen. Das Problem sei damit aber nicht

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 50–55. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 336–340. Vgl. dazu ferner Dok. 156–159.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu ferner Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>6</sup> Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 140, Anm. 17.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera; Dok. 82, Anm. 3.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

gelöst. Seine Seite beobachte unsere Praxis genau. Honecker nahm hier Bezug auf den Entwurf des Bundeswahlgesetzes, ohne die Problematik zu vertiefen.

Honecker verzichtete darauf, zu Salzgitter und dem Status der Ständigen Vertretungen weitere Ausführungen zu machen, ging dann aber ausführlicher auf die Elbe-Frage<sup>9</sup> ein. Es sei für ihn unverständlich, daß diese Frage noch immer nicht gelöst sei. Die britische und die sowjetische Besatzungsmacht hätten sich nach dem Krieg auf einen Grenzverlauf entlang der Talsohle (gemeint war offenkundig Mitte Talweg) geeinigt. Dies sei der Stand der Dinge gewesen, als der DDR dann die Kontrolle übertragen worden sei. Dem entspreche seither die Praxis. Es sei an der Zeit, daß dieses leidige Problem jetzt gelöst werde. Allgemein bemerkte hier Honecker, daß man zumindest in einigen der von ihm erwähnten Fragen grundsätzlicher Art vorankommen müsse.

Auf die internationale Lage übergehend sagte Honecker, es gebe in letzter Zeit einige positive Zeichen, die ihn ermutigten. In der amerikanischen Haltung zu Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung deute sich möglicherweise ein Wandel an, der offenbar auf Druck der Öffentlichkeit zurückzuführen sei. Er hoffe auf einen Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen und substantielle Fortschritte bei MBFR. Den jüngsten amerikanischen Vorschlag, die START-Gespräche aufzunehmen<sup>10</sup>, werte er grundsätzlich positiv, so sehr auch die Nichtratifizierung von SALT II<sup>11</sup> zu bedauern sei. Das jetzt möglich erscheinende Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Breschnew begrüße er. Er sei sicher, daß der Generalsekretär seinen Teil zu einem Erfolg eines solchen Treffens beitragen werde.

Honecker schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Sorge über die jüngste Entwicklung des Falkland-Konflikts. Die Anwendung von Waffengewalt sei nicht zu verantworten. Er sage dies nicht aus Rücksichtnahme auf Argentinien, sondern wegen der möglichen Folgen des Konflikts auch für das Ost-West-Verhältnis.

Ich bin in meiner Erwiderung auf einige der Punkte Honeckers kurz eingegangen. Zu Polen habe ich klargestellt, daß das Vorgehen des polnischen Militärregimes und die Einwirkung von außen schon im Hinblick auf die Verpflichtungen aus der KSZE-Schlußakte<sup>12</sup> nicht als innere Angelegenheit angesehen werden könnten. Die westliche Position zu Polen sei in dem NATO-Kommuniqué erneut bekräftigt worden.

Zu den Gera-Forderungen Honeckers wies ich darauf hin, daß es hier teilweise um grundsätzliche Fragen gehe, in denen die Gegensätze nicht überwunden

<sup>9</sup> Zu einer Festlegung der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe vgl. Dok. 82, Anm. 4 und 6.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

werden könnten. Dies dürfe jedoch kein Hindernis für Fortschritte auf anderen Gebieten sein.

Was die Elbe anbetreffe, so habe der Bundeskanzler in der letzten Woche ein erstes Gespräch mit Ministerpräsident Albrecht geführt.<sup>13</sup> Das Problem werde mit der niedersächsischen Landesregierung weiter behandelt werden. Die Schwierigkeit dürfte allerdings nicht unterschätzt werden. Rasche Ergebnisse seien auch mit Rücksicht auf das innenpolitische Umfeld nicht zu erwarten. Eine gründliche Behandlung der schwierigen Materie könne jedoch im Laufe der Zeit die Voraussetzungen für eine konstruktive Lösung schaffen.

Honecker schloß das Gespräch mit einigen freundlichen Bemerkungen und guten Wünschen für meine künftige Arbeit.

[gez.] Bräutigam

**VS-Bd. 14102 (010)**

<sup>13</sup> Am 19. Mai 1982 vertrat Bundeskanzler Schmidt im deutschlandpolitischen Ressortgespräch zur Frage einer Festlegung der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe die Auffassung, „daß, wenn er sich in die Lage der DDR versetzte, den Geraer Forderungen eine hohe Priorität zukomme. Er berichtete über sein Gespräch mit MP Albrecht am selben Tage. Er sei nicht sehr optimistisch, daß sich Albrecht in der Elbe-Frage bewegen würde, und wenn, dann nur unter Forderung von Gegenleistungen im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. STM Wischniewski sehe das optimistisch und glaube, Albrecht werde sich bewegen. Er habe jedenfalls MP Albrecht über das britische Memorandum von 1953 und die dazugehörige Karte ins Bild gesetzt. MP Albrecht wolle diese Dokumente genau prüfen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

165

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

25. Mai 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Betr.: Ihr<sup>2</sup> Telefonat mit PM Thatcher am Montag, den 24. Mai 1982 ab  
16.15 Uhr

Ich fasse den Inhalt des Gesprächs wie folgt zusammen:

PM drückt ihren Dank für die Falkland-Entscheidung in der EG aus.<sup>3</sup> Sie bezeichnet sie als ermutigend; eine andere Entscheidung hätte das falsche Signal gegenüber Argentinien gesetzt. Das politische Zusammenstehen in der EG in dieser Frage sei von großer Bedeutung für sie.

Sie wiesen darauf hin, daß die Entscheidung nicht so leicht hatte getroffen werden können.

PM bezieht sich sodann auf Bericht des britischen AM aus Brüssel und äußert sich besorgt über den Stand der Mandats-Diskussion.<sup>4</sup> Von deutscher und französischer Seite seien Positionen vertreten worden, die gegenüber denen von vergangener Woche einen Schritt zurück bedeuteten. Für sie sei insbesondere die Frage des risk sharing von Bedeutung. AM Pym sei ermächtigt, unter die bisher genannten Beträge zu gehen, vorausgesetzt, daß es zu einer befriedigenden Lösung beim risk sharing komme. PM verwies dabei auf die Modelle der vergangenen Jahre.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. Mai 1982 an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu führte er aus: „In dem Vermerk ist nicht aufgenommen die Bemerkung der PM zu dem verspätet bei ihr eingegangenen Schreiben zu Fragen des Junktims und der Agrarpreise. Sie hatten PM ihr Bedauern hierüber zum Ausdruck gebracht. Ebenfalls ist nicht aufgenommen worden eine beiläufig von Ihnen gemachte Bemerkung, wonach wir – im konkreten Fall – etwas über unsere bisherigen Vorstellungen hinausgehen könnten. Zahlen wurden hierbei nicht genannt. Weisungsgemäß habe ich BM Genscher über einen seiner Mitarbeiter gestern nach dem Telefonat unterrichtet. BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie dieses Vermerks erhalten.“

Hat Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

Am 25. Mai 1982 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler zur Tagung des EG-Ministerrats am 24./25. Mai 1982 in Brüssel mit: „Auf Ratstagung am 24.5. einigten sich AM, Handels-sanktionen unbefristet zu verlängern. Durchführung erfolgt gemäß Beschluß vom 17.5. [...] Demnach wenden sieben MS Einfuhrverbot auf Grundlage von Art[ikel] 113 EWG[-IV]ertragl an, DK verhängte Embargo als nationale Maßnahme, während I und Irl. unter Berufung auf Art. 224 Entscheidung nicht ausführen. [...] Ausschlaggebend für die unbefristete Fortführung der Maßnahme war in erster Linie die damit verbundene Möglichkeit umgehender Aufhebung, sobald die Lage es erlaubt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 56; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>4</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 145, Anm. 49.

Sie erläutert sodann, daß es ursprüngliche Absicht GBs gewesen sei, eine Mehrjahreslösung zu finden; GB sei jedoch auch bereit, sich auf eine Ein-Jahres-Lösung jetzt einzulassen. Sie weist auf Europadebatte im Unterhaus am Mittwoch dieser Woche hin.<sup>5</sup> Die Frage des Luxemburger Kompromisses<sup>6</sup> würde dabei eine große Rolle spielen. Sie erwartet eine sehr kritische Haltung im Haus und wollte daher bis zur Debatte ein Abkommen wenigstens über das Mandat vorsehen können.

Sie weist darauf hin, daß die Agrarpreisentscheidung gegen den Grundsatz des Luxemburger Dissenses ohne Vorwarnung erfolgt sei.<sup>7</sup>

Sie drücken zunächst Ihre Anteilnahme für die Gefallenen und Verwundeten im Falkland-Konflikt aus. Sie erinnern an die deutliche Bekundung der Solidarität von Ihnen und Mitterrand in Hamburg<sup>8</sup> und daran, daß Sie sich daran gehalten hätten.

Was den Luxemburger Kompromiß betreffe, so wollten auch wir an der Praxis festhalten. Sie äußerten Ihre Zweifel, daß es legitim sei, zwei unverbundene Dinge miteinander zu verbinden, wie den britischen Beitrag zum Haushalt und die vertragsgemäße Festsetzung der Landwirtschaftspreise, und sich dann auf den Luxemburger Kompromiß zu berufen. Wir wollten eine Berufung auf diese Praxis für die Zukunft keineswegs ausschließen; wir könnten selbst in die Lage kommen, uns darauf berufen zu müssen.

Zum Mandat: Wenn es jetzt zu einem Übereinkommen über einen „Korrekturmechanismus“ (risk sharing) komme, so müßten hierbei auch die Überzahlungen in Höhe von 1050 Mio. ECU an GB in den Vorjahren berücksichtigt werden. Man könne auch an eine spätere Regelung denken. In jedem Falle müßten jedoch Mittel und Wege gefunden werden, um die jeweiligen Mehrleistungen auszugleichen. Sowohl das britische Risiko wie das der anderen müßten geregelt werden, und zwar für die gesamte Drei-Jahres-Periode von 1980 bis Ende 1982.

<sup>5</sup> Das britische Parlament erörterte am 26. Mai 1982 Fragen der Europäischen Gemeinschaften. Für den Wortlaut vgl. HANSARD, Commons 1981/82, Bd. 24, Spalte 936–1011.

<sup>6</sup> Zum Luxemburger Kompromiß vgl. Dok. 150, Anm. 8.

<sup>7</sup> Die Beratungen über eine Neuregelung der EG-Agrarpreise wurde bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18. Mai 1982 in Brüssel abgeschlossen. Am 19. Mai 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler: „Erstmals in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft hat der Agrarrat am 18. Mai 1982 über die jährliche Festsetzung der Agrarpreise nicht im Konsensus, sondern mit Mehrheit entschieden. Nach sieben Verhandlungsrunden hatte der Agrarrat ein Kompromißpaket geschnürt, dem neun Delegationen zustimmen konnten. GB erhob sachliche Einwendungen und machte die Agrarpreisentscheidungen darüber hinaus von der gleichzeitigen Regelung der Entlastung bei der EG-Haushaltsfinanzierung abhängig. Um eine Mehrheitsentscheidung zu verhindern, berief sich GB auf eine Vereinbarung der EG-Außenminister vom 29.1.66 in Luxemburg [...]. Die Mehrheit der übrigen MS bestritt GB das Recht, sich auf die genannte Luxemburger Vereinbarung zu berufen, da nicht die jährlich zu treffenden, in der Vergangenheit von GB mitgetragenen Agrarpreisbeschlüsse wichtige britische Interessen berührten, sondern die von GB hergestellte Verbindung zwischen Agrarpreisentscheidung und Haushaltsentlastung. Durch diese mißbräuchliche Berufung auf die Luxemburger Vereinbarung würden die vitalen Interessen der übrigen MS betroffen und die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Agrarmarktes als einem entscheidenden Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft gefährlich gefährdet.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 53; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>8</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 150.

PM drückt erneut ihre Dankbarkeit für die Falkland-Entscheidung und was Sie dazu gesagt haben, aus.

Die Agrarpreisentcheidung sei ihr tief unter die Haut gegangen. Die Verbindung von Fragen der GAP und des Haushalts sei durchaus legitim. Darauf habe man sich schon beim ER im Lancaster House Ende vergangenen Jahres geeinigt<sup>9</sup>, nämlich parallel voranzugehen mit Anpassungen in der GAP und in der Haushaltsfrage. PM erinnert daran, daß sie damals auf Ihre Veranlassung mit Mitterrands Forderung nach einer Ausnahmeregelung (bei der Erzeugermitverantwortung) für kleine Bauern einverstanden gewesen sei. Nicht nur sie, auch F, ja alle anderen, hätten von der Entwicklung der Weltagrarpreise im vergangenen Jahr profitiert.

Auf die Europa-Debatte im Unterhaus am Mittwoch zurückkommend, bemerkte PM, daß sie auch in der Debatte keine Erklärung abgeben wolle, welche die Beziehungen GBs zur EG grundlegend stören könne.

PM wiederholt, daß es eigentlich die Absicht der britischen Regierung gewesen sei, eine langfristige Lösung für die Haushaltsfragen zu finden, sie aber mit der Ein-Jahres-Lösung ebenfalls leben könnte. Sie kommt erneut auf den Punkt des risk sharing zurück und bemerkt, daß dies ja auch Vorschlägen der Kommission entspreche.

Würde die Mandats-Frage heute<sup>10</sup> nicht geregelt, so könnte es zu einer größeren Krise in der Gemeinschaft kommen. Mit starker Betonung bemerkt PM, daß GB im Falkland-Konflikt für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfe, eine Sache, die alle Europäer angehe. Man habe in GB den Eindruck, daß die Mitglieder der Gemeinschaft diesen Augenblick benutzt hätten, um GB zu übervorteilen.

Sie bittet Sie, mit BM Genscher wegen der Formel für ein risk sharing zu telefonieren.

Sie verweisen darauf, daß Sie mit Einzelheiten einer derartigen Formel nicht vertraut seien. Sie weisen den Vorwurf zurück, daß mit der Agrarpreisentcheidung britisches Vertrauen getäuscht worden sei. Sie gingen davon aus, daß Präsident Mitterrand sehr offen mit ihr gesprochen habe. Auch Mitterrand wolle nicht auf die Luxemburger Formel verzichten, ebensowenig wie wir, obwohl sie nicht im Vertrag<sup>11</sup> stehe.

Was den „Korrekturmechanismus“ betrifft, so sei es Ihr Eindruck, als habe GB das Prinzip eines steigenden britischen Selbstbehalts akzeptiert. Das würde bedeuten, daß der Betrag für die britische Entlastung eher sinken müsse. Jedenfalls könnten wir nicht damit einverstanden sein, daß unser Anteil an der Finanzierung des Haushaltes ständig steige; unsere finanziellen Möglichkeiten seien nicht unlimitiert. Ein Risk-sharing-Schema müsse jedenfalls auch die Jahre 1980 und 1981 einschließen, d. h. nicht nur das britische Risiko mehr zu

<sup>9</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. November 1981 in London statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

<sup>10</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 49.

Am 24. Mai 1982 fand in Brüssel auch die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu Dok. 167.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 mit den dazugehörigen Anhängen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

zahlen, sondern auch das Risiko der Überzahlung durch andere. Die Risiken müßten geteilt werden.

Sie bekunden Ihr Verständnis für die Schwierigkeiten, in denen sich PM befindet, weisen aber darauf hin, daß auch Sie einer überaus schwierigen Haushaltsberatung im Kabinett entgegengehen.

Sie betonen nochmals, daß Sie Details über den Diskussionsstand in Brüssel nicht kennen.

PM kommt auf Ihre politische Absicht zurück, eine längerfristige Regelung zu erreichen, notfalls auch mit Nachdruck, und bemerkt, daß eine langfristige Regelung der Haushaltsfragen nicht ohne eine Reform der GAP gelöst werden könne. Sie wiederholt, daß sie am Mittwoch erheblichen Schwierigkeiten im Unterhaus entgegentreffe. Sie zitiert Roy Jenkins, der gesagt habe, der Luxemburger Kompromiß sei hinfällig geworden, wenn man ihn einmal beiseite geschoben habe. Sie deutete an, daß sie es für richtig hielte, darüber unter den Zehn zu sprechen, z. B. auf der Grundlage der Genscher/Colombo-Vorschläge (Europäische Akte<sup>12</sup>).

AM Pym werde sich, was die Entlastungssumme betrifft, vernünftig zeigen, sofern es zu einer annehmbaren Regelung beim risk sharing komme. Es müsse unser aller Ziel sein, eine Krise der Gemeinschaft zu vermeiden.

Sie verweisen auf die nicht geringen, wiederholten Schwierigkeiten im Verhältnis GB/Gemeinschaft, die sich in mehreren Neuverhandlungen niedergeschlagen hätten. Die GAP als solche behage auch uns nicht besonders. Man habe sich jedoch darüber geeinigt und sie sei Teil der Gemeinschaft.

Wir könnten jedenfalls nicht mehr und mehr bezahlen.

PM stimmt allem zu, was Sie sagen. Dies seien Argumente, die für eine Restrukturierung sprechen, an der sowohl wir als die größten Zahler als auch GB als die nächstgrößten Zahler Interesse haben müßten. Alle anderen seien Empfänger und hätten daher kein allzu großes Interesse an einer Restrukturierung. In ihren Argumenten stützten sie sich auf die Gemeinschaftstreue, eigentlich ginge es ihnen jedoch nur darum, Nettoempfänger zu bleiben. Aus diesem Grunde habe sie die Restrukturierung mit einigem Nachdruck betrieben und würde dies weiterhin tun, wenn es Aussicht auf Erfolg gäbe.

Sie wolle verhindern, daß sich in GB ein tiefes Gefühl der Enttäuschung über die EG breitmache. PM äußerte sich erneut sehr verbittert über die Agrarpreisentscheidung, die gerade im jetzigen Augenblick britischen Engagements im Falkland-Konflikt tiefgehende Wirkung in GB gezeigt habe. Aus eben diesem Grunde wünsche sie in der Mandats-Frage heute abzuschließen. Sie habe dabei volles Verständnis für unsere Gesichtspunkte. Auch ihr gehe es um nichts anderes als einen fairen angemessenen britischen Beitrag zur Gemeinschaft.

Ihre Frage, wie sie zum Vorschlag der Kommission vom 16. Mai stehe, beantwortet PM, daß ihre eigenen Vorstellungen nicht weit davon entfernt seien. Es gehe aber um den Vorschlag einschließlich der Risk-sharing-Formel.

<sup>12</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 145, Anm. 33.

Nach einem weiteren kurzen Meinungs austausch, in dem bereits genannte Argumente wiederholt wurden, bittet Sie PM abschließend, mit BM Genscher zu telefonieren.

Sie entgegnen in allgemeiner Form, daß Sie versuchen würden, hilfreich zu sein.

Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61**

**166**

**Aufzeichnung des  
Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt**

**VS-vertraulich**

**27. Mai 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Telefongespräch mit Präsident Mitterrand am Donnerstag, dem 27. Mai 1982, ab 11.30 Uhr für etwa eine dreiviertel Stunde

Nach Begrüßung antwortet Präsident auf Ihre Frage nach dem Verlauf seiner Afrika-Reise<sup>2</sup>, daß sie gut verlaufen sei, wenn auch für ihn etwas wegen der Hitze ermüdend. Die Beziehungen Frankreichs zu diesen Staaten seien vorzüglich. Er freue sich, mit Ihnen zu sprechen. Er habe von Afrika aus zweimal versucht, Kontakt mit Ihnen aufzunehmen, dies sei jedoch wegen der Zeitverschiebung nicht möglich gewesen.

Sie sprechen den Falkland/Malwinen-Konflikt an. Sie hätten von Generalsekretär Pérez de Cuéllar gehört, daß die britische Regierung zwar der Resolution<sup>3</sup> gestern abend zugestimmt, gleichzeitig jedoch zwei Bedingungen gestellt habe. Sie erwähnen sodann den Inhalt der Resolution sowie die zwei von GB genannten Konditionen (erstens keine Einstellung der Feindseligkeiten ohne klare Verbindung zum sofortigen Beginn des argentinischen Truppenrückzugs; zweitens keine Verbindung argentinischen Rückzugs mit britischem Rückzug).

Pérez de Cuéllar sei an uns herangetreten mit der Bitte, auf London in Richtung größerer Flexibilität der britischen Haltung hinsichtlich seines Vermitt-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 27. Mai 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ übermittelt. Dazu vermerkte er: „Staatssekretär von Staden ist vorab mündlich von MD von der Gablentz unterrichtet worden.“

Hat Braunmühl am 27. Mai 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Staatspräsident Mitterrand besuchte am 19. Mai 1982 Algerien, vom 19. bis 21. Mai Niger, am 22./23. Mai die Elfenbeinküste, am 24./25. Mai Senegal und am 25. Mai 1982 Mauretanien.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 505 des VN-Sicherheitsrats vom 26. Mai 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 17.

lungsmandats einzuwirken. Der Generalsekretär halte die Erfüllung seiner Mission für nicht möglich, wenn GB an beiden Forderungen festhalte.

Präsident fragt Sie, was Sie selbst davon hielten.

Sie entgegnen, daß Sie auf die Bitte des Generalsekretärs nicht hätten antworten wollen, ohne zuvor mit ihm, dem Präsidenten, gesprochen zu haben. Sie erinnerten sich, daß Sie in Hamburg<sup>4</sup> vereinbart hätten, in London auf eine friedliche Lösung zu drängen, sobald britische Soldaten den Fuß auf die Inseln gesetzt hätten. Dieser Augenblick sei nunmehr da.<sup>5</sup> Sie wollten Ihrerseits jedoch nur dann tätig werden, wenn dies in voller Übereinstimmung mit Frankreich geschehen könne.

Der Präsident bekundet sein Einverständnis und teilt mit, daß er morgen eine Verabredung mit dem VN-Generalsekretär habe.

Er äußert sein Verständnis dafür, daß GB die militärische Aktion solange nicht abbrechen wollte, als seine nationale Ehre nicht wiederhergestellt worden sei. Jedoch müsse GB auch verstehen, daß es die militärische Aktion nicht auf unbestimmte Zeit fortsetzen kann und daß es erhebliche Risiken für GB bedeute, seine Flotte 15 000 km von ihrer Heimatbasis im Konflikt zu halten. Sein Eindruck sei, daß GB auf jeden Fall mit äußerster Härte und Kraft auf die argentinische Herausforderung habe antworten wollen und dies evtl. auch fortsetzen wolle. Dies sei nicht sein Gefühl. Auch wenn man Verständnis dafür haben könne, daß Großbritannien Schwierigkeiten habe, die militärische Auseinandersetzung einzustellen, solange Argentinien in der Frage der Souveränität nicht die geringste Bewegung habe erkennen lassen – er wiederholte diesen Gedanken kurz danach erneut –, wünsche er doch, daß man mit Verhandlungen beginne.

Für ihn sei wichtig, daß man gerade auch in den öffentlichen Erklärungen an der Resolution 502<sup>6</sup> festhalte. Im übrigen sollten wir Pérez de Cuéllar soviel wie möglich helfen.<sup>7</sup> Wenn allerdings seine Mission scheitere, und dies wegen ar-

<sup>4</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 150.

<sup>5</sup> Am 21. Mai 1982 gingen britische Truppen an mehreren Stellen der Falkland-Inseln an Land. Brigadegeneral Oppermann, London, informierte am 31. Mai 1982 über erste britische Angriffe auf argentinische Stellungen: „Nachtangriff durch Kräfte des britischen Heeres mit Feuerunterstützung durch Schiffsartillerie läßt sorgfältige Planung und präzise Durchführung erkennen. [...] M[inistry] of [D]efence UK hatte schriftlich wie mündlich argentinische Stärke bei Goose Green und Port Darwin mit max[imal] B[a]t[ai]ll[ons]-Stärke (ca. 500 Mann) angegeben. [...] Das Niederkämpfen eines etwa doppelt überlegenen Gegners beweist hohen Ausbildungsstand und Angriffsgeist des verstärkten Fallschirmjägerbataillons. [...] Die systematische Vorbereitung des Angriffs auf Port Stanley geht wie an den Vortagen weiter. Während einerseits die arg[entinischen] Truppen durch fortlaufende Angriffe zermürbt werden sollen, werden andererseits die britischen Truppen an günstige Ausgangspositionen herangeführt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 947; VS-Bd. 13589 (330); B 150, Aktenskopien 1982.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>7</sup> Staatssekretär von Staden vermerkte am 27. Mai 1982, der französische Außenminister Cheysson habe ihn telefonisch über seine auf Bitten des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar unternommenen Vermittlungsbemühungen im Falkland-Krieg unterrichtet: Cheysson „habe die Bitte des Generalsekretärs bereits heute nacht telefonisch erhalten und Außenminister Pym gegen 08.00 Uhr morgens angerufen. Er habe seinen britischen Kollegen über die Demarche des Generalsekretärs (auch gegenüber uns und den USA) unterrichtet. Der Generalsekretär habe ihm gesagt, daß er sein Mandat zurückgeben müßte, wenn die britische Regierung auf der von Botschafter Parsons vorgetragenen Li-

gentinischen Widerstandes, so müßten wir freilich weiterhin um den Frieden bemüht bleiben, könnten aber dann nicht Großbritannien unsere Unterstützung entziehen. Jedenfalls, und hier bleibt der Präsident etwas vage in seinem Ausdruck, wäre dann weiterhin Platz für eine Friedensinitiative auch von europäischer Seite.

Sie bemerken, daß Sie verstanden hätten, daß der Präsident morgen Pérez de Cuéllar sehen werde und daß dieser dann wohl in ähnlicher Weise auf Mitterrand einwirke, wie dies auch uns gegenüber geschehen sei.

Zu den beiden britischen Forderungen<sup>8</sup> äußern Sie ein gewisses Verständnis für die britische Haltung, wobei Sie zwischen der ersten und der zweiten Forderung differenzieren. Die zweite erschien Ihnen weniger plausibel als die erste.

Sie regen an, durch die Außenminister Cheysson und Genscher der englischen Regierung unsere Besorgnis mitteilen zu lassen, daß 502 nicht angewandt würde. Sie fürchteten sehr, daß die Kämpfe in den Falklands vornehmlich der SU nützen würden. Das müsse GB von uns deutlich gesagt werden. Dabei stünden wir uneingeschränkt zur Solidarität mit GB und dürften hieran insbesondere auch in der Öffentlichkeit keinen Zweifel lassen. Die Demarche der beiden Außenminister solle daher vertraulich behandelt werden und nicht in die Presse gelangen, damit GB nicht öffentlich kompromittiert werde.

Der Präsident stimmt Ihnen zu. Wir müßten gegenüber den Briten unsere Einschätzung der Lage und unsere Überzeugung deutlich machen. Vielleicht sei es auch die von Mrs. Thatcher, die sie aber keineswegs öffentlich ausdrücken werde. Die Lage sei doch die, daß der Konflikt nicht damit gelöst sei, daß GB die Inseln wiedereroberte. Dies würden sich die Briten im Augenblick jedoch selbst nicht eingestehen. Es sei jedoch unmöglich, daß GB die Argentinier an die Wand drücken könne; es könne auch Argentinien nicht erobern. Auch nach der Rückeroberung der Inseln sehe sich die britische Streitmacht weiteren Angriffen der Argentinier ausgesetzt.

Wir müßten daher GB unsere Überzeugung vermitteln, daß eine politische Lösung unabdingbar sei und daß man zu einem bestimmten Zeitpunkt – unsere

*Fortsetzung Fußnote von Seite 867*

nie bleibe. Diese stehe im Widerspruch zu dem Teil der Sicherheitsratsresolution 505, die auf seinen (des Generalsekretärs) Bericht Bezug nähme und den beiderseitigen Abzug vorsähe, nicht dagegen den einseitigen argentinischen. Die französische Regierung sei wegen der möglichen Niederlegung des Mandats durch den Generalsekretär sehr besorgt. Außenminister Pym habe erwidert, daß für die britische Regierung derzeit keine Änderung ihrer Haltung in Frage kommen könne. Der Generalsekretär müsse seiner Verantwortung entsprechend handeln. Außenminister Cheysson machte in längeren Ausführungen sehr klar, daß die französische Regierung ein Anhalten der britischen Operationen in der jetzigen Phase für ganz ausgeschlossen halte. Es käme darauf an, das Prestige des Generalsekretärs für die Zukunft intakt zu halten.“ Vgl. VS-Bd. 12941 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 28. Mai 1982 notierte Staatssekretär von Staden, er habe am Vortag nach dem Telefonat mit Cheysson den Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Acland, angerufen und ihn darüber unterrichtet, „daß uns der Generalsekretär der Vereinten Nationen gebeten habe, seine Mission der britischen Regierung gegenüber zu unterstützen“. Acland habe „in der Form sehr freundlich, im Inhalt jedoch strikt“ geantwortet: „Es sei weder möglich noch vernünftig, den Angreifer und den Angegriffenen auf die gleiche Ebene zu stellen. Wenn der Generalsekretär sage, er könne keinen Fortschritt erzielen, solange er nicht beide Seiten auf die gleiche Ebene stelle, müsse geantwortet werden, daß er in erster Linie in sehr klarer und fester Weise mit den Argentinern sprechen müsse.“ Vgl. VS-Bd. 13589 (330); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Zu den zwei britischen Vorbedingungen für eine Beendigung des Falkland-Krieges vgl. Dok. 145.

Meinung ist es vielleicht, daß dieser Zeitpunkt jetzt gekommen sei –, mit Verhandlungen begonnen werden müsse.<sup>9</sup>

PM Thatcher habe freilich recht, das Pfand nicht aufzugeben, ohne daß es zu Konzessionen von argentinischer Seite kommt. Vielleicht müßte man in das Verhandlungsmandat des VN-Generalsekretärs das Problem der Souveränität über die Inseln mit aufnehmen. Bislang hätten die Argentinier in dieser Richtung nichts gesagt.

Der Präsident konkludiert diese Ausführungen mit seiner erneuten Zustimmung zur Mission von BM Genscher und AM Cheysson und auch zu der Richtung, in der diese Demarche ausgeführt werden solle.

Sie erwidern, daß Sie BM Genscher heute unterrichten würden; BM Genscher und AM Cheysson sollten sich dann ins Benehmen setzen.

Als Fußnote wollten Sie anfügen, daß Sie besorgt seien um den Zusammenhalt der Gemeinschaft. MP Spadolini begegne Schwierigkeiten in Rom, an der Solidarität festzuhalten. Jede italienische Regierung würde sich in dieser Lage sehen. Sie sähen die große Gefahr, daß die Staaten der EG in dieser Frage auseinanderfallen könnten.

Ihre zweite Besorgnis gründe sich auf das erfolgreiche taktische Vorgehen der SU. Man könne nicht ausschließen, daß die SU zu einem bestimmten Zeitpunkt auch öffentlich Friedens- und Waffenstillstandsvorschläge machen würde. Das würde uns in eine sehr unangenehme Lage bringen, da solche sowjetischen Vorschläge nicht von der Solidarität für GB ausgingen, sondern von einem Vorurteil zugunsten Argentinien getragen würden. Diese Entwicklung beurteilten Sie zwar kurzfristig als für nicht wahrscheinlich, wohl jedoch als möglich.

Sie erwähnen, daß Sie zu Beginn der Woche mit PM Thatcher telefoniert hätten.<sup>10</sup> Hauptgegenstand Ihres Gesprächs sei gewesen, PM Thatcher zu einem Nachgeben in der Mandatsfrage zu bewegen.<sup>11</sup> Bei allen Bedenken, die wir gegen die gefundene Lösung hätten, sei es doch gut, daß diese Frage aus der Welt sei.<sup>12</sup> In Sachen Falkland habe PM auf Sie einen überaus inflexiblen Eindruck gemacht. Sie fürchteten, daß sie sich selbst nicht ganz im klaren sei, welche Opfer es für GB bedeute, die Flotte vor den Falklands zu halten, und welche Kosten an Geld und Menschen dies für GB verursache, Kosten auch politisch-psychologischer Art.

Sie fragen den Präsidenten, ob er es nicht für zweckmäßig hielte, selbst mit PM Thatcher zu sprechen, unabhängig von der geheimen Demarche der beiden Außenminister.

Der Präsident stimmt dem zu. Er habe, ebenso wie mit Ihnen, versucht, auch mit PM Thatcher aus Afrika zu telefonieren. Dies sei ebenfalls nicht gelungen, er werde dies aber heute nachholen.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

<sup>10</sup> Für das Telefongespräch am 24. Mai 1982 vgl. Dok. 165.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher unterschlägelt und mit Fragezeichen versehen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es war ein Anruf von PM mit entgegengesetzter Zielsetzung.“

<sup>12</sup> Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 145, Anm. 49.

Es sei unerlässlich, daß PM sich darüber im klaren sei, daß die Unterstützung für ihre Position zunehmend schwieriger werde – dies spätestens ab kommender Woche –, dies gelte auch für ihre treuesten Freunde.

Es sei vordringlich, daß GB schnell mit der Rückeroberung der Inseln vorangehe, d. h. noch innerhalb des Zeitraums, der für die jetzige Vermittlungsmision des VN-Generalsekretärs angesetzt sei. Wenn dies nicht gelinge, würden wir in große Schwierigkeiten geraten.

Präsident drückt erneut seine Unterstützung für eine Mission der Außenminister aus und wiederholt, daß er mit de Cuéllar sprechen werde.

Sie danken und stellen fest, daß Sie sich mit dem Präsidenten auf der gleichen Wellenlänge befänden.

Sie wollen nunmehr ein anderes Thema ansprechen, die Gipfel von Versailles und Bonn.<sup>13</sup>

Es sei Ihr Gefühl, daß der amerikanische Präsident<sup>14</sup> ab März/April eine kooperativere Linie in Fragen der Sicherheitspolitik eingeschlagen habe. Sie hätten dies sehr begrüßt. Besonders begrüßt hätten Sie, daß die SALT/START-Verhandlungen noch im Sommer beginnen sollten.<sup>15</sup> Es sei auch Ihre Überzeugung, daß die sowjetische Seite ohne Verzug verhandeln werde. Diese willkommene Veränderung des öffentlich-sichtbaren Kurses der Vereinigten Staaten sei auch wichtig für den Erfolg des Gipfels in Bonn.

Sie seien sich nicht sicher, ob es ebenso positive Vorzeichen für den Gipfel von Versailles gebe.

An Ihre letzte Bemerkung anknüpfend, sagt der Präsident, daß er dies gerade sagen wollte. Sein eigener Eindruck sei, daß die USA in wirtschaftlichen, insbesondere in den Kreditfragen (ich verstand dies bezogen auf Kredite an den Osten) eine offensive Linie verfolge.<sup>16</sup> Er habe hierzu eine Studie erstellen lassen; Ergebnis sei, daß die eigentlichen Leidtragenden einer solchen Politik Deutschland, Frankreich und andere Europäer, nicht jedoch die Vereinigten Staaten seien. Er wolle daher hier eine sehr vorsichtige Haltung einnehmen. Sein Eindruck sei, daß die Amerikaner hier Druck auf ihn ausübten.

Was Ihre Einschätzung der sicherheitspolitischen Linie der Amerikaner betreffe, so hätten Sie wahrscheinlich recht. Er frage sich jedoch, inwieweit dies nur auf die Öffentlichkeit ziele, d. h. Propaganda im Verhältnis zur Sowjetunion sei.

Sie bemerken, daß Sie die US-Wirtschaftspolitik zurückhaltender bewerteten als Ihre Berater, die hier entgegenkommender seien.

Was die sicherheitspolitische Linie Reagans betrifft, so hätten Sie Vertrauen, Vertrauen auch deshalb, weil Weinberger nicht zum Bonn-Gipfel komme, obwohl er sehr in dieser Richtung gedrängt habe.<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>14</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>16</sup> Zur Frage von Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel vgl. Dok. 161.

<sup>17</sup> Zu einer Beteiligung der Verteidigungsminister an der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 134, Anm. 26.

Sie regen sodann an, daß der Präsident bei seinem Telefongespräch mit Mrs. Thatcher auch darauf aufmerksam machen sollte, daß die militärische Auseinandersetzung bei Beginn der Gipfel zu Ende sein müsse. Wir würden sonst in Schwierigkeiten geraten, insbesondere wegen Italien, in Bonn zusätzlich auch wegen Spanien, das in dieser Frage sich sehr viel vitaler betroffen fühle als Italien und hin und her gerissen sei.

Präsident stimmt zu. Er bekräftigt seinen Wunsch, daß Mrs. Thatcher recht schnell von Port Stanley Besitz ergreife, damit wir dies hinter uns hätten. Falls sich dieses Vorhaben nicht verwirklichen lasse, so würden wir in zahlreiche Schwierigkeiten geraten.

Er werde im Sinne dieses Telefonats mit Mrs. Thatcher sprechen.

Das Gespräch klang aus mit einigen freundlichen Worten hinsichtlich des Versailler Gipfels, wobei der Präsident Sie um Bestätigung der Verabredung bat, daß Frau Schmidt sie nach Versailles begleiten werde.

[gez.] Zeller

VS-Bd. 14103 (010)

## 167

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 27. Mai 1982, 18.13 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 59 Ortez

Zum 46. EPZ-Ministertreffen in Brüssel am 24.5.1982

1) Das 46. EPZ-Ministertreffen fand am 24.5.1982 in Verbindung mit einem EG-Rat in Brüssel<sup>2</sup> statt.

Das Treffen befaßte sich mit folgenden Fragen:

- Falkland-Konflikt (Beschluß, Sanktionen gegen Argentinien auf unbefristete Zeit zu verlängern);
  - Nahost (Bericht von AM Tindemans über seine Besuche in arabischen Ländern);
  - Namibia (Meinungsaustausch zur derzeitigen Lage);
  - Irak-Iran-Konflikt (Erklärung der Zehn, in der sie ihre Beunruhigung über den anhaltenden Konflikt äußern und zur friedlichen Beilegung aufrufen);
  - Türkei (Bericht über Gespräche AM Tindemans/AM Türkmén in Luxemburg).
- Außerhalb der Tagesordnung erörterten die Minister die deutsch-italienische Ini-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schellert konzipiert.

<sup>2</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 49.

tiative für eine Europäische Union. Sie erzielten Fortschritte bezüglich des Textes für eine Europäische Akte.

2) Im einzelnen

2.1) Falkland-Konflikt (s. Ortez Nr. 56 vom 25.5.1982<sup>3</sup>)

2.2) Nahost

Nahost-Thema wurde während des Mittagessens der Minister erörtert. AM Tindemans berichtete über seine Fact-finding-Mission in Saudi-Arabien, Kuwait und Ägypten, die Aufrechterhaltung europäischer Kontakte zu einigen NO-Parteien und damit der Kontinuität europäischer NO-Politik diene.<sup>4</sup> Präsidentschaft<sup>5</sup> kündigte an, daß AM Tindemans vom 29.5. bis 1.6. Israel<sup>6</sup> besuchen und neben Begegnungen mit israelischer Regierung auch mit palästinensischen Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten zusammentreffen sowie mit den Regierungen Syriens und Jordaniens Kontakt aufnehmen wird. AM Tindemans wird seine Kollegen über diese Gespräche, die Informationscharakter tragen, unterrichtet halten.

2.3) Namibia

Thema wurde gleichfalls während des Mittagessens erörtert (Unterrichtung der Zehn über Tätigkeit der Fünfer-Gruppe und Stand der Namibia-Frage).<sup>7</sup>

2.4) Irak – Iran

Minister verabschiedeten eine auf der Grundlage eines französischen Entwurfs vom PK erarbeitete Erklärung:

Die Zehn weisen darauf hin, daß sie sich vom ersten Augenblick an für Einstellung der Kämpfe und Verhandlungslösung ausgesprochen haben. Sie drücken ihre Besorgnis über anhaltende Kämpfe und Verluste aus. Sie rufen zu einer friedlichen Lösung auf, die in Übereinstimmung mit den von der Völkergemeinschaft anerkannten Grundsätzen stehen müsse, so wie sie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 479 vom 28.9.1980<sup>8</sup> definiert hat. Die Zehn bieten ihre Mithilfe bei der Friedenssuche an, soweit die Streitparteien um diese Hilfe nachsuchen. Sie bieten weiter ihre Zusammenarbeit bei dem Wiederaufbau beider Länder nach Einstellung der Feindseligkeiten an.<sup>9</sup>

2.5) Türkei

AM Tindemans berichtete kurz über sein Gespräch mit AM Türkmén in Luxemburg<sup>10</sup> und seine dabei an der neuerlichen Verhaftung Ecevits<sup>11</sup> geäußerte Kri-

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Ortez Nr. 57 vom 25.5.1982“.

Zum Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vgl. Dok. 165, Anm. 3.

<sup>4</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich am 3. Mai 1982 in Saudi-Arabien und am 5./6. Mai 1982 in Ägypten auf.

<sup>5</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>6</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 30. Mai bis 1. Juni 1982 in Israel auf.

<sup>7</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 479 des VN-Sicherheitsrats vom 28. September 1980 zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 23.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 24. Mai 1982 zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. BULLETIN DER EG 5/1982, S. 66.

<sup>10</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg vgl. Dok. 156–159.

<sup>11</sup> Zur neuerlichen Inhaftierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit in der Türkei vgl. Dok. 160, Anm. 16.

tik. Er äußerte sich reserviert zu der von einigen Mitgliedstaaten in Aussicht genommenen Staatenbeschwerde gegen die Türkei vor der Menschenrechtskommission des Europarats.<sup>12</sup> Eine Abstimmung im Europarat gegen die Türkei könne sich politisch kontraproduzent auswirken.

## 2.6) Europäische Akte

Minister erörterten in längerer Diskussion deutsch-italienische Initiative zu einer Europäischen Union (Europäische Akte).<sup>13</sup> Vorsitz führte gut vorbereitete Debatte fair und erfolgsorientiert. Es wurde beschlossen, daß Ad-hoc-Gruppe der persönlichen Beauftragten der Außenminister Anfang Juni im Lichte der von den Ministern gegebenen Orientierungen versuchen soll, Zehner-Text für eine Europäische Akte zu finalisieren. Außenminister werden am späten Nachmittag des 20.6. zu einer Sondersitzung, auf der ausschließlich über die Europäische Akte gesprochen wird, in Luxemburg zusammenkommen.<sup>14</sup> Vorlage an ER am 28./29.6.1982 nicht ausgeschlossen.<sup>15</sup>

In folgenden zwei wesentlichen Punkten wurden Fortschritte erzielt:

a) Aussage zur Stärkung und Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Hier ging es in erster Linie um das Problem einer Einbeziehung von Sicherheitsfragen<sup>16</sup> (politische und wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit, nicht verteidigungspolitische).

Diskussion am 24.5. läßt erhoffen, daß Ad-hoc-Gruppe auf ihrem nächsten Treffen zu einer Einigung kommt, die uns und I befriedigende (über den „Londoner Bericht“<sup>17</sup> hinausgehende) Formel zur Einbeziehung der Sicherheitspolitik festschreibt.

## b) Rat und Ministertagungen (Zusammenführung von EG und EPZ)

Auch hier besteht in der Substanz weitgehend Einigkeit. Minister-Sitzung am 24.5. bewies augenfällig durch ständigen Wechsel und Verschränkung von EG-

<sup>12</sup> Zur Staatenbeschwerde gegen die Türkei im Europarat vgl. Dok. 160, Anm. 15.

<sup>13</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 145, Anm. 33.

Für den Entwurf vom 11. Mai 1982 für eine Europäische Akte vgl. Referat 200, Bd. 122726.

<sup>14</sup> Am 24. Juni 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler über die Sondertagung des EG-Ministerrats am 20. Juni 1982 in Luxemburg: „Entwurf zur E[uropäischen]A[kte] wurde von den Außenministern am 20.6. eingehend erörtert. Dabei wurden einige Fortschritte (so in der Verklammerung der Ministerräte EG/EPZ) erzielt. In einigen zentralen Fragen (Abstimmungsverfahren im Ministerrat, Befugnisse des EP) blieben jedoch Gegensätze bestehen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 74; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>15</sup> Zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 1982 in Brüssel vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>16</sup> Die Ministerialdirektoren Pfeffer und Ungerer skizzierten am 26. Mai 1982 die Diskussion über eine Berücksichtigung sicherheitspolitischer Fragen in einer Europäischen Akte: „Für die weitestgehende Formulierung [...] setzten sich B, D, und I – alle unter Hinweis auf die bereits bei KSZE und -Folgetreffen in diesem Bereich geübte Praxis der Neun bzw. der Zehn – ein. F war gleichfalls für eine weitgehende Formel, hatte allerdings Bedenken gegen Formulierungen ‚Koordinierung der Sicherheitspolitik‘ (da keine klare Abgrenzung politischer von militärischen Problemen) und ‚Gemeinsamer Außenpolitik‘ (Hinweis auf politische Sonderstellung einiger MS als Nuklearmächte, in Übersee etc.). Präsidentschaft machte demgegenüber geltend, daß in zahlreichen Erklärungen der Neun während der siebziger Jahre bereits eine gemeinsame Außenpolitik in Aussicht genommen worden sei.“ Von Dänemark, Griechenland und Irland sei eine Alternative befürwortet worden, „die nicht über den ‚Londoner Bericht‘ hinausführt“. Großbritannien und die Niederlande seien für „Kompromiß-Formulierungen“ eingetreten. Vgl. Referat 200, Bd. 122726.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

und EPZ-Themen, wie künstlich Trennung zwischen beiden Strängen des europäischen Einigungswerkes auf der Ministerebene im Grunde ist. Auch hier zeichnet sich nach der Diskussion am 24.5. auf der Basis eines französischen Kompromißvorschlags eine mögliche Einigung ab.

Zwei weitere Punkte wurden als besonders strittig identifiziert:

a) Abstimmungsverfahren im Rat

Vor dem Hintergrund der Mehrheitsabstimmung über die Agrarpreise<sup>18</sup> schien eine heftige Diskussion nicht ausgeschlossen. Tatsächlich verlief Erörterung unserer Vorschläge ohne Schärfe.

Zwar wird Position, daß Mitgliedstaaten bei Geltendmachung vitaler nationaler Interessen nicht überstimmt werden dürfen, von einigen unserer Partner weiter nachdrücklich vertreten, alle Beteiligten sehen jedoch klar das mit unseren Vorschlägen anvisierte Ziel, Praxis mehr an EG-Vertrag<sup>19</sup> heranzuziehen und damit wieder stärker auf Mehrheitsentscheidung hin zu orientieren (in der Akte durch prozedurale Erschwerung der Geltendmachung vitaler nationaler Interessen, Unterstreichung des Ausnahmecharakters des Vetos). Minister werden am 20.6. Erörterung dieses sensitiven Problems fortsetzen.

b) Europäisches Parlament

Diesbezügliche Passagen der Europäischen Akte wurden bisher ausschließlich von den Brüsseler Instanzen (Gruppe allgemeine Fragen/AStV) behandelt. Sie enthalten zahlreiche Klammern. Diskussion, in der sich BM und AM Colombo nachdrücklich für eine aufgeschlosseneren Haltung der Zehn gegenüber dem EP einsetzten<sup>20</sup>, ließ bedauerlicherweise vorerst keine Entwicklung auf seiten derjenigen Mitgliedstaaten, die gegen Zuerkennung weiterer Kompetenzen an das EP sind, erkennen. Minister beschloss, aus der Materie alle diejenigen Fragen auszusondern, die einer vertieften weiteren Beratung mit dem Parlament bedürfen. Es verbleiben diejenigen Fragen, in denen die Mitgliedstaaten dem Parlament einseitig weitergehende Möglichkeiten einräumen können. In Vorbereitung der Ministersitzung vom 20.6. wird AStV diese Fragen erneut behandeln.

Steinkühler<sup>21</sup>

**Referat 012, Bd. 124419**

<sup>18</sup> Zur Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 165, Anm. 7.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 mit den dazugehörigen Anhängen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

<sup>20</sup> Zu den Kompetenzen des Europäischen Parlaments in einer Europäischen Akte vgl. Dok. 121, Anm. 29.

<sup>21</sup> Paraphe.

## 168

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir in Jerusalem

Pol 321.11

3. Juni 1982<sup>1</sup>Besuch Bundesminister in Israel vom 2. bis 4. Juni 1982<sup>2</sup>

Delegationsgespräch mit AM Shamir am 3.6.; Gesprächsdauer: 9.15 bis 12.00 Uhr

Teilnehmer: AM Shamir, Stv. AM<sup>3</sup> Ben-Meir, GD Kimche, Stv. GD Bar-On, Botschafter Ben-Ari, AL Meroz, AL Ben-Horin, Bürochef AM Ben-Aharon, Bürochef GD Yativ, RL Eliav, RL Suffot, RL Pazner, RL Haren, Frau Bitan.BM, Botschafter Hansen, D3<sup>4</sup>, Stv. Chef Protokoll<sup>5</sup>, RL 310<sup>6</sup>, RL 010<sup>7</sup>, VLR Bald, VLR Siebourg, BR I Sikora, LR I Honsowitz.

1) Einleitung

*Shamir*: Seit letztem Treffen mit BM<sup>8</sup> sind viele Veränderungen eingetreten. Besuch gibt Gelegenheit zu Vergleich und Verbesserung der Beziehungen.*BM* mißt Besuch aus zwei Gründen Bedeutung bei:

- um die deutsch-israelischen Beziehungen, die wir immer in ihrer historischen Dimension sehen, zu verbessern,
- um die israelische Einschätzung nach der völligen Implementierung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages<sup>9</sup>, die von uns gewürdigt worden ist, zu hören.

Die Frage, was die EG tun könne, um zur Stabilität in der Region beizutragen, sei für unsere Meinungsbildung von erheblicher Bedeutung.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Honsowitz, Tel Aviv, am 7. Juni 1982 gefertigt und am 9. Juni 1982 zusammen mit dem Text der Tischerede des israelischen Außenministers Shamir an Referat 310 übermittelt.

Hat Attaché Steiner am 22. Juni 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Muß von BM noch genehmigt werden, vorab Herrn RL.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 30. Juni 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 1. Juli 1982 vorgelegen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 584; Referat 310, Bd. 135708.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher in Israel vgl. ebenfalls Dok. 173 und Dok. 174.

<sup>3</sup> Stellvertretender Außenminister.

<sup>4</sup> Walter Gorenflos.

<sup>5</sup> Leopold Bill von Bredow.

<sup>6</sup> Heinz Fiedler.

<sup>7</sup> Gerold Edler von Braumnühl.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher und der israelische Außenminister Shamir trafen am 22. September 1981 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 268.

<sup>9</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

## 2) Israelisch-ägyptisches Verhältnis

*Shamir*: Friedensprozeß mit Ägypten sei wichtigstes Problem. Israel stünde immer noch unter dem Schock des traumatischen Ereignisses Sinai-Rückzug.<sup>10</sup>

Israelische Öffentlichkeit stelle sich die Frage, ob Opfer gerechtfertigt sind und die Gegenleistung, der Friede, von Bestand sein werde. Dies müsse von Mubarak, der seine Entschlossenheit, die Linie Sadats fortzusetzen, betone, erst noch bewiesen werden.

In Ägypten gebe es bürokratische, aber auch politische (Angst vor arabischem Boykott) Hindernisse für die Normalisierung, die nur langsame Fortschritte mache.

Israel begrüße Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Ägypten und arabischen Staaten. Sie dürfe aber nicht auf Kosten Israels erfolgen. Entwicklung der israelisch-ägyptischen Beziehungen, über die man bisher etwas enttäuscht sei, brauche noch Zeit. Sieht zwei Gefahren:

- Wenn sich ägyptische Wirtschaftslage nicht verbessere, drohe eine Ablenkung der öffentlichen Meinung auf einen Nationalismus wie zur Zeit Nassers.
- Die politischen Kontakte zwischen Ägypten und PLO seien zwar nicht positiv, aber unbedenklich solange es dabei nur um persönliche Kontakte gehe. Sie dürften sich jedoch nicht zu operationeller Zusammenarbeit (z.B. Waffenschmuggel) entwickeln. Darüber habe man mit den Ägyptern ernsthaft gesprochen. Ägypten habe daraufhin einige Schritte unternommen, und Ali habe gestern weitere in Aussicht gestellt<sup>11</sup>.

In Ägypten fühlten sich einige der PLO sehr verpflichtet. Israel betrachte PLO als ständige Gefahr für den Frieden. Solange sie in Libanon, Jordanien oder sonstwo existiere, werde es keinen Frieden geben.

Die Autonomieverhandlungen wolle man fortsetzen, aber nicht auf Jerusalem als Verhandlungsort verzichten.<sup>12</sup>

Venedig sei nicht akzeptabel.<sup>13</sup> Die EG-Politik könne nicht nützlich sein: „We beg you not to make new statements and policy declarations.“ Jedenfalls keine, die sich gegen den Geist von CD<sup>14</sup> richten.

Europa könne jedoch einen Beitrag leisten, da es über moralischen und politischen Einfluß auf Führer in der Region verfüge.

Den ägyptischen Massen müsse gezeigt werden, daß sich der Friede für sie auszahle. Ägypten stehe vor schwierigen Wirtschaftsproblemen, die sich schon allein aus dem raschen Bevölkerungswachstum (etwa eine Mio. p. a.) ergeben.

Schlägt trilaterale Projekte mit EG mit dem Ziel der Entwicklung wesentlicher ägyptischer Wirtschaftszweige (z.B. Nahrungsmittelerzeugung) vor, zu denen Israel Know-how beisteuern könne.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>11</sup> Der ägyptische Außenminister Ali hielt sich am 2. Juni 1982 in Israel auf.

<sup>12</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>14</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Gorenfloß vermerkte am 16. Juni 1982, er habe nach der Abreise des Bundes-

Selbstbestimmungsrecht für Palästinenser führe zu zweitem palästinensischen Staat und löse keine Probleme, sondern schaffe nur neue.

*BM:* Auf Mubaraks Friedenswille sei Verlaß (berichtet über Treffen unmittelbar nach Sadats Tod<sup>16</sup>). Israel und Ägypten benötigen eine Phase der Vertrauensbildung über die korrekte Einhaltung des Vertrages hinaus. Europa müsse dies fördern, aber nicht steuern.

Die vorgeschlagenen trilateralen Projekte paßten zur Vertrauensbildung. Sie sollten nicht nur in Ägypten, sondern auch in Israel angesiedelt werden, auch wenn Ägypten nicht so viel dazu beitragen könne. Vielleicht kämen auch dritte Länder (in Afrika) in Betracht. „Dabei sollen die Europäer mitmachen.“

Die Regierung Mubarak müsse stabilisiert werden. Der Abbau militärischer Belastungen könnte die wirtschaftlichen Probleme in Ägypten lösen helfen.

Die ägyptische Absicht, die Beziehungen zu bestimmten arabischen Ländern zu verbessern, sei im israelischen und europäischen Interesse und müsse gefördert werden.

Das Selbstbestimmungsrecht kann nicht vorgeschrieben werden. Es kann nur im Rahmen einer umfassenden Friedenslösung gewährt werden. Die Positionen seien hier nicht so weit auseinander, wie es in der Öffentlichkeit erscheine.

*BM* lädt Shamir zu Gegenbesuch noch in diesem Jahr ein und bekundet Absicht, im ersten Halbjahr 83 in doppelter Eigenschaft (auch als EG-Ratspräsident<sup>17</sup>) erneut nach Israel zu kommen.

*Shamir* nimmt Einladung an. Hoffte, daß dies noch in diesem Jahr möglich sein werde. Genauer Termin soll durch Botschafter vereinbart werden.<sup>18</sup>

Er verstehe, daß trilaterale Projekte von uns im Prinzip akzeptiert würden. Über Einzelheiten wolle man noch sprechen.

*BM:* Wir können nur für einen der Zehn sprechen.

### 3) Irakisch-iranischer Konflikt

*Kimche:* Konflikt dominiert alle Entwicklungen im Nahen Osten. Durch den Fall von Khorramshahr sei neue Situation entstanden.<sup>19</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 876*

ministers Genscher am 4. Juni 1982 noch ein Gespräch im israelischen Außenministerium geführt, bei dem von israelischer Seite das Interesse „an einer trilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in Afrika“ bekräftigt worden sei: „Man habe sehr begrüßt, daß Bundesminister im Gespräch mit Shamir den israelischen Gedanken einer trilateralen Zusammenarbeit mit Ägypten positiv aufgenommen habe. Der Bundesminister habe außerdem zu erkennen gegeben, daß man eine solche Zusammenarbeit über Ägypten hinaus auch auf andere afrikanische Staaten ausdehnen könne.“ Gorenflös notierte dazu, er habe erklärt, „daß der Bundesminister gesagt habe, er werde sich im Rahmen der EG für ein solches Vorgehen einsetzen. [...] Auf die Vorstellung einer trilateralen Zusammenarbeit in anderen afrikanischen Staaten reagierte ich ausweichend. [...] Auf den israelischen Wunsch nach deutscher Finanzierung israelischer Projekte ging ich nicht ein.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135708.

<sup>16</sup> Nach der Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 traf Bundesminister Genscher mit dem ägyptischen Vizepräsidenten Mubarak am 7. Oktober 1981 in Kairo zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

<sup>17</sup> Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>18</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 6. bis 9. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>19</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 152, Anm. 48.

Am 24. Mai 1982 meldeten die iranischen Streitkräfte die Rückeroberung der von irakischen Truppen besetzten Hafenstadt Khorramshahr. In einer Aufzeichnung vom 25. Mai 1982 legte Referat 311

Im Iran gebe es zwei Gruppen, die beide den Sturz Saddam Husseins und die Errichtung eines islamischen Regimes in Irak wünschten. Die „Maximalisten“ um Rafsandjani (einschließlich Khomeini, so Kimche auf Frage BM) wollten dies durch eine Invasion und die andere Gruppe um Khamenei, Velayati und einige Militärs durch kleinere Kommandounternehmen sowie Subversion erreichen.

Vor dem Sturz Saddam Husseins wolle Iran noch eine umfangreiche finanzielle Kompensation erlangen.

Nach dem Sturz Saddams gebe es drei Möglichkeiten:

- ein Regime „Khomeini-type“,
- ein neuer Baath-Führer (niemand in Sicht),
- eine Militärjunta.

Iran werde nur ersteres akzeptieren.

Der Krieg sei noch nicht beendet und Irak noch nicht erledigt, da die irakischen Truppen auf eigenem Territorium eine bessere Moral zeigen würden und die Panzerverbände und Luftwaffe noch intakt seien.

Schiiten im Süden Iraks hätten erstmals Verbindung zu Kurden im Norden aufgenommen.

Die mögliche Schaffung einer iranisch-irakisch-syrischen Allianz bedrohe eine Reihe konservativer arabischer Staaten (vor allem Jordanien; auch Kuwait und Bahrain drohe unmittelbare Gefahr).

Die Entwicklung in der arabischen Welt sei völlig im Fluß. Die Araber wollen sich das Ende des Krieges unter syrischer Vermittlung erkaufen. Es bestünden zwei Alternativen:

- eine Stärkung Ägyptens, das eventuell von Irak die Rolle der arabischen Führungsmacht übernimmt, was zu einer Annäherung Jordaniens und Saudi-Arabiens führen könnte,
- Annäherung der Golfstaaten an Syrien.

Die SU sei gegen eine Invasion und habe Iran entsprechend gewarnt. Dafür bestünden folgende Gründe:

- SU hat gültigen Freundschaftsvertrag mit Irak.<sup>20</sup> Nichteinhaltung würde zu sowjetischem Gesichtverlust in der Region führen und Araber vollends in die Arme der USA treiben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 877*

dazu dar: „Mit der Einnahme von Khorramshahr nimmt der 19 Monate alte Krieg zwischen Irak und Iran eine neue Wende. Irak verliert sein letztes Faustpfand und die Hoffnung, die Auseinandersetzung in seinem Sinne zu beenden [...]. Iran steht im Begriff, den Krieg auf irakisches Gebiet zu tragen, und schraubt seine Forderungen höher; nicht nur Feststellung der Kriegsschuld und Reparationen, sondern auch Sturz Saddam Husseins. [...] Die Autorität Saddam Husseins und der irakischen Baath ist stark angeschlagen. Ob es aber dem Zusammenwirken zwischen dem revolutionären Iran und der syrischen Baath-Partei gelingt, sie zu stürzen, ist zur Zeit fraglich. Es ist keine revolutionierende Machtgruppe mit entsprechender Durchschlagskraft in Sicht, auch nicht die von Iran unterstützten schiitischen Gruppen.“ Referat 310, Bd. 135708.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“

Der Irak und die UdSSR schlossen am 9. April 1972 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

- SU bemüht sich um gemäßigte arabische Staaten und kann dort Punkte sammeln, wenn es Iran von einer Invasion abhält.
- Die mögliche Achse Teheran–Bagdad–Damaskus würde wegen interner Gegensätze nicht von langer Dauer sein.<sup>21</sup>

Israelische Interessen (auf Frage BM) im Konflikt:

- ein Regimewechsel in Iran (Israel will iranische Militärs als mögliche Alternative – dazu Widerspruch vor allem von D3 – stärken),
- Irak bleibe für Israel immer eine Gefahr und sei keineswegs gemäßigt,
- Verhinderung einer Annäherung Saudi-Arabiens an Teheran und Damaskus (statt dessen an Ägypten und Camp David).

Jordanien (auf Frage BM) müsse sich dagegen ganz auf Kairo verlassen, da es nicht wie Saudi-Arabien eine syrische Option habe und in völlige Isolierung zu geraten droht. Es bestehe die Hoffnung, daß sich Jordanien daher auch CD nähere.

*Shamir*: Europa kann Jordanien dazu ermuntern; Israel hat Jordanien bisher indirekt vor Syrien geschützt. Aussage, daß Jordanien der palästinensische Staat sei, bedeute nicht, daß Israel etwas gegen die Herrschaft König Husseins habe.<sup>22</sup>

*BM*: Für Jordanien muß ein indirekter Schutz gefunden werden. Die gemäßigten arabischen Staaten könnten sich jedoch kaum Israel direkt nähern. Realistisch sei dagegen eine Annäherung zwischen Ägypten und den Gemäßigten. Es muß unser Ziel sein, daß sich dieses Verhältnis verbessert, was automatisch eine stille Annäherung an Israel bedeute.

*Shamir*: Ali habe zu verstehen gegeben, daß Ägypten nicht in den Krieg einbezogen werden möchte und keinesfalls Truppen entsenden werde. Zwar liefere es gegen Geld Waffen an Irak, die es nicht mehr brauche, aber dies sei ebenso unbedeutend wie die israelischen Lieferungen an Iran<sup>23</sup>.

Einige arabische Staaten wollen auf der Seite des Siegers (Iran) stehen und haben dazu erste Kontakte geknüpft. Der einzige Weg für die Gemäßigten sei jedoch eine gemeinsame „Friedensfront“ mit Israel.

*BM* berichtet auf Bitte Shamirs über unsere Sicht des Ost-West-Verhältnisses.

<sup>21</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler handschriftlich: „Ja.“

<sup>22</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 31. August 1982, die „israelische These vom Palästinenserstaat Jordanien“ sei von der amerikanischen Regierung zurückgewiesen worden: „Die Administration hat gestern (30.8.) öffentlich in gleichlautenden Erklärungen der Sprecher des Weißen Hauses und des State Departments die von V[erteidigungs]m[inister] Sharon während seines USA-Besuchs wiederholt vertretene These, es gebe den palästinensischen Staat bereits in Jordanien, zurückgewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3764; Referat 310, Bd. 135710.

<sup>23</sup> Am 1. Juni 1982 berichtete Botschafter Hermes, Washington, das amerikanische Außenministerium habe darüber informiert, daß beim Besuch des israelischen Verteidigungsministers Sharon am 25. Mai 1982 auch die israelischen Waffenlieferungen an den Iran angesprochen worden seien. Der amerikanische Außenminister Haig „habe Israel zur Besonnenheit aufgefordert und auf die Inkonsistenz der pro-iranischen Haltung Jerusalems hingewiesen: Schließlich sei Syrien, nach israelischer Auffassung einer der schärfsten Widersacher Jerusalems, zugleich einer der wichtigsten Unterstützer Teherans. Bei der derzeitigen Lage (sich kreuzende Allianzen, verworrene Gegnerschaften) werde Washington in diesem Konflikt ohne Not nicht Partei ergreifen [...]. Es könne bedenklich sein, wenn Israel hier eine dezidiert andere Politik als die USA verfolgte. Zudem möge man bedenken, daß der Iran der Angstgegner gerade der gemäßigten arabischen Staaten, d. h. besonders der Golfstaaten, sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2464; Referat 310, Bd. 135710.

## 4) Bilaterale Beziehungen

*Shamir* schlägt Wiederbelebung der gemeinsamen Wirtschaftskommission vor, die zuletzt im Juni 1976 getagt habe.<sup>24</sup> Häufigkeit und Ebene der Tagungen (Frage BM) sei nicht so wichtig wie ihre Wiederaufnahme.

*BM*: Wenn die Kommission wieder regelmäßig tagen soll, solle nur die erste Sitzung von den Ministern geleitet werden. Am besten könne dies mit Gegenbesuch Shamirs im Oktober oder November verbunden werden.

*Shamir* stimmt zu.

*Ben-Horin* bittet um Konsultationen mit Israel, bevor EG-Kommission Mandat für Beitrittsverhandlungen mit Spanien<sup>25</sup> erhält. Die spanische Erzeugung mediterraner Agrarprodukte solle dabei auf dem gegenwärtigen Stand festgeschrieben werden.

Als „Zahlmeister für Spanien“ müßten auch wir daran ein Interesse haben.

*BM*: Wir wollen Erweiterung aus politischen Gründen. Bei der Diskussion über die Interessen der Nord- und Südproduzenten befinden wir uns mit Israel bis zu einem gewissen Grad in einem Boot. Wir werden israelische Interessen bei Mandatsvergabe und Verhandlungen im Auge haben.

*Shamir*: Frage nach Möglichkeit deutscher Waffenexporte (insbesondere Panzer) an arabische Staaten.<sup>26</sup>

*BM* erläutert Grundsätze unserer Waffenexportpolitik und neue Richtlinien.<sup>27</sup> Erinnert an Erklärung bei Pressekonferenz in Katar<sup>28</sup> und berichtet über Gespräch mit Saudis in Cancún<sup>29</sup>. Lieferung von Panzern an arabische und afrikanische Staaten komme nicht in Frage.

*Shamir* äußert Besorgnis über arabischen Boykott. *BM* habe bei letztem Treffen in New York Prüfung zugesagt. Bisläng habe es jedoch keine Änderung gegeben.<sup>30</sup>

<sup>24</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 8. September 1982 wurde zur deutsch-israelischen Wirtschaftskommission ausgeführt: „Die auf israelischen Wunsch 1975 zum Zwecke einer weiteren Intensivierung der industriellen Zusammenarbeit eingesetzte deutsch-israelische Wirtschaftskommission hat nur einmal, im Juni 1976, getagt. Seitdem bestand israelischerseits kein Interesse mehr an dem Ausschuß, jedoch im Juni 1982 auf israelischen Vorschlag Einigung der beiden AM auf Wiederbelebung zunächst bei Besuch AM Shamir auf Minister-, dann auf Beamtenebene.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

<sup>25</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 129, Anm. 9.

<sup>26</sup> Vgl. dazu das Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik; Dok. 154.

<sup>27</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 5. Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu ferner Dok. 126.

<sup>28</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4. Oktober 1981 in Katar auf. Zu den von Genscher geführten Gesprächen mit Regierungsmitgliedern, in deren Mittelpunkt die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen standen, vgl. den Drahtbericht Nr. 115 des Botschafters Mez, Doha, vom 6. Oktober 1981; Referat 311, Bd. 137681.

<sup>29</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

In einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 27. Oktober 1981 wurde festgehalten, daß Bundesminister Genscher Kronprinz Fahd am 21. Oktober 1981 in Cancún die Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport erläutert habe. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137698.

<sup>30</sup> Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 17. Februar 1982 zu dem seit Dezember 1955 von der

*Ben-Horin* verweist auf Gesetzgebung in USA und in Frankreich (in Grenzen). Am besten erfolge Gesetzgebung im Rahmen der EG. Wegen des besonderen Gewichts der Bundesrepublik in der EG wäre eine deutsche Initiative sicher erfolgreich. Andernfalls wäre eine nationale deutsche Gesetzgebung allein wünschenswert.

*D3*: Wir sind nicht gegen eine Gesetzgebung. Unsere Prüfung hat jedoch ergeben, daß gegen Boykottmaßnahmen auf rechtllichem Weg schwer vorzugehen ist. Wir haben dabei auch auf das Grundgesetz<sup>31</sup> zu achten.

Die französische Gesetzgebung ist auf den ersten Blick eindrucksvoll, läßt aber bei näherem Hinsehen entscheidende „loopholes“ offen.<sup>32</sup> Niederländisches Gesetz besteht nur aus einem einzigen, sehr allgemein gefaßten Artikel.<sup>33</sup>

Wir sind bereit, uns an EG-Gesetzgebung zu beteiligen. Letztlich handelt es sich aber um ein politisches Problem, das auch politisch gelöst werden muß.<sup>34</sup>

### Referat 310, Bd. 135708

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 880*

Arabischen Liga verhängten Boykott über Firmen, die mit Israel Handel trieben: „Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, von ihrer bisherigen bewährten Haltung abzugehen: Verurteilung des Boykotts, aber Ablehnung von Anti-Boykott-Maßnahmen; pragmatisches Vorgehen im Einzelfall. Wie die Aufhebung des ägyptischen Israel-Boykotts im Zuge der Durchführung des Friedensvertrages zeigt, wird auch die Überwindung des allgemeinen Boykotts erst als Teil einer nahöstlichen Friedensregelung möglich sein.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135711.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

<sup>32</sup> Mit Schreiben vom 6. Juli 1981 teilte der Intendant der Deutschen Welle, Schütz, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner mit: „Die neue französische Regierung hat als eine ihrer ersten Maßnahmen beschlossen, die schon bestehende Anti-Boykott-Bestimmung endlich in Kraft treten zu lassen. Auf diese Weise wird die französische Regierung dem israelischen Boykott der Arabischen Liga wirkungsvoll begegnen. [...] Frankreichs Firmen dürfen künftig keine Verträge mehr abschließen, die den Boykott arabischer Staaten gegen Israel unterstützen. Die Regierung in Paris hat nach einer Mitteilung vom Montag eine vom früheren Ministerpräsidenten Raymond Barre in Kraft gesetzte Ausnahmeregelung von diesem seit 1977 bestehenden Gesetz aufgehoben. [...] Bisher gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Bedenken gegen ein gesetzliches Vorgehen bei der Bekämpfung des Israel-Boykotts aus – wie es heißt – politischen und rechtlichen Gründen. [...] Es ist – so meine ich – jetzt an der Zeit, daß auch wir in der Bundesrepublik Deutschland alles Notwendige und Mögliche tun, um in der Frage des Israel-Boykotts tätig zu werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135711.

<sup>33</sup> Vgl. dazu die vom Sprachendienst des Auswärtigen Amts gefertigte Übersetzung des durch Gesetz vom 22. Mai 1981 geänderten „Artikels 429 quater“ des niederländischen Strafgesetzbuchs; Referat 310, Bd. 135711.

<sup>34</sup> An dieser Stelle wurde handschriftlich vermerkt: „Er hat vergessen zu sagen: Acht von zehn EG-Ländern halten nichts von Anti-Boykott-Gesetz.“

169

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.76 INF-1024/82 geheim****3. Juni 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Neuer sowjetischer Abkommensentwurf für INF-Reduzierungen

Zweck der Vorlage: Zur Information

Anlage: ein Vertragsentwurf (nur für Original)<sup>4</sup>

I. Die SU hat am 25. Mai 1982 den Entwurf eines Abkommens „für die Reduzierung und Begrenzung von Kernwaffen in Europa“ in Genf vorgelegt. Das Papier läßt viele Fragen offen. Eine endgültige und umfassende Analyse wird erst möglich sein, wenn in Genf die z.T. unklaren Aussagen des Textes erläutert worden sind. Vorab lassen sich folgende Feststellungen treffen:

1) Die SU hält sowohl am Moratoriumsgedanken<sup>5</sup> als auch an der Einbeziehung der Drittstaatsysteme und damit an ihrer Vorstellung fest, daß ihre modernen Mittelstreckenraketen erhalten bleiben, während die westliche Nachrüstung verhindert und die amerikanische Präsenz bei den nuklearfähigen Flugzeugen auf ein Minimum reduziert wird, so daß dem sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotential lediglich die Drittstaatsysteme und einige amerikanische Flugzeuge gegenüberstünden.

2) In anderen Bereichen, insbesondere bei der Berücksichtigung von Systemen kürzerer Reichweite – die SU vertrat bisher starr eine 1000 km Reichweitenuntergrenze –, zeigt der Entwurf die bemerkenswerteste Weiterentwicklung der sowjetischen Position.

3) Ebenso wie Breschnews Rede vom 18.5.1982<sup>6</sup> versucht der Entwurf die größten Schwächen der bisherigen sowjetischen Position zu heilen und damit der westlichen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies gilt insbesondere für Regelungen, die Waffen betreffen, welche dank ihrer Reichweite von außerhalb Europas europäisches Territorium bedrohen. Die SU geht damit über die Ausführungen Breschnews vom 18.5.1982 hinaus.

Die SU hat auch erkannt, daß ihre bisherige Konzeption, das Abkommen 1990 auslaufen zu lassen, wenig sinnvoll war, und schlägt daher nunmehr unbegrenzte Dauer vor.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl am 7. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 4. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 8. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die englische Übersetzung des sowjetischen Entwurfs vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. VS-Bd. 11348 (220).

<sup>5</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>6</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XIX. Komsomol-Kongreß am 18. Mai 1982 in Moskau vgl. Dok. 157, Anm. 23.

4) Eine Reihe von Elementen bleibt unklar, u. a. inwieweit der sowjetische Entwurf, der – bisheriger sowjetischer Praxis entsprechend – auf „Abschlußvorrichtungen“ (launcher) und nicht auf Gefechtsköpfe (warheads) abstellt, auch nicht-nukleare Waffen einbezieht. Für uns wird zu prüfen sein, wie eine solche denkbare Erweiterung der Verhandlungsmaterie europäische Sicherheitsinteressen berühren würde.

II. Nachstehend werden die wichtigsten Bestimmungen des Vertragsentwurfs dargestellt und erläutert:

1) Die Einführung neuer Nuklear-Waffentypen in Europa und angrenzenden Gewässern soll nach dem 1. Juni 1982 verboten sein. Dieser Artikel allein würde die SU nicht daran hindern, ihre SS-20 auch in Europa weiterhin zu dislozieren (Art. I).

2) Der Entwurf will eine Reduzierungs- und Begrenzungszone für nukleare Mittelstreckenwaffen schaffen, die das Landgebiet Europas, die Türkei, das sowjetische Transkaukasien und die angrenzenden Gewässer umfaßt (Art. III).

3) In dieser Zone sollen binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten die vorhandenen Mittelstreckenwaffen auf je 300 für NATO und WP reduziert werden. Die Zusammensetzung der verbleibenden Waffen wird jeder Seite freigestellt, ebenso ihre Modernisierung und Ersetzung (der Zwei-Stufen-Plan<sup>7</sup> – 1985: 600, 1990: 300 – dürfte dadurch ersetzt worden sein) (Art. IV).

Von dieser Regelung sollen erfaßt werden:

- landgestützte Abschlußvorrichtungen für ballistische Raketen mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 km,
- bestimmte namentlich aufgeführte sowjetische und amerikanische Flugzeuge und
- Abschlußvorrichtungen für seegestützte ballistische Raketen, die vor 1965 getestet oder operationell wurden (damit sind wahrscheinlich die in der Ostsee stationierten älteren sowjetischen U-Boote gemeint) (Art. II).

4) Die Rolle der „Standing Consultative Commission“, die für die Überwachung der SALT-Verträge<sup>8</sup> eingesetzt wurde und die nach wie vor zweimal jährlich zusammentritt<sup>9</sup>, soll auch für dieses Abkommen die technische Überwachung

<sup>7</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 40.

<sup>8</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>9</sup> Zur „Standing Consultative Commission“ (SCC) vgl. Dok. 39, Anm. 11.

übernehmen (so auch der amerikanische Entwurf vom 2.2.1982<sup>10</sup>) (Art. V, 5; VII, 1; IX, 4; X).

5) Um zu verhindern, daß die Zahl der Raketen je Abschußvorrichtung ungebührlich erhöht wird, soll – SALT II entsprechend – „die für eine normale Dislozierung erforderliche Zahl“ nicht überschritten werden (Art. VI, 1 (A)).

6) Bemerkenswert sind die Verbotsregelungen, in denen u. a. versucht wird, die SLCM-Begrenzungen des abgelaufenen SALT-II-Protokolls (Art. VI, 2) neu einzuführen.<sup>11</sup>

a) Weltweites Verbot von GLCM und SLCM mit Reichweiten über 600 km;

b) weltweites Verbot von SLBMs, die nicht auf U-Booten disloziert sind, mit Reichweiten über 600 km;

c) weltweites Verbot von ballistischen Luft-Boden-Raketen mit Reichweiten über 600 km;

d) weltweites Verbot von festen unterseeischen oder auf dem Meeresboden beweglichen Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen.

7) Ausgehend von der Grenzlinie zwischen den beiden deutschen Staaten sollen außerhalb der Reduzierungs- und Begrenzungszone Europa keine Waffen stationiert sein, die Territorien jenseits dieser Grenze bedrohen. Diese Regelung konkretisiert Breschnews Äußerungen vom 18.5.1982 und deutet bemerkenswerte sowjetische Flexibilität an. Diese auf die Sorgen der Zentraleuropäer eingehende Regelung scheint keine Rücksicht auf das NATO-Gebiet östlich dieser Demarkationslinie (Norwegen, Griechenland, Türkei) zu nehmen (Art. VI, 4).

8) Abgesehen von den o. a. Verbotsregeln sollen beide Seiten in der Reduzierungs- und Begrenzungszone auch Kernwaffen kürzerer Reichweite nach nicht näher beschriebenen Regeln reduzieren. Damit wird anerkannt, daß mit derartigen Waffen Regelungen für weitreichende INF unterlaufen werden können (Art. VI, 5 A).

9) Schließlich sind Regeln vorgesehen für die Zahl der aus der Reduzierungs- und Begrenzungszone abgezogenen und außerhalb stationierten Waffen, um einer Umgehung der Vertragsvorschriften vorzubeugen (Art. VI, 3+4).

### III. Vorläufige Wertung

1) Insgesamt ist der sowjetische Entwurf trotz der z. T. wohl bewußt mehrdeutig formulierten Bestimmungen umfassend und sorgfältig abgefaßt. Er lehnt sich in allen technischen Vorschriften an die Sprache der bisherigen SALT-Vereinbarungen an.

2) Die vorgesehene Regelung für Potentiale außerhalb der Reduzierungs- und Begrenzungszone, die Gebiete innerhalb der Zone bedrohen und die Erkenntnis, daß mit Waffen kürzerer Reichweite Regelungen für weitreichende INF umgangen werden können, stellen bemerkenswerte Änderungen der bisherigen sowjetischen Position dar.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>11</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Text läßt nicht erkennen, ob die SU nur nukleare Systeme beschränken will, oder wie bei SALT II für CM bereits vereinbart, auch konventionelle Systeme.“

Die Anerkennung der Bedrohung von außerhalb der Reduzierungs- und Begrenzungszone stellt letztlich die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung und damit die Grundlage für die sowjetische Forderung nach Aufgabe der westlichen Nachrüstung in Frage. Die Berücksichtigung von Waffen kürzerer Reichweite bringt eine Vielzahl sowjetischer Flugzeuge und Kurzstreckenraketen ins Kalkül, was letztlich auch der Gleichgewichtsbehauptung den Boden entzieht.

3) Es wird Aufgabe des Westens sein, die sich ihm bietenden neuen Ansätze zu nutzen, offene Fragen zu klären und durch eigene Flexibilität in der Verhandlungsführung Fortschritte zu ermöglichen.

Ein allzu starres Festhalten an allen Elementen der eigenen Position könnte es sonst der sowjetischen Propaganda erleichtern, in der westlichen Öffentlichkeit das schrittweise Eingehen der SU auf westliche Vorschläge mit der angeblich unbeweglichen westlichen Haltung zu kontrastieren.

Ruth

VS-Bd. 11348 (220)

## 170

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

223-370.80/01

3. Juni 1982<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung<sup>2</sup>

Betr.: Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit („Palme-Bericht“)<sup>3</sup>

I. Sachstand

1) Die Palme-Kommission hat das Ergebnis ihrer zweijährigen Arbeit in diesen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt. Es liegt damit wie geplant rechtzeitig zum Beginn der zweiten Sondergeneralversammlung der VN über Abrüstung<sup>4</sup> vor.

Der Bericht wurde dem VN-Generalsekretär<sup>5</sup> übergeben und parallel von den einzelnen Kommissionsmitgliedern ihren Regierungen vorgelegt. Ein für die Presse bestimmter Auszug enthält das operative Kapitel „Vorschläge und Empfehlungen“. Die Veröffentlichung des vollständigen Berichts ist für den 14.6. 1982 geplant.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Becker, Vortragendem Legationsrat von Jagow und Legationssekretär Hartmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sollte dies nicht auch an New York UNO, NATO Brüssel, Genf UNO, Washington], London, Paris, Moskau?“

<sup>3</sup> Für den Wortlaut vgl. DER PALME-BERICHT. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit „Common Security“, Berlin 1982.

<sup>4</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 vgl. Dok. 215.

<sup>5</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

Als deutsches Mitglied der Kommission stellte MdB Bahr den Bericht am 1.6. 1982 in Bonn der Presse vor. Dabei stellte er folgende Themen heraus:

- Notwendigkeit der „gemeinsamen Sicherheit“,
- Vorschlag einer von nuklearen Gefechtswaffen freien Zone 150 km beiderseits der Demarkationslinie,
- Vorschlag einer C-Waffen-freien Zone in Europa,
- sowjetische Bewegung bei der Verifikation.

2) Die Palme-Kommission ist Mitte 1980 von dem ehemaligen schwedischen MP Olof Palme nach dem Vorbild der Nord-Süd-Kommission<sup>6</sup> unter Vorsitz von Willy Brandt gegründet worden. Ihr gehören Politiker aus dem Westen, der Dritten Welt und – im Gegensatz zur Brandt-Kommission – auch aus dem Osten an, die zur Zeit kein Regierungsamt innehaben. Die SU ist durch Georgij Arbatow vertreten, die USA durch Cyrus Vance und GB durch David Owen. Mitarbeiter und weitgehend Verfasser des Berichts waren Experten wie James Leonhard und Barry M. Blechman (USA), Johan J. Holst (Norwegen), Michail Milstein (SU).

Die Kommission hat in Genf, Wien, Moskau, Mexiko, Paris, New York und, auf Einladung des Bundesministers, im Januar 1982 in Gymnich<sup>7</sup> getagt.

Sie plant eine weitere Tagung im Herbst 1982 in Nigeria, um über das Echo zu beraten, das der Bericht findet.

## II. Analyse der „Vorschläge und Empfehlungen“

Zu Ziffer 1.2) der Vorschläge und Empfehlungen: Qualitative Begrenzung und Verringerung der strategischen Waffen der USA und der SU.

Die Forderung nach Aufrechterhaltung und Fortsetzung von SALT I<sup>8</sup> und II<sup>9</sup> kann im Sinne der erklärten amerikanischen Bereitschaft interpretiert werden, sich an die SALT-Vereinbarungen zu halten, sofern die SU dies auch tut.

Der Hinweis auf die „beträchtlichen Unzulänglichkeiten und Beschränkungen

<sup>6</sup> Die „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“) trat vom 9. bis 11. Dezember 1977 auf Schloß Gymnich zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 8, S. 209–213.

Der Vorsitzende der Kommission, Brandt, legte VN-Generalsekretär Waldheim am 12. Februar 1980 einen Abschlußbericht vor. Vgl. dazu DAS ÜBERLEBEN SICHERN: gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat von Jagow notierte am 25. Januar 1982 zur Tagung der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen („Palme-Kommission“) vom 22. bis 24. Januar 1982 auf Schloß Gymnich: „Das Ergebnis der Tagung, soweit es bekannt geworden ist, wirkt substanzarm. Offensichtlich ist die Diskussion noch im Flusse.“ Vgl. Referat 223, Bd. 124597.

<sup>8</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197. Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

des SALT-II-Abkommens“ entspricht weitgehend der Kritik der gegenwärtigen Administration an diesem Abkommen.

Die Forderung nach einem Folgeabkommen, „das eine erhebliche Verringerung und qualitative Begrenzung vorsieht, um ein weitgehendes Gleichgewicht auf einem viel niedrigeren und stabileren Niveau zu erzielen“, liegt ebenfalls voll auf der Linie der neuen amerikanischen START-Vorschläge<sup>10</sup>. Dies gilt insbesondere für die Forderung, durch qualitative Begrenzung die Gefahr eines Entwaffnungsschlags zu verringern. (Amerikanischer Vorschlag sieht deshalb zusätzliche Begrenzung der Zahl der besonders destabilisierenden landgestützten Systeme und des Wurfgewichts vor.)

Als langfristiges Ziel wird die Begrenzung der Arsenale der Kernwaffenstaaten auf kleine, sicher beherrschbare strategische Waffensysteme nach dem Prinzip „Sicherheit durch Gleichgewicht“ verlangt. Die Betonung „kleinere Systeme“ entspricht amerikanischem Streben nach einem Abbau der sowjetischen Raketen mit großem Wurfgewicht (SS-18). Die Betonung des Gleichgewichtsprinzips kommt ebenfalls dem westlichen Konzept entgegen.

Zu Ziffer 1.3): Erhaltung des ABM-Vertrags<sup>11</sup>

Nach Auffassung der Kommission wird ein Verzicht auf den ABM-Vertrag „eine Destabilisierung der internationalen Lage und ein erhöhtes Atomrisiko zur Folge haben“. Die Kommission tritt nachdrücklich für die Beibehaltung des Vertrags ein.

Die amerikanische Regierung hat zu dieser Frage noch keine feste Position entwickelt, da sie im Zusammenhang mit dem noch ungelösten Stationierungsmodus der geplanten MX-Raketen<sup>12</sup> steht. Der Auffassung der Kommission ist insofern beizupflichten, als nach jetzigem Stand der Technologie der Verzicht auf den ABM-Vertrag mehr destabilisierende als stabilisierende Auswirkungen hätte. (Sorge vor möglicher ABM-Fähigkeit der Gegenseite würde zweifellos neuen Rüstungsschub auslösen.)

Zu Ziffer 1.4): MBFR

Der Bericht stellt den Verhandlungsstand in Wien im wesentlichen richtig dar, indem er festhält, daß beide Seiten sich über die meisten wichtigen Grundsätze für ein Abkommen geeinigt hätten, mit Ausnahme der gegenwärtigen Truppenstärke im Raum der Reduzierungen<sup>13</sup>, Einzelheiten des Übergangs von einer Reduzierungsphase zur anderen und über den Umfang der flankierenden Maßnahmen. Die dringende Empfehlung, eine Konferenz der Außenminister einzuberufen, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und noch vor Ablauf des Jahres 1982 ein Abkommen zu schließen (Owen-Vorschlag von 1978<sup>14</sup>), dürfte jedoch von keiner der beiden Seiten als hilfreich aufgefaßt werden.

<sup>10</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

<sup>12</sup> Zur Frage einer Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 58, Anm. 9.

<sup>13</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 151, Anm. 7.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „1979“.

Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in

Offen bleibt, inwiefern die Kommission ein MBFR-Ergebnis als Beitrag zu einem Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa werten würde. Der Bericht entwickelt einen Stufenplan, der nach einem ersten MBFR-Abkommen eine „Vereinbarung über den Abzug und die Reduzierung von Kernwaffen in Europa“ und darauf folgend ein weiteres Abkommen über ein „Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa auf erheblich niedrigerem Niveau“ vorsieht. Dieses weitere Abkommen könnte jedoch im Zusammenhang mit der KAE<sup>15</sup> zu sehen sein, deren zweite Konferenzphase nach Auffassung der Kommission Verhandlungen über eine umfassende Abrüstung in Europa gewidmet sein soll.

Zu Ziffer 1.5 a): Eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone in Europa

Dieser Vorschlag, operativ wohl das zentrale Element des von der Kommission vorgelegten Programms, scheint das Ergebnis einer kontroversen Diskussion zu sein, in der sich die Befürworter weitergehender kernwaffenfreier Zonen in Europa nicht durchsetzten. (MdB Bahrs Vorschlag für eine auf die nicht-nuklearen europäischen Staaten begrenzte kernwaffenfreie Zone<sup>16</sup> wird als Kommentar im Anhang des Berichts der Kommission wiedergegeben; Arbatow gab seine Bedenken gegenüber dem Vorschlag der Kommission in einer Fußnote des Berichts zu Protokoll.) Aus der Sicht westlicher Sicherheitsinteressen erscheint der Vorschlag problematisch:

- Der Vorschlag zielt darauf ab, im Wege einer vertrauensbildenden Maßnahme die „atomare Schwelle anzuheben und die Versuchung zum frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen um einiges herabzusetzen“. Damit würde jedoch gleichzeitig die Aggressionsschwelle gesenkt, da sich ein potentieller Angreifer bei der Beurteilung seines Konfliktrisikos nicht mehr von vornherein mit der Möglichkeit vorbedachter Eskalation konfrontiert sähe. Die zumindest in der Perception des Gegners entstehende Lücke im Gesamtspektrum der NATO-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 887*

Washington erklärten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten ihre Absicht, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Sitzung auf Außenministerebene vorzuschlagen. Als Voraussetzung nannten sie die Klärung der Datenbasis. Vgl. dazu Punkt 19 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 480 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 170.

<sup>15</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

<sup>16</sup> Am 22. Januar 1982 notierte Vortragender Legationsrat von Ploetz aus einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen britischen Außenminister: „Owen habe darauf hingewiesen, daß Egon Bahr bereit zu sein scheine, einer Formulierung im Palme-Bericht zuzustimmen, die eine Zone (nach Ländern definiert) fordert, die frei von taktischen Nuklearwaffen sein soll. [...] BM habe eine solche nach Ländern definierte Zone ebenso wie eine durch Bezugnahme auf den MBFR-Raum definierte Zone als unannehmbar bezeichnet und geltend gemacht, daß ein Verzicht auf taktische Nuklearwaffen ohne die erforderlichen Maßnahmen im konventionellen Bereich nicht akzeptabel sei.“ Vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Botschafter Ruth vermerkte am 5. Mai 1982, das norwegische Mitglied der Palme-Kommission, Holst, habe ihm vertraulich dargelegt: „Aus Sicht von Vance und Owen sei der Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone gemacht worden, um damit den besonders von Herrn Bahr vertretenen Gedanken aus der Welt zu schaffen, die Stationierung nuklearer Waffen künftig auf Kernwaffenstaaten zu beschränken. Der Vorschlag habe damit auch die Funktion einer damage limiting operation gehabt. [...] Auf der letzten Sitzung in Stockholm habe Arbatow die frühere Zustimmung der Sowjetunion zu dem Vorschlag gefechtsfeldwaffenfreie Zone revidiert und hier einen Vorbehalt eingelegt. Nach Auffassung von Holst liegt die Begründung darin, daß in der DDR die sowjetischen Truppen am weitesten vorne disloziert sind und hinsichtlich ihrer nuklearen Kapazitäten vor allem betroffen wären.“ Vgl. VS-Bd. 11567 (223); B 150, Aktenkopien 1982.

Triade würde die Glaubwürdigkeit der Abschreckung insgesamt beeinträchtigen und damit einen konventionellen Krieg führbarer machen.

- Die gegenwärtige Stationierung nuklearer Gefechts Waffen im NATO-Bereich ist das Ergebnis ständiger Konsultationen im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe des Bündnisses, die sich an den Erfordernissen der Abschreckung, der Verteidigung wie auch des möglichen Ausschlusses von Sicherheitsrisiken orientiert. Das gleiche gilt für die Verfahren der politischen Kontrolle zur Freigabe eines eventuellen Nukleareinsatzes. Anpassung an neue Entwicklungen sind im Rahmen der bündnisinternen nuklearen Planung jederzeit möglich. Für Ost-West-Absprachen zur Vertrauensbildung erscheint dieser Bereich jedoch ungeeignet, da Transparenz der nuklearen Planung notwendigerweise dazu führen müßte, das Risiko eines potentiellen Angreifers überschaubarer zu machen.
- Diese aus der Glaubwürdigkeit der Abschreckung resultierenden Probleme würden sich selbst dann ergeben, wenn von einem konventionellen Gleichgewicht in Europa ausgegangen werden könnte. Der Vorschlag einer von Gefechts Waffen freien Zone setzt jedoch, wie Bahr bei der Präsentation des Berichts in Bonn bestätigte, nicht die Herstellung konventioneller Parität in Europa, sondern lediglich ein MBFR-Abkommen auf der Grundlage der Personalparität in Mitteleuropa voraus, das die geostrategischen Vorteile des Warschauer Pakts und seine fortbestehende Überlegenheit bei den offensiven konventionellen Waffensystemen nicht ausgleichen könnte. Um so mehr wäre der Westen zum Ausgleich der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts auf eine glaubwürdige nukleare Abschreckung angewiesen.
- Im Hinblick auf die einzubeziehenden nuklearen Systeme bleibt der Vorschlag vage. Bezieht man in eine solche Zone, wie es der Text nahelegt, lediglich nukleare Sprengköpfe ein, so stellt sich das bisher nicht gelöste Problem der Verifizierung von nuklearen im Unterschied zu konventionellen Sprengköpfen. Auch könnten, wie die Kommission anerkennt, Nuklearsprengköpfe angesichts eines sich abzeichnenden Konflikts binnen Stunden zu ihren in der Zone befindlichen Trägermitteln transportiert werden.

Hinsichtlich der Trägermittel sieht der Vorschlag Bestimmungen vor, die „das Lagern von Artilleriegeschossen (gemeint dürfte sein: Artilleriegeschützen) und Kurzstreckenraketen für den wahlweisen konventionellen und atomaren Einsatz in dieser Zone regeln“. Offenbar einigte sich die Kommission auf diese unverbindliche Formulierung, weil sie sich darüber im klaren war, daß ein Abzug von nuklearfähigen, aber überwiegend konventionell eingeplanten Systemen die konventionelle Verteidigungsfähigkeit in der Zone erheblich schwächen müßte.

- Die Festlegung einer von nuklearen Gefechts Waffen freien Zone enthält bereits im Ansatz die Möglichkeit einer Ausdehnung. Im Bericht wird nur der Anschaulichkeit halber eine Breite von 150 km von beiden Seiten angenommen, die geographische Ausdehnung sollte jedoch Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Schon ein Gürtel von 300 km Ausdehnung beiderseits der Demarkationslinie würde praktisch das gesamte Territorium der Bundesrepublik Deutschland erfassen und damit einem länderorientierten Ansatz für eine kernwaffenfreie Zone

gefährlich nahekomen. Eine Verhandlung des Vorschlags im MBFR-Rahmen würde die in dem begrenzten geographischen Ansatz von MBFR<sup>17</sup> von vornherein begründeten Risiken, die sich aus einer Rüstungskontrollzone mit besonderem Status für die sicherheitspolitische Einheit des Bündnisgebiets ergeben, noch verstärken.

Zu Ziffer 1.5 c): INF

Die Kommission begrüßt die Aufnahme der INF-Verhandlungen<sup>18</sup> und schlägt vor:

- Reduzierung der Stückzahlen von INF „auf ein annäherndes Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau“:
- „vorzugsweise auf einem Niveau, auf dem die NATO darauf verzichten kann, eine neue Generation von weitreichenden Mittelstreckenwaffen in Europa aufzustellen.“

Diese Formulierung steht zwar nicht in direktem Widerspruch zum westlichen Vorschlag einer Null-Lösung<sup>19</sup> für beide Seiten, sie macht jedoch nicht klar, daß der Verzicht auf die westliche Nachrüstung die Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung voraussetzt.

- Verbot der Aufstellung neuer Kurzstrecken-Kernwaffensysteme in Gebieten, „von denen aus sie dieselben Ziele bedrohen könnten, die von den Mittelstreckenwaffen bedroht werden“.

Diese Forderung entspricht weitgehend dem westlichen Ziel, durch kollaterale Maßnahmen eine neue Grauzone unterhalb der weitreichenden INF zu verhindern.

Die Allianz hält jedoch angesichts der Mobilität dieser Systeme eine geographische Begrenzung nicht für ausreichend.

- „Neben einem Abkommen über weitreichende Mittelstrecken-Kernwaffen in Europa sollten beide Seiten sich verpflichten, weiter zu verhandeln, um alle anderen Kernwaffen, die Europa bedrohen, zu begrenzen, und zwar einschließlich der seegestützten Marschflugkörper. Alle Kernwaffen, die in Europa stationiert oder auf Europa gerichtet sind, sollten dabei berücksichtigt werden.“

Gegen die Forderung, weitere Verhandlungen vorzusehen, um auch andere Kernwaffen zu begrenzen, ist grundsätzlich nichts einzuwenden; die der sowjetischen Verhandlungsposition entlehnte Formulierung „in Europa stationiert oder auf Europa gerichtet“ widerspricht jedoch dem westlichen Verhandlungsparameter „globaler Reduzierungen“. Nach westlicher Auffassung läßt sich angesichts der Reichweite und Mobilität der SS-20 ein Abbau der Bedrohung Westeuropas nur durch globale Begrenzungen erreichen. Die interpretationsfähige Formel „auf Europa gerichtet“ dient der SU

<sup>17</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>18</sup> Die erste Runde der INF-Verhandlungen begann am 30. November 1981 in Genf und wurde am 15. Dezember 1981 für eine Weihnachts- und Neujahrspause unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380. Vgl. dazu ferner Dok. 11.

<sup>19</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4. Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

- zum Ausschluß eigener jenseits des Urals stationierter Systeme (Behauptung: nicht gegen Europa gerichtet);
- und zum Einschluß amerikanischer trägergestützter und in USA stationierter Flugzeuge, seegestützter CM und britischer und französischer U-Boot-Raketen.

Die Forderung nach Einbeziehung der seegestützten CM in ein INF-Abkommen widerspricht ebenfalls der westlichen Position. Diese Systeme gehören schon wegen ihrer Mobilität in den Bereich der START-Verhandlungen.

Zu Ziffer 1.6): Forderung nach einer C-Waffen-freien-Zone, „ausgehend von Mitteleuropa“

Der Vorschlag erscheint unrealistisch und übersieht die Tatsache, daß nur die beiden Supermächte über ein nennenswertes C-Waffen-Arsenal verfügen. Ein regionales Herstellungsverbot hätte keinen Sinn, weil die Hauptproduzenten SU und USA nicht davon erfaßt würden und auch die mit dem Verbot belegten Staaten in Drittländern produzieren könnten. Ein CW-Lagerungsverbot, etwa im MBFR-Reduzierungsgebiet, an das der Palme-Bericht zu denken scheint, wäre eine Benachteiligung der NATO. Sie würde dem Reduzierungsgebiet keinen zusätzlichen Schutz gewähren, da C-Waffen jederzeit von außerhalb der Zone zum Einsatz gebracht werden könnten. Vor allem läßt sich ein Lagerungsverbot nicht zuverlässig verifizieren. Die Formulierung des Palme-Berichts, die „Bestimmungen zur fortdauernden Kontrolle der Einhaltung des Vertrags“ fordert, geht an der Sache vorbei.

Eine Regionalisierung der Bemühungen um ein CW-Verbot könnte die weltweiten Verhandlungen unterlaufen, bei denen die Verifizierungsthematik im Mittelpunkt steht.

Zu Ziffer 1.7): Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa

Der Bericht wertet die Bemühungen um eine „Konferenz für Abrüstung sowie Vertrauen und Sicherheit fördernde Maßnahmen“ auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid als bedeutsamen Beitrag zur Einführung und Befolgung eines Systems gemeinsamer Sicherheit in Europa. Es ist zu begrüßen, daß das Ziel der ersten Konferenzphase westlichen Vorstellungen entspricht: Verhandlungen zu einem Abkommen über Vertrauen und Sicherheit fördernde Maßnahmen, die auf ganz Europa Anwendung finden, die militärische Sicherheit erhöhen, überprüfbar sein und ein bindendes und dauerhaftes Vertragswerk darstellen sollten.

Zu Ziffer 2.1): Umfassender Teststopp

Die Forderung nach dem Abschluß eines Umfassenden Teststopp-Abkommens entspricht der Politik der Bundesregierung. Wie der Bericht so begrüßt auch die Bundesregierung die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Umfassender Teststopp“ im Genfer Abrüstungsausschuß.<sup>20</sup> Nicht äußern sollten wir uns zum Appell,

<sup>20</sup> Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 3. Mai 1982: „Der Genfer Abrüstungsausschuß (CD) hat sich am 22. April 1982 über ein Mandat für eine Arbeitsgruppe geeinigt, die Fragen der Verifikation und Einhaltung eines umfassenden Teststoppabkommens (CTB) behandeln soll. Der Arbeitsgruppe werden die 40 Staaten des CD angehören, darunter nukleare Schwellenländer, die dem NV-Vertrag nicht beigetreten sind: Indien, Pakistan, Brasilien und Argentinien, dagegen nicht Israel und Südafrika. [...] In der Zweiten Konferenz zur Überprüfung des NV-Vertrages von 1980 gab es hauptsächlich deshalb keine Einigung auf ein substantielles Schlußdokument, weil sich die Kernwaffen-

die trilateralen Verhandlungen (USA, GB, SU) wieder aufzunehmen.<sup>21</sup> Durch Schaffung der neuen Arbeitsgruppe in Genf ist die Verhandlungsmaterie multilateral abgedeckt. Wir sollten von uns aus die Entwicklung eines Bilateralismus der Supermächte nicht fördern.

Zum Vorschlag eines Kernwaffentest-Moratoriums ist zu sagen: Eine solche von der DW und von der SU seit Jahren erhobenen Forderung wird vom Westen deswegen abgelehnt, weil ein Moratorium keine Verifizierung vorsieht und es den Druck auf eine Einigung bei der Verifizierung eines Umfassenden Teststopps vermindert.

Zu Ziffer 2.1); 2.3); 3): (Verifizierung)

Positiv ist die aufgeschlossene Haltung zur Bedeutung von Verifizierungsregelungen. Diese werden zutreffenderweise für geeignet gehalten, mehr Vertrauen zwischen den Vertragspartnern zu schaffen. Wertvoll ist insbesondere der Hinweis auf Ortsinspektionen im CTB- und im C-Waffen-Bereich. Allerdings ist die Formulierung, in den bilateralen CW-Verhandlungen (USA/SU) habe „im Juli 1980 prinzipielle Einigkeit über die örtliche Inspektion als Mittel der Überwachung bestanden“, irrtümlich: Der amerikanisch-sowjetische Bericht vom Juli 1980 (CD 112) erwähnt nur freiwillige Ortsinspektionen und hält fest, daß die Frage einer Verifizierungsregelung „ungelöst bleibt“.<sup>22</sup>

Zu Ziffer 2.2): Verbot von Anti-Satellitensystemen

Die Empfehlung

- der Wiederaufnahme der 1979 abgebrochenen Verhandlungen zwischen den USA und der SU über ein Verbot der Anti-Satelliten-Waffen<sup>23</sup>,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 891*

staaten USA und SU nicht bereit fanden, Länder der Dritten Welt in irgendeiner Form an den CTB-Verhandlungen zu beteiligen. [...] Sieht man in der Arbeitsgruppe ein Angebot der drei Kernwaffenstaaten an die Dritte Welt im Geiste von Art. VI des NV-Vertrages, dann wäre die Einbindung der Schwellenländer in ein Peaceful Nuclear Explosions-Moratorium über die Frage der technischen Nicht-Unterscheidbarkeit von PNE und anderen Kernsprengungen ein wichtiger, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie übergreifender Schritt.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129442.

<sup>21</sup> Großbritannien, die USA und die UdSSR verhandelten seit dem 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 22. Januar 1982 wurde zusammenfassend festgestellt: „1977 bis 1980 verhandelten die USA, GB und die SU über ein umfassendes Verbot aller Kernsprengungen. Dabei wurde Übereinstimmung in einigen wichtigen Fragen erzielt: Einbeziehung der friedlichen Kernexplosionen (Moratorium bis zur Ausarbeitung eines besonderen Protokolls); Grundelemente eines Verifikationssystems (weltweiter seismologischer Datenaustausch, Einsetzung eines Beratenden Ausschusses, Ortsinspektionen ‚on challenge‘) [...]. Differenzen bestanden hinsichtlich der Vertragsdauer und besonders in der Verifikationsfrage. So bestand die SU darauf, daß auch in GB – wie in der SU und den USA – zehn seismologische Beobachtungsstationen eingerichtet werden müssen. Die trilateralen Verhandlungspartner legten 1979 und 1980 dem CD Fortschrittsberichte vor. Die trilateralen Verhandlungen ruhen z. Zt. (wegen der noch in Gang befindlichen Überprüfung der Rüstungskontrollpolitik durch die USA).“ Vgl. Referat 222, Bd. 124551.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Berichts der USA und der UdSSR vom 7. Juli 1980 über den Fortschritt der bilateralen Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVIII (1980), S. 389–392.

<sup>23</sup> Botschafter Ruth resümierte am 12. August 1982 die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Anti-Satelliten-Systeme: „Bis zum heutigen Tag hat ausschließlich die Sowjetunion, nicht aber die USA Killer-Satelliten im Weltraum erprobt. Angesichts der zahlreichen Testserien der Sowjetunion in diesem Bereich hatten die USA in der Vergangenheit großes Interesse an einem diesbezüglichen Rüstungskontrollabkommen. Verhandlungen über ‚Anti-Satelliten-Systeme‘ wurden jedoch nach drei Gesprächsrunden nicht fortgeführt. Die Gespräche hatten in wichtigen Fragen zu keiner Annäherung geführt: Offen war vor allem die von sowjetischer Seite verlangte Ausnahme vom Bekämpfung

– der Aussetzung und des Verbots der Erprobung von Anti-Satelliten-Waffen und die Forderung nach einem Abkommen, das die Aufstellung von Anti-Satelliten-Waffen verbietet und den Abbau bestehender Waffensysteme vorschreibt, entspricht dem vom Westen in den Vereinten Nationen und im CD verfolgten Konzept einer Konzentration der Debatte über Rüstungskontrolle im Weltraum auf die Anti-Satelliten-Systeme.

Der sowjetische Vertragsentwurf sieht dagegen ein umfassendes Verbot aller im Weltraum stationierter Waffen vor<sup>24</sup>, wodurch erhebliche, nahezu unüberwindliche Auslegungsschwierigkeiten entstehen (derselbe Satellit kann zur Verifikation von Rüstungskontrollabkommen wie auch zur Steuerung von U-Booten dienen).

Zu Ziffer 2.3): C-Waffen-Verbot

In der Forderung nach einem zügigen Abschluß eines umfassenden weltweiten C-Waffen-Verbotsabkommens weiß sich die Bundesregierung mit dem Bericht einig. Bedeutsam ist auch die Anregung, zur Sicherstellung der Einhaltung des Genfer Protokolls von 1925<sup>25</sup> und des B-Waffen-Übereinkommens<sup>26</sup>, die beide keine bzw. nur eine symbolische Verifizierung vorsehen<sup>27</sup>, ein internationales beratendes Expertengremium zu schaffen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 892*

fungsverbot bei Satelliten, die ‚illegale Funktionen‘ ausüben. Dies hätte die Aufrechterhaltung einer Killer-Satelliten-Kapazität gestattet und zur Vereitelung des eigentlichen Vertragszwecks geführt. Schwierigkeiten bereitete auch die sowjetische Forderung nach Einbeziehung von Satelliten dritter Staaten. Der amerikanische Vorschlag eines auf ein Jahr befristeten Erprobungsmoratoriums wurde von der SU abgelehnt (sie wollte wohl ihren Entwicklungsvorsprung auf diesem Gebiet nicht aufgeben). Die vorgesehene vierte Runde kam wegen Afghanistan nicht zustande.“ Vgl. Referat 220, Bd. 123113.

24 Am 12. August 1981 berichtete Gesandter Huber, Moskau: „Mit einem Brief von AM Gromyko an VN-GS Waldheim und dem Entwurf eines Vertrages zur Bannung von Waffen aller Art im Weltraum lanciert SU eine Initiative für die 36. GV der Vereinten Nationen. (Prawda vom 12.8.81) [...] Die sowjetische Initiative ist weder in dieser Form noch in ihrem Gegenstand außergewöhnlich. In den vergangenen Jahren hatten die Sowjets jeweils zur GV eine besondere Initiative gestartet. [...] Neu erscheint allerdings, daß die Betonung auf Waffen aller Art liegt und der Vertragsentwurf ausdrücklich einschließt ‚mehrfach benutzbare bemannte Raumschiffe des bestehenden Typs und noch in Zukunft erscheinender Bauart‘. Damit zielt sowjetische Initiative direkt auf das amerikanische Space-Shuttle-Programm und dürfte eine Verhinderung der weiteren Realisierung im Visier haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3159; Referat 220, Bd. 123113.

25 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

26 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 133–138.

27 Zur Problematik von lediglich symbolischen Verifizierungsregelungen wurde von Vortragendem Legationsrat Kunz am 19. Januar 1982 auf „die ungeklärten Verdachtsmomente für einen Unfall bei der Entwicklung von B-Waffen in Swerdlowsk, wo im Frühjahr 1979 eine plötzliche Seuche auftrat,“ hingewiesen: „Angesichts der hohen militärischen Bedeutung der C-Waffen stand für das westliche Bündnis von vornherein fest, daß ein umfassendes C-Waffen-Verbot auf keinen Fall die unbefriedigende Verifizierungsregelung des B-Waffen-Übereinkommens kopieren dürfe. Diese sieht in Zweifelsfällen lediglich bilaterale Konsultationen und ein Beschwerderecht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor. Daß eine solche rein symbolische Regelung auch hinsichtlich des B-Waffen-Übereinkommens nicht befriedigt, zeigt der ungeklärte Fall Swerdlowsk.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124538.

Der Bericht erwähnt nicht das neue Mandat der C-Waffen-Arbeitsgruppe des Genfer Abrüstungsausschusses, ein Verbotsabkommen auszuarbeiten.<sup>28</sup> Statt dessen drängt er zur Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen<sup>29</sup>, die von 1977 bis 1980 stattfanden. Diese Forderung hat ihre Aktualität durch die Multilateralisierung der Verhandlungsmaterie in Genf eingebüßt.

Der Vorschlag eines internationalen Abkommens, das geheime Versuche oder Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel der militärischen Anwendung der Molekular-Biologie und benachbarter Wissenschaften verbietet, erscheint unrealistisch.

Zu Ziffer 2.6): Die Notwendigkeit der Begrenzung konventioneller Waffentransfers

Die vorgeschlagenen Prinzipien für ein generelles System von Richtlinien und Beschränkungen für Waffenexporte auf der Basis einer Zusammenarbeit zwischen Empfänger- und Lieferstaaten sind zwar ebenso wie der Vorschlag der Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen den USA, der SU<sup>30</sup>, nunmehr unter Einbeziehung von F und GB, zu dieser Frage diskussionswürdig, aber angesichts des gegenwärtigen weltweiten Ringens um Einfluß und Märkte wenig realistisch. Auf Vorschlag westeuropäischer Staaten wird derzeit versucht, zu-

<sup>28</sup> Zu den Bemühungen um ein Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen führte Referat 222 am 7. Mai 1982 aus: „1) Seit 1980 besteht beim Genfer Abrüstungsausschuß eine Arbeitsgruppe C-Waffen [...]. Diese stellt unter ihrem alten Mandat (Auflistung der in einem Abkommen zu regelnden Materie) 1981 Elemente für ein künftiges Abkommen zusammen [...]. Diese Elemente enthalten bereits wichtige Teileinigungen (z. B. über den Verbotsumfang, Toxizitätskriterien, Definitionen, Pflicht zur Deklaration vorhandener Bestände nach Inkrafttreten des Abkommens, zehnjähriger Zeitrahmen für die vorgesehene CW-Vernichtung). Am umstrittensten blieb die Verifizierungsfrage. Der Osten legt den Schwerpunkt auf nationale Maßnahmen und lehnt insbesondere die vom Westen geforderten obligatorischen Ortsinspektionen in der chemischen Industrie ab; er erklärt sich allenfalls zu freiwilligen Ortsinspektionen bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente bereit. 2) Die Elemente bilden die Grundlage für die laufenden Beratungen in der Arbeitsgruppe C-Waffen, die 1982 auf amerikanische Initiative ein neues erweitertes Mandat erhielt (ein umfassendes und verifizierbares Abkommen auszuarbeiten).“ Zur Haltung der USA wurde festgestellt: „Anlässlich der Anforderung von Haushaltsmitteln für die ab 1984 geplante Wiederaufnahme der seit 1969 ruhenden amerikanischen C-Waffen-Produktion hat Präsident Reagan klargestellt, daß ein vollständiges und verifizierbares Verbot aller C-Waffen vorrangiges Ziel der amerikanischen Politik ist.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124538.

<sup>29</sup> Botschafter Ruth wies am 12. Juli 1982 auf eine mögliche Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen hin: „In der öffentlichen Diskussion der Gromyko-Rede vom 16.6.1982 vor den VN und der von ihm unterbreiteten Vorschläge ist die sowjetische Bewegung hinsichtlich der Verifizierungsproblematik bei C-Waffen weitgehend unbemerkt geblieben. Dies mag teils an dem polemischen Gesamtcharakter der Gromyko-Rede, teils daran liegen, daß die Bewegung erst in dem gleichzeitig vorgelegten sowjetischen Papier ‚Basic Provisions‘ eines C-Waffen-Verbots klar zum Ausdruck kommt. [...] Das sowjetische Papier dürfte zugleich ein Signal an die Adresse der USA darstellen: Die amerikanische Regierung hatte Anfang d. J. im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Modernisierung chemischer Waffen u. a. verlauten lassen, sie mache eine Wiederaufnahme der bilateralen CW-Verhandlungen von einem sowjetischen Entgegenkommen in der Verifizierungsfrage abhängig. Es fällt auf, daß der sowjetische Text sowohl der Diktion nach (z. B. Verwendung des Ausdrucks ‚systematic‘ on site-inspections) als auch nach der Substanz amerikanischen Verifizierungsvorschlägen von 1979 für die Vernichtung von C-Waffen entspricht, die die SU damals nicht akzeptiert hatte.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124539.

<sup>30</sup> Am 9. September 1980 vermerkte Botschafter Ruth: „Die Vereinigten Staaten haben sich vor Afghanistan bemüht, substantielle bilaterale sowjetisch-amerikanische Gespräche über eine Begrenzung der Waffenexporte in Gang zu setzen. Diese Gespräche wurden wegen schwer zu überbrückender, gegensätzlicher Zielvorstellungen schon vor Afghanistan auf Eis gelegt.“ Vgl. Referat 223, Bd. 123151.

nächst das Verständnis der Staaten der DW für Selbstbeschränkungen in diesem Bereich durch eine VN-Studie zu wecken.<sup>31</sup>

Zu Ziffer 3): Vertrauensbildung

- Die Herausstellung des Zusammenhangs zwischen angemessener Verifikation und Vertrauensbildung;
- die Unterstützung des standardisierten Berichtssystems über die Militärausgaben<sup>32</sup>

entspricht westlichen Forderungen.

Die Aufforderung an die größeren Industriestaaten, einen Dialog über Fragen der Forschung und Entwicklung jeder Art militärischer Ausrüstung zu führen, kommt dem westlichen Drängen nach größerer Offenheit der SU in diesem Bereich entgegen.

Die Empfehlung von periodischen oder ad hoc einberufenen Regionalkonferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in der Dritten Welt stellt eine Konkretisierung unseres in der VN-Studie über VBM<sup>33</sup> zum Ausdruck gekommenen Konzepts regionaler Vertrauensbildung dar.

Zu Ziffer 3.1): Die Kommission befürwortet die Teilnahme aller Staaten am standardisierten Berichtssystem der VN für Militärausgaben.

Dieser Appell ist beachtlich, weil er von den östlichen Mitgliedern unterschrieben ist. Der Osten hat sich bisher geweigert, seine Zahlen zu dem Berichtssystem vorzulegen, das dem Zweck dient, Militärausgaben von Staaten mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Finanzsystemen durchsichtig und vergleichbar zu machen. In den VN hat sich Schweden zum Sprecher für dieses Konzept

<sup>31</sup> Mit Resolution Nr. 35/156 A vom 12. Dezember 1980 gab die VN-Generalversammlung eine Studie über konventionelle Abrüstung in Auftrag. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 254 f.

Am 14. April 1981 faßte Vortragender Legationsrat von Jagow zusammen: „Das westliche Interesse an der Studie liegt darin, die bisherige Überbetonung der nuklearen Abrüstung auszugleichen. Initiator der Studie ist Dänemark, das in der bisherigen Vorbereitung starke Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der Dritten Welt nimmt. Die DW-Länder sehen in den Fragen des Waffentransfers ihre Souveränität und Unabhängigkeit berührt (Forderung des gleichen Zugangs zu Waffen wie IL, eigene Exportinteressen einiger DW-Länder).“ Vgl. Referat 223, Bd. 123151.

Botschafter Wegener, Genf (CD), teilte am 22. Juli 1982 mit, daß die Gliederung der Studie fertiggestellt worden sei. Ferner bemerkte er: „Im Verlauf erster Sitzungsrunde hat sich eine starke Allianz der Experten Indiens, Argentiniens und Brasiliens ergeben; die Experten dieser Staaten vertraten einmütig und äußerst dezidiert die Auffassung, daß aus der Studie [...] die eindeutige Priorität des Abbaus der Kernwaffen hervorzugehen habe und daß die Nuklearwaffenstaaten und ihre Verbündeten auch in der konventionellen Abrüstung den Vorreiter zu spielen hätten. Abgelehnt wurde jeder regionale Ansatz mit Ausnahme der MBFR-Verhandlungen, da diese im Rahmen der von den Bündnissen zu treffenden Maßnahmen lägen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1374; Referat 220, Bd. 124487.

<sup>32</sup> Am 24. Mai 1982 notierte Botschafter Ruth: „Die Bundesrepublik Deutschland hat dem VN-Generalsekretär zum dritten Mal ihre Zahlen zum Standardisierten Berichtssystem der VN für Militärausgaben vorgelegt (Haushaltsjahr 1980). [...] Das erste Jahr (1980) diente der praktischen Erprobung des Berichtssystems. Seither sind alle Mitgliedstaaten der VN aufgefordert, daran teilzunehmen (Res. 35/142 B, Res. 36/82 B). 1980 und 1981 haben sich insgesamt 18 Staaten beteiligt: zwölf westliche Staaten [...]; sechs Ungebundene [...]. Der Osten fehlt ganz.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133716.

<sup>33</sup> Mit Resolution Nr. 36/97 F vom 9. Dezember 1981 nahm die VN-Generalversammlung die Studie „Comprehensive Study on Confidence-building Measures“ entgegen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 300 f.

entwickelt. Wir haben in diesem Jahr zum dritten Mal unsere Zahlen zu diesem Register vorgelegt.

Zu Ziffer 4):

- Wir begrüßen insgesamt die sehr detaillierten Überlegungen zur Stärkung des VN-Sicherheitssystems. Wir haben uns stets für eine Verbesserung dieses Systems im Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens ausgesprochen und arbeiten in dem entsprechenden Sonderausschuß zur Charta-Reform<sup>34</sup> konstruktiv mit.
- Der Analyse (gegenwärtige Rolle des SR, Erfordernis seiner frühzeitigen Befassung und vor allem Notwendigkeit eines Einvernehmens der ständigen SR-Mitglieder) ist beizupflichten.
- Ein Teil der Vorschläge (Stärkung der Rolle des GS, SR-Sitzungen auf hoher Ebene, Verzicht auf bzw. Einschränkung des Vetorechts der ständigen SR-Mitglieder, Leitlinien für friedenssichernde Operationen bzw. für VN-Friedenstruppen) liegen seit längerem auf dem Tisch des Charta-Ausschusses, ohne daß bisher vor allem wegen der Zurückhaltung ständiger SR-Mitglieder ein Konsens möglich gewesen wäre.
- Überwiegend neu sind dagegen die sehr präzisen Vorschläge für antizipatorische, präventive Maßnahmen zur Friedenssicherung (Ziffer 4.2) in der DW. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es allerdings sehr fraglich, das erforderliche Einvernehmen („Konkordat“) der ständigen SR-Mitglieder zu erreichen (Überlagerung von DW-Konflikten durch Ost-West-Gegensatz, Politik der Einflußsphären der Großmächte).

Zu Ziffer 5.3): Atomwaffenfreie Zonen

Zu begrüßen ist das unmißverständliche Bekenntnis zum NV-Vertrag<sup>35</sup> und zum Vertrag von Tlatelolco<sup>36</sup> als einem Modell für atomwaffenfreie Zonen in

<sup>34</sup> Am 16. Februar 1982 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schaad zur Arbeit des „Sonderausschusses für die Charta der VN und die Stärkung der Rolle der Organisation“ mit: „Nach sechs in den Substanzfragen weithin ergebnislosen Sitzungsrunden wird das Drängen der DW nach konkreten Fortschritten immer hartnäckiger. Ihr Widerstand gegen die erneute Festschreibung des Konsensprinzips im Ausschußmandat verdeutlicht dies. Wir verkennen daher nicht die wachsende Gefahr einer offenen Konfrontation zwischen den auf Reformen pochenden Kräften und den auf ungeschälerte Erhaltung ihres Status beharrenden Staaten. Bedeutsam erscheint uns in diesem Zusammenhang, daß nunmehr offensichtlich auch gemäßigte DW-Staaten auf baldige Fortschritte drängen und hierbei bereit sind, das Konsensprinzip aufzugeben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 926; Referat 230, Bd. 127992.

In einer Aufzeichnung des Referats 230 vom 20. August 1982 wurden die „Ergebnisse der 7. Tagung des Charta-Ausschusses“ zusammengefaßt: „Der Ausschuß verabschiedete vor allem dank der Bereitschaft der Ständigen SR-Mitglieder zu einer konstruktiven Arbeit und zum Kompromiß im Konsens einen Deklarationsentwurf zur friedlichen Streitbeilegung. Dieser Entwurf liegt nunmehr der 37. GV zur Verabschiedung vor. Im Arbeitsbereich Internationale Sicherheit hat der Ausschuß die Lesung aller ihm unterbreiteten Vorschläge beendet. [...] Trotz des nur teilweise erfüllten Mandats ist die große Mehrheit der Ausschußmitglieder mit dem erzielten Ergebnis zufrieden. Dies ist in erster Linie auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Textes zur friedlichen Streitbeilegung zurückzuführen. Diese Konsens-Entscheidung hat die Position der Mitgliedstaaten gestärkt, die Charta-Reform nicht im Wege der Konfrontation, sondern des Einvernehmens aller erzielen wollen.“ Vgl. Referat 230, Bd. 127992.

<sup>35</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

<sup>36</sup> Für den Wortlaut des am 14. Februar 1967 von vierzehn lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

Regionen, in denen bisher keine Kernwaffen existieren. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die ausdrückliche Erwähnung von Kuba, das den Tlatelolco-Vertrag „weder unterschrieben noch ratifiziert hat“.

Zu Ziffer 6.2): Abrüstung und Entwicklung

Die Studie weist zunächst darauf hin, daß die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung eng und zwingend ist, bleibt aber den – in diesem wirtschaftlichen Zusammenhang erforderlichen – Beweis dafür schuldig. Wir unterstützen zwar die Auffassung, daß eine enge, auch „moralische“ Verbindung besteht (Brandt-Kommission), vertreten aber den Standpunkt, daß wirtschaftlich eine „zwingende“ Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung nicht gegeben ist.

Die Studie weist zutreffend darauf hin, daß die Militärausgaben in vielen Entwicklungsländern die Grenze des Erträglichen längst überschritten haben.

Daß Entwicklungsländer Waffen importieren, liegt sicherlich nicht in der Schuld der Industrieländer. Fraglich ist, ob in der Rüstung eingesparte Mittel zum Import von Gütern aus den Entwicklungsländern eingesetzt werden können und ob eine Senkung der Militärausgaben automatisch zu einer Aufstockung der Entwicklungshilfe führt: Bei den gegenwärtig diskutierten Konversionstheorien wird der zusätzliche Innenbedarf für Soziales, Bildung etc. übersehen, so daß nur ein Bruchteil der freiwerdenden Militärausgaben auf die Entwicklungshilfe übertragen wird.

Die vorgeschlagene Zehn-Prozent-Kürzung der Verteidigungsausgaben der SU und der USA wird so lange nicht als eine für die Länder bindende und für andere Länder beispielgebende Maßnahme akzeptabel sein, als nicht die Militärausgaben der SU transparent und damit vergleichbar gemacht werden.

III. Die dem Pressereferat am 2.6. übermittelte Stellungnahme ist beigelegt.<sup>37</sup>  
Referat 230 hat mitgewirkt.

Ruth

**Referat 223, Bd. 124597**

<sup>37</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Becker legte am 2. Juni 1982 dar, daß „auf Anfragen der Presse geantwortet werden könne: „Die Bundesregierung respektiert die Unabhängigkeit der Palme-Kommission, die durch Rang, Ansehen und Erfahrung ihrer Mitglieder ihr eigenes Gewicht hat, die Regierungen aber nicht bindet.““ Vgl. Referat 223, Bd. 124597.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-410.41

3. Juni 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>

Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Anlg.: 3 (nur für StS)

I. Beigefügt lege ich vor:

1) Ein im Auftrag des Planungsstabes angefertigtes Gutachten des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin über „Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“.<sup>4</sup>

2.a) Eine Aufzeichnung des Planungsstabes über „Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen 1970 bis 1981“.<sup>5</sup>

2.b) Eine Aufzeichnung des Planungsstabes über „Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen für die Sowjetunion“.<sup>6</sup>

II. Unter Verwendung dieser Papiere sowie zusätzlicher neuester Daten hebe ich einige ökonomische Fakten und Überlegungen hervor, die für die deutsch/eu-

<sup>1</sup> Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Edler von Braunmühl und Seitz am 7. bzw. 15. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Lautenschlager und von Staden am 4. Juni 1982 vorgelegen. Staden vermerkte handschriftlich: „M. E. eine ausgezeichnete Analyse, über deren Verwendung man nachdenken sollte. (An Bo[tschaft] Wash[ington] als Argumentationshilfe; dito vielleicht bei Überarbeitung von III als ‚Standardanweisung‘ für Amerikareisende u. Teilnehmer an Symposien; dazu in geeigneter Form u. an bestimmte Institutionen wie DGAP u. Atlantik-Brücke.)“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat Schönfelder stellte am 2. Juni 1982 fest: „Die Bruttoverschuldung Osteuropas und der SU gegenüber westlichen Gläubigern stieg zwischen 1970 und 1981 um das Zwölfwache von 7,8 auf 92–95 Mrd. US-Dollar (Ende 1980: rd. 85,6–87,6 Mrd. US-Dollar). Die Nettoverschuldung (Bruttoverschuldung minus Einlagen im Westen) dürfte sich in einer Größenordnung von 82–85 Mrd. US-Dollar (Ende 1980: 70–72 Mrd. US-Dollar) bewegen. Am höchsten verschuldet war Ende 1981 Polen mit 28–30 Mrd. US-Dollar (netto ca. 27,5–29,5 Mrd. US-Dollar), gefolgt von der SU mit rd. 16 Mrd. US-Dollar (netto ca. 12 Mrd. US-Dollar), der DDR mit rd. 15 Mrd. US-Dollar (netto ca. 12 Mrd. US-Dollar) und Rumänien mit ca. 12,8 Mrd. US-Dollar (netto ca. 12,5 Mrd. US-Dollar).“ Vgl. die Kurzfassung der Aufzeichnung; Referat 02, Bd. 178494.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Am 2. Juni 1982 notierte Legationsrat I. Klasse Grewlich: „Ende der 70er Jahre hat sich die sowjetische Handelsbilanz mit Hartwährungsländern als Folge der erheblichen Preissteigerungen für die sowjetischen Energieexporte erheblich entspannt. Nach NATO-Schätzungen ging das Mitte der 70er Jahre noch sehr starke Defizit bis 1980 auf 2,6 Mrd. Dollar zurück. Dagegen zeigen die für 1981 bisher vorliegenden Statistiken wieder eine erhebliche Vergrößerung des sowjetischen Handelsbilanzdefizits, wofür vor allem größere Weizenimporte und meist marktbedingte Rückgänge beim Ölexport ursächlich waren. [...] Der Zustand der sowjetischen Zahlungsbilanz mit den Hartwährungsländern ist günstiger, da hier die sowjetischen Waffen- (ca. 2,0–2,5 Mrd. Dollar pro Jahr) und Goldverkäufe (ca. 250t für 3,7 Mrd. Dollar im Jahre 1981) entlastend wirken. Die SU mußte 1981 ihre Goldverkäufe trotz fallenden Goldpreises fortsetzen, da sie ihre Guthaben bei westlichen Banken im dritten Quartal 1981 nicht noch weiter herabsetzen wollte und der Euro-Dollar-Markt wegen der mittlerweile hohen Zinssätze keine Ausweichmöglichkeiten bot.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178494.

ropäische Argumentation gegenüber den amerikanischen Vorstellungen über eine Einschränkung des Handels und der Kreditbeziehungen mit der Sowjetunion relevant sind:

1) Zu den amerikanischen Vorstellungen: „to restrain trade“.

Der Handel der OECD-Länder insgesamt mit der Sowjetunion stagniert seit 1975; real gerechnet dürfte er 1981 leicht unter dem Volumen von 1975 gelegen haben.

Dabei ging der deutsche Handel mit der Sowjetunion real stark zurück. Dies gilt insbesondere für die deutschen Exporte: Die Industriegüterexporte erreichten, zu konstanten Preisen gerechnet, 1981 nur mehr zwei Drittel des Volumens von 1975, der Anstieg der Agrarexporte konnte dies nur zum Teil kompensieren.

Sehr stark angestiegen seit 1975 sind dagegen die japanischen Exporte in die Sowjetunion; sie lagen 1981 mit 3,2 Mrd. Dollar nur mehr wenig unter den deutschen Exporten von 3,4 Mrd. Dollar, in den ersten zwei Monaten 1982 ist Japan auf den ersten Platz der Exporteure in die Sowjetunion gerückt.

Sehr stark angestiegen sind weiter die amerikanischen Getreideaufuhren in die Sowjetunion, nämlich von 6 Mio. Tonnen im Getreidejahr 1976/77 auf voraussichtlich an die 20 Mio. Tonnen 1981/82.

Der deutsche Anteil an den OECD-Exporten in die Sowjetunion ist von 22,5% im Jahre 1975 auf 15,6% im Jahre 1981 gefallen.

Der ökonomische Grund für die Stagnation des sowjetischen Handels mit den OECD-Ländern insgesamt (Devisenmangel) dürfte in den 80er Jahren bestehen bleiben. Das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>7</sup> bedeutet keineswegs einen „Quantum-Sprung“ im westeuropäischen Handel mit der Sowjetunion. Die zu erwartenden Einnahmen aus den zusätzlichen Gaslieferungen der Sowjetunion werden voraussichtlich nicht einmal ausreichen, um die Einnahmerückgänge auf Grund schrumpfender sowjetischer Exporte von Rohöl und Ölprodukten nach Westeuropa auszugleichen. Aufhebung des Erdgas-Röhren-Geschäfts würde unter diesen Umständen – selbst wenn man nur die direkte Folge berücksichtigt – einen scharfen Einbruch des westeuropäisch-sowjetischen Handels bedeuten.

2) Zur amerikanischen Vorstellung: „to restrain credits“.

a) Die Nettoverschuldung der Sowjetunion (Bruttoverschuldung minus Forderungen) ist in den Jahren 1977 bis 1980 stetig von 11 auf 8 Mrd. Dollar zurückgegangen.<sup>8</sup>

Eine Netto-Auslandsverschuldung in Höhe von 8 Mrd. Dollar 1980 ist für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt gering. Sie ist zu über 200% gedeckt durch die sowjetischen Goldreserven (schätzungsweise 1800 Tonnen mit einem gegenwärtigen Wert von an die 20 Mrd. Dollar).

<sup>7</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 161, Anm. 9.

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Quelle: DIW-Studie, Tabelle 25, Seite 90. Die Angaben über die Brutto- und Nettoverschuldung der Sowjetunion schwanken je nach Quelle. Die CIA schätzt für 1980 die Nettoverschuldung der Sowjetunion auf 10,5 Mrd. Dollar und nimmt für 1982 einen Anstieg auf 12,5 Mrd. Dollar an.“

Die Schuldendienstquote (Tilgung und Zinsen) liegt unter 20% der sowjetischen Westexporte, die Zinsendienstquote unter 10%.

Nach ökonomischen Kriterien beurteilt, ist also die Kreditwürdigkeit der Sowjetunion unbezweifelbar.

b) Um den Schuldendienst leisten zu können, hat die Sowjetunion bisher konsequent Exportkapazitäten aufgebaut. Sie tut dies weiterhin (Erdgas-Röhren-Geschäft). Westkredite sind also nicht Kapital, das für die sowjetische Rüstung verfügbar wäre.

Gegenwärtig stehen den hohen Zinsen für Hartwährungskredite stagnierende Preise für sowjetisches Öl und stark gesunkene Preise für sowjetisches Gold, Diamanten, Industrierohstoffe gegenüber. Die Westkredite sind für die sowjetische Volkswirtschaft also sehr teuer (hohe Realzinsen).<sup>9</sup> Dies ist zu bedenken, wenn von den angeblich so großen Vorteilen der Westkredite für die Sowjetunion die Rede ist.

c) Der Schuldendienst der Sowjetunion überstieg 1977 bis 1980 den Zufluß aus neuen Krediten. Nach CIA-Angaben kam es in diesen Jahren zu einem Nettoabfluß von Kapital aus der Sowjetunion in den Westen in Höhe von insgesamt fast 4 Mrd. Dollar (1977: 1 Mrd. Dollar, 1978: 0,9 Mrd. Dollar, 1979: 2 Mrd. Dollar, 1980: 0,8 Mrd. Dollar). Für 1981 rechnet die CIA wieder mit einem Nettozufluß; die Schätzung von 4 Mrd. Dollar ist angesichts der neuesten BIZ-Zahlen jedoch mit Sicherheit zu hoch gegriffen, realistisch erscheinen allenfalls 2 Mrd. Dollar.

Eine künstliche Einschränkung der Kredite an die Sowjetunion würde zu einer weiteren Drosselung der sowjetischen Importe von Maschinen und Industrieanordnungen führen, während die Getreideimporte unberührt blieben (siehe die Argumentation der DIW-Studie, Seite 63 ff.). Die Krediteinschränkung ginge also so gut wie ausschließlich zu Lasten der Westeuropäer und Japaner.

3) Ökonomische Bedeutung der Westimporte für die Sowjetunion.

Die Importe aus dem Westen haben am verwendeten sowjetischen Bruttosozialprodukt einen Anteil von schätzungsweise 1,5%<sup>10</sup>, die Gesamtimporte (also einschließlich der Importe aus dem COMECON und der Dritten Welt) einen Anteil von 4%. Zum Vergleich: Importquote der Bundesrepublik: 23%, der Vereinigten Staaten: 9%.

<sup>9</sup> Am 2. Juni 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat Schönfelder: „Die Zinssätze für mittelfristige Euro-Kredite, die nach ECE-Angaben einen großen Teil der östlichen Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Banken ausmachen, werden üblicherweise spätestens nach zwölf Monaten entsprechend dem ‚London Inter Bank Offered Rate‘ (LIBOR) für Euro-Dollars angepaßt. Ein Großteil der östlichen Kredite wurde zwischen 1976 und 1978 aufgenommen, als die nominalen Zinssätze relativ niedrig und die realen Zinssätze sogar oft negativ waren. Die Zinsbelastung des Ostens wurde deshalb erheblich größer, als sich die nominalen Zinssätze während der letzten Jahre mehr als verdoppelten und auch die realen Zinssätze wieder weit in den positiven Bereich stiegen. Z. B. ist seit Ende 1980 der reale Zinssatz für Euro-Dollars [...] mit rund 5% sehr hoch.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178494.

<sup>10</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Rubel ist eine reine Binnenwährung. Es gibt keinen ökonomisch begründeten Wechselkurs gegenüber Fremdwährungen, weder gegenüber Hartwährungen noch gegenüber den osteuropäischen Währungen. Um Außenhandelszahlen auf Angaben über das sowjetische Bruttosozialprodukt oder Teilgrößen zu beziehen, muß man eine Parität des ‚Valuta-Rubels‘ zum ‚Binnen-Rubel‘ annehmen. Alle Schätzzahlen in dem obigen Abschnitt 3 sind deshalb unsicher und sehr ungefähre Größenangaben.“

An den sowjetischen Maschinen- und Ausrüstungsinvestitionen hatten die Westeinfuhren 1979 einen Anteil von etwa 6 bis 8%. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß das sowjetische System die höhere Produktivität westlicher Maschinen auch nur annähernd nutzen kann. Die meisten westlichen Experten für die sowjetische Wirtschaft stimmen deshalb darin überein, daß der Betrag der Investitionsgüterimporte aus dem Westen für das Wachstum der sowjetischen Volkswirtschaft sehr begrenzt ist. Holzman und Portes z.B. schätzen den Wachstumsbeitrag dieser Importe zur sowjetischen Industrieproduktion auf jährlich allenfalls 0,1 bis 0,2%.

Westimporte haben zwar für einige sowjetische Prioritätsprogramme erhebliche Bedeutung, so für die Steigerung der Fleischproduktion (Einfuhr von Futtermitteln) und für die Steigerung der Energieproduktion (Einfuhr von Röhren und anderen Ausrüstungsgütern). Gesamtwirtschaftlich gesehen jedoch ist die Bedeutung der Westimporte gering. Die sowjetische Volkswirtschaft ist nach wie vor im wesentlichen autark.

III. Welche politische Rolle kann der Handel des Westens mit der Sowjetunion spielen?

Am Ursprung der amerikanischen Forderung, die Kredit- und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion einzuschränken, stehen zwei Vorstellungen:

- Westeinfuhren seien für die sowjetische Wirtschaft, die sich in einer „tiefen Krise“ befinde, von existentieller Bedeutung. Durch Handelsverweigerung könne man die sowjetische Führung also zu außenpolitischer Mäßigung zwingen.
- Handel mit dem Westen und Kredite kämen vor allem auch der sowjetischen Rüstung zugute. Durch Handelsverweigerung könne man also die sowjetische Fähigkeit zur Rüstungssteigerung schwächen.

Angesichts der geringen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Westimporte für die Sowjetunion sind diese Vorstellungen offensichtlich unrealistisch. Die amerikanischen Forderungen auf Kredit- und Handelseinschränkung gegenüber der Sowjetunion haben sich jedoch inzwischen verselbständigt und scheinen derzeit durch ökonomische Argumente nur wenig beeinflußbar.

Nichtsdestoweniger sollten wir fortfahren, in vorsichtigem und verbindlichem Ton die Fakten darzustellen und auf eine realistische Bewertung der Bedeutung, die der Westhandel für die Sowjetunion hat, hinzuwirken.

Wir sollten ebenso davor warnen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion in ihren Auswirkungen auf das System zu überschätzen. Ein Herrschaftssystem wie das sowjetische wird nicht instabil wegen Armut und Unzufriedenheit der Bevölkerung. Es würde instabil und in seiner Handlungsfähigkeit geschwächt allein, wenn sich der Zusammenhalt der politischen Führungsschicht und insbesondere der Zusammenhalt der Armee und des Geheimdienstes auflöste. Das sowjetische System kann deshalb mit seiner „Wirtschaftskrise“ vermutlich leichter leben als die westlichen Demokratien mit der ihren.

Warnen sollten wir insbesondere auch vor der Illusion, der Westen könne durch allgemeine Handelsverweigerung die Sowjetunion zu Hochrüstung unfähig machen. Die sowjetische Volkswirtschaft besteht de facto aus zwei Wirtschaften: der vergleichsweise effizienten Militärwirtschaft und der zivilen Wirtschaft. Vorrang hat die Militärwirtschaft, und es kann kein Zweifel sein, daß die so-

wjetische Führung ihr immer die Ressourcen zuweisen wird und kann, die sie für notwendig hält. Die Auswirkungen einer Handelseinschränkung würden so gut wie ausschließlich zu Lasten des Lebensstandards der Bevölkerung gehen. Eine weithin fühlbare Wirkung würde auch hierbei nur ein einigermaßen vollständiger Ausfall der Getreidelieferungen aus dem Westen haben.

Im übrigen könnte ein „Handelskrieg des Westens gegen das sowjetische Vaterland“ als psychologische Wirkung durchaus haben, daß sich die Bevölkerung in der Sowjetunion mit der Führung solidarisiert und es dieser damit leichter fiel, Konsumeinschränkungen durchzusetzen.

Wichtiger noch als die ökonomische Argumentation gegenüber den Amerikanern ist die politische.

Die „Anreize“ des Handels und der Kredite für die Sowjetunion sind zwar nicht stark genug, um die Sowjetunion von rüstungspolitischen und außenpolitischen Zielen abbringen zu können – dies war die von manchen gehegte Illusion der 70er Jahre.

Wohl aber kommt dem Handel für das allgemeine Ost-West-Verhältnis große Bedeutung zu: Aufrechterhaltung der westlichen Bereitschaft zu Handel heißt Aufrechterhaltung des Kooperationsangebots, heißt stetige Erinnerung an die großen Möglichkeiten einer wirklich umfassenden und dynamischen Ost-West-Zusammenarbeit, falls die Sowjetunion ihre Machtpolitik ändert und Kurs nimmt auf ein wirkliches friedliches Neben- und Miteinander.

Eine Politik der Handelsverweigerung aus politischen Gründen andererseits müßte die Sowjetunion in eine Autarkiepolitik gegenüber dem Westen zurücktreiben und sie zu stärkerer Hinwendung zu den Schwellenländern der Dritten Welt führen. Sie müßte zugleich das Klima im Ost-West-Verhältnis wesentlich verschlechtern. Es ist schwer vorstellbar, in einer Atmosphäre des „Handelskrieges“ einen erfolgreichen politischen Dialog mit der Sowjetunion und erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen führen zu können.

Mit großer Wahrscheinlichkeit würde das Konfrontationsklima auf die Möglichkeiten der Kontakte der Menschen über die Grenze zwischen Ost und West in Europa und in Deutschland durchschlagen. Wenn die sowjetische Führung auch nicht bereit ist, aus Rücksicht auf den Westhandel etwa auf ihre Expansionsziele in der Dritten Welt zu verzichten, so war sie in der Vergangenheit doch bereit, ihr Interesse am Westhandel durch Erleichterungen im humanitären Bereich zu honorieren.

Der Ost-West-Handel hat so eine allgemeine stabilisierende Wirkung für die Ost-West-Beziehungen und insbesondere auch für die Milderung der Teilung Europas und Deutschlands.

Das Konzept der Bundesregierung ist es, den Ost-West-Handel in seinem derzeitigen begrenzten Umfang, der sich aus ökonomischen Gründen ohnehin in den 80er Jahren kaum wesentlich erweitern wird, fortzuführen und ihn nicht durch politische Maßnahmen künstlich weiter einzuschränken. Die Bundesregierung stimmt andererseits mit den Amerikanern überein, die COCOM-Überwachung zu verstärken und alles Nötige zu tun, um zu verhindern, daß aus dem Westen Technologien transferiert werden, die für die sowjetische Rüstung relevant sind.

Die Bundesregierung stimmt weiter mit der amerikanischen Administration in dem Prinzip überein, daß der Handel mit der Sowjetunion zu Marktbedingungen abgewickelt werden muß und keine Subventionen für die sowjetische Wirtschaft enthalten sollte.

Die Europäer müssen durch beharrlichen Dialog die Amerikaner davon zu überzeugen suchen, daß dieses Konzept für den Handel und die Kreditbeziehungen mit der Sowjetunion nicht nur ökonomisch, sondern ebenso politisch das günstigste ist.

Seitz

Referat 02, Bd. 178494

172

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, z.Z. Versailles

4. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Ihr<sup>2</sup> Gespräch mit dem japanischen Ministerpräsidenten Suzuki am Freitag, 4. Juni 1982, 18.30 bis 19.10 Uhr<sup>3</sup>

Anwesend waren außerdem: AM Sakurauchi, Herr Ikeda, PStS und stellv. Chef des MP-Amtes, Herr Matsunaga, Unterstaatssekretär im AA und persönlicher Beauftragter für den Wirtschaftsgipfel, Herr Kurokawa, Dolmetscher und Europa-Beauftragter; auf deutscher Seite: MD von der Gablentz, MD Heick, MD Pfeffer, MDg Dr. Zeller.

Nach von beiden Seiten sehr herzlichen Begrüßungsworten erkundigten Sie sich nach dem Zustand der japanischen Wirtschaft. Unter allen Gipfelteilnehmern stehe sich Japan am besten; wir stünden an zweiter Stelle.

MP Suzuki räumt ein, daß es Japans Wirtschaft einigermaßen gut gehe. Ihr sei es gelungen, die zweite Ölkrise ohne gravierende Rückschläge zu überstehen. Weniger gut stehe es um den Haushalt. Hier gebe es ein großes Defizit. Auch die Konjunktur sei noch sehr kühl. Auf Ihre Frage bemerkt Suzuki, daß 30% des Haushaltsvolumens durch Anleihen finanziert werden müßten; im übrigen seien die Wirtschaftsindikatoren günstig: 3% Preisanstieg, 2,4–2,5% Arbeits-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, z.Z. Versailles, am 5. Juni 1982 an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher hat Kopie des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Zustimmung erhalten. Mit den Mitarbeitern Suzukis werden wir wegen eines Termins der Japan-Reise noch während des Gipfels Verbindung aufnehmen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Suzuki trafen am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles zusammen. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 180.

losenrate, 4–5 % Zuwachs des BSP. Dem Volk gehe es gut, der Regierung gehe es etwas weniger gut.

Sie warfen ein, daß das zweite von der japanischen Regierung verabschiedete Maßnahmenpaket Ihnen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung erscheine. Sie würden sich auch von diesem achten Wirtschaftsgipfel wie von den sieben vorherigen nicht an einem Versuch beteiligen, Japan handelspolitisch in die Isolierung zu drängen.

MP Suzuki dankt für Ihr Verständnis. Er wolle die von ihm in zwei Stufen ergriffenen Maßnahmen etwas erläutern:

In einer ersten Stufe habe er die in der Tokio-Runde<sup>4</sup> beschlossenen Zollsenkungen um zwei Jahre vorgezogen. Auch seien für alle Importwaren die Einfuhrverfahren vereinfacht und dem internationalen Standard angepaßt worden. Außerdem habe man die Institution eines Handels-Ombudsmanns geschaffen. Jeder Importeur, der in Handelsfragen Beschwerden habe, könne sich an dieses Büro wenden. Die Reaktion aus dem Ausland auf diese Maßnahmen sei gewesen, daß man sie als gut, jedoch als nicht ausreichend bezeichnet habe. Seine Regierung habe daher die Einfuhrzölle erneut drastisch gesenkt und einige auf Null gebracht. Als Beispiele nannte Suzuki u. a. Generatoren, Fernseh- und Rundfunkgeräte, Waschautomaten und Video-Recorder.

Mit diesen Maßnahmen habe Japan das Maximum dessen getan, was es jetzt und in naher Zukunft unternehmen könne.

Zusätzlich habe er sich in einer Erklärung an die japanische Bevölkerung gewandt und ihr gesagt, daß sie ausländische Erzeugnisse, wenn sie so gut seien wie die japanischen, ebenso kaufen sollte wie die einheimischen Erzeugnisse.

Schließlich habe man die Bedingungen für ausländische Investoren denen für einheimische Investoren angeglichen.

Sie bezeichnen dies alles als sehr gut. Sie fügten sodann hinzu, daß wir in den kommenden zwölf Monaten, ebenso wie in den vergangenen sieben Jahren, gemeinsam darauf achten müßten, den vielfältigen Versuchen und Pressionen der Industrie, in manchen Ländern auch der Landwirtschaft, mit dem Ziel stärkerer Abschottung des eigenen Marktes zu widerstehen. Dies sei die Hauptaufgabe und der eigentliche Zweck dieses wie der vorhergehenden Gipfel.

Daneben gebe es viele andere Themen, die aber nicht so wichtig seien wie die gemeinsame Verbindung der Gipfelteilnehmer gegen den Druck aus der eigenen innenpolitischen Szene. Es gehe um den Kampf gegen Protektionismus, insbesondere Handelsprotektionismus, wobei einzelne Problemfälle, auch multilateral, im GATT, in der OECD, gelöst werden müßten.

Sie wiederholten, daß Sie die japanische Politik in ihrem policy mix nicht kritisieren wollten und sich keinesfalls an derartiger Kritik auf dem Gipfel beteiligen wollten. Es sei Ihre Überzeugung, daß Japan sich auf gutem Wege befände, sich in der Weltwirtschaft einzugliedern und hierauf fortfahren werde.

Es gebe zwei andere Ziele auf diesem Weltwirtschaftsgipfel: Im Interesse einer weltweiten Arbeitsteilung seien Sie zurückhaltend gegenüber Versuchen der USA, stärker eine Politik der Handelsrestriktionen zu betreiben. Sie fänden ei-

<sup>4</sup> Zur Tokio-Runde im GATT vgl. Dok. 136, Anm. 7.

ne solche Politik nicht gut. Man habe sie schon anlässlich der Iran-Ereignisse<sup>5</sup> zu verfolgen versucht, danach bei Afghanistan<sup>6</sup>, dann bei Polen<sup>7</sup>, jetzt wiederum in der Falkland-Krise<sup>8</sup>. Sie glaubten, daß Japan dies auch ähnlich sehe. Ein zweites Anliegen sei, daß der US-Präsident<sup>9</sup> und die amerikanische Delegation den Gipfel mit dem klaren Eindruck verlassen müßten, daß eine Politik hoher Haushaltsdefizite, die zu hohen Zinsen führe, schädlich für den Rest der Welt sei. Wir müßten den USA klarmachen, daß sie nicht eine Politik fortsetzen könne, mit der gleichzeitig Steuern gesenkt und Ausgaben erhöht würden. Wenn MP Suzuki ähnlicher Auffassung sei, so sollten wir beide in ähnlicher Weise uns einlassen.

MP Suzuki bemerkt, daß er restlos gleicher Meinung wie Sie sei. Es sei in der Tat die größte Aufgabe des Gipfels, protektionistischen Tendenzen nicht nachzugeben und ein System freien Handels zu gewährleisten.

Dann solle der Gipfel auch nach Mechanismen suchen, um die Wechselkurse stärker zu stabilisieren. Diese Aufgabe könne man Experten übertragen.

Sie warfen ein, daß man gegenüber den USA in diesem Punkte nicht zu vorsichtig operieren sollte.

MP Suzuki erwähnte als zweites wichtiges Thema gemeinsame Überlegungen zur Entwicklung von Forschung und technologischem Wissen, wodurch es zu einer Belebung der Nachfrage und des Marktes kommen könne. Er verwies auf das japanische Beispiel, wo durch die Entwicklung der Elektronik neue Industriezweige ins Leben gerufen worden seien. Weiten Bevölkerungskreisen sei dadurch der Zugang zu Farbfernsehen und der Video-Technik zu vernünftigen Preisen eröffnet worden. Es sei zur Entwicklung neuer Märkte gekommen und auch zu günstigen Auswirkungen auf den Handel mit Staaten der Dritten Welt.

Auch die kulturelle Entwicklung und der Wissensstand der Bevölkerung werden dadurch gefördert. Natürlich müsse hierbei der Privatwirtschaft die Initiative überlassen werden. Aber auch Regierungen hätten dabei eine gewisse Rolle zu spielen, und zwar wenn gewisse Entwicklungen lange Anlaufzeiten hätten oder wenn das Risiko groß sei und wenn es sich um Einsatz großer Beträge handele. Dasselbe gelte bei Transfer in die Dritte Welt.

Sie stimmten grundsätzlich zu. Sie bemerkten sodann, daß sehr häufig Bonn und Tokio ohne langwierige Abstimmungen auf gleicher Wellenlänge lägen und eine weitgehende Übereinstimmung ihrer Positionen bestünde. Sie hätten zahlreiche Freunde in Japan und wollten die dort bestehenden Freundschaften erweitern und vertiefen.

<sup>5</sup> Zu den Sanktionen der USA und der EG-Mitgliedstaaten gegenüber dem Iran vgl. Dok. 9, Anm. 24.

<sup>6</sup> Zu den Sanktionen gegen die UdSSR nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 31, Anm. 47.

<sup>7</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG gegenüber der UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 81.

<sup>8</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>9</sup> Ronald W. Reagan.

Sie erinnerten sich, daß MP Suzuki Sie bei seinem Aufenthalt in Hamburg<sup>10</sup> zu einem Besuch Japans eingeladen habe. Sie regten an zu prüfen, ob es für beide Seiten von Interesse sei, daß Sie im letzten Quartal dieses Jahres Japan besuchten.

Sie machten sodann einige persönliche Bemerkungen zu Fukuda, den Sie gerne wiedersehen würden, auch wenn er zu einer anderen Fraktion als MP Suzuki gehöre. MP Suzuki antwortete, daß es ihm gut gehe. Er gehöre zwar zu einer anderen Fraktion seiner Partei, unterstütze ihn jedoch im Augenblick.

Indem er sich für das Gespräch mit Ihnen bedankte, begrüßte er sehr, daß Sie seine Einladung von Hamburg aufnehmen wollten. Die Mitarbeiter von beiden Seiten sollten sich hierüber verständigen.

[gez.] Zeller

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

173

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler  
an die Botschaft in Tel Aviv**

310-321.11

**Aufgabe: 4. Juni 1982, 18.53 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 117**

Betr.: BM-Besuch in Israel<sup>2</sup>;

hier: Vermerk über das Gespräch mit Peres und Eban am 3.6.1982 in Jerusalem

I. Anlässlich Israel-Besuchs empfing BM Oppositionsführer Peres und den früheren AM Eban zu einem ca. einstündigen Gespräch. Hauptgesprächsgegenstände waren der irakisch-iranische Konflikt<sup>3</sup>, der Friedensprozeß im Nahen Osten, insbesondere die Autonomie-Verhandlungen<sup>4</sup>, die Lage im Libanon und die amerikanische Nahost-Politik. Peres gab anschließend einen Überblick über die Nahost-Politik der Arbeiterpartei im Falle eines Regierungswechsels. Seine

<sup>10</sup> Ministerpräsident Suzuki hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt sowie für das deutsch-japanische Regierungsgespräch am 10. Juni 1981 in Hamburg vgl. AAPD 1981, II, Dok. 163 und Dok. 164.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 4. Juni 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel vgl. ebenfalls Dok. 168 und Dok. 174.

<sup>3</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

<sup>4</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

Lageanalyse und seine Ziele zeichneten sich durch Nüchternheit und Realismus aus.

## II. Im einzelnen:

1) Peres äußerte sich pessimistisch zum Golf-Krieg, der gegenwärtig das größte Problem in der arabischen Welt darstelle. Für Iran stelle sich das doppelte Problem, nämlich Mäßigung im Falle eines Sieges oder Export der islamischen Revolution. Welchen Weg Iran schließlich einschlagen werde, sei nicht zu übersehen. Jedenfalls sei die Gefahr einer Subversion in den arabischen Ländern groß. Trotzdem glaube er nicht an ein islamisches revolutionäres Regime in Irak. Andere Alternativen seien durchaus denkbar. Ägypten und die konservativen arabischen Länder seien äußerst besorgt. Ägypten werde aber wahrscheinlich nicht intervenieren. Er sehe zur Zeit keine Aussicht auf Lösung des Konflikts. Das Endergebnis werde wahrscheinlich eine Umgruppierung in der arabischen Welt sein. Die Allianz Iran–Syrien werde nicht halten. Hingegen sei eine gemeinsame Front Iran, Irak, SAR, Ägypten, Sudan, Jordanien nicht ausgeschlossen. Israel werde sich auf die neue Lage einstellen müssen.

2) Peres streifte sodann kurz die negative Rolle Gaddafis in der arabischen Welt, die volle Aufmerksamkeit verdiene. Er nannte in diesem Zusammenhang die Lage im Sudan labil, dessen wirtschaftliche Schwäche von interessierter Seite ausgenutzt werden könne.

3) Zur amerikanischen NO-Politik merkte Peres kritisch an, daß sie sich zu wenig um das Palästinenser-Problem kümmere. Der Grund sei möglicherweise, daß die USA das Problem letztlich für nicht lösbar hielten. Gegenwärtig konzentrierten sie sich darauf, Israel von einem Eingreifen an der „Nordfront“ (Libanon) abzuhalten. Libanon bleibe eine Quelle großer Sorge, auch wenn die Waffenruhe einen gewissen Fortschritt darstelle.<sup>5</sup>

4) Die USA wollten zwar die Autonomie-Verhandlungen fortsetzen, aber nach seiner Meinung nur halbherzig und zu langsam. Eine ähnliche Kritik müsse sich Ägypten gefallen lassen.

5) Peres umriß nach diesem kurzen Tour d'horizon seine NO-Politik im Falle eines Regierungswechsels:

a) Lösung der Probleme durch Politik und nicht durch Waffen.

b) Keine weiteren Siedlungen in Westjordanland, jedenfalls nicht in dichtbesiedelten arabischen Gebieten, um das demographische<sup>6</sup> Verhältnis zwischen Juden und Arabern nicht zu zerstören. Daher auch:

c) Keine weiteren Annexionen.

d) In einer besseren Atmosphäre bezeichnete er die Autonomieprobleme als lösbar, ohne allerdings Begeisterung für dieses Konzept zu zeigen.

<sup>5</sup> Am 24. Juli 1981 gab Ministerpräsident Begin bekannt, daß die israelische Regierung einer befristeten Feuereinstellung im Kampf gegen palästinensische Formationen im Libanon zugestimmt habe. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 219.

Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „demokratische“.

e) Einbeziehung Jordaniens in den Friedensprozeß. Auf die bekannte „jordani-sche Option“<sup>7</sup> ging Peres nicht näher ein. Es war nicht zu erkennen, ob er es noch für aktuell hält.

f) Förderung der Annäherung Jordaniens und Saudi-Arabiens an Ägypten. Jordanien sei wegen der Entwicklung im Golf-Konflikt und einer möglichen Allianz zwischen Iran, Syrien und Irak (im Falle eines Umsturzes) sehr besorgt. Die drohende Isolierung könne Hussein Rückendeckung in Kairo suchen lassen. Auch die Saudis brauchten die Ägypter. Nachteilig wirke sich aus, daß die „gemäßigten“ keine gemeinsame Strategie hätten.

g) Eban empfahl einen Dialog zwischen Palästinensern, Jordanien und Israel. Die Europäer hätten sich zu sehr auf die Problemstellung Israel–PLO konzentriert. Dies stelle eine Blickverengung dar.

h) Peres richtete an die Europäer die Aufforderung, nicht „sentimental“ auf die PLO zu setzen, die in Europa überbewertet werde, im NO aber an Bedeutung verloren habe. Sie sei seit der Waffenruhe an der israelisch-libanesischen Grenze „frustriert“, da sie sich selbst die Hände gebunden habe.

i) Keine Parteinahme für Khomeini im Golf-Krieg.

III. BM gab einen kurzen Überblick über unsere NO-Politik. Wir seien an einer positiven Entwicklung der ägyptisch-israelischen Beziehungen interessiert. Das Verhältnis Ägyptens zu einigen anderen arabischen Ländern müsse verbessert werden. Der Weg Israels zu den arabischen Ländern führe über Ägypten. Dies gelte sowohl für Jordanien als auch für SAR. Der Golf-Krieg erfülle uns mit tiefer Besorgnis. Wenn es Iran gelänge, im Irak ein fundamentalistisches Regime zu errichten, sehe er eine solche Entwicklung als schlechtes Beispiel für andere arabische Staaten an. Europa, Israel und die gemäßigten arabischen Staaten müßten einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Iran und Irak herbeiführen. Mubaraks Stellung müsse stabilisiert werden. BM kündigte im Juli einen Besuch in SAR, Jordanien und Ägypten an.<sup>8</sup>

Hinsichtlich der europäischen NO-Position rechne er in nächster Zeit nicht mit einer sensationellen Entwicklung. Wir wollten uns auf Vertrauensbildung zwischen Israel und Ägypten konzentrieren und zu einer Wiederannäherung Ägypten–gemäßigte arabische Staaten beitragen. Wir orientierten uns an realistischen Zielen und hätten keine großen Pläne.

Auf Frage BM, ob Peres bald nach Europa kommen werde, kündigte dieser einen Besuch voraussichtlich im November an.<sup>9</sup> BM sprach Hoffnung aus, ihn zu sehen.

Gesprächsvermerk ist von BM noch nicht genehmigt.

Fiedler<sup>10</sup>

**Referat 310, Bd. 135708**

<sup>7</sup> Vgl. dazu die These vom „Palästinenserstaat Jordanien“; Dok. 168, Anm. 22.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 12./13. Juli 1982 in Jordanien und am 14./15. Juli 1982 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 208, Dok. 210 und Dok. 214.

<sup>9</sup> Der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei, Peres, nahm an der Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale vom 2. bis 4. November 1982 in Genf teil.

<sup>10</sup> Paraph.

## 174

**Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 462

Aufgabe: 4. Juni 1982, 16.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 4. Juni 1982, 17.18 Uhr

Betr.: Besuch BM in Israel (2. bis 4. Juni)<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit PM Begin am 3.6.

Israelischerseits nahmen noch Generaldirektor Shmülewitz, Pressesprecher Porath, Meroz, IAM/UAL<sup>3</sup> Suffot und Dr. Hecht, deutscherseits D3<sup>4</sup>, RL 310<sup>5</sup>, RL 010<sup>6</sup>, Frau Siebourg und der Unterzeichnete teil. BM sprach deutsch, was ins Englische übersetzt wurde, Begin englisch. Die Unterredung dauerte 80 Minuten und fand in freundlicher Atmosphäre statt.

Begin eröffnete das Zusammentreffen, indem er die Hoffnung aussprach, BM komme mit einer Botschaft Europas, die dem Friedensprozeß im NO förderlich sei.

BM übermittelte die Empfehlungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, wofür sich Begin bedankte. Seinem Besuch messe er erhebliche Bedeutung für die Beziehungen unserer Länder bei, die wir stets in ihrer historischen Dimension gesehen hätten und weiterhin sehen würden. Er werde im ersten Halbjahr 1983 auch als EG-Ratsvorsitzender<sup>7</sup> erneut nach Israel kommen. Der mit AM Shamir vereinbarte Gegenbesuch in Bonn<sup>8</sup> im vierten Quartal 1982 werde nicht nur der Erörterung bilateraler Fragen und einer Sitzung der deutsch-israelischen Wirtschaftskommission<sup>9</sup>, sondern auch der Vorbereitung auf die deutsche EG-Präsidentschaft dienen.

BM würdigte Opfer und Belastungen der Sinai-Räumung<sup>10</sup>, von welcher eine Verbesserung des Verhältnisses zu Kairo mit einer Ausstrahlung auf die gesamte Region ausgehen werde. Wir seien sehr an der Einschätzung des israelisch-ägyptischen Verhältnisses interessiert. In der Implementierung des Friedensvertrages<sup>11</sup> sähen wir den Beginn einer Phase der Stabilisierung und Vertrau-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl am 7. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher in Israel vgl. ebenfalls Dok. 168 und Dok. 173.

<sup>3</sup> Israelisches Außenministerium/Unterabteilungsleiter.

<sup>4</sup> Walter Gorenflos.

<sup>5</sup> Heinz Fiedler.

<sup>6</sup> Gerold Edler von Braunnühl.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 6. bis 9. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>9</sup> Zur deutsch-israelischen Wirtschaftskommission vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>10</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>11</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

ensbildung im NO. BM sprach die von AM Shamir zur Erörterung gestellten trilateralen ägyptisch-israelisch-europäischen Projekte<sup>12</sup> an, die er bei der Gemeinschaft unterstützen wolle. Ihnen könnten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Relevanz und Symbolwert zukommen.

Er habe gespürt, wie stark Israelis Frage beschäftige, wohin sich ägyptische Politik entwickle und ob das in Kairo gesetzte Vertrauen gerechtfertigt sei. Israel besitze zwar das bessere Urteil, und Ratschläge stünden ihm nicht zu, doch wolle er mit seiner Auffassung nicht zurückhalten: Verträge dürften nicht verkümmern. Sie erhielten ihren Wert dadurch, daß sie mit Leben gefüllt würden. Er meine, daß Mubarak, den er gut kenne, hierzu bereit sei. Der Ausbau der Beziehungen Kairos zu den gemäßigten arabischen Ländern liege im israelischen ebenso wie im europäischen Interesse. Ein isoliertes Ägypten sei weniger handlungsfähig. Wir böten unsere Hilfe an.

BM kam dann auf den Libanon zu sprechen. Was könne geschehen, um die staatlichen Organe des Landes in die Lage zu versetzen, dort wieder ihr Gewicht zur Geltung zu bringen?

Begin erläuterte in einem längeren Exposé mit Hilfe von Landkarten, was seine Regierung mit der Räumung des Sinai, der doppelt so groß sei wie „Israel bis zum Jordan“, für den Frieden getan habe:

- Wirtschaftlich könne Israel mit dem Öl von Abu Rodeis heute 50 bis 60 Prozent seines Einfuhrbedarfs, was etwa 1,2 Mrd. Dollar ausmache, decken. Der Verlust der Ölquellen spiele für die israelische Inflation eine wesentliche Rolle.
- Sicherheitspolitisch habe man die Kontrolle der Straße von Tiran sowie zwei hochmoderne Flugplätze eingebüßt.
- Die Umsiedlung von israelischen Bürgern, die man unter drei Regierungen ermutigt habe, im Sinai zu siedeln, und die die Wüste in blühende Felder verwandelt hätten, sei eine traumatische Erfahrung. Sadat habe insistiert, obwohl er eingeräumt habe, man würde ihn im umgekehrten Fall steinigen. So habe er, Begin, nach Zustimmung der Knesset blutenden Herzens eingewilligt.

Der Ministerpräsident schilderte dann die Schwierigkeiten, die sich ägyptischerseits unmittelbar vor der Räumung ergeben hätten durch

- die Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen,
- den PLO-Waffenschmuggel (in einem Fall 500 Handgranaten). Er vermerkte, daß Jordanien einen derartigen Schmuggel korrekterweise unterbinde.
- Die Rede Meguids in Kuwait, die Implementierung des von ihm angeregten Elf-Punkte-Plans werde zur Zerstörung Israels führen.<sup>13</sup>

Er habe die Rückgängigmachung dieser<sup>14</sup> gefordert und widrigenfalls eine Verschiebung der Räumung um zunächst einen Monat angekündigt. Ägypten habe dann die Schwierigkeiten voll behoben. Von den zwei einschlägigen Briefen Mubarakas sei der erste noch unbefriedigend gewesen, da er nur den Waffenschmug-

<sup>12</sup> Zur Frage von trilateralen Entwicklungshilfeprojekten vgl. Dok. 168, Anm. 15.

<sup>13</sup> Der ägyptische VN-Botschafter Abdel Meguid erläuterte bei der Konferenz des Koordinierungsbüros der Bewegung blockfreier Staaten vom 6. bis 8. April 1982 in Kuwait Konzepte zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1982, Z 96.

<sup>14</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

gel angesprochen habe. Durch den zweiten sei Israel dann voll zufriedengestellt worden.

Aber auch innenpolitische Hindernisse seien zu überwinden gewesen, die Begin im einzelnen schilderte (Selbstmorddrohungen usw.).

Trotz allem habe er nach dem Grundsatz „pacta sunt servanda“ gehandelt. Es bleibe abzuwarten, ob die Opfer gerechtfertigt gewesen seien. Habe man von Ägypten nur ein Stück Papier bekommen, das nach dem Ausspruch von Bethmann Hollweg<sup>15</sup> nur einen Fetzen darstelle? In dem Brief Mubaraks, der ihm gestern von AM Ali übergeben worden sei<sup>16</sup>, heiße es: „peace for ever“, was ihn sehr ermutigt habe.

<sup>17</sup>Begin kam dann auf die Autonomieverhandlungen zu sprechen und übergab das – uns bekannte – Papier vom Januar.<sup>18</sup> Die „volle Autonomie“, die man Judaea, Samaria und Gaza zugestehen wolle, und die – natürlich von der Außenpolitik abgesehen – nur Sicherheitsfragen ausnehme, gehe, wie er dies Cheysson<sup>19</sup>, Colombo<sup>20</sup> und Tindemans<sup>21</sup> erläutert habe, erheblich weiter als etwa die Korsika<sup>22</sup> und Südtirol<sup>23</sup> gewährte oder in Belgien für die Flamen und Wallonen<sup>24</sup> praktizierte.

Das „Mouvement de libération du peuple corse“ habe im übrigen ja nicht die Auslöschung Frankreichs zum Ziel.

Der Ministerpräsident sprach die Erklärung von Venedig<sup>25</sup> an, die für Israel wegen der Postulate des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und der Beteiligung der PLO nicht akzeptabel sei, und deren Revision er fordern müsse.

<sup>15</sup> Am 4. August 1914 fragte Reichkanzler Bethmann Hollweg den britischen Botschafter Goschen, ob Großbritannien „bloß wegen eines Fetzen Papiers“, d. h. wegen der britischen Neutralitätsgarantien für Belgien, Krieg gegen Deutschland führen wolle. Vgl. das Fernschreiben Goschens vom 6. August 1914; QUELLEN ZUR ENTSTEHUNG DES ERSTEN WELTKRIEGES. Internationale Dokumente 1901–1914, hrsg. von Erwin Hölzle, Darmstadt 1978, S. 490.

<sup>16</sup> Der ägyptische Außenminister Ali hielt sich am 2. Juni 1982 in Israel auf.

<sup>17</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 463 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

Am 24. März 1982 erläuterte Botschafter Hansen, Tel Aviv, die Vorstellungen des Ministerpräsidenten Begin über eine Autonomieregelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen: „Diese Lösungsmöglichkeit ist Begins persönliche Idee. Er hat die Grundzüge der bis heute gültigen israelischen Konzeption (26-Punkte-Plan vom 28.12.1977) dazu selbst entwickelt, dem israelischen Kabinett hierfür pauschale Zustimmung abverlangt und sie in die Vereinbarungen von Camp David eingebracht. [...] Die Autonomie soll daher nur für die Bewohner (mit Ausnahme derjenigen Ost-Jerusalems) gelten. Die Kompetenzen für Außenpolitik und Sicherheit sollen bei Israel verbleiben, der Wirtschaftsverbund und die Siedlungsmöglichkeiten aufrechterhalten werden. Die autonome Regelung ihrer internen Angelegenheiten sollte den Palästinensern und dem von ihnen zu wählenden Verwaltungsrat (ohne legislative Befugnisse) überlassen werden [...]. Wie ein Vergleich des 26-Punkte-Plans vom 28.12.1977 und dem auf Weisung Begins am 31.1.1982 veröffentlichten Positionspapier dazu zeigt, ist die israelische Konzessionsbereitschaft in einigen nicht unwesentlichen Details eher rückläufig.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 335; Referat 310, Bd. 135706.

<sup>19</sup> Der französische Außenminister Cheysson begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch vom 3. bis 5. März 1982 in Israel.

<sup>20</sup> Der italienische Außenminister Colombo besuchte vom 13. bis 15. Mai 1982 Israel.

<sup>21</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 30. Mai bis 1. Juni 1982 in Israel auf.

<sup>22</sup> Zum Autonomiestatut für Korsika vgl. Dok. 109, Anm. 12.

<sup>23</sup> Zur Selbstverwaltung der italienischen Provinzen Bozen und Trient vgl. Dok. 109, Anm. 13.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die zweite belgische Staats- und Verfassungsreform; Dok. 109, Anm. 14.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

Das Selbstbestimmungsrecht führe notwendigerweise zu einem palästinensischen Staat, was auch Carrington<sup>26</sup> ihm gegenüber eingeräumt habe. Er habe Verständnis dafür, daß wir Deutschen als geteiltes Land für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der DDR plädieren. Bei den Palästinensern sei dies jedoch eine ganz andere Sache. Es gebe bereits 22 arabische Staaten. Ein palästinensischer Staat, der von den Israelis mit Ausnahme der Kommunisten einhellig abgelehnt werde, stelle eine tödliche Gefahr für Israel dar. 2,8 Mio. Israelis im Küstenstreifen könnten von einem solchen Staat aus durch die Katyuschas und die Artillerie, welche die PLO besitze und die eine Reichweite bis zu 48 km hätten, erreicht werden. In diesem Zusammenhang wolle er auch auf die aktuelle Gefährdung der Nordisraelis hinweisen. Alles in allem besäßen die Israel befehrenden Länder 11430 Tanks, 9100 Geschütze und Tausende von Kampfflugzeugen. Teilweise seien es von der SU zur Verfügung gestellte Waffen.

Er verstehe nicht, wie man „die Idee“ (s. CM<sup>27</sup> eines palästinensischen Staates) propagieren könne, besonders nicht deutscherseits nach dem Holocaust, in dem ein Drittel des jüdischen Volkes getötet worden sei, u. a. auch seine Eltern und sein Bruder. Wie könne das gerechtfertigt werden? Die Europäer seien besser beraten, auf CD<sup>28</sup> zu setzen.

Er habe den Eindruck, daß Venedig zunehmend als überholt angesehen werde, so jedenfalls Cheysson (dessen Erklärungen allerdings häufig Interpretationen erforderlich machten, die dann ihrerseits wieder interpretiert werden müßten) und Tindemans. Die Erklärung von Venedig müsse revidiert („revised“) werden, und er appellierte auch an uns, dabei mitzuwirken. Für die Autonomie benötige man Zeit, vielleicht Jahre, aber in den Gebieten gebe es bereits Gruppen, die dazu bereit seien. „Dixi et salvavi animam meam“.<sup>29</sup>

BM antwortete, er habe Begin bereits bei ihrer letzten Begegnung<sup>30</sup> gesagt, daß die Rechte der einen Seite mit denen der anderen in Einklang gebracht werden müßten. Es sei nicht Sache der Europäer, insoweit entscheiden zu wollen. Die geographische Lage und – mittelfristig – die Bevölkerungszahlen könnten nicht verändert werden, wohl jedoch das Kräfteverhältnis, z. B. auf dem Wege über entmilitarisierte Zonen (wie auf dem Sinai geschehen). Wir seien mit Sicherheitsproblemen in Mitteleuropa wohlvertraut, wo sie sogar eine nukleare Dimension besäßen. Seit ihrem letzten Gespräch habe sich einiges geändert. Die Sinai-Räumung stelle eine wichtige Phase der Vertrauensbildung dar.

Begin erwiderte, er müsse nochmals wiederholen, daß die Selbstbestimmung der Palästinenser zu einem Staat führen werde. Den Ausdruck dürfe man nicht benutzen. Auch Sadat sei dieser Meinung gewesen, und in CD sei bewußt nicht die Rede davon. Was die Entmilitarisierung des Sinai anbelange, so gebe es einen entscheidenden Unterschied zwischen einer Wüste und dichtbesiedelten Gebieten wie der Westbank, wo in jeder Scheune ein Panzer versteckt werden könne.

<sup>26</sup> Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 31. März bis 1. April 1982 in Israel auf.

<sup>27</sup> So in der Vorlage.

<sup>28</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>29</sup> Vgl. dazu BIBLIA SACRA VULGATA, Liber Hiezechiel 3,19.

<sup>30</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1978 in Israel auf. Vgl. dazu sein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Dayan am 29. Juni 1978; AAPD 1978, I, Dok. 205.

BM wiederholte, daß wir nichts vorschreiben wollten. Er präzierte, daß das Selbstbestimmungsrecht nur im Rahmen einer umfassenden Lösung ausgeübt werden solle, der alle, auch Israel, zuzustimmen hätten. Wir würden nichts vorschlagen, was Israel nicht passe.

Abschließend wolle er betonen: Die Haltung der BR Deutschland zu Israel sei eindeutig. Sie werde von allen im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien geteilt. BK und er selbst hätten sich seit jeher in Wort und Tat um die deutsch-israelische Verständigung im Bewußtsein unserer historischen Verantwortung bemüht. Regierungen könnten wechseln. Eines stehe jedoch fest: Die Einstellung Israel gegenüber werde die gleiche bleiben, sie sei unwiderruflich.

Begin bemerkte zum Schluß, er sei bereits vor vielen Jahren von den „weisen und klugen“ Antworten des Ministers in der Beratenden Versammlung des Europarats, an der er als Beobachter teilgenommen habe, beeindruckt gewesen. Er werde sich stets für Frieden und Sicherheit einsetzen.

Dieser DB hat BM nicht vorgelegen. Anheimstelle Verteilung an ChefBK<sup>31</sup>, Beirut, Damaskus, Amman, Kairo, Washington, New York UNO, London Diplo, Rom Diplo, Brüssel Diplo, Brüssel Euro, Moskau nach Genehmigung.

[gez.] Hansen

**Referat 010, Bd. 178864**

## 175

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Versailles

VS-vertraulich

5. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 5. Juni 1982 im Grand Trianon, Versailles, von 18.45 bis 19.35 Uhr<sup>2</sup>

In einleitenden Bemerkungen waren sich Bundeskanzler und Premierminister einig, daß man nach Möglichkeit versuchen sollte, einem immer weiteren Wachs-

<sup>31</sup> Gerhard Konow.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. Juni 1982 gefertigt, der „den vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk“ am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „vorab zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelte.

Hat Braunmühl am 16. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und auf Seite 7 der Aufzeichnung hinwies. Vgl. dazu Anm. 25 und 30.

Hat Genscher am 17. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt und Premierministerin Thatcher trafen am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles zusammen. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 180.

tum der Weltwirtschaftstreffen (Teilnehmerzahl, Vorbereitung, äußerer Rahmen) entgegenzuwirken.

*Thatcher* erläuterte auf Frage des Bundeskanzlers, daß sie nach der Einnahme von Port Stanley eine Entwicklung in Richtung auf einen Waffenstillstand erwartet.<sup>3</sup> Für die Verhandlungen mit den Argentinern wird Großbritannien neben South Georgia und Port Stanley auch die zahlreichen argentinischen Gefangenen in der Hand halten.

*Bundeskanzler* betont unter Hinweis auf die gestrigen Ausführungen von Mitterrand, daß die Solidarität der westlichen Partner Großbritanniens in Gefahr gerate, wenn es nach der Einnahme von Port Stanley nicht zu einer Entwicklung in Richtung auf eine friedliche Lösung des Konflikts kommt.

*Thatcher* erläutert ihre Vorstellung von einem Wiederaufbauplan für die Falkland-Inseln. Sie bestätigt, daß die Einnahme von Port Stanley auch von ihr als die entscheidende Wende im Falkland-Konflikt betrachtet wird. Die Einnahme von Port Stanley wird von der öffentlichen Meinung in Großbritannien erwartet.

*Bundeskanzler* fürchtet, daß Großbritannien in seinem Streben nach einem Waffenstillstand mit Argentinien in eine Demandeur-Position geraten könne. Argentinien wird versucht sein, den Briten einen Waffenstillstand zu verweigern. Wenn die Briten in einer solchen Lage ihre westlichen Partner unter Hinweis auf ihre Solidarität zur Aufrechterhaltung des Importembargos<sup>4</sup> drängen, könnte die westliche Solidarität in Gefahr geraten, wahrscheinlich die von Frankreich und Deutschland erst an letzter Stelle.

*Thatcher* erläutert auf Frage des Bundeskanzlers die militärische Lage und das Klima auf den Falkland-Inseln. Sie erwartet den Beginn der eigentlichen Schlacht um Port Stanley noch nicht in den nächsten drei bis vier Tagen. Die Argentinier haben inzwischen Spezial-Truppen eingesetzt. Sie können allerdings die Truppen in Port Stanley nur nachts und nur mit kleinen Flugzeugen und Schiffen erreichen.

Sie betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß sie von einer peronistischen Regierung in Argentinien eine enge Verbindung mit Kuba erwartet und sogar eine gewisse Rückkehr zum Terrorismus. Die gegenwärtige Junta ist wahrscheinlich etwas weniger schlecht als ein peronistisches Regime.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert sie den Gang der gestrigen Abstimmung im Sicherheitsrat.<sup>5</sup> Den Wandel der amerikanischen Haltung vom Veto zur Ent-

<sup>3</sup> Botschafter Ruhfus, London, teilte am 1. Juni 1982 mit, Staatssekretär von Staden und dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Gutmann, sei im britischen Außenministerium am selben Tag zur militärischen Lage auf den Falkland-Inseln dargelegt worden: „Derzeit seien die britischen Truppen bis auf zwölf Meilen auf Port Stanley vorgerückt. Task Force bombardiere argentinische Stellungen um Port Stanley und den Airstrip, nicht dagegen die Stadt selbst. [...] Argentinische Truppen in Port Stanley seien eine eindrucksvolle Streitkraft, allerdings hätten sie unter unzureichender Verpflegung und der Kälte gelitten. [...] Nach den Verlusten an Menschen und Schiffen sei britische Öffentlichkeit nicht mehr bereit, einer Lösung zuzustimmen, die im Ergebnis die Übertragung der Souveränität über die Falklands an Argentinien beinhalte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>5</sup> Am 4. Juni 1982 berichtete Botschafter van Well, New York (VN), über die Verhandlungen im VN-Sicherheitsrat zum Falkland-Krieg: „Der von Panama und Spanien eingebrachte SR-Resolutionsentwurf zur Falkland-Krise scheiterte am 4.6. an den Veto-Stimmen GBs und der USA. [...] In einer Abstimmungserklärung kurz nach der Abstimmung erklärte die amerikanische VN-Vertreterin

haltung erklärt sie sich damit, daß man offensichtlich die Weisung Haigs erst nach dem Abendessen in Versailles hat bekommen können. Sie bedauert, daß sie die japanische Zustimmung nicht hat voraussehen können. Sie hätte sonst Suzuki hier in Versailles angesprochen. Unter den westlichen Partnern verhält sich Norwegen besonders solidarisch, offensichtlich weil es in Spitzbergen<sup>6</sup> ähnliche Probleme haben könnte. Sie bestätigt, daß die Briten keinen Streit mit Argentinien als solchem haben und sich beschränken werden auf die Wiederinbesitznahme der Falkland-Inseln.

*Bundeskanzler* weist auf die großen materiellen und politischen Kosten hin, wenn die Feindseligkeiten andauern. Er erwähnt die Briefe, die er von lateinamerikanischen Staatsmännern erhalten hat. Der größte Schaden aber entsteht für die Position der USA in Lateinamerika. Daher scheint sich auch eine ernste Auseinandersetzung innerhalb der amerikanischen Administration in dieser Frage anzubahnen.

Er erwähnt die erheblichen Aufträge für Kriegsschiffe, die die Argentinier bei uns laufen haben.<sup>7</sup>

*Thatcher*: Auch in Großbritannien gibt es eine ähnliche Lage. Sie meint, daß es den Argentinern schwerfallen werde, große Hilfe von den lateinamerikanischen Ländern zu erhalten, da Argentinien wenig Freunde auf dem Kontinent habe.

#### Wirtschaftsfragen

Thatcher bezweifelt, daß es Reagan gelingen wird, die Haushaltsprobleme in einer Weise zu lösen, daß es zu einer Reduzierung des Haushaltsdefizits kommt, die zu einer Senkung der Zinssätze führen könnte.<sup>8</sup> Sie erläutert die Finanzie-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 914*

Kirkpatrick, sie sei von ihrer Regierung instruiert worden zu sagen, daß die USA ihre Stimme von Nein zu Enthaltung ändern würden, wenn dies nach den Vorschriften des Rates möglich wäre. [...] Die Bekanntgabe der amerikanischen Weisungslage ändert zwar nichts mehr an der Tatsache, daß zwei Veto-Stimmen abgegeben wurden, in der Substanz wurde GB aber dadurch in letzter Minute völlig isoliert.“ Von amerikanischer Seite sei dazu zu erfahren gewesen: „Änderung der Weisungslage beruhe auf persönlicher telefonischer Intervention von AM Haig aus Paris, die aber für die Abstimmung zu spät gekommen sei. Die amerikanische VN-Delegation sei über den Vorfall verwirrt und habe bisher keine Erklärung für die Haigsche Entscheidung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; Referat 330, Bd. 136669.

<sup>6</sup> Zur Lage auf Spitzbergen hielt Referat 204 am 3. Juli 1979 fest: „Die im Spitzbergen-Vertrag von 1920 niedergelegten Rechte werden außer von Norwegen praktisch nur durch die Sowjetunion wahrgenommen. Die übrigen Traktat-Staaten sind aus vorwiegend ökonomischen Gründen im Spitzbergen-Gebiet nicht dauernd präsent (Ausnahme: Fischfang; gelegentliche Forschungsvorhaben). Diese Enthaltensamkeit sowie die Tatsache, daß auch Norwegens Aktivitäten sich aus Kostengründen in Grenzen halten, hat dazu geführt, daß die Sowjetunion heute auf Spitzbergen eine dominierende Stellung innehat, die sie schrittweise ausbaut. Ihr Ziel ist offenbar, mit Norwegen zu einem De-facto-Kondominium über die strategisch bedeutsame Inselgruppe zu gelangen [...]. Seit einiger Zeit bemüht sich Norwegen, seine im Spitzbergen-Vertrag verankerten Hoheitsrechte stärker zur Geltung zu bringen. Bei der Durchsetzung trifft Norwegen indes auf Schwierigkeiten: teilweise Ungenauigkeit des Spitzbergen-Vertrages; technologische Entwicklung (mögliche Exploration des Spitzbergen-Sockels), die von den Regeln des Vertrages nicht erfaßt wird; Etablierung eines sowjetischen ‚Gewohnheitsrechts‘ aufgrund langer stillschweigender Hinnahme durch Norwegen; teilweise eigenwillige Interpretation des Vertrages durch Norwegen selbst.“ Vgl. Referat 204, Bd. 115983.

<sup>7</sup> Zu den Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik nach Argentinien vgl. Dok. 224.

<sup>8</sup> Zur Zinsentwicklung in den USA vgl. Dok. 84, Anm. 25.

Am 28. Mai 1982 berichtete Botschafter Hermes, Washington, über die wirtschaftliche Entwicklung in den USA: „Die Wirtschaftspolitik Präsident Reagans hat die Wirtschaftsentwicklung der USA bisher nicht im gewünschten Maße stimulieren können. Vielmehr ist die durch Strukturprobleme (Investitionsrückstände, Marktanpassungsprobleme, regionale Ungleichgewichte und zu geringe Produktivitätsfortschritte) ohnehin belastete Wirtschaft infolge einer widersprüchlichen Fiskalpolitik

rungsmethode des Haushaltsdefizits in den USA – Auktion von Regierungsanleihen –, die zu einer Erhöhung des Zinssatzes noch beiträgt.

*Bundeskanzler* erwartet nicht, daß sich das Problem des hohen Zinssatzes bald lösen wird. Im Gegensatz zu unserer Sparrate in Höhe von etwa 13 bis 14% beträgt die amerikanische nur 5%. Die Amerikaner können sich schon deshalb keine hohen Budgetdefizite leisten.

Er stimmt PM Thatcher zu, daß es sich bei der amerikanischen Wirtschaftspolitik um Keynesianismus handelt, nur dünn verhüllt durch das Konzept der „supply economics“. Er bedauert, daß es nicht zu dem bei den letzten deutsch-britischen Konsultationen<sup>9</sup> verabredeten Gespräch über Wirtschaftsfragen zwischen PM Thatcher und Präsident Reagan gekommen ist.

*Thatcher* hat statt dessen mit George Shultz gesprochen. Sie stimmt dem Bundeskanzler zu, daß Shultz den Eindruck erwecke, als habe er selbst Zweifel am wirtschaftspolitischen Kurs, ohne dies allerdings deutlich zu sagen. Reagan wird sich nach ihrem Eindruck nicht auf wesentliche Reduzierungen des Verteidigungsbudgets einlassen.

Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß es immer schwieriger werde, die bereits bestellten Waffensysteme zu bezahlen, und auf seine anschließende Frage nach der Rolle der Exocet meint sie, daß es Möglichkeiten gibt, die Exocet-Raketen elektronisch von ihren Zielen abzuleiten (deflect). Von fünf abgeschossenen Raketen haben nur zwei ihr Ziel erreicht.<sup>10</sup>

Sie äußert Verständnis für die Sorge des Bundeskanzlers über die Gefährdung der QE II.<sup>11</sup> Sie würde daher stets außerhalb des Einwirkungsbereichs argentinischer Flugzeuge gehalten.

Allianz-Gipfel Bonn<sup>12</sup>

*Bundeskanzler* erläutert auf Frage, daß er sich nicht um dieses Treffen bemüht hat. Er hat lediglich die Amerikaner wissen lassen, daß ein Treffen in Bonn angemessen wäre, wenn Reagan aus anderen Gründen die großen westeuropäischen Hauptstädte besuchte<sup>13</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 915*

(Erhöhung der Verteidigungsausgaben, Erhaltung des sozialen Netzes bei gleichzeitigen Steuerenkungen) und durch das Unvermögen, die Budgetdefizite unter Kontrolle zu bringen, in zusätzliche Schwierigkeiten geraten. Das für Investitionen notwendige Vertrauen in die konsequente wirtschaftspolitische Linie ist gestört, die Furcht vor einer erneuten Inflationswelle besteht nach wie vor, obwohl die Inflationsrate stark gefallen [...] und der Realzins bei auf hohem Niveau stagnierenden Marktzinsen (Prime Rate 16 bis 16,5 v. H.) einmalig hoch ist. Die Steigerung der Arbeitslosenrate auf 9,4 Prozent im April 1982 (Tendenz gegen 10 v. H.) entspricht dem Konjunkturverlauf und bringt zunehmende Härten besonders für die sozial schwächsten Schichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2423; Referat 420, Bd. 130014.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 90–92.

<sup>10</sup> Am 11. Juni 1982 resümierte Kapitän zur See Dingeldein, London, Informationen zu den Schiffsverlusten der britischen Marine durch die von den argentinischen Luftstreitkräften im Falkland-Krieg eingesetzten Seeziel-Flugkörper des französischen Typs „Exocet“. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1046; VS-Bd. 13589 (330); B 150, Aktenkopien 1982.

Vgl. dazu die Versenkung des britischen Zerstörers „Sheffield“; Dok. 135, Anm. 9.

<sup>11</sup> Zum Kriegseinsatz des britischen Kreuzfahrtschiffes „Queen Elizabeth II“ vgl. Dok. 143, Anm. 64.

<sup>12</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>13</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

Er ist sicher, daß die Allianz-Partner ihre Solidarität mit Großbritannien auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolution 502<sup>14</sup> zeigen werden. Es könnte allerdings dabei gewisse Schwierigkeiten mit den Spaniern geben.

*Thatcher* betont, daß am 25. Juni die spanisch-britischen Gespräche über Gibraltar<sup>15</sup> beginnen sollen. Die Falkland-Inseln sind von der Bevölkerung her sicherlich noch weit britischer als Gibraltar, das den Briten im Vertrag von Utrecht<sup>16</sup> zugesprochen wurde. Sie meint auf Frage des Bundeskanzlers, ob ein Kondominium für Gibraltar möglich sei, daß Kondominien im allgemeinen sehr schwer zu verwalten sind. Das Problem ist, daß die Bevölkerung von Gibraltar britisch bleiben möchte. Sie würde sich, so betont sie auf Frage des Bundeskanzlers, auch zweifellos in einem Referendum gegen den Anschluß an Spanien aussprechen. Sie sagt daher stets den Spaniern, daß der einzige Ausweg darin besteht, daß es den Spaniern gelingt, die Bevölkerung Gibaltars auf ihre Seite zu ziehen.

*Bundeskanzler* zeigt sich sehr beeindruckt von der neuen jüngeren Generation spanischer politischer Führer, wie dem König<sup>17</sup>, aber auch Suárez und Felipe González. Calvo-Sotelo erscheint ihm als ein sehr zuverlässiger und vorsichtiger Politiker. Der König und die Demokraten in Spanien brauchen einen politischen Erfolg, wenn sie sich auf Dauer durchsetzen sollen. Daher ist ihre Aufnahme in die EG unvermeidlich<sup>18</sup>, auch wenn sie für die Spanier mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

*Thatcher* weist darauf hin, daß die Portugiesen dringend Hilfe brauchen, wenn sich die Demokratie dort halten soll.

*Bundeskanzler* berichtet, daß er erst kürzlich mit den Premierministern sowohl Spaniens<sup>19</sup> wie Portugals<sup>20</sup> gesprochen hat. Er weist darauf hin, daß der spanische NATO-Beitritt dem langjährigen NATO-Mitglied Portugal schwere Probleme bringt.<sup>21</sup> Portugal wird es nicht zulassen, daß es selbst oder portugiesische Inseln unter spanischen Oberbefehl kommen. Er hat daher den Spaniern vorgeschlagen, in den Kommandostrukturen der NATO sich in den Mittelmeerbereich einzuordnen.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>15</sup> Zur Gibraltar-Frage vgl. Dok. 27, Anm. 17.

<sup>16</sup> Artikel X des am 13. Juli 1713 in Utrecht zwischen Großbritannien und Spanien geschlossenen Friedensvertrags bestimmte: „Stadt, Hafen und Festung von Gibraltar werden für ewige Zeiten an die Krone Großbritanniens überlassen, doch ohne Territorialjurisdiction und ohne offene Communication mit der umliegenden Gegend“. Für den Wortlaut des Artikels vgl. DIPLOMATISCHES HANDBUCH, Sammlung der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congressacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphaelischen Frieden bis auf die neueste Zeit mit kurzen geschichtlichen Einleitungen, I. Teil, hrsg. von F. W. Ghillany, Nördlingen 1855, S. 142.

<sup>17</sup> Juan Carlos I.

<sup>18</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 129, Anm. 9.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Schmidt traf mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo am 22. April 1981 in Hamburg zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 111.

<sup>20</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Balsemão am 4. Mai 1982 vgl. Dok. 134.

<sup>21</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982. Zur portugiesischen Haltung vgl. Dok. 131, Anm. 25.

Bundeskanzler begrüßt es, daß endlich Lösungen in der Agrarpreis- und Finanzierungsfrage gefunden werden konnten.<sup>22</sup> Er hofft, daß es nicht wieder zu neuen Erschütterungen kommen wird. Er zieht aus den Ereignissen der letzten Wochen folgende Schlußfolgerungen:

- Es gab keinen wirklichen Unterschied in der Haltung zum Luxemburger Kompromiß<sup>23</sup>. Es ging nur darum, ob man sich auch in Prozedur-Fragen auf vitale nationale Interessen berufen kann. Auch wir wollen am Luxemburger Kompromiß festhalten, wenn es um Sachfragen geht. Der deutsch-italienische Entwurf für eine Europäische Akte<sup>24</sup>, der durch das Erfordernis einer schriftlichen Begründung die Schwelle für die Anrufung des Kompromisses etwas höher setzt, könnte für die Zukunft einen Ausweg bieten.
- Zur GAP meint er, daß es in der Tat nicht sinnvoll ist, die Produktion über die eigentlichen Bedürfnisse hinaus anzuheizen und die Produkte dann subventioniert nach draußen zu verkaufen. Allerdings haben die Amerikaner ihrerseits keinen legitimen Grund, sich darüber zu beschweren, weil sie selbst ähnliches tun. Aber für die Europäer bleibt nach seiner persönlichen Auffassung die Aufgabe, die GAP zu reformieren und das Problem des übergroßen Agraranteils am EG-Haushalt zu lösen.
- Es ist unmöglich, daß nur Briten und Deutsche Nettozahler bleiben und alle anderen Nettoempfänger. Das würde beide Staaten dazu zwingen, neue Programme abzulehnen, da sie finanziell dafür aufkommen müssen.

*Thatcher:* Solch eine Situation würde die Partnerschaft in der EG ruinieren. Aber es ist nicht leicht, die Budgetstruktur gegen den Willen derer zu ändern, die davon profitieren.

<sup>25</sup>Bundeskanzler betont, daß wir den politischen Preis der GAP für das Zustandekommen der EG bezahlt haben. Er betont auf Frage PM Thatchers, daß sich die zusätzlichen Probleme der spanischen und portugiesischen<sup>26</sup> Mitgliedschaft auch auf diesem Gebiet nur über genügend lange Übergangsperioden lösen lassen.

Er meint, daß sich für Fortschritte bei der Lösung der schwierigen EG-Fragen in absehbarer Zeit vor allem die Periode der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983<sup>27</sup> anbietet. Während der vorangehenden dänischen<sup>28</sup> und der nachfolgenden griechischen Präsidentschaft<sup>29</sup> wird sich nicht viel bewegen lassen.

*Thatcher* möchte diese Gelegenheit nutzen und regt möglichst intensive vorbereitende Gespräche so bald wie möglich an.

<sup>22</sup> Zur Anhebung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 165, Anm. 7.

Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 145, Anm. 49.

<sup>23</sup> Zum Luxemburger Kompromiß vgl. Dok. 150, Anm. 8.

<sup>24</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 145, Anm. 33.

<sup>25</sup> Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 129, Anm. 6 und 8.

<sup>27</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>28</sup> Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 übte Dänemark die EG-Ratspräsidentschaft aus.

<sup>29</sup> Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 inne.

Sie hält die Anregung des Bundeskanzlers für vernünftig, daß man sich dann auch darauf einigt, für jedes Land nur ein Kommissionsmitglied vorzusehen. Sie möchte ihrerseits die Zahl der Europäischen Räte pro Jahr von drei auf zwei reduzieren. Sie setzt sich wie der Bundeskanzler für eine Reduzierung der Zahl der spezialisierten Ministerräte ein.

Sie möchte abschließend dem Bundeskanzler noch einmal danken für die Solidarität in der Falkland-Frage. Sie hätte ihrerseits niemals erwartet, daß sie in dieser Frage die Solidarität ihrer Partner in Anspruch nehmen müßte. Aber es war politisch notwendig.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Lord Carrington meint sie, daß er nicht endgültig aus der Politik ausgeschieden sei. Sie fragt, ob er nicht als Generalsekretär der NATO in Frage käme.<sup>30</sup>

*Bundeskanzler* stimmt mit PM Thatcher überein, daß Carrington einen hervorragenden NATO-Generalsekretär abgeben würde. Er sieht aber noch nicht, wann und unter welchen Bedingungen über die Nachfolge Luns' entschieden werden kann.

VS-Bd. 14103 (010)

## 176

### Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Präsident Reagan

105-41.A/82

9. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan am 9. Juni 1982 um 13.50 Uhr<sup>2</sup>

(Teilnehmer: BM Genscher, StS Neusel; AM Haig, Botschafter Burns, Herr Clark und Herr Meese.)

Gesprächsvermerk

Der Herr *Bundespräsident* begrüßte den Präsidenten im eigenen Namen sowie im Namen des deutschen Volkes noch einmal sehr herzlich. Die Deutschen sähen in ihm und in Amerika einen Freund und Verbündeten; dies sei die allge-

<sup>30</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl mit Ausrufezeichen versehen. Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 22. Juni 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 25. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Präsident Reagan besuchte vom 9. bis 11. Juni 1982 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu auch Dok. 177.

meine Einstellung, die gerade heute anlässlich des Besuchs ihren besonderen Ausdruck finde. Er wolle durch den Präsidenten für alle Unterstützung durch die Vereinigten Staaten während der letzten dreißig Jahre danken, wobei er insbesondere an die Berlin-Krise der späten vierziger Jahre denke. Wir wüßten, daß ohne das Bündnis die Bundesrepublik kein freies Land mehr wäre. Dies gelte insbesondere und mehr als für das übrige Deutschland für Berlin. Deswegen sei der herzliche Willkomm mit einem Gefühl tiefer Dankbarkeit verknüpft.

Präsident *Reagan* bemerkte, diese Gefühle seien wechselseitig und würden vom amerikanischen Volk erwidert. Das Bündnis habe sich für die Vereinigten Staaten als ebenso nützlich wie für die anderen Mitglieder erwiesen. Wegen des Bündnisses sei die freie Welt heute sicherer.

Der Herr *Bundespräsident* dankte für die Anwesenheit von mehr als 200 000 amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik, die einen sehr wesentlichen Bestandteil der gemeinsamen Verteidigung unseres Landes bildeten. General Kroesen, der seine Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen selbst nach dem auf ihn verübten Anschlag<sup>3</sup> nicht geändert und den er wegen seiner Tapferkeit ausgezeichnet habe, genieße bei den Deutschen großen Respekt.

Der Herr Bundespräsident erwähnte, daß er vor einer Woche amerikanische Streitkräfte der Zweiten Panzerdivision in Norddeutschland besucht habe.<sup>4</sup> Soldaten und Offiziere hätten einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Er habe mit Freude festgestellt, daß sich die Truppen gut in ihre deutsche Umgebung eingelebt und zahlreiche Kontakte gefunden hätten.

Wie der *Präsident* bestätigte, höre auch er immer wieder, daß die amerikanischen Soldaten gern hier seien und ein 19jähriger amerikanischer Soldat habe einmal so formuliert: „Wir leisten unsern Dienst hier mit Stolz und fürchten uns vor nichts.“

Der Herr *Bundespräsident* bat den Präsidenten noch einmal, er möge sich hier willkommen fühlen, und unterstrich, daß dieser Wunsch der Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung entspreche. Mit den wenigen Andersdenkenden müsse man leben.

Der *Präsident* erwiderte, es gebe auch Andersdenkende in den Vereinigten Staaten, die keinerlei Bindungen an ihr Land hätten. Sie glaubten, für eine Sache zu kämpfen, die ihr Tun und Verhalten rechtfertige. In Wirklichkeit gebe es für ihr Verhalten keine Rechtfertigung.

Der Herr *Bundespräsident* erinnerte daran, daß man vor drei, vier Jahren mit dem Terrorismus schreckliche Erfahrungen gemacht habe, doch sei die Lage besser geworden.

<sup>3</sup> Am 15. September 1981 wurde in Heidelberg auf den Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa ein Anschlag verübt. Dabei wurde der Wagen von General Kroesen, der leicht verletzt wurde, mit einer Panzerfaust beschossen. Zu dem Anschlag bekannte sich ein „Kommando Gudrun Ensslin“ der „Rote Armee Fraktion“. Vgl. dazu die Artikel „Anschlag auf den US-General schockiert die Bundesrepublik“ und „Attentat von langer Hand geplant“; DIE WELT vom 16. September 1981, S. 1, und vom 17. September 1981, S. 1.

<sup>4</sup> Bundespräsident Carstens besuchte am 2. Juni 1982 die 2. US-Panzerdivision in Garlstedt. Vgl. dazu die Ansprache des Bundespräsidenten; BULLETIN 1982, S. 461 f.

Der *Präsident* erinnerte sodann an seine Deutschlandreise im Jahre 1978, mit der er sehr angenehme Erinnerungen verbinde.<sup>5</sup> Er freue sich deshalb, dieses Land wiederzusehen.

Der Herr *Bundespräsident* erinnerte an General Clay, dessen Name mit der Berliner Luftbrücke untrennbar verbunden sei. Man erzähle sich, daß bei einer Besprechung im Weißen Haus in Anwesenheit Trumans Clay für die Berliner Luftbrücke eine bestimmte Anzahl Flugzeuge gefordert habe; die gemeinsamen Stabschefs hätten jedoch bedauert, so viele Maschinen nicht bereitstellen zu können. Am Ende der Besprechung habe Truman zu Clay gesagt, er habe die Schlacht wohl verloren, worauf Clay dem Präsidenten entgegnet habe: „Sie haben Berlin verloren.“ Truman habe daraufhin anders entschieden, und die Luftbrücke sei zustande gekommen.

Der Herr Bundespräsident sagte, er habe die Londoner Rede des Präsidenten<sup>6</sup> gelesen und sei von der Klarheit beeindruckt gewesen, mit der er den Charakter totalitärer Systeme beschrieben habe. Dessen müsse man immer eingedenk bleiben, auch wenn eine lange Zeit des Friedens die Neigung fördere, dies zu vergessen.

Der *Präsident* erinnerte daran, daß er vor kurzem mit einer Gruppe Dissidenten aus der Sowjetunion gesprochen habe, die ausführlich über die religiöse Verfolgung und die Bedingungen ihrer Ausreise berichtet hätten. Sie hätten auch eine Reihe politischer Witze erzählt, die in der Sowjetunion kursierten und den Zynismus des Regimes deutlich machten. Der *Präsident* zitierte einige dieser Witze.

Der Herr *Bundespräsident* sagte, er wolle ein persönliches Wort hinzufügen: Er wäre heute nicht in diesem Amt, wenn er 1948/49 nicht die Chance eines Aufenthalts in Yale gehabt hätte. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Erfahrung sei er dann später in den Dienst der Regierung getreten und anschließend in die Politik gegangen.

Der *Präsident* sagte, er hoffe auf einen erfolgreichen NATO-Gipfel<sup>7</sup>, denn je mehr Einheit der Westen zeige, desto beunruhigender sei es für den Osten.

Der Herr *Bundespräsident* bedauerte, daß in den Medien eine deutliche Tendenz festzustellen sei, vorwiegend über Negatives zu berichten. Diese Erfahrung habe er persönlich bei mehreren Gelegenheiten gemacht. Offenbar gehöre dies mit zu den Begleiterscheinungen einer freien Presse und einer freien Gesellschaft. Im Fernsehen bestehe wenigstens die Möglichkeit, unmittelbar zu Wort zu kommen und nicht nur auf die Berichterstattung anderer angewiesen zu sein.

Das Gespräch endete gegen 14.15 Uhr.

**VS-Bd. 14111 (010)**

<sup>5</sup> Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien, Reagan, hielt sich vom 29. November bis 2. Dezember 1978 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) auf.

<sup>6</sup> Am 8. Juni 1982 hielt *Präsident* Reagan vor beiden Häusern des britischen Parlaments in London eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 742–748. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 417–422 (Auszug).

<sup>7</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan

VS-vertraulich

9. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am 9. Juni 1982, von 14.25 bis 15.35 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: BM Genscher, StM Wischniewski, StS Konow, Botschafter Hermes, AL2<sup>3</sup>, Dolmetscher Weber, AM Haig, Botschafter Burns, Sicherheitsberater Clark, Richard Burt, Michael Deaver, Edwin Meese, Notetaker.

*Bundeskanzler* begrüßt den Präsidenten sehr herzlich in der Bundesrepublik Deutschland. Da nur wenig Zeit zur Verfügung steht, schlägt er vor, falls der Präsident nicht andere Probleme anzuschneiden wünscht, kurz über die Lage in Deutschland zu sprechen, Verteidigungsprobleme, deutsch-amerikanische Beziehungen und Ost-West-Beziehungen, einschließlich der innerdeutschen Beziehungen und Berlins. Er möchte alle wirtschaftlichen Fragen auslassen, da man hierüber bereits in den letzten Tagen in Versailles<sup>4</sup> ausgiebig beraten hat.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ist mit Ausnahme Japans, das eine besondere soziale und industrielle Struktur besitzt, gegenwärtig wohl die verhältnismäßig beste unter den Industrieländern. Aber die Deutschen glauben, daß es ihnen schlecht gehe. Wir bereiten augenblicklich gerade, wie auch die Amerikaner, den Haushalt 1983 vor.

Wir bemühen uns, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Das bedeutet politische Auseinandersetzungen, insbesondere über Begrenzung bei den Sozialleistungen.

Gleichzeitig nähern wir uns der Mitte der Legislaturperiode. In diesem Jahr gibt es drei Länderwahlen in Hamburg<sup>5</sup>, Hessen<sup>6</sup> und Bayern<sup>7</sup>. Das bringt eine dauernde Wahlkampf-Stimmung mit sich und zwingt die nationalen Politiker, in den Länderwahlkampf einzugreifen. Die Auswirkungen der Länderwahlen auf den Bundesrat konfrontiert die Deutschen mit der für sie neuen, für die Amerikaner aber gewohnten Situation unterschiedlicher Mehrheiten in den beiden Häusern des Parlaments.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. Juni 1982 gefertigt und von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am folgenden Tag zur Unterrichtung des Bundesministers Genscher an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Zeller wies dabei darauf hin, daß der Gesprächsvermerk von Bundeskanzler Schmidt noch nicht gebilligt worden sei und „gegenüber dem Ihnen vorliegenden Entwurf vom 9. Juni 1982 eine Reihe von Korrekturen“ enthalte.

Hat Braunmühl am 18. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Präsident Reagan besuchte vom 9. bis 11. Juni 1982 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu auch Dok. 176.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>5</sup> Die Hamburger Bürgerschaft wurde am 6. Juni 1982 gewählt.

<sup>6</sup> In Hessen wurden am 26. September 1982 Landtagswahlen abgehalten.

<sup>7</sup> Am 10. Oktober 1982 fanden in Bayern Landtagswahlen statt.

Zum deutschen Verteidigungsbeitrag kann er als ehemaliger Verteidigungsminister mit nur mühsam unterdrücktem Stolz feststellen, daß die deutschen Streitkräfte in einem guten Zustand sind. Die Bundeswehr mit 500 000 Mann beruht auf der Wehrpflicht. Das bedeutet, daß innerhalb von 48 bis 72 Stunden Reserven einberufen werden können, die die Gesamtstärke auf 1,2 Millionen bringen können. Die neu entdeckte Notwendigkeit konventioneller Streitkräfte bedeutet daher für die Deutschen in Wahrheit nichts Neues. Wir haben uns immer bemüht und tun es weiter, genug konventionelle Streitkräfte zu haben. Zusätzlich zu den 36 bestehenden haben wir gerade sechs weitere Brigaden der NATO assigniert.<sup>8</sup> Wir besitzen in der Tat eine wirklich schlagkräftige konventionelle Armee. Die Sowjets haben zu Recht großen Respekt vor unseren Streitkräften.

Zum Verständnis der Lage in Deutschland gehört auch, daß man weiß, daß sieben Nationen auf deutschem Boden Truppen unterhalten. Dabei können natürlich gelegentliche kleine Reibungen nicht ausbleiben. Es zeugt vom Mißverständnis der besonderen deutschen Lage, wenn so etwas in der amerikanischen Presse als Anzeichen eines Anti-Amerikanismus präsentiert wird. Leider nimmt die amerikanische Presse nicht von den regelmäßigen Meinungsfragen, selbst nicht von denen Kenntnis, die (Newsweek<sup>9</sup>) von ihr selbst veranstaltet werden. Es würde sonst deutlicher zutage treten, daß die pro-amerikanische Haltung der Deutschen weit ausgeprägter ist als die anderer westlicher Verbündeter der USA. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Deutschen nun auch das wirtschaftliche und soziale System der USA übernehmen wollen.

Friedensbewegungen und Demonstrationen gibt es auch in anderen Ländern und Hauptstädten. Bei uns werden sie von einer Unzahl von verschiedenen Gruppen – von den Grünen über einige Kommunisten bis zu den wirklichen Pazifisten – getragen. Man sollte nicht die deutsche Jugend kritisieren, daß sie sich für den Frieden einsetzt und begeistert. Dies ist jedenfalls viel besser als andere Ziele der Begeisterung, an die uns die unaufhörlich über den amerikanischen Bildschirm flackernden Filme über die Nazi-Zeit erinnern. Wenn man das eine mit Recht verdammt, sollte man auch anerkennen, daß es besser ist, in Deutschland Friedensbewegungen zu haben als nationalistische und faschistische Bewegungen. Der Kommunismus hat in Deutschland keine Chance – die drei kommunistischen Parteien zusammen erhalten nie mehr als ein bis zwei Prozent der Wählerstimmen –, so lange wie die Deutschen den in der DDR praktizierten Kommunismus vor Augen haben.

Wenn man in Amerika manchmal denkt, daß wir Deutschen zu sehr auf östliche Regierungen eingehen, so sollte man nicht vergessen, daß 16 Millionen Deutsche praktisch Geiseln sind. Die Periode der Entspannungspolitik hat einen entscheidenden Wandel gebracht: In den letzten zwölf Jahren sind rund eine halbe Million Deutsche aus der SU und Ländern Osteuropas in die BR Deutschland ausgesiedelt – mit dortiger Zustimmung. Der eiserne Vorhang zwischen den beiden deutschen Staaten konnte jedenfalls durch einen einseitigen Besucherstrom aus der Bundesrepublik durchbrochen werden.

<sup>8</sup> Zur Einführung der Heeresstruktur 4 bei der Bundeswehr vgl. Dok. 150, Anm. 20.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Artikel „The U. S. and Europe: A Poll“; NEWSWEEK vom 15. März 1982, S. 13.

AM Genscher hat z. B. gerade vor einigen Tagen seine Familie in Halle besucht; in der entgegengesetzten Richtung können praktisch nur Rentner reisen. Die menschlichen Kontakte können also doch gepflegt und fortentwickelt werden.

In amerikanischen Größenverhältnissen: Das Territorium der Bundesrepublik entspricht etwa dem des Staates Oregon; auf ihm leben aber 60 Millionen, so viel wie in den großen Bevölkerungszentren Kaliforniens und des Ostens der Vereinigten Staaten zusammengenommen. Die DDR wird an Territorium etwa einem Drittel des Staates Washington entsprechen. Dazwischen verläuft der Stacheldraht.

Die komplizierten politischen Strukturen in Deutschland werden dadurch nicht einfacher, daß die Bevölkerung inzwischen weiß, daß bei uns etwa 5000 nukleare Sprengkörper stationiert sind (während in Oregon keine!).

*Reagan* betont, daß die Unterbrechung des menschlichen Kontakts zwischen den beiden Teilen Deutschlands eindeutig der Schlußakte von Helsinki<sup>10</sup> widerspricht.

Er möchte in einigen Punkten auf die Ausführungen des Bundeskanzlers aus der Sicht der USA antworten:

Seine Regierung bemüht sich um eine neue Art von Freiwilligen-Armee. Es hat einen gewissen Niedergang gegeben, aber die USA besitzen jetzt eine effektive Freiwilligen-Armee. Sie besitzen auch Reserven über die National Guard, um deren Training und Ausrüstung sie sich sehr bemühen. Seine Regierung hat das „reserve officer training corps“ wieder eingeführt. Es erfreut sich wachsenden Zulaufs unter Studenten und Oberschülern, die regelmäßig an den Übungen teilnehmen. Das sind wichtige Schritte in Richtung einer organisierten Reserve, die bisher einer der schwächeren Punkte der amerikanischen Verteidigung war.

Sicher gibt es immer wieder Filme über die Nazi-Zeit, meist alte, aber auch neue. Der Holocaust<sup>11</sup> war eine Antwort auf die gefährliche Propaganda, nach der es diese Judenverfolgung nie gegeben habe. Es gibt aber auch gerade im Bereich der Medien und des Films eine Infiltration von Kommunisten. Er selbst hat als Präsident der Schauspielergewerkschaft viele Erfahrungen gemacht. Zum Beispiel wurde sein Versuch, einen Roman von Maupassant von der ursprünglichen Situation in die Zeit der sowjetischen Besetzung Budapests zu transponieren, immer wieder verhindert. Er mußte schließlich die letzten Teile des Drehbuchs selbst schreiben. Das war aber nur ein Teil der dauernden Auseinander-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>11</sup> Am 31. Januar 1979 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann über die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ im Januar 1979 durch die ARD: „Der vielfach vermittelte Eindruck, erst ‚Holocaust‘ habe eine ernsthafte öffentliche Diskussion zum Thema Verfolgung ausgelöst, ist unzutreffend. Die gesamte Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege gibt Zeugnis davon, wie sehr die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes den Staat selbst und das politische und öffentliche Bewußtsein geprägt hat. Mit großer Eindringlichkeit haben Parteien, Kirchen und Gewerkschaften unsere Öffentlichkeit immer wieder auf die Schrecken der NS-Zeit, insbesondere die Verfolgung der Juden, hingewiesen. Dies geschah nicht nur an den Jahrestagen zum 20. Juli und der Kristallnacht. Vielmehr wurde aus Anlaß von Kriegsverbrecherprozessen, Verjährungsdebatten, Wiedergutmachungsleistungen und bei zahlreichen anderen Anlässen immer wieder auf die Zeit des NS-Terrors hingewiesen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 10; Referat 012, Bd. 111777.

setzung innerhalb der Filmindustrie. Ein Teil der Leute, die damals praktisch kommunistische Propaganda machten, findet sich heute in den Medien wieder. Dieselbe Strategie findet sich zum Beispiel in den Plänen des Weltfriedensrates für große Demonstrationen wie die in New York. Daher hat sich die Regierung entschlossen, 380 Visa-Anträge nicht zu genehmigen, weil es sich offensichtlich um Provokateure handelte. Ein anderes Beispiel: Über den Vietnam-Krieg gibt es nur einen einzigen Film, in dem ein amerikanischer Held vorkommt (John Wayne<sup>12</sup>), den die Filmkritik dann auch praktisch aus den Film-Theatern verbannte. Ein hervorragender Film übrigens ist der Unterseeboot-Film „Das Boot“.<sup>13</sup>

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Infiltration der Medien und der Filmindustrie haben wir in vielen Ländern tagtäglich zu führen.

Zum deutschen Verteidigungsbeitrag betont er: Wir kennen Ihre Stärke. Sie ist die Grundstärke der NATO. Die Deutschen tragen eine größere Last der gemeinsamen Verteidigung als andere. Wir möchten helfen und unseren amerikanischen Teil zur gemeinsamen Sicherheit beitragen.

*Bundeskanzler:* Wir betrachten die beiden Reden des Präsidenten, die im November 1981<sup>14</sup> den Weg zu den INF- und jetzt im Mai<sup>15</sup> den Weg zu den START-Verhandlungen öffneten, als eine große Wende zum Positiven. Dazu gehört auch die öffentliche Ankündigung, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die SALT-II-Grenzen<sup>16</sup> einzuhalten. Diese Wende erleichtert es den Deutschen, in vollem Vertrauen auf die Allianz zu leben. Die Bedeutung dieser Wende ist für uns kaum zu überschätzen. Sie kam gerade noch rechtzeitig, wenn wir auch manches davon schon vor einem Jahr sehr begrüßt hätten.

BM Genscher und er haben den Präsidenten gegen heftige Kritik in Schutz genommen. Sie haben beide ihr Vertrauen in das Engagement Präsident Reagans für Rüstungskontrolle und Abrüstung auf das erste Gespräch gegründet, das sie im November 1980 mit dem damals gerade gewählten Präsidenten führten.<sup>17</sup> Er hat damals betont, daß er bereit wäre, sich hinzusetzen und zu verhandeln, zu verhandeln, zu verhandeln, wenn es darum geht, Fortschritte bei der Abrüstung zu erreichen. BM Genscher und er sind ein großes politisches Risiko eingegangen, indem sie sich im Falle eines Fehlschlages der INF-Verhandlungen in

<sup>12</sup> Der amerikanische Film „The Green Berets“ mit John Wayne in der Hauptrolle erschien 1968 und rechtfertigte das Engagement der USA in Vietnam.

<sup>13</sup> Bei dem deutschen Film „Das Boot“, der 1981 uraufgeführt wurde, handelte es sich um eine Verfilmung des gleichnamigen Romans von Lothar-Günther Buchheim.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>15</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. Dok. 142.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>17</sup> Ronald W. Reagan wurde am 4. November 1980 zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher trafen am 20. November 1980 in Washington mit dem designierten Präsidenten Reagan zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

Genf eindeutig für die Stationierung von Pershings und GLCM aussprachen. Er wird auch an dieser Politik festhalten. Aber diese Politik wird nur Erfolg haben, wenn er darauf verweisen kann, daß die Amerikaner jede Anstrengung gemacht haben, um eine rechtzeitige Verhandlungslösung in Genf zu erreichen.

*Reagan:* Wir werden uns wirklich nach Kräften anstrengen. Man muß auch klar sehen, daß die SU niemals bereit gewesen wäre zu verhandeln, wenn sie nicht die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen fürchten müßte. Sie hätte sich auch ohne das amerikanische Modernisierungsprogramm nicht auf die START-Verhandlungen eingelassen.

Wenn der Westen sich auch in anderen Bereichen des Ost-West-Verhältnisses so verhält, sieht er angesichts der enormen Schwierigkeiten der Sowjetunion eine große Chance für einen Wandel der sowjetischen Haltung. Er jedenfalls möchte nicht, daß unsere Enkelkinder noch in einem geteilten Deutschland leben oder in Osteuropa praktisch als Sklavenarbeiter eine übergroße sowjetische Armee bezahlen müssen.

Die Vorstellung, daß ein Krieg unvermeidlich ist, ist eine große psychologische Drohung. Nach seinem Eindruck haben die Russen immer diesen Verdacht genährt. Er entspricht wohl auch marxistischer Philosophie, zu der sie sich alle bekennen müssen, und erklärt ihren Expansionismus. Nur so kann man erklären, daß die SU – als politisches System praktisch bankrott – ein so großes Militärpotential aufbaut.

Wir sollten daher an die Sowjets nicht große politische Forderungen stellen, zum Beispiel nach der Ausreise der Juden oder nach einer Entlassung Polens aus dem Sowjet-Imperium, denen die sowjetischen politischen Führer nicht ohne Gesichtsverlust nachkommen können. Wir sollten den Sowjets statt dessen klar machen, daß sie gewisse Dinge, die sie aus dem Westen brauchen, nur bekommen werden, wenn sie sich anders verhalten. Daher mußte die USA nach den Ereignissen in Polen dort etwas tun<sup>18</sup>, wo es möglich war, zum Beispiel beim Gas-Röhren-Geschäft<sup>19</sup>. Die amerikanischen Sanktionen sind daher auch in den Zusammenhang mit den drei Forderungen an Polen<sup>20</sup> gestellt worden. Sie jetzt aufzugeben, würde einen Glaubwürdigkeitsverlust bedeuten.

Er fordert den Kanzler auf, seinerseits die Russen wissen zu lassen, daß sich die Amerikaner auf diesem Gebiet flexibler verhalten würden, wenn in Polen die Verhafteten freigelassen, der Dialog mit der Kirche wieder aufgenommen und das Kriegsrecht abgeschafft würden. Das könnte dazu führen, daß die jetzige Generation der sowjetischen Führer, die sich meist um kommunistische Ideologie kaum kümmern, lernen, wie viel der Westen ihnen im Bereich des legitimen Handels zu bieten hat. Entspannung ist dadurch diskreditiert worden, daß der Westen zu viel gibt, ohne etwas dafür zu bekommen. Wir hatten uns Ent-

<sup>18</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>19</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 161, Anm. 9.

Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

spannung immer als eine Zwei-Bahn-Straße vorgestellt, während sie in der Tat eine Ein-Bahn-Straße war, kein faires Geschäft für die Amerikaner, die nichts mehr hassen als das Gefühl, ausgenutzt zu werden.

*Bundeskanzler:* Entspannung hat bei uns einen anderen Sinngehalt. Sie ist nicht diskreditiert. Das hängt mit unserer geographischen Lage zusammen. Von seinem Haus in Hamburg zum Beispiel braucht man nur 30 Minuten Autofahrt, um – wenn es die Grenzbefestigungen nicht gäbe – dem ersten russischen Panzer zu begegnen. Für uns bedeutete Entspannung zum Beispiel die jährliche Ausreise von 9000 bis 10000 Deutschen aus der SU – ohne große Worte, um auch dem Osten das Gesicht wahren zu helfen.

Wir Deutschen haben mit den Russen seit dem 12. und 13. Jahrhundert Handel getrieben. Die Handelswege der Hansa reichten von Brügge über Hamburg und Danzig nach Nowgorod. Den historischen wirtschaftlichen Bindungen entsprachen auch politische. In der komplizierten deutschen Geschichte gibt es auch zum Beispiel eine Epoche, in der Deutschland durch die Russen von der Fremdherrschaft Napoleons befreit wurde. Es ist daher für uns undenkbar, die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa und insbesondere zur DDR abzubrechen. Die Deutschen in der DDR sind Teil unserer Nation, Teil unseres Lebens.

Das Gas-Röhren-Geschäft ist auf der Grundlage gegenseitiger Interessen abgeschlossen worden. Wir geraten dadurch nicht in energiepolitische Abhängigkeit. Schon vor vielen Jahren haben wir die Entscheidung gefällt, in keinem Energiebereich von einem einzigen Land zu mehr als 30% abzuhängen. Diese Grenze wird auch bei der vollen Verwirklichung des Gas-Röhren-Geschäfts, das im übrigen ein Geschäft privater Firmen ist, nicht erreicht. In den 90er Jahren könnte es zu einer Abhängigkeit in der Größenordnung von höchstens etwa 6% unserer gesamten Primärenergieversorgung führen. Das ist weit weniger als die Reduzierung unseres Energieverbrauchs in den letzten Jahren. Wir haben unsere Wirtschaft erfolgreich vom traditionellen Verhältnis Wirtschaftswachstum zu Energieverbrauch abgekoppelt. Heute erfordert 1% BSP-Wachstum nur noch 0,6% zusätzliche Energie. Übrigens wurden für das Gas-Röhren-Geschäft keine Staatskredite bemüht. Wir konnten daher ohne Schwierigkeiten dem Text des Kommuniqués in Versailles<sup>21</sup> zustimmen, da es uns praktisch nicht berührt.

Reagan: Es geht nicht nur um die Energieabhängigkeit, sondern auch um die großen Hartwährungseinnahmen, die das Gas-Röhren-Geschäft der SU bringt und mit der sie einen Teil der Rüstung bezahlen kann. Auf den Einwurf des Bundeskanzlers: „oder mit der sie für das amerikanische Getreide bezahlen kann“, meint er, daß er froh wäre, wenn er den amerikanischen Farmern einen Verzicht auf die Getreideexporte auferlegen könnte. Aber dafür wäre es erforderlich, daß kein anderes Land den Sowjets Getreide verkauft. Außerdem kann – im Gegensatz zur Politik Carters – ein Getreideembargo<sup>22</sup> nicht die einzige Sanktion sein. Es ist den amerikanischen Farmern nur zuzumuten im Rahmen allgemeiner Sanktionen, die sich auf den gesamten Bereich des Handels erstrecken.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 324–327.

<sup>22</sup> Zur Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR und deren Rücknahme vgl. Dok. 2, Anm. 11.

*Bundeskanzler* möchte den Präsidenten nicht wegen der amerikanischen Getreidelieferung kritisieren. Er wollte nur betonen, daß die Sowjets für das amerikanische Getreide ebenso bezahlen müssen wie für deutsche Röhren. Außerdem sollte man die Abhängigkeit der SU vom Außenhandel nicht überschätzen. Sie beträgt etwa 1% des BSP, während wir und unsere Partner bis zu 30% vom Außenhandel abhängen. Die SU kann daher nicht über Handelssanktionen zu einem Verhalten gezwungen werden, das sie nicht wolle. Wenn wir das versuchen, würden wir nur die härteren politischen Kräfte in der SU ermutigen.

*Reagan*: Ich möchte keinen Kalten Krieg. Aber wäre es nicht möglich, daß die Deutschen den Russen sagen, wir bekommen Probleme mit unserem amerikanischen Verbündeten, wenn nicht die Russen dieses oder jenes tun. Er wäre bereit, sich sozusagen zum Bösewicht stempeln zu lassen.

*Bundeskanzler* wendet ein, daß er weder die Amerikaner zu etwas überreden möchte, was sie nicht von sich aus tun wollen, noch als Mittler zwischen Moskau und Washington auftreten möchte.

*Reagan* denkt auch nicht an eine Mittler-Rolle des Bundeskanzlers. Er sucht lediglich nach einer Chance, die sich jetzt präsentieren könnte, um die SU wieder in die Familie der Nationen zurückzubringen – so wie man sich bemüht, einen outlaw in die Gesellschaft zurückzubringen, bevor er seinen Revolver zieht.

*Bundeskanzler* betont, daß er eine Begegnung zwischen dem Präsidenten und GS Breschnew für sehr wesentlich hält. Natürlich sollte es dabei nicht um Verhandlungen im eigentlichen Sinne gehen, sondern zunächst um ein persönliches Kennenlernen. Auch die Sowjets sind, wie der Präsident selbst in Versailles sagte, nicht zehn Fuß groß. Sie haben ihre Minderwertigkeits- und ihre Sicherheitskomplexe, die uns unverständlich erscheinen. Sie können uns nicht verstehen und interpretieren unsere Handlungen und Absichten falsch.

Er wäre dankbar, wenn AM Haig sich die englische Übersetzung der Reden geben ließe, die er im Juli 1980<sup>23</sup> und im November 1981<sup>24</sup> bei seinen Begegnungen mit Breschnew gehalten hat. Diese Reden würden dem Präsidenten zeigen, daß er den Russen gegenüber eine harte und offene Sprache geführt hat. (*Reagan*: Daran habe ich nie gezweifelt.)

Die Deutschen waren es auch neben den Norwegern und Türken, die ebenfalls lange gemeinsame Grenzen mit dem Osten haben, die sich beim Olympia-Boykott<sup>25</sup> letzten Endes als einzige mit den Amerikanern solidarisch verhalten haben. Sie wissen eben ganz genau, wie sehr sie die Allianz brauchen.

Es geht darum, mit den Sowjets deutlich in der Sache und flexibel im Ton zu sprechen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Gesicht zu wahren. Vor allem

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Tischrede von Bundeskanzler Schmidt am 30. Juni 1980 im Kreml vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

Zum Besuch Schmidts und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. ferner AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt anlässlich eines Abendessens für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 963–966. Zum Besuch Breschnews vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>25</sup> Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau durch die USA und die Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 25 und 26.

darf man keinen Zweifel daran lassen, daß die Sowjets keine Chance haben, uns vom amerikanischen Partner abzuspalten, was sie natürlich immer wieder versuchen werden.

*Reagan* meint, daß sich jetzt doch vielleicht eine Chance bietet, die Sowjets mit allem Druck und aller Werbung davon zu überzeugen, daß sich ein Wandel ihrer harten Haltung auszahlt. Wir haben bisher ihren Worten vertraut, die es nicht wert waren. Wir können uns jetzt nur auf ihre Taten verlassen.

Er bestätigt den Eindruck des Bundeskanzlers, daß sich die SU – mit Ausnahme der Vernichtung bestimmter Raketen – an die SALT-II-Grenzen halte. Auf Einwurf Haigs, daß die SU aber inzwischen mit der Dislozierung von SS-20-Raketen fortfährt<sup>26</sup>, betont er, daß auch ein Rückzug der Raketen nach Sibirien nur neue Probleme schafft, auch für die USA, die dann in deren Reichweite liegt. Daher ist ein vollständiger Abbau der SS-20-Raketen notwendig.

*Bundeskanzler* möchte klarstellen, daß er entgegen manchen Pressedarstellungen in Amerika niemals um zusätzliche amerikanische Mittelstreckensysteme in Europa gebeten habe. Er hatte sich gegenüber Präsident Carter mit Nachdruck lediglich dafür eingesetzt, die neuen sowjetischen Mittelstreckensysteme in SALT einzuschließen. Diese eurostrategischen Waffen sind für die europäischen NATO-Verbündeten von genauso strategischer Bedeutung wie die Interkontinental-Raketen für die USA.

In diesem Punkte fühlte er sich wirklich von Carter im Stich gelassen, der auch nach der grundsätzlichen Verabredung über den Doppelbeschluß in Guadeloupe<sup>27</sup> diese Frage beim Treffen mit Breschnew 1979<sup>28</sup> nicht oder nur am Rande ansprach.

*Reagan*: Ich hätte Sie nicht im Stich gelassen, ich würde Breschnew auch nicht küssen, wie es Carter tat.

*Bundeskanzler* spricht am Rande noch die Nachricht über den geplanten Besuch des saudi-arabischen Außenministers in Bonn<sup>29</sup> für ein Treffen mit Reagan an. AM Haig bestätigt, daß er dem Präsidenten eine Botschaft des saudischen Königs überbringen möchte.

#### VS-Bd. 14111 (010)

<sup>26</sup> Vgl. dazu den Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982; Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z.Z. Washington, berichtete am 25. Juni 1982, von amerikanischer Seite sei er „über Fortsetzung sowjetischer SS-20-Dislozierungen und Konstruktionsarbeiten an Stellungen“ informiert worden: „Laut Washington hat SU seit dem Stand März 1982 (300 SS-20) unterdessen insgesamt 315 SS-20 mit 945 S[preng]k[öpfen] installiert. An drei SS-20-Basen werde weiterhin gebaut. (Eine östlich, die zwei anderen westlich des Urals). Zusätzliche Stellungen seien allerdings seit März 1982 nicht mehr begonnen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2874; VS-Bd. 12050 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>27</sup> Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

<sup>28</sup> Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

<sup>29</sup> Der saudi-arabische Außenminister Saud al-Faisal hielt sich am 10. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt; Dok. 181.

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.31-512/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3298 Plurez

Aufgabe: 9. Juni 1982, 08.57 Uhr<sup>1</sup>

Betr.: Außerordentliches Politisches Komitee am 8.6.1982 in Brüssel und außerordentliches EPZ-Ministertreffen am 9.6.1982 in Bonn

I. Am 8. Juni 1982 fand in Brüssel ein kurzfristig von GR erbetenes PK statt. Einziger Tagesordnungspunkt: Israelischer Einmarsch in den Libanon.<sup>2</sup> GR, von F stark unterstützt, rechtfertigte Ingangsetzen des EPZ-„Krisenmechanismus“ (vgl. Londoner Bericht<sup>3</sup>) mit der von israelischem Vorgehen ausgehenden Gefährdung für den Frieden. PK erörterte mögliche Erklärung der Zehn auf der Grundlage eines Präsidentschaftsentwurfs (auch GR hatte Entwurf vorgelegt, der in einzelnen Teilen wesentlich über Präsidentschaftsentwurf hinausging, u. a. Erwägung von Wirtschaftssanktionen gegen Israel). Trotz Zögerns einiger Delegationen (zurückhaltend insbesondere DK, IRL, UK und NL) bestand GR auch im Hinblick auf ein vorgeschlagenes Ministertreffen auf Krisenmechanismus. Da fast alle Außenminister am 9.6. im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel<sup>4</sup> nach Bonn kamen, erklärten wir uns bereit, kurzfristig für Präsidentschaft<sup>5</sup> Ministertreffen im AA zu arrangieren.

II. Die Minister<sup>6</sup> (UK und NL ließen sich vertreten) einigten sich am 9.6. nach längeren Erörterungen auf Text einer Erklärung (vgl. Infofunk).<sup>7</sup> Gemeinsam war allen Einlassungen die ernste Einschätzung des israelischen Vorgehens im Libanon, das in seinen Konsequenzen schnell überregionale Auswirkungen zei-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 9. Juni 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 7. Juni 1982 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Besuch des Bundesministers Genscher habe „unmittelbar vor einem seit langem erwarteten, großangelegten israelischen Angriff auf PLO-Stellungen im Libanon“ stattgefunden: „Rückkehr BM erfolgte am 4. Juni, wenige Stunden bevor israelische Luftwaffe einen der bisher schwersten Angriffe auf Beirut flog. (Durch Luftangriffe verursachte Tote am 4. und 5. Juni: über 200.) Dieser Angriff wurde von israelischer Seite als Vergeltungsaktion für den versuchten Mord an israelischem Botschafter in London bezeichnet. Im Laufe des 5. Juni Eskalation von Luftangriffen und Artillerieduellen. Am Sonntagvormittag, dem 6. Juni, israelischer Einmarsch im Libanon mit dem Ziel, palästinensische Stellungen im Libanon auszuschalten. L[au]t Regierungserklärung vom 6. Juni soll ein künftiger Beschuß Galiläas durch die Palästinenser ausgeschlossen werden. Syrische Streitkräfte sollen nicht angegriffen werden, falls sie sich aus den Kämpfen heraushalten. Begin erklärte, Israel wolle einen 40-km-Streifen besetzen. Zwei einstimmige Aufrufe des Sicherheitsrats zur Feuereinstellung am 5. und 6. Juni wurden von den Streitparteien nicht befolgt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135708.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

<sup>4</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>5</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>6</sup> Yannis Charalambopoulos (Griechenland), Claude Cheysson (Frankreich), Gerard Collins (Irland), Emilio Colombo (Italien), Colette Flesch (Luxemburg), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Kjeld Olesen (Dänemark), Leo Tindemans (Belgien).

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88.

gen könne. Wie bereits im PK zeigten sich jedoch auch bei den Ministern weit auseinanderliegende Grundpositionen: GR und F vertraten die Auffassung, israelischer Einmarsch habe eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit Palästinensern geschaffen. Insbesondere GR wehrte sich heftig gegen jeden – auch indirekten – Hinweis, daß Militäraktion der Israelis als Teil einer längeren Kette beiderseitiger Gewaltakte gesehen werden müsse (von uns zunächst eingeführter Hinweis auf Attentat gegen israelischen Botschafter in London<sup>8</sup>). Israels Aktion richte sich gegen den Libanon, dessen Bevölkerung keine Schuld an Übergriffen trage. (Demgegenüber DK: Es gibt keinen Libanon mehr, das ist das Problem.) Demgegenüber wollten insbesondere NL und DK zurückhaltende Formulierungen, die nach ihrer Auffassung der komplexen Lage in der Region besser gerecht würden.

BM setzte sich dafür ein, eine kurze Erklärung zu verabschieden, die in ihrem Kern operativ gehalten sei und zum Ausdruck bringen müsse, daß gegenwärtige Lage genutzt werden müsse, im Benehmen mit den USA und anderen Staaten die Lage im Libanon grundlegend zu verbessern. Das den Entwicklungen im Libanon innewohnende Momentum solle genutzt werden, um eine Entwicklung zu fördern, die mehr sei als der Status quo ante. Heftig umstritten blieb griechischer Vorschlag, der Israel für den Fall weiterer Mißachtung der SR-Resolutionen 508<sup>9</sup> und 509<sup>10</sup> Sanktionen der Zehn androhen sollte. Der in dieser Frage gefundene Kompromiß lehnt sich an Ziffer 5 des am 9.6.1982 am Veto der USA gescheiterten Entwurfes einer SR-Resolution<sup>11</sup> an und ist ausdeutungsfähig, da die Zehn jetzt lediglich eine Prüfung ihres weiteren Vorgehens in Aussicht stellen. GR wehrte sich heftig gegen die jetzt gefundene Version, da Israel bereits bewiesen habe, daß es sich nicht an die SR-Resolution halten werde, gab aber dann nach, da andernfalls keine Einigung zustande gekommen wäre. AM Cheysson ließ erkennen, daß Paris daran denkt, bei unveränderter Mißachtung der UNO-Resolutionen eine Überprüfung des Kooperationsvertrages der EG mit Israel<sup>12</sup> zu verlangen.

Insgesamt stellt die Erklärung bei aller Bestimmtheit und Eindeutigkeit in der Verurteilung des israelischen Vorgehens ein ausgewogenes Dokument dar, das den Wunsch der Zehn, in konstruktiver Weise zu einer friedlichen Entwicklung im Nahen Osten einzutreten<sup>13</sup>, erneut manifestiert.

Stabreit

#### VS-Bd. 12908 (200)

<sup>8</sup> Am 3. Juni 1982 wurde der israelische Botschafter in London, Argov, bei einem Attentat durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 987 des Botschafters Ruhfus, London, vom 4. Juni 1982; Referat 204, Bd. 124948.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 508 des VN-Sicherheitsrats vom 5. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 5 f.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 509 des VN-Sicherheitsrats vom 6. Juni 1982 zur Wiederherstellung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 6.

<sup>11</sup> Für den von Spanien eingebrachten Entwurf einer Resolution des VN-Sicherheitsrats zum Libanon, gegen den die USA am 9. Juni 1982 ihr Veto einlegten, vgl. Referat 310, Bd. 135718.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Mai 1975 zwischen der EWG und Israel vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 136 vom 28. Mai 1975, S. 3–190.

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

## 179

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Wieck, z. Z. Bonn

201-362.05-2313/82 VS-vertraulich

11. Juni 1982<sup>1</sup>

Betr.: NATO-Gipfel Bonn 10.6.1982

1) Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten zu Beginn ihrer Sitzung die Gipfelerklärung<sup>2</sup> und die Erklärung über Rüstungskontrolle und Abrüstung<sup>3</sup> sowie die Erklärung über Verteidigung<sup>4</sup> nach kurzer Aussprache mit sehr geringen Änderungen. In der Gipfelerklärung wurden die Hinweise auf die zwei besonderen Erklärungen auf französischen Wunsch gestrichen.

2) Aus den Reden der Staats- und Regierungschefs ist folgendes festzuhalten: Präsident Reagan (US)

In unseren Ländern sei eine öffentliche Diskussion über Verteidigung und Abrüstung im Gange, die, wenn der Trend anhalte, gefährlich werden könne. Unsere Politik und Verteidigungsbereitschaft beruhe auf der freiwilligen Zustimmung unserer Bevölkerung. Es sei Zeit, unseren Bevölkerungen klare Orientierungen zu geben. Es gebe manchen Zweifel an der Notwendigkeit der NATO. Dieser Trend müsse umgekehrt werden. Wir hätten Werte zu verteidigen. Einige bezweifelten auch die amerikanische Bereitschaft, ihre Truppenpräsenz in Europa aufrechtzuerhalten. Die USA seien entschlossen, keine Truppen zurückzuziehen. Dieser amerikanischen Entschlossenheit müsse die europäische entsprechen. Wir müßten Lasten und Risiken miteinander teilen. Für die europäische Unterstützung der Allianz gebe es kein besseres Beispiel als die BR Deutschland. Auf ihrem Boden stünden die Truppen von sechs Nationen. Die BR Deutschland habe soeben mit den USA ein Abkommen über Wartime Host Nation Support abgeschlossen.<sup>5</sup> Die deutschen Verbände seien der Rückhalt der konventionellen Verteidigung in Europa. Wir müßten weitere gemeinsame

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde am 11. Juni 1982 von Ministerialdirektor Pfeffer an Staatssekretär von Staden weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Über den Verlauf der ‚Restricted Session‘ lege ich eine von Botschafter Wieck und mir diktierete Niederschrift vor.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 21. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.

Hat Braunmühl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Dokuments über Rüstungskontrolle und Abrüstung, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 75f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 345 f.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Dokuments über die integrierte Verteidigung des Bündnisses, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 346.

<sup>5</sup> Zum Regierungsabkommen vom 15. April 1982 zwischen der Bundesrepublik und den USA über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg vgl. Dok. 79, Anm. 14.

Anstrengungen unternehmen, um unsere nicht ausreichende konventionelle Verteidigung zu verbessern. Die USA unternehmen Schritte, um in der Vergangenheit Vernachlässigtes aufzuholen. Das betreffe insbesondere auch die strategischen Waffen. Wir müßten auch alle zusammenarbeiten, um für Schwierigkeiten außerhalb des NATO-Vertragsgebiets<sup>6</sup> Vorsorge zu treffen. Unsere Länder hätten die materiellen und menschlichen Ressourcen. Sie seien ökonomisch im Grunde gesund. Die Innovationskraft sei auf unserer Seite, aber wir brauchten Übereinstimmung über konkrete Schritte, die wir in der Zukunft unternehmen wollten. Er sehe das verabschiedete Dokument über Verteidigung als ein Mandat, als eine Anweisung für Aktion. Die Sowjetunion müsse zur Mäßigung angehalten werden. Die USA seien ganz klar auf Verhandlungen und Dialog mit der Sowjetunion festgelegt. Dies sei der Wille unserer Bevölkerungen, und auch der common sense spreche dafür. Verhandlungen und Rüstungskontrolle könnten aber die Notwendigkeit, eine militärisch starke Allianz aufrechtzuerhalten, nicht ersetzen. Nur wenn wir eine starke Verteidigungsfähigkeit unterhielten, schaffe das den Anreiz für die Sowjetunion, in ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten. Rüstungskontrolle könne aber nicht getrennt werden von der politischen Gesamtlage. Sie könne nicht in Isolierung entwickelt werden. Alle diplomatischen, politischen und ökonomischen Werkzeuge müßten benutzt werden, um sowjetische Zurückhaltung zu erreichen. Nur dann könne die Rüstungskontrolle Früchte tragen. Rüstungskontrollverträge müßten sorgfältig ausgehandelt und überwacht werden. Ihr Inhalt müsse ausgewogen und substantiell sein. Für die INF-Verhandlungen in Genf hätten die USA einen vollständigen Verzicht auf landgestützte Mittelstreckenwaffen vorgeschlagen.<sup>7</sup> Für MBFR sei ein neuer Vertragsentwurf ausgearbeitet.<sup>8</sup> Die USA wollten einen „gesunden“ KSZE-Prozeß fördern, zu dessen ausgewogenem Ergebnis das Mandat für eine KAE gehören sollte. Nur eine Rüstungskontrolle, die ohne Illusion betrieben werde und militärisch bedeutsame und verifizierbare Ergebnisse habe, mache den Frieden sicherer. Nun gehe es darum, daß die Öffentlichkeit unsere Vorschläge richtig und ganz verstehe. Seit Jahren seien die westlichen Länder die Protagonisten einer realistischen Rüstungskontrollpolitik. Es sei höchste Zeit, daß diese Tatsache bei uns selbst und in der Welt wirklich anerkannt werde. Die ganze Welt, besonders Länder wie Polen und Afghanistan, wüßten die Stärke der NATO zu würdigen. Viele erwarteten von uns Führerschaft und setzten ihre Hoffnung auf das westliche Bündnis. Andererseits sei auch die Allianz durch Ereignisse außerhalb des Bündnisgebietes betroffen. Einzelne Mitglieder der Allianz hätten deshalb schon Aktionen unternommen, aber es müsse noch mehr geschehen. Über diesen Fragenkomplex müsse im Bündnis konsultiert werden, wie man nämlich Ländern außerhalb des NATO-Gebietes individuell und kollektiv helfen könne. Wir müßten unsere Prinzipien verteidigen, nur dann könnten wir eine sicherere Welt für künftige Generationen schaffen. Das könne nur durch eine einige Allianz bewirkt werden, die auch entschlossen sei, einig zu bleiben.

<sup>6</sup> Zur Festlegung des Bündnisgebietes vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 151.

MP Mauroy (Frankreich)

Mauroy unterstrich die unveränderte Solidarität Frankreichs gegenüber dem Bündnis. Die Pflicht jedes Partners, zunächst für seine eigene Sicherheit Sorge zu tragen, stehe damit nicht im Widerspruch.

Die Entschlossenheit der Allianz zeige sich nicht darin, daß sie sich Krisen entziehen wolle, sondern darin, sich keinem Druck von außen zu unterwerfen. Ihre Stärke liege nicht nur in der Verteidigungsfähigkeit, sondern im Verteidigungswillen. Ihre Kohäsion sei in ihrer Vielfalt begründet.

Die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung sei unverändert gültig, die amerikanische Nukleargarantie weiterhin unverzichtbar. Die INF-Modernisierung werde sicherstellen, daß ein auf Europa begrenzter Nuklearkrieg nicht gedacht werden kann. Es gelte, in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es keinen billigen Frieden geben kann und daß die Abschreckung nicht Risiko, sondern Sicherheit bedeutet. An der Flexibilität der NATO-Doktrin müsse festgehalten werden, damit es nicht zur Selbstabschreckung komme.

Anschließend kritisierte Mauroy heftig das Verhalten der SU, besonders wegen Polen und Afghanistan; Moskau habe die Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> nicht verwirklicht. Zwischen West und Ost gebe es nichts Vergleichbares (aucune symétrie). Mauroy begrüßte den Beginn von START-Verhandlungen.<sup>10</sup>

Auf das Phänomen östlicher Propaganda zur Unterstützung der Friedensbewegungen im Westen eingehend, forderte er die Einräumung reziproker Möglichkeiten im Osten. Mauroy warnte aber davor, hinter jedem Konflikt in der Dritten Welt statt sozialer Spannungsursachen die Hand Moskaus zu sehen; wohl profitiere die SU aber von ausgebrochenen Konflikten.

MP Thatcher (GB)

Die Allianz müsse ihre Abschreckungskraft bewahren. In den vergangenen Wochen habe Großbritannien im Falkland-Konflikt die Hilfe echter Bundesgenossen feststellen können. Dabei seien die USA und die europäischen Partner vor eine sehr schwierige Wahl gestellt worden, aber sie hätten prinzipienfest gehandelt.

Die Allianz müsse sich in drei Bereichen an verändernde Umstände anpassen: Erstens gehe es um die immensen Kosten bei modernen Waffensystemen, zweitens um die Entwicklung außerhalb des Bündnisgebietes, drittens um Rüstungskontrolle und Abrüstung. Zum ersten Problembereich sei folgendes zu sagen:

Großbritannien versuche, durch eine dreiprozentige reale Steigerung des Verteidigungshaushalts den Kostenerhöhungen zu begegnen. Aber das reiche nicht aus. Es bestehe die Gefahr, daß die Verteidigungskraft der NATO auf diese Weise erodiert werde. Wir müßten unsere Ressourcen noch einmal überprüfen. Die Waffenfolgenergenerationen sollten die sowjetischen Waffenentwicklungen nicht zu nahe widerspiegeln.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>10</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187 und Dok. 228.

Unsere Industrien müßten wohl noch enger zusammenarbeiten. Auch die Arbeitsteilung sei ein Mittel. Die einzige Alternative wäre eine stärkere Abstützung auf die Kernwaffenkomponente. Das aber wollten unsere Bevölkerungen nicht. Wir brauchten deshalb neue und ausreichende konventionelle Kräfte, und wir müßten unseren Bevölkerungen klarmachen, daß dies seinen Preis fordere.

Zum zweiten Punkt: Afghanistan habe uns an das Problem der Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebiets erinnert. Dort könne man natürlich nicht das System der Abschreckung anwenden. Jeder einzelne Mitgliedstaat müsse da über die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nachdenken. Wir müßten die Gefahrenpunkte (trouble spots) herausfinden. An eine Revision des NATO-Vertrags denke niemand. Aber unsere Sicherheitspolitik bedürfe eines Innovationselements.

Zum dritten Bereich: Wie schon der französische Ministerpräsident dies getan habe, wolle sie die breite Unterstützung für Präsident Reagans Abrüstungsvorschläge feststellen. Wir müßten auch die sowjetischen Behauptungen zurückweisen, die USA strebte lediglich nach Überlegenheit. Unsere Regierungen müßten der Bevölkerung verständlich machen, daß diese Vorschläge wirklich darauf abzielten, Kernwaffen und die konventionellen Kräfte auf niedrigeres Niveau zu bringen, und zwar nicht auf unilaterale Weise.

Was die Ost-West-Beziehungen angehe, so unterstütze Großbritannien die fünf Punkte der Rede Reagans vom 9.5.1982.<sup>11</sup> Es komme auf unsere geschlossene Haltung an. Gleichzeitig müßten wir die Kommunikationslinien zur Sowjetunion offenhalten und die sowjetische Führung „unserem Denken aussetzen“.

Wegen der Entwicklung im Libanon<sup>12</sup> würden die Staats- und Regierungschefs zweifellos von der Presse mit Fragen überhäuft werden. Sie hoffe, daß Optionen für die Behandlung dieses Themas vor der Presse ausgearbeitet würden.

GS Luns

Er sei bereit, dazu nach Abstimmung im Rat sich vor der Presse zu äußern.<sup>13</sup>

MP Papandreou (GR)

Die Außenminister der Zehn hätten gestern einstimmig eine Erklärung verabschiedet<sup>14</sup>, die dem Rat der 16 vorgelegt werden sollte. Immerhin gehörten neun der Zehn den 16 an.

Spadolini (I)

Die Krisenherde Libanon, Iran/Irak<sup>15</sup> und Falkland zwingen uns zu sehr schwierigen Entscheidungen, die auch für unsere Kohäsion Bedeutung hätten.

<sup>11</sup> Zur Rede von Präsident Reagan in Eureka vgl. Dok. 142.

<sup>12</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 11. Juni 1982 über die NATO-Rats-tagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am Vortag: „Die NATO hat keine Libanon-Erklärung abgegeben, wie dies die Zehn am Vorabend des Gipfels getan haben. GS Luns erklärte aufgrund von ‚guide-lines‘ vor der Presse, daß die sich verschlechternde Lage im Libanon erörtert worden sei und bei allen Regierungen größte Besorgnis ausgelöst habe. Die einzelnen Regierungen würden in den dafür berufenen Gremien und bilateral ihren Einfluß zur Lösung des Konflikts geltend machen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 65; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88. Vgl. dazu ferner Dok. 178.

<sup>15</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

Im Blick auf die Krisenherde, die vor allem im Ost-West-Verhältnis eine Rolle spielten (Afghanistan, Polen) komme es darauf an, den Dialog mit der Sowjetunion weiterzuführen und koordinierte Signale an die Sowjetunion zu geben. Wir müßten unsere Verteidigung stärken, gleichzeitig Reagans Rüstungskontrollvorschläge unterstützen und die Sowjetunion in diese Richtung bringen. Das kommunistische Modell sei in der Krise. Der Gegensatz Moskau/Peking, die Unruhe in der östlichen Welt, die polnische Tragödie, die Schwierigkeiten der kommunistischen Parteien in Westeuropa, insbesondere in der PCI, seien Beispiele dafür. Die Attraktivität der Sowjetunion in der Dritten Welt lasse immer mehr nach.

Der Beginn der START-Verhandlungen verdiene unser aller Unterstützung. Der neue amerikanische Ansatz sei im Vergleich zu SALT<sup>16</sup> sehr bemerkenswert. Die USA zielten auf echte Reduzierungen. Es sei zu hoffen, daß es zu einem Treffen Breschnew/Reagan komme, das diese Verhandlungen fördere. Auch die Sondergeneralversammlung der UN<sup>17</sup> für Abrüstung könne einen stimulierenden Effekt haben. Wir brauchten noch mehr Einigkeit in der Allianz, noch mehr Schulterschuß mit den USA.

Spadolini würdigte abschließend den Eintritt Spaniens in die Allianz.<sup>18</sup>

MP Thoroddsen (Island)

Von den Kernwaffen gehe eine eminente Gefahr aus. Deshalb lasse sich die weitverbreitete Beunruhigung der Bevölkerung verstehen. Um so mehr komme es darauf an, Reagans Vorschläge zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu unterstützen.

Der Eintritt Spaniens in die NATO zeige die Vitalität des Bündnisses.

MP Balsemão (Portugal)

Wir wollen wünschen, daß die Rüstungskontrollverhandlungen zum Erfolg führen. Wir rängen mit dem Problem der sowjetischen Propaganda in unseren freien Gesellschaften. Das habe der französische Ministerpräsident sehr richtig dargestellt. Was die Ost-West-Beziehungen angehe, so hätten wir eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen. Man müsse sich aber fragen, ob das ausreiche. Es gebe das Nord-Süd-Problem. Welches sei da eigentlich die Politik der 16? Wie stünden wir zu China? Welchen Einfluß habe die amerikanische China-Politik<sup>19</sup> auf uns?

<sup>16</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197. Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>17</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 vgl. Dok. 215.

<sup>18</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>19</sup> Zu den Beziehungen der USA zur Republik China (Taiwan) und zur Volksrepublik China vgl. Dok. 107, Anm. 3.

Die Nord-Süd-Beziehungen seien ebenso wichtig wie die Ost-West-Beziehungen. Portugal sei bereit, in diesem Felde voll zu kooperieren. Er müsse allerdings auch konstatieren, daß manchmal den Nichtmitgliedern der Allianz mehr militärische Hilfe geleistet werde als den NATO-Mitgliedstaaten.

Frau Thatcher habe den Libanon erwähnt. Er frage sich, ob hier nicht wirkliche Arbeit geleistet werden müsse. Diese wichtige Frage dürfe auf diesem Gipfeltreffen nicht ausgeschlossen bleiben.

Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Politischen Direktoren in der Mittagpause den Text einer Presseerklärung für den GS vorbereiten würden.

MP Martens (Belgien)

Der MP begrüßte zunächst den Beitritt Spaniens zur Allianz, streifte die Polenfrage und führte zu Afghanistan folgendes aus:

Die Besetzung dieses Landes sei kostspielig. Die sowjetische Wirtschaft ächze unter ihren Lasten. Man könne nur hoffen, daß die sowjetische Führung den Fehler, den sie mit der Invasion Afghanistans<sup>20</sup> gemacht habe, eines Tages korrigieren wolle. Bis jetzt habe es den Anschein, daß sie weitgehend eine selektive Détente-Politik betrieben habe. Auch eine solche Politik sei vom westlichen Standpunkt aus nicht völlig negativ. Auch müsse man sehen, daß einige der sowjetischen Erfolge in der Dritten Welt flüchtiger Natur gewesen seien.

Für die Allianz komme es darauf an, daß der europäische Verteidigungsbeitrag erhalten bleibe und daß die Allianz am Doppelbeschluß der NATO festhalte. Zur KSZE müsse man immer wieder den psychologischen Effekt betonen, den die Schlußakte auf die osteuropäischen Bevölkerungen gehabt habe und habe. Tapfere Bürger dieser Staaten beriefen sich auf die Schlußakte. Sie gebe ihnen die Kraft durchzuhalten.

Die belgische Regierung sei ganz auf der Seite der amerikanischen Vorschläge, wie sie in den Reden Reagans vom 18.11.1981<sup>21</sup> und vom 9.5.1982 und in der Rede Haigs vom 6.4.1982<sup>22</sup> ihren Niederschlag gefunden hätten. Hier sei ein kühner und ideenreicher (imaginative) Dialog über Rüstungskontrolle in Gang gesetzt.

Die Verabschiedung der drei Dokumente zeige die Vitalität der Allianz.

3) Bei Beginn der Nachmittagssitzung verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs die von den 16 Direktoren vorgeschlagene Sprachregelung für den GS zu Libanon:

„Die Staats- und Regierungschefs haben das Thema Libanon im Rahmen ihres weltpolitischen Tour d'horizon diskutiert. Alle Regierungen sind über die Verschlechterung der Lage im Libanon äußerst besorgt.

<sup>20</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „7.4.1982“.

Der amerikanische Außenminister Haig bekräftigte am 6. April 1982 vor der Georgetown-Universität in Washington die Grundlagen der amerikanischen Abschreckungsstrategie, betonte aber auch die Bereitschaft der USA zur vertraglich vereinbarten Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2062, S. 31–34. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 231–238.

Auf Anfrage: Die NATO als solche kann sich mit diesem Problem nicht beschäftigen. Die einzelnen Regierungen werden andere Fora (VN, EPZ, bilaterale Beziehungen) dazu benutzen, um ihren Einfluß geltend zu machen.“<sup>23</sup>

4) Aus den Erklärungen am Nachmittag:

Ausführungen von Bundeskanzler Schmidt

Die Diskussionsbeiträge vom Vormittag haben klargemacht, daß nach unserer Auffassung die Sowjetunion und die sozialistischen Regimes in Osteuropa nicht in der Lage sind, auf die Herausforderung unserer Zeit (auch in wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen sowie im internationalen Kontext) haltbare und konstruktive Antworten zu geben. Sie halten an ihren überkommenen Methoden, insbesondere Zentralismus und Militärmaschinerie, fest.

Der Westen findet auf der Grundlage seiner vielfältigen und der frei wirkenden Kräfte Antworten auf die Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen. Damit sind aber oft auch Schwächen im Verhältnis zu der von Stabilität und Kontinuität des Systems begründeten sowjetischen Politik verbunden.

Die Konsultationen im Bündnis und zwischen den Verbündeten sind oft schwierig. Je besser sie geführt werden, je tiefer sie greifen, um so größer wird die Möglichkeit sein, daß die Allianz Stabilität und Kontinuität bei der Verfolgung der gemeinsamen Ziele erhalten kann.

Der kanadische Ministerpräsident Trudeau hat bei seiner Rede in der feierlichen Eröffnungssitzung auch die öffentliche Debatte über Strategiefragen angesprochen.<sup>24</sup> Wir halten, wie wir wieder festgestellt haben, an unserer Strategie der Abschreckung und der flexiblen Reaktion fest. Kontinuität darf aber nicht Blindheit bedeuten. Er – der Bundeskanzler – habe die öffentliche Debatte über die „grand strategy“ und über die militärische Strategie genau verfolgt, die in den letzten Monaten vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch z. T. bei uns geführt worden ist. Er erinnere daran, daß mit der Veröffentlichung des Buches „Uncertain Trumpet“<sup>25</sup> im Jahre 1959 (General Taylor) die Revision der Strategie der massiven Vergeltung<sup>26</sup> und des politischen roll-back eingeleitet

<sup>23</sup> Dieser Teil der Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer abgezeichnet.

<sup>24</sup> Am 11. Juni 1982 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler die Rede des Ministerpräsidenten Trudeau bei der Eröffnungssitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am Vortag: „PM Trudeau stellte fest, daß die SU eine Supermacht nur wegen ihrer militärischen Macht sei. Daher gehe es im Verhältnis zu ihr vor allem – und ohne jedes Junktim – um Rüstungskontrolle. Wettrüsten oder gar der Versuch, die SU sich totzurüsten zu lassen, wäre hingegen eine ‚ver zweifelte Lösung‘ des Sicherheitsproblems. Trudeau rief nach einem Neubeginn der Ost-West-Beziehungen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 65; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>25</sup> Vgl. dazu MAXWELL D. TAYLOR, *The Uncertain Trumpet*, New York 1959.

<sup>26</sup> Der NATO-Ministerrat verabschiedete am 13. Dezember 1956 in Paris eine Direktive an die Militärbehörden mit der Aufforderung, die NATO-Verteidigungsplanung zu überarbeiten. Vgl. dazu NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 275.

In Ausführung dieser Direktive legte der Militärausschuß der NATO den Bericht MC 14/2 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) vor, mit dem sich die NATO-Ministerratstagung am 2./3. Mai 1957 in Bonn befaßte und der nach Billigung am 23. Mai 1957 in Kraft trat. Die darin entwickelte nukleare Verteidigungsstrategie der „massive retaliation“ ging davon aus, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften begegnet werden könne und eine Einnahme des europäischen Territoriums durch den Gegner mit konventionellen NATO-Streitkräften allein nicht zu verhindern wäre. Daher müsse die NATO zum sofortigen Einsatz ihres strategischen und taktischen Atomwaffenpotentials fähig und bereit sein. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 277–313.

worden sei. Von dort habe der Weg zur Verabschiedung der Strategie der flexiblen Reaktion (MC 14/3)<sup>27</sup> und im Bereich der „grand strategy“ zu den Grundsätzen des Harmel-Berichts<sup>28</sup> geführt.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen und fachlichen Debatte sei es vielleicht zweckmäßig, ein Forum zu sachgerechten Debatten aller Fragen der Strategie zu schaffen.

In den letzten 15 bis 20 Jahren habe es zwei große Debatten über Strategiefragen gegeben. Heute werde die Lage durch die nuklearstrategische Parität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestimmt. Es sei ganz natürlich, daß vor diesem Hintergrund die Forderung nach wirksamer konventioneller Abschreckung erhoben würde. Wir brauchen mehr konventionelle Kräfte.

Wenn man über die Folgerungen aus diesem Problem für die „grand strategy“ nachdenke, so sei es sicherlich richtig, dafür einen längeren Zeitraum ins Auge zu fassen. Aber von dieser Diskussion könne eine beruhigende Wirkung auf die Öffentlichkeit ausgehen. In vielen Bereichen würde mit unbegründeten Kritiken Unsicherheit geschaffen.

Bezugnehmend auf die Notwendigkeit einer ausreichenden konventionellen Stärke, stellte der Bundeskanzler fest, daß die Bundesrepublik Deutschland vor vier Wochen über die schon assignierten 36 Heeresbrigaden hinaus sechs weitere Brigaden der NATO zur Verfügung gestellt habe, für deren vollen Einsatz auf Reservisten zurückgegriffen werde.<sup>29</sup> Das gelte auch für das bedeutende Abkommen mit den Vereinigten Staaten zur Unterstützung von sechs Divisionen der amerikanischen Verstärkungstreitkräfte, wofür die Bundeswehr über 90 000 Reservisten bereitstelle.

Mit diesen beiden Maßnahmen werde die konventionelle Fähigkeit in Europa erheblich verbessert. Deutschland leiste diesen großen Beitrag, weil es auf die Wehrpflicht sich abstütze und daher über ausgebildete Reservisten verfüge.

Der Bundeskanzler wandte sich dann der Frage zu, wie man auf die Sowjetunion Einfluß nehmen könne. Er stimmt dem kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau zu, wenn dieser darauf hinweise, daß man ungeachtet der großen wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion und ihrer Satelliten nicht auf den Zusammenbruch des sowjetischen Systems rechnen dürfe.

Die Sowjetunion habe in relativ kurzer Zeit militärischen Gleichstand mit den Vereinigten Staaten erreicht. Das Gespräch mit der Sowjetunion sei notwendig. Er ermutige den amerikanischen Präsidenten zu Treffen mit Breschnew. Von solchen Begegnungen dürfe man keine unmittelbaren konkreten Ergebnisse erwarten. Aber Einflüsse werden über die persönlichen Kontakte, die über mehrere Jahre hinweg gepflegt werden, stattfinden können. In den letzten zwölf Monaten habe er Breschnew<sup>30</sup>, Honecker<sup>31</sup> und Kádár<sup>32</sup> gesprochen. Er habe

<sup>27</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>29</sup> Zur Einführung der Heeresstruktur 4 bei der Bundeswehr vgl. Dok. 150, Anm. 20.

<sup>30</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

allen gesagt, daß die Mittelstreckenraketen in Europa aufgestellt werden, wenn es nicht zu einem konstruktiven Abkommen über INF kommt.

Ost-Europa, d. h. die Völker in Osteuropa, sehnen sich nach eigener Identität, nach einer Identität, die ihrem historischen und kulturellen Wesen entspricht. Deshalb sind sie an echter Entspannung interessiert. Es wäre kontraproduktiv, sie noch weiter in die Arme der Sowjetunion zu treiben.

Der Bundeskanzler unterstützte das Abrüstungs- und Rüstungsprogramm, das in dem „Programm für Frieden in Freiheit“ von der Allianz auf dieser Gipfelkonferenz verabschiedet worden ist. Er wiederholt das Engagement hinsichtlich der Modernisierung der Mittelstreckenraketen und stellt fest, daß die Bundesrepublik in dieser Frage nicht allein bleiben dürfe.

Im Anschluß daran legt der Bundeskanzler die strategische Bedeutung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen in unseren Ländern dar, eine Bedeutung, die in ideologischer und budgetärer sowie verteidigungspolitischer Hinsicht gegeben sei. Die Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise genieße eine hohe Priorität.

Erklärung des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner

Nach den einleitenden Bemerkungen mit dem Dank an das gastgebende Land und der Begrüßung Spaniens als neues Mitgliedsland wandte sich Ministerpräsident Werner den Fragen zu, die mit der aktiven sowjetischen Propaganda innerhalb unserer Öffentlichkeit aufgeworfen sind und die sich u. a. auf den Verteidigungswillen und auf konkrete Projekte konzentrierten.

Ministerpräsident Werner führte aus, wie notwendig es sei, die Bemühungen um die Rückgewinnung der wirtschaftlichen Stabilität und die außen- und sicherheitspolitischen Bemühungen in einem Zusammenhang zu sehen. Er unterstrich die Notwendigkeit der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu gewährleisten. In seinen abschließenden Bemerkungen behandelte er, wie schon die Vorredner, den Rüstungskontroll- und Abrüstungs-„Pakt“ der westlichen Allianz.

Erklärung des spanischen Ministerpräsidenten Calvo-Sotelo

Nach dem Dank an das gastgebende Land zitierte Ministerpräsident Calvo-Sotelo den Ausspruch eines Mönches aus dem Mittelalter, der empfohlen habe, in einem Konsistorium, in das man gewählt wurde oder eingetreten sei, nicht bei der Sitzung zu sprechen, in der man zum ersten Mal teilnimmt. Er wolle sich aber kurz fassen.

Spanien, so erklärte der Ministerpräsident, nimmt in jeder Beziehung und an allen Elementen des Bündnisses teil, auch an der kollektiven Verteidigung. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und da noch nicht die Einzelheiten der Mitwirkung ausgearbeitet seien, habe er sich nur mit dem Verteidigungsdokument assoziieren können.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 939*

<sup>31</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>32</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27. April 1982 vgl. Dok. 128.

Spanien werde bei den Verhandlungen über die Integrierung in die Allianz die Position Portugals in Rechnung stellen.<sup>33</sup>

Die Modernisierung der spanischen Streitkräfte werde im Mittelpunkt des Beitritts Spaniens zum Bündnis stehen. Damit werde dieser Beitritt auch nützlich für das Bündnis werden.

Erklärung des niederländischen Ministerpräsidenten und amtierenden Außenministers van Agt

Nach Dank an das gastgebende Land und Willkommensgruß an Spanien behandelte der niederländische Ministerpräsident eine Reihe von aktuellen Fragen des Atlantischen Bündnisses:

Die Allianz sei 30 Jahre „jung“. Wir hätten eine Reihe von Differenzen, aber diese wögen gering im Verhältnis zu der großen Zahl der bestehenden Bindungen zwischen den teilnehmenden Ländern – gelegentlich würden die Differenzen überbetont.

Die Niederlande werden weiterhin Großbritannien in der Falkland-Krise auf der Grundlage der VN-Resolution 502<sup>34</sup> unterstützen. Man dürfe die Außenpolitik nicht auf Illusionen gründen. Die Sowjetunion habe in Afghanistan und mit ihrer Haltung in der Polen-Krise gezeigt, daß sie an ihren Zielen festhalte, auch wenn sie mit schwierigen Problemen zu ringen habe. Die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen auf der Harmel-Grundlage (Verteidigung und Verhandlungen) sei richtig, aber man müsse bei der Handhabung dieser Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen und Kredit-Bereich, darauf achten, eine bestimmte Größenordnung nicht zu überschreiten. Es dürften keine Abhängigkeiten entstehen.

Der Ministerpräsident assoziierte sich dann mit dem Rüstungskontroll- und Abrüstungspaket, das von den Vereinigten Staaten und jetzt von der Allianz zusammen verabschiedet worden sei. Die Allianz sei nicht nur das Rückgrat für die Sicherheit aller beteiligten Staaten, sondern auch das Rückgrat der Stabilität in der Welt, wenn sie erreicht werden könne. Im Verlauf seiner Ausführungen äußerte sich van Agt positiv zu den Anregungen des Bundeskanzlers bezüglich der Strategiedebatte.

Erklärung des norwegischen Ministerpräsidenten Willoch

Nach dem Dank an das gastgebende Land behandelte der norwegische Ministerpräsident Fragen der Ost-West-Beziehungen sowie der weltwirtschaftlichen Entwicklung:

Er unterstützte ein ausgewogenes Herangehen an die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses auf der Grundlage des Harmel-Berichts. Er arbeitete die besondere Bedeutung der Schlußakte von Helsinki als Element westlicher Politik gegenüber Osteuropa heraus und unterstrich die Notwendigkeit der Stärkung der konventionellen Verteidigung. Man muß den möglichen Aggressor mit einem hohen Risiko konfrontieren, schon im konventionellen Bereich, um so auch das Risiko des nuklearen Konflikts einzudämmen.

<sup>33</sup> Zur portugiesischen Haltung zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 131, Anm. 25.

<sup>34</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

Er unterstützte die westlichen Rüstungskontroll-Initiativen und ging auch auf die inzwischen eröffnete 2. Sonder-Generalversammlung für Abrüstungsfragen ein (chemische Waffen und vollständiger Testban-Vertrag). Schließlich führte er aus, daß auch die Politik gegenüber den sich entwickelnden Ländern der Dritten Welt Bedeutung für unsere Sicherheit habe.

Ministerpräsident Willoch betonte bei seinen Ausführungen zur wirtschaftlichen Krise, daß Norwegen aufgrund der neuen Gasfunde in der Lage und bereit sei, seine Gaslieferungen an die europäischen Partner aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Dies sei aber nur möglich, wenn zuverlässige Absprachen über die Schaffung entsprechender Abbaueinrichtungen herbeigeführt würden. Er schloß seinen Beitrag mit dem Appell zum Zusammenhalt.

Erklärung des dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen

In seiner einleitenden Bemerkung dankte er der Bundesregierung in Bonn für die Gastfreundschaft und äußerte Befriedigung über den Beitritt Spaniens zur Allianz und den Weg zur Demokratie, den das Land eingeschlagen habe. In diesem Sommer gebe es, so fuhr er fort, eine Reihe von Begegnungen auf hoher und höchster Ebene: Wirtschaftsgipfel in Versailles, NATO-Gipfel in Bonn, Europäischer Gipfel in Brüssel<sup>35</sup>, Ende Juni Sonder-Generalversammlung für Abrüstung in New York. Diese Dichte der Konsultationen auf hoher und höchster Ebene manifestiere das Ringen um wirksame und glaubwürdige Antworten zur kritischen Wirtschaftslage und zur kritischen Sicherheitslage.

In bezug auf die Sicherheit betonte Jørgensen die Sorge, die sich unter den Menschen ausbreite, daß nämlich die Waffen, die zu Schutz und Förderung der Sicherheit gebraucht würden, zu einem Unsicherheitsfaktor werden. Es sei zwingend notwendig, den Rüstungswetlauf zu beenden. Friedensdemonstrationen gebe es nicht nur im Westen, sondern auch auf der anderen Seite. Auch die Intervention in Afghanistan und die sowjetische Handhabung der Polen-Krise dürfe uns nicht von dem Ringen um Abrüstung und Rüstungskontrolle abbringen. Es gilt darüber hinaus, in unseren Völkern den Willen zur Freiheit und den Willen zur Verteidigung zu stärken, aber die Spirale des Rüstungswetlaufs könne diese grundsätzliche Bereitschaft zerstören. Jørgensen behandelte dann positiv die Abrüstungsinitiativen des amerikanischen Präsidenten und empfahl dem amerikanischen Präsidenten, mit Breschnew zusammenzutreffen, um eine Vertrauensbasis und gegenseitiges Verstehen herzustellen. Nur auf diesem Wege gebe es die Möglichkeit für die Menschheit zu überleben. Jørgensen behandelte dann kritisch die Sanktionspolitik. Eine solche Politik könnte man nur in ganz wenigen Fragen wirksam betreiben. Schließlich ging Ministerpräsident Jørgensen auf die Frage der Stationierung von Nuklearwaffen und die Bildung von KWFZ<sup>36</sup> ein. In Dänemark und den nordischen Staaten seien keine Nuklearwaffen gelagert. Die dänische Regierung habe nicht die Absicht, den jetzigen Zustand zu verändern. Wenn man nuklearfreie Zonen schaffen wolle, müsse es sich um Zonen handeln, in denen jetzt Nuklearwaffen seien, aber nicht um Bereiche, in denen sich die Frage nicht stelle. Schließlich identifizierte Minister-

<sup>35</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>36</sup> Ministerpräsident Nordli äußerte sich am 1. Januar 1981 zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nord- und Mitteleuropa. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 5 und Dok. 20.

Zum sowjetischen Vorschlag für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 101, Anm. 33.

präsident Jørgensen sein Land in vollem Umfang mit dem Nordatlantischen Bündnis und den Partnern des Westens. Er appellierte an alle: Wir müssen eine Lösung für das Problem der Nuklearwaffen finden. Er unterstützte auch die Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen des Westens.

#### Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten Ulusu

Der türkische Ministerpräsident behandelte auf der Linie der meisten Vorredner die Fragen der Verteidigungsanstrengung und des Dialogs mit der Sowjetunion. Dann ging er auf die sowjetische Propaganda zugunsten einseitiger Abrüstung ein und auf die westliche Strategie der Abschreckung und der Verteidigung. Es sei erstaunlich, so der Ministerpräsident, daß ein Land wie die Sowjetunion, das gerade vor zwei Jahren in Afghanistan eingefallen sei und außerdem Polen bedrohe und unter Druck setze, eine solche Propaganda in den westlichen Ländern führen könne, wie das der Fall sei. Bei der Allianz handele es sich um ein defensives Bündnis, ein Bündnis das zu einem aktiven und konstruktiven Dialog mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern bereit sei. Beides müsse aufrechterhalten werden, ebenso die transatlantische Partnerschaft.

Bei Rüstungskontroll-Abmachungen, insbesondere solchen, die sich auf Europa konzentrieren, müsse er aus türkischer Sicht auf die Notwendigkeit hinweisen, die Flanken-Gesichtspunkte nicht zu vernachlässigen.

Der Ministerpräsident schilderte dann die große strategische Bedeutung der Südflanke angesichts der labilen, konfliktreichen Lage im Osten, zuletzt im Libanon. Es sei wichtig, die Südflanke stark zu halten. Er warnte vor den Gefahren der Ausweitung des irakisch-iranischen Konflikts<sup>37</sup>. Selbst in den gemäßigten arabischen Staaten hätten sich anti-westliche Trends herangebildet. Die Lage im Nahen und Mittleren Osten sei im höchsten Maße gefährlich.

Die Solidarität der Türken mit dem Bündnis erfordere auch eine Solidarität des Bündnisses und der Bündnispartner mit der Türkei. Der Ministerpräsident gab dann noch einmal das Programm zur Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei bekannt.<sup>38</sup> Es sei beabsichtigt, 1983, evtl. 1984 diese wieder einzuführen. Schließlich wies er auf den Terrorismus und dessen Bekämpfung hin.<sup>39</sup>

#### Erklärung des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou

Der griechische Ministerpräsident Papandreou gab nach dem Dank an die Bundesregierung für die Ausführung des Gipfels seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Zeit nicht zu einer vertieften Diskussion reiche. Man möge für eine neue Konferenz dieser Art mehr Zeit planen. Er behandelte dann die Lage der Sowjetunion und die westlichen Rüstungskontroll-Vorschläge und führte aus, daß in dem Bewußtsein vieler Menschen die Furcht vor dem Krieg zugenommen habe. Er warnte vor der Annahme, daß man einen nuklearen Konflikt

<sup>37</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

<sup>38</sup> Zur Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei vgl. Dok. 160.

<sup>39</sup> Am 14. Juni 1982 notierte Ministerialdirigent Zeller, Ministerpräsident Ulusu habe Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 die Lage in der Türkei vor der Machtübernahme durch das Militär geschildert: „Ulusu erwähnt in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit der SU. 800 000 Feuerwaffen seien in das Land auf geheimen Wegen, u. a. aus Bulgarien, aber auch aus Syrien und einige auch über die griechischen Inseln eingeführt worden. Die Institutionen des Landes seien zerstört gewesen, ja die Polizei sogar in sich gespalten.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

begrenzen könne, und unterstrich die Notwendigkeit zu Verhandlungen. Indem er einen Gedanken des französischen Ministerpräsidenten Mauroy aufnahm, betonte er die Notwendigkeit sozialen und wirtschaftspolitischen Wechsels in seinem Land, um das Land widerstandsfähig zu machen.

Er sprach sich für die Unterstützung echter Blockfreiheit in der Dritten Welt aus und wies darauf hin, daß bezüglich der Libanon-Krise eine Erklärung der europäischen Außenminister verabschiedet worden war. Er bedauerte, daß diese Erklärung nicht von allen Mitgliedstaaten der Allianz übernommen wurde.

Auf das griechisch-türkische Verhältnis eingehend, erklärte Papandreou, daß eine Lösung der griechisch-türkischen Probleme für beide Länder hilfreich und für das Bündnis günstig wäre. Er wolle keine Rede über die fehlende Demokratie in der Türkei halten. Griechenland habe selbst Erfahrungen<sup>40</sup> damit gemacht, aber er könne sagen, daß eine Moratoriumserklärung<sup>41</sup> das Klima für Verhandlungen erheblich verbessern werde. Das würde bedeuten, daß für die Zeit der Verhandlungen von keiner Seite eine einseitige Aktion unternommen werde. Man brauche eine Zeit des Friedens, um Verhandlungen führen zu können. Griechenland müsse sehr viel für die Verteidigung aufwenden<sup>42</sup>, 6,5 Prozent des Bruttosozialprodukts, weil „wir uns nicht sicher fühlen“. Er wolle auch auf das Zypern-Problem hinweisen, wo Großbritannien, Türkei und Griechenland Garantiemächte seien.<sup>43</sup> „Wir alle haben diese Aufgabe nicht erfüllt.“

Der türkische Ministerpräsident begrüßte die griechische Bereitschaft zu Verhandlungen und bestätigte die türkische positive Haltung dazu.

Abschließende Erklärung des amerikanischen Präsidenten

Der amerikanische Präsident nahm am Schluß noch einmal das Wort und sagte folgendes:

Wenn wir an das Thema der Sowjetunion herangehen und wenn wir die Ost-West-Beziehungen gestalten und Rüstungskontrolle bzw. Abrüstungsgespräche führen wollen, dann müssen wir immer an die Folgen des Handelns denken. Wir müssen an die nach uns kommenden Generationen denken und uns fragen, in welche Situation sie gestellt werden durch unser Handeln.

Die Sowjetunion hat sich mit einem Ring von Satelliten-Staaten umgeben, die ihrer Selbstbestimmung beraubt sind: Litauen, Estland, Lettland; ja auch in der Ukraine und in Weißrußland sind die Menschen unglücklich. Die Sowjetunion war verpflichtet, überall freie Wahlen stattfinden zu lassen – sie hat es nicht getan.<sup>44</sup>

<sup>40</sup> Zur Militärdiktatur in Griechenland vgl. Dok. 159, Anm. 35.

<sup>41</sup> Zur Absicht des Ministerpräsidenten Papandreou, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern, vgl. Dok. 56, Anm. 43.

<sup>42</sup> Korrigiert aus: „anwenden“.

<sup>43</sup> Auf den Konferenzen von Zürich (5. bis 11. Februar 1959) und London (17. bis 19. Februar 1959) wurde eine Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. Der dabei ausgearbeitete Garantievertrag über die Unabhängigkeit Zyperns und der Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei wurden am 16. August 1960 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 382, S. 3–7, bzw. UNTS, Bd. 397, S. 287–295.

<sup>44</sup> Vgl. dazu die Erklärung über das befreite Europa im Kommuniqué der Konferenz der Regierungschefs der drei alliierten Mächte vom 4. bis 11. Februar 1945 auf der Krim; FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 971–973. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 186 f.

Nun haben wir die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion entwickelt. Wir, die Amerikaner, haben geholfen, das Lastkraftwagenwerk in der Kama zu errichten. Wir haben Garantien bekommen, daß die Lkw nicht für militärische Zwecke eingesetzt werden, aber sie fahren die Versorgung für die sowjetische Armee nach Afghanistan. Sie haben sich unserer Technologien bemächtigt, gestohlen, gekauft, in Drittländern erworben. Damit haben sie ihre Raketen errichtet. Heute sieht sich die Sowjetunion in ihrer wirtschaftlich schlimmsten Krise. Sie müssen sogar ihren eigenen Kommunisten den Gürtel enger schnallen und können ihnen nicht mehr ihre privilegierten Konsumgüter zur Verfügung stellen.

Natürlich wollen wir nicht zum Kalten Krieg zurückkehren, aber die Sowjetunion hat eine ungeheuerliche Kriegsmaschinerie aufgebaut und sie hat eine offensive Strategie. In einem Konfliktfall werde die Sowjetunion die 16 lebenswichtigen Meeresengen blockieren und damit unsere Seewege lahmlegen.

Ich glaube an Verhandlungen, aber die Sowjetunion hat die Freiheit anderer Völker unterdrückt: 1968 in der Tschechoslowakei<sup>45</sup>, 1956 in Ungarn<sup>46</sup>, 1953 in Berlin<sup>47</sup>. Die Sowjetunion betreibt eine Expansionspolitik. Sie hat die Entspannung zu unseren Lasten und ihrem Vorteil ausgenutzt.

Wir sprechen über Kredite.<sup>48</sup> Sie werden diese Kredite nicht zurückzahlen. Damit bringen sie Chaos in unsere Wirtschaft, wann immer sie wollen.

Ich schlage vor, daß wir in Ruhe und Abgeschlossenheit mit ihnen reden und ihnen sagen, daß wir erwarten, daß sie dies und jenes tun, und daß dies günstige Folgen haben wird. Ich kann nicht verstehen, wenn sie darauf nicht eingehen, denn sie wissen doch, daß ihr System nichts taugt. Wir wissen doch, daß die Entspannungszeit genutzt, um Bomben gegen uns zu bauen, um die Waffen zu bauen, mit denen sie uns besiegen wollen. Ist nicht die Zeit gekommen zu handeln, und sind es nicht wir, die handeln müssen?

Ich habe, als ich im Krankenhaus lag, einen handgeschriebenen Brief an Breschnew gerichtet und vorgeschlagen, daß sich nicht nur die Regierungen treffen sollten, sondern auch die Menschen aus beiden Staaten sollten sich treffen.<sup>49</sup> Sie sollten zueinander reisen können, sie sollten ausreisen können, um so zu leben, wie sie wollen.

Was für eine Antwort habe ich bekommen? Mit einem Stempel vom Politbüro – Klischee.

<sup>45</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>46</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>47</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

<sup>48</sup> Zur Frage von Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel vgl. Dok. 161.

<sup>49</sup> Bei seinen Ausführungen vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington zitierte Präsident Reagan aus einem Schreiben vom April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654f.

Ich schlage vor, daß wir in Ruhe und Abgeschlossenheit mit ihnen reden und ihnen vorschlagen, was zu tun ist, und daß sie dafür belohnt werden.

„They may not be fighting with us but they are at war with us.“

Der Generalsekretär nahm den Gedanken des Ministerpräsidenten Papandreou auf, bei Gipfelbegegnungen möglichst viel Zeit zur Diskussion zu haben. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau unterbrach und wies darauf hin, daß er dies schon 1974 vor dem Gipfel in Ottawa<sup>50</sup> vorgeschlagen habe. Übereinstimmend wurde gleichzeitig festgestellt, daß Gipfelbegegnungen dieser Art mit viel Zeit für freie Diskussion noch nützlicher seien.<sup>51</sup>

Pfeffer  
[gez.] Wieck

**VS-Bd. 14107 (010)**

180

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

**VS-NfD**

**Aufgabe: 11. Juni 1982, 15.03 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 63 Ortez**

Zum Wirtschaftsgipfel Versailles

I. Zusammenfassung und allgemeine Bewertung

1) Der Wirtschaftsgipfel in Versailles (4. bis 6.6.1982) war das achte Treffen dieser Art und zugleich der Beginn einer neuen Serie von sieben Gipfelkonferenzen. Neben den Staats- und Regierungschefs von CDN<sup>2</sup>, D<sup>3</sup>, F<sup>4</sup>, GB<sup>5</sup>, I<sup>6</sup>, JAP<sup>7</sup> und USA<sup>8</sup> war die EG sowohl durch den Kommissionspräsidenten<sup>9</sup> als auch durch die belgische Präsidentschaft<sup>10</sup> vertreten. Wie in den vergangenen Jahren

<sup>50</sup> In Ottawa fand am 18./19. Juni 1974 eine NATO-Ministerratstagung statt. Die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs wurde am 26. Juni 1974 in Brüssel abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 183 und Dok. 191.

<sup>51</sup> Dieser Teil der Aufzeichnung wurde von Botschafter Wieck, z. Z. Bonn, abgezeichnet.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Karkow konzipiert.

<sup>2</sup> Pierre Elliot Trudeau.

<sup>3</sup> Helmut Schmidt.

<sup>4</sup> François Mitterrand.

<sup>5</sup> Margaret Thatcher.

<sup>6</sup> Giovanni Spadolini.

<sup>7</sup> Zenko Suzuki.

<sup>8</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>9</sup> Gaston Thorn.

<sup>10</sup> Wilfried Martens.

wurden vor allem weltwirtschaftliche Probleme, daneben aber auch aktuelle politische Fragen erörtert. Der Gipfel war von der sich zuspitzenden Falkland-Krise und den Einmarsch Israels in den Libanon<sup>11</sup> am letzten Konferenztag überschattet.

Erneut wurde das Bemühen aller Beteiligten um die Erhaltung der auf gemeinsamer Verantwortung und dem Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit beruhenden Solidarität der Gipfelländer deutlich. Es fand in der Übereinstimmung über Grundlinien Ausdruck, die zu weltwirtschaftlichen Kernfragen in der Schlußerklärung<sup>12</sup> niedergelegt worden sind.

Unbeschadet der Gemeinsamkeit in Grundhaltungen und Zielsetzungen war die Aussprache im wirtschaftlichen Bereich von Differenzen zwischen den USA und den übrigen Teilnehmern über den in Einzelfragen einzuschlagenden Weg geprägt (insbesondere: Stabilisierung der Wechselkurse durch Intervention auf den Devisenmärkten, Aufnahme Globaler Verhandlungen im Nord-Süd-Zusammenhang und Kreditpolitik gegenüber der SU und den osteuropäischen Ländern). Indessen stand auch hierbei auf allen Seiten das Bestreben im Vordergrund, kontroverse Standpunkte zu überwinden oder zumindest im Wege des Kompromisses zu überbrücken.

Als wesentliche Ergebnisse des Gipfels sind hervorzuheben:

- eine Reihe von Verpflichtungen zur Zusammenarbeit für eine konstruktive und geordnete Entwicklung des Weltwährungssystems (niedergelegt in der besonderen Erklärung am Schluß des Kommuniqués),
- ein erneutes klares Bekenntnis zum offenen Welthandelssystem,
- die gemeinsame positive Aussage zur baldigen Aufnahme der Globalen Verhandlungen,
- die Einigung auf einen Kompromiß in der Frage der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und die dadurch erreichte Entschärfung dieser Problematik.

2) Wir bewerten dieses – nicht zuletzt auch dank einer intensiven sachlichen Vorbereitung der Gipfelthematik und zahlreicher Beiträge des BK und des BM erzielte – Ergebnis positiv. Die Einrichtung des Wirtschaftsgipfels hat sich erneut als ein Instrument bewährt, das durch die Ausübung eines heilsamen Zwanges zur Einigung in der Lage ist, die sieben Gipfelländer trotz zwischen ihnen bestehender Meinungsunterschiede auf für alle Beteiligten akzeptable Positionen zusammenzuführen. Das bisher überwiegend eher kritische Medien-echo wird diesem Aspekt nicht oder nicht ausreichend gerecht.

3) Der politische Meinungsaustausch hat nicht zuletzt nicht nur zu einer weiteren Vertiefung der engen und vertraulichen Kontakte unter den Staats- und Regierungschefs sowie den AM<sup>13</sup> beigetragen, sondern auch gute Orientierungen für die Beratungen des Bonner Treffens der Staats- und Regierungschefs des

<sup>11</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles und der Erklärung über Verpflichtungen im Währungsbereich vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>13</sup> Claude Cheysson (Frankreich), Emilio Colombo (Italien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Alexander M. Haig (USA), Mark MacGuigan (Kanada), Francis Pym (Großbritannien), Yoshio Sakurachi (Japan).

Atlantischen Bündnisses<sup>14</sup> gegeben. BK hat die Nützlichkeit von Versailles für den NATO-Gipfel besonders unterstrichen: Potentielle Streitpunkte seien aus dem Wege geräumt und die Übereinstimmung über die Grundphilosophie des Bündnisses (Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur Abschreckung und Verteidigung und auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts: Dialog und Verhandlungsbereitschaft) sei bestätigt worden.

4) Der Rahmen von Versailles, von F mit großem Einsatz und ausgesuchter Gastlichkeit genutzt (BK: „von niemanden auf der Welt nachzuahmen“), begünstigte den guten Ablauf der Konferenz.

5) Der nächste Wirtschaftsgipfel wird in den USA stattfinden (Ort und Termin noch offen).<sup>15</sup>

## II. Zu den wirtschaftlichen Themen im einzelnen

### 1) Wirtschafts- und währungspolitische Fragen

Über die Einschätzung der Weltwirtschaftslage bestand auf der Grundlage eines einführenden Vortrags des Bundeskanzlers, der sich an seiner Rede vor dem Hamburger Übersee-Club vom 5.4.1982, vgl. Bulletin Nr. 33, S. 265, vom 8.4.1982<sup>16</sup>, orientierte, volle Übereinstimmung.

Alle Teilnehmer waren sich auch darin einig, daß Vollbeschäftigung, Preisstabilität und nachhaltiges, ausgewogenes Wachstum nur durch eine gemeinsame Strategie erreichbar sind. Diese Strategie schreibt die auf den letzten Gipfeln erarbeitete gemeinsame wirtschaftspolitische Grundlinie der Sieben fort (Förderung der produktiven Investitionen und des technischen Fortschritts sowie gemeinsamer anhaltender Kampf gegen die Inflation).

Im Hinblick auf die „unerträglich“ hohen Zinssätze (und hier besonders die amerikanischen Zinsen) wird wie in Ottawa<sup>17</sup> die Notwendigkeit der internationalen Rücksichtnahme bei der Verfolgung nationaler Politiken und insbesondere die Dringlichkeit der Eindämmung nationaler Haushaltsdefizite bei zurückhaltender Geldpolitik betont.

Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit für eine konstruktive und geordnete Entwicklung des Weltwährungssystems zwischen Dollar, Yen und wichtigen europäischen Währungen ist ein wesentlicher Erfolg des Gipfels. Die spezifische Erklärung zu währungspolitischen Fragen, die integraler Bestandteil der Schlußerklärung ist, bezeichnet zutreffend die stärkere Konvergenz der Wirtschaftspolitiken als primäre Voraussetzung einer Wechselkursstabilisierung. Die Erklärung erhält eine zusätzliche Bedeutung dadurch, daß alle Beteiligten einschließlich der USA ausdrücklich die Notwendigkeit von Devisenmarktinterventionen zur Vermeidung kurzfristiger erratischer Wechselkursschwankungen grundsätzlich anerkennen. Als neues und aus außenpolitischer Sicht begrüßenswertes Element erscheint auch die Einigung der Teilnehmer auf Beteiligung des

<sup>14</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>15</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 265–273.

<sup>17</sup> Am 20./21. Juli 1981 fand in Ottawa/Montebello der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

IWF an einer gemeinsamen Überwachung der Wechselkurspolitik für die fünf SZR-Währungen (DM, Dollar, FF, Pfund und Yen).

## 2) Handel

Der Handelsteil der Schlußerklärung entspricht voll unseren Erwartungen: Das Bekenntnis zum offenen Welthandelssystem wurde bekräftigt, protektionistischer Druck und handelsverzerrende Praktiken werden abgelehnt. Außerdem soll das GATT gestärkt, die Arbeit der Tokio-Runde<sup>18</sup> vollendet und an der bevorstehenden GATT-Ministertagung<sup>19</sup> konstruktiv mitgewirkt werden. Auch eine baldige Einigung über die Verlängerung des OECD-Exportkreditkonsensus wird angestrebt.

## 3) Ost-West-Wirtschaftsfragen

In der Schlußerklärung sind drei Schlüsselbereiche für das weitere Vorgehen angesprochen:

- Kontrolle der Ausfuhr strategischer Güter,
- Transparenz der Wirtschafts- und Kreditbeziehungen mit den RGW-Ländern sowie
- vorsichtige Handhabung der Finanzbeziehungen.

Im Hinblick auf den ersten und zweiten Schlüsselbereich konnten wir amerikanische grundsätzliche Vorstellungen zusammen mit den anderen fünf Gipfelländern mittragen. So kommt insbesondere der verstärkte Informationsaustausch innerhalb der OECD auch unseren Bedürfnissen entgegen.

Die Übereinkunft, die Finanzbeziehungen vorsichtig zu handhaben und sie, auch bei einer Begrenzung der Ausfuhrkredite, entsprechend der Notwendigkeit wirtschaftlicher Vernunft zu gestalten, ist ein Kompromiß zwischen

- einerseits dem politisch motivierten amerikanischen Bestreben, durch gemeinsame Restriktionsmaßnahmen und einen Kontrollmechanismus zu einer progressiven Reduzierung der staatlich geförderten Kredite zu gelangen<sup>20</sup>, und
- andererseits den bei ökonomischen Gesichtspunkten ansetzenden Vorstellungen der sechs Partnerländer für eine an der Kreditwürdigkeit ausgerichtete Gestaltung der Finanzbeziehungen zu Osteuropa und insbesondere zur SU.

Wir verstehen die erfolgte Übereinkunft dahingehend, daß jedes Teilnehmerland auf der Grundlage der Vorsicht und wirtschaftlichen Vernunft seine finanziellen Entscheidungen trifft. Eine durch gemeinsames Vorgehen bewirkte quantitative Begrenzung oder Verringerung der Kreditgewährung findet demgemäß nicht statt. Die regelmäßige nachträgliche Prüfung stellt eine Auswertung des in der OECD vorzunehmenden Informationsaustausches dar. Wir erhoffen uns, daß sich über die sieben Teilnehmerländer des Wirtschaftsgipfels hinaus möglichst viele weitere OECD-Länder an dem Informationsaustausch beteiligen.

## <sup>21</sup>4) Energie

Das Energiethema spielte in Versailles keine vorrangige Rolle. Entsprechend unseren Erwartungen betont die Schlußerklärung die Notwendigkeit anhaltender

<sup>18</sup> Zur Tokio-Runde im GATT vgl. Dok. 136, Anm. 7.

<sup>19</sup> Die Ministerkonferenz des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>20</sup> Zur Frage von Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel vgl. Dok. 161.

<sup>21</sup> Beginn des mit Runderlaß Nr. 64 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Bemühungen um Einsparung von Energie (insbesondere mit Hilfe des Preismechanismus), um Förderung alternativer Energiequellen, einschließlich der Kernenergie und der Kohle, und um verstärkte Zusammenarbeit mit den ölexportierenden und den ölimportierenden Entwicklungsländern.

#### 5) Nord/Süd-Beziehungen

Ein wesentliches Ergebnis des Gipfels (Bundeskanzler: „ein bedeutender Durchbruch“) ist die erfreulich positive Aussage zur baldigen Aufnahme der Globalen Verhandlungen. Geschäftsgrundlage hierfür war die Einigung in Versailles auf gemeinsam zu unterstützende Änderungsvorschläge zum letzten Resolutionsentwurf der G 77.<sup>22</sup> Hierdurch gelang es einerseits den USA, der drohenden Isolation zu entgehen, andererseits konnten die USA zur Aufgabe ihres Widerstandes bewegt und auf Billigung nur geringer Änderung des G 77-Textes festgelegt werden. Die Teilnehmer verpflichteten sich, diese Änderungen gemeinsam zu verteidigen und nur bei Zustimmung aller hiervon abzugehen. Eine Einigung in New York erscheint nunmehr möglich. Die Aussagen des Kommuniqués zur Rohstoffexporterlösstabilisierung, zur Notwendigkeit zeitweiliger Sonderabmachungen, zur Bewältigung der Finanzierungsprobleme bei der IDA<sup>23</sup>, zur Förderung von Programmen für einheimische Nahrungsmittel- und Energieerzeugung sowie zum Bevölkerungswachstum sind zu begrüßen. Dies gilt auch für die Aussage zur notwendigen Aufstockung der IWF-Quoten.

#### 6) Technologie, Wirtschaft und Beschäftigung

Dieses Thema wurde auf persönlichen Wunsch des französischen Staatspräsidenten behandelt, der selbst vortrug.<sup>24</sup> Die neuen Technologien werden demgemäß als „unermessliche Chance“, insbesondere für die Arbeitsplatzbeschaffung,

<sup>22</sup> Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 136, Anm. 13.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Reichenbaum informierte am 19. April 1982 über einen in der VN-Generalversammlung vorgelegten Resolutionsentwurf zur Fortsetzung der Globalen Verhandlungen: „Der von der G 77 Ende März in New York vorgelegte Resolutionsentwurf trägt die Handschrift der gemäßigten EL. Die Bundesregierung hat dazu eine grundsätzlich positive Haltung eingenommen, ohne Änderungsvorschläge zu dieser Verhandlungsgrundlage auszuschließen; Änderungsvorschläge müßten sich aber eng an den G 77-Vorschlag anlehnen, um für die G 77 annehmbar zu sein. Auch die USA sollten sich jetzt kooperativ zeigen. [...] Unsere Position hinsichtlich des Schutzes der Integrität der Sonderorganisationen kann, ggf. bei kleineren Änderungen, ausreichend gewahrt, d. h. nicht negativ präjudiziert, bleiben. Einführung einer Vorphase nach Beginn der globalen Verhandlungen bietet uns die Möglichkeit, zunächst eine Einigung über TO und Prozedur herbeizuführen, ehe wir in echte Verhandlungen einsteigen. Hiermit sollte das amerikanische Ziel einer Vorbereitungsrunde erreicht sein, auch ohne förmlich zwei Konferenzphasen zu unterscheiden, was für die G 77 nach Cancún kaum akzeptabel ist. Eine Ablehnung des Dialogwunsches des Südens würde uns von der heute erreichten Haltung der EL zur Nord-Süd-Konfrontation zurückführen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133848.

Für den als Anlage beigefügten „G 77-Text vom 31. März 1982“ vgl. Referat 402, Bd. 133848.

<sup>23</sup> Zur Ausstattung der IDA mit Finanzmitteln vgl. Dok. 219.

<sup>24</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 414 vom 11. März 1982 wurde ein französisches Technologiepapier zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Versailles resümiert: „Das französische Technologiepapier verweist in seinen ersten beiden Teilen einerseits auf die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Situation, andererseits auf das Wachstumspotential moderner Technologien, das die Gestaltung einer Gesellschaft im Überfluß erlaube. [...] Die technologische Revolution wird sowohl als schöpferisch als auch zerstörerisch interpretiert. Es wird daher gefordert, sie bewußt in den Dienst der Vollbeschäftigung zu stellen. Weiter wird erläutert, daß die neuen Technologien nur dann einen wichtigen Wachstumsfaktor darstellen, falls der enorme Finanzbedarf, der weit über die Kräfte der Staaten hinausgeht [...], bei entsprechender Inflationssicherung gedeckt werden kann.“ Vgl. Referat 414, Bd. 123543.

gesehen. Die Staats- und Regierungschefs haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zum 31.12.1982 einen Bericht erarbeiten soll „in enger Konsultation mit den geeigneten internationalen Einrichtungen, insbesondere der OECD“ (hierauf legen wir besonderen Wert).<sup>25</sup> Die Schlußfolgerungen des Berichts werden beim nächsten Gipfel – der in den USA stattfinden soll – geprüft.

### III. Politischer Teil

1) Der gründliche und vertrauliche politische Meinungsaustausch war eine wertvolle Ergänzung der wirtschaftspolitischen Beratungen. Die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister befaßten sich vor allem mit dem Falkland-Konflikt, dem Nahen und Mittleren Osten (insbesondere Libanon, iranisch-irakischer Konflikt<sup>26</sup>) und mit den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Ost-West-Beziehungen. Bundeskanzler und Bundesminister führten am Rande des Wirtschaftsgipfels eine Reihe bilateraler Gespräche. So traf der Bundeskanzler mit Präsident Mitterrand, MP Thatcher<sup>27</sup> und MP Suzuki<sup>28</sup> und der Bundesminister mit den Außenministern Cheysson, Pym<sup>29</sup> und Sakurauchi zusammen.

#### 2) Im einzelnen

– Zum Falkland-Konflikt äußerten die sieben Staats- und Regierungschefs sowie die AM ihre Besorgnis über die Fortdauer der Krise und über die Auswirkungen des Konflikts auf ihre traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu Südamerika. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit GB und sprachen sich erneut für die sofortige Verwirklichung der SRES 502<sup>30</sup> aus, drängten aber gleichzeitig auf eine möglichst baldige Beendigung des Konflikts und baldigen Beginn von Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen Lösung.

<sup>25</sup> Am 23. August 1982 berichtete das Bundesministerium für Wirtschaft über die konstituierende Sitzung der vom Weltwirtschaftsgipfel in Versailles eingesetzten Arbeitsgruppe „Technologie, Wachstum und Beschäftigung“ am 20. August 1982 in Paris: „Zum Inhalt des Berichts bestätigte die Sitzung Eindrücke aus den bilateralen Gesprächen, daß das ganze Unternehmen einen einseitigen technologischen Bias bekommen könnte [...]. Die von D vertretene Forderung, zuerst jene Auswahlkriterien für eventuelle Projektvorschläge im Plenum der Gruppe auszuarbeiten, die gewährleisten könnten, daß die schließlich in Frage kommenden Projekte wirklich einen positiven Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten, wurde von Attali als Obstruktionsversuch empfunden und vom Tisch gewischt. [...] Mit diesem Arbeitsprogramm wird die Arbeitsgruppe von den französischen Initiatoren in eine äußerst problematische Richtung gelenkt. Zudem lassen Vorgehensweise und Behandlung des Gesamtkomplexes durch französischen Vorsitz bei nicht wenigen Teilnehmern den Eindruck von Naivität und Amateurhaftigkeit entstehen.“ Vgl. Referat 414, Bd. 123543.

<sup>26</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

<sup>27</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 5. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 175.

<sup>28</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suzuki am 4. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 172.

<sup>29</sup> Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Versailles, vermerkte am 6. Juni 1982 zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym am Vortag: „Pym kündigte an, daß er auf der nächsten EG-Ministerratssitzung eine gesonderte Debatte über die Frage des Luxemburger Dissenses benötige. Er sei außerdem bereit, über die damit zusammenhängenden Formulierungen in dem deutsch-italienischen Entwurf der Europäischen Akte zu beraten. Auf die Frage des BM, ob er bei der ersten Beratung eine formelle Entscheidung anstrebe, antwortete Pym verneinend. Es sei wohl richtiger, das Problem der Mehrheitsentscheidungen durch eine Bestätigung des Luxemburger Dissenses abzuschließen. Die deutsche Seite bestätigte, daß mehr sicherlich nicht zu erreichen sei.“ Vgl. VS-Bd. 12943 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

- Zu Libanon vgl. gesonderte Libanon-Erklärung im Bulletin Nr. 55/S. 471.<sup>31</sup>
- Die Erörterung der politischen Ost-West-Beziehungen nahm besonderen Raum ein. Volle Übereinstimmung, daß unsere Antwort nicht die Rückkehr zu einer Politik der Konfrontation und des Kalten Krieges sein kann. Allgemeine Befriedigung, daß Dialog für Rüstungskontrolle und Abrüstung jetzt in ganzer Breite in Gang gekommen ist.

Steinkühler<sup>32</sup>

Referat 012, Bd. 124419

181

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

12. Juni 1982<sup>1</sup>

Unter Verschuß

Betr.: Ihr<sup>2</sup> Gespräch mit dem saudischen Außenminister Saud al-Faisal am Donnerstag, 10. Juni 1982, 16.20 bis 16.40 Uhr<sup>3</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: StM Wischniewski, der saudische Geschäftsträger Motabbakani, MDg Dr. Zeller.

Sie berichten einleitend von der Erörterung des Libanon-Themas<sup>4</sup> im NATO-Rat<sup>5</sup> und verweisen auf die Zehner-Deklaration<sup>6</sup>.

Faisal unterrichtet Sie von seiner Mission. Die Israelis hätten, soweit er unterrichtet sei, auch Damaskus angegriffen. Der Konflikt habe das Leben zahlrei-

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der Libanon-Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 471.

<sup>32</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 12. Juni 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ übermittelt.

Hat Braunmühl am 14. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 16. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178866.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

<sup>3</sup> Der saudi-arabische Außenminister Saud al-Faisal hielt sich am 10. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>5</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88. Vgl. dazu ferner Dok. 178.

cher Menschen gekostet. Besondere Sorge bereite der saudischen Regierung die Haltung der USA.

Sie verweisen darauf, daß Ihres Wissens die USA Druck auf Begin ausübten, wobei Ihnen nicht klar sei, wie wirksam dieser Druck gegenüber Begin sei.

Faisal bemerkt mit kritischem Unterton, daß die US-Aktion sich bislang auf die Entsendung des Sonderbotschafters Habib beschränke. Dies sei nicht genug. Die Gefühle der Araber würden durch die Ereignisse im Libanon überstrapaziert.

Sie faßten die Reaktion im Kreise der Sechzehn auf die Libanon-Ereignisse mit den Worten Unglauben (disbelief), Konsternation, Kritik zusammen. Niemand sei sich so recht über den Ausgang im klaren. Es bestehe auch das Gefühl, daß zwischen dem iranischen und dem Vorgehen Israels ein gewisser Zusammenhang bestehe und sie sich gegenseitig in die Hand spielten.<sup>7</sup> Man wisse nicht, wie lange dies andauern werde.

Faisal wiederholt, daß die Ereignisse in der arabischen Welt ernste Folgen haben würden. Es werde eine Gipfelkonferenz (entweder in Marokko oder Tunesien) geben.<sup>8</sup> Wenn bis dahin die USA nicht entsprechende Maßnahmen getroffen hätten mit dem Ziel eines sofortigen Rückzugs der Israelis aus dem Libanon, so würde dieses Treffen einen wohl schrecklichen Verlauf nehmen.

Die Israelis würden den Friedensvertrag<sup>9</sup> voll zu ihren Gunsten nutzen; die USA, so der Eindruck in der arabischen Welt, unterstützten sie dabei voll. Israel würde bei diesem Vorgehen alle nur denkbaren selbstgesteckten Ziele erreichen.

Sie äußerten Ihre Zweifel, ob dies Israel auf längere Sicht nutzen werde. Auf uns würden sie nicht unmittelbar hören, auch wenn wir gewisse Anstrengungen unternehmen.

Faisal appellierte an Sie, daß wir zusammen mit den USA Israel auf die Gefahren aufmerksam machen sollten, denen sie sich mit ihrem Vorgehen aussetzen.

Sie baten Faisal, dem König<sup>10</sup> mitzuteilen, daß Sie seine Besorgnisse voll verstünden und seine Ängste teilten. Wir hätten mit dem amerikanischen Präsidenten<sup>11</sup> gesprochen und würden dies wieder tun.

<sup>7</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

Botschafter Hansen, Tel Aviv, führte am 16. Juni 1982 aus: „Zwischen der israelischen Intervention im Libanon und der Entwicklung des irakisch-iranischen Krieges besteht offensichtlicher Zusammenhang. Die vom Fall Khorramschahrs ausgehenden Schockwellen in den konservativen arabischen Staaten und die verstärkte Isolierung Syriens haben die Intervention begünstigt. Israelische Reaktion auf den Fall von Khorramschahr war wie elektrisiert. [...] Kriegsende liegt nicht in israelischem Interesse. Um es zu verzögern oder zu verhindern, wäre aus israelischer Sicht jetzt eine Stützung der persönlichen Stellung Saddam Husseins erforderlich. Für Khomeini, der Außenpolitik in hoch personalisierter Weise betreibt [...], sei der Sturz Saddam Husseins nach israelischer Auffassung eine unerläßliche Bedingung für den Friedensschluß. [...] Da die Kriegslage sich gewendet habe, liefere Israel keine Waffen mehr nach Iran.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 516; Referat 310, Bd. 135718.

<sup>8</sup> Am 26./27. Juni 1982 fand in Tunis eine Sondersitzung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga zum Libanon-Krieg statt.

<sup>9</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

<sup>10</sup> Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>11</sup> Präsident Reagan besuchte vom 9. bis 11. Juni 1982 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

Faisal verwies auf die außerordentlich schwerwiegenden Folgen, die das israelische Vorgehen haben könnte. Auf Ihre Bemerkung, daß Gerüchte umliefen, wonach die Sowjets Druck auf die USA ausgeübt hätten, entgegnet Faisal, daß es wohl besser wäre, wenn die USA auf ihre Freunde als auf ihre Gegner hörten.

Sie baten Faisal, dem König sowie dem Kronprinzen<sup>12</sup> Ihre Grüße zu übermitteln. Sie bemerkten sodann, daß Ihnen berichtet worden sei, daß Prinz Abdullah etwas irritiert über die Wiederholung einer Erklärung aus Ihrem Munde gewesen sei, die er früher schon von Ihnen gehört habe, nämlich daß wir nicht in der Lage seien, Panzer an irgend jemanden im Mittleren Osten zu verkaufen.<sup>13</sup> Sie hätten diese Bemerkung auf Befragen Ihrer Partei gemacht. Es wäre falsch, daraus zu schließen, daß dies irgend etwas mit dem Charakter unserer Beziehungen zu Saudi-Arabien zu tun hätte. Auf die Vorgänge im Libanon zurückkommend, erwähnten Sie, daß auch wir von dem israelischen Vorgehen vollkommen überrascht worden seien. Bei dem Besuch, den BM Genscher vergangene Woche in Israel gemacht habe, sei von irgendwelchen Absichten Israels in dieser Hinsicht nichts zu spüren gewesen.<sup>14</sup> Sie fragten sodann, ob es vor dem israelischen Einfall zu schweren Angriffen auf israelische Dörfer gekommen sei.<sup>15</sup>

Faisal wies dies mit Nachdruck zurück. Der israelische Angriff sei voll vorbeachtet. Raketenangriffe auf israelische Dörfer habe es erst danach gegeben. Sowohl die Syrer wie die Palästinenser seien peinlich bemüht gewesen, Provokationen zu vermeiden. Auch der Anschlag auf den israelischen Botschafter in London sei nicht von ihnen veranlaßt worden.<sup>16</sup> Die USA wüßten dies.

Sie räumten ein, daß wir diese Meinung hinsichtlich der Syrer teilten.

Sie beschlossen das Gespräch mit erneuten Grüßen an die königliche Familie, erwähnten, daß Sie das Gespräch nicht hätten führen wollen, ohne wenigstens die bilateralen Fragen anzusprechen.

Faisal fügte beim Abschied hinzu, daß er hoffe, daß seine Anwesenheit hier hinsichtlich des Libanon ihre Wirkung nicht verfehlen werde.

<sup>12</sup> Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik; Dok. 154.

<sup>14</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel vgl. Dok. 168, Dok. 173 und Dok. 174.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 11. Juni 1982, der israelische Botschafter Ben-Ari habe ihm am selben Tag zum israelischen Einmarsch in den Libanon dargelegt, „er habe keine Weisung seiner Regierung, er wolle jedoch seine Enttäuschung über die Erklärung der Zehn zu Libanon zum Ausdruck bringen. Die Erklärung sei unausgewogen, weil sie nur von der israelischen Militäraktion im Libanon ausgehe, ohne deutlich zu machen, daß dies eine Reaktion auf zahlreiche von libanesischem Gebiet ausgehende Terrorakte der PLO gewesen sei. Israel habe selbstverständlich mit einer negativen Reaktion rechnen müssen. Es habe jedoch erwarten dürfen, daß zunächst der Zusammenhang mit der Vorgeschichte in der Erklärung zum Ausdruck komme, wie dies in früheren Erklärungen der Zehn der Fall gewesen sei. Israel habe schon lange eine solche Militäraktion gegen den Libanon erwogen, habe sie jedoch nicht zuletzt auf amerikanischen Druck immer wieder verschoben. Nachdem in den letzten Tagen die Siedlungen in Nordgaliläa beschossen worden seien, habe Israel handeln müssen, um der ständigen Bedrohung ein Ende zu setzen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135718.

<sup>16</sup> Am 3. Juni 1982 wurde der israelische Botschafter in London, Argov, bei einem Attentat durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 987 des Botschafters Ruhfus, London, vom 4. Juni 1982; Referat 204, Bd. 124948.

Im Anschluß an das Gespräch mit Ihnen traf Faisal mit Präsident Reagan zusammen.

[gez.] Zeller

Referat 010, Bd. 178866

## 182

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in New York

14. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 14. Juni 1982 im Büro des Generalsekretärs und beim anschließenden Mittagessen (13.20 bis 15.00 Uhr)<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: StS von Staden, StS Bölling, Botschafter van Well, AL<sup>23</sup>, J.L. Ripert, Generaldirektor für Entwicklung; B. Urquhart, stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten; Dr. Debatin, stellvertretender Generalsekretär für Verwaltung; Herr Jaipal, Beauftragter des GS für Abrüstung.

GS dankt dem Bundeskanzler für seine gedankenreiche Rede.<sup>4</sup> Er ist besonders dankbar für seine Bemerkungen über die Blockfreiheit und die Dritte Welt.

Er nutzt die Gelegenheit, dem Bundeskanzler für die große Hilfe der Bundesrepublik für die Vereinten Nationen zu danken, die auch in den hohen finanziellen Beiträgen zum Ausdruck kommt.

Falkland/Malwinen

GS erläutert auf Frage des Bundeskanzlers seine guten Dienste in der Falkland-Krise.<sup>5</sup> Er wird heute nachmittag auf der Grundlage der letzten Botschaft Gal-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt.“

Hat Braunmühl am 16. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 17. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178888.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 13. bis 15. Juni 1982 in New York auf. Vgl. dazu auch Dok. 183 und Dok. 184.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 14. Juni 1982 in New York vgl. BULLETIN 1982, S. 537–541.

<sup>5</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

teris an den Papst<sup>6</sup> die Bemühungen um einen gegenseitigen Truppenrückzug wieder aufnehmen.<sup>7</sup> Er sieht die große Gefahr eines fortgesetzten Kriegszustandes im Süd-Atlantik auch nach einer Wiedereroberung der Insel durch die Briten. Für die Argentinier ist es ein leichtes, durch kurze militärische Schläge (hit and run) mit geringem Risiko einen dauernden Spannungsherd im Süd-Atlantik aufrechtzuerhalten. Daher wird er sich mit großem Nachdruck dafür einsetzen, daß unmittelbar nach der Einnahme Port Stanleys Verhandlungen über die Zukunft der Inseln zustande kommen. Er wird übermorgen<sup>8</sup> mit PM Thatcher in diesem Sinne sprechen.

*Bundeskanzler* teilt die Befürchtung des GS. Wenn PM Thatcher sich nicht nach dem Fall von Port Stanley auf Verhandlungen einläßt, gerät sie in eine Demandeur-Position gegenüber Argentinien, das sich eher als Großbritannien leisten kann, den unerklärten Kriegszustand aufrechtzuerhalten.

GS fürchtet als Lateinamerikaner die politischen Auswirkungen einer verlängerten Falkland-Krise, die Lateinamerika der Infiltration durch Kubaner, aber auch Sowjets aussetzen würde. Er sieht in der Rede des Präsidenten Panamas ein beunruhigendes Zeichen für eine zunehmend aggressive Haltung der Lateinamerikaner gegenüber dem Westen.<sup>9</sup> Er wird Präsident Reagan noch diese Woche mit Nachdruck auf seine Sorgen hinweisen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert er, daß er einen Arbeitsstab für die Falkland-Krise eingesetzt hat und sich bemüht, Gedanken für den Verhandlungsprozeß zu entwickeln. Eine besondere Schwierigkeit ist festzustellen, wer in Buenos Aires wirklich das Sagen hat. Der Machtkampf in der Junta dauert an. Er meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß eine peronistische Machtübernahme eine entscheidende Verschlechterung der Lage bedeuten würde. Der Peronismus ist keine umfassende Ideologie, sondern eine demagogische Gruppe, die sich aus extremen Kräften von rechts und von links rekrutiert.

<sup>6</sup> Johannes Paul II.

<sup>7</sup> Am 15. Juni 1982 berichtete Brigadegeneral Oppermann, London, daß der Befehlshaber der argentinischen Truppen auf den Falkland-Inseln, Menéndez, am selben Tag kapituliert habe: „Die Kapitulation durch Menéndez konnte zunächst nur zur Einstellung der Kämpfe auf Ost- und West-Falklands führen. Seine begrenzte Zuständigkeit läßt keine weiteren Vereinbarungen (z. B. Seegebiet, Luftraum, Evakuierung) zu. Einstellung der Feindseligkeiten überhaupt bzw. Waffenstillstand, der auch argentinische Marine und Luftwaffe einschließt, bedarf argentinischer Regierungserklärung.“ Die Zahl der nunmehr in britischer Hand befindlichen argentinischen Kriegsgefangenen betrage etwa 15 000 Mann: „Es gibt immense Probleme, mit den argentinischen Kriegsgefangenen auf den Inseln fertig zu werden. Die Wetterlage ist kritisch (severe), die Unterbringung ist sehr begrenzt und ein Großteil Unterbringungsmöglichkeit ging durch Untergang der Atlantic Conveyor am 20. Mai verloren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1069; Referat 330, Bd. 136669.

Botschafter Verbeek, Buenos Aires, resümierte am 15. Juni 1982 die Reaktionen in Argentinien: „Präsident Galtieri in Botschaft an Papst: Argentinien sei zu Waffenstillstand bereit, wenn gegenseitiger Truppenabzug gesichert sei. Ereignisse scheinen dies bereits überholt zu haben. Galtieri ebenso wie AM Costa Méndez erklärten, daß man weiterhin auf Verhandlungen über das Grundproblem des Konflikts im VN-Rahmen setze.“ Der Oberbefehlshaber der argentinischen Luftstreitkräfte, Lami Dozo, habe zum Ende der Kampfhandlungen erklärt: „Schlacht sei vorüber, damit auch die Malvinas-Episode. Das Wichtigste sei erreicht, indem argentinischer Anspruch als politisches Ziel konsolidiert sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 568; Referat 330, Bd. 136669.

<sup>8</sup> 16. Juni 1982.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Royo am 14. Juni 1982 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 150–156.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß Figueiredo eine hilfreiche Rolle spielt und sich um eine flexiblere Haltung Argentinien bemüht.

Er selbst wird in seinen Bemühungen um einen Verhandlungsprozeß nicht nachlassen.

Gipfeltreffen Versailles<sup>10</sup>

*Bundeskanzler* hält auf Frage des GS zwei wesentliche Merkmale des Gipfeltreffens in Versailles fest:

- Die Gelegenheit zu einem insgesamt etwa achtstündigen privaten Gespräch unter den sieben Regierungschefs über alle aktuellen internationalen Probleme. Über diese Gespräche ist nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Sie waren auch diesmal wieder eine gute politische Investition.
- Wirtschaftspolitisch war das Hauptergebnis, daß man sich einigte, Fehler zu vermeiden, die, wie z. B. ein Rückfall in den Protektionismus oder kompetitive Abwertungen, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu einer großen Depression machen könnten.

Als Fußnoten möchte er hinzufügen: Sicher wird es, z. B. im Bereich der Stahlindustrie und der Landwirtschaft, zu gewissen protektionistischen Sünden kommen. Sicherlich wäre es besser gewesen, wenn man sich auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik hätte einigen können. Aber es gibt für eine Wirtschaftslage, die nicht in den Lehrbüchern vorgesehen ist, kein Patentrezept. Man sah klarer als bisher die Schlüsselrolle des amerikanischen Haushaltsdefizits für die hohen Zinssätze, die einer wirtschaftlichen Wiedergesundung im Wege stehen. Man sah auch deutlich die schädlichen Auswirkungen des Zusammenbruchs des Systems von Bretton Woods<sup>11</sup>.

Auf Frage des GS betont er den Durchbruch in der Frage der Globalverhandlungen mit dem Zusatz, daß natürlich IWF und Weltbank nun nicht den Schuldnern überantwortet werden dürften.

*Ripert* hofft, daß jetzt auf der Grundlage des G 77-Entwurfs eine Einigung über den Beginn der Globalverhandlungen zustande kommt.<sup>12</sup> Es handelt sich zunächst um eine politische Frage, dann allerdings müßten Ideen für den Dialog

<sup>10</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>11</sup> Vom 1. bis 23. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 638–683.

Für die am 31. Mai 1968 beschlossene, geänderte Fassung vgl. UNTS, Bd. 726, S. 266–319. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil II, S. 1227–1250.

Präsident Nixon verkündete am 15. August 1971 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache mehrere Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, einer Begrenzung der Inflation und einer Stabilisierung des Dollar. Diese beinhalteten unter anderem eine Aussetzung der Konvertibilität des Dollar in Gold oder andere Reservemittel. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1971, S. 886–891. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 425–429.

Am 16. Februar 1972 erklärte der amerikanische Finanzminister Connally im Kongreß, daß es 1972 nicht zu einer Rückkehr des Dollar zur Goldkonvertibilität kommen werde. Vgl. dazu den Artikel „No gold convertibility for Dollar this year“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 17. Februar 1972, S. 1.

<sup>12</sup> Zu einer Fortsetzung der Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 180, Anm. 22.

entwickelt werden, damit man nicht wieder in eine unfruchtbare Verfahrensdiskussion über die Tagesordnung hineingerät.

Nahost

*Bundeskanzler* meint auf Frage des GS, daß es nach dem Tode König Khalids jetzt wohl nicht zu einem Wandel der saudischen Wirtschafts- und Außenpolitik kommen wird. König Fahd besitzt ein tiefes Verständnis für internationale Zusammenhänge, wird seine Autorität in Saudi-Arabien allerdings noch durchsetzen müssen.

GS berichtet über seine Bemühungen, Palme für eine erneute Vermittlungsaktion im Konflikt Iran/Irak zu gewinnen.<sup>13</sup> Er steht allerdings aus innenpolitischen Gründen nur noch bis August zur Verfügung.<sup>14</sup>

Er hofft, daß die tragische Entwicklung im Libanon<sup>15</sup> sich einigend auf die Araber auswirken wird. Offensichtlich haben, was Urquhart bestätigt, die Araber die PLO weitgehend aufgegeben. Er sieht die Gefahr, daß die PLO, wenn ihre Stellung im Libanon aufgerieben werden, zum reinen Terrorismus zurückkehrt. Er und Urquhart erläutern die Auswirkungen der israelischen militärischen Invasion auf UNIFIL.<sup>16</sup> Die Friedenstruppe ist technisch nicht imstande, eine massive israelische Invasion abzuwehren. Sie kann nach Struktur und Größe nicht als wirkliche Kampftruppe eingesetzt werden.

*Bundeskanzler* macht sich langfristig Sorgen über zwei Probleme:

- eine weltweite Abwertung der VN-Verfahren zur Friedenserhaltung nach der Erfahrung mit UNIFIL,
- die Zukunft Israels als multinationaler Staat, als der es nicht konzipiert wurde.

*Urquhart* sieht die Gefahr, daß es in Israel zu einem Minderheiten-Regime kommt wie seinerzeit in Rhodesien. Schon jetzt gibt es im gegenwärtigen Israel mit den europäischen und den orientalischen Juden praktisch zwei Nationen.

Er berichtet aus seinen Vermittlungsbemühungen in der Libanon-Krise, daß auch er die Ziele der amerikanischen Politik nicht klar erkennen kann. Sie haben die Israelis seit langem vom Einmarsch in den Libanon abhalten wollen,

<sup>13</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

Der ehemalige Ministerpräsident Palme führte als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim Gespräche zur Erkundung von Möglichkeiten für eine politische Lösung des irakisch-iranischen Kriegs. Botschafter Thomas, Stockholm, übermittelte dazu am 4. März 1981 die Information aus dem schwedischen Außenministerium, daß Palme mittlerweile drei Reisen nach Bagdad, Teheran und New York unternommen habe. Der Grad der Meinungsverschiedenheiten spreche „für ein weiteres Andauern des Konflikts [...], zumal im Irak und Iran nach wie vor erhebliche Emotionen die Atmosphäre erhitzt halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 311, Bd. 137716.

<sup>14</sup> In Schweden fanden am 19. September 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>15</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>16</sup> Zum Einsatz der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 145, Anm. 7. Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 18. Juni 1982, der VN-Sicherheitsrat habe am selben Tag „UNIFIL-Mandatsverlängerungen um zwei Monate ohne Gegenstimme beschlossen. [...] Wie aus dem Text ersichtlich und von allen truppenstellenden Staaten unterstrichen, liegen die Schwerpunkte der Resolution auf dem Interimscharakter des Beschlusses sowie der humanitären Aufgabe, die UNIFIL zur Zeit zu erfüllen hat. Weiterhin unterstrichen vor allem die truppenstellenden Staaten, daß die Option für eine wichtige Aufgabe, die UNIFIL möglicherweise später zu erfüllen haben wird, offengehalten werden müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1509; Referat 310, Bd. 135718.

scheinen aber jetzt ihre Position verändert zu haben. Das Problem Habibs liegt darin, daß er selbst Libanese ist.

Die Lage im Libanon ist außerordentlich schwierig. Man muß schon jetzt mit 700000 Heimatlosen rechnen, vielen Toten und noch mehr Verwundeten, für die es keine ausreichende medizinische Versorgung gibt.

GS betont mit Zustimmung des Bundeskanzlers und Urquharts, daß sich die Sowjetunion in der Libanon-Krise wie auch in der Falkland-Krise recht umsichtig verhält. (Urquhart: wahrscheinlich, weil sie sich auf die Entwicklung im Iran konzentriert.)

#### Zypern/Ägäis

GS erläutert, daß er sich gegen den griechischen Wunsch wendet, die Zypern-Frage<sup>17</sup> erneut vor die Vereinten Nationen zu bringen. Das kann nur die Volksgruppengespräche erschweren oder unmöglich machen. Er hat sich daher bemüht, Kyprianou davon zu überzeugen, nicht nach New York zu kommen.

*Bundeskanzler* meint, daß man die Zypern-Frage nicht Kyprianou und Denktasch überlassen dürfe. Papandreou braucht eine gewisse Zeit, sich von seiner Wahlkampf-Rhetorik<sup>18</sup> zu lösen, wird sich aber dem Einfluß westlicher Freunde nicht verschließen. Auf Einwurf des GS, der Bundeskanzler könne Papandreou beeinflussen, betont er, daß die Franzosen über größere Einflußmöglichkeiten verfügen. Vielleicht könnten Franzosen und Deutsche, ihren jeweiligen Einfluß auf Griechen und Türken nutzend, zu einer Lösung beitragen.

Zunächst allerdings sollte es auf dem Wege über ein Moratorium der Ägäis-Probleme<sup>19</sup> zu einem Klimawechsel zwischen Griechen und Türken kommen. Wenn Papandreou über ein Moratorium in der Ägäis-Frage Gesicht wahren kann, könnte er sich in der Zypern-Frage zugänglicher erweisen. Die Türken könnten sich unter dem wachsenden wirtschaftlichen Druck für ein Entgegenkommen entschließen.

#### Libanon

*Urquhart* stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Libanon-Krise ein wesentlicher Testfall für die VN-Friedenstruppe ist. Keine Friedenstruppe kann dem massiven Angriff von drei Divisionen widerstehen. Er sieht noch keine amerikanischen Vorstellungen für einen Rückzug der Israelis. Wenn die Israelis im Libanon bleiben, wird ihre Stellung dort sehr bald wie die aller anderen Truppen bisher erodieren.

GS bedauert das mangelnde Verständnis der USA für die Lage im Nahen Osten. Sie kommen jetzt zu den VN, die ihnen erläutern müssen, daß es für die VN nicht möglich ist, die Früchte der Gewalt zu beschützen. Wie soll der GS gegen die Gewaltanwendung durch Argentinien protestieren, ohne es gegenüber den Israelis zu tun?

<sup>17</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>18</sup> In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Wahlen statt, aus denen die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) als Siegerin hervorging.

<sup>19</sup> Zur Absicht des Ministerpräsidenten Papandreou, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern, vgl. Dok. 56, Anm. 43.

*Urquhart* berichtet, daß seine Bemühungen um die Rettung Beiruts am Wochenende darunter zu leiden hatten, daß offensichtlich die Amerikaner, aber auch viele Libanesen und viele Araber mit dem israelischen Vorgehen gegen die PLO durchaus zufrieden waren. (GS: Was dort vorgeht, ist Völkermord. Die Israelis scheinen Palästinenser bestimmter Altersgruppen zu verhaften und zusammenzutreiben.<sup>20</sup>)

*Bundeskanzler*: Wir können aus moralischen und aus politischen Gründen vollendete Tatsachen nicht akzeptieren, die durch Gewalt geschaffen werden. Die EG hat daher das israelische Vorgehen hart verurteilt (GS: eine hervorragende Erklärung).<sup>21</sup>

Er stimmt Jaipal zu, daß das israelische Vorgehen die extremistischen Kräfte unter den Arabern ermutigen wird. (*Urquhart*: Das passiert bereits. *Kaddumi* spricht bereits in apokalyptischer Weise über die Ölwanne und die Tatsache, daß z. B. die Hälfte der Kuwaitis Palästinenser sind.)

Er betont auf Frage sein Vertrauen auf das abgewogene politische Urteil König Fahds. Er wird sich schon aus innenpolitischen Gründen sehr vorsichtig verhalten. Mubarak wird sich voraussichtlich auf das Urteil Fahds abstützen.

Er dankt in einem kurzen Toast dem GS für diese Begegnung. Er versichert, daß sich die Bundesregierung weiterhin hilfreich hinter die Bemühungen des VN-GS stellen wird.

Er möchte noch einmal auf die Falkland-Krise eingehen. Viele europäische Regierungen, nicht nur Spanien, Italien, Portugal, sondern auch Frankreich und Deutschland, sind dringend an einem baldigen Ende der Krise interessiert. Sie haben ein tiefes Interesse an der Fortentwicklung ihrer jahrhundertlangen engen Beziehungen mit Lateinamerika, die nicht durch einen verlängerten Falkland-Konflikt in Frage gestellt werden dürfen. Die Briten können daher nach einem Fall von Port Stanley nicht mehr mit der Unterstützung ihrer europäischen Partner rechnen. Der EG-Importstopp muß dann beendet werden.<sup>22</sup> Er bittet den GS, PM Thatcher darauf hinzuweisen, daß sie nach der Wiedereroberung der Inseln gegenüber Argentinien in eine zunehmend schwierige Dilemma-Position gerät, weil sie im Gegensatz zu den Argentinern einen Kriegszustand im Süd-Atlantik nur unter extremen Kosten aufrechterhalten kann. Sie ist jetzt in einer starken, aber am Tage nach der Wiedereroberung der Inseln in einer schwachen Position. Angesichts der innenpolitischen Lage in Groß-

<sup>20</sup> Botschaftsrat Altenburg, Beirut, stellte am 11. Juni 1982 zur Lage der Palästinenser im Libanon fest: „Ich fühle mich verpflichtet auf die in den letzten Tagen zunehmenden Berichte von Reisenden, Korrespondenten, UNO-Beobachtern, Diplomatenkollegen hinzuweisen, die zu der Befürchtung Anlaß geben, daß es zu massiven, durch militärische und sicherheitspolitische Zielsetzungen allein nicht zu rechtfertigenden Tötungen von Palästinensern im Verlauf der israelischen Operationen gekommen sei und noch komme. [...] Bei der Bombardierung und Beschießung der Flüchtlingslager im Südlibanon, insbesondere Tyros und vor allem um Saida, sowie bei ihrer anschließenden Einnahme soll es [...] zu großen Verlusten unter den Lagerbewohnern gekommen sein. [...] Die israelischen Truppen sollen, da sie mit relativ begrenzten Kräften diese umfangreiche Operation sehr schnell durchführen, in den ersten Tagen auf dem Vormarsch so gut wie keine Gefangenen unter den Palästinensern gemacht haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 350; Referat 310, Bd. 135718.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88. Vgl. dazu ferner Dok. 178.

<sup>22</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

britannien mag es allerdings nicht einfach sein, sie davon zu überzeugen. Der beste Weg wäre, schon vor einem vollständigen Abzug der argentinischen Truppen insgeheim den Fortgang des Verhandlungsprozesses über die Zukunft der Inseln sicherzustellen.

GS möchte in diesem Sinne tätig werden. Cheysson und Spadolini haben ihn in ähnlichem Sinne angesprochen.

Er berichtet, daß seine Vermittlungsbemühungen am 19. Mai einem Ergebnis sehr nahe gekommen waren, dann aber einer Fehleinschätzung auf argentinischer Seite zum Opfer fielen. Die schriftliche Formel der Briten wurde von den Argentinern fälschlicherweise als Ultimatum interpretiert und mit einem völlig unakzeptablen Gegenvorschlag beantwortet. Die Briten haben sich daraufhin auf eine weniger flexible Haltung zurückgezogen, nachdem sie zunächst große Konzessionen gemacht hatten. Die ganzen Verhandlungen stellen in Retrospekt eine Mischung von Fehleinschätzungen und versäumten Gelegenheiten dar. Er wird sich aber auch nach diesen Erfahrungen nicht dazu verleiten lassen, seine Bemühungen aufzugeben.

**Referat 010, Bd. 178888**

## 183

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Außenminister Czyrek in New York

VS-vertraulich

14. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 14. Juni 1982 in den Vereinten Nationen (Chinese Lounge) von 17.30 bis 18.15 Uhr<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Kabinetttchef AM Czyrek, AL2<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Bei der Gesprächsaufzeichnung handelt es sich um eine „neue Reinschrift“, die von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. Juni 1982 gefertigt wurde. Die ursprüngliche Fassung wurde von Gablentz am 16. Juni 1982 „mit der Bitte um Billigung“ an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Sie haben betont, daß Sie Ihre Bemerkungen zugleich als Antwort auf den Brief Rakowskis verstehen. Ihre schriftliche Antwort auf den Brief Rakowskis, die ich Ihnen in einigen Tagen vorlegen werde, könnte daher auf den mündlichen Bericht Czyreks Bezug nehmen. Berthold Beitz hatte Ihnen zum Gespräch mit Czyrek mit der Bitte geschrieben, den polnischen Importstopp für eine bereits fertiggestellte Kohleverflüssigungsanlage anzusprechen. Sie hatten Weisung erteilt, die Angelegenheit zunächst gründlich zu prüfen.“

Hat Staatsminister Wischniewski und Staatssekretär Bölling, beide Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 13. bis 15. Juni 1982 in New York auf. Vgl. dazu auch Dok. 182 und Dok. 184.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

*Bundeskanzler* betont einleitend, daß er, was auch immer in Polen passiert, ein Freund Polens und seiner polnischen Freunde bleiben wird. Aus dem langen Brief Rakowskis liest er den Versuch, die Lage zu erklären.<sup>4</sup> Er kann ihm aber nicht entnehmen, was in Polen passieren wird. Er macht sich große Sorgen über die künftige Entwicklung und ist versucht, die Lage in Polen als eine klassische Tragödie zu sehen, deren Ausgang die Handelnden nicht erkennen. Er hat sich bemüht, auch Präsident Reagan in einem langen Gespräch in Versailles<sup>5</sup> die Lage in Polen zu erläutern. Wir verstehen sie weit besser als die Amerikaner, können aber auch nicht sagen, was die Zukunft birgt. Er wäre dankbar, wenn Czyrek ihm über den Brief Rakowskis hinaus erklären könnte, wohin sich die Dinge in Polen entwickeln können.

*Czyrek* will versuchen, sich dieser undankbaren Aufgabe zu stellen. Es zeichnet sich eine gewisse Stabilisierung der Lage ab, die vom Ausgang der Demonstrationen Anfang Mai<sup>6</sup> insgesamt eher bestätigt wurde. Aber die Stabilisierung hat ihre innen- und außenpolitischen Grenzen.

Zur innenpolitischen Lage muß man davon ausgehen, daß *Solidarność* ihre Forderungen zu weit getrieben hat, ohne die politischen und wirtschaftlichen Grenzen der Lage in Polen zu erkennen. Auch Glemp und die katholische Kirche – soweit sich die Priester nicht mit *Solidarność* identifiziert haben – sehen das. Eine dauerhafte Lösung läßt sich natürlich nur auf dem Wege über die nationale Verständigung aller gesellschaftlichen Gruppen erreichen, um die sich die Regierung bemüht. Dazu gehört natürlich auch die Kirche, die ihre spezifische politische Rolle in Polen spielt. Sie setzt sich heute für eine Beruhigung der Lage ein und spricht sich z. B. gegen Demonstrationen aus.

Ungelöst ist die Zukunft der *Solidarność*.<sup>7</sup> Es kann nicht so weitergehen wie vor dem Dezember 1981. Aber man hat noch keine wirkliche Vorstellung, wie es sich entwickeln kann. Um den Dialog mit den Arbeitern in Gang zu bringen, hat die

<sup>4</sup> Mit Schreiben vom 6. Juni 1982 legte der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski Bundeskanzler Schmidt dar: „Es ist klar, daß die von Präsident Reagan initiierten Restriktionen unsere Möglichkeiten bezüglich des Herauskommens aus der Krise in einer möglichst kurzen Periode beschränken. [...] Die Minderung des Lebensstandards der Bevölkerung, die u. a. eine Folge der Sanktionen ist, schafft nämlich die Gefahr eines potentiellen Ausbruches der sozialen Unzufriedenheit. Diese Gefahr erschwert die Verwirklichung der Reformen“. Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HS AA006606.

Schmidt führte dazu mit Schreiben vom 5. Juli 1982 aus: „In unserem Gespräch habe ich Herrn Czyrek erläutert, daß sich nach meinem Eindruck die großen Probleme Ihres Landes – die nationale Verständigung aller Gruppen, die wirtschaftliche Stabilisierung und die Normalisierung der Beziehungen zum Westen – nicht werden lösen lassen, wenn das Kriegsrecht fortgilt, Menschen interniert bleiben und der Dialog insbesondere mit der Kirche und den Gewerkschaften nicht von der Stelle kommt.“ Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HS AA006606.

<sup>5</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>6</sup> Zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai 1982 in Polen vgl. Dok. 134, Anm. 30.

<sup>7</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, analysierte am 22. Juni 1982 die Positionen in der polnischen Regierung zur Gewerkschaft *Solidarność*: „Eine Zwischenbilanz nach drei Monaten ‚Diskussion‘ über das neue Gewerkschaftskonzept in Polen zeigt, daß der Konflikt zwischen der ‚gemäßigten‘ Gruppe um Jaruzelski und der orthodoxen, im Machtapparat verschanzten Gegenformation auch hier in ein Patt gemündet ist, das bis auf weiteres eine Stagnation erwarten läßt. Aus der realen Lage, daß das in den vergangenen Monaten erfolgte Konzept einer ‚natürlichen‘ Lösung des Problems *Solidarność* gescheitert ist, ziehen beide Gruppen entgegengesetzte Schlußfolgerungen: Die Gruppe um Jaruzelski versucht, die Option einer ‚geläuterten‘ Solidarität offenzuhalten, während die Orthodoxen darauf abzielen, die Solidarität zu zerstören.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1166; VS-Bd. 13334 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

Regierung die Selbstverwaltung in den Betrieben eingeführt.<sup>8</sup> Sie braucht zur Zeit noch das Kriegsrecht sozusagen als Schirm für die einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen, die den Lebensstandard dem wesentlich gesunkenen Wirtschaftsniveau anpassen.<sup>9</sup>

Zu den innenpolitischen Nöten und Zwängen kommen die Restriktionsmaßnahmen der westlichen Partner Polens.<sup>10</sup> Diese Maßnahmen stehen praktisch im Gegensatz zu der westlichen Forderung nach Beendigung des Kriegszustandes. Die polnische Regierung steht vor einem wirklichen Dilemma. Sie weiß nicht, was die westlichen Partner eigentlich wollen.

*Bundeskanzler:* Die westlichen Regierungen wissen z. Z. auch nicht recht, was sie wollen, weil die Polen und die polnische Führung ihre eigenen Ziele nicht wissen. Er möchte einige Bemerkungen machen, die er zugleich als Antwort auf den langen Brief Rakowskis verstehen möchte.

Er hat große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten in Kauf genommen, um nach der Verhängung des Kriegsrechts die Lage nicht zu verschärfen. Er war weder bereit, den Besuch bei Honecker<sup>11</sup> abubrechen, noch die öffentliche Sprache zu führen, wie sie die USA und auch andere westliche Partner von ihm erwarteten. Er erwähnt das noch einmal, damit Czyrek seine Grundeinstellung richtig versteht. In Deutschland gibt es mehr Verständnis für das polnische Dilemma als in den USA und den meisten westlichen Ländern. Einzelpersonen schicken pro Monat 750 000 Pakete, auch BK selbst und seine Frau. Aber für alle westlichen Länder gilt, daß es ohne erkennbare Normalisierung in Polen schwer vorstellbar bleibt, daß der Westen sein Verhältnis zu Polen normalisiert. Der Westen könnte seine Haltung ändern, wenn Polen bei den drei Forderungen<sup>12</sup> entgegenkommen kann, die von ihm selbst am 18. Dezember 1981 im Bundestag<sup>13</sup> zum ersten Mal formuliert wurden. Er hat sie seinem Bericht über die DDR-Reise vorangestellt. Sie wurden vom Bundestag in einer gemeinsamen Entschließung aller Parteien aufgenommen. Sie haben eine wichtige Rolle gespielt, Illusionen über Möglichkeiten zur Änderung der Lage in Polen abzuwehren.

Wenn Czyrek meint, daß Polen den Kriegszustand braucht als Schirm zur Durchsetzung einschneidender Wirtschaftsmaßnahmen, so kann er nur dringend

<sup>8</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, wies am 3. September 1982 darauf hin, daß die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe von der polnischen Regierung als „Kernstück“ ihrer Wirtschaftsreform betrachtet werde: „Von den 5400 für die Selbstverwaltung in Frage kommenden Betrieben hatten zur Zeit des Staatsstreiches die Hälfte der Unternehmen ein legal gegründetes Mitbestimmungsorgan. Mit der Einführung des Kriegsrechts wurde die Selbstverwaltungsregelung weitestgehend suspendiert. Im ersten Halbjahr kam es daher nur zu 147 Anträgen auf Genehmigung eines neuen ‚Betriebsrates‘, wovon 16 genehmigt wurden (= 11 %). Seit dem 1. Juli bis zum 15. August wurden von 512 Vorschlägen 135 akzeptiert, also 25 %. In 2,8 % aller Unternehmen bestehen heute Selbstverwaltungsorgane! [...] Wenn man davon ausgeht, daß die Selbstverwaltung Grundstein der Reform ist, so gibt es zur Zeit keine Chance, sie ohne Betriebsräte zu verwirklichen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1538; Referat 421, Bd. 141258.

<sup>9</sup> Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der polnischen Regierung vgl. Dok. 45, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>13</sup> Für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

raten, sich einen anderen Schirm, z. B. in Form eines Ermächtigungsgesetzes für wirtschaftliche Gesundungsmaßnahmen, zu besorgen. Ein solches Ermächtigungsgesetz würde von den westlichen Demokratien verstanden werden. Die Aufrechterhaltung des in der Verfassung unglücklich benannten Kriegszustandes stößt auf keinerlei Verständnis.<sup>14</sup>

Es ist für den Westen schwer verständlich, warum Wałęsa, eine Symbolfigur für die Liberalisierungstendenzen in Polen, nicht freigelassen werden kann. Er rät dringend zur baldigen Freilassung Wałęsas. Auch die anderen Verhafteten müssen freigelassen und nicht durch neue ersetzt werden.

Um einen nationalen Dialog mit der Kirche, den auch Czyrek für unerlässlich hält, in Gang zu bringen, ist es wohl erforderlich, daß Jaruzelski selbst regelmäßig mit dem Primas spricht und den Kontakt nicht über andere hält.

Auch er weiß keinen Rat, wie man mit den polnischen Wirtschaftsproblemen fertig werden kann. Polen hat lange Zeit mehr verbraucht, als es produzierte und die Differenz durch westliche Gelder finanziert, die jetzt verzinst werden müssen. Die westlichen Restriktionsmaßnahmen sind – vielleicht einmal abgesehen vom Geflügelfutter – nicht so einschneidend. Wir Deutsche haben keine Sanktionen gegen Polen verhängt, aber unsere Banken können des wirtschaftlichen Risikos wegen keine Kredite mehr geben. Der BMF wird 1981/82 etwa 1,6 Mrd. DM an Ausfallbürgschaften für Kredite zugunsten von Lieferungen an Polen zahlen müssen. Damit wird der Verlust der Banken aber auch nicht vollständig gedeckt. Drei unserer größeren Banken sind durch die polnischen Ausfälle in ernste Schwierigkeiten gekommen. Die Banken können keine Kredite mehr geben, die Bundesregierung sie nicht garantieren. Wir haben große Mühe aufgewendet, eine Bankrotterklärung Polens durch eine der vielen amerikanischen Banken zu verhindern, die unabsehbare Folgen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen gehabt hätte. Aber er muß bitten zu verstehen, daß wir als Regierung keine Möglichkeiten haben, für zusätzliche Kredite zu sorgen.

Die westlichen Regierungen könnten auch in Zukunft das große finanzielle Opfer einer zusätzlichen Polenhilfe innenpolitisch nur verkraften, wenn sie gleichzeitig auf eine positive Wende der Lage in Polen hinweisen könnten. Unter den gegenwärtigen innenpolitischen Verhältnissen in Polen, die auch für eine geringe Motivation der Arbeiter verantwortlich sind, würde eine zusätzliche westliche Hilfe wirtschaftlich ebenso verpuffen wie die Hilfe, die wir seinerzeit seinem Freund Gierek gegeben haben. Er sieht nicht, wie die polnischen Arbeiter durch Mitbestimmungsregeln bewegt werden können, eine dreißigprozentige Senkung des Lebensstandards hinzunehmen. Daß dies letztere unausweichlich für längere Jahre nötig ist, muß den Menschen gesagt werden. Eine Agrarreform zugunsten größerer Betriebseinheiten käme – obgleich aus Effizienzgründen dringend erforderlich – innenpolitisch z. Z. wohl nicht in Betracht.

Es tut ihm bitter weh, den polnischen Freunden dies alles sagen zu müssen. Aber er hat keine andere Wahl. Alle westlichen, aber auch alle osteuropäischen Regierungen sind überdies schwer von der weltweiten Wirtschaftskrise getroffen worden. Trotz der 1,8 Mio. Arbeitslosen stehen wir noch relativ gut da. Aber

<sup>14</sup> Vgl. dazu Artikel 33 der polnischen Verfassung vom 22. Juli 1952 in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 1976; VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 340.

man muß deutlich sehen, daß auch ohne den Kriegszustand in Polen der Westen heute kaum in der Lage wäre, den Polen wirtschaftlich zu helfen.

Er möchte als Fußnote hinzufügen: Auf Dauer ist eine wirtschaftliche Gesundung Polens ohne westliche Hilfe kaum vorzustellen. Daher erscheint es ihm, auch wenn man sich zur Zeit keine Hoffnungen auf westliche Hilfe machen kann, erforderlich, den Kontakt mit dem Westen wieder anzuknüpfen und zu erweitern. Jaruzelski selbst sollte mehr als umsichtiger, die menschlichen Probleme verstehender und erklärender politischer Führer in Erscheinung treten. Er wirkt dem Westen wie ein General, der die Macht nur ungern übernommen hat und nicht recht weiß, was er mit ihr anfangen soll.

*Czyrek* dankt für die Bemerkungen und Anregungen des Bundeskanzlers. Er sieht deutlich, was der Bundeskanzler als deutscher Regierungschef und europäischer Staatsmann tut, um die Lage in Polen zu beruhigen und die Lage in Polen nicht zu verschärfen. Die Polen sind ihm dankbar.

Welche Wahl hat Polen? Eine Liberalisierung ohne Hoffnung auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage müßte mit großer Enttäuschung enden. Polen würde Gefahr laufen, in eine zweite Krise zu stürzen mit erneuten Belastungen für seine internationalen Beziehungen. Das sieht auch der Primas so, der ein großer Realist ist. Allerdings nicht alle Priester, die teilweise zur *Solidarność*-Generation gehören.

Jaruzelski hat eine Tendenz, sich nicht in den Vordergrund zu stellen. Aber er hat klare Vorstellungen und lernt schnell. Er setzt nach wie vor auf eine durchgreifende Reform, eine Demokratisierung, und sieht die Notwendigkeit einer nationalen Verständigung. Er hat selbst mit dem Primas gesprochen. Aber wenn er für seine Politik innen und außen keine Unterstützung findet, dann wird das letzten Endes den Kräften in die Hände spielen, die sich für einen härteren innenpolitischen Kurs einsetzen. Zur wirtschaftlichen Entwicklung hat ja der Bundeskanzler Gierk auf Hela kritische Fragen gestellt und Anregungen gegeben<sup>15</sup>; Gierk habe seine Argumente nicht verstanden; Jaruzelski habe sie nicht verstehen wollen. Leider war es damals nicht mehr möglich, die Wirtschaftspolitik in realistischere Bahnen zu lenken.

*Bundeskanzler*: Alle führenden Politiker in Polen setzen zur Zeit auch ihr persönliches Schicksal aufs Spiel. Sie könnten deshalb unter diesen Umständen auch das sicher vorhandene Risiko eines nationalen Zusammengehens Jaruzelski/Glemp eingehen, einer großen Koalition aller patriotisch gesinnten Kräfte, die allein in der Lage wäre, dem polnischen Volk reinen Wein einzuschenken über die wirkliche Lage. In westlichen Kategorien würde er von einer großen Koalition der polnischen Patrioten sprechen.

Damit so etwas zustande kommen kann, müßte natürlich die Symbolfigur Wałęsa rechtzeitig aus der Haft entlassen werden. Das würde es dem Primas erlauben, seine Priester an die wirkliche Lage Polens heranzuführen und mit Hilfe der katholischen Kirche seinen Einfluß im Westen zugunsten Polens einzusetzen. Er selbst hat erfahren, daß Kardinal Höffner vorletzten Woche von einem

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierk, auf Hela vgl. AAPD 1979, II, Dok. 236 und Dok. 237.

Polen-Besuch<sup>16</sup> mit einer gewandelten, realistischen Meinung über Polen zurückgekehrt ist, nachdem er vorher den mäßigenden Einfluß in BKs Polenpolitik hart kritisiert hatte. Die katholische Kirche hat – über den Vatikan und über den Klerus – in westlichen Staaten großen Einfluß, der zugunsten Polens eingesetzt werden kann. Auch der Erzbischof von Paris, Lustiger, konnte für eine realistische Polenpolitik gewonnen werden.

Er möchte kein unerbetener Ratgeber sein. Aber er ist überzeugt, daß sich in Polen und im Ausland nichts gegen, aber vieles mit der katholischen Kirche bewegen läßt. Er bittet, General Jaruzelski auf sein großes Interesse am persönlichen Schicksal seines Freundes Gierek<sup>17</sup> hinzuweisen.

*Czyrek* dankt dem Bundeskanzler noch einmal für dieses intensive Gespräch. Er wird General Jaruzelski darüber berichten. Er versichert noch einmal, daß die polnische Regierung die nationale Verständigung sucht, den Kontakt mit dem Westen wieder herstellen möchte, aber auch dringend wirtschaftlichen Beistand braucht.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

## 184

### **Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Sorsa in New York**

VS-NfD

14. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem finnischen Ministerpräsidenten Sorsa am Montag, 14. Juni 1982, in der Suite des Bundeskanzlers in Waldorf Tower's Hotel<sup>2</sup>

Aus dem Gespräch, das 45 Minuten dauerte und an dem auf finnischer Seite teilnahmen der finnische Botschafter bei den Vereinten Nationen<sup>3</sup>, dessen Stell-

<sup>16</sup> Eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Höffner hielt sich vom 3. bis 5. Juni 1982 in Polen auf.

<sup>17</sup> Zur Inhaftierung des ehemaligen Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 54, Anm. 33.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höyneck, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1982 gefertigt und am 18. Juni 1982 an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „1) Als Anlage lege ich einen zusammenfassenden Vermerk über das Gespräch vor. M. E. brauchen Sie den Vermerk nicht erneut zu lesen. 2) Vorbehaltlich Ihrer Zustimmung hat BM Genscher einen Durchdruck des Vermerkes zur Unterrichtung erhalten.“

Hat Schmidt am 21. April 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 13. bis 15. Juni 1982 in New York auf. Vgl. dazu auch Dok. 182 und Dok. 183.

<sup>3</sup> Ilkka Pastinen.

vertreter<sup>4</sup> sowie ein Mitarbeiter von MP Sorsa, halte ich zusammenfassend folgendes fest:

1) Nach einigen freundlichen Worten von MP *Sorsa* wies *BK* darauf hin, daß das von ihm zitierte Wort „die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden“ das Motto der Friedensbewegung in Osteuropa sei.

2) Auf Frage von *Sorsa* nach der Beurteilung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und START nach den Gesprächen mit Reagan<sup>5</sup> antwortet *BK*: Er betrachte dieses Gespräch als sehr persönlich und vertraulich und wolle auf dieser Grundlage antworten. Die wichtigsten Fragen für den Gipfel<sup>6</sup> seien natürlich vor dem Treffen in Bonn bereits entschieden worden. Die USA hätten ihre Politik neu definiert und eine Wendung von 45 Grad vollzogen. Dazu habe eine längere Entwicklung geführt, die mit der Rede des Präsidenten vom 18. November 1981<sup>7</sup> begonnen habe. Ein gewisser Endpunkt sei die Rede in Eureka gewesen.<sup>8</sup> Der Gipfel sei angesichts der konstruktiven Haltung der USA sehr erfolgreich verlaufen.

Auch das Treffen in Versailles<sup>9</sup> habe positive Effekte erzielt. Einmal habe sehr viel Zeit für das persönliche Gespräch über eine Vielzahl politischer Fragen zur Verfügung gestanden; durch diese Gespräche und im Zusammenhang mit der persönlichen Anschauung bei seinen verschiedenen Aufenthalten habe Präsident Reagan sicher eine Menge über Europa zusätzlich gelernt.<sup>10</sup> Zum anderen sei das Hauptthema des Gipfels in Versailles das weitere wirtschaftspolitische Vorgehen gewesen. Das Hauptergebnis bestehe darin, daß man sich darin einig gewesen sei, Fehler zu vermeiden. Im Hinblick auf die 30er Jahre sei dies ein großer Fortschritt. Man sei auch darüber einig gewesen, daß es keinen Handelskrieg geben dürfe. Auf den Einwurf von *Sorsa*, daß man sich wohl über eine Verkürzung der Anleihelaufzeiten geeinigt habe<sup>11</sup>, meinte *BK*, Frankreich habe in dieser Frage ein bißchen nachgegeben, um allen Seiten zu erlauben, ihr Gesicht zu wahren. Nicht nachgegeben hätten die USA in der Frage der Generatoren für die sowjetische Erdgasleitung.<sup>12</sup> Dies sei aber keine Sperre für das Erdgas-Röhren-Geschäft, da man unter Aufwendung der entsprechenden Kosten und der entsprechenden Zeit diese auch ohne eine amerikanische Lizenz produzieren könne.

<sup>4</sup> Jaakko Blomberg.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan am 9. Juni 1982; Dok. 177.

<sup>6</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Präsident Reagan vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

<sup>8</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka vgl. Dok. 142.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>10</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>11</sup> Zur Frage von Kreditrestriktionen im Ost-West-Handel vgl. Dok. 161.

<sup>12</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 161, Anm. 9.

Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

BK verneint die Frage von Sorsa, ob es gelungen sei, eine gemeinsame Sicht der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung herzustellen. Präsident Reagan glaube an den Erfolg der Reaganomics und habe dies entsprechend in Versailles dargestellt. Der amerikanische Präsident wisse aber auch, daß angesichts der enormen Schwierigkeiten der Administration mit dem Haushalt die Europäer den amerikanischen Zusicherungen letztlich keinen Glauben schenken.

Auf die Frage von *Sorsa*, ob BK glaube, daß man mit Hilfe der neuen Vorschläge zu MBFR<sup>13</sup> das leidige Datenproblem<sup>14</sup> lösen könne, antwortete *BK* im Prinzip positiv. Er verwies auf das neue Gesamtkonzept für MBFR und auf die Bedeutung, die in diesem Rahmen der Verifikation zukomme.

3) Auf Frage von *Sorsa*, wie sich die innere Situation der Sowjetunion entwickle, verwies *BK* darauf, daß die Finnen näher dran seien als die Bundesrepublik.

*Sorsa* meinte, Tschernenko und Andropow seien wohl jetzt Rivalen. Tschernenko sei wohl mehr ein Innenpolitiker; er habe keine außenpolitische Erfahrung. Andropow werde wohl noch im Hintergrund gehalten, sei aber der Mann der Apparate, nicht nur des KGB, sondern auch der Armee und möglicherweise auch des Außenministeriums. Tschernenko sei dagegen der Mann Breschnews. Abschließend wies *BK* auf die Schwierigkeiten des Machtwechsels in der Sowjetunion hin, der sich noch nie unter normalen Umständen vollzogen habe.

4) Auf die Frage des BK nach der wirtschaftlichen Situation der Sowjetunion verwies *Sorsa* auf die großen Schwierigkeiten der sowjetischen Führung, weil die sowjetische Wirtschaft nicht dynamisch sei. Die sowjetische Seite habe z. B. ihren Außenhandel mit Finnland über Exporte von Öl nach Finnland finanziert. Diese sowjetischen Ölexporte seien jetzt wesentlich eingeschränkt worden, so daß die sowjetische Führung große Schwierigkeiten habe, den Import aus Finnland zu finanzieren, der daraufhin erheblich zurückgehe. Zu den Problemen gehörten auch die regelmäßigen schlechten Ernten. Er sehe in der Sowjetunion niemand, der in der Lage sein könnte, diese Probleme zu lösen.

*BK* verwies auf die Erfolge der ungarischen Wirtschaft. In der sowjetischen Führung gebe es dagegen niemand, der irgendeine Erfahrung mit einem anderen Wirtschaftssystem habe. Auf den Hinweis von *Sorsa*, daß die amerikanische Führung die sowjetischen Schwierigkeiten wohl überschätze, bemerkte *BK*, daß dies eine amerikanische Fehleinschätzung sei. Auch die daraus gezogene Folgerung, daß man mit wirtschaftlichen Maßnahmen Druck auf die Sowjetunion ausüben könne, halte er für falsch. Dieser Hebel sei viel zu kurz, um damit irgendetwas erreichen zu können.

5) *Sorsa* wies darauf hin, daß Präsident Reagan es abgelehnt habe, eine Delegation der SI unter der Führung Kreiskys zu empfangen.

*BK* erwiderte, daß der Vorgang ihm nicht bekannt sei. Wenn er die Sache aus der Sicht der USA betrachte, dann sei wahrscheinlich Kreiskys Bereitschaft, Gaddafi zu empfangen<sup>15</sup>, der Hauptgrund für die amerikanische Ablehnung gewesen.

<sup>13</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 151.

<sup>14</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 54, Anm. 21.

<sup>15</sup> Oberst Gaddafi hielt sich vom 10. bis 13. März 1982 in Österreich auf.

Auf den Hinweis von *Sorsa*, daß Präsident Reagan sich wohl sehr stark mache für die Israelis, wies *BK* darauf hin, daß die Amerikaner nicht bereit gewesen seien, die Libanon-Erklärung der Zehn<sup>16</sup> zu übernehmen. *BK* erläuterte sodann, daß Israel langfristig mit schweren Problemen werde leben müssen. Die PLO werde nach der Vertreibung aus dem Libanon<sup>17</sup> sich wahrscheinlich über die Golfstaaten ausbreiten. In Israel selbst könne es Spannungen zwischen den westlichen und östlichen Juden geben. Allein die beachtliche militärische Stärke der Israelis werde diese Probleme nicht lösen können. Militärisch allerdings seien die Israelis so stark, daß selbst die Sowjetunion dies als militärischen Faktor in Rechnung stellen müsse.

6) Abschließend bemerkte *BK*, daß er sich auf das Wiedersehen in Kiel<sup>18</sup> freue. Auf die Frage, ob er Segelsport betreibe, erwiderte *Sorsa* ohne Begeisterung, daß er in der Tat hin und wieder segle.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88. Vgl. dazu ferner Dok. 178.

<sup>17</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

Botschaftsrat Altenburg, Beirut, analysierte am 13. Juni 1982 die Lage der PLO: „Die israelische Invasion hat bisher weder die Syrer noch die Palästinenser aus dem Libanon vertrieben. [...] Die PLO-Führung ist am Leben und politisch aktiv. Militärische Kräfte und Infrastruktur der PLO in Beirut und im Nordlibanon (Tripoli, Nord-Bekaa) sind zwar angeschlagen, aber nicht zerschlagen. Der Umstand, daß PLO gemeinsam mit libanesischen verbündeten Milizen die Israelis im Süden Beiruts, noch dazu ohne syrische Hilfe, abwehren konnte, gibt der PLO neues, möglicherweise etwas übertriebenes, auf jeden Fall für die weitere politische Entwicklung der Region alles andere als beruhigendes Selbstbewußtsein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 310, Bd. 135718.

Am 15. Juni 1982 zog Altenburg aus einem Gespräch mit einem „hochrangigen, bisher glaubwürdigen Gesprächspartner“ des christlich-maronitischen „Front libanais“ die Schlußfolgerung, „daß es Israel auf die physische Vernichtung der PLO-Führung ankommt. Der Gesprächspartner beim ‚Front libanais‘ bestätigte dies zwar nicht wörtlich, aber sinngemäß. Christlich-falangistische Milizen haben nach meinem Eindruck ‚die Schmutzarbeit‘ [...] noch nicht aufgenommen. Nach meinem Eindruck warten sie, daß ihnen Palästinenser von Israelis in die Hände getrieben werden. [...] Es muß klar sein, daß die Interessen der jetzigen israelischen Führung und der christlich-falangistischen Führung nur deckungsgleich hinsichtlich der physischen Vernichtung der PLO-Führung und einer großen Zahl von Palästinensern sein können. Eine PLO-Führung, die, wengleich entwaffnet, mit 600 000 palästinensischen Flüchtlingen im Libanon weiterlebt, ist für ‚Front libanais‘ unakzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 372; VS-Bd. 13557 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>18</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch am 26./27. Juni 1982 in Kiel vgl. Dok. 194.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua

105-40 A./82

14. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Bundesministers mit chinesischem Außenminister am 14. Juni 1982, Dauer: zwei Stunden<sup>2</sup>

Dolmetscheraufzeichnung

Der *Bundesminister* begrüßte Außenminister Huang Hua als einen kompetenten Gesprächspartner, dessen Urteilskraft er hoch schätze, zu dem Gespräch über beiderseitig interessierende Probleme. Der Bundesaußenminister äußerte sich sehr zufrieden über die positive Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen. Ein Zeichen des gegenseitigen Vertrauens sei der vertrauliche Meinungsaustausch.

Außenminister *Huang Hua* erklärte ebenfalls seine Zufriedenheit mit dem reibungslosen Verlauf der Beziehungen. Besonders der Meinungsaustausch zwischen politischen Führern und direkte Kontakte könnten dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis und die bilateralen Beziehungen zu fördern, ebenso dienten sie der Abstimmung der Auffassungen über internationale Fragen. Seit dem letzten Besuch des Bundesministers in Peking<sup>3</sup> seien die internationalen Probleme noch komplizierter, ja, sehr kompliziert geworden. Zwei Entwicklungen schlugen dabei positiv zu Buche. Die erste sei die wachsende Solidarität und die sich ständig verbessernde Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern. China habe diese Entwicklung immer begrüßt, denn sie fördere die Stabilität der internationalen Lage.

Eine andere positive Entwicklung seien die Fortschritte, die China in den letzten drei Jahren bei der wirtschaftlichen Readjustierung gemacht habe.<sup>4</sup> Wich-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Hendrichke am 16. Juni 1982 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Nordenskjöld am 24. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 341 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Verteilung unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch BM.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 125304.

<sup>2</sup> Der chinesische Außenminister Huang Hua besuchte die Bundesrepublik vom 14. bis 17. Juni 1982. Vgl. dazu auch Dok. 186.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 283 und Dok. 286.

<sup>4</sup> Die Botschaft in Peking legte am 2. Juni 1982 folgende Einschätzung vor: „China hat 1981 bei der Stabilisierung von Wirtschaft und Budget und bei der Verbesserung der Versorgung seiner Bevölkerung Erfolge erzielt, die ausbaufähig sind. [...] Für die weitere Readjustierungsphase bis vorläufig 1985 wird dem Ausbau der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie sowie von Verkehrsinfrastruktur und Energiewirtschaft wirtschaftspolitisch weiterhin Vorrang gegeben werden. Auch wenn angesichts der Schrumpfung der schwerindustriellen Produktion im Jahre 1981 inzwischen wieder Korrekturen an der Investitionspolitik in diesem Bereich vorgenommen wurden, ist mit einem erneuten prioritären Ausbau des schwerindustriellen Sektors nicht zu rechnen. Im gesamten industriellen Sektor wird mittelfristig der Schwerpunkt auf der Entwicklung des bereits vorhandenen Potentials, insbesondere auf der technologischen Modernisierung bestehender Anlagen, sowie auf der Steigerung der noch unterentwickelten Arbeitsproduktivität und Wirtschaftlichkeit liegen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 341, Bd. 125304.

tige Erfolge seien erzielt worden, so daß die schwierigste Phase vorbei sei. Die Phase der Readjustierung werde voraussichtlich noch bis 1985 oder 1986 dauern, d.h. sie wird über die Jahre des sechsten Fünfjahresplanes hinweg voraussichtlich bis in die Anfangsjahre des siebenten Fünfjahresplanes reichen. China habe derzeit ein jährliches Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent. Der allgemeine Kurs der Wirtschaft stehe fest, konkrete Fragen bedürften aber weiterhin der Anpassung. Hauptziel der Wirtschaftspolitik sei es, eine ökonomische Basis für die neunziger Jahre zu legen.

Die Wirtschaftspolitik Chinas beinhalte eine Öffnungspolitik gegenüber dem Westen und die Politik, auf der Basis, eigene Kräfte auszunutzen, vom Ausland Kapital und Technologie einzuführen. Diese Inhalte der Wirtschaftspolitik werden sich nicht ändern. Langfristig gesehen habe deshalb die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland gute Perspektiven. Die Diskussionen, die die Staatsrätin Frau Chen Muhua vor kurzem im Rahmen der zweiten Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission in Bonn geführt habe, seien erfolgreich gewesen.<sup>5</sup>

Zur internationalen Lage erklärte Außenminister Huang Hua, in der Orientierung Chinas habe sich insgesamt keine Änderung ergeben. Zur Zeit stünden besonders die Beziehungen Chinas zu den USA und die Beziehungen Chinas zur UdSSR im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Bei seinem Chinabesuch im Mai habe Vizepräsident Bush<sup>6</sup> weiter über die Waffenverkäufe an Taiwan<sup>7</sup> gesprochen, ohne daß sich Fortschritte dabei ergeben hätten. Diese Gespräche wurden jetzt auf Beamtenebene weitergeführt, die Situation sei dabei weiterhin gespannt und die Krise noch nicht vorbei. Außenminister Huang Hua erwähnte, er habe Außenminister Haig in Washington nicht treffen können<sup>8</sup>, da Präsident Reagan und Außenminister Haig erst vor kurzem nach Washington zurückgekehrt seien. Andererseits habe er Gelegenheit gehabt, mit dem republikanischen Po-

<sup>5</sup> Vom 17. bis 19. Mai 1982 fand die Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses statt. Die chinesische Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Chen Muhua, äußerte sich im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Mai 1982 „zufrieden über den Verlauf der Tagung [...]. Die deutsch-chinesischen Beziehungen seien sehr gut (keine Probleme, viele gemeinsame Ansichten). Sie betont, daß China großen Wert auf den weiteren Ausbau der Beziehungen auf allen Gebieten legt. Sie begrüßt, daß D immer den Gesichtspunkt der Einheit Chinas unterstützt und sich in der EG für freien Handelsaustausch eingesetzt hat. China wünsche sich ein starkes Europa; Frau Chen drückt die Hoffnung aus, daß D auch ein starkes China wolle.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 5. bis 9. Mai 1982 in der Volksrepublik China auf. Botschafter Schödel, Peking, resümierte am 10. Mai 1982: „Bushs Verhalten glich dem Haigs aus dem Vorjahr: Gute Stimmung schaffen, durch freundliche Worte – wenn auch mit leeren Redewendungen – das Gewicht der sino-amerikanischen Beziehungen unterstreichen; durch Vertrauenswerbung neue Glaubwürdigkeit in Reagans China-Politik herstellen, die bei Betrachtung gesamer Breite sino-amerikanischer Zusammenarbeit durchaus positive Bilanz aufweist. [...] Aus Anlaß des Bush-Besuchs veröffentlichten die Amerikaner drei Briefe Reagans an die chinesische Führungsspitze (an Deng und Zhao – datiert vom 2.4., an Parteichef Hu Yaobang vom 3.5.). Darin unterstreicht er strategische Aspekte bilateraler Partnerschaft und stellt diese in Zusammenhang gefährlicher Weltlage, die durch das Expansionsstreben Moskaus entstanden ist. Zur Taiwan-Frage wird Souveränitätsanspruch Pekings gemäß gemeinsamen Kommuniqués zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekräftigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 909; Unterabteilung 34, Bd. 125315

<sup>7</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>8</sup> Anlässlich der Eröffnung der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 7. Juni 1982 in New York hielt sich der chinesische Außenminister Huang Hua in den USA auf.

litiker Howard Baker und seiner Delegation in China zu sprechen<sup>9</sup>, und vor zwei Abenden sei er auf Einladung Kissingers mit Freunden aus Finanz- und Unternehmerkreisen zusammengetroffen und habe auch von anwesenden Politikern beider Parteien den Eindruck erhalten, daß man in Washington die Rückkehr Haigs abzuwarten schien, um eine Lösung der Chinafrage und der Waffenlieferungen an Taiwan diskutieren zu können. Er habe in diesem Rahmen deutlich gesagt, daß seine Einschätzung der Chancen für eine Weiterentwicklung der Beziehungen fünfzig zu fünfzig stünden, wenn nicht gar eine Wahrscheinlichkeit von sechzig zu vierzig für einen Rückschritt in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen spräche. Dies hänge aber nun von der amerikanischen Regierung ab, nicht von dem Wunsch der chinesischen Seite, der es sei, die Beziehungen weiter zu verbessern und damit beiden Ländern und dem Weltfrieden und der Stabilität auf der Welt zu nutzen.

Der *Bundesminister* griff die verschiedenen Themen noch einmal auf, erläuterte die deutsch-italienische Initiative einer Europäischen Politischen Union<sup>10</sup> und die Schwierigkeiten mit Großbritannien und Dänemark in diesem Zusammenhang, begrüßte die chinesische Öffnungspolitik und die Teilnahme Chinas an der Konferenz in Cancún<sup>11</sup>. Weltpolitisch und im Rahmen der Weltwirtschaft könne China als stabilisierender Faktor wirken. Besonders betonte der Bundesminister sein großes Interesse an einer chinesisch-amerikanischen Annäherung und einer Lösung der bilateralen Probleme. Die USA seien informiert über dieses Interesse und sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundesminister hätten bei Gesprächen mit dem Vizepräsidenten Bush<sup>12</sup> den Eindruck gehabt, die USA suchten nach einer Lösung der Taiwanfrage. Der Bundesminister fragte, ob China seine mittelfristige und langfristige Politik gegenüber Taiwan den USA erklärt habe?

Außenminister *Huang Hua* erklärte, über die Wiedervereinigung seien konkrete Vorstellungen geäußert worden.<sup>13</sup> Ein Hindernis für die Wiedervereinigung seien aber die Waffenverkäufe an Taiwan, die gleichzeitig eine Einmischung in innere Angelegenheiten und eine Verletzung der Souveränität Chinas darstellten.

<sup>9</sup> Der amerikanische Senator Baker hielt sich vom 30. Mai bis 10. Juni 1982 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Bakers Bericht an den Senat; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>10</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 145, Anm. 33.

<sup>11</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>12</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 5. Januar 1982 in Washington vgl. Dok. 2.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 9. März 1982 vgl. Dok. 78.

<sup>13</sup> Am 30. September 1981 bot der Vorsitzende des chinesischen Nationalen Volkskongresses, Ye Jianying, die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) über eine Wiedervereinigung an. Botschafter Schödel, Peking, berichtete am selben Tag: „Neue Initiative Pekings für Wiedervereinigungsdialog mit Taipeh wurde heute, am Vorabend des Nationalfeiertags, mit großer publizistischer Aufmachung gestartet.“ In einer Sondersendung des Rundfunks sei eine „Neun-Punkte-Erklärung mit Verhandlungsvorschlägen“ verbreitet worden. Zu diesen gehörten „Gespräche der KPCh mit der Kuomintang, [...] Zusage eines hohen Grades von Autonomie (‘special administrative region’) und Beibehaltung eigener Streitkräfte“ sowie „keine Veränderung des bestehenden sozio-ökonomischen Systems und Fortführung selbständiger wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen Taiwans mit ausländischen Staaten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1932; Referat 341, Bd. 142750.

Am 2. Oktober 1981 teilte Schödel ergänzend mit: „Nur wenige Stunden nach dem Gesprächsangebot erfolgte die Absage aus Taipeh.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1967; Referat 341, Bd. 142750.

Zum Teil, so erläuterte Außenminister Huang Hua, seien amerikanische Politiker nicht ehrlich in der „Einchinapolitik“, die die USA zugesagt hätte.<sup>14</sup> Dieser Teil amerikanischer Politiker wolle Taiwan unter Kontrolle behalten und es als unversenkbaren Flugzeugträger benutzen. Dies sei die Politik von Dulles.

Die Erläuterungen des *Bundesministers* zu den innenpolitischen Zwängen der USA durch die Taiwanlobby und den Vorschlag, eine eindrucksvolle Erklärung der Wiedervereinigungspolitik zu geben, erwiderte Außenminister *Huang Hua* durch den Hinweis auf eine Gallup-Umfrage. Danach sei die Zahl der Befürworter einer Annäherung an China in den USA von 30 % vor einigen Jahren auf inzwischen 70 % gestiegen. Dies sei ein Resultat der Kontakte und des gegenseitigen Kennenlernens. Wichtig in diesem Zusammenhang sei aber, daß Präsident Reagan und maßgebliche Politiker des Weißen Hauses keine langfristigen und strategischen Vorstellungen hätten. Sie kämen von der Westküste bzw. Kalifornien und hätten lange persönliche Freundschaftsbeziehungen zu Taiwan. Präsident Reagan, so der Außenminister, sei aber nicht Präsident Kaliforniens, sondern Präsident der USA. In drei Briefen habe er erklärt, er wolle das Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen respektieren, das nicht von zwei Chinas, sondern von einem China spreche.<sup>15</sup> Sowohl Präsident Reagan als auch das State Department fühlten sich an den Taiwan Relations Act<sup>16</sup> gebunden, der ein Verstoß gegen dieses Kommuniqué sei, in dem er konkret besage, daß die Sicherheit Taiwans von den USA zu beachten sei. Bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen seien drei Prinzipien vereinbart worden: Truppenabzug, Annullierung des Verteidigungsvertrages<sup>17</sup> und der Abbruch offizieller Beziehungen. Nur auf dieser Basis kamen die diplomatischen Beziehungen zustande. Deshalb hätten die USA ihre früheren sogenannten „militärischen Verpflichtungen“ gegenüber Taiwan mit der Aufnahme der Beziehungen beenden müssen.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vom 15./16. Dezember 1978. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der beiden Schreiben des Präsidenten Reagan vom 5. April 1982 an den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Deng Xiaoping, und an Ministerpräsident Zhao Ziyang sowie des Schreibens vom 3. Mai 1982 an den Vorsitzenden der KPCh, Hu Yaobang, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2065, S. 45.

<sup>16</sup> Der amerikanische Kongreß bestätigte am 10. April 1979 den „Taiwan Relations Act“, mit dem die Beziehungen zu Taiwan nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Die USA eröffneten ein Kulturinstitut auf Taiwan, das den Abbruch der diplomatischen Beziehungen kompensieren sollte, und verpflichteten sich, Defensivwaffen zu liefern, um die Verteidigungsfähigkeit Taiwans sicherzustellen. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS XVIII (1979), S. 873–877.

Botschafter Schödel, Peking, analysierte am 1. April 1982 rückblickend: „Weshalb China nicht mit allen Mitteln eine Verabschiedung des Taiwan Relations Act zu verhindern suchte und nicht bereits damals Gegenmaßnahmen ergriff, ist schwer zu beantworten. Rücksichtnahme auf den in innenpolitische Bedrängnis geratenen amerikanischen Präsidenten dürfte nur von untergeordneter Bedeutung gewesen sein. [...] 1979 befand sich China inmitten der Modernisierungseuphorie, und Deng, gerade aus USA zurückgekehrt, dürfte sich noch viel von der sicherheitspolitischen Rückenstärkung und großzügiger Wirtschaftshilfe durch die USA versprochen haben. Eine abwartende Haltung war also von den eigenen Interessen der Chinesen diktiert. Hinzu kam, daß Peking damals einen US-sowjetischen Ausgleich über SALT II hintertreiben wollte und sich deshalb möglicherweise flexibler zeigte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>17</sup> Am 2. Dezember 1954 unterzeichneten die USA und die Republik China (Taiwan) einen Vertrag über „gemeinsame Verteidigung“. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 248, S. 214–233.

Zur Frage der Wiedervereinigung erläuterte der Außenminister, daß China im letzten Jahr im Namen des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses, Ye Jianyings, einen Neunpunktevorschlag zur friedlichen Rückkehr Taiwans zum Vaterland, d. h. zur Wiedervereinigung, gemacht habe<sup>18</sup>. Chinas Haltung sei dabei sehr großzügig gewesen. Taiwan könne einen Status als Sondergebiet behalten, mit einer Regionalregierung, die eine eigene Armee und ein eigenes soziales und wirtschaftliches System haben könnte. Anerkannt werden müßte, daß nur ein China existiert, die Flagge müßte angenommen werden und das Ziel einer Unabhängigkeit Taiwans sei aufzugeben. Die USA hätten China aufgefordert, eine Zusage zu geben, keine Waffengewalt gegenüber Taiwan einzusetzen. Dies sei abgelehnt worden. China wolle eine friedliche Wiedervereinigung, dulde aber keine Einmischung in seine Angelegenheiten.

Der *Bundesaußenminister* berichtete, er habe die USA über die Ergebnisse seiner Gespräche in Peking über die chinesische Taiwanpolitik unterrichtet, da die Bundesrepublik ein außerordentlich großes Interesse an guten Beziehungen US-China habe. Sein Wunsch sei es, daß sich zwischen China und den USA ähnliche Kommunikationsstrukturen entwickeln mögen, wie sie zwischen Deutschland und China bestünden.

Auf Anregung des Bundesministers berichtete der *Außenminister* über Zustand und Perspektiven des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses. Nach Einschätzung des Außenministers wolle Breschnew die Probleme zwischen China und den USA ausnutzen. Dies sei der Anlaß für seine Rede in Taschkent gewesen, in der er China verbal entgegenkam.<sup>19</sup> Chinas Antwort darauf sei knapp und prompt gewesen. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums habe sofort erklärt, China habe von der Rede Notiz genommen, es habe die Angebote zurückgewiesen und es sei der Ansicht, zählen würden keine Worte, sondern nur Taten, sei es auf bilateraler, sei es auf internationaler Ebene.<sup>20</sup> Trotzdem habe ein TASS-Korrespondent in Peking die Unterrichtung jubelnd verlassen, um Einvernehmen vorzutäuschen. Die Frage des Bundesministers, was wirklich vorginge, beantwortete der Außenminister negativ. Hinter den Vorhängen spiele sich nichts ab. Weiterhin habe aber die Sowjetunion einen Fernostexperten der Akademie der Wissenschaften auf Einladung nicht der chinesischen Seite, sondern des sowjetischen Botschafters<sup>21</sup> nach China gesandt, der dort verschiedene Kontakte aufnahm, unter anderem mit der Gesellschaft für Chinesisch-Sowjetische Freundschaft, und anschließend falsche Gerüchte über geheime Treffen streu-

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „wurde“.

<sup>19</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 24. März 1982 in Taschkent vgl. Dok. 107, Anm. 4.

<sup>20</sup> Am 26. März 1982 berichtete Botschafter Schödel, Peking, ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums habe am selben Tag die in der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 24. März 1982 in Taschkent „enthaltenen Angriffe gegen die VR China“ zurückgewiesen. Dazu bemerkte Schödel: „Kühler konnte die Antwort Pekings nicht ausfallen. Sie zeigt Verärgerung über die sowjetische Anbiederung als Schützenhilfe gegen die USA. China ist heute zu selbstbewußt, um sich gegenüber jeder der beiden Supermächte in die Rolle des Hilfspfängers drängen zu lassen. Was zunächst als geschickter propagandistischer Schachzug der Sowjets aussah, die Anbiederung in der Taiwan-Frage, erweist sich wegen der gleichzeitigen Kritik an heutiger chinesischer Führung als Fehlkalkulation und erleichterte den Chinesen eine brüske Abfuhr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 555; Referat 341, Bd. 125316.

<sup>21</sup> Ilja Sergejewitsch Schtscherbakow.

te. Ebenso sei ein sowjetischer Beamter des Außenministeriums als Gast des sowjetischen Botschafters nach Peking gekommen, der einige substanzlose Kontakte im chinesischen Außenministerium gehabt habe und der ebenfalls den Eindruck erwecken wollte, als ob Gespräche stattgefunden hätten.<sup>22</sup> All dies sei mit dem Ziel passiert, Zweifel über die Konsistenz der chinesischen Außenpolitik zu verbreiten. Allen ausländischen Besuchern in Peking würde deshalb erklärt, daß es keinen Wechsel in der chinesischen Außenpolitik gebe.

Vier Punkte nannte der Außenminister als Taten, die China von der Sowjetunion erwarte. Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan<sup>23</sup>, Beendigung der Unterstützung Vietnams gegenüber Kambodscha<sup>24</sup>, Abzug sowjetischer Truppen aus der äußeren Mongolei und Reduktion der sowjetischen Truppen an der chinesisch-sowjetischen Grenze auf ein Niveau, wie es unter Chruschtschow bestanden habe. Die Zahl von damals 14 Divisionen habe sich inzwischen auf 40 Divisionen erhöht.

Die Frage des Bundesministers, ob die Sowjetunion über diese Konditionen informiert sei, bejahte der Außenminister, eine konkrete Reaktion sei jedoch nicht erfolgt. Ein *Prawda*-Artikel unter dem Pseudonym Alexandrow habe China den Vorwurf gemacht, die Beziehungen nicht verbessern zu wollen, und deshalb unannehmbare Bedingungen zu stellen.<sup>25</sup>

Der *Bundesminister* stellte die Frage, ob Breschnew für seine Vorstöße taktische Gründe gehabt habe, oder ob er vor seinem Abtreten noch versuchen wollte, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern.

Außenminister *Huang Hua* bestätigte, letzteres sei ihm von Russen privat erklärt worden. Er sei aber der Meinung, daß Wünsche zwar gut seien, aber Handlungen notwendiger. Die Sowjetunion wisse, daß die chinesisch-amerikanischen Beziehungen gespannt und in einer kritischen Phase seien, und wolle deshalb diese Beziehungen sabotieren. Die Sowjetunion wolle eine Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen unter ihren Bedingungen, d. h. sie wolle die Chinakarte gegen die USA ausspielen. Auf die Frage des Bundesministers nach der chinesischen Einschätzung der sowjetischen Führung erklärte der Außen-

22 Botschafter Schödel, Peking, meldete am 21. Mai 1982: „Der China-Experte des sowjetischen Außenministeriums, M. S. Kapiza, hält sich derzeit, wie schon bereits in den beiden vergangenen Jahren, in Peking auf. [...] Der sowjetische Besucher führte, laut Angaben aus sowjetischer Botschaft, zwei Gespräche mit dem jetzt für SU zuständigen Vize-Außenminister Qian Qichen und traf außerdem dreimal auf Arbeitsebene mit Beamten des chinesischen Außenministeriums zusammen. Diese Wahrnehmung durch Chinesen bedeutet Heraufstufung, da Kapitsa im vergangenen Jahr nur Kontakte mit zuständigem Abteilungsleiter hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1029; Referat 341, Bd. 125316.

23 Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

24 Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

25 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, bewertete am 22. Mai 1982 den in der sowjetischen Tageszeitung „*Prawda*“ am 20. Mai 1982 erschienenen Artikel zur China-Politik der UdSSR: „Der Artikel ist insofern nicht nur für die China-Politik der Sowjetunion typisch: Zwar wird, wenn die politische Lage dies aussichtsreich erscheinen läßt, durchaus auch ein werbendes Bemühen eingesetzt, Konzessionen in Substanzfragen, und seien sie auch nur geringer Natur, werden aber nicht gemacht. Das hier zum Ausdruck kommende Weltmachtbewußtsein der sowjetischen Politik läßt sich davon auch nicht durch die Erkenntnis abbringen, daß die Sowjetunion es im Falle Chinas mit einem nicht weniger geduldigen und selbstbewußten Gegenüber zu tun hat. Die Trennung von Führung und Volk in der sowjetischen Darstellung drückt so nicht nur ein Propagandaziel aus, sondern verweist auch auf die Hoffnung, daß die chinesische Politik letztlich nicht von der gleichen Festigkeit sein könnte wie die eigene.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2134; Referat 341, Bd. 125316.

minister, er wolle später darüber ausführlicher berichten. Seine allgemeine Einschätzung sei die, daß Breschnew bald zurücktreten werde, um die Macht an eine Gruppe zu delegieren, die die Tagespolitik betreiben solle, während er selbst hinter den Kulissen bleiben wolle. Er sei schon aus körperlichen Gründen nicht mehr in der Lage, alles zu leiten, besonders sei dies der Fall seit dem Ableben Suslows. Suslow habe eine wichtige Rolle gespielt, und seit seinem Tode habe eine Reorganisation der Führung begonnen. Niemand sei aber bisher in der Lage, ihn zu ersetzen, und deshalb solle einer Gruppe die kollektive Führung übergeben werden, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Befragt nach der Rolle Gromykos, erklärte der Außenminister, daß er nicht zum inneren Führungskern gehören würde. Tichonow<sup>26</sup>, der Vorsitzende des Ministerrats, suche ebenfalls einen Nachfolger, und für Suslow würden Nachfolger in Teilbereiche eingearbeitet. An jüngeren Funktionären, die in das Sekretariat und das Politbüro befördert wurden, nannte der Außenminister namentlich den KGB-Chef Andropow und erwähnte die Minister für Schwerindustrie<sup>27</sup> und Landwirtschaft<sup>28</sup>, die einer neuen Führungsmannschaft angehören sollten.

Der Außenminister bat um eine Darlegung der Beziehungen Westeuropas zu den USA und zur Sowjetunion.

Der *Bundesminister* erklärte, daß mit den zurückliegenden internationalen Konferenzen<sup>29</sup> eine Entwicklungsphase im Verhältnis zu den USA abgeschlossen war, die durch die Meinungsbildung der Reagan-Administration gekennzeichnet war und die in Europa zum Teil zu Unklarheiten geführt habe. Im Ergebnis sei eine Entwicklung eingetreten, wie sie von deutscher Seite erwartet und von Anfang an vorausgesehen worden war. Sie habe große Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Westeuropa ergeben. Die Sowjetunion, die sich in den letzten fünfzehn Monaten als Friedensapostel dargestellt hätte, müßte nun ihren Taten folgen lassen. Präsident Reagan und Außenminister Haig charakterisierte der Bundesminister als fähige und einfühlsame Politiker, die Verständnis für Westeuropa hätten.

Als ein Diskussionsthema zwischen den USA und Westeuropa nannte der Bundesminister eine gemeinsame Politik gegenüber der Dritten Welt. Zu diesem Themenkomplex sei innerhalb der NATO ein Meinungsaustausch notwendig, der ähnlich eng und vertraulich sein müsse wie der innerhalb der EG. Anfang Oktober dieses Jahres solle ein Treffen stattfinden, das ohne die Teilnahme von Mitarbeitern, ohne Presseerklärungen, ohne Tagesordnung zur Schaffung einer Vertrauensbasis dienen solle.<sup>30</sup> Der Bundesminister äußerte sich zuversichtlich über diese Möglichkeit, die USA hätten bereits in der Namibia-Frage<sup>31</sup> eine bewegliche Haltung eingenommen.

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „Tischanow“.

<sup>27</sup> Wladimir Iwanowitsch Dolgich war Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK für die Schwerindustrie.

<sup>28</sup> Michail Sergejewitsch Gorbatschow war Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK für Landwirtschaftsfragen.

<sup>29</sup> Vgl. dazu den Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles sowie die Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982; Dok. 179 und 180.

<sup>30</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>31</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

Das Verhältnis zu der Sowjetunion sei durch Unsicherheit gekennzeichnet, nach einem Abtreten Breschnews sei unklar, wer für Entscheidungen zuständig sei und ob ein Stillstand eintreten könne. Entscheidungen über Afghanistan, Polen, die START-Verhandlungen, die Mittelstreckenverhandlungen, die Konferenz für Abrüstung in Europa, die MBFR-Verhandlungen erforderten eine klare Entscheidungsinstanz. Ohne Kreml-Astrologie treiben zu wollen, sei es dennoch notwendig zu wissen, wer die Führung inne habe bzw. ob als Negativum eine lange sterile Periode eintreten könne. Der Bundesminister erklärte, daß es das Interesse der Bundesrepublik Deutschland sei, die Grundlinien der bisherigen Politik fortzusetzen. Mit Festigkeit in der Sache, Festigkeit in der Verteidigungspolitik und gleichzeitig dem Willen zur Zusammenarbeit und zur Abrüstung.

Der *Außenminister* merkte an, daß die Sowjetunion wirtschaftliche Schwierigkeiten habe und daß sie außenpolitisch isoliert sei, weil das Gesicht ihres Expansionismus entblößt worden sei, dennoch könne sie ihre Rüstung im nuklearen und konventionellen Bereich vergrößern.

Der *Bundesminister* wies darauf hin, daß dies allerdings zu Lasten des Lebensstandards ihrer Bevölkerung und der Verbündeten der Sowjetunion ginge.

Der *Außenminister* griff das Thema der Globalstrategie der Sowjetunion auf. In deren Zentrum stünde weiterhin die Rivalität um Europa, wenn auch in nächster Zeit nicht mit einer sowjetischen Offensive zu rechnen sei. Anzeichen für eine Änderung der expansiven Politik seien allerdings nicht zu beobachten.

Afghanistan sei ein wichtiger Schritt der sowjetischen Strategie gewesen als Teil des Vorstoßes der Sowjetunion nach Süden.

Der Krieg zwischen Iran und dem Irak werde, falls er fort dauern sollte, eine ernste Situation im Mittleren Osten heraufbeschwören.<sup>32</sup> Die Sowjetunion werde weiter diesen Konflikt provozieren und Zwietracht anfachen, da sie aus den Spannungen im Mittleren Osten Nutzen ziehe.

In „unserer“ Region, so der Außenminister, sei die Besetzung Kambodschas eine große Hilfe für die Sowjetunion gewesen. Vietnam sei dadurch zu einem Vorpostengebiet der Sowjetunion geworden, in dem sie Luft- und Marinebasen, wie etwa Cam Ranh Bay, ausgebaut und modernisiert habe.

Zur internationalen Lage der Sowjetunion erklärte der *Bundesminister*, ein großes Problem der internationalen Politik sei es, daß die Sowjetunion nicht zu gleichberechtigter Zusammenarbeit bereit sei und sich dadurch in den Gegensatz zur internationalen politischen Grundströmung begeben und Risiken eingehen. Ihre Politik der Expansion habe in der Dritten Welt ihr Gesicht verloren. Gleiches gelte für Osteuropa in der Polenfrage, in der die nationale Komponente zu wenig berücksichtigt worden sei. Der Sowjetunion falle es schwer, sozialistischen Ländern Autonomie und Unabhängigkeit zu gewähren. Diese nationalen Tendenzen in Osteuropa seien bei weitem nicht genügend berücksichtigt worden. Möglicherweise habe Stalin bereits eine Art Finnlandisierung geplant und sie dann nicht mehr durchführen können.

Der *Außenminister* griff dieses Thema auf und erklärte, Stalin habe eine Nachkriegspolitik verfolgt, bei der er die Sicherheit der Welt durch die Einflußsphä-

<sup>32</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

re der Sowjetunion gewährleisten wollte. In der Periode Breschnews ist dieses Modell überholt. Die Einflußsphäre hat sich weit über die Grenzen, die in Jalta<sup>33</sup> bestimmt wurden, ausgedehnt. Die Front der Sowjetunion sei zu lang. Sie reiche von Vietnam bis Kuba. Sie bringe Probleme und militärische und wirtschaftliche Verpflichtungen für die Sowjetunion. Falls die Sowjetunion nicht auf andere Schwierigkeiten stoßen wird, werde es schwierig für sie sein, ihre jetzige Politik zu ändern. Der Unterschied zur Vergangenheit besteht darin, daß sich die Stoßrichtung ihrer Strategie nach Süden gewendet habe, hin auf den Persischen Golf und auf Südostasien.

Der *Bundesminister* schlug an dieser Stelle eine Weiterführung der Aussprache am nächsten Tag vor.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden.

**Referat 341, Bd. 125304**

## 186

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua

341-321.11 CHN VS-NfD

15. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch Huang Hua/BM am 15.6.1982 von 9.15 bis 11.15 Uhr<sup>2</sup>

Dem Gespräch wohnten bei auf deutscher Seite: D3<sup>3</sup>, Botschafter Schödel, RL 341<sup>4</sup>, RL i. V. 013<sup>5</sup>, zeitweise VLR I von Nordenskjöld, Dolmetscher; auf chinesischer Seite: Botschafter Zhang Tong, Herr Mei Zhaorong, Herr Xu Youjun, Herr Ye Hongliang, Dolmetscher.

*BM* eröffnet das Gespräch mit der Feststellung, es füge sich gut in den permanenten Dialog zwischen beiden Regierungen ein. Die Bundesrepublik Deutsch-

<sup>33</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 21. Juni 1982 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher weitergeleitet.

Hat Staden am 25. Juni 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 13. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 341 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann in dieser Form verteilt werden.“

Hat Bente am 14. Juli 1982 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 125304.

<sup>2</sup> Der chinesische Außenminister Huang Hua besuchte die Bundesrepublik vom 14. bis 17. Juni 1982. Vgl. dazu auch Dok. 185.

<sup>3</sup> Walter Gorenflos.

<sup>4</sup> Wolfgang Bente.

<sup>5</sup> Klaus Bald.

land sei an der Entwicklung und dem Ausbau der Beziehungen nachhaltig interessiert. Sie würde es begrüßen, wenn auch die VR China stärker als in der Vergangenheit in ökonomischen und politischen Fragen ihrer Weltverantwortung nachkomme.

Die Bilanz, die heute gezogen werden könne: Die Beziehungen hätten sich in den vergangenen zehn Jahren vorteilhaft entwickelt. Das Spektakuläre sei vorbei. Er begrüßte den chinesischen AM nun nicht mehr nur als Kollegen, sondern auch als einen Freund.

AM dankte noch einmal für die Einladung. Die chinesische Regierung hätte nach dem letzten Besuch in Peking<sup>6</sup> festgestellt, daß die Fortsetzung des damals begonnenen Meinungsaustauschs nützlich sei. Sie hoffe neben den Gesprächen mit dem AM in Zukunft auch auf ihre Erweiterung und Ausdehnung auf andere Ebenen.

Die Lage in den achtziger Jahren stelle sich instabiler als die in der Vergangenheit dar. Bei den verschiedenen regionalen Konflikten könne man feststellen, daß auch beide Supermächte in der einen oder anderen Weise engagiert seien. Das gelte für alle Konflikte. Analysiere man sie, dann werde sichtbar, daß sich die SU in offensiver, die USA hingegen in defensiver Lage befänden. Letztere bemühten sich darum, ihre Position zu erhalten und ihre Rüstung wiederherzustellen.

Die Außenpolitik Chinas sei unabhängig und selbständig und ausschließlich nach eigenen Interessen festgelegt. Ihr leitender Gedanke sei, die Dritte Welt und alle friedliebenden Länder gegen den Hegemonismus und Expansionismus zusammenzuschließen, um so den Frieden zu bewahren.

Analysiere man die Konflikte, stelle man auch fest, daß sie in Wirklichkeit nicht regional begrenzt seien, sondern Auswirkungen auf die ganze Welt hätten.

Z. B. gelte dies für Afghanistan, wo die SU selbst engagiert sei<sup>7</sup>, aber auch für Kambodscha<sup>8</sup>, wo das aggressive Vietnam mit Unterstützung der SU handle. Dieses Engagement der Supermächte gelte auch für den Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern, für den Einmarsch Israels in den Libanon.<sup>9</sup>

Bei dem letzten Besuch in Peking sei über Kambodscha und Südostasien gesprochen worden. Er, der Minister, habe den Wunsch, auf dieses Thema noch einmal einzugehen. Die drei in Kambodscha beteiligten Widerstandsgruppen hätten nach ihren Gesprächen von Singapur<sup>10</sup> und Bangkok den Eindruck einer gewissen Zersplitterung erweckt.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 283 und Dok. 286.

<sup>7</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>8</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

<sup>9</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>10</sup> Am 14. September 1981 informierte Referat 340: „[B]ei einem ersten Treffen der drei Khmer-Widerstandsgruppen und ihrer Führer Prinz Sihanouk, Khieu Samphan („Democratic Kampuchea“) und Son Sann (K[hmer]P[ople's]N[ational]L[iberation]F[ront], früherer MP) unter maßgeblicher Einflußnahme von Singapur wurde am 4.9.1981 in Singapur eine Grundsatzvereinbarung unterzeichnet, die u. a. eine Koalitionsregierung des Demokratischen Kambodscha für den Befreiungskampf vorsieht. Damit sind Ansätze für eine Image-Verbesserung des ‚Democratic Kampuchea‘ und günstige Vorzeichen auch für die Erhaltung seines VN-Sitzrechtes geschaffen worden.“ Vgl. Referat 230, Bd. 128034.

Sihanouk habe im Februar dreiseitige Gespräche in Peking vorgeschlagen. Bei diesen Gesprächen sei neben Sihanouk selbst nur das Demokratische Kampuchea vertreten gewesen, nicht aber Son Sann. Das Demokratische Kampuchea (DK) und Sihanouk hätten daraufhin die Gespräche allein geführt und die Ergebnisse veröffentlicht. Danach sollte das Ziel einer zu bildenden Regierung sein, den Widerstand zu verstärken, nicht ihn zu schwächen. Daher käme es darauf an, ein gemeinsames politisches Programm zu erarbeiten und eine Einigung über die Prinzipien einer Koalitionsregierung herbeizuführen. Erst dann könne die Regierung eine dauerhafte und keine zufällige Koalition im Kampf gegen Vietnam sein. Die Dominanz einer Seite käme nicht in Frage. Für wichtige Probleme müßten in gemeinsamen Konsultationen Kompromisse gefunden werden.

Nach diesen Gesprächen habe der thailändische AM<sup>11</sup> mit Son Sann Kontakt aufgenommen. Dieser habe seine Zustimmung zu den Zweier-Vereinbarungen in Peking gegeben, um schließlich eine dreiseitige Vereinbarung zu erreichen. Es sei beabsichtigt, in Kuala Lumpur zusammenzutreffen, um dort das gemeinsame Programm bekanntzugeben.<sup>12</sup> Vorher aber finde auf Sihanouks Vorschlag eine inoffizielle Konferenz in Genf statt.

Die Begegnung in Kuala Lumpur sei nur als offizielle Veranstaltung zur Unterzeichnung gemeinsamer Dokumente konzipiert, Verhandlungen sollten dort nicht mehr durchgeführt werden.

Der Vorschlag Sihanouks, in Genf private Gespräche zu führen, zeige seine Sorge, daß die Gespräche erneut Schaden nehmen könnten.

ASEAN und China hofften, daß eine Regierung noch vor der VN-GV<sup>13</sup> zustande komme.

Dies sei die politische Lage, es folge die militärische.

DK habe bisher in allen vier Trockenzeiten die Kämpfe durchgestanden und damit die Hoffnung Vietnams auf einen Sieg zerstört. Dabei sei es gelungen, die militärischen Kräfte DKs zu stärken und das von ihnen kontrollierte Territorium auszudehnen. Früher habe man sich gefragt, wie lange man<sup>14</sup> Vietnam Wider-

<sup>11</sup> Siddhi Savetsila.

<sup>12</sup> Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, zu deren Anführern der frühere König und Staatschef Sihanouk, das ehemalige Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und der frühere Ministerpräsident Son Sann gehörten. Botschafter Dufner, Singapur, teilte dazu am 22. Juni 1982 mit: „Als Quasi-Ministerien seien vorgesehen: vier Ausschüsse (Verteidigung, Außenpolitik, Finanzen, Erziehung und Bildung), die jeweils paritätisch aus allen drei Gruppen besetzt werden. Sitz der Regierung auf ka[m]b[odschanischem] Territorium nahe thai[ländisch]-kambodschanische Grenze vorgesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; Referat 340, Bd. 127312.

Botschafter Lankes, Bangkok, analysierte am 22. Juni 1982: „Der kambodschanische Widerstand verfügt im wesentlichen nur über zwei Trümpfe: die Kampfkraft der Truppen und die im VN-Sitz verkörperte internationale Legitimität von Democratic Kampuchea. Beide sind in der Hand der Khmer Rouge. [...] Beide Trümpfe haben sich die Khmer Rouge in den Verhandlungen vorbehalten. Die Außenpolitik und damit die Vertretung in den VN ist Vizepräsident Khieu Samphan zugeordnet und damit der Kompetenz des Premierministers Son Sann de facto entzogen. [...] Für Sihanouk, der allein aufgrund seines Namens und seiner ausgleichenden Persönlichkeit zum Präsidenten erklärt wurde, dürfte die Koalition noch am ehesten politischen Zugewinn bringen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 772; Referat 340, Bd. 127312.

<sup>13</sup> Die VN-Generalversammlung wurde am 21. September 1982 eröffnet.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „lange“.

stand leisten könne, doch nach vier Jahren Kampuchea verfüge DK über mehr Schlagkraft denn je zuvor; und dies gegen eine vietnamesische Streitmacht von 200 000, einschließlich der Berater der kampucheanischen Streitkräfte. Vietnam kontrolliere auch die Truppen Phnom Penhs.

Sihanouk und Son Sann verfügten über eine kleine Zahl von Kräften mit beschränkter Kampfkraft. China hoffe, daß beide eine nichtkommunistische Streitmacht bilden würden, um so den gewünschten Kampf gegen Vietnam zu stärken. China habe Sihanouk als erstes Waffenhilfe gegeben.

Wenn in der Zukunft der Kampf abgeschlossen sein werde und die vietnamesischen Truppen sich zurückgezogen hätten, müsse man eine politische Lösung anstreben. Volksabstimmung und Wahl zur Bildung einer neuen Regierung müssen allein vom kambodschanischen Volk durchgeführt werden, niemand dürfe sich hier einmischen, ungeachtet der gewählten Personen.

DK habe erklärt, daß es nach der Vertreibung der vietnamesischen Truppen zur Bildung eines unabhängigen und neutralen Kambodschas kommen werde. China stimme dem zu. Sollte Kambodscha den Willen haben, ASEAN beizutreten, und auch ASEAN diesem Vorhaben zustimmen, würde China dies begrüßen.

China werde jedes Ergebnis einer Volksabstimmung respektieren. Es habe nicht die Absicht, eine prochinesische Regierung zu bilden. China befürworte eine politische Lösung der Kambodscha-Frage. Vietnam sei aber bisher nicht nur nicht bereit, die Truppen abzuziehen, sondern es arbeite strategisch mit der SU zusammen und leiste ihr dadurch große Dienste. Schon heute habe die SU die von den Amerikanern gebauten Marine- und Luftwaffenbasen Danang und Cam Ranh Bay übernommen und renoviert. Vietnam sei ein wichtiger Vorposten der SU und ihre Basis im Südchinesischen Meer und im Indischen Ozean. Die SU habe dort ihr Hauptquartier eingerichtet und ein Kommunikationssystem über Satelliten eingerichtet. Die Basen dienten nicht nur dem Nachschub, sondern auch der Instandsetzung sowjetischer Kriegsschiffe. Der operative Radius sowjetischer Seestreitkräfte habe sich dadurch weit über die Philippinen hinaus erweitert. Sowjetische Flugzeuge vom Typ Tu-95 könnten jetzt ebenfalls weite Gebiete erreichen. Im vergangenen Jahr habe die sowjetische Flotte sechs sowjetische U-Boote durch die Straße von Malakka in den Indischen Ozean geleitet. China habe 1976 die strategische Vorstellung festgelegt, daß die SU in den Süden vorstoße, um damit Europa zu umfassen. Heute sei dies strategisch vollzogen.

China schätze die Antwort der Bundesregierung auf die Frage des vietnamesischen Außenministers nach Wirtschaftshilfe hoch ein.<sup>15</sup> Gemeinsam mit ASEAN verfolge es die Entwicklung der Beziehungen Vietnams mit großer Aufmerksamkeit. China sei gegen substantielle, habe aber nichts gegen humanitäre Hilfe an Vietnam. Es komme aber darauf an, Vietnam nicht zu stärken.

Was die Anerkennung DKs betreffe, so hätten einige sie zurückgezogen oder seien nicht mehr bereit, ihm den Sitz in den VN für Kambodscha<sup>16</sup> zu gewähren. China bedauere diese Haltung, die sich durch Kurzsichtigkeit auszeichne.

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach am 20. April 1982; Dok. 123.

<sup>16</sup> Zur Vertretung Kambodschas in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 123, Anm. 11.

Die Legitimität der Regierung des DK könne nicht bestritten werden. Sie habe keinen einzigen Tag KB<sup>17</sup> verlassen und halte seither am Kampf fest. Die rechtliche Position der Regierung DKs könne und dürfe nicht angefochten werden. An dieser Stelle sprach der chinesische AM folgenden einzigen Satz in englischer Sprache: „A four-years-war gives credentials to Cambodia.“

Was den Unterschied in der Stellung der SU und Vietnams in KB anbelange, so bestehe er darin, daß die SU nicht selbst engagiert sei, sondern hierbei Vietnam nur helfe. Die SU werde auch die Kontrolle Vietnams und der dortigen Militärbasen nie wieder aufgeben.

Der Minister erwähnte an dieser Stelle, daß er über diese Frage ausführlich mit der Außenministerin von Luxemburg gesprochen habe.<sup>18</sup> Sie habe zugesagt, die EG hierüber zu unterrichten.<sup>19</sup>

*BM* dankt für die Darstellung der sowjetischen Außenpolitik und die Lage in KB. Er stimme zu, daß sowohl der Widerstand die Legitimität der Regierung DKs stärke, als auch der illegitime Versuch Vietnams, eine andere Regierung in KB endgültig zu installieren. Richtig sei auch, daß der Widerstand stärkere vietnamesische Kräfte binde. Auch würde Vietnam einen solchen Krieg nicht auf eigene Rechnung führen, obgleich es große Lust hätte, sich zur indochinesischen<sup>20</sup> Großmacht zu erheben. Deutschland sei von Anfang an mit ASEAN dafür eingetreten, daß Phnom Penh keine Anerkennung finde und auch nicht den Sitz in der GV der VN einnehme. Dies aber seien nur Symbole.

Was den Widerstand anbelange, sei DK in der Tat die stärkste militärische Kraft. Dies aber sei nur eine Seite, die andere sei die Frage der internationalen politischen Unterstützung DKs. Hierzu könne man nur sagen, es müsse im Interesse der internationalen Stützung des Widerstandes eine Koalitionsregierung gebildet werden. DK brauche eine internationale Aufwertung, es sei zwar stärkste militärische Kraft, habe aber auch den schlechtesten Ruf. Die eine Seite habe Waffen, die andere die Reputation. Man brauche beides. Beide Seiten müßten etwas einbringen.

Bei der Aufwertung der Reputation DKs sei Prinz Sihanouk ein wesentliches Element. Deutschland begrüße es, wenn eine Koalitionsregierung zustande käme, denn der Kampf bedürfe der internationalen Unterstützung, und diese sei über eine Koalitionsregierung zu erhalten.

Der *BM* bemerkte anschließend, er wolle versuchen, das KB-Problem in eine Betrachtung über die Ziele der sowjetischen Außenpolitik einzuordnen.

Der chinesische AM habe konkrete Vorteile dargelegt, die die SU in Vietnam erlangt hätten. Dies passe ins Bild. Wir befänden uns heute in einer sehr kritischen Phase der internationalen Beziehungen. Die SU glaube, bester Schutz für die eigene Sicherheit werde durch Einflußnahme auf möglichst viele Länder erzielt. Die sowjetische Außenpolitik sei somit reaktionär. Denn der Trend in den

<sup>17</sup> Kambodscha.

<sup>18</sup> Die luxemburgische Außenministerin Flesch begleitete Ministerpräsident Werner bei seinem Besuch vom 29. April bis 5. Mai 1982 in der Volksrepublik China.

<sup>19</sup> Vgl. dazu das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Mai 1982 in Villers-le-Temple; Dok. 145.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „indonesischen“.

internationalen Beziehungen gehe in Richtung gleichberechtigter Zusammenarbeit großer und kleiner Länder. Ihr außenpolitischer Ansatz bringe die SU notwendigerweise in Kollision mit der DW. Typisch sei die Reaktion ASEANs, auffallend auch die Reaktion in Afrika, wo man mit immer größerer Beunruhigung die „Stützpunkte“ der SU beobachte.

Einzuordnen sei in diese Entwicklung auch Polen. Selbst dort stoße die Politik der Vorherrschaft auf Widerstand. Gewiß würden die Kräfte *Solidarność* aus verschiedenen Motiven gespeist, stärkste Kraft aber sei der Wille zur nationalen Unabhängigkeit. In Osteuropa werde mit unaufhaltbarer Dynamik die Frage auf die SU zukommen, wie sie zukünftig ihre Sicherheit begründen wolle: durch Anziehen der Daumenschraube oder ihre Lockerung, d. h. Gewährung größerer innerer Freiheit bei klarer sicherheitspolitischer Zuordnung. Die sowjetische Führung versuche, größere Risiken zu vermeiden. Sie versuche, ihre Politik dort durchzusetzen, wo sie entweder das Risiko nicht zu scheuen brauche, wie in Afghanistan, oder wo sie sich zurückziehen könne, wenn das Risiko zu groß wird, wie in KB.

Die SU verschärfe ihre eigenen Probleme durch Steigerung ihrer eigenen Rüstungsaufwendungen. Dies seien alles Risikofaktoren, deren man sich bewußt werden müsse. Es erhebe sich auch die Frage, wie sich der Westen auf dieses Vorgehen einstelle. Dies sei die eigentliche Bedeutung des NATO-Gipfeltreffens<sup>21</sup> gewesen. Es sei eine Fehlspekulation Moskaus, auf das Auseinanderdriften zwischen Amerika und Europa zu hoffen. Europa werde gestärkt werden, um die Allianz insgesamt stärker zu machen. Sie werde noch enger zusammenarbeiten, insbesondere werde die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zunehmen, und diese Entwicklung werde für alle Bereiche gelten.

Das Bündnis hätte gezeigt, daß es mit großer Festigkeit seine Ziele verfolge. Es habe aber auch Moskau eine Palette von Angeboten gemacht. Moskau müsse sich entscheiden, welchen Weg es gehen wolle. Deutschland sei mit dem Gipfel zufrieden. Jetzt käme es darauf an, die SU in einer Reihe von bilateralen Kontakten davon zu überzeugen, daß die Aussagen des NATO-Treffens<sup>22</sup> ernst zu nehmen seien.

An dieser Stelle verließ der BM das Sitzungszimmer für einen Augenblick und übergab das Wort an D3, der folgendes ausführte:

Wir hätten mit Bewunderung den afghanischen Widerstand verfolgt, der über zwei Jahre hindurch eine schwere Belastung für die SU dargestellt habe. Er sei aber nicht stark genug gewesen, um die SU zum Rückzug aus Afghanistan zu veranlassen. Auch der massive internationale diplomatische Druck habe nicht erreichen können, daß sich die starre Haltung der SU ändere. Pakistan stände unter schwerem sowjetischem Druck und habe große Belastungen, insbesondere durch die Flüchtlinge, zu tragen. In dieser Situation bestehe die Gefahr, daß der internationale Druck und Widerstand gegen die SU nachlasse. Immer wie-

<sup>21</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EU-ROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

der gebe es Versuche und Ansätze, um eine politische Lösung zu erreichen. Wir begrüßten politische Verhandlungen, weil eine Vereinbarung mit der SU erreicht werden müsse. Sie dürfe aber nicht dazu führen, daß die Position der SU oder der von ihr abhängigen Regierungen gefestigt werde. Denn die Folge wäre, daß auf der Grundlage des von der SU gewünschten Status quo verhandelt werde.

Deswegen begegne die Bundesregierung jenen Gesprächen mit Skepsis, die heute in Genf begännen. Die dortigen Vertreter Afghanistans, Pakistans und Irans sprächen miteinander nur über den Beauftragten des GS der VN.<sup>23</sup> Wir sähen aber die Gefahr, daß es allmählich zu einer Aufwertung der afghanischen Regierung und damit zu einer ungünstigen Ausgangslage für evtl. spätere Verhandlungen komme. Unser Interesse gelte der chinesischen Beurteilung der Lage, nachdem der AM aus New York<sup>24</sup> gekommen sei.

AM: Der neue pakistanische AM habe China besucht.<sup>25</sup> Er sei mit ihm auch in New York zusammengetroffen. Der pakistanische AM habe erklärt:

Pakistan stehe einerseits unter dem Druck der SU auf Afghanistan, der bis nach Pakistan hineinwirke, und unter dem unmittelbaren Druck, deswegen suche es indirekte Kontakte, um einen Kommunikationskanal zur SU offenzuhalten. Dabei halte Pakistan aber an den von der UN<sup>26</sup> festgelegten Prinzipien fest, nämlich

- Abzug der Truppen,
- Rückkehr der Flüchtlinge,
- Selbstbestimmung, um eigenes Regierungssystem festzulegen.

Der AM Afghanistans<sup>27</sup> sei im übrigen nicht in seiner Eigenschaft als AM an den Gesprächen beteiligt, sondern als Vertreter einer Partei.

Die SU versuche, der afghanischen Regierung eine bessere Position zu verschaffen und von der Staatengemeinschaft zu erreichen, daß Unterstützung von außen unterbleibe. Dies sei die Voraussetzung für den sowjetischen Truppenrückzug. Pakistans Regierung habe betont, daß die sowjetische Truppenpräsenz nicht der Gegenstand der Verhandlungen sei, dies sei ausschließlich eine

<sup>23</sup> Vom 16. bis 24. Juni 1982 fanden in Genf unter Beteiligung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Córdovez Gespräche über Afghanistan zwischen Afghanistan, dem Iran und Pakistan statt. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), resümierte am 7. Juli 1982 eine Unterrichtung von britischer Seite: „Bei den Gesprächen hatte Afghanistan – eventuell auf sowjetischen Einfluß hin – eine gewisse Flexibilität gezeigt, und deshalb seien in folgenden Punkten Fortschritte erzielt worden: 1) Selbstbestimmung; 2) Konsultation mit den Flüchtlingen; 3) das Verhältnis zwischen den vier in der Diskussion befindlichen Punkten: Rückzug sowjetischer Truppen, Nichteinmischung von außen, Garantien und Rückkehr der Flüchtlinge. Die indirekten Gespräche sollen im September in New York fortgesetzt werden.“ Dazu bemerkte Wieck: „M.E. handelt es sich beim afghanisch-sowjetischen Verhalten in erster Linie um Bemühungen, den zu erwartenden Druck der Weltöffentlichkeit und der Dritten Welt im Hinblick auf die nächste VN-Generalversammlung abzufangen, ohne substantielle Konzessionen machen zu müssen. Ähnliches spielte sich bereits vor einem Jahr ab [...], ohne daß sich nach der 36. GV in oder um Afghanistan grundsätzliche Änderungen ergeben hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1310; VS-Bd. 13281 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>24</sup> Anlässlich der Eröffnung der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 7. Juni 1982 in New York hielt sich der chinesische Außenminister Huang Hua in den USA auf.

<sup>25</sup> Der pakistanische Außenminister Yakub Khan traf am 22. April 1982 in Peking mit Ministerpräsident Zhao Ziyang zusammen.

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „SU“.

<sup>27</sup> Schah Mohammed Dost.

bilaterale Frage zwischen der SU und Afghanistan. Es komme darauf an, Pakistan vor den Absichten der SU zu warnen. Was sich aus den Gesprächen ergebe, müsse man abwarten.

*D3*: Deutschland halte an Forderungen der VN<sup>28</sup> fest und halte es für wesentlich, daß Weltöffentlichkeit sich nicht an sowjetische Truppen gewöhne. Im übrigen stimmten wir mit chinesischer Haltung überein.

BM kehrt zurück.

*AM* wünscht noch kurz auf die Beziehungen US–China und China–US einzugehen.<sup>29</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush habe die VR China besucht und drei Briefe des Präsidenten an die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Partei und den Ministerpräsidenten übergeben.<sup>30</sup> Zentrale Aussage: keine Zwei-China-Politik, sondern Festhalten am Shanghai-Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>31</sup>, nämlich

- Anerkennung Regierung der VR China als einzige Regierung von China, Taiwan ein Teil Chinas,
- Anerkennung der Souveränität und der territorialen Integrität ganz Chinas und des Prinzips der Nichteinmischung.

Die Krise in den Beziehungen zwischen beiden Ländern dauere an, denn US liefere weiterhin Waffen an Taiwan. Dies stelle nicht nur eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dar, sondern auch einen Verstoß gegen das Kommuniqué von Shanghai.

Innerhalb der amerikanischen Administration gäbe es zwei Denkschulen; die eine vertrete die Auffassung, in der Auseinandersetzung mit der SU bedürfe die US der VR China nicht. Ihre Anhänger seien bereit, alle Handlungen der amerikanischen Regierung im Hinblick auf Taiwan hinzunehmen. Die andere lehne diese Haltung ab.

Die VR China habe schon während der Verhandlungen zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen darauf hingewiesen, daß sie entschieden gegen die

<sup>28</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 20. November 1981 mit: „Intensive Afghanistan-Debatte der 36. GV (55 Wortmeldungen) endete am 18.11. mit der Annahme eines von über 40 Blockfreien miteingebrachten Resolutionsentwurfs islamischer Staaten, mit der die SU erneut zum sofortigen Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan aufgefordert und die dringende Notwendigkeit einer politischen Lösung nachdrücklich unterstrichen wird.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 213, Bd. 133205.

Für den Wortlaut der von der VN-Generalversammlung am 18. November 1981 verabschiedeten Resolution Nr. 36/34 über Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 245 f.

<sup>29</sup> Zu den Beziehungen der USA zur Republik China (Taiwan) und zur Volksrepublik China vgl. Dok. 107, Anm. 3.

<sup>30</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 7. bis 9. Mai 1982 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 185, Anm. 6.

Für den Wortlaut der beiden Schreiben des Präsidenten Reagan vom 5. April 1982 an den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Deng Xiaoping, und an Ministerpräsident Zhao Ziyang sowie des Schreibens vom 3. Mai 1982 an den Vorsitzenden der KPCh, Hu Yaobang, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2065, S. 45.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vom 15./16. Dezember 1978 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

Waffenverkäufe sei. Die US hätten sie dennoch fortgesetzt. Sie betrachteten Taiwan als einen nicht versenkbaren Flugzeugträger unter US-Kontrolle.

Die Fortdauer des Waffenverkaufs sei ein Beweis für die amerikanische Zwei-China-Politik und verhindere die chinesische Wiedervereinigung.

Die chinesische Seite hätte Herrn Bush erklärt, die Waffenverkäufe seien eine Verletzung der chinesischen Souveränität und Einmischung in die inneren Angelegenheiten. In dieser Frage gäbe es für China keinen Spielraum.

Es habe nicht die Einstellung der Verkäufe über Nacht gefordert. Der historische Hintergrund müsse berücksichtigt werden, aber die USA müßten die Waffenverkäufe in degressiver Form bis zur völligen Einstellung in einer festzulegenden Frist beenden.

*BM:* In welcher Frist?

*AM:* Darüber kann man verhandeln.

Die USA hätten die Regierung der VR China auch verpflichten wollen, gegen Taiwan keine Waffengewalt anzuwenden. China habe in der Neun-Punkte-Erklärung vom Herbst 1981 festgestellt, daß es einen friedlichen Weg zur Wiedervereinigung beschreiten wolle.<sup>32</sup> Aber der Wiedervereinigungsprozeß sei eine innere Angelegenheit. China könne sich in dieser Frage keiner Regierung gegenüber verpflichten. Werde es trotzdem verlangt, sei dies ebenfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Verhandlungen würden auf Beamtenebene fortgesetzt. Die chinesische Regierung warte das Ergebnis ab. Sollten die USA während dieser Zeit Waffen liefern, werde China hierauf reagieren. Der Streit und die Krise zwischen China und den USA dauere somit an. Die Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen oder eine Herabstufung stünden 50 zu 50. Die chinesische Regierung könne es nicht zulassen, daß sich eine ausländische Regierung in eine innere Angelegenheit einmische und die Wiedervereinigung verhindere. China hoffe auf Weiterentwicklung der Beziehungen, es sei aber auch auf ihre Herabstufung vorbereitet. Im Verhältnis China-SU gebe es keine Möglichkeiten zu grundlegenden Veränderungen. Die Außenpolitik Chinas sei unabhängig und werde gemäß der internationalen Gesamtlage nach eigenen Interessen festgelegt. China erlaube sich nicht, einmal von dieser, ein anderes Mal von jener anderen Suppe zu essen.

*BM* dankt für die Ausführungen und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Probleme in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen überwunden werden. Deutschland sei hieran interessiert, denn dies wäre ein Beitrag zum Frieden in der Welt.

**Referat 341, Bd. 125304**

<sup>32</sup> Zum chinesischen Angebot vom 30. September 1981 für Verhandlungen über eine Wiedervereinigung zwischen der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 185, Anm. 13.

## 187

**Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-13133/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1221  
Citissime

**Aufgabe: 18. Juni 1982, 19.50 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 18. Juni 1982, 20.17 Uhr**

Zur Unterrichtung

Betr.: START-Konsultationen im Rat am 18.6.82<sup>2</sup>

### I. Zusammenfassung

1) In der Sitzung des NATO-Rats vom 18.6. fand unter Vorsitz des stellvertretenden Generalsekretärs Da Rin in Anwesenheit des Leiters der amerikanischen START-Delegation, Botschafter Rowny, und seines Stellvertreters, Botschafter Goodby, die erste formelle START-Konsultation statt. Nachdem Rowny die US-START-Position erläutert hatte, fand eine ausführliche Aussprache im Rat statt, an der sich die zahlreichen aus den Hauptstädten angereisten Experten (auf unserer Seite VLR I Dr. Citron) beteiligten.

2) Im Anschluß daran fand – wie von uns angeregt – eine längere Expertenkonsultation unter Vorsitz von ASG<sup>3</sup> Dannenbring statt, bei der Botschafter Goodby die Fragen der Experten beantwortete. Hier beteiligte sich auch F.

3) Beide Sitzungen waren durch die amerikanische Bereitschaft gekennzeichnet, umfassend und detailliert Auskunft über die amerikanische START-Position zu geben und die damit verknüpften Intentionen zu verdeutlichen.

Die Gelegenheit wurde von allen Delegationen genutzt, um ihr Interesse an erfolgreichen START-Verhandlungen zu verdeutlichen und ihre Standpunkte darzulegen (bemerkenswert war das von CDN unter Bezug auf Trudeaus Rede auf dem NATO-Gipfel<sup>4</sup> geographisch begründete besondere Interesse an START). Hinsichtlich Ablauf und Intensität des Meinungs austausches dürften Rat sowie Expertensitzung richtungweisend für die künftigen regelmäßigen Konsultationen im Bündnis sein.

4) Unsere wiederholte Anregung, einen Argumentations-Katalog für die öffentliche Präsentation zu START zu erarbeiten, fand allgemeine Zustimmung und wurde insbesondere von Rowny positiv aufgenommen.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Vom Bereitschaftsdienst wurde am 19. Juni 1982 handschriftlich vermerkt: „Nach Angaben meines Vorgängers hat VLR I Citron dies bereits gesehen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen.

<sup>2</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen.

<sup>3</sup> Assistant Secretary General.

<sup>4</sup> Zur Rede des Ministerpräsidenten Trudeau bei der Eröffnungssitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179, Anm. 24.

<sup>5</sup> Am 5. Juli 1982 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron der Botschaft in Washington den „Entwurf einer Themenliste für START-Argumentationskatalog“. Dazu bemerkte er: „Nach Beginn der START-Verhandlungen ist, ähnlich wie bei INF, eine öffentliche Diskussion über Verhandlungspositionen und -ziele zu erwarten. Um auf diese z. T. von den Sowjets beeinflusste Debatte vorbereitet zu sein, haben wir anlässlich der jüngsten START-Konsultationen im Bündnis die Er-

## II. Im einzelnen

### 1) Konsultation im Rat

(1) In seiner Einführung (Text des Sprechzettels liegt dort vor) erläuterte Botschafter Rowny erneut die der amerikanischen START-Position zugrundeliegenden sechs Kriterien („Reduzierung Gefahr eines Nuklearkrieges, Stärkung der Abschreckung, Stabilität, Verifikation, Einfachheit und Verhandelbarkeit der Vorschläge“) sowie den Inhalt des amerikanischen START-Vorschlages. In Ergänzung zu den bisherigen öffentlichen Erläuterungen Präsident Reagans<sup>6</sup> erklärte Rowny, daß in Phase I auch gleiche Obergrenzen für Bomber (ca. 350) angestrebt würden.

Die Sowjetunion habe bilateral gegenüber den USA noch nichts geäußert, was über ihre bisherige öffentliche Stellungnahme hinausginge. Die bisherigen sowjetischen Verlautbarungen seien keineswegs ganz negativ und deuteten darauf hin, daß die Sowjetunion ebenfalls ein Interesse an einem START-Abkommen haben könne. Ein Motiv hierfür dürfte das sowjetische Interesse sein, auf die amerikanischen Modernisierungsprogramme<sup>7</sup> (insbesondere MX, B-1, Stealth, Trident D5) Einfluß zu nehmen.<sup>8</sup>

Zum Verhältnis START/INF erklärte Rowny, daß Washington dafür Sorge trage, daß sich beide Verhandlungsforen nicht gegenseitig behinderten („undercut“), sondern sich vielmehr gegenseitig unterstützten.

Eine enge Abstimmung beider amerikanischer Delegationen sei sowohl inhaltlich als auch durch zeitliche Parallelität der Verhandlungen im selben Gebäude sichergestellt. (Erste Verhandlungspause bei START sei nach etwa sechs bis acht Wochen vorgesehen.)<sup>9</sup>

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 987*

arbeitung eines START-Argumentationskatalogs angeregt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3801; Referat 220, Bd. 124531.

Mit Schreiben vom 9. August 1982 übersandte die Botschaft in Washington den Entwurf eines amerikanischen Argumentationskatalogs mit dem Titel „The US START Proposal“. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 124531.

Am 2. September 1982 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), daß von amerikanischer Seite im Ständigen NATO-Rat ein als Anlage übermittelter „Frage- und Antwortkatalog zur US-START-Position verteilt“ worden sei: „Der US-Geschäftsträger wies darauf hin, daß die Erstellung dieses Katalogs auf deutschen Vorschlag anlässlich der Rüstungskontrollkonsultationen im Rat mit ACDA-Direktor Rostow am 4.6.1982 [...] zurückgeht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1582; Referat 213, Bd. 133240.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka; Dok. 142.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das am 2. Oktober 1981 verkündete amerikanische Modernisierungsprogramm im Bereich der strategischen Streitkräfte; Dok. 34, Anm. 10.

<sup>8</sup> Botschafter Hermes, Washington, meldete am 2. Juli 1982, das amerikanische Außenministerium habe vertraulich darüber informiert, daß die UdSSR bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) am 1. Juli 1982 einen Vorschlag unterbreitet habe, „der einen Rüstungsstopp“ beinhalte: „Im State Department scheint man bei einer ersten Bewertung dieses sowjetischen Schritts zu dem Schluß gekommen zu sein, daß die Sowjetunion jedenfalls in der Eröffnungsphase der START-Gespräche diese in ähnlicher Weise wie die INF-Gespräche vorrangig als Propagandainstrument benutzen will. Dieser Schluß liegt deshalb nahe, weil Moskau die Auffassung der Administration zu dem Freeze-Gedanken in allen Details bekannt sei; die Sowjetunion könne also nicht davon ausgegangen sein, daß ein solcher Vorschlag von amerikanischer Seite aufgenommen werden würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2967; VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf wurden am 12. August 1982 auf den 6. Oktober 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 228.

Rowny erklärte abschließend, daß nicht nur eine Unterrichtung über den Verhandlungsverlauf vorgesehen sei, sondern diese und künftige Konsultationen nach Auffassung Washingtons in erster Linie der Beratung der USA durch die Verbündeten dienen sollten. In diesem Zusammenhang kündigte er an, daß die Bündniskonsultationen im Rat und in den Expertensitzungen regelmäßig zu Beginn und am Ende der Verhandlungsrunden stattfinden sollten, erforderlichenfalls auch während der Verhandlungsrunden.

(2) Aus der sich anschließenden Aussprache ist an Antworten Rownys festzuhalten:

(a) Status von SALT II<sup>10</sup>

Der Vertrag sei „fatally flawed“, insbesondere wegen der Backfire-Regelung, des Zählkriteriums „launcher“ sowie Verifikation. Dennoch würde eine Vielzahl in mühsamen Verhandlungen erzielter Einigungen (u. a. Definitionen) weiterhin die Grundlage der Diskussion bleiben. Das am 31.12.81 ausgelaufene Protokoll sei dagegen „dead and buried“.

(b) „Fenster der Verwundbarkeit“

Rowny wies erneut darauf hin, daß die Verwundbarkeit der amerikanischen Systeme weniger durch Reduzierungen als vielmehr durch den Stationierungsmodus für ICBM (z. B. closely spaced basing) vermindert werde.

(c) Verhandlungsansatz

USA seien bereit, alle Elemente der strategischen Triade von Anfang an in die Verhandlungen einzubeziehen („all ICBM, SLBM and heavy bombers including Backfire“).

(d) Vertragsentwurf

Washington arbeite an einem Vertragsentwurf, an seine Einführung in einer frühen Phase sei aber nicht gedacht.

(e) Rowny habe kein Mandat, über Defensivsysteme zu verhandeln. Der Grundsatz einer notwendigen Zusammenschau offensiver und defensiver Systeme gelte weiterhin. USA hätten derzeit keine Absicht, ABM-Vertrag<sup>11</sup> in Frage zu stellen oder zu ergänzen.

Trident-Transfer

(f) Man denke daran, die „Non-circumvention-Klausel“ von SALT II zu bewahren. Die USA wollten jedoch wie bei SALT II auch bei START sicherstellen, daß

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>11</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenaabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Technologietransfer innerhalb der Allianz weiterhin möglich bleibe (z. B. Trident an UK<sup>12</sup>).

(g) Ich wies auf die Wichtigkeit der öffentlichen Präsentation hin und unterstrich die Notwendigkeit eines START-Argumentationskataloges. Dazu sagte Goodby in der Expertensitzung, die USA seien sehr interessiert an der Übermittlung von spezifisch europäischen Fragen und Kritikpunkten, die in die laufenden Arbeiten an einem Argumentationskatalog zu START eingefügt werden könnten.

(h) Auf Fragen von RL 220 erklärte Rowny, daß USA sich bei START die gleichen Regeln für die Vertraulichkeit der Verhandlungen vorstellten wie bei INF (Verhandlungsdetails vertraulich, Diskussion über Grundsätze in der Öffentlichkeit möglich).

SLCM-Problematik müsse noch weiter geprüft werden.<sup>13</sup> Man verstehe die europäischen Überlegungen, daß SLCM nicht ganz ausgeschlossen bleiben könnten. Gegenwärtig bestehe die Absicht, SLCM gemeinsam mit den anderen langsam fliegenden Systemen zunächst nicht in den Vordergrund zu stellen. Die in der Berlin-Rede Präsident Reagans<sup>14</sup> angekündigten nuklearen vertrauensbildenden Maßnahmen könnten evtl. auch in die START-Verhandlungen einbezogen werden (insbesondere Testflüge und Datenbasis).<sup>15</sup>

Es sei daran gedacht, Zwischenergebnisse festzuschreiben, wenngleich SU möglicherweise wieder versuchen werde, erst nach Vereinbarung der Gesamtmaterie die Einzelvereinbarungen wirksam werden zu lassen.

2) Aus der anschließenden Expertensitzung werden folgende Antworten von Botschafter Goodby auf die Fragen der Bündnispartner festgehalten:

(1) Am Anfang der Verhandlungen solle eine konzeptionelle Aussprache mit den Sowjets stattfinden, um über die Verhandlungsziele ein gemeinsames Verständnis herzustellen. Die US-Seite denke auch an den Versuch einer Klärung der strategischen Konzeptionen.

(2) Zu den Zählkriterien führte G. aus, daß man grundsätzlich die Zähleinheit „warheads on missile“ einführen wolle und daß grundsätzlich an der SALT-II-Zählregel „counted as tested“ festgehalten werden solle, daß man aber bei der

<sup>12</sup> Zur Modernisierung der britischen Nuklearstreitkräfte mit SLBM des Typs „Trident-II“ vgl. Dok. 54, Anm. 27.

<sup>13</sup> Zu der von der amerikanischen Marine geplanten Beschaffung von seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vgl. Dok. 62, Anm. 11.

<sup>14</sup> Bei seinem Besuch am 11. Juni 1982 in Berlin (West) hielt Präsident Reagan vor dem Charlottenburger Schloß eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

<sup>15</sup> Nach Gesprächen über Rüstungskontrolle in Washington notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron am 28. Juni 1982 zur Frage von vertrauensbildenden Maßnahmen im nuklearen Bereich: „Ausarbeitung konkreter Vorschläge auf der Grundlage der Berliner Initiative von Präsident Reagan ist noch nicht abgeschlossen. [...] Pentagon scheint lange gezögert zu haben, weil man dort die Auffassung vertritt, daß es genügend funktionierende Instrumente gibt, die einen Nuklearkonflikt aus Versehen oder durch Mißkalkulation ausschließen. Skeptisch sei man u. a. gegenüber dem in den USA erörterten Vorschlag, ein ‚Crisis Consultation Center‘ für Krisenmanagement einzusetzen. Der Vorzug der vorhandenen ‚hotline‘ bestehe darin, daß hier die Entscheidungszentren im direkten Kontakt seien.“ Vgl. VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

Zählweise von Bombern davon abweiche, da man hier nur bereit sei, die Träger zu zählen.

(3) US-Delegation gehe davon aus, daß die mit dem START-Vorschlag beabsichtigte Umstrukturierung der strategischen Potentiale beider Seiten vermutlich etwa zehn Jahre dauern werde.<sup>16</sup> Die Verhandlungen selbst brauchten allerdings nicht soviel Zeit in Anspruch zu nehmen. Die US-Vorschläge berücksichtigten im übrigen bereits begonnene sowjetische Rüstungsentwicklungen (Typhoon, „Black Jack“-Bomber, neue ICBM und deren evtl. Mobilität).

(4) Unter Hinweis auf mögliche sowjetische Bereitschaft, „on-site-inspections on challenge“ zuzulassen, erklärte G., daß sich auch die USA bei Bedarf auf solche Inspektionen einlassen könnten, sich jedoch zunächst auf NTM<sup>17</sup> und den erweiterten Zugang zu Testdaten im Rahmen kooperativer Maßnahmen stützen wollten.

Darüber hinaus sei auch an den Einsatz von „remote sensors“ gedacht.

Die Untersuchungen zur Verifikation seien auf amerikanischer Seite noch nicht abgeschlossen.

(5) Die nuklearen vertrauensbildenden Maßnahmen seien keine Vorbedingung für START-Vereinbarungen, sie seien jedoch eine sinnvolle Ergänzung, insbesondere im Hinblick auf die Erstellung einer Datenbasis.

[gez.] Böcker

**VS-Bd. 11392 (220)**

<sup>16</sup> Gesandter Wallau, Washington, resümierte am 12. Juli 1982 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium, dem Nationalen Sicherheitsrat und der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA): „Der amerikanische START-Vorschlag versucht, eine Beschränkung der schweren sowjetischen ICBM und eine Reduzierung des Wurfgewichts der sowjetischen ballistischen Systeme zu erreichen. Mit der Obergrenze von 110 für schwere ICBMs soll zunächst verhindert werden, daß die SU die SS-18 zu Lasten der kleineren ICBMs beibehalten würde. Mit der Einführung der zusätzlichen Obergrenze von 110 soll die SS-18 derselben proportionalen Beschränkung wie die Gesamtzahl der ballistischen Systeme unterworfen werden. Die Obergrenze von 210 für schwere und mittlere ICBM, die eine Gesamtzahl von 100 SS-17 und SS-19 erlauben würde, soll dem zweiten großen amerikanischen Ziel, nämlich der Reduzierung des Wurfgewichts, dienen. Die vorgesehene Obergrenze würde nach Erläuterungen durch unsere amerikanischen Gesprächspartner das Wurfgewicht in diesem Bereich halbieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3078; VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> National Technical Means.

## 188

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem mosambikanischen Außenminister Chissano

21. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Bundesministers mit AM Chissano von Mosambik am 21. Juni 1982<sup>2</sup>

Teilnehmer: Chissano, Khan, Murargy, BM, D 3<sup>3</sup>, Dg 32<sup>4</sup>, RL 320<sup>5</sup>.

*BM* betonte einleitend unser Prinzip, die Unabhängigkeit afrikanischer Staaten zu respektieren, womit wir auch deren Recht anerkennten, ihre innere gesellschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen. Wir drängten niemandem etwas auf. Allerdings sei es unser Anliegen, die Beziehungen zu allen Staaten Afrikas gleich gut zu gestalten und Hemmnisse zu überwinden.

*Chissano* erwähnte, er sei 1970 in Bonn gewesen. Seinen jetzigen Besuch halte er für überfällig. Der Moment sei günstig gewählt, denn seines Erachtens bestehe auf beiden Seiten der beste Wille, aufeinander zuzugehen. Die frühere Kooperation Bonns mit der Kolonialmacht gehöre der Vergangenheit an, aber leider gebe es in der Bundesrepublik auch heute noch „einige Elemente“, die nicht in der Lage seien, die Politik Mosambiks zu verstehen. Mosambik bestehe auf seiner Unabhängigkeit und bringe dafür erhebliche Opfer.

Chissano zeichnete ein düsteres Bild der Unterentwicklung und der wirtschaftlichen Probleme seines Landes als Folge der Kolonialherrschaft. Keine schwarzen Lehrer. Alle 400 Lokomotivführer seien Portugiesen gewesen. Bis heute kein Vorteil Mosambiks von Cabora-Bassa.<sup>6</sup> Kaum Bewässerungsanlagen, schlechte Straßen, zu wenig Eisenbahnlinien, aber eine Überzahl an Flughäfen für Düsenmaschinen. Trotz extrem langer Küste Fischimporte. In SA<sup>7</sup> 70 000 mosambikanische Arbeiter (vor der Unabhängigkeit 250 000). Destabilisierende Politik Südafrikas.<sup>8</sup> ANC sei nur Vorwand. Die Sabotage richte sich gezielt gegen wirtschaftliche Objekte und verbreite im ganzen Lande ein Klima der Unsicherheit.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Hiller am 22. Juni 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorab H[errn] D 3 z[ur]g[efälligen]K[enntnisnahme] (Vermerk ist noch nicht von BM genehmigt).“

Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 22. Juni 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der mosambikanische Außenminister Chissano besuchte am 21./22. Juni 1982 die Bundesrepublik.

<sup>3</sup> Walter Gorenflos.

<sup>4</sup> Wilhelm Haas.

<sup>5</sup> Hans-Joachim Vergau.

<sup>6</sup> Am 2. September 1969 gab die portugiesische Regierung den Zuschlag für den Bau eines Wasserkraftwerks in Cabora-Bassa (Mosambik) an das internationale Konsortium „Zambeze Hydro-Eléctrico Consórcio“ (ZAMCO) bekannt, an dem neben Unternehmen aus Frankreich, Italien, Portugal und Südafrika auch Unternehmen aus der Bundesrepublik beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I B 3 vom 5. März 1970; Referat III B 5, Bd. 798.

<sup>7</sup> Südafrika.

<sup>8</sup> Zur Unterstützung der Resistência Nacional Moçambicana (RNM) durch Südafrika vgl. Dok. 134, Anm. 41.

Mosambik habe neben dem Kolonialismus auch den Faschismus bekämpft, und dieser Kampf gehe weiter, ein Kampf gegen Weißenhaß. Dazu gehöre das Bemühen um gute Beziehungen zu Portugal, dessen Regierungschef am 27.6. in Maputo erwartet werde.<sup>9</sup>

*BM* erklärte sich vom Bericht über die Entwicklungsprobleme beeindruckt und fügte hinzu, wir wollten bei der Lösung helfen, doch hänge dies sowohl für uns bilateral als auch für die Zusammenarbeit mit der EG davon ab, daß Mosambik – wie 48 andere afrikanische Staaten – die Berlin-Klausel akzeptiere. Hier liege für uns eine Frage von nationalem Gewicht und vitalem Interesse. Mosambik möge es als politische Realität hinnehmen, daß keine Bundesregierung dies zum Handelsobjekt machen könne. Mosambik möge sich an Simbabwe<sup>10</sup> ein Beispiel nehmen.

*Chissano* reagierte mit der Bemerkung, dieses Thema hätte er auf jeden Fall angeschnitten. Mosambik sei immer davon ausgegangen, daß die Bundesrepublik im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen eine herausragende Stellung einnehmen sollte. Die DDR<sup>11</sup> sehe das ebenso. Heute seien die wirtschaftlichen Beziehungen Bonns mit der DDR nicht nur absolut, sondern auch relativ viel enger als mit Mosambik.

Das Problem mit der Berlin-Klausel sei ein formales, kein inhaltliches. Es gehe nicht um die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Berlin (West), sondern nur um die Bezeichnung „Land“. Man könne doch nicht sagen, diese Frage sei ein nationales Problem und gehe Mosambik nichts an, wenn man andererseits die Unterschrift seiner Regierung unter die Klausel wolle. Maputo habe auch Prinzipien. Es wolle sicher sein, daß nichts geschieht, was gegen das Vier-Mächte-Abkommen<sup>12</sup> verstößt, das schließlich auch wichtige internationale Bedeutung habe. Nach diesem Abkommen sei Berlin (West) jedenfalls kein „Land“ der Bundesrepublik. Kann man nicht einen Formelkompromiß finden?

<sup>9</sup> Ministerpräsident Balsemão besuchte vom 27. Juni bis 1. Juli 1982 Mosambik.

<sup>10</sup> Am 11. Juni 1982 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 210 zur Frage einer Berlin-Klausel in bilateralen Abkommen ausgeführt: „In den Fällen Simbabwe und Jugoslawien haben wir Schwierigkeiten in der Bezeichnungsfrage durch klarstellende Briefwechsel lösen können, in denen ein für allemal dargelegt wurde, daß unter ‚Land Berlin‘ ‚Berlin (West)‘ zu verstehen sei“. Vgl. Referat 320, Bd. 138090.

Im Falle Simbawes lautete das als Anlage beigefügte Schreiben vom 26. März 1981: „During the negotiations on the establishment of diplomatic relations which were held in Salisbury at the end of March and beginning of April 1980 the delegation of the Federal Republic of Germany gave a detailed explanation of the representation of the interests of Berlin (West) by the Federal Republic of Germany. Referring to these explanations I hereby confirm that the use of the term ‚Land Berlin‘ in international agreements serves the purpose of ensuring the extension of such international agreements to Berlin (West), i.e. the three Western Sectors of Berlin, in accordance with established procedures, that is to say that ‚Land Berlin‘ means Berlin (West).“ Vgl. Referat 320, Bd. 138090.

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 9. Juni 1982 hieß es: „Mosambik gehört zu den Schwerpunktländern des Engagements der DDR in Afrika. Durch eine jahrelange konsequente politische und materielle Unterstützung der FRELIMO vor der Unabhängigkeit ist die DDR heute der wichtigste nicht-afrikanische politische Verbündete Mosambiks. Ihr Ansehen ist beträchtlich, ihre Stellung gefestigt. [...] In der Deutschland- und Berlin-Frage hat sich Mosambik weitgehend auf die Position der DDR festlegen lassen. [...] Vor diesem Hintergrund ist auch die Weigerung Mosambiks zu sehen, die übliche Berlin-Klausel in bilateralen Abkommen mit uns zu akzeptieren“. Vgl. Referat 320, Bd. 138090.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

*BM*: Er sei „tief betroffen“, in welcher Weise hier ein dritter Staat zentrale nationale Belange der Deutschen zum Verhandlungsgegenstand machen wolle. Wir würden uns in nationale Anliegen Mosambiks auch nicht einmischen. Versuche, über die Berlin-Klausel zu verhandeln, seien aussichtslos. Mosambik müsse seine Entscheidung selbständig treffen. Die Tür für gute Zusammenarbeit sei jedenfalls offen. Simbabwe habe diese Tür jedenfalls<sup>13</sup> erfolgreich durchschritten.

*Chissano* ließ sich den im Falle von Simbabwe verwandten Text als Non-paper aushändigen.

Nach einigen umständlichen Rückfragen und internen Beratungen der Mosambiker untereinander gab *Chissano* zu erkennen, daß die Hauptaussage dieses Textes eigentlich das sei, was Mosambik benötige. Man brauche aber einen klärenden Hinweis darüber, was „established procedures“ bedeute. Ihm sei klar, daß dieser Terminus aus Annex 4 des Vier-Mächte-Abkommens stamme, anderen aber nicht. Es erscheine notwendig, eine Bezugnahme auf das Vier-Mächte-Abkommen in den Text aufzunehmen.

*BM* erklärte kategorisch, über den in Simbabwe verwandten Text könnten wir nicht hinausgehen. Es sei nicht zumutbar, bei jedem Land wieder einen eigenen neuen Text anzuwenden.

*Chissano* schien überrascht, und es wurde erkennbar, daß er von einem Vorschlag ausging, den die deutsche Seite selbst den Mosambikanern am 28.12.1978<sup>14</sup> vorgelegt hatte und der die Bezugnahme auf das Vier-Mächte-Abkommen in diesem Zusammenhang enthält (österreichische Erklärung zu Verträgen mit der Bundesrepublik Deutschland<sup>15</sup>).

Er schien jedoch von der Bestimmtheit der Haltung des *BM* beeindruckt und meinte zeitweilig, es könnte vielleicht genügen, daß er nur die jetzt erfolgte mündliche Mitteilung der deutschen Seite zur Kenntnis nehme, „established procedures“ stehe im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen. Unter Berücksichtigung dieses authentischen Kommentars genüge dann der Text von Simbabwe.

Später schien *Chissano* die Gangbarkeit dieses Weges wieder in Zweifel zu ziehen, denn er meinte, wir könnten den (Mosambik anzupassenden) Text von Simbabwe übergeben, woraufhin Mosambik dann eine Antwort geben würde, die

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Gorenflos gestrichen.

<sup>14</sup> In der Anlage 2 zu einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 16. Juli 1982 wurde festgestellt, daß Mosambik ebenso wie Guinea-Bissau der „Kompromißvorschlag einer interpretierenden Erklärung zur Berlin-Klausel außerhalb des Vertrages“ gemacht worden sei. Schwierigkeiten bestünden „wegen der Formulierung ‚Land Berlin‘. [...] Starker Einfluß der DDR verhindert Lösung in unserem Sinne.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132542.

<sup>15</sup> Ministerialdirigent Bräutigam vermerkte am 9. März 1981: „1975 war in langwierigen Gesprächen mit uns abgestimmt worden, die in deutsch-österreichischen Verträgen enthaltene Standard-Berlin-Klausel intern im österreichischen Gesetzgebungsverfahren wie folgt zu erläutern: ‚Artikel ... macht es möglich, den Geltungsbereich des Vertrages in Übereinstimmung mit den im Vier-Mächte-Abkommen vom 3.9.1971 (Anlage IV) erwähnten ‚festgelegten Verfahren‘ auf die Westsektoren Berlins auszudehnen, nach denen auch bisher die Ausdehnung der Verträge zwischen beiden Parteien erfolgt ist. Der Begriff ‚Land Berlin‘ bezieht sich auf die Westsektoren Berlins.‘ Außerdem wird die Bedeutung der Dreimonatsfrist der Berlin-Klausel erläutert und der Wortlaut von Teil II Absatz 1 des Vier-Mächte-Abkommens vom 3.9.71 zitiert. Bei der Unterzeichnung erklärt die österreichische Seite mündlich, daß sie diese Erläuterung intern im österreichischen Gesetzgebungsverfahren verwenden werde.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132542.

die ausdrückliche Bezugnahme auf das Vier-Mächte-Abkommen enthielte. *BM* reagierte reserviert, ließ aber erkennen, daß es dann darauf ankomme, wie eine solche Antwort sich unter der Lupe unserer Experten ausnehmen werde.

In der später mit *D3* wiederaufgenommenen Konsultation über das Berlin-Thema bestätigte *Chissano* nochmals die hier gezeichnete Position, wobei er wiederum eher dazu zu neigen schien, daß die Bezugnahme auf das Vier-Mächte-Abkommen in irgendeiner Weise verbrieft werden müßte.<sup>16</sup>

*D3*, *Dg32* und *RL 320* informierten *Chissano* über den Stand der Namibia-Initiative<sup>17</sup> aus unserer Sicht und betonten besonders die hilfreiche Rolle der Frontstaaten<sup>18</sup> bei der letzten Konsultation mit SWAPO in Darressalam am 14. Juni 1982<sup>19</sup>. *Chissano* ging von einer flexiblen SWAPO-Haltung aus, auch was die noch offenen Anliegen angeht. Er schien anzunehmen, daß auch in der Forderung nach VN-überwachten SWAPO-Lagern innerhalb Namibias ein Nachgeben möglich sei.

*D3* unterrichtete *Chissano* über den NATO-Gipfel von Bonn<sup>20</sup> und den Wirtschaftsgipfel von Versailles<sup>21</sup>. Die entsprechenden gemeinsamen Erklärungen<sup>22</sup> wurden *Chissano* auf dessen Bitte hin übergeben.

#### Referat 320, Bd. 138090

<sup>16</sup> Vortragender Legationsrat Hiller notierte am 23. Juni 1982, in einem Gespräch am 22. Juni 1982 mit Bundesminister Offergeld habe der mosambikanische Außenminister *Chissano* erklärt: „Nach seinem gestrigen Gespräch mit Bundesminister Genscher seien jetzt die Voraussetzungen für die Aufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegeben. Die Hindernisse, die in der Vergangenheit bestanden hätten, seien nunmehr geregelt, nachdem man ein Instrument gefunden hätte (gemeint war der Simbabwe-Brief), mit dem beide Seiten in der Berlin-Frage leben könnten. Mosambik sei mit der Einbeziehung von Berlin in der von uns gewünschten Form in Abkommen einverstanden und halte den von uns angekündigten Brief (Simbabwe-Modell) für ausreichend, um den Begriff ‚Land Berlin‘ zu erläutern. Er hoffe, daß dieses Problem, das der bilateralen Zusammenarbeit lange im Wege gestanden hätte, gelöst und dieses Kapitel abgeschlossen wäre.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138090.

<sup>17</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>18</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>19</sup> Am 15. Juni 1982 informierte Botschaftsrat Blankenstein, Darressalam, am Vortag habe ein „Gipfletreffen der Front[iniens]taaten und SWAPOs in Darressalam“ stattgefunden, „zu dem sämtliche entscheidenden Politiker erschienen waren (Kaunda, Mugabe, Machel, Dos Santos, Masire und Nujoma). [...] Während Nujoma bei Ankunft sich noch ziemlich stark machte für eine Lösung zur Frage des Wahlsystems vor weiteren Gesprächen, äußerte sich Nyerere jetzt viel flexibler. Dagegen wies er ausdrücklich auf zwei Probleme hin, die auch er bei dem Treffen nicht lösen konnte: Monitoring in Angola und Sambia sieht er nur möglich mit sehr kleiner Zahl von UNTAG. [...] Impartiality für SWAPO, Status der SWAPO-Truppen in Namibia und deren Anerkennung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 265; Referat 320, Bd. 138090.

<sup>20</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>21</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471.  
Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

189

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-13193/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2813

**Aufgabe: 22. Juni 1982, 19.31 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 23. Juni 1982, 16.29 Uhr**

Betr.: Haig-Gromyko-Gespräche am 18./19. Juni in New York<sup>2</sup>;  
hier: Unterrichtung der NATO-Missionschefs

Bezug: DB 2794 vom 21.6.1982 – gleiches AZ<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

I. 1) Richard Burt bezeichnete in seiner Unterrichtung der NATO-Missionschefs die gut neunstündigen Gespräche zwischen Haig und Gromyko als ausgewogen, da sie je zur Hälfte Rüstungskontroll- und regional-/geopolitischen Fragen gewidmet gewesen seien. Beide Außenminister hätten fest, ernsthaft und offen miteinander gesprochen und übereingestimmt, ihr Treffen als nützlich zu bezeichnen.

2) Nach amerikanischer Auffassung seien die Gespräche teilweise auch konstruktiv gewesen. Gromyko habe in einigen Fragen eine gewisse Flexibilität erkennen lassen und insbesondere bei dem Thema Rüstungskontrolle zeitweilig einen defensiven Eindruck gemacht; letzteres sei vielleicht auf die auf der Bonner NATO-Gipfelkonferenz<sup>4</sup> bekundete Einheit der westlichen Allianz zurückzuführen.

Auf meine Frage nach einer genaueren Definition der Gesprächsteile, auf die die Bezeichnung konstruktiv angewendet werden könne, erwiderte Burt, die Sowjetunion habe falsche Vorstellungen über die amerikanischen START-Vorschläge<sup>5</sup> gehabt; Haig habe die diesen Vorschlägen innewohnende Logik erklären und Gromyko verdeutlichen können, daß die Vereinigten Staaten in dem die Sowjetunion besonders berührenden Bereich (strategische Bomber, Cruise Missiles) eine gerechte Lösung (equitable solution) anstrebten. Haig habe ferner die amerikanischen Ziele im südlichen Afrika (Namibia) erklären können,

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 28. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Anlässlich der am 7. Juni 1982 eröffneten VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung trafen die Außenminister Gromyko (UdSSR) und Haig (USA) in New York zusammen.

<sup>3</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete über die Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Haig am 19. Juni 1982 in New York: „Im Anschluß hieran gab Haig bekannt, daß die Sowjetunion nur wenige Tage nach Gromykos Rede auf der Abrüstungssondergeneralversammlung ungewöhnliche und beispiellose Aktivitäten (ein Anti-Satelliten-Test, zwei ICBM-Starts, ein SS-20-Start, ein SLBM-Start, zwei ABM-Abwehr-Tests) entfaltet habe, die die in New York gesprochenen Worte Lügen strafen.“ Dazu führte Hermes aus: „Im State Department wurde uns bestätigt, daß die Auswertung der sowjetischen Raketenstarts erst am frühen Samstag morgen (19.6.) abgeschlossen worden sei, so daß Haig während seines zweiten Gesprächs mit Gromyko noch keine hieb- und stichfesten Beweise gehabt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2794; Referat 213, Bd. 133227.

<sup>4</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>5</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 187.

d. h. regionale Stabilität verbunden mit dem Abzug der Kubaner aus Angola. Dies sei wichtig, da die Sowjetunion sich vorher über einen Mangel an Informationen beklagt habe. Man habe auf amerikanischer Seite den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion die Politik der Vereinigten Staaten besser verstehe und möglicherweise eine Lösung nicht mehr behindern werde.

## II. Im einzelnen

### 1) Rüstungskontrollfragen

#### a) START

Gromyko habe am ersten Tag das Gespräch mit einer Beschwerde über die amerikanische Rüstungskontrollpolitik begonnen und kritisiert, daß die Vereinigten Staaten der sowjetischen Forderung nach Gleichheit und gleicher Sicherheit (equality–equal security) nicht Rechnung trügen; die Vereinigten Staaten strebten statt dessen militärische Überlegenheit an. Haig habe darauf hingewiesen, daß das amerikanische Verteidigungsprogramm eine Antwort auf die sowjetische Aufrüstung sei und nicht dem Ziel diene, militärische Überlegenheit zu erlangen. Haig habe den Begriff Gleichheit als Zielvorstellung für das Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen bezeichnet, nicht als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen. Haig sei ferner auf Gromykos Besorgnisse über neue Waffensysteme eingegangen und habe das Prinzip der Gleichheit als einzige vernünftige Grundlage für Rüstungskontrolle auch auf neue Systeme bezogen. Fragen einer qualitativen Rüstungskontrolle seien in diesem Zusammenhang nicht erörtert worden. Auf meine Frage nach der amerikanischen Haltung zur Forderung Gromykos nach gleicher Sicherheit, die der amerikanisch-sowjetischen Formel von 1972<sup>6</sup> entspreche, erläuterte Burt, die Anerkennung dieser Forderung würde Abrüstungsverhandlungen praktisch aussichtslos machen, da dies die Einführung nicht direkt mit der Verhandlungsmaterie verbundener Probleme geographischer und anderer Natur bedeute, die fast unlösbar seien.

Gromyko habe die amerikanischen START-Vorschläge heftig als einseitig und unvereinbar mit SALT II<sup>7</sup> und dem Wladiwostok-Abkommen von 1974<sup>8</sup> kritisiert. Er habe andererseits die sowjetische Bereitschaft zu Reduktionen bei schweren Trägerraketen erklärt, sich aber nicht auf Einzelheiten eingelassen, sondern darauf verwiesen, daß dies geschehen werde, wenn die Zeit dafür gekommen sei.

Haig habe unterstrichen, daß die Vereinigten Staaten im Bereich sowjetischer landgestützter und amerikanischer seegestützter Raketensysteme gerechte Re-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzklärung vom 29. Mai 1972 über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>8</sup> Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

duktionen (equitable reductions) anstrebten. Haig habe wiederholt, daß die Vereinigten Staaten die Bestimmungen von SALT II nicht unterlaufen würden; Gromyko habe für die Sowjetunion die gleiche Versicherung abgegeben. Beide Minister hätten übereingestimmt, daß die positiven Teile des SALT-II-Abkommens erhalten bleiben sollten.

Zum Schluß der ersten Gesprächsrunde habe Haig das gemeinsame Interesse an der Begrenzung destabilisierender Waffensysteme betont und unterstrichen, daß Präsident Reagan die feste Absicht habe, weitgehende Reduktionen zu erreichen, und daß nichts (d. h. strategische Bomber, Cruise Missiles) von den Verhandlungen ausgeschlossen werden solle.

Gromykos Darlegung der sowjetischen Selbstverpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen<sup>9</sup>, habe Haig mit dem Hinweis auf den Vorsprung der Sowjetunion bei konventionellen Waffen und der Erklärung beantwortet, das westliche Verteidigungsbündnis werde niemals als erstes Gewalt anwenden.

#### b) INF

Der sowjetische Außenminister habe erneut die Null-Lösung<sup>10</sup> kritisiert und für den sowjetischen Moratoriumsvorschlag<sup>11</sup> geworben. Die Sowjetunion betrachte Pershing II und Cruise Missiles als strategische Waffen und fordere die Einbeziehung der französischen und britischen Waffensysteme. Die Vereinigten Staaten hätten einen Vorsprung bei INF-Systemen und manipulierten ihre Angaben über sowjetische Bomber. Gromyko habe die Warnung ausgesprochen, daß die Stationierung der Pershing II/Cruise Missiles zu einer sowjetischen Antwort führen werde (would elicit a Soviet response). Haig habe die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung zurückgewiesen, den Moratoriumsvorschlag als nicht akzeptabel und die sowjetische Drohung als kontraproduzent bezeichnet, und gefordert, die Sowjetunion solle sich darauf konzentrieren, in Genf ein Abkommen zu erzielen. Er habe eine gewisse sowjetische Flexibilität hinsichtlich der Einbeziehung der jenseits des Ural stationierten SS-20 festgestellt und dies als Zeichen für eine realistische Politik begrüßt.

<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 15. Juni 1982 an die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York sprach der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, die Selbstverpflichtung der UdSSR aus, „nicht als erste Kernwaffen einzusetzen“. Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 315–318.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, stellte dazu am 18. Juni 1982 fest: „Die Botschaft des GS Breschnew – im Kern einseitiger Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen – reiht sich in die Unzahl sowjetischer Abrüstungsinitiativen, die in erfindungsreicher Variation jährlich vor dem Publikum der Weltorganisation vorgetragen werden. [...] Wiederholt hat es sowjetische Angebote gegeben, durch zwei- und mehrseitige Verträge auf Ersteinsatz nuklearer Waffen zu verzichten. Da diese Initiativen allesamt ins Leere liefen, wird das Angebot nunmehr aufgebessert: Die SU verzichtet einseitig, ‚entlarvt‘ die westliche Verweigerung, appelliert aber nunmehr vom moralischen Podest an die westlichen Partner, insbesondere die USA, nachzuziehen. In dieser Perspektive wird der Verzicht auf Ersteinsatz dann zum Ei des Kolumbus: Wird der SU-Schritt erwidert, ist die nukleare Katastrophe verhütet. Geht der Westen darauf nicht ein, dann manövriert er sich – so die hiesige Überlegung – selbst ins propagandistische Abseits.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2549; Referat 201, Bd. 125682.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>11</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

Burt hielt fest, daß die Gespräche keine neuen Erkenntnisse zur sowjetischen INF-Position erbracht hätten. Er wies lediglich darauf hin, daß es eine kurze Diskussion über einen potentiellen Zusammenhang zwischen den START- und INF-Verhandlungen gegeben habe.

c) MBFR, KAE, Vertrauensbildende Maßnahmen

Auf mehrere Fragen führte Burt aus, daß es kaum eine Diskussion über MBFR-Fragen und die von Reagan in Berlin<sup>12</sup> vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen gegeben habe. KSZE-Fragen seien nur kurz am Rande erörtert worden.

<sup>13</sup>2) Regionalfragen

Haig habe Gromyko aufgefordert, durch Verzicht auf Anwendung von Gewalt auch in Regionalkonflikten zum Abbau von Spannungen beizutragen und die Gefahr des Ausbruchs von Kriegen zu verringern. Die Verknüpfung (linkage) von Rüstungskontrollpolitik und regionalem Wohlverhalten sei ein fact of life, kein künstlicher Zusammenhang. In einem offenen Gesellschaftssystem könnten Einzelaspekte der sowjetischen Politik nicht streng getrennt behandelt werden.

a) Polen

Gromyko habe die Entwicklung in Polen als interne Angelegenheit bezeichnet, die zu erörtern er nicht bereit sei. Er habe dennoch die amerikanische Sanktionspolitik gegenüber seinem Land und Polen<sup>14</sup> als nicht akzeptabel bezeichnet und ihre Beendigung gefordert. Er habe sich ferner sehr kritisch über die am 18. Juni von Reagan verhängten neuen Wirtschaftssanktionen<sup>15</sup> geäußert und sich persönlich wegen des Zeitpunktes der Verkündung (d.h. während seiner Gespräche mit Haig) beschwert. Haig habe erklärt, die Entscheidung stehe in kei-

<sup>12</sup> Bei seinem Besuch am 11. Juni 1982 in Berlin (West) hielt Präsident Reagan vor dem Charlottenburger Schloß eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

Zum Vorschlag über vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearen Bereich vgl. Dok. 187, Anm. 15.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2814 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1. Für den Drahtbericht Nr. 2814 vgl. VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>15</sup> Am 18. Juni 1982 gab Präsidenten Reagan den Beschluß bekannt, die gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen auf Öl- und Gasförderungstechnologien auszuweiten. Dies sollte auch für amerikanische Tochterfirmen im Ausland oder für von ausländischen Firmen in amerikanischer Lizenz hergestellte Produkte gelten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 798.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Juni 1982, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe dazu in einem Gespräch am selben Tag erklärt, „die Juristen des State Department arbeiteten seit dem Wochenende mit dem Handelsministerium an der Formulierung der Verordnungen. Klar sei, daß nach der Entscheidung vom Freitag die Sanktionen gälten für: bereits existierende Verträge, bereits gelieferte Güter (Rotoren), Verträge über Technologievergabe (Lizenzen). Seines Wissens gebe es sowohl in den in Frage kommenden Lieferverträgen als auch den Lizenzverträgen Klauseln, die eine Grundlage für die jetzt verkündeten amerikanischen Maßnahmen böten.“ Hermes habe erwidert, „die Bundesregierung sei über die amerikanische Entscheidung tief enttäuscht. Sie wolle sich darüber jedoch nicht in eine öffentliche Auseinandersetzung mit den USA einlassen. Die amerikanische Entscheidung könne sehr weitreichende Folgen für den internationalen Handel, Auslandsinvestitionen und die internationale Arbeitsteilung haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2798; VS-Bd. 10410 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

nem Zusammenhang mit ihrem Gespräch, und habe die wachsende Gefahr einer Explosion in Polen im Sommer und Herbst d. J. unterstrichen. Innerpolnische Stabilität könne nur durch Eingehen auf die drei westlichen Forderungen<sup>16</sup> erreicht werden. Die Sanktionen seien verhängt worden, um dies Ziel zu erreichen, nicht um einen Wirtschaftskrieg auszulösen. Die Vereinigten Staaten seien bereit, auf positive Entwicklungen positiv mit Wirtschaftshilfe zu reagieren.

#### b) Zentralamerika

Hinsichtlich Kubas und Nicaraguas habe Gromyko gefordert, die Vereinigten Staaten sollten keinen Druck ausüben, sondern normale Beziehungen aufnehmen, da von ihnen keine Gefahr ausgehe. Gromyko habe außerdem die amerikanische Politik in El Salvador kritisiert. Haig habe demgegenüber seine tiefe Besorgnis über die Rolle Kubas und sowjetische Waffenlieferungen geäußert, aber auch erwähnt, daß die Vereinigten Staaten zu einem Dialog bereit seien und Kontakte bestünden. Zu El Salvador habe Haig darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlen<sup>17</sup> eine klare Absage an die Guerillas darstellten und daß die Vereinigten Staaten weiterhin die friedliche Entwicklung zu einem demokratischen System in diesem Lande unterstützten.

#### c) Südliches Afrika

Gromyko habe erklärt, die kubanischen Soldaten könnten möglicherweise Angola verlassen.<sup>18</sup> Voraussetzung hierfür seien jedoch die vorhergehende Unabhängigkeit Namibias und ein entsprechendes Ersuchen Angolas. Haig habe die erzielten Fortschritte bei den Verhandlungen unterstrichen<sup>19</sup> und einen baldigen Erfolg als möglich bezeichnet, falls ein gleichzeitiger (simultaneous) Abzug der Kubaner aus Angola erreicht werden könne. Die Sowjetunion solle sich einer Lösung der Namibia-Frage nicht widersetzen, da ein Fehlschlag zur Isolierung der Sowjetunion führen könne.

Burt erklärte hierzu, Kornienko und Crocker hätten vor den Ministern bereits ein Gespräch über Namibia geführt. Man habe auf amerikanischer Seite den Eindruck, daß die Sowjetunion nunmehr die amerikanische Politik besser verstehe und vielleicht nicht mehr behindern werde. Auf eine Frage Gromykos bezüglich der weiteren Rolle Savimbis<sup>20</sup> habe Haig erklärt, dies müsse von Angola und anderen afrikanischen Ländern gemeinsam geregelt werden.

#### d) Afghanistan

Haig habe die andauernde sowjetische Besetzung Afghanistans<sup>21</sup> ein großes Hindernis für die Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen

<sup>16</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>17</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>18</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

<sup>19</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>20</sup> Zu der von Jonas Savimbi geführten angolischen Rebellenbewegung UNITA vgl. Dok. 155, Anm. 7.

<sup>21</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

Am 19. Mai 1982 kommentierte Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, Informationen des Gesandten an der sowjetischen Botschaft, Safrontschuk, zur Lage in Afghanistan: „Bewertung hat davon auszugehen, daß wiedergegebene sowjetische Beurteilung derzeitiger Lage Afghanistans [...] für westliche Ohren bestimmt war. Zieht man dies ab, so bleibt nach Auffassung Botschaft immer noch be-

genannt. Gromyko habe wiederholt, daß die Sowjetunion zu einem Rückzug ihrer Truppen bereit sei, falls die „Intervention von außen“ beendet werde. Beide Minister hätten sich geeinigt, in ihren jeweiligen Botschaften den Meinungs-austausch über Afghanistan fortzusetzen. Burt fügte hinzu, daß ein erstes Treffen bald stattfinden werde, er persönlich aber sehr skeptisch hinsichtlich des Erfolgs eines solchen Dialoges sei.<sup>22</sup>

e) Nahost

Gromyko habe die Vereinigten Staaten für die israelische Invasion des Libanon<sup>23</sup> verantwortlich gemacht und erneut eine umfassende Nahost-Konferenz als einziges Mittel zur Behandlung der explosiven Lage im Nahen Osten vorgeschlagen. Den Vorwurf der Komplizenschaft habe Haig energisch zurückgewiesen, an die amerikanischen Bemühungen des vergangenen Jahres, eine Tragödie zu verhindern, erinnert und entgegnet, die sowjetischen Waffenlieferungen an die PLO hätten zum Zusammenbruch des Waffenstillstandes<sup>24</sup> beigetragen. Haig habe die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Sicherheitsrats-Resolutionen 508<sup>25</sup> und 509<sup>26</sup> bekräftigt. Gromyko habe sich im großen und ganzen vorsichtig und zurückhaltend zur Libanon-Krise geäußert.

f) Iran – Irak<sup>27</sup>

Gromyko habe Haigs Vorwurf widersprochen, die Sowjetunion habe beide Seiten mit Waffen beliefert. Es habe sich lediglich um kleinere Lieferungen von Ersatzteilen gehandelt, die von beiden Ländern weit übertrieben worden seien. Im Grunde habe sich die Sowjetunion neutral verhalten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1000*

merkenswertes Eingeständnis übrig, daß auch SU inzwischen erkannt hat, daß ursprünglich weitgesteckte Ziele im Sinne Kopie sowjetischer Modelle zumindest vorerst in Afghanistan nicht zu erreichen sind. Gleichzeitig wird erneut deutlich, daß SU zu keinerlei Konzessionen bereit, die aus ihrer Sicht zu Lockerung ihrer Kontrolle über strategisch wichtiges Vorfeld Afghanistan führen könnten. Wenn ideologisch und damit innenpolitisch beschränkte Konzessionen mehr Erfolg bei Sicherung dieser Kontrolle versprechen, so scheint man inzwischen in Moskau insoweit möglicherweise zu etwas pragmatischerem Herangehen bereit zu sein [...]. Interessant aus Sicht Botschaft erscheint auch Hinweis auf angeblich kürzliche Kontakte mit USA<sup>4</sup>. Vgl. den Drahtbericht Nr. 100/101; VS-Bd. 13281 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>22</sup> Am 14. Juli 1982 berichtete Gesandter Huber, Moskau, die amerikanische Botschaft habe „mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung“ darüber informiert, daß „am 22./23. Juli 1982 in Moskau amerikanisch-sowjetische ‚Expertengespräche auf mittlerer Ebene‘ über Afghanistan stattfinden werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2923; VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

Brigadegeneral Eichler, Moskau, resümierte am 26. Juli 1982 eine Unterrichtung über die Gespräche seitens des amerikanischen Militärattachéstabs in Moskau: „Ergebnisse seien nicht zu verzeichnen. SOW-Seite habe viele Detail-Infos gegeben, die zum Verständnis der Lage und Umstände in Afghanistan beigetragen hätten. US-Delegation aus den Staaten sei beteiligt gewesen. Gespräche würden zu späterem Zeitpunkt fortgesetzt. Man müsse schließlich im Gespräch bleiben.“ Eichler zog folgendes Fazit: „Beide Seiten zeigen Interesse, auch zu diesem Bereich den Dialog nicht abreißen zu lassen, trotz aller publizistisch-propagandistischen Anfeindungen über Afghanistan.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3099; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Ministerpräsidenten Begin vom 24. Juli 1981; Dok. 173, Anm. 5.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 508 des VN-Sicherheitsrats vom 5. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 5 f.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 509 des VN-Sicherheitsrats vom 6. Juni 1982 zur Wiederherstellung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 6.

<sup>27</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 168, Anm. 19.

g) Kampuchea<sup>28</sup>

Auf Gromykos Aufforderung hin, die Vereinigten Staaten sollten dem Pol-Pot-Marionettenregime ihre Unterstützung entziehen, habe Haig mit der Bemerkung reagiert, die Vereinigten Staaten unterstützten nicht Pol Pot, sondern das Recht des Volkes von Kampuchea auf Selbstbestimmung. Vietnam halte das Land unrechtmäßigerweise besetzt; die Vereinigten Staaten könnten mit Hanoi nur nach einem Rückzug seiner Truppen verhandeln.

## h) China

Gromyko habe unterstrichen, daß amerikanische Waffenlieferungen an China sowjetische Sicherheitsinteressen beeinträchtigten.<sup>29</sup> Haig habe erwidert, die Vereinigten Staaten suchten gute Beziehungen mit China, hätten aber nicht die Absicht, die sogenannte chinesische Karte auszuspielen. Im übrigen könnte der Sowjetunion kein Vetorecht hinsichtlich der Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen eingeräumt werden.

## III. Bilaterale Fragen

## 1) Gipfelkonferenz

Zu den von Gromyko ohne allzu großen Nachdruck angesprochenen Aussichten für ein Gipfeltreffen habe Haig erklärt, daß Präsident Reagan einem solchen Treffen entgegensetze, es aber gut vorbereitet und erfolgversprechend sein müßte. Gromyko habe der Notwendigkeit einer sorgfältigen Vorbereitung zugestimmt.

Auf Fragen meinte Burt, daß ein weiteres Gespräch zwischen Haig und Gromyko etwa im September des Jahres durchaus möglich, hierüber aber nicht gesprochen worden sei.

## 2) Humanitäre Fragen

Burt wies daraufhin, daß Haig zum Ende des Gespräches eine Reihe von humanitären Fragen angesprochen habe.

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 11981 (201)**

**VS-Bd. 11315 (220)**

<sup>28</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

<sup>29</sup> Botschafter Hermes, Washington, wies am 2. Juni 1982 darauf hin, daß der stellvertretende amerikanische Außenminister, Stoessel, in einer Rede am Vortag „Waffentransfer (Arms transfers)“ als eines der Felder genannt habe, auf denen die amerikanische Regierung zur Verbesserung ihrer Beziehungen zur Volksrepublik China aktiv werden wolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2491; Unterabteilung 34, 125315.

## 190

**Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin,  
an das Bundeskanzleramt**

**StV 383-22-31/82 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 636**  
**Citissime**

**Aufgabe: 23. Juni 1982, 00.37 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 23. Juni 1982, 08.03 Uhr**

Betr.: Mein heutiges Gespräch mit Generalsekretär Honecker

Bezug: Fernschreiben Nr. 635 geheim vom heutigen Tage<sup>2</sup>

1) Honecker empfing mich heute nachmittag zu einem Gespräch in seinem Amtszimmer im Gebäude des Zentralkomitees, um seine Antwort auf die mündliche Botschaft des Bundeskanzlers<sup>3</sup> zu übergeben. Das Gespräch, das 1 1/2 Stunden dauerte, fand unter vier Augen statt.

Es wurde von Honecker sachlich und in einem freundlichen Ton geführt. Er vermied insbesondere gewisse Schärfen, die in der Diktion seiner Antwort enthalten sind.

Honecker wies eingangs darauf hin, daß seine Antwort durch das Politbüro „einstimmig bestätigt“ worden sei. Sie trägt das Datum des 15. Juni, berücksichtigt daher noch nicht die am 18. Juni geschlossenen Vereinbarungen über den Swing und den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr.<sup>4</sup>

2) Nach der Vorbemerkung erläuterte Honecker zunächst in großen Zügen den Inhalt seiner Antwort, indem er einzelne Passagen vorlas oder zusammenfaßte. Er machte dann zusätzliche Anmerkungen zu einzelnen Punkten.

Zum Funktionieren des Transitabkommens<sup>5</sup> wies Honecker auf die umfangreichen Leistungen hin, die die DDR seit Abschluß des Abkommens erbracht ha-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, am 23. Juni 1982 an Bundesminister Genscher übermittelt. Dazu vermerkte er: „Ich wäre dankbar, wenn Sie Herrn Staatssekretär von Staden unterrichten würden.“  
Hat Genscher am 24. Juni 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Mit Fernschreiben vom 22. Juni 1982 übermittelte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, die mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 15. Juni 1982 an Bundeskanzler Schmidt. Vgl. dazu VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.  
Für den Wortlaut der Botschaft vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 739–745.

<sup>3</sup> Zu der am 24. Mai 1982 übermittelten mündlichen Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 164, Anm. 2.

<sup>4</sup> Bundesminister Franke gab am 18. Juni 1982 den Abschluß von Gesprächen mit der Regierung der DDR über eine Verlängerung des zinslosen Überziehungskredits (Swing) bekannt. Gemäß der neuen Regelung sollte dieser bis 1985 um 250 Millionen Verrechnungseinheiten auf 600 Millionen Verrechnungseinheiten herabgesetzt werden. Außerdem wurden Neuregelungen im Bereich des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs vereinbart. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1982, S. 545 f.

Für den Wortlaut der Dokumente zu der am 18. Juni 1982 zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR abgeschlossenen „Vereinbarung Nr. 20/1982“ vgl. BULLETIN 1982, S. 546–548.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 7–13.

be. Ungeachtet der Störungen durch den Mißbrauch der Transitstrecke seien bis Ende 1980 insgesamt 160 Millionen Transitreisen, davon 53 Mio. mit Kraftfahrzeugen, gezählt worden, Honecker: „eine fast schon unvorstellbare Zahl“.

Zu den Reisen in dringenden Familienangelegenheiten betonte Honecker, daß tatsächlich erheblich mehr Ausreisen genehmigt würden, als aus unseren offiziellen Verlautbarungen zu entnehmen sei. So seien 1981 fast 60 000 DDR-Bürger in diesem Rahmen in die Bundesrepublik gereist (ohne Einbeziehung West-Berlins), während wir angeblich nur 37 000 Personen gezählt hätten. Er wisse nicht, worauf diese große Diskrepanz zurückzuführen sei. Wahrscheinlich seien unsere Zählmethoden unvollkommen.

Zur Stichtagsregelung (über die offenbar schon am 15. Juni entschieden war) wies Honecker darauf hin, daß die Aberkennung der Staatsbürgerschaft mit dem 1.7.1982 wirksam werde.<sup>6</sup> Außerdem gelte diese Regelung nicht für Fahnenflüchtige. Honecker erwähnte hier, daß er in seiner Antwort den Begriff „Entlassung“ aus der Staatsbürgerschaft der DDR benutzt habe. Seine Juristen hätten ihn jedoch darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine „Aberkennung“ der Staatsangehörigkeit handele. In Erinnerung an Vorgänge in früheren Zeiten schätze er diesen Begriff jedoch nicht sehr.

Zu dem Berlin (West) betreffenden Anhang wies Honecker auf die Erleichterung hin, daß künftig für die ersten drei Tage einer Besuchsreise die polizeiliche Anmeldungspflicht entfalle. Der Senat werde hierüber noch verständigt werden.

Nicht berücksichtigt in dem Berlin (West) betreffenden Papier sei die vorgesehene Öffnung des Übergangs Stolpe-Dorf für Fußgänger. Die Entscheidung darüber sei erst nach Abfassung des Papiers getroffen worden. Die aufgeführten Punkte müßten entsprechend ergänzt werden.

3) Nach diesen Anmerkungen ging Honecker dazu über, bestimmte Punkte seiner Antwort noch einmal besonders hervorzuheben bzw. zu kommentieren. Was die Friedensfrage anbetreffe, so könne er mit Befriedigung feststellen, daß zwischen den beiden deutschen Staaten weitgehend Übereinstimmung bestehe. Er werde das auch auf der am 23.6. beginnenden Tagung des Zentralkomitees zum Ausdruck bringen.<sup>7</sup> Dagegen verstehe er nicht, warum die Bundesregierung mit ihren Verbündeten jetzt nur noch von „wirklicher“ Entspannung reden wolle.<sup>8</sup> Am Werbellinsee<sup>9</sup> habe man ein solches einschränkendes Adjektiv nicht gebraucht. Man müsse sich fragen, wer denn darüber entscheide, ob eine „wirkliche“ Entspannung gegeben sei. Hinter diesem neuen Begriff steckten offenbar

<sup>6</sup> Im Rahmen der am 18. Juni 1982 abgeschlossenen Gespräche teilte die Regierung der DDR der Bundesregierung die Ausbürgerung jener Personen mit, die nach dem 31. Dezember 1971 und vor dem 1. Januar 1981 die DDR ohne Genehmigung der dortigen Behörden verlassen hatten. Ab 1. Juli 1982 seien diesen Personen Reisen in die DDR mit dem Status von Bundesbürgern und ohne Strafverfolgung möglich. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 548.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Schlußwort des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, auf der Tagung des ZK der SED am 24. Juni 1982 in Ost-Berlin. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 9, S. 7–25.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Staaten. Wenn die Bundesregierung ihn jetzt akzeptiere, komme sie damit doch wohl amerikanischen Vorstellungen entgegen. Er habe mit großem Interesse die Äußerungen des Bundeskanzlers zum Entspannungsprozeß verfolgt. Offensichtlich sei es nicht leicht, dem amerikanischen Druck in den Fragen der Entspannungspolitik zu widerstehen. Die neuen Boykottmaßnahmen der amerikanischen Administration, die das Erdgas-Röhren-Geschäft betreffen<sup>10</sup>, bestätigten diesen Eindruck.<sup>11</sup> Gerade darum liege ihm daran, seiner Erwartung Ausdruck zu geben, daß der Entspannungsprozeß verteidigt werde und die bestehenden Übereinstimmungen gewahrt blieben. Es komme darauf an, auch in schwierigen Zeiten den Dialog und die Vertragspolitik fortzusetzen.

Er stimme, so fügte Honecker hinzu, mit uns darin überein, daß man im Sinne von „mehr Normalität“ aufeinander zugehen müsse. Bei diesen Bemühungen könne sich die DDR voll und ganz auf ihre Bündnispartner stützen. Sie habe insbesondere das Verständnis und die „weitgehende Unterstützung“ der Sowjetunion.

Honecker erwähnte an dieser Stelle die von Außenminister Gromyko bekanntgegebene einseitige Entscheidung der Sowjetunion, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten.<sup>12</sup> Die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden es begrüßen, wenn andere diesem Beispiel folgten.

4) In meiner Antwort habe ich betont, daß eine gute und stetige Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in der heutigen Weltsituation besonders wichtig sei. Beide Staaten hätten aufgrund ihrer Lage an der Nahtstelle der Bündnisysteme und aufgrund ihrer Geschichte die Verpflichtung, mit allen Kräften auf substantielle Fortschritte bei der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung hinzuwirken. Die Bundesregierung führe darüber mit der Reagan-Administration einen kontinuierlichen Meinungs austausch. Die Initiativen Washingtons in diesem Bereich seien nicht zuletzt auf das beharrliche Drängen der Bundesregierung zurückzuführen.

Hinter dem Begriff „wirkliche Entspannung“, der in der Bonner Erklärung verwendet werde, verberge sich entgegen dem Eindruck Honeckers nicht ein Disens über den Inhalt der Entspannungspolitik. Dahinter stehe vielmehr die Einschätzung, daß der Entspannungsprozeß durch die sowjetische Hochrüstungspolitik, die sowjetische Intervention in Afghanistan<sup>13</sup> und das Einwirken Moskaus auf Polen einer schweren Belastung ausgesetzt sei. Entspannungspolitik müsse sich im konkreten Handeln der Staaten niederschlagen. Sie verlange Mäßigung und Verantwortungsbewußtsein. Nur so könne der Prozeß der Entspannung auf Dauer glaubwürdig bleiben.

<sup>10</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 161, Anm. 9.

<sup>11</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 15. Juni 1982 vor der VN-Sondergeneralversammlung in New York vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 195–203. Für den deutschen Wortlaut vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 180–193.

Zur sowjetischen Erklärung über einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen vgl. ferner Dok. 189, Anm. 9.

<sup>13</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 189, Anm. 21.

Der von Außenminister Gromyko verkündete Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen werde von der Bundesregierung und ihren Verbündeten sorgfältig geprüft werden. Wir hofften, darin ein Zeichen sehen zu können, daß sich die sowjetische Führung der politisch-psychologischen Problematik der Kernwaffen und der Notwendigkeit, die vorhandenen Potentiale abzubauen, stärker bewußt geworden sei. Die Probleme könnten allerdings nicht durch einseitige Erklärungen über den Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen gelöst werden. Entscheidend sei ein Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung, insbesondere auch jener mit konventionellen Waffen. Es gehe darum, durch konkrete Vereinbarungen in allen Bereichen ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau festzulegen. Dazu gehöre als wesentliches Element eine substantielle Reduzierung der Nuklearwaffen-Potentiale. Wir hofften, daß die Vorschläge der westlichen Allianz in den verschiedenen Bereichen schon bald zu konkreten Ergebnissen führen würden.

Zu den jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen der amerikanischen Regierung bemerkte ich, die Bundesregierung sei von der Ankündigung überrascht worden. Sie werde darüber eingehend mit der amerikanischen Regierung sprechen. In jedem Falle stehe aber fest, daß die Bundesregierung die getroffenen Vereinbarungen über das Erdgas-Röhren-Geschäft auch durchführen werde. Die Implementierung sei durch die amerikanischen Maßnahmen, selbst wenn sie aufrecht erhalten würden, nicht in Frage gestellt.

Auf die bilateralen Fragen eingehend, sagte ich, die beiden deutschen Staaten hätten heute die Chance, zu zeigen, daß die Entspannungspolitik weitergehe und Früchte trage. Die in der letzten Woche getroffenen Absprachen seien dafür nicht genug. Die Beziehungen müßten im Gesamtzusammenhang auf breiter Front entwickelt werden. Bedauerlicherweise habe die Erhöhung des Mindestumtausches<sup>14</sup>, durch die der Reiseverkehr um fast die Hälfte reduziert worden sei, zu einem schweren Rückschlag in den Beziehungen geführt. Die davon ausgehenden Belastungen dauerten unverändert an. Die neue Swing-Regelung dürfe darüber nicht hinwegtäuschen. Die DDR müsse sehen, daß ein Teil unserer Öffentlichkeit für das von der Bundesregierung gezeigte Entgegenkommen nur wenig Verständnis gezeigt habe. Es bleibe unverändert wichtig, die durch den Mindestumtausch entstandene Belastung zu überwinden und insbesondere soziale Härten abzubauen, damit die Entspannungspolitik zwischen den beiden deutschen Staaten glaubwürdig bleibe und die Zusammenarbeit auf breiter Front entwickelt werden könne. Dieser Problematik müsse sich die DDR bei den anstehenden Gesprächen und Verhandlungen bewußt sein.

5) Honecker erwiderte, daß die Frage der Reiseerleichterungen und der Mindestumtausch am Werbellinsee in kleinstem Kreis erörtert worden seien. Er habe damals auf die ökonomischen Gesichtspunkte hingewiesen, insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Wechselstuben in der Bundesrepublik und West-Berlin, in denen die Mark der DDR nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage mit eins zu vier oder noch höher gehandelt werde. Dies entspreche in keiner Weise der Kaufkraft der DDR-Währung. Die DDR wolle sich dagegen nicht mit verschärften Kontrollen schützen, die zu schweren Behinderungen im Reise-

<sup>14</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

verkehr führen müßten. Der Mindestumtausch diene vor allem zum Schutz gegen die illegale Einführung von Mark der DDR. Dies sei das Hauptargument. Aber man solle das Problem „der Zukunft überlassen“.

Honecker stimmte ausdrücklich meinem Hinweis auf die Notwendigkeit einer breit angelegten und ausgewogenen Entwicklung der Beziehungen zu. Dazu seien allerdings Bemühungen beider Seiten erforderlich. Aus der Sicht der DDR gehörten dazu auch ihre bekannten Forderungen zur Frage der Staatsbürgerschaft, zum Status der Ständigen Vertretungen, zu Salzgitter und zur Elbe.<sup>15</sup> Er weise besonders auf die beiden letztgenannten Forderungen hin, „ohne damit die anderen aus den Augen zu verlieren“. Lösungen in diesem Bereich würden Fortschritte auf anderen Gebieten erleichtern.

Im weiteren Verlauf des Gespräches kam Honecker noch einmal auf die Geraer Forderungen zurück. Zur Staatsbürgerschaft sagte er, die DDR erwarte keine Änderung des Grundgesetzes.<sup>16</sup> Darum gehe es jetzt nicht. Die Bundesregierung müsse aber die Tatsache akzeptieren, daß es keinen Staat ohne Staatsbürgerschaft gebe. Die Forderung der DDR beziehe sich in erster Linie auf die Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft. Der Bundeskanzler habe dazu nach dem Treffen am Werbellinsee vor dem Bundestag wichtige Äußerungen gemacht.<sup>17</sup>

Zur Frage seines Gegenbesuches in der Bundesrepublik bemerkte Honecker, darüber solle man zu gegebener Zeit sprechen. Ihm liege daran, daß es in Verbindung damit „keine neue Diskussion“ gebe. Er gehe davon aus, daß man für den Besuch einen geeigneten Termin finden werde.

Was die jüngsten Vereinbarungen angehe, so gelte hier das alte deutsche Sprichwort, daß man „mit den Pfunden wuchern“ müsse. Er sei sicher, daß die Vereinbarungen günstige Auswirkungen haben würden.

Zu Polen sagte Honecker, die DDR betrachte die Entwicklung in Polen unverändert als innere Angelegenheit dieses Staates. Daran müßten sich alle halten. „General Jaruzelski regiere, aber wie ein General.“ Nicht einmal seine engere Umgebung wisse, welche Entscheidungen der General morgen treffen werde. Damit müsse man sich abfinden. Nach seinem Eindruck entwickelten sich die Dinge jedoch in der richtigen Richtung. Leider sei die Ingangsetzung der Produktion weiterhin gehemmt durch die nicht vorhandenen Zulieferungen aus dem Westen, von denen die Planung in der Gierек-Zeit ausgegangen sei. Ohne eine solche Kooperation werde eine Gesundung der polnischen Wirtschaft kaum möglich sein. Einige führende Repräsentanten der deutschen Industrie wüßten dies. Im Interesse der Polen müsse die westliche Sanktionspolitik<sup>18</sup>, von der auch die DDR betroffen sei, überwunden werden.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera; Dok. 82, Anm. 3.

<sup>16</sup> Die Staatsangehörigkeit war geregelt in Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

<sup>18</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12. Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG gegenüber der UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 81.

Zu Afghanistan erinnerte Honecker daran, daß die DDR durch den Einmarsch der sowjetischen Truppen, die von der damaligen Regierung in Kabul ins Land gerufen worden seien, völlig überrascht gewesen sei. Eine politische Lösung könne am besten durch Verhandlungen der unmittelbar Betroffenen gefunden werden.<sup>19</sup> Bei einer Garantie gegen Einmischung von außen werde die Notwendigkeit für die begrenzte militärische Präsenz der Sowjetunion entfallen.

#### Wertung

Nach einer ersten Durchsicht hat die Antwort Honeckers auf die mündliche Botschaft des Bundeskanzlers, wie auch das mit mir geführte Gespräch, keine neuen Gesichtspunkte für die Einschätzung des gegenwärtigen Standes der bilateralen Beziehungen gebracht. Honecker hat im wesentlichen die Verhandlungsbereitschaft der DDR für die bereits bekannten Projekte bestätigt, aber keine neuen Perspektiven eröffnet. In der Frage der Reiseerleichterungen ist die Haltung der DDR weiterhin ausweichend. Zum Mindestumtausch reagierte Honecker zwar nicht gereizt, spielte aber wie schon früher auf einen politischen Zusammenhang mit den Geraer Forderungen an, ohne freilich ein rigides Junktim herzustellen.

Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, daß die Antwort Honeckers an den Bundeskanzler im Politbüro abgestimmt worden ist (worauf Honecker mehrmals hinwies) und sicher auch mit der Sowjetunion. Dies mag ein zusätzlicher Grund für die deutlich spürbare Zurückhaltung sein. Der Hauptzweck der Antwort zum jetzigen Zeitpunkt dürfte darin liegen, die Dialog- und Verhandlungsbereitschaft der DDR zu unterstreichen und für den von Honecker gewünschten Gegenbesuch zumindest klimatisch günstige Voraussetzungen zu schaffen. Honecker war im Gespräch auch mir persönlich gegenüber um eine gute Atmosphäre bemüht. Er deutete an, daß er den Meinungsaustausch mit mir zu gegebener Zeit fortsetzen wolle.

[gez.] Bräutigam

**VS-Bd. 14102 (010)**

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Gespräche über Afghanistan vom 16. bis 24. Juni 1982 in Genf; Dok. 186, Anm. 23.

## 191

**Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

114-13219/82 VS-vertraulich  
 Fernschreiben Nr. 549  
 Citissime

**Aufgabe: 24. Juni 1982, 16.15 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 24. Juni 1982, 17.25 Uhr**

Betr.: Israelische Intervention im Libanon;<sup>2</sup>  
 hier: Gespräch mit IAM-GD<sup>3</sup> Kimche am 24.6.1982

Bezug: Telefongespräch mit StS<sup>4</sup> am 23.6.1982

1) Kimche bat zu Beginn des vierzigminütigen Gesprächs, an dem noch Meroz und als Note-taker Frau Bitan teilnahmen, mit besonderem Nachdruck um vertrauliche Behandlung bestimmter Informationen (vor allem unmittelbare Kontakte israelischer und libanesischer Regierung). Auf Frage sagte er, daß er noch andere EG-Botschafter (z. B. den belgischen<sup>5</sup>, wenn auch nicht in seiner Eigenschaft als Vertreter der Präsidentschaft<sup>6</sup>) einbestellt habe. (Vor und nach mir waren der italienische<sup>7</sup> bzw. dänische<sup>8</sup>, vorher der niederländische<sup>9</sup> Botschafter an der Reihe.) Dies gelte jedoch nicht für alle. (Z. B. für Griechenland, aber „auch andere“. Weitere Angaben wollte er nicht machen, doch sind Engländer und Franzosen bisher offenbar nicht gebeten worden.) Im übrigen differenzierte er auch hinsichtlich dessen, was er sage. Dabei machte Kimche deutlich, daß wir besonders eingehend informiert würden, in welchem Zusammenhang er die „definitely positive attitude“ der BR Deutschland erwähnte.

Hauptziel des Kontakts war es offensichtlich, auf uns einzuwirken, daß der bevorstehende Europäische Rat<sup>10</sup> keine gegen Israel gerichtete Erklärung<sup>11</sup> abgibt und vor allem nicht die Forderung nach einem unkonditionierten sofortigen israelischen Rückzug erhebt. Weisungsgemäß gebe ich das Gespräch in seinem Ablauf ausführlich wieder.

2) K. unterstrich, Israel unternehme zur Zeit den „very delicate effort to reach a political solution“. Ob sie gelinge, sei „very much in the balance“. Sie liege nicht nur in israelischem und libanesischem, sondern auch im gesamtwestlichen Interesse. Israel stehe vor der Alternative, sich sofort – und ohne eine solche Lö-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 28. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schnittger und an Attaché Steiner sowie „z[ur] g[efälligen] K[enn]t[er]nisnahme“ an Referat 301 verfügte.

Hat Schnittger und Steiner vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Ausbruch des Libanon-Krieges vgl. Dok. 178, Anm. 2.

<sup>3</sup> Israelisches Außenministerium – Generaldirektor.

<sup>4</sup> Berndt von Staden.

<sup>5</sup> Edouard Decastiaux-Hugot.

<sup>6</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1982 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>7</sup> Girolamo Nisio.

<sup>8</sup> Sven A. Nielsen.

<sup>9</sup> Iwan Verkade.

<sup>10</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 28./29. Juni 1982 in Brüssel zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 17 f.

sung – zurückzuziehen oder aber dies erst dann zu tun, wenn sie erreicht sei. Dabei hatte K. offenbar in erster Linie die Zerschlagung der PLO im Auge.<sup>12</sup>

Hierfür gebe es gute Aussichten, was jedoch auch vom Verhalten dritter Länder und dabei vor allem der Europäer abhängen. Er wolle mir mit der Bitte um strikte vertrauliche Behandlung sagen, daß auch der „libanesischen Regierung“, mit der man in unmittelbarem Kontakt stehe („we are trying to coordinate“), sehr daran liege („is very anxious“), daß sich die israelischen Truppen im jetzigen Zeitpunkt nicht zurückziehen. Man bedränge („implore“) Israel sogar, dies keinesfalls zu tun.

Auf Frage, inwieweit die Regierung in Beirut von Israel erwarte, die Ausschaltung der PLO selbst in die Hand zu nehmen, sagte K. ausweichend, die Lage sei, was man stets im Auge behalten müsse, „very, very fluid“. Einige Mitglieder des Salvation Committee (SC) seien für einen sofortigen Rückzug (z. B. Jumblatt<sup>13</sup>, der weitgehend die Interessen der PLO vertrete), einige dagegen. Insoweit sei die heutige Meldung von BBC, das SC habe vorgeschlagen, die PLO bewaffnet in die Lager abziehen zu lassen, völlig irreführend. Dies sei eine – bereits überholte – Forderung von Jumblatt gewesen, der sich die Regierung widersetzt habe.

Die PLO wolle Zeit gewinnen und arbeite darauf hin, bewaffnet zu bleiben und die Kontrolle der Flüchtlingslager aufrechtzuerhalten. Dies wünschten jedoch weder die Regierung noch Israel noch die USA. Die Beantwortung der Frage, ob bei dem gegenwärtigen Patt die Zeit für oder gegen die PLO arbeite, hänge weitgehend davon ab, ob man diese ermutige oder nicht. Die Machtkämpfe innerhalb der PLO seien „untidy“ und unkontrollierbar. Habasch und sonstige Extremisten wünschten weiterzukämpfen, andere nicht. Der israelische Druck wirke sich gegen die Extremisten aus.

Die Tätigkeit des SC stelle in sich bereits ein „achievement“ dar. Sollte es keinen Erfolg dabei haben, eine adäquate Lage herbeizuführen, werde dies zur Stärkung der Regierung und von deren christlichen und konservativen Elementen führen. Die libanesischen Verfassung<sup>14</sup> schließe einen christlichen Regierungschef keinesfalls aus (Kimche erinnerte an Shehab in den 50er Jahren). Zu denken sei auch an einen konservativen Sunniten und eine starke Stellung von Béchir Gemayel.

Auch im kürzlichen Gespräch zwischen Begin und Reagan<sup>15</sup> sei Einverständnis darüber erzielt worden, daß die PLO und die Syrer den Libanon verlassen

<sup>12</sup> Zur israelischen Haltung gegenüber der PLO vgl. Dok. 184, Anm. 18.

<sup>13</sup> Botschaftsrat Altenburg, Beirut, berichtete am 25. Juni 1982: „Aus Erklärungen von Walid Jumblatt, wonach PLO endlich realistisch werden, kapitulieren und Beirut verlassen müsse, ist [...] auf eine rasche politische Entwicklung zu schließen, die freilich noch Überraschungen bergen kann, da PLO-Führung zunehmend geteilt scheint.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 414; Referat 310, Bd. 135718.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der libanesischen Verfassung vom 23. Mai 1926 mit den Änderungen bis 1960 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Vol. II, Asia, Australia and Oceania, S. 636–647.

<sup>15</sup> Ministerpräsident Begin hielt sich vom 18. bis 22. Juni 1982 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete über das Gespräch Begins mit Präsident Reagan am 21. Juni 1982: „Noch am Vorabend des Besuchs war in öffentlichen Äußerungen deutlich geworden, daß innerhalb der Administration erhebliche Meinungsunterschiede über die richtige Reaktion der USA auf das israelische Vorgehen im Libanon bestehen. Während sich – wie bereits in der Vergangenheit – Verteidigungsminister Weinberger, unterstützt offenbar vom Nationalen Sicherheitsberater Clark, für eine entschiedener Linie gegenüber Israel, einschließlich einer öffentlichen Zurechtweisung, aussprach, trat AM Haig weiterhin für ein diskretes Vorgehen ein, da eine öffentliche Bekundung

müßten. Israel appelliere an uns, keine Forderung nach einem unkonditionierten sofortigen Rückzug zu stellen. Es gebe gute Chancen, die PLO auszuschalten. ...<sup>16</sup> gehen, wohin sie wolle, z.B. auch nach Kairo. (Hinsichtlich des Umfangs der PLO-Führungsspitze wollte K. keine Angaben machen.)

3) Zusammenfassend sagte K., die – rein defensiven – Ziele der Israelis blieben:

- ein souveräner Libanon, der nie wieder eine „base of aggression“ gegen Israel sein könne,
- Rückzug aller „foreign forces“,
- eine starke libanesische Regierung, die für die eigene Sicherheit verantwortlich sei,
- die Errichtung einer multinationalen Friedenstruppe in der 40-km-Zone.

Die Ausschaltung der PLO stelle eine wichtige Chance auch für die Lösung des „palästinensischen Problems“ dar. Man appelliere an die Europäer, auf Jordanien einzuwirken, sich an dieser konstruktiv zu beteiligen.

4) Auf die Frage, wie man sich den Abzug der syrischen Truppen vorstelle, sagte K., die Regierung in Beirut betrachte deren Anwesenheit bereits jetzt als ungesetzlich. Er sei sicher, daß sie das Mandat nicht verlängere. Er könne sich in der Theorie einen israelischen Rückzug unter bestimmten Bedingungen auch bei einem zeitweisen Verbleib syrischer Truppen auf libanesischem Gebiet weiter nördlich als heute vorstellen.

5) Abschließend kam K. auf Fragen der humanitären Hilfe zu sprechen. Israel habe einen „tremendous mistake“ gemacht, nicht von vornherein klarzustellen, daß die Zerstörungen und die Verluste der Zivilbevölkerung sehr viel geringer gewesen seien, als dies im Ausland angegeben werde. Hierfür sei das Militär verantwortlich, das genaue Zahlen habe anbieten wollen, die jedoch anfangs nicht erhältlich gewesen seien. ...<sup>17</sup> 600 000 Vertriebene behauptet, doch gebe es nur 540 000 Menschen im besetzten Gebiet überhaupt. Weite Teile des Südlibanon seien gar nicht zerstört, und dort habe es keine Toten und Verletzten gegeben. Dies treffe allerdings für die Küstenregion nicht zu. Schuld daran sei indessen die PLO, die ihre Stützpunkte absichtlich in Wohngegenden errichtet und die Zivilbevölkerung daran gehindert habe, abzuziehen.<sup>18</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1010*

amerikanischer Unzufriedenheit die Israelis noch unnachgiebiger und amerikanischer Einflußnahme noch unzugänglicher mache.“ Reagan habe sich im Gespräch mit Begin „klar für den von Haig propagierten Ansatz entschieden“. Man habe Übereinstimmung erzielt über „die Notwendigkeit des Rückzugs nicht nur der israelischen, sondern auch der syrischen Truppen; die Schaffung einer Pufferzone im Südlibanon, die von einer internationalen Streitmacht überwacht werden müsse [...]; die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines souveränen und unabhängigen Libanon unter einer starken Zentralgewalt sowie die Hoffnung, eine Lösung der Libanonkrise werde auch neue Ansätze für einen umfassenden Nahost-Frieden bieten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2840 vom 23. Juni 1982; Referat 310, Bd. 135718.

<sup>16</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>17</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>18</sup> Zur humanitären Lage im Libanon vgl. Dok. 182, Anm. 20.

Der Deutsche Caritasverband, Freiburg, meldete dem Auswärtigen Amt am 23. Juni 1982: „Die Folgen des Krieges im Libanon trafen die Zivilbevölkerung besonders hart. Allerdings entspricht nach unseren Informationen die vom IKRK angegebene Zahl von 600 000 displaced persons nicht der Wirklichkeit. Mit FS vom 22.6.1982 gibt Caritas Libanon diese auf maximal 100 000 an. Nach dem derzeitigen Informationsstand sind 50 000 bis 60 000 realistisch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 8588; Referat 301, Bd. 146084.

Zu Beginn habe man ausländische Hilfsmaßnahmen nur deshalb nicht zugelassen, weil die Lage noch lange Zeit gefährlich gewesen sei und es hinter den Linien viele Verluste gegeben habe. Jetzt würden ausländische Hilfsmaßnahmen jedoch keinesfalls mehr behindert. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß es im besetzten Gebiet niemand gebe, der hungere oder der angemessener ärztlicher Versorgung entraten müsse.<sup>19</sup>

Auf Frage: Der Hafen von Sidon sei aus technischen Gründen gesperrt. Alle Schiffe könnten jedoch in Haifa landen, wo sie – zollfrei und ohne Gebühren – jede Hilfe zur Verbringung von Ärzten, Medikamenten usw. in den Libanon erhielten.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13557 (310)

## 192

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen Präsidenten Duarte

25. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Gespräch BM mit Ex-Präsident Napoleon Duarte von El Salvador bei einem Frühstück am Freitag, 25. Juni 1982, 7.45 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer: Botschafter Dr. Trujillo, MD Dr. Gorenflos, VLR I Weber, Dolmetscher, VLR I v. Nordenskjöld (teilweise).

*Duarte* schilderte zunächst die politische Entwicklung seines Landes während der letzten Jahre und berichtete über die kommunistische Einflußnahme in Lateinamerika, die sich insbesondere der Medien bediene. Man habe in El Salvador die Methoden der Kommunisten nicht gekannt, bis man sie am eigenen Leibe zu spüren bekommen habe. Man habe versucht, sie zu bekämpfen, aber

<sup>19</sup> Am 24. Juni 1982 sprach Ministerialdirektor Gorenflos den israelischen Gesandten Eylon auf die Behinderung humanitärer Hilfe durch israelische Stellen im Südlibanon an. Eylon erwiderte, „auch nach Auffassung des IKRK“ sei der „medizinische Bedarf im Libanon gedeckt. Es sei nicht ersichtlich, wieso von Behinderung der humanitären Hilfe die Rede sein könne. In der Tat seien die Häfen Tyros und Saida nicht benutzbar; daran werde sich wohl auch zunächst nichts ändern. Dafür stehe Haifa offen. Es sei nicht die Politik der israelischen Regierung, sich in die Weiterleitung von Hilfssendungen einzumischen. Sie halte es aber andererseits für wichtig, nicht zu viele Organisationen zuzulassen, da dies nur zu organisatorischen Problemen führen könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 301, Bd. 146084.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Nordenskjöld am 28. Juni 1982 gefertigt und am 8. Juli 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragenden Legationsrat Jansen weitergeleitet.

Hat Braunmühl am 11. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Jansen am 12. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der ehemalige Präsident Duarte hielt sich am 24./25. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf.

die Möglichkeiten hierzu seien gering gewesen. Die Wurzel des Übels sei die im Lande herrschende Ungerechtigkeit, und deshalb habe man unter seiner Präsidentschaft dort angesetzt. Ein ganz wichtiger Schritt seien die Wahlen gewesen. Die extreme Linke habe versucht, diese Wahlen unmöglich zu machen. Die neue Regierung sei unabhängig und politisch stabil. Der Präsident werde die drei unterschiedlichen Interessengruppen seiner Regierung ausgleichen können.<sup>3</sup> Die Christdemokraten würden ihn dabei unterstützen. Allerdings gebe es eine Tendenz d'Aubuissons, die Macht der Regierung zu beschneiden. Die Wirtschaft seines Landes sei in schlechter Verfassung; das Land brauche Hilfe.

BM führte aus, wir hätten mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung in El Salvador verfolgt, und er teile die Auffassung, daß in den demokratisch regierten Ländern eine erhebliche kommunistische Beeinflussung stattfinde. Er habe dies selbst am 6. Januar dieses Jahres erlebt. Die FDP treffe sich seit mehr als 100 Jahren – genau gesagt seit 1849 – zu ihrem Dreikönigstreffen. Damit werde jeweils das politische Jahr der Liberalen eröffnet. In diesem Jahr habe dieses Treffen im Zeichen der europäischen Einigung gestanden. Deshalb sei eine große Zahl europäischer Gäste nach Stuttgart gekommen: Frau Simone Veil, Präsident Thorn, der Vorsitzende der Europäischen Liberalen Fraktion<sup>4</sup>, der belgische Finanzminister De Clercq, die Vorsitzenden der Liberalen Parteien Italiens, der Niederlande, Dänemarks und Großbritanniens<sup>5</sup>. Das Treffen finde traditionsgemäß im Staatstheater in Stuttgart statt. Er, BM, sei Hauptredner gewesen auf dem vierten Platz. Die ersten drei Redner hätten ohne Zwischenfälle reden können. Als er die Rednertribüne betreten hätte, seien plötzlich Transparente entrollt worden, und megaphonverstärkte Sprecherchöre hätten die Unterbrechung der Veranstaltung erzwungen. Ihm, BM, sei vorgeworfen worden, er komme den faschistischen Kräften – damit sei Duarte gemeint gewesen – zu sehr entgegen. Der Stuttgarter Zwischenfall habe jedoch unsere Meinungsbildung nicht beeinflusst.<sup>6</sup>

Auf Frage BMs, wie heute die Stärke der Rebellen zu beurteilen sei, erwiderte Duarte, daß die Rebellen heute über ca. 6000 verstreut agierende Kämpfer verfügten. Sie hätten allerdings keine Unterstützung durch das Volk bis auf wenige Einzelfälle, in denen örtliche Übergriffe des Militärs Auslöser waren. 1979/80 sei noch einige Unterstützung erkennbar gewesen. So seien am 22. Januar 1980 mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße gegangen<sup>7</sup>, um gegen den

<sup>3</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

Der Präsident der Revolutionären Regierungsjunta, Duarte, wurde am 2. Mai 1982 durch den Übergangspräsidenten Magaña abgelöst.

<sup>4</sup> Martin Bangemann.

<sup>5</sup> Am Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1982 nahmen der Internationale Sekretär der Venstre, Guldberg (Dänemark), der Ehrenpräsident der PLI, Malagodi (Italien), der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), Rietkerk (Niederlande), und der Vorsitzende der British Liberal Party, Steel (Großbritannien), teil. Vgl. Jürgen MORLOK/Hans-Dietrich GENSCHER, Liberale Perspektiven '82. Reden beim Dreikönigstreffen '82, Stuttgart 1982, S. 39.

<sup>6</sup> Zur Störung des Dreikönigstreffens der FDP am 6. Januar 1982 vgl. den Artikel „Genscher erinnert Moskau an KSZE-Akte“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Januar 1982, S. 1 f.

<sup>7</sup> Botschafter Neukirch, San Salvador, berichtete am 23. Januar 1980 über eine Großdemonstration am Vortag: „Nach hiesigen Medienberichten hat sich eine etwa 50 000 Demonstranten umfassende Menschenmenge gestern vormittag auf das Stadtzentrum San Salvadors zu bewegt, um durch ihren

Tod von Romero<sup>8</sup> zu protestieren. Als die Leute jedoch merkten, daß Romero von der Guerilla nur benutzt wurde, ließ die Unterstützung wieder nach. Seitdem die linksradikale Opposition zur militärischen Aktion übergegangen sei, habe sie die „popular action“ vernachlässigt und damit viel Unterstützung verloren.

Auf die Frage von D 3, ob sich Duartes Partei zunehmender Angriffe zu erwehren habe, antwortete Duarte, die Angriffe kämen nicht von links, sondern von der extremen Rechten. In jeder Stadt gebe es eine politische Gruppe, die sich aus den weniger Reichen, den lokalen Autoritäten und den lokalen Militärs und Polizeikräften zusammensetze. Diesen Gruppen seien alle Mißbräuche zuzutrauen, auch Wahlbetrug. Um die Macht dieser Gruppen zu brechen, habe sich die Christlich-Demokratische Partei formiert. Wer aber gegen diese Gruppen sei, sei in deren Augen ein Kommunist. Seit 50 Jahren hätten diese alle Andersdenkenden bekämpft und damit auch die Christdemokraten. Es gebe in El Salvador keine Liberalen und auch keine Sozialdemokraten. Die Christdemokraten hätten alle demokratischen Kräfte gegen die Diktatur gesammelt. Während ihrer Regierungszeit hätten sie dies mit mehr als 600 Toten bezahlen müssen. Die jetzt getöteten zwölf Personen kennzeichneten die Fortsetzung des Versuchs der extremen Rechten, die Christdemokraten auszulöschen.

Auf Frage von D3, ob der Effekt der Landreform<sup>9</sup> nachgelassen habe, erwiderte Duarte, in der Tat seien Teile der Landreform wieder aufgehoben worden, dennoch werde man die Bemühungen zumindest teilweise wiederaufnehmen.

Unterbrechung des Protokolls wegen zeitweiliger Abwesenheit des Protokollführers.

Duarte führte zur Wirtschaftslage seines Landes aus, El Salvador habe einen durchschnittlichen Einfuhrbedarf in Höhe von 1500 Millionen Dollar, einen durchschnittlichen Exportertrag von ca. 1000 Millionen Dollar. In den letzten Jahren sei jedoch der Erlös aus dem Export auf 600 Millionen Dollar zurückgegangen. Vergleichbare Probleme hätten alle kleinen Länder Lateinamerikas. Sie hätten alle keine Reserven mehr und keine Hoffnung, daß sich dieser Zustand in absehbarer Zeit ändere. Entscheidend sei, daß diese Länder keinen Einfluß auf den Weltmarkt hätten. Beim Kaffee zum Beispiel seien Brasilien und Kolumbien die Produzenten, USA und Europa die Käufer. Die kleinen Kaffee produzierenden Länder spielten nur eine marginale Rolle. Die Frustrationen, die sich hieraus ergeben, nützten die Kommunisten aus. Dies geschehe zur Zeit

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1013*

Marsch gegen die ‚faschistische Allianz von Militärs und Christdemokraten‘ zu protestieren.“ Es sei zu „bewaffneten Zusammenstößen zwischen Unbekannten und Demonstranten mit einem Saldo von mindestens 20 Toten sowie Dutzenden von teilweise Schwerverletzten“ gekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; Referat 331, Bd. 116072.

<sup>8</sup> Botschafter Islebe, Guatemala, berichtete am 25. März 1980, Erzbischof Romero sei am Vortag während der Zelebrierung einer Messe erschossen worden: „Die Wahrscheinlichkeit spricht für eine Vergeltungsaktion rechtsgerichteter Gruppen, da der Erzbischof in letzter Zeit in Rufen und Predigten immer mehr den bewaffneten Volkskampf linker Provenienz propagierte. Andererseits ist jedoch nicht auszuschließen, daß linksextremistische Kreise durch die Ermordung des beim einfachen, sehr religiösen salvadorianischen Volk beliebten 62-jährigen Erzbischofs den Volkszorn schüren und den deutlich fühlbaren Rückgang der Unterstützung der linksextremen Bewegung durch die breite Masse aufhalten wollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; Referat 331, Bd. 116072.

<sup>9</sup> Zur Suspendierung der Landreformen durch die Verfassungsgebende Versammlung El Salvadors vgl. Dok. 148, Anm. 6.

in Nicaragua. Da die Regierung die Forderungen der Bevölkerung nicht erfüllen könnte, kehre sie zur Repression zurück. Für die Zukunft ergebe sich hieraus jedoch für die Völker Lateinamerikas eine Chance: Sie könnten sehen, was in Nicaragua passiere und sich vor ähnlichen Entwicklungen in ihrem eigenen Lande schützen. Costa Rica hingegen habe ein anderes Problem. Dieses Land habe immer eine demokratische Struktur gehabt. Dafür habe es große wirtschaftliche Probleme: Dort handelt es sich um eine konsumtive Gesellschaft, die auf Kosten der Zukunft gelebt habe und lebe.

Auf Frage von D3, wie es mit der Unterstützung des Sozialdemokraten Ungo aussehe, antwortete Duarte, bei den Wahlen für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt San Salvador im Jahre 1966 habe er, Duarte, 40 000 Stimmen erhalten, Ungo nur 700. Ungo habe lediglich eine kleine intellektuelle Gruppe von ca. 200 Leuten um sich, die zwar nicht im Schlepptau der Kommunisten segeln, aber progressiv sein wollten. Er habe keine politische Zukunft. Magaña habe persönliches Charisma. Er hätte eine Zukunft, wenn er eine sozialistische Partei gründen würde. Er habe Unterstützung von links und von Teilen der Armee. Diese sei jedoch mehr emotional als militärisch nutzbar. Sie beruhe darauf, daß Magaña Chef der Militärschule gewesen sei. Deshalb gebe es etwa 100 Offiziere in den Dienstgraden zwischen Leutnant und Hauptmann, die ihn unterstützten. Er habe jedoch zwei Fehler gemacht: Er habe vergessen, daß seine Kraft aus der Armee komme, und konfrontiere die Armee mit politischen Forderungen. Dabei respektiere er nicht die Hierarchie. Zum anderen habe er keine Entscheidungsfähigkeit.

Auf Frage D3 nach der aktuellen Sicherheitslage erläuterte Duarte, daß die Armee über eine wachsende Macht verfüge, während der Einfluß der Guerilla nachlasse. Die Armee verfüge über 25 000 Mann. Sie sei besser trainiert als früher. Ein Regiment sei in den USA als Anti-Guerilla-Einheit ausgebildet worden. Das werde Erfolge bringen. Er, Duarte, hätte sieben solcher Regimenter für notwendig gehalten, die USA ursprünglich zehn, jetzt werde es drei geben. In San Salvador selbst gebe es zur Zeit keine Probleme. Ab und zu explodiere eine Bombe in der Straße, ab und zu würden Autos unter Anwendung von Waffengewalt gestohlen. Hingegen gebe es im nördlichen Landesteil einige Probleme. Die Guerillas zerstörten insbesondere die Kommunikationssysteme wie Busse, Strom, Versorgungsanlagen und Telefonverbindungen.

Auf Frage D3 nach dem Verhältnis zu den USA erklärte Duarte, als er an der Macht gewesen sei, hätten ihn die Demokraten unter Carter unterstützt. Damals seien die Republikaner gegen ihn gewesen, heute sei es umgekehrt. Das Problem mit den Nonnen<sup>10</sup> habe viele Sympathien gekostet. Die Linke exportiere das Bild der Gewalt.

<sup>10</sup> Kanzler Engel, San Salvador, berichtete am 10. Dezember 1980, am 4. Dezember 1980 seien in der Nähe von San Vicente die Leichen von vier seit dem 2. Dezember 1980 vermißten amerikanischen Ordensschwwestern entdeckt worden. Nach den vorliegenden Informationen könne „angesichts der Begleitumstände dieses Verbrechens eine Beteiligung der Sicherheitskräfte nicht ausgeschlossen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 331, Bd. 116073.

Am 25. Mai 1982 meldete Engel: „Ein gutes Zeichen ist die neuere Entwicklung im Mordfall der vier amerikanischen Nonnen. Der zuständige Richter hat nunmehr seine Untersuchung abgeschlossen und die Eröffnung einer Gerichtsverhandlung gegen die inhaftierten fünf Ex-Nationalgardisten empfohlen. Nach seinen Angaben hat einer der Angeklagten bereits ein Geständnis abgelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat 331, Bd. 135975.

Weitere Unterbrechung.

Zum Schluß schilderte Duarte seine weiteren Reisepläne, die ihn in zahlreiche europäische und amerikanische Länder führen sollten.

Referat 010, Bd. 178862

## 193

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz

220-371.76 INF-1198/82 VS-vertraulich

25. Juni 1982<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch BM–Botschafter Nitze am 25. Juni 1982 im AA

Anwesend: H. R. Phelps, Erster Sekretär US-Botschaft, Bonn, Botschafter Dr. Ruth, VLR I Weber als Dolmetscher.

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

Zum Stand der Genfer INF-Verhandlungen stellte Nitze (N.) fest, bei der jetzigen Verhandlungsrunde stehe bisher der sowjetische Vertragsentwurf<sup>2</sup> im Mittelpunkt. Substantielle Änderungen der sowjetischen Position seien nicht erkennbar, abgesehen von der Bereitschaft, die Reichweite der SS-20 zu berücksichtigen.

Auf Fragen BMs erläuterte N., diese Änderung sei unter dem Eindruck der öffentlichen Debatte bei uns erfolgt. Die bisherige sowjetische Position habe sich als unhaltbar erwiesen. Der Rückzug der SS-20 würde hinter eine Linie erfolgen, die etwa beim 80. Längengrad verlaufe.

Teile Norwegens und der Türkei würden weiter in SS-20-Reichweite bleiben. Die innerdeutsche Grenze sei offenbar als Ausgangspunkt für die Rückzugslinie gewählt worden, weil Zentraleuropa die größte Bedeutung beigemessen werde. (Kwizinskij: Wer will denn Rentiere beschießen?)

BM stellte fest, die Tatsache, daß man die deutsch-deutsche Grenze zum Scheitelpunkt einer besonderen Zone einer Rüstungskontroll-Verhandlung mache, erfülle uns mit Sorge. Es müsse sehr genau geprüft werden, ob hieraus ein Präzedenzfall für andere Verhandlungen werden könne. BM verwies in diesem Zusammenhang auf den MBFR-Begrenzungsraum<sup>3</sup> und den Vorschlag, beider-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Vortragender Legationsrat von Ploetz vermerkte maschinenschriftlich: „Von BM noch nicht gebiligt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ritter von Wagner, Legationssekretär Bruns und an Botschafter Ruth verfügte.

Hat Ruth vorgelegen.

Hat Wagner am 16. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

<sup>3</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

seits der deutsch-deutschen Grenze eine jeweils 150 km breite, von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu etablieren.<sup>4</sup> BM und D2A erläuterten in diesem Zusammenhang die Problematik der Vereinbarung eines Geltungsbereiches für VBM im Zusammenhange mit der KAE.<sup>5</sup>

Nitze, dem diese Problematik neu war, sagte Prüfung zu.

Auf Frage BMs zum weiteren Verhandlungsverlauf verwies N. auf den sowjetischen Vorwurf, die USA blockierten mit dem Festhalten an ihrer Position die Verhandlungen: Das Festhalten an der Null-Lösung<sup>6</sup>, die Weigerung des Ein-schlusses von französischen und britischen Systemen und von Flugzeugen sowie von seegestützten Systemen bewiese, daß die USA keine echten Verhandlungen wollten. Die USA verweigerten das Gespräch über dieses Thema nicht, weil die SU sie offensichtlich für wichtig hielte. Aber: In der Sache hätten die USA die besseren Argumente.

Eine Arbeitsgruppe befasse sich mit Klassifizierungs- und Zählregeln.

Über die geographischen Asymmetrien, von denen beide Seiten benachteiligt zu sein behaupteten, finde eine wichtige Debatte statt. Die sowjetische Seite beginne zu verstehen, daß dieses Problem zwei Seiten habe.

Die sowjetische Seite beginne auch, die politischen Asymmetrien besser zu verstehen, die sich besonders aus der unterschiedlichen Struktur der beiden Allianzen ergeben. Karpow habe bei den SALT-Verhandlungen ausdrücklich zugegeben, daß der Warschauer Pakt besser in der Lage sei, militärische Kräfte beizubehalten.

Der sowjetischen Seite werde auch immer deutlicher, daß ihr Argument einer Gefährdung durch amerikanische FBS mit einer Reichweite von über 1000 km unsinnig sei: US-Raketen dieser Reichweite gebe es noch nicht, und die wenigen Flugzeuge solcher Reichweite mit ausschließlich nuklearen Aufgaben stellten keine eigentliche Gefahr für die SU dar. Der Versuch, auch die Flugzeuge mit doppelter, und zwar vorrangig konventioneller Widmung einzubeziehen, ziele ganz offensichtlich auf einen einseitigen Vorteil im konventionellen Bereich ab. Außerdem würden auf sowjetischer Seite Tausende von Flugzeugen zu berücksichtigen sein.

BM erinnerte an die Bedeutung einer überzeugenden öffentlichen Präsentation. Unter Hinweis auf die Wirkung der Null-Option und das Reichweiten-Argument bei der SS-20 stellte BM fest, daß einfache und klare Argumente ihren Eindruck auch in Moskau nicht verfehlten.

Auf Frage BMs nach dem weiteren Zeitplan meinte N., frühestens im Frühjahr 1983 gebe es Chancen, in der Sache voranzukommen. (BM stimmte zu.) Aber angesichts der immer noch sehr großen Unterschiede gebe es hierfür keine große Wahrscheinlichkeit.

Ploetz

**VS-Bd. 11348 (220)**

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Bericht der Palme-Kommission; Dok. 170.

<sup>5</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

**Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den  
Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen  
und Willoch in Kiel**

VS-vertraulich

26./27. Juni 1982<sup>1</sup>

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten Jørgensen, Fälldin, Willoch, Sorsa und Thoroddsen am 26. und 27. Juni 1982 in Kiel

Teilnehmer: Außer den Regierungschefs nahmen Ministerpräsident Stoltenberg, zeitweise auch Oberbürgermeister Luckhardt und Stadtpräsident Sauerbaum, Herr Eric Warburg teil sowie MD von der Gablentz und als Dolmetscherin Frau Kunhardt.

Gespräch im Hotel Maritim am 26. Juni 1982 von 17.20 bis 19.20 Uhr

*Bundeskanzler* begrüßt die nordischen Regierungschefs sehr herzlich. Er freut sich, daß die Einladung zur Kieler Woche<sup>2</sup> Gelegenheit bietet, die in diesem Jahr bereits sehr intensiven bilateralen Kontakte<sup>3</sup> zu sechst zu vertiefen. Er ist stolz auf die Entwicklung der engen nachbarschaftlichen Kontakte mit den nordischen Ländern. Er regt an, den Meinungsaustausch auf die politische Situation nach den Gipfeltreffen von Versailles<sup>4</sup> und Bonn<sup>5</sup> und nach der 2. SGV der VN über Abrüstung<sup>6</sup> zu konzentrieren.

1) Bonner Gipfeltreffen der Allianz/Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>7</sup>

MP *Willoch* wertet den Bonner Gipfel als großen Erfolg. Er hat das Gefühl atlantischer Partnerschaft wesentlich gestärkt und den eindrucksvollen Stand gemeinsamer Aktivitäten und politischer Initiativen erwiesen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 28. Juni 1982 gefertigt und am 30. Juni 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers den vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk über seine Gespräche mit den nordischen Regierungschefs in Kiel am 26. und 27. Juni 1982“.

Hat Braunnühl am 30. Juni 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 2. Juli 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Die Kieler Woche fand vom 19. bis 27. Juni 1982 statt.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Willoch hielt sich am 16./17. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 56 und Dok. 57.

Ministerpräsident Fälldin hielt sich vom 31. März bis 2. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 104 und Dok. 105.

Ministerpräsident Thoroddsen besuchte vom 11. bis 14. Mai 1982 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 147 und Dok. 153.

Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Sorsa trafen sich am 14. Juni 1982 in New York zu einem Gespräch. Vgl. dazu Dok. 184.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>5</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>6</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 vgl. Dok. 215.

<sup>7</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 161, Anm. 9.

Er war ein wenig erstaunt, kurz danach zu erfahren, daß das Erdgas-Röhren-Geschäft wieder auf den Tisch gebracht wurde, und fragt sich, wie schädliche Folgen für die Beziehungen unter den Verbündeten vermieden werden können. Er hofft, daß diese Episode bald wieder überwunden ist.<sup>8</sup>

*Bundeskanzler* erläutert auf Frage, daß die Amerikaner weder in Bonn noch in Versailles ihre Absicht erkennen ließen, das Exportembargo auf bereits gelieferte Teile und Lizenzen zu erstrecken, die man europäischen Firmen gegeben hat. In Paris, London und Bonn hat man daher die jüngste Entscheidung als einen gewissen Vertrauensbruch interpretiert. Hätte man die Europäer konsultiert, so hätten sie eindeutig gegen eine solche Absicht Stellung genommen. Die Ausdehnung des Exportembargos wird zu gewissen Verzögerungen bei der Durchführung des Gas-Röhren-Geschäfts führen. Aber der wesentliche Schaden ist ein psychologisch/politischer: Wenn man sich in diesem Bereich nicht auf seine Freunde verlassen kann, wie steht es in anderen Bereichen? Nach Erklärungen hoher Beamter aus Washington erscheint es schon jetzt fraglich, ob die USA ihrer Verpflichtung zur Intervention auf dem Währungsmarkt nachkommen. Nach der Verabredung in Versailles<sup>9</sup> sollte dies nicht gegen eine Grundtendenz, aber zur Vermeidung hektischer Ausschläge geschehen. Er berichtet über sein Telefongespräch mit AM Haig eine Stunde nach dessen Abdankung.<sup>10</sup> Er hat ihm das Gefühl tiefen Bedauerns ausgedrückt sowie den Dank für den Dienst an seiner eigenen Nation und, dank seines Verständnisses für Europa, auch gegenüber anderen Allianzpartnern. Haig war persönlich sehr gerührt. Er bestätigte, daß seine Abdankung etwas mit der Entscheidung über das Exportembargo zu tun hatte, die, in seiner Abwesenheit getroffen, wohl der letzte Tropfen war, der den Kelch zum Überfließen brachte.

MP *Willoch* fragt, ob die Absicht bestünde, neben der jetzt geplanten Pipeline UdSSR/Westeuropa eine zweite zu bauen und damit die Kapazität zur Erdgas-einfuhr zu verdoppeln. Die norwegische Regierung hat den Amerikanern auf deren Fragen deutlich geantwortet, daß Norwegen nicht imstande ist, die Lücke in der westeuropäischen Gasversorgung zu schließen, die durch den Ausfall der jetzt geplanten Pipeline entstehen würde. Aber die neuesten Funde im Norden lassen es möglich erscheinen, daß Norwegen in etwa zehn Jahren zu einer wesentlichen Erweiterung seiner Erdgaslieferungen an Westeuropa imstande sein könnte. Er hat den Amerikanern klargemacht, daß mit dieser neuen Kapazität nicht vor zehn Jahren zu rechnen sei.

<sup>8</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles und der Erklärung über Verpflichtungen im Währungsbereich vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>10</sup> Am 25. Juni 1982 gab der amerikanische Außenminister Haig in einem Schreiben an Präsident Reagan seinen Rücktritt zum 5. Juli 1982 bekannt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 26. Juni 1982: „Aus der Umgebung Haigs im State Department sagt man uns, die einseitige, den Bedenken des State Department nicht Rechnung tragende Entscheidung des Präsidenten vom 18.6. in der Frage der Erdgas-Sanktionen sei, als eine Meinungsverschiedenheit unter vielen, nicht allein ausschlaggebend gewesen. [...] Letzten Endes hätte es sich bei diesen und anderen Anlässen jedoch erwiesen, daß der Präsident und Haig nicht das richtige Gespann gewesen seien, dabei müsse man sehen, daß Haig eine außerordentlich starke Geltung seiner Meinungen beansprucht habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2886; Referat 204, Bd. 124928.

*Bundeskanzler* erwidert auf Frage Willochs, daß durch das geplante Erdgas-Röhren-Geschäft schon von der Quantität her keine Abhängigkeit von der SU entstehen kann. Die Bundesregierung ist ihrerseits entschlossen, ihre Energieimporte nach Herkunft und Energieart zu diversifizieren. Dazu hat auch die Androhung des Boykotts der Lieferung von angereichertem Uranium unter Carter<sup>11</sup> beigetragen. Unser Anteil am geplanten Gas-Röhren-Geschäft wird etwa zu 25% unseres Erdgasverbrauchs und höchstens 6% unseres Primärenergieverbrauchs beitragen. Er bestätigt auf Frage Willochs, daß es zur Zeit nur um eine Pipeline geht und er nicht erwartet, daß man vor Ablauf mehrerer Jahre an konkrete Planungen für eine zweite Pipeline herangeht.

MP *Willoch* wirft ein, daß dann eine Erweiterung der Erdgasbezüge aus Norwegen interessant sein könnte.

*Bundeskanzler* berichtet auf Fragen, daß er mit dem designierten AM Shultz aus ihrer gemeinsamen Zeit als Finanzminister eng befreundet ist. Er hat für Ende Juli einen privaten Besuch bei George Shultz in Kalifornien verabredet.<sup>12</sup> Unter den einflußreichen Republikanern ist er nach Haig derjenige mit der größten Erfahrung in internationaler Zusammenarbeit und mit einem weltweiten Blickwinkel. Er ist gemäßigt und wird einen mäßigenden Einfluß ausüben. Er kann nicht ausschließen, daß es von seiten der jüdischen Lobby zu Schwierigkeiten bei seiner Bestätigung kommt. Aber er verdient von seiten der Europäer alle Vorschußlorbeeren. Er wird allerdings von Haig eine Lage übernehmen, in der durch die Ausdehnung des Exportembargos die Spannungen zwischen Europäern und Washington wieder steigen und die großen Erleichterungen, die die Gipfeltreffen gebracht haben, wieder in Frage gestellt werden können.

## 2) Nahost

MP *Willoch* fragt nach den Möglichkeiten, den Einfluß der jüdischen Lobby zu dämpfen.

MP *Sorsa* weist auf die Kritik George Balls am übergroßen Einfluß der jüdischen Lobby in den USA hin.

*Bundeskanzler* berichtet, daß Ball beim Abendessen des Bundeskanzlers in New York am 14.6.<sup>13</sup> in einem Gespräch mit Herman Kahn und Sonnenfeldt die Ansicht vertreten habe, daß es praktisch überhaupt keine amerikanische Nahostpolitik gibt. Der VN-Generalsekretär habe die Vorgänge im Libanon als Genozid bezeichnet.<sup>14</sup> Er habe bezweifelt, ob die Amerikaner wirklich ernsthaft versuchten, das israelische Vorgehen aufzuhalten.<sup>15</sup> GS Breschnew habe in einer dringenden Botschaft gestern, die wahrscheinlich auch an andere Regie-

<sup>11</sup> Vgl. dazu den „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“; Dok. 37, Anm. 10.

<sup>12</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf, wo er mehrfach mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammentraf. Vgl. dazu Dok. 222.

<sup>13</sup> Korrigiert aus „13.6.“

Bundeskanzler Schmidt hielt sich anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 13. bis 15. Juni 1982 in New York auf.

In einem Gespräch mit Teilnehmern des von Schmidt ausgerichteten Abendessens bemerkte George Ball zur Nahost-Politik der USA: „Die USA haben keine Israel-Politik, sondern allenfalls eine Israel-Krankheit.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 15. Juni 1982; Referat 204, Bd. 124930.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt und VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 14. Juni 1982 in New York; Dok. 182.

<sup>15</sup> Zur amerikanischen Haltung zum israelischem Vorgehen im Libanon vgl. Dok. 191, Anm. 15.

rungschefs gegangen sei, ebenfalls das Wort Genozid gebraucht.<sup>16</sup> Wenn sich der Krieg im Libanon hinzieht, werden wir mit intensiverer sowjetischer Politik rechnen müssen.

Er meint auf Frage, daß die Vorsicht der anderen arabischen Staaten gegenüber der PLO verständlich sei. In allen Staaten sitzen Palästinenser an verantwortlicher Stelle. Die größten Sorgen der Saudis z.B. sind wahrscheinlich in folgender Reihenfolge: die Bedrohung durch die Sowjetunion, durch den Iran und die fundamentalistische Revolution, durch ein Festsetzen der PLO in den Golfstaaten und erst dann durch Israel. Der Fahd-Plan<sup>17</sup> versucht z.B. soweit auf Israel einzugehen – mit der Ausnahme von Jerusalem –, wie es ein arabischer Führer überhaupt tun könnte. Mubarak wird auch in der gegenwärtigen Lage versuchen, sich soweit wie möglich wieder mit den arabischen Staaten auszusöhnen, ohne den Friedensvertrag mit Israel<sup>18</sup> in Frage zu stellen.

MP *Sorsa* meint, das Ziel der Israelis sei es, amerikanische Truppen in den Nahen Osten zu ziehen, um israelische Interessen zu schützen.

MP *Willoch* berichtet, daß sich der „Nordic Labour Congress“ für einen palästinensischen Staat ausgesprochen habe. Einige nordische Regierungschefs meinten, daß dies nicht der rechte Zeitpunkt für eine solche Erklärung sei.

MP *Jørgensen* erläutert, daß es sich hierbei um die Unterstützung für ein palästinensisches Heimatland handelt.

*Bundeskanzler* betont, daß die EG-Regierungschefs vor zwei Jahren in Venedig ähnliches gesagt haben.<sup>19</sup> Dieser – wie MP *Willoch* mit Recht meint, unklare – Begriff ist dann von den Zehn vor allem wegen der Kritik Mitterrands nicht mehr verwandt worden. Im Klartext bedeutet dieser Begriff Souveränität für ein Volk. Aber Grenzen, Nationen und Völker sind auch im arabischen Raum, ähnlich wie in Afrika, recht unbestimmt. Daher halten sich die Araber auch für eine einzige Nation, wenngleich es sehr unterschiedliche, teilweise im wesentlichen dynastisch bestimmte Staaten gibt.

MP *Fälldin* fragt, ob es nicht nach den Entwicklungen der letzten Jahre im Nahen und Mittleren Osten Ansätze dafür gibt, daß die USA und die SU auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Erklärung von 1977<sup>20</sup> gemeinsame Initiativen zur Beilegung der gefährlichsten Konflikte im Nahen Osten unternehmen.

<sup>16</sup> In seinem Schreiben vom 25. Juni 1982 an Bundeskanzler Schmidt nannte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, das israelische Vorgehen im Libanon eine „breitangelegte Aggression“ und betonte: „Palästinenser, die aus ihrer Heimat vertrieben sind und ihre Zuflucht im Libanon gefunden haben, werden der Massenvernichtung ausgesetzt. Es wird regelrechtes Genozid begangen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135719.

<sup>17</sup> Zu den Vorschlägen des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd für eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten; BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>20</sup> Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko kamen bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf überein, sich um die Wiederaufnahme der Friedenskonferenz für den Nahen Osten im Herbst 1977 zu bemühen. Vgl. dazu die gemeinsame

*Bundeskanzler* meint, daß die USA seit Vertagung der Genfer Konferenz<sup>21</sup> und sicher auch unter Einfluß der jüdischen Lobby kein gemeinsames Vorgehen mit der SU im Nahen Osten wünschen.

Er meint auf Einwurf MP Jørgensens, daß die Stellung Begins in Israel durch die jüngsten Ereignisse eher stärker wird. Aber die gegenwärtige Politik kann auf längere Sicht den jüdischen Staat zerstören, der nicht als multinationaler Staat angelegt ist.

MP *Fälldin* meint, daß es nur den beiden Supermächten möglich sein wird, die VN-Resolution 242<sup>22</sup> und die legitimen Rechte der PLO mit wirklichem politischen Inhalt zu erfüllen.

*Bundeskanzler* meint auf Fragen der MP Sorsa und Willoch, daß man nach unseren Erkenntnissen im Krieg Iran/Irak<sup>23</sup> von einem erstaunlichen Grad von kriegerischem und religiösem Fanatismus auf seiten der einfachen Soldaten des Iran ausgehen muß.

Zur Bemerkung Fälldins über die Rolle der beiden Supermächte im Nahen Osten erwartet er nicht, daß die USA in nächster Zeit bereit sind, mit den Sowjets zu verhandeln. Ein längerfristiges Lösungskonzept für den Nahen Osten muß allerdings auch die Frage des sowjetischen Einflusses in der Region einbeziehen. Die Sowjets werden sonst auch in Zukunft wie bisher, wenn sie in einem Land zum Verlassen gezwungen werden, in einem anderen neu auftauchen. Zur Zeit gibt es noch kein überzeugendes amerikanisches Konzept, um langsam den sowjetischen Einfluß in der Region zu reduzieren.

### 3) Europäische Reaktion auf US-Sanktionen und Rücktritt Haigs

MP *Thoroddsen* betont, daß trotz Kritik an der jüngsten Entscheidung Präsident Reagans noch einmal klargestellt werden sollte, daß der Allianz-Gipfel in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1021*

Erklärung; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 76 (1977), S. 633. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 308 f.

<sup>21</sup> Am 21. Dezember 1973 wurde in Genf die Friedenskonferenz für den Nahen Osten auf Außenministerebene eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1 f.

Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>23</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 181, Anm. 7.

Referat 311 informierte am 22. Juni 1982: „Nach der Eroberung Khorramschahrs durch iranische Truppen (24.5.1982) versucht Irak, einen Waffenstillstand zu erreichen. Saddam Hussein machte zunächst das Angebot, seine Truppen zurückzuziehen und einen internationalen Schiedsspruch über strittige Fragen einschließlich Kriegsschuldfrage zu akzeptieren. Am 20.6. kündigte er den Rückzug der irakischen Truppen aus den letzten noch besetzten iranischen Gebieten ohne Gegenleistung an. Hintergrund ist nicht nur die offenkundige militärische Unterlegenheit Iraks gegenüber den besser geführten und besser motivierten Iranern. Irak setzt auch alles daran, die für Anfang September geplante Gipfelkonferenz der Blockfreien in Bagdad durchzuführen. [...] Iran hat jedoch alle irakischen Gesten zurückgewiesen. Es besteht auf seinen Forderungen, vor allem Entschädigung in noch nicht bezifferter Höhe und Sturz Saddam Husseins.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137717.

Bonn sehr erfolgreich war. Das Klima zwischen Europäern und Amerikanern war besser als zuvor, die Allianz heute stärker als zuvor. Ist es notwendig, daß jetzt die Gas-Röhren-Episode dieses Klima verschlechtert und der Rücktritt Haigs in dieselbe Richtung geht?

*Bundeskanzler* kann die Entwicklung nicht voraussehen. Im Europäischen Rat<sup>24</sup> hat er jedenfalls die Absicht, Öl auf die Wogen zu gießen. Aber Mitterrand, der eine größere Unabhängigkeit gegenüber den USA besitzt als andere, scheint empört zu sein. Die EG-Außenminister haben die Entscheidung Reagans sehr hart kritisiert, sehen in ihr sogar einen Verstoß gegen unsere Rechtsordnung.<sup>25</sup>

Er glaubt allerdings nicht, daß die europäischen Partner von General Electrics ihren amerikanischen Partner vor Gericht bringen werden.

Er betont noch einmal, daß er sich um eine staatsmännische Mäßigung in Brüssel bemühen wird.

Auf Frage MP Sorsas, ob die Entscheidung Reagans auf eine allgemeine Verhärtung der amerikanischen Haltung weist, erwähnt er den kurzen Abschiedsbrief Haigs<sup>26</sup>, in dem ein Abweichen von der ursprünglichen Linie der Klarheit, Folgerichtigkeit und Stetigkeit festgestellt wird.

MP *Jørgensen* lobt die gute Atmosphäre in Bonn und die sehr gute Eröffnungs-erklärung Reagans. Aber seine Schlußintervention bedeutete praktisch eine Rückkehr zur alten Wahlkampfretorik. Er hofft, daß Reagan sich in seiner Politik an seine erste Erklärung halten wird. Er kann nicht glaubwürdig bleiben, wenn er sich gleichzeitig gegen die Pipeline und das Getreideembargo ausspricht.

*Bundeskanzler* hebt hervor, daß Reagan in seiner zweiten Intervention ohne Notizen gesprochen habe. Er ist lediglich aus innenpolitischen Gründen gegen das Getreideembargo<sup>27</sup>. Seine Rede vor dem Deutschen Bundestag<sup>28</sup> war im übrigen aus unserer Sicht fehlerlos und ausgezeichnet.

MP *Willoch* hält die zweite Intervention Reagans vor dem NATO-Rat ebenfalls für vereinfacht und ohne Nuancen. Aber man sollte den Grundgedanken nicht einfach beiseite schieben, daß es nämlich keinen Sinn macht, der Sowjetunion Subsidien zu zahlen. Es sei besser, eine „businesslike relationship“ mit der SU zu suchen.

*Bundeskanzler* betont, daß wir die SU in keiner Weise subventionieren.<sup>29</sup> Er sieht auf diesem Gebiet vor allem drei „Sünder“: die EG mit dem Verkauf von

<sup>24</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>25</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 21./22. Juni 1982 in Luxemburg kritisierten die Außenminister die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR auf die Ausfuhr von Ausrüstungsgütern für die Erdöl- und Erdgasindustrie. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 6/1982 (Auszug), S. 81 f.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Rücktrittsschreibens des amerikanischen Außenministers Haig vom 25. Juni 1982 an Präsident Reagan vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2065, S. 52.

<sup>27</sup> Zur Rücknahme der Einschränkung von Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 11.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 9. Juni 1982 vor dem Deutschen Bundestag vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 754–759. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 121, S. 6376–6381.

<sup>29</sup> Zum Handel zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 171.

Nahrungsmitteln zu subventionierten Preisen, Frankreich mit subventionierten Krediten und in geringerem Umfang auch Italien.

Er stimmt MP Willoch zu, daß man auch dem Problem des Technologietransfers seine Aufmerksamkeit widmen muß. Die Bundesregierung hat sich daher stets für eine Verschärfung der COCOM-Regeln<sup>30</sup> eingesetzt.

#### 4) Gipfeltreffen Versailles und Wirtschaftsfragen

Bundeskanzler berichtet, das Treffen in Versailles habe im wesentlichen zwei Zielen gedient:

(1) Die sieben Regierungschefs haben vor allem bei den drei Mahlzeiten im engsten Kreis viel mehr Zeit als in Bonn für einen intensiven vertraulichen Gedankenaustausch gehabt. Man kam einander menschlich und sachlich näher. Schon unter diesem Gesichtspunkt muß das Treffen sehr hoch bewertet werden.

(2) Jeder der sieben Teilnehmer verpflichtete sich, egoistische nationale Praktiken zu vermeiden. Übertretungen dieser Regel auch kurz nach dem Gipfeltreffen – diesmal haben die USA Strafzölle auf europäischen Stahl<sup>31</sup> beschlossen – sind auch in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen. Man sollte ihre Bedeutung nicht überschätzen. Entscheidend ist, daß es bisher noch immer gelungen war, einen Rückfall in Protektionismus und einen Abwertungswettbewerb zu verhindern, die in den 30er Jahren die Wirtschaftskrise vertieft haben.

Das Problem dieser Gipfel bleibt, daß die Presse vorher stets falsche Erwartungen weckt. Außerdem haben sich die Gipfeltreffen leider zu Riesenveranstaltungen ausgewachsen. Die Gespräche in Rambouillet<sup>32</sup> fanden in einem Raum wie diesem unter zehn Augen statt und waren entsprechend ergiebiger.

Auf Einwurf MP Jørgensens über die große Härte der Rede Reagans vor der VN-Sondergeneralversammlung<sup>33</sup> meint er, daß man dem keine allzu große Bedeutung beimessen dürfe. Entscheidend ist, daß die START-Verhandlungen am 29. Juni beginnen.<sup>34</sup> Reagan wird wohl in New York auch deswegen eine härtere Sprache angeschlagen haben, um der Kritik seiner eigenen Partei an der außenpolitischen Linie seiner Europa-Reise<sup>35</sup> zu begegnen.

<sup>30</sup> Zu den Regelungen des COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 18.

<sup>31</sup> Am 11. Juni 1982 gab das amerikanische Handelsministerium Maßnahmen zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten aus EG-Mitgliedstaaten bekannt. Ministerialdirektor Fischer notierte am 15. Juni 1982: „Nachdem die Gespräche der Kommission mit der US-Administration zur Stahlfrage zu keinem Ergebnis geführt hatten, hat das US-Handelsministerium auf Druck amerikanischer Stahlhersteller vorläufige Ausgleichsabgaben für die Einfuhr europäischer Stahlprodukte festgesetzt, deren Höhe sich nach der den jeweiligen Stahlunternehmern gewährten Subventionen richtet.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131183.

<sup>32</sup> Auf Schloß Rambouillet fand vom 15. bis 17. November 1975 der erste Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 17. Juni 1982 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 784–789.

<sup>34</sup> Zur Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 187 und Dok. 228.

<sup>35</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan, vom 7. bis 9. Juni in Großbritannien sowie vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Zu seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik vgl. Dok. 176 und Dok. 177.

Auf Fragen MP Sorsas nach den Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung meint er, daß es Washington wohl nicht gelingen wird, vor den November-Wahlen<sup>36</sup> den Haushalt über die Bühne zu bringen. Wir werden daher mit einer großen Unsicherheit und der allgemeinen Erwartung eines hohen Haushaltsdefizits leben, das die Zinsen und den Dollarkurs künstlich hochhält.<sup>37</sup> Die hohen Kurse ziehen das vorhandene Kapital ab und verhindern die dringend erforderlichen Investitionen. Bereits das jetzt projizierte Haushaltsdefizit wird bei der niedrigen Sparrate in den USA alle Ersparnisse absorbieren. Die Gefahr ist daher groß, im Laufe des kommenden Winters von einer Rezession in eine Depression mit wachsender Arbeitslosigkeit abzugleiten. Wir können wenig gegen diese Entwicklung tun, da wir weder die langsamen Entscheidungsprozesse der amerikanischen Demokratie beschleunigen, noch unsere Volkswirtschaft von den USA isolieren können.

Die hohe Zinsrate in den USA zwingt die Zentralbanken anderer westlicher Länder zu ähnlich hohen Zinssätzen, um der Abwanderung des Kapitals zu begegnen. Die verhältnismäßig niedrigen Zinssätze in Deutschland führen schon jetzt dazu, daß z. B. Dänemark und andere Länder ihre öffentlichen Anleihen in Deutschland auflegen und damit den deutschen Kapitalmarkt belasten. Für ein Land in unserer Lage ist es unmöglich, sich von den US-Zinsen völlig abzukoppeln.

Zur Frage Willocks, ob nicht die gesunderen Volkswirtschaften als Lokomotiven für einen Wirtschaftsaufschwung dienen könnten, weist er darauf hin, daß wir nicht wesentlich mehr im Haushalt ausgeben können, als wir einnehmen. Wir würden sonst unsere Leistungsbilanz in Unordnung bringen und Dollarkurs und Zinssatz nur noch höher treiben.

Dazu kommt, daß etwa 85% des sogenannten Xenomarkts von einer Gesamtsumme von 1800 Milliarden Dollar in Dollar gehalten wird und etwa 16 bis 17% Zinsen kostet. Die meisten Währungsreserven werden außerdem in Dollar gehalten und bringen entsprechend Zinsen. Das führt zum Beispiel in Deutschland dazu, daß die Bundesbank nach unserem Bundesbankgesetz dem Finanzminister einen Gewinn aus dem Dollarguthaben in Höhe von etwa 10 Milliarden DM überweisen kann.

##### 5) Ost-West-Beziehungen

MP *Sorsa* berichtet auf Anregung des Bundeskanzlers über seine Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion. Die sowjetische Wirtschaft funktioniert nicht, vor allem weil es in einer Zentralverwaltungswirtschaft praktisch keine Rückkoppelung von Informationen gibt. Die jüngeren Wirtschaftsmanager in der SU verstehen diese Zusammenhänge, aber die alte Garde hängt weiterhin an ihrer Ideologie, so daß die notwendigen Reformen nicht zustande kommen. Die notwendigen Reformen in der Landwirtschaft müßten zum Beispiel alle in Richtung einer größeren Betonung der Eigeninitiative gehen, verstoßen also gegen die Ideologie.

<sup>36</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>37</sup> Zur amerikanischen Zins- und Haushaltspolitik vgl. Dok. 175, Anm. 8.

Für eine mögliche Nachfolge Breschnews zeichnen sich zur Zeit im wesentlichen zwei Gruppen ab: das Breschnew-Team um Tschernenko, das sich wahrscheinlich für eine gemäßigte internationale Politik einsetzen und friedliche Lösungen bevorzugen wird; die Gruppe um Andropow, die wohl von den großen Institutionen wie dem Auswärtigen Amt, dem KGB und der Armee gestützt wird. Es ist noch nicht abzusehen, zu welcher Außenpolitik die künftigen politischen Entwicklungen führen können. Ein jüngster überraschender Vorschlag des sowjetischen Botschafters<sup>38</sup> für gemeinsame sowjetisch-finnische Manöver könnte unter Umständen Anzeichen einer Andropow-Linie sein. Westliche Diplomaten halten Andropow für sehr intelligent, mit guten Kenntnissen in der Außenpolitik.

*Bundeskanzler* erwähnt, daß Andropow offensichtlich seine Hand über Kádár und seine eigenständige ungarische Politik hält. Die Sowjets haben sich aber auch mit einem wesentlichen Absinken des Realeinkommens auseinanderzusetzen. Schlechte Ernten scheinen heute die normalen Ernten in der Sowjetunion zu sein.

Auf die Frage MP Willocks eingehend, meint er, daß wirtschaftliche Maßnahmen – mit Ausnahme der Bereiche Technologie und Getreide – auf die SU keinen Eindruck machen werden. Man kann eine so große Pfanne wie die SU nicht mit einem so winzigen Hebel bewegen, wie ihn der Westhandel der SU in Höhe von vielleicht einem Prozent des BSP darstellt.

Er stimmt MP Sorsa zu, daß das russische Volk seit Iwan dem Schrecklichen an wirtschaftlichen Druck gewöhnt und leidensfähig ist. Wer glaubt, durch wirtschaftlichen Druck die SU zur Verringerung der Militärausgaben zwingen zu können, versteht die Sowjetunion nicht. Außer China gibt es kein zweites Land, das weniger vom Außenhandel abhängt als die Sowjetunion.

MP *Sorsa* meint, daß er nach der jüngsten Lektüre eines Buchs eines französischen Grafen von 1850 über Rußland das erschreckende Gefühl hatte, daß sich dort im Grunde nichts geändert hat.

#### 6) Verteidigungsfragen

*Bundeskanzler* meint, daß wir daher jeden Grund haben, unsere Verteidigung in Ordnung zu halten und in diesem Bereich keinerlei Zweideutigkeiten zuzulassen. Aber es ist Unsinn, zu glauben, eine Großmacht wie die SU durch wirtschaftlichen Druck beeinflussen zu können.

Die Amerikaner weisen heute darauf hin, daß die Entspannungsperiode allein den Sowjets genutzt habe. Sie begründen es mit der sowjetischen Hochrüstung und der sowjetischen Expansion in der Dritten Welt von Kambodscha über Angola und Äthiopien nach Afghanistan. Demgegenüber ist allerdings auch festzuhalten, daß in anderen Bereichen Verträge abgeschlossen wurden, die zur Stabilisierung der internationalen Lage beigetragen haben:

- Einmal im Bereich strategischer Waffen vom Teststopp-Abkommen<sup>39</sup> bis zu SALT II<sup>40</sup>. (Die Amerikaner behaupten nicht, daß die Sowjets bei ihrer

<sup>38</sup> Wladimir Michajlowitsch Sobolew.

<sup>39</sup> Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 407 f.

<sup>40</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Be-

Hochrüstung in den letzten Jahren diese Verträge gebrochen haben. Daraus ist zu schließen, daß die Amerikaner einmal keine besseren Verträge haben abschließen können und zweitens die Entwicklungsmöglichkeiten, die ihnen die Verträge ließen, nicht in dem Maße genutzt haben wie die Sowjets.)

- Zweitens das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin<sup>41</sup> und das Netz der Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Osteuropas<sup>42</sup> und der Sowjetunion<sup>43</sup>, die alle zusammen in Europa – allerdings nicht im Nahen und Mittleren Osten – zu einer stabileren Lage beigetragen haben.

MP *Willloch*: Aber auch zu einem größeren Gefühl der Sicherheit und zu mangelnder Vorsicht gegenüber dem Osten.

*Bundeskanzler* meint, daß dies allerdings nicht für die Bundesrepublik Deutschland und die Bundeswehr gilt. Die Verteidigungsaufwendungen sind in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um drei Prozent real gestiegen. Wir haben unsere Verteidigungsanstrengungen nicht vernachlässigt. Die USA scheinen dies im nuklearen Bereich in gewisser Weise getan zu haben.

Er berichtet, daß er nach Wladiwostok<sup>44</sup> die Amerikaner dringend nach den strategischen Qualitäten der SS-20 gefragt habe. Kissinger habe die Antwort hinausgezögert. Ford habe die Frage dann als Grund genutzt, SALT II noch nicht zu finalisieren. So wurde das Problem der SS-20 nicht ernsthaft verhandelt. Auch Carter und Brzezinski wollten nicht auf sein Drängen eingehen. Daher entschloß er sich 1977 in London, öffentlich auf die Gefahren der sowjetischen Überlegenheit im Bereich der Mittelstreckenraketen aufmerksam zu machen.<sup>45</sup> Das Problem wurde dann in Washington ernsthaft geprüft und die Gefahren der SS-20-Rüstung, insbesondere als Instrument der politischen Erpressung, deutlich erkannt. Beim Vierer-Treffen in Guadeloupe<sup>46</sup> schlug Car-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1026*

begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

41 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

42 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

43 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

44 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

45 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

46 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

ter vor, die sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich durch Stationierung entsprechender amerikanischer Waffen in Westeuropa auszugleichen. Auf Vorschlag der europäischen Teilnehmer wurde dann die politische Lösung skizziert, die zur Grundlage des Doppelbeschlusses der NATO wurde.

Er möchte an diese Entwicklung erinnern, weil sie zeigt, daß die sowjetische Überlegenheit im Mittelstreckenbereich nicht wegen der Entspannungspolitik aufgebaut werden konnte, sondern weil in diesem Bereich die USA die Entwicklungen in der SU zunächst nicht ernst genug nahmen. Er möchte sich gerade aufgrund der Erfahrungen in den letzten zehn Jahren für eine Entspannungspolitik, aber auf der Grundlage einer ausreichenden militärischen Stärke einsetzen. Er möchte aber gleichzeitig warnen vor dem umgekehrten Fehler, nämlich jetzt den Eindruck zu vermitteln, als seien wir unterlegen. Das ist einmal in dieser Allgemeinheit nicht wahr. Und zum zweiten kann es dazu führen, daß die Leute Angst bekommen und so unpolitische Friedensbewegungen anfachen.

Eine der wesentlichen Schwächen des Westens im Verhältnis zur SU bleibt die mangelnde Kontinuität der Außenpolitik. In der SU ist Gromyko nun schon seit 25 Jahren Außenminister. Er wird sicherlich die Abdankung Haigs im Politbüro als ein weiteres Zeichen der Unberechenbarkeit amerikanischer Außenpolitik interpretieren und sich fragen, ob sich die jüngsten neunstündigen Gespräche in New York<sup>47</sup> gelohnt haben.

#### 7) Kernwaffenfreie Zone Nordeuropa<sup>48</sup>

MP *Jørgensen* möchte morgen auf dem Schiff auch über die Frage einer kernwaffenfreien Zone Nordeuropa sprechen und ist hierzu vor allem an der Auffassung des Bundeskanzlers interessiert.

*Bundeskanzler* möchte gleich von vornherein auf zwei Einwände hinweisen: Einmal ist es einer Allianz nicht zuträglich, wenn ein Mitglied nicht die Risiken zu tragen bereit ist, die es den anderen zumutet. Und zum zweiten kann

<sup>47</sup> Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 18./19. Juni 1982 in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 189.

<sup>48</sup> Ministerpräsident Nordli äußerte sich am 1. Januar 1981 zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nord- und Mitteleuropa. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 5 und Dok. 20.

Zum sowjetischen Vorschlag für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 101, Anm. 33.

Am 4. Juni 1982 legte die norwegische Regierung eine Studie über eine kernwaffenfreie Zone vor. Botschafter Balsler, Oslo, informierte dazu: „Bericht enthält die erwartete eindeutige Absage an eine isolierte nordische KWFZ. Diese würde norwegische Sicherheit nicht erhöhen, Risiko des Kernwaffeneinsatzes nicht verringern und keinen Beitrag zu wirklicher Verringerung der Kernwaffen sein. Sie würde ein Losreißen von gemeinsamer NATO-Verteidigungsstrategie bedeuten und die positive Sicherheitsgarantie der NATO in Frage stellen. [...] NWG beabsichtige nicht, alleine oder zusammen mit anderen nordischen Ländern mit SU Verhandlungen über zentrale Sicherheitsfragen aufzunehmen. Auch in einem weiteren europäischen Zusammenhang sei eine KWFZ nur langfristig und als Teil einer Gesamtverhandlungslösung zwischen NATO und WP unter Einbeziehung gesamten Kräfteverhältnisses denkbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 119 vom 9. Juni 1982; Referat 201, Bd. 125699.

Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 21. Juni 1982: „Ministerpräsident Anker Jørgensen nahm am 14. Juni auf Abrüstungsondersitzung VN zur Frage einer KWFZ in Nordeuropa Stellung. Er sprach sich dabei für den Abzug von Kernwaffen zu beiden Seiten der Trennungslinie zwischen Ost und West aus und erklärte, die Vorschläge der Palme-Kommission zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone Europas stimmten ‚im großen und ganzen‘ mit Vorstellungen DK-Regierung überein. Vordringliches Ziel müsse Beseitigung aller landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 341; Referat 201, Bd. 125680.

eine KWFZ nicht funktionieren, da man zum Beispiel mit einer SS-20 – die mit ihren drei Sprengköpfen auf einen Schlag die drei Städte Kiel, Lübeck und Hamburg auslöschen kann – von außen in sie hineinschießen kann.

Aber er ist gerne bereit, mit MP Jørgensen hierüber eingehender zu sprechen.

MP *Jørgensen* dankt abschließend dem Bundeskanzler für die gute Gelegenheit zu einem intensiven persönlichen Meinungsaustausch mit den fünf nordischen Ministerpräsidenten. Er kündigt an, daß er sich um ein ähnliches Treffen im nächsten Jahr in Dänemark bemühen wird.

Gespräche beim Mittagessen auf der „Atalanta“ am 27. Juni 1982

Das Gespräch begann mit einem allgemeinen Meinungsaustausch zur Lage der DDR, die der Bundeskanzler als den für die Sowjetunion wichtigsten politischen Vorposten in Europa bezeichnete. MP Stoltenberg und der Bundeskanzler waren sich auf Fragen einig, daß nicht mehr als zehn Prozent der Bevölkerung wirklich hinter der DDR-Regierung stehen.

Der *Bundeskanzler* und MP *Stoltenberg* erläutern auf Fragen der fünf Regierungschefs die Probleme und den gegenwärtigen Stand der Ausländerpolitik.

Auf Vorschlag MP *Jørgensens* wird dann die Diskussion über eine kernwaffenfreie Zone Nordeuropa wieder aufgenommen.

MP *Jørgensen* betont sein Verständnis für das Argument des Bundeskanzlers, daß Probleme entstehen, wenn nicht alle Partner der Allianz an allen Aspekten der gemeinsamen Verteidigung teilnehmen. Aber die Sozialdemokratische Partei Dänemarks hat eine Grundsatzposition gegen Nuklearwaffen bezogen, die nicht wie andere Waffen behandelt werden können, da sie sich nicht nur gegen den potentiellen Gegner richten, sondern gegen uns selbst. Das einzige, was ein kleines Land zur völligen Ächtung dieser Waffen tun kann, ist, über eine kernwaffenfreie Zone den Großmächten ein klares politisches Signal zu geben.

*Bundeskanzler* wendet ein, daß damit aber auch den Deutschen signalisiert wird, daß auch sie keine Nuklearwaffen auf ihrem Boden dulden dürfen, wenn sie nicht alle sowjetischen Raketen im Ernstfall auf sich ziehen wollen. Dänemarks Signal würde also praktisch auf Kosten Deutschlands gehen.

Eine KWFZ im Norden würde Deutschlands ohnehin schwierige psychologische Lage noch verschärfen. Die Bundesrepublik ist das einzige Land, in dem neben den eigenen Truppen noch die Truppen von sechs anderen Staaten stationiert sind. Wir nehmen diese außerordentliche Situation hin, weil wir ein guter Alliierter sind. Aber je mehr man die verteidigungspolitische Ausnahmesituation Deutschlands verstärkt, desto schwerer wird es den Deutschen fallen, sie hinzunehmen. Es könnte dann geschehen, daß die Deutschen auf einmal von einer neutralen Zone zu reden beginnen.

In den skandinavischen Ländern besteht ja bereits praktisch eine nuklearfreie Zone. Es ist daher nicht nötig, noch soviel darüber zu reden. Das wesentliche Problem sind die Massierungen von konventionellen und Nuklearwaffen auf der Kola-Halbinsel sowie die sowjetischen U-Boote in der Ostsee (whisky on the rocks).

MP *Jørgensen* betont noch einmal, daß es für die nordischen NATO-Partner unmöglich ist, in eine Situation zu geraten, in der sie Nuklearwaffen auf ihrem

Territorium stationieren. Er fragt sich, ob man das erreichen kann, ohne daß man – wie es der Kanzler vorschlägt – viel nach außen darüber spricht.

*Bundeskanzler* betont noch einmal, daß wir, wenn man uns fragt, dafür wären, nicht zuviel über eine atomwaffenfreie Zone zu sprechen. Man lenkt damit im übrigen auch von den eigentlich wesentlichen Verhandlungen in Genf ab.

MP *Sorsa* sieht eine KWFZ als Teil eines umfassenden europäischen Arrangements.

MP *Stoltenberg* betont, daß sich die Diskussion in Dänemark bereits auf die Debatte diesseits der Grenze auswirkt. Es macht dabei einen wesentlichen Unterschied, ob man an der traditionellen Haltung festhält, keine Atomwaffen zu stationieren, oder ob man einen Vertrag mit der SU ins Auge faßt, der den Sowjets ein Mitwirkungsrecht einräumt.

MP *Sorsa*: Eine atomwaffenfreie Zone kann man auch einseitig erklären. Wenn man Teile der Sowjetunion einschließen will oder sowjetische Garantien haben möchte, braucht man einen Vertrag.

MP *Jørgensen* gibt zu, daß es in dieser Frage gewisse Unterschiede zwischen den skandinavischen Ländern gibt. In der Praxis sind sie aber alle nuklearwaffenfrei – wenn man einmal von sowjetischen U-Booten in skandinavischen Territorialgewässern absieht.<sup>49</sup> Eine faire Regelung müßte natürlich Territorien auf beiden Seiten (Ost und West) einschließen.

*Bundeskanzler* meint, daß auch eine solche Zone noch in der Reichweite der SS-20 liegt, die im wesentlichen auf Ziele in Westeuropa gerichtet sind. Das gilt selbst dann, wenn man eine nuklearwaffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural vereinbaren würde.

Für die Bundesrepublik jedenfalls ist es unerträglich, der politische Sündenbock für alle militärischen Risiken Westeuropas zu sein. Je mehr die nordischen Staaten Nuklearwaffen verteufeln, desto mehr werden die Deutschen und Italiener in politisch-psychologische Schwierigkeiten bei der Stationierung nach dem Doppelbeschluß kommen, da sie nicht das ganze psychologisch/politische Risiko allein tragen können. Schon die Tatsache, daß die schnell fliegenden Pershing II nach dem Doppelbeschluß nur in Deutschland, die langsam fliegenden GLCMs dagegen in fünf westeuropäischen Staaten stationiert werden sollen, schafft uns bei der Durchsetzung des Doppelbeschlusses gewisse Schwierigkeiten. Er betont auf Frage MP *Sorsa*, daß die Pershing II mit einer Reichweite von etwa 1800 km nicht Moskau erreichen können.

#### 8) Strategiedebatte

MP *Fälldin* betont, daß ihm während seiner Deutschlandreise klargeworden sei, daß auch ein konventioneller Krieg verheerende Folgen in Mitteleuropa haben wird. Er versteht das Argument, daß man zur Verhinderung jedes Krieges eventuell weitere Nuklearwaffen braucht, da die Sowjets konventionell überlegen sind.

*Bundeskanzler* sieht drei verschiedene Phasen in der westlichen Antwort auf die sowjetische Bedrohung. Zu Eisenhowers Zeiten als SACEUR waren die west-

<sup>49</sup> Zur Freigabe eines sowjetischen U-Boots durch die schwedische Regierung, das am 27. Oktober 1981 bei Karlskrona aufgelaufen war, vgl. Dok. 104, Anm. 29.

lichen konventionellen Streitkräfte klein, aber die amerikanische Überlegenheit an interkontinentalstrategischen Waffen machte eine Strategie der massiven Vergeltung<sup>50</sup> glaubwürdig und möglich. Als in den 50er Jahren die Sowjetunion Nuklearwaffen und Raketen in großer Zahl entwickelte, begann eine zweite Phase der Strategie. Sie wurde nach einer fast zehnjährigen Debatte, ausgelöst durch Maxwell Taylors „Uncertain Trumpet“<sup>51</sup>, 1967 unter dem Namen der flexible response<sup>52</sup> zur offiziellen NATO-Strategie. Zur gleichen Zeit wurde die neue politische Strategie der Verteidigungsfähigkeit und Zusammenarbeit im Harmel-Bericht<sup>53</sup> niedergelegt.

Inzwischen zeichnet sich eine Debatte ab, die zu einer dritten Phase westlicher Strategie führen wird. Der Vorschlag der im übrigen sehr respektablen „Vierer-Bande“ für den Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz ist ein wesentlicher Beitrag.<sup>54</sup> Er bemerkt hierzu, daß er auch der SU gegenüber keinen Inferioritätskomplex auf dem Gebiet der konventionellen Waffen hat. Die SU hat alle ihre Anstrengungen in jüngster Zeit auf das Gebiet der Marine und der Nuklearraketen verlagert. Es ist gar nicht ausgemacht, daß der Westen eine konventionelle Schlacht verlieren würde. Die Sowjets jedenfalls haben einen großen und gesunden Respekt vor unserer konventionellen Kapazität.

Die neue Strategiedebatte wird noch einige Jahre andauern, bevor es vermutlich in der Mitte oder zum Ende der 80er Jahre zur Festlegung einer neuen Strategie des „tit for tat in kind“ kommen wird. Die Debatte wird auch zeigen, wie schwer es jedem amerikanischen Präsidenten fallen muß, mit dem Ersteinsatz von ICBMs einen möglichen konventionellen Angriff gegen Europa zu beantworten.

Als Fußnote fügt er hinzu: Die anderen NATO-Partner sollten die Strategiedebatte nicht nur uns auf europäischer Seite überlassen. Er ist nicht sicher, daß die Deutschen ohne volle Unterstützung ihrer europäischen Partner die ganze Last der Auseinandersetzung mit den Amerikanern über Strategie-Fragen auf sich nehmen können.

MP *Jørgensen* erinnert den Bundeskanzler, daß er in seiner Rede vor der Sondergeneralversammlung der VN<sup>55</sup> den Eindruck erweckt habe, als sei die Friedensbewegung eine breite Bewegung im Lande, die eine Mehrheit repräsentiert.

*Bundeskanzler* erläutert, daß es ihm darauf ankam, den Respekt vor dem moralischen Engagement für den Frieden zu bezeugen. Er ist aber keinesfalls be-

50 Zur Strategie der „massive retaliation“ vgl. Dok. 179, Anm. 26.

51 Vgl. dazu Maxwell D. TAYLOR, *The Uncertain Trumpet*, New York 1959.

52 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

53 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

54 Vgl. den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198. Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. ferner Dok. 146.

55 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 14. Juni 1982 in New York vgl. BULLETIN 1982, S. 537–541.

reit, den Gedanken der Friedensbewegung zu folgen und schon gar nicht ihren Vorstellungen von einer einseitigen Abrüstung. Die KWFZ wird im übrigen ja auch in der Form eines einseitigen Verzichts diskutiert.

MP *Willoch* betont, daß es darauf ankommt, daß die Friedensbewegung die verantwortliche politische Führung akzeptiert.

9) Namibia

*Bundeskanzler* gibt auf Frage MP Fäldins eine positive Bewertung des gegenwärtigen Standes der Bemühungen der Kontaktgruppe.<sup>56</sup> Noch offene Fragen sind u. a. das Wahlsystem und die amerikanische Vorstellung, daß eine Namibia-Lösung mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola<sup>57</sup> verbunden werden kann. Das muß nicht notwendigerweise vertraglich niedergelegt werden, da die Angolaner selbst Interesse am Rückzug der Kubaner zeigen.

Zum Ende des Gesprächs vereinbarten die Teilnehmer, vor der Presse sich im wesentlichen auf die Aufzählung der Gesprächsthemen zu beschränken.

**VS-Bd. 14102 (010)**

## 195

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 PER-1014/82 VS-vertraulich

26. Juni 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Rüstungsexporte nach Peru;

hier: Verschiffung von Torpedos und U-Boot-Ersatzteilen

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu II.

I. Die britische Botschaft hat gebeten, die Lieferung von Torpedos und Ersatzteilen für U-Boote nach Peru zu verhindern, da nach ihrer Ansicht zu befürch-

<sup>56</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

<sup>57</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 28. Juni 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Gespräch BM/D 4 BM einverstanden.“

Hat Henze am 30. Juni 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 28. Juni 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt. Ich sehe keine Möglichkeit, die Ausfuhrgenehmigung zu widerrufen oder die Lieferung sonst zu verhindern. Wir müssen uns auf die vorliegende peruanische Zusicherung über den Endverbleib verlassen. Die erneute Bestätigung könnte für die Erläuterung unserer Haltung gegenüber GB nützlich sein. Sie kann aber bei der gegebenen Situation nicht Voraussetzung für die (ohnehin problematische) bis heute aufgeschobene zolltechnische Abfertigung sein.“

Hat Lautenschlager am 29. Juni 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Fischer am 30. Juni 1982 erneut vorgelegen.

ten ist, daß die Lieferung nach Argentinien weitergeleitet wird. Die Botschaft deutete die Möglichkeit an, daß Außenminister Pym Sie in dieser Frage anspricht (in Brüssel?).<sup>3</sup>

Die Verschiffung ist für den 28., 29. Juni 1982 vorgesehen. Der Zoll wurde auf Bitte des AA vom BMF angewiesen, die Abfertigung der Lieferung mit Hinweis auf technische Schwierigkeiten bis Montag den 28. Juni zu verschieben. Die britische Botschaft ist entsprechend unterrichtet.

1) Die peruanische Marine hat vier U-Boote aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten; zwei weitere U-Boote befinden sich hier im Bau. Die U-Boote sind auf die Verwendung deutscher, von AEG gebauter Torpedos eingerichtet. Peru hat bisher etwa 26 Torpedos erhalten. Für weitere neun Torpedos wurde eine Ausfuhrgenehmigung erteilt. Diese Torpedos sollen zusammen mit Ersatzteilen für die Boote von Kiel auf dem peruanischen Marineschiff „Independencia“ nach Peru verschifft werden. Für die Torpedos liegt eine peruanische Zusage über den Endverbleib in Peru vor.

Die argentinische Marine hat bisher zwei deutsche U-Boote sowie etwa 27 Torpedos erhalten. Zwei weitere U-Boote befinden sich im Bau; außerdem sollen Teile für vier in Argentinien zu bauende U-Boote geliefert werden.<sup>4</sup>

Es ist nicht bekannt, ob Argentinien die U-Boote, die zu Beginn der Kampfhandlungen von britischen Streitkräften gesichtet wurden, im weiteren Verlauf der Kampfhandlungen eingesetzt hat. Es gibt keinen Hinweis, daß sie einen Torpedoangriff auf britische Schiffe versucht haben.

Peru hat im Konflikt die argentinische Haltung unterstützt.<sup>5</sup> Nach Angaben der britischen Botschaft hat Peru militärische Ausrüstungsgüter (Art und Umfang unbekannt) an Argentinien geliefert.

2) Die Lieferung von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern, die genehmigt worden ist, kann nur durch den Widerruf der Genehmigung verhindert werden.

a) Bei Argentinien wurde mit den deutschen Firmen, die Aufträge für die Lieferung von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Argentinien und ent-

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher und der britische Außenminister Pym hielten sich anlässlich der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel auf. Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>4</sup> Oberst i. G. Oldigs, Washington, berichtete am 1. Juli 1982: „In der Diskussion um die Hintergründe zum Falkland-Konflikt stellt sich hier auch die Frage, weshalb die dieselektrischen U-Boote deutscher Fertigung eine offenbar so enttäuschende Rolle spielten. Während die US-Navy [...] die Ursache dafür sowohl in der Bedrohung durch britische U-Boote als auch eingeschränkter Einsatzfähigkeit sieht (u. a. Ortungsgeräte), gibt es mehrere Hinweise [...] auf Fehlfunktion der Torpedos.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2930; VS-Bd. 10402 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Botschafter Hille, Lima, informierte am 10. Mai 1982 über die Haltung Perus zum Falkland-Krieg: „Erweiterung britischer Blockade um Falkland-Inseln bis an 12-Meilen-Zone vor argentinischer Küste wurde in offizieller Verlautbarung des peruanischen Außenministeriums vom 7.5.82 als äußerst schwerwiegende Handlung bezeichnet, weil sie Gewässer mit einbeziehe, die nach argentinischer Gesetzgebung zum argentinischen Hoheitsgebiet und folglich zum Territorium des amerikanischen Kontinents gehörten. Nach der nicht zu rechtfertigenden Versenkung des Kreuzers ‚General Belgrano‘ wiederholte die peruanische Regierung ihren nachdrücklichen Protest und ihre Aufforderung zu Einstellung der Feindseligkeiten. Hiesiges Fernsehen berichtete, Staatspräsident Belaúnde habe britisches Vorgehen als Wahnsinn bezeichnet. PM Ulloa sprach von Gefährdung des Weltfriedens und meinte, Großbritannien mache sich eines Aktes schwerwiegender Aggression schuldig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 97; Referat 330, Bd. 136606.

sprechende Genehmigungen haben, mündlich vereinbart, die Lieferungen auf eine spätere, noch unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Vereinbarung erstreckt sich nicht auf andere lateinamerikanische Länder.

AEG, mit der das BMWi informell Kontakt wegen der Torpedolieferungen aufgenommen hat, hat keine Bereitschaft erkennen lassen, die Lieferung der Torpedos nach Peru zu verschieben. Die Firma dürfte dazu auch nicht in der Lage sein. Peru kann nicht mit Argentinien gleichgestellt werden; die Verweigerung der Lieferung könnte von Peru als Vertragsbruch ausgelegt werden. AEG müßte zumindest die Kosten für die Verschiebung der Verschiffung übernehmen, die hier erheblich sein dürften, da der Transport der Torpedos nur unter besonderen Bedingungen erfolgen kann und das peruanische Schiff Kiel ausschließlich für den Transport der Torpedos und U-Boot-Ersatzteile angelaufen hat. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß Peru, sofern es Torpedos an Argentinien liefern will, auf die bereits vorhandenen 26 Torpedos zurückgreifen kann.

b) Somit stellt sich die Frage, ob die Ausfuhrgenehmigungen widerrufen werden sollen. Dafür spricht, daß die Durchführung der Lieferung in diesem Zeitpunkt auf britische Kritik stoßen könnte. Die positiven Auswirkungen der bisher von uns mit Großbritannien gezeigten Solidarität könnten damit beeinträchtigt werden. Gegen einen Widerruf spricht, daß er zu erheblicher Verstimmung auf peruanischer Seite führen würde. Dies wiegt um so mehr, als der peruanische Ministerpräsident Ulloa am 1./2. Juli zu einem Besuch nach Bonn kommen wird.<sup>6</sup> Die Beziehungen zu Peru sind traditionell gut. Ulloa nimmt zur Zeit an einer Sitzung des Gouverneursrats der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Berlin teil.<sup>7</sup> Die Einberufung der Sitzung nach Berlin, die wir als Unterstützung für Berlin begrüßt haben, dürfte nicht ohne peruanische Mitwirkung erfolgt sein. Ulloa ist Gouverneur der Bank. Ein Widerruf der Ausfuhrgenehmigungen für Torpedos könnte gerade zu diesem Zeitpunkt als unerfreulicher Akt empfunden werden, zumal eine peruanische Zusicherung über den Endverbleib in Peru abgegeben wurde. Noch schwerer wiegt, daß wir bisher selbst bei Argentinien die Ausfuhrgenehmigungen für Schiffe und Torpedos nicht widerrufen haben (hierzu wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt)<sup>8</sup>. Bei einem Widerruf würde Peru somit schlechter gestellt als Argentinien.

Bei der Entscheidung sollte auch die Haltung anderer EG-Länder berücksichtigt werden. Frankreich hat zwar die Lieferung der Luft-Schiff-Rakete Exocet nach Peru zu diesem Zeitpunkt verhindert, führt jedoch Lieferungen der Schiff-Version durch, die in ihrer Wirkung Torpedos zumindest gleichkommen dürfte (sie kann über den Horizont hinweg mehr als 30 km weit in das Ziel gesenkt werden). Soweit bekannt ist, hat Peru Frankreich mit dem Abbruch der

<sup>6</sup> Ministerpräsident Ulloa Elías hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 2. Juli 1982 vgl. Dok. 199.

<sup>7</sup> Der Gouverneurrat der Interamerikanischen Entwicklungsbank tagte am 1./2. Juli 1982.

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Fischer schlug in einer Aufzeichnung vom 2. Juli 1982 über Rüstungslieferungen nach Argentinien vor, in einem Ministergespräch zu entscheiden, „daß die nach KWKG und AWG erteilten Genehmigungen weiterhin nicht widerrufen werden [und] die Lieferung von Bauteilen für Kriegsschiffe, die nur wegen dieser Verwendung genehmigungspflichtig sind, nicht weiter verhindert wird“. Vgl. Referat 424, Bd. 135780.

diplomatischen Beziehungen gedroht, falls die Lieferung nicht erfolgt. Die französische Entscheidung dürfte das Ergebnis eines Kompromisses sein, der bei uns nicht möglich ist, da keine derart umfangreichen Lieferungen vorgesehen sind. Die peruanische Reaktion läßt jedoch vermuten, daß die Verweigerung der Torpedolieferungen unsere Beziehungen erheblich belasten würde. Das könnte sich über Peru hinaus auf andere lateinamerikanische Länder auswirken. Sie könnten darin nach den Wirtschaftsmaßnahmen gegen Argentinien den Ausdrück einer allgemeinen Haltung gegenüber Lateinamerika sehen. Diese Gründe sprechen auch gegen den Versuch, von der peruanischen Seite das Einverständnis für die Verschiebung der Lieferung verbunden mit einer von deutscher Seite zu zahlenden Entschädigung für die durch die Verschiebung entstandenen Kosten zu erreichen.

c) Um den britischen Bedenken jedoch Rechnung zu tragen, sollte versucht werden, von der peruanischen Regierung zusätzlich zu der bereits vorliegenden Endverbleibserklärung noch einmal die Zusicherung zu erhalten, daß die Torpedos nicht an andere Länder weitergeliefert werden. Bei den Ersatzteilen, für die allenfalls eine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz<sup>9</sup> erforderlich ist und bei denen entsprechend der Praxis bei AWG-Genehmigungen eine Endverbleibserklärung nicht verlangt wurde, dürfte eine entsprechende Zusicherung kaum zu erreichen sein. Hier könnten wir die peruanische Regierung nur bitten, von einer Weiterlieferung abzusehen. Die Botschaft Lima hat entsprechende Weisungen erhalten.<sup>10</sup>

Die Botschaft London ist über den britischen Wunsch und unsere erste Reaktion (Verschiebung der zollamtlichen Abfertigung) unterrichtet.

II. Es wird vorgeschlagen (in Abstimmung mit BMWi),

- die Genehmigungen für die Lieferung von Torpedos und Ersatzteilen an Peru nicht zu widerrufen,
- die britische Botschaft entsprechend zu unterrichten mit dem Hinweis, daß wir die peruanische Regierung zusätzlich zu der Endverbleibserklärung um die Zusicherung gebeten haben, die Torpedos nicht an andere Länder weiterzuliefern und auch von der Weiterlieferung der Ersatzteile Abstand zu nehmen,
- der Lieferung ab 29.6. abends keine Hindernisse in den Weg zu legen.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 96 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vom 26. Juni 1982 an die Botschaft in Lima; VS-Bd. 10408 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

Botschafter Hille, Lima, berichtete am 28. Juni 1982 über seine Unterredung mit dem Generalsekretär des peruanischen Außenministeriums, Llosa, vom selben Tag. Llosa habe ihm mitgeteilt, er könne „in aller Form erklären, daß peruanische Marine die bei Lieferung der neun Torpedos eingegangenen Verpflichtungen auf Nichtweitergabe erfüllen werde. [...] Zu unserer Bitte auf Nichtweitergabe der U-Boot-Ersatzteile erinnerte Llosa daran, daß peruanische Marine selbst in Kiel hergestellte U-Boote fahre. Sie werde daher ebensowenig Interesse haben, Ersatzteile weiterzugeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; VS-Bd. 10408 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Referat 422 notierte am 30. Juni 1982: „Nachdem peruanisches Außenministerium unserem Botschafter die frühere schriftliche Erklärung über den Endverbleib der Torpedos bei der peruanischen Marine mündlich erneuert hatte, wurde die Ausfuhr der Torpedos (gültige Ausfuhrgenehmigung liegt vor) am 29.6.82 freigegeben. Die Verladung auf das peruanische Schiff erfolgt am 30.6.82.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135821.

D 2<sup>12</sup> und D 3<sup>13</sup> haben mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 10408 (422)

## 196

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel

105-43.A/82

29. Juni 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand anlässlich eines Frühstücks in der Residenz des französischen Botschafters<sup>2</sup> bei der belgischen Regierung in Brüssel, am 29.6.1982 um 8.45 Uhr; Dolmetscheraufzeichnung<sup>3</sup>

Nach einem Meinungs austausch über innerpolitische Fragen kam das Gespräch auf den amerikanischen Präsidenten Reagan. In diesem Zusammenhang erklärte sich *Mitterrand* enttäuscht über die amerikanische Haltung nach Versailles<sup>4</sup>. Er würde Verständnis dafür aufgebracht haben, wenn die USA bei der Formulierung der Schlußerklärung<sup>5</sup> sich in einzelnen Punkten nicht zu einem Kompromiß bereitgefunden hätten. Sie hätten jedoch nicht das Recht, zunächst zuzustimmen und kurz danach die getroffene Regelung zu widerrufen.<sup>6</sup>

Hierzu erwiderte der *Bundeskanzler*, die von Mitterrand am Vorabend beim Kamingespräch geäußerte Vermutung, daß die Amerikaner die Teilnahme an internationalen Konferenzen nur unter innenpolitischen Gesichtspunkten sähen, erscheine ihm sehr richtig.

*Mitterrand* unterstrich, daß die Verantwortung für ein Scheitern deutlich den Amerikanern angelastet werden müsse.

Der *Bundeskanzler* teilte diese Auffassung, stellte jedoch die Frage, wie man dies erreichen könne, „ohne eine Eskalation der Emotionen“ zu bewirken. Er

<sup>12</sup> Franz Pfeffer.

<sup>13</sup> Walter Gorenflös.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 1. Juli 1982 gefertigt

<sup>2</sup> Roger Vaurs.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Mitterrand hielten sich anlässlich der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel auf. Zur Tagung vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982; Dok. 189, Anm. 15.

Vgl. dazu ferner die Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten; Dok. 194, Anm. 31.

selbst müsse für Deutschland größere Vorsicht an den Tag legen als das „wirklich unabhängige Frankreich“, das sich eine drastische Sprache leisten könne. Allerdings erschiene es – BK – nicht ausreichend, wenn unter der nächsten EG-Präsidentschaft<sup>7</sup> der dänische Ministerpräsident<sup>8</sup> möglicherweise im Rahmen eines viertelstündigen Gesprächs mit Reagan in Washington im Namen der Gemeinschaft protestiere.

*Mitterrand* bekundete seine Absicht, ein Schreiben an Reagan zu richten und sich mit ihm auseinanderzusetzen (frz.: lui donner des explications). Möglicherweise werde er – Mitterrand – auch „die eine oder andere Handlung“ vornehmen, der jedoch nichts „Definitives“ anzuhaften brauche (frz.: faire un ou deux gestes, sans que cela ait un caractère définitif). Im übrigen seien seine Vorgänger gegenüber amerikanischen Wünschen unnachgiebiger gewesen als er selbst: So hätten diese es stets abgelehnt, daß amerikanische U-Boote französische Häfen anlaufen, und das Überfliegen französischen Staatsgebiets durch US-Flugzeuge verweigert. Er selbst – Mitterrand – habe sich den Amerikanern gegenüber hier viel flexibler gezeigt.

Er – Mitterrand – glaube nicht, daß die amerikanische Haltung durch ideologische Erwägungen bestimmt sei. Seiner Meinung nach zöge man es in Washington ganz einfach vor, wenn in der Bundesrepublik eine konservative Regierung am Zuge wäre, und man habe nicht viel übrig für sozialistische Experimente in Frankreich. Aufschlußreich sei für ihn ein Besuch Nixons bei ihm am Vortage gewesen: (Nach dem gut einstündigen Gespräch habe der publizitätsbewußte ehemalige US-Präsident sich übrigens im Hof des Elysée-Palastes eine dreiviertel Stunde lang mit Journalisten unterhalten, so daß er – Mitterrand –, um rechtzeitig nach Brüssel abfahren zu können, den Amtssitz durch eine Hintertür habe verlassen müssen!) Nixon habe darauf hingewiesen, daß im November in den USA Wahlen bevorstünden<sup>9</sup>, bei denen die Partei des Präsidenten Stimmenverluste werde erleiden müssen, jedoch die Mehrheit im Senat behalten werde. Dadurch werde Reagan zu einer Änderung seiner Politik gezwungen, denn – so Nixon – bis zum Jahr 1983 müsse in den USA wieder Wohlstand herrschen, damit Reagan 1984 wiedergewählt werden könne.<sup>10</sup> Er – Mitterrand – halte diese Prognose allerdings für reichlich optimistisch, wozu der BK bemerkte, sie erkläre sich vielleicht dadurch, daß sie im Ausland abgegeben worden sei. Mitterrand habe es für bezeichnend gefunden, daß Nixon immer wieder auf die Person Haigs zurückgekommen sei, im gleichen Atemzug aber auch stets Kissinger genannt habe, obwohl letzterer ja derzeit keine amtliche Stellung innehabe. Möglicherweise habe er „alte Rechnungen“ mit ihm zu begleichen und komme daher von dem Gedanken an ihn nicht los. Dagegen habe er – Nixon – gesagt, er sei sehr glücklich über die Ernennung von George Shultz.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Anker Jørgensen.

<sup>9</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>10</sup> Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>11</sup> George Shultz trat die Nachfolge des amerikanischen Außenministers Haig am 16. Juli 1982 an. Zum Rücktritt Haigs vgl. Dok. 194, Anm. 10.

Präsident Mitterrand brachte dann das Gespräch auf die Probleme der Gemeinschaft und fragte den Bundeskanzler, welche Wünsche er in bezug auf Spanien habe.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er habe den Wunsch, daß die Beitrittsfrage<sup>12</sup> so geregelt werden möge, daß Frankreich damit zufrieden sei.

*Mitterrand* betonte, daß es ihm nicht um politische oder ideologische Fragen gehe, sondern darum, daß die „sehr praktischen Probleme“ bisher nicht ausreichend vertieft worden seien. Es handelt sich also um Bedenken materieller Art. Man fürchte, in drei Regionen Südfrankreichs mit spanischen Erzeugnissen überschwemmt zu werden, die viel billiger als in Frankreich produziert werden könnten. Hierin lägen die Schwierigkeiten, deren die Regierung noch nicht Herr geworden sei. Es sei zu bedenken, daß sich in den erwähnten Gebieten „sehr schnell ein Schuß aus der Flinte löse“.

Der *Bundeskanzler* regte an, daß Mitterrand und seine Regierung eine Analyse mit einer Skizze der ihm unerlässlich erscheinenden Bedingungen für den Beitritt Spaniens erstellen lassen.

*Mitterrand* erwiderte, daß er mit den entsprechenden Vorarbeiten bereits begonnen habe: Es sei beschlossen worden, daß Außenminister Cheysson und der spanische Außenminister<sup>13</sup> ebenso wie Landwirtschaftsministerin Cresson und ihr spanischer Gesprächspartner<sup>14</sup> Mitte Juli zusammentreffen sollen. Vorher werde er – Mitterrand – mit den zuständigen französischen Kabinettsmitgliedern sprechen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, seiner Auffassung nach sei es für die Spanier aus Gründen des „äußeren Dekors“ entscheidend, als Vollmitglied aufgenommen und sofort an den politischen Konsultationen beteiligt zu werden (Außenminister, Politische Direktoren usw.); dagegen sollte man, was den wirtschaftlichen Bereich betreffe, zunächst vorsichtig vorgehen, und zwar auch im eigenen spanischen Interesse, um unerwünschten Verdrängungswettbewerb seitens der europäischen Industrie zu vermeiden.

Was den allgemeinen Zustand der Gemeinschaft betreffe, meinte der Bundeskanzler, Mitterrand sei wohl nach einjähriger Amtszeit zum gleichen Ergebnis wie er selbst gekommen: Die Brüsseler Bürokratie stelle sich als eine fleißige, aber nicht sehr hilfreiche Organisation dar, deren Hauptzweck die eigene Vermehrung zu sein scheine. Auch die Kommission sei fleißig, aber es fehle ihr an

<sup>12</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 129, Anm. 9.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung legten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft sowie das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 24. Juni 1982 dar, Frankreich habe „in jüngster Zeit äußerst negativ zur Süderweiterung (insbes[ondere] zum Beitritt Spaniens) Stellung genommen. Staatspräsident Mitterrand sagte am 22.6.1982 bei seinem Besuch in Madrid, er wolle vermeiden, daß zu den laufenden Schwierigkeiten der Gemeinschaft neue hinzukämen. Eine EG-Mitgliedschaft Spaniens zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutete eine von den derzeitigen MS bewußt heraufbeschworene Katastrophe. [...] Daß F gerade jetzt zur Mitte des Jahres (Sp[anien] und Port[ugal] wollen die Beitrittsverhandlungen im Dezember abgeschlossen sehen) massiv zu bremsen versucht, deutet darauf hin, daß in Paris die Nervosität über die möglichen Erweiterungsgefahren für F (insbes. bei mediterranen Agrarprodukten, aber auch Textil, Stahl, Gastarbeiter) angesichts der Verschlechterung der franz[ösischen] Wirtschaftslage gewachsen ist.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130427.

<sup>13</sup> José Pedro Pérez-Llorca.

<sup>14</sup> José Luis Álvarez Álvarez.

politischem Gewicht. Durch den halbjährlichen Wechsel der Präsidentschaft gelange der Vorsitz auch an Länder, denen es an politischer Führungskraft mangle. An den entsprechenden vertraglichen Bestimmungen könne jedoch nichts geändert werden, ohne die kleineren Staaten zu provozieren. Daher kämen nur Frankreich, Deutschland, Italien und möglicherweise England als eigentliche Führungsmächte in Frage. In bezug auf die Rolle der Briten habe er – BK – einige Zweifel, da sie sich bisher – ohne Unterschied der jeweiligen Regierungspartei – als recht schwankend erwiesen hätten. Offensichtlich könnten sie sich aufgrund ihrer jahrhundertealten Tradition nur schwer an den Gedanken der Zugehörigkeit zum Kontinent gewöhnen. Italien mit seinen ständigen Regierungswechseln falle von einer innenpolitischen Krise in die andere und habe weder die Kraft noch die Autorität, um Europa wirklich zu führen.

Als Kern blieben also nur Frankreich und Deutschland. Die EG müsse infolgedessen von Paris und Bonn aus geführt werden, sonst laufe sie Gefahr, auseinanderzufallen oder zu zerbröckeln. Ein enger Zusammenhalt zwischen den beiden Ländern und eine „politische Direktion“ seien erforderlich, unabhängig davon, wer regiere – ob Giscard oder die Sozialisten, die jetzige oder eine konservative Regierung in Bonn.

*Mitterrand* bestätigte diese Notwendigkeit. Daher befürwortete er vielfältige Kontakte mit dem BK. Er hoffe, daß diese fortgesetzt und noch verstärkt werden können. Falls die Konservativen in Bonn an die Regierung kämen, würde eine „schwierige Zeit“ anbrechen; man müßte sich erst aneinander gewöhnen und die Politik neu definieren, womit viel Zeit verstreichen würde.

In Frankreich sei die öffentliche Meinung der Regierung zur Zeit mehr gewogen als die Presse. Eine vor zwei Tagen über die jüngsten Maßnahmen der Regierung (Lohn- und Preisstopp) durchgeführte Meinungsumfrage habe ergeben, daß 52 % der Befragten damit einverstanden seien; 60 % glaubten nicht, daß diese Maßnahmen erfolgreich angewandt werden könnten; mehr als 50 % hätten dennoch Vertrauen zur Regierung. Sie verfüge demnach über einen bestimmten Spielraum für ihr Handeln. Aufgrund der währungspolitischen Maßnahmen habe Frankreich zunächst 6 Mrd. Francs verloren, nach der Anpassung seien wieder 2 1/2 Mrd. Francs zurückgeflossen. Das Defizit des allgemeinen Staatshaushalts betrage nicht mehr als drei Prozent des BSP. Er – Mitterrand – habe am gleichen Tage Maßnahmen eingeleitet, um im Sozialhaushalt 10 Mrd. Francs einzusparen. Er werde die Gelegenheit ergreifen, um die veralteten Strukturen des Sozialversicherungssystems umzugestalten.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Zur französischen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik vgl. Dok. 95, Anm. 5.

Botschafter Herbst, Paris, bewertete die französischen Maßnahmen am 6. Juli 1982 folgendermaßen: „Von einer echten Reduktion des französischen Inflationspotentials durch die Lohn- und Preisstoppmaßnahmen kann ernsthaft keine Rede sein. [...] Frankreich hat im ersten Jahr seiner sozialistischen Präsidentschaft gesellschaftspolitisch das Gegenteil seiner europäischen Partner erreichen wollen: statt Inflationsbekämpfung durch budgetäre Rigorosität Konsumanheizung durch deficit spending. Das Scheitern dieser Politik sowie die äußeren und inneren Zwänge, denen sich Frankreich ausgesetzt sieht, haben die Regierung zu einem Kurswechsel veranlaßt, der in Richtung einer Angleichung an die Deflationspolitik der übrigen Europäer, insbesondere der Bundesrepublik und Großbritanniens, geht. Die Erfolgsaussichten sind nicht sehr günstig: a) weil diese Linie sich an den programmatischen Prämissen der Sozialisten – von den Kommunisten gar nicht erst zu reden – stößt, was potentiell Konflikte im eigenen Lager bedeutet, b) weil die abrupte und plötzliche Kehrtwendung den hohen Erwartungsspiegel des Wahlvolkes mehr als anderwärts brüskiert und c) weil das von der gegenwärtigen und den vorangegangenen Regierungen Frankreichs

In diesem Zusammenhang fragte der *Bundeskanzler*, wann Mitterrand gedenke, die Strukturänderung und die Ersparnis von 10 Mrd. Francs anzukündigen.

*Mitterrand* erläuterte, er müsse vor dem Auslaufen des Lohn- und Preisstopps zum 1. November 1982 – also bis Anfang Oktober – alle Vorbereitungen treffen, um die Öffentlichkeit über den Sinn der weiteren Maßnahmen zu unterrichten.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, seine Frage habe einen konkreten Zweck: Wie auch immer die gegenwärtige Krise in Bonn ausgehe, werde er der SPD-Fraktion am Mittwoch (30.6.) nachmittags oder abends seinen vorher im Kabinett vorgelegten Haushaltsvorschlag unterbreiten.<sup>16</sup> Ob er dann sagen könne, daß Frankreich ähnliche Beschlüsse, d. h. eine Änderung der Strukturen und eine Kürzung der Ausgaben im Hinblick auf eine freiere Dynamik des Haushalts plane?

*Mitterrand* widersprach dem nicht und wiederholte, daß er in diesen Tagen Maßnahmen in dem genannten Sinne einleiten werde.

Der *Bundeskanzler* regte an, daß Mitterrand zur gegenseitigen Unterstützung einen Mitarbeiter in das Bundeskanzleramt entsenden könnte; er würde dort im einzelnen über die deutschen Vorhaben unterrichtet werden. Es wäre wohl für beide Seiten leichter, wenn man sich in der gleichen Richtung bewege.

Auf die Frage *Mitterrands*, ob er bereits am nächsten Tag (30.6.) jemanden nach Bonn schicken soll, antwortete der *Bundeskanzler*, dies brauche nicht unmittelbar zu geschehen; er hielte es jedoch für nützlich, wenn im Laufe der nächsten Zeit ein Mitarbeiter Mitterrands in Bonn eingehender über die geplanten deutschen Wirtschaftsmaßnahmen informiert würde.

Es wurde vereinbart, daß ein für wirtschaftliche Fragen zuständiger hoher Beamter aus dem Elysée (Jacques Attali oder Bérégovoy) in Bonn ein bis zwei Stunden mit StS Konow zu einem Austausch von Daten und einer gegenseitigen Unterrichtung über die Zielsetzungen zusammenkommen solle.

Der Bundeskanzler sprach die Vermutung aus, daß in nächster Zeit in Frankreich wohl ebenso wie in Deutschland die Ausgaben für die Arbeitslosen steigen werden.

*Mitterrand* erläuterte hierzu, die Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit fielen nicht unter den erwähnten Sozialhaushalt. Der hierfür zuständige Haushalt (UNEDIC<sup>17</sup>) weise ein stärkeres Defizit als jener aus (14 Mrd. Francs), das ebenfalls ausgeglichen werden müsse. Eine Erhöhung der Beiträge erscheine schwierig. Es seien daher andere Maßnahmen geplant: Z. B. werde bei Personen, die mehr als ein Jahr lang arbeitslos seien, das Arbeitslosengeld nicht mehr an das frühere Entgelt geknüpft, das oft zu hoch angesetzt worden sei. Wenn eine Firma ein Gehalt von 20 000 Francs gezahlt habe, könne man vom Staat nicht erwarten, daß er ein entsprechendes Arbeitslosengeld zahle. Ferner würden die Listen der Arbeitslosen zur Zeit geprüft. Man gehe davon aus, daß

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1039*

immer wieder praktizierte Hinausschieben essentieller Reformen zwecks Defizitbeseitigung im Sozialbudget einen kumulierenden Effekt gehabt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305; Referat 202, Bd. 140611.

<sup>16</sup> Am 1. Juli 1982 beschloß das Kabinett Eckwerte zum Bundeshaushalt 1983 und zum Finanzplan 1982 bis 1986. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 617–620.

<sup>17</sup> Union nationale interprofessionnelle pour l'emploi dans l'industrie et le commerce.

zwischen 10 und 15 % der aufgeführten Personen keine „echten“ Arbeitslosen seien. So habe sich z. B. der inzwischen verstorbene Film-Milliardär Jean Gabin jeweils nach Beendigung der Dreharbeiten für einen Film arbeitslos gemeldet!

Der *Bundeskanzler* führte aus, in der Bundesrepublik solle demnächst der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung, der bisher 4 % betragen und von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen geleistet werde, auf insgesamt 4,5 % angehoben werden. Dies sei zwar ungenügend, man könne jedoch den Sozialpartnern angesichts der bereits bestehenden Belastungen nicht mehr zumuten.

*Mitterrand* erinnerte daran, daß das französische Staatshaushaltsdefizit nicht mehr als 3 % betragen werde. Auch sei es ihm gelungen, den Inflationsprozeß zu unterbrechen.

*Bundeskanzler* bemerkte hierzu, offensichtlich bekämpfe die französische Regierung die Inflation mit großem Nachdruck.

*Mitterrand* verwies auf die Reihenfolge der angekündigten Maßnahmen, die von der öffentlichen Meinung gut aufgenommen worden seien. Angesichts des Vertrauens, das der Regierung dadurch erwachsen sei, habe er jetzt – was in der Geschichte Frankreichs bisher noch nie geschehen sei – einen Preis- und Lohnstopp beschlossen.

Der *Bundeskanzler* gab zu bedenken, daß eine derartige Maßnahme nicht für längere Zeit hingenommen werden würde: Bis November erscheine sie ihm möglich, jedoch könnte sie wegen der wachsenden Gefahr nachfolgender Preis- und Lohnexplosion beispielsweise nicht bis zu Ostern des kommenden Jahres verlängert werden.

*Mitterrand* führte weiter aus, wenn es ihm gelänge, die jetzt bei 13 % liegende Inflationsrate innerhalb von drei bis vier Monaten auf unter zehn Prozent zu bringen, würde sich für die Bevölkerung eine spürbare Erhöhung der Kaufkraft ergeben, ein Ziel, das seinerzeit Raymond Barre vergeblich angestrebt habe. Er selbst – *Mitterrand* – sei vielleicht ein schlechter Wirtschaftsfachmann, werde aber möglicherweise bei der Bekämpfung der Inflation ein besseres Ergebnis erzielen.

Der *Bundeskanzler* wies auf die vielseitigen Verflechtungen (USA, Haltung der Gewerkschaften usw.) hin, von denen wirtschaftspolitische Erfolge auch abhängen. Giscard sei s. E. mehr ein „Fiskalist“ gewesen, während Raymond Barre einen größeren wirtschaftlichen Überblick gehabt habe. Jedoch habe sich Barre nicht als Politiker gezeigt; er habe sich mit der Rolle eines „Gehilfen seines Chefs“ begnügt und das wirtschaftspolitische Geschehen nicht selbst dirigiert.

*Mitterrand* unterstrich, daß Barre zwar mit dem Ziel angetreten sei, die Inflation einzudämmen, und alle ihm dazu erforderlich scheinenden Maßnahmen in die Wege geleitet habe: Er sei bereit gewesen, dafür eine größere Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeiten hinzunehmen. Die Inflationsrate sei unter seiner Regierung aber von 10 auf 14 % gestiegen mit allen entsprechenden Konsequenzen.

Der *Bundeskanzler* hob hervor, daß Frankreich im Vergleich zu anderen Ländern (GB, Italien, Deutschland, Belgien) wirtschaftlich sehr stark sei. In Deutschland und Frankreich werde jedoch zuviel Schwarzmalerei betrieben.

*Mitterrand* entgegnete, trotz allem seien seit 20 Jahren die Gesteungskosten – und nicht nur die Lohnkosten – in der französischen Industrie zu hoch. Leider sei ein Scheitern des Kapitalismus zu verzeichnen: Die Investitionen seien in den letzten sieben Jahren nur um ein Prozent gestiegen, was skandalös sei. Der französische Binnenmarkt werde zu 23% (in der Amtszeit von Giscard zu 35%) mit ausländischen Waren überschwemmt.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß der Anteil ausländischer Waren auf dem deutschen Markt noch größer sei, worüber man jedoch nicht beunruhigt sein müsse, sofern die eigenen Exporte gesteigert würden. So exportiere Deutschland besonders viele Investitionsgüter.

*Mitterrand* verwies darauf, daß Frankreich keine nennenswerte Werkzeugmaschinenindustrie besitze. Sie wäre aber erforderlich, denn solange Frankreich nur Rohstoffe und Fertigwaren exportieren könne, verfalle es immer mehr in den Rang eines „kolonisierten Landes“.

Sein – Mitterrands – Vorteil sei, daß er über eine gewisse Zeitspanne verfüge. Bei kommenden Kommunalwahlen<sup>18</sup> könnte die Regierung Stimmenverluste erleiden, die aber nicht tragisch zu nehmen wären; die nächsten wichtigeren Wahlen fänden erst in vier Jahren, d. h. 1986<sup>19</sup> statt. 1984 müsse allerdings die wirtschaftliche Talsohle durchschritten sein, was aber nicht nur von Frankreich allein, sondern auch von der Lage in den USA abhängen. Wesentlich sei, daß die Amerikaner zunächst einmal sich selbst „aus der Patsche helfen“. Es sei beunruhigend zu hören, daß große Unternehmen, wie die Chase Manhattan Bank, mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten.<sup>20</sup>

Zu letzterem Punkt erläuterte der *Bundeskanzler*, die Gefahr für die Bank sei wahrscheinlich vorbei. Die Schwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß sie zu große Auslandskredite an nicht zahlungsfähige Entwicklungsländer gewährt habe. Auch in Deutschland komme dies vor.

Abschließend wurden einige Betrachtungen über die Politik der Eurodollars – die *Mitterrand* eine „formidable Betrügerei“ nannte und mit dem System der Assignaten verglich – ausgetauscht. Während Mitterrand die Vermutung aussprach, daß die Eurodollars wohl nur als ein Instrument des amerikanischen Imperialismus geschaffen worden seien, unterstrich der *Bundeskanzler*, daß er dies nicht vermute, da die Eurodollars ja nicht von der US-Regierung, sondern von den Banken erfunden worden seien.

Das Gespräch endete gegen 10 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

<sup>18</sup> Am 6. und 13. März 1983 fanden in Frankreich Kommunalwahlen statt.

<sup>19</sup> Am 16. März 1986 fanden in Frankreich Parlamentswahlen statt.

<sup>20</sup> Generalkonsul Schulze-Boysen, New York, berichtete am 21. Juli 1982: „Der Zusammenbruch der Penn Square Bank von Oklahoma City hat trotz einiger branchenbedingter Unterschiede ähnliche Grundzüge und Konsequenzen wie das Debakel der Drysdale Government Securities. Die direkten quantitativen Verluste bleiben dank dem umsichtigen Vorgehen der Federal Reserve Bank begrenzt und bedeuten für einige der betroffenen Banken den Verlust eines Quartalsergebnisses. Weitreichender dürften die qualitativen Folgen aus beiden Fällen sein. [...] In beiden Fällen war sich der Markt über Risikocharakter bzw. Standing der Firmen im klaren. Dies hat jedoch nicht verhindert, daß eine Bank wie Chase Manhattan in beiden Fällen engagiert war und beträchtliche Abschreibungen vornehmen mußte.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 687; Referat 412, Bd. 130465.

197

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 1. Juli 1982, 13.16 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 77 Ortez

Betr.: Zum 23. Europäischen Rat in Brüssel am 28.6.1982<sup>2</sup>;  
hier: EPZ-Themen

1) Im Vordergrund der vom 23. Europäischen Rat behandelten EPZ-Themen stand die Libanon-Frage.<sup>3</sup> Der Rat verabschiedete eine Erklärung<sup>4</sup>, die an die Erklärung der Zehn vom 9. Juni<sup>5</sup> anschließt. Die israelische Invasion des Libanon wird erneut scharf verurteilt. Die Zehn fordern die Einhaltung des Waffenstillstandes, einen Rückzug der israelischen Truppen aus ihren Stellungen um Beirut (als ersten Schritt eines völligen Rückzuges aus dem Libanon) bei gleichzeitigem vereinbarten Rückzug der palästinensischen Streitkräfte aus West-Beirut sowie eine Kontrolle dieses Prozesses durch die libanesischen Streitkräfte und/oder UNO-Streitkräfte. Die Zehn fordern ferner neben einem Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon den Abzug aller fremden Streitkräfte aus dem Land, die sich dort nicht mit Genehmigung einer rechtmäßigen, repräsentativen libanesischen Regierung aufhalten. Sie unterstützen alle Bemühungen, die geeignet sind, einen endgültigen Frieden im Libanon zu schaffen.

Um Lösungen zu ermöglichen, die Frieden und Sicherheit in der ganzen Region sicherstellen, wird Israel aufgefordert, seine Sicherheit nicht im Wege der Gewaltanwendung und durch Schaffung von „faits accomplis“ zu suchen. Israel könne seine Sicherheit nur durch Befriedigung legitimer Aspirationen der Palästinenser finden. Verhandlungen mit Palästinensern, an denen auch PLO betei-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 vgl. auch Dok. 198.

<sup>3</sup> Zum Krieg im Libanon vgl. Dok. 184, Anm. 17.

Referat 310 resümierte am 29. Juni 1982: „Israel forderte West-Beiruter Bevölkerung durch Flugblätter auf, Feuerpause (seit 25.6. abends) zur Flucht zu nutzen. Äußerungen, West-Beirut nicht angreifen zu wollen, wechseln ab mit Angriffsdrohungen. Luft- und Artilleriebombardements wurden ohnehin nicht ausgeschlossen. Verzicht auf Krönung des Feldzuges durch Eroberung West-Beiruts dürfte Begin/Sharon sehr schwerfallen. Unter diesem Druck stehende Vermittlungsbemühungen Habibs konzentrieren sich auf gesichtswahrende Formel für Abzug der PLO-Führung und -Truppen, zugleich Grundvoraussetzung für Wiederherstellung libanesischer Souveränität (keine Rückkehr zum Status quo ante). Israel (Kabinettsklärung am 27.6.) bestand bisher ultimativ auf ihrem totalen Abzug unter israelischen Augen. PLO sieht in dieser Maximalforderung inakzeptable Demütigung, die auch ihr Überleben als politische Organisation in Frage stellen würde. [...] Jüngste Äußerungen Arafats vermeiden Eindruck Nachgebens gegenüber Israels Maximalforderungen und klare Festlegung auf bewaffneten oder politischen Kampf. [...] Ziel Israels ist endgültige Ausschaltung der PLO, da sie am augenfälligsten konkurrierende palästinensische Ansprüche auf besetzte Gebiete symbolisiert“. Vgl. Referat 310, Bd. 135719.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 1982 in Brüssel zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 17 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Juni 1982 zur Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 88. Vgl. dazu ferner Dok. 178.

ligt sein solle (be associated with), setzten deren Vertretung voraus. Die Zehn wünschten die Palästinenser in einer Position zu sehen, in der sie ihre Forderungen mit politischen Mitteln weiterverfolgen könnten.

Insbesondere Frankreich und Griechenland traten zunächst für eine stärkere verbale Stützung der PLO ein. Der Text geht in seiner jetzigen Form nicht über die Erklärung von Venedig<sup>6</sup> hinaus. Er ist ausgewogen und trägt damit der gemeinsamen Position der Zehn in Nahost-Fragen Rechnung.

Gleichzeitig ermächtigten die Staats- und Regierungschefs die Präsidentschaft<sup>7</sup>, der Presse zu erklären, es sei vereinbart worden, daß es unter den gegenwärtigen Umständen angemessen sei, die Aussetzung der Unterzeichnung des Zweiten Finanzprotokolls zwischen der Gemeinschaft und Israel zu bestätigen<sup>8</sup> sowie das nächste Treffen des Kooperationsrates EG–Israel auf Ministerienebene zu verschieben<sup>9</sup>. Sie hätten übereinstimmend festgestellt, daß die Mitgliedstaaten keine Rüstungsgüter an Israel verkauften.

### 2) Iran/Irak<sup>10</sup>

In einer kurzen Erklärung<sup>11</sup> drückten die Zehn ihre tiefe Besorgnis über das Andauern des Konfliktes zwischen Iran und Irak aus, der zerstörerische Auswirkungen hat und Sicherheit und Stabilität in der Region gefährdet. Sie wiederholen ihren Aufruf vom 24. Mai 1982<sup>12</sup> zu einer Beendigung der Feindseligkeiten und einer Verhandlungslösung.

### 3) Lateinamerika und Karibik

In einer gleichfalls kurz gehaltenen Erklärung<sup>13</sup> drücken die Zehn ihr lebhaftes Interesse an einer Entwicklung ihrer Beziehungen mit den Völkern dieses

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>7</sup> Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 hatte Dänemark die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Referat 410 notierte am 7. September 1982: „Als Unterzeichnungstermin für das 2. Finanzprotokoll EG–Israel war der 14.6.1982 vorgesehen. Letzterer wurde von der Präsidentschaft in Abstimmung mit der EG-Kommission wegen der Ereignisse im Libanon ‚aus technischen Gründen‘ kurzfristig verlagert. Die Staats- und Regierungschefs haben diese Entscheidung auf ihrer Tagung am 28./29. Juni 1982 bestätigt. Mit der Entscheidung sollte vor allem verhindert werden, daß das routinemäßig erfolgende Pressecommuniqué über den Unterzeichnungsakt ein möglicherweise fehlinterpretierendes Signal gesetzt hätte. Allein schon von der Höhe und der Art des Darlehensbetrages her dürfte die Entscheidung der Kommission Israel wenig beeindruckt haben und auch künftig als Druckmittel kaum geeignet sein.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131097.

Für den Wortlaut des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und Israel, das am 24. Juni 1983 in Brüssel unterzeichnet wurde und am 1. Januar 1984 in Kraft trat, vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 335 vom 30. November 1983, S. 8–11.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 20. Oktober 1982: „Auf Grund der Ereignisse im Libanon hat die Kommission in Übereinstimmung mit der dänischen Präsidentschaft den von Israel bereits für Mitte des Jahres geforderten Kooperationsrat EG–Israel bisher nicht einberufen. [...] Auf dem AstV vom 14.10.1982 hat die dänische Präsidentschaft mitgeteilt, daß sie bis zum Jahresende keinen Kooperationsrat mit Israel durchführen werde.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131097.

<sup>10</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 194, Anm. 23.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 1982 in Brüssel zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 18.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 24. Mai 1982 in Brüssel zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. BULLETIN DER EG 5/1982, S. 66.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 1982 in Brüssel zu Lateinamerika vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 18.

Teiles der Welt aus. Die Außenminister wurden beauftragt, geeignete Mittel zu einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zehn und dieser Region zu prüfen. Insbesondere beauftragte der Europäische Rat die Gemeinschaftsinstitutionen, die bereits im Gang befindliche Überprüfung der Frage von Entwicklungshilfe an Zentralamerika aktiv voranzutreiben. Dem Kommuniquétext liegt als Motiv eine Geste des guten Willens gegenüber den lateinamerikanischen Ländern nach der Falkland-Krise zugrunde. Großbritannien stimmte ohne Einwände zu.

Steinkühler<sup>14</sup>

**Referat 012, Bd. 124420**

198

### **Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler**

**012-312.74 VS-NfD**

**Aufgabe: 1. Juli 1982, 17.48 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 78 Ortez**

Betr.: Zum 23. Europäischen Rat (28./29. Juni 1982 in Brüssel)<sup>2</sup>;  
hier: EG- und Wirtschaftsfragen

1) Im Vordergrund der Erörterungen der Staats- und Regierungschefs zu EG- und Wirtschaftsfragen stand die Entwicklung der Beziehungen zu den USA. Die Erstreckung des US-Embargos für Erdöl und Erdgasausrüstungen auf Tochterunternehmen und Lizenznehmer in Europa<sup>3</sup>, die Festsetzung von Ausgleichsabgaben gegen europäische Stahlimporte in die USA<sup>4</sup>, aber auch die amerikanische Kritik an der EG-Agrarpolitik (Exporterstattungen, Präferenzregelungen) sowie die Intervention der USA bei den Textilverhandlungen der EG mit Hongkong und Südkorea<sup>5</sup> haben zu großer Besorgnis über das amerikanische Vorge-

<sup>14</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 197.

<sup>3</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>4</sup> Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 194, Anm. 31.

Referat 412 legte am 16. August 1982 dar, mittlerweile seien etwa 90 % aller amerikanischen Stahlimporte und rund 80 % aller Exporte aus EG-Mitgliedstaaten von den Maßnahmen betroffen. In den vom amerikanischen Handelsministerium durchgeführten Antidumping- und Ausgleichszollverfahren seien „aufgrund bisher noch vorläufiger Entscheidungen Ausgleichszollsätze bis zu 40 % festgesetzt worden. Ihr weiterer Ablauf unterliegt den Fristen nach dem amerikanischen Trade Act. Die nächste wesentliche Entscheidung steht mit der endgültigen Festsetzung der Ausgleichszölle am 24.8.1982 bevor.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131183.

<sup>5</sup> Referat 411 informierte am 10. August 1982: „Ende dieses Jahres laufen die knapp 30 bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen aus, die die Gemeinschaft unter dem Dach des Welt[Textil]Abkom-

hen und die Gefahr sich daraus ergebenden weltwirtschaftlichen Schadens geführt. Der ER kritisierte die amerikanische Haltung, die nachteilige Auswirkungen auf die Beziehungen zu den USA haben könnte. Die Gemeinschaft werde ihre legitimen Interessen insbesondere im GATT energisch verteidigen und das Erforderliche tun, um bei der Führung ihrer Handelspolitik ebenso schnell und wirksam zu handeln wie ihre Partner.

Gegenüber weitergehenden Forderungen insbesondere von F blieben wir um Mäßigung bemüht. Trotz des seit Versailles<sup>6</sup> eingetretenen Vertrauensschwundes warnte der Bundeskanzler vor einer Eskalation. Wir wollten keinen Handelskrieg mit der UdSSR und schon gar nicht mit den verbündeten USA. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich daher auch für einen „echten und effizienten“ Dialog aus, der dringend in die Wege geleitet werden mußte. EG und ihre MS werden die Anliegen der Gemeinschaft mit Demarchen in Washington vertreten.<sup>7</sup>

2) Anhand von Berichten der Kommission erörterte der ER die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft. Er betonte insbesondere die Bedeutung, die einer Förderung der Investitionstätigkeit bei der Festlegung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zukomme. Dabei müsse der Anteil der Verbrauchsausgaben zugunsten produktiver Investitionen verringert werden.

Außerdem forderte der ER die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialminister auf, gelegentlich einer gemeinsamen Ratstagung im November auf Vorschlag der Kommission konkrete Beschlüsse zur Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit zu fassen.<sup>8</sup> In der Diskussion zur Wirtschaftslage war man sich der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1045*

mens] mit Ländern der Dritten Welt abgeschlossen hat. [...] Hierzu hatte der Rat im Februar dieses Jahres gegen unseren Widerstand äußerst restriktive Verhandlungsrichtlinien beschlossen. Diese nutzen mit dem Ziel verschärfter Einfuhrbeschränkungen maximal den Spielraum aus, den das 1981 für weitere fünf Jahre erneuerte WTA zuläßt. [...] Hinter dieser protektionistischen Linie stehen vor allem F, GB und I, die auf einen erhöhten Außenschutz für ihre z. T. notleidende Textilindustrie pochen.“ Weiter wurde dargelegt: „Bis zum Beginn der Sommerpause konnte die EG-K[ommission] 13 neue Abkommen paraphieren. Dies entspricht etwa 30% des Exportpotentials der WTA-Staaten. Demgegenüber konnten aber bisher weder die Verhandlungen mit den sog. dominierenden Lieferländern Korea, Taiwan, Hongkong und Macao (etwa 40 % des Liefervolumens) noch mit anderen Staaten mit erheblichen Textilexportinteressen aus Lateinamerika (Brasilien, Kolumbien) sowie Südostasien (ASEAN-Länder außer Thailand sowie Indien) abgeschlossen werden. [...] Die Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen im September [wird] zudem unter einem besonderen, von der EG geschaffenen Zeitdruck stehen. Die Gemeinschaft hatte gleichzeitig mit ihrem Beitritt zum neuen WTA unter dem Druck der restriktiven MS gegen unser Votum den internen Beschluß gefaßt, das Abkommen zum 31.12.82 wieder zu verlassen, falls bis dahin keine zufriedenstellenden Selbstbeschränkungsabkommen mit den wesentlichen textilexportierenden EL erreicht werden konnten. Um diese Entscheidung rückgängig zu machen, bedarf es eines erneuten positiven Ratsbeschlusses, der im Hinblick auf die 60-tägige Kündigungsfrist des WTA spätestens bis Ende Oktober herbeigeführt sein muß.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131134.

<sup>6</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>7</sup> Referat 411 vermerkte am 13. Juli 1982: „Gemeinschaft und MS bemühen sich gegenwärtig, Aussagen des ER zu den Handelsproblemen EG – USA in konkrete Aktionen umzusetzen. Die Ausgleichszölle gegen EG-Stahlexporte waren Gegenstand von Gesprächen zwischen EG-Kommission und US-Handelsminister Baldrige am 9.7.1982, die jedoch zu keinen Ergebnissen führten [...]. Zu den Sanktionen der US gegen SU (Erdgas-Röhren-Geschäft) ist [...] eine Verbalnote vorbereitet worden, die nach Zustimmung durch MS/Präsidentschaft und EG-Kommission in Washington übergeben werden soll.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131183.

<sup>8</sup> Am 16. November 1982 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsminister sowie der für Sozialfragen zuständigen Minister statt. Die EG-Kommission schlug zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vor: Sonderprogramme zur Einstellung Jugendlicher

besonders negativen Auswirkungen des amerikanischen Haushaltsdefizits und des hohen Zinsniveaus in den USA<sup>9</sup> bewußt, ohne damit jede Mitverantwortung für die unbefriedigende Weltwirtschaftslage abstreiten zu wollen.

3) Präsident Mitterrand sprach wie angekündigt die Beitrittsverhandlungen im Rahmen der EG-Süderweiterung<sup>10</sup> an. Der Beitritt Spaniens<sup>11</sup> werfe erhebliche Probleme bei mediterranen Agrarprodukten, bei der Fischereipolitik, der Freizügigkeit sowie in finanzieller Hinsicht auf. Demgegenüber betonte der Bundeskanzler, daß die Erweiterung aus Gründen der politischen Stabilisierung der iberischen Halbinsel notwendig sei. Probleme müßten durch entsprechend lange Übergangsfristen gelöst werden. Zwar würde die Erweiterung zu einer Erhöhung des EG-Haushaltsvolumens führen. Die Ein-Prozent-MWSt-Grenze<sup>12</sup> bei den Eigeneinnahmen müsse aber dennoch eingehalten werden. Die Staats- und Regierungschefs forderten die Kommission auf, die Probleme zusammenzustellen, die sich für die Gemeinschaft und die MS aus der Erweiterung ergeben, und angemessene Vorschläge zu unterbreiten, die zügig zu behandeln seien.

Die zu diesem Thema geführte Diskussion ist nicht als französisches Veto oder definitiver Aufschub der Erweiterungsverhandlungen zu werten. Allerdings dürften sie zusätzlich verdeutlichen, daß die Verhandlungen in diesem Jahr nicht mehr abgeschlossen werden können.

Steinkühler<sup>13</sup>

#### Referat 012, Bd. 124420

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1046*

in Verbindung mit Arbeitszeitverkürzungen; Einstellungsprämien bzw. Lohnzuschüsse für besonders benachteiligte Gruppen von Jugendlichen; ein neues Konzept der subventionierten Schaffung von Arbeitsplätzen, etwa im Bereich des Umweltschutzes und von Sozialeinrichtungen; ein umfassendes System lokaler Beratungszentren für Jugendliche. In den „Schlußfolgerungen“ der EG-Ratstagung wurde die Entschlossenheit bekräftigt, in den nächsten fünf Jahren „allen Jugendlichen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, die Möglichkeit einer Berufsausbildung bzw. einer ersten Erfahrung am Arbeitsplatz zu sichern“. Vgl. BULLETIN DER EG 11/1982, S. 10 f.

<sup>9</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 129, Anm. 6 und 8.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung legten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 18. Juni 1982 dar: „Die portugiesische Textilindustrie ist einer der wenigen Sektoren, auf dem sich Portugal durch den Beitritt unmittelbare Erfolge erhofft. Etwa 30 % der portugiesischen Exporte entfallen auf Textilprodukte, die auf dem EG-Markt gute Absatzchancen haben. Traditionelle Importländer sind bereits jetzt GB und F (ca. 50 % bzw. 12 % der EG-Importe, allerdings mit absinkender Tendenz). Angesichts der Schwierigkeiten in ihren Textilindustrien verlangen insbesondere diese beiden MS eine Begrenzung portugiesischer Textilexporte in die Gemeinschaft über den Beitritt hinaus. Wir, unterstützt vor allem von der Kommission und NL, sind für eine völlige Liberalisierung des Textilhandels ab Beitritt eingetreten, mußten im vergangenen Jahr jedoch, um eine drohende Blockierung der Verhandlungen zu verhindern, einer Formel zustimmen, wonach für eine Übergangszeit nach Beitritt eine administrative Zusammenarbeit zu vereinbaren ist, die sich an der vor dem Beitritt bestehenden orientiert. [...] Angesichts der Aussichtslosigkeit, eine völlige Liberalisierung des Textilhandels nach Beitritt durchzusetzen, kommt es für uns darauf an, die ‚administrative Zusammenarbeit‘ möglichst zu begrenzen, und zwar sowohl zeitlich als auch materiell.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130297.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 196, Anm. 12.

<sup>12</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

<sup>13</sup> Paraph.

## 199

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ulloa Elías

2. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem peruanischen Ministerpräsidenten Dr. Manuel Ulloa Elías am 2. Juli 1982 um 11.45 Uhr und beim anschließenden Mittagessen im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Teilnehmer: Generalsekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Dañino, Botschafter Pando, MD Gorenflos, MD von der Gablentz; zusätzlich beim Mittagessen: Nationalbankpräsident Bustamante, Industriebankpräsident Velarde, Konteradmiral Carcelén, StS von Würzen, MD Moltrecht, MDg Loeck (Botschafter in Peru 1978 bis 1982).

*Bundeskanzler* betont seine besondere Freude über den Besuch Ulloas. Er war etwas enttäuscht darüber, daß der Besuch im Dezember 1981 verschoben werden mußte, hat aber selbst nur allzu großes Verständnis für die drängende Notwendigkeit von Haushaltsverhandlungen mit dem Parlament.

Für diese besondere Freude gibt es vor allem zwei Gründe. Einen persönlichen, weil sich seine Frau und er Peru eng verbunden fühlen und daher an der Pflege guter bilateraler Beziehungen besonders interessiert sind.<sup>3</sup> Einen politischen, weil es ihm gerade in diesem Augenblick nach dem Falkland/Malwinen-Konflikt darauf ankommt, die unverminderte enge Verbundenheit der Bundesrepublik Deutschland zu Peru und den Staaten Lateinamerikas herauszustellen.

Seine Heimatstadt Hamburg, eine alte Kaufmannsrepublik und ein unabhängiger Stadtstaat, lebt seit Jahrhunderten vom Überseehandel, zunächst im Rahmen der Hanse und seit der Entdeckung Amerikas mit engen Handelsbeziehungen zum neuen Kontinent. Der Lateinamerika-Handel hat für Hamburg, das bereits vor 150 Jahren Handelsverträge mit den Staaten Lateinamerikas abschloß, eine lange Tradition. Er selbst ist der Arbeit des Ibero-Amerikanischen Vereins, der jährlich sein bekanntes Liebesmahl abhält, seit 30 Jahren verbun-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 5. Juli 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Konow, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu hielt Gablentz fest: „Hiermit lege ich den Gesprächsvermerk mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten. Die Bemerkungen Ulloas über das Verhältnis Lateinamerikas zu den USA werden in Ihre Unterlagen für Ihre Gespräche mit AM Shultz aufgenommen. Dem peruanischen Botschafter ist weisungsgemäß Ihre Rede vor dem Übersee-Club in Hamburg in englischer Fassung übersandt worden. Wir bemühen uns, eine Begegnung mit Weltbankpräsident Clausen während Ihrer Amerika-Reise in San Francisco zustande zu bringen. Ihre Einladung an PM Ulloa, Sie bei künftigen Europabesuchen – auch in seiner Eigenschaft als Finanzminister – zu einem Gespräch aufzusuchen, ist im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt notiert.“

Hat Konow am 5. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt am 7. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen.“ Ferner bat Schmidt um Übermittlung einer Ablichtung an Bundesminister Offergeld. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Ulloa Elías hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte Peru vom 7. bis 11. April 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 104.

den. Die lateinamerikanischen Partner können daher bei ihm mit einem großen, „eingebauten“ Interesse an Beziehungen zu Lateinamerika rechnen.

Ebenso wie Mitterrand und Spadolini machte er sich daher über die Auswirkungen des Falkland/Malwinen-Konflikts große Sorgen. Zusammen mit ihnen hat er daher auf die Briten eingewirkt, bei ihrem Vorgehen größte Vorsicht walten zu lassen. Der Forderung des britischen Verbündeten nach Solidarität gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Argentiniens konnten und durften sich die Europäer nicht entziehen. Aber sie haben von vornherein klargestellt, daß der Konflikt nicht lange dauern darf und die EG-Sanktionen<sup>4</sup> – auf Initiative Deutschlands und Frankreichs – sofort nach dem Fall von Port Stanley<sup>5</sup> eingestellt werden müssen<sup>6</sup>. Aus bilateralen Kontakten wissen wir, daß auch die Spanier für dieses Verhalten Verständnis haben. Alle Westeuropäer möchten die Auswirkungen dieses Konflikts so schnell wie möglich beenden, der so wenig Narben hinterlassen sollte wie möglich.

Wir haben uns daher auch mit besonderem Nachdruck für die Bemühungen des VN-Generalsekretärs Cuéllar eingesetzt, die, wie er von Cuéllar selbst weiß, beinahe zum Erfolg geführt hätten.<sup>7</sup>

*Ulloa* erläutert, daß Lateinamerika nur in gewissem Sinne eine Einheit darstellt, die von gemeinsamer Sprache, einer insgesamt verhältnismäßig friedlichen Geschichte und der gemeinsamen Überlegung geprägt wird, daß die Region in der Welt eine immer wichtigere Rolle spielen wird. Nach seinem persönlichen Eindruck besitzen vor allem zwei lateinamerikanische Staaten für diese Aufgaben eine besondere nationale Kraft: Brasilien und Peru.

Peru ist ein sehr altes Land mit einer 8000-jährigen kulturellen Tradition. Es hat Armut, Hunger, Besatzungsregimen standgehalten. Das läßt sich heute ablesen in der Reife und Intelligenz sowie der Bereitschaft zum Teamwork der Peruaner (was nicht notwendigerweise für andere lateinamerikanische Länder mit unterschiedlichem Hintergrund gilt).

Andere Länder wie Argentinien und Chile sind sich weniger ihrer Rolle für die lateinamerikanische Region bewußt. Venezuela orientiert sich nach der Karibik. Kolumbien steht unter dem Druck verschiedenster widersprüchlicher Einflüsse. Mexiko ist aus lateinamerikanischer Sicht ein Teil Nordamerikas, sehr unterschiedlich in Haltung und Interessen von Südamerika.

<sup>4</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>5</sup> Zur Kapitulation der argentinischen Truppen auf den Falkland-Inseln am 14. Juni 1982 vgl. Dok. 182, Anm. 7.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Limmer informierte am 21. Juni 1982: „Auf EPZ-Ministertreffen am 21.6.82 in Luxemburg wurde die Aufhebung der EG-Sanktionen gegen ARG mit Wirkung vom 22.6.82 beschlossen. Der Beschluß erfolgte in der Erwartung, daß es keine Gewaltakte in der Region mehr gebe. Sollte dies dennoch geschehen, entstünde eine neue Situation, gegenüber der die Zehn sofort zu reagieren hätten. Das aufgrund nationaler Regelungen verfügte Waffenembargo gegen ARG soll hingegen aufrechterhalten werden. GB will seine Wirtschaftssanktionen gegen ARG auf bilateraler Ebene beibehalten. Agenturmeldungen zufolge bleiben auch arg[entinische] Guthaben in GB eingefroren.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 204, Bd. 124945.

<sup>7</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 6.

Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Pérez de Cuéllar am 14. Juni 1982 in New York; Dok. 182.

Peru fühlt sich insgesamt mehr als andere lateinamerikanische Staaten den Problemen der Region Lateinamerika verpflichtet. Es hat enge geographische und natürliche Beziehungen zu den USA, spürt aber gleichzeitig die Notwendigkeit, diesen Einfluß auszubalancieren. Japan ist ein wichtiger pazifischer Partner. In Europa ist es vor allem Deutschland, dem sich die Peruaner eng verbunden fühlen. Es gibt keine kolonialen Bindungen und Erbschaften. (BK: Wir haben glücklicherweise dieses Erbe bereits nach dem Ersten Weltkrieg verloren.) Man sieht in Deutschland einen Partner mit komplementären Interessen und bewundert den Aufbau einer starken Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg.

*Bundeskanzler* hebt hervor, daß die starke Ausrichtung der Bundesrepublik auf den Außenhandel lebensnotwendig ist. Wir haben keine Bodenschätze außer Kohle, die tief liegt und sehr teuer ist. Wir haben daher eine große Exportindustrie aufbauen müssen, um die lebensnotwendigen Importe sicherzustellen.

*Ulloa*: Den Lateinamerikanern fehlt es insgesamt noch an Bildung und Erziehung. Sie bilden, wahrscheinlich, weil sie nicht unter dramatischen historischen Umbrüchen zu leiden hatten, eine eher leichtlebige, unreife und nicht besonders verantwortungsvolle Gesellschaft. Auch einem reichen Land wie Argentinien fehlen für ein seriöses Engagement die inneren Strukturen.

Die Beziehung zu den USA wird dadurch bestimmt, daß man sie als selbstverständlichen Teil Amerikas ansieht. Das drückt sich in der OAS und in der Monroe-Doktrin<sup>8</sup> aus. Man hält es instinktiv nicht für möglich, daß die USA sich den gemeinsamen amerikanischen Familienbindungen entziehen könnten. Man hat daneben starke kulturelle Bindungen an Europa. Die Beziehungen zu Afrika und Südostasien spielen eine geringe Rolle.

Der Malwinen-Konflikt konfrontiert die Lateinamerikaner nun plötzlich mit der Tatsache, die keiner für möglich halten konnte, daß die familiären Bindungen an die USA und die kulturellen an Europa in Frage gestellt werden können. Die Argentinier haben sich sehr töricht verhalten. Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß Galtieri und Costa Méndez aus tiefstehenden nationalistischen Überzeugungen gehandelt haben und wohl auch, um innenpolitische Probleme zu überspielen. Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß die Militärs in seinem eigenen Lande zur Zeit keine Rolle spielen (lying low).

Zum Entsetzen und zur Überraschung aller Lateinamerikaner hat sich dann im Malwinen-Konflikt der ältere Bruder der amerikanischen Familie, die USA, von der Familie abgewandt. Das war in den Augen der Lateinamerikaner ein Fehltritt. Er selbst hat sich daher sofort zur Vorlage von Vermittlungsvorschlägen entschlossen. Nach seinem Eindruck hat die amerikanische Regierung sich unter dem Eindruck der heftigen anti-argentinischen Stimmung in Öffentlichkeit und im Senat auf Seite Großbritanniens geschlagen – nach seinem Eindruck in schlechter Form (poor taste) und im falschen Augenblick. Für die Argentinier war das ein böser Schock. Sie waren bereits in ihrer ungemein pro-bri-

<sup>8</sup> Präsident Monroe stellte am 2. Dezember 1823 in seiner Rede zur Lage der Nation die unabänderliche Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von Europa fest und forderte die europäischen Mächte auf, sich künftig nicht in Lateinamerika einzumischen. Für den Fall, daß europäische Mächte diesen Grundsatz nicht beachten sollten, kündigte er Gegenmaßnahmen der USA an. Vgl. dazu MONROE, Writings, Vol. VI, S. 325–342.

tischen Grundhaltung erschüttert. Ihre Gefühle wandten sich jetzt mit voller Gewalt gegen die USA.

Auch er war entsetzt über das Vorgehen der USA. In ganz Lateinamerika spürte man eine allgemeine Frustration, das Gefühl, von den USA nicht geachtet zu werden. Was Europa angeht, glaubte man, daß es nicht nötig gewesen sei für die Westeuropäer, sich auf die Seite der Briten zu schlagen – sicherlich ein Teil lateinamerikanischer Unkenntnis z. B. der EG-Bindungen. Die EG-Sanktionen waren für die Lateinamerikaner ein völlig unerwarteter Schock.

Ihm war von vornherein klar, was das Ergebnis der militärischen Auseinandersetzung sein mußte. Auf Einwand des Bundeskanzlers zu den Erfolgen der argentinischen Luftwaffe meint er, daß es auch hier bald zur Abnutzung kam. Auch in Peru machte sich unter den Militärs ein ungeduldiger, unreifer Enthusiasmus breit, wie er nur in einem Volke möglich ist, das keine Kriege zu führen gewöhnt ist. Eine solche Stimmung hätte die immer noch verwundbare und zerbrechliche Demokratie in Peru in Frage stellen können. Daher erlaubte die Regierung, den Militärs Waffen zu liefern und Unterstützung der Luftwaffe anzubieten. Eben weil es um das Überleben der Demokratie in Peru ging, bemühte sich die peruanische Regierung gleichzeitig nach Kräften darum, den Konflikt zu beenden.<sup>9</sup> Beides entsprach den sehr engen Beziehungen mit Argentinien und der großen Affinität der beiden Nationen. Daher mußte Peru die Argentinier unterstützen, obwohl es wußte, daß die Argentinier einen großen Fehler begangen hatten. Es ging um das peruanische Interesse, als unabhängige demokratische Nation zu überleben. Argentinien schätzte die peruanische Hilfe außerordentlich hoch. Er selbst konzentrierte seine Bemühungen auf die Vermittlung der Vereinten Nationen bis zu dem Punkt, an dem er die Überzeugung gewann, daß Großbritannien sich nicht ohne einen größeren militärischen Sieg zufriedengeben würde.

Jetzt stehen Argentinien und die Lateinamerikaner vor einer militärischen Katastrophe, Bitterkeit und Ressentiments. Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß dies für Brasilien weniger gilt, da man dort weniger sensibel reagiert. Aber auch Brasilien hätte die Demütigung Argentinien gern vermieden.

Insgesamt fühlen sich die Lateinamerikaner verletzt, isoliert. Die USA sind für sie nicht mehr, was sie waren, der exklusive Partner, das Mitglied der amerikanischen Familie. Die Bindungen an Europa erscheinen gelockert. Aber die verantwortlichen Politiker fühlen, daß dies nicht so bleiben darf. Daher ist es jetzt entscheidend, daß Großbritannien in den Malvinas keine endgültige Rückkehr zum vorherigen Zustand durchsetzt, sondern die Tür für Verhandlungen offenhält. So denkt auch der VN-Generalsekretär. Er appelliert an den Bundeskanzler, den Lateinamerikanern hierbei gegenüber den Briten zu helfen.

*Bundeskanzler* betont, daß er sehr beeindruckt war vom peruanischen Generalsekretär der VN, der die Probleme aus weltweiter Perspektive zu sehen versteht. Mit PM Thatcher hat er wiederholt darüber gesprochen, daß die Tür zur Verhandlung über die Zukunft der Inseln offenbleiben muß.<sup>10</sup> Er hat an sie appel-

<sup>9</sup> Zur Haltung Perus im Falkland-Krieg vgl. Dok. 137, Anm. 5, und Dok. 195, Anm. 5.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 7. April 1982; Dok. 110.

Vgl. dazu auch das Telefongespräch Schmidts mit Thatcher am 29. April 1982, das Telefongespräch

liert, nicht nur der militärischen Logik und den Generälen zu folgen. Aber sie scheint als Frau und starke politische Persönlichkeit instinktiv härter kämpfen zu wollen als ein Mann.

Auf Einwurf Ulloas, daß der neue argentinische Präsident<sup>11</sup> politisch ernster zu nehmen sei als Galtieri, meint er, daß Militärregierungen oft guten Willens seien, daß ihnen aber meist die Fähigkeit zum Regieren abgeht. Das gilt auch für Jaruzelski, der sicherlich ein polnischer Patriot ist, der aber unfähig zu sein scheint, die Lage zu verbessern.

*Ulloa* stimmt zu. Außerdem kämpfen in Argentinien die verschiedenen Militärs untereinander. Die Gefahr einer Infiltration von links und von seiten der Terroristen ist sehr ernst. In Brasilien fürchtet man sehr eine Destabilisierung der internen Lage in Argentinien.

Er kann nur hoffen, daß jetzt von Downing Street keine allzu mannhaften Äußerungen mehr über die Zukunft der Malvinas kommen und aus Washington keine bevormundenden (paternalistic) Töne.

*Bundeskanzler* möchte hierüber mit dem neuen amerikanischen AM Shultz sprechen. Er ist der beste Mann für diesen Posten. Aber er übernimmt eine sehr schwierige Erbschaft. Er wird es schwer haben, Präsident Reagan von seinem Pfad abzubringen.

*Ulloa* betont, daß in der gegenwärtigen Lage eigentlich nur die beiden Länder Brasilien und Peru Argentinien beeinflussen können. Die Argentinier sind den Peruanern dankbar und respektieren Brasilien als eine große Nation der Zukunft. Peru und Brasilien können jetzt dabei helfen, daß sich die sehr gesträubten Federn der Lateinamerikaner wieder legen.

*Bundeskanzler* merkt an, daß Chile für die Europäer aus politischen Gründen immer noch kein voller Gesprächspartner ist. Er zeigt sich sehr beeindruckt von der großen Vitalität und der kulturellen Eigenständigkeit Brasiliens. Es erscheint ihm typisch, daß Niemeyer eine große zukunftsweisende Hauptstadt dort bauen konnte und nicht in Argentinien, das in vielem noch an der Struktur einer alten Klassengesellschaft festzuhalten scheint. Präsident Figueiredo machte auf ihn den Eindruck eines reifen und gemäßigten Mannes. Er war sehr beeindruckt von den Begegnungen in Brasilien und in Bonn.<sup>12</sup>

*Ulloa* teilt die hohe Meinung des Bundeskanzlers von Figueiredo. Peru bemüht sich um eine immer engere Annäherung an Brasilien. Einige Unterschiede zwischen Brasilien und Argentinien lassen sich auch historisch erklären: Brasilien mußte erobert werden, in Argentinien wurde lediglich Land in Besitz genommen. Er sieht Probleme im Verhältnis zur EG voraus, die von der öffentlichen Meinung in Lateinamerika mit dem dort so empfundenen Machtmißbrauch Großbritannien und der USA im Malvinas-Konflikt in Verbindung gebracht wird.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1051*

Schmidts mit Thatcher am 24. Mai 1982 und das Gespräch Schmidts mit Thatcher am 5. Juni 1982 in Versailles; Dok. 130, Dok. 165 und Dok. 175.

<sup>11</sup> Nach dem Rücktritt von Präsident Galtieri am 18. Juni 1982 gab das Oberkommando des argentinischen Heeres am 22. Juni die Ernennung von General Bignone zum Präsidenten bekannt. Die Amtseinführung Bignones erfolgte am 1. Juli 1982.

<sup>12</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte Brasilien vom 3. bis 7. April 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 102. Präsident Figueiredo hielt sich vom 17. bis 19. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 141.

Je mehr sich die Briten in den Malwinen zurückhalten, desto eher wird es den Lateinamerikanern möglich sein, ihre Verbindungen zur EG zu verstärken. Peru bemüht sich weiterhin um die Integration lateinamerikanischer Staaten z. B. im Anden-Pakt<sup>13</sup>.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß Mexiko von den Lateinamerikanern nicht als einer der ihren angesehen wird. Es gehört in die zentralamerikanische und karibische Region.

*Bundeskanzler* meint, daß PM Thatcher die im Falkland/Malwinen-Konflikt geweckten Emotionen wachhalten wird, auch wenn sie sich nicht für vorgezogene Wahlen entscheiden sollte. Er berichtet, daß selbst seine Tochter, die sich in London schon daran gewöhnt hatte, die Welt mit den Augen der Briten zu sehen, entsetzt war von der Welle des Nationalismus in Großbritannien. Es wird gerade den Deutschen sehr schwerfallen, zum Abklingen dieser Welle beizutragen, zumal die USA sie zu akzeptieren scheinen, anstatt sie einzudämmen. Wir müssen in Rechnung stellen, daß Großbritannien eine der drei Mächte ist, die die Freiheit Berlins verteidigen. Die Franzosen haben wiederum eine andere Interessenlage, da auch sie Interessen an verstreuten Inseln in der Welt zu verteidigen haben. Auch die Norweger, Spanien und Portugal fühlen sich wegen ihrer Interessen an Inseln von der Falkland/Malwinen-Krise betroffen. Präsident Mitterrand, mit dem er während der ganzen Krise in enger Verbindung stand<sup>14</sup>, hatte ebenfalls den Eindruck, daß PM Thatcher den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzte, schloß aber aus eigenen französischen Interessen eine starke Reaktion Frankreichs aus. Er stimmte lediglich mit ihm voll überein, daß man bei der ersten Gelegenheit von den EG-Sanktionen wieder herunterkommen mußte.

Ein mäßiger Einfluss auf Großbritannien muß also von vielen Seiten kommen, vor allem auch aus Washington. AM Shultz wäre hierfür der richtige Mann, hat aber eine schwierige Lage geerbt, die von naiven Ratgebern des Präsidenten auf dem rechten Flügel seiner Partei geschaffen wurde, die die Wahlkampfrhetorik gegen die SU verwirklichen wollen. Offenbar weiß man in Washington wohl unter dem Einfluß der Kritik vom rechten Flügel der Republikaner nicht, wohin man gehen soll. Die Europareise Präsident Reagans<sup>15</sup> war ein Erfolg. Seine Reden in London<sup>16</sup>, in Bonn<sup>17</sup> und in Berlin<sup>18</sup> waren meisterhaft auf das je-

<sup>13</sup> Zum Anden-Pakt vgl. Dok. 125, Anm. 11.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 5. Mai 1982, das Gespräch Schmidts mit Mitterrand am 14. Mai 1982 in Hamburg und das Telefongespräch Schmidts mit Mitterrand am 27. Mai 1982; Dok. 135, Dok. 150 und Dok. 166.

<sup>15</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>16</sup> Am 8. Juni 1982 hielt Präsident Reagan vor beiden Häusern des britischen Parlaments in London eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 742–748. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 417–422 (Auszug).

<sup>17</sup> Am 9. Juni 1982 sprach Präsident Reagan vor dem Bundestag. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 754–759. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 6372–6381.

<sup>18</sup> Präsident Reagan besuchte am 11. Juni 1982 Berlin (West) und hielt vor dem Charlottenburger Schloß eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

weilige Publikum eingestimmt. Jetzt wird dieser Erfolg durch die Ausdehnung der Embargo-Maßnahmen<sup>19</sup>, die das Gas-Röhren-Geschäft der Europäer mit der SU behindern sollen<sup>20</sup>, zerstört. AM Shultz, der die meisten politischen Führer in Europa kennt, muß jetzt mit einer Lage fertig werden, in der Washington ein tiefgreifendes Ressentiment in Europa geweckt hat. Selbst PM Thatcher ist aufgebracht. Es wird eine Zeit dauern, bis die USA ihre legitime Führungsrolle wiedererworben haben.

Die Volkswirtschaften Westeuropas leiden unter den hohen amerikanischen Zinsen und der Gefahr von Depression und Handelskrieg. Die Regierungen müssen sich damit auseinandersetzen, daß in Demokratien Regierungen auch für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, die ihnen von außen auferlegt werden. Alle westeuropäischen Regierungen leiden darunter, daß sie innenpolitische Unterstützung verlieren. Die Wähler meinen, daß ein Regierungswechsel aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraushelfen könnte. Die europäischen Regierungen konzentrieren sich daher gezwungenermaßen mehr auf ihre inneren Probleme als vor drei bis fünf Jahren. Es hat daher nicht den Anschein, als ob politische Führung im Augenblick von Westeuropa ausgehen könne.

Auf Einwurf Ulloas, daß der französische Widerstand gegen den EG-Beitritt Spaniens<sup>21</sup> auch die politische Lage in Spanien erschwert, meint er, daß man sich in Europa zur Zeit vor allem auf die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris verlassen könne. Es wird in den 80er Jahren schwierig werden, auch den politischen Zusammenhalt unter den EG-Partnern zu wahren.

Gleichzeitig hat die Sowjetunion wachsende Schwierigkeiten, vor allem die eigene Bevölkerung zu ernähren. Selbst wenn sie weniger für Waffen ausgäbe, können die Probleme der verfehlten Landwirtschaftsstruktur nicht schnell gelöst werden. Aber die Führung hat es zumindest in Rußland selbst mit einer Bevölkerung zu tun, die gewohnt ist zu leiden und nicht gegen die Regierung aufstehen wird. Das gilt nicht ohne weiteres für andere Teile des gegenwärtigen sowjetischen Imperiums mit einem anderen historischen und kulturellen Hintergrund. Wie die Lage in Polen zeigt, wo der Lebensstandard um etwa 35% gesunken ist, müssen wir weiterhin mit politischer Unruhe im Warschauer Pakt rechnen.

<sup>19</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>20</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 161, Anm. 9.

Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 30. Juni 1982, nach Auskunft der Ruhrgas AG hätten die amerikanischen Sanktionsmaßnahmen nur geringe Auswirkungen auf die Durchführung des Erdgas-Röhren-Geschäfts: „In dem am 20.11.1981 zwischen Sojuzgasexport und Ruhrgas abgeschlossenen Vorvertrag hat sich Sojuzgasexport verpflichtet, ab 1984 mit der Lieferung aus dem neuen Vertrag zu beginnen. Ab Ende der 80er Jahre (1988–1990) soll die ‚Plateauphase‘, d. h. Lieferung von maximal 10,5 Mrd. cbm pro Jahr, erreicht sein. Über die Gestaltung der Mengenaufbauphase zwischen 1984 und 1990 verhandelt Ruhrgas gegenwärtig noch mit Sojuzgas. [...] Für die formale Erfüllung der Zusage, im Jahre 1984 mit den Lieferungen zu beginnen, reichen geringe Mengen aus, für die das bestehende Leitungsnetz genügend Kapazität besitzt. Die laufenden Verhandlungen über die Mengengestaltung in der Aufbauphase bieten – nach Ruhrgas – Spielraum, sich den vorhandenen Leitungskapazitäten anzupassen. Angesichts der rückläufigen Nachfrage ist Ruhrgas gegenwärtig nicht an einem steilen Mengenaufbau interessiert.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141338.

<sup>21</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 196, Anm. 12.

Für eine sowjetische Führung, die sich auf einen Machtwechsel einstellen muß, können die letzten amerikanischen Maßnahmen nur den Eindruck der Unberechenbarkeit amerikanischer Politik verstärken. Die Moskauer Reaktion wird genau das Gegenteil dessen sein, was die USA erwarten, nämlich mehr Rüstung.

Möglicherweise zeigt die Politik der Japaner die größte Kontinuität. Sie winden sich durch und lassen nur ungern ihre wirklichen Gedanken erkennen.

Ulloa bestätigt diesen Eindruck der japanischen Politik nach seinem Besuch bei Suzuki.<sup>22</sup>

Das Gespräch wird von 13.15 bis 14.20 Uhr beim Mittagessen im erweiterten Kreis fortgesetzt.

Ulloa berichtet von der Berliner Tagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB<sup>23</sup>), daß die USA mit der Kürzung und Streckung ihrer Beiträge zu den internationalen Entwicklungsinstitutionen Frustration und Ressentiments bei den EL geschaffen haben. Er erwähnt Bemühungen, die USA zur Zahlung ihrer vollen Anteile zu bewegen oder in jedem Fall Lösungen zu finden, die die Zahlung der vollen Anteile durch die anderen Staaten möglich machen. Er erläutert am Beispiel Perus die Bedeutung von Weltbankkrediten für die nationale Entwicklung: Der 1,5-Milliarden-Dollar-Kredit der Weltbank würde fast die Hälfte des auswärtigen Kapitals darstellen, das für den nationalen Investitionsplan 1980 bis 1985 vorgesehen ist. Die amerikanischen Vorstellungen, nach denen sich die EL an den Weltkapitalmarkt halten sollen, sind wegen der bereits zu hohen Verschuldung unrealistisch. Neben dem Eigenkapital bedürfen sie dringend der Kredite internationaler Institutionen.

Bundeskanzler wird PM Ulloa eine englische Fassung seines Vortrags vor dem Hamburger Übersee-Club vom 5. April<sup>24</sup> zukommen lassen, in dem er seine eigenen Vorstellungen zu diesen Problemen entwickelt hat. Er betont, daß wir im Rahmen unseres Entwicklungshilfe-Budgets von etwa 6 Mrd. DM unseren Verpflichtungen gegenüber den internationalen Entwicklungsinstitutionen nachkommen, obwohl er eine Präferenz für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit hat, die auch den bilateralen Beziehungen zugute kommt. Er hofft, daß jetzt nach Versailles<sup>25</sup> auch die Globalverhandlungen beginnen werden<sup>26</sup>. Er hat ihnen lediglich deswegen zugestimmt, weil die Gruppe der 77 danach ver-

<sup>22</sup> Ministerpräsident Suzuki hielt sich vom 10. bis 12. Juni 1982 in Peru auf.

<sup>23</sup> Inter-American Development Bank.

Die Tagung des Gouverneursrats der Interamerikanischen Entwicklungsbank fand am 1./2. Juli 1982 statt.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BULLETIN 1982, S. 265–273.

<sup>25</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>26</sup> Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 180, Anm. 22.

Referat 402 notierte am 15. Juli 1982: „Die Verhandlungen sind bislang nicht zustande gekommen mangels Einigung über das Verfahren (vor allem Problem der Wahrung der Kompetenzen der Sonderorganisationen IWF, Weltbank und GATT gegenüber der zentralen Rolle der Konferenz) und die Tagesordnung. Hierfür ist letztlich ursächlich die skeptische Haltung der USA, welche die Nord-Süd-Dichotomie überhaupt in Frage stellen und eine pragmatische Entwicklung der Beziehungen zu den EL in den bestehenden Sonderorganisationen bzw. – je nach ihren unterschiedlichen Interessen – bi- wie multinational mit einzelnen EL oder EL-Gruppen befürworten. Die übrigen IL, insbesondere die EG, sind dagegen nicht zuletzt aus politischen Erwägungen für die Globalen Verhandlungen bei paralleler Verfolgung anderer Wege des Dialogs. So hat der Europäische Rat wiederholt den Wunsch der EG-MS nach einem möglichst baldigen Abschluß der Vorarbeiten für die Globalen Verhandlungen bekräftigt.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133878.

langt. Er selbst sieht keinen wirklichen Sinn in einer solchen Großveranstaltung. Die G 77 muß vor allem noch ein Mißverständnis überwinden: Die internationalen Finanzinstitutionen können ebensowenig Mehrheitsentscheidungen aller VN-Mitglieder unterworfen werden, wie die Entscheidungen einer Bank in den Händen ihrer Schuldner liegen können. Wenn das passiert, wird keiner mehr sein Geld diesen Institutionen anvertrauen. Ebensowenig kann die Ausgabe von SDR<sup>27</sup> einer Mehrheitsentscheidung überlassen werden, da dies nur zu einer unerträglichen Vermehrung der Geldmengen führen würde. Ein großer Teil der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt ja gerade daher, daß die USA seinerzeit eine viel zu große internationale Liquidität geschaffen haben, die auch zur Explosion der Ölpreise beitrug, weil nur deswegen die hohen Preise auch bezahlt werden konnten.

Er ist überzeugt, daß die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern von größter psychologischer und wirtschaftlicher Bedeutung für die Stabilität der Welt sind. Aber die westeuropäischen IL können nicht allein die ganze finanzielle Bürde der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit tragen. Auch er weiß nicht recht, wie man die USA davon überzeugen kann, ihren angemessenen Beitrag zu leisten. Die Bundesrepublik leistet nach ihren Kräften. Die am BSP gemessen etwas höheren Beiträge einiger anderer Staaten haben besondere Gründe: im Falle Frankreichs die Beiträge für abhängige Gebiete, im Fall der skandinavischen Staaten z. B. der geringere Beitrag zur Verteidigung.

*Ulloa* äußert sich sehr zurückhaltend zur Bewegung der Blockfreien, einer sehr heterogenen Gruppe, der vor allem ihre Frustrationen gemeinsam sind.

Wesentlich ist die Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen EL und IL. Sein Land hat seine Wahl getroffen: Es sucht nicht nach alternativen Modellen wirtschaftlicher oder politischer Entwicklung. Es möchte alle bilateralen und multilateralen Kanäle nutzen, wobei beim Handel der Akzent auf dem bilateralen Handel liegt. Die Aufrechterhaltung des multilateralen Dialogs ist im Hinblick auf die Stellung der USA nach dem Konflikt im Südatlantik besonders wichtig. Ein Rückzug der USA würde jetzt als ein besonders gravierender Rückschlag empfunden.

Die EG scheint ein großes Interesse daran zu haben, mit den Staaten des Anden-Pakts als einer Gruppe zu sprechen. Ein großer Teil der westeuropäischen Entwicklungshilfe läuft auch über die EG. Sein Land würde es allerdings vorziehen, mit der Bundesrepublik direkt zu sprechen. Ein direkter Kontakt würde auch dabei helfen, die Beziehungen von den Auswirkungen des Konflikts im Südatlantik freizuhalten. Die EG als solche ist in den Augen der Lateinamerikaner durch die Mitgliedschaft Großbritanniens und die Sanktionen belastet. Das gilt übrigens auch für den multilateralen Nord-Süd-Dialog: Wenn die Europäer jetzt unter Einfluß der Amerikaner ihre Beiträge kürzen, sieht es in den Augen der Lateinamerikaner so aus, als täten sie das – wie im Fall der Sanktionen gegen Argentinien – unter amerikanischem Druck.

*Bundeskanzler* fragt, ob diese Einschätzung der Absichten der EG-Staaten nicht auf einem Mißverständnis beruht. Auch wir haben jedes Interesse, die Entwicklung der Beziehungen zu Lateinamerika nicht unter den Auswirkungen des

<sup>27</sup> Special Drawing Rights.

Konflikts im Südatlantik leiden zu lassen. Es liegt keinesfalls in unserem Interesse, die Beziehungen der EG zu Lasten der bilateralen Beziehungen zu entwickeln. Beide Arten von Beziehungen sind vielmehr komplementär. Er persönlich neigt eher zu einer stärkeren Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit.

Auf Fragen Ulloas, ob die Bundesregierung ihr bilaterales Hilfsprogramm überprüft, weist er darauf hin, daß die Haushaltsausgaben real zurückgehen. Wir haben unter dem Druck der hohen Zinsen tiefe Einschnitte z. B. bei den Sozialleistungen beschließen müssen. Aber das Budget für Entwicklungszusammenarbeit ist einer der wenigen Teile des Haushalts, der mit einer nominalen Steigerungsrate von 5,4 % auch real steigen wird.

*Ulloa* erläutert auf Frage des Bundeskanzlers die schwierige wirtschaftliche Lage Perus. Die demokratische Regierung hat 1980 von den Militärs eine völlig verfahrenere Situation übernommen. Die Landwirtschaftsreform hat z. B. dazu beigetragen, die Produktion um 50 % zu verringern. Die Inflationsrate betrug 80 %, sie konnte jetzt auf etwa 58 % herabgedrückt werden. Mit Hilfe des IWF versucht er, die Wirtschaft Perus wieder in Ordnung zu bringen. Dabei ist es eine wesentliche Hilfe, daß Peru inzwischen zum Öl-Exportland avanciert ist mit einem sehr erheblichen Potential im peruanischen Teil des Amazonasbeckens. Man hofft auf eine künftige Förderung von 12 bis 15 Mio. im Vergleich zu den gegenwärtigen 4 Mio. Barrels. Das Öl wird bereits seit 1974 durch eine Pipeline vom Amazonasbecken über die Anden zum Pazifik geleitet.

*Velarde* erläutert, daß die nach Osten und Westen leicht abfallende Sedimentschichtung dazu beiträgt, daß sich das Erdöl im peruanischen und nicht im brasilianischen Teil des Amazonasbeckens findet.

*Ulloa* weist ergänzend darauf hin, daß man inzwischen in Peru auch eines der größten Phosphatvorkommen der Erde entdeckt hat. Aber trotz aller Bodenschätze bleibt die Landwirtschaft Schwerpunkt der peruanischen Wirtschaft. Das ist, wie Terrassen-Anlagen im ganzen Lande verraten, eine sehr alte Tradition. Die Landwirtschaft ist heute der Schwerpunkt der Entwicklung. Die deutsche Entwicklungshilfe ist gerade in diesem Bereich besonders wirksam und gut organisiert.

*Bundeskanzler* stellt unter Zustimmung Ulloas fest, daß die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr gut sind. Dazu trägt auch das große und traditionelle deutsche Interesse an den alten Kulturen Perus in Deutschland bei. Er hofft, daß sich auf dieser guten Grundlage auch ein noch stärkerer Touristenverkehr entwickeln kann.

*Ulloa* meint, daß ein Tourismus von etwa 200 000 Besuchern im Jahr angesichts der Reichtümer des Landes noch recht gering sei. Er berichtet über das Projekt eines großen nationalen Museums, für das etwa 40 bis 50 Millionen Dollar benötigt werden und das in einem archäologisch interessanten Gebiet am Rande von Lima nach dem Vorbild des großen Nationalmuseums in Mexiko errichtet werden soll. Er hofft, daß dieses Museum, das wie in Mexiko auch eine nationale Integrationswirkung entfalten sollte, in etwa zwei bis drei Jahren eröffnet werden kann. In Peru werden laufend neue Kulturdenkmäler entdeckt, so z. B. im Süden in der Nähe eines Kupferbergwerks die Überreste einer Stadt von der Bedeutung – wenn auch nicht der einmaligen geographischen Lage – von Machu Picchu.

*Bundeskanzler* dankt MP Ulloa in einem kurzen Toast für seinen Besuch in Bonn. Er freut sich über den außerordentlich intensiven und lohnenden Gedankenaustausch. Er hat die fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Länder und den guten Stand der bilateralen Beziehungen gezeigt. Beide Regierungen wollen das ihre dazu beitragen, die ernstesten Auswirkungen des Konflikts im Südatlantik auf die Beziehungen Lateinamerikas zu Europa zu überwinden. Er dankt Botschafter Pando, dessen Amtszeit in Bonn sich ihrem Ende nähert, für seine erfolgreiche Arbeit.

*Ulloa* bedauert noch einmal, daß er seinen geplanten Besuch im Dezember 1981 „wegen seiner Schwäche für parlamentarische Debatten“ vertagen mußte. Er war um so glücklicher, jetzt die Chance zu haben, dem Bundeskanzler die Lage in Lateinamerika im Lichte der Erfahrungen der letzten Monate erläutern zu können.

Der offene und direkte Gedankenaustausch hat ihm das Vertrauen gegeben, daß der Bundeskanzler seine Sorge um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und seinem Lande, zwischen Westeuropa und Lateinamerika, versteht und ihr, soweit sein Einfluß reicht, Rechnung tragen wird. Er dankt dem Bundeskanzler auch im Namen des Präsidenten<sup>28</sup> und der peruanischen Regierung, die ebenso wie er an der Fortentwicklung der guten Beziehungen beider Länder interessiert sind, für dieses Gespräch.

Er betont abschließend die wichtige Rolle Botschafter Loecks, der in einer schwierigen Zeit des Übergangs all seine diplomatischen Kollegen an Einfühlungsvermögen übertroffen hat. Er kann beruhigt feststellen, daß in einer schwierigen Periode der internationalen Beziehungen zumindest die deutsch-peruanischen Beziehungen auf solidem Grund stehen.

*Bundeskanzler* fragt abschließend nach der Beurteilung Ulloas zur Lage in Zentralamerika und in Mexiko.

*Ulloa* sieht die Hauptprobleme in der Region in den veralteten Gesellschaftsstrukturen und einer falschen US-Politik. Das ungeduldige Drängen der USA in Richtung auf militärische Aktionen ist vor allem nach dem Konflikt im Südatlantik außerordentlich gefährlich. Es kann nur zur weiteren Destabilisierung der Region führen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, auf welche politischen Führer der Region er hören solle, meint er, daß die Abwesenheit überzeugender politischer Führer eines der größten Probleme ist. Früher konnte man sich auf Costa Rica verlassen, aber das Land ist jetzt auch finanziell bankrott, korrupt und schlecht verwaltet. Den neugewählten Präsidenten Monge<sup>29</sup> hat er noch nicht gesprochen. Der Politiker und Dichter Pastora, der sich gerade von der nicaraguanischen Junta losgesagt hat, scheint ihm eine interessante politische Persönlichkeit zu sein.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> Fernando Belaúnde Terry.

<sup>29</sup> In Costa Rica fanden am 7. Februar 1982 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>30</sup> Zum Bruch des ehemaligen stellvertretenden nicaraguanischen Innenministers Pastora mit der FSLN vgl. Dok. 149, Anm. 5.

Der voraussichtlich neue Präsident Mexikos, Madrid<sup>31</sup>, ist sicherlich ein modererer politischer Führer als López Portillo, aber auch er wird sich dem dort herrschenden System nicht entziehen können. Das ganze Land leidet schwer unter der Haltung der Neureichen. In der Karibik ist Seaga von Jamaika offenbar der einzige Führer von politischem Format.

*Bundeskanzler* betont bei der Verabschiedung noch einmal seine große Freude über dieses intensive Gespräch. Er würde sich freuen, bei einer künftigen Europareise MP Ulloas das Gespräch fortsetzen zu können.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

## 200

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager

5. Juli 1982<sup>1</sup>

Herrn Minister<sup>2</sup>

1) Sie hatten mit Schreiben vom 6. Mai 1982 an den Bundeskanzler auf die Notwendigkeit hingewiesen, angesichts des im Verhältnis zum gesamten Bürgerschaftsrahmen stark anwachsenden Umfangs unserer Bürgerschaftszusagen gegenüber der Sowjetunion unsere Bürgerschaftspolitik in einem Ministergespräch zu erörtern.<sup>3</sup>

2) In dem darauf angesetzten Gespräch am 2. Juni ist beschlossen worden, alle Geschäfte über DM 200 Mio. einer Ministerentscheidung vorzubehalten und die Projekte jeweils genau auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung zu prüfen.

<sup>31</sup> In Mexiko fanden am 4. Juli 1982 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 5. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 9. Juli 1982 vorgelegen, der für Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich vermerkte: „Ich teile Ihre Bedenken ohne Vorbehalt.“

Hat Lautenschlager am 12. Juli, 1. September und 30. September 1982 erneut vorgelegen, der jeweils um Wiedervorlage bat.

Hat Lautenschlager am 19. Januar 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt durch Min[ister-]Gespräch bei BK am 12.1.83.“

<sup>3</sup> In seinem Schreiben legte Bundesminister Genscher dar: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die sichtbar gewordene Liquiditätsschwäche mehrerer osteuropäischer Länder, die hohe Verschuldung dieser Länder bei westlichen Kreditgebern und das starke Anwachsen des Bundesobligos aus der Übernahme von Bürgschaften für Geschäfte mit osteuropäischen Ländern, insbesondere mit der SU, machen nach meiner Ansicht eine Erörterung der sich hieraus für die Haltung der Bundesregierung ergebenden Konsequenzen erforderlich. Aufgrund amerikanischer Initiative soll diese Problematik auf dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel behandelt werden. Schon in der Vorbereitungsphase werden wir uns zu den amerikanischen Vorstellungen über eine restriktivere Gestaltung der Kreditbeziehungen zu Osteuropa äußern müssen. Deshalb erscheint es zweckmäßig, für eine solche Erörterung möglichst einen Termin in der ersten Maihälfte vorzusehen. Ich möchte anregen, daß Sie zu einem Gespräch einladen, an dem auch die Bundesminister der Finanzen und für Wirtschaft teilnehmen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140084.

In dem Gespräch ist aber auch deutlich geworden, daß es aus Gründen der Diversifizierung des Bundesrisikos problematisch ist, wenn die Bürgschaftszusagen für ein Land mehr als 10 % des gesamten Bürgschaftsrahmens ausmachen, und daß man dem entgegenzutreten müsse.

3) Auf dem NATO-Gipfel in Bonn<sup>4</sup> hat man sich verständigt, die Finanzbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage zu gestalten, einschließlich kommerzieller Vernunft auch bei der Gewährung von Exportkrediten.

In Versailles<sup>5</sup> wurde beschlossen, die Finanzbeziehungen gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts vorsichtig zu handhaben und aus Gründen kommerzieller Vernunft auch zu einer Begrenzung der Exportkredite zu kommen (mit nachträglicher Prüfung).

4) Nun liegen wieder Anträge über mehr als 1/2 Mrd. DM vor. Zwar sind es alles Geschäfte unter der im Ministergespräch festgelegten Grenze von 200 Mio. DM. Im Ergebnis wächst aber unser Bürgschaftsvolumen gegenüber der Sowjetunion weiter und wird bald – und zwar unabhängig vom Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>6</sup> – auf 19 Mrd. DM und mehr ansteigen.

5) Ich halte diese Entwicklung – worauf ich bereits im Januar/Februar hingewiesen hatte, für nicht unbedenklich:

- risikopolitisch, weil der Anteil der SU an unserem Gesamtbligo unter dem Gesichtspunkt der Risikostreueung objektiv zu hoch ist, auch dann, wenn die SU (was international angenommen wird) zur Zeit kein besonderes Risiko darstellt;
- außenpolitisch,
  - weil sie mindestens im Trend nicht im Einklang steht mit den Absprachen in Versailles, was spätestens bei der vereinbarten „Ex-post-Überprüfung“ offenbar werden wird,
  - und weil ein zu großes finanzielles Obligo des Bundes gegenüber einem Land natürlich auch für den außenpolitischen Spielraum relevant ist.

6) Ich zeichne die inhaltlich vom Ergebnis des Ministergesprächs gedeckte Vorlage<sup>7</sup> nur unter Bedenken ab und meine, daß wir nach der Sommerpause ein

<sup>4</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>5</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. Dok. 180.

<sup>6</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 20.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 30. Juni 1982: „Wie bereits in der Vorlage vom 22.6. erwähnt, liegen dem Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß neben den auf dieser Vorlage aufgeführten 22 im Verhandlungsstadium befindlichen Geschäften mit sowjet[ischen] Bestellern weitere vier Geschäfte mit einem Einzelauftragswert von über 100 Mio. DM zur Entscheidung über eine grundsätzliche Deckungszusage vor. [...] Das gegenwärtige Volumen der grundsätzlichen Deckungszusagen für Ausfuhrgeschäfte mit der Sowjetunion, das bei 2,7 Mrd. DM liegt, würde durch diese vier Geschäfte [...] auf insgesamt 3,8 Mrd. DM ansteigen. Nach den Erfahrungen des Ausschusses werden etwa 30 bis 40 % der Sowjetunion-Geschäfte, für die eine grundsätzliche Zusage des Bundes zur Indeckungnahme vorliegt, zum Abschluß gebracht und endgültig verbürgt. [...] Bei der volkswirtschaftlichen Bewertung dieser Geschäfte für die Bundesrepublik sollte berücksichtigt werden, daß es sich um Lieferungen von Investitionsgütern handelt, einem Industriezweig, der gegenwärtig aufgrund der schwachen Binnenkonjunktur mit besonderen Schwierigkeiten kämpft. Die drei antragsstellenden Firmen wiesen besonders darauf hin, daß diese Aufträge erheblich zur Entspan-

erneutes Ministergespräch beim Bundeskanzler<sup>8</sup> brauchen, wenn der Trend so weitergeht. Ich halte letzteres für wahrscheinlich, schon weil die Durchführung des Erdgas-Röhren-Geschäfts sich zusätzlich auch im Bürgschaftsbereich niederschlagen wird, nachdem das Kabinett der Verbürgung der damit zusammenhängenden Geschäfte grundsätzlich zugestimmt hatte. Außerdem ist es eine Erfahrung, daß die Wirtschaft im gleichen Maße versucht, auf das Bürgschaftsinstrument zurückzugreifen, wie sie von einer Erhöhung des politischen Risikos ausgeht. Die Erwartung, daß, weil die Wirtschaft aus ökonomischen Gründen im Osthandel vorsichtiger disponieren würde, dies auch zu einer Verminderung des Bürgschaftsvolumens führt, ist m. E. nicht zwingend. Wenn wir die Wirtschaft zu einem erkennbaren vorsichtigen Verhalten veranlassen wollen, bedarf es einer höheren Selbstbeteiligung der Wirtschaft an den Risiken des Ostgeschäfts. Letzteres müßte dann wohl auch ein Thema eines neuen Ministergesprächs sein, wie auch die Frage z. B. der Senkung der 200-Mio.-DM-Grenze für Geschäfte, die einem besonderen Genehmigungsverfahren unterliegen.

7) Für eine gelegentliche Rücksprache wäre ich dankbar.<sup>9</sup>

Lautenschlager

**Referat 014 (B 2), Bd. 248**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1060*

nung ihrer gegenwärtig schwierigen Beschäftigungslage beitragen würden. Das BMWi und das BMF haben der grundsätzlichen Zusage zur Indeckungnahme der vier aufgeführten Geschäfte bereits zugestimmt. Die Abteilung 4 schlägt vor, den Vertreter des Auswärtigen Amts im Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß zu ermächtigen, der grundsätzlichen Zusage zur Indeckungnahme im Auftragsfall zuzustimmen.“ Vgl. Referat 014 (B 2), Bd. 248.

<sup>8</sup> Die Wörter „erneutes Ministergespräch beim Bundeskanzler“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

<sup>9</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja.“  
Dazu vermerkte Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1982 handschriftlich: „Erl[editg] durch R[ück]spr[ache] am 31.8.“

## 201

**Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**220-371.76 INF/START-1251/82 VS-vertraulich**  
**Schriftbericht Nr. 300**

**5. Juli 1982<sup>1</sup>**

Betr.: INF/START;

hier: Die Bedeutung der FBS in der sowjetischen Analyse

Bezug: DB Nr. 2616 vom 23.6.82<sup>2</sup>

I. 1) Zwei autoritative Äußerungen zu FBS bzw. Mittelstreckensystemen von sowjetischer Seite (AM Gromyko und Generalmajor Starodubow) zeigen, daß sich mit Beginn von START<sup>3</sup> die sowjetische Haltung zu INF allmählich zu verschieben beginnt.

2) Gromykos Verknüpfung von FBS<sup>4</sup> mit SS-18 in seiner New Yorker Pressekonferenz<sup>5</sup> könnte für die INF-Verhandlungen von tiefgreifender Konsequenz sein. Botschafter Semjonow hat den Bundesminister nicht zu Unrecht auf diesen, für uns ganz besonders bedeutsamen Punkt hingewiesen.<sup>6</sup> Denn wenn die SU FBS aus ihrer INF-Bilanz herausnehmen und in die START-Bilanz der zu zählenden Kräfte beider Seiten einstellen würde, bräche die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung bei INF in einer auch von der SU nach den von ihr selbst vorgelegten Zahlen nicht zu bestreitenden Weise zusammen. Der Druck auf eine Reduzierung der SS-20 würde dementsprechend stärker.

3) Nimmt man diese Erinnerung Gromykos an das den Vereinbarungen von Wla-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Erath, Legationssekretär Bruns und Attaché Böhm verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bericht gibt wenig her. M[eines] E[rachtens] nicht zur Verteilung geeignet.“ Für Amtsrat Hagen vermerkte Ritter von Wagner handschriftlich: „Bitte Ost-Info 23./24.6. beifügen.“ Ferner bat er darum, „auch beigefügte Ablichtungen“ zu den Akten zu nehmen.

Hat Erath, Bruns und Böhm vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte: „Die Pressekonferenz AM Gromykos in New York wird nunmehr in Prawda 23.6.1982 ganzseitig – und vermutlich vollständig – gebracht. Über die [...] gemeldeten Antworten hinaus erscheinen folgende Feststellungen Gromykos – auch hinsichtlich der Information nach innen – erwähnenswert: [...] FBS: Den nach seinem Eingangsstatement entstandenen Eindruck, FBS sollten bei den strategischen Verhandlungen berücksichtigt werden, korrigiert Gromyko nur teilweise, indem er Priorität für Behandlung bei INF-Genf ausdrückt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133227.

<sup>3</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187 und Dok. 228.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welche?“

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vor der Presse am 22. Juni 1982 in New York vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 194–207.

<sup>6</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner handschriftlich: „Wann?“ Bundesminister Genscher traf am 25. Juni 1982 mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow zusammen. Bei dieser Gelegenheit übergab Semjonow „den Text von Gromykos Ausführungen mit der Bemerkung, die Mitarbeiter des Ministers könnten ihn ja auf besonders interessante Passagen wie z. B. diejenige über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf hinweisen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 124497.

diwostok<sup>7</sup> zugrundeliegende und sich in SALT II<sup>8</sup> niederschlagende Quidproquo zusammen mit einem Artikel eines der für den SALT-Prozeß führenden sowjetischen Militärs, dann zeigt sich eine durch den Abbruch des SALT-Prozesses nach Afghanistan<sup>9</sup> und seine durch INF aus sowjetischer Sicht wohl nur behelfsmäßige Wiederanknüpfung lediglich überdeckte Kontinuität der sowjetischen nuklearstrategischen Analyse: Die strategische Bedrohung der SU geht von allen nuklearen Waffensystemen aus, welche die SU erreichen können. Ziel von Verhandlungen mit dem Westen muß es deshalb sein, alle diese Systeme zu kontrollieren.

4) Aus dieser Analyse folgt für die Verhandlungen, daß INF und START miteinander verbunden werden, so daß mit Entscheidungen nur gleichzeitig für beide Bereiche gerechnet werden kann.

5) Die westeuropäische Bedrohungsanalyse spielt für die Sowjets nur eine ganz geringe Rolle. Sie versucht, sie als strategisch irrelevant auszugeben.

II. 1) Gromyko hat in New York zu FBS sowohl in seinem mit Sicherheit sehr genau vorbereiteten Eingangsstatement<sup>10</sup> wie in der Antwort auf eine Journalistenfrage Stellung genommen. Die Absicht, das New Yorker Auditorium zu nutzen, um das Reagan-Konzept für START<sup>11</sup> abzuwehren, ist deutlich.

2) Zu diesem Zweck verknüpfte er die Nichtreduzierung der SS-18 in SALT II mit der Nichtreduzierung von FBS und stellt die FBS damit, trotz ihrer gegenwärtigen Erfassung von INF<sup>12</sup>, in den Rahmen von START.

3) Die Journalistenfrage nach der Konsequenz einer solchen Verschiebung für INF kann ihn kaum unvorbereitet getroffen haben. Wir wissen aus Gesprächen, daß die Sowjets sich darüber Gedanken machen. Kern seiner Antwort ist insofern nicht die schwach wirkende Verteidigung der sowjetischen INF-Position, sondern die Andeutung einer zeitlichen Abfolge: Über FBS wird zuerst in INF gesprochen, später, zumindest auch, im Rahmen von START. Seine Bemerkung, die Aufmerksamkeit für FBS dürfe nicht nachlassen, weil die START-Verhandlungen erst begännen, ist zwar auf das amerikanische Publikum zugeschnitten, wirft aber ein bezeichnendes Licht auf seine Bewertung von INF.

<sup>7</sup> Anlässlich des Aufenthalts von Präsident Ford am 23./24. November 1974 in der UdSSR wurde am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>9</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 9, Anm. 31.

Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 15. Juni 1982 in New York vgl. UNITED NATIONS, TWELFTH SPECIAL SESSION, S. 195–203. Für den deutschen Wortlaut vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 180–193.

<sup>11</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

<sup>12</sup> Der Passus „trotz ... INF“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wo?“

4) Mit der Dateline New York veröffentlichte Nowosti am Tag nach der Pressekonferenz in seinem englischen, nur für das Ausland bestimmten Dienst einen Kommentar eines Sonderkorrespondenten. Mit ausdrücklichem Bezug auf Gromykos Eingangsstatement wirkt er wie eine Verdeutlichung der durch die Antwort auf die Frage bis zu einem gewissen Grad verwischten sowjetischen Position, weil er das Quidproquo noch verstärkt: Die SU habe ihre schweren Raketen behalten dürfen, während die Frage der FBS ausgelassen worden sei.

III. 1) Am 30. Juni veröffentlichte Nowosti in diesem englischen Dienst einen weiteren Kommentar. Der Autor, Generalmajor Ingenieur Starodubow, ist neben Generaloberst Tscherwow und Generalmajor Chaplignin einer der drei sowjetischen Militärs, die unmittelbar mit der Wahrnehmung der Interessen des Militärs bei Verhandlungen über strategische Waffen betraut sind. Er ist Angehöriger der sowjetischen Delegation bei START und Vorsitzender der sowjetischen Delegation in dem durch SALT I<sup>13</sup> errichteten Standing Consultative Committee<sup>14</sup>.

2) In seinem Artikel („Die Positionen der Seiten vor dem Genfer Treffen“) werden die Verhandlungen über INF mit keinem Wort erwähnt. Mit „Treffen“ ist ausschließlich der SALT/START-Rahmen gemeint, obwohl Starodubow sich auch intensiv mit Systemen befaßt, die entsprechend dem sowjetischen Vertragsentwurf<sup>15</sup> zu INF gehören, nämlich FBS, Pershing II und Cruise Missiles.

3) Unter anderem heißt es, das Reagan-Konzept für START konzentrierte sich auf ICBM, „welche die Basis der strategischen Macht der SU bilden ... Solche strategischen Waffen wie Cruise Missiles und FBS sollen danach nicht erörtert werden.“

Später heißt es: „Um ein Erstschlagspotential zu erwerben, plant das Pentagon neue, hochgenaue MX-ICBM zu dislozieren<sup>16</sup>, ICBM mit manövrierfähigen und

<sup>13</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>14</sup> Zur „Standing Consultative Commission“ (SCC) vgl. Dok. 39, Anm. 11.

<sup>15</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

<sup>16</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 58, Anm. 9.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 11. Juni 1982 nach Gesprächen im amerikanischen Außenministerium sowie in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollbehörde (ACDA) mit: „Auf persönlicher Basis geben unsere Gesprächspartner zu, daß sich die Frage der SALT-II-Verträglichkeit – insbesondere nach der Bekräftigung durch Präsident Reagan, die SALT-Bestimmungen nicht zu unterlaufen – früher oder später stellen werde. Eine abgestimmte Position der Administration zu diesem zugegebenermaßen komplizierten Problem gebe es gegenwärtig noch nicht. Grundsätzlich sieht man zwei mögliche Argumentationslinien: Einmal könne man damit argumentieren, daß SALT II am 31.12.1985 abgelaufen wäre. Eine MX-Dislozierung gleich welcher Art nach diesem Zeitpunkt sei daher in jedem Fall SALT-unschädlich. Auf unsere Frage wird jedoch zugegeben, daß nach den gegenwärtigen Planungen der amerikanischen Luftwaffe mit dem Baubeginn für die MX-Dislozierung noch vor diesem Zeitpunkt zu rechnen wäre.“ Zum anderen lasse sich, so die Einschätzung in den USA, damit argumentieren, daß es sich bei den zu errichtenden Silos „nicht um ‚launchers‘ im Sinne des SALT-II-Vertrags handeln würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2670/2671; VS-Bd. 11338 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

in die Erde eindringenden Sprengköpfen zu versehen; SSBN<sup>17</sup> mit Trident-I und -II auszurüsten, die keinen geringeren Kampfwert als ICBM haben; B-52 durch B-1Bs und Stealths, die die Luftverteidigung leicht überwinden könnten, zu ersetzen; Tausende von Cruise Missiles großer Reichweite aller Arten zu dislozieren, deren Hauptauftrag es ist, hochgeschützte Punktziele zu treffen, vor allem Startvorrichtungen für ICBM und Kontrollposten; in Europa Pershing II zu dislozieren, die dank ihrer Fähigkeit, Ziele schnell zu treffen, und wegen ihrer großen Genauigkeit und mächtigen Sprengköpfe provozierendere und destabilisierendere Mittel sind als alle die oben aufgelisteten Waffen. Indem es einen selektiven Approach gegenüber strategischen Waffen benutzt, versucht Washington, alle diese von den Verhandlungen auszuschließen.“

4) Schließlich wird ausgeführt, daß die Behauptung, die USA habe in Europa eine Lücke, die Frage aufwerfe, ob die USA in Europa weniger vorwärts dislozierte Mittel besitzen, welche die SU erreichen können, als die SU ähnliche Mittel habe, welche die USA erreichen können. „Denn dies ist genau die Art und Weise, wie man die Frage stellen müßte, wenn man die sowjetisch-amerikanische Parität zu überdenken hat. Aber jedermann weiß, daß die SU keine vorwärts dislozierten nuklearen Waffen besitzt.“

IV. Folgende Überlegungen lassen sich zur Analyse der geschilderten sowjetischen Äußerungen aus hiesiger Sicht beisteuern:

1) Gromyko spricht nur von FBS, obwohl die Journalistenfrage auf „intermediate range weapons“ zielte. Es ist nicht klar, ob er unter FBS nur die in den SALT-Verhandlungen darunter verstandenen land- und trägergestützten Flugzeuge meinte, oder ob er Pershing II und Cruise Missiles ebenfalls unter FBS subsumiert.

2) Starodubow scheint beide Systeme zu den FBS zu rechnen. Er macht jedenfalls den USA den Vorwurf daraus, diese Systeme aus START auszuschließen.

3) Die Erinnerung Gromykos an das Wladiwostoker Quidproquo hat sowohl ein defensives wie ein offensives Element. Die Nichtreduzierung der FBS wird zum Schutze der SS-18 vor Reduzierungen verwendet. Die Erinnerung an die Absicht, das FBS-Problem im Rahmen von SALT III aufzuwerfen, weist jedoch auf den – in SALT II nur begrenzt erfolgreichen – Versuch hin, Begrenzungen oder gar Reduzierungen amerikanischer Mittelstreckensysteme zu erreichen.

4) Die Charakterisierung der Pershing II als „provokativer und destabilisierender“ als alle anderen strategischen Waffen durch Starodubow ist ein interessantes Indiz für den Schwerpunkt der sowjetischen Interessen hinsichtlich der Kontrolle der westlichen Systeme.

5) Gromykos Verteidigung der SS-18 und Starodubows Charakteristik dieser Raketen als „Basis der strategischen Macht“ deuten auf den Schwerpunkt bei der Abwehr westlicher Reduzierungsforderungen hin.

6) Die Verstärkung der Argumentation zum Schutze der sowjetischen ICBM könnte auf der Beurteilung beruhen, daß die – von der technischen Entwicklung mittelfristig so oder so erzwungene – Restrukturierung des sowjetischen

<sup>17</sup> Ship Submersible Ballistic Nuclear.

Arsenals hin zu einer Verschiebung zu SLBM wegen der damit verbundenen technischen und finanziellen Probleme möglichst verzögert werden muß.

7) Die sich ergebende Verknüpfung von Systemen relativ geringer Reichweite (FBS) über medium range und intermediate range systems bis hin zu Langstreckensystemen nicht nur in der nuklearstrategischen Analyse, sondern auch in den sich daraus ergebenden verhandlungspolitischen Konsequenzen, bindet INF und START auch hinsichtlich des Zeithorizonts eng aneinander. Daraus braucht sich zwar nicht eine Verschmelzung der beiden Verhandlungsforen zu ergeben. Die bis zu Dislozierung von Pershing II und GLCM in Westeuropa noch verbleibende Frist wird dadurch aber auch für START bedeutsam.

8) Mit dem Beginn von START besteht für die SU kein Interesse mehr daran, möglichst viele Probleme ihrer nuklearstrategischen Bedrohung im Rahmen von INF zu lösen. Es zeigt sich eine Flexibilität hinsichtlich der Behandlung einzelner Systeme innerhalb des von START und INF gemeinsam gebildeten Rahmens, zu der das jeweils auf bestimmte Systeme konzentrierte westliche Verhandlungskonzept kontrastiert.

9) Die Argumentation Starodubows, eine „europäische Lücke“ existiere schon deshalb nicht, weil die SU keinerlei Waffen besitze, die Amerika in gleicher Weise bedrohten wie die FBS die SU, zeigt besonders kraß, daß die SU die Interessen der Westeuropäer, ihre Bedrohung zu vermindern, nach wie vor als strategisch irrelevant behandelt wissen möchte.

Huber

VS-Bd. 11365 (220)

## 202

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Kyaw

410-420.10

6. Juli 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: EG-Süderweiterung und Fußball-Weltmeisterschaft<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Anregung

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 7. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 24. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung über Referat 014 an Referat 410 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Kyaw am 27. September 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Juli 1982 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Zur erheiternden Erbauung u. als Beweis dafür vorgelegt, daß kreativer Geist im Auswärtigen Amt u. bei seinen vielseitig interessierten ‚Allround‘-Beamten durchaus wirksam u. lebendig ist, vorgelegt.“

<sup>3</sup> Die Fußball-Weltmeisterschaft fand vom 13. Juni bis 11. Juli 1982 in Spanien statt.

1) Die jüngste Presseerklärung von Präsident Mitterrand in Madrid<sup>4</sup> und der auf französische Initiative vom Europäischen Rat in Brüssel<sup>5</sup> erteilte Auftrag an die EG-Kommission, die Folgen der Süderweiterung zu untersuchen, haben in spanischen Regierungskreisen Besorgnis über mögliche zusätzliche Verzögerungen bei den Beitrittsverhandlungen<sup>6</sup> hervorgerufen. Bislang war deutscherseits zur Begründung zügiger Fortschritte bei den Verhandlungen stets darauf verwiesen worden, daß das demokratische Spanien zu Europa gehört und die Gemeinschaft ihm gegenüber politisch im Wort sei.

2) Im Licht des 0:0 der spanischen Fußballnationalmannschaft gegen GB<sup>7</sup> ist nunmehr ergänzend festzuhalten, daß wir SP gegenüber auch deshalb im Wort sind, weil die Ausschaltung von GB das Wohlbefinden des bundesrepublikanischen Volkes<sup>8</sup> zumindest vorübergehend gesteigert hat. Außerdem dürfte dieses unerwartete Ergebnis – wenn auch nur für einige Tage – die Aufmerksamkeit unserer Öffentlichkeit von der ambivalenten innenpolitischen Lage diesseits und jenseits des Rheins ablenken.<sup>9</sup>

3) Das von der tapferen spanischen Mannschaft („Viva España“) erzielte Ergebnis, das uns in das Halbfinale gebracht hat, verpflichtet nunmehr unser Team, die französische Equipe (unseren nächsten Gegner) im Geiste partnerschaftlicher Nachbarschaft zu schlagen<sup>10</sup> und damit stellvertretend für die ausgediehene spanische Mannschaft „Rache“<sup>11</sup> für die negative französische Haltung in der Erweiterungsfrage zu nehmen.<sup>12</sup>

4) Es steht zu befürchten, daß „Jupp“ Derwall unsere Mannschaft gänzlich unpolitisch in das Spiel gegen F schickt. Aus der Beitrittsperspektive wäre dies zu bedauern. Ein Gespräch mit dem Bundestrainer in der Sportschau vorzugsweise des ZDF könnte hier befreiend wirken. Zu diesem Gespräch sollte Herr Mischnick<sup>13</sup> hinzugezogen werden, um<sup>14</sup> den Unterschied zwischen Fußballweltmeisterschaft und „Sommertheater“ zu erläutern. Gleichzeitig läge es nahe, wenn Botschafter Brunner in geeigneter Weise und rechtzeitig vor dem Spiel

<sup>4</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 22. bis 24. Juni 1982 in Spanien auf. Für den Wortlaut seiner Ausführungen bei einer Pressekonferenz am 23. Juni 1982 in Madrid vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1982, II, S. 171–173.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1982 vgl. Dok. 102 und Dok. 106.

<sup>6</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 196, Anm. 12.

<sup>7</sup> Das Spiel zwischen Spanien und England fand bei der zweiten Vorrunde in Gruppe B am 5. Juli 1982 in Madrid statt.

<sup>8</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „L[au]t Definition gibt es das nicht!“

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M[eines] E[rachtens] richtig beobachtet.“

<sup>10</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Bedarf näherer Prüfung; ggf. käme aus übergeordneten pol[itischen] Gründen auch ein Unentschieden in Betracht. Rote Karten sind tunlichst zu vermeiden!“

<sup>11</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das müßte in der Öffentlichkeitsarbeit natürlich anders präsentiert werden!“

<sup>12</sup> Das Halbfinale zwischen Deutschland und Frankreich am 8. Juli 1982 endete in der „Nacht von Sevilla“ mit einem 5:4-Sieg für Deutschland im Elfmeterschießen. Nach der regulären Spielzeit lautete das Ergebnis 1:1, nach der Verlängerung 3:3.

<sup>13</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Auch in seiner Eigenschaft als Fußball-Experte.“

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u. a.“

gegen F im spanischen Fernsehen<sup>15</sup> durchblicken lassen könnte, daß bei angemessener Unterstützung des spanischen Publikums für unsere Nationalmannschaft unser Engagement für die Süderweiterung noch steigerungsfähig („zügig, zügiger, am zügigsten“) wäre.<sup>16</sup>

v. Kyaw

Referat 410, Bd. 130359

## 203

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Verteidigungsminister van Mierlo in Den Haag

Geheim

8. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem niederländischen MP van Agt und VM van Mierlo am 8. Juli 1982 im Binnenhof, Den Haag, von 17.40 bis 18.30 Uhr<sup>2</sup>

Gesprächsteilnehmer: MP van Agt, Wirtschaftsminister Terlouw, VM van Mierlo, StS van den Broek, Botschafter Reinink; Bundeskanzler, StS Lautenschlager, Botschafter Fischer, MD von der Gablentz.

*Van Agt* eröffnet das Gespräch und bittet van Mierlo, seine Sorgen über die Allianz und die Beziehungen zu den USA zu erläutern.

*Van Mierlo* macht sich seit Jahren Sorgen über die Struktur der Allianz. Sie war nach dem Kriege als Allianz gleicher Partner gegründet worden, die heute allerdings nicht mehr gleich sind, u. a., weil sie alle in anderen Bereichen direkt mit den USA verbunden sind. Die NATO spiegelt daher nicht mehr die eigentliche Realität wider. Wenn jetzt unter Allianzpartnern die unterschiedlichen Meinungen ausgetragen werden, kommt es zu Friktionen innerhalb der Allianz,

<sup>15</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies bedürfte noch ergänzender Ressortabstimmung, insbes[ondere] mit dem für Sport zuständigen BMI.“

<sup>16</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das Gibraltar-Argument im Hinblick auf GB sollte dabei nicht verwandt werden.“

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 12. Juli 1982 gefertigt und am 15. Juli 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, Bundeskanzler Schmidt bitte, „den anliegenden Gesprächsvermerk über sein Gespräch mit MP van Agt im engen Kreis dem Bundesminister zur persönlichen Unterrichtung zu übermitteln“.

Hat Braunnühl am 15. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen, der Braunnühl um Rücksprache bat.

Hat Braunnühl am 31. August 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 8./9. Juli 1982 in den Niederlanden auf.

an denen die Allianz zerbrechen könnte. Er hat mit seinem französischen Kollegen Hernu über die Auswirkungen des sich abzeichnenden Handelskriegs zwischen Europa und den USA gesprochen. Die anderen Allianzpartner können sich nicht in Wahrung ihrer Interessen gegen die USA verbünden, wenn sie die europäisch-amerikanische Ehe nicht in Frage stellen wollen.

*Bundeskanzler* teilt die Sorgen van Mierlos. Der Zusammenhalt der Allianz ist aber noch komplizierter als der einer Ehe. Im Bereich strategischer Nuklearwaffen zählen allein die USA. Die Briten und Franzosen sind Nuklearmächte von begrenztem Gewicht. In der Allianz haben aber auch die Nichtnuklearmächte ein wesentliches Gewicht. Deutschlands Stellung leidet unter der offenen Wunde Berlin und der Teilung der Nation. Gleichzeitig sind die Deutschen notwendigerweise ein starker Teil der Allianz, weil ihr Territorium für die gemeinsame Verteidigung eine herausragende Rolle spielt. Die Bundesrepublik Deutschland ist wohl der einzige Staat in der Geschichte, auf dessen Territorium sechs andere Staaten Truppen unterhalten (mit gelegentlich einem zusätzlichen dänischen General) und dazu über 4000 Nuklearwaffen. Diese anormale Situation kann auch nicht ewig dauern.

All das kann nur funktionieren, wenn die politischen Führer persönlich gut zusammenarbeiten. Es war kein Zufall, daß die Verteidigungsminister in Bonn<sup>3</sup> nicht präsent waren. Reagan bestätigte ihm auf eine Frage, die offensichtlich auf Weinberger abzielte, daß er nicht auf der Anwesenheit der Verteidigungsminister bestehen werde. Der gegenwärtige vierjährige Wechsel amerikanischer Regierungen macht der Allianz das Leben schwerer als nötig. Hinzu kommt, daß sich bei der Rüstung keine Zweibahnstraße entwickelt hat.

Wir haben es also mit einer Führungsmacht zu tun, die nicht weiß, wie man führt. Dazu kommen die bitteren Kämpfe zwischen Pentagon, Außenministerium, Weißem Haus und Kongreß, die die Unsicherheit erhöhen und jüngst zum Rücktritt seines guten Freundes Haig<sup>4</sup> geführt haben. Dabei spielt der akute Anlaß für den Rücktritt keine wesentliche Rolle. Die Frage ist jetzt, ob sich George Shultz durchsetzen kann. Wenn er es tut, werden die anderen Allianzpartner ihren Partner finden. Wenn er es nicht tun kann, wird sich die Lage noch verschlechtern. Mitterrand ist gekränkt worden und zieht sich stärker auf die traditionelle Linie der gaullistischen Gedankenwelt zurück. Er selbst ist gekränkt worden, hält sich aber als Regierungschef eines verwundbaren Landes mit seiner Antwort zurück.

*Van Mierlo* hält es für erforderlich, daß die Europäer jetzt gemeinsam eine konstruktive europäische Antwort finden. Der Bundeskanzler ist einer der politischen Führer unter den Europäern, vielleicht findet sich noch ein anderer im Laufe des Prozesses.

*Bundeskanzler* äußert sich hierzu eher pessimistisch. PM Thatcher zum Beispiel wäre die einzige gewesen, die Reagan hätte überzeugen können, daß seine Wirtschaftspolitik dem Westen Schaden zufügt. Aber nach den Erfahrungen der

<sup>3</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>4</sup> Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 194, Anm. 10.

Falkland-Krise wird sie es für wichtiger halten, eine special relationship mit den USA zu erhalten.

Auf Frage Terlouw's nach dem amerikanischen Widerstand gegen das Gas-Röhren-Geschäft<sup>5</sup> hält er es für das Entscheidende, daß die Europäer Verträge brechen müßten und die Amerikaner nicht verstehen, daß sie ihrerseits Verträge mit den Europäern brechen<sup>6</sup>. Sie sehen nicht ihre Verantwortung für die Aufrechterhaltung des rechtlichen Rahmens und für das Handeln ehemaliger Regierungen.

Eine Führungsrolle des Bundeskanzlers ist hierbei schwer vorzustellen. Als wir uns bemühten, PM Thatcher in der Falkland-Krise zu einem vorsichtigeren Vorgehen zu bewegen, erinnerte sie uns sehr deutlich an Großbritanniens Rolle als eine der Garantiemächte Berlins. Er selbst ist sich dieser Verletzbarkeit stets bewußt, auch wenn er natürlich nicht darüber spricht.

Auf Frage van Mierlo's, was er tun würde, wenn es zu einem vollen europäisch-amerikanischen Handelskrieg käme, schließt er nicht aus, daß er über das amerikanische Fernsehen direkt an das amerikanische Volk appellieren würde. Die Möglichkeiten der Diplomatie scheinen jetzt schon bald erschöpft zu sein. Zunächst aber setzt er noch einige Hoffnungen auf George Shultz. Wenn dessen Bemühungen aber auch scheitern, wird er in die Öffentlichkeit gehen.

Auf Frage van Mierlo's, wie die Europäer die amerikanische Meinungsbildung beeinflussen könnten, meint er, daß er Stunden über Stunden im Gespräch mit einflußreichen Senatoren verbringt. Aber sie kennen Europa nicht, sondern nur ihren eigenen Staat, den allerdings sehr genau. Er selbst bricht jetzt zu seiner 52. USA-Reise auf.<sup>7</sup> Kaum ein führender amerikanischer Politiker ist auch nur fünf Mal in Europa gewesen. Selbst Vizepräsident Bush mußte daran erinnert werden, daß Taiwan 20 und die VR China 1000 Mio. Einwohner hat.

Er betont noch einmal, daß man von Deutschland nicht erwarten kann, daß es die Führung der Europäer in einem Handelskrieg mit den USA übernimmt. Die anderen Europäer können auch nicht hoffen, sich hinter Deutschland verstecken zu können.

*Van Agt* möchte auf die Stationierung zusätzlicher nuklearer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zurückkommen. Er erläutert seine jüngste Erklärung während der Ägypten-Reise<sup>8</sup>, die man hier Erklärung vom Kamel-Rücken getauft hat. Er hat lediglich gesagt, daß man sich bei der Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen am 8. September<sup>9</sup> notwendigerweise auch über diese Frage einigen muß. Ohne eine solche Einigung kann man keine Koalition beginnen. Man kann das Land nicht einer Politik von außerhalb des Kabinetts aus-

<sup>5</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 20.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR; Dok. 189, Anm. 15.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

<sup>8</sup> Ministerpräsident van Agt hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1982 in Ägypten auf.

<sup>9</sup> Am 8. September 1982 fanden in den Niederlanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen die PvdA als Siegerin hervorging. In der Folge wurde jedoch eine Koalitionsregierung aus CDA und VVD gebildet. Am 4. November 1982 übernahm der Vorsitzende der CDA-Fraktion im Parlament, Lubbers, das Amt des Ministerpräsidenten.

setzen. Die Niederlande müssen sich in dieser Frage in naher Zukunft entscheiden.<sup>10</sup>

*Bundeskanzler:* Ohne Entscheidung zur Durchführung des Doppelbeschlusses haben die Niederlande auch keine Chance, die Genfer INF-Verhandlungen<sup>11</sup> zu beeinflussen. Sie überlassen das dann praktisch nur den Deutschen, da die Belgier in dieser Frage politisch abgedankt haben<sup>12</sup> und die Italiener mit den Problemen des wohl jährlich fälligen Regierungswechsels zu kämpfen haben. Wenn die Niederländer sagen, daß sie sich erst nach den Verhandlungen über die Stationierung entscheiden wollen, begeben sie sich jeden Rechts, auf die Verhandlungen einzuwirken.

Zweite Gefahr eines Aufschiebens der Entscheidung besteht darin, daß man in einer ungeklärten Situation öffentlichen Fragen und Zweifeln zwölf Monate lang freie Bahn läßt. Die Leute fragen sich, warum man neue militärische Ziele für die SU schaffen solle, falls die USA nicht wirklich ernsthaft verhandeln. Die Bundesregierung muß dann entscheiden, ob sie sich als einzige europäische Nichtnuklearmacht exponiert. Er wird als Bundeskanzler eine solche Entscheidung nicht fällen. Er ist überzeugt, daß keine Bundesregierung – auch keine konservative – den Deutschen zumuten kann, die Last der Stationierung und der sowjetischen Drohungen allein zu tragen. Eine Stationierung in England reicht nicht aus, da sie für eine Nuklearmacht von anderer Bedeutung ist. Auch eine Stationierung allein in Italien reicht ihm für eine positive deutsche Entscheidung nicht aus.

Allerdings wird er dies außerhalb dieses Raumes nicht sagen. Die Sowjets müssen überzeugt bleiben, daß notfalls stationiert werden wird. Er stimmt van Agt zu, daß die Sowjets ohne die glaubhafte Drohung der Stationierung nicht ernst-

<sup>10</sup> Referat 201 vermerkte am 16. Juni 1982 zur Haltung der Niederlande zum NATO-Doppelbeschluß: „Der Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses vom 12.12.1979 sieht in den Jahren 1987 und 1988 die Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern (GLCM) in den Niederlanden vor. [...] MP van Agt erläuterte in seiner Regierungserklärung vom 6.11.1981, daß seine aus einer Großen Koalition von CDA, PvdA und D 66 bestehende Regierung nicht in der Lage sei, den für Ende 1981 vorgesehenen Beschluß über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf niederländischem Territorium zu treffen. Unter Hinweis auf die unterschiedlichen Standpunkte in der neuen Regierungskoalition über die Verteidigungspolitik sagte van Agt, daß die Meinungsverschiedenheiten vor allem die Frage betreffen, ob der NATO-Doppelbeschluß von 1979 die „richtige militärische und politische Antwort auf die Modernisierung und die Zunahme der Zahl nuklearer Mittelstreckenwaffen der SU“ sei. [...] Anfang Februar 1982 sagte Verteidigungsminister van Mierlo den Abgeordneten zu, das Parlament zu unterrichten, wenn Vorbereitungen für Stationierung in ein aktives Stadium treten, was allerdings vorläufig nicht der Fall sei. Zur Zeit beschäftige sich die Regierung mit Sammlung und Prüfung technischer und rechtlicher Details, was keineswegs ein Eintreten für die Stationierung bedeute.“ Vgl. VS-Bd. 11974 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

<sup>12</sup> Botschaftsrat I. Klasse Nipperdey, Brüssel, informierte am 1. April 1982, der belgische Verteidigungsminister Vreven habe bei einer Pressekonferenz am Vortag in Brüssel zur Haltung Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 ausgeführt, sie orientiere sich an den Ergebnissen der INF-Verhandlungen in Genf: „Hinsichtlich der eventuellen Installation von Cruise Missiles in Belgien seien bisher nur theoretische Überlegungen eingeleitet (stade du planning sur papier). Erst in späteren Vorbereitungsstadien würden die Erkundung geeigneter Aufstellungsräume (reconnaissance sur le terrain), deren Bewertung und Auswahl (adjudication), sowie die erforderlichen technischen Vorarbeiten für die Installierung (travaux) vorgenommen. Auch diese Stufen stellten noch keine Vorentscheidung für die tatsächliche Dislozierung dar (préjuge nullement de l'implantation elle-même). Vor Ort seien bisher in Belgien noch keinerlei Arbeiten unternommen“ worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 129; Referat 201, Bd. 125636.

haft über nukleare Mittelstreckenwaffen zu verhandeln brauchen, da sie ja in diesem Bereich überlegen sind.

Allerdings brauchen die Sowjets auch dann nicht ernsthaft zu verhandeln, wenn die Amerikaner stets nur ihre Ausgangsposition wiederholen. Sie sind ja in diesem Bereich überlegen. Eine einzige SS-20-Rakete kann mit ihren drei Sprengköpfen zum Beispiel Rotterdam, Den Haag und Delft austradieren. Die eigentliche Gefahr der SS-20-Rüstung jedoch liegt nicht darin, daß die Raketen abgeschossen werden, sondern in ihrem Einsatz als Instrument politischen Drucks. Die Staaten Westeuropas können ohne westliches Gegengewicht zu einem Spielball sowjetischer Erpressung werden.

Auf Frage von Mierlos betont er, daß er die niederländische Regierung in diesem vertraulichen Rahmen nur warnen kann: Wenn sie sich nicht an den Doppelbeschluß hält, wird es auch keine deutsche Regierung tun können.

*Van Mierlo* wirft ein, daß es die Friedensbewegung als einen großen Sieg ansehen würde, wenn es in der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Stationierung käme.

*Bundeskanzler*: Vor allem würde die SU nicht nur eine Schlacht, sondern einen Krieg gewonnen haben, wenn eine Lage entsteht, in der die Bundesrepublik Deutschland gezwungen wäre, in Isolierung über die Stationierung zu entscheiden. Daher ist es wesentlich, daß die Niederlande bereits 1982 die Frage entscheiden.

Auf Frage Reininks, ob der öffentliche Widerstand in Deutschland geringer wäre, wenn die Bundesrepublik nicht in Isolierung zu entscheiden hätte, betont er seine Bereitschaft zur Stationierung gemeinsam mit zwei anderen nichtnuklearen europäischen Staaten.<sup>13</sup> Bei einem Ansteigen öffentlicher Emotionen müßte er auch das persönliche Risiko auf sich nehmen, sich unter Umständen hierfür erschießen zu lassen. Aber eine Lage, in der Deutschland allein diese Waffen stationieren müßte, ist für keine deutsche Regierung durchzustehen. Wenn dennoch stationiert würde, würde Deutschland in totale Abhängigkeit von den USA geraten und müßte jeden amerikanischen Befehl ausführen. Wenn nicht stationiert würde, würde Deutschland zum Spielball sowjetischen Drucks werden.

Er präzisiert auf Frage Terlouw's, daß die Niederlande eine Schlüsselrolle spielen. Mit einer klaren belgischen Entscheidung ist wegen der inneren belgischen Auseinandersetzungen nicht rechtzeitig zu rechnen.

*Van Mierlo* erläutert, daß die Friedensbewegung die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung widerspiegelt. Die Menschen können nicht mehr mit dem Paradox der nuklearen Abschreckung leben. Alle Demokratien sind mit der Frage konfrontiert, daß das nukleare Gleichgewicht oder auch das militärische Gleichgewicht als Ganzes dadurch ausgehöhlt wird. Die Frage stellt sich, ob man die neuen Waffen auf seinem Territorium stationieren kann, ohne das Blut eigener Bürger zu vergießen.

*Bundeskanzler* zeigt sich überzeugt, daß er, wenn auch unter erheblichem persönlichen Risiko – sogar für sein Leben –, die Stationierung durchsetzen wird,

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Ferner Fragezeichen zu dem Wort „zwei“.

wenn er die Öffentlichkeit überzeugen kann, daß die Amerikaner alle vernünftigen Anstrengungen bei den Genfer Verhandlungen gemacht haben und wenn zwei weitere nichtnukleare europäische Regierungen auf seiner Seite stehen. Aber wenn beides nicht der Fall ist, wird weder er noch irgendeine andere deutsche Regierung eine solche Entscheidung durchsetzen können. Kein anderer Kanzler würde sich in Deutschland so energisch für die notwendige Entscheidung einsetzen wie er – vielleicht noch F. J. Strauß.

*Van Agt* betont zur Frage der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Verhandlungsanstrengungen in Genf, daß die Null-Option<sup>14</sup> eine ernsthafte und weitreichende Eröffnungsposition ist.

*Bundeskanzler*: Die doppelte Null-Option, im wesentlichen von ihm erfunden, ist eine perfekte Eröffnungsposition. Aber man kann nicht auf Dauer an ihr festhalten und den Sowjets stets wiederholen, daß man nur sowjetische Raketen zählt und keine Flugzeuge, keine französischen und britischen Systeme, und daß man auch nicht das Ergebnis von SALT II<sup>15</sup> berücksichtigt (wo diese Waffen berücksichtigt worden sind).<sup>16</sup> Eine solche Haltung könnte einigen Amerikanern bequem erscheinen. Sie könnten auch meinen, die Deutschen damit zu beruhigen, weil sie die doppelte Null-Option ja erfunden haben. Aber dies wäre keine ernsthafte Verhandlung.

*Van Mierlo* betont, daß es niemals zu einem INF-Erfolg ohne START kommen kann. Zur Haltung der Niederländer meint er, daß sie einer Stationierung kaum zustimmen werden, wenn die Genfer Verhandlungen überhaupt keinen Erfolg bringen. Er sieht aber die Möglichkeit, daß auch ein nur begrenzter Verhandlungserfolg, der der öffentlichen Meinung Licht am Ende des Tunnels zeigen würde, die öffentliche Zustimmung zur Stationierung einer reduzierten Zahl neuer amerikanischer Systeme ermöglichen würde. Die Gesamtzahl von 572 war ohnehin eine etwas künstlich gegriffene Zahl.

Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß er dies auch VM Weinberger erläutert habe.

Das eigentliche Problem in Demokratien ist der Augenblick, in dem die Bürger sagen werden, daß sie nicht mehr mit Nuklearwaffen leben können. Es erscheint ihm möglich, den Bürgern klarzumachen, daß sie mit der kriegsverhütenden Funktion von Nuklearwaffen leben müssen, nicht aber mit ihrer operativen Rolle.

*Bundeskanzler* erinnert daran, daß auch Präsident Reagan die neuen MX-Raketen nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung dislozieren kann.<sup>17</sup> In Westeuropa müssen wir allerdings auch mit dem Problem fertigwerden, Ende des 20. Jahrhunderts nicht zu einer sowjetischen Provinz sowjetischer Macht zu werden.

<sup>14</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>16</sup> Der Passus „Die doppelte ... sind“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>17</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 201, Anm. 16.

Was die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Verhandlungsanstrengungen in Genf betrifft, so müssen wir uns mit einigen eingebauten Schwächen der gegenwärtigen amerikanischen Regierung auseinandersetzen. Paul Nitze, der zufällig ein alter Freund ist, hat ihm in drei Gesprächen den Eindruck vermittelt, als bekomme er keine klaren Instruktionen von Washington.<sup>18</sup> Er hat nach diesen Gesprächen gewisse Zweifel, ob Nitze in dieser Lage wirklich über die amerikanische Eingangsposition hinaus verhandeln kann. Bisher scheint er auch nicht dazu bereit zu sein. Das führt Nitze natürlich auch zu einer pessimistischen Einschätzung der Verhandlungsaussichten. Das Problem ernsthafter Verhandlungsfortschritte wird sich spätestens im März 1983 politisch zuspitzen.

Er stimmt der Bemerkung van Mierlos zu, wonach eine INF-Vereinbarung nur in einem größeren Zusammenhang möglich ist, der auch die START-Verhandlungen einbezieht. Nur im START-Rahmen besteht Aussicht, auch die französischen und britischen Systeme in angemessener Weise zu berücksichtigen.

*Van Agt* wirft die Frage auf, ob nukleare Kurzstrecken- oder Gefechtsfeldwaffen, die von vielen Leuten in den Niederlanden als die gefährlichsten Nuklearwaffen angesehen werden, im Rahmen der MBFR-Verhandlungen angemessen behandelt werden können.

*Bundeskanzler* verneint die Frage. Nach seiner Ansicht sollte über diese Waffen im Rahmen zusätzlicher Maßnahmen zu INF verhandelt werden.

*Van Mierlo* unterstreicht die vitale Bedeutung deutsch-niederländischer Gespräche über diese Fragen auf höchster politischer Ebene. Auch die psychologischen Reaktionen der Bürger müssen einbezogen werden. Daher reicht die enge Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen der NATO nicht aus. Die führenden Politiker müssen in engstem Kontakt bleiben.

*Bundeskanzler* stimmt zu. Er selbst steht in engem Kontakt mit dem niederländischen Ministerpräsidenten. Er ist bereit, diesen Kontakt auch auf Außenminister und Verteidigungsminister zu erstrecken.<sup>19</sup>

Er hält es für sehr wünschenswert, wenn die niederländische Regierung auf höchster politischer Ebene den Kontakt in diesen Fragen auch mit Paris pflegen würde. Wir können ohne das Gewicht von Frankreich nicht wirkungsvoll auf die Amerikaner in diesen Fragen einwirken. Die Franzosen können in diesen Bereichen für sich die Chance einer gewissen Führungsrolle in Europa sehen, die man ihnen nach seinem Gefühl auch zukommen lassen könnte.

*Van Mierlo* hebt hervor, daß er mit einer gewissen niederländischen Tradition gebrochen und direkt mit Hertzog gesprochen habe. Er hat im Gespräch einen Wandel in der französischen Einstellung festgestellt.

*Van Agt* hat die Bemerkung des Bundeskanzlers über den Kontakt mit Frankreich wohl verstanden.

#### **VS-Bd. 14109 (010)**

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 28. November 1981 in Hamburg; AAPD 1981, III, Dok. 347.

Vgl. dazu ferner das Gespräch Schmidts mit Nitze am 16. April 1982 in Hamburg; Dok. 119.

<sup>19</sup> Der Passus „Er selbst ... erstrecken“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl mit Fragezeichen versehen.

## 204

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**

201-363.11/23-2649/82 VS-vertraulich

9. Juli 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Vorbereitung auf die BSR-Sitzung am 1.9.82

Betr.: Strategiedebatte

I. Ausweislich des vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerks über seine Gespräche mit den nordischen Regierungschefs am 26./27. Juni in Kiel (BK-Amt 21-30 100-Ki 3/3/82 VS-v vom 30.6.82 = 010-2065/82 VS-v)<sup>4</sup> hat er sich zur laufenden Strategiedebatte wie folgt geäußert (S. 18):

„Inzwischen zeichnet sich eine Debatte ab, die zu einer dritten Phase westlicher Strategie führen wird. Der Vorschlag, der im übrigen sehr respektablen ‚Vierer-Bande‘ für den Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz ist ein wesentlicher Beitrag.<sup>5</sup> Er bemerkt hierzu, daß er auch der SU gegenüber keinen Inferioritätskomplex auf dem Gebiet der konventionellen Waffen hat. Die SU hat alle ihre Anstrengungen in jüngster Zeit auf das Gebiet der Marine und der Nuklearraketen verlagert. Es ist gar nicht ausgemacht, daß der Westen eine konventionelle Schlacht verlieren würde. Die Sowjets jedenfalls haben einen großen und gesunden Respekt vor unserer konventionellen Kapazität.“

Die neue Strategiedebatte wird noch einige Jahre andauern, bevor es vermutlich in der Mitte oder zum Ende der 80er Jahre zur Festlegung einer neuen Strategie des ‚tit for tat in kind‘ kommen wird. Die Debatte wird auch zeigen, wie schwer es jedem amerikanischen Präsidenten fallen muß, mit dem Ersteinsatz von ICBMs einen möglichen konventionellen Angriff gegen Europa zu beantworten.“

II. Hierzu ist aus Sicht von Abt. 2 folgendes zu sagen:

1) Der Bundeskanzler ging auf die Argumente, welche gegen eine Ablösung der gültigen NATO-Strategie<sup>6</sup> sprechen, nicht ein. Im Gesprächszeitpunkt lagen

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 5. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.

Hat Seibert am 8. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hofmann erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 16. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 2.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 18. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Fälldin, Jørgensen, Sorsa, Thoroddsen und Willoch am 26./27. Juni 1982 in Kiel vgl. Dok. 194.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198.

Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. ferner Dok. 146.

<sup>6</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

der einschlägige Artikel von BM Apel im Europa-Archiv vom 10.6.1982<sup>7</sup>, der Antwortartikel der „deutschen Viererbande“ im Europa-Archiv vom 25.6.1982<sup>8</sup> und die positive Stellungnahme der Bundesregierung hierzu vom 24.6.1982<sup>9</sup> bereits vor.

Im Gegenteil: Die Prognose einer künftigen neuen Strategie des „tit for tat in kind“ kann als vorweggenommene Befürwortung eines Verzichts auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes (Non First Use/NFU) durch den BK verstanden werden<sup>10</sup>; denn diese Formel<sup>11</sup> besagt, daß die NATO auf einen Angriff nur im gleichen Maße (Intensität) und mit den gleichen Waffen (Identität) zurückschlagen würde. Dies aber wäre nichts anderes als eine Strategie der unflexiblen Reaktion, bei der die Art der Kriegsführung der Entscheidung des Gegners überlassen bliebe.<sup>12</sup>

2) Problematisch wäre eine „Tit-for-tat“-Strategie auch im Bereich chemischer Waffen: Es würde eine chemische Eskalationsebene geschaffen, wobei die NATO über den Repressalieneinsatz hinauszugehen bereit sein müßte.

3) Der Hinweis des BK auf einen „Ersteinsatz mit ICBM“ könnte dahingehend mißverstanden werden, als sei dies nicht nur eine theoretisch mögliche, sondern die zu erwartende oder gar notwendige Form des nuklearen Ersteinsatzes gegen einen konventionellen Angriff. In Wirklichkeit ist die „long range nuclear option“ im Sinne eines selektiven Einsatzes interkontinentalstrategischer Waffen am oberen Ende des Eskalationsspektrums zu sehen, in dem (mit größerem Glaubwürdigkeitsgrad) schließlich auch mehrere Optionen des „unteren Eskalationsbereichs“, nämlich des nuklearen Ersteinsatzes von Europa aus, gegeben sind, und zwar

- auf eigenem Gebiet,
- zur See,
- im Satellitenbereich,
- auf sowjetischem Gebiet.

<sup>7</sup> Für den Artikel „Zur Diskussion über die Strategie der NATO. Überlegungen zu dem Beitrag ‚Kernwaffen und das Atlantische Bündnis‘“ von Bundesminister Apel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 353–356.

<sup>8</sup> Für den Artikel „Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens. Stellungnahme zu einem amerikanischen Vorschlag über den Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen“ von Karl Kaiser, Georg Leber, Alois Mertes und Franz-Joseph Schulze vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 357–368.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Schmidt gab am 24. Juni 1982 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 6570–6577.

<sup>10</sup> Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Die folgenden Überlegungen sind richtig, wenn die Äußerung des BK so zu verstehen ist. Es kommt deshalb sehr darauf an, daß diese Äußerung, weil interpretierbar, nicht nach außen getragen wird.“

Die Wörter „die Äußerung ... ist“ in der handschriftlichen Bemerkung Pfeffers wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist sie wohl – aber: nach jahrelanger Debatte!“

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Wie Du mir, so ich Dir“.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Konkret könnte die SU damit einen konventionellen Angriff in der Gewißheit vortragen, daß ‚Mütterchen Rußland‘ keinem nuklearen Risiko ausgesetzt würde. Da sich die Automatik des ‚tit for tat in kind‘ auch auf die De-Eskalation durch den Gegner beziehen dürfte, könnte dieser im Bewußtsein angreifen, daß er einen mißlungenen Angriff jederzeit ohne Rückfall hinter den Status quo ante abrechnen könnte.“

Die Gefahr weiterer Eskalation nach Überschreiten der nuklearen Schwelle im unteren Eskalationsbereich ist sicherlich in Rechnung zu stellen. Die Wirksamkeit der gültigen NATO-Strategie erscheint gleichwohl in falschem Licht, wenn der Eindruck erweckt wird, die Allianz sei darauf angewiesen, mit Keulen auf Fliegen zu schlagen.

4) Es ist sicherlich richtig, die konventionellen Fähigkeiten der NATO nicht zu gering einzuschätzen; auch sollten wir eine sowjetische Überschätzung dieser Fähigkeiten nicht korrigieren.

Andererseits dürfen wir uns intern keine Illusionen darüber machen, daß der Trend schon seit Jahren auf Verschlechterung des konventionellen Kräfteverhältnisses hinausgelaufen ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch die sowjetische Marinerüstung<sup>13</sup> für einen (dynamischen) Kräftevergleich der Streitkräfte Mitteleuropas von Belang ist. Der NATO-Kräftevergleich vom 4.5.82<sup>14</sup> war nicht „frisirt“ und sollte Maßstab der militärischen Bedrohungsanalyse bleiben.

Jedenfalls müssen wir davon ausgehen, daß die sowjetischen Rüstungsprogramme stetig weiterlaufen, während viele NATO-Partner, darunter neuerdings auch die Bundesrepublik Deutschland, infolge Minus-Wachstums tendenziell eher einem Verlust an konventioneller<sup>15</sup> Verteidigungskraft entgegengehen. Wer sich auf den (von Abt. 2 nicht geteilten) Standpunkt stellt, daß eine Non-First-Use-Strategie durch konventionelle Parität ermöglicht würde, muß sich darüber Rechenschaft geben, daß wir ihr und damit<sup>16</sup> der Möglichkeit einer erfolgreichen Vorverteidigung mit der derzeitigen mittelfristigen Finanzplanung nicht näherkommen können.<sup>17</sup>

III. Vor diesem Hintergrund sollte die BSR-Sitzung am 1.9.82 unter dem TOP „Strategiedebatte“ dazu genutzt werden, eine einheitliche Beurteilung zu erzielen, damit aus Bonn keine unterschiedlichen Signale<sup>18</sup> ausgehen.<sup>19</sup> Dies sollte

<sup>13</sup> Gesandter Huber, Moskau, teilte am 9. Februar 1982 mit: „Der Anspruch der sowjetischen Kriegsmarine auf globale Seemacht schlug sich auch in der Rüstungspolitik nieder. Neben Modernisierungsvorhaben wurden auch alle Neubauprogramme fortgesetzt. Dazu gehören Luftkissenfahrzeuge für Landungsoperationen ebenso wie nukleargetriebene U-Boote, Flugzeugträger, Überwasser-Großkampfschiffe mit Nuklearantrieb sowie neue Flugkörper. Durch das Auflaufen eines sowjetischen U-Bootes in schwedischen Hoheitsgewässern (27. Oktober bis 5. November 1981) ist bekannt geworden, daß auch konventionelle U-Boote nuklear bewaffnet sind. Dies stellt neben einer erhöhten Bedrohung unserer Seekriegsmittel vor allem auch eine direkte Bedrohung von Objekten und Bevölkerung an der Küste oder in Küstennähe dar.“ Die sowjetische Marine habe neben der Versorgung verbündeter Seestreitkräfte auch Staaten der Dritten Welt mit Wehrmaterial beliefert „und dadurch ihren Einfluß auch politisch erhöht“. Vgl. Referat 201, Bd. 125645.

<sup>14</sup> Für die in der Bundesrepublik erschienene Buchhandelsausgabe vgl. KRIEG ODER FRIEDEN. Die offizielle NATO-Studie über den Kräftevergleich West-Ost, hrsg. von Rüdiger Moniac, München 1982. Vgl. dazu ferner Dok. 139.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

<sup>16</sup> Die Wörter „ihr und damit“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

<sup>17</sup> Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Der Verzicht auf den NFU-Teil unserer Strategie würde auch die rüstungskontrollpolitische Perspektive zu unseren Ungunsten verändern.“

<sup>18</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „mehr“.

<sup>19</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 3. September 1982 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 1. September 1982: „Es wurde beschlossen, in Anbetracht des Umfangs der Tagesordnung nur Punkte mit

dadurch erleichtert werden, daß sich maßgebliche Mitglieder der amerikanischen Administration – wie Richard Burt kürzlich vor der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>20</sup> – eindeutig mit dem Standpunkt der deutschen „Viererbande“ identifiziert haben.

Beobachter der amerikanischen Szene stellen im übrigen fest, daß die vier amerikanischen Autoren durch ihren Artikel im Europa-Archiv (10.4.82) bzw. „Foreign Affairs“ ein gutes Stück desjenigen Renommees verloren hätten, das ihre Initiative zunächst so gefährlich erscheinen ließ. McGeorge Bundy sei von dem Artikel bereits abgerückt, und McNamaras Engagement werde inzwischen einem auf sein Vietnam-Trauma zurückgehenden Bedürfnis zugeschrieben, nicht als „Falke“ in die Geschichte einzugehen.

Pfeffer

**VS-Bd. 12021 (201)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1077*

operativem Entscheidungsbedarf zu behandeln, d. h. die Tagesordnungspunkte 5 (Pershing-I-A-Modernisierung), 6 (britischer Export von Tornado-Triebwerken) und 10 (Erlaß von Bereitstellungsbescheiden).“ Vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>20</sup> Botschafter Ruth notierte am 16. Juli 1982: „Auf dem deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Richard Burt am 26.6. spekulativ vier Optionen für ein INF-Ergebnis erwähnt. Dabei handelt es sich um folgenden Variationen: a) eine Null-plus-Lösung, d. h. ein Ergebnis, bei dem eine gleiche Obergrenze oberhalb Null vereinbart würde; b) Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes durch Einbeziehung von Flugzeugen von vornherein; c) Einbeziehung britischer und französischer Systeme; d) vertikale Ausweitung durch Herstellung einer engeren Verbindung mit START. Burt hat größten Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Vereinigten Staaten an der Null-Lösung festhalten, daß es sich bei der Aufzählung der vier Optionen um eine theoretische Spekulation handelt. Er hat unterstrichen, daß die Einbeziehung britischer und französischer Systeme für die Vereinigten Staaten unakzeptierbar sei und bleibe und daß die Option b) durch die Einbeziehung von Flugzeugen von vornherein eine außerordentliche Erschwerung der Verhandlungen bedeuten würde.“ Vgl. VS-Bd. 11348 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

## 205

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**

412-424.01/10

9. Juli 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>Betr.: EG-Mandat vom 30.5.1980<sup>4</sup>;

hier: Durchführung der Ausgleichsregelung für GB 1982

Anlg.: 1<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information im Hinblick auf Ratstagung am 19./20.7.82.

1) Nachdem sich die Außenminister bei den Tagungen von EPZ und Rat in Luxemburg am 20. bis 22.6.1982 aus Zeitgründen nicht mehr mit dem Mandatsproblem befassen konnten<sup>6</sup>, haben die EG-Botschafter als Vertreter der AM am 1. und 5. Juli versucht, einer Einigung in den noch strittigen Fragen (s. u.) näherzukommen. Dabei konnten einige weniger zentrale Punkte geklärt werden (Risikoteilungsformel bei Abweichung des tatsächlichen britischen Nettosaldos nach unten; neue, auf Art. 235 EWG-Vertrag<sup>7</sup> gestützte Rechtsgrundlage für zusätzliche Maßnahmen zugunsten GBs; differenzierte Behandlung der Fälle GB–D–ärmere MS anstelle „einheitlichen Ansatzes“, u. a.).

Nächste Sitzung der Botschafter ist für 15.7. vorgesehen.<sup>8</sup> Rat (AM) wird am 19.7. vormittags über verbleibende Probleme zu entscheiden haben.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heinichen und Vortragendem Legationsrat Barth kopiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 165.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 14.

<sup>6</sup> Bei der informellen EG-Ministerratstagung am 20. Juni 1982 in Luxemburg wurde zunächst beschlossen, über das Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 im Anschluß an die EG-Ministerratstagung, die am 21./22. Juni 1982 in Luxemburg stattfand, zu verhandeln. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 122; Referat 412, Bd. 130594.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut von Artikel 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

<sup>8</sup> Das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft notierten am 16. Juli 1982 in einer gemeinsamen Aufzeichnung zur Sitzung der Ständigen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten am 15. Juli 1982 in Brüssel, der von der Bundesrepublik eingebrachte Text reflektiere „einen Kernpunkt der AM-Einigung vom 25. Mai. Die von den AM seinerzeit vereinbarte deutsche Minderbeteiligung am Ausgleich für das VK, nämlich mit 50% des ‚eigentlichen‘ deutschen MWSt-Anteils, hat für uns gleiches Gewicht wie die Festsetzung des britischen Ausgleichs auf 850 Million|E[uropean]|C[urrency]|U[nit]. Wir legen deshalb großen Wert auf diesen Text. (Der von Botschafter| Poensgen eingebrachte Text lautet: ‚The amount of the compensation for the 1982 solution will be fixed in a way that Germany will only bear a burden equal to 50 per cent of its normal budgetary contribution to the compensation to the U.K. Consequently, this compensation will amount to 227 million ECU gross.‘) [...] Für uns kommt es entscheidend darauf an, daß die Einigung der AM vom 25. Mai materiell erhalten bleibt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130594.

<sup>9</sup> Die EG-Ministerratstagung fand am 19./20. Juli 1982 in Brüssel statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen vermerkte am 26. Juli 1982, der Rat habe sich mit der Festlegung der Bruttobeträge für die Zahlungen aus dem EG-Haushalt beschäftigt, „die erforderlich sind, um einerseits die am 25. Mai ausgehandelte britische Netto-Entlastung von 850 Mio. ECU, andererseits die er-

2) Nach gegenwärtigem Stand der Diskussion sind noch folgende Fragen ungeklärt:

- Form der Rückflüsse an D (in bar oder über Sachprogramme),
- ausdrückliche Nennung des Prozentsatzes unserer Minderbeteiligung (50%) in der Rechtsgrundlage,
- Form der Minderbeteiligung von I, IRL, GR am GB-Ausgleich,
- Finanzierung der deutschen Minderbeteiligung (Frage der Mittelübertragung aus 1981),
- Verbindung zwischen Finanzierung des D-Ausgleichs und den Überzahlungen an GB für 1980/1981.

3) Form der Rückflüsse an D

Haltung unserer Partner ist weiterhin überwiegend negativ gegenüber einer „Barscheck-Lösung“. Kommission hat Listen möglicher Projekte für Mittelrückflüsse im Wege einer Maßnahmenlösung vorgelegt (Energiebereich einschließlich Energieeinsparung, Schneller Brüter Kalkar, Verkehrsbereich, Maßnahmen für Wanderarbeitnehmer außerhalb des Sozialfonds). Kommission bemüht sich, uns Brücken für Zustimmung zu Maßnahmenlösung zu bauen (Zusage rascher Projektprüfung und zügiger Vorschußzahlung).

Das Problem wird erst im Rat entschieden werden können. Dann wird auch (spätestens) der Zeitpunkt für uns gekommen sein, auf die Maßnahmenlösung einzuschwenken.<sup>10</sup>

4) Erwähnung des Prozentsatzes deutscher Minderbeteiligung

In unserem Bemühen um ausdrückliche Aufnahme des die nur 50-prozentige deutsche Beteiligung betreffenden Teils des Textes der AM-Vereinbarung vom 25.5.<sup>11</sup> in die Rechtsgrundlage stoßen wir auf Widerstand. I, aber auch Präsidentschaft<sup>12</sup>, F und NL stellen zwar die politische Übereinkunft über die 50%-Beteiligung nicht in Frage, wollen jedoch – offensichtlich zur Vermeidung eines

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1079*

mäßigte deutsche Belastung von 50% des ‚eigentlichen‘ deutschen Anteils sicherzustellen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden; sie scheiterte daran, daß einige MS (vor allem F, I und DK) darauf bestanden, daß sich GB seinerseits an der deutschen Entlastung beteiligen müsse (dies würde eine Verminderung der britischen Entlastung auf ca. 800 Mio. ECU bedeuten, die GB ablehnt). Andere noch offene Fragen – wie eine Minderbeteiligung der weniger wohlhabenden MS (insbesondere GR, IRL) und die Frage der deutschen Entlastungsmodalitäten („Barscheck“- oder Maßnahmenlösung) – kamen danach nicht mehr zur Sprache. [...] Die abschließende Behandlung im Rat ist für den 20./21.9. vorgesehen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130594.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist m[eines] E[rachtens] der letzte Zeitpunkt, wenn wir die Sache vor dem Sommer entscheiden wollen.“

<sup>11</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 49.

In der Vereinbarung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 25. Mai 1982 hieß es: „Die Minister bestätigen die von ihnen am 14. und 15. Januar 1982 vorläufig erzielte Schlußfolgerung, die wie folgt lautet: ‚Die Ausgleichszahlungen sind in den Haushalt einzusetzen. Die Bestimmungen müssen den Grundsätzen der Solidarität Rechnung tragen, die die Gemeinschaft gegenüber ihren am wenigsten wohlhabenden Mitgliedern anzuwenden gedenkt, und das Problem des deutschen Beitrags angemessen berücksichtigen. (Der Ausgleich zugunsten des Vereinigten Königreichs darf sich auf die Belastung für Deutschland nur geringfügig auswirken.)“ Vgl. die Anlage 1 zur Aufzeichnung des Referats 412 vom 25. Mai 1982; Referat 412, Bd. 130594.

Für einen Auszug aus der Vereinbarung vgl. ferner BULLETIN DER EG 5/1982, S. 75.

<sup>12</sup> Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 hatte Dänemark die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Präzedenzfall, den wir gerade setzen wollen – die deutsche Minderbeteiligung nur indirekt durch Nennung absoluter Beträge anstelle eines Prozentsatzes rechtlich verankern. Sie begründen ihre Haltung mit der Unvereinbarkeit des Systems der eigenen Einnahmen<sup>13</sup> mit der Festlegung von Beitragsschlüsseln (die ganze GB-Entlastung ist jedoch eine Abweichung vom System der eigenen Einnahmen, da sie auf der Berechnung von Nettosalden einzelner MS beruht).

#### 5) Minderbeteiligung ärmerer MS

Die vom Ratssekretariat aufgrund von Vorstellungen der ärmeren MS nachträglich eingebrachte Minderbeteiligung auch von I, IRL und GR stößt auf Widerstand vor allem von F, das die Hauptlast einer etwaigen Ermäßigung der Anteile dieser MS zu tragen hätte, aber auch von NL. Neuer Text der Präsidentschaft für Schlußfolgerungen der AM (siehe Anlage<sup>14</sup>) sieht deshalb keine ausdrückliche Minderbeteiligung der ärmeren MS am GB-Ausgleich mehr vor, sondern lediglich eine gemeinsame Erklärung, wonach Gemeinschaft ihre Anstrengungen zugunsten dieser Länder im Rahmen der Strukturpolitiken verstärken wird und entsprechende Entscheidungen sich im EG-HH<sup>15</sup> für 1983 und später niederschlagen werden.

I könnte mit dieser Erklärung leben, sofern IRL und GR – die noch auf ausdrücklicher Minderbeteiligung bestehen – sie ebenfalls akzeptieren.

Eine solche Lösung hätte für F, DK und Benelux den Vorteil, daß auf sie geringere Netto-Beträge für den GB-Ausgleich entfallen. Auch wären die erforderlichen Brutto-Aufwendungen im EG-HH für die Erstattungen an GB und D geringer, der EG-HH müßte also nicht so stark aufgebläht werden („optischer“ Vorteil). Vor allem aber scheint dieser Weg eher konsensfähig zu sein als eine Minderbeteiligung der ärmeren MS; auch BMF würde sich ihm nicht verschließen, obwohl wir uns an verstärkten strukturpolitischen Maßnahmen zugunsten dieser Länder nach unserem normalen MWSt-Schlüssel beteiligen müßten (Vorteil: konvergenzorientiert).

#### 6) Finanzierung der Rückflüsse an D

Nach Ziffer 6 des neuen Entwurfs der Schlußfolgerungen sollen die Rückflüsse an D (je nach Lösung für die ärmeren MS bis zu 263 MECU<sup>16</sup>) aus dem Überschuß des EG-HH 81 (660 MECU) finanziert und 1983 gezahlt werden. Das bedeutet, daß Saldo des HH 81 durch einen Berichtigungs-HH in den HH 82 eingestellt und anschließend eine Mittelübertragung nach 83 mit Möglichkeit der Vorschußzahlung in 82 vorgenommen werden müßte. Dieser Weg ist nach Aussage der Kommission praktikabel (Risiko: EP).

Die vorgeschlagene Finanzierung geht auf Anregung von I zurück, das damit gegenüber italienischer Öffentlichkeit eine Verschleierung der deutschen Minderbeteiligung bezweckt. BMF stellt sich nach anfänglichem Zögern jetzt ebenfalls positiv zu diesem Lösungsweg, weil er seiner Ansicht nach dem EP eher

<sup>13</sup> Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 102, Anm. 5.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Conclusions of the Foreign Ministers on Compensation to the United Kingdom for 1982“ vom 2. Juli 1982 vgl. Referat 412, Bd. 130594.

<sup>15</sup> EG-Haushalt.

<sup>16</sup> Millionen ECU.

präsentiert werden kann als die sonst erforderliche Einstellung zusätzlicher Mittel in EG-HH 83.

#### 7) Verbindung mit Überzahlungen an GB

Aus ähnlichen Gründen (Verschleierung der Sonderbehandlung von D gegenüber eigener Öffentlichkeit) wünschen I, F und NL eine politische Erklärung, in der die oben dargestellte Finanzierung des Ausgleichs für D mit den zu erwartenden HH-Einnahmen aus der Korrektur der Überzahlungen an GB für 1980/1981 begründet wird („... im Vorgriff auf den voraussichtlichen Haushaltsvorteil ...“). Diese Erklärung wird von GB wegen des möglichen zusätzlichen HH-Risikos, aber auch von uns abgelehnt. Wir betrachten unsere Minderbeteiligung am GB-Ausgleich als eigenständigen Anspruch, der von der (teilweisen) Rückzahlung der an GB zuviel gezahlten Beträge unabhängig bleiben sollte.

I dürfte notfalls auch mit einer nur von acht MS (ohne GB und D) getragenen Erklärung zufrieden sein. Wenn diese zustande kommt, könnten wir mit GB oder separat eine Gegenerklärung abgeben.

Per Fischer

Referat 412, Bd. 130594

## 206

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Ruth

212-341.74-1933/82 VS-vertraulich

12. Juli 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Künftige Verhandlungen auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information und zur Billigung der Ziffern IV und V

#### I. Aufgabenstellung

Untersuchung der Fragen:

- Was bedeutet „Ausgewogenheit“ eines Schlußdokuments?
- Wie läßt sich das Verhältnis zwischen einer KAE und Fortschritten im Bereich der menschlichen Dimension der Schlußakte ausgewogen gestalten?
- Die Bedeutung des Faktors „Polen“ und Lösungsansätze.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Holik und Joetze sowie von Vortragendem Legationsrat Dreher konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 16. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 15. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 23. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

## II. Ausgangslage: Verhandlungsbereitschaft der Beteiligten

1) In der 5. Phase des Madrider Treffens (9.2. bis 12.3.1982) waren die westlichen Teilnehmerstaaten wegen der Lage in Polen zu Sachverhandlungen nicht bereit.

In der kommenden 6. Phase des Madrider Treffens (ab 9. November 1982) wünschen wir, wieder in Sachverhandlungen einzutreten und sie möglichst bald mit einem Schlußdokument abzuschließen. Diesen Wunsch haben alle Westeuropäer (eventuell mit Ausnahme Großbritanniens) und alle Neutralen und Ungebundenen.

Soweit wir dies jetzt übersehen können, sind die USA am 9. November 1982 in Madrid nur dann zu Sachverhandlungen bereit, wenn es in Polen Fortschritte auf dem Gebiet der drei westlichen Forderungen<sup>5</sup> gegeben hat.

2) In Gesprächen mit den Amerikanern wenden wir gelegentlich ein, daß Abrüstungsverhandlungen doch von einem „linkage“ ausgenommen seien. Aber die Aufgabe des „linkage“ in den reinen Abrüstungsverhandlungen bildet für das State Department gerade einen Hauptgrund für die Aufrechterhaltung des „linkage“ für Madrid (damit wenigstens ein „linkage“ erhalten bleibt). Außerdem werden die Verhandlungen um ein KAE-Mandat im Gegensatz zu INF, START und MBFR nicht in einem isolierten rüstungskontrollpolitischen Rahmen, sondern im Gesamtzusammenhang der Bemühungen um ein ausgewogenes Schlußdokument in Madrid geführt, das Fortschritte in allen (wesentlichen) Bereichen der Schlußakte erbringen soll.<sup>6</sup>

## III. Das Problem der „Ausgewogenheit“ eines Schlußdokuments

1) Die Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß entspricht einer gemeinsamen westlichen, von Anfang an vertretenen Grundposition, die von den Neutralen und Ungebundenen geteilt wird.

Die Sowjetunion hat 1978 versucht, mit ihrem Vorschlag einer „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung“<sup>7</sup> als unabhängigem neuen Verhandlungszweig die militärischen Aspekte der Sicherheit aus dem KSZE-Prozeß herauszunehmen. Gleichzeitig wollte sie die wirtschaftliche Kooperation in Sonderkonferenzen im ECE-Rahmen lenken (durch die Breschnew-Vorschläge zu Verkehr, Umwelt und Energie<sup>8</sup>). Damit wären für die KSZE-Folge treffen nur

<sup>5</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>6</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich habe nicht die Konzeption für KAE (II), wie Sie sie kürzlich entwickelten, vertreten.“

<sup>7</sup> In der Deklaration anläßlich der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 22./23. November 1978 in Moskau wurde dargelegt, die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts würden „Fragen der militärischen Entspannung und der Abrüstung in Europa besondere Bedeutung“ beimessen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 19.

Im Kommuniké der Tagung des Komitees der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest wurde darauf Bezug genommen und vorgeschlagen, eine Konferenz aller europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas zu Fragen der militärischen Entspannung einzuberufen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, schlug am 9. Dezember 1975 auf dem VII. Parteitag der PVAP in Warschau „die Abhaltung gesamteuropäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über Fragen der Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Entwicklung des Verkehrswesens und in der Energiewirtschaft“ vor. Vgl. den Artikel „Bündnis der Bruderländer wird immer tiefgreifender“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 1975, S. 3f.

noch die Prinzipien des zwischenstaatlichen Zusammenlebens und der III. Korb übriggeblieben, beides Bereiche, in denen die Sowjetunion nur Vorwürfe erwarten konnte. Die Abrüstungskonferenz (und die Breschnew-Konferenzen über Wirtschaftsthemen) mußten deshalb in den KSZE-Prozeß integriert werden, um dessen „Austrocknung“ zu verhindern.

Der Westen stellte dabei insbesondere in Rechnung, daß die militärische Sicherheit wieder den Kern des sowjetischen Interesses am gesamteuropäischen Verhandlungsprozeß darstellte. Eine Isolierung dieser Thematik hätte daher ein Eingehen auf die sowjetische Grundkonzeption bedeutet.

Hinzu kam, daß der KSZE-Prozeß als politisch vitaler Prozeß nur weitergeführt werden konnte, wenn er sich als „clearing house“ für neue Aufgaben auf den Gebieten bewährte, die jeweils politisch dringlich wurden. Das hieß nach Konkretisierung des Gedankens einer KAE auch: die verstärkte Bedeutung substantieller Abrüstung und Rüstungskontrolle im KSZE-Rahmen. Die breite Anlage der Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> ist der größte Erfolg der gemeinsamen westlichen KSZE-Politik zwischen 1972 und 1975: Während die Sowjetunion damals das Konferenzziel der Sanktionierung des politisch-territorialen Status quo in Europa (kombiniert mit etwas Kooperation) anstrebte, bestand das westliche Konferenzziel in der Dynamisierung dieses Konzepts durch

- das Menschenrechtsprinzip,
- die menschlichen Kontakte des III. Korbes,
- die Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet.

Es hätte also eine Verarmung des ursprünglichen KSZE-Konzepts des Westens bedeutet, wenn es nicht gelungen wäre, die Weiterführung der Vertrauensbildung auf einer KAE im KSZE-Rahmen zu halten. Die Integration der KAE in den KSZE-Prozeß haben der Westen und die Neutralen und Ungebundenen in Madrid der Sowjetunion in harten Verhandlungen abgerungen.

Unter provisorisch registrierten Texten sind solche, die die KAE als „substantiellen und integralen Bestandteil des KSZE-Prozesses“ bezeichnen und die Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß durch konkrete Prozedurbestimmungen festlegen, namentlich:

- die Berichtspflicht der KAE an das nächste KSZE-Folgetreffen,
- die Anwendung der Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie des Kostenverteilungsschlüssels von Helsinki auf die KAE.

2) Das Erfordernis der „Ausgewogenheit“ des Schlußdokuments von Madrid ist eine Folge dieser umfassenden Betrachtungsweise. Nachdem die Integration der KAE in den KSZE-Prozeß durchgesetzt war, galt es zu verhindern, daß sich die SU in Madrid nur auf die militärische Sicherheit konzentrierte.

<sup>10</sup>Dieses Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Menschenrechten und KAE ist deshalb als Konferenzziel in zahlreichen Erklärungen der EPZ, der NATO und

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>10</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 18.

des Europarats bestätigt worden, zuletzt in der „Bonner Erklärung“ des NATO-Gipfels (KAE ... „als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses ...“)<sup>11</sup>.

Dabei haben wir allerdings die „Ausgewogenheit“ nie mechanisch verstanden: Nicht auf jedem Gebiet der Schlußakte muß es zu jeder Periode Fortschritte geben. Eine solche eher unpolitische Betrachtungsweise übersähe, daß bestimmte Problemkreise in der internationalen Politik jeweils ihre Konjunkturen haben. Fortschritte auf wichtigen Gebieten sollten nicht durch überhöhte Ansprüche auf anderen Gebieten gehemmt werden.

Dementsprechend haben wir bei den Vorbereitungen auf das Madrider Treffen in EPZ und NATO davor gewarnt, in der menschlichen Dimension der Schlußakte unrealistische Forderungen nach neuen Texten zu stellen. Wir hielten zwar weitere Verbesserungen bei den Texten über menschliche Erleichterungen des III. Korbes für nötig und erreichbar (z. B. bei der Familienzusammenführung, Familienbesuchen und binationalen Eheschließungen, wo die Absichtserklärungen der Schlußakte auf mannigfache Weise praktisch ausgebaut werden können). Hingegen wandten wir uns gegen Textvorschläge auf dem Gebiet des Menschenrechtsprinzips, da sie dem klaren Wortlaut des VII. Prinzips der Schlußakte nichts hinzufügen könnten.

IV. „Ausgewogenes“ Verhältnis zwischen einer KAE und Fortschritten im Bereich der menschlichen Dimension

1) Was die „Ausgewogenheit“ zwischen einer KAE und dem Bereich der Menschenrechte angeht, so stehen wir vor folgender Schwierigkeit:

- Die USA (und wohl auch GB) bestehen auf Textfortschritten im Bereich der Menschenrechte;
- sie sind besorgt, daß derartige Texte in einem Schlußdokument wegen der Situation in Polen ungläubwürdig sind.<sup>12</sup>

2) Man könnte daran denken, diese Schwierigkeit dadurch zu lösen, daß sich die Textverhandlungen in Madrid auf die KAE beschränken, während dem Bedürfnis nach Fortschritten im Bereich der Menschenrechte auf faktische Weise Rechnung getragen wird.

Nach unserer eigenen Interessenlage ist bereits das bisherige Verhandlungsergebnis von Madrid „ausgewogen“.<sup>13</sup> Diese Texte enthalten Verbesserungen bei

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Dokuments über Rüstungskontrolle und Abrüstung, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 75 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 345 f. Vgl. dazu ferner Dok. 179.

<sup>12</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 18.

<sup>13</sup> Referat 212 rekapitulierte im Dezember 1982: „Die neutralen und ungebundenen Staaten haben am 16. Dezember 1981 einen Kompromißvorschlag für ein Schlußdokument eingebracht, der seither als die von allen 35 Teilnehmerstaaten akzeptierte Verhandlungsgrundlage fungiert (offizielle Arbeitsbezeichnung RM.39). Das wie alle Konferenzdokumente vertrauliche Papier enthält die bisher vorläufig vereinbarten Texte (d. h. mit dem Vorbehalt der Verabschiedung eines Gesamtschlußdokuments), die über 70 % der gesamten Verhandlungsmaterie abdecken“. Im Rahmen von Korb III der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 seien für den Bereich „menschliche Kontakte“ folgende vorläufige Ergebnisse erzielt worden: „Wohlwollende Behandlung und Entscheidung von Anträgen auf Familienzusammenführung und Besuche sowie binationale Heiraten (im wesentlichen Wiederholung der Schlußakte mit leichter Verbesserung; wohlwollende Entscheidung“); Entscheidung bei Familienzusammenführungen und binationalen Heiraten grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten (wichtig: zum ersten Mal Angabe einer Frist); Mitteilung der Entscheidung an Betroffene (neu!);

der menschlichen Dimension der Schlußakte, was für uns, wegen der Vielzahl der Familienzusammenführungen und des großen Bedürfnisses nach Familienbesuchen, außerordentlich bedeutsam wäre. In der Darstellung der Zwischenergebnisse haben sich die Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuß stets von diesen Einigungen beeindruckt erklärt. Diese Texte würden uns helfen, das Ergebnis von Madrid innenpolitisch abzusichern.

Unsere Vertretungen in den WP-Staaten halten die Texte für so weitreichend, daß sie teilweise die Absicht der WP-Regierungen bezweifeln, sie später zu implementieren. Selbst wenn wir ihre Skepsis<sup>14</sup> teilen, so würden die Texte jedoch die Position der Bundesregierung in den nachfolgenden bilateralen Verhandlungen mit diesen Ländern erheblich stärken.

Aus unserer nationalen Interessenlage könnten wir uns also in der menschlichen Dimension dieses Mal als befriedigt betrachten und nur noch Vereinbarungen bei der KAE anstreben. Zusätzliche Textverbesserungen bei den Menschenrechten haben wir bisher aus Bündnisloyalität unterstützt.

Dementsprechend trat der Bundesaußenminister im Kreise der Vier am 23. September 1981<sup>15</sup> dafür ein, noch einmal zugunsten der Menschenrechte einen Versuch zu machen, die Frage aber neu zu überdenken, wenn dieser Versuch keine Fortschritte bringe.<sup>16</sup>

3) Zwei Lösungen sind denkbar:

a) Verzicht auf neue Texte bei den Menschenrechten bei sowjetischer Bereitschaft zu „Taten“. Aktives Verhandeln nur noch über das KAE-Mandat.

- Die USA suchen vor dem 9. November diskret, formlos und ohne daß dies den Charakter einer Vorbedingung annimmt, eine Verständigung mit der SU über konkrete sowjetische „Taten“ auf dem Gebiet der Menschenrechte und bieten dafür an, die menschenrechtlichen Texte im N+N-Vermittlungsdokument unverändert zu akzeptieren (bei dieser Gelegenheit könnte auch eine Abklärung zur Frage der Zonenformel KAE erfolgen).
- Nach dem 9. November erklärt dann der Westen zu gegebener Zeit in Madrid seine Zustimmung zum N+N-Entwurf eines Schlußdokuments mit Ausnahme einiger genau präzisierter Verbesserungen beim KAE-Mandat.
- Dieser Lösungsvorschlag würde unseren eigenen Interessen entsprechen. Es kann durchaus sein, daß die USA auf ihn eingehen. Es ist jedoch offen, ob die SU sich auf eine Vorabverständigung entsprechend dieser Vorstellung einlassen wird. Tut sie es nicht, dann wird die oben beschriebene Schwierigkeit

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1085*

Nichtdiskriminierung von Antragstellern (im wesentlichen Wiederholung der Schlußakte, aber Konkretisierung); Information über Antragsprozeduren (neu); Gebührensenkung mit Ziel gemäßigter Höhe im Verhältnis zum durchschnittlichen Monatseinkommen (Maßstab neu); Bestätigung des Rechts auf erneute Antragstellung (von besonderer Bedeutung für das deutsch-deutsche Verhältnis).“ Vgl. Referat 212, Bd. 133430.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich teile die Skepsis, aber auch die Folgerung: neue Berufsgrundlagen (nicht nur für Regierungen, sondern auch für Einzelpersonen).“

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „21. September 1981“.

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher traf am 23. September 1981 in New York zu einem Gespräch mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 271.

die USA z.Z. eher dazu führen, Verhandlungen in Madrid abzulehnen, als auf ihre Textforderungen zum Menschenrechtsprinzip zu verzichten. Aus einer Reihe einschlägiger amerikanischer Äußerungen ergibt sich, daß die Verabschiedung eines Schlußdokuments à la Belgrad<sup>17</sup> (d.h. keine Substanzausagen, nur Festsetzung eines neuen Folgetreffens) die eigentliche amerikanische Präferenz darstellt.

b) Wenn die Lösung a) nicht durchsetzbar ist, kommt folgende Lösung in Betracht: Der Westen nimmt auf dem Gebiet der Menschenrechte seine Ansprüche zwar nicht zurück, verlagert seine Forderungen aber auf das prozedurale Gebiet.

- Technisch sähe dies so aus, daß der Westen seine Forderungen auf ein Expertentreffen für Menschenrechte konzentriert und das Treffen ggf. in Zukunft „Forum“ oder „Konferenz“ nennt, damit sein Rang erhöht wird. In den Schlußerklärungen des Madrider Treffens könnten die NATO-Länder die Absicht ausdrücken, daß die Eingangserklärungen auf diesem Treffen durch die Außenminister abgegeben werden. Auch die Madrider Schlußerklärungen könnten von den Ministern abgegeben werden, die dabei die Menschenrechtsthematik betonen könnten.
- Dies wäre eine Möglichkeit, die Balance herzustellen, dabei aber das oben beschriebene Dilemma von unglaublichen Sachaussagen, das vor allem USA und GB Schwierigkeiten macht (S. 4 unten)<sup>18</sup>, zu vermeiden.
- Diese „Rangerhöhung“ der „Menschenrechtskonferenz“ würde diese (optisch) an Gewicht einer KAE angleichen, oder jedenfalls könnten die USA dies innenpolitisch so präsentieren. Diese Überlegung könnte das Ziel eines „substantiellen Schlußdokuments“ für die US-Regierung wieder akzeptabler machen.  
Gleichzeitig wäre dem Erfordernis der „Ausgewogenheit“ formal dadurch Rechnung getragen, daß beide Gremien, KAE wie „Menschenrechtskonferenz“, dem nächsten KSZE-Folgetreffen berichtspflichtig wären.
- Die Sowjetunion hat bereits angedeutet, daß sie einem Expertentreffen über Menschenrechtsfragen zustimmen könnte, wenn es zur Vereinbarung eines KAE-Mandats käme. Es ist anzunehmen, daß sie einem etwas anspruchsvoller angelegten Treffen in ihrer Interessen- und Motivationslage nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen ebenfalls zustimmen würde.
- Diese sachlich aussichtsreiche Position wird gegenüber den USA nur auf hoher politischer Ebene durchzusetzen sein.

#### V. Zum Problembereich „Polen“

Angesichts der derzeitigen Lage erscheinen Sachverhandlungen in Madrid ab 9. November<sup>19</sup> nur möglich, wenn – vereinfacht ausgedrückt – entweder die

<sup>17</sup> In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

<sup>18</sup> Der Passus „das vor allem ...“ (S. 4 unten)“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 10 und 12.

<sup>19</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich gestrichen: „somit“.

polnische Führung die drei Forderungen zum größeren Teil erfüllt oder die amerikanische Regierung ihre bisherige Haltung ändert<sup>20</sup>.

Auch wenn die Erfolgsaussichten z.Z. gering erscheinen, gebietet es unser nationales Interesse an der Erhaltung erträglicher Ost-West-Beziehungen und an der Fortführung des KSZE-Prozesses, Versuche in beide Richtungen zu unternehmen.

Gegenüber Polen und der Sowjetunion sollten wir insbesondere darauf hinweisen,

- daß die drei Forderungen auf den Zusagen des polnischen Militärrats vom 13.12.1981<sup>21</sup> basieren,
- daß ihre Erfüllung im eigenen polnischen Interesse (Wiederherstellung des nationalen Konsenses und damit verknüpft: die wirtschaftliche Erholung durch Motivation der Arbeiterschaft<sup>22</sup>) und zugleich im gesamteuropäischen Interesse liegt,
- daß dies das Ost-West-Verhältnis entscheidend entspannen und eine westliche Wirtschaftshilfe an Polen ermöglichen würde.

Gegenüber den USA sollten wir hervorheben:

- Die Bedeutung von Schlußakte, KSZE-Prozeß und den Folgetreffen als politische Instrumente zur Steuerung einer langfristigen Evolution in Osteuropa. Eine Belebung des KSZE-Prozesses verbessert damit auch die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung in Polen.
- Ein Abschluß des Madrider Treffens ohne wichtige Substanzergebnisse (nach so langen Verhandlungen) würde den KSZE-Prozeß zusätzlich belasten, ein Abschluß mit wichtigen politischen Entscheidungen würde ihn fördern.
- Die Erwartung, daß schon von Verhandlungen über ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument in Madrid mäßiger Einfluß<sup>23</sup> auf Sowjetunion und polnische Führung ausgeht.
- Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion initiativ bleiben und darf sie nicht aus dem Verhandlungs- und Implementierungsdruck entlassen. Die Schlußakte ist der SU in fast dreijährigen Verhandlungen abgerungen worden. Bei ihrer Durchführung muß der Westen langen Atem beweisen.

Pfeffer  
Ruth

**VS-Bd. 13238 A (212)**

<sup>20</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „d. h. flexibler gestaltet (wofür es einige Anzeichen gibt)“.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski am 13. Dezember 1981; EUROPA-ARCHIV 1982, D 126–129.

<sup>22</sup> Der Passus „und damit ... Arbeiterschaft“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

<sup>23</sup> Die Wörter „mäßiger Einfluß“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Druck“.

## 207

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns

VS-vertraulich

13. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Burns am 13. Juli 1982 von 18.30 Uhr bis 19.20 Uhr im Bundeskanzleramt

*Bundeskanzler* erläutert auf Frage von Burns das Programm seiner Amerika-Reise<sup>2</sup> und der drei Reden in Houston, San Francisco und im Bohemian Grove<sup>3</sup>.

*Burns* rät zu einer Argumentation auf der bisherigen Linie. Der Bundeskanzler hat auch auf die letzten amerikanischen Entscheidungen<sup>4</sup> mit kluger Zurückhaltung reagiert und dazu beigetragen, daß die amerikanisch-europäischen Auseinandersetzungen nicht eskalierten und jetzt eine notwendige cooling off period möglich wurde.

*Bundeskanzler* wird sicher seine Emotionen unter Kontrolle halten. Aber er wird auch deutlich zu verstehen geben, daß die gegenwärtige US-Wirtschaftspolitik die Gefahr mit sich bringt, die Weltwirtschaft zu ruinieren.<sup>5</sup> Die Sorge wächst, daß die Welt von Leuten geführt wird, die nicht verstehen, wie sie funktioniert.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. Juli 1982 gefertigt und am 16. Juli 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, Bundeskanzler Schmidt bitte, „anliegenden Vermerk über sein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter am 13.7.1982 dem Bundesminister nur zur persönlichen Unterrichtung vorzulegen“.

Hat Braunnühl am 16. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt am 21. Juli 1982 in Houston eine Rede mit dem Titel „The Atlantic Alliance in its fourth decade“. Generalkonsul Vogel, Houston, übermittelte ihren Text am 22. Juli 1982. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 46; Referat 204, Bd. 124930.

Vor dem „Bay Area Council“ in San Francisco sprach Schmidt am 22. Juli 1982 zum Thema „Responsibility and cooperation in the world economy“. Oberregierungsrat Schmittlein, z. Z. San Francisco, übermittelte den Wortlaut des Textes am selben Tag. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2 bis 4; Referat 204, Bd. 124930.

Vom 23. bis 25. Juli 1982 hielt sich Schmidt im Bohemian Grove auf, wo er am 24. Juli 1982 sprach. Generalkonsul Schünke, San Francisco, informierte darüber am 30. Juli 1982: „Die Ansprache im Bohemian Grove vor einer ebenso exklusiven wie zwanglosen Gruppe von mehreren hundert Mitgliedern ging unter dem Titel ‚Today and tomorrow – A European view‘ auf die Ost-West-Spannungen und die Weltwirtschaftslage als ‚two fold crisis‘ ein und forderte Zusammenarbeit als einzig möglichen Weg zur Überwindung dieser Krisen. In einem weiteren Abschnitt warb der Bundeskanzler um Verständnis für den deutschen Osthandel und die Ostpolitik als Resultat der Spaltung Deutschlands. Der zweitägige Aufenthalt im Bohemian Grove – es war der zweite nach einem ersten Besuch vor drei Jahren – dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Bundeskanzler bei weitem der bestbekannte ausländische Staatsmann im Westen der USA geworden ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 250; Referat 204, Bd. 124930.

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 198, Anm. 4.

<sup>5</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

*Burns* sieht vor allem ein Problem der Kommunikation, die dringend verbessert werden muß. Das gegenseitige Verstehen ist seit dem Turmbau zu Babel ein Problem.

*Bundeskanzler* fragt sich, ob es nicht auch am Willen hängt zuzuhören. Der Präsident und seine Mitarbeiter waren eine Woche in Europa.<sup>6</sup> Sie haben ihren Gesprächspartnern, die deutlich überall die mit dem Gas-Röhren-Geschäft<sup>7</sup> zusammenhängenden Fragen ansprachen, nicht zu erkennen gegeben, daß sie nach der Rückkehr nach Washington gegen die dargelegten Interessen der Gesprächspartner handeln würden.

*Burns* meint, daß Präsident Reagan auch keine Absicht hatte, die Sanktionen zu verschärfen. Er hat seine Haltung nach Rückkehr nach Washington geändert. Er zitiert zur Erläuterung eine Bemerkung Reagans gegenüber BM Genscher. Danach hätte er am liebsten die ärgerliche Auseinandersetzung über das Gas-Röhren-Geschäft ganz fallengelassen, aber er hat dabei ein Problem mit seinen eigenen politischen Freunden.

*Bundeskanzler* betont, daß sich jetzt Mitterrand zutiefst verletzt fühlt und eine tiefgreifende Konfrontation auch mit MP Thatcher und dem Bundeskanzler entstanden ist. Offenbar wird in Washington immer noch nicht der psychologische Mechanismus verstanden, daß man mit Alliierten konsultieren muß, bevor man sich selbst entscheidet.

*Burns* möchte nicht verteidigen, was geschehen ist, sondern nur erklären: Der Präsident wollte die ärgerliche Auseinandersetzung fallenlassen. Er wollte hierfür die Diskussion über Ostkredite benutzen, die auf der Tagesordnung in Versailles<sup>8</sup> stand. (BK: Sie gehörte nicht auf die Tagesordnung, aber wir sprachen doch fast drei Stunden darüber.) Nach der Vorstellung des Präsidenten verfolgt der Westen eine schizophrene Politik. Er gibt riesige Summen zur Verteidigung gegen die SU aus und gewährt ihr und ihren Verbündeten gleichzeitig Kredite im Gesamtwert von etwa 90 Mrd. Dollar, die das östliche Wirtschaftspotential stärken und so auch der dauernden Vergrößerung des sowjetischen Militärpotentials zugute kommen.

*Bundeskanzler* hat diese Argumentationslinie des Präsidenten wohl verstanden. Aber die USA stellen dem Osten ja auch das Getreide zur Verfügung, mit dem er seine Soldaten ernähren kann.<sup>9</sup> Auch wir Europäer haben unsere Inter-

<sup>6</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich auf, am 7. Juni in Italien und im Vatikan sowie vom 7. bis 9. Juni 1982 in Großbritannien. Vom 9. bis 11. Juni 1982 besuchte er die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>7</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 20.

<sup>8</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>9</sup> Zu den Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 91, Anm. 14.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 23. August 1982 mit: „Landwirtschaftsminister Block hat am 20. August 1982 bekanntgegeben, daß die UdSSR das amerikanische Angebot einer einjährigen Verlängerung des Getreidehandelsabkommens durch schriftliche Mitteilung an die US-Botschaft in Moskau angenommen habe. Das Abkommen war ursprünglich für den Zeitraum von 1976 bis 1981 (jeweils 1.10. bis 30.9.) geschlossen worden und wurde bereits für 1982 verlängert. Es beinhaltet für die UdSSR die Verpflichtung zur Abnahme von 6 Mio. [Tonnen] Getreide und das Recht auf den Kauf weiterer 2 Mio. Tonnen ohne vorherige Konsultation der US-Regierung. Die USA wollen jedoch laut Minister Block im neuen Abkommensjahr wesentlich mehr als diese Mengen an die UdSSR absetzen. 1982 hatten die USA der UdSSR 23 Mio. Tonnen Getreide zum Kauf angeboten. Davon sind nach offiziellen Angaben bis Mitte Juni 13,9 Mio. Tonnen kontrahiert worden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3656; Referat 421, Bd. 141331.

essen und unsere Wähler. Aber er möchte in diesen Fragen keine Eskalation der Auseinandersetzung.

Seine wirkliche Sorge ist, daß das amerikanische Budgetdefizit und die hohen Zinsen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen die Weltwirtschaft als ganze zu ruinieren drohen.

Auf Einwurf Burns', daß er ja recht habe, auch in der Sanktionsfrage auf Konsultationen zu bestehen, erinnert er an Reagans Anregung im Gespräch im Bundeskanzleramt am 9. Juni, der Bundeskanzler solle in der Frage der Wirtschaftssanktionen eine vermittelnde Rolle zwischen USA und SU spielen. Er hat deutlich gemacht, daß dies nicht seine Rolle sein könne. Er hat auch nicht verschwiegen, daß er über ein solches Ansinnen sehr erstaunt war. Präsident Reagan hat allerdings die Chance nicht wahrgenommen, seine Anregung zu korrigieren.

*Burns* erläutert, daß der Präsident nicht an eine Vermittlerrolle des Bundeskanzlers gedacht hat. Reagan wollte vielmehr die ganze Auseinandersetzung über das Gas-Röhren-Geschäft fallenlassen und suchte beim Kanzler nach einem Ansatz, der ihm politisch weiterhelfen könnte.

Er möchte zurückkommen auf die Frage der Ostkredite. Der letzte deutsche Vorschlag von Frau Steeg war ein großer Fortschritt und wurde in Washington akzeptiert.<sup>10</sup> Auch die Italiener und vielleicht auch die Briten konnten dafür gewonnen werden, nur die Franzosen waren dagegen. Er deutet an, daß eine Weiterverfolgung dieses Vorschlags zu einer Begrenzung der Ostkredite den Amerikanern eine mögliche Revision der Sanktionsentscheidung erleichtern könnte.

*Bundeskanzler* möchte jetzt auf diese Vorstellungen nicht eingehen. Man muß in Rechnung stellen, daß auch die anderen europäischen Länder ihre eigenen Interessen verfolgen. Er fragt nach den wirklichen Gründen für Haigs Rücktritt.<sup>11</sup>

*Burns* betont, daß Haig ein außerordentlich guter Außenminister war, der in der Führungsgruppe der Republikaner derjenige war, der am meisten von Europa und anderen Ländern verstand. Aber er war sehr kämpferisch und – vielleicht

<sup>10</sup> Zum Thema „Kreditbeziehungen zur Sowjetunion“ vermerkte Referat 422 am 9. Juli 1982: „Innerhalb der Bundesregierung war vor dem Versailler Wirtschaftsgipfel Einigkeit darüber erzielt worden, daß wir einige, von Frau MD Steeg, BMWi, erarbeitete Vorschläge für ein abgestimmtes Vorgehen der westlichen Haupthandelspartner der SU zur Diskussion stellen könnten. Diese Vorschläge, die mehrfache Umformungen erfahren haben, sind in ihrer Substanz in der Vorbereitungsphase des Wirtschaftsgipfels bereits erörtert worden, haben sich jedoch als nicht konsensfähig erwiesen. Es handelte sich im wesentlichen um folgende Vorschläge: a) Erhöhung der An- und Zwischenzahlungen bei verbürgten Ausfuhrkrediten (bisher 15%) auf 20 bis höchstens 25% (in keinem Falle, wie von US-Seite gewünscht, auf 40%). b) Erhöhung der Exportversicherungsprämien. Allerdings würde dies bei uns zu erheblichen Schwierigkeiten geführt haben, weil wir bisher nur eine Einheitsprämie für alle Länder haben. Da unsere Prämien im Vergleich zu denen anderer Exportländer bereits jetzt relativ hoch sind, wäre gerade diese Maßnahme nach Auffassung des Bundeskanzlers nur in Betracht gekommen, wenn der Grundsatz des *burden sharing* hier in besonderem Maße Beachtung findet. c) Verkürzung der Höchstkreditlaufzeit von 8,5 auf 5 Jahre. Durch die im OECD-Konsensus am 6.7. in Kraft getretene Heraufstufung der SU in die Kategorie der relativ wohlhabenden Länder wird dies zwar erleichtert, aber noch nicht bewirkt, da Gewährung von 8,5 Jahren nach vorheriger Notifikation innerhalb der OECD-Partner grundsätzlich möglich bleibt. d) Dagegen kam ein Eingehen auf amerikanische Wünsche nach einer Plafondierung der SU-Bürgschaften für uns nicht in Betracht.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140085.

<sup>11</sup> Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 194, Anm. 10.

aus einer gewissen Unsicherheit heraus – zu stark auf den Ausbau seiner eigenen Position bezogen. Schon am ersten Tag nach seiner Nominierung forderte er eine Ausdehnung seiner Vollmachten.

Er ist wohl zurückgetreten, weil er einfach den täglichen Kleinkampf satt hatte. Sicher spielten die Fragen Libanon<sup>12</sup> und Sanktionen eine Rolle. Aber der Hauptgrund war wohl die kleinliche Auseinandersetzung, mit der er laufend konfrontiert wurde. Ein Beispiel war, daß man keinen Platz für ihn im Helikopter des Präsidenten von Köln nach Bonn reserviert hatte. Eine Fülle solch kleiner Dinge habe ihm das Leben schwermgemacht.

*Bundeskanzler:* Als Folge der amerikanischen Entscheidungen seit Rückkehr Reagans nach Washington sind jetzt die europäisch-amerikanischen Beziehungen schlechter als vor der Reise. Alle Europäer teilen dieses Urteil.

*Burns* meint, daß dies für Beziehungen zwischen den Regierungen und einigen Geschäftsleuten gelten mag, nicht aber für das deutsche Volk als Ganzes. Die guten Wirkungen der Reden Reagans<sup>13</sup> sind in der deutschen Öffentlichkeit weiterhin spürbar.

Auf Frage des Bundeskanzlers, wie George Shultz mit dieser schwierigen Erbschaft fertig wird, meint er, daß Shultz ein Meister der Versöhnung ist. Er selbst hat ihn seinerzeit in die Nixon-Regierung gebracht. Er hat sich im schwierigen Feld der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern brillant geschlagen. Auf Hinweis des Bundeskanzlers, seine Stellung werde auch deswegen stark sein, weil sich die Regierung nicht leisten kann, einen zweiten Außenminister zu verlieren, meint er, dies möge wahr sein. Aber es entspräche sicherlich nicht dem Stil von George Shultz, das auszusprechen. Er hat ihn bei den Treffen der Wirtschaftsberater immer wegen seines außerordentlich verbindlichen und damit persönlich überzeugenden Stils geschätzt.

*Bundeskanzler* hofft sehr auf einen Erfolg von George Shultz. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Wenn es nicht zu einer wirklichen Senkung der Zinsen bis zum März 1983 kommt, müssen wir mit einer weltweiten Depression rechnen.

*Burns* meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß er nicht mit einem Ende der Haushaltsberatungen vor den November-Wahlen<sup>14</sup> rechnet. Er möchte dem Präsidenten empfehlen, den alten Kongreß direkt nach den Wahlen zurückzuberufen zu einer Sondersitzung, um den Haushalt noch vor Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen. Dabei müßte das Defizit wesentlich reduziert werden. Wenn das nicht vor Ende 1982 geschieht, wird der Haushalt vom neuen Kongreß erst sechs Monate später verabschiedet werden können – ein für die wirtschaftliche Entwicklung vitaler Unterschied.

<sup>12</sup> Zum Krieg im Libanon vgl. Dok. 197, Anm. 3.

<sup>13</sup> Am 9. Juni 1982 sprach Präsident Reagan vor dem Bundestag. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 754–759. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 121, S. 6372–6381.

Bei seinem Besuch am 11. Juni 1982 in Berlin (West) hielt Reagan vor dem Charlottenburger Schloß eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

<sup>14</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

*Bundeskanzler* stellt fest, daß er, wenn er nach der Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gefragt wird, keine andere Möglichkeit hat, als auf die verfehlte Wirtschaftspolitik der USA zu verweisen.

*Burns*: Das ist auch gerechtfertigt, allerdings trägt auch die Wirtschaftspolitik anderer Länder dazu bei.

*Bundeskanzler*: Ja, aber die schiere Größe der amerikanischen Volkswirtschaft weist die Hauptverantwortung Washington zu. Er versteht die Überlegungen Reagans, aber er oder seine Berater scheinen sich nicht um die Auswirkungen ihrer Politik auf andere zu kümmern. Auch Reagan scheint das Weiße Haus nicht voll zu informieren, und die Geschäftsleute in New York scheinen ebenfalls keine Rücksicht auf andere Länder zu nehmen. Auf Einwurf Burns', daß der Business Council gegen die Reagan'sche Politik protestiert habe, meint er: Dann jedenfalls die Geschäftsleute in Kalifornien, wo die Wirtschaft weiterhin floriert.

Er betont noch einmal, daß ihm nichts anderes übrigbleibt, als die Verantwortung der amerikanischen Wirtschaftspolitik festzustellen. Man scheint in Washington heute ebenso wie zu Zeiten Carters nicht bereit zu sein zuzuhören. Die simplen ökonomischen Vorstellungen Mondales, der bei seiner Europa-Reise nach Amtsantritt<sup>15</sup> das Patentrezept anpries, jedem Bürger 50 Dollar zu überreichen, scheinen vorzuherrschen, diesmal nur in umgekehrter Richtung.

Man scheint nicht zu sehen, daß man mit dieser Wirtschaftspolitik in Italien und Frankreich kommunistischen Erfolgen die Tür öffnet und soziale Unruhen schafft in Großbritannien und selbst in Deutschland durch immer steigende Arbeitslosigkeit. Auch seine eigene Position wird schwieriger.

Ihm liegt daran, daß man in Washington zu sehen beginnt, wie die wirkliche Lage der anderen Volkswirtschaften sich infolge der amerikanischen Defizite und Hochzinsen entwickeln muß.

*Burns* betont, daß man auch diese Wahrheiten so zum Ausdruck bringen muß, daß man Freundschaften erhält und keine überflüssigen Reibungen schafft. Er rät dem Bundeskanzler, in seinen öffentlichen Reden vorsichtig zu sein.

Er hat sein Amt in Deutschland übernommen, weil er glaubte, seinen Beitrag leisten zu können, damit Deutschland und Amerika nicht auseinandertreiben. Das erscheint heute notwendiger als jemals. Er rät dem Bundeskanzler, im Gespräch mit George Shultz sich auf zwei Gedanken zu konzentrieren: Erstens die absolute Notwendigkeit, zu konsultieren. Das berührt auch den Stolz der Nationen. Zweitens die Kontinuität in der Außenpolitik, in der die Sowjetunion und ihre Alliierten dem Westen überlegen sind.

Wenn er auf diesen beiden einleuchtenden Punkten besteht, wird er dazu beitragen, die Lage zu verbessern. Eine zu harte öffentliche Sprache kann dagegen lediglich der eigenen Entlastung dienen.

*Bundeskanzler* bestätigt die hervorragende Bedeutung der Punkte. Er meint allerdings, daß man eventuell härtere Methoden braucht, um das Weiße Haus zum Nachdenken zu bringen.

<sup>15</sup> Der amerikanische Vizepräsident Mondale besuchte vom 24. bis 29. Januar 1977 den Ständigen NATO-Rat und die EG-Kommission in Brüssel, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien, Frankreich sowie die OECD in Paris. Für das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 25. Januar 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 14.

Er fragt nach Burns' Verständnis der amerikanischen Nahost-Politik. Besteht sie in mehr, als Begin völlige Handlungsfreiheit zu geben, der sie zu einer Politik nutzt, die letzten Endes auch den jüdischen Staat zerstören kann?

*Burns* bedauert Begins Invasion des Libanon, meint aber, daß man die jetzt entstandene Situation nutzen müsse, um die Integrität des Libanon wiederherzustellen und die PLO auszuschalten.

*Bundeskanzler* meint, dies könne nur dazu führen, daß sich die PLO dann anderswo an noch gefährlicherer Stelle, z. B. in den Emiraten, etabliert und zur Destabilisierung der Region beiträgt. Begin schafft einen Herrschaftsbereich, in dem bald mehr Araber leben als Juden und dessen Zusammenhalt er auf die Art und Weise in Frage stellt.

Wir halten uns zurück, zweifeln aber zutiefst an der Weisheit der amerikanischen und israelischen Politik. Haig hat sich zu sehr nach den Wählerstimmen von New York gerichtet.

*Burns* meint, daß Haig die Lage zu sehr unter dem militärischen Aspekt betrachtete. Im Pentagon sitzen zur Zeit Leute, die die Lage weniger militärisch sehen. Haig aber sah mit Recht in der israelischen Armee die beste Armee der Welt und sah in den israelischen Erfolgen den Beweis für die absolute Überlegenheit amerikanischer Waffen. Beides hat die amerikanischen Militärs sehr ermutigt.

*Bundeskanzler* betont, daß militärische Mittel in dieser Lage nicht zum Erfolg führen. Wichtiger als militärische Erfolge ist das Verständnis für die komplizierte Balance der voneinander abhängigen kleinen Staaten in der Region. Wahrscheinlich wird George Shultz vorsichtiger vorgehen, weil er die Araber besser kennt.

*Burns*: Shultz könnte vor dem Senat<sup>16</sup> in Schwierigkeiten kommen, weil er inzwischen der dritte Mann von Bechtel ist, der verantwortliche Positionen in Washington übernimmt. Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß Clausen seine neue Aufgabe als Weltbankpräsident gern erfüllt und als erfahrener Bankier offensichtlich besser wahrnimmt als McNamara.

Er möchte ihn zum Abschluß des Gesprächs noch seine persönliche Prognose für die Entwicklung der amerikanischen Volkswirtschaft wissen lassen: In der zweiten Hälfte 1982 werden die Konsumausgaben aufgrund der Steuererleichterungen und der Steigerung der Sozialleistungen steigen. Das persönliche Einkommen wird real steigen. Die Kreditaufnahme für konsumtive Zwecke wird sinken. Gleichzeitig wird der private Hausbau gering bleiben, Geschäftsinvestitionen sinken, die Exporttätigkeit schwächer werden. Er rechnet insgesamt mit einer jährlichen Wachstumsrate von zwei bis drei Prozent, d. h. einer noch etwas anfälligen wirtschaftlichen Gesundung. Er stimmt dem Einwurf des Bundes-

<sup>16</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 13. Juli 1982 über den ersten Teil der Anhörung des designierten amerikanischen Außenministers Shultz durch den Auswärtigen Ausschuß des Senats am selben Tag: „Auf Frage von Senator Pell, wie er die Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft beurteile, nachdem er sich früher gegen wirtschaftliche Sanktionen zu politischen Zwecken ausgesprochen habe, erwiderte Shultz, er halte Handelssanktionen als Werkzeug der Diplomatie zwar grundsätzlich für keine gute Idee, doch gebe es Situationen, in denen man dazu greifen müsse. Er verstehe und billige voll die Entscheidung des Präsidenten angesichts der ‚schrecklichen Dinge‘, die in Polen geschähen. [...] Das Hearing dürfte morgen am späten Vormittag abgeschlossen werden. Mit dem Bestätigungsbeschluß des Senats wird bereits zum 15. Juli gerechnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3094; Referat 204, Bd. 124928.

kanzlers zu, daß sich diese Entwicklung kaum vor einer endgültigen Entscheidung über den Haushalt 1983 einstellen wird.

*Bundeskanzler* betont noch einmal, daß die Welt es sich nicht leisten kann, eine weltwirtschaftliche Führungsmacht zu haben ohne einen Haushalt und mit einem überhöhten Budget-Defizit.

Aber das Gefährliche ist, daß das Weiße Haus nicht einmal zuzuhören scheint und den Europäern den Eindruck der Arroganz vermittelt. Dazu kommen Journalisten wie z.B. Safire, den Burns ihm zugeführt hatte, die im atlantischen Verhältnis Unheil stiften. Die jüngste Feststellung des SACEUR<sup>17</sup>, daß er im Konfliktfall zu 90% europäische Truppen befehligt, wird in den Vereinigten Staaten einfach verschwiegen.

*Burns* wiederholt abschließend noch einmal seinen Ratschlag, im Gespräch mit George Schultz vor allem auf der Notwendigkeit von Konsultationen zu beharren, wenn man die Einheit der westlichen Welt bewahren möchte. Schon der Nationalstolz der einzelnen Staaten erfordere dies.

Er zeigt sich überzeugt, daß das Weiße Haus letztlich auf den Kanzler hören wird, rät aber erneut zur Zurückhaltung bei der Kritik an der amerikanischen Wirtschaftspolitik in den öffentlichen Reden. In seinen Gesprächen und im Lakeside Talk im Bohemian Grove sollte er dagegen auch seine kritischen Gedanken und Überlegungen sehr offen ansprechen. Er kann dort auf Verständnis, Widerhall und wirklichen Einfluß hoffen.

**VS-Bd. 14106 (010)**

208

### Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 313**  
**Citissime**

**Aufgabe: 13. Juli 1982, 11.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 13. Juli 1982, 15.28 Uhr**

Betr.: Besuch Bundesminister Genscher in Amman vom 12. bis 14.7.1982;  
hier: Gespräch mit König Hussein

Vom Programm abweichend fand noch am Ankunftstag ein vorgezogenes Gespräch mit König Hussein statt. Bei diesem Gespräch kam sehr stark die jordanische Sorge zum Ausdruck, daß Israel mit der Aggression im Libanon<sup>2</sup> vom

<sup>17</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin Zenker am 14. Juli 1982 vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler „nach Rückkehr“ sowie an Vortragenden Legationsrat Schnittger und Legationsrat Gläser verfügte.  
Hat Fiedler, Schnittger und Gläser vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Krieg im Libanon vgl. Dok. 197, Anm. 3.  
Ministerialdirektor Gorenflös legte Bundesminister Genscher am 13. Juli 1982 einen Sprechzettel

Kernproblem ablenken wolle. Es sei der „Verrücktheit“ Begins auch durchaus zuzutrauen, daß er eines Tages auch den Konflikt mit Jordanien wolle, um die Lösung des Palästinenserproblems auf einem Territorium zu suchen, das gar nicht Palästina sei (Jordanien).

König Hussein bedauerte die Uneinigkeit im arabischen Lager, wies jedoch auf die positiven Ansätze des Zusammenwirkens der gemäßigten arabischen Regierungen hin. Insbesondere betonte er die engen Kontakte mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und mit Saudi-Arabien.

Falls es zu der von Präsident Bourguiba vorgeschlagenen arabischen Gipfelkonferenz<sup>3</sup> komme, dürfe man nicht nur über Libanon reden, sondern müsse auch den irakisch-iranischen Konflikt<sup>4</sup> behandeln.

Als Hauptproblem der Araber bezeichnet König Hussein derzeit die Politik Washingtons, dessen Ansehen in der Region erheblich gelitten habe. Es sei ein Glück, daß wenigstens zwischen den Positionen Europas und der gemäßigten arabischen Länder, insbesondere Jordaniens, weitgehende Übereinstimmung herrsche, häufig sogar mehr als zwischen denen mancher arabischer Staaten. Die verständnisvolle Politik Europas habe auch wesentlich dazu beigetragen, die anti-westlichen Emotionen, vor allem in Flüchtlingslagern Jordaniens und im besetzten Gebiet, aufzufangen und einzuräumen.

König Hussein äußerte sich sehr besorgt über eine Fortdauer des Golfkonflikts, durch den das Eindringen des internationalen Kommunismus in die Region begünstigt werde. Die SU unterstütze den Iran direkt und indirekt über Libyen und Syrien. Dieser Konflikt müsse so bald wie möglich beendet werden. Er habe daher auch Saddam Hussein zum Waffenstillstand und zur Räumung der besetzten Gebiete gedrängt.

König Hussein wich der Frage von BM Genscher nach Beurteilung der Führungsspitze der PLO aus. Hussein sagte, es sei klar, daß mit einer Vernichtung der bisherigen Führung in Beirut das palästinensische Problem nicht aus der Welt sei. Daher sollte auch jede Demütigung der 6000 palästinensischen Kämpfer in Beirut vermieden werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1095*

zur Lage im Libanon vor. Im Zusammenhang mit der Vermittlungsmission des amerikanischen Sonderbotschafters Habib wurde darin festgehalten: „Israel drängt Habib, der sich von der PLO habe täuschen lassen, zu größerem Tempo und droht weiter mit militärischem Vorgehen gegen West-Beirut. Israel, das trotz Waffenstillstand kleinere Positionsverbesserungen am Stadtrand West-Beiruts erzielen konnte, würde Gefahr laufen, bei Eindringen in Beirut eigene hohe Verluste zu erleiden; bei Beschränkung auf Luft- und Artillerieangriffe hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung zu verursachen und deshalb weitere internationale Kritik auf sich zu ziehen; bei Nichtstun unglaubwürdig zu werden. PLO spielt angesichts dieses Dilemmas auf Zeitgewinn und hofft auf Entlastung durch Weltmeinung (= israelische Selbstdiskreditierung) und Anlaufen arabischer Gegenmaßnahmen. Israelische Einheiten im Süden machen Anstalten, sich auf Verbleiben über den kommenden Winter hinweg einzurichten. [...] Syrien verweigert Aufnahme der PLO-Truppen (nicht Führung) mit Argumenten, es fehlten Unterbringungsmöglichkeiten und Platz der PLO sei Libanon. Neben Umständen, daß Syrien mit Palästinenserlagern stets Kontrollprobleme hatte, mit Arafats Fatah seit längerem zerstritten ist, dürfte hierbei Ärger eine Rolle spielen, von Habib lange übergangen worden zu sein.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135719.

<sup>3</sup> Vom 6. bis 9. September 1982 fand in Fes eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 566–568.

<sup>4</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 194, Anm. 23.

Jordanien sei bereit, diejenigen aufzunehmen, die jordanische Pässe haben. Es dürfte sich um 600 bis 800 PLA-Mitglieder handeln. Auch die übrigen müßten jeweils in ihre Heimatstaaten zurückkehren, sei es nach Pakistan, Syrien oder Bangladesch<sup>5</sup>.

Im Grunde genommen sei damit zu rechnen, daß die Verteilung relativ problemlos erfolgen könne.

König Hussein wies mehrmals noch auf die Bedeutung des Dialogs mit Europa hin und schlug, einen Gedanken von AM Kasim aufgreifend, vor die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die aus Vertretern europäischer und gemäßigter arabischer Staaten<sup>6</sup> bestehen sollte und wichtige Fragen, wie z. B. das Sicherheitsbedürfnis Israels oder aber die Grenzen Israels, behandeln könnte. BM Genscher sagte zu, jordanische Vorstellungen dieser Art in die Beratungen der EG einzubringen. König Hussein begrüßte nachdrücklich unser Festhalten an den Grundsätzen der Venedig-Erklärung<sup>7</sup>.

Über das heute anstehende Gespräch mit Ministerpräsident Badran und die Konsultation mit AM Kasim wird gesondert berichtet.<sup>8</sup>

[gez.] Munz

**Referat 310, Bd. 135712**

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr realistisch.“

<sup>6</sup> Der Passus „Arbeitsgruppe ... Staaten“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>8</sup> Botschafter Munz, Amman, berichtete am 14. Juli 1982: „Nach dem Gespräch mit König Hussein am Ankunftstag [...] verliefen die Gespräche am gestrigen Tage mit MP Badran und AM Marwan Kasim wiederum in sehr freundschaftlicher und vertrauensvoller Atmosphäre. MP Badran bezeichnete die Libanon-Aktion als erneutes Beispiel israelischer Aggressionspolitik, das u. a. auch das Ziel verfolge, von früheren Aggressionen wie die Annektierung Jerusalems, der Golan-Höhen, der Absetzung der Bürgermeister auf der Westbank abzulenken. [...] In den Gesprächen mit AM Kasim wurden einige Fragen noch vertieft. Kasim wies auf die erfolgreich praktizierte propagandistische Verwendung des Begriffes der Sicherheit Israels in der westlichen Welt hin, mit dem Beginn seine Aggressionspolitik zu rechtfertigen pflege. Allmählich sollte dieses Argument entwertet sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 315; Referat 310, Bd. 135712.

209

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

14. Juli 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Haughey,  
Dienstag, 13. Juli 1982, 10.00 Uhr bis ca. 12.30 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen als Note-taker teil: Frank Dunlop (Pressesprecher des PM), MDg Dr. Zeller

Aus dem Gespräch halte ich folgendes fest:

Haughey berichtet einleitend auf Ihre Frage über die wirtschaftliche Lage in Irland, die er als schwierig bezeichnet. (Sie werfen ein, das gelte für die übrigen europäischen Länder auch, ausgenommen die Schweiz und Österreich.) Irische Regierung bemühe sich, das Haushaltsdefizit zu verringern; es betrage z. Z. 6% des BSP. Regierungsausgaben würden heruntergefahren, nicht nur im sozialen Bereich, sondern generell. Er finde für diese härtere Politik zunehmend öffentliche Zustimmung.

Sie berichten von den bei uns getroffenen Maßnahmen und den politischen Reaktionen darauf. Sie vergleichen sodann die wichtigsten Indikatoren der beiden Volkswirtschaften. Dabei stimmen Sie Haughey zu, daß die Inflationsrate sinke. Dies habe aber mit fallender Nachfrage zu tun, sowohl im Investitionsbereich wie im Bereich der Verbrauchsausgaben.

Sie geben sodann eine Bewertung der amerikanischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik und der Folgen, die sie für unsere Volkswirtschaften hat.<sup>3</sup> Sie wür-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 14. Juli 1982 über Ministerialdirektor von der Gablentz und Staatssekretär Konow, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Zeller: „Als Anlage lege ich einen Vermerk über Ihr Gespräch mit PM Haughey mit der Bitte um Zustimmung vor. BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie des Vermerks erhalten. M[eines] E[rachtens] sollte auch BM Graf Lambsdorff eine Kopie erhalten. Für das weitere Vorgehen ist folgendes festzuhalten: 1) Sie haben PM Haughey in Aussicht gestellt, AL 4 zu exploratorischen Gesprächen noch vor dem 15. August nach Dublin zu entsenden. Danach sollte geprüft werden, ob deutsch-irische Gespräche über das von Haughey vorgeschlagene ‚Abkommen‘ durch die zuständigen Ressorts aufgenommen werden sollten. Irischer Kontaktpartner für AL 4 wäre zunächst Frank Dunlop im Amt des PM. Ich habe Botschafter Lahusen unterrichtet. Die Reise von AL 4 sollte mit seiner Unterstützung und in Abstimmung mit dem AA vorbereitet werden. Die von dem Mitarbeiter des Taoiseach mir übergebene Studie über die Celtic Sea habe ich AL 4 direkt zugestellt. Sie baten, AL 4 mitzuteilen, daß er Sie auf diesen Auftrag ansprechen könne. 2) Sie wollten prüfen lassen, ob die deutsche Fischindustrie an Investitionen in Irland interessiert sei.“

Hat Gablentz und Konow am 14. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt am 15. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Anlage nicht gelesen. 2) B[itte] w[eiteres] V[erfahren] wie vorgeschlagen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Haughey hielt sich am 12./13. Juli 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

den versuchen, bei Ihrem bevorstehenden USA-Besuch<sup>4</sup> das Bewußtsein von der Verantwortung der US-Wirtschaft für den Zustand der Weltwirtschaft zu schärfen.

Sie bewerten sodann die laufenden START- und INF-Gespräche.<sup>5</sup>

Haughey knüpft an das mit Ihnen beim ER geführte Gespräch über Energiefragen an.<sup>6</sup> Man habe im Küstenbereich große Mengen von Öl und Gas entdeckt; er räumt jedoch später ein, daß endgültige Ergebnisse noch nicht vorlägen. Irland selbst benötige jährlich lediglich 5 Mio. Tonnen Rohöl. Er habe Interesse, ein Abkommen mit uns zu schließen.

Sie erläutern die Position der DEMINEX anhand der vom BMWi übersandten Unterlagen mit der Schlußfolgerung, daß DEMINEX ein weiteres Engagement für zu kostspielig und zu risikoreich ansehe.

PM entgegnet, daß die Lage sich gewandelt habe. Das Portupine-Becken sei weiterhin gut; die Aufmerksamkeit konzentriere sich jetzt jedoch auf das Celtic Sea Basin. Dort habe man eine Kalkschicht durchstoßen und gehe jetzt davon aus, daß die Vorräte im Celtic Sea Basin denen in der Nordsee gleichwertig seien. Er erläutert dies anhand eines Sprechzettels, verweist zusätzlich auf einen Bericht, den er am Ende des Gesprächs übergibt. 120 Blöcke würden noch ab diesem Jahr ausgebeutet werden. Die Gulf Oil sei maßgeblich beteiligt.

Sie verweisen darauf, daß die uns vorliegenden Informationen offenbar nicht auf dem letzten Stand seien. Die Zahl der zur Nutzung verliehenen Blöcke stimme nicht mit der von Haughey genannten überein. Außerdem sei offenbar auch Exxon beteiligt, während unsere Unterlagen das Gegenteil behaupteten. Sie weisen darauf hin, daß der Regierung eigene Unterlagen nicht zur Verfügung stünden, daß wir vielmehr auf die Angaben von Firmen angewiesen seien.

Haughey erläutert sein Konzept wie folgt: Er gehe davon aus, daß es unser Interesse sei, Rohöl zu erhalten. Dies bekämen wir weder von Großbritannien noch von Norwegen. Es sollte auch das Interesse der irischen Regierung sein, kein Rohöl zu verkaufen. Seine Regierung sei jedoch dazu bereit, wenn wir im Gegenzug Investitionen in Irland tätigen würden. Er verweist darauf, daß sich die amerikanischen Gesellschaften stärker im irischen Gewässer engagieren würden.

Sie erklären sich bereit, der Sache weiterhin nachzugehen.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

<sup>5</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187 und Dok. 228.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, legte Bundeskanzler Schmidt am 30. Juni 1982 einen Vermerk vor „über die Angaben, die Sie mir zu Ihren Gesprächen beim Europäischen Rat gemacht haben“. Darin hieß es zum Gespräch mit Ministerpräsident Haughey: „Mit PM Haughey vereinbarten Sie ein Treffen im Juli (drei Stunden). Haughey erläuterte, daß es in der See um Irland (Celtic Sea Basin) reiche Ölvorkommen gebe. Die Ergebnisse der Prospektion amerikanischer Gesellschaften seien ermutigend. Sie wollen, daß dies von DEMINEX und VEBA überprüft wird. Haughey wünscht sehr die Mitarbeit deutscher Firmen in diesem Bereich. Er würde es begrüßen, wenn Erlöse dann in Irland investiert würden.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

Haughey ergänzt, daß die amerikanischen Gesellschaften an die irische Regierung verkaufen würden; seine Regierung sei bereit, dann an uns zu zedieren.

Auf Ihre Frage, wie lange es dauern könne, bis man Gewißheit über die Ölvorkommen habe, entgegnet Haughey, daß dies in sechs Monaten der Fall sei. Er habe Anhaltspunkte, daß es sich auch um Vorkommen in niedrigem Wasser und in Küstennähe handeln würde. Die irische Regierung beabsichtige, das Rohöl in einer Pipeline von Cork nach Dublin zu transportieren.

Ihm gehe es um ein Abkommen mit der deutschen Regierung. Vielleicht sollte man daran denken, einen hochrangigen Ausschuß zu bilden. Die ganze Angelegenheit solle vertraulich behandelt werden.

PM faßt das Quidproquo erneut in den Worten zusammen: Rohöl gegen deutsche Investitionen. Wenn nötig, könne man den Amerikanern sagen, ihre Arbeiten zu beschleunigen.

Nach Erörterungen über geeignete Gesprächspartner bieten Sie an, AL4<sup>7</sup> zu exploratorischen Gesprächen nach Dublin zu schicken. Danach könne man sehen, ob die zuständigen Beamten aus den Wirtschaftsministerien zusammentreffen sollten.

Haughey präzisiert, daß die erbetene Vertraulichkeit insbesondere für den Gedanken eines Abkommens (Investitionen gegen Rohöl) gelten solle.

Er macht sodann Ausführungen darüber, daß Gaslieferungen aus dem Feld von der Größenordnung des Gasgeschäfts mit der Sowjetunion<sup>8</sup> sein könnten.

Er erläutert, daß Irland über eine Raffinerie im Staatsbesitz verfüge, mit der die amerikanischen Gesellschaften zusammenarbeiteten. Der irische Staat habe sie errichtet, als die Ölkrise begann.

PM äußert sich sehr befriedigt über die Arbeit von 120 deutsch-irischen Gemeinschaftsunternehmen. Durch sie seien 10000 Arbeitsplätze in Irland geschaffen worden. Auch die Handelskammer arbeite gut. Ihm schwebte vor, daß durch deutsche Investitionen weitere 10000 Arbeitsplätze in Irland geschaffen würden. Ihre Frage nach irisch-britischer Zusammenarbeit beantwortet Haughey negativ: Die Briten würden den Iren nie etwas geben.

Er bedauert die Rückschläge in Nordirland. Das britische Verhalten gegenüber den IRA-Häftlingen habe sehr nachteilige psychologische Wirkungen gezeigt.<sup>9</sup>

Sie führen einen kurzen Meinungs austausch zu Falkland und den innenpolitischen Folgen in GB. Sie hätten einen solchen Ausbruch nationalistischer Gefühle in Großbritannien nicht für möglich gehalten. PM Thatcher sei freilich dadurch gestärkt worden.

<sup>7</sup> Hermann Heick.

<sup>8</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 20.

<sup>9</sup> Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 7. Oktober 1981: „Der Hungerstreik im Maze-Gefängnis wurde nach mehr als sechsmonatiger Dauer und dem Tod von insgesamt zehn Häftlingen am 3. Oktober beendet. Die Regierung hat ihren Standpunkt – den IRA-Häftlingen keinen Sonderstatus zuzugestehen und erst nach Beendigung des Streiks und ohne Verhandlungen mit der IRA Verbesserungen im nordirischen Gefängnisssystem zu erwägen – konsequent durchhalten können. Nordirland-Minister Prior hat in einer Erklärung am 6. Oktober Verbesserungen bekanntgegeben, die allen in Nordirland einsitzenden Gefangenen zugute kommen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1496; Referat 204, Bd. 123325.

Sie bemerken, daß PM Thatcher sehr wohl die Fehler Reagans in seiner Wirtschaftspolitik verstehe und mißbillige. Sie fügen im späteren Verlauf des Gesprächs hinzu, PM Thatcher sei auch derjenige europäische Regierungschef, auf den man, wegen gleicher Ausrichtung der Wirtschaftspolitiken, in Washington vielleicht am meisten höre.

Haughey äußert sich sehr skeptisch über die britische Nordirland-Politik.

Er spricht das irische Wohnungsbauprojekt an, gegen das er intern und persönlich jedoch Vorbehalte hat.

Sie verweisen auf unsere Nettoleistungen in Höhe von 6,5 Mrd. DM und schließen daran die Bemerkung, daß unsere Position als einziger Nettozahler sehr abträglich für den Zusammenhalt der Gemeinschaft sei. In solch einer Lage müßten wir uns gegen neue Projekte wehren, da sie im Ergebnis stets unser Geld kosten würden.<sup>10</sup> Staaten von vergleichbarer Wirtschaftskraft wie die Benelux-Länder und Dänemark seien Nettoempfänger. Hinzu komme, daß diese Staaten Anleihen auf dem deutschen Markt plazierten, und dies etwa in Höhe unseres Nettobeitrags für die Gemeinschaft. Dies würde unsere Bemühungen, den Zinssatz niedrig zu halten, nicht erleichtern. Der Zinssatz bei uns sei wieder auf 9,5% gestiegen, was einer realen Zinsrate von 4% entspreche. Was wir jedoch brauchten, sei ein Zinssatz von 7%. Eine reale Zinsrate von 4% sei tödlich für den Wohnungsbau, da niemand bei fallendem Einkommen Hypotheken mit diesem Zinssatz bedienen könne.

Haughey spricht die amerikanische Weigerung an, die Seerechtskonferenzakte zu zeichnen.<sup>11</sup>

Sie entgegnen, daß wir weiter prüfen würden; wir wollten uns dazu Zeit lassen.

Haughey bemerkt, daß im irischen Shelf-Gebiet voraussichtlich auch andere Rohstoffe zu finden seien; Ausbeutungsrechte könnten in das von ihm vorgeschlagene deutsch-irische Abkommen einbezogen werden.

Sie bemerken, daß dies langfristig von Interesse sein könnte, und schließen die Frage an, ob ein derartiges Abkommen von der irischen öffentlichen Meinung akzeptiert würde.

Haughey bejaht dies, sofern das Abkommen ausgewogen sei und sich günstig für die industrielle Entwicklung Irlands auswirke. Er glaubt auch nicht, daß hierüber innenpolitische Kontroversen in Irland entstehen könnten, einige sozialistische Randgruppen ausgenommen.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Schmidt teilte Premierministerin Thatcher in einem Schreiben vom 20. Juli 1982 mit: „Sehr verehrte Frau Premierminister, mit Ihrer Botschaft vom 2. Juli 1982 haben Sie mir Ihre Erwartungen dargelegt, die Sie mit einer Sonderaktion der Europäischen Gemeinschaft zugunsten des Wohnungsbaus in Nordirland verbinden. Ich räume ein, daß die besonders schwierige Lage der Bevölkerung Nordirlands einen Akt gemeinschaftlicher Solidarität wünschenswert erscheinen ließe. Gleichwohl kann ich der Förderung des Wohnungsbaus aus Mitteln der Gemeinschaft aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen. Äußerungen einiger Mitgliedstaaten haben deutlich gemacht, daß sie über diese Maßnahme den Einstieg in eine Wohnungsbaupolitik der Gemeinschaft suchen, die wir nicht zuletzt wegen der nicht absehbaren finanziellen Konsequenzen für den EG-Haushalt ablehnen müssen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124943.

<sup>11</sup> Zu den Vorbehalten der USA gegenüber einem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vgl. Dok. 56, Anm. 23.

Die Frage Haugheys nach deutscher Expertise auf dem Gebiet des Tiefseebergbaus beantworten Sie positiv; jedenfalls habe man Ihnen so berichtet.

Haughey bemerkt, daß Irland auf diesem Gebiet nicht seine eigene Technologie entwickeln könne. Auch die Zusammenarbeit hierbei könne Teil des deutsch-irischen Abkommens sein.

Sie schließen hieran einige Bemerkungen über die amerikanische Haltung zur Seerechtskonferenz, zum Nord-Süd-Dialog<sup>12</sup> und auch in der Nahost-Krise. Die Neigung der USA sei es, zu sehr in militärischen Kategorien und zu wenig in Kategorien der Zusammenarbeit zu denken. Sie fragten sich, wie lange sich diese politische Philosophie durchsetzen könne. Sie erörtern sodann das Problem der Kontinuität in der amerikanischen Politik angesichts einer starken Kontinuität in der Sowjetunion.

Haughey wirft ein, daß Irland ähnliche Schwierigkeiten mit der britischen Regierung habe. So müsse jeder britischen Regierung das Nordirland-Problem erneut erklärt werden. Nordirland sei selbstverständlich das große Hindernis auf dem Wege befriedigender irisch-britischer Beziehungen. Er äußert sich zur Person Lord Carringtons und seiner Rolle zu Beginn der Falkland-Krise.<sup>13</sup> Seines Erachtens habe Lord Carrington ein Unterseeboot vor der argentinischen Invasion in den Südatlantik entsenden wollen. PM Thatcher habe sich dagegen ausgesprochen.

Die Europäer sollten sich jedenfalls dafür einsetzen, daß die Falkland-Frage eine befriedigende Lösung finden müsse.<sup>14</sup>

Sie bemerken, daß Ihrem Eindruck nach PM Thatcher die Falkland-Frage (in Abstimmung mit Argentinien) für unlösbar halte. Sie fragen Haughey, ob es zu Ausschreitungen kommen werde, wenn sich die Briten zurückziehen würden.

Haughey hält dies für unwahrscheinlich, da alle Betroffenen erschöpft seien.

Er macht sodann eine Bemerkung zu den sicherheitspolitischen Aspekten der Europäischen Akte, die Irland Probleme schaffen<sup>15</sup>, und erläutert die irische Position im Verhältnis zum Bündnis.

<sup>12</sup> Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 199, Anm. 26.

<sup>13</sup> Vgl. dazu den Rücktritt des britischen Außenministers Lord Carrington am 5. April 1982; Dok. 108, Anm. 7.

<sup>14</sup> Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 27. Juli 1982 für Bundesminister Genscher, der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen über die Falkland-Inseln werde sich „zunächst vor allem in die VN verlagern. Argentinien wird dort Kompensation für seine Niederlage suchen. Es kann dabei auf breite Sympathie und Unterstützung der Dritten Welt rechnen, die sich den argentinischen territorialen Anspruch schon seit langem zu eigen gemacht hat. [...] Wir haben uns bisher in der Souveränitätsfrage nicht festgelegt, so daß unsere Haltung nicht präjudiziert ist. Die Briten werden versuchen, uns auf ihre Linie einzuschwören. Wir müssen den Briten rechtzeitig klarmachen, daß die VN-Debatten kein Übungsfeld für Solidarität nach dem Beispiel unserer Haltung während des militärischen Konflikts sind, sondern daß wir hier unsere Haltung nach anderen Gesichtspunkten bestimmen. Auf der anderen Seite können wir in der Souveränitätsfrage nur schwer direkt gegen Großbritannien Stellung beziehen, so daß wir letztlich auf eine Enthaltungslinie hinauskommen werden [...]. Wir sollten jedoch diese Linie gegenüber den Briten so teuer wie möglich zu verkaufen suchen.“ Vgl. Referat 230, Bd. 128030.

<sup>15</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 145, Anm. 33.

Botschafter Lahusen, Dublin, informierte am 7. Juli 1982: „Die irische Regierung nimmt an den Beratungen zur Errichtung einer Politischen Union Europas zwar interessiert teil, hat es aber nicht eilig. Seit den Minderheitskabinetten FitzGerald (Juni 1981 bis Januar 1982) und Haughey (ab März 1982) zeigen sich wachsende innenpolitische Schwierigkeiten, weil die Regierungen von Neutralitäts-

Die regelmäßigen Treffen mit der britischen PM seien jetzt zum Stillstand gekommen. Grund dafür sei die irische Haltung in der Argentinien-Frage.

Auf Ihre Frage nach amerikanischem Interesse an den irischen Fragen bemerkt Haughey, daß hier traditionellerweise das Weiße Haus und das State Department verschiedene Politiken verfolgten. Das Weiße Haus sei immer sehr an den Irland-Problemen interessiert gewesen, das State Department nicht. Besonderes Interesse habe Kennedy den irischen Fragen entgegengebracht. Er schien sich für Irland auch einiges von einem Präsidenten Edward Kennedy zu versprechen. Kanada würde an Irland nicht mehr als sehr allgemeines Interesse nehmen.

Sie äußern Ihre große Bewunderung für PM Trudeau, der Sie von allen Regierungschefs am meisten beeindrucke. Er habe keinen persönlichen Ehrgeiz mehr und ihm gehe es nur darum, seinem eigenen Land zu dienen. Sie bezeichnen ihn als einen sehr nachdenklichen Menschen mit Tiefgang, der im übrigen ein sehr schwieriges Land zu regieren habe. Kanada sei ein unermeßlich großes Land und in seinen arktischen Teilen, d.h. nördlich des besiedelten Streifens von 150 bis 250 km Breite, von noch unbekanntem Reichtum. Sie berichten von Ihrem Besuchsvorhaben<sup>16</sup> und schließen einige Bemerkungen über die nicht unkritischen nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Kanada und den USA an.

Auf Frage Haugheys zu Lateinamerika verweisen Sie vor allem auf die Schlüsselstellung, die Brasilien mit seinem großen Land, seiner großen und sich rasch entwickelnden Bevölkerung in Zukunft zukomme. In Argentinien herrschten starre überkommene Klassenstrukturen. Sie berichten von dem vorzüglichen Eindruck, den MP Ulloa<sup>17</sup> und auch ein zweiter Peruaner, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar<sup>18</sup>, Ihnen gemacht habe. Sie bezeichnen Ulloa als einen hochgebildeten und sehr fähigen Regierungschef mit vorzüglichen Kenntnissen seiner lateinamerikanischen Umgebung.

Figueiredo habe Ihnen den Eindruck eines wohlwollenden Militärs gemacht.<sup>19</sup> Man müsse sich jedoch fragen, ob es in Brasilien gelingen werde, eine führungskräftige politische Klasse heranzuziehen. Das Land habe noch ungeheure Reserven.

Die Entwicklung in Zentralamerika sei schwer abzusehen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1102*

eingestellten Mehrheitsbeschaffern abhängig sind. Gewisse Formulierungen im Bereich der Sicherheit, die Irland angeblich in die Nähe einer Anlehnung an die NATO rücken, werfen große Probleme auf, trotz der irischen Bereitschaft, dem an der E[uropäischen]A[kte] besonders interessierten deutschen Partner möglichst keine Schwierigkeiten zu bereiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 204, Bd. 124949.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 30. Juli 1982 in Kanada auf. Vgl. dazu Dok. 223.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ulloa Elias am 2. Juli 1982 vgl. Dok. 199.

<sup>18</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 14. Juni 1982 in New York vgl. Dok. 182.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte Brasilien vom 3. bis 7. April 1979. Zu den Gesprächen mit Präsident Figueiredo vgl. AAPD 1979, I, Dok. 102.

Figueiredo hielt sich vom 17. bis 19. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Schmidt am 18. Mai 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 141.

Zu Nahost äußern Sie, ebenfalls auf eine Frage Haugheys, Ihre Zweifel, ob die Amerikaner genau wüßten, in welche Richtung sie gehen sollten. Sie habe am meisten beeindruckt, daß Mitterrand, von einer starken pro-israelischen Haltung ausgehend, jetzt stark auf die PLO Rücksicht nehme. Ein Denken in militärischen Kategorien genüge nicht, um der Nahost-Krise beizukommen; auch nicht die Reisediplomatie im Stile Kissingers, die Habib praktiziere<sup>20</sup>. Die Lage der Führungsschichten in Saudi-Arabien und in den Golf-Emiraten sei prekär, in letzteren vor allem, wenn man bedenke, welche Folgen ein weiterer Zustrom von Palästinensern in die dortigen Bürokratien haben würde. Ein Auszug der PLO aus Beirut stelle jedenfalls eine direkte Bedrohung der Emirate und ihrer Führerschaft dar.

Eine der Schwächen der amerikanischen Politik in Nahost sei es, daß sie den Israelis nie klar Grenzen für ihr Handeln gezogen hätten.

Für König Fahd sei der Feind Nr. 1 die SU, der Feind Nr. 2 die PLO und dann erst Israel.

Ein weiteres großes Unsicherheitspotential bestehe um das Rote Meer herum im Jemen, Somalia und Äthiopien. Hier könnten sich Unsicherheiten wie im Iran entwickeln. Auch die weitere Entwicklung in der Türkei sei mit Unsicherheiten behaftet.

Zu dem, was Haughey über die Europäische Akte gesagt habe, wollten Sie nur hinzufügen, daß für Sie die politische Diskussion unter den Europäern z. B. im Europäischen Rat überaus hilfreich sei. Das gelte z. B. für das Gespräch beim Essen beim letzten Europäischen Rat.<sup>21</sup>

Haughey stimmt zu; die Aussprache sei vorzüglich gewesen und insbesondere gut hinsichtlich der Lagebeurteilung in Osteuropa.

Zum Erweiterungsproblem bemerken Sie, daß die Frage der Überschüsse an Mittelmeergütern kein Grund sein sollte, um Spanien von der EG fernzuhalten. Freilich erwarteten sich Spanien<sup>22</sup> und Portugal<sup>23</sup> zusätzliche Zahlungen der Gemeinschaft in einem Augenblick, wo solche Zahlungen nicht möglich seien. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien seien kompliziert seit Napoleon. Spanien habe außerdem Probleme in seinen Beziehungen zu GB und zu

<sup>20</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib im Libanon-Krieg vgl. Dok. 208, Anm. 2.

<sup>21</sup> In dem Vermerk „über die Angaben, die Sie mir zu Ihren Gesprächen beim Europäischen Rat gemacht haben“, den Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Schmidt am 30. Juni 1982 vorlegte, wurde unter dem Punkt „Abendessen und Rückblick auf die Nachmittagssitzung“ ausgeführt: „Mitterrand sei über die US-Maßnahmen überaus verbittert gewesen. Er ging soweit zu sagen, daß er nicht mehr an dem nächsten Wirtschaftsgipfel teilnehmen werde, wenn die dort gefaßten Beschlüsse danach völlig ignoriert würden. PM Thatcher habe sich hinsichtlich der Embargomaßnahmen maßvoller, aber ebenso eindeutig geäußert.“ Weiter hieß es zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR: „Im Kreis der Regierungschefs bestand Übereinstimmung, daß es nach Versailles durch die US-Maßnahmen zu einem Vertrauensrutsch gekommen sei, der sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet auswirkt [...]. Längerer Meinungs-austausch auch zum Wechsel von Haig zu Shultz. Übereinstimmend sah man den eigentlichen Grund für den Rücktritt Haigs in seinen persönlichen Schwierigkeiten mit dem Weißen Haus. Das Faß zum Überlaufen habe gebracht, daß hinter dem Rücken Haigs die Ausweitung des Embargos beschlossen wurde; auch habe man Haig eine zu sehr Israel-freundliche Politik zum Vorwurf gemacht.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>22</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 196, Anm. 12.

<sup>23</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 198, Anm. 10.

Portugal. Wir müßten jedoch am spanischen Beitritt festhalten und sollten uns daran auch nicht durch F hindern lassen. Notwendig sei es freilich, lange Übergangszeiten vorzusehen. Derartige Übergangszeiten würden auch der spanischen Industrie zugute kommen, die sonst von der Konkurrenz der anderen westeuropäischen Industrien an die Wand gedrückt würde. Obwohl es gegen den portugiesischen Beitritt sehr viel weniger Widerstand gebe, so solle man Portugal doch keinen zeitlichen Vorsprung und damit eine Vorzugsbehandlung einräumen. Dies würde lediglich zu zusätzlichen Spannungen führen.

Wichtig sei es, Spanien und Portugal sofort als gleichberechtigte Mitglieder in die EPZ einzubeziehen.

Sie machen sodann noch einige Bemerkungen zur Baskenfrage, einem weiteren spanisch-französischen Problem. Innenpolitisch sehen Sie gewisse Instabilitäten in Spanien voraus. Calvo-Sotelo habe die Führerschaft über die UCD aufgegeben, in der es zur Zeit potentiell Spaltungserscheinungen gebe. Die spanischen Sozialisten würden zwar an Einfluß zunehmen, wie die Wahlen in Andalusien<sup>24</sup> gezeigt hätten; dieser Trend werde sich voraussichtlich auch in den allgemeinen Wahlen fortsetzen, ohne daß die Sozialisten dadurch stark genug würden, um die Regierung zu übernehmen<sup>25</sup>. Die bürgerlichen Parteien würden sich jedenfalls gegen sie zusammenschließen.

Calvo-Sotelo hege Abneigung gegen Suárez und wünsche nicht, daß er zurückkomme. Wahrscheinlich verdächtige er ihn auch, eine Koalition mit den Sozialisten eingehen zu wollen. Felipe González sei ein sehr guter Mann, habe aber Schwierigkeiten, die von seiner Partei errungenen Positionen mit guten Leuten zu besetzen. Er ist in Ihren Augen ein sehr guter gemäßigter Mann, angesichts einer freilich stramm sozialistischen Partei. Sie erläutern die Schwierigkeiten, die der Beitritt Spaniens zur NATO hinsichtlich der Kommandostrukturen geschaffen habe.<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 24. Mai 1982: „Bei den ersten Wahlen zum Regionalparlament von Andalusien haben die Sozialisten (PSOE) die absolute Mehrheit errungen. Als große Verliererin erscheint die Madrider Regierungspartei UCD, die nur den vierten Teil der für den PSOE abgegebenen Stimmen auf sich ziehen konnte, während die rechtsstehende Alianza Popular (AP) ihren Stimmenanteil gegenüber den allgemeinen Wahlen von 1979 vervierfachte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 458; Referat 203, Bd. 124904.

<sup>25</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt, aus denen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) als Siegerin mit absoluter Mehrheit hervorging.

<sup>26</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982. Zur Frage einer Anpassung der NATO-Kommandostrukturen vgl. Dok. 131, Anm. 25.

Das Bundesministerium der Verteidigung legte am 16. August 1982 dar, Spanien in die NATO-Kommandostruktur einzupassen, werde nicht einfach sein. Zu berücksichtigen seien unter anderem die bestehenden Regelungen für den iberischen Raum und die Interessenlage Portugals: „Portugal besaß bislang eine singuläre Stellung an der Südwestflanke der NATO. Es fürchtet, durch den spanischen NATO-Beitritt an politischer und militärischer Bedeutung zu verlieren, und wird daher keiner Regelung der NATO-Kommandostruktur zustimmen, die eine Minderung des Status quo bedeuten würde. Während der letzten deutsch-portugiesischen sicherheitspolitischen Konsultationen wurden die nationalen Interessen Portugals wie folgt definiert: keine Schaffung eines iberischen Kommandos, d. h. Belassung Portugals im SACLANT- und Spaniens im SACEUR-Bereich. Dies schließe nicht besondere Arrangements mit dem jeweils anderen NATO-Oberbefehlshaber aus [...]. Keine Einräumung eines obersten NATO-Kommandos (Major NATO Command – MNC, bisher: SACEUR, SACLANT, CINCHAN) an Spanien. Falls – was aus Struktur- und Präjudizgründen zu bedauern wäre – Spanien ein Major Subordinate Command (MSC) eingeräumt werde, dann müsse Portugal ein gleichrangiges Kommando eingeräumt werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125649.

Sie berühren erneut die Frage der amerikanischen leadership im westlichen Lager und erläutern auf die Bitte Haugheys die wahrscheinlichen Entwicklungslinien für die deutsche Industrie, für die deutsche Gesellschaft und die deutsche Politik.

Sie sagen Haughey auf dessen Frage Prüfung zu, ob die deutsche Fischindustrie an Investitionen in Irland interessiert sei. Sie sprechen sich abschließend mit PM Haughey ab, wie Ihr Gespräch öffentlich dargestellt werden solle.

Zeller

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62

## 210

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali in Kairo

310-321.11 AGY/JOR

14. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über ein Gespräch des BM mit AM Kamal Hassan Ali in Kairo am 14.7.1982<sup>2</sup>

AM *Ali* wies einleitend auf die schwierige Lage in der arabischen Welt hin. Die Israelis übten erstmals Druck auf eine arabische Hauptstadt, Beirut, aus.<sup>3</sup> Sie hätten den Gefühlen der Menschen in den arabischen Ländern schweren Schaden zugefügt. Jetzt müsse man die Lage dazu benutzen, das Vordringen der Israelis einzudämmen und den Friedensprozeß voranzubringen.

Die bilateralen Beziehungen bezeichnete Ali als gut. Sie müßten noch weiter entwickelt werden.

BM bestätigte den vorbildlichen Stand der Beziehungen.

AM *Ali* legte sodann die Lage dar und schilderte die Entwicklung des Libanon-Konflikts, der seit Monaten erwartet worden sei. Die Ursache liege im übersteigerten Sicherheitsbegriff Israels. Ziel Israels sei die Vertreibung der PLO und der Syrer. Ali forderte zur Lösung des Konflikts den Rückzug der israelischen Truppen und eine Reorganisation der PLO. Eine Pufferzone im Süden, die die Konfliktparteien trenne, müsse den Weg zur Fortführung des Friedenspro-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 19. Juli 1982 gefertigt, der vermerkte: „Herrn Bundesminister zur Billigung vorgelegt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 23. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung über Referat 014 an Fiedler verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung unter Vorbehalt der Zustimmung des BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 24. Juli 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Juli 1982 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 214.

<sup>3</sup> Zum Krieg im Libanon und zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib vgl. Dok. 208, Anm. 2.

zesses ebnen. Über die syrische Präsenz könne nur die libanesische Regierung entscheiden.

AM Ali ging sodann auf die schweren Verluste der Zivilbevölkerung ein und gab der Befürchtung Ausdruck, daß ein Sturm auf West-Beirut, wo noch etwa 300 000 Menschen lebten, noch weit größere Verluste verursachen würde. Ägypten habe daher die USA gebeten, auf Israel einzuwirken, die Waffenruhe um Beirut einzuhalten.

In den gegenwärtig stattfindenden Gesprächen Habibs, die bisher wenig erfolgreich gewesen seien, gebe es zwei kritische Punkte: der Verbleib der Palästinenser und die Organisation ihres Abzugs. Die PLO strebe die Lockerung des israelischen Belagerungsringes an und wolle anschließend mit Libanon ihr künftiges Verhältnis regeln.

Ägypten diskutiere z.Z. die Aufnahme der palästinensischen Kämpfer. Die Gespräche gestalteten sich äußerst schwierig, weil die radikalen und fanatischen Palästinensergruppen nicht abziehen oder nach Ägypten gehen wollten, ganz abgesehen davon, daß Ägypten auch gar nicht alle aufnehmen könne. Ägypten denke an eine Unterbringung der PLO in mehreren arabischen Ländern auf der Grundlage eines gemeinsamen arabischen Beschlusses. Schon jetzt gebe es in Ägypten ein PLA-Bataillon, das in die ägyptische Armee integriert sei. Integrierte palästinensische Einheiten gebe es auch in Jordanien, Irak und Syrien sowie eine kleine militärische Präsenz in Libyen.

Die Gespräche würden zusätzlich durch die bekanntgewordene schlechte Behandlung der Gefangenen durch die Israelis belastet, was Ägypten sehr besorgt mache. Ein schwedischer Reporter habe über Folterungen berichtet. Die Arbeit der humanitären Organisationen werde erschwert. Das Rote Kreuz werde nicht nach West-Beirut hineingelassen, könne als Ausweichmöglichkeit jedoch auf dem lokalen Markt für die notleidende Bevölkerung die nötigen Bedarfsgüter kaufen.

AM Ali berichtete anschließend über seinen Besuch in den USA.<sup>4</sup> Es sei vor allem um zwei Punkte gegangen:

1) der PLO Hoffnung zu geben; seine Anregung, einen inoffiziellen US-Vertreter (Senator Percy) nach Beirut zu entsenden, sei von den Israelis abgelehnt worden;

2) die PLO für eine politische Lösung auf der Grundlage von SR-Resolution 242<sup>5</sup>, des Selbstbestimmungsrechts und der gegenseitigen Anerkennung der PLO und Israels zu gewinnen. Ägypten versuche, diese politischen Bemühungen mit den USA zu koordinieren. Ägypten wolle keineswegs Habibs Bemühungen unterlaufen, sondern diese flankierend ergänzen.

BM bemerkte, daß wir zur aktuellen Lage in Beirut wenig beitragen könnten. Wir sähen die Probleme wie die ägyptische Seite. Er stimme mit dem AM überein, daß den Palästinensern eine politische Perspektive gegeben werden müsse, die substantiell auf dem Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische

<sup>4</sup> Der ägyptische Außenminister Ali hielt sich vom 14. bis 16. Juni 1982 in den USA auf.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

Volk, für das er seit 1974 eingetreten sei<sup>6</sup>, und dem sich unsere europäischen Partner in der Venedig-Erklärung<sup>7</sup> angeschlossen hätten, beruhen müsse. Prozedural bezeichnete BM Kontakte zwischen der PLO und den USA als einen möglichen Weg. Gefahren drohten gegenwärtig von zwei Seiten:

1) daß eine Lösung der aktuellen Krise für eine Lösung des Palästinenserproblems gehalten werde und

2) der Golfkrieg<sup>8</sup> die Aufmerksamkeit vom Basis-Problem, der Palästinenserfrage, ablenke. Es sei notwendig, der US-Regierung verständlich zu machen, daß das grundlegende Problem die Palästinenserfrage sei, das nicht durch einen Abzug der PLO aus West-Beirut aus der Welt geschafft werde.

AM *Ali* stimmte dem zu.

*BM* fuhr mit der Bemerkung fort, daß das arabische Lager z.Z. einen beklagenswert zerstrittenen Eindruck mache. Er sei immer für die arabische Einheit eingetreten. Es sei aber unter den gegebenen Umständen schwierig, alle Araber zusammenzubringen. Er frage sich, ob dies nicht die Stunde sei, daß sich die gemäßigten arabischen Staaten zusammenfänden, z.B. Ägypten, Jordanien, SAR und andere. Was in der Vergangenheit auch immer geschehen sein mag, je stärker ihr gemeinsames politisches Handeln sei, um so mehr könnten sie auf Unterstützung ihrer europäischen Partner rechnen.

AM *Ali* stimmte erneut zu. Ägypten habe viel Flexibilität gezeigt. Es habe Kontakte mit Marokko, Jordanien und SAR gegeben. Präsident Mubarak sei in SAR gewesen.<sup>9</sup> Die Reaktion sei jedoch enttäuschend langsam. In naher Zukunft sehe er keine Möglichkeiten einer Normalisierung.

Die arabische Welt sei polarisiert. Die SU nutze die Libanon-Krise aus. Sie stehe hinter Syrien und Libyen. In den letzten Tagen habe es den Angriff Irans

<sup>6</sup> Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), legte am 19. November 1974 vor der VN-Generalversammlung dar, daß die Bundesregierung das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstütze. Es sollte selbst entscheiden können, auf dem von Israel zu räumenden Gebiet einen eigenen Staat („independent authority“) einzurichten oder eine andere Lösung zu finden. Voraussetzung war die Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und Freiheit aller Staaten der Region, einschließlich Israels. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>8</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 194, Anm. 23.

Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 15. Juli 1982: „Umfang, Ziel und bisheriger Verkauf neuer iranischer Offensive, die am 13. Juli abends im Raum nördlich Khorramschahrs eingesetzt hat, sind noch nicht klar erkennbar. Bereitgestellt sind insgesamt acht iranische Divisionen, die aber noch nicht alle zum Einsatz gekommen sind. Hiesige Frontberichte melden Vorstoß über irakische Grenze in westlicher Richtung auf Schatt el-Arab gegenüber Basra zu, von dem iranische Verbände nur noch 7 km entfernt sein sollen, Überrennen der irakischen Verteidigungsstellungen und große irakische Materialverluste. [...] Vorerst gibt es noch keine Indizien dafür, daß iranische Streitkräfte binnen Kürze Anstalten machen wollten, an irgendeiner Stelle den Schatt el-Arab zu überschreiten. Erstes Ziel der Offensive dürfte vielmehr sein, Positionen am Flußufer unmittelbar gegenüber Basra aufzubauen, um Stadt, Umgebung und Straße nach Kuwait jederzeit unter Beschuß nehmen zu können und durch Vernichtungsschlag auf Ostufer des Flusses massierter Truppen und Waffen die Kampfmoral der irakischen Armee weiter zu schwächen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 462; Referat 311, Bd. 137717.

<sup>9</sup> Präsident Mubarak hielt sich am 14. Juni 1982 anlässlich der Beisetzung von König Khalid in Saudi-Arabien auf.

auf Irak gegeben. Die Äthiopier seien 40km in Somalia eingedrungen.<sup>10</sup> Die SU nutze auch den OAE-Gipfel in Tripolis<sup>11</sup> für ihre Zwecke. Nur neun Staaten würden auf Ministerebene vertreten sein, drei Staaten überhaupt nicht: Ägypten, Sudan und Uganda. Obwohl Ägypten Mitglied der OAE sei, sei es nicht einmal eingeladen.

Auf Frage BMs nach dem Stand der Autonomieverhandlungen erwiderte AM Ali, daß diese wegen des von Israel gewünschten Tagungsortes Jerusalem z.Z. eingefroren seien.<sup>12</sup> Sie könnten nicht wieder aufgenommen werden, bevor Israel sich nicht wieder aus Libanon zurückgezogen habe. Ägypten habe den USA gesagt, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen vorher nicht „reasonable“ und „convenient“ sei.

Zum irakisch-iranischen Konflikt erklärte AM Ali, daß er von Anfang an davon überzeugt gewesen sei, daß keine der beiden Konfliktparteien bis zur Niederlage des einen oder anderen verhandeln werde. Er halte einen Sturz Saddam Husseins nicht für ausgeschlossen. Wer Nachfolger werden könne, wisse er nicht. Die Schiiten im Süden seien sehr aktiv gegen das Regime. Wenn der Krieg weitergehe, sehe er Gefahren für die Golfstaaten. Ägypten setze seine Unterstützung Iraks, vorzugsweise durch Munitionslieferungen, fort. Iran habe 150 Panzer (T-62) von Libyen erhalten. Israel habe Ersatzteile für Flugzeuge geliefert. SAR unterstütze Irak finanziell. Irak habe bisher 38 Milliarden Dollar von den

<sup>10</sup> Botschafter Metternich, Mogadischu, informierte am 12. Juli 1982: „Somalischer Außenminister Abdurahman Jama Barre rief am 11.7. hiesige europäische Botschafter (I, F, GB, D) getrennt zu sich, um sie auf laufende schwere äthiopische Angriffe auf somalisches Grenzgebiet hinzuweisen und um damit eingetretene akute Krisenlage zu unterstreichen. Er appellierte im Namen Präsident Siads mit Nachdruck an Hilfsbereitschaft befreundeter Staaten [...]. Äthiopische Angriffe, die seit 30.6. laufen, entsprechen nach Ansicht westlicher Beobachter kaum einer Invasionsabsicht der äthiopischen Seite, auch wenn dabei somalisches Gebiet (evtl. als Faustpfand) vorübergehend besetzt wird. Angriffe sollen vielmehr Moral der somalischen Armee, der Machtbasis Siads, untergraben, indem sie somalische Unfähigkeit demonstrieren, eigenes Staatsgebiet wirksam zu verteidigen; außenpolitische Isolierung des hiesigen Regimes im Bewußtsein der Armee und Bevölkerung unterstreichen, wobei insbesonderer mangelnde militärische Unterstützung durch Westen hervorgehoben wird. Damit wird freilich auch politischer Wert der Siad'schen Allianz mit dem Westen in Frage gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 333; Referat 320, Bd. 137953.

<sup>11</sup> Bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi wurde Libyen als nächster Veranstalter der Gipfelkonferenz und damit Oberst Gaddafi als künftiger Präsident der OAE bestimmt. Ministerialdirigent Limmer notierte am 9. August 1982: „Die 19. Gipfelkonferenz der OAE ist gescheitert. Zweiwöchige Anstrengungen der libyschen Gastgeber, die Veranstaltung – und damit Gaddafis OAE-Präsidentschaft – zu retten, blieben erfolglos. Erstmals in der Geschichte der OAE kam ein Gipfeltreffen mangels Entscheidungsquorums nicht zustande. Ministerrats- und Gipfelkonferenz konnten weder formell eröffnet, noch ein neuer OAE-Präsident gewählt, noch eine Tagesordnung behandelt werden. Alle in Tripolis gefaßten Entscheidungen sind statutenmäßig nicht als OAE-Beschlüsse zu qualifizieren, sondern bestenfalls als Empfehlungen der in Tripolis versammelten (angeblich) 21 afrikanischen Staats- und Regierungschefs. Vordergründig scheiterte der Gipfel an der Westsahara-Frage. [...] Gleichwohl wäre es verfehlt, das Konfliktpotential zu übersehen, das durch die Veranstaltung des Gipfels in Libyen geschaffen wurde. [...] Schließlich dürfen wir nicht außer acht lassen, daß die USA erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um den Tripolis-Gipfel und den damit verbundenen Prestigegewinn Gaddafis zu verhindern. [...] Wäre es Gaddafi gelungen, ein Quorum zu finden, und hätten dann die in Tripolis klar in der Überzahl anwesenden Polisario-Verbündeten die Aufnahme der République Arabe Sahraouie Démocratique als 51. MS mit der Autorität des Gipfels bekräftigt, hätte eine Spaltung der Organisation gedroht. Das Patt eröffnet dagegen neue Möglichkeiten prozeduralen Taktierens.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138056.

<sup>12</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

Golfstaaten erhalten, Ägypten hingegen in 30 Jahren und in vier Nahost-Kriegen insgesamt nur 8,5 Milliarden Dollar.

Zur französisch-ägyptischen Initiative im SR der VN führte AM Ali auf Frage BMs aus, daß sie die PLO ermutigen solle, Israel anzuerkennen.<sup>13</sup> Israel müsse demgegenüber die legitimen Rechte der Palästinenser anerkennen, die im Wege der Selbstbestimmung zunächst durch Teilnahme an der Selbstverwaltungskörperschaft (Autonomie) und sodann durch Bildung eines Staates auf der Westbank, der vorzugsweise mit Jordanien föderiert oder konföderiert werden sollte, verwirklicht werden müßten. Er hoffe, daß die USA sich in diese Richtung bewegen und entsprechenden Einfluß auf Israel ausüben würden.

BM berichtete auf Wunsch AM Alis über seine Israelreise (2. bis 4.6.82).<sup>14</sup> Es sei rückblickend kein angenehmer Besuch für ihn gewesen, da die Israelis einen Tag später in Libanon eingefallen seien. Ägypten habe mit derartigen Überraschungen auch Erfahrungen gemacht und sei in den Verdacht der Komplizenschaft gekommen. Er glaube, daß z. Z. die Unterschiede in der Substanz zwischen Opposition und Regierung nicht sehr groß seien. Für ihn sei interessant gewesen, daß die Israelis vielleicht unter dem Eindruck von Äußerungen in EG-Kreisen versucht hätten, sich von der Venedig-Erklärung zu trennen. Wir seien nicht von „Venedig“ abgerückt. Dies habe er AM Shamir und auch öffentlich sehr klar gesagt.

Wenn „Venedig“ geändert werde, könne dies nur nachteilig für Israel ausfallen.

BM unterrichtete AM Ali über den Vorschlag AM Shamirs, gemeinsam bilaterale Projekte durchzuführen.<sup>15</sup> Er habe sich anlässlich seines Besuches in Israel grundsätzlich positiv geäußert, da dieser Vorschlag an sich vernünftig sei. Die Zukunft der Region könne nur stabilisiert werden, wenn Verträge durch Substanz ausgefüllt würden (Stichwort: „Großer Friedensplan“ à la Marshall-Plan in Europa<sup>16</sup>). Jetzt sei jedoch nicht der richtige Zeitpunkt, diesen Gedanken zu vertiefen.

AM Ali stimmte zu.

**Referat 310, Bd. 135701**

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 5. Juli 1982: „Die ägyptische Botschafterin, Frau Prof. Dr. Aisha Rateb, suchte am 2.7.1982 Herrn BM auf und führte [...] eine Demarche mit dem Ziel der Unterstützung einer SR-Res[olution] zum Libanon auf der Grundlage der Erklärung des ER von Brüssel vom 22.6.1982 durch. Ähnliche Demarchen seien in Paris und London erfolgt. Auf die Frage des BM nach der Reaktion von F und GB teilte die Botschafterin mit, daß die französische Regierung ihre Unterstützung bereits zugesagt habe, die britische Regierung „zu 80 %“. Auf eine weitere Frage des BM erklärte die Botschafterin, daß ein Resolutionsentwurf noch nicht ausgearbeitet sei. BM sagte unter Hinweis auf unsere Nichtmitgliedschaft im SR grundsätzlich unsere Unterstützung der ägyptischen Initiative zu.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135719.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 168, Dok. 173 und Dok. 174.

<sup>15</sup> Zur Frage von deutsch-israelischen Entwicklungshilfeprojekten vgl. Dok. 168, Anm. 15.

<sup>16</sup> Zum „Marshall-Plan“ vgl. Dok. 118, Anm. 8.

## 211

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem britischen Botschafter Taylor**

VS-vertraulich

14. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Botschafter Sir Jock Taylor am 14. Juli 1982 von 17.35 Uhr bis 18.35 Uhr im Bundeskanzleramt

*Taylor*: Er hat um das Gespräch gebeten, weil er mit dem Bundeskanzler über die künftige Entwicklung der guten deutsch-britischen Beziehungen sowie über die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem nominierten amerikanischen Außenminister<sup>2</sup> sprechen möchte. Briten und Deutsche stehen auch bei den gegenwärtigen transatlantischen Problemen wie Stahl<sup>3</sup> und in der Sanktionsfrage<sup>4</sup> zusammen. Gewisse Probleme zeichnen sich bei EG-Fragen und vielleicht auch in der Falkland-Frage ab.

*Bundeskanzler* hat zur Falkland-Frage das Gefühl, daß sich die Briten nicht immer ganz im klaren darüber waren, welch gewaltige wirtschaftliche Opfer wir mit der Zustimmung zu EG-Sanktionen<sup>5</sup> erbracht haben. Wir haben allein laufende Schiffsbauaufträge aus Argentinien in der Größenordnung von 4 Mrd. DM, dazu einen enormen laufenden Warenaustausch. Wir haben dennoch mit den Sanktionen nicht gezögert, obwohl sie uns im bilateralen Wirtschaftsverkehr mit Argentinien zurückwerfen und wir außerdem von Wirtschaftssanktionen grundsätzlich nie etwas gehalten haben, wer sie auch immer gefordert hat. Wir haben uns aus Solidarität den Sanktionen angeschlossen und sie erst gemeinsam mit den Briten und den anderen EG-Partnern wieder aufgehoben. Diese Phase ist jetzt abgeschlossen.

*Taylor* weiß von den großen Schiffsbauaufträgen. Aber hier handelt es sich natürlich um Waffenlieferungen, die noch nicht wieder stattfinden sollen. Auf Frage des Bundeskanzlers, ob die Briten bald wieder an Argentinien Schiffe liefern werden, hofft er, daß man bald mit Sicherheit feststellen könne, daß es nicht wieder zu Feindseligkeiten kommt. Man war sich in Großbritannien sehr be-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. Juli 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk“.

Hat Braunmühl am 18. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Anhörung des designierten amerikanischen Außenministers Shultz im Senat; Dok. 207, Anm. 16.

<sup>3</sup> Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 198, Anm. 4.

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>5</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11. Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 199, Anm. 6.

wußt, welche Kosten man seinen Freunden aufbürdete, und ist dankbar für die Solidarität.

*Bundeskanzler* erinnert daran, daß er in der Krise nur einmal PM Thatcher angerufen hat aus Sorge über allzu forsche Telegramme des Oberbefehlshabers<sup>6</sup> der Falkland-Flotte.<sup>7</sup> Er hat das Gefühl, daß man in der Falkland-Frage jetzt über den Berg sei.

*Taylor* teilt dieses Gefühl. Die großen Sorgen über die Beziehungen Lateinamerikas zu Europa waren wohl etwas übertrieben. Die Briten bemühen sich um einen neuen Anstoß in ihren Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern. Europa wird wohl insgesamt nicht viel an Ansehen und Einfluß einbüßen. Schwieriger ist es mit den USA.

*Bundeskanzler* hat den Eindruck, daß die USA keine überzeugende Politik geführt haben in der Falkland-Krise.

Er war tief beeindruckt von PM Ulloa<sup>8</sup>, einem Mann mit europäischer Bildung, Sprachkenntnissen, einer guten fachlichen Bildung in Wirtschafts- und Finanzfragen und einem großen Überblick in den politischen Fragen. Auch ein anderer Peruaner, der VN-Generalsekretär de Cuéllar, hat ihn in diesen Wochen sehr beeindruckt.<sup>9</sup> Er regt an, daß auch die Briten die Beziehung mit Ulloa und de Cuéllar sehr pflegen. Beide haben mit der Militärdiktatur in Argentinien nicht viel im Sinne, sind aber wertvolle Gesprächspartner, wenn es darum geht, die Haltung Lateinamerikas zu Europa und den USA zu verstehen.

*Taylor* berichtet, daß de Cuéllar gerade in diesen Tagen mit AM Pym und PM Thatcher in London spricht.<sup>10</sup> PM Thatcher habe betont, daß es noch längerer Zeit bedürfe, ehe sich die politische Ausrichtung der Falkland-Frage herauschält. De Cuéllar scheint es mit Rücksicht darauf nicht zu eilig zu haben mit dem Bericht, den er zu erstellen hat. Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß die britischen Wirtschaftssanktionen auch nach der Entlassung der Gefangenen weiter in Kraft bleiben. Es fällt den Argentinern schwer, öffentlich das formelle Ende der Feindseligkeiten zu erklären.<sup>11</sup> Aber die Briten bleiben

<sup>6</sup> John Woodward.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 29. April 1982; Dok. 130.

<sup>8</sup> Ministerpräsident Ulloa Elías hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 2. Juli 1982 vgl. Dok. 199.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 14. Juni 1982 in New York; Dok. 182.

<sup>10</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar traf am 14. Juli 1982 in London zu Gesprächen mit Premierministerin Thatcher und dem britischen Außenminister Pym zusammen.

<sup>11</sup> Brigadegeneral Oppermann, London, informierte am 19. Juli 1982: „Vier Wochen nach der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch den [argentinischen] Falkland-Befehlshaber, am 15.6.82, stellt sich die militärische Situation in und um Falkland wie folgt dar: 1) Britische Truppen: Die Umgliederung der British Task Force in die British Forces Falkland Islands (BFFI) vollzieht sich kontinuierlich. Eine vorläufige Truppenstärke von etwa 4000 Mann zeichnet sich gegenwärtig ab. [...] 2) Argentinische Truppen: Nachdem die argentinische Regierung am 11. Juli in einer Note an die britische Regierung die ‚De-facto‘-Einstellung der Feindseligkeiten anerkannt hatte, wurden am 14. Juli 1982 auch die letzten in britischer Kriegsgefangenschaft befindlichen argentinischen Soldaten in ihr Land zurückgebracht.“ Weiter unterrichtete Oppermann: „Das britische Verteidigungsministerium steht vor dem Problem, einerseits einen ausreichenden militärischen Schutz der Falkland-Inseln sicherstellen zu müssen, andererseits aber nur solche Maßnahmen ergreifen zu können, die die politische Zukunft der Inseln nicht präjudizieren. Dies führt dazu, daß die Garni-

weiterhin an einer baldigen Wiederaufnahme der guten Beziehungen zu Argentinien interessiert. Die Falkland-Inseln selbst befinden sich, obwohl die Zivilbevölkerung nur zwei Tote zu beklagen hat, in einem miserablen Zustand. Man muß zum Beispiel noch nach Minen suchen, die von den Argentinern von Hubschraubern aus gelegt wurden.

*Bundeskanzler* möchte seine Betrachtungen zur EG mit einer kurzen persönlichen Einleitung beginnen. Er ist als Anglophiler aufgewachsen, von seinem Vater bereits mit 14 Jahren nach Manchester geschickt worden.<sup>12</sup> Er hat als junger Politiker in Hamburg in dem damaligen Militärgouverneur<sup>13</sup> den Idealtyp eines Mannes gesehen. In seinem Hause sind seine eigenen Vorstellungen von Demokratie und internationalen Beziehungen mitgeprägt worden. In den 50er Jahren hat er begriffen, daß die wirkliche Macht bei der Großmacht USA liegt. Er ist inzwischen über 50 Mal in den USA gewesen, in diesem Jahr wird er bereits seine dritte Reise antreten<sup>14</sup>. Er hat dort viele Freunde und Verwandte. Aber Carter hat ihn davon überzeugt und Reagan hat es bestätigt, daß wir mit keiner kontinuierlichen Politik rechnen können. Wir können mit großer Vitalität rechnen, aber nicht mit Kontinuität, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik. Diese Erfahrung hat ihn unerwartet in die Fußstapfen Adenauers gebracht, was das Verhältnis zu Frankreich angeht. Er war tief enttäuscht, daß Großbritannien nicht in den 50er und 60er Jahren der EG beitrug. Er hat dann als Minister die Beitrittsverhandlungen<sup>15</sup> miterlebt und leider die beiden Neuverhandlungen unter Wilson und Thatcher, in diesem Jahr die dritte<sup>16</sup>. Auch er hält zum Beispiel die Gemeinsame Agrarpolitik für ein Unding, aber sie ist ein Teil der Bedingungen unseres EG-Beitritts. Auch die Briten haben sie beim Beitritt „mitgetauft“. Es war vor allem der Ton dieser drei Neuverhandlungen, der seine Anglophilie wesentlich beeinträchtigt hat. Auch er hat kein Verständnis für eine Nettozahlerposition Großbritanniens, vor allem wenn die sehr viel reicheren Niederlande und Dänemark Nettoempfänger sind. Aber das fordernde Auftreten Wilsons und von Frau Thatcher – nicht Callaghans, der einen besseren Stil gezeigt hat – haben der EG Schaden zugefügt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1112*

son zunächst nur provisorischen Charakter haben wird. Ob sich dies überhaupt ändern wird, hängt von der politischen Zukunft der Inseln ab. Es fällt auf, wie sehr UK bemüht ist, keine der NATO assignierten Kräfte und Mittel für die Stationierung auf den Falklands heranzuziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1263/1264; VS-Bd. 11972 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

12 Im Rückblick führte Helmut Schmidt aus: „Im Sommer 1932 schickte mich mein Vater mit einer Schüleraustauschgruppe für drei Wochen nach England; anschließend kam der Sohn meiner englischen Gastgeber für drei Wochen zu uns.“ Vgl. SCHMIDT, Nachbarn, S. 99.

13 Henry Vaughan Berry.

14 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 zu politischen Gesprächen in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 2–5, Dok. 9, Dok. 12 und Dok. 15.

Anläßlich der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung, die vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York stattfand, besuchte Schmidt vom 13. bis 15. Juni 1982 erneut die USA.

Vom 20. bis 27. Juli 1982 hielt sich Schmidt wiederum in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

15 Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten zwischen dem 30. Juni 1970 und dem 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

16 Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 205.

Es fällt ihm schwer zu durchschauen, ob die englische Regierung einen wirklichen Durchblick hat für eine Reform der Agrarpolitik. Nach seinem Eindruck existiert kein überzeugendes britisches Konzept, sondern nur die etwas vage Vorstellung, daß im Grunde ein deficiency payment besser sei und alles etwas billiger werden müsse, damit Großbritannien keine Nettobeiträge zu zahlen braucht. Er versteht diese Haltung, hält sie aber nicht für übermäßig konstruktiv. Er hat sich bisher auch auf dem Gebiet der Agrarreform zurückgehalten, nur soweit möglich dafür gesorgt, daß die Agrarminister die Gemeinschaft nicht ruinieren. Er wird auch darauf achten, daß die Verhandlungen über den Finanzbeitrag nicht dazu führen, daß Deutschland alleiniger Nettozahler wird. Das würde uns automatisch die Rolle eines Bremsers bei allen neuen Politiken zuweisen.

Er sieht keine wesentlichen Spannungen zwischen Frau Thatcher und ihm selbst auf diesem Feld. PM Thatcher sollte allerdings aufpassen, daß sie sich im Kreise der Zehn nicht durch ihren Ton isoliert. Er stimmte Taylor zu, daß der Rücktritt Carringtons<sup>17</sup> auch für die EG ein großer Verlust ist. Mit ihm hätten sich vielleicht die Probleme in diesem Mai vermeiden lassen.

Taylor möchte jetzt auf die Zukunft der EG blicken. Auch er weiß kein Patentrezept für die Agrarpolitik. Auch die britische Regierung hat nicht vor, jetzt Vorschläge zu unterbreiten und der Kommission zuzukommen. Großbritannien wird sich, wie der Bundeskanzler PM Thatcher in Chequers<sup>18</sup> geraten hatte, auf das Argument konzentrieren, daß eine unannehmbare Situation entstanden ist, die gemeinsam von der Gemeinschaft gelöst werden muß. Das große Problem ist, daß jede Lösung bedeutet, daß die anderen Partner mehr zu zahlen haben. (BK: Das habe ich auch vor den Auswärtigen Ausschüssen des niederländischen Parlaments gesagt.<sup>19</sup>) Die Probleme sollten nach Möglichkeit bis November 1982 gelöst werden.

Er betont, daß trotz der fordernden Sprache PM Thatchers die EG für die britische Politik äußerst wichtig bleibt.

Bundeskanzler nimmt das auch an, betont aber, daß Mitterrand davon nicht überzeugt ist. Er ist inzwischen deutlich gekränkt und in Gefahr, auf das alte gaullistische Erbe zurückzufallen. Schon Giscard hatte die Vorstellung einer abgestuften EG-Mitgliedschaft, deren innerer Kern auf die Partner beschränkt werden sollte, die wirklich volle EG-Mitglieder sein wollen. Er hat diese Auffassung nicht geteilt, die sehr stark von den Erfahrungen der mehrfachen Neuverhandlungen beeinflusst wurde. Er entsinnt sich noch sehr genau der Auseinandersetzungen mit Wilson 1974, der eine überzogene Vorstellung von der Bedeutung des britischen Erdöls hatte. Er selbst war damals nicht davon überzeugt, daß Wilson wirklich England in der EG halten wollte.

<sup>17</sup> Zum Rücktritt des britischen Außenministers Lord Carrington am 5. April 1982 vgl. Dok. 108, Anm. 7.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 19. März 1982 in Großbritannien auf. Für die Gespräche mit Premierministerin Thatcher in Chequers vgl. Dok. 90–92.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte die Niederlande am 8./9. Juli 1982. Vgl. dazu Dok. 203. Für den Wortlaut der Ausführungen Schmidts vor den Auswärtigen Ausschüssen beider Kammern des niederländischen Parlaments am 9. Juli 1982 in Den Haag vgl. BULLETIN 1982, S. 665–667.

*Taylor*: Das wollen aber PM Thatcher und die Konservativen. Die Briten haben wie die Deutschen mit Frankreich zwei Probleme: Sie wollen einmal die Agrarausgaben beschränken und zum zweiten keinen Protektionismus zulassen. Sie tragen auch wesentlich zur Verteidigung europäischer Interessen gegenüber den USA, zum Beispiel in der Stahl-Frage, bei.

*Bundeskanzler* sieht auch die Interessenübereinstimmung bei der Beschränkung der Agrarausgaben und in der Handelspolitik, bei der man in Frankreich stets mit einem eingebauten kolonialistischen Vorurteil rechnen muß. Er ist sich nicht sicher, ob man noch unter dänischer Präsidentschaft zu einer Lösung der Probleme kommen wird oder ob man bis zur deutschen Präsidentschaft<sup>20</sup> warten muß.

Er fragt nach dem Stand der Auseinandersetzungen über die Fischereipolitik. Nach seinem Eindruck ist die deutsche Fischerei offensichtlich zum Tode verurteilt. Er sieht in Hamburg oder Kiel praktisch keine Fischdampfer mehr.

*Taylor* erwähnt die jüngste Einigung über Fischfang vor Kanada<sup>21</sup> und Grönland<sup>22</sup>. Wenn es nicht den dänischen Widerstand gäbe, näherten wir uns bereits einer gemeinsamen Fischereipolitik. Er hofft, daß die Deutschen ihren Einfluß auf Dänemark nutzen werden. (BK bittet den Botschafter, in dieser Frage Kontakt mit AL<sup>23</sup> zu halten.)

*Bundeskanzler* erwähnt die andauernde Ablehnung des EWS durch London. Hierfür werden praktisch keine wirtschaftlichen Gründe angeführt. Das verstärkt seinen Verdacht, daß dahinter eine insulare Grundhaltung steckt, der Wunsch, nicht von der Politik anderer Staaten abhängig zu werden. Dadurch ist Deutschland in die Lage gekommen, mit der DM die Rückendeckung für die anderen westeuropäischen Währungen abzugeben. Auf Einwurf von Taylor, daß es zunehmend Leute in London gibt, die für einen EWS-Beitritt plädieren, betont er die stabilisierende Rolle des EWS, auch wenn es natürlich Auf- und Abwertungen innerhalb des Systems zuläßt. Auf Frage Taylors meint er, daß ein britischer EWS-Beitritt sicherlich von den anderen EG-Partnern als ein Zeichen

<sup>20</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne, die Bundesrepublik vom 1. Januar bis 30. Juni 1983.

<sup>21</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 21. Januar 1982 hieß es: „Am 30.12.1981 ist das Fischereiabkommen EG–Kanada einschließlich des zugehörigen Briefwechsels über Fangrechte und Handelspräferenzen von beiden Seiten unterzeichnet worden und am 1.1.1982 in Kraft getreten. Voraussetzung für die Aufnahme des Fischfangs durch Gemeinschaftsschiffe vor Kanada ist die Erteilung von Fanglizenzen durch die dortigen Behörden. Die Ausstellung dieser Lizenzen ist jedoch bis heute verweigert worden. [...] Der Grund für das kanadische Verhalten ist die Unzufriedenheit über die EG-interne Regelung über den präferenzierten Zugang kanadischer Fischereiprodukte zum Gemeinsamen Markt, der die vertragliche Gegenleistung der EG darstellt. Vereinbarungsgemäß sind den Kanadiern zum 1.1.1982 die zollbegünstigten Einfuhrkontingente eröffnet worden. Bei der internen Aufteilung auf die MS hat der für Kanada wichtige britische Markt allerdings nur einen relativ kleinen Anteil übernommen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131269.

Am 29. Januar 1982 notierte Ministerialdirektor Fischer, daß sich die „Probleme bei der Umsetzung des Abkommens aus unserer Sicht zunächst etwas entschärfen“ hätten. Für das Jahr 1982 sei die Erteilung uneingeschränkter Fanglizenzen erfolgt. Vgl. Referat 411, Bd. 131269.

<sup>22</sup> Zur Fischerei vor Grönland vgl. Dok. 121, Anm. 25.

Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 7. Juni 1982 über Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Dänemark und der „Selbstverwaltungsregierung“ Grönlands. Sie hätten zu dem Ergebnis geführt, „daß deutsche Hochseefischerei bis 1. August 1982 7000 t Kabeljau einschließlich Beifang vor Ostgrönland fangen darf. Die Fänge bis Ende Mai von ca. 4000 t Kabeljau werden angerechnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 320; Referat 411, Bd. 131262.

<sup>23</sup> Otto von der Gablentz.

der gemeinschaftlichen Gesinnung Großbritanniens interpretiert werde und psychologisch eine wichtige Erleichterung für die EG darstellen würde.

*Taylor* nimmt an, daß der Bundeskanzler in seinen Gesprächen mit George Shultz in der nächsten Woche auch die wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen anschnitten wird, in denen die Europäer gegenüber den USA offensichtlich gemeinsame Interessen haben. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß sich die Europäer nicht von den USA vorschreiben lassen können, wie sie ihren Handel mit der SU einrichten.

*Bundeskanzler* betont, daß wir in unserem Osthandel nie einen Pfennig an die SU verschenkt haben – wenn man einmal vom Verkauf landwirtschaftlicher Überschußproduktion durch die EG absieht. Nur weil wir strikt am Prinzip des gegenseitigen Vorteils jeden Handels festhalten, haben auch die Sowjets Respekt vor uns als Handelspartner. Er weiß sich über diese Einstellung einig mit der britischen Regierung.

Präsident Reagan wird von keinem politischen Führer in Europa zu lernen bereit sein, außer von PM Thatcher. Sie wollte bereits im April mit ihm über die Auswirkungen des amerikanischen Haushaltsdefizits auf die Volkswirtschaften der europäischen Partner sprechen. Dazu kam es dann leider nicht wegen der Falkland-Krise. Er glaubt nach wie vor, daß sie die einzige ist, auf die Reagan hören könnte. Botschafter Burns hat im gestrigen Gespräch<sup>24</sup> praktisch zugegeben, daß wir noch bis Mitte 1983 mit Hochzinsen zu rechnen haben, da der Haushalt 1983 voraussichtlich nicht vor Jahresmitte 1983 verabschiedet wird. Burns hatte, um dies zu verhindern, die abenteuerliche Idee, den Haushalt durch eine Sondersitzung des alten Kongresses nach den Novemberwahlen<sup>25</sup> noch vor Jahresende verabschieden zu lassen. Unter diesen Umständen müssen wir von steigender Arbeitslosigkeit – vielleicht bis zur Höhe von 4 Mio. in Großbritannien – ausgehen. Wir könnten im Winter den Anfang einer Weltdepression erleben. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei den Amerikanern.

George Shultz ist nach dem Urteil von Burns dabei, dies einzusehen. Aber er ist ein vorsichtiger Mann und kann nicht praktisch gleich zu Beginn seiner Amtszeit den Rücktritt seines Vorgängers<sup>26</sup> wegen der Nahost- und Osthandels-Politik rechtfertigen und dazu noch die wirtschaftliche Orientierung ändern wollen, für die er als Außenminister nicht zuständig ist. Er rechnet daher, bei Shultz offene Ohren zu finden, erwartet aber kaum eine Bereitschaft, sich für eine rasche Änderung der amerikanischen Politik in diesen Bereichen einzusetzen.

Es bedarf daher eher noch dringender als zuvor der persönlichen Vertretung europäischer wirtschaftspolitischer Interessen bei Präsident Reagan durch PM Thatcher. Nach seinem politischen Instinkt wird Reagan bereit sein, auf PM Thatcher zu hören.

Er teilt die von Taylor erwähnte Sorge der Briten darüber, ob die Amerikaner im gegenwärtigen politischen Klima in Washington die Rüstungskontrollpoli-

<sup>24</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 13. Juli 1982 vgl. Dok. 207.

<sup>25</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>26</sup> Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 194, Anm. 10.

tik nicht mit dem Nachdruck fortführen werden, den man ihr bei den Konferenzen im Juni<sup>27</sup> gemeinsam verliehen hatte. Baldige Fortschritte sind vor allem bei INF notwendig. Dafür müßten die USA auch bei START vorankommen. Aber es gibt leider in Washington genügend Leute, die Rüstungskontrollverhandlungen ohne vorherige Nachrüstung für falsch halten, oder die in den Verhandlungen nur eine Beruhigungsspielle für die Europäer sehen oder einen Hebel, um die Sowjets zu einem besseren internationalen Verhalten zu bewegen.

Wenn es 1983 zu einer Stationierung der neuen amerikanischen Systeme kommt, ohne daß die Amerikaner die größten und ernsthaftesten Anstrengungen um einen Verhandlungserfolg gemacht haben, könnte dies zu einer Destabilisierung der politischen Lage in Italien, den Niederlanden und Deutschland beitragen. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die USA in allen anderen internationalen Konflikten mit kriegerischer Sprache hervortun, während sich die Sowjets – aus welchen Motiven auch immer – vorsichtig zurückhalten.

Er betont auf Frage Taylors, daß PM Thatcher im Europäischen Rat<sup>28</sup> in der Frage der amerikanischen Embargo-Maßnahmen eine schärfere Sprache geführt habe als er. Aber sie hat danach mit ihm eine zu scharfe Sprache des Kommuniqués<sup>29</sup> verhindert.

Er möchte abschließend festhalten:

- Er wiederholt seine Anregung für ein Gespräch PM Thatchers mit Präsident Reagan über die verheerenden Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik auf die Volkswirtschaften der europäischen Partner. Er bittet, zu überlegen, ob und wann ein solches Gespräch geführt werden kann.
- Zur Mandatsfrage<sup>30</sup> wird wahrscheinlich weder die Kommission noch die dänische Präsidentschaft eine Einigung zustande bringen. Wahrscheinlich muß eine Lösung zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien vorbereitet und durchgezogen werden. Wenn die Frage sich nicht bis zur deutschen Präsidentschaft lösen läßt, wird er diesen Weg zu gehen versuchen.
- Als Fußnote möchte er – auch um mögliche Besorgnisse in London zu zerstreuen – betonen, daß er prinzipiell für die Beibehaltung des sogenannten Luxemburger Kompromisses<sup>31</sup> eintritt, d. h. für die Möglichkeit, sich auf vitale nationale Interessen berufen zu können. Allerdings gilt das nicht für taktische Fragen wie z. B. das Junktim vom Frühjahr<sup>32</sup>. Auch wird man die nationalen Interessen wohl den Partnern ausführlich begründen müssen.

Er betont, daß der Rücktritt Carringtons für die Gemeinschaft ein großer Verlust war. Um so wichtiger ist es, daß AM Pym sich so oft wie möglich informell mit seinen europäischen Kollegen trifft.

<sup>27</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

<sup>28</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1982 in Brüssel vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 28./29. Juni 1982 in Brüssel zu den Beziehungen zwischen der EG und den USA vgl. BULLETIN DER EG 6/1982, S. 16.

<sup>30</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

<sup>31</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vgl. Dok. 150, Anm. 8.

<sup>32</sup> Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 29. April 1982; Dok. 130.

*Taylor* berichtet, daß er sich zur Zeit gerade um ein bilaterales Treffen zwischen BM Genscher–AM Pym in Bonn bemüht.<sup>33</sup> Zu Carrington meint er auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Arbeiten der Falkland-Untersuchungskommission<sup>34</sup> seinem Ansehen eher hilfreich sein werden. Er erwähnt die Möglichkeit, daß PM Thatcher im Anschluß an die deutsch-britischen Konsultationen vom 28./29. Oktober nach Berlin fliegen könnte.<sup>35</sup>

*Bundeskanzler* begrüßt den Gedanken eines Berlin-Besuchs. Er regt an, in die Besuchsvorbereitungen auch den Gedanken eines Abendessens in Hamburg in seinem Hause auf dem Rückflug von Berlin aufzunehmen. Dieser Gedanke gilt auch für den Fall, daß ein Berlin-Besuch nicht zustande kommt.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 212

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-360.90 USA-2682/82 VS-vertraulich

14. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk für Herrn Dg20<sup>2</sup>/D2<sup>3</sup>

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen

1) In undiplomatischer, daher um so ernster zu nehmender Offenheit resümierte der politische BR Barkley, hiesige US-Botschaft, mir gegenüber am 12. Juli als „durchschnittliche Erfahrungen hochrangiger amerikanischer Besucher in Bonn“:

<sup>33</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich am 30. August 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 233.

<sup>34</sup> Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 2. Juli 1982: „PM Frau Thatcher sagte am 1. Juli auf Fragen im Unterhaus, daß sie in der kommenden Woche Zusammensetzung und präzise Aufgabe der Falkland-Untersuchungskommission bekanntzugeben hoffe. Oppositionspolitiker bestehen bekanntlich bislang darauf, daß die Kommission in ihre Untersuchung nur die Zeit unmittelbar vor der argentinischen Invasion – und nicht, wie Frau Thatcher dies wünscht, die Falkland-Politik britischer Regierungen seit 1965 – einbeziehen soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1180; Referat 204, Bd. 124944. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch das britische Unterhaus erfolgte am 8. Juli 1982. Der Ausschuß sollte untersuchen, inwieweit die zuständigen Ministerien in der Zeit unmittelbar vor dem Falkland-Krieg nachlässig gehandelt hatten. Vgl. dazu die Debatte im Unterhaus am selben Tag; HANSARD, Commons, 1981/82, Bd. 27, Spalte 469–508.

<sup>35</sup> Zu den deutsch-britische Konsultationen, in deren Verlauf Premierministerin Thatcher am 29. Oktober 1982 Berlin (West) besuchte, vgl. Dok. 288.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 25. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hofmann am 9. August 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Dröge am 14. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Man darf wohl nicht außer acht lassen, daß B[arkley] kein objektiver Überbringer solcher ‚Erfahrungen‘ ist. Trotzdem gibt seine Darstellung zu denken.“

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen.

a) Im AA begegne man ihnen in der Regel mit Zweckoptimismus. Das Leugnen von Problemen sei hier typisch, obwohl dem AA bekannt sein müsse, wie gut amerikanische Besucher meist „gebrieft“ seien.

b) Im BK-Amt überschütte man die Besucher routinemäßig mit Vorwürfen. Die dortige „message“ sei, daß man sich das deutsche Verhalten und die deutsche Sicht in jeder Hinsicht zum Vorbild nehmen solle.

c) Im BMVg gehe man am geschicktesten vor, indem man nämlich existierende Probleme einräume und ungeschminkter diskutiere.

B. behauptete, bei diesem Ablauf sei das Besuchsergebnis häufig kontraproduktiv. Besuche im Kanzleramt seien geradezu zu einer „liability“ geworden. Gäste<sup>4</sup> verließen – wie zuletzt Senator Quayle<sup>5</sup> – Bonn mit dem Eindruck, daß die beiderseitigen Standpunkte sich „fundamental“ unterschieden.

2) Auf meine Frage nach den von B. vermuteten sachlichen Hintergründen dieses Urteils wies er auf ein Dilemma hin: Alles sei letztlich auf die Bedrohungsanalyse zurückzuführen.

- Entweder werde in Bonn der Eindruck einer Verharmlosung der SU vermittelt (Selbstbetrug oder Ideologie),
- oder es entstehe der nicht weniger fatale Eindruck, die Bedrohung werde zwar richtig gesehen, gleichwohl aber darauf nicht reagiert (Resignation/Anpassung; Willenslähmung).

Vor diesem Hintergrund helfe es wenig, wenn wir auf unsere vergangenen Leistungen im Verteidigungsbereich hinwiesen. Das angebaute Minus-Wachstum der deutschen Verteidigungsaufwendungen 1982 und 1983 sei für Leute, die dem Umkreis des „Committee on the Present Danger“ entstammen, Signal einer grundsätzlich falschen Haltung. So sei z. B. zu erklären, daß „Our friends, the Germans“ kürzlich zum zynisch gemeinten Titel einer TV-Sendung in den USA geworden sei.

B. betonte abschließend, daß es das gemeinsame Interesse des AA und der US-Botschaft sei, daß amerikanische Besucher Bonn so positiv beeindruckt wie nur möglich verlassen.

Hofmann

**VS-Bd. 11981 (201)**

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sie“.

<sup>5</sup> Der amerikanische Senator Quayle hielt sich am 7./8. Juli 1982 in der Bundesrepublik auf.

213

**Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-13550/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 3119  
Citissime

Aufgabe: 14. Juli 1982, 21.47 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Juli 1982, 04.11 Uhr

Betr.: Gespräch StS von Staden mit nationalem Sicherheitsberater Judge Clark

1) Am 14.7. traf StS mit Clark zu einem Gespräch zusammen, an dem der NSC-Mitarbeiter Rentschler und ich teilnahmen. Der Termin verkürzte sich durch eine längere Verspätung Clarks, der unmittelbar vor seinem Zusammentreffen mit dem Staatssekretär von Stabschef Baker und Vizepräsident Bush kam. Clark eröffnete das Gespräch mit einer im Ton ruhigen, aber in der Sache scharfen Erklärung. Er sagte gleich zu Anfang: „We have problems.“ Über die europäische Reaktion nach dem Versailler Gipfel<sup>2</sup> sei man enttäuscht, die Enttäuschung über Frankreich sei größer als die über Deutschland. Es sei nicht realisiert worden, daß die von Präsident Reagan verfügte Ausweitung der Sanktionen<sup>3</sup> auf grundsätzliche, vom Menschenrecht geprägte Prinzipien gegründet sei. Diese Entscheidung habe nichts mit einem Wirtschaftskrieg gegenüber der Sowjetunion zu tun. Man habe kaum die Form des Umgangs gepflegt, den man zwischen befreundeten Ländern erwarten könnte.<sup>4</sup> Die verhängten Maßnahmen seien für niemand überraschend gekommen. Die Entscheidung sei bereits am 29. Dezember des vergangenen Jahres<sup>5</sup> gefallen. Offen sei bisher nur geblieben, ob die Sanktionen erweitert werden würden oder ihren bisherigen Umfang behielten. Was die Wiederaufhebung der getroffenen Maßnahmen anbelange, so sei dafür nicht notwendigerweise die Aufhebung beispielsweise des Kriegsrechts in Polen erforderlich, aber wohl ein deutliches Zeichen der Entspannung, z. B. eine versöhnliche Geste zur Solidarität. Man schlage in diesem Zusammenhang durchaus auch an die eigene Brust. Die gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten mögen auch darauf zurückzuführen sein, daß der amerikanische Standpunkt nicht deutlich genug erklärt worden sei. Man verkenne nicht die wirtschaftlichen Implikationen. Die finanziellen Auswirkungen dürften in den USA aber größer sein als in Europa. Präsident Reagan hatte gehofft, von Bonn bei der Druckausübung auf Polen etwas unterstützt zu werden. Jetzt aber erfahre

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Fischer am 15. Juli 1982 vorgelegen, der für Ministerialdirigent Loeck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze handschriftlich vermerkte: „Wie gestern besprochen.“

Hat Loeck am 16. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Henze am 3. August 1982 vorgelegen.

Hat Henze am 9. August 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Runge verfügte.

Hat Runge am 13. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>3</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das?“

<sup>5</sup> Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

man von der Unterzeichnung des Kreditabkommens für die Erdgas-Röhren-Leitung zu einem Zinssatz von 7,8 Prozent.<sup>6</sup> Zu erwähnen seien ferner deutsche Kredite an Managua.<sup>7</sup>

StS übermittelte in seiner Erwiderung zunächst die besten Wünsche des Bundeskanzlers. Der Bundeskanzler erinnere sich gerne an die Unterhaltung mit Clark vor kurzem auf dem Fluge nach Berlin. Er habe in diesem Gespräch u. a. darauf hingewiesen, daß die Presse immer wieder Artikel drucke, die dazu angelegt seien, das deutsch-amerikanische Verhältnis zu vergiften. Gerade jetzt wolle er, StS, auf zwei Artikel verweisen, die im Münchner Merkur<sup>8</sup> und in der letzten Ausgabe des Spiegel<sup>9</sup> erschienen seien und bei denen es sich gerade um die Art von Artikel handle, die der Bundeskanzler in seinem Gespräch mit Judge Clark gemeint habe.<sup>10</sup> Clark, dem diese Pressemeldungen offensichtlich nicht bekannt waren, bat seinen Mitarbeiter um Vorlage.

<sup>6</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 20.

Am 13. Juli 1982 unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Außenhandelsbank der UdSSR, Iwanow, und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Christians, sowie Vertreter anderer Banken aus der Bundesrepublik in Leningrad ein Kreditabkommen zur Finanzierung des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Referat 405 notierte am 3. August 1982 zu den Perspektiven für die UdSSR: „Aus neuem Geschäft wird die SU nach Erreichen der Plateauphase (volles Liefervolumen) 1988 bis 1990 einen jährlichen Ertrag von 3 bis 4,5 Mrd. Dollar erzielen (bezogen auf ganz Westeuropa). Ab 1992 nach Rückzahlung der Kredite wird ihnen dieser Devisenbetrag ganz zur Verfügung stehen. Bis 1990 wird sich aller Voraussicht nach allerdings der Erdöllexport der SU verringert haben. Der Devisengewinn von ca. 12 Mrd. Dollar, den sie 1981 aus dem Erdöl- und Mineralölproduktenexport an westliche Länder eingenommen hat, geht bis 1990 erheblich zurück. [...] Einkünfte aus den Erdgaslieferungen kompensieren also dann noch nicht einmal den Rückgang der Erlöse aus dem Erdöl- und Mineralölproduktenexport. Die SU wird demnach zu diesem Zeitpunkt höchstwahrscheinlich weniger Devisen aus Energielieferungen einnehmen als heute (gleichbleibende Energiepreise vorausgesetzt).“ Vgl. Referat 421, Bd. 141338.

<sup>7</sup> Zu den finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an Nicaragua vgl. Dok. 57, Anm. 13.

Vortragender Legationsrat Runge teilte den Botschaften in Managua und Washington am 11. August 1982 mit: „Bilaterale Umschuldungsabkommen wurden am 6.8. durch D4 und nic[araguani-schen] Finanzminister Cuadra [...] unterzeichnet. Erstes Abkommen betrifft Fälligkeiten aus Darlehensverträgen mit KfW über FZ, zweites Abkommen regelt Verbindlichkeiten aus verbürgten Handelsgeschäften. [...] Unseren Vorstellungen entsprechend handelt es sich um reine Altschuldenregelung mit folgenden wesentlichen Elementen: Einbezogen sind Fälligkeiten bis 31.12.81 in Höhe von rd. 33,2 Mio. DM, davon 12,8 Mio. DM FZ und 20,4 Mio. DM verbürgte Handelsforderungen. Tilgungen sollen innerhalb von sieben Jahren erfolgen, davon die ersten 25 v. H. in fünf gleichen Halbjahresraten ab 31.12.82 und restliche 75 v. H. in zehn gleichen Halbjahresraten ab 1985. Konsolidierungszinsen: für FZ-Schulden 3,7 v. H., für verbürgte Handelsschulden 8,5 bzw. 9,75 v. H. (ab vertraglicher Fälligkeit bis Ende 1981 bzw. für Zeit ab 1.1.82).“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 331, Bd. 136381.

Für den Wortlaut des Abkommens bzw. des Rahmenabkommens vom 6. August 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung Nicaraguas über die Konsolidierung nicaraguanischer Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften vgl. Referat 331, Bd. 136381.

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel „Schmidt kennt Amerika so gut wie ein neuer Einwanderer“, MÜNCHNER MERKUR vom 6. Juli 1982, S. 3.

Staatssekretär von Staden teilte Botschafter Hermes, Washington, am 8. Juli 1982 mit, in dem Artikel werde Bundeskanzler Schmidt ein wesentlicher Teil der Schuld am Rücktritt des amerikanischen Außenministers Haig zugeschrieben, der am 25. Juni 1982 angekündigt und am 5. Juli 1982 vollzogen wurde: „Durch Verhalten Bundeskanzlers in Versailles (angeblich nachträgliche Distanzierung des BK von einer für Washington entscheidenden Passage des Kommuniqués) und in der Frage der Durchführung des Doppelbeschlusses (BK habe anlässlich Bonner Gipfels Eindruck erweckt, ‚die Deutschen würden in der Nachrüstungsfrage, wenn sie [sich] im Herbst 1983 stellen sollte, glatt umfallen‘) sei Haigs Stellung nachhaltig erschüttert worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 754; VS-Bd. 12936 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Vgl. den Artikel „Bonn – Washington. Deutsche Sissy“, DER SPIEGEL, Nr. 28 vom 12. Juli 1982, S. 24 f.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit Schreiben vom 8. Juli 1982 mit: „Lieber Graf York, unter

StS fuhr fort mit der Übermittlung der Grüße des Bundesministers. BM habe ihn, StS, gebeten, Clark zu versichern, wie hoch er sein kürzliches Gespräch mit Clark eingeschätzt habe.

Zur Sache wolle er, StS, sagen, daß wir uns bewußt gewesen seien, daß eine abschließende Entscheidung in Washington noch offen sei. Mit einer Ausweitung der Sanktionen hätten wir jedoch nicht gerechnet. Sie bereiteten rechtliche und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die deutsche Seite am Erdgas-Röhren-Geschäft sei vertraglich gebunden.

Clark wiederholte, daß verkannt worden sei, daß der Entscheidung des Präsidenten grundsätzliche Erwägungen zugrunde lägen. Er könne nur noch einmal betonen, daß es sich nicht um einen Handelskrieg handle, sondern um Erwägungen menschenrechtlicher Art.

Nachdem die Gespräche AM Haigs mit AM Gromyko<sup>11</sup> nicht zu dem für Polen erwarteten Tauwetter geführt hatten, war der Präsident nicht länger bereit, Prinzipien außer acht zu lassen. Sicherlich seien jetzt auch rechtliche Schritte nicht ausgeschlossen. Möglicherweise werde der 22. Juli Zeichen setzen.<sup>12</sup>

StS erinnerte in seiner Erwiderung an eine Äußerung des Präsidenten, in der dieser ausgeführt habe, daß – wenn man wirtschaftliche Maßnahmen verhängt – diese den Gegner härter treffen sollten als einen selbst. In diesem Fall seien die europäischen Alliierten stärker getroffen als die Sowjetunion. Clark warf an dieser Stelle ein, daß amerikanische Gesellschaften aufgrund der Sanktionen in diesem Jahr etwa 600 Mio. Dollar an Verkaufsverlusten erleiden würden. Er erwähnte besonders die Firma Caterpillar.

Zu dem erwähnten Zinssatz von 7,8 Prozent führte StS aus, daß sie sich innerhalb der Grenzen des OECD-Konsenses hielten. Selbstverständlich strebten Banken nach Gewinnen. Eine staatliche Bankgarantie sei keine Subventionierung, diene nicht dem Profit der Banken, sondern böte den Banken nur die Sicherheit, ihr Kapital nicht zu verlieren. Man müsse die Zinsen und die Preise zusammen betrachten. Ein Zinssatz von 7,8 Prozent sei nicht das Ergebnis von Subventionen, sondern das Ergebnis der Verhandlungen mit der sowjetischen Seite.<sup>13</sup> StS meinte zum Schluß, daß die gegenwärtige Lage deutscherseits nicht

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1121*

Bezugnahme auf den Artikel von Cay Graf Brockdorff im Münchner Merkur vom 6. Juli 1982 bittet der Bundeskanzler, Botschafter Hermes anzuweisen, in dieser Angelegenheit ein Gespräch mit Mr. Clark im Weißen Haus zu führen. Botschafter Hermes möge dabei etwa folgendes vortragen: 1) Der Bundeskanzler und Mr. Clark hätten beim Allianzgipfel in Bonn darüber gesprochen, daß es hin und wieder Berichte in der Öffentlichkeit gebe, die den Eindruck erweckten, man versuche von amtlicher Seite innenpolitischen Einfluß auf das Partnerland zu nehmen; deshalb gebe es die Notwendigkeit, solchen Mißverständnissen vorzubeugen. Man habe hierin völlig übereingestimmt. Mr. Clark habe den Bundeskanzler gebeten, ihn – Clark – wissen zu lassen, wenn auf unserer Seite solche Eindrücke entstünden. 2) Der Bundeskanzler empfinde den o. a. Artikel als sehr unangenehm; Clark wisse, daß die beiden Kernpunkte (Verhalten des Bundeskanzlers in und nach Versailles; Einlassung des Bundeskanzlers zum Doppelbeschluß) nicht zuträfen. Anknüpfend an das Gespräch in Bonn wolle der Bundeskanzler deshalb Clark auf diesen Artikel aufmerksam machen.“ Vgl. VS-Bd. 12936 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 18./19. Juni 1982 in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 189.

<sup>12</sup> Am 22. Juli wurde in Polen der Unabhängigkeitstag als Nationalfeiertag begangen.

<sup>13</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Der Passus „Zu dem erwähnten ... sowjetischen Seite“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager

auf die leichte Schulter genommen werde. Wir beabsichtigten nicht, diese Maßnahme hochzuspielen. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn es bei dem Treffen in der Bohemian Grove<sup>14</sup>, an dem auch Judge Clark teilnehme, zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler käme.

2) Wie der Herr Staatssekretär nach dem Gespräch meinte, habe er Clark, sonst ein ruhiger Mann, so dezidiert noch nicht erlebt. Die heutige Meldung über den Röhren-Kredit des deutschen Bankenkonsortiums zu 7,8 Prozent habe ganz offensichtlich deutliche Verstimmung ausgelöst. Ausgesprochen verärgert zeigte sich Clark auch über die Nicaragua gewährte deutsche Entwicklungshilfe. Der Staatssekretär wolle dringend empfehlen, daß der Herr Bundeskanzler in Kalifornien das Gespräch auch mit Clark sucht.

In dem während der Wartezeit mit Rentschler geführten Vorgespräch hatte dieser auf die auf französische Äußerung zurückgehende Irritation als den fast ausschließlich auslösenden Faktor verwiesen. Laut Rentschler hätte es über deutsche Äußerungen nur Gerüchte gegeben.

Rentschler hatte im übrigen wie Clark auf die Notwendigkeit substantieller und nicht nur kosmetischer polnischer Maßnahmen verwiesen.

Dieser Bericht hat dem Herrn Staatssekretär vor Abgang nicht mehr vorgelegen.

[gez.] Wallau

**VS-Bd. 10410 (422)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1122*

hervorgehoben. Dazu vermerkte er für Ministerialdirektor Fischer handschriftlich: „Hier müssen wir m. E. der Botschaft Washington u. der hiesigen Botschaft genaue Informationen geben (Zinsdifferenz zum Marktpreis im Kaufpreis).“

Zu dieser Bemerkung notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze am 3. August 1982: „Ist erledigt.“

<sup>14</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

Zum Aufenthalt Schmidts im Bohemian Grove vgl. Dok. 207, Anm. 3.

## 214

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak in Kairo

105-52.A/82

15. Juli 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn BM mit Präsident Mubarak am 15. Juli 1982 um 11.00 Uhr in Kairo<sup>2</sup>

*Präsident* sagte zum Verhältnis mit Israel, BM sei über die einzelnen Schritte unterrichtet. Die Beziehungen seien bestimmt durch die Autonomie-Gespräche.<sup>3</sup> Was seinen Besuch in Israel angehe, so sei die Einladung von Begin bei der Beisetzung Sadats<sup>4</sup> ausgesprochen und von ihm grundsätzlich angenommen worden. Seither seien mehrere Botschaften zwischen ihm und Begin ausgetauscht worden. Es bestehe seit 1980 die Grundsatzentscheidung, nicht in offizieller Eigenschaft nach Jerusalem zu gehen und dort auch keine Verhandlungen über die Frage der Autonomie zu führen. Nach seiner Rückkehr aus den USA im Februar<sup>5</sup> sei Shamir in Kairo gewesen<sup>6</sup>, und er habe ihm auch deutlich gesagt, daß er nicht nach Jerusalem gehen werde. Auf den Einwand, Sadat sei doch auch gegangen<sup>7</sup>, habe er erwidert, die Ausgangssituation sei nicht vergleichbar, da es Sadat damals zunächst um ein „package deal“ gegangen sei. Sadat selbst habe später Weisung gegeben, daß keine ägyptische Delegation nach Jerusalem gehen oder dort übernachten solle.

Israel habe dann auf sehr rüde und unhöfliche Weise durch seinen Botschafter<sup>8</sup> den Außenminister<sup>9</sup> wissen lassen, wenn der Präsident nicht nach Jerusalem gehe, sollte er überhaupt nicht kommen. Anläßlich des Besuchs von Shamir sei wieder über den Besuch gesprochen und die Frage aufgeworfen worden, was man darüber in der Presse sagen solle. Er habe vorgeschlagen, in den Medien überhaupt nichts darüber zu sagen. Shamir habe dem zugestimmt, aber zwei Tage danach sei von den Israelis eine Erklärung veröffentlicht worden, wonach der Besuch lieber nicht stattfinden sollte, wenn Jerusalem nicht ebenfalls besucht werde. Auf ägyptischer Seite sei man nicht darauf eingegangen

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 16. Juli 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 17. Juli 1982 vorgelegen, der um eine Kopie für Bundeskanzler Schmidt bat.

Hat Bundesminister Genscher am 17. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 19. Juli 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Ver-schluß.“

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Juli 1982 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 210.

<sup>3</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

<sup>4</sup> Präsident Sadat wurde am 6. Oktober 1981 in Kairo bei einer Militärparade ermordet. Seine Beisetzung fand am 10. Oktober 1981 statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289 und Dok. 293.

<sup>5</sup> Präsident Mubarak hielt sich vom 2. bis 5. Februar 1982 in den USA auf.

<sup>6</sup> Der israelische Außenminister Shamir besuchte Ägypten vom 22. bis 25. Februar 1982.

<sup>7</sup> Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

<sup>8</sup> Moshe Sasson.

<sup>9</sup> Kamal Hassan Ali.

und habe sich ruhig verhalten. Er habe sich aber entschlossen, nicht nach Jerusalem zu gehen, solange die Frage dieser Stadt, die ihrerseits Bestandteil der Autonomie-Gespräche sei, keiner Lösung zugeführt worden sei.

Bald danach habe Haig den Wunsch geäußert, nach Ägypten zu kommen<sup>10</sup>, ob schon er (Mubarak) eine Woche später ohnehin in die USA reiste. Als Haig mit ihm gesprochen habe, sei ihm deutlich geworden, daß er sondieren wollte, ob Ägypten bereit sei, eine Grundsatzerklärung bezüglich der Autonomie-Gespräche zu unterzeichnen. Dies habe er verneint, da er keine Konzessionen bezüglich der Westbank machen könne. Er habe Haig gesagt, er könne über Haigs Schuhe und seinen Anzug auch nicht verfügen, weil diese ihm nicht gehörten. Ebenso wenig könne er in der Autonomie-Frage Konzessionen machen. Haig habe seine (Mubaraks) Haltung wohl als ziemlich hart empfunden.

Bezüglich der Autonomie-Verhandlungen habe es seit der Begegnung zwischen Begin und Sadat in Sharm-el-Sheik<sup>11</sup> Einvernehmen gegeben, daß die Autonomie-Verhandlungen nicht in Jerusalem stattfinden sollten.

Inzwischen hätten auf ministerieller und technischer Ebene 38 Gesprächsrunden stattgefunden, davon aber keine in Jerusalem. Begin habe später vorgeschlagen, sie doch in Jerusalem abzuhalten, doch habe er (Mubarak) dem nicht zugestimmt. Die Israelis hätten die Amerikaner dann wissen lassen, daß ein Einvernehmen hierüber nicht zustande gekommen sei.

Haig sei den Israelis gegenüber nicht hart genug gewesen, was er wiederum verstehen könne, da die Amerikaner die Israelis nicht allzu sehr unter Druck setzen wollten, um sie andererseits von einer Invasion im Libanon abzuhalten.

Wenige Tage vor der Invasion im Libanon<sup>12</sup> habe er eine Botschaft von Reagan des Inhalts erhalten, daß sich der amerikanische Präsident am 18.6. mit Begin in New York treffe<sup>13</sup>. Gleichzeitig wurde er (Mubarak) gefragt, ob er zu einem Treffen mit Reagan am 17.6. in New York bereit sei. Auf seine Frage an den amerikanischen Botschafter<sup>14</sup>, ob an eine Dreier-Begegnung gedacht sei, verneinte dieser das Bestehen solcher Pläne. Er selbst habe aber erhebliche Zweifel an dieser Äußerung gehabt. Haig habe Begin gegenüber das Bestehen von Plänen für ein Dreier-Treffen zugegeben. Schließlich habe er den amerikanischen Botschafter wissen lassen, daß er die Vereinigten Staaten nicht besuchen werde, solange sich Begin dort aufhalte. Aus den Erfahrungen nach Sharm-el-Sheik habe man Lehren gezogen, und man könne nie sicher sein, was nach einer Begegnung mit Begin geschehe. So habe er deutlich gemacht, daß er auch zu einer geheimen Begegnung mit Begin nicht bereit sei. Er könne auch nicht in die Vereinigten Staaten gehen, wenn er mit leeren Händen zurückkomme.

Inzwischen habe die Invasion im Libanon stattgefunden. Er selbst habe mehrere Botschaften an Begin und Reagan gerichtet. Er habe den Eindruck, als schlossen die Vereinigten Staaten die Augen vor der Situation. Sie stellten sich

<sup>10</sup> Der amerikanische Außenminister Haig besuchte Ägypten am 28./29. Januar 1982.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat trafen am 4. Juni 1981 in Sharm-el-Sheik zusammen.

<sup>12</sup> Zum Krieg im Libanon vgl. Dok. 208, Anm. 2.

<sup>13</sup> Ministerpräsident Begin hielt sich vom 18. bis 22. Juni 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 191, Anm. 15.

<sup>14</sup> Alfred L. Atherton.

nicht in einem guten Licht dar. Die Sowjets verhielten sich ruhig und abwartend, selbst wenn dies ihren Verpflichtungen gegenüber Syrien widerspreche.<sup>15</sup> Sie seien schlau und wollten sehen, welche Fehler die Amerikaner machten, um darauf zu reagieren.

Er sei sicher, daß zwischen Israel und Syrien bezüglich des Libanon ein Gentleman's Agreement bestehe, das die Invasion, die Vertreibung der PLO nach Jordanien, Versuche, König Hussein loszuwerden, und die Rückgabe des Golan beinhalte. Einige wenige Palästinenser im Oberkommando der PLO hätten erkannt, was gespielt werde. Wenn man außerdem die Erklärungen Sharons<sup>16</sup> höre, daß die Palästinenser nach Jordanien gehen und dort einen palästinensischen Staat errichten sollten, selbst wenn hierzu Waffengewalt erforderlich sein sollte, so runde sich das Bild nur ab. Außerdem soll die Westbank, im Gegensatz zu den Bestimmungen von Camp David<sup>17</sup>, nicht an die Palästinenser zurückgegeben werden.

Er habe Begin und auch den Amerikanern gegenüber unzweideutig darauf hingewiesen, daß die Amerikaner einen sehr starken Vertrauensverlust in der gesamten Region erlitten hätten und die Sowjets aus dieser Situation nur profitieren könnten. Bei Beginn der Libanon-Krise habe er Reagan nachdrücklich davon abgeraten, auch nur einen einzigen Soldaten zu entsenden, da sonst die Sowjets eine vermehrte Präsenz in Syrien fordern würden. Außerdem entstände der Eindruck, die Amerikaner wollten eine vom Sinai bis zum Libanon reichende Position aufbauen. Seine Äußerungen seien auf wenig Verständnis gestoßen, und die Antwort sei enttäuschend und einer Supermacht nicht würdig gewesen. Er finde es bemerkenswert, daß die Sowjets nichts täten, sondern wohl erst auf Fehler der Amerikaner warteten.

Auch aus dem Ablauf der militärischen Operationen sei auf das Bestehen eines Gentleman's Agreement zu schließen. Obschon sich an einigen Stellen die israelischen und syrischen Truppen bis auf 50 m gegenüberstanden, sei kein einziger Schuß gefallen. Israel sei beispielsweise in den Besitz von sechs Panzern des Modells T-72 gekommen, weil die syrischen Besatzungen sie einfach aufgegeben hätten und davongelaufen seien. (Anhand einer Karte erläuterte der Präsident die militärischen Operationen im einzelnen.)

Die Amerikaner unterstützten die Israelis in dem Bemühen, die Palästinenser aus Beirut zu vertreiben. Dies sei jedoch keine Lösung des Problems. Eine solche Politik werde ernsthafte Probleme für die Stabilität der Region und die amerikanischen und westlichen Interessen insgesamt schaffen. Die Amerikaner müßten einen hohen Preis zahlen, wenn sie die Palästinenser vertrieben, ohne daß diese wüßten, wo sie bleiben sollten.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Vertrag vom 8. Oktober 1980 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Syrien und der UdSSR; UNTS, Bd. 1222, S. 343–357.

<sup>16</sup> Zu den Äußerungen des israelischen Verteidigungsministers Sharon vgl. Dok. 168, Anm. 22.

<sup>17</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Der amerikanische Botschafter habe eine Mitteilung von Reagan übermittelt, in der dieser die Ägypter auffordere, alle Palästinenser in Ägypten aufzunehmen. Nach kurzem Überlegen habe er dies abgelehnt. Darin könnte die abschließende Durchführung (completion<sup>18</sup>) des Abkommens von Camp David erblickt werden. Eine Entscheidung darüber, wo die Palästinenser bleiben sollten, könne aber nur eine arabische Entscheidung sein, die auf einer arabischen Gipfelkonferenz zu treffen wäre. Er habe die Amerikaner nachdrücklich aufgefordert, sich der von Israel angeregten Politik nicht anzuschließen, die nur zu einer Katastrophe und zu einer neuen Welle des Terrorismus führen würde. Insgesamt gebe es im Libanon derzeit 600 000 Palästinenser.

Der Präsident zeigte anschließend dem BM seinen letzten Brief an Reagan, auf den noch keine Antwort vorliege.

*BM* fragte, ob sich *BK* in seinem bevorstehenden Gespräch mit Shultz<sup>19</sup> auf diesen Brief beziehen könne. *BK* sei seit langem mit Shultz befreundet, und die Begegnung sei bereits vor drei Monaten vereinbart worden. Die Formulierung der vier Punkte in dem Antwortschreiben halte er für ausgezeichnet.

*Präsident* war damit einverstanden, daß *BK* auf Brief verweise, doch solle nicht mitgeteilt werden, daß deutsche Seite eine Kopie des Briefes erhalten habe.

*Präsident* erklärte weiter, er werde demnächst Reagan einen umfassenden Vorschlag für die Lösung der Nahost-Probleme einschließlich der Palästinenser-Frage zukommen lassen, der sich auf diese vier Punkte<sup>20</sup> stützen werde. Er werde darin auch auf den Konflikt zwischen Iran und Irak<sup>21</sup> eingehen. Im gleichen größeren Zusammenhang müßten Auseinandersetzungen zwischen Somalia und Äthiopien<sup>22</sup> und möglicherweise zwischen Libyen und Sudan<sup>23</sup> gesehen

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber handschriftlich eingefügt.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf, wo er mehrfach mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammentraf. Vgl. dazu Dok. 222.

<sup>20</sup> Botschafter Müller, Kairo, berichtete am 27. August 1982: „AM Kamal Hassan Ali nannte gestern vier Bedingungen, die alle am Friedensprozeß beteiligten Parteien akzeptieren sollen, bevor man diesen wegen Libanon-Krise eingefrorenen Prozeß erfolversprechend wiederaufnehmen könne: Es müsse klare amerikanisch-israelische Verpflichtung für Rückzug israelischer Truppen aus Libanon geben, um geeignetes Klima für Fortgang Friedensprozeß zu schaffen. [...] USA sollten für sich selbst eindeutiges Konzept zu allen noch strittigen Fragen erstellen. Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung müsse anerkannt werden. Autonomie müsse bereits während der Übergangsphase auch für Bewohner Ost-Jerusalems gelten. Viertens schließlich müsse Israel sein Konzept der ‚begrenzten Autonomie‘ ändern. Es dürfe keine Siedlungen mehr gründen [...], und es müsse seine Willkürpolitik in den besetzten Gebieten (z. B. Amtsenthebung von Bürgermeistern) aufgeben [...]. AM Ali nimmt mit diesen Bedingungen praktisch alle wesentlichen ägyptischen Verhandlungsziele als Verhandlungsprämisse vorweg. Die Gespräche werden dadurch vermutlich ebenso blockiert werden wie durch die israelische Forderung nach Jerusalem als Verhandlungsort.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1146; Referat 310, Bd. 135664.

<sup>21</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 210, Anm. 8.

<sup>22</sup> Zum Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia vgl. Dok. 210, Anm. 10.

<sup>23</sup> Im Politischen Halbjahresbericht für den Sudan, den Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartoum, am 17. März 1982 übermittelte, wurde dargelegt: „Im Prinzip dem Gedanken eines Heraushaltens der Großmächte aus Afrika verhaftet, sieht der Sudan eine großangelegte Strategie der Sowjetunion, ihren Einfluß in Nordostafrika, ausgehend von Libyen einerseits und von Afghanistan über Südjemen und Äthiopien andererseits, fest zu etablieren (Aden-Pakt). Aus dieser Befürchtung erklärt sich die im März 1981 im Zusammenhang mit der libyschen Tschad-Intervention erfolgte Hinwendung zu Ägypten und den USA. [...] Der Sudan unterhält keine Beziehungen zu Libyen und setzt nach vorübergehender Unterbrechung seine Propagandaoffensive gegen Gaddafi fort. Der Sudan sieht sich als bevorzugtes Ziel subversiver Aktionen Libyens. Innerhalb der OAE versucht

werden. All dies wirke sich nur zugunsten der Sowjetunion aus, doch die Amerikaner täten nichts und böten ein bedauernswertes Bild einer Supermacht. Wenn sie den Israelis gestatteten, nach eigenen Wünschen und eigenem Gutdünken zu handeln, so sei dies nicht nur für Amerika, sondern für die gesamte westliche Welt von Schaden. Die Palästinenser zu vertreiben, ohne zu wissen, wo sie sich niederlassen könnten, wäre der größte Fehler, den die Amerikaner und der Westen begehen könnten.

*BM* verwies auf die Übereinstimmung, die er und sein ägyptischer Kollege am Vortag zum Ausdruck gebracht hätten, daß den Palästinensern eine Hoffnung oder politische Perspektive gegeben werden müsse.

*Präsident* wies darauf hin, daß ein Vertreter der Palästinenser am Tag zuvor die Bereitschaft zu gegenseitiger Anerkennung geäußert und darauf hingewiesen habe, daß aus der Charta<sup>24</sup> der Hinweis auf eine Vernichtung Israels gestrichen worden sei.

Auf Frage *BM*, ob *Präsident*, wenn er von der Zukunft des palästinensischen Volks spreche, an Camp David oder an neue Schritte denke, erwiderte dieser, er denke an gegenseitige Anerkennung, Beteiligung der Palästinenser an den Autonomie-Gesprächen und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts. Dies wäre auch die beste Garantie für Israel. Ferner könne dann darüber gesprochen werden, ob ein Homeland für die Palästinenser im Verbund mit Israel oder mit Jordanien geschaffen werde. Auf keinen Fall sollten die USA Israel weiterhin die Rolle des amerikanischen Polizisten in der Region spielen lassen.

Was Weinberger angehe, der für eine verstärkte amerikanische Präsenz und mehr Stützpunkte eintrete, so entspreche dies nicht dem Wunsch der Bevölkerung der Region. Ein derartiger Machtwettbewerb sei unerwünscht. Die Stützpunktkonzeption Weinbergers bedeute, daß auch die Sowjets Stützpunkte einrichteten mit der Folge, daß die Instabilität und innere Unruhe zunehme. Außerdem entstehe der Eindruck, als handle es sich bei den betreffenden Ländern um amerikanische Satelliten.

Er werde kein Papier über die Errichtung solcher Anlagen unterzeichnen. Jeder einzelne Bürger werde dies ablehnen. Die Amerikaner sollten sich etwas anderes einfallen lassen. Sie lebten aber in einer anderen Welt und hätten keine rechten Vorstellungen von der Realität.

*BM* bemerkte, die Amerikaner dächten in Optionen.

*Präsident* sagte zu, die deutsche Seite über den erwähnten Gesamtvorschlag zu unterrichten.

Auf Frage *BM* nach wirklichen Zielen und Absichten Khomeinis sagte *Präsident*, ihm schwebe ein schiitisches Reich vor. Die im Iran praktizierte Form des Islam weiche von der eigenen Form erheblich ab. Khomeini wünsche schiitische Regierungen im Gebiet des Golfs, wodurch in dieser Region beträchtliche Probleme geschaffen würden. Khomeini werde in beträchtlichem Umfang von Sowjetunion, Syrien, Libyen und Israel unterstützt. Wo es der Sowjetunion passe, be-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1127*

der Sudan, den Zusammentritt des Gipfels in Tripolis (August 1982) und die Übernahme der Präsidentschaft durch Gaddafi zu verhindern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 262; Referat 310, Bd. 135724.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Palästinensischen Nationalcharta vom 17. Juni 1968 vgl. THE ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. 3, S. 706–711.

diene sie sich für ihre eigenen Zwecke auch religiöser Strömungen. Durch die Entwicklung im Iran wolle sie ihren eigenen Einflußbereich ausweiten. Die Amerikaner seien der Auffassung, diese Entwicklung sei nicht mit der Sowjetunion synchronisiert. Er hingegen sei hiervon überzeugt. Das ursprüngliche amerikanische Militärgerät im Iran sei weitgehend nicht zu gebrauchen. Libyen habe 150 sowjetische Tanks geliefert, und 600 weitere sowjetische Tanks im Iran stammten aus Nordkorea. Desgleichen stünden 900 Raketen vom Typ SAM 7, ebenfalls aus Nordkorea, zur Verfügung.

*BM* sagte, SU könnte Iran unterstützt haben, weil die Sowjets den Eindruck hätten, Saddam Hussein löse sich von der Sowjetunion.

*Präsident* sagte, Saddam Hussein gelte ohnehin nicht als zuverlässig. Der Sowjetunion gehe es vor allem um die Ausdehnung ihres Einflusses im Golf.

Zum Ausgang der Auseinandersetzung befragt, erklärte *Präsident*, Saddam Hussein dürfte wahrscheinlich gestürzt werden. Die Errichtung eines kommunistischen Regimes sei nicht auszuschließen. Motivation und Führung im Irak seien derzeit sehr schwach. Es fehle auch an der Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen. Er sei zwar gegen den Krieg, doch müsse man die Irakis wenigstens ermutigen, das eigene Land zu verteidigen. Eine Eroberung von Basra wäre ein folgenreicher Verlust.

Um die Völker des Nahen Ostens zu charakterisieren, teilte *Präsident* sie in drei Gruppen ein: (1) Syrier, Jordanier, Israelis und Palästinenser – Schlitzohren; (2) Irakis und Iraner – blutrünstig und verräterisch; (3) Araber der Golf-Staaten und Saudis – reich, wollen ihr Geld ausgeben, keine Schwierigkeiten haben und Probleme mit Geld lösen. Bisher hätten die Golfstaaten an den Iran 51 Mrd. Dollar, an Syrien weitere 14 Mrd. Dollar gezahlt.

Auf Frage *BM* nach der Situation in Saudi Arabien bezeichnete der *Präsident* die Saudis als ihrer Natur nach mutlos und schlapp. Bei seinem jüngsten Besuch in Riad<sup>25</sup> hätten die Saudis zu erkennen gegeben, daß sie zur Wiederaufnahme der Beziehungen bereit seien<sup>26</sup>, doch wünschten sie, daß andere erst das Tor aufschlössen und vorangingen, bevor sie selbst folgten.

Die weitere Frage des *BM* nach ägyptischen Kontakten mit den Saudis und Jordaniern bejahte der *Präsident*.

*BM* gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ägypten und die moderaten arabischen Staaten enger aneinanderrückten, was besonders im Hinblick auf Invasion im Libanon und Krieg zwischen Irak und Iran zu wünschen und erforderlich wäre.

*Präsident* antwortete, er denke an eine Initiative. Man müsse die Probleme der Vergangenheit vergessen und zu Kompromissen gelangen. Er denke an die Möglichkeit eines arabischen Gipfels zur Erörterung der gesamten Situation.

*BM* sagte, er würde dies befürworten.

*Präsident* sagte, ursprünglich habe er den Vorschlag bereits vor zwei Wochen machen wollen, habe ihn dann aber verschoben.

<sup>25</sup> *Präsident* Mubarak hielt sich am 14. Juni 1982 anlässlich der Beisetzung von König Khalid in Saudi-Arabien auf.

<sup>26</sup> Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington brach Saudi-Arabien am 23. April 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

*BM* erklärte, man müsse die Situation nutzen.

*BM* fragte, ob er bei der am 19. Juli 1982 stattfindenden EPZ-AM-Sitzung<sup>27</sup> im Sinne des Briefs berichten könne, ohne dies selbstverständlich zu erwähnen. Der *Präsident* bejahte dies.

*BM* unterstrich Notwendigkeit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts.

*Präsident* erwiderte, wenn dies gelinge, wären 90% der Nahost-Probleme geregelt. Unter den derzeitigen Bedingungen nutze aber die Sowjetunion die Entwicklung für sich, wozu ihr die Vereinigten Staaten jede Gelegenheit böten. Die Europäer sollten in dieser sehr kritischen Zeit mit den Amerikanern härter umgehen, genauso wie sich auch die Ägypter einer sehr freimütigen Sprache bedienten.

*BM* hoffe, daß Shultz aufgeschlossener sei, doch frage er sich, ob er sich in der angedeuteten Richtung bewegen könne.

*Präsident* sagte, es wäre zu begrüßen, wenn BK Shultz davon überzeugen könnte, daß ohne Lösung des Palästinenser-Problems keine Stabilität zu erreichen sei. Solange diese Frage nicht geregelt sei, befänden sich die USA immer auf der Seite der Verlierer.

*BM* wies noch einmal darauf hin, daß Israelis versuchten, eine Lösung der Situation in Beirut als Lösung des Palästinenser-Problems hinzustellen.

*Präsident* nannte dies falsch. Die einzige Grundlage für eine Lösung sei die Verwirklichung der Selbstbestimmung. Wenn dies verhindert werde, werde es bald wieder eine neue Welle des Terrorismus geben. Man dürfe nicht gestatten, daß die Israelis als Polizist der Amerikaner agierten.

Das Gespräch endete gegen 12.30 Uhr.

**Referat 010, Bd. 178862**

<sup>27</sup> In einem Bericht der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 20. Juli 1982 über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19. Juli 1982 in Brüssel hieß es zur Diskussion über den Nahost-Konflikt: „They heard reports on recent contacts with the parties to the conflict from Dutch, German, French, British and Italian Ministers. As a means to counter the increasingly worried mood in the Arab world, Foreign Minister Genscher proposed that the Presidency should contact Egypt and Jordan (and possibly other moderate Arab states) in order to sound out their views and consider the possibility of establishing a working group between the Ten and the Arabs. The Presidency will act accordingly, and foresees a discussion hereof at the next meeting in the Middle East Working Group on August 27, and the meeting of the Political Committee on September 1–2.“ Vgl. den Drahtbericht (Coreu) Nr. 2881; Referat 200, Bd. 122697.

## 215

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler  
an die Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen  
in New York und den Internationalen Organisationen in Genf**

012-312.74

Aufgabe: 16. Juli 1982, 15.18 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 4069 Plurez

Betr.: Abschluß der 2. Sondergeneralversammlung der VN über Abrüstung  
(12. SGV)

1) Das Ergebnis der am 10. Juli beendeten SGV ist ein im Konsens angenommener Schlußbericht.<sup>2</sup> Darin wird Nicht-Einigung über die wichtigsten Themen festgestellt („Umfassendes Abrüstungsprogramm“<sup>3</sup>, „Bestandsaufnahme“, Institutionen), andererseits aber auch eine Grundlage für die Fortführung der Abrüstungsdiskussion in den VN geschaffen. Das „Abrüstungsprogramm“ ist an den Genfer Abrüstungsausschuß (CD) zurückverwiesen worden und soll der 38. GV (1983)<sup>4</sup> erneut vorgelegt werden. Der CD soll bereits zur 37. GV<sup>5</sup> zur Frage seiner Erweiterung Stellung nehmen.

In zahlreichen Sachfragen – insbesondere zur nuklearen Abrüstung – blieben die Gegensätze unüberbrückbar. Nicht behandelt und ebenfalls weiterverwie-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

Hat Rentel am 20. Juli 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „An alle anderen Ortex-Empfänger als Ortex 1607-02 mit Luftbeutel versandt.“

<sup>2</sup> Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung wurde am 7. Juni 1982 in New York eröffnet. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vom 9. Juli 1982 und der Anhänge vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XX, S. 710–752. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 464–466 (Auszug).

<sup>3</sup> Botschafter Wegener, z. Z. New York, berichtete am 10. Juni 1982 zur Diskussion über ein von der Bundesrepublik in den Genfer Abrüstungsausschuß eingebrachtes Arbeitspapier, das ein Umfassendes Abrüstungsprogramm (Comprehensive Program of Disarmament, CPD) beinhaltet: „Nicht nur bekennen sich alle Miteinbringer weiterhin zu diesem Papier, auch zahlreiche Nichtmiteinbringer, darunter auch CD-Nichtmitglieder (Norwegen), haben in Erklärungen im Abrüstungsausschuß CD 205 zur Grundlage ihrer Position gemacht. [...] CD 205 wurde als westliche Antwort auf die weitgehenden Forderungen der Non-aligned konzipiert. Diese hatten 1980 und 1981 ein Programm verlangt, das bis ins einzelne gehende Abrüstungsmaßnahmen enthält, die in einem festen Zeitrahmen durchzuführen sind und zu dessen Einhaltung die Staaten sich völkerrechtlich verbindlich verpflichten. Wir haben, um für die Verhandlungen eine günstige Ausgangsposition zu erzielen, eine genau entgegengesetzte Haltung eingenommen: CD 205 kennt keine feste Zahl von Phasen, keinerlei kalendermäßige Angaben für Beginn oder Beendigung von Abrüstungsmaßnahmen oder auch nur Abrüstungsverhandlungen, und die Formulierung der einzelnen Maßnahmen ist sehr allgemein gehalten. Das Dok[ument] sieht darüber hinaus nur eine schwache politische Verpflichtung zur Einhaltung des Programms vor. [...] Für uns ist ein erfolgreicher Abschluß der CPD-Arbeit auf der 2. SGV innen- wie außenpolitisch von Bedeutung. Außenpolitisch kommt es darauf an, mit Rücksicht auf das Verhältnis zu den N[on]A[ligned] die uns möglichen prozeduralen Fortschritte im Abrüstungsbereich nicht zu blockieren. Innenpolitisch müssen wir Rücksicht nehmen auf die Erwartungen, die mit der weiten Streuung von CD 205 in der BR Deutschland geweckt worden sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1422; VS-Bd. 11567 (223); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt. Sie wurde am 26. Juni und am 17. September 1984 fortgesetzt.

<sup>5</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

sen worden sind die Ergebnisse der VN-Studien, die der SGV vorlagen (darunter von uns initiierte Studie über vertrauensbildende Maßnahmen) sowie eine Vielzahl von Staatsvorschlägen (darunter unsere Arbeitspapiere zur Weiterentwicklung der VBM und zur Verifikation eines umfassenden Verbots chemischer Waffen<sup>6</sup>).

Konsens-Annahme gelang in zwei Nebenfragen: Richtlinien für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der VN in Form eines „Weltabrüstungsfeldzugs“ und Erweiterung des Fortbildungsprogramms der VN für Nachwuchskräfte im Abrüstungsbereich.

Über den Termin einer weiteren SGV über Abrüstung soll die 38. GV entscheiden.<sup>7</sup>

2) Wir bedauern, daß in der Substanz nicht mehr erreicht werden konnte, plädieren aber dafür, nicht zu resignieren und die Diskussion in den VN und im CD mit dem Ziel möglichst konkreter Ergebnisse fortzusetzen.

Für die Weiterführung ist wichtig, daß die SGV das Schlußdokument von 1978<sup>8</sup> bekräftigt und am Konsensprinzip festgehalten hat. Die Zusammenarbeit mit den Nichtgebundenen während der SGV war in der Regel konstruktiv und von gemeinsamer Suche nach Konsenslösungen bestimmt. Wir hoffen, daß sich die vor allem bei den Nichtgebundenen vorherrschende Enttäuschung in eine verstärkte Tendenz zu mehr Realismus umsetzt. Indien distanzierte sich als einziges Land vom Schlußbericht. Seine anspruchsvollen, aber wirklichkeitsfernen Positionen zur nuklearen Abrüstung werden auch bei den Nichtgebundenen zunehmend als überzogen angesehen.

3) Die Generaldebatte, in der 19 Staats- und Regierungschefs und 44 AM gesprochen haben, gab uns Gelegenheit, die in dem Bonner Programm für Frieden und Freiheit<sup>9</sup> enthaltenen westlichen Abrüstungsvorschläge und die fundamentale Bedeutung der Einhaltung eines für alle Waffen geltenden umfassenden Gewaltverzichts zu erläutern (Rede des Bundeskanzlers – Ortez 71 vom 23.6.1982<sup>10</sup>).

4) Die nichtstaatlichen Organisationen sind stärker als 1978 beteiligt worden. Ihre Anhörung belegte ein weltweit wachsendes Bewußtsein für die zentrale Be-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des von der Bundesrepublik eingebrachten Arbeitspapiers „Principles and rules for verifying compliance with a CWs convention“ und des „Working paper on confidence-building measures within the UN system“ vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XX, S. 583–590.

<sup>7</sup> Die dritte VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 31. Mai bis 25. Juni 1988 in New York statt.

<sup>8</sup> Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 fand in New York die erste VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung statt. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vom 30. Juni 1978 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVI, S. 274–290. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 520–542. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 212.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler faßte die Rede von Bundeskanzler Schmidt vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 14. Juni 1982 in New York zusammen. Vgl. dazu Referat 012, Bd. 124419.

Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1982, S. 537–541.

deutung sicherheitspolitischer Fragen. Nach unrealistisch hohen Erwartungen ist die Enttäuschung bei den NGOs<sup>11</sup> besonders groß.

5) Im Schlußbericht der SGV gelang es, als allgemeines Ziel die Formel „Verhinderung eines Krieges, insbesondere eines Nuklearkrieges“, zu verteidigen und damit die Auffassung zu bekräftigen, daß jeder Krieg verhindert werden muß. Osten und Nichtgebundene hatten dagegen versucht, ausschließlich auf Nuklearkrieg abzustellen. Bemühungen des Ostens, in der Schlußphase der SGV seine deklaratorischen Vorschläge zur nuklearen Abrüstung zum einzig relevanten Thema zu machen und den Westen in die Defensive zu drängen, wurden vom Westen erfolgreich neutralisiert. Gestützt auf ein von uns mit NL und Japan eingebrachtes, auf Konsens angelegtes Arbeitspapier<sup>12</sup> demonstrierte der Westen Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung mit dem Ergebnis, daß der Osten das Interesse verlor. Die Diskussion wird in der 37. GV fortgesetzt werden müssen. SU und Nichtgebundene werden ihre für den Westen unannehmbaren Forderungen weiterverfolgen: Moratorium für Entwicklung, Produktion und Stationierung, Nichterst- und Nichteinsatz von Nuklearwaffen.

6) Bei der Fortsetzung der Arbeit zum Umfassenden Abrüstungsprogramm wird aufgrund unseres seinerzeit beigesteuerten Gesamtentwurfs mit westlichen Partnern<sup>13</sup> zu prüfen sein, wie dieses Projekt in realistische Bahnen gelenkt werden kann, nachdem sich die Vorstellungen der Nichtgebundenen als zu ehrgeizig erwiesen haben und deshalb fehlgeschlagen sind.

7) Wir werden aktiv weiterverfolgen: Einhaltung des umfassenden Gewaltverbots (kein Einsatz von Waffen, weder nuklearer noch konventioneller, es sei denn als Antwort auf einen Angriff), Transparenz der Militärausgaben, unsere Initiativen zur weltweiten Anwendung vertrauensbildender Maßnahmen und der Verifikation eines umfassenden Verbots chemischer Waffen. Die vom Bundeskanzler angekündigten Arbeitstagungen 1) Internationales Symposium über VBM<sup>14</sup>,

<sup>11</sup> Non-Governmental Organizations.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des von der Bundesrepublik, Japan und den Niederlanden eingebrachten Arbeitspapiers „Prevention of war, in particular nuclear war“ vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XX, S. 750 f.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Gesamtentwurfs eines Umfassenden Abrüstungsprogramms vom 31. Juli 1981 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XIX, S. 396–404.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler unterrichtete am 14. Juni 1982: „Das Symposium dient der Fortführung der bei der 1. SGV für Abrüstung im Jahre 1978 durch die Bundesregierung eingeleiteten Initiative zur weltweiten Förderung von VBM. Seither hat die VN-Generalversammlung in mehreren Resolutionen die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Vertrauensbildung für Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle betont und die Staaten aufgerufen, im regionalen Rahmen VBM zu vereinbaren [...]. Eine unter Vorsitz des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland beim Genfer Abrüstungsausschuß stehende VN-Studiengruppe, die Experten aus 14 Ländern – darunter auch der USA und der SU – umfaßte, unterstrich in ihrem der 36. GV vorgelegten Bericht ebenfalls die Bedeutung von VBM als Mittel zur Erleichterung von Fortschritten bei Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Stabilisierung bei Krisen- und Spannungszuständen. [...] Ziel des Symposiums ist es, das Konzept der VBM auf der Grundlage der VN-Studie in der internationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen und hierfür die Unterstützung namhafter Experten aus verschiedenen Regionen zu erhalten. Wir denken an eine geographisch möglichst ausgewogene Liste von ca. 50 Teilnehmern.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 66; Referat 012, Bd. 124419. Das Symposium fand vom 24. bis 27. Mai 1983 auf Schloß Gracht in Erfstadt statt.

2) CW-Workshop, die wir für 1983 zu beiden Themen planen, werden Gelegenheit bieten, die internationale Diskussion hierzu zu vertiefen.

Steinkühler<sup>15</sup>

Referat 012, Bd. 124420

216

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-13607/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 319

**Aufgabe: 19. Juli 1982, 16.48 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 19. Juli 1982, 19.01 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 83/82

Betr.: MBFR;  
hier: Abschlußbericht der 27. Runde

Zur Information

I. 1) Die 27. Verhandlungsrunde (13.5. bis 15.7.82) stand im Zeichen des nach nicht vorauszusehenden Verzögerungen am 8.7.82 offiziell eingeführten, auch vom Osten erwarteten westlichen Abkommensentwurfs. Die AHG hatte die Vorlage des Entwurfs ursprünglich für den 11.6.82, also einen Tag nach dessen Ankündigung auf dem Bonner Gipfel<sup>2</sup>, vorbereitet. In letzter Minute geltend gemachte französische Bedenken hinsichtlich der uneingeschränkten Weitergeltung<sup>3</sup> der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes konnten jedoch nicht rechtzeitig ausgeräumt werden. Die westlichen Teilnehmer gerieten dadurch in eine etwas peinliche Situation, aus der der Osten jedoch weder in den Verhandlungen noch in der Öffentlichkeitsarbeit Kapital zu schlagen versuchte.

2) Die Absicht des Westens, durch einen umfassenden Vorschlag die Initiative bei den MBFR-Verhandlungen wiederzugewinnen und in Wien wie auf den an-

<sup>15</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 20. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Meyke verfügte sowie um Übermittlung einer Kopie an Referat 213 und an die Delegation der Bundesrepublik beim Abrüstungsausschuß in Genf bat.

<sup>2</sup> Im Dokument über Abrüstung und Rüstungskontrolle, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, erfolgte die Ankündigung der baldigen Vorlage eines Entwurfs für ein MBFR-Abkommen durch die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 75. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 345.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Weiterregelung“.

deren Abrüstungsforen ernstgemeinte westliche Verhandlungsbereitschaft öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren, war den östlichen MBFR-Teilnehmern seit langem bekannt. Die Veröffentlichung in der „Welt“ vom 17.5.82<sup>4</sup>, die den Inhalt des Vertragsentwurfs und den Stand der Beratungen in der NATO dazu weitgehend umfassend und richtig wiedergab, erlaubte es dem Osten sogar, den westlichen Schritt vor seiner Einführung zu diskutieren und seiner Wirkung mit entsprechenden Gegenargumenten vorzubauen. Diese Tatsache, die schon für sich genommen unerwünscht und unangenehm war, setzte die westliche Seite auch noch östlichen Vorwürfen aus, den verhandlungsbeherrschenden Grundsatz der Vertraulichkeit absichtlich gebrochen zu haben und, statt Fortschritt in den Verhandlungen anzustreben, nur auf die Wirkung in der westlichen Öffentlichkeit abzustellen.

Es trat die paradoxe Situation ein, daß der Osten vor offizieller Kenntnis des Textes vor allem auch in der Plenarerklärung vom 24. Juni 1982<sup>5</sup> die westliche Position generell angriff und seine ersten Kommentare dazu abgab.

3) Der Osten hat in vorläufigen Kommentaren relativ ausgewogen und sachlich auf den westlichen Vorschlag, dessen Inhalt im Ortez 79 vom 9.7.82 wiedergegeben wurde<sup>6</sup>, reagiert. Der sowjetische Delegationsleiter Michajlow räumte in der letzten Plenarsitzung der Runde<sup>7</sup> – wie es heißt, auf Weisung aus Moskau – ein, daß die westliche Festlegung auf ein einziges Abkommen einen Schritt in

<sup>4</sup> Vgl. den Artikel „Abbau auch bei der Bundeswehr. USA planen Abrüstungs-Offensive bei den MBFR-Verhandlungen in Wien“; DIE WELT vom 17. Mai 1982, S. 1 und 3.

<sup>5</sup> Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 25. Juni 1982 über die Plenarsitzung am Vortag: „Der tschechoslowakische DL Kehlúšek sprach für den Osten. Von gewissem Interesse sind lediglich einige kritische Anmerkungen, die er gegen Ende seiner Rede zu der in der Bonner Erklärung angekündigten westlichen MBFR-Initiative machte.“ Kehlúšek habe darauf hingewiesen, „daß die neuen Vorschläge die grundsätzlichen Faktoren enthielten, die die westliche Position in den Verhandlungen von Anfang an bestimmt hätten. Daraus ergebe sich, wie auch aus der Bonner Erklärung, daß der Westen wie bisher auf seinen ‚Vorbedingungen‘ bestehe, wie u. a. der vorherigen Dateneinigung, dem ‚künstlich aufgeblasenen‘ AM-Paket sowie den geographischen Faktoren in westlicher Sicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 250; Referat 221, Bd. 124573.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte: „Das Vertragswerk besteht aus einem Hauptvertrag (Vertrag über die beiderseitige Verminderung von Streitkräften und begleitende Maßnahmen in Mitteleuropa), der von allen direkten Teilnehmern zu unterzeichnen und zu ratifizieren ist; einem Protokoll, mit dem die indirekten Teilnehmer die Verpflichtung zur Anwendung bestimmter begleitender Maßnahmen übernehmen; drei Annexen, die integrale Bestandteile dieses Vertrages sind (I. Daten und Umfang von Reduzierungen und Begrenzungen, II. begleitende Maßnahmen, III. Ausnahmen von Höchststärken). [...] Wesentliches neues Element dieses umfassenden Entwurfs ist die Bereitschaft aller direkten Teilnehmer, sich von Anfang an in Übereinstimmung mit dem Kollektivitätsprinzip auf substantielle Reduzierungen festzulegen, die in vier zeitlich festgelegten Implementierungsetappen zur Herstellung übereinstimmender Höchststärken bei 700 000 Mann für Landstreitkräfte und bei 900 000 Mann für Land- und Luftstreitkräfte zusammen führen soll. In der ersten Reduzierungsetappe sollen 13 000 Mann amerikanische und 30 000 sowjetische Landstreitkräfte abgezogen werden. Es ist selbstverständlich, daß bei Unterzeichnung des Abkommens eine Einigung über die Streitkräfteausgangsdaten beider Seiten erreicht und im Abkommen selbst verankert sein muß. [...] Der jetzt eingeführte Vertragsentwurf bietet dem Osten eine konstruktive Lösung für eines der offenen Kernprobleme der Verhandlungen an, das aus dem bisherigen Konzept zweier verschiedener Reduzierungsphasen auf der Grundlage zweier verschiedener Abkommen resultierte.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 79; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>7</sup> Die MBFR-Delegation in Wien übermittelte am 21. Juli 1982 die Erklärung des Leiters der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen, Michajlow, in der Plenarsitzung am 15. Juli 1982 in englischer Übersetzung. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 46; Referat 221, Bd. 124573.

die richtige Richtung darstelle und die Möglichkeit zur Lösung der Verknüpfungsproblematik biete. Auch sei es positiv – so meinte er –, daß der Westen nun einen Textentwurf vorgelegt habe.

Andererseits gebe der westliche Abkommensentwurf keine Antwort auf die „extrem wichtigen“ Fragen eines „freeze“, der Einbindung der Luftstreitkräfte und der Form der amerikanischen Reduzierungen. Durch die Nichterwähnung von Waffenreduzierungen stelle er in Abkehr vom Mandat der vorbereitenden Konsultationen<sup>8</sup> sogar einen Schritt zurück dar. Im übrigen zeige der westliche Entwurf keinen Weg aus der Datenproblematik<sup>9</sup> auf und sehe ein äußerst kompliziertes und langwieriges Reduzierungsverfahren vor, in dem ausgedehnte Verifikationen zwischen den Etappen nahezu die Hälfte der Gesamtreduzierungszeit einnehmen. Der östliche Abkommensentwurf vom 18.2.82<sup>10</sup> sei letztlich – wegen Fehlens des westlichen Annexes II und III – doch das einzige umfassende Dokument auf dem Verhandlungstisch und habe durch die Vorlage des westlichen Entwurfs nichts von seiner „Relevanz und Bedeutung“ verloren. Die Positionen der Seiten seien noch weit auseinander, doch biete der östliche Entwurf einen guten Anhaltspunkt für eine spätere Einigung.

Es ist interessant, daß der DDR-Delegationsleiter Wieland in Gesprächen das westliche Eingehen auf das Ein-Phasen-Konzept anders bewertet und eine andere taktische Linie dazu vertritt als die offizielle östliche Einlassung. Er bedauert, daß der Westen von dem vom Osten akzeptierten Phasenkonzept abgegangen ist, welches durch Herunterspielen der Datenfrage die Möglichkeit eines politischen Abkommens für die erste Phase geboten hätte. Gleichzeitig redet der sowjetische Militärberater Tschernyschew weiterhin auf andere Weise einer Vermeidung einer Einigung auf Ausgangsdaten das Wort. Er spricht von einer Verstärkung des Verifikationsmechanismus zur Kontrolle der Einhaltung der Nachreduzierungsstärken bei Verzicht auf Dateneinigung vor Reduzierungen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Überlegungen zu einer Neutralisierung der Datenfrage ohne Gefährdung westlicher Sicherheitsinteressen führen könnten. Dies würde die Erfolgsaussichten einer Einigung über den westlichen Abkommensentwurf entscheidend verändern.

4) Nach anfänglichem Schweigen beantwortete der Osten kurz vor der erwarteten Vorlage des westlichen Abkommensentwurfs den westlichen prozeduralen Vorschlag vom 8.4.82 zu einer Bestandsaufnahme in drei Arbeitsgruppen<sup>11</sup> in Einzelaspekten positiv. Er erklärte sich zur schriftlichen Bestandsaufnahme der beiderseitigen Positionen im Rahmen der informellen Sitzungen unter der Voraussetzung bereit, daß zunächst nur dieser Gedanke aus dem Gesamtkomplex des westlichen Vorschlags weiterverfolgt werde. Das bedeutet, daß der Osten den Vorschlag einer dritten Arbeitsgruppe, die Verfahren zur Lösung der

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Abschlußkommuniqué der vorbereitenden Konsultationen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa, die vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien stattfanden; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514.

<sup>9</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 54, Anm. 21.

<sup>10</sup> Zum Abkommensentwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 18. Februar 1982 vgl. Dok. 59.

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. April 1982 vgl. Dok. 112.

Datenfrage erarbeiten soll, zunächst einmal ablehnt. Die Errichtung von Arbeitsgruppen an sich, auch unter Beteiligung der indirekten Teilnehmer, schließt der Osten dagegen nicht aus, wenn dies sich beim Positionsvergleich erforderlich erweisen sollte. Im übrigen versucht der Osten mit der Forderung, ein solcher Positionsvergleich dürfe sich nicht auf simple Feststellungen beschränken, sondern müsse zur praktischen Lösung von Sachfragen führen, seinem Ziel der gemeinsamen Arbeit an einem Vertragstext näherzukommen.

5) Angesichts der Tatsache, daß nun ein östlicher und ein westlicher Abkommensentwurf auf dem Verhandlungstisch liegen, muß erwartet werden, daß der Osten den Vorschlag machen wird, aus beiden Vorschlägen einen gemeinsamen Textentwurf zu erarbeiten. Östliche Andeutungen lassen es auch denkbar erscheinen, daß der Osten seinen eigenen Entwurf dem westlichen Ein-Phasen-Konzept anpaßt.

Die vom Westen bisher gegen die Ausarbeitung eines Vertragstextes vorgebrachten Argumente, die Ausarbeitung eines Abkommenstextes ohne angemessene Fortschritte bei den Daten und begleitenden Maßnahmen sei sinnlos, dürfte angesichts der Tatsache, daß der Westen nun selbst einen formulierten Entwurf vorlegte und dabei den vom Osten seit langem propagierten „dotted line approach“ anwandte (d.h. die Streitkräftezahlen werden zunächst einmal ausgelassen und später nachgetragen), viel von ihrer Überzeugungskraft verloren haben.

Unter diesen Umständen dürfte östlichem Drängen nach einer gemeinsamen Ausarbeitung eines Textes noch am ehesten mit dem Hinweis zu begegnen sein, man müsse die in den Texten möglicherweise unvollständig oder mißverständlich definierten Positionen im Rahmen des Positionsvergleichs spezifizieren. Dies könnte vorläufig Entlastung bei der östlichen Forderung nach einem „drafting“ bringen. In der Wiener AHG scheint sich im übrigen Widerstand gegen ein gemeinsames „drafting“ langsam abzuschwächen. Sollte es einmal soweit kommen, könnten – ähnlich dem Verfahren bei den INF-Verhandlungen in Genf – zwei Arbeitsgruppen gebildet werden, von denen sich eine mit der Datenproblematik befassen müßte.

<sup>12</sup>II. 1) Die Zeit beiderseitiger Erwartung der Einbringung des westlichen Abkommensentwurfs füllte der Westen mit erneuten Darlegungen der Auswirkungen des geographischen Faktors in einem MBFR-Abkommen, seiner Grundposition zu Daten und begleitenden Maßnahmen sowie vorsichtiger taktischer Vorbereitung des beabsichtigten westlichen Verhandlungsschrittes in der Verknüpfungsfrage aus. Der Westen drängte auf die Beantwortung seines Datenvorschlags vom 23.7.81<sup>13</sup> und seines prozeduralen Vorschlags vom 8.4.82.

2) Der Osten gab seinerseits Routineerklärungen zu seiner Position ab. Darüber hinaus attackierte er den Westen wegen dessen jüngster sicherheitspoliti-

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 322 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Am 23. Juli 1981 führten die an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten offiziell einen Vorschlag ein für die prozedurale Fortsetzung der Datendiskussion und für eine beiderseitige Vorlage weiter aufgefächerter Daten für das sowjetische Landstreitkräftepersonal. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 221.

scher Entscheidungen. Er fragte wiederholt, wie der deutsch-amerikanische Host-Nation-Support-Vertrag<sup>14</sup>, die laut Zeitungsmeldungen geplante Verlegung von 21 000 US-Soldaten nach Westeuropa in den nächsten beiden Jahren<sup>15</sup> sowie die Lagerung fremder, nuklearfähiger schwerer Waffen in den Flankstaaten, insbesondere in Norwegen<sup>16</sup> und Dänemark<sup>17</sup>, mit den Zielen der Wiener Verhandlungen vereinbar seien. Er stellte dem die östlichen „Friedensinitiativen“ entgegen und beharrte darauf, daß die SU aus dem Reduzierungsgebiet bereits 20 000 Mann und 1000 Panzer abgezogen habe.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Zum Regierungsabkommen vom 15. April 1982 zwischen der Bundesrepublik und den USA über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg vgl. Dok. 79, Anm. 14.

<sup>15</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 19. Mai 1982 über die Diskussion in den USA um die Stärke amerikanischer Truppen in Europa: „Die im Verlauf der Haushaltsberatungen für Fiscal Year (FY) 1983 von verschiedenen Senatoren und Abgeordneten immer wieder verlangte Reduzierung der US-Truppen in Europa hatte das Foreign Relations Committee des Senats veranlaßt, vom Department of Defense eine Aufstellung der mit einem Truppenabzug verbundenen Kosten zu fordern.“ Das amerikanische Verteidigungsministerium habe zur Truppenstärke die Angabe gemacht, sie läge „um 32 000 über der von 1975. Im gleichen Zeitraum hätten die europäischen Verbündeten ihre Truppen um 173 000 Mann erhöht. [...] Am 12. Mai hat der Vorsitzende des Foreign Relations Committee, Senator Percy (R[epublican]-Illinois), dem Senat die D[e]partment of D[e]fense-Argumentation vorgestellt und die Aufnahme des Reports in den Congressional Record erwirkt. Dabei unterstrich er, daß Truppenreduzierung ein völlig untaugliches Instrument sei, Finanzmittel einzusparen; die geplanten weiteren Personalerhöhungen der US-Truppen in Europa nur an die Gesamtstärken der 60er Jahre heranführten und somit die während des Vietnamkrieges entstandenen Lücken füllten; entgegen anderen Aussagen die europäischen Verbündeten ihre Verteidigungsanstrengungen kontinuierlich gesteigert hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2251; Referat 201, Bd. 125651.

<sup>16</sup> Vgl. dazu das Abkommen vom 16. Januar 1981 zwischen Norwegen und den USA über Vorratshaltung für Militärmaterial; Dok. 80, Anm. 16.

<sup>17</sup> Oberstleutnant i. G. Eichhorn, Kopenhagen, informierte am 5. Februar 1982: „NATO-Depots existieren hier im Lande seit 1960. Sie gründen sich auf eine Vereinbarung zwischen der dänischen Regierung und SACEUR. Das eingelagerte Material wird von dänischen Militärbehörden unter Aufsicht der NATO verwaltet. [...] Es ist ausdrücklich in den Vereinbarungen festgehalten, daß keine nuklearen Waffen eingelagert werden dürfen. Im Sommer 1980 ist eine Vereinbarung über Einlagerung von Material zu Gunsten der US-Luftwaffen-Verstärkungen in vorhandenem, ungenutztem Lageraum der NATO-Depots getroffen worden.“ Vgl. die Anlage zum Einzelbericht Nr. 1/82; Referat 201, Bd. 125639.

Die Botschaft in Kopenhagen teilte am 30. April 1982 mit: „Das dänische Folketing hat am 16. April 1982 mit überraschend großer Mehrheit aufgrund eines von den Sozialdemokraten und allen Parteien im rechten Spektrum eingebrachten sog. ‚Abwehr- (d. h. Gegen-)Tagesordnungsantrags‘ den ‚NATO-Verstärkungsplan‘ für Dänemark gebilligt. Dafür stimmten 105 Abgeordnete, dagegen 29 Vertreter der Volks- und Linkssozialisten und der Radikalen Venstre. Mit dem Antrag hatten die drei neutralistischen Parteien der Linken versucht, der dänischen Regierung für Verhandlungen mit SACEUR über Verstärkungs- und Depotfragen die Grundlage zu entziehen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 355; Referat 201, Bd. 125639.

<sup>18</sup> Am 6. Oktober 1979 kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei einer Rede in Ost-Berlin den Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 556–560. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 21. Mai 1980, nach Erkenntnissen des Bundesministeriums der Verteidigung seien bislang ca. 10 000 sowjetische Soldaten und 350 Kampfpanzer aus der DDR abgezogen worden. Sie seien vermutlich in die UdSSR verlegt worden: „Gerüchte, wonach zunächst aus der DDR abgezogene Truppen in die ČSSR oder Polen verlegt und von dort wieder in die DDR zurückgekehrt seien, sind bisher unbestätigt.“ Vgl. VS-Bd. 10292 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 27. Mai 1982 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), den „Entwurf einer Weisung an die Ad-Hoc-Gruppe Wien zur Frage des einseitig erklärten Abzuges von 20 000 sowjetischen Soldaten“. Darin hieß es: „In August 1980, the Soviet Union announced the completion of a net reduction

Der Westen beantwortete diese Vorwürfe, die mangels Verhandlungsmasse möglicherweise weitgehend Lückenbüßerfunktion hatten, mit dem Hinweis darauf, daß der HNS-Vertrag nur für Kriegs- und Krisenzeiten gelte, ein mögliches MBFR-Abkommen aber nicht für diese Situation gemeint sei. Im übrigen könne der Westen nur aus der Tatsache heraus, daß Abrüstungsverhandlungen stattfänden, angesichts der östlichen Aufrüstung nicht auf seine Verteidigungsanstrengungen verzichten.

3) Trotz gelegentlicher Schärfen war der Ton der 27. Runde gemäßigt und versöhnlich. Der Osten taktierte vorsichtig und ließ sein unvermindertes Interesse nach der Aufrechterhaltung des Wiener Forums durchscheinen.

4) Die Atmosphäre im westlichen Abstimmungsgremium, der AHG, war weniger gespannt als in der letzten Runde<sup>19</sup>. Die Diskussionen ließen jedoch erkennen, daß die Verbündeten sehr unterschiedliche Meinungen darüber haben, ob der Abschluß eines MBFR-Abkommens überhaupt erstrebenswert wäre. Die südlichen Flanken und GB scheinen davon wenig überzeugt zu sein. Aber auch Äußerungen des US-Delegationsleiters Staar im kleinen Kreis deuten darauf hin, daß auch in den USA die Frage umstritten ist, ob zum jetzigen Zeitpunkt selbst auf der Basis des eigenen US-Entwurfs<sup>20</sup> abgeschlossen werden sollte.

Eine weitere unterschwellige Meinungsverschiedenheit innerhalb der AHG ergab sich daraus, daß mit Ausnahme der amerikanischen und britischen Delegation eine große Anzahl von Delegationen, so vor allem der niederländische DL de Vos, die Mängel und logischen Unstimmigkeiten des Vertragsentwurfs hervorhoben und infolgedessen zur Zurückhaltung bei der Beantwortung der östlichen Fragen plädierten und auf Klärung in Brüssel drängten.

Dem schlossen sich auch die Flankenstaaten an, die, soweit aus Diskussionen in der AHG geschlossen werden kann, in dem Vertragsentwurf ein Vehikel zur Stärkung ihres Status sehen. Auf ihren Wunsch hin wird durch die Vorlage von Einzelfragen an den NATO-Rat in Brüssel die Frage ihres Status erneut aufgerollt werden. Hierbei wird z. B. zu entscheiden sein, ob die Flankenstaaten wirklich, wie hier vorgetragen wurde, ein Mitspracherecht bei der Beurteilung der Erfüllung aller Vertragspflichten durch die direkten Teilnehmer haben sollen.

5) In der nächsten Runde<sup>21</sup> werden die Erklärungen zum westlichen Entwurf vertieft und vor allem Annex II eingeführt werden müssen. Dies wird die Beantwortung einer Reihe von Fragen voraussetzen, die teils bereits vom Osten gestellt sind, teils von der AHG selbst aufgeworfen werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1138*

of 20 000 personnel from the GDR back to the Soviet Union. Eastern cooperation would be necessary to allow the Alliance to confirm whether or not the full claimed total of 20 000 men had been withdrawn from the reductions area. [...] Even if the alleged withdrawal has taken place in full, the Alliance has noted that the continuing reorganisation of Soviet divisions, together with other changes, has led to a significant increase of Soviet ground forces in the reductions area.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1051; VS-Bd. 11497 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 112.

<sup>20</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 151.

<sup>21</sup> Die 28. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 23. September bis 16. Dezember 1982 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 357.

Die wichtigsten offenen Fragen, deren Beantwortung h. E. eine Diskussion in Brüssel erfordert, sind

- die Behandlung der französischen Streitkräfte in Deutschland bei der Berechnung der westlichen Reduzierungen sowie der Einhaltung und Verifizierung der Höchststärken im Reduzierungsgebiet,
- die Argumentation gegen eine Einbeziehung des Luftstreitkräftepersonals bis zum vierten Verminderungsabschnitt,
- der Status der Protokollstaaten in bezug auf die im Abkommen ausgedrückten Verpflichtungen,
- die Behandlung des „transit personnel“, insbesondere die Frage der Anwendung begleitender Maßnahmen auf diese Streitkräfte,
- die Anwendung der begleitenden Maßnahmen auf Streitkräfte der Protokollstaaten im Reduzierungsgebiet,
- die Form der Reduzierungen in der zweiten bis vierten Etappe,
- die Frage, ob dem Osten der Einschluß von Rüstungsreduzierungen in ein MBFR-Abkommen als Möglichkeit in Aussicht gestellt werden kann,
- die in der AHG strittige Frage, ob nicht auch die Annexe ratifiziert werden müssen, obwohl dies im Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen ist,
- die Frage der Anwendung von Maßnahme 4 auf die anderen Maßnahmen des westlichen Bündels.

Wir werden uns national darüber klar werden müssen, ob wir der Anwendung der begleitenden Maßnahme 4 (Inspektionen) auf die Bundeswehr vom Wirksamwerden des Vertrags an zustimmen sollten, also noch bevor die Bundeswehr einer Reduzierungsverpflichtung unterliegt. Damit ist die auch die Amerikaner interessierende Frage verbunden, ob etwa Luftstreitkräftepersonal, welches ja grundsätzlich nicht einer Reduzierungspflicht und in den Anfangsetappen auch keiner Begrenzungspflicht unterliegt, nach Maßnahme 4 inspiziert werden kann.

6) Die 28. Verhandlungsrunde wird somit die westlichen Teilnehmerstaaten vor die Aufgabe stellen, die noch wenig ausgefeilte westliche MBFR-Position auf offene Fragen, brüchige Stellen und logische Widersprüche zu überdenken. Wir werden in Wien das westliche Konzept dem Osten gegenüber erst dann glaubhaft vertreten können, wenn dies geschehen ist.

[gez.] Boss

**VS-Bd. 11472 (221)**

## 217

**Gespräche des Bundesministers Genscher mit  
Ministerpräsidentin Planinc und dem jugoslawischen  
Außenminister Mojsov in Ohrid und Belgrad**

214-321.11 JUG

21./22. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über den Arbeitsbesuch BMs vom 21./22. Juli 1982 in Ohrid/SR<sup>2</sup> Mazedonien und Belgrad

Gastgeber: der jugoslawische Bundessekretär für Auswärtige Angelegenheiten (AM), Mojsov.

Weitere Gesprächspartner: der Vorsitzende des jugoslawischen Bundesexekutivrates (Ministerpräsident), Frau Milka Planinc, und der Präsident des Vollzugsrates der SR Mazedonien (Ministerpräsident), Stavrev.

## 1) Gespräch am 21.7.: BM-AM

*AM* bezeichnete Gespräche in dieser freundschaftlichen Umgebung als eine Fortsetzung der bisherigen Tradition. Er dankte *BM* dafür, hierzu Initiative ergriffen zu haben. Die beiderseitigen Beziehungen sollten sich weiter so gut entwickeln. *BM* käme von einem der akutesten Krisenherde der Welt (Nahost) zurück<sup>3</sup>, er selber von einem Treffen der AM der Blockfreien<sup>4</sup>.

*BM* dankte für die Einladung, die es erlaube, die Tradition der Begegnungen fortzuführen, die den Geist der guten beiderseitigen Beziehungen widerspiegeln. Man werde über viele Probleme sprechen müssen, glücklicherweise nicht über bilaterale.

*AM* käme von der Konferenz der Blockfreien, man habe sie mit Interesse beobachtet. Es interessiere die Einschätzung der Lage im Mittleren und Nahen Osten, die Perspektiven für die Bagdader Konferenz<sup>5</sup>, die Beurteilung der Themen Ost-West-Beziehungen und Abrüstung.

*AM* zeigte sich einverstanden mit der Einschätzung, daß es immer weniger bilaterale Probleme zu besprechen gebe. Die beharrliche Arbeit beider Regierun-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Treskow am 23. Juli 1982 gefertigt und am selben Tag über Referat 014 an Referat 010 mit der Bitte weitergeleitet, „eine Genehmigung herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 23. Juli 1982 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Juli 1982 vorgelegen, der für Referat 214 handschriftlich vermerkte: „[siehe] Änderungsvorschläge. Kann mit Vorbehalt, daß Genehmigung durch BM noch aussteht, verteilt werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 133015.

<sup>2</sup> Sozialistische Republik.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Juli 1982 in Jordanien und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 208, Dok. 210 und Dok. 214.

<sup>4</sup> Vom 15. bis 17. Juli 1982 fand in Nikosia eine außerordentliche Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

<sup>5</sup> Für Anfang September 1982 war eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Bagdad geplant. Vgl. dazu Dok. 124, Anm. 4.

gen habe viele Probleme bewältigt. Mit gutem Willen seien auch die letzten verbleibenden Fragen abzuholen.

AM äußerte die große Besorgnis über die derzeitige Lage in der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg sei dies die schwerste und größte Belastung der Ost-West-Beziehungen. Zyklisch wiederkehrende Krisen habe es immer wieder gegeben (Berlin, Korea<sup>6</sup>, Kuba<sup>7</sup>), aber nie seien diese parallel abgelaufen. Jetzt vermerke man eine Verschärfung an allen Fronten gleichzeitig, weltweit und auch zwischen den Supermächten. Es gebe eine Eskalation auf vier Sektoren:

- eine qualitative und quantitative Eskalation des Wettrüstens;
- eine Eskalation der Großmächte beim Ausbau ihrer Machtpositionen; dies erinnere mehr und mehr an den Kalten Krieg; vielleicht stünde man nicht an der Schwelle eines dritten Weltkrieges, aber eines zweiten Kalten Krieges;
- eine Eskalation mehrerer besonders gefährlicher Krisenherde (Mittlerer und Naher Osten, Krisen innerhalb der Blöcke – Polen/Falkland);
- Eskalation in den Weltwirtschaftsbeziehungen; es wachse nicht nur der Abstand zwischen EL und IL, sondern auch die IL befänden sich in schwieriger Wirtschaftslage; die Folge: Boykott, wirtschaftlicher Druck, Abhängigkeit.

Was seien die Ursachen für diese parallelen Eskalationen? Zwar habe er AM Pym<sup>8</sup> kürzlich nicht überzeugen können, doch er bleibe bei seiner Meinung: Die Ursache läge in der Philosophie des Blockdenkens. Heute aber könne man die Welt nicht länger in einer bipolaren Situation halten, denn sie bestünde nun einmal nicht nur aus NATO und WP. Seit zehn Jahren gebe es eine viel tiefere Kluft im Nord-Süd-Gefälle als in dem Ost-West-Verhältnis. Mit einer Ausrichtung auf zwei Blöcke sei die Welt nicht mehr beherrschbar. Früher einmal hatten die Blöcke eine positive Rolle gespielt, um den Selbstmord mit Nuklearwaffen zu verhindern. Heute aber müsse das Blockdenken überwunden und nach anderen Lösungen gesucht werden. Allerdings bemerke man auch eine Krise der internationalen Kommunikation. Die Beziehungen SU–USA seien so gespannt, daß es zwischen ihnen kaum eine Kommunikation gebe – es sei denn propagandistischer Art. In Genf<sup>9</sup> und Wien<sup>10</sup> würden Gespräche geführt, die

<sup>6</sup> Am 25. Juni 1950 griffen Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) die Republik Korea (Südkorea) an. Am selben Tag forderte der VN-Sicherheitsrat mit Resolution Nr. 82 eine Einstellung der Kampfhandlungen und den Rückzug der nordkoreanischen Truppen hinter die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades. Am 27. Juni 1950 stellte der VN-Sicherheitsrat in Resolution Nr. 83 fest, daß Nordkorea der Aufforderung nicht nachgekommen sei und daß Südkorea die Vereinten Nationen um Hilfe ersucht habe. Alle VN-Mitgliedstaaten wurden um Unterstützung Südkoreas gebeten, um Frieden und Sicherheit in der Region wiederherzustellen. Nachdem mehrere Mitgliedstaaten Truppen zur Verfügung gestellt hatten, wurde den USA mit Resolution Nr. 84 vom 7. Juli 1950 der Oberbefehl über diese Truppen übertragen, die unter der VN-Flagge kämpfen sollten. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. II, S. 84–86.

Am 27. Juli 1953 wurden in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen und ein ergänzendes Abkommen über die Kriegsgefangenen abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 29 (1953), S. 132–140.

<sup>7</sup> Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

<sup>8</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich am 5./6. Juli 1982 in Jugoslawien auf.

<sup>9</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

Zudem wurden am 29. Juni 1982 in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187 und Dok. 228.

<sup>10</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 216.

aber eher der Beschönigung dienen und kosmetischer Art seien. Vielleicht stellen sie den Anfang ernster Gespräche dar? In Europa gebe es eine sehr bedeutende Stätte für Gespräche – Helsinki<sup>11</sup> (der Helsinki-Prozeß). Ein System von Kontakten zwischen den europäischen Ländern habe sich aufgebaut. Nun aber befinde sich die Madrider Konferenz<sup>12</sup> in der Krise. Wie solle man die Konferenz abschließen?

Zur UNO: Sie sei ein wichtiges Zentrum der Weltpolitik, verfallende aber in immer größere Ohnmacht und Wirkungslosigkeit. Der Sicherheitsrat (SR) sei das wichtigste VN-Organ zur Erhaltung des Friedens. Aber was habe er in Nahost bewirken können? Fast nichts. Die gefaßten Entschlüsse trügen ausschließlich humanitären Charakter, so daß das höchste Organ der internationalen Gemeinschaft zur Wahrung des Friedens zum Organ des IKRK absänke. Er sei der letzte Vorsitzende einer VN-GV<sup>13</sup> gewesen, der alle Punkte der GV-Tagesordnung hätte abhaken können. Seither würde man nie fertig damit. Welche Hoffnungen habe man mit der Sonder-GV über Abrüstung<sup>14</sup> verbunden! Vor vier Jahren<sup>15</sup> sei man erfolgreich gewesen, jetzt nicht.

Ähnlich sei die Situation in anderen internationalen Organisationen. Die Organisation Amerikanischer Staaten sei wegen Falkland fast auseinandergefallen. Die Organisation Afrikanischer Staaten, bislang ein Symbol afrikanischer Solidarität, sei seit Februar wegen der Westsahara blockiert, da Quorum nicht erreichbar.<sup>16</sup> Auf dem Treffen der afrikanischen Staatschefs am 6.8. in Tripolis<sup>17</sup> werde man weitersehen.

Was habe die Arabische Liga zur Lösung der Nahost-Krise getan? Der Gipfel in Rabat sei nicht zustande gekommen. Zum AM-Treffen in Tunis<sup>18</sup> seien nur neun Minister gekommen, und es sei keine Einigung erreicht worden. Auf die neuerliche Einladung aus Tunis zum 15.7. habe die Mehrheit der Staaten vorab erklärt, sie würde nicht teilnehmen.

Die Islamische Konferenz habe vorige Woche zusammentreten wollen: Ein Drittel der Mitgliedstaaten sei aber gegen ein Treffen gewesen.

Vielleicht sei es ein Glück, daß die OPEC auseinanderfalle.

<sup>11</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

<sup>12</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>13</sup> Der jugoslawische Stellvertretende Außenminister Mojsov war Präsident der XXXII. VN-Generalversammlung, die vom 20. September bis 21. Dezember 1977 in New York stattfand.

<sup>14</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York vgl. Dok. 215.

<sup>15</sup> Die erste VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.

<sup>16</sup> Zum Westsahara-Konflikt und zur Blockade der OAE vgl. Dok. 132, Anm. 12.

<sup>17</sup> Zur geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten in Tripolis vgl. Dok. 210, Anm. 11.

<sup>18</sup> Botschaftsrat Schmitz, Tunis, berichtete am 28. Juni 1982: „Die auf Antrag der PLO für 27.6. einberufene außerordentliche Sitzung der Außenminister der A[rabischen]L[iga] in Tunis endete ohne praktische Ergebnisse. Es wurden weder Gipfeltreffen noch Sanktionen gegen USA beschlossen. Einziges Resultat ist Bildung eines Komitees der Vertreter Algeriens, Saudi-Arabiens, Kuwaits, Libanons, Syriens und der PLO, das die Möglichkeiten für einen israelischen Rückzug aus dem Libanon weiter prüfen soll. Acht arabische Staaten waren durch Außenminister, zwölf durch ihre Botschafter bzw. Ständigen Vertreter bei der AL vertreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 204; Referat 310, Bd. 135719.

AM erklärte, er sehe eine traurige Analogie zur Zeit vor den zwei Weltkriegen. Auch damals hätten die internationalen Beziehungen stagniert. Es gibt jetzt immer mehr militärische Manöver in der Welt: 1981/82 der beiden Pakte in Europa und um Europa herum. Sein Pessimismus ginge nicht soweit, daß die erwähnten Analogien zu einem Weltkrieg führen müßten, aber alle diese Krisen könnten sich vereinigen, es könne zu Fehlkalkulationen und Kettenreaktionen kommen. Daher müsse so schnell wie möglich dort, wo der Putz abgefallen sei, neuer Putz aufgelegt werden. Die Kanäle internationaler Kommunikation müßten wieder durchlässig gemacht werden. Hierbei müsse am Haupt – mit den Beziehungen der Supermächte – begonnen werden. YU beobachte mit großer Sympathie die diesbezüglichen Anstrengungen der Bundesregierung (insbesondere auf dem Bereich der Raketen-Rüstungsfrage). YU begrüße alle Initiativen, und seien sie auch nur optisch-kosmetisch. Reden miteinander solle man! Die UNO, vor allem der SR, müsse effektiver gestaltet werden. Vor allem müsse auf die Mächte eingewirkt werden, denen das Veto-Recht in der UNO zusteht, damit sie es im SR nicht wegen marginaler Probleme einsetzen. Madrid solle in besserer Atmosphäre weitergeführt werden. Man solle von der Entspannung retten, was zu retten sei.

Es gebe nun Krisen, die reif seien, gelöst zu werden. Man müßte die multilateralen Organe aktivieren. Die Bundesregierung tut das in der Europäischen Gemeinschaft, wenngleich es auch dort Probleme gebe. AM verwies auf die Funktion des Treffens der Blockfreien, die anderswo nicht ihre Meinung gemeinsam ausdrücken könnten. Doch jetzt bestünde für das September-Treffen auch die Gefahr der Blockierung. BK und BM hätten oft auf die Bedeutung der Ungebundenen hingewiesen. Die Blockfreien, die Tito das „Gewissen der Menschheit“ genannt habe, würden sich in den nächsten Wochen bemühen, vereint moralisch Einfluß zu nehmen auf die Situation, ohne ihre Meinung jemandem aufzwingen zu wollen.

In den Erklärungen BMs in der EG und bei anderen Partnern erkenne YU eine ähnliche Sorge über die gegenwärtige Lage, wenngleich dies auch mit unterschiedlichen Akzenten gesagt worden sei: Man erkenne die Konvergenz der Bestrebungen, auf die Supermächte Einfluß zu nehmen, um die bestehenden Schwierigkeiten aufzulösen. Gemeinsam sollte dies erreichbar sein. Noch sei ein langer Weg zu bewältigen. Wenn die erwähnten Krisen stagnieren würden, wäre schon etwas erreicht.

BM dankte für das entfaltete Panorama, das von dunklen Wolken überschattet sei. Er könne sich der vom AM genannten ersten Priorität – Verbesserung des Verhältnisses USA – SU – nur anschließen. Die siebziger Jahre seien seitens der SU gegenüber USA durch eine Politik der Kurzsichtigkeit und auf manchen Bereichen der Abenteuerlust gekennzeichnet gewesen. In den USA habe es damals nach Vietnam<sup>19</sup> und Watergate<sup>20</sup> eine tiefe moralische Krise gege-

<sup>19</sup> Der Vietnam-Krieg endete mit der Einnahme Saigons durch nordvietnamesische Truppen und deren Verbündete am 30. April 1975. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 115.

<sup>20</sup> Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrofone anbringen wollten. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon unterhielten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-

ben. SU habe dies als Schwäche gedeutet und geglaubt, dies ausnutzen zu können. So sei der Griff nach verschiedenen Staaten Afrikas erfolgt, seien die Seerüstung und atomare Rüstung verstärkt worden, sei Afghanistan besetzt worden<sup>21</sup>. Dies alles seien Signallichter für die abenteuerliche Politik der SU. Carter habe damals in dem Versuch, aus der moralischen Schwäche herauszufinden, signifikante Verzichtserklärungen im Rüstungsbereich ausgesprochen (B1-Bomber<sup>22</sup>, Neutronenwaffe<sup>23</sup>) und auf die sowjetische Politik in Afrika sehr zurückhaltend reagiert. Rückblickend könne man sagen: Die Geiselnahme in Teheran<sup>24</sup> und der Übermut der SU hätten den Wahlsieg Reagans<sup>25</sup> programmiert. Es war ein „außenpolitischer“ Wahlsieg.

Die heutige Lage: Innerhalb kurzer Zeit seien vier Tische vor uns aufgestellt worden, an denen man, wenn man wolle, verhandeln könne; zwei davon gleich in Genf. Er wolle AM in einem Punkt widersprechen, dort, wo dieser die eurostrategischen Raketen erwähnt habe. Diese bedrohten die Deutschen, aber auch Jugoslawien, Algerien, Ägypten, die Ölfelder der Saudis, Pakistan, China und Japan. Bei einem Zirkelschlag zeige sich: Ein Land werde von ihnen nicht erreicht, die USA. Die Aufstellung zeige, daß von vier Raketen drei Europa, eine Fernost erreichten. Hinter der Produktion dieser Waffen stünde die gefährlichste Philosophie seit dem Zweiten Weltkrieg, nämlich sie bedeute die Mitteilung einer Supermacht an die andere, daß es sich hier um eine Waffe handele, die sie nicht erreiche und bedrohe. Aus dieser Einsicht hat die NATO eine Verhandlungsoption entwickelt, wie diese Waffe beseitigt werden kann (beiderseitige Null-Option<sup>26</sup>). Die Bundesregierung setze sich nachdrücklich dafür ein, daß die Bewegung der Rüstungsschraube umkehrbar gemacht würde. Wir hoffen, daß am zweiten Genfer Tisch über Reduzierung strategischer Waffen erfolgreich verhandelt werden könnte.

Wir müßten alle Kraft darauf verwenden, daß die Madrider Konferenz wieder aufgenommen und dort kein leeres Stroh gedroschen würde. Die KAE würden wir als einen gewaltigen Schritt nach vorne ansehen. Außerdem hielten wir es für notwendig, der SU die positive Option einer vertrauensvollen Zusammen-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1144*

Affäre“ immer deutlicher werden ließ. In der folgenden juristischen Auseinandersetzung um die Herausgabe von Tonbandaufzeichnungen, die Nixon über Gespräche mit seinen Mitarbeitern angefertigt hatte, forderte der Oberste Gerichtshof am 24. Juli 1974 den Präsidenten zur vollständigen Herausgabe dieser Aufzeichnungen auf. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon aus, u. a. wegen Behinderung der Justiz. Daraufhin gab Nixon am 8. August 1974 in einer Rundfunk- und Fernsehrede seinen Rücktritt bekannt.

21 Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 189, Anm. 21.

22 Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

23 Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

24 Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 58, Anm. 2.

25 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging.

26 Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

arbeit zu zeigen. Unsere Entscheidung im Gas-Röhren-Geschäft<sup>27</sup> sei mehr als eine ökonomische Entscheidung gewesen.

Der wirtschaftliche Aspekt habe keine Priorität gehabt. Gas könne auch woanders gekauft werden, und so bedeutsam sei die Röhrenlieferung nicht gewesen. Das Politikum: das beiderseitige Vertrauen in die langfristige Zusammenarbeit. Der SU sollte auch an diesem Beispiel gezeigt werden, wie komplementär ihre Zusammenarbeit mit Westeuropa sei.

Der zweite Bereich, auf dem wir zeigen wollten, wo positive Optionen bestünden, seien unsere Beziehungen zur DDR. Wäre die Reise BK im Dezember 1981<sup>28</sup> nicht zustande gekommen, „so wären wir nicht zusammengebrochen“. Aber wir hätten zeigen wollen: An einer empfindlichen Stelle der Ost-West-Beziehungen sind wir zur Zusammenarbeit bereit. Die durch die Erhöhung des Zwangsumtausches<sup>29</sup> bewirkte faktische Einschränkung des Reiseverkehrs mit der DDR hätte an sich zu härteren Reaktionen veranlassen müssen. Aber aus übergeordneten Gesichtspunkten und außenpolitischen Prioritäten hätten wir umgekehrt reagiert. Die Führung der DDR hält eines der wichtigsten Instrumente für die Ost-West-Beziehungen in der Hand. Wir seien ein geteiltes Land. Die Kommunikation zwischen beiden Ländern sei ein Gradmesser für das Ost-West-Verhältnis. Wir hätten der DDR immer wieder deutlich gemacht, daß wir bei der Durchführung der Helsinki-Schlußakte<sup>30</sup> den höchsten Standard erreichen müßten.

Für die Truppenreduzierungsverhandlungen hätten wir neue Vorschläge eingebracht<sup>31</sup> in der Hoffnung, neue Impulse zu geben.

BM meinte, er teile die Meinung des AM, daß mittlere und kleinere Staaten stabilisierend wirken könnten, aber sie könnten keine grundsätzliche Umkehr der Verhältnisse bewirken. Man werde das Treffen Reagan–Breschnew abwarten müssen, das wir für sehr notwendig hielten. (BM erwähnte, er habe vor fünf Monaten den Brief gesehen, den Reagan – nach dem Attentat<sup>32</sup> – noch mit zittriger Hand an Breschnew geschrieben habe. Ein Brief von jemandem, der erfahren habe, daß seiner Zeit Grenzen gesetzt seien. Es sei ein sehr emotional gehaltenes Angebot zur Abrüstung und internationalen Verständigung unterbreitet worden.<sup>33</sup> Die Antwort Breschnews: ein maschinengeschriebenes Schreiben, das ein Fünfter Sekretär im sowjetischen Außenministerium entworfen haben könnte.) BM erklärte, er sei leidenschaftlich für jenes Treffen, nur müsse

<sup>27</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>28</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>29</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>31</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 216.

<sup>32</sup> Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 87, Anm. 8.

<sup>33</sup> Bei seinen Ausführungen vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington zitierte Präsident Reagan aus einem Schreiben vom April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, das er beim Aufenthalt im Krankenhaus in Folge des Attentats vom 30. März 1981 verfaßt hatte. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654 f.

man sich fragen, ob es stattfinden solle, wenn nur Papiere Fünfter Sekretäre verlesen werden sollten. Wir würden das Treffen unterstützen, unabhängig davon, ob an den erwähnten vier Tischen, an denen wir mittelbar oder unmittelbar mit saßen, Politik zur Sache gemacht würde.

BM sagte ferner, er teile die Meinung des AM über die Funktionsschwäche der VN. Er sei dafür, die UNO sehr ernst zu nehmen. Er werde in seiner Rede vor der VN-GV<sup>34</sup> über Abrüstung sprechen unter zwei Aspekten:

- Abbau des Mißtrauens in Europa; es gebe kein konkretes Vertrauen ohne Instrumente zur Kontrolle; Satellitenbeobachtung sei eine Sache, aber Kontrolle vor Ort sei eine Frage des Überlebens der Menschheit („Eiertanz der Verifikation“);
- die Frage der Aufrüstung der Dritten Welt – ein Problem, das absolute Priorität genieße; hier sei ein Ansatzpunkt für die gemeinsame Verantwortung, und zwar unabhängig davon, ob man paktgebunden oder blockfrei sei.

Nochmals zu Madrid: Es wäre gut, wenn mit der Wiederaufnahme der Konferenz ein Beispiel gegeben werden könnte für die Funktionsfähigkeit regionaler Instrumente. Man erhoffe vom Stockholmer Treffen der N+N-Staaten (29./30.8.)<sup>35</sup> positive Impulse. Die EG messe Madrid große Bedeutung zu. Seine Grundphilosophie sei: Europa habe sich und die Welt in so viele Kriege hineingerissen; heute müsse Europa ein Platz werden, von dem die Initiativen des Friedens – nicht nur für Europa – ausgehen sollten. Wir als Deutsche haben diese Aufgabe zweifach zu erfüllen. Diese Überzeugung habe unsere Haltung gegenüber der DDR – trotz mancher Enttäuschungen – bestimmt.

An den Tischen vor uns müssen wir nun arbeiten oder arbeiten lassen.

AM: Er sei mit der Auffassung BMs zur Wiederbelebung Gesprächs zwischen den Supermächten einverstanden. Doch für den Erfolg dieser Gespräche sei eine Voraussetzung wesentlich: das Vertrauen in die Gleichberechtigung bei diesen Gesprächen. Heute hätten viele Kommentatoren die Meinung popularisiert, die SU sei jetzt schwach und wackele, die Führung sei überaltert, daher sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, auf die SU Druck auszuüben; im übrigen müsse man auf die neue Garnitur warten. Wenn man an die Gespräche vom Standpunkt der Übermacht herginge und in der Meinung lebe, den Gegner beim Schlaf überraschen zu können, so sei daran erinnert, daß sowjetische Analytiker seit Jahren dasselbe sagen und denken. Dies habe sowjetischerseits dazu geführt, das zu starten, was BM „Abenteurertum“ genannt habe. Die SU habe erklärt: Ständig sehe man sich in den USA neuen Gesprächspartnern gegenüber, seit Eisenhower habe kein Präsident wiedergewählt werden können; es sei doch charakteristisch, daß in jeder Amtszeit ein AM wegen Konflikts mit dem Sicherheitsberater abgetreten sei; habe man nicht Beweise genug, daß die USA nicht wüßten, wie sie sich international verhalten sollten?

Er sei sich sicher, daß die SU sich den neuen internationalen Beziehungen in einer veränderten Welt anpassen müsse, die anders sei als zur Zeit, in der Sta-

<sup>34</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>35</sup> Am 30./31. August 1982 fand in Stockholm ein Treffen der Außenminister europäischer blockfreier Staaten und europäischer Neutraler und Nichtgebundener Staaten statt.

lin diese Welt verlassen habe. Weder mit Überheblichkeit, noch aus der Position, Unmögliches zu verlangen, werde etwas erreicht werden können. Man solle nur hinsehen, was aus der KSZE geworden sei. Um Paketlösungen erreichen zu können, müsse der Partner Vertrauen haben.

Freilich müsse man auch die andere Seite sehen: Von seiten der SU und USA habe es nach dem Zweiten Weltkrieg Versuche gegeben, über die Weltgeschäfte ein Kondominium zu errichten. Für die Kleineren zwischen den Blöcken sei es schwer zu sagen, welche der beiden Konzeptionen gefährlicher sei: Wenn versucht werde, aus der Position der Machtgier und des Mißtrauens bessere Positionen zu erreichen, so würde dies auf dem Rücken der Schwachen und Blockfreien ausgetragen. Bei einer Kondominiumspolitik der Großen werde über das Schicksal der Kleineren entschieden, ohne sie zu fragen.

Der AM wandte sich gegen die Politik des „linkage“. Die Bundesregierung führe eine verständige Politik, wenn sie ihre DDR-Politik nicht am allgemeinen politischen Barometer orientiere. Diese Haltung solle man auf andere Situationen erweitern. So sei Madrid bislang erfolglos geblieben, weil die Lage in Polen mit der allgemeinen Politik in Europa verbunden werden sollte. Natürlich berühre die Entwicklung in Polen die Lage in Europa. Aber außer in Polen müßten viele andere Probleme gelöst werden. Die N+N strengten sich an, eine Atmosphäre für die Fortsetzung der Konferenz zu schaffen. Vielleicht würden die SU und USA in Genf von der Propaganda ablassen und tatsächlich verhandeln. Aber es sei zu befürchten, daß der Höhepunkt der Eskalation noch nicht erreicht sei. Viel stünde noch bevor. Daher sollte man sich jetzt fragen: Können man nicht irgendwo einen Durchbruch erreichen, um das Klima zu verbessern (denn die Weltöffentlichkeit befürchte, daß man sich auf einen fatalen Punkt zu bewege), Ansatzpunkte für Verbesserungen bestünden z. B. in der Namibia- und Kambodscha-Frage.

Namibia: In der Kontaktgruppe der Fünf, deren Arbeit der AM würdigte, sei lange schon ein gewisser Durchbruch erreicht worden, doch auswärtige Faktoren hätten zunächst das Erreichte zugrunde gerichtet. Da nun ein Kompromiß erzielt worden sei<sup>36</sup>, solle man nicht stehenbleiben. AM berichtete, er habe sich vor wenigen Tagen an VN-GS<sup>37</sup> gewandt, um zu erreichen, daß der Zeitplan nun nicht durch Streit über Kleinigkeiten aufgehalten werde. Wenn der Zeit-

<sup>36</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 155.

Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 13. Juli 1982: „1) Am 12. Juli haben die Ständigen Vertreter der Fünf in New York (für uns BRI von Studnitz) den VN-Generalsekretär schriftlich unterrichtet, daß sich alle Beteiligten auf die Verfassungsprinzipien geeinigt haben und daß die Fünf wegen des Wahlsystems weiter konsultieren. Damit ist Phase I des Verhandlungsprozesses abgeschlossen. Die Südafrikaner wissen, daß sie sich vor Abschluß der Phase-II-Verhandlungen unwiderruflich für das Verhältnis- oder das Mehrheitswahlsystem entscheiden müssen. 2) Am 9. Juli hatten die Fünf (unter Vorsitz von RL 320) mit den Frontlinienstaaten (FLS) und SWAPO Einigung über das ‚impartiality issue‘ und gewisse UNTAG-Fragen (Überwachung der SWAPO-Lager in Angola und Sambia) erzielt. Die US müssen noch die südafrikanische Zustimmung zur Suspendierung des ‚Ministerrats‘ und der Demobilisierung der ethnischen Streitkräfte (S[outh]W[est]A[fri]can[Territorial]F[orce]) erwirken. Zur Zeit bereiten die Fünf einen Brief an den Vorsitzenden des Sicherheitsrats vor, in dem das Verhandlungsergebnis zu Phase II festgeschrieben und die Einberufung einer SR-Sitzung (Zieldatum: noch im Juli) zum Anlaufen von SR 435 erbeten werden.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125289.

<sup>37</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

plan eingehalten werde, können im März/April 1983 in Namibia Wahlen abgehalten und die Unabhängigkeit erreicht werden. Sei das Namibia-Problem als letztes afrikanisches Kolonialproblem gelöst, würden die Afrikaner eine andere Haltung zu Abrüstung und Entspannung einnehmen.

Kambodscha: Westeuropa habe nicht rechtzeitig auf den vietnamesischen Einmarsch<sup>38</sup> reagiert, wohl in der Annahme, dies Problem habe zwischen China und der SU einen Keil getrieben oder dies alles gehe die Westeuropäer wenig an. Auf eine ähnliche Situation in Afghanistan<sup>39</sup> habe man ungleich schärfer reagiert. YU und andere Blockfreie hätten sehr scharf reagiert, denn wäre dies nicht geschehen, so wäre die Wiederholungsgefahr gewachsen. Man habe natürlich nicht Pol Pot verteidigen wollen. Auch habe man gewußt, daß Vietnam nicht nur aus eigenem Interesse gehandelt habe. Jetzt sei in Kambodscha eine Koalitionsregierung zustande gekommen.<sup>40</sup> Er habe unlängst mit dem malaysischen Außenminister<sup>41</sup>, einem der Architekten dieser sehr orientalischesubtilen Lösung, gesprochen. Die Koalition sei geschaffen worden, nicht um den Krieg zu verstärken, sondern um mit Vietnam den Dialog aufzunehmen. Obgleich Vietnam die Koalition angreife, habe sich der vietnamesische AM<sup>42</sup> dieser Tage auf Besuch in die umliegenden Länder aufgemacht, um die Lage zu erkunden. Man müsse diesen Staaten helfen. Auch hier gebe es einen Zeitplan. Würde hier ein weiteres Problem abgehakt, so werde dadurch bewiesen, daß Probleme sich nicht durch Intervention, sondern Verhandlungen lösen ließen. Sihanouk komme demnächst nach Europa.<sup>43</sup> Man solle ihn unterstützen, damit es zu jenem Dialog mit Vietnam komme.

BM: Die Haltung der Bundesregierung im Ost-West-Verhältnis müsse richtig verstanden werden. In der gegenwärtigen Krise dieses Verhältnisses stelle sich die Frage: War die eigene Politik in der Vergangenheit richtig? Die Antwort: Die Bundesregierung würde alle Ostverträge<sup>44</sup> – auch die Schlußakte – ebenso

<sup>38</sup> Der Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha erfolgte am 25. Dezember 1978. Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 10.

<sup>39</sup> Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>40</sup> Zur Bildung einer Exilregierung durch kambodschanische Widerstandsgruppen am 22. Juni 1982 in Kuala Lumpur vgl. Dok. 186, Anm. 12.

<sup>41</sup> Tun Mohammed Ghazali bin Shafie.

<sup>42</sup> Nguyen Co Thach.

<sup>43</sup> Botschafter Schödel, Peking, teilte am 7. September 1982 zu den Reiseplänen von Prinz Sihanouk mit: „Am 7. September wird sich der Prinz wieder auf Reisen begeben: zunächst über Paris nach Guinea zu einem Treffen mit Sekou Touré. [...] Zu einem Washington-Besuch ist der Prinz ‚à titre personnel‘ eingeladen, weil Reagan-Administration Kontakt mit Khieu Samphan vermeiden sollte. Im Anschluß an USA-Reise und kurzem Zwischenaufenthalt in Peking oder Pjöngjang will Sihanouk Westeuropa bereisen. Die einzelnen Stationen stehen noch nicht fest. Der Prinz möchte aber nach Angaben seiner Berater auch nach Bonn (Anfang Dezember) kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1916; Referat 340, Bd. 127312.

<sup>44</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

abschließen bzw. unterzeichnen wie geschehen und sich politisch ebenso verhalten. Der Weg war nicht falsch, nur sei man nicht schnell genug vorangegangen und habe sogar Rückschläge in Kauf nehmen müssen.

Zu Namibia: Die Unterstützung der Bemühungen der Kontaktgruppe durch YU sei dankbar zu begrüßen. Die Lösung des Namibia-Problems sollte zum Schulfall der Lösung von Krisenfällen durch Vernunft werden.

Zu Kambodscha: Hier wolle er eine Korrektur anbringen. In einer von Hegemoniestreben gekennzeichneten Welt könnten nur regionale Zusammenschlüsse die Unabhängigkeit kleiner und mittlerer Staaten bewahren. Ein solcher Zusammenschluß sei ASEAN. Als damaliger Vorsitzender des Ministerrates<sup>45</sup> habe er sich mit Nachdruck für das Kooperationsabkommen zwischen der EG und ASEAN<sup>46</sup> bemüht. Aus der begonnenen Zusammenarbeit ergebe sich die Unterstützung ASEANs zur Überwindung der Kambodscha-Krise. Er habe in allen Gesprächen mit der chinesischen Führung darauf gedrungen, die Kurzsichtigkeit gegenüber der Bildung einer Koalitionsregierung in Kambodscha zu überwinden und nicht allein auf Pol Pot zu setzen.<sup>47</sup> Wie YU habe sich die Bundesrepublik nicht aus Sympathie für Pol Pot in der „Sitzfrage“ für Pol Pot ausgesprochen.<sup>48</sup> Wenn wir uns öffentlich nicht vernehmbarer engagiert haben, so deshalb, weil wir die Lösung nicht noch mit westlichem Engagement belasten und daraus ein zusätzliches Ost-West-Problem machen wollten. Die EG habe ihre Energie darauf verwandt, ASEANs Bemühungen zu unterstützen. Das, was dabei erreicht wurde, werde begrüßt.

*AM:* Eine weitere (dritte) Chance, die dunklen Wolken zu durchbrechen, läge in den Globalen Verhandlungen.<sup>49</sup>

*BM:* Dies sei das einzige positive Ergebnis von Versailles<sup>50</sup> gewesen!

*AM:* Zumindest verbal. Man solle endlich eine Brücke schaffen, statt in der VN um Kommata zu streiten. Zwar würden die Globalen Verhandlungen nicht alle Probleme lösen; dann würden diese Bemühungen länger dauern als die Seerechtskonferenz<sup>51</sup>. Aber man solle anfangen, die Kluft zu überbrücken. Man solle neben den vier Tischen weitere Tische decken. Der Kreis der Teilnehmer solle größer werden. Man müsse etwas tun, um einen Durchbruch zu erreichen.

<sup>45</sup> Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1978 hatte die Bundesrepublik die EG-Ratspräsidentschaft inne. Bundesminister Genscher war damit Vorsitzender des EG-Ministerrats. Zu seinen Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. deren gemeinsame Außenministerkonferenz am 20./21. November 1978 in Brüssel; AAPD 1978, II, Dok. 353.

<sup>46</sup> Am 7. März 1980 wurde in Kuala Lumpur ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

<sup>47</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua am 14. Juni 1982; Dok. 185.

<sup>48</sup> Zur Vertretung Kambodschas in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 123, Anm. 11.

<sup>49</sup> Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 199, Anm. 26.

<sup>50</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels wurde die Eröffnung von Globalen Verhandlungen als „bedeutsames politisches Ziel“ beschrieben, dem alle Teilnehmer zugestimmt hätten. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 326.

<sup>51</sup> Zur VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 56, Anm. 23.

*BM*: Er könne dem Gesagten nur zustimmen. Übrigens habe die SU noch nie so unsicher gesehen wie damals, als sie überlegte, ob sie an Cancún<sup>52</sup> teilnehmen solle oder nicht.<sup>53</sup> Er habe mit Gromyko und Breschnew hierüber lange gesprochen, nachdem man sich in Wien<sup>54</sup> einig geworden sei, die SU einzuladen, falls sie kommen wolle.<sup>55</sup>

2) Gespräch am 22.7.

Es wurden zunächst bilaterale Themen behandelt (s. u.), dann sprach *AM* die Themen Naher und Mittlerer Osten an. *BM* sei unlängst in Jordanien und Ägypten gewesen. Er selber habe an dem AM-Treffen der Blockfreien in Nikosia teilgenommen, wo entschieden worden sei, eine neunköpfige AM-Delegation in den Libanon zu entsenden. Man habe zwei Tage auf eine entsprechende Einladung des libanesischen Präsidenten<sup>56</sup> gewartet, ihr habe dann wegen der fehlenden Sicherheitsgarantien, die Libanon derzeit nicht geben konnte, nicht gefolgt werden können.

*BM*: Er habe den König von Jordanien<sup>57</sup> und (damaligen Vize-Präsidenten) Mubarak wiederholt getroffen, sie beide aber noch nie so besorgt gefunden. Ihre größte Sorge sei, daß sich eine antiamerikanische Stimmung in ihren Ländern breitmache und daß bei Zerschlagung des militärischen Flügels der PLO sich im Nahen Osten und in der ganzen Welt ein neuer Terrorismus breitmachen könnte. Als Konsequenz könne sich der Einfluß der SU in der Region verstärken. Die EG sei genügend realpolitisch, um die Grenzen ihres Einflusses zu kennen. Er sei sehr bedrückt über die Handlungsunfähigkeit und Uneinigkeit der Araber. Es gäbe heute nur einen Weg nach vorne: die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Ihre Zerstreung auf mehrere Länder brächte keine Lösung. Die Besuche der AM Syriens und Saudi-Arabiens in den USA<sup>58</sup> hätten nicht nach Erfolg ausgesehen. Aber vielleicht hätten diese Besuche Verständnis in den USA für das Grundproblem der Palästinenserfrage gestärkt.

*BM* verwies darauf, daß die Bundesregierung in der EG der erste Staat gewesen sei, der sich 1974 bereits für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingesetzt habe.<sup>59</sup> Andere Partner hätten sich dem später angeschlossen.

<sup>52</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>53</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>54</sup> Am 7./8. November 1980 fand in Wien ein Vorbereitungstreffen für eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt, zu der auch die UdSSR eingeladen werden sollte. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 324.

Am 13. März 1981 wurde in Wien ein weiteres Vorbereitungstreffen abgehalten, bei dem die UdSSR zur Teilnahme an einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz aufgefordert wurde. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 61.

<sup>55</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Für seine Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1981, I, Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

<sup>56</sup> Elias Sarkis.

<sup>57</sup> Hussein ibn Talal.

<sup>58</sup> Der syrische Außenminister Khaddam und der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielten sich am 19./20. Juli 1982 in den USA auf.

<sup>59</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), am 19. November 1974 vor der VN-Generalversammlung; Dok. 210, Anm. 6.

Jetzt sei der Punkt gekommen, es zu verwirklichen, und zwar auf den besetzten Gebieten, die geräumt werden müßten.

Er sei auch über den Iran-Irak-Konflikt<sup>60</sup> besorgt. Hier habe sich eine unheilige Allianz versammelt. Eine Perlenschnur von US-Basen am Golf brächte keine Lösung, es würde die innere Stabilität nicht gestärkt werden, wenn die Regimes als US-Satelliten erschienen.

AM: Er habe mit allen fünf in Nikosia anwesenden AM gesprochen (Algerien<sup>61</sup>, Syrien<sup>62</sup>, Jordanien<sup>63</sup>, PLO<sup>64</sup>, Südjemen<sup>65</sup>). Die Abwesenheit anderer arabischer AM habe schlechten Zustand der arabischen Länder offenbart. Sie seien nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Die israelischen Forderungen gegenüber der PLO seien erniedrigend. Die physische Elimination der Palästinenser im Libanon<sup>66</sup> sei eine Illusion. Die Palästinenser sehen sich nach Selbstbestimmungsrecht, die Rekrutierungen unter den vier Millionen Palästinensern nähmen zu. Die Durchsetzung der israelischen Forderung und Aufteilung der Palästinenser müßten die öffentliche Meinung anderer arabischer Länder destabilisieren und die Gefahr der Rückkehr des Terrors in die Region erhöhen. Es gäbe für die israelische Aggression keine Rechtfertigung. Einzelne Taten israelischer Aggression erinnerten an die schrecklichen Vorkommnisse des Zweiten Weltkrieges. AM sprach sich für den totalen Rückzug Israels aus. Er sei in häufigem Kontakt mit Arafat, der mit Rückzug aus Beirut, um der Stadt willen, einverstanden sei. Aber die israelischen Vorschläge seien unrealistisch.

Wohin sollten sich die Palästinenser zurückziehen, wenn kein Land der Region sie aufnehmen wolle? PLO habe mit Syrien ohnehin ihre eigenen Probleme. Der Rückkehr in die alte Heimat stimme Israel nicht zu. Noch seien viele Lösungen ohne politische Auslöschung der PLO möglich und auch die Rettung des Libanon als unabhängiger Staat. Die von Israel verlaubliche Möglichkeit des Einsatzes von 1500 Marines sei ein ungeschickter Schritt gewesen. Der Einsatz hätte zu einer Konfrontation mit der SU geführt. Wenn Friedenstruppen notwendig seien, so stünden diese bereits im Libanon – das 5000-Mann-Kontingent der VN<sup>67</sup>, die durch nationale Kontingente verstärkt werden könnten (etwa aus F). Eine Neuaufstellung würde Monate dauern und die Gefahr für den Libanon und einer Annexion der Westbank und Gazas vergrößern.

Er habe vor einem Monat mit dem damaligen US-AM Haig gesprochen.<sup>68</sup> Der Ausgangspunkt der US-Überlegungen sei gewesen, daß der harte PLO-Kern

<sup>60</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 210, Anm. 8.

<sup>61</sup> Ahmed Taleb Ibrahim.

<sup>62</sup> Abdel Halim Khaddam.

<sup>63</sup> Marwan al-Kasim.

<sup>64</sup> Faruk Kaddumi.

<sup>65</sup> Salim Saleh Muhammad.

<sup>66</sup> Zum Krieg im Libanon vgl. Dok. 208, Anm. 2.

<sup>67</sup> Zum Einsatz der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 182, Anm. 16.

<sup>68</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 19. Juli 1982 anhand von Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium: „Bei der Begegnung von Außenminister Haig mit dem neuen jugoslawischen Außenminister Mojsov am 17. Juni in New York habe es im politischen Bereich keine Probleme gegeben, zumal die jugoslawische Seite über die Verurteilung von sechs kroatischen Separatisten durch amerikanische Gerichte befriedigt gewesen sei. Seit über einem Jahr habe es keine Gewaltakte jugoslawischer Terroristen in den USA mehr gegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3182; Referat 214, Bd. 133015.

verschwinden müsse. Er habe Haig gesagt, daß es keine Nahost-Regelung ohne Anerkennung der Palästinenser als Nation gäbe. Die USA sollten die PLO nicht als militärische, aber als politische Organisation anerkennen. Die PLO wolle jetzt keine militärische Präsenz im Libanon mehr, nur eine Garantie für die Bewohner der Flüchtlingslager und eine politische Repräsentanz, wie sie in 110 anderen Staaten auch bestünde. Der zweite Schritt: die Rückkehr zu VN-Lösungen und Rückkehr in den Sicherheitsrat, wo die früheren Entschließungen überdacht werden müßten, in denen die Palästinenser nur als Flüchtlinge behandelt worden seien, nicht aber das Selbstbestimmungsrecht erwähnt worden sei. Arafat sei bereit, Israel formell anzuerkennen, aber dies sei die letzte Karte.

Iran-Irak: Der Konflikt stelle eine zunehmende Gefahr für die ganze Region dar. Wenn 100 000 Iraner fielen, so würden 100 000 nachgeschoben werden. 600 000 Mann seien jetzt in den Islamischen Garden rekrutiert. Wenn Iran die Oberhand gewinne, so drohe ein Konfessionskrieg. Der Export der islamischen Revolution könne eine Internationalisierung des Konflikts bewirken (türkische Truppenbewegung an der irakischen Grenze). Die Nähe der Krise zum Konflikt im Libanon und zu Israel riskiere ein Zusammenfließen der Konfliktherde in einen einzigen. Dann werde die SU nicht wie im Libanon nur zusehen. Die Blockfreien seien bereit zu helfen. Aber Iran möchte den Bagdad-Gipfel um jeden Preis verhindern. Im August werde eine Entscheidung über den Konferenzort fallen. Auf Frage BM: Indien, das 1985 die 8. Konferenz ausrichten solle, werde möglicherweise mit Irak tauschen.<sup>69</sup>

AM (zusammenfassend): Die Blockfreien würden ihr ganzes moralisches Gewicht in die Waagschale werfen, um die Supermächte an die vier Verhandlungstische zu bringen. Die Blockfreien wollten nicht die „proxy wars“ für die Großen führen. Der Gipfel sei daher jetzt nötiger denn je.

BM: Er sehe in der Analyse und Bewertung der genannten Konflikte durch AM keine Meinungsverschiedenheit, und er teile die Meinung über die Dringlichkeit des Blockfreien-Treffens. Er würde es begrüßen, wenn man in den nächsten Wochen Bewertungen und Meinungen über die weitere Entwicklung austauschen könnte. Europa sei eine Nachbarregion dieser Krisenherde und daher ganz unmittelbar betroffen. Aber er wisse nicht, wer Begin und Sharon beeinflussen könne.

AM: Sie!

BM: Vielleicht die Westeuropäer. Die Bundesregierung allein würde nur das Gegenteil erreichen.

AM: Er werde vielleicht mit den neun AM der Blockfreien nach Beirut gehen und über Botschafter Grabert mit BM in Kontakt bleiben.

BM wies abschließend darauf hin, daß besondere bekannte historische Gründe deutscherseits dazu führten, in Kontakten zur PLO besondere Zurückhaltung zu üben. In der Frage des Selbstbestimmungsrechts hätten wir aber eine füh-

<sup>69</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

rende Rolle ausgefüllt. Von Zeit zu Zeit empfangen er, aber als Vorsitzender der FDP, den PLO-Repräsentanten in Bonn<sup>70</sup>.

Bilaterale Themen

AM erwähnte die großen jugoslawischen Anstrengungen, den Handel mit dem Westen auszugleichen. Gegenüber Italien sei dies gelungen, doch deckten die Exporte nach GB die Importe nur zu 22 %, bei der Bundesrepublik zu 36 %. Das Industrie-Wachstum YUs sei gefallen. Um es erhöhen zu können, benötige man Kredite und hoffe auf Verständnis, wie man es bei der Bundesrepublik gefunden habe.

Er hoffe auf eine rechtzeitige Ratifizierung des Kooperationsabkommens EG–YU durch den Bundestag<sup>71</sup>, da im November eine im Rahmen dieses Abkommens vorgesehene erste gemeinsame Tagung stattfinden solle, an der er teilnehmen wolle.

Seit 1973 werde über einen Investitionsförderungsvertrag verhandelt. Auch beim Doppelbesteuerungsabkommen ginge es nicht weiter.<sup>72</sup>

BM sagte zu, daß er sich diese Abkommen ansehen werde.

AM sprach dann von der großen Gruppe jugoslawischer Arbeiter in der Bundesrepublik, die hoffte, ihr Leben dort noch besser organisieren zu können. Zahlreiche Arbeiter stünden unter dem Druck separatistischer Gruppen (Albaner) und von Ustascha-Leuten. Durch zahlreiche Anschläge auf jugoslawische Institutionen und Personen hätten sich die Beziehungen zu Belgien sehr verschlechtert.

BM: Die Bundesrepublik sei an der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen sehr interessiert. Die Ausweitung der handelspolitischen Zusammenarbeit sei aber von den Rahmenbedingungen in YU abhängig.

Über die Fragen der inneren Sicherheit sollten die beiden Innenminister<sup>73</sup> so schnell wie möglich sprechen, um die gute Zusammenarbeit fortzuführen, die er selber einst als Innenminister begonnen habe. Man werde auch in der von AM angeschnittenen Frage weiterkommen.

BM lud AM sodann ein, im nächsten Jahr zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik zu kommen.<sup>74</sup> Er bat ferner, auch einen Termin für einen offiziellen Besuch zu benennen.

<sup>70</sup> Abdallah Frangieh.

<sup>71</sup> Am 2. April 1980 wurde in Belgrad ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und Jugoslawien unterzeichnet. Ein von der Bundesregierung eingebrachter Entwurf eines Gesetzes zu diesem Abkommen wurde vom Bundestag am 12. November 1982 einstimmig angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7904.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 1095–1172.

<sup>72</sup> Am 9. März 1981 legte Ministerialdirigent Bräutigam dar, daß sich sowohl beim Doppelbesteuerungsabkommen als auch beim Investitionsförderungsvertrag mit Jugoslawien die Schwierigkeiten aus der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) ergäben: „Die jugoslawische Seite hat dabei ausdrücklich erklärt, daß sie gegen das Prinzip der Erstreckung auf Berlin (West) keine Einwendungen hat. Sie ist jedoch nicht mehr bereit, die Bezeichnung ‚Land Berlin‘ ohne weiteres zu akzeptieren. Außerdem wünscht sie, in geeigneter Form auf das Vier-Mächte-Abkommen Bezug zu nehmen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132877.

<sup>73</sup> Gerhart Baum (Bundesrepublik) und Stane Dolanc (Jugoslawien).

<sup>74</sup> Der jugoslawische Außenminister Mojsov hielt sich am 24./25. Juli 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 25. Juli 1983 in Bischofsgrün; AAPD 1983.

AM dankte. Er werde von der Einladung zu dem Arbeitsbesuch Gebrauch machen und in angemessener Zeit einen Termin für einen offiziellen Besuch mitteilen. Die Bundesrepublik besäße eine Priorität in Jugoslawiens Außenbeziehungen.

3) Das Gespräch mit MP Planinc am 22.7. (das Gespräch fand auf Einladung des MP statt)

MP (nach Begrüßung): Der Besuch BM bedeute eine Fortsetzung der beiderseitigen guten Beziehungen auf allen Bereichen. Sie erinnere sich an den Besuch ihres Amtsvorgängers im Vorjahr.<sup>75</sup> Es sei gut, daß die AM sich öfters treffen, um den Meinungsaustausch zu pflegen. YU erwarte den Besuch des Bundespräsidenten.<sup>76</sup> Um den BM nicht mit Wirtschaftsfragen zu quälen, wolle sie gleich sagen, daß man diese Probleme mit dem Bundeswirtschaftsminister besprechen wolle, von dem man hoffe, daß er auch bald nach YU käme.<sup>77</sup>

BM dankt für den Empfang, den er in YU wieder erfahren habe; auch für die Möglichkeit, gleich nach der Aufnahme der neuen Tätigkeit durch MP von ihr empfangen zu werden. Zwischen ihm und AM habe ein offener und vertrauensvoller Meinungsaustausch stattgefunden. Im Kreise westlicher Staaten könnten wir die Haltung YUs und der Blockfreien darlegen; ebenso hätten wir hier die Möglichkeit, die westlichen Auffassungen darzulegen. Sorgen YUs und der Bundesrepublik über die internationale Lage seien die gleichen. Es würde uns freuen, wenn AM bald zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik käme. Er habe ihn heute dazu eingeladen. Er werde sich auch für einen Besuch des Bundeswirtschaftsministers in YU einsetzen. Ein Besuch des Bundespräsidenten in YU wäre für ihn der Höhepunkt der beiderseitigen Beziehungen. Er werde diese Frage dem Bundespräsidenten vortragen. Man sei im Augenblick dabei, die Besuchsplanung für 1983 vorzubereiten. BM äußerte sich sodann anerkennend über die Entwicklung der Wirtschaft, Landwirtschaft, des Städtebaus in YU.

MP: Auf dem wirtschaftlichen Sektor lägen gegenwärtig Jugoslawiens Schwierigkeiten. Es habe den Schritt zu einem mittelentwickelten Land gemacht. Wirtschaftsexperten hielten nun den Schritt von einem quantitativen zu einem qualitativen Wachstum für erforderlich. Gerade in diesem Augenblick trafen komplexe Erscheinungen zusammen: hohe Zinsen in der Welt, Rezession etc. YU habe versucht, durch kurzfristige Kredite gegenwärtige Schwierigkeiten zu überbrücken, die durch Zusammentreffen mittelfristiger und kurzfristiger Fälligkeiten entstanden seien. Man brauche viel Verständnis dafür, um aus der gegenwärtigen Situation herauszufinden. Man habe die Geste der Bundesrepublik, einen 150-Mio.-Kredit zu gewähren<sup>78</sup>, sehr geschätzt. Andere Staaten hät-

<sup>75</sup> Ministerpräsident Djuranović besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 13. Februar 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 38.

<sup>76</sup> Bundespräsident Carstens hielt sich vom 5. bis 8. September 1983 in Jugoslawien auf.

<sup>77</sup> Anlässlich der Eröffnung der VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die vom 6. bis 30. Juni 1983 in Belgrad stattfand, hielt sich Bundesminister Graf Lambsdorff vom 6. bis 8. Juni 1983 in Jugoslawien auf.

<sup>78</sup> Referat 420 vermerkte am 7. Juli 1982, am 26. Mai 1982 habe ein Bankenkonsortium aus der Bundesrepublik unter Führung der Deutschen Bank Jugoslawien einen Sieben-Jahres-Kredit in Höhe von 150 Millionen DM eingeräumt. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 135575.

Die Botschaft in Belgrad analysierte am 23. Juli 1982 die Verschuldung Jugoslawiens: „Die Aus-

ten hier weniger Verständnis gezeigt. Die schnelle Entwicklung YUs habe eine große Zahl innerer Probleme geschaffen.

*BM:* Auch die Bundesrepublik leide unter einer Anzahl durch äußere Faktoren bestimmter Wirtschaftsprobleme. Man müsse sich daher stärker der gegenseitigen Abhängigkeit bewußt werden. Das habe nichts mit politischen und gesellschaftlichen Systemen zu tun. Er ließe sich von der Grundauffassung leiten, daß nichts falscher sei, als wenn einzelne Zuflucht zu nationalen Egoismen suchten, Schranken aufrichteten und finanzielle Beziehungen abschnitten. Dies helfe zwar kurzfristig, langfristig schade man sich aber selber.

Zur Frage der Gastarbeiter: Den Bürgern werde gesagt, niemand werde gegen seinen Willen nach Hause geschickt werden können. Zur Hilfe für die EL werde gesagt, daß dies kein Geschenk sei, sondern eine Investition in die Zukunft, in die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

*MP:* Dies sei eine große Wahrheit. Je schneller sie als Politik begriffen werde, desto schneller werde man aus der gegenwärtigen Situation herausfinden.

*BM* zeigte sich bedrückt über die wirtschaftliche Lage der Dritten Welt einerseits und über die Verschwendung für Rüstungsausgaben andererseits. Man sehe die Wirkungen jetzt im Nahen Osten. Wenn sich der Golfkrieg ausweite, so könnten die Energiepreise erneut explodieren. Hier ginge es um eine Überlebensfrage der Menschheit. Man lebe nicht auf einer Insel.

*MP* sprach den Meinungs austausch *BM*–*AM* an. Dort sei sicher über YUs Schwierigkeiten im Bereich der Wirtschaft und im Kosovo<sup>79</sup> gesprochen worden. Es freue sie, daß *BM* den Eindruck mitnehme, daß *YU* fest an der Seite der Blockfreien stünde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1155*

landsverschuldung beträgt mittlerweile rund 20 Mrd. Dollar. In diesem und in den folgenden drei Jahren müssen jährlich ca. 5 Mrd. Dollar für den Schuldendienst aufgebracht werden. [...] Zur Abdeckung seiner Finanzverpflichtungen benötigt Jugoslawien in diesem Jahr neben dem bereits erhaltenen kuwaitischen (250 Mio. Dollar) und den deutschen (150 Mio. DM) Finanzkrediten sowie dem 700-Mio.-Dollar-Stand-by-Kredit des IMF noch Finanzkredite in Höhe von 800 Mio. Dollar. Als bedeutende Geste ist auf jugoslawischer Seite der erwähnte Finanzkredit eines deutschen Bankenkonsortiums gewertet worden. Über einen amerikanischen Kredit (Eurodollar-Markt) in Höhe von schätzungsweise 150 Mio. Dollar wird immer noch verhandelt. Sofern es gelingt, die Probleme der Liquiditätsempässe zu lösen, ist die Verschuldungssituation Jugoslawiens auf längere Sicht angesichts des Reichtums und des Potentials des Landes (Produktivitätsreserven, Rohstoffe) zu bewältigen. Es handelt sich um einen beherrschbaren Prozeß, der nicht in die gleiche Kategorie einzuordnen ist wie die Situation in Polen oder Rumänien.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135575.

<sup>79</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil analysierte am 27. April 1982: „Auch ein Jahr nach den im Frühjahr 1981 in der autonomen Provinz Kosovo ausgebrochenen schweren nationalistischen Unruhen hält die Spannung in diesem Gebiet an. [...] Nachdem sich die jugoslawische Führung zunächst ausschließlich auf die traditionellen Mittel harter Repression (starker Einsatz von Armee und Miliz, zahlreiche Urteile mit hohen Gefängnisstrafen gegenüber Demonstranten, Säuberungen in Partei, Staat und Gesellschaft) stützte, regen sich jetzt mehr und mehr nachdenkliche Stimmen, die auf eine die eigentlichen Konfliktursachen berücksichtigende Lösung hinzuwirken versuchen. [...] Ihre eigentliche Brisanz erhalten die Spannungen vor allem durch die nationalistische Komponente, die sich aus dem historisch begründeten Mißtrauen und zuweilen sogar Feindschaft zwischen Albanern und übrigen Jugoslawen, insbesondere Serben, ergibt. Für die Mehrheit der Kosovo-Albaner dürfte es darum gehen, als Nationalität innerhalb des jugoslawischen Staatsverbandes ihre Identität zu finden, gleichberechtigt geachtet und sozial und kulturell anerkannt zu werden. Die Forderung nach einer eigenen Republik im jugoslawischen Staatsverband ist Ausdruck dieser Bestrebungen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133009.

Zur inneren Lage YUs: Der Staat bleibe so unverändert bestehen, wie er von Tito errichtet worden sei. Freunde hätten sich immer besorgt gefragt, wie YU die Zeit nach Tito überstehen würde. Ihnen sei gesagt worden: YU hat keine andere Alternative. Tito sei deshalb so groß, weil das, was er geschaffen habe, unverändert fortbesteht. Das System funktioniere auch ohne ihn, Schwierigkeiten gäbe es, aber YU habe eine genügend große innenpolitische Stabilität, um diese Schwierigkeiten zu bewältigen.

MP zeigte sich sehr besorgt über den dunklen weltpolitischen Horizont, an dem kein heller Streifen zu erkennen sei. Am 21. habe sich der Kampf in Eritrea<sup>80</sup> erneuert. Die Konflikte unter EL nähmen zu, obwohl deren Interesse darin liegen sollte, aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszufinden. Am gefährlichsten sei es, wenn sich die Großmächte in derartige Konflikte einmischten, dann bestünde die Gefahr, daß lokale Konflikte die Welt in den Abgrund ziehen könnten.

Nahost: PLO befinde sich in einer verzweifelten Lage. YU, das selber um seine Unabhängigkeit gekämpft habe, sei voller Sympathie für die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat.

Bilaterale Beziehungen: BM seien die Probleme des Warenaustauschs bekannt. Die gegenseitigen Beziehungen seien gut, es gäbe noch viel Raum zur Ausweitung des Handelsaustauschs. Die Männer der Wirtschaft müßten daran arbeiten. Ein besonderes Problem sei das Defizit YUs – man wolle mehr importieren, dies setze aber bessere Exportmöglichkeiten voraus. Man müsse verhindern, daß langfristige Hemmnisse entstünden.

Gastarbeiter: Es sei viel für die ausländischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik getan worden. Probleme werde man verständlich lösen. Es sei ein besonderes Anliegen YUs, jugoslawischen Gastarbeiterkindern Muttersprachen-Unterricht zu garantieren. Dies sei auch eine der Voraussetzungen zur späteren Reintegration in der Heimat.

BM: Für Investitionen sei wichtig, daß hier das notwendige wirtschaftspolitische Klima geschaffen werde.

Zum Handelsaustausch: Wichtig sei, daß YU bei der Bemühung erfolgreich sei, die Qualität zu steigern, wie es MP gesagt habe. Die Leistungsbilanz mit der Bundesrepublik sei für YU günstig (Tourismus, Gastarbeiter). Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Daten müßte man auch die „psychologische Leistungsbilanz“ nicht vergessen – nämlich, daß jeweils Hunderttausende von Menschen jeweils des einen Landes das andere Land kennenlernten. Er unterstütze die Meinung des MP, daß es wichtig sei, Arbeitsplätze und Fertigungsstätten in der Region zu schaffen, aus der die Gastarbeiter herstammten.

Zur inneren Lage YUs: Auch er sei immer wieder gefragt worden, wie der künftige Weg YUs aussehen würde. Die Bundesrepublik habe viel Vertrauen in diese Zukunft gehabt, er sei beruhigt zu sehen, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt werde.

<sup>80</sup> Zum Konflikt um Eritrea vgl. Dok. 132, Anm. 10.

Er selber habe in einem Gespräch mit Franco<sup>81</sup> klargemacht, daß man sich wegen der Zukunft YUs keine Sorge machen müsse, Tito habe hier lange und gut vorgesorgt.

*MP*: Stabilität YUs beruhe auf der demokratischen Möglichkeit, sich zu verzanken und wieder zu verständigen. Ein Zentralismus würde viel größere Erschütterungen bringen. Das Selbstverwaltungssystem halte die vielen Völker zusammen. Jede Diktatur wäre der Anfang vom Ende. Man habe genügend Kraft, die anstehenden Schwierigkeiten zu bewältigen. In Zusammenarbeit und Gleichberechtigung werde man diese gegenwärtige Situation meistern. Die Bevölkerung kenne die wirtschaftliche Kalkulation der Regierung. Ein Ausweg läge in der besseren Produktion und besseren Kapazitätsausnutzung. *MP* wiederholte die Notwendigkeit eines Entgegenkommens befreundeter Länder.

*BM*: Auf die Partnerschaft der Bundesrepublik könne gerechnet werden. Er wünsche YU viel Erfolg.

Er würde sich freuen, wenn *MP* alsbald die Bundesrepublik besuchen käme.

(Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde.)

4) Höflichkeitsbesuch bei *MP* der SR Mazedonien, Stavrev, am 21.7.82

*MP* unterrichtete über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation der Republik.

*MP* drückte die Zufriedenheit über die bisherige Zusammenarbeit zwischen seiner Republik und der Bundesrepublik aus und wünschte die Verstärkung der beiderseitigen Kontakte. (Er erwähnte u. a. die Möglichkeit der Errichtung eines Lektorats für die mazedonische Sprache an einer deutschen Universität.)

Er schilderte sodann das Problem der Nichtanerkennung der Mazedonier als Minderheit, namentlich in Bulgarien. YU habe, anders als seine Nachbarn, keine Gebietsansprüche – Helsinki habe solchen Präntentionen ein Ende gesetzt. YU fordere aber für seine Minderheiten in anderen Ländern dieselben Rechte, die es selbst den Minderheiten jener Staaten gewähre.

*BM* (nach Dank für Gastfreundschaft und ausführliche Unterrichtung) wies darauf hin, daß die von *MP* gewünschte wirtschaftliche Zusammenarbeit um so fruchtbarer sein werde, je besser die vorgegebenen Rahmenbedingungen in Mazedonien seien.

Zur politischen Lage in diesem Raum: Wenn man vergleiche, wieviel Unruhe hier geherrscht habe, so müsse man feststellen, daß sich auch hier die Vernunft durchgesetzt habe. Er sei glücklich, daß der *MP* die Schlußakte von Helsinki erwähnt habe: Sie sei ein guter Wegweiser in die Zukunft.

**Referat 214, Bd. 133015**

<sup>81</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 3./4. April 1975 in Spanien auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Staatschef Franco zusammen.

## 218

**Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**

114-13650/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 117  
Citissime

**Aufgabe: 21. Juli 1982, 19.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 21. Juli 1982, 19.17 Uhr**

Betr.: Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 21. Juli

Bezug: DE Nr. 36 vom 20. Juli<sup>2</sup>

Im Hause eines gemeinsamen Bekannten (Dr. Dr. Hansjakob Stehle) bin ich am 21. Juli mit dem polnischen Außenminister Józef Czyrek zu einem privaten Mittagessen zu dritt zusammengetroffen. Czyrek machte dabei, teils von sich aus, teils auf Fragen, folgende Ausführungen:

1) Noch im Laufe des heutigen (21.7.) Tages werde im Sejm sein Rücktritt vom Posten des Außenministers und die Ernennung von Olszowski zum neuen Außenminister bekanntgegeben werden. Der Abschied vom Auswärtigen Dienst, dem er fast sein gesamtes erwachsenes Leben gewidmet habe, falle ihm naturgemäß schwer. Er werde im ZK die Zuständigkeit für Außenpolitik behalten. Über seine weiteren Aufgaben und Zuständigkeiten im ZK werde das Politbüro binnen weniger Tage die formelle Entscheidung treffen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fournes am 22. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Attaché Schütte „sofort“ und die Bitte um weitere Veranlassung vermerkte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 22. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär von Staden verfügte.

Hat Staden vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte auch an B[otschaft] Wash[ington], Moskau, NATO Brüssel für B[otschafter] [oder] V[ertreter] geben. Bitte in die von [Abteilung] 2 (mit 4) zu fertigende Analyse der Maßnahmen vom 21.7. einbeziehen.“

<sup>2</sup> Staatssekretär von Staden übermittelte Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), „Stichworte“ für dessen bevorstehendes Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek: „Bundesregierung bleibt sich besonderen Verhältnisses zu Polen bewußt. Wir müssen das bilaterale Erreichte sichern und vor Schaden bewahren. Andererseits sollte Polen Rolle der Bundesrepublik in ihren Bündnissen richtig einschätzen und nicht, wie es gelegentlich polnische Äußerungen getan haben, Bundesrepublik und ihre Partner einander gegenüberstellen. Dies könnte manche anstehende Entscheidung komplizieren. (Hintergrund: In polnischen Medien wird gelegentlich die ‚verständige Bundesrepublik‘ den USA und auch F entgegengestellt.) Zur Wirtschaftslage: Wir sind verwundert, immer wieder aus polnischen Medien Vorwurf über ‚Sanktionen‘ der Bundesrepublik zu erfahren. Dem AM ist die Haltung der Bundesregierung bekannt: Es gibt deutscherseits keine Handelsbeschränkungen gegenüber Polen. Kreditfrage sollte man daher nicht künstlich unter Begriff ‚Sanktionen‘ subsumieren.“ Vgl. VS-Bd. 13327 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 17. Juli 1982 über die IX. Plenarsitzung des ZK der PVAP am 15./16. Juli 1982 in Warschau: „Mit den erwarteten personalpolitischen Reivirements, dertwegen das IX. Plenum immer wieder verschoben wurde, ist gestern die Sitzung des Zentralkomitees zu Ende gegangen. Die personalpolitischen Änderungen im Politbüro und ZK-Sekretariat können teilweise als Erfolg Jaruzelskis gewertet werden, Exponenten des Widerstandes gegen den gegenwärtigen Kurs in ihrer Macht zu beschneiden und Vertraute heranzuziehen. Im mittlerweile bewährten Tauschmuster der ‚gleichwertigen‘ Absetzungen auf beiden Seiten haben Olszowski (Dogmatiker) und Kubiak (Reformer [...]) ihre Funktion als ZK-Sekretäre (Ideologie und Propaganda) verloren. Sie bleiben beide Politbüromitglieder. [...] Stefan Olszowski verlor seine Funktion als ZK-Sekretär für Ideologie, Erziehung und Massenmedien. Seine Pressepolitik war zunehmend auch in der Partei kritisiert worden. Die Kirche hatte sie öffentlich als Aufhetzung zum Haß bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1330; Referat 214, Bd. 133026.

Die Referate 214 und 421 vermerkten am 3. August 1982: „Am 21.7. löste Stefan Olszowski, der

2) Er habe den Papst bei der Begegnung in Castel Gandolfo am 20. Juli in guter Verfassung angetroffen, aber auch den Eindruck gewonnen, daß es Johannes Paul II. nicht immer leichtfalle, politische Realitäten zu begreifen, und daß er manchmal seine eigenen Wünsche für die Wirklichkeit nehme. Er habe dem Papst auseinandersetzen müssen, daß dessen (zweiter) Besuch in Polen, wie pastoral er auch immer motiviert sein möge, politischen Charakter und politische Auswirkungen besitzen werde und daß die Zeit (nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen) für einen solchen Besuch noch nicht reif sei. Er glaube, daß es ihm gelungen sei, Johannes Paul II. von der Notwendigkeit einer Verschiebung des Besuchs auf das Jahr 1983 zu überzeugen.<sup>4</sup>

3) Die Lage in Polen sei nicht so niederdrückend, wie es westliche Korrespondenten, die ihre Eindrücke ausschließlich oder ganz überwiegend nur in Warschau sammelten, zuweilen berichten. Er wolle allerdings einräumen, daß die Regierung bei der Lockerung des Kriegsrechts<sup>5</sup> nur vorsichtig und nicht in dem Maße vorangehe, wie es im westlichen Ausland erhofft werde. Der Grund dafür liege allein darin, daß die Waffe der Verhängung des Kriegsrechts nur ein einziges Mal verwendet werden könne, bei einem neuen Ausbruch verbreiteter Unruhen also mit schärferen Interventionen gerechnet werden müsse.

4) Mit dem Bundeskanzler habe er in New York<sup>6</sup> ein wichtiges und nützlich Gespräch geführt. Der Bundeskanzler habe geäußert, daß wirtschaftliche Hilfe seitens des Westens erst dann wieder gegeben werden könne, wenn sich die politische Lage in Polen in Richtung einer nationalen Verständigung stabilisiert habe. Dem müsse er entgegenhalten, daß die politische Lage in Polen ohne eine entsprechende wirtschaftliche Basis schlechterdings nicht stabilisiert

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1159*

wenige Tage zuvor seinen Posten als ZK-Sekretär verloren hatte [...], Józef Czyrek als Außenminister ab. Czyrek bleibt weiter ZK-Sekretär für Auswärtiges. Olszowski gilt als ein Vertreter des harten Flügels in der Partei und war schon einmal zwischen 1971 und 1976 polnischer Außenminister.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132914.

<sup>4</sup> Zur Frage einer Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 121, Anm. 21.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 9. Juli 1982: „Bei Gelegenheit eines Treffens der EG-Botschafter in meinem Hause teilte Erzbischof Poggi heute (9. Juli) folgendes mit: Papst Johannes Paul II. und die gegenwärtig in Rom weilenden polnischen Bischöfe (insbesondere Primas Glemp und Kardinal Macharski) hätten in ihren Beratungen feststellen müssen, daß die neue Reise des Papstes nach Polen wegen des erheblichen staatlichen Widerstandes zum vorgesehenen Zeitpunkt im August 1982 nicht möglich sei und infolgedessen verschoben werden müsse. Die Ankündigung dieser Verschiebung sei den polnischen Bischöfen übertragen worden. In der Ankündigung solle zugleich ein neues Datum für den Papst-Besuch fest in Aussicht gestellt werden. Als neues Datum komme vielleicht noch der September 1982, mit großer Wahrscheinlichkeit aber das Frühjahr 1983 in Frage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 421, Bd. 141261.

Der Papst hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

<sup>5</sup> Zur Lockerung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 118, Anm. 6.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 21. Juli 1982 über weitere Maßnahmen zur Lockerung des Kriegsrechts: „Den Wojewoden wurde empfohlen, die Wiederzulassung gesellschaftlicher Vereinigungen zu prüfen (darunter fallen die Gewerkschaften nicht). Auf Einladung naher Verwandter können Polen Pässe zur Reise in andere (westliche) Staaten erhalten. Betriebsangehörige und Jugendliche können für Praktika und Studien im Ausland Pässe erhalten. Das Segeln in der Ostsee ist für Schulungszwecke wieder erlaubt. Die Meldepflicht in den Grenzgebieten wird aufgehoben. Ab 23. Juli können handvermittelte Auslandsgespräche geführt und Telegramme und Fernschreiben ins Ausland abgesetzt werden. Zugelassene Sprachen sind Polnisch, Russisch, Englisch, Französisch und Deutsch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1358; Referat 214, Bd. 132914. Vgl. dazu ferner Dok. 221.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 14. Juni 1982 in New York vgl. Dok. 183.

werden könne. Mit anderen Worten: Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen müsse die Basis dafür abgeben, daß eine Lockerung des Kriegsrechts nicht durch ein Ausbleiben wirtschaftlicher Fortschritte wieder in Frage gestellt werde.

Der Bundeskanzler habe in New York freilich auch unumwunden darauf hingewiesen, daß sich die wirtschaftliche Lage im Westen verschlechtert habe und daß Polen in keinem Falle mehr mit ähnlichen Krediten rechnen könne wie in der Vergangenheit. Auf diese Ausführungen des Bundeskanzlers habe er auch Papst Johannes Paul II. hingewiesen, als dieser im Gespräch am 20. Juli die Lockerung der Kriegsrechtsbestimmungen als Voraussetzung für die Neugewährung westlicher Kredite gefordert habe.

Auf Einwand räumte Czyrek ein, daß im Falle der meisten westlichen Länder nicht von wirtschaftlichen „Embargo“-Bestimmungen gesprochen werden könne. Jedoch müsse man von wirtschaftlichen „Restriktionen“ sprechen.

In diesem Zusammenhang äußerte Czyrek auch: Er hoffe auf einen guten Verlauf der gegenwärtigen Reise des Bundeskanzlers in den USA.<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt sei zum Glück als ein guter Anwalt nicht nur Westeuropas, sondern ganz Europas zu betrachten.

5) Auf entsprechende Frage von mir: Die Position Jaruzelskis sei durch die jüngsten Personalveränderungen im ZK zweifellos gestärkt worden. Daß Jaruzelski diese Stärkung zu einer deutlicheren Politik der nationalen Verständigung ausnutzen werde, dies sei jedenfalls zu hoffen.

6) Die Regierung sei zur Zusammenarbeit mit der Kirche bereit und erkenne an, daß die Kirche mitunter Zweifel an der Opportunität so mancher Forderungen der Gewerkschaft „Solidarität“ gehabt habe. Die Kirche müsse aber begreifen, daß sie in erheblichem Umfange Mitverantwortung dafür trage, wenn in der Bevölkerung radikale Gewerkschaftsforderungen als den Segen der Kirche tragend empfunden worden seien. Ferner müsse die Kirche begreifen, daß ihre eigenen Berater bei der Gewerkschaft „Solidarität“ gegenüber radikalen Beratern eindeutig den kürzeren gezogen hätten.

Der beim Primas von Polen bestehende Rat für gesellschaftliche Zusammenarbeit habe kürzlich neue Vorschläge zu wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Fragen vorgelegt. Leider zeichneten sich diese Vorschläge durch große Naivität aus.

Anmerkung: In diesem Zusammenhang haben wir heute (21.7.) von Primas Glemp in Rom erfahren, daß die von dem gesellschaftlichen Rat erarbeiteten Vorschläge für eine gesellschaftliche Übereinkunft in Polen als erledigt zu betrachten seien und nicht mehr eine Diskussionsgrundlage in den Beratungen mit der Regierung darstellen würden.

7) Czyrek legte sich hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Lockerung des Kriegsrechts nicht fest. Er akzeptierte nur widerstrebend die wiederholten Hinweise von Dr. Stehle und von mir selbst, daß die Wiedezulassung einer freien Gewerkschaft als Schlüssel für die weitere Entwicklung in Polen betrachtet

<sup>7</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

werden müsse. Er kündigte an, daß im Herbst (voraussichtlich Oktober 1982) neue Gesetzesvorhaben zum Thema Gewerkschaften zu erwarten seien. Er ließ im ungewissen, wann mit einer Freilassung Wałęsas und der noch restlichen Internierten<sup>8</sup> gerechnet werden könne.

8) Czyrek vermied es sorgfältig, sich zum Verhältnis Polens zur Sowjetunion zu äußern. Er warnte allerdings davor, die sowjetische Diplomatie zu unterschätzen. Er ließ im übrigen durchblicken, daß die polnische Außenpolitik zwar einen gewissen, aber keinen unbegrenzten Spielraum besitze.

9) Czyrek trug mir beim Abschied ausdrücklich Grüße an den Bundeskanzler und an den Bundesminister des Auswärtigen auf. Mit einer Mischung von Spontaneität und Berechnung fügte er hinzu, daß Polen in der gegenwärtigen Stunde die große Chance zu einer wirklichen nationalen Aussöhnung besitze, d. h. die Chance und den Spielraum habe, unter Wahrung seiner Bündnisverpflichtungen und unter Beibehaltung seiner mit dem Westen eingegangenen Bindungen seinen eigenen nationalen Weg zu gehen.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 13327 (214)

## 219

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, Clausen, in San Francisco

22. Juli 1982<sup>1</sup>

Anwesend: Botschafter Hermes, VLR I Dr. Höyneck.

Aus dem Gespräch, das gut 45 Minuten dauerte<sup>2</sup>, halte ich zusammenfassend fest:

1) Auf Frage *BK*, wie Weltbank zu beurteilen sei, bemerkte Präsident *Clausen*, daß er großen Respekt für die Weltbank (WB) empfinde; sein Respekt sei größer geworden, seitdem er die Bank von innen kenne. Die Verfahren der WB böten gute Voraussetzungen dafür, daß die Mittel auch wirklich in die notwendigen Projekte fließen. Er versuche, dies auch der US-Administration klar zu machen. Jedenfalls im State Department höre man ihm zu.

<sup>8</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zur Freilassung von Internierten vgl. Dok. 118, Anm. 4, und Dok. 221, Anm. 3.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höyneck, Bundeskanzleramt, am 2. August 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 222.

2) Clausen stimmte nachdrücklich dem Vorschlag des BK zu, daß BK und Clausen sich – mindestens einmal im Jahr – zu intensivem Gedankenaustausch treffen sollten.

3) Auf wiederholte Frage *BK*, was Clausen an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auszusetzen habe, antwortete *Clausen*: Die Bundesrepublik habe wirtschaftlich immer in der ersten Reihe gestanden. Die Inflation gehe zurück; die Haushaltsdefizite habe die Regierung im Griff. Politisch aber werde das Eis überall dünner. Es werde immer schwerer, eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu erreichen.

*BK*: Er fürchte eine politische Destabilisierung aller westlichen Staaten, falls es nicht gelinge, die Zinssätze herunterzubringen. Das Verhalten der US-Administration sei nur eine Vortäuschung von Supply Side Economics.<sup>3</sup> Ein stärker werdender Trend zum Protektionismus erhöhe die Gefahr, daß es zu einer tiefen Depression kommen könne.

4) *Clausen*: Er werbe weiter für die IDA, trotz der amerikanischen Haltung zu IDA VI, die „ein Schuß in den Fuß“ sei.<sup>4</sup>

Auch die Bundesrepublik sei der WB gegenüber nicht mehr so großzügig wie in früheren Jahren.

WB gehe es auch um Zugang zum Kapitalmarkt in der Bundesrepublik; dabei solle man in Rechnung stellen, daß von der WB erhebliche Rückflüsse zu erwarten seien.

*BK* sagte zu, diese Frage mit dem BMF<sup>5</sup> und Bundesbankpräsident Pöhl aufzunehmen. Er selbst sei zurückhaltend gegenüber Anleihen der WB auf dem deutschen Markt. Er müsse in erster Linie die deutschen Interessen wahren, und unsere Zinssätze seien noch zu hoch, um weitere Nachfrage am Kapitalmarkt zuzulassen.

5) *Clausen* wies darauf hin, daß die Voraussetzungen für die in diesem Jahr anstehenden Verhandlungen zu IDA VII denkbar schlecht seien. Was halte die Bundesregierung von einer Verschlechterung der Konditionen für Ausleihen im IDA-VII-Rahmen?

<sup>3</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

<sup>4</sup> Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vermerkte am 15. Juni 1982 zur Finanzausstattung der International Development Association (IDA): „Für die 6. Wiederauffüllung der IDA wurde im März 1980 ein Gesamtvolumen von 12 Mrd. US-Dollar vereinbart, das in den drei Geschäftsjahren 1980/81, 1981/82 und 1982/83 in drei ungefähr gleich hohen Raten als Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt und mit Darlehenszusagen belegt werden sollte. Die USA haben ihre erste und zweite Rate einseitig gekürzt und die Streckung ihres Gesamtbeitrags auf vier Jahre angekündigt. Die wichtigsten übrigen Geber haben daraufhin im September 1981 von ihrem im IDA-VI-Abkommen festgelegten Recht Gebrauch gemacht, ihre zweite Rate nur proportional zur US-Rate freizugeben (Pro-rata-Regelung). Um einen starken Einbruch im Ausleiheprogramm im Geschäftsjahr 1981/82 zu vermeiden, haben im April 1982 alle wichtigen Geber – außer der Bundesrepublik Deutschland – die Absicht erklärt, entweder ihre zweite Rate vollständig freizugeben (Großbritannien), oder die Pro-rata-Regelung flexibel anzuwenden (Japan, Saudi-Arabien), oder unter Beibehaltung der Pro-rata-Regelung zusätzliche Beiträge in einen Sonderfonds einzuzahlen (Frankreich, Kanada, Niederlande). Die Bundesrepublik hält allein an der Pro-rata-Regelung fest und ist deshalb wachsendem Druck der EL ausgesetzt. [...] Falls die USA an ihrer Absicht festhalten, für IDA VII erst nach Abwicklung von IDA VI Beiträge zu leisten, muß mit einem verminderten Ausleiheprogramm in Höhe der Restbeiträge im Jahre 1983/84 gerechnet werden.“ Vgl. Referat 400, Bd. 144124.

<sup>5</sup> Manfred Lahnstein.

*BK* erwiderte, daß er eine Rückführung der Konditionen in der gegenwärtigen Lage für richtig halte. Die *WB* könne ihre Kredite nicht verschenken.

Auf die Frage von *Clausen*, wie die Bundesregierung sich verhalten würde, falls die USA darauf bestünden, ihren Anteil an den Beiträgen zu IDA VII herabzusetzen, antwortete *BK*: Dann werde er sich dafür einsetzen, auch den deutschen Anteil herabzusetzen. Wir könnten nicht überall einspringen, wo andere Lücken rissen.

6) Abschließend ermunterte *BK* ausdrücklich *Clausen*, sowohl in USA als auch in Europa verstärkt öffentlich aufzutreten, um sich für Notwendigkeit stabiler Wirtschaftspolitik einzusetzen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

## 220

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-363.31 HLG-2788/82 geheim

23. Juli 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Kenntnisnahme

Betr.: Nukleare Kurzstreckensysteme der NATO;  
hier: SHAPE-Briefing der High Level Group (HLG)

#### I. Aufgaben

Die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO bilden das Bindeglied zwischen den Gefechtsfeldwaffen und den Mittelstreckensystemen im Strategiekonzept der NATO. Sie können Ziele auf NSWP-Gebiet (Non-Soviet Warshaw Pact) und auf den an die NATO-Staaten angrenzenden Gebieten der Sowjetunion bis zu einer Reichweite von 1000km abdecken. Die Einsatzoption von nuklearen Kurzstreckensystemen der NATO enthält ein deutliches Signal an den Warschauer Pakt, daß sich die Risiken des Nukleareinsatzes nicht auf das NATO-Territorium beschränken.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Seibert und Bolewski konzipiert.  
Hat Ministerialdirigent Dröge am 5. August 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.  
Hat Seibert am 5. August 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ und an Bolewski verfügte.  
Hat Bolewski am 6. August 1982 erneut vorgelegen.  
Hat Hofmann am 9. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 28. Juli 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bedenklich, daß all dies unter geheim laufen muß. Die Öffentlichkeit hat weithin ein falsches Bild.“  
Hat Staden am 4. August 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 3. August 1982 vorgelegen.

Zur Abschreckungsfunktion nuklearer Kurzstreckensysteme im Rahmen der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion<sup>4</sup> führt ein die geltenden Einsatzrichtlinien präzisierender Entwurf der „General Political Guidelines for the Employment of Nuclear Weapons in Defence of NATO“ vom 7. Juli 1982, der von der Stabsgruppe der NPG vorbereitet wurde, folgendes aus:

„Der selektive Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ziele auf WP-Territorium würde die Entschlossenheit der NATO zur unmittelbaren Zerstörung von WP-Objekten zeigen und verdeutlichen, daß das WP-Territorium einschließlich der Sowjetunion von der NATO nicht als Sanktuarium betrachtet wird. Trotz der militärischen Wirkung wäre das Ziel dieses Einsatzes immer ein politisches ... Der Einsatz in ausgedehntem geographischem Gebiet würde die Androhung beinhalten, den Konflikt auf die strategische Ebene zu eskalieren, um die sowjetische Führung davon zu überzeugen, daß eine fortgesetzte Aggression den Bestand der Sowjetunion gefährden würde.“

## II. Fähigkeiten

SHAPE unterrichtete die High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe im Mai d. J. über eine militärplanerische Untersuchung der nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO im Zusammenhang mit der INF-Problematik. Diese interne Studie, die an die Untersuchung der HLG über „TNF-Requirements“ vom Jahre 1980 anknüpft, liegt jetzt im Wortlaut vor<sup>5</sup> und enthält folgende Angaben zu den Fähigkeiten der nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO:

1) Während im Bereich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen (bis 100/150 km) eine ungefähre zahlenmäßige Ausgeglichenheit zwischen NATO und WP besteht, gibt es bei den Kurzstreckensystemen eine quantitative Überlegenheit des WP im Verhältnis von 1:3,5. Bei den Raketen ist die Relation 1:4 (180 Pershing IA gegenüber 724 SCUD und 84 Scaleboard) und würde sich bei einem Austausch der 180 amerikanischen Pershing IA gegen Pershing II auf 1:11 verschieben. Demgegenüber werden die NATO-Modernisierungen im Bereich der nuklearfähigen Flugzeuge (Einführung von Tornado und F-16) bis 1985 eine sowohl quantitative als auch qualitative Parität bzw. einen leichten Vorteil der NATO bewirken.

2) Gegenwärtig sind die Kurzstreckenraketen der NATO (Pershing IA mit einer Reichweite von 740 km die DDR, westliche ČSSR und Westpolen abdeckend) und die nuklearfähigen Flugzeuge (F-4: Aktionsradius 430 km; F-104: 460 km; F-16: 600 km; Buccaneer: 800 km) vor allen Dingen zum Einsatz gegen feste Ziele (Flugplätze, Kommunikations- und logistische Einrichtungen) bestimmt. Verbesserungen der Sensorentchnik und der Datenverarbeitung könnten jedoch bereits in naher Zukunft bei Einführung eines integrierten Beobachtungssystems die Einbeziehung von beweglichen Streitkräften der zweiten Staffel (Entfernung bis 300 km) in die Einsatzplanung ermöglichen. Diese Entwicklung ist geeignet, die Abschreckungswirkung sowohl der nuklearen als auch der konventionellen Waffen der NATO zu verbessern.

<sup>4</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>5</sup> Für die Studie über nukleare Mittelstreckenwaffen vom 7. Mai 1982 vgl. VS-Bd. 12055 (201).

3) Die nuklearfähigen Flugzeuge der NATO sind hauptsächlich auf nur 21 Flugplätzen (neben einer kleinen Zahl von Flugzeugträgern) in Mittel- und Südeuropa konzentriert und somit bei konventionellem, chemischem und nuklearem Angriff leicht verwundbar. Zwar befinden sich auch die Pershing-Raketen nur an wenigen Dislozierungsstellen, sie können jedoch in Krisenzeiten verlegt werden. (SHAPE prüft gegenwärtig die Möglichkeiten der Verlegung von Flugzeugen.) Die Überlebensfähigkeit von Raketen ist mithin größer als die der nuklearfähigen Flugzeuge. Die Eindringfähigkeit der Flugzeuge wird durch die verbesserte Luftabwehr des WP und das Fehlen von nuklearen „stand-off“ (d.h. außerhalb geschützten Zielgebiets einsetzbaren) Luft-Boden-Flugkörpern gegen Objektschutzsysteme beeinträchtigt.

4) Wegen der verschiedenen Zielgenauigkeit von nuklearfähigen Flugzeugen (F-4 = 670 m) und Raketen (Pershing IA = 260 m, Pershing II = 30 m) sind sie für den Einsatz gegen militärische Ziele in unterschiedlichem Maße geeignet; so z. B. bedarf es für eine vergleichbare Zielgenauigkeit von 90% bei einem Angriff auf einen Flugplatz einer Sprengkraft von 65 Kilotonnen bei einem F-4-Flugzeug, 40 Kilotonnen bei der Pershing-I-A-Rakete und nur 10 Kilotonnen bei der Pershing-II-Rakete. Dementsprechend verändern sich auch die Kollateralschäden.

5) Unterschiedliche Einsatzfähigkeiten von Flugzeugen und Raketen ergeben sich auch aus den Flugzeiten (Flugzeuge: ein bis zwei Stunden, Pershing IA: sechs bis zehn Minuten) und der Einsatzvorbereitung (Flugzeuge: ein bis drei Stunden, Pershing IA: 20 Minuten). Nuklearfähige Flugzeuge eignen sich daher weniger für zeitsensitive Ziele.

6) Nach bisheriger Planung werden die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO im Jahre 1985 aus 72 (deutschen) Pershing IA und 688 nuklearfähigen Flugzeugen vom Typ F-16, Tornado, F-4, F-104, A-6 und A-7/F-18 bestehen. Die Unausgewogenheit des Verhältnisses von Raketen zu Flugzeugen (1:9) wird sich negativ auf Eindringfähigkeit, Flexibilität, Reaktionsfähigkeit und damit auf die Abschreckung in diesem Bereich insgesamt auswirken.

7) SHAPE sieht sich mit dieser Studie lediglich veranlaßt, auf die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme hinzuweisen. Es enthält sich jedoch bewußt jeglicher Schlußfolgerungen aus dem Vergleich der Fähigkeiten von Raketen und Flugzeugen und militärtechnischer Empfehlungen an die Politiker.

### III. Bewertung

Die SHAPE-Studie legt im einzelnen das Problem der Unausgewogenheit, Verwundbarkeit und zahlenmäßigen Unterlegenheit der derzeitigen und geplanten nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO dar. Es wird der High Level Group überlassen, daraus entsprechende Folgerungen zu ziehen. So bleibt in der Studie auch die zentrale Frage unbeantwortet, ob die unter I. genannten Aufgaben weiterhin von nuklearen Kurzstreckensystemen ausgeführt oder aber – ganz oder teilweise – von technisch dazu geeigneten Mittelstreckensystemen übernommen werden sollten – eine Alternative, die freilich durch die Realisierung der Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen<sup>6</sup> entfallen würde.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

Eine Behandlung des in der SHAPE-Studie aufgezeigten Problems in der HLG erscheint um so dringlicher, als die Sowjetunion ihren Vorsprung durch Modernisierungen im Bereich nuklearer Kurzstreckensysteme weiterhin zielstrebig ausbaut<sup>7</sup> (insbesondere SS-22 und SS-23-Raketen sowie Fencer-, Flogger- und Fitter-Flugzeuge).

Dröge

VS-Bd. 12055 (201)

## 221

### Runderlaß des Staatssekretärs von Staden

214-320.10 POL-2058/82 VS-vertraulich

Aufgabe: 27. Juli 1982, 18.35 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 4254 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Bewertung der Rede Jaruzelskis vor Sejm am 21.7.1982

Bezug: DE Nr. 4226 vom 23.7.82<sup>2</sup> – 214-320.20 POL-2028/82 VS-v<sup>3</sup>

I. Nach inzwischen erfolgter Genehmigung durch BM stellen die mit Bezugserlaß bereits übermittelten Texte (1 und 2) zur Lageanalyse und zu operativen

<sup>7</sup> Zur Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen der UdSSR vgl. Dok. 54, Anm. 19.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fournes konzipiert. Hat Ministerialdirigent Dröge am 27. Juli 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „24.7.82“.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Dröge übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel eine vorläufige Analyse der Rede von Ministerpräsident Jaruzelski vor dem polnischen Parlament am 21. Juli 1982: „Der von Jaruzelski angekündigten Freilassung der ‚Mehrzahl der Internierten‘, darunter aller internierten Frauen, folgte am Nachmittag eine Erklärung des Innenministers, daß noch am selben Tage 1227 Internierte freigelassen würden, darunter 913 definitiv und 314 auf Bewährung beurlaubt. Danach seien nur mehr [...] 637 Personen in Polen interniert. Diese Zahl der noch Internierten ist mit Zweifeln aufzunehmen, da die Gesamtzahl der am 21.7.1982 noch Internierten bisher weitaus höher angenommen wurde. [...] Die angekündigten Erleichterungen im innerpolnischen und internationalen Telefon- und Telegrammverkehr sowie Erleichterungen für Auslandsreisen und das Rückkehrangebot an Auslandspolen unter Zusicherung von Straffreiheit, soweit sie sich nicht ‚antipolnisch‘ betätigt hätten, dürften in erster Linie dazu bestimmt sein, Unmut in der Bevölkerung abzubauen sowie auch die technische Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs zu erleichtern. Mit der bis zum Jahresende 1982 in Aussicht gestellten Aufhebung des Kriegsrechts für den Fall, daß die ‚Normalisierung‘ in Polen fortschreite, wird erstmals hierfür ein fester Termin genannt. Die Ankündigung ist jedoch mit Vorsicht aufzunehmen, da sie einerseits unter den Vorbehalt einer Beruhigung der Lage gestellt ist, zum anderen erwartet werden kann, daß das Kriegsrecht durch zivile Notstandsmaßnahmen abgelöst werden könnte, die in der Praxis möglicherweise kaum Veränderungen mit sich bringen würden. Jaruzelskis Äußerungen zur Gewerkschaftsbewegung wiederholen frühere Erklärungen, daß die Gewerkschaften von der Staatsverwaltung (d. h. nicht der Partei) unabhängig und selbstverwaltet sein sollen, ohne diese Vorstellung näher zu präzisieren. Seine ausdrückliche Erklärung, daß es kein Zurück zur alten Solidarność gebe, läßt eine Aufhebung der Suspendierung von Solidarność nicht mehr erwarten.“ Vgl. VS-Bd. 13327 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

Überlegungen (Abschnitt 3) nunmehr unsere offizielle Haltung dar, von der auch bereits in vorbereitenden Gesprächen mit anderen Delegationen in Brüssel Gebrauch gemacht werden kann. Sollten sich bei Sondierungen neue Gesichtspunkte ergeben, wird Brüssel NATO um ergänzende Berichterstattung gebeten.

II. Botschaft Washington wird gebeten – London, Paris, Rom wird anheimgestellt –, dortige Regierung über deutsche Haltung im NATO-Rahmen bereits im voraus zu unterrichten.

III. Es folgen Bewertungselemente, die in Brüssel dortigen Ausführungen als Ausdruck der hiesigen Lageeinschätzung zugrunde zu legen sind:

#### Politische Bewertung der Lage in Polen

Die von der polnischen Regierung mitgeteilte Freilassung von 1227 Internierten wird begrüßt.<sup>4</sup> Wir hoffen, daß hiermit ein Schritt auf dem Weg zur baldigen Freilassung aller Internierten gemacht wurde. Mit Bedauern stellen wir fest, daß weiterhin viele Menschen in Polen interniert bleiben.

Mit der Inaussichtstellung einer Aufhebung des Kriegsrechts bis zum Ende dieses Jahres wird erstmals ein zeitlicher Rahmen gesteckt. Auch wenn die Aufhebung ausdrücklich unter die Bedingung einer „fortschreitenden Normalisierung“ gestellt wird, bedeutet diese Ankündigung doch einen Fortschritt, der die polnische Regierung unter einen gewissen Erfolgswang stellt. Die Entwicklung eines positiven dynamischen Prozesses ist noch ungewiß und von mehreren in- und externen Faktoren abhängig. Insbesondere wird den Reaktionen der polnischen Bevölkerung in den nächsten Wochen hohe Bedeutung zukommen. Diese Reaktionen werden letztlich Anhaltspunkt dafür sein, ob das polnische Volk seiner Regierung zu vertrauen bereit ist oder nicht. Aber auch das Verhalten der SU gegenüber Polen wird mit Aufmerksamkeit zu verfolgen sein.

Wir bedauern, daß – auch wenn im Verhältnis Staat–Kirche Gespräche stattfinden – in der Frage eines Dialogs der Regierung mit authentischen Vertretern der Arbeiterschaft („Solidarität“) bisher keine Fortschritte sichtbar geworden sind.

Insgesamt stellen die Ankündigungen der polnischen Regierung einen Schritt in die richtige Richtung dar, ohne daß hierdurch jedoch die Zusagen Jaruzelskis vom 13.12.1981<sup>5</sup> und zugleich die westlichen Forderungen<sup>6</sup> erfüllt wurden.

Personalpolitische Anzeichen<sup>7</sup> könnten darauf hindeuten, daß MP Jaruzelski künftig in stärkerem Maße als bisher in der Lage sein könnte, eine politische Linie, die er bisher vorwiegend verbal als solche einer „nationalen Verständigung“ beschrieb, zu verfolgen. Daß er dabei auf Grenzen stößt, die von Moskau gesetzt werden, ist an der sowjetischen Kommentierung der Vorgänge abzulesen.

<sup>4</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Rede von Ministerpräsident Jaruzelski am 13. Dezember 1981 zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen; EUROPA-ARCHIV 1982, D 126–129.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>7</sup> Zu den Personalveränderungen in der polnischen Regierung und im ZK der PVAP vgl. Dok. 218, Anm. 3.

Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß die Rede Jaruzelskis sich als bedeutsamer Schritt der polnischen Führung in Richtung auf Wiederherstellung des Vertrauens im eigenen Land und im Ausland erweist.

#### IV. Haltung gegenüber Polen

##### 1) Politisch

Unter diesen Umständen sollten die westlichen Staaten einerseits weiterhin darauf dringen, daß Jaruzelski seine am 13.12.1981 öffentlich gemachten Zusagen einhält und damit gleichzeitig die westlichen Forderungen erfüllt, andererseits jedoch geeignete Signale geben, die Jaruzelski ermuntern, den Prozeß fortzusetzen.

Die westlichen Verbündeten sollten deshalb ihre Haltung gegenüber Polen flexibel fortentwickeln und sich auf diese Weise größeren Spielraum verschaffen. Zum einen, um ihrem Verlangen nach Erfüllung der drei Forderungen mehr Gewicht zu geben, zum anderen, damit sie in einer Situation, in der gewisse grundsätzliche Änderungen kurzfristig nicht zu erwarten sind (insbesondere in der Solidaritätsfrage), ihre eigenen Interessen politischer und wirtschaftlicher Art gegenüber Polen wahren können.

Auf dem politischen Gebiet gehört hierzu für die Bundesregierung die Frage der Konsultationen (auf StS-Ebene). Die Bundesregierung erwägt, der polnischen Regierung unter der Voraussetzung, daß sich die innenpolitische Lage in Polen in den nächsten Wochen nicht verschärft, demnächst eine positive Entscheidung in Aussicht zu stellen.<sup>8</sup>

##### 2) Wirtschaftlich

a) Auch auf wirtschaftlichem Gebiet erscheint Signal angezeigt. Hierfür kommt Umschuldung für 1982 in Betracht.<sup>9</sup> Sie können sich in dieser Frage nach Diskussionslage folgender Elemente bedienen:

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Pfeffer unterbreitete Staatssekretär von Staden am 18. November 1982 folgenden Vorschlag: „Nach den jüngsten Ereignissen (weitgehend friedlicher Verlauf des 10. November, Ankündigung der Papst-Reise, Freilassung Wałęsas, möglicherweise bevorstehende Freilassung weiterer Verhafteter und Aufhebung des Kriegsrechts) scheint die Gelegenheit für eine seit längerem geplante Informationsreise von RL 214 nach Polen günstig. Die von uns als positiv gewerteten Schritte der polnischen Führung lassen frühere Bedenken entfallen, eine solche Reise könnte als falsches Signal mißverstanden werden. Im Gegenteil könnte die Reise nunmehr von uns benutzt werden, um die Polen zu weiteren positiven Schritten in Richtung auf eine nationale Verständigung zu ermuntern. Angesichts der vom Militärregime empfundenen Isolation von Westkontakten würde die Reise sicher als Zeichen in dieser Richtung verstanden werden. Der zuständige Referatsleiter im State Department hat im übrigen eine solche Reise bereits im Juni 1982, d. h. in noch wesentlich angespannter Lage, unternommen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133027.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil hielt sich vom 5. bis 10. Dezember 1982 in Polen auf. Keil vermerkte dazu am 13. Dezember 1982, bei Gesprächen im polnischen Außenministerium sei auf „Wiederaufnahme des hochrangigen Besucheraustausches“ gedrängt worden: „Hierzu habe ich mich rezeptiv verhalten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133027.

<sup>9</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 133.

Die Referate 214 und 421 notierten am 3. August 1982: „Die Gesamtverschuldung Polens gegenüber dem Westen beträgt zur Zeit ca. 28,5 Mrd. US-Dollar (4,4 Mrd. US-Dollar gegenüber deutschen Gläubigern). Insgesamt sind 1982 ca. 11 Mrd. US-Dollar (Zinsen und Tilgung) fällig. Ein Leistungsbilanzüberschuß dürfte 1982 selbst im günstigsten Falle 1 Mrd. US-Dollar nicht überschreiten. Nach polnischen Vorstellungen soll die Schließung der Lücke durch Umschuldung von ca. 6,3 Mrd. US-Dollar (einschließlich Zinsen) an öffentlich verbürgten und ca. 2,5 Mrd. US-Dollar an unverbürgten Krediten sowie durch neue Kredite in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar erfolgen. Laut Planungschef Madej kann Polen 1982 weder Zinsen noch Schulden zahlen. [...] Die Nichtbedienung der 1981

Suspendierung der Behandlung der Umschuldungsfrage durch NATO-Beschluß vom 11.1.<sup>10</sup> hat inzwischen Wirkung getan. Tiefgreifende Beeinträchtigung des polnischen Kredit-Standings und damit Funktionsunfähigkeit kommunistischen Wirtschaftssystems sowie Zusammenbruch der Regenschirmtheorie (Eintreten der Sowjetunion für Schulden kleinerer WP-Länder) wurden durch Beschluß wirkungsvoll unterstrichen. Diese Erfahrung hat zu verstärkter Vorsicht bei der Gestaltung der Kreditbeziehungen mit WP-Ländern einschließlich Sowjetunion durch westliche Industrieländer und insbesondere Banken geführt.

Unsere weiteren Überlegungen sollten der Tatsache Rechnung tragen, daß Fortsetzung der Weigerung, mit Polen über Umschuldung für 1982 zu sprechen, Polen finanziell begünstigen und westlichen Gläubigern Nachteile bringen könnte. Ohne Umschuldung erhielte Polen praktisch ein Moratorium für Fälligkeiten 1982 ohne Gegenleistung. Mit Umschuldung könnten westliche Länder dagegen Druck auf Polen ausüben, seine im Rahmen des Umschuldungsabkommens zu übernehmenden Verpflichtungen zu erfüllen (Zahlung der im Abkommen festzulegenden Barquote, Fristsetzung zur Zahlung der umgeschuldeten Forderungen, laufende Unterrichtung über wirtschaftliche Lage). Ohne Umschuldung würden Polens Wirtschaftsbeziehungen zum Westen in einer Weise beeinträchtigt, die Polens Abhängigkeit von der Sowjetunion weiterhin vertiefen müßte. Westliche Banken und Exporteure müßten ohne Umschuldung unverbürgte Kredite abschreiben. Das hat für einige betroffene Unternehmen negative Folgen. Schließlich könnte Ablehnung der Umschuldung, die bisheriger Praxis bei Überschuldung von Staaten widerspricht, zusätzliche Unsicherheit in internationale Finanzmärkte tragen, weil sie Eindruck erweckt, daß künftig Umschuldungen ausschließlich unter politischen Vorzeichen entschieden würden.

Umschuldung bringt Polen keinen unmittelbaren finanziellen Gewinn. Für neue Kredite oder Bürgschaften sehen wir gegenwärtig keine Möglichkeit.

Wir treten daher wie GB dafür ein, die Aufnahme der Gespräche über Umschuldung mit Polen zu erwägen.<sup>11</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1169*

übernommenen Verbindlichkeiten wird von polnischer Seite offenbar bewußt eingesetzt, um eine Umschuldung auch der 1982 fällig werdenden staatlich garantierten Verbindlichkeiten zu erreichen. Neue Umschuldungsvorgespräche mit den privaten westlichen Gläubiger-Banken haben am 7. Juli 1982 in Wien begonnen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132914.

<sup>10</sup> In der Erklärung, die bei der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel abgegeben wurde, wiesen die Teilnehmer darauf hin, „daß die Frage der Durchführung von Verhandlungen über die im Laufe des Jahres 1982 auf Grund der polnischen Staatsverschuldung fällig werdenden Zahlungen gegenwärtig in der Schwebe gehalten wird“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 169.

<sup>11</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 30. Juli 1982 über die Haltung der USA zu einer möglichen Neuaufnahme von Umschuldungsverhandlungen mit Polen: „In einem Gespräch aus anderem Anlaß machte Deputy Secretary of State Stoessel mir gegenüber erneut deutlich, daß sich die Administration weder an staatlichen noch an privaten Umschuldungsdiskussionen über Polen-Kredite beteiligen werde. [...] Die Jaruzelski-Rede könne nicht durch eine Schuldenregelung honoriert werden. Im Gegenteil sei man der Ansicht, daß nur durch weiteres Aufrechterhalten des Druckes eine Liberalisierung in Polen nähergebracht werden könne. [...] Stoessels Äußerungen haben noch einmal bestätigt, daß die amerikanische Weigerung, unter den gegenwärtigen Umständen in Polen in Umschuldungsgespräche einzutreten, prinzipieller Natur ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3383; VS-Bd. 10400 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

Falls USA diesen Schritt weiter ablehnt, sollten wir entsprechend französischer Haltung ad referendum zur Erwägung geben, daß zunächst die in multilateralen Umschuldungsabkommen mit Polen von 1981<sup>12</sup> vorgesehene Gemischte Kommission (Polen und Gläubigerländer) zusammentritt, um polnische Informationen über wirtschaftliche Entwicklung entgegenzunehmen. Dabei könnte polnischer Seite erklärt werden, daß Entscheidung über Umschuldung 1982 von weiterer innerer Entwicklung in Polen abhängt. Dies würde amerikanischer, von uns unterstützter Zielvorstellung entsprechen, auf weitere polnische Schritte zur Erfüllung der fortbestehenden westlichen Forderungen hinzuwirken.

b) Ziel unserer Stellungnahme sollte sein, einerseits gemeinsame Haltung der NATO-Länder zu erreichen, andererseits sicherzustellen, daß auf Maßnahmen polnischer Regierung mit positivem Signal reagiert wird.

Staden<sup>13</sup>

**VS-Bd. 13327 (214)**

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Fischer notierte am 16. April 1981: „Die 15 westlichen Hauptgläubiger und Polen billigten am 10. April 1981 in Paris den Text eines Schuldenprotokolls, das am 27. April förmlich gezeichnet werden soll. Das Protokoll enthält folgende Empfehlungen: 80 % der öffentlichen und der öffentlich verbürgten Kapital- und Zinsfälligkeiten werden umgeschuldet oder refinanziert. Rückzahlung nach vier Freijahren in acht Halbjahresraten (längstens bis 1.1.1989). Die Barquote von 20 % wird zu den ursprünglichen Fälligkeiten gezahlt. Cut-off-date ist der 1. Januar 1981; Umschuldungszeitraum vom 1. Mai 1981 (einschließlich bis dahin aufgelaufener Rückstände) bis zum 31. Dezember 1981. Die Gläubiger sind bereit, die Schuldenfälligkeiten der Jahre 1982 und 1983 in positivem Sinn zu prüfen. Die Überwachung der Schuldenregelung obliegt einer halbjährlich tagenden Gemeinsamen Kommission, die Beobachter einladen kann. Grundlage der Umschuldungsregelung ist ein Bericht der polnischen Regierung über das dreijährige wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm einschließlich spezifischer außenwirtschaftlicher Ziele für das Jahr 1981. Parallelverhandlungen finden mit privaten Banken und anderen Gläubigerländern statt. In außergewöhnlichen Umständen kann jede Regierung die Durchführung ihres bilateralen Abkommens aussetzen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

Die Bundesministerien der Finanzen bzw. für Wirtschaft legten am 8. Mai 1981 dar, am 27. April 1981 sei in Paris das Protokoll über die polnischen Auslandsschulden zwischen Polen und den 15 wichtigsten Gläubigerstaaten unterzeichnet worden. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 122560.

<sup>13</sup> Paraph.

222

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck,  
z.Z. Frobisher Bay, an das Auswärtige Amt**

114-13764/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 11  
Citissime

Aufgabe: 28. Juli 1982, 19.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 29. Juli 1982, 01.54 Uhr

Betr.: Gespräche des Bundeskanzlers in Kalifornien

Als Anlage folgt zur Unterrichtung des Herrn BM ein Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers.

Der Bundeskanzler bittet nachdrücklich, bei einer eventuellen Zehner-Unterrichtung im Hinblick auf den persönlichen Charakter der Gespräche mit besonderer Umsicht vorzugehen.

[gez.] Höynck

Es folgt Anlage:

Betr.: Gespräche Bundeskanzler/Secretary Shultz vom Mittwoch, 21. Juli, bis Montag, 26. Juli 1982

Außer mit Secretary Shultz haben Sie bei Ihrem Aufenthalt in Kalifornien ausführlich gesprochen mit: Commerce Secretary Baldrige, Senator Bradley, Senator Laxalt, Präsident (ex) Ford, Alexander Haig, Henry Kissinger, Peter Peterson, Alan Greenspan, MP Lee Kuan Yew, Weltbankpräsident Tom Clausen<sup>2</sup>.

Secretary Shultz habe über weite Strecken der Gespräche vor allem Fragen gestellt und mit großer Aufmerksamkeit zugehört. Sie haben Ihre Gespräche wie folgt zusammengefaßt:

1) Wirtschaftliche Entwicklung

Mit Ausnahme von Shultz seien alle Gesprächspartner, insbesondere die amerikanischen Geschäftsleute, sehr skeptisch gewesen, sowohl im Hinblick auf die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft in den nächsten Monaten, als vor allem auch hinsichtlich einer wirksamen Absenkung des Zinsniveaus. Außer Shultz sei niemand optimistisch gewesen. Milton Friedman, mit dem sie drei Stunden gesprochen haben, sehe eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in etwa acht Monaten voraus, nicht aber eine Senkung der langfristigen Zinsen. Friedman habe den Rat gegeben, die Europäer sollten versuchen, ihre Zinsen von den amerikanischen Zinsen abzukoppeln, habe die monetary supply

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 29. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher sowie an die Vortragenden Legationsräte von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ und Horstmann verfügte.

Hat Genscher am 29. Juli 1982 vorgelegen.

Hat Horstmann am 4. August 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 5. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Für das Gespräch mit dem Präsidenten der Weltbank, Clausen, am 22. Juli 1982 in San Francisco vgl. Dok. 219.

policies der Fed<sup>3</sup> als viel zu volatile scharf kritisiert. Für Sie seien die Gespräche über wirtschaftliche Entwicklung sehr aufschlußreich gewesen, Ihre Skepsis wegen des Winters 82/83 und I und II/83 sei nicht kleiner geworden. Sie haben gegenüber allen Gesprächspartnern sehr stark die negative Führungsrolle der amerikanischen Defizit- und Hochzinspolitik betont: Verantwortlichkeit der USA für eventuelle Weltdepression.<sup>4</sup>

## 2) West-Ost-Beziehungen

Shultz habe die alte doppelgleisige West-Ost-Politik artikuliert (der Harmel-Bericht<sup>5</sup> sei ihm kein Begriff gewesen): Der Westen brauche eine starke (firm) Verteidigung sowie die Bereitschaft, ein konstruktives Verhältnis mit der Sowjetunion zu entwickeln („willingness, to see a constructive relationship with Soviet Union emerge“).

Sie haben darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Ost-West-Kontakte aufrechtzuerhalten. Sie haben sich nachdrücklich für eine persönliche Begegnung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Breschnew eingesetzt. Man solle dieses Treffen von vornherein nicht mit der Erwartung auf konkrete Ergebnisse belasten, sondern die Gelegenheit zur Aussprache der Führer der beiden Weltmächte in den Mittelpunkt stellen.

Auch die Bundesregierung werde ihre Kontakte mit der sowjetischen Führung aufrechterhalten. Sie haben die Absicht, innerhalb der nächsten zwölf Monate erneut nach Moskau zu reisen.

Anknüpfend an Ihre früheren Begegnungen mit Generalsekretär Breschnew<sup>6</sup> haben Sie über die Situation innerhalb der sowjetischen Führung gesprochen und denkbare Änderungen nach einem Abtritt Breschnews; auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik sei dabei nicht mit schwerwiegenden Änderungen zu rechnen, wohl aber am ehesten in der Agrarpolitik.

Sie haben die INF-Verhandlungen in Genf als das gegenwärtig zentrale Stück der West-Ost-Beziehungen bezeichnet. Wenn diese Verhandlungen ohne Er-

<sup>3</sup> Federal Reserve System.

<sup>4</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>6</sup> Bundesminister Schmidt traf während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik mit Breschnew zusammen. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.

Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit Breschnew vgl. AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

Für das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 31. Juli 1975 in Helsinki vgl. AAPD 1975, II, Dok. 234.

Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

Eine weitere Begegnung fand am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai 1980 verstorbenen Präsidenten Tito statt. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 125.

Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Für die Gespräche mit Schmidt vgl. AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

gebnisse blieben, dann wären auch START und andere West-Ost-Verhandlungen über Abrüstungsfragen aussichtslos. Im Hinblick auf den für Ende 1983 vereinbarten Beginn der Stationierung haben Sie nachdrücklich auf das Zeitelement bei den Genfer Verhandlungen hingewiesen.

Sie haben ausführlich unsere Sicht der Entwicklung in Polen dargelegt. Shultz sagte zur Situation in Polen, daß die USA keine Absicht haben, den default der polnischen Schulden zu erklären. Sie haben auf die Rückwirkungen für europäische Banken hingewiesen. Shultz habe erwähnt, daß auch die amerikanischen Banken kein Interesse an einer Default-Erklärung hätten. Shultz habe auf die große amerikanische Zurückhaltung im Hinblick auf eine Umschuldung hingewiesen, ohne dies im einzelnen zu substantiieren.<sup>7</sup>

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Lage in Polen haben Sie betont, daß der Westen zu irgendeinem Zeitpunkt seine incentives für eine Normalisierung der Lage in Polen präzisieren solle.

Im Hinblick auf die nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten habe Shultz Ihnen – unter Hinweis auf einstweilig strikte Vertraulichkeit – von einer Entscheidung während der letzten Tage berichtet. Man sei sich in Washington jetzt darüber einig, daß man hinsichtlich dieser osteuropäischen Staaten differenzieren solle, jedes Land solle je für sich (on its own merits) behandelt werden. Sie haben Ihre positive Einschätzung Kádárs und Ihre Zurückhaltung gegenüber Ceauşescu zum Ausdruck gebracht.

Sie haben ausführlich das westliche Interesse am KSZE-Prozeß erläutert. Sie haben die damit verbundene Anerkennung der politischen Präsenz der USA und Kanadas hervorgehoben sowie die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen, die sich auf ganz Europa erstreckten. Deshalb sei es für uns besonders wichtig, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid in ein Mandat für eine Abrüstungskonferenz in Europa einmünde, das ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural umfasse.

Sie haben die jüngsten amerikanischen Rückzieher innerhalb der ECE kritisch vermerkt und die Bedeutung der West-Ost-Zusammenarbeit gerade im Energiebereich unterstrichen.<sup>8</sup> Shultz war mit den Einzelheiten nicht vertraut.

Shultz habe sich intensiv nach der Situation innerhalb der DDR erkundigt. Zu einer näheren Erläuterung der innerdeutschen Beziehungen sei es nicht gekommen.

<sup>7</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 221, Anm. 9 und 11.

<sup>8</sup> Referat 405 vermerkte am 11. Januar 1982 zum sowjetischen Vorschlag einer Gesamteuropäischen Energiekonferenz im Rahmen der ECE und der Haltung der USA hierzu: „Sowjetischer Vorschlag wurde 1979 ECE-Ad-hoc-Ausschuß ‚Senior Advisers to ECE Governments on Energy‘ (SAE) zur Prüfung zugewiesen. Nach von uns initiierten Anfangserfolgen fielen USA sowie vor allem GB und NL nach Afghanistan in ursprüngliche, zögernde bis ablehnende Haltung zurück. Deutschen Kompromißbemühungen ist zu verdanken, daß vor Afghanistan erreichter Diskussionsstand aber zu nächst gesichert werden konnte. [...] Die Zurückhaltung der USA steht auch im Zusammenhang mit amerikanischer Sorge vor wachsender Energieabhängigkeit Westeuropas von der UdSSR. Sie erklärt sich ferner daraus, daß die SU die Energiekonferenz benutzen könnte, sich ein vergrößertes und anerkanntes Mitspracherecht in internationalen Energiefragen (auch Persischer Golf) zu sichern. Sowjets haben bereits vor einiger Zeit diesen Zusammenhang hergestellt. Nach der Diskussion um das Erdgas-Röhren-Geschäft sind wir gegenwärtig darauf bedacht, zusätzliche Irritationen im Verhältnis zu den USA zu vermeiden.“ Vgl. Referat 401, Bd. 174663.

### 3) Bündnis-Fragen

Bei der Erörterung der Situation im Bündnis haben Sie drei Begriffe in den Vordergrund gestellt: Konsultation, Kontinuität, Konsistenz.

Sie haben sich nachdrücklich eingesetzt für Treffen vom Gymnich-Typ innerhalb der NATO.<sup>9</sup> Shultz habe das Treffen mit Außenminister Colombo erwähnt<sup>10</sup> sowie ein bevorstehendes Treffen mit Außenminister Pym<sup>11</sup>. Shultz habe ausdrücklich gedankt für die Unterrichtung von Bundesminister Genscher über seine Besuche in Amman und Kairo<sup>12</sup>, die für Shultz sehr aufschlußreich gewesen seien. Zum Doppelbeschluß haben Sie auf die Notwendigkeit einer Synchronisation der Stationierung von Pershing II in Bundesrepublik und GLCM in Italien, Holland etc. hingewiesen. Die Bundesrepublik dürfe in dieser wesentlichen Frage auch nicht zeitweilig singularisiert werden.

Zum West-Ost-Kräfteverhältnis haben Sie sich gegen einen westlichen Inferioritätskomplex gewandt. Dies könne den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und die Moral der Streitkräfte nicht fördern. Shultz hat dieses Thema dem Präsidenten<sup>13</sup> vorgetragen; er berichtete, der Präsident habe sich davon sehr beeindruckt geäußert.

Zur Frage der Out-of-area-Verantwortlichkeiten der Bündnispartner haben Sie betont, daß die Bundesrepublik nicht die Hauptdrehscheibe der RDF<sup>14</sup> werden dürfe. Auch in dieser Frage dürfe keine Singularisierung des deutschen Bündnispartners stattfinden. Zur Türkei habe Shultz bemerkt, daß man in Washington einen großen Schritt der türkischen Führung nach vorne zu beobachten glaube. Sie haben sich hierzu im Hinblick auf die Entwicklung der Menschenrechte in der Türkei zurückhaltend geäußert. Sie haben Shultz unterrichtet über

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen; Dok. 152.

<sup>10</sup> Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 21. Juli 1982 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, informierte am 23. Juli 1982: „Italienische Botschaft gab heute im Zehnerkreis folgende Unterrichtung über die Gespräche AM Colombos [...]. Mittelpunkt aller Gespräche seien die europäisch-amerikanischen Beziehungen gewesen. Colombo habe sich sehr besorgt über deren Stand geäußert und sich dagegen ausgesprochen, die Mißverständnisse herabzuspielen, die Europäer und Amerikaner zunehmend trennten. Man müsse sehen, daß man inzwischen eine Phase erreicht habe, wo die verschiedenen Einzelprobleme zwischen Europa und den USA deren Gesamtbeziehung tangierten. Wenn die Probleme weiter fortbeständen, gefährde dies nicht nur die transatlantischen Beziehungen, sondern auch die Bereitschaft der Europäer zur Anerkennung der amerikanischen Führungsrolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3266; Referat 203, Bd. 124899.

<sup>11</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich am 29. Juli 1982 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 30. Juli 1982, Pym sei mit Außenminister Shultz und Vizepräsident Bush zusammengetroffen. Von seiten der britischen Botschaft sei zu den Gesprächen mitgeteilt worden: „Erdgas-Röhren-Geschäft: Pym habe sehr offen auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich für Europa aus der amerikanischen Sanktionserweiterung ergäben. Die amerikanische Entscheidung könne der Allianz ernsthaften Schaden zufügen, und zwar nicht nur wegen der Auswirkung auf bestehende Verträge, sondern vor allem auch, weil sie ohne ausreichende Konsultation mit den Verbündeten getroffen worden sei. Der Schaden drohe für die Allianz größer zu werden als für die SU. [...] Bush habe Pym Sorge über die Auswirkungen auf die Allianz geteilt. Er habe jedoch darauf hingewiesen, Reagan habe sehr ausgeprägte Überzeugungen zur Lage in Polen. Falls die SU oder Polen dort nicht gewisse Schritte unternähmen, werde es für R[eagan] sehr schwer sein, den Sanktionsdruck zu lockern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3386; Referat 204, Bd. 124936.

<sup>12</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Juli 1982 in Jordanien und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 208, Dok. 210 und Dok. 214.

<sup>13</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>14</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA vgl. Dok. 131, Anm. 23.

indirekte Kontakte zwischen Papandreou und der türkischen Führung, die über BK und Generalsekretär Luns gelaufen seien. Sie hielten es nach Gesprächen mit Griechen und Türken für denkbar, daß man erstens: das Zypern-Problem<sup>15</sup> als eines der UN und<sup>16</sup> der beiden communities auf Zypern erklären könne, und zweitens: die Frage der Souveränität im Luft- und Seeraum der Ägäis ruhen lasse<sup>17</sup> („freeze“ for some years), dies alles drittens: unter der Voraussetzung, daß in der NATO eine Formel gefunden werde, die die ohnehin selbstverständliche Tatsache ausdrücke, daß das Bündnis der gemeinsamen Verteidigung gegen die sowjetische Bedrohung diene und eine Bedrohung von Bündnispartnern untereinander ausgeschlossen sei. Sie haben Shultz auf den amerikanischen und deutschen Einfluß auf die türkische Regierung hingewiesen, sowie den französischen und den deutschen Einfluß auf die griechische Führung hervorgehoben. Shultz habe diese Überlegungen als sehr interessant bezeichnet.

#### 4) Wirtschaftsbeziehungen Europa–USA

Zur Erweiterung des amerikanischen Embargos gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>18</sup> habe von den etwa zwölf führenden amerikanischen Wirtschaftsleuten, mit denen Sie nacheinander gesprochen haben, keiner die Position der amerikanischen Administration unterstützt. Shultz habe sich auf diese Frage sehr vorsichtig eingelassen und die Argumentation benutzt, die er auch bei seinen Hearings im Senate Foreign Relations Committee<sup>19</sup> verwandt habe.

Auch Shultz habe sich wie der Präsident den von BK in USA öffentlich benutzten Begriff des „Familienstreits“ über diese Frage zu eigen gemacht. Er gehe wohl davon aus, daß die Erdgasleitung gebaut werde, wenn auch mit einiger Verzögerung. Sie haben davor gewarnt unter Berufung auf amerikanische Gesetze, die in Europa zur Anwendung kommen sollten, europäische Firmen vor amerikanische Gerichte zu ziehen.

Im Hinblick auf die europäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen sei Shultz bestürzt gewesen von der ihm durch Sie referierten Aussage des Staatssekretärs im amerikanischen Handelsministerium, Olmer, daß die USA möglicherweise ihre Mitarbeit im GATT zur Disposition stellen könnten. Shultz sei zu einer großen Anstrengung entschlossen, die sicherstellen solle, daß der Frei-

<sup>15</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „U.N.“

<sup>17</sup> Zur Frage einer Abgrenzung der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 160, Anm. 29.

Botschafter Sigrist, Athen, meldete am 23. Juli 1982, die griechische und die türkische Regierung hätten „ein Moratorium vereinbart, das zur Entspannung in den bilateralen Beziehungen führen soll. Papandreou wies in einer Fernsehansprache aus Anlaß der Vereinbarung des Moratoriums am 22.7. darauf hin, daß die Bemühungen bereits im ‚Frühjahr, ungefähr im März‘, begonnen hätten. Er knüpft damit indirekt an die Erörterung eines Moratoriums mit dem Bundeskanzler anläßlich seines Bonn-Besuchs Anfang Februar 1982 an. [...] Papandreous' Erklärung ist abgesehen von der für ihn typischen vagen Rhetorik von Vorsicht gekennzeichnet. Die Formulierungen zeigen deutlich, wie schwer sich Papandreou tut, der griechischen Öffentlichkeit seine Wendung von der Eskalation zur Mäßigung klarzumachen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 556; Referat 201, Bd. 125644.

<sup>18</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>19</sup> Zu den Ausführungen des designierten amerikanischen Außenministers Shultz im Senat vgl. Dok. 207, Anm. 16.

handel nicht zerstört werde. Shultz hat Sie auch um Vorschläge hierzu gebeten. Sie haben auf die komplizierten technischen Aspekte dieser Frage hingewiesen; die Bundesregierung werde eine amerikanische Initiative in dieser Richtung sicher sehr wohlwollend prüfen und versuchen zu helfen.

Über Einzelheiten der europäisch-amerikanischen Auseinandersetzungen um die amerikanischen Stahlimporte<sup>20</sup> sei nicht gesprochen worden. Sie haben betont, daß die USA in dieser Frage nicht besser seien als die Europäer. Die Bundesregierung sei sehr verbittert darüber, daß jetzt auch deutsche Röhren in die amerikanischen Abwehrmaßnahmen einbezogen werden sollen, obschon auf diesem Felde keinerlei Klagen vorlägen.

Sie haben die seit langem bestehenden Vereinbarungen zwischen USA und EG im Agrarbereich angesprochen. Shultz sei der Meinung, daß die Probleme daraus resultierten, daß die Volumen des Exports von Agrarprodukten erheblich zugenommen hätten.<sup>21</sup>

Im Hinblick auf den Gesamtbereich der Handelsbeschränkungen seien Shultz und Sie übereinstimmend der Ansicht, daß hier großes Unheil droht, wenn nicht politisch eingegriffen wird.

#### 5) Dritte-Welt-Politik

Sie haben Shultz unsere Sicht der Dritten Welt und ihre Probleme ausführlich vorgetragen. Sie haben die Bedeutung echter Blockfreiheit unterstrichen und die besondere Rolle, die die Dritte-Welt-Staaten in den Vereinten Nationen spielen.

Sie haben auf die Einflußmöglichkeiten europäischer Partner in verschiedenen Regionen der Dritten Welt hingewiesen, insbesondere auf die britischen, französischen, spanischen Kontakte mit den Arabern und auf den französischen Einfluß in weiten Teilen Afrikas. Es sei keineswegs so, daß die USA in der Dritten Welt alles allein machen müssen oder sollten.

Zur Lage in Mittelamerika sei Shultz davon überzeugt, daß große Waffenlieferungen der Sowjetunion nach Kuba, von dort nach Nicaragua und in weitere mittelamerikanische Staaten gingen.

Shultz halte es zwar für richtig, daß man versuche, vernünftige Beziehungen mit Nicaragua aufrechtzuerhalten, Nicaragua übe aber einen sehr negativen

<sup>20</sup> Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 198, Anm. 4.

<sup>21</sup> Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vermerkte am 23. Juli 1982: „Die GATT-Vertragsparteien haben durch Entscheidung vom 5.3.1955 die USA von ihren GATT-Verpflichtungen nach Artikel II (Verbot über gebundene Zollsätze hinausgehender Einfuhrbelastungen) und Artikel XI (Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen) insoweit befreit, als sich Einfuhrreglementierungen nach Section 22 des Agricultural Adjustment Act als notwendig erweisen. Section 22 ermächtigt den US-Präsidenten, für Agrarprodukte Einfuhrabgaben zu erheben oder Einfuhrquoten festzulegen, um die Wirksamkeit innerstaatlicher Preisstützungs- oder Stabilisierungsprogramme sicherzustellen. Section 22 erlaubt nur alternativ die Einführung von Einfuhrabgaben oder Einfuhrquoten. Der Agrar-Waiver ist unbefristet und auf alle Agrarprodukte anwendbar. [...] Maßgebend für diese Ausnahmegenehmigung war die damalige Situation auf dem US-Markt, die durch erhebliche Überschüsse insbesondere bei Getreide und Molkereiprodukten gekennzeichnet war. [...] Am 4. Mai 1982 haben die USA für Zucker zusätzlich ein Importquoten-System eingeführt. Nach Meinung der EG ist die kumulative Anwendung von Einfuhrabgaben und Quoten bei Zucker nicht durch den GATT-Waiver abgedeckt. [...] Der US-Agrar-Waiver ist die umfassendste und einzige unbefristete Ausnahmegenehmigung, die je einer Vertragspartei gewährt wurde. Die Kritik daran hat sich in den letzten Jahren verstärkt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131375.

Einfluß auf El Salvador und Guatemala aus. Die USA würden ihre Waffenlieferungen nach El Salvador fortsetzen und seien verbittert über die französischen Waffenlieferungen nach Nicaragua<sup>22</sup>. Shultz habe betont, daß das 350-Mio.-Dollar-Karibik-Programm der USA<sup>23</sup> ernst gemeint sei.

Shultz habe mit Ihnen in der positiven Einschätzung des peruanischen Ministerpräsidenten Ulloa übereingestimmt. Shultz habe von sich aus Namibia angesprochen. Die Kubaner müßten Angola verlassen.<sup>24</sup> Wenn Nujoma und seine Streitkräfte in Namibia etabliert und die Südafrikaner abgezogen seien, werde Angola die Kubaner wegschicken. Auf Frage von Shultz, ob die Bundesrepublik bereit sei, sich an einer Friedenstruppe zu beteiligen, haben Sie gesagt, daß wir aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Soldaten stellen könnten, auf andere Weise aber helfen würden.

Zur Nah- und Mittelost-Politik habe Shultz Ihnen den Eindruck vermittelt, daß er in diesem Bereich starken Einfluß nehmen werde. Er habe mit großem Verständnis von den Rechten der Palästinenser gesprochen. Israel müsse stärker beeinflußt werden. Shultz denke dabei nicht an Gespräche mit oder Anerkennung der PLO. Sein Ziel sei, Jordanien und Saudi-Arabien in den Nahost-Prozeß einzubeziehen unter Erhaltung der Teilnahme Ägyptens. Sie haben diese Überlegung unterstützt und darauf hingewiesen, daß eine solche Politik in Westeuropa mit positiver Aufnahme rechnen könne. Sie haben unter Bezugnahme auf Ausführungen Präsident Mubaraks<sup>25</sup> darauf hingewiesen, daß, vielleicht abgesehen von Oman<sup>26</sup>, kein Staat dieser Region – wegen Selbstgefährdung innenpolitischer Art – bereit sei, amerikanische Militärbasen aufzunehmen.

Übereinstimmend sei festgestellt worden, daß der Versuch gemacht werde, Somalia nach Südjemen und Äthiopien als drittes Land am Horn von Afrika (wie-

<sup>22</sup> Zu den französischen Rüstungsexporten nach Nicaragua vgl. Dok. 10, Anm. 23.

<sup>23</sup> Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibische und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 77, Anm. 13.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff vermerkte am 5. Mai 1982: „Die US-Initiative einer Wirtschaftshilfe für Zentralamerika und die Karibik stößt in der Mehrzahl der Länder der Region auf zunehmende Skepsis über die Wirksamkeit der verkündeten Maßnahmen und auch Kritik aus politischer Sicht. Zustimmung findet die C[aribbean]B[asin]I[nitiative] bei den Hauptnutznießern. In der am 18. März d. J. [im] US-Kongreß eingebrachten Gesetzesvorlage (Caribbean Basin Economic Recovery Act) sind 28 karibische und zentralamerikanische Staaten bzw. britische und niederländische Inselterritorien als potentielle Empfängerstaaten aufgeführt (einschließlich) Kuba, Grenada und Nicaragua, die nach US-amerikanischen Vorstellungen ausgeschlossen bleiben sollen). Nach einer Presseerklärung von Präsident Reagan vom 17. März d. J. sollen aber nur fünf Staaten in den Genuß von 93 % der zusätzlich beantragten Wirtschaftshilfe von US-Dollar 350 Mio. kommen“. El Salvador solle 128 Millionen US-Dollar erhalten. Ferner notierte Hoff: „Auch die im Rahmen der CBI geplanten handelspolitischen Maßnahmen wie ein Freihandelsabkommen, das für die Dauer von zwölf Jahren die zollfreie Einfuhr karibischer Produkte einschließlich Zucker, aber mit Ausnahme von Textilien, auf den US-Markt vorsieht, Steuervergünstigungen für Investitionen bzw. steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten stoßen auf Kritik. [...] In der ersten Anhörung im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses am 23. März d. J., denen weitere in beiden Häusern des US-Kongresses folgen werden, stießen verschiedene Aspekte des Gesetzesentwurfs auf erhebliche Kritik bei den Demokraten, u. a. wegen des Übergewichts von El Salvador und der Überbetonung sicherheitspolitischer Aspekte.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136708.

<sup>24</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 155, Anm. 4.

<sup>25</sup> Zu den Äußerungen von Präsident Mubarak im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 8. Februar 1982 vgl. Dok. 46, Anm. 13.

<sup>26</sup> Vgl. dazu das Sicherheitsabkommen vom 4. Juni 1980 zwischen Oman und den USA; Dok. 46, Anm. 14.

der) unter sowjetischen Einfluß zu bringen. Shultz und Sie einig, daß Somalia Hilfe benötige.

Shultz: Wir schicken zur Zeit Waffen.

#### 6) Asien

In Anwesenheit von Shultz und Dr. Kissinger habe Lee Kuan Yew, der bezüglich USA offenbar über einen sehr großen Einblick verfüge, ein beeindruckendes Bild der Situation in Asien vermittelt. Lee teile nicht Ihre Sorge, daß eine Annäherung zwischen Peking und Moskau möglich sei. Die ungleichen Verträge zwischen der Sowjetunion und China<sup>27</sup> würden auch für die Zukunft eine solche Annäherung verhindern. Lee sei der Meinung, daß die Qualität der chinesischen Führung in Zukunft nachlassen werde, weil die erfahrenen politischen Führer ausstürben und die Kulturrevolution das Heranwachsen gleichwertiger Nachfolger verhindert habe. Diese mangelnde Qualifikation der Führung werde zu einer langsameren Entwicklung Chinas führen. China brauche noch etwa 60 Jahre oder drei Generationen, um den industriellen Standard zu erreichen, den Japan jetzt erreicht habe. Er habe aber keinerlei Zweifel, daß China letzten Endes ein solches Entwicklungsstadium erreichen werde. Lee habe die Produktivität am folgenden Beispiel erläutert: weißer US-Arbeiter gleich 100, japanischer Arbeiter gleich 120, deutscher Arbeiter gleich 105 bis 110, chinesischer Arbeiter gleich 55. Lee habe nachdrücklich unterstrichen, daß die amerikanische Regierung mehr darauf achten müsse, daß die chinesische Führung ihr Gesicht wahren könne, ohne daß dabei die Substanz amerikanischer Positionen beeinträchtigt zu werden brauche. In Peking mache man sich große Sorgen wegen der weiteren Entwicklung in Vietnam und Kambodscha. Die sowjetische Präsenz und der sowjetische Einfluß auf diese Region seien für Peking unannehmbar. Die Chinesen würden sich weiter darum bemühen, daß die Vietnamesen Kambodscha verließen<sup>28</sup> und in Indochina die früheren Staaten mit möglichst unabhängigen Regierungen wiederhergestellt würden. Südchina fal-

<sup>27</sup> Mit den Verträgen von Aigun und Tientsin (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei der die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelte Grenzverlauf in der Region Sinkiang/Turkestan. Seit 1949 versuchten die UdSSR und die Volksrepublik China, ihren Einfluß im Gebiet von Sinkiang auszubauen. Während die chinesische Regierung darauf bestand, daß die Verträge als „ungleich“ zu betrachten seien und neu verhandelt werden müßten, wies die UdSSR auf die Gültigkeit der Verträge hin und vertrat die Ansicht, daß eine offene Grenzfrage nicht bestehe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 20. März 1963; Referat IIA 3, Bd. 62. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1969, D 426–452.

<sup>28</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 43, Anm. 10.

Botschafter Vollers, Hanoi, informierte am 25. August 1982: „Die viet[namesischen] Truppen haben in der vergangenen Trockenzeit ihre bisher erfolgreichste Offensive gegen die R[oten]K[hmer] in den Gebieten in der Nähe der Tha[i]land]-Grenze durchgeführt. Die RK mußten einen beträchtlichen Teil ihrer Stellungen aufgeben und sich nach Tha zurückziehen. Die Kräfte der viet. Truppen und die notwendigen politischen Beschränkungen ließen jedoch nicht zu, diese Stellungen auch in der Regenzeit zu halten. Die RK rückten wieder vor, allerdings befinden sich nach Berichten von Beobachtern vor Ort die viet. Stellungen in diesem Sommer näher an der Tha-Grenze, als dies im letzten Jahr der Fall war [...]. Die Verluste der Viet[namesen] durch Verwundung, Krankheit und Desertion waren beträchtlich, aber auch die RK wurden dezimiert [...]. Im Kommuniqué der Konferenz von Ho-Chi-Minh-Stadt am 7. Juli wurde ein Teilabzug der viet. Truppen aus Ka[m]b[odscha] bekanntgegeben, ohne daß jedoch Details mitgeteilt wurden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 429; Referat 342, Bd. 137113.

le in diesem langfristigen Prozeß eine besondere Aufgabe zu, und man sei bereit, dafür auch eine langsamere Entwicklung Südchinas in Kauf zu nehmen. Die Japaner seien nach Meinung Lees nicht bereit, mehr für ihre Verteidigung zu tun. Shultz habe großes Vertrauen in Fukuda und halte Suzuki für einen sehr tüchtigen Politiker.

[gez.] Höynck

VS-Bd. 14111 (010)

## 223

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Trudeau in Ottawa

VS-vertraulich

29. Juli 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Gespräch BK–PM Trudeau am 29. Juli 1982 in der Residenz von PM Trudeau in Ottawa<sup>2</sup>

Zu Beginn des gut dreistündigen Gespräches bedankt sich Premierminister Trudeau dafür, daß BK zu einem Gedankenaustausch nach Ottawa gekommen ist, da er selbst im Parlament präsent zu sein hätte.

1) Der BK berichtet dem PM ausführlich über seine vier Tage umfassenden Gespräche mit Secretary Shultz.<sup>3</sup>

BK schildert dem PM, daß sich der neue amerikanische Außenminister zum Thema Embargo<sup>4</sup> sehr klar auf der Linie seiner Äußerungen in den Hearings des Senats<sup>5</sup> erklärt hat.

BK berichtet, daß Secretary Shultz besonderen Wert auf enge Zusammenarbeit mit Kanada und Mexiko lege und ihn gebeten habe, dem PM auszurichten, daß er störende Probleme zwischen den USA und Kanada auszuräumen wünsche.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt, am 29. Juli 1982 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller, er übersende einen „vom Bundeskanzler gebilligten Vermerk“. Bundeskanzler Schmidt habe „gebeten, den Herrn Bundesminister zu unterrichten. Der Bundeskanzler bittet außerdem, Botschafter Strätling von den Punkten 1–6 zu unterrichten.“

Hat Braunmühl am 30. Juli 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14104 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 30. Juli 1982 in Kanada auf.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 219 und Dok. 222.

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>5</sup> Zu den Ausführungen des designierten amerikanischen Außenministers Shultz im Senat vgl. Dok. 207, Anm. 16.

BK apostrophiert Secretary Shultz als den mit Abstand besten Mann in der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten.

PM *Trudeau* fragt kritisch nach dem tatsächlichen Einfluß, den Secretary Shultz nehmen könne. *BK* zeigt sich überzeugt, daß sich der neue Außenminister durchsetzen könne.

BK schildert MP Lee Kuan Yew als urteilsstarken und scharfsinnigen Teilnehmer der Gespräche im Bohemian Grove. Er hebt die besonders kritische Haltung von MP Lee gegenüber der wirtschaftspolitischen Linie der US-Administration hervor und referiert die Einschätzung der Entwicklung in Südostasien durch MP Lee, wobei er die Auffassung von MP Lee hervorhebt, daß es nach dessen Überzeugung eine Verbesserung zwischen China und der Sowjetunion weder in naher noch in ferner Zukunft geben wird.

PM *Trudeau* informiert den BK, daß er im September mit MP Lee Kuan Yew aus Anlaß der nächsten Commonwealth Conference zusammentreffen werde. Auch er schätze dessen scharfe Intelligenz und merkt an, daß MP Lee Kuan Yew die Haltung der USA gegenüber Sowjetunion wiederholt als nicht hart genug beurteilt habe. Auch zeige MP Lee gelegentlich ein recht verächtliches Urteil über die neuen afrikanischen Staaten.

*BK* setzt ausführlichen Bericht über Gespräche mit Secretary Shultz und verschiedenen hochrangigen Gesprächspartnern in Bohemian Grove fort. Er resümiert, daß nahezu alle einflußreichen amerikanischen Industriellen die Haushalts- und Wirtschaftspolitik Reagans<sup>6</sup> kritisch bis negativ beurteilen und der von Secretary Shultz in den Senate Hearings beschriebenen Haltung zur Politik ökonomischer Sanktionen ausdrücklich zustimmen. Diese Gesprächspartner hätten allerdings zugleich Respekt oder auch Sympathie für den Präsidenten gezeigt.

BK schildert, daß faktisch alle Gesprächspartner in Bohemian Grove über die künftige Entwicklung der Weltwirtschaftspolitik, vor allem über die Möglichkeit wirkungsvoller Kürzungen des Budgets, sehr skeptisch geurteilt haben. Nur Secretary Shultz habe diese allgemeine pessimistische Beurteilung nicht geteilt.

BK schildert die Sorge amerikanischer Gesprächspartner, daß US-Budget womöglich erst im Juni 1983 verabschiedet werde, daß deshalb auch nicht auf frühere Korrektur amerikanischer Hochzinspolitik gerechnet werden könne. Dann aber gingen noch gefährlichere Wirkungen auf Weltwirtschaft aus. Bereits vorhandene Rezession könne in eine Depression wie zu Beginn der dreißiger Jahre einmünden.

PM *Trudeau* zitiert aus einem offenbar wenige Monate zurückliegenden Gespräch mit George Shultz (vor dessen Ernennung), daß dieser sich auch ihm gegenüber über die wirtschaftliche Verfassung Amerikas hoffnungsvoll geäußert und auf eine mögliche Wende nach den Zwischenwahlen im November 1982<sup>7</sup> verwiesen habe. Das Problem der Arbeitslosigkeit, so der PM, habe G. Shultz offenkundig nicht als besondere Gefahr gesehen.

<sup>6</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

<sup>7</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

*BK* hebt gegenüber *PM* als besonders positiv hervor, daß *Secretary Shultz* der Doppelphilosophie der Allianz ausdrücklich zugestimmt habe.

Mit der Bitte, diese Information besonders vertraulich zu behandeln, informiert *BK* den *PM*, daß *Secretary Shultz* als neue Entscheidung der Administration berichtet habe, man wolle zwischen den verschiedenen Staaten des Warschauer Paktes künftig differenzieren.

Hier fragt *PM Trudeau*, ob diese Linie auch für andere Weltregionen, z. B. für Lateinamerika, gelten solle. *BK* stellt klar, daß *Secretary Shultz* eine solche Politik der differenzierten Behandlung nur auf die Sowjetunion und deren Verbündete bezogen habe.

Zum Ende der Darstellung seiner Gespräche im Bohemian Grove unterrichtet *BK* den *PM*, daß er mehrfach für eine Enddramatisierung des Erdgas-Röhren-Themas<sup>8</sup> eingetreten sei. Seiner Formel von dem „Familienstreit“ habe Präsident Reagan zweimal, zuletzt bei einer Pressekonferenz und sicherlich unter dem Einfluß von *Secretary Shultz*, ausdrücklich zugestimmt.

2) *PM Trudeau* bedankt sich ausdrücklich für die ausführliche und vertrauensvolle Information durch den *BK*. Er äußert Zweifel an der inneren Bereitschaft des US-Präsidenten, seinen Kurs wirklich zu ändern. Zwischen Reagan und *Shultz* müsse dann wohl eine Formel erfunden werden.

Ehe sich das Gespräch bilateralen Beziehungen zuwendet, bedankt sich *BK* für die Einladung des Premierministers zu einem Besuch in Kanada. Er lobt ausdrücklich alle Beamten, die der Premierminister für seine Begleitung in die North West Territories ausgesucht hat.

3) Der *PM* charakterisiert die Gespräche zwischen *MD Fischer* und dem kanadischen Beauftragten, *Burney*, als sehr positiv.<sup>9</sup> Er hält es für realistisch, daß man in der energiepolitischen Zusammenarbeit jetzt zu weiteren Fortschritten gelangen könne.

*BK* macht hier den Vorschlag, daß als nächster Schritt für 1983 eine deutsch-kanadische Konferenz zustande gebracht werden solle, an der sich Vertreter der interessierten Unternehmenswirtschaft, der Banken und auch einige sachkundige Parlamentarier zu beteiligen hätten.

*PM Trudeau* nennt das eine gute Idee. Botschafter *Goldschlag* habe ähnliche

<sup>8</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor *Fischer* notierte am 25. März 1982: „Wie im Schreiben des Bundeskanzlers an Premierminister *Trudeau* vom 16.12.1981 angekündigt, habe ich [...] vom 8. bis 11. März 1982 Kanada besucht und in Ottawa und Montreal sowie in Calgary und Edmonton (Provinz Alberta) Gespräche über weitere Möglichkeiten zur Vertiefung der deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen geführt. Ich wurde während des gesamten Aufenthalts begleitet von *Derek Burney* (Assistant Under Secretary, Department of External Affairs) [...] als kanadischer Beauftragter für die deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und Vorsitzender des für diese Aufgabe vom Premierminister berufenen ‚Management Team‘ aus Vertretern aller beteiligten Ressorts und Regierungsstellen.“ Zu den Ergebnissen der Konsultationen vermerkte *Fischer*: „In den Gesprächen war ein deutliches kanadisches Interesse an partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu spüren. [...] Unsere prinzipielle Ablehnung des Investitionskontrollverfahrens der F[oreign]I[nvestment]R[eview] Agency sowie der immer wieder vorgetragene Hinweis, daß *FIRA* insbesondere auf kleinere Unternehmen abschreckend wirkt und daß infolgedessen das deutsche Investitionsvolumen in Kanada seit den frühen siebziger Jahren weit hinter der Entwicklung unserer Investitionen in den USA zurückgeblieben ist, haben die beabsichtigte Wirkung offenbar nicht verfehlt.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129928.

Gedanken entwickelt. Zu der Vorstellung von *BK*, daß die Beteiligung von Politikern nützlich sein könne, äußert sich *PM Trudeau* eher zurückhaltend.

*BK* und *PM Trudeau* verabreden, daß die Beauftragten beider Regierungen („sherpas“) mit Vorarbeiten für eine solche Konferenz demnächst beginnen sollen. (*PM Trudeau*: „Let us make a special effort.“)

4) Auf eine kritische Bemerkung von *BK* zu der FIRA-Gesetzgebung<sup>10</sup> bemerkt der Premierminister, daß kanadische Regierung bereits etwas unternommen habe, um ausländische Investitionen zu erleichtern. *BK* wiederum präzisiert, daß Bundesregierung inzwischen alles getan habe, was ihr möglich sei. Jetzt komme es auf Konkretisierung der Kontakte zwischen Kanada und den interessierten deutschen Unternehmen an. Die Bundesregierung wolle solche Kontakte fördern und stärken helfen.

5) Das Gespräch kehrt noch einmal zur weltwirtschaftlichen Lage zurück. *PM Trudeau*, der den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung ausdrücklich für richtig erklärt, informiert *BK*, daß auch Kanada gewisse Kürzungen bei den Sozialleistungen habe beschließen müssen. Substantielle Schnitte in das soziale Netz, wie sie Präsident Reagan anstrebe, kämen für ihn nicht in Betracht. Der *PM* äußert in diesem Kontext mehrfach seine große Sorge vor zunehmender Arbeitslosigkeit. Er wolle das Defizit in Kanada lieber langsamer abbauen.

*PM* erkundigt sich, wie Bundesregierung im Falle drohender Konkurse größerer und mittlerer Betriebe reagiere (zumal der Multis). *BK* erläutert am Beispiel AEG unsere Haltung. *PM* schildert, daß in Kanada unvergleichlich mehr Betriebe gefährdet seien. Kanadischer Staat übernehme deshalb Garantien, allerdings müßten Unternehmen dann auch Lohnpreisrichtlinien akzeptieren.

6) Zum Schluß des Gespräches erwähnt *BK*, wie vorzüglich sich bei uns stationierte kanadische Truppen integriert haben. Kanadische Soldaten und Offiziere hätten ein sehr gutes Verhältnis zu unseren Bürgern und seien allgemein angesehen. Dafür wolle er seinen Dank äußern.

Hier erwähnt *PM Trudeau*, daß er im Anschluß an einen Frankreich-Besuch auf Einladung von *PM Mauroy* Anfang/Mitte November<sup>11</sup> einen Abstecher nach Lahr erwäge, um das kanadische NATO-Kontingent zu besichtigen (vermutlich um den 12./13. November 1982<sup>12</sup>).

<sup>10</sup> Im Politischen Halbjahresbericht für Kanada mit Stand vom 1. März 1982 legte die Botschaft in Ottawa dar: „Das Investitionsklima hat sich durch eine, auch auf amerikanischen Druck zurückzuführende Entscheidung, die im liberalen Regierungsprogramm vorgesehene Verschärfung und Ausweitung der Kontrolle ausländischer Investitionen durch die Foreign Investment Review Agency (FIRA) nicht weiterzuverfolgen, zwar leicht gebessert; dies reicht jedoch kaum aus, um für den gewaltigen Kapitalbedarf bei den geplanten Großprojekten der nächsten 20 Jahre die erforderliche ausländische Anlagebereitschaft sicherzustellen. Soweit diese Vorhaben den Öl- und Erdgasbereich betreffen, wird deren Attraktivität für potentielle ausländische Anleger überdies durch die im Rahmen des Nationalen Energieprogramms (NEP) angesteuerte Reduzierung von Ausländer-Beteiligungen auf 50 v. H. weiter vermindert. Kanadas nationalistische Wirtschaftspolitik, die potentielle, auch kanadische Investoren häufig in die USA ausweichen läßt, ist im übrigen einer der Gründe für sein wachsendes Zahlungsbilanzdefizit.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124926.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Trudeau hielt sich vom 8. bis 11. November 1982 in Frankreich auf.

<sup>12</sup> Ministerpräsident Trudeau besuchte die Bundesrepublik am 12./13. November 1982 und bei dieser Gelegenheit die in Lahr und Baden-Soellingen stationierten kanadischen Truppen. Am 12. November 1982 traf er in Bonn mit Bundeskanzler Kohl zu einem Mittagessen zusammen.

*BK* spricht Einladung zu einem kurzen Besuch in Hamburg aus. Für den Fall, daß der *PM* das zeitlich nicht einrichten könne, sei er gern bereit, nach Lahr zu kommen. *PM* sagt zu, daß er *BK* rechtzeitig informieren werde. Er merkt an, daß ihm anlässlich seiner Europa-Reise vorgeschlagen worden sei, bei der Eröffnung eines kanadischen Konsulats in München anwesend zu sein. *PM* fragt scherzhaft, ob *BK* ein „Veto“ einlegen wolle.

*BK* antwortet heiter, daß er keinerlei Rivalität gegenüber *MP* Strauß empfinde.

7) In einem von *PM* Trudeau und *BK* als besonders vertraulich gekennzeichneten Teil ihres Gespräches äußert sich *PM* *Trudeau* sprachlich sehr diszipliniert, aber mit einiger Emotion über zunehmende Versuche der USA, sich in kanadische Angelegenheiten einzumischen. Wenn *BK* von einem „Familienstreit“ spreche, so müsse er sehr ernst die Frage nach dem *Modus operandi* gegenüber US stellen. Da 85% der kanadischen Öl-Produktionen von Amerika kontrolliert werde, könne er nicht soviel Geduld aufbringen. US-Administration untersage z. B. Lieferung von LKWs nach Kuba oder Exporte nach China. Die Einmischung gehe so weit, daß kanadische Wirtschaftsführer, die sich nicht nach den Richtlinien der US-Muttergesellschaft richteten, von amerikanischen Gerichten vorgeladen würden. Wiederholt sei sogar verlangt worden, daß die Geschäftsbücher abhängiger kanadischer Unternehmen vorgelegt würden.

*PM* wörtlich: „Natürlich brauchen wir amerikanisches Kapital und Technologie. Aber es geht nicht an, daß auf einigen Gebieten andere über unser Schicksal bestimmen.“ Versuche von Bevormundung durch die Amerikaner seien für Kanada das „tägliche Brot“. Der *PM* erinnert an das von den USA unter Präsident Carter herbeigeführte Uran-Kartell<sup>13</sup> und stellt fest: „Wir müssen über unsere wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen frei entscheiden können.“

Von *BK* darüber informiert, daß Secretary Shultz eine Aktivierung des US-Karibik-Plans<sup>14</sup> angekündigt und Mittel in Höhe von \$ 350 Mio. genannt habe, meint der *PM*, dieses Programm sei nicht wirklich seriös. Die Amerikaner verstünden bedauerlicherweise noch immer nicht viel von Lateinamerika. Kanada allein gewähre den karibischen Staaten Hilfe in Höhe von 500 Mio. kanadischen Dollar. Die von den USA vorgesehenen \$ 350 Mio. seien überwiegend für Militärhilfe bestimmt. *PM* Trudeau charakterisiert die amerikanische Aktion als „lächerlich“.

In seiner Kritik an der außenpolitischen Linie der Reagan-Administration wiederholt der *PM* seine bekannte Position, daß man die Lösung von außenpolitischen Problemen nicht durch sachfremde Junktims erschweren solle. Er bezeichnet solche von Washington hergestellten Verbindungen als „unsinnig“.

In Reaktion auf die detaillierte Darstellung der Ausführungen von Secretary Shultz durch *BK* äußert der *PM* ein positives Urteil über Shultz, kommentiert dessen von *BK* beschriebenes Interesse an einer vertrauensvollen Kooperation

<sup>13</sup> Vgl. dazu den „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“; Dok. 37, Anm. 10.

<sup>14</sup> Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 222, Anm. 23.

mit Kanada als ermutigend, läßt aber wiederum Zweifel anklingen, ob sich der neue US-Außenminister tatsächlich durchsetzen könne.

Mit Ironie, aber auch mit Bitterkeit berichtet PM Trudeau, daß ihn einige Personen in der Umgebung von Präsident Reagan „beinahe für einen Kommunisten“ hielten. Reagan sei von seinen anti-kommunistischen Überzeugungen tief durchdrungen und habe ja bereits in Versailles<sup>15</sup> dem BK, Präsident Mitterrand und ihm selber erklären wollen, wie böse die Kommunisten seien.

8) PM Trudeau kommt noch einmal auf die amerikanische Administration zurück. Er schildert seinen Eindruck, daß das Weiße Haus den ehemaligen Finanzminister Turner gegen ihn auszuspielen versuche, um ihn selber amerikanischen Wünschen geneigt zu stimmen.

Auch wisse er davon, daß einige Leute dort mit unserer Opposition kokettierten. Das sei gewiß kurzsichtig, aber man müsse davon ausgehen, daß diese Kreise sowohl die von BK geführte Regierung als auch seine eigene Regierung zu destabilisieren hofften. Er, der inzwischen 14 Jahre Regierungsverantwortung trage, sei die ständigen Anklagen und Vorwürfe der Amerikaner wirklich leid (diese Bemerkung bezog der PM auf die ihm von BK berichteten kritischen Äußerungen amerikanischer Geschäftsleute über angebliche Verstaatlichungstendenzen in Kanada).

Gleichsam als Fußnote informierte PM Trudeau den BK, daß die französische Regierung unlängst den Plan einer franko-lateinamerikanischen Zusammenarbeit in organisierter Form diskutiert habe. In eine solche Kooperation, berichtet der PM eher amüsiert, solle zwar Quebec einbezogen, das „übrige Kanada“ aber ausgeschlossen werden.

Er habe über diese französische Idee mit Präsident Figueiredo gesprochen<sup>16</sup>, von dem diese Konzeption als abwegig bezeichnet worden sei.

**VS-Bd. 14104 (010)**

<sup>15</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>16</sup> Präsident Figueiredo hielt sich vom 18. bis 22. Juli 1982 in Kanada auf.

## Botschafter Verbeek, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt

114-13857/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 707

Aufgabe: 4. August 1982, 16.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 5. August 1982, 17.12 Uhr

Betr.: Deutsch-argentinische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich;  
hier: Aufhebung deutscher Embargomaßnahmen gegen Argentinien<sup>2</sup>

Bezug: DE Nr. 4061 vom 16.7.1982, 422-411.10 ARG VS-NfD

Mit der Bitte um Weisung

I. Der für Wirtschaftsfragen zuständige UStS im argentinischen Außenministerium, Félix Peña, hat mit als geheim eingestufte Note vom 3. August 1982 um Klärung gebeten, ob Aufhebung deutscher Embargomaßnahmen gegen Argentinien vollständig sei und sich insbesondere auch auf Material erstrecke, das als sensitiv bezeichnet werden könnte. Spanischer Wortlaut der Note als Anlage.<sup>3</sup>

Hintergrund der Note des argentinischen Außenministeriums ist, daß bisher seitens der Bundesregierung, soweit in Buenos Aires bekannt, im Rahmen des Schiffsbauprogramms<sup>4</sup> nur die Lieferung nicht-sensitiver Fertigungsteile freigegeben worden ist, sowie Befürchtungen, daß die Bundesregierung bereits genehmigte Ausfuhr von Rüstungsgütern weiter hinauszögern oder verhindern wolle.

II. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit kann für die Gestaltung unserer bilateralen Beziehungen eine wichtige Bedeutung bekommen. Die Botschaft verfügt über keine Informationen über den genauen Stand der Freigabe „sensitiven“ Materials für das Schiffsbauprogramm. Sie kennt auch nicht die Kriterien, nach denen Einzellieferungen als sensitiv bezeichnet werden können. Aus

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

<sup>2</sup> In einer Erklärung zum Falkland-Krieg gab die Bundesregierung am 7. April 1982 bekannt, sie habe entschieden, „ab sofort für die Lieferung von Kriegswaffen, Munition und anderen Rüstungsgütern nach Argentinien Genehmigungen nicht zu erteilen“. Sie werde Waffenlieferungen „verhindern“. Vgl. BULLETIN 1982, S. 282.

Vgl. dazu ferner die Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien; Dok. 113, Anm. 11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze teilte der Botschaft in Buenos Aires am 14. Juli 1982 mit: „Bundesregierung wird dem Export von nicht dem KWKG oder AWG unterliegenden Gütern, die für den Bau der in Argentinien zusammenzufügenden Kriegsschiffe bestimmt sind, freigeben. Die für die Abwicklung der Lieferverträge der deutschen Werften notwendige Ausbildungsunterstützung der argent[inischen] Marine durch die Bundeswehr wird weiterhin gewährt. Hiesige argent. und brit[ische] Botschaft sind informiert. Beide Beschlüsse dienen der Offenhaltung künftiger Entscheidungen über den Export der Kriegsschiffe und Kriegsschiffbaugruppen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 136474.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Note des Unterstaatssekretärs im argentinischen Außenministerium, Peña, an Botschafter Verbeek, Buenos Aires, vgl. VS-Bd. 10402 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 25. Juni 1982: „Bei den Argentinien-Geschäften handelt es sich im Kriegswaffenbereich um zwei U-Boote komplett und vier in Baugruppen (Thyssen Nordseewerke Emden), vier Fregatten komplett und sechs Korvetten in Baugruppen (Blohm + Voss Hamburg) und um 51 Torpedos, fast ausschließlich in Baugruppen, von AEG-Telefunken in Wedel. Nach Firmenangaben beträgt der gesamte Auftragswert dieser Vorhaben etwa 3,5 bis 4 Mrd. DM. Anzahlungen sind in Höhe von etwa 2,7 Mrd. DM geleistet.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136474.

Gesprächen mit dem hiesigen Verteidigungsminister<sup>5</sup>, der argentinischen Marine und der hiesigen Vertretung von Thyssen möchte sie jedoch folgendes beitragen:

a) Bisher sind für das hiesige Korvettenbauprogramm offenbar nur Bauteile zur Lieferung freigegeben worden, die lediglich für den Fortschritt des Zusammensetzens des Schiffskörpers verwendet werden können, und Gegenstände, die mit den militärischen Zwecken in keiner Verbindung stehen. Die planmäßige Fortsetzung des Programms ist hierdurch nicht gewährleistet. Besonders erwähnt wurde die Nichtlieferung eines Sonargeräts für eine hier auf Stapel liegende, fast fertige Korvette. Falls dieses Gerät nicht freigegeben würde, müßte der Bau an dieser Korvette eingestellt werden.

b) Die hiesige Werft AFNE<sup>6</sup> hat durch den Lieferungsstopp nicht nur Verzögerungen in dem Bauprogramm hinnehmen, sondern auch Arbeiterentlassungen in Höhe von mehreren Hunderten vornehmen müssen. Es besteht also auch ein soziales Problem. Man wirft der Bundesregierung vor, sie Sorge zwar dafür, daß das Programm in Hamburg ohne Beschäftigungseinbußen voranschreiten könne, denke aber nicht an die gleichen sozialpolitischen Probleme auf der argentinischen Werft in Buenos Aires.

c) In der hiesigen Marine hat sich über den Fortgang der Angelegenheit ein erheblicher Unmut angesammelt. Man hat zwar die während der Malwinen-Krise einmal gefaßte Entscheidung, die Zusammenarbeit im Schiffsbauprogramm völlig mit uns zu stoppen, stillschweigend wieder fallengelassen. Es gibt aber weiterhin Kräfte, die das Programm aufgeben oder erheblich einschränken wollen. Dabei spielen auch, wie die Botschaft bereits berichtete, strategische Lehren aus dem Malwinen-Konflikt eine Rolle. Es gibt Kräfte, die den Akzent jetzt weit stärker auf den Ausbau der Luftwaffe legen wollen (auch Marine-Luftwaffe). Wenn diese militärpolitisch motivierten Gesichtspunkte die Oberhand gewinnen, wäre die Marine möglicherweise bereit, auch erhebliche finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen und in der Vergangenheit geleistete Zahlungen einfach in den Kamin zu schreiben. Botschaft hat keinen Hinweis darauf, daß solche Entscheidungen unmittelbar bevorstehen. Sie muß aber auf die Möglichkeit hinweisen, daß eine sich festfressende Diskussion über die Freigabe weiterer Bauteile doch letztlich ausschlaggebend für einen solchen vollständigen Richtungswechsel sein könnte.

Daß sich die Haltung der hiesigen Marine verhärtet, geht auch daraus hervor, daß jetzt erhebliche Zahlungen für die Firma Thyssen (120 Mio. DM) zurückgehalten werden. Mit ihrer Freigabe ist nur zu rechnen, wenn die AFNE in die Lage versetzt wird, ihr Programm mehr oder weniger planmäßig durchzuführen.

d) Informationen zur Frage, wie andere Länder sich in der Frage der Wiederaufnahme der Rüstungszusammenarbeit mit Argentinien verhalten, sind hier nur unvollständig zu erhalten. Sie besagen, daß

– Frankreich und besonders Italien mit argentinischen Militärs über Wiederaufnahme der Lieferungen verhandeln,

<sup>5</sup> Julio José Martínez Vivot.

<sup>6</sup> Astilleros y Fábricas Navales del Estado.

- USA Verhandlungen über umfangreiche Lieferung von Radargeräten weiterführen und angeblich auch während der Malwinen-Krise nicht unterbrochen haben,
- Niederlande erneut mehrere Technikerteams zur Modernisierung des argentinischen Flugzeugträgers 25 de Mayo entsandt haben (Techniker waren während des Malwinen-Konflikts zurückgezogen worden).

Nach Mitteilung des hiesigen Thyssen-Vertreters soll sich Zulieferung für Fregatten- und Korvettenbau innerhalb Europas normalisiert haben. Italien habe vergangene Woche erstmals wieder sensitives Material für den Korvettenbau nach Hamburg geliefert und sogar Großbritannien habe die Lieferung der Hubschrauberverhleinrichtung für eine an Argentinien zu liefernde Fregatte freigegeben.

<sup>7</sup>III. Das Problem könnte auch Einfluß auf die gesamten Außenwirtschaftsbeziehungen bekommen. Hier zeichnet sich im Augenblick glücklicherweise eine Auflockerung ab. Wie eine Umfrage bei deutschen Firmen ergeben hat (Botschaft wird hierauf noch gesondert zurückkommen), hat die argentinische Regierung die Gegenmaßnahmen gegen das EG-Embargo faktisch aufgehoben.<sup>8</sup> Von einer Diskriminierung deutscher Erzeugnisse im Vergleich zu Nicht-Embargo-Ländern kann zur Zeit nicht mehr gesprochen werden. Soweit Einfuhrlizenzen weiterhin versagt werden, ist hierfür die allgemeine Wirtschaftslage und die Devisenknappheit maßgebend. Sollten sich im Bereich der von der Bundesregierung in der Vergangenheit bereits genehmigten Rüstungsexporte erhebliche Schwierigkeiten ansammeln, ist mit Forderungen der Streitkräfte an das Wirtschaftsministerium zu rechnen, dies uns im Handelsaustausch spüren zu lassen. Die hier ansässigen deutschen Firmen wären dann wieder die Leidtragenden.

IV. Zu den Überlegungen für die formelle Antwort, die wir auf den Brief von UStS Peña geben müssen, möchte die Botschaft folgendes beitragen:

a) Wir können eine eher pragmatische Haltung einnehmen und eine Freigabe der Lieferungen zusagen, die die Fortführung des hiesigen Werftprogramms gewährleistet. Dies würde voraussetzen, daß wir mit der Firma Thyssen im einzelnen genau prüfen, welche Bauteile hierunter fallen.

Die hiesige Werft wäre hierdurch zwar momentan ihrer Schwierigkeit enthoben. Es bliebe aus argentinischer Sicht aber der generelle Unsicherheitsfaktor für die Zukunft der Gesamtzusammenarbeit. In hiesigen Augen wiegt dies schwer.

b) Optimal wäre, wenn wir in der Antwort sagen könnten, daß der Status quo ante 2. April wiederhergestellt sei. Die laufenden und genehmigten Verträge würden erfüllt. Alle zukünftigen Anträge deutscher Firmen würden im Rahmen des deutschen Rechtssystems bewertet werden. Eine solche Zusicherung

<sup>7</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 708 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>8</sup> Botschafter Verbeek, Buenos Aires, berichtete am 6. August 1982: „Eine Schnellumfrage der Botschaft bei hier ansässigen Tochterunternehmen großer deutscher Firmen am 3. und 4. August 1982 hat ergeben, daß fast alle Einfuhrlizenzanträge dieser Unternehmen in den vergangenen Tagen vom Staatssekretariat für Handel genehmigt wurden. Nur wenige Einfuhranträge, die über einen hohen Betrag laufen, wurden weiter zurückgestellt. Nach Mitteilung französischer Botschaft wurden auch Anträge französischer Tochterfirmen in den letzten Tagen durchgehend genehmigt. [...] Die Botschaft kann damit eine faktische Aufhebung der argentinischen Gegenmaßnahmen gegen das EG-Embargo seit dem 2. August 1982 feststellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 712; Referat 330, Bd. 136475.

könnte möglicherweise auch vertraulich gegeben werden. Wir könnten sie auch ebenfalls an die Bedingungen knüpfen, daß sie nur solange gilt, wie nicht aktive Feindseligkeiten wegen der Malwinen-Frage wieder ausbrechen.<sup>9</sup>

[gez.] Verbeek

VS-Bd. 10402 (422)

## 225

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

13. August 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister

Betr.: Internationale Verschuldungskrise

Anlg.: 1<sup>3</sup>

<sup>9</sup> Zur Frage von Rüstungsexporten nach Argentinien notierte Referat 422 am 15. September 1982: „Die deutschen Firmen drängen auf eine Entscheidung der Bundesregierung, da bei Nichtlieferung die Gefahr einer Kündigung der Verträge durch die argent[inische] Seite jetzt erheblich ist. Ein weiterer Aufschub der Entscheidung würde daher große wirtschaftliche und für die Bundesregierung auch finanzielle Konsequenzen (Entschädigung) haben.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136474.

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, unterrichtete am 20. September 1982, bei der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am selben Tag in Brüssel hätten die Bundesrepublik, Italien und die Niederlande den Wunsch nach einvernehmlicher Aufhebung der Sanktionen gegenüber Argentinien geäußert: „GB sah sich außerstande zuzustimmen. DK-Präsidenschaft stellte fest, ein einvernehmlicher Aufhebungsbeschluß sei nicht zustande gekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 300; Referat 200, Bd. 122697.

Im Gefolge der Konferenz entschied die Bundesregierung am 22. September 1982, ihre Sanktionsmaßnahmen aufzuheben. Dem Botschaftsrat an der britischen Botschaft, Perry, wurde dazu am 23. September 1982 mitgeteilt, „daß die Bundesregierung keine Einwendungen mehr gegen die Ausfuhr aufgrund gültiger Ausfuhr genehmigungen aus der Zeit vor Verhängung des Embargos erhebt“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze; Referat 330, Bd. 136474.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Fischer am 20. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirigenten Loeck, Matthias und Ungerer verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dies ist nun inzwischen vorgelegt worden.“ Ferner vermerkte Fischer: „412 z[ur] K[enn]nis[n]ahme. Z[um] Verbl[eib].“

Hat Matthias am 23. August 1982 vorgelegen.

Hat Ungerer am 24. August 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein Teil dieser Informationen sollte m[eines] E[rachtens] in unsere Argumentation zum Erdgas-Geschäft übernommen werden.“

Hat Loeck am 25. August 1982 vorgelegen, der für Ungerer handschriftlich vermerkte: „Soweit Verschuldungsfragen für Argumentation eine Rolle spielen, haben wir sie in unseren Argument[at]ions[katalog] (DE an Washington usw. vom 18.8.) aufgenommen, und zwar mit Zahlenangaben aus den verlässlichsten Quellen. Stellungnahme [Dg] 42 zu der Pl[anungsstabs]-Aufzeichnung (die uns als Entwurf vom 29.7. vorgelegt worden war) in meinem beigefügten Vermerk vom 16.8.“

Hat Ungerer am 26. August 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hans Werner Lautenschlager.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10.

Nach Schätzungen westlicher Zentralbanken ist die Rückzahlung internationaler Kredite in Höhe von etwa 200 Mrd. US-Dollar zweifelhaft. Zu dieser besorgniserregenden und für das internationale Finanzsystem gefährlichen Situation hat vor allem der steile Anstieg der Verschuldung der Staatshandelsländer und der Entwicklungsländer beigetragen.

Die (Brutto-)Verschuldung der RGW-Länder gegenüber westlichen Gläubigern stieg zwischen 1971 und 1981 um das Zwölfwache von rd. 8 Mrd. US-Dollar auf rd. 95 Mrd. US-Dollar<sup>4</sup>.

Die (Brutto-)Verschuldung der Dritten Welt stieg im gleichen Zeitraum um das Sechsfache von rd. 87 auf rd. 524 Mrd. US-Dollar 1981.

Noch stärker als die Verschuldung selbst stieg der Schuldendienst:

- bei den RGW-Ländern um das Fünfzehnfache von schätzungsweise 1,6 Mrd. US-Dollar 1971 auf etwa 24 Mrd. US-Dollar 1981<sup>5</sup>,
- bei den Entwicklungsländern um das Zehnfache von 11 Mrd. US-Dollar 1971 auf 112 Mrd. US-Dollar 1981<sup>6</sup>.

Wegen der enormen Zunahme des Schuldendienstes ist die Zahl der Länder mit Zahlungsproblemen ständig angestiegen. Die Zahl der multilateralen Umschuldungen durch DAC<sup>7</sup>-Mitgliedsländer betrug in den Jahren

1957–1961	2 Umschuldungen
1962–1966	7 „
1967–1971	9 „
1972–1976	13 „
1977–1981	20 „ <sup>8</sup>

Waren 1975 „nur“ 13 IWF-Mitgliedsländer mit rd. 800 Mio. US-Dollar oder 10 % ihrer gesamten Exporteinnahmen in Zahlungsverzug, so waren es 1980 bereits 26 mit rd. 6 Mrd. US-Dollar oder 42 % ihres gesamten Jahresexports<sup>9</sup>.

Einige der Länder, mit denen immer noch (und immer wieder) über Umschuldungen verhandelt wird, sind de facto bankrott (z. B. Polen, Ghana, Liberia, Tansania, Tschad und Zaire). Die Umschuldungsverhandlungen haben, zumindest für die Banken, in erster Linie den Zweck, eine offizielle Erklärung der Zahlungsunfähigkeit dieser Länder wegen der schwer kalkulierbaren Folgen zu verhindern und um einen Rechtstitel in der Hand zu behalten.

#### I. Die Situation

Im einzelnen hebe ich aus beiliegendem Papier über die „internationale Verschuldungskrise“<sup>10</sup> folgendes hervor:

<sup>4</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schätzung des BND“.

<sup>5</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schätzung der SWP (auf Basis von CIA-Zahlen)“.

<sup>6</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Schätzung der OECD (ohne IWF-Kredite und Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr)“.

<sup>7</sup> Development Assistance Committee.

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Quelle: OECD“.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Quelle: IWF“.

<sup>10</sup> Für die Langfassung der Aufzeichnung vom 29. Juli 1982 vgl. Referat 412, Bd. 130469.

### 1) Staatshandelsländer

Ungeachtet ihres wachsenden Bedarfs an Hartwährungskrediten ist der Zugang der Staatshandelsländer zu den internationalen Kapitalmärkten derzeit scharf begrenzt. Die Banken vergeben im wesentlichen nur noch Kredite, die rückversichert und staatlich garantiert sind. Der Euromarkt ist für RGW-Länder nahezu geschlossen. Für die wenigen Kredite, die noch vergeben werden, müssen sehr hohe Zinsen gezahlt werden (1,5% bis 2% über LIBOR<sup>11</sup>). Per Saldo haben sich die Kredite westlicher Banken an die Staatshandelsländer – vor allem wegen der Nichtverlängerung kurzfristiger Kredite – nach BIZ-Angaben im ersten Quartal d.J. um 2,8 Mrd. US-Dollar verringert, nachdem sie im Schlussquartal 1981 noch um fast 1 Mrd. US-Dollar zugenommen hatten.

Andererseits sind die zu finanzierenden Hartwährungsverpflichtungen der RGW-Länder sehr hoch. 1981 betrug ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber dem Westen rd. 4 Mrd. US-Dollar. Für 1982 wird eine ähnliche Größenordnung erwartet. Für Zinszahlungen müssen sie 1982 ca. 9 Mrd. US-Dollar aufbringen (unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Zinssatzes von 10%). Rd. 40% der RGW-Schulden bei westlichen Banken, also etwa 23 Mrd. US-Dollar, müssen innerhalb Jahresfrist zurückgezahlt oder prolongiert werden. Das gesamte zu finanzierende Hartwährungsvolumen beträgt demnach für die RGW-Länder 1982 rd. 36 Mrd. US-Dollar.

Die deutschen Banken (ohne Auslandsfilialen und -töchter) halten nach Angaben der Bundesbank bereits seit Ende 1978 ihr Kreditvolumen gegenüber dem Ostblock mit rd. 12 Mrd. DM konstant. Die Verschuldung der Sowjetunion gegenüber deutschen Banken sank sogar seit Ende 1976 von 5,3 Mrd. DM kontinuierlich bis März 1982 auf 3,6 Mrd. DM.

Am härtesten betroffen ist Polen:

- Polen müßte bis 1985 über 33 Mrd. US-Dollar an neuen Krediten aufnehmen, sofern es bis dahin nicht zu neuen Umschuldungen kommt;
- sein BSP wird in diesem Jahr nach amerikanischen Schätzungen wiederum stark abnehmen (-10% gegenüber -13% im Vorjahr);
- das durchschnittliche Realeinkommen der Bevölkerung sank um fast 60% (Preisanstieg: +103,9%, Anstieg der Gehälter: +45,4%);
- die polnischen Einfuhren aus dem Westen gingen im ersten Halbjahr 1982 um 42,3% zurück, die Ausfuhren in den Westen um 9,6%.

Angesichts der insgesamt fälligen Kapital- und Zinsfälligkeiten von nicht weniger als 10,4 Mrd. US-Dollar hat Polen durch die Einstellung der Zahlungen in der ersten Hälfte d.J. bereits 5 Mrd. US-Dollar Devisen liquiditätsmäßig „eingespart“.

### 2) Entwicklungsländer

Innerhalb der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer haben die Bankkredite eine immer wichtigere Rolle eingenommen. 1971 machten sie rund 10,9% der Gesamtverschuldung aus, 1981 schon 32,8%. Wegen dieser Entwicklung und vor allem wegen der in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Zinsen werden derzeit etwa 90% des gesamten Schuldendienstes der Entwicklungs-

<sup>11</sup> London Interbank Offered Rate.

länder an Banken und nur etwa 10 % an öffentliche Kreditgeber gezahlt. Sowohl die gesamte Schuld der Dritten Welt als auch die Schuldendienstleistungen konzentrieren sich sehr stark auf eine begrenzte Zahl von Entwicklungsländern:

- 1980 bezahlten Brasilien, Mexiko und Venezuela allein 41 % des gesamten Schuldendienstes der Dritten Welt;
- die Auslandsschulden der sechs größten lateinamerikanischen Schuldnerländer Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Ecuador und Peru machen mit 195,8 Mrd. US-Dollar über 37 % der Gesamtverschuldung der Dritten Welt aus.

Auslandsschulden der am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Länder:

Land	1979	1981	Zunahme 1981/79	1982	Zunahme 1982/81
Argentinien	19,0	35,7	+ 68 %	36,6	+ 3 %
Brasilien	54,0	70,0	+ 30 %	79,5	+ 14 %
Chile	8,5	15,5	+ 82 %	17,5	+ 13 %
Mexiko	40,3	65,9	+ 61 %	79,0	+ 22 %
Ecuador	3,6	5,0	+ 39 %	6,2	+ 24 %
Peru	7,2	8,3	+ 15 %	9,5	+ 14 %

Quelle: Bankers Trust<sup>12</sup>

## II. Folgerungen

### 1) Konsequenzen für die Banken

Neben der Neuorientierung in ihrem internationalen Kreditgeschäft kommt es für die Banken – auch unter dem Druck der jeweiligen nationalen Bankaufsichtsbehörden – darauf an, die Kredite von faktisch zahlungsunfähigen Ländern in geordneter Weise abzuschreiben. Dies geschieht, wie aus Bankkreisen zu hören, auch im Fall Polens in erheblichem Umfang, bei einigen Banken (z. B. Deutsche Bank) sollen die Polen-Kredite schon völlig abgeschrieben sein. Eine Erklärung der Zahlungsunfähigkeit Polens würde also wahrscheinlich für das internationale Finanzsystem keine unlösbaren Schwierigkeiten mit sich bringen. Die Gefahr besteht allerdings in einem nicht auszuschließenden „Dominoeffekt“. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen sehr schwerwiegenden Krise wird aber sowohl vom IMF als auch von den Banken zur Zeit nicht sehr hoch eingeschätzt.

### 2) Konsequenzen für die Kreditnehmerländer

Leidtragende der zunehmenden Risikoscheu der Banken sind vor allem die Ostblock- und die Nicht-Öl-Entwicklungsländer, die, wenn überhaupt, Bankkredite nur noch mit kürzeren Laufzeiten und höheren Zinsen erhalten.

Der Trend zur Verschuldung zu flexiblen, an die aktuelle Marktentwicklung gekoppelten Zinsen trifft zusammen mit der Notwendigkeit, in den Jahren 1973 bis 1977 aufgenommene Kredite zurückzuzahlen bzw. umzuschulden.

<sup>12</sup> Die Bankers Trust Company wurde 1903 in New York von mehreren Banken als Vermögensverwaltungsgesellschaft gegründet.

Die Schuldendienstlasten steigen aber vor allem wegen der (säkularen?) Vorzeichenumkehr bei den realen Zinssätzen. Waren die Realzinsen im Durchschnitt der siebziger Jahre mit rd. 2% negativ, so haben sie in jüngster Zeit teils beispiellos hohe positive Beträge erreicht (bei Dollarkrediten je nach Höhe der US-Inflationsrate während der letzten zwölf Monate 7 bis 10%).

Im Jahre 1979 beliefen sich die Schuldendienstzahlungen von 87 Nicht-Öl-Entwicklungsländern für 229 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden auf 51 Mrd. US-Dollar – mehr, als neue Kredite aufgenommen wurden. Führten in den siebziger Jahren bei zumeist festverzinslichen Krediten über den Zinssätzen liegende Inflationsraten zu einem realen Ressourcentransfer von Gläubigern (ein wichtiger Antrieb für die starke Verschuldung der Vergangenheit), so wird heute bei variablen Zinssätzen der inflationsbedingte Wertverlust des Kredits durch die höheren Zinssätze, die einen Inflationsaufschlag enthalten, mehr als ausgeglichen. Heute muß der Kredit real schneller als in den siebziger Jahren amortisiert werden. Ein Kreditnehmerland benötigt deshalb im Vergleich zu den siebziger Jahren höhere Bruttokredite, um gleiche reale Netto-Ressourcentransfers zu erhalten.

Kreditaufnahmen zu marktüblichen Bedingungen sind nur dann ökonomisch sinnvoll, wenn die finanzierten Projekte einen über den positiven realen Zinssätzen liegenden realen Nettoertrag erwirtschaften. Viele mit Auslandskrediten finanzierte Projekte – gleich ob in Ost oder Süd – sind unter den neuen Zinsbedingungen dazu nicht mehr in der Lage. Insbesondere ölimportierende Entwicklungsländer haben in der Vergangenheit solche Projekte häufig in der Exportindustrie gesucht. Die Konjunkturschwäche in den Industrieländern, vor allem aber ihr zunehmender Hang zu importbeschränkenden Praktiken, haben diese Möglichkeit sehr eingeengt. Bei weiterhin hohem Importbedarf hat deshalb ihre Verschuldungsfähigkeit rapide abgenommen.

Eine weitere reale Drosselung von Kapitalimporten und damit letztlich eine Drosselung der Entwicklung der eigenen Wirtschaft scheidet als politische Handlungsalternative für die Kreditnehmerländer eigentlich aus.

Andererseits ist dies aber genau die Situation, vor die viele Kreditnehmerländer von den Banken und westlichen Regierungen gestellt werden. Es bleibt ihnen deshalb gar nichts anderes übrig, als auf reale Kapitalimporte zu verzichten. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung variieren von Land zu Land. Am deutlichsten werden sie derzeit in Polen sichtbar: Ohne neue westliche Kredite wird der Niedergang der polnischen Wirtschaft weiter fortschreiten. Welchen Einfluß dies auf die politische Situation in Polen und damit auch auf die Ost-West-Beziehungen haben wird, ist schwer vorherzusagen.

### 3) Möglichkeiten für eine Bewältigung der Verschuldungskrise

Es kann nicht im Interesse des Westens und insbesondere nicht im Interesse eines so in die Weltwirtschaft verflochtenen Landes wie der Bundesrepublik Deutschland liegen, Länder der Dritten Welt, aber auch des Ostblocks, bankrott gehen zu lassen. Einseitige Maßnahmen einer einzelnen westlichen Regierung können allerdings weder positiv noch negativ kaum etwas bewirken. Kein westliches Land kann z.B. private Banken dazu zwingen, weiter Kredite an Schuldnerländer zu vergeben, die als ein zu hohes Kreditrisiko angesehen werden. Zu denken ist daher an multilaterale Maßnahmen.

In der derzeitigen Lage richten sich deshalb viele Hoffnungen verstärkt auf Weltbank und IWF. Angesichts der real stagnierenden Entwicklungshilfe des Westens kann eine Erhöhung der internationalen Liquidität bei zurückgehenden Überschüssen der OPEC-Länder oder auch eine Strategie der Eindämmung der Nachfrage nach Kapital zur Überwindung von Zahlungsproblemen von Kreditnehmerländern nach Meinung vieler Experten nur durch Maßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen (vor allem Weltbank und IWF) erfolgen.

Seitz

Referat 412, Bd. 130469

## 226

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Como

010-2408/82 VS-vertraulich

14. August 1982<sup>1</sup>

Vermerk über Gespräch BM mit AM Colombo am Samstag, 14.8.1982, in Como/Italien<sup>2</sup>

Anwesend: Herr Cavalchini, VLR von Ploetz, Pressesprecher des italienischen Außenministeriums<sup>3</sup> (zeitweise).

1) Lateinamerika

*Colombo* hob positive Bewertung seiner kürzlichen Reise<sup>4</sup> hervor, die auch in Argentinien als Zeichen des guten Willens begrüßt wurde. Überall wurde Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Dialogs unterstrichen.

Nach *Colombos* Eindrücken ist die im Zusammenhang mit dem Falkland/Malwinen-Konflikt durch die USA geschlagene Wunde tiefer und ernster als die durch Europa einschließlich GB geschlagene. Er warnte davor, die hierdurch entstandene Lage zu unterschätzen.

*BM* teilte diese Einschätzung und verwies darauf, daß er bereits bei seiner Begegnung mit AM Pym in Northolt<sup>5</sup> eine entsprechende Warnung geäußert habe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 16. August 1982 gefertigt, der vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt!“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 19. August 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 19., 24. und 26. August 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 14. August 1982 zu einem informellen Meinungsaustausch mit dem italienischen Außenminister Colombo in Como auf.

<sup>3</sup> Enzo Perlot.

<sup>4</sup> Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 3./4. August 1982 in Peru auf, besuchte anschließend Brasilien und vom 8. bis 10. August 1982 Argentinien.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym am 6. Mai 1982 auf dem Flugplatz Northolt vgl. Dok. 137.

Nach *Colombos* Einschätzung scheinen die Regierungen von Venezuela, Kolumbien und Bolivien, wie auch die allgemeine politische Strömung in anderen lateinamerikanischen Staaten, die Bildung einer Organisation amerikanischer Staaten ohne USA für nötig zu halten. Bei Brasilien und Peru registrierte er eine negative Einstellung zu derart extremen Lösungen, entsprechend äußerten sich verantwortungsbewusste Gesprächspartner in Argentinien. Aber auch dort wurde die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenhalts anerkannt, um die Position gegenüber den USA zu stärken. Colombo befürchtete, daß ein Trend zur Vollmitgliedschaft in der Blockfreien-Bewegung, sollte er sich durchsetzen, tiefgreifende Folgen haben würde.

Colombo wies auch besorgt auf die wirtschaftliche Lage in der Region hin; die Argentinien bezeichnete er als explosiv im Hinblick auf Umfang der Auslandsverschuldung (40 Milliarden Dollar, davon 1982 fällige Zahlungen von 12 bis 14 Milliarden Dollar). Die argentinischen Parteien sagten in ihren Wahlkampf-vorbereitungen nichts zur Lösung dieses Problems, die Militärs schienen ihm durch schnelle Durchführung der Wahlen<sup>6</sup> ausweichen zu wollen.

Colombo unterstrich die Bedeutung der bevorstehenden GV-VN<sup>7</sup> für die weitere Entwicklung des europäisch-lateinamerikanischen Verhältnisses. Argentinien strebe natürlich eine Resolution an, die sich mit der Substanz des Falkland/Malwinen-Konflikts befasse. Das schwierigste Problem sah Colombo darin, daß Argentinien neben einem gewissen diplomatischen Ausgleich für die erlittene Niederlage eine indirekte Anerkennung seiner Souveränität anstrebe. Wahrscheinlich werde Mexiko einen entsprechenden Entwurf gemäß Art. 14 VN-Charta<sup>8</sup> auf die Tagesordnung setzen lassen.<sup>9</sup>

Ein weiterer Punkt sei der Dekolonialisierungsaspekt, in dem sich Argentinien der Unterstützung durch die Blockfreien sicher sein könne. Colombo mahnte seine Gesprächspartner zu größter Vorsicht und betonte, daß ein breiter Konsens nur für Resolution zu erzielen sei, die zwar die Frage auf die Tagesordnung setze, nicht aber das eigentliche Sachproblem löse. Seine Anregung, ei-

<sup>6</sup> Am 30. Oktober 1983 fanden in Argentinien Wahlen zum Parlament und zu einem Wahlmännergremium statt, das den Präsidenten wählen sollte.

<sup>7</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut von Artikel 14 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 445.

<sup>9</sup> Gesandter von Schubert, Buenos Aires, berichtete am 29. Juli 1982: „Argentinische Vorbereitungen für 37. GV sind in vollem Gange. Sie stehen ausschließlich im Zeichen Falkland-Malwinen-Konflikts und erklärter Absicht, Souveränität über Inseln auf diplomatischem Wege zu erreichen. Hebel ist politische Unterstützung lateinamerikanischer Staaten. Argentinisches Bestreben geht hierbei dahin, Problem als eines des ganzen Kontinentes herauszustellen. Antrag auf Behandlung als ‚fundamental issue‘ soll auf Antrag Mexikos mit Unterstützung aller Lateinamerikaner in Generalversammlung vorgebracht werden. Es wird nicht damit gerechnet, daß Behandlung in VN schon zu Verhandlungen mit GB führen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 698; Referat 230, Bd. 128030. Botschafter Jelonek, New York (VN), teilte am 25. August 1982 mit: „Nachdem Argentinien und 19 weitere AM Lateinamerikas einen formellen Antrag auf Behandlung der ‚Question of the Malvinas Islands‘ auf TO der 37. GV gestellt haben (Dok. A/37/193 vom 17.8.1982), wird General Committee in der ersten Woche nach Beginn der GV (ab 21.9.) Entscheidung treffen müssen, wie dieser TOP prozedural zu behandeln sein wird. GB-Vertretung hat uns gegenüber durchblicken lassen, daß sie Versuche, die Aufnahme des neuen TOP zu verhindern, für vergeblich hält. Es wird erwartet, daß Mexiko oder einer der übrigen Miteinbringer im General Committee konkret vorschlagen wird, wo Frage behandelt werden soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1973; Referat 230, Bd. 128030.

nen Mittelweg zu gehen und auf die SR-Resolution 502<sup>10</sup> und 505<sup>11</sup> Bezug zu nehmen, sei verstanden worden ebenso wie sein Hinweis, daß eine solche Bezugnahme den Europäern keine Schwierigkeiten machen würde und selbst von GB nicht abgelehnt werden könne. Brasilien und Peru hätten ziemlich aufgeschlossen reagiert. Colombo schloß seinen Bericht mit der Anregung, daß die Europäer gegenüber Argentinien gezielt entsprechend argumentieren sollten und daß man auch lateinamerikanische Staaten zu entsprechendem Vorgehen veranlassen solle.

*BM* begrüßte Colombos Reise und hielt es für wichtig, daß die EG den Versuch unternimmt, auf Lateinamerika zuzugehen, zumal die dortige Entfremdung und das Mißtrauen gegenüber den USA nicht schnell abzubauen seien. Nur die EG könne diesen Staaten, soweit sie nicht auf die SU fixiert seien, die gewünschte Anknüpfung geben.

GB gegenüber müsse man so argumentieren: In der Zeit der Not hätten die Europäer Solidarität bewiesen, jetzt müsse GB Solidarität üben, um eine Zukunftsperspektive zu haben. In der Anregung Colombos zur GV-Resolution erblickte *BM* einen guten Ausgangspunkt für eine solche Entwicklung.

*BM* hielt es auch für wichtig, daß EG-AM künftig bevorzugt nach Lateinamerika reisen, und regte an, sich über die Reiseziele untereinander abzustimmen. Dies alles soll nach Auffassung *BMs* dazu dienen, in der Region die westlichen Interessen zu wahren angesichts der Belastungen im Verhältnis USA/Lateinamerika.

*Colombo* stimmte einer koordinierten Reisediplomatie zu. Hier, wie auch bei den Bemühungen um breit angelegte VN-Resolution, rechnete er allerdings mit britischem Widerstand. Die vom britischen Botschafter in Rom<sup>12</sup> angedeutete Taktik, daß der Resolutionsentwurf für GV um so besser sei, je weniger annehmbar er ausfalle, hielten Colombo und *BM* für falsch.

Das Waffenembargo<sup>13</sup> wird nach Colombos Einschätzung in Argentinien nicht als militärisches, sondern als politisches Problem gesehen. Durch den französischen Beschluß<sup>14</sup> überrascht, habe er den Argentinern die italienische Bereitschaft zur Aufhebung erklärt, aber auf die Notwendigkeit einer europäischen Abstimmung hingewiesen.

*BM* erläuterte, daß auch von uns eine Aufhebung durch Entscheidung der zehn Außenminister vorgezogen würde; sollte ein solcher Beschluß nicht möglich sein, würden wir einen Beschluß anstreben, der das weitere Vorgehen jedem einzel-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 502 des VN-Sicherheitsrats vom 3. April 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 15.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 505 des VN-Sicherheitsrats vom 26. Mai 1982 zum Falkland-Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 17.

<sup>12</sup> Ronald Arculus.

<sup>13</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>14</sup> Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 10. August 1982: „Über den Wehrtechnischen Attaché der Botschaft war heute in der Direction des Affaires Internationales beim Délégué Général de l'Armement im hiesigen Verteidigungsministerium zu erfahren, daß das Rüstungsembargo gegen Argentinien für französische Exporte aufgehoben worden ist. Ergänzend wurde mitgeteilt, daß hierüber das Auswärtige Amt am 6.8.1982 durch die franz. Botschaft in Bonn informiert wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1472; Referat 330, Bd. 136474.

nen Land überläßt. Auf keinen Fall dürfe dauerhafter Schaden im Verhältnis Europa/Lateinamerika entstehen.

*Colombo* erklärte die Absicht, das Thema ganz offen mit Pym zu erörtern, um am 9.9. zur Entscheidung zu kommen. Auf BMs Hinweis, daß er wegen der Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation<sup>15</sup> höchstens – wenn überhaupt – am Abend des 9.9. nach Kopenhagen<sup>16</sup> kommen könne, äußerte Colombo eine Präferenz dafür, das Thema bis dahin aufzuschieben.

## 2) Europäisch-amerikanisches Verhältnis

BM bezeichnete diese Beziehungen als das gegenwärtig wichtigste Problem: Die Europäer müßten lernen, daß es in Einzelpunkten Differenzen mit den USA geben könne, daß sie aber ohne die USA in einer fundamental schlechteren Lage wären. Deshalb wäre es lebensgefährlich, aus solchen Streitpunkten zentrale Fragen zu machen. Die Amerikaner ihrerseits, die in den letzten Monaten schwere Fehler gemacht hätten, müßten lernen, daß Europa nicht jeder Wendung der US-Politik folgen könne.

BM stellte fest, daß wir beim Gas-Röhren-Geschäft<sup>17</sup> ebensowenig wie beim Stahlproblem<sup>18</sup> nachgeben könnten (obwohl letzteres kein spezifisch deutsches Problem sei).

Dies festgestellt habend, müsse aber alles getan werden, um eine weitere Entfremdung zu den USA zu vermeiden. Die Europäer übersähen die strukturellen Veränderungen in den USA (Bewegung zum Sunbelt), die auch in der Mentalität der maßgeblichen neuen Leute Ausdruck finden.

Die sowjetische Politik sei eindeutig darauf konzentriert, uns von den USA zu trennen. BM verwies in diesem Zusammenhang auf die Erklärung nach dem Honecker-Besuch bei Breschnew<sup>19</sup>, die deutlich darauf abziele, die Bundesrepublik zum Rammbock gegen die USA zu machen.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt gab am 9. September 1982 im Bundestag einen Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 122, S. 6745–6761.

<sup>16</sup> Referat 200 notierte am 16. September 1982: „Das 47. EPZ-Ministertreffen am 20. September 1982 in Brüssel tritt an die Stelle des wegen der dänischen Regierungskrise verschobenen EPZ-M[inister]T[reffens] vom 9.9.1982 in Kopenhagen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122697.

<sup>17</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>18</sup> Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 198, Anm. 4.

<sup>19</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, trafen am 11. August 1982 auf der Krim zusammen. Ministerialdirektor Pfeffer notierte dazu am 13. August 1982: „Im Vergleich zu den Krim-Treffen der letzten Jahre fällt auf, daß die Begegnung von Breschnew mit Honecker vorher nicht angekündigt war, daß sie in relativ großem zeitlichen Abstand nach der Begegnung Breschnews mit Husák stattfand und daß es seit der Abreise von Breschnew auf die Krim am 30.7.1982 bisher erst zwei derartige Treffen gegeben hat. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, daß der Gesundheitszustand von Breschnew zur Zeit besonders labil ist. Die hochrangige Zusammensetzung der sowjetischen Delegation – Tschernenko, Gromyko und Blatow – zeigt, daß bei der Begegnung substantielle Gespräche stattfanden [...]. In seinen Passagen zum sowjetisch-amerikanischen Verhältnis, zur Zusammenarbeit in Europa, zu den Genfer Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sowie zu Nahost folgt das Kommuniké der gewohnten sowjetischen Argumentationslinie. [...] Die Passage über Europa nennt ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland (im vorigen Jahr war kein europäisches Land genannt worden), und dies im Zusammenhang mit der ‚Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit‘, bei der ‚die

Die Konsequenz hieraus könne nur lauten: Vorhandene Gegensätze mit den USA sind auszutragen, aber nicht homerisch in der Öffentlichkeit. In jüngerer Zeit erweckten europäische Medien gelegentlich den Eindruck, der Hauptfeind Europas seien die USA und nicht die SU!

*Colombo* wiederholte die Eindrücke seiner Gespräche in Washington<sup>20</sup>, die er BM bereits brieflich übermittelt hatte, und stimmte im übrigen BM mit Nachdruck zu.

BM verwies auf sein Telefongespräch mit Olesen vom selben Tag, der am 16.8. nach den USA reisen wollte<sup>21</sup>. Ihm habe er geraten klarzumachen, daß beim Gas-Röhren-Geschäft und in der Stahlproblematik alle Europäer einer Meinung seien, nicht nur die Beteiligten. Es müsse in USA verdeutlicht werden, daß kein Handelskrieg in Betracht kommen könne.

Olesen möge ferner unsere Sorgen bezüglich Madrid<sup>22</sup> verdeutlichen: Die amerikanische Position, wonach das Ost-West-Verhältnis sich nicht auf Abrüstungsverhandlungen auswirken dürfe, werde von uns geteilt. Wir würden dies aber, anders als die USA, nicht nur auf INF, START und MBFR beziehen, sondern auch auf das Madrider Folgetreffen, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses und die Einsetzung einer KAE. Politisch argumentativ seien wir nirgends stärker als bei der KSZE. Europa und die USA könnten sich hier keine zusätzlichen Meinungsverschiedenheiten leisten.

BM verwies in diesem Zusammenhang auf jüngstes sowjetisches Papier zu INF<sup>23</sup>, das die USA der unseriösen Verhandlungsweise beschuldige und frontal gegen die Null-Option<sup>24</sup> angehe. Bei Erörterung der einzelnen Aspekte des

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1197*

BRD eine spürbare Rolle' spielen könnte. [...] Nach wie vor wird offenbar ein Einwirken auf uns als aussichtsreichstes Mittel betrachtet, die Durchführung des zweiten Teils des Doppelbeschlusses doch noch zu verhindern.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132597.

Für den Wortlaut der Erklärung zum Abschluß des Treffens vgl. den Artikel „Freundschaftliches Treffen zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker“; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. August 1982, S. 1.

<sup>20</sup> Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 21. Juli 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 222, Anm. 10.

<sup>21</sup> Der dänische Außenminister Olesen hielt sich am 17./18. August 1982 als Vorsitzender des EG-Ministerrats in den USA auf.

<sup>22</sup> In Madrid fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Zu ihrer Vertagung auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron legte Bundesminister Genscher am 17. August 1982 eine Übersetzung und Bewertung des Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, vom sowjetischen Gesandten Terechow am 9. August 1982 übergebenen Papiers zu den INF-Verhandlungen in Genf vor. In der Bewertung hieß es, das Papier sei nicht sehr detailliert und biete keine neuen Aspekte. Es enthalte im wesentlichen folgende Elemente: „Hinweis auf einseitigen Dislozierungsstopp der SU, Erläuterung der wichtigsten Bestandteile des sowjetischen Vertragsentwurfs, Zurückweisung westlicher Null-Lösung, sowjetische Warnung für Fall der Stationierung, Darstellung der Verhandlungsschwerpunkte aus sowjetischer Sicht (FBS, Drittstaatenproblematik, regionaler Ansatz). Trotz kategorischer Zurückweisung der westlichen Null-Lösung wird im Schlußteil des Papiers ein Vorankommen in Genf für möglich gehalten. [...] Die Tatsache, daß Moskau die westliche Verhandlungsposition sehr negativ bewertet und trotzdem eine pessimistische Einschätzung der weiteren Verhandlungsperspektive vermeidet, zeigt, daß die SU Wert darauf legt, sich den europäischen Staaten als kooperativer und kompromißbereiter Verhandlungspartner zu präsentieren.“ Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>24</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

sowjetischen Papiers stellte *Colombo* fest, daß Gromyko ähnlich auch bei dem Gespräch am Rande der Abrüstungs-SGV<sup>25</sup> argumentiert habe.

Die Überlegung von Olesen, AM Shultz zu einem Gespräch mit den EG-Außenministern einzuladen, begrüßten BM und Colombo. *BM* bezeichnete die Fragen des Forums (EG oder NATO) als nachrangig gegenüber dem Zeitpunkt des Besuchs: Er solle so schnell wie möglich erfolgen.<sup>26</sup>

### 3) Polen

Die Minister stimmten überein, daß die gegenwärtige Politik Jaruzelskis der Dialogverweigerung die Probleme nicht lösen könne. Gleichzeitig sahen sie auf staatlicher Seite keine Alternative zu Jaruzelski.

*BM* erläuterte Colombo das Projekt der Deutschen Bischofs-Konferenz<sup>27</sup> und sagte ihm hierzu eine eingehende vertrauliche und persönliche Unterrichtung zu. Die deutsche Haltung bezeichnete er als grundsätzlich positiv, wobei von seiten des Finanzministers<sup>28</sup> natürlich Bedenken laut würden.

*BM* äußerte Interesse daran, etwas über die persönliche Beurteilung des Projekts durch den Papst<sup>29</sup> zu erfahren. *Colombo* sagte zu, das Thema unverzüglich nach den Ferien aufzunehmen.

*Colombo* berichtete über bittere Kritik von Czyrek an der westlichen Haltung: So werde Polen immer mehr in die Arme der SU getrieben. Finanzhilfe würde einen gemäßigteren Kurs beim jetzigen polnischen Regime bewirken – *Colombo* regte eine grundsätzliche Diskussion der Polen-Frage an, insbesondere um eine gemeinsame Position zur Umschuldungsfrage zu entwickeln.<sup>30</sup>

*BM* bezeichnete Umschuldung ebenfalls als wichtigstes anstehendes Problem. Die finanziellen Folgen einer Ablehnung für unsere Banken dürften nicht ge-

<sup>25</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York vgl. Dok. 215.

<sup>26</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 7. bis 19. Dezember 1982 in der Bundesrepublik, Belgien, den Niederlanden, Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1982 vgl. Dok. 332–334.

Am 8. Dezember 1982 traf Shultz mit seinen Amtskollegen Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Pym (Großbritannien) in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 339–341.

Am 9./10. Dezember 1982 nahm Shultz an der NATO-Ministerratstagung in Brüssel teil. Vgl. dazu Dok. 344–346.

<sup>27</sup> Ministerialdirektor Fischer gab am 30. Juli 1982 einen Überblick zu den Bemühungen der katholischen Kirche um eine Reform der polnischen Landwirtschaft: „Ziel der Initiative des polnischen Episkopats ist eine Stärkung des privaten Sektors und insbesondere der sich in einem desolaten Zustand befindlichen Landwirtschaft durch strukturelle Förderungsmaßnahmen im Wege der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ – gleichzeitig als Beitrag zur Sanierung der Volkswirtschaft und zu einer Verständigung der gegenwärtigen Führung von Partei und Staat mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Träger des Programms soll polnisches Episkopat sein. Polnische Regierung sei unterrichtet und habe keine Einwendungen. Initiative wird unterstützt von Kardinal Höffner als Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz [...]. Die Initiative des polnischen Episkopats verdient positive Prüfung. Eine Förderung der polnischen Landwirtschaft würde den privaten Bereich in Polen stärken und gleichzeitig der polnischen Bevölkerung unmittelbar zugute kommen. Gleichzeitig würde die Rolle der Kirche, die das Programm durchführen würde, gegenüber dem Staat gestärkt. Der polnischen Bevölkerung würde bewußt, daß sie vom Westen nicht vergessen ist.“ Vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>28</sup> Manfred Lahnstein.

<sup>29</sup> Johannes Paul II.

<sup>30</sup> Zur Frage einer Umschuldung für Polen vgl. Dok. 221, Anm. 9 und 11.

ring eingeschätzt werden, vor allem würde sie aber den Anreiz für stetige Verbesserungen der Lage in Polen beseitigen. Andererseits könne es nicht unsere Aufgabe sein, der SU die finanziellen Kosten ihres Abenteuers abzunehmen. Es sei daher wichtig, die Entscheidung über die Umschuldungsfrage in die westliche Gesamtstrategie einzubauen.

#### 4) Europäische Fragen

##### a) EG-Süderweiterung<sup>31</sup>

*Colombo* berichtete über sein Gespräch mit AM Pérez-Llorca in Madrid am 12.8.82, der letzte Sitzung in Brüssel<sup>32</sup> sehr negativ bewertet habe, was durch jüngste Äußerung Mitterrands noch verstärkt worden sei. Er habe erneut auf die grundsätzliche politische Bedeutung der Beitrittsverhandlungen für die weitere Entwicklung der spanischen Demokratie hingewiesen. Wenn im September der Eindruck entstehe, als seien die Verhandlungen gestoppt, werde dies nicht ohne Auswirkungen bleiben können.

*BM* wiederholte unsere Position. Er verwies auf inzwischen realistischere Einschätzung der Beitrittsfrage durch Spanien und registrierte Tendenz, sich mit längeren Übergangsfristen abzufinden. Wichtig sei, den Spaniern Klarheit zu verschaffen, was am Ende der Übergangsfristen stehen werde. *BM* erkannte die innenpolitischen Implikationen an, verwies aber auch auf die innenpolitischen Zusammenhänge in Frankreich. Es werde einer erheblichen Anstrengung bedürfen voranzukommen.

##### b) Genscher/Colombo-Initiative<sup>33</sup>

Die Minister einigten sich darauf, gemeinsam im Oktober ihre Initiative vor dem Europäischen Parlament zu vertreten, wobei sie offensiv argumentieren und sich nicht etwa darauf beschränken wollten, die Meinung der zehn Außen-

<sup>31</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 198, Anm. 10.

<sup>32</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 196, Anm. 12. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 21. Juli 1982: „Am 20.7. fand in Brüssel 21. Stellvertretertagung mit SPA im Rahmen der Beitrittsverhandlungen statt. Erstmals sollten nach den Vorstellungen der dän[ischen] Präs[identschaft] echte Verhandlungen auf StV-Ebene stattfinden. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, die Beitrittsverhandlungen mit SPA erlitten einen – vor allem atmosphärischen – Rückschlag. Grund für den Mißerfolg waren die unzureichende Verhandlungsmarge der meisten Del[egationen], mangelnde Vorbereitung sowohl durch Vorsitz als auch SPA sowie schließlich die Verhandlungsführung durch Botschafter Riberholdt. In dieser Atmosphäre konnten greifbare Ergebnisse nicht erzielt werden. [...] SPA zeigte sich deprimiert vom Ergebnis der Tagung, bekundete aber Willen, angesprochene Fragen auf nächster StV-Tagung (im September) zu lösen. Auf span[ische] Bitte besprachen beide Del[egationen], was Presse über Ergebnis der Sitzung mitgeteilt werden könnte. Außer Leerformeln blieb nichts zu vereinbaren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2827; Referat 410, Bd. 130427.

<sup>33</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 209, Anm. 15. Die Referate 200, 410 und 501 vermerkten am 13. August 1982: „Die AM haben sich zuletzt am 20.6. auf der Grundlage eines Textentwurfs der Ad-hoc-Gruppe mit der E[uropäischen]A[kte] befaßt. Dabei wurden einige Fortschritte erzielt, so daß zu den meisten unserer Vorschläge ein gemeinsamer Text vorliegt. Insbesondere in zwei zentralen Fragen (Beschlüßfassungsverfahren im Ministerrat und Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments) blieben jedoch gegensätzliche Positionen der Partner bestehen. Die AM beschlossen daher am 20.6., daß 1) die Ad-hoc-Gruppe ihre Arbeiten fortsetzt; 2) die neue (dänische) Präsidentschaft dem Europäischen Parlament (gesehen am 7. Juli) einen Bericht über den Stand der Arbeiten erstattet; 3) die Außenminister sich erneut mit EA befassen, wenn dies von deutscher und italienischer Seite verlangt wird. Die Ad-hoc-Gruppe wird ihre Arbeit im September fortsetzen (nächste Sitzung am 13.9.). Zu den meisten unserer grundlegenden Ziele wurde bereits ein gemeinsamer Zehntertext erarbeitet.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122727.

minister vorzutragen. Die jeweiligen Reden sollten aufeinander abgestimmt werden.<sup>34</sup>

#### 5) Ost-West-Beziehungen

BM unterstrich Interesse an Fortschritten bei den laufenden Abrüstungsverhandlungen in Madrid: Er rechne mit einer permanenten Propaganda-Kampagne des Ostens, die darauf abziele darzutun, daß die amerikanische Politik europäische Interessen verletze. Das Ziel sei klar: Verhinderung der Stationierung von Mittelstreckenraketen ohne sowjetische Gegenleistung. Den deutsch-deutschen Beziehungen werde in den nächsten Monaten besondere Bedeutung zukommen. Der DDR sei bereits erwähnte Funktion zugeordnet. Es wäre gut, wenn auch unsere Freunde die DDR daran erinnern würden, daß DDR hier große Verantwortung trage. Der Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen sei Maßstab für das Ost-West-Verhältnis; um es zu verbessern, müsse DDR etwas für menschliche Erleichterungen leisten.

*Colombo* wollte diesen Gedanken aufnehmen. Dem DDR-Drängen auf seinen Besuch (Gegenbesuch<sup>35</sup>) wolle er vorläufig aber nicht nachgeben. Bevor er ihn abstatte, würde er einen Besuch in Bonn machen, um die Prioritäten der italienischen Außenpolitik deutlich zu machen.

*BM* unterrichtete *Colombo* darüber, daß über Honecker-Besuch noch nicht entschieden sei.<sup>36</sup>

#### 6) Nahost

*Colombo* erläuterte kurz italienische Überlegungen im Zusammenhang mit Entsendung eines Kontingents in den Libanon.<sup>37</sup> Beide Minister waren sich einig in der Verurteilung der Gewaltanwendung in Beirut.

Die Minister verständigten sich anschließend über eine Pressesprachregelung.

### VS-Bd. 14104 (010)

<sup>34</sup> Für den Wortlaut der Rede von Bundesminister Genscher vor dem Europäischen Parlament am 14. Oktober 1982 in Straßburg vgl. BULLETIN 1982, S. 877–881.

Für den Wortlaut der Ausführungen des italienischen Außenministers Colombo am selben Tag vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Verhandlungen des Europäischen Parlaments 1982/83, Nr. 1-289, S. 254–260.

<sup>35</sup> Der Außenminister der DDR, Fischer, hielt sich am 26./27. Oktober 1978 in Italien auf.

<sup>36</sup> Am 19. Mai 1982 fand im Bundeskanzleramt unter Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt ein Gespräch über Fragen der Deutschlandpolitik statt, an dem unter anderem die Bundesminister Franke, Genscher und Graf Lambsdorff teilnahmen. Dabei wurde auch ein Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik diskutiert. Schmidt legte dar, „daß Honecker aus seinem Besuch am Werbellinsee Vorteile gezogen habe. Dasselbe gelte für den Gegenbesuch. [...] BM Genscher unterstrich den großen Wert des Gegenbesuchs für Honecker. [...] Abschließend wurde die Frage erörtert, ob der Gegenbesuch Honeckers auch im September in Aussicht genommen werden könnte. Es wurde festgestellt, daß seitens der SPD und FDP im Hinblick auf die Landtagswahlen in Hessen am 26. September kein Hindernis für den Besuch gesehen werde. Weiter wurde festgestellt, daß das Treffen auf jeden Fall außerhalb und auch nicht in der Nähe Bonns stattfinden soll, mit einem Abstecher ins Saarland entsprechend dem Besuch von Güstrow. Falls Honecker zusätzlich den Wunsch äußert, auch Trier zu besuchen, wird sich ihm dies im Hinblick auf die Präzedenzfälle im Ostblock nicht abschlagen lassen. Bei der Frage, ob das Treffen in Hamburg selbst oder auf dem Lande in Norddeutschland stattfinden sollte, ist zu berücksichtigen, daß in Hamburg Sympathiekundgebungen der DKP und Anti-Kundgebungen zu Störungen führen könnten. Ein Treffen auf dem Lande würde allerdings eine Abstimmung mit entweder MP Stoltenberg oder MP Albrecht erforderlich machen. Der Bundeskanzler bat, derzeit keine konkreten Vorbereitungen zu treffen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>37</sup> Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, berichtete am 9. August 1982: „Zeitungsberichten und Rund-

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer

320-381.40 VS-NfD

18. August 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte, der in II. skizzierten Marschroute zuzustimmen.

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf<sup>3</sup>

Bezug: Vorlage Abt. 3 vom 17.8.1982<sup>4</sup> – 320-381.40 NAM<sup>5</sup>

3 Anlagen<sup>6</sup>

Nachstehend werden der Stand der SR-435<sup>7</sup>-Verhandlungen, des Kubaner-Problems<sup>8</sup> und der „Grauzone“ zwischen beiden rekapituliert und bewertet und daraus Schlußfolgerungen für unsere Politik in der nächsten Zeit gezogen.

I. Wo stehen wir?

1) Die 435-Fragen sind fast ausnahmslos gelöst und einvernehmlich festgeschrie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1201*

funknachrichten zufolge ist die französische Regierung bereit, sich an einer multinationalen Eingreiftruppe zu beteiligen, die mit dem Ziel der Trennung der kämpfenden Parteien in Beirut gebildet werden könnte. Am gestrigen Sonntag sollen in der Residenz des amerikanischen Botschafters in der libanesischen Hauptstadt entsprechende Verhandlungen zwischen amerikanischen, französischen, italienischen und libanesischen Diplomaten und Militärs geführt worden sein, bei denen auch der US-Sonderbotschafter Habib zugegen gewesen sei. Eine solche Eingreiftruppe könnte 2500 Soldaten umfassen, von denen bis zu 1000 aus Frankreich, weitere 1000 aus den USA und ca. 500 aus Italien kommen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1466; Referat 310, Bd. 135720.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 20. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 320 verfügte und handschriftlich vermerkte: „DE ging direkt an Telko (16:15).“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 2. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. August 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Sache eilt. Wir sollten in der Tat so schnell wie möglich diese flankierende Aktion durchführen. Die mündliche Botschaft ist m. E. im Duktus in Ordnung (letzten Satz könnte man etwas weicher formulieren – siehe Anmerkung). Es spricht auch nichts dagegen, in allen F[ront]L[inien]S[taaten] tätig zu werden.“ Vgl. Anm. 18.

<sup>3</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 217, Anm. 36.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „13.8.1982“.

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 17. August 1982, das Kabinett solle wie folgt zur Namibia-Frage unterrichtet werden: „1) Die Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des VN-Lösungsplans (SR 435): Verfassungsprinzipien (ausgenommen Wahlsystem, s. Ziffer 2), unparteiisches Verhalten von VN und südafrikanischer Verwaltung, VN-Überwachungstruppe UNTAG (Größe, Zusammensetzung, Aufgaben, Stationierung) sind nach intensiven K[ontakt]G[ruppe]-Konsultationen (Juli/August in New York) praktisch gelöst. Damit könnte schon in Kürze VN-Sicherheitsrat das Mandat an den GS für die VN-Operation erteilen (Implementierungsresolution). [...] 2) SWAPO/FLS fordern jedoch noch vor Implementierungsresolution Festlegung des anzuwendenden Wahlsystems. Südafrika hält bisher – wohl aus taktischen Erwägungen – seine Entscheidung zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht zurück. [...] 3) Problematisch bleibt das von US und S[üd]A[frika] aufgestellte ‚link‘ zwischen Namibia-Lösung und Kubaner-Rückzug aus Angola, das ein Verhandlungselement außerhalb von SR 435 darstellt. Chancen der vertraulichen Gespräche USA – Angola hierüber sind derzeit schwer einzuschätzen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125289.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 13, 14, 15 und 18.

<sup>7</sup> Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 36, Anm. 14.

<sup>8</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 155, Anm. 4.

ben<sup>9</sup>. Der erreichte Konsens könnte von der einen oder anderen Seite nur böswillig wieder in Frage gestellt werden. Südafrika hält allerdings weiterhin seine Entscheidung zum Wahlsystem (Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht) zurück, die für SWAPO und die FLS<sup>10</sup> unverändert Vorbedingung für den Start von 435 bleibt.

Das VN-Sekretariat hat noch nicht alle technischen UNTAG-Probleme (Zusammensetzung, Kosten etc.) gelöst, ist aber auf gutem Weg dazu und sieht – anhaltenden guten Willen auf allen Seiten und Entscheidungszwang vorausgesetzt – keine unlösbaren Probleme. Das bedeutet, daß die Kontaktgruppe (KG) ihr Mandat praktisch erfüllt und nichts Wesentliches mehr zu verhandeln oder vermitteln hat. Gleiches gilt für die FLS.

2) Beide Seiten – KG und FLS/SWAPO – empfanden ihr letztes Treffen in New York<sup>11</sup> als ein Schattenboxen in der Grauzone zwischen 435-Fragen, worüber sie sprechen, und der Kubaner-Frage, worüber sie nicht sprechen.

Alle Beteiligten wußten, daß die Südafrikaner (mit amerikanischer Zustimmung) die Entscheidung zum Wahlrecht zurückhalten, bis sich in der Kubaner-Frage etwas tut. (Warum SWAPO/FLS ein Gegen-Junktum aufstellen, statt der Gegenseite offen den Schwarzen Peter für die Nichtimplementierung von 435 zuzuschieben, ist nicht ganz klar. Vermutlich wollen sie Washington und Luanda etwas Zeit geben, um miteinander ins reine zu kommen.)

In Tripolis<sup>12</sup> haben die FLS eine klare Trennung der Namibia- und der Kubaner-Frage stipuliert, damit aber auch das Bestehen einer Kubaner-Frage implizite anerkannt und zugleich klargemacht, daß sie sich aus dieser Sache heraushalten wollen.<sup>13</sup>

Unter den westlichen Fünf wird über das amerikanische Junktum offen gesprochen, wobei sich die übrigen Vier mit abgestufter Deutlichkeit – in der Reihen-

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Verfassungsprinzipien; ‚informal understanding‘ über Unparteiisckheit und Entwurf diesbezüglichen Passus für Bericht des VN-GS an SR; Entwurf eines Briefs der KG an SR-Vorsitzenden zur Einberufung der SR-Sitzung mit Startschuß für 435.“

<sup>10</sup> Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Haas, z. Z. New York, berichtete am 12. August 1982, das „Treffen der K[ontakt]G[ruppe]-Afrikadirektoren mit F[ront]L[inien]S[taaten]/SWAPO“ am selben Tag in New York sei „erfreulich und erstaunlich unkontrovers“ verlaufen: „Einziger neuer Punkt in der Einführung durch KG war Mitteilung, daß S[üd]A[frika] seine Zustimmung zu Brief an SR-Präsidenten und Teil des Berichts des VN-GS zu ‚impartiality‘ erklärt hat. FLS bezeichneten Phase 2 mit Ausnahme von UNTAG (was im wesentlichen Sache des VN-GS sei) damit als praktisch abgeschlossen. Einziges Hindernis auf dem Weg zum SR sei Frage des Wahlsystems. FLS betonten mehrfach, daß sie alles ihrerseits Erforderliche getan haben und nunmehr von KG Druck auf Pretoria erwarten. [...] KG war mit Treffen zufrieden, weil sich FLS kooperativ und nicht konfrontativ zeigten: Sie drängten zwar auf baldige Entscheidung in Wahlrechtsfrage, nannten aber keine Fristen. Sie hielten sich an Übung, Kubaner-Frage unerwähnt zu lassen und gewährten USA damit weiterhin gewissen Verhandlungsspielraum. Sie verzichteten darauf, USA und übrige Vier wegen jüngster SA-Übergriffe auf Angola in Verlegenheit zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1891; Referat 320, Bd. 125289.

<sup>12</sup> Am 7./8. August 1982 scheiterte in Tripolis die geplante Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten. Vgl. dazu Dok. 210, Anm. 11.

<sup>13</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „AM Salim sagte in seiner Pressekonferenz in Tripolis am 7.8., über die Kubaner-Frage sprächen die Amerikaner mit den Angolanern. Jedes weitere Wort hierüber sei eine unzulässige Einmischung in angolansiche Angelegenheiten. Diese Äußerung ist in der amtlichen Mitteilung über die Pressekonferenz (siehe Anl[age] 1) nicht enthalten.“ Für den Wortlaut der Mitteilung vgl. den Drahtbericht Nr. 389 der britischen Botschaft in Luanda vom 11. August 1982 an das Außenministerium in London; Referat 320, Bd. 125289.

folge: GB, CAN, D, F – von diesem Junktim distanzieren. Die Südafrikaner schreiben die Urhebererschaft und Verantwortung für das von ihnen mitgeforderte Junktim den Amerikanern zu.

3) Die Kubaner-Frage haben die Amerikaner (General Vernon Walters) bisher zweimal mit Präsident dos Santos besprochen. Die dritte Gesprächsrunde (Delegationsleiter Frank Wisner) läuft z. Zt. in Luanda.

Die Amerikaner halten an ihrer Forderung nach einem prinzipiellen Parallelismus zwischen einem südafrikanischen Abzug aus Namibia und einem kubanischen Abzug aus Angola fest, sind aber in der Frage der praktischen Ausgestaltung des Parallelismus flexibel und bereit, wesentliche zeitliche und zahlenmäßige Asymmetrien hinzunehmen.

DB 3592 vom 17.8. der Botschaft Washington enthält in Ziffer 3 eine Zusammenfassung der amerikanischen Positionen.<sup>14</sup> Neu (und bedenklich) ist dabei nur, daß die Amerikaner jetzt den übrigen Vier sagen, die laufende Wisner-Mission sei die letzte ihrer Art, und andeuten, bei einem Scheitern dieser Mission sei Washington mit seinem Latein am Ende.

Während wir den amerikanischen Verhandlungsspielraum kennen, können wir über den angolanischen nur spekulieren. Die „wohlverstandenen“ angolanischen Interessen sprechen dafür, den amerikanischen Vorstellungen ausreichend entgegenzukommen. Ob Präsident dos Santos dies ebenso sieht und ob er dann entsprechend entscheiden könnte, wissen wir ebensowenig wie unsere Partner in der KG. Starke Zweifel sind angebracht.

## II. Was tun?

1) In der Kubaner-Frage, an der Erfolg oder Mißerfolg des jetzigen Verhandlungsanlaufs leider hängen, ist unser Spielraum sehr begrenzt. Wir müssen bei unserer in und außerhalb der Kontaktgruppe vertretenen Linie bleiben, daß wir den amerikanischen Junktim-Gedanken nicht mittragen.

1.1) In Kenntnis unserer Position haben uns die Amerikaner gebeten, ihre Verhandlungen mit Angola gegenüber den FLS soweit wie möglich flankierend zu unterstützen. Wir haben ihnen dazu Bereitschaft signalisiert, zugleich aber um vorherige Einsicht in einen kürzlichen Brief Reagans an die FLS-Präsidenten (von dem wir, siehe Anlage<sup>15</sup>, nur den Duktus kennen) gebeten. Diese Bitte ist bisher – entgegen einer Zusage Crockers an Dg 32<sup>16</sup> – unerfüllt.

<sup>14</sup> Gesandter Wallau, Washington, teilte am 17. August 1982 mit, anlässlich der Sitzung der Namibia-Kontaktgruppe am selben Tag in Washington sei von amerikanischer Seite über die Mission des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Wisner, informiert worden: „Ziel sei einmal, Angola davon zu überzeugen, daß die angolanischen Sicherheitsbedürfnisse innerhalb der Phase 3 berücksichtigt werden könnten. Insoweit erwarte man nun von Angola spezielle Vorschläge hierzu. Bezüglich der Grundsatzposition Angolas hinsichtlich eines linkage wolle man von US-Seite darauf hinweisen, daß es kein formelles linkage gebe. Was von US-Seite erwartet werde, sei lediglich eine politische Verpflichtung Angolas zu einem Parallelabzug der Kubaner. [...] Wisner habe ferner den Auftrag, den Angolanern deutlich zu machen, daß dies die letzte Mission sei, um den Wunsch und die Bereitschaft Angolas zu Verhandlungen zu erkunden. Bei einem Scheitern dieser Verhandlungsrunde sei geplant, die vier westlichen Partner wegen der weiteren Schritte zu konsultieren.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125289.

<sup>15</sup> Unter der Überschrift „Uns bisher bekannter Duktus des Reagan-Briefes“ hieß es in der Anlage: „US does not desire to place Angola on the formal Namibian agenda, however, the momentum we have sustained on Namibia has not lessened our concern about the Cuban Forces and the implication of this presence for the long term regional security ... We shall need a credible commitment to a parallel

Eine flankierende deutsche Unterstützung – am besten in Form einer von unseren Missionschefs vorzutragenden mündlichen Botschaft des Bundesministers an seine FLS-Kollegen<sup>17</sup> – sollte sich ohne Petitum auf unsere Lageanalyse beschränken, nämlich:

- Die 435-Fragen sind praktisch gelöst.
- 435 ist und bleibt für uns unabhängig von der Kubaner-Frage an der Tagesordnung.
- Das amerikanische Junktim ist kein Bluff, sondern bitterer Ernst.
- Über die praktische Ausgestaltung eines Parallelismus werden die Amerikaner mit sich reden lassen.
- Es ist sehr zu hoffen, daß die amerikanisch-angolanischen Gespräche zu Fortschritten führen, weil sonst der von uns verfolgte Zeitplan für 435-Wahlen in Namibia Anfang 1983 unrealistisch würde.
- Unabhängig von Namibia halten wir – wie auch die FLS einschließlich Angolas – einen Kubaner-Abzug für wünschenswert.

Ein ausformulierter Entwurf für eine solche Botschaft findet sich in der Anlage.<sup>18</sup>

1.2) Jetzt mit den Amerikanern über ihre Position zu sprechen, wäre zwecklos. (MacGuigan und Pym haben Ende Juli/Anfang August bei ihren Begegnungen mit Shultz<sup>19</sup> festgestellt, daß dieser ganz auf der von Haig und Crocker vorgeschriebenen Linie weitergeht.) Wenn die Amerikaner noch mit sich reden lassen, dann allenfalls nach einem Mißerfolg der laufenden Wisner-Mission in Luanda.

2) In 435-Fragen ist für uns innerhalb der Kontaktgruppe und gegenüber den FLS z. Zt. nichts Nennenswertes zu tun. Wir haben insbesondere kein Interesse daran, das Schattenboxen zwischen KG und FLS zu forcieren.

Wir sollten hingegen die Überlegungen und Vorbereitungen für den deutschen UNTAG-Beitrag (finanziell und personell) weiterverfolgen und auch die dazu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1204*

framework of Cuban withdrawal, by the time of the enabling resolution ... We cannot afford to deal on terms of open-ended negotiations with the Angolan Government“. Vgl. Referat 320, Bd. 125289.

<sup>16</sup> Wilhelm Haas.

<sup>17</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „London teilt uns soeben mit, AM Pym werde voraussichtlich am 19.8. ähnlich verfahren.“

<sup>18</sup> Unter der Überschrift „Entwurf einer mündlichen Botschaft des Bundesministers an seine FLS-Kollegen (einschließlich des angolanischen AM)“ hieß es in der Anlage: „Noch nie waren wir dem effektiven Beginn der 435-Ausführung so nahe. Für mich ist und bleibt die Resolution 435 – unabhängig von allen anderen Fragen – auf der Tagesordnung, bis sie implementiert ist. [...] Ich hoffe sehr, daß es bei den amerikanisch-angolanischen Gesprächen zu Fortschritten kommt, weil ich sonst leider keine Aussicht für die von uns gewünschte sehr baldige Implementierung von S[icherheit]R[esolution] 435 sehe. Meine Hoffnung stützt sich zum einen auf meine Einschätzung des amerikanischen Verhandlungsspielraums. Zum anderen beruht sie auf der von mir geteilten Auffassung Angolas und der übrigen Frontlinienstaaten, daß ein Abzug kubanischer Truppen aus Angola wünschenswert und möglich ist, wenn und soweit die südafrikanische Bedrohung Angolas fortfällt.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125289.

Zu den Wörtern „wenn und soweit“ vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ich würde vorziehen zu sagen: ‚in dem Maße wie‘“.

<sup>19</sup> Zum Besuch des britischen Außenministers Pym am 29. Juli 1982 in den USA vgl. Dok. 222, Anm. 11. Der kanadische Außenminister MacGuigan traf am 4. August 1982 in Washington mit seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz zusammen.

erforderlichen bilateralen oder Fünfer-Kontakte mit dem VN-Generalsekretariat intensivieren. In die internen Überlegungen sollte vor allem auch die Frage einbezogen werden, ob wir die Bundeswehr nicht nur zum Flugtransport von UNTAG-Einheiten nach Namibia, sondern auch zur Bereitstellung der vom VN-Generalsekretariat erbetenen technischen Instandsetzungseinheit heranziehen könnten.<sup>20</sup>

i. V. Limmer

Referat 320, Bd. 125289

228

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80 START-1475/82 VS-vertraulich

19. August 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: START-Verhandlungen;

hier: Sachstand nach Abschluß der ersten Verhandlungsrunde<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Am 12. August 1982 ging in Genf nach insgesamt 14 Plenarsitzungen die erste START-Verhandlungsrunde (Beginn: 29. Juni 1982) zu Ende. Am Tage

<sup>20</sup> Am 6. April 1981 begründete Ministerialdirektor Fleischhauer, warum nach Ansicht des Auswärtigen Amtes eine Beteiligung der Bundeswehr an einer VN-Friedenstruppe nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 100.

Im Vorgriff auf die nächste Sitzung des Bundessicherheitsrats im Oktober 1982 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 201 vom 20. August 1982 festgehalten: „BK erwartet, daß Vortrag des B[undes]A[ußen]M[inisters] zu den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer Beteiligung der BW an friedenserhaltenden Maßnahmen der VN wie bereits gem[äß] Gutachten vom Mai 1981 zu einem negativen Votum führen wird. Es geht ihm offenbar darum, den neuen BMJ in dieser Hinsicht einzubinden. (BMJ hielt bisher im Gegensatz zu AA, BMI und BMVg den fraglichen BW-Einsatz für rechtlich zulässig.“ Vgl. VS-Bd. 11962 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Erath und Legationssekretär Bruns konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Die Verteilung außerhalb des Hauses erst nach Billigung durch den Minister.“

Hat Lautenschlager am 27. August 1982 erneut vorgelegen.

Hat Ruth am 31. August 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 14. September 1982 erneut vorgelegen, der für den Persönlichen Referenten von Staatssekretär von Staden, Vortragenden Legationsrat von Butler, handschriftlich vermerkte: „M. E. sollte der StS die Vorlage auch sehen.“

Hat Butler am 14. September 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 16. September 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 26. August 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Enthält politische Bewertung Seite 5 ff.“ Vgl. Anm. 17.

darauf unterrichtete der amerikanische Chef-Unterhändler Rowny die Verbündeten im NATO-Rat über den bisherigen Verhandlungsverlauf. Trotz der sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen, die die beiden Verhandlungspartner in Genf vorgelegt haben, sieht die amerikanische Seite mögliche Annäherungspunkte in fünf Bereichen:

- Bereitschaft der SU zur Auseinandersetzung mit der für die USA zentralen Frage der Überlebensfähigkeit der strategischen Potentiale;
- Absicht auf beiden Seiten zu Reduzierungen in vereinbarten Phasen („step by step approach“);
- Annäherung der SU an das Prinzip der Parität („equal ceilings“);
- Bereitschaft der SU zur Zulassung neuer Zähl- und Vergleichskriterien (d. h. neben „Trägersystemen“ auch „Gefechtsköpfe“);
- Bewegung der SU in der Frage der Verifikation („kooperative Maßnahmen“ statt allein nur „National Technical Means“).

Gleichzeitig ist jedoch auch die sowjetische Absicht deutlich geworden, zum übergeordneten Zweck der Verhinderung der NATO-Nachrüstung<sup>5</sup> die START-Verhandlungen mit der INF-Materie zu verknüpfen. Dadurch ist bei START die Gefahr einer thematischen „Überfrachtung“ und zeitlichen Verzögerung gegeben.

Aus den während des Rowny-Briefings gewonnenen Erkenntnissen sowie den Berichten der Botschaften Washington und Moskau ergibt sich im einzelnen der nachstehende Sachstand.

## II. 1) Amerikanische START-Position

Gleich zu Beginn der Verhandlungen brachte die amerikanische Seite Reduzierungsvorschläge ein, die in groben Zügen bereits seit der Eureka-Rede Präsident Reagans vom 9. Mai 1982<sup>6</sup> bekannt waren. Da es sich nach amerikanischer Auffassung bei START (im Vergleich zu SALT) um einen völlig neuen Ansatz handelt, wurde relativ viel Zeit darauf verwendet, der sowjetischen Seite die dem amerikanischen START-Konzept zugrunde liegende „Philosophie“ zu erläutern<sup>7</sup>. Im weiteren Verhandlungsverlauf führten die USA ergänzende Begrenzungsvorschläge ein, die als „collateral restraints“ bezeichnet wurden und die Tendenz des ursprünglichen Konzepts verstärken sollten.

Die Elemente der amerikanischen START-Position im einzelnen:

### a) Reduzierungsvorschläge

In einer ersten Phase:

- Reduzierung der land- und seegestützten ballistischen Trägerraketen interkontinentaler Reichweite (ICBM bzw. SLBM) auf eine gleiche Obergrenze von

<sup>5</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>6</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 9. Mai 1982 in Eureka (Illinois) vgl. Dok. 142.

<sup>7</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zentraler Punkt dieser ‚Philosophie‘ ist das langfristig angelegte Ziel einer größeren strategischen Stabilität durch: weitgehenden Abbau der am meisten destabilisierend wirkenden Systeme, d. h. der (besonders schnell fliegenden und nicht ‚rückrufbaren‘) ballistischen Raketen interkontinentaler Reichweite; graduelle Umstrukturierung – innerhalb dieser Kategorie – von land- auf seegestützte Systeme (letztere sind aufgrund ihrer Mobilität und der daraus resultierenden Unverwundbarkeit zweitschlagsorientiert); dadurch stärkeres Hervorheben der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit.“

850 Einheiten und Begrenzung der auf ihnen angebrachten Gefechtsköpfe auf 5000 (davon maximal 2500 auf ICBM)<sup>8</sup>;

- Reduzierung der schweren Bomber<sup>9</sup> auf eine nicht spezifizierte gleiche Obergrenze, unter Einschluß des sowjetischen Backfire-Bombers (der bei SALT II<sup>10</sup> nicht erfaßt wurde).

In einer zweiten Phase:

- Reduzierung des Wurfgewichts<sup>11</sup> der ballistischen Raketen auf eine nicht spezifizierte gleiche Obergrenze unterhalb der gegenwärtigen US-Zahl;
- Reduzierung und „andere Beschränkungen“ (nicht spezifiziert) bei „langsam fliegenden Systemen“, d. h. Flugzeugen und Cruise Missiles.

b) „Collateral Constraints“:

- innerhalb der Obergrenze von 850 ICBM und SLBM: Untergrenzen für „mittlere und schwere“ ICBM (210) und für „schwere“ ICBM (110)<sup>12</sup>;
- qualitative Beschränkungen bei Gefechtsköpfen (GK) auf ICBM und SLBM: Fraktionierungsgrenzen für „gemirvte“ Systeme von maximal 10 GK auf ICBM und maximal 14 GK auf SLBM (wie bei SALT II), Gewichtsbeschränkung bei künftigen Systemen auf 200 kg je GK;
- vollständiges Verbot „schwerer ICBM“ (in der späteren zweiten Phase).

2) Sowjetische START-Position

Im Verlauf der ersten Verhandlungsrunde hat die SU umfangreiche Gegenvorschläge eingebracht. Die einzelnen Vorschläge wurden nicht in Form eines Vertragsentwurfes (wie bei INF<sup>13</sup>), sondern nur mündlich vorgetragen. Die sowjetische START-Position besteht demnach aus drei Teilen:

a) „Freeze“-Vorschlag: Quantitatives und qualitatives Einfrieren der strategischen Potentiale beider Seiten auf dem derzeitigen Stand für die Dauer der Verhandlungen, bezogen auf ICBM, SLBM, schwere Bomber, land-, see- und luftgestützte Cruise Missiles sowie „andere Nuklearsysteme, die aufgrund ihrer Stationierung in Drittländern oder auf Flugzeugträgern Ziele auf dem Territo-

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Derzeitiger Bestand nach vertraulichen US-Zahlen (NATO-Dokument DPC/D(82)11 vom 14. April 1982): SU: 2344 Trägerraketen (ICBM und SLBM). USA: 1484 Trägerraketen (ICBM und SLBM). SU: 7510 Gefechtsköpfe (davon 6180 landgestützt und 1330 see-gestützt). USA: 7112 Gefechtsköpfe (davon 2152 landgestützt und 4960 seegestützt).“

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Derzeitiger Bestand (Quelle wie oben): SU: 350 Bomber (davon 200 Backfire). USA: 410 Bomber (B-52 und FB-111).“

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>11</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Derzeitiger Bestand (nach US-Angaben während bilateraler Rüstungskontrollkonsultationen am 16. Juni 1982 in Bonn): SU: 5 Mio. kg. USA: 2 Mio. kg.“

<sup>12</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Als ‚schwere‘ ICBM gelten: 308 SS-18 auf sowjetischer Seite, 52 Titan II auf amerikanischer Seite; als ‚mittlere‘ ICBM gelten: 150 SS-17 und 360 SS-19 auf sowjetischer Seite, die geplante MX auf amerikanischer Seite (Quelle: NATO-Dokument DPC/D(82)11 vom 14. April 1982).“

<sup>13</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 sowie vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40 bzw. Dok. 169.

rium der anderen Vertragspartei erreichen können“ (d.h. im Klartext die sog. „Forward Based Systems“ der USA in Europa).

b) Reduzierungsvorschlag:

- graduelle Reduzierung bis 1990 auf 1800 Trägersysteme (ICBM, SLBM und schwere Bomber) unter der Bedingung einer Nicht-Erhöhung der Zahl der amerikanischen „Forward Based Systems“ in Europa;
- innerhalb dieser 1800-Obergrenze: nicht spezifizierte Untergrenze für „gemirvte“ Systeme, ebenfalls bezogen auf ICBM, SLBM und schwere Bomber;
- Reduzierung auf eine nicht spezifizierte Obergrenze für „nuclear charges“, d.h. Gefechtsköpfe und Waffen auf Bombern;
- Verbot aller Cruise Missiles und luftgestützten ballistischen Raketen (ASBM<sup>14</sup>) großer Reichweite;
- Verbot der MARV<sup>15</sup>-Technologie, einer Weiterentwicklung von MIRV<sup>16</sup>;
- neue einschneidende qualitative Einschränkungen bei seegestützten Systemen (während für die landgestützten Systeme lediglich die bisherigen SALT-II-Bestimmungen beibehalten werden sollen);
- <sup>17</sup>Zulassung der (bei SALT II nicht erlaubten) mobilen ICBM;
- Übernahme von SALT-II-Bestimmungen bezüglich Verbot von Orbital- und Meeresbodenstationierungen;
- Kompensation zugunsten der SU für chinesische strategische Systeme im Falle einer wesentlichen Erhöhung des chinesischen Potentials oder einer „allianzähnlichen Verbindung“ zwischen China und den USA (keine Erwähnung der britischen und französischen Systeme).

c) Vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearstrategischen Bereich: Notifizierung von Tests mit ballistischen Raketen sowie Übungen mit Flugzeugen, geographische Einschränkungen des Stationierungs- bzw. Operationsbereichs von Flugzeugträgern und schweren Bombern, Einrichtung von „Sanktuarien“ für gegnerische SLBM-U-Boote (d.h. geographische Einschränkung der U-Boot-Überwachung und Bekämpfung).

3) Politische Bewertung

a) Beide Seiten haben die erste START-Verhandlungsrunde vor allem dazu benutzt, die eigene Position einzubringen und zu erläutern. Ein Eingehen auf die Vorschläge der anderen Seite war zu diesem frühen Zeitpunkt kaum zu erwarten, mit der einen Ausnahme des sowjetischen „Freeze“-Vorschlags, der von den USA sogleich mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen und daraufhin von der SU ohne weiteres vom Tisch genommen wurde.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Air-to-Surface Ballistic Missile.

<sup>15</sup> Maneuverable Reentry Vehicle.

<sup>16</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bei MARV können die einzelnen Gefechtsköpfe nach Ausstoß aus der Trägerrakete einzeln gesteuert werden, während bei MIRV die Gefechtsköpfe auf einzelne Ziele nur vorprogrammiert sind.“

<sup>17</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 4.

<sup>18</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Amerikanische Argumente für die Ablehnung: Ein ‚freeze‘ würde den gegenwärtigen instabilen und wenig zufriedenstellenden Zustand der strategischen Rüstungen festschreiben und von der eigentlichen Verhandlungsaufgabe – substantielle Reduzierungen – ablenken.“

b) Von amerikanischer Seite wird der umfangreiche sowjetische Reduzierungsvorschlag als eine defensive Reaktion auf die amerikanische START-Initiative und nicht als ein eigenständiges, sorgfältig ausgearbeitetes und kohärentes Verhandlungskonzept gesehen. Die von der SU vorgeschlagenen zahlreichen qualitativen Einschränkungen für seegestützte Systeme zielen ganz eindeutig auf die amerikanischen Modernisierungsprogramme in diesem Bereich ab (Ohio-U-Boote, Trident-II/D5-SLBM)<sup>19</sup> und sind wohl als verhandlungstaktisches Gegengewicht zur amerikanischen START-Position bezüglich der sowjetischen landgestützten Systeme zu verstehen. In der Tat hat die SU außerhalb des Genfer Verhandlungsforums bereits deutlich gemacht, daß sie die amerikanische Position aufgrund der Tendenz zur Verlagerung von landgestützten auf seegestützte Systeme und der Forderung nach Abbau des sowjetischen Quasi-Monopols bei „schweren ICBM“ als einseitig zu ihren Lasten gehend empfindet.

Die 1800-Obergrenze für ICBM, SLBM und schwere Bomber, Herzstück des sowjetischen Reduzierungsvorschlags, geht nicht so weit wie die von der amerikanischen Seite vorgeschlagene Begrenzung von 850 für ICBM und SLBM ohne schwere Bomber (die Begrenzung für letztere könne nach inoffiziellen amerikanischen Aussagen im Bereich 350 bis 400 liegen). Sie ist allerdings um ca. 20% niedriger als die entsprechende Grenze im SALT-II-Vertrag. Die SU hat damit wohl endgültig die Notwendigkeit eingesehen, über SALT II hinauszugehen, was die in der westlichen (vor allem amerikanischen) Öffentlichkeit immer noch erhobene Forderung nach SALT-II-Ratifizierung<sup>20</sup> als „überholt“ erscheinen lassen dürfte.

Überaus bemerkenswert ist, daß die SU eine Zahl vorschlägt, die in dieser Größenordnung annähernd bereits im damals von Moskau zurückgewiesenen Carter/Vance-Vorschlag von 1977<sup>21</sup> enthalten war. Auch wenn die SU mit ihrem an 1977 erinnernden Vorschlag auch auf die innenpolitische Szene in Washington zielt (Hoffnung auf Unterstützung der Demokraten), wird sie sich fragen lassen müssen, warum sie 1982 zu einer numerischen Reduzierung bereit ist, die sie 1977 rundweg abgelehnt hatte.

c) In der nun bekannten sowjetischen Verhandlungsposition ist verstärkt die Tendenz zu erkennen, zur Durchsetzung ihrer Ziele die START- mit der INF-Materie zu verknüpfen.

So wird der Anwendungsbereich des „Freeze“-Vorschlags auf die amerikanischen „Forward Based Systems“ ausgedehnt, die bereits in den sowjetischen INF-Moratoriumsvorschlägen einbezogen sind. Nach der Devise „doppelt hält besser“ wurden auch im Reduzierungsvorschlag mehrere bereits bei den INF-Verhandlungen gemachte Vorschläge wiederholt (Verbot weitreichender Cruise Missiles und ASBM, Übernahme von SALT-II-Bestimmungen bezüglich Verbot von Orbital- und Meeresbodenstationierungen).

<sup>19</sup> Vgl. dazu das am 2. Oktober 1981 verkündete amerikanische Modernisierungsprogramm im Bereich der strategischen Streitkräfte; Dok. 34, Anm. 10.

<sup>20</sup> Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>21</sup> Anlässlich seines Besuchs in der UdSSR vom 27. bis 30. März 1977 unterbreitete der amerikanische Außenminister Vance einen neuen Verhandlungsvorschlag für einen SALT-II-Vertrag, der umfassende Reduzierungen im Bereich der strategischen Waffen vorsah. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 82 und Dok. 84.

Am deutlichsten ist die Verknüpfung jedoch bei der Konditionierung der 1800-Obergrenze für strategische Systeme an eine Nicht-Erhöhung der amerikanischen „Forward Based Systems“. Hiermit wird deutlich, daß das sowjetische Ziel der Verhinderung der NATO-Nachrüstung auch im START-Bereich prioritär verfolgt wird.

d) Die sowjetischen Vorschläge bezüglich vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) im nuklearstrategischen Bereich nähern sich zumindest teilweise an Gedanken an, die Präsident Reagan in seiner Berliner Rede vom 11. Juni 1982<sup>22</sup> geäußert hatte (Notifizierung von Raketentests und strategischen Übungen). Aufgrund dieser erkennbaren Übereinstimmung und der Begrenztheit der Materie scheinen auf diesem Gebiet relativ kurzfristig, d. h. noch vor Abschluß von umfassenden START-Abkommen, Vereinbarungen zwischen USA und SU möglich. Derartige Vereinbarungen könnten nicht nur die strategische Sicherheit erhöhen, sondern hätten auch positive Auswirkungen im „klimatischen“ Bereich. Durch unsere VBM-Initiative in den VN<sup>23</sup> haben auch wir an dieser Frage ein besonderes politisches Interesse.

e) Die dargestellte Situation zeigt deutlich, daß beide Seiten in der ersten Verhandlungsrunde lediglich Ausgangspositionen aufgebaut haben und sich dieser Tatsache wohl auch bewußt sind. Gerade dieser Umstand erlaubt den Schluß, daß – mehr als bei INF – beide Seiten ihre Positionen noch weiter entwickeln werden, so daß in späteren Verhandlungsrunden Bewegung möglich sein dürfte.

#### 4) Ausblick

a) Auch wenn Rowny sich in Brüssel „vorsichtig optimistisch“ gab und spätere Annäherungen nicht ausschloß, sind in den bisher bekannten START-Positionen der beiden Seiten sehr unterschiedliche Ansätze erkennbar.

Problematisch dabei ist, daß auf beiden Seiten Motive einwirken, die außerhalb des eigentlichen Vertragsgegenstandes angesiedelt sind. Dies zeigt sich auf amerikanischer Seite daran, daß die eigene Position in einer Weise konzipiert wurde, welche die Durchführung der von Präsident Reagan am 2. Oktober 1981 beschlossenen strategischen Modernisierungsprogramme (MX, Trident-II/D5, B-1,

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Rede von Präsident Reagan am 11. Juni 1982 vor dem Charlottenburger Schloß in Berlin (West) vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

<sup>23</sup> Referat 220 vermerkte am 21. September 1982: „1) Die wesentlich von der Bundesregierung getragene VN-Initiative zur internationalen Förderung und Durchführung von VBM beruht auf Gedanken der weltweiten Umsetzung der mit der KSZE gemachten positiven Erfahrungen. 2) Verlauf der Initiative: Anregung in BK-Rede vor 1. Abr[üstungs]-SGV, 1978, zu regionalen Vereinbarungen von VBM als Grundlage für künftige weltweite Konvention über VBM. 33. GV, 1978, fordert alle Staaten auf, über ihre Ansichten und Erfahrungen mit VBM zu berichten. 30 Staaten – darunter wir – antworten. 34. GV, 1979, beschließt Erstellung einer ‚umfassenden Studie über VBM‘. Die eingesetzte Expertengruppe stand unter Leitung des damaligen deutschen Botschafters beim CD und umfaßte 14 Regierungsexperten aus verschiedenen Regionen der Welt, darunter auch der USA und der Sowjetunion. 36. GV, 1981, legt die fertige Studie der 2. Abr.-SGV zur weiteren Prüfung vor und fordert alle Staaten auf, die Einführung von VBM in ihren jeweiligen Regionen zu prüfen. [...] Unser Ziel für 37. GV: Einbringung einer Resolution, die Thematik auf der Tagesordnung der VN hält, die wesentlichen Ergebnisse der VN-Studie unterstützt, die UNDC mit dem follow-up dieser Studie betraut, die Unterstützung der GV für die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für die internationale Anwendung von VBM feststellt, die Staaten zur regionalen Anwendung von VBM auffordert.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124508.

Stealth) selbst bei einschneidenden Reduzierungen des bestehenden Gesamtpotentials nicht in Frage stellen würde.

b) Auf sowjetischer Seite bleibt vorrangiges Ziel, die NATO-Nachrüstung zu verhindern. Diese Priorität beeinflusst auch die Verhandlungsführung bei START, obwohl die von der Nachrüstung betroffenen Systeme eigentlich in einem anderen Forum verhandelt werden (INF).

Der Termin Ende 1983 ist für Moskau bei beiden Verhandlungssträngen von entscheidender Bedeutung. Solange die SU hoffen kann, daß die NATO-Nachrüstung durch die „Friedensbewegung“ verhindert oder verzögert wird, dürfte sie weder bei INF noch bei START (aufgrund der von der SU betriebenen Verknüpfung) zu weitgehenden Konzessionen bereit sein. Dagegen kann angenommen werden, daß die SU kurz vor dem SPD-Parteitag 1983<sup>24</sup> und vor Dislozierungsbeginn bei INF mit neuen Vorschlägen, z. B. mit „Null-plus“-Lösungen, an die Öffentlichkeit treten wird. (Laut Berichterstattung der Botschaft Moskau könnten darunter auch Vorschläge sein, die bei westlichem Verzicht auf die Pershing II die Reduzierung der Zahl der SS-20 anbieten.)

Bei START dürften die sowjetischen Vorausüberlegungen sogar noch über Ende 1983 hinausgehen. Hinweise aus Moskau zeigen, daß die SU hier bereits an die nächste US-Präsidentenwahl im Herbst 1984<sup>25</sup>, d. h. an eine neue Administration denkt, wobei sie auf einen Sieg der in ihren Augen „abrüstungsfreundlicheren“ Demokraten spekulieren dürfte.

Auch angesichts der z. T. finanziellen, z. T. technischen Realisierungsschwierigkeiten bei den erwähnten strategischen Modernisierungsprogrammen der USA (MX-Dislozierungsmodus!<sup>26</sup>) könnte die SU geneigt sein, bei START vorerst auf Zeit zu spielen.

c) Trotz dieser Gefahr der thematischen „Überfrachtung“ und zeitlichen Verzögerung ist festzuhalten, daß langfristig sowohl die USA als auch die SU an strategischer Sicherheit (und strategischer Rüstungskontrolle) interessiert bleiben. Hinweise aus Moskau zeigen, daß die SU mehr und mehr auch für sich selbst das für die USA zentrale Problem der Verwundbarkeit der landgestützten Raketen erkennt. Folgerichtig hat sie bei START die Möglichkeit mobiler – d. h. weniger verwundbarer – ICBM, die nach SALT-II-Protokoll nicht zulässig

<sup>24</sup> Am 18./19. November 1983 fand in Köln ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt.

<sup>25</sup> Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 6. November 1984 statt.

<sup>26</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 201, Anm. 16.

Vortragender Legationsrat Seibert notierte am 4. August 1982: „Das Repräsentantenhaus hat am 27.7. die Autorisierung von 875 Millionen Dollar für die Entwicklung eines endgültigen MX-Stationierungssystems vorgeschlagen. Damit könnten – nach der Version des Repräsentantenhauses – insgesamt 1,14 Milliarden Dollar für den Bau der Rakete und 2,6 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung genehmigt werden, noch bevor der Präsident über die – gegenwärtig noch nicht definitiven – Stationierungsvorschläge des Pentagon entschieden hat. [...] Da der Senat im Mai insgesamt 1,9 Milliarden Dollar unter den Vorbehalt der endgültigen Stationierung gestellt hat, wird sich der Vermittlungsausschuß (Joint Senate–House Conference Committee) noch über den vorläufigen Umfang der für MX autorisierten Haushaltsmittel einigen müssen. [...] Präsident Reagan verpflichtete sich in einem Brief an den Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, sich bis zum Ende des Jahres für einen ständigen Stationierungsplan zu entscheiden. Aussichtsreichster endgültiger Stationierungsplan ist gegenwärtig das von der Air Force favorisierte Dense-pack-Konzept. Die Air Force schlägt vor, die vorgesehenen 100 MX nur in einem Dislozierungsgebiet zu stationieren. Der Abstand zwischen den einzelnen Silos soll 1800 bis 2000 Fuß betragen, so daß alle 100 Silos in einem Gebiet von ca. zehn Quadratmeilen untergebracht werden könnten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125652.

waren, zur Debatte gestellt. Auch die im amerikanischen START-Konzept implizierte Umstrukturierung der strategischen Potentiale von landgestützten auf seegestützte Systeme (welche kurzfristig der SU größere Anstrengungen abverlangen würde), könnte auf lange Sicht auch von Moskau als im eigenen Interesse liegend analysiert werden, zumal die eigenen Rüstungsprogramme bereits jetzt eine stärkere Orientierung auf seegestützte Systeme andeuten (U-Boote der „Typhoon“-Klasse, SS-NX<sup>27</sup>-20-Rakete, Cruise-Missile-Programme).

Ein erheblicher Verhandlungsanreiz besteht für die SU auch darin, durch START auf die umfangreichen strategischen Modernisierungsprogramme der USA Einfluß zu nehmen. Die besondere Besorgnis der SU gilt dabei den amerikanischen Plänen zur Seedislozierung einer großen Anzahl weitreichender Cruise Missiles, deren Verhandelbarkeit bei START die USA in Genf gerade zugestanden haben.

Das westliche Konzept, geplante Nachrüstungsprogramme vor deren Realisierung in Verhandlungen zur Disposition zu stellen (wie bei INF), könnte sich schließlich auch bei START als erfolgreich erweisen.

d) Es liegt in unserem Interesse, daß beide Verhandlungen – START und INF – weiterhin getrennt bleiben und zügig und flexibel geführt werden.

In der Öffentlichkeitsarbeit ist darauf zu achten, die sich häufende öffentliche Kritik der SU an der amerikanischen START-Position (die von der eigenen – auf Zeitgewinn angelegten – unflexiblen Haltung ablenken soll) überzeugend zurückzuweisen. Dies ist notwendig, weil es die SU durch „selektive“ Darstellung der amerikanischen START-Position verstanden hat, bei Teilen unserer Öffentlichkeit (z. B.: O. Lafontaine im „Spiegel“ vom 16. August 1982<sup>28</sup>) den Eindruck festzusetzen, als ob die START-Initiative der USA einseitig ohne eigene Gegenleistung nur eine Reduzierung der sowjetischen landgestützten Raketen fordere. „Vergessen“ wird dabei, daß von den USA gleiche Obergrenzen für land- und seegestützte Raketen vorgeschlagen wurden, was die USA zu einer Reduzierung ihrer seegestützten und evtl. auch luftgestützten Systeme in vergleichbarer Größenordnung (ca. 50 bis 60%) zwingen würde, also in einem Maße, wie es von der SU bei ihren landgestützten Systemen erwartet wird.

Der von den USA z. Zt. auf unsere Anregung hin vorbereitete „START-Argumentationskatalog“ könnte für unsere Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang hilfreich sein.

Citron

**VS-Bd. 11392 (220)**

<sup>27</sup> Naval Experimental.

<sup>28</sup> Vgl. den Artikel „Atomrüstung einfrieren – jetzt“. SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine über Ronald Reagans Rüstungspolitik; DER SPIEGEL, Nr. 33 vom 16. August 1982, S. 32.

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt  
mit dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen  
Landeskirche Mecklenburgs, Rathke, am Brahmssee**

24. August 1982<sup>1</sup>

(Gedächtnis-)Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Mecklenburgischen Landesbischof Dr. Rathke am 24. August 1982, 15.00 bis 17.15 Uhr am Brahmssee

Der Bundeskanzler empfing den Mecklenburgischen Landesbischof Dr. Rathke am 24. August 1982 am Brahmssee zu einem 2 1/4stündigen Gespräch.

Der *Bundeskanzler* knüpfte an die Begegnung im Dom zu Güstrow am 13. Dezember 1981 an.<sup>2</sup> Bischof *Dr. Rathke* dankte dem Bundeskanzler „im Namen vieler“, daß er trotz der ungewöhnlichen Sicherheitsvorkehrungen nach Güstrow gekommen sei. Er bedauerte, daß der Bundeskanzler dafür von anderen kritisiert worden sei. Der *Bundeskanzler* erwiderte, er habe mit dieser Kritik gerechnet und sei dennoch nach Güstrow gekommen, weil er dies für seine Pflicht gehalten habe.

Bischof *Dr. Rathke* hob noch einmal die Bedeutung hervor, daß Generalsekretär Honecker im Güstrower Dom zum ersten Mal unmittelbar etwas spüren konnte, was Christen bewegt. Auf Frage des Bundeskanzlers berichtete er, daß etwa zwölf Angehörige der Domgemeinde im Dom anwesend gewesen seien. Dieses habe er den Sicherheitsbehörden in sehr harten Verhandlungen abringen können. Den Wortlaut seiner Begrüßungsansprache<sup>3</sup> habe er vorher jedoch niemandem zur Kenntnis gegeben. Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß er hierauf nur habe improvisiert antworten können.

Der Bundeskanzler fragte nach dem baulichen Zustand des Doms und etwa notwendigen Renovierungen. Bischof *Dr. Rathke* berichtete, daß das Dach vor kurzem abgedichtet worden sei, im Inneren des Doms jedoch Renovierungen erforderlich seien. Deren Inangriffnahme sei weniger eine Frage des Geldes als fehlender Baukapazität. Mit der Bereitstellung von Devisen ließen sich erfahrungsgemäß aber auch solche Engpässe überwinden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, am 25. August 1982 gefertigt und am folgenden Tag über Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage 1 wird ein (Gedächtnis-)Vermerk über Ihr Gespräch mit Bischof Dr. Rathke am 24. August 1982 mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt. Im Hinblick auf den Bericht des Bischofs über die positiven Wirkungen der Schlußakte von Helsinki für die deutsch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion schlage ich vor, Bundesminister Genscher Kenntnis zu geben. Der Entwurf eines Übermittlungsschreibens durch StM Wischnewski ist als Anlage 2 beigefügt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363 und Dok. 364. Zum Besuch in Güstrow am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 368.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Rathke, am 13. Dezember 1981 im Dom in Güstrow vgl. BULLETIN 1981, S. 1043 f.

Bischof Dr. Rathke berichtete über die Lage seiner Landeskirche. Er versteht sich angesichts der vorwiegend agrarischen Struktur Mecklenburgs als „Landbischof“ mit engem Kontakt zu den Gemeinden. Das Bewußtsein der Bürger in den Teilen der Landeskirche Mecklenburg wie auch der Landeskirche Greifswald, in denen Westfernsehen gesehen werden kann, unterscheidet sich deutlich von dem Bewußtsein in den (östlich von Rostock) gelegenen Teilen, die nur durch Westrundfunk erreicht werden können. Beide Kirchen berücksichtigen dies bei ihrer kirchlichen Informationsarbeit. Die Mitteilungen der Landeskirchen werden von den staatlichen Behörden aufmerksam kontrolliert (Einwirkungen erfolgen auf differenzierte Weise).

Der Bundeskanzler und Bischof Dr. Rathke erörterten die Missionierung Mecklenburgs von Ratzeburg und Havelberg aus. Bischof Dr. Rathke berichtete in diesem Zusammenhang, daß für das Gebiet seiner Landeskirche um Ratzeburg, das zur Bundesrepublik Deutschland gehört, eine innerkirchliche Vereinbarung erreicht werden konnte, die ohne Änderung der kirchlichen Gebietsgrenzen eine seelsorgerische Angliederung des Ratzeburger Gebiets an die nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ermöglichte.

Bischof Dr. Rathke überbrachte dem Bundeskanzler Grüße von der deutsch-lutherischen Gemeinde in Karaganda/Kasachstan und überreichte eine Mappe mit handgeschriebenen Kirchenliedern und Bibelauszügen, die von Gemeindegliedern für den Gottesdienst angefertigt wurden. Er berichtete, daß es den deutsch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion seit 1975 besser gehe als zuvor. Die Gemeinde in Karaganda habe dies ausdrücklich auf die Schlußakte von Helsinki<sup>4</sup> zurückgeführt. Darüber habe er dem Lutherischen Weltbund berichtet. Bischof Dr. Rathke wird demnächst im Auftrag des Lutherischen Weltbundes die deutsch-lutherischen Gemeinden in Omsk, Tomsk und Alma Ata besuchen. Er sprach sich dafür aus, die Deutschstämmigen in Kasachstan und Sibirien wie auch die Deutschstämmigen in Rumänien zum Bleiben zu ermutigen und zu versuchen, mehr zur Verbesserung ihres Lebens dort zu tun. Er zeigte sich von der Stärke des Überlebens der deutsch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion trotz der langjährigen Unterdrückung der Glaubensfreiheit und nahezu ohne Geistlichkeit auf reiner Laienbasis sehr beeindruckt.

Der *Bundeskanzler* berichtete über seine Absicht, im Luther-Jahr<sup>5</sup> eine Luther-Rede zu halten und trug dazu seine Luther-Sicht vor. Er bedauerte die durch

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup analysierte am 23. Dezember 1982: „Am Beginn des Jahres, in dem in beiden deutschen Staaten des 500. Geburtstages von Martin Luther gedacht wird, verdient Aufmerksamkeit, wie Staats- und Parteiführung der DDR den Reformator für ihre Ziele in Anspruch nehmen wollen.“ Folgende Akzente würden sich abzeichnen: „Luther als historische Gestalt und sein Werk der Reformation werden in das ideologisch bestimmte Geschichtsbild der DDR eingepaßt: Der bisher als ‚Fürstenknecht‘ und ‚Bauernverräter‘ abgestempelte Reformator wird zum Idol des frühbürgerlichen Fortschritts proklamiert. [...] Luther wird dementsprechend eingeordnet in die ‚progressive Tradition der deutschen Geschichte‘: Es wird ein Bogen gespannt, der bis zum ‚Sieg des Sozialismus in der DDR‘ reicht.“ Weiter stellte Kastrup fest, eine Einheit der deutschen Kulturturnation werde geleugnet. Das Gedenkjahr werde von der DDR benutzt, um sich international als ein Staat mit eigenen Traditionslinien und eigenständiger Geistesgeschichte zu präsentieren: „Diese Vereinnahmung Martin Luthers ordnet sich in die größere Aufgabe der DDR-Geschichtswissenschaft ein, aus der überkommenen Erbmasse diejenigen Ereignisse und Prozesse herauszuschä-

Martin Luther verursachte, wenn auch nicht gewollte Spaltung der Kirche. Bischof *Dr. Rathke* wies in diesem Zusammenhang auf die ökumenische Würdigung des Augsburger Bekenntnisses durch Papst Johannes Paul II.<sup>6</sup> hin. Er sprach sich für die Teilnahme evangelischer Bundesminister an den Kirchentagen der evangelischen Landeskirchen in der DDR aus Anlaß des Luther-Jahres aus. Er beabsichtigt, die Frage der Einladung evangelischer politischer Amtsträger aus der Bundesrepublik Deutschland zu den kirchlichen Feiern in der DDR im Luther-Jahr auf einer der nächsten Sitzungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Diskussion zu stellen.

Der Bundeskanzler erörterte mit Bischof *Dr. Rathke* die unterschiedliche Haltung von Regierung und Kirche in der Friedensdiskussion beider deutscher Staaten, die Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen und die Ursachen der Weltwirtschaftskrise. In diesem Zusammenhang wurde auch die Nachfolgefrage in der Sowjetunion mit ihrer Auswirkung auf den politischen Handlungsspielraum der DDR-Führung behandelt. Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß Honecker, wie sich auch aus der Verlautbarung über das Treffen mit Breschnew auf der Krim<sup>7</sup> ergebe, gegenwärtig zu größerer Bewegung nicht in der Lage sei. Bischof *Dr. Rathke* teilte diese Einschätzung.

Bischof *Dr. Rathke* gab einen Überblick über die Lage der Landwirtschaft in der DDR. Die erneute Änderung der Landwirtschaftspolitik, mit der eine teilweise Rückkehr zur Weidewirtschaft, die Verkleinerung der Ställe und Ackerflächen angestrebt werde, wirke sich auf den Leistungswillen der Betroffenen negativ aus. Die SED versuche nunmehr, auch den Trend der Verstädterung der Landbevölkerung wieder umzukehren und diese zur Rücksiedlung in die Dörfer und Bearbeitung von Nebenerwerbsflächen zu ermutigen. Nach den strukturellen Veränderungen der vergangenen zehn Jahre sei die Bereitschaft der Bürger zur Umorientierung jedoch nicht groß.

Der *Bundeskanzler* fragte Bischof *Dr. Rathke*, wie der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR einen Gegenbesuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland<sup>8</sup> beurteilen würde. Bischof *Dr. Rathke* sprach sich von der Vernunft her für den Gegenbesuch aus: Im politischen Gespräch zwischen den beiden deutschen Staaten dürfe es keine Rückschritte geben, und Begegnungen auf der politischen Spitzenebene sollten zur Normalität werden.

Der *Bundeskanzler* bat Bischof *Dr. Rathke* um eine Einschätzung des gemeinsamen Friedenspapiers der Konsultationsgruppe des Rates der EKD und des

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1215*

len, die im Sinn der sozialistischen Geschichtspropaganda als historische Vorläufer des Staates der DDR gelten können.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132740.

<sup>6</sup> Zum 450. Jahrestag der „Confessio Augustana“ hielt Papst Johannes Paul II. am 25. Juni 1980 eine Rede, in der er die zu den Feierlichkeiten in Augsburg versammelten Menschen grüßte. Für den Wortlaut vgl. [http://www.vatican.va/holy\\_father/john\\_paul\\_ii/speeches/1980/june/documents/hf\\_jp-ii\\_spe\\_19800625\\_confessio-augustana\\_ge.html](http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/speeches/1980/june/documents/hf_jp-ii_spe_19800625_confessio-augustana_ge.html).

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, trafen am 11. August 1982 auf der Krim zusammen. Vgl. dazu Dok. 226, Anm. 19. Für den Wortlaut der Erklärung zum Abschluß des Treffens vgl. den Artikel „Freundschaftliches Treffen zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker“; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. August 1982, S. 1.

<sup>8</sup> Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 226, Anm. 36.

Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR<sup>9</sup>, das er noch nicht habe eingehend studieren können. Bischof *Dr. Rathke* erläuterte die unterschiedliche kirchliche Haltung in der Frage der Verteidigung im Kriegsfall und unterstrich die auch vom Bundeskanzler hervorgehobene besondere Verantwortung beider deutscher evangelischer Kirchen für den Frieden und deren Angebot an die beiden deutschen Regierungen, zur Kooperation und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten beizutragen.

Bischof *Dr. Rathke* stimmte dem Bundeskanzler zu, daß Generalsekretär *Honecker* nationale Identität in Heimatgefühl und einer Hinwendung zur gemeinsamen deutschen Vergangenheit und Geschichte suche. Der *Bundeskanzler* sprach sich dafür aus, diese Tendenz in der DDR öffentlich zu begrüßen.

Bischof *Dr. Rathke* bat die Bürger der Bundesrepublik Deutschland darum, trotz der erhöhten Mindestumtauschsätze<sup>10</sup> nicht darin nachzulassen, die DDR zu besuchen, um die menschliche Kommunikation auf diese Weise intakt zu halten. Er sprach sich für eine Korrektur vor allem in der sozialen Komponente (Rentner, Jugendliche) aus.

Der Bundeskanzler und Bischof *Dr. Rathke* erörterten die Lage in Polen, die Stellung der katholischen Kirche und die Stellung von General *Jaruzelski*. Der *Bundeskanzler* berichtete aus einem Gespräch, daß Teile der polnischen Streitkräfte im Falle einer bewaffneten sowjetischen Intervention in Polen auf sowjetische Soldaten geschossen hätten. Bischof *Dr. Rathke* berichtete von Eingaben einer Reihe von DDR-Bürgern, daß sie sich im Falle einer Teilnahme der DDR an einer bewaffneten Intervention in Polen verweigern würden. Die Evangelisch-Lutherischen Kirchen in der DDR haben im Rahmen von „Brot für die Welt“ auch für die lutherische Kirche in Polen gesammelt; freiwilligen evangelischen Helfern aus der DDR ist es in diesem Sommer erstmals seit Verhängung des Kriegszustandes wieder möglich gewesen, in dem von Deutschen gestifteten Kinderkrankenhaus in Warschau Dienst zu tun.

Der Bundeskanzler und Bischof *Dr. Rathke* behandelten außerdem eine breite Palette theologischer, ökumenischer und politisch-ethischer Fragen. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Lage der katholischen Kirche in der Dritten Welt, namentlich in Lateinamerika, und die sich aus der konservativen Haltung von Papst Johannes Paul II. in der Frage der Empfängnisverhütung ergebenden Zwiespalte gesprochen.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Arbeitsberichts „Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland“ vom 19. August 1982 vgl. KUNDGEBUNGEN, S. 87–91.

Staatssekretär *Bräutigam*, Ost-Berlin, berichtete am 9. September 1982: „Wie Konsistorialpräsident *Stolpe* [...] sagte, formulieren Vertreter des SED-Parteiparates deutlicher als Gysis Leute ihren Unwillen über das Friedenspapier der Kirchen. Ausgangspunkt sei dabei immer wieder der Umstand, daß es sich hier um eine gemeinsame Aktion der Kirchen in beiden deutschen Staaten handle. Dies führe dazu, daß auch die Inhalte viel kritischer gewürdigt würden, als es bei rein internen Vorgängen – selbst bei Friedensinitiativen – zu beobachten gewesen sei. Vom Inhaltlichen her werde seitens der Partei-Funktionäre betont, daß das Papier der Verteidigungsmotivation in der Bevölkerung entgegenwirke und schon deshalb abzulehnen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 964; Referat 210, Bd. 132741.

<sup>10</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

Bischof *Dr. Rathke* dankte dem Bundeskanzler für das eingehende und vertrauensvolle Gespräch, das für ihn über den Informationswert hinaus einen hohen Gefühlswert darstelle.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

230

### **Oberst i. G. Barakling, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-14102/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3582  
Citissime

**Aufgabe: 24. August 1982, 16.05 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 24. August 1982, 15.11 Uhr**

Betr.: Gespräch HAtt<sup>2</sup> mit Armeegeneral Achromejew

Zeit des Vorganges: 24.8.82

Zeit der Feststellung: 24.8.82

Quelle: HAtt

Aufkommen: Gespräch

Sachverhalt:

Heeresattaché wurde anlässlich seines Antrittsbesuches am 24.8.82 um 10.00 Uhr zu einem gut einstündigen Gespräch vom Ersten Stellvertretenden Chef des Generalstabes, Armeegeneral Achromejew, empfangen (derzeit amtierender Generalstabschef).

Das Gespräch fand im Beisein von Konteradmiral Chuschokow (Stellvertretender Leiter UVS) und mit Unterstützung eines Dolmetscheroffiziers im Gebäude des Generalstabes statt.

a) A. eröffnete das Gespräch mit einigen persönlichen Anmerkungen und kam dann auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu sprechen. Er legte dar, daß es in ihnen gute und schlechte Perioden gegeben habe, und hob dabei hervor, daß selbst in den schwersten Stunden des Jahres 1942 die Sowjets immer zwischen Hitler und seinen Gefolgsleuten sowie dem deutschen Volk unterschieden hätten. Sodann bedauerte er, daß es schon seit Jahrzehnten keinerlei militärische Beziehungen zwischen den beiden Staaten gebe, und erneuerte das Angebot, solche aufzunehmen. Etwas scherzhaft sagte er, man brauche ja nicht gleich an gemeinsame Übungen zu denken, doch ließe sich ja zunächst einmal an den Austausch von Militärhistorikern, Delegationen militärischer Lehranstalten, gegenseitige Flottenbesuche denken. (Anmerkung: Der Dolmetscher

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 25. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.  
Hat Hofmann am 25. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Heeresattaché an der Botschaft in Moskau war Georg Schröter.

übersetzte zusätzlich, obwohl es nicht gesagt wurde, noch „Staffelaustausche“. Die Sowjetunion und auch die Bundesrepublik Deutschland (ausgesprochen, nur vom Dolmetscher mit „BRD“ übersetzt) könnten sicherlich weiter leben wie zuvor, doch wäre es sicherlich besser, wenn sich auch auf diesem Gebiet die Verhältnisse normalisierten. Man sehe jedenfalls einer Prüfung dieser Frage von unserer Seite mit Interesse entgegen.

Als HAtt zu Beginn dieses Themenkreises die Beteiligung von Militärs an Rüstungsbegrenzungsgesprächen ins Spiel brachte, entgegnete A., er kenne BK Schmidt, Brandt, Bahr und Ehmke aus Gesprächen, die alle diese Problematik betrafen, wolle aber jetzt ausschließlich als Militär sprechen und sich auf die bilateralen militärischen Beziehungen beschränken.

Auf die nebenbei geäußerte Bemerkung HAtt, daß sich der gesamte Militärattachéstab sehr freuen würde, wenn er mehr Gelegenheit zum Besuch militärischer Einrichtungen bekäme, ging A. nicht weiter ein.

b) A. leitete sodann das Gespräch auf die schwierige Weltlage über, wobei er durchaus keinen Monolog hielt, sondern auch den Gesprächspartner ausführlich zu Wort kommen ließ und auf seine Argumente einging.

Der vorsichtig geäußerten Kritik, daß es bei den Weltmächten daran mangle, die Perzeption des jeweiligen Kontrahenten richtig zu verstehen, wurde nicht widersprochen. Der Darstellung HAtt, daß aus unserer Sicht die UdSSR übergerüstet sei, hielt A. entgegen, vieles müsse man aus historischen Erfahrungen erklären.

Schließlich erklärte A.: Die Sowjetunion sei zutiefst besorgt darüber, daß in den USA jetzt offenbar eine völlige Umkehr des strategischen Denkens Platz griffe, welche dadurch gekennzeichnet sei, daß man atomare Auseinandersetzungen jetzt nicht nur als denkbar bezeichne, sondern atomare Kriege für gewinnbar halte und sie sich sogar als langandauernd vorstellen könne. Die Besorgnis vor einem solchen Denken und solchen Entwicklungen existiere nicht nur in der sowjetischen Führung, sondern werde vom ganzen Volk geteilt. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn auf solche Vorstellungen eine scharfe sowjetische Reaktion erfolge. Dies könnten wir auch „unseren Freunden“ sagen. Letztere Passage erschien A. so wichtig, daß er sie nach längerer Zeit noch einmal wiederholte.

c) Zum Schluß ging A. noch kurz auf einige persönliche Fragen ein und verabschiedete HAtt. Im Anschluß daran wurde der neue sudanesishe Verteidigungsattaché empfangen.

## 2) Beurteilung

### a) Anmerkungen

Das Gespräch fand in ernster, jedoch freundlicher Atmosphäre statt. A. enthielt sich jeden belehrenden Tones, erweckte jedoch in der zentralen Frage einer möglichen Wende der amerikanischen Sicherheitspolitik den Eindruck großer Besorgtheit.

A. wirkt recht alt, zeigte jedoch große geistige Beweglichkeit und war zu keinem Augenblick unaufmerksam.

Das Gespräch wurde – mit Ausnahme der persönlichen Passagen – mit Unterstützung des Dolmetschers geführt. A. selbst sprach sehr deutlich und in jedem

Wort verständlich. Bei der Übersetzung vom Deutschen ins Russische mußten einige Ausdrücke, die vom Dolmetscher mißverständlich oder gar falsch ins Russische übersetzt wurden (z. B. „Perzeption“ mit „Positsiya“), von HAtt korrigiert werden.

Es ist völlig ungewöhnlich, daß ein Teilstreitkraftattaché vom amtierenden Chef des Generalstabes empfangen wird. Außergewöhnlich ist auch die Dauer des Gesprächs.

Offenbar hat man versucht, eine Message „unauffällig“ in eine Reihe von Antrittsbesuchen einzureihen.

Die Schwerpunkte des Gespräches lassen erkennen, daß die Botenfunktion des HAtt in zweierlei Hinsicht besteht:

- Erneuerung des Angebots, bilaterale militärische Beziehungen aufzunehmen, die zunächst(?) einmal eine bestimmte Grenze nicht überschreiten sollten, da sich die Sowjets des Rapallo-Komplexes<sup>3</sup> der Alliierten sicherlich bewußt sind.
- Entgegennahme und Weitergabe der sowjetischen Besorgnis über eine neue Nuklearstrategie der USA. Es ist nicht ganz ersichtlich, ob die Ankündigung einer scharfen sowjetischen Reaktion sich auf das allgemeine politische und/oder militärische Verhalten der Sowjetunion oder auf konkrete noch bevorstehende Maßnahmen bezieht (Presseveröffentlichungen?).

In Vertretung  
[gez.] Barakling

VS-Bd. 11981 (201)

## 231

### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-14107/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3589  
Citissime

Aufgabe: 24. August 1982, 18.05 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. August 1982, 17.13 Uhr

Betr.: Amerikanische Nuklearstrategie

Bezug: DB Militärattaché Nr. 3582/82 VS-vertraulich 04-03-00 USR v. 24.8.82<sup>2</sup>

Mit der Bitte um Weisung

Auch für 213

1) Die Botschaft bittet um Weisung zu der Frage, ob unsere Verbündeten hier oder an anderer Stelle über die uns von sowjetischer Seite (vgl. den Bezugsbe-

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922; Dok. 6, Anm. 7.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 25. August 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 230.

richt) dargelegte Besorgnis über die Entwicklung der amerikanischen Nuklearstrategie unterrichtet werden sollen.

2) Die Botschaft hat über die Welle der sowjetischen Presseartikel der letzten Tage berichtet, die an den Bericht der Los Angeles Times zur Studie des Pentagon über „Protracted Nuclear War“<sup>3</sup> anknüpfen. Auch das Ustinow-Interview mit „Prawda“ vom 20.8.<sup>4</sup> zeigt wie eine ganze Reihe früherer mehr oder weniger hochrangiger Stellungnahmen, z.B. verschiedener sowjetischer Militärs, über die berichtet wurde, eine wachsende Beschäftigung der Sowjets mit der westlichen nuklearstrategischen Diskussion.

3) Sicherlich ist ein Großteil all dieser Äußerungen lediglich der gezielte Versuch, die westliche Öffentlichkeit zu verunsichern und die Reagan-Administration zu verdächtigen. Das dahinter liegende Ziel, die innenpolitische Basis der westlichen Regierungen in den START-<sup>5</sup> und INF-Verhandlungen<sup>6</sup> zu unterhöhlen, ist offensichtlich.

4) Dennoch kommt in diesen Äußerungen, deren Zahl und Tonlage teilweise einen fast hysterischen Eindruck machen, nach Auffassung der Botschaft auch eine echte Verunsicherung der Sowjets über die Ziele der USA zum Ausdruck.

Während sie wohl davon überzeugt waren, daß die USA im Verlauf des SALT-Prozesses von der Annahme ausgingen, daß die Entwicklung der Technik beiden Seiten eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit verleihe und Ziel dieser Verhandlungen deshalb nur sein könne, diese Grundsituation so stabil wie möglich zu machen, zweifeln die Sowjets gegenwärtig wohl daran, daß diese Überzeugung auf amerikanischer Seite fortbesteht. (Ob sie auf sowjetischer Seite jemals bestanden hat, ist eine andere Frage.)

5) Da die Sowjets gegenwärtig wohl hinsichtlich der Zielgenauigkeit ihrer nuklearen Einsatzmittel im Rückstand sind, wenn man von ihren modernen ICBM absieht, sie jedenfalls aber befürchten, bei einem Rüstungswettlauf stärker in den Rückstand zu geraten, wird nicht nur ihr Propagandaton schriller, sondern steigt auch ihre echte Besorgnis<sup>7</sup>.

6) Das Ganze zeigt, daß sie vermutlich befürchten, in absehbarer Zeit in den START/INF-Verhandlungen in eine Lage zu kommen, in der sie unangenehmen Opfern nicht ausweichen können, es sei denn, es gelänge ihnen, die USA, z. T. auch über die NATO-Verbündeten, an der Durchführung ihrer Programme zu hindern.

<sup>3</sup> Vgl. den Artikel „Pentagon Plan Aims at Winning Nuclear War. Strategic Study for First Time Contemplates Victory Over Soviets in Protracted Conflict“; LOS ANGELES TIMES vom 15. August 1982, S. 1 und 12.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „21.8.“

Vgl. den Artikel „Otvety ministra oborony SSSR Maršala Sovetskogo Sojuza D.F. Ustinova na voprosy korrespondenta TASS“; PRAVDA vom 20. August 1982, S. 1.

<sup>5</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurden am 29. Juni 1982 in Genf aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 187 und Dok. 228.

<sup>6</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

<sup>7</sup> Die Wörter „echte Besorgnis“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erste Wirkungen dieser Propaganda ...“

Vor diesem Hintergrund sollten die sowjetischen Äußerungen des Bezugsberichts gesehen werden.<sup>8</sup>

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11981 (201)

## 232

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den amerikanischen Senatoren Baker, Boren, Brady, Hawkins und Mattingly

VS-vertraulich

25. August 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit den Senatoren Baker, Boren, Brady, Hawkins und Mattingly am 25. August 1982 von 16.00 bis 17.30 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: Gesandter Woessner, ein Note-taker, AL<sup>3</sup>.

*Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit einer herzlichen Begrüßung und der einleitenden Frage nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der jüngsten amerikanischen Steuerentscheidungen.<sup>4</sup>

<sup>8</sup> Aufgrund einer fernmündlichen Weisung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 31. August 1982 teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 7. September 1982 mit, die USA seien „in diesem Stadium noch nicht von der uns von sowjetischer Seite dargelegten Besorgnis über die Entwicklung der amerikanischen Nuklearstrategie unterrichtet“ worden. Wieck führte weiter aus: „Aus hiesiger Sicht rate ich beim bisherigen Ergebnis der Sondierungen davon ab, die Angelegenheit weiterzuverfolgen, zumal 1) es sich um Fragen der amerikanischen Strategie handelt, 2) eine amerikanische Richtigstellung [...] bereits erfolgt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1609; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 27. August 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende die Aufzeichnung „zur Unterrichtung des Bundesaußenministers“. Bundeskanzler Schmidt habe sie noch nicht gebilligt.

Hat Botschafter Ruth am 1. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron und Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner am 1. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Erath verfügte.

Hat Citron und Erath vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Die amerikanischen Senatoren Baker, Boren, Brady, Hawkins und Mattingly hielten sich vom 25. bis 27. August 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 18. August 1982: „Die Diskussion um den Abbau der hohen Haushaltsdefizite konzentriert sich z. Zt. auf das Paket von Einnahmeverbesserungen auf steuerlichem Gebiet in Höhe von rund 98 Mrd. Dollar über den Dreijahreszeitraum von 1983 bis 1985, das dem Kongreß zur Abstimmung vorliegt. Sie kulminierte in der Fernsehansprache des Präsidenten vom 16.8., in der er an die Öffentlichkeit appellierte, das Steuerpaket zu unterstützen. Das

*Baker*: Die Steuerentscheidung hat große Bedeutung, weil sie zeigt, daß Präsident Reagan ein Realist ist, sich nicht von Ideologie leiten läßt. Sie wird von der Mehrheit des amerikanischen Volkes unterstützt.

*Brady* meint auf Frage des Bundeskanzlers nach den im engeren Sinn wirtschaftlichen Auswirkungen, daß der fallende Zinssatz eine Reihe von Entwicklungen widerspiegelt: Die Rezession<sup>5</sup> verläuft in einer etwas weniger steilen Kurve, die öffentlichen Kreditanforderungen sind nicht ganz so groß, wie man gedacht hat, der Präsident wird das Haushaltsdefizit begrenzen. Unter diesen Umständen hat Volcker richtig gehandelt, wenn er die Absenkung der Zinssätze dem Markt überlassen hat. Längerfristige Zinssätze werden folgen. Er stimmt Baker zu, daß die jüngste Steuergesetzgebung vor allem ein entscheidendes Zeichen dafür war, daß der Präsident nicht bis zum letzten an der Ideologie der „supply siders“ festhält.

Er nimmt ebenso wie Baker das Absinken der Zinssätze noch vor der Steuerentscheidung als Zeichen dafür, daß die Zinssätze in jedem Fall sich schon nach unten entwickelten.

*Boren* sieht als Demokrat in der Steuergesetzgebung vor allem das Zeichen, daß Reagan kein Ideologe ist. Der wirkliche Test für die wirtschaftliche Entwicklung in den USA wird allerdings erst im nächsten Jahr kommen. Eine Steuererhöhung von 99 Mrd. Dollar genügt nicht, 350 Mrd. Dollar zusätzliche Verteidigungskosten (beides über drei Jahre) auszugleichen.

*Bundeskanzler* weist auf Frage Bradys nach der Entwicklung der deutschen Zinssätze auf die heutige Sitzung der unabhängigen Bundesbank hin.

Er vermutet auf Frage Borens als Hauptgründe für die hohen US-Zinsen, daß das Defizit 1982 zu groß ist im Verhältnis zur privaten Sparrate und daß die US-Öffentlichkeit mit einem wachsenden Defizit rechnet.

Er erläutert auf Frage, daß es die Weltwirtschaft zur Zeit nicht nur mit einer Rezession, sondern darüber hinaus mit einschneidenden strukturellen Verän-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1222*

Paket war vom mehrheitlich republikanischen Senat auf Grund eines Entwurfes des Finanzausschusses [...] verabschiedet worden und dann in einem verkürzten Gesetzgebungsverfahren sogleich in einen Vermittlungsausschuß beider Häuser gegangen. Das mehrheitlich demokratische Repräsentantenhaus, dem die Initiative für Haushaltsgesetze zusteht, hatte im Interesse der Beschleunigung auf eigene Vorschläge verzichtet. [...] Im Verlauf der Diskussion des von der Presse als ‚largest tax increase in history‘ apostrophierten Steuerpaketes wuchs der Widerstand gegen jede Art von Steuererhöhungen aus dem Lager der Republikaner“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3602; Referat 420, Bd. 130014.

<sup>5</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

Generalkonsul Schulze-Boysen, New York, teilte am 20. Juli 1982 mit: „Nach Meinung hiesiger Bank- und Wirtschaftskreise befindet sich US-Wirtschaft weiterhin auf Talsohle. Für das zweite Halbjahr 1982 wird bestenfalls mit geringem Wachstum des Sozialprodukts von höchstens drei Prozent (auf Jahresrate) gerechnet. Ungewißheit über weitere Zinsentwicklung läßt kaum Zuversicht oder neue Initiativen aufkommen. [...] Anhaltend kritische Finanzlage der US-Wirtschaft ist vor allem Ergebnis der hohen Kapitalkosten, die bisher eine Gewinnerholung verhindert haben und nur mit einer in den dreißiger Jahren erreichten Konkursrate zu vergleichen sind. Konsolidierung einer bisher inflationsorientierten Finanzierungsweise wird nach Meinung der Banken für viele Unternehmen eine schwere Prüfung sein, die einige bei anhaltend hohen Zinsen nicht bestehen werden. Für weiteren Verlauf des Jahres 1982 wird bestenfalls im kurzfristigen Bereich mit Zinssenkungen bis zu 1,5 Prozentpunkten gerechnet, während man bei den Anleihezinsen keine wesentliche Änderung erwartet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 283; Referat 420, Bd. 130014.

derungen und einer zu großen Abhängigkeit der Entwicklungsländer, aber auch der führenden Volkswirtschaften von Krediten zu tun.<sup>6</sup> Diese drei Entwicklungen zusammengenommen werden voraussichtlich zu einer Konstellation führen, die man eines Tages im Rückblick als die zweite große Weltdepression dieses Jahrhunderts bezeichnen wird. All diese Entwicklungen machen es immer schwerer, die Wirtschaft zu Investitionen zu bewegen. Die von Baker genannte Zinsgrenze von 13%, von der ab die Leute wieder investieren würden, erscheint ihm bei einer Inflationsrate von unter 6% immer noch zu hoch. Wir haben bei einer Inflationsrate von 5,3% und einer Zinsrate von 8,9% für zehnjährige Regierungsanleihen eine niedrigere Realverzinsung, die aber immer noch zu hoch ist, um z. B. den Hausbau wieder in Gang zu bringen.

Auf die Bemerkung Borens, daß die Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft schließlich auch zu einer Strukturkrise führen könnte, hält er es für unmöglich, langfristige Voraussagen zur Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen zu treffen. Weit mehr noch als die amerikanische Volkswirtschaft hängen die europäischen Volkswirtschaften von der Weltwirtschaft ab. Aber selbst die Amerikaner hängen vom Export von Verbrauchsgütern und landwirtschaftlichen Produkten ab. Damit werden wir immer abhängiger von anderen Staaten und ihren Krisen. Die Gefahr besteht, daß tendenziell all unsere Verbrauchsgüter z. B. in Hongkong und Taiwan produziert werden und wir uns auf hochentwickelte Dienstleistungen reduziert sehen. Schon heute ist klar, daß wir niemals wieder so viel Stahl verbrauchen werden wie früher. Unklar bleibt, was ein Land wie Deutschland, das praktisch all seine Rohstoffe einführen muß – außer Landwirtschaftsprodukte und etwas teurer Kohle –, in Zukunft exportieren kann, um für seine notwendigen Importe zu zahlen. Unsere Zukunft hängt aber davon ab, daß die anderen Länder der Welt von uns kaufen. Sie können aber nicht auf Dauer wie heute weitgehend auf Kredit kaufen.

Die Verschuldung auf den weltweiten Fremdwährungsmärkten und z. B. bei der Weltbank wächst ins Ungeheure, und mehr und mehr Staaten können ihre Schulden nicht mehr bedienen.<sup>7</sup> Wie lange wird das Kartenhaus der Xeno-Kredite halten? Der IWF funktioniert heute im wesentlichen als Forum des Meinungsaustauschs. Keiner gibt den Regierungen und den Parlamenten, die die wirklichen Entscheidungen treffen, klare Weisungen.

Diese wirtschaftlichen Unsicherheiten werden sich in politischer Instabilität niederschlagen – vielleicht mit der Ausnahme von China, das als einziges Land nicht wesentlich von dem wirtschaftlichen Austausch mit anderen Ländern abhängt.

*Baker* fragt nach den Möglichkeiten der politischen und militärischen Stabilisierung im Westen, einer Verbesserung der NATO-Strukturen und der Stationierung neuer Waffensysteme in Europa. Er erinnert an die wiederholten Zusicherungen des Kanzlers, die er unter großem politischem Risiko gemacht hat. Ist diese Frage jetzt weniger kontrovers geworden?

<sup>6</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>7</sup> Zur Staatenverschuldung vgl. Dok. 225.

*Bundeskanzler* betont, daß er in der Stationierungsfrage seine Haltung weder verändert noch qualifiziert hat. Aber die Gefahr besteht weiter, daß die Niederländer<sup>8</sup> und die Belgier<sup>9</sup> sich nicht den Italienern und Deutschen anschließen. Die Entwicklung treibt auf einen Höhepunkt im letzten Viertel 1983 zu: Man wird entweder feststellen müssen, daß die Verhandlungen<sup>10</sup> wegen der unverantwortlichen Haltung der SU kein Ergebnis gehabt haben oder daß sie zu einem sinnvollen Ergebnis geführt haben. Er kann nur hoffen, daß weder in Moskau noch z. B. unter den Kirchenführern in Westeuropa irgend jemand behaupten kann, daß die USA nicht ernsthaft und erfolgsorientiert verhandelt hätten. Er macht diese Bemerkung nicht, um die amerikanische Verhandlungsführung zu kritisieren, sondern nur, um auf diese psychologische Gefahr im nächsten Jahr aufmerksam zu machen.

Weder die NATO noch der NATO-Zusammenhalt erscheint ihm gefährdet. Im nachhinein wird sich Washington wohl auch sagen müssen, daß es sich nicht lohnte, gewisse Familienstreitigkeiten, z. B. über das Gas-Röhren-Geschäft<sup>11</sup>, zu beginnen. Die Pipeline wird gebaut werden, das Gas wird fließen, die Frage ist daher ein schlechter Anlaß für einen Disput zwischen Amerikanern und Europäern. Man sollte sich auf die grundsätzlicheren Fragen konzentrieren:

- Ist die NATO politisch und militärisch genügend ausgerüstet, um in den achtziger Jahren ihre eigentlichen Ziele zu erfüllen?
- Müssen wir unsere Bemühungen in der NATO geographisch ausweiten?

Auf Frage Bakers meint er, daß man sowohl die multilateralen Mechanismen in der NATO stärken muß wie die informellen Kontakte zwischen den Regierungen. Das gilt auch für die schwierige Frage der Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets (RDF)<sup>12</sup>, über die man wohl allerdings erst dann intensiv sprechen sollte, wenn die Familienstreitigkeiten beigelegt sind (falls wir nicht davor mit einer konkreten Notlage konfrontiert werden). Er zitiert aus dem umfassenden Spiegel-Interview General Rogers', daß wir Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen brauchen, aber gleichzeitig stark genug sein müssen, d. h. stärker im nicht-nuklearen Bereich.<sup>13</sup>

*Baker* bestätigt, daß in den USA das Gefühl wächst, der Westen müsse seine konventionelle Verteidigung stärken. Er weist auf die jüngste Untersuchung des „Economist“ hin, nach der eine systematische Verstärkung der konventionellen Verteidigung nur begrenzte zusätzliche Kosten verursacht.<sup>14</sup>

<sup>8</sup> Zur Haltung der Niederlande zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 203, Anm. 10.

<sup>9</sup> Zur Haltung Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 203, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

<sup>11</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Vgl. dazu auch die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR; Dok. 189, Anm. 15.

<sup>12</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA vgl. Dok. 131, Anm. 23.

<sup>13</sup> Vgl. den Artikel „Vieles stiftet Verwirrung“. NATO-Oberbefehlshaber Bernard W. Rogers über Zustand und Strategie des westlichen Bündnisses“, DER SPIEGEL, Nr. 34 vom 23. August 1982, S. 117–135.

<sup>14</sup> Vgl. den Artikel „Without the bomb“; THE ECONOMIST vom 31. Juli 1982, S. 11 f.

Vgl. ferner den Artikel „Do you sincerely want to be non-nuclear?“; THE ECONOMIST vom 31. Juli 1982, S. 30–32.

*Bundeskanzler* betont, daß solch eine Entwicklung vor allem die Deutschen, die Briten und die Franzosen berühren wird. Briten und Franzosen werden ihre nuklearen Potentiale beibehalten wollen, da sie dies als vitales Interesse ihrer Nationen ansehen. Die Briten werden dies nicht mit einer Verstärkung ihrer konventionellen Rolle verbinden können. Die Franzosen wären eher dazu in der Lage, es bleibt aber offen, ob sie dieses Opfer bringen werden. Deutschland ist der einzige Flugzeugträger für fremde Nuklearwaffen. Auf einem Gebiet von der Größe Oregons mit 60 Mio. (statt 2 1/2) Einwohnern ist fast dieselbe Zahl von Atomsprengköpfen stationiert wie in den USA. Wenn man hierzu noch die Truppen aus sieben Ländern hinzuzählt, die auf deutschem Boden stationiert sind, so ergibt sich zusammen mit dem deutschen Potential, daß die Bundesrepublik die am dichtesten bestückte militärische Provinz der Welt darstellt. Eine konventionelle Verstärkung würde also sehr schwierig sein. Wenn es nötig ist, muß es getan werden. Aber ist es notwendig?

In dieser Frage unterscheidet sich seine Auffassung etwas von der Washingtons. Er hat keinen Inferioritätskomplex gegenüber der sowjetischen Militärmaschinerie. Man muß auch nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nicht nur die Zahlen, sondern auch die Kampfkraft der Truppen in Rechnung stellen. Aus seinen Gesprächen mit sowjetischen Marschällen jedenfalls weiß er, daß sie sicherlich einen großen Respekt vor den deutschen Streitkräften haben.<sup>15</sup> Er hat das Gefühl, daß es nicht so sehr um mehr Soldaten geht als vielmehr um eine modernere und präzisere konventionelle Ausrüstung und vor allem um die Motivation der Soldaten. Dauernd von der Überlegenheit der Sowjets zu sprechen, hat eine verheerende Wirkung auf die Kampfkraft der eigenen Truppen. Letzten Endes kommt es in jeder Auseinandersetzung zunächst auf Soldaten an, ihre Motivation, ihre Ausbildung, und erst dann auf Ausrüstung und Bewaffnung.

Über die NATO-Krise wird geredet, seitdem die NATO besteht. Man sollte statt dessen herausstellen, was NATO leistet. Es kommt nicht darauf an, der Öffentlichkeit die Fähigkeit zur nuklearen Kriegführung nachzuweisen. Das gibt den Europäern nur das Gefühl, Kanonenfutter zu sein. Statt einer großen strategischen Debatte ist größeres Selbstvertrauen erforderlich. Bei allem Verständnis für den Wunsch des Pentagon, mehr Geld für sein Budget vom Kongreß zu bekommen, macht es keinen Sinn, der Öffentlichkeit und der SU gegenüber dauernd von der Unterlegenheit des Westens zu sprechen.

*Baker* hält diese Thesen des Bundeskanzlers für sehr gut und erfreulich provokativ. Er hält die Präsenz einer großen Zahl taktischer Nuklearwaffen in Europa für überflüssig und setzt sich für ihren stufenweisen Abbau ein.

*Bundeskanzler* würde eine solche Entwicklung begrüßen. Der bereits vollzogene Abzug von 1000 Sprengköpfen<sup>16</sup> ist leider nicht genügend politisch herausgestellt worden. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Interview von Rogers hin, der den Gedanken anklingen läßt, diese Waffen in den Rüstungskon-

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow und dem sowjetischen Generalstabschef Ogarkow am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 194.

<sup>16</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

trollprozeß einzubeziehen und für ihren Abzug sowjetische Gegenleistungen zu erhalten. Er hat gewisse Zweifel, ob das gelingen kann. Er erinnert in diesem Zusammenhang an seine Weigerung als Verteidigungsminister, auf amerikanische Vorstellungen über einen Gürtel von Atomminen (ADM<sup>17</sup>) in Deutschland einzugehen. Er weist darauf hin, daß sich diese und andere Gedanken in Amerika völlig anders ausnehmen als in Deutschland, wo die Bevölkerung sowjetischen Soldaten und Waffen direkt gegenübersteht. Von seinem Haus in Hamburg aus sind es nur 45 Autominuten oder drei Flugminuten bis zu sowjetischen Panzerstellungen oder Flugplätzen. Abschließend betont er, daß die deutsche Bevölkerung und die Bundesregierung sicherlich einen Abzug der nicht erforderlichen taktischen Atomsprengköpfe begrüßen würden. Er regt an, über die Anregung Rogers' nachzudenken. Er stimmt dem positiven Urteil Bakers über Rogers zu, der in Deutschland ebenso wie der jüngst in Pension gegangene Generalstabschef Jones sehr geschätzt werde.

Auf Frage Bakers bestätigt er, daß der Westen mit großer Unsicherheit auf sowjetischer Seite zu rechnen habe. Zunächst mit der Unsicherheit über die eigene sowjetische Führung. Solange die Mitglieder der Führungsgruppe mit Breschnews physischer Präsenz rechnen können, scheinen sie die schwierige Wahl eines Nachfolgers aufschieben zu wollen. Tschernenko und Andropow sind im Westen kaum wirklich bekannt. Außerdem müssen wir im Augenblick mit einer großen sowjetischen Unsicherheit über die USA und ihre Absichten rechnen. Die Sowjets können aus dem Verhalten der USA in den letzten 18 Monaten auf keine umfassende strategische Vorstellung (*grand strategy*) schließen. Sie haben nach den dramatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges deutliche Furcht vor möglichen amerikanischen Entscheidungen. Sie sind trotz großer Fehler in ihrer internationalen Politik keine Kriegstreiber. Der größte Fehler nach dem Kuba-Abenteuer<sup>18</sup> ist der Aufbau der SS-20. Wahrscheinlich wissen sie es inzwischen selbst. In ihrem Verhältnis zu Amerika gilt der alte Satz: „Angst ist ein schlechter Ratgeber.“ Ihre Unsicherheit kann gegenüber Amerika zu einem Zustand des vorsichtigen Abwartens und des Hoffens auf eine neue amerikanische Regierung führen. Auch von einem eventuell notwendigen Wechsel im Vorsitz des Politbüros sollte man sich keine grundsätzliche Änderung ihrer politischen Grundausrichtung versprechen.

*Baker* stimmt der Analyse zu. Er fügt an, daß die SU in ihrer Furcht allerdings nicht nur abwartet, sondern eine enorme Militärmaschinerie weiterbaut, die alle vorstellbaren Erfordernisse einer Verteidigung weit übertrifft. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß diese Haltung wahrscheinlich eher der Furcht als der Angriffslust entspricht, fragt aber, ob es möglich ist, die SU jemals davon zu überzeugen, daß sie ihre Sicherheit auf Verträge und Übereinkommen baut anstatt auf Militärpotentiale.

<sup>17</sup> Atomic Demolition Muniton/Mines.

Bei der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1970 in Ottawa wurde ein Richtlinienentwurf gebilligt, wonach ein Einsatz atomarer Sperrwaffen in der Bundesrepublik weitgehenden Beschränkungen unterlag. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 504.

<sup>18</sup> Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

*Bundeskanzler:* Wir brauchen ebenso wie die Sowjets beides, Abkommen und Militärpotential. Keine Seite wird bereit sein, ihr Schicksal von der Gnade des Vertragspartners abhängig zu machen. Verträge sind allerdings der einzige Weg, das wachsende Rüstungspotential unter Kontrolle zu bekommen. Wir müssen uns auf harte und sicherlich auch langwierige Verhandlungen einstellen.

Auf Bakers Frage, ob sich die SU eher zu einer Begrenzung der strategischen Waffen bequemt als der INF, kann er keine klare Antwort geben. Er nimmt an, daß Ustinow und Ogarkow z. B. dem Politbüro sagen, daß die SU sich mit dem Aufbau der Marine<sup>19</sup> und dem Mittelstreckenpotential enorme Trümpfe geschaffen hat, die man nicht einfach wegwirft. Nach seinem Eindruck weiß Breschnew allerdings, daß das Politbüro einen Fehler begangen hat, indem es den Marschällen erlaubt hat, diese Potentiale aufzubauen. Er selbst hat Breschnew seit 1978 zweimal in Bonn<sup>20</sup> und einmal in Moskau<sup>21</sup> deutlich darauf hingewiesen. Seit 1978, als Breschnew ein ungefähres Gleichgewicht sehen wollte<sup>22</sup>, hat die SU weit über 200 neue SS-20 gebaut. Jedenfalls weiß Breschnew aus den Gesprächen mit ihm, daß er entweder diese neue SS-20-Überlegenheit abzubauen hat oder mit der Stationierung von Pershing II und GLCMs rechnen muß.

Er rechnet mit einer enormen Propaganda-Kampagne gegen die Stationierung im nächsten Jahr. Viele Bischöfe und wohlmeinende Leute aus allen Lagern werden den Sowjets helfen. Die öffentliche Debatte über das Verbot des Ersteinsatzes nuklearer Waffen<sup>23</sup> ist nur ein kleiner Schatten der Debatten, die wir bekommen werden.

*Baker* meint, daß die Debatte in den USA voraussichtlich zurückgehen wird und auch Senator Jackson nur im Hinblick auf die November-Wahlen<sup>24</sup> auf die Freeze-Diskussion<sup>25</sup> eingeht. Er stimmt dem Kanzler zu, daß die November-Wahlen sicherlich für die Regierung nicht besonders angenehm sein werden. Wie der Bundeskanzler meint er, daß – außer vielleicht MP Thatcher wegen der Falkland-Krise – in der gegenwärtigen Lage kaum eine Regierung Wahlen gewinnen kann.

<sup>19</sup> Zur sowjetischen Rüstungspolitik im Bereich der Seestreitkräfte vgl. Dok. 204, Anm. 13.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich zu Fragen der Sicherheitspolitik vgl. AAPD 1978, I, Dok. 136.

Breschnew besuchte die Bundesrepublik erneut vom 22. bis 25. November 1981. Für die Gespräche mit Schmidt am 23./24. November 1981 zu Fragen der Sicherheitspolitik vgl. AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 1. Juli 1980 in Moskau zu Fragen der Sicherheitspolitik vgl. AAPD 1980, II, Dok. 193.

<sup>22</sup> In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, anlässlich seines Aufenthalts in der Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978 zusammen mit Bundeskanzler Schmidt abgab, hieß es, „annähernde Gleichheit und Parität“ würden Sicherheit gewährleisten. Vgl. BULLETIN 1978, S. 429.

<sup>23</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>24</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>25</sup> Zur Freeze-Bewegung in den USA vgl. Dok. 127, Anm. 19.

Er weist darauf hin, daß Lord Carrington inzwischen Kissingers neuer Beraterfirma beigetreten ist, und stimmt dem Bundeskanzler zu, der in Lord Carrington einen der großen westlichen Staatsmänner sieht.

*Bundeskanzler* meint auf Frage Bradys, ob sich des Kanzlers Bemerkungen über die Notwendigkeit von Strukturänderungen auch auf das Weltwirtschaftssystem beziehen, daß man nicht von einem Weltwirtschaftssystem, sondern höchstens von einer weltweiten wirtschaftlichen Konstellation sprechen könne. Lateinamerika lebt praktisch auf Kredit. Gleichzeitig vermehrt sich seine Bevölkerung wie überall in der Dritten Welt in erschreckendem Ausmaß. Es besteht kaum eine Chance, daß die Staaten Lateinamerikas oder der Dritten Welt in dieser Lage ihr wirtschaftliches Verhalten der notwendigen Disziplin unterwerfen. Seine zweimaligen Bemühungen, den Papst davon zu überzeugen, daß die Bevölkerungsentwicklung eine unkontrollierbare Lage schafft, hatten keinen Erfolg.<sup>26</sup> Die Menschheit läuft Gefahr, sich selbst aus der Welt herauszudrängen.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen großer Wanderungsbewegungen, z.B. der Zufluß von Mexikanern in den USA oder der Türken in Deutschland. Auf all diese Strukturprobleme gibt es noch keine Antworten.

*Baker* fühlt sich an den berühmten Ausspruch des Piloten erinnert: „Laßt uns den Radar lieber abstellen, damit er uns keine Angst einflößt.“

Baker betont mit Zustimmung der anderen Senatoren auf Frage des Bundeskanzlers, daß George Shultz einen guten Start als Außenminister gehabt hat, im Kongreß außerordentlich freundlich aufgenommen wurde und sich des vollen Vertrauens beider Häuser des Kongresses erfreut. Seine Ernennung wurde von allen Seiten begrüßt.

Baker dankt im Namen aller Gäste für dieses außerordentlich offene und wichtige Gespräch. Er freut sich auf eine Wiederaufnahme bei nächster Gelegenheit in Washington. Er vereinbart mit dem Bundeskanzler, daß über den Inhalt des Gesprächs nicht vor der Öffentlichkeit gesprochen werden sollte.

**VS-Bd. 11315 (220)**

<sup>26</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1979 in Italien und im Vatikan auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 204. Anlässlich des Aufenthalts von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik vom 15. bis 19. November 1980 traf Schmidt erneut mit ihm zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 340.

## 233

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym

010-2497/82 VS-vertraulich

30. August 1982<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch BM mit AM Pym am 30. August 1982 von 12.30 bis 15.00 Uhr<sup>2</sup>

Anwesend: Brian Fall (Leiter MB in London), VLR Dr. von Ploetz, VLR Siebourg (Dolmetscher).

Zu Beginn ihres Gespräches verständigten sich die Minister darauf, folgende Themen zu behandeln:

- 1) Transatlantische Beziehungen/Erdgas-Röhren-Geschäft
- 2) Falkland/Malwinen-Problematik, auch im Hinblick auf die 37. GV der VN<sup>3</sup>
- 3) EG-Fragen:

- Mandat
- Süd-Erweiterung
- Fischerei-Fragen

4) Abrüstungsfragen und KSZE

- 1) Transatlantische Beziehungen/Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>4</sup> sowie Abrüstungsverhandlungen und Polen

AM Pym erläuterte noch einmal den Hintergrund seiner mit Schreiben vom 28.8.1982<sup>5</sup> ergriffenen Initiative zu einem baldigen Treffen der Außenminister von GB, F, I und der Bundesrepublik Deutschland auf der einen und der USA auf der anderen Seite. Im Verlaufe seiner Ausführungen wurde deutlich, daß Pym diesen Gedanken bei seinen Washingtoner Gesprächen<sup>6</sup> AM Shultz nahegelegt und daß dieser ihn in der Erwartung, die auf allen Seiten als unbefriedigend, ja kritisch empfundene Zuspitzung nach der Erweiterung des US-Embargos<sup>7</sup> zu dämpfen, spontan aufgegriffen hatte: Er empfinde den von Europäern und Amerikanern zu zahlenden Preis offenbar gleichfalls als exzessiv und sehe in der SU den hauptsächlichsten Nutznießer.

Zu den Modalitäten eines solchen Fünfer-Treffens:

- Shultz wünschte, laut Pym, ein Außenministertreffen ohne vorhergehende Beamtenvorbereitung.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 30. August 1982 gefertigt, der vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1982 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Ploetz am 1. September 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich am 30. August 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Die VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt. Sie wurde vom 10. bis 13. Mai sowie am 19. September 1983 fortgesetzt.

<sup>4</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>5</sup> Für das am 29. August 1982 übergebene Schreiben des britischen Außenministers Pym an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14103 (010).

<sup>6</sup> Zum Besuch des britischen Außenministers Pym am 29. Juli 1982 in den USA vgl. Dok. 222, Anm. 11.

<sup>7</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

- Pym hielt dies nicht für praktisch und wiederholte seinen Vorschlag, Beamtenvorbereitung zunächst durch die vier Politischen Direktoren der europäischen Länder, dann durch hohe Beamte zu fünf vorzusehen.
- *BM*, der dem der Initiative für ein Fünfer-Treffen zugrundeliegenden Gedanken voll zustimmte und sich für eine schnelle Aufnahme der amerikanischen Anregung aussprach, teilte Bedenken von Shultz bezüglich Beamtenvorbereitung, hatte aber keine grundsätzlichen Einwendungen. Für das Ministertreffen schlug er ein Zwei-Phasen-Verfahren vor:
  - Sobald wie möglich in London einen offenen Meinungsaustausch (neutrale Tagesordnung).
  - Am Rande der 37. GV in New York ein weiteres Ministertreffen. Beide Ministertreffen würden gemeinsam angekündigt, und damit würde vom ersten Treffen der Erfolgsdruck genommen und das Risiko eines Mißerfolges reduziert.
- Cheysson (den *BM* und Pym während ihres Gesprächs anriefen) erklärte sich mit dem Zwei-Phasen-Konzept einverstanden, bat jedoch dringend um Beamtenvorbereitung, wie von Pym angeregt; ferner bat er, ein Ministertreffen nicht vor Anfang nächster Woche vorzusehen.
- *BM*, Cheysson und Pym verständigten sich auf:
  - Treffen der vier Politischen Direktoren am 31.8. in London.
  - Begegnung auf hoher Beamtenebene zu fünf am Freitag<sup>8</sup> nachmittag in London. Dieser Begegnung würden Bemühungen vorausgehen haben, näheres über die amerikanischen Vorstellungen zu erfahren.<sup>9</sup>
  - Ministertreffen sobald wie möglich, aber nicht vor Anfang nächster Woche in London. (*BM* und Pym verständigten sich darüber, ein Treffen möglichst schon am Sonntag, 5.9.82, anzustreben.)
  - Ministertreffen am Rande der 37. GV in New York.<sup>10</sup> (Die Minister waren sich einig, daß die Befassung evtl. einzuschaltender nationaler Instanzen zwischen den beiden Ministertreffen wünschenswert sei.)
- Colombo (mit dem *BM* und Pym ebenfalls telefonisch sprachen) nahm die Anregung sehr positiv auf und stimmte dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

Zwischen *BM* und Pym wurde vereinbart, daß die britische Seite nunmehr an Shultz herantritt.

(Anmerkung: *Fall* erläuterte später, daß dies nach nochmaliger Fühlungnahme mit Paris erfolgen solle, da aus einer zwischenzeitlichen Reaktion gegenüber Bullard das Ergebnis des Ministertelefonats dort anders verstanden wurde. *Fall*

<sup>8</sup> 3. September 1982.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 8. September 1982 zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 5./6. September 1982 in London: „Bullard skizzierte prozeduralen Stand nach Vierergesprächen der Senior Officials vom 3.9.: noch keine Entscheidung über den Fortgang der Treffen. Ich habe erklärt, der Bundesminister trete für baldige Aufnahme des Dialogs der fünf Außenminister ein. Die Tagesordnung solle breit angelegt werden (Probleme im Gesamtrahmen des europäisch-amerikanischen Verhältnisses und der Ost-West-Beziehungen).“ Vgl. VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) mit Staatssekretär von Staden am 29. September 1982 in New York vgl. Dok. 252.

erwähnte ferner, daß Pym Olesen über das Projekt eines Fünfer-AM-Treffens informiert habe.)

*Pym* konnte die Frage BMs nicht beantworten, wieviel Bewegung auf europäischer Seite Voraussetzung dafür sein würde, daß Shultz eine Änderung der gegenwärtigen US-Haltung bewirken könne. Die Minister waren sich einig, daß alles getan werden muß, um den durch eine – zugegebenermaßen nicht für richtig gehaltene – amerikanische Entscheidung hervorgerufenen Schaden zu begrenzen; dies besonders im Hinblick auf den negativen Eindruck in der westlichen Öffentlichkeit.

Die Minister waren sich ferner einig in der Auffassung, daß ein Gespräch mit Shultz dazu genutzt werden sollte, zu verhindern, daß im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des KSZE-Folgetreffens in Madrid<sup>11</sup> eine zusätzliche tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zwischen Europäern und Amerikanern entsteht. Dies würde, nach *Pym*, die bisherige Argumentation, daß es sich beim Erdgas-Röhren-Problem um ein wichtiges, aber isoliertes Problem handle, zerstören.

*BM* stimmte zu, glaubte aber, daß die Entscheidung in Washington noch nicht getroffen und daher Gespräche mit Shultz nützlich seien.

Die Minister stimmten überein, daß im START- und INF-Bereich gegenwärtig keine Probleme in der europäisch-amerikanischen Beurteilung bestünden.

Im Hinblick auf die augenblickliche Entwicklung in Polen befürchteten beide Minister, bei dem bevorstehenden Ministertreffen von einer schlechteren als der gegenwärtigen Lage ausgehen zu müssen.

*BM* hielt es für wichtig, dann über die geeignete Reaktion im Rahmen einer westlichen Strategie zu sprechen. Er hielt den Druck auf die östliche Seite, der von dem Folgetreffen ausgeht, für eine der wirksamsten verfügbaren Möglichkeiten.

*BM* klärte bei *Pym* anschließend Mißverständnis auf, daß Amerikaner und Europäer hier völlig übereinstimmten: Es bestehe wohl Einvernehmen, daß bei einer Verschärfung der Lage in Polen die laufenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen (START, INF und MBFR) nicht abgebrochen werden sollten, die einzusetzende KAE werde von amerikanischer Seite aber, anders als von den Europäern, insofern ausgeklammert. Für den Westen werde es wichtig sein, seine Position politisch offensiv zu vertreten. Dies müsse Bereitschaft einschließen, in Madrid zur Substanz, auch zur Einsetzung einer KAE, zu reden.

2) Falkland/Malwinen-Problematik, auch im Hinblick auf die 37. GV der VN<sup>12</sup>

*Pym* erläuterte die britische Position wie in seinem Schreiben vom 25. August 1982<sup>13</sup>: GB sei an möglichst schneller Wiederherstellung von normalen diplomatischen Beziehungen interessiert. Über finanzielle Fragen werde bereits wieder gesprochen. Ebenfalls sei man bereit, über praktische, besonders über kom-

<sup>11</sup> Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf den 9. November 1982 vgl. Dok. 76, Anm. 4. Zur Wiederaufnahme der Konferenz vgl. Dok. 300.

<sup>12</sup> Zur Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 226, Anm. 9.

<sup>13</sup> Für das Schreiben des britischen Außenministers *Pym* vom 25. August 1982 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14103 (010).

merzielle Arrangements im Verhältnis Falkland-Inseln/Festland zu sprechen. Dies alles werde mit dem Wort „Dialog“ richtig umschrieben. Verhandlungen mit Argentinien seien erst zu einem späteren Zeitpunkt denkbar.

Die Minister stimmten überein, daß das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis durch den Falkland-Konflikt weniger stark beeinträchtigt worden ist als das US-lateinamerikanische Verhältnis.

*BM* knüpfte hieran die Feststellung, daß auch dies für uns ein wichtiges Element sei. Wir würden die baldige Aufnahme von Verhandlungen über den Status der Insel begrüßen, was die Regelung der Substanzfrage in keiner Weise zu präjudizieren brauche. Bei der GV werde gegen einen Resolutionsentwurf, der nur die Verhandlungsaufnahme zwischen Argentinien und GB fordere, nur schwer etwas gesagt werden können.

*BM* bat britische Seite zu prüfen, ob sie ihrerseits einen akzeptablen Resolutionsentwurf vorlegen könne. Es werde leichter für die Freunde GBs sein, zu einem Alternativentwurf ja zu sagen, als einen harmlos erscheinenden Entwurf abzulehnen.

*Pym* räumte ein, daß insofern keine Überlegungen angestellt worden seien, und sagte zu, Anregung *BMs* zu prüfen.

Zum Rüstungsexport-Embargo<sup>14</sup> erläuterte *Pym* die britische Haltung wie folgt: Bedrohung besteht fort. Aufhebung des Embargos ist daher verfrüht. Die bisherige deutsche Haltung war sehr hilfreich<sup>15</sup>; daher konnte GB auch britischen Zulieferungen zustimmen. Embargo sollte solange wie möglich aufrechterhalten werden, da sich argentinische Position nicht verändert hat. Wiederaufnahme der Waffenlieferungen würde Anlaß zu Mißinterpretationen geben und sollte nur nach offizieller Beendigung der Feindseligkeiten erfolgen.

*BM* erläuterte faktische Lage bei uns (umfangreiche vertragliche Verpflichtungen, Möglichkeit von Regressforderungen an den Bund). Die Lieferung erfolge aber zeitlich gestaffelt, kurzfristig stehe nur die Ablieferung einer Fregatte an. Er fragte, ob EG-Aufhebungsbeschluß mit dem Vorbehalt erneuten Embargos bei Verschärfung der Lage im Südatlantik britischen Interessen Rechnung tragen und außerdem Druck auf Argentinien verstärken könnte.

*Pym* wies auf mögliche negative Folgen der Embargo-Aufhebung in GB hin und brachte erneut Zeitelement ins Gespräch. Er räumte aber ein, daß französischer Alleingang<sup>16</sup> die deutsche Position nicht leichter mache. *BM* bat *Pym*, seine Ausführungen zu überdenken. Weiteres werde man am 9. September besprechen.

*Pym* sagte dies zu und räumte ein, daß hier ein Interessenkonflikt besteht. *Pym* erwähnte, daß er am 9.9.82 nicht in Kopenhagen<sup>17</sup> sein könne (Budget-Debatte); *BM* kündigte seine Teilnahme nur am Abendessen an.

<sup>14</sup> Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Argentinien vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>15</sup> Zur Frage von Rüstungsexporten der Bundesrepublik nach Argentinien vgl. Dok. 224.

<sup>16</sup> Zur Aufhebung des französischen Embargos gegenüber Argentinien bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern vgl. Dok. 226, Anm. 14.

<sup>17</sup> Referat 200 notierte am 16. September 1982: „Das 47. EPZ-Ministertreffen am 20. September 1982 in Brüssel tritt an die Stelle des wegen der dänischen Regierungskrise verschobenen EPZ-M[inister]T[reffens] vom 9.9.1982 in Kopenhagen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122697.

## 3) EG-Fragen

(a) Mandat<sup>18</sup>

*Pym* dankte für deutsche Unterstützung im Mai und bat um weitere Unterstützung bei anstehenden abschließenden Beratungen zum HH<sup>19</sup> 1982 im September.<sup>20</sup> Im Hinblick auf den HH 1983 erwarte *Pym* vergleichbare Frontstellung 8:2. Er bedauerte die sich jährlich wiederholende Diskussion, zumal in einer Zeit, in der die europäischen Staaten näher zusammenrücken sollten. Auch der Genscher-Colombo-Plan<sup>21</sup> könne keine Fortschritte machen, wenn man grundlegende Strukturfragen nicht klären könne.

*BM* stimmte zu, daß deutsche und britische Interessenlage bei offenen Fragen aus dem HH 1982 identisch sind. Der Erfolg des 25. Mai<sup>22</sup> dürfe auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Wir seien deshalb dagegen, daß sich GB – im Widerspruch zu den Vereinbarungen – an der deutschen Entlastung beteilige.

Für die Zeit danach seien die Fragen der Risikoteilung und der Minderbeteiligung als präjudiziert und damit als geregelt angesehen. Offen seien:

- die Daten der Regelung,
- die Höhe der jährlichen Gesamtentlastung (hier auch Degressivitäts-Problem),
- die künftige deutsche Minderbeteiligung,
- Anrechnung von Überzahlungen in 1980 und 1981.

*BM* hielt es – was er ausdrücklich als persönliche Meinung bezeichnete – für wünschenswert, daß die EG-Kommission sich vor Vorlage ihres Vorschlages über die Auffassungen der zehn Regierungen ein genaues Bild verschafft.

*Pym* hielt einen entsprechenden Hinweis an die EG-Kommission für richtig. Zu den offenen Fragen bemerkte er:

- Eine endgültige Regelung wäre wünschenswert (*BM* stimmte zu, er wolle nicht jedes Jahr erneut über die deutsche Minderbeteiligung reden), man rechne letztlich aber höchstens mit einer zweijährigen Regelung.
- Die Formel für die Risiko-Teilung sei für GB unverändert wichtig, da Zahlen auf Kommissionsschätzungen beruhten. Sie werde hoffentlich unkontrovers sein.

<sup>18</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

<sup>19</sup> Haushalt.

<sup>20</sup> Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 205.

Referat 412 vermerkte am 30. August 1982 zum Stand der Verhandlungen, die endgültige Regelung des Haushaltsausgleichs für Großbritannien für das Jahr 1982 stehe im Vordergrund: „Ein Beschluß soll im Allgemeinen Rat am 20./21.9.82 gefaßt werden (vorbereitende Gespräche im Kreise der Botschafter am 9.9.). Wir haben – ebenso wie GB – ein starkes Interesse daran, daß es dann zu einer Einigung über die noch offenen Fragen kommt, da bis zum Oktober Klarheit über die haushaltswirksame Entlastung von D aus der am 25.5. vereinbarten Minderbeteiligung am GB-Ausgleich (50 % des eigentlich geschuldeten deutschen Anteils) geschaffen werden muß.“ Zu den offenen Fragen zähle unter anderem die Beteiligung Großbritanniens an der Entlastung für die Bundesrepublik: „Diese Frage blieb im Rat am 19.7. streitig. Vor allem F, aber auch I und DK forderten eine britische Beteiligung an der deutschen Entlastung. GB lehnte entschieden ab, da dies – im Widerspruch zum Ratsbeschluß vom 25.5. – eine Verminderung der GB zugestandenen Nettoentlastung von 850 auf 800 MECU bedeuten würde. Wir unterstützen den britischen Standpunkt, da wir keine Abänderung des Ratsbeschlusses vom 25.5. wünschen, die den erreichten Verhandlungserfolg in Frage stellen oder relativieren würde.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130594.

<sup>21</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 226, Anm. 33.

<sup>22</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 49.

- Die vollkommen ablehnende Haltung GBs zur Degressivität habe sich nicht verändert. (BM verwies auf dahinter stehende Philosophie der Marktanpassung und vermutete, daß das hier liegende Hauptproblem erneut zu einer nur ein- oder zweijährigen Regelung führen würde.)
- Bei den Rückzahlungen sei GB mit Berücksichtigung einverstanden, auch wenn PM Thatcher für die Jahre 1980 und 1981 darauf verwiesen habe, daß Rückzahlungen den Vereinbarungen entsprochen hätten.

Pym verwies darauf, daß GB an einer abschließenden Regelung für den HH 1982 noch im September interessiert sei, weil sonst im internen Haushaltsverfahren Probleme entstünden.

#### (b) Süd-Erweiterung

*BM* unterstrich unser Interesse an einem möglichst baldigen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal<sup>23</sup> und Spanien<sup>24</sup> und wies auf die elementare politische Bedeutung dieser Frage für beide Länder hin.

*Pym* erklärte sich ungeachtet der neuen Probleme im Anschluß an die Erweiterung einverstanden, fragte aber, ob man den einfacheren Fall Portugal nicht vorziehen solle.

*BM* verwies auf die gemeinsam festgelegte Parallelität und warnte vor den möglichen destabilisierenden Folgen einer Enttäuschung in Spanien.

Die Minister stimmten überein, alles zu tun, um im Zeitplan zu bleiben.

#### (c) Fischerei-Fragen

*Pym* sprach sich für baldiges Inkraftsetzen der getroffenen Fischereivereinbarung<sup>25</sup> aus, die nur noch von Dänemark abhängt. Er bat, auch von deutscher

<sup>23</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 198, Anm. 10. Botschaftsrat I. Klasse Fett, Lissabon, informierte am 29. Juli 1982: „Im Anschluß an seine Gespräche mit dem dänischen Außenminister in Lissabon, der ihn über das Textangebot des letzten Ministerrates unterrichtet hatte, äußerte sich Minister Salgueiro vorsichtig und zurückhaltend. [...] Am 27. Juli hat sich auch das Wirtschaftskabinett mit der Angelegenheit befaßt. Die Ministerrunde soll das Angebot bis zum Beitritt als annehmbar bewertet haben. Nach Beitritt sei jede Position unterhalb der völligen Freiheit der Exporte abzulehnen. Diese Haltung solle die portugiesische Delegation am 28. September in Brüssel vertreten. Portugal habe schon ein Zugeständnis dadurch gemacht, daß über die Frage der Textilexporte vor und nach Beitritt gemeinsam verhandelt würde. Einschränkung der portugiesischen Textilexporte nach Beitritt würde eine Ausnahmegewährung Portugals an die EG darstellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 410, Bd. 130298.

<sup>24</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

<sup>25</sup> Referat 411 vermerkte am 17. September 1982, die von den EG-Mitgliedstaaten seit 1976 verfolgten Bestrebungen, eine Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) zu implementieren, seien in ein entscheidendes Stadium getreten. Sie stünden aus mehreren Gründen unter Zeitdruck: „Am 31.12.1982 laufen Übergangsregelungen für am 1.1.1973 beigetretene MS GB, IRL und DK aus. Nach dem 1.1.1983 könnte Nichtzustandekommen einer Anschlußregelung EG-Krise auslösen, möglicherweise wegen Vertragsverletzung durch GB. Die Notwendigkeit der Erhaltung der Fischbestände und ihres Schutzes vor Überfischung duldet keinen weiteren Aufschub. [...] Das Verhältnis Grönlands zur Gemeinschaft – Austritt oder Verbleib in der EG – kann nur in engstem Zusammenhang mit der GFP geregelt werden.“ In folgenden Punkten bestehe Einigkeit: „V[er]O[r]dnung zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiresourcen [...]. In der Frage des Zugangs zu küstennahen Gewässern im EG-Meer konnten alle wesentlichen Streitfragen durch bilaterale Verhandlungen der jeweils betroffenen MS gelöst werden. [...] Auch über die notwendigen Maßnahmen zur Umstrukturierung der Fischerei sowie zur Anpassung der Kapazitäten und zur Verbesserung der Produktivität („Strukturpaket“) konnte der Rat im Prinzip Konsens erreichen.“ Über das Kernstück der GFP, die Festlegung der Gesamtfangmengen und die Zuteilung der Fangquoten, habe bisher keine Einigung erzielt werden können. Dänemark habe auch

Seite auf Dänemark einzuwirken, damit dies beim Fischereirat am 22.9.1982<sup>26</sup> geschehen könne.

BM verwies auf Frage von Pym darauf, daß bei der Begegnung des BK mit MP Jørgensen am 28.8.1982 in Wiesbaden keine Vereinbarung getroffen werden konnte.

4) Die Minister verständigten sich darüber, ähnliche informelle Begegnungen in kurzen Zeitabständen zu wiederholen. Sie einigten sich ferner über beiliegende Sprachregelung.<sup>27</sup>

VS-Bd. 14103 (010)

## 234

### Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

Pol 321.00 VS-NfD

30. August 1982<sup>1</sup>

Schriftbericht Nr. 1657

Betr.: Deutsche Türkei-Politik;  
Perspektiven und Vorschläge in Sicht der Botschaft

Bezug: Bericht vom 25.8.1982 – Pol 320.10 – Bericht Nr. 1639/82<sup>2</sup>

Doppel: 2 sowie je 1 für die Referate 201 und 420 (beigefügt) und je 1 für Chef BK<sup>3</sup> und Generalkonsulat Istanbul (unmittelbar)

Zur Unterrichtung und ggf. Berücksichtigung

I. In den nächsten Monaten stehen zwei Entscheidungen von großer Tragweite

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1235*

die letzten, deutlich zu seinen Gunsten verbesserten Vorschläge nicht akzeptiert. Vgl. Referat 411, Bd. 131254.

<sup>26</sup> Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister fand am 4. Oktober 1982 in Luxemburg statt. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 5. Oktober 1982: „Verlauf des Rates blieb noch hinter – ohnehin geringen – Erwartungen zurück, die MS in erste Tagung unter neuer dän[ischer] Regierung gesetzt hatten: Nicht nur, daß es seitens DK nach wie vor keinerlei Annäherung an unter neun Del[egationen] inzwischen weitgehend unstrittige Positionen bei bekannten Kernfragen von Zugang und Quoten gab, DK vermied vorerst auch weiterhin jede Andeutung, ob und inwieweit sich hieran in absehbarer Zeit Entscheidendes ändern werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3435; Referat 411, Bd. 131256.

<sup>27</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die Presseinformation Nr. 1178/82 vom 30. August 1982 vgl. VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 6. September 1982 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 8. September 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS Lautenschlager hat in D[ienst]B[esprechung] 8. IX. 82 diesen Bericht als mutig und interessant, die Vorschläge als nachdenkenswert bezeichnet.“

<sup>2</sup> Botschafter Oncken, Ankara, teilte mit, daß in der Anlage der der Botschaft „übersandte Entwurf des ‚Türkei-Berichts‘ der Bundesregierung mit den hier vorgenommenen Korrekturen und Ergänzungsvorschlägen zurückgereicht“ werde. Vgl. Referat 203, Bd. 124912.

<sup>3</sup> Gerhard Konow.

für die Qualität der deutsch-türkischen Beziehungen an, einmal das Votum in zuständigen BT-Ausschüssen über den deutschen OECD-Beitrag 1982<sup>4</sup> (und damit auch über 13. Tranche Verteidigungshilfe<sup>5</sup>), dann die Reduzierung des Zugsalters bei Familienzusammenführung<sup>6</sup>. Dies veranlaßt mich, aufgrund hier gemachter Erfahrungen Vorschläge der Botschaft zur Gestaltung der deutschen Türkei-Politik festzuhalten.

1) Über die Qualität deutsch-türkischer Beziehungen habe ich wiederholt berichtet. Im Mittelpunkt Berichterstattung stand der Hinweis auf eine sich beschleunigende Abkühlung und ihre Gründe. Von deutsch-türkischer Freundschaft im eigentlichen Sinn des Wortes kann heute nicht mehr die Rede sein. Anstelle des Freundschaftsgefühls, dem ich noch bei Dienstantritt 1979 begegnete, sind heute, zumindest in gebildeten Schichten, dann auch in Großstadtballungen, Gefühle der Distanz bis hin zur Feindseligkeit getreten. Ich nehme den einfachen Mann auf der Straße aus. In anderen Kreisen ist es nicht zweckmäßig, das Wort Freundschaft in den Mund zu nehmen. Es ruft nur Reaktionen der Empfindlichkeit hervor, die uns wiederum irritieren. Außer Frage steht: Auf beiden Seiten anzutreffende Illusionen über die Qualität des anderen haben sich verflüchtigt. In einem „agonizing reappraisal“ ist an ihre Stelle Ernüchterung getreten, auf türkischer Seite mit einem Schuß ressentimentgeladener Emotionalität.

2) Wie weit das Auseinanderleben geht, zeigt sich bei der täglichen Behandlung von Rechtsfragen mit politischem Akzent. Hier knirscht es, Beispiele: die Auslieferungspraxis bei drohender Todesstrafe, Rechtshilfeersuchen, Auslieferungsverkehr oder Entführungen. Wo früher eine Freundschaftsbeziehung ggf. legale Berge zu versetzen vermochte, ist stellenweise legalistisch verkleidete Resistenz getreten. Eine Atmosphäre hat sich herausgebildet, in der ein klei-

<sup>4</sup> Referat 420 vermerkte am 13. Juli 1982: „Die US-Regierung ist an einer möglichst baldigen Entscheidung über die Höhe unserer Türkei-Wirtschaftshilfe 1982 und unsere Teilnahme an der diesjährigen OECD-Sonderhilfsaktion für die Türkei interessiert. Der Gedanke des burden sharing wurde dabei stärker als in den Vorjahren herausgestellt. [...] Auch im Falle eines positiven Votums von Bundestag und Ausschüssen wird jedoch der Türkeihilfebeitrag der Bundesregierung 1982 erneut niedriger als in den Vorjahren ausfallen müssen. Die gegenwärtige Haushaltslage setzt nicht nur gegenüber der Türkei Grenzen. Die endgültige Höhe der Hilfe müßte noch im Ressortkreis abgestimmt werden. Reserviert sind 400 Mio. DM, davon 130 Mio. DM Projekthilfe und 270 Mio. DM Soforthilfe. Unsere Hilfeleistung betrug 1980 noch insgesamt 560 Mio. DM und 1981 460 Mio. DM. Wir haben die Türkei wirtschaftlich stets besonders stark unterstützt. Wir haben ihr bis einschließlich 1981 Wirtschafts- und Finanzhilfe in Höhe von insgesamt rd. 5,1 Mrd. DM gewährt, davon 4,35 Mrd. DM Entwicklungshilfe und 715 Mio. DM Schuldentlastung aufgrund der 1980 im Rahmen der OECD getroffenen Umschuldungsvereinbarung.“ Vgl. Referat 209, Bd. 125516.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 1. Dezember 1982: „1) V[erteidigungs]H[ilfe] wird aufgrund von sukzessiven Tranchenabkommen mit einer Laufzeit von ca. 18 Monaten gewährt. Diese Abkommen werden nach Billigung durch den Auswärtigen Ausschuß und Haushaltsausschuß des D[eutschen]B[undes]T[ages] abgeschlossen. Mit der Unterzeichnung wird die sich aus dem Abkommen ergebende Verpflichtung der BR Deutschland völkerrechtlich wirksam. 2) Ein neues (13.) Tranchenabkommen mit der Türkei, das von Anfang 1983 bis Mitte 1984 laufen soll und wie das 12. Abkommen DM 130 Mio. umfassen soll, müßte möglichst noch vor Jahresende 1982 unterzeichnet werden, um die kontinuierliche Fortsetzung unserer VH zu gewährleisten.“ Vgl. Referat 209, Bd. 125516.

<sup>6</sup> Zu den türkischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 160, Anm. 22 und 31. Zum Thema „Türken in Deutschland“ vermerkte Referat 513 im Mai 1982: „In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 1,55 Mio. türkische Staatsangehörige, eine gegenüber dem Vorjahr – vornehmlich durch Geburten und Familiennachzug – um etwa 100 000 erhöhte Zahl. Von einer Ausländerbevölkerung von 4,65 Mio. stellen die Türken damit ein Drittel.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

ner Anlaß ausreichen kann, um das Gefüge der beiderseitigen Beziehungen in Frage zu stellen.

3) Der Fall Öztürk war/ist hierfür ein Exempel.<sup>7</sup> Ich halte derlei eskalations-trächtige Vorgänge auch in Zukunft für möglich. Türkische Demokratievorstellungen werden auch künftig nicht den unsrigen entsprechen; wechselseitige Abneigungen sind vorprogrammiert, in unserem Fall wegen Türken-Präsenz und -Zufluß, im türkischen Fall wegen Verhinderung des letzteren – das Ganze ein Zustand, der wegen der unausrottbaren Anspruchshaltung des Durchschnittstürken unvermeidbar ist.

4) Dem steht das sicherheitspolitisch bedingte Interesse beider Seiten gegenüber, die Kirche oder Moschee im Dorf zu belassen, schon um dem WP nicht politische Terraingewinne frei Haus zu liefern, wobei wir bei der hiesigen Spitzengeneralität noch am meisten auf Verständnis für die Priorität sicherheitspolitischer Anliegen rechnen können.

5) So stellt sich die Aufgabe, eine sich festziehende Lage unter Kontrolle zu halten, auch in Ansehen der o. a. bei uns anstehenden Entscheidungen. Soweit ich beurteilen kann, bietet der Problemkreis „Herabsetzung des Zuzugsalters“ hierfür kein geeignetes Manöverfeld. Aus ihrer spezifischen Erfahrung muß die Botschaft empfehlen, in diesem Punkt sehr klare Verhältnisse zu schaffen, auch wenn AM Türkmén mir kürzlich von der „bombshell“ sprach, die eine Herabsetzung in der hiesigen Öffentlichkeit bewirken würde. Der Ärger wird sehr groß sein; zur Abwechslung werden wir in großer Lautstärke etwas über verletzte Menschenrechte hören. Der Ärger ist aber nicht so groß wie derjenige, den wir bei Verstärkung türkischer Präsenz in Deutschland erleben würden.

6) Hierzu sei festgehalten:

Viele Türken werden sich kaum anpassen, sie leben – dies wird bei uns nicht gesehen – in einer anderen Tradition, demonstriert z. B. durch eine aus zentralasiatischer Vergangenheit stammende Neigung, nomadenhaft in andere Kulturbereiche einzusickern, zunächst als kleine Gruppen, denen sich dann andere hinzugesellen, dann um geschlossene Siedlung bemüht, mit Expansionsstendenz usw. usw. Selten ein Durchschnittstürke, der sich innerlich anderen anpaßt; meist sucht er sich die anderen anzupassen. Deutsche Ausländerbehörden werden dieses Faktum bestätigen.

7) Aus Anlaß der bevorstehenden Einführung des SV-Zwanges<sup>8</sup> habe ich seinerzeit am 16.6.1980 berichtet, es gelte, bei Wahl zwischen den Übeln türki-

<sup>7</sup> Zum „Kindesentziehungsfall Öztürk“ notierte Ministerialdirigent Bertele am 25. Oktober 1982: „Frau Öztürk ist mit ihren beiden dreijährigen Kindern am 21.10.1982 von Ankara nach Berlin zurückgekehrt. Damit hat ein politisch besonders schwieriger Kindesentziehungsfall seinen erfreulichen Abschluß gefunden. Der Fall hat sowohl in der Türkei als auch bei uns erheblichen Niederschlag in der Presse gefunden und war durchaus geeignet, einen Störfaktor im deutsch-türkischen Verhältnis darzustellen. Das türkische Außenministerium war stets bemüht, den Konflikt durch Ermöglichung der Ausreise der Kinder beizulegen; die inneren Behörden waren jedoch nicht immer in gleicher Weise kooperativ. Botschafter Dr. Oncken, in dessen Residenz Frau Öztürk mit den Kindern seit Mitte Juli wohnte, hat sich mit besonderer Umsicht und Tatkraft gegenüber den türkischen Behörden in vielfachen Interventionen für die Ermöglichung der Ausreise der Kinder eingesetzt. Er bezeichnete diese Angelegenheit als eine der schwierigsten in seiner ganzen dienstlichen Laufbahn.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178880.

<sup>8</sup> Die Bundesregierung beschloß am 25. Juni 1980 eine allgemeine Sichtvermerkplicht für die Ein-

scher Verbitterung oder türkischer Einwanderung das kleinere zu wählen<sup>9</sup>; die Botschaft befürwortete damals aus ihrer Sicht die Einführung – soweit erkennbar – mit Recht. Analog halte ich heute die unvermeidbare Belastung im deutsch-türkischen Verhältnis bei Herabsetzung des Zuzugalters für das kleinere Übel gegenüber einem Überquellen unserer türkischen Wohnbevölkerung, die sich jederzeit in innenpolitisch brisanter Verschärfung der Ausländerfeindschaft entladen kann, wobei ich von dem Import innertürkischer Streitigkeiten links/rechts, Türken/Kurden, schweigen will. Es ist eine harte Entscheidung. Sie wird uns in der Türkei viel auferlegen, sie kann aber zuhause entlasten und damit langfristig solidere Grundlagen im deutsch-türkischen Verhältnis bilden. Dies scheint mir wichtig.

8) Ihre besondere Brisanz gewinnt die vorstehende Problematik durch ihre Kopplung an die im Assoziationsvertrag EG/Türkei ab 1986 zugesagte Freizügigkeit<sup>10</sup> – eine Situation, die uns in Vertragsbruch-Nähe bringen kann und die es nahelegt, einer Konfrontation durch Angebot von Gegenleistungen wenigstens im Ansatz zu entgehen. Hier bieten sich in erster Linie wirtschaftliche Leistungen an, die gleichzeitig den Vorteil haben, den Grund für eine Rückkehr der Gastarbeiter in eine ökonomisch attraktivere Türkei zu ebnen, und die es erleichtern könnten, in der Öffentlichkeit die Fieberkurve bei Herabsetzung des Zuzugalters wenigstens etwas – zu hoch schätze ich die Wirkung angesichts der hiesigen Anspruchshaltung nicht ein – unter Kontrolle zu halten.

9) Gerade aus diesem Grunde liegt es nahe, darauf hinzuwirken, daß die BT-Ausschüsse sich mit Fortführung der Türkei-Hilfen einverstanden erklären. Hierzu das folgende, nach meiner Ansicht gewichtige Argument: Parlamentarische Kreise können nicht gegen die Ausländerfeindslichkeit zu Felde ziehen und gleichzeitig dagegen votieren, daß die Ansatzpunkte dieser Stimmung durch indirekte Förderung der Abwanderung reduziert werden. Diese ist ohne Zwang nur dann möglich, wenn eine sich wirtschaftlich sanierende Türkei Anziehungskraft auf die Gastarbeiter ausübt. Wer sich der Türkei-Hilfe versagt, tritt indirekt für ein Anwachsen bei uns bestehender Probleme inklusive Phobien ein.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1238*

reise türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik mit Wirkung ab 1. Oktober 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 188.

<sup>9</sup> Botschafter Oncken, Ankara, legte dar: „Zweifelloos kommt einem Sichtvermerkszwang politische Tragweite zu. Er wird von der türkischen Regierung aus bekannten Gründen (Europa etc.) abgelehnt. Er mag die Belange der legal bei uns lebenden Gastarbeiter beeinträchtigen (z. B. Behinderung von Familienbesuchen). Die Botschaft hat daher früher gegen dieses Mittel Bedenken vorgebracht. Sie stellt diese heute zurück. Wenn der Sichtvermerkszwang ein Übel ist, dann auch der unkontrollierte Zufluß der Scheinasylanten, der sich langfristig zu einer ernststen Belastung des deutsch-türk. Grundverhältnisses auswirken kann. Bei der Wahl zwischen zwei Übeln haben wir das kleinere zu wählen, das im übrigen im Falle Sichtvermerkszwang nur ein vorübergehendes zu sein braucht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; B 82 (Referat 510), Bd. 1285.

<sup>10</sup> Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG vgl. auch Dok. 160, Anm. 21.

10) Ich kenne die Einwände gegen das türkische Regime; ich kann sie z. T. bestätigen. Ich habe mich gleichwohl mit der Frage auseinanderzusetzen, ob nicht doch Argumente mobilisiert werden könnten, die eine positive Entscheidung erleichtern. Soweit erkennbar, ergeben sie sich neuerdings auch aus einer negativen Erkenntnis – der Erkenntnis, daß die künftige Demokratie, was ihre personelle Qualität und Niveau angeht, kaum höher stehen dürfte als die der Vergangenheit. Kaum waren die Zügel gelockert, die sich bisher einer vertieften Diskussion der Verfassungsfrage<sup>11</sup> entgegenstellten, hören wir von Presse, entmachteten Politikern der Vergangenheit und ernannten BV<sup>12</sup>-Politikern der Gegenwart die gleichen Töne oder Mißtöne. Wir registrieren Diffusität der Aussage, mangelnde Konzertierung, ein Phänomen, das man bereits vor dem 12.9.1980<sup>13</sup> bis zum Überdruß registrieren konnte. Wenn die paternalistischen Generale in den letzten Monaten mangels politischer Berufserfahrung erheblich – und dies steht außer Frage – gesündigt haben, so stehen sie als Sünder doch nicht allein. Andere befinden sich in den politischen Startlöchern, ein vielleicht nicht hoffnungsvoll stimmender Zustand, aber doch ein solcher, der uns eine Zubilligung milderer Umstände für das Regime erleichtern könnte, – keine trostreiche Überlegung, dafür aber eine schlüssige.

11) Politisch gesehen scheint eine positive Entscheidung jedenfalls unumgänglich, um noch negativere Entwicklungen für unser beiderseitiges Verhältnis abzufangen und gleichzeitig – dies ist entscheidend – unserem Sicherheitsinteresse Rechnung zu tragen, in der Erkenntnis der Interdependenz von Zustandekommen OECD-Hilfe, Bewilligung 13. Verteidigungs-Tranche und Gewährleistung Rüstungshilfe überhaupt. Kommt es in der OECD-Frage zu keinem positiven Beschluß, kann praktisch das Bündnisgefüge berührt sein, und das in einem Augenblick, in dem im östlichen Mittelmeer, in Nahost und Mittelost politisch und geistig-politisch alles in Bewegung geraten ist. Hier wären schwerste Bedenken anzumelden.

12) So fasse ich in Sicht der Botschaft als Orientierungspunkte zusammen:

- Im Rahmen des Möglichen deutsch-türkische Entflechtung durch Reduzierung des Zuzugsalters;

<sup>11</sup> Zur Ausarbeitung einer Verfassung in der Türkei vgl. Dok. 160.

Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 29. September 1982: „1) Der Entwurf der neuen türkischen Verfassung wurde erwartungsgemäß am 23.9.1982 vom Plenum der Beratenden Versammlung verabschiedet. Gemäß Art[ikel] 26 des Gesetzes zur Errichtung der Verfassungsgebenden Versammlung vom 30.6.1981 liegt der Text jetzt dem Nationalen Sicherheitsrat zur abschließenden Behandlung vor. 2) Der vom Verfassungsausschuß ausgearbeitete Entwurf ist im Plenum insgesamt nur mit wenigen redaktionellen Veränderungen angenommen worden. Entgegen vorher in Presse und in intellektueller Öffentlichkeit laut gewordenen Hoffnungen wurden die dort vehement kritisierten Passagen über die Grundrechte und -freiheiten, einschließlich der Presse- und Gewerkschaftsfreiheit, nur in geringem Umfang modifiziert, so daß hinsichtlich beider Punkte weiterhin von einem Verfassungstext gesprochen werden muß, der nach unseren Begriffen sehr restriktive Züge trägt. Zusätzlich wurden die Übergangsbestimmungen verabschiedet, die u. a. vorsehen, daß eine Zustimmung zur Verfassung in einem einzigen Akt auch eine Wahl von General Evren zum Staatspräsidenten für die nächsten sieben Jahre darstellen soll.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1826; Referat 203, Bd. 124911.

<sup>12</sup> Beratende Versammlung.

<sup>13</sup> Zur Machtübernahme durch das türkische Militär am 12. September 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

- im Rahmen des Möglichen Fortführung unserer Wirtschaftshilfe und vor allem Militärhilfe;
- im Rahmen des Möglichen Rückführung der deutsch-türkischen Beziehungen aus einer sich anbahnenden Zwangsintegration in eine umfassende Bündnisbeziehung klassischer Art, wie sie als Kern der westlich-türkischen Beziehung fortbestehen sollte.
- Zur Prozedur: in den drei vorstehend genannten Punkten eine feste und vor allem konsequente Linie, wenn einmal die Entscheidung gefallen ist. Dies hinterläßt bei unseren türkischen Partnern immer noch den stärksten und daher überzeugendsten Eindruck.

13) Ich erblicke hierin nach Lage der Dinge die beste Gewähr zur Wahrnehmung unserer Interessen, erblicke in ihr auch den realsten Ansatzpunkt für eine Re-etablierung des deutsch-türkischen Kontakts, dessen sentimentale Werte den Irrtümern beider Regierungen (in der Gastarbeiterfrage) und geistig-politischen Zwängen zum Opfer gefallen sind, die die Illusionsbereitschaft beider Seiten übersehen hatte.

14) Daß die politische Rezession damit nicht überwunden ist und die fortdauernde Übergangszeit gerade auch für die Botschaft sehr schwierige Aufgaben mit sich bringen wird, steht dabei fest. Das Äquivalent der Wirtschafts- und Militärhilfen mag immerhin ein Palliativ sein. Dies jedenfalls das Fazit der Erfahrungen, die die Botschaft in den vergangenen zwei Jahren deutscher Türkei-Politik gemacht hat.

II. Ich rege Vorlage bei dem Herrn StS<sup>14</sup> an.

Oncken

**Referat 203, Bd. 124915**

<sup>14</sup> Berndt von Staden.

235

**Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-14197/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 3753

**Aufgabe: 30. August 1982, 18.14 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. August 1982, 01.00 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-europäische Kontroverse über das US-Embargo zum Erdgas-Röhren-Projekt<sup>2</sup>

Bezug: DBe – VS-v – 3706<sup>3</sup> und 3715 vom 26.8., 3740 vom 27.8.

I. Ein hoher Beamter der Administration, der dem inneren Kreis um Reagan nahesteht und am Entscheidungsprozeß in der Sanktionsfrage beteiligt ist, äußerte sich gegenüber Gesandtem Pabsch in einem vertraulichen Gespräch unter vier Augen freimütig zum Hintergrund der Entscheidung gegen Dresser-France.<sup>4</sup> Danach geht die Entscheidung in den wesentlichen Punkten auf Reagan selbst zurück, der Vorschläge zur selektiven Anwendung der Exportbeschränkungen verworfen habe. Den Ausschlag gegeben hätten die folgenden Motive:

- Reagan sei von der Richtigkeit seiner Embargo-Entscheidung vom 18.6. weiterhin tief überzeugt. Als Führer der freien Welt empfinde er die Verpflichtung, die Repression in Polen durch Druck auf die Sowjetunion abzubauen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boldt am 31. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Roesch verfügte. Hat Roesch am 31. August 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Matthias verfügte.

Hat Matthias am 31. August 1982 vorgelegen.

Hat Stülpnagel am 3. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>3</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 26. August 1982, es ergebe sich „folgendes vorläufige Bild über die amerikanischen Pläne zur Durchsetzung des Embargos gegenüber der SU und Polen im Falle der Verletzung durch europäische Firmen“: Am 24. August 1982 sei unter dem Vorsitz des amerikanischen Außenministers Shultz über ein „Optionspapier für Durchsetzungsmaßnahmen“ beraten worden, das „alle Alternativen vom Nicht-Handeln bis zur Durchsetzung umfassender Zwangsmaßnahmen“ beinhalte. Dabei habe sich eine Präferenz für folgendes Vorgehen ergeben, dem nur der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger widersprochen habe: „a) keine Strafmaßnahmen gegen europäische Firmen, sondern Maßnahmen im Verwaltungsbereich (Versagen von Exportgenehmigungen); b) beschränktes (selektives) Vorgehen bei der Wahl der Exportbeschränkungen, möglichst ‚bürokratisches‘, d. h. langsames Verfahren bei der Vollziehung der Anordnungen; c) Konsultationen mit den Europäern über den Bereich der gesamten Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.“ Alle Überlegungen stünden unter dem Vorbehalt, daß Präsident Reagan sie billige. Vgl. VS-Bd. 10395 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Referat 421 notierte am 6. September 1982 zur Beteiligung Frankreichs am Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR: „Die französische Regierung hat in einem am 22. Juli 1982 veröffentlichten Kommuniqué klargestellt, daß die mit französischen Unternehmen geschlossenen Verträge eingehalten werden und die für 1982 vorgesehenen Lieferungen zum vereinbarten Zeitpunkt durchgeführt werden müssen. Sie hat diese Haltung in einem Schreiben des Industrieministers an die betroffenen französischen Unternehmen bestätigt und am 23.8.1982 gegenüber der an den Lieferungen zum Erdgas-Geschäft beteiligten Firma Dresser-France den Weg der staatlichen Anordnung zur Durchführung der Lieferungen (nach französischem Recht ‚réquisition‘) gewählt. Die Anordnung schließt ausdrücklich auch die Zulieferungen an Mannesmann-Demag ein. USA haben daraufhin am 27.8.82 mit ‚blacklisting‘ (temporary denial order) gegenüber den Unternehmen Dresser-France und Creusot-Loire reagiert.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140085.

- Er verstehe sich als starker Präsident einer wiedererstarkenden USA. Die Europäer hätten sich zu sehr daran gewöhnt, amerikanische Präsidenten nicht ganz voll zu nehmen. (Der Gesprächspartner führte eine lange Liste solchen angeblichen Verhaltens gegenüber Johnson in den letzten Vietnam-Jahren, Nixon nach Watergate<sup>5</sup>, Ford und vor allem Carter an, die zeigte, wie tief der Stachel sitzt.) Reagan lasse sich nicht „herumschubsen“ (is not to be pushed around), mit seiner Entscheidung gegen Dresser wolle er auch den Führungsanspruch der USA gegenüber den europäischen Regierungen durchsetzen. Dies sei auch wichtig gegenüber der SU, die nichts mehr fürchte als einen starken politischen Führungs- und Selbstbehauptungswillen im Westen und letztlich davon beeindruckt sein werde, daß Reagan sich auch durch die Kritik der Europäer nicht von seiner Politik abbringen lasse.
- Die Anordnung der französischen Regierung an Dresser-France zur Verschiffung der Rotoren habe den Präsidenten aufs höchste irritiert und persönlich herausgefordert. Noch habe Reagan die Erklärung Mitterrands nach dem Versailles-Gipfel zur Kreditpolitik gegenüber der SU nicht verwunden.<sup>6</sup> Nachdem er auf Drängen Haigs schließlich bereit gewesen sei, die schwache Versailler Communiqué-Passage zur Kreditpolitik als Vorwand für ein Einlenken in der Frage der Zulieferungen zum Erdgas-Röhren-Projekt zu akzeptieren, und sie sogar positiv gewürdigt habe, habe Mitterrand mit seiner „töricht“ Erklärung, alles bleibe beim alten, ihm dieses Feigenblatt weggerissen und ihn vor der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit „nackt und blamiert“ dastehen lassen. Sehr geärgert habe sich Reagan auch über eine für den französischen Wahlkampf<sup>7</sup> bestimmte Erklärung Mitterrands auf den Treppen des Weißen Hauses im Beisein Reagans bei Mitterrands Blitzbesuch im März<sup>8</sup>, zu dem Mitterrand sich kurzfristig selbst eingeladen habe und der sich nachträglich als reines Wahlkampfmanöver entpuppt habe. In der Dresser-Entscheidung habe sich auch dieser angestaute Unwillen entladen.
- Mit der Taiwan-Entscheidung<sup>9</sup> und dem Steuerreformgesetz habe Reagan den konservativen Flügel der Republikanischen Partei vor den Kopf gestoßen. Die

<sup>5</sup> Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 217, Anm. 20.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Communiqués des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. ferner Dok. 180.

Für den Wortlaut der Erklärung von Staatspräsident Mitterrand vor der Presse am 6. Juni 1982 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1982, II, S. 122–124.

<sup>7</sup> Am 14. und 21. März 1982 fanden in Frankreich Kantonalwahlen statt. Botschafter Herbst, Paris, berichtete darüber am 23. März 1982: „Der zweite Gang der Kantonalwahlen hat am vergangenen Sonntag die Niederlage der Linken bekräftigt. Im französischen Mutterland weitet die Opposition ihren Vorsprung um 257 auf 1147 von 1945 Kantonen aus, auf Departmentebene stellt sie in 56 (bisher 51) der 95 Generalräte, die am Mittwoch ihren Präsidenten neu wählen, die Mehrheit der Abgeordneten, in drei weiteren erzielt sie Stimmgleichheit. Bei einer in der Nachkriegsgeschichte einmaligen Wahlbeteiligung von über 70 v[on] H[undert] konnte die Linke diesmal zwar fast 52 v. H. der Stimmen auf sich vereinigen [...], insgesamt jedoch sank die Zahl der von ihr beherrschten Kantone um 100 auf 798.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; Referat 202, Bd. 140604.

<sup>8</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12. März 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 84. Für den Wortlaut der Erklärung Mitterrands vor dem Weißen Haus vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1982, I, S. 69 f.

<sup>9</sup> Zu den Ersatzteillieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 107, Anm. 3. Gesandter Wallau, Washington, informierte am 20. August 1982: „1) Die Administration hat ge-

Härte der Dresser-Entscheidung sei geeignet, „to mend fences“ mit diesem Teil seiner Gefolgschaft.

Der Gesprächspartner sagte ferner, daß die Dresser-Entscheidung auch das Muster für die Behandlung anderer Fälle von Verletzungen des Juni-Embargos durch weitere europäische Firmen bilden werde. Auf die Frage, worin bei dieser Entscheidung die in den öffentlichen Erklärungen der Administration betonten Elemente der Mäßigung zu sehen seien, sagte der Gesprächspartner, sie lägen im Verzicht auf Strafmaßnahmen und in der Beschränkung auf die beiden bekannten Firmen, obwohl mit Creusot-Loire auch der französische Staat selbst involviert sei; erwogen worden sei auch ein Verbot der Exporte für alle französischen Staatsunternehmen.

II. Wir haben keinen Zweifel, daß es sich bei diesen Äußerungen nicht um eine bloße, von außen kommende und möglicherweise falsche Interpretation der Beweggründe Reagans handelt, sondern um authentische Informationen. Auch der britische Geschäftsträger hat uns von ähnlichen Äußerungen aus der Umgebung Reagans berichtet. In die gleiche Richtung weist die Erklärung des Vizepräsidenten Bush vor der American Legion in Chicago am 26.8., der, auf die Proteste der Alliierten angesprochen, sie mit der Bemerkung abtat, die USA seien der Führer der freien Welt, und die derzeitige Administration beginne wieder, entsprechend zu handeln. Auch wenn der Umstand, daß das Embargo zuerst durch eine französische Firma verletzt wurde, den offenbar besonders großen Zorn Reagans gegen Mitterrand verschärfend ins Spiel gebracht hat, so scheint der Präsident doch fest entschlossen, seine Embargo-Entscheidung auch gegenüber den anderen europäischen Regierungen ebenso durchzusetzen. Offenbar hat der Rat des Außenministers<sup>10</sup>, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, bisher nichts bewirkt.

Damit stellt sich die Frage, ob Präsident Reagan seine Sanktionspolitik gegen die SU wegen Polen, der er zentrale Bedeutung beimißt, etwa nunmehr bewußt zum Feld der Auseinandersetzung mit den Europäern wählt, um vor dem Hintergrund der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa gegenüber den vier wichtigsten europäischen Alliierten seinen Führungsanspruch durchzusetzen. Es erscheint der Botschaft jedenfalls angebracht, auch diese Möglichkeit mit in unsere Überlegungen einzubeziehen. Da das Argument, einziger Nutznießer der US-europäischen Kontroverse in der Sanktionsfrage seien die Sowjets, Reagan offenbar nicht beeindruckt, kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß er eine weitere Zuspitzung der Konfrontation durchaus in Kauf zu nehmen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1243*

stern (19.8.) den Kongreß förmlich von ihrer Absicht unterrichtet, Taiwan während der nächsten zweieinhalb Jahre mit 60 F-5-E- und F-5-F-Kampfflugzeugen zu beliefern. Die Flugzeuge sollen von den USA und Taiwan koproduziert werden. Der Wert der von der amerikanischen Regierung dafür bereitzustellenden Elemente wird in der Presse mit 240 Mio. Dollar angegeben. 2) Das gemeinsame amerikanisch-chinesische Kommuniqué vom 17.8.82 ist in konservativen Kreisen, für die den Beziehungen zu Taiwan besondere Priorität zukommt, und den Freunden Taiwans im Kongreß mit Enttäuschung und z.T. heftiger Kritik aufgenommen worden. [...] Die Administration hat in den letzten Tagen erhebliche Anstrengungen unternommen, dieser Kritik zu begegnen. Reagan selbst lud dreißig Kongreßmitglieder ins Weiße Haus, um ihnen das Kommuniqué zu erläutern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3629; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>10</sup> George P. Shultz.

bereit ist. Wie mit DB 3740 berichtet, zielen die Kompromißbemühungen der auf einen Ausgleich mit den Europäern hinarbeitenden Kräfte in der Administration darauf ab, die Europäer zu einem Entgegenkommen in Form von zeitlich begrenzten, auf die Polen-Lage bezogenen Maßnahmen gegenüber der SU in den Bereichen Technologietransfer, Kredit- und Energiepolitik zu veranlassen. Nur Konzessionen, die dem Präsidenten glaubhaft als grundsätzliches Einschwenken der Europäer auf seine Sanktionsstrategie gegen die SU wegen Polen präsentiert werden können, wird jetzt in der Administration noch eine Chance beigemessen, den Präsidenten seinerseits zu einem Einlenken in der Frage der europäischen Zulieferungen zum Erdgas-Röhren-Projekt (Verzicht auf extraterritoriale Anwendung der US-Embargobestimmungen für abgeschlossene Verträge) zu veranlassen. Ob der Kompromiß jetzt noch auf einer Linie gefunden werden kann, der die sich abzeichnende Konfrontation im beiderseitigen Interesse vermeidet, dürfte nicht zuletzt auch davon abhängen, ob die Europäer sich nach der letzten Entscheidung des Präsidenten als erste zu einer Geste des Entgegenkommens bereit finden, auch wenn die Botschaft in allen ihren Gesprächen keinen Zweifel daran gelassen hat, daß nach dem Protest der Europäischen Gemeinschaft gegen die extraterritoriale Anwendung der amerikanischen Embargobestimmungen<sup>11</sup> an sich jetzt die US-Regierung am Zuge wäre, den ersten Schritt in Richtung auf eine Beilegung der Kontroverse zu tun.

[gez.] Wallau

**VS-Bd. 10375 (405)**

<sup>11</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 21./22. Juni 1982 in Luxemburg kritisierten die Außenminister die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR auf die Ausfuhr von Ausrüstungsgütern für die Erdöl- und Erdgasindustrie. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 6/1982 (Auszug), S. 81 f.

## 236

## Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Düsseldorf

Geheim

2. September 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Primas Glemp am 2. September 1982 in der Pfarrei Hubbelrath (Düsseldorf) von 9.50 bis 10.45 Uhr

Beim Gespräch waren anwesend: Bischof Dąbrowski, Frau Hamerlak-Hermesdorf (Dolmetscherin), AL<sup>2</sup>.

*Bundeskanzler* möchte dem Gespräch eine Bemerkung voranstellen, die er auch der gegenwärtigen polnischen Regierung hat übermitteln lassen<sup>3</sup>: Sie haben es bei mir mit einem Menschen zu tun, der ein überzeugter Freund Polens ist. Das wird sich auch in der gegenwärtigen Lage nicht ändern trotz aller gefährlichen Entwicklungstendenzen und ohne Rücksicht darauf, wer in Polen regiert.

*Glemp* möchte zunächst betonen, daß die politische Isolierung Polens weder für Polen noch für Europa eine gute Sache ist. Er möchte dann einige Worte über die revolutionäre Bewegung in Polen und „unseren Sozialismus“ sagen.

Die Polen wissen sehr genau, daß in Europa und in der Welt die politischen Spannungen steigen. Viele Polen sehen die Gefahr, daß Polen zum Ausgangspunkt eines Krieges werden könnte, eines nuklearen Krieges, der als reale Gefahr empfunden wird. Daher möchte er – nicht als Politiker, sondern als Bischof – betonen, daß das Abgeschnittensein vom Westen weder für Polen noch für Europa gut sein kann. Auch die polnische Kirche möchte zu einer Beseitigung der Spannungen zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas beitragen.

Er ist kein Fachmann für Wirtschaftsfragen. Aber die wirtschaftliche Lage in Polen ist außerordentlich schwierig. Es gibt eine tatsächliche Arbeitslosigkeit, die sich darin äußert, daß die Menschen zur Arbeit gehen, aber mangels Rohstoffen und Maschinen nicht arbeiten können. Es kommen Rohstoffe aus Rußland, aber die Produkte gehen wieder dorthin zurück. Der Erfolg ist eine Demoralisierung der Arbeiter, die keine Lust mehr zur Arbeit verspüren.

Hinzu kommt das Phänomen der „Solidarität“. Es war am Anfang eine sehr gute Sache, jetzt sind andere politische Kräfte zur „Solidarität“ gestoßen. Man kann nicht mehr genau sagen, was jetzt als revolutionär und was als terroristisch an-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 7. September 1982 an Vortragenden Legationsrat von Ploetz „nur zur persönlichen Unterrichtung des Bundesaußenministers“ übermittelt. Dazu vermerkte er: „Das Treffen ist, worauf die polnischen Gesprächspartner Wert legten, nicht öffentlich bekannt geworden.“

Hat Ploetz am 7. September 1982 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Sind Sie einverstanden, H[errn] v. Braunmühl Einsicht zu geben?“

Hat Genscher vorgelegen, der zu der von Ploetz gestellten Frage vermerkte: „Ja.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 14. Juni 1982 in New York; Dok. 183.

gesehen werden muß.<sup>4</sup> In Polen ist es jetzt praktisch zum Kampf zwischen zwei Arten von Kommunismus gekommen, einem trotzkistischen und einem sowjetischen.

Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß der Trotzkismus in der „Solidarität“ eine wichtige Rolle spielt. Die politische Spitze der „Solidarität“ setzt sich heute praktisch aus anti-sowjetischen Kommunisten zusammen. Der Bund der extremen Linken der „Solidarität“ und der extremen Linken der Partei wird dazu noch von Radio Free Europe und Voice of America gestärkt, deren Sendungen dazu beitragen, die Unruhe zu fördern.

Weder die polnische Kirche noch das polnische Volk können völlig außerhalb des Kommunismus und Marxismus stehen. Eine solche Haltung ist zur Zeit nicht akzeptiert und wird auch nicht akzeptiert werden. Jetzt ist allerdings höchste Zeit, die Ordnung in Polen wiederherzustellen. Aus dem Sozialismus, den Jaruzelski vorschlägt, kann ein menschlicher Sozialismus entstehen. Der Sozialismus der Vergangenheit war allerdings in Polen nicht akzeptabel.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob Jaruzelski ein Mensch guten Willens sei und sich im Herzen dem sowjetischen Druck entgegenstelle, meint er, diese Frage sei schwer zu beantworten. Jedenfalls sei Jaruzelski ein Pole, der allerdings die Zukunft Polens innerhalb der sowjetischen Strukturen sehe. Er wird von vielen Politikern als ein Mensch betrachtet, der nicht voll und ganz Rußland ergeben ist. Aber dem ist hinzuzufügen, daß er auch von Breschnew in seiner Haltung eine ehrliche Unterstützung erhält, der natürlich daran interessiert ist, daß in Polen keine größeren Unruhen entstehen.

*Bundeskanzler* hat aus vielen Begegnungen der letzten zehn Jahre<sup>5</sup> den Eindruck gewonnen, daß Breschnew für den Rest seines Lebens immer mehr ein Mensch wird. Aber die Führung der Sowjetunion entgleitet ihm. Er wird von den anderen Führern als eine Art Monstranz vorangetragen, aber er selbst trägt nichts mehr.

*Glemp* betont, daß der Sozialismus in Polen sich von dem anderer Länder des Ostblocks (er spricht vom „Block“) unterscheidet. Unter dem gegenwärtigen polnischen System hat die Kirche faktisch völlige Freiheit. Vielleicht ist das allerdings nur „die Freiheit der schwierigen Situation“.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob Jaruzelski sich im innersten Herzen zum Christentum rechnet oder ob er ein Atheist sei, meint er, daß er aus den persönlichen Gesprächen den Schluß ziehe, daß Jaruzelski in tiefster Seele eine ehrliche und aufrichtige Haltung dem Christentum gegenüber habe. Er ist in ei-

<sup>4</sup> Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 9. September 1982 mit: „Aus der Berichterstattung der Warschauer Presse wird heute deutlich, daß die Unruhen vom 31.8. landesweit und in wesentlich größerem Ausmaß abliefen, als das Militärregime gestern bereit war zuzugeben. Jetzt wird bekannt, daß sich auch Arbeiter an den Protesten beteiligt haben, so u. a. in Danzig, Nowa Huta und in der Kupferbaustadt Lubin/Lüben bei Breslau. Gestern noch wollte die Propaganda glauben machen, daß es sich bei den Demonstrationen lediglich um Halbstarke-Krawalle handelte. Plötzlich wird klar, daß die Untergrundtätigkeit in Polen gar nicht so unbedeutend ist, wie es zuvor dargestellt wurde. Ob die auch heute wieder veröffentlichten Berichte über angebliche Terrorgruppen und Waffenarsenale so der Wahrheit entsprechen, darf bezweifelt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1584; Referat 214, Bd. 132914.

<sup>5</sup> Zu den Begegnungen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 222, Anm. 6.

ner katholischen Schule erzogen worden, kennt die Kirche also. Was er tut, zeigt, daß er an eine Integration von Kirche und Volk denkt.

Er bezeichnet es als ein weiteres Charakteristikum des polnischen Systems, daß es weiterhin eine private Landwirtschaft gibt, die auch durch Gesetze abgesichert wird.

*Bundeskanzler* berichtet, daß er bei Hubschrauberflügen über Polen den Eindruck gewonnen habe, daß die Höfe viel zu klein seien, um eine rentable Landwirtschaft zu erlauben. Er hat Verständnis dafür, daß man in Polen die Kollektivierungspolitik der SU nicht übernehmen möchte – auch wegen des guten Verhältnisses zur Kirche, die auf ihren Vorstellungen vom Eigentum beharrt. Aber als Ökonom sieht er die Grenzen der Leistungsfähigkeit zu kleiner Höfe. Vielleicht hat auch die Kirche mit ihrem Beharren auf dem kleinen Privatbesitz zu diesem Problem beigetragen und könnte in Zukunft zur Lösung dieses Problems ebenfalls beitragen.

*Glemp* meint, daß die Kleinstbetriebe, deren Eigentümer tagsüber in der Fabrik arbeiten, zusammengelegt werden könnten. Damit eine Familie von einem Hof leben kann, muß er mindestens 15 Hektar haben. Er stimmt dem Einwurf des Bundeskanzlers zu, daß nicht nur eine Familie vom Hof leben soll, sondern mindestens zwei weitere Familien in der Stadt von seinen Produkten. Aber ein gut bewirtschafteter und mit Maschinen ausgerüsteter Hof von 15 Hektar kann das leisten.

*Bundeskanzler* möchte aus seiner Sicht einige Bemerkungen machen. Er kennt Gierek gut und hat ihn stets für ehrlich und anständig gehalten. Er hat Breschnew<sup>6</sup>, Jaruzelski, Honecker und Kádár<sup>7</sup> darauf hingewiesen, daß er sich nicht mehr für Polen einsetzen könnte, wenn Gierek etwas zustößt.<sup>8</sup> Gierek hat sich ehrlich für die Aussöhnung von Deutschen und Polen bemüht. Er hatte allerdings keine Vorstellung davon, wie eine Wirtschaft funktionieren kann. Die gegenwärtige polnische Führung scheint allerdings auch keine konzeptionelle Kraft in bezug auf die polnische Wirtschaft zu besitzen. Die gegenwärtigen Machthaber mögen guten Willen haben, sie sind aber offensichtlich nicht für ihren Beruf vorbereitet. Seit Oskar Lange sieht er keinen Wirtschaftswissenschaftler in Polen, dem er das Schicksal der polnischen Wirtschaftspolitik anvertrauen möchte. Er betrachtet die Chancen skeptisch, daß eine polnische Regierung imstande sein wird, die polnische Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Er sieht sich auch außerstande, vom Westen aus den Polen Ratschläge zu geben.

Der Lebensstandard des polnischen Volkes wird vielleicht noch in den nächsten zehn Jahren unter dem Standard der 70er Jahre liegen. Er hat Gierek gefragt, womit er denn die mit westlichen Krediten aufgebauten Werften und Hüttenwerke bezahlen wollte. Gierek hat nicht verstanden, daß er mit Rubel-Einnahmen nicht westliche Kredite zurückzahlen kann.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 15. Februar 1982; Dok. 54.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27. April 1982; Dok. 128.

<sup>8</sup> Zur Inhaftierung des ehemaligen Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 54, Anm. 33.

Unter Gieriek gab es daher nur einen wirtschaftlichen Scheinaufschwung mit Hilfe westlicher Kredite. Jaruzelski scheint jetzt auch wieder mit westlichen Krediten einen kleinen Scheinerfolg erzielen zu wollen. Aber es ist nicht klar, wo solche Kredite wirtschaftlich sinnvoll investiert werden können. Außerdem wird unter den gegenwärtigen Bedingungen keine westliche Bank Kredit gewähren. Westliche Staaten könnten nach seiner Einschätzung helfen, aber das wäre ihnen innenpolitisch nur dann möglich, wenn die polnische Führung die drei westlichen Forderungen erfüllt: Beendigung des Kriegszustandes, Wiederherstellung des nationalen Dialogs, Freilassung der Inhaftierten.<sup>9</sup> Er muß daher mit großer Betrübnis sagen, daß er zur Zeit keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere sieht und auch keinen Rat anzubieten hat.

Er selbst hat um die Jahreswende 81/82 herum sich den Zorn des amerikanischen Präsidenten, zunächst auch Präsident Mitterrands und der gesamten westlichen Öffentlichkeit zugezogen, als er nicht bereit war zu polemischen Äußerungen gegen Polen und zur Verurteilung Jaruzelskis als einer sowjetischen Marionette.<sup>10</sup> Er hat statt dessen verlangt, daß der Westen nicht nur Polen verurteilt, sondern gleichzeitig Hilfe in Aussicht stellt, wenn den westlichen Forderungen entsprochen wird. Er hat sich sogar von seinen Kollegen fragen lassen müssen, ob er vom Kommunismus angesteckt sei.

Vor acht Wochen hat er sich bei seinem alten Freund und jetzigen amerikanischen Außenminister Shultz erneut dafür eingesetzt, daß der Westen erhebliche wirtschaftliche Hilfe für den Fall in Aussicht stellt, daß Polen den drei Forderungen entspricht.<sup>11</sup>

*Glemp* stimmt der Analyse des Bundeskanzlers zu. Er glaubt, daß Jaruzelski verstanden hat, daß er nicht auf die wirtschaftlichen Rezepte Gierieks zurückgreifen kann. Er hat daher Wirtschaftsrate geschaffen, die nach Auswegen suchen.

*Bundeskanzler* gibt zu erwägen, daß die katholische Kirche ihren Wert nicht nur für die Nation, sondern auch für das Jaruzelski-Regime beweisen kann, wenn sie in der Lage ist, ihm guten wirtschaftlichen Rat zu geben. Mit Hilfe der Verbindungen der Kirche nach dem Westen – über den Vatikan, Kardinäle wie König und Lustiger – könnte man Wirtschaftler mit internationaler Erfahrung zusammenbringen, die Ratschläge ausarbeiten, die der Primas dann Jaruzelski übermitteln könnte.

*Glemp* betont, daß die Kirche in diesem Bereich bereits sehr viel tut. Sie sucht auch das Gespräch mit Westeuropa. Die Tragik Jaruzelskis liegt darin, daß er keine Reformen ohne eine staatliche Stabilität durchführen kann, aber seine eigene Autorität immer wieder von inneren Unruhen erschüttert wird.

Er fügt hinzu, daß keiner mehr wünscht, den Kriegszustand zu beseitigen als Jaruzelski. Aber seine Bedingung muß ein Minimum an Sozialismus sein, d. h.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>10</sup> Zur französischen Kritik an der Haltung der Bundesrepublik in bezug auf die Lage in Polen vgl. Dok. 8, Anm. 3 und 5.  
Zur Kritik in den USA vgl. Dok. 9.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf, wo er mehrfach mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammentraf. Vgl. dazu Dok. 222.

praktisch Anerkennung der Rolle der Partei und der Verträge mit der Sowjetunion.

*Bundeskanzler* sieht wie Glemp Jaruzelski als eine Figur in einem griechischen Drama. Er hat Jaruzelski zwei Ratschläge übermitteln lassen:

- Er selbst solle auf Primas Glemp zugehen, zu erkennen geben, daß er Rat und Hilfe brauche, und versuchen, ein Zusammenwirken aller polnischen Patrioten zustande zu bringen – auch wenn das nur zeitlich begrenzt und nicht auf allen Gebieten auf einmal verwirklicht werden kann.
- Das Kriegerrecht aufzuheben. Schon das Wort ist grauenhaft. Es sollte ersetzt werden durch ein vom Sejm zu beschließendes wirtschaftspolitisches Ermächtigungsgesetz.

*Glemp* meint, daß diese Vorschläge von Jaruzelski wohl akzeptiert worden sind. Er möchte sie sicher realisieren. Aber der Charakter der Polen ist außerordentlich emotional. Sie haben einen tiefen Ärger auf das sozialistische Regime, und es ist schwer zu sagen, ob die Polen noch einmal imstande sein werden, an den Sozialismus zu glauben. Die Bischöfe verstehen noch die schwierige politische Lage. Aber es gibt immer mehr Priester, die sich auch gegen die Regierung auflehnen.

*Bundeskanzler* kann sich diese Situation sehr genau vorstellen. Er möchte aber doch noch einen Satz wiederholen, den er AM Czyrek für Jaruzelski aufgetragen hat: Die Lage in Polen ist so, daß es zu einem blutigen Drama kommen kann, auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Deswegen ist für alle handelnden Führungspersonen alles, was sie tun oder lassen, mit dem Risiko des eigenen Lebens belastet. Wenn sich alle dieses tödlichen Risikos bewußt sind, sollten sie auch wissen, daß sie es nicht mehr dadurch vergrößern, daß sie gemeinsam handeln. Die große Gefahr ist vor allem die Entschlußlosigkeit in einer Situation, in der das Lebensrisiko für ganz Polen enorm ist, vor allem weil keiner weiß, was sich in der SU nach dem Tode Breschnews entwickeln kann. Er zögert sehr, diese Dinge zu sagen, da er sich bewußt ist, daß er als Deutscher keine moralische und historische Legitimation hat, den Polen Ratschläge zu erteilen. Außerdem sprechen wir Deutsche natürlich von einer unendlich komfortableren wirtschaftlichen Situation aus.

*Glemp* möchte dem Bundeskanzler dafür danken, was er gesagt hat. Man kennt in Polen seine Aufrichtigkeit, die Aufrichtigkeit eines Mannes, der sich verantwortlich fühlt für das Schicksal Europas und der aus humanistischer Verantwortung heraus für Europa in schwerer Zeit zu handeln bereit ist.

Auf Frage des Bundeskanzlers, wie er mit ihm in Verbindung bleiben kann, meint er zunächst, daß er im November wieder nach Deutschland kommt. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß er ihm stets eine Nachricht über Kardinal Höffner zukommen lassen kann, der sein volles Vertrauen hat.

*Bundeskanzler*: Auch er hat volles Vertrauen zu Kardinal Höffner, der auf seinem letzten Polen-Besuch die Situation verstehen gelernt hat.<sup>12</sup> Er selbst hat den Kardinal mit Präsident Reagan in Verbindung gebracht, um den Präsi-

<sup>12</sup> Eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Höffner hielt sich vom 3. bis 5. Juni 1982 in Polen auf.

ten aus erster Hand über die Lage in Polen zu informieren. Er hofft, den Primas im Februar 1983 in Löwen zu treffen, wo beide einen Ehrendoktor erhalten sollen.<sup>13</sup>

*Dąbrowski* betont noch einmal die Gefahr, daß die Polen sich emotional gegen den Kommunismus sträuben. Aber politisch verstehen mehr und mehr Polen, daß sie zum östlichen System gehören und daß es für Polen keinen anderen Platz gibt. In dieser Entwicklung sieht er einen Fortschritt.

*Glemp* möchte noch einige Worte zur „Solidarität“ hinzufügen. Sie ist für viele Polen gleichbedeutend mit einem großartigen Ideal. Daher bedienen sich jetzt auch terroristische Gruppen dieses Namens, was wiederum der Regierung die Gelegenheit gibt, auch die echte „Solidarität“ in den Schmutz zu ziehen. Die Polen haben noch das Ideal, wissen heute aber nicht mehr, wer es wirklich repräsentiert. Gerade deswegen ist es besonders wichtig, daß Wałęsa freigelassen wird. (*Dąbrowski*: Er wäre dann ein Garant für die Echtheit der „Solidarität“.) Wałęsa wird jeden Sonntag von einem Priester besucht. Die Kirche bemüht sich laufend darum, seinen Status zu verändern, z.B. auch durch den Gedanken, daß er als Gast des Primas freigelassen wird, der gegenüber der Regierung gewisse Garantien übernimmt. Aber auch dieses Modell ist von der Polizei abgelehnt worden.

*Bundeskanzler* betont, daß sich in Polen einmal mehr zeigt, daß Generäle nicht dazu ausgebildet sind, einen modernen Staat zu regieren. Das funktioniert nicht einmal in Lateinamerika.

Er dankt dem Primas herzlich für diese Begegnung. Er bittet ihn, das Gefühl mitzunehmen, daß es in Deutschland viele Menschen gibt, die mit großem inneren Engagement an Polen denken und auch bereit sind, praktisch für Polen etwas zu tun. Das zeigt sich in den Paketen, einer spontanen Hilfsaktion, die nicht von seiner Regierung angeordnet ist. Er bittet ihn außerdem, das Gefühl mitzunehmen, daß es nicht nur in der katholischen Kirche, sondern darüber hinaus im ganzen deutschen Volk eine herzliche Zuneigung zum polnischen Volk gibt, einen großen Respekt für die Rolle der polnischen Kirche und eine große Hoffnung, daß sich die Dinge zum Besseren wenden.

*Glemp* betont abschließend, daß er hier in Deutschland aufrichtige und ehrliche Gespräche geführt hat. Es ist erstaunlich, wie gut sich die Deutschen in die Lage Polens einfühlen.

**VS-Bd. 14105 (010)**

<sup>13</sup> Bundeskanzler Schmidt wurde am 2. Februar 1983 der Ehrendokortitel der Katholieke Universiteit Leuven verliehen.

237

### Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt

114-14319/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 444  
Citissime

Aufgabe: 8. September 1982, 12.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. September 1982, 16.30 Uhr

Betr.: Abschließende Normalisierung der deutsch-äthiopischen Beziehungen  
Bezug: Schriftbericht Nr. 587 vom 6.9.1982 – Pol 321.00<sup>2</sup>

I. 1) Die im Bezugsbericht dargestellte „Ersatzlösung“ für das die Normalisierung unserer Beziehungen zu Äthiopien behindernde Problem der im Januar 1978 beschlagnahmten Deutschen Schule<sup>3</sup> ist überholt. Desgleichen die in den zähflüssigen Verhandlungen der vergangenen Jahre erarbeiteten Denkmodelle für eine gemeinsame deutsch-äthiopische Nutzung der früheren Gebäude. Ebenso entfällt der Gedanke des Umzugs aus der Notunterkunft auf dem Botschaftsgelände in alternative, von der äthiopischen Regierung zur Verfügung zu stellende Gebäude.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 9. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 12. September 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich will Botschafter v. Pachelbel-Gehag für sein zähes und umsichtiges Handeln danken.“

Hat Staatssekretär von Staden am 13. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflos verfügte.

Hat Gorenflos am 14. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Haas und Referat 320 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die etwas unklare Grundlage muß noch geklärt werden.“

Hat Haas am 14. September 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 14. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, berichtete zur 1978 von Äthiopien beschlagnahmten Deutschen Schule: „Die äthiopische Führung ist offenbar ernstlich nicht nur an einer zügigen Kompromißlösung der Schulfrage, sondern auch an einer möglichst umgehenden Generalbereinigung und Intensivierung der Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert.“ Die äthiopische Regierung biete der Bundesrepublik daher „ein mit etwa fünf Häusern bebautes größeres Grundstück in zentraler Lage“ als Ersatz für die beschlagnahmte Schule an und erkläre sich bereit, die Kosten für die nötigen Um- und Anbauten zu übernehmen. Im Abschnitt II, Ziffer 1 des Schriftberichts hieß es: „Der Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zu uns erscheint insofern glaubhaft, weil er sich in einen Rahmen ähnlicher, in letzten Monaten feststellbarer Initiativen gegenüber anderen westlichen Ländern einfügt“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Witte vermerkte am 6. Januar 1978: „Am 5. Januar 1978 wurde die Deutsche Schule Addis Abeba durch den Staatssekretär im äthiopischen Erziehungsministerium übernommen und die Räumung der Schulgebäude angeordnet. Bereits am 30. Dezember 1977 war die Schule durch bewaffnete Wachmannschaften des Erziehungsministeriums besetzt und eine restriktive Personenkontrolle durchgeführt worden. Am 10. November 1977 hatte das Erziehungsministerium diese Maßnahme gegenüber der Botschaft angedroht, als Vorwand verwies die äthiopische Seite auf die Kündigung von acht äthiopischen Ortskräften der Schule, auf deren Rücknahme sie bestand. [...] Wie Botschaft Addis Abeba telefonisch mitteilt, ist sie mit Note aufgefordert worden [...], am 9. Januar die Deutsche Schule an Erziehungsminister zu übergeben. Botschaft wurde sofort drahtlich angewiesen, sofort zu erklären, daß Bundesregierung zur Übergabe von Deutscher Schule nicht bereit sei.“ Vgl. Referat 620, Bd. 191317.

Wir haben unsere alte Schule wieder, und zwar mit allen dazugehörigen Gebäuden. Die seinerzeitige Beschlagnahme, Enteignung, Nationalisierung, oder wie auch immer die Maßnahme genannt wurde, wird seitens der äthiopischen Regierung damit aufgehoben. Dies wurde mir gegenüber offiziell als Signal an uns bezeichnet, daß Äthiopien eine unverzügliche Wiederherstellung des früheren vertrauensvollen Verhältnisses in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik begrüßen würde. Für eine baldige Rückäußerung wäre man dankbar. Wohnungsminister<sup>4</sup> erhalte heute Anweisung, die Gebäude auf etwaige Instandsetzungserfordernisse anzusehen. AM dazu: „Wenn wir sie Euch schon zurückgeben, soll sie wenigstens in anständigem Zustand sein.“

2) AM Dr. Feleke bat lediglich darum, die Sache noch ein paar Wochen unterm Hut zu halten und überhaupt unsererseits von allen öffentlichen oder Presseerklärungen darüber abzusehen, eine Bitte, die ich nur nachdrücklich unterstützen kann, damit uns nicht wieder dasselbe wie im Frühjahr 1981 passiert, als interessierte Gegenkräfte davon Wind bekamen und die bereits ausgehandelte Rückgabe zu vereiteln vermochten.<sup>5</sup> Bitte deshalb auch keine Andeutung, auch nicht seitens des BMZ, gegenüber äthiopischer Botschaft in Bonn, die noch nicht unterrichtet ist.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Angelegenheit für die Äthiopier nicht nur die erste Aufhebung einer von der Revolutionsregierung öffentlich vollzogenen Maßnahme, sondern auch ein erhebliches, über das bilaterale hinausgehendes Politikum und nicht zuletzt eine erfolgreich bestandene Mutprobe ist, zu welcher man sie nur äußerst mühsam zu bewegen vermochte.

3) Der im Postskriptum zum Bezugsbericht kurz erwähnte letzte in dieser Frage unternommene Anlauf – eine Begegnung mit zwei engen Freunden Mengistus und Mitgliedern des Obersten Militärischen Führungsgremiums, welche wegen der für sie und mich gebotenen Vertraulichkeit nur bei Nacht und im Privatwagen an einem eher ungewöhnlichen Treffpunkt wahrgenommen werden konnte – hat offensichtlich diesen Durchbruch erbracht. Trotzdem erstaunlich, wie schnell dies in einer Weisung Mengistus an seinen Außenminister umgesetzt worden ist. Universitätspräsident, mit dem ich heute aus anderem Anlaß Termin hatte und der nun unsere Gebäude verliert, weiß z. B. noch nichts von seinem Glück.

II. Einzelheiten bezüglich der Modalitäten und des Zeitpunkts des Wiedereinziehens in unsere Schule werden in nächsten beiden Tagen besprochen, wor-

<sup>4</sup> Tesfaye Maru.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 29. Mai 1981: „Die auch in der Schulfrage ausfälligen Äußerungen des Mitglieds des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats (PMAC) Äthiopiens, Berhanu Bayeh, in seinem Gespräch mit dem Bundesminister am 30.4.1981 scheinen tatsächlich darauf hinzudeuten, daß die in Aussicht gestellte Rückgabe der Deutschen Schule in Addis Abeba doch zu einem Politikum geworden ist [...]. Da eine von Äthiopien vorgesehene vertrauliche Behandlung dieser Angelegenheit auch gegenüber der östlichen Seite wohl nicht möglich war und hemmende östliche Einflußnahme auf den Entscheidungsfindungsprozeß des PMAC hinsichtlich einer Rückgabe der Deutschen Schule nicht mehr auszuschließen ist, ist gegenwärtig eine konkrete Beantwortung der Frage, ob und wann die Deutsche Schule in Addis Abeba zurückgegeben wird, nicht möglich.“ Vgl. Referat 320, Bd. 127719.

über Bericht folgt.<sup>6</sup> Um den Äthiopiern nach diesem Kraftakt nicht das Gefühl zu geben, daß sie nun nackt dastehen, habe ich folgende Bitten:

1) Daß ich in den Stand gesetzt werde, dem AM möglichst schnell ein paar freundliche Worte von BM, mündlich würde genügen, zu übermitteln, wobei erwogen werden könnte, hinzuzufügen, daß BM sich freuen würde, am Rande der GV in New York mit ihm kurz zusammenzutreffen.<sup>7</sup>

2) Daß ich ihm möglichst gleichzeitig unsere Zusage mitzuteilen ermächtigt werde, das ohnehin vorgesehene ca. 4 Mio. TZ-Projekt „Institut für das Training von Wasserwerkpersonal“ durchzuführen, woran lt. AM und nach unserer Kenntnis Mengistu besonders viel liegt. Ausführliche Berichte und Abkommenstext liegen dort vor, auch darüber, daß das Ausbildungsprogramm hier eigentlich bereits im Oktober anlaufen soll. Nach der uns schriftlich erteilten äthiopischen Zusage, die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür umgehend zu schaffen, sehe ich da kein unüberwindliches Problem.<sup>8</sup> AM dazu: Das sei „natürlich keine Bedingung, aber eine schnelle grundsätzliche Zusage würde man sehr begrüßen“.

3)<sup>9</sup> Daß BM Offergeld freundlicherweise erneut prüft, wann etwa seine Terminplanung ihm die Durchführung des u. a. wegen ungelöster Schulfrage aufgeschobenen Äthiopien-Besuchs erlauben würde.<sup>10</sup> AM erklärte mir, seine Regierung würde einen solchen Besuch außerordentlich begrüßen. Man würde „dem Minister, von dem er bereits so manche den Nagel auf den Kopf treffende Er-

<sup>6</sup> Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, teilte am 14. September 1982 mit, das äthiopische Außenministerium halte an der Entscheidung fest, die Deutsche Schule zurückzugeben: „Man sei zur Überzeugung gelangt, daß früher anvisierte halbe oder Ersatzlösungen (gemeins[ame] Nutzung oder Alternativgrundstück) nichts wert seien und wolle deshalb ‚die ganze Schule‘ zurückgeben, um erstmal klare Verhältnisse wiederherzustellen. [...] Als ‚Rechtfertigung der Entscheidung‘, so AM, werde ‚man‘ – daß er damit Mengistu meinte, ging aus nächstem Satz hervor – auf die von uns im Gegensatz zu anderen Geberländern ungeachtet der Revolution kontinuierlich fortgesetzte entwicklungspolit[ische] Unterstützung hinweisen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 459; VS-Bd. 10373 (400); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

Bundesminister Genscher und der äthiopische Außenminister Feleke trafen sich am 6. Oktober 1982 am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Themen waren eine mögliche technische Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft und die Rückgabe der Deutschen Schule an die Bundesrepublik. Vgl. den Drahterlaß Nr. 185 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaft in Addis Abeba vom 18. Oktober 1982; Referat 320, Bd. 137953.

<sup>8</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 7. September 1982 für das Auswärtige Amt: „Obwohl die äthiopische Seite bereit zu sein scheint, den deutschen Forderungen zu entsprechen, kann aus den der Botschaft bekannten Gründen (fehlende Finanzierung, noch fehlende Voraussetzung für die uneingeschränkte Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit) nicht sofort in Arba Minch mit dem Aufbau eines Ausbildungszentrums für Wasserwerker begonnen werden.“ Als „Zwischenlösung“ für das Projekt in Arba Minch wurde die Weiterführung des Vorhabens zunächst ausschließlich im Bereich der „Maintenance“ bei gleichzeitigem Aussetzen weiterer Investitionen für das bereits laufende Projekt in Anwassa vorgeschlagen. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „4“.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat Holl teilte der Botschaft in Addis Abeba am 17. September 1982 mit, es sei unter anderem ein Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundesminister Offergeld angeregt worden, „worin er sich um zügige Wiederaufnahme EH-Zusammenarbeit verwendet und baldigen Besuch BM Offergelds in Addis befürwortet. [...] Wegen des soeben erfolgten Rücktritts BM Genschers (und der übrigen FDP-Minister) können wir die Vorschläge in dieser Form derzeit nicht weiter verfolgen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 168; Referat 320, Bd. 137953.

klärungen gehört habe, gerne etwas von den äthiopischen Entwicklungsanstrengungen zeigen und erläutern“.

Da Äthiopien nach der Entschädigung der Hauptfirmengruppe verstaatlichten deutschen Vermögens (u. a. DEG)<sup>11</sup> nun auch in der letzten offenen Frage gehandelt und Entgegenkommen gezeigt hat, könnte ein baldiger Besuch des Ministers aus hiesiger Sicht erheblich dazu beitragen, Mengistu in seiner zunehmend feststellbaren Neigung zur westlichen Option (vgl. Bezugsbericht II, Ziffer 1) zu bestärken.<sup>12</sup>

III. Über die durch diese Entscheidung ausgelöste Notwendigkeit, den Gesamtbereich der künftigen Entwicklungs- und kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Äthiopien neu zu überdenken, folgt Bericht sobald möglich.<sup>13</sup> Um vertrauliche Weiterleitung an BMZ, Ref. 112 und H. Pallmann wird gebeten.

[gez.] Pachelbel

**VS-Bd. 13658 (322)**

<sup>11</sup> Am 19. April 1982 informierte Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba: „Am 19. April 1982 haben die äthiopische Entschädigungskommission und die ehemaligen deutschen Anteilseigner an der 1975 verstaatlichten äthiopischen Firma E[thiopian]C[hipwood]A[nd]F[urniture]CO[mpany], vertreten durch die D[eutsche Investitions- und]E[ntwicklungs]G[esellschaft] als größtem ehemaligen Aktionär, den im vergangenen Jahr ausgehandelten Entschädigungsvertrag unterzeichnet. Damit ist der wichtigste Entschädigungsfall im bilateralen deutsch-äthiopischen Verhältnis abgeschlossen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 264; AV, Neues Amt, Bd. 17294.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

<sup>13</sup> Am 10. September 1982 berichtete Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba: „Obgleich wir aus verständlichen Gründen offiziell nie formelles Junktim zwischen politischer Normalisierung und Deblockierung EZ hergestellt haben, konnte Zusammenhang zwischen beiden aber bewußt – und nunmehr mit Erfolg – eingesetzt werden, um Äthiopier zu Fortschritten in Schulfrage und damit in politischen Beziehungen zu bewegen. Ausbleiben entsprechender konkreter Schritte in EZ nach Normalisierung müßte zu schwerwiegender Enttäuschung und erneuten Belastungen führen.“ Pachelbel schlug daher unter anderem die Verlängerung des Projekts zur Technischen Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Wasserwerkspersonal, eine Aufstockung des KfW-Darlehens für das Projekt „Wasserversorgung zwölf Provinzstädte“ und eine Umwandlung des KfW-Darlehens in Zuschüsse vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 448; VS-Bd. 10373 (400); B 150, Aktenkopien 1982.

238

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-14394/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1647  
Cito

**Aufgabe: 13. September 1982, 20.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 13. September 1982, 21.36 Uhr**

Betr.: Spanien;  
hier: Vorbereitung der militärischen Integration Spaniens<sup>2</sup>  
Bezug: DB Nr. 1619 – I-322.SPA VS-NfD – vom 8.9.1982<sup>3</sup>

## Zur Unterrichtung

I. 1) Am 13.9. fand zur Frage der militärischen Integration Spaniens ein informelles Treffen des GS<sup>4</sup> mit den Ständigen Vertretern der hauptinteressierten Länder (ohne Spanien) über die nächsten Verhandlungen zur militärischen Integration Spaniens statt. Neben den geographisch und militärisch Hauptbetroffenen (GB, USA, Italien, Portugal) nahmen auch die politisch involvierten und für die Allianz wichtigen Länder (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich) teil. Ferner nahmen SACEUR<sup>5</sup> und der Vorsitzende des Militärausschusses<sup>6</sup> teil.

2) Der GS hat diese Unterredung geführt, um eine gewisse Absicherung hinsichtlich der Natur der Eröffnungsposition der Verbündeten für die Integrationsgespräche zu bekommen, die der beigeordnete GS Nicholls in Abwesenheit des stellvertretenden GS Da Rin am 14./15. September mit Spanien hier in Brüssel führen wird. Die Beschleunigung dieser Gespräche ist von spanischer Seite betrieben worden mit dem Ziel, nach Möglichkeit noch vor den Wahlen<sup>7</sup> eine Rahmenvereinbarung für die Frage des Command and Control<sup>8</sup> herbeizuführen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Kirstein am 14. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.

Hat Hofmann am 14. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „7.9.1982“.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte: „In der Sitzung des Rates im kleinsten Kreise (private luncheon) am 7.9.82 wurde von Generalsekretär im Einvernehmen mit den Ratsmitgliedern festgestellt, daß die Verhandlungen mit Spanien über die Integration der spanischen Streitkräfte nach Abschluß der noch laufenden technischen Informationsphase auf Seiten der Allianz von stellvertretendem Generalsekretär Da Rin [...] und auf Seiten Spaniens vom Ständigen Vertreter im NATO-Rat geführt werden. [...] Es ist bekannt geworden, daß General Rogers – SACEUR – selbst die Verhandlungsführung anstrebte. Das wurde von Spanien abgelehnt, u. a. auch aus Gründen der zivilen Kontrolle über den eigenen militärischen Bereich, und hätte wohl auch im Rat keine positive Resonanz gefunden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125649.

<sup>4</sup> Joseph Luns.

<sup>5</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>6</sup> Robert H. Falls.

<sup>7</sup> Am 28. Oktober 1982 fanden in Spanien Parlamentswahlen statt.

<sup>8</sup> Zur Frage der Anpassung der Kommandostrukturen im Zusammenhang mit dem NATO-Beitritt Spaniens und der portugiesischen Haltung dazu vgl. Dok. 209, Anm. 26.

Referat 201 legte am 15. September 1982 dar: „Spanien wird bei Abgrenzung und Besetzung der Kommandos eine angemessene Berücksichtigung seines strategisch-militärischen und politischen Gewichts verlangen. Auf einem einheitlichen iberischen Oberkommando wird es voraussichtlich nicht

Spanische Seite hat auf politische Verhandlungsführung bestanden, und zwar vor allem auf dem Hintergrund der Notwendigkeit, in Spanien das Primat der politischen Führung gegenüber der militärischen Führung zu dokumentieren (vgl. Bezugs-DB). Der GS hat dem spanischen Wunsch nach politischer Gesprächsführung entsprochen; SACEUR hat dafür Verständnis zum Ausdruck gebracht, obwohl in den vergangenen Fällen politische Integrationsfragen mit der Türkei, der Bundesrepublik Deutschland und Griechenland auf militärischer Ebene geführt worden waren.

3) Zu der Eröffnungsposition haben nach dem GS und dem mit der Führung der Sondierungsgespräche beauftragten und beigeordneten Nicholls der Vorsitzende des Militärausschusses, der Befehlshaber Europa (SACEUR) und die Ständigen Vertreter der beteiligten Länder sich auf persönlicher Basis geäußert.

## II. Im einzelnen

1) Der Generalsekretär hat eingangs darauf hingewiesen, daß der spanische Verteidigungsminister<sup>9</sup> nur einmal den Wunsch nach einem getrennten Major NATO Command angesprochen habe. Dieser Wunsch sei in der Folgezeit von spanischer Seite nicht wieder aufgegriffen worden. Er schlage deshalb vor, diese Frage in den Gesprächen mit Spanien seitens der NATO nicht aufzugreifen.

Generalsekretär wies darauf hin, daß in Verbindung mit der Regelung von Command and Control die spezifische Problematik Gibraltar<sup>10</sup> eine gewisse Komplikation darstelle. Der Generalsekretär meinte abschließend, daß Spanien zwar auch eine atlantische Komponente habe, daß diese aber relativ schwach ausgeprägt sei und daß es daher sowie wegen der besonderen Position Portugals zweckmäßig sei, Spanien in seiner Gesamtheit unter SACEUR zu stellen.

2) Der beigeordnete Generalsekretär Nicholls teilte zum Stand der Sondierungs- und Informationsgespräche folgendes mit:

Die Regelung der Frage Command and Control hänge im Grunde genommen davon ab, welche Rollen den spanischen Streitkräften im NATO-Rahmen zugewiesen werden sollten. Die Voraussetzung für die Klärung dieser Frage sei mit dem DPQ<sup>11</sup>-Fragebogen, der den Spaniern übermittelt worden war und den die spanische Seite zwischenzeitlich beantwortet habe, geschaffen worden.

In der am 14./15. September in Brüssel stattfindenden nächsten Gesprächsrunde komme es darauf an, Übereinstimmung über die Bedrohungsanalyse zu erreichen und den Spaniern eine Einschätzung der Rolle der spanischen Streitkräfte aus der Sicht der Allianz zu geben sowie eine Aussprache über die militärischen Aufgaben zu führen, die von den spanischen Streitkräften übernommen werden könnten. Wegen des spanischen Wunsches nach einem Rahmenabkommen noch vor den Wahlen (28.10.1982) werde nun die Diskussion über Command and Control beschleunigt und als Eröffnungsposition in den Gesprächen, die am 14./15. beginnen, das eingeführt werden, was im Verlauf des informellen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1256*

bestehen; im besonderen Interesse Madrids dürfte aber ein spanisch geführter Kommandobereich liegen, der die Balearen, Gibraltar und die Kanaren umfaßt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125649.

<sup>9</sup> Alberto Oliart Saussol.

<sup>10</sup> Zur Gibraltar-Frage vgl. Dok. 27, Anm. 17.

<sup>11</sup> Defense Planning Questionnaire.

Treffens am 13.9. vom Generalsekretär, den Ständigen Vertretern sowie vom MC-Vorsitzenden und von SACEUR gesagt wurde.

3) Der Vorsitzende MC sieht bei einer Regelung der Kommandostruktur mit der Unterstellung der spanischen Streitkräfte unter SACEUR ein Problem wegen der Kanarischen Inseln, die im Kommandobereich des SACLANT<sup>12</sup> liegen.

4) SACEUR berichtete, er sei sich mit SACLANT über die folgende Ausgestaltung der Kommandostruktur einig geworden:

(1) Spanien wird Befehlsbereich SACEUR zugeschlagen.

(2) Die Streitkräfte Spaniens werden von AFSOUTH<sup>13</sup> geführt.

(3) Die spanischen Luftstreitkräfte werden ebenso wie die Luftstreitkräfte Italiens und der Türkei als eigene ATAF<sup>14</sup> organisiert.

(4) Es wird ein maritimes Kommando Mediterranean Approaches gegründet, dem sowohl GIBMED<sup>15</sup> und evtl. MEDOC<sup>16</sup> unterstehen und zu dem IBERLANT<sup>17</sup> mit dem Teil geschlagen wird, der für den Zugang zu den Kanarischen Inseln erforderlich ist. SACLANT wird dafür Kompensationen im Mittelatlantik erhalten. SACLANT wäre ebenfalls mit dieser Regelung einverstanden: Mediterranean Approaches meldet über NAVSOUTH<sup>18</sup> an AFSOUTH.

5) Die Einlassungen der Ständigen Vertreter auf persönlicher Basis ergaben folgendes Bild:

(1) Der französische Ständige Vertreter<sup>19</sup> brachte seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß Frankreich an dem informellen Treffen beteiligt wurde, obwohl es wegen seiner Nichtzugehörigkeit zur militärischen Integration des Bündnisses eine Sonderstellung einnehme. Alle Lösungen würden von Paris unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, was sie für die Sicherheitspolitik Frankreichs bedeuten würden.

(2) Der italienische Ständige Vertreter<sup>20</sup> hat den von GS und von SACEUR entwickelten Grundsätzen zugestimmt, diese Vorstellungen entsprächen auch dem italienischen Denken. Danach sollte Spanien mit seinen Streitkräften SACEUR zugewiesen werden; man sehe außerdem eine begrenzte Rolle Spaniens im atlantischen Bereich. Die bestehenden Strukturen in AFSOUTH sollten durch die Integration der spanischen Streitkräfte nicht verändert werden, d.h. AFSOUTH solle nicht geteilt werden.

6) Der britische Ständige Vertreter<sup>21</sup> führte aus, Großbritannien werde so kooperativ wie möglich sein und versuchen, eine Lösung nach den Gesichtspunkten militärischer Zweckmäßigkeit zu finden. Solange die Grenze zwischen Spanien und Gibraltar geschlossen sei, könne GIBMED nicht unter Spaniens Kom-

<sup>12</sup> Harry DePue Train II.

<sup>13</sup> Allied Forces Southern Europe.

<sup>14</sup> Allied Tactical Air Force.

<sup>15</sup> Gibraltar Mediterranean Command.

<sup>16</sup> Méditerranée Occidentale.

<sup>17</sup> Iberian Atlantic Area.

<sup>18</sup> Naval Forces South.

<sup>19</sup> Jean-Marie Mérillon.

<sup>20</sup> Vincenzo Tornetta.

<sup>21</sup> John Graham.

mando kommen. Aus britischer Sicht sei es allerdings zweifelhaft, ob die Öffnung der Grenze vor dem 28.10. erfolgen könne, weil das Problem sonst in Spanien zu einem Wahlthema gemacht würde. Eine Öffnung der Grenze gemäß der britisch-spanischen Vereinbarung von 1980 eröffne den Weg für eine militärisch zweckmäßige Regelung.

7) Ich habe bei meiner Intervention auf folgendes abgestellt:

(a) Wir begrüßen die Aussprache mit dem Generalsekretär in diesem Kreis und legen Wert darauf, daß der Rat zu gegebener Zeit über den sich abzeichnenden Rahmen hinsichtlich der militärischen Integration Spaniens unterrichtet wird.

(b) Wir haben Verständnis für den spanischen Wunsch nach politischer Gesprächsführung.

(c) Wir hielten es für richtig, daß die Frage nach einem Major NATO Command für Spanien nicht mehr anzusprechen sei. Wir hielten eine solche Kommandostruktur weder für wünschenswert noch für zweckmäßig. (Dem stimmten erneut alle Teilnehmer zu.)

(d) Wir seien mit dem Generalsekretär einer Meinung, daß dem spanischen Wunsch nach einer Rahmenvereinbarung noch vor den spanischen Wahlen nach Möglichkeit entsprochen werden sollte, um die Allianz nicht dem Vorwurf der Verzögerung auszusetzen.

(e) Wir erinnerten, daß eine Sonderstellung Spaniens hinsichtlich Nuklearwaffen für die Allianz, insbesondere aber für alle Länder, in denen Nuklearwaffen stationiert seien, nicht akzeptabel sei. Dies sollte bei den zu führenden Gesprächen sorgfältig bedacht werden. (Dem stimmten ebenfalls alle ausdrücklich zu.)

8) Der portugiesische Geschäftsträger erklärte sich mit der sich abzeichnenden Eingangsposition für die Gespräche einverstanden; er verwies auf die bekannte portugiesische Haltung.

9) Der amerikanische Ständige Vertreter<sup>22</sup> erklärte, daß er mit den vom Generalsekretär, vom Vorsitzenden des Militärausschusses und von SACEUR vertretenen Positionen keine Schwierigkeit habe.

Vom amerikanischen Botschafter wurde ferner die Anregung vorgebracht, spanische Schiffseinheiten bereits jetzt an NATO-Manövern zu beteiligen. Dieser Frage soll noch nachgegangen werden.

10) Ferner wurde festgestellt, daß der spanische Ständige Vertreter<sup>23</sup> die Mitwirkung Spaniens in der Eurogroup und im NPG in diesen Tagen ankündigen werde.

Spaniens Ständiger Vertreter hatte mir dies bereits in einer Begegnung in privatem Rahmen am 11.9. gesagt und dabei auch seine Sorge wegen einer etwaigen politischen Verunsicherung der spanischen Öffentlichkeit bei einer etwaigen von den spanischen Sozialisten angestrebten Volksbefragung zur NATO-Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht. Mein spanischer Kollege hatte bei dieser Begegnung angeregt zu prüfen, ob nicht von den Mitgliedsländern mit sozial-

<sup>22</sup> William T. Bennett.

<sup>23</sup> Nuño Aguirre de Cárcer bzw. Francisco Javier Rupérez Rubio.

demokratisch geführten Regierungen wegen dieses Problems auf die spanische Sozialistische Partei mäßigend eingewirkt werden könnte.<sup>24</sup>

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11978 (201)

239

**Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem  
Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche**

310-321.15

14. September 1982<sup>1</sup>

Deutsch-israelische Staatssekretärskonsultationen am 14. September 1982 in Bonn<sup>2</sup>

Am Dienstag, dem 14. September 1982, empfing StS von Staden den Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Dr. David Kimche, um 17.00 Uhr nach einem kurzen Begrüßungsgespräch in kleinem Kreis zu zweistündigen Konsultationen in Bonn. Kimche wurde von dem israelischen Botschafter in Bonn, Ben-Ari, von dem israelischen Gesandten Eylon und dem Ersten Sekretär der Botschaft, Stein, begleitet. Auf deutscher Seite nahmen teil: Dg31<sup>3</sup>, RL 310<sup>4</sup>, VLR von Butler und VLR Zenker.

StS leitete das Gespräch mit der Bitte ein, Kimche möge Überblick über Nahostproblematik aus seiner Sicht geben. *Kimches* Ausführungen konzentrierten sich auf drei Themenbereiche:

- Belagerung Beiruts und Verhandlungsprozeß mit US-Bevollmächtigtem Habib;
- Truppenrückzug von Syrern und Israelis;
- Fortsetzung der Autonomiegespräche vor dem Hintergrund der Reagan-Initiative und der Resolution von Fes II.

<sup>24</sup> Zum Passus „Mitgliedsländern ... wegen“ und den Wörtern „mäßigend eingewirkt“ vermerkte Vortragender Legationsrat Kirstein handschriftlich: „Noch nicht aktuell. Könnte problematisch werden, wenn wir Nuklearfrage forcieren.“

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Zenker am 16. September 1982 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler an Staatssekretär von Staden „mit der Bitte um Genehmigung“ weitergeleitet. Hat Staden am 18. September 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 135709.

<sup>2</sup> Für ein weiteres Gespräch vgl. Dok. 240.

<sup>3</sup> Wilhelm Haas.

<sup>4</sup> Werner Fiedler.

1) Belagerung Beiruts und Verhandlungen mit Habib<sup>5</sup>

Habibs euphorische Einschätzung der Bereitwilligkeit der PLO zum Abzug aus Beirut habe Israel im Juni d. J. von militärischer Option abgehalten. Habib habe Eindruck vermittelt, PLO würde in wenigen Tagen abziehen. Diese Darstellung und Tatsache, daß militärische Vernichtung der PLO auf israelischer Seite erhebliche Opfer gefordert haben würde, habe israelische Regierung bewogen, Habib Chance für Verhandlungslösung einzuräumen. Verhandlungsprozeß habe sich jedoch als steril erwiesen. PLO sei infolge weltweiten Drucks auf Israel und ermutigt durch ägyptisch-französische Sicherheitsratsinitiative<sup>6</sup> zu dem Entschluß gekommen, Israel könne es nicht wagen, Beirut im Sturm zu nehmen. Sie sei dazu übergegangen, ihre Position in politischen Sieg über Israel umzumünzen. Israel habe vor Dilemma gestanden, entweder Verbleib PLO in Beirut, der große Niederlage für Israel und Westen bedeutet hätte, hinzunehmen oder etwas Drastisches zu unternehmen, um PLO aus Beirut zu verdrängen. Es entschloß sich zu Mittelweg und unpopulären Maßnahmen wie Bombardierung und Unterbindung von Wasser- und Stromzufuhr. Alle diese Maßnahmen seien mit libanesischer Regierung – Präsident Sarkis und Außenminister<sup>7</sup> – koordiniert worden. Sie hätte insistiert, daß Israel gegenüber PLO keine Konzessionen mache. Designierter Präsident Gemayel sei enttäuscht gewesen, daß Israel nicht zu militärischer Option gegriffen habe.

2) Abzug israelischer und syrischer Truppen aus dem Libanon<sup>8</sup>

Zur Zeit herrsche eigenartiges Interregnum im Libanon. Israel sei davon ausgegangen, daß Phase 2 sofort im Anschluß an PLO-Abzug oder noch vorher be-

<sup>5</sup> Zum Krieg im Libanon und zu den Bemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib um dessen Beilegung vgl. Dok. 208, Anm. 2.

Referat 310 hielt am 24. August 1982 fest: „Mit Zustimmung aller Parteien zum Vermittlungsplan Habibs sowie einem offiziellen Ersuchen der liban[esischen] Regierung an die truppenstellenden Staaten USA, F, I zur Überwachung des Abzugs haben die Vermittlungsbemühungen Habibs und MP Wazzans einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Evakuierung der PLO-Kämpfer begann termingerecht am 21.8. nach Eintreffen der ersten französischen Einheiten in Beirut. [...] Der Abzug des zweiten und dritten Kontingents war vorübergehend von den Israelis gestoppt worden, die in der Mitnahme von Militärfahrzeugen (Geländewagen) und leichten Panzerfäusten Verletzung der Vereinbarung sahen. Nach Intervention der USA (Sicherheitsgarantie) konnten die Schwierigkeiten behoben werden. Sie zeigen jedoch, welches Mißtrauen weiterhin zwischen den Konfliktparteien herrscht. Die zur Schau getragene Sieges euphorie der abziehenden Einheiten sowie die zunehmenden Erklärungen führender PLO-Politiker, der Kampf werde überall weitergehen (so Arafat und Sicherheitschef Khalaf), tragen nicht zur Zerstreung israelischer Bedenken bei.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135721.

<sup>6</sup> Zur ägyptisch-französischen Initiative für eine Resolution des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 210, Anm. 13.

Referat 310 vermerkte am 10. September 1982: „Französisch-ägyptischer Entwurf für Sicherheitsratsresolution vom 28.7.1982 [...], der wegen Gefahr eines US-Vetos nicht zur Abstimmung gestellt wurde, erweckte Anschein einer eigenständigen Initiative und Rettungsaktion für die PLO, [ist] inzwischen in einigen Punkte überholt. Franzosen hatten zunächst Überarbeitung angekündigt, scheinen nach Reagan-Initiative aber bereit zu sein, Gedanken einzufrieren.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

<sup>7</sup> Fouad Boutros.

<sup>8</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, teilte am 6. September 1982 mit, der israelische Außenminister Shamir habe gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten erklärt, „die zweite Phase des Abzugs der PLO, der Syrer und letztlich der Israelis aus dem Libanon habe nunmehr begonnen. Sie werde Gegenstand von Verhandlungen sein, zu denen der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten am 22.9. nach Beirut zurückkehren werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 767; Referat 310, Bd. 135721.

ginnen würde. Israel wolle den Libanon auch aus innenpolitischen Gründen so schnell wie möglich verlassen. Die im Libanon stationierten Soldaten würden in Israels Wirtschaft gebraucht. Neue Verhandlungsrunde mit den Amerikanern beginne jedoch erst am 24.9.1982.<sup>9</sup> Israels Bedingung für Abzug seiner Truppen sei gleichzeitiger Rückzug von Syrern und PLO. Israelischer Abzug sei weder von Abschluß eines Friedensvertrages, noch von Sicherheitsvereinbarungen mit dem Libanon abhängig. Hinsichtlich dieser Auffassung befinde sich Israel im Einklang mit libanesischer und US-Regierung. In Israel bestehe vorsichtiger Optimismus, daß Syrien kooperieren werde. Wenn Syrer Libanon nicht verließen, würde arabische Welt Syrien verantwortlich für den Verbleib Israels im Libanon machen. Außerdem stände israelische Artillerie nur 35 km von Damaskus entfernt. Aus syrischer Sicht sei das ein Zustand, den es nicht auf Dauer hinnehmen könne. Die einzige Möglichkeit Syriens, Israel zum Abzug zu veranlassen, bestünde darin, sich selbst zurückzuziehen. Verbleib israelischer Truppen im Libanon bedeute nicht Verletzung libanesischer Souveränität. Ausgehender und designierter Regierungschef Libanons billigte israelische Truppenpräsenz als Mittel, um sich von Fremdherrschaft zu befreien.

3) Autonomieverhandlungen vor dem Hintergrund der Reagan-Initiative<sup>10</sup> und Fes II<sup>11</sup>

Mit dem Abzug aus Beirut habe PLO einziges Territorium in arabischer Welt verloren, von dem aus sie ungehindert operieren können. Sie habe ihre militärische Infrastruktur eingebüßt und feststellen müssen, daß arabische Staaten ihr in Krisen nicht helfen. Sie sei wesentlich geschwächt. Damit würde es auch schwieriger für sie, gemäßigte Palästinenser zu terrorisieren (20 Morde

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Artikel „Neue Gespräche Habibs“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. September 1982, S. 2.

<sup>10</sup> Am 1. September 1982 verkündete Präsident Reagan in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562.

Referat 310 faßte am 10. September 1982 die zentralen Punkte zusammen: „Camp David bleibt Grundlage der amerikanischen Nahostpolitik, wird aber maximal ausgeschöpft; Selbstverwaltung für die Bewohner der besetzten Gebiete in der fünfjährigen Interimsperiode (lt. Camp-David-Vereinbarung); Präferenz für Verbund mit Jordanien als endgültigem Status; keine Erwähnung der PLO, kein unabhängiger Palästinenserstaat, aber auch keine Souveränität und dauernde Kontrolle der besetzten Gebiete durch Israel; Unteilbarkeit Jerusalems bei gleichzeitiger Offenheit über künftigen Status, der ausgehandelt werden soll; sofortiger Siedlungsstopp Israels; israelischer Rückzug auf allen Fronten gegen echten Frieden; Ausweitung des Friedensprozesses durch Einbeziehung insbesondere Jordaniens und der Palästinenser; Annäherung an europäische Vorstellungen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

<sup>11</sup> Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga begann am 25. November 1981 in Fes und wurde am selben Tag unterbrochen. Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 11.

Die Konferenz wurde vom 6. bis 9. September 1982 in Fes fortgesetzt. Folgende Prinzipien wurden beschlossen: „1) Rückzug Israels aus allen arabischen Gebieten, die es 1967 okkupiert hat, einschließlich des arabischen Jerusalems; 2) Auflösung aller Siedlungen, die Israel nach 1967 in den arabischen Gebieten errichtet hat; 3) Gewährleistung der Freiheit des Gebets und der Religionsausübung an den Heiligen Stätten aller Religionen; 4) Bestätigung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf die Ausübung seiner festen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der PLO, seines einzigen legitimen Vertreters [...]; 5) Unterstellung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter UN-Aufsicht für eine Übergangsperiode, die wenige Monate nicht überschreitet; 6) Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt; 7) Ausfertigung von Friedensgarantien durch den Sicherheitsrat für alle Staaten der Region, einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates; 8) Garantien des Sicherheitsrats für die Durchführung dieser Prinzipien.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

im letzten Jahr). Israels Absicht sei es gewesen, nach Zerschlagung der PLO, Camp-David-Prozeß<sup>12</sup> mit mehr Flexibilität fortzuführen und gemäßigte Palästinenser an Prozeß zu beteiligen. Verwirklichung dieser Absicht sei jedoch durch Reagan-Plan und Beschluß von Fes II gestört worden.

– Reagan-Plan

Vereinbarung von Camp David sei nur auf Grund eines sorgfältig formulierten Kompromisses möglich geworden. Kernstück bilde die Offenhaltung einer endgültigen Lösung für besetzte Gebiete. Reagan habe diese Position verlassen, indem er endgültige Lösung festschriebe. Plan bedeute Bruch des Camp-David-Abkommens, den Israel nicht hinnehmen könne. Stopp Siedlungspolitik könne Israel aus sicherheitspolitischen und emotionalen Gründen ebensowenig akzeptieren. Israel habe stets klargemacht, daß weitere Siedlungen den Ausgang der Verhandlungen über endgültigen Status besetzter Gebiete nicht beeinträchtigen müßten. MP Begin habe einmal von möglicher Konföderation besetzter Gebiete mit Jordanien gesprochen.<sup>13</sup> Möglicherweise lägen amerikanische und israelische Vorstellungen gar nicht so weit auseinander. Brüske israelische Zurückweisung der Reagan-Initiative beruhe auf Verärgerung Israels, vorher nicht konsultiert worden zu sein (wie bei Venedig<sup>14</sup>).

– Beschluß von Fes II

Bei genauer Analyse Fes-II-Beschlusses stelle sich heraus, daß „drei Neins“ der Gipfelkonferenz der AL in Khartum 1967<sup>15</sup> – keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen, kein Frieden – nach wie vor aufrechterhalten würden. Rückkehr von Flüchtlingen, unabhängiger palästinensischer Staat unter Einschluß Ost-Jerusalems, PLO als alleinige Vertreterin palästinensischen Volkes bedeute Zerstörung Israels. Fes-Beschluß sei noch negativer als Fahd-Plan<sup>16</sup>, der Verhandlungen vorgesehen habe, und daher völlig inakzeptabel. Solange von selbständigem palästinensischem Staat und PLO-Beteiligung an Verhandlungen gesprochen werde, könne es keinen Frieden geben, da PLO Israel zerstören wolle. Aus diesem Grunde sei auch Venedig-Erklärung nicht annehmbar für Israel.

*StS* fragte nach den weiteren Aussichten Gemayels. Bestehe Chance für ihn, moslemische Gruppen hinter sich zu vereinen?

*Kimche* erläuterte Haltung verschiedener moslemischer Gruppen. Gemayel scheine die Opposition der Sunniten zu überwinden und Teile der Drusen für sich zu gewinnen. Die Schiiten unterstützten ihn bereits. Dennoch sei er mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, u. a. Opposition im eigenen Lager – Frangieh. Seine Ermordung sei nicht auszuschließen.<sup>17</sup>

<sup>12</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die These vom „Palästinenserstaat Jordanien“; Dok. 168, Anm. 23.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten; BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 29. August bis 1. September 1967 in Khartum; EUROPA-ARCHIV 1969, D 577 f.

<sup>16</sup> Zu den Vorschlägen des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd für eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>17</sup> Zur Ermordung des designierten Präsidenten Gemayel am 14. September 1982 vgl. Dok. 242, Anm. 5.

Auf Frage *StS* nach Zukunft christlicher Milizen und der Aussicht Gemayels, eine einheitliche Armee aufzubauen, meinte *Kimche*, die Mehrheit der christlichen Milizen würde die Kerntruppe der von Gemayel aufzubauenden Armee bilden. Eine vereinigte Armee würde niemals eine Armee im westlichen Sinne sein, aber doch immerhin getrennte Truppenteile unter einem zentralen Oberkommando zusammenfassen.

*StS* bat um Auskunft über den Abzug israelischer und syrischer Truppen. Welches Verfahren sei für Verhandlungen vorgesehen?

*Kimche* führte aus, daß es bisher keine Diskussion mit Amerikanern über Prozedur gegeben habe. Jedoch würden die Israelis direkt mit der libanesischen Regierung verhandeln. Sie gingen davon aus, daß die Amerikaner mit den Syrern, die ihrerseits die PLO kontrollierten, sprechen würden.

*StS* verwies auf unsere Nahostpolitik, die nach wie vor auf den Grundsätzen von Venedig beruhe. Wir hätten Reagan-Plan mit mehr Wärme aufgenommen als Beschluß von Fes II. Wesentliches Element des Reagan-Plans sei es, Jordanien an Verhandlungen zu beteiligen. Er frage sich, ob die israelische Ablehnung der Reagan-Initiative und Fortsetzung der Siedlungspolitik nicht die PLO in Fes gestärkt und es Jordanien und anderen unmöglich gemacht habe, auf Reagan-Plan einzugehen. Unserer Ansicht nach bestünde eine Verbindung zwischen israelischer Ablehnung und Beschluß von Fes II in seiner jetzigen Gestalt. Uns sei es nicht ganz verständlich, warum Fes II negativer zu bewerten sei als der auf Fes-I-Konferenz erörterte Fahd-Plan.

*Kimche* entgegnete, die arabischen Staaten hätten der PLO in Fes entgegenkommen müssen, weil sie sie im Libanon verraten hätten.

Einige der konservativen arabischen Regime hätten Reagans Plan unterstützen wollen. Um der Einheit willen hätten sie dann jedoch davon Abstand nehmen müssen. Fes II sei nur darauf angelegt gewesen, die PLO zu beschwichtigen, während Fes I abgebrochen worden sei, weil einige arabische Staaten Verhandlungen mit Israel und eine politische Lösung angestrebt hätten.

*StS* hob hervor, daß wir Fes II nicht so sehr im Lichte eines Durchbruchs sähen, als uns vielmehr fragten, ob hier nicht ein Prozeß des langsamen Erwachens und der Anerkennung der Realitäten durch die Araber im Gange sei. Über Jahre hätten die Araber Israels Existenz negiert. Fes II stelle möglicherweise insofern eine Wende dar, als die Araber anerkennen, daß Israel nicht mehr hinwegdiskutiert werden könne. Sadat habe den ersten Schritt in diese Richtung getan. König Fahd habe ähnlich reagiert. Nun fände sich möglicherweise eine breitere Basis für historische Perspektiven. Nach unserer Auffassung seien die gemäßigten arabischen Staaten in Fes gestärkt worden.

*Kimche* gab zu, daß ein wachsender Prozeß des Umdenkens in der arabischen Welt eingesetzt habe. Anstoß dazu habe jedoch der ägyptisch-israelische Friedensvertrag<sup>18</sup> gegeben. In Fes habe diese neue Entwicklung keinen Niederschlag gefunden. Wenn die Linie von Fes fortgeführt würde, sei kein Ende in

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Sicht. Es gelte, auf neuen Realitäten aufzubauen. Die PLO existiere nicht mehr. Israel werde sich nicht vom Camp-David-Prozeß entfernen. Trotzdem solle man sich hüten, eine ernste Krise zwischen Israel und den USA zu konstruieren. Es werde keine amerikanischen Sanktionen gegen Israel geben. Man werde einen Modus vivendi finden.

*StS* verwies auf eigene Erfahrungen in den USA und auf transatlantisches Verhältnis. Es bestünden gewisse Schwierigkeiten zwischen Europa und den USA, die allerdings nicht ganz mit den Beziehungen zwischen Israel und den USA zu vergleichen seien. Auch Europäer hofften, daß gewisse Irritationen keine ernsthafte Krise in ihren Beziehungen zu den USA auslösten. Dennoch entstände in Amerika eine neue „Grassroots“-Bewegung des „Middle America“, die auf konsequentere Durchsetzung amerikanischer Interessen dränge. Diese Entwicklung gäbe uns Anlaß, unser Verhältnis zu den USA mit besonderer Sorgfalt zu pflegen.

**Referat 310, Bd. 135709**

## 240

### Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche

310-321.15 ISR

14. September 1982<sup>1</sup>

Betr.: Staatssekretärskonsultationen mit dem GD des israelischen Außenministeriums, Dr. David Kimche<sup>2</sup>;

hier: Fortsetzung beim Abendessen

Während des Abendessens im kleinen Kreise wurden die Konsultationen mit GD Kimche fortgesetzt.

In lockerer Form wurden Fragen der Autonomie, der PLO, der vorliegenden Friedenspläne und insbesondere die israelische Siedlungspolitik behandelt.

Aus dem Frage- und Antwortspiel ist festzuhalten:

GD *Kimche* erläuterte den Stand der Autonomiegespräche<sup>3</sup>, ohne neue Erkenntnisse zu vermitteln. Kern der israelischen Überlegungen sei stets die Offenhal-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 16. September 1982 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär von Staden „mit der Bitte um Genehmigung“ weitergeleitet.

Hat Staden am 18. September 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Änderung.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 135709.

Zu den von Staden gewünschten Änderungen vgl. Anm. 5.

<sup>2</sup> Für ein weiteres Gespräch vgl. Dok. 239.

<sup>3</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 152, Anm. 51.

Referat 310 notierte am 10. September 1982: „Ägyptische Regierung stellte Israel am 25.8.82 zur Fortsetzung der Autonomieverhandlungen vier Bedingungen: Verpflichtung der USA und Israels für

tung des Endzustands nach der fünfjährigen Übergangszeit gewesen. Das Problem sei jetzt, wie Jordanien und die Palästinenser in diesen Prozeß einbezogen werden könnten. Ägypten könne nach einem vollständigen Rückzug der fremden Truppen aus Libanon den CD-Rahmen<sup>4</sup> nicht länger ignorieren. Israel wolle größtmögliche Flexibilität zeigen.

GD Kimche widmete mit großem inneren Engagement den längsten Teil der Unterhaltung der israelischen Siedlungspolitik. Er erklärte diese Politik mit religiös-historischen Gründen. Im Gegensatz zum Christentum und anderen Religionen sei die jüdische seit 3000 Jahren territorial an Eretz Israel gebunden. Sie sei eine „nationale Religion“. Die bis 1967 bestehende vollständige Trennung zwischen den verschiedenen Teilen des Landes Israel dürfe es nicht wieder geben (keine „Apartheid“). Israel habe ein Recht, überall in diesem Lande zu siedeln. Siedlungen gehörten zur „Philosophie Israels“. Da auf unbebautem Staatsland gesiedelt werde, werde niemand geschädigt.

Ein weiterer Grund für die Siedlungspolitik sei Israels Sicherheit. Kimche legte den bekannten extensiv interpretierten israelischen Sicherheitsstandpunkt im einzelnen dar (13 km Breite an der schmalsten Stelle, 65 % der Bevölkerung im Küstenstreifen, keine strategische Tiefe, Gefährdung der Sicherheit von den angrenzenden arabisch besiedelten Hügeln).

Ein Zurück zur „Apartheid“ und zum Zustand der „Juden-Reinheit“ von Judäa, Samaria und Gaza werde es nicht geben.

Israelis und Araber müßten zusammenleben.

Auf die Frage des StS nach der Vereinbarkeit<sup>5</sup> zwischen dem von SR-Res. 242<sup>6</sup> geforderten Rückzug und israelischer Präsenz in den besetzten Gebieten, sagte GD Kimche, daß der Rückzug nicht die Aufgabe der Siedlungspolitik impliziere. Für den endgültigen Status der besetzten Gebiete seien viele Formen denkbar (vgl. Korsika<sup>7</sup>, Kurdistan etc.). Die Siedlungen präjudizierten jedenfalls nicht die Verhandlungen.

Zur PLO meinte GD Kimche, daß die „schweigende Mehrheit“ der Palästinenser von der PLO genug habe („fed up“). Die PLO habe die Bevölkerung der Westbank terrorisiert. So sei Frej nach einem Interview mit Radio Monte Carlo auf die Todesliste der PLO gesetzt worden. Die Araber hätten wenig oder nichts für die Palästinenser getan. Während die reichen Öl-Araber in einer Nacht in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1265*

einen Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon; Verpflichtung, daß die Autonomie ‚sowohl für das Land als auch für dessen Einwohner gilt‘ (Aufgabe des Souveränitätsanspruchs); Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung; Einbeziehung von Ost-Jerusalem. Ägypten begrüßt die Reagan-Initiative. In Kabinettsbeschluß vom 4.9. ist von positiven Aspekten des Plans die Rede. Israel bezeichnete dagegen Reagan-Initiative als Hinderungsgrund für Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen. Israels und Ägyptens Positionen bezüglich der Autonomieverhandlungen erscheinen z. Zt. unvereinbar.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

<sup>4</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>5</sup> Die Wörter „der Vereinbarkeit“ wurden von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem Zusammenhang“. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>7</sup> Zum Autonomiestatut für Korsika vgl. Dok. 109, Anm. 12.

den Spielkasinos alleine für Trinkgelder große Summen ausgegeben hätten, hätten die armen Palästinenser seit 34 Jahren in den Lagern dahinvegetiert und mit dem gleichen Geld ein ganzes Jahr leben müssen.

MD *von der Gablentz* warf die Frage auf, ob das von Kimche erwähnte „neue Modell“ für die Westbank und Gaza nicht das alte nationalistische sei.

GD *Kimche* erwiderte, daß es in der ganzen Welt kein Beispiel eines Landes gebe, daß so in seiner Existenz bedroht sei wie Israel. Wenn die Bedrohung entfalle, werde Israel sich wie jedes andere Land verhalten. In fünf Jahren Autonomie-Übergangszeit könne sich vieles entwickeln.

*StS* machte demgegenüber geltend, daß die Weltöffentlichkeit diesem Konzept nicht zustimme. Israel sei im objektiven Sinne isoliert. Er bezweifle, daß Israel diese Position auf Dauer aufrechterhalten könne. Auch gegen den mächtigen Freund anzutreten, bedeute ein großes Risiko.

GD *Kimche* räumte die Gefahr der Isolierung ein, wies aber zugleich darauf hin, daß Juden und Israelis dem ganzen britischen Empire getrotzt hätten.

Kimche zollte der „Tragödie“ der Palästinenser Tribut, die jedoch darauf zurückzuführen sei, daß die Araber Israel nicht anerkannt hätten.

*StS* gab zu bedenken, ob es nicht mehr im israelischen Interesse liege, diejenigen zu stärken, die den Kompromiß wollten, als die Radikalen. Er frage sich, ob es ratsam sei, alle Vorschläge abrupt abzulehnen. Präsident Reagan gebe mit seinem Plan<sup>8</sup> den Palästinensern eine Perspektive. Israel laufe Gefahr, diese Perspektive mit allen Folgen für immer zu beseitigen.

GD *Kimche* wies demgegenüber auf die Räumung des Sinai<sup>9</sup> hin, das seien 85% der besetzten Gebiete. Nach dem Konzept Kissingers müsse es Schritt für Schritt weitergehen.

Kimche zeigte gleichzeitig die Grenzen der bestehenden Kompromißbereitschaft auf: Israel könne niemals der Einbeziehung der PLO in den Verhandlungsprozeß zustimmen. Wenn der Westen die PLO jetzt aufwerte, gebe es keine Hoffnung für andere Palästinenser: „Dann blockieren Sie den Friedensprozeß.“ Er frage sich, weshalb der Westen gerade jetzt die PLO in einem Zustand der Schwäche künstlich wiederbeleben wolle.

Er verstehe auch nicht, weshalb die dänische Präsidentschaft<sup>10</sup> Kaddumi in New York treffen wolle.<sup>11</sup> Würde der dänische Außenminister auch mit Dudin (Dorfgemeinschaften) zusammentreffen? Wenn nicht, würde mit zweierlei Maß gemessen.

<sup>8</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>9</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>10</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>11</sup> In der Presse wurde berichtet: „In Brüssel ist am Dienstag die Ankündigung des derzeitigen dänischen Ratspräsidenten der Europäischen Gemeinschaft, Außenminister Ellemann-Jensen, er wolle sich in New York am Rande der UN-Vollversammlung mit dem außenpolitischen Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Kaddumi, treffen, als ‚normaler Vorgang‘ bezeichnet worden. EG-Diplomaten sagten, die Gemeinschaft habe schon in ihrer Erklärung von Venedig im Jahre 1980 deutlich gemacht, daß sie mit allen am Nahost-Konflikt Beteiligten sprechen wolle.“ Vgl. den Artikel „EG-Ratspräsident will PLO-Vertreter treffen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. September 1982, S. 2.

Auf die abermalige Feststellung Kimches, daß eine Aufwertung der PLO ein „Hindernis für den Frieden“ sei, bemerkte MD *von der Gablentz*, daß die Deutschen auch einige Erfahrungen darin hätten, Realitäten zu ignorieren.

Referat 310, Bd. 135709

## 241

### Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-14403/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 980  
Citissime

Aufgabe: 14. September 1982, 07.56 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 14. September 1982, 12.06 Uhr

Betr.: Gespräch StM Wischnewski mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker am 13. September 1982 in Ost-Berlin<sup>2</sup>

#### Zusammenfassung

Anläßlich der Eröffnung der Architektur-Ausstellung<sup>3</sup> wurde StM Wischnewski am 13. September vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker zu einem 90minütigen Gespräch empfangen, das damit eine halbe Stunde länger dauerte, als nach dem Programm vorgesehen war.

Das Gespräch fand in einer freundlichen und zunehmend aufgelockerten Atmosphäre statt. Honecker trug zunächst in längeren Ausführungen anhand von Notizen die Positionen der DDR vor. In der zweiten Hälfte des Gesprächs entwickelte sich ein Dialog, in dem Honecker einige der zuvor gemachten Ausführungen erkennbar nuancierte.

Auffallend war die mehrfach wiederholte, mit Nachdruck vorgetragene Warnung vor den Folgen einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen<sup>4</sup> für die deutsch-deutschen Beziehungen. In der Mindestumtauschfrage<sup>5</sup> stellte

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 14. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Pfeffer am 16. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Edler von Braunmühl und Kastrup verfügte.

Hat Braunmühl am 16. September 1982 vorgelegen, der für Kastrup handschriftlich vermerkte: „Können wir einmal darüber sprechen? Ich würde eine Bewertung für BM für richtig halten (a) für StS-Bespr[echung] Di; b) für NY). Wir sollten auch das Gespr[äch] mit Mittag beiziehen (ging wohl an 4).“

Hat Kastrup am 22. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, hielt sich vom 12. bis 15. September 1982 in der DDR auf. Zu dem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. September 1982 vgl. auch VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 82–90.

<sup>3</sup> Vom 13. September 1982 bis 3. Dezember 1982 wurde in Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg die Ausstellung „Stadt Park – Park Stadt“ des Münchner Architekten Grub gezeigt.

<sup>4</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>5</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

Honecker keine Korrektur in Aussicht, deutete aber Bewegungsmöglichkeiten an, wenn sich auch die Bundesregierung zumindest in einer der grundsätzlichen DDR-Forderungen („Gera“)<sup>6</sup> bewege. Hinsichtlich des Gewässerschutzes Berlin hielt Honecker einen baldigen Abschluß für möglich.<sup>7</sup> Mit Nachdruck forderte er eine baldige Regelung des S-Bahn-Problems<sup>8</sup>. Die DDR sei nicht länger bereit, die ihr aus dem S-Bahn-Betrieb in West-Berlin entstehenden Belastungen zu tragen.

Überraschend schlug Honecker den Abschluß eines Kulturabkommens<sup>9</sup> unter Ausklammerung der Frage des Preußischen Kulturbesitzes vor. Die Verhandlungen darüber könnten sofort beginnen. An dem Gespräch nehmen auf DDR-Seite Außenminister Fischer und Abteilungsleiter Seidel teil. Ich begleitete den Staatsminister.

Im einzelnen:

Der Staatsminister übermittelte einleitend Grüße des Bundeskanzlers, des SPD-Fraktionsvorsitzenden<sup>10</sup> und von Herrn Beitz (der ihm kürzlich über seine jüngste Begegnung mit Herrn Honecker<sup>11</sup> berichtet habe). Honecker erwiderte die Grüße und brachte seine Freude zum Ausdruck, daß der Staatsminister die Eröffnung der Architektur-Ausstellung zum Anlaß genommen habe, in die DDR zu kommen.

StM Wischnewski erläuterte die Situation der sozialliberalen Koalition. Er betonte, daß der Bundeskanzler nicht „von der Verantwortung weglaufen werde“. Er ziehe weder einen Rücktritt in Betracht, noch werde er im Bundestag die Ver-

<sup>6</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. Dok. 82, Anm. 3.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen über die Einigung mit der DDR über Maßnahmen zum Schutz der Berliner Gewässer vom 29. September 1982 mit Anlagen; BULLETIN 1982, S. 814 f.

<sup>8</sup> Der Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Blüm, teilte in einem Schreiben vom 1. September 1982 unter anderem an Staatssekretär von Staden zu einer geplanten Eingliederung der durch die Reichsbahn der DDR betriebenen S-Bahn in das Verkehrsverbundnetz Berlins (West) mit, „daß je nach dem Umfang des zu betreibenden S-Bahn-Netzes die zusätzlichen Betriebskosten ungeachtet aller bereits berücksichtigten Einsparungen und Einnahmeverbesserungen zu jährlichen zusätzlichen Haushaltsbelastungen von mindestens 77 Mio. DM (vermutlich aber sogar 120 Mio. DM) bis zu 143 Mio. DM führen. [...] Hinzu kommen in den späteren Jahren noch ca. 60 Mio. DM jährlich für die Erstanschaffung neuen rollenden Materials. Diese Haushaltsmehrbelastung ist, wie der Bundesregierung aus den laufenden Berlin-Hilfe-Verhandlungen bekannt sein dürfte, durch den Berliner Landeshaushalt nicht verkraftbar. Der Senat von Berlin geht daher davon aus, daß im Rahmen der zu treffenden politischen Entscheidung auch geklärt werden muß, wie unter Berücksichtigung der deutschlandpolitischen Bedeutung einer Lösung des S-Bahn-Problems und im Hinblick auf die Modalitäten in anderen Regionen diese laufenden Kosten aufgefangen werden können.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132631.

<sup>9</sup> Referat 210 notierte am 25. Oktober 1982 zu dem Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, die 1973 aufgenommenen und 1975 vertagten Kulturverhandlungen wiederaufzunehmen: „Das Angebot der DDR kam für unsere Seite überraschend. Die Fortführung der Verhandlungen unter Ausklammerung des Problems Stiftung Preußischer Kulturbesitz entspricht unseren Vorstellungen. Das Problem der Einbeziehung Berlins ist damit allerdings nicht geregelt. [...] Vorschlag: Zustimmung zur Fortsetzung der Verhandlungen. Im Hinblick auf die fortbestehenden Schwierigkeiten mit der Sowjetunion sollten allerdings keine zu großen Hoffnungen gehegt werden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132728.

<sup>10</sup> Herbert Wehner.

<sup>11</sup> Der Aufsichtsratsvorsitzende der Fried. Krupp GmbH, Beitz, traf in Begleitung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Lüst, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 23. August 1982 in Ost-Berlin zusammen.

trauensfrage stellen. Er habe vielmehr die Opposition aufgefordert, ein konstruktives Mißtrauensvotum einzubringen.<sup>12</sup> Offenbar wolle diese aber zunächst die Landtagswahlen in Hessen<sup>13</sup> und Bayern<sup>14</sup> abwarten. Der FDP-Vorsitzende Genscher habe davon gesprochen, daß die Haushaltsberatungen die Bewährungsprobe der Koalition seien. Er, Wischniewski, habe den Eindruck, daß über die Zukunft der Koalition noch nicht entschieden sei.

Honecker dankte für die Darlegungen. Er wolle sich nicht mit unseren inneren Angelegenheiten befassen, aber doch darauf aufmerksam machen, daß die „Zerreißprobe“ der sozialliberalen Koalition auch außenpolitische Auswirkungen haben könne. Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten habe sich in der Zeit der sozialliberalen Koalition entwickelt. Am Werbellinsee seien sehr konstruktive Gespräche<sup>15</sup> geführt worden, und man habe sich dabei besser kennengelernt. Diesen persönlichen Aspekt des Treffens solle man nicht unterschätzen. Die Landschaft in Europa wäre heute anders, wenn beide Seiten nicht seit 1969 aufeinander zugegangen wären. Er hoffe, daß sich die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik in nächster Zeit wieder stabilisieren und konstruktiv entwickeln werde.

Honecker ging dann auf Wirtschaftsfragen ein. Er unterstrich die starke Position, die der RGW für die DDR habe. Die DDR wickle etwa drei Viertel ihres Außenhandels mit den RGW-Staaten ab, davon allein 38 Prozent mit der Sowjetunion. Auf der letzten Leipziger Messe<sup>16</sup> seien erneut große Abschlüsse mit der Sowjetunion und den RGW-Staaten getätigt worden. Die jetzt mit der Sowjetunion für 1983 geschlossenen Vereinbarungen hätten einen größeren Umfang als das gesamte Erdgas-Geschäft. Das bedeute jedoch nicht, daß sich die DDR von dem westlichen Markt „abnabeln“ wolle. Insbesondere der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland spiele für die DDR weiterhin eine große Rolle. Dies sei bei der gerade zu Ende gegangenen Leipziger Messe erneut deutlich geworden. Die Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von Unternehmen der Bundesrepublik seien weiter gestärkt worden. Es sei allerdings auch notwendig, den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten ins Gleichgewicht zu bringen. Dieser Handel sei ein stabilisierendes Element sowohl für die politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wie auch für die Lage in Europa.

Honecker stellte die Frage, was getan werden könne, um die Lage weiter zu verbessern. Vielleicht seien am Werbellinsee nicht alle Dinge so offen besprochen worden, wie es gut gewesen wäre. Er habe aber nicht annehmen können, daß in unserer Öffentlichkeit einige Punkte der Gespräche so entstellt wiedergegeben werden würden, wie es geschehen sei. Die DDR stehe unverändert zu dem konstruktiven Ergebnis der Gespräche am Werbellinsee mit dem Bundeskanzler, aber auch mit BM Graf Lambsdorff und BM Franke. Alle seien sich

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 9. September 1982 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 6755 f.

<sup>13</sup> In Hessen wurden am 26. September 1982 Landtagswahlen abgehalten.

<sup>14</sup> Am 10. Oktober 1982 fanden die Wahlen zum bayrischen Landtag statt.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>16</sup> Die Leipziger Herbstmesse fand vom 5. bis 11. September 1982 statt.

darin einig gewesen, daß die Beziehungen weiterentwickelt werden sollten. Allerdings könne die Großwetterlage das Klima entscheidend beeinflussen. Das gelte nicht für die persönlichen Beziehungen, die gut seien. Man müsse aber sehen, daß die Großwetterlage durch eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten schwer belastet werden würde. Im Schatten einer solchen Stationierung könnten sich gutnachbarliche Beziehungen nicht entwickeln. Der Bundeskanzler setze in dieser Hinsicht Hoffnung auf das Ergebnis der Genfer Verhandlungen<sup>17</sup>.

Er, Honecker, sei dagegen von der sowjetischen Führung informiert worden, daß es in den Genfer Verhandlungen bisher keinen Schritt nach vorn gebe. Es gebe bisher auch keine Anzeichen für irgendein amerikanisches Entgegenkommen. Sollte es 1983/84 zu einer Stationierung von Mittelstreckenraketen kommen, so „sehe er sehr schwarz für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten“.

Honecker sprach von sich aus die Frage seines Gegenbesuches in der Bundesrepublik Deutschland an.<sup>18</sup> Er schlug ohne Umschweife vor, den Termin für das Treffen nach Hessen-Wahlen festzulegen. Dann werde man auch die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik besser übersehen. Bei dem Besuch werde man über internationale und bilaterale Fragen zu sprechen haben. Dabei werde sich das Thema der Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht umgehen lassen. Der DDR gehe es hier nicht um Agitation, es gebe aber eine Verbindung dieser Kernfrage mit allen anderen Fragen. Den Stand der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beurteile die DDR weiterhin positiv. Allerdings müsse er auch feststellen, daß sich in den offenen grundsätzlichen Fragen bisher nichts bewegt habe, jedenfalls gebe es keine Ergebnisse. Das gelte für die Elbe-Grenzfrage<sup>19</sup>, die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, die Erfassungsstelle Salzgitter<sup>20</sup> und die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften. Die DDR müsse weiter darauf bestehen, daß in diesen Fragen bestimmte Schritte getan werden.

Die DDR stelle auch immer wieder fest, daß ihr Entgegenkommen in dieser oder jener Frage in unseren Medien stark heruntergespielt werde.

<sup>17</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

<sup>18</sup> Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 226, Anm. 36.

<sup>19</sup> Zu einer Festlegung der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe vgl. Dok. 82, Anm. 4 und 6. Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 10. September 1982: „Die DDR macht die Lösung der für uns besonders wichtigen praktischen Probleme im Elbe-Abschnitt von einer für sie befriedigenden Grenzfeststellung abhängig. [...] Es besteht zunehmend die Gefahr, daß die DDR ihr Störpotential einsetzt, um uns unter Druck zu setzen. Im Regierungsprotokoll vom 29. November 1978 haben sich beide Seiten verpflichtet, bis zur Herstellung der Übereinstimmung Schwierigkeiten zu vermeiden. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß sich die DDR nicht mehr an diese Pflicht gebunden fühlt, wenn die Arbeiten zur Grenzfeststellung nicht bald fortgesetzt werden. [...] Äußerungen von DDR-Seite in der Grenzkommission lassen erkennen, daß die Gefahr besteht, daß die DDR andere Gesprächsstränge, an denen wir interessiert sind, blockiert. [...] Wir müssen damit rechnen, daß die Ankündigung unserer Gesprächsbereitschaft von der DDR als Bereitschaft zur Änderung unserer früheren Sachpositionen verstanden wird. Auch in Hannover wird man dies so verstehen.“ Vgl. VS-Bd. 13232 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>20</sup> Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 140, Anm. 17.

In den Massenmedien der Bundesrepublik werde die DDR praktisch noch immer als „innerer Feind“ betrachtet. Die Medien behandelten DDR-Themen oft von einem antikommunistischen Standpunkt aus. Beide Seiten müßten konsequent von der Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten, ihrer Souveränität und ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissen ausgehen. Honecker ging dann auf die Frage des Jugendaustausches zwischen den beiden deutschen Staaten ein. Die Entwicklung des Jugendaustausches könne als ein Spiegelbild der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gesehen werden. Darum sei am Werbellinsee vereinbart worden, den Jugendtourismus zu entwickeln. Zwischen den Jugendverbänden werde jetzt darüber gesprochen. In der Praxis sehe es leider nicht so positiv aus. Als kürzlich DDR-Jugendliche auf Einladung der Jungsozialisten ...<sup>21</sup> Saarland gereist seien, sei einem der Jugendlichen mit Verhaftung gedroht worden, bei drei Jugendlichen habe man versucht, die Pässe wegzunehmen.<sup>22</sup> Wenn der Jugendaustausch so betrieben werde, könne man nicht weit kommen. Auch in diesem Bereich müsse die Staatsbürgerschaft der DDR akzeptiert werden. Honecker beklagte die Anweisungen an unsere diplomatischen Missionen, Pässe der Bundesrepublik Deutschland für DDR-Bürger auszustellen. Auch der österreichische Bundespräsident Kirchschläger verstehe das übrigens nicht.

Honecker erwähnte ein Vorkommnis in dem Passagierschiffsverkehr zwischen Kiel/Travemünde und Rostock. Auf diesen Schiffen werde eine Bildzeitschrift verteilt, nach der die Menschen in der DDR geknechtet seien und in stumpfsinnigen Betonlandschaften leben müßten. Wenn man die Dinge so darstelle, könne man nichts in Bewegung bringen.

Auf das Verhältnis zwischen der DDR und West-Berlin eingehend, sagte Honecker, wenn man hier nicht weiterkomme, seien es die West-Berliner selbst schuld. Er habe seinerzeit den Regierenden Bürgermeister Vogel eingeladen, dieser habe sich aber nicht bereit gefunden, der Einladung zu folgen.

West-Berlin habe ein Umfeld, das es nicht einfach ignorieren könne. Immerhin sei bemerkenswert, daß der jetzige Regierende Bürgermeister von Weizsäcker auch diese Problematik in seiner Bundestagsrede<sup>23</sup> behandelt habe.

Ihn, Honecker, drücke vor allem die S-Bahn. Wenn er sie für „eine Mark“ loswerden könne, so würde er dies tun. Es müsse aber der Status erhalten werden, weil die S-Bahn mit der Deutschen Reichsbahn zusammenhänge. Es gehe jedoch nicht an, daß die Bürger der DDR jährlich 100 Mio. DM aufbringen müßten, nur damit die Bürger West-Berlins weiterhin die S-Bahn benutzen. Unse-

<sup>21</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>22</sup> Zum innerdeutschen Jugendreiseverkehr vgl. Dok. 140, Anm. 19.

Ministerialdirektor Meichsner, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, z. Z. Ost-Berlin, berichtete am 14. September 1982 über ein Gespräch des Staatsministers Wischnewski, Bundeskanzleramt, mit dem Außenminister der DDR, Fischer, vom Vortag: „StM Wischnewskij bat um Erläuterungen zu einem vom Generalsekretär angesprochenen Fall in bezug auf den Jugendaustausch. AM F[fischer] erklärte, es handele sich um einen Besuch auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Jugendtourist und Jungsozialisten. Die Jugendlichen aus der DDR seien beeheligt worden, einem Jugendlichen sei mit Festnahme gedroht worden. Außerdem sei der Versuch gemacht worden, die DDR-Jugendlichen zu einer Fahrt nach Luxemburg zu verleiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 981; VS-Bd. 13213 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, zu Berlin am 9. September 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 6791.

re Seite solle mit der DDR Verträge abschließen über die Errichtung einer Gesellschaft, die dann die S-Bahn verwalten könne, wie sie das für richtig halte. Wenn es nicht dazu komme, müsse die S-Bahn geschlossen werden.

Was den Berliner Gewässerschutz anbetreffe, so gehe das aus der Sicht der DDR in Ordnung. StS Schalck stehe für eine Fortsetzung der Gespräche bereit.

Honecker beklagte an dieser Stelle, daß die Verlängerung des Ausreisetermins für West-Berliner<sup>24</sup> auf westlicher Seite so wenig gewürdigt worden sei. Für die DDR sei dieser Schritt nicht leicht gewesen. Man habe erhebliche Sicherheitsbedenken zurückgestellt. Schließlich gebe es in West-Berlin 200 000 Ausländer. Viele von ihnen kämen über die Grenze, und wir hätten wahrscheinlich keine Vorstellung, was sich manchmal in den (Ost-)Berliner Restaurants abspiele. Gleichwohl habe man sich zu einem Entgegenkommen entschlossen, werde aber dafür von westlicher Seite noch kritisiert.

Honecker erklärte dann unvermittelt die Bereitschaft der DDR, ein Kulturabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland abzuschließen. Die Verhandlungen könnten sofort aufgenommen werden. Dabei müsse das Problem des ehemaligen Preußischen Kulturbesitzes ausgeklammert werden. Dies könne etwa in der Weise geschehen, daß die DDR bei Abschluß des Abkommens ihre Auffassung bekräftige, daß die Gegenstände des Preußischen Kulturbesitzes dorthin zurückgeführt werden müßten, wo sie herkommen. Mit der Übergabe der Schinkel-Figuren<sup>25</sup> durch den früheren Senat sei damit ein Anfang gemacht worden.

Die DDR sei grundsätzlich auch bereit, ein Wissenschaftsabkommen abzuschließen, sobald das Problem der Berlin-Klausel<sup>26</sup> mit der Sowjetunion geklärt sei.<sup>27</sup> Er wisse, daß es sich hier um eine komplizierte Frage handle. Vielleicht sei das Problem im Verhältnis zur DDR aber nicht ganz so kompliziert. Honecker erwähnte in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit dem Präsidenten der Max-

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Mitteilung des Beauftragten der Regierung der DDR, Müller, an den Beauftragten des Senats von Berlin, Kunze, vom 18. Juni 1982; BULLETIN 1982, S. 548.

<sup>25</sup> Das Bundeskanzleramt übermittelte am 11. März 1981 Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, ein Schreiben des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen für die Regierung der DDR vom selben Tag. Darin hieß es: „Ich darf Sie davon informieren, daß der Senat von Berlin den 200. Geburtstag von Schinkel zum Anlaß nimmt, zu Ehren Schinkels die Wiederherstellung der früheren Schloßbrücke als einheitliches Bau- und Kunstwerk zu ermöglichen. Zu diesem Zweck und aus diesem Anlaß stellt er die hier befindlichen Schinkel-Figuren zur Verfügung. [...] Die Bundesregierung und der Senat haben in diesem Zusammenhang mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß die DDR bereit ist, das KPM-Archiv zu übergeben.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 210, Bd. 132558.

<sup>26</sup> Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973. Ungeklärt war die Einbeziehung von Berlin (West); im Falle der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und beim Kulturabkommen ging es vor allem um die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.

<sup>27</sup> Der Minister für Wissenschaft und Technik der DDR, Weiz, hob am 7. Juli 1982 in einem Gespräch mit Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, hervor: „Für beide Seiten sei es nützlich, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung schrittweise zu verbessern. Leider könne das Abkommen über Wissenschaft und Technik noch nicht abgeschlossen werden. Inzwischen sollten entsprechend der Verabredung von BM Hauff im Frühjahr 1980 Symposien als praktische vorbereitende Maßnahmen der Zusammenarbeit in Angriff genommen werden, ohne das Abkommen zu unterlaufen. [...] Im Herbst werde eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden, um jeden falschen Eindruck zu vermeiden. Die ‚Westberlin-Problematik‘ bleibe ausgeklammert bis zur Lösung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132578.

Planck-Gesellschaft<sup>28</sup>, der sich ebenfalls für eine engere Zusammenarbeit ausgesprochen habe.

Honecker ging von sich aus auf die Frage des Mindestumtausches ein (wobei ihm offenbar das vorangegangene Gespräch des Staatsministers mit Dr. Mittag zu diesem Punkt bereits bekannt war<sup>29</sup>). Er argumentierte, daß der Wechselkurs der Mark/DDR in der Bundesrepublik und West-Berlin weiter unter Wert gehandelt werde. Hier liege das eigentliche Problem. Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, er könne das nicht ändern. Dann müsse man aber auch verstehen, daß seine Seite in der anderen Frage (gemeint war der Mindestumtausch) nichts tun könne.

In den Luther-Feiern 1983<sup>30</sup> in der DDR sagte Honecker, ausgehend von dem Fortbestand der jetzigen Bundesregierung, habe die DDR die Absicht, zu diesen Feiern die Staatsoberhäupter und Regierungschefs interessierter Staaten einzuladen, das heiße im konkreten Fall der Bundesrepublik Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt.

In dem darauffolgenden Jahr werde voraussichtlich die Semperoper in Dresden eröffnet. Er erinnere daran, daß er den Bundeskanzler zu einem privaten Besuch anläßlich der Eröffnung der Semperoper eingeladen habe.<sup>31</sup>

Honecker schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die DDR entschlossen sei, die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland weiter zu entwickeln. Wir brauchen „für die Gespräche keine Dolmetscher, aber man darf auch nicht vergessen, daß es sich um zwei selbständige deutsche Staaten handelt“.

StM Wischniewski erklärte in seiner Erwiderung, er könne aus Zeitgründen jetzt nicht auf alle angesprochenen Punkte im einzelnen eingehen. Er wolle aber grundsätzlich feststellen, daß die DDR das Verhalten unserer Medien und die Haltung der Regierung nicht in einen Topf werfen dürfe. Die Bundesregierung verfolge konsequent ihre Politik, auch wenn dies in den Medien nicht immer richtig dargestellt und gewürdigt werde. Insgesamt könne man nicht so tun, als sei seitens der Bundesrepublik Deutschland seit dem Treffen am Werbellinsee nichts geschehen. Der Bundeskanzler habe mit Ministerpräsident Albrecht Gespräche aufgenommen, um in der Elbe-Frage zu einer Klärung zu kommen. Diese Gespräche würden fortgesetzt. Albrecht habe von der Bundesregierung eine Serie von Dokumenten erhalten, um eine Prüfung der Rechtslage zu erleichtern. Allerdings müsse er bei dieser Gelegenheit auch sagen, daß die Einreise-

<sup>28</sup> Reimar Lüst.

<sup>29</sup> Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, z. Z. Ost-Berlin, informierte am 14. September 1982 über das Gespräch des Staatsministers Wischniewski, Bundeskanzleramt, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am Vortag: „StM machte Dr. Mittag in aller Deutlichkeit klar, daß die Perspektive der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auch in seinem Zuständigkeitsbereich vom politischen Gesamtklima abhängig sei, das durch die Mindestumtauscherhöhung von Okt[ober] 1980 nach wie vor belastet ist. Das Klima der Begegnung am Werbellinsee habe bei uns die Auffassung verstärkt, daß es hier eine positive Entscheidung der DDR geben würde. StM schilderte am praktischen Beispiel die Notwendigkeit einer substantiellen Korrektur der Mindestumtauscherhöhung, insbesondere in der sogenannten sozialen Komponente bei Rentnern und Kindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 982; VS-Bd. 13213 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>30</sup> Zu den Feiern in der DDR anläßlich des 500. Geburtstags von Martin Luther vgl. Dok. 229, Anm. 5.

<sup>31</sup> Helmut Schmidt nahm am 13. Februar 1985 an der Eröffnung der wiederaufgebauten Semperoper in Dresden teil.

verweigerung gegenüber Ministerpräsident Vogel<sup>32</sup> bei diesem Prozeß der Meinungsbildung nicht geholfen habe. Immerhin sei Ministerpräsident Albrecht jetzt bereit, über die Elbe-Frage mit der Bundesregierung zu sprechen.<sup>33</sup>

Was den Jugendaustausch anbetreffe, so könne er zu dem von Honecker erwähnten Vorgang nichts sagen, da er ihm nicht bekannt sei. Er werde aber der Angelegenheit nachgehen.

StM Wischnewski legte dann eindringlich das Problem der Mindestumtauscherhöhung dar. Von besonderer Dringlichkeit sei die „soziale Komponente“. Noch vor wenigen Tagen seien ihm die Schwierigkeiten, die für alte Leute aus der Mindestumtauscherhöhung entstanden seien, von einer Rentnerin plastisch vor Augen geführt worden. Er habe die dringende Bitte, daß die DDR insbesondere in der Frage der sozialen Komponente eine Korrektur vornehme. Dies liege auch im eigenen Interesse der DDR.

Honecker ging darauf nicht unmittelbar ein. Er erwähnte statt dessen noch einmal die Geraer Forderungen. Zumindest in einer dieser Fragen müsse sich etwas bewegen. Nur dann könne auch er sich bewegen. Was die soziale Komponente anbetreffe, so müsse er auf das erheblich höhere Durchschnittseinkommen der Bürger der Bundesrepublik hinweisen.<sup>34</sup> Wir müßten berücksichtigen, daß ein Besucher in der DDR tatsächlich 25 Mark pro Tag benötige. Er fügte dann hinzu: Über Ausnahmen könne man sprechen ...<sup>35</sup> verstehe, worum es uns gehe, und nehme die Ausführungen des Staatsministers zur Kenntnis.

Zur S-Bahn erklärte der Staatsminister, die Bundesregierung sei mit dem Senat von Berlin im Gespräch, und zwar einem sehr intensiven Gespräch. Wir brauchten dafür aber noch etwas Zeit. Honecker fragte hier, ob denn die DDR

<sup>32</sup> In der Presse wurde berichtet: „Nachdem die DDR dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel die Einreise verweigert hatte, erläuterte der Ständige Vertreter Ost-Berlins, Ewald Moldt, vergangene Woche in Bonn die Gründe. Vogel, so klagte Moldt in einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski, habe bei einer Visite in Japan die dortige Regierung aufgefordert, den SED-Chef, dessen Besuch kurz bevorstand, wieder auszuladen. Daher habe der CDU-Ministerpräsident nicht mit Entgegenkommen rechnen dürfen.“ Vgl. den Artikel „Revanche für Tokio“; DER SPIEGEL vom 23. August 1982, S. 14.

<sup>33</sup> In der Anlage „Vortrag über die Elbe-Problematik“ zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 10. September 1982 hieß es: „Die umfassenden Unterlagen, die zur Elbe-Frage in den vergangenen Jahren zusammengestellt und erarbeitet worden sind, liegen dem Land Niedersachsen vor. Diese Unterlagen zeigen, daß sich mit den uns zur Verfügung stehenden Auslegungsmitteln ein eindeutiges Bild über einen rechtlich gesicherten Verlauf der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe nicht gewinnen läßt. Rechtlich vertretbare Argumente gibt es sowohl für die eine wie auch für die andere Auffassung zum Grenzverlauf.“ Vgl. VS-Bd. 13232 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup schlug am 15. September 1982 vor, die Aufzeichnung Pfeffers vom 10. September 1982 um folgenden Passus zu ergänzen: „Im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens dient das Gespräch mit MP Albrecht allein dem Zweck auszuloten, ob eine eventuelle Regelung Mitte-Strom vom Land Niedersachsen politisch mitgetragen würde. Die Haltung Hannovers wäre ein wichtiges Element, welches bei einer späteren Entscheidung der Bundesregierung, ob gegenüber der DDR die bisherige Position geändert werden soll oder nicht, zu berücksichtigen wäre. Bisher hat die DDR keine Andeutungen gemacht, daß sie bereit ist, für eine Bewegung unsererseits in der Elbe-Frage eine wesentliche Gegenleistung zu erbringen.“ Vgl. VS-Bd. 13232 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>34</sup> Der Passus „Fragen müsse sich ... der Bundesrepublik hinweisen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Müssen wir die Sache nicht umdrehen, um Argumente für Albrecht zu bekommen?“

<sup>35</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

etwa die S-Bahn stilllegen solle. Sie sei nicht gewillt, die Belastungen länger zu tragen. Er habe übrigens auch an Moskau die Frage gestellt, ob etwa die Sowjets künftig die S-Bahn bezahlen wollten.<sup>36</sup>

Der Staatsminister wies darauf hin, daß wir uns ernsthaft mit dieser Frage beschäftigten.

Zu den Sicherheitsfragen erklärte der Staatsminister, niemand im westlichen Bündnis habe mehr Initiativen in den Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung entwickelt als der Bundeskanzler. Die Bundesregierung messe diesem Problemkreis entscheidende Bedeutung bei. Er müsse allerdings auch sagen, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik mehr Angst vor den sowjetischen SS-20-Raketen habe, die bereits stationiert seien, als vor jenen Raketen, die es noch gar nicht gebe.

Honecker erwiderte, wir müßten das Problem sehen, daß die zur Stationierung vorgesehenen Mittelstreckenraketen sowjetisches Territorium erreichen würden. Damit würden die Vereinbarungen der Großmächte über strategische Waffen<sup>37</sup> unterminiert. Die Vereinigten Staaten unternähmen hier den Versuch, militärische Überlegenheit zu erlangen.

Der Bundeskanzler habe einmal gesagt, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien nicht so schlecht wie die Beziehungen der Großmächte. Man müsse aber sehen, daß eine Stationierung der Mittelstreckenraketen die Lage außerordentlich verschärfen würde.

Der Staatsminister erklärte, er halte ein positives Ergebnis der Genfer Verhandlungen weiterhin für möglich. Für die Bundesregierung sei dies eine sehr wichtige Frage.

Honecker erwiderte, nach den Informationen, die er von Breschnew erhalten habe, sehe es nicht nach einem guten Ausgang aus. Abschließend sagte der Staatsminister, er wolle bei dieser Gelegenheit auch ein Wort des Dankes sagen für die Arbeit von RA Dr. Vogel, die gut funktioniere.

Der Staatsminister bedankte sich dann für die Gastfreundschaft, die ihm heute und in den nächsten Tagen zuteil werde. Er fahre von Berlin aus nach Dresden, er sei allerdings bereit, zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär zurückzukommen, wenn Honecker das für nützlich halte.

Honecker erwiderte, er sehe dafür keine Veranlassung. So schnell werde in den uns besonders interessierenden Fragen keine Bewegung möglich sein. Er bitte,

<sup>36</sup> Der Passus „an Moskau ... bezahlen wollten“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>37</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

den Bundeskanzler zu grüßen und ihm zu sagen, daß er, Honecker, weiterhin bestrebt sein werde, alles, was möglich sei, „auf die Bahn zu bringen“, damit sich die Beziehungen weiter verbesserten. Am Werbellinsee sei man insgesamt 50 Stunden zusammengewesen. Hier sei ein enger persönlicher Kontakt entstanden. Im großen Ganzen hätten sich die Beziehungen gut entwickelt und sie sollten sich weiter verbessern. Allerdings müsse die Bundesregierung sich auf dem einen oder anderen Gebiet bewegen, wenn man auf dem für uns wichtigen Gebiet weiterkommen wolle. Damit wolle er jedoch kein Junktim herstellen.

Was eine Senkung des Reisealters anbetreffe, so wolle er nur anmerken, daß die dafür erforderliche Herabsetzung des Rentenalters (wohl um fünf Jahre) die DDR etwa 20 Mrd. Mark kosten würde. Dies müßten wir uns vor Augen führen. Honecker fügte hinzu, übrigens sei die DDR dabei, die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten „zu humanisieren“ durch Abbau der Selbstschußanlagen. Er nehme an, daß dies auf unserer Seite auch schon bemerkt worden sei.

Abschließend sagte der Generalsekretär, er sei der Überzeugung, daß das Machbare getan werden sollte. Aber nicht alles gehe von heute auf morgen. Auch müsse die Entwicklung auf seiner Seite von der gesamten Führung und seiner Partei mitgetragen werden.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13213 (210)

242

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

16. September 1982<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Jemenitischen Arabischen Republik und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Oberst Ali Abdallah Saleh<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: auf jemenitischer Seite: Dr. Hassan Maki, stellvertretender PM für wirtschaftliche Angelegenheiten; OTL Mujahed

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller über Ministerialdirektor von der Gablentz und Staatssekretär Konow, alle Bundeskanzleramt, am 16. September 1982 an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Zustimmung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher und StS von Staden haben vorbehaltlich Ihrer Zustimmung Kopie des Vermerks erhalten.“

Hat Konow und Gablentz am 16. September 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Präsident Saleh hielt sich vom 10. bis 16. September 1982 in der Bundesrepublik auf und traf am 14. September 1982 mit Bundespräsident Carstens und am 15. September 1982 mit Bundeskanzler Schmidt zusammen.

Abu Shwarib, stellvertretender PM für politische Angelegenheiten; Botschafter M. A. Alaini; auf deutscher Seite: StS von Staden, GL21<sup>3</sup>, Dolmetscher: Ghazi Twal.

Sie eröffnen das Gespräch mit guten Wünschen für die Gesundheit des Präsidenten. Sie benutzen gerne die Gelegenheit zu einem Gespräch und hätten es auch vorgezogen, da Sie gehört hätten, daß der Präsident eilig in sein Land zurückmüsse. Sie begrüßten insbesondere auch die Möglichkeit einer direkten Unterrichtung über den Arabischen Gipfel in Fes<sup>4</sup> durch einen Teilnehmer am dem Treffen und seien sehr an dem Urteil des Präsidenten über die Konferenz interessiert.

Die Bundesregierung habe heute morgen im Kabinett ihr Mitgefühl zum Tode des neugewählten libanesischen Präsidenten Gemayel<sup>5</sup> und ihre Bestürzung über die erneute Besetzung West-Beiruts durch israelische Truppen<sup>6</sup> zum Ausdruck gebracht.<sup>7</sup> Die Bundesregierung sieht auch sehr positive Zeichen, in dem neuen von Präsident Reagan vorgelegten Konzept<sup>8</sup> und auch in dem Konzept, das auf der Gipfelkonferenz von Fes ausgearbeitet wurde. Beide Vorschläge enthalten wesentliche verhandlungsfähige Elemente für Friedensbemühungen; sie zeugen auch von dem Willen, diese Verhandlungselemente auf den Tisch zu legen. Dies hat die Bundesregierung ebenfalls öffentlich zum Ausdruck gebracht. Wir könnten heute noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen die jüngsten Entwicklungen im Libanon auf die Friedensbemühungen hätten. Um so mehr seien Sie an dem Urteil des Präsidenten interessiert.

Präsident Saleh dankt Ihnen für den Empfang und dafür, daß Sie sich die Zeit zu dem Gespräch mit ihm genommen hätten. Er freue sich sehr, Sie wiederzu-

<sup>3</sup> Klaus Zeller.

<sup>4</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 239, Anm. 11.

<sup>5</sup> Botschaftsrat Altenburg, Beirut, berichtete am 15. September 1982: „Am 14.9.1982 kurz nach 16 Uhr explodierte im Parteibüro der libanesischen Falangepartei in Ost-Beirut eine Sprengladung, die den am 23.8. gewählten neuen Präsidenten der Republik, Béchir Gemayel, [...] tötete“. Altenburg fuhr fort: „Während der Nacht und bis in die Morgenstunden des 15.9. waren an verschiedenen Stellen der Stadt Schießereien mit leichten und mittleren Waffen zu hören und zu beobachten. Seit etwa 5 Uhr bis zur Stunde überfliegt die israelische Luftwaffe insbesondere den Westen der Stadt Beirut demonstrativ niedrig und lautstark. Ob dies, wie vor zwei Tagen, mit israelischen Operationen in Bekaa-Ebene zusammenhängt, ist z. Z. noch nicht erkennbar. [...] Die Verantwortung für das Attentat ist bisher von niemand offiziell übernommen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 511; Referat 310, Bd. 135721.

<sup>6</sup> Oberstleutnant i. G. Richstein, Tel Aviv, informierte am 16. September 1982: „Noch in der Nacht 14./15.9. begannen is[ra]elische Kräfte in drei Stoßkeilen mit der Besetzung von West-Beirut, um – nach isr. Angaben – die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Ausnutzung der Lage nach dem Tod Gemayels durch linke Kräfte zu verhindern. [...] Trotz ihrer negativen Folgen hatte die Ermordung Gemayels in isr. Sicht auch das Gute an sich, daß sie ISR die Möglichkeit bot, unter dem wohl nicht unberechtigten Vorwand der Aufrechterhaltung der Ordnung und Stabilisierung der Lage West-Beirut zu besetzen und damit die dort verbliebenen Reste der PLO und der zahlreichen linken Gruppen zu schwächen. Die damit verbundene Ausschaltung oder Minderung der linken und extremen Kräfte stärkt indirekt das christliche Lager.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 801; Referat 310, Bd. 135721.

<sup>7</sup> Vgl. dazu einen Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 21. September 1982 über die Kabinettsitzung am 15. September 1982; Referat 310, Bd. 135721.

<sup>8</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten vgl. Dok. 239, Anm. 10.

sehen.<sup>9</sup> Dies sei ein deutlicher Beweis für die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten, deren guter Stand wesentlich auch Ihnen zu verdanken sei.

Er wolle Sie gerne über das Treffen von Fes unterrichten, ein Thema, das er auch mit dem Bundespräsidenten besprochen habe.

Vor allem wolle er Ihnen für die klare Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Konflikt im Nahen Osten danken. Sie werde in den arabischen Ländern hoch geschätzt.

Der in Fes erarbeitete arabische Plan übernehme im wesentlichen den Fahd-Plan<sup>10</sup>, den man in einigen kleinen Punkten ergänzt habe. Auch der amerikanische Plan biete eine gute Basis und enthalte gute Elemente für weitere Fortschritte.

Von uns und von den europäischen Staaten insgesamt, als Freunde der arabischen Staaten, wünsche man, daß sie den Plan befürworteten, damit er auch seine volle Wirkung in Richtung Frieden entfalten könne. Israel habe seine starre Haltung nicht geändert, obwohl sich die Araber kompromißbereit gezeigt hätten und es weiterhin blieben, trotz der israelischen Angriffe auf die syrischen Streitkräfte.<sup>11</sup>

Wenn Israel in der Vergangenheit noch einen gewissen Vorwand gehabt hätte, nämlich die Anwesenheit palästinensischer Widerstandskämpfer im Südlibanon und in West-Beirut, um im Libanon einzugreifen, so müsse man sich jetzt fragen, welchen Vorwand Israel vorbringe, um weiterhin im Libanon zu bleiben und erneut West-Beirut zu besetzen, nachdem nach langen Verhandlungen die Palästinenser aus West-Beirut abgezogen seien.<sup>12</sup> Für das jetzige israelische Verhalten gebe es keine Rechtfertigung mehr, und Israel dürfe doch wohl dafür auch nicht mehr auf Zustimmung in der öffentlichen Meinung rechnen.

Die arabischen Staaten bäten ihre Freunde sehr, ihnen zu helfen, indem sie klar ihre Meinung sagten, daß nämlich die weitere Besetzung schädlich sei.

Er sei überaus skeptisch hinsichtlich des israelischen Vorgehens, und er wolle nicht einmal ausschließen, daß Israel für den Tod Gemayels verantwortlich sei, um dadurch die Lage erneut durcheinanderzubringen.

Sie erwiderten, daß die Bundesregierung in der heutigen Kabinettsitzung sehr eingehend über das Attentat und die erneute Besetzung West-Beiruts beraten habe. Dabei habe man selbstverständlich auch die Frage gestellt, wer hinter dem Attentat stehen könne, ohne sich dazu freilich abschließend zu äußern.

<sup>9</sup> Präsident Saleh hielt sich im November/Dezember 1980 für einen medizinischen Eingriff in der Bundesrepublik auf.

<sup>10</sup> Zu den Vorschlägen des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd für eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>11</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 14. September 1982 über israelische Luftangriffe auf syrische Stellungen und PLO-Stützpunkte im Libanon am Vortag: „Sie stellen eine Reaktion auf die seitherigen (nach Angaben der Regierung trotz wiederholten Warnungen 98 Mal erfolgten) Verletzungen der Waffenruhe durch syrische Truppen und ‚Terroristen‘ verschiedener Provenienz dar, die am 10. September im Tod von drei israelischen Soldaten gipfelte hatten. [...] Die Aktion ist ein begrenzter Vergeltungsschlag. Ziel dürfte zunächst gewesen sein – nicht zuletzt im Hinblick auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten –, nach der Vertreibung der PLO aus Beirut dem Eindruck vorzubeugen, diese habe eine Chance, sich unter dem Schutz syrischer Truppen neu zu formieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 790; Referat 310, Bd. 135721.

<sup>12</sup> Zum Abzug der PLO aus West-Beirut vgl. Dok. 239, Anm. 5.

Sie erkundigten sich sodann nach der Haltung Jordaniens, nach König Husseins Haltung auf dem Gipfeltreffen von Fes. Wie habe er es aufgenommen, daß in der Erklärung von Fes der im Vorschlag Präsident Reagans Jordanien betreffende Punkt nicht aufgenommen worden sei? Sei der jordanische Vertreter in Fes hierüber unzufrieden gewesen?

Eine zweite Frage, die Sie stellen wollten, richte sich auf das Verhältnis der arabischen Staaten zu Ägypten und wie sich die Teilnehmer von Fes hierauf eingestellt hätten.

Saleh entgegnet, daß sich Jordanien ganz dem arabischen Konsensus angeschlossen habe. Die Frage der Beziehungen der Westbank zu Ostjordanien habe auch nicht auf der Tagesordnung des Treffens gestanden.

Die Rückkehr Ägyptens in die Arabische Liga<sup>13</sup> sei offiziell nicht, wohl aber am Rande des Gipfeltreffens erörtert worden. Die Gipfelteilnehmer erwarteten, daß beide Seiten, sowohl Ägypten wie auch die arabischen Staaten, Schritte aufeinander zu unternehmen müßten.

Auf Ihre Frage, ob es denkbar wäre, den Sitz der Arabischen Liga wieder nach Kairo zurückzuverlegen, antwortete Saleh, daß man zur Zeit an Tunis als neuen Sitz denke und die arabischen Außenminister auf dem nächsten Treffen hierüber zu beraten hätten.<sup>14</sup> Ihre Frage nach dem künftigen Sitz der PLO (Tunis?) beantwortet Saleh mit dem Hinweis, daß es hierzu, auch bei den Palästinensern selbst, noch keinen Plan gebe. Er halte es für möglich, daß sich die PLO-Führung entweder in Tunis oder in Damaskus niederlasse. Er hoffe, darüber bei einem bevorstehenden Treffen am 25. September 1982 mit Arafat in Sanaa weitere Aufschlüsse zu erhalten.

Sie sprachen anhand einer Kartenskizze die geopolitische Lage Nordjemens an und verwiesen dabei insbesondere auf die von der Sowjetunion in Aden, Addis Abeba und am Eingang des Roten Meeres eingenommenen Positionen. Sie erwähnten auch die Kämpfe zwischen Äthiopien und Somalia<sup>15</sup>. Sie richteten an Saleh die Frage, wie er die strategische Entwicklung in der Region beurteile, d. h. insbesondere den Einfluß der Sowjetunion am Horn von Afrika oder besser gesagt beiderseits des südlichen Eingangs zum Roten Meer.

Saleh bezeichnete die Lage unter Hinweis auf die sowjetischen Basen und facilities in Äthiopien als potentiell sehr gefährlich. Die Sowjets hätten feste Positionen sowohl im Südjemen wie in Äthiopien aufgebaut; dort gebe es auch Kubaner, und sie versorgen Äthiopien mit Waffen und Experten. Man müsse jederzeit das Entstehen starker Spannungen und das Aufbrechen größerer Riva-

<sup>13</sup> Vom 27. bis 31. März 1979 fand in Bagdad eine Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten statt. Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 1. April 1979 über die Beschlüsse: „1) Abzug der arabischen Botschafter aus Kairo. 2) Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit der Regierung Ägyptens. Durchführung binnen vier Wochen. 3) Mitgliedschaft Ägyptens in Arabischer Liga wird eingefroren ab sofort. 4) Sitz der Arabischen Liga wird nach Tunis verlegt. [...] 5) Während die Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Volk fortdauern soll, werden die wirtschaftliche Unterstützung wie Kredite, Einlagen, Bankdienste sowie andere finanzielle Unterstützungen eingestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

<sup>14</sup> Am 21. September 1982 fand in Tunis eine Sondertagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt.

<sup>15</sup> Zum Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia vgl. Dok. 210, Anm. 10.

litäten unter den Anliegerstaaten des Eingangs zum Roten Meer befürchten. Z. B. gebe es dort einige kleinere Inseln, über deren Besitzverhältnisse gewisse Unsicherheiten bestünden. Der Nordjemen kontrolliere die Eingänge zum Roten Meer. Die SU dränge jedoch Äthiopien, einige der Inseln zu besetzen, um dadurch Spannung zu erzeugen. Wenn es zu einer solchen Besetzung durch Äthiopien komme, so würde dies in der Tat erhebliche Verschärfungen zur Folge haben.

Saleh bemerkt, daß doch unsere Beziehungen zu Äthiopien ausgezeichnet seien.

Sie entgegnen, daß Sie nur wüßten, daß unsere Beziehungen zur JAR ausgezeichnet seien. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die kürzlichen Besuche von BM Offergeld<sup>16</sup> und von Staatsminister Corterier<sup>17</sup>. Sie bitten Herrn von Staden, über unsere Beziehungen zu Äthiopien zu berichten. Staatssekretär von Staden: Wir unterhielten normale diplomatische Beziehungen zu Äthiopien, die freilich im Zusammenhang mit Vorgängen um die Deutsche Schule in Addis Abeba eine gewisse Trübung in der Vergangenheit erfahren hätten.<sup>18</sup> Darunter habe die Zusammenarbeit gelitten. Wir hätten freilich weiterhin die Hoffnung, eine Lösung zu finden und damit die Zusammenarbeit wieder auf den früheren Stand anzuheben. Saleh bemerkt hierzu, daß es sehr erwünscht wäre, wenn unsere Beziehungen zu Äthiopien gut seien. Nur dann könnten wir Einfluß nehmen, was notwendig wäre, um zu verhindern, daß Äthiopien sein ganzes Gewicht in die Schale der Sowjetunion werfe. Dies wolle der Jemen nicht.

Sie bemerkten, daß dies auch unsere Meinung sei.

Unter erneutem Hinweis auf den ausgezeichneten Stand unserer bilateralen Beziehungen – ein Beweis dafür, welches Vertrauen er unserem Land entgegenbringe, sei die Tatsache, daß er sich hier regelmäßig medizinisch untersuchen lasse – bemerkt Saleh, daß er großen Wert darauf lege, diese Beziehungen zum Nutzen beider Länder auszubauen. Im November würden die beiden für die wirtschaftliche Kooperation mit uns verantwortlichen Minister zu Verhandlungen hierher kommen.<sup>19</sup> Er hoffe sehr, daß sich daraus neue Anstöße ergäben. In seinem Land gebe es große wirtschaftliche Sorgen. Man würde nun auch verstärkt wieder an den Aufbau des Landes gehen, nachdem die von Gaddafi veranlaßten Sabotageakte aufgehört hätten.

Sie stimmten den Bemerkungen zum Stand unserer beiderseitigen Beziehungen voll und ganz zu, bezeichneten sie als ausgezeichnet und äußerten Ihrerseits den Wunsch, sie zu intensivieren. Das gelte auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ihnen gehe es freilich auch um den politischen Meinungsaustausch. Sie begrüßten sehr, daß es nun zum zweiten Mal zu einem solchen Meinungsaustausch mit dem Präsidenten der JAR gekommen sei. Er sei für beide

<sup>16</sup> Bundesminister Offergeld hielt sich im Februar 1981 in der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) auf.

<sup>17</sup> Staatsminister Corterier reiste vom 14. bis 21. März 1982 in den Sudan, die Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen) und in den Oman.

<sup>18</sup> Zur Rückgabe der Deutschen Schule vgl. Dok. 237.

<sup>19</sup> Der Entwicklungsminister der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen), Qaid Mohammed, und der stellvertretende Außenminister Jamil hielten sich am 8./9. November 1982 in der Bundesrepublik auf.

Seiten nützlich. Sie hofften daher auf eine erneute Begegnung in nicht allzu ferner Zeit.

Saleh äußerte sein großes Interesse an Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland aus allen Bereichen und Ebenen.

Das Gespräch schloß mit beiderseitigen guten Wünschen.

Zeller

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62

## 243

### Botschaftsrat Altenburg, Beirut, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 521

Aufgabe: 20. September 1982, 13.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 21. September 1982, 16.15 Uhr

Betr.: Massaker in den Palästinenserlagern Chatila und Sabra

Bezug: DB Nr. 520 vom 18.9.1982 – Pol 322.01<sup>2</sup>

1) Gemeinsam mit deutschen Journalisten war ich am Morgen des 19.9.82 im Palästinenserlager Chatila. Im gesamten Lagerbereich waren viele z.T. stark verwesende Leichen zu sehen. Ich selbst habe rund 120 gezählt. Sie lagen teils vereinzelt auf der Straße, teils in Gruppen, z.T. anscheinend ganze Familien, als seien sie zusammengetrieben und dann erschossen worden, z.T. lagen sie in Wohnungen. Ich habe Leichen von Kindern, alten und jungen Frauen und Männern gesehen. Einige Leichen trugen an den Händen Fesseln, einige waren zerstückelt und verstümmelt. Auf der Straße lag neben Patronenhülsen üblicher Gewehr- und Maschinenpistolenmunition, in großer Menge auch Schrotmunition. Ein Teil der Leichen war in und unter Haufen von Erde und Schutt zu erkennen, die kurz zuvor mit Bulldozern zusammengeschoben sein mußten. In

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschaftsrat Altenburg, Beirut, teilte mit: „Der libanesische Staatsrundfunk, Radio Israel [...], hiesige Journalisten und ein Gesprächspartner hiesiger US-Botschaft berichten am 18.9. übereinstimmend, daß nach dem Einmarsch israelischer Truppen und unter ihren Augen christliche Milizen die palästinensische Bevölkerung in den Lagern Chatila und Sabra aus den Häusern getrieben, Männer festgenommen und – zumindest im Lager Chatila – Männer an die Wand gestellt und massenweise erschossen haben sollen. [...] Die Milizionäre sollen nach den Berichten Abzeichen der christlich-falangistischen ‚Forces Libanaises‘ (FL) Béchir Gemayels tragen. Ein Sprecher der FL erklärte mir am 18.9., daß es sich bei den Tätern nicht um Milizionäre der FL handle. Er sagte mir, daß die FL den muslimischen Politikern in West-Beirut eine Erklärung in diesem Sinne mit der Maßgabe gesandt hätten, daß die FL nicht verhindern könnten, daß ihre Symbole mißbraucht würden. Er machte die Milizen des Saad Haddad verantwortlich. Dieser Sprecher erklärte mir auch, daß nach seiner Meinung die Israelis z. Zt. ihre nie aufgegebenen Pläne bezüglich der Palästinenser verwirklichen. Nach den zitierten Berichten und Informationen der US-Botschaft waren jedoch außer den Haddad-Milizen auch Teile der FL beteiligt. Ich selbst habe Fahrzeuge der FL und ihre Milizionäre in großer Zahl am 18.9. in der Nähe der Lager gesehen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135721.

einigen Häuserruinen, die ebenfalls kurz zuvor durch Bulldozer zerstört oder zusammengeschoben sein mußten, waren an verschiedenen Öffnungen Leichen zu sehen.

In den Häusern war alles wie nach hastiger Durchsuchung und Plünderung durcheinander. Zahlreiche Häuser mußten erst kurz vorher durch Bulldozer oder Sprengungen zerstört worden sein. An vielen Stellen lagen auf der Erde olivgrüne, kurz vorher geöffnete und geleerte Konservendosen aus USA, wie sie von US-Militärverpflegung bekannt sind.

2) Zahlreiche überlebende Lagereinwohner stimmten in der Aussage überein, daß die Massaker am Freitag (17.9.) und noch am Samstag (18.9.) stattgefunden haben und daß dafür Milizionäre von Saad Haddad verantwortlich wären. Auf Fragen nach der Beteiligung christlich-falangistischer Milizen „Forces Libanaises“ (FL) sagten Lagerbewohner, sie seien ebenfalls, allerdings in geringer Zahl, anwesend gewesen. Ausländische Zeugen, darunter deutsche Mediziner und Krankenpfleger, die in dem im Lager liegenden Gaza-Krankenhaus arbeiteten, sagten, daß es nach ihrer Beobachtung bereits am Donnerstag (16.9.) zu Tötungen gekommen sein müsse. Aus der Art der Schießereien und aus den Einlieferungen ins Krankenhaus am Freitag morgen hätten sie dies geschlossen. Sie seien am 18.9. von FL-Milizionären, die sie an den Abzeichen erkannt hätten, abgeführt und z. T. vernommen worden.

Alle Aussagen stimmen darin überein, daß die libanesische Armee nicht am Massaker beteiligt war und daß israelische Armee während der ganzen Zeit die Lager eingeschlossen hatte und Offiziere, z. T. mit Ferngläsern, und Mannschaften die Vorgänge beobachten konnten.

3) Aus Gesprächen mit Journalisten, Diplomaten – vor allem aus der US-Botschaft – ergibt sich, daß die israelische Armee nach dem Einschließen der Lager die libanesische Armee im direkten Gespräch aufforderte, in die Lager einzudringen. Dies soll die Armee unter Hinweis darauf, daß sie dies ohnehin, aber ohne israelische Armee im Rücken und ohne israelische Befehle, zu tun habe, abgelehnt haben. Dem verantwortlichen libanesischen Befehlshaber sei dann erklärt worden, dann werde jemand anderes die Sache machen. Ihm seien dann von den Israelis zwei beim Flugplatz aufmarschierte Bataillone Milizionäre gezeigt worden. Nach weiterer Ablehnung seien diese Milizionäre dann eingedrungen. Nach allen Aussagen und meinen eigenen Beobachtungen müssen die christlich-falangistische FL trotz ihres Dementis wesentlich beteiligt gewesen sein. Soweit erkennbar, scheinen die beteiligten FL-Einheiten aus den in Israel ausgebildeten Milizionären zu bestehen, die anscheinend eine zumindest gesplattene Loyalität haben.

4) Es gibt nach meiner Einschätzung erheblich mehr Anhaltspunkte dafür, daß die Milizionäre mit Wissen und Billigung der Israelis das in den Lagern taten, was sie taten, als für das Gegenteil. Aus der täglichen Beobachtung der Verhaltensweise und der Reaktionen der FL-Milizionäre während der gesamten Zeit der israelischen Präsenz im Libanon ist zu erkennen, daß die Israelis nicht nur die Lage im Lande kontrollieren, sondern auch, daß die Milizionäre sich als Befehlsempfänger der Israelis empfinden und gebärden. Ein ausdrücklicher Befehl der Israelis gegen Massaker oder zumindest ein rechtzeitiges Einschreiten

hätte die Massaker m. E. verhindern können. Im übrigen darf an die Berichterstattung der Botschaft Tel Aviv aus der Anfangszeit des Krieges über Äußerungen israelischer Gesprächspartner erinnert werden, wonach die Israelis den Falangisten „die Drecksarbeit“ überlassen wollten.<sup>3</sup>

[gez.] Altenburg

Referat 310, Bd. 135721

## 244

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

221-372.15-1614/82 geheim

21. September 1982<sup>1</sup>

Betr.: Trilaterale MBFR-Konsultationen in London (17.9.82)

Anlg.: 4 (nur zum Original)

Auf Einladung des Foreign Office fanden am 17. September ganztägige trilaterale Konsultationen auf Referatsleiterebene statt (Teilnehmerliste s. Anlage 1<sup>2</sup>), die vorwiegend Fragen des weiteren westlichen Vorgehens nach Einführung des umfassenden Abkommensentwurfs am 8. Juli<sup>3</sup> zum Gegenstand hatten. In einer Reihe von offenen Fragen wurde Übereinstimmung erzielt. Alle Teilnehmer sprachen sich dafür aus, den trilateralen Konsultationsrahmen als Instrument der Steuerung der westlichen Verhandlungsführung sowohl in Wien als auch – in den Verhandlungspausen – in den Hauptstädten in Zukunft noch stärker zu nutzen.

Folgende Fragen wurden behandelt:

1) „Michajlow-Initiative“

Der sowjetische Delegationsleiter Michajlow hatte, wie die Amerikaner uns und die Briten bereits vorher unterrichteten (vgl. Anlage 2)<sup>4</sup>, gegenüber ACDA-Di-

<sup>3</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, beschrieb am 9. Juni 1982 als mögliches israelisches Ziel, die Hauptstraße zwischen Damaskus und Beirut abzuschneiden. Dies könnte „zu einer völligen Vernichtung aller PLO-Kräfte in Libanon führen (entweder durch die Israelis selbst oder durch die Kataeb, der man diese ‚Schmutzarbeit‘ gerne überlassen wird)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 482; Referat 310, Bd. 135717.

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 22. September 1982 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik um Rücksprache bat.

Hat Holik am 23. September 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11454 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 216.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die undatierte Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 11505 (221).

Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 27. September 1982, der Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen, Staar, habe folgendes berichtet: „Der von Michajlow im Gespräch mit Rostow vorgeschlagene allgemeine Ansatz zur Behandlung der Datenfrage erfülle nicht die mit einer Dateneinigung verfolgten Ziele, die für den Westen von grundlegender Be-

rektor Rostow bei einem Mittagessen am 15. Juli in Wien auf „rein persönlicher Basis“ Vorstellungen für eine MBFR-Lösung entwickelt, die auf Verzicht auf eine Dateneinigung bei Verifizierung der Reduzierungen und der Reststärken hinausliefen. Ein MBFR-Abkommen sollte keine festen Reduzierungsquoten, sondern „ein Minimum“ an Reduzierungen für beide Seiten festlegen, denen es überlassen bliebe, mehr als dieses Minimum zu reduzieren. Michajlow stellte in Aussicht, daß sich die SU bei der Verifikation der Reduzierungen „very forthcoming“ erweisen würde und nach Abschluß der Reduzierungen noch umfassenderen Maßnahmen zur Überprüfung der Reststärken zustimmen könnte.

Die Vorstellungen Michajlows wurden übereinstimmend als vorwiegend taktisches Manöver vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Spekulationen in der westlichen Presse (vgl. „Spiegel“ vom 16.8.1982)<sup>5</sup> über neue westliche Überlegungen zur Datenfrage gewertet. Wir bezeichneten es als aufschlußreich, daß Michajlow mit dem Konzept der „Minimum-Reduzierungen“ offensichtlich das Problem der Gesichtswahrung für den Osten in die Diskussion einführte und damit implizit die Notwendigkeit asymmetrischer Reduzierungen zur Herstellung der Parität zugab. Die Briten boten sich an, die Sowjets in geheimzuhaltenden diplomatischen Gesprächen außerhalb Wiens um nähere Erläuterungen zu dieser Frage zu bitten, falls von unserer und amerikanischer Seite keine Bedenken beständen. Wir erklärten uns ad referendum einverstanden, während die Amerikaner sich die Zustimmung noch vorbehielten.

Darüber hinaus beabsichtigen die Amerikaner, nach Unterrichtung der westlichen Ad-hoc-Gruppe in Wien über das Gespräch Rostow/Michajlow der sowjetischen Delegation mitzuteilen, daß Washington nach Prüfung der Vorstellungen Michajlows darin keinen Ersatz für eine MBFR-Lösung auf geklärter Datenbasis sähe. Gleichzeitig wollen sie jedoch um nähere Erläuterungen der angedeuteten sowjetischen Bereitschaft zu stringenteren Verifikationsmaßnahmen bitten.

## 2) Deutscher Daten-/Verifikationsansatz<sup>6</sup>

Vertreter des BMVg berichteten über den Stand der technischen Untersuchungen auf der Grundlage des Abschnitts III der BSR-Vorlage vom 19. August (s. Anlage 3)<sup>7</sup>.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1284*

deutung seien. Insbesondere würde er nicht eine wirkliche Parität garantieren. [...] Michajlows Vorschlag enthalte einige Unklarheiten. So stelle sich die Frage, ob die SU Inspektionen vor Ort zur Kontrolle der Einhaltung von Resthöchststärken zulassen würde. Weiter sei nicht klar, ob alle reduzierten Streitkräfte Verifikationsmaßnahmen, einschließlich einem Informationsaustausch zur Zeit der Reduzierungen, unterlägen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 410; VS-Bd. 11452 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel „Blauer Binder“; DER SPIEGEL, Nr. 33, S. 33.

<sup>6</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik für einen Daten-Verifikationsansatz bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 35, Anm. 13–15.

<sup>7</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

In der Vorlage zur Unterrichtung des Bundessicherheitsrats wurde festgestellt: „Zunächst war zu klären, ob die Umfangsstärke der Streitkräfte so strukturiert werden könne, daß untereinander vergleichbare ‚Bausteine‘ in verifizierbarem Umfang und trotzdem in überschaubarer Zahl entstehen und ein solcher ‚Bausteinansatz‘ alle Personalbereiche der bei MBFR relevanten Streitkräfte erfassen kann. Die Strukturierung der östlichen Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen in ca. 200 kompatible und verifizierbare ‚Bausteine‘ ist gelungen. [...] Zu untersuchen bleibt die militärpolitische Bewertung der verschiedenen ‚Bausteine‘, um jeweils Toleranzmargen festzulegen, deren Überschreitung nach dem Datenaustausch den Ansatz von Inspektionen erforderlich machen würde; nach Inspektionsergebnissen die Grundlage für die Anrufung der im Vertragsentwurf vorgesehenen Konsultativkommission wäre. [...] Die bisherigen positiven Ergebnisse der Untersu-

Die Briten nahmen auf ihrer bereits bekannten Linie zur Frage der denkbaren Anwendung unseres „Bausteinansatzes“ im Rahmen des westlichen MBFR-Konzepts Stellung:

- Die in der BSR-Vorlage unter Ziffer IV 2a) umrissene Option (Nutzung im Rahmen der gegenwärtigen Datendiskussion) bezeichneten sie als nicht sehr aussichtsreich, da die SU ohne Modifikation der westlichen Forderung nach Einigung über Ausgangsdaten keinen Anreiz hätte, auf die westlichen Vorstellungen einzugehen.
- Auch die Option 2b) (Anwendung des „Bausteinansatzes“ vor Unterzeichnung eines Reduzierungsabkommens, um die förmliche Dateneinigung zu erleichtern und abzusichern) hielten sie für wenig realistisch, da nichts dafür spreche, daß die SU zu asymmetrischen Reduzierungen in dem Ausmaß bereit sein könnte, das zur Herstellung der Parität erforderlich ist.
- Die Option 2c) (Dateneinigung erst nach Unterzeichnung eines MBFR-Abkommens, aber jeweils vor Beginn der Reduzierungsetappen unter Beachtung des Grundsatzes „no reductions without data agreement“) hielten sie politisch für bedenklich; die Unterzeichnung eines Reduzierungsabkommens würde in der westlichen Öffentlichkeit als Durchbruch gewertet und könnte Erwartungen wecken, die den Westen unter Druck setzen könnten.

Ebenso wie die Amerikaner traten wir dafür ein, daß die Diskussion über die Anwendung des „Bausteinansatzes“ erst dann aufgenommen werden sollte, wenn die laufenden technischen Untersuchungen mit positivem Ergebnis abgeschlossen sind. Auf persönlicher Basis wiesen wir jedoch darauf hin, daß die britische Bewertung auf der Prämisse beruhe, daß die SU zu asymmetrischen Reduzierungen nicht bereit sei. Wir seien uns darüber im klaren, daß, solange dies die sowjetische Position bleibe, auch unser neuer „Bausteinansatz“ keinen Zaubertrick für eine MBFR-Lösung bieten könne. Sollte sich jedoch die sowjetische Haltung im Gesamtzusammenhang der weiteren Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses ändern, könnte unser Ansatz die Deblockierung der Datendiskussion ohne politischen Gesichtsverlust oder Aufgabe grundlegender Positionen möglich machen. Zu den britischen Bedenken gegenüber der Option 2c) stellten wir fest, daß im Falle einer von der Öffentlichkeit als „Durchbruch“ gewerteten Übereinkunft bei MBFR nicht nur die Auswirkungen für den weiteren MBFR-Prozeß, sondern auch für andere, aus westlicher Sicht wichtigere Ost-West-Verhandlungen zu berücksichtigen seien. (Amerikanische Gesprächspartner stimmten dieser Erwägung außerhalb der Konsultationen unter Hinweis auf INF grundsätzlich zu, hielten aber beim gegenwärtigen Stand des Ost-West-Verhältnisses „Durchbrüche“ in irgendwelchen Ost-West-Verhandlungen für schwer vorstellbar.)

Auf britische Frage teilten wir mit, daß Niederländer, Belgier, Italiener und Kanadier auf Arbeitsebene bereits in großen Zügen über unsere Untersuchungen unterrichtet worden sind, daß dabei aber nicht von trilateraler Zusammenarbeit, sondern nur von einer Zusammenarbeit mit amerikanischen Stellen die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1285*

chung erlauben den Versuch, aufbauend auf der als zweckmäßig erkannten ‚Bausteinkonzeption‘ sowohl die östlichen Luftstreitkräfte als auch die westlichen Land- und Luftstreitkräfte gleichermaßen zu strukturieren.“ Vgl. VS-Bd. 11962 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Rede war. Die Briten legten Wert darauf, den „Bausteinansatz“ erst nach Abschluß der trilateralen Studien und möglichst nicht vor Ende des Jahres in Brüssel einzuführen.

### 3) Annex II (griechisches Problem)<sup>8</sup>

Wir schlugen vor, den Griechen durch folgende Änderungen im Wortlaut des Artikels I, Ziffer 5 und 6, im Annex II (Anl. 4)<sup>9</sup> entgegenzukommen:

- In Ziffer 5 soll der zweite Satz folgende Fassung erhalten: „This European territory covered by this Article shall include [...]“.
- In Ziffer 6 werden die Sätze 2 und 3 durch folgenden neuen Satz ersetzt: „This extra-European territory covered by this Article shall include [...]“.

Wir seien uns darüber im klaren, daß damit dem griechischen Anliegen in der Substanz nicht Rechnung getragen werde, hielten den Verzicht auf eine ausdrückliche Erwähnung der Türkei aber für eine Lösung, die den Griechen zumindest Gesichtswahrung ermögliche. Falls Griechenland weiter auf seiner Position beharre, wäre daran zu denken, Annex II unbeschadet der griechischen Einwände in Wien vorzulegen und den Griechen anheimzustellen, ihren Vorbehalt auf geeignete Weise auch gegenüber dem Osten zu erkennen zu geben.

Amerikaner und Briten unterstützten unseren Formulierungsvorschlag und regten an, der griechischen Delegation in Brüssel durch unsere NATO-Delegation ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Für den Fall, daß Griechenland nicht darauf eingehen sollte, teilten die Briten unsere Neigung, die Vorlage des Annex II nicht länger zu verzögern. Die Amerikaner behielten sich hierzu jedoch weitere Prüfung vor.

### 4) Annex III<sup>10</sup>

Amerikaner und Briten stimmten unserem Petitum zu, die Fragen der echten Ausnahmen von Höchststärken und der Behandlung der Wehrübenden in einem einzigen Annex zu behandeln. Auch wurde Einigung darüber erzielt, daß dieser Annex III gleichzeitig mit Annex II in Wien vorgelegt werden soll, ohne

<sup>8</sup> Vgl. dazu den amerikanischen Entwurf für ein MBFR-Abkommen mit drei Annexen vom 7. Mai 1982; Dok. 151.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte am 19. August 1982 zu den griechischen Vorbehalten in bezug auf Annex II des MBFR-Abkommensentwurfs: „Das Prinzip von Art. I, 5, Satz 1 dürfte auch von den Griechen nicht bestritten werden. Der Grund für die besondere Regelung des Satzes 2 bezüglich der Sowjetunion ist für Griechenland nicht gegeben. Evtl. Streiffragen zwischen Griechenland und Türkei bezüglich der Ägäis sollten nicht zu Lasten von Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Ost und West ausgetragen werden. [...] Wenn die Griechen die von ihnen selbst geschaffene Lage nicht wieder deblockieren, wären nach unserer Auffassung Demarchen in Athen unvermeidlich“. Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt. Für die Aufzeichnung „MBFR: Guidance on Single Comprehensive Agreement – Annex II on Associated Measures“ vom 6. Juli 1982 vgl. VS-Bd. 10671 (201).

<sup>10</sup> Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 19. August 1982 über eine Sitzung der MBFR-Arbeitsgruppe der NATO vom Vortag, bei der über den Annex III zum amerikanischen Entwurf vom 7. Mai 1982 für ein MBFR-Abkommen diskutiert worden sei: „Das Kernproblem ist, ob aus politischen Gründen eine frühe Vorlage des Annex III erfolgen soll (in dieser Hinsicht ist unerheblich, ob ‚blanks‘ oder geschätzte Zahlen vorgelegt werden), oder ob die Einführung bis zum Abschluß der SHAPE-Studie (frühestens im November, eher später) verzögert werden soll. Von Bedeutung ist, daß BE seine Forderung nach US/SU-subceilings hier in den Mittelpunkt stellt (militärischer) Vorteil für NATO, weil WP keine Non-indigenous-Kräfte außer SU selbst hat), ohne daß die Verhandbarkeit berücksichtigt wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1526; VS-Bd. 11467 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

die Fertigstellung der „SHAPE-Studie“ abzuwarten. In unserem Plädoyer für eine Vorlage des Annex III ohne Zahlen wurden wir von den Briten unterstützt. Die Amerikaner sahen sich jedoch nicht in der Lage, auf die Aufnahme eines zahlenmäßig definierten Subplafonds für den amerikanischen Ausnahmebedarf zu verzichten und machten geltend, daß dieser Frage in Washington großes sicherheitspolitisches Gewicht beigemessen werde. Während die Briten sich mit diesem amerikanischen Kompromißvorschlag einverstanden erklärten, stellten wir wohlwollende Prüfung in Aussicht.

5) Westlicher prozeduraler Vorschlag vom 8.4.1982<sup>11</sup>

Es bestand Übereinstimmung, daß sich die Ad-hoc-Gruppe in der neuen Verhandlungsrunde auf die Präsentation und Erläuterung der Initiative vom 8. Juli konzentrieren und den prozeduralen Vorschlag vom 8. April zunächst nicht von sich aus aufgreifen sollte. Der prozedurale Vorschlag sollte jedoch genutzt werden, um im Falle östlicher Forderung nach Erarbeitung gemeinsamer Texte einer Abkoppelung der Datendiskussion entgegenzuwirken.

6) Britische Vorstellungen über mögliche Flexibilitäten der westlichen Verhandlungsposition

Eine vertiefte Diskussion über das trilateral zirkulierte britische Arbeitspapier „The scope for negotiating flexibility“ vom Mai 1982<sup>12</sup> kam schon aus Zeitgründen nicht zustande. Amerikaner und wir hielten es aber auch grundsätzlich nicht für angebracht, beim jetzigen Verhandlungsstand in Wien über Rückfallpositionen zu Substanzfragen zu diskutieren. Vor allem sollte ein schriftlicher Meinungsaustausch hierüber vermieden werden. Es wurde deshalb lediglich in Aussicht genommen, die Erörterung über die im britischen Arbeitspapier enthaltenen Erwägungen bei den trilateralen Konsultationen nach der nächsten Verhandlungsrunde aufzunehmen.

Im Zusammenhang mit dem britischen Papier wurden die Amerikaner um Erläuterung gebeten, warum sie die Beibehaltung von „approximately“ vor Reduzierungsquoten und Höchststärken im Vertragsentwurf und Annex I<sup>13</sup> für unerlässlich hielten. Sie deuteten an, daß die amerikanische Haltung in dieser Frage nicht ganz unflexibel sei, daß man eine Eliminierung von „approximately“

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. April 1982 vgl. Dok. 112.

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11454 (221).

<sup>13</sup> Legationsrat I. Klasse Schultheiß, z. Z. Bonn, notierte am 15. September 1982: „Zur Herbeiführung der Parität bei einer kombinierten Höchststärke von 900 000 Mann Land- und Luftstreitkräftepersonal sowie einer Höchststärke von 700 000 Mann für das Landstreitkräftepersonal müßte der Osten also nach westlichen Schätzungen insgesamt 290 400 Mann (1 190 400 minus 900 000) reduzieren, von denen mindestens 257 900 (957 900 minus 700 000) Mann Landstreitkräftepersonal sein müßten. Das übrige abziehende Personal von 32 500 Mann könnte nach dem westlichen Konzept der kombinierten Höchststärke (Luftstreitkräftepersonal kann auf Kosten des Landstreitkräftepersonals verstärkt werden) wahlweise Land- oder Luftstreitkräftepersonal sein. [...] Annex I des westlichen Abkommensentwurfs trifft für die Reduzierungen, die zur Erreichung der kombinierten Höchststärke für Land- und Luftstreitkräfte notwendig sind, also für die Behandlung der Reduzierung der im Beispiel errechneten 32 500 Mann, keine Regelung. [...] Solange der nach der kombinierten Höchststärke erforderliche Teil der Reduzierungen nicht quantifiziert wird, hat der Osten einen Ansatzpunkt, das Erfordernis der Einigung über die Ausgangsdaten bei den Luftstreitkräften zu kritisieren [...]. Er könnte allerdings alternativ auch argumentieren, das Erfordernis einer Gesamtdateneinigung bei Vertragsabschluß sei ein klarer Hinweis darauf, daß auch die Luftstreitkräfte bei der Höchststärkenregelung nach Etappe 2 und 3 erfaßt werden müßten“. Vgl. Referat 221, Bd. 124577.

jedoch nicht für zweckmäßig halte, bevor über das Konzept der Ausnahmen von Höchststärken grundsätzliche Einigung zwischen Ost und West erzielt werde.

7) Behandlung der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (FFA)

Die Amerikaner warfen unter Hinweis auf das Drängen des niederländischen Delegationsleiters de Vos die Frage auf, wie die Einbeziehung der FFA in die westliche Reduzierungsquote und Höchststärke in der Ad-hoc-Gruppe und gegenüber dem Osten in Wien behandelt werden sollte. Indirekt gaben sie zu erkennen, daß in Washington mit der Vorlage eines rechtsförmlichen Abkommensentwurfs eine gewisse Neigung bestehe, die stillschweigende Einbeziehung der FFA in ein MBFR-Abkommen grundsätzlich zu überdenken.

Weder die Briten noch wir nahmen diese Andeutungen auf. Wir stellten fest, daß die bisherige westliche Position in dieser Frage, die dem Osten auch wiederholt mitgeteilt wurde, zur Geschäftsgrundlage von MBFR gehört, die sich allenfalls nach einer Erörterung auf politischer Ebene ändern könne. Solange die westliche Substanzposition nicht modifiziert werde, sahen weder Briten noch wir eine Notwendigkeit, die Frage von uns aus gegenüber dem Osten anzusprechen. Wir gaben den Amerikanern die Anregung, Botschafter de Vos durch Bekräftigung der unveränderten amerikanischen Haltung zur Frage der FFA zu beruhigen und damit auch eine Diskussion in der Ad-hoc-Gruppe zu vermeiden. Die Amerikaner äußerten sich hierzu nicht. Es bestand jedoch der Eindruck, daß sie angesichts der klaren deutschen und britischen Haltung davon Abstand nehmen werden, die bisherige gemeinsame westliche Position in dieser Frage zur Diskussion zu stellen.

Holik

VS-Bd. 11454 (221)

## 245

### Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns

22. September 1982<sup>1</sup>

Unter Verschuß

Notes on the talk between the Federal Chancellor and Ambassador Burns on September 22 at 16.25h in the Federal Chancellory

Following introductory remarks by the *Ambassador* who admires the courage and determination the Chancellor has shown these days the *Chancellor* points

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 23. September 1982 gefertigt.

to the latest public opinion poll.<sup>2</sup> He leaves no doubt that he will go ahead with vigour and strength, if the latest trend in public opinion and the results of the Hessen election<sup>3</sup> change the political scene. He had made up his mind only the night before he delivered his speech in the Bundestag on September 17<sup>4</sup>. When he saw the Federal President on Thursday 16, he had not made up his mind.

It remains, however, likely that his period as a Chancellor comes to an end after 8 1/2 years. He would like the Ambassador to know that, at this juncture, he has his greatest doubts about the economic future of the Western world. Financial relations with Eastern European countries and – even more so – with Latin American countries impose an unbearable burden on the international banking system although the big national banks in the Western industrialized countries can count on being saved by their central banks from bankruptcy.

It is not convincing that Western governments continue to consider the fight against inflation their main goal, thus contributing to the deep depression. PM Thatcher betrayed her deep concern by suggesting in a personal message, an economic brainstorming session between economic summits. The Chancellor thinks that such a meeting might not be worthwhile today. The climate between governments does not seem propitious. The American budget problem<sup>5</sup> has not been solved. This is not a reproach, but a statement of facts. In Germany we might at best have a certain psychological upswing as a result of coming political change, but not a lasting improvement.

The Chancellor agrees with the Ambassador that the new turn of American Mid-Eastern policy<sup>6</sup> must be considered a fine piece of statesmanship and a personal success of the new Secretary of State<sup>7</sup>. He reports on today's Cabinet discussion on Mid-Eastern policy and the strong endorsement for the new American approach.<sup>8</sup>

In reply to questions by the Ambassador the Chancellor evaluates in some detail the events of the last two months which led to the break-up of the coalition

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Meldung „Allensbach: Nur 2,3 Prozent würden jetzt FDP wählen“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 22. September 1982, S. 1.

<sup>3</sup> In Hessen wurden am 26. September 1982 Landtagswahlen abgehalten.

<sup>4</sup> Am 17. September 1982 erklärte Bundeskanzler Schmidt im Bundestag, die Regierungskoalition sei nicht mehr handlungsfähig. Die vier Bundesminister der FDP, Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff hätten soeben ihren Rücktritt mitgeteilt. Er selbst werde das Amt des Ministers des Auswärtigen übernehmen, der Bundesminister der Finanzen, Lahnstein, werde zusätzlich das Amt des Bundesministers für Wirtschaft übernehmen, der Bundesminister der Justiz, Schmude, das Amt des Bundesministers des Innern und der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm, das Amt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Für den Wortlaut der Rede vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7072–7077. Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, übernahm zusätzlich das Amt des Staatsministers im Auswärtigen Amt.

<sup>5</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA vgl. Dok. 175, Anm. 8.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten; Dok. 239, Anm. 10.

<sup>7</sup> George P. Shultz.

<sup>8</sup> Das Kabinett beschloß in seiner Sitzung am 22. September 1982 die Veröffentlichung einer Erklärung zur Lage im Libanon und im Nahen Osten, in der der Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 und die Beschlüsse der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes gewürdigt wurden. Vgl. dazu den Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 29. September 1982; Referat 230, Bd. 128035. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1982, S. 807 f.

government. He stresses that the Lambsdorff-paper<sup>9</sup> has not played a decisive role.

Returning to the economic situation he points out that all the figures are worse than the forecasts even for countries like Japan, which so far seemed more successful than others. The IMF-meeting in Toronto<sup>10</sup> seems to have spread an atmosphere of scepticism and defeatism. He has the intention of reminding the heads of the Bundesbank that it is their duty to contribute towards bringing interest rates down before the general demand drops too sharply. The still too high a level of interest rates must not last any longer. It is harmful for the United States and, for instance, even more harmful to a country like Canada whose economy will move downwards more quickly and recover much more slowly than that of the United States. The European countries are in much the same position as Canada.

The Chancellor wishes to inform the Ambassador and through him the Secretary of State on a strictly personal basis about a meeting he had with Archbishop Glemp<sup>11</sup> and which, in the interest of Glemp, had been kept secret. Glemp who struck him as being more of a priest than a politician made a very good and honest impression. He was accompanied by Bishop Dąbrowski who seemed to have a good political judgement. Glemp described Jaruzelski as a man of catholic education who has no feeling of enmity towards the Catholic Church. Glemp confirmed the Chancellor's impression that under the present circumstances Jaruzelski is unable to solve the situation. He resembles a figure in a classical Greek drama being driven by forces and events. Glemp had his serious doubts about the present leadership of Solidarność which, in the underground, has come under the influence of Trotskyites. Poland is thus faced with the fight between two communisms: the Trotskyites in the underground Solidarność and the orthodox wing within the Communist Party. Only a release of Wałęsa could lead to a situation, where one man again becomes a guarantee that he represents the real Solidarność, which at the start was a very good development. Glemp therefore proposed to Jaruzelski to entrust Wałęsa to the church as a guarantee that he would not become a symbol of unrest. Jaruzelski, however, had to decline.

In the field of economics Glemp did not have to offer any new ideas. He remains deeply convinced that church and people in Poland must accept the general framework of living within the realm of Soviet power although the hatred of communism is wide spread and general. But the church has to understand the facts of life, which means that Poland cannot live outside the realm of Communism. Glemp hopes, however, that out of the socialism proposed by Jaruzelski a human socialism could evolve.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut vgl. Otto Graf LAMBSDORFF, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Neue Bonner Depesche, Nr. 9 vom 9. September 1982, S. 3–11.

<sup>10</sup> Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds fand vom 6. bis 9. September 1982 in Toronto statt.

<sup>11</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, am 2. September 1982 vgl. Dok. 236.

The Chancellor underlined very strongly in his talks with Glemp the three Western demands – release of prisoners, lifting of the military rule, resumption of the national dialogue<sup>12</sup>. He told Glemp that he had conveyed to Jaruzelski his impression that all leading public figures in Poland today live in such an extreme danger to their security and even their lives that their personal risk cannot be increased by an all-out effort to form a political platform of all patriotic forces to come to grips with the present situation.

Glemp was, above all, deeply worried about the effects of Western embargo measures against Poland<sup>13</sup> and the resulting widening rift between Poland and the West. Such measures can force Poland only into another greater dependence on Moscow. He was deeply grateful for all measures to enhance the contact between the West and the Poles such as the very impressive wave of parcels which the West-Germans sent to Poland.

The Chancellor mentions finally that he has agreed to keep in touch with Glemp in a way that does not endanger his position in Poland. He would like to be helpful if the Secretary of State might like to make use of such a channel.

The Chancellor is worried about the general impression that the proposed meeting between President Reagan and Breshnev does not seem to take place. He would like the Secretary of State to know the importance we attach to such a meeting before the Secretary meets Gromyko in New York<sup>14</sup>. Minister of State Wischnewski would take the Chancellor's place in addressing the General Assembly of the United Nations.<sup>15</sup>

The Chancellor would also like not to leave any doubt about the growing interest in this country in serious INF-negotiations, aimed at reaching a result in 1983. It will be difficult for all European governments to fulfil the second part of the double-track decision of NATO<sup>16</sup> unless they can point to a very serious negotiating effort by the United States. In this connection the „Katholikentag“<sup>17</sup> at Düsseldorf and the reception which were given to the addresses by Kardinal Höffner<sup>18</sup>, by Kohl<sup>19</sup> and by himself<sup>20</sup> gave a very clear indication of where the feeling went in this country. His discussions with a wide range of Dutch politicians<sup>21</sup> in early July left him with the impression that a clear-cut decision on deployment is politically nearly impossible in the Netherlands today. All this points to a situation in 1983 where the United States and their Allies will have

<sup>12</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>13</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>14</sup> Zum Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) am 28. September 1982 in New York vgl. Dok. 252.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der von Staatsminister Wischnewski am 30. September 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York gehaltenen Rede vgl. BULLETIN 1982, S. 829–835.

<sup>16</sup> Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3, Anm. 25.

<sup>17</sup> Der 87. Deutsche Katholikentag fand vom 1. bis 5. September 1982 statt.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede des Kardinals Höffner am 3. September 1982 vgl. CHRISTLICHE FRIEDENSBOTSCHAFT, S. 5–9.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Rede des CDU-Vorsitzenden Kohl am 3. September 1982 vgl. CHRISTLICHE FRIEDENSBOTSCHAFT, S. 67–71.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 3. September 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 811–813.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Schmidt besuchte die Niederlande am 8./9. Juli 1982. Vgl. dazu Dok. 203.

to offer the public credible proof that there is no other choice for us than to deploy.

The Chancellor replying to the Ambassador's question underlines that the zero-option<sup>22</sup> is a very good opening position, but it will be impossible to hold on to it over two years of negotiations. He is not asking for hastening up the negotiations. But he wants to stress the need for the Americans to show their willingness to negotiate in a credible way. If it comes to deployment according to the double-track decision the Americans will find the Chancellor on their side – even if he is in opposition.

The Chancellor finally wants to raise a few smaller points:

1) He would be grateful if the Ambassador would help Mr. Körber to have a group of German apprentices received in Washington at a high level. He had himself received such a group of American apprentices for a two hour discussion. (In that context the Ambassador mentions his proposal to his government to send a group of American experts to Germany to study the German apprentice system, which he considers a very important contribution to Germany's economy.)

2) He asked the Ambassador to endorse his suggestion that the Secretary of State addresses the Übersee-Club at Hamburg – his own club – at an appropriate moment. George Shultz had already consented in general.

3) The Chancellor acknowledges the letter by the Secretary of State on the situation in Beirut<sup>23</sup> and informs the Ambassador of today's Cabinet discussion.

4) The Chancellor dedicates to the Ambassador a copy of the newest American edition of his speeches.<sup>24</sup>

The *Ambassador* would like to make a few points:

1) He explains the personal background of Deputy Secretary Dam and of Allen Wallis who have joined the State Department together with George Shultz. All three men are superb and tested administrators. All of them are convinced free traders. He expects much stronger influence of the State Department in the international economic policy. George Shultz, who is considered by Reagan and the White House as a political insider, has already made his influence felt, for instance in bringing the President around on the pipeline problem<sup>25</sup>.

2) The Fed is slowly changing its policy and starts testing its ability to influence interest rates.<sup>26</sup> He expects the Fed to stick to that policy. He agrees with the

<sup>22</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>23</sup> Zum Libanon-Krieg vgl. Dok. 243.

<sup>24</sup> Vgl. Helmut SCHMIDT, *Perspectives on Politics*, hrsg. v. Wolfram F. Hanrieder, Boulder/Colorado 1982.

<sup>25</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>26</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzlage in den USA vgl. Dok. 232, Anm. 5.

Botschafter Hermes, Washington, resümierte am 14. September 1982: „Bei der Zinsentwicklung werden in nächster Zukunft kaum Überraschungen erwartet. Aufgrund der schwachen Konjunkturerwartungen wird trotz anhaltend hoher Budgetdefizite im Verlauf d. J. nicht mit einem Trend gerechnet. Nach der Zurücknahme des Diskontsatzes auf zehn Prozent dürfte der Markt zur Zeit eine Konsolidierungsphase durchlaufen, in der aufgrund der anhaltend großen Geldmengenveränderungen ein vorübergehender Wiederanstieg der kurzfristigen Geldmarktzinsen durchaus nicht auszuschließen ist. Die Versicherungen des Vorsitzenden des Federal Reserve Boards, Volcker, daß die gesetzten Geldmengenziele im Sinne einer Verstärkung der Wirtschaftsentwicklung gelegentlich

Chancellor that the President's recent criticism of the FED has not been helpful.<sup>27</sup> He agrees with the Chancellor's remark on Milton Friedman (most intelligent and most unwise). He considers him a master polemicist who has no equal in intellectual agility.

3) The Chancellor and he had differed in their judgement on the economic evolution. He is sorry to say that he had to come closer to the Chancellor's position. The large European and American banks have pursued a reckless policy. They may be helped by governments and central banks providing the necessary liquidity, but they will behave more cautiously in the future. He foresees a sluggishness in the international economy for two to three years.

But smaller banks in the Western industrialized countries, in Latin America even the major banks, might fail. Such a failure will worsen the general economic situation. The conventional defences such as strengthening the IMF might not suffice if bankers become very prudent and credit will suffer. Replying to the Chancellor's remark that extra liquidity from the central banks will not help bankers to turn red figures into black, he points to the possibilities of overvaluing assets to turn red figures into black ones in the balance sheet.

4) On the American budget he certainly did not like the tax bill, but, under the circumstances, he would have voted for it. But the impression of a lack of stability in the government's economic policy does not inspire business confidence. He mentions that the President will call a special session of Congress after the elections<sup>28</sup> to deal with unfinished business. He would have preferred such a special session for the precise purpose of cutting both the defence and entitlement program. He fears that cuts in the defence program might give wrong signals to the Soviets and to the Allies. (The *Chancellor* would not worry about the effect on NATO Allies who always had their doubt about the practical implementation of the defence programs. He would, however, regret a wrong political signal to the Russians. On balance, however, he would favor cuts.) The *Ambassador* refers to a commission under Greenspan on the social security system which has to report by December 1. It will become an early subject for the new Congress. The *Chancellor* has the impression from his talks with Greenspan<sup>29</sup> that something will be done in the right direction, but it will not go far enough.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1293*

auch einmal überschritten werden können, haben in diesem Zusammenhang sicherlich beruhigend gewirkt. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten auf dem internationalen Kapital- und Geldmarkt scheinen die privaten Anleger inzwischen mehr und mehr bereit zu sein, auch bei niedrigen Zinsen Titel der öffentlichen Hand zu kaufen. Diese Tatsache läßt die Befürchtung geringer werden, daß die Zinsen infolge der Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand gegen Jahresende wieder steigen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3940; Referat 420, Bd. 130012.

<sup>27</sup> In der Presse wurde berichtet: „Die Auseinandersetzung über den Status des Federal Reserve Board, die oberste Zentralbank der USA, hat sich wieder verschärft. Auf einer Wahlreise im Bundesstaat New Jersey warf Präsident Reagan die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Behörde dem Finanzministerium zu unterstellen.“ Vgl. den Artikel „Reagan stellt Unabhängigkeit der Zentralbank in Frage“; DIE WELT vom 20. September 1982, S. 9.

<sup>28</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>29</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 27. Juli 1982 in den USA auf, wo er mit dem amerikanischen Finanzberater Greenspan zusammentraf. Vgl. dazu Dok. 222.

5) Assuming the formation of the CDU/FDP government the *Ambassador* would guess that in the field of foreign policy the rhetoric might change but the substance would substantially remain. In the domestic policy there would be some adjustments in the margins but no dramatic change either. Germany seems to be committed to a system of welfare state which goes back to Bismarck.

The *Chancellor* agrees. The problem, however, remains how the welfare state system can be financed. A new government will certainly introduce some changes in the field of schooling, universities and foreign labor where the present opposition has very conservative views. In foreign policy he agrees with the *Ambassador's* guess in case of a Kohl/Genscher coalition. Vis-à-vis Washington Kohl's initial attitude might be influenced by the way the American government receives him. That might be different if the influence of Strauß makes itself felt. He is a patriot, an Atlanticist but he also believes in the need for cooperation with the Soviet Union. After a short exchange of views concerning the possibilities of the formation of a new government the *Chancellor* promises to send the *Ambassador* a copy of Carter's interview in „Stern“<sup>30</sup> and an outline of his speech in „The Bohemian Grove“<sup>31</sup>.

6) Referring to Haig's speech before the United Jewish Appeal<sup>32</sup> the *Ambassador* regrets that Al Haig departed from the line he took at their last conversation in July, i.e. to take only a long-range view of foreign policy matters in public speeches. Replying to the *Chancellor's* question, he feels that Begin after the recent events in the Lebanon can no longer serve his country well. He had originally great understanding for Begin's tough bargaining position but rejecting the American proposal without leaving a door open does not lead anywhere. Israel must now clear its own conscience and agree to an international independent inquiry into the shootings of Palestinians in Beirut.<sup>33</sup>

The *Chancellor* agrees. It is a tragedy for Israel to find itself in the role of an occupying power with all that implies.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Reagans Kriegsgerede macht uns Angst“; STERN, Nr. 39 vom 23. September 1982, S. 80–82 und 226–227.

<sup>31</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 24. Juli 1982 im Bohemian Grove vgl. Dok. 207, Anm. 3.

<sup>32</sup> Vgl. dazu den Artikel „Haig, at U. J. A., Criticizes Reagan's Mideast Plan“; THE NEW YORK TIMES vom 15. September 1982, S. A1 und S. A12.

<sup>33</sup> Zur Frage der Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Vorgänge vom 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila vgl. Dok. 247, Anm. 12.

## 246

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Botschafter Ruth****Geheim****23. September 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Ruth am 23. September 1982, von 11.35 bis 12.20 Uhr im Bundeskanzleramt

*Bundeskanzler* betont, daß BM Genscher einen persönlichen Vortrag über die Gespräche Ruths in Washington<sup>2</sup> angeregt habe. Er selbst habe die Sorge, daß sich die Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> nicht fortbewegen, weil beide Seiten lediglich an ihren Eröffnungspositionen festhalten.

*Ruth* berichtet, daß diese Frage im Mittelpunkt seiner Washingtoner Gespräche stand, die vor dem Hintergrund einer Pressekampagne gegen Nitze und Rostow stattfanden. Er sprach vor allem mit Burt, dessen Bestätigung von Senator Helms<sup>4</sup> in Frage gestellt werde. Der Präsident habe sich hinter Nitze und

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 24. September 1982 gefertigt und am 29. September 1982 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höyneck, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Warthenburg „zur Unterrichtung von Herrn Staatssekretär von Staden“ übermittelt.

Hat Legationssekretär Weber-Lortsch am 29. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Lautenschlager und Staden verfügte.

Hat Lautenschlager am 29. September 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 6. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Wernld vorgelegen, der die Weiterleitung einer Kopie an Botschafter Ruth verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13756 (014); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 14. September 1982 über seine Gespräche mit dem Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats, Boverie, dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 13./14. September 1982: „Die Gespräche fanden vor dem Hintergrund einer am Wochenende von der Washington Post berichteten Kontroverse über die amerikanische Rüstungskontrollpolitik statt, wonach u. a. Rostow und Nitze angeblich von einflußreichen konservativen Senatoren (u. a. Helms, R[epublikaner] – North Carolina) vorgeworfen wurde, in START und INF ihre Instruktionen zu weit auszulegen. Der Sicherheitsberater des Präsidenten habe sich nach den Vorwürfen erkundigt, doch betrachte er die Angelegenheit als erledigt. Weder Rostow noch Nitze denken an Rücktritt.“ Weitere Themen seien die Öffentlichkeitsarbeit der NATO, ein Verbot chemischer Waffen und eine Abstimmung der NATO-Mitgliedstaaten in bezug auf die KSZE und eine KAE gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3933; VS-Bd. 11440 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 193.

<sup>4</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 16. September 1982 mit: „Die Bestätigung von Richard Burt als Assistant Secretary of State durch den Senat stößt auf Schwierigkeiten. In der heutigen Anhörung (15.9.) durch das Senate Foreign Relations Committee verlas Senator Helms (R[epublikaner] – North Carolina) einen von Senator Goldwater (R – Arizona) unterzeichneten Brief an den Ausschußvorsitzenden Percy (R – Illinois) mit folgendem Inhalt: Burt sei Verfasser eines 1979 in der New York Times abgedruckten Artikels, in dem er Geheiminformationen über die Bemühungen der Administration veröffentlicht habe, die in Iran ausgefallenen Horchstationen gegenüber der Sowjetunion durch Satelliten und Bodenstationen in Norwegen zu ersetzen. Burt habe mit dieser Veröffentlichung Norwegen, einem europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten, wahrscheinlich Schaden zugefügt. Es sei deshalb zu prüfen, ob Burt ein geeigneter Kandidat für den Posten des für Europa zuständigen Assistant Secretary sei. [...] Die Reaktion der anwesenden Ausschußmitglieder ließ insgesamt erkennen, daß die Bestätigung Burts nicht ernstlich gefährdet ist, sich aber verzögern kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3978; Referat 204, Bd. 124928.

Rostow gestellt sowie hinter die Bemühungen um Überlegungen, wie es bei den Verhandlungen weitergehen kann.

Auch bei den INF-Verhandlungen bemüht man sich auf der Grundlage der förmlichen Vorschläge um die Diskussion von Substanzfragen. Auf amerikanischen Vorschlag beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit Datenfragen im gesamten INF-Bereich.

*Bundeskanzler* berichtet von seinen Eindrücken beim Katholikentag<sup>5</sup> und erwähnt die Stellungnahme eines jungen Wehrpflichtigen, auf die ihn Ruth aufmerksam gemacht hat. Auf Einwurf Ruths, daß die große Bereitschaft zur Diskussion eine große Chance für eine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung biete, meint er, daß die eigentliche Öffentlichkeitsarbeit nur von den führenden Politikern des Staates geleistet werden kann. Darüber hinaus könnten z. B. Bischöfe und einige führende Intellektuelle ihre Autorität für ein vernünftiges Verständnis der Sicherheitspolitik einsetzen, wenn sie richtig informiert werden. Sie müßten dazu gebracht werden, ihre oft relativ naiven Vorstellungen mit der Wirklichkeit zu konfrontieren und dadurch zu differenzieren.

Er sieht mit großer Besorgnis in der großen Bewegung in Amerika für *freeze*<sup>6</sup> und *no-first-use*<sup>7</sup> Zeichen dafür, daß die Öffentlichkeit die Sicherheitspolitik nicht mehr durchschaut und das Vertrauen auf sie schwindet. Er hat Biedenkopf in einem Gespräch in Düsseldorf recht gegeben, der gesagt hat, daß das gedankliche System der nuklearen Abschreckung und Gegenabschreckung nicht mehr von unserer Öffentlichkeit nachvollzogen<sup>8</sup> werden kann. Die Regierungen laufen Gefahr, an den Völkern vorbeizuregieren. Ein alarmierendes Zeichen hierfür ist, daß ein Mann wie Scoop Jackson sich für einen *freeze* einsetzt. Der ehemalige niederländische Verteidigungsminister van Mierlo hat recht mit seiner Aussage, daß sich die westlichen Verteidigungsmaschinerien nicht mehr in der wirklichen Welt bewegen.

Er selbst sagt öffentlich, daß er vor den SS-20 Angst hat, daß sie entweder verschwinden müssen oder daß ein westliches Gegengewicht aufgebaut werden muß. Einen dritten Gedanken äußert er nicht öffentlich: Die eigentliche Gefahr ist nicht, daß die SS-20 eines Tages auf uns abgefeuert werden, sondern daß sie ein ständiges Erpressungspotential in den Händen der Sowjets gegen uns darstellen, das von den USA hingenommen wurde. Ebenso wie die USA auch 1961 den Mauerbau bei letztlich nur verbalen Protesten hingenommen haben.

<sup>5</sup> Der 87. Deutsche Katholikentag fand vom 1. bis 5. September 1982 in Düsseldorf statt.

<sup>6</sup> Zur *Freeze*-Bewegung in den USA vgl. Dok. 127, Anm. 19.

Botschafter Hermes, Washington, informierte am 28. September 1982, am 14. September 1982 sei „in Wisconsin eine *Freeze*-Resolution mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen“ worden: „Nach einer internen Aufzeichnung der ACDA, die uns zur Verfügung gestellt wurde, werden am 2. November (Wahlen zum Kongreß u. a.) in folgenden Staaten weitere entsprechende Abstimmungen stattfinden: Arizona, Kalifornien, District of Columbia, Michigan, Montana, New Jersey, North Dakota, Oregon, Rhode Island, Wisconsin. Möglicherweise werde Massachusetts noch hinzukommen. [...] Die Administration gerät durch die zu erwartenden Abstimmungsergebnisse zwar unter einen gewissen Druck, möglichst bald zu rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen zu gelangen. Änderungen in der amerikanischen Verhandlungsposition bei den Rüstungskontrollverhandlungen werden aber sowohl von unseren Gesprächspartnern bei der ACDA als auch im Kongreß zumindest vorläufig ausgeschlossen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3476; Referat 220, Bd. 128633.

<sup>7</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „vollzogen“.

Seine wirkliche Angst kommt daher, daß die USA hingenommen haben, daß wir in eine Position der Erpreßbarkeit geraten.

Er selbst wird, auch wenn er nicht mehr Bundeskanzler sein sollte, an seiner Auffassung zum Doppelbeschluß festhalten. Er hat auch in den Führungsgremien seiner Partei keinen Zweifel gelassen, daß er hierfür einsteht. Er hat die Partei auf diese Linie zuletzt durch das Vertrauensvotum im Februar<sup>9</sup> festgelegt. Aber gerade deswegen ist er beunruhigt über die mangelnde Konsistenz amerikanischer Politik. Wenn sich jemand in den USA einbildete, er könne etwa vier Jahre zur Beruhigung der europäischen öffentlichen Meinung verhandeln, so müsse er wissen, daß er eine Volksbewegung entfache, die kein Kohl und kein Schmidt stoppen können.

*Ruth* unterstreicht, daß die USA die Bedeutung erfolgsorientierter ernsthafter INF-Verhandlungen voll verstehen. Das zeigen auch die Überlegungen, über die er mit Burt gesprochen hat:

- Die Null-Lösung<sup>10</sup> bleibt die optimal zu wünschende Lösung, an der in der Öffentlichkeit und gegenüber der SU festgehalten wird, bis eine Bewegung der Verhandlungspositionen möglich wird.
- Dann sollte es möglich sein, über eine weniger optimale, aber rüstungskontrollpolitisch vernünftige Lösung zu verhandeln mit folgenden Elementen: einem Einfrieren der sowjetischen Systeme im Fernen Osten. Hierdurch wird sichergestellt, daß sich die Lage Chinas und Japans nicht verschlechtert. (BK: Der Eindruck Bahrs, daß die Chinesen keine Angst vor den sowjetischen SS-20 haben, hat mich gewundert.) Ein zweites Element ist die substantielle Reduzierung der Mittelstreckensysteme auf beiden Seiten, das heißt der SS-20 und des westlichen Dislozierungsbedarfs. Ein drittes Element ist die Einbeziehung der relevanten Flugzeuge, z.B. der F-111 und der Fencer – der Backfire nur, soweit sie nicht bei START behandelt werden.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach den Drittstaatensystemen betont er, daß Burt ihre Behandlung im START-Bereich anstrebt, wo sie schon zahlenmäßig verhältnismäßig unbedeutend sein werden und – wie der Bundeskanzler betont – implizite angerechnet werden könnten.

*Ruth* unterstreicht die große Sensibilität der Franzosen und Briten. Sie könnten aber zum Beispiel im rechten Zeitpunkt erklären, daß sie für den Fall wesentlicher Reduzierungen der Großmächte bereit seien, über die Konsequenzen für ihre eigenen Systeme nachzudenken.

Die amerikanischen Fachleute haben vom NSC grünes Licht erhalten, diese Überlegungen weiterzuverfolgen. Sie sind sich einig, daß die Notwendigkeit zu weiteren Verhandlungspositionen in der ersten Hälfte 1983 akut wird.

*Bundeskanzler* sieht die Gefahr, daß die Rechtsopposition, z.B. Senator Helms, die amerikanische Linksopposition zwingen könnte, über die Notwendigkeit flexiblerer Verhandlungspositionen zu reden. Man werde daher mit der öffentlichen Erörterung nicht mehr allzu lange warten können.

<sup>9</sup> Am 3. Februar 1982 stellte Bundeskanzler Schmidt im Bundestag die Vertrauensfrage. Der Bundestag sprach ihm am 5. Februar 1982 mit 269 gegen 224 Stimmen das Vertrauen aus. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 5050–5071.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

Er hatte aus seinen bisherigen Gesprächen mit Nitze<sup>11</sup> den Eindruck, daß Nitze keinen Auftrag hatte, über die Ausgangsposition hinauszugehen. Die USA müssen deutlich die Gefahr erkennen, daß die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern die Regierung unter Druck setzen könnte. Die Regierungen müssen jederzeit in der Lage sein, sich mit gutem Gewissen den öffentlichen Fragen, wie z. B. auf dem Katholikentag, zu stellen. Die katholische Kirche in den USA scheint noch kritischer zu sein als die unsere. (*Ruth* berichtet, daß die amerikanischen Katholiken mit der Regierung Kontakt aufgenommen haben und um Rat bitten.)

*Bundeskanzler* betont nach einer kurzen Erörterung der verhandlungstaktischen Bedeutung der Pershing II, daß die Pershing II die sowjetische Sensibilität gegenüber Deutschland akzentuiert. Es ist richtig, daß die Sowjets Angst vor Deutschland haben, aber sie sollen nicht gerade in Angst und Schrecken versetzt werden.

Bundeskanzler gibt zu überlegen, ob die Bundesregierung nicht ihrerseits die vorgesehenen Stationierungsplätze bekanntgibt. Die Geheimhaltung erregt Argwohn, vor allem weil andere Stationierungsländer die Orte bekanntgeben. Es ist auch nicht gut, sie nur unter Druck z. B. des Parlaments bekanntzugeben oder auch erst dann, wenn die Vorbereitungsarbeiten deutlich erkennbar geworden sind.

*Ruth* weist darauf hin, daß die Vorbereitung für die CM-Stationierung noch gar nicht begonnen hat und eine Bekanntgabe der Orte Besetzungen und Demonstrationen vor Ort erleichtern könnte. Er meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß weder der ehemalige<sup>12</sup> noch der gegenwärtige amerikanische Generalstabschef<sup>13</sup> bei diesen Überlegungen zu den Genfer Verhandlungen eine Rolle spielen.

*Bundeskanzler* betont, daß die Stationierungsfrage in jedem Fall im nächsten Jahr innenpolitisch sehr virulent sein wird, unabhängig davon, ob es jetzt zu einem sehr schnellen Regierungswechsel kommt – wofür weiter das meiste spricht – oder nicht. Jede neue Regierung muß sich der Frage stellen, daß übertriebene Geheimhaltung dann politisch schädlich sein kann, wenn sie die Vermutung nährt, daß hinter dem Rücken der Öffentlichkeit aufgerüstet werden soll.

Für sich selber möchte er noch einmal betonen, daß er mit größter Festigkeit am Doppelbeschluß festhält. Er ist bereit, sich hierfür notfalls auch politisch oder sogar physisch umbringen zu lassen. Jede neue Bundesregierung kann sich darauf verlassen, daß er seine Meinung nicht ändern wird. Und er wird in den nächsten Jahren eine moralisch und politisch einflußreiche Stellung einnehmen. Aber wenn er bei seiner Überzeugung bleibt, geht er auch davon aus, daß man sich darauf verlassen kann, daß die USA ihren Teil der Vereinbarung hält. Er wird an diese Verpflichtung erinnern gegenüber der Welt und gegenüber der Bundesregierung. Er wird in diesem Bereich nicht bedingungslos mit

<sup>11</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 16. April 1982 in Hamburg; Dok. 119.

Vgl. dazu ferner das Gespräch Schmidts mit Nitze am 28. November 1981 in Hamburg; AAPD 1981, III, Dok. 347.

<sup>12</sup> David C. Jones.

<sup>13</sup> John W. Vessey.

den USA durch dick und dünn gehen. Die öffentliche Debatte über Nuklearwaffen wird insbesondere auf deutschem Boden weitergehen, sogar noch mehr in den Vordergrund des öffentlichen Bewußtseins treten. Sie wird so weit gehen, daß Opposition und Regierung in nicht unbeträchtlicher Weise auch auf seine eigene Stimme angewiesen sein werden. Er ist bereit und willens, zu seinen Überzeugungen zu stehen, auch wenn es hierüber zum Krach mit seiner eigenen Partei kommt. Er wird seine Meinung nur dann ändern, wenn er sich davon überzeugen muß, daß die USA nicht ernsthaft in Genf verhandeln.

Entscheidend bleibt, daß die Bundesregierung nicht zum Spielball der Großmächte wird und nicht von der SU erpreßt werden kann, um dann zu erleben wie z.B. beim Mauerbau, daß sich die USA zurückziehen. Auf Einwurf Ruths, die USA hätten sich ja mit dem Doppelbeschluß einem politischen Zugzwang unterworfen, meint er, daß sie leider zwei Jahre zu spät die Gefahr einer Erpreßbarkeit der europäischen Partner durch die SU erkannt haben.

**VS-Bd. 13756 (014)**

247

### **Botschafter Hansen, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**

**Aufgabe: 24. September 1982, 09.42 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 833**

**Ankunft: 24. September 1982, 11.50 Uhr**

Betr.: Israelische Intervention im Libanon<sup>2</sup>;

hier: Gespräch mit IAM-GD<sup>3</sup> Kimche am 23.9.82

Aus dem über einstündigen Gespräch, bei welchem ich eine Reihe – z.T. kritischer – Fragen<sup>4</sup> stellte, halte ich fest:

1) Kimche äußerte sich sehr angetan über seinen kürzlichen Besuch in Bonn.<sup>5</sup> Sämtliche Gespräche, die für ihn unmittelbar nach der Ermordung Béchir Gemayels<sup>6</sup> und der israelischen Besetzung West-Beiruts<sup>7</sup> ja nicht einfach gewesen seien, habe man deutscherseits bei aller Kritik dankenswerterweise fair und objektiv geführt. Das gelte auch für die Presse. Im Auswärtigen Ausschuß

<sup>1</sup> Hat Legationssekretär Ternus vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Zenker, Vortragenden Legationsrat Schnittger, Legationsrat Gläser und Attaché Steiner verfügte. Hat Zenker, Schnittger, Gläser und Steiner vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Libanon-Krieg vgl. Dok. 243.

<sup>3</sup> Israelisches Außenministerium – Generaldirektor.

<sup>4</sup> Der Passus „bei welchem ... Fragen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Schnittger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unerhört!“

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs von Staden mit dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche, am 14. September 1982; Dok. 239 und Dok. 240.

<sup>6</sup> Zur Ermordung des designierten Präsidenten Gemayel am 14. September 1982 vgl. Dok. 242, Anm. 5.

<sup>7</sup> Zur Besetzung West-Beiruts durch israelische Truppen am 14./15. September 1982 vgl. Dok. 242, Anm. 6.

habe ihn die Erklärung von MdB Mertes besonders beeindruckt. Kimche bat darum, StS<sup>8</sup>, dem er noch schreiben wird, bestens zu grüßen. Er hofft, daß die Konsultationen im Frühjahr in Jerusalem fortgesetzt werden können.

2) Der Einmarsch in West-Beirut, über den nach dem Bekanntwerden des Todes von Béchir Gemayel nachts unter ganz erheblichem Zeitdruck hätte entschieden werden müssen, sei zur Vermeidung einer „Explosion“ unvermeidlich gewesen und habe letztlich im Interesse aller Beteiligten gelegen. Die deutlichen Hinweise auf einen Bruch des Habib-Abkommens durch die PLO<sup>9</sup> hätten sich nach der Besetzung des Westteils der Stadt klar bewährt: Über 2000 PLO-Kämpfer seien zurückgeblieben, und man habe mehr Waffen aller Art und Munition vorgefunden als erwartet. Auch insoweit sei der Einmarsch ein Erfolg gewesen, mit dem man einer potentiell für Israel sehr gefährlichen Entwicklung habe vorbeugen können. Der Vorwurf, die dabei erbeuteten Waffen gehörten eigentlich den libanesischen Streitkräften, gehe schon deshalb an der Sache vorbei, weil diese sie, anders ausgerüstet, gar nicht gebrauchen könnten und sie im übrigen waffenmäßig von Israel ohnehin jede gewünschte Hilfe erhielten.<sup>10</sup>

3) Israel besitze eindeutige Beweise dafür, daß die Falange die Greuelthaten in Beirut begangen habe. Dagegen könne er mit Nachdruck versichern, daß Hadad und seine Milizen nicht beteiligt gewesen seien. Kimche räumte jedoch ein, daß israelischerseits vor allem folgender schwerer Fehler gemacht worden sei:

Man habe mit den libanesischen Streitkräften vereinbart, daß diese die Flüchtlingslager nach – in klarer Verletzung des Habib-Abkommens – dort verbliebenen PLO-Kämpfern durchkämmen würden. Nachdem die Streitkräfte dies jedoch, weil sie sich offenbar für zu schwach hielten, nicht taten, habe sich die Falange dazu bereit erklärt. Sie habe versichert, daß sie sich in disziplinierter Weise verhalten werde, und man habe israelischerseits keinen Grund gesehen, daran zu zweifeln. Der gravierende Fehler habe nun darin bestanden, daß das israelische Militär nach der Ermordung Béchir Gemayels der Falange nicht in den Arm gefallen sei, obwohl es – besonders im Rückblick – nicht habe ausschließen können, daß bei derartigen Aktionen Rechnungen beglichen würden. (Hinter dem Attentat auf Béchir Gemayel stehe zweifellos Syrien, doch herrsche noch keine Klarheit darüber, ob es von Frangieh oder anderen – linken – Kräften in Beirut ausgeführt worden sei.)

Diese Fehler dürften jedoch nicht dazu führen, daß man Israel nunmehr alle Schuld zuschiebe, andererseits jedoch Amin Gemayel<sup>11</sup>, dem von allenthalben

<sup>8</sup> Berndt von Staden.

<sup>9</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib und zum Abzug der PLO aus West-Beirut vgl. Dok. 239, Anm. 5.

<sup>10</sup> Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Ach so!“

<sup>11</sup> Botschaftsrat Altenburg, Beirut, berichtete am 22. September 1982 über die Berufung eines neuen Präsidenten im Libanon: „Die unkontroverse, einem gewissen nationalen Konsensus entsprechende Wahl von Amin Gemayel am 21.9.1982 war ein spätes durch das Attentat auf Béchir Gemayel und die Massaker nachgerade erzwungenes, dennoch positives Signal für einen Rest von Verantwortungsbewußtsein der traditionellen, in vieler Hinsicht diskreditierten politischen Führerschaft des Libanon [...]. Amin Gemayel erklärte nach seiner Wahl, das Programm seines Bruders fortsetzen zu wollen.“ Dazu stellte Altenburg fest: „Dies dürfte ihm – nicht nur von der Person her – schwerfallen. Er ist als Präsident der nationalen Versöhnung gewählt, was ihm ein gewisses Entgegenkommen aller politischen Kräfte sichert, ihn aber auch selbst hindern wird, tiefgreifende Entscheidungen anders als im Konsensus zu treffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 531; Referat 310, Bd. 135721.

herzliche Glückwunschschaften zugekommen seien, und seine Falange weitgehend von Kritik verschone. Er sei sicher, daß auch israelischerseits eine Untersuchungskommission mit weitgehenden Vollmachten konstituiert werde, worum Begin schon angesichts des Drucks der nationalreligiösen Kabinettsmitglieder gar nicht herumkomme.<sup>12</sup> Kimche meinte im übrigen, in Jerusalem ständen innenpolitisch recht stürmische Zeiten bevor.

4) Er glaube nicht, daß sich Amin Gemayel Israel gegenüber im Vergleich zu seinem ermordeten Bruder, bei allen charakterlichen und sonstigen Unterschieden, so grundsätzlich anders verhalten werde, wie man dies häufig behauptete. Nicht vergessen dürfe man, daß seine Berater, die das politische Establishment der Falange repräsentierten, die gleichen seien, auf die sich auch Béchir habe stützen müssen. Israel besitze zu manchen von ihnen, auch von früher her, vertrauensvolle Kontakte.

Von erheblichem Interesse sei das Kantonalisierungskonzept Amins, das er bereits vor Jahren entwickelt habe und zu dem er möglicherweise auch heute noch stehe. Es schließe die Palästinenser ein. Israel habe dagegen keine Einwendungen, um so weniger, damit Haddad<sup>13</sup> weiterhin angemessen eigenen Bewegungsspielraum zugebilligt erhalte.<sup>14</sup> Dies habe nichts mit einer Politik Israels des „après nous le déluge“ nach dem Rückzug zu tun.<sup>15</sup>

5) Den Abzug aus ganz Libanon strebe Israel so bald wie möglich nach wie vor an. Einzige Bedingung dafür sei der gleichzeitige Abzug der Syrer und derjenige der PLO im Bekaa-Tal und im Norden. Letztere sei etwa 8000 Mann stark, doch wollte Kimche keine numerische Aufschlüsselung in regionaler Hinsicht vornehmen. Für Israel gebe es keine anderen quid pro quos, z. B. hinsichtlich der politischen Neuordnung des Libanon oder eines Sicherheitsarrangements mit Beirut. Was den letzteren Punkt anbelangte, so stelle der Abzug der Syrer und der PLO aus dem Bekaa-Tal und (für den Fall, daß man sich mit dem Libanon auf ein derartiges Arrangement nicht werde einigen können) die Anwe-

<sup>12</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 28. September 1982 mit: „Auf der für heute erwarteten Kabinettsitzung soll nunmehr endgültig die Entscheidung fallen, ob eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Rolle, die Israel im Zusammenhang mit den Massakern in dem PLO-Lager Chatila gespielt haben könnte, eingesetzt werden wird. Am 19.9. war das Kabinett der Ansicht, den israelischen Streitkräften sei nichts vorzuwerfen [...]. Am 25.9. fand in Tel Aviv eine Großkundgebung unter Beteiligung von rund 400 000 Personen statt, auf der die Opposition massiv die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung unter der Bedingung des Gesetzes von 1968 (Zeugenaussagen unter Eid, Kreuzverhöre) geltend machte. Aufgrund des steigenden Drucks in der Öffentlichkeit, der sich auch im Verhalten einiger Kabinettsmitglieder widerspiegelte, wurde bereits vor Jom Kippur bekannt, daß das Kabinett erneut am 28.9. zusammentreten und beschließen werde. [...] Die für heute erwartete Kabinettsentscheidung ist daher bereits im Prinzip vorgegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 836; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>13</sup> Zu den Aktivitäten des ehemaligen Majors der libanesischen Armee, Haddad, im Süd-Libanon vgl. Dok. 145, Anm. 10.

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

<sup>15</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, informierte am 8. September 1982: „Begin hat bei mehreren Gelegenheiten öffentlich angekündigt, daß Israel noch in diesem Jahr einen Friedensvertrag ‚mit einem zweiten arabischen Staat‘ unterzeichnen werde. Sollte es sich in der nächsten Zeit jedoch erweisen, daß Gemayel nicht gewillt – oder nicht in der Lage – ist, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen, dann wäre die Durchsetzung der anderen Alternative der erste Schritt in Richtung auf die Aufteilung des Libanon in Interessenszonen.“ Ein Vertreter des israelischen Außenministeriums habe dies so ausgedrückt: „Dann werden wir den Libanon kantonalisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 774; Referat 310, Bd. 135721.

senheit Haddads im Süden eine genügende Garantie dar. Kimche erwähnte nicht einen Friedensvertrag mit dem Libanon.

Man hoffe, in den Gesprächen mit Habib (der gestern mit Sharon konferiert und heute mit Shamir und Begin zusammentrifft)<sup>16</sup> voranzukommen. Es sei bedauerlich, daß die Amerikaner die Frage des Rückzugs der fremden Truppen erst jetzt in die Hand nähmen, denn es sei nach dem Abzug der PLO aus Beirut schon kostbare Zeit verloren worden. Er sei zuversichtlich, daß es in absehbarer Zeit Fortschritte geben werde. Für die Syrer sei die Tatsache, daß Damaskus in der Reichweite israelischer Artillerie liege, höchst unbehaglich. Er hoffe, daß Syrien Druck auf die PLO ausüben werde. Allerdings stellen die Länder ihres künftigen Verbleibs noch ein ungelöstes Problem dar. Er rechne auch mit dem Druck anderer arabischer Staaten auf Syrien, da dessen Rückzug die Voraussetzung für eine Räumung des Landes seitens der Israelis bedeute. Er persönlich sei der Meinung, man solle den Einsatz ausländischer Truppen, etwa der Marines, in Tripoli erwägen. Es komme durchaus ein etappenweiser Rückzug in Frage. Ob die gesamte Räumung noch vor dem Winter beendet werden könne, sei allerdings nicht sicher. Libanesischerseits werde Israel dazu gedrängt, in den Verhandlungen dafür Sorge zu tragen, daß kein Syrer und kein PLO-Angehöriger im Lande verbleibe.

6) Zu den CD-Verhandlungen<sup>17</sup> über die besetzten Gebiete meinte Kimche, er glaube kaum, daß Ägypten bereit sei, sie vor der Beendigung der Räumung des Libanon wiederaufzunehmen. Dagegen bemerkte er, daß in der Frage von Jerusalem als Verhandlungsort ein Kompromiß denkbar sei, wobei er die Möglichkeit eines gewissen israelischen Einlenkens andeutete. Hinsichtlich der Auswirkungen der Libanon-Intervention auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete s. DB 830 vom 23.9.1982<sup>18</sup>.

7) Zu Reagan-Plan<sup>19</sup>, Fes<sup>20</sup> und israelischer Siedlungspolitik ergab das Gespräch im Vergleich zu den Äußerungen Kimches in Bonn, soweit sie mir bisher bekannt geworden sind, keine neuen Gesichtspunkte.

8) Quellenschutz, insbesondere für Ziffer 3, erbeten.

[gez.] Hansen

#### Referat 310, Bd. 135722

<sup>16</sup> Vgl. dazu den Artikel „Neue Gespräche Habibs“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. September 1982, S. 2.

<sup>17</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 240, Anm. 3.

<sup>18</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete über den Rücktritt des israelischen Ziviladministrators im Westjordanland und Gaza-Streifen, Milson. Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche, habe Hansen erläutert, „es sei noch offen, ob man nunmehr wieder zu einer reinen Militärverwaltung zurückkehren werde. Wie mehrfach berichtet, war die Ziviladministration – nur scheinbar paradoxerweise – von der Bevölkerung weitgehend abgelehnt und als Schritt in Richtung Annexion empfunden worden. Kimche betonte im übrigen, der Abzug der PLO aus Beirut habe deutlich günstige psychologische Auswirkungen auf die Bewohner von Westbank und Gaza gehabt, die sich nunmehr physisch weniger bedroht fühlen brauchten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135721.

<sup>19</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>20</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 239, Anm. 11.

248

## Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand

28. September 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 28. September 1982 von 21.10 bis 21.30 Uhr

Dolmetscherin: Frau Bouverat

*Mitterrand:* Ich lege Wert darauf, Sie in diesem schwierigen Augenblick anzurufen und Ihnen meine besten Wünsche auszusprechen für Sie und die, die um Sie sind. Uns gefällt nicht, was sich in Bonn abspielt. Ich hoffe, daß alles gut enden wird für die Deutschen und für Sie.

*Bundeskanzler:* Ich bin sehr dankbar für den Anruf und für das, was Sie gesagt haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß meine Regierung am Freitag zu Ende gehen wird.<sup>2</sup> Ich werde vorher im Bundestag noch eine wichtige Rede halten.<sup>3</sup> Im außenpolitischen Teil dieser Rede werde ich an den Bundestag appellieren, die enge Zusammenarbeit mit Frankreich weiter als einen überragend wichtigen Teil unserer Außenpolitik anzusehen. Ich selbst möchte dem Präsidenten versichern, daß dies meiner tiefsten persönlichen Überzeugung entspricht und daß ich auch sehr glücklich bin, daß wir so eng haben zusammenarbeiten können.

*Mitterrand:* Auch wenn es vielleicht jetzt zu einem Ende Ihrer Regierung kommt und unserer engen persönlichen Zusammenarbeit auf Regierungsebene, so soll es doch nach meinem Wunsch nicht das Ende unserer gemeinsamen Arbeit sein. Ich habe nicht das Recht, mich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Politik einzumischen. Aber ich bitte Sie, lieber Helmut, nicht zu ignorieren, in welche Richtung meine Gefühle sprechen und meine Vernunft. Es war für mich abstoßend und enttäuschend, von den politischen Intrigen in Ihrer Umgebung zu hören. Ich habe nicht nur Ihren politischen Mut, sondern auch Ihre Charakterstärke sehr bewundert.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 29. September 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Konow, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Ich habe noch gestern Abend das BPA gebeten, über die Tatsache dieses Telefongesprächs zu unterrichten.“

Hat Konow am 29. September 1982 vorgelegen.

Hat Schmidt am 29. September 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Konow vermerkte: „Bitte Kopien an StM (zugleich an W[illy] Br[andt] und H[erbert] We[hner])“. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Zum Bruch der Regierungskoalition am 17. September 1982 vgl. Dok. 245, Anm. 4.

Am 1. Oktober 1982 sprach der Bundestag auf einen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP vom 28. September 1982 nach Artikel 67 des Grundgesetzes Bundeskanzler Schmidt das Mißtrauen aus und wählte Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7201 f.

Die Ernennung der Bundesminister erfolgte am 4. Oktober 1982. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 819.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 1. Oktober 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7159–7166.

Ich lege Wert darauf Ihnen zu sagen, wie sehr ich hoffe, Sie bald wiederzusehen, und bitte Sie, auch Frau Schmidt zu sagen, daß meine Frau und ich sehr hoffen, auch sie bald wiederzusehen.

*Bundeskanzler:* Ihre Worte haben mich sehr bewegt. Ich teile Ihre Gefühle auch von meiner Seite voll und ganz. Ich würde mich freuen, wenn wir uns in den nächsten Monaten wiedersehen könnten, und suche nach einer Gelegenheit, Sie in Paris zu besuchen.

Ich habe in 13 Jahren gelernt, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit ein Eckstein der deutschen Politik und wahrscheinlich auch der französischen Politik ist in dieser schwierig gewordenen Welt.

Ich möchte noch eine praktische Frage anschnitten: Soll ich meinem Nachfolger nahelegen, den geplanten Termin vom 21./22. Oktober für die deutsch-französischen Konsultationen aufrechtzuerhalten, oder soll ich ihm nahelegen, auf diplomatischem Weg mit dem Elysée Kontakt aufzunehmen, um einen geeigneten Termin neu zu vereinbaren?<sup>4</sup>

*Mitterrand:* Es erscheint mir klug, im Augenblick nichts an den vereinbarten Terminen zu ändern.

*Bundeskanzler:* Ich stimme zu und werde meinen präsumtiven Nachfolger entsprechend unterrichten.

Herzlichen Dank auch für die Grüße an Frau Schmidt, die ich ihr übermitteln werde. Sie ist zur Zeit auf einer Reise in Brasilien. Ich bitte Sie, auch Madame Mitterrand von meiner Frau und mir herzlich zu grüßen.

Ich hoffe sehr, daß Sie nicht in wirtschaftlichen Sorgen ersticken, die Sie wie wir und alle Europäer haben. Die Welt ist heute wirtschaftlich in einem schlechteren Zustand als vor vier Monaten, als wir uns in Versailles<sup>5</sup> sahen. Dies ist für mich eine Quelle großer Sorge und großer Beunruhigung.

*Mitterrand:* Ich stimme Ihnen zu. Ich möchte Sie jedenfalls in Kürze wieder anrufen, um mit Ihnen über die Entwicklung der Dinge zu sprechen. Ich habe mich gefreut, Sie jetzt in diesem Augenblick sprechen zu können, und freue mich sehr darauf, Sie bald wiederzusehen.

*Bundeskanzler:* Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Worte, die mich tief bewegt haben. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie alles Gute. Ich wünsche Frankreich alles Gute.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 62**

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 282–284.

<sup>5</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

249

**Staatssekretär von Staden, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

114-14668/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2212  
Citissime nachts

Aufgabe: 28. September 1982, 17.39 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 28. September 1982, 23.02 Uhr

Betr.: Gespräch AM Pym/StS von Staden am 28.9. in New York<sup>2</sup>;  
hier: Wirtschaftsfragen

Bezug: DB 2198 vom 27.9. – 204 Pol 321.00 USA VS-v<sup>3</sup>

I. In dem etwa halbstündigen Gespräch, zu dem mich AM Pym heute auf meinen Wunsch empfang, ergab sich zum Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>4</sup> und zu Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen folgendes:

- 1) Pym bestätigte auf meine Frage, daß die Briten ebenso wie Shultz und Cheysson eine Erörterung der Problematik im Vierer-Kreise am 29.9.<sup>5</sup> wünschten. Pym werde durch eine an Shultz gerichtete Frage die Diskussion eröffnen. Ich bemerkte, daß dem vorgesehenen Ablauf auch von uns zugestimmt werde.
- 2) Pym unterrichtete mich über sein heute mit Shultz geführtes Gespräch. Er habe den Äußerungen von Shultz entnommen, daß dieser die ihm von Cheysson vorgetragenen Vorstellungen als eine aussichtsreiche Diskussionsgrundlage betrachte.

Cheysson habe zwar mit Shultz nicht über das Embargo<sup>6</sup> als solches sprechen wollen, sehr wohl aber die Aussicht eröffnet, daß F einem Lösungspaket zustim-

<sup>1</sup> Hat FDP-Vorsitzendem Genscher am 30. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär von Staden hielt sich anlässlich der VN-Generalversammlung vom 26. bis 30. September 1982 in New York auf, wo er Bundeskanzler Schmidt in dessen Funktion als Außenminister vertrat.

<sup>3</sup> Staatssekretär von Staden, z.Z. New York, faßte sein Gespräch mit dem französischen Außenminister Cheysson am 27. September 1982 zusammen, der ihn über seine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister Shultz informierte. Cheysson habe Shultz folgende Bereiche genannt, die „Grundlage für eine Diskussion über die Gestaltung westlicher Wirtschaftsbeziehungen zum Osten sein können: 1) Einwirken auf die Kosten sowjetischer Importe: Es gehe darum, den Handel mit der SU zu wirklich reellen Marktbedingungen abzuwickeln, ohne irgendwelche direkten oder indirekten Subventionen. [...] 2) Das in Versailles vereinbarte Informations- und Überwachungssystem müsse sobald wie möglich implementiert werden. [...] 3) Verwirklichung der Beschlüsse des High-Level-Treffens in COCOM. [...] 4) Es müsse versucht werden, bezüglich der gesamten Kreditgewährung an die SU, und zwar einschließlich der kommerziellen Kredite, einen Konsensus über die Rahmenbedingungen für alle Formen der Kreditgewährung zu erreichen. 5) Der Westen müsse eine wirkliche Diskussion über die Möglichkeit führen, wie seine energiepolitische Unabhängigkeit bewahrt werden könne. Hierbei gehe es insbesondere darum, die friedliche Nutzung der Nuklearenergie stärker zu entwickeln, damit die Erdöl- und Erdgaskomponente unseres Energieverbrauchs nicht zu schwergewichtig werde.“ Vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 29. September 1982 in New York vgl. Dok. 251 und Dok. 252.

<sup>6</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15. Botschafter Hermes, Washington, resümierte am 23. September 1982 Gespräche mit Mitgliedern der amerikanischen Regierung über die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR:

men könnte, das neben dem „Management“ der Kredite an die SU und einem Überwachungssystem für Kreditgewährung an Osteuropa (entsprechend Versailles<sup>7</sup>) eine den amerikanischen Vorstellungen entgegenkommende Verschärfung der COCOM-Bestimmungen<sup>8</sup> und die Einbeziehung von Erdgas- und Erdöltechnologien in Exportrestriktionen enthalte.

Auf meinen Hinweis, daß ich den Ausführungen Cheyssons eine französische Bereitschaft, auf US-Wünsche nach Einbeziehung von Erdgas- und Erdölausrüstungen in das Embargo (und zwar entweder durch Einbeziehung in COCOM oder durch eine außerhalb COCOM erfolgende Regelung) einzugehen, nicht hätte entnehmen können, korrigierte Pym sich dahingehend, daß die Ausführungen von AM Shultz ihm gegenüber insoweit keine volle Klarheit über die französische Haltung erbracht hätten. Auf jeden Fall schein ihm aber dieser Punkt aus amerikanischer Sicht ein außerordentlich wichtiger Teil eines vorgesehenen Pakets zu sein. Shultz habe dies damit begründet, daß man der SU nicht durch Lieferung von derartigen Technologien die Möglichkeit zusätzlicher Deviseneinnahmen eröffnen dürfe und deshalb auf selektive Einbeziehung gewisser Technologien in das COCOM gedrängt. Pym wies darauf hin, daß aus seiner Sicht schon die zweifelsfrei feststehenden Punkte der französischen Diskussionsbereitschaft hinreichend Substanz für ein amerikanisches Einlenken in der Frage der gegen westeuropäische Firmen verfügbaren Sanktionen ergeben sollten.

3) Es gehe darum, Shultz möglichst viel Substanz zu vermitteln, die geeignet sei, die bei Präsident Reagan bestehenden psychologischen Barrieren zu überwinden. Pym merkte hierbei an, daß Shultz allerdings seinerseits in die Diskussion Bedenken eingeführt habe, die nicht Materiallieferungen für die Erdgasleitung, sondern die Gasbezüge als solche beträfen. Er habe seine Sorge un-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1306*

„AM Shultz äußerte sich enttäuscht und befremdet über die mangelnde Fähigkeit der Europäer, mit ihm diese Frage zu besprechen. Er habe sich von Anfang an zur Erörterung bereit erklärt und finde sich jetzt in der eigenartigen Situation, daß einige europäische Außenminister mit ihm sprechen wollten, einer dagegen noch nicht, so daß es im Ergebnis nicht zu einem gemeinsamen Gespräch kommen könne. Ich bestätigte, daß wir an dem von uns gewünschten und mitvorgeschlagenen Außenministertreffen der Fünf nach wie vor festhielten, der Widerstand dagegen in Paris aber offensichtlich noch fortbestehe. [...] Handelsminister Baldrige erklärte mir in einem Gespräch nachdrücklich, daß die US-Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Entwicklung in Polen verbunden blieben. [...] Allerdings sei der Präsident nicht auf die bestimmten Sanktionen, die sich jetzt gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft richteten, festgelegt, wenn an deren Stelle andere Sanktionen treten könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4075; VS-Bd. 12936 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Allgemeine Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles; BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>8</sup> Zu den Regelungen des COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 18.

Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Paris, berichtete am 5. Oktober 1982 über die Eröffnung der Verhandlungen über die COCOM-Listenrevision für 1982/83 am Vortag: „Die Delegationen waren sich darüber einig, daß angesichts der anhaltenden östlichen Aufrüstung der westliche technologische Vorsprung auf dem Rüstungssektor gehalten werden müsse. Im Interesse der Sicherheit der westlichen Staaten sollen die COCOM-Listen der militärisch-technischen Entwicklung angepaßt und die Embargokontrollen intensiviert und vereinheitlicht werden. Die Listen sollen um strategisch notwendige Positionen erweitert und gleichzeitig von den nicht mehr als kritisch angesehenen Gütern und Technologien entlastet werden. US-Delegation drängte verstärkt auf Verschärfung der materiellen und prozeduralen Elemente des Embargos. Die übrigen Mitgliedstaaten verschlossen sich dem grundsätzlich nicht, betonten aber die Ausgewogenheit der außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aspekte des COCOM.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1789; Referat 424, Bd. 135854.

trastriehen, daß die SU durch Erdgasverkäufe zu niedrigen Preisen gezielt die Rentabilität westeuropäischer Investitionen zur Aufschließung von Erdgasreserven im westlichen Bereich konterkarieren könnte.

4) Ich habe hierzu bemerkt, daß jegliches Lösungspaket aus unserer Sicht die Basis von Versailles nicht verlassen dürfe. Es könne nicht zugelassen werden, daß die Gültigkeit der dort erarbeiteten Beschlüsse in Zweifel gezogen werde. Wir sollten im Gegenteil auch bei Erarbeitung einer Lösung darauf hinwirken, die Bedeutung der Ergebnisse von Versailles gegenüber der Öffentlichkeit dadurch zu verdeutlichen, daß man die nun zu treffenden Abmachungen als Implementierung der Regelungen von Versailles konzipiere.

5) Zur Einbeziehung von Erdgas- und Erdöltechnologien in eine wie auch immer geartete Embargoregelung habe ich betont, daß uns dies größte Schwierigkeiten bereiten würde. Ich habe davor gewarnt, mit der Möglichkeit einer deutschen Zustimmung zu einer solchen Abmachung zu rechnen und hierfür zwei Gründe genannt: Einerseits würde eine derartige Einbeziehung solcher Technologien für uns erhebliche Nachteile ökonomisch-kommerzieller Art bringen, andererseits sei die Einbeziehung solcher Technologien in die COCOM-Listen, mit der Begründung, daß man der SU hiermit die Eröffnung zusätzlicher Devisenquellen abschneiden wolle, mit der von allen Mitgliedern vereinbarten Zielsetzung des COCOM, nämlich der Verhinderung des Transfers militärisch relevanter Technologien, nicht kompatibel. Im übrigen würde es m. E. schwierig sein, so begründete Regelungen mit der vertraglich vereinbarten langfristigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftszusammenarbeit<sup>9</sup> zu vereinbaren. Ich würde mich nach den Verhandlungen im Vorfeld von Versailles nicht wundern, wenn sich für F ähnliche Probleme ergäben.

## II. Zum weiteren Prozedere

1) Pym erklärte, da es nicht zu einem Fünfer-Treffen komme, solle das morgige Vierer-Treffen dazu benutzt werden, um möglichst weitreichende Klarheit hinsichtlich der Möglichkeiten der beteiligten Länder zu erlangen, sich an der erstrebten Lösung zu beteiligen. Er sprach sich mit großem Nachdruck dafür aus, daß möglichst rasch die Politischen Direktoren auf Grundlage des Ergebnisses des Vierer-Essens versuchen sollten, die Ansätze für eine solche Lösung zu skizzieren.<sup>10</sup> Die US-Seite lege großen Wert darauf, daß nicht nur Italien, sondern auch Japan und möglichst auch NL beteiligt würden. Es erschiene nicht zweckmäßig, das Treffen von La Sapinière<sup>11</sup> zu einer Diskussion der 16 über eine derartige Lösung zu benutzen, vielmehr werde es genügen, die übrigen Teilnehmer über gemeinsame Vorstellungen zu unterrichten.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, informierte am 30. September 1982 über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren am selben Tag zur Erarbeitung von Prinzipien zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und zum Erdgas-Röhren-Geschäft: „Burt sprach ganz deutlich aus, daß, wenn es zu einer Einigung über ‚Prinzipien‘ komme, die amerikanischen Embargo-Maßnahmen aufgehoben werden würden. [...] Wir haben betont, daß es sich nach dem Mandat nur um die Erarbeitung eines Ad-referendum-Papiers handele, in dem die Bereiche definiert werden sollten, über die die Minister zu sprechen bereit seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2243; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Zur informellen NATO-Ministerratstagung am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

2) Ich bemerkte hierzu, daß zu erarbeitende Lösungsansätze, was uns anginge, natürlich nur einen sehr tentativen Charakter haben könnten, da den beteiligten Ressorts der Bundesregierung und gegebenenfalls einer künftigen Bundesregierung eine gründliche Prüfung ermöglicht werden müsse. Ich stimmte jedoch grundsätzlich der – mit den USA offensichtlich abgestimmten – Anregung zu, die Politischen Direktoren im Anschluß an das Vierer-Essen zu befassen.

3) Für die Erörterung des Themas beim Vierer-Essen der AM erbitte ich bis morgen 18.00 Uhr OZ<sup>12</sup> Mitteilung, ob ich unsere Bedenken zu dem amerikanischen Drängen auf Einbeziehung der Erdöl- und Erdgastechnologien in das SU-Embargo bei dieser Gelegenheit in der gleichen Weise und derselben Bestimmtheit vortragen soll, wie gegenüber Shultz und Pym geschehen, oder ob und in welcher Hinsicht hierbei mit größerer Flexibilität verfahren werden sollte.<sup>13</sup>

Falls ich die übrigen Beteiligten dazu bestimmen kann, zwei Vertreter zu dem Treffen der Politischen Direktoren zuzulassen, wird unsererseits neben MD Dr. Pfeffer MDg Loock teilnehmen.

[gez.] Staden

VS-Bd. 14109 (010)

## 250

### Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-14671/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2218  
Cito

Aufgabe: 28. September 1982, 20.52 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 29. September 1982, 02.40 Uhr

Betr.: Treffen der Politischen Direktoren der Vier am 28. September 1982 in New York<sup>2</sup>

Bei dem Treffen wurden folgende Themen behandelt:

1) Tagesordnung für das Vierer-Essen der Außenminister am 29. September 1982

<sup>12</sup> Ortszeit.

<sup>13</sup> Staatssekretär Lautenschlager teilte Staatssekretär von Staden, z.Z. New York, am 29. September 1982 mit: „Die von StS von Staden gegenüber AM Pym vertretene Haltung sollte auch im Rahmen des Vierer-Treffens sowie sich etwa anschließender Beratungen der Politischen Direktoren eingenommen werden. Dies gilt insbesondere zur Frage eines etwaigen Embargos von Erdgas- und Erdöltechnologie sowie der Zielsetzungen von COCOM“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5320; VS-Bd. 10395 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat FDP-Vorsitzendem Genscher am 30. September 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Pfeffer hielt sich anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

2) Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Terrorismus

3) Spanien und NATO

4) Nächstes Vierer-Treffen der Politischen Direktoren

Zu 1) Tagesordnung für das Vierer-Essen der Außenminister am 29. September 1982<sup>3</sup>

1.1) Ost-West-Beziehungen, insbesondere Wirtschaftsbeziehungen

Die Diskussion der Minister soll auf Wunsch der Europäer mit einem allgemeinen Gedankenaustausch über die Ost-West-Beziehungen beginnen. Amerikaner wollen dann allerdings sehr rasch auf die Wirtschaftsbeziehungen Ost-West übergehen. Shultz sei nicht an einer längeren philosophischen Grundsatzdebatte interessiert. Burt betonte, Shultz sei kein Anhänger der wirtschaftlichen „warfare strategy“ und glaube nicht daran, daß man die Sowjetunion wirtschaftlich auf die Knie zwingen könne. Er hoffe, daß die Vier sich auf bestimmte Maßnahmen einigen könnten, damit der Westen seine eigene Position gegenüber der SU nicht schwäche und Anreize für sowjetische Mäßigung schaffe. Folgende Gebiete müßten gemeinsam durchdacht werden:

- Verhinderung des Transfers militärisch relevanter Technologien;
- Kredite: kein subventionierter Handel (auf Frage: einschließlich des Agrar-Cash-Handels);
- Einschränkung des Transfers von Gas- und Öl-Technologien. Dabei denke Shultz vor allem an Ausrüstung, mit der „Ideen“ transferiert würden, also fortgeschrittene Technologie, nicht etwa Röhren;
- Bewahrung künftiger europäischer Energieunabhängigkeit.

Burt gab dem letzten Punkt (Bewahrung der europäischen Energieunabhängigkeit) besonderes Gewicht: Die USA seien besorgt, daß die SU künftig durch ihre Preisgestaltung westliche Produzenten wie z. B. Norwegen unterbieten und damit auf westliche Investitionsentscheidungen Einfluß nehmen könne. Shultz würde es begrüßen, wenn die drei europäischen Länder diese Frage untersuchten. Sie sei von Bedeutung für die weitere Entwicklung westlicher Energiequellen. Er habe z. B. die kostspieligen Investitionen im Auge, die zur Gewinnung zusätzlichen norwegischen Erdgases und Erdöls notwendig seien (1000 Fuß unter dem Meeresspiegel, schwieriger geologischer Untergrund). Die US seien im Gespräch mit Norwegen und privaten europäischen Investoren und Konsumenten, um sich einen Überblick über die europäische Energiemarktsituation der 80er und 90er Jahre zu verschaffen. Hieraus ergebe sich, daß Mitte der 80er Jahre wichtige Investitionsentscheidungen für den Energiesektor anstünden.

Briten erläuterten den Gedanken ihrer ökonomischen Studie. Sie wollen die Frage, in welchen Bereichen die SU ökonomisch verwundbar sei, nicht auf den Energiebereich beschränkt wissen, sondern auch andere Bereiche (z. B. Getreideabhängigkeit) miteinbeziehen. Dabei lasse sich schon vorhandenes Material zusammenziehen und auswerten. Burt meinte, eine Einigung über einige dieser

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 29. September 1982 in New York vgl. Dok. 251 und Dok. 252.

Fragen könne es den USA erleichtern, ihre einseitigen Embargo-Maßnahmen<sup>4</sup> zu korrigieren. Er übergab den beiliegenden Entwurf einer „outline“ für eine solche Studie<sup>5</sup>. Auf meine Frage präzierte Burt, daß diese Analyse Zeit brauche und am 29.9. noch nicht von den Ministern zu besprechen sei. Diese eher langfristige Aufgabe dürfe die Erörterung der anstehenden aktuellen Fragen nicht aufhalten.

## 1.2 Westliche Polen-Politik

Burt stellte fest, die amerikanische Politik gegenüber Polen (wirtschaftliche Maßnahmen<sup>6</sup>; diplomatische Kontakte; Umschuldung<sup>7</sup>) sei unverändert. Man müsse einen Unterschied machen zwischen den amerikanischen einseitigen Sanktionen, die mit Polen begründet worden seien, und der allgemeinen einseitigen Wirtschaftspolitik gegenüber der SU (z.B. COCOM-Verschärfungen<sup>8</sup> u.a.). Auf jeden Fall müßten Amerikaner und Europäer öffentliche Erklärungen vermeiden, wonach sie sich jeweils gegenüber dem anderen durchgesetzt hätten. Bullard warb für das in der NATO von den Briten eingeführte Papier über eine „Monitoring“ von Verbesserungen oder Verschlechterungen der polnischen Situation.

Ich habe aus dem Drahterlaß 5271 vom 28.9.1982<sup>9</sup> (eventuelle endgültige Auflösung von Solidarität und Übergabe Wałęsas in die Obhut der katholischen Kirche) vorgetragen. Die übrigen konnten diese Nachrichten nicht bestätigen. Andrési berichtete aus dem Gespräch Cheysson–Olszowski: Olszowski habe mitgeteilt, der Besuch des Papstes<sup>10</sup> werde stattfinden (französische Seite bleibe skeptisch). Die Militärregierung beabsichtige Dialog mit Branchen-Gewerkschaften<sup>11</sup>. Olszowski habe für wirtschaftliche Zusammenarbeit plädiert. Das

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

<sup>7</sup> Zur amerikanischen Haltung zu Umschuldungsverhandlungen mit Polen vgl. Dok. 221, Anm. 11.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Verhandlungen über die COCOM-Listenrevision 1982/83; Dok. 249, Anm. 8.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelte der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York den Drahtbericht Nr. 1726 des Gesandten Graf von Brühl, Warschau, vom 27. September 1982 mit der Anregung, „im Gespräch StS – AM Olszowski unsere Besorgnis darüber auszudrücken, daß Mitteilungen aus Polen und polnische Medienkommentare Eindruck verstärken, nach Verabschiedung Gewerkschaftsgesetzes durch Sejm im Oktober sei mit Verbot aller bisherigen Gewerkschaften zu rechnen. [...] Es wird angeregt, Thema im Zehnerkreis einzuführen und Demarche Präsidentschaft in Warschau zu erwägen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132915.

Brühl berichtete, das polnische Parlament werde am 9. Oktober 1982 zusammentreten: „Dabei sollen das Gewerkschaftsgesetz verabschiedet sowie alle bisherigen bestehenden Gewerkschaften aufgelöst werden. Wałęsa wolle A[ußen]M[inisterium] in die Obhut der katholischen Kirche geben. Eine Reaktion des Primas auf dieses Ansinnen, mit dem die Kirche in das Ende von Solidarność verwickelt würde, liegt noch nicht vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1726; Referat 214, Bd. 132915.

<sup>10</sup> Zur Frage einer Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 218, Anm. 4.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil notierte am 30. September 1982 zur möglichen Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes in Polen: „Die Tendenz geht auf eine branchenmäßig gegliederte, auf Sozialaufgaben beschränkte Gewerkschaft hin, die ‚voll auf der Grundlage des Sozialismus‘ operiert. Als Vorbild werden die Branchengewerkschaften genannt. Das Streikrecht wird so eng definiert, daß es praktisch nur noch auf dem Papier besteht. Das gewerkschaftliche Vereinigungsrecht wird davon abhängig gemacht, daß die Gewerkschaft auch tatsächlich die Interessen der Arbeiter vertritt. Mit der Neuordnung des Gewerkschaftswesens soll nun augenscheinlich das Kapitel ‚Solidarität‘ auf administrativem Weg abgeschlossen und erreicht werden, daß die Gewerkschaften wieder zum ‚Transmissionsriemen‘ der Partei werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132915.

Gespräch habe von polnischer Seite nichts Neues gegeben. Französische Seite habe ihren Standpunkt vertreten.

### 1.3) KSZE/KAE

Burt, den ich gestern informiert und gebeten hatte, diese Sache beim Vierer-Gespräch aufzunehmen, teilte mit, daß Amerikaner, Franzosen und wir bereit seien, am 18. Oktober zu einem Vierer-Expertentreffen über KSZE zusammenzukommen. Auf amerikanischer Seite werde Jim Dobbins teilnehmen. Ich erkundigte mich nach der Besetzung durch die übrigen. Bullard war noch nicht über das Treffen orientiert. Die drei Europäer plädierten für Teilnahme der Delegationsleiter.<sup>12</sup> Burt will, nach anfänglichem Zögern, die Sache mit Kampelman noch einmal aufnehmen. Zur Substanz habe ich noch einmal unsere Meinung vorgetragen. Burt zeigte sich verhältnismäßig flexibel und bestätigte, daß die amerikanische Seite erst nach La Sapinière<sup>13</sup> ihre Position festlegen wolle. In La Sapinière könnten keine Entscheidungen getroffen werden. Wichtig sei, eine Uneinigkeit in der Allianz zu vermeiden. Die mögliche Isolierung der USA macht dem State Department offenbar Sorge.

### 1.4) Stand der Rüstungskontrolle

Burt brachte die Frage der C-Waffen auf. Ich habe Hauptpunkte des Gesprächszettels der Abteilung 2 A wiedergegeben.<sup>14</sup> Burt meinte, die Frage dürfe nicht auf den Genfer Abrüstungsaspekt beschränkt werden, sondern müsse auch die sowjetische Anwendung von C-Waffen<sup>15</sup> einbeziehen. Andréani schloß sich in diesem Punkt Burt an und verwies auf einen französischen Resolutionsentwurf<sup>16</sup> über die Verletzung von bestehenden Abkommen, den F in New York

<sup>12</sup> Am 18. Oktober 1982 trafen sich die vier Politischen Direktoren unter Beteiligung der Leiter der KSZE-Delegationen, um die Einsetzung einer KAE zu erörtern. Die USA wollten sich nur für Verhandlungen über eine KAE entscheiden, „wenn der gesamte Westen ein Verhandlungspaket“ vorlege, bei dem unter anderem die Gewerkschaftsfreiheit und die „Beendigung von Telefonabschaltungen“ betont werde. Die Bundesrepublik und Großbritannien wollten sich bei den Forderungen „auf das Wesentliche beschränken“ und „kein ‚Paket‘, von dem alle Teile in gleichem Maße als unverzichtbar erklärt würden“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 20. Oktober 1982; VS-Bd. 13238a (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>13</sup> Zur informellen NATO-Ministerratstagung am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>14</sup> Zur Initiative der Bundesrepublik für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 97, Anm. 14.

Referat 222 vermerkte dazu am 14. September 1982: „Ergebnis unserer Bemühungen ist: eine weitgehende Harmonisierung des westlichen Verifikationskonzepts; eine Versachlichung und Vertiefung der Genfer Diskussion; Einlenken und Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen seitens der Sowjetunion (unsere jüngsten Vorschläge wurden vom sowjetischen CD-Botschafter als konstruktiv gewürdigt). [...] Es gilt die Chance zu nutzen, daß von allen laufenden Rüstungskontrollgesprächen zwischen West und Ost die C-Waffen-Verhandlungen am weitesten vorangeschritten sind. Unser unbestreitbares Engagement in dieser Sache sollte auch in der öffentlichen Diskussion klar herausgestellt werden.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124540.

<sup>15</sup> Zum Vorwurf der USA, die UdSSR beteilige sich am Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos, vgl. Dok. 104, Anm. 20.

<sup>16</sup> Für den undatierten französischen Resolutionsentwurf „Usage allégué d'armes chimiques“ vgl. Referat 222, Bd. 124540.

Referat 222 hielt dazu am 27. Oktober 1982 fest: „Im Hinblick auf die Präambelziffer 9 und die operative Ziffer 3 des Resolutionsentwurfs sehen wir gewisse Probleme: Tätigkeiten, die sich im Ergebnis als Kontrollfunktionen auf militärischem Gebiet darstellen würden, fallen nach unserer Interpretation nicht in die Kompetenz der WHO und bedürften daher einer entsprechenden Satzungsänderung. Die WHO verfügt unseres Wissens auch nicht über die erforderlichen organisatorischen Strukturen, um Feststellungen der hier in Frage stehenden Art treffen zu können. Wir würden daher zusätzliche Informationen darüber begrüßen, wie Frankreich diese beiden Punkte beurteilt.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124540.

einführen wolle. (Burt bestritt, daß sich die SU in Genf auf Verifikation zu beuge. Ich habe betont, wie wichtig es sei, diese gerade in der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit sehr akut gewordene Problematik im Kreise der Vier vertieft zu besprechen. Burt schlug vor, daß Experten aus den vier Hauptstädten sich möglichst bald am besten in Genf oder New York treffen<sup>17</sup>. Die USA würden die Initiative dazu ergreifen.)

<sup>18</sup>1.5) GATT-Ministertreffen<sup>19</sup>

Frankreich erklärte, die Europäer hätten Schwierigkeiten mit diesem Tagesordnungspunkt, da GATT in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft falle. Frankreich habe nichts dagegen, daß Shultz das Problem aufwerfe. Die drei Minister könnten dann Kenntnis von seinen Vorstellungen nehmen. Burt erklärte, Shultz wolle sicher nicht ins Detail gehen und dieses Problem in den größeren Zusammenhang der Weltwirtschaftsentwicklung stellen.

1.6) Management des Weltwirtschaftsgipfels

Burt teilte mit, daß man am 1. Oktober 1982 in Washington mitteilen wolle, der Weltwirtschaftsgipfel 1983 werde vom 10. bis 12.6.1983 in Williamsburg<sup>20</sup> stattfinden. Er bat darum, diese Information mit Rücksicht auf das Weiße Haus vertraulich zu behandeln.

Auf meine Frage nach den amerikanischen Vorstellungen über das „Management“ des Weltwirtschaftsgipfels führte Burt folgendes aus:

Shultz, einer der geistigen Mitbegründer des Weltwirtschaftsgipfels, sei der Meinung, daß man zu den Ursprüngen zurückkehren sollte (informeller Charakter, zwanglose Gespräche, weniger Bürokratie, weniger Institutionalisierung). Die drei europäischen Politischen Direktoren stimmten mit dieser Zielvorstellung überein. Größe und organisatorischer Aufwand sollen begrenzt werden. Es komme, so fuhr Burt fort, AM Shultz nicht so sehr darauf an, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Vielmehr sollten die Gipfelteilnehmer in zwanglosen Gesprächen und in vertrauensvoller Atmosphäre sich und ihre gegenseitigen Motive kennenlernen. Es dürfe bei niemandem der Eindruck entstehen, daß es am Ende der Diskussion Gewinner oder Verlierer gegeben hat.

Ich habe die Frage gestellt, ob dies auch bedeute, daß in Zukunft die lange Erklärung der Staats- und Regierungschefs gekürzt werden solle. Die übrigen Drei nahmen dies als wahrscheinlich an.

Die amerikanischen Gastgeber werden ihre Vorstellungen über eine Ausrichtung weiter konkretisieren.

<sup>17</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann meldete der Botschaft in Washington am 20. Oktober 1982: „Stell[ertretender] ACDA-Direktor Dobbins erwähnte gestern amerikanische Absicht, in den nächsten 14 Tagen Viermächtekonsultationen über C-Waffen, B-Waffen und UNO fact finding mission über B- und C-Waffen-Einsatz anzuberaumen. [...] An dieser Besprechung sollen C-Waffen-Experten aus den Hauptstädten und CD-Botschafter teilnehmen. [...] Falls möglich, wird im Hinblick auf notwendige interne Vorbereitung gebeten, daß Konsultation erst Anfang November stattfindet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1073; Referat 222, Bd. 124540.

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2219 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Vom 24. bis 27. November 1982 fand eine GATT-Ministerkonferenz in Genf statt.

<sup>20</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

1.7) Nahost<sup>21</sup>

Ich habe die Frage gestellt, wie König Husseins augenblickliche Haltung (öffentliche Äußerungen zum Reagan-Plan<sup>22</sup> und zur Föderation<sup>23</sup>) und wie die innere Lage in Israel<sup>24</sup> eingeschätzt werde. Bullard warnte davor, König Hussein zu überfordern. Er erkundigte sich bei den direkt Betroffenen, US und F, welche Rolle nach ihrer Ansicht die MNF<sup>25</sup> oder auch UNIFIL<sup>26</sup> in verschiedenen Teilen des Libanon spielen solle. US räumten ein, hierzu noch keine festen Vorstellungen zu haben. Man beschränke sich zunächst auf die Lage in Beirut.

Andréani hob hervor, daß ein weitergehendes MNF-Mandat mit dem israelischen und syrischen Rückzug verknüpft sein werde. Was eine Friedenstruppe zur Sicherung der israelisch-libanesischen Grenze angehe, so dürfe die bisherige UNIFIL-Situation nicht andauern oder wiederholt werden: UNIFIL erhalte ihren gesamten logistischen Nachschub über Israel.

Zur internen Lage in Israel äußerte sich Burt sehr vorsichtig: Es sei noch zu früh, Schlüsse zu ziehen.

## Zu 2) Terrorismus

Die übrigen Drei sind bereit, einem Treffen der Terrorismus-Expertengruppe zu fünf (Vier + Italien) zuzustimmen. Frankreich blockiert die von uns bevorzugte Konfiguration zu siebt. Burt bat um unsere baldige Zustimmung. Nach Lage der Dinge gehe es nur um die Wahl zwischen Fünfer-Expertentreffen oder überhaupt keinem Expertentreffen.

F hat im übrigen nur einem einmaligen Ad-hoc-Treffen der Fünf zugestimmt.

Zu 3) Spanien und NATO<sup>27</sup>

Im Meinungs austausch über die innere Situation und die Aussichten der spanischen sozialistischen Partei, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen, äußerte sich Burt verhältnismäßig besorgt. Warum begriffen die Sozialisten nicht, daß die Integration in die NATO dem spanischen Militär eine neue Perspektive eröffne und daß dadurch die spanische Demokratie gefestigt werde?

<sup>21</sup> Zum Libanon-Krieg vgl. Dok. 243.

<sup>22</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

König Hussein gab am 14. September 1982 dem britischen Nachrichtensender BBC ein Interview, in dem er sich zu Reagans Friedensplan äußerte. Für den Wortlaut vgl. „Transcript of a BBC Interview with King Hussein of Jordan on Reagan Plan“; THE NEW YORK TIMES vom 15. September 1982, S. A 10.

<sup>23</sup> Vgl. dazu die These vom „Palästinenserstaat Jordanien“; Dok. 168, Anm. 22.

Botschafter Munz, Amman, berichtete am 8. September 1982: „Die neuerdings von israelischer Seite und besonders von Sharon verkündete These, es gebe in Jordanien bereits einen Palästinenserstaat und das Haschemitische Königshaus sei das einzige Hindernis zu dessen endgültiger Verwirklichung, wird hier sehr ernst genommen. Zwar gibt es z.Zt. keine begründeten Ansätze für eine Destabilisierung der Herrschaft der Haschemiten. Man kennt hier jedoch die Effizienz der israelischen Propaganda und ist sich auch der Solidarität der arabischen Brüder nicht ganz sicher. Die wichtigste Garantie gegen die Durchsetzung dieser These ist die der USA.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 534; Referat 310, Bd. 135712.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Reaktionen in Israel auf die Gewalttaten am 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila; Dok. 247, Anm. 12.

<sup>25</sup> Zur Überwachung des Abzugs der PLO aus Beirut durch eine Multinationale Streitmacht vgl. Dok. 239, Anm. 5.

<sup>26</sup> Zum Einsatz der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 182, Anm. 16.

<sup>27</sup> Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 238.

Ich habe die Einschätzung von Botschafter Brunner und unsere Schlüsse daraus vorgetragen. Wir seien der Meinung, daß die Brüsseler Gespräche über den Integrationsprozeß so weit wie möglich beschleunigt werden sollten. Wir glaubten nicht, daß Gonzáles den Eintritt Spaniens in die NATO wieder rückgängig machen wolle. Er habe schon früher angedeutet, daß er die Frage des NATO-Beitritts lieber geregelt sähe, bevor er an die Regierung komme. Wir rechneten allerdings damit, daß die Verhandlungen in Brüssel nach einem Sieg der PSOE – vor allem, wenn sie die absolute Mehrheit erhalte – schwieriger würden. Staatsminister Corterier sei über den Wunsch Madrids unterrichtet, daß Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei auf die PSOE im Allianz-Sinne einwirken möchten.<sup>28</sup> Bullard erklärte, daß auch London ähnliche Überlegungen anstelle (Labour).

Zu 4) Nächstes Vierer-Treffen Politischer Direktoren

Das nächste Treffen ist festgelegt auf Mittwoch, den 10. November 1982 in Bonn.<sup>29</sup>

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 14109 (010)**

<sup>28</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 17. September 1982, Vertreter der amerikanischen Botschaft seien am 15. September 1982 an ihn herangetreten, um ihre Besorgnis über die Folgen eines möglichen Sieges der PSOE bei den Parlamentswahlen am 28. Oktober 1982 für die spanische Integration in die NATO zum Ausdruck zu bringen. Die amerikanische Regierung „würde es begrüßen, wenn von deutscher Seite über parteipolitische Kanäle im Sinne einer ungeschmälernten Integration auf die spanischen Sozialisten eingewirkt werden könnte“. Hofmann habe erwidert, „die amerikanische Einschätzung der Konsequenzen der befürchteten Entwicklung für die Sicherheit Spaniens und des Mittelmeerraums sowie für den Zusammenhalt des Bündnisses decke sich mit der unsrigen. PSOE-Führer González habe sich jedoch zu der Entschlossenheit einer von ihm geführten Regierung, eine derartige Entwicklung einzuleiten, eher zurückhaltend geäußert.“ Hofmann hielt ein „Einwirken auf den PSOE vor Vorliegen des Wahlergebnisses [...] für verfrüht.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125649.

Referat 201 notierte am 25. September 1982: „PSOE wird bevorstehende Wahlen gewinnen. Sie will offenbar NATO-Mitgliedschaft nicht in Frage stellen. (Plebizit ist kaum ernstgemeint!) Zu befürchten [ist] jedoch, daß PSOE die Integration Spaniens in den militärischen Teil der NATO-Struktur stoppt, wenn nicht rückgängig macht. [...] Man beeilt sich zwar in der NATO, die Integration bis zur Wahl so weit wie möglich vorwärtszutreiben. Mit Lösung der Kommandofrage ist jedoch bis dahin nicht zu rechnen. [...] Zunächst sollte in Brüssel der Integrationsprozeß so weit wie nur möglich beschleunigt werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125649.

<sup>29</sup> Am 18. Oktober 1982 fand ein Vierertreffen der Politischen Direktoren in Paris statt. Themen waren die Lage in Polen, die Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen sowie eine Europa-Reise des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Rumsfeld. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 20. Oktober 1982; VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 9./10. November 1982 trafen sich die vier Politischen Direktoren in Bonn. Besprochen wurden unter anderem die Ost-West-Beziehungen, Fragen der Rüstungskontrolle, eine deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Lage in der Türkei, die Integration Spaniens in die NATO sowie Entwürfe für ein Kommuniqué für das Treffen des NATO-Ministerrats am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 10. November 1982; VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

251

**Staatssekretär von Staden, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

114-14692/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2236  
Citissime nachts

Aufgabe: 30. September 1982, 03.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 30. September 1982, 10.01 Uhr

Betr.: Gespräch mit den AM Shultz, Cheysson und Pym am 29.9.1982 in New York<sup>2</sup>;  
hier: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Weltwirtschaftsgipfel

1) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Cheysson führte aus, die allianzinternen Schwierigkeiten wegen des Erdgas-Röhren-Geschäfts<sup>3</sup> hätten vermieden werden können, wenn man sich rechtzeitig über die Strategie gegenüber der Sowjetunion eingehend besprochen hätte.

Nun sei zu überlegen, wie man diese Diskussion am besten weiterführen könne. Frankreich sei zum Gespräch bereit, bilateral und im kleinen Kreise. Wir seien uns einig darüber, daß wir nicht zur Stärkung des militärischen Potentials der SU beitragen wollten. Leider müsse er feststellen, daß COCOM<sup>4</sup> seit Dezember völlig paralysiert sei, auch die in Versailles beschlossene Maschinerie für die Exportkontrolle der Kreditgewährung<sup>5</sup> sei nicht implementiert. Die amerikanische Kritik richte sich gegen die europäisch-sowjetische Kooperation im Energiebereich. Frankreich sei bereit, dieses Problem mit zu studieren, insbesondere die Frage nach der Grenze, von der ab eine Abhängigkeit gefährlich würde. Diese Frage müsse man gemeinsam prüfen. Das Ergebnis könne sehr unangenehm ausfallen, er glaube es aber nicht. Daraus müsse man dann die Schlüsse für die Strategie ziehen.

Shultz erwiderte, ein guter Teil der Vorarbeiten sei schon getan. Man könne deshalb zu schnellen Ergebnisse kommen. Am 4. und 5. Oktober werde in Paris die Revision der COCOM-Listen<sup>6</sup> eröffnet werden. Dies müsse begleitet werden durch die Bereitstellung von Geld und Personal für die Verbesserung der Kontrollsysteme. Der Versailler Überwachungsmechanismus sei von den Staats- und

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 30. September 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte. Hat Ischinger vorgelegen. Hat FDP-Vorsitzendem Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär von Staden hielt sich anlässlich der VN-Generalversammlung vom 26. bis 30. September 1982 in New York auf, wo er Bundeskanzler Schmidt in dessen Funktion als Außenminister vertrat. Zum Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York vgl. ebenfalls Dok. 252.

<sup>3</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15. Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>4</sup> Zu den Regelungen des COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 18.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Allgemeine Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles; BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>6</sup> Zu den Verhandlungen über die COCOM-Listenrevision 1982/83 vgl. Dok. 249, Anm. 8.

Regierungschefs ja bereits beschlossen und könne deshalb ganz rasch ins Werk gesetzt werden.

Der Gedanke einer Studie über alternative Energieversorgung<sup>7</sup> sei zu begrüßen. Das müsse in erster Linie ein europäisches Unternehmen sein, aber die USA könnten dazu beitragen und sollten deshalb teilnehmen. Wenn die Studie irgendeine Bedeutung haben solle, dann dürften Kontrakte über neue Erdgaslieferungen nicht abgeschlossen werden, solange die Studie laufe. Man müsse sich auch über den Einfluß der sowjetischen Gaspreise auf die Erschließung alternativer Energiequellen klarwerden. Die USA seien bereit, mit der SU normalen Handel zu treiben, sie wünschten keinen Handelskrieg. Gewisse spezifizierte Güter sollten jedoch nicht an die SU geliefert werden. Die sowjetische Wirtschaft dürfe von uns nicht subventioniert werden.

Neben der militärischen Dimension (COCOM-Listen-Verschärfung) gebe es noch eine andere, nämlich die strategische Dimension. Energie spiele in jedem Lande eine strategische Rolle. Nach amerikanischer Ansicht sollten deshalb gewisse hochspezialisierte Öle und Gasausüstungstechnologien nicht geliefert werden. Diese Ausrüstungen stammten in überdurchschnittlichem Maße aus amerikanischen Lizenzen. Für dieses Exportembargo spreche vieles. Es sei auch vereinbar mit normalen wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Man dürfe der SU eben weder Güter liefern, die militärisch relevant, noch solche, die von strategischer Bedeutung seien. Bei gutem Willen könne man schnell eine prinzipielle Einigung erreichen und eine Kontrollgruppe für diese Kategorie einrichten.

Cheysson schnitt das Problem der Differenzierung zwischen SU und den osteuropäischen Ländern an. Shultz erklärte dazu, die amerikanische Seite hätte sich nach eingehender Diskussion zur Differenzierungspolitik entschlossen. Es wäre sehr nützlich, auch hierüber eine Diskussion zu führen und möglichst dafür gemeinsame Kriterien zu finden.

Pym meinte, die britische Seite sei zur Diskussion aller dieser Fragen bereit, wolle aber den Ausgang der Diskussion nicht präjudiziert sehen.

Shultz erklärte, wenn wir etwas Konstruktives zusammenbrächten, so wäre das eine wichtige Entwicklung.

Wenn es uns gelänge, ein konstruktives Muster (pattern) für unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten zu entwerfen, seien die USA bereit, darauf entspre-

<sup>7</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 26. November 1982 Einschätzungen des amerikanischen Außenministeriums zu der auf der informellen NATO-Ministerratstagung am 2./3. Oktober 1982 in La Sapière in Auftrag gegebenen Studie über alternative Energieversorgung mit: „Nach bisherigen Überlegungen soll die Energiestudie drei Teile abhandeln, und zwar die voraussichtliche Entwicklung der Energienachfrage in den OECD-Regionen Europa, Amerika und Japan, die zukünftige Importabhängigkeit für die einzelnen Brennstoffe sowie die Alternativen zur Reduzierung der sicherheitsrelevanten Exportabhängigkeit, wie z. B. Brennstoffsubstitution und Erschließung alternativer Importquellen (vor allem Beitrag des norwegischen Gases). Als Forum für die Energiestudie böte sich nach Ansicht des State Department die Energie-High-Level-Monitoring-Gruppe des Wirtschaftsgipfels oder eine in der Zusammensetzung ähnliche neue Gruppe an [...]. Zeitlich gesehen würde man es amerikanischerseits begrüßen, wenn auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel die Energiestudie zur Billigung vorgelegt werden könnte. Sollten sich im Laufe der Studie jedoch Zweifel an der Einhaltung des Termins herausstellen, wäre es besser, die Studie über den Gipfel hinaus fortzusetzen, als Zündstoff für einen kontroversen Verlauf des Gipfels zu liefern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5087; Referat 405, Bd. 150427.

chend zu reagieren. Zunächst müsse man das „pattern“ entwerfen und sich dann langfristige Gedanken machen, wie es zu handhaben sei. Pym warf an dieser Stelle ein, es sei der Mühe wert, daß man diesen ersten Schritt einer Exploration tue, um herauszufinden, wie weit man gehen könne.

Shultz erwähnte, man solle die Japaner<sup>8</sup> einbeziehen. Das geschehe am besten, jedenfalls zu Beginn, durch bilaterale Gespräche, die die USA zu übernehmen bereit seien. Dazu müsse man aber wissen, worüber man mit ihnen genau diskutieren wolle.

Man sollte die Gelegenheit für den Entwurf des „pattern“ nutzen, da im Augenblick die Außenminister in New York versammelt seien.

Ich habe folgendes ausgeführt:

Das Konzept von Shultz erscheine mir sehr vernünftig. Wenn es dazu helfen könnte, aus den derzeitigen Schwierigkeiten herauszufinden, sei es ein gutes Konzept. Allerdings müsse man differenzieren: Einige Entscheidungen seien bereits getroffen, einige seien im Stadium der Implementierung, für andere gebe es bereits eine Maschinerie. Für alle Vorschläge, die neu aufgebracht worden seien, werde man nicht nur die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen haben, sondern auch die nationale Gesetzgebung. Diese sei von Land zu Land verschieden. Sie räume deshalb auch unterschiedliche Bewegungsfreiheit ein. Wir hätten keine Schwierigkeiten, alle Fragen zu prüfen, wohl aber hätten wir Schwierigkeiten, in dieser Übergangszeit an einer öffentlichen Erklärung mitzuwirken.

Shultz schlug daraufhin vor, Leitlinien am 30.9.82 durch die Politischen Direktoren entwerfen zu lassen.<sup>9</sup> In La Sapinière<sup>10</sup> und am Rande dieses Treffens könne man untereinander und mit anderen über diesen Entwurf beraten. Er schlage vor, daß die Europäer sich bilateral mit den Italienern unterhielten, so wie die USA das Gespräch mit den Japanern suchen würden.

Auf Cheysson's Bemerkung, die Energiestudie sei wohl deshalb mehr Sache der Europäer, weil sie über keine eigenen Energiequellen verfügten, äußerte Shultz, die USA wollten an dieser Studie teilnehmen. Sie seien mit den Europäern verbunden und würden in einer Krise ihre knappen Energievorräte mit ihnen teilen.

Cheysson beklagte, daß Reagan in Montebello<sup>11</sup> als Ersatz für Erdgas amerikanische Kohle angeboten habe. Dieses Angebot sei jedoch nie konkretisiert worden.

<sup>8</sup> Die Bundesrepublik führte am 5. Oktober 1982 bilaterale Konsultationen mit Japan anlässlich der Eröffnung der Verhandlungen über die COCOM-Listenrevision 1982/83. Legationssekretär Cohausz hielt am 22. November 1982 fest: „Aus japanischer Sicht muß wegen der Glaubwürdigkeit von COCOM insbesondere die Exportkontrolle überprüft werden. Zur Beteiligung von Militärexperten an den Sitzungen des Komitees ließ Japan folgende Position erkennen: Japan würde nicht opponieren, weil Japan sonst isoliert wäre, man wünsche in Tokio aber eine solche Beteiligung von Militärexperten in Form eines Unterkomitees an Entscheidungsprozeß auf keinen Fall.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135854.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Vierertreffen der Politischen Direktoren am 30. September 1982; Dok. 249, Anm. 10.

<sup>10</sup> Zur informellen NATO-Ministerratstagung am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>11</sup> In Ottawa/Montebello fand am 20./21. Juli 1981 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

Ich habe mich noch einmal danach erkundigt, ob und gegebenenfalls welche der Vorstellungen veröffentlicht werden sollten.

Shultz meinte daraufhin, jedenfalls könne man die bereits bekannten Überlegungen (COCOM) öffentlich wiederholen. Die neuen Überlegungen solle man zunächst den Regierungen zuleiten.

Ich habe wiederholt, daß eine öffentliche Erklärung, die neues enthalte, von uns in diesem Augenblick des Übergangs nicht mitgetragen werden könnte.

## 2) Bewertung

Shultz, der frei sprach, hat in diesem Kreise nicht alle Punkte aufgeführt, die Burt in einem vorangegangenen Gespräch Pfeffer gegenüber genannt hatte (vgl. Anlage).

Ich halte es jedoch für sehr wohl möglich, daß diese Punkte in der Besprechung der Politischen Direktoren am 30. September wieder auftauchen.

Die Erklärung von Shultz, die USA seien bereit, entsprechend zu reagieren, wenn es gelänge, ein konstruktives Muster für unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten zu entwerfen, erlaubt den Schluß, daß Washington bereit wäre, die Ausdehnung der Sanktionen und die gegen die Westeuropäer verhängten Embargo-Maßnahmen aufzuheben, falls Europäer auf den wesentlichen Inhalt der amerikanischen Forderungen eingehen.

Ich habe den Eindruck, daß Shultz mit Energie auf eine rasche Einigung hinarbeitet und daß er dazu die Anwesenheit der beteiligten Außenminister in New York und La Sapinière nutzen möchte.

Dabei hat Shultz offenbar vorab mit Cheysson weitgehende Einigung erzielt.

Das Treffen der Politischen Direktoren beginnt am 30.9. um 11.30 Uhr OZ.

## 3) Weltwirtschaftsgipfel

In einer längeren Diskussion über den Termin des nächsten Weltwirtschaftsgipfels<sup>12</sup> haben Cheysson und Pym dafür plädiert, die Verlautbarungen über die Einladung zum 10. bis 12. Juni 1983 nach Williamsburg nicht am 1. Oktober bekanntzugeben. Pym begründete diesen Wunsch mit zwei Argumenten: Er müsse Frau Thatcher zunächst um Zustimmung bitten. Außerdem hielte er es in der jetzigen Lage für besser, den Gipfel auf Februar vorzuziehen. Cheysson möchte die Termine für die Gipfel nicht starr, sondern nach Bedarf angesetzt sehen. Im Ergebnis sprach er sich ebenfalls für Vorverlegung aus.

Ich habe mich für Verschiebung der Ankündigung ausgesprochen. Shultz will diesen Versuch machen, äußerte sich aber besorgt über mögliche leaks, die unter Umständen den Eindruck erwecken würden, die Unstimmigkeiten in der Allianz gingen so weit, daß der Termin für den Weltwirtschaftsgipfel abgesagt worden sei.

[gez.] Staden

<sup>12</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

Folgt Anlage

Die von Burt vorgetragene amerikanischen Vorstellungen lauten wie folgt:

- 1) Verhinderung des Transfers militärisch relevanter Technologien durch Erweiterung der COCOM-Listen und Verschärfung der COCOM-Kontrollen.
- 2) Restriktivere Kreditpolitik gegenüber der SU mittels Implementierung des Versailler Informations- und Überwachungssystems für Ostkredite sowie die Verwirklichung in den Steeg-Vorstellungen<sup>13</sup> enthaltener restriktiver Instrumente.
- 3) Westliches Embargo für die Lieferung von hochentwickelter, wenn auch militärisch nicht relevanter Technologie für Erdöl- und Erdgasausrüstungen.
- 4) Studie über die Bewahrung der europäischen Energie-Unabhängigkeit, die von den beteiligten westeuropäischen Ländern unter Mitwirkung der USA erarbeitet wird. (Hierbei insbesondere amerikanische Sorge, daß sowjetische Niedrigpreise westliche Investitionsentscheidungen für Erschließung neuer Erdgasvorkommen im Westen blockieren könnten.)

Keine neuen europäischen Verpflichtungen für Erdgasbezüge aus SU, „solange Studie nicht abgeschlossen ist“.

- 5) Landwirtschaftliche Exporte in die SU nur zu Marktbedingungen und ohne jegliche Subventionen.

Ende der Anlage

**VS-Bd. 14109 (010)**

<sup>13</sup> Zu den von Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, für den Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles erarbeiteten Vorschlägen zur Gestaltung der Kreditbeziehungen zur Sowjetunion vgl. Dok. 207, Anm. 10.

Staatssekretär von Staden, z.Z. New York, resümierte am 27. September 1982 ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vom selben Tag: „Auf Frage von AM Shultz, ob Überlegungen für Kreditrestriktionen auf der Grundlage des sog. Steeg-Vorschlags weiterentwickelt werden könnten, erwiderte StS, er bezweifle, daß der Steeg-Vorschlag heute noch Geltung habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2197; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

252

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

**114-14718/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2272**

**Aufgabe: 1. Oktober 1982, 17.12 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 1. Oktober 1982, 23.00 Uhr**

Für Botschafter o. V. i. A.<sup>2</sup>

Betr.: Vierertreffen der Außenminister am 29.9.1982 (AM Shultz, Cheysson, Pym, StS von Staden)<sup>3</sup>;  
hier: Amerikanisch-sowjetische Beziehungen – Treffen Shultz–Gromyko, KSZE

1) Treffen Shultz–Gromyko am 28.9.<sup>4</sup>

Shultz unterrichtete über sein Gespräch mit Gromyko wie folgt:

Das Gespräch habe drei Stunden gedauert. Man werde sich am 4.10. erneut treffen.<sup>5</sup> Shultz beschrieb die Gesprächsatmosphäre als „matter of fact“. Gromyko habe auf Bitten von Shultz das Gespräch eröffnet und etwa eine halbe Stunde über den allgemeinen Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gesprochen und dabei ihre Verschlechterung beklagt. Hierfür habe er den USA die Schuld zuschreiben wollen. Präsident Reagan sei ein Gegner des Sozialismus, er wolle die sowjetische Wirtschaft zerstören, die amerikanische Politik sei schwer berechenbar, die USA unterzeichneten Verträge, die sie dann aber nicht ratifizierten.<sup>6</sup> Shultz habe darauf hingewiesen, als früherer Vorsitzender der amerikanisch-sowjetischen Handelskommission erinnere er sich, daß diese Beziehungen einmal besser gewesen seien. Die Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen liege bei der SU: Das sowjetische Verhaltensmuster in den internationalen Beziehungen sei ebensowenig akzeptabel wie die exzessive sowjetische Aufrüstung, insbesondere die Bedrohung Europas durch die SS-20. Shultz habe ferner auf die sowjetische Invasion in Afghanistan<sup>7</sup>, Polen, die sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Invasion Kambodschas<sup>8</sup>, die so-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, verfügte die Weiterleitung des Fernschreibens an Staatssekretär Konow, Bundeskanzleramt, Botschafter Hermes, Washington, Botschafter Herbst, Paris, und Botschafter Ruhfus, London.

<sup>3</sup> Staatssekretär von Staden hielt sich vom 26. bis 30. September 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf, wo er Bundeskanzler Schmidt in dessen Funktion als Außenminister vertrat.

Zum Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York vgl. ebenfalls Dok. 251.

<sup>4</sup> Die Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) trafen in New York am Rande der VN-Generalversammlung zusammen.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 262.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Aussetzung der Ratifizierung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II); Dok. 97, Anm. 28.

<sup>7</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>8</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 222, Anm. 28.

wjetische Verletzung der Helsinki-Schlußakte<sup>9</sup> und des Abkommens über das Verbot der Anwendung chemisch-biologischer Waffen<sup>10</sup> hingewiesen. Es gebe eindeutige Beweise für die Anwendung chemisch-biologischer Waffen durch die SU.<sup>11</sup> Shultz habe deutlich gemacht, daß USA an konstruktiveren Beziehungen zur SU interessiert seien. Voraussetzung hierfür sei jedoch vernünftiges sowjetisches Verhalten. Es sei in der Hand der SU, die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern: Taten, nicht Worte zählten.

Die Menschenrechtsfrage sei nur wenige Minuten behandelt worden. Gromyko sei einer Erörterung dieses Themas mit dem bekanntesten Argument ausgewichen, hierbei handele es sich um eine innere Angelegenheit der SU. Shultz habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß die SU die Helsinki-Schlußakte unterzeichnet habe, die dort enthaltenen Bestimmungen jedoch ständig verletze (u. a. Verfolgung der Helsinki-Gruppe in der SU<sup>12</sup>).

Shultz unterstrich, daß Gromyko vor allem an der Erörterung von Abrüstungsfragen interessiert gewesen sei. Dieses Thema habe etwa die Hälfte der gesamten Gesprächszeit eingenommen. (Auf Frage von Pym:) Er wolle dies nicht als Zeichen sowjetischer Schwäche interpretieren. Die SU gehe offenbar davon aus, daß sie in einer sehr starken Position sein werde, falls es ihr gelänge, die nach dem Doppelbeschluß vorgesehene Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa zu verhindern. Shultz habe den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets zu einem „Deal“ bereit seien, sobald sie realisierten, daß die Stationierung nur durch ein vernünftiges Verhandlungsergebnis in Genf vermieden werden könne. Die SU habe gegenüber den USA außerhalb der eigentlichen Verhandlungen in Genf gewisse Fühler ausgestreckt.<sup>13</sup> Die USA prüften, ob es sich hierbei um eine ernsthafte Sache handele. Shultz bat um Unterrichtung, falls die SU auch gegenüber den drei Europäern ähnliche Fühler ausstrecke.

Shultz habe gegenüber Gromyko auf sein kürzliches Treffen mit den amerikanischen INF-, START- und MBFR-Verhandlungsführern<sup>14</sup> hingewiesen. Diese hätten die professionelle Verhandlungsführung auch der sowjetischen Delegation unterstrichen: Man komme in der Aufbereitung des Materials schnell voran. Man kenne die gegenseitigen Argumente und mache gute Fortschritte. Gromyko habe dem zugestimmt.

Zu Afghanistan sei die sowjetische Haltung unverändert gewesen. Dies stimme nicht mit dem Eindruck des VN-Generalsekretärs<sup>15</sup> überein, der in der Afgha-

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 133–138.

<sup>11</sup> Zum Vorwurf der USA, die UdSSR beteilige sich am Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos, vgl. Dok. 104, Anm. 20.

<sup>12</sup> Am 8. September 1982 gab die Moskauer Helsinki-Gruppe ihre Auflösung bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Auflösung der Moskauer Helsinki-Gruppe“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 10. September 1982, S. 3.

<sup>13</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

<sup>14</sup> Paul Henry Nitze (INF), Edward Leon Rowny (START), Richard Felix Staar (MBFR).

<sup>15</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

nistan-Frage eine gewisse Bewegung sehe. Aus Zeitgründen sei über das südliche Afrika kaum gesprochen worden. Eine Diskussion über die Entwicklung in Polen habe Gromyko abgelehnt mit der Begründung, dies sei eine interne polnische Angelegenheit. Shultz habe demgegenüber unterstrichen, daß man den sowjetischen Einfluß auf die Lage in Polen wohl nicht leugnen könne.

Pym, der am 28.9. mit Gromyko zusammengetroffen war, meinte, der sowjetische AM sei ihm gegenüber etwas defensiver als früher aufgetreten. Shultz führte dies darauf zurück, daß die SU offenbar erkenne, daß sie die schlechteren Karten habe. Dies sei ein Verdienst des Bündnisses. Cheysson verwies auf die passive Rolle der SU im Nahen Osten. Man müsse nach den Gründen fragen (u. a. schlechte Wirtschaftslage, Führungsprobleme).

Pym meinte, auch in der SU wachse eine neue Generation heran, die immer weniger in Nachkriegskategorien denke.

StS meinte hierzu: In der SU vollziehe sich der Wandel nur langsam. Man könne dort nicht in gleicher Weise von einem Generationswechsel sprechen wie im Westen. Die politische Führung nach Breschnew werde über 60 Jahre alt sein. Was AM Shultz über die sowjetische Rüstungskontrollpolitik gesagt habe, bestätige, daß die SU stets versuche, etwas zu bekommen, ohne dafür einen Preis zahlen zu müssen.

Die Politik der Allianz, wie sie sich seit 1967 herausgebildet habe und mit dem Namen Harmel<sup>16</sup> verbunden sei, sei nach wie vor richtig. In der Vergangenheit sei diese Politik vielleicht nicht immer in ihren beiden Teilen konsequent befolgt worden.

Es komme darauf an, daß der Westen in der Zukunft beide Teile dieser Politik gleich ernst nehme. Dies bedeute u. a. keine einseitigen Konzessionen und Vorteile für die SU und Bereitschaft zur Kooperation auf der Grundlage einer starken Verteidigungsfähigkeit.

Auf die Frage Pym, wie der Westen sich auf einen Führungswechsel in der SU einstellen solle, meinte Shultz: Die USA bemühten sich, eine Lage zu schaffen, welche sowjetische Optionen limitiere. Die USA würden bessere Beziehungen zur SU vorziehen, sie seien aber auch auf schwierigere Beziehungen vorbereitet. Man höre viel Kritik über die Situation der westlichen Verteidigung (military posture). So schlecht stehe der Westen aber nicht da: Das Nordatlantische Bündnis sei ein einmaliger Erfolg. Es habe über drei Jahrzehnte den Frieden in Europa gesichert. Shultz unterstrich in diesem Zusammenhang, der Westen dürfe das militärische Potential der SU nicht durch Export technologischen Wissens an die SU stärken. Er stimmte StS zu, daß man in allen Verhandlungen mit der SU darauf achten müsse, daß diese einen angemessenen Preis zahle.

## 2) KSZE

Cheysson sprach die Wiederaufnahme der Verhandlungen am 9.11. in Madrid an.<sup>17</sup> F werde klar und deutlich auf die Verletzung der Helsinki-Schlußakte

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>17</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

hinweisen. Diese Implementierungskritik dürfe aber nicht die Verhandlungen über die wenigen noch offenen Fragen blockieren. Dies gelte auch für die KAE, an der der Westen aus politischen und militärischen Gründen sehr interessiert sei. Was die umstrittene Zonenformel für VBMs angehe, so sollte auf der Grundlage der N+N-Formel ein Kompromiß möglich sein.<sup>18</sup> Wir müßten bei gleichzeitiger deutlicher Implementierungskritik ernsthaft verhandeln, um zu einem positiven Abschluß zu kommen.

Pym: Die SU sei in Madrid in der Defensive. Es müsse ohne „softness“ und „illusions“ weiterverhandelt werden. Dies sei ein Teil der westlichen Gesamtstrategie gegenüber dem Osten.

StS stimmte dem nachdrücklich zu und unterstrich die Wichtigkeit eines weiterhin geschlossenen westlichen Auftretens in Madrid. Wir müßten auch die N+N-Staaten an unserer Seite halten.

Der KAE mit VBMs für ganz Europa mäßen wir große Bedeutung bei. Auch im Hinblick darauf, daß MBFR im Hinblick auf VBM auf einen engeren geographischen Bereich<sup>19</sup> beschränkt sei. In Madrid sollten wir bei gleichzeitiger Fortführung der Implementierungskritik ernsthaft versuchen, bald zu einem substantiellen und ausgewogenen Ergebnis zu kommen.

Shultz erklärte, er sei sehr beeindruckt von dem, was er über die Notwendigkeit eines geschlossenen und festen westlichen Auftretens in Madrid gehört habe. Dies werde für die amerikanische Haltung sehr bedeutsam sein (it will weigh heavily on us). Die USA seien sehr bemüht, in dieser Frage Übereinstimmung mit ihren europäischen Verbündeten zu erreichen.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 11273 (220)**

<sup>18</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>19</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

## 253

**Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden**

014-954/82 VS-vertraulich

3. Oktober 1982<sup>1</sup>

Herrn Bundesminister

Betr.: Gymnich-type Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten der Atlantischen Allianz in La Sapinière, Kanada, am 2. und 3. Oktober 1982

Anlg.: 1<sup>2</sup>

I. 1) Am Treffen nahmen unter Vorsitz von Generalsekretär Luns alle Außenminister der Mitgliedstaaten bis auf den deutschen AM teil.<sup>3</sup> Es wurde ausnahmslos als besonders erfolgreich und wirkungsvoll bezeichnet, wie vor allem der französische AM hervorhob. Über die Fortsetzung dieser Form der Zusammenkünfte soll nach einhelliger Meinung der Ständige Rat der Allianz befinden. Der deutschen Initiative<sup>4</sup>, die zu dem Treffen geführt hatte, wurde mehrfach anerkennend gedacht. Die Verhinderung des deutschen AM an der Teilnahme wurde allerseits bedauert, jedoch verstanden.

2) AM Shultz, dessen souveräne, geschickte, insgesamt meisterhafte Verhandlungsführung entscheidend zum Erfolg beigetragen hat und der sich bei diesem ersten Zusammentreffen mit seinen Kollegen hohes Ansehen und ungeteilten Beifall erwarb, leitete die Diskussion ein. Er stellte die zwei Probleme der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und des Welthandels (im Zusammenhang mit der bevorstehenden Novembertagung des GATT<sup>5</sup>) in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

3) Das Thema der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen beherrschte durchgehend die Diskussionen in den beiden Arbeitssitzungen am 2.10.<sup>6</sup> von 17.30 bis 19.30 Uhr und am 3.10.<sup>7</sup> von 10.00 bis 12.30 Uhr sowie beim Abendessen am 2.10. Beim Mittagessen am 3.10. wurden die Richtlinien für die Presseunterrichtung durch den kanadischen AM verabschiedet (vgl. gesonderter Drahtbericht aus Ottawa vom 3.10.<sup>8</sup>).

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Poetz am 4. und erneut am 13. Oktober 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Original hat BM vorgelegen.“

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8.

<sup>3</sup> Andreas A. M. van Agt (Niederlande), Yannis Charalambopoulos (Griechenland), Claude Cheysson (Frankreich), Emilio Colombo (Italien), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Colette Flesch (Luxemburg), Vasco Futscher Pereira (Portugal), Ólafur Jóhannesson (Island), Allan J. MacEachen (Kanada), José Pedro Pérez Llorca (Spanien), Francis Pym (Großbritannien), George P. Shultz (USA), Svann Stray (Norwegen), Leo Tindemans (Belgien), Ilter Türkmén (Türkei). Für den Bundesminister des Auswärtigen nahm Staatssekretär von Staden teil.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag des Bundesministers Genscher für informelle NATO-Konsultationen vgl. Dok. 152.

<sup>5</sup> Die Ministerkonferenz des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>6</sup> Korrigiert aus „1.10.“

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „2.10.“

<sup>8</sup> Am 3. Oktober 1982 übermittelte Vortragender Legationsrat von Butler, z.Z. Ottawa, die zur Unterrichtung der Presse über das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vereinbarten Richtlinien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 361; Referat 201, Bd. 125660.

4) AM Shultz entwickelte zunächst die amerikanische Ansicht über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen (OWW) in einer Reihe von Punkten. Zu Beginn der Arbeitssitzung am zweiten Tage präziserte er dieses „Programm“ im Lichte der Diskussion. Er hatte es in einem Non-paper (Anlage<sup>9</sup>) ausformuliert, das auf französischen Wunsch nicht verteilt wurde, um Indiskretionen vorzubeugen und zu vermeiden, daß bekannt würde, der Konsensus sei auf Grund eines amerikanischen Papiers zustande gekommen.

Auf meine mit der Abwesenheit des deutschen AM begründete Bitte überließ Shultz mir eine Kopie. Der Text zeigt weitgehende Übereinstimmung mit der von den vier Politischen Direktoren in New York geleisteten Vorarbeit.<sup>10</sup>

Die von GB und besonders F unterstützten amerikanischen Vorstellungen fanden einen recht weitgehenden Konsensus der Anwesenden, dessen wahres Ausmaß sich allerdings erst im Verlauf der weiteren Arbeiten zeigen wird, die teilweise – besonders die „allgemeine Analyse“ – längere Zeit in Anspruch nehmen dürften. Erkennbar wurden insbesondere griechische Vorbehalte, die aber nicht bis zur Aufhebung des Konsensus vorgetragen wurden. Der Konsensus wurde insbesondere dadurch ermöglicht, daß die Ziele, die über schon früher gefaßte Beschlüsse hinausgehen, zunächst zum Gegenstand von Studien und Prüfungen gemacht werden. Die ausdrückliche französische Zustimmung wurde dadurch ermöglicht, daß im Text und in der Aussprache jede direkte Bezugnahme auf das Erdgas-Röhren-Embargo<sup>11</sup> vermieden wurde. Den tatsächlichen Zusammenhang mit dessen eventueller Aufhebung hatten schon die Vorarbeiten in New York erkennen lassen.

Ich habe die amerikanischen Vorstellungen entsprechend den Vorarbeiten von New York unterstützt, den Vorbehalt gemacht, daß ich dem Bundesaußenminister berichten müsse, und die Mutmaßung geäußert, daß die neue Bundesregierung<sup>12</sup> den Konsensus mittragen werde.

II. 5) Aus der Diskussion ist festzuhalten:

AM Shultz (Sh) begründete, warum sowjetisches Verhalten zu einer Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen geführt habe (Hochrüstung, insbesondere in

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem amerikanischen Non-paper vom 3. Oktober 1982 zu den Wirtschaftsbeziehungen der NATO-Mitgliedstaaten zur UdSSR hieß es: „Allied Governments agree to examine immediately whether their security interests require controls on the export to the Soviet Union and Eastern Europe of strategically significant advanced technology and equipment, to be jointly determined, but including technology with direct application to the oil and gas sector. Actions would be agreed upon and implemented within a framework associated with COCOM.“ Vgl. VS-Bd. 14110 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Zum Treffen der vier Politischen Direktoren am 28. September 1982 vgl. Dok. 250.

<sup>11</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Im Hinblick auf das Erdgas-Röhren-Geschäft und die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vermerkte Ministerialdirigent Loeck: „Im Gespräch der Politischen Direktoren hat amerikanische Seite unterstrichen, daß im Falle der Zustimmung zu den US-Vorstellungen mit der Aufhebung des Embargos zu rechnen sei. [...] Zu den hierfür bestehenden Möglichkeiten ist folgendes zu bemerken: [...] Auch der Einbeziehung ‚hochentwickelter Erdöl- und Erdgastechnologie‘ in das SU-Embargo [...] können wir nach Haltung des BMWi in dieser allgemeinen Form nicht zustimmen. Wir haben an der Offenhaltung solcher Exportmöglichkeiten in die SU erhebliches kommerzielles Interesse. Anträge deutscher Unternehmen für die Indeckungnahme derartiger Exportgeschäfte erheblicher Größenordnung liegen vor.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 3. Oktober 1982; VS-Bd. 10395 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

Europa; Polen; Afghanistan<sup>13</sup>; kubanische Truppen in Afrika<sup>14</sup>; Kampuchea<sup>15</sup>; Verhalten in totalem Gegensatz zur Schlußakte von Helsinki<sup>16</sup>). Er stellte fest, daß die Allianz, militärisch allgemein gesprochen, auf dem richtigen Wege sei. Die Abschreckung habe gewirkt, und das bleibe weiter so.

Zu den nichtmilitärischen Aspekten bemerkte er, daß die OWW einige Vorteile gebracht hätten, was für die amerikanischen Farmer und Teile der europäischen Industrie gelte. Auch im Bereich der menschlichen Kontakte habe es Vorteile gegeben, was ein Einwanderungsland wie die USA – mit einer starken polnischen Bevölkerungsgruppe – nicht weniger empfinde als die europäischen Partner.

Andererseits warnte er vor der Gefahr, die militärische Macht der SU durch Technologietransfer zu stärken, insbesondere in dieser Zeit raschen wissenschaftlich-technologischen Fortschritts. Den militärisch relevanten Transfer müsse man unter Kontrolle nehmen.

Ferner gebe es Gegenstände der Spitzentechnologie von strategischer Bedeutung – über die Abgrenzung zum Militärischen wolle er nicht reden – besonders im energiewirtschaftlichen Bereich, in dem die SU über reiche, aber schwer ausbeutbare Vorkommen verfüge.

Drittens müsse man die Subventionierung der SU durch Kredite vermeiden, wobei es nicht allein um die Kreditbedingungen ginge, wenn diese auch im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen müßten. Die rasche Kreditexpansion in Richtung Osteuropa drohe zu einer Abhängigkeit des Kreditgebers zu führen. Sh ließ – ohne dies zu vertiefen – in der Diskussion durchblicken, daß er garantierte Kredite nicht für marktkonform halte, soweit sie ohne Garantie nicht gegeben würden. Die Garantien hätten eine zu starke Kreditausweitung bewirkt und dadurch die Abhängigkeit der Kreditgeber herbeigeführt. Er nannte die Gestaltung von Anzahlungen (downpayments) und Laufzeiten (maturities) als mögliche Fälle der Subventionierung. Diese Verfahren gelte es in einer vernünftigen Weise zu überwachen.

Im weiteren Verlauf der Diskussionen unterstrich Sh – unter Zustimmung aller – mehrfach, daß man keinen Handelskrieg wolle. Er machte deutlich, daß es ihm nur darauf ankäme, den Technologietransfer im vorgenannten Rahmen zu kontrollieren und Kreditsubventionen zu vermeiden. Im übrigen solle der Osthandel nicht reguliert werden. Insoweit bleibe es bei der in Versailles<sup>17</sup> beschlossenen ex post review. Sh stimmte zu, daß man Wege finden sollte, unter den osteuropäischen Staaten angemessen zu differenzieren.

Mit der Kreditfrage sollen sich nach seiner Ansicht die Finanzminister befassen, evtl. im Rahmen der OECD. Im übrigen sollten die AM darüber beraten und befinden, wie man an das Problem herangehen solle, eine allgemeine Strategie der OWW als Teil der Gesamtbeziehungen zum Osten zu entwickeln. Sh

<sup>13</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das militärische Engagement Kubas in Angola; Dok. 36, Anm. 19.

<sup>15</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 222, Anm. 28.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>17</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

ließ den Rahmen offen, teilte aber die Ansicht von Cheysson und uns, daß insbesondere Japan einbezogen werden müsse.

Auf eine Bemerkung von Pym, daß man die Kreditfrage erst studieren und sich danach um Harmonisierung bemühen sollte, erwiderte Sh, daß diese Frage schon zu Tode analysiert worden sei. Die damit Befassten würden zu Ergebnissen kommen, wenn sie einen politischen Impuls erhielten. Dieser müsse von den AM kommen. Das sei der Sinn dieses Treffens.

Im Energiesektor warnte Sh vor einer „Raubtierstrategie“ der SU. Wenn potentielle Kompetitoren durch Unterbieten einmal an der Entwicklung ihrer Quellen gehindert und damit ausgeschaltet seien, dann habe man die Abnehmer in der Hand. Dies sei ökonomische Schulbuchweisheit. So könnten ganze Regionen abhängig werden.

Zum Zusammenhang mit Polen bemerkte Sh, der Westen müsse etwas tun. Er glaube nicht, daß es genüge, politische Kritik zu üben.

6) AM Cheysson (Ch) stimmte zu, daß die militärisch-politischen Beziehungen zum Osten und die OWW Teile einer Gesamtstrategie bilden müßten. Man könne im gegenwärtigen Kreis die strategischen Überlegungen anstellen, müsse die Implementierung aber den zuständigen Institutionen überlassen, Japan einbeziehen und unter den Satelliten differenzieren. Man solle nicht von Kreditsubventionen sprechen, sondern keine unvernünftigen Kredite geben. Fragen wie Anzahlungen und Laufzeiten solle man in der OECD prüfen. Die Beschlüsse von Versailles<sup>18</sup> solle man ausführen und die Handelsströme nach Sektoren überwachen (monitoring). Zu den Ausführungen von Sh gemäß dem Non-paper bemerkte Ch, man solle jetzt nicht präzise Stellung nehmen, sondern eine weitgehende Konvergenz der Ansichten feststellen. F könne, soweit er zu erkennen vermöge, den Ausführungen von Sh sehr weitgehend, wie ihm schiene bis auf einige wenige Worte, zustimmen. Mit der Präsentation des Problems durch Sh stimme er völlig überein. Er sei dafür, landwirtschaftliche Produkte als einen Gegenstand unter anderen in die Gesamtanalyse einzubeziehen. Im übrigen dürfe man die ins Auge gefaßte Strategie nicht über den Punkt hinausführen, in dem sie schädlich oder gefährlich werden könne. Hier stimme er seinem norwegischen Kollegen zu, der (wie mehrere andere) zu Recht darauf hingewiesen habe, daß wir nicht erklären sollten, wir wollten der SU Schaden zufügen, sondern, daß wir das Ziel verfolgen, unseren eigenen politischen und sicherheitspolitischen Interessen zu dienen. (Auch ich habe mich in diesem Sinne geäußert, unter Hinweis darauf, daß dies der doppelten Strategie entspreche, die man auf dem Bonner Gipfel<sup>19</sup> bestätigt habe.)

7) AM Colombo (C) stimmte dem Gedanken einer Gesamtstrategie gleichfalls zu. Die Entspannungspolitik habe zu einem gewissen Ungleichgewicht geführt, auf das wir politisch nicht ausreichend reagiert hätten. Allerdings gäbe es zur Entspannung keine Alternative. Man solle überlegen, die konventionelle Rüstung zu verstärken.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>19</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. Dok. 179.

Im OWW käme es darauf an, jetzt zu einem politischen Konsensus zu kommen. Andernfalls würden weitere Studien leicht zu weiteren Verzögerungen.<sup>20</sup>

C stimmte der Prüfung des Technologietransfers im nichtmilitärischen Bereich ausdrücklich zu. In bezug auf Kredite verwies er auf den OECD-Konsensus. Man müsse sich fragen, an welche konkreten Maßnahmen darüber hinaus gedacht werden könnte. Quantitative Restriktionen, andere Restriktionen (Selbstbehalt)? C erwähnte, unter Zustimmung von Sh, die underlying factors, insbesondere das unterschiedliche Zinsniveau. Andere Länder müssten einbezogen werden, um Marktübertragungen auszuschließen.

In der Kreditfrage gäbe es zwar Studien, aber keine Konklusionen, weil die Systeme von Land zu Land verschieden seien. Mit der Befassung der Finanzminister sei er einverstanden, aber man dürfe die Arbeiten nicht zu technisch machen, sonst werde man keine Ergebnisse haben. Es bedürfe des politischen Impulses.

8) Auch der kanadische AM wies auf die underlying factors hin. Die Kreditfrage verdiene Aufmerksamkeit, man könne aber auch Schwierigkeiten vorhersehen. Beim Technologietransfer im Energiesektor könne Kanada eigene kommerzielle Interessen haben.

9) Besonders weitgehende Unterstützung fand Sh bei den Vertretern von Benelux, vor allem MP van Agt, der die Zusammenfassung von Sh „mit Freude“ akzeptierte und zusagte, man werde sein Bestes tun, um das Konzept im Rahmen der angemessenen Fora zu implementieren.

10) AM Pym hob die Priorität der militärischen Sicherheit und den politischen Zusammenhang zwischen notwendigen Rüstungsanstrengungen und Bemühungen um Abrüstung nachdrücklich hervor.

Die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen werde in einer Zeit der Rezession nicht einfach sein. Die Fragen des Transfers von Spitzentechnologie und der Kreditharmonisierung müsse man studieren, ehe man Maßnahmen ergreifen könne.

11) Bei den übrigen Interventionen sind anzumerken:

- deutliche griechische und weniger deutliche portugiesische Vorbehalte, ohne Verweigerung weiterer Mitarbeit;
- Einführung des Themas EG Erweiterung durch Spanien<sup>21</sup>;
- Einführung des Themas Terrorismus durch Spanien und Türkei mit italienischer Zustimmung<sup>22</sup>;

<sup>20</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>21</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

<sup>22</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 29. September 1982, der türkische NATO-Botschafter Olçay habe in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag vorgeschlagen, den NATO-Ministerrat mit der „Frage armenischer Terroranschläge auf türkische Einrichtungen“ zu befassen: „Im Laufe seiner Ausführungen kritisierte der türkische Ständige Vertreter unter ausdrücklicher Nennung der betreffenden Länder die Reaktionen von Regierungsmitgliedern einzelner Verbündeter (Frankreich) sowie der Medien solcher Länder (Frankreich und Belgien) auf armenische Terroranschläge.“ Aus der weiteren Diskussion hielt Wieck fest: „Italienischer, spanischer und britischer Ständiger Vertreter wiesen im Zusammenhang mit dem Terrorismus-Problem auf die Situation in ihren eigenen Ländern hin. Sie sprachen sich unter Billigung des türkischen Vorschlags dafür aus, der Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung innerhalb der Allianz künftig mehr Beachtung zu schenken. Der spanische Ständige Vertreter [...] warnte insbe-

- keine Äußerung der dänischen Präsidentschaft<sup>23</sup> (bei einer anscheinend positiven Grundeinstellung);
- Warnung Norwegens vor falschen Akzenten (Handelskrieg, gezielte Schädigung der SU) bei grundsätzlich positiver Einstellung.

12) Zu der kurzen, von Sh mit großem Ernst geführten Aussprache über Welt-handel gesonderte Vorlage.

Staden

VS-Bd. 14110 (010)

## 254

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

105-76.A/82 VS-vertraulich

4. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vier-Augen-Gespräch des Herrn BK mit Präsident Mitterrand im Elysée-Palast am 4.10.1982<sup>2</sup> um 20.00 Uhr<sup>3</sup>; hier: Dolmetscheraufzeichnung (Wegen Unterteilung der Ausführungen in kurze Sätze ließen sich keine üblichen Dolmetscher-Notizen machen, so daß Aufzeichnung möglicherweise unvollständig bleibt.)

*Bundeskanzler* dankte einleitend dem Präsidenten, diese Begegnung so kurzfristig ermöglicht zu haben. Es habe ihm sehr daran gelegen, bei Aufrechterhaltung anderer schon feststehender Termine diese Begegnung herbeizuführen. Er wolle hiermit dartun, daß sich seine Regierung in Sachen deutsch-französische Beziehungen von niemandem in den Schatten stellen lasse.

Der politischen Vorstellung seiner Person wolle er gern die persönliche voranstellen: Er komme aus der Pfalz, also von nahe der französischen Grenze. So

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1329*

sondere davor, zwischen mehr und weniger verabscheuungswürdigen Terrorakten zu unterscheiden. [...] Der französische Ständige Vertreter bedauerte die – wie er es nannte – ‚polemischen Äußerungen‘ von türkischer Seite, die die Ehre seiner Regierung berührten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1727; VS-Bd. 11980 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 11. Oktober 1982 gefertigt und am 18. Oktober 1982 von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat gebeten, den Herrn Bundesminister persönlich zu unterrichten.“

Hat Ploetz am 18. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „5.10.1982“.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 4. Oktober 1982 in Frankreich vgl. ebenfalls Dok. 255.

kenne er die deutsch-französischen Beziehungen aus leiblicher Erfahrung. Er wolle hier nur herausgreifen, daß man ihm einst den internierten Robert Schuman gezeigt habe; später habe Konrad Adenauer ihm eine Begegnung mit Robert Schuman vermittelt.<sup>4</sup>

Er sei der erste Bundeskanzler der Nachkriegsgeneration. Bei Kriegsende sei er 15 Jahre alt gewesen. Er habe eine Erziehung in katholischer Tradition genossen, die ihm bleibende Wertvorstellungen vermittelt habe.

Seine politische Linie ergebe sich aus dem Vorgesagten. Er sei überzeugt, nur in der Gemeinsamkeit zwischen Deutschland und Frankreich könne Europa eine Zukunft finden – und dies über alle Unterschiedlichkeiten der Parteien und der Regierungen hinweg, auch wenn hier eine sozialistische, dort eine christdemokratische Regierung an der Spitze stünde. Es gelte, in erster Linie dem eigenen Land und in zweiter der Zukunft Europas zu dienen.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, ein großer Ruf gehe BK Kohl voraus. In der Tat: Frankreich und Deutschland hätten im Verlauf der Geschichte miteinander in Konkurrenz gestanden, ja im Krieg; heute lebten sie Seite an Seite in Frieden; mit den Bundeskanzlern pflege der französische Präsident enge Bande. Er sei immer wieder beeindruckt von der Normalität, mit der sich heute, nach 35 Jahren, für die neuen Generationen eine neue Sicht entwickelt habe. Auch er (*Mitterrand*) sei in katholischen Werten und Traditionen aufgewachsen und hiervon geprägt. Mit Robert Schuman, der ihn während seiner Zeit als Regierungschef der IV. Republik als StS zu sich geholt habe, sei er eng verbunden gewesen. Ebenso mit Pierre Mendès France. Diese beiden Männer erachte er als große Gestalten der jüngsten französischen Geschichte. Nach dieser Zeit der Regierungsverantwortung der Sozialistischen Partei während der IV. Republik sei er auf lange Zeit in der Opposition gewesen. Dies bedeute, so hoffe er, daß er die Dinge heute mit der notwendigen Distanz betrachten könne, ohne sich in den Details der tagespolitischen Entwicklungen zu verlieren.

Die Zukunft Europas und die Europapolitik gründeten zweifellos im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag<sup>5</sup>. Nicht im Sinne einer Achse – einst gängiger Begriff –, sondern vielmehr im Sinne enger Zusammenarbeit, die jedoch andere nicht hintansetzen wolle. GB stehe deswegen ferner, weil es sich selbst in diese Entfernung begeben habe. Andernfalls sei es ein gleichrangiger Partner.

Die Beziehungen zu den USA seien dadurch charakterisiert, daß Europa seinem politischen Willen und seiner Entscheidung gemäß in dasselbe Lager, den Westen, eingebunden sei, zugleich aber – geographische Gegebenheit – auf demselben Kontinent wie die SU liege. Dieses Faktum präge auch die Beziehungen Westeuropas zur SU mit.

Deutschland und Frankreich befänden sich dennoch in unterschiedlicher Situation, die sich aus der Nachkriegsgeschichte und -entwicklung ergebe. Deutschland sei ein großes Land, ein Land, das seine demokratische Ausrich-

<sup>4</sup> Zu den Begegnungen zwischen Helmut Kohl und Robert Schuman vgl. KOHL, *Erinnerungen 1930–1982*, S. 74 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

tung unter Beweis gestellt habe. Zudem – Frankreich und Deutschland brauchen einander.

Seine persönliche Beziehung zu Deutschland gehe zurück bis in die Zeit seiner Gefangenschaft, aus der ihm erst beim dritten Versuch die Flucht gelungen sei. Jedoch betone er stets, daß er trotz dieser Umstände für die deutschen Menschen, die ihm begegneten, immer große Sympathie empfunden habe, persönlich auch nie eine brutale oder gar unmenschliche Behandlung erfahren habe. In den Jahren 1941/42 habe er mehrere Deutsche zu Freunden gewonnen, mit denen er noch heute in Korrespondenz stehe. Bereits zwei Jahre nach dem Krieg habe er als Parlamentarier an einem ersten Europa-Kongreß in Den Haag<sup>6</sup> teilgenommen, an dem auch Deutsche wieder teilnahmen. Er sei also von Anfang für die friedlichen Beziehungen der Menschen beider Länder aufgeschlossen gewesen.

*Bundeskanzler* warf ein, dies könne jedoch für die jüngeren Generationen nicht ausreichen. So wichtig die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder zueinander seien, im kulturellen Bereich und zum gegenseitigen Kennenlernen könne noch mehr getan und erreicht werden.

Präsident *Mitterrand* entgegnete, BK sei ein junger Mann. Er werde die Fortentwicklung dessen, was bisher eingeleitet sei, sicher erleben.

Mit BK Schmidt habe ihn ein herzliches Verhältnis verbunden, und über der Erörterung der großen Fragen habe man eine Freundschaft entwickeln können. Jedoch habe man Ideologie, Freundschaft und persönliche Einstellung nie mit der politischen Linie verwechselt. Er sei überzeugt, auch mit BK Kohl eng und nutzbringend zusammenarbeiten zu können. Schließlich habe BK Schmidt auch freundschaftliche Beziehungen zu seinem Vorgänger Giscard d'Estaing unterhalten.

*Bundeskanzler* erklärte, gerade als der Jüngere erlaube er sich gegenüber dem Präsidenten gern die Bitte: Man möge doch, sobald es je erforderlich erscheine, lieber ein Wort mehr miteinander austauschen. Gerade in dieser Zeit erachte er diese enge Aussprache als äußerst wichtig. Diese Zeit sei von besonderer, historischer Bedeutung, sie bedeute auch einen neuen Ausgangspunkt. Seines Erachtens gebe es in der Geschichte stets Phasen, in denen Entscheidungen reifen, solche, in denen Entscheidungen fallen, und schließlich solche, in denen diese sich auswirken. Er glaube nicht in der Auffassung zu irren, daß die kommenden fünf Jahre eine Phase der Entscheidungen sein werden. Dies gelte insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik – so wichtig Wirtschafts- und Finanzpolitik auch sein mögen –, und ein falscher Schritt in der Außenpolitik sei irreparabel. In diesem Bereich, insbesondere in der Sicherheitspolitik, wolle seine Regierung ein verlässlicher Partner sein.

In diesem Zusammenhang hoffe er auch auf Fortschritte in den Genfer US–SU Verhandlungen.<sup>7</sup> Sollte jedoch bis zum Herbst 1983 der Erfolg ausbleiben, so gelten alle Teile des Doppelbeschlusses, so werden dann also die amerikanischen Raketen aufgestellt werden – mit allen Reaktionen, die dies bedeute, und diese Reaktionen würden stark sein angesichts des Ausmaßes der Infiltration.

<sup>6</sup> Der Europa-Kongreß in Den Haag fand vom 7. bis 10. Mai 1948 statt.

<sup>7</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

Er habe Generalsekretär Breschnew bei seinem letzten Besuch in Deutschland<sup>8</sup> erläutert, daß sein Onkel im Ersten, sein Bruder im Zweiten Weltkrieg gefallen sei, daß dies ein typisch deutsches Schicksal sei, daß dies ein Garant für den deutschen Willen zu Frieden und Freiheit sei. Jedoch könne man dies leichter bewerkstelligen, wenn man Freunde an seiner Seite wisse.

Frankreich sei in anderer Lage, und Deutschland verfolge mit Aufmerksamkeit die französische Sicherheitspolitik. Sie sei für uns wichtig. Aus diesem Grunde bedaure er, daß seinerzeit die geplante Sitzung der deutsch-französischen Außen- und Verteidigungsminister nicht zustande kam. Er wolle anfragen, ob diese Begegnung im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen (21. und 22. Oktober) anberaumt werden könne.<sup>9</sup> Es sei wichtig, damit kein Zweifel über die Gemeinsamkeit der Positionen aufkommen könne.

Auf das Thema der US und der SU Rüstung in Europa eingehend, entgegnete Präsident *Mitterrand*: In der Opposition habe er sich stets gewundert, warum die französische Regierung nicht gegen die Aufstellung der SS-20 stärker eingeschritten sei. Er habe stets die Verhandlung vorgezogen. Auch er hoffe, in den Genfer Verhandlungen werde man Ergebnisse erzielen und verhandle man beiderseits mit der wirklich ernsthaften Absicht, Erfolg zu zeitigen. Sollte die SU – wie sie es gern halte – ihren Zusagen und Erklärungen keinen Inhalt geben, so sei die Aufstellung unerläßlich. Andererseits setze Erfolg aber auch voraus, daß auch US ernsthaft verhandle, nicht nur eine Art Schauspiel in Genf aufführe, nur um am Ende aufstellen zu müssen.

Es gelte, hier sehr aufmerksam und vorsichtig zu sein, da die derzeitige amerikanische Führung (mit Ausnahme von AM Shultz) von Europa nichts verstehe, sich zum Beispiel nicht bewußt mache, wie dicht die Lagerung von Raketen auf deutschem Boden bereits sei, wie beunruhigend dies Wissen auf die Deutschen wirke.

Immerhin aber habe man auch die Mittel und Wege festzustellen, mit welchem Willen und welcher Zielgerichtetheit in Genf verhandelt werde. Dabei müsse man auch mit der Öffentlichkeit vorsichtig umgehen. Deutschland sei hier in noch diffizilerer Situation als Frankreich, da die Waffen eben auf deutschem Boden gelagert seien, und so verstehe er durchaus das Problem, das sich hier für Deutschland ergebe.

*Bundeskanzler* warf ein, es komme hier erschwerend hinzu, daß auch hinter dem Eisernen Vorhang Deutschland sei.

Gewiß, entgegnete der *Präsident*, Deutschland erlebe dies tagtäglich. Frankreich sei NATO-Mitglied und habe seine eigenen Nuklearwaffen; insgesamt ergebe dies eine starke Abschreckungskraft. Hier liege ein Aspekt der Nützlichkeit deutsch-französischer Meinungs austausche: die gemeinsame Sicherheit. Er befürworte durchaus die erwähnte Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister. Das Thema könne gleich in Anwesenheit der AM aufgegriffen werden.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl am 24. November 1981 vgl. KOHL, *Erinnerungen 1930–1982*, S. 603–605. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>9</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 284.

Die Beziehungen zu den US seien derzeit ein wenig empfindlich wegen des Erdgas-Röhren-Geschäfts.<sup>10</sup> Dies aber stelle die Allianz und die langfristigen Beziehungen keineswegs in Frage. Frankreich sei auch durchaus damit einverstanden, der SU keine strategisch bedeutsamen Güter zu liefern. Nur die US dürften sich nicht in Angelegenheiten einmischen, die für die Europäer Fragen der Nation und der Ehre beträfen, die Sicherheit aber nicht gefährdeten und die gemeinsame Sicherheit nicht in Frage stellten.

Die militärischen Beziehungen zu den US andererseits seien sehr gut. Er habe den BK stets – vertraulich – über die hierzu getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge unterrichtet. So stünden z. B. die französischen Häfen den US-U-Booten offen, so seien Überflugrechte und Versorgung der US-Luftstreitkräfte gewährleistet. Heute bestehende Absprachen gingen über diejenigen aus der Zeit von de Gaulle und Pompidou durchaus hinaus.

Das Erdgas-Geschäft aber, so müsse er wiederholen, sei eine Frage des Prinzips, und hier werde er nichts zurücknehmen. Er könne nicht mit seinem einmal bekundeten Willen brechen. Vielmehr hätten die US hier eine Linie durchbrochen und müßten ihrerseits ihre Haltung ändern.

*Bundeskanzler* erläuterte, er sei zwar nicht der Erfinder des Erdgas-Röhren-Geschäfts und wäre skeptisch gewesen, es abzuschließen. Jedoch habe auch er hier Vorbehalte gegen die US, die schließlich die Firma Caterpillar Lieferungen habe durchführen lassen und auch schwerlich einen Unterschied zwischen Röhren-Lieferungen und Weizenlieferungen<sup>11</sup> voll behaupten könnten. In jedem Falle seien die Verträge nun einmal abgeschlossen. Und es sei wichtig, ein verlässlicher und berechenbarer Partner zu sein. Die Verträge müßten ausgeführt werden.

Andererseits müsse es in Zukunft bezüglich strategischer Güter zwischen US und Europa klarere Absprachen und Abgrenzung geben.

Bezüglich der Frankreich–US-Beziehungen einerseits und der Deutschland–US-Beziehungen andererseits gebe es psychologisch bedeutsame Unterschiede: Frankreich sei die „älteste Tochter“ der katholischen Kirche – und doch das am meisten laizisierte Land, zugleich sei Frankreich das einzige Land, in dem der Nuntius ein Kardinal sei, wobei dieser seinen Hut nicht vom Papst, sondern vom Präsidenten der Französischen Republik erhalte. Dieser Unterschied in den Beziehungen zur Kirche finde seine Entsprechung in den Unterschieden der Beziehungen zu den US.

So sei ja auch Marschall Lafayette noch heute eine Figur, derer die Amerikaner in besonderer Weise gedächten, wie die eindrucksvolle Zeremonie anlässlich des US-Besuches des Präsidenten sinnfällig gemacht habe.<sup>12</sup> Von Steuben – ein General – stand auch auf amerikanischer Seite. Hessische Soldaten kämpften auf seiten Englands – die Pfalz allerdings stand auf seiten Frankreichs. Diese Hintergründe müsse man bewußt haben, um zu wissen, daß Frankreich

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR; Dok. 189, Anm. 15.  
Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>11</sup> Zu den Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 207, Anm. 9.

<sup>12</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 17. bis 19. Oktober 1981 in den USA auf. Am 19. Oktober 1981 nahm er an den Feierlichkeiten anlässlich des 200. Jahrestages der Kapitulation britischer Truppen bei Yorktown teil.

unbefangener mit US Beziehungen pflegen könne. Nützlich aber sei es, diese Erfahrungen zu vereinen im Gespräch mit den US.

Präsident *Mitterrand* pflichtete bei und ergänzte, das Erdgas stelle letztlich nur ein Inselchen im Gesamt der Beziehungen zu den US dar.

Der Präsident dankte abschließend für diesen Besuch so unmittelbar nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte<sup>13</sup> und bekräftigte, er wolle gern, wie von BK angeregt, wann immer es wünschenswert und nützlich erscheine, in telefonischen Kontakt mit BK treten, um anstehende Probleme zu erörtern.

Das Gespräch endete gegen 21.20 Uhr.

**VS-Bd. 14103 (010)**

## 255

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

**Geheim**

**4. Oktober 1982<sup>1</sup>**

Gespräch während des Abendessens von Präsident Mitterrand für den Herrn Bundeskanzler im Elysée-Palast am 4.10.1982<sup>2</sup>; hier: Dolmetscheraufzeichnung (Wegen akustisch schlechter Arbeitsbedingung – Sitzen in zweiter Reihe – und z.T. Unterteilung der Ausführungen in sehr kurze Sätze ließen sich keine üblichen Dolmetschernotizen machen. Die Aufzeichnung ist daher vermutlich unvollständig.)

An dem Essen nahmen ferner teil: PM Mauroy, BM Genscher, AM Cheysson, StS Schreckenberger, StS Bianco.

Einleitend wurde Einvernehmen beider Seiten darüber festgestellt, daß die seinerzeit vertagte Begegnung der deutsch-französischen Außen- und Verteidigungsminister für den 20.10. nachmittags oder 21.10. vormittags (also in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Gipfel<sup>3</sup>) anberaumt werden solle.<sup>4</sup> Auf die Frage nach seinen Erwartungen an diese Sitzung erläuterte Präsident *Mitterrand*: Es sei ihm eben nicht präsent, welche

<sup>13</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 12. Oktober 1982 gefertigt. Zur Übermittlung vgl. Dok. 254, Anm. 1.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „5.10.1982“.

Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 4. Oktober 1982 in Frankreich vgl. ebenfalls Dok. 254.

<sup>3</sup> Am 21./22. Oktober 1982 fanden deutsch-französische Konsultationen statt. Vgl. dazu Dok. 282 und Dok. 283.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 284.

Gesprächspunkte seinerzeit vorgesehen waren. Inzwischen habe sich ohnehin manches ereignet. So denke er etwa an folgende Themen:

**Außenpolitische Themen**

- neuere Entwicklungen in Beziehungen zu US;
- neue Regierungsbildung in D<sup>5</sup>, auch im Blick auf Beziehungen zu US;
- US–SU-Beziehungen;
- Prozeß der Schwächung der EG – Zukunft der EG.

**Militärische Aspekte**

- besondere Beziehungen F–D.

*Bundeskanzler* begrüßte diese Absprache über die Sitzung der vier Minister, die auch psychologisch von Bedeutung sei, u. a. in der Perspektive der Neuwahlen<sup>6</sup> und des Fortgangs bzw. möglichen Nichterfolgs der Genfer Verhandlungen<sup>7</sup> und der Konsequenzen daraus. Es liege ihm daran, D als verlässlichen Partner auszuweisen. Eine feste Haltung der Bundesregierung habe ihre Auswirkungen auf NL, B, IT und würde Beziehungen zu US verbessern. Wenngleich hier kein direkter Zusammenhang mit Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>8</sup> bestehe, so würde eine klare deutsche Haltung zum Doppelbeschluß doch die Diskussion in anderen Bereichen erleichtern. Allerdings werde man eine öffentliche Mobilisierung gegen den NATO-Doppelbeschluß zu gewärtigen haben. Die SED finanziere solcherlei Bewegungen mit ca. 70 Mio. DM jährlich, wovon die geringste Menge der kommunistischen Partei direkt zufließe. Auch die protestantische Kirche spiele hier traditionell eine gewisse Rolle. So wäre es gut, die Wahl noch vor Ausbruch dieser zu erwartenden Kampagne abzuhalten.

AM *Cheysson* fügte an, auch die neueren amerikanischen Thesen über den „no first use“ seien ein Thema für die gemeinsame Erörterung.<sup>9</sup>

Präsident *Mitterrand* führte die Gründe dafür aus, weswegen F sich gegen einen Verzicht auf „first use“<sup>10</sup> ebenso kategorisch verwahre wie gegen die Integrierung der französischen Nuklearwaffen: Da US und SU sich gegenseitig acht- bzw. dreimal zu zerstören vermöchten, könnte F sich hier nur in dem Fall eines absoluten Abbaus aller Nuklearwaffen, nicht aber bei bloßer Reduzierung einbeziehen, wolle es seine Selbstverteidigungskapazität wahren.

*Bundeskanzler* pflichtete dieser Argumentation bei. Es müsse auch in D Interesse liegen, daß F seine Bewegungsfreiheit behalte. Dies ergebe sich aus der geographischen Nähe beider Länder zueinander.

*Bundesminister* erläuterte, die obige französische Position entspreche der europäischen, denn wenn der gesamte Westen auf Nuklearwaffen verzichte, müsse er konventionell so stark aufrüsten, wie er es finanziell nicht bewältigen könne.

*Bundeskanzler* warf ein, das Problem beginne bereits bei der Dauer des Militärdienstes in D – im Vergleich zur freiwilligen Armee der US.

<sup>5</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>6</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>7</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

<sup>8</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>9</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „no first use“.

*Bundesminister* wies auf Bedeutung der Ziele einer KAE in diesem Zusammenhang hin.

Es bestand ebenso einvernehmliche Haltung gegenüber der Notwendigkeit von rechtzeitigen Konsultationen bzw. Rahmenabsprachen mit den US, bevor von der einen oder anderen Seite einseitig Schritte unternommen werden, die gemeinsame Interessen und gemeinsame Sicherheit berühren.

Auf die Frage von StS Schreckenberger, ob F Nuklearwaffen ggf. auch deutschen Boden berühren würden, erwiderte der *Präsident*: Der Fall sei vorstellbar, jedoch nicht ohne vorherige Abstimmung mit D, nur im Falle der vorherigen Zerstörung von D und der Unerläßlichkeit zum Zwecke der Selbstverteidigung.<sup>11</sup> Dies sei eines der Themen, über das er gern – sehr vertraulich – den BK im Detail informieren werde, wie er dies stets gegenüber dem deutschen BK gehalten habe.

Zur Selbstverteidigung sei wichtig, gefürchtet zu sein, also ausreichende Abschreckungskraft zu besitzen. Es müsse da eine gewisse Automatik der Entscheidungsabläufe geben. Für US habe es bis heute nie eine Automatik der internen Entscheidungsmechanismen für Europa gegeben. Hierher rechtfertige sich die Entscheidung von General de Gaulle im Sicherheitsbereich. Es handele sich um unerläßliche Vorsichtsmaßnahmen.

Kein Land wolle wissentlich das Risiko eines Nuklearkrieges heraufbeschwören. Auch SU sei nicht kriegerischer Absicht, vielmehr von der Erfahrung des Weltkriegs gezeichnet und geprägt. Sie ergreife lediglich ihre Vorsichtsmaßnahmen, um sich nicht a priori in der Verliererposition sehen zu müssen. Breschnew selbst sei durchaus friedlich gesonnen. Freilich sei der SU zuzutrauen, daß sie der Versuchung erliegen könne, wenn sie gefahrlos mit „einem netten kleinen konventionellen Krieg“ einen Vorteil erlangen könne. Eine atomare Abschreckungskraft des Gegners jedoch halte sie definitiv davor zurück.

*Bundeskanzler* ergänzte, in Anbetracht eines möglichen baldigen Wechsels im Kreml sei es also um so wichtiger, daß F in der derzeitigen Phase durch seine Sicherheitspolitik zum bestmöglichen Nutzen handele. Dies sei auch kein Mißtrauensbeweis gegen US.

Präsident *Mitterrand* dankte erneut für so umgehend nach Regierungsbildung erfolgten Besuch. Auch mit BK Schmidt habe er alsbald nach der eigenen Wahl<sup>12</sup> Kontakt hergestellt. Er baue auf enge, gute Zusammenarbeit mit BK Kohl.

Das Essen endete gegen 22.30 Uhr.

**VS-Bd. 14103 (010)**

<sup>11</sup> Zu den französischen Plänen für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 103, Anm. 2.

<sup>12</sup> François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt.

## 256

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

VS-NfD

5. Oktober 1982<sup>1</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Herr Teltschik, Herr Höynck, Herr Scheel (Dolmetscher) sowie auf sowjetischer Seite Dolmetscher Kurpakow.

Nach einleitenden persönlichen Bemerkungen von BK verlas Botschafter *Semjonow* die anliegenden Grüße von Generalsekretär Breschnew und Ministerpräsident Tichonow an den Bundeskanzler.<sup>2</sup>

*Bundeskanzler* dankte für die Grußbotschaft und wies darauf hin, daß man in der Vergangenheit häufig Gelegenheit zu Meinungs austausch gehabt habe, er hoffe, daß dies auch in Zukunft so sein werde. In der Regierungserklärung<sup>3</sup> werde er, wie schon in den vergangenen Tagen, erneut darauf hinweisen, daß die Bundesregierung die Absicht habe, bei voller Wahrung der eigenen Standpunkte zu versuchen, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion weiterzuentwickeln. Einige Kernpunkte habe er auch gestern in der Pressekonferenz<sup>4</sup> erwähnt: die volle Wahrung abgeschlossener Verträge als geltendes Recht; die Zuverlässigkeit des deutschen Partners; den Versuch, die Verträge mit Leben zu erfüllen. Dies werde nicht immer leicht sein. Er wolle hier nur an die Verhandlungen in Genf erinnern, wo es zu wirklicher Abrüstung kommen müsse.<sup>5</sup> Als einem Lande mitten in Europa sei die Sowjet-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 6. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag an Bundeskanzler Kohl weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „1) Als Anlage lege ich einen Vermerk über das o. a. Gespräch zu Ihrer Unterrichtung vor. 2) Ich schlage vor, daß BM Genscher Durchdruck des Vermerks erhält, und bitte hierzu um Zustimmung. 3) Glückwunschtelegramm ist – entgegen der Abrede mit Semjonow – bereits gestern abend von TASS veröffentlicht worden. 4) Auf Einladung zu der sowjetischen Industrie- und Handelsausstellung in Düsseldorf (Eröffnung Freitag, 8.10.) sollten Sie nicht zurückkommen. 5) Die von Botschafter Semjonow überreichten Redentexte von GS Breschnew und AM Gromyko enthalten keine wesentlichen neuen Aspekte der sowjetischen Außenpolitik. 6) Dankschreiben für diese und andere Glückwunschartikeln werden Ihnen in einigen Tagen gesammelt vorgelegt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, und des Ministerpräsidenten Tichonow vom 4. Oktober 1982 an Bundeskanzler Kohl hieß es: „Nehmen Sie die Glückwünsche anlässlich Ihrer Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland entgegen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die durch den Abschluß des historischen Moskauer Vertrages zum wichtigen Faktor der Stabilität und der Entspannung auf dem europäischen Kontinent geworden sind, weitere Entwicklung zum Wohle der Völker der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit erfahren werden.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>4</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 4. Oktober 1982 vor der Presse vgl. den Artikel „Die Minister des Kabinetts Kohl vereidigt – Für die neue Regierung beginnt der Alltag“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Oktober 1982, S. 1.

<sup>5</sup> Seit 30. November 1981 fanden in Genf die INF-Verhandlungen statt.

Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

union als einer unserer Nachbarn für uns ein wichtiger Partner. Hinzu komme, daß die Sowjetunion schon aus geographischen Gründen entscheidenden Einfluß auf den anderen Teil Deutschlands habe. Semjonow wisse aus früheren Gesprächen, daß er (BK) zur Einheit der Nation stehe, wie dies in der Präambel des Grundgesetzes<sup>6</sup> verankert sei. Entscheidend sei, daß es auf beiden Seiten guten Willen zu friedlicher Zusammenarbeit gebe.

Er (BK) wolle ein berechenbarer Partner sein für alle unsere Nachbarn. Er schließe aus der russischen und auch aus der sowjetischen Geschichte, daß die Sowjetunion die Berechenbarkeit ihrer Partner immer besonders geschätzt habe. Dies sei auch in den sowjetischen Nachrufen beim Tode Adenauers deutlich geworden, die er nicht vergessen habe. Bundeskanzler Adenauers Grundanschauungen seien auch seine politischen Grundanschauungen. Abschließend bestätigte BK den Gesprächstermin für Ministerpräsident Solomenzew am Donnerstag, 7. Oktober.<sup>7</sup> Er bat um Verständnis dafür, daß er den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostandow angesichts der Regierungserklärung am Mittwoch, den 13. Oktober, nur zu einem sehr kurzen Gespräch werde empfangen können.<sup>8</sup>

Auf Frage nach einer Veröffentlichung der sowjetischen Grußadresse erwiderte *Semjonow*, daß er Weisung zu dem Vorschlag habe, die Grußadresse morgen früh in Moskau zu veröffentlichen. *BK* war einverstanden.

*Semjonow* dankte für die Erklärungen von BK, die er an die sowjetische Führung weiterleiten werde. Er wolle auch seine persönlichen Glückwünsche für den Bundeskanzler und seine Familie übermitteln. Er wünsche weitere Erfolge bei der Festigung des Friedens, der internationalen Zusammenarbeit und der internationalen Verständigung.

In Moskau sei die öffentliche Erklärung des Bundeskanzlers, daß er ein zuverlässiger Partner für die Völker Mittel- und Osteuropas sein wolle, wohl verstanden worden und auch auf die Sowjetunion erstreckt worden. Das Wichtigste sei die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge. Es sei ein wichtiger Faktor der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa, daß diese Verträge auch künftig entwickelt werden sollten. *Semjonow* dankte sodann für das Interesse des Bundeskanzlers an einer Fortsetzung der Kontakte. Die bewährte Praxis, daß man Meinungen rechtzeitig austausche, solle man beibehalten und weiterentwickeln. Bei

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew, vgl. Dok. 265.

<sup>8</sup> Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 äußerte sich der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Kostandow „zufrieden über die Ergebnisse der 11. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission und über die Aussicht für die weiteren Arbeiten dieses Gremiums. Er habe offene Gespräche mit BM Graf Lambsdorff geführt. Der deutsch-sowjetische Warenumsatz habe sich seit 1965 verzehnfacht. Dies sei eine große Leistung, aber noch nicht genug. Er bezeichnet eine weitere Verdreifachung auf 50 Mrd. DM als wünschenswert; zu diesem Zweck müßten neue Gebiete der Zusammenarbeit erschlossen werden (z. B. Kartoffelverarbeitung – Besuch bei der Firma Pfanni in München). Das Erdgas-Röhren-Geschäft müsse trotz der Widerstände tatkräftig verwirklicht werden. Er sehe die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft zu einer Erweiterung der Zusammenarbeit.“ Kostandow habe es begrüßt, „daß die Bundesregierung die Politik der Berechenbarkeit fortsetzt. [...] Die Sowjetunion sei sehr ernsthaft daran interessiert, daß sich die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik möglichst schnell wieder normalisieren.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

dem Gespräch von Generalsekretär Breschnew mit Herrn Kohl im November 1981<sup>9</sup> habe die Bedeutung der weiteren Entwicklung der Beziehungen und des Dialogs im Vordergrund gestanden. Dies sei jetzt besonders wichtig.

Semjonow dankte für die Bestätigung der Termine für Solomenzew und Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostandow. Er fragte, ob der Bundeskanzler Gelegenheit haben werde, die von Solomenzew zu eröffnende Ausstellung in Düsseldorf<sup>10</sup> zu besuchen.

Abschließend verwies Semjonow auf die wichtigen Reden Generalsekretär Breschnews in Baku<sup>11</sup> und Außenminister Gromykos vor den Vereinten Nationen<sup>12</sup> und übergab die Texte dieser Reden.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß etwa zur gleichen Stunde in New York Außenminister Genscher mit Außenminister Gromyko spreche.<sup>13</sup>

*Semjonow* dankte für diese Information, die ihm nicht bekannt war.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl am 24. November 1981 vgl. KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 603–605. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>10</sup> Am 24. Juni 1982 notierte Ministerialdirektor Pfeffer zur „Industrie- und Handelsausstellung der UdSSR“ vom 8. bis 19. Oktober 1982 in Düsseldorf: „Die Sowjetunion bereitet für Oktober 1982 in Düsseldorf eine Handelsausstellung vor. Die Vereinbarungen darüber stammen aus dem Jahre 1980. Während wir inzwischen ein politisches Interesse daran haben, wegen der Ereignisse in Polen diese Ausstellung in Umfang und Öffentlichkeitswirkung zu beschränken [...], hat das Projekt ohne unser Zutun an Bedeutung gewonnen: 1) Zwar ist es der SU nicht gelungen, den Titel zu ändern in ‚Nationalausstellung UdSSR 1982: Politik der Zusammenarbeit – ein Gebot der Zeit‘ und damit eine umfassende Selbstdarstellung zu erreichen, aber sie betreibt nach wie vor die thematische Ausweitung der Ausstellung. [...] 2) Einen weiteren Akzent erhält die Ausstellung dadurch, daß auf sowjetischen Vorschlag die nächste Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission während der Ausstellung stattfinden wird. 3) Die unter Ziffer 1 und 2 genannten sowjetischen Initiativen sind wohlweislich so konzipiert, daß sie die Anwesenheit hochrangiger Vertreter der Sowjetregierung bedingen. [...] 4) MP Rau hat die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernommen; in dem (zur Vorbereitung konstituierten) Beirat sitzen auch Vertreter des BMWi und des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums; in beiden Fällen ist das Auswärtige Amt erst nachträglich unterrichtet worden, Korrekturmöglichkeiten bestehen nach Lage der Dinge nicht.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133253.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 26. September 1982 in Baku vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 339–346.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 1. Oktober 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 37th Session, Plenary Meetings, S. 212–219. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 620–623 (Auszug).

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982 vgl. Dok. 258 und Dok. 263.

257

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

**114-14767/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2321**  
**Citissime**

**Aufgabe: 5. Oktober 1982, 21.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. Oktober 1982, 03.58 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit dem jugoslawischen AM Mojsov am 5.10.82, 10.30 bis 11.15 Uhr

Zur Unterrichtung

1) BM wies einleitend darauf hin, daß er nach New York gekommen sei<sup>2</sup>, um in Gesprächen mit einer Reihe von Kollegen die Politik der neuen Bundesregierung<sup>3</sup> zu erläutern. Die Bundesregierung sei entschlossen, die bisherige Außen- und Sicherheitspolitik in allen Bereichen kontinuierlich fortzusetzen. BM nannte besonders die Entspannungspolitik, Abrüstungspolitik und die KSZE. Zu dieser Kontinuität gehöre auch die Fortsetzung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen mit Jugoslawien. BM wies auf die Betonung der Bedeutung wirklicher Blockfreiheit in der Koalitionsvereinbarung hin. In allen Grundfragen unserer Außenpolitik gebe es in unserem Lande seit langem einen breiten Konsens.

Mojsov drückte seine Befriedigung über die Wiederernennung von BM als Außenminister aus, von der er als sicher ausgegangen sei, sowie über die Äußerungen von BM über die Kontinuität der deutschen Außenpolitik, insbesondere auch im Bereich der Ost-West-Beziehungen und der KSZE. Er würdigte die Bedeutung der „jugoslawisch-deutschen“ Beziehungen, unabhängig von den jeweiligen Regierungen. Er sei von der Betonung der Bedeutung der Blockfreiheit in der Koalitionsvereinbarung beeindruckt gewesen.

Mojsov erläuterte die jüngste Entwicklung in der Blockfreien Bewegung.

Nach den Streitigkeiten über den Tagungsort des Blockfreien-Gipfels<sup>4</sup>, die sich Kuba zugunsten einer Sitzung in Havanna zunutze habe machen wollen, sei man nur nach aktiven diplomatischen Bemühungen Jugoslawiens zu der Einigung gelangt, daß der Gipfel von 7. bis 11. März 1983 in New Delhi<sup>5</sup> stattfinden werde. Saddam Hussein habe sich einverstanden erklärt. Am 1. März näch-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 6. Oktober 1982 vorgelegen, der mit der handschriftlichen Bitte um eine Besprechung die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Barker verfügte und vermerkte, daß eine „besondere Abl[ic]htung!“ an Referat 212 weitergeleitet worden sei.

Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 6. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Botschafter Meyer-Landrut, z. Z. Bonn, vorgelegen.

Hat Barker am 27. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>3</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>4</sup> Für Anfang September 1982 war eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Bagdad geplant. Vgl. dazu Dok. 124, Anm. 4.

<sup>5</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

sten Jahres werde eine Serie von Vorbereitungstreffen, zunächst auf Botschaferebene, dann auf Ministerebene<sup>6</sup>, stattfinden. Darauf habe man sich in dem gestern und heute in New York stattfindenden Treffen des Blockfreien-Büros geeinigt. Kuba habe auf seine Pläne verzichtet. Damit werde die Blockfreien-Bewegung jetzt für die nächsten drei Jahre gestärkt werden.

Anschließend erläuterte Mojsov die Wirtschaftslage Jugoslawiens, wobei er die Überzeugung ausdrückte, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden würden.<sup>7</sup> Jugoslawien werde in den nächsten zwei Jahren zehn Milliarden Dollar seiner Auslandsschulden zurückzahlen. Wie die Premierministerin<sup>8</sup> offiziell im Parlament erklärt habe, werde Jugoslawien keine Umschuldung beantragen. Man brauche allerdings Kreditlinien, um die Importe nicht beschränken zu müssen, und hoffe hier auf Verständnis im Westen. Shultz habe sich positiv geäußert. Die jugoslawische Wachstumsrate sei zurückgegangen, werde aber in diesem und im nächsten Jahr mit ca. zwei Prozent immerhin noch positiv bleiben. Das Außenhandelsdefizit sei seit 1979 drastisch abgebaut worden und werde sich in diesem und im nächsten Jahr auf Null<sup>9</sup> zubewegen. Man habe drastische Haushaltskürzungen vorgenommen.

BM fragte unter Hinweis auf sein bevorstehendes Gespräch mit Gromyko<sup>10</sup> nach der jugoslawischen Einschätzung der Führungslage in Moskau. Mojsov führte unter Berufung auf eine kürzlich ausgearbeitete Analyse aus: Man erwarte, daß sich in den nächsten zwei Jahren in Moskau nichts ändern werde. Auch in den laufenden Abrüstungsverhandlungen werde sich in dieser Zeit nichts ändern. Die Sowjets würden nicht ernsthaft verhandeln, sondern bei ihren gegenwärtigen Positionen bleiben, auch deshalb, weil sie von der Reagan-Administration ebenfalls keine Bewegung erwarteten. Insgesamt stütze sich die Erwartung einer zweijährigen Immobilitätsphase auf drei Gründe:

- das Warten auf einen Wechsel der US-Administration;
- das Warten auf die Entscheidung über die Stationierung der eurostrategischen Raketen;
- zu erwartende Änderungen in der Sowjetunion.

Gewisse Änderungen in der Sowjetunion könne man, fuhr Mojsov fort, im Dezember erwarten. Dieser Monat sei voller Aktivitäten in Moskau. Vor allem

<sup>6</sup> Die Tagung der Außenminister blockfreier Staaten fand vom 1. bis 6. März 1983 in Neu Delhi statt.

<sup>7</sup> Am 23. Juli 1982 bilanzierte Botschafter Grabert, Belgrad: „Die Verschuldung des Landes beginnt jetzt verstärkt Wirkung zu zeigen, nachdem Jugoslawien über die Jahre hindurch ‚über seine Verhältnisse‘ gelebt hat. Von der Wirtschaftsproduktivität nicht gedeckte Ausgaben im nichtökonomischen Bereich bei insgesamt stark überhöhter Investitionstätigkeit [...] schlugen sich im vergangenen Jahr in einer knapp fünfzigprozentigen Inflationsrate und einer stark negativen Außenwirtschaftsbilanz nieder. Die Auslandsverschuldung beträgt mittlerweile rund 20 Mrd. US-Dollar. In diesem und in den folgenden drei Jahren müssen jährlich ca. 5 Mrd. US-Dollar für den Schuldendienst aufgebracht werden. Erste gravierende Liquiditätsprobleme haben sich Anfang des Jahres gezeigt und drohen mit abnehmenden Devisenreserven der Nationalbank vor allem im kurzfristigen Bereich ernst zu werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 842; Referat 214, Bd. 133012.

<sup>8</sup> Milka Planinc.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 258 und Dok. 263.

seien zwei wichtige Ereignisse in dieser Zeit in der sowjetischen Hauptstadt anberaunt:

- am 15. Dezember ein Gipfeltreffen des politischen Konsultativausschusses des Warschauer Pakts, das zunächst in Prag habe stattfinden sollen<sup>11</sup>;
- am 20. Dezember eine große Jubiläumsfeier zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR, zu der man alle staatlichen Führer der Welt einzuladen beabsichtige.<sup>12</sup> Dieses zweite Ereignis sei etwas künstlich; der 50. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion sei zum Beispiel nicht gefeiert worden. Möglicherweise werde man eine „Abschiedsparty“ veranstalten.

Man könne, meinte Mojsow weiter, mit einem glatten Übergang rechnen. Denn die drei Hauptpersonen der Führungsmannschaft, nämlich Andropow, Tschernenko und Tichonow, seien schon in ihren Funktionen. Dazu kämen noch Gromyko und Ustinow. Diese fünf führten bereits jetzt als kollektives Team die Sowjetunion.<sup>13</sup> Breschnew erscheine nur hin und wieder. Diese kollektive Führung werde sich fortsetzen. Man könne damit rechnen, daß es etwa zwei Jahre dauern werde, bis sich etwas Neues einstelle. Auf Frage von BM nach den sowjetisch-chinesischen Beziehungen meinte Mojsow, daß sich hier nichts Dramatisches abspiele. Beide Seiten hätten Verhandlungen aus kosmetischen Gründen wieder aufgenommen.<sup>14</sup> Iljitschow werde diese Verhandlungen für die UdSSR weiterführen, und deshalb nicht nach Madrid zurückkehren.

Der chinesische Parteikongreß habe die Position von Deng Xiaoping bestätigt.<sup>15</sup> China habe seine Politik für die Zukunft definiert, in diesem Rahmen habe man auch die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion erklärt. Die Vorbedingungen hierfür bestünden jedoch, wenn auch in veränderter Form, fort. Im Mittelpunkt stehe jetzt die sowjetische Truppenkonzentration an der sowjetisch-chinesischen Grenze und die chinesische Forderung nach einem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan.

Mojsow berichtete über das Treffen der N+N-Staaten in Stockholm<sup>16</sup>: Man habe unter Vermeidung einer Substanzdebatte sich auf zwei Punkte geeinigt:

<sup>11</sup> Die nächste Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 4./5. Januar 1983 in Prag statt.

<sup>12</sup> Das ZK der KPdSU und der Oberste Sowjet sowohl der UdSSR als auch der RSFSR gedachten am 21./22. Dezember 1982 des 60. Jahrestags der Gründung der UdSSR.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>14</sup> Über die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR vermerkten die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Arnot und Bente am 19. Oktober 1982: „In einem Gespräch mit französischen Journalisten am Sonntag (17.10.) kündigte der chinesische Parteichef Hu Yaobang die Aufnahme formeller Verhandlungen zwischen China und der SU an, und zwar abwechselnd in Peking und Moskau. Den Verhandlungsgegenstand bezeichnete er nicht, aber aus den alternierenden Verhandlungsorten kann geschlossen werden, daß eine Wiederaufnahme der Normalisierungsverhandlungen und nicht der (in der Vergangenheit nur in Peking stattfindenden) Grenzverhandlungen beabsichtigt ist. Das wäre in gewisser Weise eine Rückkehr zum Stand vom Januar 1980 [...]. Nachdem die Welt sich daran gewöhnt hat, zerrüttete sowjetisch-chinesische Beziehungen für eine Konstante zu halten, ruft jetzt jede kleine Veränderung Pendelausschläge in die Gegenrichtung in Gestalt übertriebener Erwartungen hervor. Besonders gilt das für Spekulationen, die in Pressekommentaren an Hu Yaobangs Ankündigung geknüpft werden. [...] In der Sache ist schwer vorstellbar, wie Normalisierungsverhandlungen zu einem raschen Ergebnis führen sollen, da beide Seiten ihre Haltung nicht wesentlich verändert haben.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133207.

<sup>15</sup> Vom 1. bis 11. September 1982 fand in Peking der XII. Parteitag der KPCh statt.

<sup>16</sup> Das Treffen der Außenminister europäischer blockfreier Staaten und europäischer Neutraler und Nichtgebundener Staaten fand am 30./31. August 1982 in Stockholm statt.

- die N+N-Gruppe sei weiter bereit, als Brücke in den Ost-West-Beziehungen zu dienen;
- der N+N-Entwurf für ein Abschlußdokument in Madrid<sup>17</sup> bleibe gültig.

Dabei stütze man sich darauf, daß beide Seiten ihn als Verhandlungsgrundlage bezeichnet hätten. Wenn sich dies ändere, werde man sich darauf einstellen. Man wünsche, daß Madrid jetzt ohne erneute Unterbrechung zu Ende geführt werde.<sup>18</sup> Mojsov fuhr fort: Aus Konsultationen mit dem amerikanischen Delegationsleiter Kampelman entnehme man, daß sich eine dreiteilige Option abzeichne:

- Einigung auf ein weiteres Folgetreffen nach zwei Jahren;
- Einsetzung eines Expertengremiums zur Vorbereitung einer KAE;
- Einsetzung eines Expertengremiums für Menschenrechte.

Damit werde die Tür nicht geschlossen.

BM erwiderte hierauf: Er hätte für eine europäische Abrüstungskonferenz gern mehr als ein Expertentreffen. Diese Frage habe er heute früh intensiv mit AM Shultz erörtert.<sup>19</sup>

Abschließend erneuerte BM die Einladung Mojsovs zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn nächsten Jahres, möglichst nahe am Jahresanfang. Damit sollte die Kontinuität der deutsch-jugoslawischen Beziehungen und ihre Bedeutung auch für die neue Bundesregierung, deren Bundeskanzler AM Mojsov bei seinem Besuch sehen sollte, unterstrichen werden. Die Fortsetzung der traditionellen informellen Sommertreffen im nächsten Jahr bleibe davon unberührt.<sup>20</sup> Mojsov erklärte sich einverstanden; er werde seiner Regierung berichten, von deren Zustimmung er ausgehe.

2) Für Botschaft Moskau: Zur „zweijährigen Immobilitätsphase“ und den Bemerkungen Mojsovs über die Treffen und Feiern in Moskau wäre Bericht aus dortiger Sicht nützlich.<sup>21</sup>

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 13269 (213)**

<sup>17</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 40, Anm. 11.

<sup>18</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>19</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 5. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 262.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Mojsov trafen am 24./25. Juli 1983 in Bischofsgrün zusammen. Für ihr Gespräch am 25. Juli 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>21</sup> Am 22. Oktober 1982 übermittelte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, folgende Stellungnahme: „Entgegen allen Vermutungen und Spekulationen bietet die sowjetische Führung – zumindest nach außen – noch immer ein Bild der Geschlossenheit und der vollen Funktionsfähigkeit. Die jüngsten Auftritte des Generalsekretärs, die – wie auch schon früher – durch Zusammendrängungen zahlreicher Aktivitäten auf einen relativ kurzen Zeitraum eine große Anstrengung sein müssen, vermitteln den Eindruck sowohl psychischer wie auch physischer Arbeitsfähigkeit mit wechselnden Einschränkungen. Reden anderer Mitglieder der Führung sowie Darstellung der Medien zeigen, daß Breschnew unbestritten weiterhin die Nummer 1 ist [...]. Ein ‚policy gap‘ im Sinne verminderten Umfangs der Tätigkeit der gesamten Führung oder eine ‚Entscheidungspause‘ (insbesondere im außenpolitischen Bereich) als Effekt eines bevorstehenden Wechsels ist nicht erkennbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4566; VS-Bd. 11310 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

## 258

**Botschafter Ruth, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2323

Aufgabe: 5. Oktober 1982, 22.55 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 6. Oktober 1982, 04.09 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit AM Gromyko am 5.10.1982<sup>2</sup>Bezug: Weiterer Bericht über das gleiche Gespräch BM–Gromyko vom 5.10.1982<sup>3</sup>

I. Im Rahmen des vom Bundesminister Außenminister Gromyko gegebenen Arbeitssessens sprach der Bundesminister die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen in Genf<sup>4</sup> und Wien<sup>5</sup> sowie die bevorstehende Überprüfungskonferenz in Madrid<sup>6</sup> an. Er stellte fest, daß wir daran interessiert seien, an allen Tischen substantielle Ergebnisse zu erzielen. Was wir dazu tun könnten, seien wir bereit zu tun.

AM Gromyko benutzte diese Feststellung des BM zu einer längeren Ausführung über die INF-Verhandlungen in Genf; es sei gut, daß nach Meinung des Ministers Fortschritte erzielt werden können. Mehr Positives könne man im Augenblick über die Verhandlungen nicht sagen. Man müsse sehen, wie die Entwicklung laufe. Er könne nur die Hand dafür ins Feuer legen, daß die Sowjetunion dafür sei, daß es zu Ergebnissen kommt. Die Sowjetunion sei bereit zu Begrenzungen und Reduzierungen bei den strategischen Systemen und den „Waffen mittlerer Reichweite in Europa“. Die Linie der Sowjetunion sei unänderlich. Sie beruhe auf dem Prinzip der Gleichheit, was ein anderes Wort für Gleichgewicht sei. Nur auf dieser Grundlage könne es Vereinbarungen geben.

Viele Staaten drückten ihre Genugtuung darüber aus, daß die Verhandlungen laufen. Bei Politikern stellte man ein Aufatmen fest. Die Sowjetunion antworte darauf, daß es in der Tat eine gute Sache sei, daß verhandelt werde. Aber Verhandlungen führen, heißt noch nicht, Ergebnisse erzielen. Leider gebe es heute noch nichts an Substanz, wonach man greifen könne. Andererseits sei aber auch eine pessimistische Beurteilung fehl am Platze. Vielleicht könne die Bundesregierung bei ihrem Partner ein Wort einlegen.

Das „Heiligste“ bei den Verhandlungen bleibe die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, der Gleichheit. Auf dieser Grundlage müsse man zu Fortschritten kommen.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. Oktober 1982 vorgelegen, der mit einem Hinweis auf Seite 3 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte. Vgl. Anm. 11 und 12. Hat Jansen vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 263.

<sup>4</sup> Seit 30. November 1981 fanden in Genf die INF-Verhandlungen statt.

Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

<sup>5</sup> Zu den MBFR-Gesprächen in Wien vgl. Dok. 244.

<sup>6</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß wir am Dialog wie an substantiellen Ergebnissen interessiert seien. Er erinnerte an die Rede, die Bundeskanzler Schmidt am 30. September vor dem Diplomatischen Korps gehalten habe.<sup>7</sup> Dabei habe er unsere Position zu den Verhandlungen dargelegt. Bei dieser Position bleibe es. Es habe sich nichts geändert. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland hofften, daß die Verhandlungen zu dem Ergebnis führten, daß auf beiden Seiten auf landgestützte Mittelstreckenraketen verzichtet wird.<sup>8</sup> Dieses Thema sei in deutsch-sowjetischen Gesprächen oft behandelt worden. Unterschiedliche Meinungen seien ausgetauscht worden. Unsere Position sei, daß wir ein Verhandlungsergebnis wollen, das zum vollständigen Verzicht auf beiden Seiten führe. Das Bündnis habe beschlossen, den Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Ergebnisse zu überprüfen.<sup>9</sup> Das heiße, daß ohne ein solches konkretes Ergebnis die Entscheidung wie geplant verwirklicht werde.

Gromyko antwortete darauf, daß es die Sowjetunion wenig beruhige, daß die Bundesrepublik Deutschland später im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse den Bedarf prüfen werde, wenn im nächsten Jahr stationiert werde. Das heiße, daß nur bei konkreten Ergebnissen der NATO-Plan korrigiert werde. Die Vereinigten Staaten könnten den Stationierungsplan damit durchsetzen, daß sie keine Ergebnisse zuließen, dann gebe es grünes Licht für die Nachrüstung. Der Schlüssel liege in Washington.

Der Bundesminister antwortete, daß man nur zu Ergebnissen kommen könne, wenn man sich in die Lage der anderen Seite versetze und ihre Interessen zur Kenntnis nehme. Er appelliere an die Sowjetunion, bei der SS-20-Rüstung Schritten zuzustimmen, die eine Überprüfung der Stationierung auf westlicher Seite möglich machten. Es bestehe überhaupt kein Zweifel, daß wir Gleichgewicht und Gleichheit auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstung herstellen wollen. Es liege uns nichts an einem neuen Rüstungswettkampf. Dies sage er für alle Parteien im Deutschen Bundestag.

Gromyko replizierte, die Sowjetunion sei für das Gleichgewicht, und zwar für seine Aufrechterhaltung. Es stelle sich die Frage, was Gleichgewicht ist. Man müsse die Mittelstreckensysteme vergleichen, die zur gleichen Kategorie gehörten. Die vorliegenden Daten zeigten, daß die NATO dabei um einen Faktor von 1,5 überlegen sei. Die Sowjetunion habe vorgeschlagen, Fachleute sollten sich in Genf an einen Tisch setzen, um dieses Problem zu klären. Die Vereinigten Staaten hätten jedoch abgelehnt.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß wir davon unterrichtet sind, daß es die Vereinigten Staaten waren, die in Genf eine Arbeitsgruppe zur Datenfrage vorgeschlagen haben, dies sei der Ort, um über das Problem zu sprechen.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Abschiedsansprache des Bundeskanzlers Schmidt am 30. September 1982 vor dem Diplomatischen Korps vgl. BULLETIN 1982, S. 820–822.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung; Dok. 11, Anm. 4. Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>10</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 30. Juni 1982, bei der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag sei von amerikanischer Seite zu den INF-Verhandlungen mitgeteilt worden, „daß man in Genf übereingekommen sei, eine Gruppe mit Datenexperten beider Seiten zu bilden, die auf der Grundlage der von den Amerikanern vorgelegten Datentabellen die Zahlenangaben für beide Seiten untersuchen soll. Dabei habe man festgelegt, daß die Diskussi-

## II. Bewertung

1) Gromyko verwandte ungewöhnlich viel Zeit für die Erörterung von Abrüstungsfragen, insbesondere die INF-Verhandlungen in Genf. Er zeigte, daß ihnen unverändert vorrangiges sowjetisches Interesse gehört.

2) In den Mittelpunkt stellte er die von sowjetischer Seite seit langem erhobene Behauptung eines bestehenden Gleichgewichts. Es wurde deutlich, daß diese Behauptung auf sowjetischer Seite für die Verhandlungen eine Schlüsselfunktion hat und daß ihrer Widerlegung größte Bedeutung zukommt.

3) Gromyko war über den amerikanischen Vorschlag für die Schaffung einer Datenarbeitsgruppe in Genf nicht unterrichtet. Er verließ das Thema, sobald er auf diesen Tatbestand hingewiesen wurde.<sup>11</sup>

4) Gromyko war offensichtlich über den Grad der Unterrichtung der Bündnispartner durch die Vereinigten Staaten überrascht. Das Gespräch zeigte, welcher hoher Wert in der politischen Auseinandersetzung der allianzinternen tatsächlichen und sichtbaren Abstimmung über Verhandlungsführung und Verhandlungsstand im INF-Zusammenhang zukommt.<sup>12</sup>

5) Es wurde deutlich, daß die sowjetische Regierung ein großes Interesse daran hat, den rüstungskontrollpolitischen Dialog gegen die Belastungen im Ost-West-Verhältnis in anderen Bereichen abzusichern. Das gilt auch für die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Dabei baut die Sowjetunion gleichzeitig auf die politische Wirkung ihrer Selbstdarstellung als ernstem und erfolgsorientiertem Verhandlungspartner.

[gez.] Ruth

**VS-Bd. 14109 (010)**

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1346*

on von einzelnen Systemen nicht ihre rüstungskontrollpolitische Erfassung präjudizieren dürfe und daß jede Seite die Beantwortung von Fragen verweigern dürfe. Für die Amerikaner komme es in erster Linie darauf an, die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung zu erschüttern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1267; VS-Bd. 12050 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger durch Pfeil hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger durch Pfeil hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

259

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt****VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 2324**  
**Citissime****Aufgabe: 5. Oktober 1982, 23.50 Uhr**  
**Ankunft: 6. Oktober 1982, 05.04 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit DDR-AM Fischer in New York am 5.10.82, 17.00 bis  
17.30 Uhr<sup>1</sup>

Zur Unterrichtung

BM erläuterte die Kontinuität der Außenpolitik der neuen Bundesregierung.<sup>2</sup> Wir seien interessiert, daß bei allen unseren Partnern völlige Klarheit darüber herrsche. Die Regierungserklärung am nächsten Mittwoch werde dies deutlich machen.<sup>3</sup> Schon heute könne man sagen, daß die Bundesregierung, die sich am 6. März Bundestagswahlen stellen werde, sich auf zwei Gebiete konzentrieren werde:

- Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo schwierige Probleme zu lösen seien. Hier liege auch der eigentliche Grund für das Ende der alten Koalition.
- In der Außen- und Sicherheitspolitik legten wir auf absolute Kontinuität in einer doppelten Bedeutung Wert: Natürlich würden abgeschlossene Verträge eingehalten. Aber dies wäre zu wenig. Auf der Grundlage der Verträge und der Schlußakte von Helsinki<sup>4</sup> wollten wir die Beziehungen zu allen Partnern fortentwickeln; das gelte auch für das Verhältnis zur DDR. Man werde schnell spüren, daß der BK sehr bemüht sein werde, an der Verbesserung der Beziehungen mit der DDR zu arbeiten. Er, BM, habe heute Gromyko beim Essen gesagt<sup>5</sup>, daß in der Koalition mit der CDU/CSU, die ja vor 1966 schon einmal bestanden habe, in den Fragen, welche die DDR interessierten, also insbesondere Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, heute keine Kontroversen bestünden. Auch hinsichtlich der Schlußakte von Helsinki, über die man sich noch 1975 auseinandergesetzt habe, habe es eine Annäherung gegeben. Die Kontinuität unserer Politik sei auch Ausfluß der Einsicht, daß die Bundesrepublik Deutschland in ihrer geographischen Lage und mit ihren geschichtlichen Bezügen darauf bedacht sein müsse, eine berechenbare und verlässliche Politik zu machen.

<sup>1</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>2</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 258 und Dok. 263.

Fischer äußerte sich mit Befriedigung über diese Bestätigung aus erster Hand, nachdem er aus Zeitungsberichten noch kein klares Bild habe gewinnen können. Er wolle mit zwei Punkten antworten:

- Die Tatsache des Regierungswechsels, wie er ja auch in anderen Ländern vorkomme, nehme man objektiv als gegeben hin. Dies sei ein innerer Vorgang der „BRD“.<sup>6</sup>
- Die DDR bleibe, wie wir sie kennten. Falls wir bei unserer bisherigen Politik bleiben, habe die DDR keinen Grund, die von ihr eingeschlagene Richtung zu ändern. Impulse, die von den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ausgingen, sollten positiv sein; dies sei wichtig, zumindest für Europa. Er wolle nicht sagen, daß man in der DDR zunächst abwarten werde. Man werde aber sehen, wie wir uns orientierten und darauf reagieren.

BM verzeichnete die Anerkennung, daß es sich bei dem Regierungswechsel um eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik Deutschland handele, als eine realistische Sicht. Wenn er auch nicht für die Beziehungen mit der DDR zuständig sei, so wolle er doch unsere Politik insgesamt erläutern. In diesem Zusammenhang weise er auf die Antwort hin, die BK Kohl am Sonntagabend auf eine Frage zu einem Besuch von Generalsekretär Honecker gegeben habe.<sup>7</sup> Er habe gesagt, daß er den Besuch zu guter Zeit begrüßen werde. Natürlich müsse man sich noch darüber verständigen, welcher Zeitpunkt beiden Seiten angenehm sei. Die Tatsache, daß der neue BK in einer seiner ersten Äußerungen über die Beziehungen zu anderen Staaten den Besuch Honeckers angesprochen habe, zeige die Bedeutung, die wir den Beziehungen zur DDR beimessen.

Fischer gab „zur Frage der Zuständigkeit“ zu Protokoll, daß es hier die bekannten unterschiedlichen Auffassungen gebe.

Auf die Frage von BM nach der Einschätzung Fischers zum Madrider KSZE-Folgetreffen<sup>8</sup> und insbesondere zum N+N-Dokument<sup>9</sup> äußerte sich der Außenminister pessimistisch zu den Erfolgchancen des Folgetreffens. Auf mehrfa-

<sup>6</sup> Am 6. Oktober 1982 skizzierte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, die Haltung der DDR gegenüber der neuen Bundesregierung: „Aufgrund ihrer materiellen und finanziellen Interessen wird die DDR entsprechend ihren Erklärungen grundsätzlich eine Fortsetzung der praktischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland wünschen [...]. Eine Konfrontation mit der Bundesrepublik wird von der DDR-Führung, und erst recht von der Bevölkerung, in der gegenwärtigen Situation sicher nicht gewünscht. Sie würde nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der DDR, die beträchtlich sind, noch erhöhen, sondern auch der Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Bevölkerung Vorschub leisten, mit schwer absehbaren Folgen (z. B. verstärkte Ausreisebemühungen). Mit anderen Worten: Die innere Lage der DDR ist zu angespannt, als daß sich die DDR-Führung jetzt eine Kraftprobe mit der Bundesrepublik wünschen könnte. [...] Nach den eindeutigen Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers geht auch die DDR-Führung davon aus, daß am 6. März [...] Neuwahlen stattfinden werden. Aus zahlreichen Äußerungen der letzten Zeit läßt sich entnehmen, daß die DDR-Führung dabei auf eine Revision des Regierungswechsels vom 1. Oktober hofft. Sie stützt diese Hoffnung auf die Wunschvorstellung eines linken Bündnisses einschließlich der Friedensbewegung und der Grünen. Die jüngsten Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Brandt haben sie darin bestärkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; VS-Bd. 13213 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 3. Oktober 1982 in einem Fernsehinterview vgl. den Artikel „Bundeskanzler Kohl zu einem Gespräch mit Honecker ‚bei guter Gelegenheit‘ bereit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1982, S. 1.

<sup>8</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>9</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 40, Anm. 11.

ches Nachfassen von BM meinte er, daß man im Prinzip das N+N-Dokument, so wie es sei, annehmen könnte. Fischer unterstrich das Interesse der DDR an einem Mandat für eine Konferenz „über vertrauensbildende Maßnahmen“. BM bestätigte, daß auch wir weiterhin ein konkretes Mandat für eine KAE wünschen, und erwähnte, daß er das Thema des Treffens in Madrid am Vortage bei dem Besuch mit BK in Paris eingehend mit Präsident Mitterrand und AM Cheysson besprochen habe.<sup>10</sup> Die Entwicklung in der Volksrepublik Polen sei eine große Belastung des europäischen Klimas. Wir seien sehr enttäuscht über die Gesetzgebung zu den Gewerkschaften.<sup>11</sup> Leider sei der polnische Außenminister schon abgereist. Er hätte ihm sonst gerne gesagt, daß man in Warschau eine Menge tun könne, um das Klima in Europa zu verbessern. BM erinnerte an sein ausführliches Gespräch am 30.12.81 mit dem polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, der damals weitgehende Erklärungen und Absichten mitgeteilt habe, die bis heute nicht realisiert seien.<sup>12</sup> Fischer bemerkte hierzu, dies sei in der Tat ein Thema zwischen BM und Olaszowski. Er sei gegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

BM drückte unseren Wunsch aus, die Gespräche mit der DDR über Abrüstungsfragen fortzusetzen. Fischer erkannte an, daß die DDR am Zuge sei, eine Initiative für Gespräche der Abrüstungsbeauftragten in Ostberlin zu ergreifen. Er stellte eine solche Initiative in Aussicht.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Oktober 1982; Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>11</sup> Botschafter Negwer, Warschau, kommentierte am 6. Oktober 1982 den Entwurf der polnischen Regierung für ein neues Gewerkschaftsgesetz: „Botschaft hat inzwischen Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes in die Hände bekommen, der – im wesentlichen unverändert – am 9.10.82 verabschiedet werden dürfte. [...] Aufgrund einer ersten Analyse läßt sich sagen, daß gegen die Masse der Bestimmungen stichhaltige Einwände in der Theorie nur schwer vorzubringen sind, da offensichtlich auch im Blick auf westliche Reaktion, insbesondere aber bevorstehende Debatte im ILO-Rahmen, auf ein möglichst hohes Maß an ‚optischer Sauberkeit‘ geachtet worden ist. Wie bei den meisten Ostblock-Verfassungen und -Gesetzen im Grundrechtebereich liegt Problematik in der Durchführung in der Praxis, die aber im vorhinein kaum als Argumentationsbasis genutzt werden kann. Angesichts dieser Argumentationsschwierigkeiten und der Ungewißheit, wie sich das Gewerkschaftsgesetz in der Praxis auswirken wird [...], empfiehlt es sich nicht, das neue Gewerkschaftsgesetz pauschal zum Gegenstand einer Demarche zu machen und uns damit in dieser komplexen Problematik, deren Implikationen langfristig erhebliche Bedeutung gewinnen könnten, ohne Not festzulegen. Klar ist demgegenüber der Aspekt der Liquidierung der Solidarität. Nach dem uns vorliegenden Entwurf lautet die entsprechende Schlüsselbestimmung (Art. 62 Abs. 2) des Entwurfs: ‚Registrierungen von Gewerkschaften, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt sind, verlieren ihre Rechtsgültigkeit.‘ [...] Dieses Vorgehen dürfte durch Art. 84 polnische Verfassung kaum gedeckt und mit der ILO-Konvention 87 sowie der KSZE-Schlußakte unvereinbar sein. Entscheidend ist aber die politische Intention, die hinter dieser Gesetzesvorschrift steht. Diese kann als mit den Zusicherungen Jaruzelskis vom 13.12. unvereinbar und als endgültige Abkehr von jedem echten Dialog angesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1782; VS-Bd. 13328 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 8. Oktober 1982 wurde das Gewerkschaftsgesetz vom polnischen Parlament gebilligt.

<sup>12</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>13</sup> Zu den Gesprächen mit der DDR über Abrüstung vgl. Dok. 24.

Am 6. Dezember 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron zu einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR: „Auf Anregung von Referat 210 empfang ich am 2.12.1982 Herrn Böttger zu einem halbstündigen Gespräch über Rüstungskontrollfragen. Er berichtete einleitend über die 5. Tagung des ZK der SED, bei welcher GS Honecker die

Auf die Frage von BM nach der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR<sup>14</sup> zeichnete Fischer ein positives Bild, wobei er einfließen ließ, daß er die Probleme, die wir in der Bundesrepublik hätten, nicht haben möchte.

Auf die Frage von BM nach der Einschätzung der Genfer INF- und START-Verhandlungen meinte Fischer: Bisher gebe es nichts, was auf Fortschritte hinweise. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf. BM betonte, daß man unsere Erwartung, sich um einen beiderseitigen Verzicht auf landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckenraketen zu bemühen, sehr ernst nehmen müsse. Fischer bezweifelte, ob es sinnvoll sei, allein die landgestützten Raketen zu rechnen. Er empfahl, den Vorschlägen in Gromykos VN-Rede zu folgen, was zu klimatischen Verbesserungen führen werde, die auch die Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen positiv beeinflussen würden.<sup>15</sup> BM unterstrich den Zusammenhang zwischen INF und START und die große Bedeutung eines vollständigen Verzichts auf eine Waffengattung, durch die die Schraube erstmals rückwärts gedreht würde. Die Beschränkung auf landgestützte Systeme habe sehr viel Weisheit.

Fischer betonte die Bedeutung des Prinzips gleicher Sicherheit, wenn man nur versuche, Vorteile gegenüber der anderen Seite zu erreichen, werde man nicht weit kommen. Aufgrund zuverlässiger Informationen könne man an dem wirklichen militärischen Kräfteverhältnis keine Zweifel haben. Man müsse land-, see- und luftgestützte Systeme einbeziehen. BM erwiderte: Es sei in der Tat wichtig, sich über das wirkliche Kräfteverhältnis klarzuwerden. Deshalb wäre es sehr gut, wenn die von den USA vorgeschlagene Arbeitsgruppe<sup>16</sup> von Fachleuten zur Prüfung der relevanten Daten zusammentreten werde. Fischer äußerte sich dazu ausweichend.

Fischer beendete das Gespräch unter Hinweis auf den bevorstehenden Empfang der DDR. BM teilte mit, daß wir auf diesem Empfang durch Botschafter van Well vertreten würden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1350*

Friedenspolitik der DDR bestätigt und die Notwendigkeit betont habe, den Dialog mit dem Westen auf allen Ebenen fortzusetzen. Das ZK habe die sowjetischen Abrüstungsvorschläge voll unterstützt. [...] Auf die Frage von Herrn Böttger, was die jüngsten Erklärungen von BM Wörner zur konventionellen Rüstung und zur Notwendigkeit, weiterhin Atomwaffen einsetzen zu können, bedeuteten, erläuterte ich ihm ausführlich die NATO-Strategie.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132652.

<sup>14</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 27. Oktober 1982 über ein Gespräch mit dem sächsischen Landesbischof Hempel: „Mit großem Ernst und tiefer Sorge berichtete der Bischof dann von zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der DDR. Insbesondere auf dem Versorgungssektor hätten in den letzten drei Monaten die Schwierigkeiten in einem Maße zugenommen, daß man jetzt nicht mehr von nur vorübergehenden Engpässen sprechen könne. Manche Nahrungsmittel seien nur noch ab und an zu haben, es werde sogar davon gesprochen, daß selbst Brot knapp werden könne. [...] Seine eigene Analyse sei, daß Außenhandels-, Industrie- und Versorgungsprobleme auf ein immer schnelleres Zurückbleiben der technologischen Entwicklung in der DDR hindeuten, was mit einer wachsenden Abhängigkeit von der SU einhergehe. Mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis belegte er, wie wenig die Industriebetriebe heute noch in der Lage seien, die benötigte Spitzentechnologie selbst herzustellen oder einzukaufen. Nach seiner Analyse kann die DDR-Führung diesen allgemeinen Trend nicht mehr umkehren.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 13233 (210); B 150, Aktienkopien 1982.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 1. Oktober 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 37th Session, Plenary Meetings, S. 212–219. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 620–623 (Auszug).

<sup>16</sup> Zur Bildung einer Gruppe von Datenexperten bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 258, Anm. 10.

Fischer erwähnte abschließend, daß er am Montag Honecker auf einer Reise nach Syrien, Kuwait und Zypern begleiten werde.<sup>17</sup>

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14109 (010)

## 260

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns

6. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter am 6. Oktober 1982 von 19.05 Uhr bis 19.25 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Gesprächsteilnehmer: Chef BK<sup>2</sup>, Herr Teltschik, AL<sup>2,3</sup>, Herr Weber als Dolmetscher.

*Bundeskanzler* begrüßt es sehr, daß der Botschafter zu dem kurzfristig anberaumten Termin kommen konnte. Er möchte mit ihm über seinen geplanten Besuch in Washington<sup>4</sup> sprechen, über den BM Genscher bereits mit AM Shultz in New York<sup>5</sup> gesprochen hat. Er hat einen Termin nach der amerikanischen Wahl am 2. November<sup>6</sup> im Auge.

*Burns* bestätigt, daß ein Besuch während des Wahlkampfes weder für Washington noch für Bonn günstig sei.

*Bundeskanzler* betont, daß er sich auch am Montagabend mit Mitterrand<sup>7</sup> einig

<sup>17</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 11. bis 14. Oktober 1982 in Syrien, vom 14. bis 16. Oktober in Zypern und vom 16. bis 18. Oktober 1982 in Kuwait auf.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte von der Gablentz: „BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten. Ich habe nach Absprache mit Chef BK Botschafter Burns eine Kopie zu seiner persönlichen Unterrichtung zukommen lassen.“

Hat Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, am 7. Oktober 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Waldemar Schreckenberger.

<sup>3</sup> Otto von der Gablentz.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 14. bis 16. November 1982 die USA. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 5. Oktober 1982 vgl. Dok. 262.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „4. November“.

Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>7</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Oktober 1982 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

war, daß Besuche während des Wahlkampfes den falschen Eindruck der Einmischung erwecken könnten.

Er würde gerne mit seiner Frau die Einladung des Botschafters zum Abendessen annehmen, sobald der ärgste Termindruck sich gelegt hat.

Er bittet, dem Präsidenten<sup>8</sup> bereits vorab mündlich seinen herzlichen Dank für die besonders freundschaftlichen Glückwünsche zu übermitteln. (Botschafter: Die Glückwünsche kommen vom Herzen.)

Bei allen Problemen, die zwischen unseren beiden Ländern bestehen mögen, kann die amerikanische Regierung davon ausgehen, daß sie es bei dieser Regierung mit Freunden zu tun hat. Die Bundesregierung wird sich für erfolgreiche Verhandlungen in Genf einsetzen. Sie wird den amerikanischen Freunden ein verlässlicher Partner sein, der nicht wankt. Sie wird die Genfer Verhandlungen auch dadurch unterstützen, daß sie dafür sorgt, daß die Sowjetunion weiß, daß der NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen vollzogen wird. Für die Bundesregierung sind beide Teile eine Verpflichtung. Wenn die Verhandlungen in Genf ohne Erfolg bleiben, muß stationiert werden.

Mitterrand hat ihm in diesem Punkt voll zugestimmt. Frankreich ist leidenschaftlich an der Sicherung der westlichen Verteidigungsfähigkeit in Deutschland interessiert. Für die Franzosen, die ihr 5. Corps bei Straßburg stationiert haben, ist es gut zu wissen, daß jenseits des Rheins das amerikanische Corps in Heidelberg steht. Er war sich in diesen grundsätzlichen Fragen der Sicherheit mit Mitterrand völlig einig – bei allen grundsätzlichen Standortunterschieden, die es sonst zwischen der Bundesregierung und einer sozialistischen Regierung in Frankreich geben mag.

Er hat gestern mit seinem Freund Leo Tindemans bei den Parteiführer-Besprechungen in Brüssel<sup>9</sup> sprechen können und auch mit PM Martens, ebenso wie heute mittag mit seinem Freund Dries van Agt, telefoniert. Diese alten Freunde schauen in der Stationierungsfrage auf uns. Unsere Haltung ist für die Haltung der Niederlande entscheidend, und deren Entscheidung wiederum für die Belgier. Wenn wir stationieren und die beiden Benelux-Länder, wird das auch die Italiener in ihrer festen Haltung bestätigen.

Er begrüßt es noch einmal, daß der Termin mit dem amerikanischen Botschafter heute zustande kommen konnte. Ihm lag auch daran, zu vermeiden, daß eine zufällige Häufung von sowjetischen Besuchern in den ersten acht Tagen einen falschen Eindruck erweckt, obwohl ja gerade an der Haltung dieser Bundesregierung kein Zweifel bestehen könne. Er hat gestern den sowjetischen Botschafter gesehen und wird morgen den Ministerpräsidenten der russischen Republik und Politbüro-Kandidaten Solomenzew empfangen<sup>10</sup>, der übrigens für ihn persönlich ein großartiger Gastgeber in der Sowjetunion<sup>11</sup> war.

<sup>8</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 5. Oktober 1982 in Brüssel vgl. den Artikel „Kohl in Brüssel: Europas Chancen nicht verpassen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Oktober 1982, S. 1.

<sup>10</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow und dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew, am 5. bzw. 7. Oktober 1982 vgl. Dok. 256 und Dok. 265.

<sup>11</sup> Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte vom 22. bis 30. September 1975 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 290. Vgl. dazu auch KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 386 f.

Er übermittelt Grüße seiner Frau, der es nach einem „Wahlkampf-Unfall“<sup>12</sup> wieder besser geht, und bittet, Frau Burns herzlich zu grüßen. Er führt Professor Schreckenberger als neuen Chef BK ein, der übrigens auch ein Pfälzer ist.

*Burns* betont, daß seine Frau und er sich mit großer Freude an die Tage erinnern, die sie mit dem Bundeskanzler und Frau Kohl in der Pfalz verbracht haben.

Er berichtet, daß die Botschaft die Ereignisse der letzten Wochen besonders genau beobachtet habe. Er war sehr erfreut über die Bekundungen der Freundschaft für die USA und für die amerikanische Regierung. Das ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft nicht nur unserer beiden Länder, sondern der zivilisierten Welt. Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist und bleibt der Grundstein des Westens.

Er begrüßt die Besuche des Bundeskanzlers in Frankreich und Brüssel als staatsmännische Geste, die der Einigung Europas dienen, die in den letzten Jahren etwas mehr in den Hintergrund getreten war.

In diesen stürmischen Tagen ist manches gesagt worden, was besser ungesagt geblieben wäre. Er begrüßt die Bemühungen des Bundeskanzlers, geschlagene Wunden zu heilen.

Als Wirtschaftler begrüßt er die schnelle Entscheidung des Bundeskabinetts, die Minister-Gehälter zu beschneiden.<sup>13</sup> Er hatte als Wirtschaftsberater Nixons seinerzeit den Vorschlag gemacht, Gehälter der Minister und höchsten Beamten zu beschneiden, um den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ein Beispiel zu geben. Entscheidend ist nicht die verhältnismäßig geringe Ersparnis, sondern die symbolische Bedeutung eines solchen Akts für die wirtschaftliche Entwicklung. Er freut sich, daß eine solche Maßnahme, die in Amerika damals nicht verwirklicht werden konnte, jetzt in Deutschland möglich ist.

*Bundeskanzler* dankt dem Botschafter und freut sich, daß ein so bekannter Wirtschaftler die Maßnahme des Bundeskabinetts begrüßt. Er weist auf die wichtigen Gespräche hin, die er heute mit der Führung des DGB, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes geführt hat. Am Freitag<sup>14</sup> wird er mit führenden Vertretern der Wirtschaft sprechen.

*Burns* sieht in diesen Gesprächen mit einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Kräfte ein Zeichen dafür, daß der Bundeskanzler nicht nur ein Kanzler der CDU, sondern ein Kanzler für das ganze deutsche Volk ist.

*Bundeskanzler* betont, daß es ihm in der Tat nicht darum geht, neue Gräben aufzureißen, sondern vorhandene zuzuschütten.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

<sup>12</sup> Hannelore Kohl wurde bei einem Wahlkampfauftritt durch einen Kameraner am Kopf verletzt. Vgl. dazu KOHL, *Erinnerungen 1930–1982*, S. 645 f.

<sup>13</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung, die Bezüge der Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre um fünf Prozent zu kürzen, vgl. den Artikel „Die Minister des Kabinetts Kohl vereidigt – Für die neue Regierung beginnt der Alltag“; *FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG* vom 5. Oktober 1982; S. 1.

<sup>14</sup> 8. Oktober 1982.

## 261

**Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-14768/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 1761  
Citissime

**Aufgabe: 6. Oktober 1982, 06.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. Oktober 1982, 07.03 Uhr**

Betr.: START;

hier: Konsultationen im NATO-Rat am 5.10.1982

Bezug: DE Nr. 5322 vom 30.9.1982 Plurez – AZ 220-371.80-1654/82 VS-v<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Botschafter Rowny und Goodby unterrichteten den NATO-Rat in der Sitzung am 5.10. über den Stand der START-Verhandlungen und insbesondere der amerikanischen Überlegungen vor Beginn der zweiten Runde.<sup>3</sup> An der Sitzung nahmen auch Vertreter aus den Hauptstädten teil, von unserer Seite VLR I Dr. Citron.

2) Botschafter Rowny umriß in seiner Erklärung, deren Wortlaut dort bereits vorliegt<sup>4</sup>, die Ziele für die nächste Verhandlungsrunde: Der Sinn der amerikanischen Verhandlungsposition soll weiter erklärt werden; gleichzeitig sollen einige neue Elemente präsentiert werden. Hierzu gehören:

(1) zur Erleichterung der Verifikation eine Reihe von Definitionen für Begriffe, die im amerikanischen Vorschlag enthalten sind, wie deployed und non-deployed ballistic missiles, Wurfgewicht, schwere Bomber<sup>5</sup>;

(2) Zählkriterien für die Zuordnung von Sprengköpfen zu Raketentypen;

(3) quantitative und nichtquantitative Beschränkungen für „non-deployed ballistic missiles“ zur Vermeidung einer Destabilisierung (effektive Verifizierung solcher Beschränkungen werde einen umfassenden Datenaustausch und über nationale Mittel hinausgehende Verifikations-Maßnahmen erfordern)<sup>6</sup>;

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner am 7. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit, daß Botschafter Ruth an der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 5. Oktober 1982 zum Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) teilnehmen werde. Vgl. dazu den Drahterlaß vom 29. September 1982; VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf wurden am 12. August 1982 auf den 6. Oktober 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 228.

<sup>4</sup> Am 6. Oktober 1982 teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), mit: „In der Anlage wird der Sprechzettel übermittelt, den Botschafter Rowny bei der Unterrichtung des Rats in der Sitzung am 5. Oktober 1982 verwendet hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1767/1768; VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „SCG“.

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „SCG“.

(4) ein Plan für stufenweise Reduzierungen, der es erlaubt, die Obergrenzen für „deployed ballistic missiles“ innerhalb vernünftiger Zeit zu erreichen.

Außerdem sollten die in der ersten Runde vorgebrachten sowjetischen Vorschläge sondiert und beantwortet werden. Rowny nannte folgende Hauptprobleme für die USA:

Die sowjetischen Vorschläge:

a) ignorierten die besonderen Probleme, die durch die am meisten destabilisierenden Systeme (insbesondere ICBMs) aufgeworfen werden;

b) enthielten nur bescheidene Reduzierungen des hohen SALT-II-Niveaus<sup>7</sup>;

c) die zusammen mit einem unspezifizierten Nuklear-Waffenaggregat nur Träger und schwere Bomber als Grundzählkriterien hätten, würden nicht zu substantiellen Reduzierungen der wichtigsten Indikatoren strategischer Fähigkeiten führen;

d) würden dadurch, daß sie praktisch eine Verbindung von START- und INF-Verhandlungen herstellen, die Nichtdislozierung von Pershing II und GLCM durch den Westen zur Bedingung eines START-Abkommens machen;

e) erlaubten der Sowjetunion grundsätzlich, ihre gegenwärtigen Waffenstrukturen intakt zu halten.

3) Es wurde außerdem eine Analyse des sowjetischen Papiers verteilt, das anlässlich der sowjetischen Demarchen bei uns und in anderen Hauptstädten im September 1982 übergeben worden war.<sup>8</sup> Auch diese Analyse liegt dort bereits vor.

4) Die Diskussion, an der sich alle Delegationen, mit Ausnahme von Island, der Türkei und Griechenland, beteiligten, konzentrierte sich zunächst auf die Bewertung der sowjetischen Haltung und ihre mögliche Weiterentwicklung. Rowny hob hervor, daß die Verhandlungen rascher zur Substanz vorgedrungen seien als die SALT-Verhandlungen und daß sie in sachlicher, professioneller Atmosphäre stattfänden. Es scheine, daß auch die sowjetische Seite den Gesichtspunkt der Stabilität bei der Zusammensetzung des strategischen Potentials in seiner Bedeutung zu erkennen beginne. Es wurde außerdem über das Problem des Linkage zwischen START und INF gesprochen sowie über Zählkriterien, ver-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>8</sup> Am 17. September 1982 informierte Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner: „Bo[tschafter] Semjonow übergab am 14.9.1982 im Bundeskanzleramt [...] ein ‚Non-paper‘ zu den sowjetischen und amerikanischen Verhandlungspositionen bei START. Das Papier legt die beiderseitigen Vorschläge in der Substanz so dar, wie sie im NATO-Rat durch Bo. Rowny dargestellt wurden. [...] Kritik an US-Ansatz verläuft in den bekannten Bahnen: Ablehnung des stufenweisen Vorgehens und der implizierten US-Forderung nach Umstrukturierung von land- auf seegestützte Systeme. Die zur Zahl der strategischen Bomberflugzeuge gemachten Angaben sind unrichtig. Nach dem NATO-S[treit]K[räfte]V[ergleich] verfügen die USA über lediglich 410 (B-52, FB-111), die SU über 356 (Bear, Bison, Backfire) Systeme. Die Unterschiede kommen dadurch zustande, daß die SU außer Dienst gestellte und größtenteils nicht mehr flugfähige B-52 mitzählt und andererseits ihre Backfire, die nach westlicher Auffassung eine inhärente interkontinental-strategische Fähigkeit besitzen, unberücksichtigt läßt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2; Referat 213, Bd. 133240.

trauensbildende Maßnahmen, Verifizierung und das amerikanische Modernisierungsprogramm<sup>9</sup>.

Die Mitglieder des Rates dankten für die Unterrichtung und hoben die Bedeutung gemeinsamer, in Konsultationen abgestimmter Positionen hervor.

II. Im einzelnen ist aus der Diskussion festzuhalten:

1) Bewertung der sowjetischen Position und Möglichkeit ihrer Weiterentwicklung

Rowny führte aus, das Studium der sowjetischen Vorschläge in der Zeit zwischen erster und zweiter Runde habe bestätigt, daß diese Vorschläge erhebliche Mängel hätten. Er erwähnte die bekannten Argumente gegen einen „freeze“<sup>10</sup> und gegen eine „No-first-use“-Verpflichtung<sup>11</sup>. Der sowjetische Reduzierungsvorschlag gehe nicht weit genug und berücksichtige nicht die Unterschiede zwischen den verschiedenen Waffensystemen unter dem Gesichtspunkt der Destabilisierung. Allerdings gebe es Anzeichen dafür, daß die sowjetische Seite diesen Gesichtspunkt der Destabilisierung nun deutlicher erkenne. Sie sei sich dessen bewußt, daß ihre ICBMs in den nächsten Jahren verwundbar werden könnten. Dadurch könnte sich ihr Interesse an einem Abkommen erhöhen.

Wir verwiesen in diesem Zusammenhang auf ein Argument von Kritikern der westlichen Verhandlungsposition: Es sei für die Sowjetunion schwierig, sich mehr auf SLBMs zu verlassen, da die sowjetischen U-Boote verwundbarer seien als die amerikanischen.

Rowny erwiderte hierauf, in der Tat seien die sowjetischen U-Boote lauter als die amerikanischen und daher in dieser Hinsicht leichter zu entdecken. Trotzdem baue die Sowjetunion ihre Kapazität auf diesem Gebiet aus.

GB fragte, ob der sowjetische Vorschlag einer Reduzierung auf 1800 Waffensysteme nicht in den stufenweisen Abbau, der im amerikanischen Vorschlag<sup>12</sup> vorgesehen sei, eingebaut werden könnte. Hierzu bemerkte Rowny, die amerikanische Delegation suche immer gemeinsamen Boden in den Verhandlungen. Man müsse jedoch bedenken, daß die Unterscheidung zwischen ICBMs und SLBMs außerordentlich wichtig sei und nicht verwischt werden dürfte. Auch berücksichtige der sowjetische Vorschlag das Wurfgewicht<sup>13</sup> nicht.

<sup>9</sup> Zu dem am 2. Oktober 1981 verkündeten amerikanischen Modernisierungsprogramm im Bereich der strategischen Streitkräfte vgl. Dok. 34, Anm. 10.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner, z. Z. Washington, berichtete am 14. September 1982, Botschafter Ruth sei bei seinen Gesprächen in den USA zur amerikanischen Freeze-Bewegung für ein Moratorium bei der Nuklearwaffenrüstung mitgeteilt worden: „Im Gegensatz zu INF sei in den USA das öffentliche Interesse an den START-Verhandlungen gering. Das beruhe z. T. darauf, daß die SU die START-Verhandlungen nicht propagandistisch ausschaltete. [...] Die öffentliche Aufmerksamkeit in den USA konzentriere sich in diesem Bereich in vollem Umfang auf die Freeze-Bewegung. Der freeze spiele auch im Kongreß eine wichtige Rolle und werde im Wahlkampf nach Wirtschaftsfragen ein vorrangiges Thema sein. Etwa 25 Prozent der amerikanischen Bevölkerung seien aufgerufen, an den für November vorgeschlagenen Abstimmungen über Freeze-Vorschläge abzustimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3952; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>12</sup> Zum Konzept der USA für die Verhandlungen mit der UdSSR über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 142.

<sup>13</sup> Die Wörter „der sowjetische Vorschlag das Wurfgewicht“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Der US Vorsch[lag] für 1. Phase auch nicht!“

## 2) Verbindung START–INF

Rowny führte hierzu aus, daß die Sowjetunion ihren Reduzierungsvorschlag an die Bedingung knüpfe, daß keine weiteren FBS stationiert werden dürften. Er habe gegenüber der sowjetischen Seite sehr deutlich erklärt, daß diese Bedingung inakzeptabel sei. Über INF gebe es getrennte Verhandlungen. Die USA wollten in den START-Verhandlungen nicht auf Kosten ihrer Verbündeten Erfolge erzielen. Rowny fügte hinzu, auf amerikanischer Seite gebe es eine enge Koordinierung von START und INF.

Wir fragten, ob es als möglich erschiene, Teilergebnisse von START (insbesondere bei vertrauensbildenden Maßnahmen) auch für die INF-Verhandlungen zu nützen. Rowny schloß dies nicht aus.

## 3) Zählkriterien

Rowny ergänzte seine Ausführungen hierzu in der Diskussion. Er bestätigte, daß auch hier Elemente von SALT verwendet werden könnten. Zwar verwende man bei START Sprengköpfe auf stationierten Raketen als Zählleinheit, die Launchers blieben jedoch für die Verifizierung von Bedeutung.

## 4) Vertrauensbildende Maßnahmen

Dieses Thema wird – Rowny zufolge – weitergeführt werden. Die amerikanische Position sei Gegenstand einer Studie, die dem Weißen Haus vorliege und auf Grund derer wohl im Verlauf der Runde eine Verhandlungsweisung ergehen werde. Auf unsere Frage, ob angesichts der zu erwartenden langen Verhandlungsdauer Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen schon vor dem Abschluß eines START-Abkommens geschlossen werden könnten, antwortete Rowny, dies sei möglich. Allerdings strebten die USA ernsthafte Maßnahmen an und nicht solche, die nur der Beruhigung der öffentlichen Meinung dienten.

## 5) Verifizierung

Rowny hob hervor, daß die Verifizierung bei jedem Element des amerikanischen Verhandlungsvorschlages mit bedacht sei. Während man bei SALT II etwa 25 Prozent der Arbeit auf Verifizierungsprobleme verwendet habe, betrage dieser Anteil bei START 50 Prozent.

Wir baten, die amerikanische Position hierzu – noch vor der Einführung in die Verhandlungen – im Bündnis zu konsultieren.

## 6) Nichtumgehung

Rowny bestätigte, daß sich beide Seiten noch nicht über Nichtumgehungsregelungen verständigt hätten, die bereits in der ersten Phase auch Beschränkungen für die langsam fliegenden Systeme enthalten sollten. Beide Seiten hätten sich bisher auf die Erläuterung ihrer wesentlichen Anliegen konzentriert.<sup>14</sup>

## 7) Amerikanisches Modernisierungsprogramm

Rowny betonte, daß das Modernisierungsprogramm nicht zu einer Vermehrung der Zahl der Sprengköpfe führen würde. Nach seinem Eindruck sei die sowjetische Seite überrascht, daß das Modernisierungsprogramm in seiner Gesamtheit

<sup>14</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wichtig.“

(MX, ALCM, SLCM, B-1, C3<sup>15</sup>-Systeme) trotz der angespannten Wirtschaftslage in den USA mit Unterstützung des Kongresses durchgeführt werde. Auch dies werde einen Einfluß auf die Verhandlungen haben.

Zum sogenannten „Dense-pack“-System<sup>16</sup> bemerkte Rowny, der dafür zuständigen Arbeitsgruppe im Pentagon sei die Bedeutung von SALT II und ABM-Vertrag<sup>17</sup> bekannt. Der Präsident<sup>18</sup> werde voraussichtlich Mitte November einen Entscheidungsvorschlag erhalten und bis zum 1. Dezember d. J. entscheiden.

#### 8) Drittstaaten-Systeme

Von sowjetischer Seite wurden – Rowny zufolge – in den Verhandlungen die französischen und britischen Systeme nicht erwähnt. Wohl aber habe die sowjetische Seite darauf hingewiesen, daß bei einer Fortsetzung der amerikanischen Unterstützung der VR China Probleme entstehen könnten.

Der französische Ständige Vertreter<sup>19</sup> dankte Rowny für die bisher bewiesene feste amerikanische Haltung und wies darauf hin, daß F sowjetische Versuche, die Force de dissuasion ins Gespräch zu bringen, mit aller Energie zurückgewiesen habe.

<sup>15</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 29. Oktober 1982 über ein Gespräch im Nationalen Sicherheitsrat. Zu den Voraussetzungen für einen längeren Nuklearkrieg („protracted nuclear war“) sei dort ausgeführt worden: „Zur Zeit bestehe bei den nuklearen Kräften der USA ein Ungleichgewicht zwischen ‚Hardware‘ (Raketen und Sprengköpfen) und ‚Software‘ (C3-Komponente). Im Bereich der ‚Hardware‘ habe die USA die Fähigkeit zu einem ‚protracted nuclear war‘ (im oben beschriebenen Sinne). Im Bereich von ‚Command, Control, Communications‘ (C3) bestehe diese Fähigkeit nicht. Eine ausreichende C3-Komponente sei aber für die Führung der nuklearstrategischen Triade der USA (Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber, Unterseeboote) lebensnotwendig. Ohne eine ausreichende C3-Komponente habe die nukleare ‚Hardware‘ nicht den notwendigen Abschreckungseffekt, da sie durch Ausschaltung von C3 weitgehend unwirksam gemacht werden könne. Deshalb habe die Administration für die nächsten fünf Jahre Ausgaben in Höhe von rd. 18 Mrd. Dollar für den Ausbau von C3 und einigen nachrichtendienstlichen Möglichkeiten eingeplant. Ob dieser Betrag ausreichen werde, sei allerdings nicht sicher.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4590; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>16</sup> Gesandter Wallau, Washington, teilte am 8. September 1982 mit: „Im State Department ließ uns der für das MX-Programm zuständige Referent Einblick nehmen in einen vom Pentagon für VM Weinberger vorbereiteten Bericht über das MX-Stationierungssystem. Der Bericht ist ca. 600 Seiten lang und basiert auf dem Bericht der Luftwaffe vom 20. Juli 1982 über ‚MX Closely Spaced Basing‘. Er soll in Kürze VM Weinberger vorgelegt werden und ihm als Grundlage für den Stationierungsvorschlag dienen, den er in etwa zwei Wochen dem Präsidenten machen wird [...]. Die vorgesehenen 100 MX-Raketen sollen in einem etwa zwölf Quadratmeilen großen Gebiet im C[lose-ly]S[paced]B[asing]-System stationiert werden. Das Gebiet soll eine Meile breit und zwölf Meilen lang sein [...]. Die einzelnen Silos sollen in Abständen von 1500 bis 1800 Fuß eingerichtet und besonders stark gehärtet werden [...]. Air Force geht davon aus, daß bei evtl. sowjetischem Angriff auf MX-Stellungen nur eine relativ geringe Zahl der MX-Raketen (etwa ein Drittel) zerstört werden könnte. Da es nicht möglich ist, eine größere Anzahl ICBMs abzufeuern, die im Abstand von weniger als einer Sekunde explodierten, würden später eintreffende Raketen von aufgeworfenem Gestein, von Hitze und radioaktiver Strahlung vor dem Auftreten zerstört werden (fratricide). Die Zweitschlagfähigkeit bliebe deshalb erhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3859; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

<sup>18</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>19</sup> Jean Marie Mérillon.

## 9) Pressebehandlung

Die übliche „Press-Guidance“ konnte wegen des Widerstandes des französischen Ständigen Vertreters nicht verabschiedet werden. Dieser wies darauf hin, daß er schon bei früheren Gelegenheiten auf einer vorherigen Zirkulierung solcher Leitlinien bestanden habe. Dies sei nicht geschehen. Er könne deshalb an einem solchen Text nicht mitarbeiten. In der Sache hatte er, ohne es deutlich auszusprechen, Bedenken gegen die Betonung der „Konsultationen“ zu START in der Allianz.

Der Pressesprecher wurde sodann mündlich ermächtigt, auf die Tatsache der Ratssitzung hinzuweisen und auf Frage zu erklären, daß es sich um eine Sitzung im Rahmen der Konsultationen handele, die am 18. Juni bei der ersten Ratskonsultation über START<sup>20</sup> vereinbart worden sind.

10) Anlage (Sprechzettel Rownys) folgt gesondert.<sup>21</sup>

[gez.] Böcker

VS-Bd. 11392 (220)

## 262

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

114-14775/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2325  
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Oktober 1982, 06.12 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Oktober 1982, 13.12 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Shultz am 5. Oktober 1982 in New York (7.00 bis 9.00 Uhr)<sup>2</sup>

## I. Zusammenfassung

1) Das Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Shultz am 5.10.1982 in New York, das insgesamt zwei Stunden dauerte, begann mit einem Vier-Augen-Gespräch und wurde anschließend im Rahmen eines Frühstücks in größerem Kreis fortgesetzt (Eagleburger, Burt und ein Protokollant auf amerikani-

<sup>20</sup> Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 187.

<sup>21</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.

Hat Staatssekretär von Staden am 6. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager mit einem Hinweise auf Seite 2 der Vorlage verfügte. Vgl. Anm. 8.

Hat Lautenschlager am 7. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an „D4 i. V.“ und Ministerialdirigent Loeck verfügte.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

scher Seite; Botschafter Hermes, D2<sup>3</sup>, D2A<sup>4</sup> und Herr von Ploetz auf deutscher Seite).

Das Gespräch verlief außerordentlich freundschaftlich und thematisch dicht. Shultz drückte seine Befriedigung darüber aus, daß diese erste Begegnung mit Bundesminister Genscher unmittelbar nach der Konstituierung der neuen Bundesregierung<sup>5</sup> stattfindet.

Shultz wird die Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers und Bundesministers in Washington<sup>6</sup> sofort mit dem Präsidenten aufnehmen. Er ist zuversichtlich, daß die Begegnung der beiden Regierungschefs bald stattfinden kann.

2) Shultz konzentrierte sich in erster Linie auf die Ost-West-Wirtschaftsthematik. Er verfolgt sein Ziel mit großem Nachdruck und drängt auf Beschleunigung. Shultz geht davon aus, daß in Ottawa alle Teilnehmer dem Non-paper<sup>7</sup> voll zugestimmt<sup>8</sup> haben. Nach Absprache mit den Japanern, die heute beginnt, möchte er das Non-paper so rasch wie möglich veröffentlicht sehen.<sup>9</sup>

Bundesminister hat auf die Notwendigkeit der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung hingewiesen. Er hat außerdem vorgeschlagen, diese Thematik beim informellen Ministertreffen der Zehn am 16./17. Oktober 1982<sup>10</sup> zu besprechen, weil Zuständigkeiten der Gemeinschaft berührt sind. US wollen nächste Woche die Botschafter der Sieben in Washington zum Follow-up einladen.<sup>11</sup>

<sup>3</sup> Franz Pfeffer.

<sup>4</sup> Friedrich Ruth.

<sup>5</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 14. bis 16. November 1982 die USA. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Non-paper vom 3. Oktober 1982 vgl. Dok. 253, Anm. 9.

Vgl. dazu ferner das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière; Dok. 253.

<sup>8</sup> Die Wörter „voll zugestimmt“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein! Das konnten wir auch nicht, weil nichts verteilt wurde. Ich habe gesagt, ich glaube, wir würden dem mündlich vorgetragenen ‚outline‘ weitgehend zustimmen können. B[ittet] dazu Briefing der neuen Bu[ndes]Reg[ierung] vorbereiten.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Am 6. Oktober 1982 legten Ministerialdirigent Loeck und Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann Bundesminister Genscher einen Sprechzettel für die Kabinettsitzung am folgenden Tag vor. Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière hieß es darin: „Aus meinem Gespräch mit AM Shultz vom 5.10. in New York ergab sich, daß die amerikanische Seite bei ihrer Interpretation des Konsensus von La Sapinière offenbar weitergehen will als wir. AM Shultz hat erklärt, alle Teilnehmer des Treffens von La Sapinière hätten den von amerikanischer Seite vorgetragene weitergehenden Vorstellungen voll zugestimmt. [...] Wir sollten den in La Sapinière gefundenen Konsensus mittragen. Allerdings vermögen wir nicht der von AM Shultz gegebenen Darstellung zu folgen, daß dieser Konsensus von La Sapinière alle amerikanischen Vorstellungen umfaßt. Wir müssen an der Ansicht festhalten, daß in La Sapinière in einer Reihe wichtiger kontroverser Punkte, insbesondere betreffend Kreditrestriktionen, nur Prüfungsaufträge beschlossen wurden. Auch wenn die beschlossene Prüfung nicht dazu führt, daß hinsichtlich aller Punkte der amerikanischen Vorstellungen Einigkeit erzielt wird, ist zu hoffen, daß genügend konsensfähige Substanz übrigbleibt, um eine Bereinigung der transatlantischen Kontroverse und eine Rücknahme der US-Sanktionen vom Juni 1982 zu ermöglichen.“ Vgl. VS-Bd. 10395 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 16./17. Oktober 1982 in Nyborg vgl. Dok. 277.

<sup>11</sup> Am 18. Oktober 1982 berichtete Botschafter Hermes, Washington, er habe sich bei einem Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums nach einem Terminvorschlag „zu dem vorgesehenen Zusammentreffen der Sieben auf Botschafterebene“ erkundigt: „Niles rechtfertigte die bisherige amerikanische Zurückhaltung wieder mit der in Washington herrschenden Unklarheit über die französische Haltung. AM Cheysson habe AM Shultz nach Rückkehr aus Afrika am 13.10. anrufen

3) Das Gespräch umfaßte insgesamt folgende Themenkreise:

- (1) Erläuterungen des Bundesministers zu den Vorstellungen der neuen Bundesregierung
- (2) Politische und wirtschaftliche Ost-West-Strategie: Fortführung der Diskussion von La Sapinière
- (3) Bericht von Shultz über seine Treffen mit Gromyko<sup>12</sup>
- (4) Darstellung unserer Haltung zu KSZE/KAE durch Bundesminister

II. Im einzelnen

1) Erläuterungen des Bundesministers zu den Vorstellungen der neuen Bundesregierung

Bundesminister schloß an sein Vier-Augen-Gespräch an und führte folgendes aus: In der Wirtschafts- und Finanzpolitik werde die neue Bundesregierung einschneidende Entscheidungen treffen. Insofern könne man von Kursänderungen sprechen. In der Außenpolitik werde keine Kursänderung eintreten. Die beiden Parteien, die jetzt wieder eine Koalition bildeten, hätten in den 50er Jahren den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO<sup>13</sup> durchgesetzt. Später seien durch eine andere Koalition die Ostverträge<sup>14</sup> geschlossen worden. Alle Verträge würden jetzt von allen drei Parteien akzeptiert.

Die Bundesregierung stelle sich zur Zeit zwei Hauptaufgaben: Erstens müßten bis zu den Wahlen<sup>15</sup> die großen Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erfolgen; zweitens werde die Regierung unseren Verbündeten, Partnern, Freunden und den übrigen Regierungen klarmachen, daß wir unsere Außen- und Sicherheitspolitik kontinuierlich fortsetzen.

Diese Kontinuität verkörpere sich auch im neuen Kabinett. Einige Minister seien schon Mitglieder früherer Bundesregierungen gewesen. Der Bundeskanzler, der jüngste Regierungschef seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und der erste Angehörige der Nachkriegsgeneration in diesem Amt, habe sich

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1361*

und ihm näheres zur französischen Haltung mitteilen wollen. Dieser Anruf sei bis zum vergangenen Samstag nicht erfolgt. [...] Niles hatte in Gesprächen mit mir und meinem Vertreter die Notwendigkeit unterstrichen, sich schnell auf das Shultz-Papier als Basis für weiteres gemeinsames Vorgehen zu einigen. Shultz habe durch großen persönlichen Einsatz und nach mühevoller interner Abstimmung einen Lösungsweg aufgezeigt, über den nun möglichst bald ein Konsens herbeigeführt werden sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4379; VS-Bd. 12941 (204); B 150. Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September 1982 in New York vgl. Dok. 252.

<sup>13</sup> Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erfolgte auf der NATO-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Mai 1955 in Paris. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUEs 1949–1974, S. 89–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7927.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

<sup>15</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

stets sehr stark für die europäische Einigung, die Atlantische Allianz und die westliche Welt engagiert.

Der neue Verteidigungsminister<sup>16</sup> sei für seine Aufgaben ausgezeichnet vorbereitet und in Washington kein Unbekannter. Der Bundeswirtschaftsminister<sup>17</sup> sei in seinem Amt geblieben, der Finanzminister<sup>18</sup> einer der erfahrensten Männer, die wir auf diesem Gebiet hätten.

Außenminister Shultz entgegnete, diese Kontinuität, besonders im Bündnisbereich, sei begrüßenswert und wichtig. Was Bundesminister Genscher über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung gesagt habe, sei von außerordentlichem Interesse. Es sei ja eine der Lehren der jüngsten Geschichte, daß die Wirtschaftspolitik der USA die Europäer mitbetreffe. Das gleiche gelte aufgrund der allgemeinen Interdependenz auch umgekehrt.

Die informelle Ministertagung in La Sapinière sei gut verlaufen. Auch der französische Außenminister<sup>19</sup> habe seine Vorbehalte gegen diese Form des Treffens aufgegeben und habe sie geradezu gelobt. Bei diesem Treffen sei man sich darüber einig gewesen, daß der Protektionismus bekämpft und der Welthandel offen gehalten werden müsse. Deshalb komme es auf eine gute Vorbereitung des nächsten GATT-Ministertreffens<sup>20</sup> an, aber auch auf die richtigen nationalen Wirtschaftspolitiken. Aus diesem Grunde bitte er den Bundesminister, die Überlegungen der neuen Bundesregierung hierzu noch näher auszuführen.

Der Bundesminister antwortete wie folgt:

Intern müßten wir die hausgemachten Ursachen unserer ökonomischen Probleme überwinden. Das Ausmaß unserer sozialen Leistungen übersteige unsere Leistungskraft, jedenfalls unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Umständen. Wir müßten von konsumtiven in investive Ausgaben umschichten. Die Bundesregierung wolle durch Begrenzung der öffentlichen Verschuldung die Zinsentwicklung nach unten treiben, durch steuerliche Maßnahmen die privaten Investitionen anregen und die Investitionshemmnisse, die z.T. aus ideologischen Gründen errichtet worden seien, beseitigen (Liberalisierung der Mietgesetzgebung, Medien, Kabelfernsehen). Schließlich wolle sie durch Straffung der Genehmigungsverfahren den Ausbau der Kernenergie fördern. Kurz: Die beiden Parteien, die in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland die soziale Marktwirtschaft durchgesetzt hätten, wollten jetzt, unter veränderten, aber ähnlichen Umständen, die Wirtschaft durch Freisetzung marktwirtschaftlicher Kräfte wieder ankurbeln.

Auf die Frage von Shultz, ob man ein neues deutsches Wirtschaftswunder erwarten könne, bemerkte der Minister, die neue Regierung habe einen sehr schweren Weg vor sich. Bis zur nächsten Bundestagswahl könne der Erfolg kaum sichtbar werden. Es bedürfe der harten Arbeit mehrerer Jahre, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Außerdem hätten wir große Ausländerprobleme.

<sup>16</sup> Manfred Wörner.

<sup>17</sup> Otto Graf Lambsdorff.

<sup>18</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>19</sup> Claude Cheysson.

<sup>20</sup> Die Ministerkonferenz des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

In Deutschland lebten inzwischen vier Millionen Ausländer, davon sei ein Großteil Türken. Es sei unmöglich, alle Türken zu integrieren. Die nicht-integrierten Türken stellten eine explosive Gruppe in der Gesellschaft dar. Wir würden versuchen, einen Teil durch finanzielle Anreize zur Heimkehr zu bewegen.<sup>21</sup>

<sup>22</sup>) Politische und wirtschaftliche Ost-West-Strategie

Fortführung der Diskussion von La Sapinière.

Außenminister Shultz führte folgendes aus:

In La Sapinière hätten alle dem amerikansichen Non-paper zugestimmt. Nun müsse man mit den Japanern sprechen. Diese Konsultationen werde er heute mit dem japanischen Außenminister<sup>23</sup> einleiten. Außerdem sei die amerikanische Seite dafür, das Non-paper zu veröffentlichen. Das könne durch den Generalsekretär der NATO<sup>24</sup> oder durch die Mitgliedsregierungen national geschehen. Dann könne man die einzelnen Arbeiten in Gang setzen. Er habe bei Antritt seines Amtes eine große Unordnung der Allianz vorgefunden. Jetzt müsse man einen kraftvollen Schritt in die richtige Richtung tun. Je eher man in der vorgezeichneten Richtung vorangehe, desto besser sei das für die Allianz. Dies sei eine Frage von großer politischer Dimension. Er hoffe, daß man nicht mehr als einen Monat brauche. Die im Non-paper vorgeschlagenen Maßnahmen seien unabhängig vom Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>25</sup>. Die Aufhebung der Sanktionen<sup>26</sup> durch die USA wäre ein unilateraler Akt, aber natürlich müsse man sehen, daß der Präsident eine bessere Ost-West-Strategie wünsche. Je länger der Prozeß um das Erdgas-Röhren-Geschäft weitergehe, desto bitterer werde die Kontroverse. Einige Firmen könnten im Laufe des nächsten Monats deshalb in Konkurs gehen. Auch Pym sei sehr besorgt, aber zwischen den beiden Vorgängen wollten die Europäer keinen „Link“ sehen.

<sup>21</sup> Am 14. Juli 1982 beschloß das Bundeskabinett: „Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit den beteiligten Ressorts die nachstehenden inhaltlichen Positionen als Formulierungshilfen in das Gesetzgebungsverfahren des Bundesrates zur Konsolidierung des Zuzugs und zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern einzubringen: a) Rückkehrende ausländische Arbeitnehmer aus den Ländern, mit denen die Bundesregierung Vereinbarungen über Anwerbung und Beschäftigung abgeschlossen hat und die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind, können nach einer halbjährigen Wartefrist über ihre staatlich begünstigten Spareinlagen ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen verfügen. b) Rückkehrenden Ausländern, die schon nach geltendem Recht die Möglichkeit der Beitragserstattung haben, können auf Antrag nach halbjähriger Wartefrist die auf Arbeitnehmer entfallenden Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erstattet werden. c) Mit Zustimmung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers ist die Abfindung unverfallbarer Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung in den Fällen zuzulassen, in denen von dem Recht der vorzeitigen Beitragserstattung in die gesetzliche Rentenversicherung Gebrauch gemacht wird. d) Finanzielle Vergünstigungen unter a) bis c) werden – vorübergehend bis zum 31. Dezember 1987 – solchen Rückkehrern gewährt, die nach dem 30. Juni 1982 einen entsprechenden Antrag stellen. e) Zusätzliche finanzielle Anreize – sei es in Form einer Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes, sei es als Rückkehrprämie – werden rückkehrenden Ausländern nicht gewährt.“ Vgl. die Anlage 1 zur Aufzeichnung des Referats 011 vom 6. August 1982; Referat 010, Bd. 178893.

<sup>22</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2326 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1. Für das Fernschreiben vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Yoshio Sakurauchi.

<sup>24</sup> Joseph Luns.

<sup>25</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>26</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Der Bundesminister erklärte, Staatssekretär von Staden habe ihm über die Beratungen in La Sapinière berichtet.

Gestern abend habe er in Paris mit Cheysson darüber gesprochen.<sup>27</sup> Er, der Bundesminister, halte es für wichtig, auf der Linie von La Sapinière an die Arbeit zu gehen.<sup>28</sup>

Er habe schon in seinem Aufsatz in „Foreign Affairs“ die Notwendigkeit einer Gesamtstrategie betont.<sup>29</sup> Er schlage vor, daß die Wirtschaftsdirektoren die Weiterarbeit übernähmen. Innerhalb der Bundesregierung müsse noch eine Abstimmung herbeigeführt werden. Auch hielte er es für wichtig, beim informellen Ministertreffen der Zehn am 16./17. Oktober 1982 die Angelegenheit zu besprechen, da die Zuständigkeit der Gemeinschaft berührt sei. Auf seine Frage, ob beim informellen Ministertreffen in La Sapinière eine Verabredung über das weitere Verfahren getroffen worden sei, verneinte dies Shultz.

Bundesminister wies darauf hin, daß die Japaner in Versailles<sup>30</sup> am restriktivsten gewesen seien. Deshalb sei es wichtig, wie sie reagierten.

Nach längerer Diskussion erklärte Shultz, daß die amerikanische Seite in der nächsten Woche die Botschafter der Sieben in Washington zu einer Sitzung einladen werde. Auf Vorschlag des Bundesministers werden die dänische Präsidentschaft<sup>31</sup> und die Kommission hinzugebeten werden.

### 3) Bericht von AM Shultz über seine Gespräche mit Gromyko

Shultz führte auf Bitte des Ministers folgendes aus:

Das erste Gespräch am vergangenen Dienstag, dem 28. September, habe drei Stunden, das Gespräch am 4.10. mehr als vier Stunden gedauert. Auf amerikanischer Seite hätten Eagleburger, Burt und Botschafter Hartman, auf sowjetischer Seite Botschafter Dobrynin und Vizeaußenminister Kornienko teilgenommen. Das Gespräch sei offen und geschäftsmäßig gewesen. Beide Seiten hätten an ihren jeweiligen Positionen festgehalten.

Es habe Übereinstimmung bestanden, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gespannt seien. Die amerikanische Seite habe festgestellt, daß die Beziehungen bei verändertem Verhalten der Sowjetunion positiv verändert

<sup>27</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl am 4. Oktober 1982 bei dessen Besuch in Frankreich. Vgl. dazu Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>28</sup> Am 19. Oktober 1982 vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortag in Paris, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ausgeführt: „AM Shultz habe nach La Sapinière den Eindruck gewonnen, daß ein genügend breiter Konsensus vorhanden sei, um die Diskussion über die einzelnen Punkte des amerikanischen Papiers fortzusetzen. AM Shultz habe nach seinem Gespräch mit BM Genscher den japanischen Außenminister gesprochen. Seitdem stehe man nahezu täglich mit den Japanern im Gespräch. Japan sei besorgt, es könne ebenso wie die Westeuropäer von amerikanischen Sanktionen betroffen werden. [...] Burt unterstrich nachdrücklich, daß man auf amerikanischer Seite nicht an eine zeitlich unbefristete Diskussion denke. Eine ‚open-ended series of meetings‘ würde nicht zu der angestrebten einseitigen Aufhebung der amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegenüber den Westeuropäern führen. Notwendig für einen solchen amerikanischen Schritt sei, daß man sich möglichst bald über die wichtigsten Elemente des amerikanischen Papiers einige.“ Vgl. VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>29</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher, „Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress“, FOREIGN AFFAIRS 1982, Bd. 61 (1982/83), S. 42–66.

<sup>30</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>31</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

werden könnten. Die Beziehungen seien belastet durch die sowjetische Hochrüstung, das aggressive Verhalten der Sowjetunion in Afghanistan<sup>32</sup>, Kambodscha<sup>33</sup> und Nicaragua, das Problem der Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion und die Lage in Polen. Die amerikanische Seite habe klargemacht, daß die Vereinigten Staaten und das Bündnis stark und in der Lage seien, den Frieden zu erhalten. Gleichzeitig seien die Vereinigten Staaten zu einem konstruktiveren Verhältnis bereit, wenn sich die Haltung der SU ändere. Er, Shultz, habe klargestellt, daß der Westen entschlossen sei, die gemäß Doppelbeschluß vorgesehenen Systeme in Europa zu dislozieren, um der SS-20-Bedrohung zu begegnen. Gleichzeitig seien die Vereinigten Staaten zu vernünftigen Ergebnissen im Bereich der Rüstungskontrolle bereit. In dem Gespräch habe es kein Thema gegeben, bei dem Einvernehmen erzielt worden sei. Aber es sei ein nützlicher Gedankenaustausch über wichtige Themen gewesen. Es sei nicht auszuschließen, daß es dazu komme, daß die beiden Staaten etwas Gemeinsames unternähmen, z. B. auf dem Gebiet der Nichtverbreitung. Ganz wichtig erscheine ihm, daß Gromyko die Entschlossenheit der Allianz zu spüren bekomme, stark zu bleiben und, wenn nötig, zu dislozieren.

Das Thema der Menschenrechte sei ausführlich diskutiert worden. Es sei vorgesehen, daß die Botschafter Kampelman und Iljitschow sich treffen, um das Menschenrechtsthema zu erörtern.

Bundesminister fragte, wie die Vereinigten Staaten den Dialog mit der Sowjetunion fortsetzen wollten und ob ein weiteres Treffen geplant sei.

Shultz antwortete, daß darüber keine konkrete Absprache getroffen sei. Sicher werde man sich in einem Jahr am Rande der Generalversammlung der VN wieder treffen. Sollte eine der beiden Seiten das Gefühl haben, daß ein früheres Treffen nützlich wäre, ließe sich dies über die Botschafter arrangieren. Die Botschafter Dobrynin und Hartman seien auf amerikanischen Vorschlag bei dem Gespräch dabei gewesen, weil damit die Kommunikation auf eine breitere Basis gestellt werde.

Auf Frage des BM, ob über eine Gipfelbegegnung Reagan–Breschnew gesprochen worden sei, erwiderte Shultz, das Thema sei nicht aufgekommen. Die amerikanische Seite sei bereit gewesen, es zu diskutieren. Man könne darüber räteln, weshalb Gromyko das Thema nicht aufgebracht habe. Vielleicht sei Breschnew nicht mehr imstande zu einem solchen Gipfeltreffen.

Der indische Botschafter<sup>34</sup> habe die Atmosphäre in Moskau während des Besuchs von Ministerpräsidentin Indira Gandhi<sup>35</sup> als eine „der Nachfolge“ beschrieben.

Der Bundesminister meinte, es sei möglich, daß bereits eine Entscheidung über die Nachfolge getroffen sei oder daß es sich jetzt um eine Übergangsphase mit der Bemühung um die Erhaltung des Status quo ohne Risiko handele. Außenminister Shultz antwortete, daß dies so sein könne, daß er sich aber nicht si-

<sup>32</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>33</sup> Zum Konflikt in Kambodscha vgl. Dok. 222, Anm. 28.

<sup>34</sup> Kocheril Raman Narayanan.

<sup>35</sup> Ministerpräsidentin Gandhi hielt sich vom 22. bis 26. September 1982 in der UdSSR auf.

cher sei. Die amerikanische Position werde jedenfalls den eigentlichen Adressaten in Moskau schon erreichen.

#### 4) Darstellung unserer KSZE-KAE-Politik durch BM

Der Bundesminister wies darauf hin, daß es sich bei der Fortsetzung der KSZE um ein entscheidend wichtiges Problem handele.<sup>36</sup> Die Fortsetzung der Überprüfungskonferenz in Madrid sei für die Europäer eine sehr bedeutende Frage. Die Möglichkeiten, die im KSZE-Prozeß lägen, um auf die sowjetische Seite Einfluß zu nehmen, müßten genutzt werden. Wichtig sei es, eine KAE einzusetzen. Dies sei wegen der sowjetischen konventionellen Überlegenheit dringlicher denn je. Mit der Schaffung einer Rüstungskontrollzone vom Atlantik bis zum Ural<sup>37</sup>, in der vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren seien, werde der geographische Geburtsfehler von MBFR<sup>38</sup> ausgeglichen. Es sei wichtig, daß sich die amerikanische Regierung schnell im Sinne der Bündnisposition entscheide. Ein amerikanisches Zögern schaffe Probleme im Bündnis, wäre aber auch ein Geschenk an die Sowjetunion, weil sie damit aus der Notwendigkeit entlassen würde, über vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa zu sprechen. Der Westen solle in Madrid mit einer klaren und festen Debatte über Polen beginnen. In diesem Zusammenhang wolle er auf die geplante Demarche der Europäischen Gemeinschaft in Warschau wegen der neuen Anti-Solidaritäts-Gesetzgebung<sup>39</sup> hinweisen. Der KSZE-Prozeß sei entscheidend für die Beeinflussung des sowjetischen Verhaltens. Die KAE sei wichtig für die Erfassung der ganzen westlichen Sowjetunion im konventionellen Bereich.

Außenminister Shultz antwortete, daß er die vom Bundesminister dargestellte Position verstehe. In dem für Paris geplanten Treffen werde die amerikanische Regierung ihre Position darstellen.<sup>40</sup> Es sei wesentlich, an einer starken Diskussion über die Lage in Polen festzuhalten. Er wisse, daß es nicht die Absicht des Bundesministers sei, davon abzurücken.

[gez.] Pfeffer

#### VS-Bd. 10395 (421)

<sup>36</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>37</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>38</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>39</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

<sup>40</sup> Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 20. Oktober 1982, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 18. Oktober 1982 in Paris zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid erklärt: „Die Lage in Polen macht eine Entscheidung zugunsten von Verhandlungen schwierig (Glaubwürdigkeitsproblem). [...] Wenn sich die USA für Verhandlungen entscheiden sollten, dann nur, wenn der gesamte Westen ein Verhandlungspaket vorlege, das etwa bestehen könnte aus a) folgenden neuen Texten: Hinweis auf das Auftreten der Minister in der Implementierungsdebatte, Bedeutung der Gewerkschaftsfreiheit, Beendigung von Telefonabschaltungen; b) der Forderung auf Einbeziehung folgender (früher eingereichter) westlicher Vorschläge, die RM.39 nicht berücksichtigt: Beendigung von Störungen von grenzüberschreitenden Rundfunksendungen, Zugang zu diplomatischen und anderen staatlichen Vertretungen, besserer Zugang der Journalisten zu ihren Quellen; c) ferner noch Verbesserungen bei dem Text von RM.39 zu den Menschenrechten, zu der dort vorgesehenen Expertengruppe über Menschenrechte sowie in den Ausführungen der Präambel über die Implementierungsdebatte.“ Vgl. VS-Bd. 13238a (212); B 150, Aktenkopien 1982.

263

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2327

Citissime nachts

Aufgabe: 6. Oktober 1982, 09.55 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 6. Oktober 1982, 16.07 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit Gromyko am 5.10.82 beim Mittagessen 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr<sup>2</sup>;

hier: Allgemeiner Teil (ohne Rüstungskontrolle und Abrüstung)

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite Botschafter van Well, D2<sup>3</sup>, D2A<sup>4</sup>, Dg21<sup>5</sup>, Leiter MB<sup>6</sup>.

Auf sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender Außenminister Kornienco, Botschafter Dobrynin, UN-Botschafter Trojanowski, Stellvertretender Leiter Dritter Europäischer Abteilung, Schikin.

Zur Unterrichtung

I. In dem Gespräch, das in freundlichem, gelockertem Ton und in der Sache ernst und substantiell geführt wurde, wurden die Themen

- Kontinuität der deutschen Außenpolitik,
- laufende rüstungskontrollpolitische Verhandlungen, insbesondere INF-Verhandlungen in Genf (hierüber gesonderter DB<sup>7</sup>),
- sowjetisch-amerikanische Beziehungen,
- Ausreise Deutschstämmiger aus der Sowjetunion,
- KSZE

behandelt.

BM erneuerte die Einladung Gromykos nach Bonn und drückte den Wunsch nach einem Besuch des sowjetischen Außenministers möglichst noch in diesem Jahre aus.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte.

Hat Jansen vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>3</sup> Franz Pfeffer.

<sup>4</sup> Friedrich Ruth.

<sup>5</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>6</sup> Hans Friedrich von Ploetz.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 258.

<sup>8</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

## II. Im einzelnen

### 1) Kontinuität der deutschen Außenpolitik

BM wies darauf hin, daß die neue Bundesregierung<sup>9</sup> gebildet worden sei, um wichtige wirtschaftliche und finanzielle Probleme zu lösen. Die Regierungserklärung am Mittwoch nächster Woche werde dazu Stellung nehmen.<sup>10</sup> Sie werde sich auch zu den Grundlinien der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich äußern. Wir wüßten es sehr zu schätzen, daß die ersten Reaktionen von sowjetischer Seite auf die Regierungsneubildung in Bonn von Objektivität und Realismus geprägt gewesen seien. Die sowjetische Seite werde feststellen, daß die neue Bundesregierung ihre Außen- und Sicherheitspolitik konsequent und kontinuierlich fortsetzen werde. Auf westlicher Seite würden wir uns ernsthaft um den weiteren Ausbau und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bemühen. In unserer Position im westlichen Bündnis würden wir fortfahren wie bisher. Auch im Verhältnis zur SU, den anderen Warschauer-Pakt-Staaten und zur DDR könne man von der Kontinuität der deutschen Politik ausgehen. Daß geschlossene Verträge gültig blieben, sei eine Selbstverständlichkeit; dies sei uns jedoch zu wenig. Wir seien interessiert daran, auf der Grundlage der Verträge<sup>11</sup> und der Schlußakte von Helsinki<sup>12</sup> die Beziehungen zur SU und ihren Verbündeten weiterzuentwickeln und auszubauen. Er glaube, daß unsere östlichen Nachbarn die wichtige Tatsache erkennen sollten, daß alle Kräfte des Deutschen Bundestages in der Praxis der politischen Verantwortung die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit, der Rüstungskontrolle und Abrüstung fortsetzen und vertreten würden. Er habe Gromyko früher erläutert, daß unsere mit der SU und ihren Verbündeten entwickelte Politik langfristig angelegt sei. Daran ändere sich nichts. Über diese langfristige Anlage unserer Politik gebe es keinen Streit in der deutschen Innenpolitik. Aus diesem Willen zum Ausbau der Beziehungen und der Zusammenarbeit heraus übermittelte er den Wunsch der Bundesregierung, Gromyko noch in diesem Jahre in Bonn begrüßen zu können. Er bitte, dies als offizielle Einladung zu betrachten. Die Kontinuität der deutschen Außenpolitik nach einem Regierungswechsel sei eine bemerkenswerte Tatsache. Es sei nicht immer so gewesen, aber inzwischen habe sich ein breiter Konsens in allen essentiellen Fragen der deutschen Außenpolitik bei uns gebildet. Einige Leute mögen sich fragen, ob dies neben dem Verhältnis zur SU und anderen Staaten des Warschauer Paktes auch für die DDR gelte. Er werde heute DDR-Außenminister

<sup>9</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Fischer sehen und ihm sagen, daß Honecker in der BR Deutschland herzlich willkommen sei.<sup>13</sup>

Gromyko erwiderte: Was BM über die Kontinuität der Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber der SU und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten gesagt habe, habe große Bedeutung, und er könne dies nur positiv einschätzen. Dies beziehe sich auch auf die Äußerung von BM, daß die Verträge mit der SU und den anderen WP-Staaten voll in Kraft blieben und daß dies keine Streitfrage zwischen den Koalitionspartnern darstelle. Die sowjetische Führung betrachte, wie wir wüßten, diese Verträge als eine „Granitgrundlage“ für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen. Ebenso positiv schätze er auch die Äußerung von BM ein, daß die neue Bundesregierung die Entspannungspolitik weiterführen werde. BM habe auch das Stichwort Sicherheitspolitik fallenlassen. In dieser Frage gebe es zwischen unseren beiden Ländern übereinstimmende, aber auch unterschiedliche Positionen. Man werde mit Interesse unsere Regierungserklärung dazu hören. In Moskau betrachte man die Änderung in Bonn, die Bildung einer neuen Bundesregierung als gegebene Tatsache. Die SU werde ihre Politik nach den Prinzipien weiterführen, die BM und auch die sowjetische Seite erwähnt hätten. Als ersten Kommentar zu den Äußerungen von BM wolle er also sagen, daß er diese sehr zu schätzen wisse.

BM wies darauf hin, daß BK Kohl am übernächsten Tage den Ministerratsvorsitzenden der RSFSR, Solomenzew, der Gastgeber von Herrn Kohl bei dessen früherem Besuch in Moskau gewesen sei<sup>14</sup>, zu einem Gespräch empfangen werde.<sup>15</sup> In der darauf folgenden Woche werde auch die Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission Gelegenheit geben, den Meinungsaustausch fortzusetzen.<sup>16</sup>

Anschließend erläuterte BM unsere Haltung zu den laufenden rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen in Genf (START und INF) in Wien (MBFR) – hierzu gesonderter DB<sup>17</sup>.

## 2) Sowjetisch-amerikanische Beziehungen

Nachdem sich Gromyko sehr kritisch über die amerikanische Verhandlungsführung in Genf geäußert hatte, fragte BM nach dem Stand der sowjetischen Beziehungen mit den USA. Gromyko bezeichnete diese als „schlecht“. Neben den Bereichen der Sicherheit und Rüstungskontrolle gebe es andere Gebiete, z. B. den Wirtschaftsverkehr, der praktisch zum Erliegen komme.

BM warf ein, der Handel zwischen USA und SU habe sich ausgeweitet. Wir sähen die Ausweitung der amerikanischen Exporte in die SU „mit Neid“. Gromyko räumte ein, daß dies zutreffe, wenn man allein die Zahlen nehme. Insgesamt

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 5. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 259.

<sup>14</sup> Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte vom 22. bis 30. September 1975 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 290. Vgl. dazu auch KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 386 f.

<sup>15</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew, am 7. Oktober 1982 vgl. Dok. 265.

<sup>16</sup> Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission am 11./12. Oktober 1982 vgl. Dok. 256, Anm. 8.

<sup>17</sup> Zu den Wörtern „hierzu gesonderter DB“ vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Lag bereits vor.“

samt habe die amerikanische „Sanktionsgymnastik“<sup>18</sup> schlechte Folgen. Aber hieran könne die SU nichts ändern, sie werde es überleben.

BM fragte nach den Überlegungen zu einem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen, über das Anfang des Jahres viel gesprochen worden sei, zuletzt jedoch wenig. Gromyko antwortete knapp: BM kenne die sowjetischen Äußerungen, einschließlich des öffentlichen Angebotes von Breschnew<sup>19</sup>, sowie auch die amerikanischen Reaktionen. Auf Frage von BM, ob dieses Thema bei den ausführlichen Gesprächen Gromykos mit Shultz eine Rolle gespielt habe, antwortete Gromyko einsilbig: Dieses Thema sei nicht angeschnitten worden.<sup>20</sup> BM betonte, daß wir an diesem Dialog interessiert seien.

### <sup>21</sup>3) Ausreisen

BM wies darauf hin, wir hätten mit Enttäuschung festgestellt, daß die Zahl der Ausreisen deutschstämmiger Sowjetbürger rapide zurückgegangen sei.<sup>22</sup> Er bitte Gromyko herzlich, im Geiste der Beziehungen zwischen beiden Ländern, der abgeschlossenen Verträge und auch der Schlußakte von Helsinki seine Aufmerksamkeit dieser bedauerlichen Entwicklung zuzuwenden und hoffe, daß es möglich sein werde, den alten Umfang der Ausreisen wieder zu erreichen. Nachdem sich Gromyko bei Schikin, dem für die Bundesrepublik Deutschland zuständigen Beamten des sowjetischen Außenministeriums, nach dem Sachstand erkundigt hatte und dieser von einer geringfügigen Verminderung gesprochen hatte, übergab BM die vorbereitete Grafik, die die starke Abwärtskurve der Ausreisen zeigt.<sup>23</sup> Gromyko quittierte das Papier mit einer Bemerkung über die „Pünktlichkeit“ der Deutschen, wollte die Grafik erst zurückgeben, überreichte sie aber schließlich Schikin, als BM ihn drängte, die Grafik „für das Politbüro“ zu behalten.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982; Dok. 189, Anm. 15.

<sup>19</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 18. April 1982 in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Prawda“ seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Treffen mit Präsident Reagan. Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 266.

<sup>20</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September und 4. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 252 und Dok. 262.

<sup>21</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2330 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot gab am 8. September 1982 folgenden Überblick: „Seit dem Jahre 1955 – Zeitpunkt der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR – haben 91 000 Deutsche aus der UdSSR im Wege der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen dürfen. Seit dem Jahre 1976, als die höchste Zahl der Ausreisen aus der UdSSR – mit 9704 Ausreisen im Jahr – erreicht wurde, sind die Ausreisen kontinuierlich zurückgegangen. 1981 konnten nur noch 3773 Deutsche die Sowjetunion verlassen. Nach den bisher für die Monate Januar bis August 1982 vorliegenden Zahlen werden in diesem Jahr kaum mehr als 2400 Deutsche die Ausreiseerlaubnis erhalten; im Monat August 1982 kamen nur noch 122 Deutsche zu uns. Die Gesamtzahl der Deutschen in der UdSSR wird nach der Volkszählung im Jahre 1979 offiziell mit 1 936 000 angegeben. Dem Deutschen Roten Kreuz liegen unerledigte Ausreisearbeiten von 88 000 Deutschen vor.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

<sup>23</sup> Am 30. August 1982 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot eine graphische Darstellung zur Aussiedelung von Deutschen aus der UdSSR vor. Dazu vermerkte er: „Die Talfahrt der Aussiedelung von Deutschen aus der UdSSR hält an. [...] Besser als verbale oder tabellarische Beschreibungen läßt sich die desolante Entwicklung der Ausreisearbeiten durch die beigefügte Graphik verdeutlichen. Angesichts der großen sowjetischen Vorliebe für das Hantieren mit Statistiken und Kurven sollte diese Graphik – u. U. mit kyrillischer Beschriftung – auch gegenüber sowjetischen Gesprächspartnern zur Unterstreichung unserer Argumente verwandt werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

4) KSZE-Folgetreffen in Madrid<sup>24</sup>

Gromyko, der das Thema anschnitt, betonte, daß weder die SU, noch die Bundesrepublik Deutschland, noch andere europäische Staaten und schließlich auch nicht die USA an einem Scheitern in Madrid interessiert sein könnten. Die SU sei für eine Weiterführung des Nachfolgetreffens und ein positives Ergebnis. Sie halte den von den N+N-Staaten eingeführten Entwurf für ein Schlußdokument für eine geeignete Grundlage für ein Schlußdokument.<sup>25</sup> Es seien noch „unwesentliche Änderungen“ notwendig, aber im allgemeinen sei es eine passende Grundlage. Man habe jedoch Informationen, daß Washington nach der Wiederaufnahme des Treffens in Madrid darauf hinwirken wolle, daß entweder überhaupt nichts herauskomme oder nur ein kurzes oder leeres Abschlußdokument. Dies wäre eine schlechte Visitenkarte für Europa. Die Gründe für das amerikanische Verhalten könne man nicht in der Schlußakte finden, diese sei ein ausgewogenes Dokument. Z.B. sei es nach der Schlußakte bei einem Ausreisantrag so, daß wenn die Frage geprüft worden sei, der betreffende Staat das letzte Wort habe. Dies sei sein souveränes Recht. Wenn z.B. jemand in einem militärisch wichtigen Werk oder an einem militärischen Projekt gearbeitet habe, könne der Staat seine Ausreise verweigern. Dies gelte in allen Staaten, auch in der Bundesrepublik Deutschland, auch in den USA. Es gelte auch für die Einreisen; man solle nur an die Immigrationsregeln der USA denken. Gromyko bat BM, seine Aufmerksamkeit der Frage zuzuwenden, wie man das Madrider Treffen nicht mit einem leeren, sondern einem positiven Ergebnis beenden könne.

BM erwiderte, daß wir, wie Gromyko wisse, das N+N-Dokument positiv bewertet hätten. Es gehe jetzt darum, das Treffen zu einem Erfolg zu führen. Wir glaubten, daß die Volksrepublik Polen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Klimas in Europa und auch für die Konferenz leisten könne, wenn die im Dezember 1981 von der polnischen Führung selbst angekündigten Schritte<sup>26</sup> endlich ausgeführt würden. Gromyko warf ein: Dies sollten die Polen selber entscheiden, worauf BM meinte, die SU solle einen günstigen Einfluß ausüben.

5) Abschließend bedankte sich Gromyko für die Einladung in die Bundesrepublik Deutschland. Man werde sich den Zeitpunkt überlegen. Er glaube, daß es möglich sein werde.

BM bat, Generalsekretär Breschnew die Grüße des Bundeskanzlers zu übermitteln. Dieser erinnere sich gern der Gespräche in Bonn.<sup>27</sup> Gromyko nahm dies auf und wies darauf hin, daß Breschnew und BK Kohl sich bei verschiedenen Gelegenheiten gesprochen hätten. Abschließend betonte er: Es gäbe viele Probleme, in denen wir unterschiedlicher Auffassung seien. Wir müßten über alles

<sup>24</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>25</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 40, Anm. 11.

<sup>26</sup> Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski am 13. Dezember 1981; Dok. 54, Anm. 7.

<sup>27</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl am 24. November 1981 vgl. KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 603–605. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

weiter sprechen, auf verschiedenen Ebenen. Der beiderseitige Wunsch, im Kontakt zu bleiben, sei positiv zu bewerten.  
(Vorbehaltlich Zustimmung durch BM.)

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14109 (010)

## 264

### Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2343

Aufgabe: 6. Oktober 1982, 20.20 Uhr

Ankunft: 7. Oktober 1982, 01.53 Uhr

Betr.: Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen mit dem Generalsekretär der VN<sup>1</sup>

Der BM des Auswärtigen stattete am 6.10. dem GS der VN einen Besuch ab. Der GS war von dem GD für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Ripert, und seinem Kabinettschef Dayal begleitet, der BM von Botschafter van Well.

Der GS bedankte sich für den Besuch schon so kurz nach Bildung der neuen Bundesregierung.<sup>2</sup> Er begrüßte den BM als Repräsentanten eines Landes, das die VN tatkräftig unterstütze.

Der BM erwiderte, in seinem Lande werde mit Respekt das Bemühen des GS um Stärkung des Einflusses der VN beobachtet. Die Bundesregierung messe den VN große Bedeutung bei und unterstütze sie nach Kräften. Die Politik der neuen Bundesregierung sei im außenpolitischen Bereich von Kontinuität gekennzeichnet. Die Mitarbeit in der Europäischen Gemeinschaft, im Nordatlantischen Bündnis werde fortgesetzt, das gleiche gelte für die Beziehungen mit den östlichen Nachbarn und die Unterstützung der echten Blockfreiheit. Wir träten für Lösung der Konflikte in der Welt auf friedlichem Wege ein. Wenn es darum gehe, die VN zu stärken und die Bemühungen des GS zu unterstützen, so hätten sie uns auf ihrer Seite.

Der GS schlug vor, daß er den BM zunächst über den Iran-Irak-Konflikt<sup>3</sup> und den Nahost-Konflikt aus der Sicht der VN unterrichte. Der Sicherheitsrat habe

<sup>1</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1982 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>2</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>3</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 210, Anm. 8.

Botschafter Petersen, z. Z. Bonn, formulierte am 8. September 1982 folgende Einschätzung: „Nach dem für Iran unerwarteten Steckenbleiben der Ramadan-Offensive ist die Kampftätigkeit im Frontgebiet deutlich zurückgegangen. Die Landstreitkräfte beider Parteien haben sich im wesentlichen auf Artilleriebeschuß von Städten im Grenzbereich beschränkt. [...] Nach den schweren Verlusten des Ramadan-Angriffs scheint Iran jedoch eine neue Offensive mit größerer Sorgfalt vorzubereiten [...]. Die Zeit scheint inzwischen nicht für Iran zu arbeiten, da Irak seine Luftüberlegenheit inzwischen dazu genutzt hat, durch Bedrohung der Schifffahrt im Golf Iran wirtschaftlich empfind-

am 4.10. einstimmig eine Resolution zum Iran-Irak-Konflikt<sup>4</sup> beschlossen, die den GS beauftrage, seine Vermittlungsbemühungen fortzusetzen und VN-Beobachter für die Einhaltung des Waffenstillstands und den Rückzug der Truppen auf die internationalen Grenzen vorzusehen. Er habe gestern Kontakt mit beiden Parteien aufgenommen, sehe aber angesichts der Haltung des Iran zur Zeit nicht viel Raum für Fortschritte. Allerdings beobachte er eine gewisse milde Evolution in gewissen iranischen Vorbedingungen. So habe der Iran jüngst nicht mehr die Forderung nach Beseitigung der gegenwärtigen irakischen Regierungsführung verlangt. Der Iran bestehe aber weiter auf Reparationen und seiner Version vom Rückzug auf die internationalen Grenzen. Leider gebe es eine Zersplitterung der Vermittlungsbemühungen in drei Initiativen: die Bemühungen der Blockfreien, der Islamischen Konferenz und des VN-Generalsekretärs in der Person des schwedischen Ministerpräsidenten Palme.<sup>5</sup> Er, Pérez de Cuéllar, bemühe sich zur Zeit, diese Aktivitäten zu koordinieren. Man könne an eine Konzentrierung in eine einzige Vermittlungsaktion denken oder an gemeinsame Anstrengungen. Die militärische Situation sei immer noch außerordentlich unklar. Die iranische Offensive habe man erwartet, und man habe auch erwartet, daß der Irak sie zum Stehen bringen würde und daß dann eine Chance für Verhandlungen sich ergeben würde.

Zum Nahost-Konflikt vertrat der GS die Auffassung, daß UNIFIL<sup>6</sup> weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen habe. Immerhin gebe es in dem von UNIFIL kontrollierten Bereich keine ausländischen Truppen, UNIFIL schrecke von Grausamkeiten an der Zivilbevölkerung ab und leiste humanitäre Hilfe. Seine Bedeutung werde noch wachsen, wenn die multinationalen Streitkräfte<sup>7</sup> aus irgendwelchen Gründen abgezogen werden sollten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1373*

lich zu treffen. Irak hat dem Krieg hierdurch eine neue Dimension gegeben, die die Gefahr einer Involvierung dritter, an der Schifffahrt im Golf interessierter Staaten mit sich bringt.“ Vgl. VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 18. Oktober 1982 informierte Oberst i. G. Graf Neidhart von Gneisenau, Ankara, über eine neuerliche Offensive des Iran: „Wie es scheint, bezweckt Iran mit der neuen Offensive, Irak abzunutzen und die restlichen Geländeteile, die noch in irakischen Händen sind, zu befreien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1716; VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Mit Resolution Nr. 522 vom 4. Oktober 1982 rief der VN-Sicherheitsrat den Irak und den Iran zur sofortigen Feuereinstellung und zum Rückzug aller Truppen auf die international anerkannten Grenzen auf. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 19 f.

<sup>5</sup> Der ehemalige Ministerpräsident Palme führte als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim Gespräche zur Erkundung von Möglichkeiten für eine politische Lösung des irakisch-iranischen Krieges. Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete am 4. März 1981, daß Palme mittlerweile drei Reisen nach Bagdad, Teheran und New York unternommen habe: „Zwar haben beide Konfliktparteien ihr Interesse an Fortsetzung der Gespräche mit Palme erklärt, jedoch klaffen die Standpunkte unvereinbar auseinander.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 311, Bd. 137716.

Am 12. August 1982 unterrichtete Vortragender Legationsrat von Hoessle die Botschaft in Bagdad: „Nach hiesiger Einschätzung ist eine eigene europäische Initiative zur Friedensvermittlung weder angebracht noch aussichtsreich. Die laufenden Vermittlungsbemühungen internationaler Organisationen (VN, Blockfreie, Islamische Konferenz) sowie die Initiativen einzelner islamischer Länder (Algerien, Türken) haben – wenn überhaupt – bessere Aussichten auf Erfolg. Nach den bisherigen Reaktionen der iranischen Seite auf alle Friedensbemühungen ist vielmehr zu befürchten, daß eine europäische Initiative nur den iranischen Vorwurf der einseitigen Unterstützung für Irak hervorrufen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; Referat 311, Bd. 137717.

<sup>6</sup> Zum Einsatz der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 182, Anm. 16.

<sup>7</sup> Zur Überwachung des Abzugs der PLO aus Beirut durch eine Multinationale Streitmacht vgl. Dok. 239, Anm. 5.

Am 20. September 1982 gab Präsident Reagan bekannt, er habe auf Ersuchen der libanesischen

Was die Friedensbemühungen angehe, so gebe es zur Zeit mehrere Pläne, man müsse abwarten, welcher Plan sich als aussichtsreicher darstellt. Er selbst bleibe bei der Auffassung, daß die VN und insbesondere der Sicherheitsrat der geeignete und ideale Rahmen für Lösungsbemühungen seien. Man könne an Arbeitsgruppen für gewisse Problembereiche denken, die allen interessierten Parteien offenstünden. Er habe diesen Gedanken informell an den Sicherheitsrat herangetragen.

Der BM sagte, wir hätten die Aktivitäten des GS in beiden Konflikten begrüßt. Der Iran-Irak-Krieg folge in manchem schwer verständlichen Gesetzen, was es so schwer mache, Lösungen zu finden. Ähnliches gelte für Nahost.

Der GS bezeichnete es als das große Problem im Iran-Irak-Konflikt, daß es keinen valablen Verhandlungspartner im Iran gebe. Jede Hilfe, die die Bundesregierung als einflußreicher Faktor leisten könne, würde willkommen sein.

Der BM äußerte sich sehr bedrückt über die Zunahme der Waffenexporte in die Entwicklungsländer, vor allem auch in Konfliktzonen. Man müsse sich schon wundern, wer wen mit Waffen versorgt.

Der GS erwiderte, daß man in gewissen Fällen von einer fälschlich behaupteten Neutralität sprechen könne. Auch würden Resolutionen einstimmig angenommen, obwohl man wisse, daß keine übereinstimmenden Ansichten vorlägen.

Der BM erinnerte an seinen Vorschlag der Einrichtung eines Waffenexportregisters bei den VN.<sup>8</sup> Wenn ein solches Register bestünde, wäre klar erkennbar, wer wen mit Waffen versorge. Die Bundesrepublik Deutschland habe von ihrer Gründung an eine restriktive Waffenexportpolitik geführt.<sup>9</sup> Er selbst sei für noch größere Begrenzung.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1374*

Regierung mit den Regierungen Frankreichs und Italiens vereinbart, erneut eine Multinationale Streitmacht nach Beirut zu entsenden. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1187–1189.

Am 30. September 1982 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit: „Präsident Reagan hat gestern (29.9.) dem Kongreß mit Schreiben an die Führer beider Häuser die am gleichen Tage begonnene Dislozierung von ca. 1200 Marineinfanteristen in Beirut notifiziert. Er verwies dabei zwar allgemein auf die ‚War Powers Act‘, gab aber wie bei dem vorhergehenden Marines-Einsatz nicht bekannt, auf welche Bestimmung des Gesetzes er sich konkret bezieht. Aufgabe der Marineinfanteristen sei die einer ‚Puffer-Kraft‘ [...]. Die Rückkehr der M[ulti]N[at]ionalF[orce] werde die Wiederherstellung der Souveränität und Autorität der libanesischen Regierung erleichtern. Die Marines würden sich nicht in Kampfhandlungen einlassen, hätten aber das Recht der Selbstverteidigung. Die Dauer ihrer Anwesenheit in Beirut könne zwar nicht genau vorhergesagt werden, die Vereinbarung mit der libanesischen Regierung stelle jedoch klar, daß es nur um einen begrenzten Zeitraum gehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4173; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>8</sup> Am 28. Oktober 1982 vermerkte Botschafter Ruth: „Der Bundesminister hat seine Registervorschläge erstmals in der 11. SGV der VN (internationale Entwicklungszusammenarbeit) im August 1980 vorgetragen und sie in der 35. und in der 36. Generalversammlung wiederholt. Vorgeschlagen ist: Ein Register der VN, das ausweist, wieviel jedes Industrieland pro Kopf der Bevölkerung für Rüstung und wieviel es für Entwicklungshilfe ausgibt; ein Register der VN, das die weltweiten Waffenexporte und -importe aufführt.“ Zum Fortgang legte Ruth dar: „VN-Studie ‚konventionelle Abrüstung‘: Das 1982 von der VN-Abrüstungskommission (UNDC) verabschiedete Mandat für die Expertengruppe enthält ausdrücklich die Punkte ‚sachliche Bestandsaufnahme‘ und ‚Waffentransfer‘. Damit sind Anknüpfungspunkte für unseren Registriervorschlag geschaffen. Die Experten haben ihre Arbeit im Juli 1982 aufgenommen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124487.

<sup>9</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 46, Anm. 5. Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaf-

Der GS erwähnte, daß er bei seinem kürzlichen Besuch in Paris Präsident Mitterrand den Gedanken unterbreitet habe, Waffenexporte in die Entwicklungsländer einzufrieren.<sup>10</sup> Das gleiche habe er in Moskau gesagt.<sup>11</sup>

Der BM ging dann auf die Einladung des GS zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein.<sup>12</sup> Wir würden einen baldigen Besuch begrüßen und bei der Ausgestaltung des Programms zum Ausdruck bringen, wie hoch wir die Rolle und Tätigkeit des GS einschätzen. Man könne dann die Gespräche vertiefen.

Der GS bezeichnete es als eine Ehre und Verpflichtung, mit der Bundesregierung engen Kontakt zu haben und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, da sie die Arbeit der VN aktiv unterstütze und die Bundesrepublik einer der großen Beitragszahler sei.

Der GS richtete dann einen Appell an den Bundesminister. Die Bundesregierung möge als Teil der Namibia-Kontaktgruppe<sup>13</sup> ihren Einfluß für Fortschritte geltend machen. Nach der gestrigen Rede des angolanischen Außenministers in der GV sei der Eindruck entstanden, als ob die Lösungsbemühungen sich weiter verzögerten und gebremst würden.<sup>14</sup> Den Eindruck, den AM Jorge ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1375*

fen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu ferner Dok. 126.

<sup>10</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar besuchte vom 12. bis 14. September 1982 Frankreich.

<sup>11</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 8. bis 12. September 1982 in der UdSSR auf. Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 21. September 1982, daß ihn Pérez de Cuéllar zu seinen Gesprächen in Moskau mitgeteilt habe: „Breschnew habe bei seinem vorbereiteten Statement [...] von sich aus das Thema Afghanistan angesprochen. Breschnew habe ihn dabei ermutigt, seine Bemühungen um eine Lösung der Afghanistan-Frage fortzusetzen. Beim letzten Waldheim-Besuch in Moskau, im Mai 1981, hätten die Sowjets dagegen das Afghanistan-Thema nicht von sich aus angesprochen und wann immer die Rede darauf kam, [es] als ausschließlich afghanisch-pakistanische Angelegenheit bezeichnet. [...] Er, Pérez, sei Breschnew und Gromyko gegenüber sehr offen und klar gewesen (candid). Er habe betont, daß in der Afghanistan-Frage etwas geschehen müsse, und zwar bald. Kabul brauche eine Regierung der nationalen Einheit. Eine Regierung, die auch den Afghanistan-Flüchtlingen Vertrauen einflöße. Er habe den Sowjets konkret einen ‚Deal‘ auf folgender Basis empfohlen: substantielle Änderungen des Kabuler Führungsteams gegen den Verzicht Pakistans auf Unterstützung des afghanischen Widerstandes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2125; Referat 213, Bd. 133205.

<sup>12</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 10. bis 13. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 10. Juni 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>13</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 217, Anm. 36.

Am 7. Oktober 1982 resümierte Gesandter Wallau, Washington, die Unterrichtung der Namibia-Kontaktgruppe durch die USA über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem angolanischen Außenminister Jorge am 5. Oktober 1982 in New York. Shultz habe dabei betont, „angolanische Position, wie gegenwärtig formuliert, sei kein ‚ausreichender politischer Hebel‘, Südafrika zum Eingehen auf eine Regelung zu bringen. Shultz habe in dem Gespräch ferner betont: Hinsichtlich des kubanischen Rückzugs während Phase 3 seien spezifiziertere Zahlen- und Zeitangaben notwendig; USA blieben zusammen mit K[ontakt]G[ruppen]-Verbündeten dem Erfolg des Namibia-Lösungsprozesses verpflichtet und würden mit diesem Ziel ihre Bemühungen (best efforts) fortsetzen; Bemühungen seien dadurch erschwert, daß südafrikanische Nervosität zunehme, je mehr wir uns einer Lösung näherten; USA setzten sich für eine Lösung ein, die der ganzen Region zugute kommen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4274; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des angolanischen Außenministers Jorge am 4. Oktober 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 37th Session, Plenary Meetings, S. 289–291.

stern erzeugt habe, möchte er, der GS, gern ausbalancieren, indem etwas Vorwärtsschreitendes geschehe. Eine Initiative der Fünf würde jetzt sehr hilfreich sein. In die Sache müsse jetzt Bewegung gebracht werden.

Er wolle auch mit dem Minister noch kurz über den Nord-Süd-Dialog sprechen.

Der BM wandte sich zunächst der Arbeit der Kontaktgruppe zu. Er selbst habe sich in der letzten Zeit nicht intensiv damit befassen können, da die Regierungsbildung seine Aufmerksamkeit voll beansprucht habe. Er werde sich jedoch jetzt wieder persönlich mit der Sache befassen. Er sei der einzige Außenminister, der seit Gründung der Kontaktgruppe in diesem Rahmen tätig sei. Er habe soeben mit AM Jorge gesprochen<sup>15</sup> und teile die Ungeduld des GS. Er werde die Namibia-Frage in Washington diskutieren, wenn er Anfang nächsten Jahres dorthin reise.<sup>16</sup> Das Momentum dürfe nicht verlorengelassen werden.

Zur Nord-Süd-Frage sagte der BM, die Bundesregierung sähe darin nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe, sondern auch eine Aufgabe der Friedenssicherung. Wir hätten Cancún<sup>17</sup> intensiv mit vorbereitet und hätten gehofft, daß durch Cancún ein neuer Schwung in den Nord-Süd-Dialog kommen würde. Auch in diesen Bereich werde er sich jetzt wieder einschalten. Der GS könne mit unserer Hilfe in der EG und in den VN rechnen.

Auf Bitten des GS führte Ripert aus, daß der Nord-Süd-Dialog zur Zeit erneut auf der Stelle trete. Versailles habe einen wichtigen Schritt gebracht.<sup>18</sup> Aber die Art, wie anschließend die Signale weitergegeben wurden, habe die Entwicklung wieder kompliziert. Die 77 hätten neue Formeln gebracht.<sup>19</sup> Der Westen

<sup>15</sup> Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 7. Oktober 1982, der angolanische Außenminister Jorge habe sich am Vortag anlässlich des Gesprächs mit Bundesminister Genscher zu einem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola geäußert. Van Well faßte zusammen: „Vor Beginn des Gesprächs mit BM sprach ich zunächst allein mit Jorge. Erregt und empört äußerte er sich über die ihm durch AM Shultz zugefügte Behandlung. In deren Gespräch am 5.10. habe Shultz ihn in unerhörter Weise wegen seiner Plenarrede [...] zur Rede gestellt und Angola für Verzögerung der Namibialösung verantwortlich gemacht. Shultz habe gefordert, Angola müsse jetzt einen detaillierten Abzugsplan vorlegen. Er, Jorge, habe sich energisch gegen diese Haltung verwahrt [...]. Als BM zum Gespräch hinzutrat, besänftigte sich Jorge. Hier wiederholte er den Hinweis auf die dreimalige prinzipielle Abzugsvereinbarung mit Kuba [...] und appellierte an uns wie Frankreich, unsere bekannte mäßige Haltung zum Tragen zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2351; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 25./26. Januar 1983 die USA. Für die Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger am 25. bzw. 26. Januar 1983 sowie den Drahtbericht Nr. 354 des Botschafters Ruth, z. Z. Washington, vom 26. Januar 1983 über das Gespräch mit Präsident Reagan vgl. AAPD 1983.

<sup>17</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>18</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>19</sup> Zum Resolutionsentwurf der Gruppe der 77 vom 31. März 1982 für eine Fortsetzung der Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 180, Anm. 22.

In einer Aufzeichnung des Referats 402 vom 13. Oktober 1982 wurde festgestellt: „Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Versailles konnten zwar die USA auf positive Aussage zu Globalen Verhandlungen und Billigung eines von der G 77 im März vorgelegten Resolutionsentwurfs mit nur vier geringfügigen Änderungen gewonnen werden. Die Vorschläge können allerdings nur gemeinsam, nach persönlicher Zustimmung der sieben Staats- und Regierungschefs, abgeändert werden. [...] Die G 77 hat diese Vorschläge jedoch nicht tel quel akzeptiert [...]. Nach westlichen Demarchen in zahlreichen EL, diese Haltung auf politischer Ebene noch einmal zu überprüfen, sind die Gegenvorschläge vom Außenministertreffen der G 77 vom 6. bis 8.10.1982 in New York bestätigt worden. [...] Die G 77 will nicht nur eine Ad-hoc-Gruppe zum Thema Energie akzeptieren, sondern in Ad-hoc-Gruppen auch Themen aus dem Zuständigkeitsbereich von IWF, Weltbank und GATT zumin-

habe geantwortet, eine Chance sei jetzt verpaßt worden; Tatsache sei, daß die 77 politisch und psychologisch nicht in der Lage seien, ihre einmal eingenommene Haltung ohne weiteres zu ändern. Es handele sich um die bekannten zwei Punkte, nämlich die Erwähnung der Mutter-Resolution<sup>20</sup> und die Forderung, bestehende Fachorganisationen nicht zu duplizieren. Die 77 seien sich bewußt, daß die wirklichen Verhandlungen in den Fachorganisationen wie IMF, Weltbank usw. stattfinden würden. Sie verlangten aber, daß einige der Erörterungen in der neuen Konferenz über die Globalverhandlungen stattfinden sollten. Jetzt höre man aus Washington, daß bis zum Juni 1983 gewartet werden sollte, d. h. bis zum nächsten Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg<sup>21</sup>.

Der BM meinte, daß die Entwicklungsländer an der Integrität der Spezialorganisationen interessiert sein sollten.

Ripert kam dann auf ein besonderes Problem im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs zu sprechen, nämlich die Finanzierung von Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung. Im vergangenen Jahr habe die GV dazu eine Resolution gefaßt, zu deren Durchführung gewisse Kontakte stattgefunden hätten.<sup>22</sup> Während die EG zunächst eine positive Haltung einzunehmen schien, habe die Bundesrepublik Deutschland jetzt Vorbehalte zum Ausdruck gebracht. Die Bundesrepublik nehme hier wohl zur Zeit eine Schlüsselstellung ein. Der GS beabsichtige, einen Sonderbeauftragten in einige wichtige Länder zu entsenden, um den Versuch zu machen, zu einer Lösung zu kommen.

Der BM erwiderte, er werde bald den Fragen der Nord-Süd-Problematik seine Aufmerksamkeit zuwenden. Er möchte jetzt noch erwähnen, daß wir die Unterrepräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Personal der VN bedauerten. Der GS möchte sich der Sache annehmen. Er hoffe, daß der GS diese Tatsache bei dem bevorstehenden Gespräch mit Herrn Fleischhauer berücksichtigen werde.<sup>23</sup> Es sei für uns wichtig, in der betreffenden Position vertreten zu sein.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1377*

dest im intersektoralen Zusammenhang behandeln. Insbesondere die USA wollen demgegenüber von vornherein klarstellen, daß gerade diese Themenbereiche den Sonderorganisationen vorbehalten bleiben müssen. Deshalb ist insbesondere für die USA der G77-Vorschlag, weitere Ad-hoc-Gruppen ‚by consensus‘ zu schaffen, nicht annehmbar; die USA befürchten, bei einer solchen Regelung während der Verhandlungen unter politischen Druck und wiederum in die Isolierung zu geraten.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133848.

<sup>20</sup> Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolution Nr. 34/138, mit der die Einrichtung eines globalen Dialogs über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems beschlossen wurde. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229.

<sup>21</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>22</sup> Die VN-Generalversammlung sprach sich mit Resolution Nr. 36/183 vom 17. Dezember 1981 dafür aus, ein Finanzierungssystem der Vereinten Nationen zur Förderung von Wissenschaft und Technologie in Entwicklungsländern zu schaffen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 347 f.

<sup>23</sup> Am 19. Oktober 1982 berichtete Ministerialdirektor Fleischhauer, z. Z. New York, VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar habe ihm in einem Gespräch am selben Tag „den Posten des VN-Rechtsberaters in aller Form angetragen“. Pérez habe dazu ausgeführt, „daß die Bundesrepublik Deutschland in dem oberen Echelon der VN angemessen vertreten sein müsse, und weil es einen Wechsel auf dem Posten des Rechtsberaters gebe, habe er nach einem geeigneten deutschen Kandidaten Ausschau gehalten. [...] Er wolle mir nicht verhehlen, daß seine Absicht, mich auf diesen Posten zu berufen, auf Kritik gestoßen sei. Die SU [...] habe ihn ganz direkt angesprochen und etwas verhal-

Der GS erwiderte, daß er diese Darlegungen des BM gebührend berücksichtigen werde.

[gez.] van Well

VS-Bd. 14109 (010)

## 265

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew

VS-NfD

7. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, M. S. Solomenzew, am 7. Oktober 1982 von 12.45 Uhr bis 13.45 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Semjonow, ein Mitarbeiter des Vorsitzenden, ein Dolmetscher; StS von Staden, Herr Teltschik, MD von der Gablentz, als Dolmetscher Herr Scheel

*Bundeskanzler* heißt seinen Gast willkommen und bezeichnet es als eine gute Fügung, als ersten Besucher aus der Sowjetunion seinen Gastgeber in der SU empfangen zu können. Er hat die damalige gute und großartige Gastfreundschaft sehr genossen.<sup>3</sup>

*Solomenzew* hat die Grüße und Glückwünsche der sowjetischen Führung und Regierung bereits bei der Begrüßung übermittelt. Er möchte jetzt einige Erwägungen zur weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen anstellen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1378*

tener die DDR. Beide hätten darauf hingewiesen, daß es einen ‚contentieux‘ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. der SU gebe. Dieser ‚contentieux‘ könne jederzeit wieder aufbrechen, und es sei dann eine gefährliche Sache, wenn ein Deutscher aus der Bundesrepublik Rechtsberater der Weltorganisation sei. Er, Pérez, könne eine solche Argumentation nicht akzeptieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2512; VS-Bd. 10415 (104); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Oktober 1982 gefertigt und an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Anlässlich der Eröffnung der „Industrie- und Handelsausstellung der UdSSR“ vom 8. bis 19. Oktober 1982 in Düsseldorf besuchte der Vorsitzende des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew, vom 6. bis 12. Oktober 1982 die Bundesrepublik. Zur Ausstellung vgl. Dok. 256, Anm. 10.

<sup>3</sup> Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte vom 22. bis 30. September 1975 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 290. Vgl. dazu auch KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 386 f.

Er betont im Namen der sowjetischen Führung, daß die SU nach wie vor für eine Fortentwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eintritt, auf Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und auf der festen Grundlage des Moskauer Vertrags<sup>4</sup>. Dies ist eine grundsätzliche Linie der SU, die GS Breschnew bei seinem letzten Besuch in Bonn<sup>5</sup> bestätigt hat und die bleiben wird. Er stellt fest, daß die Beziehungen der SU mit der bisherigen Bundesregierung große Leistungen erbracht haben bei der Gestaltung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der beiden Länder, und daß man gemeinsam einige Lösungen gefunden hat, die zu Meilensteinen bei der Verwandlung des europäischen Kontinents in einen Kontinent der Entspannung geworden sind. Das gilt zum Beispiel für den Moskauer Vertrag und andere Verträge wie für die Schlußakte von Helsinki<sup>6</sup>. Breschnew hat in dem Zusammenhang gesagt, daß die Entspannung eine historische Errungenschaft der Völker ist, die bewahrt, entwickelt und gestützt werden muß.

Die sowjetische Führung ist fest davon überzeugt, daß es sehr ernstgemeint ist, wenn die Bundesregierung in diesen Tagen hervorhebt, daß sie alle diese Positionen aufrechterhält. Die Politik der Normalisierung der Beziehungen zur SU und den anderen Staaten des Warschauer Pakts entspricht den Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat ja auch die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung wesentlich ausgedehnt. Die Fortsetzung der Bemühungen zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Ost-West-Verhältnisses trägt zur Stabilität auf dem europäischen Kontinent bei.

Er möchte besonders unterstreichen, daß die sowjetische Führung gegenüber der CDU/CSU nie eine voreingenommene Haltung hatte oder haben wird. Sie versteht vollkommen, daß sich die Funktionen der Opposition von der Verantwortung einer Regierungspartei unterscheiden. Man hat in der SU mit großer Aufmerksamkeit vermerkt, daß die neue Bundesregierung die Absicht hat, die Politik des Friedens, der Entspannung und des Dialogs fortzusetzen. Diese Haltung entspricht dem Gespräch des Bundeskanzlers als Oppositionsführer im November mit GS Breschnew in Bonn. Die sowjetische Führung kann diese Haltung nur begrüßen. Auch sie wird sich für Zusammenarbeit und den Ausbau der bestehenden Beziehungen einsetzen. Das wird selbstverständlich auch künftig so bleiben – natürlich unter der Voraussetzung, daß sich die Taten des Partners nicht von seinen Erklärungen unterscheiden.

Diese grundsätzliche sowjetische Haltung zu den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland schließt die Bereitschaft ein, die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich fortzuentwickeln. Er hat bereits zu Beginn seines Besuchs feststellen können, daß dies auch den Absichten deutscher Geschäftskreise entspricht.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl am 24. November 1981 vgl. KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 603–605. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland gibt es unbefristete Verträge (z. B. den Moskauer Vertrag) und langfristige Verträge wie z. B. das Wirtschaftsabkommen von 1978<sup>7</sup> und das Programm für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1980<sup>8</sup>, die in der Perspektive von 25 Jahren geschlossen wurden. Schon daraus ergibt sich, daß die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf lange Sicht angelegt ist, unabhängig von Regierungswechseln. Dieses Verständnis der deutsch-sowjetischen Beziehungen spricht auch aus den Erklärungen führender Politiker der CDU. Die langfristige Perspektive der Beziehungen ist ein wichtiges Element ihrer Stabilität. Es bleibt daher eine gemeinsame Aufgabe, diese Perspektive in die Praxis umzusetzen. Die SU ist sich der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland bewußt, die sich aus dem allgemeinen Zustand der Weltwirtschaft ergeben. Ihr ist jede Absicht fremd, zur Vertiefung der Schwierigkeiten beizutragen oder über diese Schwierigkeiten Genugtuung zu empfinden. Die heutige Weltwirtschaft wird von gegenseitigen Beziehungen und Verbindungen der Staaten untereinander bestimmt. Daher hat die SU ein Interesse, daß sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland so bald wie möglich verbessert. Sie glaubt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der SU zu einer Stabilisierung der Weltwirtschaft beitragen kann sowie zur Lösung konkreter wirtschaftlicher Aufgaben in beiden Ländern.

In 13 Jahren ist ein solides materielles Fundament der deutsch-sowjetischen Beziehungen entstanden. Es ist gelungen, einen spürbaren Fortschritt zu erzielen. Die Verzehnfachung des Warenaustauschs ist eine gemeinsame Errungenschaft beider Völker und Staaten. Es liegt im bilateralen Interesse, aber auch im Interesse der friedlichen Entwicklung auf unserem Kontinent, sie zu wahren und zu mehren. Das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>9</sup> ist höchstwahrscheinlich nicht das letzte große deutsch-sowjetische Geschäft. Wahrscheinlich werden sich noch andere große Geschäfte im Energiebereich anbahnen. Darüber wird man ausführlich auf der 11. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in einigen Tagen in Bonn diskutieren.<sup>10</sup>

Die zweite Sowjetische Handels- und Industrieausstellung, die übermorgen in Düsseldorf eröffnet wird, zeigt, daß es Gebiete gibt, bei denen die Zusammenarbeit gerade erst begonnen hat. Daher begrüßt er das große Interesse der Öffentlichkeit und der Geschäftskreise an den wirtschaftlichen Errungenschaften der SU. Es gilt, jede Möglichkeit für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu nutzen. Hierfür müssen entsprechend normale Bedingungen geschaffen und erhalten werden. Vor allem darf es nicht zu einer Diskriminierung kommen, wie z. B. zu wirtschaftlichen Sanktio-

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „1979“.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

<sup>8</sup> Für das Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vom 1. Juli 1980 vgl. Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 195.

<sup>9</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>10</sup> Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission am 11./12. Oktober 1982 vgl. Dok. 256, Anm. 8.

nen. Solche Maßnahmen können nach der geschichtlichen Erfahrung lediglich den Prozeß friedlicher Zusammenarbeit verlangsamen und die Interessen auch all derer verletzen, die solche Maßnahmen ergreifen.

*Bundeskanzler* möchte zum Vortrag des Vorsitzenden einige Bemerkungen machen:

1) Eine allgemeine und sehr persönliche: Ihm liegt viel daran, daß unsere sowjetischen Partner eine Nebenwirkung des Wechsels im Amte des Bundeskanzlers verstehen, die mehr ist als nur eine statistische Aussage: Mit ihm wird zum ersten Mal ein Vertreter der Nachkriegsgeneration Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland. Er war bei Kriegsende ein fünfzehnjähriger Schüler, aber noch alt genug, um die damalige Zeit zu erleben und zu begreifen. Er war auch noch bei der Heimatflak und hat den Krieg und die NS-Zeit – seine Familie stand gegen Hitler – ganz persönlich erlebt. Er hat hierüber auch mit Generalsekretär Breschnew gesprochen, als er letzten November hier in Bonn war.

Für ihn ist daher der Friede nicht irgendeine Sache, sondern der zentrale Auftrag der Politik, d.h. konkret, Frieden und Freiheit für sein Land zu erhalten. Er hat mit Leonid Breschnew über dessen Buch, insbesondere die Jahre bei der Armee auf der Krim gesprochen.<sup>11</sup> Er hat ihm damals gesagt, daß der Friede für ihn eine ganz persönliche Erfahrung sei. Ein Bruder seiner Mutter ist im Ersten Weltkrieg gefallen, sein eigener Bruder, dem seine Eltern den Namen dieses Onkels gaben, im Zweiten Weltkrieg. Sein ältester Sohn, der zur Zeit in der Bundeswehr dient, trägt wieder den Namen dieses Großonkels. Dies ist kein besonderes, sondern ein typisch deutsches Schicksal. Auf dieser Grundlage haben wir Deutschen die Lektion der Geschichte gelernt. Sie streben nach Abrüstung und Entspannung und werden alles tun, ihren Beitrag, d.h. den Beitrag einer Mittelmacht, in Gespräch und Dialog zu leisten. Wir wollen im Gespräch mit Ihnen vor allem ein zuverlässiger Partner sein, was wir nur sein können, wenn wir ehrlich sind. Er möchte daher auch noch einige Probleme mit dem Vorsitzenden aufwerfen und nicht verschweigen.

2) Wir sind elementar an einem Erfolg der Genfer Verhandlungen<sup>12</sup> interessiert. Das ist ein Kernstück seiner Regierungspolitik. Aber dazu gehört auch, daß wir zuverlässiger Partner unserer Freunde im Bündnis sind, daß wir zu den Bündnisbeschlüssen stehen, auch zum Doppelbeschluß.

3) Schon in der ersten Regierungserklärung Adenauers 1949<sup>13</sup> wurde betont, daß wir Friede und Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern anstreben und wenn möglich gute Nachbarschaft und Freundschaft mit allen Staaten in Mitteleuropa.

4) Wir leben heute in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, für die wir eintreten. In seinem Teil Südwestdeutschlands gibt es einen berühmten Exportartikel: Karl Marx. Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hat er dafür gesorgt, daß das Geburtshaus wieder in einen anständigen Zustand versetzt wird,

<sup>11</sup> Für die Kriegserinnerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. LEONID BRESHNEW, *Das Kleine Land. Erinnerungen*, Berlin 1978.

<sup>12</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 1, S. 22–30.

wozu die deutschen Marxisten nicht in der Lage waren. Aber deswegen ist er nicht Marxist geworden. Er will sagen: Ich respektiere Ihre Haltung, wie ich auch unterstelle, daß Sie die meine respektieren.

5) Es gibt uralte Beziehungen zwischen unseren Völkern. Geschichte und Kultur Europas sind ohne den gegenseitigen Austausch zwischen Deutschen und Russen nicht denkbar, Schostakowitsch nicht ohne Beethoven und vieles in umgekehrter Richtung. Das läßt sich z. B. in der Eremitage in Leningrad mit Händen greifen. Die Sowjetunion ist heute unser wichtigster Nachbar. Was die Sowjetunion tut, beeinflußt sehr wesentlich unser eigenes Schicksal. Sowjetische Soldaten stehen mitten in Deutschland, wo, in Leipzig oder in Weimar, genauso Deutsche leben wie in Bonn. Die SU muß wissen, daß wir an der Einheit unserer Nation festhalten, obwohl wir wissen, daß in der weltgeschichtlichen Situation von heute keine Chance besteht, den jetzigen Zustand mit friedlichen Mitteln – und nur friedliche Mittel kommen für uns in Frage – zu verändern. Aber was ist in der Geschichte der Völker eine einzige Generation? Dies ist der wichtigste Grund – und hier unterscheidet sich seine Regierung möglicherweise von der vorherigen – dafür, daß wir die Beziehungen zur Sowjetunion für wesentlich halten.

6) Wir brauchen auch die wirtschaftlichen Beziehungen. Der alte Satz, daß der Frieden sicherer wird, wenn die Kaufleute miteinander reden, ist sicher richtig. Er begrüßt es deswegen, daß der Vorsitzende zur Eröffnung der Ausstellung nach Düsseldorf gekommen ist. Die SU kann davon ausgehen, daß wir abgeschlossene Verträge halten und daß wir versuchen, diese Verträge auch mit Leben zu erfüllen und fortzuentwickeln zum Nutzen unserer beiden Völker. Dabei richten wir uns nach dem Grundsatz, daß man dem anderen nicht zumuten soll, was einem selbst nicht zugemutet werden kann. Daher setzt er sich auch für die Fortführung der deutsch-sowjetischen Gespräche und Konsultationen ein. BM Genscher hat ihm soeben berichtet, daß er mit Gromyko einen Besuch zum Jahresende nach Bonn verabredet hat.<sup>14</sup> Er begrüßt diesen Plan und betont, daß er BM Genscher ausdrücklich gebeten hat, die Einladung an Gromyko zu erneuern.

7) Wenn wir ein berechenbarer und solider Partner der Sowjetunion sein wollen, dann gehört auch dazu, bestehende Probleme offen anzusprechen:

- Er bittet, der sowjetischen Regierung zu sagen, daß wir mit Sorge den Rückgang der Aussiedlerzahlen verfolgen.<sup>15</sup> Dies ist für ihn eine sehr persönliche Frage, da er sich – der Botschafter kann es bestätigen – persönlich sehr für die Einzelschicksale der Aussiedler engagiert hat. Das hat sicherlich auch mit seinem eigenen Lebensweg zu tun. Er hat schon als Kind erlebt, was es heißt, Flüchtling zu sein. Er ist mit einer Frau, die als Flüchtling in die Bundesrepublik Deutschland kam, verheiratet. Dies ist für ihn keine politische

<sup>14</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 263.

Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

<sup>15</sup> Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 263, Anm. 22 und Anm. 23.

Frage, sondern eine humanitäre, menschliche. Er bittet die sowjetische Regierung herzlich, der bekannten Formel, „humanitäre Fragen in wohlwollendem Geiste zu prüfen“, Nachdruck zu verleihen.

- Eine weitere Sorge, die uns bedrückt, ist die Entwicklung in Polen. Wir hoffen, daß sich mit unendlicher Geduld und viel Klugheit eine Lösung der Probleme finden läßt. Polen ist nicht irgendein Problem für uns. In diesem Jahrhundert ist Schreckliches in deutschem Namen in Polen geschehen und in Antwort darauf auch Schreckliches an Deutschen in polnischem Namen. Die Generation seiner Söhne ist voller Sympathie für die Polen. Das ist eine großartige Sache, weil es eine friedliche Entwicklung signalisiert. Daher beobachten wir Deutschen mit größter Aufmerksamkeit, was in Polen geschieht. Die Entwicklung in Polen ist daher auch wichtig für die Entwicklung unserer Beziehungen zur SU.
- In der Diskussion der öffentlichen Meinung bei uns spielen auch die Vorgänge in Afghanistan<sup>16</sup> eine große Rolle. Wir Deutschen sind nicht die Präzeptoren der Welt, aber es ist wichtig, daß die SU erkennt, welche Bedeutung die Diskussion dieser Vorgänge in Deutschland hat. Dies deutlich werden zu lassen, gehört zum ehrlichen Verhältnis miteinander.

Das Wichtigste aber bleibt, daß wir in guter Weise mit der Sowjetunion zusammenarbeiten wollen. Es gibt Probleme, die wir unterschiedlich beurteilen. Das ist bei den unterschiedlichen Vorstellungen von der Gesellschaft und auch bei den unterschiedlichen Interessen unserer Staaten eine Selbstverständlichkeit. Zu Beginn dieses Jahrhunderts, von dem wir nur noch 18 Jahre zu erleben haben, wurde gesagt, daß es ein Jahrhundert des Friedens werden soll. Das ist im Rückblick eine der größten Lügen der Geschichte gewesen. Aber wir haben ja noch 18 Jahre Zeit. Wir jedenfalls wollen unseren Beitrag leisten, daß die 18 Jahre von uns für den Frieden genutzt werden. Dazu gehören auch die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur SU.

Er möchte noch ein Wort als CDU-Vorsitzender hinzufügen: Er kann nicht so ernst nehmen, was in der Propaganda über den einen oder anderen gesagt oder geschrieben wird. Er ist ein Politiker, der dauernd durch Wahlen hindurch muß. Da kann man nicht alles ernst nehmen, was gesagt wird. Er respektiert, daß die sowjetische Führung im Verhältnis zur bisherigen Regierung verständlicherweise eine größere Sympathiedimension hatte. Er ist hierüber überhaupt nicht indigniert. Er hofft auf einige Jahre Gelegenheit, einander besser kennenzulernen. Und wenn am Ende für ihn persönlich ein Nachruf herauskäme, wie ihn seinerzeit Konrad Adenauer<sup>17</sup> in der „Prawda“ hatte, wäre er sehr zufrieden.

*Solomenzew* hat mit großem Interesse und Aufmerksamkeit zugehört. Er möchte ganz kurz auf einige konkrete Fragen eingehen:

1) Ein Erfolg der Verhandlungen in Genf ist natürlich von den Absichten beider Seiten abhängig. Die SU hat ihre bekannten Vorschläge für eine wirkliche Reduzierung der Rüstungen sowie für die Einstellung neuer Waffenentwicklungen und von Atomversuchen vorgelegt. Sie hat ihre Delegation mit entspre-

<sup>16</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>17</sup> Konrad Adenauer verstarb am 19. April 1967.

chenden Weisungen versehen. Sie begrüßt die Fortsetzung der Verhandlungen, muß aber, ehrlich gesagt, feststellen, daß es bisher keine Fortschritte gibt. Es kann auch passieren, daß die andere Seite Positionen bezieht, die keinen spürbaren Erfolg ermöglichen, aber der SU die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen zuweisen will. Die SU wird sich nicht auf einseitige Abrüstung einlassen, wobei dann die andere Seite sich noch das Recht vorbehält aufzurüsten. Gleiche Sicherheit für beide Seiten ist die einzige Grundlage, auf der Verhandlungserfolge aufbauen können.

2) Zur Bemerkung des Bundeskanzlers, die Bundesrepublik Deutschland sei eine Mittelmacht, meint er, daß jedenfalls die SU das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung sehr hoch einzuschätzen weiß. Sie ist auch der Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Entspannung nicht nur in Europa, sondern in aller Welt leisten kann. In der SU sagt man, die Bescheidenheit mache einen Bolschewiken schöner (Bundeskanzler: Da bin ich wohl auf dem Wege ein Bolschewik zu werden). Die SU schätzt auch die Rolle und den Einfluß der Bundesrepublik Deutschland im Westen sehr hoch ein. Dieser Einfluß kann auch geltend gemacht werden, wenn es darum geht, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der SU und den USA in Gang zu bringen.

3) Zur Frage der Aussiedlung von Deutschen bemerkt er, daß dies eine Frage der inneren Gesetzgebung sei, an der die sowjetische Regierung strikt festhält. Er wird die Wünsche des Bundeskanzlers der sowjetischen Führung und Regierung vortragen.

4) Wenn die sowjetische Regierung sagt, daß sie Tätigkeit der vorigen Bundesregierung hoch einschätzt, so sagt sie das ohne Bezug darauf, welche Partei an der Regierung war. Die SU geht davon aus, daß alle Parteien und die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen teilgehabt hatten. Die Regierungen kommen und gehen, aber die Länder und die Völker bleiben bestehen. Es ist wichtig, daß die Entwicklung der Beziehungen als ein Fortschritt zwischen den Völkern verstanden wird (Bundeskanzler: Eine wichtige Erkenntnis). Die SU hofft, daß auch die neue Bundesregierung zielstrebig die Entwicklung der Beziehungen weiterverfolgt.

5) Zu Polen ist die grundsätzliche Einstellung der Sowjetunion bekannt: Wir haben uns bisher nicht in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt und haben auch keine Absicht, dies in Zukunft zu tun. Die Polen müssen so schnell wie möglich mit ihren Schwierigkeiten fertig werden. Die SU hat daher Polen wirtschaftliche Hilfe geleistet und leistet sie weiter, damit die Polen ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden. Will man das Einmischung nennen? Wesentlich ist, daß auch die Einmischung westlicher Länder eingestellt wird und die anti-polnische Propaganda sowie die wirtschaftliche Blockade, die gegen Polen erklärt wurde.<sup>18</sup> Das ist der richtige Weg zur Normalisierung in Polen.

6) Zu Afghanistan setzt sich die SU für eine Lösung auf politischem Wege ein. Sie begrüßt es, daß jetzt Pakistan und Afghanistan mit Hilfe der UNO Kontak-

<sup>18</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

te aufgenommen haben.<sup>19</sup> Wir hoffen, daß sie zu guten Ergebnissen führen, nicht zuzulassen ist allerdings, daß einige Länder von außen nach Afghanistan bewaffnete Banden schicken, die mit modernsten Waffen beliefert werden. Nur wenn solche Einmischung von außen eingestellt wird, kann sich die Lage normalisieren. Die Einstellung der Führung von Afghanistan ist bekannt: Sie ist für eine schnelle Lösung aller Probleme, um als blockfreies Land weiterhin in Frieden leben zu können.

*Bundeskanzler* dankt dem Vorsitzenden für seinen Besuch und bittet, der sowjetischen Führung und Regierung seine Grüße zu übermitteln.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

266

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem italienischen Außenminister Colombo

8. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Außenminister Emilio Colombo am Freitag, dem 8. Oktober 1982, 13.30 Uhr bis 14.10 Uhr<sup>2</sup>

*Bundeskanzler* äußert, indem er den Außenminister begrüßt, seine große Freude, ihn wiederzusehen und mit ihm einen alten Freund. Er bedauert, daß die Verschiebung des Gesprächs ihm nur ein kurzes Gespräch erlaubt, das er aber hoffe, recht bald intensiv fortzusetzen.

<sup>19</sup> Zu den Gesprächen über Afghanistan in Genf vgl. Dok. 186, Anm. 22.

Botschafter Terfloth, Islamabad, resümierte am 22. August 1982 Informationen aus dem pakistanischen Außenministerium: „Afghanische Seite habe zunächst in Genf wenig Konzessionsbereitschaft gezeigt. Erst der Einfluß des hochrangigen sowjetischen Beobachters und eine Abreisedrohung des [pakistanischen] Außenministers haben Bewegung gebracht. U[nter-]G[eneral]s[ekretär] Córdovez habe letztlich mehr mit dem sowjetischen Emissär konferiert als mit den Afghanen. [...] Genfer Gespräche müßten als durchaus erfolgreich betrachtet werden. Kabul (und damit Moskau) habe in Genf den inneren Zusammenhang von Truppenabzug, Garantien gegen äußere Einmischung und Flüchtlingsfrage anerkannt. [...] Dies sei ein wichtiger Fortschritt, weil bisher die Existenz echter Flüchtlinge von sowjetischer Seite immer wieder bestritten worden sei. [...] UGS Córdovez werde jetzt eine Bericht ausarbeiten, in dem auch zeitlich fixierte Vorstellung über Abzug der ausländischen Truppen enthalten sein müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 445; Referat 213, Bd. 133205.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 8. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Zustimmung“ an Bundeskanzler Kohl weitergeleitet. Dazu vermerkte Zeller: „In der Schlußbemerkung Colombos hinsichtlich irgendwelcher Direktoriumsvorstellungen in der EG und im Bündnis kommt in der Tat ein ständiges italienisches Anliegen zum Ausdruck. Es ist, soweit die EG betroffen ist, wohl eher atmosphärischer Natur (insbesondere im Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen) und auch vorhaltend gemeint (gegenüber irgendwelchen Plänen eines Europas mit zwei Geschwindigkeiten, sofern Italien nicht in der Führungsgruppe eingeschlossen wäre). Im Bündnis bezieht sich diese italienische Besorgnis

*Colombo* äußert seine Befriedigung darüber, daß sein Besuch in Bonn so kurzfristig vereinbart werden konnte. Er überbringt die Glückwünsche des italienischen Ministerpräsidenten<sup>3</sup> und fügt seine eigenen hinzu mit dem Bemerkung, wie sehr er befriedigt sei, dem Bundeskanzler zu Beginn seiner Amtstätigkeit<sup>4</sup> zu begegnen.

*Bundeskanzler* erwähnt sein kürzliches Zusammentreffen bei der Konferenz christlich-demokratischer Parteiführer in Brüssel mit Piccoli.<sup>5</sup>

Er äußert seine Absicht, auf jeden Fall vor den vereinbarten deutsch-italienischen Konsultationen in Florenz<sup>6</sup> einen kurzen Antrittsbesuch in Rom zu machen. Er wisse, daß sein ursprünglicher Terminvorschlag (3. November) auf italienischer Seite auf Schwierigkeiten stoße, und erfahre soeben, daß auch der zweite angebotene Termin (19. November) wegen einer Auslandsreise von MP Spadolini nicht möglich sei.<sup>7</sup>

*Colombo* begrüßt sehr nachdrücklich die Absicht des Bundeskanzlers, vor den Konsultationen nach Rom zu kommen, und regt an, diese Absicht auch möglichst bald anzukündigen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1386*

auf die vertraulichen Treffen zu viert (USA, GB, F und wir), deren Rechtfertigung Berlin ist und bleibt, und auf die wohl auch kaum verzichtet werden kann. Die Tendenz der USA in neuerer Zeit ist jedoch, Italien, insbesondere im Hinblick auf dessen Verantwortung bei der Durchführung des Doppelbeschlusses, in Treffen im engeren Kreis einzubeziehen.“

Hat Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, am 8. Oktober 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 8. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Giovanni Spadolini.

<sup>4</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 5. Oktober 1982 in Brüssel vgl. den Artikel „Kohl in Brüssel: Europas Chancen nicht verpassen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Oktober 1982, S. 1.

<sup>6</sup> Die deutsch-italienischen Konsultationen sollten am 26./27. November 1982 in Florenz stattfinden. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, vom 3. August 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg; Referat 203, Bd. 124897.

Am 13. November 1982 trat die Regierung von Ministerpräsident Spadolini zurück. Gesandter Ruyter, Rom, berichtete am 26. November 1982: „Gestriges Zusammentreffen der Parteivorsitzenden der bisherigen Regierungskoalition brachte noch keine Einigung über umstrittene Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik einer neuen Regierung. [...] Alle fünf Parteien (DC, PSI, PSDI, PRI, PLI) betrachteten Regierungsbildung nach wie vor auf gutem Wege. Ihre Programmvorschläge machen aber deutlich, daß sie gleichzeitig auch ein Scheitern der Verhandlungen einkalkulieren und für diesen Fall Wahlkampfpositionen aufbauen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1319; Referat 203, Bd. 124897.

Die deutsch-italienischen Konsultationen fanden am 27./28. April 1983 in Rom statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 479 und 480 des Ministerialdirigenten Schauer, z. Z. Rom, vom 28. April 1983; AAPD 1983.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 18. November 1982 in Italien auf. Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, teilte dazu am 19. November 1982 mit: „Der Bundeskanzler hatte in einem sehr engen pausenlosen neunstündigen Programm Gespräche mit Staatspräsident Pertini, dem amtierenden Ministerpräsidenten Spadolini, dem amtierenden Außenminister Colombo sowie Senatspräsident Fanfani, der gegenwärtig noch mit der Regierungsbildung beauftragt ist und wahrscheinlich nächster Ministerpräsident sein wird. Alle Gespräche wurden als Vieraugengespräche geführt. Nur zum zweiten Teil des Gesprächs mit Spadolini wurden AM Colombo und StS Lautenschlager hinzugezogen. [...] Die Gespräche des Bundeskanzlers ergaben Übereinstimmung, daß die für den 26./27. November 1982 geplanten deutsch-italienischen Konsultationen auf Regierungsebene mit Rücksicht auf die gegenwärtige Regierungskrise zu einem späteren Zeitpunkt, voraussichtlich im Frühjahr 1983, stattfinden sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1301; Referat 203, Bd. 124898.

*Bundeskanzler* äußert den Wunsch, daß das Datum der Konsultationen nicht verschoben werden solle; er möchte auch an dem vereinbarten Ort der Konsultationen, Florenz, festhalten. Er hoffe, daß es möglich sei, einen für beide Seiten passenden Termin zu finden. Dazu sei er auch bereit, schon vorher eingegangene Verpflichtungen umzustoßen. Er schlägt den Donnerstag, 18. November, vor und bemerkt sodann beiläufig, daß er in der Woche vom 15. November bis Mittwoch in den USA sein werde.<sup>8</sup>

Es wird vereinbart, gemeinsam nach einem Termin zu suchen.

Die Vorstellung des *Bundeskanzlers* ist, daß er etwa gegen 11.00 Uhr nach Rom kommt. Er wolle auch, wenn möglich, dem Papst<sup>9</sup> einen Besuch abstatten. Ab 13.00 Uhr stehe er der Regierung zur Verfügung und in den Abendstunden den Freunden von der DC. Er lege großen Wert darauf, daß der DC-Parteivorsitzende de Mita ihn näher kennenlerne und er ihn. Sie seien am Dienstag dieser Woche in Brüssel zum ersten Mal zusammengetroffen.

Hieran schließt sich ein kurzer Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen den christdemokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien sowie innerhalb Europas an.

Sodann bemerkt *Colombo*, daß für die italienische Regierung die guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ein wesentliches Element der Kontinuität und Stabilität in ihrer Politik seien. Dies sei im Augenblick besonders wichtig, weil in beiden Ländern die Frage der Nachrüstung, des Doppelbeschlusses, die Regierungen vor gleiche Schwierigkeiten und Notwendigkeiten stelle. Es gehe darum, bezüglich der Genfer Verhandlungen sowohl auf die USA wie auf die Sowjetunion Einfluß zu nehmen.<sup>10</sup> Dies könne wirksam nur geschehen, wenn man es gemeinsam angehe.

Der *Bundeskanzler* stimmt den Ausführungen *Colombos* ohne Vorbehalt zu.

Er wolle drei Elemente in den deutsch-italienischen Beziehungen besonders unterstreichen:

1) Er unterstütze voll und ganz die deutsch-italienische Europa-Initiative, die mit dem Namen der beiden Außenminister Colombo und Genscher verbunden sei.<sup>11</sup> Er hoffe, daß es hier bald Fortschritte geben werde. Im Hinblick auf die Neuwahl des EP im Jahre 1984<sup>12</sup> sei es sehr wichtig, daß Europa neue Anstöße erhalte.

2) In Fragen der atlantischen Partnerschaft und der Sicherheitspolitik sei der Kurs der Bundesregierung völlig eindeutig. Zum Doppelbeschluß habe die italienische Regierung (und die der anderen Bündnispartner) das Wort der Bundesregierung. Zu dem stehe er, und es werde eingehalten, wie dies auch der mehrheitlichen Meinung in Deutschland entspreche.

<sup>8</sup> Zum Besuch des *Bundeskanzlers* Kohl vom 14. bis 16. November 1982 in den USA vgl. Dok. 306–310.

<sup>9</sup> Johannes Paul II.

<sup>10</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

<sup>11</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 226, Anm. 33.

<sup>12</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 17. Juni 1984 statt.

Er habe in dieser Frage keine Probleme mit seiner Partei, deren Vorsitzender er bleibe. Die Verbindung des Amtes des Bundeskanzlers mit dem des Vorsitzenden seiner Partei sei für ihn sehr wichtig. Adenauer habe es genauso gehalten – und dies sei auch wichtig für das tägliche politische Geschäft.

3) Im übrigen stimme er mit Colombo in der Einschätzung überein, daß das deutsch-italienische Verhältnis gut sei. Nichts sei jedoch so gut, als daß es nicht auch noch verbessert werden könnte. Dies gelte seiner Einschätzung nach z.B. für das Bild, das man in Italien von der Bundesrepublik Deutschland habe. Er glaube, hierzu auch einen persönlichen Beitrag leisten zu können und dafür auch gute Voraussetzungen mitzubringen. Er sei der erste Bundeskanzler aus der Nachkriegsgeneration; am Ende des Krieges sei er 15 Jahre alt gewesen. Weder für ihn, noch für seine Familie gebe es persönliche Probleme hinsichtlich unserer jüngeren Vergangenheit. Außerdem wolle er hinzufügen, daß ihm vielleicht seine Herkunft aus dem Süden Deutschlands persönlich die Beziehungen zu einem Land wie Italien erleichtere. In unserem Land gebe es bestimmte Traditionen und Sensibilitäten, die im Laufe unserer Geschichte immer wieder zum Ausdruck kamen, je nachdem, ob man seine Herkunft aus einer Region südlich oder nördlich des Limes herleite. Für ihn jedenfalls gelte, daß er aus einer Region südlich des Limes stamme.

*Colombo*, der den BK darauf aufmerksam machte, daß er das Gespräch wegen eines Treffens mit Vertretern der deutschen Wirtschaft abrechnen müsse, legt großen Wert darauf, die Haltung der italienischen Regierung zu folgender Frage zu erläutern:

In Italien gebe es erhebliche Empfindlichkeiten gegen irgendwelche Direktori-umsvorstellungen, sei es im Bündnis, sei es in Europa; im Bündnis z.B. gegen ein Vierer-Direktorium. Hier habe Italien bei uns immer Unterstützung gefunden; nunmehr auch bei den USA.

Für seine Regierung sei dies ein besonders wichtiger Punkt, und sie zähle sehr darauf, daß man dies in der Bundesrepublik Deutschland verstehe.

Der *Bundeskanzler* äußert sein Verständnis. Direktorien (Achsen) gehörten der Geschichte an.

Die Frage wird im einzelnen nicht vertieft.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

267

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflös**

331-321.00 ELS

11. Oktober 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>  
mit der Bitte um Zustimmung zur Wiederentsendung eines Botschafters nach  
El Salvador<sup>4</sup>

Betr.: Die Entwicklung in El Salvador (Ziffer 1);  
hier: Überlegungen zur weiteren Gestaltung unserer Beziehungen  
(Ziffer 2) – Entsendung eines Botschafters<sup>5</sup>

1) Für die Beurteilung der Lage in El Salvador bedeuten die Wahlen einer Verfassungsgebenden Versammlung am 28. März 1982 eine Zäsur.<sup>6</sup> Entgegen dem Boykottaufruf der FDR/FMLN und massiven Störversuchen der Guerilla hat die salvadorianische Bevölkerung mit rd. 80 % Wahlbeteiligung diesen Kräften und der Politik der Gewalt unter den Augen internationaler Beobachter eine deutliche Absage erteilt. Der Anspruch der radikalen Opposition, von der breiten Mehrheit der Bevölkerung unerstützt zu werden, ist dadurch deutlich widerlegt. Die innenpolitische Entwicklung seither bestätigt das.

Die christdemokratische Partei unter Napoléon Duarte schnitt mit 41 % der Stimmen als stärkste Partei ab; die absolute Mehrheit konnte sie erwartungsgemäß nicht erreichen. Die konservativen bis rechtsextremen Parteien sind in der 60köpfigen Verfassungsgebenden Versammlung mit 36 (gegen 24 christdemokratische) Abgeordnete vertreten und stellen mit dem Vorsitzenden der rechtsextremen ARENA, d'Aubuisson, den Präsidenten der Versammlung. Starker Druck des Militärs, der Kirche und der Vereinigten Staaten vermochte einen Ausschluß der Christdemokraten bei der Regierungsbildung zu verhin-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 22. Oktober 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte das Votum für richtig.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 26. Oktober 1982 vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage handschriftlich vermerkte: „Wer hat Botschafter am Ort?“

Hat Staden am 27. Oktober 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflös verfügte.

Hat Gorenflös am 28. Oktober 1982 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Rückberufung des Botschafters Neukirch aus El Salvador vgl. Dok. 148, Anm. 13.

<sup>5</sup> Am 2. November 1982 wies Ministerialdirektor Gorenflös darauf hin: „Durch Botschaften am Ort sind in El Salvador von den europäischen Staaten nur Italien, Frankreich (Neuentsendung Geschäftsträger Nov. 1982), Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Malta (Orden) vertreten. Während Italien, Spanien und Malta Botschafter in San Salvador haben, werden die Botschaften von Frankreich und der Bundesrepublik nur durch Geschäftsträger geleitet. Bei Frankreich ist der Grund die in der französisch-mexikanischen Erklärung seinerzeit zum Ausdruck gekommene Unterstützung der radikalen linken Opposition FDR/FMLN.“

Am 8. November 1982 vermerkte Bundesminister Genscher dazu handschriftlich: „1) Wir sollten auch hier in der EG eine Mittelposition einnehmen (eigentlich gehen wir – nach Italien – mit F am weitesten). 2) Es besteht derzeit kein Anlaß weiter zu gehen. Allerdings könnten andere EG-Staaten ermutigt werden, ebenfalls Botschaften zu errichten.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

<sup>6</sup> Zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in El Salvador vgl. Dok. 148.

dern. Der vom Militär vorgeschlagene unabhängige Wirtschaftsfachmann Dr. Álvaro Magaña Borja wurde Anfang Mai zum Interimspräsidenten gewählt.<sup>7</sup> Seiner Regierung gehören paritätisch je drei Mitglieder der ARENA, der konservativen PCN (Nationale Versöhnungspartei), der Christdemokraten sowie des Militärs bzw. dem Militär nahestehende Unabhängige an. AM blieb der Christdemokrat Chávez Mena.

Der innere Zusammenhalt der neuen, aus konservativen bis rechtsextremen Parteien einerseits, Christdemokraten und gemäßigten Militärs andererseits bestehenden Regierung war anfangs nicht stabil. Auch gab es Spannungen zwischen der Regierung und der von rechtsorientierten Parteien beherrschten Verfassungsgebenden Versammlung, die sich in ihrer konstituierenden Sitzung selbst weitgehende Exekutivbefugnisse vorbehalten hatte.

Inzwischen ist aber in Regierung und Verfassungsgebender Versammlung das Bewußtsein über die Notwendigkeit, den Reform- und Verfassungsprozeß fortzusetzen, wieder merklich gewachsen. Im Juli 1982 einigten sich die Parteien im „Pakt von Apaneca“ auf das weitere Vorgehen.<sup>8</sup> Als Ergebnis liegen bereits Beschlüsse vor, die Arbeiten am Verfassungstext bis März 1983 abzuschließen, ein Wahlgesetz zu verabschieden und Präsidentschafts- und Kommunalwahlen bis spätestens März 1984 abzuhalten. Ferner hat die neue Regierung ihre Absicht bekräftigt, die von der Regierung Duarte eingeleitete Reformpolitik fortzusetzen. Obwohl Phase III der Landreform, das „Land-to-the-tiller“-Programm, zunächst für eine Ernteperiode außer Kraft gesetzt wurde<sup>9</sup>, ging zugleich die Vergabe von Besitztiteln in erheblichem Umfang weiter.

Die Guerillaaktivität hat seit März deutlich an Kraft verloren. Sie flackert jedoch immer wieder auf in der Provinz, seit längerem nicht mehr in der Hauptstadt. Die Hoffnung, breitere Unterstützung im Volk zu gewinnen, hat sie offenbar aufgegeben und konzentriert sich statt dessen auf Terrorakte und Aktionen gegen die Infrastruktur des Landes.

Es gibt seit einiger Zeit Meldungen über Kontaktbereitschaft bestimmter Kräfte des Regierungslagers und des zivilen Bereichs der FDR. Wünschenswert wä-

<sup>7</sup> Am 29. April 1982 wurde der ehemalige Leiter der Zentralbank El Salvadors, Magaña, von der Verfassungsgebenden Versammlung zum Übergangspräsidenten gewählt. Seine Ernennung erfolgte am 2. Mai, die Ernennung der Regierung am 4. Mai 1982.

<sup>8</sup> Kanzler Engel, San Salvador, gab am 7. September 1982 einen Überblick zur Regierungsbildung in El Salvador nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 28. März 1982: „Da die Abgeordneten eine neue Regierung wählen sollten, setzten wochenlange Verhandlungen unter den Parteien ein. Schließlich einigte man sich – nicht ohne Druck seitens der USA und der Militärs – auf die Bildung einer ‚Regierung der nationalen Einheit‘. [...] 16 Kabinettsposten wurden proporzgerecht unter den drei großen Parteien sowie unabhängigen Kandidaten (jeweils vier) aufgeteilt. [...] Da die Zusammenarbeit verschiedener Parteien bei der Führung der Regierungsgeschäfte für El Salvador ein Novum bedeutete, tat man sich entsprechend schwer. Um dem entstandenen Eindruck eines Machtvakuum entgegenzutreten und die Kooperation zu verbessern, schlossen die in der Versammlung vertretenen Parteien – mit Ausnahme der A[cción]D[emocrática] – im August den ‚Pakt von Apaneca‘, der eine grundlegende politische Plattform darstellt mit den folgenden Zielen: Befriedung, Demokratisierung, Vertrauen und Sicherheit, wirtschaftliche Erholung, Reformen, Menschenrechte und internationale Stärkung.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 331, Bd. 135976.

<sup>9</sup> Zur Suspendierung der Landreformen durch die Verfassungsgebende Versammlung El Salvadors vgl. Dok. 148, Anm. 6.

re es, daß sich Teile der FDR-Führung bereit fänden, sich am weiteren demokratisch-politischen Prozeß zu beteiligen.<sup>10</sup>

2) Ablauf und Ergebnis der Wahlen, wie auch der sich seitdem abzeichnende Entwicklungsprozeß legen die Wiederentsendung eines Botschafters nach El Salvador nahe. Eine gezielte Gefährdung von Diplomaten ist schon seit vorigem Jahr nicht mehr erkennbar.<sup>11</sup> Die latent bestehende Gefährdung aufgrund der örtlichen Unsicherheit ist geringer als an anderen von uns mit Botschaftern besetzten Auslandsposten. Von den über 20 Ländern, die in San Salvador Botschaften unterhalten, haben außer uns nur Frankreich, Mexiko und Nicaragua einen Geschäftsträger am Ort.

Die Wiederentsendung eines deutschen Botschafters nach El Salvador könnte die Stellung der gemäßigten, reformbereiten Kräfte innerhalb der Regierung Magaña, wie z. B. AM Chávez Mena, stärken.

Am 25. Juni d. J. sprachen Sie mit Ex-Präsident Duarte.<sup>12</sup> AM Chávez Mena besuchte Bonn im Herbst 1981.<sup>13</sup> Ein weiteres Gespräch mit ihm soll Anfang 1983 stattfinden.<sup>14</sup> Bei ihm war stets Dialogbereitschaft erkennbar, weniger jedoch auf Seiten der FDR/FMLN, mit deren Vertreter Ungo D3 kürzlich sprach.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Botschafter Sudhoff, Mexiko-Stadt, berichtete am 27. Oktober 1982 über einen Verhandlungsvorschlag der FDR/FMLN zur Beendigung des Bürgerkriegs in El Salvador: „Guillermo Ungo und die Kommandantin Ana Guadalupe Martínez hielten am 26. Oktober 1982 in Mexiko-Stadt eine Pressekonferenz ab, auf der sie namens des FDR und der FMLN die Bereitschaft bekanntgaben, mit der Junta von El Salvador in Verhandlungen über die Wiederherstellung des Friedens einzutreten. Das Verhandlungsangebot ist bereits in der vorigen Woche dem Präsidenten der salvadorianischen Junta, Álvaro Magaña, dem konstituierenden Parlament und den Streitkräften in El Salvador zugestellt worden. [...] Ungo erläuterte in der Pressekonferenz, die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Junta und der Opposition habe ein Ausmaß erreicht, das eine Verhandlungslösung erforderlich mache, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Ein verlängerter Bürgerkrieg, den das Volk am Ende gewinnen werde, sei mit dem Verlust weiterer Menschenleben und großen materiellen Kosten verbunden und werde den nationalen Wiederaufbau erheblich erschweren. Im übrigen wäre der Bürgerkrieg schon lange beendet, wenn es nicht die fortdauernde politische und militärische Einmischung der USA gäbe. Der Beginn der Verhandlungen setze nicht notwendigerweise eine Feuereinstellung voraus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 566; Referat 331, Bd. 135975.

<sup>11</sup> Am 20. Juni 1982 stellte Kanzler Engel, San Salvador, zur Gefährdung ausländischer Diplomaten in El Salvador fest: „In der Hauptstadt ist es, von vereinzelten terroristischen Aktivitäten abgesehen, generell ruhig. Hier hat sich das Leben weitgehend normalisiert. [...] Eine gezielte Gefährdung ausländischer Diplomaten ist h[iesigen]E[rachtens] nur noch im Falle aktiver Beteiligung an den innenpolitischen Auseinandersetzungen (z. B. amerikanischer Botschafter) gegeben. Seit etwa einem Jahr kam es weder zu Angriffen auf Angehörige ausländischer Vertretungen noch zu Attacken auf Botschaftsgebäude. Letzteres war noch 1980 an der Tagesordnung. [...] Angesichts dieser positiven Entwicklung stehen h. E. der Anwesenheit eines deutschen Botschafters keine sicherheitsmäßigen Bedenken mehr entgegen. Im Falle einer Entsendung wird es voraussichtlich zu einem relativ starken Medienecho kommen [...]. Daß als Reaktion darauf Drohungen von linksextremistischer Seite eingehen, ist nicht auszuschließen. Konkrete Aktionen sind jedoch in Anbetracht der aktuellen Strategie der Guerilla, die sich im Ausland um politische Anerkennung bemüht, wenig wahrscheinlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 331, Bd. 135979.

<sup>12</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen Präsidenten El Salvadors, Duarte, vgl. Dok. 192.

<sup>13</sup> Zum Besuch des Außenministers von El Salvador, Chávez Mena, vom 18. bis 21. November 1981 vgl. Dok. 148, Anm. 18.

<sup>14</sup> Der Außenminister von El Salvador, Chávez Mena, wurde am 28. Oktober 1983 von Bundesminister Genscher zu einem Gespräch empfangen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. AAPD 1983.

<sup>15</sup> Legationssekretär Heumann vermerkte am 6. Juli 1982, im Gespräch mit Ministerialdirektor Gorenflös habe der Präsident der FDR, Ungo, am 2. Juli 1982 zur Lage in El Salvador erklärt: „Auf die

Eine bisher stets einseitig kritische Beurteilung der Entwicklung in El Salvador in der deutschen Öffentlichkeit hat in den letzten Monaten einer ausgewogeneren und sachlicheren Beurteilung Platz gemacht. Auch ist zu vermuten, daß heute die Wiederentsendung eines Botschafters im parteipolitischen Raum auf wenig Widerstand stoßen würde.

Schließlich würde ein solcher Schritt in den Vereinigten Staaten, die unsere kritische Abstinenz gegenüber El Salvador mit Bedauern betrachten, als eine positive Geste gesehen werden. Eine solche Geste könnte gerade in der gegenwärtigen Situation nützlich sein.<sup>16</sup>

D 1<sup>17</sup> hat mitgezeichnet.

Gorenflos

**Referat 331, Bd. 135979**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1392*

Frage von D 3, warum die FDR nicht mit den Christdemokraten zusammenarbeite und ob es Treffen zwischen diesen Gruppen gegeben habe, antwortete Herr Ungo ausweichend. Es habe kürzliche Kontakte gegeben, auch mit dem christdemokratischen AM Chávez Mena sei Mitte letzten Jahres ein Treffen versucht worden. Die FDR sei jetzt nicht an der Reihe [...]. Die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten würde auch durch die Doppelrolle dieser Partei – Regierungspartei und Opposition – erschwert. Als Regierungspartei sei sie am Krieg gegen die Guerilla beteiligt. [...] Schließlich seien die Christdemokraten selbst Opfer des rechten Terrors geworden. Eine Unterstützung der Christdemokraten bedeute aber nach wie vor eine Stärkung der rechten Kräfte und erschwere hiermit eine politische Lösung. [...] Herr Ungo betonte, daß die Guerilla bereit sei zu verhandeln. Eine sofortige einseitige Beendigung des Krieges aber bedeute für sie Selbstmord.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

<sup>16</sup> Nach einer Dienstreise vom 10. bis 20. November 1982 nach El Salvador, Honduras, Guatemala und den USA stellte Ministerialdirigent Limmer fest: „In den demokratischen Kreisen El Salvadors herrscht nach wie vor eine an Verbitterung grenzende Enttäuschung über die Haltung weiterer Kreise der demokratischen Welt. Von der neuen Bundesregierung erhofft man sich eine realistischere Politik mit Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe und Entsendung eines Botschafters. Es verwundert, daß nach der französischen Entscheidung, einen Geschäftsträger im Diplomatensrang zu entsenden, von den Ländern Europas, die entsprechend ihrer traditionellen Interessen auch in einem kleinen Land wie ELS Botschaften unterhalten (D, F, I und Spanien), die Bundesregierung ihre Präsenz am stärksten reduziert hat.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

<sup>17</sup> Horst Rödiger.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem brasilianischen Vizepräsidenten Chaves de Mendonça

Dg 33 – 330-321.36 BRA

12. Oktober 1982<sup>1</sup>

Gespräch zwischen BM Genscher und brasilianischem Vizepräsidenten Aureliano Chaves de Mendonça am 12.10.1982, 11.15 bis 12.05 Uhr<sup>2</sup>

*Bundesminister* erinnert an Besuch des Bundespräsidenten in Brasilien<sup>3</sup>, der Anfang April 1982 (Ausbruch des Falkland-Malwinen-Konfliktes) in einer kritischen Phase der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen stattfand. Er sei beeindruckt gewesen von Verantwortungsbewußtsein der brasilianischen Regierung, mäßigend auf den entstehenden Konflikt zwischen GB und ARG Einfluß zu nehmen. Jetzt sei es die Aufgabe aller, langfristige Schäden zu vermeiden und für die traditionell tiefverwurzelten Beziehungen zu arbeiten. Brasilianer und Deutsche tragen wesentliche Verantwortung.

Auf den bevorstehenden Beitritt Spaniens und Portugals in die EG anspielend<sup>4</sup>: Je größer Europa werde, desto näher käme es Lateinamerika. Die Europäische Gemeinschaft ist fast ein natürlicher Partner Lateinamerikas. Wir sähen es gern, daß wir nicht nur als Deutsche, sondern auch als Europäer immer stärker mit LA verbunden sind.

Gemeinsame Sorge bereite die Entwicklung in Zentralamerika. Wir wünschen, daß ZA seine eigene Identität findet und diese ausdrücken kann. ZA ist ein schlechter Schauplatz für die Ost-West-Auseinandersetzung. Wir setzen große Erwartung in die Politik unserer Freunde in LA und besonders Brasiliens.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Limmer am 18. Oktober 1982 gefertigt und am folgenden Tag „mit der Bitte um Genehmigung“ an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu teilte er mit: „Das Gespräch des brasilianischen Vizepräsidenten mit Bundesratspräsident Koschnick fand am Vortag statt. Es behandelte in etwa die gleichen Themenkreise, wobei Vizepräsident Chaves auch schon besonders auf die Qualität der deutsch-brasilianischen Beziehungen hinwies und die Zusammenarbeit auf technologisch-wissenschaftlichem Gebiet im Zusammenhang mit den hohen deutschen Privatinvestitionen in Brasilien unterstrich. Auch in dem Gespräch mit dem Herrn Bundesratspräsidenten wies Vizepräsident Chaves auf das gute brasilianische Auslandsschuldenmanagement hin, wodurch sich das Problem, das in der beachtlichen Höhe der Auslandsverschuldung liege, auch in Zukunft werde meistern lassen. Bei den Gesprächen mit Wissenschaftsminister Riesenhuber und Altbundeskanzler Schmidt war das Auswärtige Amt nicht vertreten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 330, Bd. 136519.

<sup>2</sup> Der brasilianische Vizepräsident Chaves de Mendonça hielt sich vom 10. bis 12. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundespräsident Carstens besuchte vom 4. bis 9. April 1982 Brasilien. Bundesminister Genscher begleitete ihn dabei vom 4. bis 7. April 1982. Am 27. April 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler, von brasilianische Seite sei zum Falkland-Krieg in den Gesprächen in Brasilia dargelegt worden: „Präsident Figueiredo und AM Guerreiro sagten, daß sie die Art des Vorgehens Argentinien mißbilligten, obwohl sie die zugrundeliegenden Ansprüche Argentinien schon immer unterstützt hätten. Brasilien halte sich aber mit öffentlicher Kritik an Argentinien zurück mit Rücksicht auf die bestehenden guten Beziehungen, aber auch um eine mögliche Rolle als Vermittler nicht zu präjudizieren. Am 6. April richtete die brasilianische Regierung dringende Appelle an die Regierungen Großbritanniens und Argentinien, den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 41; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 233, Anm. 23.

In Brasilien vollzieht sich für uns eine Entwicklung in allen Stufen, wobei die Probleme sichtbar werden, die entstehen, wenn eine Entwicklung, für die in anderen Fällen Jahrhunderte gebraucht wurden, auf kurze Zeit zusammengedrängt wird. Brasilien sei mit großer Tatkraft und Weitsicht an die Probleme herangegangen. Es könne mit der Freundschaft und dem Interesse der Bundesregierung rechnen.

Vizepräsident *Chaves*: Er sei in Brasilien mit BM und der Delegation nur kurz zusammengetroffen und habe deshalb großes Interesse an Gesprächen in Deutschland, in denen er über die Resultate der engen Beziehungen Gedanken austauschen möchte. Betonen möchte er den positiven Beitrag guter Botschafter und sein interessantes Gespräch mit dem neuen Wissenschaftsminister<sup>5</sup>, der einen sehr kompetenten Eindruck bei ihm hinterließ.

Da Brasilien das zweitwichtigste Überseeland für deutsche Investitionen sei, käme dem Technologietransfer besondere Bedeutung zu. Das Kernenergieabkommen zwischen beiden Ländern sei zwar sehr wichtig wegen seines umfassenden Charakters<sup>6</sup>, aber nur ein Aspekt der weitgefächerten Zusammenarbeit.

Das Nuklearabkommen unterstreicht wichtigen Aspekt der Beziehungen: Deutschland kenne keine technischen Grenzen, wohl aber eine territoriale und auch eine politische Begrenzung. Brasilien habe wissenschaftlich-technische Grenzen, aber keine Grenzen in territorialer Hinsicht, und die politische Begrenzung liege anders. Dies biete Joint ventures besonderer Art an mit realen Vorteilen für beide Länder. Brasilien habe Uran, und dies ist wichtig für Brasilien und Deutschland. Für die Bundesrepublik Deutschland sei es wichtig, sichere Quellen für nuklearen Brennstoff zu haben. Deutschland beherrsche die Technik der Urananreicherung. Er halte die gemeinsame Entwicklung von Gaszentrifugen zur Urananreicherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien für sehr erfolgreich.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Heinz Riesenhuber.

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft wurde am 13. April 1982 zur Umsetzung des Abkommens festgehalten: „Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die Errichtung von acht Kernkraftwerken vom Typ Biblis mit insgesamt 10 000 MW unter steigender Beteiligung der brasilianischen Industrie. Wichtigster Vertragspartner auf deutscher Seite ist die KWU. Auf brasilianischer Seite ist die Staatsholding NUCLEBRAS unter der Aufsicht des Ministeriums für Bergbau und Energie mit der Durchführung des Nuklearprogramms beauftragt. [...] Das erste Kraftwerk deutscher Herkunft, Angra 2, wird unmittelbar neben dem im März d[ies] J[ahres] ans Netz gegangenen Westinghouse 630-MW-Kraftwerk Angra 1 gebaut.“ Vgl. Referat 413, Bd. 129465.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande unterzeichneten am 4. März 1970 in Almelo ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultra-zentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherter Urans. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1971, Teil II, S. 930–949.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 23. Januar 1981 wurde festgehalten: „Aufgrund des Übereinkommens von Almelo waren zunächst nur Anreicherungsanlagen an zwei Standorten – in Capenhurst und Almelo – vorgesehen [...]. Im Jahre 1974 wurde auch die Möglichkeit der Eröffnung eines deutschen Standortes von den Partnern eingeräumt. Im Zusammenhang mit den 1976 auftauchenden niederländischen Finanzierungsproblemen und besonders durch die niederländische Haltung gegenüber dem Exportvertrag für Trennarbeit der URENCO nach Brasilien zeigte sich die Schwäche der deutschen Position innerhalb der Troika, wenn nicht alsbald ein deutscher Standort eröffnet würde. Nach eingehender Prüfung wurde dann der Standort Gronau ausgewählt und von der Bundesregierung befürwortet [...]. Eine Anreicherungsanlage

Im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais gäbe es sehr interessante Projekte der Zusammenarbeit zwischen deutschen und brasilianischen Fachleuten zur Auffindung und Erschließung von Bodenschätzen. Im industriellen Bereich gebe es durch umfangreiche deutsche Investitionen in Brasilien in den verschiedensten Zweigen intensive Zusammenarbeit. Es liege im beiderseitigen Interesse sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich, diese Beziehungen zu fördern. Die internationale Rezession wirke sich hier hinderlich aus und habe auch auf die brasilianische Wirtschaft negative Folgen.

*Bundesminister:* Chaves habe zu Recht die beiderseitigen Vorteile der nuklearen Zusammenarbeit betont. Seine (BM) erste Begegnung mit Präsident Carter habe das Nuklearabkommen mit Brasilien behandelt.<sup>8</sup> Der Bitte, den Vertrag zu annullieren, sei er seinerzeit mit zwei Argumenten begegnet:

- 1) Wir seien vertragstreu, und die USA sollten sich nichts anderes wünschen.
- 2) Wir wollten gleichberechtigte Zusammenarbeit und deshalb auch keine technologische Diskriminierung.

Gegenüber der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist kein Land unabhängig. Diese Entwicklung sei die Summe der wirtschaftlichen Fehler aller Staaten. Jeder einzelne Staat müsse sich bemühen, den richtigen Weg zu beschreiten. Alles, was zur Senkung des internationalen Zinsniveaus führe, sei willkommen. Keiner dürfe über seine Verhältnisse leben. Je größer ein Land sei, desto größer sei seine Verantwortung; wir seien ein mittelgroßes Land.

*Vizepräsident:* Die Größe der Verantwortung der Länder richte sich sicherlich nicht nach der territorialen Größe, sondern nach der wirtschaftlichen Stellung und den menschlichen Faktoren. Brasilien möchte seine Bedeutung nicht überschätzen, aber wohl seine eigenen Probleme lösen. Zu diesen zählten insbesondere die Inflation, die Auslandsverschuldung und die Zahlungsbilanz.

Brasilien habe beträchtliche Bodenschätze. Um diese zu mobilisieren, benötige es Finanzkapital und Menschenkapital. Für intelligente Investitionen biete es gute Chancen. Bisher habe Brasilien ein gutes Auslandsschuldenmanagement betrieben, sowohl was die Verwendung wie auch die Fristigkeit der Verschuldung angeht. Ab 1983/84 würden die Investitionen auch zur Erleichterung des Zahlungsbilanzproblems beitragen. In Brasilien sei man sich klar darüber, daß die Entwicklung Opfer fordere, das entsprechende Bewußtsein sei im Volk vorhanden.

Zu hoffen sei, daß die Beziehungen zwischen den Entwicklungs- und den entwickelten Ländern ausgeglichener gestaltet werden könnten. Ganz wesentliche Beiträge müßten hierzu von den Entwicklungsländern kommen.

*Bundesminister:* Er höre diesen Hinweis auf die Eigenbeträge der Entwicklungsländer gerne.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1395*

auf deutschem Hoheitsgebiet ist für die Versorgungssicherheit der deutschen Kernkraftwerke von wesentlicher Bedeutung. Ohne eine solche Anlage sind wir, wie die Vergangenheit gezeigt hat, praktisch auf das Wohlwollen des niederländischen Parlaments mit seinen vielfältigen Koalitionen angewiesen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129439.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher und Präsident Carter trafen am 14. März 1977 in Washington zusammen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 59.

Zur Nichtverbreitungspolitik der Regierung des Präsidenten Carter vgl. ferner Dok. 37, Anm. 10.

Nach Eingehen auf den Regierungswechsel in Bonn<sup>9</sup> und die konstruktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Weltwirtschaft Betonung, daß die neue Bundesregierung die Pflege der Beziehungen zu Lateinamerika hoch ansetze und für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern eintreten werde. Brasilien sei in dieser Hinsicht für uns wesentlich.

*Vizepräsident:* Bei brasilianischer Regierung sei wachsende Bereitschaft zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Deutschland vorhanden. Die Regierungen müßten jeweils für ihre Politik Rückhalt bei ihren Völkern haben. Hier lägen gemeinsame Interessen. Die Deutschen seien in Brasilien sehr eindrucksvoll präsent.

*Bundesminister* bestätigte noch einmal das große Interesse der Bundesregierung, die deutsch-brasilianischen Beziehungen zu fördern.

**Referat 330, Bd. 136519**

269

**Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit  
dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros  
des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, in Peking**

341-700.00 CHN VS-NfD

13. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas,

<sup>9</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente am 26. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag mit Aufzeichnungen zu weiteren Gesprächen an das Büro Staatssekretäre weitergeleitet. Dazu vermerkte Bente: „Dem kurzen Gespräch Bundespräsident/Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, hat RL 341 nicht beigewohnt [...]. Für den Fall, daß keine Dolmetscheraufzeichnungen vorliegen, wird angeregt, die beigefügten Vermerke über die Gespräche des Bundespräsidenten dem Bundespräsidialamt zuzuleiten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 125355.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 29. Oktober 1982 an Ministerialdirigent Osterheld, Bundespräsidialamt. Dazu teilte er mit: „Als Anlage darf ich Ihnen die Gesprächsvermerke übersenden zu den Gesprächen des Herrn Bundespräsidenten mit dem St[ell]v[ertretenden] Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Peng Zhen, dem Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, Deng Xiaoping. Diese Vermerke sind im Referat 341 gefertigt worden. [...] Eigentliche Dolmetscheraufzeichnungen konnten bisher nicht angefertigt werden, weil der Dolmetscher, der den Herrn Bundespräsident begleitet hatte, unmittelbar nach Rückkehr aus China zur sprachlichen Versorgung einer chinesischen Reisegruppe eingesetzt werden mußte und erst wieder in der ersten Hälfte November zur Verfügung steht.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 125355.

Deng Xiaoping, am 13.10.1982 in Peking<sup>2</sup> (bisher vom Herrn Bundespräsidenten nicht genehmigt)

*Deng* begrüßt den Bundespräsidenten. Letzterer überbringt die Grüße des deutschen Volkes und der deutschen Parteien.

Deng bittet um Grüße an den früheren Bundeskanzler Schmidt und den neuen Bundeskanzler Kohl und erkundigt sich nach dem Befinden des CSU-Vorsitzenden Strauß.

*Bundespräsident* bemerkt, daß es Herrn Strauß sehr gut gehe, er habe soeben die Wahl in seinem Bundesland mit 58% gewonnen<sup>3</sup>, und leitet zum Sachgespräch über. Er hebt den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern hervor und betont auch, daß sich z.Z. rund 1500 Chinesisch-Studenten<sup>4</sup> in Deutschland befänden. Er persönlich hätte Gelegenheit gehabt, viele von ihnen kennenzulernen. Ihre Leistungen hätten ihn sehr beeindruckt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien viele Jahre lang gut verlaufen, lediglich im Zuge der chinesischen Readjustierung<sup>5</sup> habe es kleine Rückschläge gegeben. Es erfülle ihn aber mit Genugtuung, daß die Aussichten für den gegenseitigen Wirtschaftsaustausch besser seien. Ein Gespräch mit der Außenhandelsministerin Chen Muhua werde hier noch weitere Klärungen bringen.<sup>6</sup>

*Deng*: Der Rückgang des Handelsaustausches zwischen beiden Ländern sei eine vorübergehende Erscheinung gewesen. Viele Chinesen schätzten die fortgeschrittene deutsche Technik. Die deutschen Produkte seien wirklich gut. Er wies auf die Erfahrungen während des schweren Erdbebens im Raum Tientsin hin, bei denen allein die deutschen Bergwerksausrüstungen unbeschädigt geblieben seien.<sup>7</sup> Wegen dieser Erfahrungen entwickle China gern enge Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. China habe im übrigen den Wunsch, daß die Bundesrepublik Deutschland beim Technologietransfer Hilfe gewähre. Wenn dies geschehe, könne später auch mit größeren Einkäufen in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden. Durch eine gute Zusammenarbeit in diesem Bereich wachse das gegenseitige Vertrauen.

<sup>2</sup> Bundespräsident Carstens besuchte vom 11. bis 17. Oktober 1982 die Volksrepublik China. Dabei wurde er von Staatssekretär Lautenschlager und Staatsminister Mertes begleitet.

<sup>3</sup> Am 10. Oktober 1982 fanden Wahlen zum bayrischen Landtag statt. Dabei entfielen 58,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf die CSU, 31,9 auf die SPD, 4,6 auf die Partei „Die Grünen“ und 3,5 Prozent auf die FDP.

<sup>4</sup> So in der Vorlage.

<sup>5</sup> Zur wirtschaftlichen Neuausrichtung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 185, Anm. 4.

<sup>6</sup> Staatssekretär Lautenschlager erklärte der chinesischen Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Chen Muhua, am 12. Oktober 1982 in Peking: „Die Bundesregierung könne für den Technologietransfer Rahmenbedingungen schaffen, wie dies heute nachmittag für die Technische Hilfe geschehen werde. Der Transfer selbst aber erfolge durch private deutsche Unternehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, käme es darauf an, Bedingungen zu schaffen, die es der deutschen Wirtschaft vermehrt ermöglichen, in China zu investieren. Was kann geschehen, um im industriellen Bereich mehr zu tun? Die Regierungen können Abkommen schließen wie das TZ-Rahmenabkommen. Es ist daher wichtig, daß auch über das Investitionsabkommen zügig weiterverhandelt werde. Auch diese Abkommen gehörten zu den Rahmenbedingungen, die für ein starkes Engagement der deutschen Wirtschaft erfüllt sein müßten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 125355.

<sup>7</sup> Am 27. Juli 1976 wurde die chinesische Stadt Tientsin durch ein Erdbeben fast vollständig zerstört.

Die chinesische Regierung hoffe sehr, daß die Bundesregierung ihr ganzes Gewicht für dieses Ziel einsetze.

China habe einige Schwierigkeiten mit den USA<sup>8</sup>, der Technologie-Transfer spiele dabei keine geringe Rolle. Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1979<sup>9</sup> habe China von den USA nicht „eine wirklich wichtige Sache“ bekommen. Mündlich hätten sie China die Meistbegünstigung zugesagt. Tatsächlich werde China von den USA als das letzte Land des Alphabets, als ein „Ypsilon-Staat“, behandelt. (Gemeint: Es gehört im Außenwirtschaftsbereich zu den von den USA am schlechtesten behandelten Ländern.) Darüber hinaus hätte es kürzlich in der Taiwan-Frage eine Auseinandersetzung gegeben. In Wirklichkeit ging es nicht nur um diese Frage. Viel wichtiger sei noch, die strategische Lage zu verbessern, gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln.

Noch schlimmer aber als Waffenlieferungen sei der „Taiwan Relations Act“.<sup>10</sup> Er stelle eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar, seine Leitgedanken gingen auf Herrn Dulles zurück.<sup>11</sup> Taiwan werde immer noch

<sup>8</sup> Zu den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA vgl. Dok. 185, Anm. 6.

Am 17. August 1982 informierte Gesandter Wallau, Washington, über das „Gemeinsame amerikanisch-chinesische Kommuniqué“ vom selben Tag: „Kernstück des Kommuniqués sind auf chinesischer Seite die Betonung der Taiwan-Frage als einer inneren Angelegenheit Chinas und der Verweis auf Chinas ‚grundlegende‘ Politik, eine Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland auf friedlichem Wege zu suchen – auf amerikanischer Seite die Kenntnisnahme dieser grundlegenden chinesischen Politik sowie die Folgerung, die neue Lage hinsichtlich Taiwans schaffe günstige Voraussetzungen für die Beilegung der amerikanisch-chinesischen Meinungsunterschiede in der Frage amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan. Hierzu erklärte die amerikanische Regierung, sie strebe keine langfristigen Waffenlieferungen an Taiwan an, ihre Waffenlieferungen an Taiwan würden weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht über das in den letzten Jahren erreichte Niveau herausgehen, und sie beabsichtige, Waffenverkäufe an Taiwan zu reduzieren, bis im Verlaufe einer gewissen Zeit eine endgültige Lösung gefunden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3590; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

Botschafter Schödel, Peking, übermittelte am 19. August 1982 eine Beurteilung des Kommuniqués durch den chinesischen Außenminister: „Huang Hua brachte seine Beurteilung des Ergebnisses gedämpft zum Ausdruck. Man habe von beiden Seiten sehr intensiv auf eine Lösung hingearbeitet. Man dürfe aber das Gemeinsame Kommuniqué nicht ohne Hinzuziehung der Erklärung des Außenministeriums und des Kommentars aus der ‚Volkszeitung‘ lesen. Bei sorgfältigem Lesen der drei Texte würde deutlich, daß zwischen den Vereinigten Staaten und China keine vollständige Übereinkunft erzielt werden konnte. [...] Den Zusagen der USA müßten nun Taten folgen. Leere Worte seien genug gewechselt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1741; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vom 15./16. Dezember 1978. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

<sup>10</sup> Zu den Rüstungslieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 235, Anm. 9.

Zum „Taiwan Relations Act“ vom 10. April 1979 vgl. Dok. 185, Anm. 16.

<sup>11</sup> Bei einem Gespräch am 11. Oktober 1982 in Peking erläuterte der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Peng Zhen, Bundespräsident Carstens die historischen Perspektiven der chinesischen Taiwan-Politik: „Tschiang Kai-schek habe während des Bürgerkrieges fünf Mio. Mann reguläre Truppen unterhalten; sie seien von den Amerikanern finanziert und ausgebildet worden. [...] In diesem Bürgerkrieg seien fünf Millionen ‚liquidiert‘ worden. Was kann Taiwan tun? Die Vorstellung, daß Taiwan unversenkbar sei, sei ein Mythos und spuke nur in den Köpfen einzelner. Die Politik, die die Amerikaner heute führten, sei die Politik von Dulles. Er habe Tschiang veranlassen wollen, das Festland zurückzuerobern. Er habe die Politik des Krebses gegen China verfolgt. In Korea habe er mit der rechten Zange versucht, den Nordosten Chinas zu bedrohen. Dort hätte China gegen die Amerikaner gekämpft. Die linke Zange, Indochina, sei abgeschlagen worden. Es sei nunmehr die SU, die versuche, Vietnam einzunehmen. Taiwan sei der Kopf dieses Krebses. [...] Wollte China einen Brand entfachen, dann bedürfte es nur eines Streichholzes und die ‚guten Beziehungen mit den USA‘ wären beendet. China aber sei der Auffas-

wie ein „unversenkbarer Flugzeugträger“ betrachtet. Wenn die USA nicht bereit sein sollten, den „Taiwan Relations Act“ zu korrigieren, dann werde es in den US–VRChina-Beziehungen noch mehr Schwierigkeiten geben. Dann werde es auch sehr schwer sein, Entwicklungen herbeizuführen, die eine strategische Bedeutung haben könnten, selbst dann, wenn ein Technologie-Transfer zustande käme.

Die Situation jedes Landes sei zwar sehr unterschiedlich, aber auch die Zusammenarbeit zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland würde leider sehr begrenzt bleiben, wenn in der Frage des Technologie-Transfers kein Durchbruch erzielt werde. Das gleiche gelte für Europa und Japan. Dabei gebe es in der politischen Sprache keine Meinungsverschiedenheiten.

*Bundespräsident* betont, daß er die Ausführungen, daß es der chinesischen Seite vor allem um „Know-how“ gehe, sehr gut verstanden habe. Während des Besuchs solle festgestellt werden, wo noch mehr geleistet werden könne.

Was die USA anbelange, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Nation in Europa im Zustand der Teilung lebe. Deutschland hoffe auf die Wiedervereinigung und danke der VR China für ihr Verständnis für diese Politik. Die Wiedervereinigung sei aber eine Frage der Zukunft. Zur Zeit beeindrucke uns eine andere Frage: die riesige Waffenansammlung unserer östlichen Nachbarn. Das Gleichgewicht könne nur im Bündnis mit den USA erhalten werden. Dies sei die wichtigste Grundlage unserer Sicherheit. Auch wir hätten Meinungsverschiedenheiten mit den USA. Deutschland müßte damit leben, daß die USA in 20 Jahren sechs Präsidenten<sup>12</sup> gehabt hätten.

China und die Bundesrepublik Deutschland hätten ein vitales, gemeinsames Interesse: den Weltfrieden. Die Tage des Aufenthalts in Peking hätten gezeigt, daß in dieser Frage weitgehende Übereinstimmung herrsche. Es müsse beides verfolgt werden: die Politik des Gleichgewichts und des Dialogs mit der SU. Voraussetzung hierfür sei aber die Verteidigungsbereitschaft. Nur wenn diese Politik fortgesetzt werde, könne der Frieden erhalten bleiben.

*Deng* versichert dem Bundespräsidenten, daß die chinesische Politik konsequent sei. Das betreffe sowohl die Analyse der internationalen Lage als auch den Kampf gegen Hegemonismus. Es trete für die Einigung aller Kräfte gegen ihn ein. Auch China hätte einen Dialog mit der SU geführt. Er sei wegen des Einmarsches in Afghanistan<sup>13</sup> unterbrochen worden. In letzter Zeit hätten aber die Sowjets einen Wink gegeben, daß ihnen daran gelegen sei, diesen Dialog wieder aufzunehmen.<sup>14</sup> Es wäre „unhöflich“, dies abzulehnen. Die Gespräche hätten den Charakter von „Konsultationen“ und dienten der Darlegung der gegenseitigen Standpunkte. Sie könnten deshalb nur als eine Art von Dialog bezeichnet werden. Es sei im übrigen unmöglich, im Bereich staatlicher Bezie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1399*

sung, daß wir uns zusammmentun sollten, um den Einfluß der SU zu bekämpfen. Im Interesse des Weltfriedens hätte China in der Taiwan-Frage Zurückhaltung geübt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 125355.

<sup>12</sup> John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter, Ronald W. Reagan.

<sup>13</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung ihrer Beziehungen vgl. Dok. 257, Anm. 14.

hungen auf einen Dialog zu verzichten. Aber in den Beziehungen zwischen China und der SU gehe es um einen Dialog unter strategischen Gesichtspunkten, das bedeute, daß es nicht ausreiche, nur über den Handel, die Kultur und Grenzprobleme von einigen Quadratkilometern zu sprechen. Die SU und China seien Nachbarn. Von den Streitkräften der SU seien drei Viertel gegen Europa und ein Viertel gegen China gerichtet, was die strategischen Waffen anbelange, seien es sogar mehr als ein Drittel. Im Verhältnis Chinas zur SU gehe es nicht nur um ein paar Quadratkilometer Landes, sondern um ein Viertel der sowjetischen Waffen und ein Drittel seiner Raketen. Die SU hätte ihre Truppen in der Mongolischen Volksrepublik stationiert. China nenne sie die äußere Mongolei. Sowjetische Truppen stünden auch in Afghanistan und Vietnam. Deswegen müßten alle Fragen, die hiermit im Zusammenhang stünden, erörtert werden. Sonst könne sich das Verhältnis zu China und der SU nicht ändern. Im Gespräch mit der SU werde von China das Ziel der Gespräche ganz deutlich genannt, nämlich die Beseitigung der sowjetischen Bedrohung.

Es sei gewiß sehr schwierig, Erfolge zu erzielen. Die chinesische Seite verlange auch nicht, daß alles auf einmal gelöst werde. Einzelschritte seien ausreichend. Wenn dies hier oder dort gelänge, wäre dies ein Beitrag zum Weltfrieden.

*Bundespräsident:* Angesichts der ungeheuren Rüstungen sei Geduld erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland und China seien an der Aufrechterhaltung des Dialogs mit der SU interessiert. Der Bundespräsident erbittet sodann eine Bewertung der Lage in Polen, der DDR und der deutschen Wiedervereinigungspolitik.

*Deng:* Zu Polen sei nicht viel zu sagen. Die SU werde nicht locker lassen. Es hänge alles ab vom Kampf des polnischen Volks.

Was die beiden deutschen Staaten anbelange, so gehe die Haltung Chinas davon aus, daß alle Teilungen erzwungen und daher künstlich seien. Während seines Besuchs in Japan<sup>15</sup> habe er darauf hingewiesen, daß es zwei deutsche Staaten gebe, zwei Koreas, zwei Chinas und früher auch zwei Vietnams gegeben habe. Weil China selbst gespalten sei, habe es auch Verständnis für das Problem der deutschen Teilung: auch in Japan gebe es eine solche Teilung, nämlich die Abtrennung der nördlichen Territorien.<sup>16</sup> Alle diese Teilungen müßten grundsätzlich überwunden werden, selbst dann, wenn dies – extrem gesagt – tausend Jahre dauern sollte.

*Bundespräsident* meint, daß dieser Zeitraum zu lang sei, alle Probleme aber nur mit Geduld gelöst werden könnten, auch das Problem der deutschen Teilung. In der Zwischenzeit käme es darauf an, daß der Frieden erhalten bleibe, dies sei schon eine schwierige Aufgabe.

<sup>15</sup> Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 22. bis 29. Oktober 1978 in Japan auf.

<sup>16</sup> Die Inselkette der Kurilen zwischen der zur UdSSR gehörenden Halbinsel Kamtschatka und der japanischen Insel Hokkaido wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Truppen besetzt. Referat 213 führte dazu am 22. Mai 1981 aus: „Japanischer Rückgabeanspruch durch Einführung eines ‚Tages der Nördlichen Territorien‘ (erstmalig 7.2.1981 begangen) erneut unterstrichen. Moskau dagegen betrachtet die vier Inseln definitiv als sowjetischen Besitzstand und weist japanische Forderungen als unbefugte Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten zurück. Positionen beider Seiten unbeweglich“. Vgl. Referat 341, Bd. 126980.

Bundespräsident gibt seiner Genugtuung über die vereinbarten VN-Konsultationen<sup>17</sup> und die Politik der VR China in der Dritten Welt Ausdruck. Deutschland suche in der DW keinen politischen Einfluß, sondern Zusammenarbeit. Auch Deutschland hätte eine imperialistische Periode gehabt, sie sei vorbei. Heute trete es für Zusammenarbeit und Hilfe ein.

*Deng* betont, daß China diese Politik zu schätzen wisse. Sie sei weiser als die der Vereinigten Staaten. Der Weltmarkt bleibe begrenzt, wenn die Armen der DW nicht reicher würden. Im Westen herrsche eine schlechte Wirtschaftslage, dennoch sollten die Anstrengungen zur Hilfe in der DW fortgesetzt werden.

*Bundespräsident* meint, daß dies richtig sei, fügt aber hinzu, daß die DW auch selbst Anstrengungen unternehmen müsse. Er bewundere, daß China das Problem der Bevölkerungspolitik gemeistert habe. Bei einigen Völkern spiele dies die Hauptrolle. Die Bevölkerung wachse häufig schneller als das Sozialprodukt.

*Deng* schließt mit der Bemerkung ab, diese Probleme würden vom Generalsekretär der Partei<sup>18</sup> und dem Ministerpräsidenten<sup>19</sup> behandelt werden. Er, *Deng*, betrachte sich selbst als eine „Übergangsperson“.

Eine Bemerkung, die der Bundespräsident mit den Worten „permanente Übergangsperson“ erwiderte.

#### Referat 341, Bd. 125355

<sup>17</sup> Im Gespräch mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhang Wenjin am 11. Oktober 1982 in Peking regte Staatsminister Mertes an, „daß zukünftig, ebenso wie dies heute bereits geschehe, auch mit GB, F und USA, regelmäßige Konsultationen vor der jeweiligen GV mit der VR China als ständigem Mitglied des Sicherheitsrates durchgeführt würden. Die Bundesregierung möchte die Gespräche mit der VR China in den gleichen formalen Rang erheben. Dies sei ein erstes Signal für die Intensivierung des politischen Meinungsaustausches.“ Zhang Wenjin erkundigte sich nach der Form, „in der die Konsultationen durchgeführt werden sollten. Verschiedene Formen seien möglich [...]. Wichtig sei nur, daß diese Kontakte nicht zufällig zustande kämen, sondern regelmäßig vor den GV stattfänden, dabei könne man in der Form und dem Konsultationsort durchaus flexibel sein. Vize-AM hält diesen Vorschlag persönlich für gut und stellt Prüfung in Aussicht.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 125355.

<sup>18</sup> Botschafter Schödel, Peking, teilte am 14. Oktober 1982 zum Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, am Vortag mit: „Bei Meinungsaustausch mit Hu Yaobang, der außerordentlich frisch, geistig rege und ideenreich wirkte, wurden internationale und bilaterale Themen nur global angesprochen.“ In einem anschließenden Pressegespräch habe Hu Yaobang betont, daß „das chinesische Volk [...] die deutsche Nation in ihrem berechtigten Wunsch nach nationaler Einheit und Zusammenschluß“ unterstütze. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2370; Referat 341, Bd. 125355.

<sup>19</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang gab Bundespräsident Carstens am 12. Oktober 1982 in Peking Erläuterungen zur chinesischen Wirtschaftspolitik: „Nach drei Jahren Readjustierung seien in der Landwirtschaft gute Ergebnisse erzielt worden. Für die Landwirtschaft sei es die beste Zeit des Neuen China gewesen. 1982 erwarte man eine Rekordernte. Die Initiative der Bauern Chinas sei mobilisiert worden. Auch die Entwicklung der Leicht- und Konsumgüterindustrie sei gut verlauten. Einige Freunde, die bereits in der VR China gewesen seien, könnten Vergleiche ziehen. Die Versorgung sei wesentlich verbessert [...]. Bei der Schwerindustrie habe man in der ersten Hälfte 1981 einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen gehabt. Diese Tendenz sei im vierten Quartal gestoppt worden, und in diesem Jahr könne von einer Wiederbelebung gesprochen werden. Man erwarte eine Zuwachsrate von vier bis fünf Prozent, damit würde das Planziel übertroffen. [...] In den 80er Jahren werde man die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Während dieser Zeit solle man kein schnelles Entwicklungstempo erwarten. Auf allen Gebieten werde man die erforderlichen technischen Vorkehrungen treffen. [...] Wenn es China gelänge, diese Vorbereitungen abzuschließen, dann wird es möglich sein, in den 90er Jahren ein hohes Wachstum zu erreichen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 125355.

## 270

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**

212-341.18

13. Oktober 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen;

hier: Informelles Treffen der westlichen Delegationsleiter in Seteais bei Lissabon am 11. Oktober

Zweck der Vorlage: Information und Billigung der unter Punkt III. dargestellten Linie

I. Das Ergebnis kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- 1) Einigkeit darüber, daß Verbot der Gewerkschaft „Solidarität“ durch die polnische Militärregierung<sup>4</sup> und die sich daraus ergebenden Ereignisse das Ost-West-Verhältnis weiter schwerwiegend belasten und einen Verhandlungserfolg des Madrider Treffens erschweren. Allerdings keine vertiefte Behandlung dieser Frage; insbesondere verzichtete der amerikanische Delegationsleiter Kampelman darauf, die Lage in Polen zur Stützung seiner harten Haltung (vgl. unten, Abschnitt I.4) heranzuziehen (dies tut inzwischen allerdings das State Department, vgl. DB 4314 vom 12.10., liegt bei<sup>5</sup>).
- 2) Alle europäischen Teilnehmer (außer Italien und Spanien, die sich nicht zu Wort meldeten) und Kanada betonten erneut ihren Willen zu Verhandlungen und einem Abschluß in Madrid.
- 3) Botschafter Kampelman (USA) sprach sich für ein „Belgrad-Plus-Dokument“<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 15. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 18. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 19. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre und Referat 212 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] Randverm[er]k BM S. 4.“ Vgl. Anm. 16.

Hat Staatssekretär von Staden am 19. Oktober 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Pfeffer am 22. Oktober 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.

<sup>4</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Hermes, Washington, teilte zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit: „In einem Gespräch auf Arbeitsebene im State Department wurde deutlich, in welchem Maße die Vorbereitung der Administration auf das Madrid-Treffen und die vorhergehenden Konsultationen innerhalb der Allianz von der jüngsten Entwicklung in Polen (Solidaritätsverbot) beeinflusst werden. Der Gesprächspartner gab unumwunden zu, daß sich selbst im State Department, das traditionell die Interessen der Bündnispartner in den internen Entscheidungsprozeß einzubringen versuche, die Haltung zunehmend verhärtete. Dieser Entwicklung lägen mehrere Faktoren zugrunde: die persönliche Anteilnahme des Präsidenten an den Ereignissen in Polen. Damit werde praktisch ausgeschlossen, daß der Präsident der Aufnahme von Verhandlungen in Madrid zustimmen könne. Die Befürchtung, daß die Lage in Polen sich noch weiter zuspitzen werde. Die Rückenstärkung, die die Vertreter einer kompromißlosen Haltung innerhalb der Administration durch das Verbot der Solidarität erfahren hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4314; Referat 212, Bd. 133409.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

aus, wobei er diese Präferenz zunächst den Schweizern, Jugoslawen und Rumänen zuschrieb. Mehrere Delegationsleiter gaben ihm hierauf zu verstehen, daß der Verlauf seiner Konsultationen mit diesen Ländern bekannt ist: Insbesondere Jugoslawien und Rumänien erklärten nach dem Vortrag Kampelmans, unter diesen Umständen bleibe ja wohl nur das von ihm befürwortete „Belgrad-Plus-Dokument“ übrig.

Bemerkung:

Kampelmans Modell eines „Belgrad-Plus-Dokuments“ sieht wie folgt aus:

- kurze Präambel, vermutlich mit einem „constat de désaccord“;
- Einsetzung einer Expertengruppe, die die Menschenrechtsfragen prüft und darüber Empfehlung ausarbeitet, die dem nächsten KSZE-Folgetreffen vorgelegt würden;
- Einsetzung einer Expertengruppe, die die offengebliebenen Fragen des KAE-Mandats weiter prüft;
- die Erklärung, wonach die KAE erstrebenswert ist und die Absicht der Teilnehmerstaaten ausdrückt, eine KAE ins Leben zu rufen;
- Festsetzung eines neuen KSZE-Folgetreffens, wohl in zwei Jahren.

Schon diese Texte, die allesamt neu wären, würden schwierige Verhandlungen erfordern. Dazu kämen mit Sicherheit neue Forderungen auch in diesem neuen Verhandlungsrahmen; so hat Rumänien schon den Wunsch nach einem Expertentreffen zum II. Korb ausgedrückt. Malta wird Forderungen zur mediterranen Dimension stellen und kann damit die Konferenz wochenlang erpressen. Außerdem werden mindestens die Neutralen es für unerlässlich erklären, die Ergebnisse der „Zwischenveranstaltungen“ (namentlich Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung in Montreux<sup>7</sup>, Wissenschaftliches Forum<sup>8</sup>) auch in diesem Dokument zu behandeln.

Fazit: Auch über ein „Belgrad-Plus-Dokument“ würde es umfangreiche und schwierige Verhandlungen geben, allerdings nicht mehr Verhandlungen über politische Inhalte, sondern über prozedurale Surrogate.

4) Botschafter Kampelman machte zunächst die gegenwärtige amerikanische Position klar, wonach eine Verhandlung in Madrid nicht in Frage kommt. Unter dem Eindruck des Nachdrucks, mit dem sich alle Sprecher für Verhandlungen einsetzten, deutete er schließlich eine Rückfallposition an: Zustimmung zu Verhandlungen, allerdings mit so hoch angesetzten Forderungen, daß ein Abschluß zuverlässig auszuschließen wäre. Zur Erklärung führte er aus, ein Abschluß in der gegenwärtigen Lage könnte in der europäischen Öffentlichkeit eine Entspannungssillusion erzeugen und damit den Widerstand gegen den Doppelbeschluß verstärken. Auch eine KAE könne europäische Öffentlichkeit in ein falsches Sicherheitsgefühl wiegen und sich damit ebenfalls negativ auf die Modernisierung von Rüstungssystemen auswirken.

<sup>7</sup> Vom 31. Oktober bis 11. Dezember 1978 trafen Experten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Montreux zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen zusammen. Für den Wortlaut ihres Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 445 f. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 383.

<sup>8</sup> Die Tagung des Wissenschaftlichen Forums der KSZE fand vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 75.

5) Zu der Frage, welche Zusatzforderungen der Westen stellen sollte, betonte Dänemark als Präsidentschaft der Zehn<sup>9</sup>, daß diese hierzu noch keine Meinung gebildet hätten. Norwegen identifizierte sechs Hauptforderungen aus dem Katalog westlicher Forderungen vom Dezember 1981<sup>10</sup> (es handelt sich um Korrekturen im Rahmen erfolgsorientierter Verhandlungen, die hier nicht aufgezählt werden müssen<sup>11</sup>; die wichtigste betrifft die im westlichen Sinne nötigen Klarstellungen zur österreichischen Kompromißformel<sup>12</sup> zur Zone einer KAE). Dem wollte er (= N) hinzufügen:

Aus dem Bestand der bisherigen Madrider Forderungen des Westens, die in RM.39 nicht berücksichtigt sind:

- einen Text über Radiostörungen<sup>13</sup>,
- einen über Zugang zu Missionen im Ostblock,
- ein besseres Mandat für das Expertentreffen über Menschenrechte,
- eine stärkere Aussage zu den Menschenrechten (Monitorengruppe).

Als neue Forderungen:

- ein Text über die freie Bildung von Gewerkschaften,
- ein Text über die Wiederherstellung automatischer Telefonverbindungen.

Frankreich fügte hinzu: bessere Kulturbeziehungen, Einrichtung von Lesesälen mit ausländischer Literatur und Zeitungen. Kampelman fügte hinzu:

- den Vorschlag einer Einbringungserklärung, in der die Nationen, die diese Vorschläge (in einem formellen Papier zusammengefaßt) als Konferenzdokument einbrächten, erklären würden, ihre Bereitschaft zur Weiterverhandlung bedeute keine Rückkehr zum „business as usual“ und kein Sichabfinden mit der Situation in Polen;
- eine Zusage der Teilnehmerstaaten, „not to restrict the activities of persons or groups interested in the problems of peace and security in Europe“;
- einen „Mechanismus“, durch den die Teilnehmerstaaten schriftlich andere Teilnehmerstaaten zur Stellungnahme auffordern können, wenn sie der Meinung sind, daß ein Teilnehmerstaat die Schlußakte verletzt habe.

Diese Vorstellung ist natürlich auf Menschenrechtsverletzungen gemünzt. Sie schüfe aber einen Konsultationsmechanismus mit Einlassungszwang, den die

<sup>9</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>10</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 40, Anm. 11.

<sup>11</sup> Die Wörter „hier nicht aufgezählt werden müssen“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte auf Sonderblatt beifügen.“

<sup>12</sup> Österreich präsentierte am 9. Dezember 1981 folgenden Vorschlag für den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE): „On the basis of equality of rights and obligations of all the participating states of the CSCE concerning confidence building measures in Europe, of balance and reciprocity, these confidence- and security-building measures will cover the whole of Europe with the respective adjoining sea area and air space. [...] As far as the adjoining sea area and air space is concerned, these measures will be applicable to the activities of forces operating there insofar as these activities are a component part of activities in Europe which the participating states will agree to notify, and will be applied to military activities of all the participating states.“ Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1630 des Gesandten Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), vom 9. Dezember 1981; Referat 212, Bd. 133421.

<sup>13</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Amtsrat Kusnezow handschriftlich: „Als Anlage beigefügt.“

SU ihren hegemonialen Absichten dienstbar machen könnte. Deshalb hatte sie ähnliche Vorstellungen im Rahmen des Schweizer Streitschlichtungsmodells<sup>14</sup> entwickelt und stieß auf Widerstand, besonders entschieden von seiten Österreichs, das mit Recht befürchtete, auf diese Weise in Rechtfertigungszwang hinsichtlich seiner Neutralitätsverpflichtungen gesetzt zu werden.<sup>15</sup>

6) Wir selbst vertraten, ausdrücklich auf persönlicher Basis und unter Vorbehalt der Genehmigung des Bundesministers, die Auffassung, daß ein bürokratisches Zusammenrechnen von Einzelbedenken und Zusatzwünschen der historischen Bedeutung der polnischen Ereignisse nicht gerecht würde. Der Westen solle sich – bei Beibehaltung seiner bisherigen Zielsetzung in der menschlichen Dimension allgemein – auf ein politisches Signal zur Gewerkschaftsfreiheit konzentrieren. Damit könne er dem Madrider Treffen, wie bisher auch, den Stempel seiner eigenen Konzeption aufdrücken<sup>16</sup>, bei den Neutralen und Ungebundenen Verständnis erreichen und die politische Glaubhaftigkeit des Treffens in der Öffentlichkeit sowie das Interesse der Öffentlichkeit am KSZE-Prozeß am besten verstärken.

II. In einem Gespräch am Rande des Treffens sagte Botschafter Kampelman Botschafter Kastl, er werde sich für Verhandlungen einsetzen, allerdings bei einer starken „Erhöhung der Preise“. Er hoffe auch, diesen Freitag<sup>17</sup> Gelegenheit zu haben, AM Shultz vorzutragen. Es sei wohl nicht nötig, die Genehmigung des Präsidenten für die von ihm vorgeschlagene Linie einzuholen. Seine Unterrichtung durch ein Memorandum genüge.

Eine Zusage zu erfolgorientierten Verhandlungen wollte Kampelman damit nicht abgeben. Vielmehr muß festgestellt werden, daß der gegenwärtige Stand der westlichen Meinungsbildung keine Hoffnung auf einen Abschluß des Treffens mit einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument, das eine KAE einsetzt, vor Weihnachten oder auch nur vor Ostern ermöglicht.

III. Weiteres Vorgehen:

Eine erneute Gelegenheit zu Gesprächen mit den Amerikanern bietet das Vierertreffen auf der Ebene der Direktoren und der Delegationsleiter am 18. Oktober in Paris<sup>18</sup>, ferner die Sitzung des NATO-Rats mit Delegationsleitern am

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs der KSZE-Delegation der Schweiz vom 18. September 1973 für einen Vertrag über ein europäisches System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 718–774

Für den am 12. Dezember 1980 vom den Delegationen Finnlands, Schwedens, der Schweiz und Jugoslawiens vorgelegte Vorschlag für ein im Rahmen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid einzuberufendes Expertentreffen zur friedlichen Streitschlichtung (CSCE/RM.20) vgl. Referat 212, Bd. 133416.

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Diese könnten über Prinzip X der Schlußakte (pacta sunt servanda) als auch im Rahmen der Schlußakte relevant erklärt werden.“

<sup>16</sup> Der Passus „Der Westen solle ... Konzeption aufdrücken“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>17</sup> 16. Oktober 1982.

<sup>18</sup> Am 19. Oktober 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, Ministerialdirektor Pfeffer habe beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortag in Paris auf die Haltung der Bundesregierung hingewiesen, „den Dialog mit dem Osten gerade in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten und ihn zu benutzen, um der anderen Seite unsere Auffassungen klar und deutlich mitzuteilen. Der durchgängige Dialog enthebe der Schwierigkeit, [...] auf die wir in den Bündnisberatungen unmittelbar nach Einführung des Kriegsrechts in Polen hingewiesen hatten: daß bei Verlängerung des Status quo oder gar einer Verschlechterung der Lage die Wiederaufnahme des un-

27. Oktober in Brüssel<sup>19</sup>, der ein informelles Treffen der NATO-Delegationsleiter am 26. Oktober vorgeschaltet werden soll. Daneben gibt es noch ein Treffen der Arbeitsgruppe KSZE der EPZ am 21./22. Oktober.<sup>20</sup> Es wird vorgeschlagen, daß auf diesen Treffen die deutsche Seite die von Botschafter Kastl eingetommene Linie weiterverfolgt:

- Bereitschaft zu Implementierungskritik auf breiter Front (mit den polnischen Ereignissen im Zentrum, aber nicht nur mit ihnen, ohne zeitliche Begrenzung mit den Textvorschlägen als Exemplifizierung einer sachbezogenen Implementierungskritik);
- Eintreten für erfolgsorientiertes Verhandeln;
- Beschränkung der Zusatzforderungen auf das „Wesentliche und Vernünftige“ (Formel des PK vom 5./6. Oktober 1982);
- dabei Konzentration auf einen Text, der die Freiheit der Bildung unabhängiger Gewerkschaften in allen KSZE-Ländern fordert;
- Eintreten für Abschluß sobald wie möglich.

IV. Botschafter Kastl hat dieser Aufzeichnung zugestimmt.

Pfeffer

**Referat 212, Bd. 133409**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1406*

terbrochenen Dialogs schwer zu begründen, ein Nicht-Sprechen über Jahre hinweg kaum durchzuhalten und der Sache nicht dienlich sei.“ Vgl. VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 20. Oktober 1982 resümierte Pfeffer die Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid: „Washington wird sich nicht für Verhandlungen entscheiden ohne ein westliches Paket von ‚weitreichenden, eindrucksvollen und vernünftigen Zusatzforderungen‘, aber selbst bei Vorliegen eines solchen Pakets ist nicht sicher, daß Washington Verhandlungen zustimmt.“ Vgl. VS-Bd. 13238a (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Am 29. Oktober 1982 notierte Ministerialdirektor Pfeffer die Ergebnisse der informellen Konsultation der KSZE-Delegationsleiter der NATO-Mitgliedstaaten am 26. Oktober 1982 und ihrer Beratung mit dem Ständigen NATO-Rat am folgenden Tag zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid: „Es wurde ein Katalog von Zusatzwünschen zum Dokument RM.39 erarbeitet, auf der Basis des Ergebnisses der Arbeitsgruppe KSZE der EPZ (Kopenhagen, 21./22.10.)“. Zur Haltung der USA habe der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, festgestellt: „Die Ereignisse, vor allem in Polen, haben keine Änderung der Linie gerechtfertigt, die wir im Februar vereinbart (sic) haben. Aber die Einheit der Allianz ist wichtig. Die politische Wirkung, nach der wir suchen, kann auch durch ein Paket neuer Vorschläge erreicht werden. Aber dann darf es sich nicht um ‚bargaining chips‘ handeln, sondern es muß ein wirklich eindrucksvolles Paket sein. Die Verhandlung ist nicht das Ziel der USA; wenn wir verhandeln, dann um unseren Freunden Genüge zu tun.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133409.

<sup>20</sup> Am 25. Oktober 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, bei der Sitzung der KSZE-Arbeitsgruppe der EPZ am 21./22. Oktober 1982 in Kopenhagen seien Ergänzungen zum Vorschlag der N+N-Staaten vom 16. Dezember 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSC/EPZ) erarbeitet worden. Vgl. dazu Referat 212, Bd. 133409.

271

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dassel**

421-410.41-1306/82 VS-vertraulich

13. Oktober 1982<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-britische Konsultationen der Wirtschaftsdirektoren am  
12.10.1982 in Bonn;  
hier: Nachmittagsitzung zum Thema Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Teilnehmer GB: Leiter der Wirtschaftsabteilung des FCO, Evans, Wirtschafts-  
gesandter Unwin.

Teilnehmer D: D4 i. V., MR v. Dewitz (BMWi), VLR Dassel.

D4 i. V. leitete Gespräch mit der Frage ein, ob GB US-Non-paper<sup>2</sup>, das nach Sit-  
zung von La Sapinière<sup>3</sup> einigen AM überlassen wurde, als akzeptiert betrachte.

Evans führte zunächst aus, daß AM Pym sehr daran interessiert sei, daß US-  
Sanktionen<sup>4</sup> sobald wie möglich aufgehoben würden. GB sei allerdings nicht  
bereit, hierfür substantielle Konzessionen als Gegenleistung zu machen. Dies  
schließe jedoch Gesten des guten Willens nicht aus, die USA Rücknahme der  
Sanktionen erleichtern könnten. Zum Non-paper sagte Evans, daß es für GB  
grundsätzlich akzeptabel sei, daß jedoch über Einzelheiten noch intensiv ge-  
sprochen werden müsse. Den von US-Seite für künftige Erörterungen vorge-  
schlagenen Siebener-Kreis könne GB akzeptieren. Dieses Gremium habe Vor-  
teil gegenüber Vierer-Kreis, da JAN, I und CDN beteiligt wären. Evans unter-  
strich Auffassung von AM Pym, Momentum dürfe nicht verlorengelassen.

D4 i. V. hob seinerseits Notwendigkeit hervor, rasch die entstandene Kontro-  
verse in den amerikanisch-europäischen Beziehungen zu bereinigen. Zwar könn-  
ten Sanktionen Sowjets wirtschaftlich und militärisch nicht ernsthaft beein-  
trächtigen, jedoch könnten sie politische Signale geben. Bezüglich unserer Hal-  
tung zum US-Non-paper sagte D4 i. V., daß auch wir dem Prüfungscharakter  
und einer Reihe von Punkten des US-Papiers voll zustimmen könnten, daß wir  
allerdings bei einigen Punkten der Meinung seien, daß hier von US-Seite Kon-  
sens zu eigenwillig interpretiert würde. Dies gelte insbesondere für den Kom-  
plex Kreditgewährung und die Frage der Einführung einer neuen Embargoka-  
tegorie strategisch bedeutsamer fortgeschrittener Technologie- und Ausrü-  
stungsgüter, einschließlich der zur unmittelbaren Verwendung im Erdöl- und  
Erdgassektor kommenden Technologien. Zum vorzusehenden Gesprächsforum  
sagte D4 i. V., daß auch wir den Siebener-Kreis für zweckmäßig hielten. Wäh-  
rend die Erörterung des weiteren Vorgehens im Botschafterkreis in Washing-  
ton durchgeführt werden könnte, sollten die substantiellen Erörterungen im  
Kreis der Wirtschaftsdirektoren der Sieben erfolgen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum amerikanischen Non-paper vom 3. Oktober 1982 vgl. Dok. 253, Anm. 9.

<sup>3</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in  
La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl.  
Dok. 189, Anm. 15.

Evans erwiderte, daß man auf jeden Fall an den Siebener-Erörterungen teilnehmen solle, unabhängig von der Frage der Zusammensetzung (d.h. Botschafter, Wirtschaftsdirektoren oder Politische Direktoren). Auch GB habe Probleme in den beiden von uns angesprochenen Bereichen, Kredite und Neuaufnahme von weiteren Kategorien strategisch relevanter Erzeugnisse und Technologien, und teile mit uns die Meinung, daß man damit die Sowjets nicht wirklich unter Druck setzen könne, erst recht nicht, wenn die USA Weizenlieferungen aufrechterhielten.<sup>5</sup> Die Weizenlieferungen müßten in jedem Fall als stärkstes Pressionsmittel gegenüber der SU angesehen werden.

D4 i. V. zitierte in diesem Zusammenhang eine jüngst in USA erstellte Studie, die hervorhebt, daß Unterbrechung der Weizenlieferung an SU Ressourcetransfer größten Umfangs in den landwirtschaftlichen Sektor in SU auslösen würde. Evans bestätigte dies. Zu den US-Vorstellungen bezüglich strategisch bedeutsamer Güter- und Technologieausfuhren meinte D4 i. V., gegenüber den im Viererkreis erörterten Texten sei in dem US-Non-paper der neue Begriff der „strategically significant“ Ausrüstungen und Technologien eingeführt worden. Der letzte Satz des betreffenden Absatzes gehe über einen Prüfungsauftrag hinaus und sehe einen Rahmen vor, der nicht mit COCOM identisch sei.

Evans informierte in diesem Zusammenhang noch, daß sich Anzeichen mehrten, daß Auswirkungen der US denial orders, jedenfalls bezüglich John Brown Engineering, über eingeschränktes Ausmaß dieses Schritts (Beschränkung auf Öl- und Gasausrüstungen) insofern hinausgingen, als US-Firmen aus Unsicherheit auch in anderen Warenbereichen Lieferungen zurückhielten. John Brown käme in eine sehr schwierigen Lage, wenn US-Sanktionsmaßnahmen nicht bald aufgehoben würden.

Evans kam dann auf Frage künftiger Butterverkäufe der EG an die SU zu sprechen. Es bestehe Gefahr, daß hierdurch unsere Argumentation gegenüber Zweckmäßigkeit der US-Weizenverkäufe an SU beeinträchtigt werden könnte. Er erwarte hier wegen sich abzeichnender Überproduktion von Milch insbesondere in F besonderen Druck französischer Regierung. D4 i. V. wies seinerseits darauf hin, wir hätten den Eindruck, daß F ein Junktim mit den Buttereinfuhren aus Neuseeland herstellen möchte. Die Mehrzahl der EG-Kommissionsmitglieder hätte sich für Butterausfuhren in die SU ausgesprochen, während Thorn aus politischen Erwägungen dagegen sei. Wir seien der Meinung, daß die EG sich wegen der von britischer Seite erwähnten politischen Implikationen im Verhältnis zu USA in dieser Frage zurückhalten sollte. Die politische Bedeutung dieser Frage erfordere Behandlung im Ministerrat.

Bezüglich US-Reaktion auf Erlass des neuen Gewerkschaftsgesetzes in Polen<sup>6</sup> (Entzug der Meistbegünstigung<sup>7</sup>) stimmten beide Delegationsleiter überein, daß ähnliche Reaktion ihrer Länder schon wegen Verpflichtung gemäß GATT-

<sup>5</sup> Zu den Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 207, Anm. 9.

Am 15. Oktober 1982 gab Präsident Reagan in einer Rundfunkansprache bekannt, daß die UdSSR bis zum 30. September 1983 in den USA 15 Millionen Tonnen Getreide mehr erwerben dürfe, als bislang vereinbart gewesen sei. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1329–1331.

<sup>6</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

<sup>7</sup> Präsident Reagan gab am 9. Oktober 1982 in einer Rundfunkansprache bekannt, daß Polen wegen des Verbots der Gewerkschaft Solidarność die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA entzogen werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1290 f.

Abkommens<sup>8</sup> ausgeschlossen sei. Zur Frage der Umschuldung Polens tritt, wie Evans hervorhob, GB grundsätzlich für Wiederaufnahme Kontakts mit Polen in dieser Frage ein, da gegenwärtiger Zustand gegen westliches Interesse Polen praktisch de facto eine hundertprozentige Umschuldung einräume.<sup>9</sup> Aus politischen Gründen komme zu diesem Zeitpunkt mit Rücksicht auf die USA eine Wiederaufnahme nicht in Betracht. Andererseits wäre Default-Erklärung (wie kürzlich von US-Gewerkschaften AFL und CIO gefordert) katastrophal und müsse verhindert werden. Diesen Schlußfolgerungen stimmte D4 i. V. zu.

D4 i. V. unterrichtete britische Seite über Routinecharakter der gegenwärtig stattfindenden 11. Tagung deutsch-sowjetischer Wirtschaftskommission<sup>10</sup> analog zu Tagung britisch-sowjetischer Wirtschaftskommission in Moskau vom 27./29. 9. und wies darauf hin, daß auch US-Seite von uns unterrichtet worden sei.

Dassel

VS-Bd. 14110 (010)

## 272

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow

Geheim

14. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Eugene Rostow am 14. Oktober 1982 von 18.00 bis 18.45 Uhr<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: Chef BK<sup>3</sup>, Botschafter Dr. Ruth, Herr Teltschik, AL2<sup>4</sup>; Botschafter Burns, Herr Presel.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

<sup>9</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 221, Anm. 9 und Anm. 11.

<sup>10</sup> Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission am 11./12. Oktober 1982 vgl. Dok. 256, Anm. 8.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag mit dem Hinweis, daß der Vermerk vom Bundeskanzler noch nicht genehmigt sei, zur Unterrichtung des Bundesministers Genscher an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Ploetz am 15. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, hielt sich am 14./15. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ebenfalls Dok. 274.

<sup>3</sup> Waldemar Schreckenberger.

<sup>4</sup> Otto von der Gablentz.

*Bundeskanzler* begrüßt R. und erinnert an den Besuch in Washington.<sup>5</sup> Er bitet um Verständnis, daß er heute wegen der laufenden Bundestagsdebatte nicht die Zeit für ein längeres Gespräch hat, das er eigentlich gewünscht habe.

*Rostow* dankt für den Empfang trotz der Zeitnot. Er übermittelt seine herzlichen Glückwünsche zur Wahl zum Bundeskanzler.<sup>6</sup> Seine einzige Entschuldigung ist, daß er heute keinen Höflichkeitsbesuch macht, sondern über außerordentlich wichtige Dinge berichten möchte, die überdies sehr geheim sind (man hat sie sogar drei Monate lang aus der *New York Times* heraushalten können). Die Entwicklung der letzten Wochen bei den INF-Verhandlungen hat Washington veranlaßt, ihn auf die Reise zu schicken, um alle Stationierungsländer sofort zu unterrichten. Nach langen Verhandlungen von Nitze und seinen Mitarbeitern mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij hat sich im Juli in informellen Gesprächen die Möglichkeit eines Durchbruchs abgezeichnet.<sup>7</sup>

Die amerikanische Haltung zum Doppelbeschluß und zur Null-Lösung<sup>8</sup> ist unverändert, aber der Präsident<sup>9</sup> besteht auch darauf, daß man in gutem Glauben und im Interesse der Allianz verhandele. Man hat die Positionen der beiden Seiten in zehnmonatigen Verhandlungen<sup>10</sup> sorgfältig geprüft. Er selbst hat daher in seiner jüngsten Rede in Los Angeles sagen können, daß die Verhandlungen ernsthaft waren und die Positionen beider Seiten geklärt haben mit dem Ziel, die Möglichkeit von Lösungen aufzuzeigen.<sup>11</sup> Es war durchaus möglich, die analytischen Gedanken beider Seiten miteinander zu versöhnen. Offen war damals und ist immer noch, ob die SU bereit ist, eine Vereinbarung einzugehen oder sie nur zu erwägen, die auf dem Grundsatz der Abschreckung beruht. Auf amerikanischer Seite hat man die eigenen Schwierigkeiten sehr gründlich geprüft und gelöst. Aber die andere Seite hat die Gedanken mit großer Vehemenz

<sup>5</sup> Der CDU-Vorsitzende Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Oktober 1981 in den USA auf. Zu seinem Gespräch mit Präsident Reagan am 16. Oktober 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 302.

<sup>6</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>7</sup> Am 16. Juli 1982 führten der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, bei einem Spaziergang außerhalb von Saint Cergue bei Genf auf persönlicher Basis ein Gespräch zur Vorbereitung eines INF-Abkommens. Vgl. dazu NITZE, *From Hiroshima to Glasnost*, S. 376–389; KWIZINSKI, *Vor dem Sturm*, S. 300–305.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>9</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>10</sup> Die INF-Verhandlungen wurden am 30. November 1981 in Genf eröffnet.

<sup>11</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. Oktober 1982: „ACDA-Direktor Rostow ging am 10. September 1982 in Los Angeles im Rahmen einer Rede über die Zukunft der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen näher auf die INF- und START-Verhandlungen ein [...]. Rostow bezeichnet die sowjetische Überlegenheit in landgestützten Mittelstreckenraketen und in ICBM als eines der ernstesten Probleme der amerikanischen Außenpolitik; diese Überlegenheit habe das Vertrauen in die Abschreckung und die nukleare Garantie für Europa erschüttert und habe Angst erzeugt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3503; Referat 220, Bd. 124520.

Am 14. Oktober 1982 erklärte Rostow Botschafter Ruth zu seiner Rede: „Dort habe er deutlich gemacht, daß grundlegende Prämisse der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik sei, in künftigen Vereinbarungen die SU zur gegenseitigen Anerkennung des Prinzips der Abschreckung und der strategischen Stabilität (auf einem niedrigeren und für beide Seiten gleichen Niveau) zu bewegen. Dies sei zwar besonders für INF und START relevant, hätte aber gleichfalls Auswirkungen auf andere Bereiche der Rüstungskontrolle (Beispiel: Nonproliferation). Falls die SU dazu komme, die amerikanische Prämisse zu akzeptieren, könne man für den weiteren Verlauf der Rüstungskontrollverhandlungen optimistisch sein. In diesem Sinne bestehe für INF ‚potentiell‘ die Möglichkeit zur Einigung.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

abgelehnt. Amerikaner und Russen wurden sich einig, den privaten Kanal der Botschafter zu eröffnen, die Sowjets aber haben die Gedanken, die sich dabei ergaben, abgelehnt. Beim gestrigen Mittagessen mit Nitze und Kwizinskij hat er den Sowjets deutlich gemacht, daß er die ablehnende sowjetische Antwort nicht als endgültig ansehen kann. Er hat gleichzeitig betont, daß man jetzt nichts mehr zu konsultieren habe, aber zu erneuten Konsultationen bereit ist, sobald sich ein konkreter Anlaß zeigt.

Dies will er vortragen, um den Stationierungsländern deutlich zu machen, wo wir in den INF-Verhandlungen stehen. Er bittet, die USA unverzüglich wissen zu lassen, wenn die SU an die Bundesregierung herantritt. In diesem Augenblick, in dem sich die Dinge bewegen und verändern, ist es ungeheuer wichtig, zusammenzustehen.

Er möchte betonen, daß die amerikanische Position im Augenblick recht gut ist. Man hat sich sehr bemüht, einen Kompromiß zustande zu bringen. Die Sowjets haben ihn abgelehnt. Die Amerikaner werden weiterhin mit größtem Nachdruck versuchen, Lösungen zu finden. Gleichzeitig werden sie in formeller Sitzung die Null-Lösung als die beste erläutern und mit Nachdruck weiterverfolgen. Der allgemeine Gedanke in Washington ist, die Solidarität der Allianz durch Rüstungskontrolle zu stärken. Die SU benutzt leider dieses Thema, um die Allianz zu spalten. Die USA bemühen sich mit großem Nachdruck, ein Abkommen mit den SU zu finden, allerdings nie auf Kosten der Allianz-Solidarität. (Er übergibt dem Bundeskanzler den anliegenden Sprechzettel<sup>12</sup> und eine Kopie seiner Rede vom 10. September.)

*Bundeskanzler* dankt für das offene Gespräch und die wichtige Unterrichtung ebenso wie für die Glückwünsche zur Wahl zum Bundeskanzler.

Er bittet davon auszugehen, daß die von ihm geführte Regierung ohne Wenn und Aber zur Allianz und zur deutsch-amerikanischen Freundschaft steht. Er hat nicht ohne Grund in der Regierungserklärung<sup>13</sup> dies einen Punkt der deutschen Staatsraison genannt, da er immer die Allianz als eine Ideengemeinschaft und erst dann als eine Frage der Verteidigung angesehen hat. Er ist sehr persönlich davon überzeugt, daß unsere Allianz und unsere Beziehungen zwischen Europa und den USA (insbesondere mit Deutschland) die entscheidende Frage für den Rest des Jahrhunderts sein wird.

Er erläutert, daß er den Termin für Neuwahlen<sup>14</sup>, die augenblicklich im Zentrum der innenpolitischen Diskussion stehen, auch im Hinblick auf die Debatte über die Stationierung gewählt hat, obwohl im Frühjahr sicherlich die Wirtschaftslage schlechter sein wird als im Herbst. Denn eine Regierung, die die Stationierungsfrage durchsteht, muß ein neues Vertrauen der Wähler im Rücken haben. Er glaubt, die deutsche Bevölkerung gewinnen zu können, wenn die Regierung eine klare Linie vertritt und die Bevölkerung, vor allem die Jugend, dies auch spürt. Aber wir müssen mit einer breiten Desinformationskampagne rechnen, die von Moskau aus gesteuert wird. Aber wenn die andere Seite die

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Talking Points on INF for Allied Foreign Ministers and Prime Ministers“ vgl. VS-Bd. 14106 (010).

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>14</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

Straße mobilisiert, wird auch er keine Angst haben, dasselbe zu tun. In dieser Lage ist es allerdings sehr wichtig, daß die deutschen Bürger das Gefühl haben können, daß die USA das Menschenmögliche getan haben, um Verhandlungserfolge zu erzielen. Nur so kann denen die Grundlage entzogen werden, die die USA verleumden wollen. Es ist daher wichtig, daß die Töne aus Washington möglichst koordiniert und harmonisiert sind, soviel Verständnis man auch für die Kämpfe zwischen Regierung und Parlament oder – im präsidentiellen System ganz natürlich – schon auf der Ebene der Regierung haben muß. Das kann man schon bei Carl Schurz<sup>15</sup> nachlesen.

Für uns ist entscheidend, daß die Amerikaner wissen, wo wir stehen, und daß die Sowjets wissen, wo wir stehen. Er hat in den letzten Tagen fast täglich einen hochrangigen sowjetischen Besucher empfangen und es jedem deutlich gesagt.<sup>16</sup> Er glaubt, daß die Sowjets auch begriffen haben, daß wir zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses stehen.

*Rostow* meint auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß er jetzt offenbar die Lage optimistischer beurteile als bei ihrem letzten Gespräch in Washington: nicht optimistischer, aber sehr entschieden. Er wird versuchen, was er kann. Die Interessen, aber auch das eigene Gewissen erfordern jede mögliche Anstrengung. Im Augenblick gibt es eine gewisse – noch verschlüsselte – Möglichkeit für eine Lösung.

Er hat aus den letzten Gesprächen mit den Sowjets den klaren Eindruck, daß sie eine Position vorbereiten, bei der sie den Schwarzen Peter für einen Mißerfolg der Verhandlungen auf die USA abschieben. Sie drohen stets mit Gegenmaßnahmen, falls der Westen mit der Stationierung beginnt. Wir müssen uns darauf einrichten, daß sie z.B. ihr Moratoriumsangebot<sup>17</sup> zurückziehen oder aber auch die INF-Verhandlungen abbrechen.

*Bundeskanzler*: In der gegenwärtigen Lage muß die SU davon ausgehen, daß die Position der USA jetzt in Europa stärker geworden ist. Die Niederlande werden sich voraussichtlich unserer Position anschließen. Das ist die Position seines Freundes van Agt, der jetzt leider nicht mehr als Ministerpräsident zur Verfügung steht, aber vielleicht auch als Außenminister wiederkehrt. Aber auch der neue Kandidat für den Ministerpräsidenten<sup>18</sup>, ebenfalls ein Freund von ihm, wird sehr stark beeindruckt sein von dem, was wir hier in Deutschland tun. Er selbst hat vor vier Monaten in Den Haag auf Einladung von Lubbers, der damals Fraktionsvorsitzender war, mit dessen Fraktion über den Doppelbeschluß gesprochen, um die Abgeordneten zu überzeugen. Er glaubt, daß auch die Belgier zum Doppelbeschluß stehen, wenn es die Niederländer tun. Die belgische Regierung ist stabiler, als es die katastrophale Lage erwarten läßt. Mit

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „Carl Schulz“.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow und dem Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, Solomenzew, am 5. bzw. 7. Oktober 1982; Dok. 256 und Dok. 265.

<sup>17</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>18</sup> Am 8. September 1982 fanden in den Niederlanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen die PvdA als Siegerin hervorging. In der Folge wurde jedoch eine Koalitionsregierung aus CDA und VVD gebildet. Am 4. November 1982 übernahm der Vorsitzende der CDA-Fraktion im Parlament, Lubbers, das Amt des Ministerpräsidenten.

den italienischen Parteifreunden hat er neulich in Brüssel und jetzt mit Andreotti in Bonn gesprochen, die immer wieder betont haben: Wenn Ihr steht, werden auch wir stehen. Insgesamt hat er den Eindruck, daß sich die Position der Amerikaner in Europa in dieser Frage verbessert hat.

Allerdings muß auch eine vernünftige Lösung für das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>19</sup> gefunden werden. Er hat dies Geschäft nicht erfunden und war bereits skeptisch, als man in Washington diesen Dingen noch optimistischer gegenüberstand. Aber jetzt ist das Geschäft abgeschlossen. Von uns kann nicht erwartet werden, daß wir geschlossene Verträge brechen. Gerade weil er nie dafür war, kann er jetzt mit besonderem Nachdruck sagen, daß er Wert auf Kontinuität legt. Er hat auch nicht die Verträge von Moskau und Warschau ausgehandelt<sup>20</sup>, aber sie sind jetzt Grundlage der Kontinuität. Das muß auch in Washington verstanden werden. Aber die Hauptsache bleibt: Wir werden zu unseren Verpflichtungen aus dem Doppelbeschluß stehen.

Er glaubt allerdings auch, daß sich in Moskau etwas bewegen wird, wenn die USA fortfahren, unentwegt an diesem dicken Brett zu bohren. Er hat große Zweifel, ob sich die Möglichkeiten für den Westen nach dem Abgang Breschnews verbessern werden.

*Rostow* meint, daß einer der besten Botschafter und Sowjetkenner zu sagen pflegte: Es gibt zwei Klassen von Leuten, die lügen, die einen sagen: Whisky kann uns nichts anhaben, die anderen: Wir wissen, was die Russen tun werden. Wir müssen in jedem Fall zunächst davon ausgehen, daß sie ihre Politik fortsetzen. Aber sie haben in der Tat große Schwierigkeiten, besonders in Polen. Daher müßten sie eigentlich an einer Periode der Stabilität in Europa interessiert sein.

*Bundeskanzler*: Das entspräche der Logik der Geschichte und auch den russischen Interessen. Denn die Probleme Polens sind auch Probleme für die Russen. Sie können die Probleme in Polen nicht lösen, weil sie nicht zum brutalen Stalinismus zurückkehren können und weil auch hier der Satz Talleyrands gilt, daß man mit Bajonetten alles tun kann, nur nicht darauf sitzen. Was Charakterstärke anbelangt, ist Polen sicherlich das stärkste Land Europas. Er wünschte, die Deutschen hätten ein Stück davon. In Polen ist die Identität zwischen Nation und Religion beeindruckend. Bei uns ist die Bevölkerung religiös seit der Reformation geteilt. Die unglaubliche Kraft dieser Identität von Nation und Religion zeigt sich auch in der Teilnahme von 30–40000 Polen an der Heiligsprechung von Maximilian Kolbe auf dem Petersplatz.<sup>21</sup>

Er hofft sehr, daß Rostow und seine Kollegen in Genf Erfolg haben. Wir werden tun, was wir können. Wenn es nützlich erscheint, weil eine Mitteilung auf

<sup>19</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Vgl. dazu die Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR; Dok. 189, Anm. 15.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

<sup>21</sup> Am 10. Oktober 1982 sprach Papst Johannes Paul II. den am 14. August 1941 im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz ermordeten Minoritenpater Maximilian Kolbe heilig.

anderem Wege nicht übermittelt werden soll, ist er jederzeit bereit, einen engen Mitarbeiter nach Washington zu entsenden. Sollten irgendwelche Botschaften von sowjetischer Seite bei uns ankommen, werden die USA innerhalb der nächsten Stunden unterrichtet. Das Entscheidende ist jetzt der Schulteranschluß unter den westlichen Staaten.

Er fragt, ob man in Moskau auch auf die Kongreßwahl in den USA schaut.<sup>22</sup>

*Rostow* meint, daß die Sowjets natürlich darauf hoffen. Sie sind sicherlich enttäuscht, feststellen zu müssen, daß sich hier und auch in den Niederlanden die Position gegenüber dem Vorjahr für sie verschlechtert hat. Seine Gespräche mit Italienern bestätigen die Feststellung des Bundeskanzlers.

*Bundeskanzler*: Offenbar haben die Sowjets bis zuletzt nicht geglaubt, daß hier die Regierung wechseln kann. Er hat Grund zur Annahme, daß der hiesige Botschafter<sup>23</sup> es seiner Regierung gesagt hat, aber er findet wohl nicht mehr das Ohr der Führer in Moskau. Honecker hatte es besser, da er deutsche Zeitungen lesen kann.

**VS-Bd. 14106 (010)**

## 273

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn

15. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, Freitag, den 15. Oktober 1982, 14.30 Uhr bis 15.30 Uhr<sup>2</sup>

Außerdem waren anwesend bei dem Gespräch: Chef BK<sup>3</sup>, Botschafter Poensgen, MDg Dr. Ungerer, Herr Schaub, stellvertretender Kabinettsdirektor von Präsident Thorn, sowie ein weiterer Mitarbeiter des Präsidenten, MDg Dr. Zeller.

Anknüpfend an die Bundestagsdebatte, erläutert der *Bundeskanzler* auf Frage Thorns einige Aspekte der innenpolitischen Lage bei uns sowie die deutsche Parteienstruktur. Er bekräftigt, daß seine Regierung keine Übergangsregierung sei.

<sup>22</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>23</sup> Wladimir Semjonowitsch Semjonow.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 18. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Zustimmung“ weitergeleitet.

Hat laut Vermerk Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, hielt sich am 15. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Waldemar Schreckenberger.

Ihm sei sehr daran gelegen, häufigen Kontakt zu Präsident Thorn zu haben und intensiv mit ihm zu sprechen, dies insbesondere vor Beginn der deutschen Präsidentschaft im Januar<sup>4</sup>. Für ihn sei Europa nicht irgendein Thema, sondern prägend und zentral für seine Politik.

*Bundeskanzler* und *Thorn* verabreden, daß sie sich erneut vor Beginn der deutschen Präsidentschaft, sei es in Brüssel, sei es an einem anderen Ort (Präferenz des Bundeskanzlers), treffen würden.

*Thorn* will verschiedene ihn besonders berührende Punkte vortragen.

Einige Äußerungen seiner heutigen Gesprächspartner zu finanziellen Problemen der Gemeinschaft haben ihn erschreckt. Er sehe unsere Schwierigkeiten und verstehe auch, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht besonders großzügig sein könne. Ihm komme es jedoch darauf an, daß seitens der Bundesregierung nicht zu viele Erklärungen abgegeben würden, wonach man zu keinem Zeitpunkt über die 1% der MWSt-Bemessungsgrundlage<sup>5</sup> bei der Finanzierung der Gemeinschaft hinausgehen werde.

Er bedauert, daß das GB-Problem (Haushaltsausgleich für 1982) noch immer nicht gelöst sei, hoffe jedoch, daß dies nächste Woche bereinigt werden könne.<sup>6</sup> Für GB sei dies ein wichtiger Punkt. Am 25. Mai des Jahres habe man den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, ohne ihn bislang umsetzen zu können. Auch PM Thatcher stehe vor Wahlen.<sup>7</sup> Das bedeute, daß ihre Haltung zu den Finanzfragen eher härter wird, was nicht ohne Folgen für die Möglichkeiten einer langfristigen Lösung des Haushaltsproblems bleiben könne.

Die Haushaltsfrage komme jedenfalls auf uns alle bei der Erweiterung der EG zu. Realistischerweise müsse man davon ausgehen, daß mit den Beitritten<sup>8</sup> frühestens für den 1. Januar 1985 gerechnet werden könne, wenn man davon ausgehe, daß für die Verhandlungen 1983 und für den Prozeß der Ratifizierung 1984 benötigt würde.

<sup>4</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 hatte die Bundesrepublik die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>5</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

<sup>6</sup> Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 233, Anm. 20.

Am 28. Oktober 1982 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler über die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 25./26. Oktober 1982 in Luxemburg: „Auf einer besonderen Ministertagung am Rande des Rates gelang den EG-Außenministern, das fünfmonatige Tauziehen um die britische Haushaltsentlastung für 1982 zu beenden. Die Außenminister hatten sich bereits am 25.5.1982 grundsätzlich auf einen Haushaltsausgleich zugunsten des VK von netto 850 Mio. ECU (2 Mrd. DM) geeinigt. Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich an der Finanzierung nur mit der Hälfte ihres normalen Anteils beteiligen. Die Durchführung dieser Vereinbarung war jedoch zunächst an einer Reihe haushaltstechnischer Fragen gescheitert. So blieb bis zuletzt strittig, ob GB sich seinerseits, wie vor allem von F gefordert, an der deutschen Ermäßigung beteiligen sollte. Nach der jetzt in Luxemburg erzielten Einigung, der F noch endgültig zustimmen muß, wird GB die deutsche Minderbelastung zwar zunächst mitfinanzieren. Es ist jedoch sichergestellt, daß GB drei Viertel seiner Beteiligung in 1983 zurück[er]hält, weil seine Nettobelastung höher ist als zum Zeitpunkt der früheren Vereinbarung geschätzt. Das restliche Viertel fließt im Ergebnis ebenfalls an GB zurück [...]. Zu unseren eigenen Gunsten ist jetzt erstmals eine Minderbeteiligung an der Gemeinschaftsaktion von 50 Prozent festgeschrieben. Die dazu erforderliche Begrenzung unseres Beitrags zum britischen Ausgleich auf 148 Mio. ECU netto (348 Mio. DM) wird dadurch erreicht, daß die EG die Finanzierung von uns vorgeschlagener Vorhaben im Energiebereich übernimmt“. Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>7</sup> In Großbritannien fanden am 9. Juni 1983 Parlamentswahlen statt.

<sup>8</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 233, Anm. 23.

Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

Die Kommission müsse freilich schon früher Vorschläge zur Finanzierung der Gemeinschaft nach den Beitritten machen.

Thorn plädiert sehr nachdrücklich dafür, daß wir uns nicht festlegten, auch nach der Erweiterung den Ein-Prozent-Plafond nicht nach oben zu durchstoßen. Er bezeichnet dies als eine sehr defensive Position. Er als Kommissionspräsident müsse sagen, daß die Gemeinschaft ihren Finanzbedarf nicht immer innerhalb des Ein-Prozent-Rahmens decken könne. Das Problem stelle sich jedoch erst später. Schon heute hätten sich die kleineren Länder daran gewöhnt, daß man für GBs Beitritt zur Gemeinschaft etwas zahlen müsse.

Zur Erweiterung berichtet Präsident Thorn aus seinem Gespräch mit Präsident Mitterrand<sup>9</sup> die bekannte französische Haltung (vorherige Lösung wichtiger Probleme wie Haushalt, Agrar, auch Fischerei; vor allem aber das Problem des Olivenöls). Er habe den deutlichen Eindruck in dem Gespräch gewonnen, daß auch der französische Präsident die Beitrittsfrage nicht jahrelang vor sich herschieben wolle.

Auf die Deutschen komme während ihrer Präsidentschaft eine wichtige Verantwortung auch in dieser Frage zu.

*Chef BK* wirft ein, daß unsere Freunde darauf achten sollten, bei der deutschen Bevölkerung Zahlvatergefühle hinsichtlich der Gemeinschaft nicht zu stärken.

*Thorn* sieht mit einiger Sorge, daß nun auch während der deutschen Präsidentschaft im Land der Präsidentschaft Wahlen<sup>10</sup> stattfinden würden. Unsere Verantwortung sei jedenfalls groß, insbesondere da auf uns die Griechen<sup>11</sup> folgten.

*Chef BK* berichtet von einem Anruf des Generalsekretärs des Elysée<sup>12</sup> zur Frage des Stahl-Beschränkungsabkommens.<sup>13</sup> Er habe ihm erläutert, wie stark F von amerikanischen Schutzmaßnahmen betroffen würde. Er habe sehr an die deutsch-französische Solidarität appelliert und auf die noch kurzen zur Verfügung stehenden Fristen hingewiesen.

*Thorn* bemerkt, daß die allerletzte Frist Mitte nächster Woche sei.

Er erwähnt einen Artikel in *Financial Times*, wonach die Deutschen sich einem Selbstbeschränkungsabkommen widersetzen, weil der Wirtschaftsminister<sup>14</sup> Arbeitsplätze nicht durch Kompromisse aufgeben könne.<sup>15</sup>

Er müsse dazu sagen, daß er mit aller Kraft versuche, die Probleme mit den USA zu bereinigen. Auch AM Shultz habe sich Mühe gegeben. Der Testfall für die weiteren Beziehungen der EG zu den USA liege in der Tat in der Stahl-Frage. Würde es hier nicht zu einem Kompromiß kommen, so könne dies Weiterungen auf andere Gebiete haben.

<sup>9</sup> Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, hielt sich am 24. September 1982 in Paris auf.

<sup>10</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>11</sup> Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 inne.

<sup>12</sup> Jean-Louis Bianco.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten; Dok. 198, Anm. 4.

<sup>14</sup> Otto Graf Lambsdorff.

<sup>15</sup> Vgl. den Artikel „W. Germany Wary of Steel Pact Plan“; *FINANCIAL TIMES* vom 14. Oktober 1982, S. 6.

Auch GB sei von den US-Maßnahmen hart betroffen. D allein sei zögerlich. Wie wollte es die Bundesregierung rechtfertigen, wenn sie eine Woche darauf evtl. große Hilfen an die Stahlwerke an der Ruhr und der Saar gebe. Es sei unter diesen Umständen doch wohl am besten, wenn wir das Abkommen hin-nähmen.

MDg *Ungerer* weist darauf hin, daß uns die Ausweitung des Selbstbeschrän-kungsabkommens auf Röhren und Edelstähle hart treffe.

*Thorn* macht darauf aufmerksam, daß wir uns bis Mittwoch<sup>16</sup> nächster (d. h. in dieser) Woche entscheiden müßten. Er wisse, daß man Beratung im Kabinett plane. Am Montag<sup>17</sup> würden uns alle Papiere vorliegen. Eine Entscheidung am Mittwoch vor 12.00 Uhr sei notwendig, damit wir noch genügend Zeit hätten, um die Angelegenheit mit den USA aufzunehmen. Sei die Stahl-Frage bereinigt, so würden dadurch auch bessere Voraussetzungen für die GATT-Ver-handlungen<sup>18</sup> und für die Gespräche über das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>19</sup> ge-schaffen.

Mitterrand habe im Wahlkampf<sup>20</sup> zugesagt, daß in der Stahlindustrie keine Arbeitsplätze abgebaut würden. Inzwischen mache er eine ganz andere Politik, suche jedoch Deckung hinter der Kommission. Auch die Bundesregierung wolle sich offenbar nicht festlegen, und die deutsche Stahlindustrie wolle zu wenig abbauen. Es sei aber notwendig, daß die Bundesregierung helfe.

*Bundeskanzler* bemerkt, daß diese Frage als Punkt 1) auf die Tagesordnung des nächsten Kabinetts gesetzt werde.

Er erläutert, daß die Stahl-Frage eine der einschneidenden aktuellen Fragen unserer Innenpolitik sei und immense Probleme im Ruhrgebiet schaffe, wo bestehende Strukturen nicht über Nacht geändert werden könnten. Demgegen-über seien die Probleme an der Saar weniger gewichtig.

Nach Meinung *Thorns* hätten wir in Europa relativ viel Zeit verloren, indem wir Strukturprobleme als konjunkturelle Fragen behandelten, und unser gutes Geld für die Erhaltung wirtschaftlich nicht zu haltender Strukturen ausgeben. Es sei gewiß auch nicht gut, nur scheinbar abzubauen.

MDg *Ungerer* weist darauf hin, daß die deutsche Stahlindustrie in der Vergan-genheit, und vor anderen, bereits erhebliche Anstrengungen zur Struktur-anpassung unternommen habe. Andere hätten überholte Strukturen erhalten, wir uns hingegen angepaßt.

*Thorn* weist darauf hin, daß auch GB stark abgebaut habe.

Fragen zur Agrarpolitik berührend, wiederholt *Thorn* seine Position zum Ein-Prozent-Plafond und erwähnt dann, daß gewisse Auswüchse der Agrarpolitik auch die Zustimmung des deutschen Ministers gefunden hätten. Der Rat sei immer über die Vorschläge der Kommission hinausgegangen. Gerade im Hin-

<sup>16</sup> 20. Oktober 1982.

<sup>17</sup> 18. Oktober 1982.

<sup>18</sup> Die Ministerkonferenz im Rahmen des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>19</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>20</sup> In Frankreich fanden am 26. April und am 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

blick auf die Beitritte sei es notwendig, daß die Stützung der Nordprodukte nicht überzogen werde. Es sei wenig überzeugend, wenn wir den Südstaaten sagten, daß das Stützungssystem für Nordprodukte nicht auf die Südprodukte übertragen werden könne, ohne daß wir eigene Anstrengungen machten, bereits bestehende Auswüchse der Agrarpolitik zurückzuschneiden.

Würden wir darüber hinaus landwirtschaftliche Überschüsse mit Subventionen auf Drittmärkten exportieren, so wäre der Konflikt mit den USA vorprogrammiert.

Unsere Agrarpolitik wurde konzipiert, als wir noch Selbstversorger waren; jetzt haben wir es mit einer Überversorgung, in manchen Bereichen bis über 120% des europäischen Bedarfs, zu tun. Dies könne in der Tat nicht mehr gerechtfertigt sein, insbesondere wenn man die Überschüsse mit hohen Subventionen zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt werfe. Er verstehe entsprechende Sorgen der Australier und der USA. Auf den Drittmärkten liegen die eigentlichen Konfliktfelder mit diesen Staaten. Wir müßten hier Zeichen setzen.

Thorn bekennt, daß er mit größter Freude die europapolitischen Teile der Regierungserklärung des Bundeskanzlers<sup>21</sup> gelesen habe. Auch er meine, daß die Praxis der Einstimmigkeit in allen Fällen die Verwaltung der Gemeinschaft sehr erschwere. Auch er sei daher für die Rückkehr zu den im Vertrag vorgesehenen Mehrheitsbeschlüssen.<sup>22</sup>

Es sei auch seine Meinung, daß die Rolle des Parlaments gestärkt werden müsse. *Bundeskanzler* wirft ein, daß er mit Sorge sehe, wie der Wahltermin 1984<sup>23</sup> näherrücke. Wir müßten alles tun, damit das EP in der Öffentlichkeit einen festeren Stand erhalte.

*Thorn* präzisiert seine Position zu den Mehrheitsbeschlüssen: Er befürchte einen Stillstand der Arbeit in der Gemeinschaft, wenn auch zu zwölf über jeden Punkt im Detail einstimmig beschlossen werden müsse. Andererseits denke er nicht daran, daß über alle Fragen mit Mehrheit zu beschließen sei. Es sei aber sehr heilsam und würde Kompromisse fördern, wenn jeder der Beteiligten wisse, daß er auch überstimmt werden könne. Nur so bestehe ein Druck, zu Arrangements zu kommen. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß Europa sich verurteilt sehe nichts zu tun.

*Bundeskanzler* berichtet aus seinen Erfahrungen mit Mehrheitsbeschlüssen im Bundesrat und dem auch dort herrschenden Prinzip der Stimmengewichtung. Er erläutert an einem Beispiel, daß die Regel, mit Mehrheit zu beschließen, keineswegs zu bedeuten braucht, daß vitale Interessen, und sei es auch nur eines einzigen Mitglieds, außer acht gelassen würden.

*Thorn* läßt sich sodann in ziemlich allgemeiner Form zu dem Problem des Erdgas-Röhren-Geschäfts ein und zur aktuellen, in Kanada begonnenen Überprü-

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut von Artikel 148 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 862.

<sup>23</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 17. Juni 1984 statt.

fung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.<sup>24</sup> Es sei wichtig, auch in dieser Frage eine Position der Gemeinschaft zu formulieren. Wenn am Erdgas-Geschäft auch nur einige Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unmittelbar Interesse hätten, so könnten die von den USA erwarteten Konzessionen auf anderen Gebieten nur von allen Mitgliedern der Gemeinschaft gemeinsam erbracht werden.

*Bundeskanzler* erkundigt sich nach dem Stand der gemeinsamen Fischereipolitik.<sup>25</sup>

*Thorn* erläutert die dänische Position. Er wolle sich bei seinem bevorstehenden Besuch in Kopenhagen für einen Durchbruch am 26. Oktober 1982 aussprechen. Das Problem für Dänemark sei, daß es zuviel Boote, eine zu große Fischereiindustrie und zu wenig Fischvorräte habe. Mit Spaniens Beitritt werde die Lage noch schlimmer. Auch hier müsse es einen eingreifenden Produktionsabbau geben.

Das Gespräch schloß mit einem Meinungsaustausch über die von beiden Seiten als schwierig prognostizierte Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1983. Sie werde für alle Länder der Gemeinschaft eine schwere Belastungsprobe darstellen. Für die Bundesrepublik Deutschland, so der *Bundeskanzler*, komme als zweites gravierendes Problem die mit dem NATO-Doppelbeschluß verbundene Frage einer evtl. Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen hinzu. Von östlicher Seite werden hier erhebliche Mittel eingesetzt, die den Umfang des Wahlkampfetats der großen Parteien übersteigen. Er erwarte, daß die USA die Verhandlungen<sup>26</sup> gut führten und wünsche, daß dies auch in der Öffentlichkeit entsprechend präsentiert werde.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

<sup>24</sup> Vgl. dazu das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière; Dok. 253.

Zu einer Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 271.

<sup>25</sup> Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 233, Anm. 25 und Anm. 26.

<sup>26</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 272.

## 274

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll-  
und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow**15. Oktober 1982<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM mit Eugene Rostow (Direktor der ACDA) bei einem Frühstück am 15.10.82, 8.00 Uhr, im AA<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Gesandter Woessner, US-Botschaft; Joe Presel, Persönlicher Referent; auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Ruth, VLR I Weber, Dolmetscher.

*Rostow* leitete Gespräch mit dem Hinweis ein, daß es sich nicht um eine Routinekonsultation handele. Vielmehr wolle er detailliert über die Möglichkeiten berichten, bei den INF-Verhandlungen zu einem Durchbruch zu kommen. AM Shultz habe BM wahrscheinlich in New York<sup>3</sup> über den Stand berichtet (BM: nicht detailliert), er habe jedenfalls mit den NATO-Kollegen darüber sprechen wollen.

Er und Nitze hätten sich seit Aufnahme der Verhandlungen<sup>4</sup> darum bemüht, die sowjetische Position so genau wie möglich kennenzulernen, besonders auch Klarheit zu gewinnen, welche Probleme für die SU verhandelbar seien und welche nicht.

Er und Nitze hätten mit Kwizinskij außerhalb der normalen Plenarsitzungen vertrauliche Gespräche geführt (auf Nachfrage BMs teilweise zu dritt und teils getrennt er mit K. und Nitze mit K.). Die Initiative hierzu sei von K. ausgegangen.

Ausgangspunkt sei die Erkenntnis gewesen, daß die SU die amerikanische Null-Lösung<sup>5</sup> hasse, andererseits die USA die sowjetische Forderung nicht als seriös ansehen könnten, gleiche Obergrenzen unter Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme zu vereinbaren, wodurch die USA im Mittelstreckenbereich auf Null gehen müßten. K. habe im Juli die Idee einer Lösung sondiert, die zwar nicht eine Null-Lösung sein würde, aber Beschränkungen in Europa und Fernost auf der Grundlage der Gleichheit enthalte.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Oktober 1982 gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geh[eim]-Vorgang – Der Ruth'sche Vermerk ging zurück; er entsprach nicht ganz dem Gesprächsverlauf, weil er Rostow-Außerungen in anderen Zusammenhang einbezog.“

<sup>2</sup> Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, hielt sich am 14./15. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ebenfalls Dok. 272.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 5. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 262.

<sup>4</sup> Die INF-Verhandlungen wurden am 30. November 1981 in Genf eröffnet.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>6</sup> Am 16. Juli 1982 führten der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Leiter der sowjeti-

Dieser Gedanke sei in Washington in einem sehr kleinen Kreis erörtert worden. Der Präsident habe ein kleines Problem gesehen, was leicht zu korrigieren wäre. Die sowjetische Reaktion sei aber total negativ ausgefallen.

Rostow verneinte Frage BMs, ob es sich um eine negative Reaktion auf einen amerikanischen Vorschlag gehandelt habe: Es sei ein gemeinsamer persönlicher Vorschlag der beiden Botschafter gewesen. Allerdings sei vereinbart worden, daß es beiden freistehen sollte, ihn als die Idee des anderen zu präsentieren, was K. ohne Zweifel getan habe. Im Anschluß an diesen Vorgang habe sich die Atmosphäre der Verhandlungen verhärtet. Alle Zeichen ließen vermuten, daß die Sowjets einen Bruch vorbereiteten. Aber: Dies könne auch eine taktisch begründete Verhaltensweise sein, um entweder die USA einzuschüchtern oder einen neuen Zug vorzubereiten.

Präsident und AM Shultz legten Wert darauf, den Regierungschefs und AM bei den interessierten Bündnispartnern zu versichern, daß eine solche alternative Lösung völlig mit den Sicherheitsbedürfnissen im Einklang stehen müßte. Die Null-Lösung (Rostow sprach von der Null-Null-Lösung) werde weiter für die beste Lösung gehalten, auf die unverändert hingearbeitet werde.

Die SU habe nun den Versuchsballon zurückgewiesen. Die Amerikaner nähmen dies aber nicht als endgültige Antwort.

Shultz habe Gromyko unter Hinweis auf die Gespräche Rostow–Nitze gesagt, man solle diesen Kanal offenhalten.<sup>7</sup> Die sowjetische Reaktion sei zustimmend ausgefallen, aber mit dem Hinweis verbunden gewesen, daß man sich nichts zu sagen habe.

Rostow versicherte, daß man die Verbündeten konsultieren werde, sollte dazu Anlaß bestehen. Andererseits habe Washington größtes Interesse an unverzüglicher Information über eventuelle sowjetische Äußerungen gegenüber den Verbündeten. Auf BMs Frage nach den Motiven für die sowjetische Reaktion meinte Rostow, die SU sei hin- und hergerissen: Sie sei an den Grenzen der Expansion angekommen (Afghanistan, erniedrigende Erfahrung in Nahost durch Unfähigkeit der Einwirkung, Polen – hier sei sie auf Vorschlag des US-Präsidenten zu einem konstruktiven Ausweg nicht eingegangen). K. habe gute Verbindungen und wolle weiter Karriere machen. Seine Initiative sei sicher als Zeichen sowjetischer Bereitschaft zum Nachdenken zu verstehen. K. wolle auf der Seite der Gewinner stehen. Da sei es bedeutsam, daß er für möglich halte, durch einen Kompromiß gewinnen zu können. Vielleicht sei der Rückschlag, den er jetzt erlitten habe, darauf zurückzuführen, daß die SU die nächsten US-Präsidentschaftswahlen<sup>8</sup> abwarten wolle.

Rückfragen BMs ergaben, daß die negative sowjetische Reaktion am 29.9. übermittelt wurde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1421*

schen INF-Delegation, Kwizinskij, bei einem Spaziergang außerhalb von Saint Cergue bei Genf auf persönlicher Basis ein Gespräch zur Vorbereitung eines INF-Abkommens. Vgl. dazu NITZE, From Hiroshima to Glasnost, S. 376–389; KWIZINSKIJ, Vor dem Sturm, S. 300–305.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September 1982 in New York vgl. Dok. 252.

<sup>8</sup> In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen statt.

*BM* hielt für möglich, daß sie damit zusammenhängen könnte, daß die SU zunächst den Ausgang der Bundestagswahlen am 6.3.83 abwarten wolle. Die November-Wahl der USA<sup>9</sup> sei für sie wahrscheinlich von geringerer Bedeutung.

*Rostow* stimmte zu und unterstrich, daß die Entkoppelung für die SU oberstes Ziel sei.

*BM* meinte, mehr im Hinblick auf den Kampf um die öffentliche Meinung als die Substanz sei die gegenwärtige Verhandlungslage gefährlich. Daher müsse jederzeit ganz klar sein, daß die SU die Null-Lösung ablehne. Sie werde wahrscheinlich jetzt verbreiten, von der US-Seite sei ein von der Null-Lösung abweichender Vorschlag gemacht worden, den sie abgelehnt habe. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt.

*Rostow* verwies darauf, daß die SU immer wieder, auch öffentlich, die Null-Lösung abgelehnt habe. Die USA hätten stets erwidert, daß sie dies nicht als endgültige Antwort ansehen. Auf Frage *BMs* stellte *Rostow* fest, *K.* habe die Ablehnung des „Test-Ballons“ nicht begründet. Sehr bezeichnend sei aber sein Hinweis gewesen, daß er ausgeschlossen habe, daß die SU niemals eine Begrenzung für Fernost annehmen könne.

Auf die Frage *BMs*, ob *Nitze* in die neue Verhandlungsrunde auf der Grundlage des Vorschlags der Null-Lösung oder des abgelehnten Vorschlags gehe, stellte *Rostow* klar, daß die Null-Lösung unverändert in den Verhandlungsinstruktionen stehe. Der Versuchsballon existiere für die Verhandlungen nicht. In Washington werde das ganze Problem in Ruhe geprüft. Dabei würden auch andere Alternativen im Sinne einer Eventualplanung überlegt.

*BM* hielt es für glaubhaft, daß der zeitliche Ablauf für die Verhandlungen sich nach dem Terminkalender richtet, d.h. daß eigentliche Verhandlungen *Nitzes* zwischen März und Herbst 1983 anzusetzen seien. Die Sowjets würden – und dies müsse bei jedem Schritt, der jetzt getan werde, berücksichtigt werden – versuchen, die öffentliche Meinung bei uns im Wahlkampf durch ihre Version der Genfer Verhandlungen zu beeinflussen.

*Rostow* unterstrich, die USA teilten voll die Ansicht, daß klar sein müsse, daß jedes Abweichen von der Null-Lösung ebenso wie ein eventuelles Scheitern der Verhandlungen Schuld der SU sei. *Reagan* sei sehr fest in seinem Eintreten für die Null-Lösung und ziehe ein Abgehen davon nur sehr zögernd in Erwägung.

Auf *BMs* Frage, wie der Mix bei der Alternativlösung aussehen würde, meinte *Rostow*, beide Seiten sollten im Rahmen gleicher Obergrenzen frei sein, hierüber selbst zu entscheiden. Auf weitere Fragen *BMs* nach den US-Überlegungen hierzu stellte *Rostow* fest, man sei hier noch nicht so weit. Der militärische Bereich denke anscheinend eher in Richtung von *GLCM* als *Pershing*.

*BM* erwähnte den Eindruck, den er aus Gesprächen mit Sowjets gewonnen hat: Sie differenzierten sehr genau zwischen diesen beiden Waffen und hätten lange – unter Hinweis auf die kurze Vorwarnzeit – besondere Bedenken gegen die *Pershing* erhoben.

<sup>9</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

Auf Frage, ob dies noch eine Rolle spiele, meinte *Rostow*, die SU sei letztlich gegen beide Waffen. Gegen das Argument der kurzen Vorwarnzeit wiesen die USA darauf hin

- daß SU-U-Boote nur fünf Minuten vor der Küste von Washington lägen, die mit Atomraketen bewaffnet seien, und
- daß dieser Hinweis die strategische Einheit zwischen Europa und den USA verkenne.  
Hier handele es sich um den ständigen Versuch der SU, die Koppelung aufzuheben.

*BM* erinnerte daran, daß Breschnew in Moskau<sup>10</sup> immer wieder auf diesen Punkt zu sprechen gekommen sei: die US-MSR<sup>11</sup> könnten die SU erreichen, die SU-MSR hingegen nicht die USA. Er habe erwidert, er wohne in der Bundesrepublik und nicht in den USA. Ein wesentliches Motiv für die SS-20-Rüstung sei ganz klar der Versuch, Europa von den USA zu trennen.

*Rostow* stimmte nachdrücklich zu, das politische Thema laute Entkoppelung; wenn die SU erst einmal Europa von Amerika getrennt habe, würden die Japaner Konsequenzen ziehen und die USA damit allein dastehen.

Für die USA gehe es letztlich darum, ob sie eine Außenpolitik und eine glaubwürdige Nuklearstrategie besitzen. *Rostow* verwies auf einen in der US-Administration außergewöhnlichen Vorgang, daß er ermächtigt worden sei, den (im gleichen Sinne wie Kissinger in Brüssel<sup>12</sup> argumentierenden) Artikel von Nixon zurückzuweisen, in dem unter Hinweis auf das veränderte Kräfteverhältnis behauptet wurde, die USA würden heute nicht mehr wie seinerzeit Kennedy in der Kuba-Krise<sup>13</sup> reagieren können. Die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung müsse aber entweder durch Rüstungskontrollvereinbarungen oder durch Verbesserung des US-Potentials wiederhergestellt werden.

*BM* kam darauf zurück, daß die SU-Argumente gegen Pershing wegen der Vorwarnzeit keinen militärischen, sondern einen politisch-psychologischen Grund hätten. Der Stationierungskalender spiele dabei eine wichtige Rolle: Bekanntlich sollten in Deutschland zuerst Pershing stationiert werden und gleichzeitig in Italien GLCM. Wenn man die Stationierung von Pershing aufhalten könne, würde Italien allein sein und die Stationierung nicht durchsetzen können. So käme das ganze Gebäude ins Rutschen. Wie immer ein eventueller Mix aussehe, es sei wichtig, diese Parallelität bei den kontinentalen Ländern zu erhalten. Sonst sei die Nachrüstung nicht durchsetzbar.

*Rostow* nahm Bezug auf seine Gespräche mit Colombo<sup>14</sup> und Lagorio, die ebenfalls auf die Beibehaltung des Zeitplanes allergrößten Wert gelegt hätten. Sie

<sup>10</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidts und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

<sup>11</sup> Mittelstreckenraketen.

<sup>12</sup> Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger hielt am 1. September 1979 in Brüssel einen Vortrag aus Anlaß des 30. Gründungsjubiläums der NATO. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 254.

<sup>13</sup> Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

<sup>14</sup> Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, teilte am 12. Oktober 1982 mit, das italienische Außenministerium habe zum Gespräch des Außenministers Colombo mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), *Rostow*, am Vortag mitgeteilt: „*Rostow* habe erklärt, daß ‚bei einigen von ihnen Anzeichen vorliegen‘, daß SU auf der Suche nach Alternativen zur

hätten im übrigen die amerikanische Mitteilung begrüßt und ebenfalls zugestimmt, daß die Verantwortung für einen Bruch bei der SU zu liegen habe.

*BM* stellte fest, daß *BK Rostow* sicher gesagt habe, daß die Bundesregierung fest zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses stehe. *Rostow* bestätigte dies.

*Rostow* stimmte einem Hinweis von *Ruth* zu, daß es für die öffentliche Perzeption wichtig sei, daß der Westen an der Nulloption festhalte und ihr Scheitern eindeutig vom Osten zu vertreten sei, daß andererseits der Westen aber nicht als unflexibel, sondern als verhandlungsbereit erscheinen müsse. *Rostow* verwies auf seine Rede vom 10.9.82, in der er unterstrichen habe, daß jeder Möglichkeit einer Lösung nachgegangen werden müsse, ohne von den Prinzipien abzugehen.<sup>15</sup> *Rostow* unterstrich zwei Lösungsprinzipien:

- ungleiche Reduzierungen mit dem Ergebnis eines gleichen Niveaus;
- keine Gleichbehandlung aller Waffen, da einige gefährlicher seien als andere; hier registrierte er sowjetische Bereitschaft.

Auf Frage *BM*s erläuterte *Rostow*, daß *GLCM* etwas anders als *Pershing* oder *SS-20* gezählt werden könnten.

Die sowjetische Weigerung, über *Fernost* zu reden, führt nach *Rostow* Ansicht nicht weiter, weil durch Export des Problems von Europa nichts gewonnen werde.

Auf Frage *BM*s verneinte *Rostow*, daß eine Bewältigung des *Fernost*problems durch Reichweitenbegrenzung bei *SS-20* besprochen worden sei. Es gebe lediglich die *SS-16*-Begrenzung bei *SALT II*<sup>16</sup>, die weiter respektiert werde.<sup>17</sup>

*Presel* fügte hinzu, daß eine Reichweitenbegrenzung bei *SS-20* technisch unmöglich sei, nachdem sie über die bekannte Reichweite getestet wurde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1424*

Nulloption sei, und habe diese Nachricht mit sehr viel Dramatik als höchst vertraulich qualifiziert. Sobald Konkretes bekannt sei, würden die Amerikaner die Verbündeten konsultieren. [...] In Gesprächen auf Expertenebene habe *Rostow* [...] gefragt, wie die öffentliche Meinung in Europa reagieren würde, wenn eine Lösung oberhalb der Nulloption angestrebt und erreicht würde. Die westliche Position könne nicht für alle Ewigkeit die Nulloption bleiben. In diesem Zusammenhang habe er auf eine der italienischen Seite unbekannte Erklärung von Bundeskanzler a. D. Schmidt (Datum unbekannt), in der von 75 Systemen auf jeder Seite die Rede gewesen sei, hingewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1072; VS-Bd. 11350 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Zur Rede des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACTA), *Rostow*, am 10. September 1982 in Los Angeles vgl. Dok. 272, Anm. 11.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (*SALT II*) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>17</sup> Brigadegeneral von *Ondarza*, Washington, berichtete am 19. Juli 1982, daß das „Strategic Air Command“ (SAC) der amerikanischen Luftstreitkräfte zur sowjetischen *SS-16*-Interkontinentalrakete dargelegt habe: „1) Die dreistufige mobile ICBM *SS-16* sei von der Sowjetunion in 100 Exemplaren gebaut worden. 30 dieser Raketen seien im Rahmen der Erprobung verschossen worden. Über die verbleibenden 70 Raketen lägen keine Aufklärungsergebnisse vor. 2) Mittels Satellitenfotos seien schwere mobile Abschußgestelle auf einer überirdischen Raketenstellung bei *Plesetsk* entdeckt worden, jedoch keine aufgelegten Raketen (*SS-16*). Ein diesbezügliches Foto, das auch eine geschlossene Halle zeigte, in der *SS-16* gelagert werden könnten, wurde während des Briefings vorgeführt. 3) Die *SS-16* als mobile ICBM fällt unter das *SALT-II*-Verbot. 4) SAC geht davon aus, daß die verbliebenen 70 *SS-16* in Hallen wie *Plesetsk* für die USA unverifizierbar einsatzbereit gehalten werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3179; VS-Bd. 11975 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Auf Frage erläuterte *Rostow*, das Verifikationsproblem sei angesprochen worden. SU akzeptiere (zunächst durch Breschnew-Interview im Spiegel<sup>18</sup>, dann auch in den Verhandlungen), daß man über nationale technische Mittel hinausgehen müsse. Über Einzelheiten wolle sie aber erst im Zusammenhang mit konkreten Regelungen sprechen.

Am leichtesten sei die Verifikation der Null-Lösung. Am schwierigsten sei die Verifikation im Hinblick auf CM. Dieses Problem stellte sich weniger bei INF und mehr bei START; die USA arbeiteten daran.

Auf entsprechende Frage meinte *Rostow*, K. berichte zunächst Gromyko, mit dem er nach eigenen Angaben auch von dem „Versuchsballon“ gesprochen habe.

*BM* und *Rostow* stimmten überein, daß Entscheidungen selbst nicht von Gromyko allein, sondern vom Politbüro gefällt würden.

*Rostow* wiederholte, daß die Ablehnung des „Versuchsballons“ auch mit Rücksicht auf die durch verschiedene Hinweise und Vorfälle bestätigten hohen Verbindungen von K. nicht als endgültig angesehen werde.

*BM* betonte, daß jetzt gemeinsame Standfestigkeit bewiesen und im übrigen abgewartet werden müsse, was sich nach den deutschen Wahlen tue. Amerikanisches Eintreten für die Null-Lösung auch in der Öffentlichkeit wäre zu begrüßen.

*Rostow* sah hier kein Problem.

Er übergab talking points<sup>19</sup> unter Hinweis auf die Sensibilität und verwies auf S. 23 seiner ebenfalls übergebenen Rede vom 10.9.82.

*Ruth* erwähnte, daß von den sowjetischen Teilnehmern am bevorstehenden Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung vielleicht Hinweise gegeben würden, die bei der weiteren Interpretation der sowjetischen Position nützlich sein könnten.<sup>20</sup>

#### VS-Bd. 14109 (010)

<sup>18</sup> Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

<sup>19</sup> Für die „Talking Points on INF for Allied Foreign Ministers and Prime Ministers“ vgl. VS-Bd. 14106 (010).

<sup>20</sup> Am 25. Oktober 1982 hielt Botschafter *Ruth* fest: „Am 21. und 22. Oktober 1982 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ein Expertengespräch über das Thema Ost-West-Beziehungen und europäische Sicherheit. Veranstalter auf sowjetischer Seite war die ‚Sowjetische Kommission für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit‘. [...] Die sowjetische Seite zielte darauf ab, die Veranstaltung zu nutzen, um die Vereinigten Staaten für alle Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis verantwortlich zu machen und ihnen insbesondere fehlende Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu unterstellen. Die sowjetischen Vertreter stellten dem in detaillierten Aufzählungen die von der sowjetischen Regierung vorgeschlagenen Initiativen gegenüber. [...] Die deutschen Teilnehmer, insbesondere die Herren Bahr, Ehmke und Voigt sowie in einem einleitenden Referat der SPD-Vorsitzende Brandt, machten das überragende deutsche Interesse an einem konkreten Verhandlungsergebnis deutlich. Die Position scheint mir in der Formulierung von Herrn Bahr zutreffend so zusammengefaßt: Wenn die Vereinigten Staaten die heute vertretene Position nicht zu verändern bereit sind und es deshalb nicht zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommt, werden wir die Stationierung ablehnen. Wenn die Sowjetunion die jetzige unakzeptable Position nicht ändert und es deshalb nicht zu einem Ergebnis kommt, werden wir der Stationierung zustimmen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133240.

## 275

**Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt**

114-14964/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1898  
Citissime

**Aufgabe: 16. Oktober 1982, 12.55 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 16. Oktober 1982, 13.07 Uhr**

Betr.: Gespräch zwischen Bundesverteidigungsminister Wörner und Verteidigungsminister Hernu am 14.10.1982<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister am Vormittag des 21. Oktober<sup>3</sup>

I. Bundesverteidigungsminister Wörner wurde am 14. Oktober von seinem französischen Kollegen Hernu mit einer Herzlichkeit empfangen, die weit über das hinausging, was angesichts der engen deutsch-französischen Beziehungen bei einer ersten Begegnung zu erwarten war. Hernus Verhalten war sicherlich keine bloße „Captatio benevolentiae“, sondern der Versuch, mit uns ernsthafter als bisher – die französische Kritik war unüberhörbar – ins Gespräch und wenn möglich zu vertiefter militärischer Zusammenarbeit zu kommen.

Das Gespräch bestätigte die überragende Bedeutung, die Frankreich der Rüstungskoooperation beimißt. Hiermit in erkennbarem Zusammenhang, aber wohl auch aus Gründen politischer Rücksichtnahme auf den deutschen Partner sprach Hernu die Absicht der französischen Regierung an, die bei uns stationierten französischen Truppen umzurüsten.<sup>4</sup> Dabei erklärte er sich bereit, hierüber mit uns im einzelnen zu sprechen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 18. Oktober 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, die Vortragenden Legationsräte Seibert und Bolewski sowie an Legationsrat I. Klasse Wagner verfügte.

Hat Hofmann am 18. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Seibert und Bolewski am 19. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Wagner am 21. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Wörner hielt sich am 14. Oktober 1982 in Paris auf.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich eingefügt: „= Donnerstag.“

Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister vgl. Dok. 284.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte am 13. Oktober 1982 zur französischen Verteidigungspolitik dar: „Einsparungen im Verteidigungsbereich werden vor allem die französischen konventionellen Streitkräfte betreffen. Dabei wird das Heer die Hauptlast zu tragen haben. Das BMVg [...] geht davon aus, daß die Ausdünnung und Kaderung einiger Divisionen angestrebt wird. Von einer solchen Maßnahme könnte nach Auffassung des BMVg auch die 5. französische Panzerdivision mit Hauptquartier in Landau betroffen werden. Wir haben lediglich Anspruch auf jährliche Unterrichtung über die Truppenstärke der FFA. Demgegenüber haben wir großes Interesse daran, vorab über alle wichtigen Maßnahmen konsultiert zu werden, die die FFA betreffen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125640.

Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, informierte am 22. Oktober 1982 über geplante Truppenreduzierungen bei den französischen Streitkräften: „Zur Zeit im Verteidigungsministerium laufende Studien gingen von einer Verringerung der Gesamtstreitkräfte um etwa 45 000 Soldaten aus. Dieser Abbau solle zwischen 1983 und 1988 realisiert werden. Das Heer sei mit ca. 35 000, die Luftwaffe mit 5000 bis 7000 und die Marine mit 4000 Stellen betroffen. Während es sich bei der Luftwaffe und Marine nur um Wehrpflichtige handele, werde das Heer außer 27 000 bis 28 000 Wehr-

Die von Hernu mit einigem, aber nicht vollem Freimut gemachten Äußerungen zur nuklearstrategischen Konzeption Frankreichs, an die er auch einige nukleartaktische Überlegungen<sup>5</sup> anschloß, signalisierten gleichfalls, wenn schon vager die französische Bereitschaft zu Gesprächen über diesen heiklen Fragenkreis – dies im Hinblick auf die bevorstehenden Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister. Offen blieb – verständlicherweise –, wie weit hier die Franzosen in den Gesprächen mit uns gehen wollen.

II. Obschon das französische Interesse an der Kooperation beim Kampfpanzer der 90er Jahre<sup>6</sup> weiter besteht, war zwischen den Zeilen herauszuhören, daß weder Hernu noch der Rüstungsbeauftragte Martre wirklich ernsthaft auf eine Realisierung dieses Projektes hoffen. Martre hat mir dies übrigens in einem anschließenden Gespräch unter vier Augen bestätigt.

Um so stärker ist das französische Interesse an dem Zustandekommen der Kooperation beim Panzerabwehrhubschrauber.<sup>7</sup> Dort hat die französische Seite über die Vorteile aus der gemeinsamen Entwicklung und Produktion hinaus die Verbilligung der auch auf größere Mobilität gerichteten Umrüstung ihrer Heeresverbände – auch von Teilen der bei uns stehenden Truppen – und vor allem die positiven industriepolitischen Auswirkungen im Auge.

Nachdem die schleppende Behandlung des Panzerprojektes in Bonn hier Verstimmung und selbst Zweifel an der deutschen Bereitschaft zur Kooperation bei neuen Großprojekten ausgelöst hat, scheinen mir aus Pariser Sicht baldige klare Antworten von unserer Seite wichtig – selbst wenn es sich um abschlägige Antworten handeln sollte, die dann allerdings mit rückhaltloser Offenheit dem französischen Partner erläutert werden müßten.

2) Mit seiner Ankündigung, bei der Umrüstung der bei uns stehenden Truppen werde die Feuerkraft in jedem Fall erhalten, vielleicht sogar noch verstärkt werden, hat es sich Hernu vielleicht doch etwas zu leicht gemacht. Die von ihm benutzte Formel hat nach allen in der NATO gemachten Erfahrungen den unangenehmen Beigeschmack von „Truppenabbau“. Dazu wird es hier auch kommen müssen, da das Budget für die französischen Streitkräfte vorrangig der Erhaltung und dem Ausbau der strategischen wie taktischen Nuklearrüstung dienen soll, und damit für die Modernisierung des Heeres sowie die Erhaltung seiner Personalstärke ausreichende Mittel in den kommenden Jahren nicht zur Verfügung stehen werden.

Personelle Kürzungen, die Hernu auf unsere Frage hin denn auch nicht verschweigen konnte, werfen für uns nicht unerhebliche Probleme auf: in den Wiener MBFR-Verhandlungen, worauf der Bundesverteidigungsminister sogleich hingewiesen hat, aber wohl auch im Verhältnis zu Großbritannien, das seit langem auf einen Abbau seiner bei uns stationierten Armee drängt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1427*

pflichtigen auch etwa 2000 Offiziere und 5000 bis 6000 Unteroffiziere verlieren. Der Heeresabbau solle einerseits durch Auflösung kompletter Großverbände (Divisionen) und Verbände, andererseits durch ‚Ausdünnung‘ von Truppenteilen [...] erfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1940; Referat 201, Bd. 125640.

<sup>5</sup> Zu den französischen Plänen für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 103, Anm. 2.

<sup>6</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

<sup>7</sup> Zu den Plänen für einen Panzerabwehrhubschrauber (PAH) aus deutsch-französischer Koproduktion vgl. Dok. 150, Anm. 16.

Die von Hernu angesprochene, zeitlich aber noch nicht terminierte Umrüstung der im Raum Trier/Koblenz stehenden Division in eine „Nukleardivision“<sup>8</sup> brachte ein völlig neues, der Klärung bedürftiges Element in das Gespräch, wobei unklar blieb, ob hierzu auf französischer Seite bereits präzise Vorstellungen bestehen.<sup>9</sup>

Ob die Division in Landau, deren Abzug Hernu zwar nicht ausdrücklich erwähnte, der aber im Gespräch ist, so ersetzt werden könnte, muß offen bleiben, bis wir Näheres über die „Nukleardivision“ wissen. Zu ihrer Ausrüstung (Pluton oder ab 1991 Hades), ihrer Mobilität, ihrer Personalstärke und auch zu ihrer konventionellen Bewaffnung konnte oder wollte Hernu sich nicht äußern. Auch der unklare Hinweis, eine durch Hubschrauber beweglicher gemachte „Nukleardivision“ könne wirksamer als die weiter südlich stehende französische Division einem vermutlich von Norden angreifenden Gegner entgegentreten, ließ weiterhin die für uns entscheidenden Fragen offen: Ob nämlich die 1. französische Armee ganz oder teilweise an der Verteidigung unseres Landes, wenn auch vielleicht nur als Reserve, teilnehmen soll, oder ob sie nur als „nuklearer Stolperdraht“ gedacht ist, der nach dem Warneinsatz taktischer Atomwaffen bei Fortgang der gegnerischen Angriffshandlungen den Einsatz strategischer Nuklearwaffen auslösen würde.

Alle diese Fragen berühren die Sicherheit unseres Landes ganz unmittelbar und bedürfen daher der Klärung in vertieften Gesprächen. Die grundsätzliche französische Bereitschaft hier scheint zu bestehen. Wenn die Gespräche für uns ergiebig sein sollen, dann dürfte sich die französische Seite allerdings nicht auf das von Hernu wiederholt benutzte Argument zurückziehen, daß alles, was den Einsatz französischer Nuklearwaffen angehe, ungewiß bleiben müsse, um so die Abschreckungswirkung zu erhöhen. Gegenüber dem potentiellen Gegner ist diese Überlegung sicherlich überzeugend, weniger gegenüber dem befreundeten Verbündeten.

3) Neu dürfte, soweit ich sehe, die von Hernu signalisierte Bereitschaft sein, mit uns über den Gesamtkomplex der französischen Nuklearstrategie, zu der auch Grundsätze des Einsatzes taktischer Atomwaffen gehören müßten, zu sprechen. Offenbleiben mußte in diesem ersten, zeitlich begrenzten Gespräch der beiden Verteidigungsminister, bis zu welchem Punkt die bevorstehenden Konsultationen über diesen Fragenkreis führen können, der für Frankreich ein eifersüchtig gewahrter nationaler „Vorbehaltsbereich“ höchst heikler Natur ist, und zwar nicht nur militär- und außenpolitisch, sondern auch für die in diesem Punkt höchst sensible französische Innenpolitik.

Keinen Aufschluß brachte die Unterredung über die Motive für die Bereitschaft, mit uns – über das hinaus, was die bisherigen Generalstabsgespräche

<sup>8</sup> Der Passus „Umrüstung ... in eine ‚Nukleardivision‘“ wurde von Vortragendem Legationsrat Boden durch Frage- und Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>9</sup> Am 30. November 1982 informierte Oberst i. G. Köhler, Paris, über die in den Reorganisationsplänen des französischen Heeres vorgesehene Neugliederung der taktischen Nuklearwaffen: „Die taktischen Nuklearwaffen vom Typ Pluton (120 km Reichweite) werden den Korps, in die sie bisher organisatorisch eingegliedert waren, entzogen, in einem noch nicht näher bestimmten ‚Großverband‘ konzentriert und dem Generalstabschef der Streitkräfte direkt unterstellt. Dieser wiederum erhält seine Weisungen für den Einsatz direkt vom Staatspräsidenten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2183; Referat 201, Bd. 125640.

erbrachten – die nukleare Verteidigungskonzeption in ihrer Gänze zu erörtern. Hier sind wir mithin auf Spekulationen angewiesen. Einmal könnte dabei die seit einiger Zeit deutlich spürbare Sorge mitspielen, die Bundesrepublik könne ihre bisher als selbstverständlich gegebene Stabilität einbüßen und müsse daher gerade in dem bisher vernachlässigten Bereich „Verteidigungskonzeption“ näher an Frankreich herangeführt werden, um so stärker „angebunden“ zu werden. Damit würde zugleich – immer aus einer möglichen, wenn auch nicht verifizierten französischen Schau – eine stärkere deutsche Anlehnung und auch Abstützung auf das nuklear gerüstete Frankreich für den Fall vorbereitet, in dem der amerikanische Atomschirm einmal brüchig werden sollte.<sup>10</sup> Die Wahrscheinlichkeit, ja Unvermeidlichkeit einer solchen Entwicklung im Verhältnis Amerikas zu Europa ist, sei sie nun falsch oder richtig, mit dem nuklearen militärischen Denken in Frankreich eng verknüpft.

Die bevorstehenden Ministerkonsultationen werden in ihrem weiteren Verlauf auf diese Fragen vielleicht Antworten geben. Sicher bin ich dessen nicht, wie ich auch der Ansicht zuneige, daß es angesichts der doch recht weit auseinanderfallenden Verteidigungskonzeptionen beider Länder nicht leicht sein dürfte, die Gespräche über die französische Nuklearstrategie über den Austausch von Informationen, die für uns wertvoll sein könnten, hinauszuhelben. Auch mag es sehr wohl sein, daß die französische Seite in die Konsultationen mit der Hoffnung eintritt, daß sich in ihrem Verlauf neue Perspektiven eröffnen, wobei die Bereitschaft der französischen Seite zur Vertiefung der Gespräche zu einem guten Teil von der Qualität unseres Echos abhängen dürfte.

III. Die von den beiden Verteidigungsministern ins Auge gefaßte Kommission aus hochrangigen Beamten und Offizieren wird nach meinem Dafürhalten im Bereich der Rüstungskooperation und auch bei der Klärung der meisten Fragen, die mit der Umrüstung der bei uns stationierten französischen Truppen zusammenhängen, nützliche Arbeit leisten können. Spezifizierte Aufträge und das Setzen von Terminen scheinen mir empfehlenswert.

Fragen der französischen Nuklearstrategie hingegen werden wegen ihrer hochpolitischen Natur und auch im Hinblick darauf, daß nur französische Regierungsmitglieder hierüber mit der nötigen Offenheit sprechen können<sup>11</sup>, bis auf weiteres besser in der Ministerrunde behandelt werden. Erst im weiteren Verlauf der Konsultationen wird sich absehen lassen, ob sich vielleicht Teilfragen zur Erörterung in der Kommission eignen.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11970 (201)

<sup>10</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „Entkoppelung.“

<sup>11</sup> Der Passus „daß nur ... können“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski handschriftlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Fachwissen?“

## 276

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth**

221-341.32/2-1704/82 VS-vertraulich

18. Oktober 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung zu III

Betr.: KAE; Geographischer Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen (VBM)

Anlg.: 3<sup>4</sup>

Die Definition des geographischen Anwendungsbereichs von VBM – während der ersten beiden Phasen des KSZE-Folgetreffens in Madrid<sup>5</sup> weitgehend als Schlüsselfrage für die Einigung über ein Schlußdokument angesehen – ist seit der Verhängung des Kriegszustands in Polen in den Hintergrund der KSZE-politischen Diskussion getreten. Auch wenn es bei Wiederaufnahme des Folgetreffens<sup>6</sup> – wie wir wünschen – zu Sachverhandlungen über den von den N+N-Staaten vorgeschlagenen Entwurf für ein Schlußdokument (RM.39)<sup>7</sup> kommt, werden zunächst diejenigen Teile des Entwurfs im Vordergrund stehen, die unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung in Polen relevant erscheinen. Sollte sich in Madrid jedoch Einigung über ein Schlußdokument abzeichnen, würde der Frage des geographischen Anwendungsbereichs von VBM erneut zentrale Bedeutung für die Verhandlungen zuwachsen. Zur Vorbereitung auf Madrid und auf vorhergehende Konsultationen mit unseren Bündnispartnern erscheint es deshalb angebracht, die bisherige Entwicklung in diesem Bereich zusammenzufassen, zu bewerten und daraus Schlußfolgerungen für das weitere Vorgehen zu ziehen.

## I. Interessenlage und Zielvorstellungen West und Ost

1) Unsere Unterstützung für den ursprünglich französischen KAE-Vorschlag<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat Weigel konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 9. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr genau durchdacht.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. November 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 24. November 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Die Autoren beglückwünsche ich.“

Hat Ruth am 29. November 1982 erneut vorgelegen

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Vorlage ist erstklassig. 2) Man muß ganz klar den Gesichtspunkt herausstellen, daß die Schlußakte von Helsinki abschließend den geographischen Geltungsbereich aller KSZE-bezogenen Aktivitäten festlegt.“

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11, 14 und 21.

<sup>5</sup> In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Verhandlungen wurden bis 28. Juli 1981 sowie vom 27. Oktober 1981 bis 18. Dezember 1981 und vom 9. Februar 1982 bis 12. März 1982 geführt.

<sup>6</sup> Zur Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz am 9. November 1982 in Madrid vgl. Dok. 300.

<sup>7</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 40, Anm. 11.

<sup>8</sup> Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) vgl. Dok. 17, Anm. 11.

hat von Anfang an in erster Linie dem geographischen Ansatz „vom Atlantik bis zum Ural“ gegolten, in dem wir eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des begrenzten geographischen Ansatzes von MBFR<sup>9</sup> sahen. Für die Zustimmung des Bündnisses zum KAE-Konzept war die Erkenntnis ausschlaggebend, daß der KSZE-Rahmen und die Berufung auf die Schlußakte von Helsinki<sup>10</sup> auf absehbare Zeit die einzige reale Chance bietet, das europäische Territorium der SU in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen.

2) Die KAE-Position, auf die sich das Bündnis vor Beginn des Folgetreffens in Madrid geeinigt hatte, sah deshalb die Einbeziehung des europäischen Territoriums der SU als *Conditio sine qua non* für das Zustandekommen der Konferenz vor. Der Konferenzvorschlag (RM.7), den Frankreich in Abstimmung mit den Bündnispartnern am 9. Dezember 1980 in Madrid einbrachte (Anlg. 1<sup>11</sup>), sah als Anwendungsbereich der VBM „the whole continent of Europe from the Atlantic to the Urals“ vor. Mit späterer Streichung des Wortes „continent“ hat der Westen klargestellt, daß nicht nur das kontinentale Festland, sondern das gesamte Territorium aller Teilnehmerstaaten in Europa (einschließlich der dazugehörigen Inseln) erfaßt werden soll.

Die Einbeziehung von Meereszonen in den Anwendungsbereich VBM, wie sie vor allem von den WP-Staaten<sup>12</sup>, aber auch – vor allem im Hinblick auf das Mittelmeer – von einigen N+N-Staaten vorgeschlagen worden ist, lehnt der Westen ab, um

- die Schaffung einer Rüstungskontrollzone zu verhindern, die den Rahmen der KSZE-Schlußakte sprengen und dem Begriff Europa eine atlantische Dimension zuordnen würde,
- auszuschließen, daß unabhängige Aktivitäten von See- und Luftstreitkräften im Atlantik (vor allem Rapid Deployment Force<sup>13</sup>) durch spätere VBM erfaßt werden könnten.

Der Westen hat sich jedoch bereit erklärt, dem Osten in einem funktionalen Ansatz soweit entgegenzukommen, daß solche militärischen Aktivitäten im angrenzenden See- und Luftraum erfaßt werden, die integraler Bestandteil notifi-

<sup>9</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. VS-Bd. 11533 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Am 19. Juli 1981 teilte Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, mit, der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, habe die Delegationsleiter der NATO-Mitgliedstaaten soeben über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am 17. Juli 1981 unterrichtet. Dabei habe Iljitschow folgenden Text übergeben: „Confidence and security building measures will cover the whole of Europe with adjoining sea (ocean) areas of a corresponding width and air space, and also, if this corresponds to the substance of these measures, the non-European participating States, with the understanding that these provisions will be concretized at the conference on a balanced and reciprocal basis, with regard to the equality of rights and obligations of all CSCE participating States and the commitments assumed in accordance with the Final Act.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1055; Referat 212, Bd. 133421.

Der Vorschlag wurde am 20. Juli 1981 offiziell in die Verhandlungen eingebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1058 von Rantzau vom selben Tag; Referat 212, Bd. 133421.

<sup>13</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 131, Anm. 23.

zierungspflichtiger Aktivitäten auf dem Kontinent sind (westliche Zonenformel vom 20. Juli 1981, Anlg. 2<sup>14</sup>).

3) Bis zur Unterbrechung der Textverhandlungen in Madrid durch die Ereignisse in Polen (Dezember 1981) hat die SU diese westliche Grundforderung nicht ohne Vorbehalte akzeptiert: Breschnew hatte zwar im Februar 1981 die Bereitschaft der SU erklärt, VBM „auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR auszudehnen“, dieses Angebot jedoch mit der Bedingung einer „entsprechenden Erweiterung der Zone auch von seiten der westlichen Staaten“ verknüpft.<sup>15</sup> Diese Erklärung ist nach wie vor Grundlage der östlichen Verhandlungsposition. Dabei ist das Ausmaß der geforderten „Erweiterung der Zone“ nach Westen von der SU bisher nicht präzisiert worden. Die genaue Definition soll der Konferenz selbst vorbehalten werden, deren Entscheidungsspielraum jedoch durch vorgegebene Kriterien wie „Gleichheit der Rechte und Verpflichtungen“, „gleiche Sicherheit“, „Ausgewogenheit und Reziprozität“ eingebunden werden soll. Die SU hätte es dann in der Hand, auf einer KAE, gestützt auf das Konsensprinzip, ihre Zustimmung zur Anwendung von VBM auf ihrem europäischen Territorium von westlicher Zustimmung zu der Einbeziehung einer Meereszone abhängig zu machen, die diesen Kriterien in sowjetischer Interpretation Rechnung trägt.

Diese taktische Position beruht offensichtlich auf der Abwägung, daß eine Rüstungskontrollzone „ganz Europa“ i.S. des französischen KAE-Vorschlags für die SU keine Lösung darstellt, die die Einbringung ihres ganzen europäischen Territoriums sicherheitspolitisch rechtfertigen würde, daß sie zu diesem Preis jedoch bei Einbeziehung einer sowjetischen Erwartungen entsprechenden Meereszone bereit wäre.

4) Obgleich die Abgrenzung der Zone im Westen der Konferenz selbst vorbehalten bleiben soll, sind die diesbezüglichen geographischen Zielvorstellungen der SU schon in Madrid verdeutlicht worden. Die von der sowjetischen Delegation am 20. Juli 1981 vorgelegte Formel (Anlg. 2) sah als Anwendungsbereich vor,

„the whole of Europe with the adjoining sea (ocean) areas of corresponding width and air space as well as, if it corresponds to the content of the measures themselves, the non-European participating States“.

Von der in diesem Text angedeuteten Einbeziehung nordamerikanischen Territoriums ist die SU später abgerückt. Informelle sowjetische Äußerungen in Madrid lassen darauf schließen, daß die SU auf eine Zone abzielt, die sich vom Ural bis zu einer geographisch zu definierenden Linie im Atlantik (etwa Azoren) erstreckt. Dabei wurde auch das Argument verwendet, diese Zone müsse die

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigefügt. Der am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachte amerikanische Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa lautete: „On the basis of equality of rights and obligations of all the CSCE participating States concerning confidence- and security-building measures and disarmament in Europe, these measures will be applicable to the whole continent of Europe and, as far as adjoining sea area and air space is concerned, to the activities of forces operating there insofar as these activities are an integral part of notifiable activities on the continent.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung des Referats 221; VS-Bd. 11533 (221); B 150, Aktenkopien 1982. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 207.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 754. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 56.

gleiche Distanz beiderseits einer Scheitellinie entlang der innerdeutschen Grenze aufweisen, also etwa ein Gebiet von 60° Ost (Ural) bis 40° West erfassen.

Hier fällt die Parallele zum sowjetischen Vorgehen bei INF auf, wo die SU eine Reduzierungs- und Begrenzungszone vorgeschlagen hat, die das gesamte Territorium Europas mit den „angrenzenden See- und Ozeangewässern“ vorsieht. Dabei wird unterschieden zwischen einem engeren „Seebereich“ – im wesentlichen die europäischen Randmeere einschließlich Nordsee – und einem den Atlantik und die Arktische See zwischen 40° West und 60° Ost erfassenden „Ozeanbereich“. Dieser für die Genfer Verhandlungen konkretisierte geographische Rahmen dürfte sich mit den sowjetischen Zielvorstellungen für eine KAE decken, auch wenn deren Konkretisierung aus taktischen Erwägungen der Konferenz selbst vorbehalten bleiben soll.

5) Das sowjetische Interesse an einer europäisch-atlantischen Rüstungskontrollzone ist somit nicht allein vor dem Hintergrund möglicher Verhandlungsergebnisse einer ersten KAE-Phase zu sehen, sondern vor allem in der Präzedenzwirkung für weitergehende Rüstungskontrollverhandlungen<sup>16</sup>. Im konventionellen Bereich würde eine solche Zone der SU auf längere Sicht einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz bieten, um die lebenswichtigen maritimen Verbindungen<sup>17</sup> zwischen Europa und Nordamerika sowie den Einsatz amerikanischer Rapid Deployment Forces außerhalb Europas zu erfassen. Vor allem aber wäre sie aus sowjetischer Sicht ein idealer Rahmen für die rüstungskontrollpolitische Behandlung nuklearer Systeme unterhalb des interkontinentalen Bereichs. Verhandlungen in diesem Rahmen würden der SU die Möglichkeit bieten<sup>18</sup>,

- bei gegenseitiger Neutralisierung der durch START erfaßten interkontinentalen Systeme
- diejenigen westlichen Systeme, die für Einsatz in Europa und insbesondere gegen sowjetisches Territorium geeignet sind, mit nur einem Teil des sowjetischen Nuklearpotentials unterhalb des interkontinentalen Bereichs aufzurechnen,
- damit verhandlungspolitisch vom interkontinentalen Potential der USA abzukoppeln und nach Möglichkeit abzubauen,
- während das außerhalb der Zone dislozierte, aber für Einsätze gegen Westeuropa geeignete Mittelstreckenpotential der SU nicht erfaßt würde.

Aus diesem Grunde besteht der Westen bei den INF-Verhandlungen in Genf auf dem globalen Verhandlungsansatz. Die Behandlung nuklearer Fragen im KAE-Rahmen, wie sie der SU in einem späteren Stadium des KAE-Prozesses vorschwebt, lehnt der Westen strikt ab.

6) Aus der Sicht gemeinsamer westlicher Sicherheitsinteressen stehen die Gefahren, die sich aus der Einlassung auf eine europäisch-atlantische Rüstungskontrollzone längerfristig für die Verzahnung der Abschreckungs- und Vertei-

<sup>16</sup> Der Passus „sondern ... Rüstungskontrollverhandlungen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>17</sup> Die Wörter „lebenswichtigen maritimen Verbindungen“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>18</sup> Der Passus „idealer Rahmen ... bieten“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]“.

digungspotentiale Nordamerikas und Europas ergeben könnten, in keinem akzeptablen Verhältnis zu möglichen Vorteilen, die die Erfassung maritimer Aktivitäten des Warschauer Pakts in den östlichen europäischen Landmeeren durch VBM bieten könnte.<sup>19</sup> Die Erweiterung der engen rüstungskontrollpolitischen Zone Mitteleuropa, die wir mit dem KAE-Ansatz anstreben, darf nicht zum Preis einer neuen, für den Westen nicht weniger problematischen europäisch-atlantischen Rüstungskontrollzone erkaufte werden.

Dieser Interessenlage muß die westliche Verhandlungsposition in den Beratungen über ein KAE-Mandat ebenso Rechnung tragen wie in späteren Verhandlungen auf der KAE selbst.<sup>20</sup>

## II. Kompromißvorschlag der Neutralen und Ungebundenen

1) Die KAE-Zonenformel des N+N-Vorschlags RM.39 vom 16.12.1981 (Anlage 3<sup>21</sup>) versucht, den westlichen funktionalen Ansatz zur Einbeziehung militärischer Aktivitäten in dem an Europa angrenzenden Seebereich und Luftraum (Voraussetzung: integraler Bestandteil notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf dem Kontinent) mit dem östlichen geographischen Ansatz (Einbeziehung aller, auch unabhängiger Aktivitäten in einer noch zu definierenden See-(Ozean-)Zone) zu vereinbaren. Beide Seiten haben den N+N-Vorschlag grundsätzlich als Verhandlungsgrundlage akzeptiert, aber als verbesserungsbedürftig bezeichnet. Auf den ersten Blick kommt die Formel in der Substanz westlichen Vorstellungen entgegen und trägt sowjetischen Interessen eher optisch (Gesichtswahrung) Rechnung. Dieser Eindruck hält jedoch einer genaueren Analyse nicht uneingeschränkt stand.

2) Der erste der beiden Absätze dieser Formel legt als Anwendungsbereich für VBM „the whole of Europe as well as the adjoining sea area and air space“ fest und führt im Zusammenhang damit eine Reihe von allgemeinen Begriffen auf, deren Funktion zweideutig ist („equality of rights“, „equal security“, „respective obligations“, „balance and reciprocity“). Sie könnten als Rationale – gleichsam in Präambelform – für die bereits getroffene Regelung des Anwendungsbereichs verstanden werden; in dieser Interpretation käme ihnen aus östlicher Sicht eine gesichtswahrende Funktion zu, aus westlicher Sicht wären sie unschädlich. Der Osten wird jedoch entsprechend seiner taktischen Grundposition (s. o. Ziffer I3) auch weiterhin fordern, daß die genaue Abgrenzung des einzubeziehenden Seebereichs auf der Konferenz selbst entschieden werden müsse, auch wenn die Nichterwähnung des Parameters „Ozean“ die geographische Dimension der N+N-Formel gegenüber seiner eigenen Formel in östlicher Sicht einschränken muß. In dieser Argumentation könnte es für den Osten hilfreich sein, sich auf die allgemeinen Begriffe im Eingangsteil der Formel als Kriterien für die Abgrenzung des seewärts offenen Anwendungsbereichs zu berufen.

– So könnte die SU auf „respective obligations of all the participating States of the CSCE concerning confidence and security building measures and disarmament“ verweisen.

<sup>19</sup> Der Passus „Aus der Sicht ... bieten könnte“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „richtig!“.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>21</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierte Aufzeichnung des Referats 221 vgl. VS-Bd. 11533 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

ment in Europe“ verweisen und daraus einen Anspruch auf westliche „Gegenleistung“ zu der sowjetischen „Vorleistung“ (Öffnung bis zum Ural) herleiten;

- „Equality of rights“, „balance and reciprocity“ könnten zugunsten einer formal-symmetrischen Definition des Anwendungsbereichs (gleiche Distanz beiderseits einer Scheitellinie entlang der innerdeutschen Grenze) herangezogen werden;
- der aus dem SALT-Bereich entlehnte Begriff „equal security“ zielt auf Berücksichtigung der globalstrategischen Sicherheitsinteressen der SU gegenüber den USA ab; da die SU unterstellt, daß sich in der 250-km-Regelung der Schlußakte das „politische und strategische Gleichgewicht in Europa“ manifestierte, wäre bei Ausdehnung der Zone ostwärts bis zum Ural „gleiche Sicherheit“ in ihrer Sicht nur durch Festlegung einer entsprechenden Zone westwärts auf dem Atlantik zu wahren.

3) Der zweite Absatz der N+N-Zonenformel kommt dem Westen dadurch entgegen, daß er den Wortlaut der westlichen funktionalen Formel weitgehend, wenn auch mit wichtigen Modifikationen, übernimmt. Danach sollen VBM im Hinblick auf den angrenzenden See- und Luftraum anwendbar sein auf die Aktivitäten dort operierender Streitkräfte aller Teilnehmerstaaten, „insofar as these activities constitute a part of activities in Europe which the participating States will agree to notify“.

Dieser Absatz wirft, im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Absatz gelesen, in zweifacher Hinsicht Probleme auf:

- Die westliche Formel beinhaltet – entsprechend der westlichen Grundposition – einen geographischen Ansatz zur Definition des Anwendungsbereichs zu Lande (ganz Europa), aber einen funktionalen Ansatz zur Abgrenzung militärischer Aktivitäten, die über Europa hinaus zur See berücksichtigt werden dürfen. Der Ansatz im ersten Absatz der N+N-Formel ist dagegen sowohl im Hinblick auf die Anwendung zu Lande wie auch zur See („as well as“) geographisch, auch wenn der Seebereich nicht näher definiert wird (s. o. Ziffer 2). Daran ändert auch Absatz 2 nichts, der im Hinblick auf den angrenzenden See- und Luftraum lediglich eine Einschränkung derjenigen militärischen Aktivitäten vorsieht, die mit VBM erfaßt werden können. Dem Westen könnte es auf einer KAE schwerfallen, eine auf Absatz 1 der N+N-Formel gestützte sowjetische Forderung nach geographischer Definition des Anwendungsbereichs zur See mit Hilfe des Absatzes 2 zu entkräften.
- Der zweite Absatz der N+N-Zonenformel trägt darüber hinaus in seiner gegenwärtigen Fassung dem westlichen – insbesondere amerikanischen – Anliegen nicht hinreichend Rechnung, unabhängige maritime Aktivitäten von der Behandlung auf einer KAE auszuschließen. Nach der westlichen funktionalen Formel dürfen maritime Aktivitäten nur dann berücksichtigt werden, wenn sie integraler Bestandteil notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf dem Kontinent (d. h. zu Lande) sind. Die vage Umschreibung dieses Kernsatzes in der N+N-Formel läßt die Auslegung zu, daß auf einer KAE auch maritime Aktivitäten berücksichtigt werden können, wenn sie zu den Aktivitäten in Europa gehören, deren Notifizierung durch die Teilnehmerstaaten vereinbart wird. Dies wäre eine verklausulierte Umschreibung der simplen Feststellung, daß über den Umfang der zu berücksichtigenden maritimen Aktivitäten auf

der Konferenz selbst entschieden werden soll, und entspräche damit der östlichen Verhandlungsposition.

4) Aus dieser Analyse ergibt sich, daß der Mandatsvorschlag der N+N-Staaten in folgender Hinsicht präzisiert werden müßte, um der westlichen Position Rechnung zu tragen:

- Die begriffliche Gleichsetzung von „the whole of Europe“ mit „adjoining sea area and air space“ im ersten Absatz der Formel muß relativiert werden; dies könnte durch Einfügung von „as appropriate“ oder „as specified below“ vor „adjoining“ erfolgen.
- Das Mandat darf der SU keinen Ansatz bieten, daraus Kriterien für die Definition einer europäisch/atlantischen Rüstungskontrollzone herzuleiten; deshalb müßte der Eingangsteil des ersten Absatzes gestrafft und von KSZE-fremden Begriffen wie „equal security“ befreit werden.
- Der zweite Absatz müßte der westlichen funktionalen Formel in der Formulierung so angepaßt werden, daß militärische Aktivitäten zur See nur dann erfaßt werden, wenn sie vom planungsmäßigen Ablauf her Bestandteil notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf dem Kontinent (oder zu Lande) sind.

### III. Operative Schlußfolgerungen

1) Wir haben es stets als „*Conditio sine qua non*“ bezeichnet, daß der Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen ganz Europa, d.h. die Landmasse vom Atlantik bis zum Ural, einschließen muß. Dabei muß es bleiben. Wir müssen auch in der nächsten Phase des Folgetreffens von Anfang an klarstellen, daß es uns nicht um die Einberufung einer KAE um der Konferenz willen geht, sondern um die Durchsetzung eines Sachkonzepts, das mit der eindeutigen Regelung des geographischen Anwendungsbereichs untrennbar verbunden ist.<sup>22</sup>

2) Unsere Zielvorstellungen für eine Regelung der geographischen Frage sollten wir weiterhin ausschließlich mit den vorliegenden westlichen Textvorschlägen identifizieren. Solange das KAE-Mandat im Schatten der Verhandlungen über andere, vor allem Polen-relevante Teile des Schlußdokuments steht, besteht keine Notwendigkeit, sich auf die Diskussion von Vorschlägen einzulassen, die von diesen Texten abweichen.<sup>23</sup> Gegenüber dem Mandatsvorschlag RM.39 sollten wir uns wie bisher auf die Wertung beschränken, daß er eine gute, wenn auch präzisierungsbedürftige Verhandlungsgrundlage darstellt. Die notwendigen Präzisierungen sollten wir jedoch erst spezifizieren, wenn es zu Sachverhandlungen auf dieser Basis kommt.

3) Die Vorbereitung auf solche Sachverhandlungen wird enge Abstimmung im Bündnis, behutsames taktisches Vorgehen und gemeinsam festgelegte Prioritäten für die anzustrebenden Änderungen erforderlich machen. Wir sollten die Diskussion hierüber auch innerhalb der westlichen Konsultationsfora zunächst zurückhaltend führen und insbesondere die Zirkulierung schriftlicher Änderungswünsche auf das spätest mögliche Verhandlungsstadium verschieben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die SU aus westlichen Änderungswünschen, die

<sup>22</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>23</sup> Der Passus „Unsere Zielvorstellungen ... abweichen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

bei der Verabschiedung des Mandats nicht berücksichtigt werden, auf einer KAE nützliche Argumente für ihre Interpretation des Mandats herleiten könnte. Im Hinblick auf eine wahrscheinlich schwierige Verhandlungssituation sollte der Westen deshalb nicht Maximalvorschläge mit Rückfallpositionen zur Verbesserung des N+N-Vorschlags vorlegen, sondern sich von vornherein auf die nachdrückliche Durchsetzung eines Minimalpakets unerläßlicher Änderungen konzentrieren.

4) Bei aller taktisch gebotenen Zurückhaltung muß klar bleiben, daß wir in der geographischen Frage – schon mit Rücksicht auf MBFR – zu den Hauptbetroffenen gehören. Wir sollten uns intern auf eine entsprechend aktive Rolle in Verhandlungen über ein Mandat vorbereiten und unsere Position zunächst mit Frankreich abstimmen, um unsere Interessen zur gegebenen Zeit sowohl innerwestlich wie auch im KSZE-Rahmen gemeinsam vertreten zu können.

Dg21<sup>24</sup> hat mitgezeichnet.

Ruth

VS-Bd. 11533 (221)

## 277

### Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg

105-80.A/82

18. Oktober 1982<sup>1</sup>

Betr.: Informelles EG-AM-Treffen in Nyborg, Hotel Hesselet, am 16./17. Oktober 1982;

hier: Dolmetscheraufzeichnung (teilweise lückenhaft, da während Flüster-Dolmetschen nur Stichwortnotizen möglich)

Themen: KSZE – Madrid, Polen, Namibia, Nahost, Iran – Irak; Beziehungen Europa – US:

1) Stahl;

2) Erdgasröhrengeschäft, damit Europa-US-Beziehungen insgesamt und insbesondere im Blick auf Ost-West-Beziehungen

Zweiter Tag:

TO des ER<sup>2</sup>; Erweiterung; „Kleine Themen“: Südkorea, Wahlen in VN: UNHCR, Sicherheitsrat; Zypern-Verhandlungen, Falkland-Resolution; Fortsetzung: Beziehungen Europa – US.

<sup>24</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

KSZE<sup>3</sup>

Präsident: Einführung durch Erinnerungen an Papier des PK.

Tour de table:

GB<sup>4</sup>: Dies Papier könne hoffentlich als „guideline“ allseits anerkannt werden. GB habe mit diesem Papier keine Schwierigkeit. Problem sei allerdings, was man gegenüber US tue. In La Sapinière habe man US nachdrücklich vor Augen gehalten, wie bedeutsam gemeinsames Handeln des Westens sei.<sup>5</sup> Shultz habe dies wohl eingesehen; jetzt aber warte man auf die Reaktion des Präsidenten, und dessen bekannte Reaktion auf die jüngsten Ereignisse in Polen sei nicht eben ermutigend<sup>6</sup>. Kohäsion sei um so wichtiger. Man solle US-Position abwarten, bevor man N+N-Entwurf<sup>7</sup> ändere.

F<sup>8</sup>: Auch er sei einverstanden mit PK-Papier als Ausgangspunkt. Jedoch müsse klar sein – dies habe er auch im Gespräch mit Shultz dargelegt –: Die jüngsten Ereignisse in Polen müssten verurteilt werden, sie seien enttäuschend, aber nicht unerwartet, vielmehr vorhersehbar gewesen. Ähnlich habe er sich schon in seiner Februar-Rede in Madrid<sup>9</sup> geäußert. Die Haltung der Zehn zu Polen bleibe also letztlich dieselbe. Man solle sie wiederholen. Die neuen Entwicklungen hätten nicht zu einer Änderung der Auffassungen geführt, weder gegenüber Polen noch gegenüber SU.

Konsequenz (ebenso wie bereits in Februar-Rede): Man müsse in Madrid einen Weg finden, die polnische Regierung, insbesondere deren Maßnahmen zur Unterdrückung gewerkschaftlicher Freiheit, zu verurteilen, um dann – nach ein paar Tagen, die diese Aussprache in Anspruch nehmen werde – auf das Abschlußdokument und damit auf eine KAE zurückzukommen.

Das N+N-Dokument müsse auf notwendige Abänderungen, z. B. etwa Zusatz über die Maßnahmen gegen Gewerkschaften, untersucht werden.

Manche befürchteten, SU werde sich dagegen sperren. Falls ja, so müsse sie ihre Verantwortung eben auf sich nehmen. Manche meinten, es sei zu überlegen, wie man hinter jetzt anvisierten Zielen leicht zurückbleiben könne. F sei nicht bereit, darüber zu diskutieren. Noch wisse man nicht, zu welchen Konsequenzen die N+N gelangten. Das werde man zu sehen haben. Jedenfalls gebe es derzeit keine angemessene Alternative zum N+N-Papier, und mit diesem hoffe F, Madrid abzuschließen.

<sup>3</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>4</sup> Francis Pym.

<sup>5</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>6</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

Präsident Reagan gab am 9. Oktober 1982 in einer Rundfunkansprache bekannt, daß Polen wegen des Verbots der Gewerkschaft Solidarność die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA entzogen werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1290 f.

<sup>7</sup> Zum Entwurf vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 40, Anm. 11.

<sup>8</sup> Claude Cheysson.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Cheysson am 12. Februar 1982 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, I, S. 34–36.

Gewiß, es werde evtl. Schwierigkeiten mit US geben. Shultz und seine Umgebung glaubten nicht an den Wert von Konzessionen. Selbst wenn dieser Gedanke nachvollziehbar sei, so bleibe für F die Demonstration westlicher Entschlossenheit ausschlaggebend – und der vorliegende Entwurf der N+N sei ausgewogen.

B<sup>10</sup>: Noch am Vortag habe Kabinett diese Frage erörtert und sei – ganz unabhängig von US – zu anderen als den hier vorgetragenen Schlußfolgerungen gelangt: Um ein Aufeinanderprallen in Madrid zu vermeiden, solle man dort lieber möglichst rasch zum Ende kommen, sich lediglich auf Ort und Zeitpunkt der nächsten Konferenz einigen. Auch einige N+N seien dieser Meinung.

NL<sup>11</sup>: Übereinstimmung mit belgischer Position. Man solle evtl. gewandelte Position der N+N und deren allfällige Textänderungen abwarten, dann diejenigen der US. US-Haltung sei wichtig genug, berücksichtigt zu werden.

GR (vertreten durch StS Varfis): Wie Vordredner halte er N+N-Papier für eine Ausgangsbasis. Jedoch solle man in einer Erklärung nicht so sehr das System (der polnischen Regierung), sondern vielmehr die Ereignisse der jüngsten Zeit anprangern, also vermeiden, die Ost-West-Beziehungen zu belasten.

IT (vertreten durch StS Bottai): (Äußerung fehlt in Notizen)

IRL<sup>12</sup>: Der KSZE-Prozeß müsse als Bestandteil des Ost-West-Dialogs erhalten bleiben; in Madrid müsse man zu einem schlüssigen Abschlußdokument kommen. Die Polen-Ereignisse machten dies schwer. Wenn es kurzfristig nicht zu einem Dokument komme, solle man es zumindest langfristig als Ziel im Auge behalten. Jede Änderung des vorliegenden Entwurfs könne weitere Gegenabänderungen nach sich ziehen. Um so sorgfältiger gelte es zu redigieren.

LUX<sup>13</sup>: Volle Übereinstimmung mit PK-Papier. Problem sei Haltung der US und Kohäsion des Westens. Daher erhebe sich die Frage nach der Haltung der N+N. Österreich halte am vorliegenden Entwurf fest; CH aber erwäge weichere Linie.

BM: Einverständnis mit PK-Text. Wichtig sei nun Frage nach dem Ziel. US denke offensichtlich prozedural wie inhaltlich an ein „Belgrad-Plus-Dokument“. Ein N+N-Dokument liege vor, mit diesem werde der Osten sich einverstanden erklären können. Daher gelte es nun, eine Zerstörung der Kooperation N+N+Europa zu vermeiden, wie sie sich z.B. dann ergebe, wenn der Osten sowie N+N sich als einig erwiesen, während der Westen die Verhandlung ablehnt. Die Ereignisse in Polen (gebrochene Versprechen, verschlechterte Lage, De-jure-Verbot der Gewerkschaften ...) seien im N+N-Entwurf nicht spezifisch angesprochen. Hierüber, insbesondere Gewerkschaftsverbot, müsse der Westen sich in seinen Interventionen äußern.

Dann sei der Osten in die Lage versetzt, negativ zu reagieren, während die N+N hierin mit dem Westen übereinstimmten. Der Westen dürfe sich also nicht Verhandlungen versagen, müsse vielmehr erklären, er wolle eine Implementierungs- und eine Substanzdebatte führen sowie über die Verschärfung der Gewerk-

<sup>10</sup> Léo Tindemans.

<sup>11</sup> Hans van den Broek.

<sup>12</sup> Gerard Collins.

<sup>13</sup> Colette Flesch.

schaftsfrage reden. Die Öffentlichkeit werde diese Sprache durchaus recht verstehen.

Auch unter den N+N gebe es solche, z. B. Rumänien, die ein „Belgrad-Plus“ ins Auge faßten. Seines Erachtens (BM) sei dies jedoch erst die zweite Option dieser Vertreter, die sie nach der bevorzugten ersten Option anpeilten, nachdem sie von Kampelman die US-Haltung erfuhren.

Als Ergebnis von Madrid hätten die Zehn stets die Einberufung der KAE und die hierunter vorzusehenden vertrauensbildenden Maßnahmen als wesentlich erachtet. Sollte es nun zu weder substantiellem Ergebnis noch einer KAE kommen, trage man selbst die Verantwortung für das Nicht-Zustandekommen dieser Konferenz. Dies aber sei der Öffentlichkeit kaum verständlich zu machen: Verhandlungen über INF, über START, über MBFR – also über Atomwaffen – gehe man ein, aber eine Abrüstungskonferenz lasse man entfallen. Er habe nie verstanden, warum manche Madrid als ein Geschenk an die SU betrachteten.

Vorschlag zusammenfassend: kritische und scharfe Implementierungsdebatte, Anprangerung der Ereignisse in Polen (wodurch eine Abänderung des N+N-Papiers erforderlich werde), Anprangerung der Gewerkschaftsbeschlüsse, Demonstration der Solidarität des Westens.

Er habe sowohl gegenüber AM Shultz<sup>14</sup> wie auch brieflich gegenüber Präsident Reagan diese seine Sicht dargelegt und betont, es müsse klar werden, nicht der Westen verweigere sich in Madrid, vielmehr trage der Osten Verantwortung für die Verschlechterung der Lage in Europa.

Präsidentschaft<sup>15</sup>: Zusammenfassung und Schlußfolgerung:

Allgemeine Einigung auf PK-Dokument.

In Madrid sei an Substanz des N+N-Dokuments noch zu arbeiten. Vertreter in Madrid erhalten Auftrag, alle und insbesondere US von erforderlicher Kohärenz in dieser Haltung zu überzeugen.

B wirft ein, Jugoslawien wolle keine Verhandlung, sondern vielmehr die nächste Konferenz vorbereiten.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 5. Oktober 1982 in New York; Dok. 262.

Am 12. Oktober 1982 übermittelte Ministerialdirektor Pfeffer den Botschaften in Washington und Kopenhagen ein Schreiben Genschers an Shultz. Darin hieß es: „Es ist aber auch klar geworden, daß die Neutralen und Ungebundenen und die Mehrheit unserer Bündnispartner in Madrid sowohl eine ausführliche Erörterung der Verstöße gegen die Schlußakte als auch Verhandlungen wünschen. Die Regierungen sehen in der aktiven Fortführung des KSZE-Prozesses einen Ausdruck des Willens zu offensiver Politik gegenüber der Sowjetunion durch Verhandlungen, zu der sich die Staats- und Regierungschefs im Bonner ‚Programm für Frieden in Freiheit‘ ebenso feierlich bekannt haben wie zu angemessener militärischer Stärke und politischer Solidarität im Bündnis. Dabei sollte zum Verhandlungswillen natürlich auch der Wille zum Verhandlungserfolg gehören. Westliche Vorschläge müssen die Forderung ausdrücken, daß die Schlußakte gerade in den Teilen, in denen sie flagrant verletzt oder ignoriert wurde, eingehalten werden muß. Aber wir dürfen den Sowjets nicht erlauben, von den durch sie zu verantwortenden und durch sie auszuräumenden Belastungen des Ost-West-Verhältnisses abzulenken, indem sie sich vor der Öffentlichkeit als Vorreiter des Friedens aufspielen und westlichen Mächten das Odium mangelnder Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft anheften. Wir müssen die westliche Offensivstellung in der KSZE-Diskussion nutzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5627; Referat 212, Bd. 133409.

<sup>15</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne. EG-Ratspräsident war Uffe Ellemann-Jensen.

BM wiederholt, Jugoslawien wolle s. E. vornehmlich ein Platzen der Konferenz vermeiden, wobei ihm eine Rückkehr zu Option 1 aber auch angenehmer wäre.<sup>16</sup>

BM verwies ferner auf die von der Bundesregierung auch in der Regierungserklärung<sup>17</sup> festgeschriebene eigene Verpflichtung auf eine KAE.

Präsident: DK wird die Vertreter der Zehn in Madrid per Coreu von diesem Teil der Diskussion unterrichten.<sup>18</sup>

Polen

Präsident: Zur Einführung Erinnerung an jüngste Maßnahmen polnischer Regierung und heutige Gesamtlage.

BM: Die Ereignisse in Polen hätten – zu seinem Bedauern – seine lang gehegte Überzeugung bestätigt, daß in Polen kein Fortschritt zu erzielen sei ohne die Mitwirkung von Solidarność. Die Regierung aber tue das Gegenteil, verstoße gegen die Schlußakte<sup>19</sup>, breche gegebene Zusagen.

In Reaktion müsse der Westen sich insbesondere vor solchen Androhungen hüten, die er später nicht in Praxis umsetzen könne.

Jedenfalls aber sei es undenkbar, nach Beendigung dieses Treffens etwa nicht zu diesem Thema sich zu äußern.

Es bedürfe keines Kommuniqués, vielmehr könne der Präsident in seiner nachträglichen Begegnung mit der Presse erklären, die Zehn hätten ihrer Sorge und Enttäuschung über die Entwicklung, insbesondere über die Gewerkschaftsgesetze, Ausdruck gegeben. Dies bedeute ein Brechen gegebener Zusagen und belaste den KSZE-Prozeß.

F: Er wiederhole, er sei enttäuscht, nicht erstaunt über die Entwicklung. Dies ändere die Haltung der Zehn s. E. nicht. In ihrer Erklärung vom 4. Januar 1982 hätten die Zehn ihre Meinung, wie sie unverändert gelte, zum Ausdruck gebracht.<sup>20</sup> Erstaunlich sei eher die Reaktion der US.

GB: Man sei gewiß allseits beeindruckt vom Mut der polnischen Bürger. Gleichzeitig müsse auch einmal anerkannt werden, daß die polnische Regierung durchaus vor einem Problem stehe und daß ihre Reaktion noch schärfer hätte ausfallen können. So solle man alles tun beizutragen, Mut und Hoffnung in den Polen lebendig zu halten, eines Tages doch wieder eigene Optionen zu haben und verfolgen zu können. Ferner müsse man alles tun zu sichern, daß die SU-Maschinerie nicht doch noch eine Invasion durchführe. Drittens sollte man sich vergegenwärtigen, daß die polnische Situation für die SU eine Belastung darstelle. Wenngleich es gewiß nicht eben eine noble Haltung sei, dazustehen und

<sup>16</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am 5. Oktober 1982 in New York; Dok. 257.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

<sup>18</sup> Für die Unterrichtung der Delegationen der EG-Mitgliedstaaten bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid über die Presserklärung der EG-Ratspräsidentschaft zu Fragen der KSZE vgl. den Drahtbericht Nr. 3811 (Coreu) vom 18. Oktober 1982 aus Kopenhagen; Referat 200, Bd. 122697.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 164 f. Vgl. dazu ferner Dok. 7.

den Lauf der Ereignisse zu beobachten, so sehe er doch keine andere Möglichkeit, keine Möglichkeit zu irgendeinem Handeln. So sei er nicht angetan von den Äußerungen der US, die den Eindruck von Handlungsabsicht erweckten, ohne daß dem Taten folgen könnten.

DK<sup>21</sup>: Die Ankündigung der US, Polen den Schutz der Meistbegünstigungsklausel zu entziehen, komme der Drohung gleich, wirtschaftliche Maßnahmen aus nicht-wirtschaftlichen Gründen zu ergreifen. Dies werfe Frage nach Auswirkungen auf bevorstehende GATT-Runde<sup>22</sup> auf und nach denkbarer Aktion der Zehn in GATT.

IRL: Eine schlimmere Alternative zu Jaruzelski sei denkbar. Vorsicht sei geboten.

GR: Weitere Entwicklungen – in polnischer Gesetzgebung wie auch in Haltung von Solidarność, evtl. in Richtung auf eine Integration in staatliche Gewerkschaften – seien tunlichst abzuwarten.

NL: Er zögere, frühere Erklärungen öffentlich zu wiederholen. Frage nach Möglichkeiten, Erleichterungen zu verschaffen, etwa in humanitärem Bereich.

Präsident Thorn: Er sei für Anregungen – humanitäre Hilfe – dankbar. Er rate ab, Nahrungsmittelhilfe jetzt, gerade in Zeit besonderer Not, einzustellen. Dies widerspreche auch aller EG-Praxis.

Zu den Äußerungen von Präsident Reagan sei anzumerken, daß der Präsident gar nicht die gesetzlichen Befugnisse habe, die von ihm angedrohten Maßnahmen (Meistbegünstigung) durchzuführen.

Namibia

F: Bericht über Sachstand (Kontaktgruppe<sup>23</sup>, Verhandlungen über Abzug ausländischer Truppen). Erfolgsaussichten seien positiv.

GB: Er sei weniger optimistisch, insbesondere bezüglich der Verhandlungen der US, an denen die Fünf nicht beteiligt seien.

Man könne zum Erfolg beitragen, indem man alle afrikanischen Gesprächspartner von der eigenen Linie überzeuge – wie F dies ja auch bei dem französisch-afrikanischen Gipfel in Kinshasa<sup>24</sup> getan habe.

F auf Frage von B: Es sei keinesfalls an die Entsendung einer französischen Überwachungstruppe gedacht. Dieser Gedanke entspringe Gerüchten, die die südafrikanische Presse ohne jegliche Wahrheitsbasis in die Welt gesetzt habe.

IT: AM Colombo (so StS Bottai) habe Kontakt mit angolanischem Vertreter gehabt. Man schein Abzug der Kubaner<sup>25</sup> durchaus zu wünschen, z.T. mit Erleichterung zu verzeichnen, da man auf Hilfe von anderer als kubanischer Seite in Zukunft hoffe.

<sup>21</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>22</sup> Die Ministerkonferenz im Rahmen des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>23</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 264, Anm. 13 und 15.

<sup>24</sup> Am 8./9. Oktober 1982 fand in Kinshasa eine Gipfelkonferenz Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas statt.

<sup>25</sup> Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 36, Anm. 19.

DK: Der kubanische Vizepräsident Rodriguez besuche kommende Woche Dänemark.

Nahost

Präsidentschaft:

Während Washington-Aufenthalts habe er ein Gespräch mit Kaddumi geführt und diesem erklärt, diese Begegnung sei als ein Signal der Zehn gegenüber der PLO zu werten. Wenn die PLO ihren derzeitigen politischen Kurs, der sich an den Ergebnissen von Fes<sup>26</sup> ablesen lasse, weiterverfolge, seien die Zehn geneigt, ihre Kontakte zur PLO auszudehnen. Gerade heute sei die Stimmung in der Welt so, daß Palästinenser dies nutzen sollten und Hilfe gewinnen könnten. Allerdings setze das die Anerkennung Israels voraus. Kaddumis Reaktion hierauf sei nicht recht konsistent gewesen. Insgesamt aber habe sich ergeben, die PLO suche Unterstützung für ihr Ziel eines palästinensischen Staates innerhalb der seit 1967 besetzten Gebiete.

S. E. solle der Meinungs austausch unter den Zehn über die Haltung gegenüber PLO fortgeführt werden, wobei die Sicherheit Israels die Basis bleiben müsse.

GB: Nach seiner Reise nach Syrien, Jordanien, Ägypten<sup>27</sup> komme er zu folgenden Überlegungen: Zur Lage im Libanon: Syrien erkläre, wenn Israel aus Libanon abziehe, werde auch Syrien sich zurückziehen. Derzeit liefen die Verhandlungen über den Abzugsplan.<sup>28</sup> S. E. würden diese sich als äußerst schwierig erweisen. Da sei z. B. die Frage, wo die Palästinenser überhaupt eine Bleibe finden könnten. 14–20 000 palästinensische Kämpfer seien noch im Libanon. Sie in erster Linie hätten keinerlei Aufnahmeort. Ferner: Innerhalb der PLO gebe es starke Richtungskämpfe zwischen den Gemäßigten und den Anhängern der syrischen Linie. Arafat habe Schwierigkeiten, die Kontrolle über die „Hardliner“ zu behalten.

Die Entwicklungen um die Reagan-Initiative<sup>29</sup> stünden recht gut; auch unter den Zehn halte man sie ja wohl für eine gute Basis. Für Syrien allerdings komme nur der Plan von Fes in Frage. Mubarak hingegen halte Fes für „ein Auto ohne Motor“, wemgleich auch er gegenüber der Reagan-Initiative Vorbehalte ähnlich denen Assads und Khaddams hege.

<sup>26</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 239, Anm. 11.

<sup>27</sup> Der britische Außenminister Pym hielt sich vom 9. bis 11. Oktober in Syrien und vom 11. bis 13. Oktober 1982 in Ägypten auf. Jordanien besuchte er vom 9. bis 11. November 1982.

<sup>28</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, resümierte am 7. Oktober 1982 ein Gespräch im israelischen Außenministerium zu den Verhandlungen über einen Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon: „Es gelte, zwei Problemkreise begrifflich zu trennen: den Rückzug fremder Truppen (Syrien, PLO, Israel); die Vereinbarung zwischen Israel und Libanon hinsichtlich der Sicherheitszone im Süden. Über beide seien relevante Verhandlungen erst möglich, wenn die neue Regierung in Beirut endgültig etabliert sei [...]. Was den Rückzug anbelange, so sei die syrische Ausgangsposition zu Beginn sehr hart: Man verlange, daß Israel den Libanon vollständig räume, worauf dann Syrien – unter der Voraussetzung, daß die libanesische Regierung ein entsprechendes formelles Gesuch unterbreite – folgen werde. Dies sei natürlich völlig unannehmbar. [...] Der Abzug der PLO, ohne Familienangehörige etwa 5000 in der Bekaa-Ebene und knappe 1500 in Tripolis, sei im wesentlichen Sache der Libanesen. Ohne die Syrer hätte die PLO ohnehin einen schweren Stand“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 873; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>29</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

In der kommenden Woche reisten Kommissionen der Araber nach Washington und über Europa zurück, um die Gespräche aufzunehmen.

Das Gespräch zwischen Arafat und König Hussein sei recht gut verlaufen und gebe Anlaß zu gewisser Hoffnung.<sup>30</sup> Auch Hussein habe Vorbehalte gegenüber dem Reagan-Plan.

Die PLO-Haltung werde sich letztlich erst nach den Kontakten zwischen Arafat und Hussein sowie nach erfolgten Kommissionsreisen entwickeln.

Die Araber hätten sich bereits ein Stück in Richtung Anerkennung Israels bewegt.

GB habe ihnen gegenüber stets erklärt, sie müßten vom Terrorismus Abstand nehmen und Israel anerkennen. Dies sei nunmehr geschehen.

Syrien und auch Ägypten hätten ihm gegenüber die Bedeutung Europas betont. Man habe mehr Vertrauen in Europa, wie umgekehrt Europa letztlich die größeren Interessen in der Region habe. So gebe es hier einigen Raum für Europa, seinen Einfluß geltend zu machen. In den kommenden Wochen werde sich viel ereignen, und im Kreise der Zehn werde man in Zukunft bei jeder Begegnung über dies Thema zu reden haben.

F: Bericht über die Arbeit und Schwierigkeiten der französischen Truppe in Libanon.<sup>31</sup>

Solange Israel in Libanon stehe, werde man nicht in Gespräche über den Reagan-Plan eintreten können. Somit befürchte F sehr stark ein Wiederaufflammen des Terrorismus überall.

Auf allen Seiten werde der Reagan-Plan als Ausgangsbasis betrachtet – außer von Israel. Arafat erkläre, es wäre geradezu dumm, die Chance des Reagan-Planes nicht zu ergreifen.<sup>32</sup> Der Fes-Plan bedeute eine Ziellinie. Dabei fehle aber das Element der Anerkennung Israels. Denn der Punkt 7 des Fes-Plans sei ein Witz, aber keine Anerkennung; der Begriff der impliziten Anerkennung bedeute nichts.

Arafat gebe dies im Gespräch auch zu. Ob er aber weitergehe, sei schwer zu sagen, vermutlich ja, wenn er dagegen eine Gegenleistung erhalte. Welche Gegenleistung aber sei denkbar?

In den Verhandlungen mit den US könne schwerlich eine Gegenleistung gefunden werden. Überdies seien die Beziehungen Arafats sowohl zu Syrien wie zu den US derzeit sehr schlecht. (Im Zusammenhang mit den Beziehungen zu US: Arafat weise ein Schreiben von Habib vor, in dem dieser expressis verbis die Sicherheit der palästinensischen Zivilbevölkerung in Libanon zugesichert habe.)

Die Position Europas sei seit der Erklärung von Venedig<sup>33</sup> klar dargelegt, sie sei kein Plan, enthalte aber alle Elemente und Grundsätze.

<sup>30</sup> Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, besuchte vom 9. bis 12. Oktober 1982 Jordanien.

<sup>31</sup> Zur Entsendung einer Multinationalen Streitmacht nach Beirut vgl. Dok. 264, Anm. 7.

<sup>32</sup> Der französische Außenminister Cheysson traf am 13. Oktober 1982 in Tunis mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

Von den Kommissionen, die die Araber von Fes aus entsandten, erwarte er keine großen Ergebnisse, denn schon allein die Zusammensetzung dieser Missionen und deren Aufgabenstellung sei nicht sehr überlegt erfolgt.

Der SR werde voraussichtlich das Mandat der UNIFIL-Truppen um zwei bis drei Monate verlängern.<sup>34</sup>

Es bestand Einvernehmen darüber, daß die Bemühungen, Israel aus VN und Unterorganisationen auszuschließen<sup>35</sup>, unbedingt im Keim erstickt werden müßten und das Prinzip der Universalität keinesfalls gefährdet werden dürfe.

F ergänzte hierzu: Auch die Araber sähen dies weitgehend ein und seien nicht eben stolz auf diese Manöver, auf die sie in Gewissensnot wegen mangelnder Solidarität während der Belagerung Beiruts verfallen seien.

Beschluß: Lobbying in New York, derzeit insbesondere bei LA-Staaten.

GB: Das Problem Nahost habe sich in den 60 Jahren, seit denen es bestehe, ständig verschlimmert und sei heute von besonderem Ernst. Es sei denn, Israel zeige sich allmählich nachgiebiger, sei kaum ein Fortschritt in Richtung Friedenslösung irgendwie vorstellbar. Die Zeit der gemäßigten Kräfte, der Lösung zu einer Chance zu verhelfen, sei zunehmend limitiert. Denke man die Dinge zu Ende, so ergäben sich die schlimmsten Befürchtungen für die Region, ja weit darüber hinaus. Die kommenden ein oder zwei Jahre seien für Erfolg oder Nichterfolg einer Lösung ausschlaggebend. Aus diesen sehr besorgten Überlegungen wiederhole er, daß s. E. die Zehn sich in Zukunft bei jeder Begegnung mit diesem Thema befassen müßten.

Iran – Irak<sup>36</sup>

Präsidentschaft: Einführung, Stand der Entwicklung.

GB: Von seiner Reise sei er mit dem Eindruck zurückgekehrt, daß nach Auffas-

<sup>34</sup> Zum Einsatz der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 182, Anm. 16. Mit Resolution Nr. 529 des VN-Sicherheitsrats vom 18. Januar 1983 wurde das Mandat für den Einsatz der UNIFIL bis zum 19. Juli 1983 verlängert. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 1.

<sup>35</sup> Botschafter van Well, New York (VN), teilte am 18. Mai 1982 zu „Bestrebungen gegen die israelischen Mitgliedschaftsrechte in den VN“ mit: „In der GV sind die jüngsten Bestrebungen gegen Israels Status in den VN [...] primär von Syrien betrieben worden. Die jüngste Intensivierung der syrischen Bemühungen fällt zeitlich zusammen mit einer zunehmenden Isolierung Syriens im arabischen Lager (Mißbilligung des Zusammengehens mit Iran im Krieg gegen Irak), die es Syrien geraten erscheinen läßt, seine Rolle als primärer Frontstaat gegen Israel zu unterstreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1187/1188/1189/1190; Referat 200, Bd. 122700. Die VN-Generalversammlung lehnte am 26. Oktober 1982 einen Antrag auf Ausschluß Israels ab. Am 8. November 1982 resümierte Referat 230: „Anfang September wurden bei der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien die israelischen Beglaubigungsschreiben erstmals für eine Session nicht anerkannt; bei der Internationalen Fernmelde-Union (ITU) in Nairobi (28.9. bis 5.11.82) wurde eine arabische Ausschluß-Initiative erst nach zähem Ringen und konzertiertem westlichen Widerstand zurückgewiesen. Vor diesem Hintergrund haben vor allem die USA und die in dieser Frage auf der Seite Israels stehenden westlichen Staaten, besonders die Zehn, in den letzten Wochen arabische und Staaten der Dritten Welt in New York und den Hauptstädten nachdrücklich vor einem Ausschluß Israels bei der 37. GV gewarnt. [...] Die harte und deutliche Haltung des Westens führte schließlich zu einem vollen Erfolg: Die arabischen Länder bekräftigten zwar durch ihren derzeitigen Sprecher Libyen ihre Vorbehalte gegen Israel, stellten aber keinen förmlichen Ausschlußantrag. Als daraufhin Iran aus eigener Initiative dennoch einen entsprechenden Antrag stellte, lehnte die 37. GV seine Behandlung mit einer klaren Mehrheit von 74 gegen 9 Stimmen von Ausschlußbefürwortern (bei 31 Enthaltungen) ab“. Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

<sup>36</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 264, Anm. 3.

sung aller der Krieg andauern werde und nichts und niemand ihn aufhalten könne, bevor nicht einer der Hauptakteure, Saddam Hussein oder Khomeini, verschwunden sei.

Syrien und Ägypten hätten gleichermaßen erwartet, daß Irak die jüngste iranische Offensive hätte aufhalten können. Wenngleich sie nicht glaubten, daß der Krieg sich ausdehnen würde, so sähen sie auch niemand, der ihn zum Ende bringen könne.

Beziehungen Europa–US

1) Stahl<sup>37</sup>

Präsident: Einführung

Dies Thema stelle einen test case dar für die Demonstration der Fähigkeit von Gemeinschaft und US, sich in einer gemeinsamen Frage, die den Welthandel betrifft, auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Mangels einer Einigung müsse es zu allseitigem Protektionismus kommen. Es gelte, in dieser Sache einen schlimmen Präzedenzfall zu vermeiden. Das Ziel aller sei, den freien Welthandel zu verteidigen. Auswirkungen auf GATT. Bislang habe ein MS seine Meinung bezüglich einer Stahl-Vereinbarung noch vorbehalten.

Präsident Thorn: Bericht über seine Gespräche vom Vortag mit BK<sup>38</sup> und BM und weiteren deutschen Ressorts. Vereinbarung: Bundeskabinett werde am kommenden Mittwoch<sup>39</sup> dies Thema vorrangig beraten, bis Mittag die Antwort nach Brüssel geben, so daß nach dortiger Pro-forma-Prüfung der Zahlen die Antwort noch rechtzeitig (Zeitverschiebung!) nach US weitergeleitet werden könne.<sup>40</sup>

BM erklärte, er habe dieser Sachdarstellung keine Bemerkungen hinzuzufügen. Die Lösung sei gewiß nicht als sinnvoll zu bezeichnen, jedoch werde er sich um Europa willen im Kabinett hierfür einsetzen.

Mehrere Delegationen (GB, LUX, B) bekundeten ihr starkes Interesse am Zustandekommen der Vereinbarung.

<sup>37</sup> Zur Erhebung von Ausgleichszöllen bei Stahlimporten der USA aus EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 198, Anm. 4.

<sup>38</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, am 15. Oktober 1982 vgl. Dok. 273.

<sup>39</sup> 20. Oktober 1982.

<sup>40</sup> Am 27. Oktober 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler: „Mit Einigung im AStV am 25.10.1982 über Stahlarrangement und Billigung eines Briefwechsels über Stahlröhrenlieferungen ist der Stahlkonflikt zwischen der EG und den USA beigelegt. Die Einigung erfolgte wenige Stunden vor der von Washington gesetzten Frist, deren Überschreitung zur endgültigen Festsetzung von Ausgleichszöllen auf europäische Stahllieferungen geführt hätte. Die Vereinbarung, die eine Export-Selbstbeschränkung für elf Stahlprodukte auf 5,7 Prozent Anteil am US-Stahlmarkt und Konsultationen bei Überschreitung eines [auf] 5,9 Prozent begrenzten Anteils am US-Röhrenmarkt vorsehen, haben eine Laufzeit bis 1985.“ Zur Haltung der Bundesregierung teilte Steinkühler mit: „Die Zustimmung zu den Vereinbarungen ist uns nicht leichtgefallen. Selbstbeschränkungsabkommen widersprechen dem zuletzt auf dem Wirtschaftsgipfel Versailles bekräftigten Grundsatz eines weltoffenen, multilateralen Handelssystems und könnten Forderungen für andere Produkte und andere Märkte nach sich ziehen. Auch handelte es sich um ein Problem, das vor allem durch die Subventionspolitik anderer EG-MS entstanden war, die ohnehin schon den deutschen Stahlmarkt belastet.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 96; Referat 012, Bd. 124420.

## 2) Europa – US:<sup>41</sup> Beziehungen im Blick auf Ost-West-Handel

Präsident: Einführung

Erinnerung an Gespräche in La Sapinière, wo AM Shultz die strategische Dimension der Ost-West-Beziehungen in allen ihren Teilen unterstrichen habe und wo allseits die Hoffnung geäußert wurde, der Westen werde sich auf eine Rahmenvereinbarung über Ost-West-Beziehungen einschließlich der wirtschafts- und handelspolitischen Aspekte einigen.

Die entgegenkommende Haltung von AM Shultz sei allseits als ermutigend empfunden worden.

Frage des Follow-up von La Sapinière:

LUX: Nachdem in La Sapinière von Beteiligung Japans gesprochen wurde, habe sie in der vergangenen Woche gegenüber Sakurauchi diesen Gedanken erwähnt, der sehr zustimmend aufgenommen worden sei. Zu Follow-up meine sie, soweit NATO betroffen sei, solle GS Luns dies gewährleisten, ferner aber solle auch in OECD und EG, je nach Zuständigkeiten, Verfolg gewährleistet werden. (Hier fehlen Ausführungen von F, Thorn, BM.)

IT (AM Colombo inzwischen eingetroffen): Auf Titelseite italienischer Zeitungen lese er heute (16.10.) sowohl einen Bericht darüber, daß US Ausfuhr italienischer Turbinen mit Destination Algerien verhinderten wie auch einen Artikel über zusätzliche Weizenverkäufe der US an SU<sup>42</sup>. Die Wirkung dieser Meldungen auf die Öffentlichkeit könne man sich ausmalen. Ferner habe er am Radio die Begründungen Reagans für die Lieferungen gehört, nämlich US müsse ein verlässlicher Lieferant sein; es gelte eigene Interessen zu vertreten; US wolle seinen Anteil am Weltmarkt sichern.

GB: Er wolle noch einmal auf die Ursprünge der Sache zurückkommen. Das informelle Treffen in Kanada sei zunächst ein wenig anders konzipiert gewesen, habe dann aber sehr günstig für eine Aussprache über dieses Thema genutzt werden können, und die Übereinstimmung, die erzielt wurde, sei bereits bemerkenswert, habe man sich doch über die Grundzüge einer Lösung einigen können.

Die Meldungen aus Italien seien allerdings ein Rückschlag; und ähnliches könne sich morgen auch in GB oder andernorts ereignen. Außerdem – seit Sapinière sei nun nichts mehr erfolgt. Er stimme BM zu: Die Sieben und andererseits die Gemeinschaft seien eine gute Basis für Follow-up.<sup>43</sup>

Man dürfe auch nicht vergessen: Es gehe um ein Quidproquo, man wolle Aufhebung der Sanktionen<sup>44</sup> erreichen. Dies sei letztlich auch das Ziel von Shultz. Die US-Administration habe sich wohl zunächst keine Vorstellung davon gemacht, welche Ausweitung und Folge die Verhängung der Sanktionen jetzt erfahre.

<sup>41</sup> Korrigiert aus: „Eur –“.

<sup>42</sup> Zur Erhöhung der amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 271, Anm. 5.

<sup>43</sup> Zu den Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 262, Anm. 11.

<sup>44</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Die Dringlichkeit einer Lösung werde stets nur größer. Auch er befürworte die zügige Einberufung der Sitzung der Botschafter (der Sieben plus Präsidentschaft plus Kommissionsvertreter) in Washington.

Präsident Thorn: Sofern Minister hierfür Instruktion erteilen wollten, sei Kommission bereit, jegliche hilfreiche Vorbereitungsarbeit zu leisten.

IRL: Er sei mit allem Vorgesagten einverstanden, bitte nur die besonders empfindliche Position Irlands bei Vorgehen berücksichtigen zu wollen.

F betonte, die Vereinbarung müsse jedenfalls die Reziprozität vorsehen; F könne nicht einseitigem US-Einspruchs- oder Informationsrecht in wirtschaftlichen Fragen zustimmen. Ferner: Gremien für das Follow-up seien seines Erachtens neben den Sieben und OECD auch NATO und EG.

(Fortsetzung des Gesprächs wurde auf zweite Hälfte des nächsten Vormittags vertagt.)

Fortsetzung der Gespräche am Vormittag des 17. Oktober:

TO des ER:

Präsident: Präsidentschaft werde vorschlagen:

- 1) Wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft (einschließlich Frage der Investitionsförderung)
- 2) Erweiterung
- 3) Beziehungen EG–US

F: „Erweiterung“ schließe s. E. auch ein: interne Lage, also Europäische Union, Landwirtschaftspolitik.

IT: Er rege an, die übliche Diskussionsrunde jeweils dann zu vermeiden und auf eine Kenntnisnahme des Kommissionsberichts zu begrenzen, wenn am Ende keine gemeinsamen Schlußfolgerungen zu erwarten seien.

Allgemeines Einverständnis hiermit. Dies betreffe auch Europäische Akte<sup>45</sup>; die Arbeiten hieran könnten bis zum dann folgenden Rat fortgesetzt werden.

GB: Ebenfalls Einverständnis; auch PM Thatcher liege mehr an großen Linien, wo Einigung nicht erzielbar. Jedoch sei GB zusätzlich an Themen Budget und Fischerei interessiert.

NL: Weiteres Thema: Jugendarbeitslosigkeit.

B: Wie es mit Fortsetzung Mandat<sup>46</sup> stehe?

(Hieran schlossen sich längere Ausführungen von Präsident Thorn – auch über Ein-Prozent-Frage<sup>47</sup> – an, die nicht notiert werden konnten.)

GB: Er danke Präsident Thorn für die Darlegung seiner zeitlichen Vorstellungen zu Lösung der Budget-Fragen, auf diese Weise werde man 1982 erledigen können. Er rege aber an, die Frage der mittelfristigen Lösung noch vor November miteinander zu erörtern.

<sup>45</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 226, Anm. 33.

<sup>46</sup> Zum Mandat der EG-Kommission vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 21, Anm. 20.

Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 273, Anm. 6.

<sup>47</sup> Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 21, Anm. 32.

### Erweiterung

Aussprache ergab das Eintreten einer Mehrheit für die Aufrechterhaltung der zeitlichen Parallelität der Verhandlungen mit Spanien und Portugal.<sup>48</sup>

F betonte, daß F ab sofort Fragen rein bilateralen Charakters mit Spanien verhandeln werde und daß s. E. einige der EG-Probleme mit Spanien unbedingt vor dessen Beitritt gelöst werden müßten.

BM: In Anbetracht der Bedeutung des Beitritts für die Stabilisierung der Demokratie in Spanien solle auch daran gedacht werden, Auswege im Zusammenhang mit der Übergangszeit zu finden.

Aussprache ergab ferner – trotz Zögern bei IT und GR – Einigung, daß anberaumte Gesprächsrunde mit Spanien am 26. Oktober, also zwei Tage vor der Wahl<sup>49</sup>, jedenfalls nicht abgesagt werden solle, daß man vielmehr darauf achten müsse, daß Ergebnis keine negative Auswirkung gegenüber spanischer Öffentlichkeit haben könne.

„Kleine Themen“

### Beziehungen zu Südkorea

F erklärte, der koreanische AM<sup>50</sup> habe dem Gespräch, das er (Cheysson) mit ihm geführt habe, offensichtlich eine sehr phantasievolle Interpretation gegeben, wenn er behaupte, er (Cheysson) habe ihn zu einer Ratssitzung eingeladen.<sup>51</sup> Vielmehr habe er gesagt, er werde den Präsidenten des Rats am Rande einer Ratssitzung sprechen können und dabei möglicherweise Gelegenheit zum Gespräch auch mit dem einen oder anderen AM haben.

### Verhandlungen mit Zypern

GB führte aus, welche Gründe für die Durchführung und den positiven Abschluß der bevorstehenden Verhandlungsrunde (Regime 1983) sprechen.<sup>52</sup>

Präsident Thorn ergänzte, daß s. E. das von Zypern erbetene zusätzliche Weintraubenkontingent im Grunde keinerlei Problem darstellen dürfte.

### Falkland-Entschliebung in VN

Der Text der Entschliebung sei bekannt. Die Beschlußfassung der Zehn hierüber solle am kommenden Montag<sup>53</sup>, EPZ-Sitzung, erfolgen.<sup>54</sup>

<sup>48</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 233, Anm. 23.

Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

<sup>49</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt.

<sup>50</sup> Lee Bum Suk.

<sup>51</sup> Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 5. bis 7. August 1982 in der Republik Korea (Südkorea) auf.

<sup>52</sup> Am 25. Oktober 1982 fand in Luxemburg die Tagung des Assoziationsrats EWG – Zypern auf Ministerienebene statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1982, S. 56.

<sup>53</sup> 18. Oktober 1982.

<sup>54</sup> Zur Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 226, Anm. 9.

Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 28. Oktober 1982 zum Entwurf für eine Resolution der VN-Generalversammlung zur Falkland-Frage: „Lateinamerikanische Verhandlungsdelegation, bestehend aus Botschaftern von Argentinien, Venezuela und Dominikanischer Republik, suchte auch mich am 28.10. auf. Delegation bezeichnete sich als Beauftragte der lateinamerikanischen, nicht-karibischen Miteinbringer. Seit Jahren ungelöstes Problem betreffe alle Völker Lateinamerikas. Ihr Ziel sei allein die Rückkehr zu Verhandlungen, die ohne Vorbedingungen aufgenommen werden sollten. Ein Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht in der Res. wäre nach argentinischer Ansicht eine solche Vorentscheidung. Auf Frage, wie Argentinier zu Artikel 73 der Charta, d. h. Ein-

## Wahlen in VN – UNHCR und Sicherheitsrat

## UNHCR

Auf allen Seiten wurde die unbestreitbar gleiche Qualifikation von P. Hartling und M. van der Stoel betont und bedauert, daß sich parallele Kandidatur ergeben habe.<sup>55</sup>

Diejenigen MS, die Kandidatur van der Stoels bereits Unterstützung zugesagt haben – einschließlich NL selbst – erklärten, zu diesem Zeitpunkt nicht gewußt zu haben, daß Hartling erneut kandidiere. GB verwies auf eigene Kandidatin.

Erörterung des Punktes blieb ohne Schlußfolgerung.

## Sicherheitsrat

Beide MS – DK und NL – gaben Interesse an Aufrechterhaltung eigener Kandidatur kund. NL hoffte auf Unterstützung durch Norwegen, da NL dessen Kandidatur<sup>56</sup> seinerzeit auch unterstützt habe; DK erklärte, es sei nach Absprache unter nordischen Staaten dort im Wort.<sup>57</sup>

Keine weiteren Äußerungen hierzu.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1450*

stufung der Falkland-Inseln als nicht-selbstregierendes Territorium stünden, wies Delegation darauf hin, daß aufgrund früherer GV-Resolutionen Falkland-Inseln besonderer Entkolonialisierungsfall seien, auf die Selbstbestimmungsrecht keine Anwendung finde. Argentinier erkannten zwar das in Artikel 73 angesprochene Interesse der Bewohner, nicht aber ihre Wünsche an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2689; Referat 204, Bd. 124945.

Am 29. Oktober 1982 resümierte Gesandter von Alten, London, ein Gespräch im britischen Außenministerium: „Bei einem Zusammentreffen aus anderem Anlaß sagte mir Goodison [...], eine deutsche Stimmabgabe für den arg[entinischen] Res.-Entwurf – welche Form dieser auch annehme – sei für ihn unvorstellbar und würde verheerende Folgen haben. Es bestehe keinerlei Zweifel, daß PM Thatcher überaus hart reagieren werde. ‚The boss thinks she knows how to deal with people who vote against her‘. Nach seiner, Goodisons, Überzeugung werde sich eine derartige Entscheidung in allen europäischen Bereichen negativ auswirken. Er habe Angst (‚I am terrified‘) vor dem, was er bzw. das FCO dann überall zu vertreten haben werden: GB werde in EPZ und EG Obstruktion betreiben, EG-Beiträge einbehalten, EPZ zum Stillstand bringen usw.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1829; Referat 204, Bd. 124945.

<sup>55</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 200 vom 14. Oktober 1982 wurde zur Neuwahl des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) ausgeführt: „Die an sich der Üblichkeit entsprechende Mandatsverlängerung des Dänen Poul Hartling ist bei einigen Geberländern wie auch in der DW (so mit dem unzutreffenden Argument, Hartling habe zuwenig für die Flüchtlinge in Afrika getan) auf Widerstand gestoßen. Im Zuge dieser Kritik haben die NL ihren ehemaligen AM Max van der Stoel vorgeschlagen; ferner kandidiert aus dem VN-Generalsekretariat Frau Margaret Anstee (GB). Wir stehen einer Mandatsverlängerung Hartlings grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, sind aber auch anderen Vorschlägen gegenüber gesprächsbereit.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122697.

<sup>56</sup> Norwegen gehörte 1979/80 dem VN-Sicherheitsrat an.

<sup>57</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 230 vom 15. Oktober 1982 hieß es: „Es liegt nicht im Interesse der Zehn und des Westens, daß für zwei nicht-ständige SR-Sitze Bewerbungen von NL, DK, Neuseeland und Malta konkurrieren. Eine Einigung vor allem der beiden EG-Partner vor den am 19.10. stattfindenden Wahlen in der VN-GV ist dringend geboten. Aus prinzipiellen Erwägungen sollten wir nicht für beide EG-Partner votieren, sondern unsere zweite Stimme NZ geben. [...] Wir sollten für NL und nicht für DK stimmen. NL hat erheblich vor DK seine Kandidatur angemeldet und seine letzte SR-Mitgliedschaft liegt weiter zurück als die von DK. Ferner stützt DK seine Kandidatur auf einen in der W[estern]E[uropean and]O[thers]G[r]oup nicht anerkannten Anspruch der nordischen Staaten auf einen semi-permanenten SR-Sitz. Auch wegen unserer eigenen Interessenlage können wir diesen Anspruch nicht akzeptieren. Bei einer Einigung zwischen NL und DK ist es aus den genannten Gründen näherliegend, wenn DK zurücktritt.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122700.

Am 18. Oktober 1982 informierte Botschafter van Well, New York (VN), darüber, „daß Dänemark seine Kandidatur für den Sicherheitsrat 1983/84 zurückgezogen habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2497; Referat 200, Bd. 122700.

Kandidaturen LA: Nicaragua und Dominikanische Republik hätten Kandidatur angemeldet, würden jedoch vermutlich keine Mehrheit auf einen oder anderen vereinen können. Möglicherweise ergebe dies Chance für Ausweichkandidatur von Peru.

Kandidaturen Asiens: Pakistan und Sri Lanka. Hierzu wollte F seine Entscheidung von Ansicht der Kollegen abhängig machen; GB, als mit beiden in enger Beziehung, wollte keine Position beziehen.

Erörterung blieb ohne weitere Schlußfolgerung.

Fortsetzung des Punktes Beziehungen Europa–US (in den verbleibenden 20 Minuten)

Präsident: Zusammenfassung des Gesprächs vom Vortag:

Es habe Einigkeit darüber bestanden, daß der Öffentlichkeit nach dem Treffen hierüber keine Mitteilung gemacht werde.

Man habe übereinstimmend den Willen zu Fortschritt nach und im Sinne der Diskussion von La Sapinière bekundet und wolle einige der Gedanken von AM Shultz weiterentwickeln.

Es bestand allgemeines Einvernehmen über Dringlichkeit und hohe Bedeutung des Dialogs mit den USA, wobei der approach von AM Shultz als gute Grundlage gewertet wurde.

Der Dialog müsse den Grundsatz der Reziprozität berücksichtigen. Präsidentschaft werde die US über folgendes informieren:

- EG sei einvernehmlich bereit, die Diskussion mit den US auf Grundlage des Shultz-Papiers zu führen, dabei sei Japan einzubeziehen.
- Ein erster Schritt seien nach hiesiger Sicht exploratorische Gespräche, die im selben Rahmen wie die Wirtschaftsgipfel zu führen wären.
- Die Zuständigkeit bestehender internationaler Organisationen solle dabei im weiteren Verlauf nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden, vielmehr sollten diese die erforderlichen Entscheidungen in ihrem jeweiligen Rahmen treffen.
- Die Gemeinschaft wolle von US gern erfahren, wie sich Japaner gegenüber US zu diesen Vorstellungen geäußert hätten.
- Gemeinschaft sei bereit, die Punkte, die in ihre direkte Zuständigkeit fallen, bezüglich Vorbereitung und Follow-up in ihrem Kreis voranzutreiben.<sup>58</sup>

<sup>58</sup> Am 18. Oktober 1982 resümierte Botschafter Hermes, Washington, die Unterrichtung durch den dänischen Botschafter Borch im Rahmen der EPZ über seine Demarche beim Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, „die er in Ausführung einer Weisung im Nachgang zum AM-Treffen der Zehn in Dänemark vorgenommen hatte. Dänischer Botschafter habe weisungsgemäß ausgeführt, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bereit seien, mit den USA in eine Erörterung der von AM Shultz unterbreiteten Vorschläge einzutreten. [...] Eagleburger habe in seiner Antwort zunächst dankbar begrüßt, daß er so bald nach Abschluß des AM-Treffens in Dänemark über die europäische Reaktion unterrichtet worden sei. Er habe darauf hingewiesen, daß das europäische Bedauern über bisher unterbliebenen Fortgang nach seiner, Eagleburgers, Ansicht nicht von amerikanischer Seite zu verantworten sei. [...] Zur japanischen Reaktion habe Eagleburger ausgeführt, daß sie am vergangenen Samstag eingegangen und im ganzen positiv ausgefallen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4387; VS-Bd. 10375 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

F: Einverständnis mit dieser Zusammenfassung. Dabei bedeute „Dialog“ Dialog über Ost-West-Beziehungen unter Wahrung der Reziprozität. Es gehe hier um die Begriffe, die auch in Foreign-Affairs-Artikel des BM<sup>59</sup> geprägt wurden.

GB: Reziprozität solle nicht interpretiert werden können als „was du mir antust, darf ich auch dir antun“ – vielmehr solle man auf Konsens und vorherige Konsultationen abstellen.

BM schilderte Ursprung des Gedankens einer Sitzung der Botschafter in Washington. Gründe für deren Nicht-Zustandekommen habe er bislang nicht erfahren. Er unterstrich erneut Sinn und Dringlichkeit einer solchen Sitzung.

IT unterstützte diese Vorstellung; im weiteren Verlauf könnten auch Politische oder Wirtschaftliche Direktoren der Außenministerien beauftragt werden.

NL äußerte Sorge darüber, daß Kreis der Sieben Aktivitäten an sich ziehe.

GR schloß sich dieser Bemerkung an.

LUX entgegnete, dieser Sorge sei insofern Rechnung getragen, als die Zusammenfassung des Präsidenten auch den Hinweis auf die Gemeinschaft und Arbeiten unter ihrer Kompetenz in diesem Rahmen enthielt.

F und IT bekräftigten dieses.

DK: Er habe in seiner Zusammenfassung ausdrücklich einen „dreifachen Sicherheitsgürtel“ eingezogen, nämlich: exploratorische Gespräche im Kreis der Sieben; Wahrung der Kompetenzen bestehender internationaler Organisationen; Gemeinschaftsverfahren, wo eigene Kompetenz bei Vorbereitung und follow-up.

Er wiederhole: Er werde dies den US so vortragen und dabei sowohl die Dringlichkeit wie die Enttäuschung der Gemeinschaft über zwischenzeitliche Inaktivität darlegen. Selbstverständlich erfolge dies in mündlichem Vortrag; keine Mitteilung an die Presse.

Die Sitzung endete um 12.00 Uhr.

gez. Siebourg

**Referat 010, Bd. 178868**

<sup>59</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher, „Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 61 (1982/83), S. 42–66.

278

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer****201-360.92 FRA-3660/82 geheim****19. Oktober 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Treffen der deutsch-französischen AM und VM am 21.10.1982 in Bonn<sup>3</sup>;  
 hier: Auswertung des Treffens der Minister Dr. Wörner und Hernu am  
 14.10.1982 in Paris<sup>4</sup>

Bezug: 1) Schreiben des BMVg von 15.10.1982 – 010-2821/82 geh. (liegt bei)<sup>5</sup>  
 2) Scheiben des BMVg vom 18.10.1982 (liegt bei)<sup>6</sup>

I. Der Gesprächsverlauf läßt folgende Schlüsse zu:

1) Das französische Interesse an engerer sicherheitspolitischer Zusammenarbeit hat sich durch den Regierungswechsel in Bonn<sup>7</sup> nicht vermindert. Es hat sich auch bestätigt, daß dieses Interesse jedenfalls teilweise auf französische Sorge wegen Entwicklungen in der BR Deutschland (Neutralismus; Pazifismus) beruht: Aus französischer Sicht könnte dem durch enge Einbindung bzw. durch das Angebot des Rückhalts bei einem (nichtamerikanischen) nuklearen Partner entgegengewirkt werden.

2) Operativ stellten die Franzosen zwei Themen in den Vordergrund.

a) Rüstungszusammenarbeit

Dies erklärt sich schon aus dem maßgeblichen Stellenwert des Rüstungsexports in F. (Daß die Exportfrage nicht angesprochen wurde, steht mit dieser Sachlage durchaus im Einklang.)

Dieses Thema sollte wegen seiner relativen Eigenständigkeit zunächst ausschließlich zwischen den beiden VM weiterbehandelt werden.<sup>8</sup>

b) Französische Streitkräfte-Strukturreform<sup>9</sup>

Dabei geht es offenbar um dreierlei:

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 20. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister vgl. Dok. 284.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 275.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Schreiben des Bundesministers Wörner vom 15. Oktober 1982 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14103 (010).

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Schreiben des Bundesministers Wörner vom 18. Oktober 1982 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14103 (010).

<sup>7</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>9</sup> Zur geplanten Neugliederung des französischen Heeres und seiner taktischen Nuklearwaffen-Einheiten vgl. Dok. 275, Anm. 4 und 9.

(i) Umdislozierung der FFA. Wir sehen uns also möglicherweise einem französischen „Master Restationing Plan“<sup>10</sup> gegenüber. Wegen der finanziellen Präjudizwirkung sollten wir den Franzosen (wie den Amerikanern) allenfalls Unterstützung gemäß NATO-Truppenstatut (SOFA<sup>11</sup>) in Aussicht stellen, d.h. Bereitstellung von Grundstücken und administrativer Hilfe.

(ii) Heeresreform

Hintergrund für die vage gebliebenen Pläne (Auflösung einer Division in Landau oder nur der Divisionsstäbe? Einführung „nuklearer Divisionen“) ist die Mittelknappheit, die sich für die konventionellen französischen Streitkräfte aus dem ehrgeizigen französischen nuklearstrategischen Programm ergibt.

Paris mag deshalb ausgerechnet in dem Zeitpunkt, in dem die NATO die konventionelle Abschreckungskomponente stärken will, seine eigenen Streitkräfte verringern wollen<sup>12</sup>.

Es liegt nahe, dies als „Strukturreform“ zu kaschieren.<sup>13</sup>

Wir sollten nicht nur grundsätzlich gegenüber dem Versuch, Quantität für Qualität zu opfern, Skepsis zeigen; wegen der besonderen Situation in der BR Deutschland müssen wir uns entschieden gegen jede Verminderung der Kopfstärke der FFA zur Wehr setzen (Auswirkungen auf die BAOR<sup>14</sup>! Rückwirkungen im MBFR-Zusammenhang! Senken der nuklearen Schwelle!).<sup>15</sup>

(iii) Modernisierung der taktisch-nuklearen Streitkräfte (Hades; weitreichende Luftbodenraketen; möglicherweise Neutronenwaffe<sup>16</sup>).

10 Die Wörter „französischen ‚Master Restationing Plan‘“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Staatssekretär von Staden vermerkte dazu handschriftlich: „Ich bin nicht sicher, ob unsere Haltung im Falle der USA wirklich richtig ist. M. E. sollte man darüber bei Gelegenheit im BSR noch einmal reden. (NATO-Infrastruktur ist allerdings noch wichtiger.)“

Zum Umstrukturierungsplan der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 79, Anm. 16.

Am 9. November 1982 berichtete Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Washington, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe Bundesminister Wörner am selben Tag zum „Master Restationing Plan“ (MRP) erklärt: „Zielsetzung des MRP sei die Stärkung der Vorneverteidigung. Im Kongreß erwarte man eine deutsche Beteiligung an der Finanzierung des Plans. Würde diese verweigert werden, müsse man mit der Streichung aller Infrastrukturmittel für die US-Streitkräfte in Deutschland rechnen. Man erwarte von der Bundesregierung kein Geld vor 1985, lediglich eine Zusage der finanziellen Beteiligung.“ Wörner habe dazu dargelegt: „Die Bundesregierung habe keine grundsätzlichen Einwände gegen MRP. Finanzielle Zusagen könne man z. Zt. wegen der bekannten Haushaltslage und nicht zuletzt wegen anderer Mehrleistungen für das Bündnis [...] nicht machen. Die Bundesregierung sei jedoch bereit, im Rahmen der vertraglichen Abmachungen Gespräche über eine schrittweise Verwirklichung des MRP zu führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4757; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

11 Status of Forces Agreement.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des NATO-Vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und für die Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1385.

12 Das Wort „wollen“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wahrscheinlich ‚contre-coeur‘, aber wegen Mittelzwängen.“

13 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Es kann in der Tat beides sein.“

14 British Army of the Rhine.

15 Der Passus „Verminderung ... Schwelle“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Häkchen.

16 Zu einer Ausrüstung der französischen Streitkräfte mit Neutronenwaffen vgl. Dok. 63, Anm. 18.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 19. Oktober 1982, am selben Tag sei in der Sit-

Auf diesem Gebiet verschränken sich die deutschen und französischen Interessen besonders intensiv:

- Frankreich behauptet letztlich, nur wenig modifiziert an der Strategie der massiven Abschreckung festzuhalten.<sup>17</sup> Paris weiß jedoch, daß diese Strategie seitens Frankreichs nicht glaubwürdiger als seitens der USA<sup>18</sup> ist. Daß es trotzdem sozusagen de jure die glaubwürdigere Strategie der flexiblen Antwort<sup>19</sup> ablehnt, beruht darauf, daß sich Frankreich de facto sicher sein kann, daß seine Entscheidung über den Einsatz seiner nuklearen Waffen<sup>20</sup> erst am Ende einer Serie von Entscheidungen im Vorfeld Frankreichs gefaßt werden müßte. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht nur Glacis, sondern das Gebiet, auf dem die Eskalationsstufen niedrigeren Grades durchlaufen würden, bevor Paris auf den Knopf drücken müßte. Paris muß vital an der Stabilität dieses Vorfeldes interessiert sein.
- Wir haben ein Interesse daran, daß sich F
  - an der Vorverteidigung<sup>21</sup> wenigstens planerisch beteiligt<sup>22</sup>;

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1455*

zung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis von französischer Seite mitgeteilt worden: „Die [französische] Regierung hat bisher über eine Produktion der Neutronenwaffe nicht entschieden. Eine solche Entscheidung könnte aber jederzeit getroffen werden. Die Produktion könnte nach einer solchen Entscheidung in kürzester Zeit stattfinden und zur Einsatzbereitschaft der Waffe in kürzester Zeit führen. Die französische Regierung hat sich von der Notwendigkeit leiten lassen, daß die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung nur bei fortdauernder Modernisierung erhalten werden kann. Die französische Regierung ist an Rüstungskontrollverhandlungen über nukleare Waffen derzeit nicht beteiligt und daher von deren Implikationen nicht betroffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1868; VS-Bd. 12067 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „De facto entwickelt sich F mit seiner [Neutronen]-Waffen-[Entwicklung] von dieser Strategie weg (‘dissuasion graduée’).“

<sup>18</sup> Zur Strategie der „massive retaliation“ vgl. Dok. 179, Anm. 26.

<sup>19</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>20</sup> Zu den französischen Plänen für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 103, Anm. 2. Vortragender Legationsrat Gruber erläuterte am 18. Oktober 1982: „Die Absprachen zwischen französischen und NATO-Stäben über die Operationspläne für das Eingreifen französischer Streitkräfte im Ernstfall betreffen nur die konventionelle Verteidigung. Sie sparen die Frage des Einsatzes von französischen Nuklearwaffen aus. Frankreich verfügt jedoch über ein ansehnliches Potential von taktischen Nuklearwaffen: 42 Pluton-Kurzstrecken-Raketen (120 km Reichweite); sie sollen durch weiterreichende Hades-Raketen (300 bis 400 km Reichweite) ersetzt werden; 76 Strike-Flugzeuge Mirage III bzw. Jaguar, für die eine Luft-Boden-Rakete in Entwicklung ist“. Vgl. VS-Bd. 11985 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>21</sup> Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

<sup>22</sup> Vortragender Legationsrat Gruber resümierte am 18. Oktober 1982 die Haltung Frankreichs zur Vorverteidigung: „Seit dem Austritt aus der integrierten Verteidigungsstruktur lehnt Frankreich eine Automatik des Eingreifens französischer Streitkräfte im Bündnisfall ab. Frankreich behält sich die politische Entscheidungsfreiheit vor. Diesem Postulat trägt das Abkommen Ailleret/Lemnitzer von 1967 Rechnung, das die Zusammenarbeit der französischen Streitkräfte mit der NATO in Europa-Mitte regelt. Im Rahmen dieses Abkommens haben französische und NATO-Stäbe (CENTAG) eine Reihe von Operationsplänen erarbeitet. Die französischen Streitkräfte würden sich im Ernstfall – nach einer politischen Entscheidung Frankreichs zum Eingreifen – diesen Plänen entsprechend am Verteidigungskampf der NATO beteiligen. Die Pläne schränken jedoch Raum und Zeitpunkt des Einsatzes der französischen Streitkräfte ein: kein Einsatz östlich der Linie Dortmund-Fulda-Nürnberg-München; Einsatz erst, wenn die übrigen NATO-Reserven eingesetzt sind und

- Konsultationen über den evtl. nuklearen Einsatz im Bündnis (und wenigstens bilateral) zugesagt.

Das Treffen Wörner–Hernu war in beider Hinsicht noch nicht vielversprechend<sup>23</sup>:

- Hernu hat eine Stationierung französischer nuklearer Waffen auf dem Bundesgebiet wegen der hiesigen innenpolitischen Situation vorerst ausgeschlossen, will uns also auch diesen Hebel für die Durchsetzung unseres Konsultationsbegehrens nicht in die Hand geben.
- Wenn uns F die Mitwirkung bei der Planung des nuklearen Einsatzes seiner bisherigen Kurzstreckenwaffen auf dem Bundesgebiet nicht einräumte, ist erst recht fraglich, ob es uns stärker hinsichtlich von Waffen beteiligen will, welche nicht zum Einsatz auf dem Bundesgebiet vorgesehen sind.

Wir müssen gleichwohl schon deshalb weiterhin auf unsere Beteiligung (im Bündnis) an der französischen nuklearen Planung dringen<sup>24</sup>, weil es prekärer denn je ist, daß ein Partner der Allianz durch isoliertes, eskalierendes Vorgehen über das Wohl und Wehe aller entscheiden könnte.

II. Der Gesprächsverlauf erhärtet m.E. die Richtigkeit des Vorschlags von Abt. 2, die Fortarbeit nach dem Treffen der vier Minister am 21.10. dem Bemühen zu widmen, die französische und die NATO-Strategie einander stärker anzunähern<sup>25</sup> (vgl. Ziffer 7 des Gesprächsleitfadens<sup>26</sup> in Fach 4).<sup>27</sup>

Pfeffer

VS-Bd. 11985 (201)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1456*

das Eingreifen der zweiten strategischen Staffel des Warschauer Pakts bevorsteht (ausschließliche Reserve-Rolle der französischen Streitkräfte).“ Vgl. VS-Bd. 11985 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Die Wörter „noch nicht vielversprechend“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es handelte sich um die ersten Sondierungen. Wir sollten behutsam und zielstrebig vorgehen: Es kommt dann auch sehr entscheidend auf das deutsche Echo an und auf absolutes Vertrauen in die Diskretion.“

Die Wörter „absolutes Vertrauen in die Diskretion“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu notierte er handschriftlich: „Auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der h[ie]s[i]gen] Position bei INF.“

<sup>24</sup> Der Passus „Beteiligung ... Planung dringen“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir sollten zunächst bilateral soviel wie möglich zu erfahren suchen. Die Einwirkung, wie auch immer, ist der nächste Schritt.“

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Selbst wenn dies unser Hauptziel wäre – und darüber kann man streiten –, dürfen wir das den F[rantzosen] gegenüber nicht so ausdrücken: sonst sind die Gespräche voreilig blockiert.“

<sup>26</sup> Für den von Referat 201 am 18. Oktober 1982 erstellten Gesprächsleitfaden vgl. VS-Bd. 11985 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>27</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Als Themen wurden vorgeschlagen: entweder: ‚Möglichkeiten zur Verbesserung der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit im Bündnis unter Berücksichtigung der nuklearen Komponente‘, oder: ‚Die Entwicklung der französischen Verteidigungsstrategie und ihr Verhältnis zur NATO-Strategie (Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Strategien der ‚dissuasion graduée‘ und der ‚flexiblen Antwort‘)‘.“

279

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.76 INF-1777/82 geheim****19. Oktober 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Sowjetisch-amerikanische Überlegungen für ein INF-Ergebnis

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung, die Vorlage als Grundlage für gemeinsame Überlegungen mit dem BMVg benutzen zu können

I. Rostow hat sich während der deutsch-amerikanischen Rüstungskontrollkonsultationen am 14./15.10.1982 gegenüber deutschen Gesprächspartnern (BK<sup>4</sup>, BM<sup>5</sup>, BMVg<sup>6</sup>, D2A<sup>7</sup>) zu sowjetisch-amerikanischen Überlegungen für ein INF-Ergebnis wie folgt geäußert:<sup>8</sup>

Nitze und Kwizinskij haben im Juni/Juli 1982 – meist auf Spaziergängen – sich darüber verständigt, daß sie, jeweils als Vorschlag der anderen Seite, ihren Regierungen ein von der Null-Lösung<sup>9</sup> abweichendes INF-Konzept unterbreiten wollten, ohne sich selbst damit zu identifizieren und ohne jegliche Verbindlichkeit. Dieses Konzept, das die nachstehenden Elemente enthält, wird inzwischen von beiden Regierungen als Non-Vorschlag betrachtet; es hat aber

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 20. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 4. November 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 14. Oktober 1982 vgl. Dok. 272.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 15. Oktober 1982 vgl. Dok. 274.

<sup>6</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Wörner am 15. Oktober 1982 erklärte der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, zu den INF-Verhandlungen: „Die jüngste Entwicklung in Genf sei gekennzeichnet durch eine merkliche Abkühlung der Atmosphäre seitens der sowjetischen Delegation. Sie verwerfe nach wie vor mit großer Emphase den westlichen Vorschlag einer beiderseitigen Null-Lösung, vertrete mit Nachdruck den bekannten 300:300-Vorschlag unter Einbeziehung der Drittstaatensysteme mit dem Ziel, die Nachrüstung zu verhindern, die Amerikaner aus Europa militärischen hinauszudrängen und Europa von Amerika abzukoppeln. Die sowjetischen Anschuldigungen, es sei amerikanische Schuld, daß die INF-Verhandlungen auf der Stelle träten, würden im selben Maße lauter, wie die Amerikaner durch Ausschöpfen der vorgegebenen Verhandlungsmarge die Sowjets in die Defensive drängten. In den Verhandlungen forderten sie nachdrücklich, daß der nächste Schritt von den Amerikanern getan werde, während sie selbst immobil verharrten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 14. Oktober 1982 vgl. Dok. 272, Anm. 11.

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Auf amerikanischer Seite sind laut Rostow lediglich der Präsident und Clark, Shultz und Eagleburger (nicht Burt!), Rostow, Grey, Nitze und Glitman unterrichtet. In den Stationierungsländern nur die SCG-Vertreter, der Außenminister, sein Stellvertreter und der Regierungschef. Rostow bat, auch bei uns den Kreis der Eingeweihten möglichst klein zu halten.“

<sup>9</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

für beide Seiten so viel für sich, daß zumindest die Amerikaner nicht ausschließen, daß es noch einmal verhandlungspolitische Relevanz erlangt.

1) Die in Europa stationierten und für Europa relevanten INF-Flugkörpersysteme beider Seiten werden auf 75 Abschußrampen TELs (Transporter Erector Launcher) begrenzt. Beide Seiten haben das Recht, selbst zu bestimmen, welche Systeme in diesen 75 TELs enthalten sein sollen (freedom to mix); d. h. auf östlicher Seite kommen dafür SS-4, SS-5 und SS-20, auf westlicher Seite Pershing II und GLCMs in Betracht.

2) Drittstaatsysteme sind in diesem Konzept nicht berücksichtigt.<sup>10</sup> Sowjetische Systeme, die nach sowjetischer Definition auf China gerichtet und im Osten der Sowjetunion disloziert sind, werden zahlenmäßig eingefroren.

3) Die Option, Pershing IA durch Pershing IB zu ersetzen, bleibt gewahrt.

4) Der geographische Geltungsbereich ist im Osten so abgegrenzt, daß die SS-20-Stellung bei Nowosibirsk nicht erfaßt, d. h. als gegenüber China disloziert betrachtet und somit lediglich eingefroren wird.<sup>11</sup>

5) Bei den Flugzeugen sollen einzelne, bestimmte, den genannten Flugkörpern in Reichweite vergleichbare Typen in kollaterale Regelungen einbezogen werden, wobei in erster Linie auf sowjetischer Seite (wenn er sich in START als nicht verhandelbar erweisen sollte) an Backfire und Fencer, auf westlicher Seite an F-111 gedacht wird.

## II. Vorläufige Analyse und Wertung

1) Mit dem wenn auch formlosen und wieder rückgängig gemachten Eingehen auf ein solches Konzept hat die sowjetische Seite erstmals anerkannt, daß nur durch einseitige sowjetische Reduzierungen gleiche Obergrenzen auf einem niedrigeren Niveau für amerikanische und sowjetische INF-Flugkörpersysteme erreicht werden können. Damit ist die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung<sup>12</sup>, die bisher Grundlage der gesamten sowjetischen Verhandlungskonzeption war, so stark erschüttert, daß sie sich auch in Zukunft kaum mehr als glaubhafte These in den Verhandlungen wird vertreten lassen. Rostow meint auch, daß die Sowjets damit ein wichtiges Argument verloren haben, wenn es zu einem späteren Zeitpunkt darum geht, der Öffentlichkeit Verhandlungsfehlschlag oder Verhandlungserfolg zu erläutern.

2) Bei der Frage, wie die vereinbarten TEL-Höchstgrenzen aufgefüllt werden, kommen sowohl militärische wie politisch-psychologische Erwägungen zum Tragen. Zu ersteren gehört, daß pro SS-20-TEL drei Sprengköpfe, pro SS-4/SS-5-TEL nur ein Sprengkopf disloziert werden kann. Auf westlicher Seite wären pro GLCM-TEL vier Sprengköpfe disloziert, wohingegen die Pershing II nur je einen Sprengkopf tragen würde. Das bedeutet, daß an Stelle jeder SS-4/SS-5 drei SS-20-Sprengköpfe und an Stelle jeder Pershing II vier GLCMs disloziert werden könnten.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher mit einem Kreuz hervorgehoben.

<sup>11</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie viele Spr[eng]köpfe (TELs?) 27 Spr[eng]köpfe.“

<sup>12</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 40.

Bei einer Konzentration auf SS-20 im Osten und auf GLCMs im Westen hätte der Westen um die vereinbarte TEL-Höchstgrenze (im Nitze-Kwizinskij-Konzept: 75) mehr Sprengköpfe als der Osten. Daraus folgt:

Die unterschiedliche militärische und politisch-psychologische Qualität ballistischer und nicht-ballistischer Flugkörper wurde als Schlüssel für den Kompromiß genutzt: Das mögliche zahlenmäßige Übergewicht bei nicht-ballistischen, langsam fliegenden GLCMs, die Vorwarnzeit gewähren und reinen Abschreckungscharakter haben, im Westen wird durch zwar weniger, aber kaum bekämpfbare ballistische Raketen auf östlicher Seite ausgeglichen.

3) Der geographische Anwendungsbereich wird zwar nach Osten über den Ural hinaus ausgedehnt, aber nicht so weit, daß von der im Ostteil der Sowjetunion gelegenen Stellung bei Nowosibirsk Teile von NATO-Europa (Skandinavien und Türkei) nicht erreicht werden könnten, wenn man für eine SS-20 eine Reichweite von 4500 km zugrunde legt. Dafür werden die in der östlichen Sowjetunion stationierten INF-Raketen vertraglich insoweit erfaßt, als sie zahlenmäßig eingefroren werden. Insofern ist das westliche Prinzip der globalen Erfassung der INF-Systeme gewahrt.

4) Die Zahl „75“, auf die sich Nitze und Kwizinskij verständigt haben, hat in sich keine Bedeutung. Da je SS-20-Stellung neun TELs disloziert sind, muß die Zahl ohnehin so abgeändert werden, daß sie durch neun teilbar wird.

5) Die Ablehnung des Nitze-Kwizinskij-Konzepts durch die Sowjetunion ist nicht begründet worden. Die amerikanische Seite vermutet, daß

- das Abweichen von der sowjetischen Gleichgewichtsbehauptung und das damit verbundene Eingeständnis, daß einseitige sowjetische Abrüstungsschritte zur Erreichung eines Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau erforderlich sind, einen wesentlichen Grund für die Ablehnung darstellen;
- die Sowjetunion die innenpolitischen Entwicklungen bei uns und die ins Auge gefaßten Wahlen vom 6. März 1983<sup>13</sup> sowie die weiteren Aktivitäten der Nachrüstungsgegner abwarten möchte.

Die Ablehnung durch die amerikanische Regierung geht – so Rostow – von zwei Schwachstellen des Konzepts aus:

- Der NSC und vor allem Präsident Reagan haben den dem Konzept inhärent zugrundeliegenden Verzicht auf Pershing II kritisiert;
- SoD<sup>14</sup> Weinberger hat beanstandet, daß die Nicht-Einbeziehung der SS-20-Stellung bei Nowosibirsk die Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit des NATO-Territoriums verletze.

6) Den Ausführungen Rostows lag stets zugrunde, daß die von Nitze und Kwizinskij angestellten Überlegungen nichts an der Einhaltung des Zeitplans für den Modernisierungsteil des Doppelbeschlusses ändern können. Die amerikanische Seite geht somit davon aus, daß die Dislozierungen der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland wie der GLCMs im VK und in Italien programmgemäß im Spätjahr 1983 anlaufen werden. Daran könnte lediglich eine

<sup>13</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>14</sup> Secretary of Defense.

zuvor vereinbarte, beiderseitige globale Null-Lösung etwas ändern, die allerdings nicht zu erwarten ist. Alle anderen Lösungen könnten bestenfalls den Endbestand der Modernisierung beeinflussen, nicht jedoch ihren Beginn.

### III. Folgerungen

1) Sowohl für die Verhandlungen wie für die Öffentlichkeitsarbeit wird es darauf ankommen, keinen Zweifel an unserem Festhalten an der beiderseitigen Null-Lösung als dem optimalen und die Dislozierung allein erübrigenden Ergebnis aufkommen zu lassen.

2) Sollte das Nitze-Kwizinskij-Konzept Verhandlungsgegenstand werden, muß herausgestellt werden, daß die Amerikaner lediglich, um sowjetischen Vorstellungen entgegenzukommen und um überhaupt ein Ergebnis aushandeln zu können, ihre Bereitschaft erklären, von der rüstungskontrollpolitisch optimalen<sup>15</sup> Null-Lösung abzuweichen. Auch muß betont werden, daß diese Abweichung in vollem Umfang von dem dem Doppelbeschluß zugrundeliegenden Integrated Decision Document<sup>16</sup> abgedeckt ist.

3) Für uns und für das Bündnis insgesamt führt jedes Ergebnis, das von der beiderseitigen Null-Lösung abweicht, zu den vorgesehenen Zeitpunkten zu dem geplanten Dislozierungsbeginn. Lediglich der Gesamtumfang und der Mix auf westlicher Seite kann an konkreten Verhandlungsergebnissen, die über Null liegen, überprüft werden.

4) Die Bundesregierung wird aus ihrer sicherheitspolitischen Sicht vorsorglich prüfen müssen, welcher Waffen-Mix für sie gegebenenfalls annehmbar wäre. Das Bündnis wird prüfen müssen, wie sich die neuen Systeme unterhalb der geplanten Zahl von 572 auf die in Betracht kommenden Dislozierungsstaaten verteilen sollen.

Ruth

**VS-Bd. 11350 (220)**

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „durch die SU aber konsequent abgelehnten“.

<sup>16</sup> Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

280

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth**

222-370.45

19. Oktober 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Billigung von Ziffer 6 und um Weiterleitung je eines Exemplars an Staatsminister Möllemann und Staatsminister Dr. Mertes

Betr.: Stand der Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen<sup>4</sup>

## 1) C-Waffen-Verbot

Das Genfer Protokoll von 1925<sup>5</sup> hat den Einsatz von B- und C-Waffen verboten. Während es bei B-Waffen seit 1972 ein Übereinkommen zum Verbot der Herstellung, Entwicklung und Lagerung<sup>6</sup> gibt, das allerdings im Hinblick auf die ungenügende Verifizierung Probleme aufgeworfen hat (Swerdlowsk<sup>7</sup>, Toxinwaffeneinsatz in Indochina<sup>8</sup>), fehlt für den Bereich der C-Waffen noch ein umfassendes Verbotsabkommen. Hierüber zu verhandeln, haben sich die Vertragsstaaten in Art. IX des B-Waffen-Übereinkommens verpflichtet.

Der Abrüstungsausschuß in Genf hat das Mandat, durch Ausarbeitung eines umfassenden und verifizierbaren Abkommens, das Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen verbietet und die Vernichtung der bestehenden Vorräte und Produktionseinrichtungen vorsieht, die C-Waffen überhaupt abzuschaffen. Allerdings betrachten die USA, denen eine Schlüsselrolle zukommt, dieses Mandat noch nicht im engeren Sinne als Verhandlungsmandat.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der 1977 bis 1980 geführten amerikanisch-sowjetischen C-Waffen-Verhandlungen<sup>9</sup> konnten wesentliche Grundsatz-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Vortragendem Legationsrat Kunz konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 28. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich die Bitte um Rücksprache mit Staatssekretär von Staden und Botschafter Ruth vermerkte.

Hat Staden am 18. November 1982 erneut vorgelegen, der für Ruth handschriftlich vermerkte: „BM bittet Sie, diese R[ücksprache] wahrzunehmen.“

<sup>4</sup> Zu den Bemühungen um ein Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen vgl. Dok. 170, Anm. 28 und 29.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 133–138.

<sup>7</sup> Der plötzliche Ausbruch einer Seuche im April 1979 in der sowjetischen Stadt Swerdlowsk wurde als mögliche Folge eines Unfalls mit biologischen Kampfstoffen gewertet. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 87.

<sup>8</sup> Zum Vorwurf der USA, die UdSSR beteilige sich am Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos, vgl. Dok. 104, Anm. 20.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Gemeinsamen Bericht der USA und der UdSSR vom 7. Juli 1980 über den Fortschritt der bilateralen Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVIII (1980), S. 389–392.

einigungen über Teilbereiche erzielt werden, z. B. über Verbotsumfang, Definitionen, Pflicht zur Deklaration vorhandener Bestände, einen zehnjährigen Zeitrahmen für die Vernichtung von Beständen und Produktionseinrichtungen.

Die wichtigsten noch offenen Probleme beziehen sich auf die Frage einer verlässlichen Verifikation der Einhaltung eines C-Waffen-Verbotsabkommens. Sowohl die Vernichtung der vorhandenen C-Waffen-Bestände und Produktionseinrichtungen als auch die Nichtherstellung von C-Waffen müssen effektiv überwacht werden. In diesem Zusammenhang wirft die Tatsache, daß kommerzielle chemische Substanzen (z. B. solche, die für Pflanzen- und Flammenschutzmittel erforderlich sind) als Ausgangsstoffe für C-Waffen dienen können, besondere Probleme auf. Für die wirksame Kontrolle eines C-Waffen-Verbotsabkommens sind internationale Ortsinspektionen unerlässlich.

2) Aufgrund der Erfahrungen mit internationalen Kontrollen ihres 1954 ausgesprochenen Verzichts auf die Herstellung von C-Waffen<sup>10</sup> hat die Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Diskussion eines C-Waffen-Verbots wesentlich beigetragen. 1982 haben wir in verschiedenen Arbeitspapieren ein umfassendes und praktikables Verifizierungsmodell vorgestellt.<sup>11</sup> Es sieht insbesondere Regelinspektionen und Inspektionen in Verdachtsfällen vor und betraut einen internationalen beratenden Sachverständigenausschuß mit der Durchführung dieser Inspektionen. Für die Regelkontrolle haben wir den Gedanken eines Losverfahrens in die internationale Diskussion aufgeführt. Auf diese Weise würde der personelle und finanzielle Aufwand auf ein vernünftiges Maß begrenzt und dennoch für jeden potentiellen Rechtsbrecher ein hohes Entdeckungsrisiko geschaffen.

3) Die aktuelle Verhandlungssituation nach der Sommersitzung 1982<sup>12</sup> ist dadurch gekennzeichnet, daß eine entsprechend den Einzelementen eines künft-

<sup>10</sup> Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

<sup>11</sup> Zur Initiative der Bundesrepublik für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 250, Anm. 14. Botschafter Wegener, Genf (CD), rekapitulierte am 17. September 1982 die von der Bundesrepublik im Genfer Abrüstungsausschuß vorgelegten Vorschläge zur Verifikation eines Abkommens über ein Verbot chemischer Waffen: „Das von uns noch kurz vor Beendigung der Sitzungsperiode eingeführte Arbeitspapier CD/326 konnte nicht mehr behandelt werden. Wir haben mit ihm unseren in CD/265 entwickelten Verifikationsansatz präzisiert und weiterentwickelt. Die ursprünglich von Japan, USA und Frankreich erhobenen Bedenken, wir würden durch die Einführung von Vertragssprache langfristig westliche Positionen durch unsere – auch unseren Partnern teilweise zu weit gehenden – Verifikationsforderungen präjudizieren, konnten durch eine Verknüpfung unseres Papiers mit den in CD/265 zur Diskussion gestellten Vorschlägen sowie intensiven Konsultationen ausgeräumt werden. Unser Papier hat wegen seines Angebots an Vertragssprache Aussicht, in der Frühjahrssitzung auch vom Osten anerkannt und als Grundlage für Kompromißposition herangezogen zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1703; Referat 222, Bd. 124540.

<sup>12</sup> Am 17. September 1982 informierte Botschafter Wegener, Genf (CD), über die „Arbeitsgruppe chemische Waffen (CW-AG)“ des Genfer Abrüstungsausschusses: „Die Sommersitzung 1982 war für die CW-AG [...] nicht nur außergewöhnlich arbeitsintensiv, es haben trotz verkürzter Sitzungszeit rund doppelt so viele Sitzungen wie in den Vorjahren stattgefunden, es war auch eine besonders erfolgreiche Session. Grundlage für dieses positive Ergebnis war die Verlagerung der Verhandlungen auf neun Kontaktgruppen, in denen sowohl konzeptionelle politische wie auch für die Durchführung der Konventionsbestimmungen wichtige technische Probleme in breiter Auffächerung erörtert wurden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1702; Referat 222, Bd. 124540.

tigen Abkommens strukturierte Bestandsaufnahme der Positionen vorliegt. Sie weist die unterschiedlichen Abstufungen des Einvernehmens aus: Nachdem die Sowjetunion in im Sommer 1982 zunächst bei der 2. SGV in New York<sup>13</sup> gemachten Vorschlägen erstmals dem Prinzip regelmäßiger Ortsinspektionen für die Überwachung bestimmter Verpflichtungen eines C-Waffen-Verbotsabkommens zugestimmt hat, sind von den noch strittigen Komplexen drei lösungsreif, nämlich Deklaration der C-Waffen-Bestände und -Produktionseinrichtungen, Vernichtung von CW-Beständen und Kontrolle der für Schutzzwecke erlaubten Produktion von besonders gefährlichen („supertoxischen“) Kampfstoffen. Entfernt sind die Positionen noch hinsichtlich der Vernichtung von CW-Produktionsanlagen, der Nichtproduktion von C-Waffen, der Ausgestaltung spezieller Ortsinspektionen in Verdachtsfällen sowie hinsichtlich der Befugnisse des beratenden Expertenausschusses in diesen Fragen.

4) Nach unserer Auffassung ist es nunmehr an der Zeit, daß der CD aufgrund seines Mandats die offenen Fragen Schritt für Schritt mit dem Ziel behandelt, Kompromißlösungen zu finden und entsprechende Vereinbarungen über den Vertragstext zu erreichen. Da in einer Reihe der in oben 3) genannten Fragen die nationalen Auffassungen der westlichen CD-Mitglieder noch auseinandergehen, ist Voraussetzung hierfür die Herbeiführung von einheitlichen Positionen des Westens. Wir haben mit einem nach interner westlicher Abstimmung im CD Anfang September d.J. eingeführten Arbeitspapier einen Anstoß in diese Richtung gegeben.<sup>14</sup> Das Papier enthält Vorschläge, wie die Verpflichtungen über die abzugebenden Erklärungen von C-Waffen-Beständen und -Produktionsmitteln und die Verifikationsverpflichtungen in konkreter Vertragssprache aussehen könnten.

Ausschlaggebend für das weitere Vorgehen in Genf wird es sein, daß die insoweit noch zögernden USA konkreten, ergebnisorientierten Verhandlungen über die offenen Fragen eines C-Waffen-Verbotsabkommens zustimmen. Unter gleichzeitiger Bekräftigung ihres prioritären Interesses an einem völligen Verbot von chemischen Waffen haben die USA im Februar d.J. als Reaktion auf die anhaltende Produktion derartiger Waffen durch die Staaten des Warschauer Pakts beschlossen, eine Modernisierung ihres eigenen veralteten Potentials einzuleiten und die seit 1969 eingestellte Produktion dieser Waffen wiederaufzunehmen.<sup>15</sup> Ein wesentlicher Teil der von der Regierung für ein Fünf-Jahres-Programm zur Entwicklung, Produktion und Lagerung neuer binärer chemischer Waffen im Haushalt für 1983 beantragten Mittel wurde vom Kongreß aber nicht bewilligt.

5) Unser eigenes Interesse an intensiven Verhandlungen des Genfer Ausschusses über ein C-Waffen-Verbot beruht vor allem auf folgenden Gründen:

<sup>13</sup> Zur VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 vgl. Dok. 215. Zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 16. Juni 1982 in New York vgl. Dok. 170, Anm. 29.

<sup>14</sup> Für das von der Bundesrepublik am 6. September 1982 dem Genfer Abrüstungsausschuß (CD) vorgelegte Arbeitspapier „Chemical Weapons Convention: Proposals on ‚Declaration‘, ‚Verification‘ and the ‚Consultative Committee““ vgl. Referat 222, Bd. 124540.

<sup>15</sup> Zur geplanten Modernisierung der amerikanischen Bestände an chemischen Waffen vgl. Dok. 54, Anm. 24.

- Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar für sich selbst 1954 auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet. Aufgrund des Deutschland-<sup>16</sup> und des Aufenthaltsvertrages<sup>17</sup> sind jedoch amerikanische C-Waffen bei uns stationiert; sie bilden den Gegenstand erheblicher innenpolitischer Auseinandersetzungen.<sup>18</sup>
- Die Auseinandersetzungen über die C-Waffen-Stationierung treten zu den Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß hinzu und führen zu erhöhter Emotionalisierung der sicherheitspolitischen Diskussion. Rüstungskontrollpolitische Aktivität der Bundesregierung kann dieser Entwicklung begegnen.
- Der einseitige Abzug der amerikanischen C-Waffen aus Europa würde die C-Waffen-Bedrohung des Westens durch den Warschauer Pakt nicht beseitigen.
- Die Verhandlungen über ein weltweites C-Waffen-Verbot sind weit fortgeschritten, so daß hier am ehesten rüstungskontrollpolitische Ergebnisse zu erwarten sind. Diese Ergebnisse würden auch auf andere Bereiche der Rüstungskontrolle ausstrahlen.

6) Es gilt, dieses Interesse sowohl gegenüber den USA bilateral als auch innerhalb der Allianz zu betonen und insbesondere auf Ausschöpfung des dem Genfer Abrüstungsausschuß erteilten Mandats zu drängen. Chemische Waffen können im Rahmen eines weltweiten Verbotsabkommens für den Westen um so eher zur Disposition stehen, als sie innerhalb der Allianzstrategie der flexiblen Reaktion<sup>19</sup> neben konventionellen und nuklearen Kräften keinen eigenen Platz haben. Ihr Einsatz kommt allenfalls als mögliche Reaktion auf einen – das Völkerrecht verletzenden – Ersteinsatz durch den Warschauer Pakt in Betracht.<sup>20</sup>

Die Referate 201, 500 und 514 haben mitgezeichnet.

Ruth

#### Referat 222, Bd. 124540

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 23. Oktober 1954 zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

<sup>18</sup> Am 14. September 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann über eine Resortbesprechung am selben Tag zur Lagerung chemischer Waffen in der Bundesrepublik: „MD von der Gablentz stellte fest, daß sich die öffentliche Diskussion weiter zu intensivieren drohe. Symptome seien die angekündigte Verfassungsbeschwerde von Lehlbach; ein soeben eingegangener Brief des DGB-Vorsitzenden an den BK mit der Forderung nach Abzug aller CW vom Bundesgebiet und ihrer Vernichtung; die nur bis Oktober zurückgestellten parlamentarischen Anfragen des Ab[geordneten] Hirsch, MdB (FDP), vom 20.8.1982 bzw. 8.9.1982, mit denen erstmals die Frage nach einem deutschen Vetorecht im CW-Zusammenhang gestellt werde.“ Vgl. VS-Bd. 12068 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>20</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt notierte am 16. Juli 1982, Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann habe in einer Hausbesprechung die Planungen der NATO für einen Einsatz chemischer Waffen skizziert: „Der chemische Einsatz würde im Ernstfall wohl ebenso konsultiert wie der Nukleareinsatz. Wenn also die östliche Seite mit chemischen Kampfmitteln vorgehe, würden die USA möglicherweise ihrerseits den Einsatz chemischer Kampfmittel vorschlagen. Das Bündnis würde hierüber konsultieren. Es gebe kein Veto-Recht eines Staates, doch komme der Stimme

## Oberst i. G. Oldigs, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15021/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4418

Aufgabe: 19. Oktober 1982, 19.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Oktober 1982, 00.52 Uhr

Betr.: Besuch Bundesminister a. D. Dr. Erhard Eppler in den USA in der Zeit vom 12. bis 16.10.82;  
hier: Gespräche im Pentagon mit BrigGen<sup>2</sup> John R. Lasater, Deputy Assistant Secretary for European and NATO Policy (ISP<sup>3</sup>), und mit Dr. William Hoehn, Principal Deputy Assistant Secretary, International Security, am 15. Oktober 1982

Aus den Gesprächen werden folgende Hauptaussagen wiedergegeben:

### I. General Lasater

1) Auf Frage nach den Fortschritten der INF-Verhandlungen<sup>4</sup> (beide Seiten, SU und US würden sich gegenseitig Desinteresse an Verhandlungsergebnissen vorwerfen) antwortet General Lasater:

- Dies sei ein falscher Eindruck, US-Seite hätte großes Interesse an Erfolg der Gespräche, jedoch gäbe es auf sowjetischer Seite voraussichtlich erst Bewegung, wenn die Dislozierung der Pershing II und GLCM in Europa begonnen habe.
- US-Seite sei nach Genf gegangen, um eine Übereinkunft zu erzielen, nicht aufgrund des Drucks durch die öffentliche Meinung.
- Für die Abdeckung militärischer Ziele in Europa benötige SU nur 680 Raketen.<sup>5</sup> Frage sei, wozu der Rest benötigt würde.
- Null-Option sei weiterhin amerikanische Verhandlungsposition.<sup>6</sup> Wenn Verhandlungsziel nur Reduktion wäre, würde die SU mit einer Zahl über 680

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1465*

des meistbetroffenen Landes das größte Gewicht zu. Chemische Kampfmittel würden von der allgemeinen Strategie der ‚flexible response‘ erfaßt. Nach dieser sei die chemische Waffe keine eigene Eskalationsstufe. In Planspielen sei ein chemischer Einsatz des Ostens als Grund für Überschreitung der nuklearen Schwelle angesehen worden. Der chemische Einsatz sei, wie schon vorher erwähnt, von westlicher Seite als retaliation und nicht bloß als Repressalie vorgesehen. Da andere Streitkräfte keine Teilhabe an chemischen Kampfmitteln hätten, würden sie ggf. nur von den USA eingesetzt. Die Bundeswehr sei nur defensiv beteiligt (z. B. decontamination); das BMI über den Zivilschutz.“ Vgl. VS-Bd. 12407 (503); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und den Vortragenden Legationsräten Bolewski und Boden am 20. Oktober 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Brigadegeneral.

<sup>3</sup> International Security Policy.

<sup>4</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 279.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Boden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wieviel Sprengköpfe. Wie weiß er, was Sowjets als viel betrachten?“

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

herauskommen; die USA würden dann alles in Europa aufgeben, und die SU habe ihr Ziel erreicht.

- Was US beunruhige, sei eine neue sowjetische Strategie, die unter dem Schutz der SS-20 implementiert werde.
- 2) Auf Frage nach der neuen sowjetischen Strategie führt General Lasater aus:
- Diese Strategie habe man in den letzten fünf Jahren durch Beobachtung sowjetischer Manöver feststellen können.
  - Sie bestehe im Prinzip daraus, daß die SU mit besonderen Kräften durch die westliche Verteidigungslinie breche, um strategisch wichtige Punkte (z.B. Flugplätze, Nuklearwaffenlager) zu nehmen. Durch eine derartige schnelle Operation solle die NATO am Einsatz von atomaren Gefechtsfeldwaffen gehindert werden.
  - Zum Zeitbedarf für die Freigabe des Einsatzes nuklearer Waffen sagt General Lasater, daß niemand genau sagen könne, wie lange der NATO-Rat für eine derartige Entscheidung benötige. Nach seiner Einschätzung ziele die neue sowjetische Strategie darauf ab, wichtige strategische Punkte in weniger als zwölf Stunden einnehmen zu können.
- 3) Auf Frage, weshalb in 15 Jahren (1962 bis 1977) kein US-Präsident oder Verteidigungsminister sich über die SS-4 und SS-5, die Europa bedrohten, gesorgt habe, sagt General Lasater:
- Zielgenauigkeit der SS-4 und SS-5 sei sehr gering, deshalb habe man sie mit wenig Sorge betrachtet.
  - SU habe in den letzten zehn Jahren jedoch modernere Waffen wie SS-18 und vor allem schwere strategische Raketen von großer Genauigkeit entwickelt.
- 4) Zur Frage des No-first-use<sup>7</sup>:
- NATO könne First-use-Option nicht aufgeben, gehöre zur Strategie der „flexible response“.<sup>8</sup> Ein Verzicht des Westens auf Möglichkeit des First-use würde Abschreckung vermindern.
- 5) Auf Frage, warum US-Seite nicht auf Breschnews Vorschlag eines Moratoriums<sup>9</sup> mit einseitiger Reduktion bei den INF eingegangen sei und keine Spezifizierung dieses Angebots gefordert habe, antwortet General Lasater:
- Man habe das Angebot sorgfältig geprüft und habe nichts Neues darin entdecken können.
  - Man habe Antwort darauf bereits gewußt: Das US-Nuklearwaffenpotential wäre „eingefroren“ worden und die SU hätte mit dem geschätzten Bedarf an 680 Raketen zur Zielabdeckung und einem noch darüber hinausgehenden Raketenbestand ihr Ziel erreicht.
- 6) Dr. Eppler weist darauf hin, daß der neue Ansatz eben die „einseitige Reduzierung“ auf seiten der Sowjets gewesen sei und daß er von sowjetischer Seite ge-

<sup>7</sup> Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>8</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>9</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

hört habe, daß auch Nitze niemals die Frage nach Spezifizierung gestellt habe. Diese Tatsache würde Argwohn in Europa wachrufen. Wenn US-Seite den Sowjets nicht traue, sollte man sie zwingen, die Karten auf den Tisch zu legen.<sup>10</sup> Moratorium hätte Beginn von Verhandlungen sein können. So entstehe der Eindruck, daß die derzeitige Administration mehr an der Dislozierung interessiert sei als an einer Verringerung der SS-20.

General Lasater antwortet darauf, daß dies nicht richtig sei. Die SU würde erst dann ernsthaft verhandeln, wenn die USA selber etwas in der Hand hätten. Z. Z. des Moratorium-Angebots habe man tatsächlich nichts gehabt, und so sei sein Eindruck, daß es Erfolg in den INF-Verhandlungen erst geben könne, wenn die Dislozierung in Europa begonnen habe.

II. Dr. Hoehn (weitere Teilnehmer: Mr. Stephen R. Hanmer, Deputy Director Theater Nuclear Policy (ISP))

1) Dr. Eppler knüpft an das Gespräch mit General Lasater an und berichtet über seine Eindrücke aus Gesprächen mit den Sowjets. Für Europa sei es ein schlechtes Gefühl, wenn man den Eindruck habe, daß nach Meinung der SU<sup>11</sup> die USA mehr an Dislozierung als an der Reduktion interessiert seien, und wenn man im State Department und im Pentagon höre, daß die SU nicht an Verhandlungsergebnissen bei INF interessiert sei.

Mr. Hanmer antwortet hierauf, daß er die Erfolgsaussichten der Genfer Verhandlungen nicht pessimistisch einschätze.

- Je näher das Datum der Dislozierung komme, um so ernsthafter würde die SU verhandeln.
- Selbst wenn Dislozierung bereits begonnen habe, sei US-Seite bereit, begonnene Infrastruktur zu zerstören, wenn entsprechende Verhandlungsergebnisse das erforderlich machten.
- Es käme darauf an, den Sowjets zu zeigen, daß es dem Westen mit der Dislozierung ernst sei.
- Er sei optimistisch in bezug auf Verhandlungserfolg.

2) Auf Frage, ob Reagans Null-Option eine Chance habe, von der SU angenommen zu werden, antwortet Dr. Hoehn:

- Nach seiner Meinung ja, da dies der einzige Weg sei, um die Sicherheit zu erhöhen.

<sup>10</sup> Botschafter Hermes, Washington, resümierte am 19. Oktober 1982 Informationen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium zu SS-20-Stationierungen, die auch noch nach dem Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 erfolgt seien: „Seit der Rede Breschnews seien insgesamt drei neue SS-20-Stellungen im westlichen Teil der SU fertiggestellt worden, die z. Zt. der Rede in Bau gewesen seien. Jede dieser drei Stellungen sei mit neun Raketen bestückt, so daß die Gesamtzahl dislozierter SS-20 z. Zt. 324 mit insgesamt 972 Sprengköpfen betrage. [...] Neben den seit der Breschnew-Rede fertiggestellten drei neuen Basen seien mindestens zwei, vielleicht auch drei weitere im Bau. An der Fertigstellung von zweien werde z. Zt. gearbeitet. Sie befänden sich in einem geographischen Raum, von dem aus die SS-20 Westeuropa erreichen könne. Mit der Fertigstellung dieser Basen sei in der ersten Hälfte 1983 zu rechnen. Die Arbeit an der dritten sei z. Zt. unterbrochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4410; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Die „Wörter „nach Meinung der SU“ wurden von Vortragendem Legationsrat Boden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Woher kennt er sowj[etische] Meinung?“

- Selbst nur wenige sowjetische Raketen könnten im Einsatzfall in Europa verheerende Wirkungen verursachen.
  - Ohne SS-20, Pershing II und GLCM gäbe es mehr „crisis stability“.
- 3) Auf Frage nach dem Zeitpunkt der Dislozierung antwortet Hanmer, daß Ende 1983 als Zeitpunkt eingehalten würde. Von der technischen Seite her gäbe es keine Gründe, die gegen die Einhaltung dieses Termins sprächen.
- 4) Auf Frage, ob man überlegt habe, auf seegestützte CM auszuweichen, antwortet Hanmer:
- Dislozierung von landgestützten CM sei Wunsch der Europäer gewesen;
  - da Einsatzverfahren für seegestützte CM schwierig sei, habe man keine Alternativ-Planung ins Auge gefaßt. Man entwickle jedoch seegestützte CM als strategische Reserve.<sup>12</sup>
- 5) Auf Frage, ob die US-Haltung in Genf sich ändern werde, antwortet Hanmer:
- Man habe keinerlei positive Signale von der SU erhalten.
  - SU trachte danach, Besitzstand zu bewahren.
- 6) Auf Frage, ob man in Genf sich Verhandlungsergebnisse vorstellen könne, welche das englische und französische INF-Potential nicht enthielten, antwortet Dr. Hoehn:
- Englische und französische Nuklearstreitkräfte unterstützten nationalem, nicht NATO-Kommando.
  - Über diese Frage müsse die SU separat mit England und Frankreich verhandeln.
  - Er glaube jedoch, daß die englischen und französischen Nuklearstreitkräfte auf dem Wege zu einem Abkommen nicht ein so großes Hindernis darstellten, wie die SU das bisher vorgäbe.
  - Wenn man UK- und F-Kräfte jetzt einbeziehe, gäbe es kein Abkommen.
  - Es wäre ein ernster Fehler, wenn man diese Kräfte <sup>13</sup>in die jetzt laufenden Verhandlungen einbringen würde.

Anmerkung:

Vorstehendes Gesprächsprotokoll hat Dr. Eppler gelesen und gebilligt.

Bei der unter I.2) von Brigadegeneral Lasater erwähnten neuen sowjetischen Strategie handelt es sich u.E. um das bereits bekannte Konzept des „kühnen Stoßes“. Neu dabei ist, daß diese Art Operationsführung unter dem Schirm der SS-20 dazu führen soll, die NATO am Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu hindern.

[gez.] Oldigs

**VS-Bd. 11981 (201)**

<sup>12</sup> Zu der von der amerikanischen Marine geplanten Beschaffung von seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vgl. Dok. 62, Anm. 11.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4419 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

## 282

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy

Geheim

21. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Mauroy am Donnerstag, dem 21. Oktober 1982, 18.00 Uhr bis ca. 19.00 Uhr<sup>2</sup>

Anwesend bei dem Gespräch waren auch Bernard Garcia, diplomatischer Berater des PM, und MDg Dr. Zeller sowie Dolmetscher.

*Bundeskanzler* erwähnt einleitend das Stahlbeschränkungsabkommen<sup>3</sup> und äußert die Hoffnung, daß das Abkommen auch im Sinne F's sei. Er erwähnt die Probleme, die uns, und im besonderen einigen Regionen bei uns (Saar ohne Alternative), aus dem Rückgang der Stahlindustrie entstehen.

*PM* dankt sehr nachdrücklich für unsere Haltung. Er hat Verständnis für die Probleme, da er selbst aus einer ähnlich strukturierten Region stammt.

*Bundeskanzler* spricht sodann kurz die Lage in Polen und deren Auswirkungen auf die DDR an.

*PM* erläutert die Wirtschaftslage in F und die französische Wirtschaftspolitik.

Zwischen uns beiden gibt es politische und wirtschaftliche Konvergenzen, aber auch Divergenzen, sowohl hinsichtlich der Methoden wie auch der Ergebnisse. Dies habe vielleicht weniger mit den verschiedenen politischen Ausrichtungen der Regierungen als mit Unterschieden unter den Ländern zu tun.

Die französische Wirtschaftspolitik wird von zwei Notwendigkeiten bestimmt: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die jetzt die Zwei-Millionen-Grenze überschritten hat und deren weiteren Anstieg die französische Regierung verhindern will; die teure Sozialpolitik unter Kontrolle zu bringen. Seiner persönlichen Meinung nach müßte dem eine Politik der Arbeitszeitverkürzung folgen. Hierüber sei die Diskussion in F im Gange.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 23. Oktober 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Am 21./22. Oktober 1982 fanden deutsch-französische Konsultationen statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 25. Oktober 1982 mit: „Konsultationen sind, wie nicht anders zu erwarten, in sehr freundlicher Atmosphäre abgelaufen. Präsident Mitterrand bezeichnete die Gipfelgespräche nach dem bedeutenden innenpolitischen Wechsel in der Bundesrepublik als besonders willkommene Gelegenheit, Kontinuität in der beiderseitigen Zusammenarbeit zu unterstreichen.“ Zu den Konsultationen im Bereich der Sicherheitspolitik habe Mitterrand ferner dargelegt, „daß die getroffenen Absprachen keine grundlegende Änderung im Bereich der Strategie beinhalten. Von einem Anschluß der Bundesrepublik Deutschland an die Nuklearstrategie Frankreichs könne nicht die Rede sein, ebensowenig von einem nuklearen Technologietransfer nach Deutschland. Auch sei es nicht darum gegangen, für die Entwicklung der französischen Nuklearstreitmacht von Deutschland eine finanzielle Beteiligung zu erhalten oder gar zu verlangen. [...] Im Vordergrund habe vielmehr die Modernisierung der französischen taktischen Streitmacht gestanden und vor allem der Gedanke, daß die spezifisch deutschen Sicherheitsprobleme, die von Frankreich abhängen, im voraus von Deutschland und Frankreich geprüft werden müßten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 94; Referat 012, Bd. 124420.

Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. ebenfalls Dok. 283 und Dok. 284.

<sup>3</sup> Zur Einigung mit den USA über Stahlimporte aus den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 277, Anm. 40.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach der demographischen Entwicklung in F stellt *Mauroy* fest, daß F es jetzt mit einem starken Andrang der jungen Leute im beginnenden arbeitsfähigen Alter zu tun habe. Die Geburtenrate ist gesunken, sie war aber vorher stark. Die Folge ist, daß in F pro Jahr 150 000 Arbeitsplätze gefunden werden müssen. Dies wird etwas weniger sein nach 1983. Im übrigen ist die demographische Struktur Frankreichs gesund.

Die Regierung ist bemüht, die Inflationsrate, die sie mit 14 % beim Regierungsantritt übernommen hat, langsam zu senken. F will aber keine deflatorische Politik wie in GB betreiben. Mit dem Preis- und Lohnstopp will die Regierung die Inflationsrate auf 10 % im Dezember herunterbringen und auf 8 % Ende 1983: Dieser Stopp ist eine Roßkur, ist aber akzeptiert worden, und zwar besser als man hoffen konnte.

Die meisten Wirtschaftsindikatoren in Frankreich stehen noch nicht auf grün, wohl aber auf orange. Ein Indikator leuchtet allerdings rot auf, nämlich der Außenhandel. Das Außenhandelsdefizit habe dramatisch zugenommen mit gravierenden Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz. Noch hat die Regierung keine endgültigen Entscheidungen getroffen.

Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung war auch, daß in F in den letzten anderthalb Jahren das Wachstum im Vergleich zu anderen Industriestaaten am wenigsten gering ausgefallen ist (2%). Daraus hat sich unter den Regeln des Gemeinsamen Marktes ein Einfuhrgefälle mit der Folge ergeben, daß den Partnern das französische Wachstum ebenso genutzt hat wie der französischen Industrie.

Im deutsch-französischen Handel ist das französische Defizit von 17 Mrd. Francs 1980 auf 23 Mrd. Francs 1981 und in diesem Jahr auf wohl 32 Mrd. Francs gestiegen. Für die Regierung ist diese Lage außerordentlich besorgniserregend. Eine Politik aktiver Zusammenarbeit setzt voraus, daß wir zu ausgewogeneren Zuständen zurückkehren. Nur so könne das europäische System wirklich funktionieren und auch das EWS.<sup>4</sup> PM führt dies noch weiter aus.

Über mögliche Lösungen wird er mit den deutschen Ministern sprechen. Alle Lösungen sind freilich schwierig. Weil dies so ist, legt er auch großen Wert darauf, Ihnen dies vorzutragen.

*Bundeskanzler* bemerkt, daß auch unsere Lage schwierig ist und die wichtigste Aufgabe der Regierung, wie in F die Arbeitslosigkeit zu stoppen und die Wirtschaft zu beleben.

<sup>4</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 7. Oktober 1982 wurde festgestellt: „In den auf die letzte Leitkursanpassung im EWS am 12. Juni 1982 folgenden Monaten verlief die Währungsentwicklung relativ ruhig. Erwartungsgemäß lagen die DM und der hfl aufgrund von Rückflüssen spekulativer Gelder zunächst am unteren Rand des Währungsbandes, während die Währungen der Abwertungsländer im oberen Bereich lagen. Ab Mitte Juni ließen die Rückflüsse nach; die Ausschöpfung des Bandes sank unter zwei Prozent. Ende August schwächten Spekulationen um ein Ausscheiden des FF aus dem EWS bzw. um eine erneute Abwertung die französische Währung. Die Unruhen ließen nach, nachdem die französische Regierung die Gerüchte energisch dementiert und ihre Absicht zur vollen Durchführung ihres angekündigten Stabilisierungsprogramms bekräftigt hatte. [...] Die Bundesregierung hat bisher schon eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die unter anderem auch stabilisierend auf die Währungsentwicklung im EWS wirken: Zinssenkungen und Lockerungen der inländischen Geldpolitik, durch die die französische Währungspolitik im EWS entlastet wird. Verlängerung der bilateralen Swap-Kreditlinie der Bundesbank an die Bank von Frankreich über 2 Mrd. ECU für ein Jahr“. Vgl. Referat 420, Bd. 129865.

Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so stellt sie einen großen psychologischen Schock für unsere Bevölkerung dar, die an einen solchen Zustand schon lange nicht mehr gewöhnt ist. Alle im Arbeitsleben befindlichen Deutschen seien gewöhnt, in den Zeitungen drei Seiten freie Stellen annonciert zu sehen und lediglich eine Seite mit Stellensuchen. Dies ist das Erleben einer ganzen Generation. Gewiß hat es auch bei uns immer Arbeitslose gegeben; ältere Angestellte über 50 hatten zuweilen Schwierigkeit, in den Arbeitsprozeß zurückzukehren; ähnliches galt für Frauen. Jetzt aber steigt auch bei uns die Arbeitslosenziffer über zwei Millionen und ist keineswegs mehr ein saisonales, sondern ein strukturelles Problem. Wir müssen daher in unserer Wirtschaft einen neuen Anlauf nehmen, um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern.

Bundeskanzler erläutert die Unterkapitalisierung deutscher Unternehmen. Aus seiner Studienzeit erinnere er sich an den Satz, daß in F der Staat arm, die Leute aber reich seien; bei uns sei dies umgekehrt. Wegen der Unterkapitalisierung werden die Unternehmen auch besonders hart durch das hohe Zinsniveau getroffen. Viele Unternehmen haben auch zu wenig auf Modernisierung geachtet; jetzt muß die nächste Generation von Maschinen angeschafft werden, wofür erhebliche Mittel mobilisiert werden müssen.

Bundeskanzler spricht das Gastarbeiterproblem und seine Folgen sowie die hohe Staatsverschuldung an, die bei uns höher ist als in F<sup>5</sup>.

Der Regierung geht es nicht um soziale Demontage; jedoch muß manches normalisiert werden. So habe er Streit mit den politischen Freunden des PM in Deutschland, weil er die Studentenförderung umstellen will. Dabei sei D doch das einzige Land, das den Studenten Geld gibt, ohne einen Leistungsnachweis zu fordern. Wir stellen hier um, verlangen Prüfungen und werden für solche Studenten, die keinen Leistungsnachweis erbringen, BAföG<sup>6</sup> nur im Darlehenswege vergeben können. Bundeskanzler verweist auf seine eigene Studienzeit, in der er sich das Geld für das Studium in den Ferien erarbeitet hat. Für Studenten sei es im übrigen auch gut und wichtig, während des Studiums in anderer Umgebung zu arbeiten. Natürlich würden die Studenten auf die angekündigten Regierungsmaßnahmen heftig reagieren.

*Mauroy* räumt ein, daß alle Regierungen vor ähnlichen Notwendigkeiten stehen. Er sieht auch, daß die Lage der deutschen Wirtschaft nicht so gut ist. Jedenfalls habe die deutsche Wirtschaft aus dem kleinen Aufschwung in Frankreich 15–20000 Arbeitsplätze gewonnen. F wünsche, daß wir zu einem größeren Gleichgewicht zurückkehren.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft bilanzierte in einer Aufzeichnung vom 1. Oktober 1982 die französische Staatsverschuldung: „Im Haushaltsentwurf für 1982 war ein Budgetdefizit von 94,5 Mrd. FF (= 2,6 Prozent des BSP) vorgesehen. Die wider Erwarten anhaltende Stagnation und die Expansionspolitik führten aber zu Steuermindereinnahmen und erheblichen Mehrausgaben. Mitterrand mahnte bereits im Frühjahr, daß das Budgetdefizit nicht über 120 Mrd. FF steigen dürfe. [...] Der Haushaltsentwurf für 1983 sieht ein Budgetdefizit von 117,8 Mrd. FF vor (drei Prozent des BSP) [...] Tatsächlich sieht der Entwurf für 1983 daher fast eine Stabilisierung des Defizits auf dem Niveau von 1982 (105 bis 110 Mrd. FF) vor. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung ist aber ein Defizit von 130 Mrd. FF 1983 nicht auszuschließen.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129865.

<sup>6</sup> Bundesausbildungsförderungsgesetz.

<sup>7</sup> Bei der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 22. Oktober 1982 resümierte Bundesminister Graf Lambsdorff: „Mit Herrn Staatsminister Jobert war in erster Linie die Frage der Auswirkung der französischen Wirtschaftslage und des französischen Handelsbilanzdefizits auf

Als Maßnahmen könne er sich vorstellen einmal Importbeschränkungen. Das würde jedoch gegen die Gemeinschaftsregeln verstoßen, was F nicht wolle. Man könne sich auch finanzpolitische Maßnahmen vorstellen, wodurch die Erlöse aus Exporten nach F nicht mehr (voll?) konvertierbar würden.

*Bundeskanzler* äußert seinen Wunsch, gerade auch über diese Fragen mit F im Gespräch zu bleiben, obwohl selbstverständlich beide Regierungen nicht die gleichen Politiken im wirtschaftspolitischen Bereich verfolgten. Es sei besser, sich einmal mehr in Paris oder Bonn zu treffen als einmal zu wenig.

*PM* stimmt zu. Lösungen erforderten lange Vorbereitungen und sie könnten nur im Einvernehmen erzielt werden.

Auf die Frage, ob die französische Regierung weiterhin beabsichtige, die Wochenarbeitszeit erheblich zu verkürzen, entgegnet *PM*, daß dies jetzt nicht beabsichtigt sei. Die französische Regierung wolle jedenfalls das Limit von zwei Millionen Arbeitslosen nicht übersteigen. Mit den „contrats de solidarité“ in Unternehmen habe sie die Möglichkeit eines Abgangs in Frührente mit 55 Jahren eröffnet und dadurch 150 000 zusätzliche Arbeitsplätze freibekommen. Die Frührentner erhalten mit 55, was sie mit 60 bekommen würden; die Unternehmer müßten dafür junge Arbeitskräfte einstellen. Diese Maßnahme hat freilich strikte Grenzen. Deshalb müsse nach 1984 nach seiner persönlichen Meinung eine Politik der Arbeitszeitverkürzung hinzukommen. Aus den Äußerungen *Mauroys* wurde deutlich, daß dies ohne Lohnausgleich geschehen soll. Die Arbeiter hätten dann die Wahl, entweder nur 36 Stunden statt 39 Stunden zu arbeiten oder, wenn sie 39 Stunden arbeiten wollten, einen höheren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu leisten. Unter der augenblicklichen Lage ziehe es der französische Arbeiter freilich vor, 39 Stunden zu arbeiten und dadurch über mehr Kaufkraft statt über mehr Freizeit zu verfügen.

*Bundeskanzler* erkundigt sich, was passiert, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge ins Arbeitsleben einrücken. Wir seien schon jetzt in dieser Lage, mit der Folge, daß z. B. die Bundeswehr gezwungen wird, ihre Dienstzeit auf 18 Monate zu verlängern.

*Mauroy*: In F treten diese demographischen Auswirkungen sehr viel später ein als bei uns. Bis 1990 gibt es geburtenstarke Jahrgänge. Seiner Einschätzung nach dauert es in F noch 15 Jahre, bis dort dieselbe Lage herrscht wie bei uns. Als er jung war, d. h. in den 40er und 50er Jahren, war F das älteste Land Europas mit der stärksten jungen Bevölkerung. Heute ist es eines der jüngsten Länder Europas, ein Zustand der noch zehn bis fünfzehn Jahre andauern wird.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1472*

die Entscheidungen der französischen Regierung und deren Folgen für die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern zu besprechen [...] Die deutsche Seite hat mit Befriedigung von der Mitteilung Kenntnis genommen, daß auf französischer Seite nicht die Absicht besteht, vom erreichten Stand der handelspolitischen Vereinbarungen, wie sie im GATT und in der EG getroffen worden sind, abzurücken. Herr Jobert hat aber eindringlich darauf aufmerksam gemacht, wie dies heute morgen auch der Premierminister getan hat, daß Frankreich auf die Dauer mit einem so großen Handelsbilanzdefizit – 1982 werden 100 Mrd. Franken erwartet – nicht leben wolle und nicht leben könne, und sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß etwa ein Drittel dieses Defizits aus den Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik stamme.“ Vgl. die Aufzeichnung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

*Bundeskanzler* macht sich große Sorgen wegen der demographischen Entwicklung, die insbesondere erhebliche Auswirkungen auf die Rentensysteme und ihre Finanzierung haben wird. Wenn die heute zwanzigjährigen in Rente gehen, wird die Alterspyramide auf dem Kopf stehen. Hinzu kommt, daß wegen der Entwicklung der Medizin die Lebensdauer erheblich verlängert wird.

*Mauroy* teilt mit, daß die Probleme der französischen Sozialversicherung bis Ende 1983 geregelt seien. Er kommt auf das Außenhandelsdefizit zurück, das für F das zur Zeit schwierigste Problem ist.

Er bittet den Bundeskanzler, seine Aufmerksamkeit auch der Frage des weiteren Abbaus des Grenzausgleichs<sup>8</sup> zu widmen. F werde seinen Grenzausgleich auf die Hälfte ab 1. November reduzieren. Auch wir sollten dies tun, spätestens ab 1. April, besser noch vorher. Hierzu müsse man zu einem Gentleman's Agreement gelangen. Er fügt hinzu, daß unser positiver Grenzausgleich zur Zeit 8,4 betrage und daß F bitte, ihn auf 4,2 zu senken.

*Bundeskanzler* wirft ein, daß der Zeitpunkt der Senkung sorgfältig geprüft werden muß.

Er teilt mit, daß die Bundesbank auf der heutigen Sitzung des Zentralbankrates die Leitzinsen senken werde.<sup>9</sup> Er unterrichtet PM Mauroy von dem geplanten Sonderprogramm im Bauwesen.<sup>10</sup> Freilich sei entscheidend die Entwicklung in den USA. Wir könnten intern nur begrenzt Einfluß auf die Kapitalströme nehmen, wenn es bei den großen Zinsunterschieden zum Ausland bleibt.

*Mauroy* berichtet von einem französischen Berufsbildungsvorhaben zugunsten Jugendlicher unter 17/18 Jahren.

Er würde es sehr begrüßen, wenn es zu engerer Kooperation zwischen D und F in Fragen des Hochgeschwindigkeitszuges kommen könnte.<sup>11</sup> Er setzt sich für eine Verbindung unter unseren Hauptstädten (evtl. Paris–München, Brüssel, Köln) ein.

*Bundeskanzler* antwortet mit dem Hinweis auf die katastrophale wirtschaftliche Lage der Deutschen Bundesbahn, für die in der Tat Abhilfe geschaffen wer-

<sup>8</sup> Vor dem Hintergrund der anhaltenden Währungskrise und der Aufnahme der drei neuen Mitgliedstaaten Dänemark, Großbritannien und Irland legte die EG mit Wirkung vom 1. Februar 1973 spezielle Währungsausgleichsbeiträge auf dem Agrarsektor fest, in die ab 13. Februar 1973 auch Italien einbezogen wurde. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973, S. 263 f.

<sup>9</sup> Zum Beschluß des Zentralbankrates der Bundesbank, ab dem 22. Oktober 1982 den Diskontsatz von 7,0 auf 6,0 Prozent und den Lombardsatz von 8,0 auf 7,0 Prozent zu senken, vgl. den Artikel „Stoltenberg: Die Zinsen müssen unverzüglich sinken“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Oktober 1982, S. 13.

<sup>10</sup> Am 21. Oktober 1982 erläuterte Bundesminister Schneider auf dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden die von der Bundesregierung im Bereich des Wohnungsbaus geplanten Maßnahmen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 899–902.

<sup>11</sup> Bei der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 22. Oktober 1982 erklärte Bundesminister Riesenhuber zu einer möglichen Kooperation bei der Entwicklung von Hochgeschwindigkeitszügen: „Wir hatten einen guten Meinungsaustausch über die verschiedenen Technologien in unseren beiden Ländern sind unterschiedlich. Frankreich hat in einer konsequenten Strategie das Rad-Schiene-System optimiert, wir haben auf der Ebene der Magnetbahntechnik systematische Arbeiten vorangebracht. Wir sind uns darüber einig, daß wir für ein künftiges einheitliches europäisches Netz beide Technologien gemeinsam bewerten müssen, ihre Vorteile und Probleme beurteilen müssen, um schließlich – und dies ist das Ziel – auf ein Ziel hinzuarbeiten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

den muß. Die Wahl des Verkehrsmittels sei für ihn allerdings eine persönliche Entscheidung; der Staat soll nicht vorschreiben, welches Verkehrsmittel der einzelne benutzen soll. Z. B. war es falsch, das Auto zu diskreditieren.

Man könne aber durchaus in Bahnen investieren, wenn dies Sinn macht. Ihn interessiert sehr, was PM zum Hochgeschwindigkeitszug ausgeführt hat. Er weist darauf hin, daß man 1955 schon in Karlsruhe über eine Hochgeschwindigkeitszugverbindung zwischen Hamburg und München nachgedacht hat. Eine solche Verbindung würde auch in Urlaubszeiten genutzt. Wir können auch in D nicht weiterhin unbeschränkt Autobahnen bauen und sie so auslegen, daß sie auch für den Spitzenverkehr ausreichen. Auch der Bau von Flugplätzen bereitet uns Probleme. Außerdem befinden sich Bahnhöfe in der Stadt, wohingegen man zu Flugplätzen lange Anfahrtswege zurücklegen muß.

Wir sollten in der Tat die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit prüfen, darüber aber zunächst in aller Stille nachdenken und erst bei erfolgreichem Ausgang der Prüfung an die Öffentlichkeit gehen. *Mauroy* bejaht die Frage des Bundeskanzlers, ob die Strecke Paris–Lyon wirtschaftlich befahren wird. Das Projekt sei in der Tat ein großer wirtschaftlicher Erfolg.

VS-Bd. 14103 (010)

283

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson

010-2894/82 VS-vertraulich

22. Oktober 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Cheysson 22.10.1982, 9.00 Uhr bis 10.00 Uhr<sup>2</sup>

Aus dem Gespräch wird folgendes festgehalten:

1) *Bundesminister* unterrichtet AM Cheysson an Hand des DB 4468 aus Washington über die Ergebnisse des Treffens der drei Botschafter<sup>3</sup> mit Eagleburger.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 22. Oktober gefertigt und am 25. Oktober 1982 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz weitergeleitet.

<sup>2</sup> Am 21./22. Oktober 1982 fanden deutsch-französische Konsultationen statt. Vgl. dazu auch Dok. 282. Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister vgl. Dok. 284.

<sup>3</sup> Peter Hermes (Bundesrepublik), Bernard Vernier-Palliez (Frankreich), John Oliver Wright (Großbritannien).

<sup>4</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Oktober 1982: „Unter Vorsitz von Eagleburger fand heute das vorgesehene Vierergespräch zur Vorbereitung des für den 22.10. vorgesehenen Siebenertreffens statt, an dem auf amerikanischer Seite Under Secretary Wallis, Assistant Secretary Burt and Deputy Assistant Secretary Niles teilnahmen. Französischer und britischer Botschafter waren ebensowenig wie ich von Experten aus den Hauptstädten begleitet. [...] Alle Beteiligten waren einverstanden, daß das sogenannte Shultz-Papier als Grundlage der Diskussion benutzt würde. Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es keinen offiziellen Status habe und als Non-paper behandelt werde. Ich habe, unterstützt von meinen Kollegen, betont, daß das Papier in der

Er äußert sich befriedigt darüber, daß die europäischen Botschafter den gleichen Standpunkt vertreten haben. Der schwierige Punkt werde sein, ob Reagan sich mit der allgemeinen Erklärung vor der Öffentlichkeit zufrieden gibt, daß er sich mit den Europäern verständigt habe, oder ob er konkrete Punkte der Einigung nennen will. Die Studien ließen sich nicht über Nacht ausarbeiten.<sup>5</sup> Frühestens könnten sie bis zur NATO-Ministerratssitzung im Dezember<sup>6</sup> fertig sein.

*Cheysson* erklärt sich einverstanden. Die Vier müßten über die großen Orientierungen sprechen. Wie soll unsere Polen-Politik weitergehen, wie kann man Druck auf die Sowjetunion ausüben, und zwar nicht nur punktuell? Dabei müßten auch die Japaner einbezogen werden. Alles, was nach außen gegeben werde, müsse aus den größeren Kreisen stammen. Die Vierer-Gespräche müßten unter Verschluß bleiben.

*BM*: Um so wichtiger sei es, daß wir diese Aufgabe den Botschaftern übertragen haben. Die Geheimhaltung sei leichter als bei der Anreise von Wirtschaftsdirektoren. Was Reagan angeht, bei dem sich innenpolitische und außenpolitische Motive mischten, so könnten wir nur hoffen, daß er die isolierten Maßnahmen (Sanktionen<sup>7</sup>) für unnötig erklärt, weil ein over-all-agreement vorliege.

*Cheysson* stellt die Frage, ob die Staats- und Regierungschefs heute vor der Presse über die europäisch-amerikanischen Beziehungen sprechen sollten.

*BM*: Er würde es begrüßen, wenn das geschehe, und zwar in versöhnlichem Sinn. Gerade für die neue Bundesregierung wäre es nützlich, zumal die enge deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit, die heute verkündet werde und die den Amerikanern gewisse Schwierigkeiten machen könnte, auf diese Weise ein Gegengewicht erhalte.<sup>8</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1475*

vorliegenden Form nicht zur Veröffentlichung oder Bekanntgabe vorgesehen werden könnte. [...] Eagleburger bestätigte abschließend, daß Präsident Reagan und AM Shultz daran interessiert seien, die Sanktionen aufzuheben [...]. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß ein substantielles Ergebnis vorliege, auf das Präsident Reagan gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit verweisen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4468; VS-Bd. 14110 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Mit Schreiben vom 6. Oktober 1982 teilte Ministerialdirigent Ungerer Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière mit: „Der generelle Konsensus betraf insbesondere drei Prüfungsaufträge. a) Gesamtanalyse der Ost-West-Beziehungen unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen der beteiligten Länder. AM Shultz hat hierzu weitgehend die bei den Politischen Direktoren eingebrachten Kriterien wiederholt und folgende Einzelthemen vorgeschlagen: strategische Güter und Technologie von militärischer Relevanz (COCOM); hochentwickelte Technologie von strategischer Bedeutung einschließlich Öl- und Gasausrüstungen; Kreditpolitik; Energie. [...] b) Studie des europäischen Energiebedarfs sowie der Möglichkeiten der Bedarfsdeckung für das nächste Jahrzehnt. Diese Studie soll im Rahmen der OECD unter amerikanischer Teilnahme erstellt werden. c) Prüfung, ob die Sicherheitsinteressen der verbündeten Regierungen Kontrollen der Exporte in die SU und nach Osteuropa von strategisch bedeutsamer fortgeschrittener Technologie und Ausrüstungen entsprechend gemeinsamer Definition, aber einschließlich Technologie mit direkter Anwendung auf den Öl- und Gasbereich erfordern. Eventuelle Folgerungen aus dieser Studie wären in einem mit COCOM verbundenen Rahmen zu beschließen und durchzuführen.“ Vgl. VS-Bd. 10388 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>7</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>8</sup> Am 25. Oktober 1982 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler zu den deutsch-französischen Konsultationen mit: „Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und die europäisch-amerikanischen Beziehungen haben nach Ansicht beider Staaten für ihre praktische Poli-

## 2) Deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und äußeren Sicherheit

Die beiden Minister redigieren den Entwurf der Politischen Direktoren über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und äußeren Sicherheit, der zum mündlichen Vortrag der Staats- und Regierungschefs vor der Presse dienen soll.

### 3) Falkland-Resolution<sup>9</sup>

AM *Cheysson* plädiert für positive Stimmabgabe, Frankreich könne die Souveränität Großbritanniens über die Falkland-Inseln nicht anerkennen; GB habe über 17 Jahre hinweg mit den Verhandlungen mit Argentinien „gespielt“ („plaisanterie“)<sup>10</sup>.

BM fragt nach der Haltung der USA. Für uns entstünde u. U. eine schwierige Lage, wenn Frankreich, Italien und weitere Partner mit Ja stimmen würden.

### 4) 20. Jahrestag des Elysée-Vertrags<sup>11</sup>

BM betont Bedeutung einer Ansprache des französischen Staatspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag.<sup>12</sup> Dabei allerdings Problem, daß angesichts der beabsichtigten Wahlen im März<sup>13</sup> der Bundestag im Januar bereits aufgelöst sein würde. In jedem Fall wäre es eine großartige Sache, wenn der Präsident der Republik vor dem Deutschen Bundestag sprechen würde.

AM *Cheysson*: Dies sollten die Koordinatoren<sup>14</sup> vorbereiten. Der Präsident werde diesen Vorschlag begrüßen. (Scherzhaft: Präsident Mitterrand betrete ausländische Parlamente schon deshalb sehr gerne, weil er das französische Parlament von Gesetzes wegen nicht betreten dürfe.)

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1476*

tik weiterhin große Bedeutung. Der Bundeskanzler betonte, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik keine Schwächung der amerikanischen Position in Europa bedeute. Die enge Zusammenarbeit mit den USA sei gleichermaßen notwendig und wünschenswert. Es werde keine Politik des ‚Entweder-Oder‘, sondern nur eine des ‚Sowohl-Als-auch‘ geben. Die europäisch-amerikanischen Schwierigkeiten müßten in partnerschaftlichem Geist ausgeräumt werden. Dafür sei der geplante Weltwirtschaftsgipfel im nächsten Jahr ein geeignetes Forum.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 94; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>9</sup> Zur Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 277, Anm. 54.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat Ederer gab am 3. April 1982 einen Überblick zu den britisch-argentinischen Verhandlungen über die Falkland-Inseln: „Im Entkolonialisierungsausschuß und in der Generalversammlung der VN wurden beide Staaten seit Ende 1965 aufgefordert, durch Verhandlungen eine friedliche Lösung für die Malwinenfrage zu finden, wobei auch den Interessen der Bevölkerung der Falklandinseln (Malwinen) Rechnung zu tragen sei [...]. In der Folgezeit fanden verschiedene britisch-argentinische Verhandlungen statt, die Anfang der siebziger Jahre zu besseren Kontakten und Verkehrsverbindungen zwischen Argentinien und den Falkland-Inseln führten. [...] Bei den britisch-argentinischen Gesprächen in New York, im Februar 1982, schlug die argentinische Delegation eine Beschleunigung des Procederes vor: monatliche Delegationstreffen, Aufgliederung der Verhandlungsmaterie, Begrenzung des Verhandlungszeitraums auf ein Jahr. Die britische Delegation wies die Festlegung eines Verhandlungszeitraums zurück, stimmte aber den übrigen Punkten ‚ad referendum‘ zu, wies aber auf die Zuständigkeit des britischen Parlaments und den Grundsatz hin, daß eine Verhandlungslösung die Zustimmung der Inselbewohner haben müßte.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124944.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

<sup>13</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>14</sup> Jean Léonard Laloy (Frankreich), Carl Otto Lenz (Bundesrepublik).

## 5) Afghanistan

AM Cheysson gibt Lageschilderung; Kampfhandlungen seien, anders als vor sechs bis zwölf Monaten, nicht mehr örtlich beschränkt.<sup>15</sup> Jetzt seien allerdings auch Kämpfe unter den verschiedenen aufständischen Parteien ausgebrochen. Man habe zuverlässige Berichte des Roten Kreuzes. Frankreich stehe in engem Kontakt mit Pakistan. Pakistan setze Hoffnung in die Córdovez-Mission.<sup>16</sup>

BM plädiert für konzertierte Ermutigung Pakistans. Darüber sollte man unter den Europäern sprechen, auch über eine aktive Besuchspolitik, damit Pakistan in seinem internationalen Gewicht nicht nachlasse. Pakistan sei auch unter dem Gesichtspunkt der Blockfreiheit wichtig.

AM Cheysson stimmt zu, daß eine Reise nach Pakistan eine gute Idee sei.

Mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung erwähnt AM Cheysson sodann das Problem der Zusammenarbeit mit Pakistan im Kernkraftbereich.<sup>17</sup> Die USA<sup>18</sup> hätten demarchiert, um fullscope safeguards für die französischen

<sup>15</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 31.

Am 5. Oktober 1982 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul: „Die militärische und Sicherheitslage in Afghanistan ist gekennzeichnet durch ein im Verlauf des Sommers immer deutlicher gewordenenes offensiveres Verhalten von Sowjets und afghanischer Armee, deren Sollstärke durch die brutalen Rekrutierungsmaßnahmen zwar bei weitem nicht erreicht ist, deren Zahl aber erheblich über der in westlichen Medien immer wieder angegebenen Zahl liegen und inzwischen nach zuverlässigen Schätzungen etwa 70 000 Mann erreicht haben dürfte. [...] Eine erneute sowjetisch-afghanische Offensive vom Norden gegen das Panshirtal hat vor zwei bis drei Wochen wohl zu einer nochmaligen kurzen Besetzung des gesamten Tals geführt. Zuverlässige Informationen besagten jedoch, daß sich sowjetisch-afghanische Truppen inzwischen aufgrund des anhaltenden Widerstandes gezwungen sahen, ihre Positionen zu räumen und sich auf eine immer stärker befestigte Garnison (Rokha) im unteren Teil des Tales zurückzuziehen. Neben hohen Verlusten an Menschen und Material soll u. a. eine sowjetische Spezialeinheit mit dem Auftrag, den inzwischen legendär gewordenen Widerstandsführer Shah Massoud zu fangen, völlig aufgegeben worden sein mit in die Hunderte gehenden Toten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 207; Referat 340, Bd. 136765.

<sup>16</sup> Zu den Gesprächen über Afghanistan in Genf vgl. Dok. 265, Anm. 19.

<sup>17</sup> In der Anlage zu einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rouget vom 12. August 1982 wurde zur Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Pakistan bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie festgehalten: „Im Februar 1976 hat der Gouverneursrat der IAEO ein trilaterales Abkommen Frankreich/IAEO/Pakistan bezüglich der Anwendung von safeguards für eine Wiederaufbereitungsanlage in Pakistan gebilligt. Auf amerikanischen Druck ist dieser Liefervertrag von französischer Seite nicht voll erfüllt worden; wir wissen allerdings nicht, in welchem Umfang die Franzosen ihren Verpflichtungen bis zur Einstellung tatsächlich nachgekommen sind. Nach den Londoner Richtlinien müßte eine Wiederaufarbeitungsanlage, die auf von Frankreich geliefertes Know-how zurückgeht bzw. mit französischer Hardware gebaut wird, den Kontrollen der IAEO unterstellt werden. Wie ich von französischer Seite gelegentlich erfahren habe, behaupten die Pakistani, daß die Wiederaufbereitungspilotanlage, die sie in den New Labs bauten, nicht von französischer Technologie oder Hardware kontaminiert sei und folglich den Kontrollen der IAEO im Vollzug des trilateralen Abkommens nicht unterstellt zu werden brauche.“ Zu dem von Pakistan neu ausgeschriebenen Bau eines Kernkraftwerks hieß es ferner: „Als weiterer Lieferant kommt praktisch nur Frankreich in Frage“. Vgl. Referat 431, Bd. 129504.

<sup>18</sup> Am 26. Oktober 1982 vermerkte Ministerialdirektor Fischer zu einem Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom 20. September 1982: „Das Schreiben besagt in seiner politischen Substanz folgendes: Die generelle Aufforderung, mit solchen Nichtkernwaffenstaaten keine signifikante neue nukleare Kooperation zu beginnen, die nicht bereit sind, fullscope safeguards, d. h. Unterstellung aller ihrer nuklearen Aktivitäten unter IAEO-Kontrollen zu akzeptieren; die spezielle Aufforderung, in eine solche neue Kooperation erst recht dann nicht einzutreten, wenn evident ist, daß dieser Nichtkernwaffenstaat einen Kernsprengsatz entwickelt, d. h. die ‚nuclear weapon capability‘ zu erwerben anstrebt. Die Lieferung eines Reaktors ohne das Erfordernis von fullscope safeguards würde in einem solchen Fall von anderen Ländern als Signal gewertet werden, daß sie frei seien, nukleare Sprengsätze zu entwickeln ‚at no cost to the civil nuclear programs‘. Die Lieferung eines KKW an Pakistan wird hierunter subsumiert.“ Von amerikanischer

Anlagen zu erreichen. Mit einer solchen Forderung würde Frankreich Pakistan jedoch vis-à-vis Indien diskriminieren. Frankreich werde daher keine fullscope safeguards verlangen; natürlich aber würden die Lieferungen den üblichen Kontrollen unterworfen. Dies sei vorgestern beschlossen worden,

*BM* weist auf unsere kontinuierliche Praxis hin, die fullscope safeguards nahezu gleichkomme (z. B. Brasilien<sup>19</sup>).

#### 6) Polen

*BM*: Ausgangspunkt unserer Politik müsse die Entscheidung von Ende 1981 bleiben.<sup>20</sup> Für ihn habe sich an dieser Grundlage nichts geändert; ohne Wałęsa und ohne Solidarität gebe es für Polen keine Lösung des inneren Konflikts. Um ein Industrieland in den Griff zu bekommen, bedürfe es mehr, als es nur zu beherrschen. Das polnische Volk aber verweigere sich. Es fehle eine moralische Autorität, die nur von Wałęsa kommen könne, hinter dem das Volk stehe. Polen werde so immer mehr zu einem unlösbaren Problem.

#### 7) Wahlen zum VN-Sicherheitsrat

*AM Cheysson* schlägt vor, Dänemark Achtung zu zollen angesichts der konstruktiven Haltung, mit der Dänemark den Niederlanden den Vortritt gelassen und damit einen Konflikt vermieden habe. Im übrigen sei er über die Wahl Maltas nicht glücklich.<sup>21</sup>

#### 8) Zum Abschluß des Gesprächs spricht *AM Cheysson* einige Personalien an:

- VN-Flüchtlingshochkommissar: Die Doppelkandidatur van der Stoel und Hartling bringe Frankreich in Verlegenheit.<sup>22</sup> Beide Kandidaten seien gut, es spreche jedoch nichts dafür, Hartling zu ersetzen. Er plädiere daher dafür, sich auf eine Beibehaltung Hartlings hin zu orientieren. Dazu *BM*: Auch wir sehen keinen Anlaß, Hartling zu ersetzen.
- Blanchard (ILO): Dies sei ein altes französisches Petitum. In Kinshasa<sup>23</sup> habe man feststellen können, daß der afrikanische Kandidat Tévoédjrè keine geschlossene afrikanische Front hinter sich habe. Der Staatspräsident von Benin<sup>24</sup> habe angedeutet, man würde die Kandidatur sogar zurückziehen, wenn auch der lateinamerikanische Gegenkandidat sich zurückzöge. Damit ergäben sich weiterhin gute Chancen für Blanchard, abgesehen von dem östlichen Widerstand.

*BM*: Auch zu dieser Frage hat sich unsere Haltung nicht geändert.

### **VS-Bd. 14103 (010)**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1478*

Seite sei darauf hingewiesen worden, daß Frankreich „ein Schreiben ähnlichen Inhalts“ erhalten habe. Vgl. Referat 431, Bd. 129504.

<sup>19</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Brasilien bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 268, Anm. 6.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>21</sup> Die Niederlande und Malta gehörten ab dem 1. Januar 1983 für zwei Jahre dem VN-Sicherheitsrat an. Vgl. dazu Dok. 277, Anm. 57.

<sup>22</sup> Zur Neuwahl des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vgl. Dok. 277, Anm. 55.

<sup>23</sup> Am 8./9. Oktober 1982 fand in Kinshasa eine Gipfelkonferenz Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas statt.

<sup>24</sup> Mathieu Kérékou.

284

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**

010-2898/82 geheim

22. Oktober 1982<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-französisches Treffen der Außen- und Verteidigungsminister<sup>2</sup>  
am 21.10.1982 in Bonn;  
hier: Niederschrift<sup>3</sup> (zweiter Teil)

Beim Mittagessen und danach wurden folgende Bereiche behandelt:

- 1) das weitere Verfahren,
- 2) die Frage des Vortrags der Minister vor den Staats- und Regierungschefs,
- 3) Vorschlag zur Pressebehandlung durch die Chefs,
- 4) Fortsetzung der Sachdiskussion.

Zu 1) Weiteres Verfahren

Zum weiteren Verfahren beschlossen die Minister, folgendes vorzuschlagen:

- Treffen der vier Minister zweimal im Jahr in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Gipfel (z. B. am Vormittag des ersten Tages). Cheysson betonte, daß der Kreis der Beteiligten so klein wie heute gehalten werden solle.
- Einrichtung einer Koordinierungsgruppe.

Der Bundesminister des Auswärtigen benannte MD Pfeffer, der Bundesminister der Verteidigung Herrn StS Rühl, der französische Außenminister den Politischen Direktor Andréani. Hernu äußerte sich noch nicht. Jedem Minister soll es freistehen, neben dem Benannten einen „zweiten Mann“ in die Koordinierungsgruppe<sup>4</sup> zu entsenden. Die Koordinierungsgruppe kann Unteraufträge an Arbeitsgruppen delegieren. Man wird wahrscheinlich zeitlich befristete und auch „quasi-permanente“ Arbeitsgruppen einrichten.

Auf französischen Vorschlag soll sich eine Arbeitsgruppe mit der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung über sicherheitspolitische Fakten und zur Stärkung des Verteidigungswillens der Bevölkerung beschäftigen,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 22. Oktober 1982 an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Hiermit lege ich Niederschrift (zweiter Teil) über das deutsch-französische Treffen der Außen- und Verteidigungsminister vor. Die Niederschrift über das Gespräch bis zu Beginn des Mittagessens wird von Generalmajor Tandecki gefertigt.“

Hat Genscher am 25. Oktober 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. Oktober 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 6 ist, wie mit D 2 besprochen, hier neu geschrieben worden. Gez. v[on] P[loetz] 25.10.“ Vgl. dazu Anm. 16 und 20. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Claude Cheysson (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Charles Hernu (Frankreich), Manfred Wörner (Bundesrepublik).

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Generalmajors Tandecki, Bundesministerium der Verteidigung, vom 22. Oktober 1982 über die deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am Vortag (10.30 bis 13.00 Uhr) vgl. VS-Bd. 14103 (010).

<sup>4</sup> Die Wörter „zweiten Mann“ und „Koordinierungsgruppe“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

zu der Wissenschaftler, Gewerkschaftler und Pädagogen hinzugezogen werden sollen.

Eine weitere Arbeitsgruppe, deren Konstituierung und Arbeit vertraulich zu behandeln ist, soll sich mit der Frage der Re-Dislozierung der französischen Streitkräfte in Deutschland<sup>5</sup> beschäftigen.

Die Rüstungskoooperation ist nach Auffassung BM Wörners am besten im Rahmen der bestehenden Mechanismen zu verstärken; die französische Seite scheint der Errichtung einer besonderen Kommission oder Arbeitsgruppe zuzuneigen.

Der Koordinierungsausschuß selbst soll sich im wesentlichen mit den Kernfragen der Strategie beschäftigen. Cheysson stellte Frage, ob der Koordinierungsausschuß mit der bilateralen Arbeitsgruppe über Ost-West-Fragen<sup>6</sup> zusammenarbeiten sollte. Er trat dafür ein, daß mit Konstituierung des Koordinierungsausschusses<sup>7</sup> die deutsch-französische Studiengruppe<sup>8</sup> entfallen sollte.<sup>9</sup>

## Zu 2) Vortrag der Minister vor den Staats- und Regierungschefs

Auf Vorschlag von Bundesminister Genscher einigten sich die Minister darauf, daß über die behandelte Materie nicht im Plenum des deutsch-französischen Gipfels<sup>10</sup> berichtet werden soll. Die vier Minister werden vielmehr dem Bun-

<sup>5</sup> Zur geplanten Neugliederung des französischen Heeres und seiner taktischen Nuklearwaffen-Einheiten vgl. Dok. 275, Anm. 4 und 9.

<sup>6</sup> Am 1. Oktober 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, daß am Vortag die Arbeit am Entwurf einer Studie über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen fortgesetzt worden sei: „Die gestrige Sitzung hat [...] die Unterschiede zwischen beiden Seiten in einigen Fragen noch deutlicher hervortreten lassen. Die Franzosen wünschen eine stärkere Anknüpfung an die ursprünglich gaullistische Konzeption der Ost-Politik; lehnen eine Bezugnahme auf den Harmel-Bericht ab und erklären die Zwei-Säulen-Konzeption wegen der Änderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West für unbrauchbar geworden; schließen aus den Rückschlägen im Ost-West-Verhältnis, daß die Ost-Politik nicht wie bisher fortgesetzt werden könne und der Begriff ‚Entspannung‘ aufgegeben werden sollte; zielen mit dem vorgeschlagenen Prinzipienkatalog offenbar darauf ab, eine Festlegung hinsichtlich sparsamerer Kontakte mit der SU auf politischer Ebene zu erreichen. (Gegen amerikanisch-sowjetische Gipfeldiplomatie äußerten sie auf Frage am Rande keine Bedenken.)“ Vgl. Referat 201, Bd. 125640.

<sup>7</sup> Am 10. Dezember 1982 informierte Ministerialdirektor Pfeffer: „Die konstituierende Sitzung des neuen deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung fand am 7. Dezember in Paris statt. Der Ausschuß behandelte Perspektiven der internationalen strategischen Entwicklung, die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Streitkräften sowie Verfahren und Leitsätze der Rüstungszusammenarbeit. Zu jedem der genannten drei Bereiche wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6900; Referat 201, Bd. 125657.

<sup>8</sup> Am 30. September 1982 stellte Referat 201 Überlegungen zur institutionellen Form der von Frankreich gewünschten Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik an: „Denkbar ist auch ein Anknüpfen an die im September 1967 aufgrund einer Vereinbarung zwischen BK Kiesinger und General de Gaulle geschaffene ‚deutsch-französische Studiengruppe‘. Sie tagte zunächst im Abstand von drei bis fünf Monaten auf Direktorenebene, in den letzten Jahren allerdings nur noch etwa einmal jährlich auf Dirigentenebene.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125657.

<sup>9</sup> Der Passus „Auf französischen Vorschlag ... entfallen sollte“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geändert auf Wunsch des BMVg, vgl. Zuschrift D2 vom 2.11.“

<sup>10</sup> Am 22. Oktober 1982 erklärte Bundeskanzler Kohl in der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen: „Wir waren uns einig – und ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt, der auch in der Öffentlichkeit entsprechend zur Kenntnis genommen wird –, daß wir jenen Teil des deutsch-französischen Vertrages von 1963 nach 19 Jahren [...] auch im Blick auf die Sicherheitspolitik aufgreifen wollen. [...] Ich will klar sagen: Das heißt natürlich nicht, daß das, was wir jetzt tun, etwa bedeutet, daß das, was die Amerikaner hier in der Bundesrepublik tun und tun müssen, weniger

deskanzler und dem französischen Staatspräsidenten mündlich Vortrag im kleinsten Kreise halten.

Zu 3) Vorschlag für Presse-Behandlung durch die Staats- und Regierungschefs  
Die Minister beauftragten die beiden Politischen Direktoren, einen schriftlichen Vorschlag für die Presse-Behandlung durch die Staats- und Regierungschefs zu entwerfen.

(Der von den Ministern persönlich veränderte, von den Staats- und Regierungschefs gebilligte und vom Bundeskanzler am 22. Oktober 1982 vor der Presse vorgetragene Text liegt als Anlage bei.<sup>11</sup>)

Zu 4) Fortsetzung der Sachdiskussion

Bundesminister Genscher knüpfte an Bemerkungen Hernus vom Vormittag über den „Zusammenhang zwischen der propagandistischen und terroristischen Kampffront“ an. Was die Bekämpfung des Terrorismus angehe, so sollte die Zusammenarbeit der beiden Innenminister<sup>12</sup>, gerade auch im Blick auf den sicherheitspolitischen Bereich, weitergeführt werden. Hier sei die Bundesrepublik Deutschland verwundbarer als Frankreich.

Sie werde auch Hauptangriffspunkt der sowjetischen Propagandaoffensive im Jahre 1983 sein. Bei der Abwehr dieser Offensive gebe es kein Land, das uns so sehr helfen könne wie Frankreich. Das Interview Mitterands im „Stern“ zum Doppelbeschluß kurz nach der Übernahme seines Amtes habe eine ungeheurere Wirkung gehabt.<sup>13</sup>

Cheysson weist darauf hin, daß Waffen und Sprengstoffe der Terroristen fast ausnahmslos aus östlichen Ländern stammen. Eine bessere Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern sei nötig, um „gewisse Versorgungslinien“ zu unterbrechen.

In der Öffentlichkeitsarbeit sollten wir systematischer vorgehen. Man müsse der Bevölkerung klarmachen, daß und warum die östlichen Lebensformen für uns unakzeptabel seien und weshalb es der militärischen Verteidigungskapazität zum Schutz unserer Freiheit bedürfe. Wir müßten uns an die Bevölkerung wenden, nicht nur an die Fachleute. Aber auch die nationalen Parlamente und die WEU-Versammlung sollten zugleich Adressat und Multiplikator für diese Bemühungen sein (die WEU selbst sei nicht von Interesse für Frankreich). Man solle Gewerkschaftler, Professoren und Jugendexperten beiziehen. Wenn auch die Gegebenheiten in den beiden Ländern verschieden seien, so könnten wir sicher viel voneinander lernen, besonders methodisch.

Hernu plädierte für gemeinsame „Pädagogik und Semantik“.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1481*

bedeutsam ist. Das ist keine Position des Entweder-Oder, sondern eine klare Position des Sowohl-Als-auch. Ich will das auch von meiner Seite noch einmal sagen.“ Vgl. das Protokoll des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Presseerklärung des Bundeskanzlers Kohl am 22. Oktober 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 915 f.

<sup>12</sup> Gaston Defferre (Frankreich) und Friedrich Zimmermann (Bundesrepublik).

<sup>13</sup> Vgl. den Artikel „Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee“, STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 80–84.

BM Genscher erklärte, 1983 werde wegen der möglichen Dislozierung die größte Propagandaoffensive auf deutschem Boden entfesselt werden. Dabei sei der DDR eine zentrale Rolle zugeordnet. Sie werde beim National- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ansetzen und mit dem Entzug der Zusammenarbeit drohen. Schon jetzt arbeite sie mit dem Argument, daß Fortschritte im deutsch-deutschen Verhältnis möglich wären, aber die Raketenfrage werfe ihre Schatten voraus, und eine Dislozierung würde das Verhältnis grundlegend verändern. Deshalb sei es so wichtig, die Gefahr der Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland zu bannen. Es wäre für uns sehr hilfreich, wenn Frankreich in Gesprächen mit Belgien und den Niederlanden sein Interesse an positiven Stationierungsbeschlüssen dieser Länder unterstriche. Dadurch würde uns das Leben erleichtert.

Cheysson erwiderte, nicht nur als Regierungsmitglieder, sondern auch als Mitglieder der Sozialistischen Internationale würden die Franzosen ihr Bestes tun.

BM Genscher berichtete aus seinem Gespräch mit Rostow<sup>14</sup>: In der sowjetischen Strategie zur Aufbrechung des Doppelbeschlusses sei eine neue Variante aufgetaucht. Die Sowjets hätten die USA gefragt, ob sie wirklich Pershing II brauchten oder ob nicht CMs genügen.<sup>15</sup> Das Kalkül sei klar.

1983 müßten bei Ausbleiben konkreter INF-Verhandlungsergebnisse Pershing II in Deutschland und CMs in Italien disloziert werden. Wenn die Pershing II entfielen, brauchte 1983 in Deutschland überhaupt nicht stationiert zu werden. Wenn 1983 in Deutschland nicht stationiert werde, bekämen die Italiener die Dislozierung der CMs nicht durch. Ließen die Italiener die Stationierung der CMs in 1983 nicht zu, würden wir 1985 kaum dazu in der Lage sein.

Hernu: In der Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit sollte auch der Gedanke einer großen Wanderausstellung erörtert werden, die das Kräfteverhältnis in objektiver Form darstellt. In einer solchen Ausstellung könnte auch z. B. darauf hingewiesen werden, daß die polnische Armee von sowjetischen Offizieren durchsetzt ist; dergleichen Einzelheiten seien in Frankreich kaum bekannt.

BM Wörner: Der Gedanke einer solchen Ausstellung sei interessant. Es sei nicht ganz leicht, den skeptischen jungen Menschen in Deutschland, die in einem dreißigjährigen Frieden aufgewachsen seien, die Bedrohung nur durch Zahlenvergleiche deutlich zu machen. Die jungen Leute müßten erkennen, daß es Bedrohung durch Waffen auch im Frieden gibt. Polen sei ein Musterbeispiel für den indirekten Gebrauch von Waffen in einer Krise durch die Sowjetunion. Er begrüße auch den Vorschlag, Gewerkschaftler in die Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen. Wir müßten aber sicher doppelgleisig vorgehen. Entscheidend bleibe nämlich, auch für die Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland, was Mitterrand, Cheysson, Hernu zur Sicherheitspolitik sagten.

BM Genscher: Er wolle noch einmal auf den Teil des Vortrags Hernus zur Re-Dislozierung der französischen Verbände in Deutschland zurückkommen. Er habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß diese Verbände durch Moderni-

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Rostow, am 15. Oktober 1982 vgl. Dok. 274.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli 1982 („Waldspaziergang“); Dok. 279.

sierung mehr Feuerkraft erhalten und daß sie stärker nach Norden orientiert werden sollen. Dabei dürfe man eines nicht vergessen:

<sup>16</sup>Für das Sicherheitsgefühl der Deutschen und für die sowjetische Einschätzung des Verteidigungswillens der Franzosen und Deutschen sei es von kapitaler Bedeutung, daß die Zahl der französischen Streitkräfte in Deutschland nicht vermindert werde. Um es plastisch auszudrücken: Es wäre nicht gut, wenn in Zukunft statt zwei Franzosen mit je einer Pistole ein Franzose mit zwei Pistolen in Deutschland stationiert wäre.

Was die Schnellen Eingreiftruppen für Gebiete außerhalb des NATO-Territoriums angehe, so gebe es da gewisse Parallelen zur amerikanischen Entwicklung.<sup>17</sup> Im Falle einer wirklichen Ost-West-Konfrontation werde die Sowjetunion global herausfordern. Deshalb müsse man darauf achten, daß Einheiten nicht mehrmals verplant seien, sonst könne das zu Lasten Mitteleuropas gehen. Auch wollten wir Diskussionen vermeiden, wie wir sie mit den USA wegen der Entsendung amerikanischer Truppen von unserem Territorium in Krisengebiete geführt hätten. Wir wollten vielmehr den bestehenden problemlosen Zustand mit Frankreich erhalten.

(Schließlich wolle er einen delikaten Punkt aufbringen, den er mit dem neuen Bundeskanzler und dem neuen Bundesminister der Verteidigung aus Zeitgründen noch nicht habe aufnehmen können. In Hamburg sollte ursprünglich ein Briefwechsel Schmidt und Präsident Mitterrand verabredet werden.<sup>18</sup> Er frage sich, ob dieses Problem hier erörtert werden könne.<sup>19</sup> Cheysson: Dieses letzte Problem sollte man dem Staatspräsidenten und dem Bundeskanzler persönlich überlassen.)

Hernu: Zur ersten Frage Bundesministers Genscher: Im französischen Verteidigungsbudget 1983 sei keinerlei Verminderung der französischen Streitkräfte vorgesehen. Das Rahmengesetz 1983 bis 1988 werde einen Plan für Umfang und Mission der Streitkräfte in Funktion der Bedrohung und<sup>20</sup> Strategie festlegen. Der Akzent werde auf den Kernwaffen liegen. Die komplementären konventionellen Streitkräfte seien im Rahmen der globalen Abschreckung unverzichtbar. Auf den plastischen Vergleich des Soldaten mit zwei Pistolen könnte man erwidern: Wenn es schon nur ein Soldat sein sollte, dann vielleicht ein Soldat mit einer taktischen Kernwaffe.

<sup>16</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 29. März 1982 wurde zu den für einen Einsatz außerhalb Europas bestimmten Teilen der französischen Streitkräfte ausgeführt: „Die unveränderte Aufrechterhaltung seiner militärischen Präsenz in Afrika und im Indischen Ozean zeigt, daß Frankreich auch weiterhin gewisse weltweite Verpflichtungen auf sich nehmen will. Die Interventionsstreitkräfte, deren Kern aus Heeresverbänden der 11. Luftlande-Division, der 9. Marineinfanterie-Division und der 31. Brigade besteht, sind denn auch bis auf ihre Namen – sie tragen inzwischen die unverfängliche Bezeichnung ‚schnelle Hilfstruppen‘ (Force d’assistance rapide) – unangetastet geblieben.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125640.

Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 131, Anm. 23.

<sup>18</sup> Dieser Satz ging auf handschriftliche Änderungswünsche des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „In Hamburg habe Bundeskanzler Schmidt über einen Briefwechsel gesprochen.“ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 14. Mai 1982; Dok. 150.

<sup>19</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Frage, ob das Protokoll diesen Punkt enthalten soll?“

<sup>20</sup> Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

BM Genscher: Das würde eine Senkung der nuklearen Schwelle bedeuten.

Hernu: Sie würde eher steigen, denn mit einem solchen Schritt würde die nukleare Komponente als Teil der Abschreckung noch mehr mit dem Landheer verbunden.

Die französische Seite sei sich völlig darüber im klaren, daß eine Ankündigung über die Verminderung der französischen Streitkräfte in Deutschland schädliche Wirkungen hätte. Deshalb habe Mitterrand vor den Kommandeuren der Streitkräfte vor wenigen Tagen ausgeführt, es komme nicht in Frage, daß an der 1. französische Armee gerührt werde.<sup>21</sup> Aus diesem Grunde habe die französische Seite die deutsch-französische Arbeitsgruppe „Re-Dislozierung“<sup>22</sup> vorgeschlagen; diese Arbeitsgruppe solle vollkommen vertraulich arbeiten und nicht einmal ihre Existenz bekannt werden. Was die schnellen Eingreiftruppen angehe, so handele es sich um Fallschirmjäger und Marineinfanteristen (nur Berufssoldaten und länger dienende Freiwillige). Keiner dieser Verbände sei in der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Sie würden deshalb also auch nicht von deutschem Boden in ein Krisengebiet entsandt werden. Wohl aber sollten diese Truppen als Mehrzweck-Einheiten gerade auch für den Fall eines Einsatzes in Europa ausgerüstet und trainiert werden.

BM Genscher: Für uns sei es wichtig, welche Vorstellungen die französische Führung über die Rolle des deutschen Territoriums im Rahmen der französischen Strategie und Verteidigung habe, auf kürzere und auf längere Frist.

Hernu: Die Einsatzräume der französischen Truppen in Deutschland (deux couloirs) seien durch das Ailleret-Lemnitzer-Abkommen<sup>23</sup> festgelegt. Ob der Einsatz erfolge, sei eine politische Entscheidung. Das sei der geographisch-geschichtliche Rahmen. Frankreich halte sich an diese Vereinbarung. Ob die deutsche Seite vorschlage, das Abkommen neu zu verhandeln?

21 Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, berichtete am 18. Oktober 1982: „Präsident Mitterrand hat am Freitag, den 15. Oktober, in Begleitung von Verteidigungsminister Hernu, dem Generalstabschef des Heeres, General Delaunay, und dem Befehlshaber der 1. Armee, General de Barry, einer Vorführung des Heeres auf dem Truppenübungsplatz Canjuers [...] beigewohnt. [...] Vor Journalisten sagte der französische Staatspräsident anschließend, die Abschreckung könne nur global sein. Das Nuklearpotential könne von den anderen Streitkräften nicht getrennt werden. Er denke dabei an die komplementäre Rolle der 1. Armee und des französischen Heeres insgesamt. Der Verteidigungshaushalt 1983 erlaube dem Heer auch weiterhin, „alle Aufträge zu erfüllen und sein Gleichgewicht zu erhalten.“ Dazu stellte Hoffmann fest: „Die seit langem geplante Heeresdemonstration vor Staatspräsident Mitterrand hat vor dem Hintergrund der bevorstehenden, jedoch noch nicht offiziell bestätigten und quantifizierten Reduzierungen neue Aktualität erhalten. Von der Presse, aber auch von den Offizieren war sie als letzter Versuch gewertet worden, entscheidende Veränderungen für die französischen Landstreitkräfte zu verhindern. Die äußerst unverbindlichen Äußerungen des französischen Präsidenten zu diesem Fragenkomplex lassen aber eher den Schluß zu, daß diesbezügliche Entscheidungen gegen das Heer bereits gefallen sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1902; Referat 201, Bd. 125640.

22 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „für Fragen der französischen Streitkräfte in Deutschland (geändert gem[äß] Zuschrift D 2 v[om] 2.11.)“.

23 Nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO am 1. Juli 1966 wurde die Zusammenarbeit zwischen den französischen Streitkräften und der NATO durch die Schreiben des Oberbefehlshabers der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, vom 10. August 1967 und des Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, vom 22. August 1967 geregelt. Für die Schreiben vgl. VS-Bd. 8134 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 330.

BM Wörner: Das sei nicht notwendig. Eine Neuverhandlung berge auch Risiken. Das Abkommen sei von Frankreich mit der Organisation der NATO geschlossen worden. Es gehe uns um Konkretisierung der allgemeinen Bestimmungen des Abkommens. Eine deutsch-französische Konkretisierung unterhalb der Schwelle der Neuverhandlung sollte in der Koordinierungsgruppe weiter behandelt werden.

Hernu: Frankreich unterhalte die engsten Beziehungen zu den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland. An eine Rückkehr in die Integration Frankreichs sei jedoch nicht zu denken.

BM Wörner: Darüber seien wir uns im klaren.

Hernu: Mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung wolle er hinzufügen, daß er während der Polen-Krise mit Zustimmung Mitterrands und nach Rücksprache mit Bundesminister Apel die französischen Streitkräfte, auch diejenigen in Deutschland, in die höchste Alarmstufe versetzt habe.

Daraus möge die deutsche Seite ersehen, daß Frankreich sehr positiv auf unsere Sorgen reagiere.

Schließlich wolle er noch das Thema Rüstungszusammenarbeit und besonders die Frage des Kampfpanzers<sup>24</sup> ansprechen. Er habe größte Schwierigkeiten im Parlament, das er wegen deutschen Zögerns seit langem hinhalte. U. U. müsse sich Frankreich selbständig machen. Das werde viel kosten. Aber es sei besser, jetzt eine negative deutsche Antwort zu erhalten, als die Sache weiter aufzuschieben. Er wolle vorschlagen, beim Hubschrauber zu kooperieren.<sup>25</sup> Dessen Einführung würde die 1. französische Armee beweglicher machen. Damit würde man deutschen Wünschen entsprechen. Ein solches Kooperationsvorhaben werde auf unsere Bevölkerungen günstig wirken und ein Signal für die Sowjetunion bedeuten.

BM Wörner: Er wolle Offenheit mit Offenheit honorieren. Mit dem, was er jetzt sage, gehe er weit über das hinaus, was sein Haus ihm zu sagen erlaube:

<sup>24</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 41, Anm. 22.

<sup>25</sup> Zu den Plänen für einen Panzerabwehrhubschrauber (PAH) aus deutsch-französischer Koproduktion vgl. Dok. 150, Anm. 16.

Am 9. Dezember 1982 hielt Ministerialdirigent Schauer zur konstituierenden Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 7. Dezember 1982 in Paris fest: „Der Vertreter des französischen Verteidigungsministers gab [...] die folgende, überwiegend kritische Bewertung des gegenwärtigen Standes bilateraler Rüstungskooperation: [...] Schwerpunkt des Interesses liege nun auf dem Kampfhubschrauber-Projekt. Hier dürften die beim Kampfpanzer begangenen Fehler nicht wiederholt werden. Dieses neue Projekt habe eine Reihe unbestreitbarer Vorteile: sein politisches Gewicht, seine operative Bedeutung als Mittel rascher Schwerpunktbildung, das Interesse der Industrie (MBB und Aérospatiale). Unterstrichen wurde die Aussage Minister Hernus bei seinem Bonn-Aufenthalt, daß es sich um einen Hubschrauber für den europäischen Schauplatz handeln solle, die Exportfrage sei in französischer Sicht nicht von primärer Bedeutung. Zwar bestünden Divergenzen zwischen der deutschen und französischen Seite weiter, die die Funktion des künftigen Hubschraubers betreffen (D: für Panzerabwehrhubschrauber; F: Feuerunterstützung steht im Vordergrund); diese sollten es jedoch trotzdem erlauben, wenigstens Plattform, Triebwerk und Elektronik gemeinsam zu entwickeln. Bedauerlicherweise bestünde jedoch die deutsche Seite bisher darauf, die Komponenten aus den USA zu beschaffen, so daß man praktisch ein Endprodukt ‚Made in USA‘ erhalte; schon das Kosteninteresse verlange jedoch ein deutsch-französisches Projekt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125657.

Erstens: Er wolle das Hin und Her auf keinen Fall verlängern, sondern Klarheit herstellen, auch wenn sie unangenehm sei.

Zweitens: Die Rüstungszusammenarbeit müsse in der Tat konkret sein und dürfe sich nicht in Absichtserklärungen erschöpfen. Wenn der gemeinsame Kampfpanzer aufgegeben werden müsse, sollte ein neues Projekt gefunden werden.

Drittens: Den Kampfpanzer werde er im Parlament mit größter Wahrscheinlichkeit nicht durchsetzen können. Mit einer Fraktion habe er bereits gesprochen. Der Kampfpanzer sei ein abschreckendes Beispiel dafür, wie man Kooperationsprojekte nicht betreiben sollte.

Viertens: Er sehe eine Reihe von Vorteilen in dem Hubschrauberprojekt. Sein Ministerium mache ihn aber darauf aufmerksam, daß die Konzepte der deutschen und französischen Seite voneinander abwichen. Frankreich wolle einen Jagdhubschrauber für den Einsatz außerhalb Europas, die deutsche Seite einen Kampfhubschrauber für den Einsatz in Mitteleuropa. Nun wolle er klären, ob die unterschiedlichen Vorstellungen wirklich so groß seien. Das müsse man zusammen mit der französischen Seite eruieren. Wenn diese Schwierigkeit behoben werden könne, sei er bereit, sofort ins Parlament zu gehen. In der deutschen Industrie bestehe Interesse an einem gemeinsamen Hubschrauberprojekt. Er müsse sich natürlich fragen, ob er das Geld bekomme. Jedenfalls könne er versprechen, daß er alles tun werde, um so bald wie möglich Klarheit zu gewinnen. Er habe persönlich den festen Willen, ein konkretes Projekt für die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit ins Auge zu fassen.

Hernu: Der Hubschrauber sei für die Ausrüstung der französischen Truppen in Deutschland bestimmt. Es sei wahr, daß Frankreich den Hubschrauber auch gern exportieren möchte. Wenn wir damit Schwierigkeiten hätten, würde Frankreich die Frage des Rüstungsexports in den Hintergrund schieben.

BM Wörner: Diese Erklärungen seien sehr hilfreich.

BM Genscher: Er habe die Frage des Kampfpanzers und des Hubschraubers schon mehrfach mit Cheysson besprochen. Beim Hubschrauber hätten wir nicht die Schwierigkeit der zeitlichen Phasenverschiebung bei der französischen und deutschen Beschaffungsnotwendigkeit wie beim Kampfpanzer. Man solle wirklich die Annäherung der Konzepte durch die beiden Verteidigungsministerien versuchen. Beim Rüstungsexport stoße man auf die alten Schwierigkeiten. Wenn man gegenseitiges Veto verabrede, überfordere man sich leicht.

Hernu: Er sei sehr einverstanden. Man müsse im übrigen darauf achten, daß die Verteidigungsministerien ein solches Kooperationsprojekt wirklich beherrschten, damit die Industrien die Ministerien nicht gegeneinander ausspielten. Wahrscheinlich müsse man einen Hauptbeauftragten benennen.

Pfeffer

VS-Bd. 14103 (010)

## 285

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem israelischen Botschafter Ben- Ari

26. Oktober 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Botschafter Ben- Ari am Dienstag, 26. Oktober 1982, 18.00 Uhr bis 18.20 Uhr im Bundeskanzleramt

Wesentlicher Gesprächsinhalt:

Der *Botschafter* erwähnte seine bevorstehende Reise nach Israel, bei der er auch den Südlibanon zu besuchen hoffe. Im Nahen Osten sei eine neue Lage geschaffen. USA und Israel hätten im wesentlichen gleiche Ziele im Libanon. Die Lösung dort sei aufgrund der orientalischen Gegebenheiten ein langwieriger Prozeß. Israel hoffe auf baldigen Abzug der anderen fremden Kräfte, dann könne es auch den Libanon räumen.<sup>2</sup>

Er komme, um offiziell und privat dem Bundeskanzler Glück zu wünschen.

Der *Bundeskanzler* dankt und erklärt dem Botschafter, er könne zu Hause sagen, daß er, wenn irgend möglich, im nächsten Jahr nach Israel (wörtlich „rüber“) kommen werde.<sup>3</sup> Der Botschafter wisse, daß dies sein alter Wunsch sei. Vor dem 6. März, vor den Wahlen, gehe es natürlich nicht.<sup>4</sup> Wann die schönste Jahreszeit sei? (*Botschafter*: April, Mai, Juni). Der Botschafter erinnert daran, daß diese Einladung eine seiner ersten Amtshandlungen in Bonn<sup>5</sup> gewesen sei, und erklärt, daß der deutsche Bundeskanzler herzlich eingeladen und willkommen sei. Der *Bundeskanzler* entgegnet, daß der Besuch aus verschiedenen Gründen mehr denn je sein Wunsch sei. Vor März sei er nicht möglich – aber dann in der Jahresmitte. Seine Frau werde mitkommen. Der Botschafter könne dies ausrichten (dieser erwidert, daß der Bundeskanzler herzlich und mit Würde empfangen werden würde).

Der Bundeskanzler drückt auch unseren Wunsch nach baldigem Frieden im Libanon aus und fragt nach den Gesprächen des israelischen Außenministers in den USA.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 27. Oktober 1982 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Billigung“ an Bundeskanzler Kohl weitergeleitet. Dazu vermerkte Franke: „Der Bundesminister des Auswärtigen hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung einen Durchdruck erhalten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Zur Frage von Verhandlungen über den Abzug ausländischer Truppen aus dem Libanon vgl. Dok. 277, Anm. 28.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Israel vom 24. bis 29. Januar 1984.

<sup>4</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>5</sup> Jitzhak Ben- Ari trat am 6. Juli 1981 das Amt des israelischen Botschafters in Bonn an.

<sup>6</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf. Am 5. Oktober 1982 traf er dort mit Bundesminister Genscher zu einem Gespräch zusammen: „BM betonte unsere große Sorge über Vorgänge im Libanon (die uns erschreckt haben) und fragte nach israelischer Lageeinschätzung.“ Shamir legte dazu dar: „Trotz der schrecklichen Ereignisse seien positive Elemente zu verzeichnen: Beirut sei zum ersten Mal die Hauptstadt des Li-

Der *Botschafter* erwähnt, daß die israelische Regierung den Reagan-Plan<sup>7</sup> abgelehnt, die israelische Opposition ihn als im allgemeinen gute Grundlage bezeichnet habe. Er wirft die Frage auf, ob die Veröffentlichung des Vorschlags nicht ein psychologischer Fehler gewesen sei, so wie z.B. auch der Rogers-Plan<sup>8</sup> seinerzeit wegen frühzeitiger Indiskretion nicht weitergeführt habe.

Die Gespräche Shamirs in USA hätten gewisse Erleichterungen im Verhältnis Israel/USA gebracht; auch für Frieden im Libanon seien weitere Schritte möglich. In der großen Zielsetzung hätten USA und Israel eine Identität der Hoffnungen. MP Begin werde im November wieder in die USA fahren.<sup>9</sup> Man hoffe, dann weiterzukommen. Seine (des Botschafters) kürzliche USA-Reise habe ihm gezeigt, daß man auf die Presse nicht so viel geben dürfe. Nicht nur die Regierung, sondern auch die amerikanischen Bürger könnten Länder mit demokratischer Ordnung von Diktaturen sehr wohl unterscheiden. Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Für ihn sei vor allem die Ideengemeinschaft mit den USA, dem großen demokratischen Land, der wichtige Punkt. Das werde hierzulande ungenügend gesehen. Ihm habe sich ganz tief eingepreßt, wie gleich nach dem Krieg – er sei 16 bis 17 Jahre alt gewesen – z.B. die amerikanischen Lastwagen die Schulpeisung auf seinen Schulhof gebracht hätten. Der *Botschafter* bestätigt auch für Israel, daß das enge Verhältnis zu den USA nicht nur auf deren stets bewiesener Hilfe, sondern vor allem auch auf die Gemeinsamkeit der Wertvorstellungen und Ideen zurückzuführen sei.

Der *Bundeskanzler* erwähnt, wie nach den Memoiren Fabian von Schlabrendorffs Generaloberst Beck sich zu Beginn des Frankreich-Feldzugs 1940 daran erinnerte, daß 1917 im Stabe Ludendorffs niemand begriffen habe, was der Kriegseintritt der USA wirklich bedeute, welche ungeheure Kraft sie zu entwickeln in der Lage seien. Beck habe vorausgesehen, daß sich das alles im Zweiten Weltkrieg wiederholen werde.<sup>10</sup> (Bei kurzer Erwähnung des Schicksals von Beck und General Oster und auf die Frage des *Botschafters*, ob nicht

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1488*

banons (und nicht die des Terrorismus); er hoffe auf Fortschritte bei Evakuierungsbemühungen fremder Truppen; Israel sei jederzeit bereit („keinen Tag länger als notwendig“), Libanon zu verlassen, falls und wenn alle ausländischen Truppen (auf Anfrage: auch Syrer und PLO) Libanon geräumt hätten. [...] Libanesischer Präsident sei Führer ‚befreundeter Bewegung‘, die man über acht Jahre mit Waffen und Ausbildung unterstützt hätte. Diese Bewegung stelle heute (von Syrern und PLO abgesehen) einzig relevanten militärischen Faktor im Libanon dar, sie würde von den Libanesen unterstützt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135708.

<sup>7</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>8</sup> Am 9. Dezember 1969 unterbreitete der amerikanische Außenminister Rogers im Rahmen einer Rede in Washington Vorschläge zur Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 597–602.

Nachdem Israel den ersten „Rogers-Plan“ am 22. Dezember 1969 abgelehnt hatte, schlug Rogers mit Schreiben vom 19. Juni 1970 den Außenministern Riad (VAR) und al-Rifai (Jordanien) die Aufnahme von Verhandlungen über eine Beilegung des Nahost-Konflikts vor. Für den Wortlaut des neuen „Rogers-Plans“ vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 63 (1970), S. 178f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 449f.

Am 4. Oktober 1971 unterbreitete Rogers vor der VN-Generalversammlung den Vorschlag der Aufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten über ein Interimsabkommen zur Wiedereröffnung des Suez-Kanals und erklärte die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zu einer „konstruktiven Rolle“ beim Zustandekommen eines solchen Abkommens. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 26th Session, Plenary Meetings, 1950th Meeting, S. 5.

<sup>9</sup> Ministerpräsident Begin hielt sich vom 11. bis 14. November 1982 in den USA auf.

<sup>10</sup> Vgl. Fabian von SCHLABRENDORFF, Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 271–275.

Admiral Canaris Selbstmord begangen habe, der *Bundeskanzler*, nein, Canaris habe ein entsetzliches Ende durch Klaviersaitendraht gefunden – hier habe Begin, der sich nicht auskenne, alles durcheinandergebracht.<sup>11)</sup>

Der Bundeskanzler zum Abschied: Wir bleiben in Verbindung. Sie kennen unsere Position. Wir hoffen, daß der Libanon zum Frieden kommt. Die Reputation Israels hat durch die Ereignisse im Libanon Schaden gelitten.<sup>12)</sup> (Der *Botschafter* wirft ein: Aber sie sind häufig nicht richtig dargestellt worden.)

Der *Bundeskanzler* wünschte dem Botschafter eine gute Reise.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

## 286

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bischof Meisner in Rom

010-2924/82 geheim

26. Oktober 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Bischof Meisner in Rom am 26.10.82, 17.30 Uhr bis 18.15 Uhr<sup>2</sup>

*Meisner* begrüßt die Gelegenheit zur Fortsetzung des Gesprächs mit BM und bemerkt, daß er und die ihn begleitenden Bischöfe aus der DDR die Einladung des Bundespräsidenten leider nicht annehmen könnten. Bei dem Ad-limina-Be-

<sup>11</sup> Am 6. Mai 1981 teilte Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, mit, das Presseamt der israelischen Regierung habe englischsprachige Auszüge aus dem jährlichen Interview Begins aus Anlaß des israelischen Unabhängigkeitstags zur Verfügung gestellt, das am 7. Mai 1981 mittags ausgestrahlt werde. Darin äußere er sich wie folgt über Bundeskanzler Schmidt: „I know who sat in a certain room when they showed how they hung with piano wire the generals who tried to assassinate Hitler. He was invited to that spectacle.“ Danach sei die Frage gestellt worden: „Was Chancellor Schmidt a Nazi?“ Begin habe entgegnet: „I don't know if he was a member of the Nazi party, but he was a good officer, a good fighter in the German army until he was taken prisoner by the British. He never broke his oath of loyalty to his Führer, Adolf Hitler. And he fought on the Eastern front. I don't know what he did with the Jews on the Eastern front. [...] I only know that he was in that army that received an order that when the ‚Einsatzgruppen‘ come to liquidate the Jews, the army does not kill the Jews directly, but it surrounds the city completely and maintains order until the ‚Einsatzgruppen‘ finish their work.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 310, Bd. 135678.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Gewalttaten vom 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila; Dok. 243.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Oktober 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Carstens vom 25. bis 27. Oktober 1982 bei dessen Besuch in Italien und beim Heiligen Stuhl. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 3. November 1982 mit: „Am 28.10.1982 wurde der Bundespräsident, begleitet von Frau Carstens und BM Genscher, von Papst Johannes Paul II. im Vatikan in Privataudienz empfangen, er erwiderte damit den Besuch des Papstes in der Bundesrepublik Deutschland (1980). In einem vertraulichen halbstündigen Gespräch behandelten der Bundespräsident und der Papst die Themen Frieden und Abrüstung, Menschenrechte, Erhaltung von Familie und menschlichem Leben sowie den Aufbau Europas.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 98; Referat 012, Bd. 124420.

such gehe es um harte Fakten; sie seien heute bei Casaroli gewesen und er habe Silvestrini gesprochen. Der Heilige Stuhl frage nach den Diözesangrenzen.<sup>3</sup> Auf Zwischenfrage BMs bestätigt M., daß der Heilige Vater<sup>4</sup> nicht danach gefragt habe. Er, M., habe es aber direkt beim Papst angesprochen und festgestellt, das letzte Promemoria, das den Status quo beinhalte, gebe eine so starke Position, daß man sich unangefochten der pastoralen Aufgabe widmen könne. (M. übergibt zu diesem Thema beiliegende, vertraulich zu behandelnde Notiz<sup>5</sup>, die er auch Casaroli überließ und die allen Bischöfen aus der DDR als Gesprächsgrundlage dient.)

Meisner erläutert im gleichen Sinne wie gegenüber Bräutigam<sup>6</sup> seinen Antrittsbesuch bei Gysi und den unterlassenen Antrittsbesuch bei Honecker und stellt fest, daß G. die Diözesangrenzen angesprochen habe. Er habe dabei festgestellt, daß diese sich nicht mit den Staatsgrenzen deckten, daß der Staat aber Zeit habe. Er, M., habe erwidert, die Kirche habe noch mehr Zeit. – M. war nicht bekannt, ob oder gegebenenfalls was staatlicherseits gegenüber dem Vatikan unternommen wird.

Im übrigen habe Gysi zwei Drittel des Gesprächs mit Klagen über die schwierige Wirtschaftslage bestritten und erklärt, die Regierung wolle keine zusätzlichen Schwierigkeiten mit der Kirche. Hier bestätige sich wieder die Erfahrung, daß es der Kirche um so besser gehe, je schlechter es dem Regime gehe.

*Bundesminister* erklärt, daß wir bei den bevorstehenden Gesprächen mit dem Papst und Casaroli unser Interesse an der Erhaltung des Status quo zum Ausdruck bringen würden. Der Bundespräsident habe dies bereits beim Papst-

<sup>3</sup> Zur Frage einer kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR vgl. Dok. 120, Anm. 7.

<sup>4</sup> Johannes Paul II.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. In der mit „Gesprächsergebnis“ betitelten Aufzeichnung hieß es: „Die Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz hat auf ihrer Sitzung am 6./7. September 1982 im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ad-limina-Besuch über den kirchenpolitischen Status quo beraten. [...] Sie stellt fest, daß die Zurückhaltung des Heiligen Stuhls in der Diözesangrenzenfrage sich seither nicht negativ für das kirchliche Leben in der DDR ausgewirkt hat. [...] Die Berliner Bischofskonferenz hält nach wie vor an ihrer mehrfach geäußerten Auffassung fest, daß das Offenhalten der Diözesangrenzenfrage das kirchliche Leben, zumal die pastoralen Wirkmöglichkeiten in der gegenwärtigen Situation, nicht nur nicht gefährdet, sondern abstützt. [...] Unabhängig von dem politischen Problem der Teilung Deutschlands und der Existenz zweier deutscher Staaten erweist es sich aus kirchlichen Gründen als unbedingt erforderlich, die Verbindung zu den Bischöfen in der Deutschen Bischofskonferenz und zu deren Diözesen aufrecht zu halten und zu pflegen. Diese Aufgabe ergibt sich um so dringlicher, als sich bereits ein ‚Generationswechsel auf den Bischofsstühlen‘ vollzieht und die aus früheren Kontakten erwachsenen Beziehungen in Gefahr geraten, sich abzuschwächen.“ Vgl. VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Am 22. Oktober 1982 berichtete Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin: „Am 20. Oktober stattete ich dem Bischof von Berlin, seit Anfang September auch Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, einen Antrittsbesuch ab [...]. Bischof Meisner betonte, daß die in der evangelischen Kirche benutzte Formel ‚Kirche im Sozialismus‘ für die Katholiken kein Leitbild sein könne. Für ihn sei es eine ‚Kirche im Atheismus‘. Er habe keinen Zweifel, daß aus der Sicht der SED die Gegnerschaft zwischen Kirche und Kommunismus unverändert sei. Die SED wisse auch, daß sie mit ihren Bemühungen um eine Eliminierung der christlichen Kirchen bisher erfolglos gewesen sei. Auch daher rühre der große Respekt der Kommunisten vor der katholischen Kirche als Institution. In Wahrheit versuchten die Kommunisten so etwas wie eine ‚Anti-Kirche‘ zu sein. [...] Bischof Meisner erwähnte, daß er nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz einen Antrittsbesuch bei Honecker, der ihm nahegelegt worden sei, abgelehnt habe. Er wolle an seiner Unabhängigkeit gegenüber dem Staat von vornherein keinen Zweifel aufkommen lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1196; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

besuch 1980<sup>7</sup> in Brühl getan, er selbst bei seiner Privataudienz im Mai 1982<sup>8</sup>, wobei der Papst sehr offen gewesen sei.

Auf den Einwurf von M., nicht der Papst sei das Problem, stellt BM fest, man müsse dennoch den Papst immer wieder darauf aufmerksam machen, daß die Frage durch Zeitablauf nicht an Bedeutung für uns verliere.

*Meisner* befürchtet, daß bei Änderung der Diözesangrenzen auch der Status des Bistums Berlin geändert werden könnte, der durch den Einschluß von West-Berlin gekennzeichnet sei. Er ist besorgt, daß die katholische Kirche in der DDR auf einen Status wie in der ČSSR herabgedrückt werden könnte.

Auf die Frage BMs, ob man danach fragen solle, ob der Berliner Bischof wie früher wieder Kardinal werden solle, bezeichnet sich M. als ununterrichtet über die Überlegungen des Heiligen Stuhls. Der ungeheure Zuwachs an Autorität würde die Arbeit kirchenpolitisch sicher einfacher machen. Seit seiner Berufung habe aber kein Konsistorium mehr stattgefunden. Der Papst tendiere wohl dahin, daß das Kardinalskollegium das Zahlenverhältnis der Katholiken in der Welt reflektieren und daher der Anteil Südamerikas vergrößert werden müsse.

*Bundesminister* äußert Verständnis dafür, daß die Bischöfe nicht am Empfang des Bundespräsidenten teilnehmen könnten, und fragt, ob der Bischof mit dem Bundespräsidenten privat zusammenzutreffen wünsche. M. nimmt diesen Gedanken mit offensichtlicher Freude auf.

(Anmerkung: Nach Rücksprache BMs mit Bundespräsident wird ein Termin für Mittwoch<sup>9</sup>, 21.00 Uhr vorgesehen, der aber nicht zustande kam.)

*Meisner* erwähnt, daß Präsident Kirchschräger ihm im Rahmen seines DDR-Staatsbesuchs 1983<sup>10</sup> offiziell einen Besuch machen will. M. sieht seine Pflicht, auch für West-Berliner Interessen einzutreten, und berichtet von der großen Enttäuschung dort über Ks. Entscheidung, West-Berlin bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auszusparen.<sup>11</sup> Er wolle K. deshalb nur privat empfangen.

*Bundesminister* begrüßt dies nachdrücklich und äußert Betroffenheit über den Vorgang wie auch Ks. öffentliche Erläuterungen hierzu.

*Meisner* erläutert anschließend seine Reiseplanung für die nächsten Monate, die ihn zuerst nach Prag zu Kardinal Tomášek, in zwei Wochen zu Kardinal Glemp nach Warschau und im Januar nach Wien zu Kardinal König, danach zu einem offiziellen Besuch zu Kardinal Höfner und schließlich nach Ungarn führen werde. Dies sei ein gutes ausbalanciertes Paket. Er wolle die brüderli-

<sup>7</sup> Papst Johannes Paul II. besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 19. November 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 340.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Papst Johannes Paul II. am 16. April 1982 in Rom vgl. Dok. 120.

<sup>9</sup> 27. Oktober 1982.

<sup>10</sup> Bundespräsident Kirchschräger hielt sich vom 11. bis 14. Oktober 1983 in der DDR auf.

<sup>11</sup> Bundespräsident Kirchschräger besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. September 1982. Am 13. September 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler: „Zu unserem Bedauern hat sich der österreichische Bundespräsident nicht in der Lage gesehen, entsprechend unserem Vorschlag auch Berlin zu besuchen. Die Entscheidung, nicht nach Berlin zu reisen, ist im Zusammenhang mit der Vorsicht zu sehen, die Österreich aufgrund seines besonderen Neutralitätsstatus zu üben pflegt. In unserer Presse hat der österreichische Verzicht auf einen Besuch in Berlin zu kritischen Kommentaren geführt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 86; Referat 012, Bd. 124420.

che Kollegialität im Kampf gegen den Atheismus pflegen und möglichst zu einem institutionalisierten einjährigen Besuchsrhythmus kommen. M. erwähnt, daß sein Amtsvorgänger<sup>12</sup> und auch Bischof Schaffran entsprechenden Kontakten reserviert gegenübergestanden hätten, wohl auch aus persönlichen Gründen, weil sie Teile ihrer Bistümer an Polen verloren hätten. Das müsse jetzt überwunden werden.

*Bundesminister* ist auch der Meinung, daß dieses Paket ausgewogen ist, und bittet, Kardinal Tomaschek Grüße auszurichten und auf seinen möglichen offiziellen Besuch vor Weihnachten in Prag<sup>13</sup> hinzuweisen, bei dem er auch gern wieder den Kardinal aufsuchen würde.

Auf die Frage nach der Einschätzung des Regierungswechsels in Bonn<sup>14</sup> faßt *Meisner* die Erörterungen in der Berliner Bischofskonferenz wie folgt zusammen:

Es handele sich um einen längst fälligen Vorgang. Dem früheren Kanzler habe man menschliche Sympathie entgegengebracht, aber bedauert, „daß er bei der falschen Partei sei“. Man schlage im übrigen den Verkehrten: Schmidt sei von seiner eigenen Partei nicht gestützt worden. Bei der „Damenriege“ der FDP mache sich wohl spezifisch weibliche Sympathie für einen eindrucksvollen Mann bemerkbar. Ergebnisse der letzten Landtagswahlen<sup>15</sup> reflektierten wohl eher einen Mitleidseffekt. – Diese von Bischöfen und Priestern geäußerte Meinung spiegele das Echo aus dem Kreis der Gläubigen wider. Bei letzteren sei eine gewisse Angst unverkennbar, daß eine konsequentere Ost-Politik der neuen Bundesregierung menschliche Erschwernisse für sie bringen könnte.

Die Regierung habe beim Bonner Regierungswechsel besonders in den Schulen Kriegspsychose erzeugt und hieraus einen zusätzlichen Vorwand für die kolossale Militarisierung des DDR-Lebens gewonnen. Unverkennbar sei die große Angst vor dem polnischen Bazillus. Es gebe auch Schwierigkeiten bei der Versorgung, was in der Kombination mit stärkerer Reglementierung und bei gleichzeitiger Unsicherheit des Regimes unerwartete Reaktionen der Bevölkerung möglich erscheinen lasse.

*Bundesminister* unterstreicht, daß neben ihm in der neuen Bundesregierung der Bundeskanzler und BM Barzel besonders engagiert seien für die Deutschen in der DDR. Sie seien sich völlig einig, daß sie sehr vorsichtig handeln und nichts tun würden, was Schwierigkeiten mache. Ihre Deutschlandpolitik werde aber von großem innerem Engagement getragen sein.

Unter Hinweis auf die 1983 anstehende Nachrüstung im Rahmen des Doppelbeschlusses erwähnt BM den DDR-Versuch, hier Druck auszuüben. Ihm werde diese Regierung ebensowenig nachgeben, wie es die frühere getan hätte.

Zum Honecker-Besuch verweist BM auf seine Äußerung gegenüber AM Fischer in New York, daß wir an der Einladung festhalten.<sup>16</sup> Honecker selbst habe die

<sup>12</sup> Alfred Bengsch.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 1./2. Februar 1983 in der ČSSR auf. Vgl. dazu das Gespräch mit Präsident Husák am 2. Februar 1982 in Prag und das Fernschreiben Nr. 154 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, vom selben Tag; AAPD 1983.

<sup>14</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>15</sup> Am 10. Oktober 1982 fanden Wahlen zum bayrischen Landtag statt.

<sup>16</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 5. Oktober 1982 vgl. Dok. 259.

Frage in der Schwebe gelassen und ziemlich unverblümt dem früheren Bundeskanzler zu verstehen gegeben, daß man die hessischen Landtagswahlen<sup>17</sup> abwarte.<sup>18</sup>

BM rechnet mit dem Honecker-Besuch im Laufe 1983, aber nicht vor den Wahlen im März<sup>19</sup>. (BM erwähnt in diesem Zusammenhang, daß wir auch ein gewisses Zögern bei Gromyko feststellen, seinen Besuch<sup>20</sup> bei uns zu terminieren.)

*Meisner* nimmt dies mit Befriedigung zur Kenntnis und erwähnt, daß ein Besuch wie der von BK Schmidt bei Honecker sich nicht wiederholen dürfe.<sup>21</sup> Die Bevölkerung sei niedergeschlagen gewesen. Besser sei es, keinen Besuch zu machen, als sich so schamlos für die Propaganda ausnützen zu lassen.

*Bundesminister* spricht kurz das bevorstehende Luther-Jahr<sup>22</sup> an, zu dem mit staatlichen Einladungen auch nach Ost-Berlin gerechnet wird, was uns vor große Probleme stellen werde. *Meisner* erwähnt, daß die Kirche keine Feiern in Ost-Berlin plane.

Unter Hinweis auf den Besuch von Billy Graham in der DDR<sup>23</sup>, der sich naiv vor den Karren der staatlichen Propaganda spannen lasse, stellt M. fest, die katholische Kirche mache – auch im Zusammenhang mit der Friedensbewegung – wenig Schlagzeilen. Sie halte an der strikten Trennung von Kirche und Staat fest und habe deshalb zur 33-Jahr-Feier der DDR<sup>24</sup> nur einen Prälaten gesandt, während die evangelische Kirche mit fünf Bischöfen vertreten gewesen sei. Für einen totalitären Staat sei die von der katholischen Kirche gewählte Form des Bekenntnisses, das Nicht-Mitmachen, unerträglich. Die katholische Kirche trage ihren Kampf jährlich bei Jugendweihe und den Ersatzriten aus.

Abschließend erläutert Meisner noch kurz die Probleme mit den Aktivitäten der Berliner Konferenz, deren Mitglieder sich von der staatlichen Propaganda mißbrauchen lassen bei dem Versuch, die Kirche aufzubrechen. Staatlicherseits werde ungehemmte Falschmünzerei betrieben, um die Gläubigen irre zu machen.

M. erwähnt, daß die Bildung eines Ständigen Rates der Berliner Bischofskonferenz, der einem entsprechenden Organ der Deutschen Bischofskonferenz entspreche, bei den staatlichen Behörden sofort den Verdacht erweckt habe, daß hier Anpassung an den Westen betrieben werde.

<sup>17</sup> Die Wahlen zum hessischen Landtag fanden am 26. September 1982 statt.

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Staatsministers Wischniewski, Bundeskanzleramt, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. September 1982 in Ost-Berlin; Dok. 241.

<sup>19</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>20</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>22</sup> Zu den Feiern 1983 in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther vgl. Dok. 229, Anm. 5.

<sup>23</sup> Zum Besuch des amerikanischen Predigers Graham in der DDR vgl. den Artikel „Billy Graham zu Gast bei Bauern im Bezirk Magdeburg“; NEUES DEUTSCHLAND vom 22. Oktober 1982, S. 4.

<sup>24</sup> Die DDR beging am 10. Oktober 1982 ihren Nationalfeiertag.

*Bundesminister* und *Meisner* äußern den Wunsch, das Gespräch bei Gelegenheit fortzusetzen.

VS-Bd. 14102 (010)

287

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, in Rom

010-2948/82 geheim

27. Oktober 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Primas Glemp am 27.10.82 von 21.00 Uhr bis 22.00 Uhr im Polnischen Kolleg in Rom<sup>2</sup>

Anwesend: Pater Cordes und Frau Hamerlak-Hermesdorff (Dolmetscher)

*BM* leitet Gespräch ein mit Grüßen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers und ist erfreut, daß es möglich gemacht werden konnte. *BM* weist auf die intensive Teilnahme der deutsche Bevölkerung an der Entwicklung in Polen hin und möchte von dem Primas gern eine Einschätzung der Lage hören und auch von ihm einen Rat empfangen.

Der *Primas* hält es für schwierig, einen Rat zu geben, weil er selbst ganz ratlos ist. Die Ereignisse seien noch zu frisch, um ein Urteil zu geben. Man werde abzuwarten haben, ob der Boykott der Gewerkschaft<sup>3</sup> andauere und ob es zu einem Generalstreit komme. Straßendemonstrationen seien nicht auszuschließen, sie könnten auch zu sehr blutigen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung führen.

Von Kirchenseite werde von Straßendemonstrationen im Hinblick auf dieses unwägbara Risiko abgeraten, dies auch in Kenntnis der Tatsache, daß es nachher zu einer um so schwereren gesellschaftlichen Depression komme. Der Primas sieht zwei mögliche Erklärungen für das Verbot von Solidarität: Einmal könnte sehr starker sowjetischer Druck<sup>4</sup> ausgeübt worden sein mit dem Ziel, in Polen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. Oktober 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Carstens vom 25. bis 27. Oktober 1982 auf dessen Reise nach Italien und zum Vatikan. Vgl. dazu ebenfalls Dok. 286.

<sup>3</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

<sup>4</sup> Am 14. Oktober 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer, habe bei seinen Gesprächen mit polnischen Bischöfen in Rom folgende Lagebeurteilung erhalten: „Eine Hypothese, die wahrscheinlichste, gehe davon aus, es sei das oberste Ziel der Sowjets, die Konterrevolution zu vermeiden. Dieses Ziel könne man bereits erreichen, wenn der Status quo möglichst lange aufrechterhalten bleibe, wenn es keine Stabilisierung gebe, die Kommunistische Partei sich nicht regeneriere und eine Verwirklichung des Konzepts Jaruzelskis scheitere. Es sei kaum zu erwarten, daß das polnische Volk das Konzept Jaruzelskis annehme. Das Volk lasse sich dieses nicht aufoktroyieren. Die Stimmung schwanke zwischen Resignation und aufgetauter Wut. [...] Das zweite Szenario: Die Sowjets könnten fest entschlossen sein, jegliche Opposition in Polen („Solidarität“, Kirche, Intellektuelle), ähnlich wie 1956 in Ungarn,

schnell Ruhe einkehren zu lassen. Die andere Möglichkeit sei, daß General Jaruzelski vielleicht bald abtreten müsse und vorher noch „soviel wie möglich durchführen“ wolle. Sein Abtritt bedeute nämlich auch das Ende des Kriegsrechts.

Die Widerstandskraft des polnischen Volkes reicht nach Meinung des Primas aus, um den Winter zu überstehen. Man könne vier große Gruppierungen unterscheiden:

- Menschen, die verzweifelt und gebrochen seien,
- Menschen, die mit dem Regime zusammenarbeiteten,
- Menschen, die zum verzweifelten und erbitterten Kampf bereit seien,
- und Menschen, die eigene Strukturen organisierten und sich eine gewisse Selbständigkeit gegenüber dem Regime sichern wollten.

Die letzte Gruppe sei, wenn sie aushalte, am interessantesten und verdiene die stärkste Hilfe. Zu ihr gehörten schon heute drei Millionen unabhängige Bauern. Die Gruppe müsse aber erweitert werden auf ein von Gewerkschaft und Staat unabhängiges Handwerkertum. Gelingen dies, seien gute Voraussetzungen für ein Überleben des polnischen Volkes geschaffen.

Der Primas bestätigt den Eindruck BMs, daß auch die polnische Führung manchmal den Eindruck der Ratlosigkeit mache. *BM* verweist darauf, daß er im März 1981 mit General Jaruzelski<sup>5</sup> und im Dezember des gleichen Jahres mit dem Stellvertretenden MP Rakowski<sup>6</sup> zusammengetroffen sei und ihnen deutlich gesagt habe, er könne ihre Erwartung nicht teilen, durch Zwang und Kriegsrecht zu einer Lösung der polnischen Probleme zu kommen. Er sage auch allen WP-Gesprächspartnern, so den Außenministern der Sowjetunion<sup>7</sup>, der DDR<sup>8</sup> und der ČSSR<sup>9</sup>, daß die Bemühungen der polnischen Regierung aussichtslos und ohne Perspektive bleiben müßten, wenn sie nicht im Dialog und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1495*

zu liquidieren. Es sei erwiesen, daß der Geheimdienst versuche, durch Provokationen den Volkszorn zu schüren. Der Geheimdienst bemühe sich auch, die Kirche auf mittlerer und unterer Ebene durch Provokationen zu kompromittieren. So würden z.B. Waffen in Wohnungen von Priestern geschmuggelt. [...] Eine Explosion des Volkszorns könne den Vorwand für eine Intervention liefern.“ Vgl. VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

<sup>6</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982; Dok. 263.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 5. Oktober 1982; Dok. 259.

<sup>9</sup> Am 7. Oktober 1982 berichtete Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. auf dem Rückflug von New York, über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am Vortag am Rande der VN-Generalversammlung in New York: „Bundesminister drückte unsere große Besorgnis über die jüngste Entwicklung in Bezug auf die Gewerkschaften in Polen aus. Dadurch könne die ganze Lage in Europa wieder nachteilig beeinflusst werden.“ Er selbst werde in eine schwierige Lage kommen, „da er seinen Kollegen die Erklärungen weitergegeben habe, die ihm der Stellvertretende polnische Ministerpräsident Rakowski am 30.12.1981 in Bonn bezüglich der polnischen Absichten betreffend die Solidarität weitergegeben habe. Die Ankündigungen Rakowskis träten nun nicht ein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 214, Bd. 132983.

in Zusammenarbeit mit dem Volk unternommen würden. So bringe man das Volk nur in eine Verweigerungslage.

Der *Primas* vermutet, daß dies durchaus beabsichtigt sein könnte. Er verweist auf die bis in den Sommer andauernde Bereitschaft der Kirche, an der Ausarbeitung von Plänen für einen Dialog mitzuwirken. Die Regierung habe die Entwürfe stets abgelehnt und eigene, inhaltlich völlig andere Pläne vorgelegt. Im Juni habe man begriffen, daß beide Seiten ein völlig anderes Verständnis hätten. Die Regierung könne offenbar keine auch vom Volk akzeptierbare Vereinbarung erreichen. Sie wäre dann wieder mit dem Volk vereint, woran der „ältere Bruder“ kein Interesse habe, weil er sonst an Einfluß verliere.

*BM* fragt nach der Einschätzung der Person von Jaruzelski, insbesondere ob er den jetzigen Weg gehe, weil er ihn für richtig halte oder weil er eine sowjetische Intervention vermeiden wolle.

Der *Primas* hat Schwierigkeiten, Jaruzelski einzuschätzen, wie viele andere auch. Er habe sehr weitreichende Ideen: Er wolle einen starken Staat, der Ruhe und Ordnung einführe und hierdurch zu einer Demokratie gelange. Dies setze große Klugheit voraus, um die Gefühle des polnischen Volkes nicht zu verletzen. Es sei aber so, daß der Sozialismus, den Jaruzelski Polen aufzwingen wolle und zu dem er sich bekenne, von den Polen nicht gewünscht werde. Und hier beginne die Tragödie.

Eine Rückkehr zu den Zuständen vor August 1980 wolle Jaruzelski andererseits auch nicht.

Zur weiteren Klärung fügt der *Primas* hinzu, sicher solle eine sowjetische Intervention vermieden werden. Jaruzelskis Pläne hätten aber so gestaltet werden können, daß der Sowjetunion und den anderen Partnern durch Einführung des Sozialismus große Sorgen erspart worden wären. Es wisse niemand, ob Jaruzelski so, wie er es tat, gehandelt habe, um den Sozialismus zu schützen oder Polen.

Unter Hinweis auf seine eigenen Erfahrungen bis 1952 in der DDR fragte *BM*, wie man der polnischen Führung gegenüber treten solle, ohne den Polen zu schaden.

Der *Primas* meint, jede Hilfe, wenn man überhaupt Hilfe erwarte, müsse dem grundsätzlichen Anliegen Rechnung tragen, daß Polen auf keinen Fall noch einmal Ursache für einen neuen Krieg werden dürfe. In diesem Zusammenhang gibt der *Primas* eine sehr pessimistische Einschätzung der Lage in der Welt. Die vielen Konflikte ließen ihn manchmal befürchten, daß sie auf eine Lösung durch Krieg hintrieben. Äußerungen, die einen begrenzten Nuklearkrieg für denkbar hielten, bestärkten ihn in dieser Sorge.

Der *Primas* meint, daß es sicher Gründe dafür geben könne, daß „man Jaruzelski Schutz und Unterstützung gebe“, denn sicher sei, daß sein Nachfolger der Sowjetunion gegenüber sehr viel ergebener sein werde.

Auf Frage *BMs* bestätigt der *Primas*, daß mit „man“ die westlichen Länder gemeint seien. Die Stützung Jaruzelskis sei natürlich eine politische Überlegung. Gemeint sei nicht karitative Hilfe an die Menschen, die natürlich nützlich sei, sondern solche Hilfe und Investitionen, die die Unabhängigkeit der Menschen, z. B. durch Förderung von kleinen Betrieben, unterstütze.

Es gebe ein Gesetz, das hierfür den Rahmen schaffe. Der Primas sagt Übermittlung dieses Gesetzes zu.<sup>10</sup>

BM möchte einige Ausführungen machen zum Verständnis unserer Überlegungen in Zusammenhang mit einer solchen Hilfe. Ausgangsüberlegung sei, daß die Verschärfung des West-Ost-Verhältnisses

- allen Menschen im Osten Nachteile bringe,
- insbesondere die Lage der Menschen in der DDR verschlechtere, z. B. Besuchsmöglichkeiten einschränke,
- eher eine Erhöhung als eine Senkung des inneren Drucks in Polen bewirken werde und schließlich
- die Versuchung für die SU, verstärkten Druck auf die polnische Führung auszuüben, größer werden lasse.

Daraus folge, daß eine Hilfe nicht zu Belastungen in Europa führen dürfe. Vielmehr solle sie geeignet sein, die polnische Führung zu einer vernünftigen Haltung zu veranlassen.

BM verweist darauf, daß es im Westen unterschiedliche Denkschulen über die hier einzusetzenden Mittel gebe, Sanktionen seien ein besonders umstrittenes Beispiel.

BM nimmt Bezug auf seine Gespräche mit dem Beauftragten des Primas in Bonn<sup>11</sup> und erklärt, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien eine prinzipiell positive Haltung einnehmen. Sie frage sich aber, wie man das Projekt<sup>12</sup> in Gang setzen könne, ohne sich dem Vorwurf der Einmischung durch die SU auszusetzen und ohne Probleme für die Kirche zu schaffen. Es interessiere auch, welche Haltung die polnische Regierung einnehme. Ferner frage er sich, mit wem wir darüber in Kontakt treten könnten, mit Jaruzelski, Olszowski oder Rakowski?

<sup>10</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, teilte am 23. September 1982 mit: „Am 6. Juli wurde in Polen das als Anlage in deutscher Übersetzung beigefügte Gesetz über die Tätigkeit von ausländischen Firmen in Polen im Bereich der Kleinproduktion (bis 200 Beschäftigte) erlassen. [...] Im Unterschied zu den bisherigen Bestimmungen, die als Ministerratsverordnungen erlassen worden sind, handelt es sich jetzt um ein Gesetz. Durch die Gesetzesform soll den Investoren offensichtlich mehr Sicherheit hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der eingeleiteten Öffnung Polens für ausländisches Kapital gegeben werden. In diese Richtung zielt auch die Einsetzung eines Regierungsbevollmächtigten, zu dessen Aufgaben laut gesetzlicher Bestimmung die Unterstützung und Förderung der ausländischen Firmen in Polen gehören soll.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1628; Referat 421, Bd. 141261.

<sup>11</sup> Alojzy Orszulik.

<sup>12</sup> Zu den Bemühungen der katholischen Kirche um eine Reform der polnischen Landwirtschaft vgl. Dok. 226, Anm. 27.

Am 8. November 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat van Edig zu einem Strukturprogramm für die private Landwirtschaft in Polen: „Der polnische Episkopat hat Überlegungen zu einer Initiative entwickelt, deren Ziel die Aufstellung eines kirchlichen Hilfsprogramms für die private polnische Landwirtschaft ist. Die Initiative wird von Kardinal Höffner als Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz unterstützt [...] Wesentlicher Inhalt des auf fünf Jahre angelegten Programms ist folgender: Aktivierung von Betrieben ab 10 ha; Verbesserung der außerbetrieblichen Infrastrukturen, der Lagerkapazitäten, der Verteilung der Betriebsmittel und der Vermarktung; Schaffung von Dienstleistungen (Werkstätten); Ausbildung von Fachkräften, einschließlich Genossenschaftsfachkräften. [...] Die Kosten werden vom polnischen Episkopat auf eine Mrd. DM jährlich für die Dauer von fünf Jahren veranschlagt. Sie sollen aufgebracht werden je zu einem Viertel von der Kirche und von privaten Unternehmen und zur Hälfte von den USA und den EG-MS.“ Vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1982.

Der *Primas* unterscheidet Hilfe in zweifachem Sinn. Das von BM angesprochene Projekt, in das auch Kardinal Höffner und die Episkopate eingeschaltet seien, die sogenannte „große Hilfe“, sei mit der Regierung besprochen worden. Sie sei machbar, aber sehr schwierig. Die von ihm, dem *Primas*, heute abend angesprochene Hilfe sei die sogenannte kleine Hilfe, d.h. Investitionen für kleine Leute. Hier solle die Autorität des Staates nicht einfließen, höchstens in dem Sinn, daß er sie dulde.

Der *Primas* stellt fest, daß er die Sanktionspolitik Reagans<sup>13</sup> nicht verstehe und daß in der polnischen Bevölkerung starke Kritik geübt werde.<sup>14</sup> Die SU sei im übrigen kaum betroffen, und es komme hinzu, daß die unter viel primitiveren Bedingungen lebende polnische Bevölkerung sehr viel leidensfähiger sei. Andererseits werde aber von den USA Getreide an die SU geliefert<sup>15</sup>, nicht hingegen Futtergetreide an Polen. Es sei nicht verständlich, warum die Polen besonders bestraft wurden.

Auf die Frage BMs, mit wem über die kleine Hilfe gesprochen werden könne, nennt der *Primas* die Unternehmen unter Einschaltung der Kirche und verweist noch einmal auf das Gesetz.

BM stellt fest, daß er mit den Handwerksorganisationen und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland sprechen wolle. Er würde auch das Gesetz studieren. Der *Primas* begrüßt dies mit offensichtlicher Befriedigung.

BM stellt noch einmal fest, daß wir den Polen nicht schaden wollen. Hierüber müsse Gewißheit bestehen.

BM knüpft hieran einige Ausführungen über den politischen Hintergrund der deutschen Hilfsbereitschaft: In den 50er Jahren sei von einem deutschen Wunder die Rede gewesen, womit das Wirtschaftswunder gemeint war. Das wirkliche Wunder sei aber die Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn, vor allem mit Frankreich gewesen.

In den letzten Jahren vollziehe sich ein ähnliches Wunder gegenüber Polen. Es habe sich schon vor Verhängung des Kriegsrechts angebahnt, sei aber jetzt voll „zum Ausbruch gekommen“. Bei aller Bitterkeit über die polnische Entwicklung sei dies etwas Erhebendes. Es erkläre die große Anteilnahme Deutschlands an

<sup>13</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen Polen vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegen Polen am 9. Oktober 1982 vgl. Dok. 271, Anm. 7.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil notierte am 14. Oktober 1982, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer, habe aus seinen Gesprächen mit polnischen Bischöfen in Rom den Eindruck gewonnen, „daß weder das polnische Volk noch der Episkopat verstehen würden, wenn ausgerechnet jetzt westliche Maßnahmen zurückgenommen würden. Dies würde nach Meinung der Polen von den Sowjets und der polnischen Führung als Schwäche des Westens, als Hinnahme des *fait accompli* und eine faktische Unterstützung der Moskauer Strategie aufgefaßt werden. Ein polnischer Bischof habe ihm noch gestern erklärt, auch neue amerikanische Maßnahmen würden im polnischen Volk begrüßt. [...] Allerdings seien die Polen der Meinung, daß sich die Maßnahmen in erster Linie gegen die Verursacher in Moskau richten müßten. Deshalb verstünden die Polen nicht, warum die Amerikaner den Export von Hühnerfutter nach Polen mit einem Embargo belegen, ihre Getreidelieferungen an die SU aber fortsetzen.“ Vgl. VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktienkopien 1982.

<sup>15</sup> Zur Erhöhung der amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 271, Anm. 5.

den Ereignissen in Polen und müsse vor dem Hintergrund der Vergangenheit und dem Willen zu einer ganz engen und guten Zukunft verstanden werden. Auf kaum einem Gebiet erhalte die Regierung so viel gefühlsmäßige Zustimmung der Bevölkerung wie bei der Entwicklung der Beziehungen zu Polen.

Aus diesem Grunde legten wir auch so großen Wert auf den Rat des Primas.

Der *Primas* stimmt BM zu. Die Polen erlebten sehr große Freundschaft, in der das Gefühl der Solidarität zum Ausdruck komme. Kein Volk habe so viel Mitgefühl gezeigt, diese Sympathie sei zu einer Realität geworden. Der Primas schließt hieran einige Bemerkungen über seine Teilnahme am deutschen Katholikentag<sup>16</sup> an, die ihm zur Bestätigung des Gesagten dienen. Das polnische Volk schäme sich, bei einer solchen Entwicklung eine solche Regierung zu haben! Der Primas erwähnt, daß Olszowski Jaruzelski nicht schätze. Er könne uns keinen Gesprächspartner auf Regierungsseite nennen. Erschwerend komme die diplomatische Isolation Polens hinzu, die auch für die Entwicklung Europas von Nachteil sei.

Der Primas will aber über dieses Problem nachdenken.

*BM* erwähnt, daß der BK<sup>17</sup> und er ab Mitte November nach Washington fahren würden und daß das heutige Gespräch auch hierfür wichtig sei. Wenn der Primas ihn im Hinblick auf das bevorstehende Gespräch noch etwas wissen lassen wolle, sei er eingeladen, ihm dies durch Kardinal Höffner oder Prälat Homeyer oder andere zu sagen. Unser Gesprächsziel in Washington werde sein, zu einer realistischen Sicht der Lage dort beizutragen.

BM schließt das Gespräch mit Dank und guten Wünschen für den Primas in seiner schweren Arbeit für das polnische Volk und für die Kirche und der Versicherung, daß er sich großer persönlicher Sympathie bei uns erfreue.

Der *Primas* dankt ebenfalls für das Gespräch und unterstreicht, daß ihm und BM das Hauptziel gemeinsam sei, für das Wohl der Menschen in Europa zu arbeiten. Primas bittet noch einmal um besondere Diskretion.

**VS-Bd. 14105 (010)**

<sup>16</sup> Der Deutsche Katholikentag fand vom 1. bis 9. September 1982 in Düsseldorf statt.

<sup>17</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–310.

## 288

**Deutsch-britische Konsultationen**

VS-NfD

29. Oktober 1982<sup>1</sup>

Zwölfte deutsch-britische Konsultationen 28./29. Oktober 1982 in Bonn; hier: Niederschrift über die Plenarsitzung am Freitag, den 29. Oktober 1982, 10.00 Uhr bis 11.10 Uhr

Teilnehmer: Bundeskanzler, BM Genscher, BM Wörner, BM Graf Lambsdorff, BM Stoltenberg, StM Jenninger, Chef BK<sup>2</sup>, StS Stolze, Botschafter Ruhfus; PM Thatcher, AM Pym, Verteidigungsminister Nott, Schatzkanzler Howe, Industrieminister Jenkin, Sir Robert Armstrong, Botschafter Sir Jock Taylor sowie Dolmetscherinnen beider Seiten.

*Bundeskanzler* begrüßt noch einmal im erweiterten Kreis PM und Delegation. Er weist auf über Jahrzehnte gewachsenes tiefes Freundschafts- und Vertrauensverhältnis zwischen beiden Ländern hin und erinnert in diesem Zusammenhang an berühmte Züricher Rede Churchills<sup>3</sup>. Deutsch-britische Freundschaft leiste wichtigen Beitrag zur friedlichen Entwicklung in Europa und in der Welt. Gute bilaterale Beziehungen D–GB mittlerweile unabhängig von Regierungswechsel.<sup>4</sup> Darüber hinaus ähnliche politische Philosophien der beiden Regierungen sowie solide persönliche Freundschaften zwischen den politisch verantwortlich Handelnden, gegründet auf gemeinsame Ideale. Deutsch-britische Beziehungen eingebettet in Europäische Gemeinschaft und in Atlantisches Bündnis. Wir Deutschen seien GB besonders dankbar als dem Garanten unserer Sicherheit. Präsenz britischer Soldaten am Rhein und in Berlin schaffe nicht nur politische Verbindungen, sondern schlage auch menschliche Brücken. Bedeutung und Verantwortung GBs als Schutzmacht für unsere Hauptstadt Berlin werde eindrucksvoll unterstrichen durch den Berlin-Besuch der PM heute nachmittag<sup>5</sup> und das persönliche Engagement der PM. Berlin, unsere alte Hauptstadt, deren Lebensstrom willkürlich und gegen die Menschlichkeit zerschnit-

<sup>1</sup> Entwurf.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Matussek, Bundeskanzleramt, am 29. Oktober 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Waldemar Schreckenberger.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden der britischen Conservative and Unionist Party, Churchill, am 19. September 1946 in Zürich vgl. CHURCHILL, Post-War Speeches, Bd. 1, S. 198–202.

<sup>4</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>5</sup> Premierministerin Thatcher besuchte am 29. Oktober 1982 in Begleitung von Bundeskanzler Kohl Berlin (West). Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 939–943.

Am 27. Oktober 1982 berichtete Gesandter von Alten, London: „Hiesiger sowjetischer Botschafter Popow wurde am 26. auf seinen Wunsch von PStS im FCO, Rifkind, empfangen. Wie uns das FCO unterrichtete, trug der Botschafter vor, es verstoße gegen das Vier-Mächte-Abkommen, daß PM Thatcher bei ihrem Besuch in Berlin-West am 29.10. – wie vorgesehen – von BK Kohl begleitet werde. [...] Rifkind habe geantwortet, daß die britische Regierung sich ihrer Verpflichtungen sowohl was den Geist als auch was den Buchstaben des Vier-Mächte-Abkommens angehe, voll bewußt sei. In der Begleitung durch BK Kohl könne er nichts sehen, was mit dem Vier-Mächte-Abkommen nicht vereinbar sei. Rifkind habe im übrigen auf die im Abkommen genannten ‚close ties‘ zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1816; Referat 204, Bd. 124946.

ten werde, sei für uns Beispiel für die Selbstbehauptung freier Bürger und Prüfstein für echte Entspannungspolitik, Seismograph für weltpolitische Spannungen und Veränderungen.

Gespräche hätten der Abstimmung mit unseren wichtigsten europäischen Partnern und Freunden über europäische und Bündnisinteressen gedient. Es hätten sich übereinstimmende Analysen in den entscheidenden internationalen und weltwirtschaftlichen Fragen ergeben.

Übereinstimmend habe man Hoffnung ausgedrückt, daß zwischen USA und SU in Genf<sup>6</sup> ernsthaft und erfolgsorientiert verhandelt werde. Beide Teile des Doppelbeschlusses müßten für uns gelten. SU müsse wissen, daß, wenn Verhandlungen nicht zu Erfolg führen, stationiert werde. BK habe der PM von den Problemen berichtet, die es in der Stationierungsfrage mit Teilen unserer Öffentlichkeit gebe. In diesem Zusammenhang habe er auf die Bedeutung des Wahltermins im März<sup>7</sup> hingewiesen. Er habe nicht bis zum Herbst warten wollen, sondern sich noch im März einen klaren Auftrag der Bürger verschaffen wollen. Er sei überzeugt, daß die Deutschen dies verstünden. Aufgrund unserer Erfahrungen in der tragischen jüngeren Geschichte seien wir heute ein berechenbarer Partner. Dies werde er auch in der Pressekonferenz deutlich machen.<sup>8</sup>

Man habe gemeinsam die Sorge über die Entwicklung in Polen geäußert. BM Genscher, der in Rom auch mit Papst Johannes Paul II. über Polen gesprochen habe<sup>9</sup>, werde noch dazu berichten. Mit großer Sorge sähen wir am Vorabend eines möglicherweise harten Winters eine noch schwierigere und kompliziertere Lage. Die humanitäre Hilfe für Polen werde von unserem ganzen Volk getragen. Nach dem Schrecklichen, was Deutsche in deutschem Namen den Polen und Polen umgekehrt den Deutschen angetan haben, sei nun eine neue Generation herangewachsen, die einen Schlußstrich ziehen müsse und aufbauen müsse auf dem, was an menschlichem Vertrauenskapital gewachsen sei. Wir würden uns in der Gemeinschaft für konkrete Hilfsmaßnahmen an die Polen einsetzen. So könne man z. B. Kirchenaktivitäten<sup>10</sup> unterstützen oder etwa eine Initiative, die Saatgut an polnische Bauern zur Aussaat im nächsten Frühjahr verschicke.

Die Idee der Freiheit, unsere Idee der Menschlichkeit gehörten zu den wichtigen moralischen Aspekten unserer gemeinsamen Politik.

PM dankt für herzliches Willkommen. Sie sei mit Ausführungen des BK völlig einverstanden. Man habe über die zentralen Fragen der Menschenrechte und über die Notwendigkeit, die Freiheit zu bewahren, gesprochen. Wichtigste Punkte: westliches Bündnis, Ost-West-Beziehungen, Friede und Sicherheit. Es gelte, das Rüstungsarsenal zu begrenzen und zu reduzieren. Wenn die Genfer Gespräche nicht Erfolg hätten, müßte allerdings stationiert werden.

<sup>6</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 279.

<sup>7</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Presseerklärung des Bundeskanzlers Kohl am 29. Oktober 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 937–939.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Carstens vom 25. bis 27. Oktober 1982 auf dessen Reise nach Italien und zum Vatikan. Vgl. dazu Dok. 286, Anm. 2.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Bemühungen der katholischen Kirche um eine Reform der polnischen Landwirtschaft; Dok. 287, Anm. 12.

Man habe auch über die Krise des Kommunismus, die sich z. B. in Polen manifestiere, gesprochen.

Erörtert worden seien auch Wirtschaftsfragen, die Lage der Weltwirtschaft, die Aussichten für den nächsten Weltwirtschaftsgipfel<sup>11</sup>.

PM habe BK gedankt für Unterstützung der Bundesregierungen in der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen, insbesondere auch für die persönliche Unterstützung des BK.<sup>12</sup> Sie hoffe auf die Fortsetzung dieser Haltung, auf unsere Unterstützung, gemeinsam mit den anderen Partnern in der EG und dem Rest der Vereinten Nationen.

Zu Europa sei man sich einig gewesen über die große Bedeutung des freien Warenaustausches. Es sei notwendig, möglichst bald ein Fischereiabkommen zu erreichen. Die Dänen dürften sich dem nicht länger verschließen.<sup>13</sup>

Sie freue sich auf ihren ersten Besuch in Berlin. Sie sehe ihm mit einer Mischung aus Aufregung und Beklommenheit entgegen. Berlin sei eine tragische Stadt, eine Flamme der Freiheit, die am Leben gehalten werden müsse.

Erneuter Dank für die Gastfreundschaft.

Auf Bitten des BK berichtet BM *Genscher* aus seinem Gespräch mit AM Pym. Da man in London erst kürzlich über EG und Falkland gesprochen habe<sup>14</sup>, habe man sich jetzt auf einen kurzen Meinungs austausch hierzu beschränken können.

Im Mittelpunkt des Gesprächs hätten die Ost-West-Beziehungen gestanden sowie die Sicherheitspolitik. Zu Polen hege man die gemeinsame Sorge, daß die jüngsten Maßnahmen gegen die „Solidarität“ nach dem neuen Gewerkschaftsgesetz<sup>15</sup> die Führung noch weiter vom polnischen Volk entfernt haben. Sie wer-

<sup>11</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg statt. Vgl. dazu den Rund-  
erlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>12</sup> Zur Behandlung der Falkland-Frage in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 277, Anm. 54.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler unterrichtete am 9. November 1982: „Intensive Falkland(Malwinen)-Debatte der 37. GV (über 60 Wortmeldungen) endete am 4.11. mit der Annahme (mit 90 Ja, 12 Nein, 52 Enthaltungen) eines von 20 L[atein]A[merika]-Staaten eingebrachten Resolutionsentwurfs, mit dem Arg[entinien] und GB zur ‚Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen Lösung des Souveränitätsstreits‘ aufgefordert werden und der VN-Generalsekretär hierzu erneut um seine ‚guten Dienste‘ gebeten wird. Ja-Stimmen stammten vor allem von LA- und DW-Staaten und dem geschlossen stimmenden Ostblock. Bei Nein-Stimme von GB enthielten sich alle EG-Staaten außer GR (Ja-Stimme). Die USA stimmten mit Ja. [...] Ausschlaggebend für unser Votum waren letztlich gewisse präjudizierende Präambel-Elemente (‚Dekolonisierungsfall‘) und die Berücksichtigung unseres Sonderverhältnisses zu dem NATO- und EG-Partner GB sowie seine durch den kürzlichen Besuch PM Thatchers in Berlin bekräftigte Schutzmacht-Funktion. Weiterhin haben wir auch bevorstehende deutsche EG-Präsidentschaft im Auge gehabt.“ Vgl. den Rund-  
erlaß Nr. 104; Referat 012, Bd. 124420.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 37/9 der VN-Generalversammlung vom 4. November 1982 zur  
Frage der Falkland-Inseln vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 240 f.

<sup>13</sup> Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 233, Anm. 25 und 26.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch am 19. Oktober 1982  
in Großbritannien. Im Gespräch mit Genscher erklärte der britische Außenminister Pym zu dem in  
die VN-Generalversammlung eingebrachten Entwurf für eine Resolution zur Falkland-Frage: „Er  
schätzt, daß Italien, Frankreich für die VN-Resolution stimmen werden. Dies sei in Großbritannien  
in der Öffentlichkeit nur sehr schwer zu erklären. Insbesondere sei grotesk, daß ausgerechnet Frank-  
reich für eine Resolution stimme, die Aussagen zur Entkolonialisierung mache, von der Frankreich  
ganz unmittelbar betroffen werde. Europäische Zustimmung zur Resolution werde dem Gemein-  
schaftsgedanken sehr schaden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178863.

<sup>15</sup> Zum neuen Gewerkschaftsgesetz in Polen vgl. Dok. 259, Anm. 11.

de nunmehr noch weniger politische Unterstützung erhalten. Sie werde es jetzt schwerer haben, die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen im Lande durchzuführen.

Zur Sicherheitspolitik habe er zunächst AM Pym über die Gespräche anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen der letzten Woche<sup>16</sup> unterrichtet. Man habe im Zusammenhang auch den Stand der Genfer INF-Verhandlungen erörtert. Einig sei man sich über die Notwendigkeit gewesen, beide Teile des NATO-Doppelbeschlusses konsequent zu verwirklichen. Einigkeit habe auch darüber bestanden, daß europäische Nuklearsysteme, die britischen wie die französischen, nicht in die Verhandlungen einzubeziehen seien. Im übrigen habe man kurz über den Stand und die Aussichten der KSZE-Folgekonferenz in Madrid<sup>17</sup> gesprochen und die Hoffnung auf ein ausgewogenes Schlußdokument mit einem präzisen Mandat für die KAE<sup>18</sup> ausgesprochen. Letzter Gesprächspunkt sei Meinungsaustausch über Stand der MBFR-Gespräche<sup>19</sup> gewesen.

AM Pym ergänzte zu den Themen Sicherheitspolitik und Ost-West-Beziehungen, daß es wichtig sei, daß das Bündnis sich nunmehr stark genug zeige, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu erhalten. Es sei notwendig, die öffentliche Meinung, auch in D und GB, für die 1983 zu treffenden Implementierungsmaßnahmen auf der Seite der Regierungen zu halten. Diese trügen jetzt besondere Verantwortung. Über Polen sei die Sorge, auch in der britischen Öffentlichkeit, sehr groß.

Kurz angesprochen worden sei auch das Verhältnis der beiden Länder und Europas zu Lateinamerika, welches im großen und ganzen gut sei, sowie zu den Ländern Mittelamerikas.<sup>20</sup>

<sup>16</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 282 und Dok. 283.

Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 284.

<sup>17</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 270.

<sup>18</sup> Am 19. Oktober 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik über die Erörterung der KAE bei den deutsch-britischen Gesprächen zur Sicherheitspolitik am 12./13. Oktober 1982: „Wir wiesen darauf hin, daß BK Kohl in seiner Regierungserklärung die KAE-Position des Bündnisses (präzises Mandat im Rahmen eines ausgewogenen Schlußdokuments) bekräftigt hat. Angesichts des aus der Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß resultierenden Polen-Linkage stelle sich allerdings die Frage der Durchsetzbarkeit dieser Position in Madrid. Nach britischer Einschätzung ist die Verhandlungssituation in Madrid wegen der jüngsten Ereignisse in Polen noch schwieriger geworden, als sie bei Unterbrechung des Treffens war. Die Aussichten für jede Art von Schlußdokument wurden als sehr düster (gloomy) bezeichnet. Dieser erste europäisch-amerikanische Meinungsunterschied in einem Bereich, der eng mit der Rüstungskontrolle verbunden ist, bedürfe rechtzeitiger und sorgfältiger Behandlung. Amerikanische Vorstellungen zur Beendigung des Madrider Treffens mit einem Belgrad-Plus-Dokument, in dem lediglich zwei Arbeitsgruppen eingesetzt würden, bereiteten den Briten große Sorge. Ein Auseinandergehen in Madrid ohne Festschreibung des gesamteuropäischen Geltungsbereichs der KAE berge die Gefahr, daß das ‚acquis‘ von Madrid verlorenginge und daß Mandatsverhandlungen für eine KAE wieder bei Null beginnen müßten.“ Vgl. den Schrifterlaß; VS-Bd. 11445 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die trilateralen MBFR-Konsultationen am 17. September 1982 in London; Dok. 244.

<sup>20</sup> Am 29. Oktober 1982 erklärte Bundesminister Genscher gegenüber dem britischen Außenminister Pym: „Unser Interesse sei es, keine Schwierigkeiten in das transatlantische Verhältnis wegen Zentralamerika hineinzutragen. Dieser Region müsse aber unsere besondere Aufmerksamkeit gelten; hier sei die Lehre aus der Kuba-Krise zu ziehen, bei der seinerzeit der sowjetische Mittelstreckenraketenrückzug zum Teil durch den Rückzug amerikanischer Systeme aus Großbritannien, Italien und der Türkei erkaufte worden sei. Er, BM, habe hierüber erst vor kurzem mit Alexander Haig gesprochen. Deshalb sei Zentralamerika für uns Europäer so wichtig: Es gehe hier nicht um Fragen der Freundschaft, sondern es gehe um elementare Interessen. Man müsse erkennen, daß die Sowjet-

Zu Europa habe sich Übereinstimmung in vielen Bereichen und eine fast identische Analyse des grundlegenden Problems gezeigt. Auch in der Frage der für unsere praktische Politik zu ziehenden Schlußfolgerungen sei man sehr eng beieinander gewesen. Dieses gebe ihm Hoffnung für die Zukunft.

Sodann berichtet BM *Wörner* aus seinem Gespräch mit Verteidigungsminister Nott. Man habe sich gegenseitig den festen Standpunkt zum Doppelbeschluß zugesichert: Er sei in beiden Teilen wichtig. Für den Fall, daß die in Genf geführten Verhandlungen tatsächlich am sowjetischen Widerstand scheiterten, würden unsere beiden Länder wie vorgesehen die Mittelstreckenwaffen dislozieren. Man habe sodann die Möglichkeiten erörtert, über den gemeinsamen NATO-Infrastrukturfonds Verbesserungsmöglichkeiten mit Blick auf den mid-term review zu finden.<sup>21</sup>

Er habe Verteidigungsminister Nott dafür gedankt, daß er so überzeugend für die gemeinsame Verteidigung in Mitteleuropa eintrete. Die Zusicherung einer fortgesetzten ungeschmälernten Präsenz der britischen Rheinarmee sei von größter Bedeutung für die Deutschen, aber auch für das Atlantische Bündnis.<sup>22</sup> Be-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1504*

union ein vitales Interesse an Zentralamerika habe; die Sowjetunion wolle langfristig in Zentralamerika eine Position aufbauen, die ihr einen Hebel gegenüber der amerikanischen Europa-Politik verschaffen könnte. Es sei vorstellbar, daß die Sowjetunion eine Lage anstrebe, in der sie den USA die Respektierung [von] deren Einflußsphäre in Zentralamerika zubilligen würde gegen eine Respektierung der sowjetischen Interessen seitens der USA in Europa.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>21</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 79, Anm. 15.

In einer Aufzeichnung des Referats 201 vom 30. Juni 1982 wurde festgehalten, daß die größten Finanzierungsanteile nach geltendem NATO-Infrastruktur-Schlüssel auf die USA (27,42%), die Bundesrepublik (26,54%) und Großbritannien (12,7%) entfielen. Zu dem für einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegten Finanzvolumen des NATO-Infrastrukturprogramms hieß es ferner: „NATO-Oberkommandos und USA erachteten das laufende Fünfjahresprogramm von Anfang an als unzureichend. Die USA stimmt ihm nur unter der Voraussetzung zu, daß bei einem mid-term review Anfang 1983 die Auswirkungen der Inflation und der Stand der Durchführung des Programms mit dem Ziel einer möglichen Aufstockung des Finanzvolumens untersucht würden und daß die ersten Jahrestanchen einen überdurchschnittlichen Umfang hätten. [...] An dem Ziel einer Aufstockung des laufenden Fünfjahresprogramms halten die USA unvermindert fest.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125694.

Am 30. November 1982 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 201 vermerkt: „Die Bundesregierung hat beschlossen, einer Aufstockung des laufenden Fünfjahresprogramms um 150 Mio. IAU zuzustimmen. Nach Billigung durch den Haushaltsausschuß des Parlaments (voraussichtlich am 2.12.) wird die Bundesregierung ihren Vorbehalt zur Verabschiedung der 34. Tranche (1983) in Höhe von 147,1 Mio. IAU aufheben. Die Aufstockung des Fünfjahresprogramms um 150 Mio. IAU kann dann im mid-term review im Frühjahr 1983 beschlossen werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125694.

<sup>22</sup> Botschafter Ruhfus, London, teilte am 14. Oktober 1982 mit: „Die Regierung Thatcher sah sich – wie schon viele ihrer Vorgängerinnen – gezwungen, ihre Verteidigungsplanung den knapper gewordenen Mitteln und den gestiegenen Kosten anzupassen [...]. Diese ‚Defence Review 1981‘ führte zu dem Ergebnis, daß zwei große Bereiche praktisch unangetastet blieben, nämlich einmal die Erhaltung und Erneuerung eines eigenen nuklear-strategischen Abschreckungspotentials (Stichwort: Trident-Programm), zum anderen aber die britische Rheinarmee als beachtlicher Beitrag zur Vorverteidigung. Dies ging zu Lasten der nicht unerhebliche Abstriche erleidenden Royal Navy [...]. Die Debatte ist gleichwohl durchaus nicht beendet [...]. Denn von Marineseite wird starker Druck ausgeübt, u. a. mit der Forderung nach hinreichender Kapazität, um bei ‚Out-of-area‘-Buschkriegen den Amerikanern beistehen zu können. Einflußreiche Blätter wie die ‚Times‘ und elder statesmen wie der frühere Premierminister Callaghan, aber auch Teile der Konservativen, vertreten weiterhin mit Verve die Auffassung, daß die Rheinarmee letztlich ein Relikt aus Besatzungstagen und den Frühzeiten des Bündnisses ist und eine vernünftige Arbeitsteilung im Bündnis dazu führen sollte, daß Großbritannien sich auf seine maritimen Aufgaben, d. h. die lebenswichtige Erhaltung der transatlantischen Verbindungen und der Zuführung von Verstärkungen, konzentriert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1724; Referat 204, Bd. 124948.

sondere Anerkennung zolle er dem Bekennermut, mit dem Verteidigungsminister Nott auch vor der britischen Öffentlichkeit deutlich gemacht habe, daß die britische Rheinarmee auch GBs eigene Sicherheit garantiere.

Bei einem Meinungsaustausch über Strategiefragen sei man sich einig gewesen, daß es im Rahmen des Konzepts der flexible response<sup>23</sup> gelte, die konventionellen Anstrengungen zu erhöhen, um die Nuklearschwelle anzuheben und dadurch das geltende NATO-Konzept noch wirksamer zu machen.

Ebenfalls angesprochen worden sei das gemeinsame Interesse am Fortgang der Rüstungskooperation. Einigkeit, daß eingespielte Zusammenarbeit auch in Zukunft, bilateral und multilateral, fortgeführt werden solle.<sup>24</sup> Dabei habe Verteidigungsminister Nott die restriktivere Haltung der Bundesregierung durchaus anerkannt.

Verteidigungsminister Nott habe interessante militärische Erfahrung aus dem Falkland-Konflikt, operative sowie waffentechnische Erfahrungen, weitergeben können. In GB werde nunmehr ein Dokument vorbereitet, das auch für uns, als Bündnispartner GBs, interessante Aspekte enthalten könnte.

Eine Schlüsselrolle im Falkland-Konflikt sei dem Umgang mit der öffentlichen Meinung zugekommen. Auch hier könnten wir von britischen Erfahrungen profitieren.

Schließlich habe er, BM Wörner, über das sehr offene Gespräch mit seinem französischen Kollegen Hernu bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen berichtet.

Verteidigungsminister *Nott* ergänzt, indem er zunächst noch einmal die Einigkeit betont, die in Fragen des Doppelbeschlusses bestanden habe. Es gehe nunmehr im nächsten Jahr darum, die Vorbereitungen für die Dislozierung der Cruise Missiles und Pershing II zu koordinieren und zu synchronisieren.

Beide hätten der Frage des NATO-Mid-term-Review große Bedeutung beigemessen.

Zur Rheinarmee wolle er ergänzen, daß GB seiner Verpflichtung nach dem Brüsseler Vertrag zur Aufrechterhaltung der Rheinarmee auch künftig nachkom-

<sup>23</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>24</sup> Botschafter Ruhfus, London, führte am 14. Oktober 1982 zum Interesse Großbritanniens an einer Rüstungskooperation mit der Bundesrepublik aus: „Im Haushaltsjahr 1981/82 ist mit einem Export britischen Rüstungsmaterials im Wert von 1,5 Mrd. Pfund Sterling zu rechnen. Wichtiger als der Exportwert [...] ist aber, daß durch größere Produktionszahlen der Stückpreis für die eigene Ausstattung reduziert wird und der Bedarf der britischen Streitkräfte bei weitem geringer ist als die verfügbaren Fertigungskapazitäten. Aus diesem Grunde werden die Rüstungsexportanstrengungen forciert, wobei GB seine politischen Verbindungen z. B. in den Nahen Osten, ausnutzt. Gleichzeitig geht man hier aber davon aus, daß größere Rüstungsvorhaben auch dort, wo dies technologisch noch möglich wäre, zweckmäßigerweise nicht mehr national, sondern in Kooperation mit anderen Partnern durchgeführt werden sollten, um eine möglichst breite technologische, industrielle und ökonomische Basis zu finden. [...] Im Augenblick wird noch über ein Memorandum of Understanding über Exportbeziehungen für gemeinsam entwickelte Rüstungsgüter verhandelt. Bisher bestehen noch Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Anwendung: Nach bisherigen Regeln hatte die deutsche Seite ein Vetorecht bei britischen Rüstungsexporten. Künftig würde es nach dem MoU nur eine Konsultationspflicht geben. Die britische Seite möchte das MoU auch auf früher entwickelte Rüstungsgüter anwenden, während die deutsche Seite es bisher nur auf künftige Koproduktionen angewendet wissen will.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1725; Referat 204, Bd. 124948.

men werde.<sup>25</sup> Zur Zeit betrage die Stärke von Rheinarmee, der britischen Luftwaffe in Deutschland sowie der britischen Soldaten in Berlin insgesamt 72 000 Mann.

GB leiste darüber hinaus auch enorme Anstrengungen zur gemeinsamen Sicherheit des Bündnisses. Es unterhalte 70 % der Ready-Force-Truppen im östlichen Atlantik und große amphibische Kräfte an der Nordflanke, insbesondere in Norwegen.

Bei dem Meinungs austausch über Rüstungs kooperation habe er voll die politische Sensibilität der Frage der Exporte von Kooperationsprojekten in Drittländer anerkannt. Es würde aber schon helfen, wenn z. B. die deutsche Seite keine Einwendungen über die Lieferung einer einfacheren Version des Tornado-Triebwerks an Indien erhebe.<sup>26</sup> Der Rüstungsexport sei vor allem deshalb sehr wichtig, da er es unseren Ländern ermögliche, die Rüstungsgüterindustrien in einem Zustand zu erhalten, der unsere eigenen Verteidigungsanstrengungen nicht erschwere.

Man sei sich einig über die Notwendigkeit gewesen, die konventionelle Verteidigung zu stärken. Es stünden zahlreiche Pläne auf der Tagesordnung für den nächsten NATO-Ministerrat im Dezember<sup>27</sup>, von denen einige durchaus prüfenswert seien.

Sodann berichtet BM *Graf Lambsdorff* aus seinen Gesprächen mit Industrieminister Jenkin und Schatzkanzler Sir G. Howe, zunächst zu zweit, dann zu viert (mit BM Stoltenberg).

Zu Stahl habe Übereinstimmung bestanden, daß das System bisher noch nicht voll funktioniere.<sup>28</sup> In der Frage der Preisdisziplin, der Einhaltung der Quoten und bei den Umstrukturierungsmaßnahmen solle zusammen überlegt werden,

<sup>25</sup> In Artikel 1 des Protokolls Nr. II zum WEU-Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 verpflichtete sich Großbritannien, „dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa in Friedenszeiten auf dem europäischen Festland [...] vier Divisionen und die Zweite Taktische Luftflotte“ zu unterstellen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 263.

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Fischer informierte am 23. November 1982 Bundesminister Genscher: „Die britische Seite möchte das Triebwerk des Kampfflugzeugs Tornado, das in Kooperation mit Italien und uns gebaut wird, an Indien liefern und hat das BMVg um Zustimmung gebeten. Nach der für den Tornado geltenden Exportvereinbarung müssen alle Kooperationspartner der Lieferung zustimmen. Gleichzeitig hat die britische Seite um Zustimmung zu Verhandlungen über den Verkauf des Tornado an die Golfstaaten (Kuwait, Oman, VAE) sowie Saudi-Arabien gebeten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die britische Seite eine neue Vereinbarung über Exporte mit uns wünscht, die die Regelung für den Export von Kooperationsprodukten aus den neuen Grundsätzen für den Rüstungsexport (nur noch Konsultationen auf Wunsch der Partner, keine Zustimmungsbedürftigkeit mehr) auf laufende Kooperationsvorhaben anwendet. [...] Der britische Verteidigungsminister Nott hat BM Wörner in einem Brief gebeten, die Entscheidung über die Lieferung der Triebwerke noch vor der Sitzung des BSR am 21.12.1982 zu treffen. Das BMVg möchte diesem Wunsch nachkommen ‚wegen unserem Interesse an einer Fortsetzung der Kooperation auch bei neuen Waffensystemen‘ und beabsichtigt, die Zustimmung des BSR im Umlaufverfahren herbeizuführen. Wir haben auf Arbeitsebene Bedenken gegen das Umlaufverfahren geäußert. Die Zustimmung zur Lieferung der Triebwerke kann im Hinblick auf Pakistan Probleme aufwerfen. Sie sollten außerdem im Zusammenhang mit den britischen Wünschen nach Verkäufen an die Golfstaaten erörtert werden. Das ist im Umlaufverfahren nicht möglich, sondern bedarf einer gründlichen Diskussion.“ Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>27</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>28</sup> Zur Stahlproduktion in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 143, Anm. 37.

wie die Kommission und die anderen Partner zur Einhaltung von Preisdisziplin und Quoten angehalten werden könnten. Man sei übereingekommen, diese Frage durch Beamte der zuständigen Ministerien aus GB, F und auch NL prüfen zu lassen, um den Industrieministerrat am 18. November 1982<sup>29</sup> entsprechend vorzubereiten. Gleichzeitig sollte untersucht werden, welche Mittel uns zur Verfügung stünden, um die Kommission verstärkt zur Einhaltung der Ministerrats-Beschlüsse zu veranlassen. Gemeinsame Sorge über den Preisverfall bei Stahl. Die Entwicklung auf dem Stahlmarkt könne so nicht weitergehen. Es käme jetzt darauf an, daß gefällte Entscheidungen auch durchgesetzt würden.

Zum Airbus habe es nur einen kurzen Meinungsaustausch gegeben, wobei Übereinstimmung festgestellt werden konnte, daß zunächst die Wirtschaftlichkeit des neuen Modells A 320 eindeutig nachgewiesen sein müsse, bevor man konkrete Schritte zur Aufnahme der Produktion unternehmen könne.<sup>30</sup> Minister Jenkin habe zugesagt, bei den britisch-französischen Konsultationen der nächsten Woche entsprechend auf seinen französischen Kollegen einzuwirken.<sup>31</sup> In Frankreich sehe man die Kooperation beim Airbus in erster Linie unter langfristigen Aspekten. Er, Graf Lambsdorff, und Minister Jenkin seien allerdings übereinstimmend der Meinung, daß angesichts der derzeitigen Haushaltslage in unseren Ländern ohne einen konkreten Nachweis der Wirtschaftlichkeit Schritte zur Produktionsvorbereitung nicht getroffen werden dürften.

Über die bevorstehende GATT-Ministerkonferenz<sup>32</sup> habe man noch einmal im Lichte des kürzlichen Ministerrats in Luxemburg<sup>33</sup> gesprochen, wo von französischer Seite (Jobert) eine sehr pessimistische Erwartungshaltung geäußert worden war. D und GB jedenfalls seien sich einig gewesen, daß die GATT-Ministerratstagung stattfinden müsse. Eine Absage wäre das falsche Signal auch an Dritte. Es gelte jetzt, sich ernsthaft zu bemühen, um sie zu einem – wenn auch bescheidenen – Erfolg zu machen. Der britische Delegierte, Staatsminister Rees, habe hierbei eine sehr hilfreiche Position vertreten. Es komme gera-

<sup>29</sup> Am 18. November 1982 fand in Helsingør ein informelles Treffen der für Industriefragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1982, S. 20.

<sup>30</sup> Zur Entwicklung eines neuen Passagierflugzeugs der Baureihe „Airbus“ vgl. Dok. 41, Anm. 23.

<sup>31</sup> Am 4./5. November 1982 trafen Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher in Paris zu britischen-französischen Regierungsgesprächen zusammen. Botschafter Herbst, Paris, resümierte am 8. November 1982: „Ein Jahr, nachdem Cheysson festgestellt hatte, daß neben den deutsch-französischen Beziehungen, die unverändert die Qualifikation ‚privilegiert‘ verdienen, durchaus Platz für ein enges Verhältnis mit GB sei, herrscht Ernüchterung vor. So zeigte sich der Quai uns gegenüber bereits darüber befriedigt, daß der Gipfel ohne ‚crise majeure‘ über die Bühne ging. [...] Auf die Frage nach der Entwicklung der bilateralen Beziehungen wurden wir darauf hingewiesen, daß nicht einmal eine Erklärung zum Kanaltunnel oder dem Airbus erfolgt sei. Im übrigen komme die Entscheidung, die Einfuhrbeschränkungen für französisches Geflügel ab 8. November aufzuheben, für das diesjährige Weihnachtsgeschäft reichlich spät: Die Bestellungen für Truthähne würden Ende September aufgegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2025; Referat 204, Bd. 124948.

<sup>32</sup> Die Ministerkonferenz des GATT fand vom 24. bis 27. November 1982 in Genf statt.

<sup>33</sup> Am 28. Oktober 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler über die EG-Ministerratstagung am 25./26. Oktober 1982: „Zur Vorbereitung der GATT-Ministerratstagung vom 24. bis 27.11.1982 konnte sich Rat trotz unseres dringenden Appells nicht auf konkrete Leitlinien einigen, die der Kommission eine aktivere und konstruktivere Rolle bei den Genfer Vorbereitungen der GATT-Ministerkonferenz erlaubt hätten. Starker französischer Widerstand führte dazu, daß die EG-internen Beratungen zur Erarbeitung einer Gemeinschaftsposition unter Einbeziehung neuer Vorschläge aus Paris fortgesetzt werden müssen und voraussichtlich eine Sondertagung erforderlich machen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 124420.

de jetzt darauf an, das System des freien Handelsaustausches nicht zu gefährden. GATT sei im Gegensatz zur OECD eine operative Einrichtung. Daher dürfen wir uns nicht damit begnügen, lediglich den OECD-Trade-Pledge<sup>34</sup> zu wiederholen. In der Frage der Schutzklauselanwendung müßten Fortschritte gemacht werden. Die Entwicklungsländer, vor allem die Schwellenländer, müßten in das GATT-System einbezogen werden.

GB habe sich über die Unmöglichkeit beklagt, niedrige Zollsätze nach innen zu halten, während Drittländer hohe Zollschranken errichteten. Hierfür habe er, BM Graf Lambsdorff, Sympathie geäußert. Wir allerdings neigten stärker dazu zu versuchen, die Hindernisse bei den Drittländern zu beseitigen, und erst in letzter Not Zuflucht zu Zugangsbeschränkungen für die eigenen Märkte zu nehmen.

Zur Frage der amerikanischen Embargomaßnahmen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>35</sup> habe man kurz das amerikanische Papier erörtert, das zunächst zu viert und jetzt im Siebener-Kreis<sup>36</sup> diskutiert werde. Wir seien zur Erweiterung der COCOM-Liste bereit, aber nur, soweit sie strategische Güter betreffe.<sup>37</sup> Eine Ausdehnung auf Öl- und Gasförderungsanlagen hielten wir für wenig zweckmäßig. Wir seien auch bereit, über Kreditkonditionen mit uns reden zu lassen, z. B. im Rahmen der OECD. Es sei sinnlos, wenn dies im NATO-Rahmen geschehe, da dann Japan nicht dabei sei. Außerdem müßten die Neutralen teilnehmen, da sich in der Vergangenheit gezeigt habe, daß sich sonst Umwege, z. B. über Österreich und die Schweiz, im internationalen Kreditverkehr einbürgerten. Angesichts des starken Drucks auf die Regierung der USA durch die amerikanische Industrie und Öffentlichkeit glaube er, Graf Lambsdorff, daß die amerikanische Regierung die Embargomaßnahmen – wenn vielleicht auch nicht vor den Wahlen<sup>38</sup> – aufheben werde, ohne daß wir unsererseits den Amerikanern substantielle Zugeständnisse machen müßten.

<sup>34</sup> Auf der Tagung des OECD-Rats am 29./30. Mai 1974 in Paris verabschiedeten die Teilnehmer eine „Erklärung über einen Verzicht auf einseitige Maßnahmen im internationalen Handelsverkehr“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 267 f.

<sup>35</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR am 18. Juni 1982 vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>36</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Oktober 1982, daß am selben Tag in Washington unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, ein Gespräch der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel über Restriktionen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen stattgefunden habe: „Eagleburger stellte in seiner Einführung fest, daß die amerikanische Regierung mit der Einladung zum Siebentreffen der in der Demarche der EG-Präsidentschaft vom 18.10. [...] zum Ausdruck gekommenen Anregung der Gemeinschaft nachkomme, schnell in die Erörterung der von AM Shultz unterbreiteten Vorschläge einzutreten. Er schlug vor, das sogenannte Shultz-Papier zur Grundlage der Diskussion zu machen. [...] Auf die Frage des französischen und italienischen Botschafters erklärte Eagleburger, daß davon ausgegangen werden könne, daß im Falle der Einigung auf ein gemeinsames Papier, das dem vorliegenden in der Substanz entspreche [...], die USA einseitige Schritte zur Aufhebung der Sanktionen vom 18.6.1982 und, soweit der Öl- und Gasbereich betroffen sei, auch vom 29.12.1981 ergreifen werden. Die Retroaktivität sowie die Einwirkung der Sanktionen in bestehende Verträge würden damit aufgehoben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4496; VS-Bd. 14110 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>37</sup> Vgl. dazu die Eröffnung der Verhandlungen über die COCOM-Listenrevision 1982/83 am 4./5. Oktober 1982 in Paris; Dok. 249, Anm. 8.

<sup>38</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

Industrieminister *Jenkin* ergänzt kurz zu den einzelnen Punkten. Stahl: Er habe darauf hingewiesen, daß die Regierungen in allen EG-Mitgliedstaaten in großen Schwierigkeiten mit ihrer Öffentlichkeit steckten wegen der schmerzhaften Restrukturierungsmaßnahmen. BM Graf Lambsdorff habe ihm die Situation an der Saar erläutert. Fortschritte seien hier nur möglich, wenn alle Mitgliedstaaten am gleichen Strang zögen; keine Regierung könne diese Sache alleine durchstehen.

Zum Airbus könne er nur unterstreichen, was BM Graf Lambsdorff berichtet habe.

Was das Thema „GATT“ angehe, so sei man sich einig gewesen, daß es auch darum gehe, die eigene Industrie und die öffentliche Meinung in unseren Ländern davon zu überzeugen, daß der freie Handel zu ihrem eigenen Vorteil sei. Dies müßten wir auch den anderen Industrieländern klarmachen, deren Volkswirtschaften sehr stark gewachsen seien und die sich gleichzeitig nach außen abschirmten. Mit Japan müsse die EG einheitlich sprechen, sonst werde man nicht auf uns hören und keine entscheidenden Maßnahmen gegen das wachsende Ungleichgewicht im beiderseitigen Handel ergreifen.

Im Grunde genommen gelte es, deutlich zu machen, daß ein offenes Handelssystem für alle Beteiligten besser sei als protektionistische Maßnahmen. Wenn uns das nicht gelänge, drohe den westlichen Industrieländern eine Katastrophe.

Zur Frage des Erdgas-Röhren-Geschäfts habe er darauf hingewiesen, daß es wichtig sei, jetzt keine Konzessionen an die USA zu machen, die wir später bereuen könnten. Genauso wichtig sei es jedoch, daß wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten<sup>39</sup> helfen, aus der selbstgeschaffenen Zwickmühle herauszufinden. Er sei sich mit BM Graf Lambsdorff einig gewesen, daß eine Vereinbarung mit den Amerikanern, bestimmte politische Maßnahmen zu prüfen, nicht gleichbedeutend sei mit der Implementierung dieser Maßnahmen. Eine Studie sei nur eine Studie.<sup>40</sup>

BM *Stoltenberg* berichtet aus seinen Gesprächen mit Schatzkanzler Sir G. Howe, zunächst zur Wirtschaftslage und -politik in beiden Ländern.

Lage sei in D gekennzeichnet durch drastische Verschlechterung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Diesen ungünstiger gewordenen Prognosen habe er gestern in dem von der Bundesregierung verabschiedeten Entwurf des Bundeshaushalts 1983<sup>41</sup> Rechnung tragen müssen: Nullwachstum der Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 1983 (jedoch mit Anstieg in der zweiten Jahreshälfte), 2,35 Mio. Arbeitslose (halbe Million mehr als noch kürzlich geschätzt). Daher hätten wir folgende Maßnahmen ergriffen: 7 Mrd. DM Mehrausgaben wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Nettokreditaufnahme auf mehr als 40 Mrd. DM gegenüber den ursprünglich geplanten 28,5 Mrd. DM, zusätzliche Kürzungen der Ausgaben in Höhe von 5,6 Mrd. DM. Weitere Kürzungen würden notwendig werden, bedürften jedoch noch eingehender Vorberei-

<sup>39</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>40</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>41</sup> Am 27. Oktober 1982 beschloß das Kabinett den zweiten Nachtragshaushalt 1982 sowie den Bundeshaushalt 1983. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 929–933.

tungen. Zur Verbesserung der Investitionstätigkeit seien Steueranreize für den privaten Wohnungsbau sowie ein Fonds für den öffentlichen Wohnungsbau in Höhe von 2,5 Mrd. DM (verteilt auf zwei Jahre) geplant, die Fondsmittel sollten durch eine in einigen Jahren rückzahlbare obligatorische Anleihe aufgebracht werden.<sup>42</sup> Ferner seien zusätzliche öffentliche Investitionen sowie – auf mittlere Frist – weitere Steuererleichterungen für Industrie und Mittelstand vorgesehen.

Nach der Bundestagswahl werde man weitere Beschlüsse fassen müssen.

Schatzkanzler Howe habe die wirtschafts- und haushaltspolitischen Ziele der britischen Regierung erläutert. Wichtigste Ziele seien Inflationsbekämpfung (Steigerungsrate habe von 20 % 1980 auf voraussichtlich 5 % im nächsten Jahr gesenkt werden können) sowie Verringerung des Haushaltsdefizits.

Im nächsten Jahr könne mit realem Wirtschaftswachstum von etwa eineinhalb Prozent gerechnet werden. Haushaltsdefizit werde im Finanzjahr 1982/83 geringer als geplant ausfallen. Schatzkanzler Howe halte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft für besonders vordringlich. Über die Höhe des Zinsniveaus sei er besorgt, da wegen des auch weiterhin zu befürchtenden hohen US-Haushaltsdefizits auch die US-Zinsen<sup>43</sup> hoch bleiben würden.

Sodann eingehender Meinungs-austausch über Frage der finanziellen Ausstattung der Gemeinschaft und über das Problem des britischen und des deutschen Beitrages zum EG-Haushalt.<sup>44</sup>

Einigkeit, an dem bestehenden Finanzrahmen für die eigenen Einnahmen der Gemeinschaft festzuhalten.<sup>45</sup> Bei der gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Situation in beiden Ländern, die bekanntlich alleinige Nettozahler der Gemeinschaft seien, sei dieser Punkt in den nächsten Jahren nicht diskutabel. Einigkeit darüber, daß sich im Zusammenhang mit dem Beitritt von Spanien und Portugal der finanzielle Druck verstärken werde.<sup>46</sup> Hier müßten – im Endstadium der Beitrittsverhandlungen – alle Aspekte des Problems eingehend diskutiert und Lösungen im gegenwärtigen finanziellen Rahmen angestrebt werden.

Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt habe Schatzkanzler Howe das britische Interesse an einer längerfristigen Lösung des Problems bekundet. Angesichts der zu erwartenden erheblichen Schwierigkeiten sei man sich darüber im klaren gewesen, daß es realistisch sei, für die anstehende Entlastungsregelung für 1983 und später mit einer Lösung für zwei oder drei Jahre zu rechnen. Einigkeit, daß es nach wie vor besonders wichtig sei, die Entwicklung der Gemeinschaftsausgaben und vor allem die Agrarausgaben unter Kontrolle zu halten. In diesem Zusammenhang habe er, BM Stoltenberg, an die Erklärung

<sup>42</sup> Am 21. Oktober 1982 erläuterte Bundesminister Schneider auf dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden die von der Bundesregierung im Bereich des Wohnungsbaus geplanten Maßnahmen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 899–902.

<sup>43</sup> Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 245, Anm. 26.

<sup>44</sup> Zur Frage der britischen EG-Haushaltsbeiträge vgl. Dok. 273, Anm. 6.

<sup>45</sup> Vgl. dazu Artikel 2 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften; Dok. 102, Anm. 5.

<sup>46</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 233, Anm. 23.  
Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

von BM Genscher vom 25. Mai 1982<sup>47</sup> erinnert, wonach wegen unserer bekannten Haushaltssituation unser Beitrag für eine künftige Lösung geringer ausfallen müsse als bei den vorangegangenen Regelungen, d. h. höchstens 25 % unseres eigentlichen Beitrages betragen dürfte.

Schließlich habe man über währungspolitische Fragen gesprochen. Übereinstimmung, daß das EWS einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Stabilität und wirtschaftlichen Konvergenz in Europa leiste. Einem Beitritt zum Wechselkursmechanismus des EWS stünden nach Meinung von Sir G. Howe in GB allerdings noch immer die Besonderheiten seiner wirtschaftlichen Lage als Öl-exportland entgegen.

Auch in den anstehenden Fragen des IWF habe volle Übereinstimmung bestanden. Man sei sich einig gewesen, daß die Quoten, d. h. die Kapitalanteile des IWF, um wenigstens 50 % erhöht werden müßten (damit er seinen Aufgaben in der schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Lage gerecht werden könne).<sup>48</sup> Beide Länder stünden auch dem amerikanischen Vorschlag offen gegenüber, daß die währungsstarken Länder dem IWF eine zusätzliche Kreditlinie zur weiteren Stärkung seiner Ausleihetätigkeit einräumten. Wichtig sei ihm und Sir G. Howe erschienen, die erforderlichen Entscheidungen rasch zu treffen, um auf diese Weise das Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten wieder zu stärken. Wenn möglich, sollte der Interimsausschuß des IWF bereits Anfang 1983 die erforderlichen Beschlüsse fassen.

Sir G. *Howe* äußerte zunächst seine Anerkennung darüber, mit welcher Geschwindigkeit die Bundesregierung die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ins Werk gesetzt habe. Er habe fünf Wochen nach Regierungsantritt<sup>49</sup> einen Haushalt vorlegen müssen, wir hätten es in drei Wochen geschafft. Es sei nützlich, sehr engen Kontakt zu halten und Meinungen auszutauschen über die in beiden Ländern zu ergreifenden wirtschaftspolitischen, steuerlichen und investitionsbelebenden Maßnahmen.

Zur Frage des EG-Haushalts habe er sich sehr für eine langfristige Lösung eingesetzt, nicht nur im britischen, auch im europäischen Interesse. Eine jährlich neue Diskussion über den britischen Haushaltsbeitrag müsse vermieden werden. Ebenso müsse man vermeiden, daß nur zwei Staaten der Gemeinschaft

<sup>47</sup> Vgl. dazu die EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1982 in Brüssel; Dok. 145, Anm. 49.

<sup>48</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 16. September 1982 über die Jahresversammlung von IWF und Weltbank vom 6. bis 9. September 1982 in Toronto: „Die Rolle der Quoten als wichtigste Finanzierungsquelle des IWF und daher auch die Notwendigkeit einer Aufstockung (z. Zt. 60 Mrd. SZR) im Rahmen der – satzungsgemäß alle fünf Jahre stattfindenden – allgemeinen Quotenrevision [war] unstrittig. Indessen konnten weiterführende Beschlüsse noch nicht gefaßt werden. Zum globalen Umfang der Quotenaufstockung bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten (EL, unterstützt von einigen IL – wie F und Japan –, fordern 100 Prozent, USA: 25 Prozent, wir bewegen uns mit 50 Prozent im Mittelfeld). Auch die Quotenverteilung auf die einzelnen Mitglieder, die teilweise auch eine selektive Quotenerhöhung fordern (u. a. D und JAP), wird – sie ist zugleich für die Stimmrechtsgewichtung und damit für Stellung und Einfluß im Fonds maßgeblich – noch mit schwierigen Verhandlungen verbunden sein. Sie sollte bis zur nächsten Sitzung des Interimsausschusses (April 1983) soweit wie möglich abgeschlossen werden.“ Vgl. den Rund-erlaß Nr. 87; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>49</sup> Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

Nettozahler seien. Dies sei schlecht für die Kohärenz der gesamten Gemeinschaft. Die Lasten müßten gerechter verteilt werden, wobei die reichen Länder stärker berücksichtigt werden müßten.

Die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik dürften künftig nur weniger stark ansteigen als der Gesamthaushalt. Daher dürfe in erster Linie nicht bei anderen Politiken gespart werden, sondern bei der GAP. Auch hierüber sollten die Finanzminister ihren Meinungs austausch fortsetzen.

Zur Frage der Weltwirtschaft habe man übereingestimmt, daß die Erhaltung des Vertrauens in die internationalen Finanzierungsorganisationen wichtig sei. Der IWF müsse gestärkt werden. Die Quoten müßten substantiell erhöht werden. Wichtig sei es, die Voraussetzungen für schnelle Entscheidungen zu schaffen.

Schließlich habe man darin übereingestimmt, daß für D und GB, für die Europäer, eigentlich für alle, entscheidend der Wiederaufschwung des Wirtschaftswachstums in den USA sei. Dieser müsse jedoch ohne Zinsanhebung vonstatten gehen. Wir müßten auf die USA einwirken, ihr Haushaltsdefizit einzudämmen, um dann den Kampf gegen die Inflation erfolgreich führen zu können. Als Freunde und Partner der USA hätten wir hier eine besondere Verantwortung.

*Bundeskanzler* dankt abschließend PM Thatcher und ihrer Delegation erneut für gute Arbeit und herzliche Gesprächsatmosphäre.

Einvernehmlich wird von PM und BK als Termin für die nächsten deutsch-britischen Konsultationen Freitag, den 22. April 1983, in London ins Auge gefaßt.<sup>50</sup>

Auf Vorschlag des BK ist PM einverstanden, daß sich die Regierungschefs zusammen mit den Außenministern noch vor der Pressekonferenz kurz zu einem Gespräch zu viert zurückziehen, damit BM Genscher aus seinen Gesprächen mit Papst Johannes Paul II. zur Lage in Polen berichten kann.

11.10 Uhr Ende der Plenarsitzung

**Referat 204, Bd. 124946**

<sup>50</sup> Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 22. April 1983 in London vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher, das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym und die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom selben Tag; AAPD 1983.

289

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-15234/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 1945  
Citissime

**Aufgabe: 1. November 1982, 20.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 1. November 1982, 20.57 Uhr**

Herrn Bundesminister des Auswärtigen

Herrn Bundesminister der Verteidigung<sup>2</sup> vorzulegen

Betr.: Erfüllung des Verteidigungsauftrages der Allianz aus der Sicht  
SACEUR;

hier: Besuch des Nordatlantikrats im Hauptquartier SHAPE/SACEUR  
am 29. Oktober 1982

Bezug: DB 1828 vom 12. Oktober 1982, II-363.11-4079/82 VS-v<sup>3</sup>

I. 1) Erstmals seit Errichtung des politischen Sitzes des Bündnisses in Brüssel und des militärischen Hauptquartiers Europa (SHAPE) in Casteau hat der Nordatlantikrat auf Einladung von General Rogers das Hauptquartier in Casteau besucht.

2) General Rogers benutzte die Gelegenheit, um dem Rat die Möglichkeiten, Grenzen und Schwächen der konventionellen Kräfte zur wirksamen konventionellen Abschreckung und zur wirksamen Verteidigung gegen einen umfassenden WP-Angriff (einschließlich seiner zweiten operativen Staffel) vorzutragen. Außerdem trug er seine Forderung nach politischen Richtlinien für die westliche Reaktion auf den Einsatz chemischer Kampfmittel durch den Warschauer Pakt<sup>4</sup> vor und behandelte einige die nuklearen Planungsarbeiten und die NATO-Übungen WINTEX<sup>5</sup> und HILEX<sup>6</sup> betreffenden Sachverhalte.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 3. November 1982 vorgelegen, der für Referat 201 handschriftlich vermerkte: „Bitte H. Zeller sagen, daß dieser Bericht m. E. dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen ist.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler vorgelegen, der zur Anmerkung Stadens notierte: „Erledigt.“

<sup>2</sup> Manfred Wörner.

<sup>3</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am 12. Oktober 1982: „Ausgehend von der Verunsicherung der Öffentlichkeit, die sich aus einer Reihe ungeklärter Fragen zu unserer Strategie ergibt, bemerkte ich, daß diese Unsicherheiten nicht noch durch Äußerungen aus dem militärischen Allianzbereich selbst verstärkt werden sollten. Das gelte leider für Äußerungen von Rogers, die geeignet sind, falsche Hoffnungen zu wecken und neue Fragen aufzuwerfen, statt bestehende Probleme zu lösen. [...] In den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellte ich die Ansicht Rogers', mit einer jährlichen vierprozentigen Erhöhung der Verteidigungshaushalte ließe sich neben der bestehenden Streitkräfteplanung auch noch ein zusätzliches Potential modernster konventioneller Waffen zu wirksamer Bekämpfung der zweiten Staffel aufbauen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage der Partner sei mit einem Realzuwachs der Verteidigungsausgaben von vier Prozent kaum zu rechnen. Selbst dann ließen sich damit aber allenfalls die für 1983 bis 1988 aufgestellten Streitkräfteplanungsziele realisieren – nicht mehr.“ Vgl. VS-Bd. 12021 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 3. November 1982: „Die NATO-interne Studie, als Diskussionsgrundlage für das DPC und den NATO-Rat über die im Bündnis bisher kaum diskutierte Frage eines möglichen C-Waffen-Zweiteinsatzes gedacht, ist trotz ihres überwiegend militärischen und verteidigungspolitischen Gehalts auch von erheblicher rüstungskontrollpo-

3) Vor dem Hintergrund der Medienbehandlung vermeintlicher Unterschiede in den Auffassungen zwischen SACEUR und einigen Bündnispartnern, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, über sicherheitspolitisch relevante Fragen (Vier-Prozent-Forderung an die Verteidigungshaushalte zur Erfüllung der Streitkräfteziele 1983 bis 1988 und zur glaubwürdigen Anhebung der nuklearen Schwelle, d. h. zur substantiellen Erhöhung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit gegenüber dem gewachsenen sowjetischen Potential; Rolle der nuklearen Waffen und der vorbedachten Eskalation) fand die Begegnung nicht ohne innere Spannung statt. Sie verlief harmonisch und vermittelte mir den Eindruck, daß Begegnungen der militärischen Oberbefehlshaber mit dem NATO-Rat in einer informellen Weise einen nützlichen Beitrag leisten könnten, bei den Befehlshabern das Verständnis für die politischen Besonderheiten der bei den Mitgliedstaaten auftretenden Fragen zu fördern und die Befehlshaber aus einer mit ihrem Amt verbundenen politischen Isolierung herauszuführen.

II. Wegen des bevorstehenden Antrittsbesuchs von General Rogers bei der Bundesregierung am 4. November<sup>7</sup> und wegen des bevorstehenden militärischen Lagevortrags der drei NATO-Befehlshaber bei der Bundesregierung am 24. November 1982<sup>8</sup> übermittle ich nachstehend die wesentlichen Feststellungen von General Rogers zu den unzulänglichen Möglichkeiten und Schwächen einer konventionellen Verteidigung in Europa. Ich konzentriere mich auf den die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar berührenden Aspekt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1514*

litischer Bedeutung. [...] a) Es wird eine Parallele zum Rationale des INF-Doppelbeschlusses gezogen [...], die wir bisher mit Bedacht vermieden haben. Unsere Argumentation ging vielmehr dahin, daß bei C-Waffen eine Null-Lösung weltweit das Ziel sein muß und daß bei diesen Waffen, deren Einsatz völkerrechtlich seit langem verboten ist, ein Gleichgewicht kein anstrebenwertes Ziel sein kann. b) Außerdem wird ausgeführt, daß die Schaffung einer begrenzten CW-Kapazität eine Lücke im Spektrum der Vergeltungsoptionen der NATO schließen würde [...]. Es ist auch für die rüstungskontrollpolitische Argumentation von erheblicher Bedeutung, ob ein CW-Vergeltungseinsatz durch die NATO nach vorheriger Verletzung des Genfer Protokolls durch den Osten eine realistische Option darstellt. Hierzu wird in der Studie jedoch nichts Näheres ausgeführt“. Vgl. VS-Bd. 12068 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 12. November 1982 über die Vorbereitungen der NATO-Übung WINTEX-CIMEX 83, die vom 24. Februar bis 9. März 1983 stattfand: „Am 8. November tagte der um Teilnehmer aus den Hauptstädten verstärkte Ausschuß für Ratsoperationen und Übungen (C[ouncil]O[perations and]E[xercises]C[ommittee]), um ‚political incident list‘ und ‚co-ordinated alliance situation at start [of] ex[ercise]‘ zu verabschieden.“ Letzterer Punkt habe aufgrund von Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei jedoch nicht verabschiedet werden können. Die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande hätten zudem „einen Vorschlag zur Verbesserung des Pressespiels“ eingebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2038; Referat 201, Bd. 125513.

<sup>6</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 12. November 1982 mit: „Der Ausschuß für Ratsoperationen und Übungen (C[ouncil]O[perations and]E[xercises]C[ommittee]) konnte sich auch in seiner Sitzung am 12.11.82 auf keinen Termin für HILEX 11 verständigen. [...] Vorsitzender wird versuchen, eine konsensfähige Übungswoche zwischen dem 16. Januar und Mitte Februar zu finden. [...] Eine ‚open-ended working group‘ des COEC wird ein ‚draft outline scenario‘ für HILEX 11 erarbeiten. Deutscher Sprecher wird sich daran beteiligen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2051; Referat 201, Bd. 125513.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Artikel „Rogers konferiert mit Wörner und Kohl“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. November 1982, S. 7.

<sup>8</sup> Die Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, im Bereich Atlantik (SACLANT), McDonald, und im Bereich des Ärmelkanals (CINCHAN), Staveley, unterrichteten das Bundeskabinett am 24. November 1982 über das militärische Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt. Vgl. dazu den Artikel „Die sowjetische Gefahr wächst weiter. NATO-Generäle berichten dem Bundeskabinett“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. November 1982, S. 1f.

## 1) Das Szenario 1410

Zur Durchführung eines umfassenden militärischen Angriffs gegen NATO-Europa (Nord-, Mittel-, Süd-Nord-Italien<sup>9</sup>, Griechenland, Türkei) braucht die SU eine Mobilisierungszeit von 14 Tagen. Das gibt dem Westen nach dem Erfahrungsstand zehn Tage Zeit zur Mobilisierung. Frühzeitige politische Entscheidungen sind in dieser Hinsicht zwingend notwendig. Außerdem muß SACEUR über verbesserte Intelligence verfügen.

Im Rahmen des militärischen Operationsplans hat die SU, anknüpfend an eine Form der taktischen Kampfführung im Zweiten Weltkrieg, besondere Angriffsverbände gebildet (operational mobile groups), die kurz nach dem Angriff der ersten Linie Durchbrüche erweitern und operativ wichtige Punkte besetzen sollen (z. B. nukleare Verteidigungseinrichtungen der Allianz).

Die Abwehr der ersten Staffel, die im wesentlichen eine Aufgabe der durch Mobilmachung ergänzten präsenten Verbände in Europa ist (Schwäche bei langen Anmarschwegen in die Operationsräume, z. B. NL, BE), wird nach Auffassung von General Rogers durch unzureichende Bevorratung (Munition) und fehlende Reserven (z. B. Jütland, Schleswig-Holstein) und durch den Umstand erschwert, daß die Verstärkungskräfte nur in wenigen Fällen rechtzeitig und in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Die Hauptaufgabe der Verstärkungskräfte ist die Bekämpfung der nachgeführten zweiten operativen WP-Staffel. Während im CENTAG<sup>10</sup>-Bereich dafür auf die Bereitstellung der französischen 1. Armee gebaut wird, die ständig in der Nähe der voraussichtlichen Operationsräume liegt, würde das 3. amerikanische Korps nur mit seinen ersten Einheiten zehn Tage nach Mobilmachung, also im günstigen Falle zu Beginn der Kampfhandlungen, in seinen Bereitstellungsräumen sein. Hier klafft eine erhebliche Lücke.

Vor diesem Hintergrund, daß nämlich die Abwehr des Angriffs der nacheinander folgenden Staffeln mit den voraussichtlich zur Verfügung stehenden konventionellen Mitteln nur zeitlich begrenzt möglich sein wird und deshalb ein nuklearer Eskalationsdruck entsteht, ist der Versuch eingeleitet worden, unter Nutzung moderner Technologie wirksamer als bisher mit konventionellen Mitteln die Bereitstellungsräume der zweiten operativen und taktischen Staffeln und die Luftangriffskapazitäten des WP zu bekämpfen. Dabei werden Verantwortungsbereiche wie folgt unterschieden: bis zur Tiefe von etwa 80 bis 100 km durch CENTAG und NORTHAG<sup>11</sup>, bis zur Tiefe von 300 bis 400 km durch die CINCENT<sup>12</sup> und darüber hinaus durch SACEUR selbst. Die Entwicklung des Geräts nimmt längere Zeiträume in Anspruch und wird kostspielig sein. Einzelne Komponenten, wie die der Werfer-Kapazität mit mittlerer Reichweite (100 km), werden in einigen Ländern bereits eingeführt. Aufklärungskapazität und elektronische Kampfmittel werden noch wichtiger als bisher.

2) Auch in dieser Unterrichtung äußerte sich General Rogers hinsichtlich des Einsatzes schwerer Raketen und Marschflugkörper wegen der Differenzierungsschwierigkeiten zu nuklearen Waffen skeptisch.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

<sup>10</sup> Central Army Group.

<sup>11</sup> Northern Army Group.

<sup>12</sup> Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe.

3) Zusammenfassend kann man mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland folgende Mängel – aus seiner Sicht – feststellen:

- (1) SACEUR-Intelligence zur Früherkennungskapazität;
- (2) Aufklärung und Zielidentifizierungskapazität;
- (3) zeitgerechte Bereitstellung der überseeischen und britischen Verstärkungskräfte und der Mobilmachung in Europa;
- (4) Munition;
- (5) elektronische Kampfführung;
- (6) Bekämpfungsmittel in der Tiefe des Gefechtsfeldes und des Hinterlandes.

Bei seinen Darlegungen zum nuklearen Einsatz war erkennbar, daß er die MC 14/3<sup>13</sup> und die bestehenden Vorläufigen Politischen Richtlinien für den Einsatz<sup>14</sup> dahingehend auslegt, den Einsatz von Gefechtsfeldwaffen vor der Erreichung des Erschöpfungsgrades der eigenen Streitkräfte herbeizuführen, und daß er von sich aus wahrscheinlich nicht den aus unserer Sicht politisch und strategisch wirksameren Einsatz gegen das sowjetische Territorium beantragen wird.

4) Auf Befragen stellte General Rogers fest, daß er davon ausgeht, daß die WP-Streitkräfte zur Führung des Kampfes mit konventionellen, mit chemischen und mit nuklearen Mitteln vorbereitet sind und daß die SU in Adaption an die westlichen Doktrinen der flexiblen Kampfführung zunächst mit konventionellen Mitteln versuchen dürfte, ihre operativen Ziele zu erreichen, daß sie aber gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken wird, auf die anderen Kampfmittel zurückzugreifen, d. h. zu eskalieren (erst chemisch, dann nuklear).

### III. Bewertung

1) Das gewählte Szenario 1410 macht die Grenzen der Verteidigung mit konventionellen Mitteln ohne vorbedachte Eskalation deutlich. Die Hoffnung, diese Schwächen durch wirksame konventionelle Schläge gegen die Bereitstellungsräume der zweiten operativen Staffel und gegen die WP-Luftstreitkräfte mit neuen konventionellen Waffen einer nächsten Generation beseitigen zu können, ist an viele noch nicht quantifizierbare Voraussetzungen (Zeit, Kosten, Wirksamkeit, Gegenmittel) gebunden. Die Notwendigkeit, die Option der vorbedachten nuklearen Eskalation sowohl von der Fähigkeit her wie vom politischen Willen her offenzuhalten und als eigentliche Mittel zur Beendigung des

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Strategie der „flexible response“; Dok. 76, Anm. 22

<sup>14</sup> Die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel faßte am 9. August 1982 den Entwurf der „General Political Guidelines“ der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vom 2. August 1982 zusammen: „Der Entwurf unterstreicht immer wiederkehrend den politischen Charakter von Nuklearwaffen und die überragende Bedeutung, die der politischen Kontrolle über ihren Einsatz zukommt. In einer Art Präambel wird versucht, die politischen Einsatzgrundsätze in einen allgemeinen Kontext zu setzen. Der Entwurf stellt an verschiedenen Stellen deutlich heraus, daß die militärischen Planungen sich innerhalb des Rahmens dieser politischen Richtlinien zu bewegen haben. [...] Geht man davon aus, daß es zu einer weisungsgebundenen Weiterbehandlung mit dem Ziel einer Verabschiedung von General Political Guidelines kommt, so dürfte dieser Prozeß sicher noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3298; VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Konflikts deutlich zu machen, ist unverkennbar notwendiger denn je geworden.

2) Der französische Ständige Vertreter<sup>15</sup> machte in seiner Intervention deutlich, daß Frankreich die Verwirklichung einer konventionellen Abschreckung im Wege der konventionellen Verteidigung kaum für möglich hält und eine enge Verknüpfung der konventionellen Kampfführung mit der nuklearen (strategischen aus französischer Sicht) Komponente unabdingbar ist, also eine gegen die SU selbst gerichtete nukleare Reaktion unter keinen Umständen aufgegeben werden darf.

3) Es ist notwendig, auf der Ebene der Bundesregierung im Gespräch mit General Rogers den engen Zusammenhang der vorbedachten Eskalation mit der Einbeziehung der SU deutlich zu machen, da sich die Vorstellungen von Rogers, obschon auch gegründet auf MC 14/3, in Richtung auf einen im europäischen Gefechtsbereich ausgetragenen Konflikt hin bewegen.

4) Die geostrategischen Voraussetzungen für eine Konfliktbeendigung auf konventionellem oder schlachtfeldbezogenem nuklearen Wege sind für den Westen ungünstig und könnten nur durch eine frühzeitige nukleare Einbeziehung sowjetischen Territoriums ausgeglichen werden.

IV. Zum westlichen nuklearen Potential in Europa sprach sich General Rogers für eine schrittweise, rüstungskontrollpolitische Elemente einschließende Adjustierung des Potentials auf die heutigen und morgigen Bedürfnisse aus und deutete dabei insbesondere die Möglichkeit der Reduzierung der Nike-Hercules-nuklearen Luftabwehr und der Entfernung der Atomic Demolition Mines an, ging aber auf die Potentiale der Atom-Artillerie nicht ein, auch nicht auf die Frage einer Hinzuführung von Ersatzraketen und Sprengkörpern für die vorgesehenen Kampfmittel mittlerer Reichweite (Pershing II, Marschflugkörper).

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 12021 (201)**

<sup>15</sup> Jean-Marie Mérillon.

## 290

**Aufzeichnung des Referats 220**

220-371.80 SCG/INF-1849/82 VS-vertraulich

3. November 1982<sup>1</sup>Betr.: SCG am 4./5. November 1982<sup>2</sup>;

hier: Themen der Öffentlichkeitsarbeit

- Frage nach Beurteilung der Rede Breschnews vor sowjetischer Militärführung am 27.10.<sup>3</sup>:  
Kein einziger Bezug auf Abrüstung. Symptom für sowjetische Verhärtung in laufenden Verhandlungen?<sup>4</sup>
- Notwendigkeit sichtbarer, enger und häufiger US-Unterrichtung:  
Erste Voraussetzung für wirksame Öffentlichkeitsarbeit: Wir müssen in der Lage sein, gegenüber unserer Öffentlichkeit glaubhaft darzutun, daß wir über jeden Schritt der USA bei den Verhandlungen genau unterrichtet sind. Nur so läßt sich von „gemeinsamer Verhandlungsposition“ des Bündnisses reden. Deshalb ist laufende, über periodische Unterrichtung des Rats hinausgehende Unterrichtung während Verhandlungsrunden unverzichtbar.
- Entgegnung auf sich steigernde sowjetische Vorwürfe, USA verhandelten nicht ernsthaft:  
SU verfolgt gegenwärtig Doppelstrategie: Verhärtung der Verhandlungsführung und öffentliche Schuldzuweisung an USA. Frage, ob Bündnis hier nicht anhand konkreter Beispiele (Initiative für AG<sup>5</sup> u. a.) entgegenhalten muß.
- Interne Vorbereitung auf evtl. sowjetische Reaktionen auf erste Schritte zur Dislozierung (contingency planning):  
SU hat Reihe von Reaktionsmöglichkeiten (von Rücknahme einseitiger Moratoriumszusage<sup>6</sup> bis zum Abbruch der Verhandlungen). Um Schuldzuweisung hierfür zu entgehen, muß Bündnis in der Lage sein, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß USA ernsthaft und kompromißbereit verhandelt haben. USA muß Partnern hierfür Material an die Hand geben.
- Umstellung des Erwartungshorizonts der westlichen Öffentlichkeit:  
Wir müssen deutlich machen, daß Rüstungskontrollteil des Doppelbeschlusses auch dann seine Bedeutung nicht verliert, wenn Stationierung beginnt.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 4./5. November 1982 in Brüssel vgl. Dok. 294.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 360–364.

<sup>4</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 279.

<sup>5</sup> Zur Bildung einer Gruppe von Datenexperten bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 258, Anm. 10. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 30. Juni 1982 über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag, der stellvertretende Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen, Glitman, habe mitgeteilt: „Die Gründung einer weiteren Gruppe, deren Aufgabe es ist, die in den beiden Vertragsentwürfen, im wesentlichen in den nicht zentralen Abschnitten angelegte gemeinsame Vertragssprache festzuhalten, wurde den Sowjets vorgeschlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1267; VS-Bd. 12050 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

(Wegkommen von Vorstellung, mit Stationierungsbeginn Ende 83 seien alle Bemühungen um Rüstungskontrolle im INF-Bereich gescheitert.)

- Richtige Darstellung des Doppelbeschlusses:  
Durchführung der Modernisierung zum vorgesehenen Zeitpunkt, wie im Doppelbeschluß vorgesehen. Überprüfung des „ob und wieviel“, wenn Verhandlungsergebnisse vorliegen (aber Vermeidung des Begriffs „Automatik“).
- „Entkriminalisierung“ von Stationierungsvorbereitungen:  
Hinweis auf im Doppelbeschluß angelegte Parallelität. Nur wenn SU an westlicher Entschlossenheit zur evtl. Dislozierung keine Zweifel hegt, sind Verhandlungsergebnisse zu erreichen. Ohne zeitgerechten Beginn der Vorbereitungen evtl. notwendig werdender Dislozierung ist westliche Entschlossenheit nicht glaubwürdig. Hinweis auf Fortgang der SS-20-Dislozierung<sup>7</sup> trotz Breschnew-Versprechen.
- Decouvrierung sowjetischer Verhandlungsposition:  
Notwendigkeit, Schwächen sowjetischer Verhandlungsposition in Öffentlichkeit stärker herauszustellen.
  - Beharrung auf Monopol für gefährlichstes Waffensystem.
  - Diskriminierung Westeuropas. SU billige Westeuropa nicht das gleiche Schutzbedürfnis wie sich selber zu.
  - In Drittstaatenfrage zum Ausdruck kommendes sowjetisches Sicherheitskonzept: stärker sein als jeder einzelne potentielle Gegner und so stark wie alle anderen zusammen. Ansinnen an USA, ihre Unterlegenheit in Europa vertraglich festzuschreiben.
- Unser Drittstaatenpapier<sup>8</sup>:  
Wir haben britische, französische und amerikanische Anregungen größtenteils in unsere letzte (verteilte) Fassung eingebaut.  
Auf evtl. britische Vorbehalte<sup>9</sup>: Unser Papier ist nur als Anregung gedacht. Jedes Land sollte die Argumente benutzen, die es am wirkungsvollsten erachtet.
- Frage nach Stand amerikanischer Überlegungen zu nuklearen CBM<sup>10</sup>:  
Für öffentliche Debatte über INF-Verhandlungen ist Stichwort „Vertrauens-

<sup>7</sup> Zur Dislozierung sowjetischer SS-20-Raketen vgl. Dok. 281, Anm. 10.

<sup>8</sup> Im Argumentationspapier der Bundesregierung vom 15. September 1982 zur Frage der Einbeziehung britischer und französischer Systeme in die INF-Verhandlungen wurde gegen die Einbeziehung vorgebracht: „Weapons under the exclusive sovereignty of third countries cannot be the subject of bilateral negotiations to which these countries are not parties. [...] The Soviet Union's demand for the inclusion of British and French as well as Chinese systems is incompatible with the principle of equality and parity.“ Es stünde der UdSSR frei, mit Frankreich und Großbritannien Abrüstungsverhandlungen zu führen. Außerdem nannte das Argumentationspapier verschiedene militärstrategische Argumente dafür, daß die französischen und britischen Nuklearsysteme nicht in die INF-Verhandlungen einbezogen werden könnten: „The third-country systems have different military functions than the American INF. The latter couple the US strategic nuclear shield to the conventional and tactical nuclear forces in Europe, thus providing a credible deterrent. Third-country systems are neither supposed to, nor are able to, play this role. They are independent minimum deterrents and have a purely national function and therefore are not suited to deter the Soviet Union from aggression against Europe as a whole.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125681.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Briten wehren sich gegen Schmälerung der Bedeutung der Drittstaatsysteme für Abschreckungsstrategie des Bündnisses.“

<sup>10</sup> Der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, informierte am 19. Oktober 1982

bildung“ sehr hilfreich. Evtl. VBM-Initiative im START-Rahmen<sup>11</sup> sollte so präsentiert werden, daß auch für INF-Bereich maximale Öffentlichkeitswirkung erzielt wird.

VS-Bd. 11403 (220)

## 291

### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15334/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4702

Aufgabe: 4. November 1982, 20.10 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 5. November 1982, 02.31 Uhr

Betr.: Gespräche von MdB Dr. Marx in Washington am 2. und 3. November 1982

Zur Unterrichtung

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Dr. Marx, führte im Pentagon Gespräche mit Richard Perle (Assistant Secretary, International Security Policy) und Fred Iklé (Under Secretary of Defense Policy) sowie im State Department mit Lawrence Eagleburger. Aus den Gesprächen wird folgendes festgehalten:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1520*

Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron über eine Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu vertrauensbildenden Maßnahmen im nuklearen Bereich: „In der Studie wurde festgehalten, daß einige VBM-Optionen zwar weiterer Überprüfung bedürften, andere dagegen bereits jetzt mit der SU verhandelt werden könnten. Dazu gehörten die bereits in der Berliner Rede des Präsidenten vom 11. Juni 1982 angekündigten Maßnahmen: Notifizierung von Raketentests, von ‚strategischen Übungen‘, Austausch von strategischen Daten wie z. B. Angaben über Produktions-, Lagerungs- und Dislozierungsstätten strategischer Waffen etc. Auch sei zusätzlich an Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Hotline-Vereinbarungen gedacht. [...] Man prüfe auch die Möglichkeit von nuklearen VBM im INF-Bereich. Angesichts der bei INF vorgeschlagenen Null-Lösung sei es allerdings schwierig, sich in diesem Bereich für VBM einzusetzen, da dies die Glaubwürdigkeit der Null-Lösung beeinträchtigen könnte (man könne schlecht VBM bei Systemen vorschlagen, die man gänzlich zu eliminieren suche). [...] Auf die Frage von D 2 A i. V., ob – wie wir es begrüßen würden – eine eigenständige Vereinbarung über nukleare VBM zu erwarten sei oder aber die Materie Teil eines START-Ergebnisses sein werde, meinte Dobbins, daß die Meinungsbildung in Washington sich auf erstere Möglichkeit zubewege.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11315 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 5. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und die Vortragenden Legationsräte Seibert und Bolewski verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „H. MDg Schauer (insbes. ‚out of area‘, S. 2.)“ Vgl. Anm. 5 und 13.

Hat Hofmann am 8. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge verfügte.

Hat Seibert am 8. November 1982 vorgelegen.

Hat Dröge und Schauer am 10. November 1982 vorgelegen.

Hat Bolewski am 11. November 1982 vorgelegen.

1.1) Perle legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Problembereiche, in denen das Pentagon mit der neuen Bundesregierung<sup>2</sup> weiterzukommen hoffe. Er bezeichnete dabei die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses – nach dem Bonner Regierungswechsel – als das „wohl nicht schwierigste Problem“.

Vielmehr sprach er die folgenden Komplexe an, die nach seiner Meinung bisher zu stark in den Händen der Bürokratie lägen und im Interesse einer möglichst baldigen Lösung auf die politische Ebene gehoben werden mußten:

- deutsche Türkeihilfe<sup>3</sup>,
- Übernahme von Verpflichtungen für den Fall des Einsatzes amerikanischer Truppen außerhalb des NATO-Gebiets (Out-of-area-Problematik)<sup>4</sup>,
- deutscher Finanzbeitrag im Rahmen der Vorwärtsverlegung amerikanischer Stationierungsstreitkräfte (Master<sup>5</sup>Restationing Plan, MRP<sup>6</sup>),
- Beschränkung des Technologietransfers in kommunistische Länder<sup>7</sup>.

<sup>2</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>3</sup> Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 234, Anm. 4 und 5.

Referat 203 notierte am 8. November 1982: „Ob wir die Türkeihilfe fortsetzen können, hängt von der Zustimmung der zuständigen Bundestagsausschüsse ab. Die gegenwärtige türkische Staatsführung macht es uns nicht leicht, bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages für Zustimmung zu der Fortsetzung unserer Hilfe zu werben. [...] Unter diesen Umständen ist zu hoffen, daß sich die Abgeordneten des Bundestages zur Zustimmung zur Türkeihilfe unter dem Gesichtspunkt entschließen werden, daß sie sich andererseits jeglicher Einwirkung auf die Verhältnisse in der Türkei im Sinne der Herstellung echter demokratischer Verhältnisse berauben würden.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124911.

<sup>4</sup> Gemäß Grundgesetz vom 23. Mai 1949 waren Auslandseinsätze der Bundeswehr nur im Bündnisfall oder im Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik zulässig. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 100. Ministerialdirigent Dröge hielt am 26. November 1982 fest: „Wir haben unsere vorläufige Haltung im BSR-Beschluß vom 3.11.82 festgelegt, in dem wir grundsätzlich Solidarität mit den USA bei Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen – besonders in Südwestasien – ausdrücken, jedoch gleichzeitig unsere auf Förderung von Unabhängigkeit und echter Blockfreiheit gerichtete Dritte-Welt-Politik unterstreichen sowie auf Grenzen unseres möglichen Engagements (keine Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsbereichs!) hinweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> Zum Umstrukturierungsplan der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 278, Anm. 10.

<sup>7</sup> Zur Frage des Technologietransfers an Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vgl. Dok. 253.

In einer Aufzeichnung des Referats 421 vom 16. November 1982 wurde festgehalten: „Angesichts der unter den USA einerseits, den übrigen sechs Gipfelländern sowie den anderen EG-Staaten andererseits fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten, insbesondere betreffend den möglichen Umfang einer Harmonisierung der Kreditpolitiken und des Ausmaßes der Kontrolle des Technologietransfers über rein militärisch relevante Objekte hinaus, muß bei der bevorstehenden Ausarbeitung von Einzelheiten der Einigung mit langwierigen Verhandlungen gerechnet werden. [...] Wir und die Mehrzahl der übrigen beteiligten Staaten haben – neben einem generellen Vorbehalt, daß die vorgesehenen Prüfungen keine Präjudizierung der Ergebnisse derselben beinhalten – einige spezifische Vorbehalte eingebracht. Diese betreffen insbesondere den Technologietransfer (Behandlung nur im COCOM, d. h. unter militärisch-strategischen Gesichtspunkten), die Kreditpolitik (keine Beschränkung des Kreditvolumens, keine Einflußnahme auf private deutsche Banken bei Krediten ohne Bundesgarantien, keine Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Höhe des Zinssatzes im Falle der Gewährung von Bundesbürgschaften) sowie den Erdgasbereich (keine Präjudizierung der vertraglichen Formalisierung betr. Lieferung nach Berlin innerhalb des bereits vereinbarten sowjetisch-westeuropäischen Erdgasgeschäfts).“ Vgl. Referat 421, Bd. 122591.

Das Gespräch konzentrierte sich auf die Türkeihilfe und die Out-of-area-Problematik.

Perle äußerte zu beiden Komplexen die Meinung, daß die deutsche Haltung der Lösung der Probleme zuletzt nicht förderlich gewesen sei. So sei die Türkei durch deutsche Abgeordnete brüskiert worden, die in der Türkei alle notwendigen Erklärungen zur innertürkischen Entwicklung erhalten, nach Rückkehr von Deutschland aus jedoch unfreundliche Presseerklärungen abgegeben hätten.<sup>8</sup> Die Festlegung von Verpflichtungen im NATO-Rahmen für militärische Aktivitäten außerhalb des NATO-Gebiets sei bisher wesentlich an deutschem Widerstand gescheitert.

MdB Dr. Marx legte dar, für die Fragen des Bündnisses gebe es in Bonn ein neues Klima. Die Lösung der anstehenden Probleme brauche jedoch Zeit. Insbesondere lasse die deutsche Haushaltslage nur einen sehr engen Spielraum. Dabei sehe er gute Aussichten für eine baldige Freigabe der im Bundeshaushalt vorgesehenen und bisher zurückgehaltenen Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für die Türkei. Zur Übernahme militärischer Verpflichtungen außerhalb des NATO-Gebiets erklärte Dr. Marx, daß die Frage eines Einsatzes deutscher Streitkräfte außerhalb des NATO-Gebiets für uns historisch belastet sei, die Zeit jedoch dafür reif sei, um über deutsche Verpflichtungen innerhalb des NATO-Gebiets für den Fall eines Einsatzes amerikanischer Streitkräfte außerhalb des NATO-Gebiets zu sprechen.<sup>9</sup>

1.2) Dr. Marx sprach die INF-Problematik mit der hypothetischen Frage an, ob Perle eine gemeinsame Antwort des Westens für möglich halte, wenn die Sowjetunion Anfang 1983 vorschlagen sollte, 110 SS-20-Raketen zu entfernen, wenn der Westen dafür Pershing II nicht dislozieren würde.

Perle äußerte hierzu, vor zwei Monaten wäre er bei hierzu skeptisch gewesen, nunmehr hätte er jedoch keinen Zweifel, daß eine gemeinsame Antwort des Westens gefunden werden könnte.<sup>10</sup> Die innere Lage in den Stationierungsländern, auch in den Niederlanden und Belgien<sup>11</sup>, habe sich in letzter Zeit verbessert.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Schuchardt.“

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Vortragender Legationsrat Boden hob diesen Satz ebenfalls hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „Kompensationen?“

<sup>10</sup> So in der Vorlage.

<sup>11</sup> Zur Haltung der Niederlande und Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 203, Anm. 10 bzw. 12.

Referat 201 vermerkte am 8. November 1982: „Der niederländische Ständige Vertreter erläuterte im NATO-Rat am 2.11.1982 die Haltung der neuen Regierung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses dahingehend, daß die Fortführung aller vorbereitenden Schritte für eine etwaige Dislozierung unternommen würde. Er wies ferner darauf hin, daß das niederländische Parlament die Frage der tatsächlichen Dislozierung zu gegebener Zeit noch diskutieren werde, daß das Ergebnis der Diskussion aber keine bindende Wirkung für die Regierung haben würde. [...] Der belgische Ständige Vertreter teilte in derselben NATO-Ratssitzung mit, daß noch vor der NPG-Ministersitzung (30.11.1982) im belgischen Parlament auf Frage der Ort für die Dislozierung der Marschflugkörper – falls diese wegen des Verhandlungsergebnisses notwendig werden würde – bekanntgegeben werde.“ Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Die Wörter „innere Lage in den Stationierungsländern“, „Niederlande und Belgien“ und „in letzter Zeit verbessert“ wurden von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Besonders müsse darauf geachtet werden, daß die westliche Position hinsichtlich ihres „verwundbarsten Arguments“, der Nichtanrechenbarkeit der britischen und der französischen Nuklearpotentiale, fest bleibe. Des weiteren komme es<sup>13</sup> darauf an, den Zeitplan für die Dislozierung einzuhalten; der gemeinsame politische Wille müsse hier gleichzeitig zum Ausdruck kommen.

2.1) Iklé erläuterte auf Frage von Dr. Marx die amerikanische Position zu der in der Diskussion befindlichen westlichen Ostwirtschaftsstrategie, deren Formulierung eine Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft erlauben würde.<sup>14</sup> Er führte aus, der westliche technologische Vorsprung dürfe der SU nicht zugute kommen, da die SU auch aus zivilem Technologietransfer weitgehend militärischen Nutzen zu ziehen verstehe. COCOM müsse verstärkt werden, wobei es wichtig sei, die Mitsprache der Verteidigungsminister sicherzustellen.<sup>15</sup> Des weiteren komme es darauf an, die Vergabe von Krediten an die SU einheitlich zu regeln. Die amerikanische Regierung sei bereit, in diesem Zusammenhang auch über Agrarexporte zu sprechen, wobei man der Auffassung sein könne, daß auch die amerikanischen Getreideexporte an die SU Subventionselemente enthielten.<sup>16</sup> Allerdings sei der stark subventionierte westeuropäische Agrarexport an die SU bedeutender als der amerikanische. Auf Frage von Dr. Marx, ob er tiefergehende Wirkungen der bisherigen Sanktionen auf die SU sehe, bemerkte Iklé, erstens sei eine gewisse Verlangsamung bei der Durchführung des Erdgasleitungsprojektes festzustellen, zweitens hätte die innerwestliche Auseinandersetzung die weitere sowjetische Planung erschwert.<sup>17</sup>

2.2) Iklé fragte seinerseits, was kritische europäische Äußerungen zu jüngsten Ausführungen von General Rogers zur Stärkung der konventionellen Verteidigung<sup>18</sup> zu bedeuten hätten, und legte dar, daß die Ausführungen Rogers' im Einklang mit der NATO-Strategie stünden. Es gehe einmal um die Stärkung der konventionellen Komponente, nachdem heute mit konventionellen Waffen Ziele zerstört werden könnten, die früher nur mit Nuklearwaffen zu erreichen gewesen seien. Insofern käme eine begrenzte Substitution nuklearer durch konventionelle Waffen in Betracht. Dessen ungeachtet müsse und könne die nukleare Abschreckung erhalten bleiben.

Dr. Marx erwiderte, es bestünden keine Bedenken gegen eine Stärkung der konventionellen Komponente. Die konventionellen und nuklearen Arsenale dürften jedoch nicht wie ein System kommunizierender Röhren<sup>19</sup> gesehen werden, in dem ein Anwachsen auf der einen Seite ein Absinken auf der anderen Seite zur Folge hätte.

<sup>13</sup> Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen vgl. Dok. 297.

<sup>15</sup> Zur Revision der COCOM-Listen vgl. Dok. 249, Anm. 8.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Erhöhung der amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR; Dok. 271, Anm. 5.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>18</sup> Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, vgl. Dok. 289, Anm. 3.

<sup>19</sup> Der Passus „nicht wie ... Röhren“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

2.3) Auf Frage nach der amerikanischen Reaktion auf die deutsch-französische sicherheitspolitische Absprache<sup>20</sup> bemerkte Iklé, in Washington herrsche nicht die geringste Besorgnis, daß diese Absprache dem transatlantischen Verhältnis schaden könnte. Gewisse Spekulationen in den Medien seien hier nicht ernst genommen worden.

3.1)<sup>21</sup> Eagleburger äußerte zu den laufenden Verhandlungen über die Formulierung einer westlichen Ostwirtschaftspolitik<sup>22</sup>, er halte eine Einigung binnen einer Woche für möglich.

Er hob die Bedeutung der beiden vorgesehenen Studien<sup>23</sup> hervor, aus denen sich ergeben werde, wie sich der Westen „bis zum Ende dieses Jahrhunderts“ gegenüber der SU als Wirtschaftspartner verhalten sollte. Damit werde eine „qualitative Veränderung“ der Ost-West-Beziehungen eintreten.

Allerdings werde die Einigung über die Vergabe von Studienaufträgen allein nicht für die Aufhebung der Sanktionen ausreichen. Der amerikanischen Öffentlichkeit müsse jetzt vielmehr die Gewißheit vermittelt werden können, daß der Westen entschlossen sei, die SU nicht länger von der Konkurrenz westlicher Kreditgeber profitieren zu lassen, die letztlich dazu beigetragen habe, die westlichen Verteidigungsausgaben in die Höhe zu treiben (zu ergänzen: weil das westliche Wirtschaftsgebaren die sowjetische Hochrüstung fördere).

Die Abkopplung der Sanktionen von der Entwicklung in Polen sei notwendig, weil eine Verbesserung der inneren Lage in Polen – bisher Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen – nicht abzusehen sei. Die Einigung über eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie gegenüber der SU werde die Sanktionen und ihre Bindung an die Entwicklung in Polen unnötig machen.

Auf Frage, wie die Beachtung der einmal getroffenen Regelung sichergestellt werden könne, äußerte Eagleburger, es handle sich nicht um einen Vertrag, doch seien „wir entweder Freunde und Verbündete oder nicht“. Nach den eingehenden Verhandlungen würden sich alle Beteiligten über den Inhalt des Beschlusses im klaren sein. Letztlich werde die Beachtung der Studien Ergebnisse zeigen, ob die Abrede ernst genommen werde.

3.2) Auf Frage nach der Bedeutung der amerikanischen Friedensbewegung räumte Eagleburger ein, in den bei den Kongreßwahlen vom 2.11. in verschiedenen Staaten gebilligten Freeze-Resolutionen<sup>24</sup> zeichne sich ein Problem für

<sup>20</sup> Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik vgl. Dok. 275, Dok. 278 und Dok. 284.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „3“.

<sup>22</sup> Zu einer Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen durch die NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 271.

<sup>23</sup> Zu den beim informellen informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>24</sup> Zur Freeze-Bewegung in den USA vgl. Dok. 261, Anm. 10.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. November 1982: „Am 2. November 1982 hatte gut ein Viertel der amerikanischen Wahlberechtigten die Gelegenheit, in neun Staaten, vielen Städten und Gemeinden in Referenden über Vorschläge abzustimmen, die einen nuklearen Rüstungsstillstand fordern. Die Vorschläge sind zum Teil mit deutlichen Mehrheiten angenommen worden. Das Ergebnis sollte jedoch nicht überschätzt werden; es bedarf nach Vorlage der Zahlen genauerer Analyse. Die Freeze-Bewegung war kein entscheidender Faktor für den Ausgang der Kongreßwahlen, da die Wirtschaftslage das Wahlverhalten bestimmte. Ganz deutlich kommt in dem Votum jedoch die Besorgnis vieler Amerikaner über nukleares Wettrüsten und die Gefahren eines nuklearen Krie-

die gegenwärtige Administration ab. Die amerikanische Friedensbewegung stehe etwa zwei Jahre hinter der Entwicklung in Westeuropa. Die Ziele der amerikanischen Friedensbewegung seien noch nicht sehr akzentuiert, vorläufig komme in ihr ein allgemeines Gefühl der Unruhe in nuklearen Fragen zum Ausdruck. Die öffentliche Diskussion sei noch undifferenziert und könne noch beeinflusst werden. Die Administration benötige dafür Fortschritt in den laufenden Genfer Abrüstungsverhandlungen<sup>25</sup>. Sie müsse die Öffentlichkeitsarbeit im Inneren erheblich verstärken.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11981 (201)

## 292

### Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Werner in Luxemburg

VS-NfD

5. November 1982<sup>1</sup>

Offizieller Besuch des Bundeskanzlers am 5. November 1982 in Luxemburg<sup>2</sup>;  
hier: Protokoll der Plenarsitzung

MP *Werner* dankte einführend dem Bundeskanzler für seinen schnellen Besuch in Luxemburg in Anbetracht seines dicht gedrängten Programms. Der Besuch gebe Gelegenheit, Kontakte wiederaufzunehmen. Seit Jahren bestehende

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1525*

ges zum Ausdruck. Ob diese Emotion des Tages in politische Aktion, insbesondere im Kongreß, umgesetzt wird, hängt vor allem davon ab, ob die Demokratische Partei diese Forderung aufgreifen und für die Präsidentschaftswahlen 1984 nutzen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4705; Referat 220, Bd. 128633.

<sup>25</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.  
Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 279.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 8. November 1982 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu vermerkte Neuer: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 11. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge und Referat 202 verfügte.

Hat Dröge vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 15. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrätin I. Klasse Völkel verfügte.

Hat Völkel am 15. November 1982 vorgelegen, die eine Kopie der Seite 2 für Ministerialdirektor Lahn fertigen ließ und die Weiterleitung an Referat 201 „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme] S. 3“ verfügte. Vgl. Anm. 5, 10 und 11.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert am 19. November 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 203, Bd. 140577.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 5. November 1982 in Luxemburg auf.

Freundschaft zwischen ihm und dem Bundeskanzler sei eine gute Voraussetzung für die beiderseitigen Beziehungen. Die Ansichten in vielen Problemen lägen nah beieinander. Die Zusammenarbeit werde sicherlich von gutem Einvernehmen geprägt sein.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den freundlichen Empfang. Er schlug als zu behandelnde Themen aus dem bilateralen Bereich die Kommunikationstechnik und damit zusammenhängende Fragen sowie die Stahlfrage vor.

Er ging dann kurz auf die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland ein und wies darauf hin, daß in den wenigen Wochen bis zu den Wahlen am 6. März<sup>3</sup> nur das Wichtigste getan werden könne. Die Etatsituation sei schwierig. Der Bundesrepublik stehe der schwierigste Winter seit ihrem Bestehen bevor. Wir hätten jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt. Das müsse den Mitbürgern klar gesagt werden. Er sei jedoch überzeugt davon, daß alles sich wieder zum Guten wenden werde.

Es sei ihm, dem Bundeskanzler, besonders wichtig, daß sein erster offizieller Besuch Luxemburg gelte. Einmal, weil eine alte persönliche Bindung zu Ministerpräsident Werner und seinem Land<sup>4</sup> bestehe, und auch aus nachbarschaftlichen Gründen. Er fühle sich<sup>5</sup> menschlich Luxemburg verbunden. Auch und gerade wegen der jüngsten Geschichte und dem, was an Schrecklichem hier geschehen sei. Dies habe er nicht vergessen. Auch das gehöre zum Bild des Bundeskanzlers. Er sei dagegen, daß die deutsche Politik irgendwo ein Sonderverhältnis begründe, etwa Deutschland eine Art Primusrolle spiele oder eine „Achse“ bilde. Europa könne nur dann werden, wenn wir die Erfahrung aufnehmen, daß es auf Qualität ankommt. Die Väter des Grundgesetzes<sup>6</sup> hätten mit der Stimmengewichtung im Bundesrat eine kluge Entscheidung getroffen. Man könne nur weiterkommen, wenn die kleinen Länder in Europa sich nicht in die Ecke manövriert fühlten. Entsprechend habe er auch stets in der EVP gehandelt; er habe nie die Rolle des Vorsitzenden der stärksten Partei ausgespielt. Dies habe er von Adenauer gelernt.

In der Bundesrepublik Deutschland wird nur noch gegen etwas demonstriert. Er, der Bundeskanzler, möchte sich für etwas einsetzen. Er spreche sich für eine vernünftige Zusammenarbeit aus. In der Medienfrage werde er nicht die Politik seines Vorgängers<sup>7</sup> weiterführen. Die Gedanken seien frei. Es sei absurd, etwa einen Wall an der Sauer aufzustellen. Er schlage konkret vor, wie er das auch in der Regierungserklärung gesagt habe, den Weg für moderne Techniken und Technologien freizumachen.<sup>8</sup> Er sehe eine Entwicklung etwa wie im

<sup>3</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>4</sup> Hierzu vermerkte Legationsrätin I. Klasse Völkel handschriftlich: „Welchem? R[heinland]-Pf[alz]?“

<sup>5</sup> Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

<sup>7</sup> Helmut Schmidt.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zur Entwicklung neuer Technologien und Kommunikationsmittel am 13. Oktober 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 122, S. 7217.

Bundesminister Genscher legte Bundeskanzler Kohl am 29. Oktober 1982 in einem Schreiben zur Einführung des Satellitenfernsehens dar: „Ich halte den Zeitpunkt für gekommen, der luxemburgischen Seite deutlich zu machen, daß die prinzipiellen Vorbehalte, die vor allem Bundeskanzler Schmidt gegenüber der Realisierung des Projekts erhob, nicht aufrechterhalten werden, auch nicht gegenüber anderen beteiligten Regierungen. [...] Bei den luxemburgischen Plänen für ein Satelli-

englischen – nicht amerikanischen – System. Er schlage vor, daß Bundespostminister Schwarz-Schilling nach Luxemburg komme und mit der luxemburgischen Seite diese Frage bespreche.<sup>9</sup> Allerdings könne sie bis Anfang März nicht im Vordergrund stehen.

Zum Ost-West-Verhältnis führte der Bundeskanzler aus, die neue Regierung werde die seit Jahrzehnten gewachsenen Bindungen in der NATO und der EG wenn irgend möglich weiter ausbauen und nicht nur verteidigen. Die Bindung an die NATO und die Vereinigten Staaten entspreche der deutschen Staatsräson. Er wolle betonen,<sup>10</sup> daß die NATO primär eine Ideengemeinschaft sei, die für Bürgerrechte, Freiheitsrechte etc. eintrete. Es sei sicher ein Fehler, daß in den letzten zehn Jahren immer nur über die Verteidigungsgemeinschaft und Waffen geredet werde und nicht über Ideen. Waffen seien zwar wichtig, wichtiger sei jedoch die Idee. Da wir eine Wehrpflichtarmee hätten, sei es wichtig, die ideengeschichtliche Seite herauszustellen. Er stehe zu dem NATO-Doppelbeschluß, zu beiden Teilen. Er werde in Washington darauf hinwirken, daß die geringsten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft ausgeräumt werden. Die Entscheidung über die eventuelle Stationierung wolle er nur mit einem klaren Wählervotum treffen. Die Kampagne in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere gegen den FDP-Vorsitzenden Genscher habe ihn dazu gebracht, sich und seine Regierung nicht auf eine nur juristische, sondern auf eine moralische Grundlage zu stellen. Die Amerikaner würden sich erst jetzt über die Situation bei uns klar. Auch über die Desorientierung, die herrsche. Man müsse dabei in Betracht ziehen, daß der Osten für Infiltrationsarbeit bei uns etwa 60 Mio. DM jährlich ausgabe.

Ministerpräsident *Werner* stellte die Frage an den Bundeskanzler, ob er glaube, die anti-amerikanische Bewegung in Deutschland aufhalten zu können. Er habe sich auch schon oft Gedanken darüber gemacht, was getan werden könne. Er sei bestürzt darüber zu sehen, was in anderen Ländern geschehe, z. B. auch in Holland. Er wolle auch die Frage stellen, wie er das Verhältnis gegenüber der Sowjetunion und dem Osten, auch der DDR, sehe.

Der *Bundeskanzler* führte aus, der Anti-Amerikanismus sei nicht weiter auf dem Vormarsch. Er sei schon stürmischer gewesen. Was sich laut äußere, sei nicht die Mehrheit. Eine Meinungsumfrage mit der Fragestellung, wem man mehr

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1527*

tenfernsehen haben uns vor allem zwei Fragen beschäftigt. Einmal die Frage, ob der Verwaltungsrat der Trägergesellschaft ‚Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion‘ (CLT) die vorgesehenen Werbesendungen qualitativ und quantitativ in einem Umfang beschränken würde, der unseren Erfordernissen entspricht. Und zum anderen die Frage, ob lokale und regionale Meinungsmonopole gestärkt würden, wenn deutsche Verleger im Rahmen des deutsch-sprachigen RTL-Programms Kabelfernsehen anböten. Zu beiden Fragen zeichnen sich nunmehr zufriedenstellende Entwicklungen ab: Die von RTL vorgesehenen Regelungen zur qualitativen und quantitativen Beschränkung der Werbesendungen, über deren Verabschiedung der CLT-Verwaltungsrat uns informiert hat, sind aus meiner Sicht positiv zu bewerten. [...] Die Pläne zu einer Beteiligung der deutschen Zeitungsverleger sind in ihrer bisherigen Form nach der Auffassung von RTL wie des ‚Bundes deutscher Zeitschriftenverleger‘ als obsolet zu betrachten. [...] Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen vorschlagen, Premierminister Werner dahingehend zu unterrichten, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer begrenzten Zuständigkeit den luxemburgischen Plänen keine Hindernisse in den Weg legen wird.“ Vgl. Depositum Helmut Kohl, ACDP, 01-710-Allgemeine Korrespondenz, Bd. 190.

<sup>9</sup> Bundesminister Schwarz-Schilling hielt sich am 10. Februar 1983 in Luxemburg auf.

<sup>10</sup> Ende der Seite 2 und Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

vertrauen könne, den USA oder der SU, habe ein Verhältnis von 93:7 zugunsten der USA erbracht.<sup>11</sup>

Zur zweiten Frage wolle er bemerken, daß die Verhältnisse in Polen katastrophal wirkten und noch weiter wirken. Das deutsch-polnische Verhältnis habe eine neue Qualität erhalten. In der Geschichte habe es zwar auch schon gute Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gegeben, aber durch das, was in jüngster Vergangenheit geschehen sei, sei tiefe Verbitterung entstanden. Wenn er sage, für Polen seien wir die richtigen Deutschen, so bedeute das keine Anmaßung. Alles sei auf gutem Weg gewesen; dann sei das Militärregime gekommen. Die Polen seien in der Bundesrepublik Deutschland populär geworden. Während gerade bei den jungen Leuten Israel früher am populärsten gewesen sei, sei Polen heute an dessen Stelle gerückt. Dies zeige auch die Vielzahl an Geschenksendungen, die nach Polen geschickt worden sei. Es sei erstaunlich, welche weiten Bevölkerungskreise sich an den Sammlungen für Polen beteiligten.

Man könne sagen, die Amerikaner seien in der Bundesrepublik Deutschland, damit es den DGB geben kann, die SU in Polen, damit es keine Solidarität gibt. Neben Polen bleibe auch Afghanistan<sup>12</sup> ein Thema der Ost-West-Beziehungen.

Die Ereignisse in Polen hätten auch Auswirkungen auf die DDR.

Der Bundeskanzler betonte, er wolle eine verlässliche Politik betreiben. Er sei kein Anhänger des Gas-Röhren-Geschäfts<sup>13</sup> gewesen; Vertrag müsse jedoch Vertrag bleiben. Verlässliche Politik sei Friedenspolitik.

Zum Verhältnis zur Sowjetunion bemerkte der Bundeskanzler, die Sowjets seien Realisten, sie seien kalte Rechner. Als sie bemerkt hätten, daß die Regierung kippe, hätten sie sich auf die neuen Verhältnisse eingestellt. Sie würden in Sachen NATO-Doppelbeschuß einen weiteren Anlauf nehmen, aber die Realität respektieren.

Mit der DDR sei es schwieriger. Weder er noch Minister Genscher hätten je den Gedanken der Einheit der Nation aufgegeben. Unter europäischem Dach; einen Nationalstaat Bismarckscher Prägung könne es nie mehr geben. Die junge Generation frage, warum Deutsche nicht nach Deutschland reisen könnten. Im nächsten Jahr werde das Luther-Jahr gefeiert. Viele Besucher würden in die DDR reisen. Die Behörden könnten nicht hinter jeden Besucher einen Staatssicherheitsmann stellen. Die DDR wünsche auch, daß der Bundespräsident komme.<sup>14</sup> Dies sei aber eine schwierige Frage.

In seiner Politik gegenüber der DDR gehe er davon aus, daß es keine Leistung ohne Gegenleistung geben könne. Es sei aber auch klar, daß wir draufzahlen müßten. Dies sei ein Abschlag auf die Zukunft. Entsetzlich sei auch der Menschenhandel, das Freikaufen von Menschen. Aber wir müßten auch das machen.

<sup>11</sup> Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>13</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>14</sup> Zu den Feiern 1983 in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther vgl. Dok. 229, Anm. 5.

Bundespräsident Carstens nahm an den Feierlichkeiten nicht teil. Vgl. dazu die Meldung „Carstens fährt nicht“; DER SPIEGEL, Nr. 33 vom 15. August 1983, S. 14.

Der Bundeskanzler verließ anschließend die Plenarsitzung, um den Besuch beim Großherzog<sup>15</sup> zu machen. In seiner Abwesenheit wurde die Frage der Zwangsrekrutierten<sup>16</sup> kurz angesprochen. Den deutschen Standpunkt – entsprechend der Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes<sup>17</sup> – vertrat StM Mertes.

Plenarsitzung am 5. November 1982, nachmittags

In der Nachmittagssitzung wurden die Themen „Stahl“ und „Sitz des Europäischen Parlaments“ behandelt.

Stahl:

MP *Werner* wies darauf hin, daß die Stahlfrage zwar beiden Seiten große Sorge bereite, für das Großherzogtum jedoch eine dramatische Angelegenheit sei. In den letzten Wochen habe es verschiedene Zusammenkünfte zwischen den beiden Wirtschaftsministerien und dem Präsidenten der ARBED<sup>18</sup> in Bonn gegeben. Er sei sich bewußt, daß die Verhandlungen zwischen den Wirtschaftsministerien weitergeführt werden müßten. Heute könne keine Lösung gefunden werden. Er wolle jedoch einmal die luxemburgische Sicht der Dinge darstellen. Luxemburg sei ein Staat des freien Unternehmertums. Initiative und Leben der ARBED sei immer deren Sache gewesen. Es sei nicht unnatürlich gewesen, daß ARBED im Saargebiet eingestiegen sei. Sie sei schon seit Jahrzehnten dort beteiligt. Durch die Fusion mit Röchling sei ein großer Konzern entstanden. Die Stahlindustrie sei jetzt in einer großen Krise, die eigentlich eine Strukturkrise sei und jedermann in große Not bringe. Die Stahlindustrie habe für Luxemburg

<sup>15</sup> Jean.

<sup>16</sup> Am 28. September 1970 übergaben die Botschafter Hommel (Luxemburg), Sauvagnargues (Frankreich) und Schuurmans (Belgien) Staatssekretär Frank gleichlautende Aide-mémoires zur Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Wehrmacht zwangsrekrutierten Belgier, Luxemburger, Elsässer und Lothringer. Eine solche Entschädigung wurde von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, daß dies zu den Forderungen gehöre, deren Prüfung durch Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953 bis zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 415. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, II, Dok. 247.

Referat 514 notierte am 29. Oktober 1982: „Obwohl Problematik durch 1959er Vertrag unseren Erachtens auch im bilateralen Verhältnis geregelt erschien, kam Luxemburg nach Bekanntwerden deutscher Bereitschaft zu Zwangsrekrutierten-Regelung mit Frankreich mit Petitum erneuter deutscher Zahlungen auf die Sache zurück. MP Werner erhielt hierauf im Sommer 1980 Zusage Bundeskanzlers Schmidt, man werde auf die Sache zurückkommen, wengleich sich luxemburgische Seite finanziell nicht zuviel hiervon erwarten dürfe. Seither ist luxemburgische Seite – zumeist über ihren Botschafter in Bonn – immer wieder an Bundesregierung wegen Aufnahme bilateraler Zwangsrekrutiertengespräche herangetreten. Diesem Wunsch haben wir jedoch unter Hinweis auf noch nicht gelöstes deutsch-französisches Zwangsrekrutiertenproblem bisher nicht entsprochen.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 2034.

<sup>17</sup> Referat 514 formulierte am 29. Oktober 1982 folgenden Gesprächsführungsvorschlag: „Wie Ihnen bekannt ist, sieht die Bundesregierung zwischen etwaigen Gesprächen mit Ihrer Regierung und den deutsch-französischen Verhandlungen über das Zwangsrekrutiertenthema einen zeitlichen Zusammenhang in dem Sinne, daß zunächst eine Lösung im deutsch-französischen Verhältnis abgewartet werden müßte. Bei den kürzlichen deutsch-französischen Konsultationen sowie bei den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags in der vergangenen Woche hat sich erfreulicherweise gezeigt, daß nunmehr Teilbeträge vorbehaltlich einer Lösung noch offener deutsch-französischer Fragen in den Haushalt aufgenommen werden, ein Vorgang, der es der Bundesregierung gestattet, die offenen Fragen im Verhältnis zu Frankreich durch Regierungsverhandlungen zu klären. Dennoch sehe ich mich leider noch nicht in der Lage, bereits jetzt formelle Gespräche mit Ihrer Regierung ins Auge zu fassen.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 2034.

<sup>18</sup> Emmanuel Tesch.

eine ganz überragende wirtschaftliche Bedeutung. Erst von den 60er Jahren an sei eine gewisse Diversifizierung herbeigeführt worden. 1979 habe die ARBED an den Staat herantreten müssen, um Staatsbeihilfen für produktive Investitionen zu erhalten. MP Werner wies darauf hin, daß seit Beginn der Montanunion<sup>19</sup> Luxemburg am wenigsten seine Stahlindustrie erweitert habe. Deshalb fühle sich Luxemburg auch durch den vereinbarten Berechnungsmodus der Stahlproduktion pönalisiert. Es hätte ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland nur geringe countervailing duties zu befürchten gehabt. Wenn Luxemburg nicht noch seine Bedeutung als Finanzplatz und in der Medienpolitik hätte, stünde es sehr schlecht um das Land. Die Aufgabe sei jetzt, die Stahlindustrie so zu restrukturieren, daß sie eine Zukunft habe. Die ARBED sei in schwieriger Lage. Sie verlange von der luxemburgischen Regierung erheblich mehr, als vorgesehen gewesen sei. Zudem zeigten sich jetzt die Folgen der Konzernpolitik. Hinter Luxemburg stehe nichts mehr; hinter der Saar stehe der Bund. So sollte auch von Bonn aus die Angelegenheit betrachtet werden.

Der *Bundeskanzler* erklärte unsere Bereitschaft, ohne daß wir uns damit als Regierung ins Obligo begeben, an den Verhandlungen auch die beiden Regierungen zu beteiligen. Diese Beteiligung der Regierungen solle aus Informationsgründen geschehen, um raten zu können. Wir seien bereit zu überlegen, ob man diese begleitende Form nicht wählen könne.

Für die deutsche Seite stelle sich das Problem des Präzedenzfalles. Es gebe keine deutsche Stahlgesellschaft, die nicht in den roten Zahlen sei. Was heute im Saarland geschehe, geschehe morgen an der Ruhr. An der Saar gebe es von der Infrastruktur her keinen Ausweg. In den letzten zehn Jahren seien dort schon viele Arbeitsplätze abgebaut worden. Deshalb habe er sich zu Maßnahmen bereit erklärt, obwohl dies nicht seinen politischen Grundsätzen entspreche.

Der Bundeskanzler machte anschließend Ausführungen zu dem Kabinettsbeschluß vom 3. November 1982.<sup>20</sup> Er wies auf den guten Willen hin, der aus diesem Beschluß spreche. Die darin vorgenommenen Markierungen seien jedoch unbedingt notwendig, da sonst die gesamte deutsche Stahlindustrie vor der Tür

<sup>19</sup> Am 18. April 1951 wurde in Paris der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) unterzeichnet. Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

<sup>20</sup> Korrigiert aus : „4. November 1982“.

Referat 412 notierte am 4. November 1982: „Zur weiteren Flankierung der Umstrukturierungsmaßnahmen der ARBED Saarstahl GmbH hat das Bundeskabinett am 3.11. die Gewährung zusätzlicher Hilfen beschlossen, die an eine Reihe von den übrigen Beteiligten zu erfüllende Bedingungen gebunden ist.“ Voraussetzung sei, daß das Saarland gleich hohe Hilfen wie die Bundesregierung gewähre, die EG-Kommission die Hilfe billige und folgende Bedingungen erfüllt würden: „Der Eigentümer (ARBED Luxemburg) gewährt für mehrere Jahre einen marktüblich zu verzinsenden Kredit oder eine Bürgschaft in angemessener Höhe. Die Banken leisten einen essentiellen Beitrag in Form von Tilgungsstreckungen für unbesicherte Kredite sowie einen teilweisen Zins- oder Forderungsverzicht. Die Arbeitnehmer leisten ihrerseits einen weiteren Beitrag durch Bereitstellung der Hälfte ihres 13. Monatseinkommens an das Unternehmen, solange öffentliche Zuschüsse gezahlt werden. Der luxemburgischen Seite geht es um die von der ARBED S.A. Luxemburg zu erbringende Leistung. Diese ist ihrerseits abhängig von einer Bürgschaftsübernahme durch die luxemburgische Regierung. [...] Dem Vernehmen nach denkt die luxemburgische Regierung an eine Rückbürgschaft zu ihren Gunsten von Seiten der Bundesregierung. Hiermit würde das gesamte Risiko den Bundeshaushalt treffen. Es ist vorgesehen, über Höhe und Form des luxemburgischen Beitrags bilaterale Gespräche auf hochrangiger Beamtenebene [...] zu führen.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129934.

stehe. Er regte nochmals an, daß Regierungsberater begleitend an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Dies sei deutsches und luxemburgisches Interesse.

MP *Werner* wies darauf hin, daß die ARBED tief in roten Zahlen stecke. Sie könne nicht mehr ohne Hilfe des Staates weitermachen. Neue Verpflichtungen der ARBED bedeuteten neue Verpflichtungen für Luxemburg. Zwischen den drei Standorten der ARBED in Belgien, Deutschland und Luxemburg sei eine „Feuerschneise“ gelegt, d.h. jedes der Unternehmen müsse für sich zurechtkommen. Ein Transfer von Belgien nach Luxemburg z. B., wo die ARBED noch günstiger dastehe, sei nicht möglich. Es sei politisch nicht durchführbar, einen Ausgleich zwischen den drei Standorten durchzuführen. Ein kleiner Staat wie Luxemburg könne keine Staatswirtschaft aufziehen. Nur der freie Markt sei möglich. Es müsse noch darüber geredet werden, aber er bitte den Bundeskanzler, die politischen Schwierigkeiten zu begreifen. Es sollten Verhandlungen zwischen dem Staat, dem Betrieb und den Gewerkschaften stattfinden. Das Unternehmen müsse zuerst einmal sagen, wie es die Betriebskosten senken könne. Es werde verhandelt über Teilzeitarbeit und Senkung der Löhne. Er wolle keine Tür zuschlagen, aber auf die politischen Schwierigkeiten hinweisen.

Außenministerin *Flesch* erläuterte die in Aussicht genommenen Maßnahmen bei der ARBED in Luxemburg. Sie wies darauf hin, daß Weihnachtsgelder dort schon länger nicht mehr gezahlt würden. Eine Lohnsenkung von durchschnittlich 10% sei im letzten Jahr vorgenommen worden. Weitere zusätzliche Kürzungen der Löhne seien vorgesehen. Ein Krisenstab durchforste die Ausgabenseite, ohne Tabus zu berücksichtigen. Wahrscheinlich komme es zu einer Reorganisation der Werke. Auch die Banken müßten helfen.

ARBED habe einen Antrag auf Hilfe in Höhe von 9,3 Mrd. belgischen Francs an die luxemburgische Regierung gestellt. Dies könne nur durch zusätzliche Steuerbelastungen aufgebracht werden. Die Regierung müsse die zugesagten Beihilfen immer schneller zahlen, damit die ARBED die Löhne zahlen könne. Ohne diese beantragte Summe sei dies nicht möglich.

Zu dem Vorschlag des Bundeskanzlers wies sie auf ein schon vorgesehenes Treffen in Brüssel zwischen Regierungsvertretern, der Kommission und ARBED/Saarstahl hin, das am 11. November<sup>21</sup> stattfinden solle. Sie bemerkte, eine synergetische Lösung Saar/Luxemburg allein sei zu beschränkt. Eventuell könne ein Austausch mit Peine/Salzgitter erfolgen. Sie verstehe zwar, welche Bedeutung ein Präzedenzfall habe, die Lage sei jedoch politisch so schwierig für Luxemburg, daß von beiden Regierungen etwas getan werden müsse.

Der *Bundeskanzler* wies auf unsere Leistungen hin. Er bemerkte, das Problem der Überkapazitäten bestehe überall. Schlimm sei es, wenn die Betriebe für ihre Modernisierungsanstrengungen bestraft würden. Es müsse jetzt versucht werden, die Kontakte zu intensivieren. Das Treffen am 11. November in Brüssel sei sicher dazu geeignet.

<sup>21</sup> Ministerialrat Grünhage, Brüssel (EG), teilte am 11. November 1982 zur Frage von Beihilfen der Bundesregierung für das Unternehmen ARBED/Saarstahl mit, die EG-Kommission habe am selben Tag dem Beihilfevorhaben stattgegeben: „Sie hat die Bundesregierung jedoch eindringlichst und als Bedingung auf die Notwendigkeit eines revidierten Strukturkonzeptes vor Ende dieses Monats hingewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3967; Referat 412, Bd. 130504.

Außenministerin *Flesch* bemerkte, sie wolle versuchen, noch vor dem 18. November (Stahlrat)<sup>22</sup> mit dem Bundeswirtschaftsminister<sup>23</sup> Kontakt aufzunehmen.

Abschließend zu diesem Thema bat der *Bundeskanzler* um Übersendung von Unterlagen, was ARBED im sozialen Bereich in letzter Zeit veranlaßt habe.

Sitz des EP

MP *Werner* wies darauf hin, daß Luxemburg Sitz der europäischen Institutionen von Anfang an gewesen sei. Er schilderte die Entwicklung der vergangenen Jahre und wies darauf hin, daß der Europäische Rat in Maastricht<sup>24</sup> den Status quo – drei Arbeitsorte – bestätigt habe. Gegen den Beschluß des Europäischen Parlaments, Plenarsitzungen nur in Straßburg noch abzuhalten, habe Luxemburg vor dem EuGH Klage erhoben.<sup>25</sup> Er rechne mit einer Entscheidung wohl erst im Frühjahr. Luxemburg halte seine Ansprüche in jeder Hinsicht aufrecht. Er würde es begrüßen, wenn auch weiterhin in Deutschland der Standpunkt vertreten werde, daß die Angelegenheit in die Kompetenz der Regierungen falle und nicht in die des EP. Jetzt solle das Urteil des EuGH abgewartet werden. Nichts solle präjudiziert werden. Nach dem Urteil seien die Regierungen wieder zu befassen. An den Verträgen müsse festgehalten werden. Sie könnten nicht ohne weiteres durch das EP beseitigt werden.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich damit einverstanden, zunächst das Urteil des EuGH abzuwarten und nichts zu präjudizieren.<sup>26</sup>

#### Referat 203, Bd. 140577

<sup>22</sup> Am 18. November 1982 fand in Helsingør ein informelles Treffen der für Industriefragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1982, S. 20.

<sup>23</sup> Otto Graf Lambsdorff.

<sup>24</sup> Der Europäische Rat tagte am 23./24. März 1981 in Maastricht. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

<sup>25</sup> Das Europäische Parlament forderte in einer EntschlieÙung vom 7. Juli 1981 die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten dazu auf, „endlich einen einheitlichen Sitz für die Organe der Gemeinschaften zu bestimmen“. Bis zu einer endgültigen Festlegung werde das Parlament die Plenarsitzungen in StraÙburg und die Sitzungen der Ausschüsse und Fraktionen „in der Regel“ in Brüssel abhalten. Vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1981, S. 75.

Die luxemburgische Regierung entschied am 4. August 1981, beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die EntschlieÙung einzulegen: „Luxemburg will mit dieser Klage die gerichtliche Annullierung der vom EP angenommenen Resolution zur Sitzfrage herbeiführen. Es wirft dem EP dabei Überschreitung seiner in den EG-Verträgen festgelegten Befugnisse vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127 des Botschafters Knackstedt, Luxemburg, vom 6. August 1981; Referat 410, Bd. 130358.

Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. ferner AAPD 1981, II, Dok. 250.

<sup>26</sup> Referat 410-9 notierte am 20. Oktober 1982 zur Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments: „Nach der von Luxemburg erhobenen Klage gegen das EP (wegen der EntschlieÙung, Plenartagungen nur noch in StraÙburg abzuhalten) ist jetzt zuerst der EuGH am Worte. [...] In der Sitzfrage des EP haben uns seit je Frankreich und Luxemburg zugleich für ihre gegensätzlichen Standpunkte zu gewinnen versucht. Als dritte Kraft hat das EP, besonders seit der Direktwahl, an uns appelliert, einer Verbesserung seiner Arbeitsfähigkeit nicht im Wege zu stehen. Diese ist in der Tat durch die Zerstreuung auf drei Arbeitsorte (StraÙburg, Luxemburg, Brüssel) beeinträchtigt, insbesondere in der Perception der Öffentlichkeit („Wanderzirkus“). [...] In dieser Lage wollten wir bei allem Verständnis wie bisher eine Parteinahme vermeiden.“ Vgl. Referat 203, Bd. 129934.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

212-341.00 (4)-2792/82 VS-vertraulich

5. November 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Erarbeitung einer westlichen Gesamtstrategie<sup>4</sup> für die West-Ost-Beziehungen

Bezug: 1) Direktorenbesprechung am 20.10.1982

2) Besprechung bei den Herren Staatssekretären am 21.10.1982

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung des vorgeschlagenen Vorgehens

1) Der Herr Bundesminister hat in Hesselet am 16./17. Oktober<sup>5</sup> und gegenüber dem französischen Botschafter am 19. Oktober 1982<sup>6</sup> vorgeschlagen, mit der Erarbeitung einer westlichen Gesamtstrategie<sup>7</sup> zunächst zwischen den vier westlichen Hauptverbündeten zu beginnen.

2) Jede Diskussion über eine Gesamtstrategie<sup>8</sup> des Westens sollte den Eindruck

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Legationsrat I. Klasse Wrede konzipiert.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Lautenschlager und von Staden am 7. November 1982 vorgelegen. Lautenschlager vermerkte handschriftlich: „Im Lichte der Sitzung der Pol[itischen] Direktoren am 9./10.11. müßte über diesen Komplex noch einmal gesprochen werden.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 10. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vortrag.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. November 1982 erneut vorgelegen.

Hat Staden am 20. Februar 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte und um Wiedervorlage am 10. März 1983 bat. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was bedeutet die V[erfügung]g?“

Hat Staden am 10. März 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Pfeffer und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl verfügte. Dazu hielt er handschriftlich fest: „B[itt]e gelegentlich um R[ück]sprache (sollen wir ein Gespräch bei BM anregen – oder ein neues Papier machen?).“

Hat Pfeffer am 11. März 1983 erneut vorgelegen.

Hat Staden am 13. März 1983 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 15. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Braunnühl und Referat 212 verfügte.

Hat Braunnühl am 16. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 212 b[itt]e Anruf (Ergebnis Bespr[echung] StS 15.3.).“

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Gesamtkonzeption“.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich eines informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 16./17. Oktober 1982 in Nyborg auf. Vgl. dazu Dok. 277.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher erläuterte dem französischen Botschafter, Froment-Meurice, am 19. Oktober 1982: „Man müsse sich über die Philosophie der Ost-West-Beziehungen verständigen, etwa auf der Basis seines Foreign-Affairs-Aufsatzes. Als Beispiel nenne er Polen; was ist unser politisches Ziel? Oder KSZE: Ist die KSZE ein Geschenk an die Russen? Dann sollten wir den Prozeß abbrechen. Ist KSZE dagegen ein Unternehmen, das dem Westen mehr Vorteile verschafft, dann sollten wir den Prozeß fortsetzen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Gesamtkonzeption“.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Gesamtkonzeption“.

vermeiden, als werde eine neue Konzeption ausgearbeitet, die sich von der Grundlage der bisherigen Strategie<sup>9</sup>, dem Harmel-Bericht<sup>10</sup>, löst. Es kann nur darum gehen, in die auf dem Harmel-Bericht gegründete Politik, die seit 1967 bereits um die Bereiche der Rüstungskontrolle und der Drittwelt-Politik erweitert worden ist, auch die West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen einzuordnen und als Stabilitätsbeitrag anzuerkennen, wobei die westlichen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen sind.

In der o. a. Besprechung bei den Herren Staatssekretären wurde als Arbeitsformel der Satz diskutiert: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost ist in den durch unsere Sicherheitsinteressen zu ziehenden Grenzen ein integraler Bestandteil der westlichen Entspannungspolitik.

Wir sollten deshalb eine Diskussion in der NATO über eine Überprüfung oder Fortschreibung der geltenden politischen Strategie des Bündnisses für die West-Ost-Beziehungen zur Zeit möglichst vermeiden und zunächst ein Einvernehmen im kleineren Kreis herzustellen versuchen. Dabei ist für wirtschaftliche Fragen unvermeidlich – wie der Bundesminister im Gespräch mit Außenminister Cheysson<sup>11</sup> schon feststellte –, daß von Anfang an Japan als zur Zeit neben den USA stärkster „Profiteur“ im Ost-West-Geschäft in allen Verhandlungen eingebunden wird, ebenso wie Kanada und Italien<sup>12</sup>, die ohnehin im Siebener-Rahmen<sup>13</sup> an den Verhandlungen mit den Amerikanern vor und seit Versailles<sup>14</sup> teilnehmen. Die spezifischen deutschen Interessen in den West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen sind im engen Vierer-Rahmen weitaus schwieriger zu verteidigen als in erweiterter Zusammensetzung, wo wir taktisch mehr Möglichkeiten haben. Im Vierer-Rahmen ist nie auszuschließen, daß das amerikanische Interesse an einer Reduzierung des deutschen Osthandels sich mit dem britischen und französischen Interesse verbindet, unseren Wettbewerbsvorteil in Gestalt niedrigerer Marktzinsen und Inflationsraten zu beschneiden. Im übrigen müssen wir vermeiden, die gleichen wirtschaftlichen Probleme der Ost-West-Beziehungen, zu deren Prüfung wir uns gerade in Washington im Gegenzug zur Aufhebung der Embargomaßnahmen<sup>15</sup> (Stichworte: Technologietransfer<sup>16</sup>, Energieabhängigkeit<sup>17</sup>, Kreditvergabe) im Siebener-Rahmen verpflichten, zuvor und in ungünstiger<sup>18</sup>

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Konzeption“.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>11</sup> Für das Gespräch am 22. Oktober 1982 vgl. Dok. 283.

<sup>12</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ein: „(u. die EG)“.

<sup>13</sup> Zum Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 8. November 1982 in Washington vgl. Dok. 297, Anm. 8.

<sup>14</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>15</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15. Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 297.

<sup>16</sup> Zur Frage von Beschränkungen im Technologietransfer und bei der Vergabe von Krediten an Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 291, Anm. 7.

<sup>17</sup> Zur Erarbeitung einer Studie über alternative Energieversorgung vgl. Dok. 251, Anm. 7.

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ungünstiger“.

Zusammensetzung zu viert zu beraten: Wir gäben damit den Amerikanern ein weiteres Druckmittel in die Hand.<sup>19</sup>

Schließlich sind bei allen Erörterungen über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen die Zuständigkeiten der EG zu beachten.<sup>20</sup> Alle Festlegungen müssen letzten Endes in der EG implementiert werden: Dies gilt besonders für die Kreditpolitik. Erfahrungsgemäß wird dieser operative Schritt um so schwieriger, wenn die EG nicht frühzeitig beteiligt ist.

Falls unsere Bündnispartner in Brüssel unter Berufung auf La Sapinière<sup>21</sup> eine Diskussion zum Thema „Gesamtstrategie“ in der NATO zu beginnen wünschen, sollten wir uns dem nicht widersetzen, aber versuchen, diese auf die Formulierung einiger allgemeiner Prinzipien in Anlehnung an die Bonner Erklärung vom 10.6.1982<sup>22</sup> zu begrenzen.<sup>23</sup>

3) Ziel der gemeinsamen Arbeit im Vierer-Kreis sollte es sein, die Amerikaner von den Versuchen abzubringen, die Europäer zu einer grundsätzlichen Korrektur in der Ost-Politik zu drängen. Vielmehr sollten wir versuchen, die Amerikaner näher an den Generalnenner der europäischen Linie heranzuführen, die auf Kontinuität, wenn auch in Anpassung an die erschwerten Ost-West-Bedingungen, ausgerichtet ist.<sup>24</sup>

Dabei müssen wir auf das Anliegen des Westens insgesamt hinweisen, im Interesse der Kontinuität und Berechenbarkeit seiner Haltung einen Grundbestand an Prinzipien für die West-Ost-Politik aufrechtzuerhalten, der nicht die Auffassung dieser oder jener Denkschule widerspiegelt und deshalb bei Regierungswechseln in Frage gestellt wird, sondern als im westlichen Interesse liegend geeignet ist, innenpolitische Veränderungen in einzelnen Bündnisländern zu überdauern.

Wenn eine Einigung nicht gelingen sollte, müßte es das Minimalziel sein, die nicht überbrückbaren Differenzen einzugrenzen und außer Streit zu stellen, in der Hoffnung auf allmähliche weitere Annäherung der europäischen und amerikanischen Position.

<sup>19</sup> An dieser Stelle notierte Staatssekretär Lautenschlager am 6. November 1982 handschriftlich: „Der Vierer-Kreis der Politischen Direktoren kann auch die Gefahr in sich bergen, daß es zu Enttäuschungen kommt, wenn gewisse politische Festlegungen für den Wirtschaftsbereich in der Praxis dann nicht oder nicht ausreichend implementiert werden. Dem sollte schon in der Vorbereitung durch Wahl geeigneter Prozeduren vorgebeugt werden.“

Staatssekretär von Staden vermerkte hierzu handschriftlich: „Das ist jedenfalls dann richtig, wenn die Wi[rtschafts]-Direktoren u. U. nicht dabei sind und keine Weisungen eingeholt werden können.“

<sup>20</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ein: „Fast“.

<sup>21</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner Dok. 179.

<sup>23</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Hierüber müßte dann auch mit den europ[ä]ischen Partnern gesprochen werden.“

Hierzu notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Wir sollten dabei immer von Gesamtkonzeption sprechen.“

<sup>24</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär von Staden handschriftlich ein: „Die Doppelkonzeption [des] Harmel-Berichts muß sich in ihrer Anwendung den sich wandelnden Umständen anpassen, ohne daß ihr Grundmuster in Frage gestellt wird.“

## 4) Vorschläge zum Verfahren

Wir könnten in der nächsten Sitzung der vier Direktoren (9./10.11. in Bonn)<sup>25</sup> versuchen, den vom BM erteilten Auftrag weiter zu konkretisieren. Da die Diskussion einer Gesamtstrategie<sup>26</sup> wichtige wirtschaftliche Fachfragen berührt, regt D4 an, daß die Politischen Direktoren sich über die Beteiligung der vier Wirtschaftsdirektoren<sup>27</sup> an einer der nächsten Sitzungen einigen, auf der die Mandate für die weiteren Arbeiten formuliert werden könnten, um insbesondere Bereiche und Aspekte wirtschaftlicher Natur zu identifizieren, die in den jeweils geeigneten Rahmen zu behandeln wären. Dabei könnte wie folgt vorgegangen werden:

(a) Die deutsche Haltung sollte sich, ähnlich wie bei der deutsch-französischen Bestandsaufnahme der West-Ost-Beziehungen, im wesentlichen auf den Aufsatz des Herrn Ministers in Foreign Affairs<sup>28</sup> stützen.

Zur Ausarbeitung der politischen Teile des Konzepts sollte im Auswärtigen Amt eine Arbeitsgruppe unter dem koordinierenden Vorsitz von Dg21<sup>29</sup> gebildet werden, bestehend aus den RL 212<sup>30</sup>, 201<sup>31</sup>, 213<sup>32</sup>, 204<sup>33</sup>, D2A i.V.<sup>34</sup> und RL 421<sup>35</sup>. Andere Referate, insbesondere 210 sowie die jeweils zuständigen Referate von 2A, würden beteiligt.

Die Struktur des deutschen Beitrages ist in der Anlage<sup>36</sup> umrissen.

Zur Ausarbeitung der wirtschaftlichen Teile des Konzepts sollte im Auswärtigen Amt eine Arbeitsgruppe unter dem koordinierenden Vorsitz von Dg42<sup>37</sup> gebildet werden, an der neben den RL 405<sup>38</sup>, RL 421, RL 422<sup>39</sup> sowie RL 212 Vertreter des BMWi und BMF wegen deren Zuständigkeiten zu beteiligen sind.<sup>40</sup>

(b) Die einschlägigen politischen Fragen könnten von einer Gruppe von Beamten der vier Regierungen analysiert werden. Die von ihnen zu erarbeitenden gemeinsamen Überlegungen wären den Politischen Direktoren vorzulegen.

<sup>25</sup> Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren Andréani (Frankreich), Bullard (Großbritannien), Burt (USA) und Pfeffer (Bundesrepublik) am 9./10. November in Bonn vgl. Dok. 250, Anm. 29.

<sup>26</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Gesamtkonzeption“.

<sup>27</sup> Richard Mark Evans (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Richard T. McCormack (USA) und Jean-Claude Paye (Frankreich).

<sup>28</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher, „Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 61 (1982/83), S. 42–66.

<sup>29</sup> Gerold Edler von Braunnmühl.

<sup>30</sup> Günter Joetze.

<sup>31</sup> Wilfried Hofmann.

<sup>32</sup> Alexander Arnot.

<sup>33</sup> Reinhold Schenk.

<sup>34</sup> Klaus Jürgen Citron.

<sup>35</sup> Walter Gerhardt.

<sup>36</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Linie für das deutsche Ausgangspapier zur Erarbeitung einer westlichen Gesamtstrategie für die West-Ost-Beziehungen“ vom 3. November 1982 vgl. VS-Bd. 13235 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>37</sup> Hans Werner Loeck.

<sup>38</sup> Paul-Joachim von Stülpnagel.

<sup>39</sup> Gerhard Henze.

<sup>40</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ein: „ebenso das für EG-Handelspolitik zuständige Referat des AA“.

(c) Die einschlägigen wirtschaftlichen Fragen würden in den jeweils geeigneten und zuständigen Gremien (EG, OECD, Siebener-Gruppe) behandelt werden, wobei die Wirtschaftsdirektoren der Vier darauf achten, sich gegenseitig über die von ihren Vertretern einzunehmende Haltung zu informieren und soweit wie möglich abzusprechen.

(d) In weiteren gemeinsamen Sitzungen der Politischen und Wirtschaftsdirektoren der Vier könnten die Ergebnisse dieser verschiedenen Arbeiten und die Möglichkeit der Einfügung in ein Gesamtkonzept zur Vorlage in der NATO laufend geprüft werden.

Uns kommt es darauf an, daß wir bei der Diskussion über eine Gesamtstrategie<sup>41</sup> uns nicht mit operativen Fragen befassen<sup>42</sup>, sondern im Sinne von Ziffer 3 die grundsätzliche Problematik behandeln. Dabei wird es in der wirtschaftlichen Prüfung vor allem<sup>43</sup> um die Frage gehen, ob man ein totalitäres Regime, wie das der SU, durch wirtschaftlichen Druck zu einer Mäßigung in ihrem politischen und militärpolitischen Verhalten bewegen kann<sup>44</sup>. Solange diese Frage vertraulich untersucht wird, sollten die Beteiligten das jeweilige Verhalten ihrer Partner (insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der SU) nicht durch öffentliche Kritik zu ändern suchen.

D4 hat mitgezeichnet.

Pfeffer

VS-Bd. 13235 (212)

<sup>41</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Gesamtkonzeption“.

<sup>42</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ein: „und diese auch möglichst nicht präjudizieren“.

<sup>43</sup> Der Passus „in der ... vor allem“ wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „nicht zuletzt“.

<sup>44</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär von Staden handschriftlich ein: „und wie eine solche Politik sich auf die Evolutionsmöglichkeiten im Osten auswirken würde“.

## 294

**Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt**

114-15363/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2001

**Aufgabe: 5. November 1982, 20.15 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 5. November 1982, 20.38 Uhr**

Betr.: 19. Sitzung der Special Consultative Group (SCG)

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Wie angesichts der gegenwärtig deutlich intensivierten Propagandakampagne der SU nicht anders zu erwarten, stand die wiederum von R. Burt geleitete 19. SCG-Sitzung am 5.11.82 ganz im Zeichen der Frage, ob und wie die Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses diesem neuen Sachverhalt Rechnung tragen sollte. Übereinstimmung bestand hierbei über folgende wesentlichen Punkte einer westlichen Argumentationslinie:

- Das Bündnis muß auf die massiven sowjetischen Schuldzuweisungen an die Adresse der USA wegen des angeblichen Stillstands der Verhandlungen<sup>2</sup> reagieren.
- Die Verhandlungslinie der USA wird laufend mit den Bündnispartnern abgestimmt. Die Partner sind deshalb im Detail über den Verhandlungsverlauf unterrichtet.
- Die sowjetische Polemik soll nicht mit Gegenpolemik, sondern mit Fortsetzung des erfolgsorientierten Verhandels der USA beantwortet werden.
- Bisheriges Ausbleiben eines Ergebnisses kann nicht auf mangelnde Flexibilität der USA zurückgeführt werden, sondern liegt daran, daß die SU nicht bereit ist, ihr überlegenes Mittelstreckenpotential abzubauen, um den Abbau des westlichen Nachrüstungsbedarfs möglich zu machen.

Es bestand ferner Übereinstimmung über die Notwendigkeit, sich intern auf mögliche sowjetische Maßnahmen (etwa im Zusammenhang der ersten Implementierungsschritte) vorzubereiten.

Botschafter Glitman berichtete über den bisherigen Verlauf der dritten Verhandlungsrunde und einige neue amerikanische Initiativen. In diesem Zusammenhang wurde ein detaillierter Bericht zum Thema „Verifikation“ gegeben.

II. Im einzelnen

1) Burt führte aus, daß die westliche Öffentlichkeitsarbeit der sich verändernden Lage (Näherrücken des Dislozierungsdatums, massive sowjetische Versuche zur Diskreditierung des Verhandlungswillens der USA u. a.) gerecht werden müsse. Vielleicht sei die „public posture“ des Bündnisses bisher zu defensiv gewesen.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.  
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 8. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Vom 30. September bis 30. November 1982 fand die dritte INF-Verhandlungsrunde in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 279.

In der anschließenden Erörterung dieses Themas wurde die gegenwärtige von der SU verfolgte Strategie wie folgt charakterisiert:

- verstärkte Verwendung des Drohelements (militärische Gegenmaßnahmen, Abbruch oder Unterbrechung der Verhandlungen),
- keinerlei Konzessionsbereitschaft am Verhandlungstisch,
- schroffe Ablehnung der beiderseitigen Null-Lösung<sup>3</sup>,
- Behauptung, USA sei Schuld an Ergebnislosigkeit.

In der Diskussion äußerte der griechische Vertreter die Auffassung, die westliche Öffentlichkeit sei, solange es kein Verhandlungsergebnis gebe, von der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Verhandlungsführung nur dann zu überzeugen, wenn die USA sich zu einer substantiellen Konzession bereit erklärt hätten, die von der SU abgelehnt worden sei. Dieser Auffassung wurde von verschiedenen Delegationen widersprochen.

Ich nahm die griechische Äußerung zum Anlaß zu folgendem Hinweis:

- Die SU hat mit ihrer Überrüstung im Mittelstreckenbereich gegenüber dem Westen ein Drohpotential aufgebaut, das auf regionale Einschüchterung der Europäer und auf Abkoppelung Westeuropas von den Vereinigten Staaten gerichtet ist.
- Seit 1979 agitiert die SU gegen die westliche Absicht, dieser Bedrohung durch angemessene Nachrüstung zu begegnen. Die beiderseitige Null-Lösung ist ein Angebot an die SU, die von ihr selbst provozierte Situation auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und der Stabilität politisch in den Griff zu bekommen.
- Der völlige beiderseitige Verzicht auf die Systeme, die von beiden Seiten am bedrohlichsten erachtet werden, wäre die beste Lösung und stellt rüstungskontrollpolitisch gesehen eine große Chance dar.
- Verhandlungen sind ein „Geben und Nehmen“. Die USA sind bereit, jeden ernsthaften Vorschlag der SU sorgfältig zu prüfen. Wir müssen aber alle Vorschläge der SU an den von ihr selbst akzeptierten Prinzipien der Gleichheit und Stabilität messen. Die SU hat bislang keinen Vorschlag gemacht, der mit diesen Grundprinzipien jeder Rüstungskontrollverhandlung vereinbar wäre.

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit generell schlug ich vor, den Blickpunkt stärker auf drei Punkte zu richten:

- In den Verhandlungen geht es im wesentlichen um fünf streitige Punkte, die bereits Diskussionsgegenstand sind und deren Klärung Voraussetzung eines jeden Ergebnisses ist (Kräfteverhältnis, geographischer Anwendungsbereich, Zählkriterien, Konzentration auf Raketen, Drittstaaten-Frage). Mit der stärkeren Hervorhebung der Tatsache, daß hierüber intensiv verhandelt wird, kann der sowjetische Versuch besser entkräftet werden, die Verhandlungen befänden sich in einer Sackgasse.
- Wir müssen in der Öffentlichkeit zunehmend klarmachen, daß der vorgesehene Stationierungsbeginn Ende 1983 kein Ende der Verhandlungen bedeutet (Entdramatisierung dieses Datums).

<sup>3</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

- Die amerikanischen Bemühungen am Verhandlungstisch müssen trotz der gebotenen Einhaltung der Vertraulichkeit der Verhandlungen so konkret und so aktiv wie möglich dargestellt werden.

Diese Ausführungen wurden von mehreren Delegationen ausdrücklich unterstützt und auch vom griechischen Vertreter gewürdigt. Burt und Glitman wiesen auf das Problem der Vertraulichkeit der Verhandlungen hin, sagten jedoch zu, zu prüfen, ob die USA in Zukunft nicht in größerem Umfang als bisher Material zur Verwendung in der Öffentlichkeit freigeben sollten.

2) Aus US-Unterrichtung zum bisherigen Verlauf der dritten Runde ist festzuhalten:

- USA hätten folgende neue Initiativen ergriffen:
  - Vorlage eines „Revised Memorandum of Understanding“ zur Datenproblematik<sup>4</sup>;
  - Einführung eines Papiers zur Frage der Modalitäten der Vernichtung von Systemen;
  - Weiterentwicklung der Verifikationsdiskussion;
  - informeller Vorschlag zu einem einheitlichen, mit Klammern versehenen Vertragsentwurf.
- Die SU habe einerseits die Mitarbeit an einem Vertragsentwurf abgelehnt und gefordert, die USA müssten zuerst von ihrer Null-Konzeption abgehen. Andererseits sei SU zu detaillierten Erörterungen bereit gewesen. Es sei nicht ganz klar, ob dieses sowjetische „Wechselbad“ kalkuliert sei oder auf Unsicherheit über den einzuschlagenden Kurs beruhe.
- Am 21. Oktober habe SU eine Variante ihres bisherigen Reduzierungsvorschlags<sup>5</sup> vorgelegt. Danach sollen alle US-Systeme auf Null reduziert werden, die SU solle aber als Gegengewicht gegen die 255 britischen und französischen Systeme eine entsprechende Anzahl eigener Mittelstreckensysteme behalten. Die Amerikaner haben den Eindruck, daß die SU diesen unannehmbaren Vorschlag vor allem gemacht habe, um ihn zu gegebener Zeit öffentlich nutzen zu können. Sie habe im übrigen einen neuen Vorschlag für die nächste Zeit angekündigt.
- In der Daten-AG<sup>6</sup> habe sich die SU bisher geweigert, für die SS-20 und die SS-4/5 getrennte Zahlen vorzulegen.
- In der Gruppe zur Erarbeitung von Vertragselementen<sup>7</sup> sei die Rolle der Standing Consultative Commission (SCC) im Rahmen eines INF-Übereinkommens sachlich und eingehend erörtert worden.
- Im Bereich der INF kürzerer Reichweite habe die SU ihre Vorstellungen etwas präzisiert: Sie habe sich zu quantitativen Begrenzungen für die Systeme mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km bereit erklärt, falls die USA

<sup>4</sup> Für das undatierte überarbeitete „Memorandum of Understanding“, das die amerikanische Seite den sowjetischen Gesprächspartnern bei den INF-Verhandlungen übergab, vgl. VS-Bd. 11403 (220).

<sup>5</sup> Zur Analyse der sowjetischen Reduzierungsvorschläge bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 311.

<sup>6</sup> Zur Bildung einer Gruppe von Datenexperten bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 258, Anm. 10.

<sup>7</sup> Zur Bildung einer Arbeitsgruppe für die Erstellung der Vertragstexte bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 290, Anm. 5.

ihr Null-Konzept aufgeben. Sie habe auch erklärt, daß es hierbei um die sowjetische SS-12 und die westliche Pershing I gehe, und damit erstmals die Reziprozitätsfrage angesprochen.

- Die SU habe die geographische Ausdehnung der von ihr vorgeschlagenen Reduzierungszone präzisiert. Neu an den Präzisierungen sei die Festlegung des 30. Grad nördlicher Breite als südliche Begrenzung der Reduzierungszone.

### 3) Zum SS-20-Aufwuchs erklärte Burt:

Die zur Zeit noch im Bau befindlichen zwei Basen seien kurz vor der Fertigstellung. Nach Vollendung dieser beiden Basen werde die SU 342 SS-20 stationiert haben. Es bestünde Grund zur Annahme, daß die SU ihre SS-20-Produktionskapazitäten nicht stilllege. Sie ließe sich also die Option für weitere Stationierungen offen.

### 4) Verifikation

Erstmals im Rahmen der SCG gaben die USA ausführlichen Bericht über den Stand ihrer Untersuchungen zur Verifikationsproblematik. Die von den USA verfaßte Studie (Text liegt vor)<sup>8</sup> befaßt sich bisher vornehmlich mit den technischen Aspekten einer wirksamen Verifikation. Entscheidende Fragen wie z.B. die Verifizierbarkeit von Gefechtsköpfen oder die Unterscheidbarkeit von konventionellen und nuklearen Marschflugkörpern sind noch nicht geklärt.

- Die angestrebten Verifikationsmaßnahmen sind mit einigen Ausnahmen bei START und INF gleichermaßen anwendbar.
- Als Verifikationsmittel werden genannt:
  - nationale technische Aufklärungsmittel (NTM<sup>9</sup>),
  - kooperative Maßnahmen (Datenaustausch, Systemdefinitionen, Zählweisen u. a.),
  - darüber hinaus ergänzende Maßnahmen einschließlich „on-site inspections“.

<sup>10</sup>Der von den USA vorgesehene Verifikationsannex wird in dieser Runde in Genf wohl noch nicht eingebracht werden. Insbesondere mit Rücksicht auf die Problematik bei „on-site inspections“ sagten USA eingehende vorherige Unter- richtung zu.

5) Die amerikanische Delegation berichtete kurz über die laufende Arbeit der HLG, insbesondere über die „Comprehensive Study“<sup>11</sup> zur Festlegung der wich-

<sup>8</sup> Für das undatierte amerikanische Papier „Verification Talking Points“ vgl. VS-Bd. 11403 (220).

<sup>9</sup> National Technical Means.

<sup>10</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2002 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Schauer notierte am 12. November 1982 zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am Vortag in Brüssel: „Zum Stand der Arbeit, die zum Ziele hat, das künftige Ausmaß und die künftige Zusammensetzung des Bestandes der Nuklearwaffen der NATO – insbesondere die Waffen mit Reichweiten unter 1800 km – auf der Grundlage der NATO-Strategie festzulegen, folgendes: Die beiden ersten Kapitel der Studie (Purpose und Framework) sind mehr oder weniger fertig und werden auf der nächsten Sitzung verabschiedet werden. Das Kapitel III Current and Programmed Forces, das von uns, den Amerikanern und SHAPE erarbeitet worden ist, konnte nicht im einzelnen behandelt werden. Die Delegationen werden dazu bis zum 15.12.1982 Stellung nehmen. Das Kapitel IV Mission Analysis, das die USA schreiben werden, soll ebenfalls, falls möglich, bis 15.12. vorliegen. Das Kapitel V Assessment of NATO's Ability to Carry Out Required Tasks kann erst fertiggestellt werden, wenn die Kapitel II, III und IV abgeschlossen sind. Das Kapitel VI Other

tigsten Erfordernisse des Umfangs und der Struktur der Systeme unterhalb der LRINF<sup>12</sup>. Bei der anschließenden Aussprache wurde allgemein ein Abschluß der Arbeit an der Studie bis Mitte 1983 gefordert. Es bestand Einvernehmen, die Verbindung der SCG zur Arbeit der HLG wieder zu intensivieren.

6) Fortschrittsbericht<sup>13</sup>

Die US-Delegation verteilte den Entwurf des „Progress Report“ für die NATO-Ministertagung im Dezember<sup>14</sup> (Text liegt dort vor). Washington bittet um Kommentare nicht später als Freitag nächster Woche<sup>15</sup>.

7) Zu Beginn der erneut sehr eingehenden Diskussion des Themas Öffentlichkeitsarbeit in der Nachmittagssitzung verteilte die US-Delegation ein Papier zur Vorwarnzeit bei Pershing II<sup>16</sup>, eine Press Guidance zu denkbaren sowjetischen INF-Initiativen im Jahre 1983<sup>17</sup> sowie ein Papier zur Beantwortung der Frage nach etwaiger Überprüfung der INF-Dislozierung durch die Allianz (Papiere werden mitgebracht und dort vorgelegt). Burt unterstrich in diesem Zusammenhang, daß bei einem fehlenden konkreten Verhandlungsergebnis in Genf wie vorgesehen Ende 1983 – ohne eine neue Entscheidung der Allianz – mit der Stationierung der neuen Mittelstreckensysteme begonnen werde. Eine Überprüfung des Nachrüstungsbedarfs setze ein konkretes Verhandlungsergebnis voraus.

8) Burt unterrichtete wie üblich die Presse. Der Text seines Statements wird in der Anlage<sup>18</sup> übermittelt. Ich hatte im Anschluß an Burts Pressekonferenz ein zusätzliches Hintergrundgespräch mit der deutschen Presse.

9) Die nächste SCG wird im Zusammenhang mit dem NATO-Außenministertreffen am 8./9. Dezember 1982<sup>19</sup> stattfinden.

[gez.] Ruth

**VS-Bd. 14109 (010)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1542*

Considerations, für das wir, die Briten und die Italiener einen Entwurf geliefert haben, soll bis zur nächsten Sitzung fertiggestellt werden.“ Vgl. VS-Bd. 12055 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Long Range Intermediate Range Nuclear Forces.

<sup>13</sup> Für die undatierte amerikanische Aufzeichnung „Progress Report on the Work of the SCG“ vgl. VS-Bd. 11403 (220).

<sup>14</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>15</sup> 12. November 1982.

<sup>16</sup> In dem undatierten amerikanischen Papier „INF: Pershing II and Warning Time“ wurde auf sowjetische Vorwürfe über eine Verminderung der Vorwarnzeit aufgrund der geringen Flugzeit der Pershing II eingegangen. Dagegen wurde festgehalten, die Flugzeit der Pershing II entspreche mit 14 Minuten der der SS-20. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 124529.

<sup>17</sup> Für das amerikanische Papier „Press Guidance on Possible Soviet INF Initiatives in 1983“ vom 1. November 1982 vgl. VS-Bd. 11403 (220).

<sup>18</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. dazu VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>19</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte am 9. Dezember 1982 über eine informelle Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag mit: „Hauptthema des Treffens war die Bewertung des von der SU in der dritten Verhandlungsrunde vorgeschlagenen getrennten ‚subceiling‘ für in Europa stationierte Raketen. Es bestand Übereinstimmung, daß die SU mit diesem Vorschlag vermutlich bald an die Öffentlichkeit gehen werde. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen und überzeugenden westlichen Antwort hierauf wurde als derzeit dringlichste und wichtigste Aufgabe der SCG angesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2289; VS-Bd. 11403 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

295

**Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-15409/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4748

**Aufgabe: 8. November 1982, 21.43 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 9. November 1982, 03.53 Uhr**

Betr.: Besuch von Bundesminister Wörner in Washington<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Vizepräsident Bush am 8.11.82

## Zur Unterrichtung

1) Am Vorabend seiner Abreise nach Afrika<sup>3</sup> empfing Vizepräsident Bush BM Wörner schon am Montag, 8. November, zu einem etwa halbstündigen Gespräch, das in sehr freundschaftlicher und offener Atmosphäre verlief.

Vizepräsident Bush erkundigte sich nach BMs Gesprächsthemen auf dem Hill.<sup>4</sup> BM Wörner antwortete, daß er seine Gesprächspartner im Kongreß darauf hinweise, daß der Abzug amerikanischer Truppen aus Europa<sup>5</sup> ein politischer Fehler sei, der Europa destabilisiere und sich ausschließlich zugunsten der SU auswirke, die versuche, Europa von den USA abzukoppeln. Er werde sich seinerseits bemühen, darzulegen, daß ...<sup>6</sup> die neue Bundesregierung einen wesentlichen Wechsel in der<sup>7</sup> Politik vollzogen habe, nämlich eine klare Haltung zum Westen, keine Neutralität, keine Äquidistanz in Worten oder Taten. Die Bundesregierung werde den Doppelbeschluß rechtzeitig ausführen. Dies werde nicht einfach sein, sich aber darstellen lassen. Auf die Frage des Vizepräsidenten, ob

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 10. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.

Hat Hofmann am 10. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Wörner hielt sich vom 7. bis 9. November 1982 in den USA auf.

<sup>3</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte vom 10. bis 24. November 1982, mit einer Unterbrechung am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Kap Verde, Senegal, Nigeria, Simbabwe, Sambia, Kenia sowie die Bermuda-Inseln.

<sup>4</sup> Bundesminister Wörner traf am 8. November 1982 mit Mitgliedern des amerikanischen Senats zusammen. Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Washington, teilte dazu mit: „Im Vordergrund des amerikanischen Interesses standen die innerpolitische Entwicklung der BR Deutschland nach dem Regierungswechsel, insbesondere im Hinblick auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses 1983, sowie die mit der Lastenteilung im Bündnis zusammenhängenden aktuellen Fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4744; Referat 220, Bd. 124494.

<sup>5</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 10. November 1982, der Stabschef der amerikanischen Armee, Meyer, habe gegenüber General a. D. Schmückle erklärt: „Natürlich werde die US Army in den anstehenden Haushaltsverhandlungen gegen einen Truppenabzug oder ein Einfrieren votieren, sie werde aber nicht mit letzter Entschlossenheit dagegen kämpfen. Angesichts der Strömungen im Kongreß, aber auch der Einsicht in die Notwendigkeit, die globale Einsatzfähigkeit der US Army mit begrenzten Mitteln verbessern zu müssen, könne man heute schon ziemlich sicher sein, daß es zu einer gewissen Verminderung der Truppenstärke in Europa kommen werde. [...] Inwieweit die angedeuteten Entwicklungen tatsächlich eintreten, wird wahrscheinlich erst vom neuen Kongreß entschieden. [...] Die US-Administration – einschließlich des Präsidenten – ist weiter bemüht, die NATO-orientierten Programme positiv zu beeinflussen. Der Erfolg wird weitgehend auch von der Leistungsbereitschaft der europäischen Bündnispartner abhängen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4806; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „die“.

der NATO-Doppelbeschluß Thema im kommenden Wahlkampf<sup>8</sup> sein werde, antwortete BM, daß der Wahlkampf stärker von Wirtschaftsfragen bestimmt sein werde. Die Arbeitslosigkeit steige in Deutschland an, die Finanzlage sei kritisch: Diese Themen interessierten die Bevölkerung stärker. Die Opposition werde Schwierigkeiten haben, den Doppelbeschluß zum zentralen Wahlkampfthema zu erheben. Auf weitere Frage des Vizepräsidenten, ob die Opposition vom Doppelbeschluß wegstrebe, antwortete BM, daß nicht die Partei als solche, wohl aber eine große Anzahl von SPD-Mitgliedern den Doppelbeschluß verhindern wolle. Dem entgegenzutreten, sei einer der herausragenden Gründe für den von den gegenwärtigen Koalitionsparteien gewünschten frühen Wahltermin.

2) Vizepräsident Bush erkundigte sich nach den Wahlaussichten der SPD mit Herrn Vogel als Kanzlerkandidat. Hierauf antwortete BM, daß Alt-Bundeskanzler Schmidt auf größere Popularität hätte bauen können. Vogel, der nicht unmittelbar dem linken Flügel seiner Partei zuzuordnen sei, werde aber eine Mehrheit links unter Einschluß der Grünen und anderer Gruppen suchen müssen. Wenn auch zur Zeit eine absolute Mehrheit für die Christdemokraten nicht ganz auszuschließen sei, sei für sie im Augenblick das Schicksal der Liberalen entscheidend. Da das Erreichen der absoluten Mehrheit jedoch schwierig sei, brauche die Union einen Partner. Auf die Frage, welchen Einfluß die Grünen heute ausübten, berichtete BM, daß sie in einigen Länderparlamenten vertreten seien<sup>9</sup>, daß es aber zweifelhaft sei, ob sie bei Bundestagswahlen die Fünf-Prozent-Grenze überschreiten würden. Zur Politik der Grünen führte er aus, daß sie neben Grundsätzen zur Ökologie einseitige Abrüstung und den Austritt aus der NATO forderten. Auf weitere Frage: Die Grünen seien nicht mit der Friedensbewegung identisch, der Kern der Friedensbewegung werde sicherlich aus kommunistischen Quellen gespeist und beeinflusst, die Grünen in ihrer Gesamtheit nicht.

3) BM bestätigte auf entsprechende Frage des Vizepräsidenten, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit der INF-Stationierung unter dem Druck stehe, daß die Verhandlungen in Genf<sup>10</sup> Erfolge bringen. Daher sei es wichtig nachzuweisen, daß die Amerikaner ernsthaft in Genf verhandelten. Zu diesem Punkt bedürfe es stärkerer Öffentlichkeitsarbeit. Dies sei für den bevorstehenden Wahlkampf wichtig. Er, BM, glaube nicht, daß die SU sich vor den Wahlen bewegen werde. Eine Bewegung nach den Wahlen erscheine wahrscheinlicher. Auf die Frage zur Haltung der SPD zu diesem Komplex: Die SPD habe ihre Entscheidung bis zum Parteikongreß im Herbst 1983<sup>11</sup> verschoben. Für ihre Entscheidungsfindung werde es darauf ankommen, ob es in Genf Erfolg gegeben habe oder nicht. Auf dem Münchener Parteitag<sup>12</sup> habe Bundeskanzler Schmidt sich diesem Partei-Moratorium beugen müssen.

<sup>8</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>9</sup> Die Partei „Die Grünen“ war in den Landesparlamenten von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen vertreten.

<sup>10</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 294.

<sup>11</sup> Am 18./19. November 1983 fand in Köln ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt.

<sup>12</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

4) BM berichtete, daß sein zweites Gesprächsthema mit den Abgeordneten die Ankündigung sein werde, zur Infrastruktur (Mid-Term Review) 350 Mio. DM beizutragen.<sup>13</sup> Hier bewege sich die neue Bundesregierung, obwohl die vorgefundene Haushaltslage sehr schwierig sei. Trotz Einschnitten in Sozialausgaben sei der Verteidigungshaushalt als einziger nicht gekürzt worden. Seine Zuwachsratesei fast doppelt so groß wie die Zuwachsrates des Gesamtbudgets. BM erkundigte sich bei VP Bush, wie sich im Haushaltsbereich für die Administration die Lage nach den Wahlen<sup>14</sup> stelle. VP Bush führte aus, daß Senat und stärker noch das Repräsentantenhaus versuchen würden, den Verteidigungshaushalt zu kürzen. Es würde sich aber kaum um größere Kürzungen handeln, denen sich der Präsident notfalls mit seinem Vetorecht entgegenstemmen würde. Abstriche würden aber kaum ausbleiben können. Auch wenn Senator Tower gegen Kürzungen sei, müsse er in Rechnung stellen, daß Mehrheitsführer Baker sich bereits zu Kürzungen bereit erklärt habe. Auf Frage BM nach dem Einfluß der Freeze-Bewegung<sup>15</sup> führte VP Bush aus, daß diese gering einzuschätzen sei. Von einseitigem freeze oder Abrüstung sei nicht mehr die Rede, manche der Freeze-Resolutionen gleiche der Haltung der Administration. Durch die Freeze-Bewegung jedoch werde die Außen- und Verteidigungspolitik des Präsidenten nicht beeinflußt werden. Er rechne damit, daß bei einem Verhandlungserfolg der Einfluß der Freeze-Bewegung noch weiter zurückgehe. Präsident Reagan sei stärker, als es allgemein angenommen werde, dem Prozeß der Abrüstung und Rüstungskontrolle verpflichtet. Er glaube, daß diese Administration den richtigen Kurs eingeschlagen habe. Es gehe nicht darum, eine Übermacht zu erwerben oder einen Nuklearkrieg zu gewinnen. Der Präsident, der besonders gerne als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen würde, wünscht nichts mehr als Abrüstung durch Verhandlungen. Es komme darauf an, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, daß diese Administration entschlossen sei, die INF- und START-Verhandlungen<sup>16</sup> zu einem guten Ende zu führen. Dies sei die amerikanische Politik. Daran würde auch der Kongreß, selbst wenn er einzelne Posten am Verteidigungshaushalt kürze<sup>17</sup>, nichts ändern. Aber natürlich gebe es in diesem Lande Kreise, die glaubten, daß die USA über eine zu starke Rüstung verfügen. BM Wörner stimmte VP Bush

<sup>13</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 288, Anm. 21.

<sup>14</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>15</sup> Zur Freeze-Bewegung in den USA vgl. Dok. 291, Anm. 24.

<sup>16</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>17</sup> Wehrtechnischer Attaché Schwalber, Washington, berichtete am 17. November 1982: „Der Unterausschuß für Verteidigung des Haushaltsbewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus (House Defense Appropriations Committee) stimmte gestern über eine Reihe von Haushaltsansätzen im Verteidigungsbereich ab. Wie erwartet, kam es dabei zu Streichungen und Kürzungen von Ansätzen der Regierungsvorlage, wenn auch in geringerem Umfang, als nach den bisherigen Äußerungen aus Kreisen des Appropriations Committee erwartet worden war. Unter den wichtigsten Positionen, die der Unterausschuß für eine Streichung vorschlägt, ist der Ansatz für die Produktion der Pershing-II-Rakete in Höhe von 498 Mio. Dollar.“ Ebenfalls seien „die Mittel für die Produktion der Ground Launched Cruise Missiles (GLCM)“ gekürzt worden. Schwalber fuhr fort: „Nahezu ungeschmälert passierten die großen Programme den Unterausschuß. Lediglich das MX-Programm soll um die für die Ausarbeitung eines Stationierungsvorschlags bestimmten Mittel in Höhe von ca. 280 Mio. Dollar gekürzt werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4961; Referat 201, Bd. 125653.

zu. Er teile die den Ausführungen des VP zugrundeliegende Philosophie und Ratio. Die SU müsse erkennen, daß der Westen sich keinem Druck beuge.

5) VP Bush sprach Wirtschaftsprobleme in den USA und in Deutschland an. Er glaube, daß auch die SU wirtschaftliche Schwierigkeiten kenne und auf Dauer nicht in der Lage sei, ihre Kapazitäten ausschließlich auf den Militärssektor auszurichten. Nach seiner Meinung hierzu befragt, erwiderte BM, daß seiner Ansicht nach sowjetische Rhetorik den taktischen Zweck verfolge, die Durchsetzung des Doppelbeschlusses zu verhindern. Er glaube, daß die SU auf die Dauer ihre wirtschaftlichen Kapazitäten nicht ausschließlich dem Rüstungsbereich zuwenden werde. Stärker noch als die amerikanische Rüstung fürchte die SU die amerikanische Wirtschaftsmacht.

6) Abschließend wandte sich das Gespräch kurz dem sowjetisch-chinesischen Verhältnis zu. VP Bush berichtete, daß Washington die sowjetisch-chinesischen Gespräche<sup>18</sup> sorgfältig verfolge, aber eine dauerhafte Annäherung so bald nicht erwarte.

[gez.] Wallau

**VS-Bd. 11981 (201)**

<sup>18</sup> Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung ihrer Beziehungen vgl. Dok. 257, Anm. 14.

Referat 213 notierte am 5. November 1982: „Die Gespräche in Peking (5. bis 22. Oktober auf der Ebene der Stv. AM Iljitschow/Qian Qichen) sind noch keine Wiederaufnahme der (Jan. 1980 nach der Afghanistan-Intervention von China abgebrochenen) Normalisierungsverhandlungen, aber eine Vorstufe dazu mit verabredeter Institutionalisierung (zweite Gesprächsrunde in gleicher Besetzung demnächst in Moskau). [...] Von Durchbruch oder deutlicher Wiederannäherung kann nicht die Rede sein. China hat zwar eine optische Konzession gemacht, indem es den jetzigen Konsultationen zustimmte und das Grundsatzgespräch mit der SU nicht mehr wie bisher von sowjetischen Vorleistungen abhängig machte. In der Sache aber sind die beiderseitigen Positionen unverändert antagonistisch.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133207.

## 296

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des israelischen Parlaments, Savidor

310-321.36 ISR VS-NfD

9. November 1982<sup>1</sup>

Gespräch BM–israelischer Knessetpräsident Menahem Savidor am 9.11.1982<sup>2</sup>

Teilnehmer:

BM; D3<sup>3</sup>; RL 013<sup>4</sup>; VLR Horstmann, Referat 010; Dr. Schwüppe, Prototoll Bundestag; Attaché Steiner, Referat 310, (Note-taker).

M. Savidor; israelischer Botschafter<sup>5</sup>; L.-Stein, Erster Sekretär, israelische Botschaft.

BM empfing am 9.11.1982 Menachem Savidor anlässlich seiner Teilnahme an der deutsch-israelischen Konferenz in Bonn vom 8. bis 10.11.1982 zu einem ca. fünfzigminütigen Gespräch:

Auf Fragen Savidors erläuterte *BM* die parteipolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Sodann konzentrierte sich das Gespräch auf die Lage im Nahen Osten und die deutsch-israelischen Beziehungen.

*Savidor* erklärte, Israel habe im Libanon<sup>6</sup> nicht nur für sich, sondern auch für den Westen wichtige Ergebnisse erzielt. Dieser lasse aber eine Renaissance der

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Attaché Steiner am 12. November 1982 gefertigt und „über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung“ zugeleitet. Steiner sah die Verteilung an die Botschaften in Amman, Beirut, Damaskus, Kairo, London, New York (VN), Paris, Rabat, Tel Aviv, Tunis und Washington vor.

Hat Ministerialdirektor Gorenflor vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. November 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 014 und 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte, Änderung auf S. 2 unten zu beachten, ferner Hinweis auf S. 3. Im übrigen kann Verteilung unter üblichem Vorbeh[alt] erfolgen.“ Vgl. Anm. 8 und 13.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler vorgelegen.

Hat Steiner am 23. November 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Weisung RL 310 in auf S. 2 geänderter Fassung nur nach Tel Aviv gesandt.“ Vgl. Anm. 8.

<sup>2</sup> Der Präsident des israelischen Parlaments, Savidor, hielt sich vom 7. bis 10. November 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Walter Gorenflor.

<sup>4</sup> Karl-Theodor Paschke.

<sup>5</sup> Jitzhak Ben-Ari.

<sup>6</sup> Zur Frage eines Abzugs fremder Truppen aus dem Libanon vgl. Dok. 277, Anm. 28.

Botschaftsrat Altenburg, Beirut, meldete am 5. November 1982: „Soweit ersichtlich, sind die USA nicht ohne gewisse Erfolge bemüht, die Voraussetzungen für einen baldigen Abzug der Truppen zu schaffen. Freilich stockt z. Z. alles, da die Frage des Verhandlungsmodus zwischen Libanesen und Israelis noch unentschieden ist. Während Israel auf möglichst umfangreiche, praktisch schon die Anerkennung in sich tragende, politische Verhandlungen und Verhandlungspartner in Tel Aviv und Beirut zielt, wollen die Libanesen möglichst nur militärische Detailfragen im Rahmen einer erweiterten Militärkommission (in Anlehnung an die Waffenstillstandskommission) möglichst ohne Beteiligung von Politikern in einem Ort an der Grenze. [...] Solange und bis diese libanesisch-israelische Frage nicht geklärt ist, wird es, wie schon zur Zeit zu beobachten, wohl gelegentlich weitere positive Signale von Seiten der Syrer und Palästinenser bezüglich des Abzugs geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 667; Referat 310, Bd. 135722.

PLO zu. Israel sei daher über das Verhalten seiner westlichen Freunde enttäuscht.

*BM* ließ diesen Vorwurf für die Bundesrepublik Deutschland nicht gelten und fragte nach der israelischen Einschätzung Syriens, in dem nach seinem Eindruck ein Umdenkungsprozeß stattfinde.

*Savidor* bestätigte dies und meinte, Syrien habe jetzt gelernt, daß es allein, ohne arabische Partner, Israel nicht erfolgreich angreifen könne und dies auch in näherer Zukunft nicht tun werde. Zwar seien die syrischen Truppen tapfer und das Kommando mutig, allerdings sei die militärische Führung mangelhaft und wisse die Technologie nicht einzusetzen. Israel hätte mit den syrischen Panzern ganz andere Ergebnisse erzielt.

Auf Frage *BM* sagte *Savidor*, die zwölf Prozent Alawiten hätten zwar bisher Syrien im Griff, das Regime könne sich aber auf die Dauer nicht halten. Botschafter bemerkte, daß Assad vorsichtshalber bereits ein Haus für die Familie in den USA erworben habe.

Als positives Ergebnis der israelischen Libanonpolitik sah *Savidor*

- die jetzt gegebene Chance der Schaffung einer starken libanesischen Zentralregierung;
- die Zuwendung zum Westen des bisher von den SU-Klienten Syrien und PLO beherrschten Libanon;
- die erstmalige Dialogbereitschaft der Notabeln aus den besetzten Gebieten, die schon immer gegen die Beherrschung der Palästinenser durch Extremisten gewesen seien;
- die militärischen Erkenntnisse über die Kampfkraft sowjetischer Waffen (SAM-6, -8, -9; T-72; Kampfflugzeuge).

Unter Verweis auf den Artikel von General Rogers im *Guardian*<sup>7</sup> meinte *Savidor*, daß durch die israelischen militärischen Erkenntnisse ein Überdenken der europäischen Verteidigungsstrategie überhaupt erst möglich geworden sei.

*BM* hielt es für wünschenswert, daß solche Überlegungen zunächst auf ihre politischen Implikationen hin überprüft werden.<sup>8</sup>

Auf Frage *BM* nach den israelischen Kontakten zur neuen libanesischen Führung<sup>9</sup> sagte *Savidor*, daß es dazu öffentliche und nicht öffentliche Erklärungen gebe. Es bestünden Kontakte. Hier sei zu berücksichtigen, daß die libanesische Wirtschaft zu 65 % von den arabischen Ländern abhängt. In Wirklichkeit habe Libanon kein Interesse an einem Abzug Israels vor den Syrern und der PLO.

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel „Non-Nuclear Defence Plan for Europe. NATO Chief Wants Boost in Conventional Forces“, *THE GUARDIAN* vom 29. September 1982, S. 1 und 26.

Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, vgl. auch Dok. 289, Anm. 3.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „*BM* erwiderte darauf, daß manche Generäle zuviel redeten. Es ginge nicht an, daß der höchste NATO-General im Widerspruch zu den Äußerungen der politischen Führungen im Westen plötzlich erkläre, es ginge auch ohne die Stationierung zusätzlicher atomarer Waffen. Er, *BM*, sei wie eine Rakete hochgegangen, als er den Artikel gelesen habe.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Am 21. September 1982 wurde Amin Gemayel zum Präsidenten des Libanon gewählt. Vgl. dazu Dok. 247, Anm. 11.

Savidor meinte, die Araber hätten kein Vertrauen zur SU; alle Welt führe jetzt nach Washington und Europa. Hätten die USA und die EG-Staaten entschlossen reagiert, wären die Araber bereits am Verhandlungstisch. Statt dessen lebe die PLO wieder auf. Jetzt sei die Gelegenheit, im Rahmen von Camp David<sup>10</sup> den Frieden herbeizuführen.

BM erklärte, daß wir den Reagan-Plan<sup>11</sup> für realistisch hielten und im Prinzip unterstützten. Wir wünschten eine enge Abstimmung EG–USA.

Israel solle seine Beziehungen zu Ägypten stärker nutzen. Für König Hussein und Mubarak sei allerdings das auch von uns seit langem unterstützte Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser<sup>12</sup> entscheidend. Er, BM, empfehle, die Gunst der Stunde zu nutzen und auf die gemäßigten Araber zuzugehen, da diese jetzt zu einer Lösung bereit seien. Es hänge ja auch viel von den beteiligten Personen ab, und hier seien Mubarak und Hussein Glücksfälle.

BM teilte vertraulich mit, daß er nach Syrien fahren wolle. Falls AM Shamir ihm hierzu Mitteilungen zu machen hätte, seien diese willkommen.<sup>13</sup>

Savidor betonte, es gäbe im NO nur in Israel eine stabile Regierung, alle anderen seien fragile Regimes. Der Reagan-Plan stütze sich auf König Hussein. Er frage BM, was passiere, wenn das 33. Attentat auf Hussein gelänge.

BM unterstrich, daß die Araber einen neuen Konflikt in Palästina vermeiden wollten. Kein Volk sei schlecht an sich; auch das palästinensische wolle nur in Frieden leben. Solange es dies nicht könne, würde es Extremisten folgen.

Er, BM, frage sich, ob nicht eine Föderation mit Jordanien<sup>14</sup> dazu führe, daß sich bei den Palästinensern neue Kräfte durchsetzten. Könne man nicht durch eine große gemeinsame Anstrengung, ähnlich dem Marshall-Plan<sup>15</sup>, sehr schnell vollkommen neue Fakten schaffen?

Savidor erwiderte, daß dieses logische Denken den Arabern fremd sei, diese ließen sich vielmehr von Emotionen, Haß und Mißtrauen leiten. Er sei zwar gegen gewisse Elemente der israelischen Regierungspolitik, teile aber den Standpunkt, daß, um das notwendige Vertrauen zu schaffen, eine Lösung nur Schritt für Schritt, im Rahmen des Camp-David-Prozesses, über eine fünfjährige Interimsperiode gefunden werden könne. Israel sei bereit, den Palästinensern alle autonomen Rechte, bis auf den militärischen und Sicherheitsbereich, zu gewähren.

Würde dagegen ein palästinensischer Staat geschaffen, so würde die PLO ihre Absicht wahr machen und eine weitere Million Palästinenser in die besetzten Gebiete holen. Israel müsse dann schon aufgrund des Bevölkerungsdrucks mit einem „Marsch à la Khomeini“ rechnen.

<sup>10</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>11</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>13</sup> Der Passus „BM teilte vertraulich ... seien diese willkommen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „H. RL 310 m[it] d. B[itte] zu prüfen, ob der Bitte BMs um vertrauliche Behandlung durch so breite Streuung (vgl. Verteiler) Rechnung getragen wird.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die These vom „Palästinenserstaat Jordanien“; Dok. 168, Anm. 22.

<sup>15</sup> Zum „Marshall-Plan“ vgl. Dok. 118, Anm. 8.

Auf die von Savidor noch angeschnittene Frage der Aussetzung des EG-Finanzprotokolls mit Israel<sup>16</sup> ging *BM* nicht mehr ein. Er beschloß das Gespräch mit dem Wunsch, den Dialog sowohl mit den gemäßigten Arabern als auch Israel fortzusetzen. Er hoffe, noch während seines EG-Vorsitzes<sup>17</sup> AM Shamir in Bonn<sup>18</sup> sprechen zu können.

**Referat 310, Bd. 135709**

297

### Ministerialdirektor Fischer an die Botschaft in Washington

421-410.41-1448/82 VS-vertraulich      Aufgabe: 10. November 1982, 10.16 Uhr<sup>1</sup>  
**Fernschreiben Nr. 6224 Plurez**  
**Citissime nachts**

Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen – US-Sanktionen<sup>2</sup>

Bezug: DE Plurez Nr. 6138 vom 8.11.82<sup>3</sup> und Drahtberichte Nr. 4783<sup>4</sup> und  
 4789<sup>5</sup> vom 9.11.82 aus Washington VS-vertraulich

<sup>16</sup> Zur Aussetzung der Unterzeichnung des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und Israel vgl. Dok. 197, Anm. 8.

<sup>17</sup> Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>18</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 6. bis 9. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Loeck konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Ausweitung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Washington mit, man solle „auch in den weiteren Sitzungen darauf hinwirken, daß zugleich mit der abschließenden Behandlung des Inhalts des Non-papers eine Einigung über den Inhalt der durch den amerikanischen Präsidenten abzugebenden Erklärung und die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen erfolgt“. Er fuhr fort: „Wir gehen davon aus, daß die amerikanischen Bestimmungen und Maßnahmen, soweit sie westliche Firmen betroffen haben, nicht in bezug auf einzelne Firmen, sondern generell aufgehoben werden. [...] Was in diesem Zusammenhang etwa entstandene Schadensersatzansprüche betrifft, so ist es in erster Linie Angelegenheit der Firmen, ob und inwieweit sie solche Ansprüche geltend machen wollen.“ Vgl. VS-Bd. 10396 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete, er habe gegenüber dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Morris, erklärt, „daß wir als Ergebnis der heutigen (9.11.) Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats folgende Entscheidungen erwarten: 1) Die amerikanischen Bestimmungen und Maßnahmen, soweit sie westliche Firmen betroffen haben, werden nicht in bezug auf einzelne Firmen, sondern generell aufgehoben. 2) Die Verordnungen des Handelsministeriums vom 22.6.1982 sowie die aufgrund von Verstößen gegen diese Verordnungen ausgesprochenen Einzelsanktionen (denial order) werden aufgehoben. 3) Die Bestimmungen vom 29.12.1981 werden insoweit aufgehoben, als sie rückwirkend die bereits vorher geschlossenen Verträge für die Zulieferungen aus den USA in die westeuropäischen Länder unmöglich machen. [...] 4) Auch Neuverträge über Ersatzteillieferungen für vor dem 29.12.1981 vereinbarte Hauptlieferungen werden bei der Exportlizenzenverteilung respektiert. Morris wiederholte den amerikanischen Standpunkt, daß er die Entscheidung des NSC nicht präjudizieren könne und er deshalb nicht in der Lage sei, uns irgendwelche Zusicherungen zu geben. Er könne jedoch bestätigen [...], daß das State Department

1) Angesichts der Verschiebung des Termins der amerikanischen Entscheidung über die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen wird auf folgendes hingewiesen: Wir halten weiterhin daran fest, daß die beteiligten Regierungen erst nach Vorliegen der amerikanischen Entscheidung über die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen<sup>6</sup> und der endgültigen amerikanischen Vorstellungen für den Inhalt der vom Präsidenten abzugebenden Erklärung<sup>7</sup> ihre eigenen Entscheidungen über die endgültige Billigung des Inhalts des Non-paper<sup>8</sup> sowie die Art und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1551*

die Erfüllung dieser einzelnen Punkte als Voraussetzung für eine Zustimmung der europäischen Staaten zu dem Gesamtkomplex der Erarbeitung einer gemeinsamen Ost-West-Wirtschaftsstrategie ansehe. Dabei nahm er jedoch den letzten Punkt über Neuverträge bei Ersatzteillieferungen ausdrücklich aus, da ein solcher Sachverhalt bei den bisherigen Überlegungen nicht berücksichtigt worden sei. Er versprach jedoch, die Angelegenheit unverzüglich mit dem Rechtsberater des State Department aufzunehmen und zu prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Gesandter Wallau, Washington, informierte: „State Department teilte Botschaft soeben mit, daß in heutiger (9.11.) Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien und Präsident Reagan eine endgültige Entscheidung erst am 10. oder 11. November treffen werde.“ Vgl. VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>6</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete über ein Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 12. November 1982, an dem von amerikanischer Seite die Unterstaatssekretäre im amerikanischen Außenministerium, Wallis und Olmer, teilnahmen: „Zu Beginn der heute (12.11.) kurzfristig angesetzten Siebenersitzung wiederholte Wallis die schon vorab den betroffenen vier europäischen Ländern gemachte Mitteilung, daß Präsident Reagan die Sanktionen vom Dezember 1981 und Juni 1982 aufgehoben habe. Im Verlauf der Sitzung präziserte Olmer diese Mitteilung überraschend dahingehend, daß Präsident Reagan diese Entscheidung unter der Bedingung getroffen habe, daß zwischen den Sieben eine Einigung über die Veröffentlichung der Ost-West-Wirtschaftsstrategie erreicht werden könne. Die anwesenden Botschafter brachten die Befriedigung ihrer Regierungen über die einseitige Aufhebung der Sanktionen durch Präsident Reagan zum Ausdruck. Wallis wiederholte anschließend den amerikanischen Wunsch, entgegen der ursprünglichen Absicht das Non-paper zu veröffentlichen. Er machte dabei klar, daß dies nur im Konsens geschehen könne. [...] Außer dem französischen Botschafter, der auf der Nichtveröffentlichung des Non-paper bestand, stimmten alle anderen Botschafter der Veröffentlichung des Non-papers zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4884 vom 12. November 1982; VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 8. November 1982 den Entwurf einer Erklärung des Präsidenten Reagan zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West. Darin hieß es unter anderem: „Allies agreed not to engage in trade arrangements which could contribute to military or strategic advantage of USSR or subsidize Soviet economy. [...] Attention will be given to high technology products including those used in oil and gas production. Western energy requirements and alternatives will be analyzed. We will strengthen our security controls. We will establish procedures for monitoring financial relations and work to harmonize export credit policy.“ Der letzte Absatz lautete: „Polish events have sharpened our awareness of problems posed by Soviet conduct. This agreement will help convince Soviet leaders that repression in Poland has strengthened our resolve to forge enduring basis for conduct of economic relations between East and West.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4750; VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Non-paper vom 3. Oktober 1982 vgl. Dok. 253, Anm. 9. Gesandter Wallau, Washington, faßte ein Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 8. November 1982 zusammen, an dem von amerikanischer Seite der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Wallis, teilnahm. In der Sitzung sei Einigung über eine überarbeitete Fassung des Non-papers „unter der Bedingung einer Einigung in den beiden übrigen Bereichen (Aufhebung der Sanktionen; Erklärung des Präsidenten)“ erzielt worden: „Zu der vorgesehenen Erklärung von Präsident Reagan machte Wallis den überraschenden Vorschlag, das Non-paper als summary of conclusions zu veröffentlichen. Er begründete den Vorschlag damit, daß der Text des Non-papers wohl ohnehin nicht geheim bleiben werde und mit einem unautorisierten Abdruck in der Presse gerechnet werden müsse. [...] Als Alternative hierzu verteilte er die als Anlage übermittelte ausführliche Aufzählung von Punkten, die das State Department dem Präsidenten für dessen Erklärung zu übergeben beabsichtige. Für den Fall der Veröffentlichung des Non-paper könne die Erklärung des Präsidenten sehr kurz sein.“ Weiter führte Wallau aus: „Auf Hinweis französischen Botschafters wird State Department letzten Satz des Entwurfs (Hinweis auf Situation in Polen) überarbeiten.“ Abschließend resümierte Wallau: „In anschließender erneu-

Weise der Veröffentlichung der erzielten Einigung (einschließlich des Inhalts der hierbei vom Präsidenten abzugebenden Erklärung) treffen werden.

2) Zur Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen im einzelnen

a) Wir würden es begrüßen, wenn die amerikanische Seite ihre Sanktionsbestimmungen vom Dezember 1981<sup>9</sup> und vom Juni 1982, soweit sie sich auf den Öl- und Gasbereich beziehen, insgesamt aufheben würden. In jedem Falle müssen wir aber daran festhalten, daß die Sanktionsbestimmungen und -maßnahmen insoweit zurückgenommen werden, als sie in bezug auf Altverträge retroaktiven und exterritorialen Charakter haben. Wir begrüßen das vom State Department gegenüber der Botschaft insoweit wiederholte amerikanische Einverständnis.

Wir hoffen weiterhin, daß die amerikanische Seite sich in der Lage sieht, auch neue Verträge für Ersatzteillieferungen von den Sanktionsbestimmungen auszunehmen, würden allerdings hieran eine Einigung nicht scheitern lassen.

b) Es wird um Bericht gebeten, in welcher Weise die übrigen betroffenen Länder ihre Vorstellungen zu Inhalt und Umfang der Aufhebung dargelegt haben. Hierbei interessiert insbesondere die Haltung der anderen betroffenen Länder zur Frage der Neuverträge für Ersatzteile.<sup>10</sup>

c) Hinsichtlich des Zeitpunkts der Aufhebung folgen wir der im Bezugsdrahtbericht Nr. 4783 wiedergegebenen Stellungnahme des State Department, daß ein „deutliches“ Auseinanderfallen der Erklärung des Präsidenten und der Aufhebung der Sanktionen nicht zu vertreten sei. Nach unserer Auffassung sollte die Aufhebung der Sanktionsbestimmungen und -maßnahmen in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Erklärung des Präsidenten zur Einigung über die Gestaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen durch die zuständigen amerikanischen Stellen veröffentlicht werden.

3) Zur Frage der Veröffentlichung und der Erklärung des Präsidenten

a) Wir sind angesichts der amerikanischen Argumentation damit einverstanden, daß der volle Inhalt des Non-paper veröffentlicht wird. Gemäß Abschnitt

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1552*

ter EG-Abstimmung bestand Einvernehmen, daß Amerikaner übrige Beteiligte nicht unter Druck setzen könnten und dies wohl auch nicht wollten, daß andererseits angesichts der morgigen Befassung des NSC und des Feiertags am 11.11. die Möglichkeit von unerwünschten und nachteiligen leaks mit in die Überlegungen einbezogen werden mußte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4749 vom 8. November 1982; VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

Für das Non-paper in der Fassung vom 8. November 1982 vgl. Referat 421, Bd. 122591.

<sup>9</sup> Zu dem am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>10</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 10. November 1982: „Über den derzeitigen Stand der Diskussion im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) über die Aufhebung der Sanktionen gab es keine konkreten Informationen. Vor allem blieb offen, wie weit im NSC Meinungsverschiedenheiten über den Grad der Aufhebung der Sanktionen bestehen [...]. Briten haben gegenüber den Amerikanern den Standpunkt vertreten, daß auch für alle zukünftigen Vertragsabschlüsse ihrer Firmen mit der Sowjetunion über bereits kontrahierte Projekte hinaus amerikanische Zulieferungen möglich sein müssen [...]. Italiener beschränken ihre Forderung nach Aufhebung der Sanktionen nicht nur auf den Öl- und Gasbereich, sondern verlangen auch die Aufhebung der im Dezember 1981 erlassenen non-exception-clause im COCOM-Rahmen. [...] Französische Botschaft hat nach eigenen Angaben der Administration keine konkreten Forderungen in diesen Zusammenhang vorgetragen. Sie hält die Sanktionen gegen europäische Firmen insgesamt für unakzeptabel und verlangt ohne weitere Präzisierungen die Aufhebung der Sanktionen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4819; VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

III Abs. 2 des DB 4749 vom 8.11. gehen wir davon aus, daß im Falle der Veröffentlichung des Non-papers der amerikanische Präsident nur eine kurze Erklärung abgibt, in der er sich darauf beschränkt, in allgemeiner Form zu der erreichten Einigung Stellung zu nehmen.

Wenn eine Einigung auf Veröffentlichung des vollen Textes des Non-papers mit kurzer Begleiterklärung des Präsidenten nicht möglich sein sollte, würden wir der Abgabe einer ausführlicheren Erklärung des Präsidenten zustimmen. Wir halten es aber für erforderlich, daß die beteiligten Regierungen in jedem Falle (sowohl bei Kurzform als auch bei ausführlicherer Erklärung) Gelegenheit haben müssen, vorher zum Inhalt der Erklärungen Stellung zu nehmen.

b) Der mit DB Nr. 4749 vom 8.11. übermittelte Inhalt für eine Erklärung des Präsidenten gibt aus hiesiger Sicht die Substanz der im Non-paper ausformulierten Einigung nicht in hinreichend ausgewogener Weise wieder. Sie werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß der Herr Bundesminister des Auswärtigen es für erforderlich hält, daß in jedem Falle in der Erklärung des Präsidenten zum Ausdruck kommt, daß das im Non-paper erzielte Einvernehmen von der Grundlage der auf der Gipfelkonferenz in Versailles erzielten Ergebnisse<sup>11</sup> ausgeht und hieran anknüpft. Deshalb sollte auf die Ergebnisse dieser Gipfelkonferenz Bezug genommen werden. Außerdem sollte insbesondere zum Ausdruck kommen, daß die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa bei der Entwicklung eines stabilen Ost-West-Verhältnisses eine bedeutende Rolle spielen können. (Dieser Passus ist zwar nur in die Erklärung der Bonner NATO-Gipfelkonferenz<sup>12</sup> aufgenommen worden, liegt jedoch auch den Ergebnissen des Versailler Gipfels zugrunde.) Darüber hinaus sollte auch entsprechend der im Non-paper enthaltenen Feststellung zum Ausdruck kommen, daß ein Handelskrieg gegen die Sowjetunion nicht in Betracht kommt.

c) In Übereinstimmung mit den vorstehenden Ausführungen haben wir Alternativentwürfe erarbeitet, die gedankliche Elemente für eine Erklärung des Präsidenten enthalten. Sie werden als Anlage 1<sup>13</sup> (Elemente für eine kurze Erklärung bei gleichzeitiger Veröffentlichung des Non-papers) und Anlage 2<sup>14</sup> (für

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Allgemeine Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles; BULLETIN 1982, S. 469–471. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 180.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Artikel 5 f) der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 344. Vgl. dazu ferner Dok. 179.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigelegt. Im ersten Alternativvorschlag wurde betont, daß „ein Handelskrieg gegen die Sowjetunion nicht in Betracht“ komme: „Die Regierungen sind sich zugleich einig, daß die von ihnen beabsichtigte Fortführung ihrer Handelsbeziehungen mit der SU den westlichen Sicherheitsinteressen in vollem Umfang Rechnung tragen muß. Der Handel darf daher der Sowjetunion keine militärischen oder strategischen Vorteile bringen. Darüber hinaus stimmen sie darin überein, daß sich der Handel mit der Sowjetunion einschließlich der Kreditgewährung auf der Basis strikter Ausgewogenheit der beiderseitigen Vorteile, der Vermeidung jeglicher präferentieller Behandlung und auf der Basis kommerzieller Vernunft vollziehen muß.“ Vgl. die Anlage zu dem Drahterlaß Nr. 6224/6225 vom 10. November 1982; VS-Bd. 10396 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Im zweiten Alternativvorschlag hieß es ergänzend zum ersten Vorschlag: „Einigung wurde erzielt über grundlegende Kriterien, ein Bündel konkreter Maßnahmen und ein Arbeitsprogramm einschließ[lich] einer Reihe dringlicher Studien. Wir sind zuversichtlich, daß diese Studien die Grundlage für eine langfristige Wirtschaftspolitik des Westens gegenüber dem Osten bilden werden. [...] Wir werden Verfahren für eine regelmäßige nachträgliche Prüfung der

den Fall der Abgabe einer ausführlicheren Erklärung, sofern Einigung auf Veröffentlichung des Non-papers nicht zustande kommt).<sup>15</sup>

d) Obwohl das State Department Überarbeitung des auf die Situation in Polen bezüglichen letzten Satzes des amerikanischen Erklärungsentwurfs in Aussicht gestellt hat, haben wir in unserem Alternativentwurf für eine ausführlichere Erklärung auch diesen Satz in einer Weise neu gefaßt, die aus unserer Sicht der Gesamtorientierung des Non-papers entspricht.

e) Nach Abschnitt V des DB Nr. 4749 vom 8.11. sollen die beteiligten Regierungen in die Lage versetzt werden, ihre Entscheidung über die öffentliche Erklärung des Präsidenten im Licht der Ergebnisse der Beratung des NSC über die Aufhebung der Sanktionen zu treffen. Falls die Ergebnisse der NSC-Sitzung unseren im einzelnen dargelegten und von amerikanischer Seite in den wesentlichen Punkten bestätigten Vorstellungen für Inhalt und Umfang der Aufhebung nicht entsprechen sollten, müßte sich dies in der Tat auf unsere Überlegungen im Zusammenhang mit unserer Entscheidung zur Erklärung des Präsidenten auswirken.

[gez.] Per Fischer

**VS-Bd. 10396 (421)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1554*

Finanzbeziehungen errichten und daran arbeiten, unsere Exportkreditpolitik weiter zu harmonisieren. [...] Die Ereignisse in Polen haben unser Bewußtsein für die durch sowjetisches Verhalten bewirkten Probleme geschärft. Diese Einigung wird dazu beitragen, die sowjetische Führung zu überzeugen, daß Akte der Repression und mangelnde Zurückhaltung unsere Entschlossenheit verstärken, unsere Sicherheitsinteressen als ein wesentliches Element innerhalb der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West verstärkt zum Tragen zu bringen.“ Vgl. die Anlage zu dem Drahterlaß Nr. 6224/6225 vom 10. November 1982; VS-Bd. 10396 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>15</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

298

**Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-15449/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4844

**Aufgabe: 10. November 1982, 17.58 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. November 1982, 17.24 Uhr**

Betr.: Längerfristige Entwicklung unserer Polenpolitik

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 26.10.1982 – 214-320.10 POL<sup>2</sup>

Mit der Bitte um Weisung

I. 1) Die Bezugsaufzeichnung entwickelt, in Vorbereitung der bevorstehenden bilateralen und multilateralen Begegnungen, insbesondere im Bündnis, eine Linie für unsere längerfristige Polenpolitik.

2) Angesichts der kaum zu unterschätzenden Bedeutung des Polen-Problems für die Entwicklung zwischen Ost und West in den nächsten Jahren bedarf die Festlegung einer solchen Linie einer besonders eingehenden Prüfung.

3) Ergebnis des Gesprächs bei Herrn BM am 6. Mai 1982 war die Entscheidung des Herrn BM, vor der längerfristigen Festlegung unserer Politik eine weitere Besprechung unter Beteiligung der beiden hauptsächlich betroffenen Botschafter<sup>3</sup> anzuberaumen. Ich bitte um Weisung, ob eine solche Besprechung gegebenenfalls vor der NATO-Ministerratskonferenz<sup>4</sup> weiterhin für tunlich gehalten wird.<sup>5</sup>

II. 1) Operativer Kern unserer Polenpolitik seit Verhängung des Kriegszustandes waren zum einen die drei Forderungen<sup>6</sup>, zum anderen haben wir uns in einem Versuch der Schadensbegrenzung Wirtschaftssanktionen<sup>7</sup> nur in dem Maße angeschlossen, wie dies zum Auffangen weitergehender Vorstellungen erforderlich war.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 11. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 14. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Pfeffer empfahl zur längerfristigen Entwicklung der Polenpolitik folgende Linie: „1) Keine Verhärtung: um Polen auch noch andere als die ‚sowjetische Option‘ offenzuhalten; den Anreiz zur Wiederaufnahme wenigstens eines gewissen Reformkurses zu erhalten; längerfristig die Tür zu normaler Zusammenarbeit offenzuhalten. 2) Keine Abkehr von der beschlossenen Bündnislinie (gemäß NATO-Kommuniqué vom 11.1.1982) im politischen Bereich [...]. 3) Wir sollten im Rahmen des Follow-up von La Sapinière den amerikanischen Wünschen in vertretbarem Maße entgegenkommen, um Tendenzen abzubiegen, die Polen-Frage zur Verhärtung in anderen Bereichen zum Anlaß zu nehmen. 4) In der Frage der Umschuldung sollten wir, zunächst getrennt von den politischen Implikationen, unsere finanzpolitische und wirtschaftspolitische Interessenlage eingehend analysieren“. Insgesamt solle man flexibel vorgehen. Vgl. Referat 214, Bd. 132915.

<sup>3</sup> Andreas Meyer-Landrut, Moskau, und Georg Negwer, Warschau.

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG- und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

<sup>7</sup> Zu den handelspolitischen Maßnahmen der EG gegenüber der UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 81.

2) Dieser Politik lag die Beurteilung zugrunde, daß die Ziele einer auf allmähliche evolutionäre Wandlung in Osteuropa, auch in der SU, gerichteten Ostpolitik mit der zur Verfügung stehenden westlichen Hebelkraft unerreichbar sind und konfrontative Verhärtungen eintreten würden, wenn wir auf die Entwicklung in Polen mit weitergehenden Maßnahmen einwirken würden.

III. 1) Unsere Bemühungen, den KSZE-Prozeß trotz der Entwicklung in Polen am Leben zu erhalten, und die Formulierung der drei Forderungen mußten mit der neuen amerikanischen Administration abgestimmt werden, die ohne eigene Erfahrungen hinsichtlich des relativ geringen Spielraums war, der angesichts des fundamentalen Gegensatzes der Systeme und ihrer Interessen zwischen Ost und West für die oben beschriebene westliche Politik verbleibt.

2) Während es uns im vergangenen Jahr gelungen ist, die SU davon zu überzeugen, daß unsere operative Polenpolitik auf dieser Lagebeurteilung beruht, keine Veränderung des Status quo zwischen Ost und West beabsichtigt, aber auf der Einhaltung sowjetischer und osteuropäischer Engagements als der Grundlage auch für begrenzte Zusammenarbeit besteht, ist dies der Administration nicht gelungen.

3) Die Sowjets haben im vergangenen Jahr im Gegenteil den Eindruck gewonnen, die Administration halte den sowjetischen Hegemonialbereich für innerlich derartig morsch, daß er durch eine entsprechend harte Politik aufgebrochen werden könnte. Das Polenproblem dient den Sowjets als besonders deutlicher Beweis für diese Politik, weil Polen – anders als Afghanistan<sup>8</sup> – seit 1945 zum sowjetischen Hegemonialbereich gehört. Es folgt aus der Fixierung der sowjetischen Außenpolitik auf die USA und ihrem in machtpolitischen Kategorien, wie z. B. in Einflußsphären befangenem Denken, daß sie den Ansatz des Hebels in Polen als Angriff auf ihre eigene hegemoniale Stellung versteht und darauf mit allen jeweils für erforderlich gehaltenen Mitteln reagiert.

4) Bezogen auf die westlichen Forderungen bedeutet dies, wie berichtet (vgl. DB Nr. 2967 v. 16.7.82<sup>9</sup>), daß die dritte Forderung – Aufnahme des Dialogs mit der Solidarität – unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfüllung hat. Weder das Eigeninteresse des kommunistischen Systems in Polen, noch die hegemonialen Interessen der SU erlauben eine Teilung der politischen Macht: Zulassung einer wirklich unabhängigen Gewerkschaft würde zwangsläufig das Machtmonopol der Partei beenden.

5) Vorbehaltlich der Berichterstattung aus Warschau zeigt das Verhalten der polnischen Kirche gerade in den letzten Tagen, insbesondere das kürzliche Gespräch des Primas mit Jaruzelski<sup>10</sup> mit der Ankündigung des Papst-Besuchs<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>9</sup> Gesandter Huber, Moskau, teilte mit, er sehe „insbesondere im Hinblick auf die Forderung nach Wiederaufnahme des Dialogs keine Anzeichen für eine wesentliche sowjetische Flexibilität. [...] Die Sicherung des Machtmonopols einer von ihr kontrollierten Organisation – vorzugsweise der Partei, nolens volens auch des Militärs – ist aus sowjetischer Sicht unabdingbar für ihre Kontrolle Polens. Aus dieser Sicht war es ein entscheidender Fehler der Polen, an diesem Monopol rütteln zu lassen. Die Wiederaufnahme des Dialogs mit einer unabhängigen Gewerkschaft und der Kirche bedeutete aus sowjetischer Sicht, die ‚Wende‘ des 13.12.1981 wieder rückgängig zu machen.“ Vgl. VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Ministerpräsident Jaruzelski und der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, trafen sich am 8. November 1982 in Warschau. Botschafter Negwer, Warschau, resümierte am 19. November 1982: „Die

im Juni, das die sowjetischen Medien noch nicht gemeldet haben, daß auch die polnischen Bischöfe weitere Verschärfungen nicht nur für fruchtlos, sondern sogar für gefährlich halten.<sup>12</sup> Hier kommt die für die Polen natürlich besonders bittere Erkenntnis der Unmöglichkeit von Reformprozessen in Lagen der Konfrontation am deutlichsten zum Ausdruck.

IV. 1) Die in den nächsten Wochen anstehenden innerwestlichen Entscheidungen müssen diese o.g. Sachlage berücksichtigen, wenn der Westen nicht riskieren soll, daß eine Kluft zwischen seiner deklaratorischen Politik und seinem tatsächlichen Verhalten entsteht. Auf Dauer wäre eine solche Diskrepanz kaum durchzuhalten – jedenfalls ginge sie zu Lasten des Westens. Auf längere Frist müssen unsere Interessenlage und die nüchterne Erkenntnis der Grenzen unserer Einwirkungsmöglichkeiten auf den sowjetischen Machtbereich deshalb ausschlaggebend sein.

2) Eine andere Frage, die von der längerfristigen Linie allerdings nicht völlig zu trennen ist, stellt sich hinsichtlich unseres kurzfristigen Verhaltens. Insoweit haben die Gesichtspunkte der Stützung der innerpolnischen Opposition und die kurzfristig nur gering wandelbare amerikanische Haltung eine besondere Bedeutung.

3) Längerfristig sollte es aber unser Bestreben sein, die innerwestliche Kohärenz durch Überzeugung der Administration von der Richtigkeit unserer Lagebeurteilung und des daraus folgenden Konzepts für die Beziehungen zwischen Ost und West zu erreichen. Verschiedene Anzeichen der letzten Zeit deuten auch darauf hin, jedenfalls soweit dies hier in Moskau zu sehen ist, daß die Administration erkannt hat, daß ihre Lagebeurteilung überzogen war.

4) Das Problem, von der daraus entstandenen Rhetorik ohne Gesichtverlust wieder herunterzukommen, erst recht zu einer Zeit, wo die Dinge in Polen sich wieder zuspitzen, ist sicherlich akut. Es ist aber nicht angängig, die westliche Politik gegenüber der SU, das weltpolitisch bedeutendste internationale Verhältnis, davon allzu stark abhängig zu machen.

5) Zur Wahrung unserer Glaubwürdigkeit gegenüber der SU ist Hartnäckigkeit erforderlich. Ein Abrücken von den drei Forderungen kommt deshalb gegenwärtig nicht in Betracht. Weitere Verschärfungen, es sei denn, sie würden von der innerpolnischen Entwicklung erzwungen, sollten aber vermieden werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1557*

Tatsache des Treffens kurz vor dem 10.11., sein Abschluß mit einem Communiqué, in dem sich die Kirche implizit von der Untergrund-Solidarität distanziert (.gemeinsame Sorge um Ruhe, Ordnung und gewissenhafte Arbeit'), und schließlich die Vereinbarung eines konkreten Termins für den Papst-Besuch (18.6.83) unterstreichen, daß die Kirche trotz aller Enttäuschungen zur Fortführung des Gesprächskontakts mit Jaruzelski eine realistische Alternative nicht sieht. Jaruzelski ist für sie letztlich das ‚geringere Übel‘; das Gespräch mit ihm angesichts der existenzbedrohenden Krise des Landes eine nationale Notwendigkeit. Dieses Gespräch ist nach Form und Inhalt von dem noch im Frühjahr erhofften ‚Dialog‘, durch den die Kirche den Weg zu einer ‚Übereinkunft‘ zwischen Staat und Gesellschaft zu ebnen gedachte, weit entfernt. [...] Die Fortführung des Kontakts ohne Illusionen erscheint jedoch als Absicherungselement der langfristigen Erziehungs- und Schutzaufgabe, die der Kirche in einem auf absehbare Zeit kommunistisch beherrschten Polen aufgetragen ist.“  
Vgl. den Drahtbericht Nr. 2071; Referat 214, Bd. 133026.

<sup>11</sup> Zur Frage einer Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 218, Anm. 4.

Der Papst hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

<sup>12</sup> Der Passus: „daß auch die polnischen ... für gefährlich halten“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

Vielmehr sollte in einem anhaltenden Dialog mit der SU immer wieder dargelegt werden, daß Polen für den Westen kein weltpolitischer Hebel ist, daß die Zusammenarbeit zwischen Ost und West aber nur bei sowjetischer Zurückhaltung gegenüber innerpolnischen Entwicklungen lebensfähig bleibt.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13329 (214)

299

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-3978/82 geheim

11. November 1982<sup>1</sup>

Betr.: Modernisierung nuklearer Kurzstreckensysteme der NATO;  
hier: Deutsche Position

1) Zum Arbeitsprogramm der „High Level Group“ der Nuklearen Planungsgruppe gehört eine Untersuchung über Art, Umfang und Grundlage der sich aus der INF-Dislozierung ergebenden Anpassungen und ihrer möglichen Auswirkungen auf die Ausgewogenheit von Aufgaben und Systemen im gesamten nuklearen Arsenal der NATO.<sup>2</sup> Demnächst wird sich die HLG auch mit Art und Umfang der erforderlichen Kurzstreckensysteme (SRINF<sup>3</sup> und SNF) befassen. Eine deutsche Position gibt es dazu noch nicht.

2) Die Überlegungen und bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Nachfolge der Pershing IA der Luftwaffe stellen sich wie folgt dar:

Die Luftwaffe verfügt seit 1963 in zwei Flugkörpergeschwadern über 72 Pershing IA. Diese nuklearen Trägersysteme sind der NATO assigniert. Sie haben eine Reichweite von 750 km.

Die deutschen Pershing-Verbände sind im Rahmen einer kooperativ betriebenen Logistik und Ausbildung an das US-Pershing-I-A-System der US-Army gekoppelt.

Mit der Einführung der reichweitengesteigerten Pershing II (1800 km) bei den US-Verbänden entfällt diese Koppelungsmöglichkeit. Dies führt letztlich dazu, daß die Luftwaffe ihre Pershing IA nur noch bis 1987 einsatzfähig halten kann. Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß das System Pershing IA dann 24 Jahre im Dienst sein und ohnehin an der Grenze der Erhältbarkeit angelangt sein wird.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. Februar 1983 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Studie der High Level Group (HLG) über die nuklearen Kurzstreckenwaffen der NATO („shift study“) vgl. Dok. 294, Anm. 11.

<sup>3</sup> Short Range Intermediate Range Nuclear Forces.

Als einzig geeignetes Folgesystem hat die Luftwaffe eine Pershing-II-Version mit eingeschränkter Reichweite (ca. 750 km) ermittelt.

Dieses Folgesystem trägt den Arbeitsbegriff Pershing IB. Damit sollte unserer Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß es sich hier um die Modernisierung eines vorhandenen und nicht um die Einführung eines neuen Systems handelt. In den USA wird, auch in den Medien, dieses System allerdings als „Pershing II RR“ (Reduced Range) bezeichnet.

Die USA hatten angeboten, diese Version parallel zur Pershing II zu entwickeln und zu erproben. Sie erwarten jedoch für die Entwicklung und Erprobung von der BR Deutschland eine Kostenbeteiligung von 20 Mio. US-Dollar. Diese Mittel will die US-Army vorfinanzieren. Bei einer späteren Beschaffungentscheidung würden sie jedoch berechnet werden, bzw. wären bei Nichtbeschaffung als Verlust auf seiten der BR Deutschland abzubuchen.

Die Bereitschaft der USA zur Vorfinanzierung der Kosten für Restentwicklung und Erprobung gibt uns die Möglichkeit, die Option auf das System Pershing IB offenzuhalten und erst später dafür zu zahlen. Allerdings erwarten die USA eine Garantieerklärung der Bundesregierung zur Übernahme der genannten Kosten.

In einem Brief erbat US-Verteidigungsminister Weinberger die Abgabe der Garantieerklärung bis spätestens November 1982. Gleichzeitig wies er auf die Möglichkeit hin, daß sich beim Hinausschieben der Zusage die Kosten des Programms später beträchtlich erhöhen würden, falls zwischen der Produktion der Pershing II und Pershing IB eine Lücke auftreten sollte. Er führt weiter aus, daß sich die Betriebskosten des alternden Systems Pershing IA und seiner Gefechtsköpfe erhöhen würden. Die vorige Bundesregierung befaßte sich im BSR am 26. April<sup>4</sup> und 1. September d.J. mit diesem Problem. Der damalige Bundesverteidigungsminister<sup>5</sup> sprach sich dabei unter Hervorhebung der sicherheits-, bündnis- und nuklearpolitischen Aspekte für das Offenhalten der Option Pershing IB aus. Er plädierte gleichzeitig für die Abgabe der von den USA gewünschten Garantieerklärung.

Die Entscheidung, das Waffensystem Pershing IB zu beschaffen, wäre in jedem Falle erst 1984 zu treffen.

Der BSR folgte diesem Antrag jedoch nicht. Er faßte den Beschluß:

„Den USA wird auf niedriger Ebene mitgeteilt, daß die Bundesregierung die Modernisierung der deutschen Pershing IA offenhalten will; z. Z. wird dafür allerdings kein Entscheidungsbedarf gesehen.“<sup>6</sup>

Diese Entscheidung wurde den USA mit Billigung des damaligen Bundesverteidigungsministers inoffiziell und mündlich vorab zu Kenntnis gebracht. Unterrichtet wurden der stellvertretende US-Verteidigungsminister Perle am Ran-

<sup>4</sup> Referat 201 hielt am 22. April 1982 fest, der Beschlußvorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 26. April 1982 zustimmen zu wollen, nach der sich die Bundesregierung eine Einführung der Pershing IB offenhalten sollte. Vgl. dazu VS-Bd. 11962 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Hans Apel.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 3. September 1982 über die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 1. September 1982; VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

de der „High-Level-Group-Sitzung“ durch den Stabsabteilungsleiter Militärpolitik im BMVg<sup>7</sup> am 10. September d.J. und General Rogers durch den Generalinspekteur<sup>8</sup>. Eine offizielle Unterrichtung der USA ist bisher nicht erfolgt. Der BSR-Beschluß vom 1. September 1982 wurde auf der Sitzung am 3.11.1982 bestätigt.

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 14109 (010)

300

**Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-15499/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 883  
Citissime

**Aufgabe: 11. November 1982, 22.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. November 1982, 22.46 Uhr**

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen;  
hier: Gespräch mit US-DL Kampelman

Bezug: DE 6177 VS-v vom 9.11.<sup>2</sup>

I. 1) In einem Vier-Augen-Gespräch mit Botschafter Kampelman konnte ich heute unsere in DE enthaltenen Gedanken zum Shultz-Brief ausführlich darlegen und unseren Wunsch, das hiesige Treffen erfolgreich zu beenden, mit sub-

<sup>7</sup> Hans-Peter Tandecki.

<sup>8</sup> Jürgen Brandt.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 14. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung einer Kopie an Botschafter Ruth verfügte und für Ministerialdirektor Pfeffer, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Referat 212 handschriftlich vermerkte: „Es ergeben sich einige Folgerungen: a) BMVg muß unterrichtet werden u. dem Hinweis auf Perle nachgehen (den ich bei seinem Besuch in Bonn 2./3.12. sehen will!). b) D[as] Konzept von K[ampelman] muß bewertet und darüber mit F gesprochen werden. Wir sollten – sehr diskret – mit F über eine Rückfallposition nachdenken, die unserem Hauptziel (BM) dient, d[en] KSZE-Prozeß laufend zu erhalten. c) D 2 A, aber ebenso D 2 (Burt) müssen der Skepsis i[n] Bezug auf KAE im State Depl[ar]t[ment] nachgehen. (Für a) u. c) bitte sich auch d[er] Bo[tschaft] Wash[ington] bedienen.“ Hat Pfeffer am 17. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Pfeffer übermittelte der KSZE-Delegation in Madrid die Bewertung eines Schreibens des amerikanischen Außenministers Shultz vom 8. November 1982 an Bundesminister Genscher: „1) Wir begrüßen, daß USA sich europäischer Linie für Madrid angenähert haben und bereit sind, nach Implementierungskritik auch Verhandlungen – mit Forderungserhöhung – mitzutragen. 2) Wir hätten es vorgezogen, die westlichen Zusatzforderungen zum Kompromißdokument der Neutralen und Ungebundenen (RM.39) nicht in einem einzigen Paket zu präsentieren, können aber diese Lösung aus Gründen der Solidarität mittragen. 3) Neu an diesem Paket erscheint uns der Einschluß eines Expertentreffens zur Familienzusammenführung sowie der Einschluß von Änderungsvorschlägen zum KAE-Mandatsentwurf der Neutralen und Ungebundenen in RM.39.“ Kritisch bewertete Pfeffer den Ansatz der amerikanischen Regierung, ihren Vorschlag im Paket als

stantiellen und allgemeinen Argumenten erläutern. K. ist ein aufmerksamer Zuhörer. Er widersprach mir nicht, als ich den Kompromiß, zu dem sich seine Administration durchgerungen habe, indem sie sich an den Verhandlungen über das Abschlußdokument beteiligen wolle, begrüßte, aber hinzufügte, unsere Regierungen interpretierten diesen Kompromiß bisher noch höchst unterschiedlich. K. versicherte mir, seine Regierung wolle an dem KSZE-Prozeß festhalten. Aus innenpolitischen Gründen allein müsse sie aber auf einer merklichen Verstärkung des menschenrechtlichen Teils oder auf einer deutlichen Verbesserung der Menschenrechtspraxis im WP bestehen. Dies in absehbarer Zeit zu erreichen, halte sie für unwahrscheinlich. Er versicherte mir jedoch, auf sein Anraten und trotz des gegenteiligen Votums der zuständigen Abteilung des State Department habe AM Shultz darauf verzichtet, Präsident Reagan mit dem Gedanken einer Alternative zu dem erfolgreichen Abschluß des Treffens in Gestalt des Belgrad-Plus-Dokuments<sup>3</sup> oder einer erneuten Vertagung des Treffens schon jetzt zu befassen.

2) Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung fügte K. als seine persönliche Meinung hinzu, auch er halte den erfolgreichen Abschluß des Treffens für unwahrscheinlich. Die angespannten Ost-West-Beziehungen verengten den Bewegungsspielraum der SU wie der USA für notwendige Kompromisse, die wegen der gewünschten Gleichgewichtung des Ergebnisses auf beiden Gebieten, dem der Menschenrechtsdimension und dem der KAE<sup>4</sup>, erforderlich seien. Andererseits habe er nach eingehender Unterrichtung durch seine Freunde im Pentagon (u. a. Perle) gelernt, daß eine KAE nicht nur aus bündnispolitischen, sondern auch aus militärpolitischen Gründen für die USA von Nutzen sein könne. Er habe für unsere Argumente gegen eine Alternative zum erfolgreichen Abschluß des Dokuments Verständnis. Er überlege sich indessen, ob es sich nicht lohne, die Diskussion über das KAE-Mandat von den hiesigen, notwendigerweise kontroversen Debatten und ihrer Gleichgewichtsbindung an die Erfüllung der westlichen Menschenrechtsforderungen zu trennen. Die SU wünsche immer noch lebhaft die KAE. Diesen Eindruck habe er aus einem Gespräch mit

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1561*

nicht verhandlungsfähig zu präsentieren, und zusätzlich „östliche ‚Taten‘“ zur Vorbedingung für ein substantielles Schlußdokument zu machen. Dies gefährde die Unterstützung der neutralen und nichtgebundenen KSZE-Mitgliedstaaten. Vgl. VS-Bd. 13240 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Zum amerikanischen Vorschlag für ein „Belgrad-Plus-Dokument“ vgl. Dok. 270.

<sup>4</sup> Zur amerikanischen Haltung zur Einsetzung einer KAE vgl. Dok. 250, Anm. 12.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte am 9. November 1982: „1) In einer vertraulichen Diskussion im Viererrahmen äußerte Burt vor kurzem die Ansicht, VBM einer KAE müßten – ‚wie unsere Experten sagen‘ – nicht notwendigerweise zugunsten des Westens wirken. Bei dieser Überlegung Burts dürften die US-Pläne zur Verteidigung westlicher Interessen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets durch den Einsatz einer ‚Rapid Deployment Joint Task Force‘ (RDJTF oder RDF) eine wichtige Rolle spielen. 2) Eine vorläufige IMS-Studie vom 6.8.82 über die militärischen Auswirkungen des RDF-Einsatzkonzepts für Südwestasien auf die Verteidigungsplanung der Allianz in Europa weist u. a. auf mögliche Interessenkonflikte zwischen RDF-Dislozierungsplänen und geltenden oder künftigen Rüstungskontrollvereinbarungen hin: Die im Rahmen eines RDF-Einsatzes in S[üd]W[est]A[sien] entstehende Notwendigkeit von taktischen Luftbewegungen, Lufttransportbewegungen, Personalstärkenaufwüchsen in Europa wird in dieser Studie als (potentiell) konfligierend mit den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, denkbaren Ergebnissen bei MBFR und zu erwartenden VBM einer KAE gesehen“. Vgl. VS-Bd. 13243 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

DL Kowaljow gewonnen. Botschafter Dobrynin habe diesen Eindruck in Washington bestätigt, als er K. am 5. zu einem eingehenden Meinungsaustausch vor seinem Abflug hierher eingeladen habe. Beide sowjetische Gegenüber hätten gesagt, sei erst einmal die Einigung über die KAE unter Dach und Fach, ließe sich die Lösung menschenrechtlicher Schwierigkeiten viel leichter an. K. nannte sich zu realistisch, als daß er solchen Lockungen blindlings vertraue. Dennoch frage er sich, ob es nicht ein Vorteil sein könnte, die Fessel, die die Bindung zwischen der menschenrechtlichen Dimension und der KAE im Rahmen dieses Treffens darstelle, abzustreifen. Man könne sich denken, daß sich das hiesige Treffen auf das Frühjahr 1983 ohne Schlußdokument vertage<sup>5</sup>, aber bei der Vertagung zwei voneinander unabhängiger Expertentreffen vereinbart werden, welche je fünf Wochen zu tagen und der nächsten Phase des Madrider Folgetreffens zu berichten hätten. Von dem Expertentreffen über Menschenrechtsfragen erwarte er sich nichts, von dem über das KAE-Mandat vielleicht etwas, jedenfalls mehr<sup>6</sup> als bei den hiesigen Verhandlungen. Das State Department halte auf Arbeitsebene an seiner Skepsis gegenüber der KAE fest, doch glaube er, diese Einwände durch seinen Einfluß bei AM Shultz und im Weißen Haus überwinden zu können.

3) Durch zwei Vorkommnisse zeigte sich K. irritiert, weil sie sein hiesiges Prestige gefährdet hätten: Gwertzmans KSZE-Vorschau in der NYHT vom 8.<sup>7</sup> habe dem Bild des Bündnisses nach außen geschadet; die Verzögerung der Entscheidung des Präsidenten über die amerikanische Teilnahme an den KSZE-Verhandlungen habe im Inneren die Verbündeten zu Recht verstimmt – bei weniger bürokratischer Behandlung sei sie durchaus vermeidbar gewesen.

II. 1) Ks persönlich geäußelter Gedanke ist nicht neu. Im vergangenen Jahr war er von französischer Seite in die Diskussion gebracht worden.

2) Ich gewann den Eindruck, daß K. mit diesem Gedanken seine frühere Vorliebe für das Belgrad-Plus-Dokument variiert, er aber nicht auf ein baldiges Ende des jetzigen Treffens drängen wird.

<sup>5</sup> Das KSZE-Folgetreffen in Madrid wurde am 9. Februar 1982 mit einer Debatte über die Situation in Polen wiederaufgenommen. Am 12. März 1982 beschlossen die Teilnehmerstaaten, das Treffen bis zum 9. November 1982 zu unterbrechen. Die Delegationen verabschiedeten sich am 17. Dezember 1982 bis zum 8. Februar 1983 in die Weihnachtspause. Zum Stand vermerkte Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation): „Unseren Zielen entsprechend hat die sechste Phase des Madrider Folgetreffens sich nicht in Implementierungskritik erschöpft, sondern aufgrund der vom Westen neu eingebrachten Vorschläge auch Verhandlungen zur Sache gebracht. Sie wurden von den USA sowohl im Menschenrechtsbereich als auch zu einer KAE vorbehaltlos und aktiv mitgetragen. Dieser Verlauf ist als ein Erfolg zu werten. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Verhandlungspaket, auf welches sich der Westen geeinigt hatte, um den Vereinigten Staaten die Teilnahme an Verhandlungen zu ermöglichen, die Verhandlungen erschwert. Aber auch unabhängig hiervon zeigte sich, daß die fortbestehenden grundsätzlichen Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Menschenrechte sowie die gegensätzlichen Konzepte einer KAE einer Einigung in Madrid nach wie vor entgegenstehen. Dabei konnte, auch in Teilbereichen, keine Einigung über ein Schlußdokument erzielt werden. [...] Die Implementierungskritik, an welcher sich zunächst alle westlichen Delegationen beteiligten, war – auch hinsichtlich Polens – merkbar gedämpfter als in der fünften Phase.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1023 vom 17. Dezember 1982; Referat 212, Bd. 133422.

<sup>6</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Warum mehr?“

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „9.“

Vgl. den Artikel von Bernard Gwertzman „U.S. Now Will Resume Madrid East-West Talks“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 8. November 1982, S. 1.

3) Ich rege an, daß der BM in seinem Gespräch mit AM Shultz<sup>8</sup> unsere Verhandlungsziele noch einmal verdeutlicht.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 13240 (212)

### 301

#### Botschafter Jovy, Bukarest, an Staatssekretär von Staden

114-15537/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 628  
Citissime nachts

Aufgabe: 13. November 1982, 14.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 13. November 1982, 16.53 Uhr

Betr.: Deutsch-rumänische StS-Konsultationen in Bukarest vom 11. bis  
13.11.1982;  
hier: Gespräch mit Minister-Staatssekretär Pungan

Minister-Staatssekretär Pungan empfing Herrn StS von Staden am 12.11. um  
16.00 Uhr.

Minister-Staatssekretär Pungan verwies<sup>2</sup> einleitend auf Vergangenheit seiner  
Gespräche und gegenseitigen Besuche mit StS van Well.<sup>3</sup> Rumänien wünsche

<sup>8</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1982 vgl. Dok. 332 und Dok. 333.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

Hat Staatssekretär von Staden am 13. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte: „Bitte Kopien so vorlegen. Teil 2 wird unkorrigiert in Kopie zu Ihnen kommen. Note-taker war der allein anwesende Botschafter Jovy. AM Andrei hat am Ende d[es] Gesprächs mit ihm Lösung in Aussicht gestellt und Gespräch des Beauftragten angeboten. Dg 21 ist unterrichtet.“ Ferner hielt er fest: „Dies[es] Ex[emplar] RL 214 für Reinschrift.“ Vgl. Anm. 25.

Hat Staden am 14. November 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort. Ber[eitschafts-]Dienst: Bitte S. 2 letzter Abs. u. vorletzter Abs. ++ ei[n]fügen nachts als Korrigendum nach Moskau durchschicken. G[ra]f York: Ende muß umgeschrieben werden. 010 Änderungen durchsehen.“ Vgl. Anm. 30 und 34.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 18. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fleischhauer verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vorab m[it]d[er]B[itt]e um Berichtigung, wenn Arb[eits]ex[emplar] von MB zu Ihnen gelangt.“

Hat Fleischhauer am 18. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bertele und Referat 513 verfügte.

Hat Bertele am 18. November 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck am 19. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „wies“.

<sup>3</sup> Staatssekretär van Well vermerkte am 19. Dezember 1977 über Gespräche mit dem Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, am 15./16. Dezember 1977 in Bukarest: „Ich trug Pungan vor, daß wir an einer Fortsetzung der laufenden Familienzusammenführung und der Lösung humanitärer Fälle stark interessiert seien. Wir seien bereit, die Aktion, die am 30.6.1978 ausläuft, durch eine neue Absprache fortzusetzen, wobei wir in der Erwartung größeren rumänischen Entgegen-

aufsteigende Linie der Beziehungen auf allen Gebieten. Anlässlich des Besuchs des Herrn Bundespräsidenten übergebenes Memorandum<sup>4</sup> sei eigentlich nur Zusammenfassung der Gespräche mit Herrn van Well gewesen. Die Probleme bestünden fort, neue seien hinzugekommen, und es würde ihn interessieren, wie wir sie wieder aufgreifen könnten.

StS entgegnete, daß für den kulturellen und konsularischen Bereich Fragen leicht zu beantworten.<sup>5</sup> Diesbezügliche Verhandlungen hätten kürzlich stattgefunden. Frage des Kulturinstituts<sup>6</sup> sei gelöst. Ausführungsprobleme zu Kulturabkommen würden in Kürze verhandelt.<sup>7</sup> Wir wollten Belegung des Austauschs auf allen Gebieten. Die konsularischen Besprechungen<sup>8</sup> seien gut verlaufen. Allerdings gebe es für gewisse Probleme noch keine Lösung. Man könne den Rechtsverkehr über diplomatische Vertretungen oder direkt zwischen den Behörden abwickeln. Wir seien zu beidem bereit. Ein Konsularabkommen kön-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1564*

kommens in der Ausreisefrage bereit seien, auch in der Frage der Ausgleichszahlungen bei den für den rumänischen Staat entstehenden Nachteilen größeres Entgegenkommen zu zeigen.“ Vgl. VS-Bd. 14076 (010); B 150, Aktenkopien 1977.

Eine weitere Gesprächsrunde fand am 22./23. Dezember 1977 statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 376.

Vom 5. bis 7. Januar 1978 trafen sich van Well und Pungan erneut. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11.

<sup>4</sup> Bundespräsident Carstens hielt sich vom 26. bis 30. Oktober 1981 in Rumänien auf.

Die rumänische Regierung überreichte Carstens am 30. Oktober 1981 ein Memorandum, in dem vorgeschlagen wurde: „Die Gewährung eines Kredits in Höhe von 1 Mrd. DM für eine Zeitspanne von vier bis fünf Jahren, mit einem Zinssatz, wie er für Entwicklungsländer üblich ist. [...] Der vorhandene Plafond für Exporte der Hermes-Garantie in Höhe von 1 Mrd. DM sollte auch für den Import einiger Rohstoffe und Halbfabrikate (Kohle, Koks, chemische Erzeugnisse, Metalle usw.) vom Markt der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden können. [...] Die Intensivierung der Bemühungen für die gemeinsame Verwirklichung eines Industrievorhabens im Bereich Temeschwar, so wie das vereinbart wurde. Angesichts seiner besonderen Merkmale sollte die Verwirklichung dieses Vorhabens neben der Zusammenarbeit auf der üblichen wirtschaftlichen Grundlage zwischen rumänischen und deutschen Firmen von den Regierungen der beiden Länder unterstützt werden. Der Beitrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland sollte im wesentlichen darin bestehen, daß ein Betrag von 300 bis 400 Millionen DM unter den Bedingungen einer Wirtschaftshilfe gewährt wird.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141272.

<sup>5</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Witte, z. Z. Bukarest, teilte am 3. November 1982 mit: „Nach dreitägigen, bis zum Schluß zähen Verhandlungen wurde heute eine ergänzende Vereinbarung zu der Vereinbarung von 1978 über die gegenseitige Besitzüberlassung von Gebäuden für Kulturinstitute in Bukarest und München unterzeichnet. [...] Die ergänzende Vereinbarung war notwendig geworden, weil die rumänische Regierung einseitig auf das Gebäude in München und damit vorläufig auf die Errichtung eines rumänischen Kulturinstituts in der Bundesrepublik Deutschland verzichtet. Unser Verhandlungsziel, auch unter diesen Umständen die Fortsetzung unserer Arbeit unseres Instituts zu sichern und die Reziprozität im Prinzip aufrechtzuerhalten, wurde erreicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 590; Referat 214, Bd. 139579.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 919 f. Vom 14. bis 17. Dezember 1982 fanden in Bukarest Verhandlungen über das fünfte Zweijahresprogramm zur Ausführung des Kulturabkommens statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kalkbrenner, z. Z. Bukarest, berichtete: „Obwohl die beiden Entwürfe für das Programm in mehreren Parteien weit voneinander abwichen, konnten doch Kompromisse gefunden werden, die die wesentlichen Elemente des Kulturaustauschs erhalten. Insbesondere der Personenaustausch, wenn auch überwiegend durch unser eigenes Angebot, die Zahl der Lektoren, ihr Status, der Zugang zu Archiven, Gastspielreisen und Ausstellungen sind durch entsprechende Bestimmungen des Programms abgesichert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 728 vom 17. Dezember 1982; Referat 214, Bd. 139576.

<sup>8</sup> Am 1. Oktober 1982 fanden in Bukarest Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über Konsularfragen statt, bei denen insbesondere der Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen besprochen wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 512 vom 13. Oktober 1982; Referat 214, Bd. 139540.

ne nur dann geschlossen werden, wenn es alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit<sup>9</sup> einbezüge<sup>10</sup>. Das mache aber<sup>11</sup> Rumänien Schwierigkeiten. Es seien<sup>12</sup> keine Rechtsfragen, sondern der politische Hintergrund, der hier entgegenstände.

Der Inhalt des Memorandums sei bei verschiedensten Gelegenheiten besprochen worden, zuletzt am 6. August durch Ministerialdirektor Fischer mit rumänischem Botschafter Râmbu in Bonn in eingehender Weise.<sup>13</sup> Er nehme an, daß ihm genauer Bericht darüber vorliege. Deutsche Seite habe sich, wie er daraus wissen müsse, große Mühe gegeben, aber es seien ihm auch Grenzen dargelegt worden, bis zu denen wir gehen könnten. Realisierung sei letztlich eine Frage unternehmerischer Entscheidung, auf die Bundesregierung keinen Einfluß habe. Wenn Garantierahmen der Hermes-Versicherung noch blockiert sei, so nur wegen der nicht abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen. Das sei eine Folge unserer Gesetzgebung. Wir seien daher sehr erfreut, daß Rumänien Einladung zu diesbezüglichen Verhandlungen zum 16.12. angenommen habe. Die Bundesregierung begrüße das besonders<sup>14</sup>, da sie sich in multilateralem Rahmen besonders für Rumänien eingesetzt habe.<sup>15</sup>

Pungan äußerte sich dann, daß Plafond von zunächst 700 Mio. DM, dann 1 Milliarde Bestandteil einer Paketvereinbarung gewesen sei. Im Gespräch mit Herrn van Well hätten sie nicht davon gesprochen, daß diese einseitig aufgehoben werden könne. Bisher habe Rumänien nicht darauf hingewiesen. Man wolle in die Zukunft sehen, freue sich aber, daß in der Bundesrepublik Deutschland po-

<sup>9</sup> Die Wörter „deutscher Staatsangehörigkeit“ wurden von Staatssekretär von Staden gestrichen.

<sup>10</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär von Staden handschriftlich ein: „die wir verträten“.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er ein: „offenbar“.

<sup>12</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär von Staden handschriftlich ein: „für Rumänien wohl“.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor Fischer traf sich am 6. August 1982 mit dem rumänischen Botschafter Râmbu, um eine offizielle Antwort auf das rumänische Memorandum vom 30. Oktober 1981 zu erteilen: „Herr D4 äußerte einleitend seine Befriedigung über das von uns im Rahmen unserer Möglichkeiten stark geförderte positive Ergebnis der Umschuldungsverhandlungen mit Rumänien im Pariser Club vom 28.7.1982. Die rumänische Seite habe sich damit den deutschen Vorschlägen für eine multilaterale Umschuldung angeschlossen, obwohl sie zunächst eine bilaterale Umschuldung angestrebt habe.“ Zum Memorandum führte Fischer aus: „Die Bundesregierung vergebe grundsätzlich keine staatlichen oder zinsvergünstigten Kredite an Länder, die nicht zu den offiziell anerkannten Entwicklungsländern gehören. [...] Hinsichtlich der Gewährung von Hermes-Garantien hätten wir nach dem Umschuldungsantrag Rumäniens keine Möglichkeit mehr gehabt. Nach der erfolgten multilateralen Umschuldung müsse diese nunmehr durch bilaterale Vereinbarungen ausgefüllt werden. Die Bundesregierung werde sich nach besten Kräften bemühen, daß ein derartiges Abkommen möglichst rasch abgeschlossen werde. [...] Die Bundesregierung habe zusammen mit der rumänischen Regierung Rahmenbedingungen für eine langfristige Zusammenarbeit deutscher und rumänischer Unternehmen im Raum Temeschwar geschaffen [...]. Mit der Bereitstellung von Sonderbürgschaften für das Projekt Temeschwar bis zu einer Höhe von 1 Mrd. DM hätte die Bundesregierung einen außerordentlichen Beitrag geleistet, der bisher noch nicht ausgenutzt worden sei. [...] Zusätzliche Leistungen in Form von zinsgünstigen Krediten [...] könnten nicht erbracht werden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 141274.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 10. November 1982: „Der Hinweis auf ‚die bei den Umschuldungsverhandlungen von Rumänien angewandte Verschleierungs- und Verschleppungstaktik‘ ist nicht ganz verständlich. [...] Bei den durch staatliche Bürgschaften gedeckten Krediten war unumstritten, daß die Umschuldungsverhandlungen multilateral in dem dafür vorgesehenen Pariser Club unter Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgen sollten. Dabei war ein Versuch, ‚die Verhandlungspartner gegeneinander auszuspielen‘, nicht möglich, da hier alle Gläubiger gemeinsam mit Rumänien verhandelten.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141278.

litisches Interesse für Projekt Temeschwar<sup>16</sup> noch vorhanden sei. Projekt müsse auf wirtschaftliche Grundlage gestellt werden, aber Unterstützung durch beide Regierungen sei notwendig.

Wünsche, Hermes-Kreditgarantien der Paketvereinbarung auf Rohstoffe und halbfertige Waren zu erweitern, seien nicht erfüllt worden. Allerdings wäre die Bundesregierung nicht dagegen gewesen, daß Rumänien mehr verkaufen konnte, als es gekauft habe, um seine Schulden zu bezahlen. Rumänien würde diese Vereinbarung gerne wieder aufnehmen und zu positiven Resultaten kommen.

StS erläuterte darauf deutsches Interesse an Außenhandel und schwierige wirtschaftliche Lage im Zusammenhang mit der Weltkonjunktur. Auch in dieser Lage bewahre die Bundesrepublik ihre antiprotektionistische Haltung. Die Bundesrepublik Deutschland sei exportabhängiges Land; wir hätten selbst Maßnahmen respektiert, die uns trafen. Wirtschaftliche Fragen würden bei Besuch rumänischen Außenhandelsministers Constantin in Bonn<sup>17</sup> und von gemischter Kommission<sup>18</sup> besprochen werden.

Er wies auf Hemmnis der Kompensationen hin und erläuterte weltweite Gültigkeit der Hermes-Bedingungen.

Herr Pungan wollte das Gespräch hier nicht weiterführen, sondern Außenhandelsminister und gemischter Kommission überlassen, bemerkte aber, daß Ursache rumänischer Schulden im Ungleichgewicht des Handels zu suchen und es daher gezwungen sei, Kompensationen zu verlangen. Krisensituationen ...<sup>19</sup> nur durch Erweiterung des Handels überwunden werden. Lösungen im beiderseitigen Interesse würden sicher gefunden. Er sei Optimist.

StS stimmte zu, daß für viele Fragen Lösung gefunden werden könnte. Herr Pungan würde ja unser Land kennen. Keiner überträfe uns an Liberalität, daher stünden wir auch an der Spitze des Osthandels. Mit kritischer Weltwirt-

<sup>16</sup> Präsident Ceauşescu schlug Bundeskanzler Schmidt am 6. Januar 1978 in Bukarest ein gemeinsames Großunternehmen in Temeschwar vor, in dem schwere Werkzeugmaschinen und hydraulische Anlagen hergestellt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3.

Die Gemischte Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit beschloß auf ihrer Tagung vom 10. bis 12. Dezember 1980 in Bonn die Einsetzung der „Arbeitsgruppe Timisoara“, die Rahmenbedingungen für Projekte im Raum Temeschwar entwickelte und einzelne Vorhaben auf den Gebieten Hydraulik und Elektronik benannte. Der Bericht wurde am 12. Mai 1981 in Bonn unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Referat 421, Bd. 141274.

<sup>17</sup> Der rumänische Botschafter Rambu brachte gegenüber Staatssekretär von Staden in einem Gespräch am 29. November 1982 folgendes Anliegen vor: „Seine Botschaft habe mehrfach beim BMWi um einen Besuchstermin für den rumänischen Außenhandelsminister, jetzt Herr Vasile Pungan, nachgesucht. Weder für dieses Jahr, noch für das erste Vierteljahr 1983 sei jedoch ein Termin zugesagt worden. Er bitte den Staatssekretär um seine Unterstützung, daß der Besuch wenigstens in der zweiten Januarhälfte 1983 stattfinden könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

Der rumänische Außenhandelsminister Pungan hielt sich vom 16. bis 22. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

<sup>18</sup> Die deutsch-rumänische Gemischte Kommission tagte am 9./10. Dezember 1982 in Bonn. Ministerialdirektor Fischer vermerkte dazu: „Die die deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen belastenden Probleme – Umschuldung (insbesondere Hermes-versicherte Lieferantenkredite), Zahlungsverzögerungen, Kompensation, Rückgang des Warenverkehrs – wurden offen diskutiert. [...] Die rumänische Seite bat um Verlängerung des im Juni nächsten Jahres auslaufenden Kooperationsabkommens um weitere zehn Jahre. Die deutsche Seite erwiderte, daß Verlängerung in beiderseitigem Interesse liege. Im Protokoll [...] wurde vereinbart, daß möglichst bald Gespräch über die Verlängerung des Abkommens aufgenommen werden sollten.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141272.

<sup>19</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

schaftslage sei allerdings auch weiterhin zu rechnen. Er empfahl, den Bericht Botschafter Râmbus über Gespräch mit MD Fischer einzusehen, und begrüßte es, daß Außenhandelsminister Constantin in Kürze mit einer wirtschaftlichen Autorität wie Graf Lambsdorff zusammenkommen würde.

Er möchte jetzt aber zu Erörterung eines besonderen Themas übergehen:

Sicher sei Herr Pungan über Gespräch in kleinem Kreise gestern mit Minister-Staatssekretär Duma<sup>20</sup> unterrichtet. Herr Pungan habe auf rumänischer Seite die diesbezüglichen Gespräche mit StS van Well geführt und sei daher voll unterrichtet. Aufgrund der Abmachungen von 1978 sei man zu einvernehmlichen Lösungen gelangt; eine gewisse Anzahl von Personen sollte jährlich ausreisen, und wir haben entsprechende Leistungen erbracht. Die Bundesregierung hält Absprache für vorteilhaft für Rumänien. Wir hätten damit anerkannt, daß sich bei Ausreisen auch finanzielle Nachteile für Rumänien hätten ergeben können. Aber es sei Ausgleich durch unsere Zahlungen erfolgt, und die Absprachen hätten sich im großen und ganzen gut bewährt.

Bundesregierung habe daher neues Dekret<sup>21</sup> mit gewisser Sorge betrachtet und durch ihren Botschafter in Bukarest<sup>22</sup>, gegenüber dem rumänischen Geschäftsträger in Bonn<sup>23</sup>, aber auch durch ihn selbst gestern diesen Sorgen Ausdruck gegeben. Deutsche Seite möchte gerne Gewißheit, daß Anwendung dieses Dekretes die Familienzusammenführung, die auf „lex specialis“ unserer Vereinbarungen beruhe, nicht betreffe. Was Minister-Staatssekretär Duma ihm in dieser Hinsicht gesagt habe, hätte nicht dazu beigetragen, ihn zu beruhigen. Dieser habe gesagt, daß in unserem Fall nicht alle betroffen seien, aber schät-

<sup>20</sup> Staatssekretär von Staden und der Minister-Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Duma, sprachen am 11. November 1982 unter anderem über die bilateralen Kulturbeziehungen, die Rechts- und Konsularbeziehungen sowie die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139540.

<sup>21</sup> Botschaftsrats I. Klasse Bensch, Bukarest, übermittelte am 8. November 1982 den Text des rumänischen Dekrets über die Rückerstattung von Ausbildungskosten ausreisewilliger Personen vom 22. Oktober 1982. Dazu bemerkte er: „Dekret enthält eine Reihe von teilweise massiven finanziellen Erschwernissen für Ausreisewillige. Im Grundsatz sollen alle irgendwie gearteten Leistungen rum[änischen] Staates vor Ausreise zurückerstattet werden. [...] Finanzielle Belastungen des Dekrets dürfte vielen Antragstellern Ausreise faktisch unmöglich machen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß prohibitiver Charakter der Neuregelung bezweckt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 214, Bd. 139574. Vgl. dazu ferner Dok. 326.

<sup>22</sup> Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 10. November 1982, er habe am selben Tag beim Minister-Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Duma, die „sehr große Besorgnis der Bundesregierung“ in bezug auf das Dekret vom 22. Oktober 1982 betont: „Duma regte von sich aus an, die Frage nach eigener eingehender Unterrichtung über die Detailfragen umfassender mit Herrn StS von Staden bei bevorstehenden Konsultationen zu besprechen. Er betonte jedoch, daß Dekret nicht zur Diskussion gestellt werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kroneck informierte die Botschaft in Bukarest am 10. November 1982 über ein Gespräch des Ministerialdirigenten Bertele mit dem Botschaftsrat an der rumänischen Botschaft, Ceaşu, vom Vortag über das Dekret vom 22. Oktober 1982. Bertele habe Ceaşu um eine Bestätigung der Annahme gebeten, „daß dieses Dekret auf ausreisewillige deutsche Volksgugehörige nicht Anwendung finde“. Ceaşu habe erklärt, „daß ihm selbst einige Teile [...] nicht ganz klar seien und er deshalb seine Regierung um aufklärende Weisung gebeten habe. Diese liege noch nicht vor.“ Er habe jedoch „auf persönlicher Basis“ drei Punkte erwähnt: „Das Dekret betreffe seiner Ansicht nach nur die Beziehungen zwischen dem rumänischen Staat und rumänischen Staatsbürgern; er wisse nicht, ob durch das Dekret irgendwelche in der Vergangenheit geschlossenen Abkommen berührt würden; die Präambel des Dekrets brächte Zweck und Ratio der neuen Maßnahmen klar zum Ausdruck.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6201; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

zungsweise doch 20 v.H. Inzwischen seien erste Informationen bei Botschaft vorhanden, wobei Beträge gefordert, die sehr hoch lägen.<sup>24</sup>

Da überdies in Valuta gezahlt werden müsse, sei das Gleichgewicht in unseren Abmachungen verschoben. Er appelliere daher sehr dringend, daß bei Anwendung Dekretes, zu dem noch keine Ausführungsbestimmungen vorlägen, die Absprachen, die zwischen ihm und Herrn van Well getroffen worden seien, als *lex specialis* behandelt und nicht vom Dekret betroffen würden.

<sup>25</sup>Der Komplex der Familienzusammenführung habe immer eine ganz besondere Rolle gespielt, die nicht unterschätzt werden sollte. Unsere Beziehungen seien im großen und ganzen zufriedenstellend verlaufen, und wir möchten daher keine Änderungen. Herr Pungan wies dagegen darauf hin, daß das Dekret nur Verhältnisse mit rumänischen Staatsbürgern regele. Es mache keine Diskriminierung gegenüber Staaten, mit denen Familienzusammenführung durchgeführt würde. Rumänien beabsichtige in keiner Weise Änderung seiner humanitären Politik. Regelung beziehe sich auf bestimmte ökonomische Aspekte in Zusammenhang mit Personen, die eine höhere Ausbildung in Rumänien genossen hätten und das Land verlassen wollten. Die Ausbildung sei aber vom Staat finanziert worden, und man wisse im übrigen auch in Europa, welche großen Anstrengungen z.B. mit der Ausbildung auf medizinischem und technischem Gebiet verbunden seien. Wenn solche Personen das Land verließen, hinterließen sie eine finanzielle Lücke, und ihre Ausbildungskosten würden so an andere Staaten verschenkt. Für deutsche Techniker, die im Rahmen von Projekten nach Rumänien kämen, müsse man hier bis zu 10 000 Dollar im Monat bezahlen. Es ginge Rumänien nicht um Änderung in der Familienzusammenführung, sondern um Wahrung seiner Interessen. Er stimme zu, daß wir eine Absprache getroffen hätten. Sie hätte damals dem Gleichgewicht unserer Interessen entsprochen und sei gut verlaufen. Dieses Gleichgewicht sei aber auch durch die unilaterale Aufkündigung der vorher genannten Paketvereinbarung gestört worden wie durch Nichtverwirklichung des Temeschwar-Projektes. Er setze das nicht in eine Beziehung zum Dekret, aber er habe den Eindruck, daß ein Gleichgewicht wiederhergestellt werden müsse.

Trotzdem: Das Dekret betreffe alle rumänischen Staatsbürger. Aber Rumänien sei bereit, mit uns darüber zu sprechen, ein Alarmsignal sei nicht vonnöten. Man könne Lösungen im Geiste der Gegenseitigkeit finden. Die Formel, die wir bisher gefunden hätten, habe gut funktioniert. Er sehe nicht ein, daß wir auch zukünftig nicht eine Formel finden könnten. Hier möchte er nur sagen, daß wir darüber diskutieren könnten.

StS erklärte, hierauf zwei Bemerkungen und eine Frage äußern zu wollen:

1) Er glaube, daß man in einem Punkt ganz klar sehen müsse. Die Absprachen, die damals getroffen worden seien, hätten nicht beinhaltet, daß wir die Regeln der Hermes-Kreditgarantien hätten ändern wollen. Wir hätten diesbezüglich nur im Rahmen unserer Gesetze gehandelt und nicht anders gekonnt. Bezüglich des Temeschwar-Projektes hätten wir alles Mögliche getan, auch mit unserer Indu-

<sup>24</sup> So in der Vorlage.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 628 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

strie ernsthaft gesprochen, und schlossen nicht aus, daß noch Interessenten zu finden seien, aber es handle sich hier um eine Unternehmerentscheidung.

2) Was die Familienzusammenführung anbeträfe, sei er sehr befriedigt über Bereitschaft der rumänischen Seite, mit uns darüber zu sprechen. Er wolle die Bemerkung über das Dekret jetzt nicht juristisch untersuchen. Seine Bestimmungen ständen aber nach unserer Auffassung auch nicht in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki<sup>26</sup>.

...<sup>27</sup> lautende Bestimmungen seien in einem großen<sup>28</sup> ...<sup>29</sup> des Ostblocks schon 1972 verkündet, aber in Zusammenhang mit der Helsinki-Konferenz 1975 wieder aufgehoben worden.

Die Vereinbarung finanzieller<sup>30</sup> Regelungen hatten bisher der Tatsache Rechnung getragen, daß der Weggang von Personen ein Verlust bedeuten könne. Im Falle von Kindern und alten Menschen sei das wohl nicht gegeben. Aber es sei Sinn unserer Abmachungen gewesen, diesen Faktoren Rechnung zu tragen. Wir könnten nicht Leistung zweimal erbringen. Er müsse in diesem vertraulichen Gespräch betonen, daß von der Person, die an uns herangetreten sei, ein Betrag von 40 000 DM in Valuta gefordert worden sei. Er frage sich, wie ein Mann das aufbringen könne. Entweder würde er von der Familienzusammenführung ausgeschlossen oder wir müßten es aufbringen, aber das sei dann eine Doppelbelastung.

Er möchte das Dekret nicht weiter in seinen Einzelheiten erörtern, aber er hielte es für wichtig, ihm ganz deutlich zu sagen, wir sähen hier ein Problem, das wir für ernst hielten.

3) Seine Frage gehe dahin, wie Problem weiter behandelt werden solle. Er denke an die bisherigen Kanäle. Unser bisheriger Beauftragter<sup>31</sup> habe sich schon mit seinen Partnern in Rumänien in Verbindung gesetzt.

Pungan sagte dazu, das Problem sei bisher nur in engstem Kreise besprochen worden, und man solle es auch in kleinstem Kreise weiter behandeln. Rumänien werde auch darüber nachdenken. Er stelle Dekret nicht in Frage, aber man sei bereit, mit uns zu reden, weil eine besondere Absprache bestehe.

Helsinki stände seiner Ansicht nach nicht im Widerspruch zu diesem Dekret. Helsinki habe nicht gewollt, daß kleine Länder Personen ausbilden sollten, die dann kostenlos den reichen zur Verfügung gestellt werden müßten. Er wiederhole, daß das Dekret die Familienzusammenführung nicht in Frage stelle, die bereits ...<sup>32</sup> vor unserer Absprache durchgeführt worden sei. Rumänien wolle auch keine finanziellen Verluste haben. Es hätte sie auch nicht, wenn alle zu

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>27</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>28</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen.

<sup>29</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>30</sup> Die Wörter „Vereinbarung finanzieller“ wurden von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Vereinbarungen seien ein Gleichgewicht in sich. Die finanziellen“. Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1.

<sup>31</sup> Heinz Günther Hüsich.

<sup>32</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

Hause blieben. Als seinerzeit von unserer Vereinbarung gesprochen worden sei, hätte Rumänien sicherlich nicht daran gedacht, einen außergesetzlichen Rahmen für die Hermes-Kreditgarantien zu verlangen, aber auch nicht bedacht, daß sie einseitig gekündigt werden könnten. Er könne auch das Temeschwar-Projekt nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilen, aber beide Regierungen hätten sich verabredet, es<sup>33</sup> zu unterstützen.

Er wiederholte nochmals, da wir eine Absprache besäßen, könnten wir über die Auswirkungen Dekrets sprechen. Die Erfahrung zeige, daß wir immer eine Lösung gefunden hätten. Staatssekretär schloß mit den Worten, als Mensch könne er beruhigt sein, da Kurve berechenbar. Als Politiker müsse er Optimist bleiben.<sup>34</sup>

Zu obiger Frage äußerte sich Andrei gegenüber StS, daß wir zu einer Lösung über besondere Kanäle verfügen und diese auch benutzen sollten. Wunsch nach Lösungen im gemeinsamen Interesse müsse nicht nur für den heutigen Tag gelten, sondern auch zu einer Perspektive für die Zukunft führen. Wir hätten auf beiden Seiten die Fähigkeit, auch komplizierte Lösungen zu erarbeiten.

[gez.] Jovy

Vermerk Telko: Dieser Drahtbericht ging hier völlig verstümmelt ein, einzelne Wörter konnten nicht entstümmelt werden.

**VS-Bd. 12380 (513)**

<sup>33</sup> Korrigiert aus: „egy“.

<sup>34</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er ein: „StS schloß mit den Worten, als Mathematiker könnte einen das beruhigen, da aus der Vergangenheit berechenbare Kurve in die Zukunft konstruiert werden könnte, als Politiker bleibe nichts übrig, als Optimist zu sein und zu hoffen.“ Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1.

## 302

### Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau

105-92.A/82 VS-NfD

15. November 1982<sup>1</sup>

An dem Gespräch haben teilgenommen<sup>2</sup>:

Deutscherseits: der Herr Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Andreas Meyer-Landrut sowie der Unterzeichnete<sup>3</sup> als Dolmetscher.

Sowjetischerseits: Außenminister Andrej Gromyko, der Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Alexandrow, und der Erste Sekretär in der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Smirnow, als Dolmetscher.

Der Herr *Generalsekretär* erklärte einleitend, er wolle vor allem dem Herrn Bundespräsidenten gegenüber den Dank der sowjetischen Seite zum Ausdruck bringen, daß eine so hochgestellte Delegation der Bundesrepublik Deutschland an den Trauerfeierlichkeiten für Leonid Breschnew<sup>4</sup> teilnehme. Man sehe darin in erster Linie eine Anerkennung des großen Beitrags, den der Verstorbene geleistet habe für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Zusammenarbeit unter den Völkern, für die grundlegende Wende in den Beziehungen zwischen der SU und der BRD, die durch den Moskauer Vertrag von 1970<sup>5</sup> vollzogen worden

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiss am 16. November 1982 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 25. November 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 25. November 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschuß!“

<sup>2</sup> Bundespräsident Carstens hielt sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf.

<sup>3</sup> Andreas Weiß.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot teilte am 23. November 1982 mit: „Mit der Promptheit der Wahl von Jurij Wladimirowitsch Andropow (68) zum neuen Generalsekretär der KPdSU am 12.11. 1982, nur zwei Tage nach Breschnews Tod, verfolgte die sowjetische Führung die offensichtliche Absicht, der sowjetischen Bevölkerung und der Welt ungebrochen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit sowie Kontinuität in der Innen- und Außenpolitik vor Augen zu führen. [...] Der Wechsel in der Person des Generalsekretärs der KPdSU und die anderen personellen Veränderungen in der sowjetischen Führungsspitze nach seinem Amtsantritt bedeuten nicht, daß in der SU ein ‚Führungswechsel‘ stattgefunden hat. [...] Als wichtigste Folgen der Ablösung Breschnews durch Andropow für den Westen sehen wir: Die Lösung der Nachfolgefrage bereitet möglicherweise das Terrain für längerfristige Bemühungen um eine Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses. Im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis erscheint es denkbar, daß beide Seiten die eingetretenen Veränderungen zum Anlaß für den Versuch nehmen, die Beziehungen zwischen ihnen wieder zu verbessern. Das Verhältnis der SU zu uns wird insbesondere durch die Frage der Mittelstreckenraketen bestimmt werden, längerfristig durch das sowjetische Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit, aber auch einer Spaltung der europäisch-amerikanischen Front. [...] Zur kontinuierlichen Fortführung der westlichen Doppelstrategie (Gewährleistung der eigenen Sicherheit einerseits und Zusammenarbeit mit dem Osten andererseits) gibt es keine vernünftige Alternative.“ Vgl. den Rundverlaß Nr. 6489; Referat 213, Bd. 133169.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

sei, sowie zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und gegenseitigen Vertrauens zwischen unseren Ländern. Jetzt, da es in der Führung der BRD<sup>6</sup> wie auch in der sowjetischen Führung zu einem Wechsel gekommen sei, stelle es sich als wichtigste Aufgabe dar, behutsam umzugehen mit all dem, was durch gemeinsame Anstrengungen erreicht worden sei, all dies zu bewahren und zu mehren, nämlich die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der SU und der BRD, die internationale Entspannung und die Sicherung des Friedens. Zwischen der SU und der BRD seien Verträge und Abkommen geschlossen worden, und zwar sowohl unbefristete Verträge wie der Moskauer Vertrag wie auch langfristige Verträge, wie z. B. das auf 25 Jahre angelegte Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1978<sup>7</sup> und das Langfristige Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von 1980<sup>8</sup>. Allein die Tatsache, daß derartige Abkommen und Programme ausgearbeitet worden seien, zeige, daß diese Zusammenarbeit langfristig angelegt worden sei. Die sowjetische Seite gehe davon aus, daß hierüber Einstimmigkeit bestehe. In der Sowjetunion habe man die Erklärungen der neuen Bundesregierung über ihre Absicht, eine Politik des Friedens, der Entspannung und des Dialogs zwischen Ost und West weiterzubetreiben und die geschlossenen Ostverträge zu achten und mit konkretem Inhalt zu erfüllen, mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Dies könne man nur begrüßen. Wichtig sei nun, daß Worte und Taten zueinander nicht in Widerspruch stünden.

Die Linie der Sowjetunion sei es, die Politik der gegenseitig nützlichen und konstruktiven Zusammenarbeit mit der BRD, so wie es beim Besuch Leonid Breschnew in der Bundesrepublik im letzten Jahr<sup>9</sup> bestätigt worden sei, unverändert fortzuführen. Diese Zusammenarbeit entspreche den nationalen Interessen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und den übergeordneten Interessen der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Die Sowjetunion wünsche gutnachbarliche Beziehungen zur BRD. Dies erfordere natürlich einen entsprechenden politischen Willen auch von seiten der BRD.

Die heutige Mission des Herrn Bundespräsidenten sei eine höchst freundschaftliche, nämlich teilzunehmen an der Trauer über den Verlust eines großen Menschen. Deshalb wolle die sowjetische Seite Einzelfragen, insbesondere strittige, nicht anschnitten, aber vielleicht doch zu einer Frage Stellung nehmen, denn es sei nützlich, hier Klarheit zu haben und zur Klärung dieser Frage die Gelegenheit dieses Gesprächs zu nutzen, nämlich die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Gebiet der BRD<sup>10</sup>. Man wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einmischen, aber doch unsere Aufmerksam-

<sup>6</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

<sup>8</sup> Für das Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vom 1. Juli 1980 vgl. Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 195.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß; Dok. 3, Anm. 25.

keit darauf lenken, daß, wenn diese Pläne verwirklicht würden, es klar sein müsse, daß sich die internationalen und europäischen Beziehungen nicht so weiterentwickeln könnten, als wäre nichts geschehen. Es entstünde eine grundlegend neue Lage und strategische Situation. In der Sowjetunion würde man entsprechende Schlüsse daraus ziehen müssen, und man wolle betonen, daß bei niemandem und nirgendwo es hierüber Zweifel geben solle. Man möge die sowjetische Seite für nicht zu selbstsicher halten, aber man sei der Ansicht, daß es in einer so ersten Angelegenheit keinen Automatismus geben dürfe und man sich nicht darauf beschränken dürfe festzustellen, eine mögliche Stationierung sei unausweichlich, und dies zu willkürlich festgelegten Terminen, wie sich dies aus gewissen Äußerungen ergebe, wie z.B. aus Erklärungen des Bundesverteidigungsministers während seiner Reise in die USA.<sup>11</sup> Sowjetischerseits sei man der Ansicht, es sei vonnöten, geduldig und beharrlich in Genf<sup>12</sup> nach beiderseits annehmbaren Vereinbarungen auf der Grundlage der Prinzipien der gleichen Sicherheit und Gleichheit zu suchen. Dies jedenfalls sei die Weisung, mit der die sowjetische Delegation in Genf die Verhandlungen führe. Ehrlich gesagt verstehe man in der sowjetischen Führung nicht, warum es gerade die BRD nötig habe, auf dem Gebiet der BRD Raketen stationieren zu lassen, mit denen die Sowjetunion getroffen werden könne. Wenn man an das Problem dialektisch herangehe und alle Plus und Minus abwäge, so würde sich in den Beziehungen zwischen der BRD und der SU ergeben, daß es viel mehr Minus als Plus gebe und daß die möglichen Plus keineswegs die Minus würden wiedergutmachen können. Die sowjetische Seite habe sich an diesem Tage auch mit ihren amerikanischen Kollegen<sup>13</sup> getroffen und dabei erklärt, es sei klar, daß man in der Sprache der Propaganda aufeinander gelegentlich schimpfe, was nicht gut sei, woran aber noch niemand gestorben sei. Aber wenn sich die Amerikaner jetzt das Ziel setzten, die Sowjetunion um jeden Preis in der Raketenrüstung zu übertreffen, so müßten sie doch Realisten genug sein, um zu sehen, daß die Sowjetunion dies nicht zulassen werde. Sie werde nach wie vor Gleichheit, so wie sie jetzt bestehe, wünschen und werde niemals zulassen, daß sie in eine Position der Schwäche gerate. Der amerikanische Vizepräsident<sup>14</sup> habe darauf drei Antworten gegeben: Afghanistan<sup>15</sup>, Polen, Menschenrechte. Die sowjetische Seite habe sich mit ihm in kein Streitgespräch eingelassen. Aber hier wolle er sagen:

<sup>11</sup> Bundesminister Wörner hielt sich vom 7. bis 9. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 295. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 9. November 1982: „New York Times und Sun (Baltimore) berichten am 9.11. aufgrund von Pressegesprächen am 8.11. über den Besuch BM Wörners in Washington. Beide Zeitungen schreiben, daß BM Wörner dafür eingetreten sei, die Nuklearraketen zeitgerecht in der BR Deutschland zu stationieren, falls die INF-Verhandlungen scheitern sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4773; Referat 220, Bd. 124494.

<sup>12</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 294.

<sup>13</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush und der amerikanische Außenminister Shultz hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf und trafen am 15. November 1982 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, zusammen.

<sup>14</sup> George H. W. Bush.

<sup>15</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

1) Aus Afghanistan werde man gehen, denn dort habe man nichts verloren, sobald die Stabilität des Landes wiederhergestellt und die Intervention von außen beendet sei.

2) Im Falle Polens sei es überhaupt schwierig, der Sowjetunion etwas anzulasten. Polen sei ein souveränes Land. Wenn die Sowjetunion sich hätte einmischen wollen, dann hätte sie es schon vor zwei Jahren tun können. Man habe es jedoch nicht getan. Man sei der Ansicht, daß man sich in die inneren Angelegenheiten Polens als eines souveränen Staates nicht einmischen dürfe, und daß dies niemand dürfe. Die Sowjetunion werde sich jedenfalls nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen.

3) Bei der Frage der Menschenrechte sei die Situation ganz besonders seltsam, da es sich wohl um Sowjetmenschen handeln müsse, und wenn man dieses Thema bereits anscheide, sei dies schon Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion. Man könne nicht für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates eintreten, indem man sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmische, und man könne nicht neue Raketen aufstellen und behaupten, man tue dies, um die Gefahr eines Krieges zu verhindern. Dies sei unlogisch.

Die sowjetische Seite glaube, die Bundesrepublik könne ihren Einfluß und ihr Gewicht in der Welt nutzen, um einen bedeutsamen Beitrag dazu zu leisten, daß diese so wichtige Frage der Rüstungen in einer Weise gelöst werde, die eine neue Drehung der Rüstungsspirale verhindere, denn dies habe weder die Sowjetunion noch die USA nötig, und auch wir hätten dies nicht nötig. Es würde nur die politische Situation in Europa verschlechtern, und dies sei nicht Absicht der Sowjetunion.

Der Herr Generalsekretär fuhr fort, er wolle die Gelegenheit nutzen, um den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, seine herzlichen Grüße an Bundeskanzler Kohl zu übermitteln und diesem zu versichern, daß die sowjetische Führung fest und entschlossen die Politik Leonid Breschnews fortführen werde, die auf gutnachbarliche Beziehungen zwischen unseren Ländern gerichtet gewesen sei.

Der Herr *Bundespräsident* erwiderte, er sei gekommen, um die Trauer um Leonid Breschnew zu teilen und unsere Wertschätzung für ihn zum Ausdruck zu bringen. Er selbst habe Leonid Breschnew mehrmals getroffen<sup>16</sup>, und er wisse um seine Verdienste für die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa.

Zweitens wolle er durch seinen Besuch in Moskau unterstreichen, welch hervorragende Bedeutung man in der Bundesrepublik Deutschland seitens der Regierung, des Parlaments und der Bürger den Beziehungen zur Sowjetunion beimesse. Diese Beziehungen seien auf verschiedenen Gebieten von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Herr Bundespräsident bemerkte persönlich, er sei vor

<sup>16</sup> Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carstens, traf den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik. In seiner Funktion als Bundestagspräsident begegnete er Breschnew bei dessen Besuch vom 4. bis 7. Mai 1978. Am 24. November 1981 traf er als Bundespräsident Breschnew bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu CARSTENS, Erinnerungen, S. 445 f. und S. 691 f.

17 Jahren zum ersten Mal in Moskau<sup>17</sup> gewesen, damals in seiner Eigenschaft als stellvertretender Außenminister, und habe Herrn Kusnezow in derselben Eigenschaft getroffen. Er glaube, daß die damaligen Gespräche nützlich gewesen seien.

Der dritte Grund seines Kommens sei, daß man dadurch, für alle sichtbar, aber insbesondere gegenüber der sowjetischen Seite, habe betonen wollen, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion kontinuierlich sei, auch nach dem Regierungswechsel in unserem Lande, zu dem es vor einigen Wochen gekommen sei. Der Herr Bundeskanzler habe ihn gebeten, seine Grüße auszurichten und sagen zu lassen, daß er an einer Fortführung des Dialogs mit der Sowjetunion sehr interessiert sei. Man wünsche in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur, die Verträge zwischen beiden Ländern zu respektieren, sondern man wolle diese Verträge mit neuem Leben erfüllen. So wie die sowjetische Seite sähen auch wir die Verträge als Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Der Herr Bundespräsident fuhr fort, auch er wolle wie der Herr Generalsekretär bei dem Gespräch aus diesem traurigen Anlaß Einzelfragen nicht anschneiden, wolle sich aber erlauben, eine Frage anzusprechen, die für uns von besonderer Bedeutung sei, nämlich die Frage der Familienzusammenführung<sup>18</sup>, das heiße, die Vereinigung von Sowjetbürgern deutscher Nationalität mit ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Aktion laufe bereits seit vielen Jahren, und eine große Zahl Sowjetbürger deutscher Nationalität sei inzwischen zu uns gekommen. In den letzten Jahren sei jedoch die Zahl der Ausreisen rapide zurückgegangen. Er wolle sich deshalb erlauben, die Aufmerksamkeit des Herrn Generalsekretärs auf diese Frage zu lenken und zu betonen, daß Fortschritte in dieser Frage in der Bundesrepublik Deutschland sehr begrüßt würden.

Der Herr *Generalsekretär* führte hierauf aus, auch die sowjetische Seite sehe die Wichtigkeit dieser Frage. Man solle es jedoch der Sowjetunion zur Entscheidung überlassen, wann wer unter welchen Bedingungen ausreisen könne. In einem einzelnen Menschen liefen viele Umstände zusammen. Der eine sei ein Geheimnisträger, bei dem anderen lägen andere Umstände vor, so daß er zunächst etwas warten müsse, um dann später ausreisen zu können. Vor allem dürfe man um diese Angelegenheit keinen Lärm machen. Je mehr Lärm man bei uns um diese Dinge mache und je mehr Druck man auf die sowjetische Seite auszuüben versuche, desto schlechter sei es, weil man damit faktisch der sowjetischen Seite die Lösung der Fragen erschwere.

Hierauf erwiderte der Herr *Bundespräsident* seinerseits, er wisse, daß dies eine Sache ausschließlich der Sowjetunion sei, und es läge uns fern, auf die Sowjetunion irgendwelchen Druck auszuüben. Er habe aber in einem vertraulichen Gespräch mit der sowjetischen Führung es für richtig gehalten, daß auch er

<sup>17</sup> Staatssekretär Carstens hielt sich anlässlich der Internationalen Ausstellung „Chemie in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft“ vom 20. bis 27. September 1965 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 358, Dok. 361–363 und Dok. 373.

<sup>18</sup> Zu den Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 263, Anm. 22 und 23.

eine Frage anspreche, die ihm Sorge bereite. (Der Herr Generalsekretär stimmte dem zu.)

Auf die Mittelstreckenwaffen eingehend, führte der Herr Bundespräsident aus, niemand sei bei uns über mögliche neue Raketen glücklich. Deshalb habe man in unserem Land im Verlaufe der letzten zwei Jahre versucht, alle politischen Einflußmöglichkeiten in Gesprächen mit der Sowjetunion und den USA auszunutzen, um zu einer Lösung der Mittelstreckenfragen zu kommen. Wenn man nun in Genf über die Mittelstreckenrüstungen spreche, so wolle er in aller Bescheidenheit sagen, daß er darin auch einen Beitrag unseres Landes sehe. Man habe sich von deutscher Seite große Mühe gegeben, in Gesprächen mit der sowjetischen Führung, und insbesondere mit Leonid Breschnew, wie auch mit dem amerikanischen Präsidenten<sup>19</sup> und amerikanischen hochrangigen Politikern. Aber er bitte, einen Punkt zu sehen, nämlich daß, wenn wir sagen würden, wir seien nicht glücklich über die eventuelle Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, man auch gleichzeitig betonen müsse, daß wir nicht glücklich seien darüber, was in dieser Hinsicht in den vergangenen zwei Jahren in der Sowjetunion geschehen sei. Man spreche hier von verschiedenen Zahlen, 600 oder 900 Sprengköpfe, die Westeuropa und insbesondere uns erreichen könnten. (Hier warf der Herr Generalsekretär ein, die französischen und englischen Raketen, die es gebe, seien schließlich auch nicht gegen uns gerichtet, sondern gegen die Sowjetunion. Der amerikanische Präsident habe vorgeschlagen, diese Raketen nicht mitzuzählen. Aber man müsse doch begreifen, daß es ihm oder Gromyko oder jedem beliebigen Sowjetbürger gleichgültig sei, ob er von einer Interkontinental- oder Mittelstreckenrakete getroffen werde. Deshalb brauche die Sowjetunion ein generelles Äquivalent für alle Raketen. Die sowjetischen Raketen seien nicht gegen die Bundesrepublik gerichtet. Wenn aber auf unserem Gebiete neue Raketen stationiert würden, müsse die Sowjetunion auch ihre Einstellung überdenken.)

Die sowjetische Führung möge begreifen, daß es auch für die Bürger unseres Landes Grund zu Sorgen und Unruhe gebe. Deshalb glaube er, daß in der jetzigen Situation Verhandlungen über eine Beschränkung und Reduzierung der Rüstungen das einzig richtige Mittel seien. Denn es gebe kein wichtigeres Ziel als die Erhaltung des Friedens, und für die Erreichung dieses Zieles seien das wichtigste Mittel Verhandlungen und Übereinkünfte über Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, das heiße in diesem Bereich, erfolgreicher Abschluß der Gespräche über Mittelstreckenraketen in Genf. Er könne hier betonen, daß sein Land, die Bundesregierung (der Vizekanzler<sup>20</sup> sitze neben ihm), das Parlament und alle im Parlament vertretenen politischen Parteien alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um zu einem Erfolg dieser Verhandlungen beizutragen. Natürlich seien dies Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Da aber die vitalsten Interessen der Bundesrepublik auf dem Spiele stünden, würde sich die deutsche Seite erlauben, auch wie früher weiterhin in ständigem Kontakt zu bleiben mit der sowjetischen und der amerikanischen Seite. Er

<sup>19</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>20</sup> Hans-Dietrich Genscher.

glaube ferner, daß es falsch wäre, wenn eine der Seiten Überlegenheit hätte. Es sei ein konstantes Element deutscher Politik, daß wir Gleichheit wünschten.

Auf den Einwurf des Herrn Generalsekretärs eingehend, bemerkte der Herr Bundespräsident, daß Gott sei Dank über diesen Punkt zur Zeit die Verhandlungen in Genf liefen. Er sei wie der Herr Generalsekretär 1914 geboren. Und seine Lebenserfahrung zeige, daß Gespräche, Dialog und Verhandlungen die wichtigsten Mittel seien, um internationale Streitigkeiten beizulegen.

Der Herr *Generalsekretär* stimmte dem zu, fuhr aber fort, sein Land habe in letzter Zeit eine Reihe konstruktiver Vorschläge unterbreitet<sup>21</sup>, insbesondere habe die Sowjetunion vorgeschlagen, aus Europa alle Raketen aller Seiten wegzunehmen. Leider hätten diese Vorschläge keine Unterstützung gefunden. Deshalb wolle er mit dem schließen, womit er begonnen habe. Die Bundesrepublik Deutschland solle ihre Stellung und ihr Gewicht dazu benutzen, um zu einer vernünftigen Lösung dieser Frage beizutragen. Was die Lebenserfahrung angehe, so sei er eine Zeitlang Botschafter in Budapest gewesen. Sein amerikanischer Kollege zu jener Zeit sei Ravndal gewesen. Man habe des öfteren miteinander gesprochen, und einmal habe Ravndal zu ihm gesagt, er wolle nicht, daß auf sein Dach einmal eine Bombe falle. Und Ravndal habe dies ehrlich gemeint. Wenn man sich auf einen möglichen Krieg vorbereite und versuche zu verhindern, daß eine Bombe auf das eigene Gebiet falle, so sei das Illusion. Beide Männer (gemeint sind der Herr Bundespräsident und der Herr Generalsekretär) hätten die tragische Erfahrung des letzten Weltkriegs, und er, der Herr Generalsekretär, sei überzeugt davon, daß beide Seiten gemeinsame Gedanken, gemeinsame Worte und eine gemeinsame Einstellung finden müßten und finden würden, denn beide hätten genug Stoff für Erinnerungen.

Der Herr *Bundespräsident* schloß das Gespräch mit der Versicherung, daß die Bundesrepublik Deutschland all ihren Einfluß geltend machen werde, um zu einer vernünftigen Lösung der anstehenden Probleme beizutragen.

Das Gespräch dauerte etwa 50 Minuten.

**VS-Bd. 13274 (213)**

<sup>21</sup> Zur Analyse der sowjetischen Reduzierungsvorschläge bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 311.

## 303

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl,  
z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt**

**114-15545/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 4918**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 15. November 1982, 02.32 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. November 1982, 01.58 Uhr**

Betr.: Gespräch des Bundespräsidenten und des Stellvertreters des Bundeskanzlers mit Staats- und Parteichef Honecker in Moskau am 14. November 1982, 19.00 bis 20.00 Uhr<sup>2</sup>

Von Bundespräsident und Vizekanzler Genscher noch nicht genehmigt.

I. An dem Treffen, das auf beiderseitigen Wunsch zustande kam und in der Residenz des Bundespräsidenten stattfand, nahmen auf unserer Seite StS Neusel, auf DDR-Seite StS Herrmann und der DDR-Botschafter in Moskau<sup>3</sup> teil. Das Gespräch verlief in angenehmer, aufgeschlossener Atmosphäre. Auf Vorschlag der DDR-Seite wurde zum Schluß eine Erklärung gegenüber der Presse abgestimmt<sup>4</sup>, die gesondert übermittelt wird.

Behandelt wurden die aktuelle internationale Entwicklung, insbesondere das Ost-West-Verhältnis einschließlich der Wirtschaftsbeziehungen, die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen, das KSZE-Folgetreffen in Madrid<sup>5</sup>, Polen sowie die deutsch-deutschen Beziehungen und das Thema Bundestagswahlen<sup>6</sup>.

II. Im einzelnen

1) Der Bundespräsident übermittelte die Grüße des Bundeskanzlers und bestätigte die Einladung an Honecker zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland<sup>7</sup>. Auch er werde sich freuen, ihn bei dieser Gelegenheit wieder zu sehen. Er erinnerte an das letzte Zusammentreffen in Belgrad anlässlich der

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 15. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr“ und die Vortragenden Legationsräte Jansen und Horstmann verfügte.

Hat Jansen und Horstmann am 16. November 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 16. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 2“. Vgl. Anm. 9.

<sup>2</sup> Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. auch KOALITION DER VERNUNFT, S. 94–100.

<sup>3</sup> Egon Winkelmann.

<sup>4</sup> Für die Presseerklärung vom 15. November 1982 über das Treffen des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am Vortag vgl. Referat 210, Bd. 132579.

<sup>5</sup> Zur Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 9. November 1982 vgl. Dok. 300.

<sup>6</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>7</sup> Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 259.

Beerdigung Titos<sup>8</sup>. Honecker erwiderte die Grüße an BK und erklärte, daß er die Einladung sehr gern annehme.<sup>9</sup>

2) Honecker bezeichnete es als wichtig für das „europäische Konzert“, daß beide deutschen Staaten sich gut verstehen. Der Grundlagenvertrag<sup>10</sup> habe die Felder der Zusammenarbeit festgelegt. Auf dieser Grundlage wolle man die Dinge weiterentwickeln. Deshalb sei die Feststellung des Bundeskanzlers über die Kontinuität der Politik nach dem Regierungswechsel in Bonn<sup>11</sup> wichtig, wobei er, Honecker, davon ausgehe, daß sich die Beziehungen nur dann gut entwickeln könnten, wenn man beachte, daß die beiden deutschen Staaten zwei unabhängige souveräne Staaten seien, die zu verschiedenen Gesellschaftssystemen und Bündnissen gehörten. Die Entwicklung der Beziehung sei keine einfache Aufgabe. Nachdem man aber schon ein gutes Stück vorangekommen sei, werde man auch in Zukunft Fortschritte machen können.

Der Bundespräsident betonte, der Bundeskanzler habe ihn ausdrücklich gebeten, Honecker zu versichern, daß wir auf Kontinuität in den Beziehungen zur DDR und den Dialog mit Honecker und den anderen Vertretern der DDR-Führung Wert legten. Es sei wichtig, die Kontakte fortzusetzen und die Probleme zu lösen, die lösbar seien.

Honecker stimmte zu: Auch die DDR wünsche, das, was vereinbart sei, mit der neuen Bundesregierung fortzuführen. Er erwähnte die bevorstehenden Verhandlungen der beiden Wohnungsbauminister anlässlich unserer Ausstellung in Magdeburg<sup>12</sup>, der Verkehrsminister anlässlich der Eröffnung der Nord-Autobahn<sup>13</sup>, die Schinkel-Ausstellung der DDR in Hamburg<sup>14</sup> (Honecker erwähnte hier, daß er sich den Katalog<sup>15</sup> angesehen habe und ihn sehr schön finde) und die geplante Reise von StM Jenninger nach Berlin-Ost. Der DDR-Außenminister werde Jenninger zur Verfügung stehen.<sup>16</sup>

<sup>8</sup> Bundespräsident Carstens hielt sich vom 7. bis 9. Mai 1980 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien auf, wo er mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammentraf. Vgl. dazu CARSTENS, Erinnerungen, S. 788 f.

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

<sup>11</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>12</sup> Vom 13. September 1982 bis 3. Dezember 1982 wurde in Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg die Ausstellung „Stadt Park – Park Stadt“ des Münchner Architekten Grub gezeigt. In Magdeburg wurde sie am 15. November 1982 eröffnet. Bundesminister Schneider hielt sich anlässlich dieser Eröffnung vom 14. bis 16. November 1982 in Magdeburg auf und traf am 15. November 1982 mit dem Minister für Bauwesen der DDR, Junker, zusammen. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen und der NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1320 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 18. November 1982; Referat 210, Bd. 132586.

<sup>13</sup> Am 20. November 1982 wurden in Schleswig-Holstein die letzten Teilstücke der Autobahn Berlin–Hamburg von Bundesminister Dollinger und dem Verkehrsminister der DDR, Arndt, freigegeben.

<sup>14</sup> Vom 18. November 1982 bis 16. Januar 1983 zeigte die Hamburgische Architektenkammer die Ausstellung „Karl Friedrich Schinkel. Eine Ausstellung aus der DDR“ in der Hamburger Kunsthalle.

<sup>15</sup> Vgl. BAUAKADEMIE DER DDR (Hrsg.), Karl Friedrich Schinkel. Eine Ausstellung aus der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1982.

<sup>16</sup> Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, traf sich am 2. Dezember 1982 mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in Ost-Berlin. Themen waren unter anderem die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik, der NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979, Abrüstungsfragen, die KSZE sowie die innerdeutschen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132586.

Honecker fuhr fort, daß die DDR nicht die Absicht habe, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen; da ihr aber an guten Beziehungen gelegen sei, sei man auch daran interessiert, wie sich die Dinge in der Bundesrepublik Deutschland selbst weiterentwickeln.

Honecker kam später auf die Formel zurück, daß in den deutsch-deutschen Beziehungen das durchgeführt werde, was vereinbart worden sei, und nannte dabei erneut die erwähnten Ausstellungen und Begegnungen. Er fügte hinzu, daß die Fragen hinsichtlich seiner Einladung in die Bundesrepublik Deutschland „noch auf diplomatischem Wege“ geklärt werden müssen, und erkundigte sich dann nach den Bundestagswahlen. Er drückte die Hoffnung aus, daß bei uns die Wahlen stattfinden, damit „wieder Frieden einkehre in Ihrem Haus“. Der Bundespräsident wies auf die Schwierigkeit der Entscheidung über die Wahlen im Zusammenhang mit der verfassungsmäßigen Lage hin. Wenn die Wahlen stattfinden, sei vom Termin des 6. März 1983 auszugehen.

3) Der Bundespräsident kam auf die innerdeutschen Reiseerschwerungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mindestumtausches<sup>17</sup> zu sprechen. Besonders für sozial Schwache sei der Tagessatz von DM 25 eine schmerzliche Aufwendung. Er akzeptiere, daß dies eine innere Angelegenheit der DDR sei; trotzdem bedrückten die Erschwerungen ihn selbst und die Menschen bei uns. Wenn Honecker hier etwas tun könne, wäre das ein wichtiger Beitrag für die bilateralen Beziehungen, die nicht nur aus Regierungskontakten bestünden, so wichtig diese auch seien, sondern auch die Menschen betreffen.

Honecker verwies auf die erhebliche Zunahme des deutsch-deutschen Personenverkehrs, die über die ursprünglichen Vorstellungen der DDR hinausgegangen sei, und erwähnte danach die Diskussion der Frage in Werbellin<sup>18</sup>, wo er eine Schließung der Wechselstuben in West-Berlin angeregt habe. Im übrigen müsse er auch auf die Frage des Gebens und Nehmens hinweisen, die in der letzten Zeit auf unserer Seite so sehr betont werde. Er habe schon Bundeskanzler Schmidt an die „Schulden“ (der Bundespräsident widersprach dieser Bezeichnung) der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR auf anderen Gebieten erinnert. Hier nannte er die bekannten Punkte:

- Elbgrenze<sup>19</sup>: Eine ganze Reihe von Abkommen hänge mit ihrem Inkrafttreten von der Lösung der Grenzfrage ab. Die Praxis gehe bereits von der Grenzlinie in der Mitte aus, aber man müsse die Frage auch in der Form lösen. Erst habe man gesagt, daß MP Albrecht konsultiert werden müsse, jetzt heiße es, daß BM Barzel sich in die Karten vertiefe.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>19</sup> Zu einer Festlegung der innerdeutschen Grenze im Bereich der Elbe vgl. Dok. 241, Anm. 19 und 33.

<sup>20</sup> In der Presse wurde berichtet: „Zur Verwirrung der Ost-Berliner hat ein Zeitungsbericht über eine Äußerung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel, beigetragen. Barzel habe behauptet, so war zu lesen, die Frage der Grenzziehung auf der Elbe sei im Grundlagenvertrag als ‚nicht regelbar oder nicht regelbedürftig‘ ausgespart worden. Das hat Barzel so nicht gesagt, und es stimmt auch so nicht. [...] Gesagt hat er, und das stimmt, der Binnenschiffahrtsverkehr auf der Elbe sei nicht regelungsbedürftig.“ Vgl. den Artikel „Barzel kennt die Feinheiten der Deutschlandpolitik“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. November 1982, S. 4.

- Erfassungsstelle Salzgitter<sup>21</sup>: Das passe nicht in die Landschaft und zu den heutigen Beziehungen, auch im humanitären Bereich.
- Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft: Er sage „Respektierung“, nicht „Anerkennung“, denn diese sei gegeben; die DDR sei ein Staat mit Staatsangehörigen.
- Die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

Honecker betonte: Wenn sich in einer dieser Fragen etwas bewege, könne sich auch in anderen Fragen etwas bewegen. Von DDR-Seite habe sich bereits etwas bewegt, und wenn man auch sage, daß dies nicht viel sei, so sei es immerhin etwas. Er habe Arbeit gehabt mit dem Innenministerium und der Staatssicherheit, um die Ausdehnung der Besuchszeit über 12.00 Uhr hinaus bis 02.00 Uhr nachts ohne neuen Mindestumtausch zu regeln.<sup>22</sup> Das habe man nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Vizkanzler Genscher warf ein: Wir hätten uns immer gefragt, warum man nicht die Besuchszeit auf gleitende 24 Stunden festlegen könne. Honecker erwiderte, schon die Ausdehnung um zwei Stunden habe der DDR viel ausgemacht. Er verwies weiter auf die Erweiterung der Besuche in dringenden Familienangelegenheiten.<sup>23</sup> Schließlich erwähnte er, daß man den Jugendtourismus<sup>24</sup> in Gang gebracht habe (daß erste Besuche im Saarland stattgefunden hätten, sei nicht von ihm so ausgesucht worden). Hier habe man ein Paritätsproblem: Auf DDR-Seite koste ein Tagesaufenthalt 20 DM, auf unserer Seite dagegen 80 DM (an effektiven Kosten). Außerdem habe sich bei uns die Polizei eingemischt wegen der Pässe. Man habe Jugendliche aus der DDR inhaftieren wollen. Die DDR müsse erwarten, daß ihre Staatsangehörigen und ihre Pässe respektiert würden. Außerdem erwähnte er, daß die jugendlichen Besucher aus der DDR nicht dauernd von Hunderten von Journalisten belästigt werden sollten. Wenn man den Jugendaustausch weiter fortführen wolle, müssen diese Probleme gelöst werden. Der Bundespräsident äußerte sich überrascht über den von Honecker angegebenen Tagessatz von DM 80 bei uns und erklärte zu dem übrigen Vorbringen, daß er diesen Hinweisen nachgehen werde.

<sup>25</sup>4) Honecker äußerte sich besorgt über die internationale Situation, von der viel für die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten abhängen. Umgekehrt könnten von der deutsch-deutschen Entwicklung auch Auswirkungen auf die internationale Lage ausgehen. Er wies auf die INF-Verhandlungen in Genf<sup>26</sup> und die auf dem Tisch liegenden sowjetischen Vorschläge<sup>27</sup> hin und drückte die Hoffnung aus, daß es zu keiner Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten komme.

<sup>21</sup> Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 140, Anm. 17.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Mitteilung des Beauftragten der Regierung der DDR, Müller, an den Beauftragten des Senats von Berlin, Kunze, vom 18. Juni 1982; BULLETIN 1982, S. 548.

<sup>23</sup> Zu den am 11. Februar 1982 von der Regierung der DDR gewährten Reiseerleichterungen vgl. Dok. 57, Anm. 29.

<sup>24</sup> Zum innerdeutschen Jugendreiseverkehr vgl. Dok. 241, Anm. 22.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4919 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 294.

<sup>27</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

Zur Analyse der sowjetischen Reduzierungsvorschläge bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 311.

Der Bundespräsident betonte, daß wir alle eine Lösung in Genf begrüßen würden, daß man jedoch beide Seiten sehen müsse und daß die Bürger bei uns durch die sowjetische Mittelstreckenraketenrüstung beunruhigt seien. Deshalb sei es wichtig, wenn beide Seiten aufeinander zgingen. Auf Bitte des Bundespräsidenten, daß der Stellvertreter des Bundeskanzlers die Meinung der Bundesregierung darlege, führte dieser aus: Wir hätten deutlich gemacht, daß die Bundesregierung mehr wolle als die selbstverständliche Einhaltung geltender Verträge. Die Bundesregierung wolle die Politik gegenüber der DDR und überhaupt in den internationalen Beziehungen fortsetzen. Deshalb bemühten wir uns auch um Fortschritte in den Verhandlungen in Wien<sup>28</sup> und Genf und bei dem KSZE-Folgetreffen in Madrid. Dem Treffen in Madrid komme große Bedeutung für das Klima in Europa zu. Wir hofften, daß dort ein Mandat für eine Europäische Abrüstungskonferenz vereinbart werde und daß es auch zu guten und substantiellen Ergebnissen in den anderen Bereichen komme. Dies könne auch das deutsch-deutsche Verhältnis nur positiv beeinflussen. In diesem Verhältnis hätten wir den Ehrgeiz, ein hohes Maß an Zusammenarbeit zu erreichen. Bei den Genfer Mittelstreckenwaffenverhandlungen sei man in der Definition der Probleme bereits stark in die Substanz eingedrungen, was positiv zu werten sei. Man müsse jetzt den Zeitablauf bis zum nächsten Herbst sehen. Was wir tun könnten, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen, würden wir tun. Niemand wolle gern stationieren.

Honecker betonte, daß die Bundesregierung eine wichtige Rolle spielen könne, um ein positives Ergebnis in Genf zu erreichen, wenn auch die Verhandlungspartner die SU und die USA seien. Soweit die DDR nach den ihr vorliegenden Unterlagen unterrichtet sei, sei das Angebot der Sowjetunion in Genf umfassend. Trotzdem könne man aus DDR-Sicht noch kein genügend konstruktives Herangehen feststellen, das erforderlich sei, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß neue Waffen nicht gebraucht würden. Diese Frage habe sehr weitgehende Bedeutung. In Werbellin habe man darauf hingewiesen, daß sich die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa sehr negativ auf die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen auswirken werde. Deshalb sei die DDR so stark interessiert daran, daß es in Genf zu ersten Ergebnissen kommen könne, die es ermöglichten, daß nicht stationiert werde. Diese Sorge werde von einem Großteil der Menschheit geteilt; das hätten sicher auch wir festgestellt.

Der Bundespräsident wies auf den erheblichen Anteil der Bundesregierung, in Kontakten mit der Sowjetunion und den USA, am Zustandekommen der Verhandlungen in Genf hin. Dies bringe unser großes Interesse an der Lösung der Frage zum Ausdruck. Aber man müsse nicht nur auf die Pershing II und die Cruise Missiles sehen, sondern auf die große Zahl der bereits stationierten SS-20, in deren Reichweite die Bundesrepublik Deutschland liege.

Honecker betonte: Die DDR stehe nach wie vor zu dem Grundsatz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Das sei eine Mahnung der Geschichte, der sich die DDR sehr verbunden fühle. Es gebe keine Zielsetzung, die

<sup>28</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 327.

einen Dritten Weltkrieg rechtfertigen würde. Deshalb sei die DDR für die Vorschläge Breschnews einschließlich derer über eine Demontage von SS-20-Raketen.

Für die DDR sei es wichtig zu wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland weiter in die richtige Richtung gehe. Wir könnten davon ausgehen, daß die DDR dies auch tun werde. Wir könnten sicher sein, daß auch die Sowjetunion ihren Beitrag in die richtige Richtung weiter leisten werde.

Vizekanzler Genscher knüpfte an Honeckers Bemerkungen zu den sowjetischen Vorschlägen an und betonte, daß es wichtig wäre, wenn das von der anderen Seite so bezeichnete „Teufelszeug“ durch einen Verzicht auf beiden Seiten beseitigt werde. Dies würde auch weitere Abrüstungsschritte erleichtern. Deshalb sei der westliche Vorschlag für eine Null-Lösung<sup>29</sup> so wichtig, an dem wir als besonders Betroffene in engster Weise beteiligt seien. Auch bei START<sup>30</sup> sei es wichtig, zu wirklichen Reduzierungen zu kommen. Es habe überhaupt noch nie so viele Verhandlungstische wie heute (Madrid, Wien, Genf) gegeben. Die öffentliche Meinung beobachte dies sehr aufmerksam.

Honecker stimmte zu, daß man sich auch bei START um Ergebnisse bemühen müsse, die positive Auswirkungen darüber hinaus haben könnten, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß SALT ein bereits unterschriebener Vertrag gewesen sei<sup>31</sup>. Zu Madrid betonte Honecker, daß auch die DDR an der Einsetzung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen interessiert sei. Als Mitunterzeichner der Schlußakte von Helsinki<sup>32</sup> fühle er sich in diesem Bereich besonders verpflichtet.

5) Der Bundespräsident unterstrich, daß es trotz der ernststen internationalen Entwicklungen auch positiv zu wertende Signale gebe. Er nannte hier die Aufhebung der Sanktionen durch Präsident Reagan<sup>33</sup>. Darum hätten auch wir uns gemeinsam mit anderen europäischen Ländern sehr bemüht.

Honecker erwiderte, daß dieses Signal nicht übersehen worden sei. Allerdings habe man auch etwas von der Verschärfung der Bestimmungen im COCOM<sup>34</sup> gehört. Er hoffe, daß damit kein Handelskrieg geführt werden solle. Die politischen Beziehungen würden durch den Handel gestützt.

Vizekanzler Genscher bemerkte dazu, es werde bald deutlich werden, daß ein Handelskrieg nicht gewollt sei.

<sup>29</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>30</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Zur Aussetzung der Ratifizierung vgl. Dok. 97, Anm. 28.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>33</sup> Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 297, Anm. 6.

<sup>34</sup> Zur Revision der COCOM-Listen vgl. Dok. 249, Anm. 8.

6) Der Bundespräsident kam auf Polen zu sprechen und sah auch hier positiv zu wertende Signale, nämlich die Freilassung Wałęsas<sup>35</sup> und die Bekanntgabe eines Termins für den Besuch des Papstes<sup>36</sup>. Dies sei hervorzuheben in einer Entwicklung, die uns insgesamt zur Sorge Anlaß gebe.

Honecker erwiderte, daß die DDR die Entwicklung in Polen immer als innere Angelegenheit dieses Landes betrachtet habe, in die sie sich nicht einmische, ebenso wenig wie in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland. Er fügte allerdings hinzu, daß im Verhältnis zur Bundesrepublik die Prinzipien der friedlichen Koexistenz Anwendung fänden. Was die Freilassung Wałęsas angehe, so könne man das, wenn es international zur Beruhigung der Gemüter beitrage, als gute Tat Jaruzelskis ansehen. Auch die Einladung des Papstes habe eine gute Wirkung. Die DDR meine im übrigen, daß keine Nation auf die Dauer ohne Arbeit auskomme. Deshalb sei es gut, daß in Polen Ordnung geschaffen werde. Aber dies bleibe eine innere Angelegenheit Polens.

### III. Gesamtbewertung

Die Gesprächsführung Honeckers bestätigte das Interesse der DDR an der Entwicklung guter Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auch unter der neuen Bundesregierung. Sie machte gleichzeitig deutlich, daß die DDR-Führung der Frage – und sicher auch dem Ausgang – vorgezogener Bundestagswahlen besondere Aufmerksamkeit widmet und mit weitergehenden Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis über ein gewisses Programm hinaus bis zur Entscheidung dieser Frage zu zögern scheint.

[gez.] Braunmühl

**VS-Bd. 14102 (010)**

<sup>35</sup> Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, wurde am 14. November 1982 aus der Haft entlassen. Referat 214 notierte dazu am folgenden Tag: „Die Ankündigung der Entlassung Wałęsas kam überraschend, dürfte aber keine Ad-hoc-Entscheidung gewesen sein, sondern langfristig vorbereitet. Allem Anschein nach war die Freilassung nicht bedingt durch den Führungswechsel in Moskau. [...] Wałęsa hat sich für eine nationale Übereinkunft ausgesprochen, die möglich und notwendig sei, aber ‚nicht auf den Knien‘ unterschrieben werden könne. Er soll ein Treffen mit General Jaruzelski vorgeschlagen haben. Ob und in welcher Eigenschaft er an dem nationalen Dialog teilnehmen kann, bleibt abzuwarten. Nachdem das Regime die Karte Wałęsa ausgespielt hat, ist schwer vorstellbar, daß es ihn auf die Rolle des Privatmannes verpflichtet hält. Es ist nur zu hoffen, daß Wałęsa ausreichend vor dem ‚Zufall‘ eines Martyriums geschützt wird, ebenso aber auch vor den überhöhten Erwartungen seiner Anhänger.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133032.

<sup>36</sup> Zur Frage einer Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen vgl. Dok. 218, Anm. 4. Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

304

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl,  
z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt**

**114-15549/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 4920**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 15. November 1982, 04.09 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. November 1982, 04.12 Uhr**

Betr.: Gespräch BM Genscher mit Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Czyrek in Moskau am 14.11.1982, 20.30 Uhr bis 21.45 Uhr (von BM noch nicht genehmigt)<sup>2</sup>

I. An dem Gespräch, das in der Residenz unseres Botschafters<sup>3</sup> stattfand, nahm auf polnischer Seite noch Botschafter Kociolek teil. Behandelt wurden die Entwicklung in Polen und die westliche, besonders die deutsche Haltung gegenüber der Volksrepublik Polen. Das Gespräch war geprägt durch die langjährige Vertrautheit zwischen BM und Czyrek.

Botschafter Kociolek, Vertreter der Orthodoxen in Warschau, schrieb neben der polnischen Dolmetscherin den Gesprächsverlauf intensiv mit.

II. Im einzelnen

1) Nachdem BM unsere große Anteilnahme an der Entwicklung in der VR Polen unterstrichen und unser Interesse an den jüngsten Meldungen über positive Schritte (Freilassung Wałęsas<sup>4</sup>) hervorgehoben hatte, begann Czyrek eine etwa 40minütige Darstellung, die er mit einer – betont förmlichen – kritischen Einschätzung der westlichen, besonders der deutschen Haltung einleitete: Mit Bedauern habe man festgestellt, daß die Bundesregierung eine Politik gegenüber der VR Polen verfolgt habe, die sich in „ultimativen Bedingungen“ äußere, indem sie die Fortsetzung normaler Beziehungen von drei Bedingungen abhängig gemacht habe<sup>5</sup>, die von uns vorgebracht und dann von unseren Verbündeten übernommen worden seien<sup>6</sup>. Dies habe um so mehr enttäuscht, als man uns

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 15. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte.

Hat Jansen am 15. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf.

<sup>3</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>4</sup> Zur Haftentlassung des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 14. November 1982 vgl. Dok. 303, Anm. 35.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung am selben Tag; BT DRUCKSACHEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.

Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die drei Hauptziele der EG und NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Lage in Polen; Dok. 7 und Dok. 18.

durch die Mission Rakowskis<sup>7</sup> von vornherein über die Gründe der polnischen Beschlüsse informiert habe. Rakowski habe damals nicht alle Einzelheiten der Entwicklung voraussehen können, habe uns aber in aller Offenheit die Richtung angezeigt, in der die polnische Führung vorzugehen beabsichtigte, und die mit den Stichworten „keine Rückkehr zur Lage vor August 1980 und keine Rückkehr zur Entwicklung vor Dezember 1981“ charakterisiert werden könne.

Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Situation vor Verhängung des Kriegsrechts durch Anarchie und antisozialistische Strömungen gekennzeichnet gewesen sei, die in einem Land mit der Bedeutung für das europäische Sicherheitssystem, die Polen habe, einen destabilisierenden Einfluß auf die Gesamtsituation in Europa hätte haben können. Jalta<sup>8</sup> möge einem gefallen oder nicht, jedenfalls handle es sich dabei um ein Sicherheitssystem nicht nur für Europa, sondern für die Welt. Deshalb habe die Entscheidung für das Kriegsrecht nicht nur im nationalen polnischen Interesse, sondern im Interesse des Sicherheitssystems, des Gleichgewichts und der Friedenserhaltung gelegen.

In Warschau habe es Enttäuschung hervorgerufen, daß die westlichen Partner so schnell den amerikanischen Kurs übernommen hätten, diese Situation gegen die Sowjetunion auszuspielen. Polen werde jedoch trotz des politischen, propagandistischen und wirtschaftlichen Drucks den von seinem nationalen Interesse und den Erfordernissen der internationalen Sicherheit vorgeschriebenen Weg weitergehen.

Diesen Weg nenne man polnischerseits „sozialistische Erneuerung“, die im Kriegsrecht und auch dank des Kriegsrechts tiefere Reformen im Sinne einer stärkeren Demokratisierung gebracht habe – wenn uns dies auch paradox erscheinen möge. Dazu gehöre auch das neue Gewerkschaftsgesetz, das nach Inhalt und Absichten ein großes Ereignis im Weltmaßstab sei. Statt dies zu würdigen, schaue man nur auf einen Teil des Paragraphen 52, in dem alle bisherigen Gewerkschaften außer Kraft gesetzt worden seien.<sup>9</sup>

Im übrigen mache die politische Stabilisierung in Polen Fortschritte. Der Ablauf des 10. November<sup>10</sup> sei ein Beispiel dafür, daß die Mehrheit der Arbeiter-

<sup>7</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30./31. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 30. Dezember 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

<sup>8</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

<sup>9</sup> Artikel 52 des am 8. Oktober 1982 vom polnischen Parlament verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzes lautete: „Die Registrierungen der Gewerkschaften, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vorgenommen wurden, treten außer Kraft.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 192. Zum Gewerkschaftsgesetz vgl. ferner Dok. 259, Anm. 11.

<sup>10</sup> Referat 214 notierte am 11. November 1982: „Der 10. November (Jahrestag der ‚Solidarität‘), zu dem die Untergrundführung der ‚Solidarität‘ zu einem achtstündigen Streik aufgerufen hatte, verlief in Polen insgesamt ruhiger, als zunächst erwartet. Es kam zu vereinzelt Demonstrationen (vor allem von Studenten) und Streiks, aber – soweit bislang bekannt – nur zu wenigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Repressionsdrohungen des Regimes haben somit ihr Ziel erreicht. [...] Vom fehlenden Widerstandswillen der Bevölkerung auf eine wachsende Bereitschaft zur Unterstützung des Regimes schließen zu wollen, wäre indes sehr verfehlt. Die innere Emigration wird wachsen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133032.

schaft und der Gesamtbevölkerung nicht weiter Anarchie und Destabilisierung wünsche und sich den Aktivitäten der politischen Gegner der Führung nicht anschließe. Man hege keine utopischen Vorstellungen und nehme nicht an, daß die neuen Gewerkschaften sofort großen Zulauf erhielten, und daß diejenigen, die sich den Demonstrationen fernhielten, damit schon die Führung unterstützen. Aber wenn sie den „Abenteurern“ nicht mehr nachliefen, sei dies schon eine Grundlage für eine politische Stabilisierung.

Die wirtschaftliche Situation sei weiter schwierig. Aber es sei gelungen, den Abwärtstrend aufzuhalten und seit August eine leichte Aufwärtsentwicklung der Industrieproduktion zu erreichen. (Auf Frage BM:) Dies sei darauf zurückzuführen, daß sich die Wirtschaft auf die Zusammenarbeit mit der SU und den sozialistischen Ländern umgestellt und die eigenen Ressourcen zu nutzen gelernt habe. Das sei ein schmerzlicher, aber gesunder Prozeß. Er werde erleichtert durch die Wirtschaftsreformen, die Initiativen der Unternehmer mehr Freiheit einräumten. Man hoffe, daß es gelingen werde, diese Entwicklung als dauerhafte Tendenz aufrechtzuerhalten, obwohl dies keine leichte Aufgabe sein werde. In der Landwirtschaft sei die Situation aufgrund der Dürre und des Ausbleibens traditioneller Bezüge, insbesondere von Getreide und Tierfutter, schwierig. Wenn die westliche Haltung in dieser Frage andauere, werde man gezwungen sein, die ohnehin klein gewordenen Fleischrationen im Winter noch weiter zu verkleinern. Immerhin habe man eine klare Situation und könne der Bevölkerung erläutern, warum jeder Pole 7 kg Hühnerfleisch weniger erhalte, nämlich dank der Freundschaft Präsident Reagans für das polnische Volk. Trotz dieser Mängel gebe es in der Volkswirtschaft insgesamt eine belebende Tendenz. In diesem Jahr werde man bei den Hauptexportprodukten Kohle, Kupfer, Schwefel zu einem Zuwachs kommen.

2) Anschließend kam Czyrek auf die politischen Maßnahmen der polnischen Führung zu sprechen: Wenn die Stabilisierung anhalte und keine besonderen Ereignisse dazwischen träten, werde man bis Mitte Dezember oder Ende des Jahres das Kriegerrecht aufheben.

Wie wir wüßten, sei heute Wałęsa freigelassen worden. Man werde weiter Internierte freilassen, bis dieses Problem gelöst sei, gleichzeitig mit der Aufhebung des Kriegerrechts insgesamt.

Czyrek betonte, daß der Kurs der nationalen Verständigung fortgesetzt werde. Diesen verstehe man nicht ganz so, wie er vom Westen gefordert werde, d. h. als Dialog mit Kirche und Solidarität. Man wünsche vielmehr eine Verständigung mit allen sozialen Gruppen und politischen Kräften, vor allem mit den Arbeitern und Bauern.

Darum gehe es auch bei dem Versuch, eine neue Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen. Wenn es auch am Anfang nicht gleich so schnell gehen werde, hoffe man doch, daß sich etwa 20 bis 30 Prozent der Arbeiter in den neuen Gewerkschaften organisieren würden. Man habe Geduld und glaube, daß die neuen Gewerkschaften die Arbeiter von ihrem Wert überzeugen und damit ihre Unterstützung gewinnen würden. Man werde keinen Druck auf den Eintritt in die Gewerkschaften ausüben und kein künstliches Anwachsen der Mitgliederzahlen betreiben. Czyrek bestätigte auf Frage von BM, daß künftig nur noch die neuen

Gewerkschaften zugelassen seien, unterstrich aber, daß diese auf den positiven Erfahrungen, die durch die Solidarität gesammelt worden seien, aufbauten, vor allem was die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit vom Staat angehe, also die Grundsätze, die von der Solidarität so sehr betont worden seien.

Natürlich wurden im übrigen einige Elemente des Dialogs (dies schien Czyrek auf die westliche Forderung zu beziehen) und der nationalen Verständigung fortgesetzt, wie z. B. der Dialog mit der Kirche. Bei dem kürzlichen Treffen zwischen Jaruzelski und dem Primas<sup>11</sup> sei der Termin für den Papstbesuch im Juni 1983<sup>12</sup> vereinbart und beschlossen worden, den Dialog zwischen Staat und Kirche fortzusetzen. Die Kirche habe keine Forderungen ultimativer oder nicht-ultimativer Art gegen den Staat; sie verlange nicht die Neuentstehung der Solidarität. Die Kirche stehe fest auf dem Boden der Realitäten. Natürlich gäbe es Pfarrer, die damit nicht einverstanden seien. Er spreche jedoch für den Primas und den Episkopat. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat entwickelten sich auf der Grundlage, die eine nationale Verständigung fördere. Es bestehe auch der Wunsch, den Papstbesuch zu einem Element dieser Verständigung zu machen.

<sup>13</sup>) Nach dieser Darstellung drückte Czyrek die Erwartung an die westlichen Partner Polens aus, die Konsequenzen aus der Entwicklung zu ziehen und zur Politik gutnachbarschaftlicher Beziehungen zurückzukehren. Man bitte uns nicht, man fordere nicht, man sei nur der Auffassung, daß dies im allgemeinen Interesse liege.

Was die USA angehe, so könne Washington, meinte Czyrek, eine gewisse Zeit den Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion fortsetzen; aber irgendwann werde sich die USA mit Moskau verständigen, und Polen werde nicht auf die Dauer Konfrontationsthema bleiben. Was die europäischen Partner angehe, so wäre er dankbar für die Beurteilung durch BM. Er meine aber, daß die Politik des Blockierens mit Polen in Madrid<sup>14</sup> und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu nichts Konstruktivem führen könne; im Gegenteil.

4) BM dankte für die Präzision und Ausführlichkeit der Darstellung Czyreks. Er knüpfte an die Begegnung mit Rakowski am 30.12.1981 an, dem er die drei Forderungen, die der Deutsche Bundestag vor Weihnachten beschlossen hatte, erläutert habe. Rakowski habe ihm umgekehrt die Absichten der polnischen Führung dargelegt, die in ihrer zeitlichen Perspektive so nicht verwirklicht worden seien. Czyrek unterbrach und betonte, daß Rakowski damals nicht gelogen habe. Damals sei es noch möglich gewesen, daß die Solidarität ihre Politik korrigiere und ihren Platz in der Gesellschaft finden könne. Nachdem sie aber in den Untergrund gegangen und von dort ihre Aktivitäten entfaltet habe, sei diese Möglichkeit entfallen. BM erläuterte unter Bezugnahme auf sein Gespräch in New York mit dem polnischen Vizeaußenminister Wiejacz, nach Abreise AM Olszowskis, die Entschlossenheit der Bundesregierung, die Ost-West-Politik,

<sup>11</sup> Zum Treffen des Ministerpräsidenten Jaruzelski mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, am 8. November 1982 vgl. Dok. 298, Anm. 10.

<sup>12</sup> Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4921 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Zur Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 9. November 1982 vgl. Dok. 300.

auch die Politik gegenüber der VR Polen, wie auch die Politik in die anderen Himmelsrichtungen kontinuierlich fortzusetzen. Dies mache die Verantwortung deutlich, die wir für die Entwicklung in Europa trügen. Dies hätten der Bundespräsident und er soeben auch Honecker<sup>15</sup> dargelegt, und dies würden sie morgen auch der sowjetischen Führung<sup>16</sup> darlegen.

5) BM betonte, daß wir die Freilassung Wałęsas als wichtigen Schritt bewerteten. Er habe sich vorher dafür eingesetzt und bleibe bei der Einschätzung dieser Bedeutung. Auch die Verabredung des Papstbesuches bewerteten wir positiv. Er könne sich als nützlich erweisen. Wir könnten Polen nur ermutigen, diesen Weg weiterzugehen, wie Czyrek es ausgeführt habe, nämlich mit der Aufhebung des Kriegsrechts und der Freilassung der Internierten<sup>17</sup>. Dies werde positive Auswirkungen haben für die Konferenz in Madrid, an der wir alle interessiert seien, und für die Einschätzung, die die westlichen Regierungen im Dezember im Bündnis<sup>18</sup> sowie auch in der Europäischen Gemeinschaft<sup>19</sup> vornehmen würden.

BM betonte, daß das Interesse und die Anteilnahme, mit der wir die Entwicklung in Polen beobachteten, eine positive Auswirkung der Politik der Aussöhnung sei, die wir über ein Jahrzehnt gegenüber der Volksrepublik Polen betrieben hätten. Darin äußerten sich die freundschaftlichen Gefühle gegenüber dem polnischen Volk.

Die Umschuldungsfrage<sup>20</sup> wurde kurz angeschnitten, wobei Czyrek auf die laufende Abstimmung zwischen den westlichen Gläubigerländern hingewiesen wurde.

BM betonte, daß wir auf eine positive Entwicklung in der Volksrepublik Polen auch positiv reagieren würden. Er werde das, was er von Czyrek gehört habe, dem Bundeskanzler weitergeben, der morgen mit Präsident Reagan<sup>21</sup> zusammentreffen werde. Dort werde die Bewertung der Lage in Polen wichtig sein.

6) Auf Frage von BM nach dem Interview Wałęsas<sup>22</sup>, aus dem westliche Korrespondenten den Schluß gezogen hätten, daß Wałęsa mit Vertretern der polni-

<sup>15</sup> Zum Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 303.

<sup>16</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 302.

<sup>17</sup> Zu den Verhaftungen in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Zur Freilassung von Internierten vgl. Dok. 118, Anm. 4, und Dok. 221, Anm. 3.

<sup>18</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>19</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>20</sup> Zur Frage einer Umschuldung Polens vgl. Dok. 221, Anm. 9 und 11.

Botschafter Negwer, Warschau, kam am 19. November 1982 zu dem Schluß: „Wenn die Entwicklung bis zum Jahresende die jetzt vorherrschenden realistischen Erwartungen annähernd erfüllt, sollte die westliche Reaktion dies anerkennen. Als nicht nur verbales Signal käme – neben einer allmählichen Wiederaufnahme der politischen Kontakte – vor allem die Bereitschaft zur Fortsetzung der Umschuldungsgespräche und die Förderung des polnischen IWF-Beitritts in Frage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2072; Referat 214, Bd. 133026.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Reagan am 15. November 1982 vgl. Dok. 306.

<sup>22</sup> In der Presse wurde über eine Ansprache des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność berichtet, die dieser vor Anhängern nach seiner Freilassung am 14. November 1982 gehalten hatte. Wałęsa habe gesagt: „Wir haben eine Vereinbarung erzielt, jedoch nicht auf unseren Knien.“

schen Führung zusammentreffen werde, meinte Czyrek, daß dies nicht der Fall sein werde. Wałęsa sei während seiner Internierung über alle Ereignisse unterrichtet worden, und Gewerkschaftsminister Ciosek habe ihm auch das neue Gewerkschaftsgesetz ausgehändigt. Wałęsa habe aber keine vernünftigen Vorschläge gemacht, die Grundlage für Gespräche sein könnten. Czyrek erwähnte dann den „berühmten“ Brief Wałęsas an Jaruzelski vom 8.11.<sup>23</sup> und die Reise Innenministers Kiszczak zu Wałęsa<sup>24</sup>, die zu dessen Freilassung geführt habe. Seit heute sei Wałęsa ein normaler Bürger der VR Polen und werde als solcher behandelt. Er, Czyrek, habe gehört, daß Wałęsa ein Mitglied im Gesellschaftlichen Rat beim Primas werden wolle, wisse aber nicht, ob dies zutreffe.

Auf Frage von BM, ob Czyrek eine Rolle Wałęsas in den neuen Gewerkschaften für möglich halte, meinte dieser, das hänge von Wałęsa ebenso wie von den Gewerkschaften ab. Die Gewerkschaftsgründung werde ein Prozeß sein, der ab 1. 1. 1983 eingeleitet werde, zunächst mit Gewerkschaftsgründungen in den Betrieben. (Czyrek erläuterte den Zeitplan des Gesetzes und zog eine Parallele zwischen der Dachorganisation der neuen Branchen-Gewerkschaften und dem DGB.) Wałęsa könne also erst ab 1983 in einem Betrieb eine Gewerkschaft aufbauen.

7) BM erläuterte schließlich die Bedeutung des Besuchs des Bundespräsidenten und des Stellvertreters des Bundeskanzlers bei den Beerdigungsfeierlichkeiten in Moskau und die Bedeutung der dabei geführten Gespräche, insbesondere auch mit Honecker, als Ausdruck unserer Bemühungen, jede Möglichkeit zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen zu nutzen. Er stellte diese Bemühungen in einen Zusammenhang mit unseren Anstrengungen, bei den laufenden Rüstungskontrollverhandlungen und in Madrid zu Fortschritten zu kommen. Gute Nachrichten aus Warschau seien dafür wichtig. Czyrek warf ein: BM habe immer von Signalen gesprochen. Diese seien jetzt deutlich genug.

Nun warte man auf eine Reaktion von uns. Im übrigen würdigte Czyrek das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zur Kontinuität ihrer Außenpolitik. Am Rande erwähnte er dabei kritisch gewisse Äußerungen, z. B. von Landsmannschaften, die man in Polen als revanchistische Kräfte ansehe und die Beunruhigung bei seinen Landsleuten auslösten. BM erwiderte, daß nicht alle Stimmen aus der Volksrepublik Polen bei uns Begeisterung ausgelöst hätten. (Czyrek nickte, ohne sich dazu zu äußern.) Abschließend bat BM um Übermittlung von Grüßen an General Jaruzelski und AM Olszowski.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1590*

Ferner wurde in der Presse ausgeführt: „Dieselbe Formulierung hatte Wałęsa in einem Interview des staatlichen Fernsehens gebraucht, das er gegeben hatte, als er noch interniert war. Von dem Interview hatten Journalisten zwar Abschriften erhalten, doch war es bis zum Sonntagabend nicht ausgestrahlt worden.“ Vgl. den Artikel „Wałęsa ist wieder zu Hause“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. November 1982, S. 1.

In der Presse wurde berichtet, die polnische Regierung habe mitgeteilt, „das Interview mit Wałęsa könne nicht ausgestrahlt werden, da die polnische Nation darauf noch nicht vorbereitet sei“. Vgl. den Artikel „Wałęsa nur noch Privatperson“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. November 1982, S. 8.

<sup>23</sup> Das Schreiben des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, vom 8. November 1982 an Ministerpräsident Jaruzelski wurde am 11. November 1982 in einer Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 195 f.

<sup>24</sup> Am 9. November 1982 fand ein Treffen zwischen dem polnischen Innenminister Kiszczak und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, statt.

## III. Gesamtbewertung

Czyrek verwahrte sich äußerlich gegen die westlichen Forderungen, schien aber gleichzeitig mitteilen zu wollen, daß die polnische Führung eben diesen westlichen Erwartungen im Rahmen des Möglichen zu einem wesentlichen Teil entgegengekommen sei und sich weiter in diese Richtung bewege. Er machte deutlich, daß man von der Bundesregierung, deren Rolle bei der Formulierung der westlichen Forderungen er unterstrich, jetzt auch eine besondere Rolle bei der Rückkehr zu einer normalen Zusammenarbeit mit dem Westen erwarte.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14105 (010)

305

**Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz,  
z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-15559/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4925  
Citissime nachts

Aufgabe: 15. November 1982, 13.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. November 1982, 12.54 Uhr

Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

## 1) Zusammenfassung

Die in Moskau aus Anlaß der Beisetzungsfeierlichkeiten für GS Breschnew<sup>2</sup> anwesenden EG-Außenminister (DK<sup>3</sup>, GB, F, I und D) trafen sich am 15.11.82 in der Deutschen Botschaft, um die Lage nach Aufhebung der Sanktionen durch US-Präsident Reagan<sup>4</sup> und seiner Erklärung vom 13.11.82<sup>5</sup> zum Gesamtkonzept für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern. AM Cheysson erklärte, daß es nach seinem Verständnis keine Meinungsverschiedenheiten über die Substanz gibt und daß sich die französische Kritik auf das Verfahren, insbesondere die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen der Sanktionsaufhebung und der – hiervon völlig getrennt zu sehenden – Einigung auf das Non-paper<sup>6</sup> beziehe.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 15. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte. Hat Jansen und Ischinger am 16. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>3</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>4</sup> Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 297, Anm. 6.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Radioansprache des Präsidenten Reagan zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und der Aufhebung der Sanktionen gegenüber der UdSSR vom 13. November 1982 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1464 f.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Non-paper in der Fassung vom 8. November 1982 vgl. Dok. 297, Anm. 8.

Die fünf Außenminister stimmten überein, daß die dänische Präsidentschaft<sup>7</sup> unverzüglich eine neue Sitzung der Botschafter in Washington (sieben Weltwirtschaftsgipfel-Teilnehmer + DK als EG-Präsidentschaft + EG-Vertreter) einberufen soll, um zu erörtern, wie die weitere Arbeit auf der Grundlage des Non-paper, über das Einvernehmen besteht, fortgesetzt werden soll.

Sie einigten sich ferner darauf, die Erörterung im Kreis der EG-Außenminister am 22./23.11. in Brüssel<sup>8</sup> fortzusetzen. Zur Frage der Veröffentlichung des Non-paper wollte AM Cheysson die französische Position überprüfen.

2) Im einzelnen

AM Cheysson erläuterte französische Position wie folgt: Von den drei zur Diskussion stehenden Elementen

- Non-paper,
- exakte Definition dessen, was Aufhebung der Sanktionen bedeutet,
- Inhalt der Erklärung,

habe Einigung nur über die ersten beiden erzielt werden können.

Beim EPZ-Treffen in Hesselet<sup>9</sup> hat Einvernehmen geherrscht, daß integrale Veröffentlichung des Non-paper nicht in Betracht komme. Hierzu sei die französische Haltung unverändert.

Die Sorge, daß Präsident Reagan in seiner Erklärung inhaltlich über das im Non-paper Vereinbarte hinausgehen würde, habe F zu der Bitte veranlaßt, diese Erklärung um einige Tage hinauszuschieben, um sich auch über Text der Erklärung abstimmen zu können.

Am 13.11.82 habe Reagan seine Erklärung dennoch abgegeben und eine unannehmbare – und von Anfang an als unannehmbar bezeichnete – Verbindung zwischen Sanktionsaufhebung und der Einigung über ein gemeinsames Konzept für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen hergestellt.

Reagan habe dies aus innenpolitischen Gründen getan, Präsident Mitterrand habe sich aus ebensolchen Gründen in der bekannten Weise geäußert<sup>10</sup>.

Cheysson räumte auch ein, daß Mitterrands Erklärung vielleicht etwas milder ausgefallen wäre, wenn er, Cheysson, daran hätte mitwirken können. Er habe sich aber zur fraglichen Zeit in Kuwait<sup>11</sup> aufgehalten.

Die französische Seite könne auch nicht mit der Präsentation des gemeinsamen Konzepts einverstanden sein, das fast als ein Akt wirtschaftlicher Kriegs-

<sup>7</sup> Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 23. November 1982 über die EG-Ministerratstagung am 22./23. November 1982: „Rat (AM) beriet über Fortsetzung der Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer mit dem Ziel einer Harmonisierung ihres Verhaltens in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Gemeinschaft. Die AM beschlossen auf Initiative von BM Genscher, mit den im Washingtoner Non-paper vereinbarten Studien möglichst rasch zu beginnen. Die MS der Gem[einschaft] werden an diesen Arbeiten teilnehmen, ohne daß sie sich im voraus auf die Verbindlichkeit der Ergebnisse festlegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4198; VS-Bd. 10376 (405); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 16./17. Oktober 1982 in Nyborg vgl. Dok. 277.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen von Staatspräsident Mitterrand vgl. die Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 15. November 1982; LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, IV, S. 65.

<sup>11</sup> Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 12. bis 14. November 1982 in Kuwait auf.

führung gegen die SU dargestellt werde. Die Verbindung zwischen militärischem Aufbau und den beabsichtigten Maßnahmen gehe über die Einigung hinaus, und verschiedene Begriffe der Präsidentenerklärung seien nicht im Non-paper enthalten und nicht akzeptabel.

Die besondere Besorgnis AM Cheyssons, daß der Begriff „agreement“ gleichzusetzen sei mit „Vertrag“, erkläre einen großen Teil der entstandenen innenpolitischen Unruhe in F. (Die übrigen Außenminister bestätigten die Feststellung von AM Pym, daß diese Interpretation auch nach ihrem Verständnis unzutreffend sei.)

Der Konsens über das Non-paper habe auch nichts mit der polnischen Krise zu tun. Vielmehr hätten wir uns hierauf geeinigt, weil dies ein wichtiges Element der Allianzpolitik sei. (AM Pym und BM stimmen dem ausdrücklich zu.)

Cheysson faßte die französische Position wie folgt zusammen: kein Einvernehmen über Junktim zwischen Sanktionsaufhebung und Non-paper. Einvernehmen über künftige Zusammenarbeit.

Im übrigen war Cheysson nicht in der Lage, die französische Haltung zur Frage der Veröffentlichung des Non-paper zu modifizieren, er sagte aber erneute Prüfung zu.

Mit dem Vorschlag eines Botschaftertreffens war er einverstanden.

AM Pym begrüßte diese Erklärung und stimmte zu, daß von den Partnern der USA keine Zugeständnisse für Aufhebung der Sanktionen gemacht worden seien und daß kein Handelskrieg gewollt sei. Vielmehr sei Einvernehmen erzielt worden, daß wir den Ost-West-Handel unter bestimmten, gemeinsam zu definierenden Gesichtspunkten betreiben wollten. Die Sanktionen seien nunmehr erledigt, und man solle sich auf das konzentrieren, worüber man sich geeinigt habe. Er schlage daher eine baldige Sitzung der Botschafter in Washington vor.

Es sei wichtig, die USA in unseren Diskussionsprozeß einzubeziehen, damit sich nicht die Entwicklung, die nach Versailles<sup>12</sup> eingetreten sei, wiederhole.

BM stellte fest, daß wir ebenfalls eine andere Erklärung des Präsidenten bevorzugt und Entsprechendes auch wiederholt in Washington zum Ausdruck gebracht hätten.

Auf der einen Seite seien die Sanktionen aufgehoben worden. Unabhängig davon habe man sich über eine Konzeption für den Ost-West-Handel geeinigt, die auf der gemeinsamen Überzeugung aufbaue, daß wir keinen Handelskrieg wollten, sondern vielmehr in den Wirtschaftsbeziehungen ein stabilisierendes Element der Ost-West-Beziehungen insgesamt sehen. Unsere Erklärungen sollten sich an folgende Linie halten:

- Die Aufhebung der Sanktionen positiv herausstellen.
- Klarmachen, daß mit Akkordierung unseres Verhaltens in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen kein Handelskrieg gewollt sei. Dies sei ein entscheidender Punkt.
- Vielmehr feststellen, daß wir in den Wirtschaftsbeziehungen ein stabilisierendes Element für die Gesamtbeziehungen zwischen Ost und West sehen.

(AM Pym erklärte sich ausdrücklich einverstanden.)

<sup>12</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

GS Honecker habe sich gestern Abend hochbefriedigt zur Aufhebung der Sanktionen geäußert, zum anderen Themenkreis aber keine Bemerkung gemacht.<sup>13</sup> Letzteres könne darauf beruhen, daß die Befriedigung über die Sanktionsaufhebung im Vordergrund stehe, aber auch darauf, daß er von dem anderen Teil noch keine Kenntnis genommen hatte oder keine Sprachregelung hierzu vorliege.

BM erklärte sich mit baldigem Botschaftertreffen in Washington einverstanden, dessen Bericht beim nächsten EG-AM-Treffen am 22./23.11.82 beraten werden könne.

Im übrigen schlug BM vor, sich im Rahmen der EPZ am 23.11. auch mit der Entwicklung in der Volksrepublik Polen zu befassen, die in der Tat positive Elemente enthalte, um die Stellungnahme hierzu abzustimmen.<sup>14</sup> Czyrek, mit dem er gestern abend gesprochen habe, habe ihm Interessantes über die weiteren Absichten berichtet.<sup>15</sup>

Mit Erklärungen auf dieser Linie könnten wir, unabhängig von Irritationen über die unbestimmte Veröffentlichung, einen Erfolg für die Allianz bewirken.

Erweckten wir allerdings den Eindruck von Meinungsverschiedenheiten in der Substanz, so werde die sowjetische Seite dies auszunutzen wissen. In der gegenwärtigen sensiblen Lage der Meinungsbildung in Moskau nach den Veränderungen in der Führung könne der Westen einen maßgeblichen Einfluß ausüben, wenn er den Weg einig und entschlossen weitergehe. Unsere Position müsse klar und berechenbar sein. Differenzen hingegen könnten sehr ernsthafte Auswirkungen auch für die internationale Stabilität haben.

AM Colombo hätte ebenfalls eine Einigung auch über das Verfahren vorgezogen. Nunmehr sei zu klären, wie wir die erzielte Einigung über die Gestaltung des Ost-West-Handels umsetzen wollten.

Die dänische Präsidentschaft faßte mit Zustimmung seiner Kollegen zusammen:

- Der dänische Botschafter in Washington<sup>16</sup> erhalte Instruktionen zur Einberufung eines Botschaftertreffens (Sieben + EG-Präsidentschaft + EG-Vertretung). Das Mandat bestehe darin, die Fortsetzung der Arbeit auf der Grundlage des Non-paper, über das Einvernehmen besteht, zu erörtern. (Pym: Go back to normal.)

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 303.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. November 1982 in Brüssel: „Die Außenminister waren sich einig, daß in Bewertung innerpolnischer Entwicklung durch den Westen vorläufig große Zurückhaltung angezeigt sei. Es gebe Schritte, die positiv zu werten seien, doch mache Politik der Militärregierung eine Einordnung schwierig. Bundesminister berichtete über Gespräch mit AM Czyrek am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für GS Breschnew. Man solle Entwicklung beobachten und auf wirkliche Fortschritte mit positiven Signalen antworten, nicht jedoch, wenn in Polen lediglich das Etikett gewechselt werde. AM Cheysson wies auf Möglichkeit hin, daß weitere Internierte entlassen und das Kriegsrecht aufgehoben werde. Auch werde polnische Führung für sich in Anspruch nehmen, den Dialog – z. B. mit der Kirche – fortzuführen. Auf diese Entwicklung müßten die Zehn vorbereitet sein. AM Colombo sah in Entlassung Wałęsas Zeichen, daß sich Militärrégime fest im Sattel wisse und Wałęsa keine ‚Gefahr‘ mehr darstelle. Die ‚Normalisierung‘ im Sinne Jaruzelskis mache große Fortschritte. Politische Direktoren wurden beauftragt, Lage zu beobachten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 110 vom 25. Oktober 1982; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>15</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Czyrek, am 14. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 304.

<sup>16</sup> Otto Borch.

- Das EG-AM-Treffen wird einen Bericht über das Washingtoner Treffen und das weitere Vorgehen erörtern.
- Über die Veröffentlichung des Non-paper besteht noch kein Konsens. Eine Veröffentlichung erscheint wünschenswert, sobald sich der Staub gelegt hat. Hierzu Vorbehalt Cheyssons.

Sprachregelung (Cheysson stimmt ausdrücklich zu):

Die Präsidentschaft werde erklären, daß es nach ihrem Verständnis keine Meinungsverschiedenheiten über die Substanz gebe und daß die Botschafter in Washington sich zur Fortsetzung der Arbeit treffen würden.

Bericht vorbehaltlich der Genehmigung BM.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14110 (010)

### 306

#### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15599/82 geheim

Fernschreiben Nr. 4933

Citissime nachts

Aufgabe: 15. November 1982, 23.59 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 16. November 1982, 06.32 Uhr

Betr.: Gespräch Bundeskanzler und Präsident Reagan während des Mittagessens im Weißen Haus am 15.11.1982 von 12.30 Uhr bis 14.45 Uhr<sup>2</sup>

Hat dem Herrn Bundeskanzler nicht vorgelegen

Das Mittagessen, an dem eine ganze Reihe von Kabinettsmitgliedern, darunter Finanzminister Regan, Verteidigungsminister Weinberger und Baldrige, Judge Clark und der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff<sup>3</sup> teilnahmen, verlief in einer außerordentlich herzlichen Atmosphäre. Die beiden Regierungschefs behandelten folgende Themen:

1) Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>4</sup> und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Der Bundeskanzler dankte dem Präsidenten für seine Entscheidung, die Sanktionen aufzuheben<sup>5</sup>. Er, der Bundeskanzler, sei nicht der Erfinder und auch kein Bewunderer des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Er habe es bei seinem Dienstan-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 16. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 16. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 307–309.

<sup>3</sup> John W. Vessey.

<sup>4</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>5</sup> Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 297, Anm. 6.

tritt<sup>6</sup> vorgefunden. Wir Deutschen müßten in unserer Lage seriöse Partner sein. Das gelte für den Doppelbeschluß, aber auch für den Erdgas-Röhren-Vertrag. Wir seien vertragstreu. Es sei erfreulich, daß wegen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen eine gemeinsame Linie gefunden worden sei. Wir hätten dieser Vereinbarung zugestimmt und würden sie verteidigen. Er sei auch bereit, mit Frankreich zu sprechen, um wirklich mitzuhelfen, daß alle das gleiche Ziel verfolgten.

Der Präsident erwiderte, er hätte niemals die Sanktionen eingeführt, wenn die Vereinbarung vorher abgeschlossen worden wäre. Mit dieser Vereinbarung sei man jetzt viel besser dran als mit Sanktionen. Ihm sei wichtig, daß die Europäer möglichst ihr Öl aus anderen Quellen (Norwegen, aber auch Algerien) bezögen und daß keine zweite Erdgas-Röhren-Leitung gebaut werde. Er wisse, daß die erste nur verzögert werden könne.

## 2) Deutschland und Berlin

Deutschland, so fuhr der Bundeskanzler fort, sei ein geteiltes Land. In Berlin empfinde man dies ganz besonders. Frau Thatcher habe vor kurzem zum ersten Mal die Mauer gesehen.<sup>7</sup> Diese mutige Frau sei danach den ganzen Tag niedergeschlagen gewesen. (Der Präsident äußerte sich später außerordentlich anerkennend über die britische MP.) 17 Millionen unserer Landsleute seien Geiseln des Ostens. Kurz vor seiner Reise in die USA habe er wieder ein Geschäft mit der DDR abgeschlossen: 55 Gefangene gegen Geld. Diese Gefangenen hätten nichts getan, aber sie seien verhaftet und verurteilt worden. Dies sei Menschenhandel in der schlimmsten Form, und dennoch bleibe uns nichts anderes übrig, als diese Unschuldigen mit Geld freizukaufen.

Gerade vor diesem Hintergrund sei es für uns so wichtig, daß der Westen eine ernsthafte Rüstungskontrollpolitik betreibe und dies in unserer Bevölkerung auch gespürt werde.

## 3) Polen

Die polnischen Ereignisse hätten unser Land so ergriffen wie kein anderes Ereignis der jüngeren Geschichte. Das sei ein bemerkenswerter Vorgang, denn im deutschen Namen sei den Polen Furchtbares angetan worden, und danach hätten Deutsche unter der polnischen Rache sehr gelitten. So schlimm die Ereignisse in Polen seien, so positiv sei die deutsche Reaktion auf diese Ereignisse. 200 Millionen DM seien von privaten Bürgern für die Polen gespendet worden. Für die Weihnachtszeit habe die Bundesregierung wiederum die Portofreiheit für Pakete nach Polen eingeführt.

Hier unterbrach der Präsident den Bundeskanzler und fragte die anwesenden Kabinettsmitglieder, ob die Vereinigten Staaten eine ähnliche Maßnahme eingeführt hätten, was diese verneinten.

## 4) Neue Führung in Moskau<sup>8</sup> und Beziehungen zur Sowjetunion, Doppelbeschluß

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie der Präsident die Situation in der Sowjetunion nach dem Tode Breschnews beurteile, erwiderte Reagan, er sehe keinen

<sup>6</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>7</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich am 28./29. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf. Zu ihrem Besuch in Berlin (West) am 29. Oktober 1982 vgl. Dok. 288, Anm. 5.

<sup>8</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

großen Wechsel voraus. Die gleiche Clique bleibe an der Macht. Es handele sich nicht um die Herrschaft eines einzelnen Mannes. Er halte Andropow für ebenso rücksichtslos und raffiniert wie Breschnew. Die Sowjetunion habe offenbar große wirtschaftliche Probleme. Wo immer es eine Chance gebe, solle man den Sowjets sagen, daß ihre eigene Welt sich bessern würde, wenn sie sich selber änderten. Das brauche man nicht auf den ersten Seiten der Presse zu verkünden. Man könne ihnen das im Stillen sagen, aber sie müßten dies durch Taten und nicht durch Worte beweisen. Dann wären wir sofort bereit zum Quidproquo.

Der Bundeskanzler erklärte, auch er glaube nicht an einen baldigen Wechsel der sowjetischen Politik. In Moskau regiere in der Tat ein Kollektiv. Dieses Kollektiv sei verhältnismäßig homogen. Es seien lauter alte Männer. Das habe etwas für sich, denn sie seien vorsichtig. Eine graduelle Veränderung sei durchaus zu erwarten. Der neue Mann an der Spitze werde die Politik eben doch prägen. Die Probleme der Sowjetunion würden nicht abnehmen. Das zeige sich besonders dramatisch in Polen, wo nach 40jähriger kommunistischer Herrschaft der neue Mensch nicht entstanden sei und Hunderttausende von Arbeitern, Intellektuellen, Studenten und Schülern dem Kommunismus davonliefen und statt dessen nach Tschenstochau pilgern. Wir müßten mit Mut und Klugheit und flexibel reagieren. Über den Waffen dürfe man die Macht der Ideen nicht vergessen. Das Vorbild Wałęsas habe auch in der DDR ungeheuerliche Probleme aufgeworfen. Man stelle sich dort die Frage, warum in Polen mehr Freiheit möglich sei. Der Virus der Freiheit verbreite sich. Er halte es für richtig, auf den neuen Mann im Kreml zuzugehen. Es wäre gut, wenn der Präsident wiederholte, was er in Berlin gesagt habe<sup>9</sup>. Er, Reagan, habe die Gabe, die Menschen zu überzeugen. Nach Reagans Bundestagsrede<sup>10</sup> sei sein Bild in der deutschen Öffentlichkeit um zwölf Punkte gestiegen. Das hänge damit zusammen, daß die Medien in Europa ein verzerrtes Bild des Präsidenten gezeichnet hätten. Diesen Zirkel könne der Präsident am besten selbst durchbrechen, wenn sichtbar werde, daß er, der wichtigste Mann der Allianz, den Frieden wolle, nicht den Frieden um jeden Preis. Dann erschwere er der Sowjetunion das Geschäft mit der Angst ganz ungemein. Viele in Europa, nicht nur in Deutschland, schauten auf den amerikanischen Präsidenten.

Der Präsident stellte die Frage, ob die Sowjets sich so verhielten, wie sie es täten, weil sie uns fürchteten, oder ob ihr übertriebenes Sicherheitsbedürfnis nur Vorwand für die Hochrüstung und das Ziel die Welteroberung sei. Sie müßten doch wissen, daß niemand in der Welt die Sowjetunion erobern wolle.

Der Bundeskanzler erwiderte, beides sei wohl richtig. Die sowjetische Politik sei primär russische Großmachtpolitik, die durch kommunistische Ideologie noch verstärkt werde. Die Sowjetunion habe keine sicheren Grenzen. Die Furcht spiele schon eine Rolle. Große Ebenen hätten den großen Eroberern den Einfall möglich gemacht. Napoleon und Hitler seien bis Moskau vorgedrungen. Deshalb hät-

<sup>9</sup> Bei seinem Besuch am 11. Juni 1982 in Berlin (West) hielt Präsident Reagan vor dem Charlottenburger Schloß eine Rede. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

<sup>10</sup> Am 9. Juni 1982 sprach Präsident Reagan vor dem Bundestag. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 754–759. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 6376–6381.

ten die Zaren und die Sowjets immer Pufferzonen einzurichten versucht. Dies sei der Grund für die Geschichte der polnischen Teilungen<sup>11</sup>. Andererseits sei es rational richtig, daß kein Mensch die Sowjetunion bedrohe, aber sie reagiere auch irrational. Nach Rückgriff auf die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts und die Bismarcksche Gleichgewichtspolitik fuhr der Bundeskanzler fort: Die Sowjets riskierten niemals zu viel. Afghanistan<sup>12</sup> sei vielleicht ein Gegenbeispiel, aber der Westen habe ja auch nicht genügend reagiert. Wir seien nicht einmal gemeinsam der Olympiade ferngeblieben<sup>13</sup>.

Der Präsident stimmte zu: Die Sowjets würden niemals einen Zug tun, der die Sowjetunion selbst in Gefahr bringe. Er habe die stille Diplomatie versucht, er wisse, daß öffentliche Forderungen oft dazu führten, daß die andere Seite nicht nachgeben könne. Er suche durchaus nach Gesten, die man vertraulich machen könne. Wenn die andere Seite leiste, sei er zu Gegenleistungen bereit.

Der Bundeskanzler erklärte, die wichtigste Frage, die auf dem Spiele stehe, sei der Frieden, für uns der Frieden in Freiheit. Die wirkliche Prüfung komme im nächsten Herbst. Wenn die Genfer Verhandlungen<sup>14</sup> nicht zu einem konkreten Ergebnis führten, würden wir dislozieren. Auch wenn alle absprängen, wir würden nicht abspringen. Mit dieser Haltung gehe er in die Wahl<sup>15</sup>. Deshalb sei es so wichtig, den rüstungskontrollpolitischen<sup>16</sup> Teil des Doppelbeschlusses herauszustellen. Er halte es für gut, wenn der Präsident eine neuerliche Geste machen würde.

<sup>17</sup>Der Präsident erklärte, er sei bereit dazu und erinnerte an seinen handgeschriebenen Brief an Breschnew<sup>18</sup> nach dem Attentat<sup>19</sup>, auf den er leider eine normale propagandistische Antwort erhalten habe.

Der Bundeskanzler erwähnte als ein absurdes Beispiel sowjetischer Politik den Fall Rudolf Heß<sup>20</sup>, der nunmehr seit 43 Jahren im Gefängnis festgehalten werde.

<sup>11</sup> Zu den Teilungen Polens vgl. Dok. 9, Anm. 8.

<sup>12</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>13</sup> Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 25 und 26.

<sup>14</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>15</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „rüstungspolitischen“.

<sup>17</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4934 vom 16. November 1982 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Bei seinen Ausführungen vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik am 18. November 1981 in Washington zitierte Präsident Reagan aus einem Schreiben vom April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654 f.

<sup>19</sup> Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 87, Anm. 8.

<sup>20</sup> Die Bundesregierung bemühte sich aus humanitären Gründen um eine vorzeitige Haftentlassung von Rudolf Heß. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1979, II, Dok. 319.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrop übermittelte am 24. September 1982 der Botschaft in Moskau ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, in dem er sich für eine Haftentlassung von Heß einsetzte. Für das Schreiben vgl. den Drahterlaß Nr. 679; VS-Bd. 13233 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, teilte am 6. Oktober 1982 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit, der sowjetische Botschafter Semjonow habe Schmidt am 30. September 1982 mündlich eine abschlägige Antwort Breschnews auf das Schreiben des Bundeskanzlers überbracht. Vgl. dazu VS-Bd. 13233 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

## 5) Sowjetisch-chinesische Beziehungen

Der Bundeskanzler erkundigte sich nach den sowjetisch-chinesischen Beziehungen.

Der Präsident erwiderte, es sei durchaus möglich, daß die Sowjetunion und China ihre augenblicklichen Verhandlungen<sup>21</sup> auch in der Funktion ihres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten sähen. Die Vereinigten Staaten würden niemals die strategische Perspektive aus den Augen verlieren.

## 6) Sowjetische Wirtschaft

Der Präsident stellte die Frage nach dem Zustand der sowjetischen Wirtschaft.

Der Bundeskanzler erwiderte, er glaube nicht, daß die Sowjets aus eigener Kraft ihre Schwierigkeiten überwinden könnten. Die zentralen Staatsschwierigkeiten könnten zwar gewisse, aber nur reduzierte Erfolge erzielen.<sup>22</sup> Man könne das in Deutschland auf beiden Seiten der Mauer handgreiflich sehen. Der Bundeskanzler reicherte diese Feststellung mit Beispielen an.

Der Präsident meinte, es sei unverständlich, daß nach 60 Jahren Sozialismus die Menschen diesen Unterschied nicht begriffen, der auch z. B. zwischen Süd- und Nordkorea usw. sichtbar werde.

Die beiden Regierungschefs waren sich einig, daß in den sozialistischen Ländern die neue Aristokratie ihre Privilegien mit aller Kraft verteidige. Der Bundeskanzler schloß die Bemerkung an, daß die Amerikaner sich schwer vorstellen könnten, was es bedeute, über Jahrzehnte, ja über ein halbes Jahrhundert hinweg unter einer Diktatur zu leben.

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 14111 (010)**

<sup>21</sup> Zu den Gesprächen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR über eine Normalisierung ihrer Beziehungen vgl. Dok. 295, Anm. 18.

<sup>22</sup> So in der Vorlage.

## 307

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York

16. November 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York (Hotel UNO Plaza) am Dienstag, 16.11.1982, 15.30 bis 16.15 Uhr<sup>2</sup>

*BK* wies zu Beginn darauf hin, daß der deutsche Terrorist Christian Klar gerade ergriffen worden sei<sup>3</sup>. Um möglichst viele Themen erörtern zu können, bat *BK* um Fragen.

Auf die Frage nach der Außenpolitik der neuen Bundesregierung, insbesondere gegenüber Israel und der PLO, antwortete *BK*: Er habe zwei Ämter inne, das des Parteivorsitzenden und das des Bundeskanzlers. Als Parteivorsitzender stehe er in der Tradition Adenauers, der sich hier in New York erstmals mit Ministerpräsident Ben-Gurion getroffen habe<sup>4</sup>; er, *BK*, sei der erste Bundeskanzler der Nachkriegsgeneration. Seine Eltern seien keine Nazis gewesen; er selbst sei am Ende der Nazi-Zeit erst 15 Jahre alt gewesen. Er wisse aber, was geschehen sei und er könne seinen Kindern nur wünschen, daß sie nie den Versuchungen ihrer Großeltern ausgesetzt würden.

Was die Beziehungen zu Israel anlange, so gebe es Grundsatzbeschlüsse seiner Partei. Dabei werde es bleiben. Er hoffe, daß er auch in Zukunft den Camp-David-Prozeß<sup>5</sup> unterstützen könne. Vielleicht gebe es hier und da die Notwendigkeit von Aufräumungsarbeiten; so sei das auch in Washington während der letzten 24 Stunden gewesen.

Was die Äußerungen von Ministerpräsident Begin<sup>6</sup> angehe, so habe er dazu im Bundestag<sup>7</sup> Stellung genommen. Über den menschlichen Aspekt dieser Äuße-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höyneck, Bundeskanzleramt, am 19. November 1982 gefertigt und am 29. November 1982 von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Ploetz am 30. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 5. Dezember 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 306, Dok. 308 und Dok. 309.

<sup>3</sup> Zur Festnahme Christian Klars bei Hamburg vgl. den Artikel „Haftbefehl gegen Christian Klar. Entschlüsselung von RAF-Unterlagen ermöglichte Festnahme im Sachsenwald“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. November 1982, S. 1 f.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben-Gurion trafen sich am 14. März 1960 in New York. Vgl. dazu Yeshayahu A. Jelinek und Rainer A. Blasius, Ben-Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. Dokumentation, in: VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE 45 (1997), S. 330–344.

<sup>5</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>6</sup> Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, berichtete am 4. Mai 1981, das israelische Fernsehen habe am Vorabend Teile der Rede des Ministerpräsidenten Begin vor dem Vorstand der Herut-Partei ausgestrahlt, in der Begin auf Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt in der Sendung „Die Fernsehdiskussion“ in der ARD am 30. April 1981 reagiert habe. Begin habe erklärt: „In Deutschland ver-

rungen wolle er nicht urteilen; vor allem nicht als Deutscher. Für den Ministerpräsidenten Begin könne er eine solche Haltung aber nicht akzeptieren. Allerdings solle man über dem, was vorgefallen sei, die Akten schließen.

Er werde im nächsten Jahr nach Israel<sup>8</sup> reisen und habe die Absicht, dort zum Ausgleich zu raten. Ein besonderes Problem sei für uns, daß die deutsche Kulturgeschichte aufs engste verbunden sei mit der arabischen Welt. Diese alten Beziehungen mit den Arabern wollten wir erhalten, genauso wie wir unsere neu-gewonnene Freundschaft mit dem Volk und Staate Israel erhalten und verstärken wollten. Wir wollten in allen diesen Fragen nicht besonders laut reden. Sicherlich seien wir für große Ratschläge auch nicht besonders geeignet. Aber man solle in vernünftiger, hilfreicher Weise unter Freunden sprechen.

Er habe während der letzten Woche mit dem Präsidenten der Knesset unter vier Augen gesprochen<sup>9</sup>, der vorher ein Gespräch mit Begin geführt habe. Er, BK, glaube, daß wir hilfreich sein könnten. Das bedeute nicht, daß wir zu allem Ja und Amen sagen wollten. Israel tue das auch nicht; und dies gelte, wie er wisse, auch nicht für die amerikanischen Juden.

Rabbi *Schneider* verwies auf die zurückgehenden Zahlen bei der Auswanderung von Juden und von Deutschstämmigen<sup>10</sup> aus der Sowjetunion und fragte, was die Bundesregierung in diesem Bereich unternehme.

BK betonte, daß es sich um eine schwierige und wichtige Frage handele. Manche fragten heute schon, ob man angesichts der großen Arbeitslosigkeit diese Zuwanderung noch fördern solle. Er, BK, sei in dieser Frage jedoch persönlich engagiert. In seiner Heimatstadt gebe es eine Schule, in der die Kinder von Ausiedlern aus der Sowjetunion besonders betreut würden. Dadurch habe er Kontakte zu diesen Spätaussiedlern gewonnen, die besonders aufrechte Menschen seien. Er werde in 14 Tagen das Lager Friedland<sup>11</sup> besuchen, wo seit 14 Jahren kein Bundeskanzler mehr gewesen sei.

Er werde weiter versuchen, diesen Menschen zu helfen, obwohl dies sehr mühsam sei. Öffentliches Geschrei nutze nach seiner Erfahrung nichts. Ob es gelin-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1601*

gaßen sie das Verbrechen gegen unser Volk. [...] Auch Herr Schmidt aus Deutschland, der der Generation angehört, die die Vernichtung ausgeführt hat, hat folgendes zu sagen: ‚Wir müssen ihre Selbstbestimmung unterstützen, d. h. einen palästinensischen Staate, selbst wenn Israel zugrunde geht.‘ Das macht nichts, er hat ja gesehen, wie das Volk von Israel beinahe zugrunde gegangen wäre. Er war auch im Militär, das Städte umzingelt hat, bis die Arbeit der Einsatzgruppen vollendet war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 310, Bd. 135678.

Vgl. dazu ebenfalls das am 7. Mai 1981 ausgestrahlte Fernsehinterview Begins; Dok. 285, Anm. 11.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des CDU-Vorsitzenden Kohl zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin am 7. Mai 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1722.

<sup>8</sup> Die für das Jahr 1983 geplante Reise des Bundeskanzlers Kohl nach Israel wurde verschoben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 30. August 1983; AAPD 1983.

Kohl hielt sich vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel auf.

<sup>9</sup> Der Präsident des israelischen Parlaments, Savidor, hielt sich vom 7. bis 10. November 1982 in der Bundesrepublik auf und traf am 9. November 1982 zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher zusammen. Für das Gespräch mit Genscher vgl. Dok. 296.

<sup>10</sup> Zu den Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 263, Anm. 22 und Anm. 23.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte am 10. Dezember 1982 das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen. Vgl. dazu den Artikel „Leben in Freiheit ist auch Risiko“. Willkommen Kohls für Neubürger in Friedland“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Dezember 1982, S. 3.

ge, diesen Menschen zu helfen, sei natürlich auch vom politischen Gesamtklima abhängig. In einem harten Klima sei es schwerer zu helfen, auch wenn er große Sympathie für dieses Problem der jüdischen Gemeinden habe, das er übrigens auch aus Gesprächen mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin gut kenne.

Auf den Hinweis von Rabbi *Schindler*, daß eine größere Freizügigkeit für die Juden in der Sowjetunion auch den Deutschstämmigen in der Sowjetunion helfen werde, betonte BK, daß dies auch seine Meinung sei.

Mr. *Baldwin* knüpfte an die Bemerkung des Bundeskanzlers zu Christian Klar an und würdigte das Vorgehen der deutschen Behörden gegen den Terrorismus. Er verwies darauf, daß im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg<sup>12</sup> Unterlagen gefunden worden seien, die die PLO als Zentrum des internationalen Terrorismus auswiesen.

*BK* wies darauf hin, daß er sich zur Anerkennung der PLO stets total restriktiv verhalten habe. Er sehe keinen Grund, seine Position zu ändern; es sei denn, ganz wesentliche Veränderungen würden eintreten. Zwar habe es einige Hinweise auf solche Veränderungen gegeben; aber bevor solche Änderungen nicht beweisbar zu erkennen seien, werde er bei seiner bisherigen Haltung bleiben.

Wir seien allerdings elementar daran interessiert, daß die Entwicklung von Beziehungen zwischen Ägypten und Israel fortschreite. Das wolle er fördern, obwohl er Zweifel habe, ob Mubarak nach den Erfahrungen Sadats seinen Weg fortsetzen könne.

Mr. *Silberman* anerkannte zunächst die klare Position des Bundeskanzlers und fragte dann nach dem Wiederaufleben des Neo-Nazismus in der Bundesrepublik.

*BK* verwies darauf, daß er sich seit 20 Jahren intensiv mit dem Neo-Nazismus befaßt habe. Er bestreite entschieden, daß der Neo-Nazismus wesentlich zunehme. Veränderungen gebe es in den Gesamtumständen der Bundesrepublik. Dazu gehöre, daß die Gesellschaft brutaler geworden sei und – nicht nur in der Bundesrepublik – an Mitgefühl verloren habe. Als Folge der zunehmenden Säkularisierung gebe es mehr Lebensangst und zunehmend Ersatzreligionen. Ein Teil der Grünen bestehe aus Aussteigern, die vor der Realität flüchteten. Die Neo-Nazis seien stupide Leute, denen mit politischen Mitteln kaum beizukommen sei.

Zu beachten sei auch, daß nicht alles rechtsradikal sei, was als solches bezeichnet werde. Bisweilen geschehen Hakenkreuzschmierereien von Gruppen, die damit nur auf andere ablenken wollen.

*BK* verwies dann auf die zahlreichen Gastarbeiter in seiner Heimatstadt Ludwigshafen, unter denen etwa 5000 Jugoslawen seien; die Kroaten unter ihnen beteiligten sich bisweilen auch an Aktionen, die als rechtsradikal gelten, die aber aus der besonderen Situation der Kroaten in Jugoslawien zu erklären seien.

Er, *BK*, beobachte das Problem der Rechtsradikalen sehr sorgfältig und spreche darüber auch regelmäßig mit Herrn Nachmann. Der könne ihn darauf hinweisen, wenn die Bundesregierung etwas unternehmen müsse. Er werde auch

<sup>12</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 296, Anm. 6.

in Zukunft in dieser Frage sehr sensibel sein; aber er wolle auch offen gestehen, daß ihn dieses Problem nicht besonders beunruhige. Wenn ein Einschreiten notwendig werde, werde die Bundesregierung entschlossen vorgehen.

Anlage:

Mr. *Silberman* wies den Bundeskanzler darauf hin, daß die amerikanischen Juden besorgt seien, daß MdB Möllemann eine führende Rolle in der Außenpolitik spielen könne.

*BK* erläuterte, daß im Auswärtigen Amt unter der Führung des Außenministers zwei Staatsminister<sup>13</sup> arbeiteten. MdB Möllemann sei ein überzeugter Demokrat; dies sei über jeden Zweifel erhaben. Manche Politiker hätten die Gabe, schnell zu formulieren; manche formulierten gelegentlich zu schnell.

Die Staatsminister seien nicht Mitglied der Bundesregierung und sie bestimmten sicher nicht den Kurs der Bundesregierung.

Von israelische Seite brauche man gegen MdB Möllemann keinerlei Bedenken zu haben. Wenn er hier wäre, könnten sich alle Anwesenden von der großen Übereinstimmung persönlich überzeugen.

VS-Bd. 14111 (010)

308

### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15601/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4931  
Citissime

Aufgabe: 16. November 1982, 00.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. November 1982, 06.49 Uhr

Betr.: Besuch Bundeskanzler Dr. Kohl in Washington vom 14. bis 16.11.82<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit VM Weinberger

Zur Unterrichtung

Der Bundeskanzler setzte seinen im Rahmen des von Präsident Reagan gegebenen Mittagessens begonnenen Meinungsaustausch mit VM Weinberger fort und ging zunächst auf die Frage des Verteidigungsministers ein, ob Entwicklungsmöglichkeiten im sowjetischen System denkbar seien, die schließlich doch zu einer Reduzierung der Rüstungs- und Militäranstrengungen führen würden.

<sup>13</sup> Alois Mertes und Jürgen Möllemann.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 16. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 306, Dok. 307 und Dok. 309.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß er die sowjetischen Führer im Gegensatz zu Hitler nicht für Abenteurer halte, wenn auch Afghanistan<sup>3</sup> diese Theorie zu widerlegen scheint. Allerdings stünde wohl fest, daß die politische Entwicklung in Polen ohne Afghanistan anders verlaufen wäre, als sie jetzt verlaufe. Die Sowjetunion betreibe gegenüber Europa eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wobei sie einerseits mit Handelsvorteilen und dem Angebot für politische Arrangements locke, andererseits mit ihrer Militärmacht drohe.

Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf ein ausführliches Gespräch, das er mit AM Gromyko<sup>4</sup> zu diesem Thema geführt und das ihm die sowjetische Haltung unmißverständlich bloßgelegt habe. Es gelte hier, auch Senatoren und Congressmen einmal deutlich zu machen, daß die Sowjetunion nicht daran denken würde, ihre Truppen aus dem östlichen Teil Deutschlands abzuziehen, während in den USA verständlicherweise immer wieder nach dem Sinn der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Mitteleuropa gefragt würde. Die Sowjetunion setze ganz bewußt ihre militärische Stärke ein, um Angst zu erzeugen; sie sei darauf aus, die Völker Westeuropas in die Resignation zu treiben, wobei Ideologie eine immer geringere Rolle spiele. Bei dieser Politik käme der aktuellen Situation in Polen gerade wegen der belasteten Geschichte zwischen Polen und Rußland und der Bindungen mit den Staaten Europas eine ganz besondere Bedeutung zu. An Polen würden sich die Geister scheiden: Polen sei wegen seiner intellektuellen Kraft berühmt, während die russische Geschichte die Zaren als Inkarnation des Antiintellektuellen herausgestellt habe – und so sei es auch heute. Kein Wunder, daß der italienische Kommunistenführer Berlinguer sich eindeutig für die innere Entwicklung in Polen ausgesprochen habe, der französische kommunistische Führer Marchais hingegen in dieser Frage sich auf die sowjetische Seite geschlagen habe.

Vor diesem Hintergrund müsse man eine Politik mit doppelter Zielrichtung betreiben, nämlich die Aufrechterhaltung gebotener militärischer Stärke und zugleich eine moralische Offensive. Diese Doppelzielsetzung sei notwendig, um der sowjetischen Stoßrichtung entgegenzuwirken, die auf Neutralisierung der BR Deutschland ziele. Wenn das passiere, kämen die Benelux-Staaten in den Sog dieser Entwicklung und wohl auch Italien. Selbst Frankreich könne sich dann nicht mehr lange alleine halten. Allerdings arbeite die Zeit nicht für, sondern gegen die Sowjetunion. In diesem Zusammenhang wies der Bundeskanzler auf die schwierigen Probleme hin, die der Sowjetunion aus dem explosiv wachsenden moslemischen Bevölkerungsteil erwachsen würden, beispielsweise beim Anteil an Wehrpflichtigen; zugleich stünde die sowjetische Führung vor dem Problem eines Generationswechsels, mit dem auch die Erinnerung an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges verblassen würde. Die in Polen eingeleitete Entwicklung sei mittelfristig wohl auch in der DDR, ČSSR, der Ukraine und im

<sup>3</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl erinnerte sich in einem Gespräch mit amerikanischen Senatoren am 11. November 1982 an ein Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. November 1981 in Bonn, bei dem dieser ihn gefragt habe, „warum er auf der falschen Seite stehe; denn am Ende würden die USA die Europäer doch sitzenlassen, ähnlich wie ihre Verbündeten in Südwestasien und in Vietnam.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982. Vgl. dazu ferner KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 603–605. Zum Besuch Gromykos in der Bundesrepublik vgl. auch AAPD 1981, III, Dok. 335 und Dok. 337–339.

Baltikum kaum einzugrenzen. In dieser Situation brauche die sowjetische Führung ein Feindbild, und deshalb würden Nordamerika und Deutschland als aggressiv hingestellt. Wegen der Realitätsferne dieses Feindbildes würde es öffentlicher Fragestellung in der Sowjetunion nicht standhalten. Ergebnis: Die öffentliche Meinung würde schließlich auch in der Sowjetunion eine Reduzierung der Militärausgaben erwarten, denn auch Diktaturen benötigten eine gewisse „Grundausrüstung an Stimmung“.

VM Weinberger schnitt dann die Ergebnisse seiner sehr guten Gespräche mit BM Dr. Wörner<sup>5</sup> an und brachte seine besondere Befriedigung über die deutsche Bereitschaft zum Ausdruck, den Beitrag zum NATO-Infrastrukturprogramm<sup>6</sup> zu erhöhen. Er habe mit Dr. Wörner auch das Thema Master Restationing Plan (MRP) behandelt, sei sich aber darüber klar, daß hier vor März nächsten Jahres konkrete Entscheidungen nicht fallen könnten.<sup>7</sup>

VM Weinberger versicherte sich mit Blick auf die Lebensbedingungen der amerikanischen Soldaten in Deutschland der Unterstützung des Bundeskanzlers, wobei dieser seine besonders intensive Kenntnis dieser Problematik vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zum Ausdruck brachte.

Der Bundeskanzler ging anschließend auf die Problematik chemischer Waffen ein. VM Weinberger führte dazu aus, daß die Sowjetunion über erhebliche Bestände an chemischen Waffen für offensiven Einsatz verfüge und zugleich weitreichende Anstrengungen für Schutz und Ausbildung ihrer Streitkräfte unter den Bedingungen chemischer Kriegsführung unternähme. Deshalb würden auch die USA chemische Waffen brauchen. Die vorhandenen älteren chemischen Waffen seien, was Lagerung und Transport angehe, nicht so sicher, wie man es sich wünschen möchte. Deshalb ziele er auf Ersatz durch binäre chemische Kampfmittel, womit die Unfallwahrscheinlichkeit praktisch zu Null reduziert würde.<sup>8</sup>

VM Weinberger führte in diesem Zusammenhang aus, daß es überzeugende Anzeichen dafür gebe, daß die Sowjetunion in Afghanistan chemische Waffen eingesetzt habe<sup>9</sup>. Auf Fragen des Bundeskanzlers nach Einschätzung der Situation in Afghanistan erklärte der amerikanische VM, daß die 120 000 dort stationierten sowjetischen Soldaten unter schwierigsten Bedingungen leben würden, inzwischen 14 000 bis 15 000 Verluste hätten hinnehmen müssen – eine Entwicklung, über die Informationen auch in der Sowjetunion nicht zu unterdrücken seien. Der amerikanische VM leitete dann über zur Situation im Iran/Irak<sup>10</sup>: Ira-

<sup>5</sup> Bundesminister Wörner hielt sich vom 7. bis 9. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 295.

<sup>6</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 288, Anm. 21.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger über den Master Restationing Plan am 9. November 1982 in Washington vgl. Dok. 278, Anm. 10.

<sup>8</sup> Zur geplanten Modernisierung der amerikanischen Bestände an chemischen Waffen vgl. Dok. 54, Anm. 24.

<sup>9</sup> Zum Vorwurf der USA, die UdSSR beteilige sich am Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos, vgl. Dok. 104, Anm. 20.

<sup>10</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 264, Anm. 3.

Botschafter Petersen, Teheran, teilte am 15. November 1982 mit: „Hiesige Militärkommunikés der letzten Tage melden, daß iranische Truppen ihre Geländegewinne konsolidiert und irakische Gegenangriffe erfolgreich zurückgewiesen hätten. Sie sollen jetzt die strategisch wichtigen Hamrain-Höhen bei Dehloran und Ein Kosh besetzt halten und westlich davon etwa 10 km in irakisches Ter-

nische Streitkräfte hätten zwar kleinere Geländegewinne gemacht, insgesamt hielten aber die irakischen Linien dank der zahlenmäßigen Überlegenheit und weil der Iran inzwischen keine Luftstreitkräfte mehr übrig habe, die er einsetzen könne. Gefährlich sei weniger die direkte militärische Konfrontation als mögliche Auswirkungen auf die arabischen Nachbarstaaten – dies entweder mit der Gefahr eines Durchbruchs, der allerdings zur Zeit nicht zu befürchten sei, oder mit der Möglichkeit, daß der Iran für den Fall eines militärischen Mißerfolges gegenüber dem Irak ein neues Betätigungsfeld für seine Streitkräfte suche.

Der Bundeskanzler schnitt dann mit Hinweis auf sein heutiges Gespräch mit dem Gewerkschaftsführer Kirkland<sup>11</sup> die Frage wachsender antijapanischer Stimmung in den USA und der BR Deutschland an. In beiden Ländern sei es offenkundig so, daß die liberale Einstellung zum freien Handel und gegen Protektionismus sowie das Engagement für das Bündnis erhebliche Opfer verlange. Die Japaner würden diese Opfer nicht tragen, sondern statt dessen finanzielle Gewinne realisieren. VM Weinberger bestätigte diese Einschätzung und berichtete zugleich von seinen Anstrengungen, Japan zu größeren Verteidigungsleistungen zu bewegen. Dabei habe er allerdings wachsende Unruhe über ein militärisch zu starkes Japan bei seinen Besuchen in Indonesien, Thailand, Singapur und Australien<sup>12</sup> dämpfen müssen; denn dort sei die Erinnerung an den letzten Krieg durchaus noch wach.

VM Weinberger sprach schließlich das Problem des Technologietransfers an die Sowjetunion an<sup>13</sup> und drückte seine Sorge über die französische Haltung aus. Der Bundeskanzler gab Weinberger zu verstehen, daß er gewichtige Anzeichen dafür habe, daß Frankreich sich der gemeinsamen Haltung der anderen anschließen würde. Zugleich ermunterte er den VM, seinen starken Einfluß beim Präsidenten dahingehend zum Tragen zu bringen, daß den Franzosen das notwendige Maß an „Streicheinheiten“ zuteil würde.

Im Zusammenhang mit dem Technologietransfer nahm Weinberger das Problem des Erdgas-Röhren-Geschäfts<sup>14</sup> auf, wobei er seine Ansicht zum Ausdruck brachte, daß man hier wohl schon vor vier Jahren den notwendigen Widerstand hätte ausüben müssen, tatsächlich aber viel zu spät in dieser Sache tätig geworden sei. Er hoffe jedoch, daß noch etwas zu retten sei, wenn es nicht zu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1606*

ritorium eingedrungen sein. [...] Wiederholte Stellungnahmen iranischer Führung, daß Iran keine Geländegewinne in Irak anstrebt, treffen wohl zu. Wie bereits mehrfach berichtet, dürfte die vorübergehende Besetzung irakischen Territoriums vor allem den Zweck haben, die Durchsetzung der iranischen Forderungen zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 778, Referat 311, Bd. 137769.

11 Bundeskanzler Kohl und der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, Kirkland, erörterten am 15. November 1982 in Washington die Situation in Polen sowie die Wirtschaftslage in den USA und in der Bundesrepublik. Gesandter Wallau, Washington, faßte am folgenden Tag Kirklands Äußerungen zusammen: „Immer mehr werde in der amerikanischen Arbeiterschaft der Grund für die schwierige Lage der amerikanischen Industrie in unfairen Handelspraktiken der internationalen Handelspartner gesehen. Noch richte sich die Kritik hauptsächlich an die Adresse Japans; sie drohe zu einem explosiven politischen Streitstoff zu werden. Es bestehe die ernste Gefahr, daß aus dieser Haltung heraus isolationistische und nationalistische Tendenzen erwüchsen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4952; VS-Bd. 14111 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

12 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger besuchte vom 29. Oktober bis 8. November 1982 Indonesien, Thailand, Singapur und Australien.

13 Zur Frage des Technologietransfers an Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vgl. Dok. 291, Anm. 7.

14 Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

einer zweiten Pipeline komme. Der Bundeskanzler verwies auf seine geradezu absurde Situation. Er habe die ganze Problematik geerbt, müsse sich nun aber an Verträge halten. Er, der Bundeskanzler, wolle dieses Thema aber wegen der Bedeutung Norwegens weiter sehen und ausführen: Ihm mache es Sorge, daß unter Europa immer häufiger nur der begrenzte Kreis der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft verstanden wird. Die Schweiz und Österreich gehörten aber genauso dazu wie auch Norwegen, Schweden und Finnland. Die norwegische Abstimmung gegen den EG-Beitritt<sup>15</sup> habe die Sache nicht leichter gemacht, deswegen dürfe Norwegen aber nicht abgeschrieben werden.

<sup>16</sup>Möglicherweise könne das norwegische Öl hier eine wichtige Brückenfunktion einnehmen.

VM Weinberger stimmte dem Bundeskanzler in seiner Beurteilung zu, daß die Nordflanke von vitaler Bedeutung für den Zusammenhalt und zugleich für die Verteidigung der Atlantischen Allianz sei, denn die Nordflanke sei sicherlich eine wichtige und zugleich kritische strategische Schlüsselregion. Er habe aber auch andere strategische Schlüsselregionen im Auge – denke an eine mögliche sowjetische Gefährdung des Golföls. Das Bündnis brauche wenigstens militärische Notfallpläne für die Verteidigung des Golfgebiets, und schon die Tatsache, daß die NATO sich zu solchen Planungen entschließen würde, hätte erhebliche Abschreckungswirkung auf die Sowjetunion. Es ginge überhaupt nicht darum, Truppen in der Golfregion zu stationieren, wohl aber in der Lage zu sein, im Bedarfsfall schnell eigene Streitkräfte dort hinbringen zu können. Es gelte hier, die Erfahrung aus dem Falkland-Konflikt zu verwerten: Die Briten hätten zwar Planungen und Überlegungen für solche Fälle gehabt, in der aktuellen Situation indessen alles neu organisieren müssen. Die Eventualfallpläne für die Golfregion müßten auf mehr Effektivität angelegt sein. Der Bundeskanzler gab zu bedenken, daß dieses amerikanische Anliegen eine schwierig zu bewältigende Problematik für die deutsche Innenpolitik werde, daß er aber die amerikanische Situation durchaus verstehen würde: Wenn die BR Deutschland erwarte, daß die USA auch deutsche Interessen außerhalb des Bündnisses schützen, dann müsse innerhalb des Bündnisses ein Beitrag zum Ausgleich geleistet werden. Es komme aber in diesem Zusammenhang darauf an, daß man sehr genau definiere, wie eine Arbeitsteilung auszusehen habe.

Als letzten Gesprächspunkt lenkte Weinberger die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf Strömungen im Kongreß, amerikanische Streitkräfte in Europa zu reduzieren. Die Reagan-Administration setze sich mit ganzem Nachdruck gegen solche schädlichen Entwicklungen ein. Sein Petition gehe dahin, daß Senatoren und Congressmen für solche Vorstellungen keine argumentative Munition geliefert werden dürfe. Im Gegenteil: Er brauche politische Unterstützung, damit sich negative Auswirkungen isolationistischen Denkens nicht verstärken. Der Bundeskanzler versprach jede Hilfe in dieser Richtung und verwies auf sein morgen anstehendes Gespräch mit Senator Baker.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Norwegen sprach sich am 25./26. September 1972 in einer Volksabstimmung gegen einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4932 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Bundeskanzler Kohl traf am 16. November 1982 mit den amerikanischen Senatoren Baker, Glenn und Lugar in Washington zusammen.

Der Bundeskanzler schloß das Gespräch mit VM Weinberger mit der Bemerkung, er sei an einer Fortsetzung und Vertiefung dieses für ihn so wichtigen und ergiebigen Meinungsaustausches sehr interessiert; er würde sich freuen, wenn VM Weinberger bei Aufenthalten in Europa das Gespräch mit ihm suchen würde.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14111 (010)

309

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,  
an Bundesminister Genscher**

114-15629/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3061  
Citissime nachts

Aufgabe: 16. November 1982, 20.25 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. November 1982, 03.10 Uhr

Betr.: Gespräch Bundeskanzler–Außenminister Shultz am 16. November 1982 in Washington, 9.30 Uhr bis 10.20 Uhr (hat Bundeskanzler nicht vorgelegen)<sup>2</sup>

Nach Begrüßung durch den Bundeskanzler eröffnete Außenminister Shultz das Gespräch mit der Bemerkung, der Bundeskanzler habe die Herzen in Washington offenbar im Sturm genommen.

Nach einem kurzen Dialog über die deutsche Abstammung des amerikanischen Außenministers erkundigte sich der Bundeskanzler nach den Eindrücken, die Shultz beim Besuch in Moskau<sup>3</sup> gewonnen habe. Shultz erklärte dazu folgendes:

Es sei nicht leicht, nach einem so kurzen Besuch zu urteilen. Andropow sei es offenbar vor allem darum gegangen, Vizepräsident Bush und ihm die Kontinuität der sowjetischen Politik darzutun. Ob dies im Gefolge des Wechsels<sup>4</sup> tatsächlich so sein werde, bleibe abzuwarten. Bei der Trauerfeierlichkeit habe Andropow absolut die erste Rolle gespielt. Im bilateralen Gespräch habe er sich „so bewegt, wie wenn er seit längerem schon das Kommando“ hätte. Seine Selbstsicherheit sei beachtlich. Es gebe bisher keine Anzeichen dafür, daß sich die

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 306–308.

<sup>3</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf und trafen am 15. November 1982 mit dessen Nachfolger Andropow zusammen.

<sup>4</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

sowjetische Außenpolitik in wesentlichen Punkten ändern werde. Den Sowjets sei es offenbar auch darauf angekommen, die Reibungslosigkeit des Machtübergangs demonstrativ herauszustellen. Der Bundeskanzler erkundigte sich nach der physischen Verfassung Andropows.

Shultz erwiderte, Andropow seien die Anstrengungen des langen Tages nicht anzumerken gewesen. Man rechne, daß er über 2000 Menschen empfangen habe. Dazu seien die bilateralen Gespräche mit der amerikanischen, deutschen<sup>5</sup>, indischen, pakistanischen und afghanischen Delegation gekommen. Das Gespräch mit Vizepräsident Bush habe von 16.30 bis 17.10 Uhr gedauert. Gromyko habe teilgenommen. Auf die scherzhafte Bemerkung von Bush, Andropow und er hätten einen ähnlichen beruflichen Hintergrund (Anspielung auf CIA und KGB), habe Andropow ohne die Übersetzung abzuwarten, scherzhaft erwidert: „Wir beide sind Männer des Friedens. Gromyko und Shultz sind die Kriegstreiber.“ Andropow habe den Wunsch nach einer konstruktiveren Beziehung zu den USA geäußert. In der Sache sei seine Linie identisch mit derjenigen gewesen, die Gromyko ihm, Shultz, in New York vorgetragen habe<sup>6</sup>. In der Substanz gebe es keine Veränderung. Breschnew habe immer lange Monologe gehalten. Es sei nie unter drei Stunden gegangen. Andropow, der allerdings am 15.11.1982 einen sehr besetzten Terminkalender gehabt habe, sei sehr zeitökonomisch und diszipliniert verfahren. Er spreche präzise und direkt. Dabei fühle er sich offenbar „at ease“.

Der Bundeskanzler bemerkte, es sei auffällig, daß Andropow offenbar Alexandrow übernommen habe. Alexandrow sei Germanist, ein souveräner Kenner der deutschen Literatur, ein bedeutender Intellektueller, mit dem er beim Besuch Breschnews in Bonn 1978<sup>7</sup> die halbe Nacht über deutsche Dichter gesprochen habe. Beim Besuch Breschnews 1981<sup>8</sup> habe Alexandrow dauernd Zettel an Breschnew gegeben, die dieser dann abgelesen habe.

Shultz dazu: Andropow habe auch ein Papier vor sich gehabt, von dem er abgelesen habe, aber offenbar habe er sich in der Materie ausgekannt. Er habe sich öfters von dem Papier gelöst. Alexandrow habe einen „geradezu glücklichen“ Eindruck gemacht und keine Zettel mehr zuzuschieben brauchen. Andropows entspannte Haltung gegenüber Gromyko sei erkennbar gewesen. Er, Shultz, habe gehofft, mit AM Genscher von Moskau zurückzureisen. Dieser Plan sei an Terminschwierigkeiten gescheitert. Er habe sich deshalb nicht mit ihm austauschen können über die bilateralen Begegnungen der amerikanischen und deutschen Delegation mit Andropow. Er halte es für wichtig, daß ein solcher Austausch stattfinde.

Der Bundeskanzler erklärte, unsere ersten Eindrücke lägen auf der gleichen Linie (er äußerte sich sodann über das Kollektiv der alten Männer in Moskau ähnlich wie beim Mittagessen mit dem Präsidenten im Weißen Haus).

<sup>5</sup> Für das Gespräch von Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 302.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September und 4. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 252 bzw. Dok. 262.

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

Er ziehe daraus folgende Schlüsse: Der neue Mann im Kreml habe nicht so viel Zeit vor sich wie Breschnew, als dieser die Führung übernommen habe. Andropow sei 68 Jahre alt. Trotz des kürzeren Zeitraums, der ihm wegen seines Alters bliebe, werde er sein Bild in der Geschichte verewigen wollen. Was könne er sich dazu vornehmen? Sicher werde er die schwierige Wirtschaftslage zu verbessern suchen. Da seine Intelligenz immer wieder hervorgehoben werde, spreche manches dafür, daß er auf die Ideen Libermans zurückkomme und den privaten Sektor erweitern werde. Mehr Raum im privaten Sektor zu geben, habe der SU in der Vergangenheit wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Man könnte sich also eine stärkere Entwicklung in Richtung auf das ungarische Modell vorstellen. Die Folge wäre allerdings eine noch größere Diskrepanz zwischen dem privaten und kollektiven Bereich. Eigentlich müsse sich Andropow darüber im klaren sein, daß die Zeit gegen ihn arbeite.

Die Bevölkerung der SU lebe seit 60 Jahren unter der Diktatur. Sie sei sehr leidensfähig. Die SU werde die schwierige wirtschaftliche Lage länger aushalten, als man in den USA gemeinhin annehme. Dieses Problem habe er mit den Senatoren<sup>9</sup> heute morgen diskutiert. Aber man müsse auch folgendes sehen: Die Sowjets hätten im Bildungswesen viel erreicht, die Ansprüche seien gestiegen, vor allem gebe es mehr Kommunikation und keinen Eisernen Vorhang mehr. Die westlichen Radiosendungen drängen durch. Die Sowjets könnten sich auch nicht vor dem polnischen Virus abschirmen. Die Freilassung Wałęsas<sup>10</sup> sei ein Beweis dafür, daß eine konzentrierte Reaktion der Weltöffentlichkeit ihre Wirkung tue. Wir müßten deshalb einen langen Atem haben und an unseren Positionen festhalten. Die SU müsse verstehen: „Wenn sie nicht abrüstet, ziehen wir nach.“ Gleichzeitig müßten wir flexibel sein, ohne in der Sache nachzugeben. Es sei wichtig, keine wilden Reden in der Öffentlichkeit zu halten, sondern zu verhandeln. Die Sowjets würden alles versuchen, um den Doppelbeschluß in Deutschland zu zerstören. Falle er in Deutschland, falle er in Europa. Das wäre für die Sowjets das Geschäft des Jahrhunderts. Wenn wir dagegen fest blieben, würden die Sowjets, die Realisten und keine Abenteurer seien, beidrehen. Die USA hätten ein großes Kapital: Der Präsident<sup>11</sup> könne seine Politik mit Überzeugungskraft darstellen.

Kurz: Ihr Präsident sollte sich nach sorgfältiger Vorbereitung mit Andropow treffen. Shultz erwiderte, ein solches Treffen müsse Substanz erbringen und dürfe nicht nur um des Treffens Willen stattfinden.

Der Bundeskanzler fuhr fort: Wenn die INF-Verhandlungen<sup>12</sup> in Genf nicht zu einem konkreten Resultat führten, wenn wir also stationieren müßten, würden wir das tun. Er habe dafür eine Mehrheit. Wir würden sogar, wenn es notwendig sei und alle anderen absprängen, allein stationieren. Hilfe aus Washington sei dabei wichtig. Manchmal wünschte er sich den Chor über den Atlantik her-

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl traf am 16. November 1982 mit den amerikanischen Senatoren Baker, Glenn und Lugar in Washington zusammen.

<sup>10</sup> Zur Haftentlassung des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 14. November 1982 vgl. Dok. 303, Anm. 35.

<sup>11</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>12</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

über etwas harmonischer. Man soll nicht gleich jede Studie von Generälen<sup>13</sup> veröffentlichen. Er habe dies gestern auch Weinberger gesagt. Wir hätten die Wehrpflicht, wir müßten die jungen Leute überzeugen, wofür sie Wehrdienst leisten. 1984 werde eine Gesetzesänderung notwendig sein, um den Bestand der Bundeswehr von 500 000 Mann zu garantieren, wenn die geburtenschwächeren Jahrgänge zum Wehrdienst heranstünden. Wir würden die Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate heraufsetzen müssen. Er bitte darum, die Amerikaner möchten noch mehr psychologisch in der Bundesrepublik Deutschland tun. Jeden Monat erschienen etwa 20 sowjetische sogenannten Professoren und Journalisten und wirkten auf unsere Öffentlichkeit ein. Falin komme alle fünf Wochen, meistens zur Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>14</sup>, und er bleibe dann meistens acht Tage in Bonn. Dann reise er nach München, predige evangelischen Pastoren und Zirkeln. Wir bräuchten ein entsprechendes Programm auf amerikanischer Seite. Angesehene Amerikaner müßten in Deutschland auftreten und z. B. mit Chefredakteuren sprechen. Er, der Bundeskanzler, tue alles, um die Stimmung für Amerika in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Das sei gar nicht so schwer. Die Amerikaner hätten bei uns eine gute Position, eine so gute wie in keinem anderen Land Europas. In Meinungsumfragen, die er vor seiner Reise durch die renommierte „Gallup-Schülerin“ Noelle-Neumann habe vornehmen lassen, sei eine Zahl von beeindruckender Deutlichkeit: Auf die Frage, wem mehr Vertrauen zu schenken sei, den USA oder der Sowjetunion, laute das Ergebnis 93:7. Es sei das gleiche Verhältnis 1957 in der Zeit der Adenauer-Dulles-Ära. Die USA hätten ein großes Vertrauenskapital in Deutschland. Der Präsident habe sich gestern abend sehr bewegt über die Tischrede<sup>15</sup> gezeigt, in der der Bundeskanzler die amerikanische Hilfe nach dem Kriege und unsere Dankbarkeit dafür angesprochen habe. In jeder Wahlrede sage er das. In Deutschland sei jahrelang zu wenig darüber gesprochen worden. In diesem Zusammenhang: Die Deutschen täten viel für Polen. Im letzten Jahr seien etwa 200 Mio. DM von Privaten gespendet worden. Zu Weihnachten würden die Pakete wieder portofrei versandt. Nach dem Kriege, so erklärte er in der Öffentlichkeit, hätten uns nur Pius XII. und die USA geholfen. Jetzt müßten wir den Polen helfen, und man könne noch mehr tun.

Wir könnten auch noch mehr tun, um unsere Standfestigkeit in der Frage des Doppelbeschlusses zu untermauern. Dabei brauche man nicht jeden Tag von den Raketen zu reden. Vor allem: „Die Zahl muß stimmen; die Zahl, die wir ausgemacht haben.“

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers; Dok. 289, Anm. 3.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, am 21./22. Oktober 1982; Dok. 311, Anm. 22.

<sup>15</sup> Im Entwurf vom 2. November 1982 für eine Tischrede des Bundeskanzlers Kohl für das Abendessen am 15. November 1982 im Weißen Haus in Washington hieß es: „Erlauben Sie mir, Herr Präsident, im Abstand von bald 30 Jahren in Erinnerung zu rufen, was Konrad Adenauer am 7. April 1953 aus gleichem Anlaß hier in Washington gesagt hat: ‚Lassen Sie mich als Vertreter des deutschen Volkes ihren Präsidenten und dem amerikanischen Volk von Herzen danken für alles, was das amerikanische Volk in den Jahren nach dem Kriege dem deutschen Volk in wahrhaft menschlicher Anteilnahme an Hilfe geleistet hat. Wir werden ihm das niemals vergessen.‘ Dies gilt heute genauso wie vor 30 Jahren.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124931.

Shultz stimmte zu und fügte an, daß die gemeinsame Strategie für die Behandlung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen verstärkt werden müsse. Man sollte aufhören darüber zu sprechen, ob wir eine Vereinbarung erzielt hätten oder nicht, die Vereinbarung müsse jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Der Bundeskanzler erklärte, er sei einverstanden. Außerdem wolle er noch folgende Bemerkung machen: Es liege im vitalen Interesse, daß die Einigung Europas vorankomme. Es wäre psychologisch nicht glücklich, wenn wir ein Primus-Verhältnis mit den USA hätten. Eine gewisse Zurückhaltung sei angebracht. Er sei nicht der Meinung, daß die Welt am deutschen Wesen genesen müsse. Die USA wüßten ja, daß wir verlässliche Partner und Freunde seien. Manchmal sei es wichtiger, daß die USA Frankreich besonders zuvorkommend behandelten. Das würde bei uns niemals Neidgefühle erwecken.

Shultz erwiderte, er wolle diesem Rat gerne folgen. Was die Harmonisierung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen angehe, so vertraue er darauf, daß die Botschaftergruppe in Washington<sup>16</sup> „dieses Unternehmen von zentraler Bedeutung“ zu einem guten Abschluß bringe. Wir brauchten diese gemeinsame Strategie. Wir müßten Irritationen vermeiden. Es habe ihn bei Amtsübernahme außerordentlich erstaunt festzustellen, daß nach all diesen Jahren erfolgreicher und enger Zusammenarbeit in der Allianz keine gemeinsame Politik auf diesem spezifischen Gebiet entwickelt worden sei.

Der Bundeskanzler gab Außenminister Shultz Recht und lud ihn ein, beim nächsten Besuch in Deutschland<sup>17</sup> persönlicher Gast in seiner Heimat zu sein. Dann könne man über die heute nur gestreiften Probleme in Ruhe weitersprechen.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 14111 (010)**

<sup>16</sup> Zu den Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 8. bzw. 12. November 1982 in Washington vgl. Dok. 297, Anm. 6 und 8.

<sup>17</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 6./7. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983. Am 15. Dezember 1984 besuchte Shultz Kohl in Ludwigshafen.

## 310

**Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 3072**  
**Citissime**

**Aufgabe: 17. November 1982, 13.44 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 17. November 1982, 20.24 Uhr**

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem VN-Generalsekretär am  
 16.11.1982<sup>2</sup>

GS Pérez de Cuéllar empfing den BK zu einem etwa dreiviertelstündigen Gespräch, an das sich ein kurzer Sektempfang im 38. Stock des Sekretariatsgebäudes anschloß.

An dem Gespräch nahmen teil der Generaldirektor für Wirtschafts- und Sozialfragen, Ripert (Franzose), der Untergeneralsekretär für politische Fragen, Bufum (USA), und der Kabinettchef des GS, Dayal (Inder), StS Dr. Schreckenberger, StS von Staden, MD Teltschik, Botschafter van Well, Herr Weber als Dolmetscher. Über das Gespräch hat MD Teltschik ausführliche Notizen gemacht, die er, wie er mir sagte, dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen übersenden wird. Ich möchte vorab die wesentlichsten Gesprächsergebnisse zusammenfassen:

Auf Bitten des BK schilderte GS seine Eindrücke von der Teilnahme an den Beisetzungsfestlichkeiten in Moskau<sup>3</sup>, von denen er gerade zurückgekehrt war. Die Szene sei eine Mischung von Atheismus und griechisch-orthodoxer Zeremonie gewesen. Andropow, den er noch aus seiner Zeit als Botschafter in Moskau kenne, habe älter ausgesehen, als von ihm erwartet. Er habe eine gebeugte Haltung und sei kühler, als Breschnew war. Er verstehe Englisch recht gut und habe daher bei der Gratulationscours mit den Englischsprechenden sich kürzer unterhalten als z. B. mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua, da eine Übersetzung nötig gewesen sei. Die Presse habe die Dauer der Gespräche falsch interpretiert. Er, Pérez, habe aus seinen Kontakten erfahren, daß Andropow nicht ohne Schwierigkeiten gewählt worden sei. Er habe um die Nachfolge Breschnews kämpfen müssen, letzten Endes habe die Armee den Ausschlag gegeben, so daß anzunehmen sei, daß der Einfluß der Armee künftig entsprechend groß sein werde.

Es gebe viele Spekulationen, wo nun baldige Änderungen in der sowjetischen Politik zu erwarten seien. Die Reden von Andropow<sup>4</sup> und Ustinow<sup>5</sup> hätten nichts

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.  
 Hat Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 306-309.

<sup>3</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>4</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 12. November 1982 über die Wahl Andropows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU am selben Tag mit: „In seiner darauffolgenden Rede unterstrich Andropow, er werde die Kontinuität wahren bei der Lösung der Aufgabe, die Wirtschafts- und Verteidigungskraft der SU zu stärken, den Lebensstandard (welfare) des sowjetischen Volkes zu

Neues gebracht und seien deshalb interessant. Er, Pérez, glaube nicht an baldige Kursänderungen. Am häufigsten werde angenommen, daß die sowjetische Politik in der Afghanistan-Frage<sup>6</sup> flexibler werden könne. Auch Polen werde genannt. Bei ihm bestünde das „wishful thinking“, daß sich der Wechsel günstig auf die Bemühungen für eine politische Lösung des afghanischen Konflikts auswirkt. Der BK wisse sicher, daß er sich selbst vor seiner Wahl zum GS, aber auch weiterhin, sehr um die Afghanistan-Frage bemühe. Manches spreche in der Tat dafür, daß die neue Führung dort flexibler vorgehen würde. Die Invasion werde jetzt als Fehlkalkulation erkannt. Er habe gehört, daß der KGB unter Andropow gegen die Invasion gewesen sei. Auf die Zwischenfrage des BK, wer denn dafür gewesen sei, antwortete GS, im Politbüro gebe es häufig durchaus Richtungskämpfe, und die Mehrheitsströmung würde eben dann die Gesamtlinie bestimmen. In Afghanistan würde die sowjetische Armee zur Zeit im Morast stecken. Sie befinde sich in einer Falle und hätte deshalb wahrscheinlich ein stärkeres Interesse an einer politischen Lösung. Das habe er schon vor Breschnews Tod erkannt. Bei seinem letzten Besuch in Moskau habe Breschnew zum ersten Mal bei der Verlesung der sowjetischen Gesamtposition von sich aus die Afghanistan-Frage aufgebracht und die Bemühungen der VN positiv gewürdigt.<sup>7</sup> Unter Bezugnahme auf die damaligen Gespräche mit mir berichtete er über sein Gespräch mit Gromyko, dem er in aller Deutlichkeit gesagt habe, es sei notwendig, die afghanische Regierung auf eine breitere Basis zu stellen und eine nationale Koalition zu gründen, damit auch die Flüchtlinge mehr Vertrauen gewännen. Gromyko habe diesem Gedanken zwar nicht zugestimmt, aber ihm auch nicht widersprochen. In der Gromyko-Rede in der Generaldebatte der GV<sup>8</sup> seien erstmals die Bemühungen des GS in der Afghanistan-Frage ausdrücklich gewürdigt worden. Bei der Feier jetzt in Moskau sei Karmal ostentativ auf ihn zugelaufen, habe ihn lebhaft begrüßt und für seine Bemühungen gedankt. Pérez fuhr fort, er sei nicht naiv und wisse genau, daß die SU natürlich versuche, ihn für ihre Interessen zu benutzen. Er sehe die Gefahr einer Konsolidierung des Babrak-Regimes durch den Verhandlungsprozeß. Er glaube, daß zweierlei nötig sei, um zu akzeptierbarer Regelung zu kommen: einmal der internationale Druck, der jetzt wieder und auch durch den pakistanischen Resolutionsentwurf<sup>9</sup> Ausdruck finde, und gleichzeitig ein gesichtswahrendes Ver-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1614*

verbessern und die unter Breschnew verfolgte Leninsche Außen- und Innenpolitik fortsetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4887; Referat 213, Bd. 133169.

Für den Wortlaut der Rede auf der Außerordentlichen Plenartagung des ZK der KPdSU vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden und Schriften, S. 230–232.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow anlässlich des Todes des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „Ein Leben im Dienst von Frieden und Entspannung“, NEUES DEUTSCHLAND vom 16. November 1982, S. 3 f.

<sup>6</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

Zu den Gesprächen über Afghanistan in Genf vgl. Dok. 265, Anm. 19.

<sup>7</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 8. bis 12. September 1982 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 11.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 1. Oktober 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 37th Session, Plenary Meetings, S. 212–219. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 620–623 (Auszug).

<sup>9</sup> Der am 24. November 1982 von Pakistan in der VN-Generalversammlung eingeführte Resolutionsentwurf wurde am 29. November 1982 als Resolution Nr. 37/37 angenommen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 247 f.

fahren, denn eine Supermacht könne man nicht zu Konzessionen zwingen. Er glaube, daß die VN ein solches face saving device sein könnte.

Der BK hielt diese Ausführungen des GS für sehr interessant und wichtig für die Einschätzung der sowjetischen Politik. Sie sei im Grunde russische Politik mit kommunistisch-ideologischer Packung. Die Ideologie sei inzwischen unglaublich geworden, das Verhalten in der Polen-Krise habe selbst westliche kommunistische Parteien schwer getroffen. Der kommunistischen bzw. radikalen Jugend im Westen habe Polen die Augen geöffnet. Die klassische russische Politik sei grundsätzlich sehr vorsichtig, nüchtern kalkuliert und realistisch. Afghanistan sei insofern eine Ausnahme. Es stelle sich die Frage, ob z.B. die Verhandlungen in Genf<sup>10</sup> in der Bestimmung der sowjetischen Haltung mehr von der klassischen kühlen Berechnung beeinflußt würden. Dann bestünde eine Chance, zu Ergebnissen zu kommen, da die Bundesregierung fest am Doppelbeschluß festhält. Ein sowjetisches Einlenken in Afghanistan würde für die internationale Politik von großer Bedeutung sein.

Der BK fragte den GS nach seiner Einschätzung der Nahost-Lage. Pérez erwiderte, der Fes-Plan<sup>11</sup> sei gut, der Reagan-Plan<sup>12</sup> sei der bisher beste USA-Vorschlag. Man müsse versuchen, beide zu vereinen. Der Mangel des USA-Planes sei, daß er die palästinensische Selbstbestimmung nicht enthalte. Die Palästinenser müßten ihren Staat bilden können, ebenso wie die Juden ihren hätten gründen können.

Eine Konföderation mit Jordanien wäre ideal. Als Verhandlungsmechanismus halte er den Weltsicherheitsrat für das beste. Dort seien alle wichtigen Mächte vertreten, und alle Parteien des Konflikts könnten dort mitwirken. Die sowjetische Konferenzidee<sup>13</sup> werfe zu viele Probleme auf. Das habe er auch den Sowjets gesagt. Er wolle nur einige Punkte erwähnen:

- Wo soll die Konferenz stattfinden?
- Wer soll den Vorsitz führen?
- Wer soll teilnehmen?
- Welchen Status sollen die verschiedenen Teilnehmer haben?

<sup>10</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>11</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 239, Anm. 11.

<sup>12</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat Vogel notierte am 22. September 1982, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, habe am 15. September 1982 beim Besuch des südjemenitischen Staats- und Parteichefs Ali Nasser Mohammed in Moskau einen Sechs-Punkte-Plan für den Nahen Osten verkündet: „Hauptforderungen sind: Rückgabe aller von Israel seit 1967 besetzten Gebiete (namentlich Nennung der Golanhöhen, der Westbank, des Gazastreifens, Ost-Jerusalems und des Libanon); Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen; Recht aller Staaten (also auch Israels) auf freie und unabhängige Existenz; Beendigung des Kriegszustandes und Schaffung einer Friedensordnung, garantiert durch den VN-Sicherheitsrat oder dessen ständige Mitglieder. Zur Lösung der vorgenannten Prinzipien soll eine internationale Konferenz unter Mitwirkung aller Betroffenen einberufen werden.“ Vogel legte dar, die UdSSR reagiere damit „auf ihre politisch-militärische Ausschaltung im Libanon-Konflikt und auf die Gefahr eines Einflußverlustes bei der PLO nach deren Verteilung auf mehrere Länder. Die Existenz eines amerikanischen und eines arabischen Nahost-Planes zwang Moskau, seine Forderung auf Mitsprache an einer politischen Gesamtlösung neu zu legitimieren.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133219. Für den Wortlaut der Ansprache vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 568–570 (Auszug).

Im Sicherheitsrat gebe es solche Probleme nicht. Die große Schwierigkeit sei die Haltung Israels zu den VN. Es lehne die Organisation als parteiisch und antiisraelisch ab. Er halte das für nicht gerechtfertigt.

Der GS ging dann auf ein anderes Thema ein. Er sagte, er habe sich vorgenommen gehabt, dem BK drei seiner größten Probleme vorzutragen, nämlich Nahost, Weltwirtschaft und Namibia. Da die Zeit vorgerückt sei, wolle er nur noch das dringendste Thema, die weltwirtschaftliche Lage, ansprechen. Er mache sich die größten Sorgen um die weitere Entwicklung. Es beunruhe ihn besonders, daß die Tendenz der Abkehr von multilateralen Lösungen immer deutlicher werde. Protektionismus, nationaler Egoismus, nähmen zu. Er sei tief überzeugt, daß nur das multinationale Gespräch der Interdependenz und dem Zusammenhang der Probleme gerecht werde. Er halte den baldigen Beginn der Globalverhandlungen<sup>14</sup> für unbedingt notwendig. Versailles<sup>15</sup> habe die Dinge nicht weitergebracht. Auch die finanziellen Beiträge zu den multinationalen Programmen nähmen in besorgniserregender Weise ab. UNDP<sup>16</sup> müsse seine Planungen um 40 Prozent kürzen. Weltbank und IDA<sup>17</sup> hätten große Probleme.

Auf die Frage des BK nach der Lage der VN und nach den besonderen Problemen, die der GS sehe, erläuterte der GS seine bekannten Sorgen über den Zustand der Organisation. Seine Hauptkritik sei, daß die Mitgliedstaaten mehr und mehr ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der Charta<sup>18</sup> nicht mehr nachkämen und daß Resolutionen gefaßt würden, die nicht befolgt würden. Der Sicherheitsrat werde seiner großen Verantwortung nicht gerecht. Eine Neubesinnung sei notwendig. Er habe durch seinen Bericht an die 37. GV<sup>19</sup> und durch seine jüngsten Reden einen Anstoß geben wollen. Seine Absicht sei vor allem, die Rolle des GS im Rahmen der ihm im Rahmen der Charta zustehenden Befugnisse zu stärken. Er habe ein eigenständiges Mandat für den Fall von Bedrohungen der internationalen Sicherheit. Er wolle die präventive Diplomatie ausbauen und bei drohenden Konfliktsituationen rechtzeitig vor Ausbruch der offenen Krise in eigener Verantwortung tätig werden, die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung lenken, Tatsachenermittlungen anstellen und diplomatische Kontakte pflegen. So betätige er sich zur Zeit bereits in dem Grenzkonflikt zwischen Venezuela und Guyana<sup>20</sup>. Auch die Spannungen zwischen Honduras und Nicaragua<sup>21</sup>

<sup>14</sup> Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 199, Anm. 26.

<sup>15</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>16</sup> United Nations Development Programme.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „ITA“.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Berichts des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 7. September 1982 vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 3–8.

<sup>20</sup> Botschaftsrat I. Klasse Weisel, Caracas, teilte am 7. September 1982 mit: „Im Streit um das Esquibo-Gebiet ist es seit Auslaufen des Protokolls von Port-of-Spain am 18.6.1982 venezolanisches Ziel, Guyana an den Verhandlungstisch zu bringen. Zugleich verstärkt Venezuela seine diplomatischen Bemühungen um Verständnis seines Standpunktes bei dritten Staaten. Dazu gehört auch die Ankündigung, den Blockfreien beizutreten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 875; Referat 331, Bd. 136220.

<sup>21</sup> Botschafter Hamburger, Tegucigalpa, teilte am 22. Dezember 1982 mit: „Info-Büro des Außenministeriums veröffentlichte gestern Text des Briefes vom 20.12.1982, mit dem AM Paz Barnica den Vorsitzern des Weltsicherheitsrates und des Ständigen Rates der OAS die Drohungen der nicaraguanischen Regierung gegen seine Regierung zur Kenntnis bringt. Es heißt darin, daß seit Wochen die Propagandakampagne und die Übergriffe gegen Honduras von seiten Nicaraguas zugenommen haben.“

gehörten hierzu. Er halte es auch für notwendig, daß er von sich aus im gegebenen Fall den Sicherheitsrat befasse.

Ein weiteres Problem, dem er große Aufmerksamkeit widme, sei die Effizienz des Sekretariats. Er wisse, daß die Finanzmittel, die die Mitgliedstaaten manchmal unter schweren eigenen Finanzbedingungen leisteten, sparsamer eingesetzt werden müßten. Deswegen wende er sich gegen die immer mehr zunehmende Tendenz, immer wieder neue Projekte, Studien und kostenträchtige sonstige Vorhaben auf den Weg zu bringen. Deutlich kritisierte er z. B. den TOP Verhältnis VN–OAU bzw. Arabische Liga. Unter diesem Rubrum würden wahrscheinlich künftig immer wieder neue Projekte auf die Organisation zukommen. Eine Kontrolle sei schwierig.

Abschließend würdigte der GS die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Sie sei eine große Stütze der Organisation, die informativen Kontakte mit uns seien ihm sehr wichtig. Der BK erneuerte die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>22</sup> Der GS bekräftigte seine Absicht, dieser Einladung zum gegebenen Zeitpunkt gern Folge zu leisten.

An dem anschließenden Empfang nahmen die Spitzen des Sekretariats, die Präsidien der verschiedenen Organe der VN, darunter der Präsident der GV<sup>23</sup> mit seinen Vizepräsidenten, der Präsident des Sicherheitsrats<sup>24</sup> mit den übrigen Mitgliedern des Sicherheitsrats und zahlreiche Botschafter aus allen Regionen der Welt teil. Viele von ihnen hatten Gelegenheit, ein kurzes Höflichkeitsgespräch mit dem BK zu führen.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 14111 (010)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1617*

Immer häufiger seien Sandinista-Heereseinheiten in hond[uranisches] Gebiet eingedrungen und hätten alle möglichen Delikte gegen die Zivilbevölkerung begangen oder sie mit Gewehr- und Granatwerferfeuer beschossen. In Ausübung ihres Verteidigungsrechts hätten die hond. Streitkräfte diese ungerechtfertigten Überfälle abgewehrt und die hond. Regierung in Managua entsprechend protestiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 106; Referat 331, Bd. 136280.

<sup>22</sup> Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik traf VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 10. Juni 1983 mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher zusammen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnungen; AAPD 1983.

<sup>23</sup> Imre Hollai.

<sup>24</sup> Carlos Ozores Typaldos.

## 311

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

VS-vertraulich

19. November 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Nitze<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Erster Sekretär Lissfelt (US-Botschaft), VLR I Dr. Citron, MDg Dr. Zeller.

Der *Bundeskanzler* begrüßt einleitend, indem er Botschafter Nitze willkommen heißt, daß es einen regelmäßigen Gesprächskontakt zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Chef-Unterhändler in Genf gibt. Er werde immer Zeit für den Botschafter haben.

*Nitze* dankt für das Gespräch. Er bemerkt, wie wichtig es für seine Verhandlungsführung sei, daß sie von dem Vertrauen der Stationierungsländer, so insbesondere auch von unserem Vertrauen, getragen wird. Es sei daher unabdingbar, daß wir genau über die Verhandlungen und die dort verfolgte Linie unterrichtet seien und daß wir und andere Stationierungsländer sie voll verstünden. Er habe ausführlich schon BM Genscher berichtet.<sup>3</sup> Ihnen wolle er zum Stand der Verhandlungen folgendes sagen:

In der ersten Verhandlungsrunde<sup>4</sup> habe man nach Grundlagen für ein Übereinkommen gesucht, das für beide Seiten akzeptabel wäre.

In der zweiten Runde hätten die Sowjets ihre Vorstellungen erläutert und auch einen Vertragsentwurf auf den Tisch gelegt.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 22. November 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Warthenburg übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 23. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Dezember 1982 vorgelegen. Vgl. das Belegschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 19. November 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 312.

<sup>3</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze unterrichtete Bundesminister Genscher am 19. November 1982 über „den jüngsten, bisher allerdings nur informell eingebrachten sowjetischen Vorschlag, im Rahmen der vorgeschlagenen Höchstzahl von 300 Systemen für jede Seite einen ‚subceiling‘ für Raketen vorzusehen. [...] Auf Fragen hätten die sowjetischen Gesprächspartner angedeutet, daß dieser ‚subceiling‘ etwa der Zahl der britischen und französischen Raketen (162) entsprechen sollte“. Der Vorschlag „schließe die Aufstellung von P[er]shing II und GLCM aus und zeige die sowjetische Stoßrichtung, auf keinen Fall die westliche Nachrüstung zu legitimieren. [...] Auf die Frage des BM, ob in der fünften Runde mit sowjetischer Bewegung gerechnet werden könne, sieht sich Nitze nicht in der Lage, eine eindeutige Antwort zu geben: Es sei schwer, die sowjetische Taktik vorherzusehen, sie sei ständig gut für Überraschungen. Es sei jedoch festzustellen, daß sie nach und nach eine Reihe von neuen Vorschlägen auf den Tisch legten, die eindeutig ‚for the record‘ bestimmt seien.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>4</sup> Die erste Runde der INF-Verhandlungen fand vom 30. November 1981 bis 16. März 1982 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>5</sup> Die zweite Runde der INF-Verhandlungen fand vom 20. Mai bis 20. Juni 1982 in Genf statt. Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

In der dritten, d.h. augenblicklich laufenden Runde<sup>6</sup> gehe es um die zentralen Verhandlungsgegenstände. Dabei würden Nebenfragen nicht ausgeklammert. Man würde sich durchaus um Fortschritte überall dort bemühen, wo sie erreicht werden könnten. Dabei liefen die Gespräche eigentlich besser, als man hätte annehmen können; die Haltung der Sowjets sei anders als erwartet.

Kwizinskij habe sich in seiner Ankunftserklärung auf eine Erklärung Breschnews bezogen und gesagt, daß die Verhandlungen keineswegs als Deckung für militärische Maßnahmen benutzt werden dürften. (In der von sowjetischer Seite verbreiteten englischen Übersetzung habe es Kriegsvorbereitungen geheißen; diese inkorrekte Übersetzung habe die sowjetische Seite dann auch verbreitet.)

Sein klarer Eindruck sei es, daß die Sowjets in den Verhandlungen versuchten, Argumente dafür zu sammeln, daß die Gespräche in eine Sackgasse gerieten und daß die amerikanischen Gesprächspartner dafür verantwortlich seien. Jedenfalls hätten sich die Sowjets allen amerikanischen Versuchen widersetzt, in den zentralen Fragen Fortschritte zu erzielen. Andererseits seien sie in anderen Fragen flexibel genug gewesen, um ihr Argument – sie seien verhandlungsbereit – zu stützen.

Ihre wesentliche Ausgangsposition war es, Reduzierungen von einem angeblich bestehenden Gleichgewicht von heute (1000:1000) auf 300 Systeme auf beiden Seiten in Europa vorzuschlagen. Dabei müßten die 255 britischen und französischen Systeme jedoch berücksichtigt werden. Im Klartext bedeute dies 300 Systeme auf sowjetischer Seite. Dem würden 300 Systeme auf amerikanischer Seite minus die französischen und britischen Systeme entsprechen (so auch im sowjetischen Vertragsentwurf<sup>7</sup>). Wenn man wie die sowjetische Seite von 255 französischen und britischen Mittelstreckensystemen in und um Europa ausgehe, so blieben für die USA noch 45 übrig. Die Sowjets würden den USA jedoch 65 FB-111<sup>8</sup> hinzurechnen, die im übrigen in den USA stationiert seien. Mithin blieben auf US-Seite der Bilanz eigentlich minus 20 Systeme. Dabei würde Europa von den Sowjets definiert als die europäische Landmasse, aber zusätzlich auch noch den größten Teil des Atlantischen Ozeans.<sup>9</sup> Die Folge sei, daß in die Gleichgewichtsrechnung der Sowjets auch die Flugzeuge auf den sechs amerikanischen, im Mittelmeer und im Atlantik stationierten Flugzeugträgern einbezogen würden, die bei Annahme des neuen sowjetischen Vorschlags auch nicht mehr zur Verteidigung Europas zur Verfügung stünden.

Die Sowjets hätten im Laufe der Verhandlungen verschiedene Varianten ihrer Position eingeführt.

Eine erste Variante sei gewesen, folgendes zu sagen: Die SU sei durchaus bereit, eine Null/Null-Position im Vergleich SU und USA anzuerkennen. Dann müsse sie jedoch einen Ausgleich für die französischen und britischen Systeme beanspruchen. Das hieße Dislozierung einer Anzahl sowjetischer Systeme in Höhe

<sup>6</sup> Die dritte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf statt.

<sup>7</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „FE-111“.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

der von der Sowjetunion genannten Zahl der britischen und französischen. Dies würde auf sowjetischer Seite einer Reduzierung der Systeme auf 255 gegenüber einer Null-Präsenz auf US-Seite bedeuten.

USA hätten demgegenüber dargelegt, daß eine solche Rechnung keinerlei Sinn mache.

Daraufhin hätten die Sowjets informell eine weitere Variante eingeführt, indem sie sich zu einem subceiling allein für Raketen in Europa innerhalb der genannten Zahl von 300 Systemen für jede Seite bereit erklärt hätten. Im Zusammenhang mit den vorhergehenden Vorschlägen könne man jedoch davon ausgehen, daß sie von der Zahl von 162 Flugkörpern für F und GB ausgingen, wobei sie sogar bereit zu sein schienen, auf eine niedrigere Zahl, d. h. von etwa 150 zu gehen. Vermerk: Dies würde bedeuten, daß die SU in dem Bemühen, die westliche Nachrüstung zu verhindern, bereit ist, auf etwa 90 SS-20 und die SS-4 und -5 in Europa zu verzichten.

Sie wären schließlich wohl auch bereit, auf eine ausdrückliche Erwähnung von F und GB zu verzichten. Ein subceiling für Raketen habe letztlich auch eine Höchstgrenze für nuklearfähige Flugzeuge zur Folge. Hierzu seien die Sowjets bereit. Die Annahme dieses Vorschlags hätte zur Folge, daß die Sowjets eine substantielle Zahl von SS-20 behalten würden und im übrigen unbeschränkt östlich des Urals dislozieren könnten, während die USA keine INF in Europa dislozieren dürften. Auch dies war kein fairer Vorschlag.

*Bundeskanzler* wirft ein, daß dies der Verhandlungsstand beim Tode Breschnews<sup>10</sup> gewesen sei. Habe es nunmehr eine neue Lage gegeben? *Nitze* sieht hierfür keine Anzeichen. Er will nicht ausschließen, daß es für einen Haltungswechsel vielleicht zu früh sei.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Zeitplan der Verhandlungen erläutert *Nitze*, daß die dritte Verhandlungsrunde am 30. November abgeschlossen werde. Sodann wolle man, nach den zu Beginn der Verhandlungen getroffenen Abmachungen, je zwei Monate in Genf zu verhandeln und sodann zwei Monate Pause einzulegen, Ende Januar wieder nach Genf<sup>11</sup> zurückkehren, um dort während des Februar und März nächsten Jahres weiterzuverhandeln. In den Monaten April und Mai würde erneut eine Pause eingelegt. Die fünfte Verhandlungsrunde würde im Juni beginnen<sup>12</sup>.

*Nitze* stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß es von besonderem Interesse sein könnte zu sehen, welche Vorschläge die Sowjets Ende Januar in die Verhandlungen einbringen würden. *Kwizinskij* habe die vorher erwähnten informellen Andeutungen über neue Varianten gemacht, um der amerikanischen Seite zu ermöglichen, diese zu prüfen. *Nitzes* Eindruck ist, daß die Sowjets damit noch nicht sofort in die Öffentlichkeit gehen würden. In jedem Fall würden sie in ihrer Taktik fortfahren, eine Position aufzubauen, die sowjetische Flexibilität in den Verhandlungen zeigt.

<sup>10</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>11</sup> Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

<sup>12</sup> Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt.

*Bundeskanzler* bemerkt, alles, was ihm von den kürzlich mit Andropow geführten Gesprächen vom Bundespräsidenten<sup>13</sup>, von Vizepräsident Bush, AM Shultz<sup>14</sup>, von BM Genscher und VN-GS de Cuéllar<sup>15</sup> berichtet wurde, zeige übereinstimmend, daß Andropow in internationalen Angelegenheiten sehr gut unterrichtet sei, sich relativ frei in der Diskussion über die Fragen bewege und auch recht differenzierte Probleme kenne. So habe Pérez de Cuéllar ihm berichtet, daß Andropow über seine, des Generalsekretärs, Afghanistan-Initiative<sup>16</sup> voll unterrichtet gewesen sei.

Andropow sei 68 Jahre alt, seine Zeit, in der er politisch etwas bewirken könne, also bemessen. Er wird in der Innenpolitik einiges tun müssen, wahrscheinlich versuchen, die wirtschaftliche Lage etwas zu verbessern. Die Armee scheint ihn zu stützen, jedenfalls wird er auf sie Rücksicht nehmen müssen.

In den Außenbezirken habe er es mit Aufweichungstendenzen im Warschauer Pakt zu tun, wie sie durch die Ereignisse in Polen illustriert werden. In Westeuropa könne der Kommunismus in keinem Lande Fortschritte verzeichnen: die KPI und ihre Entwicklung bereite dem Kreml keine Freude; bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in Frankreich<sup>17</sup> wird es eher zu einem weiteren Rückgang der Kommunistischen Partei kommen; in Spanien<sup>18</sup> habe Carrillo eine vernichtende Niederlage erlitten; bei den bevorstehenden Wahlen bei uns<sup>19</sup> werde die Kommunistische Partei nicht mehr als 0,5% erreichen.

Er, der Bundeskanzler, sehe auch nicht, daß die Freunde einer neutralistischen Entwicklung bei uns gut abschneiden werden.

Unter diesen Umständen glaube er, daß die Sowjets unter Andropow vielleicht versuchen könnten, hoch zu spielen; jedoch glaube er nicht, daß sie das Spiel überreizen würden.

In Genf gehe es darum, weiterhin eine gemeinsam abgestimmte Linie zu verfolgen. F wünsche keinesfalls einbezogen zu werden; dies sei ihm im Gespräch mit Präsident Mitterrand<sup>20</sup> sehr klar gesagt worden. Mitterrand sei in dieser Frage mindestens ebenso intransigent wie de Gaulle.

Dennoch halte er es nicht für ausgeschlossen, daß sich etwas bewege.

Er habe Präsident Reagan auch geraten, die Chance eines Gesprächs mit GS Andropow zu nutzen.<sup>21</sup> Das Gespräch müsse selbstverständlich in der Sache gut vorbereitet und zu einem guten Zeitpunkt geführt werden. In den USA stehen keine Wahlen bevor; auch in Europa werde es aller Voraussicht nach im Früh-

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 302.

<sup>14</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenministers Shultz am 16. November 1982 in Washington vgl. Dok. 309.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kohl traf am 16. November 1982 mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 310.

<sup>16</sup> Zu den Gesprächen über Afghanistan in Genf vgl. Dok. 265, Anm. 19.

<sup>17</sup> In Frankreich fanden am 6. und 13. März 1983 Gemeindewahlen statt.

<sup>18</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt, bei denen der PSOE die absolute Mehrheit errang.

<sup>19</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>20</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 4. Oktober 1982 in Paris; Dok. 254.

<sup>21</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington; Dok. 306.

jahr, außer den bekannten, keine weiteren Wahlen geben. Vielleicht sei daher Mai/Juni, d.h. vor der fünften Verhandlungsrunde in Genf, der richtige Zeitpunkt. Man müsse jedoch die weitere Entwicklung abwarten.

Bundeskanzler fragt Nitze, ob er irgendwelche Voraussagen treffen könne.

*Nitze* entgegnet, er habe BM Genscher gesagt, daß es nicht so schwierig sei, über die augenblickliche sowjetische Strategie und Taktik zu sprechen. Vorhersagen für die Zukunft seien freilich unmöglich. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er ein Gespräch zwischen dem Präsidenten und dem Generalsekretär für nützlich halte, entgegnet *Nitze*, daß er Andropow nicht kenne und auch in Genf keine Hinweise erhalten habe, wie sich seine Haltung entwickeln könne. Als er mit Kwizinskij am Tage des Ablebens von Breschnew zu Mittag gegessen habe, fand er Kwizinskij in guter Laune; Weisungen aus Moskau lagen ihm jedoch nicht vor, er rechnete auch nicht damit. Auch bei einem Lunch am Vortag seines, Nitzes, Besuchs in Bonn habe er bei Kwizinskij keine Änderungen in der Position feststellen können. Lediglich das KGB-Mitglied der sowjetischen Delegation sei nach Ankündigung der Ernennung Andropows zum Generalsekretär sehr stolz gewesen.

*Bundeskanzler* berichtet von einem Gespräch, das Falin hier vor etwa vier Wochen geführt hat<sup>22</sup> (die Sowjets sind immer hier). Er habe damals schon auf Andropow hingewiesen. Bundeskanzler erwähnt die Position, die Alexandrow wohl auch beim neuen GS einnehme. Dies sei vielleicht ein Zeichen für Kontinuität.

*Nitze* berichtet, daß seine Gesprächspartner in Genf auf die besondere Rolle Falins für die Formulierung des taktischen Vorgehens in Genf hingewiesen hätten. Er koordiniere dies offenbar mit seinen eigenen Kontakten in der Bundesrepublik Deutschland.

Ihm würden im übrigen auch besonders gute Beziehungen zu Andropow nachgesagt.

*Bundeskanzler* bemerkt, daß dies ins Bild passe.

Er wolle Nitze sehr nachdrücklich ermutigen, in seinen Anstrengungen fortzufahren. Es gelte zwar, dicke Bretter zu bohren, aber das Ziel sei wichtig genug. Er könne jedenfalls auf die Unterstützung seiner Freunde zählen.

Im übrigen sei es wichtig, regelmäßig miteinander zu sprechen, und dies lieber einmal mehr als zu wenig. Genf sei nicht allzu weit von Bonn entfernt.

Als der Bundeskanzler das Gespräch hiermit beenden will, legt *Nitze* Wert darauf, noch folgende Schlußbemerkung zu machen:

<sup>22</sup> Der Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Falin, nahm am 21./22. Oktober 1982 an einem Expertengespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zu den Ost-West-Beziehungen und der europäischen Sicherheit teil. Botschafter Ruth notierte dazu am 25. Oktober 1982: „Bemerkenswert war die geschickte und interessante Gesprächsführung von Herrn Falin. Während alle übrigen Gesprächspartner sich strikt an die bekannte Propagandalinie der Sowjets hielten, machte Falin Äußerungen, die die Bereitschaft und die Fähigkeit zeigten, sich an einer konzeptionellen Diskussion zu beteiligen. Bemerkenswert waren Falins Äußerungen, zu Gesprächen über die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts über den MBFR-Rahmen hinaus bereit zu sein (auf entsprechende Äußerungen von Herrn Bahr); zuzugeben, daß nach seiner Auffassung auch die Vereinigten Staaten nicht an einem Krieg interessiert seien.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124520. Vgl. dazu auch Dok. 274, Anm. 20.

Er beharre in Genf fest auf allen Aspekten der westlichen Grundposition; d. h. auf der beiderseitigen Null-Lösung<sup>23</sup>, auf der Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Systeme, auf der Berücksichtigung von militärischen Fähigkeiten und nicht nur von geographischen Räumen, auf der Nichteinbeziehung von Flugzeugen (in der ersten Phase), auf angemessenen Verifikationsmöglichkeiten, auf der Notwendigkeit von kollateralen Maßnahmen für Kurzstreckensysteme.

Gleichzeitig und parallel dazu erkunde er jedoch auch die Vorschläge der anderen Seite.<sup>24</sup>

VS-Bd. 14106 (010)

## 312

### Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-371.76 INF-2002/82 VS-vertraulich

19. November 1982<sup>1</sup>

Botschafter *Nitze*<sup>2</sup> schilderte eingangs die von seiner Delegation in dritter Verhandlungsrunde<sup>3</sup> bisher unternommenen Initiativen. Diese betrafen:

- Einführung eines Memorandums zur Datenfrage<sup>4</sup>;
- Vorschläge hinsichtlich der Modalitäten der Zerstörung von Raketen;
- Weiterentwicklung der Verifikationsdiskussion.

Hinsichtlich der zentralen Streitpunkte hätten sich die USA besonders mit der sowjetischen Forderung nach einer Anrechnung britischer und französischer Systeme auseinandergesetzt. Sie hätten gegenüber SU verdeutlicht, daß sich die-

<sup>23</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 62.

<sup>24</sup> Vgl. dazu den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli 1982 („Waldspaziergang“); Dok. 279.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 22. November 1982 von Legationsrat I. Klasse Erath gefertigt und am 25. November 1982 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann an das Ministerbüro „mit der Bitte um Kenntnisnahme“ weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 25. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte.

Hat Ploetz am 26. November 1982 vorgelegen.

Hat Ischinger am 30. November 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 19. November 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 311.

<sup>3</sup> Die dritte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf statt.

<sup>4</sup> Für das undatierte überarbeitete „Memorandum of Understanding“, das die amerikanische Seite den sowjetischen Gesprächspartnern bei den INF-Verhandlungen in Genf übergab, vgl. VS-Bd. 11403 (220).

se Anrechnung auf die Zahl der zwar „dual capable“, aber in konventioneller Rolle eingesetzten US-Flugzeuge auswirke und damit die notwendige konventionelle Luftunterstützung der US-Streitkräfte unzumutbar eingeschränkt würde.

In Reaktion auf die sowjetische Behauptung, die SS-20 sei lediglich ein Ersatz für die SS-4 und -5, habe die US-Delegation auch Frage der qualitativ neuen Bedrohung durch die SS-20 aufgeworfen und dabei auf die wesentlichen Unterschiede zwischen den SS-4/-5 und der SS-20 hingewiesen. Diese lägen in folgendem:

- Treffgenauigkeit;
- MIRVung;
- Reichweite;
- fester Brennstoff (sofortige Einsatzbereitschaft);
- Mobilität und Transportfähigkeit auf Straße und Eisenbahn;
- Nachladefähigkeit.

Die Kombination dieser Elemente mache die SS-20 im Unterschied zu den SS-4/-5 zu einem höchst tauglichen Instrument – nicht nur der Abschreckung im traditionellen Sinne –, sondern der Kriegsführung.

Im Zusammenhang mit der Mobilität und Transportfähigkeit der SS-20 hätten die USA ausführlich die Schwächen des sowjetischen regionalen Ansatzes dargelegt. Die SU sei in der Lage, eine beträchtliche Zahl von SS-20 per Bahn in kurzer Zeit um Hunderte von Kilometern zu verlagern. Auf dieses Argument habe die SU entgegnet, die USA würden eine solche Maßnahme aber bemerken. Die US-Delegation habe hierauf erwidert, daß in einem Krisenfall jede US-Reaktion auf eine solche SS-20-Verlagerung eine gefährliche Zuspitzung darstellen würde.

Die SU habe in der dritten Runde einen weiteren Vorschlag eingebracht: Um der westlichen Sorge über die Möglichkeit der SU entgegenzukommen, alle 300 (bzw. 255) Systeme, die ihr nach ihrem Vertragsentwurf<sup>5</sup> in der Reduzierungszone zustehen, mit SS-20 auszufüllen, sei die SU bereit, für die Zahl der in Europa stationierten Raketen eine gesonderte Höchstgrenze (subceiling) festzulegen. Falls die USA diesem Vorschlag im Prinzip zustimmen würden, könne man über eine bestimmte Zahl diskutieren. Am Rande der formellen Gespräche hätte sowjetische Delegation angedeutet, daß diese Zahl etwa der Zahl der britischen und französischen landgestützten Raketen (162) entsprechen könnte. Einmal sei von sowjetischer Seite informell auch die Zahl von 150 Systemen genannt worden. Auf Frage von D2A i. V.<sup>6</sup>, ob die SU zu erkennen gegeben habe, ob sie die restlichen Systeme vernichten oder bloß hinter bestimmte Linien zurückziehen wolle: Nach sowjetischer Auffassung sei die Bestimmung des Prozentsatzes von Systemen, die nicht zerstört, sondern nur hinter bestimmte Linien zurückgezogen würden, entsprechend Artikel VII ihres Vertragsentwurfs eine Sache weiterer Verhandlungen.

<sup>5</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

<sup>6</sup> Klaus Jürgen Citron.

Was die Zählweise betreffe, so habe die SU bislang keinerlei Bereitschaft gezeigt, in Rechnung zu stellen, daß jede SS-20 drei Sprengköpfe trage.

D2A i. V. erkundigte sich dann nach sowjetischen Erläuterungen zu Artikel VI Absatz 4 des sowjetischen Vertragsentwurfs.<sup>7</sup>

Botschafter *Nitze*: Die SU unterstelle bei der SS-20 eine Reichweite von 4000 km; die Rückzugslinie 80° östlicher Länge erfülle deshalb nach ihrer Auffassung die Bedingung dieser Bestimmung. Artikel VI Absatz 4 verbiete auch nach sowjetischer Auffassung jede Stationierung von SS-20 im Raum zwischen dem Ural und der 80°-Linie. Die bei Swerdlowsk stationierten SS-20 müßten deshalb nach dem sowjetischen Vertragsentwurf hinter die 80°-Linie zurückgezogen werden.

Die US-Delegation habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die innerdeutsche Grenze als Bezugslinie alle jene NATO-Partner diskriminiert, deren Territorium sich östlich dieser Linie befinde. Sowjetische Entgegnung: Die strategisch bedeutsamen Ziele auf NATO-Seite befänden sich westlich der innerdeutschen Grenze.

Auf die Frage von D2A i. V., ob die SU auch eine Zwischenhöchstgrenze (subceiling) für in Europa stationierte Flugzeuge vorgeschlagen habe:

Die SU habe für Europa insgesamt vier paritätische Zwischenhöchstgrenzen (equal ceilings) vorgeschlagen:

- für INF-Flugkörper,
- für INF-Flugzeuge,
- für SRINF-Raketen und
- für SRINF-Flugzeuge.

Die Erörterung kollateraler Beschränkungen in Form eines „equal ceiling“ für SRINF-Flugzeuge – wo die SU eine enorme Überlegenheit habe – mache die SU davon abhängig, daß die USA den vorgeschlagenen subceilings in den drei anderen Bereichen zustimmen.

Auf die Frage von D2A i. V., ob die SU in diesem Zusammenhang Konzessionsbereitschaft in Richtung eines stufenweisen Vorgehens<sup>8</sup> zu erkennen gegeben habe: Moskau wünsche eine auch Flugzeuge umfassende Regelung wohl nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen. Beim Fehlen einer solchen Regelung sehe die sowjetische Führung zusätzlich zum Abbau der kostspieligen SS-20-Rüstung neue Rüstungskosten in diesem Bereich auf sich zukommen.

Auf die Frage von D2A i. V., ob angesichts der sowjetischen zahlenmäßigen Überlegenheit eine Begrenzung im Bereich der INF-Flugzeuge nicht im westlichen Interesse liegt, entgegnete Botschafter *Nitze*, man habe hierüber in Washington noch nicht nachgedacht.

<sup>7</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Art. VI, Abs. 4: ‚Each party undertakes not to deploy outside the zone of reduction and limitation medium-range nuclear arms in such a way that the corresponding arms of the USSR could reach targets to the West of a line coinciding with the state border between the GDR and the FRG, and the corresponding arms of the USA could reach targets to the East line of that line.‘“

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Einbeziehung von Flugzeugen in späterer Verhandlungsphase“.

Auf Bitte von D2A i. V. erläuterte Botschafter Nitze darauf die Haltung der SU zur Frage kollateraler Beschränkungen im SRINF-Bereich. In ihren formellen Vorschlägen habe die SU bislang lediglich von ihrer Bereitschaft zu quantitativen Begrenzungen im Bereich der Systeme mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km gesprochen. In Gesprächen am Rande sei jedoch auch die Bereitschaft zu einem Verbot der MIRVung und einer Reichweitenbeschränkung erkennbar geworden.

Der Unterschied der sowjetischen Position zu dem US-Vorschlag liege darin, daß der systemspezifische US-Ansatz garantiere, daß die sowjetische SS-23 (Reichweite 500 km) erfaßt sei, während dies nach dem sowjetischen Vorschlag nicht gewährleistet sei. Die SU könne ja immer behaupten, die SS-23 habe eine geringere Reichweite als 500 km.

Die deutschen Pershing I seien von der SU nur am Rande angesprochen worden. Es sei jedoch eindeutig, daß der sowjetische Vorschlag sich auf alle Pershing I beziehe. Die SU halte sich in ihren Erklärungen zu kollateralen Beschränkungen zurück, da sie zunächst eine Einigung in den zentralen Fragen wolle.

D2A i. V. bat sodann um eine Darlegung des Verhandlungsstandes in den beiden auf US-Initiative eingerichteten Arbeitsgruppen<sup>9</sup>.

Botschafter Nitze: Der amerikanische Vorschlag zur Einrichtung einer Daten-AG habe zum Ziel gehabt, auf beiden Seiten Mißverständnisse und Probleme, wie sie bei MBFR entstanden seien, zu vermeiden. Die US-Seite habe z. B. versucht, Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Reichweite der SS-20, der SS-12/22 oder der Zählkriterien bei Flugzeugen zu klären. Bei der SS-20 habe man sehr detailliert den Begriff der Reichweite diskutiert. Die SU behauptete, die weiteste Entfernung, über die die SS-20 jemals geflogen sei, sei 4000 km gewesen. Deshalb sei 4000 km für die SU die maximale Reichweite dieses Systems. Die USA nähmen andererseits aufgrund der technischen Daten der SS-20 an, daß sie mindestens 500 km weiter fliegen könne. Man habe beispielsweise auch die Zahl der auf beiden Seiten zu berücksichtigenden Bomber mittlerer Reichweite und damit im Zusammenhang die Reichweiten der amerikanischen F-4 und der sowjetischen Fencer erörtert. Die SU habe es abgelehnt, die Zahlen des NATO-Streitkräftevergleichs<sup>10</sup> zu diskutieren. Sie habe ihrerseits französische und britische Flugzeugtypen in die Debatte eingeführt. Man habe sich in der Daten-AG allerdings darauf geeinigt, daß die Erörterung eines Waffensystems kein Präjudiz für dessen Einbeziehung in die Verhandlungen darstelle. Die SU befinde sich in der Datenfrage eindeutig in der Defensive.

In der Vertragstext-AG laufe die Arbeit etwas besser, obwohl auch da die SU offensichtlich Fortschritte vermeiden wolle, solange es in den zentralen Fragen nicht vorangehe. In den nicht zentralen Punkten wie Präambel, Vertragsdauer, Rolle der SCC bestünden viele Gemeinsamkeiten. Man könne etwa bei den Systemdefinitionen (type rules) Fortschritte machen, es sei jedoch voraussichtlich

<sup>9</sup> Zur Bildung einer Gruppe von Datenexperten und einer Gruppe zur Erstellung der Vertragstexte bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 258, Anm. 10, bzw. Dok. 290, Anm. 5.

<sup>10</sup> Für die in der Bundesrepublik erschienene Buchhandelsausgabe vgl. KRIEG ODER FRIEDEN. Die offizielle NATO-Studie über den Kräftevergleich West-Ost, hrsg. von Rüdiger Moniac, München 1982.

unmöglich, sich etwa im Verifikationsbereich auf den Begriff der „measures independent of national technical means“ zu einigen.

Auf Frage von D2A i. V., ob die SU nach Aufnahme der START-Verhandlungen<sup>11</sup> Bereitschaft gezeigt hätte, im INF-Rahmen auf Regelungen zu verzichten, die sie auch bei START anhängig gemacht habe: Die SU habe dies auf amerikanische Anfrage abgelehnt. Die SU wolle sich doppelt und womöglich – wie bei dem Vorschlag für ein Verbot von GLCMs geschehen – dreifach absichern.

D2A i. V. bat darauf um eine Darlegung der möglichen Rolle von vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) im INF-Bereich.<sup>12</sup> Botschafter Nitze: In den Verhandlungen spielten zwei Aspekte eine Rolle: die vorherige Ankündigung von Testflügen und die Fortführung der Tätigkeit der Daten-AG. Die SU zeige sich an CBM in diesem Bereich jedoch nicht interessiert. Kwizinskij habe amerikanische Vorstöße in diese Richtung einmal als Ablenkungsmanöver von Leuten bezeichnet, die konkrete Ergebnisse verhindern wollten.

Im Bereich Verifikation komme es den USA darauf an, daß die grundlegenden Fragen vor Abschluß eines Übereinkommens und nicht erst durch die SCC gelöst würden. Bisher habe man sich lediglich darüber verständigt, daß die Verifikation bei den „national technical means“ nicht aufhören könne. Wieweit man hierüber hinausgehen müsse, sei jedoch noch völlig offen. In ihrem „Revised Memorandum of Understanding“ hätten die USA jetzt ein Schema für die Erfassung von Zahl und Standorten von INF eingeführt. Man habe auch genaue Vorschläge etwa über die örtliche Verbringung von zu beseitigenden Systemen oder die Zählmodalitäten für Systeme gemacht, die ihren Standort wechselten. Den vorgesehenen Verifikationsannex zum Vertragsentwurf werde man jedoch frühestens in der Frühjahrsrunde einbringen. Würde man jetzt schon mit der Notwendigkeit von „Vor-Ort-Inspektionen“ kommen, würde man der SU nur einen Vorwand liefern, den USA Ausweichmanöver vorzuwerfen.

Abschließend bat D2A i. V. Botschafter Nitze um seine Meinung zu möglichen sowjetischen Reaktionen auf erste westliche Stationierungsschritte. Botschafter Nitze: Die SU habe erklärt, daß die Durchführung praktischer Maßnahmen zur Stationierung eine grundsätzliche Überprüfung der sowjetischen Haltung im INF-Bereich bewirken würde. Dann habe sie zunächst zu verstehen gegeben, daß sie auf solche Maßnahmen mit dem Abbruch der Verhandlungen reagieren werde. In letzter Zeit gebe sie jedoch zu erkennen, daß sie zwar weiterverhandeln, aber andere Gegenmaßnahmen ergreifen werde. Möglicherweise werde sie sich darauf berufen, daß eine neue Verhandlungsbasis entstanden sei.

**VS-Bd. 14109 (010)**

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die amerikanischen Vorschläge zu vertrauensbildenden Maßnahmen im nuklearen Bereich; Dok. 320.

## 313

**Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt**

214-2930/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 645  
Citissime

**Aufgabe: 19. November 1982, 16.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 19. November 1982, 19.30 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Generaldirektor Neagu im rumänischen Außenministerium;

hier: Rumänische Demarche zum Protest gegen angebliche Reaktion der Bundesregierung, deutscher Massenmedien und Öffentlichkeit auf rumänisches Dekret über Rückzahlung von Ausbildungskosten durch Auswanderer<sup>2</sup>

Wurde heute in rumänisches Außenministerium gebeten, wo mir Generaldirektor Neagu eröffnete, daß rumänische Regierung irritiert, bestürzt und besorgt sei über Reaktionen der Bundesregierung und des deutschen Fernsehens, der Presse und der deutschen Öffentlichkeit auf rumänisches Dekret bezüglich der Erstattung von Ausbildungskosten durch Auswanderer bzw. Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik gelangten.

Er führte im einzelnen aus, daß Rumänien diese Äußerungen als feindliche Handlung empfinde und geradezu eine Kampagne sehe, die dem rumänischen Staat schaden solle. Auf der Madrider Konferenz<sup>3</sup> sei Rumänien durch den deutschen Vertreter<sup>4</sup> in besonders scharfer Form wegen des Dekretes angegriffen und in ungeheurer Form beschuldigt worden<sup>5</sup>; das hätte um so mehr überrascht, als man nach den Gesprächen mit Herrn StS von Staden<sup>6</sup> den Eindruck

<sup>1</sup> Hat Legationsrätin von Malsen-Tilborch am 22. November 1982 vorgelegen, die „Uml[au]f o[h]ne RL“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Treskow am 25. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum rumänischen Dekret über die Rückerstattung von Ausbildungskosten ausreisewilliger Personen vom 22. Oktober 1982 vgl. Dok. 301, Anm. 21.

<sup>3</sup> Zur Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 9. November 1982 vgl. Dok. 300.

<sup>4</sup> Hans Jörg Kastl.

<sup>5</sup> Am 1. Dezember 1982 teilte Ministerialdirektor Pfeffer der Botschaft in Bukarest zu den Vorwürfen des Generaldirektors im rumänischen Außenministeriums, Neagu, mit: „Zur Klarstellung dessen, was in Madrid tatsächlich gesagt wurde, berichtete unser Delegationsleiter, er habe im Zusammenhang mit Familienzusammenführung nur einen Satz gesagt: „Die Abschnürung von Familienzusammenführungen ausreisewilliger Bürger der Sowjetunion und Rumäniens bereitet der Bundesregierung besondere Sorge“ [...]. Das Dekret wurde also von uns nicht angesprochen, wohl aber von CDN und L. Lt. Botschafter Kastl hat rumänischer Delegationsleiter keine KSZE-Erfahrung, allerdings Erfahrungen als Botschafter in Belgrad. Es sei nicht auszuschließen, daß er sich durch scharfe Reaktion in Madrid hervortun wollte. Ebenfalls nicht auszuschließen sei politische Absicht Bukarests hinter rumänischer Überreaktion.“ Pfeffer fuhr fort: „Sie werden gebeten, ohne eigens zu demarchieren und ohne dieses Thema in den Vordergrund Ihres Gesprächs zu stellen, bei sich bietender Gelegenheit gegenüber G[enera]l[D]irektor] Neagu deutlich zu machen, daß wir unsererseits großen Wert darauf gelegt hätten, die Angelegenheit weder in Madrid noch in Bukarest hochzuspielen. Rumänische Reaktion habe uns deshalb etwas überrascht.“ Vgl. den Drahterlaß; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>6</sup> Staatssekretär von Staden hielt sich vom 11. bis 13. November 1982 in Rumänien auf. Vgl. dazu Dok. 301.

gehabt hätte, die Angelegenheit solle durch vertrauliche Verhandlungen geregelt werden.

Im ARD sei ein Aufruf zu einer Demonstration vor der rumänischen Botschaft in Köln am 11.12. veröffentlicht worden<sup>7</sup>; die Presse greife Rumänien in höchst feindlicher Weise an, und es sei nichts von dem Geiste der guten Beziehungen zu spüren, die während der StS-Konsultationen und seit 15 Jahren zwischen den beiden Ländern bestünden.<sup>8</sup>

Seit dem Zweiten Weltkrieg habe die Bundesrepublik noch nie eine so feindselige Haltung gegenüber einem anderen Land angenommen; die rumänische Regierung könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie Druck und Erpressung ausgesetzt würde, und frage sich, wie weit die Bundesregierung selbst hieran ein Interesse habe. Der Sache selbst würden solche Spannungen nichts nützen, Verhandlungen unter Druck würden keine guten Ergebnisse bringen. Es sei ein leichtes, in der Sprache des Kalten Krieges zu reden, und es sei enttäuschend, daß gerade die Bundesrepublik und Rumänien derart auf der Madrider Konferenz zusammengestoßen seien. Er bäte, die rumänische Irritation und Besorgnis der Bundesregierung zu übermitteln, gleichzeitig aber auch das Interesse, das Rumänien an der Fortsetzung der guten Beziehung habe.

In meiner Antwort habe ich Neagu erklärt, daß mir die Rede unseres Vertreters in Madrid noch nicht bekannt sei und ich auch nicht die Sendung des deutschen Fernsehens kenne. Sicherlich beabsichtige die Bundesregierung nicht, die Beziehungen zu Rumänien zu verhärten, sie setze, wie er es ja aus den Gesprächen der StS-Konsultationen wisse, auf Verhandlungen, um die durch das Dekret ausgelösten Probleme zu regeln. Man dürfe allerdings nicht Ursache und Wirkung auseinanderdividieren, schließlich sei es Rumänien gewesen, das durch die Veröffentlichung eines solchen Dekretes, in dem wir nach wie vor einen Verstoß gegen die Helsinki-Akte<sup>9</sup> erblicken müßten, auch die Reaktion in der Bundesrepublik ausgelöst habe. Die unter von beiden Regierungen gebilligten Gründen vereinbarten vertraulichen Gespräche auf den bisherigen Kanälen hätten natürlich den Nachteil, daß sie nicht sofort öffentlichkeitswirksam werden könnten und schließlich erst dann, wenn die Vereinbarungen vorlägen. Immerhin sei von uns ja auch nach der Rückkehr von Herrn von Staden unmißverständlich gesagt worden, daß die Bundesregierung über den durch das Dekret ausgelösten Fragenkomplex mit der rumänischen Regierung im Gespräch sei.

<sup>7</sup> Die rumänische Botschaft legte dem Auswärtigen Amt am 23. November 1982 in einer Verbalnote dar: „Die Botschaft hat mit Befremden und Sorge zur Kenntnis genommen, daß eine Demonstration der Gesellschaft für Menschenrechte vor dem Botschaftsgebäude für den 11. Dezember d. J. in einer ARD-Sendung vom 16. November d. J. öffentlich angekündigt wurde. [...] Im Laufe des Jahres 1982 demonstrierten bisher Einzelpersonen oder Gruppen an 82 Tagen, darunter an 75 Arbeitstagen, vor dem Botschaftsgebäude. [...] Angesichts der Tatsache, daß diese Vorgänge die Ruhe der Botschaft erheblich stören, die Angehörigen von der Arbeit ablenken und sie einer offensichtlichen psychischen Belastung aussetzen, bittet die Botschaft das Auswärtige Amt, im Einklang mit dem Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen (insbesondere Artikel 22 Absatz 2) Maßnahmen zu ergreifen, damit künftige Aktionen dieser Art einschließlich die geplante Demonstration vom 11. Dezember d. J. vor dem Botschaftsgebäude unterbleiben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139574.

<sup>8</sup> Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Er möge nicht die Empörung der betroffenen Familien übersehen, die sich durch die finanziellen Forderungen des Dekretes in eine finanziell ausweglose Lage gedrängt sähen, da die diesbezüglichen Bedingungen des Dekretes praktisch die Möglichkeit ausschlossen, das Land zu verlassen und die Familie wiederzufinden.

Das weitere Gespräch mit Neagu bezog sich auf den Komplex des Brain Drain für die Dritte Welt, wobei er damit argumentierte, daß Rumänien diesem gleichen, die Entwicklung des Landes hemmenden Entzug seiner intellektuellen Kräfte ausgesetzt sei. Ich versuchte ihm klarzumachen, daß die Familienzusammenführung einen Auszug von Intellektuellen nur als Nebenerscheinung zur Folge habe und daher mit dem in der Nord-Süd-Frage hochgespielten Brain Drain überhaupt nichts zu tun hätte. Als er dann die Frage der Kosten der Ausbildung aufwarf, entgegnete ich ihm, daß durch die Enteignung von Grund und Boden, des kulturellen Besitzes und durch die Übernahme der Pensionen der Ausgewanderten durch die Bundesrepublik Rumänien finanziell ein größerer Vorteil zuwachse, als die Ausbildungskosten für einzelne betragen hätten. Was den Vorwurf anbetreffe, die Bundesrepublik habe als einziges Land Rumänien in dieser Frage angegriffen, so brauche er sich nur in der westlichen Welt umzusehen und die Stellungnahmen in den verschiedensten Ländern zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend sicherte ich Herrn Neagu zu, seine Demarche nach Bonn zu übermitteln.

[gez.] Jovy

VS-Bd. 13345 (214)

## 314

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara

203-321.00 TUR-791/82 VS-vertraulich

20. November 1982<sup>1</sup>

Der *Bundesminister* dankte einleitend dafür, daß sein Besuch<sup>2</sup> so kurzfristig und trotz der Anwesenheit von König Hussein in Ankara<sup>3</sup> arrangiert werden konnte. Er übermittelte dem Präsidenten seine und der Bundesregierung Glück-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 21. November 1982 gefertigt und zusammen mit Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Ulusu und dem türkischen Außenminister Türkmen vom Vortag „über Herrn Staatssekretär“ an Genscher weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12928 (203); B 150, Aktenskopien 1982.

Hat Genscher am 25. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 20. November 1982 in der Türkei auf. Für ein weiteres Gespräch vgl. Dok. 315.

<sup>3</sup> König Hussein besuchte vom 18. bis 20. November 1982 die Türkei.

wünsche zur Wahl und Durchführung des Referendums<sup>4</sup>. Er erinnerte an seinen Besuch im November 1981<sup>5</sup> und die Perspektiven, die ihm General Evren damals eröffnet habe. Diese Perspektiven, so fuhr der Bundesminister fort, hätten es ihm ermöglicht, dem Bundestag, der Bundesregierung und seinen Kollegen in der Europäischen Gemeinschaft zu berichten. Er würde sich freuen, wenn man auch dieses Mal in diesem Sinne miteinander sprechen könnte. In der Bundesrepublik Deutschland sei seit Oktober eine neue Bundesregierung im Amt<sup>6</sup>, deren Ziele er erläutern wolle. Er halte den Zeitpunkt für gekommen, um die deutsch-türkischen Beziehungen zu verbessern und die Probleme zu beseitigen, die uns beide belasteten. Am 1. Januar 1983 übernehme die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft<sup>7</sup>. Wir möchten diese Präsidentschaft im gleichen Geiste nutzen. Der Bundeskanzler habe bei seinem Besuch in Washington<sup>8</sup> mit Präsident Reagan auch über die Beziehungen zu unserem Verbündeten und Freund Türkei gesprochen. Beide Regierungschefs hätten ihr Interesse an einer Stärkung der Südflanke und insbesondere der Türkei zum Ausdruck gebracht.

Präsident *Evren* dankte für die Glückwünsche zu seiner Wahl. Er erinnere sich noch sehr gut an das Treffen mit dem Bundesminister vor einem Jahr. Damals sei der Bundesminister zu Beginn des Besuchs sehr ernst und sorgenvoll gewesen. Diese Stimmung habe sich am Ende des Besuchs aufgehellt, nachdem er (Evren) seine Ziele auseinandergesetzt habe. Auch heute wolle er seine Ziele darlegen. Im Monat Februar 1983 werde das Parteiengesetz, sofort danach das Wahlgesetz ausgearbeitet, und so bald wie möglich würden beide Gesetze in Kraft gesetzt werden. Dann beginne die Phase der Parteigründungen.<sup>9</sup> Im Ok-

<sup>4</sup> Zur Ausarbeitung einer Verfassung in der Türkei vgl. Dok. 234, Anm. 11.

Am 7. November 1982 fand in der Türkei ein Referendum über eine neue Verfassung statt, mit dessen Annahme Präsident Evren zugleich in seinem Amt bestätigt wurde. Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am folgenden Tag: „Referendumsergebnis (vorläufig 16 763 273 ja, 1 609 452 nein) ist als – voraussehender – Erfolg General Evrens, auch als Schritt für allmählichen Beginn Wiederkehr zu ziviler Regierungsverantwortung zu werten, wobei Militärs Einhaltung gegebenen Wortes zugute gehalten wird. Dabei dürfte (und sollte) Klarheit darüber bestehen, daß eingeschlagener Weg zur Demokratie nicht unbedingt westlichen Vorstellungen folgt. [...] Sicher ist das Abstimmungsergebnis kein Bekenntnis zur Verfassung an sich, deren Inhalt von Großteil Wähler kaum zur Kenntnis genommen wurde. [...] Entscheidend für das Votum vielmehr Fakten, die außerhalb des Verfassungskomplexes liegen: Plebiszit für Evren, der sich systematisch als Vater von ‚law and order‘ herausstellte; Furcht vor Wiederkehr Situation des 12.9.1980; Abreaktion von Ressentiments gegen frühere Politiker; Wahlen eines einzigen Beeinflussungsfaktors in letzten Tagen (Reden Evrens); Sorge, bei Negativvotum mit verfassungsrechtlichen Ungewißheiten weiterleben zu müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1848; Referat 203, Bd. 124911.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 5./6. November 1981 in der Türkei auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 316 und Dok. 320.

<sup>6</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Reagan am 15. November 1982 vgl. Dok. 306.

<sup>9</sup> Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 15. Dezember 1982: „1) Berichte über Zeitplan Fertigstellung und möglichen Inhalt Parteien- und Wahlgesetzes finden weiterhin starkes Interesse in türkischer Öffentlichkeit. 2) Massenblatt ‚Hürriyet‘ berichtet 15.12.1982, Vorsitzender Verfassungsausschusses, Prof. Aldıkaçtı, gehe davon aus, daß Parteiengesetz Februar 1983 in Kraft treten werde. Anschließend würde Gründung politischer Parteien erfolgen, deren Organisation bis Ende Mai abgeschlossen sein könne. Im Mai werde auch Wahlgesetz in Kraft treten. [...] 3) Spekulationen über möglichen Inhalt zukünftigen Parteien- und Wahlgesetzes gehen in verschiedenste Richtungen und lohnen es vorläufig nicht, näher erörtert zu werden. Beachtung verdient jedoch, daß nach

tober 1983 würden die Wahlen<sup>10</sup> stattfinden. Er sei fest entschlossen, an diesem Termin festzuhalten. Nur wenn Sicherheitsgründe dies erforderten oder die neuen Parteien Fristverlängerung erbäten, weil sie mit dem Aufbau ihrer landesweiten Struktur noch nicht weit genug gediehen seien, müsse der Termin vielleicht bis zum Frühjahr 1984 verschoben werden.

Auch er messe der deutsch-türkischen Freundschaft große Bedeutung bei. Leider gebe es Kräfte, zum Teil in der Türkei, zum Teil in Deutschland, die gemeinsam gegen uns arbeiteten. Da das türkische Volk dies wisse, verursachten antitürkische Ereignisse in Deutschland an sich keine negativen Reaktionen in der Türkei. Sie hätten höchstens den Effekt, daß sich die Türken noch enger zusammenschlossen. Türkische Pressemeldungen, die über beabsichtigte Massenrückführungen von Türken aus der Bundesrepublik Deutschland berichteten, erzeugten allerdings eine negative Stimmung. Die türkische Regierung wisse, daß die Bundesregierung eine solche Absicht nicht habe. Was die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft angehe, so sei die Stimmung der Zehn gegenüber der Türkei wechselhaft gewesen. Nun müsse man abwarten, welche Haltung die Europäische Gemeinschaft einnehmen werde, wenn die türkischen Parteien gegründet würden und die Wahlen stattgefunden hätten. Was die Intensivierung der deutsch-türkischen Beziehungen angehe, so interessiere ihn, was der Bundesminister über die deutsche Präsidentschaft gesagt habe und im einzelnen noch sagen könne. Er wolle das Stichwort der Rüstungszusammenarbeit<sup>11</sup> erwähnen.

Der *Bundesminister* erklärte, wie die Erläuterungen des Präsidenten vor einem Jahr so seien auch seine heutigen Ausführungen bedeutsam, insbesondere was er zum Parteiengesetz, zum Wahlgesetz und zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen gesagt habe. Wir verstünden Ausarbeitung und Annahme der Verfassung<sup>12</sup> als Ausgangspunkt des Demokratisierungsprozesses. Wir gingen davon aus, daß dieser Demokratisierungsprozeß sich im Alltag durchsetzen werde, wie dies den Prinzipien der Atlantischen Allianz, dem Geist der europäischen Verträge, der Schlußakte von Helsinki<sup>13</sup> und der europäischen Menschenrechts-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1632*

Bericht Zeitung ‚Milliyet‘ vom 15.12.1982 vorgesehen sein soll, politische Parteien aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Überwachung Finanzgebaren Parteien soll Generalstaatsanwalt oder Verfassungsgericht übertragen werden. [...] Zuverlässigkeit von Presse übermittelter Daten ist mit Zurückhaltung zu beurteilen. Trend dürfte jedoch richtig sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2071; Referat 203, Bd. 124911.

<sup>10</sup> Am 4. November 1983 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 23. November 1982, die Thyssen AG habe Staatssekretär Lautenschlager am 19. November 1982 mitgeteilt, der Türkei zwei Fregatten liefern zu wollen: „Die Türkei wünschte eine längerfristige Finanzierung. Die deutsche Seite wäre an der Lieferung interessiert, wollte jedoch nur eine Finanzierung für fünf Jahre ab Fertigstellung der Schiffe anbieten. [...] Voraussetzung der Finanzierung wäre eine Hermes-Bürgschaft. Insgesamt ginge es um etwa 400 Mio. DM. Das BMVg wäre an einer Lieferung der Schiffe interessiert. StS Lautenschlager wies auf unser grundsätzliches Interesse an einer Stärkung der NATO hin. Angesichts der Zahlungsbilanzlage der Türkei wären 400 Mio. DM jedoch ein großer Betrag. Bekanntlich stieße Hilfe für die Türkei auch auf Kritik in der Öffentlichkeit. Eine Entscheidung könnte erst getroffen werden, wenn der Antrag vorläge. Im übrigen sei die Stellungnahme des BMF sehr wichtig.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124917.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der türkischen Verfassung vom 7. November 1982 vgl. BEITRÄGE ZUR KONFLIKTFORSCHUNG, Bd. 13, Nr. 1 (1983), S. 111–173.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

konvention<sup>14</sup> entspreche. Wir würden unseren Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft gern dazu nutzen, um die EG-Assoziierung der Türkei<sup>15</sup> fortzuentwickeln. Das gelte für die Textilfrage<sup>16</sup>, für die Deblockierung des 4. Finanzprotokolls und die EG-Sonderhilfe.<sup>17</sup> Jeder Demokratisierungsfortschritt in Gesetzespraxis und täglicher Anwendung werde uns diese Aufgabe erleichtern, aber den Hut des Vorsitzenden in der Europäischen Gemeinschaft trage noch der dänische Außenminister<sup>18</sup>. Präsident *Evren* warf an dieser Stelle ein, daß Dänemark der Türkei gegenüber nicht besonders freundlich gesinnt sei. Der *Bundesminister* fuhr fort, auch unsere europäischen Partner und wir befänden uns manches Mal im Feuer türkischer Kritik.

Als deutscher Außenminister müsse er jetzt wichtige Entscheidungen vorbereiten, die das Verhältnis zur Türkei betreffen. Er müsse dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Türkei vorlegen<sup>19</sup>, der am kommenden Mittwoch<sup>20</sup> im Kabinett beraten werden solle. Dieser Bericht werde die Grundlage sein für die Entscheidungen der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages über die Fortsetzung unserer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe.<sup>21</sup> Dabei wür-

14 Für den Wortlaut der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686–700, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1880–1883.

15 Zum Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EWG vom 12. September 1963 und zum Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation vom 23. November 1970 vgl. Dok. 234, Anm. 10.

16 Referat 411 vermerkte am 18. November 1982: „Die EG strebt seit langem den Abschluß eines umfassenden Abkommens mit der Türkei für den Textilsektor an, das vor allem die zulässigen Höchstmengen türkischer Textilimporte in die Gemeinschaft festlegt. Die Türkei hat sich bisher aber als einziges Mittelmeerland dem Abschluß einer solchen Vereinbarung strikt widersetzt (Grund: Hoffnung auf günstigere Behandlung unter Bestimmungen des Assoziierungsvertrages).“ Die Europäischen Gemeinschaften hätten daher „einseitige Schutzmaßnahmen“ in bezug auf Baumwollgarne, Baumwollfertigprodukte und Baumwollgewebe ergriffen: „Da die genannten Maßnahmen mit dem neuen Jahr verlängert werden müssen, nimmt die EG-K[ommission] im Laufe der nächsten Woche Gespräche mit der türkischen Regierung auf. Sie hofft, daß sich die Türkei nach den unerfreulichen Erfahrungen der Vergangenheit nunmehr zu einem den gesamten Textilbereich abdeckenden Abkommen bereit erklärt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131178.

17 Referat 410 notierte zum Stand der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei am 21. Oktober 1982: „Finanz- und Wirtschaftshilfe (seit Herbst 1981 eingefroren) im einzelnen: a) 75 Mio. ECU (= 175 Mio. DM) Sonderhilfe: 1980 völkerrechtlich verbindlich zugesagt, Restposten eingefroren; b) 600 Mio. ECU (= 1,4 Mrd. DM) 4. Finanzprotokoll für den Zeitraum 1981 bis 1986; seit Juni 1981 endgültig ausgehandelt, Billigung und Inkraftsetzung durch Rat stehen aus.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

18 Uffe Ellemann-Jensen.

Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

19 Zum Türkei-Bericht der Bundesregierung vgl. Dok. 160, Anm. 5.

Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213.

20 24. November 1982.

21 Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 291, Anm. 3.

Vortragender Legationsrat Calebow notierte am 22. November 1982 für Bundesminister Genscher: „Nach Verabschiedung des Türkei-Berichts durch das Kabinett, die nach Ihrer Entscheidung nicht für den 24. November, sondern nunmehr für den 1. Dezember 1982 vorgesehen ist, muß zur Freigabe der Türkeihilfemittel noch die Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages eingeholt werden. Dabei soll sowohl die Freigabe der im [Einzel]plan 23 für das Jahr 1982 eingestellten Mittel (Projekthilfe in Höhe von 130 Mio. DM, Soforthilfe in Höhe von 264,5 Mio. DM, Gewährung von Re-Integrationshilfe in Höhe von 19 Mio. DM) als auch die Billigung der im Haushalt 1983 vorgesehenen Verteidigungshilfe (Laufzeit ab Januar 1983) sowohl für Griechenland (über 70 Mio. DM) als auch die für die Türkei (in Höhe von 130 Mio. DM) erwirkt werden.“ Vgl. Referat 209, Bd. 125516.

den die Fortschritte der Türkei auf dem Weg der Demokratisierung und Sicherung der Menschenrechte wichtig sein. Der Türkei-Bericht hätte längst erstatet werden müssen; er, der Bundesminister, habe jedoch das Referendum abwarten wollen. Die Bundesregierung werde handeln im Sinne der deutsch-türkischen Freundschaft, im Bewußtsein der EG-Assoziierung der Türkei, der Zugehörigkeit der Türkei zur Atlantischen Allianz und der Rolle, welche die Türkei für die Süd-Ost-Flanke des Bündnisses und darüber hinaus spiele.

Der Präsident habe darüber gesprochen, was die türkische Presse über Deutschland und die deutsche Presse über die Türkei schreibe. Die beiden Regierungen hätten die Verantwortung, keine neuen Schatten auf ihre Beziehungen fallen zu lassen, sondern diese Beziehungen wirklich zu verbessern.

In diesem Zusammenhang komme den türkischen Gastarbeitern in Deutschland eine besondere Rolle zu. Ihre Zahl sei groß. Groß seien auch die Probleme des einzelnen. Wir hätten heute 4,6 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland; von diesen stammten 1,2 Millionen aus allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft zusammengenommen. 1,5 Millionen kämen allein aus der Türkei. Wir wüßten, daß wir diese türkischen Gastarbeiter gerufen haben, um unsere Wirtschaft leistungsfähig zu halten. Niemand bei uns denke daran, auch nur einen einzigen Türken gegen seinen Willen in seine Heimat zurückzubringen, wohl aber müßten wir uns der Frage zuwenden, wie es mit der sozialen Integration, vor allem der heranwachsenden Kinder, stehe. Die neue Bundesregierung wolle diese soziale Integration erleichtern und verbessern. Wir müßten ebenso klar sehen, daß eine Vergrößerung der Zahl der Ausländer bei uns nicht mehr zu verkraften sei. Die Vergrößerung sei weder gegenüber dem einzelnen Ausländer noch vor unserer eigenen Bevölkerung zu verantworten. Man müsse auch sehen, daß sich die Zahl vor allem der Türken durch Geburtenüberschuß weiter erhöhe. Präsident *Evren* unterbrach an dieser Stelle mit der Bemerkung, die türkische Regierung kämpfe mit dem gleichen Problem, das auch sie bedrücke. Er werbe in öffentlichen Reden für eine Familienzahl von nicht mehr als zwei Kindern. Der *Bundesminister* erklärte, im Augenblick gebe es den standstill, was den Zuzug angehe. Wir möchten uns mit den Türken darüber verständigen, diesen standstill bis zum Jahr 1986, wenn über die Freizügigkeit entschieden werden solle, und auch über das Jahr 1986 hinaus einvernehmlich zu verlängern.<sup>22</sup> Dann bleibe die Frage des Familiennachzugs. Im Augenblick werde darüber diskutiert, ob das Lebensalter der Kinder, die nachgezogen werden könnten, herabgesetzt werden soll.<sup>23</sup> Dieses Problem werde

<sup>22</sup> Zu den Regelungen für Reisen türkischer Staatsbürger in die Bundesrepublik vgl. Dok. 234, Anm. 8 und 9.

Referat 203 notierte am 22. Oktober 1982: „Zur Zeit besteht in der Freizügigkeitsfrage ein Moratorium bis 1983. Unser Ziel: Mit Kommission, übrigen EG-Partnern und Türkei Einvernehmen über weiteres Moratorium bis 1986, danach eingrenzende Interpretation der vertraglichen Freizügigkeitsverpflichtungen herzustellen. Unsere Argumentation: Im EG-Assoziationsabkommen vereinbarte Freizügigkeitsverpflichtung ist mit Zahl der bei uns lebenden Türken bereits erfüllt. Aufhebung des Moratoriums bedarf der Zustimmung beider Seiten.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

<sup>23</sup> Zur Herabsetzung des Zuzugsalters türkischer Jugendlicher vgl. Dok. 160, Anm. 31.

Ministerialdirigent Bertele hielt am 25. November 1982 fest, er habe Bundesminister Genscher zur Haltung des Auswärtigen Amtes in der Frage der Herabsetzung des Zuzugsalters angesprochen: „Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß mit Sicherheit alle Bundesressorts für die Herabsetzung des Nachzugsalters eintreten würden. Der Herr Bundesminister hat dann entschieden, daß sich die Vertreter des Auswärtigen Amtes auch in Zukunft gegen die Herabsetzung des Nachzugsalters

von der Hauptfrage, nämlich der einvernehmlichen Verlängerung des standstill beeinflusst.

Die Bundesregierung erwäge auch, Erleichterungen anzubieten für solche Türken, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Das gelte insbesondere im Bereich der sozialen Leistungen. Zum Teil seien diese Ansprüche an die Tatsache geknüpft, daß der Betreffende sich in Deutschland aufhalte. Wir fragten uns, ob nicht mancher Türke in seine Heimat zurückgekehrt wäre, wenn er damit seine Ansprüche nicht verloren hätte. Man könne also Rückkehranreize schaffen, wenn man diese Ansprüche kapitalisiere. Die Überlegungen der Bundesregierung seien dazu noch nicht abgeschlossen. Wir wollten bei der Entwicklung solcher Vorstellungen in Verbindung mit der türkischen Regierung bleiben und nichts tun, was sie überrasche.<sup>24</sup> Dies wäre ein Gesprächsthema für den Bundesarbeitsminister<sup>25</sup>, wenn er die Türkei besuche. Außerdem könne man auf dem üblichen Weg miteinander beraten.

Wenn er über die Verständigung der Verlängerung des standstill gesprochen habe, so wüßten wir sehr wohl, daß hier das Verhältnis Türkei–Europäische Gemeinschaft betroffen sei, aber man müsse eben sehen, daß wir die Hauptpartner seien (90% der Türken bei uns, nur 10% in Frankreich und in den Niederlanden).

Über die Verbesserung des Status der türkischen Gastarbeiter bei uns im Sinne der Gleichbehandlung mit Arbeitern aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft müßten wir ebenfalls miteinander sprechen.

Ihm gehe es darum, der Bundesregierung am Mittwoch im Kabinett über das Ergebnis der heutigen Gespräche in Ankara zu berichten.

Präsident *Evren* führte aus, die türkische Regierung denke nicht daran, daß die Türkeihilfe im Rahmen der OECD immer weitergehen solle. Sie wolle nicht, daß der Schuldenberg immer mehr anwachse. Er habe deshalb strikte Anweisung an die Regierung erteilt, keine Hilfe anzufordern, sofern sie nicht lebensnotwendig ist. Das Anwachsen des Arbeiterexports sei eine Folge der schlechten Wirtschaftslage in der Türkei. Das türkische Volk sei mit seinem Grund und Boden sehr verwachsen. Die Türken, die durch Arbeitsmangel im Inland zur Emigration gezwungen worden seien, würden zurückkehren, wenn die Freunde der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1635*

wenden sollten. Auf meine Frage, mit welcher Härte wir diese Position vertreten sollten, antwortete der Herr Bundesminister: „Ganz hart.“ Vgl. Referat 420, Bd. 130293.

<sup>24</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeitnehmern vgl. Dok. 262, Anm. 21.

Referat 203 vermerkte am 22. Oktober 1982 dazu: „Dies kann (zusätzlich zu den von der Bundesregierung am 14.8. beschlossenen Anreizen, deren gesetzliche Durchführung sie befürworten wollten) geschehen z. B. durch Inaussichtstellung von Rückkehranreizen, die mit einer Ausschlussfrist zu verbinden sind wie: Auszahlung kapitalisierten Arbeitslosengeldes nach Rückkehr in die Türkei; Pauschalierung von Kindergeld für eine gewisse Zeit nach Rückkehr in die Türkei; Auszahlung vergleichbarer Kapitalanreize in der Türkei; unter bestimmten Umständen zu gewährende Rückkehrprämien.“ Vgl. Referat 203, Bd. 124915.

Am 2. November 1984 wurden ein Zusatzabkommen zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit vom 30. April 1964 zwischen der Bundesrepublik und der Türkei und eine Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens beschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1040–1057.

Die Vereinbarung zur Durchführung des deutsch-türkischen Abkommens zur Sozialen Sicherheit trat am 30. Juni 1988 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 351.

<sup>25</sup> Norbert Blüm.

Türkei mithelfen, in der Türkei neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Türken würden in der Regel geringeren Lohn im Inland dem größeren Lohn im Ausland vorziehen, um im eigenen Land bleiben zu können.

Was die Integrationsschwierigkeiten angehe, so könne man sie durch Befehle nicht beseitigen. Der Wille zur Integration sei ein privater Entschluß. Die Gesetzgebungen beider Länder stünden einem solchen Entschluß nicht entgegen. Er sehe nicht, wie die türkische Regierung die Integration fördern könne.

Der *Bundesminister* meinte hierzu, die Bundesregierung könne Angebote machen. Ob der einzelne Türke bei uns sie annehme, sei seine eigene Entscheidung. Präsident *Evren* stimmte zu. Was die Freizügigkeit angehe, so hoffe die türkische Seite, bis 1986 durch ihre Wirtschaftssanierungsmaßnahmen so weit gekommen zu sein, daß die Türken nicht mehr zu emigrieren brauchten. Darüber heute Abschließendes zu sagen, sei verfrüht. Er sei gerne bereit, mit uns diese Frage zu beraten und unsere Sorge mit zu berücksichtigen. Wir sollten uns dabei gegenseitig behilflich sein, wie in anderen Bereichen auch. Im Augenblick gingen die Türken übrigens nicht mehr in Länder der EG, sondern in Länder des Nahen Ostens, der arabischen Welt. Die Emigration schaffe Integrationsprobleme, aber auch das Problem, daß Türken im Ausland unter den Einfluß bestimmter Organisationen gerieten. Zur Einschränkung des Zuzugsalters habe er mit Freude festgestellt, daß die FDP dagegen eingestellt sei. Die türkische Seite würde eine solche Maßnahme für inhuman ansehen. Sie berge die Gefahr der Familienzersplitterung. Sie entspreche nicht menschenrechtlichen Grundsätzen. Er sei überzeugt, daß auch schwierigste Probleme durch offene Aussprachen zwischen den Zuständigen der beiden Regierungen gelöst werden könnten. Wenn die deutsche Seite Türken loswerden wolle, so solle sie doch diejenigen in die Türkei zurückschicken, die die deutsch-türkischen Beziehungen zu stören versuchten. Der *Bundesminister* erklärte, die Zuzugsfrage sei bei uns Sache des Bundesministers des Innern. Die Entscheidungen müßten in langfristiger Perspektive getroffen werden. Wir müßten auf deutscher Seite sicher sein, daß der standstill, über den wir uns verständigt haben, auch über das Jahr 1986 hinaus gilt. Die Menschen bei uns fragten sich besorgt, was 1986 geschehen werde, ob dann etwa Millionen von Türken nach Deutschland hereinströmen wollten, und das bei einer hohen Arbeitslosenzahl. Deshalb sei es für uns von entscheidender Bedeutung, daß die Türkei nicht die Absicht habe, uns unter Ausnutzung der Freizügigkeit weitere Türken zu schicken. Wenn er die Gewißheit nach Deutschland mitnehmen könne, daß wir den standstill einvernehmlich verlängern werden, werde das sehr hilfreich bei dem Bemühen sein, einen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zu leisten.

Präsident *Evren* erwiderte, die türkische Seite wolle im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft über dieses Problem sprechen. Sie könne nicht auf das Recht der Freizügigkeit verzichten. Man müsse vielmehr nach Wegen suchen, um dieses Recht nicht zu Lasten Deutschlands anzuwenden. Der *Bundesminister* stellte fest, wir seien uns darüber im klaren, daß es sich um eine Angelegenheit zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft handle, aber die Feststellung des Präsidenten, die Türkei werde das Recht nicht zu Lasten Deutschlands nutzen, sei von großer Wichtigkeit. Wir verstünden die Feststellung so, daß keine Erhöhung der Zahl der Türken in Deutschland durch Zuzug

entreten solle. Präsident *Evren* antwortete, das sei auch das türkische Ziel. Das beste wäre, wenn keine weiteren Türken auszuwandern brauchten. Er schloß das Gespräch mit der Bemerkung, daß er sich gern noch länger mit dem Bundesminister in so angenehmer und fruchtbarer Weise unterhalten hätte, aber nun den jordanischen König zum Flugplatz begleiten müsse. Er bat, dem Herrn Bundespräsidenten und Herrn Bundeskanzler seine Grüße zu übermitteln.

VS-Bd. 12928 (203)

315

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Uluşu in Ankara

203-321.00 TUR-791/82 VS-vertraulich

20. November 1982<sup>1</sup>

Der *Bundesminister* leitete das Gespräch ähnlich wie bei Staatspräsident *Evren* ein.<sup>2</sup> Ministerpräsident *Uluşu* erklärte, daß er des Zeitdrucks wegen seine Hauptpunkte an den Anfang stellen wolle (er las sie sodann von einem Papier ab): Die Türkei betrachte Deutschland als ihren besten Freund und Verbündeten. Es gebe zwei Probleme:

1) Die Fortsetzung der Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für die Türkei<sup>3</sup>

Die deutsch-amerikanische Erklärung<sup>4</sup>, die aus Anlaß des ersten Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Washington<sup>5</sup> veröffentlicht worden sei, habe in Ankara sehr erfreut. Sie sei eine Stütze für den Demokratisierungsprozeß. Was die Verteidigungshilfe angehe, so bitte die Türkei, wenn möglich, um Aufstockung auf 200 Millionen DM. Außerdem wäre die türkische Regierung dankbar, wenn die Bundesrepublik Deutschland auf andere Verbündete einwirkte, damit diese ihre Hilfen erhöhten. Im Rahmen der OECD wäre die türkische Seite für Fortsetzung unseres Beitrags in der Höhe des Vorjahrs dankbar (nicht unter 460 Millionen DM). Der deutsche Beitrag habe Leiteffekt. Eine Erhöhung der Hermes-Kredite würde zur Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen beitragen. Schließlich hoffe Ankara, daß mehr deutsches Kapital in der Türkei investiert werde.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 21. November 1982 gefertigt. Zur Weiterleitung an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 314, Anm. 1.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 20. November 1982 in der Türkei auf. Für sein Gespräch mit Präsident *Evren* vgl. Dok. 314.

<sup>3</sup> Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 314, Anm. 21.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der deutsch-amerikanischen Gemeinsamen Erklärung vom 16. November 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 1029–1032.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

## 2) Die Ausländerpolitik der Bundesregierung

Die türkische Regierung verfolge die Politik der neuen Bundesregierung<sup>6</sup> zur Stabilisierung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer mit einer gewissen Sorge. Die Tatsache, daß der Bundesminister des Auswärtigen auch in der neuen Bundesregierung sein Amt innehatte, und die Einstellung innerhalb der FDP seien allerdings beruhigend. Die türkische Regierung sei der Ansicht, daß die Gastarbeiter nur aufgrund eigenen Entschlusses in die Türkei zurückkehren und auf keinen Fall dazu gezwungen werden sollten. Die Bundesregierung möge vor allem keine einseitigen Beschlüsse fassen, sondern ihre Überlegungen mit Ankara absprechen. Denjenigen Türken, die zurückkehren möchten, sollten ihre Sozialansprüche erhalten bleiben. Die Einschränkung des Zuzugsrechts<sup>7</sup> stehe nach türkischer Ansicht im Widerspruch zum Grundgesetz<sup>8</sup>. Zum Schluß wolle er noch auf die 80 000 Türken zu sprechen kommen, die Asyl beantragt hätten. Eine Reihe von ihnen seien Gesetzesbrecher. Wenn die Bundesregierung die Zahl der Türken in Deutschland abbauen wolle, solle sie doch, anstatt ehrliche Arbeiter zurückzuschicken, sich der Scheinasylanten entledigen, die zum Teil gegen die deutsch-türkischen Beziehungen arbeiteten. Er wolle dabei hervorheben, daß die türkische Regierung gegen die Wirtschaftsasylanten nach Rückkehr keinerlei Maßnahmen ergreifen werde.

Der *Bundesminister* nahm diese letzte Bemerkung zuerst auf und wies darauf hin, daß in der Problematik der Rechtshilfe und Auslieferung für uns unverzichtbar sei, daß Todesstrafen in der Türkei nicht vollstreckt würden. Das gebiete unsere Verfassung. Was die Scheinasylanten angehe, so hätten wir durch die Einführung des Visumzwanges<sup>9</sup> einen gemeinsamen Erfolg erzielt: Ihre Zahl sei außerordentlich zurückgegangen.

Die Bundesregierung wolle die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe fortsetzen. Darüber werde das Kabinett am Mittwoch<sup>10</sup> beraten. Wir hielten insgesamt den Zeitpunkt für gekommen, um einen neuen Anfang zu machen. Was die Gastarbeiter angehe, so wiederhole er folgende Grundsätze: Niemand werde gezwungen werden, gegen seinen Willen unser Land zu verlassen. Den Rückkehrwilligen wollten wir ihre Absicht erleichtern. Unsere Überlegungen zur Sicherung der sozialen Ansprüche wollten wir in Verbindung mit der türkischen Regierung anstellen.<sup>11</sup>

Was die Zahl der Türken in Deutschland angehe, so sei die absolute Obergrenze erreicht. Wir möchten sichergehen, daß es auch in Zukunft zu keiner Erhöhung durch Zuzug kommt. Die Verständigung, die wir heute mit dem Präsidenten erzielt haben, daß nämlich die türkische Seite das Recht auf Freizügigkeit nicht zur Erhöhung der Zahl der Türken in der Bundesrepublik Deutschland

<sup>6</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

<sup>7</sup> Zur Herabsetzung des Zuzugsalters türkischer Jugendlicher vgl. Dok. 314, Anm. 23.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

<sup>9</sup> Die Bundesregierung beschloß am 25. Juni 1980 eine allgemeine Sichtvermerkplicht für die Einreise türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik mit Wirkung ab 1. Oktober 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 188. Vgl. dazu ferner Dok. 234, Anm. 9.

<sup>10</sup> 24. November 1982.

<sup>11</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeitnehmern vgl. Dok. 314, Anm. 24.

nutzt, wird einen guten Einfluß auf die sonstigen Fragen haben, die wir miteinander besprechen müssen. Der *Ministerpräsident* führte zum Abschluß aus, die Türkei wolle nicht ständig auf ausländische Hilfe angewiesen sein. Das beste Mittel hierzu sei die Erhöhung ihrer Exporte. Er bat um unsere Hilfe, in der EG keine Einschränkung der türkischen Exporte eintreten zu lassen. Der *Bundesminister* erklärte, wir wollen unsere Präsidentschaft<sup>12</sup> nutzen, um der Türkei soweit wie möglich zu helfen.

VS-Bd. 12928 (203)

### 316

## Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand

22. November 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Staatspräsident Mitterrand am Montag, dem 22. November 1982, 16.00 Uhr – Dauer: etwa halbe Stunde

Anwesend bei dem Gespräch waren als Dolmetscher Frau Bouverat und MDg Dr. Zeller.

Nach einigen einleitenden, auch die vergangenen deutsch-französischen Konsultationen<sup>2</sup> berührenden Bemerkungen, von beiden Seiten in überaus herzlichem Ton, berichtet der *Bundeskanzler* über seine Reise nach Washington<sup>3</sup>.

Sie habe unter einem besonderen Stern gestanden, da am Tage der Gespräche Generalsekretär Breschnew begraben wurde.<sup>4</sup> Bundeskanzler erwähnt seine verschiedenen Gesprächspartner, mit denen er ausführlich und intensiv über gemeinsame Fragen, so insbesondere auch über die Probleme des bevorstehenden Jahres im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß, gesprochen habe. Secretary Shultz habe ihm unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau<sup>5</sup> von den dort empfangenen Eindrücken berichtet.

<sup>12</sup> Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 23. November 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 282–284.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>4</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>5</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf.

Der Präsident habe mit großer Befriedigung von der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung des letzten Gipfels<sup>6</sup> Kenntnis genommen und davon, daß der Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen sowohl von deutscher wie von französischer Seite unterstützt wurde.

Bundeskanzler berichtet, daß er aus seinen Gesprächen den deutlichen Eindruck erhalten habe, daß die USA sehr ernsthaft und intensiv in Genf<sup>7</sup> verhandelten. Er habe seine Gesprächspartner in dieser Richtung sehr ermutigt und ihnen dargelegt, welche Bedeutung die Verhandlungen für uns haben. Er hat seine Gesprächspartner auch auf die ihm gegenüber deutlich geäußerte französische und britische Haltung hingewiesen, daß britische und französische Systeme in den augenblicklichen Verhandlungen außer Betracht bleiben müßten. Der US-Präsident habe dem zugestimmt.

Sowohl der Präsident wie Verteidigungsminister Weinberger zeigten sich überaus interessiert an dem bei den vergangenen deutsch-französischen Konsultationen vereinbarten regelmäßigen intensiven Meinungsaustausch zu sicherheitspolitischen Fragen. Sie bewerteten positiv, daß wir, wie im Elysée-Vertrag<sup>8</sup> vorgesehen, unsere gemeinsamen Verteidigungsbemühungen koordinieren und intensivieren wollten.

Er habe den Präsidenten ermuntert, einen Gedanken wieder aufzugreifen, den er schon vor einem Jahr geäußert hat, nämlich nach sorgfältiger Vorbereitung ein Treffen mit dem Generalsekretär der KPdSU vorzusehen. Seine Überzeugung sei, daß dieses Treffen, wenn es zustande kommt, in jedem Fall von Bedeutung im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen sein werde. Eben deshalb müsse es präzise und sorgfältig vorbereitet werden – auch um den Sowjets Argumente aus der Hand zu nehmen, wenn die Verhandlungen in Genf nicht vorankommen.

Er, der Bundeskanzler, wisse aus Quellen des Warschauer Paktes, daß auch GS Andropow ein gewisses Interesse an einem solchen Zusammentreffen haben könnte.

Hinsichtlich der Stationierung habe er seinen amerikanischen Gesprächspartnern klar gesagt, daß wir keine Veränderungen an der Zahl der zu stationierenden Raketen, an dem Zeitpunkt der Stationierung, so wie dies im Doppelbeschluß niedergelegt sei, hinnehmen könnten.

*Mitterrand* stimmt dem Vorgehen des Bundeskanzlers in Washington auch aus seiner Sicht voll zu.

Er habe mit Interesse vermerkt, daß die Amerikaner endlich in Genf ernsthaft verhandelten. Die Konferenz in Genf sei in der Tat kein Propagandainstrument, und es sei überaus wichtig, zu einem Ziel zu gelangen. Die Position des Bundeskanzlers in dieser Frage sei auch ganz die seine.

Das gleiche gelte hinsichtlich der zu stationierenden Waffen.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Staatspräsidenten Mitterrand nach Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 22. Oktober 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 915–917.

<sup>7</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Mitterrand dankt dem Bundeskanzler, daß er auch die französische Position in Washington erläutert habe.

Ein Treffen Reagan–Andropow sei eine gute Sache an sich, wobei er jedoch daran zweifle, ob alle Voraussetzungen für ein solches Treffen heute schon erfüllt seien.

*Bundeskanzler* berichtet sodann, daß er dem Präsidenten unser entschiedenes Interesse an einer amerikanisch-französischen Einigung hinsichtlich des Termins Wirtschaftsgipfels<sup>9</sup> deutlich gemacht habe.<sup>10</sup> Ein Gipfel ohne den französischen Präsidenten sei für uns kein Wirtschaftsgipfel. Er habe dem Präsidenten auch die gemeinsamen Vorstellungen zur Form des Gipfels (Arbeitsgespräch; kein zu großer Aufwand), die im übrigen auch von PM Thatcher geteilt würden, übermittelt.

*Mitterrand* dankt. Er verneint die Frage, ob die USA inzwischen schon an den französischen Präsidenten wegen des Wirtschaftsgipfels herangetreten seien. Die französisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Erklärung des amerikanischen Präsidenten zur Aufhebung des Embargos im Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>11</sup> hätten den Meinungs austausch etwas unterbrochen.

Hier wirft der *Bundeskanzler* ein, daß er dem amerikanischen Präsidenten auch geraten habe, in der Frage des Embargos/Ost-West-Handels sehr direkt und intensiv mit dem französischen Präsidenten zu sprechen. Er äußert seine Hoffnung, daß es gelingen werde, durch gemeinsames Bemühen auch einen gemeinsamen Nenner zu finden.

*Mitterrand* bemerkt, daß es ihm sehr daran gelegen sei, daß der Bundeskanzler genau wisse, wie die Ereignisse an jenem fraglichen Samstag<sup>12</sup> abgelaufen seien. Man habe ihn von amerikanischer Seite zu Beginn des Nachmittags unterrichtet, daß der Präsident am gleichen Abend dazu sprechen wolle. Daraufhin habe er Präsident Reagan auf zwei verschiedenen Wegen, d.h. über den persönlichen Beauftragen für den Wirtschaftsgipfel<sup>13</sup> und über den französischen

<sup>9</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>10</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 22. Oktober 1982 mit: „Judge Clark rief mich heute Abend in sichtlicher Erregung an. Ihm liege ein Fernschreiben der amerikanischen Botschaft Bonn vor, aus dem hervorgehe, daß StS Schulmann unter Berufung auf Chef BK mitgeteilt habe, die deutsche Seite habe gewisse Probleme mit dem von Washington vorgeschlagenen Termin 28. bis 30. Mai 1983 für den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg. [...] Nach Erkundigungen im Bundeskanzleramt habe ich die Erläuterungen von Herrn Zeller Judge Clark übermittelt, daß die deutsche Seite dem Terminvorschlag zwar zustimmen könne, uns aber während des deutsch-französischen Gipfels französische Bedenken zu dem Termin bekanntgeworden seien. Wir wollten daher anregen, daß Washington weiterhin versuche, auf freundschaftliche Weise mit Paris eine Terminvereinbarung zu treffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4490; VS-Bd. 10379 (412); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 297, Anm. 6.

Für den Wortlaut der Radioansprache des Präsidenten Reagan zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und der Aufhebung der Sanktionen gegenüber der UdSSR vom 13. November 1982 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1464 f.

Vgl. dazu ferner die mit einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 15. November 1982 veröffentlichten Äußerungen des Staatspräsidenten Mitterrand; LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, IV, S. 65.

<sup>12</sup> 13. November 1982.

<sup>13</sup> Jacques Attali.

Botschafter<sup>14</sup> gegen 16.00 Uhr wissen lassen, daß er, Mitterrand, mit dem Text der Erklärung des amerikanischen Präsidenten nicht einverstanden sei. Präsident Reagan wußte, als er sprach, daß er die französische Zustimmung weder zu dem Junktim hatte, das er zwischen der Aufhebung der Sanktionen und einer Einigung über gemeinsames Vorgehen in Ost-West-Wirtschaftsfragen hergestellt, noch seine Zustimmung zum Inhalt der Verhandlungen (zu Ost-West-Wirtschaftsfragen), die noch nicht voll abgeschlossen seien.

Ihm gehe es darum, keine neue Polemik zu entfachen. Er wolle jedoch, daß der Bundeskanzler ganz genau unterrichtet sei, daß er, Mitterrand, den amerikanischen Präsidenten von seinem Standpunkt unterrichtet habe, ehe Präsident Reagan vor die Öffentlichkeit ging.

*Bundeskanzler* äußert unser klares Interesse daran, daß die transatlantischen Kommunikationskanäle gut, insbesondere auch zwischen den USA und Frankreich, funktionierten. Wir bringen dies auch gegenüber den USA zum Ausdruck.

Er fragt sodann nach den Vorstellungen des Präsidenten zu den Themen des kommenden Europäischen Rats.<sup>15</sup>

Der *Präsident* bemerkt, daß bis jetzt die laufenden Angelegenheiten auf der Tagesordnung stünden. Er sei vor allem an einer Bilanz der protektionistischen Maßnahmen in allen EG-Staaten interessiert. Man solle hierüber beim informellen Abendessen sprechen, schon um überflüssige Publizität zu vermeiden. Er verspreche sich hiervon die Einsicht bei allen Beteiligten, daß die Länder der EG darauf verzichten sollten, sich gegenseitig Vorwürfe in dieser Frage zu machen. Niemand dürfe Zweifel an dem Willen Frankreichs haben, innerhalb der EG einen echten Freihandel zu erhalten.

Ein weiteres, nicht unwichtiges, aber auch nicht unkritisches Thema sei die Haushaltsentlastung zugunsten GBs. Er werde sich gegen eine vernünftige Lösung nicht sperren, auch wenn er nicht große Sympathie für das Thema hat. Jedenfalls dürfe es nicht zu einer allgemeinen Regel werden, daß die anderen GB alles das erstatten, was GB für den Bezug von Waren außerhalb der Gemeinschaft aufwendet. Wenn wir einer Haushaltsentlastung zugunsten GBs zustimmten, dann nur für eine begrenzte Zeit und mit degressiven Beträgen. Seiner Einschätzung nach werde es nicht leicht sein, hierzu GBs Zustimmung zu erhalten.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Bernard Vernier-Palliez.

<sup>15</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>16</sup> Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 273, Anm. 6.

Referat 410 vermerkte am 25. November 1982: „AM beschlossen am 25.5.1982, Verhandlungen über eine ‚Lösung für 1983 und später‘ bis Ende November 1982 abzuschließen. Bis jetzt fand jedoch nur eine erste Orientierungsdebatte im Rat (am 22.11.) über Kommissionsvorschlag vom 17.11. für eine Abschlußregelung statt. Vorschlag sieht wiederum nur eine Ad-hoc-Lösung für 1983 und 1984 (mit Verlängerungsmöglichkeit allenfalls für 1985) vor, die sich am Vorbild der bisherigen Regelung orientiert, aber von einer Berücksichtigung der Überzahlung an GB für 1980/81 ausgeht. Nach Ablauf der Regelung soll britisches Problem im Rahmen einer strukturellen Reform EG-Finanzsystems, für die Kom[mission] im Frühjahr 1983 Vorschläge vorlegen will, endgültig gelöst werden. Außer GB und uns wandten sich alle MS gegen diesen Lösungsansatz, vor allem wegen des Umfangs deutscher Minderbeteiligung nach dem Modell 1982. [...] Rat wird sich im Januar erneut mit Problem befassen. GB wünscht endgültige Entscheidung durch ER im März 1983. Eine (materielle) Diskussion im ER am 3./4.12. in Kopenhagen ist nicht vorgesehen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130421.

Schließlich könne es von Interesse sein, darüber zu sprechen, wie die technologische Zusammenarbeit zwischen uns entwickelt werden könnte.

*Bundeskanzler* erklärt sich damit einverstanden, mit dem Präsidenten am zweiten Tag des Europäischen Rats morgens zu frühstücken.<sup>17</sup> *Präsident* bemerkt hierzu, daß man dann auch über deutsch-französische Themen sprechen könne. Er verweist darauf, daß dieses Frühstück eine alte gute Übung zwischen dem französischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler sei.

Sodann bestätigt Mitterrand die Termine für die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Elysée-Vertrages: Donnerstag, 20., und Freitag, 21. Januar. Die beiden Protokollchefs sollten über Einzelheiten miteinander sprechen.

*Bundeskanzler* teilt dem Präsidenten mit, daß er sich am 7. Dezember für kurze Zeit in Paris zum Kongreß der EVP<sup>18</sup> aufhalte. Er werde vor dem Kongreß eine etwa halbstündige Ansprache halten. Ihm bleibe nicht viel Zeit für seinen Aufenthalt, da gleichzeitig im Bundestag Haushaltsberatungen seien. Er erläutert, daß es sich um den Jahreskongreß der EVP, d. h. aller christdemokratischen Parteien Europas unter der Präsidentschaft von Herrn Tindemans, handelt.

*Mitterrand* bemerkt, daß er und der Bundeskanzler sich bei diesem Aufenthalt wenigstens die Hand drücken sollten.

Nach einigen Bemerkungen über die beiderseitigen Zeitpläne an diesem Tag verabreden der Bundeskanzler und der Staatspräsident, sich zu Beginn des Morgens des 7. Dezember kurz zu treffen.<sup>19</sup>

*Bundeskanzler* äußert abschließend seine Freude, daß die erste telefonische Unterredung mit dem französischen Präsidenten so gut verlaufen sei. Es sei sein Wunsch, diese Übung fortzusetzen, wann immer es einer der beiden für notwendig halte.

*Mitterrand* stimmt nachdrücklich zu, dankt dem Bundeskanzler, daß er dieses Mal die Initiative ergriffen habe. Er werde dies bei geeigneter Gelegenheit auch von sich aus tun.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, notierte am 6. Dezember 1982 Stichpunkte aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Dezember 1982 in Kopenhagen. Zu den Feierlichkeiten für den Elysée-Vertrag vom 20. Januar 1963 hielt er fest: „Mitterrand mit unserem Programm für den 20. Jahrestag (Donnerstag, 20. Januar) grundsätzlich einverstanden, einschließlich Fernsehaufnahme [...]. Duktus des gemeinsamen Fernsehgesprächs sollte sein: Unterschiedliche Erlebnisse, aber gleiche Schlüsse hinsichtlich deutsch-französischer Zusammenarbeit für Europa in außen- und sicherheitspolitischen Fragen [...]. Noch immer keine französischen Vorschläge für den Freitag, 21. Januar. Mitterrand hat dem Bundeskanzler erläutert, daß ein Auftreten vor der Nationalversammlung gewisse konstitutionelle Schwierigkeiten bereitet. In der französischen Geschichte habe als einziger ausländischer Staatsmann Wilson vor dem Parlament gesprochen. Der Präsident der Nationalversammlung sei dafür, das Präsidium eher dagegen“. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>18</sup> Der IV. Kongreß der EVP fand vom 6. bis 8. Dezember 1982 in Paris statt.

<sup>19</sup> Für das Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 7. Dezember 1982 in Paris vgl. Dok. 331.

## 317

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 22. November 1982, 16.35 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 108 Ortez

Zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen/US-Sanktionen betreffend das west-europäisch-sowjetische Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>2</sup>

I. 1) Am 13. November hat Präsident Reagan die Einigung der Wirtschaftsgipfelländer (unter Beteiligung der EG) über Elemente der zukünftigen Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und den Ländern Osteuropas sowie zugleich die vollständige Aufhebung der US-Sanktionen vom 29. Dezember 1981<sup>3</sup> und 22. Juni 1982<sup>4</sup> betreffend den Export von Gütern und Technologien im Öl- und Gassektor in die UdSSR bekanntgegeben.<sup>5</sup>

2) Vorangegangen waren Vorgespräche zwischen den Außenministern der hauptbeteiligten Länder am Rande der UN-GV in New York<sup>6</sup>, beim informellen NATO-AM-Treffen in La Sapinière (Kanada)<sup>7</sup> und längere Diskussionen im Kreise der sieben Wirtschaftsgipfelländer unter Teilnahme von Vertretern der EG in Washington<sup>8</sup>.

3) Die Beratungen hatten zu einem von allen gebilligten, weiterhin vertraulichen Text eines Non-paper<sup>9</sup> geführt.

Das Papier hat folgende Hauptbestandteile:

- Leitsätze und allgemeine Kriterien;
- Vereinbarung gemeinsamer Analysen und Studien<sup>10</sup> über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen insgesamt unter Einbeziehung der Bereiche: Transfer mi-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „29. Dezember 1982“.

Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 12.

<sup>4</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 297, Anm. 6.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Radioansprache des Präsidenten Reagan zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und der Aufhebung der Sanktionen gegenüber der UdSSR vom 13. November 1982 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1464 f.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 29. September 1982 in New York vgl. Dok. 251 und Dok. 252.

<sup>7</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 12. November 1982 in Washington; Dok. 309, Anm. 16.

<sup>9</sup> Zum amerikanischen Non-paper in der Fassung vom 8. November 1982 vgl. Dok. 297, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

litärisch und strategisch bedeutsamer Technologie, Kreditpolitik, Energie- und Agrargüter, spezifische Studien zur Frage des Erfordernisses der Einführung von Exportkontrollen für hochentwickelte Technologie und Ausrüstung, einschließlich Erdöl- und Erdgassektor, westlicher Energiebedarf und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung;

- Sofortprogramm: Bekräftigung früherer Entscheidungen betr. Verstärkung des COCOM<sup>11</sup> und Durchführung der Beschlüsse von Versailles im Kreditsektor<sup>12</sup>, darüber hinaus Zusammenarbeit bei einer weiteren Harmonisierung der Kreditpolitiken<sup>13</sup>, Verzicht auf Abschluß weiterer Erdgaslieferverträge mit der SU für die Dauer einer Energiestudie<sup>14</sup>.

Wir und die Mehrzahl der übrigen beteiligten Staaten haben – neben einem generellen Vorbehalt, daß die vorgesehenen Prüfungen keine Präjudizierung der Ergebnisse derselben beinhalten – einige spezifische Vorbehalte eingebracht. Auf Initiative der EG (im Anschluß an Ratstagung vom 25./26.10.1982<sup>15</sup>), der sich Japan und Kanada angeschlossen haben, ist vorgesehen, über die Frage der rechtlichen Bedeutung einseitiger extraterritorial wirkender Maßnahmen weitere Gespräche mit der amerikanischen Seite zu führen.

4) Eine von den USA vorgeschlagene und von den übrigen Staaten mit Ausnahme von Frankreich unterstützte Veröffentlichung des vollständigen Textes der Einigung in allen Hauptstädten – verbunden mit kurzen abgestimmten Erklärungen – war am Widerstand Frankreichs gegen die Veröffentlichung gescheitert. Für diesen Fall war der amerikanischen Seite von ihren Partnern dringend nahegelegt worden, eine abgestimmte Erklärung des amerikanischen Präsidenten über die erzielte Einigung vorzusehen. Zum Text dieser Erklärung<sup>16</sup> hatten wir folgende für wesentlich gehaltene Elemente übermittelt:

- Das weitere Vorgehen entsprechend der Einigung schließt an den Wirtschaftsgipfel von Versailles<sup>17</sup> an und ist als Ausfüllung der dort getroffenen Rahmenvereinbarungen zu sehen.

<sup>11</sup> Zur Revision der COCOM-Listen vgl. Dok. 249, Anm. 8.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Allgemeine Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles; BULLETIN 1982, S. 469–471.

<sup>13</sup> Zur Frage der Vergabe von Krediten an Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 291, Anm. 7.

<sup>14</sup> Zur Erarbeitung einer Studie über alternative Energieversorgung vgl. Dok. 251, Anm. 7.

<sup>15</sup> Ministerialdirigent Ungerer, z. Z. Luxemburg, teilte am 26. Oktober 1982 mit, im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 25./26. Oktober 1982 habe ein „Ministertreffen“ stattgefunden, an dem unter anderem die Außenminister Ellemann-Jensen (Dänemark), Pym (Großbritannien) und Tindemans (Belgien), der Präsident der EG-Kommission, Thorn, sowie für die Bundesrepublik Staatssekretär Lautenschlager teilgenommen hätten, um über das amerikanische Non-paper zu beraten: „Dabei herrschte Übereinstimmung, daß das Non-paper nicht zur Veröffentlichung geeignet ist, daß es zwar in einigen Punkten noch der Verbesserung und Ergänzung bedarf, daß aber auch kurzfristig Einigung mit US erreicht werden sollte, um dem US-Präsidenten Aufhebung der Sanktionen zu ermöglichen. [...] Erörterung des Non-paper zeigte, daß sich Gemeinschaft zu Substanzfragen weitgehend einig ist; kleinere MS auf Beteiligung an Verhandlungen im Siebener-Kreis in Form laufender Information und ggf. Konsultation größten Wert legen; beim Follow-up Gemeinschaftszuständigkeiten und -prozeduren zu beachten sind; F am restriktivsten war, während GB sich zurückhielt und flexibles Verhalten empfahl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 218; VS-Bd. 14110 (010); B 150, Aktienkopien 1982.

<sup>16</sup> Zum Entwurf einer Erklärung des Präsidenten Reagan zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 297, Anm. 7.

<sup>17</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

- Hinweis auf die stabilisierende Rolle, welche die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und Osteuropa im Rahmen des Ost-West-Verhältnisses spielen können (so in der Bonner Erklärung des NATO-Gipfels vom Juni 1982<sup>18</sup> festgestellt).

Da eine Abstimmung über die Erklärung nicht zustande kam, hat F diese als „überhastet und nicht abgestimmt“ kritisiert. Die hierin zum Ausdruck kommenden Vorbehalte Frankreichs richten sich aber, soweit erkennbar, nicht so sehr gegen den Inhalt des unter seiner Mitwirkung erarbeiteten Non-papers als – abgesehen von der nicht abgestimmten Erklärung Reagans – gegen das in der Erklärung des amerikanischen Präsidenten hergestellte Junktim zwischen den von französischer Seite formell nie zur Kenntnis genommenen Sanktionsmaßnahmen einerseits und der Einigung über das Non-paper andererseits. Da Präsident Mitterrand grundsätzlich Gesprächsbereitschaft geäußert hat, gehen wir trotz des distanzierenden Hinweises („la France ... n'est pas partie à l'accord annoncé“)<sup>19</sup> davon aus, daß Frankreich sich der Mitwirkung an der Implementierung der im Non-paper vereinbarten Analysen und konkreten Schritte letztlich nicht versagen wird.

## II. Wertung

1) Wir begrüßen die vollständige Aufhebung der amerikanischen Sanktionsmaßnahmen vom Dezember 1981 und Juni 1982. Hierdurch wurden Meinungsverschiedenheiten überwunden, welche die Allianz und die transatlantische Unternehmenskooperation seit längerem belastet haben. Wir sehen darin einen Beweis für das erfolgreiche Bemühen aller Beteiligten um eine bessere Koordination ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum Osten. Andererseits gehen wir davon aus, daß die Aufhebung in Moskau als positives Signal, das Möglichkeiten zur Entwicklung konstruktiver Beziehungen eröffnet, verstanden wird.

2) Wir begrüßen die Einigung der sieben Wirtschaftsgipfelländer (unter Teilnahme von Vertretern der EG) über Maßnahmen zur Erreichung eines breiteren Konsenses über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. BK Kohl hat bei seinen Gesprächen mit Präsident Reagan am 16.11.1982<sup>20</sup> volle Übereinstimmung in der Beurteilung dieser Einigung erzielt: Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa insgesamt, enge Konsultation und Kooperation in Ost-West-Wirtschaftsfragen, Gestaltung des Handels mit der SU und den osteuropäischen Ländern auf der Grundlage ausgewogener beiderseitiger Vorteile, Handhabung der Wirtschaftsbeziehungen in einer vernünftigen und nuancierten Weise gemäß unseren politischen und Sicherheitsinteressen. Feststellung der bedeutenden Rolle, die unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem WP bei der Entwicklung eines stabilen Ost-West-Verhältnisses spielen können.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Artikel 5 f) der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 344.

<sup>19</sup> Zu den Äußerungen von Staatspräsident Mitterrand vgl. die Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 15. November 1982; LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, IV, S. 65.

<sup>20</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Reagan am 15. November 1982 vgl. Dok. 306.

3) Wir glauben, daß eine Veröffentlichung des vollständigen Textes der Einigung (mit abgestimmten Erklärungen aller beteiligten Regierungen) am ehesten die jetzt bereits zu verzeichnenden Spekulationen über den Inhalt der Einigung und unterschiedliche Interpretationen in verschiedenen Hauptstädten unterbunden hätte. Unbeschadet dessen gehen wir davon aus, daß die Washingtoner Einigung es ermöglichen sollte, nunmehr den in Versailles und Bonn gezogenen Rahmen durch konkrete Absprachen bzw. in Studien zu erarbeitende Orientierungslinien auszufüllen.

4) Wir gehen ferner davon aus, daß dies angesichts der fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten (insbesondere betr. den möglichen Umfang einer Harmonisierung der Kreditpolitiken, des Ausmaßes der Kontrolle des Technologietransfers über rein militärisch-relevante Objekte hinaus sowie über die mit den Studien zu beauftragenden Träger) ins einzelne gehender, konsequenter Bemühungen aller Teilnehmer bedarf und deshalb nicht unter Zeitdruck geschehen kann.

### III. Weiteres Vorgehen

1) Es geht jetzt darum, auf den sich hierfür bietenden Wegen die zwischen USA und F entstandenen Meinungsunterschiede zu bereinigen und sodann den Konsens von Washington gemeinsam zu implementieren. Zu letzterem Zweck haben die Außenminister von DK, GB, F, I und D am 15.11.82 in Moskau<sup>21</sup> eine Erörterung im Kreis der EG-AM am 22./23.11. in Brüssel<sup>22</sup> vereinbart.

2) Die Implementierung, insbesondere die Erarbeitung der vereinbarten Studien, muß sich nach einer hierüber noch zu treffenden Vereinbarung in erster Line in den fachlich zuständigen Gremien vollziehen.

Steinkühler<sup>23</sup>

### Referat 012, Bd. 124420

<sup>21</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Colombo (Italien), Ellemann-Jensen (Dänemark), Genscher (Bundesrepublik) und Pym (Großbritannien) am 15. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 305.

<sup>22</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 22./23. November 1982 in Brüssel vgl. Dok. 305, Anm. 8.

<sup>23</sup> Paraphe.

## 318

**Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Premierministerin Thatcher**23. November 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am Dienstag, dem 23. November 1982, 9.30 Uhr. Dauer etwa 1/4 Stunde.

Außerdem anwesend waren als Dolmetscher VLR I Weber und MDg Dr. Zeller. *Bundeskanzler* eröffnet mit der Bemerkung, daß es bei uns politisch gut, wirtschaftlich allerdings weniger gut gehe.

PM *Thatcher* entgegnet, wenn die politische Lage gut sei, so werde die wirtschaftliche auch folgen.

Sie dankt für das Angebot des Bundeskanzlers, sie von den Ergebnissen der Gespräche in Washington<sup>2</sup> zu unterrichten.

*Bundeskanzler*: Der Präsident<sup>3</sup> befinde sich in guter Verfassung. Er habe das Ergebnis der Wahlen<sup>4</sup> sorgfältig analysiert und werde hieraus wohl auch Konsequenzen ziehen, insbesondere hinsichtlich der politisch-psychologischen Behandlung der Friedensbewegung<sup>5</sup>. Die Administration habe verstanden, daß es sich hierbei nicht um eine Frage handelt, die allein die Bundesrepublik Deutschland oder Europa angeht, sondern durchaus auch die USA.

Der Präsident habe auch sehr nachdrücklich seinem, des Bundeskanzlers, Gedanken zugestimmt, daß es im Bündnis in erster Linie um die Gemeinsamkeit von Ideen und Vorstellungen gehe und erst dann um Raketen. Die Raketen seien kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Schutz freiheitlicher Lebensformen.

Er hebt hervor, daß die Aussprache zu Ost-West-Fragen wegen des besonderen Zeitpunktes des Besuchs (gleichzeitige Beisetzung von GS Breschnew)<sup>6</sup> von besonderer Bedeutung gewesen sei.

Er unterstreicht, daß der Präsident wie auch Secretary Shultz und Verteidigungsminister Weinberger und andere Gesprächspartner ihm versichert hätten, daß die USA mit äußerster Entschiedenheit verhandelten. Seine Versicherung, unsere Bündnispartner könnten sich darauf verlassen, daß wir beide Teile des Doppelbeschlusses erfüllen würden, sei in Washington mit großer Befriedigung vermerkt worden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 23. November 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306-309.

<sup>3</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>4</sup> Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Freeze-Bewegung in den USA; Dok. 291, Anm. 24.

<sup>6</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

Er würdigt die gestrige Rede des amerikanischen Präsidenten<sup>7</sup>, die viele Gedanken enthielte, die auch für uns so gelten könnten.

Die Rücknahme des Embargos durch den amerikanischen Präsidenten<sup>8</sup> sei auch ein positives Zeichen in den Ost-West-Beziehungen. Er, der Bundeskanzler, habe in Washington sehr dafür geworben, daß der Präsident in dieser Frage auch auf F zugehe. Unnötige atmosphärische Störungen im amerikanisch-französischen Verhältnis müßten beseitigt werden.

Zum Wirtschaftsgipfel habe er dem Präsidenten die gemeinsamen Überlegungen zur Formel vorgetragen: nützliches Arbeitsgespräch und nicht etwa Instrument der Öffentlichkeitsarbeit.

Der Präsident habe ihm von den Terminzwängen hinsichtlich Williamsburgs<sup>9</sup> berichtet; er könne dort nicht frei über die Örtlichkeiten verfügen. Auch hier habe der Bundeskanzler ihm sehr geraten, mit Präsident Mitterrand zu reden. Es sei absurd, einen Wirtschaftsgipfel abzuhalten, an dem der französische Präsident nicht teilnehmen kann.<sup>10</sup>

*PM* äußert sich zustimmend zu den Ausführungen des Bundeskanzlers.

Was den Doppelbeschluß der NATO anbetrifft, so bestehe am ehesten Hoffnung auf Erfolg dann, wenn der Sowjetunion unmißverständlich klar sei, daß wir ggf. auch entschlossen sind zu stationieren.

Die Ausführungen des Bundeskanzlers zur Friedensbewegung in den USA waren ihr sehr interessant zu hören. Sie habe ähnliches in einem Gespräch mit amerikanischen Abgeordneten und Senatoren vernommen. Wichtig sei es für die Regierungen, ihre Position klar und häufig genug darzustellen.

Auch ihr war bewußt, daß es hinsichtlich des Wirtschaftsgipfels gewisse Friktionen zwischen Washington und Paris gibt. Auch sie hoffe sehr, daß diese geglättet werden könnten. Es sei lächerlich, wenn es unter den augenblicklichen Umständen und Bedingungen zu Differenzen zwischen den westlichen Partnern kommt.

*Bundeskanzler* bemerkt, daß er den Präsidenten aufgefordert hat, auch die besondere psychologische Situation Frankreichs zu bedenken. Dort reagiere man zuweilen etwas anders als bei uns. Es könne daher nicht schaden, zuweilen eine Geste mehr zu tun.

Auf die Frage der *PM*, ob der Bundeskanzler in seinen Gesprächen Hinweise über die amerikanische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage erhalten habe, ob es insbesondere gelingen werde, das immer noch sehr hohe Haushaltsdefizit zu vermindern, entgegnet der *Bundeskanzler*, daß Finanzminister Regan und Fed-Präsident<sup>11</sup> Volcker zunächst anstrebten, die Inflationsrate auch für 1983

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vom 22. November 1982 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1505–1510. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 4–7 (Auszug). Vgl. dazu ferner Dok. 320.

<sup>8</sup> Zur Aufhebung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR am 13. November 1982 vgl. Dok. 317.

<sup>9</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 statt. Vgl. dazu den Rundverlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>10</sup> Zur Frage des Termins des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg vgl. Dok. 316, Anm. 9.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „FAD-Präsident“.

und 1984 auf fünf Prozent zu stabilisieren.<sup>12</sup> Dies sei ihnen auch wichtig im Blick auf die Neuwahlen im November 1984.<sup>13</sup>

Hier fügt der Bundeskanzler die Bemerkung an, daß es sein persönlicher Eindruck war, Reagan werde dann wieder kandidieren.

Seine amerikanischen Gesprächspartner rechneten damit, daß es im Sommer nächsten Jahres zu einem langsamen, aber doch stetigen Aufschwung der Wirtschaft kommen werde (so insbesondere Volcker). Auf diesem Wege würde es dann auch gelingen, die Arbeitslosigkeit abzubauen, wenn auch dies ebenfalls nur langsam. Erst dann werde man wohl auch bei den Zinsen etwas tun; vorher wesentliches wohl kaum.

*PM* bemerkt, daß dies wichtig zu wissen sei im Hinblick auf langfristige Investitionen.

*Bundeskanzler* berichtet sodann von anti-japanischen Gefühlen, die er vorsichtig angedeutet in Gesprächen mit Senatoren vorgefunden habe, auch bei seinen Gesprächspartnern aus der Administration, besonders stark aber bei den Gewerkschaften<sup>14</sup>. Dies mit einer protektionistischen Zielrichtung.

*PM* ist hierüber nicht überrascht angesichts des beachtlichen japanischen Vordringens auf den US-Markt. Dies gelte auch im übrigen für unsere Märkte. Wir müßten uns mit dem japanischen Verhalten im Rahmen des GATT (sie nannte dabei den Artikel 23<sup>15</sup>) auseinandersetzen.

Als *Bundeskanzler* den Europäischen Rat in Kopenhagen<sup>16</sup> erwähnt, äußert *PM* ihre Hoffnung, daß die Dänen bis dahin dem Fischereiabkommen<sup>17</sup> zustimmen.

<sup>12</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzlage in den USA vgl. Dok. 245, Anm. 26.

Botschafter Hermes teilte am 25. Oktober 1982 mit: „Rezessionsbedingt und aufgrund der konsequenten restriktiven Geldpolitik des Federal Reserve Board waren Zinsentwicklung (Primerate 12 Prozent, Diskontsatz 9,5 Prozent) und Inflationsrate (Verbraucherpreisindex 5,9 Prozent) rückläufig und damit positive Voraussetzung für eine Konjunkturerholung, die sich jedoch trotz optimistischer Aktienmärkte in den letzten Wochen noch nicht abzeichnet. Noch belastet die Unsicherheit über die Haushaltsentwicklung (Budget-Defizitschätzungen für 1983 110 bis 160 Mrd. Dollar) die internationalen Kapitalmärkte. Der hohe amerikanische Realzins lähmt die Investitionsbereitschaft und treibt den Dollar gegenüber der DM weiter hoch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4505; Referat 420, Bd. 130012.

<sup>13</sup> Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsverbands AFL-CIO, Kirkland, am 15. November 1982 in Washington; Dok. 308, Anm. 11.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut von Artikel 23 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenband I, S. 40f.

<sup>16</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>17</sup> Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 233, Anm. 25 und 26.

Referat 411 notierte am 24. November 1982: „Dänisches Kabinett lehnte am 10.11.1982 weiteren Kompromißvorschlag der EG-Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik ab. Dieser Vorschlag war von den übrigen neun MS gebilligt. Damit ist weiterhin fraglich, ob Paket noch vor Jahresende verabschiedet werden kann. Es ist geplant, nach einer weiteren vorbereitenden Sitzung des Fischereirats (22. oder 29.11.1982) Regierungschefs beim Europäischen Rat vom 3. bis 4.12.1982 damit zu befassen. [...] Paket Gemeinsame Fischereipolitik regelt u. a. Fortsetzung der Zugangspräferenzen zugunsten der Beitrittsländer (Grund-V[er]O[r]dnung), Gesamtfangmengen und Quoten sowie Strukturmaßnahmen. Externer Teil umfaßt Fischereiabkommen mit S, N sowie trilaterales Abkommen Skagerak-Kattegatt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131254.

Sie habe dies auch dem dänischen Ministerpräsidenten<sup>18</sup> gesagt, der sie kürzlich besucht hat.

*Bundeskanzler* berichtet davon, daß auch er sich telefonisch in gleicher Richtung beim dänischen Ministerpräsidenten verwandt hat.

Das Gespräch schließt mit dem Dank der *PM* für die Unterrichtung.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

### 319

#### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit NATO-Generalsekretär Luns

**VS-vertraulich**

**25. November 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers und von BM Genscher mit dem Generalsekretär der NATO, Joseph Luns (Donnerstag, den 25. November 1982, 13.00 bis 13.45 Uhr)

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Botschafter Wieck, Dr. Dannenbring (stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten) und MDg Dr. Zeller.

Der *Bundeskanzler* verweist einleitend auf die nach der gestrigen Beratung des Bundeskabinetts über sicherheitspolitische Fragen verabschiedete Erklärung<sup>2</sup>, in der unsere Grundsatzpositionen enthalten sind und die das Gemeinsame im Bündnis unterstreicht.

GS *Luns* hat von dieser Erklärung mit Genugtuung Kenntnis genommen. All das, was in ihr steht, könnte auch in einem NATO-Kommuniqué stehen.

*Bundeskanzler* bemerkt, daß Bundesregierung mit ihrer Politik auch dazu beitragen will, ihm, dem Generalsekretär, das Amt zu erleichtern. Er verweist auf das nächste Jahr und die sich dann im Zusammenhang mit der Implementierung des Doppelbeschlusses stellenden Probleme. Er steht mit aller Entschiedenheit zu unserer Zustimmung zum Doppelbeschuß in seinen beiden Teilen. Er könne auch keinen psychologischen Einbruch in unserer Bevölkerung feststellen.

<sup>18</sup> Poul Schlüter.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. November 1982 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Ich bitte Sie, den Vermerk zunächst nur dem Herrn Bundesminister persönlich zuzuleiten.“

Hat Ploetz am 26. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik vom 24. November 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 1061 f.

Das Problem sei allerdings die SPD, obwohl der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt maßgeblich am Zustandekommen des Doppelbeschlusses mitgewirkt hat. Die SPD sei seiner Einschätzung nach dabei auszusteigen. Er bedauere das, zumal dadurch seine Aufgabe nicht leichter wird. Er rechne jedoch damit, daß es in der SPD keine Mehrheit mehr für den Doppelbeschluß gibt. Dies sei wohl heute schon der Fall, und er vermute, daß sich auf einem SPD-Parteikongreß heute eine Mehrheit von 6:4 gegen den Doppelbeschluß aussprechen würde. Die Widerstände in der SPD würden jedoch voraussichtlich noch weiter wachsen. Natürlich gebe es Kollegen im Bundestag, wie z. B. Georg Leber – er wolle zusammen mit Staatsminister Mertes einen Brief der deutschen Katholiken an die amerikanischen Bischöfe<sup>3</sup> richten –, die ganz und gar von der Notwendigkeit der Politik des Doppelbeschlusses überzeugt seien.

Luns begrüßt, daß man den amerikanischen Bischöfen antworten will. In Holland stelle sich ein ähnliches Problem, und es sei nur mit Mühe gelungen, dort die Bischöfe von einer der amerikanischen ähnlichen Erklärung abzuhalten.

Er berichtet von ähnlichen Bewegungen in der lutherischen Kirche, die sich allerdings auch gegen die russischen Waffen richten.

Andererseits haben die konservativen Liberalen, die auf dem Boden des Doppelbeschlusses stehen, bei den letzten Wahlen<sup>4</sup> erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen (von 26 auf 36 Sitze bei insgesamt 150 Sitzen) gehabt. Ihnen sei es auch gelungen, zahlreiche jüngere Leute für sich zu gewinnen. Gerade bei den Jüngeren scheine sich ein eher konservativer Trend durchzusetzen.

GS bittet den Bundeskanzler, auch auf Ministerpräsident Lubbers im Sinne des Doppelbeschlusses einzuwirken. Seine Position sei zumindest ursprünglich nicht so fest gewesen wie die van Agts.

*Bundeskanzler* will dies tun. Er ist mit Lubbers seit längerem befreundet. Lubbers habe ihn im übrigen schon im Juni gebeten, vor der Fraktion der CDA zu sprechen und ihr die Position der CDU zum Doppelbeschluß zu erläutern. Er kommt vor Weihnachten<sup>5</sup>.

Bundeskanzler vergleicht sodann die CDA, eine relative junge Partei, mit dem Zustand der CDU in ihren Anfangsjahren. Hierüber habe er oft auch mit Dries van Agt gesprochen.

<sup>3</sup> Gesandter Wallau, Washington, faßte den Entwurf eines Hirtenbriefes der amerikanischen katholischen Bischöfe am 30. Oktober 1982 zusammen: „Hauptaussagen zum Einsatz von Nuklearwaffen sind: unter keinen Umständen Einsatz nuklearer Waffen gegen Bevölkerungszentren; kein Ersteinsatz von Nuklearwaffen, selbst in begrenzter Weise, kann moralisch gerechtfertigt werden; konventionellen Angriffen anderer Staaten muß mit anderen als Nuklearwaffen entgegengetreten werden; Zweifel daran, ob ein begrenzter Gegenschlag erlaubt sein kann. [...] Die offene Kritik des Hirtenbriefes an Teilen der amerikanischen Nuklearstrategie dürfte die Debatte über Abschreckung in den USA erheblich beeinflussen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4595; Referat 204, Bd. 124938. Für den Wortlaut des Hirtenbriefes vom 3. Mai 1983 vgl. THE NEW YORK TIMES vom 5. Mai 1983, S. B16 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. BLÄTTER, Nr. 6 (1983), S. 877–882 (Auszug).

<sup>4</sup> Am 8. September 1982 fanden in den Niederlanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen die PvdA als Siegerin hervorging. In der Folge wurde jedoch eine Koalitionsregierung aus CDA und VVD gebildet. Am 4. November 1982 übernahm der Vorsitzende der CDA-Fraktion im Parlament, Lubbers, das Amt des Ministerpräsidenten.

<sup>5</sup> Ministerpräsident Lubbers besuchte die Bundesrepublik am 25. Januar 1983. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. AAPD 1983.

Luns hofft, daß der Bundeskanzler bei Lubbers nachhaltigen Erfolg hat. Dieser sei sehr intelligent, habe viel Gespür für politische Strömungen, aber man sei bei ihm vor plötzlichen Meinungsänderungen nicht ganz sicher.

*Bundeskanzler* bezeichnet Lubbers als temperamentvoll; ein Gegengewicht in der Fraktion sei jedoch der ruhige Fraktionsvorsitzende Bukman.

Für ihn stehe allerdings im Vordergrund, daß man bei uns, in der Bundesrepublik Deutschland, das Richtige tut.

GS ist sehr wenig glücklich darüber, was in der FAZ heute über die Vorträge der NATO-Generäle vor dem Bundeskabinett berichtet wird: nämlich, daß es fraglich sei, ob das Bündnis seine Abschreckungsfähigkeit bewahren könne.<sup>6</sup> Er würde es sehr bedauern, wenn man einen solchen Gedanken in der Sowjetunion ernst nehme. Damit würde nämlich unser größtes Ziel gefährdet, das wir mit den nuklearen Waffen erreichen wollen, nämlich den Frieden zu bewahren.

Er sei in der Sache sehr viel weniger besorgt. Solange wir uns die Zweitschlagskapazität erhielten, solange wüßten auch die Russen, daß sie einen Nuklearkrieg und einen Krieg überhaupt nicht führen könnten. Dazu sei es aber notwendig, daß es bei der Ungewißheit bleibe, ob wir Nuklearwaffen einsetzen würden oder nicht. Diese Unsicherheit genüge, um den Frieden zu bewahren. Entfiele sie aber, so werde der Frieden gefährdet.

Luns fügt hinzu, daß ihm Verteidigungsminister Wörner versichert habe, daß die Indiskretion nicht von deutscher Seite kommt.

GS bedauert, daß es den Friedensbewegungen nicht erklärt werden kann, welche Rolle die Waffen in einer Abschreckungsstrategie für den Frieden haben.

BM *Genscher* warnt davor, uns selbst zu lähmen.

Er wolle auf zwei Dinge aufmerksam machen, von denen wenigstens eines bei den bevorstehenden NATO-Tagungen aufzunehmen sei.

Zum einen sollten wir die Frage des konventionellen Gleichgewichts aufbringen. Falin habe vor der Friedrich-Ebert-Stiftung sowjetische Bereitschaft erkennen lassen, zu einem konventionellen Gleichgewicht auch außerhalb MBFR beizutragen<sup>7</sup>. Diese Frage müßten wir aufnehmen, schon deshalb, weil wir die Bereitstellung taktischer Atomwaffen mit der konventionellen sowjetischen Überlegenheit rechtfertigen.

Das zweite sei die Frage einer „früheren Stationierung“ in Großbritannien<sup>8</sup>. Dies könnte lebensgefährlich für die Verhandlungen werden. Er verweist in die-

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „Die sowjetische Gefahr wächst weiter. NATO-Generäle berichten dem Bundeskabinett“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. November 1982, S. 1 f.

<sup>7</sup> Zu den Äußerungen des Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, am 21./22. Oktober 1982 in Bonn vgl. Dok. 311, Anm. 22.

<sup>8</sup> Referat 220 vermerkte am 4. November 1982, Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums hätten Botschafter Ruth am Vortag „Unterlagen, u. a. zu dem vorgesehenen Zeitplan für die praktische Durchführung verschiedener Implementierungsmaßnahmen in IT, GR[ößbritannien] und bei uns“ übergeben. Ruth habe „hierauf die für GR (Juni 83) und uns angegebenen Termine für das erste physische Erscheinen von Abschlußfahrzeugstellen (GLCM) in GR und sog. „Erector-Launcher Conversion-Kits“ (P[er]shing II)“ kritisiert: „Man müsse die Dislozierungsvorbereitungen in Europa im Zusammenhang sehen. Das Auftauchen von GLCM-Abschlußfahrzeugstellen in GR bereits im Juni werde nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Debatte bei uns und in den anderen Stationierungsländern bleiben. Hier stünde die Glaubwürdigkeit des Bündnisses auf dem Spiel. Es sei zwecklos, in der öffentlichen Debatte auf den Unterschied zwischen dem Erscheinen von Abschlußgestel-

sem Zusammenhang auf den Brief von GS Breschnew an den Bundeskanzler vom 5. November 1982<sup>9</sup>, über den Botschafter Wieck auch im NATO-Rat berichtet hat<sup>10</sup>. Breschnew wende sich in ihm zum einen gegen den Automatismus der Stationierung; zum anderen lasse er jedoch auch einen Abbruch der Verhandlungen befürchten, wenn mit einer Stationierung schon im Frühjahr begonnen wird. Uns treffe dann der Vorwurf, daß man den Zeitraum für Verhandlungen nicht voll ausgeschöpft habe.

Dies sei keineswegs eine bilaterale amerikanisch-britische Angelegenheit, sondern betreffe uns alle. Wir würden die Angelegenheit noch mit GB aufnehmen.

*Bundeskanzler* wirft ein, daß er die ganze Frage in den USA<sup>11</sup> sehr deutlich angesprochen habe.

Es sei auch seine Überzeugung, daß Transportfahrzeuge für die Raketen, auch wenn sie ohne Last fahren und nur um die Belastbarkeit von Straßen und Brücken auszuprobieren, bemerkt und wohl auch fotografiert würden.

BM *Genscher*: Dies könnte den Russen einen guten Vorwand bieten, um zu unterbrechen. Dann kämen wir in eine sehr schwierige Lage.

GS *Luns* stimmt der Einschätzung zu, daß man erst gegen Ende des Sommers wissen könne, ob es eine Chance für konkrete Ergebnisse gibt oder nicht.

Für den *Bundeskanzler* handelt es sich um existentielle Fragen. Er habe hier die volle Unterstützung seiner Partei, auch der Jungen in seiner Partei. Eben deshalb sei es wichtig, glaubwürdig zu bleiben, und zwar sowohl hinsichtlich der zeitlichen Vorbereitung der Stationierung wie auch hinsichtlich der Zahlen der zu stationierenden Systeme. Wenn man von 108 Raketen spreche, so seien dies auch 108 und nicht mehr.

Er habe in diesen Fragen sehr deutlich zu Verteidigungsminister Weinberger in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten gesprochen. Was in Großbritannien geschehe, geschehe in Europa und mithin auch bei uns.

Diese Fragen seien sehr wichtig im Hinblick auf die öffentliche Meinung bei uns, insbesondere auch bei den Kirchen.

*Luns* will hierüber auch mit Verteidigungsminister Weinberger sprechen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1654*

len und der Dislozierung der eigentlichen Raketen zu verweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11350 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 5. November 1982 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron bewertete das Schreiben am 11. November 1982 folgendermaßen: „Im Mittelpunkt stehen die Ausführungen zum NATO-Doppelbeschluß [...]. Neu ist der in dieser spezifischen Form von den Sowjets bisher noch nicht erhobene Vorwurf des Automatismus der Durchführung des Stationierungsbeschlusses ohne Rücksicht auf Verlauf und Zeitbedarf der Genfer Verhandlungen. Möglicherweise ist Anlaß für diesen Vorwurf, daß sich die neue Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung vom 13.10.1982 eindeutiger zur Durchführung des Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen bekannt hat, als dies in früheren Erklärungen der Fall gewesen ist.“ Vgl. VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 17. November 1982, er habe am Vortag den Ständigen NATO-Rat im kleinsten Kreis über das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 5. November 1982 an Bundeskanzler Kohl unterrichtet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2087; VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

BM *Genscher* hält es für notwendig, auch mit den Briten zu sprechen. Die britische Sensibilität in diesen Fragen ist etwas verschieden von der unseren, da GB Atommacht ist.

*Luns* kommt auf einige Fragen der Abschreckungsstrategie zurück und bedauert in diesem Zusammenhang die Äußerungen McNamaras und der Vierer-Gruppe<sup>12</sup>.

Er äußert sich anerkennend über die zusätzlichen deutschen Leistungen für die NATO-Infrastruktur<sup>13</sup>.

Er begrüßt außerdem, daß die Sanktionen hinsichtlich des Erdgas-Röhren-Geschäfts nunmehr beseitigt seien.<sup>14</sup> Sie waren eine Belastung der transatlantischen Beziehungen.

*Bundeskanzler* stimmt zu; die Atmosphäre habe sich entspannt.

*Luns* erwähnt, daß sich eine Delegation von 230 amerikanischen Geschäftsleuten zur Zeit in Moskau aufhalte. (Botschafter *Wieck* wirft ein, daß sie an einer Sitzung der gemischten sowjetisch-amerikanischen Kommission<sup>15</sup> teilnehmen, die freilich seit längerem zum ersten Mal wieder zusammentritt und somit auch gewisse Signalwirkung habe.)

Nach Einschätzung GS *Luns* kann zur Zeit über die weitere Entwicklung in der Sowjetunion viel Bestimmtes nicht gesagt werden. Man könne jedoch davon ausgehen, daß Andropow gemäßigt beginnen wolle und daß die USA gemäßigt hierauf antworteten. Er begrüßt dies, auch in der Hoffnung auf eine länger anhaltende gemäßigte amerikanische Haltung.

*Bundeskanzler* glaubt, daß Präsident Reagan sich im Mai/Juni mit GS Andropow treffen werde. Das Treffen müsse gut in den Terminplan der Genfer Verhandlungen<sup>16</sup> eingepaßt werden, d. h. voraussichtlich vor der fünften Verhandlungsrunde<sup>17</sup> im Juni liegen.

Er berichtet sodann, daß der Präsident seinem Eindruck nach sehr verletzt darüber war, daß Breschnew auf seinen noch im Krankenhaus nach dem Attentat<sup>18</sup> handgeschriebenen persönlichen Brief<sup>19</sup> zunächst gar nicht und dann erst fünf/sechs Monate danach geschäftsmäßig geantwortet hat. Er frage sich, ob Breschnew den Brief überhaupt gesehen hat. Für BM *Genscher* wäre GS Bresch-

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard C. Smith „Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance“; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 60 (1981/82), S. 753–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, Beiträge und Berichte, S. 183–198. Zur Forderung, die NATO solle auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichten, vgl. Dok. 146.

<sup>13</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 288, Anm. 21.

<sup>14</sup> Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 317.

<sup>15</sup> Attaché Salber vermerkte am 18. November 1982: „Für eine nunmehr stärker empfundene Bedeutung des Ost-Handels spricht die Tatsache, daß der amerikanisch-sowjetische Handels- und Wirtschaftsrat nach mehrjähriger Unterbrechung (letztmalig 1978) am 16. und 17. November erstmals wieder in Moskau tagt. 150 amerikanische Spitzenmanager wollen mit sowjetischen Kollegen nach neuen Möglichkeiten für erweiterten Handel suchen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133227.

<sup>16</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>17</sup> Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt.

<sup>18</sup> Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 87, Anm. 8.

<sup>19</sup> Bei seinen Ausführungen 18. November 1981 vor den Mitgliedern des National Press Club zu Fragen der Sicherheitspolitik in Washington zitierte Präsident Reagan aus einem Schreiben vom April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654f.

new gut beraten gewesen, wenn er auch handschriftlich geantwortet hätte. Der Präsident habe in seinem Brief auch sehr persönlich auf ein früheres Treffen mit Breschnew<sup>20</sup> Bezug genommen.

*Bundeskanzler* stellt fest, daß hier ein schwerer psychologischer Fehler von der sowjetischen Seite gemacht wurde. Präsident Reagan reagiere nicht empfindlich auf Anwürfe in der Prawda; diese gehörten zum Spiel. Die kühle Zurückweisung seiner sehr persönlich gedachten Botschaft habe ihn jedoch sehr verletzt.

GS *Luns* erwähnt eine sehr harte Äußerung, die der amerikanische Präsident am Ende einer freien Intervention auf dem Bonner NATO-Treffen<sup>21</sup> gemacht hat. Diese Äußerung habe den damaligen Bundeskanzler sehr betroffen gemacht. In ihr sei die emotionelle Seite des Präsidenten sehr zum Ausdruck gekommen.

Luns gab zu verstehen, daß sich die Haltung des Präsidenten geändert haben könnte. Er müsse wohl auch eingesehen haben, daß die Reaktionen auf Polen keinen Erfolg hatten. Dies führt Luns aus, wobei er auch die inneren Verhältnisse in einem lateinamerikanischen Land als Beispiel heranzieht.

Vielleicht sehe man eine Wende. Der Bundesrepublik Deutschland komme jedenfalls hier große Bedeutung zu; wir hätten Einfluß.

*Bundeskanzler* bestätigt, daß wir in der Tat deutlich reden wollten, ohne freilich Dolmetscher zu sein und ohne eine Primusrolle in Europa anstreben zu wollen.

Eines stimme ihn optimistisch: Aus seinen Gesprächen mit dem Präsidenten, gerade auch aus den privaten, habe er den Eindruck, daß sich Präsident Reagan 1984 noch einmal zur Wahl stellen werde<sup>22</sup>, wenn er gesund bleibt. Nach seiner, des Bundeskanzlers, Einschätzung habe er auch gute Chancen.

Daß er die Inflation jetzt auf sechs Prozent und (im nächsten Jahr voraussichtlich auf fünf Prozent) heruntergebracht habe, um zehn Punkte also, sei durchaus ein Erfolg. Der hohe Preis, den er dafür zahlen muß, ist gestiegene Arbeitslosigkeit.<sup>23</sup>

Kirkland wie auch Volcker rechnen jedoch ab Mitte nächsten Jahres mit einem, wenn auch langsamen, so dauerhaften Aufschwung der Wirtschaft. Dies werde dem Präsidenten bei einer Neuwahl zugute kommen.

Wir sollten uns jedenfalls darauf einrichten, daß er für längere Zeit da ist. Aus diesem Grunde sei es auch wichtig, daß er auf Andropow zugehe und dieser auf ihn. Man werde dies auch AM Gromyko sagen, wenn er im Januar zu uns kommt<sup>24</sup>.

#### **VS-Bd. 14107 (010)**

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA auf.

<sup>21</sup> Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 vgl. Dok. 179.

<sup>22</sup> Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 6. November 1984 statt.

<sup>23</sup> Zur Wirtschafts- und Finanzlage in den USA vgl. Dok. 318, Anm. 12.

<sup>24</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6/7 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

320

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-370.70 USA-2063/82 VS-vertraulich

26. November 1982<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Rede von US-Präsident Reagan vom 22. November 1982<sup>3</sup>;  
hier: rüstungskontrollpolitische Vorschläge

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Die am 22. November 1982 über das amerikanische Fernsehen ausgestrahlte Grundsatzrede Präsident Reagans ist zu etwa gleichen Teilen den Themen Verteidigung und Rüstungskontrolle gewidmet und steht damit – wenn dies auch nicht ausgesprochen wird – in der Tradition des Harmel-Konzepts<sup>4</sup>. Sie hat zwei Schwerpunkte:

- Bekanntgabe des Stationierungsmodus der MX-Rakete<sup>5</sup> (erwartungsgemäß nach dem Konzept des „closely spaced basing“; siehe hierzu gesondert vorgelegte Aufzeichnung der Abt. 2),
- Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen, insbesondere im nuklearen Bereich.

2) Bei letzteren handelt es sich um die Fortführung und Konkretisierung der „Berliner Initiative“ des amerikanischen Präsidenten vom 11. Juni 1982<sup>6</sup>. Die jetzt von Reagan gemachten Vorschläge gehen zum Teil über die in der „Berliner Initiative“ angeregten Maßnahmen hinaus.

Sie wurden der neuen sowjetischen Führung in einem Brief übermittelt. Die Sowjetunion hat inzwischen in einem Prawda-Artikel vom 25.11.1982<sup>7</sup> relativ positiv reagiert. Die Vorschläge sind inzwischen von den USA bei den Genfer START<sup>8</sup> bzw. INF-Verhandlungen<sup>9</sup> eingeführt worden. Die USA sind nach den Ausführungen Reagans bereit, die vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maß-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Bruns konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 30. November 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Fernsehansprache vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1505–1510. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 4–7 (Auszug).

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

<sup>5</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 261, Anm. 16.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede von Präsident Reagan am 11. Juni 1982 vor dem Charlottenburger Schloß in Berlin (West) vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

<sup>7</sup> Für den Artikel „Nado sčitat'sja s volej narodov“ vgl. PRAVDA vom 25. November 1982, S. 6.

<sup>8</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>9</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

nahmen vor Abschluß eines eigentlichen START- bzw. INF-Abkommens zu vereinbaren und zu implementieren.

3) Im einzelnen schlägt Präsident Reagan Vereinbarungen über die folgenden vertrauensbildenden Maßnahmen vor:

- Vorankündigung (= Notifizierung) von Testabschüssen landgestützter ballistischer Interkontinentalraketen (ICBM), unabhängig davon, ob eine einzelne Rakete oder mehrere Raketen gleichzeitig („Mehrfachtest“) getestet werden, und auch unabhängig davon, ob die Tests innerhalb des eigenen Staatsgebiets stattfinden oder über die nationalen Grenzen hinausgehen. Damit wird in Erweiterung bisheriger Vereinbarungen, wie des Artikels 4 des „Kriegsverhinderungsabkommens“ vom 30. September 1971<sup>10</sup> (dort sind nur über die nationalen Grenzen hinausgehende ICBM-Testflüge erfaßt) und des Artikels XVI des SALT-II-Vertrags<sup>11</sup> (dort werden neben den über nationale Grenzen hinausgehenden ICBM-Testflügen alle Mehrfachtests erfaßt), eine Notifizierung aller denkbaren ICBM-Testabschüsse (also auch für Einzeltests) innerhalb der nationalen Grenzen vorgeschlagen. Diese Maßnahme hatte der Präsident bereits in seiner „Berliner Initiative“ erwähnt.
- Vorankündigung von Testabschüssen U-Boot-gestützter Raketen (SLBM), unabhängig davon, ob sie auf Land oder auf See niedergehen. Hier handelt es sich um einen völlig neuen Vorschlag. Bisher haben beide Seiten einer internationalen Praxis folgend (in Bezug genommen in Artikel VI des amerikanisch-sowjetischen Abkommens zur Verhütung von Zwischenfällen auf hoher See vom 25.5.1972<sup>12</sup>) bei Tests mit land- und seegestützten Raketen die Zielgebiete als „Sperrzonen“ angekündigt (sog. NOTAMS = „Notices to airmen and mariners“). Völlig neu ist die Notifizierung auch von Tests, die innerhalb der nationalen Grenzen durchgeführt werden (also nicht in internationalen Gewässern niedergehen).
- Vorankündigung von Testabschüssen von landgestützten ballistischen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (also der bei den INF-Verhandlungen verhandelten Systeme SS-4/5, SS-20, Pershing II).<sup>13</sup> Mit dieser ebenfalls neu vorgeschlagenen Maßnahme sollen Tests in dieser Waffenkategorie unter analoge Bedingungen fallen wie die erwähnten ICBM- und SLBM-Tests. Hier handelt es sich um eine Maßnahme, die angesichts des westlichen INF-Verhandlungsziels einer beiderseitigen Null-Lösung<sup>14</sup> für die Zeit bis zu dessen Verwirklichung von Bedeutung wäre.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut von Artikel IV des Abkommens vom 30. September 1971 zwischen der UdSSR und den USA über Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines unbeabsichtigten Atomkriegs vgl. UNTS, Bd. 807, S. 60. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 535.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut von Artikel XVI des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 387. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut von Artikel VI des Abkommens vom 25. Mai 1972 zwischen der UdSSR und den USA über die Vermeidung von Zwischenfällen auf hoher See vgl. UNTS, Bd. 852, S. 153 f.

<sup>13</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bei Tests von ‚Cruise Missiles‘ bleibt wegen der relativ geringen Fluggeschwindigkeit von Marschflugkörpern genügend Zeit zur Identifizierung als Übungsflug.“

<sup>14</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

- Vorankündigung von „größeren militärischen Übungen“, eine Maßnahme, die die USA bei START verhandeln wollen. Dieser Vorschlag enthält eine Abweichung von der Berliner Initiative insofern, also dort von der Vorankündigung „strategischer“ Übungen die Rede war, während jetzt weitergehend von „militärischen“ Übungen gesprochen wird. Wie aus den amerikanischen Erläuterungen zu den jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen hervorgeht, soll sie sich auf alle militärischen Übungen beziehen, die groß genug sind, um bei der Gegenseite Besorgnis auszulösen („large enough to cause concern to the other side“). Welche spezifischen Kategorien von Manövern der nuklearen und konventionellen Streitkräfte erfaßt werden sollen, werde in den Verhandlungen zu entscheiden sein. Die USA sind also bereit, bilateral mit der SU – unbeschadet der im multilateralen Rahmen (KSZE) vereinbarten Notifizierungsverpflichtungen<sup>15</sup> – über die Vorankündigung von Übungen auch ihrer für den Einsatz in Europa (Reforger) und im Nahen Osten (RDF)<sup>16</sup> vorgesehenen Streitkräfte zu verhandeln.

Damit scheinen die USA – im Hinblick auf bilaterale Absprachen zur Vertrauensbildung im globalen Kontext – zu weitergehenden Maßnahmen als im multilateralen Rahmen einer KAE bereit zu sein. Bei den bündnisinternen Beratungen über ein VBM-Paket wie auch über die KAE-Zonenformel<sup>17</sup> war es ein zentrales amerikanisches Anliegen, die Einbeziehung amerikanischer Truppenbewegungen nach Europa, vor allem aber für RDF-Einsätze außerhalb Europas, auszuschließen.<sup>18</sup> In den gegenwärtigen Beratungen über die militärischen Auswirkungen des RDF-Einsatzkonzepts für Südwestasien in den militärischen Gremien des Bündnisses legen die USA bis heute großen Wert darauf, daß neue Rüstungskontrollinitiativen mögliche Rückwirkungen auf die RDF-Planung berücksichtigen müssen. Die Frage bleibt offen, ob dies für die neuen Vorschläge Reagans im gleichen Maße gilt wie für vertrauensbildende Maßnahmen im KAE-Kontext.

- Erweiterter Austausch von Daten über die bei START und INF verhandelten Nuklearsysteme. (In der „Berliner Initiative“ war nur vom Austausch „strategischer Daten“ die Rede; neu ist die Ausdehnung auf die INF-Systeme.) Die USA haben uns (gegenüber D2A) am 16.11.1982<sup>19</sup> erläutert, daß hier neben einem Austausch systemspezifischer Daten, wie z. B. Zahl oder Gefechtsköpfe oder Reichweite, auch an eine Offenlegung von Standorten, Produktions-einrichtungen und Produktionsraten gedacht sei.

Im übrigen erwähnt Präsident Reagan, daß die USA die Möglichkeit für eine Verbesserung des vereinbarten „Hotline“-Systems prüften.

<sup>15</sup> Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

<sup>16</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 131, Anm. 23.

<sup>17</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>18</sup> Zur amerikanischen Haltung zur Einsetzung einer KAE vgl. Dok. 300, Anm. 4.

<sup>19</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 16. November 1982 über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, am selben Tag, dieser habe ihn über den Inhalt der geplanten Rede des Präsidenten Reagan über Abrüstung unterrichtet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4935; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

### 3) Sowjetische Haltung

Inzwischen hat die SU diese Vorschläge in einem ausführlichen Prawda-Artikel vom 25.11.1982 als „ohne Zweifel positiv“ bewertet. Prawda bemerkt dazu im einzelnen: Präsident Reagan habe ein Thema angesprochen, das seiner Natur nach „positiv“ sei, und deshalb nicht ohne Beachtung bleiben dürfe. Insbesondere eine „größere Information über Raketentests“ sei „nützlich“. Allerdings dürften derartige Maßnahmen nicht anstelle von Übereinkommen über „wirkliche Maßnahmen zur Senkung des Niveaus der nuklearen Konfrontation“ treten oder zu Lasten solcher Maßnahmen gehen. Prawda verweist in diesem Zusammenhang auf die von der SU bereits in den START-Verhandlungen angeführten eigenen Vorschläge.

### 4) Zusammenfassende Bewertung

a) Die amerikanischen Vorschläge sind ein neuer Input und erscheinen konsensfähiger als die von Prawda erwähnten, in den START-Verhandlungen eingeführten sowjetischen Vorschläge für VBMs<sup>20</sup>. Diese Vorschläge benachteiligten in ihrer Mehrzahl die USA und sind deshalb von diesen bisher noch nicht zum Gegenstand ausführlicher Erörterungen gemacht worden. Die SU hatte folgendes vorgeschlagen:

- Vorankündigung von ICBM-Testflügen (wie schon bei SALT II vereinbart);
- Vorankündigung von „Massenstarts“ von strategischen oder Mittelstreckenbomben;
- Begrenzung der Operationsräume von schweren Bombern und Flugzeugträgern;
- Einrichtung von „Sanktuarien“ für SLBM-U-Boote.

b) Die amerikanischen Vorschläge für nukleare VBM könnten sich auf die laufenden Genfer Verhandlungen positiv auswirken, da nun beide Seiten öffentlich ihr entsprechendes Interesse zum Ausdruck gebracht haben.

c) Aufgrund der Begrenztheit der Materie erscheinen auch relativ kurzfristig Vereinbarungen, auch vor Abschluß eines eigentlichen START- bzw. INF-Abkommens, möglich.

d) Besonders wichtig ist, daß Präsident Reagan in Erweiterung seiner Berliner Initiative VBM auch im Bereich der INF-Verhandlungen vorgeschlagen hat, da gerade in Europa (wo sich NATO und WP geographisch unmittelbar gegenüberstehen) Konflikte als Folge von Mißverständnissen verhütet werden müssen.

e) Aus unserer Sicht ist die erneute Initiative des amerikanischen Präsidenten auch deshalb begrüßenswert, weil die Förderung der Vertrauensbildung seit langem einen Schwerpunkt unserer eigenen rüstungskontrollpolitischen Bemühungen, sowohl in Europa (KSZE/KAE) als auch im Rahmen der Vereinten Nationen<sup>21</sup>, bildet.

<sup>20</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) vgl. Dok. 228.

<sup>21</sup> Legationsrat I. Klasse Erath notierte am 23. November 1982: „Heute hat die diesjährige 37. GV der VN eine von uns mit Unterstützung von 31 Staaten aus allen Teilen der Welt eingebrachte Resolution zur weltweiten Förderung der Vertrauensbildung zwischen den Staaten im Konsens angenommen. Kern dieser Entschließung ist der Auftrag an die Abrüstungskommission der VN, Richtlinien auszuarbeiten für die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, die in besonderem Maße geeig-

f) Elemente der amerikanischen Vorschläge bedürfen noch weiterer Klärung (dies gilt z. B. für den Vorschlag zur Vorankündigung von „militärischen Übungen“ und für die inhaltlichen Einzelheiten des Datenaustauschs). Bei den bevorstehenden START-Konsultationen im NATO-Rat mit anschließender Expertensitzung am 3. Dezember 1982<sup>22</sup> beabsichtigen wir, uns um amerikanische Präzisierungen zu bemühen.

Auf Arbeitsebene mit BMVg (FüSIII5) abgestimmt. Referat 221 hat mitgewirkt.

Hartmann

VS-Bd. 11315 (220)

### 321

#### Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15841/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5094

Aufgabe: 26. November 1982, 20.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 27. November 1982, 02.21 Uhr

Betr.: Washington-Aufenthalt von Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker vom 23./24.11.1982

1) Der Sicherheitsberater des Kanzlerkandidaten der SPD, Carl Friedrich von Weizsäcker, nutzte einen privaten Aufenthalt in den USA zu politischen Gesprächen in Washington. Er traf insbesondere mit Außenminister Shultz und leitenden Beamten der Europa-Abteilung des State Department (Assistant Secretary Designate Burt, Senior Deputy Assistant Secretary Blackwill u. a.) zusammen und führte Gespräche mit Vertretern der katholischen Bischofskonferenz. Im Kongreß kam wegen der Sitzungspause nur mit Senator Levin (D-Mich.<sup>2</sup>) ein Gesprächstermin zustande. Im Zentrum der Gespräche stand die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1661*

net sind, das wechselseitige Vertrauen und damit Sicherheit und Stabilität weltweit zu stärken.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124508.

<sup>22</sup> Am 3. Dezember 1982 fand im Anschluß an die Sitzung des Ständigen NATO-Rats eine Expertensitzung über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) statt. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am selben Tag, Themen seien die von den USA eingebrachten Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen, die geplante Stationierung der MX-ICBM und der Zeitplan für START gewesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2235; VS-Bd. 11392 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Dröge vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 3. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.

Hat Hofmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bolewski „n[ach] R[rückkehr]“ verfügte.

Hat Seibert vorgelegen.

Hat Bolewski am 13. Januar 1983 vorgelegen.

<sup>2</sup> Democrat – Michigan.

2) In dem knapp halbstündigen Gespräch mit AM Shultz verwies von Weizsäcker eingangs darauf, daß der ehemalige Bundeskanzler Schmidt sich in einem Schreiben an AM Shultz für diesen Termin eingesetzt habe. Er berichtete, daß er zu seiner eigenen Überraschung vor kurzem von Herrn Vogel gebeten worden sei, dessen Berater in Sicherheitsfragen zu sein. Er, von Weizsäcker, gehöre selbst weder der SPD noch sonst einer Partei an. AM Shultz verwies eingangs auf die vielen Veränderungen der letzten Zeit und die gleichzeitig gehörten Beteuerungen für Kontinuität. Auf die Frage von Weizsäckers, ob er so auch die Lage in Deutschland sähe, antwortete Shultz, daß in Deutschland wohl ein anderer innenpolitischer Kurs gefahren werde. BM Genscher habe die außen- und sicherheitspolitische Kontinuität unterstrichen. Das sei zu begrüßen. BM Genscher sei starker Befürworter der Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses. Dies sei für Washington bedeutsam. Von Weizsäcker nannte dies ein schwieriges Problem. AM Shultz werde es bei seinem bevorstehenden Besuch in Deutschland<sup>3</sup> hören und erleben. In dieser Frage sei die Meinung der SPD nicht identisch mit der des Bundeskanzlers. Herr Vogel wolle zwar auch die Verträge nicht verletzen, aber er wolle sich wie die Partei an den Beschluß des Parteitag vom April 1982<sup>4</sup> halten. Der Parteitag habe auf die Bedeutungen der Verhandlungen in Genf<sup>5</sup> abgestellt und werde seine endgültige Entscheidung zur Stationierungsfrage auf einem weiteren Parteitag im Herbst 1983<sup>6</sup> im Lichte des Genfer Verhandlungsergebnisses festlegen. Bundeskanzler Schmidt habe diese Haltung mitgetragen; sie sei aber nicht identisch mit der Position Bundeskanzler Kohls, so wie dieser sie in Washington vorgetragen habe<sup>7</sup>. AM Shultz warf ein, je mehr Unsicherheit es zur Stationierung gebe, desto geringer würden die Aussichten für ein erfolgreiches Verhandeln. Von Weizsäcker räumte dieses ein. Vogel wolle nichts tun, um den Erfolg der Verhandlungen zu beeinträchtigen, aber er fühle sich durch den Parteitagsbeschluß gebunden. Die Frage sei daher, wie man durch diesen Interessenkonflikt mit einem Minimum an Schaden hindurchkäme. Aus diesem Grunde habe er Vogel geraten, die Stationierungsfrage nicht zu einem Wahlkampfthema zu machen. Er wisse aber nicht, ob dies möglich sei. Je stärker diese Frage im Wahlkampf hochgespielt würde, um so mehr Polarisierung würde sie erbringen, um so mehr SPD-Mitglieder würden von der Durchführung des Doppelbeschlusses abrücken. Wolle man die SPD also an den Doppelbeschluß binden, dann dürfe die Stationierung kein Wahlkampfthema werden.<sup>8</sup> Vogel habe diesen Rat zwar gutgeheißen, aber die Frage gestellt, ob er realistisch sei.

Auf die Frage von Weizsäckers nach dem Washington-Besuch Bundeskanzler Kohls antwortete AM Shultz, er sei ein voller Erfolg (total success) gewesen.

<sup>3</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 332–334.

<sup>4</sup> Zum Parteitag der SPD vom 19. bis 23. April 1982 in München vgl. Dok. 127.

<sup>5</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>6</sup> Am 18./19. November 1983 fand in Köln ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zu spät!“ Außerdem Pfeil zu dem Satz „Herr von Weizsäcker ... Verhandlungen erfolglos blieben.“

Herr von Weizsäcker kam darauf zu sprechen, daß Bundeskanzler Kohl in Washington ausgeführt habe, er wolle mit den März-Wahlen<sup>9</sup> ein Mandat für die Stationierung erringen, für den Fall, daß die Genfer Verhandlungen erfolglos blieben. Dies als Wahlkampfthema würde starke sozialdemokratische Opposition hervorrufen. Hierdurch würde ein Verhandlungserfolg gefährdet. Wäre er Berater des Bundeskanzlers, würde er ihm raten, dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Es würde seines Erachtens ausreichen, daß der Bundeskanzler seine Absicht zur Stationierung bekanntgemacht habe. Nun wisse es jeder, und daher sei es nicht erforderlich, diesen Punkt zum zentralen Wahlkampfthema zu erheben. Außerdem sei es nicht einmal sicher, daß der Bundeskanzler das von ihm erstrebte Wählermandat erhalte. Den Verhandlungen in Genf würde großer Schaden zugefügt, wenn der Bundeskanzler über diese Frage die Wahl verlöre. Auf die abschließende Bemerkung von Weizäckers, daß dieses ein deutsches und kein amerikanisches Problem sei, erwiderte AM Shultz, daß es durchaus auch ein amerikanisches Problem sei. Washington wünsche die Unterstützung der Allianz im amerikanischen Bemühen um erfolgreiche Verhandlungen.

3) In der zum Teil sehr pointierten über einstündigen Diskussion mit Burt und den Mitarbeitern erklärte Herr von Weizsäcker wie bei AM Shultz, er habe Herrn Vogel geraten, die Stationierungsfrage nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Wenn Bundeskanzler Kohl über die Wahlen ein Mandat für die Stationierung suche, würde dies die SPD in die Gegenposition zwingen und die Durchführung des Doppelbeschlusses erschweren.

Herr von Weizsäcker führte weiter aus, auch wenn Bundeskanzler Kohl die Wahl gewinne, sei damit die Durchführung der Stationierung noch nicht gesichert. Auch bei einem Wahlsieg des Bundeskanzlers könne nicht ausgeschlossen werden, daß von der Basis her ein Druck entstünde, der jede neue Bundesregierung zwingen könnte, von der Stationierung abzusehen. Als mögliches Szenario erwähnte von Weizsäcker Protestmärsche zu Raketenstellungen, deren Teilnehmer es darauf anlegen könnten, die Polizei zum Waffeneinsatz zu veranlassen.

Auf die Frage von Weizäckers, wie die USA reagieren würden, wenn sich die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland als undurchführbar erweise, antworteten die Gesprächspartner ausweichend. Blackwill äußerte, in diesem Falle würde die Bundesrepublik Deutschland in der Allianz an politischem Gewicht verlieren. Er fragte zurück, ob die Bundesrepublik Deutschland denn ein so schwacher demokratischer Staat sei, daß sich eine von der Mehrheit der Wähler getragene Regierung ihr Handeln von der Straße diktieren lassen könnte.

Hieran schloß sich eine Diskussion, inwieweit der Druck der amerikanischen öffentlichen Meinung auf die US-Regierung während des Vietnamkrieges ein vergleichbares Phänomen gewesen sei.

Von Weizsäcker unterstellte, daß die US-Regierung auf ein eventuelles deutsches „Nein“ zur Stationierung letztlich „elastisch“ reagieren würde und fragte unter Hinweis auf seine 1979 in „Die Zeit“ vertretene Auffassung, ob in diesem Falle

<sup>9</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

die Seestützung von Mittelstreckenwaffen für die USA in Betracht käme.<sup>10</sup> Würden die Mittelstreckenwaffen seegestützt, würde der Widerstand in der deutschen Bevölkerung gegen den NATO-Doppelbeschluß in sich zusammenfallen. Burt erwiderte, die Option der Seestützung sei in der Allianz diskutiert worden und werde von der Administration abgelehnt.<sup>11</sup> Eine Seestützung der Mittelstreckenwaffen wäre, zumal wenn sie von der Friedensbewegung erzwungen würde, ein entscheidender Schritt in Richtung auf die Denuklearisierung Europas. Dies wäre das Ende der geltenden Abschreckungsstrategie. Der Übergang zur Seestationierung würde ferner die strategischen Rüstungskontrollverhandlungen in Frage stellen, da die SU seegestützte Nuklearwaffen als strategische Waffen ansehe.

Burt äußerte zu der Erklärung von BMVg Wörner, falls die INF-Verhandlungen nicht die notwendigen Fortschritte brächten, sollten sie über 1983 hinaus fortgeführt werden<sup>12</sup>: Es liege auf der Hand, so zu verfahren. Gleichzeitig äußerte er Verwunderung über die Bahrsche Kritik an Wörners Ausführungen<sup>13</sup>. Von Weizsäcker bemerkte hierzu, er glaube zu wissen, daß Bahr eingesehen habe, seine Reaktion auf Wörners Äußerung sei emotionell überzogen gewesen.

Wenn von Weizsäcker es auch vermied, während seiner Gespräche sich eindeutig für oder gegen den NATO-Doppelbeschluß auszusprechen, so ließ er doch keinen Zweifel an seiner Meinung aufkommen, daß er eine Verschiebung der Stationierung in ein späteres Jahr in jedem Fall befürworte. Er bezeichnete sich gegenüber Burt als Pessimisten, was das Funktionieren der Abschreckung über einen längeren Zeitraum angehe. Die Tatsache, daß in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg Friede geherrscht habe, schließe nicht aus, daß es in der Zukunft zum Krieg kommen könne. In diesem Falle würde nach seiner Auffassung die Dislozierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf westeuropäischem Boden das Risiko totaler Zerstörung für Mitteleuropa ganz erheblich erhöhen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11981 (201)

<sup>10</sup> Vgl. den Artikel von Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker „Gefahren der Rüstung in den achtziger Jahren. Europa und das Raketengleichgewicht“; DIE ZEIT, Nr. 47 vom 16. November 1979, S. 9–11.

<sup>11</sup> Der Passus „ob in diesem Falle ... von der Administration abgelehnt“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D[eu]t[sche] Häfen.“

<sup>12</sup> Zum Besuch des Bundesministers Wörner vom 7. bis 9. November 1982 in den USA vgl. Dok. 295.

<sup>13</sup> Zu den Äußerungen des SPD-Abgeordneten Bahr vgl. den Artikel „Unser Nein ist nähergerückt“. Bahr kritisiert Äußerungen Wörners in Washington“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. November 1982, S. 2.

322

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl,  
z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1

Citissime

Aufgabe: 27. November 1982, 01.30 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 27. November 1982, 07.39 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit dem Ersten Sekretär Kádár in Budapest am 26.11.82  
von 12.00 bis 13.30 Uhr (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)<sup>2</sup>

1) Das Gespräch, an dem auf deutscher Seite Botschafter Dencker und auf ungarischer Seite AM Puja und Botschafter Kővári teilnahmen, verlief in vertrauensvoller und aufgeschlossener Atmosphäre. Kádár und BM knüpften an ihre früheren Begegnungen<sup>3</sup> an. Themen waren die Ost-West-Beziehungen in der gegenwärtigen Phase, insbesondere die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, das KSZE-Folgetreffen in Madrid<sup>4</sup> und die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sowie das deutsch-ungarische Verhältnis.

2) Im einzelnen

Kádár dankte für die von BM übermittelten Grüße des BK, die er zu erwidern bat. Er erinnerte an seinen letzten Besuch in Bonn und das Gespräch mit BM. Bei dieser Gelegenheit, sowie auch schon bei einem früheren Besuch, habe er auch den jetzigen Bundeskanzler Kohl, MP Strauß und andere Vertreter der damaligen Opposition gesehen. Er habe allen seinen Gesprächspartnern die obligatorische Frage gestellt, ob sie für gute deutsch-ungarische Beziehungen seien und ob sie auf Frieden oder Krieg hin orientiert seien. Daraufhin habe er jedesmal ganz eindeutige Antworten erhalten, sowohl von den Vertretern der Regierung als auch von denen der Opposition. BM habe ihm beim letzten Besuch mit der bekannten Offenheit gesagt: Es gebe in der Koalition Streitfragen, die aber innere Probleme, nicht die Außenpolitik betreffen. Diese Äußerung sei für ihn sehr wichtig gewesen. Man habe jetzt, nach der Regierungsänderung in Bonn, auch die offiziellen Erklärungen der neuen Bundesregierung<sup>5</sup> über die Kontinuität der Außenpolitik aufmerksam und befriedigt registriert. Er habe inzwischen auch mit einem Vertreter der jetzigen Bonner Opposition, nämlich Herrn Wischniewski, in Budapest gesprochen, der auf seine, Kádárs, Fragen fast genauso geantwortet habe wie BM bei dem letzten Gespräch in Bonn. Wischniewski habe betont, daß die Außenpolitik der neuen Bundesregierung von Kontinuität bestimmt werde und daß die Opposition diesen Kurs unterstütze. Das sei für Ungarn wichtig. Der Bonner Regierungswechsel sei eine deutsche innere Angelegenheit. (Anmerkung: Kádár sprach stets von „deutsch“ und nicht

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 29. November 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. November 1982 in Ungarn auf.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. April 1976 in Ungarn auf. Für das Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 30. April 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 122. Kádár besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Juli 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 171.

<sup>4</sup> Zur Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 9. November 1982 vgl. Dok. 300.

<sup>5</sup> Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 248, Anm. 2.

von „westdeutsch.“) In Ungarn habe man natürlich eine eigene Meinung dazu, wolle sich aber nicht einmischen. Auch Ungarn wolle an der Entwicklung vielfältiger Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland unverändert festhalten und diese nach Möglichkeit noch weiter ausbauen. Man wolle auch die Konsultationen über die internationale Politik fortführen sowie die wirtschaftlichen Beziehungen, die in beiderseitigem Interesse lägen – überhaupt hätten gut funktionierende ökonomische Beziehungen ihre Bedeutung als Stütze für die friedliche Zusammenarbeit –, die Kulturbeziehungen und die übrigen Bereiche bis hin zum Tourismus. Zur Lage in Europa übergehend, meinte Kádár, Ungarn sei in der internationalen Politik kein maßgeblicher Faktor, wirke aber doch in den internationalen Beziehungen mit und setze sich hier für friedliche Koexistenz ein. Ungarn und die Bundesrepublik Deutschland lägen beide in Europa und hätten beide ein Interesse am friedlichen Zusammenleben der Völker. In diesem Geiste sollten sie z. B. in Madrid auftreten. Der jetzige Bundeskanzler Kohl habe bei dem Gespräch in Bonn auch dazu einen akzeptablen Standpunkt vertreten. Das gelte auch für Strauß, der sich etwas temperamentvoller, auf seine eigene Art und Weise, ausgedrückt habe. (Strauß habe erklärt, es werde keinen Krieg geben, und wenn er Kádár in drei Jahren wiedersehen werde, dann werde dieser zugeben müssen, daß Strauß recht behalten habe.)

Kádár betonte, daß man das internationale Auftreten der Bundesrepublik Deutschland mit großer Aufmerksamkeit beobachte und die ersten Handlungen der neuen Bundesregierung nicht negativ werte, sondern mit Befriedigung zur Kenntnis genommen habe. Auch der damalige Oppositionsführer Kohl habe ihm gesagt, daß er im militärischen Bereich für geregelte Verhältnisse auf niedrigem Niveau der Rüstungen sei. Das sei auch das ungarische Anliegen. Hierin bestehe eine gute Grundlage für die Fortsetzung der ungarisch-deutschen Beziehungen. Auch der jetzige Besuch von BM füge sich in diesem Geist ein.

BM bestätigte in seiner Erwiderung, daß es in der alten Koalition in Bonn unterschiedliche Auffassungen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten über die Wirtschaftspolitik gegeben habe, die später, als sich die wirtschaftliche Lage in ernster Weise zugespitzt habe, zum Ende der Regierungszusammenarbeit geführt haben, die Meinungsunterschiede hätten sich nicht auf die Außenpolitik bezogen. Er hätte sich auch an der neuen Regierung nicht beteiligen können, wenn er nicht sicher gewesen wäre, daß die Außenpolitik fortgeführt würde. Der Grund dafür sei, daß sich die Bundesrepublik Deutschland einen Zickzackkurs nicht leisten könne. Die Fortsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik sei eine Art Geschäftsgrundlage für die Bildung der neuen Regierung. Was den Koalitionspartner der FDP, die CDU/CSU angehe, so habe diese in den letzten Jahren immer stärker die Haltung eingenommen, daß nicht nur die geschlossenen Verträge gültig blieben, was selbstverständlich sei, sondern daß man die Verträge auch mit Leben erfüllen und zu positiven Entwicklungen nutzen müsse. Bei der Regierungsbildung habe man über die Außenpolitik am wenigsten gesprochen, über die Ost-West-Beziehungen überhaupt nicht. Er glaube, daß es für Ungarn und für die anderen sozialistischen Länder von Bedeutung sei, zu wissen, daß die tragenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, in Regierung und Opposition, die Außenpolitik stützen. Das mache die deutsche Politik langfristig berechenbar für alle, die es mit uns zu tun hätten.

Kádár warf ein: „Das ist eine Kardinalfrage.“ BM fuhr fort: Dies beantworte auch die von Kádár auch heute wieder gestellte Frage. Er zitierte die Erklärung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung: Wir wollen „Frieden schaffen und immer weniger Waffen“<sup>6</sup>. Das bedeute, daß wir in Richtung Abrüstung und Zusammenarbeit gehen wollten.

Unsere Beziehungen mit Ungarn, fuhr BM fort, seien bei uns nie umstritten gewesen. Natürlich habe die wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn dazu beigetragen, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern vorteilhaft entwickeln konnten. Vor allem die Unternehmenskooperation sei durch die ungarischen Wirtschaftsvorstellungen erleichtert worden. Wir hätten den Wunsch, die bilaterale Zusammenarbeit fortzusetzen und – wie dies auch Kádár ausgeführt habe – auszubauen. BM unterstrich, daß wir auch die von Kádár geäußerte Meinung zur politischen Bedeutung der ökonomischen Zusammenarbeit teilten. Für diese Auffassung setzten wir uns auch im Kreise unserer westlichen Freunde ein. Auch in der deutsch-amerikanischen Erklärung<sup>7</sup>, die beim Besuch des Bundeskanzlers in Washington<sup>8</sup> abgegeben wurde, habe man die Auffassung dargelegt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West ein stabilisierendes Element der Gesamtbeziehungen seien. Eine solche Verknüpfung von Interessen gebe positive Impulse. BM drückte Genugtuung darüber aus, daß der Bundespräsident und er, wenn auch aus traurigem Anlaß, kürzlich in Moskau die Gelegenheit gehabt hätten, unsere Haltung gegenüber dem neuen GS der KPdSU zum Ausdruck zu bringen.<sup>9</sup> Zur gleichen Zeit habe der Bundeskanzler in Washington Anregung für eine Begegnung zwischen Präsident Reagan und GS Andropow gegeben. Natürlich wüßten wir aus Erfahrung, daß Begegnungen, die nur der öffentlichen Schau dienten, negativ wären. Aber ein gut vorbereitetes Treffen sollte nicht zu lange hinausgezögert werden.

BM bezeichnete das bevorstehende Jahr 1983 als besonders wichtig für die internationalen Beziehungen. Deshalb solle man darüber nachdenken, was man in dieser Phase in Bewegung bringen und wo man neue Ansatzpunkte finden könne.

BM betonte, daß wir mit Sorge und Hoffnung zugleich nach Madrid schauten. Wenn man neue Anstrengungen unternehmen wolle, wäre es nicht gut, wenn Madrid mit einem Ergebnis ausginge, das enttäusche, statt zu ermutigen. Wir hätten uns sehr dafür eingesetzt, den KSZE-Prozeß zu retten und nicht im Zusammenhang mit anderen internationalen Ereignissen aufs Spiel zu setzen. Kádár kenne unsere Meinung zu Afghanistan und Polen, die er deswegen nicht zu wiederholen brauche. Wichtig sei zur Zeit, daß wir den KSZE-Prozeß am Le-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zur Abrüstung am 13. Oktober 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7221.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der deutsch-amerikanischen Gemeinsamen Erklärung vom 16. November 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 1029–1032.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>9</sup> Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 vgl. Dok. 302.

ben erhielten. Wir können es uns nicht leisten, in Madrid einen Abschluß zu bekommen wie in Belgrad<sup>10</sup>. Wir brauchten ein substantielles Dokument und ein konkretes Mandat für eine Europäische Abrüstungskonferenz. Vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural könnten einen wichtigen Beitrag für den Abbau von Mißtrauen leisten.<sup>11</sup> BM wies in diesem Zusammenhang auf eine Frage hin, die uns seit langem beschäftige und die zur Zeit eine neue Aktualität erhalte: Bei Gesprächen zwischen Ost und West über Fragen der Abrüstungspolitik sei viel von den nuklearen Problemen die Rede. Wer sich die große Vernichtungskraft nuklearer Waffen vorstelle, wisse, daß ihr Einsatz das Ende der Menschheit bedeuten würde. Doch manchmal werde bei der Diskussion über die Wirkung nuklearer Waffen der Eindruck einer Verharmlosung der Wirkung konventioneller Waffen erweckt. Wenn heute ein konventioneller Krieg in Europa stattfände, würde er tausendmal schrecklicher sein als der Zweite Weltkrieg, der schrecklichste Krieg, den wir erlebt hätten. Die technische Entwicklung sei auch in diesem Feld weitergegangen und habe die Zerstörungskraft konventioneller Waffen enorm erhöht. Deshalb müßten wir auch diesem Gebiet Aufmerksamkeit widmen. Dies sei ein Thema in Wien<sup>12</sup>. Er wolle jetzt nicht über die Schwierigkeiten in diesen zähflüssigen Verhandlungen richten. Fest stehe jedoch, daß die Wiener Verhandlungen nur einen engen Raum, nämlich Mitteleuropa, bzw. noch nicht einmal ganz Mitteleuropa, erfaßten.

BM fuhr fort: Bei uns bestehe eine natürliche Besorgnis hinsichtlich der konventionellen sowjetischen Überlegenheit. Eine Europäische Abrüstungskonferenz, die vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural einführe, könne hier ein erster Schritt werden, der Mißtrauen abbaue. Das Problem werde dadurch jedoch noch nicht gelöst. Auf einer kürzlichen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, an der auch sowjetische Vertreter teilgenommen hätten, habe Falin erkennen lassen, daß die sowjetische Seite bereit wäre, über konventionelles Gleichgewicht in ganz Europa zu sprechen.<sup>13</sup> Im Januar werde Gromyko nach Bonn kommen<sup>14</sup>, was wir sehr begrüßten, da wir an Fortschritten im Dialog mit der SU interessiert seien. Wir würden dieses Thema dann ansprechen. Wenn es möglich werde, Fragen des konventionellen Gleichgewichts zwischen Ost und West in Gespräche einzubeziehen, werde eine neue Perspektive für die Abrüstungspolitik geschaffen, und zwar nicht nur für den konventionellen Bereich. Wenn sich die von Falin angedeutete sowjetische Bereitschaft bestätigte, würden wir dies zu den ermutigenden Zeichen rechnen.

Zu den Genfer Gesprächen übergehend, stellte BM fest, daß im Augenblick Abrüstungsverhandlungen in einer Breite wie noch nie zuvor stattfänden. Was

<sup>10</sup> In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

<sup>11</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>12</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 357.

<sup>13</sup> Zu den Äußerungen des Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, am 21./22. Oktober 1982 in Bonn vgl. Dok. 311, Anm. 22.

<sup>14</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6/7 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

die strategischen Waffen angehe, so sei er als einer, der sich für SALT eingesetzt habe, froh, daß SALT jetzt zu START<sup>15</sup> geworden sei, d.h. daß Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu Rüstungsreduzierungsverhandlungen geworden seien. Das Thema der Genfer INF-Gespräche<sup>16</sup> brenne uns besonders auf den Nägeln. Er sei in dieser Hinsicht nicht pessimistisch. Amerikaner und Sowjets seien sich bei der Definition der Probleme, beim Eindringen in die Substanz schon recht nahe gekommen, wenn sie auch noch kein Ergebnis hätten. Beide Seiten hätten besonders qualifizierte Unterhändler<sup>17</sup>, die uns persönlich gut bekannt seien.

Zusammenfassend stellte BM zu dieser Thematik fest: Die bestehenden Verhandlungsforen in Genf, Madrid und Wien ließen die Frage des konventionellen Gleichgewichts in ganz Europa offen. Wenn diese Frage noch einbezogen werden könnte, dann hätte man den Gesamtbereich der anstehenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen in Ost-West-Verhandlungen erfaßt. Es wäre wünschenswert, wenn sich hier im Jahr 1983 eine Perspektive eröffnen würde.

Zu den Beziehungen zur DDR führte BM aus, daß die internationalen Beziehungen lange Zeit durch das deutsch-deutsche Verhältnis negativ beeinflusst worden seien. Bei der gesamten Ost-Vertragspolitik sei der Grundlagenvertrag<sup>18</sup> eigentlich auch der schwierigste gewesen. Die Situation eines Volkes, das in zwei Staaten leben müsse, die zu unterschiedlichen Gesellschafts- und Bündnis-systemen gehörten, berge so viele Probleme in sich, daß nur Illusionisten dies für eine normale Angelegenheit halten könnten. Jetzt aber gingen von der Entwicklung zwischen beiden deutschen Staaten nicht nur keine Belastungen auf die internationale Lage aus, sondern man bemühe sich um positive Impulse. Bei dem Treffen zwischen BK Schmidt und GS Honecker im Dezember 1981<sup>19</sup> seien die Möglichkeiten einer positiven Beeinflussung des internationalen Klimas durch die deutsch-deutschen Beziehungen ein wichtiger Gesichtspunkt gewesen. Von diesem Geist sei auch das kürzliche Gespräch getragen gewesen, das der Bundespräsident und er in Moskau gehabt hätten.<sup>20</sup> Bei diesem Gespräch, das uns positiv beeindruckt habe, sei die Einladung an GS Honecker zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erneuert worden, nicht als Akt der Höflichkeit, sondern der realen Politik. Wir müßten auf diesem Wege weitergehen und umsetzen, was wir mit der Formulierung umschrieben, daß Deutschlandpolitik – und damit meinten wir die deutsch-deutschen Beziehungen – für uns europäische Friedenspolitik sei.

Zur Begegnung, die er kürzlich zusammen mit dem Bundespräsidenten mit Andropow und Gromyko in Moskau hatte, sagte BM: Es sei wichtig für uns gewesen, daß der neue GS bekräftigt habe, daß das in den Ost-West-Beziehungen

<sup>15</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 261.

<sup>16</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

<sup>17</sup> Julij Alexandrowitsch Kwizinskij (UdSSR) und Paul H. Nitze (USA).

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>20</sup> Zum Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 303.

Erreichte bewahrt werden solle. Das wollten wir auch. Außerdem wollten wir nach Möglichkeit Neues schaffen, wenn man so auf beiden Seiten zur Kontinuität stehe, dann werde es sich lohnen, alle Mühe und Kraft aufzuwenden, um aus diesen Absichten Realitäten werden zu lassen.

BM kam auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis zu sprechen und wies darauf hin, daß BK, der in Washington viele Stunden mit dem Präsidenten verbracht habe, auch im privaten Kreise, mit der festen Überzeugung zurückgekommen sei, daß Präsident Reagan den Ausgleich mit der SU wolle. BK hätte die Anregung für ein Treffen des Präsidenten mit Andropow nicht öffentlich wiederholt, wenn er nicht das Gefühl gehabt hätte, bei Reagan damit auf fruchtbaren Boden zu stoßen. Man müsse bei der Einschätzung der amerikanischen Politik die psychologische Lage in den USA sehen. Die Atmosphäre des Wahlkampfes der letzten Präsidentschaftswahl<sup>21</sup> sei von der Demütigung durch die Geiselfähe im Iran<sup>22</sup> und anderer Entwicklungen mitbestimmt worden. Von dem, was damals erklärt worden sei, bis zu dem, was heute getan werde, und hier meine er besonders die schon bestehenden Verhandlungstische, sei ein ziemlich weiter Weg, und zwar in die richtige Richtung. Deshalb solle man sehr ernst nehmen, was in Washington gesagt worden sei über die Festigkeit der westlichen Position – und das gelte für uns genauso –, aber auch über die Absicht, aufeinander zuzugehen. Unsere Politik gegenüber den sozialistischen Ländern sei eine Politik der ausgestreckten Hand.

Kádár erwiderte: Er habe die Ausführungen von BM zum außenpolitischen Kurs der Bundesregierung mit Genugtuung gehört und betrachte sie als Bekräftigung unserer offiziellen Verlautbarungen, die wir positiv einschätzten. Dieser positive Eindruck beziehe sich auch auf das, was BM über Kontinuität im allgemeinen, die Gespräche mit der sowjetischen Führung, den geplanten Besuch Gromykos und die Beziehungen zur DDR gesagt habe. Was seine letzte Bemerkung über die Politik der ausgestreckten Hand betreffe, so könne er im Namen der politischen Führung der Ungarischen Volksrepublik, und soweit er für die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft sprechen könne, auch für diese sagen, „daß wir ähnlich denken“. Dies gelte auch für die Ausführungen von BM zu Madrid. Wenn er Puja gefragt hätte, was die ungarischen Ziele in Madrid seien, hätte er dem Inhalt nach, wenn auch vielleicht nicht mit denselben Worten, wohl das gleiche gesagt. Die ungarische Regierung und die Bundesregierung seien in der Lage, hier in der gleichen Richtung zu arbeiten, und würden, wie er hoffe, auch von der Mehrheit der übrigen europäischen Regierungen unterstützt werden. Hinsichtlich der USA sei allerdings vielleicht noch etwas Überzeugungsarbeit nötig.

Zu den Rüstungskontrollfragen übergehend, nahm Kádár die Äußerungen von BM über das konventionelle Gleichgewicht auf und erklärte, in Kenntnis der offiziellen Standpunkte der sozialistischen Länder, auch der SU, wage er zu sagen, daß dort die Bereitschaft bestehe, über alle Fragen Gespräche zu führen, auch über die von BM genannten. Wenn man schon über taktische Nuklearfra-

<sup>21</sup> Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 setzte sich der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter durch. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

<sup>22</sup> Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 58, Anm. 2.

gen, über nukleare Kurzstrecken-, Mittelstrecken- und Langstreckenraketen verhandele, müsse man auch die Frage des konventionellen Gleichgewichts einbeziehen, um die volle Komplexität des Verhandlungsgegenstandes zu erreichen. Diese Fragen könne man bilateral aufnehmen oder auch in Madrid ansprechen.

Kádár fuhr fort: Eine Frage wolle er jedoch, wie schon in seinem letzten Gespräch mit BK Schmidt<sup>23</sup>, mit großer Offenheit ansprechen, daß man von ungarischer Seite den Doppelbeschluß der NATO, für den BK Schmidt mit Stolz eine Mitautorenschaft in Anspruch genommen habe, nach wie vor nicht positiv bewerte. Hier habe die NATO einen Trick begangen. Sie spreche vom Doppelbeschluß, der besage, daß die NATO neue Mittelstreckenraketen stationieren werde, wenn nicht ein anderes Ergebnis in amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen erreicht werde. Das sehe sich auf den ersten Blick sympathisch an. In der Substanz bedeute dies aber, daß 50 Prozent, nämlich die Stationierungsfrage, von vornherein in der Kompetenz der NATO lägen, von der anderen Seite, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, aber wiederum die Hälfte in der Hand eines NATO-Mitglieds liege: Die NATO sei also zu 75 Prozent beteiligt. Das sei das Problem. Auf alles andere wolle er jetzt nicht eingehen. Er wolle nur noch sagen, daß bei einem falschen Kurs nicht viele Deutsche – und hier wolle er nicht auf das Problem von einem Volk und zwei Staaten eingehen –, aber auch nicht viele Ungarn übrig bleiben würden. Um Ungarn zu zerstören, genüge es, daß eine Rakete unterwegs hinunterfalle. Die Deutschen lebten immerhin in zwei Frontstaaten. Also müßten Deutsche und Ungarn an einer Einigung interessiert sein. Wir erlebten gegenwärtig eine große Rüstungswelle. Es könne bald eine noch größere Rüstungsspirale geben. Dann werde die Gefahr noch weiter wachsen.

Kádár betonte, der Schlüssel liege darin, daß zwischen USA und SU, zwischen NATO und WP im großen und ganzen ein Gleichgewicht bestehe. Dies hätten die Amerikaner schon vor Jahren zugegeben. Heute aber werde dies von Amerikanern und der NATO in Frage gestellt, wenn auch immer noch verantwortliche Leute in den USA, darunter pensionierte Generäle, die mehr<sup>24</sup> von der Sache verstünden als er und der BM (Puja warf ein: z. B. Warnke), den Fortbestand des globalen Gleichgewichts einräumten. Natürlich gebe es innerhalb dieses komplexen dialektischen Gleichgewichts verschiedene Sektoren, in denen mal die eine Seite, mal die andere Seite ein Übergewicht habe. Z. B. halte er es durchaus für möglich, daß der WP in Europa konventionell etwas überlegen sei, aber das sei nur ein Element des globalen Gleichgewichts. Ein anderes Beispiel sei das strategische Verhältnis: Jeder wisse, daß hier ein Gleichgewicht bestehe, wenn man nicht nur landgestützte Raketen rechne, sondern auch Raketen auf Überwasserschiffen, U-Booten und Flugzeugen. Es gehe nicht an, aus diesem Gesamtkomplex einen Sektor herauszunehmen, und es führe nicht weiter, wenn jede Seite auf die Teilbereiche verweise, in denen die andere Seite überlegen sei. Man müsse den Gesamtkomplex berücksichtigen, wenn in der Vielfalt der Verhandlungen etwas herauskommen sollte.

<sup>23</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 27. April 1982 vgl. Dok. 128.

<sup>24</sup> Korrigiert aus: „Generäle, mehr“.

Die Sicherheit in der Welt könne nicht von SU oder WP allein garantiert werden, und auch nicht von USA und der NATO allein, sondern nur durch eine Einigung über die gemeinsame Sicherheit. Alles übrige, was BM gesagt habe, habe er mit Genugtuung gehört, betonte Kádár. Er bittet BM, auch BK zu sagen, daß die ungarische Führung an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Beziehungen zu uns interessiert sei und hierfür gute Perspektiven sehe.

BM stimmte zu, daß die Abrüstungsfragen in Verhandlungen zwischen beiden Bündnissystemen gelöst werden müßten, das gelte auch für die von ihm angeschnittene Frage des konventionellen Gleichgewichts. Er stimme auch der Feststellung zu, daß man aus dem Gleichgewicht nicht einzelne Faktoren herausnehmen dürfe. Es sei aber auch nicht sinnvoll zu sagen, man wolle nur über totale Abrüstung sprechen und könne diese morgen ins Werk setzen. Deshalb sei es schon vernünftig, daß einzelne Verhandlungstische geschaffen worden seien. Im Mittelstreckenwaffenbereich könne man nicht übersehen, daß es wesentliche Veränderungen gegeben habe. Es sei von Bedeutung, daß wir nicht gleich nachgerüstet hätten, sondern Verhandlungen angeboten hätten. Das sei kein Trick, sondern ein Versuch, eine verhängnisvolle Entwicklung abzuwenden. Er habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es hier einmal möglich werde, die Schraube zurückzudrehen. Natürlich dürfe man die FBS nicht vernachlässigen, es gebe aber auch sowjetische FBS<sup>25</sup>. Wir seien zentral am Verhandlungserfolg in Genf interessiert. Zu dem Hinweis Kádárs auf die 75-prozentige Beteiligung der Amerikaner beim Doppelbeschluß wolle er sagen, daß wir noch nie zuvor so eng beteiligt worden seien an der Vorbereitung und Durchführung von Verhandlungen wie in diesem Fall. Er sei ganz sicher, daß beide Seiten in Genf mit großem Ernst verhandelten. Es sei richtig, daß bei einer nuklearen Katastrophe nur wenige Deutsche und Ungarn übrig blieben. Er wisse nicht einmal, ob die Toten die Überlebenden beneiden würden. Das zeige das ganze Maß an Bedrohung.

### 3) Bewertung

Das Gespräch mit Kádár zeigte wie die Gespräche mit Puja<sup>26</sup> und Lázár<sup>27</sup>, daß die ungarische Führung großen Wert auf die Kontinuität der bilateralen Beziehungen wie auch der Beziehungen der sozialistischen Staaten insgesamt mit der Bundesrepublik Deutschland legt und befriedigt ist, daß die Bundesregierung die Kontinuität ihrer Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit dem Osten bestätigt. Auf ungarischer Seite sieht man, wie bei uns, in den sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Fragen den entscheidenden

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „SBS“.

<sup>26</sup> Botschafter Dencker, Budapest, übermittelte am 29. November 1982 einen Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Braunmühl über Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Puja am 26. November 1982. Themen waren unter anderem die Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrolle und Abrüstung, das KSZE-Folgetreffen in Madrid, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der Wechsel an der Spitze der KPdSU, die Lage im Nahen Osten und in Mittelamerika sowie die Namibia-Frage. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 453/454/455; Referat 010, Bd. 178867.

<sup>27</sup> Botschafter Dencker, Budapest, übermittelte am 29. November 1982 einen Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Braunmühl über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Lázár am 26. November 1982. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-Beziehungen und die Lage der Weltwirtschaft. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 456; Referat 010, Bd. 178867.

Bereich der Ost-West-Beziehungen in der nächsten Zeit. Großen Wert legt man in Budapest auch auf einen positiven Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens sowie auf die Fortsetzung stabiler Wirtschaftsbeziehungen. Die Ungarn sind besorgt über die Krisenanzeichen im Ost-West-Verhältnis, teilen aber unsere Auffassung, daß die gegenwärtige Phase Möglichkeiten für positive Entwicklungen enthält. Es fiel auf, daß sich Kádár mehrfach für die sozialistische Gemeinschaft äußerte. Daß man auf den deutschen Einfluß im Bündnis hinwies und Hoffnungen hinsichtlich einer positiven Einflußnahme auf die Vereinigten Staaten äußerte, die im übrigen mit Skepsis, aber ohne Polemik angesprochen wurden, war zu erwarten.

[gez.] Braunmühl

Referat 010, Bd. 178867

323

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.92 ITA-4238/82 VS-vertraulich

29. November 1982<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-italienische sicherheitspolitische Konsultationen in Bonn am 22. November 1982

#### I. Politische Gesamtstrategie der NATO

Bei der Erörterung der politischen Gesamtstrategie der NATO stand die gemeinsame Wirtschaftsstrategie gegenüber dem Osten im Vordergrund.

D (MDg Schauer) betonte: Die Wirtschaftsstrategie müsse sich an den im Schlußdokument des Wirtschaftsgipfels von Versailles<sup>2</sup> niedergelegten Grundsätzen orientieren. In der Frage des Transfers militärisch relevanter Technolo-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Dröge am 30. November 1982 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und an die Botschaft in Rom weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Am 22. November fanden in Bonn in der Zeit von 9.30 bis 12.30 Uhr deutsch-italienische Konsultationen über Fragen der Sicherheitspolitik statt. Der Nachmittag war rüstungskontrollpolitischen Fragen gewidmet. Die deutsche Delegation für den sicherheitspolitischen Teil der Konsultationen wurde von MDg Dr. Schauer geleitet; die italienische Delegation stand unter Leitung der Herren Danovi, RL NATO, und Taliani, RL Abrüstung, beide vom italienischen Außenministerium. Zum Inhalt des sicherheitspolitischen Teils der Konsultationen wird auf das beiliegende Protokoll verwiesen. Listen der Konsultationsteilnehmer sind beigelegt.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 5. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 7. Dezember 1982 vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Simon und an Legationsrat I. Klasse Starnitzky verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sehr interessant!“

Hat Simon und Starnitzky am 7. Dezember 1982 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Abschlusserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. BULLETIN 1982, S. 469–471. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 180.

gie seien sich die westlichen Länder im Prinzip zwar einig. Das Ausmaß der Kontrolle eines Transfers bringe jedoch gewichtige Probleme mit sich.

Die Kreditfrage sei zumal für uns schwierig, weil die Bundesregierung keinen direkten Einfluß auf die Banken und auf die Zinssätze habe.<sup>3</sup>

Das informelle NATO-AM-Treffen in La Sapinière<sup>4</sup> habe gezeigt, daß die NATO einen Beitrag zur Entwicklung einer westlichen Wirtschaftsstrategie gegenüber dem Osten leisten könne. Schon wegen der erforderlichen Beteiligung Japans reiche aber der NATO-Rahmen nicht aus. Es gehe jetzt um eine konstruktive Weiterführung der Siebener-Gespräche<sup>5</sup>.

IT (M. Taliani) stimmte der deutschen Beurteilung zu. Reagan brauche – zumindest auf dem Papier – für die öffentliche Meinung in den USA bald sichtbare Resultate der vereinbarten Studien<sup>6</sup>.

Die NATO sei in der Tat nicht das richtige Forum zur Erarbeitung einer gemeinsamen Ost-West-Wirtschaftsstrategie. Sie habe genügend andere Probleme. Auch sei sie nicht dafür gerüstet, sich mit komplexen Fragen der Wirtschaftspolitik operativ zu befassen. Andererseits könnten Ergebnisse der in anderen Organisationen geschriebenen Studien später in eine umfassende Ost-West-Strategie des Bündnisses einfließen.

## II. Lage im Mittelmeer

### 1) Griechenland

a) Zu den griechisch-amerikanischen Stützpunktverhandlungen<sup>7</sup> führte IT aus, es komme GR darauf an, das Ergebnis der Verhandlungen als Wiedergewinnung der eigenen Souveränität gegenüber der griechischen Öffentlichkeit darstellen zu können. Ferner strebe GR als Preis für die Weiterführung der Stützpunkte nach modernerer militärischer Ausrüstung.

b) Zur Absage der NATO-Übung APEX<sup>8</sup> bemerkte IT, es teile die griechische Auffassung, daß die Insel Limnos keinem demilitarisierten Status mehr unter-

<sup>3</sup> Zur Frage der Beschränkung des Technologietransfers und der Vergabe von Krediten an Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 291, Anm. 7.

<sup>4</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Treffen von Vertretern der sieben Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel am 12. November 1982 in Washington; Dok. 297, Anm. 6.

<sup>6</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>7</sup> Zum Stützpunktabkommen zwischen Griechenland und den USA vgl. Dok. 10, Anm. 21.

Referat 201 vermerkte am 26. November 1982: „Am 27. Oktober 1982 wurden in Athen zwischen GRI und USA Vorgespräche über die Weiterführung der seit Juni 1981 unterbrochenen Stützpunktverhandlungen aufgenommen. Washington rechnet mit höheren GRI-Forderungen auf dem Wirtschaftshilfesektor und mit Beschränkungen seiner Stützpunktrechte.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125644.

<sup>8</sup> Oberst i. G. Herzog, Athen, teilte am 6. November 1982 mit, ein Vertreter des griechischen Verteidigungsministeriums habe ihn darüber informiert, daß Griechenland an der für den 10. November 1982 geplanten NATO-Übung APEX Express 82 „als ‚Host Nation‘“ nicht teilnehmen werde: „Trotz wiederholter nachdrücklicher gri[echischer] Bemühungen bei NATO-H[aupt]Q[uartier] um Änderungen der Übungsanlage sei es für GRI nicht hinzunehmen, daß gri. Insel Limnos (vor dem türkischen Festland) aus dem Übungsgeschehen ausgeklammert wird. Limnos, als gri. Territorium, unterliege voller nationaler Kontrolle. Deshalb ziehe gri. Regierung Zustimmung, die Übung in Thrazien durchführen zu lassen, zurück. [...] Es verstärkt sich der bisherige Eindruck, daß GRI in der Spannung zwischen Bündnisorientierung und nationalem Interessenprofil den nationalen Eigeninteressen Vorrang gibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 766; VS-Bd. 12933 (203); B 150, Aktenkopien 1982.

liege. TR habe ja ebenfalls seine nach dem Vertrag von Lausanne<sup>9</sup> zu entmilitarisierenden benachbarten Inseln infolge des Vertrags von Montreux<sup>10</sup> wieder militarisiert.

D teilte diese Rechtsauffassung. Das Recht, die Insel Limnos zu remilitarisieren, begründe aber keinen Anspruch auf Einbeziehung der Insel in eine militärische Übung der NATO. Manöverbereich und -verlauf im Bündnis müßten Ergebnis multilateraler Abstimmung auf Konsensbasis bleiben.

c) D wies auf das griechische Interesse hin, 60 Tornado-Kampfflugzeuge zu kaufen.<sup>11</sup> Griechenland verfüge nur über Devisenreserven in Höhe von ca. 800 Mio. US-Dollar. Der Kauf des Tornado könnte die Rückzahlungsraten der griechischen Auslandsverschuldung nahezu vervierfachen.

d) IT meinte, die Propagierung einer zum Scheitern verurteilten kernwaffenfreien Zone (KWFZ) für den Balkan<sup>12</sup> sei nur ein „griechisches Theater“, um zumindest verbal Papandreou Wahlprogramm durchzuführen. Dieser Schachzug ermögliche es P. sogar, einen einseitigen Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus GR zu verhindern. Dem Vorschlag einer KWFZ stünden im übrigen nur Rumänien und Bulgarien positiv gegenüber. Jugoslawien habe bislang die kalte Schulter gezeigt.

e) NATO-Reintegration Griechenlands<sup>13</sup>

IT regte an, den NATO-Rat mit Erarbeitung einer Kompromißlösung zu befassen, damit die gemäß Rogers-Plan ausgeklammerten Probleme gelöst und die Reintegration endlich vollständig vollzogen werden könnte.

D hielt Befassung des Rats derzeit nicht für opportun. Es sei nach wie vor wichtig, die strittigen Fragen (Kommandogrenzen in der Ägäis; Befehlsweg für

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 24. Juli 1923 zwischen Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, Rumänien, dem Serbo-Kroatisch-Slowenischen Staat einerseits und der Türkei andererseits vgl. LNTS, Bd. 28, S. 13–113.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. Juli 1936 zwischen Australien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Japan, Jugoslawien, Rumänien, der Türkei und der UdSSR über die Meerengen (Konvention von Montreux) vgl. LNTS, Bd. 173, S. 213–241.

<sup>11</sup> Referat 422 notierte für einen Besuch des Präsidenten Karamanlis am 29./30. November 1982 in der Bundesrepublik folgenden Sachstand: „Bürgerschaftsanträge liegen vor für ein Geschäft über die Lieferung von 60 M[ulti]R[ole]C[ombat]A[ircraft]-Tornado (2,4 Mrd. DM), Fa. Panavia, sowie eine Erhöhung der Lieferanteile für den Kampfpanzer Leopard I von 110 auf 223 Stück, Fa. Krauss-Maffei. Über die vorliegenden Anträge soll in einem Ministergespräch unter Vorsitz des BK entschieden werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125644.

<sup>12</sup> Referat 201 vermerkte am 21. Januar 1982: „Papandreou befürwortet das der NATO-Strategie widersprechende Konzept einer kernwaffenfreien Zone im Balkan. Griechenland wolle ‚nach den notwendigen Konsultationen‘ das erste Land sein, das dieses Ziel durch die Entfernung von Kernwaffen von seinem Gebiet bekräftigt. (Auf griechischem Gebiet sind derzeit noch nukleare Kurzstreckenraketen und Kampfbomber stationiert.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125644.

<sup>13</sup> Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 10, Anm. 20. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 1. Dezember 1982 über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am selben Tag mit: „MP Papandreou beklagte, daß es hinsichtlich der griechischen Sicherheitsprobleme seit seinem Amtsantritt vor einem Jahr eher Rückschritte als Fortschritte gegeben habe. Athen könne der vollen Durchführung des Rogers-Abkommens vom Oktober 1980 über die Reintegration der griechischen Streitkräfte, also auch der Errichtung der 7. A[llied]T[actical]A[ir]F[orce] in Larissa, ohne Lösung des ausgeklammerten Problems der Kommandogrenzen weiterhin nicht zustimmen. Eine Festsetzung dieser Grenzen von der F[light]I[nformation]R[egion]-Linie auf auch nur wenige Kilometer westlich davon komme nicht in Frage. GR könne den Schutz seiner Anatolien vorgeschobenen Ägäisinseln nicht der Türkei übertragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2197; VS-Bd. 12017 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Task Forces), so wie von Rogers mit beiden Parteien ausgehandelt, auszuklamern.

## 2) Türkei

a) D unterrichtete über den Stand der Verteidigungshilfe (VH) für die Türkei<sup>14</sup>. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts und des BT sei beabsichtigt, im Januar einen neuen VH-Vertrag mit TR über 130 Mio. DM für eine Laufzeit von 18 Monaten abzuschließen.

b) D erwähnte die Bedeutung der von den USA angestrebten Mitbenutzung osttürkischer Flughäfen auch für „Out-of-area“-Einsätze der RDF<sup>15</sup>. Die Erklärung der türkischen Regierung, eine Mitbenutzung nicht tolerieren zu können, sei mit Rücksicht auf Iran und andere Länder der Region erfolgt. TR strebe ein Zweistufenverfahren zur Genehmigung der Mitbenutzung durch RDF an. Erst solle die NATO feststellen, daß der geplante Einsatz der RDF im Interesse der NATO insgesamt liege; erst dann könne eine türkische nationale Entscheidung über den Transit gefällt werden.

## 3) Malta

a) IT unterrichtete darüber, daß es auf Malta zwei militärische Missionen unterhalte, eine technische und eine zur Ausbildung der maltesischen Sicherheitskräfte. Die maltesische Regierung habe kürzlich den Abzug der Ausbildungseinheit verlangt, sei davon aber wieder abgerückt.

Da IT die Neutralität Maltas garantiere<sup>16</sup>, müsse es auch Gelegenheit haben, die Selbstverteidigungsfähigkeit Maltas zu stärken. Es sei wichtig, daß diese Ausbildung nicht durch die SU erfolge.

b) Auf Frage nach sowjetischem Einfluß auf Malta erklärte IT, die SU nutze Malta nicht militärisch, unterhalte aber ein auch militärisch relevantes Treibstofflager für die sowjetische Handelsflotte.<sup>17</sup>

Insgesamt sei die wenig freigiebige SU offenbar eine große Enttäuschung für Malta. Maltesische Politik sei es, von anderen etwas zu verlangen, ohne selbst Gegenleistungen anzubieten. Dies mache SU nicht mit.

## III. NATO-Integration Spaniens<sup>18</sup>

D erklärte, es gehe jetzt darum, der neuen spanischen Regierung behutsam die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft, auch im Hinblick auf den beabsichtigten

<sup>14</sup> Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 314, Anm. 21.

<sup>15</sup> Zur Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 131, Anm. 23.

<sup>16</sup> Am 8. Mai 1981 trat ein durch Notenaustausch vom 15. September 1980 vorbereitetes Abkommen zwischen Italien und Malta über die Neutralität Maltas in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1237, S. 4–19.

<sup>17</sup> Zu den Beziehungen zwischen Malta und der UdSSR vgl. Dok. 143, Anm. 60.

<sup>18</sup> Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 238.

In einer Aufzeichnung des Referats 201 vom 15. November 1982 wurde festgehalten: „Nachdem die Sozialistische Partei (PSOE) bei den Wahlen am 28.10.1982 die absolute Mehrheit errang und allein die Regierung stellen wird, dürfte Spanien künftig eine distanzierte Haltung zum Bündnis einnehmen. Der Führer der spanischen Sozialisten, González, hatte noch Anfang September bekräftigt, daß eine künftige PSOE-Regierung bei ausreichender Mehrheit die ‚NATO-Integration‘ Spaniens einer Volksbefragung unterwerfen wird; dabei blieb unklar, ob die Mitgliedschaft oder die militärische Integration Gegenstand der Befragung sein soll. [...] Der spanische NATO-Botschafter wies am 2.11. im NATO-Rat darauf hin, daß die Referendumsankündigung des PSOE die Terminfrage völlig offen lasse. Er schloß eine unbefristete Vertagung nicht aus. Angesichts ihrer absoluten Mehr-

Beitritt Spaniens zur EG<sup>19</sup>, vor Augen zu führen. Die NATO könne weitere „Mitglieder à la carte“ kaum verkraften. Spanien unterschätze die politische Kooperation in der NATO und sehe sie zur Zeit noch zu sehr unter militärischen Aspekten. Man müsse auch dem spanischen Vorurteil, die NATO schade seinem Einfluß in der Dritten Welt, entgegenreten. Ferner verkenne Spanien wohl die positive psychologische Auswirkung der NATO-Mitgliedschaft auf das spanische Offizierscorps.

Was die noch ausstehende Ratifizierung des spanisch-amerikanischen Verteidigungsvertrags<sup>20</sup> anbetreffe, wäre es hilfreich, wenn sich die US dem Versuch widersetzen, die Sicherheitsbelange Spaniens – wie vor dem NATO-Beitritt – nach dem ausgelaufenen Vertrag bilateral zu gewährleisten.

IT teilte deutsche Beurteilung. Man dürfe im übrigen den Einfluß des Königs<sup>21</sup>, der die NATO-Mitgliedschaft befürworte, nicht unterschätzen. Das spanische Wahlergebnis<sup>22</sup> spiegele außerdem nur den Wunsch der Wähler nach einem Wechsel wider; er bedeute keine Wende zum Sozialismus.

#### IV. Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses

1) D (Oberst im Generalstab Glatt) informierte IT darüber, daß nach einigen Mißverständnissen mit den USA Einvernehmen darüber erzielt worden sei, daß gemäß Doppelbeschluß 108 Pershing-II-Startvorrichtungen (Launchers) und 108 nukleare Sprengköpfe – nicht mehr und nicht weniger – zur Dislozierung im Bundesgebiet kommen, falls die Genfer Verhandlungen<sup>23</sup> bis Ende 1983 ergebnislos bleiben. Es sei im übrigen dringend erforderlich, daß die betroffenen NATO-Partner die Implementierung synchronisiert Ende 1983 – nicht vorher – durchführten.

2) Auf Frage erklärte D, die Position der Bundesregierung zum Doppelbeschluß sei unverändert. Sie lehne nach wie vor eine isolierte Stationierung durch die BR Deutschland ab, gehe also von gleichzeitiger Stationierung in mindestens einem anderen Partnerstaat auf dem europäischen Kontinent aus.

3) Zur Opposition gegen den Doppelbeschluß meinte IT, die Friedensbewegung spiele in Italien überhaupt keine Rolle. Die Kirche halte sich zurück. Fast alle politischen Parteien unterstützten den Beschluß. Selbst die PCI verhalte sich ruhig, um nicht in den Ruf einer moskauhörigen Partei zu geraten.

Die amerikanische Friedensbewegung habe allerdings vor, im nächsten Jahr

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1677*

heit dürfte es dem PSOE jedoch nicht leichtfallen, von der Referendumsankündigung völlig abzurücken. Laut einer unmittelbar nach den Wahlen abgegebenen Erklärung des stellvertretenden PSOE-Vorsitzenden Guerra will die neue Regierung die derzeit unterbrochenen Verhandlungen über eine Eingliederung der Streitkräfte in die militärische NATO-Struktur auf dem gegenwärtigen Stand einfrieren. Nach Auffassung des spanischen NATO-Botschafters blieb die Frage einer zeitlich begrenzten oder einer definitiven Suspendierung offen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125681.

<sup>19</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 2. Juli 1982 zwischen Spanien und den USA über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 1322, S. 138–384.

<sup>21</sup> Juan Carlos I.

<sup>22</sup> In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt, bei denen der PSOE die absolute Mehrheit gewann.

<sup>23</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 311 und Dok. 312.

7000 Demonstranten nach Comiso zu schicken. Ferner sei ein Marsch der italienischen Friedensbewegung von Mailand nach Comiso geplant.

#### V. Strategiedebatte

1) D legte seine Position zu General Rogers' Vorschlag dar, die konventionelle Komponente innerhalb der Triade so zu erhöhen, daß die „burden of nuclear escalation“ beim Angreifer liege<sup>24</sup>. Dies könne die Illusion wecken, daß eine rein konventionelle Verteidigung möglich sei, und das mit wenig zusätzlichem Aufwand und mit Waffensystemen, die noch gar nicht verfügbar seien.

IT teilt diese Sorge. Es gehe weniger um Anhebung der nuklearen Schwelle als um ausreichende Flexibilität der Optionen. Einer Hinwendung von der Abschreckungsstrategie zu einer Kriegsführungsdoktrin sei entgegenzuwirken.

2) Beide Seiten sahen eine gewisse Gefahr in einer sehr frühen Vorlage der sogenannten shift study der HLG<sup>25</sup>. Man sollte bis zur Vorlage die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen kennen.

Außerdem könnte Implementierungsdebatte in der Öffentlichkeit durch evtl. weitere Vorschläge zur „Nachrüstung“ im Kurzstreckenbereich belastet werden.

#### VI. Verschiedenes

D unterrichtete kurz über Grundlage und Stand der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.<sup>26</sup>

#### VII. „Out-of-area“-Problematik

Zu einer Erörterung der „Out-of-area“-Problematik<sup>27</sup> kam es aus Zeitmangel nicht mehr.

gez. Schauer

**VS-Bd. 12930 (203)**

<sup>24</sup> Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, vgl. Dok. 289, Anm. 3.

<sup>25</sup> Zur Arbeit an der Studie der High Level Group (HLG) der NATO vgl. Dok. 294, Anm. 11.

<sup>26</sup> Zu den Gesprächen über eine deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik vgl. Dok. 275, Dok. 278 und Dok. 284.

<sup>27</sup> Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 291, Anm. 4.

324

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-15866/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5109

**Aufgabe: 29. November 1982, 18.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 30. November 1982, 00.47 Uhr**

Betr.: Militärische Nutzung des Weltraums durch die USA

Zur Unterrichtung

Wie uns der stellvertretende Minister für die Luftwaffe, Edward C. Aldridge jun., auf Anfrage bestätigte, planen die USA nach über 20 Jahren vor allem wissenschaftlichen Zwecken dienenden Raumfahrtprogrammen eine starke Ausweitung ihrer militärischen Aktivitäten im Weltraum.

Aldridge nimmt als stellvertretender Minister für die Luftwaffe und anerkannter Experte für Weltraumfragen bei der Verwirklichung dieser Pläne der Administration eine Schlüsselstellung ein. Er ist ein außerordentlich kenntnisreicher Gesprächspartner, der ganz offensichtlich nicht nur die technischen, sondern auch die mit dem Weltraumprogramm verbundenen politischen Probleme voll übersieht.

Im einzelnen ging er in einem längeren Gespräch auf folgende Fragen ein:

1) Budgetfragen

Der Haushalt für das militärische Weltraumprogramm werde in den nächsten fünf Jahren mit real rund zehn Prozent pro Jahr noch stärker steigen als der Verteidigungshaushalt insgesamt (1983: plus sieben Prozent real).

Im Haushaltsjahr 1982 habe das Budget für das militärische Weltraumprogramm mit 6,4 Mrd. US-Dollar zum ersten Mal das Budget der NASA (friedliche Weltraumnutzung) mit 5,5 Mrd. Dollar überstiegen.

Für das Haushaltsjahr 1983 seien für das militärische Programm 8,5 Mrd. Dollar beantragt worden, für das zivile Programm 6,8 Mrd. Dollar.

1988 soll nach den Plänen des Pentagon das Budget für das militärische Weltraumprogramm bei 14 Mrd. Dollar liegen (in Dollars von 1983 gerechnet).

2) Strategische Implikationen

Aldridge betonte insbesondere die strategische Notwendigkeit des militärischen Weltraumprogramms der USA. Schon in der „Defense Guidance“<sup>2</sup> sei ausge-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 30. November 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bolewski und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „[ach] R[rückkehr]“ verfügte.

Hat Bolewski und Hofmann am 1. bzw. 3. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Brigadegeneral von Ondarza, Washington, gab am 4. Oktober 1982 Informationen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium weiter: „Die Defense Guidance F[iscal] Y[ears] 84–88 befindet sich in der Endphase ihrer Erarbeitung. Sie stelle das erste zusammenfassende und an den nunmehr erkennbar begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten orientierte Strategiepapier der Reagan-Administration dar. Die Defense Guidance FY 84–88 werde keine neue Strategie verkünden, sondern den auf einer global angelegten Bedrohungsanalyse basierenden globalstrategischen Ansatz präzisieren und Leitlinien für seine Implementierung mit begrenzten Ressourcen geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4215; VS-Bd. 12021 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

führt, daß das militärische Weltraumprogramm der USA die Abschreckung verstärken oder – wenn sie versagt habe – den amerikanischen Streitkräften ermöglichen solle, einen u. U. längeren konventionellen oder nuklearen Krieg an jedem Punkt der Welt führen zu können. Das militärische Weltraumprogramm solle vor allem dazu beitragen, die C3-Komponente zu stärken, um durch bessere Information, Navigation, Kommunikation und Wettervorhersagen den militärischen Kommandeuren in Krisen- oder Kriegszeiten mehr Unterstützung als bisher zu gewähren.<sup>3</sup> Neben der Stationierung entsprechender Systeme im Weltraum und auf der Erde sei vor allem deren Schutz besonders wichtig. Sie müßten notfalls auch in der Lage sein, in einer feindlichen Umgebung zu funktionieren.

Zur Zeit hätten die amerikanischen Streitkräfte rund 40 Satelliten für C3-Zwecke im Betrieb. Die militärische Präsenz der USA im Weltraum sei also nichts Neues.

Die Notwendigkeit des Ausbaus dieser Präsenz werde unterstrichen durch die großen Anstrengungen der SU in diesem Bereich. Die SU gebe für ihre Weltraumaktivitäten insgesamt (zivil und militärisch) zur Zeit etwa 18 bis 20 Mrd. Dollar pro Jahr aus. Das seien etwa 3 bis 5 Mrd. Dollar mehr, als die USA im Haushaltsjahr 1983 auszugeben beabsichtigten. Im letzten Jahr habe die SU z. B. 98 Satelliten in den Weltraum geschossen gegenüber nur 16 der USA. Künftige Systeme der USA würden fast ausschließlich im Rahmen des Space-shuttle-Programms befördert.

### 3) Rüstungskontrollpolitische Fragen

Aldridge bestritt entschieden, daß das US-Weltraumprogramm gegen bestehende Rüstungskontrollverträge verstoße oder die Aushandlung neuer erschwere. Vor allem werde Artikel 4 des Vertrags von 1967<sup>4</sup>, der die Stationierung von nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen in einer Erdumlaufbahn, auf dem Mond oder auf irgendeinem anderen Himmelskörper verbiete, nicht berührt. Die USA hätten bisher keine Waffen im Weltraum stationiert und würden dies auch in Zukunft nicht tun.

Die C3-Systeme hingegen, um die es bei dem Weltraumprogramm der USA gehe, hätten einen ausgesprochen stabilisierenden Effekt: Ohne solche Systeme, die nationale Verifikation von Rüstungskontrollabkommen erst ermöglichten, gäbe es wahrscheinlich heute keine Rüstungskontrollverträge, und laufende Verhandlungen wären so gut wie aussichtslos. Umgekehrt würden bei den laufenden Verhandlungen anstehende Verifikationsprobleme durch Verbesserung der C3-Komponente im Weltraum leichter lösbar.

II. Die Kritiker der Pläne der Administration, z. B. der ehemalige Verteidigungsminister Brown, befürchten eine Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum. Wegen der großen militärischen Bedeutung von Aufklärungs- und Kom-

<sup>3</sup> Zum Ausbau des Bereichs „Command, Control, Communications“ (C3) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 261, Anm. 15.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut von Artikel 4 des Abkommens vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, vgl. UNTS, Bd. 610, S. 208. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 2.

munikationssatelliten im Falle eines Konflikts zwischen der SU und den USA forcierten beide Seiten, so die Kritiker, auch die Entwicklung von Waffen, mit denen Satelliten ausgeschaltet werden könnten. Einerseits machten diese Anstrengungen Sinn, weil auf lange Zeit kein Satellit wirklich gegen einen Angriff geschützt werden könne, zum anderen würden eben deshalb die großen Anstrengungen beider Seiten, ihre C3-Fähigkeiten im Weltraum zu stärken, ad absurdum geführt.

Um ein erneutes Wettrüsten zu vermeiden, sollten zwischen beiden Seiten rüstungskontrollpolitische Verhandlungen über Anti-Satellitenwaffen begonnen werden. Parallel dazu sollten sich beide Seiten bei der Entwicklung ihrer C3-Fähigkeiten im Weltraum (ausgehandelte) Zurückhaltung auferlegen. Es könne z.B. durchaus einer Seite vorteilhaft erscheinen, durch neue C3-Weltraumtechnologie die Zielgenauigkeit ihrer ICBMs oder SLBMs zu erhöhen. Aber dies werde zu Gegenmaßnahmen der anderen Seite entweder im Weltraum oder auf der Erde führen. Zum Beispiel könnte eine Antwort auf der Erde auf eine erhöhte C3-Fähigkeit im Weltraum die Entwicklung der Fähigkeit und der Strategie einer „launch-under-attack“ sein.

Zu den waffentechnischen Entwicklungen im Weltraum und ihrer militärischen Bedeutung wird von MilAtt/LW<sup>5</sup> gesondert berichtet.<sup>6</sup>

[gez.] Hermes

**VS-Bd. 11981 (201)**

<sup>5</sup> Militärattaché/Luftwaffe.

<sup>6</sup> Oberst i. G. Oldigs, Washington, faßte am 1. Dezember 1982 die Erläuterungen des amerikanischen stellvertretenden Ministers für die Luftwaffe, Aldridge, zusammen: „Mr. Aldridge führte aus, daß die USA ihr augenblickliches Weltraumprogramm rein defensiv sehen. [...] Für Abwehrsysteme gäbe es z. Zt. in den USA keine Programme. Die New York Times (NYT) hatte in ihren Artikeln Laser und Partical Beam Weapons beschrieben, die im nächsten Jahrzehnt die Abwehr sowjetischer ICBMs übernehmen könnten. Mr. Aldridge erklärte dazu, daß dieses Prinzip frühestens in 20 Jahren, wenn überhaupt, funktionieren könne. Er führte aus, daß ein solches System sehr niedrig eingesetzt werden müsse, um die Schußentfernung zu ballistisch fliegenden Raketen klein zu halten (Dispersion zu groß) Dieses wiederum verhindere den geostationären Einsatz und erfordere so mindestens vier Systeme, die auf elliptischen Bahnen kreisten. Außerdem wären mehr als 1000 ICBMs zu bekämpfen, was wiederum nur über sehr viele Abwehrsysteme realisierbar sei. [...] Auch der von Edward Teller vorgeschlagene Laser, der seine Pumpenergie aus einer Nuklearexplosion bezöge, [...] ist aber bei rationaler Beleuchtung den Aufwand kaum wert, da nur einige Prozent der freierwerdenden Energie in Laser-Leistung umgewandelt werden können. Bei der direkten Zündung des Nuklearkopfes kann ein erheblich höherer Wirkungsgrad erreicht werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 10; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

## 325

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Karamanlis**

VS-vertraulich

30. November 1982<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Staatspräsidenten Karamanlis<sup>2</sup>

Dauer: 11.30 bis 12.30 Uhr mit anschließendem Mittagessen.

An dem Gespräch nahmen außerdem teil auf deutscher Seite: StS von Staden, Botschafter Dr. Sigrist, MDg Dr. Zeller, Frau Bouverat als Dolmetscherin; auf griechischer Seite: Generalsekretär im Präsidialamt, Botschafter Molyviatis, Botschafter Tsamados, Gesandter Bourloyannis als Dolmetscher.

Beim Mittagessen traten hinzu: AL<sup>3</sup>, MDg Dr. Dröge sowie zwei weitere Mitarbeiter des griechischen Präsidenten.

Im Zuge der Begrüßung versichert der *Bundeskanzler* Präsident Karamanlis, daß er sich hier bei alten Freunden zu Besuch befinde; er spreche sowohl für sich selbst, aber auch für die deutschen Mitbürger. Uns verbinden zu Griechenland sehr enge kulturelle Beziehungen; wenn Griechenland in einem Lande davon ausgehen könne, daß seine Kultur bekannt sei, dann bei uns. Dies beginne schon im Schulunterricht, wobei die klassisch-humanistischen Fächer jetzt wieder etwas stärker in den Vordergrund rückten als in den vergangenen 15 Jahren.

*Karamanlis* erinnert an seine zahlreichen Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland. Er freue sich besonders, dem Bundeskanzler zu begegnen, von dem er schon viel gehört habe.

Die deutsch-griechischen Beziehungen bezeichnet er als gut. Über sie brauche im einzelnen nicht gesprochen zu werden, obwohl solche Beziehungen selbstverständlich immer verbesserungsfähig seien und man jede Chance nutzen müsse, um sie sowohl zwischen den Regierungen wie auch zwischen den Völkern zu erweitern und zu verstärken.

In der ganzen Welt und insbesondere in Europa hätten die Regierungen und die Länder viele Probleme. Begegnungen wie die heutige seien eine gute Gelegenheit, um sie vertieft zu erörtern.

*Bundeskanzler* berichtet von zahlreichen persönlichen Beziehungen zu Politikern der Nea Demokratia; zwischen dieser Partei und der CDU gebe es enge

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 1. Dezember 1982 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs“ übermittelt.

Hat York am 1. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 010 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14103 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Präsident Karamanlis hielt sich vom 29. November bis 1. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Klaus König.

parteilpolitische Beziehungen. Er selbst, der Bundeskanzler, sei mit dem jetzigen Vorsitzenden der ND<sup>4</sup> seit vielen Jahren befreundet. Von sich aus sehe er keine bilateralen Probleme, die es zu besprechen gebe. Er sei jedoch sehr an einem Meinungsaustausch mit Karamanlis zu den Ost-West-Fragen interessiert, die zusätzliche Aktualität nach dem Führungswechsel in Moskau<sup>5</sup> gewonnen hätten. Er sei auch gerne bereit, über die Eindrücke aus seinem Besuch in Washington<sup>6</sup> zu erzählen.

Im übrigen wolle er mit dem Präsidenten über aktuelle Entwicklungen in der NATO und in der EG sprechen. Wie werde es mit der Gemeinschaft weitergehen? Selbstverständlich sei er auch daran interessiert, die Meinung des Präsidenten zu den griechisch-türkischen Beziehungen zu erfahren. Wie der Präsident wisse, gebe es auch bei uns im Lande ein Türken-Problem. Berlin sei die zweitgrößte türkische Stadt in der Welt; in Frankfurt streite man sich zur Zeit um die Errichtung einer 17. Moschee. Wir hätten es mithin bei uns mit einer Türken-Frage eigener Art zu tun.

*Karamanlis* wirft ein, daß wir uns zuweilen wohl etwas zu großzügig gegenüber der Türkei zeigten.

*Bundeskanzler* kommt sodann auf die weltpolitische Lage zu sprechen. Er bemerkt einleitend, daß die Nord-Süd-Probleme von Tag zu Tag an Bedeutung gewinnen und vielleicht an der Jahrhundertwende die politisch gravierendsten Probleme wären. Wir hätten es aktuell und konkret zur Zeit insbesondere mit den Ost-West-Fragen zu tun. Hier berichtet der Bundeskanzler kurz über ein Gespräch, das er soeben mit BM Barzel zu innerdeutschen Fragen geführt hat, und macht einige Bemerkungen zu spezifischen Fragen der innerdeutschen Beziehungen. Die Teilung der Nation bedrücke uns in vielerlei Form und werde in vielen Familien insbesondere vor Weihnachten wieder sehr spürbar.

Aus diesem Grunde reagierten wir sehr sensibel auf Veränderungen, sei es positiver, sei es negativer Art, im Ost-West-Verhältnis. Wenn sich die Ost-West-Beziehungen abkühlten, so spürten wir dies als erste. Wir hofften insbesondere, daß die Abrüstungsgespräche in Genf<sup>7</sup> vorankommen, von denen wir unmittelbar betroffen sind. Bundeskanzler erläutert die Position der Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß. Wir fühlten uns über die Verhandlungen gut informiert und seien auch sicher, daß die USA in Genf intensiv verhandelten. Er habe den Präsidenten<sup>8</sup> in dieser Richtung sehr ermutigt. Uns wie den Amerikanern gehe es darum, zu positiven Ergebnissen in Genf, d. h. zu einer Reduzierung der dort behandelten Waffen, zu kommen. Darüber hinaus gehe es uns auch um eine Reduzierung konventioneller Waffen. Man dürfe diesen Punkt nicht übersehen, obwohl sich die Diskussion in der Welt sehr stark auf Kernwaffen konzentriere. Im konventionellen Bereich sei das Ungleichgewicht zwischen der NATO und dem WP besonders stark.

<sup>4</sup> Vorsitzender der griechischen Partei Nea Dimokratia war Evangelos Averoff-Tossizza.

<sup>5</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>7</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>8</sup> Ronald W. Reagan.

Der amerikanische Präsident sei sich seiner besonderen Verantwortung in dieser existentiellen Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstungsgespräche sehr bewußt.

Bundeskanzler bestätigt, daß selbstverständlich für uns auch der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses ebenso gelte wie der erste.

Eine Zwischenfrage, die Karamanlis stellt, könnte vermuten lassen, daß er nicht mit allen Details des Doppelbeschlusses vertraut ist.

Bundeskanzler erläutert, daß der Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses unerläßlich sei, um die SU zu bewegen, ernsthaft zu verhandeln.

Er verweist darauf, daß es auch bei uns Schwierigkeiten gibt. Wir seien und blieben jedoch verlässliche Partner, die zu ihren Freunden stehen. Eine Politik des Neutralismus habe bei uns keinerlei Chance. Er wolle auch deshalb im Frühjahr wählen<sup>9</sup>, damit in dieser Frage Klarheit herrsche.

Wir seien sehr daran interessiert, die Position der neuen Führung Moskaus auszuloten. Selbstverständlich betreibe Moskau nicht die Politik eines einzelnen Mannes, jedoch könne ein neuer Mann auch seine Handschrift einbringen.

Im übrigen habe die Sowjetunion große Probleme. Die kommunistische Ideologie habe an Glanz und Anziehungskraft stark verloren. Die Ereignisse in Polen hätten sich für die Sowjetunion und den Kommunismus katastrophal ausgewirkt. Bundeskanzler nennt das Beispiel Frankreich, das auch Karamanlis sehr vertraut sei. Bei uns sei die kommunistische Partei nicht mehr als eine Splitterpartei, und trotz einigem fortbestehenden Interesse für den Marxismus unter der Studentenschaft sei bei uns jedenfalls der Appeal der kommunistischen Ideologie dahin. Dies sehe man sehr deutlich auch in Moskau. Dort verfolge man eine klare und nüchterne sowjetische Machtpolitik. Die sowjetischen Führer seien Realisten. Er glaube daher, daß durchaus Aussichten bestünden, daß sie zu ernsthaften Verhandlungen bereit seien. Wenn es bei den Abrüstungsverhandlungen jedoch nicht zu einem positiven Ergebnis kommt, so sei klar und müsse klar sein, wer hierfür die Verantwortung trägt.

Wir haben es bei uns mit einer Desorientierungskampagne aus dem Warschauer Pakt zu tun. Hierauf müßten wir deutlich antworten. Dazu gehöre insbesondere auch, daß wir wieder bewußter machten, daß die NATO kein bloßes Militärbündnis ist, sondern ein Bündnis freier Völker auf der Grundlage gemeinsamer Ideen und einer gleichen Auffassung von Bürgerrechten und Freiheiten. Im letzten Jahrzehnt habe man zuwenig darüber gesprochen und zuviel über Raketen. Wir haben bei uns eine Wehrpflichtarmee. Für ihre Verteidigungsfähigkeit genügen gute Waffen nicht; die Soldaten müßten auch wissen, wofür sie einstehen. Dies sei der Kern des Problems.

*Karamanlis* äußert sich etwas skeptisch hinsichtlich der Überzeugungskraft der NATO.

Er bestätigt sodann, daß die bilateralen Beziehungen zu uns sehr gut seien. Die Beziehungen seines Landes innerhalb des Bündnisses seien durch die türkische Frage etwas gestört. Die Erhaltung des Friedens in seiner Region mache ihm große Sorge.

<sup>9</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

Mit der Einschätzung der Weltlage durch den Bundeskanzler erklärt Karamanlis sich einverstanden. Er sei seiner politischen Linie, einer klaren Westorientierung, seit über 20 Jahren treu geblieben. Hierzu gehöre auch die Fortsetzung einer Politik der Entspannung und der Befestigung des Friedens, die aber nur erfolgreich geführt werden könne, wenn man selbst stark sei. Zum Abbau der Antagonismen zwischen Ost und West gehöre auch eine Politik, die Mißtrauen und Angst auf beiden Seiten abbaue. Dies könne nur geschehen, wenn jede Seite sicher sei, daß sie von der anderen nicht bedroht werde. Hierum müßten wir uns bemühen. Dazu sei eine Politik des Gleichgewichts und der kontrollierten Abrüstung unerlässlich. Nur mit einer solchen Politik könnten wir den Frieden befestigen und gleichzeitig der sowjetischen Propaganda entgegenwirken. Dazu gehörten auch Handlungen, wie die, daß derjenige, der überrüstet, bereit sei, seinen Rüstungsstand nach unten zu korrigieren.

Er verweist sodann auf die Vorteile des Ostens bei der psychologischen öffentlichen Auseinandersetzung. In den östlichen Ländern gebe es keine Opposition, die ihre Meinung artikulieren könne. In den westlichen Ländern gebe es die kommunistischen Parteien als Ansprechpartner der Sowjetunion, deren Tätigkeit sich durchaus gefährlich auf die psychologische Lage in unseren Ländern auswirken könne. Seiner Einschätzung nach hat die kommunistische Propaganda den Behauptungswillen der westlichen Welt geschwächt.

Dabei dürfe man nicht übersehen, daß auch die kommunistischen Länder Probleme haben, sie könnten jedoch ihre öffentlichen Meinungen kontrollieren.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Stärke des Westens nicht auf den Waffen allein beruhe, sondern auch auf seiner moralischen Stärke. Hier müsse man sich freilich fragen, ob der Westen seine Überzeugungskraft voll zum Ausdruck bringen könne.

*Bundeskanzler* wirft ein, daß sich auf diesem Feld in den letzten Jahren etwas gewandelt habe. Polen habe die kommunistische Propaganda unwirksamer gemacht. Afghanistan weniger, obwohl gerade bei jungen Leuten Afghanistan ein Thema geblieben sei und sich die Jungen sehr wohl bewußt seien, daß hier ein Volk um sein Überleben und seine Existenz kämpfe und daß ein großes Land ein kleines überfallen habe.<sup>10</sup> Die Bundesrepublik Deutschland habe auf die Invasion Afghanistans sehr entschieden reagiert, indem sie der Moskau-Olympiade ferngeblieben sei.<sup>11</sup> Das sei damals umstritten gewesen und sei es in manchen Kreisen sogar heute noch. Aber die Mehrheit bei uns hielt und hält diese Entscheidung für richtig.

Noch nachdrücklicher haben bei uns die Entwicklungen in Polen gewirkt. Das auf dem Hintergrund einer besonders schwierigen psychologischen Situation in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen: Schreckliches sei an den Polen im deutschen Namen geschehen, Schreckliches an Deutschen im polnischen Namen. Die Tatsache, daß seit Verhängung des Kriegsrechtes für über 200 Mio. DM private Spenden gesammelt wurden, daß jetzt zu Weihnachten zahlreiche Private Spendenpakete nach Polen schickten (Bundesregierung werde Porto-

<sup>10</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>11</sup> Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 25 und. 26.

freiheit gewähren), sei ein sehr wichtiges Ereignis in den deutsch-polnischen Beziehungen. Polen jedenfalls sei für die Sowjetunion zu einer psychologischen Katastrophe in der Öffentlichkeit der westlichen Länder geworden; das gelte besonders für Europa. Wir müßten unsererseits die Idee der Freiheit voranstellen, die Frage der Menschenrechte, und sehr deutlich machen, wofür und wogegen wir stehen. Dies werde Folgen haben.

*Karamanlis* zweifelt, ob unsere Argumente so stark seien. Nicht immer hätten wir uns unseren Vorstellungen entsprechend verhalten, z. B. auch nicht innerhalb der Allianz. Wie könne der Westen seine Argumente überzeugend vorbringen, wenn die Zypern-Frage<sup>12</sup> noch offen sei? Sei es nicht so, daß innerhalb der Allianz ein Mitglied in das Territorium eines anderen Staates eingefallen sei (Karamanlis argumentiert beinahe so, als sei Zypern Allianz-Gebiet), dort 40% des Territoriums besetzt und ein Zehntel der auf diesem Teil des Territoriums angesiedelten griechischen Bevölkerung vertrieben habe? Diese Lage dauere an.

Er erwähne dies in diesem Zusammenhang, weil gerade Zypern zeige, daß wir auch im Westen unsere eigenen Probleme hätten und unsere Prinzipien nicht konsequent anwenden würden.

Dasselbe gelte hinsichtlich der Solidarität in der Allianz; es gelinge uns dort nicht, unsere eigenen Probleme zu lösen und z. B. auf die Geltendmachung von Überlegenheit zu verzichten.

Er sehe nicht, daß Polen und Afghanistan dem Kommunismus in Europa besonders geschadet hätten. Diese Fragen berührten die Menschen bei uns nicht allzu sehr. Man habe sich – leider – an das Elend in der Welt gewöhnt und auch daran, daß sich Konflikte daraus ergeben. Diese Ereignisse berührten vielleicht die Intellektuellen, nicht aber die breite Bevölkerung.

Das Hauptziel des Bündnisses sei es, Krieg zu vermeiden. Ein wichtiges Mittel dazu sei auch der Dialog. Wir müßten alles tun, damit es nicht zu einem Krieg komme. Karamanlis erwähnt in diesem Zusammenhang die Nord-Süd-Fragen, die ein wichtiges Problem seien und in Zukunft noch wichtiger würden. Die Völker der Dritten Welt werden zunehmend ärmer und gleichzeitig zahlreicher und damit auch aggressiver. Dies sei alles andere als ein theoretisches Problem, sondern ein Problem, das die Machtverhältnisse in der Welt entscheidend beeinflussen werde.

*Bundeskanzler* entgegnet, daß ihm manches, was der Präsident geäußert habe, zu pessimistisch klinge.

Er stimme seiner Bewertung der Nord-Süd-Fragen zu. Dieses Problem könne in der Tat bei der Jahrhundertwende zu einem Hauptproblem werden.

Was Europa betreffe, so habe es hier in den letzten 35 Jahren keinen heißen Krieg gegeben, und die Aussichten seien gut, daß dieser Zustand auch andauere. Er glaube, daß er sich hier auch in Übereinstimmung mit dem Präsidenten befinde.

Im übrigen glaube er nicht, daß man von einem monolithischen sowjetischen Block ausgehen könne. Wir hofften auch auf Veränderungen auf lange Sicht

<sup>12</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

und müßten als Deutsche, die die Einheit ihrer Nation wiederherstellen wollten, darauf hoffen. Alles dies seien Entwicklungen auf sehr lange Sicht.

Man könne wohl auch davon ausgehen, daß trotz zahlreicher internationaler Konflikte die Methoden zu ihrer Eingrenzung sich etwas verbessert hätten.

In diesem Zusammenhang verweist der Bundeskanzler auch auf die deutsch-französischen Beziehungen. Für seine Kinder liege die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ historisch ebenso weit entfernt wie die Perser-Kriege, obwohl doch der Großvater seiner Kinder noch in Verdun gekämpft habe.

Gewiß würden wir uns über Einzelheiten in der Gemeinschaft streiten, aber daß und wie dies in Brüssel geschieht, sei doch angesichts der europäischen Geschichte ein erheblicher Fortschritt.

*Karamanlis* stimmt zu.

*Bundeskanzler* schließt diesen Gedanken mit der Bemerkung ab, daß der Gang der Geschichte in der europäischen Einigung eher Ermutigung für uns sein sollte, daß wir andererseits auch Geduld vor der Geschichte üben müßten, gleichzeitig aber auf eigene, zuweilen auch kleine Schritte nicht verzichten dürften.

Er erkundigt sich sodann nach der griechischen Position im Bündnis.

*Karamanlis*: Seine Position sei bekannt. 1974 sei die Türkei in Zypern eingefallen. Man habe erste Verhandlungen in Genf aufgenommen. Damals habe er das Obristen-Regime abgelöst. Trotzdem sei die türkische Seite 14 Tage später in einer zweiten Invasion in Zypern weiter vorgerückt. Seine damalige Anregung an GS Luns, den NATO-Rat einzuberufen, um Krieg zwischen zwei Bündnispartnern zu vermeiden (als er heimkehrte, habe die griechische Armee schon mobil gemacht), habe Luns nicht aufgenommen. Aus diesem Grund sei Griechenland aus der Integration der NATO ausgetreten.<sup>13</sup> Er habe sich damals bereit erklärt, in die volle Integration zurückzukehren, wenn dies bei der Zypern-Frage helfen würde. Schließlich habe er Griechenland sogar in die Integration zurückgeführt<sup>14</sup>, obwohl sich in der Zypern-Frage nichts bewegt habe. Sie sei immer noch offen.

Man müsse auch bei uns verstehen, daß die griechisch-türkischen Differenzen die Beziehungen Griechenlands zum Westen nachhaltig bestimmten. In Griechenland gebe es bittere Gefühle auch gegenüber dem Westen und auch gegenüber dem Bündnis. Auf dieser Gefühlswelle sei auch die neue Regierung an die Macht gekommen, die ja vor den Wahlen<sup>15</sup> einen Wiederaustritt Griechenlands aus der NATO proklamiert habe. Es sei überaus wichtig, daß sich die europäischen und westlichen Freunde Griechenlands um Mäßigung bei der Türkei bemühten, daß sie die Türkei bremsen und daß man in Griechenland nicht den Eindruck habe, sie würden der Türkei lediglich helfen.

Er berichte hier nur von einer Stimmung in der öffentlichen Meinung. Seine eigene Linie sei klar und eindeutig, nämlich die der Zugehörigkeit Griechenlands

<sup>13</sup> Am 14. August 1974 erklärte Griechenland seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

<sup>14</sup> Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 323, Anm. 13.

<sup>15</sup> Nach den Wahlen zum griechischen Parlament am 18. Oktober 1981 wurde am 21. Oktober 1981 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Papandreu vereidigt.

zum Westen und zur westlichen Allianz. Um Griechenland enger an den Westen heranzuführen, habe er sich auch für die griechische Mitgliedschaft in der Gemeinschaft eingesetzt.<sup>16</sup>

Griechenland fühle sich immer noch von der Türkei bedroht. Wenn diesem Gefühl vom Westen nicht in geeigneter Weise Rechnung getragen werde, so sei nur allzu sehr verständlich, daß es bittere Gefühle gegen den Westen in seinem Lande gebe. Dann gelte eben, daß der Freund des Feindes ein Feind sei. Im Ergebnis führten die Beziehungen Griechenlands zum Westen eben über Ankara. Dies müsse man bei uns, dies müsse man auch in den Vereinigten Staaten klar erkennen. Und daran sei ihm besonders gelegen, weil er sich nach den Wahlen bemüht habe, Einfluß auf die neue Regierung im Sinne der Zugehörigkeit Griechenlands zum Westen auszuüben. Ihm gehe es sehr darum, die Beziehungen Griechenlands im Bündnis und in der EG zu verbessern. Auch die neue Regierung habe Sinn für Realitäten und wolle die Beziehungen zum Westen erhalten. Wir müßten aber verstehen, daß die Regierung, gerade angesichts ihrer vor den Wahlen geäußerten Position, Unterstützung brauche. Was sie hier fordere, sei berechtigt. Es brauchten auch keine großen Gesten zu sein.

Dabei sei Griechenland der NATO mit der Zustimmung aller demokratischen Parteien beigetreten. Da sich Griechenland aber von der Türkei bedroht fühle, würde man in seinem Land auch nicht verstehen, wenn der Westen den Türken mit Waffen helfe.<sup>17</sup> Dies bringe die Gefühle zur Wallung. Dies sei auch der Grund, warum er seine Freunde bitte, die Türkei zu bremsen und ihr, wenn wir ihr schon Geld und Waffen lieferten, auch ein Stück Vernunft mitzuliefern.

Eine Lage wie die auf Zypern sollte in Europa unannehmbar sein. Hinzu komme die Ägäis-Frage<sup>18</sup>. Hier stelle die Türkei Ansprüche, die griechische Rechte verletzen. Dies sei eine Lage, die zum Krieg führen könne. Er müsse sich Woche für Woche fragen, ob die türkischen Verletzungen des griechischen Luft- und Seeraumes nicht zum Krieg führten.<sup>19</sup> In der Bevölkerung gebe es heftige Reaktionen. Die Türkei wolle die Ägäis in zwei Teile teilen, wobei sie übersehe, daß die Ägäis gespickt mit griechischen Inseln sei. Wenn die Türkei ihre Ansprüche durchsetzen würde, so würde dies eine Zweiteilung Griechenlands bedeuten. Dies sei nicht nur ein griechisches Problem, sondern eben auch ein Pro-

<sup>16</sup> Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei; Dok. 314, Anm. 21.

<sup>18</sup> Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 222, Anm. 17.

<sup>19</sup> Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 24. November 1982, die griechische Regierung habe „das für den 9. Dezember 1982 am Rande der NATO-Ministerratstagung in Brüssel vorgesehene Treffen zwischen AM Charalambopoulos und dem türkischen AM Türkmén abgesagt. Dies sei dem türkischen Botschafter in Athen, Alaçam, durch den StM im griechischen AM, Kapsis, unter gleichzeitiger Übergabe einer Note am 21. November 1982 offiziell mitgeteilt worden.“ Die griechische Regierung habe „nachdrücklich gegen eine Reihe von Luftraumverletzungen durch türkische Militärflugzeuge im Rahmen des jüngsten türkischen Luft- und Seemanövers ‚Coral 82‘ protestiert. Dabei sei es insbesondere zu einer Verletzung des Luftraums über der westlich von Chios gelegenen griechischen Ägäis-Insel Psara gekommen.“ Sigrist legte weiter dar: „Die Frage, ob damit das griechisch-türkische Moratorium vom Juli 1982 aus griechischer Sicht endgültig ad acta gelegt worden ist, kann zur Zeit nicht eindeutig beantwortet werden. Man muß sich aber fragen, ob Ankara sich auf längere Sicht an ein informelles Stillhalte-Abkommen gebunden fühlen wird, das der Türkei eher einseitiges Wohlverhalten vorschreibt, ohne hierfür von griechischer Seite eine ernstzunehmende Gegenleistung erwarten zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 797; Referat 201, Bd. 125644.

blem in der Allianz, da die Türkei auch die NATO benutze, um Kontrolle über die Hälfte der Ägäis zu erreichen. Im Bündnis gelte jedoch die Regel, daß jedes Land für die Kontrolle seines eigenen Gebietes verantwortlich sei.

Der Stand der griechisch-türkischen Beziehungen hat die Allianz in eine Krise geführt. Es könne unter zwei Bündnispartnern zum Krieg kommen, ja, er würde eine solche Entwicklung sogar als sehr wahrscheinlich ansehen, so schrecklich es wäre, dieses zu sagen. Er wolle dem hinzufügen, daß Griechenland keinerlei Ansprüche an die Türkei richte.

Hier sei das Bündnis auch in seiner Verantwortung gefordert.

Das Gespräch wurde an dieser Stelle unterbrochen und beim Essen fortgesetzt. Beim Essen im erweiterten Kreis wurden zunächst Fragen der europäischen Einigung besprochen.

Karamanlis stimmt dem Bundeskanzler zu, daß gemessen an der europäischen Geschichte in der Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der Tat Fortschritte erzielt worden seien. Jetzt gehe es darum, den Mut zur politischen Einigung zu fördern.

Der Europäischen Gemeinschaft gehe es nicht gut. Wir sollten aber nicht annehmen, daß wir Fortschritte bei der Regelung der anstehenden Fragen erzielen könnten, wenn wir nicht gleichzeitig Fortschritte bei der politischen Einigung Europas machten.

In der ganzen Welt zeigten sich Bestrebungen, zu größeren Einheiten zu gelangen, in Afrika, bei den arabischen Staaten, auch in Lateinamerika. In Asien entstehe mit China eine neue Supermacht, Japan gewinne an Stärke. Wolle Europa gegenüber diesen Entwicklungen nicht in den Hintergrund gedrängt werden, so müsse es seine Einigung verstärken. Nur so könne es auch auf gleichem Fuß mit den Vereinigten Staaten sprechen.

Er, Karamanlis, habe sehr begrüßt, was der Bundeskanzler in seinen Regierungserklärungen zu Europa gesagt habe.<sup>20</sup>

*Bundeskanzler* verweist auf die Entstehung der europäischen Einigungsbewegung und welche Wirkung sie auf seine Generation gehabt hat. Man habe damals geglaubt, daß ein einiges Europa schon morgen vorhanden sein könne. Wichtig war, daß damals alle mit dem Herzen dabei waren. Dieser gefühlsmäßige Schwung fehlt heute, wobei es gar nicht darum gehe, das Gewicht der Realität zu leugnen.

Um das Beispiel des Europäischen Parlaments zu wählen, so sei es jetzt direkt gewählt<sup>21</sup>, werde aber von der europäischen Öffentlichkeit sehr schlecht behandelt. Wir müßten alles tun, um die Stellung des Parlaments zu stärken. Dafür gebe es auch Chancen, und man müsse sie rasch nutzen, da sonst das EP in Bedeutungslosigkeit versinke. Er bedauere, in Gesprächen mit Kollegen zuweilen Resignation feststellen zu müssen.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7213–7229.

Für den Wortlaut der Regierungserklärung Kohls am 25. November 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8006–8014.

<sup>21</sup> Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

Die europäische Einigung sei gerade für unser Land von großer Bedeutung, die Teilung unseres Landes sei ein zusätzlicher Grund dafür, daß wir uns für Europa engagieren.

Die Machthaber der DDR haben dazugelernt. Sie wissen, daß das kommunistische System und die kommunistische Ideologie bei uns nicht attraktiv sind. Vom asiatischen Kommunismus haben sie gelernt, daß es vorteilhaft für sie sein könnte, Kommunismus und Nationalismus miteinander zu verbinden. Aus diesem Grunde versuchten sie, die nationale Geschichte für ihre Ideologie zu okkupieren, d. h. so, daß der Gang der deutschen Geschichte zwangsläufig bei dem in der DDR herrschenden System enden müsse. Ein Beispiel dafür sei die Behandlung des Luther-Jahres 1983<sup>22</sup>, aus dem die DDR-Führung ein ein Jahr dauerndes Spektakel machen wolle. GS Honecker selbst habe den Vorsitz im Festkomitee übernommen, nicht etwa weil er Lutheraner werden wolle, sondern weil er die weltweite Bedeutung solcher Feierlichkeiten sieht.

Nach seiner, des Bundeskanzlers, Einschätzung habe zwar der kommunistische Nationalismus in dieser Generation keine<sup>23</sup> Chance; aber wisse man, wie dies in 30 oder 40 Jahren aussehe?

Für uns sei es lebenswichtig, daß wir einem kommunistischen Nationalismus nicht etwa mit einem demokratischen Nationalismus begegneten. Sondern wir müßten unseren jungen Leuten eine Perspektive eröffnen, die über den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts hinausführt, eben also eine europäische Perspektive.

*Karamanlis* stimmt dem nachdrücklich zu. Die politische Einigung Europas ist in der Tat ein notwendiges und gutes Angebot an die Jungen. Er führt dies aus und äußert sein Bedauern, daß es hier in den letzten Jahren zu Rückschlägen gekommen sei. Viele Staaten Europas beriefen sich dabei auf eigene Probleme. Seine nachdrückliche Meinung sei, daß gerade die Hindernisse und Schwierigkeiten ein weiterer Anstoß dafür sein sollten, die Einigung voranzutreiben.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Position des Präsidenten zur Erweiterung der Gemeinschaft bemerkt *Karamanlis*, daß sie zweifellos politisch wichtig sei, wenn sie auch wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringe.

Die wirtschaftliche Opferbereitschaft sei auf allen Seiten freilich gesunken.

Zum EP habe er bei der Karlspreis-Verleihung in Aachen gesprochen.<sup>24</sup> Für ihn war die Direktwahl ein großer Schritt nach vorne, ein Schritt auch, um das europäische Bewußtsein zu stärken. Würden wir freilich dem EP unsere Unterstützung versagen, so würde die Tatsache, daß es ein direkt gewähltes EP gibt, der europäischen Einigung eher schaden als nutzen.

*Karamanlis* bekräftigt seine Überzeugung, daß Europa die Chance hat, eine große politische und wirtschaftliche Macht zu werden, die Einfluß auf die internationalen Ereignisse ausüben kann.

<sup>22</sup> Zu den Feiern 1983 in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther vgl. Dok. 229, Anm. 5.

<sup>23</sup> Korrigiert aus: „eine“.

<sup>24</sup> Ministerpräsident *Karamanlis* wurde am 4. Mai 1978 mit dem Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet. Für den Wortlaut seiner Rede anlässlich der Verleihung vgl. [http://www.karlspreis.de/preistraeger/1978/rede\\_von\\_konstantin\\_karamanlis.html](http://www.karlspreis.de/preistraeger/1978/rede_von_konstantin_karamanlis.html).

Bundeskanzler wirft ein, daß die zwei Jahre, die es das Europäische Parlament gibt, gemessen an der europäischen Geschichte keine lange Zeit seien.

Die Bildung europäischer Parteien habe sich jedoch bereits günstig ausgewirkt. In seiner eigenen Partei habe jedenfalls die Zugehörigkeit zu einer europäischen Partei bereits gute Wirkung gezeigt. Auch hier müsse man noch etwas Geduld haben. *Bundeskanzler* zieht die Parallele zur Entwicklung der CDU; auch sie habe sieben bis acht Jahre gebraucht, um zu einer wirklich homogenen Partei zu werden. Eine ähnliche Entwicklung zeige sich jetzt in der niederländischen CDA, die sich auch erst vor wenigen Jahren aus verschiedenen Gruppen zusammengefunden habe.

Auf dem bevorstehenden EVP-Kongreß in Paris<sup>25</sup> würden sich Vertreter aus ganz Westeuropa zusammenfinden, von Palermo bis Nordeuropa. Was hier in den vergangenen Jahren zusammengewachsen sei, sei eine gute Sache.

Seiner Meinung nach muß über die Stellung des EP noch in diesem Jahrzehnt entschieden werden. Wenn das EP in den kommenden zehn Jahren nicht mehr Macht erhält, dann wird es absterben.

Auf eine Frage von Karamanlis gibt der Bundeskanzler Erläuterungen über die Partner der CDU innerhalb der EVP in F.

Daran schließt sich ein kurzer Meinungs austausch über die Lage der Parteien in F und auch über die Beziehungen der CDU zur ND an.

*Karamanlis* bemerkt, es sei unerläßliche Voraussetzung der Stabilität in Europa, daß sich die EG auf eine stabile Bundesrepublik und auf ein stabiles Frankreich stützen könne.

Er führt sodann aus, daß es für die schöpferische Erneuerung der Demokratie in Europa seiner Überzeugung nach unerläßlich sei, daß sich die Demokratie im europäischen Rahmen und durch Anpassung an die Einigung Europas bewähre. Mit der europäischen Einigung würden auch neue demokratische Institutionen entstehen.

*Bundeskanzler* stimmt nachdrücklich zu und wünscht sich zahlreiche Gäste, die in europäischen Fragen so denken wie Präsident Karamanlis. Jeder Rückzug in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts sei für ihn ein Rückzug ohne Zukunft.

In der folgenden Tischrede begrüßt der Bundeskanzler Karamanlis als hochgeschätzten Gast, der ein Land vertritt, das wir bei uns ebenfalls hoch schätzten. Griechenland, auf dessen Kultur weitgehend die europäische Kultur beruhe, leiste heute wichtige Beiträge zur europäischen Einigung.

Bundeskanzler bemerkt, daß er sich freundschaftlich Politikern Griechenlands verbunden fühlt, die dem Präsidenten nahestehen.

Er habe sehr aufmerksam zugehört, als Karamanlis ihm einige ernste Fragen, sein Land betreffend, vorgetragen habe. Wir nähmen diese Fragen sehr ernst und würden versuchen, einen Beitrag zum Ausgleich zu leisten.

Besonders geschätzt habe er die Ausführungen des Präsidenten zu Europa. Der Präsident habe hier mit der Leidenschaftlichkeit eines jungen Herzens ge-

<sup>25</sup> Der IV. Kongreß der EVP fand vom 6. bis 8. Dezember 1982 statt.

sprochen. Auf dem bevorstehenden EG-Gipfel<sup>26</sup> werden wir über viele Dinge sprechen. Dabei sei die Fischereipolitik<sup>27</sup> sicher sehr wichtig, aber vor der Geschichte eher marginal. Vor der Geschichte würden wir daran gemessen, ob wir die Dame Europa wirklich richtig verstanden haben. Hierzu sei der Präsident der beste Dolmetscher.

In seiner Erwiderung dankt *Karamanlis* für die ihm erwiesene Gastfreundschaft und die ihm und seinem Land entgegengebrachte Sympathie. Er sei über sein Treffen mit dem Bundeskanzler, über die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern tief befriedigt.

Er nimmt sodann einige Gedanken aus seinen früheren Ausführungen zur europäischen Einigung wieder auf und betont dabei die Rolle der politischen Führungen in den einzelnen EG-Ländern. Der Bundeskanzler könne auf seine Mitarbeit voll und ganz zählen.

Was die spezifischen, von ihm angesprochenen Themen betrifft, so wisse er das ihm entgegengebrachte Verständnis sehr zu schätzen. Diese Probleme seien für sein Land ernst und kritisch. Es gehe hier um die Erhaltung des Friedens und um Fragen, die auch die Zukunft der Allianz beeinflussten. Sie beträfen mithin Griechenland nicht allein, sondern alle Alliierten. Er wäre dankbar, wenn der Bundeskanzler seine Einschätzung auch anderen mitteilen könnte.

Er hoffe sehr, daß sein Besuch dazu beigetragen habe, der Zusammenarbeit neuen Schwung zu verleihen und Griechenland zu helfen, mit den Problemen fertigzuwerden, denen es gegenüberstehe. In der dann im raschen Meinungsaustausch und eher lockerem Gesprächston geführten Unterhaltung berichten sowohl der Präsident wie der Bundeskanzler von Begegnungen mit Konrad Adenauer. Recht ausführlich werden auch Jugend- und Erziehungsfragen besprochen.

Auf die Frage von *Karamanlis*, wann der Bundeskanzler nach Griechenland komme, entgegnet der *Bundeskanzler*, daß er dies gewiß eines Tages sehr gern tun werde.<sup>28</sup> Er habe zu seiner Freude gehört, daß der Bundespräsident im nächsten Jahr Griechenland einen offiziellen Besuch abstatten werde.

Vielleicht finde sich auch für ihn selbst eine Gelegenheit und könne er mit *Karamanlis* zu einem guten Zeitpunkt zusammentreffen.

*Karamanlis* bemerkt, daß der Bundeskanzler auch an einen Ferienaufenthalt in seinem Land denken könne.

#### VS-Bd. 14103 (010)

<sup>26</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>27</sup> Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 318, Anm. 17.

<sup>28</sup> Das Bundeskanzleramt informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit Schreiben vom 25. November 1982, Bundeskanzler Kohl habe „zur außenpolitischen Beschusplanng 1983 entschieden, daß er 1983 keinen Besuch in Griechenland durchführen wird“. Vgl. Referat 203, Bd. 124896.

## 326

**Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden**

513-542.40 RUM-987/82 geheim

30. November 1982<sup>1</sup>Herrn Bundesminister<sup>2</sup>

Betr.: Restriktionen der Familienzusammenführung aus Rumänien

Zur Unterrichtung

I. Mit Dekret vom 22.10.1982 (veröffentlicht am 6.11.1982)<sup>3</sup> hat der rumänische Staatsrat (Unterschrift Staatspräsident Ceaușescu) durch eine Reihe finanzieller Auflagen die Ausreise aus Rumänien außerordentlich erschwert, wenn nicht in vielen Fällen unmöglich gemacht. Die Regelungen gehen von der vorherigen Rückzahlung aller Schulden an Staat und Privatpersonen über die Rückzahlung sämtlicher Ausgaben für Schulung, Fachausbildung und Fortbildung bis zur Behandlung der Ausreisewerber für die Zeit zwischen Ausreisegenehmigung und Paßausstellung als Auslandstouristen (Zwangsumtausch, Tagegelder). Erschwerend kommt hinzu, daß die entsprechenden Zahlungen von den Ausreisewilligen in Devisen zu leisten sind.

II. Das Dekret erstreckt sich zwar auf sämtliche rumänische Staatsbürger, trifft aber insbesondere die Ausreisewilligen deutscher Volkszugehörigkeit. Wir sehen in diesem eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki vom 1.8.1975, in der die Unterzeichnerstaaten – auch Rumänien – zur Familienzusammenführung erklären: „wo notwendig, die im Zusammenhang mit diesen Gesuchen erhobenen Gebühren (zu) verringern, um sicherzustellen, daß diese gemäßigt sind.“<sup>4</sup>

Darüber hinaus stellt unserer Ansicht nach das Dekret eine Zuwiderhandlung gegen die Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Ceaușescu vom 7.1.1978 in Bukarest dar, in der es wörtlich heißt: „Sie stimmen darin überein, daß humanitäre Fragen im Bereich der Familienzusammenführung und der Eheschließungen zwischen Bürgern beider Länder auf der Grundlage der in bilateralen und internationalen Dokumenten bekräftigten Absichten weiterhin wohlwollend behandelt werden.“<sup>5</sup>

Diese öffentliche Erklärung hatte als Grundlage eine geheime Abmachung zwischen Staatssekretär van Well und dem damaligen Leiter des Beraterstabes

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 6. Dezember 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fleischhauer verfügte.

Hat Fleischhauer und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck am 8. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 5. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte um laufende Unterrichtung. Die Sache ist von großer menschlicher und politischer Bedeutung.“

<sup>3</sup> Zum rumänischen Dekret über die Rückerstattung von Ausbildungskosten ausreisewilliger Personen vom 22. Oktober 1982 vgl. Dok. 301, Anm. 21.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut vgl. die KSZE-Schlußakte; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 948.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien vgl. BULLETIN 1978, S. 21–24. Zum Besuch vgl. ferner AAPD 1978, I, Dok. 3 und Dok. 4.

von Staatspräsident Ceaușescu, Herrn Vasile Pungan (soeben zum neuen rumänischen Außenhandelsminister ernannt), in der folgendes vereinbart wurde:

- Rumänien erhält einen einmaligen besonderen Bürgerschaftsrahmen in Höhe von 700 Mio. DM;
- Rumänien erhält „zusätzlich und in Anerkennung des rumänischen Beitrages zur Erfüllung der Absichten, die beide Seiten während der ... vorbereitenden Gespräche erörtert haben“, für den Zeitraum vom 1.7.1978 bis 30.6.1983 insgesamt 160 Mio. DM in gleichen vierteljährlichen Raten von 8 Mio. DM (mit den „erörterten Absichten“ waren die rumänischen Ausreisezusagen im Bereich der Familienzusammenführung gemeint);
- In der Erwartung, „daß die rumänische Seite alles tun wird, damit auch in den folgenden Jahren die Anzahl der Ausreisen zumindest das Ergebnis des Jahres 1977 erreicht“ (rund 11000), hat sich die deutsche Seite bereit erklärt, pro ausreisender Person DM 4000 laut nachträglicher Abrechnung in gewissen Zeiträumen zu bezahlen. (Letztere Abrede wurde Anfang 1981 dahingehend abgeändert, daß die Quote pro Person auf DM 5000 erhöht wurde mit der Maßgabe, daß von diesem Zeitpunkt an bis zum Ablauf der Vereinbarung von 1978 mindestens 13500 Personen die Ausreisegenehmigung erhalten.)<sup>6</sup>

III. Das erwähnte Dekret hat sich noch nicht unmittelbar auf die Ausreisezahlen im Rahmen der Familienzusammenführung deutscher Volkszugehöriger ausgewirkt, da hierbei erfahrungsgemäß immer eine gewisse Vorlaufzeit zu berücksichtigen ist. (Für November 1982 liegt die Ausreisezahl mit 1475, Stand 29.11.1982, sehr hoch.) Es ist jedoch bereits bekannt geworden, daß von ausreisewilligen qualifizierten Fachleuten Rückzahlung erheblicher Ausbildungskosten verlangt wurde (Zahnärztin: DM 40000; Ärztin: DM 60000; Ingenieur: DM 60000).

1) Wir haben unverzüglich nach Bekanntwerden des Textes des rumänischen Dekrets folgendes veranlaßt:

- Dg5 bestellte am 9.11.1982 den rumänischen Geschäftsträger (in Abwesenheit des Botschafters) zu sich<sup>7</sup>;
- Botschafter Jovy unternahm eine entsprechende Demarche bei Minister-Staatssekretär Duma am 10.11.1982 in Bukarest<sup>8</sup>;
- ich habe Angelegenheit während der StS-Konsultationen am 11./12.11.1982<sup>9</sup> in Bukarest mit Minister-Staatssekretär Duma, Außenminister Andrei und Herrn Pungan angesprochen<sup>10</sup>;

<sup>6</sup> Staatssekretär von Well und der Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, trafen in Gesprächen vom 5. bis 7. Januar 1978 vertrauliche Abmachungen über Familienzusammenführungen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11.

Zu den am 24. März 1981 beschlossenen Modifikationen der Abmachungen vom Januar 1978 vgl. AAPD 1981, I, Dok. 101.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Ministerialdirigenten Bertele mit dem rumänischen Botschaftsrat Ceaușu vom 9. November 1982 vgl. Dok. 301, Anm. 23.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Botschafters Jovy, Bukarest, mit dem Minister-Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Duma, am 10. November 1982 vgl. Dok. 301, Anm. 22.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „11./12.1982“.

<sup>10</sup> Staatssekretär von Staden hielt sich vom 11. bis 13. November 1982 in Rumänien auf. Vgl. dazu Dok. 301.

- am 29.11.1982 habe ich die Angelegenheit mit großem Ernst rumänischem Botschafter Râmbu bei einem auf seinen Wunsch zustande gekommenen Gespräch dargelegt.<sup>11</sup>

Schwerpunkt unseres Vorbringens war die Frage der Anwendung eines solchen Dekrets auf rumänische Staatsangehörige deutscher Nationalität.

Da wir mit Rumänien die besonderen Vereinbarungen von 1978 hätten, dürfte diese völkerrechtlich verbindliche Abrede nicht durch ein innerstaatliches Dekret einseitig außer Wirksamkeit gesetzt werden. Rumänien begehe, was die Familienzusammenführung ausreisewilliger deutscher Volkszugehöriger betrifft, eine Verletzung unserer bilateralen Vereinbarungen. Wir erwarteten daher, daß das Dekret nicht auf Ausreisewillige deutscher Volkszugehörigkeit angewendet würde.

Rumänische Seite zeigte kein unmittelbares Einlenken, erklärte die Angelegenheit jedoch für verhandlungsfähig.

2) Da das rumänische Dekret unmittelbar nach seiner Veröffentlichung von den deutschen Medien eingehend erörtert wurde und sich auch die maßgeblichen Landsmannschaften sowie viele Einzelpersonen mit Anfragen an das Auswärtige Amt gewendet haben, wurde am 9.11.1982 eine Sprachregelung für das Pressereferat herausgegeben (Anlage 1)<sup>12</sup>.

Für Gespräche mit Personen, denen die Problematik der Familienzusammenführung aus Rumänien allgemein bekannt ist, die jedoch nicht in die geheimen Abmachungen von 1978 eingeweiht sind, wurde ein Sprechzettel entwickelt (Anlage 2)<sup>13</sup>.

3) In einem auf seinen Wunsch zustande gekommenen Gespräch habe ich MdB Dr. Hupka am 24.11.1982 unser Vorgehen erklärt, dem von ihm auch nicht widersprochen wurde.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 26.11.1982<sup>14</sup> hat Staatsminister Möllemann auf Fragen der Abgeordneten Dr. Hupka und Dr. Czaja die als Anlage 3 beigefügten Erklärungen<sup>15</sup> abgegeben.

4) Auf einen Bericht der Botschaft Washington, der die amerikanische Besorgnis über das rumänische Dekret ausdrückt (Ausreise rumänischer Juden, jüdi-

<sup>11</sup> Staatssekretär von Staden drückte in einem Gespräch am 29. November 1982 gegenüber dem rumänischen Botschafter Râmbu seine Besorgnis über das Dekret vom 22. Oktober 1982 aus, wohingegen Râmbu die öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Frage in der Bundesrepublik als eine Einmischung in innere Angelegenheiten Rumäniens betrachtete. Râmbu schlug vor, „daß nunmehr Gespräche über diese Angelegenheit durch Bevollmächtigte beider Regierungen in Bonn oder auch in Bukarest aufgenommen werden sollten“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12380 (513).  
Für die am 9. November 1982 mit Drahterlaß Nr. 390 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck übermittelten Presseleitlinien vgl. auch B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12380 (513).  
Für den Sprechzettel vom 25. November 1982 vgl. auch Referat 214, Bd. 139574.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „25.11.1982“.

<sup>15</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12380 (513).  
Für den Wortlaut der Fragen der CDU-Abgeordneten Hupka und Czaja sowie der Erklärung des Staatsministers Möllemann vom 26. November 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8103–8105.

sche Lobby!), zugleich aber amerikanische Vorsicht bei weiterem Vorgehen darlegte<sup>16</sup>, wurde Botschaft Washington über unsere Schritte unterrichtet<sup>17</sup>; Botschaft Bukarest wurde angewiesen, mit dortiger amerikanischer Botschaft Verbindung zu halten.<sup>18</sup>

5) Um unmittelbare Engpässe bei der Bezahlung von Ausreisegebühren (nicht Erstattung von Ausbildungskosten etc.) zu beseitigen, wurde Botschaft Bukarest im Einvernehmen mit BMI, das den erstattungspflichtigen Haushaltstitel verwaltet, ermächtigt, Zahlungen analog zu § 5 Konsulargesetz<sup>19</sup> zu leisten.

IV. Für uns stellen sich gegenwärtig folgende Fragen:

1) Wie können wir die Anwendung des Dekrets auf Ausreisewillige deutscher Volkszugehörigkeit bis zum Ablauf der Vereinbarungen von 1978, d. h. bis zum 30. Juni 1983, verhindern?

2) Welche Druckmittel, vor allem wirtschaftlicher Art, haben wir gegen Rumänien?

3) Welchen Rahmen, insbesondere finanzieller Art, haben wir für eine Nachfolgerevereinbarung nach dem 30. Juni 1983?

V. Zur Vorbereitung unseres Vorgehens, das nicht zuletzt wegen seiner finanziellen Aspekte einer politischen Entscheidung auf höchster Ebene und einer Befassung der Vertrauensleute des Deutschen Bundestages bedürfen wird, ist von uns aus bisher folgendes geschehen:

- Besprechungen auf Abteilungsleiterebene zwischen Auswärtigem Amt (Abt. 5) und dem in der Sache federführenden, die entsprechenden Haushaltsmittel (Kriegsfolgelasten) verwaltenden BMI;
- Besprechung zwischen dem Beauftragten des BMI für die Familienzusammenführung aus Rumänien, Rechtsanwalt Dr. Hüscher, MdB, und mir am 23.11.1982 (mit BMI ist H. in laufendem Kontakt)<sup>20</sup>;

<sup>16</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 22. November 1982 mit: „Das State Department beschäftigt sich derzeit mit der Frage der auf die Einführung einer Erziehungssteuer für Auswanderer aus Rumänien zu treffenden Reaktion. Betroffen sind aus amerikanischer Interessensicht in erster Linie jüdische Auswanderer. Wegen der vermutlich noch größeren Zahl deutschstämmiger Auswanderungsbewerber geht das State Department von einem parallel gelagerten Interesse der Bundesregierung aus. Es ist deshalb daran interessiert, unsere Überlegungen kennenzulernen. [...] In der Sache hält das State Department größte Umsicht für geboten. Es wird für angebracht gehalten, zunächst erste praktische Auswirkungen des Dekrets abzuwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5025; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>17</sup> Am 23. November 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kroneck die Botschaft in Washington über die Position der Bundesregierung zu dem rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 und teilte mit: „Wir sind bereit, die hiesige amerikanische Botschaft auf Anfrage über den Stand unserer Gespräche mit Rumänien zu unterrichten. Eine gemeinsame deutsch-amerikanische Aktion halten wir zur Zeit jedoch nicht für zweckmäßig, da die beiderseitigen ‚Anspruchsgrundlagen‘ gegenüber Rumänien verschieden sind. Ein paralleles Vorgehen erscheint uns hingegen ratsam.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1222; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kroneck wies die Botschaft in Bukarest am 11. November 1982 an: „Wir haben Botschaft Washington über unsere Schritte informiert und bitten, mit US-Botschaft in Bukarest Verbindung zu halten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 403; B 85 (Referat 513), Bd. 1640.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Paragraphen 5 des Konsulargesetzes vom 11. September 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 2318.

<sup>20</sup> Ministerialdirektor Fleischhauer faßte am 24. November 1982 ein Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem CDU-Abgeordneten Hüscher vom Vortag zusammen. Staden habe zum rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 erklärt: „Größtes Problem erschien ihm die richtige Verknüpfung

- Besprechung der Abteilungen 2, 4 und 5 unter meinem Vorsitz am 25.11.1982, insbesondere um festzustellen, ob wir im Wirtschaftsbereich Signale setzen können<sup>21</sup>;
- Besprechung zwischen StS Fröhlich (BMI) und mir am 29.11.1982<sup>22</sup>.

Eine StS-Besprechung zur Vorbereitung eines Ministergesprächs beim Bundeskanzler (Bundeskanzler; AA; BMI; BMF) in dieser Angelegenheit unter Beteiligung des Chefs des Bundeskanzleramts, StS Fröhlich (BMI), StS Obert (BMF) und mir wird vom Chef des Bundeskanzleramts so bald wie möglich einberufen werden.<sup>23</sup>

Dabei soll vor allem erörtert werden, was der Beauftragte des BMI seinem rumänischen Partner bei der nächsten (Routine-)Zusammenkunft am 20./21.12. sagen soll und kann, nicht zuletzt im Hinblick auf eventuelle Verhandlungen über eine Fortsetzung der Absprachen von 1978 über Juni 1983 hinaus.

Es ist vorauszusehen, daß die rumänische Seite ihre Forderungen beträchtlich erhöhen wird.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1697*

dieser Angelegenheit mit dem wirtschaftlichen Bereich. Er wisse nicht, ob wir hier eine ausreichende Manövriermasse hätten. In der Umschuldungsfrage sehe er keine starke Hebelwirkung. Schließlich könnten wir unsere Banken hier nicht alleine lassen. [...] Dr. H[üsch] erklärte auf Befragung, daß er nicht glaube, daß der Bundestag bereit sei, Ausgleichskosten in der jetzt aufgrund des neuen Dekrets von Rumänien verlangten Höhe zu leisten. Er könne sich vorstellen, daß allenfalls ein Betrag in Höhe von 22 000 bis 24 000 DM pro Akademiker akzeptabel sei. Mit Sicherheit sei damit zu rechnen, daß auch im Bundestag in diesem Zusammenhang die Frage der Verknüpfung mit wirtschaftlichen Repressalien hochkommen werde. Er müsse angesichts der krassen Rechtsverletzung durch die rumänische Seite auf der Erörterung möglicher wirtschaftlicher Repressalien insistieren.“ Vgl. VS-Bd. 12380 (513); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>21</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 29. November 1982: „In der Hausbesprechung unter Vorsitz von StS von Staden am 25.11.1982 wurde u. a. erörtert, welche Möglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich bestehen, um den Rumänen zu signalisieren, daß unsere Beziehungen wegen der von ihnen verursachten Schwierigkeiten bei der Familienzusammenführung belastet sind. [...] Eine Verzögerung der Umschuldungsverhandlungen, die am 25. begonnen haben und ohnehin sehr zäh verlaufen, oder die vorläufige Nichtunterzeichnung des Abkommens, sobald es fertig verhandelt ist, kommen nicht in Betracht. Wir sind nach dem multilateralen Umschuldungsprotokoll vom 28.7.82 nicht berechtigt, den Anschluß der bilateralen Umschuldungsvereinbarung von anderen als den im Protokoll niedergelegten Bedingungen [...] abhängig zu machen. [...] Denkbar wäre dagegen, die Wiedereröffnung beschränkter Deckungsmöglichkeiten (Plafonds) für Rumäniengeschäfte zusätzlich von rumänischem Wohlverhalten in der Umsiedlerfrage abhängig zu machen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139574.

<sup>22</sup> Ministerialdirigent Bertele erstellte am 30. November 1982 auf Grundlage der Gespräche des Staatssekretärs von Staden mit Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, und mit dem rumänischen Botschafter Rambu am Vortag einen Sachstand zur Einschränkung der Familienzusammenführung durch Rumänien, nach dem der rumänischen Seite vorgeschlagen werden sollte, „bis zum 30.6.1983, d. h. bis zum Ablauf der gegenwärtig gültigen Ausreisevereinbarungen, die Ausreise volksdeutscher Ausreisewilliger auf der jetzt geltenden Basis zuzulassen, das neue Dekret also nicht anzuwenden.“ Bertele führte weiter aus: „Diesen Vorschlag verbinden wir mit der Erklärung unserer Bereitschaft, in Gespräche über ein Folgevereinbarung für die Zeit nach dem 30.6.1983 einzutreten.“ Um dies zu erreichen, solle die bilaterale Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Familienzusammenführung als vorrangig vor dem Dekret dargestellt werden. Außerdem solle „Zurückhaltung bei der Wiedereröffnung beschränkter Deckungsmöglichkeiten (Plafonds) für Rumäniengeschäfte“ und „gegenüber dem rumänischen Wunsch, das deutsch-rumänische Kooperationsabkommen über den 30.6.1983 hinaus auf weitere zehn Jahre zu verlängern“, geübt werden. Vgl. VS-Bd. 12380 (513); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>23</sup> Am 1. Dezember 1982 fand unter der Leitung des Staatssekretärs Schreckenberger, Bundeskanzleramt, ein Gespräch zwischen den Staatssekretären Fröhlich (Bundesministerium des Innern), Obert (Bundesministerium der Finanzen) und von Staden statt.

Ich werde Sie von dem Ergebnis unterrichten.

Staden

VS-Bd. 12380 (513)

327

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.16/2-2090/82 VS-vertraulich

30. November 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Westliche MBFR-Initiative vom 8. Juli 1982<sup>4</sup>;

hier: Einführung von Annex II und III

I. Die neuen westlichen Verhandlungsschritte

1) Der westliche Entwurf eines umfassenden MBFR-Vertragswerks liegt dem Osten nunmehr vollständig vor. Mit Einbringung der beiden bisher noch ausstehenden Anhänge über

a) Begleitende Maßnahmen – „Annex II“<sup>5</sup>

b) Ausnahmeregelungen für die Überschreitung der vertraglichen Höchststärken und Behandlung von Wehrübenden – „Annex III“<sup>6</sup>

am 18. bzw. 25. November 1982 konnte der Westen seinen von Botschafter Dr. Boss bereits am 8. Juli 1982 eingeführten Hauptvertrag (mit Protokoll und Annex I) um wichtige Regelungsteile ergänzen.

2) Die verspätete Einführung von Annex II und III ist z. T. auf die Schwierigkeit der behandelten Materie, z. T. aber auch auf allianzinterne Meinungsverschiedenheiten über sachfremde Fragen zurückzuführen.

a) Im Hinblick auf Annex II wurde bereits vor Ende der letzten Verhandlungsrunde in Wien am 15. Juli d. J. Übereinstimmung über die zu unterbreitenden begleitenden Maßnahmen erzielt. Dabei wurde der vom Bündnis im Dezember

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Attaché Luy konzipiert.

Hat Holik am 7. Dezember 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann verfügte.

Hat Pöhlmann am 7. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 1. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 5. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 216.

<sup>5</sup> Zu Annex II des Entwurfs für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 244, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zu Annex III des Entwurfs für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 244, Anm. 10.

1979 vorgelegte Paketvorschlag von sieben Maßnahmen<sup>7</sup> im wesentlichen übernommen. Die Beschlußfassung über Annex II wurde aber bis November 1982 blockiert, als Griechenland seine Auseinandersetzung mit der Türkei in die Beratungen trug: Im Gegensatz zu allen anderen europäischen MBFR-Teilnehmerstaaten im Bündnis wollte Griechenland sein Territorium nur in dem Maße der Anwendung begleitender Maßnahmen öffnen, in dem auch das außereuropäische Gebiet der Türkei einbezogen würde. Damit wäre jedoch der bis dahin von allen Bündnispartnern, auch von Griechenland akzeptierte Grundsatz durchbrochen worden, daß bestimmte begleitende Maßnahmen (Vorankündigung militärischer Aktivitäten und Einladung von Beobachtern dazu) auf dem Territorium aller direkten und indirekten MBFR-Teilnehmer in Europa, einschließlich eines wesentlichen Teils des europäischen Territoriums der SU, Anwendung finden sollen.

b) Bei der Gestaltung des Annex III traten Differenzen insbesondere über die kollektive Festlegung des Ausnahmebedarfs und seine Präsentation (mit oder ohne Zahlenangaben) zutage. Weiterhin mußte in Annex III das deutsche Interesse an der Gewährleistung der gegenwärtigen Wehrübungspraxis und ihrer im Verlauf der demographischen Entwicklung möglicherweise notwendigen Ausweitung zu Geltung gebracht werden.

3) Wir haben zur Einigung über die strittigen Fragen in beiden Bereichen wesentliche Beiträge geleistet. Die von uns vertretene Position kommt in den Annexen II und III voll zum Tragen.

a) Griechenlands Zustimmung zu Annex II konnte auf der Grundlage eines von uns ausgearbeiteten Kompromisses nach Einschaltung unserer Botschaften in Athen und Ankara im November 1982<sup>8</sup> gewonnen werden. Unsere vermittel-

<sup>7</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 35, Anm. 10.

<sup>8</sup> Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Ankara am 14. Oktober 1982 zu Griechenlands Vorbehalten gegenüber Annex II des Entwurfs für ein MBFR-Abkommen mit: „Das griechische Anliegen läuft darauf hinaus, das europäische Territorium Griechenlands erst dann und im gleichen Umfang für die Anwendung begleitender Maßnahmen zu öffnen, wie die Türkei hierzu im Hinblick auf ihr außereuropäisches Territorium bereit ist. Diese Haltung ist unvereinbar mit dem bisher von allen Bündnispartnern akzeptierten Grundsatz, daß bestimmte begleitende Maßnahmen auf dem europäischen Territorium aller direkten und indirekten Teilnehmer Anwendung finden sollen, wobei nur für die Sowjetunion Ausnahmen (wesentliche Teile des europäischen Territoriums der SU) ins Auge gefaßt wurden.“ Da man Verzögerungen in den MBFR-Verhandlungen vermeiden wolle, habe man „nach Absprache mit Amerikanern und Briten den Delegationen Griechenlands und der Türkei in Brüssel vorgeschlagen, in Absatz 5 und 6 auf namentliche Erwähnung bestimmter Teilnehmerstaaten zu verzichten“. Während die Griechen auf diesen Vorschlag eingegangen seien, habe ihn die türkische Regierung abgelehnt: „Unsere NATO-Vertretung wird sich [...] im Gespräch mit der türkischen Delegation bemühen, die Türken von der Notwendigkeit einer raschen Lösung auf Grundlage unseres Vorschlags zu überzeugen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5603; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

Gesandter von Hassell, Ankara, berichtete am 20. Oktober 1982 über ein Gespräch mit einem Mitarbeiter im türkischen Außenministerium. Dieser habe eine „Änderung lediglich des Paragraphen 5 in von uns vorgeschlagenem Sinne“ als „erwägenswert“ bezeichnet: „Hiermit würde griechischem Wunsch, eine Option für Ausschluß eines Teils griechischen Territoriums offenzuhalten, entsprochen, ohne daß Türkei auf zu ihren Gunsten in Paragraph 6 gefundene Formulierung verzichten müßte. Eine endgültige Stellungnahme, ob solcher Kompromiß für Türkei tragbar sei, könne er aber erst abgeben, wenn hierzu militärische Führung gehört worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1738; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 3. November 1982 informierte Gesandter Böcker, Brüssel (NATO): „In der Sitzung des SPC-MBFR am 3.11.1982 führten wir unseren, entsprechend den türkischen Vorstellungen modifizier-

de Formulierung zum geographischen Anwendungsbereich, die auch von der Türkei akzeptiert werden konnte, gestattete es, auf eine Festlegung Griechenlands im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen zu verzichten, ohne an der bisherigen Bündnisposition in dieser Frage Abstriche zu machen.

b) Annex III wurde, dem deutschen Petition entsprechend, ohne Zahlenangaben (deren Festsetzung eine Datendiskussion mit dem Osten voraussetzt) in Wien eingeführt. Amerikanische Wünsche nach gesonderten Ausnahmetatbeständen für die USA und die UdSSR konnten auf eine Überschreitungsregelung für Bereitschaftsübungen begrenzt werden.

Schließlich gelang es, gegenwärtige und zukünftige Optionen der Wehrübungspraxis (auf die im westlichen Bündnis insbesondere die Bundeswehr angewiesen ist) im Annex III offenzuhalten.

Auf der Streitkräftedefinition „full time active duty personnel“ in Artikel III Ziffer 5 des Hauptvertrags aufbauend, haben wir durchgesetzt, daß Reservisten der im Raum der Reduzierungen gelegenen Teilnehmerstaaten auch dann nicht auf vereinbarte Höchststärken angerechnet werden, wenn sie für eine noch festzulegende Dauer (z. B. drei Monate) zu Wehrübungen einberufen werden. Im Gegenzug haben wir, um Befürchtungen einer Umgehung des MBFR-Abkommens entgegenzuwirken, eine Regelung ausgearbeitet, die im Hinblick auf die Wehrübungspraxis den Erfordernissen der Stabilität und Transparenz Rechnung trägt.

4) Daß die Einführung der beiden Annexe noch vor der Mitte Dezember anstehenden Verhandlungspause<sup>9</sup> möglich war, ist sowohl verhandlungstaktisch wie auch politisch von Bedeutung. Nachdem der Osten einer abschließenden Stellungnahme zu dem im Juli präsentierten Vertragsentwurf mit dem Hinweis auf noch ausstehende Elemente ausweichen konnte, wird er sich in der Verhandlungspause ernsthaft mit einem Gegenschritt – möglicherweise in Form eines Gegenentwurfs – befassen müssen. Die Einführung der westlichen Initiative in drei Schüben hat mit dazu beigetragen, daß die Auseinandersetzung mit dem Vertragswerk das beherrschende Thema der gegenwärtigen Verhandlungsrunde geworden und der Osten in die Defensive geraten ist. Dabei ist deutlich geworden, daß Fortschritte in den Verhandlungen nur möglich sind, wenn sich beide Seiten auf die Lösung der hinreichend definierten Sachprobleme konzentrieren und in der offenen Kernfrage aufeinander zu bewegen. Dies hat der Westen mit seiner Initiative unbestreitbar getan. Er ist dem Osten in der Verknüpfungsfrage weit entgegengekommen, während der Osten bisher keinerlei Bereitschaft zur Bewegung bei den Daten<sup>10</sup> und den begleitenden Maßnahmen zeigt. Diese für den Westen günstige Verhandlungskonstellation in Wien sollte politisch genutzt werden – auch vor dem Hintergrund des Füh-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1700*

ten Vermittlungsvorschlag zu Annex II Artikel I ein, nachdem uns die griechische Delegation ihr Einverständnis signalisiert hatte. Der Vorschlag wurde allgemein akzeptiert. Nunmehr wird die Zustimmung des Rats im Wege des stillschweigenden Verfahrens bis Montag, 8.11.1982, bei Dienstschluß eingeholt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1974; VS-Bd. 11461 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>9</sup> Die 28. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 23. September bis 16. Dezember 1982 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 357.

Die 29. Runde wurde am 27. Januar 1983 wiederum in Wien eröffnet.

<sup>10</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 151, Anm. 7.

rungswechsels in Moskau<sup>11</sup> sowie des Gesamtzusammenhangs der laufenden Ost-West-Verhandlungen, um den Osten durch zusätzliche Initiativen (vor allem in der Datenfrage) weiter in die Defensive zu drängen.

## II. Erläuterungen zu den vorgesehenen Regelungen

1) Annex II enthält die im Zusammenhang mit den vorgesehenen Reduzierungen und der Einhaltung der zu vereinbarenden Höchststärken notwendigen begleitenden Maßnahmen. Sie ermöglichen die gegenseitige Verifikation vorgenommener Truppenverminderungen und der Einhaltung der vereinbarten Höchststärken. Sie dienen aber auch der Vertrauensbildung und damit der Stabilisierung.

Der Regelungsinhalt des Annex II entspricht im wesentlichen dem Paket begleitender Maßnahmen, das der Westen im Dezember 1979 vorgelegt hatte; das damals vorgeschlagene Paket wurde nun weiterentwickelt, den Regelungen der anderen Vertragsteile angepaßt und in Vertragssprache umgesetzt. Annex II sieht somit vor:

- (1) Vorherige Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen durch alle MBFR-Teilnehmer in Europa und an den Flanken, einschließlich eines wesentlichen Teils sowjetischen Territoriums.
- (2) Austausch von Beobachtern bei angekündigten Divisionsaktivitäten.
- (3) Vorherige Ankündigung von Bewegungen der Landstreitkräfte der direkten MBFR-Teilnehmer in den Raum der Reduzierungen hinein.
- (4) Boden- und/oder Luftinspektionen (jährliche Quote: 18 für jede Seite auf Anforderung).
- (5) Festgelegte Durchlaufpunkte: („Exit-entry-points“) mit ständigen Beobachtern für die Zuführung und Rückführung stationierter Land- und Luftstreitkräfte.
- (6) Austausch von Informationen und militärischen Daten.
- (7) Nichtbeeinträchtigung nationaler Aufklärungsmittel (z. B. Luft- und Satellitenaufklärung, elektronische Aufklärung etc.).

Die begleitenden Maßnahmen 1 und 2 finden auf dem europäischen Gebiet aller direkten und indirekten Teilnehmerstaaten Anwendung; nach einem fortgeltenden Grundsatz soll auch ein wesentlicher Teil des sowjetischen Territoriums in Europa einbezogen werden. Annex II läßt daher in Artikel I – ohne auf das sowjetische Territorium besonders einzugehen – eine nähere Bestimmung des einbezogenen europäischen Landgebietes noch offen. In dieser Formulierung liegt gleichzeitig der von uns eingebrachte Vermittlungsvorschlag, der Griechenland dazu bewegte, dem Annex II zuzustimmen (s. o.).

Der Osten hatte die 1979 im Paket vorgeschlagenen begleitenden Maßnahmen abgelehnt. Sie gingen ihm seinerzeit im Hinblick auf den vom Westen damals noch angestrebten begrenzten Inhalt eines Phase-I-Abkommens zu weit. Nachdem der Westen mit der Aufgabe des Zwei-Phasen-Konzepts und der Vorlage seines integrierten, alle Reduzierungsschritte umfassenden Vertragsentwurfs vom 8. Juli 1982 dem Osten entgegengekommen ist, wird es für ihn schwerer, sich

<sup>11</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

einer substantiellen Diskussion der vorgelegten begleitenden Maßnahmen zu entziehen.

2) Annex III regelt in Artikel I und II die zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses unerläßlichen, zeitlich begrenzten Überschreitungen der kollektiven Höchststärke. Artikel III stellt die derzeitige Ausbildungspraxis für Reservisten der im Raum der Reduzierungen gelegenen Teilnehmerstaaten sicher.

Annex III wurde auf unser Betreiben ohne Zahlenangaben eingeführt. Zum einen enthält der Vertrag selbst kaum und Annex I keine Zahlen, da eine Festlegung in absoluten Zahlen erst im Zuge der Klärung des Datenproblems möglich und sinnvoll erscheint. Zum anderen bewegen sich die gegenwärtigen Zahlenvorstellungen insbesondere der Amerikaner in Größenverhältnissen, die dem Osten einen Vorwand liefern könnten, die Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungswillens propagandistisch in Frage zu stellen. Eine bereits eingeleitete SHAPE-Studie soll zu einer gemeinsamen Bewertung der militärischen Erfordernisse auf realistischer Basis führen.

In Artikel I wird durch die Festsetzung einer Fluktuationsrate den unvermeidlichen Schwankungen der tatsächlichen Personalstärken im Raum der Reduzierungen Rechnung getragen.

Die Regelung des Artikel II ermöglicht die verteidigungspolitisch unverzichtbare Zuführung von Personal, vor allem aus den USA, zu Großübungen in den Raum der Reduzierungen hinein. Sie legt Umfang, Häufigkeit und Dauer des hierfür notwendigen Ausnahmebedarfs fest.

Artikel III erfüllt zwei Funktionen: Zum einen berücksichtigt er die besonderen Belange wehrpflichtabhängiger Streitkräftestrukturen von Teilnehmerstaaten im Raum der Reduzierungen. Die notwendige Ausbildung von Reservisten, vor allem unserer Bundeswehr, muß ungehindert durchgeführt werden können. Mit der Formulierung von Artikel III ist es gelungen dies sicherzustellen: Artikel III beugt Versuchen des Ostens vor, die Streitkräftedefinition des Vertrags (s. o. I 3 b), die Reservisten nicht einschließt, extensiv auf Wehrübende auszudehnen.

Zum anderen verhindert Artikel III eine Umgehung der Höchststärkenregelung durch unbegrenzten Aufwuchs des Wehrübendenanteils. Mit der Festlegung einer absoluten Obergrenze schließt Artikel III eine hier ansetzende sicherheitsgefährdende Umgehung aus.

Eine sich für die Bundeswehr in Zukunft möglicherweise ergebende Notwendigkeit, bei sinkendem Aufkommen an Wehrdienstleistenden verstärkt auf Wehrübende zurückzugreifen, berücksichtigt Artikel III ebenfalls: Jeder Seite steht frei, Streitkräfte im Sinne der Streitkräftedefinition durch Wehrübende bis zur kollektiven Höchstgrenze der Landstreitkräfte (700 000 Mann) zu ersetzen.

Die Vorlage ist mit dem BMVg (FüS III 5) auf Arbeitsebene abgestimmt.

Ruth

**VS-Bd. 11461 (221)**

328

**Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-15939/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5173

**Aufgabe: 1. Dezember 1982, 19.20 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 2. Dezember 1982, 01.49 Uhr**

Betr.: Amerikanische Haltung zum Madrider KSZE-Folgetreffen

Bezug: 1) DE 1231 vom 25.11.82 – 212-341.74/USA VS-NfD<sup>2</sup>

2) Plurez 6588 vom 26.11.82 – 221-341.14 USA-2067/82 VS-v<sup>3</sup>

Auf Weisung

1) In der amerikanischen Haltung zur KSZE fließen verschiedene Interessen und Motive zusammen, die darin resultieren, daß KSZE für die US-Außenpolitik ein Komplex von sekundärer Bedeutung ist. Die USA haben als westliche Vormacht in Europa zwar ein Interesse an der Teilnahme. Ein in der Sache begründetes unmittelbares amerikanisches Eigeninteresse besteht jedoch nur an KSZE als Menschenrechtsforum. Im übrigen wird KSZE aus Rücksicht auf die westeuropäischen Partner eingeschränkt bejaht. Es wäre wahrscheinlich verfehlt, diese Charakterisierung auf die derzeitige Administration zu begrenzen, doch gilt sie für diese in besonderem Maße.

Gegen KAE für sich genommen bestehen keine greifbaren Widerstände, doch wird KAE als Teil der KSZE gesehen und steht als solcher mit unter dem Polen-Vorbehalt.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 6. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze informierte die Botschaft in Washington, bei seinen Gesprächen am 8./9. November 1982 in Bonn habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid ausgeführt, „daß man jetzt keine Abstriche an den vom Westen zum Wiederbeginn am 9.11. eingebrachten Vorschlägen („Paket“) machen dürfe, da dies „große innere Probleme“ in den USA aufwerfen würde“. Weiter legte Joetze dar: „Der Herr Staatssekretär hat eine ausführliche Analyse dieses Komplexes angeordnet, unser Interesse daran ist offenkundig: Wenn das westliche Paket mit einer ‚Take-it-or-leave-it‘-Haltung präsentiert und auch so weiterverfolgt würde, wäre ein ausgewogenes und substantielles Schlusddokument in Madrid kaum erreichbar. [...] Es stellt sich zunächst die Frage, auf welche Gruppierungen Burt damit in der Administration, im Kongreß, im Rahmen der gesellschaftlichen Gruppen, in der Öffentlichkeit abzielt: Etwa die KSZE-Kommission, die die menschenrechtlichen Aspekte im KSZE-Prozeß immer besonders betont? Oder sind damit Tendenzen in den USA gemeint, die einer KAE skeptisch gegenüberstehen? (Wo sind diese zu finden?) Oder ist an konservative Kreise in der Administration selbst gedacht? Was ist die Rolle der menschenrechtsbewußten Emigrantengruppierungen bzw. Abgeordneten und Senatoren, die auf solche Gruppen besondere Rücksicht nehmen müssen?“ Vgl. Referat 212, Bd. 133489.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte der Botschaft in Washington mit, es sollte den Äußerungen des Leiters der amerikanischen Delegation bei den KSZE-Verhandlungen in Madrid, Kampelman, hinsichtlich einer neuen Einschätzung im amerikanischen Verteidigungsministerium, „wonach eine KAE nicht nur aus bündnispolitischen, sondern auch aus militärpolitischen Gründen für die USA von Nutzen sein könne, nachgegangen werden“. In der Bundesrepublik seien „bisher keine Anhaltspunkte für eine gegenüber dem State Department aufgeschlosseneren Haltung des Pentagon zur KAE erkennbar geworden. Manches spricht eher dafür, daß im Pentagon in letzter Zeit die Vereinbarkeit von Verhandlungsergebnissen einer KAE mit den Erfordernissen der RDF-Planung kritischer gesehen wird. In den gegenwärtigen Beratungen über die militärischen Auswirkungen des RDF-Einsatzkonzepts für Südwestasien in den militärischen Gremien des Bündnisses legen die USA größten Wert darauf, daß neue Rüstungskontrollinitiativen mögliche Rückwirkungen auf die RDF-Planung berücksichtigen müßten“. Vgl. VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

2) KSZE fällt in der Sicht der die Außenpolitik der Reagan-Administration bestimmenden Persönlichkeiten unter die nach ihrer Auffassung gescheiterten Entspannungsbemühungen des Westens. Das in Europa durch die Entspannung Erreichte spielt dabei in der Gesamtbewertung des sowjetischen Verhaltens aus der globalen Sicht der amerikanischen Interessen keine wesentliche Rolle. Der Beitrag der Sowjetunion zur Entspannung besteht für den Präsidenten „nur aus Worten“ (Reagan in letzter Fernsehpresskonferenz<sup>4</sup>). Die Bilanz der KSZE wird auch im State Department als ein Musterbeispiel hierfür bezeichnet. Ein leitender Beamter des State Department äußerte uns gegenüber die noch weitergehende persönliche Auffassung, KSZE habe sich geradezu als echter Entspannung abträglich erwiesen. Die Festlegung der SU auf Texte, von denen man von vornherein hätte wissen können, daß die SU sie nicht einhalten würde – und eigentlich nicht einhalten könne, ohne ihr System preiszugeben –, habe zur Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen beigetragen und erschwere damit eine sachliche amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit in wichtigen Bereichen wie der strategischen Rüstungskontrolle. Die Bedeutung von KSZE für die US-Außenpolitik sei bestenfalls marginal, realistisch gesehen eine Abweichung („at best marginal, realistically a divergency“).

3) In der amerikanischen Öffentlichkeit gibt es ein nur auf wenige Gruppen begrenztes Interesse an KSZE (Juden, osteuropäische Minderheiten), das sich auf Menschenrechtsfragen, insbesondere auf die Freiheit der Auswanderung aus der SU, konzentriert. Dies bedingt, daß die Administration für ihre KSZE-Politik im wesentlichen nur diese Kreise zu berücksichtigen braucht. In Verbindung mit einigen konservativen Demokraten wie Kampelman und einigen Kongreßmitgliedern haben diese Gruppen KSZE innenpolitisch monopolisiert. Die auf Betreiben dieser Kreise 1976 geschaffene KSZE-Kommission des Kongresses, zu deren Stab auch Beamte des State Department gehören, ist das Forum dieser partiellen Interessen. Sie übt, nicht zuletzt infolge ihrer personellen Verbindung mit dem State Department, einen erheblichen unmittelbaren Einfluß auf die KSZE-Politik der Administration aus. Ob die Enttäuschung der Erwartungen der interessierten Gruppen und der KSZE-Kommission „große innere Probleme“ (Burt am 8./9.11. in Bonn) schüfe, darf bezweifelt werden. Die Administration würde sich wohl durchsetzen können, wenn sie dies wollte. In ihrer Haltung zur SU sind sich jedoch die genannten Exponenten der Öffentlichkeit und die die Außenpolitik der Administration bestimmenden Persönlichkeiten im wesentlichen einig. Es kann deshalb nicht erwartet werden, daß die Administration einen innenpolitischen Streit aufnimmt, für den sie keinen Anlaß sieht.

Außerhalb des Menschenrechtsbereichs bestehen aus der Sicht der Administration keine wichtigen amerikanischen Interessen an KSZE. Die für die USA vorrangigen Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU, insbesondere die strategischen, bedürfen keiner KSZE. Die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich in dem politischen Rahmen, den ihnen die Administration gibt, ungeachtet der Ver-

<sup>4</sup> Bei einer Pressekonferenz am 11. November 1982 in Washington legte Präsident Reagan zu den Beziehungen der USA zur UdSSR dar: „We are prepared and ready – and they know that – about trying to have a better relation. But it’s going to require some action, not just words. For ten years détente was based on words from them and not any deeds to back those words up.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1452.

schlechterung des Ost-West-Verhältnisses (starke Zunahme der US-Exporte infolge der Getreideausfuhr<sup>5</sup>).

4) Das von den amerikanischen Vertretern ins Feld geführte Problem der politischen Glaubwürdigkeit muß ernst genommen werden. Reagan hat sein Amt mit dem Versprechen angetreten, der SU eine Politik der Stärke entgegenzusetzen. Dies bedeutet u. a., daß auf sowjetisches Fehlverhalten (Polen) in für die SU deutlich fühlbarer Weise zu reagieren ist (Sanktionspolitik). Bei KSZE fällt besonders ins Gewicht, daß hier das Polen-Linkage nach der Aufhebung der Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>6</sup> der letzte Anwendungsfall des „no business as usual“ geblieben ist, von dem die Administration nicht abgehen wird, solange sich die Lage in Polen nicht ändert.

Zur Politik der Stärke gegenüber der SU gehört ferner, daß der SU keine Handhabe für Propagandaerfolge geboten werden darf. Diese Sicht bestimmt die US-Haltung zum Madrider KSZE-Treffen unabhängig von der Entwicklung der Lage in Polen.

5) Da einerseits das amerikanische Eigeninteresse an KSZE schwach ausgeprägt, andererseits die Teilnahme der USA als westliche Vormacht in Europa unvermeidbar ist, geht es für die USA bei ihrer Beteiligung an KSZE wesentlich um eine Übung in Allianzsolidarität, bei der die Interessen der Partner berücksichtigt werden müssen. Die Partnerinteressen sind dabei in den einzelnen Bereichen der Administration in unterschiedlichem Maße präsent, im State Department, das bei KSZE die Federführung hat, wohl am ausgeprägtesten. Nach dem Fiasko um die Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft wird ein offener Dissens mit den Alliierten gescheut. Die Administration will eine erneute Selbstisolierung wie im Falle der Sanktionen vermeiden. Die Erfahrung mit den Sanktionen legt der Administration eine gewisse Flexibilität und Kompromißbereitschaft nahe, die aber erst nach Verbesserung der Lage in Polen zum Zuge kommen dürfte.

6) Gegen ein KAE-Mandat bestehen nach den von uns in dieser Woche im State Department, Pentagon und bei der ACDA geführten Gesprächen bei keiner der beteiligten Stellen militärpolitische Bedenken. Beachtung verdient insbesondere, daß der Deputy Director for International Negotiations bei den Joint Chiefs of Staff, General Brooks, die Haltung der JCS als „very supportive for CDE<sup>7</sup>“ bezeichnete.

Die von Kampelman gegenüber Botschafter Kastl wiedergegebene Äußerung Perles, in der eine Neigung zur Abkoppelung der KAE von KSZE zum Ausdruck zu kommen scheint<sup>8</sup>, konnte noch nicht verifiziert werden, da Perle nicht im Lande ist. Ob es sich um mehr als eine hypothetische Äußerung Perles handelt, bleibt aus hiesiger Sicht zunächst offen. Die Botschaft gewann in ihren bis-

<sup>5</sup> Zu den Getreidelieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 271, Anm. 5.

<sup>6</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15.

Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 317.

<sup>7</sup> Conference on Disarmament in Europe.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, am 11. November 1982 in Madrid; Dok. 300.

herigen Gesprächen über KAE an keiner Stelle den Eindruck, daß eine Abkoppelung als politisch wünschenswert ins Auge gefaßt würde.

Alle Gesprächspartner hoben bisher übereinstimmend hervor, daß, wie bereits früher berichtet, die amerikanische Zustimmung zu einem KAE-Mandat allein von der Entwicklung der Lage in Polen abhängt. Da gegen KAE, anders als zur KSZE, keine in der Sache liegenden Bedenken erhoben werden, kann damit gerechnet werden, daß die amerikanische Haltung zu dem Madrider Folgetreffen – nach entsprechender Entwicklung in Polen – bei KAE am entwicklungsfähigsten ist. Nachdem für geklärt gehalten werden kann, daß gegen KAE keine militärpolitischen Bedenken bestehen, erledigt sich insoweit auch die Frage nach möglichen Widersprüchen zwischen der US-Haltung zu KAE und globalen CBMs<sup>9</sup>. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Administration den globalen CBMs jedenfalls außenpolitischen Vorrang gibt.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11408 (221)

### 329

#### Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15932/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2198

Aufgabe: 1. Dezember 1982, 20.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 1. Dezember 1982, 21.05 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 1.12.1982 in Brüssel<sup>2</sup>;  
hier: Erklärungen der NATO-Oberbefehlshaber

1) SACEUR wies darauf hin, daß sich die Schere zwischen der Rüstungsentwicklung des Warschauer Pakts und der NATO weiterhin öffne. Die sowjetische Bedrohung sei im ablaufenden Jahr erneut gewachsen, da die NATO weniger als die Hälfte dessen an Waffen neu in Dienst gestellt habe, was den östlichen Streitkräften zugeflossen sei. (Konkret wies er darauf hin, daß die Nuklearfähigkeit auch der sowjetischen 155-mm-Artillerie jetzt zweifelsfrei erkannt sei.) Durch günstigere Entwicklungen im Westen (u. a. Spanien-Eintritt<sup>3</sup>, AWACS<sup>4</sup>,

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 22. November 1982; Dok. 320.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 2. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bolewski, Kirstein und Seibert verfügte.  
Hat Seibert am 2. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Bolewski und Kirstein am 3. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel statt.

<sup>3</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>4</sup> In der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Programm zur Einführung eines luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) gebilligt und eine entsprechende multilaterale Grundsatzvereinbarung unter-

Doppelbeschluß, Rapid Reinforcement Plan<sup>5</sup>) sei ACE<sup>6</sup> zwar stärker geworden, aber das konventionelle Kräfteverhältnis zum Osten dennoch gewachsen. Als Folge davon sei die NATO-Verteidigung unter Verlust an Flexibilität und Glaubwürdigkeit zu sehr von ihrer nuklearen Komponente abhängig geworden. Dem gelte es durch Verbesserung der konventionellen Verteidigung (auch bezüglich Command, Control, Communication<sup>7</sup> sowie Second Echelon Interdiction) entgegenzuwirken.

Eine Änderung der bewährten Strategie der flexiblen Antwort<sup>8</sup> stehe nicht zur Debatte. Sie sei heute so richtig wie 1967. Im Gegenteil: Derjenige, der sich einer Stärkung der konventionellen Komponente widersetze, nehme eine De-facto-Änderung dieser Strategie in Kauf.

Es sei auch falsch, ihm – General Rogers – zu unterstellen, er glaube, auf die nukleare Eskalationsoption verzichten zu können. Aber die NATO müsse der Alternative entgehen können, ausschließlich zwischen Rückzug oder nuklearem Ersteinsatz wählen zu müssen. Unterbleibe die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte, komme die SU ihrem Ziel näher, Europa zu dominieren, ohne einen Schuß abfeuern zu müssen. Es gehe nicht darum, im Rüstungssektor mit dem Osten gleichzuziehen oder gar einen konventionellen Krieg wieder führbar zu machen.

Auch der Weg zu Rüstungskontrollvereinbarungen zur Verminderung von nuklearen Gefechtsfeldwaffen führe nur über die vorausgegangene Anhebung der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1707*

zeichnet. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 98–101.

Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 102–105.

Legationsrat I. Klasse Wagner vermerkte am 16. Februar 1982, es würden „zur Verbesserung der NATO-Luftverteidigung in Westeuropa 18 E-3 A-Flugzeuge beschafft, die das NATO-AWACS bilden sollen. [...] Gesamtkosten voraussichtlich rund US-Dollar 2,8 Mrd.; hauptsächlich aufgebracht von USA (42 %), D (31 %), UK (10 %). [...] Generalunternehmer ist Boeing, Hersteller der Boeing 707, in die der wichtigste Unterauftraggeber, Dornier, die Einsatzelektronik einbaut. Das erste vollausgerüstete E-3 A-Flugzeug wurde von Dornier am 22.1.1982 der NATO übergeben.“ Haupt Einsatzort sei Geilenkirchen mit zwölf Flugzeugen, weitere Einsatzorte befänden sich in Griechenland, Italien, Norwegen und der Türkei. Vgl. Referat 209, Bd. 125489.

<sup>5</sup> Das Langfristige Verteidigungsprogramm (LTDP) der NATO vom 31. Mai 1978, das bei der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington verabschiedet wurde, beinhaltete unter anderem einen „Rapid Reinforcement Plan“ (RRP). Danach sollte der NATO-Befehlsbereich Europa „als Ganzes schnell und wirksam“ verstärkt werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 484.

Anlässlich der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel vermerkte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 1. Dezember 1982, Bundesminister Wörner habe am selben Tag ein „Pressehintergrundgespräch“ gegeben. Zum RRP habe Wörner dargelegt, es sei „der Plan SACEURs zur Verstärkung Europas vom DPC angenommen worden. Die Verstärkung Europas mit amerikanischen Divisionen und Luftstreitkräften sei ein wesentlicher Teil der Abschreckung. Für einige Divisionen sei die Ausrüstung bereits eingelagert (dual based), für weitere werde US-Gerät künftig eingelagert. Die europäischen Staaten würden logistische Unterstützung leisten. Auf Befragen wurde bestätigt, daß einige dieser Verstärkungsverbände auch für R[apid]D[eployment]J[oint]T[ask]F[orce] vorgesehen seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2208; Referat 201, Bd. 125669.

Vgl. dazu ferner die Punkte 4 und 5 des Kommuniqués der DPC-Ministersitzung; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 59. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 83.

<sup>6</sup> Allied Command Europe.

<sup>7</sup> Zum Ausbau des Bereichs „Command, Control, Communications“ (C3) der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 261, Anm. 15.

<sup>8</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

nuklearen Schwelle. Insgesamt genüge es, die vereinbarten Streitkräfteziele tatsächlich zu erfüllen. Unmögliches verlange er, Rogers, also nicht. (SACEUR erneuerte seine Forderung nach vierprozentiger realer Steigerungen der Verteidigungsausgaben<sup>9</sup> nicht.)

2) SACLANT führte aus, die SU habe 1982 im Kriegsschiffbau<sup>10</sup> ihren eigenen Rekord gebrochen, während die Zuläufe von Marineeinheiten in der NATO hinter die Streitkräfteziele zurückfielen. Es sei jetzt klar, daß die SU vor Ende der Dekade mehrere nuklearangetriebene Flugzeugträger besitzen werde. Die Mittel, welche er – Admiral McDonald – zur Sicherung der atlantischen Verbindungen besitze, reichten aber schon jetzt dafür kaum noch aus.

Positiv vermerkte er die Adaptierung von AWACS für Zwecke der Verteidigung zur See und das Projekt einer standardisierten NATO-Fregatte.

3) CINCHAN gab bekannt, daß er – Admiral Staveley – wie sein Vorgänger<sup>11</sup> der Verbesserung von ASW<sup>12</sup> und Minenkriegsführung Priorität zuerkenne. In soweit seien die Streitkräfteziele, insbesondere die Munitionsbevorratung, zu niedrig angesetzt. Durch bessere Ausbildung könne vieles zur Verbesserung des Bereitschaftsstandes und damit auch der Überlebensfähigkeit seiner Streitkräfte erreicht werden.

4) Aussprache fand nicht statt.

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 12017 (201)**

<sup>9</sup> Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, vgl. Dok. 289, Anm. 3.

<sup>10</sup> Zur sowjetischen Rüstungspolitik im Bereich der Seestreitkräfte vgl. Dok. 204, Anm. 13.

<sup>11</sup> John Fieldhouse.

<sup>12</sup> Anti-Submarine Warfare.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 SAR VS-NfD

6. Dezember 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Rüstungsexport nach Saudi-Arabien;

hier: vier bis zehn Patrouillenboote

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu IV. 1) und Entscheidung zu IV. 2)

### I. Sachlage

Seit Anfang 1982 haben die vier Werften Harmstorf Werften, Hamburg, Bayerische Schiffsbau GmbH, Erlenbach am Main, Lürssen-Werft, Bremen, und Abe-king & Rasmussen, Lemwerder, angefragt, ob mit der Erteilung einer Herstellungs- und Ausfuhrgenehmigung für vier bis zehn Patrouillenboote (Wert ca. DM 30 Mio. pro Boot) nach Saudi-Arabien gerechnet werden könne. Alle Voranfragen beziehen sich auf Ausschreibungen der Saudi Frontier Forces, die dem Innenministerium unterstehen. Die Boote unterliegen wegen der Bewaffnung (zwei Zwillingsgeschütze, 30 bzw. 33 mm) und der entsprechenden Schiffsverstärkung der Ausfuhrgenehmigungspflicht nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG<sup>4</sup>. BMWi und BMVg haben ihre Haltung zu dem Exportvorhaben noch nicht festgelegt.

Es ist vorgesehen, den BSR auf seiner nächsten Sitzung (21. Dezember 1982) mit dem Vorhaben zu befassen. Für die BSR-Vorlage ist das Auswärtige Amt zuständig.

### II. Bewertungsgrundlagen

1) Nach dem KWKG besteht kein Anspruch auf Erteilung der erforderlichen Genehmigungen.

2) Die neuen rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 28.4.1982<sup>5</sup> sehen die Lieferung von Kriegswaffen in andere als NATO- und NATO-gleichgestellte Staaten nur in eng umrissenen Ausnahmefällen vor. Danach wird der Export von Kriegswaffen nur genehmigt, wenn „vitale Interessen

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Vortragendem Legationsrat Schöning konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 014 und 422 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 13. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat] 422 wurde f[ern]m[ün]dlich] vorab unterrichtet.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meinen beiliegenden Vermerk.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Lautenschlager am 14. Dezember 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer und Ministerialdirigent Loeck „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung] (BSR)“ verfügte. Hat Fischer und Loeck am 14. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

<sup>5</sup> Zur Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport vgl. Dok. 126.

der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“ (Ziffer 9 REP-Grundsätze<sup>6</sup>).

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lieferung von Kriegswaffen „nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen darf. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheidet deshalb grundsätzlich aus. Es muß hinreichende Sicherheit bestehen, daß die Kriegswaffen nur zur Verteidigung des Empfängerlandes oder der betreffenden Region bestimmt sind“ (Ziffer 13 REP-Grundsätze).

### III. Bewertung

1a) Für die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung spricht: Saudi-Arabien ist für uns wirtschaftlich und politisch ein höchst wichtiges Land; es ist unser größter Rohöllieferant und gleichzeitig einer unserer größten Exportmärkte in der arabischen Welt. Durch seine gemäßigte Ölpreis-Politik und sein finanzielles Engagement zugunsten des Weltwährungssystems hat es in den letzten Jahren erheblich zur Stützung der freien Weltwirtschaft beigetragen. Saudi-Arabien ist durch seine zunehmend aktive Politik in der Region – insbesondere durch Gründung des Golfkooperationsrates im Mai 1981<sup>7</sup> – zu einem wichtigen stabilisierenden Faktor im Gebiet des persisch-arabischen Golfs geworden.

Die politischen Beziehungen Saudi-Arabiens zur Bundesrepublik Deutschland sind ausgesprochen freundlich. Wir haben ein herausragendes politisches Interesse an der Fortsetzung der gemäßigten Politik Saudi-Arabiens und der freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Land.

Saudi-Arabien wünscht Patrouillenboote zur Sicherung seiner Küsten gegen Schmuggel und Infiltration. Dies ist ein Anliegen primär der inneren Sicherheit. 1967 wurden bereits drei Patrouillenboote (KWKG-pflichtig) und seit 1976 nicht genehmigungspflichtige Küstenwachboote an Saudi-Arabien geliefert. Bei der Genehmigung der drei Patrouillenboote für Saudi-Arabien im Jahre 1967 war davon ausgegangen worden, daß diese Boote im Persischen Golf und nicht im Roten Meer eingesetzt würden. Ferner wurden 1976 sechs Patrouillenboote

<sup>6</sup> Rüstungsexportpolitik-Grundsätze.

<sup>7</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 26. Februar 1981 wurde festgehalten: „Am 4.2.81 gründeten die AM der VAE, Bahains, Saudi-Arabiens, Omans, Katars und Kuwaits einen ‚Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten‘. Der Rat soll folgende Organe haben: Rat der Staatschefs: Er trifft sich zweimal im Jahr; ihm ist eine Schiedskommission angegliedert. Ministerrat (Außenminister): Er soll sich alle zwei Monate treffen. Ein Sekretariat; Sitz ist Riad. [...] Es handelt sich hier wahrscheinlich um mehr als nur die Festschreibung der bereits in den letzten Jahren enger gewordenen Zusammenarbeit der Öl-Monarchien am Golf. Die Einrichtung eines Sekretariats und die geplante Dichte der Treffen sprechen für den Willen, die Zusammenarbeit stärker zu strukturieren und zu vertiefen. Im Vordergrund dürften die Abstimmung der Außenpolitik sowohl gegenüber den Großmächten wie auch gegenüber nicht-arabischen Nachbarn sowie eine langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit stehen. Auch mit der Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Planung und Ausrüstung ist zu rechnen.“ Der Kooperationsrat werde „in einem Augenblick gegründet, in dem die arabischen Öl-Monarchien durch drei Gefahren beunruhigt werden: Übergreifen der sozial-religiösen Revolution im Iran; Ausweitung des iranisch-irakischen Konflikts; Einbeziehung in die Ost-West-Spannungen durch das Eindringen der Großmächte in die Golfregion.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135644.

für die VAE<sup>8</sup> sowie vier für Bahrain und 1980 acht Boote für Kuwait genehmigt (jeweils KWKG-pflichtig).

b) Eine Ablehnung der beantragten Lieferungen würde uns in Saudi-Arabien und auf der gesamten Halbinsel schweren politischen und wirtschaftlichen Schaden zufügen. Nach allem Anschein hat Saudi-Arabien unsere negative Entscheidung der Frage des Panzer-Exports<sup>9</sup> gerade noch hingenommen, aber bei verschiedenen Gelegenheiten von hoher Seite (Kronprinz<sup>10</sup>, Außenminister<sup>11</sup>) deutliche Zeichen des Unmuts gegeben.

Mit einer negativen Antwort würde die Bundesregierung hinter ihre bisherige Praxis zurückgehen. Gerade dies aber würde Saudi-Arabien uns kaum verzeihen. Ein solches Verhalten würde als Aufkündigung unserer Freundschaft empfunden. Einschneidende und empfindliche Reaktionen wären mit Sicherheit zu erwarten. Unsere Exportwirtschaft würde schwer getroffen, unsere politische Stellung im gemäßigten arabischen Lager unterminiert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß selbst das vom BM geplante Treffen mit AM Prinz Saud<sup>12</sup> gefährdet würde.

2) Gegen die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung spricht, daß Saudi-Arabien, obwohl es kein kriegführendes Land ist, in einem Krisengebiet liegt.

Die Lieferung wird voraussichtlich in Israel auf Kritik stoßen und somit unser Verhältnis zu Israel belasten. Dies gilt um so mehr, als der Einsatz der Boote im Roten Meer – und damit im Golf von Akaba unmittelbar vor dem israelischen Hafen Eilat – nicht auszuschließen sein wird. Die israelische Regierung und Öffentlichkeit werden darin eine Bedrohung sehen, die – da von der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten – im Hinblick auf den bevorstehenden BK-Besuch<sup>13</sup> unsere bilateralen Beziehungen belasten kann. Ein Wiederaufleben der Diskussion, die seinerzeit um die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien stattfand, wäre sowohl in Israel als auch in Deutschland zu erwarten. Bei der Erörterung der neuen rüstungspolitischen Grundsätze wurde am 3. März 1982 im BSR festgehalten, daß bei Abwägung unserer Gesamtinteressen auch die geschichtliche Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk zu berücksichtigen ist.

3) Die unter III. 2) genannten Ablehnungsgründe:

– mögliche israelische Kritik an einer Lieferung in Verbindung mit BK-Besuch,

<sup>8</sup> Zur Lieferung von Schnellbooten in die Vereinigten Arabischen Emirate vgl. AAPD 1976, II, Dok. 317.

<sup>9</sup> Zur Frage des Exports von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 154.

<sup>10</sup> Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud, seit 13. Juni 1982 Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>11</sup> Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>12</sup> Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 19. November 1982 für Bundesminister Genscher: „Sie haben Weisung gegeben, einen Besuch in Saudi-Arabien nunmehr für Anfang 1983, möglichst Ende Januar, vorzusehen. [...] Bei den Gesprächen, die Botschafter von Stein mit dem saudischen Außenministerium geführt hatte, wurde deutlich, daß Außenminister Saud als Alternative zu unserem Vorschlag (Mitte Dezember) Ende Januar nannte; nur für den Fall, daß Sie wegen der Bundestagswahlen nicht vor März 1983 reisen wollten, dachte er an einen späteren Termin.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137832.

<sup>13</sup> Der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Israel wurde verschoben und fand schließlich vom 24. bis 29. Januar 1984 statt. Zur Verschiebung des Besuchs vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 30. August 1983; AAPD 1983.

– mögliches Wiederaufleben der Diskussion analog der Debatte um Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien,

halten nach Ansicht der Abteilung 3 einer Überprüfung nicht stand:

Kritik Israels hätten wir nur zu fürchten, wenn sie berechtigt wäre. Da die Boote als Angriffswaffe kaum geeignet sind, kann Israel sich durch sie auch nicht bedroht fühlen. Im übrigen könnten wir auf frühere Lieferungen hinweisen.

Aus dem gleichen Grund geht auch die Parallele zur Panzerdiskussion fehl:

Panzer können – je nach strategischem Konzept – als Angriffs- oder Verteidigungswaffe eingesetzt werden. Da dies für die Patrouillenboote nicht zutrifft, könnte auch einer innenpolitischen Diskussion mit Gelassenheit begegnet werden. Panzerlieferungen wären etwas qualitativ Neues; Patrouillenboote haben wir schon früher geliefert.

4) Nach Auffassung von Abteilung 4 sprechen zwar sehr gewichtige Gründe für eine Zustimmung zur Ausfuhr der Patrouillenboote, jedoch können die Interessen, die für die Genehmigung sprechen, nicht als „vitale Interessen“ im Sinne der Grundsätze bewertet werden. Bei Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien muß im übrigen die Auswirkung auf das hochempfindliche deutsch-israelische Verhältnis beachtet werden.

Abteilung 3 sieht dagegen „vitale Interessen“ der Bundesrepublik Deutschland vorliegen, die für die „ausnahmsweise Genehmigung“ sprechen.

#### IV. Vorschlag

1) Die Voranfragen werden dem BSR (21.12.1982) zur Entscheidung vorgelegt.

2) Abteilung 3 schlägt vor, in der Vorlage für Zustimmung zur Lieferung zu votieren.

Abteilung 4 schlägt vor, in der Vorlage für Ablehnung der Lieferung zu votieren.

D3<sup>14</sup> hat mitgezeichnet.<sup>15</sup>

Per Fischer

**VS-Bd. 10407 (422)**

<sup>14</sup> Walter Gorenflos.

<sup>15</sup> Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am 10. Dezember 1982: „Die Argumente der Abteilung 3, im vorliegenden Fall ein ‚vitales‘ Interesse (im Sinne der Richtlinien) als gegeben anzusehen, sind m. E. überzeugend; auch auf der Grundlage der Richtlinien ist ein positives Votum daher zu rechtfertigen; im Verhältnis zu Israel ist es vertretbar (keine Angriffswaffen); im Verhältnis zu Saudi-Arabien ist es vor allem im Lichte der Vorgeschichte (insbesondere frühere Genehmigungen für Exporte in diesen Raum) politisch geboten“. Lautenschlager empfahl, „den BSR am 21.12. mit positivem Votum zu befassen (und ggf. israelische und andere Kritiken in Kauf zu nehmen)“. Zu der Empfehlung Lautenschlagers notierte Bundesminister Genscher am 12. Dezember 1982 handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. VS-Bd. 10407 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

## 331

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Staatspräsident Mitterrand in Paris**

105-106.A/82

7. Dezember 1982<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 7.12.1982 um 8.30 Uhr im Elysée-Palast in Paris<sup>2</sup>;  
hier: Dolmetschervermerk

Nach einem Meinungsaustausch über die europäische Parteienlandschaft und über die teilweise verzerrte Darstellung der Frühstücksverabredungen zwischen dem Herrn BK und Präsident Mitterrand (4.<sup>3</sup> und 7.12.82) brachte der Herr *Bundeskanzler* das Gespräch auf die in Kopenhagen<sup>4</sup> vereinbarten Kontakte zwischen beiderseitigen Mitarbeitern zur Erörterung der zwischen Frankreich und der Bundesrepublik anstehenden wirtschaftspolitischen Fragen:

Der Bundeskanzler schlug vor, „enge Mitarbeiter der beiden Seiten“ – was die deutsche Seite betreffe, nicht aus Ministerien, sondern aus dem Bundeskanzleramt – sollten die erwähnten Fragen untersuchen. Nachdem Präsident *Mitterrand* auf den – anwesenden – Generalsekretär des Elysée, Bianco, der im übrigen fließend deutsch spreche, und dessen Stellvertreter – einen Wirtschaftsfachmann – verwiesen hatte, bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er selbst werde mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Prof. Schreckenberger, sprechen. Möglicherweise werde nicht dieser, aber ein von ihm benannter Wirtschaftsexperte das Gespräch von deutscher Seite führen. Man könnte an die Teilnahme je eines weiteren Mitarbeiters denken. Diese Gespräche sollten „leger und diskret“ und möglichst bald in Paris oder Bonn geführt werden. Ein genauer Termin für den Beginn, möglichst im Januar, sei noch festzulegen. Dies bedeute nicht, daß die Gespräche bereits im Januar zum Abschluß gebracht werden müßten. Was ihn aber veranlasse, einen frühzeitigen Termin vorzuschlagen, sei die Tatsache, daß am Vortage in Bonn eine Anfrage eingegangen sei, wonach der neue japanische Premierminister<sup>5</sup> zu einem Besuch in die Bundesrepublik kommen möchte. Er – der Herr Bundeskanzler – werde vor der Festlegung dieses Termins mit Mitterrand telefonieren.

Auf die Frage *Mitterrands*, wann mit dem japanischen Besuch zu rechnen sei, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, der Termin sei noch offen: Man wisse auch

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 16. Dezember 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 7. Dezember 1982 anlässlich des IV. Kongresses der EVP, der vom 6. bis 8. Dezember 1982 in Paris stattfand, in Frankreich auf.

<sup>3</sup> Zum Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 316, Anm. 17.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>5</sup> Yasuhiro Nakasone.

nicht, ob er vor oder nach dem deutsch-französischen Gipfel<sup>6</sup> stattfinden werde. Mit den Japanern müsse man sprechen, um so mehr als im amerikanischen Kongreß eine zunehmend fremdenfeindliche Haltung gegenüber den Japanern zu verzeichnen sei.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs folgten eine Bewertung des Gipfels von Kopenhagen und ein Meinungsaustausch über einzelne Teilnehmer.

Was den nächsten – unter deutscher Präsidentschaft<sup>7</sup> zu veranstaltenden – Europäischen Rat<sup>8</sup> betrifft, schlug der Herr Bundeskanzler vor, daß er – ähnlich wie der Kopenhagener Gipfel – in „einfachem und bescheidenem“ Rahmen stattfinden sollte. Er (BK) sei für einen eher abgelegenen Tagungsort außerhalb von Bonn. *Mitterrand* stimmte dem zu.

Nach einer kurzen Erörterung der Lage in Polen (Brief Jaruzelskis an Mitterrand, Rolle von Primas Glemp), des griechisch-türkischen Konflikts<sup>9</sup>, der Probleme mit Gastarbeitern in der Bundesrepublik usw. brachte Präsident Mitterrand das Gespräch auf den Beitritt Spaniens<sup>10</sup> und Portugals in die EG<sup>11</sup> und führte dazu aus, bevor Frankreich zu einem Beitritt Spaniens die Zustimmung geben könne – mit Portugal bestünden keine Probleme –, müsse für die folgenden Bereiche eine Regelung gefunden werden: Wein – Obst und Gemüse (einschließlich

<sup>6</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 16./17. Mai 1983 in Paris statt. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson am 16. Mai 1983 in Paris und die Drahtberichte Nr. 1000–1003 des Botschafters Herbst, Paris, vom 18. Mai 1983; AAPD 1983.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>8</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 21./22. März 1983 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Rundverlaß Nr. 36 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. März 1983; AAPD 1983.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Verletzungen des griechischen Luftraums durch die Türkei; Dok. 325, Anm. 19.

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 226, Anm. 32.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), unterrichtete am 13. Dezember 1982: „Am 13.12.82 fand in Brüssel im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit SPA 13. Konferenz auf Ministerienebene statt. Einziger TOP war politische Erklärung des neuen span[ischen] Außenministers Morán [...]. Erklärung enthält deutliche Sprache, wie sie in den Beitrittsverhandlungen bisher wohl noch von keiner span. Regierung geführt worden ist. SPA drückt Enttäuschung über bisher schleppende Verhandlungen aus und verlangt deren raschen Abschluß. [...] Bisher in Beitrittsverhandlungen erreichte Fortschritte seien bescheiden und stünden im umgekehrten Verhältnis zu feierlichen Erklärungen der Gem[einschaft]. Angesichts dieses Mißverhältnisses sei span. Regierung gewillt, den wirklichen Willen der Gem., SPA in die Gem. aufzunehmen, auf die Probe zu stellen. Als zeitlichen Rahmen für Realisierung des Beitritts stelle SPA sich laufende Legislaturperiode des neugewählten Parlaments vor. Zu diesem Zweck schlage SPA Aufstellung eines präzisen Verhandlungskalenders vor, der beiden Seiten die notwendigen Anpassungen erlaube“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4554; Referat 410, Bd. 130428.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 233, Anm. 23.

Referat 410 vermerkte am 28. Dezember 1982: „Wir werden ab der ersten Gruppensitzung (10.1.1983) versuchen, die bereits weitgehend erarbeitete umfangreiche Landwirtschaftserklärung unter vorläufiger Ausklammerung der sensiblen Sektoren und der von F vorgeschlagenen Etappenlösung zu deblockieren. Es handelt sich dabei um die Forderung, für landwirtschaftliche Produkte, bei denen Portugal angeblich besondere Strukturschwächen aufweist (genannt wurden bisher vor allem Obst und Gemüse, u. U. aber auch Wein), eine von den bisherigen ‚klassischen‘ Übergangsregelungen abweichende Etappenlösung vorzusehen. In der ersten, fünf- bis sechsjährigen Etappe nach Beitritt soll praktisch ein Drittlandsregime herrschen, während erst in der zweiten, durch Ratsbeschuß beginnenden Etappe stufenweise Übergangsregelungen Anwendung finden würden. [...] Wir halten aber eine solche Regelung im Grundsatz für Portugal nicht für erforderlich, weil wir glauben, daß Lösungen für die anstehenden Schwierigkeiten auch aufbauend auf die überkommenen Übergangsregelungen gefunden werden können, die ja durchaus sektorspezifische Maßnahmen beinhalten können. F will mit diesem Vorschlag offensichtlich einen Präzedenzfall für Spanien schaffen, um dort ggf. noch höhere Bedingungen durchzusetzen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130298.

der Oliven) – Fischerei im Mittelmeer. (Die französischen Fischer besäßen aufgrund einer aus dem Mittelalter stammenden Charta besondere Fischereirechte, die von anderen Anrainerstaaten nicht beachtet würden.)

Im übrigen habe sein Vorgänger Giscard d'Estaing einen Zehn-Punkte-Katalog von Forderungen aufgestellt, während er – Mitterrand – sich auf nur drei Bereiche beschränke.

Das Gespräch, bei dem Staatsminister Jenninger und Generalsekretär Bianco anwesend waren, dauerte 50 Minuten.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63**

### 332

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

204-321.11 USA-845/82 VS-vertraulich

7. Dezember 1982<sup>1</sup>

Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in Bonn<sup>2</sup>;  
hier: Niederschrift über Gespräch des Bundesministers beim Mittagessen und danach (13.45 bis 15.30 Uhr) – politischer Teil

*Bundesminister* äußert sich befriedigt über den Bundeskanzler-Besuch in Washington.<sup>3</sup> Außerordentlich positives Echo in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den amerikanischen Medien. Diese Linie soll mit dem Besuch des amerikanischen Außenministers fortgesetzt werden. Ebenso muß die NATO-Außenminister-Sitzung<sup>4</sup> zu einem Erfolg auch der Öffentlichkeitsarbeit werden. Dadurch fördern wir die gemeinsamen Interessen.

Die Auswirkungen des Führungswechsels in Moskau<sup>5</sup> werden am 8./9.12.1982 ein Schwerpunkt-Thema sein. Beim Besuch des Bundeskanzlers in Washington ist das richtige Signal gesetzt worden. Der Europäische Rat in Kopenhagen<sup>6</sup> hat dies unterstrichen. Wir sprechen von der Politik der ausgestreckten Hand. Die breit angelegten Verhandlungsinitiativen des Westens (INF und START, MBFR und KSZE/KAE), ergänzt durch Reagans jüngsten Vorschlag über ver-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 7. Dezember 1982 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher weitergeleitet.

Hat Staden am 8. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12936 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 333 und Dok. 334.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>5</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

trauensbildende Maßnahmen im Bereich der nuklear-strategischen Waffen<sup>7</sup>, sind außerordentlich wertvoll, auch in ihrer überzeugenden Wirkung auf unsere Öffentlichkeit. Wir werden in Verhandlungen um so erfolgreicher sein, je entschlossener wir im Verteidigungsbereich sind. Die Bundesregierung wird, wie Sie aus Bundeskanzler-Gesprächen in Washington wissen, ihre Verpflichtungen erfüllen. Das gilt auch für den zweiten Teil des Doppelbeschlusses.

Im Bündnis haben wir leider einige gemeinsame Sorgenkinder. Zunächst zur Türkei. Nach meinem Besuch in Ankara<sup>8</sup> habe ich Türkei-Bericht<sup>9</sup> vorgelegt und vorgeschlagen, die Sperre der Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe aufzuheben. Morgen werden die zuständigen Ausschüsse aufgrund der Mehrheit der Regierungsparteien hoffentlich so entscheiden.<sup>10</sup>

Außenminister *Shultz* wirft ein: Das ist eine sehr willkommene Entwicklung.

*Bundesminister*: Wir wären dankbar, wenn die USA in ihren Gesprächen auf die Türkei einwirkten, damit der Demokratisierungsprozeß gemäß dem vorgesehenen Zeitplan fortgesetzt wird und die Wahlen im Oktober 1983 stattfinden.<sup>11</sup> Wenn der Wahltermin herausgeschoben würde, könnte es schwierig werden, Ende 1983 im Bundestag eine Mehrheit für die Türkei-Hilfe zu finden.

*Shultz* erklärt sich im weiteren Verlauf dieses Gesprächs außerordentlich einverstanden mit diesem Vorschlag.

*Bundesminister*: Schwierigkeiten gibt es auch mit Griechenland. Das zeigt sich in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft. In Brüssel machen die Griechen Schwierigkeiten beim Kommuniké.<sup>12</sup> Ich habe Weisung gegeben, in

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 22. November 1982; Dok. 320.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. November 1982 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 314 und Dok. 315.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213.

<sup>10</sup> Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 314, Anm. 21. Referat 203 vermerkte am 9. Dezember 1982, der Auswärtige Ausschuß und der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestags hätten am 8. Dezember 1982 „aufgrund Türkei-Berichts der Bundesregierung einer Fortsetzung der Türkei-Hilfe zugestimmt“. Vgl. Referat 209, Bd. 125516. Der Haushaltsausschuß des Bundestags stimmte am 9. Dezember 1982 „dem Abschluß neuer Abkommen im Rahmen der bilateralen NATO-Verteidigungshilfe mit der Türkei und Griechenland“ zu. Vgl. das Kurzprotokoll der Sitzung; Referat 209, Bd. 125516.

Gesandter von Hassell, Ankara, informierte am 13. Dezember 1982: „Habe Staatssekretär T[ürkisches]A[ußen]M[inisterium], Yavuzalp, 13.12.1982 unter Übergabe Verbalnote formelle Zusage Bundesregierung zur Gewährung von Hilfen im Rahmen OECD-Sonderhilfsaktion 1982 in Höhe von insgesamt 413,4 Mio. DM übermittelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2097; Referat 209, Bd. 125516. Hassell berichtete am 14. Dezember 1982 ergänzend, mit Dank könne nicht gerechnet werden. Dafür sei die „türkische Anspruchshaltung“ maßgeblich, „die unsere Hilfsleistungen als quasi selbstverständliche Eingangszahlungen verbucht. Höchstens wird – wie jedes Jahr – mit hochgezogenen Brauen gefragt, wieso die Beträge nicht höher oder wenigstens genauso hoch wie im Vorjahr liegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2107; Referat 209, Bd. 125516.

<sup>11</sup> In der Türkei fanden am 4. November 1983 Parlamentswahlen statt.

<sup>12</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Dezember 1982: „Der Entwurf eines Kommunikés für die Herbsttagung der NATO-Außenminister wurde in der Ratssitzung am 6.12. behandelt. [...] Die Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bestehen weiter: F, DK und GR wollen diese Fragen möglichst überhaupt nicht ansprechen. Die Mehrheit tritt zwar für eine Behandlung dieser Probleme ein, ist sich jedoch über die Formulierung weiterhin nicht einig. Es erscheint möglich, daß über diesen Punkt die Minister selbst entscheiden müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2249; VS-Bd. 12004 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

den wichtigen Fragen hart zu bleiben und lieber griechische Fußnoten in Kauf zu nehmen. Klare Positionen dürfen durch kleinere Partner des Bündnisses nicht aufgeweicht werden. Die kleinsten Schiffe dürfen nicht die Richtung des Konvois bestimmen.

*Shultz* stimmt mit Nachdruck zu und fügt hinzu, daß man jedoch vermeiden solle, die Griechen zu „antagonisieren“.

*Bundesminister* nimmt diesen Gedanken auf und bemerkt, daß wir gerade in der Europäischen Gemeinschaft viel getan hätten, um den Griechen zu helfen.

Mit Spanien müssen wir behutsam umgehen. Der neue Ministerpräsident<sup>13</sup> war persönlich immer für den Beitritt Spaniens in die NATO<sup>14</sup>. Er hat mir das in mehreren Gesprächen erklärt, aber die Mehrheit seiner Partei ist nicht dieser Meinung. Wir dürfen die Position des Ministerpräsidenten nicht erschweren. Wir versuchen, den Beitritt Spaniens in die EG<sup>15</sup> zu fördern. Es ist gefährlich, wenn die spanische Öffentlichkeit glaubt, wir wollen ihre Söhne, aber nicht ihre Agrarprodukte. Auch hier ist es nützlich, wenn die USA sich für den Beitritt Spaniens in die EG aussprechen.

Es ist offen, wie sich die Spanier in der Kommuniké-Verhandlung verhalten werden.<sup>16</sup> Vielleicht ist es die beste Lösung, wenn sich der Vorgang wie beim DPC-Kommuniké<sup>17</sup> wiederholt. Die Spanier könnten erklären, daß die Regierung noch keine Zeit gehabt habe, einzelne Fragen durchzuprüfen. Die übrigen könnten es bei einer solchen internen Erklärung belassen. Dadurch findet keine endgültige negative Festlegung statt.<sup>18</sup>

*Shultz* stimmt zu. Er knüpft sodann an die Lateinamerika-Reise des Präsidenten<sup>19</sup> an: Es wird viel von der Notwendigkeit demokratischer Staatsformen und

<sup>13</sup> Nach den Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

<sup>14</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>15</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 331, Anm. 10.

<sup>16</sup> Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 6. Dezember 1982, er habe am selben Tag ein Gespräch mit dem spanischen Außenminister Morán López geführt. Dieser habe sich zu dem auf der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel zu verabschiedenden Kommuniké wie folgt geäußert: „Was das NATO-Kommuniké vom 10.12. angehe, so werde das spanische Kabinett ihn, so hoffe er, mit Weisungen versehen, die Beweglichkeit ermöglichen. Eine Mitunterzeichnung des gesamten Kommunikés werde indes nicht möglich sein. So könne Spanien beispielsweise nicht die dänischen Vorstellungen über den Resolutionsentwurf der Neutralen auf der KSZE mittragen; noch werde es den Passus über Mittelstreckenwaffen mittragen. An der Entstehung dieser Entscheidung sei Spanien nicht beteiligt gewesen. Deshalb sei es am besten, wenn Spanien diesmal das Kommuniké nicht mitzeichnet. Hingegen werde er in der Sitzung zu Protokoll geben, daß Spanien die übrigen Prinzipien des Kommunikés mitunterstütze und sich als treuer Partner des Bündnisses empfinde. [...] Die spanische Haltung zu dem Dezember-Kommuniké präjudiziere nicht die künftige Einstellung der Regierung González zu späteren Kommunikés.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 974; VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 58–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 82–85. Zur DPC-Ministersitzung vgl. Dok. 329.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés, das bei der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

<sup>19</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 30. November bis 3. Dezember 1982 in Brasilien auf, am 3. Dezember in Kolumbien, am 3./4. Dezember in Costa Rica und am 4. Dezember 1982 in Honduras.

der Beachtung der Menschenrechte gesprochen. Es wird oft übersehen, daß in der Hemisphäre die meisten Staaten demokratische Staatsformen haben. Es ist also nicht eine Zukunftsvision, sondern schon ein Charakteristikum der Gegenwart. Das große Problem sind die destabilisierenden Einflüsse von außen. Kuba pumpt enorme Waffenmengen nach Zentralamerika. Die USA wollen den demokratischen Ländern helfen, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Verteidigung wie auf dem Gebiet der Wirtschaft. Das letztere ist sehr schwierig und reicht nicht aus, solange diese destabilisierenden Einflüsse von außen anhalten. Die Sicherheitsaspekte stehen deshalb ziemlich im Vordergrund. Die San-José-Gruppe der demokratischen Staaten<sup>20</sup> sieht sich nach europäischer Hilfe um. Präsident Suazo Córdova von Honduras macht einen energischen Eindruck. USA wollen ihm helfen.

*Bundesminister* erläutert unser Interesse an Zentralamerika. Europäer haben kein Interesse daran, daß es dort zu einer Kraftprobe zwischen den USA und SU kommt. Die SU hat offenbar das Ziel, diese Region zu einem Schwerpunkt ihrer Expansion zu machen. Wie kann man am ehesten entgegenwirken? In der EG haben wir uns entschlossen, die Hilfe an einige zentralamerikanische Staaten wieder aufzunehmen. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen, sozialen Misere wirkt den Bestrebungen der SU entgegen.

Nach der sandinistischen Revolution haben wir Nicaragua unterstützt. Wir sind enttäuscht über die Entwicklung in diesem Lande, haben Nicaragua aber nicht aufgegeben. Die Ausführungen von Shultz über Nicaragua als Transitland für den Waffennachschub haben wir aufmerksam registriert. Die Entwicklung selber in El Salvador ist nicht gerade erfreulich. Die demokratischen Kräfte sind nicht so zum Zuge gekommen, wie wir es erhofft hätten. Costa Rica ist hoch verschuldet, das Gesamtbild Zentralamerikas eher beunruhigend. Der Außenminister von Venezuela, mit dem ich gestern in Bonn Gespräche geführt habe, hat sich sehr abgewogen über Zentralamerika geäußert.<sup>21</sup> Es fragt sich, ob Me-

<sup>20</sup> Ministerialdirektor Gorenflo vermerkte am 30. November 1982: „In San José de Costa Rica unterzeichnen am 4. Oktober 1982 acht Außenminister oder Vertreter von Belize, Costa Rica, Dominikanischer Republik, El Salvador, Honduras, Jamaika, Kolumbien und den USA [...] eine Erklärung, die eine Reihe von Bedingungen für regionalen Frieden und Stabilität formuliert, so u. a. Errichtung demokratischer Regierungssysteme, Einstellung der Unterstützung von terroristischen Aktivitäten und des Waffentransfers mit internationaler Überwachung, Rüstungsbegrenzung auf legitime Verteidigungsbedürfnisse, Abzug aller ausländischen Militärs und Sicherheitsberater, Achtung der Menschenrechte. Unterstrichen wird die Notwendigkeit sowohl verifizierbarer Überprüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen als auch das Prinzip der Gegenseitigkeit. [...] Die sandinistische Führung bezeichnet das Treffen wie schon frühere Bemühungen um Verständigung als Versuch der Reagan-Administration, die Isolationspolitik fortzusetzen.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136683.

<sup>21</sup> Der venezolanische Außenminister Zambrano Velasco hielt sich vom 6. bis 10. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat Schellert informierte am 10. Dezember 1982: „AM Zambrano traf mit BM des Auswärtigen dreimal zusammen [...]. Gespräche BM mit AM ergaben sehr weitgehende Übereinstimmung in Beurteilung internationaler Entwicklung, Einigkeit über Notwendigkeit enger Abstimmung weiteren politischen Vorgehens, Vereinbarung regelmäßiger Konsultationen auf hoher Beamtenebene. BM hob große Bedeutung ‚echter Blockfreiheit‘ für Stabilität und Zusammenarbeit hervor und begrüßte Beitrittsabsicht Venezuelas zur Blockfreien-Bewegung. [...] AM begrüßte, daß sich beiderseitige Auffassungen zu Zentralamerika decken. AM zur [Latein]Amerika-Reise Reagans: Im F[alkland]M[alvinen]K[onflikt] hätten USA bei stärkerer Nutzung Vermittlerrolle Militärkonflikt verhindern können.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 118; Referat 012, Bd. 124420.

xiko neue Akzente setzt und Venezuela und Mexiko bei der Stabilisierung dieser Region mitwirken können.<sup>22</sup>

*AM Shultz:* Wir haben klare Beweise für den Waffenstrom aus Nicaragua. Was El Salvador angeht: Hier gibt es auch Probleme, aber man muß doch positiv vermerken, daß hier trotz Guerilla-Tätigkeit eine demokratische Wahl<sup>23</sup> durchgeführt worden ist. Deshalb unterstützen die USA die gegenwärtige Regierung. Gleichzeitig sprechen wir sehr hart mit ihr über Menschenrechtsfragen. Ein Vergleich zwischen El Salvador und Nicaragua geht klar zugunsten von El Salvador aus. Costa Rica ist ein friedfertiges, seit langem demokratisches Land. Aber es wird auch durch die unruhige Nachbarschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Regierung hat die Wirtschaftslage dramatisch verbessert. Die Inflationsrate ist von 100% auf etwa 25% heruntergedrückt worden. Regierung hat Außenhandelsdefizite in einen Außenhandelsüberschuß verwandelt. Die USA haben auch zunächst Nicaragua zu helfen versucht. Nicaragua ist aber einen anderen Weg gegangen. Es ist jetzt das große Waffenlager Zentralamerikas. Deshalb müssen wir sehr fest mit Nicaragua umgehen. Wir sehen – ähnlich wie im Falle der Sowjetunion – keinen Grund, Nicaragua zu „subsidieren“.

*Bundesminister* kommt noch einmal auf die Stabilisierungsbemühungen Venezuelas und Mexikos zurück und stellt die Frage, ob sie nicht Unterstützung verdienten. Mittlere Staaten einer Region haben es manchmal leichter, den Nachbarn zu helfen. Gibt es hier nicht eine gewisse Analogie zu den ASEAN?

*Shultz:* Dies ist ein guter Punkt. Nach amerikanischer Meinung ist allerdings die mexikanisch-venezolanische Initiative zu eng gefaßt. Sie bezieht sich nur auf Honduras und Nicaragua. Deshalb setzt Washington eher auf die weiter angelegte San-José-Gruppe, ohne sich aber gegen die mexikanisch-venezolanische Initiative zu wenden.

Außerdem bleibt abzuwarten, was Mexiko unter der neuen Regierung<sup>24</sup> tat-

<sup>22</sup> Botschaftsrat I. Klasse Stelzenmüller, Mexiko-Stadt, berichtete am 11. Oktober 1982: „Das mexikanische Außenministerium hat jetzt den Wortlaut der Schreiben veröffentlicht, welche die Präsidenten von Mexiko und Venezuela am 7. September 1982 gemeinsam an den Präsidenten von Honduras, Roberto Suazo Córdova, den Koordinator der Regierungsjunta für den Nationalen Wiederaufbau von Nicaragua, Kommandant Daniel Ortega, und den Präsidenten der USA, Ronald Reagan, gerichtet haben.“ In dem Schreiben an Reagan werde dargelegt, Mexiko und Venezuela seien sich mit den USA in dem Ziel einig, den Frieden in Mittelamerika zu erreichen. Über das Vorgehen bestünden aber Meinungsverschiedenheiten: „Die nicaraguanische Regierung sei ersucht worden, Maßnahmen zur Verhinderung von militärischen Zusammenstößen an der Grenze zu Honduras zu ergreifen; dazu sei jedoch erforderlich, daß die Unterstützung, die Organisation und die Dislozierung der somozistischen Ex-Gardisten aufhöre. [...] Das mexikanisch-venezolanische Zusammengehen ist wohl in erster Linie von der wachsenden Furcht motiviert, ein Krieg zwischen Honduras und Nicaragua werde nicht nur zur Zerfleischung dieser beiden Länder führen, sondern auch auf die benachbarten Länder übergreifen, wobei hier das Schreckensbild eines internationalen Konflikts mit Beteiligung der USA und der SU bzw. Kubas an die Wand gemalt wird. Mexiko glaubt, Beweise dafür zu haben, daß Honduras von den USA mit Einwilligung der honduranischen Militärs, aber nicht notwendigerweise der zivilen Führung, systematisch als Glacis für militärische Aktionen gegen Nicaragua und gegen die Guerilla in El Salvador ausgebaut wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 851; Unterabteilung 33, Bd. 136683.

<sup>23</sup> Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 148.

<sup>24</sup> Nach den Präsidentschaftswahlen in Mexiko am 4. Juli 1982 wurde am 1. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Präsident de la Madrid Hurtado vereidigt.

sächlich unternimmt. Es ist über seinen Nachbarn Guatemala offenbar beunruhigt.

*Bundesminister:* Wir fühlen uns durch die Ereignisse in Zentralamerika unmittelbar betroffen. Bei der Lösung der Kuba-Krise<sup>25</sup> ist die Nichtstationierung sowjetischer Raketen auf dieser Insel gegen den Rückzug amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Türkei, Italien und Großbritannien getauscht worden. Deshalb haben wir jetzt wieder ein Problem mit den Mittelstreckenraketen. Diese historische Reminiszenz zeigt aber auch das vitale Interesse der Europäer daran, daß sich die Sowjetunion in Zentralamerika keinen Druckpunkt gegen die USA verschafft. Außerdem müssen wir vermeiden, daß sich bei uns innenpolitische Probleme wegen der Situation in Zentralamerika ergeben (Anti-amerikanismus).

AM *Shultz* dankt für diese Erklärung.

Nach einer Besprechung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, über die D4 gesonderte Niederschrift fertigt<sup>26</sup>, leitete *Bundesminister* auf die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen über und führte folgendes aus: Trotz der Fülle der Verhandlungstische haben wir der Sowjetunion bisher erspart darzulegen, warum sie zwischen der Westgrenze des Warschauer Paktes und dem Ural eine gigantische konventionelle Aufrüstung ins Werk gesetzt hat. Dies ist eine der Sorgen der Westeuropäer, und deshalb ist es notwendig, daß wir Kernwaffen in Westeuropa stationiert haben. Der Reduzierungsraum bei MBFR ist zu klein. In diesem Reduzierungsraum steht allerdings der Kern der westlichen Streitkräfte. Was auch immer das Resultat von MBFR sein mag, unsere Sicherheit wird nicht wesentlich verbessert sein. Wir müssen zunehmend das Thema in den Vordergrund rücken, daß die Sowjetunion in den siebziger Jahren konventionell außerordentlich zugelegt hat und daß sie mehr tun muß, um zu einem Status des Gleichgewichts auf diesem Gebiet beizutragen. Wir gewinnen auf diese Art und Weise auch ein zusätzliches Argument, das wir gegen die Befürworter der kernwaffenfreien Zonen einsetzen können. Die Vorschläge der Palme-Kommission<sup>27</sup> sind besonders gefährlich. Sie sehen immer breitere kernwaffenfreie Streifen beiderseits der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt vor. Solche Vorschläge sind geeignet, das konventionelle Ungleichgewicht zu zementieren. Hierüber werde ich zur Jahreswende einen Artikel schreiben. Ich werde den Gedanken auch in der NATO-Außenministerkonferenz erwähnen.

*Shultz* erkundigt sich, ob der Bundesminister eine neue Dimension für die MBFR-Gespräche im Auge habe.

*Bundesminister:* Man sollte die MBFR-Verhandlungen wie bisher weiterführen und offenlassen, wo und wie der von mir ins Gespräch gebrachte umfassendere Aspekt verhandelt werden könnte. Es geht darum, die Öffentlichkeit auf das Problem zu lenken und festzustellen, wie sich die Sowjetunion zu der Forderung stellt. Es läuft auf die Frage an die Sowjetunion hinaus, ob sie ihre konventionellen Streitkräfte stark zu reduzieren bereit ist. Zunächst brauchen wir aber

<sup>25</sup> Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

<sup>26</sup> Für die Gesprächsaufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Dok. 333.

<sup>27</sup> Zum Bericht der Palme-Kommission vgl. Dok. 170.

in Madrid<sup>28</sup> eine Vereinbarung über die Anwendung vertrauensbildender Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural.

Das wäre ein ganz wichtiger rüstungskontrollpolitischer Fortschritt. In Helsinki<sup>29</sup> hat sich die Sowjetunion bekanntlich zunächst geweigert, CBMs auf ihrem Gebiet anwenden zu lassen. Sie hat dies mit ihrem Superpower-Status begründet. Erst auf meine Vorstellungen bei Gromyko, daß die Bundesrepublik Deutschland die Schlußakte nicht unterzeichnen werde, wenn die Sowjetunion das Prinzip der CBMs nicht auch für ihr Territorium anerkennen würde, ist ihr Gebiet dann mit einem Streifen von 250 km einbezogen worden. Nun geht es darum, diesen Streifen bis zum Ural auszudehnen.

AM *Shultz* erkundigt sich, ob er den Entwurf des Artikels des Bundesministers vorab lesen könne.

Der *Bundesminister* erklärt, der Artikel sei noch nicht geschrieben. Er werde ihn aber gern dem amerikanischen Außenminister vorab schicken.

**VS-Bd. 12936 (204)**

### 333

#### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

**VS-NfD**

**7. Dezember 1982<sup>1</sup>**

Gespräche zwischen dem BM und AM George Shultz am 7./8. Dezember 1982<sup>2</sup>; hier: Niederschrift über Behandlung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen am 7.12.1982 zwischen 13.30 und 15.30 Uhr

Weitere Teilnehmer: Botschafter Arthur Burns; Mr. Richard Burt, Politischer Direktor; Mr. William Edgar, Leiter der Wirtschaftsabteilung der US-Botschaft, Bonn; Botschafter Hermes; D<sup>3</sup>; D<sup>4</sup>.

Im Anschluß an das Vier-Augen-Gespräch wies *BM* zu Beginn des Arbeitssens in einem weltpolitischen Überblick darauf hin, daß auf der Grundlage der Beschlüsse der Versailler Wirtschaftskonferenz<sup>5</sup> inzwischen gute Arbeit gelei-

<sup>28</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 300 und Dok. 328.

<sup>29</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Fischer am 7. Dezember 1982 gefertigt.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 332 und Dok. 334.

<sup>3</sup> Franz Pfeffer.

<sup>4</sup> Per Fischer.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Verpflichtungen im Weltwäh-

stet worden sei. Es komme jetzt darauf an, Schlußfolgerungen zu ziehen. Dabei sollte im weiteren Verlauf des Gespräches das Schreiben von AM Shultz vom 3.12.1982<sup>6</sup> näher behandelt werden. Die deutsche Seite werde in den nächsten Monaten insofern doppelt befaßt sein, als sie auch die Präsidentschaft in der EG ausübe<sup>7</sup>, zu deren Zuständigkeiten ein Teil der behandelten Materien gehöre.

Nach der Behandlung mehrerer außenpolitischer Themen begrüßte AM Shultz die im Vier-Augen-Gespräch zuvor erreichte Übereinstimmung, so rasch wie möglich bei der Umsetzung der Studienaufträge des „Non-papers“<sup>8</sup> voranzukommen. Er machte dabei folgende einzelne Vorschläge:

- Die COCOM-Arbeiten machten gute Fortschritte.<sup>9</sup> Hier sei nichts mehr zu tun, als die Entwicklung zu unterstützen.
- Hinsichtlich der Kontrolle von Gütern hochentwickelter Technologie müßte noch die Form gefunden werden, wo diese zu behandeln sei, da es sich im Gegensatz zu COCOM nach amerikanischer Ansicht nicht um eindeutig militärisch relevante Güter handle. Nach amerikanischer Ansicht sei eine Siebener-Gruppe das geeignete Instrument, falls Frankreich zustimme.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1722*

rungsbereich, die beim Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles verabschiedet wurden; BULLETIN 1982, S. 469–471. Vgl. dazu ferner Dok. 180.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 3. Dezember 1982 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 12936 (204).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt legte Staatssekretär Lautenschlager am 7. Dezember 1982 eine Aufzeichnung des Referats 421 vom 6. Dezember 1982 vor, in der das Schreiben von Shultz analysiert wurde: „Mit Schreiben vom 3. Dezember an BM Genscher hat AM Shultz zum weiteren Vorgehen nach den Gesprächen von Washington folgendes vorgeschlagen: 1) Koordinierung und Auswertung der vereinbarten Studien durch Gruppe der Wirtschaftsgipfelländer mit Beteiligung der EG (Präsidentschaft und Kommission). 2) Trotz Anerkennung der Tatsache, daß – wo immer möglich – bestehende internationale Organisationen genutzt werden sollten, wird auch für die praktische Durchführung der Studien weitgehend der Siebener-Rahmen vorgeschlagen“. Referat 421 gab sodann einen Überblick über die amerikanischen Vorstellungen zu den einzelnen Themenbereichen. Dies betraf eine Studie zum Thema Energie, die Kreditpolitik, eine Studie über „militärisch-strategisch relevante“ sowie hochentwickelte Güter und Technologie, ferner eine Gesamtanalyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Zusätzlich sei eine Studie über die Aussichten der Wirtschaftsentwicklung in der UdSSR vorgeschlagen worden. Vgl. VS-Bd. 10396 (421); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>8</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

Zum amerikanischen Non-paper in der Fassung vom 8. November 1982 vgl. Dok. 297, Anm. 8.

<sup>9</sup> Zur Revision der COCOM-Regelungen vgl. Dok. 249, Anm. 8.

Gesandter Schmitz, Paris, berichtete am 22. November 1982: „Mit der Aufhebung der Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft durch Präsident Reagan verbinden sich amerikanischerseits Vorstellungen über eine Verbesserung der Wirksamkeit des Coordinating Committee (COCOM). Die US-Wünsche zielen sowohl auf COCOM mit seinem Sekretariat als auch auf nationale Maßnahmen der Mitgliedsländer. [...] COCOM hat bisher keine Rechtspersönlichkeit. USA streben Status einer internationalen Organisation an. [...] Gegen eine Formalisierung des Status von COCOM werden die Mitgliedsländer sicherlich tiefgreifende Bedenken haben; es kann nicht davon ausgegangen werden, daß bisherige Einwände (Ausweitung zum Instrument des Kalten Krieges, geringere Effektivität mit höheren Kosten) gegen Errichtung einer internationalen Organisation aufgegeben werden. Verwirklichung [der] US-Vorstellungen ist budgetabhängig. Wegen der Haushaltsschwierigkeiten der Mitgliedsländer wird es sicherlich zu einem harten Feilschen kommen. Zustimmung eines oder mehrerer Mitgliedsländer hätte jedoch Signalwirkung. Auch muß mit erheblichem politischem Druck seitens der USA gerechnet werden, dem Mitgliedsländer unter den gegebenen Umständen möglicherweise trotz leerer Kassen nachgeben, um Vorwurf zu entgehen, daß grundsätzliche Zusage, Maßnahmen zur Verbesserung von COCOM zu ergreifen, eine Leerformel bedeutet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2110; Referat 424, Bd. 135854.

- Zur Kreditpolitik habe die OECD ihre Arbeit schon begonnen, diese solle zügig fortgesetzt werden.
- Wichtigstes Thema sei aus amerikanischer Sicht die Gesamtanalyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Shultz bezog sich hier auf den Ratschlag des BM, auch diese Analyse in der OECD vornehmen zu lassen, wobei eine Steuerung durch die Sieben nicht auszuschließen sei. „I think that would work.“ Allerdings sei der Gedanke dieser Gesamtanalyse in La Sapinière<sup>10</sup> auf großes Interesse der NATO-Partner gestoßen, und es wäre sicher auch nicht schlecht, diese Arbeit in der NATO durchführen zu lassen.
- Zu Energie fragt Shultz nach der deutschen Ansicht, ob diese Studie ebenfalls in der OECD betrieben werden solle oder in einer neuen Institution. Jedenfalls müsse die Arbeit rasch anfangen, denn hier liege ja ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft<sup>11</sup> und der Aufhebung der Sanktionen<sup>12</sup> vor.

BM stimmte den Ausführungen von AM Shultz im allgemeinen zu und legte dar, daß das auf beiden Seiten angestrebte Ziel der zügigen Verwirklichung der Studien am leichtesten zu realisieren sei, wenn man sich bestehender Fora bediene. Um so eher sei die Mitarbeit Frankreichs und anderer, kleinerer EG-MS zu erreichen.

Auch bei der Übernahme der Präsidentschaft durch uns müßte man neben den damit verbundenen Vorteilen auch den Nachteil sehen, daß eine Präsidentschaft, die zugleich Mitglied der Siebener-Gruppe sei, von den kleineren EG-MS nicht so sehr als ihr Sprecher angesehen werde wie ein kleinerer MS. Auch deshalb läge in der Nutzung der OECD und der COCOM die größte Effizienz. Dieses schließe nicht aus, daß aus dem Kreis der Sieben den vorgesehenen Arbeiten, falls notwendig, Impulse gegeben würden.

Besondere Vorsicht bat BM walten zu lassen bei dem amerikanischen Vorschlag, zur Herstellung der Gesamtanalyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen solle OECD und NATO eine gemeinsame Sekretariatsrolle zugewiesen werden: Dieses werde sofort auf Ablehnung stoßen, und zwar nicht nur bei dem EG-Mitglied Irland, sondern noch mehr bei den neutralen OECD-Mitgliedern.

Leitlinie solle sein: Je schneller bestehenden Fora die Studien zugewiesen werden, um so mehr könne mit einer zügigen Abwicklung gerechnet werden, um so leichter könne dann auch Zustimmung selbst Frankreichs für eine impulsgebende Funktion der Sieben gefunden werden.

AM Shultz: „I take the point.“ Könne im übrigen der Siebener-Botschaftergruppe in Washington ebenfalls eine Rolle gegeben werden? Hierauf antwortete BM, sobald bestehende Fora genutzt worden seien, könnte auch überlegt werden, welche Siebener-Gruppe zur Impulsgebung herangezogen würde. Hierzu müßten insbesondere auch die übrigen Staaten gehört werden.

<sup>10</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>11</sup> Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 213, Anm. 6.

<sup>12</sup> Zur Ausweitung der Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 189, Anm. 15. Zur Aufhebung der Sanktionen vgl. Dok. 317.

BM schlug deshalb abschließend vor, daß AM Shultz und er die vereinbarte Linie beim Vierer-Essen am Mittwoch, 8.12.1982, in Brüssel<sup>13</sup> einführen sollten.

Nach dem späteren Hinzutreten von BM Graf *Lambsdorff* brachte dieser seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß zwischen BM Genscher und AM Shultz ein pragmatischer Weg zur Weiterbehandlung der Angelegenheit gefunden worden sei. Die Errichtung neuer zusätzlicher Organe hätte eine außerordentlich bedenkliche Entwicklung mit der Gefahr von Rückschlägen einleiten können. Insbesondere sei nicht zu verkennen, daß in anderen MS große Bedenken gegen die Neueinrichtung kleiner Gruppierungen beständen.

BM Graf *Lambsdorff* wies ferner auf dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der hohen Arbeitslosigkeit darauf hin, daß auch in Deutschland jeder Schritt, der als eine Minderung der Exportmöglichkeiten gedeutet werden könnte, sowohl von den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften mit Mißtrauen betrachtet würde.

Zu den einzelnen Studien führte er aus, daß wir immer für eine strengere Handhabung der COCOM-Regeln eingetreten seien, wir schon in Versailles eine Konsensuserhöhung für richtiger gehalten hätten und eine Subventionierung von Krediten in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin nicht stattfinden, wobei Hermes-Bürgschaften nicht als Subventionen angesehen werden dürften. Angesichts der wirtschaftlichen Lage in Frankreich und Großbritannien würden beide Länder im gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings größere Schwierigkeiten mit dem Abbau der Exportsubventionen haben.

In einer kurzen Aussprache wurden sodann die GATT-Konferenz<sup>14</sup> und die landwirtschaftlichen Konflikte zwischen EG und USA<sup>15</sup> erörtert. AM *Shultz* wies

<sup>13</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 339–341.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler resümierte die Ergebnisse der GATT-Ministertagung vom 24. bis 27. November 1982 in Genf. Sie habe ein umfassendes Schlußdokument im Konsens verabschiedet: „Es war erst nach äußerst schwierigen Verhandlungen zustande gekommen. Das Treffen mußte um zwei Tage verlängert werden, nachdem es mehrfach zu scheitern drohte. Etwa 20 der 88 Vertragsparteien, darunter die EG, legten gegen das Konferenzergebnis unterschiedlich weitgehende Reserven ein.“ Das Schlußdokument lege folgendes fest: „Stillhalteverpflichtung bei protektionistischen Maßnahmen (standstill); wirksamere Umsetzung der GATT-Bestimmungen (Teil IV) zugunsten der EL, vor allem der LLDC; zweijähriges Agrararbeitsprogramm mit dem Ziel, die einschlägigen GATT-Bestimmungen effizienter zu gestalten und landwirtschaftliche Exporte unter größere Wettbewerbsdisziplin zu stellen (sprich: weniger zu subventionieren); Verhandlungslösung für die Schutzklauselfrage bis Ende 1983; Verbesserung des Schlichtungsverfahrens [...]; Prüfung einer Liberalisierung des Textilhandels nach Auslaufen des WTA in 1986“. Steinkühler notierte weiter: „Der EG-Vorbehalt schreibt die abweichende Gemeinschaftsposition zu wenigen, allerdings grundlegenden Streitpunkten fest: Standstill wird nur im Sinn einer Bemühensklausel akzeptiert; Abschwächung des Agrarkapitels hinsichtlich Exporterstattungen [...]; im Streitschlichtungsverfahren grundsätzliches Festhalten an traditioneller Konsensregel.“ Der EG-Vorbehalt spiegelte die gemeinschaftsinternen Interessengegensätze wider, die nur „ungemein schwierig“ zu überbrücken gewesen seien. Vgl. den Runderlaß Nr. 114 vom 3. Dezember 1982; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>15</sup> Gesandter Wallau, Washington, informierte am 27. Dezember 1982: „Teilweise um von den ‚hausgemachten‘ Agrarproblemen (starke Produktionsexpansion) abzulenken, hat die amerikanische Regierung, insbesondere Landwirtschaftsminister Block, im Jahre 1982 eine massive Kampagne gegen angeblich unfaire Handelspraktiken der EG auf dem Agrarsektor geführt. Der EG wurde insbesondere vorgeworfen, sich mit ihren Exporterstattungen einen unangemessen hohen Anteil am Weltmarkt verschafft zu haben und damit gegen den in der Tokio-Runde vereinbarten Subventionskodex zu verstoßen. Die EG bestreitet dies und weist auf den nach wie vor bei etwa 20% liegenden Weltmarktanteil der USA bei Agrarprodukten hin (gegenüber ca. 11% der EG). [...] Vor allem

darauf hin, daß bei der notwendigen, bevorstehenden Diskussion über die Regelung der landwirtschaftlichen Probleme die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Europa und Amerika im Auge behalten werden müsse. Hierfür müßten in erster Linie die Außenminister sorgen.

Die von BM Graf *Lambsdorff* vorgetragene Bitte, AM Shultz möge bei Gelegenheit den UNCTAD-Generalsekretär Corea empfangen, dessen realistische Einstellung dadurch gefördert würde, nahm dieser zustimmend auf.

**VS-Bd. 13757 (014)**

### 334

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

**VS-vertraulich**

**7. Dezember 1982<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George Shultz, am 7. Dezember 1982 von 17.15 bis 18.35 Uhr<sup>2</sup>

Weitere Gesprächsteilnehmer: Außenminister Genscher, Botschafter Hermes, AL 2<sup>3</sup>; Assistant Secretary Richard Burt, Botschafter Burns, Donald Fortier, NSC.

Der *Bundeskanzler* gab seiner großen Freude über den Besuch des Außenministers Ausdruck und hieß ihn herzlich willkommen. Er habe einen dringenden Befehl seiner Frau auszuführen. Seine Frau habe einen reizenden Brief von Frau Shultz erhalten und bitte darum, ihren Dank und ihre Grüße zu übermitteln.

Außenminister *Shultz* begrüßte die Möglichkeit dieses Gesprächs. Er freue sich, den Bundeskanzler wiederzusehen zu einer Zeit, in der es wichtig sei, die gemeinsamen Werte zu bestätigen. Er habe bereits eine mehrstündige und sehr

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1725*

dem Einfluß des neuen amerikanischen Außenministers Shultz dürfte es zu verdanken sein, daß es vorerst nicht zu einer Konfrontation auf dem Agrarsektor kam. Die Gefahr zusätzlicher amerikanischer Exportsubventionen ist jedoch noch nicht gebannt, auch wenn das zunehmende amerikanische Haushaltsdefizit allzu großzügige Bewilligung für eine Exportsubventionierung verhindern dürfte.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 411, Bd. 131385.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Dezember 1982 gefertigt und am 17. Dezember 1982 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Ploetz am 17. Dezember 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 332 und Dok. 333.

<sup>3</sup> Horst Teltschik.

wertvolle Diskussion mit seinem Kollegen Genscher führen können. Es war ein intensiver Gedankenaustausch zur Vorbereitung der Außenminister-Treffen<sup>4</sup>. Der Präsident habe ihm aufgetragen, herzliche Wünsche zu übermitteln. Er sei sehr erfreut gewesen, den Bundeskanzler in Washington<sup>5</sup> begrüßen zu können.

Der *Bundeskanzler* bat darum, die Wünsche herzlich zu erwidern. Er habe dem Präsidenten gestern geschrieben und ein Weinpräsent übermitteln lassen. Er wolle den Präsidenten an die deutsche Weinkultur heranführen.

Der Bundeskanzler wiederholte seine Einladung an Außenminister Shultz zu einem Besuch bei ihm zu Hause in Ludwigshafen.<sup>6</sup> Botschafter Burns sei schon bei ihm gewesen und habe bei der Fahrt durch die Pfalz sehr viel über deutsche Geschichte lernen können.

Der Bundeskanzler fragte den Außenminister nach seinen neuen Erkenntnissen über die Entwicklung in Moskau. Der *Außenminister* verwies darauf, daß sich aufgrund der Nachfolgeprobleme<sup>7</sup> noch immer kein klares Bild über die Politik der neuen Führung in Moskau abzeichne. Die Erwartungen einiger Kreml-Experten scheinen den Tatsachen nicht zu entsprechen. Er habe von der neuen Führung in Moskau noch immer denselben Eindruck, von dem er dem Bundeskanzler bereits in Washington berichtet habe. Andropow sei sehr intelligent, entscheidungsfreudig und eine eindrucksvolle Persönlichkeit. Sicherlich werde sich Andropow von Breschnew unterscheiden und andere Akzente setzen. Bisher verfolgt die sowjetische Führung jedoch eine Politik, die sich von der vorherigen Führung nicht unterscheide. Das sei eine schlechte Nachricht.

Es gebe sicherlich eine Reihe von Erklärungen, Signalen und Berichten. Sie alle aber haben bisher kein substantielles neues Element enthalten. Der Präsident werde deshalb seine bisherige Politik fortsetzen; eine Politik der Festigkeit, der Stärke auf der einen Seite und Verhandlungsbereitschaft auf der anderen Seite. Sollte in die sowjetische Politik neue Bewegung kommen, dann wird es auch die Möglichkeit geben, bessere Beziehungen zu entwickeln.

Bisher sei in der sowjetischen Politik keine besondere Bewegung erkennbar gewesen. Das gelte auch für die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.<sup>8</sup> In der jetzt eintretenden Verhandlungspause werde man den bisherigen Verlauf sorgfältig überprüfen und die Ergebnisse wie den weiteren Verlauf mit den Verbündeten intensiv abstimmen. Er teile die Meinung des Kollegen Genscher, daß bis zu den Wahlen im März nächsten Jahres in der Bundesrepublik Deutschland<sup>9</sup> keine großen Fortschritte möglich sein werden. Er stimme auch einer Politik der ausgestreckten Hand zu, man dürfe sich dann aber nicht in diese Hand beißen lassen.

<sup>4</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 339–341.  
Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 306–309.

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1984 in der Bundesrepublik auf und besuchte Bundeskanzler Kohl in Ludwigshafen-Oggersheim.

<sup>7</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>9</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er eine Vielzahl direkter oder indirekter Informationen erhalte. Eine Reihe seiner Kollegen habe in den vergangenen Wochen mit Vertretern aus Ost-Berlin gesprochen. Bekanntlich verfüge die DDR-Führung über sehr direkte und sehr gute Beziehungen zur sowjetischen Führung; im besonderen gelte das für Honecker, der besonders enge Beziehungen zu Breschnew hatte. Bei diesen Gesprächen habe es sich gezeigt, daß auch in Ost-Berlin noch Unsicherheit über die weitere Entwicklung in Moskau bestehe. Von allen Osteuropäern seien es vor allem die Ungarn, die in ihren Prognosen am weitesten gehen. Andropow war Botschafter in Ungarn. Kádár habe berichtet, daß Andropow sich häufiger auch privat in Ungarn aufgehalten habe. Es sei deshalb nicht auszuschließen, daß es zwischen Kádár und Andropow ein besonderes Vertrauensverhältnis gibt.

Der *Bundeskanzler* berichtete über seine Gespräche auf der Jahrestagung der Europäischen Volkspartei (EVP) in Paris.<sup>10</sup> Mitterrand habe ihm während eines gemeinsamen Frühstücks<sup>11</sup> berichtet, daß auch die französische Kommunistische Partei über keine neuen Erkenntnisse aus Moskau verfüge. Dies gelte auch für die italienische Kommunistische Partei. Alle befänden sich in einer Phase des Abwartens.

Auf diesem Hintergrund käme der Entwicklung in Polen weiterhin besondere Bedeutung zu. Die bisherige Haltung des Westens sei richtig. Man müsse die Hand ausstrecken, aber sich nicht beißen lassen. Das sei zwar richtig, aber nicht der entscheidende Punkt. Generalsekretär Andropow sehe sich mit einer schwierigen Lage konfrontiert. Die Versorgungslage in Polen, aber selbst in der DDR, werde immer schwieriger. In diesem Zusammenhang schilderte der *Bundeskanzler* die vielfältigen Aktionen von privater Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen. Polen habe aber auch gezeigt, daß die Rolle der Ideologie als politisches Instrument immer mehr ausfällt.

Auf diesem Hintergrund sei es wichtig, daß der Westen eine entschiedene eigene Position einnehme, konsequent in der Sache, aber konzilient in der Form. Deshalb trete er ganz entschieden für ernsthafte Verhandlungen in Genf ein. Die Bundesrepublik, wie alle europäischen Partner, müsse im Rahmen von engen Konsultationen in die Verhandlungen einbezogen bleiben. Besonders wichtig sei die Unterrichtung der Pariser Regierung. Je besser die Beziehungen Washingtons zu Paris seien, desto mehr nütze das auch der Bundesrepublik.

Als *Bundeskanzler* befände er sich in gewisser Weise in einer seltsamen Lage: Im Elysée plädiere er für gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, im Weißen Haus verwende er sich für den Elysée. Dies entspreche jedoch den deutschen Interessen.

Außenminister *Shultz* kündigte an, daß er in Kürze zu Gesprächen mit Außenminister Cheysson und mit Präsident Mitterrand in Paris zusammentreffen werde.<sup>12</sup> Er hoffe, die in der jüngsten Zeit aufgetretenen Schwierigkeiten über-

<sup>10</sup> Der IV. Kongreß der EVP fand vom 6. bis 8. Dezember 1982 statt.

<sup>11</sup> Für das Gespräch des *Bundeskanzlers* Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 7. Dezember 1982 in Paris vgl. Dok. 331.

<sup>12</sup> Der amerikanische Außenminister *Shultz* hielt sich am 14./15. Dezember 1982 in Frankreich auf.

winden zu können. Die Unterstützung des Bundeskanzlers sei dabei sehr hilfreich.

In diesem Zusammenhang begrüßte der *Bundeskanzler*, daß der Außenminister auch mit der Führung der SPD zusammentreffen werde.<sup>13</sup> Dies entspräche nicht nur seiner Auffassung von einem guten politischen Stil, sondern auch seinem Interesse; damit werde die Entwicklung von Feindbildern erschwert. Dennoch könne er nicht verleugnen, daß es auch für ihn eine natürliche Grenze für Selbstlosigkeit gebe; dies gelte auch für die Nächstenliebe.

Wenn der Kanzlerkandidat der SPD, Herr Vogel, erkläre, Friede sei das zentrale Thema im Wahlkampf, so schade dies der Bundesregierung nicht. Er sei aber sicher, daß die SPD gleichzeitig ihre Äquidistanz zu Moskau und Washington deutlich machen werde. Dies gehe jedoch an der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland vorbei. Er verweise nur auf die Gespräche des außenpolitischen Beraters des SPD-Kanzlerkandidaten, Professor Carl Friedrich von Weizsäcker, in Washington.<sup>14</sup> Dennoch sei es wichtig, daß der Außenminister mit Herrn Vogel sprechen werde.

Die Bundesregierung werde ihren eigenen Weg fortsetzen und an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses festhalten. Mit Nachdruck trete er für die genaue Einhaltung der Abmachungen ein. Dies gelte sowohl für die Zahl der zu stationierenden Raketen wie für den geplanten Zeitraum der Stationierung.

Anläßlich des EG-Rates in Kopenhagen<sup>15</sup> habe er mit Mrs. Thatcher gesprochen. Die Absicht, in Großbritannien schon im Juli die ersten Testversuche für die Träger-Fahrzeuge zu testen, erfülle ihn mit großer Sorge.<sup>16</sup> Er befürchte, daß dann sehr rasch entsprechende Fernsehberichte in der Bundesrepublik ausgestrahlt werden würden, die den geplanten Zeitrahmen für die Stationierung ab Herbst 1983 unglaublich machen würden.

Außenminister *Genscher* wies auf die Gefahr hin, daß sich in einem solchen Falle die Sowjetunion an die Spitze der Propaganda setzen werde mit der Behauptung, das Bündnis habe die Zeittafel geändert, um einen Verhandlungserfolg in Genf zu verhindern.

Richard *Burt* berichtete von Gesprächen mit Verteidigungsminister Weinberger. Er glaube, daß dieses Problem lösbar sei, ohne daß die Bundesrepublik Schwierigkeiten bekäme.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch in der Bundesrepublik die Gefahr bestanden habe, mit den Vorbereitungen zum falschen Zeitpunkt zu beginnen.

Außenminister *Shultz* erklärte, daß dies für ihn ein sehr wichtiger Sachverhalt sei. Diese Probleme könnten jedoch nur gelöst werden, wenn die Konsultationen sehr eng und kontinuierlich fortgeführt werden. Er weise darauf hin, daß beide Regierungen über sehr fähige Botschafter<sup>17</sup> verfügen würden. Botschaf-

<sup>13</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz sprach am 8. Dezember 1982 mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt und dem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt.

<sup>14</sup> Der Berater des Kanzlerkandidaten der SPD, Freiherr von Weizsäcker, hielt sich am 23./24. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 321.

<sup>15</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>16</sup> Zur geplanten Aufstellung von Abschußfahrgestellen für GLCM in Großbritannien vgl. Dok. 319, Anm. 8.

<sup>17</sup> Arthur F. Burns (USA) und Peter Hermes (Bundesrepublik).

ter Burns sei sehr zuverlässig. Seine Berichte würden ihn direkt erreichen und von ihm direkt an den Präsidenten weitergehen. Er könne eine gute Zirkulation der Informationen garantieren.

Der *Bundeskanzler* fragte nach den Perspektiven der sino-sowjetischen Beziehungen. Außenminister *Shultz* wies darauf hin, daß auch die amerikanische Regierung über keine zusätzlichen Informationen verfüge, die über das hinausgingen, was allgemein bekannt sei. Besuchern wie Nixon<sup>18</sup> und Kissinger<sup>19</sup> haben die chinesischen Gesprächspartner berichtet, daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion auf niedriger Ebene geführt werden und ohne Ergebnis bleiben werden<sup>20</sup>. Anfang Februar nächsten Jahres werde er selbst im Auftrag des Präsidenten in die Volksrepublik China reisen.<sup>21</sup>

Sein Ziel bleibe es, den Beziehungen eine stabile Basis zu geben. Eine wichtige Rolle spiele dabei weiterhin Taiwan. Die Volksrepublik China wolle erreichen, daß die amerikanische Regierung ihre Waffenlieferungen an Taiwan einstellt.<sup>22</sup> Er habe die Hoffnung gehabt, daß das letzte gemeinsame Kommuniqué<sup>23</sup> dazu führen werde, die Bedeutung Taiwans in den bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA herunterzuspielen. Dies sei jedoch nicht eingetroffen. Er sei deshalb dabei, seine bisherigen Überlegungen zu überprüfen. Er sei nicht bereit, Beziehungen zur Volksrepublik China aufzubauen, die die amerikanische Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Dies wäre für ihn als amerikanischen Außenminister ein schlechter Start.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die guten amtlichen Beziehungen mit der Volksrepublik China. Aus vielerlei Gründen, die er nicht erörtern wolle, hätten sich auch gute Kontakte auf Parteiebene entwickelt. Auf diesen verschiedenen Ebenen erhalte man jetzt beinahe wöchentlich politische Signale. Sie alle enthalten die Aussage, daß sich auch nach dem Wechsel von Breschnew zu Andropow substantiell nichts in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen verändert habe. Die Chinesen gingen lediglich davon aus, daß sich die Beziehungen mit der neuen sowjetischen Führung normaler gestalten ließen.

Die entscheidende Rolle spiele nach wie vor Deng Xiaoping. Er habe selbst zwei Gespräche mit ihm geführt<sup>24</sup> und sich seine eigene Meinung bilden können. Deng sei über 70 Jahre alt und werde seine Lebensphilosophie nicht mehr ändern. Er werde die Kontinuität der chinesischen Außenpolitik sicherstellen. Auffällig sei jedoch, daß die Volksrepublik China ihre harte Kritik gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika wieder aufgenommen habe. Gleichzeitig

<sup>18</sup> Der ehemalige Präsident Nixon hielt sich am 7./8. September 1982 zu politischen Gesprächen in Peking auf.

<sup>19</sup> Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger besuchte im September 1982 die Volksrepublik China. Vgl. dazu KISSINGER, China, S. 411 und 413 f.

<sup>20</sup> Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung ihrer Beziehungen vgl. Dok. 295, Anm. 18.

<sup>21</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 2. bis 6. Februar 1983 in der Volksrepublik China auf.

<sup>22</sup> Zu den Rüstungslieferungen der USA an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 235, Anm. 9.

<sup>23</sup> Zum amerikanisch-chinesischen Kommuniqué vom 17. August 1982 vgl. Dok. 269, Anm. 8.

<sup>24</sup> Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 3. bis 12. September 1974 und traf bei dieser Gelegenheit mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping zusammen.

treten sie aber für besonders gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ein. Was das Problem von Taiwan betreffe, so betrachte die Volksrepublik dies nur als eine Frage der Zeit.

Vor wenigen Wochen habe es Berichte in der deutschen Presse gegeben, daß die Volksrepublik ihre Position zur Teilung Deutschlands verändert habe. Der chinesische Geschäftsträger habe ihm aber anlässlich eines Empfanges, den er für das Diplomatische Korps in Bonn gegeben habe<sup>25</sup>, mitgeteilt, daß die Volksrepublik ihre Position in der Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht geändert habe. Die Volksrepublik unterstütze weiterhin die Forderung der Deutschen nach Wiedervereinigung, nehme aber in Anspruch, daß dies auch für China und Taiwan gelten müsse.

Außenminister *Shultz* erklärte noch einmal die amerikanische Position. Die USA wollten sich nicht in die Auseinandersetzung zwischen der Volksrepublik China und Taiwan einmischen. Ihr Ziel bleibe jedoch eine Regelung mit friedlichen Mitteln. Die amerikanische Regierung habe die Doktrin von einem China akzeptiert.

Zwei Punkte wolle er noch ansprechen, die für den Präsidenten von besonderer Bedeutung seien. Es müßten Fortschritte erreicht werden, die Einigung in den Ost-West-Wirtschaftsfragen, die man gemeinsam gefunden habe, in konkreten Schritten fortzuführen, obwohl Frankreich Schwierigkeiten bereite. Besonders hart werde an COCOM gearbeitet.<sup>26</sup> Dasselbe gelte für die Erarbeitung einer gemeinsamen Kreditlinie. Besonders wichtig sei die Kontrolle von Gütern hochentwickelter Technologie.<sup>27</sup> Die Absicht, eine gemeinsame Energiestudie zu entwickeln<sup>28</sup>, müsse vorangetrieben werden. Für die amerikanische Seite bleibe es von besonderer Wichtigkeit, daß eine Gesamtanalyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich erstellt wird. Seine Reise als Außenminister nach Europa<sup>29</sup> möchte er gerne mit dem Eindruck beenden, daß die Arbeiten voranschreiten und daß es eine Übereinstimmung zwischen den vier Partnern gebe. Er begrüße es deshalb sehr, daß der Bundeskanzler bei Präsident Mitterrand um Verständnis für die amerikanische Politik werbe.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn seine Gespräche in Europa erfolglos blieben. Er könne dann nicht ausschließen, daß der Präsident einseitige Maßnahmen ergreifen werde. Außenminister *Genscher* warf ein, daß man morgen abend in Brüssel versuchen werde, Übereinstimmung mit den Franzosen herzustellen. Dann werden sicher andere folgen.

Außenminister *Shultz* bestätigte die Erwartung. Der Bundeskanzler sollte jedoch seine Bemühungen fortsetzen, um die französische Regierung zur Zustimmung zu bewegen.

<sup>25</sup> Bundeskanzler Kohl gab am 19. November 1982 in Bad Godesberg einen Empfang für das Diplomatische Korps. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 1045–1047.

<sup>26</sup> Zur Revision der COCOM-Regelungen vgl. Dok. 333, Anm. 9.

<sup>27</sup> Zur Frage der Beschränkung des Technologietransfers und der Vergabe von Krediten an Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 291, Anm. 7.

<sup>28</sup> Zur Ausarbeitung einer Studie über alternative Energieversorgung vgl. Dok. 251, Anm. 7.

<sup>29</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz besuchte am 7./8. Dezember 1982 die Bundesrepublik, vom 8. bis 11. Dezember hielt er sich in Belgien auf, am 11. Dezember in den Niederlanden, vom 11. bis 14. Dezember in Italien, am 14./15. Dezember in Frankreich, am 15./16. Dezember in Spanien und vom 16. bis 19. Dezember 1982 in Großbritannien.

Der *Bundeskanzler* versicherte dem Außenminister, daß er alles tun werde, was ihm möglich sei. Sein Rat sei es jedoch, daß möglichst viele Gespräche von der amerikanischen Seite im Elysée geführt werden sollten. Außenminister *Shultz* warf ein, daß es in allen Ländern so sei, daß der Sitz des Regierungschefs bzw. das Weiße Haus wichtiger sei als die zuständigen Außenministerien. Er könne jedoch dem Bundeskanzler versichern, daß er die Unterstützung seines Präsidenten habe. Außenminister *Genscher* warnte davor, den französischen Außenminister Cheysson zu überfordern. Wichtig sei, daß der Bundeskanzler in der Zwischenzeit dem französischen Präsidenten mitteile, daß die Bundesregierung die amerikanische Linie unterstützen werde.

Der *Bundeskanzler* gab zu bedenken, daß in Frankreich am 6. und 13. März 1983 wichtige Kommunalwahlen stattfinden würden. Chirac habe ihm von Umfragen berichtet, die für die Regierung eine schlechte Ausgangslage nachweisen. Außerdem sei die wirtschaftliche Lage in Frankreich kritisch.<sup>30</sup> Auch dort gebe es einen Attentismus der Unternehmer, besonders im Mittelstand. Hinzu komme, daß sich die französische Handelsbilanz sehr negativ entwickle, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Beide Regierungen würden im Augenblick dieser schwierigen Frage noch ausweichen. Ende März nächsten Jahres werde sich dieses Problem jedoch mit aller Dringlichkeit stellen.

Für Präsident Mitterrand werde sich nach den Kommunalwahlen auch das Problem stellen, was die Kommunistische Partei weiterhin tun werde. Es sei nicht auszuschließen, daß sie die Regierung verlasse. Die französischen Sozialisten würden auch in diesem Fall noch über eine komfortable Mehrheit in der Kammer verfügen. Diese Mehrheit beruhe aber nur auf einem Wahlergebnis von 28%. Man müsse wissen, daß es in Frankreich die Regel sei, daß die Minister zugleich Bürgermeister in den Kommunen sind, beispielsweise wie Ministerpräsident Mauroy Oberbürgermeister in Lille. Eine Wahlniederlage in der Kommune ziehe in der Regel das Ausscheiden aus der Regierung nach sich. Dagegen stünden Chiracs Wahlchancen in Paris sehr gut. Diese Lage zeige, daß die französische Regierung zur Zeit besonders verwundbar ist.

Präsident Mitterrand habe in Kopenhagen auf dem EG-Gipfel einen sehr moderaten europapolitischen Kurs verfolgt. Mitterrand habe ihm selbst gesagt, daß er schon an mehreren europäischen Gipfeln teilgenommen habe, aber das Klima noch nie so gut gewesen sei. Der luxemburgische Ministerpräsident Werner und Außenminister Genscher hätten ihm das als langjährige Teilnehmer solcher EG-Gipfel ebenfalls bestätigt. Dieses Klima habe dazu beigetragen,

<sup>30</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich vgl. Dok. 95, Anm. 5.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 11. Oktober 1982: „Bis Ende Mai hatte die sozialo-kommunistische Koalition in einem großen voluntaristischen Wurf die Wahlversprechen Mitterrands zumindest in Teilen in die Tat umgesetzt. Dabei hatte sie jedoch die wirtschaftlichen Zielsetzungen wie die Volksfront Léon Blums 1936 verfehlt, die Polarisierung zwischen links und rechts verschärft und einen Großteil der Wähler, die 1981 die Linke an die Macht brachten, wieder verloren. Die trotz der ersten Abwertung im Spätherbst 1981 immer wieder aufreißende außenwirtschaftliche Flanke erzwang dann im Juni d.J. eine zweite Abwertung und einen fast vollständigen viermonatigen Lohn- und Preisstopp. Die seither ausgebaute Politik einer nur die untersten Einkommensschichten schonenden Austerität, nachdrücklicher Förderung der Investitionen und Forschung bei nur zaghafter Mehrbelastung der einkommensstarken Schichten kommt einem Widerruf der bisherigen sozialistischen Glaubenssätze und Prioritäten gleich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1838; Referat 202, Bd. 140611.

daß auch kontroverse Themen angesprochen werden konnten. Außenminister *Shultz* warf ein, daß letztere nicht nur Politiker, sondern bereits Gelehrte seien.

Der *Bundeskanzler* kam anschließend auf Israel zu sprechen. Er fragte nach der Chance der Reagan-Initiative.<sup>31</sup> Außenminister *Shultz* unterstrich seine große Hoffnung, daß König Hussein mit seiner Friedensinitiative Erfolg haben werde.<sup>32</sup> Es wäre ein Ereignis von größter Bedeutung, wenn es Hussein gelingen sollte, die Palästinenser in eine Verhandlungsdelegation zu integrieren, die weder ausdrücklich der PLO zugeordnet werden könnten, noch von Israel ausgewählt worden seien.<sup>33</sup> Er weise immer wieder darauf hin, daß die Übergangsbestimmungen von Camp David<sup>34</sup> zu wenig bekannt seien. Dies gelte vor allem für die Regelung der Westbank. Bevor abschließende Ergebnisse erzielt werden könnten, seien Sicherheitsarrangements möglich und könnten Selbstverwaltungsorgane eingerichtet werden.

Insgesamt erscheine die Lage im Nahen Osten als eingefroren. Deshalb sei es jetzt besonders wichtig, daß König Hussein mit seiner Initiative vorankomme. Ebenso wichtig sei die Frage, ob Israel bereit sei, sich aus dem Libanon wieder zurückzuziehen.<sup>35</sup> Die Araber glauben nicht daran, daß Israel den Libanon

<sup>31</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>32</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 310 wurde Ende Oktober 1982 dargelegt, Jordanien gehe es beim Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 „um ein möglichst klares arabisches Verhandlungsmandat unter Revision des Gipfelbeschlusses von Rabat 1974. Die darauf abzielenden Verhandlungen König Husseins mit Arafat in Amman Mitte Oktober blieben trotz der Arafat nachgesagten gewissen Einsicht in die Zwänge der jetzigen Situation ohne Ergebnis. Anscheinend hat Arafat die Grenzen der Belastbarkeit seiner Organisation deutlich vor Augen. [...] Syrien versucht eine Einbeziehung Jordaniens in den Reagan-Plan zu verhindern und die PLO unter [...] Kontrolle zu bringen. Wenn Arafat sich zu weit mit Jordanien einläßt, könnte Syrien daran denken, eine personelle Alternative zu Arafat aufzubauen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135665.

<sup>33</sup> Vom 18. bis 23. Dezember 1982 hielt sich König Hussein in den USA auf. Anhand von Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium berichtete Gesandter Wallau, Washington, am 28. Dezember 1982: „Hinsichtlich der palästinensischen Teilnahme an Verhandlungen sei noch einiges offen. Aus hiesiger Sicht sei ein Platz für die PLO am Verhandlungstisch ausgeschlossen, da Israel dem unter Verweis auf das CD-Abkommen nicht zustimmen werde. Diese Schwierigkeit könne jedoch dadurch überwunden werden, daß angesehene Palästinenser aus den besetzten Gebieten, die nicht PLO-Mitglieder seien, aber durchaus PLO-Positionen vertreten könnten, in die jordanische Delegation aufgenommen würden. Dies sei in CD vorgesehen und unterliege keinem israelischen Veto. Hussein habe Verständnis für die amerikanische Position und in zunehmendem Maße offenbar auch die PLO. Hussein wolle von der PLO kein ‚Mandat‘ für Verhandlungen, das er als Chef eines souveränen Staates nicht brauche, sondern die Einwilligung in eine jordanisch-palästinensische Präsenz am Verhandlungstisch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5515; Referat 310, Bd. 135665.

<sup>34</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

<sup>35</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 296.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Dezember 1982, im amerikanischen Außenministerium sei mitgeteilt worden, „die Administration verfolge die bisherige Erfolglosigkeit der Bemühungen, Verhandlungen zwischen Libanon und Israel über den Rückzug der israelischen Truppen in Gang zu bringen, mit steigender Ungeduld und Unmut. Man sei ‚äußerst enttäuscht‘ über den Beschluß des israelischen Kabinetts vom 28.11., daß die Verhandlungen in den jeweiligen Hauptstädten stattfinden müßten. Israel habe durch sein Insistieren auf Verhandlungen in Jerusalem eines der schwierigsten Probleme der gesamten NO-Problematik, nämlich den Status Jerusalems, auf die Verhandlungen im Libanon übertragen. Dies mache jeden Fortschritt in Richtung libanesisch-israelischer Verhandlungen höchst schwierig. Man habe den Israelis bereits zuvor gesagt, Libanon

verlassen werde. Für die Araber gebe es zwei Prüfsteine: Der erste sind vernünftige Sicherheitsregelungen im Süd-Libanon und der Rückzug der Israelis; der zweite ist eine Reduzierung der israelischen Siedlungsprojekte.

Er sei, was die Verwirklichung der Prüfsteine betreffe, sehr besorgt. Der Präsident sei sich über die kritische Lage im Nahen Osten sehr bewußt. Er würde jedoch bei seinen Vorschlägen bleiben. Der sogenannte Reagan-Plan sei sehr gut und habe weltweit viel Unterstützung erhalten. Die Probleme mit Ministerpräsident Begin blieben jedoch nach wie vor sehr schwierig.

Die Untersuchungen über das Massaker im Libanon<sup>36</sup> würden die Regierung Begins sicherlich belasten. Er sei jedoch sehr beeindruckt, daß Israel dennoch an dieser Überprüfung festhalte und ein ordentliches Verfahren ermögliche. Die Integrität der Untersuchungsrichter sei unbestritten.

Am 21. Dezember werde König Hussein zu Gesprächen nach Washington kommen.<sup>37</sup> Man müsse erkennen, daß auf arabischer Seite in Richtung Anerkennung Israels viel in Bewegung gekommen sei. Beispielsweise habe König Hassan in Anwesenheit aller arabischen Botschafter im Weißen Haus erklärt, daß er zu Sicherheitsarrangements mit Israel bereit sei. Die Unterstützung der amerikanischen Politik durch die Bundesregierung sei deshalb besonders willkommen.

Der *Bundeskanzler* berichtete über seine Gespräche mit dem griechischen Präsidenten Karamanlis.<sup>38</sup> Karamanlis habe sicherlich mit viel Pathos die Beziehungen Griechenlands zur Türkei erläutert. Er sei jedoch sehr besorgt, daß Karamanlis sogar von der Möglichkeit eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland gesprochen habe. Eine vergleichbare Dramatik hätte er sich von Ministerpräsident Papandreou vorstellen können, jedoch nicht von Karamanlis, der sich in einer anderen politischen Lage befände.

Außenminister *Shultz* zeigte sich über diesen Bericht überrascht. Er kenne Professor Papandreou noch von der Kalifornischen Universität her. Er werde das

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1733*

könne nach amerikanischer Auffassung auf die israelische Forderung nicht eingehen. Präsident Gemayel würde dadurch sowohl den ihn tragenden innerlibanesischen Konsens als auch die für Libanon lebenswichtige Unterstützung durch die arabischen Staaten gefährden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5176; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>36</sup> Zu den Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 17./18. September 1982 vgl. Dok. 243.

Zur Bildung eines Untersuchungskommission in Israel vgl. Dok. 247, Anm. 12.

Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 26. Oktober 1982: „1) In der ersten öffentlichen Sitzung der Kommission, die ihre Arbeit letzte Woche begann, wurde am 26.10. Sharon gehört. Es wird bereits Kritik daran laut, daß Sharon dieses Privileg und damit die Gelegenheit zur öffentlichen Rechtfertigung im Unterschied zu anderen gewährt wurde. 2) Sharon sagte aus, daß die Entscheidung, die ‚Forces Libanaises‘ (FL) mit der ‚Säuberung‘ der Lager zu betrauen, in erster Linie deshalb getroffen worden sei, um israelische Leben zu schonen. Dies sei in Übereinstimmung mit einem Kabinettsbeschuß vom 15. Juni geschehen, die FL möglichst an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Sharons Aussage ist die erste offizielle Bestätigung für die bereits im Juni oft gehörte These, daß die vor Beirut stehenden israelischen Truppen nicht in die Stadt eindringen würden, sondern daß aufgrund einer Absprache mit der Phalange dieser die unvermeidlichen Straßenkämpfe mit der PLO in Beirut, die ‚Schmutzarbeit‘, überlassen würde. Die Phalange hielt sich bekanntlich nicht an diese Absprache. [...] Sharon räumte ein, daß man bei der Beauftragung der FL mit zivilen Opfern, nicht aber mit einem Massaker gerechnet hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 917; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>37</sup> König Hussein hielt sich vom 18. bis 23. Dezember 1982 in den USA auf.

<sup>38</sup> Präsident Karamanlis hielt sich vom 29. November bis 1. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 325.

Thema morgen in seinem Gespräch mit dem griechischen Außenminister<sup>39</sup> aufgreifen.

Außenminister Shultz berichtete anschließend über die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Süd- und Mittelamerika.<sup>40</sup> Sie hätten große Befürchtungen, daß die Nachbarschaft in Mittelamerika stabil bleibt. Es gebe einen Waffenfluß von der Sowjetunion über Kuba nach Nicaragua. Das Ziel dieser Aktionen sei die Destabilisierung Mittelamerikas und der dortigen demokratischen Regierungen. Die Lage sei sehr ernst. Die USA sind bereit, den demokratischen Ländern zu helfen und den Waffenfluß zu stoppen. In Nicaragua befinden sich zur Zeit 2000 bis 3000 Kubaner. Die USA hätten anfangs versucht, auch Nicaragua zu helfen. Dies sei jedoch erfolglos geblieben. Sie wären sehr froh, wenn die Bundesregierung helfen könnte. Besonders hilfreich könne der deutsche Botschafter<sup>41</sup> sein, dem die amerikanische Regierung großes Vertrauen entgegenbringe. Seine Unterrichtung sei für die amerikanische Administration sehr nützlich.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für das Gespräch und gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Gespräche bald fortsetzen zu können.

**VS-Bd. 14106 (010)**

### 335

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

**012-312.74 VS-NfD**

**Aufgabe: 7. Dezember 1982, 12.03 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 116 Ortez**

Betr.: Zur 24. Tagung des Europäischen Rates am 3./4.12.1982 in Kopenhagen<sup>2</sup>

Auf seiner 24. Tagung in Kopenhagen am 3./4.12.1982 befaßte sich der Europäische Rat auch eingehend mit Fragen der Politischen Zusammenarbeit.

1) Im Vordergrund stand das Ost-West-Verhältnis nach dem Wechsel in der sowjetischen Führung.<sup>3</sup> In einer Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen<sup>4</sup> be-

<sup>39</sup> Ioannis Charalambopoulos.

<sup>40</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 30. November bis 3. Dezember 1982 in Brasilien auf, am 3. Dezember in Kolumbien, am 3./4. Dezember in Costa Rica und am 4. Dezember 1982 in Honduras.

<sup>41</sup> Horst Heubaum.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Schellert am 7. Dezember 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 336.

<sup>3</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zu den Ost-West-Beziehungen vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 12.

kräftigten die Staats- und Regierungschefs die Beibehaltung der bisherigen, von Festigkeit und Dialog gekennzeichneten Linie gegenüber der Sowjetunion. In der Erklärung wird die Sowjetunion aufgefordert, einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in den internationalen Beziehungen zu leisten. Die Zehn ihrerseits erklären die Bereitschaft, auf entsprechende Schritte der Sowjetunion positiv zu reagieren.

Die Erklärung macht deutlich, daß die Zehn einen solchen positiven Beitrag der Sowjetunion in folgenden Bereichen erwarten:

- Auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid  
Hier bekräftigen die Zehn ihr Ziel, ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument auszuhandeln, das ein präzises Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa enthält und weitere Forschritte im menschlichen Bereich der Schlußakte von Helsinki<sup>5</sup> vorsieht.
- Polen  
Die Lage in Polen wird vom Europäischen Rat mit großer Zurückhaltung beurteilt.<sup>6</sup> Die Erklärung vermeidet jede Präjudizierung der Haltung der Zehn, die die Entwicklung in Polen weiter verfolgen und insbesondere die Auswirkungen einer möglichen Aufhebung des Kriegsrechts prüfen wollen. Bei Würdigung der Lage in Polen werden negative und positive Elemente gegeneinandergestellt.
- Afghanistan  
Die Sowjetunion wird aufgefordert, ihre Haltung in der Afghanistan-Frage zu überprüfen. In diesem Zusammenhang verweisen die Zehn auf ihren Vorschlag für eine politische Afghanistan-Lösung.<sup>7</sup>

## 2) Nahost und Libanon

Insbesondere auf französischen Wunsch befaßte sich der Europäische Rat mit der Lage in Nahost und im Libanon.

Die Erklärung<sup>8</sup> bringt deutlich die Unruhe zum Ausdruck, die die Zehn angesichts der Stagnation im Nahen Osten erfaßt hat. Was den arabisch-israelischen Konflikt angeht, wird die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, daß neu entstandene politische Möglichkeiten (Reagan-Initiative<sup>9</sup>, Erklärung von Fes<sup>10</sup>) von den Parteien, an deren Verantwortungsgefühl appelliert wird, nicht ausreichend genutzt wurden.

Der Libanon-Passus fordert den schrittweisen Rückzug aller fremden Truppen innerhalb eines kurzen Zeitraums und unter Bedingungen, die der libanesischen

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zur Lage in Polen vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 12.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zur Lage in Afghanistan vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 12.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zur Lage im Nahen Osten einschließlich des Libanons vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 12f.

<sup>9</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>10</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 239, Anm. 11.

Regierung ihre vollen Hoheitsrechte über das libanesische Territorium zurückgeben.<sup>11</sup>

Der die Unterstützung der Zehn für internationale Hilfsmaßnahmen zum Ausdruck bringende Passus läßt die Präferenz erkennen, die eine Reihe von Partnerstaaten (Frankreich, Irland, Niederlande, aber auch Italien) für einen Einsatz ihrer Kräfte unter der UNO-Flagge haben.

Steinkühler<sup>12</sup>

Referat 012, Bd. 124420

### 336

#### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 7. Dezember 1982, 16.11 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 117 Ortez

Betr.: Zur 24. Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1982 in Kopenhagen (EG- und Wirtschaftsteil)<sup>2</sup>

1) Die Staats- und Regierungschefs befaßten sich eingehend mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft auf der Grundlage von Vorarbeiten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister, deren Schlußfolgerungen für eine umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Strategie zur Verbesserung der konjunkturellen und Beschäftigungslage er bekräftigte.<sup>3</sup> Zugleich verabschiedete der ER ein umfassendes Arbeitsprogramm für den Ministerrat.

Abhängig von dem in den jeweiligen MS wiedererlangten Stabilitätsgrad soll die wirtschaftliche Aktivität vor allem über Zinssenkungen und mehr produktive Investitionen gestärkt werden. Die Berufsausbildung und erste Berufserfahrungen der Jugendlichen sollen gefördert und Möglichkeiten für eine flexiblere Gestaltung der Dauer der Arbeitszeit untersucht werden. Bis Ende März 1983 soll über eine erneute Aufstockung in Höhe von 3 Mrd. ECU (ca. 7 Mrd. DM) des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NIC<sup>4</sup>) für die Vergabe von Anleihen zugunsten industrieller Investitionen sowie über Vorschläge der Kommission zum Ab-

<sup>11</sup> Zur Frage des Rückzugs von ausländischen Truppen aus dem Libanon vgl. Dok. 334, Anm. 35.

<sup>12</sup> Paraphie.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Referent Rentel konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Schellert am 7. Dezember 1982 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 335.

<sup>3</sup> So in der Vorlage.

<sup>4</sup> New Community Instrument.

bau von Wettbewerbshemmnissen im EG-Binnenmarkt<sup>5</sup> entschieden werden. Auch die Behandlung der Kommissionsvorschläge in den Bereichen Forschung<sup>6</sup>, Innovation<sup>7</sup> und Energie<sup>8</sup> soll beschleunigt werden.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß bei Unterschieden in Einzelfragen über die großen Linien der einzuschlagenden Politiken und der wirtschaftspolitischen Prioritäten unter den Teilnehmern des ER ein beachtliches Ausmaß an Übereinstimmung geherrscht habe. Niemand habe versucht, die Verantwortung dafür, zunächst das eigene Haus mit nationalen Mitteln in Ordnung zu bringen, auf die Gemeinschaft abzuwälzen. Besondere Bedeutung messe er den Maßnahmen zur Ausbildungsförderung Jugendlicher bei. Hier könne die Gemeinschaft nicht nur einen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit leisten, sondern zugleich auch der wachsenden Europamüdigkeit der Jugend entgegenwirken.

Wohl auch zur Rechtfertigung jüngster französischer Maßnahmen gegen den freien Handelsverkehr verwies Präsident Mitterrand in der Diskussion auf die protektionistischen „Sünden“ anderer MS und forderte ein „Inventar“. Dabei spielte er auch auf die Industrienormen (für deren verstärkte Harmonisierung im EG-Bereich wir eintreten) und das Reinheitsgebot bei Bier an. Der Bundeskanzler vertrat hierzu die Ansicht, daß eine seriöse Untersuchung für alle Beteiligten von Nutzen sein könnte. Während der deutschen Präsidentschaft<sup>9</sup> wird einer Ad-hoc-Gruppe ein Prüfungsauftrag erteilt werden, die Kommissionsvorschläge zum Binnenmarkt zur abschließenden Beschlußfassung zu bringen.

2) Die vom ER zur Süderweiterung<sup>10</sup> (auf der Grundlage eines von F initiierten „Inventars“ der EG-Kommission) verabschiedeten Schlußfolgerungen<sup>11</sup> sind ei-

<sup>5</sup> Am 12. November 1982 legte die EG-Kommission eine Mitteilung über die Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1982, S. 17–19.

<sup>6</sup> Am 12. November 1982 präsentierte die EG-Kommission den Vorschlag eines Beschlusses über eine Vorbereitungsphase für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Informationstechnologien. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 314 vom 30. November 1982, S. 44–46.

<sup>7</sup> Referat 412 vermerkte am 15. Juli 1982: „1) Wie schon für andere Politikbereiche hat die Kommission im Rahmen ihrer Mandatsdiskussion auch zur Innovationspolitik ein Strategiepapier erarbeitet. Dieses Papier wurde bisher im EG-Kreis noch nicht behandelt; ein Entwurf des Papiers wurde auf der Sitzung der Generaldirektoren für Industriepolitik im Oktober 1981 diskutiert. 2) In dem Kommissions-Papier wird dem Ziel ‚Gewährleistung eines mindestens ebenso günstigen Innovationsklimas in der EG‘, wie es in Japan und den USA besteht, großes Gewicht beigemessen. Dieses Ziel soll erreicht werden durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, durch den Ausbau des europäischen Binnenmarktes, abgestimmte Anstrengungen in Schlüsseltechnologiesektoren (Informationstechnologie, Biotechnologien), den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in Ausbildung und Grundlagenforschung, die Förderung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130479.

<sup>8</sup> Die EG-Kommission legte am 12. November 1982 den Vorschlag einer Verordnung über ein Sonderprogramm für Energieentwicklung vor. Das Ziel bestand darin, die Struktur des Energieverbrauchs zu verbessern. Diese Verbesserung sollte durch Maßnahmen im Bereich der Forschung und der Diversifizierung der Energiequellen sowie der rationelleren Verwendung der Energie in den Mitgliedstaaten erreicht werden, deren Energieverbrauch hoch war, vor allem in der Bundesrepublik. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 307 vom 24. November 1982, S. 6f.

<sup>9</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals bzw. Spaniens vgl. Dok. 331, Anm. 10 und 11.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zur EG-Süderweiterung vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 11.

nerseits Ausdruck der übereinstimmenden Ansicht aller MS über die politische Notwendigkeit eines möglichst baldigen erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen mit Portugal und Spanien, verdeutlichen andererseits aber auch die Einsicht, daß vor dem Beitritt noch eine Reihe schwieriger gemeinschaftsinterner Fragen einer Lösung bedarf. Daher verlangt der ER nicht nur weitere Verhandlungsfortschritte, sondern er fordert vor allem die Landwirtschaftsminister dringend auf, die Überprüfung der bestehenden Gemeinschaftsregeln für bestimmte mediterrane Agrarprodukte bis März 1983 abzuschließen. Außerdem soll die Kommission mit den Beitrittsländern die Möglichkeiten der Einführung von Maßnahmen (ähnlich den Gemeinschaftsdisziplinen) in sensiblen Sektoren erkunden. Der Allgemeine Rat (AM) soll dem nächsten ER (21./22. März 1983 in Brüssel<sup>12</sup>) einen Bericht zum Stand der Arbeiten über die in dem EG-Kommissions-Inventar aufgeworfenen Fragen vorlegen.

In der Diskussion hatte Präsident Mitterrand sich grundsätzlich zum gleichzeitigen Beitritt Portugals und Spaniens (keine Diskriminierung!) bekannt, zuvor aber die Anpassung des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei Wein, Obst, Gemüse und Olivenöl sowie eine befriedigende Regelung der Fischereiproblematik verlangt. Sonst müsse F ein Veto einlegen. Auch die Festlegung eines Beitrittsdatums käme daher nicht in Betracht. Der Bundeskanzler unterstrich die vitale politische Bedeutung eines Beitritts Spaniens auch für die Gemeinschaft. Er habe Verständnis dafür, daß man wegen der Agrarprobleme manche Fragen vor dem Beitritt regeln müsse. Der eindeutige politische Wille der MS zur Erweiterung müsse sich in entscheidenden Fortschritten während der deutschen Präsidentschaft ausdrücken.

Wohl nicht zuletzt mit Rücksicht auf die für Anfang März in Aussicht genommenen Wahlen zum Bundestag<sup>13</sup> vermieden alle Beteiligten eine Diskussion der Auswirkung der Süderweiterung auf die nahezu erschöpften Eigeneinnahmen der Gemeinschaft<sup>14</sup>. Lediglich Frau Thatcher äußerte, daß der Finanzrahmen der EG beim Beitritt noch nicht gesprengt werde. Wenn die Beitrittsmodalitäten ausgehandelt und die Reform des gemeinschaftlichen Besitzstandes abgeschlossen seien, könnte man über die zusätzlichen Kosten Klarheit gewinnen. Präsident Thorn stellte fest, daß die EG-Kommission für 1983 bei den Eigeneinnahmen keine Probleme voraussehe.

3) Zu den Beziehungen mit Drittstaaten sprach sich der ER für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und eine substantielle Erhöhung der IMF-Quoten aus.<sup>15</sup> Er begrüßte den Ausgang der GATT-Konferenz<sup>16</sup> und erklärte sich zu konstruktiver weiterer Mitwirkung im Rahmen des GATT bereit. Er bekannte sich zu einem engen und wirksamen Dialog mit den USA gerade auch in strittigen Fragen, um solide und vertrauensvolle Beziehungen zu gewährleisten.<sup>17</sup> Zu Japan erwartet der ER, daß der Ministerrat noch im Dezember Entschei-

<sup>12</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 vgl. den Runderlaß Nr. 36 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. März 1983; AAPD 1983.

<sup>13</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>14</sup> Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 102, Anm. 5.

<sup>15</sup> Vgl. die Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen über die Beziehungen zu dritten Staaten; BULLETIN DER EG 12/1982, S. 11 f.

<sup>16</sup> Zur GATT-Ministertagung vom 24. bis 27. November 1982 in Genf vgl. Dok. 333, Anm. 14.

<sup>17</sup> Zur Kritik der USA an der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 333, Anm. 15.

dungen „zur Verbesserung der Handelsbeziehungen“ treffen wird.<sup>18</sup> Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die unverzichtbare Bedeutung einer einheitlichen und kohärenten Gemeinschaftshaltung zur Durchsetzung der obigen Ziele. Sie begrüßten die Kommissionsinitiative zu den Beziehungen der Gemeinschaft mit den EL (Pisani-Memorandum<sup>19</sup>) und unterstrichen die vorrangige Bedeutung einer Vorbereitung der Verhandlungen mit den AKP-Staaten über Lomé III.

Die zuvor teilweise befürchtete einseitige Befassung mit den negativen Aspekten der Handelsbeziehungen EG–USA fand auf dem ER nicht statt. Lediglich Präsident Mitterrand ging in seiner Kritik an der Haltung der USA etwas weiter. Der BK äußerte sich skeptisch zu den Vorstellungen eines wenn auch nur vorübergehenden Importschutzes gegenüber Drittstaaten in sensitiven Bereichen. Die zu Japan gefundene ambivalente Formulierung geht auf GB und F zurück und könnte in ihrer Umsetzung (Selbstbeschränkungsvereinbarungen) Schwierigkeiten bereiten.

4) Die übrigen Mitglieder des ER appellierten freundschaftlich, aber dringlich an DK, dem ausgehandelten Kompromiß zur Festlegung der Gemeinsamen Fischereipolitik zuzustimmen.<sup>20</sup> Ob DK anlässlich des nächsten Fischereirats am 21.12.1982<sup>21</sup> zustimmen wird, bleibt trotz durchaus erkennbarem guten Willens der dänischen Regierung angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Folketing fraglich.<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Referat 411 vermerkte am 28. Dezember 1982: „Die Handelsbeziehungen zwischen EG und Japan stehen seit Jahren unter einem starken und bisher ständig angestiegenen Ungleichgewicht zum Nachteil der Gemeinschaft. Das bisher höchste Defizit entstand 1981 mit ca. 10,3 Mrd. US-Dollar. [...] Hauptursache dieser Handelsbilanzdefizite ist nach europäischer Ansicht die mangelnde Öffnung des japanischen Marktes für gewerbliche Produkte“. Auf der EG-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1982 in Brüssel seien auf Drängen Frankreichs im Grundsatz der „Übergang zu Konsultationen nach Art. XXIII 2 GATT, Fortsetzung der bisherigen Konsultationsrunden mit Japan parallel dazu und Verlängerung bei inhaltlicher Erweiterung (auf weitere Produkte) des statistischen Importüberwachungssystems für bestimmte japanische Exporte in die EG um ein Jahr beschlossen“ worden: „Außerdem wurde die EG-K[ommission] aufgefordert, von Japan ab 1983 eine Politik klar definierter und effektiver Exportmoderationen gegenüber der EG als Ganzes zu verlangen“. Vgl. Referat 411, Bd. 131140.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Memorandums der EG-Kommission vom 4. Oktober 1982 über die EG-Entwicklungspolitik („Pisani-Memorandum“) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 5/1982, S. 5–31.

<sup>20</sup> Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 233, Anm. 25 und 26.

<sup>21</sup> Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 22. Dezember 1982 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am Vortag in Brüssel: „Auch im letzten Anlauf unter dän[ischem] Vorsitz gelang es Rat wiederum nicht, Fischereipaket zu verabschieden und damit gemeinsame Fischereipolitik auf eine solide und dauerhafte Basis zu stellen. Trotz der Bereitschaft von neun MS zu weiteren, auch von dän. Del[egations]leiter, Fischereiminister Grove, als durchaus ausreichend bewerteten Nachbesserungen sah sich DK-Regierung schließlich durch eine – offensichtlich nicht nur auf die Oppositionsparteien im Folketing beschränkte – ablehnende Stellungnahme des parallel tagenden Marktausschusses des dän. Parlaments an einer Zustimmung gehindert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4708; Referat 411, Bd. 131254.

<sup>22</sup> Botschaftsrat I. Klasse Giesder, Kopenhagen, berichtete am 30. Dezember 1982 über die Haltung Dänemarks: „Heutige (30.12.) Sondersitzung des Marktausschusses endete mit vollständiger Übereinstimmung von Regierung, Opposition und Fischereiverbänden in Ablehnung der Kommissionsvorschläge. Einmütig wird nun Einhaltung der Römischen Verträge, mit denen vorgenannte Vorschläge nicht im Einklang stehen, gefordert. So sei es nicht Aufgabe der Kommission, sondern allein des Ministerrates, Fangquoten für Mitgliedstaaten zu beschließen. Zur Lösung der Fischereiprobleme werden weitere Verhandlungen als unabdingbare Voraussetzung genannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 759; Referat 411, Bd. 131254.

5) Wie auch andere Gipfelteilnehmer und insbesondere Präsident Mitterrand würdigten Bundeskanzler und Bundesminister den Kopenhagener ER vor der Presse positiv. Es habe zum richtigen Zeitpunkt eine wichtige, auch für die deutsche Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983 nützliche grundsätzliche Aussprache stattgefunden, die Grundlagen für gemeinsames Handeln geschaffen hätte. Entsprechend einer alten Übung trafen sich Präsident Mitterrand und der Bundeskanzler am Morgen des zweiten Konferenztages zu einem gemeinsamen Frühstück. Bei dem „fruchtbaren Gespräch“ (so der Bundeskanzler) wurden u. a. Ost-West-Fragen und die EG-Erweiterung erörtert.<sup>23</sup>

Steinkühler<sup>24</sup>

Referat 012, Bd. 124420

337

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

213-363.31-3090/82 VS-vertraulich

8. Dezember 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung für das Vierertreffen am 8.12. und das NATO-Treffen am 9./10.12.

Betr.: Sowjetischer Druck gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2A – 220-371.76 INF-2085/82 VS-v vom 30.11.1982<sup>4</sup>

I. Mitglieder der sowjetischen Führung, aber auch andere Vertreter der Sowjetunion üben seit geraumer Zeit öffentlich und in Gesprächen mit westlichen Part-

<sup>23</sup> Zum Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. Dok. 316, Anm. 17.

<sup>24</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 8. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 014 und 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 10. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Arnot am 13. Dezember 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 8. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 9. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Botschafter Ruth führte aus: „1) Die SU ist seit Beginn der dritten INF-Verhandlungsrunde (30. Sept. 82) bestrebt, durch Variierung bisheriger Vorschläge und offenbar zum Zweck eventueller künftiger öffentlicher Verwendung ‚Konzessionsbereitschaft‘ zu demonstrieren. Andererseits drohte sie in

nern Druck gegen eine eventuelle Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa aus. Dabei werden Konsequenzen sowohl für die politischen Beziehungen des Westens gegenüber der SU und insbesondere auch die der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Osteuropa angedroht als auch militärische Reaktionen gegenüber Westeuropa und gegenüber den USA. Abteilung 2A hat in der Bezugsaufzeichnung die sowjetischen Drohungen mit Gegenmaßnahmen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die INF-Verhandlungen in Genf<sup>5</sup> bereits angesprochen. Ohne ergänzend dazu eine vollständige Aufzählung aller sowjetischen einschlägigen Äußerungen präsentieren zu wollen, läßt sich anhand der wichtigsten Warnungen folgendes Bild zeichnen:

#### 1) Politische Konsequenzen

In seinem Rechenschaftsbericht vor dem 26. Parteitag der KPdSU am 23.2.1981<sup>6</sup> sagte Breschnew:

„Über eins sollte man sich im klaren sein: Die Stationierung gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner gerichteter neuer USA-Raketen auf dem Territorium der BRD, Italiens, Großbritanniens, der Niederlande oder Belgiens wird sich zwangsläufig auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern auswirken, ganz zu schweigen davon, wie sehr ihre eigene Sicherheit beeinträchtigt werden wird.“

Breschnew wiederholte in allgemeinerer Form diesen Gedanken in seinem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1981<sup>7</sup>:

„Wenn amerikanische Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, kommt es zu einer Verschlechterung der gesamten Lage in Europa, die sich auf die bilateralen Beziehungen auswirken wird. Ich sage das, ohne etwas zu verbergen. Daher sollten wir uns doch ernsthaft überlegen, wie wir die Lage hier verbessern können.“

Besonders auf die Bundesrepublik Deutschland gemünzt war eine Passage im Kommuniqué zum Treffen Breschnews mit Honecker am 11. August 1982.<sup>8</sup> Dort hieß es:

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1741*

einer Vielzahl von Äußerungen zunehmend mit Gegenmaßnahmen, falls es zur Verwirklichung der Stationierung kommen sollte. Derartigen, in Äußerungen maßgeblicher sowjetischer Persönlichkeiten und in der sowjetischen Presse enthaltenen Drohungen sind folgende Elemente gemeinsam: Die Behauptung, die Stationierung amerikanischer INF würde die – angeblich – bestehende Balance zu Lasten der Sowjetunion qualitativ verändern. Außerdem werde die Gefahr eines – möglicherweise irrtümlich ausgelöst – Atomkrieges beträchtlich erhöht. Die Erklärung, die SU sei gezwungen, als Reaktion auf die Stationierung amerikanischer INF zusätzliche Rüstungsmaßnahmen zu treffen. 2) Außerdem gab die sowjetische INF-Delegation am Rande der Genfer Verhandlungen zu Beginn der dritten Runde zu verstehen, daß eine der möglichen Gegenreaktionen auch der Abbruch der START- und INF-Verhandlungen sein könnte.“ Vgl. VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU, der vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau stattfand, vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 726–812. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 51 und Dok. 56.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „24. November 1981“.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1981 vgl. AAPD 1981, III, Dok. 336.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Generalsekretär des ZK der SED,

„Nach Meinung der Seiten könnte die BRD eine spürbarere Rolle bei der Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit spielen. Ihre gutnachbarlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern werden gefährlich bedroht von der Absicht, Hunderte neuer amerikanischer Raketen auf westdeutschem Boden zu stationieren.“

GS Honecker selbst erklärte öffentlich, daß im Schatten amerikanischer Atomraketen gutnachbarliche Beziehungen nicht gedeihen könnten<sup>9</sup>, eine Bemerkung, die erst am 2.12.1982 von Politbüromitglied Mittag gegenüber StM Jenninger wiederholt wurde<sup>10</sup>.

Die Drohung mit politischen Veränderungen bekräftigte GS Andropow, indem er im Gespräch mit dem Bundespräsidenten und dem Bundesminister am 15.11.1982<sup>11</sup> erklärte:

„Doch solle klar sein, daß im Falle der Realisierung des Stationierungsvorhabens die Beziehungen mit Westeuropa nicht so weiterentwickelt werden könnten, als ob nichts geschehen wäre. Dies würde eine neue strategische Situation entstehen lassen. Die Sowjetunion werde Konsequenzen ziehen: Hierüber solle keine Unklarheit bestehen.“

## 2) Militärische Konsequenzen

### a) Allgemein

In seiner Rede auf dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 16.3.1982<sup>12</sup> sagte Breschnew zur Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa u. a. folgendes:

„... würde in der Welt eine andere strategische Situation entstehen. Es würde sich eine zusätzliche reale Bedrohung unseres Landes und seiner Verbündeten durch die Vereinigten Staaten ergeben. Das würde uns zu solchen Gegenmaßnahmen zwingen, die die andere Seite in die entsprechende Lage, einschließlich

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1742*

Honecker, trafen am 11. August 1982 auf der Krim zusammen. Vgl. dazu Dok. 226, Anm. 19.

Für den Wortlaut der Erklärung zum Abschluß des Treffens vgl. den Artikel „Freundschaftliches Treffen zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker“, NEUES DEUTSCHLAND vom 12. August 1982, S. 1.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, auf der V. Plenarsitzung des ZK der SED am 26. November 1982 in Berlin (Ost) vgl. HONECKER, Reden, Bd. 9, S. 112–135.

<sup>10</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte am 3. Dezember 1982, Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, habe am 2. Dezember 1982 in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, geführt. Bräutigam übermittelte eine Gesprächsaufzeichnung, in der es hieß: „Mittag bezog sich auf GS Honeckers Ausführungen auf dem 5. Plenum des ZK der SED, in denen er das Schwergewicht auf die Fragen der Friedenssicherung und auf das gelegt habe, was realistisch sei. [...] Große Sorge bereite das Wettrüsten. [...] Für uns wäre es am besten, in Europa jegliche Kernwaffen abzuschaffen, das wäre die ideale Null-Lösung. Wir kennten das in der Bundesrepublik Deutschland befindliche Potential, das die internationalen Spannungen nicht mildere, sondern kompliziere, ob man das wolle oder nicht. M. wiederholte die Erklärungen Honeckers, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen dürfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1383; Referat 210, Bd. 132586.

<sup>11</sup> Für das Gespräch von Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 302.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR am 16. März 1982 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 227–241. Zur Rede vgl. ferner Dok. 89 und Dok. 97.

auch unmittelbar der Vereinigten Staaten, ihres Territoriums versetzen würde. Das darf man nicht vergessen.“

Entsprechend formulierte er in seiner Botschaft an den Bundeskanzler vom 5.11.1982<sup>13</sup>:

„Wenn aber die USA die Möglichkeit erlangen, ihre Raketen auf westdeutschem Boden zu stationieren, so wird es die strategische Situation in Europa grundlegend verändern und die Sowjetunion zwingen, wie wir bereits gesagt haben, für ihre eigene Sicherheit sowie für die Sicherheit ihrer Verbündeten mit Rücksicht auf die neuen Bedingungen zu sorgen.“

#### b) Aufstellung neuer sowjetischer Waffen

Bereits im Gespräch mit BM a.D. Eppler am 21.8.1981 hatte Sagladin eine Andeutung darüber gemacht, sowjetische Überlegungen über „Nach-Nach-Rüstung“ mit flächendeckender Reaktion seien schon in Detailfragen fortgeschritten.<sup>14</sup> Falin seinerseits sagte im Gespräch mit MdB Walther Leisler Kiep Ende Oktober 1981 in Moskau<sup>15</sup>:

„Wenn diese neuen Waffen nach Europa kommen, wird die Sowjetunion Gegenwaffen schaffen mit allen Folgen für Westeuropa. Sie können sich vorstellen, was das für Waffen sein werden.“

Falin spielte auf die Mobilität an, erwähnte dann aber auch die Kuba-Raketenkrise 1962<sup>16</sup>.

Bondarenko hatte zuvor im Gespräch mit Leisler Kiep bestritten, daß die SU die Absicht habe, die Bundesrepublik Deutschland in Planquadrate zu teilen (was er früher einmal gegenüber der Botschaft geäußert hatte), und sich darauf beschränkt, auf Gegenmaßnahmen hinzuweisen, die die SU zu treffen gezwungen sein werde. Falin wiederum bemerkte im Gespräch mit Bürgermeister Koschnick Mitte Dezember 1981<sup>17</sup>:

„Werde es zur Stationierung von amerikanischen Cruise Missiles und Pershing II in Westeuropa kommen, so sei mit sowjetischen Gegenmaßnahmen gegen diese Systeme sowie mit weiteren in entsprechender Nähe zu den USA zu rechnen.“

In ihrem Gespräch mit MdB Schäfer Ende November 1982 betonten Bondarenko und Sagladin nachdrücklich, bereits die Stationierung des ersten INF-Systems in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, bedeute eine neue strategische Lage für die Sowjetunion, auf die sie jedenfalls antworten werde.<sup>18</sup> Sagladin ließ erkennen, daß dabei sowohl an Waffen gedacht ist, die die Stationierungsländer unter Berücksichtigung der Beweglichkeit der westlichen INF abdecken, wie auch an andere Mittel gegenüber den USA selbst.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 10. November 1982 das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 5. November 1982 an Bundeskanzler Kohl in deutscher Übersetzung. Vgl. dazu VS-Bd. 14106 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Der SPD-Landtagsabgeordnete Eppler hielt sich vom 20. bis 23. August 1981 in der UdSSR auf.

<sup>15</sup> Der CDU-Abgeordnete Kiep besuchte die UdSSR vom 28. bis 30. Oktober 1981.

<sup>16</sup> Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

<sup>17</sup> Der Präsident des Bundesrats und des bremischen Senats, Koschnick, hielt sich vom 13. bis 17. Dezember 1981 in der UdSSR auf.

<sup>18</sup> Der FDP-Abgeordnete Schäfer besuchte die UdSSR vom 27. November bis 1. Dezember 1982.

## c) Reaktionen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland

Im Gespräch mit dem Bundespräsidenten und dem Bundesminister am 15.11. machte GS Andropow die Bemerkung:

„Die sowjetischen Raketen seien nicht auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Aber wenn in der Bundesrepublik Deutschland neue Raketen aufgestellt würden, dann würden dementsprechende Folgerungen gezogen werden.“

## d) Andere Reaktionen im militärischen Bereich

Samjatin sagte in seinem Gespräch mit StS Bölling am 30. August 1982 in Bonn<sup>19</sup>:

„Wenn die Amerikaner Mittelstreckenraketen in Europa aufstellten, seien die Sowjets wegen der sich verringernenden Entfernung und Vorwarnzeit gezwungen, ihre Verteidigungssysteme auf automatische Reaktion umzustellen. Damit beschäftige man sich in der Sowjetunion.“

Die Agentur Nowosti verbreitete am 30.11. eine Mitteilung, in der folgendes zu lesen war:

„Wie der APN<sup>20</sup> bekanntgeworden ist, geht man in den sowjetischen militärischen Kreisen davon aus, daß sich gegenwärtig eine Situation herausbildet, in der das Auftauchen einer Kernrakete in dem an die UdSSR grenzenden Luftraum von der Sowjetunion unweigerlich augenblickliche Gegenreaktionen erfordert. Es handelt sich um eine Pershing II oder eine Flüglerakete, die zwar eine geringere Fluggeschwindigkeit besitzt, dafür jedoch unentdeckt zum Ziel gelangen und dieses unerwartet treffen kann. Diese Raketen gedenkt das Pentagon in nächster Zeit auf westeuropäischem Boden zu stationieren ... Da die Warnzeit außerordentlich gering ist, bleibt als einzige Möglichkeit nur ein atomarer Vergeltungsschlag.“

## e) Rückwirkungen auf die Verhandlungen

Nachdem Kwizinskij bei den Verhandlungen in Genf zunächst für den Fall westlicher Stationierungen den Abbruch der Verhandlungen angedroht hatte, macht er nunmehr deutlich, daß die SU zwar weiterverhandeln, aber dafür ihrerseits neue Systeme aufstellen werde. Entsprechend räumte Sagladin in dem Gespräch mit MdB Schäfer vor einigen Tagen ein, es könne, wenn auch unter sehr erschwerten Bedingungen, vielleicht weiterverhandelt werden.

II. 1) Zu den sowjetischen Drohungen läßt sich zusammenfassend folgendes sagen:

- Die SU dürfte auch nach dem Beginn der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa bereit sein, weiter zu verhandeln.
- Sie wird voraussichtlich zusätzliche Systeme, die aber z. T. ohnehin schon in der Produktion sind, wie die SS-21, -22, -23, sowohl gegen Westeuropa und dort insbesondere gegen militärische Ziele in den neuen Stationierungslän-

<sup>19</sup> Der Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Samjatin, hielt sich vom 28. August bis 5. September 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 30. August 1982 führte er ein Gespräch mit Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt. Dabei wurden die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die INF-Verhandlungen in Genf und die Lage in Polen thematisiert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Presse- und Informationsamts vom 31. August 1982; Referat 213, Bd. 133198.

<sup>20</sup> Agentstwo Petschati Nowosti.

dern als auch möglicherweise gegen die USA in Stellung bringen. Die Nachrüstung kann dabei zum Vorwand bzw. zur Rechtfertigung ohnedies vorgehener sowjetischer Rüstungsprogramme nach dem vom ehemaligen amerikanischen VM Brown geprägten Motto werden: „If we arm, they arm. If we don't arm, they arm.“

- Die politischen Beziehungen der Stationierungsländer zur SU dürften jedenfalls vorübergehend beeinträchtigt werden. Dies dürfte insbesondere auch für das Verhältnis zwischen der DDR und uns gelten. Auch die Beziehungen zu den übrigen mitteleuropäischen Staaten könnten zeitweise leiden.

2) Es ist nicht das erste Mal, daß die SU gegen ihr unerwünschte Veränderungen mit dem Mittel der Drohung vorgeht. Solche Drohungen hatte sie gegen das Vorhaben der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1952<sup>21</sup>, gegen die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO<sup>22</sup> und gegen die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen in Europa sowie – im politischen Bereich – gegen die Einbeziehung Berlins in die Wahlen zum Europäischen Parlament<sup>23</sup>, 1981 gegen den NATO-Beitritt Spaniens<sup>24</sup>, jeweils mit unterschiedlichem Gehalt angewandt.

In mehreren dieser Fälle ist es jedoch entweder zu keinen oder jedenfalls zu keinen nachhaltigen Reaktionen der SU gekommen, sobald die von ihr nicht aufzuhaltende Veränderung eingetreten war. Aus diesen Erfahrungen läßt sich freilich nicht ableiten, alle sowjetischen Drohungen seien bar jeglicher praktischer Konsequenz. Dennoch kann man im Falle der Mittelstreckenwaffenstationierung davon ausgehen, daß die SU bei gewissen, möglicherweise noch nicht endgültig festgelegten Reaktionen im Rüstungsbereich keinen Abbruch der Beziehungen zu den betroffenen westlichen Staaten vornehmen wird, allerdings schon aus Selbstachtung zeitweise eine gewisse Abkühlung eintreten lassen wird.

3) Mit weiterem sowjetischen Druck, möglicherweise noch in intensiverer Form, ist im Laufe des kommenden Jahres zu rechnen.

D 2A i. V.<sup>25</sup> hat mitgezeichnet.

i. V. Braunmühl

**VS-Bd. 13297 (213)**

<sup>21</sup> Der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation wurde am 24. Oktober 1950 von Ministerpräsident Plevin vor der französischen Nationalversammlung erläutert. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7118 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3518–3520. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 134, Dok. 136 und Dok. 142.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 343–424.

Die französische Nationalversammlung beschloß am 30. August 1954 die unbefristete Vertagung der Beratungen über den EVG-Vertrag, was der Ablehnung der Ratifizierung gleichkam und das Scheitern der EVG bedeutete. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f. Vgl. dazu auch BDFD, I, S. 455 f.

<sup>22</sup> Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik am 9. Mai 1955 der NATO bei.

<sup>23</sup> Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

<sup>24</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>25</sup> Klaus Jürgen Citron.

## 338

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán López in Brüssel

105-99/82 VS-vertraulich

9. Dezember 1982<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem spanischen Außenminister Fernando Morán am 9.12.1982, 8.15 Uhr, Brüssel (Vier-Augen-Gespräch)<sup>2</sup>; hier: Dolmetscheraufzeichnung

*BM* hieß den spanischen *AM* herzlich willkommen und unterstrich das außerordentlich große Interesse der Bundesregierung an engen und freundschaftlichen Kontakten zu der spanischen Regierung. Der Bundeskanzler freue sich darauf, *MP González* so bald wie möglich in Bonn begrüßen zu können. Dann könne man auf der Grundlage guter und enger bilateraler Beziehungen die gemeinsamen Aufgaben für die Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft<sup>3</sup> angehen, die die Bundesregierung nutzen wolle, um sich intensiv für den spanischen EG-Beitritt<sup>4</sup> einzusetzen.

Der *spanische AM* dankte *BM* für die Gelegenheit zu dem Gespräch und fügte hinzu, *MP González* habe die Einladung von Bundeskanzler Kohl gerne angenommen und habe großes Interesse daran, der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abzustatten. Das Datum sei noch festzulegen.<sup>5</sup>

*BM* wisse, daß Spanien immer sehr gute und problemfreie Beziehungen zu Deutschland gehabt und von deutscher Seite viel Unterstützung für die Verwirklichung seiner Ziele bekommen habe. Eines der wichtigsten Ziele der sozialistischen Regierung sei Europa – die Beteiligung an der EG und Mitarbeit am Aufbau eines politischen Europa. Seine Regierung hoffe, daß unter deutscher EG-Präsidentschaft und verstärkt ab März nächsten Jahres<sup>6</sup> schneller Wege gefunden werden könnten, um die bestehenden Probleme zu definieren und zu lösen und so die Integration Spaniens in die Gemeinschaft zu einem relativ frühen Zeitpunkt zu verwirklichen. Damit könnten auch Frustrationen abgebaut werden, die in der spanischen Bevölkerung über die Verzögerung bei den Beitrittsverhandlungen entstanden seien.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Lehnhardt am 9. Dezember 1982 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz weitergeleitet. Dazu vermerkte sie: „Dolmetscheraufzeichnungen werden vom Sprachendienst grundsätzlich als VS behandelt. Ihre formale VS-Einstufung soll der Empfänger vornehmen. Dieser erhält sämtliche Exemplare von Dolmetscheraufzeichnungen. Ihm obliegt jede weitere Verteilung. Im Sprachendienst verbleibt keine Kopie.“

Hat Ploetz am 13. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung, die am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel stattfand, vom 8. bis 10. Dezember 1982 in Belgien auf.

<sup>3</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 331, Anm. 10.

<sup>5</sup> Ministerpräsident González hielt sich vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 3. Mai 1983 vgl. AAPD 1983.

<sup>6</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

Während des Franco-Regimes sei Europa eine Art politischer Mythos gewesen und mit der Demokratisierung gleichgesetzt worden. Dies habe dazu geführt, daß man geglaubt habe, nach der Demokratisierung des Landes werde Spaniens Weg nach Europa schneller und leichter sein. Nun aber gebe es viele Hindernisse auf diesem Weg, die in seinem Land Frustrationen ausgelöst hätten.

*BM* erwiderte, er verstehe dies sehr gut, zumal er wisse, daß die spanischen Demokraten auf Europa gesetzt hätten. Die Bundesrepublik Deutschland habe immer wieder darauf hingewiesen, daß der spanische EG-Beitritt in erster Linie von politischer Bedeutung sei. Andererseits dürfe man auch nicht übersehen, daß die Mitgliedsländer der Gemeinschaft bei den Beitrittsverhandlungen mit England<sup>7</sup> schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Im Verlauf der Verhandlungen habe man die anstehenden Probleme nicht gelöst, was bereits zu drei Neuverhandlungen mit England geführt habe. Nun wollten die Mitgliedsländer eine Wiederholung dieses Fehlers vermeiden. Die Bundesrepublik Deutschland sage ihnen, es sei zwar nötig, alle Probleme zu lösen, aber die Suche nach der Lösung dürfe nicht zur Folge haben, daß der Beitritt Spaniens zu weit hinausgeschoben werde oder die Spanier letzten Endes ihr Interesse am Beitritt verlore.

Der *spanische AM* entgegnete, das Interesse Spaniens am Beitritt bestehe unverändert fort. Aber es seien aufgrund technischer und intellektueller Analysen Frustrationen entstanden, die deutlich gemacht hätten, daß der Beitrittsgedanke zu einer Art fixen Idee („obsesión“) geworden sei, die nicht der Realität entspreche. Die sozialistische Regierung habe es sich in bezug auf Europa zum obersten Ziel gemacht, das gemeinsame kulturelle Erbe zu pflegen, einen Beitrag zum politischen Modell zu leisten und den Handelsaustausch mit den Mitgliedsländern der EG zu erweitern. Allerdings sei klar, daß die Hindernisse bei den Beitrittsverhandlungen nationalistische Kräfte in Spanien auf den Plan rufen könnten, die sich eindeutig gegen den EG-Beitritt aussprechen würden.

*BM* sagte, er sei sich dieser Probleme bewußt. *AM* könne davon ausgehen, daß sich die Bundesregierung nicht nur wegen des Vorsitzes in der EG in den nächsten sechs Monaten, sondern aufgrund ihrer Haltung Spanien und der spanischen Demokratie gegenüber aktiv für den spanischen EG-Beitritt einsetzen werde. In Kopenhagen<sup>8</sup> habe die Bundesregierung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die gleichzeitige Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft unterstütze. Würde der portugiesische Beitritt<sup>9</sup> vorgezogen, bedeute dies, seiner Meinung nach, eine noch größere Verzögerung für die spanische Integration in die EG.

Der *spanische AM* betonte, die Beziehungen zwischen Spanien und Portugal seien sehr eng und tief verwurzelt. Beide Länder verfolgten ähnliche Ziele; dennoch gebe es Situationen, in denen bestimmte Bevölkerungsschichten in Por-

<sup>7</sup> Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten vom 30. Juni 1970 bis 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat am 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>8</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 vgl. Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>9</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 331, Anm. 11.

tugal mit Unverständnis reagierten, was im Verhältnis zwischen Nachbarländern verständlich sei, zumal sie einmal unter einer Krone vereint gewesen seien. Portugal habe in bezug auf den EG-Beitritt andere und weniger Probleme als Spanien. Käme der portugiesische Beitritt schneller zustande als der spanische, hätte dies schwerwiegende psychologische Auswirkungen zur Folge. Auch wenn sich im Bereich der Politik und Wirtschaft nichts verändern würde, könnten die psychologischen Folgen für Spanien besonders zum augenblicklichen Zeitpunkt sehr einschneidend sein.

BM fügte hinzu, er sei sich dieser Tatsache bewußt; AM könnte davon ausgehen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland für eine gleichzeitige Aufnahme beider Länder einsetzen werde.

Der *spanische AM* informierte BM darüber, daß er am 13.12.82 wieder in Brüssel sein und eine Erklärung zum spanischen EG-Beitritt abgeben werde<sup>10</sup>, die für die Mitgliedsländer der Gemeinschaft interessant, für die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf ihre Präsidentschaft nützlich sein könne. Sollte es in dieser Erklärung einen Absatz geben, der zwar die Regeln der Höflichkeit beachte, ansonsten aber die spanische Haltung sehr bestimmt zum Ausdruck bringe, richte sich das nicht gegen Deutschland. Er bitte seinen Kollegen, dies dann nicht falsch zu verstehen.

BM befragte den AM nach der Einstellung seiner Regierung zur NATO-Frage.

Der *spanische AM* antwortete, er werde im Verlauf des Tages in der geheimen Sitzung eine Erklärung darüber abgeben.<sup>11</sup> Zusammenfassend wolle er BM schon jetzt folgendes sagen: Nach der Entscheidung der vorigen Regierung<sup>12</sup> für den spanischen NATO-Beitritt<sup>13</sup> habe die PSOE angekündigt, sie werde im Falle eines Wahlsieges keine weiteren Schritte hin zur militärischen Integration machen. Die Entscheidung werde überprüft und zur Volksabstimmung vorgelegt werden.<sup>14</sup> Er wolle unterstreichen, dies bedeute nicht, daß die spanischen Sozialisten Neutralitätsabsichten verfolgten oder nicht für die westliche Verteidigung eintreten wollten.

Spanien habe seit 1953 bilaterale Beziehungen zu den USA und sei auch bereit, im Bereich der Verteidigung bilaterale Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens zu akzeptieren. Auch mit europäischen Ländern, Deutschland inbegriffen, sei Spanien zur Zusammenarbeit

<sup>10</sup> Zur Erklärung des spanischen Außenministers Morán López am 13. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 331, Anm. 10.

<sup>11</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 9. Dezember 1982 den Text der Erklärung des spanischen Außenministers Morán López bei der NATO-Ministerratstagung am 9. Dezember 1982 in Brüssel. Wieck teilte zudem mit, Morán López habe die übrigen Außenminister um Zustimmung gebeten, beim Communiqué „eine Fußnote mit folgendem Inhalt vorzusehen: ‚The Minister for Foreign Affairs of Spain has informed the Spanish Government’s purpose regarding the Alliance and reserved his Government’s position on the present communiqué.‘ Die Minister stimmten dem zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2285; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982. Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>12</sup> Nach den Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

<sup>13</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>14</sup> In Spanien fand am 12. März 1986 eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft statt, bei der sich eine Mehrheit für den Verbleib des Landes in der NATO aussprach.

z. B. bei Rüstungs- und Strategiefragen bereit. Die Tatsache, daß es bei der militärischen Integration keine weiteren Schritte nach vorn machen wolle, heiße nicht, daß Spanien seine Mitarbeit in den militärischen Gremien aufgeben werde. Sein Land wolle nichts tun, was von außen als Schwächung der Integration angesehen werden könnte. Ein Zeichen dafür sei seine Anwesenheit bei der NATO-Außenministerkonferenz. Spanien wolle keine Politik des leeren Stuhls betreiben, sondern sich als solider und treuer Verbündeter zeigen; es wolle allerdings selbst über die Form seines Verteidigungsbeitrages bestimmen. Er nehme an der Konferenz teil, auch wenn dies von der spanischen Bevölkerung zum Teil nicht gerne gesehen werde.

Die spanische Regierung habe noch keine genaue Vorstellung vom Zeitpunkt und der Art der Durchführung einer Volksabstimmung in bezug auf das NATO-Thema. In jedem Fall müßten ihr eine sachliche Prüfung und eine öffentliche und parlamentarische Debatte vorausgehen.

Im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit den USA habe die vorige Regierung militärische Abkommen mit den USA unterzeichnet, die allerdings noch nicht die parlamentarische Zustimmung erhalten hätten.<sup>15</sup> Diese Abkommen beinhalteten eine Bezugnahme auf die NATO, sowohl auf das Bündnis als auch auf die militärische Organisation. Seiner Meinung nach seien Neuverhandlungen mit den USA über die Abkommen schwierig. Eine Lösung für diese Frage müsse bald gefunden werden, denn ab Mai 1983 würden die Amerikaner damit beginnen, ihre militärischen Einrichtungen abzubauen. Er glaube, es sei leicht möglich, einen Text (Protokoll, Notenwechsel o. ä.) zu erarbeiten, in dem gesagt werde, daß die Bezugnahme auf die NATO in den Abkommen auf die NATO allgemein und nicht auf die militärische Organisation gerichtet ist. Danach könne das Abkommen dem Parlament vorgelegt werden.

Er wisse, daß Deutschland mit den USA befreundet sei und BM freundschaftliche Beziehungen zum amerikanischen AM unterhalte. Er wäre BM sehr dankbar, wenn er AM Shultz diesen Sachverhalt darlegen könnte.

*BM* erwiderte, er werde dies gerne tun.

Der *spanische AM* fuhr fort, er sei der Ansicht, es sei leichter, das Abkommen mit den USA zu verändern bzw. zu korrigieren, als in Neuverhandlungen mit den USA einzutreten. Die Haltung Spaniens bezüglich seines Verteidigungsbeitrages habe nichts mit mangelndem Interesse oder Doktrinarismus zu tun, sondern entspreche lediglich den strategischen Bedürfnissen und Problemen Spaniens. Es sei schwer für ein Volk, sich einem Bündnis und einer militärischen Organisation anzuschließen, wenn man ihm gleichzeitig die Integration in die EG nicht ermögliche und es immer noch mit einem Territorialproblem aus der Kolonialzeit<sup>16</sup> zu kämpfen habe.

*BM* entgegnete, in der letzten Bundestagsdebatte habe er zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit Spanien gesprochen und gesagt, er wolle nicht, daß eine eher rechte Opposition in Spanien sage, man wolle zwar die Söhne spanischer

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des am 2. Juli 1982 unterzeichneten Vertrags über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit zwischen Spanien und den USA vgl. UNTS, Bd. 1322, S. 138–384.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Gibraltar-Frage; Dok. 27, Anm. 17.

Familien als Soldaten in der NATO, aber nicht die spanischen Agrarprodukte auf dem europäischen Markt haben.<sup>17</sup>

Der *spanische AM* dankte *BM* für die Haltung und betonte, man könne schwerlich von einem Land militärische Unterstützung verlangen bei gleichzeitiger Verweigerung seiner territorialen Integrität, Gibraltar betreffend, und einer Behandlung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, die sich von anderen europäischen Ländern stark unterscheidet.

Vor zwei Tagen habe seine Regierung mit der Öffnung der Landgrenze zu Gibraltar für Fußgänger einen wichtigen Schritt getan. Dies müßten die Verbündeten anerkennen, zumal es klar zum Ausdruck bringe, daß die spanische Regierung nicht nationalistisch denke, sondern zur Zusammenarbeit bereit sei.

*BM* fragte *AM*, welche Haltung die spanische Regierung in bezug auf das bei Abschluß der NATO-AM-Konferenz zu verabschiedende Kommuniqué<sup>18</sup> einnehme.

Der *spanische AM* antwortete, die spanische Seite werde nicht wie die Griechen verfahren, die über jedes Wort diskutieren wollten. Die spanische Regierung sei mit dem Geist des Kommuniqués einverstanden, wolle aber darauf hinweisen, daß sie die Form des spanischen Beitrags zur westlichen Verteidigung gründlich überprüfen werde. Es sei daran gedacht, in einer Fußnote auf die Erklärung hinzuweisen, die *AM* in der geheimen Sitzung abgeben wolle.

*BM* erwiderte, er halte allgemeine Erklärungen für besser als eine langwierige Diskussion um Formulierungen.

Der *spanische AM* betonte abermals, Spanien wolle keine Politik des leeren Stuhls verfolgen oder Punkt für Punkt das Kommuniqué durchgehen und Alternativen vorschlagen. Es wolle weder in dieser noch in anderen Sitzungen Anlaß zu Reibereien und Auseinandersetzungen geben. Auch die Erklärung, die er vorbereitet habe, sei gemäßigt.

Auf die Frage des spanischen *AM*, was die Bundesrepublik Deutschland und Spanien unter deutscher EG-Präsidentschaft und besonders ab März 1983 gemeinsam unternehmen könnten, um den spanischen EG-Beitritt zu beschleunigen, antwortete *BM*, in Kopenhagen hätten sich alle Mitgliedsländer für einen baldigen Beitritt Spaniens ausgesprochen. Die Hauptprobleme lägen im Bereich der Agrarprodukte, was die Franzosen und Italiener am meisten betreffe. Daher müsse man versuchen, die Probleme zu definieren und im Rahmen der GAP zu lösen.

Er habe noch den großen Irrtum der Gemeinschaft bei den Verhandlungen mit Norwegen vor Augen. Damals sei die Fischereifrage das zentrale Problem Norwegens gewesen. Die Gemeinschaft habe nicht erkannt, daß ein Nebenproblem vieler Länder das Hauptproblem für Norwegen gewesen sei – mit dem Ergeb-

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher gab am 25. November 1982 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut seiner Ausführungen zum EG-Beitritt Spaniens vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTER, Bd. 123, S. 8038.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués, das bei der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

nis, daß Norwegen nicht Mitglied der Gemeinschaft geworden sei.<sup>19</sup> Das heiße also, man müsse deutlich sehen, welches die Hauptprobleme eines beitriftswiligen Landes seien, um dann realistischer darauf reagieren zu können.

Der *spanische AM* entgegnete, BM kenne die Hauptprobleme Spaniens. Wenn Spanien nur eine Übergangszeit von sieben bis zehn Jahren für alle Bereiche, also nicht für Landwirtschaft und Industrie getrennt, zugestanden bekomme, wäre dies besonders für die spanische Industrieproduktion sehr nachteilig. Es gäbe dann viele spanische Unternehmer, die dem Wettbewerb nicht standhalten könnten. Die frühere Regierung habe die Industrialisierung schnell vorangetrieben, vor allem in der Petrochemie, der Textil-, Stahl- und Autoindustrie. Für die spanische Industrie stelle der spanische EG-Beitritt eine wichtige und schwierige Herausforderung dar, die nur mittelfristig in den Griff zu bekommen sei.

Er fügte hinzu, Spanien werde bald die Mehrwertsteuer einführen. Für andere Länder bedeute die Erweiterung der Gemeinschaft, daß sie höhere Beiträge zahlen müßten. Aber die spanische Regierung sei aufgrund der von der Kommission ausgearbeiteten Aufstellung der Meinung, daß diese Beiträge im Vergleich zu den Summen, die für die Erhaltung und Durchführung der GAP aufgewandt werden müßten, gering seien. Auf die Frage des spanischen AM, ob BM bereit sei, während der deutschen Präsidentschaft regelmäßig und offen mit der spanischen Regierung über die jeweiligen Gesichtspunkte und Arbeitsmethoden zu sprechen, erwiderte BM, er werde dies sehr gerne tun. AM werde ja mit MP González nach Bonn kommen; sollte sich dieser Besuch aus welchen Gründen auch immer nicht so schnell verwirklichen lassen, wie die Bundesregierung hoffe, sei AM herzlich eingeladen, auch alleine zu kommen.

Der *spanische AM* entgegnete, er werde auch mit Botschafter Brunner in Kontakt treten, um über mögliche Arbeitsmethoden zu sprechen.

Das Gespräch endete um 9.00 Uhr.

**VS-Bd. 14106 (010)**

<sup>19</sup> Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung über den EG-Beitritt statt, bei der sich 54 % der Abstimmenden dagegen aussprachen. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

339

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel,  
an das Auswärtige Amt**

**114-16102/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2276**  
**Citissime**

**Aufgabe: 9. Dezember 1982, 11.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 9. Dezember 1982, 12.26 Uhr**

Betr.: Vierer-Treffen in Brüssel am 8.12.82<sup>2</sup>;

hier: Westliches Gesamtkonzept für die West-Ost-Beziehungen einschließlich Prozedurfragen zu West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen

Von BM noch nicht genehmigt

1) Die vier Außenminister befaßten sich, anknüpfend an den Washingtoner „summary of conclusions“<sup>3</sup>, eingehend mit dem Follow-up. Der den drei europäischen Außenministern zugegangene Brief von AM Shultz<sup>4</sup> bildete dabei den konkreten Anknüpfungspunkt.

2) Diskussion und Ergebnis werden wie folgt zusammengefaßt:

Im Anschluß an die vorangegangenen Gespräche BM–Shultz in Bonn<sup>5</sup> und eine generell zustimmende Antwort von Pym auf den Shultz-Brief hatte Diskussion – nach bekanntem Muster – über weite Teile Charakter eines Disputes drei zu eins. Es wurde folgende Einigung erzielt, die Shultz als Fortschritt bezeichnete.

a) Vereinbarte Studien<sup>6</sup> sollen in den vorhandenen Gremien vorangetrieben bzw. aufgenommen werden, nämlich:

- COCOM soll Arbeit betreffend strategische Güter und militärisch relevante Technologie schnell und wirkungsvoll fortsetzen, es soll ferner angewiesen werden, seine Prüfung auch auf den im Non-paper von Washington genannten Bereich anderer Güter hochentwickelter Technologie, darunter Technologie und Ausrüstungen für den Öl- und Gassektor, auszudehnen, die nicht von militärischer Bedeutung im direkten Sinn sind.
- Anregung, Gas- und Öltechnologie in COCOM zu behandeln, ging von Cheysson aus, er sprach sich allerdings an anderer Stelle gegen ein „zweites COCOM“ aus, das alle wirtschaftlichen Kontakte unabhängig von ihrer mili-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen verfügte.  
Hat Horstmann und Jansen am 9. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. auch Dok. 340 und Dok. 341.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das amerikanische Non-paper in der Fassung vom 8. November 1982; Dok. 297, Anm. 8.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 3. Dezember 1982 an Bundesminister Genscher; Dok. 333, Anm. 6.

<sup>5</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1982 vgl. Dok. 332 und Dok. 333.

<sup>6</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

tärischen oder strategischen Relevanz überwacht. Cheysson widersprach aber der Formulierung von Shultz, „COCOM should broaden sight to the other category“, nicht.

- Finanzminister sollen aufgefordert werden, die Prüfung der Harmonisierung der Kreditpolitik zu beschleunigen, die vereinbarte Prüfung der Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen in OECD soll in Gang gesetzt werden.
- OECD soll gebeten werden, die Studie über den Energiebedarf und alternative Energiequellen in Abstützung auf die IEA durchzuführen. Es bleibt bei den – wie AM Cheysson betonte – unilateralen Erklärungen, während der Studiendauer keine neuen Verträge mit der SU über Erdgasbezüge zu schließen.
- Vorläufig keine Einigung darüber, ob Gesamtstudie über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen erstellt werden soll und gegebenenfalls wer sie erstellt. Cheysson befürchtet „zu große Bindungen“. Shultz, der wie BM und Pym Präferenz für OECD hatte, will Thema mit Cheysson bilateral am 9.12. weiter erörtern. Einvernehmen, daß Agrarprodukte im Rahmen der Gesamtanalyse behandelt werden.
- NATO soll eingehende Studie der sowjetischen Wirtschaftsaussichten und ihrer Auswirkungen auf den Rüstungssektor durchführen.
- NATO soll ferner Studie über künftige Trends der sowjetischen Politik und ihrer Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis übernehmen. (Cheysson möchte sie bereits beim nächsten NATO-AM-Treffen in Paris<sup>7</sup> erörtern.)

b) Über Bildung oder Nutzung einer Gruppe zur Überwachung und Koordinierung der Studien wurde kein Einvernehmen erzielt. (Pym: Kontrollieren, ohne Ergebnis vorzuschreiben.) Der Vorschlag BMs, bewährte Washingtoner Gruppe (Sieben plus Zwei, ab 1.1.83: Sieben plus Eins) als „Impulsgeber“ vorzusehen, fand Zustimmung von Shultz und Pym. Cheysson sprach sich gegen derartige „Institutionalisierung“ der Siebener-Gruppierung und überhaupt gegen jede „feste Struktur“ aus und betonte französische Sorge, daß uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit der nationalen Regierungen in Fragen der Handelspolitik begrenzt werden könnte. Schlußfolgerungen aus Studien und vor allem konkrete Entscheidungen müßten jeweiligen Regierungen überlassen bleiben. Hier Zustimmung von BM, der auf entsprechenden EG-Entschluß<sup>8</sup> verwies, und von Pym, kein Widerspruch von Shultz. Cheysson unterstrich, Frankreich werde keine Kontrollen seiner Wirtschaftspolitik akzeptieren. Statt dessen sollten die Hauptfragen im Licht der dann vorliegenden Studien beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg<sup>9</sup> im Kreis der Sieben erörtert werden; bi- und multilaterale, auch Ad-hoc-Konsultationen, würde F akzeptieren.

<sup>7</sup> Die NATO-Ministerratstagung in Paris fand am 9./10. Juni 1983 statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 1193 und 1194 des Botschafters Wieck, z. Z. Paris, vom 10. Juni 1983; AAPD 1983.

<sup>8</sup> Zu den Beschlüssen, die bei der EG-Ministerratstagung am 22./23. November 1982 in Brüssel getroffen wurden, vgl. Dok. 305, Anm. 8.

<sup>9</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 65/66 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Juni 1983; AAPD 1983.

c) Die Aufträge zu den unter a) genannten Studien sollen, soweit nicht schon erteilt, von den vier anwesenden Außenministern durch Schreiben an OECD-GS<sup>10</sup>, bzw. an COCOM und NATO, erteilt werden. AM Shultz will Japaner für entsprechendes Vorgehen (OECD, COCOM) gewinnen und auch mit Kanadiern und Italienern sprechen. Die Aufträge sollen sich inhaltlich an dem Non-paper ausrichten.

Shultz erklärte Bereitschaft der USA, Studien durch nationale Beiträge und Bereitstellung qualifizierter Persönlichkeiten für OECD zu beschleunigen, und forderte Partner auf, entsprechend zu verfahren.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14110 (010)

340

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel,  
an das Auswärtige Amt**

114-16119/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2281  
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1982, 16.55 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. Dezember 1982, 17.18 Uhr

Betr.: Treffen der vier Außenminister am 8.12.1982 in Brüssel<sup>2</sup>

Die vier Minister behandelten folgende Themen:

- 1) Globalkonzept für Ost-West-Beziehungen einschließlich Wirtschaft (vgl. gesonderter Drahtbericht<sup>3</sup>),
- 2) KSZE,
- 3) Polen,
- 4) neue Führung in der Sowjetunion,
- 5) Türkei,
- 6) Griechenland–Türkei,
- 7) Spanien,

<sup>10</sup> Emile van Lennep.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 13. Dezember 1982 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor Fischer am 14. Dezember 1982 vorgelegen, der für die Referate 411 und 422 handschriftlich vermerkte: „Siehe S. 2.“ Zudem vermerkte er für Referat 411: „Sie sollten dies wegen S. 2 behalten.“ Vgl. Anm. 8 und 10.

<sup>2</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. auch Dok. 341.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht Nr. 2276 des Ministerialdirektors Pfeffer, z.Z. Brüssel, vom 9. Dezember 1982 vgl. Dok. 339.

- 8) Jugoslawien,  
 9) Seerecht,  
 10) Mittel- und Zentralamerika.

Zu 2) KSZE

Bundesminister faßte auf der Grundlage der Diskussion der Politischen Direktoren<sup>4</sup> folgendermaßen zusammen:

Wir sind einig, die Verhandlungen nach Weihnachten mit dem Ziel fortzusetzen, ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument einschließlich der Änderungen, die wir gemeinsam vorgeschlagen haben, zu erreichen.<sup>5</sup> Dabei werden wir uns auch besonders darauf konzentrieren, daß ein präzises Mandat für eine KAE verabschiedet wird.

AM Shultz erklärte sich einverstanden und fügte hinzu, es sei notwendig, eine feste Haltung in der Frage der Menschenrechte beizubehalten.

Cheysson ergänzte, wir dürften aber nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir das Interesse an der KAE verloren hätten. Wir müßten zielstrebig unsere Positionen in beiden Feldern (KAE und Menschenrechte) aufrechterhalten.

Zu 3) Polen

Die Minister waren sich einig, daß die Entwicklung in Polen sehr genau beobachtet und gründlich analysiert werden muß, bevor wir reagieren. Das gilt für Erklärungen und für unser Handeln. Vor dem 13.12. soll eine vorsichtig abwartende Haltung eingenommen werden.

Cheysson führte aus, die Aufhebung des Kriegsrechts<sup>6</sup> werde wohl nur ein „formaler Fortschritt“ sein, aber vielleicht eröffne selbst ein solcher formaler Fort-

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. Dezember 1982: „Das Vierer-Treffen der Politischen Direktoren war zeitlich weitgehend durch die Diskussion über Ost-West-Beziehungen (Globalkonzept) absorbiert, blieb aber wegen unterschiedlicher Standpunkte vor allem der US und F inkonklusiv.“ Vgl. VS-Bd. 12950 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 17. Dezember 1982 für eine Weihnachtspause unterbrochen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgte am 8. Februar 1983.

<sup>6</sup> Referat 214 vermerkte am 13. Dezember 1982: „Zwölf Monate nach dem Versprechen, den am 13.12.1981 verhängten ‚kriegerischen Zustand‘ alsbald aufzuheben, teilte der Vorsitzende des polnischen Militärates, General Jaruzelski, am 12.12.1982 die Absicht der Regierung mit, das Kriegsrecht zu suspendieren. Die Enttäuschung über diesen halben Schritt dürfte im westlichen Ausland, das die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Normalität der bilateralen Beziehungen in substantieller Weise erfüllt zu sehen hoffte, weit größer sein als in der pessimistisch gestimmten polnischen Bevölkerung selbst. [...] ‚Der Militäratt der nationalen Errettung‘ hat dem Sejm am 13.12.1982 vorgeschlagen, das Kriegsrecht vor Jahresende auszusetzen. Die Internierten sollen entlassen werden. Im Augenblick ist nur in Umrissen bekannt, welche Kriegsrechtsbestimmungen weiter gelten und welche durch zivile Notstandsregelungen ersetzt werden sollen. Deutlich wird nur, daß der Militäratt vorerst erhalten bleibt. Der Sejm hat am Montag seine Beratungen über die bevorstehende Aussetzung des Kriegsrechts begonnen und die Vorlagen der Regierung an die Ausschüsse überwiesen. [...] Nach Angaben des polnischen Innenministeriums waren am 9.12. noch 317, am 13.12.1982 200 Personen interniert gewesen. Aus politischen Gründen seien seit der Verhängung des Kriegsrechts 3616 Personen verhaftet worden. 15 Personen seien bei Demonstrationen ums Leben gekommen. In der gesamten Zeit des Kriegsrechts seien 10 131 Personen interniert gewesen. Etwa 3000 unter Kriegsrecht Verurteilte sollen sich noch in Haft befinden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133026.

Das Kriegsrecht in Polen wurde mit Wirkung vom 31. Dezember 1982 ausgesetzt und mit Wirkung vom 22. Juli 1983 aufgehoben.

schrift die Möglichkeit, ein Problem wie das der Umschuldung<sup>7</sup> zu überprüfen.<sup>8</sup>

Shultz stimmte dieser Überlegung zu.

Pym erwähnte, nach Berichten aus Warschau sei es nicht ausgeschlossen, daß die Aufhebung des Kriegsrechts am 13.12. verkündet, aber erst im Juli 1983 in Kraft gesetzt werden würde.

Bundesminister schlug vor, sich unmittelbar nach dem 13.12. in Verbindung zu setzen, um zu einer gemeinsamen Beurteilung zu kommen sowie Erklärungen aufeinander abzustimmen.

Er stellte eine Aufzeichnung über das Pilot-Projekt Landwirtschaft<sup>9</sup> in Aussicht. Er empfahl den drei anderen Außenministern ernsthafte Beschäftigung mit dieser Sache. Es komme allerdings darauf an, daß die Militärregierung der Kirche die notwendige Genehmigung erteile.<sup>10</sup>

Zu 4) Neue Führung in der Sowjetunion<sup>11</sup>

Pym erklärte, eine flexiblere, vielleicht sogar „phantasievolle“ sowjetische Außenpolitik unter Andropow könne uns in der nächsten Zeit das Leben sehr schwer machen. Eine gewisse Adjustierung, z. B. der sowjetischen Politik gegenüber Afghanistan, würde im Jahre des Doppelbeschlusses auch in der westlichen Öffentlichkeit ein Problem mehr aufwerfen.

Bundesminister betonte, daß gerade deshalb die NATO-Außenministerkonferenz<sup>12</sup> absolute Einigkeit ausstrahlen müsse. Nur bei Einigkeit des Westens würden wir die richtigen Reaktionen der SU erhalten können. Deshalb sei es auch so außerordentlich wichtig, die Kommuniqué-Sprache zum Doppelbeschluß absolut eindeutig zu halten und nicht durch kleinere Bundesgenossen aufweichen zu lassen. Dann sei es besser, Fußnoten in Kauf zu nehmen.<sup>13</sup>

<sup>7</sup> Zur Frage einer Umschuldung für Polen vgl. Dok. 304, Anm. 20.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „422“. Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Zu den Bemühungen der katholischen Kirche um eine Reform der polnischen Landwirtschaft vgl. Dok. 287, Anm. 12.

Botschafter Negwer, Warschau, übermittelte Ministerialdirektor Fischer am 16. Dezember 1982 einen „Vermerk über den gegenwärtigen Stand der Expertengespräche zwischen Regierung und Kirche über das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft“ in Polen. In dem Vermerk vom 15. Dezember 1982 wurde dargelegt: „1) Zu Beginn November 1982 hatte Primas den General bereits in einem Brief über Rahmen und Anlage des Projekts unterrichtet, ohne allerdings in Einzelheiten zu gehen. Er hatte darauf hingewiesen, daß Kirche den Aufbau der zur Abwicklung notwendigen Organisation, insbesondere einer speziellen Bank, nunmehr in Angriff nehmen müsse, damit das Projekt 1983 anlaufen könne. Jaruzelski bezeichnete in seiner gleichfalls Anfang November schon vorliegenden Antwort die Angelegenheit als im nationalen Interesse liegend, bei der Kirche und Regierung zusammenwirken müßten. Er behielt sich Prüfung vor, ob tatsächlich eine neue Organisationsstruktur erforderlich sei, und schlug zunächst Expertengespräche zwischen beiden Seiten vor. 2) Am 14.12.1982 hat das dritte Expertengespräch stattgefunden. Ein weiteres ist für 21.12.1982 geplant.“ Die Expertengespräche zeigten, daß die polnische Regierung das Projekt ernst nehme. Vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er für Referat 411 handschriftlich: „Bitte einen Entwurf fertigen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>12</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 344–346.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués, das bei der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90. Vgl. dazu ferner Dok. 338, Anm. 11.

Pym und Cheysson stimmten mit Emphase zu.

Cheysson fügte hinzu, das Hauptziel der SU sei die Abkopplung USA–Europa. Dies sei die größte Gefahr für uns. F werde dieser Gefahr mit ganzer Kraft entgegenarbeiten und vor allem in den verbündeten Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen entsprechenden Einfluß ausüben. Er äußerte sich im übrigen skeptisch, ob die SU in ihrer Afghanistanpolitik tatsächlich Spielraum habe. Auf die Entgegnung Pym, wir müßten auch mit rüstungskontrollpolitischen Avancen rechnen, unterstrich Bundesminister, daß wir generell alle Bewegungen der SU außerordentlich umsichtig beobachten, uns vor voreiligen, zu optimistischen Erklärungen hüten und deshalb unseren Meinungsaustausch ganz eng halten müßten, um wirkliche und scheinbare Bewegungen voneinander zu unterscheiden und jeweils richtig zu reagieren. Die europäischen Minister machten auf die Erklärung des Europäischen Rats aufmerksam, in der die Leitlinie Festigkeit und Dialogbereitschaft heiße.<sup>14</sup>

Shultz stellte fest, die USA verfolgten gleiche Linie. Wir müßten gemeinsam die Dinge realistisch sehen, stark bleiben und auf die wirklichen Taten der SU warten.

Zu 5) Türkei

Bundesminister berichtete über seinen Besuch in Ankara<sup>15</sup>, die Vorlage des Türkei-Berichts<sup>16</sup> und die Entsperrung der Mittel für die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe 1982 durch den Auswärtigen Ausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Stimmen der Koalitionsparteien. Der Haushaltsausschuß werde am 9.12. zustimmen.<sup>17</sup> Im Türkei-Bericht hätten wir Fortschritte auf die Demokratie, aber noch nicht deren Wiederherstellung in der Türkei festgestellt. Ganz wichtig sei, daß die türkischen Wahlen 1983<sup>18</sup> gemäß Zeitplan stattfänden. Dann werde die Diskussion über die Fortsetzung der Hilfe erneut geführt werden müssen. Bundesminister äußerte die Hoffnung, daß die Europäische Gemeinschaft zu der gleichen Auffassung gelange, daß nämlich die Militärs in Ankara ermutigt werden sollten, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Isolierung helfe nicht. Man müsse allerdings an die Hilfe klare Erwartungen gegenüber der Türkei knüpfen. Er appellierte an Cheysson und Pym, in der EG mit darauf hinzuwirken, daß auch die Gemeinschaft erste Schritte in dieser Richtung unternehme.

Shultz äußerte sich sehr befriedigt über die Ausführungen des Bundesministers.

Zu 6) Griechenland–Türkei

Shultz äußerte sich besorgt über die griechisch-türkischen Beziehungen. Er habe in seinem Gespräch mit Charalambopoulos vom 8.12.<sup>19</sup> dessen Klagen anhö-

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zu den Ost-West-Beziehungen vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 12.

<sup>15</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. November 1982 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 314 und Dok. 315.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213.

<sup>17</sup> Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 332, Anm. 10.

<sup>18</sup> In der Türkei fanden am 4. November 1983 Parlamentswahlen statt.

<sup>19</sup> Die Außenminister Charalambopoulos (Griechenland) und Shultz (USA) trafen am 8. Dezember 1982 in Brüssel zusammen.

ren müssen. Cheysson warf ein, daß in der Zypern-Frage<sup>20</sup> Fortschritte notwendig seien.

Bundesminister führte aus, mit der Freigabe der Türken-Hilfe würden wir unsere Einwirkung auf Ankara verbinden, die Zypern-Frage in einer Weise zu lösen, die unter Verbündeten akzeptabel ist.

#### Zu 7) Spanien

Bundesminister machte bekannt, daß er am 9.12. mit dem neuen spanischen Außenminister zusammentreffen werde.<sup>21</sup> Er hoffe, ihn dazu zu bringen, sich nicht gegen das NATO-Kommuniqué in der Sache zu wenden, sondern, wie im Falle des DPC-Kommuniqués<sup>22</sup>, gewisse Vorbehalte damit zu erklären, daß die neue Regierung<sup>23</sup> erst seit kurzem im Amt sei.

Bundesminister fand Zustimmung aller zu diesem Vorgehen. Die Minister waren sich auch einig, daß man Spanien gegenüber behutsam vorgehen muß, da González das Verbleiben Spaniens in der NATO<sup>24</sup> wünscht, aber seine Partei noch auf diesen Kurs bringen muß. Vor allem die europäischen Minister wiesen auf die Wechselwirkung zum spanischen EG-Beitritt<sup>25</sup> hin. Eine Lösung Spaniens aus der NATO würde eine dramatische Entwicklung sein (so Cheysson), die auf die Bemühungen, den spanischen EG-Beitritt zu fördern, negativ zurückwirken würde.

Pym schloß die Bemerkung an, daß Großbritannien bereit sei, auf der Grundlage des Lissabonner Abkommens mit Spanien über Gibraltar<sup>26</sup> zu verhandeln.

#### Zu 8) Jugoslawien

Die vier Minister waren sich einig, daß Jugoslawien finanziell gestützt werden muß.

Bundesminister unterstrich die zentrale Bedeutung Jugoslawiens, vor allem auch für die Blockfreien-Bewegung.

Pym stellte eine schleichende Schwächung der politischen Stabilität seit dem Tode Titos fest und befürwortete eine dreidimensionale Diskussion (finanzielle, politische und militärische Seite).

Bundesminister stellte fest, daß jugoslawische Stabilität bewußt von außen gestört werde. Eine militärische Verwicklung würde unabsehbare Folgen haben. (Z.B.: Rückfluß der hohen Zahl von Gastarbeitern aus Deutschland, die Re-

<sup>20</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>21</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán López am 9. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 338.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués, das bei der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 58–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 82–85.

<sup>23</sup> Nach den Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

<sup>24</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>25</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 331, Anm. 10.

<sup>26</sup> Zur Gibraltar-Frage vgl. Dok. 27, Anm. 17.

servisten seien. Frage: Ob sie durch das neutrale Österreich (Staatsvertrag<sup>27</sup>) reisen könnten?)

Zu 9) Seerecht

Shultz warb für Nichtunterzeichnung, da das Meeresboden-Regime nicht praktikabel sei. Je mehr Staaten nicht unterzeichneten, desto größer seien die Chancen, das Regime zu ändern. Im übrigen sei der Vertrag recht gut.<sup>28</sup>

Bundesminister erkläre, das Kabinett werde im März kommenden Jahres darüber Entscheidung treffen. Zwei Denkschulen stünden einander gegenüber. Die eine wendete sich gegen die Unterzeichnung aus dem von Shultz genannten Grunde, die andere sei für eine Unterzeichnung, um im Vorbereitungskomitee auf eine Änderung des Meeresboden-Regimes hinzuwirken. Er erinnerte daran, daß amerikanische Vorgänger-Administration die freie Durchfahrt durch Meeresengen u. a. für so wichtig gehalten habe, daß sie trotz unserer, nun von Shultz vertretenen Linie leidenschaftlich für Unterzeichnung geworben habe.

Pym erklärte, die britische Regierung werde nicht unterzeichnen, aber dennoch versuchen, Einfluß auf Änderung des Meeresboden-Regimes zu nehmen.

Cheysson: Frankreich werde in den nächsten Tagen zeichnen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß es den Vertrag nur ratifizieren werde, wenn Fortschritte erzielt würden. F wolle im Vorbereitungskomitee von innen Einfluß ausüben.

Zu 10) Latein- und Zentralamerika

Shultz erläuterte Reise des amerikanischen Präsidenten in einige latein- und mittelamerikanische Länder<sup>29</sup> auf der Linie seiner Ausführungen in Bonn<sup>30</sup> (destabilisierende Waffenlieferungen der SU über Kuba und Nicaragua, US-Stützung der San-José-Gruppe<sup>31</sup>; Kombination von sicherheits- und wirtschaftlicher Hilfe). Nicaragua verdiene keinerlei Hilfe. Größte Sorge sei, daß MiGs aus Kuba nach Nicaragua verlegt werden könnten. Man wisse, daß Piloten Nicaraguas in Kuba MiG-Ausbildung erhielten. Wenn MiGs nach Nicaragua verlegt würden, wäre dies für die USA „unakzeptabel“. Die USA könnten eine solche Festsetzung der SU vor ihrer Haustür nicht dulden. „Es würde eine Explosion geben.“

Auf die Frage des Bundesministers, ob die USA hierüber mit der SU in Kontakt stehen, erwiderte Shultz, er habe Gromyko und auch die Kubaner darüber informiert, wie ernst die USA dieses Problem ansehen.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 10378 (411)**

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>28</sup> Zu den Vorbehalten der USA gegenüber einem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vgl. Dok. 56, Anm. 23.  
Zum Abschluß der VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 352.

<sup>29</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 30. November bis 3. Dezember 1982 in Brasilien auf, am 3. Dezember in Kolumbien, am 3./4. Dezember in Costa Rica und am 4. Dezember 1982 in Honduras.

<sup>30</sup> Vgl. dazu die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1982; Dok. 332 und Dok. 334.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Erklärung von San José vom 4. Oktober 1982; Dok. 332, Anm. 20.

## 341

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel,  
an das Auswärtige Amt**

**114-16125/82 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2284**  
**Citissime**

**Aufgabe: 9. Dezember 1982, 19.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 9. Dezember 1982, 20.04 Uhr**

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und  
Deutschlandfragen am 8.12.1982 in Brüssel<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

1) Gesamteindruck

Gastgeber des Vierertreffens, das wie üblich von den Politischen Direktoren und Berlin-Experten vorbereitet wurde, war BM. Die Minister billigten die Berlin- und Deutschlandpassage für das NATO-Kommuniqué (s. Anlage<sup>3</sup>) und nahmen von der Lagebewertung Berlins durch die Bonner Vierergruppe zustimmend Kenntnis.

In der Ministeraussprache äußerte sich BM ausführlich über die innere Lage der DDR, die innerdeutschen Beziehungen, die Berlin-Reisen des US-Präsidenten<sup>4</sup>, des britischen MP<sup>5</sup> und des französischen Außenministers<sup>6</sup>. Er hat außerdem die Feierlichkeiten zum Lutherjahr angesprochen und vor Auslieferungsverträgen mit der DDR gewarnt.

2) Das Direktorentreffen im einzelnen:

2. 1) Die Berlin- und Deutschlandpassage für das Kommuniqué wurde den Ministern zur Annahme empfohlen.

2. 2) Nach kurzer Erörterung überwiesen die Direktoren den Ministern die Lagebewertung Berlins durch die Bonner Vierergruppe zur zustimmenden Kennt-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 10. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Staatssekretär von Staden am 10. Dezember 1982 vorgelegen, der für Referat 210 handschriftlich vermerkte: „Man sollte mir bitte künftig für die Viereressen eine etwas ausführlichere Agenda geben. Manches von hier hätte auch ich ansprechen sollen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 13. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. auch Dok. 339 und Dok. 340.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13223 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

Für den Wortlaut des Kommuniqués, das bei der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

<sup>4</sup> Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 9. bis 11. Juni 1982. Am 11. Juni 1982 hielt er sich in Berlin (West) auf. Zu seinem Besuch vgl. Dok. 176 und Dok. 177.

<sup>5</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich anlässlich der deutsch-britischen Konsultationen am 28./29. Oktober 1982 in der Bundesrepublik auf. Am 29. Oktober 1982 besuchte sie Berlin (West). Zu den Konsultationen vgl. Dok. 288.

<sup>6</sup> Der französische Außenminister Cheysson besuchte Berlin (West) am 2. Dezember 1982. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1982, IV, S. 110 f.

nisnahme. Die Ergebnisse der Lagebewertung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ungeachtet fortbestehender Spannungen im Ost-West-Verhältnis war die Lage in und um Berlin im Berichtszeitraum insgesamt ruhig. Das VMA<sup>7</sup> entfaltet weiterhin seine stabilisierenden Wirkungen.
- Die jüngsten Besuche des amerikanischen Präsidenten, des britischen Premierministers und des französischen Außenministers in Berlin haben die Garantien der Drei Mächte für die Sicherheit und Freiheit der Stadt bekräftigt. In der Bonner Gipfelerklärung vom 10.6.1982<sup>8</sup> hat auch das Bündnis seine Verbundenheit mit Berlin unterstrichen.
- Auf den Zugangswegen gab es keine nennenswerten Schwierigkeiten.
- Die von der DDR erhöhten Mindestumtauschsätze<sup>9</sup> belasten weiterhin die deutsch-deutschen Beziehungen und reduzieren die Besucherzahlen in der DDR und in Berlin (Ost).
- Die Lage der Berliner Wirtschaft ist durch zunehmende Arbeitslosigkeit belastet.
- Ungeachtet des gegenwärtig ruhigen Klimas bleibt Berlin aufgrund seiner geopolitischen Lage verwundbar.

2.3) Die verzögerliche Abfertigung alliierter Diplomatenpaßinhaber am Sektorenübergang Friedrichstraße durch die DDR wurde eingehend behandelt. Die Direktoren empfahlen Weiterbehandlung dieser Frage in der Vierergruppe.

2.4) Wir berichteten über:

- die wirtschaftliche Lage der DDR (hohe Westverschuldung, drastische Beschränkung der Importe, Einschränkung und Verteuerung der Rohstoffimporte);
- die innere Lage der DDR (Unzufriedenheit der Bevölkerung, Versorgungsprobleme, Friedensdiskussion) und
- den gegenwärtigen Stand der innerdeutschen Beziehungen (Kontinuität, Weiterentwicklung der Beziehungen, Bemühen um die Regelung lösbarer Fragen im Interesse der Menschen, Problem des Mindestumtauschs).

2.5) Die Alliierten gaben eine Übersicht über die Beziehungen ihrer Länder zur DDR. Spektakuläre Entwicklungen waren dabei nicht zu verzeichnen.

USA–DDR

Zweite Verhandlungsrunde über Entschädigungsforderungen im Oktober in Washington. Keine Fortschritte in der Sache. DDR aber um gute Verhandlungsatmosphäre bemüht. Keine Wiederholung alter Gegenforderungen durch DDR. Nächste Runde im Frühjahr 1983 in Berlin (Ost). Gewisse Bewegung der DDR

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

<sup>9</sup> Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 82, Anm. 2.

auch bei Jewish Material Claims.<sup>10</sup> Verhandlungen über neues Fischereiabkommen in Vorbereitung.

#### Frankreich – DDR

Keine Fortschritte bei Entschädigungsverhandlungen. November 1982 Besuch des Europa-Direktors Dufourcq in Berlin (Ost).<sup>11</sup> Ansprache humanitärer Fälle. Keine Bewegung auf Seiten der DDR. Eröffnung jeweiliger Kulturinstitute nach Abschluß letzter Verhandlungen und Herrichtung der Gebäude im Frühjahr oder Sommer 1983.

#### Großbritannien – DDR

Beziehungen „correct but insincere“. Am 6.12.1982 Eintreffen Volkskammerdelegation unter Leitung von Sindermann in London.<sup>12</sup> Verhandlungen über Entschädigungsansprüche zähflüssig. Nächste Verhandlungsrunde Frühjahr 1983. Vorbereitung von Verhandlungen über Schiffsabkommen.

#### 3) Das Ministertreffen

3. 1) Die Minister billigten die Communiqué-Passage und nahmen von der Lagebewertung Berlins zustimmend Kenntnis.

3. 2) An Lagebewertung anknüpfend unterstrich BM Befriedigung der Bundesregierung über jüngste Berlin-Besuche des amerikanischen Präsidenten, des britischen Premierministers und des französischen Außenministers. Besuche hätten in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, daß Drei Mächte ihre Verantwortung in Berlin wahrnahmen. Reisen seien zugleich Vertrauensstärkung für Berliner Bevölkerung. Psychologische Auswirkung dieser Besuche auf SU und DDR sei nicht zu unterschätzen.

3. 3) Innerdeutsche Beziehungen: BM erläuterte seinen Kollegen, daß sich nach Bildung neuer Regierung für die DDR die Frage ergeben habe, wie Bonn künftig seine Beziehungen zur DDR gestalten wolle. Bei Begegnung mit Generalse-

<sup>10</sup> Zu den „Verhandlungen über eine Regelung gegenseitiger Entschädigungsansprüche (Verhandlungen im Januar 1982 in Berlin (Ost) und Oktober 1982 in Washington)“ vermerkte Referat 210 am 26. November 1982: „Die bisherigen Verhandlungen haben keine erkennbaren Ergebnisse erbracht. Die Amerikaner haben uns über die Verhandlungen wie folgt unterrichtet: Von amerikanischer Seite wurden Ansprüche in Höhe von 225 Mio. US-Dollar erhoben. Diese Summe umfaßt im wesentlichen Entschädigungsansprüche aus enteignetem Eigentum früherer Bewohner in dem Gebiet der heutigen DDR, die jetzt US-Bürger seien, zuzüglich Ansprüche der Conference on Jewish Material Claims in Höhe von 100 Mio. US-Dollar. Gegenforderungen der DDR wurden zurückgewiesen, sofern sie – wie der Anspruch auf Entschädigung für die Benutzung von Fernmeldeverbindungen – alliierte Rechte in Berlin (West) betrafen. Der Conference on Jewish Material Claims hat die DDR bisher eine Zahlung in Höhe von 1 Mio. US-Dollar angeboten, aber gleichzeitig jegliche Wiedergutmachungspflicht für jüdische Opfer im nationalsozialistischen Deutschland verneint.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132598.

<sup>11</sup> Botschafter Herbst, Paris, teilte am 10. November 1982 mit: „Am 25./26. Oktober 1982 fanden in Ost-Berlin die einmal im Jahr vorgesehenen bilateralen außenpolitischen Konsultationen statt, die auf französischer Seite von Europa-Direktor Dufourcq und auf Seiten der DDR von Staatssekretär Nier wahrgenommen wurden. Im Quai wurde uns hierzu gesagt, daß von französischer Seite die Menschenrechtsfragen ausführlich angesprochen worden seien. Dies erleichtere das politische Gespräch mit der DDR nicht. [...] Die DDR habe sich als der festeste Verbündete der SU gezeigt, was besonders auch in der Diskussion der Bereiche KSZE und Rüstungskontrolle deutlich geworden sei. Die politischen Konsultationen seien daher nicht sehr ergiebig gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2038; Referat 210, Bd. 1321590.

<sup>12</sup> Eine IPU-Delegation der DDR unter Leitung des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, hielt sich vom 6. bis 11. Dezember 1982 in Großbritannien auf.

ekretär Honecker in Moskau hätten der Bundespräsident und er selbst dem DDR-Staatsratsvorsitzenden dargelegt, daß die Bundesregierung ihre Beziehungen zur DDR auf der Basis des Grundlagenvertrages<sup>13</sup> weiterentwickeln wolle.<sup>14</sup> Drei von der früheren Bundesregierung geplante Termine (Schinkel-Ausstellung<sup>15</sup>, Eröffnung der Nord-Autobahn<sup>16</sup> und Ausstellung der Bundesrepublik in Magdeburg<sup>17</sup>) hätten zu ersten Kontakten der DDR mit neuen Bundesministern geführt. Honecker sei im übrigen daran interessiert, sich in Moskau auch als wichtiger Gesprächspartner der Bundesrepublik Deutschland zu profilieren.

3.4) Ausführlich ging BM auf innere Lage der DDR ein. Situation der dortigen Führung sei schwierig, weil unsere Währung in der DDR praktisch als Zweitwährung (Devisenläden, Dienstleistungssektor) etabliert sei. Darüber hinaus seien unsere Medien für die öffentliche Meinung in der DDR zu einer parallelen Informationsquelle geworden. 85 Prozent der DDR-Bewohner seien in der Lage, unser Fernsehen, das auch über Vorgänge in der DDR berichte, zu empfangen.

3.5) BM wies sodann auf die Feierlichkeiten in der DDR 1983 aus Anlaß des 500. Geburtstages von Martin Luther hin.<sup>18</sup> DDR habe gegenüber Luther lange Zeit kritische Haltung eingenommen. Jetzt habe sie erkannt, daß Feierlichkeiten ihr die Gelegenheit gäben, sich als Repräsentanten der deutschen Geschichte herauszustellen. Es gehöre zu den Problemen der Teilung Deutschlands, daß die DDR die Abschnitte deutscher Geschichte für sich reklamieren, die ihr positiv erschienen, negative dagegen (z. B. Epoche von 1933 bis 1945) der Bundesrepublik zuweisen wolle. Es sei grotesk, daß in der DDR ein staatliches Luther-Komitee unter Vorsitz des Marxisten und Atheisten Honecker bestehe.

BM wies darauf hin, daß wir mit Einladung der DDR an den Bundespräsidenten zur Teilnahme an den staatlichen Luther-Feierlichkeiten rechneten. DDR habe diesbezüglich Sondierungen mit schwedischem<sup>19</sup> und dänischem König<sup>20</sup> eingeleitet. Frage evtl. Teilnahme des Bundespräsidenten an Luther-Feierlichkeiten werfe schwierige Statusfragen auf. Wir würden in diesen Fragen engsten Kontakt mit den Drei Mächten halten.

3.6) BM unterrichtete seine Kollegen, daß ein NATO-Staat beabsichtige, mit der DDR einen Auslieferungsvertrag abzuschließen.<sup>21</sup> Dies werfe gravierende

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

<sup>14</sup> Zum Gespräch von Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. November 1982 in Moskau vgl. Dok. 303.

<sup>15</sup> Vom 18. November 1982 bis 16. Januar 1983 zeigte die Hamburgische Architektenkammer die Ausstellung „Karl Friedrich Schinkel. Eine Ausstellung aus der DDR“ in der Hamburger Kunsthalle.

<sup>16</sup> Am 20. November 1982 wurden in Schleswig-Holstein die letzten Teilstücke der Autobahn Berlin–Hamburg von Bundesminister Dollinger und dem Verkehrsminister der DDR, Arndt, freigegeben.

<sup>17</sup> Vom 13. September 1982 bis 3. Dezember 1982 wurde in Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg die Ausstellung „Stadt Park–Park Stadt“ des Münchner Architekten Grub gezeigt. In Magdeburg wurde sie am 15. November 1982 eröffnet.

<sup>18</sup> Zu den Feiern in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther 1983 vgl. Dok. 229, Anm. 5.

<sup>19</sup> Carl XVI. Gustaf.

<sup>20</sup> Margrethe II.

<sup>21</sup> Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, berichtete am 1. Dezember 1982, der Außenminister der DDR, Fischer, habe sich am 29./30. November 1982 in Belgien aufgehalten. Aus der Unterrich-

Probleme für Deutsche auf, die aus der DDR geflohen seien. Er werde in diesen Tagen mit dem Außenminister des betreffenden Landes<sup>22</sup> über die Angelegenheit sprechen. Er wolle die Alliierten im Hinblick auf ihre Verantwortlichkeiten aus dem Deutschland-Vertrag<sup>23</sup> von der Angelegenheit in Kenntnis setzen.

3. 7) AM Cheysson wies darauf hin, daß sein jüngster Besuch in Berlin die Garantien Frankreichs für die Stadt bekräftigt und seine Entschlossenheit, die Vier-Mächte-Verantwortung wahrzunehmen, unterstrichen habe.

AM Pym wies darauf hin, daß die Lage in und um Berlin gegenwärtig ruhig sei. Es sei ermutigend, daß die SU Spannungen im Ost-West-Verhältnis derzeit nicht auf Berlin übertragen wolle. Im Jahre 1983 könne es aber andere Entwicklungen geben. Die Lage Berlins bedürfe deshalb weiterhin sehr sorgfältiger Beobachtung. Auch in der Gestaltung der Beziehungen zur SU und ihren Verbündeten sei Vorsicht angebracht.

BM dankte seinen Kollegen abschließend für eingehende Aussprache.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 13223 (210)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1764*

tung über das Gespräch mit dem belgischen Außenminister Tindemans durch das belgische Außenministerium sei festzuhalten: „Das Abkommen über Rechtshilfe im Zivilrecht wurde von beiden Ministern gezeichnet. Die beiden anderen Abkommen zum Unterhaltsrecht und zum Strafrecht (Auslieferung), über die noch verhandelt wird, wurden in dem Briefing des belg[ischen] A[ußen]M[inisteriums] nicht erwähnt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 372; Referat 210, Bd. 132588.

<sup>22</sup> Léo Tindemans.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

342

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.80 START-2225/82 VS-vertraulich****10. Dezember 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: START-Verhandlungen;

hier: Sachstand nach Abschluß der zweiten Verhandlungsrunde (6.10. bis 2.12.1982)

Anlg.: 1 (Vorlage 220-371.80 START-1475/82 VS-v vom 19.8.1982)

– nur für Original<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Am 2. Dezember 1982 ging in Genf die seit Anfang Oktober laufende zweite START-Verhandlungsrunde zu Ende. Am Tage darauf unterrichtete der amerikanische Chefunterhändler Rowny die Bündnispartner im NATO-Rat über den Verhandlungsverlauf.

Die USA brachten die von Präsident Reagan in seiner Rede vom 22.11.1982<sup>4</sup> gemachten Vorschläge für VBM im strategischen Bereich ein und ergänzten ihre bisherige Position um einige zusätzliche, den Bündnispartnern bereits am 5. Oktober 1982 vorangekündigte Details. Im übrigen benutzten beide Seiten die zweite Runde, um ihre Ausgangspositionen näher zu erläutern (zu den Ausgangspositionen siehe Ministervorlage 220-371.80 START-1475/82 VS-v vom 19. August 1982)<sup>5</sup>.

Größere neue Entwicklungen waren nicht zu verzeichnen. Hatte sich Rowny nach der ersten START-Runde am 13. August 1982 noch „vorsichtig optimistisch“ geäußert, war der Ton bei der jetzigen Unterrichtung eher nüchtern.

Die START-Verhandlungen werden Anfang Februar 1983 wieder aufgenommen.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Bruns konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 16. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 19. Januar 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 014 und 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 20. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Hartmann erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 15. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Dok. 228.

<sup>4</sup> Zur Rede von Präsident Reagan am 22. November 1982 vgl. Dok. 320.

<sup>5</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Kern der US-Position ist die Konzentrierung auf die am meisten destabilisierenden land- und seegestützten Systeme (ICBM und SLBM) und deren Reduzierung auf insgesamt 850 Raketen (ca. 50 % weniger als derzeitiger US-Bestand) mit 5000 Gefechtsköpfen (ca. 33 % weniger als derzeitiger Bestand beider Seiten). Die sowjetische Position fordert eine Reduzierung aller strategischen Trägersysteme (ICBM, SLBM und schwere Bomber) auf 1800 Systeme (ca. 25 % weniger als derzeitiger SU-Bestand) bei gleichzeitiger Nichterhöhung der amerikanischen ‚FBS‘ in Europa (= keine INF-Nachrüstung).“

<sup>6</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen

II. Nach Abschluß der zweiten Verhandlungsrunde können die beiderseitigen START-Verhandlungspositionen wie folgt zusammengefaßt werden:

1) Amerikanische Position

Die USA haben die folgenden relativ technischen Positionselemente zusätzlich eingeführt:

a) Vorschläge für Vereinbarungen über Definitionen:

- für Begriffe, die für die Verhandlungen relevant sind (z. B. „dislozierte“ und „nicht-dislozierte“ ballistische Raketen, „landgestützte“, „seegestützte“ und „luftgestützte“ ballistische Raketen),
- für Zählkriterien für die Berechnung der Gefechtskopffzahlen auf ballistischen Raketen,
- für Regeln zur Zuordnung von „dislozierten Raketen“ zu „Abschußvorrichtungen“. Diese Frage der Definitionen hat eine gewisse Aktualität, da die Abgrenzung von „dislozierter Rakete“, „Abschußvorrichtung“ und „Silo“ im Mittelpunkt des amerikanisch-sowjetischen Streits um die SALT-Konformität des MX-Dislozierungsmodus<sup>7</sup> steht.

Mit diesen Vorschlägen zielen die USA auf definitorische Regelungen zur Erleichterung der Verifikation eines künftigen START-Abkommens. Rowny erklärte dazu, daß in diesem Bereich nützliche Elemente aus früheren Abkommen (= SALT<sup>8</sup>) übernommen werden könnten.

b) Quantitative und qualitative Begrenzungen für nicht-dislozierte Raketen:

- vereinbarte, nicht näher spezifizierete Höchstgrenze für nicht-dislozierte Raketen,
- quantitative Begrenzungen für Raketen in Stellungen, wie z. B. die Begrenzung der Anzahl der an einer Stellung erlaubten Ersatzraketen oder Verbot von „schnellen“ Nachladesystemen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1766*

(START) in Genf wurden am 2. Februar 1983 fortgesetzt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 14. April 1983; AAPD 1983.

<sup>7</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 228, Anm. 26.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Dezember 1982: „In seinem Bemühen, im Verteidigungshaushalt 1983 Mittel in Höhe von 988 Mio. Dollar für die Produktion der ersten fünf MX-Raketen vom Kongreß genehmigt zu bekommen, hat Präsident Reagan einen weiteren Rückschlag erlitten.“ Ein Kompromißvorschlag sei dem Bewilligungsausschuß des Senats gar nicht erst zur Abstimmung vorgelegt worden. Das Repräsentantenhaus habe die Mittel bereits am 7. Dezember 1982 „mit großer Mehrheit“ gestrichen: „Die Kritik der meisten Abgeordneten richtete sich dabei gegen das von der Administration geplante Stationierungsmodell ‚dense-pack‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5397; Referat 201, Bd. 125653.

<sup>8</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176.

Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

- nicht-quantitative Beschränkungen, z. B. Verschrottung der nach einer vereinbarten Reduzierung überzähligen dislozierten Raketen, um deren Lagerung zu verhindern,
- Austausch von Daten zur Erleichterung der Verifikation der vorgeschlagenen Begrenzungen. Die USA halten gerade im Bereich der „nicht-dislozierten“ Raketen kooperative Verifikationsmaßnahmen, die über „National Technical Means“ hinausgehen, für erforderlich.

c) Zeitplan zur etappenweisen Verwirklichung des amerikanischen Verhandlungsziels für die erste START-Phase, d. h. Senkung auf die Höchstgrenze von je 850 ballistischen Raketen mit insgesamt 5000 Gefechtsköpfen<sup>9</sup>:

Mit Beginn des künftigen START-Abkommens sollte obiges Ziel innerhalb von acht Jahren mit Zwischenstufen nach jeweils zwei Jahren erreicht werden. Informell teilte uns die amerikanische Seite mit, daß als Zwischenziel nach den ersten beiden Jahren an die Zahl von je 2000 Raketen mit insgesamt 7000 Gefechtsköpfen gedacht sei. Dieser Zeitplan sei allerdings nur beispielhaft („illustrative“) zu verstehen, da die genannten Zahlen von den zum Vertragsabschluß bestehenden tatsächlichen Beständen beider Seiten abhingen.

d) Vertrauensbildende Maßnahmen (im Anschluß an die Rede Präsident Reagans vom 22. November 1982<sup>10</sup>):

- Vorankündigung aller Tests mit land- und seegestützten ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM und SLBM),
- Notifizierung von „größeren militärischen Übungen“ drei bis fünf Tage im voraus (auch konventionelle Übungen, aber außerhalb des KSZE-Anwendungsbereichs<sup>11</sup>),
- Austausch von Daten und Informationen über die jeweiligen strategischen Nuklearpotentiale.

Nach amerikanischer Auffassung könnten die Maßnahmen noch vor Abschluß eines eigentlichen START-Abkommens vereinbart werden. Der Austausch von Daten ist jedoch auch für die Substanz eines derartigen Abkommens selbst von Bedeutung.

## 2) Sowjetische Position

Nach den Erklärungen Rownys hat sich die SU in der zweiten Verhandlungsrunde praktisch nicht bewegt und darauf beschränkt, zur Erläuterung ihrer Ausgangsposition einen Entwurf über „Basic Principles of an Agreement“ vorzulegen, der jedoch nichts Neues enthalte. Die SU mache weiterhin ihren Vorschlag für Reduzierungen auf eine Höchstgrenze von 1800 Systemen (ICBM, SLBM und schwere Bomber) von einer Nichterhöhung der amerikanischen „FBS“ in

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Derzeitiger Bestand nach NATO-Quellen: auf sowjetischer Seite 2344 Raketen mit 7510 G[efechts]K[öpfen]; auf US-Seite 1548 Raketen mit 7112 GK.“

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „1981“.

<sup>11</sup> Im „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten zur Ankündigung von Manövern auf ihrem Territorium ab einer Gesamtstärke von 25 000 Mann. Von Teilnehmerstaaten mit außerhalb von Europa liegendem Territorium waren Manöver anzukündigen, „die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen europäischen Teilnehmerstaat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt“. Ferner war die Einladung von Manöverbeobachtern vorgesehen. Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922 f.

Europa abhängig. Sie habe diese Linie mit einem zusätzlichen Element versehen: Bei einer Reduzierung entsprechend den amerikanischen Wünschen unter das Niveau von 1800 Systemen auf beiden Seiten müsse eine entsprechende Verminderung der „FBS“ erfolgen. Die von den USA angestrebte Einbeziehung des sowjetischen Backfire-Bombers in den START-Bereich habe die SU abgelehnt. Die Drittstaatenproblematik habe sie nicht angesprochen.

Einziges neues Positionselement der SU sei die von ihr genannte Vertragsdauer von zehn Jahren.

### 3) Bewertung des Verhandlungsstandes

a) Nach der zweiten Runde sind Annäherungsmöglichkeiten zwischen der amerikanischen und sowjetischen START-Position bisher nur in zwei Bereichen zu sehen:

#### – Vertrauensbildende Maßnahmen

Die amerikanischen VBM-Vorschläge erscheinen zumindest teilweise konsensfähig, nachdem die SU die Vorschläge zwar nicht am Verhandlungstisch, aber öffentlich (in Prawda vom 25. November 1982<sup>12</sup>) als „ohne Zweifel positiv“ bezeichnet hat. Von den vier bereits in der ersten START-Runde eingebrachten sowjetischen VBM-Vorschlägen (Vorankündigung von ICBM-Tests, Vorankündigung von „Massenstarts“ strategischer und Mittelstreckenbomber, Begrenzung der Operationsräume von schweren Bombern und Flugzeugträgern, „Sanktuarien“ für SLBM-U-Boote) ist bei den ersten beiden Maßnahmen eine Übereinstimmung möglich: Die Vorankündigung von ICBM-Tests wird von beiden Seiten vorgeschlagen, die sowjetische Forderung nach Notifizierung der „Massenstarts“ von Bombern könnte ggf. in den amerikanischen Vorschlag einer Notifizierung von „größeren militärischen Übungen“ integriert werden. Die beiden restlichen sowjetischen VBM-Vorschläge sind für die USA dagegen nicht akzeptabel.

#### – Erfassung nicht-dislozierter Systeme

Ein weiterer Annäherungspunkt ist die prinzipielle Bereitschaft beider Seiten zur Erfassung der „nicht-dislozierten“ Systeme. Hier haben die USA in der zweiten Runde sehr detaillierte Vorschläge gemacht. Nach Aussage Rownys habe die SU ein gewisses Einverständnis („some philosophical agreement“) für die Notwendigkeit einer Begrenzung der nicht-dislozierten Raketen gezeigt. Es bleibt abzuwarten, ob sich die sowjetische Haltung in der nächsten Verhandlungsrunde weiter präzisiert.

b) Negativ fällt dagegen die weiterbestehende Tendenz der SU ins Gewicht, jegliche Reduzierung von strategischen Systemen von einer Nichterhöhung der amerikanischen Mittelstreckensysteme in Europa abhängig zu machen. Es wird immer deutlicher, daß das sowjetische Ziel der Verhinderung der NATO-Nachrüstung<sup>13</sup> auch im START-Bereich prioritär verfolgt wird.

c) Der nächste logische Schritt für die USA wäre es, einen konkreten Vorschlag über eine zahlenmäßige Höchstgrenze für schwere Bomber einzuführen. Prinzipiell haben sie eine solche Höchstgrenze bereits zugestanden, jedoch von der

<sup>12</sup> Vgl. den Artikel „Nado sčitat'sja s volej narodov“; PRAWDA vom 25. November 1982, S. 6.

<sup>13</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

Einbeziehung des sowjetischen Backfire-Bombers in START abhängig gemacht. Ein solcher Schritt würde die Vergleichbarkeit des amerikanischen und sowjetischen START-Konzepts erhöhen und – auch für die Öffentlichkeit – deutlicher als bisher machen, daß die amerikanischen Vorschläge in ihrer Abrüstungskonsequenz weiter gehen als die sowjetischen Vorstellungen.

d) Durch den engen Zusammenhang zwischen START und INF (den die SU verhandlungstaktisch zu nutzen versucht) und neuerdings durch die START-übergreifenden VBM-Vorschläge Präsident Reagans ist die Bedeutung der START-Verhandlungen für die europäische Öffentlichkeit gewachsen. Aus diesem Grunde haben wir bei der jüngsten START-Unterrichtung eine Intensivierung der Konsultationspraxis (mehr Zeit für Expertensitzungen, Vorlage von Zwischenberichten während Verhandlungsrunde) angeregt.

FüSIII5 wurde beteiligt.

Ruth

VS-Bd. 11392 (220)

### 343

#### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-410.41

10. Dezember 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>

Betr.: Wirtschaftskrise Osteuropas und Ost-West-Beziehungen

I. Das Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien hat am 2. und 3. Dezember eine internationale Konferenz über „Die Wirtschaftskrise Osteuropas und die Ost-West-Beziehungen“ abgehalten.

Die Ergebnisse der Konferenz haben unsere Auffassung bestätigt,

- daß der Handelsaustausch zwischen dem Westen und der Sowjetunion auf keiner Seite zu politisch relevanter Abhängigkeit geführt hat;
- daß keine Seite einseitig davon profitiert hat;

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 23. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 18. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. eine kluge, zum weiteren Nachdenken anregende und deprimierende Analyse. Hieran muß weitergearbeitet werden.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Dezember 1982 vorgelegen, der zu den Bemerkungen Stadens handschriftlich notierte: „r[ichtig]“.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 28. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin für die Ausarbeitung sehr dankbar. Die Auffassungen der Staatssekretäre, die meine Zustimmung finden, sollten bedacht werden. Es sollte sodann eine – von der internationalen Konferenz gelöste – Denkschrift erarbeitet werden, ev[entuell] in Fortentwicklung der franz[ösisch]-d[eu]t[schen] Erklärung. Diese Denkschrift könnte dann u. U. veröffentlicht werden. T[ermin] 12.1.“

- daß die Sowjetunion zwar in einigen Bereichen durch Handelsbeschränkungen vorübergehend getroffen werden könnte, insgesamt aber nicht durch wirtschaftlichen Druck verletzbar ist;
- daß daher ein Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion (im Sinne einer drastischen Einschränkung normaler Handelsbeziehungen) eine rein politische Frage darstellt (ob der Westen der UdSSR unter allen Umständen Schaden zufügen soll), nicht aber ökonomisch begründet werden kann<sup>4</sup> (mit der Notwendigkeit, einen angeblichen Ressourcentransfer vom Westen in die Sowjetunion zu unterbinden).

II. Die wichtigsten Gedankengänge und Schlußfolgerungen, die auf dieser Konferenz geäußert wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1) Aussichten für die sowjetische Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion können vorübergehend sein. Ein Wiederaufschwung ist nicht allein von einer (politisch unwahrscheinlichen) umfassenden Wirtschaftsreform abhängig, sondern könnte bereits durch folgende Entwicklungen ausgelöst werden:

- (1) Eine erhebliche Verbesserung der Leistung der Landwirtschaft als Folge günstigeren Wetters und partieller Reformen würde sich auch auf Industrie, Arbeitsproduktivität und Geldmenge außerordentlich positiv auswirken.
- (2) Die Beseitigung von Engpässen, vor allem auf dem Transportsektor, würde die Wirtschaft erheblich stimulieren.
- (3) Ein Übergang zu intensiven Wirtschaftsmethoden müßte vorübergehend mit niedrigen Wachstumsraten bezahlt werden, würde aber zu neuem Wachstum führen.

Unter solche Bedingungen könnte die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft in der Mitte der 80er Jahre, statt bei ca. einem Prozent zu stagnieren, wieder auf zwei bis drei Prozent ansteigen.

Vermutlich wird die neue Führung unter Andropow<sup>5</sup> versuchen, die Wirtschaft ohne grundlegende Reformen durch eine neue Investitionspolitik, Stärkung der Arbeitsdisziplin und Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln wieder in Schwung zu bringen. Dabei wird der Außenhandel eine wichtige Rolle spielen.<sup>6</sup> (Im übrigen wurde der außenwirtschaftliche Aspekt des Themas nicht weiter behandelt.)

Die weitere Entwicklung der Rüstungsausgaben ist eine der Schlüsselfragen der sowjetischen Wirtschaft. Es geht dabei aber nicht um „Kanonen oder But-

<sup>4</sup> Die Wörter „rein“ und „nicht aber ökonomisch begründet werden kann“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber S. 2.“ Vgl. Anm. 6.

<sup>5</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>6</sup> Dieser Satz und das Wort „ohne“ im vorherigen Satz wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Feststellung, wenn zutreffend, steht mit S. 1 nicht ganz im Einklang. Denn sie läuft eben doch auf d[ie] alte – früher immer vertretene – These hinaus, daß die sowj[etische] Wi[rtschaft] bei schwacher Innovationskraft und Reformunwillen bzw. -unfähigkeit nur vom ‚shortcut‘ des Außenbeitrags vor hoffnungslosem Zurückfallen bewahrt werden kann. Seit d[em] eur[opäisch]-amerik[anischen] Streit über O[st]-W[est]-Handel freilich ‚hört man’s anders‘.“ Vgl. Anm. 4.

Zu diesen Bemerkungen Stadens notierte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

ter“, sondern um „Kanonen oder Investitionen“. Ein Übergang zu einer konsumorientierten Wirtschaft ist nicht zu erwarten.

### 2) Die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa

Die gegenwärtige, anhaltende Krise der osteuropäischen Wirtschaft ist auf die einzigartige Verknüpfung zyklischer strukturbedingter Schwächen (Engpässe einer zentralen Verwaltungswirtschaft bei Produktion und Angebot) mit wachstumsbegrenzenden internen Entwicklungen (Verknappung von Kapital und Arbeit) und einer negativen Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen (Schuldenproblem<sup>7</sup>, weltweite Konjunkturschwäche) zurückzuführen.

Die osteuropäischen Wirtschaften leiden unter einer doppelten Abhängigkeit:

(1) Vom Westen müssen sie Zwischenprodukte und Ersatzteile für ihre Exportindustrie importieren, um diese in Gang zu halten und durch Exporte die Devisen für den Schuldendienst gegenüber dem Westen zu verdienen.

(2) Von der Sowjetunion benötigen sie Energie und Rohstoffe. Die Terms of Trade der osteuropäischen Staaten gegenüber der UdSSR werden sich in Zukunft noch weiter verschlechtern.

Die Chancen für eine wirtschaftliche Erholung Osteuropas sind weniger günstig als im Falle der Sowjetunion. Entscheidend helfen könnte nur eine Erholung der Weltwirtschaft und eine radikale Änderung in der Haltung der sowjetischen Führung zu wirtschaftlichen Fragen<sup>8</sup>. Die energischen Bemühungen der osteuropäischen Staaten um eine Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz stellen derzeit das einzige positive Element in der Entwicklung dar.

### 3) Die wirtschaftliche Lage Polens

Trotz Anzeichen für eine Besserung der Lage wird die wirtschaftliche Krise Polens andauern. Polen ist um zehn Jahre auf den Stand von 1972 zurückgefallen, ein in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte beispielloser Vorgang.

Die Reaktion der anderen RGW-Staaten war unterschiedlich: Die Sowjetunion steigerte ihre Exporte nach Polen, so daß sich von 1980 auf 1981 das polnische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Sowjetunion (faktisch ein sowjetischer Kredit) verdoppelte. Alle anderen RGW-Staaten reagierten mit Exportdrosselung. Sie haben auch nach dem 13. Dezember 1981 Polen wirtschaftlich nicht verstärkt unterstützt.

Die Chancen einer durchgreifenden Wirtschaftsreform sind skeptisch zu beurteilen, und zwar wegen

- Zweifel an der Aufnahmefähigkeit westlicher Märkte für polnische Exporte,
- Zweifel an einer wirksamen Investitionspolitik der polnischen Regierung,
- des Widerspruchs zwischen der vorgesehenen Autonomie der Betriebe und der fortbestehenden Rationierung von Gütern für die Produktion und den Konsum,

<sup>7</sup> Zur Verschuldung der osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 225.

<sup>8</sup> Der Passus „und eine ... Fragen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hierzu aber S. 2 vorletzter Absatz.“ Vgl. Anm. 6.

- vor allem aber wegen des Fehlens des notwendigen gesellschaftlichen Konsensus.<sup>9</sup>

Andererseits gibt es ein Produktionspotential, das arbeiten könnte, wenn es mit Rohstoffen versorgt würde.

Die Gefahren, die von der polnischen Krise für die internationalen Kreditbeziehungen und für die Handelsbeziehungen zwischen West und Ost ausgehen, erfordern, daß der Westen Polen beisteht. Die Kosten einer solchen Hilfsoperation wurden von einem Experten, je nach der Entwicklung der Zinssätze, auf 13,5 bis 22 Mrd. US-Dollar geschätzt (hierzu folgt gesonderte Aufzeichnung<sup>10</sup>).

#### 4) Politische Implikationen der Wirtschaftskrise für die Sowjetunion und Osteuropa

Kurzfristig besteht, außer in Polen, keine Gefahr für die Stabilität der Systeme. Es drohen jedoch weitere Erstarrung, Apathie, Korruption und ein Ausweichen in die „zweite Wirtschaft“.

Die Sowjets erkennen die Schwierigkeiten, wollen in ihnen jedoch keine systembedingte Krise sehen und werden daher versuchen, durch systemkonforme Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.<sup>11</sup> Traditionelle Methoden der Mobilisierung werden sich jedoch als ineffektiv oder unmöglich erweisen. Das Verhalten der Arbeiterschaft wird entscheidend dafür sein, ob die Stagnation überwunden werden kann, und ist damit wichtiger für die Zukunft des Systems als die Haltung der Intelligenzija. Innerhalb der sowjetischen Führung scheint es Diskussionen über folgende Probleme zu geben: die Wichtigkeit von Reformen, die Bedeutung der Beziehungen zum Westen und die Verteilung der Ressourcen.

Es müßte genauer untersucht werden, welche sozialen Gruppen in der Sowjetunion und in Osteuropa tatsächlich für grundlegende Wirtschaftsreformen eintreten. Der Begriff „Arbeiterklasse“ ist in diesem Zusammenhang zu pauschal. Es gibt verschiedene Schichten in der Arbeiterschaft, und die weniger ausgebildeten und weniger motivierten Arbeiter bilden zusammen mit der mittleren und niederen Parteibürokratie eine reformfeindliche Kraft.

<sup>9</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Außerdem fehlen die ‚Kader‘, die man 35 Jahre nicht herangezogen hat.“

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz legte am 16. Dezember 1982 dar: „Die österreichische Regierung bereitet eine Initiative vor mit dem Ziel, multilaterale Finanzhilfe für Polen seitens der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte zu organisieren. In diesem Zusammenhang hat das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Untersuchungen darüber angestellt, welche Summen für ein solches Hilfsprogramm erforderlich wären.“ Das Institut habe mehrere Szenarien für eine Sanierung der polnischen Wirtschaft entworfen: „Es wird angenommen, daß die durchschnittliche Zinsrate für Polen im Jahre 1982 von 13,5 % in den nächsten Jahren konstant bleiben und die durchschnittliche Preissteigerungsrate auf dem Weltmarkt 6 % betragen wird. Polen müßte seine Exporte in den Westen um jährlich (nominal) 15 % steigern, die Zunahme seiner Importe aus dem Westen auf (nominal) 9 % begrenzen. In diesem Fall ist eine Refinanzierung der polnischen Schulden in einer Höhe von 22 Mrd. Dollar erforderlich, um Polen in die Lage zu versetzen, seine Schulden ab 1989 abzutragen. [...] Ein anderes Szenario ergibt sich, wenn man hofft (wie polnische Experten dies tun), daß die Zinssätze in den kommenden Jahren erheblich sinken werden. Für den Fall, daß die durchschnittliche jährliche Zinsrate nur noch 10 % beträgt, wird sich die für eine Umschuldung erforderliche Finanzierungssumme auf 13,4 Mrd. Dollar verringern.“ Im ungünstigsten Fall würden 43,1 Milliarden Dollar bis 1993 benötigt. Vgl. Referat 02, Bd. 178514.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nach Bo[tschafter] M[eyer]-L[andrut], dem ich recht gebe, können sie nicht anders, weil sie ihre Leute 60 Jahre lang falsch programmiert haben.“

Die Sowjets sind angesichts der Entwicklung in Osteuropa unsicher, hilflos und zutiefst pessimistisch. Ihre ursprüngliche Hoffnung auf eine allmähliche Legitimierung der Regime in der eigenen Bevölkerung hat sich nicht erfüllt. Sie haben mit einem unausrottbaren Nationalismus zu kämpfen und mit dem Umstand, daß, anders als in der Sowjetunion<sup>12</sup>, die professionellen Klassen den Regimen mit Distanz gegenüberstehen. Einerseits ist Osteuropa der Eckstein der sowjetischen Weltmachtposition und ein Schlüsselement in der internen Legitimierung des sowjetischen Regimes (Rechtfertigung für die Opfer des Zweiten Weltkriegs, Beweis für die Korrektheit der historischen Vision vom Vormarsch des Sozialismus), andererseits erweist sich die sowjetische Herrschaft über Osteuropa als entscheidender Faktor in der Desintegration der kommunistischen Weltbewegung und als eine Hypothek für die Entspannungspolitik gegenüber Westeuropa.

Obwohl es deshalb im wohlverstandenen Interesse der Sowjets läge, Osteuropa wirtschaftlich zu helfen, umfassende Wirtschaftsreformen zu ermutigen und eine liberalere und entspannte innere Atmosphäre zuzulassen, wird die Sowjetunion aus Furcht vor unerwünschten politischen Konsequenzen im eigenen Lande voraussichtlich ihren konservativen innenpolitischen Kurs auf Osteuropa übertragen und dabei insbesondere

- die sowjetische Öffentlichkeit von bedrohlichen Einflüssen aus Osteuropa abschirmen;
- die Subsidien für die osteuropäischen Volkswirtschaften einschränken oder völlig beseitigen und statt dessen einen größeren Beitrag zu sowjetischen Investitionen und zu den militärisch-industriellen Bemühungen der Sowjetunion verlangen;
- allenfalls in politisch brisanten Krisensituationen wirtschaftliche Nothilfe leisten;
- eine strenge antilibérale Politik in Osteuropa durchsetzen, deren Grad von der Entwicklung der Beziehungen zu den USA und zu Westeuropa abhängen wird<sup>13</sup>;
- genauere und effektivere Kontrollmechanismen entwickeln, um eine Wiederkehr „polnischer Verhältnisse“ zu verhindern;
- die Beziehungen Osteuropas zum Westen stärker beaufsichtigen;
- mehr als bisher Osteuropa als Kanal westlicher Technologie und Kredite benutzen;
- eine größere Bereitschaft zu notfalls auch gewaltsamer Intervention zeigen.

Die Lage Osteuropas in den 80er Jahren wird voraussichtlich wirtschaftlich sehr schwierig, sozial explosiv und politisch prekär sein<sup>14</sup> und antireformistische Tendenzen in der sowjetischen Innenpolitik begünstigen.

<sup>12</sup> Die Wörter „anders als in der Sowjetunion“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Analyse ist viel zu pauschal u. muß – nach den ganz unterschiedlichen Verhältnissen – Land für Land aufgeschlüsselt werden. Auf Bulgarien dürfte sie kaum zutreffen, auf Ungarn u. die DDR in unterschiedlicher Weise und bedingt.“

<sup>13</sup> Der Passus „deren Grad ... wird“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>14</sup> Der Passus „wirtschaftlich ... sein“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Um so wichtiger ist westliche Kooperationsbereitschaft!“

## 5) Optionen für den Westen

Zur Diskussion gestellt wurden drei Optionen:

(1) Wirtschaftliche Kriegführung im Sinne einer maximalen Behinderung des Zugangs der Sowjetunion zu Technologie und Krediten.

(2) „Laissez-faire-Politik“: grundsätzliches Gewährenlassen der Kräfte des Marktes durch die Regierungen bei gleichzeitiger Bereitschaft zu selektiven Sanktionen (Strafen und Belohnungen) als „flexible Antwort“ auf Verletzungen des westlichen Verhaltenskodex durch die Sowjetunion.

(3) Bedingte langfristige Kooperation auf der Grundlage von Korb II der Schlußakte von Helsinki<sup>15</sup>: gezielte staatliche Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um durch „positive Verknüpfung“ langfristige Interdependenzen zu schaffen, und zwar vorzugsweise gegenüber jenen Staaten, die die Schlußakte am weitesten implementieren und die Bereitschaft zu wirtschaftlichen und politischen Reformen zeigen.

Grundsätzlich bestand Einigkeit, daß die Einwirkungsmöglichkeiten des Westens auf die Sowjetunion begrenzt sind. Eine Verweigerung von Krediten und Technologie wird sich auf die sowjetische Volkswirtschaft insgesamt nur marginal auswirken. Die Sowjetunion ist wirtschaftlich nicht verletzbar<sup>16</sup>, allenfalls „sensibel“.

Andererseits gibt es für den Westen unter den Bedingungen einer fortdauernden politischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion kaum eine andere Möglichkeit, als mit wirtschaftlichen Instrumenten zu versuchen, das sowjetische Verhalten zu beeinflussen. Auch marginale Wirkungen sind nicht zu unterschätzen, vor allem wenn der Westen nicht mit Ultimaten arbeitet, sondern versucht, auf die Befriedigung von Zukunftserwartungen<sup>17</sup> Einfluß zu gewinnen (z.B. durch Kredite, Handel mit bestimmten Gütern, gemeinsame Projekte).

Allerdings sind die langfristigen politischen Wirkungen der Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zum Westen nicht eindeutig vorhersehbar<sup>18</sup>: Die Frage, ob ein hungriger oder ein satter russischer Bär für den Westen gefährlicher sein wird, kann nicht guten Gewissens eindeutig beantwortet werden.

Im einzelnen wurden die Optionen nicht eingehend diskutiert. Die erste Option fand ohnehin keinen Befürworter.

Die Diskussionsteilnehmer neigten zu der zweiten Option, wohl auch in der Einsicht, daß die dritte Option derzeit wenig politische Chancen besitzt.<sup>19</sup> Ei-

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>16</sup> Die Wörter „nicht verletzbar“ und „nur marginal“ im vorherigen Satz wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wiederum der Widerspruch zu S. 2!“ Vgl. Anm. 6.

<sup>17</sup> Die Wörter „Befriedigung von Zukunftserwartungen“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welchen?“

<sup>18</sup> Die Wörter „nicht eindeutig vorhersehbar“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht so sehr dies ist d[ie] Frage, sondern ob u. wie man Evolution fördern kann. Immer mehr von der ‚alten Medizin‘ (S. 5 oben) kann die Lage nur gefährlicher machen.“ Vgl. Anm. 11.

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ichtig], leider.“

ner Politik grundsätzlicher, aber nicht bedingungsloser Nichtintervention in den Ost-West-Handel wurden folgende Vorteile zugeschrieben:

- Sie hat die besten Aussichten darauf, von allen westlichen Verbündeten akzeptiert zu werden.
- Sie erhält die latente Drohung des Westens aufrecht, sowjetisches Fehlverhalten mit Sanktionen zu beantworten.

Als Schwächen wurden geltend gemacht:

- Sie trägt dem Umstand nicht Rechnung, daß den westlichen Unternehmern ein Monopolist gegenübersteht.
- Es dürfte im Einzelfall schwierig sein, einen Konsens für eine einheitliche Politik des Westens zu erreichen und das Wechselspiel von negativen und positiven Sanktionen fein genug einzustimmen.
- Angesichts der finanziellen Schwäche der osteuropäischen Staaten würde der Handel mit ihnen, nicht aber mit der Sowjetunion, ohne ein Engagement der westlichen Regierungen wesentlich reduziert.

Seitz

Referat 02, Bd. 178475

### 344

#### Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-16131/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2292  
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1982, 01.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 10. Dezember 1982, 02.01 Uhr

Betr.: NATO-Außenminister-Herbsttreffen am 9./10.12.1982 in Brüssel<sup>2</sup>;  
hier: Berichterstattung über Aussprache im kleinsten Kreise (AM und Ständige Vertreter) (super restricted session) – Erklärungen des deutschen Außenministers

Zur Unterrichtung

Nachstehend übermittle ich den wesentlichen Inhalt der Erklärung, die BM Genscher bei der Aussprache der NATO-Außenminister im kleinsten Kreise (Minister und Ständiger Vertreter) am 9.12.1982 in Brüssel abgab:

1) Mitgliedschaft Spaniens im Bündnis<sup>3</sup>

BM Genscher begrüßte die Mitgliedschaft Spaniens und stellte diesen Schritt

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 10. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen verfügte.

Hat Horstmann und Jansen am 10. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 345 und Dok. 346.

<sup>3</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

in einen Zusammenhang mit dem spanischen Bemühen um Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft<sup>4</sup>. Die Bundesregierung habe sich stets für die Aufnahme Spaniens in beide Organisationen eingesetzt und werde dies auch in Zukunft bei der Verhandlung des spanischen Beitritts zur Gemeinschaft tun.

## 2) Sowjetische Führung<sup>5</sup>

BM Genscher meinte bezüglich der zukünftigen sowjetischen Außenpolitik, daß zur Zeit des jetzigen Übergangs mit Sicherheit Meinungsbildungsprozesse stattfinden, die auch durch die Politik und das Verhalten der westlichen Bündnispartner mitbestimmt werden können. Die sowjetische Haltung könnte vom Westen her in gewissem Maße beeinflußt werden, und wir sollten von dieser indirekten Möglichkeit Gebrauch machen.

(1) Die Politik des Westens gegenüber der Sowjetunion müsse von Festigkeit geprägt sein.

(2) Die Politik müsse die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit deutlich machen (ausgestreckte Hand).

(3) Die Festigkeit der westlichen Haltung ist nur bei innerer Stabilität in den Bündnisländern möglich, die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist eine entscheidende Voraussetzung für innere politische Stabilität und für die Erbringung einer angemessenen Verteidigungsanstrengung. Die jüngste Erklärung des Europäischen Rates von Kopenhagen<sup>6</sup> weist in dieser Hinsicht wichtige Wege.

Bei den Darlegungen zur Frage, wie auf die Sowjetunion in einem günstigen Sinne Einfluß ausgeübt werden könne, meinte der BM, daß wir uns entschieden und entschlossen den sowjetischen Versuchen widersetzen müssen, die Vereinigten Staaten und Europa auseinanderzubringen. Dabei falle der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Last zu. Die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 haben das politische Ziel, die gemeinsame Verteidigung der Allianzpartner durch Abkoppelung Europas von den USA aufzuheben. Dieses Raketensystem könne alle Länder um die SU herum erreichen, ausgenommen die Vereinigten Staaten, nämlich China, Japan, den Mittleren Osten und Europa. Dieses Raketensystem ist Ausdruck des klassischen Versuchs, Europa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln. Für die Einwirkung auf die SU ist deshalb die Erhaltung unserer Glaubwürdigkeit bei der Durchführung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 von kardinaler Bedeutung. In der Durchsetzung des Doppelbeschlusses ist der Test der Allianz und ihrer Wirksamkeit zu sehen.

Dabei wird sich erweisen, von wie großer Bedeutung es ist, daß getroffene politische Entscheidungen auch tatsächlich durchgesetzt werden. Was man beschlossen hat, muß man durchführen. Der Westen hat sich für die Null-Option<sup>7</sup> als Verhandlungsziel entschieden, im Doppelbeschuß steht, daß nur konkrete

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 331, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie zu den Ost-West-Beziehungen vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 10 f. und 12. Vgl. dazu ferner Dok. 335 und Dok. 336.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

Verhandlungsergebnisse eine Überprüfung des Modernisierungsplans erforderlich machen. Kommen solche Ergebnisse nicht zustande, ist auch eine neue Entscheidung wegen der Modernisierung nicht erforderlich. Hinsichtlich der weiteren sowjetischen Verhandlungstaktik meinte BM Genscher, daß mit sowjetischen Schritten nach den deutschen Wahlen im Frühjahr 1983<sup>8</sup> zu rechnen sei. Die Phase von März bis Dezember 1983 sei für die Herbeiführung konkreter Verhandlungsergebnisse die entscheidende.

BM Genscher gab der Befriedigung der Bundesregierung über das hohe Maß an Information und Konsultation durch die USA bei der Vorbereitung der Verhandlungsposition und dem Verlauf der INF-Verhandlungen<sup>9</sup> Ausdruck.

Der BM begrüßte ebenfalls eine Einbeziehung von Reduzierungsvorschlägen in die START-Verhandlungen und schloß sich der hohen Einschätzung von AM Shultz für die vertrauensbildenden Maßnahmen bei der Madrid-KSZE-Folgekonferenz<sup>10</sup> und dem damit verbundenen Projekt der Konferenz über Abrüstung in Europa an. Der Westen solle hinsichtlich der Menschenrechtsfrage auf der Grundlage der von der dänischen Präsidentschaft<sup>11</sup> eingebrachten gemeinsamen Vorschläge vorgehen.<sup>12</sup>

Für die weitere Entwicklung des Kräfteverhältnisses Ost–West sei darüber hinaus folgende Überlegung von großer Bedeutung. Nach der Herstellung des Gleichgewichts im strategischen Bereich durch die SALT-Vereinbarung<sup>13</sup> und über Mittelstreckensysteme (INF) müsse man feststellen, daß die Herstellung des Gleichgewichts im konventionellen Bereich eine noch größere Bedeutung gewonnen habe als bisher. Der MBFR-Raum (Mitteleuropa) sei sehr eng bemessen.<sup>14</sup> Der Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf den gesamten europäischen Raum bis zum Ural, wie im KAE-Mandat<sup>15</sup> vorgesehen, komme daher prinzipielle Bedeutung zu. Das bestehende konventionelle Ungleichgewicht sei in seiner Bedeutung noch dadurch gewachsen, daß mit der so-

<sup>8</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

<sup>9</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>10</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 300 und Dok. 328.

<sup>11</sup> Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 inne.

<sup>12</sup> Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), informierte am 12. November 1982: „In der Plenardebatte am 9.11. brachte DK entsprechend westlicher Absprache im Namen der Zehn Forderung nach Ergänzung bzw. Änderung des Entwurfs der N+N-Staaten für ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument ein (RM.39 vom 16.12.1981). DK verlas den von den Zehn erarbeiteten Ergänzungsvorschlag (Recht auf Selbstbestimmung der Individuen, Recht auf freie Gewerkschaften, Recht auf Überwachung der Einhaltung der Schlußakte-Bestimmungen) im Wortlaut und erinnerte an die seit Dezember 1981 vom Westen vorliegenden Änderungswünsche für ein Schlußdokument, welche er beschrieb. Die westlichen Sprecher (N, F, I und IRL) unterstützten diese Vorschläge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 890; Referat 212, Bd. 133422.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>14</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>15</sup> Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

wjetischen Marinerrüstung<sup>16</sup> zusätzliche Erschwernisse für die Verbindung Amerika – Europa geschaffen worden seien. Praktisch sei Amerika noch weiter weggerückt. Es gebe gewisse Anzeichen dafür, daß mancher in Moskau Verständnis für unsere Sorge wegen des nuklearen Ungleichgewichts habe. Wir können auf dem Weg der konventionellen Nachrüstung nur in Grenzen das bestehende Ungleichgewicht abbauen. Es sei daher notwendig, prinzipiell im rüstungskontrollpolitischen Bereich die Forderung nach Herstellung des konventionellen Gleichgewichts in Europa (bis zum Ural) zu erheben und dies deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang beurteilte AM Genscher die Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen in Europa kritisch und stellte fest, daß ein Land wie Afghanistan immer nuklearfrei gewesen sei und deshalb nun mit dem Krieg<sup>17</sup> leben müsse. Europa habe 35 Jahre Frieden auf der Grundlage der Wirksamkeit der nuklearen Abschreckung. Die nukleare Abschreckung sei eine friedenssichernde, eine kriegsverhindernde Strategie. Atomwaffenfreie Zonen seien von noch größerer Gefahr, wenn sie für Räume mit konventionellem Ungleichgewicht diskutiert würden. Ustinow habe bezeichnenderweise in diesen Tagen schon die Behauptung verbreitet, es gebe in Europa ein konventionelles Gleichgewicht.

### 3) Wirtschaftliche Beziehungen Ost – West

AM Genscher stellte fest, daß im Anschluß an das Madrider Treffen<sup>18</sup> in La Sapinière<sup>19</sup> in verschiedenen bestehenden Foren die Studien<sup>20</sup> aufgenommen worden seien, die man für notwendig erachte. Die eine oder andere werde auch im Bereich der NATO unternommen werden. Bei der Bewertung der verschiedenen Elemente für eine Gesamtkonzeption der Wirtschaftsbeziehungen Ost – West besteht wie schon in Versailles<sup>21</sup> Einvernehmen darüber, daß kein Wirtschaftskrieg gegen die SU und Osteuropa geführt werde, daß Wirtschaftsbeziehungen ein stabilisierendes Element für das Ost-West-Verhältnis sind, daß keine ungerechtfertigten Vorteile der anderen Seite eingeräumt werden sollen, daß militärisch relevante Transfers nicht stattfinden sollten.

Bei den Fragen, die zu Maßnahmen führen sollen, müßten solche Foren gewählt werden, die auch die Mitwirkung Japans ermöglichen.

In Verbindung mit den Ausführungen zu den Ost-West-Wirtschaftsfragen stellte BM fest, daß wir eine offene Politik gegenüber der SU und Osteuropa führen und daß dies auch von großer Bedeutung für das Ergebnis in Madrid sei. Das entspreche unserem Interesse an dem Helsinki-Prozeß<sup>22</sup>. Man müsse auch berücksichtigen, daß die Bevölkerung in Osteuropa in dieser Hinsicht Erwartungen an den Westen hätte und Hoffnungen auf den Westen setze. Europa sei nicht nur die Europäische Gemeinschaft oder die Gesamtheit der westlichen Staaten, sondern auch Osteuropa. Dies dürfe nie übersehen werden.

<sup>16</sup> Zur sowjetischen Rüstungspolitik im Bereich der Seestreitkräfte vgl. Dok. 204, Anm. 13.

<sup>17</sup> Zum Krieg in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 15.

<sup>18</sup> In Madrid wurde am 9. Februar 1982 die KSZE-Folgekonferenz unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>19</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>20</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>21</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. Dok. 180.

<sup>22</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

## 4) Polen

Hinsichtlich der Entwicklung in Polen meinte der BM, daß es möglicherweise noch nicht einmal Mitte Dezember zu den angekündigten und erwarteten<sup>23</sup> Erklärungen bezüglich der Aufhebung des Kriegsrechts komme, sondern erst kurz vor Weihnachten, vielleicht sogar noch später.<sup>24</sup> Im Lichte dieser Maßnahmen, die Warschau vorhabe, soll man dann die westliche Position konsultieren.

## 5) Probleme der Dritten Welt

Die Bundesrepublik habe sich immer für eine aktive Entwicklungspolitik gegenüber der Dritten Welt eingesetzt, weil damit den Erwartungen und Hoffnungen der Länder der Dritten Welt am besten entsprochen werden könne. Die SU hat sich als sog. „natürlicher“ Verbündeter der Dritten Welt präsentieren wollen, das sei in der Phase der Entkolonisierung auch nicht ganz in Abrede zu stellen gewesen, heute habe sie aber die Fähigkeit, als natürlicher Verbündeter der Dritten Welt zu agieren, verloren. Im Lichte der konstruktiven Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt müßten auch die anderen, unsere Sicherheit berührenden Fragen gesehen und behandelt werden.

## 6) Das Signal der NATO-Minister-Herbsttagung 1982

Wir sollten, so führte BM Genscher abschließend aus, ein Signal der Festigkeit des Bündnisses und der Bündnispartner und ein Signal der Bereitschaft dazu geben, positive Schritte von Moskau auch positiv beantworten zu wollen.

Von kardinaler Bedeutung für die Bündnispartner sei die Überwindung der Wirtschaftskrise und damit die Herstellung der Fähigkeit, zu ausreichenden Verteidigungsanstrengungen zu gelangen.

In bezug auf die ausgestreckte Hand, mit der wir der SU und Osteuropa begegnen, wiederholte der BM ausdrücklich, daß dies auch insbesondere für die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands gelte und vielleicht sogar für die Menschen in der SU.

Der Minister forderte dazu auf, die politischen Entscheidungen, die getroffen worden seien, auch tatsächlich durchzuführen. Davon gehe die stärkste Wirkung auf die eigene Öffentlichkeit und gegenüber der SU aus.

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 14107 (010)**

<sup>23</sup> Korrigiert aus: „erwartenden“.

<sup>24</sup> Zur Ankündigung der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 340, Anm. 6.

345

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-16132/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2293  
Citissime

**Aufgabe: 10. Dezember 1982, 01.55 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Dezember 1982, 02.33 Uhr**

Betr.: NATO-Außenminister-Herbsttreffen am 9./10.12.1982 in Brüssel<sup>2</sup>;  
hier: Berichterstattung über Aussprache im kleinsten Kreise (AM und  
Ständige Vertreter) (super restricted session) – Erklärung des amerika-  
nischen Außenministers

Zur Unterrichtung

Der amerikanische Außenminister gab bei der Aussprache im kleinsten Kreise (AM und Ständige Vertreter) eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

1) Informelles Treffen der NATO-Außenminister

AM Shultz bewertete erneut positiv die Begegnung Anfang Oktober in La Sapinière<sup>3</sup> und gab der Hoffnung auf eine weitere informelle Begegnung im Laufe des nächsten Jahres Ausdruck<sup>4</sup>.

2) Führungswechsel in Moskau<sup>5</sup>

AM Shultz behandelte zunächst die Fragen, die sich aus dem Führungswechsel in Moskau nach dem Tode von Breschnew für den Westen ergeben. Nach seiner Auffassung hat sich Andropow als zentrale Figur der Führungsmannschaft schon durchgesetzt. Er bemüht sich, die Generallinie der Breschnew-Ära in außenpolitischen Fragen fortzusetzen. Dies kam in den Einlassungen von Andropow und Gromyko gegenüber Vizepräsident Bush und dem amerikanischen AM Shultz bei dem Gespräch im Anschluß an die Beisetzungsfeierlichkeiten für Breschnew in Moskau zum Ausdruck.<sup>6</sup> Die Linie Andropows habe der Haltung entsprochen, die Gromyko bei der Begegnung mit Shultz in New York wenige Wochen vorher<sup>7</sup> angenommen habe.

Der neuen sowjetischen Führung gegenüber hat der amerikanische Präsident den Wunsch nach einer konstruktiveren Beziehung zum Ausdruck gebracht.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 10. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen verfügte.

Hat Horstmann und Jansen am 10. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 344 und Dok. 346.

<sup>3</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>4</sup> Am 8. September 1983 fand in Madrid ein informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 12. September 1983; AAPD 1983.

<sup>5</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>6</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz hielten sich am 14./15. November 1982 in der UdSSR auf und trafen am 15. November 1982 mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September und 4. Oktober 1982 in New York vgl. Dok. 252 und Dok. 262.

Nun müsse man beobachten, wie sich beide Ansätze, nämlich Fortsetzung der sowjetischen Außenpolitik und amerikanisches, westliches Angebot für eine konstruktivere Form der beiderseitigen Beziehungen, auswirken werden:

Andropow, den AM Shultz mit den Worten qualifizierte „a very capable and decisive man“, könne in der Tat die bisherige Außenpolitik fortsetzen. Aber es seien auch andere Tendenzen denkbar, z. B. eine konstruktivere Haltung bei den Verhandlungen (START<sup>8</sup>, INF<sup>9</sup>, Madrid<sup>10</sup>, MBFR<sup>11</sup>) oder eine aggressivere Haltung und schließlich ein Gemisch aus den verschiedenen möglichen Tendenzen.

AM Shultz forderte – und dem wurde von GS<sup>12</sup> einvernehmlich mit den Außenministern entsprochen – eine Untersuchung durch den Ständigen Rat, das Internationale Sekretariat und die entsprechenden NATO-Ausschüsse über die sowjetische Politik nach dem Führungswechsel und bat alle Außenminister, daß die Regierungen ihre Beurteilungselemente dieser gemeinsamen Studie zur Verfügung stellen möchten.

### 3) Bemerkungen zur westlichen Politik gegenüber der SU und dem Warschauer Pakt

AM Shultz setzte sich dafür ein, die westliche Politik gegenüber der SU und den WP-Ländern mit Entschiedenheit fortzusetzen. Das Wichtigste sei die Durchführung von beiden Elementen der INF-Entscheidung vom Dezember 1979<sup>13</sup>. Ein Erfolg der Verhandlungen sei möglich, wenn die SU zu der festen Überzeugung gelange, daß ein Scheitern der Verhandlungen mit absoluter Sicherheit zur Stationierung der Mittelstreckenwaffen führe. Es sei notwendig, auf dieser AM-Begegnung ein klares Signal in dieser Hinsicht zu geben, und es sei notwendig, daß alle Regierungen im Sinne des Doppelbeschlusses ihre Politik einrichteten.

AM Shultz wandte sich dann den Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen zur SU und Osteuropa zu und stellte fest, die Wirtschaftsfragen im Verhältnis Ost–West haben für das Bündnis Bedeutung, wenn man auch einräumen müsse, daß Wirtschaftsangelegenheiten als solche nicht die Aufgabe des nordatlantischen Bündnisses seien. Er nannte dann mehrere Bereiche, in denen die Allianz berührt werde<sup>14</sup>:

#### a) Sicherheitsaspekte der Wirtschaftsbeziehungen mit der SU und Osteuropa

In COCOM sei die Arbeit zur Verbesserung des Systems eingeleitet worden.<sup>15</sup> Es sei nun noch zu prüfen, wo und wie die Frage geklärt werde, die technologischen Bereiche zu definieren, die nicht im engsten Sinne des Wortes von mili-

<sup>8</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>9</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>10</sup> In Madrid fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 300 und Dok. 328.

<sup>11</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 357.

<sup>12</sup> Joseph Luns.

<sup>13</sup> Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3, Anm. 25.

<sup>14</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>15</sup> Zur Revision der COCOM-Regelungen vgl. Dok. 333, Anm. 9.

tärischer Relevanz, sondern von allgemeinstrategischer seien, und für die eine Studie notwendig sei.

b) Im Rahmen der OECD haben die Gespräche über die Kreditbedingungen für SU und Osteuropa begonnen. Hierbei handele es sich darum zu berücksichtigen, daß alle westlichen Länder mit hohen Lasten im Verteidigungsbereich zu tun haben und es vermieden werden muß, der SU durch privilegierte Kreditbeziehungen Erleichterungen zu verschaffen, die letztlich von unserer Volkswirtschaft zu tragen sind. Es handele sich ferner darum, auf einer „Ex-post“-Basis die tatsächlich vollzogenen Handels- und Kreditströme zu untersuchen und zu bewerten.

c) Im Energiebereich werde man durch OECD und in gewisser Weise die Internationale Energieagentur den europäischen Bedarf in die Zukunft hinein projizieren. Das sei auch in die Wege geleitet worden.

d) Es bleibe die Frage, wo die Sicherheitsaspekte unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der SU und Osteuropa untersucht und behandelt werden sollten. Er könne sich vorstellen, daß die Allianz dafür das richtige Forum sei.

In Verbindung mit diesen Ausführungen wandte sich AM Shultz einigen Aspekten der Weltwirtschaftsentwicklung zu, die gegenwärtig von der Rezession bestimmt werde. Die Zurückgewinnung der Wirtschaftsexpansion sei für die Erbringung der notwendigen Verteidigungsleistungen von strategischer Bedeutung. Unsere Wirtschaftspolitik müsse auf dieses Ziel hingerichtet sein. Es gäbe Anzeichen für eine positive Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Der offene Welthandel sei in Gefahr, wie die jüngste GATT-Konferenz<sup>16</sup> gezeigt habe. Aber Offenheit des Welthandels sei von großer Bedeutung für unsere Volkswirtschaften. Die Ausweitung des Welthandels nach dem Zweiten Weltkrieg habe eine ganz ungewöhnliche Bedeutung auch für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit gehabt.

#### 4) Polen und aktuelle Ost-West-Fragen

AM Shultz sprach in positiver Weise von den westlichen Bemühungen bei der Madrid-KSZE-Folgekonferenz. Es sei notwendig, die westliche Position mit Entschiedenheit weiter zu vertreten. Die jüngsten amerikanischen Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen für den nuklearen Bereich<sup>17</sup> stellen eine Ergänzung zu den Bemühungen in Madrid auf diesem Gebiet im konventionellen Bereich dar. Es sei aber notwendig, den Menschenrechtsaspekt mit gleicher Intensität voranzubringen.

In bezug auf Polen meinte AM Shultz, daß sich die westlichen Forderungen vom 11. Januar 1982 (NATO-Außenminister-Konferenz<sup>18</sup>) günstig auf die Entwicklung ausgewirkt hätten. Die Polen orientieren sich an diesen Forderungen. Wir müßten nun beobachten und analysieren, welchen tatsächlichen Fortschritt sie bei den für Mitte Dezember erwarteten Ankündigungen<sup>19</sup> erbrächten. Möglicherweise sei es zweckmäßig, zunächst eine Erklärung inhaltenden

<sup>16</sup> Zur GATT-Ministertagung vom 24. bis 27. November 1982 in Genf vgl. Dok. 333, Anm. 14.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 22. November 1982; Dok. 320.

<sup>18</sup> Zur außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>19</sup> Zur Ankündigung der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 340, Anm. 6.

Charakters in den Hauptstädten abzugeben, über die Bewertung zu konsultieren und später eine substantielle Erklärung abzugeben.

#### 5) Probleme in der Dritten Welt

Für den Westen sei es erforderlich, eine Reihe von vorbeugenden Maßnahmen sicherheitspolitischer Art auch in anderen Bereichen zu treffen. Die Vereinigten Staaten müssen ihre eigenen Fähigkeiten auf diesem Gebiet modernisieren und auf einen ausreichenden Leistungsstand bringen. In den 70er Jahren seien die Vereinigten Staaten im Verteidigungsbereich zurückgefallen. Präsident Reagan sei entschlossen, die erforderlichen Streitkräfte zu schaffen, um den Aufgaben innerhalb des Bündnisses und in den Zonen außerhalb des Bündnisses gerecht werden zu können. Es sei offensichtlich, daß die SU ihr ideologisches Ringen in der Dritten Welt verloren habe, aber sie stützt sich weiterhin auf eine starke militärische Basis und bedient sich der Praxis. Das würde für die Länder der Dritten Welt und auch für den Westen Sicherheitsfragen aufwerfen. Mit einem Teil dieser Aspekte hätten die Vereinigten Staaten es im eigenen „Hinterhof“, in Mittelamerika, zu tun. Auch Libyen erweise sich als ein Störenfried. Demgegenüber müsse man feststellen, daß die Allianzpartner keinerlei Interesse daran hätten, Probleme in der Dritten Welt zu schaffen, sondern solche, die bestehen, zu lösen. Beispiele dafür seien die Spezialkontingente, die von einigen westlichen Ländern auf Sinai<sup>20</sup> und in der Libanon-Krise<sup>21</sup> zur Verfügung gestellt worden seien.

In diesem Zusammenhang wies AM Shultz auch auf die Problematik China hin, ohne allerdings auf Einzelheiten einzugehen oder seine Ansichten dazu im einzelnen zu erläutern.

Abschließend bemerkte AM Shultz, auf den inneren Zustand der Allianz eingehend, daß viele Menschen von der Krise in der Allianz sprechen und von den Belastungen, denen sie ausgesetzt sei. Demgegenüber könne und müsse man feststellen, daß die Allianz ihr Ziel und ihre Aufgabe mehr als 30 Jahre hindurch erfüllt habe. Es hat keinen Krieg in Europa gegeben, und diese Funktion müsse die Allianz auch in Zukunft wahrnehmen können.

GS Luns bemerkte im Anschluß an die Rede von AM Shultz:

- (1) Die Studie über die Entwicklung der sowjetischen Politik nach dem Führungswechsel ist in Arbeit und wird vervollständigt werden.
- (2) In bezug auf Polen gibt es einige ermutigende Tendenzen, aber man müsse mit aller Vorsicht an das herangehen, was nun dort geschehe.
- (3) Die Allianz kann Studien über die Wirtschaft der SU und ihre Verteidigungsleistungen unternehmen.

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 14107 (010)**

<sup>20</sup> Zur internationalen Friedenstruppe für den Sinai (MFO) vgl. Dok. 27, Anm. 16.

<sup>21</sup> Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 264, Anm. 7.

## 346

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-16133/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2294  
Citissime

**Aufgabe: 10. Dezember 1982, 02.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Dezember 1982, 03.07 Uhr**

Betr.: NATO-Außenminister-Herbsttreffen am 9./10.12.1982 in Brüssel;  
hier: Berichterstattung über Aussprache im kleinsten Kreise (AM plus  
Ständige Vertreter) (super restricted session) – Erklärungen der Au-  
ßenminister Italiens, Großbritanniens und Frankreichs

Zur Unterrichtung

Die Erklärungen der Außenminister Italiens, Großbritanniens und Frankreichs  
fasse ich nachstehend wie folgt zusammen:

1) Erklärung AM Colombo

AM Colombo charakterisierte den Beitritt Spaniens<sup>2</sup> als einen positiven politi-  
schen Faktor. Es sei gut, daß Spanien die politischen Ziele des Bündnisses teile  
und den Weg in die militärische Integration wähle.

Colombo warnte davor, von dem Wechsel in der sowjetischen Führung<sup>3</sup> Verände-  
rungen der sowjetischen Politik zu erwarten. In Verbindung mit der Entwick-  
lung in der Sowjetunion komme einer Sprache der Festigkeit und Gemeinsam-  
keit in dem NATO-Außenminister-Kommuniqué<sup>4</sup> große Bedeutung zu wie auch  
der konsequenten Durchführung von beiden Teilen des Doppelbeschlusses vom  
Dezember 1979. Der Festigkeit in unserer Entschlossenheit müsse die Bereit-  
schaft zum Dialog zur Seite gestellt werden. In diesem Zusammenhang erkun-  
digte sich Colombo nach dem Inhalt der jüngsten Botschaft von Generalsekre-  
tär Andropow an Präsident Reagan: Nach dem Diskussionsbeitrag von Colom-  
bo führte Außenminister Shultz zu diesem Thema folgendes aus: Bei der jün-  
gsten Botschaft von Andropow an Präsident Reagan handle es sich um die Ant-  
wort des sowjetischen Parteichefs auf die Botschaft von Präsident Reagan mit  
den Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen auf dem nuklearen Sek-  
tor<sup>5</sup> in Verbindung mit den START-Verhandlungen in Genf<sup>6</sup> und der Erläute-  
rung zu der amerikanischen MX-Entscheidung<sup>7</sup>. Andropow habe in seiner Ant-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 22. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der NATO-Beitritt Spaniens erfolgte am 30. Mai 1982.

<sup>3</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués, das bei der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember  
1982 in Brüssel verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 62–68. Für  
den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan am 22. November 1982; Dok. 320.

<sup>6</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstun-  
gen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>7</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 342, Anm. 7.

Gesandter Wallau, Washington, informierte am 23. Dezember 1982: „Präsident Reagan hat, was den  
Umfang des Verteidigungshaushalts 1983 angeht, im wesentlichen sein Ziel erreicht. Von seiner  
ursprünglichen Anforderung von 249 Mrd. Dollar sind 232 Mrd. Dollar gebilligt worden. Im Ver-  
gleich zum Vorjahr bedeutet das eine reale Steigerung um gut sechs Prozent. Einen Mißerfolg stellt

wortbotschaft die Bereitschaft zu Gesprächen über vertrauensbildende Maßnahmen auf dem nuklearstrategischen Gebiet bestätigt. In diesem Zusammenhang erwähnte AM Shultz auch die Möglichkeit einer erneuten Beratung über die bestehende Fernsprech-/Fernschreibverbindung zwischen Moskau und Washington.

AM Colombo stellte zu der jüngsten Regierungsneubildung in Rom<sup>8</sup> fest, daß es keine Veränderung in der Haltung zu dem Doppelbeschluß gebe, und wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende sowjetische Bemühung hin, die Fortsetzung der Modernisierungsvorbereitungen zu unterlaufen. Es handle sich jetzt darum, der sowjetischen Seite entschieden und klar vor Augen zu führen, daß mit dem Scheitern der Verhandlungen die Durchführung der Modernisierung und Stationierung der Mittelstreckenwaffen unvermeidbar werde. Colombo unterstrich, wie vorher schon BM Genscher, den Nutzen und die Bedeutung der fortlaufenden Information und Konsultation über die Verhandlungen durch die amerikanischen Partner.

Zu den Fragen der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und mit Osteuropa wies Colombo auf die Bedeutung von Artikel 2 des NATO-Vertrages<sup>9</sup> hin und sprach sich für die Durchführung der in Aussicht genommenen Studien<sup>10</sup> aus. Schließlich werde es aber auch notwendig, die Gesamtpolitik auf diesem Gebiet gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa zu koordinieren.

Die Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Aufschwungs müsse bei der Behandlung der Ost-West-Handelsbeziehungen ebenfalls mit in Betracht gezogen werden.

In Polen seien einige positive Schritte unternommen worden, u. a. die Freilassung von Wałęsa<sup>11</sup> und anderen Inhaftierten. Was bei den in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Beseitigung des Kriegsrechts<sup>12</sup> herauskomme, müsse sorgfältig geprüft werden und daher auch unsere Reaktion entsprechend vorbereitet werden.

In bezug auf die Out-of-area-Problematik<sup>13</sup> stellte AM Colombo mit Befriedigung fest, daß das Prinzip der Konsultation und der Zusammenarbeit auf der Basis

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1785*

dabei die Streichung der Produktionsmittel für die MX-Rakete dar. Da der Präsident sich gegenüber dem Kongreß und der Öffentlichkeit für MX besonders engagiert hatte, ist diese Niederlage für ihn um so schmerzlicher. [...] Außenpolitisch berührt die Verweigerung der Produktionskosten für die MX die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der nuklearstrategischen Triade.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5493; Referat 201, Bd. 125653.

<sup>8</sup> Gesandter Ruyter, Rom, berichtete am 2. Dezember 1982: „43. italienische Nachkriegsregierung unter Ministerpräsident Fanfani ist gestern abend vereidigt worden. In dem nach einhalbjähriger Unterbrechung wieder von einem DC-Politiker geleiteten Kabinett stellen Christdemokraten 13 Minister (bisher 15), Sozialisten 8 (bisher 7), Sozialdemokraten 4 (bisher 3), Liberale 2 (bisher 1). Republikaner des bisherigen MP Spadolini sind nicht in die Regierung eingetreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1339; Referat 203, Bd. 124897.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut von Artikel 2 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

<sup>10</sup> Zu den beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière in Auftrag gegebenen Studien vgl. Dok. 283, Anm. 5.

<sup>11</sup> Zur Entlassung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, aus der Haft am 14. November 1982 vgl. Dok. 303, Anm. 35.

<sup>12</sup> Zur Ankündigung der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 340, Anm. 6.

<sup>13</sup> Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 6. Dezember 1982, er habe am 3. Dezember 1982 in London ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium, Gillmore, zu si-

nationaler Entscheidungen fest etabliert sei.<sup>14</sup> Damit sei ein wichtiger Fortschritt erzielt worden. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit außerhalb des NATO-Bereichs habe sich bei der Entsendung von Kontingenten mehrerer Allianzpartner nach Sinai<sup>15</sup> und in den Libanon<sup>16</sup> schon bewährt.

Die informelle Begegnung in La Sapinière<sup>17</sup> sei gut gewesen, aber es hätten sich hinterher einige Schwierigkeiten ergeben. Im Falle einer Wiederholung einer informellen Begegnung der NATO-Außenminister müsse man mit Vorsicht und Bedacht vorgehen. Zur Zeit habe man Zeitpunkt und Platz einer weiteren Begegnung noch nicht fixiert.<sup>18</sup>

## 2) Erklärung des britischen Außenministers

Außenminister Pym sagte die Prüfung der Erklärung des spanischen Außenministers<sup>19</sup> zu und bezeichnete den Beitritt Spaniens als eine Stärkung der Allianz. Ausgehend davon, daß das Jahr 1983 für die Allianz ein besonders kritisches Jahr sein werde, befaßte er sich zunächst mit dem Wechsel in der sowjetischen Führung und meinte, daß wir mit Festigkeit einschließlich entsprechender Verteidigungsanstrengungen und mit der Bereitschaft zum Gespräch auf jede mögliche Änderung des sowjetischen außenpolitischen Kurses vorbereitet sein müßten. Wir dürften in diesem Zusammenhang keine ungerecht-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1786*

cherheitspolitischen Fragen geführt: „Breiten Raum nahm die Erörterung der Aufstellung der amerikanischen Eingreiftruppe (RDJTF) und deren Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit in Zentraleuropa und auf unsere Dritte-Welt-Politik ein. Ich habe dazu unter anderem ausgeführt, daß es ohne Frage Interessen des Bündnisses gäbe, die es außerhalb des Bündnisgebietes zu wahren gelte.“ Militärische Aspekte würden dabei aber zu sehr in den Vordergrund gerückt: „Politische und wirtschaftliche Unterstützung sei in vielen Fällen wichtiger als die militärische. Gillmore erwiderte, die Briten hätten die Gesamtproblematik sehr eingehend mit den Amerikanern besprochen. Er sei der festen Überzeugung, daß Washington seine Pläne weiterverfolgen werde und in jedem Falle eine Unterstützung der Europäer erwarte. [...] Falls die Allianzpartner in diesem Punkt zu zurückhaltend seien, würden die Amerikaner sie diese Zurückhaltung auf anderen Gebieten entgelten lassen. Die britische Haltung sei stark von diesen Gesichtspunkten bestimmt. Im übrigen werde es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu Einsätzen gegen die Sowjetunion kommen. Wenn überhaupt, werde die RDJTF eher bei einer Krise in einem der konservativen arabischen Staaten eingesetzt werden. Für einen solchen Fall hätten die USA schon jetzt eine ausreichende Anzahl von Marineinfanteristen im Indischen Ozean. Sollten Verstärkungen benötigt werden, könnten diese aus den USA über Marokko und Ägypten eingeflogen werden.“ Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>14</sup> Im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel wurde zur Frage eines Einsatzes von NATO-Streitkräften außerhalb des Vertragsgebiets ausgeführt: „Die Bündnispartner erkennen an, daß bestimmte Ereignisse außerhalb des Vertragsgebiets ihre gemeinsamen Interessen als Mitglieder des Bündnisses beeinträchtigen können. Bündniskonsultationen über solche Ereignisse werden von der Anerkennung dieser gemeinsamen Interessen ausgehen. Diejenigen Bündnispartner, die dazu in der Lage sind, können Hilfeersuchen souveräner Staaten, deren Sicherheit und Unabhängigkeit bedroht sind, entsprechen. Es liegt im Interesse des Bündnisses als Ganzes sicherzustellen, daß im Vertragsgebiet ausreichende Streitkräfte verbleiben, um die Abschreckung und Verteidigung zu gewährleisten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 89.

<sup>15</sup> Zur internationalen Friedenstruppe für den Sinai (MFO) vgl. Dok. 27, Anm. 16.

<sup>16</sup> Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 264, Anm. 7.

<sup>17</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 253.

<sup>18</sup> Am 8. September 1983 fand in Madrid ein informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 12. September 1983; AAPD 1983.

<sup>19</sup> Zur Erklärung des spanischen Außenministers Morán López bei der NATO-Ministerratstagung am 9. Dezember 1982 in Brüssel vgl. Dok. 338, Anm. 11.

fertigten und falschen Hoffnungen für eine gemäßigte sowjetische Außenpolitik in unserer eigenen Öffentlichkeit aufkommen lassen. Taktische Bewegungen bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf<sup>20</sup> seien denkbar, man müsse auf sie vorbereitet sein. In dieser Hinsicht komme es auf die Solidarität der Bündnispartner an und vor allem auf unsere Fähigkeit, „das Ringen um die Herzen und die Unterstützung unserer Mitbürger für den Kurs des atlantischen Bündnisses zu gewinnen“. Hier liege der Schlüssel für den Erfolg der Allianzpolitik.

Pym meinte, wie schon vorher der amerikanische Außenminister, daß die Sowjetunion das ideologische Ringen im Weltmaßstab verloren habe. Auf der anderen Seite müsse man anerkennen, daß wir mit unseren Verteidigungsanstrengungen, die dem Zweck dienten, gegenüber dem wachsenden sowjetischen Potential ausreichende Stärken zu erhalten, in unserer eigenen Öffentlichkeit Furcht und Schrecken vor der Zerstörungskraft moderner Waffen haben aufkommen lassen. Die Debatte in den Vereinigten Staaten über MX zeige das, ebenso die Polarisierungstendenzen der öffentlichen Meinung, z. B. in Großbritannien. Die Labour-Partei orientiere sich in Richtung auf Unilateralismus. In bezug auf die Innerallianzfragen stellte AM Pym fest, daß es in den USA und Kanada einerseits und in Europa andererseits aus Gründen der unterschiedlichen Geschichte und der unterschiedlichen geographischen Lage auch unterschiedliche Perzeptionen<sup>21</sup> der Sowjetunion und Osteuropas gebe. Diese seien unbestrittene Tatsachen. Er habe den Eindruck, daß wir alle zusammen gelernt hätten, mit diesen Unterschieden sorgfältiger umzugehen und sie nicht zu einer Belastung der Allianz werden zu lassen. Pym streifte dann noch die weltwirtschaftlichen Fragen und meinte hinsichtlich der Wirtschaftsfragen Ost–West, daß die Studien in den verschiedenen Foren, u. a. auch in der NATO, in Arbeit seien oder bald in Arbeit genommen werden könnten.

AM Shultz beantwortete die Frage von AM Pym zur MX-Situation in den Vereinigten Staaten wie folgt: Das Repräsentantenhaus habe die Mittel für Forschung und Entwicklung der Rakete in voller Höhe bereitgestellt. Es habe lediglich die Mittel für die Einleitung der Produktion gestrichen. Der Öffentlichkeit falle es schwer, für den Nutzen des MX-Konzepts Verständnis zu haben. Die Unterbringung der MX-Rakete in den Minuteman-Silos sei aber keine gute Lösung, weil diese Silos verwundbar seien und die Zweitschlagsfähigkeit damit nicht hergestellt werden könne. AM Shultz erwartet eine weitere Behandlung dieser Frage im nächsten Jahr.

AM Genscher benutzte die Erklärung von AM Pym dazu, mit Entschiedenheit auf die Notwendigkeit vollständiger zeitlicher Synchronisierung der Aufstellung der Raketen (Pershing II) und Marschflugkörper in Italien, Deutschland und Großbritannien gegen Ende 1983 hinzuweisen. Vorgezogene Schritte<sup>22</sup> stellten die Seriosität der Verhandlungen in Frage und gäben der SU Vorwand zum Verhandlungsabbruch.

<sup>20</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „Perzeptiven“.

<sup>22</sup> Zur geplanten Aufstellung von Abschlußfahrgestellen für GLCM in Großbritannien vgl. Dok. 319, Anm. 8.

### 3) Erklärung des französischen Außenministers

AM Cheysson begrüßte den Beitritt Spaniens und gab der Auffassung Ausdruck, daß die Struktur des Bündnisses es erlaube, Konsultationen der Außenminister in verschiedenen Formen zu führen, in informellen Sitzungen, in einem kleinsten Kreise (1 + 1) oder in Plenarsitzungen. Je nach den besonderen Bedürfnissen könne man die eine oder andere Form wählen. Cheysson unterstützte die Vorschläge, innerhalb des Bündnisses Analysen über die Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Führungswechsel sowie in Osteuropa herzustellen. Frankreich werde diese Arbeiten fördern.

Cheysson sprach sich dann ausdrücklich für die Durchsetzung des Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen aus und begrüßte die Erklärungen, die bislang von den Stationierungsländern zu diesem Thema abgegeben worden seien. Er benutzte dann die Gelegenheit, das französische nukleare Modernisierungsprogramm vorzutragen, das auch das der MX-Rakete entsprechende System SX vorsehe, und legte dann die bekannte französische Abschreckungsdoktrin dar.<sup>23</sup>

In bezug auf die Entwicklungen in der Dritten Welt, die Out-of-area-Problematik, stellte er fest, daß die Entwicklungen in anderen Teilen der Welt Kräfte einzelner Mitgliedstaaten binden könnten. Einer Aussprache im NATO-Rahmen über Probleme der Dritten Welt stehe nichts entgegen. Frankreich teile die Auffassung, daß die Sowjetunion in der Dritten Welt keine dauerhaften Gewinne erzielen könne.

Mit Zustimmung registriere Frankreich das Entstehen der Vereinigten Staaten für die Menschenrechte, auch bei der Madrider Konferenz<sup>24</sup>.

Die Relevanz der Betrachtung über die wirtschaftlichen Fragen im Ost-West-Verhältnis könne, wie AM Cheysson dann feststellte, nicht bestritten werden. Die sicherheitspolitischen Implikationen würden in COCOM behandelt. In den primär zu befassenden Institutionen seien die in Aussicht genommenen Studien eingeleitet oder würde dies geschehen. Frankreich widersetze sich auch nicht den im NATO-Bereich unternommenen Studien über die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion und Osteuropa. Ein anderer Teil der wirtschaftlichen Fragen im Ost-West-Verhältnis falle in den Bereich der OECD.

Er müsse sich fragen, wie die Studien ausgewertet werden sollen. Dies sei eine Angelegenheit der Regierungen. Man müsse dann darüber nachdenken, an wel-

<sup>23</sup> Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Mauroy vor dem „Institut des Hautes Études de Défense Nationale“ (IHEDN) am 20. September 1982 in Paris legte Botschafter Herbst, Paris, dar: „Auch in Zukunft wird die französische Strategie die der Abschreckung des Schwachen gegenüber dem Starken bleiben [...]. Alle Entscheidungen, die bisher in dieser Richtung getroffen worden sind, haben den Zweck, die Glaubwürdigkeit der französischen Abschreckung zu verbessern. Zu diesen Entscheidungen zählt u. a. das siebte nuklearstrategische U-Schiff, das Mitte der neunziger Jahre in Dienst gestellt werden soll, einer völlig neuen Generation von S[ous-marines]N[ucléaires]L[anceurs d']E[ngines] angehören wird und die Zahl der ständig auf Patrouille befindlichen U-Schiffe auf vier erhöhen soll. [...] Mauroy nannte weiterhin die Einführung des Fernmeldeprogramms ASTARTE, das durch die Ausrüstung von Flugzeugen vom Typ Transall mit speziellen Fernmeldeeinrichtungen sichere Fernmeldeverbindungen zwischen der Entscheidungsebene und den U-Schiffen gewährleistet, und den Ersatz der ballistischen Boden-Boden-Raketen auf dem Plateau d'Albion durch das mobile System SX sowie den Ersatz von Pluton durch Hades.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1825 vom 7. Oktober 1982; Referat 201, Bd. 125657.

<sup>24</sup> In Madrid fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 300 und Dok. 328.

chen Stellen eine Synthese aus den Studien und den von den Regierungen entwickelten Positionen vorgenommen werden könne.

Die Einbeziehung Japans sei aus wirtschaftlichen und politischen Gründen in dieser Hinsicht wünschenswert. Man müsse noch darüber nachdenken, wo diese zusammenfassende Arbeit unternommen werden könne.<sup>25</sup>

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14107 (010)

347

### Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

VS-NfD  
Fernschreiben Nr. 2297  
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1982, 16.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 10. Dezember 1982, 16.42 Uhr

Bitte auch sofort Herrn D4<sup>2</sup> und D5<sup>3</sup> vorlegen

Betr.: Gespräch BM mit AM Türkmén am 10.12.1982 in Brüssel<sup>4</sup>

Zur Unterrichtung

1) Teilnehmer

Auf türkischer Seite: AM Türkmén; Ständiger Vertreter, Botschafter O. Olçay; Türkischer Botschafter Bonn, O. Işcen; Herr Y. Türkmén (Justizministerium); Herr Z. Çelikkol (Justizministerium); Herr B. Ilkin („special adviser“ des AM).

Auf deutscher Seite: StS Dr. Kinkel, BMJ; Botschafter Dr. Wieck, D2<sup>5</sup>, RL 010<sup>6</sup> und 013<sup>7</sup>.

2) Die Minister erörterten Türkei-Hilfe, Freizügigkeitsproblematik, internationale Fragen, besonders in Zusammenhang mit Moskau-Besuch von AM Türk-

<sup>25</sup> Im Anschluß an die Außenminister Cheysson (Frankreich), Colombo (Italien) und Pym (Großbritannien) sprachen die Außenminister van den Broek (Niederlande), Charalambopoulos (Griechenland), Ellemann-Jensen (Dänemark), Flesch (Luxemburg), Futscher Pereira (Portugal), Jóhannesson (Island), MacEachen (Kanada), Stray (Norwegen) und Türkmén (Türkei). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2295/2296 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 10. Dezember 1982; VS-Bd. 14107 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 13. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Per Fischer.

<sup>3</sup> Carl-August Fleischhauer.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 344–346.

<sup>5</sup> Franz Pfeffer.

<sup>6</sup> Hans Friedrich von Ploetz.

<sup>7</sup> Karl Theodor Paschke.

men<sup>8</sup>, humanitäre Fragen (besonders Ralph Braun und deutschstämmige Flugzeugentführer). Auslieferungs- und Rechtshilfeproblematik wurde im Anschluß an Ministergespräch durch Vertreter beiderseitiger Justizministerien erörtert.

3) Im einzelnen

a) BM knüpfte an Besuch in Ankara am 20.11.<sup>9</sup> an und dankte noch einmal für Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen auch mit Präsident<sup>10</sup> und Ministerpräsident<sup>11</sup>. Er teilte mit, daß er gemäß einem Auftrag vom Sommer 1981 den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Türkei nach seiner Rückkehr dem Bundestag vorgelegt habe.<sup>12</sup> Der Bericht sei sehr nüchtern ausgefallen. Dadurch sei er als solcher nicht Gegenstand einer Auseinandersetzung geworden, was auch im Interesse der deutsch-türkischen Beziehungen liege.

BM hob die im Bericht ausgesprochene Erwartung der Bundesregierung hervor, daß der Prozeß in Richtung auf weitere Demokratisierung in der Türkei fortgesetzt werde. Entsprechende Erwartungen seien auch in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages deutlich ausgesprochen worden. BM übergab Außenminister ein Exemplar des Berichts.

BM hielt fest, daß er Bundesregierung und die zuständigen Ausschüsse des Bundestages von dem türkischen Verständnis der Freizügigkeitsproblematik<sup>13</sup> unterrichtet habe, wie es in den Gesprächen mit dem Präsidenten und dem Außenminister am 20.11. erklärt worden sei.

BM unterrichtete Türkmen, daß die drei zuständigen Ausschüsse mit den Stimmen der Koalitionspartner der Freigabe der Mittel für die Türkei-Hilfe 1982 und Fortsetzung der Verteidigungshilfe im Jahre 1983 zugestimmt hätten<sup>14</sup>, und verlas wörtlich den mit DE Nr. 6827 vom 9.12.82 (420-410.03 TUR) unter Ziffer 2

<sup>8</sup> Der türkische Außenminister Türkmen hielt sich vom 28. November bis 3. Dezember 1982 in der UdSSR auf.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. November 1982 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 314 und Dok. 315.

<sup>10</sup> Kenan Evren.

<sup>11</sup> Bülent Ulusu.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213.

<sup>13</sup> Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG vgl. Dok. 314, Anm. 22. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw notierte am 18. November 1982: „Die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer betrug 1981 rund 4,630 Mio. Personen. Hiervon kamen aus den EG-Mitgliedstaaten 1,232 Mio. und aus der Türkei 1,546 Mio. Dies sind nahezu 90% aller der in der Gemeinschaft befindlichen Türken. [...] Grundlage für die Einräumung der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Gemeinschaft ist Art. 12 des Assoziationsabkommens zwischen der EG und der Türkei vom 12.9.1963 [in] V[erbindung] m[it] Art. 36 des Zusatzprotokolls vom 23.11.1970. Hiernach wollen sich die Vertragsparteien von den Art. 48–50 EWG-Vertrag ‚leiten lassen‘, um untereinander schrittweise die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. Die Freizügigkeit tritt hiernach nicht automatisch zum 1.12.1986 in Kraft. [...] Völkerrechtlich hat die Türkei ab dem 1.12.1986 zwar keinen Anspruch auf volle, unbeschränkte Freizügigkeit, wohl aber auf ein Zugangsrecht in einem gewissen Ausmaß ab diesem Datum. [...] Ziel der Bundesregierung muß sein: Verlängerung des bestehenden standstill auch für die Phase 83–86 und eine Zugangsbegrenzung auch für die Zeit nach dem 30.11.86 im Wege einer einvernehmlichen, eingrenzenden Interpretation des Freizügigkeitsbegriffs und Anreiz zu freiwilliger Rückkehr“. Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

<sup>14</sup> Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 332, Anm. 10.

übermittelten Text<sup>15</sup>. Er verband dies mit der Feststellung, daß diese Erklärung völkerrechtliche Bindungswirkung habe.

BM knüpfte an Klage türkischen Außenministers über unbefriedigenden Verlauf seiner Gespräche mit EG-Kommission<sup>16</sup> an und informierte ihn vertraulich, daß er am 8.12. seinen britischen<sup>17</sup> und französischen Kollegen<sup>18</sup> gebeten habe, wie die Bundesregierung bei der EG-Kommission auf Vorlage des 4. Finanzprotokolls an den EG-Ministerrat hinzuwirken.<sup>19</sup> Er habe den deutschen Ständigen Vertreter<sup>20</sup> angewiesen, noch heute EG-Kommissionspräsident Thorn Bitte der Bundesregierung zu übermitteln, EG-Kommission möge nicht auf ihren Vorbehalten bestehen, sondern Ministerrat befassen.

AM dankte BM für diese erfreuliche Mitteilung und erkannte ausdrücklich BMs persönlichen Einsatz bei Bewältigung dieser keineswegs leichten Aufgabe sowie sein Verständnis für die Türkei an. Er werde Präsident und Ministerpräsident sofort berichten.

b) Auf Frage BMs nach zusätzlichen Erkenntnissen aus seinen Moskauer Gesprächen stellte AM fest, Gromyko habe am Rande – nicht im offiziellen Gespräch – sowjetische Besorgnis über türkisch-amerikanische Abkommen zur Nutzung von türkischen Flughäfen und zur Voreinlagerung von US-Material<sup>21</sup>

<sup>15</sup> Ministerialdirigent Loeck teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Brüssel, mit: „1) Haushaltsausschuß hat Behandlung der Türkei-Wirtschafts- und -Verteidigungshilfe auf spätere Abendstunden des 9.12. verschoben. Sobald die Entscheidung vorliegt, folgt drahtliche Unterichtung. 2) Es wird empfohlen, daß der Herr Bundesminister, sobald die positive Entscheidung auch des Haushaltsausschusses vorliegt, AM Türkmern mitteilt, er könne ihm nunmehr namens der Bundesregierung folgendes erklären: „Die Bundesregierung sage der Türkei hiermit zu, ihr im Rahmen der OECD-Sonderhilfsaktion 1982 folgende Wirtschaftshilfe zu leisten: Projekthilfe in Höhe von DM 130 Mio., projektbezogene Soforthilfe in Höhe von DM 264,4 Mio., Reintegrationshilfe in Höhe von DM 19 Mio. Außerdem werde hiermit der Türkei die Zahlung der 13. Tranche der Verteidigungshilfe in Höhe von DM 130 Mio. zugesagt. Die Bundesregierung werde sich um möglichst rasche Implementierung dieser Zusagen bemühen.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129994.

<sup>16</sup> Gesandter von Hassell, Ankara, berichtete am 9. Dezember 1982: „Bei Treffen türkischen Außenministers Türkmern mit Vizepräsident EG-Kommission Haferkamp am 8.12. sind zufolge türkischer Presse starke Meinungsgegensätze spürbar gewesen. Nach dem Gespräch soll Türkmern erklärt haben, es sei Zeit, daß EG Entscheidung über ihr Verhältnis zur Türkei fällt. Türkischer AM habe Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, daß Volksabstimmung in Türkei nicht erwartete politische Auswirkungen in Gemeinschaft gehabt habe. 4. Finanzprotokoll in Höhe von 600 Mio. US-Dollar solle vorerst nicht freigegeben werden. Nach Äußerungen Türkmerns habe Haferkamp Zusammenhang zwischen Begrenzung türkischer Exporte in Gemeinschaft und 4. Finanzprotokoll hergestellt, was türkische Seite als unannehmbar zurückgewiesen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2078; Referat 410, Bd. 130293.

<sup>17</sup> Francis Pym.

<sup>18</sup> Claude Cheysson.

<sup>19</sup> Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), informierte am 10. Dezember 1982, das zuständige Mitglied der EG-Kommission, Haferkamp, beabsichtige zunächst nicht, dem Ministerrat eine Vorlage der Kommission zum 4. Finanzprotokoll zwischen der EWG und der Türkei zuzuleiten: „Er wird voraussichtlich der Kom[mission] bei Sondersitzung am 21.12.82 Zwischenbericht erstatten. Hierbei beabsichtigt er, über seine Besprechungen mit türk[ischem] AM Türkmern zu berichten: Haferkamp habe [Türkmern] nahegelegt, dafür zu sorgen, daß Türkei sich möglichst bald in der ‚Menschenrechtsfrage‘ bewege. Dies gelte namentlich hinsichtlich Verhaftung und erwarteter Verurteilung türkischer Gewerkschafter. Dabei schwebt ihm als Lösung etwa Haftaussetzung oder sofortige Begnadigung nach Urteilsverkündung vor. Ohne ein solches Zeichen werde sich in Kom. keine positive Mehrheit finden (eine Überstimmung des zuständigen Kom-Mitglieds durch seine Kollegen in einem politisch delikaten Fall wäre ohnehin nicht zu erwarten).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4536; Referat 410, Bd. 130293.

<sup>20</sup> Gisbert Poensgen.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 29. März 1980 zwischen den USA und der Tür-

zum Ausdruck gebracht und als eine für die SU bedrohliche Entwicklung bezeichnet. Er habe dabei auf friedliches Nachbarschaftsverhältnis hingewiesen und betont, SU habe keine Truppen in Bulgarien stationiert. Er, Türkmen, habe türkische Bedrohungsanalyse erläutert, die Türkei zur Mitgliedschaft in der NATO<sup>22</sup> veranlaßt habe. Er habe auf die militärisch beherrschende Rolle der SU im Schwarzen Meer hingewiesen, ferner auf umfangreiche Truppen in Armenien und Georgien.

(AM bat ausdrücklich, diese Mitteilungen vertraulich zu behandeln.)

Im übrigen hat AM Eindruck gewonnen, daß SU über Nahost-Entwicklung schlecht informiert scheine und über Entwicklung im Iran beunruhigt sei, zumal sie offensichtlich über keinen tragfähigen Gesprächskontakt nach Teheran verfüge.

Gromyko habe nachdrücklich das sowjetische Auslieferungsersuchen für die drei deutschstämmigen Flugzeugentführer bekräftigt.<sup>23</sup> Er, Türkmen, habe bei eindeutiger Ablehnung starke Position gehabt: Nach Entführung türkischen Flugzeuges nach Bulgarien vor einigen Jahren sei Auslieferung der Entführer abgelehnt und erst nach geraumer Zeit milde Freiheitsstrafen (drei Jahre) verhängt worden.

AM stellte fest, daß Türkei die drei Entführer nicht ausliefern, aber strafrechtlich belangen würde.

Im bilateralen Verhältnis Türkei–SU erwarte AM eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Energieversorgung (türkische Strombezüge), aber auch in anderen Sparten der Wirtschaft.

BM erinnerte nochmals nachdrücklich an seine schon in Ankara ausgesprochene Bitte, Ralph Braun möglichst bald freizulassen. AM verwies auf nicht abgeschlossenes Berufungsverfahren.<sup>24</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1792*

kei über Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft, das am 18. Dezember 1980 in Kraft trat, sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 2305, S. 207–447.

<sup>22</sup> Die Türkei trat der NATO am 18. Februar 1952 bei.

<sup>23</sup> Referat 511 vermerkte Ende Dezember 1982: „Am 7.11.1982 entführten die Geschwister Witali und Boris Schmidt (geb. am 17.1.1955 bzw. 2.2.1962) sowie Arthur Schuler (geb. am 1.1.1959) eine sowjetische Verkehrsmaschine auf einem Inlandflug und zwangen diese unter Gewaltanwendung zur Landung auf dem türkischen Militärflugplatz Sinop an der Schwarzmeer-Küste. Bei der Entführung wurden ein Pilot und ein Passagier verletzt. Bei den drei Entführern [...] handelt es sich um Volksdeutsche aus der UdSSR. Ihre Ausreisewünsche waren schon seit vielen Jahren beim Deutschen Roten Kreuz und der Botschaft in Moskau registriert; das Bundesverwaltungsamt hatte ihre Übernahme in das Bundesgebiet genehmigt. Das Strafverfahren vor dem zuständigen Gericht in Sinop endete am 20.12.1982 mit Freispruch für alle drei Beteiligten. Zur Begründung berief sich das Gericht auf eine Regelung des türkischen StGB, die etwa unserem Notstandsgedanken entspricht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft hat auf Weisung der türkischen Regierung Berufung eingelegt. Die drei Volksdeutschen befinden sich derzeit in einem Lager für politische Flüchtlinge in Yozgat (Osttürkei).“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1583.

<sup>24</sup> Der CDU-Abgeordnete Weirich legte in einem Schreiben an Staatsminister Mertes vom 22. November 1982 zum Fall des Reiseleiters Ralph Raymond Braun dar: „Der als Reiseleiter einer deutschen Reisegruppe in der Türkei fungierende junge Mann wurde am 19. Oktober von einem türkischen Militärgericht zu einer ungewöhnlich hohen Kerkerstrafe verurteilt, nämlich zu sechzehn Monaten Gefängnis. Anschließend soll Ralph Raymond Braun fünf Monate unter Polizeiaufsicht in Ankara gestellt werden. Die Strafe von einem Jahr wurde noch um vier Monate wegen des herrschenden Kriegsrechts erhöht. Der ‚Fall Braun‘ hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Empörung ausgelöst, zumal es auch in der Türkei ein Urteil in dieser Form gegen deutsche Touristen nicht gegeben hat. Braun wird ‚Beleidigung des Türkentums‘ vorgeworfen, weil er deutsche Studienreisende über Vor-

Zur Auslieferungs- und Rechtshilfeproblematik wird BMJ Aufzeichnung anfertigen. Die Besprechung hierzu hat StS Kinkel nach Verlassen der beiden Minister auf deutscher Seite geführt.

[gez.] Pfeffer

Referat 010, Bd. 178866

348

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-2235/82 VS-vertraulich

13. Dezember 1982<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Sitzung des Abrüstungsunterausschusses am 8.12.1982

Zur Information

1) Am 8.12.1982 habe ich den Unterausschuß Abrüstung des Deutschen Bundestages über den Stand der INF-Verhandlungen nach der dritten Verhandlungsrunde unterrichtet.<sup>4</sup> Bei den anschließenden Fragen und Diskussionsbeiträgen fiel bei der SPD, insbesondere bei MdB Bahr, eine Tendenz zum Abrücken von Positionen auf, die bisher von allen Parteien des Bundestages unterstützt worden sind. Diese Äußerungen bezogen sich auf das Festhalten an der Null-Lösung<sup>5</sup> und die Nichtberücksichtigung von Drittstaaten-Systemen.

2) Die Null-Lösung wurde im Zusammenhang mit der Erörterung des von der SU vorgeschlagenen subceiling für Raketen von MdB Bahr indirekt in Frage gestellt. Bei der Erörterung der von dem SPD-Abgeordneten Scheer aufgeworfenen Frage, ob die Sowjetunion nicht im bisherigen Verlauf der INF-Verhandlungen mehr Kompromißbereitschaft gezeigt habe als die USA, stellte Bahr fest, daß die USA in der vergangenen Runde keine substantiellen Schritte unternommen hätten. Diese Bemerkung muß vor dem Hintergrund einer Äußerung gesehen werden, die MdB Bahr beim deutsch-sowjetischen sicherheitspolitischen Kol-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1793*

gänge aus der Geschichte des Landesteils Armenien informiert hat.“ Weirich bat darum, bei der türkischen Regierung in dieser Angelegenheit nachdrücklich zu intervenieren. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1719.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen.

Hat Hartmann erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 14. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 351.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

loquium der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21./22.10.1982<sup>6</sup> gemacht hat. Bahr hatte damals die Position der SPD wie folgt zusammengefaßt:

- Wenn die Vereinigten Staaten die heute vertretene Position nicht zu verändern bereit sind und es deshalb nicht zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommt, werden wir die Stationierung ablehnen.
- Wenn die Sowjetunion die jetzige unakzeptable Position nicht ändert und es deshalb nicht zu einem konkreten Ergebnis kommt, werden wir der Stationierung zustimmen.

Dazu habe ich darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ihr umfangreiches Mittelstreckenpotential ohne Aufgabe strategischer Möglichkeiten als flexible Verhandlungsmasse in die INF-Verhandlungen einbringen könne. Für den Westen, der mit der Null-Lösung von vornherein das rüstungskontrollpolitisch optimale Verhandlungsergebnis vorgeschlagen habe, gebe es keine vergleichbare Flexibilität.

3) Zur Frage der Drittstaatsysteme erklärte MdB Bahr, eine globale Null-Lösung müsse auch für die britischen und französischen Systeme gelten. Der Vorschlag des früheren ACDA-Direktors Paul Warnke für ein INF-Interimsabkommen (siehe dazu gesonderte Vorlage vom 9.12.1982 – 220-371.76 INF<sup>7</sup>) habe den Vorzug, die Systeme beider Länder zu berücksichtigen; außerdem ermögliche er nach einem ersten Verhandlungsergebnis eine Überleitung der INF-Verhandlungen in die START-Verhandlungen. Der frühere Bundeskanzler Schmidt habe die Empfehlung des SPD-Präsidiums zur Prüfung des Warnke-Vorschlags ausdrücklich gebilligt. MdB Bahr hat dann auch in der Bundestagsitzung am 10.12.1982 den Warnke-Vorschlag positiv hervorgehoben.<sup>8</sup>

Vor dem Unterausschuß habe ich den Ausführungen Bahrs die wesentlichen Gründe entgegengehalten, die die Berücksichtigung der Drittstaatsysteme in den INF-Verhandlungen ausschließen, und als Lösungsmöglichkeit auf die Be-

<sup>6</sup> Zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vgl. Dok. 274, Anm. 20.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 9. Dezember 1982: „Mit dem Ziel einer ‚Überwindung des Stillstands der Genfer INF-Verhandlungen‘ hatte der ehemalige ACDA-Direktor Paul Warnke in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ‚Committee for National Security‘ am 16. Sept. 1982 der Öffentlichkeit einen Vorschlag für ein INF-Interimsabkommen unterbreitet. Die wichtigsten Punkte dieses Vorschlags sind: NATO verzichtet auf Nachrüstung (Verzicht auf 572 Sprengköpfe – SK), SU baut die veralteten 280 SS-4 und -5 sämtlich sowie 100 SS-20 ab (Verzicht auf 580 SK), außerdem werden die britischen und französischen Raketen sowie die SACEUR assignierten Sprengköpfe auf seegestützten amerikanischen Raketen berücksichtigt. Das Ergebnis wäre folgendes ‚Gleichgewicht‘: Westen: 202 land- und seegestützte Raketen mit 562 SK (162 brit[ische] und franz[ösische] sowie 40 US-Poseidon-Raketen à 10 SK), SU: 245 land- und seegestützte Raketen = 675 SK (215 SS-20 und 30 U-Boot-gestützte SS-N-5). Einfrieren der Zahl der amerikanischen F-111 und der sowjetischen Backfire auf dem derzeitigen Stand sowie nicht spezifizierte kollaterale Beschränkungen für die in den USA stationierten FB-111 und andere nuklearfähige Flugzeuge. Ein Interimsabkommen dieses Inhalts soll eine befristete Geltungsdauer haben und zu gegebener Zeit in einem umfassenden START-Abkommen aufgehen. [...] Insgesamt ist festzustellen, daß der Warnke-Vorschlag mit der Anrechnung der 400 Poseidon-Sprengköpfe im INF-Bereich steht und fällt. Läßt man die Poseidon-Raketen unberücksichtigt, bleibt selbst unter Anrechnung der brit. und franz. Raketen immer noch ein sowjetisches Übergewicht von über 500 Sprengköpfen. Hierdurch wird deutlich, daß die eigentliche Basis für den Warnke-Vorschlag die nicht einmal von der SU geforderte Anrechnung der Poseidon-Systeme und nicht die Berücksichtigung der Drittstaaten-Systeme darstellt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124520.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des SPD-Abgeordneten Bahr am 10. Dezember 1982 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTe, Bd. 123, S. 8509–8514.

reitschaft Großbritanniens und Frankreichs hingewiesen, eine Reduzierung dieser Systeme nach einem erheblichen Abbau des sowjetischen und amerikanischen Nuklearpotentials ins Auge zu fassen.

4) Außerdem wurde der Unterausschuß von StS Rühl und Generalmajor Tandecki über die Planung für die Stationierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenflugkörper in Europa unterrichtet. Darüber wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt.<sup>9</sup>

Ruth

VS-Bd. 11349 (220)

### 349

## Aufzeichnung der Referate 200, 410 und 501

13. Dezember 1982<sup>1</sup>

Europäische Union/Europäische Akte (EA)<sup>2</sup>

(Sachstand für deutsch-französische Direktoren-Konsultationen am 17.12.1982 in Bonn)

#### I. Französische Haltung

F (AM Cheysson, Minister Chandernagor) verhält sich grundsätzlich gegenüber unserer Initiative positiv und hat konstruktiv in den Beratungen der Außenminister und der Ad-hoc-Gruppe mitgearbeitet. Anfängliche französische Bedenken gegen den Ausbau der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit konnten ausgeräumt werden, nachdem klargestellt wurde, daß militärische bzw. verteidigungs-

<sup>9</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 14. Dezember 1982: „StS Rühl und Gen[eral]Maj[or] Tandecki haben den Unterausschuß Abrüstung des Deutschen Bundestages am 8.12.1982 über die Stationierungsvorbereitung der Pershing II und GLCM unterrichtet. [...] Der für Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik genannte Stationierungszeitpunkt Ende 1983 bedeutet, daß ab Ende 1983 die erste Einsatzbereitschaft der ersten Systeme hergestellt sein soll (IOC = Initial Operational Capability). [...] Außer auf den Stationierungszeitpunkt Ende 1983 hat sich das Bündnis auf das Ziel paralleler Stationierung geeinigt. Dies interpretiert die Bundesregierung (wie schon die vorherige Bundesregierung) wie folgt: physisches Erscheinen in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1983, nicht mehr als ca. vier Wochen Zeitunterschied zwischen dem Stationierungsbeginn in Großbritannien, Italien und bei uns. [...] Standorte: In der Bundesrepublik Deutschland werden die Pershing II in den bisherigen Standorten der amerikanischen Pershing I stationiert. Der Standort für GLCM ist durch BSR-Beschluß vom 12.11.1980 festgelegt. Die Entscheidung, daß der Standort geheimgehalten wird, wurde durch BSR-Beschluß vom 2.10.1982 bestätigt. Die Planungen für die Stationierung der GLCM sind angelaufen, konkrete Baumaßnahmen werden Ende 1983 beginnen. IOC ist für Frühjahr 1986 vorgesehen. In Großbritannien und Italien sind die Standorte für GLCM öffentlich bekanntgegeben worden, die Baumaßnahmen laufen. In Belgien ist die Standortauswahl getroffen, der Standort der Allianz aber noch nicht offiziell bekannt. Baumaßnahmen haben noch nicht begonnen. In den Niederlanden ist die Standortauswahl eingeleitet.“ Vgl. VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte vgl. Dok. 226, Anm. 33.

gungspolitische Aspekte ausgeklammert bleiben („Koordinierung der Standpunkte in bezug auf die politischen und bestimmte wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit“, siehe Ziffer 1.4.2.<sup>3</sup>). BK Kohl und Staatspräsident Mitterrand haben sich am 4.10. in Paris<sup>4</sup> für die Ausweitung der EPZ auf den Bereich der Sicherheitspolitik i. S. der EA ausgesprochen. AM Cheysson begrüßte bei den deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 21.10.<sup>5</sup> ausdrücklich die Bemühungen, in der Frage der EA zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Staatspräsident Mitterrand äußerte sich am 26.11.82 in einem Interview mit „Le Monde“<sup>6</sup> grundsätzlich sehr positiv zur EA, ohne jedoch auf Einzelheiten einzugehen.

Nach wie vor restriktiv verhält sich F zu den Themen „Stärkung der Rolle des EP“, „Revisionsklausel (Ziel der Umwandlung der Akte in einen Vertrag nach fünf Jahren)“ und „Auslegungskompetenzen des EuGH über den Vertrag von Rom<sup>7</sup> hinaus“. GS Gutmann hat bei den Konsultationen mit dem Staatssekretär am 20./21.9.<sup>8</sup> seine Sorge vorgebracht, daß die Vorschläge der EA über die bestehenden Verträge hinausgehen könnten.

Die neue französische Regierung gehört nicht zu den harten Verfechtern des Vetorechts im EG-Rat (wie die nach 1957 beigetretenen EG-MS, insbesondere DK, GR und GB), sondern ist an einer vermehrten Anwendung der vertragskonformen Mehrheitsentscheidungen interessiert. Nach wie vor möchte F jedoch die Ausübung des Vetorechts bei „vitalen Interessen“ nationaler Entscheidung vorbehalten. GS Gutmann äußerte am 20./21.9. Zweifel, ob wir zu einem Text in dieser Frage kommen können, und sprach sich für eine pragmatische Handhabung des Luxemburger Kompromisses<sup>9</sup> aus.

Europaminister Chandernagor äußerte sich zu den Fragen „Rolle des EP“ und „Beschlüßfassung im Rat“ am 6.9. gegenüber StM Corterier<sup>10</sup> wie folgt: Es sei für F schwierig, dem EP Mitwirkungsrechte bei der Ernennung der EG-Kommission einzuräumen. Beim Konzertierungsverfahren müsse zunächst abgewartet werden, ob die Haushaltsvereinbarung respektiert werde, ehe die Konzertierung auf andere Bereiche ausgeweitet werden könne. Bei den Mehrheitsent-

<sup>3</sup> Für den Entwurf einer Europäischen Akte in der Fassung vom 11. November 1982 („Zehnertext“) vgl. die Anlage 3 zur Aufzeichnung der Referate 200, 410 und 501 vom 24. November 1982; Referat 200, Bd. 122729.

<sup>4</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 4. Oktober 1982 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vgl. Dok. 282–284.

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „Un entretien avec M. François Mitterrand“; LE MONDE vom 26. November 1982, S. 1 und 8f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>8</sup> Staatssekretär von Staden traf mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Gutmann, in Bonn zusammen. Gesprächsthemen waren Fragen der europäischen Integration, die transatlantischen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, die INF-Verhandlungen, START und der Nahe Osten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen vom 22. und 27. September 1982; Referat 202, Bd. 140637.

<sup>9</sup> Zum Luxemburger Kompromiß vgl. Dok. 150, Anm. 8.

<sup>10</sup> Legationssekretär Hochschild vermerkte am 18. August 1982: „Staatsminister Dr. Corterier hat den französischen Minister für Europafragen, M. Chandernagor, zu einem Arbeitsbesuch vom 4. bis 6.9.1982 nach Karlsruhe und Bonn eingeladen. Im Rahmen dieses Besuchs werden die französischen Streitkräfte in Karlsruhe besucht werden.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140637.

scheidungen im Rat ginge es vor allem um eine gute Anwendung des Luxemburger Kompromisses.

F warf in der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe am 13.9.<sup>11</sup> die Frage auf, ob die Akte unterschrieben werden solle (oder nur Annahme), und falls ja, von wem (Staats- und Regierungschefs und/oder Außenminister). (Nachdem wir mit Rücksicht auf die Partner darauf verzichtet haben, die Akte schon jetzt als Vertrag zu verabschieden, ist es für uns unabdingbar, daß sie durch die Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wird.)

## II. Bisheriges Procedere

Der 21. Europäische Rat hatte am 26./27. November 1981 in London<sup>12</sup> die Außenminister ersucht, in Zusammenarbeit mit der Kommission den deutsch-italienischen Vorschlag zur Verabschiedung einer EA zu prüfen und auf einer künftigen Tagung des ER hierüber Bericht zu erstatten.

Die AM ernannten persönliche Beauftragte, die – zusammen mit einem Vertreter der EG-Kommission – in einer Ad-hoc-Gruppe einen gemeinsamen Zehner-Text erarbeiten. Die AM haben sich zuletzt am 20.6. auf der Grundlage eines Textentwurfs der Ad-hoc-Gruppe mit der EA befaßt und beschlossen, daß:

- die Ad-hoc-Gruppe ihre Arbeiten fortsetzt;
- die dänische Präsidentschaft<sup>13</sup> dem Europäischen Parlament (geschehen am 7. Juli<sup>14</sup>) einen Bericht über den Stand der Arbeiten erstattet;
- die Außenminister sich erneut mit EA befassen, wenn dies von deutscher und italienischer Seite erwünscht wird.

Die Ad-hoc-Gruppe hat inzwischen die Arbeit an den Texten fortgesetzt.

## III. Bisherige Ergebnisse

a) Zu den meisten unserer grundlegenden Ziele wurde bereits ein gemeinsamer Zehner-Text erarbeitet. Dazu gehört:

- der Europäische Rat „gibt allgemeine politische Leitlinien für EG und EPZ“ (2.1.2.; damit erstmalig politische Leitungsrolle des ER festgeschrieben);

<sup>11</sup> Zur Sitzung der Ad-hoc-Gruppe „Europäische Akte“ am 13. September 1982 in Brüssel vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer am 14. September 1982: „Erstes Treffen unter dänischer Präsidentschaft verlief in aufgeschlossener Atmosphäre. Der Vorsitzende Riberholdt, Ständiger Vertreter bei der Europäischen Gemeinschaft, bemühte sich um sachliche Fortschritte und zügigen weiteren Arbeitsrhythmus. Die dänische Delegation [...] verwies darauf, daß sie noch nicht über Weisungen der neuen Regierung zur Arbeit an der Europäischen Akte verfüge. Insgesamt war aber bereits eine gewisse Auflockerung der dänischen Haltung spürbar. Britischer Vertreter (Bullard) sah für seine Regierung Hauptprobleme bei den Bestimmungen zum Europäischen Parlament. Bullard spielte auf einen Zusammenhang mit den noch ausstehenden Regelungen zur Mandatsfrage an (für 1982 ‚und danach‘). Eine Reihe von Klammern, allerdings minderer Bedeutung, konnten wir auflösen. Die eigentlichen Probleme bleiben: Entscheidungsverfahren im Rat, Bestimmungen zum Europäischen Parlament, zwei Finanzaspekte im EG-Bereich, Schlußklausel (Revision).“ Vgl. Referat 200, Bd. 122727.

<sup>12</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

<sup>13</sup> Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1982 inne.

<sup>14</sup> Anlässlich der Vorstellung des Programms der dänischen EG-Ratspräsidentschaft unterrichtete der dänische Außenminister Olesen das Europäische Parlament am 7. Juli 1982 über die Verhandlungen hinsichtlich der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Verhandlungen des Europäischen Parlaments 1982/83, Nr. 1/287, S. 115.

- die Zusammenführung bereits bestehender Pfeiler des europäischen Einigungsprozesses (EG und EPZ) unter ein gemeinsames Dach („größere Kohärenz und enge Koordinierung auf allen Ebenen der bestehenden Strukturen der EG und der EPZ“, Einleitung zu 2.);
- eine Festschreibung der Zusammenarbeit bei politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit, die über den sog. „Londoner Bericht“<sup>15</sup> hinaus geht („Koordinierung der Positionen der Mitgliedstaaten in bezug auf die politischen und bestimmte wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit“ in 1.4.2.);
- eine Annäherung der institutionellen Apparate von EG und EPZ (der Rat berät über EG-Angelegenheiten, seine Mitglieder befassen sich mit allen anderen Bereichen der Europäischen Union, insbesondere EPZ, in 2.2.2.);
- die Einbeziehung neuer Bereiche in die Zusammenarbeit: Kultur, Zusammenarbeit auf den Gebieten Rechtsangleichung und grenzüberschreitende Kriminalität.

b) In einigen wichtigen Fragen konnte dagegen bislang noch keine Einigung erzielt werden. Es sind dies:

- Beim Beschlußfassungsverfahren im EG-Ministerrat wollen wir einen Schritt in Richtung auf die vermehrte Anwendung der vertragsgemäßen Mehrheitsentscheidung tun.
- Die Rolle des Europäischen Parlaments soll nach unseren Vorstellungen gestärkt werden.
- Im Wirtschaftsteil der Akte sind noch Fragen offen, z. B. Formulierungen zum Anstieg der Agrarausgaben (unsere Position: Steigerungsrate der Agrarausgaben geringer als Wachstum der Eigenmittel der EG<sup>16</sup>) und zur Bereitstellung der für die EG-Politik erforderlichen Mittel. (Wir sind im Prinzip gegen einen solchen Passus. Akzeptabel wäre allenfalls, wenn dabei auf den Rahmen des bestehenden Finanzsystems abgestellt wird.)
- Die Revisionsklausel: Wir streben einen Vertrag an anläßlich einer Überprüfung nach fünf Jahren. Einige Partner wollen jedoch nur eine „Formalisierung“ des europäischen Einigungswerks in Aussicht stellen. DK ist gegen gesamte Revisionsklausel.

IV. Der Herr Bundesminister hat zusammen mit AM Colombo am 14. Oktober d.J.<sup>17</sup> den Dialog mit dem EP fortgesetzt (am 19.11. letzten Jahres hat er die EA dem EP vorgestellt<sup>18</sup>), um erneut unsere Haltung – insbesondere auch zum Beschlußfassungsverfahren des EG-Rats und zur Stärkung der Rolle des EP – darzulegen und um Unterstützung zu werben.

<sup>15</sup> Bei der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London wurde ein Bericht über die Reform der EPZ-Strukturen verabschiedet. Für den Wortlaut des Berichts vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 299.

<sup>16</sup> Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 102, Anm. 5.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede von Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1982 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1982, S. 877–881.

Für den Wortlaut der Ausführungen des italienischen Außenministers Colombo am selben Tag vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Verhandlungen des Europäischen Parlaments 1982/83, Nr. 1/289, S. 254–260.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede von Bundesminister Genscher am 19. November 1981 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1981, S. 945–947.

Die große Mehrheit der EP-Abgeordneten hat in einer EntschlieÙung vom 15.10. die EA als Beiträge zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft und zur Verwirklichung der EU begrüÙt.<sup>19</sup> D und I haben ihre Partner in der Ad-hoc-Gruppe hiervon unterrichtet; beide AM haben beim EPZ-AM-Treffen am 23.11.<sup>20</sup> auch ihre Ministerkollegen damit befaÙt. Die AM haben als Antwort auf die in der EntschlieÙung des EP vom 15.10. enthaltenen Forderungen beschlossen, daÙ die dänische Präsidentschaft das EP am 15.12. über den Stand der Verhandlungen unterrichtet<sup>21</sup> und daÙ die zukünftige deutsche Präsidentschaft<sup>22</sup> im Januar 1983 informelle Konsultationen mit dem erweiterten Präsidium des EP über die EP-relevanten Teile der Akte aufnimmt (geplant im zeitlichen Zusammenhang mit dem Allgemeinen Rat am 24./25. Januar<sup>23</sup>).

#### V. Deutsche Präsidentschaft

Wir werden am 11. Januar in unserer Programmrede vor dem EP<sup>24</sup> unsere Absichten zur EA bekanntgeben. Nach bilateralen Konsultationen mit F, I, GB, IRL und DK werden wir versuchen, in Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe Ende Januar und im Februar die noch offenen Fragen zu lösen, damit die Außenminister den Text auf dem EPZ-Ministertreffen am 1.3.<sup>25</sup> (Wahlen am 6.3.<sup>26</sup>) indossieren und der ER am 21./22. März in Brüssel<sup>27</sup> (notfalls erst im Juni-ER<sup>28</sup>) die Akte verabschieden kann.

#### Referat 200, Bd. 122729

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 15. Oktober 1982 zu dem von der Bundesrepublik und Italien vorgelegten Entwurf einer Europäischen Akte vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 292 vom 8. November 1982, S. 107–109.

<sup>20</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 25. November 1982: „Am 23.11.1982 fand in Brüssel in Verbindung mit einem EG-Ministerrat das 48. EPZ-Ministertreffen statt. [...] Außenminister erörterten die drei in seiner EntschlieÙung vom 15.10.1982 erhobenen Forderungen des Europäischen Parlaments, regelmäßig über den Stand der Arbeiten der Minister informiert zu werden, ein Konzertierungsverfahren mit dem Rat über die EP-Teile der Europäischen Akte zu eröffnen und ein Treffen der zehn Außenminister mit dem Präsidium des EP einzuberufen. Die Außenminister beschlossen, die zukünftige deutsche Präsidentschaft zu bitten, im Januar 1983 ein Treffen mit dem erweiterten Präsidium des EP zu veranstalten. Thema dieses Treffens sollen die Abschnitte der Europäischen Akte sein, die sich mit dem EP befassen. Von einer förmlichen Konzertierung nehmen sie wegen der schwerfälligen Prozedur und dem dann erforderlichen Austausch von Texten Abstand.“ Vgl. den RunderlaÙ Nr. 110; Referat 012, Bd. 124420.

<sup>21</sup> Der dänische Außenminister Ellemann-Jensen unterrichtete das Europäische Parlament am 15. Dezember 1982 in seiner Funktion als EG-Ratspräsident über die Verhandlungen hinsichtlich der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Verhandlungen des Europäischen Parlaments 1982/83, Nr. 1-292, S. 113.

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 inne.

<sup>23</sup> Die EG-Ministerratstagung fand am 24./25. Januar 1983 in Brüssel statt. Vgl. dazu den RunderlaÙ Nr. 10 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 27. Januar 1983; AAPD 1983.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Rede von Bundesminister Genscher vor dem Europäischen Parlament am 11. Januar 1983 zum Programm der Bundesrepublik anläÙlich ihrer EG-Ratspräsidentschaft vgl. BULLETIN 1983, S. 25–33.

<sup>25</sup> Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 1. März 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu den RunderlaÙ Nr. 6/7/8 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 2. März 1983; AAPD 1983.

<sup>26</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>27</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 vgl. den RunderlaÙ Nr. 36 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. März 1983; AAPD 1983.

<sup>28</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. den RunderlaÙ Nr. 72/73 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 21. Juni 1983; AAPD 1983.

## 350

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak**

105-102.A/82 VS-vertraulich

14. Dezember 1982<sup>1</sup>

Gespräch zwischen Herrn Bundeskanzler Kohl und dem ägyptischen Präsidenten, Hosni Mubarak, am 14.12.1982 (17.00 bis 18.50 Uhr)<sup>2</sup>;

Teilnehmer des Gesprächs: BM Genscher und ägyptischer Außenminister Kamal Hassan Ali.

BK informierte den ägyptischen Präsidenten zu Beginn des Gesprächs über die Umstände des Regierungswechsels in Bonn. Die Sanierung der Haushalts- und Wirtschaftslage sei das wichtigste Ziel dieser Regierung. Auch die neue Bundesregierung bekenne sich uneingeschränkt zum NATO-Doppelbeschluß einschließlich seines zweiten Teils. In der kommenden Legislaturperiode werde die Bundesregierung es leichter haben, mit den bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden. Zu diesen Schwierigkeiten müsse allerdings gesagt werden, daß sie zu 40 % von internationalen Faktoren abhängig seien.

BK unterstrich die Absicht der Bundesregierung, an den traditionell guten Beziehungen zu Ägypten und zu den arabischen Staaten festzuhalten. Auch gegenüber der islamischen Welt insgesamt hege man viele Sympathien. Dies erkläre die Tatsache, daß die Menschen in der Bundesrepublik sich um das Schicksal Afghanistans sorgten. Gleichzeitig gebe es traditionelle Freundschaft zu Israel, die jedoch nicht zu Lasten alter Freunde ausgeübt werden dürfe.

Nachdem BK die Nahostpolitik Präsident Mubaraks und seines Vorgängers Sadat gewürdigt hat, bat er seinen Gast um eine Einschätzung der Lage in der Nahostregion.

Präsident *Mubarak* erneuerte zuerst die Einladung an BK, die Arabische Republik Ägypten zu besuchen. Er habe Verständnis dafür, daß BK wohl vor den Wahlen am 6. März<sup>3</sup> nicht werde kommen können, hoffe jedoch, ihn bald danach in Ägypten begrüßen zu können.<sup>4</sup>

Zum deutsch-israelischen Verhältnis sagte der Präsident, Ägypten erhebe keine Einwände gegen die deutsch-israelische Freundschaft und sei in keiner Weise an einer Komplizierung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Ländern interessiert.

Das ägyptisch-israelische Verhältnis sei von vielen Schwierigkeiten gekennzeich-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Hajjaj am 15. Dezember 1982 gefertigt und am 17. Dezember 1982 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Hat Ploetz am 17. Dezember 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>2</sup> Präsident Mubarak hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Am 6. März 1983 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Mohieddin am 8. Oktober 1983 in Kairo vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 25. Oktober 1983; AAPD 1983.

net. Bis zum endgültigen Abzug der israelischen Truppen aus dem Sinai<sup>5</sup> hätten die Israelis mit allen Mitteln versucht, politischen Druck auf Ägypten auszuüben. In der Frage der Autonomie für die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen gebe es gravierende Meinungsverschiedenheiten zwischen Ägypten und Israel.<sup>6</sup> Erschwerend komme hinzu, daß Israel von Ägypten verlange, daß die Autonomieverhandlungen auch in Jerusalem stattzufinden hätten, dies, obgleich es zu Lebzeiten Präsident Sadats mit der Ausklammerung Jerusalems als Tagungsort aufgrund arabischer und gesamtislamischer Empfindlichkeit einverstanden gewesen sei. Er habe gegenüber der israelischen Seite seine Bereitschaft bekundet, Israel zu besuchen, allerdings unter der Auflage, daß Jerusalem von dem Besucherprogramm gestrichen werde. Dies habe Außenminister Shamir anläßlich eines Besuchs in Kairo<sup>7</sup> mit Verständnis zur Kenntnis genommen. Kurz danach hätten die Israelis in einer provokativen Form zu verstehen gegeben, daß sie an einem Israel-Besuch des Präsidenten nur dann interessiert wären, wenn ein Aufenthalt auch in Jerusalem vorgesehen wäre. Eine weitere Belastung des ägyptisch-israelischen Verhältnisses sei infolge der Invasion Libanons durch Israel<sup>8</sup> eingetreten. Die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon und das Liebäugeln der Israelis mit einer jordanischen Option für die Palästinenser<sup>9</sup> würden nicht für eine Lösung, sondern für eine weitere Komplizierung der Lage der Palästinenser sorgen. Anders als andere arabische Staaten habe sich Ägypten geweigert, aus dem Libanon vertriebene palästinensische Kämpfer aufzunehmen, solange sich dies nicht im Rahmen einer umfassenden Nahost-Friedensregelung bewerkstelligen lasse. Der aus Tel Aviv aberufene ägyptische Botschafter<sup>10</sup> werde solange nicht dorthin zurückkehren, solange ein überzeugender Plan zum Abzug sämtlicher israelischer Truppen aus dem Libanon nicht vorliege. Dies sei die mildeste Reaktion Ägyptens auf die Invasion Libanons und auf die Massaker von Beirut<sup>11</sup> gewesen. Zur

<sup>5</sup> Zur Räumung der Halbinsel Sinai durch Israel vgl. Dok. 84, Anm. 12.

<sup>6</sup> Zu den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten und Israel über das Westjordanland und den Gaza-Streifen vgl. Dok. 240, Anm. 3.

<sup>7</sup> Der israelische Außenminister Shamir besuchte Ägypten vom 22. bis 25. Februar 1982.

<sup>8</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 334, Anm. 35.

Botschafter Eitel, Beirut, informierte am 28. Dezember 1982 zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug der israelischen Truppen: „Nach langen ‚Verhandlungen über die Verhandlungen‘ beginnen letztere heute in Khalde, südlich der Hauptstadt Beirut, im Libanon Beach Hotel, dem einzig heil gebliebenen Gebäude im Orte. Sie sollen am 30.12. in Kiryat Shmona, einem Kibbuz nahe der libanesisch-israelischen Grenze, fortgeführt werden, um alternierend an diesen beiden Plätzen stattzufinden. Libanesische Delegation wird von Antoine Fattal, dem Sicherheitsberater des Präsidenten Gemayel, geleitet [...]. Nach hiesigen Informationen wird die israelische Delegation vom Generaldirektor im Außenministerium, Kimche, geleitet. Ihr gehört als angeblich enger Berater von Verteidigungsminister Sharon u. a. General Tamir an. Gleichberechtigt nehmen unter Vorsitz Morris Drapers die Amerikaner an den Verhandlungen teil. [...] Die Libanesen gehen in die Verhandlungen mit dem erklärten Ziel, den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon bis spätestens zum 15.2.1983 zu vereinbaren. Hierbei berufen sie sich auf die VN-Sicherheitsrats-Resolutionen 508 und 509, die einen sofortigen bedingungslosen Rückzug der Israelis vorsehen. Sie wünschen außerdem, daß die USA eine dauernde Rolle im libanesisch-israelischen Verhältnis übernehmen und insbesondere eine Garantie für die Integrität des Libanon abgeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 797; Referat 310, Bd. 135722.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die These vom „Palästinenserstaat Jordanien“; Dok. 168, Anm. 22.

<sup>10</sup> Saad Murtada.

<sup>11</sup> Zu den Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 17./18. September 1982 vgl. Dok. 243.

Lage in den arabischen Staaten sagte der Präsident, es gebe eine Reihe von reichen Erdölstaaten, welche ständig unter dem Druck extremistischer Regime wie Syrien, Irak und Iran stünden. Die Furcht dieser Länder vor extremistischen Palästinensern, die zumeist pro-syrisch seien, sei ebenfalls evident.

Der Präsident würdigte die Friedensinitiative von Fes<sup>12</sup> als eine ausgezeichnete Option, die dem arabischen Anliegen am ehesten gerecht werde. Zugleich müsse er bezweifeln, ob die Araber mit ihren weltpolitisch begrenzten Möglichkeiten auch langfristig in der Lage wären, diese Initiative in die Tat umzusetzen. Dies sei nicht nur seine Meinung, sondern die Meinung fast aller arabischen Staatsoberhäupter. Die meisten dieser Staatsoberhäupter, wie etwa König Hassan von Marokko bzw. König Hussein von Jordanien, seien ebenfalls wie er der Auffassung, daß die amerikanische Initiative (Reagan-Plan<sup>13</sup>) eine weit bessere Aussicht auf Verwirklichung habe, weil hinter diesem Plan die Durchsetzungskraft und die erklärte Absicht einer bedeutenden Weltmacht stünden. Dennoch hätten es die Araber für notwendig erachtet, eine eigene Initiative auszuarbeiten. Die beiden genannten arabischen Könige reisten um die Welt herum, um für die Fes-Initiative zu werben, obwohl sie sicherlich der amerikanischen Initiative eine weit größere Chance einräumten. Man müsse allerdings die Tatsache positiv beurteilen, daß die Araber auf der Gipfelkonferenz von Fes den Reagan-Plan nicht abgelehnt hätten, was nur durch ägyptische Sondierungen hätte bewerkstelligt werden können. Im übrigen lege er (der Präsident) Wert darauf festzustellen, daß er den Reagan-Plan nicht vorbehaltlos akzeptiere. Es gebe eine Reihe von Punkten an diesem Plan, die einer Korrektur bedürften. Den arabischen Führern mißfalle an diesem Plan der Umstand, daß er sich in den Prozeß von Camp David<sup>14</sup> einreihe. Tatsache sei aber, daß Israel nur im Rahmen dieses Prozesses zum Einlenken überhaupt bereit wäre. Auf der Basis von Fes würde Israel niemals mit sich reden lassen.

Der Präsident unterstrich, daß Ägypten auf Arafat und andere gemäßigte Mitglieder der PLO in der Absicht einwirke, daß die PLO zu einer wechselseitigen oder gar einseitigen Anerkennung Israels bereit sein werde. Ägypten wolle zudem erreichen, daß die PLO die UN-Resolution 242<sup>15</sup> *expressis verbis* anerkenne. Nur unter dieser Voraussetzung würde ein Dialog zwischen der PLO und den USA zustande kommen. Nach Ansicht Ägyptens sollten sich die Palästinenser mit Jordanien enger abstimmen und dazu bereit sein, an künftigen Autonomieverhandlungen innerhalb der jordanischen Delegation vertreten zu sein. Der palästinensische Nationalrat (Exilparlament der PLO) werde am 15. Januar bezeichnenderweise nicht in Damaskus, sondern in Algier tagen, um über diese Punkte ohne syrischen Druck zu beraten. Es müsse bald zu einer Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen kommen, da sonst angesichts der intensiven israelischen Siedlungspolitik in wenigen Jahren die Zahl der jüdi-

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes; Dok. 239, Anm. 11.

<sup>13</sup> Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 239, Anm. 10.

<sup>14</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 46, Anm. 11.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

schen Siedler etwa 90% der gesamten Bevölkerung in den besetzten Gebieten ausmachen würde. Er wolle nicht gegen Syrien polemisieren, mache aber kein Hehl daraus, daß es Präsident Assad und seinem Bruder<sup>16</sup> ausschließlich um die Machterhaltung gehe; das Schicksal der besetzten Gebiete werde von ihnen beiden nur im Rahmen ihrer taktischen Überlegungen beurteilt. Syrien habe kein Interesse daran, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen, weil diese das innenpolitisch bestehende Gleichgewicht stören könnten.

Nach seiner Einschätzung der Lage habe es bei der israelischen Invasion Libanons eine Art Gentleman's Agreement zwischen Israel und Syrien gegeben, dessen Ziel es war, die Palästinenser aus Libanon zu vertreiben und sie in Jordanien anzusiedeln, ferner Syrien die Annexion der libanesischen Bekaa-Ebene zu ermöglichen als Gegenleistung zur Annexion der syrischen Golan-Höhe durch Israel<sup>17</sup>. Das weitere Ziel dieses Gentleman's Agreement sei die Annexion des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens durch Israel gewesen. Dies habe die Israelis jedoch nicht daran gehindert, die syrischen Truppen im Libanon militärisch anzugreifen und 21 syrische Raketenbasen zu vernichten. Auf der Konferenz von Fes habe Syrien versucht, seine Niederlage im Libanon dahin zu begründen, daß die israelische Invasion erst durch die Abkommen von Camp David möglich geworden sei. Ferner habe Syrien behauptet, infolge dieser Abkommen habe Israel seine an den Grenzen zu Ägypten stationierten Truppen an die Grenzen zu Syrien und Libanon verlegt. Diese Behauptung sei grundlos falsch: Die an den Grenzen zu Ägypten stationierten israelischen Truppen seien aufgrund des latenten Mißtrauens Israels eher verstärkt worden. In NATO-Kreisen wisse man bekanntlich Näheres darüber.

BK stellte fest, es wäre hilfreich, wenn die USA 1983 auf eine Lösung des Nahost-Konflikts hinarbeiteten. Ein Jahr später würden die Amerikaner mit den Wahlen<sup>18</sup> viel zu tun haben. BK fragte den Präsidenten daraufhin nach seiner Einschätzung der Lage in Israel.

Der *Präsident* erklärte, was die Haltung Israels gegenüber den arabischen Staaten betrifft, gebe es kaum Unterschiede zwischen der gegenwärtigen israelischen Regierung und anderen politischen Kräften in Israel. Sie alle würden die inner-arabischen Zwistigkeiten zu ihren Gunsten ausnutzen. Erneut machte der *Präsident* auf die großen Gefahren der israelischen Siedlungspolitik aufmerksam.

Auf die Frage des BK nach der innenpolitischen Stabilität in Saudi-Arabien und anderen Staaten der Golfregion erwiderte der *Präsident*, trotz der Ereignisse von Mekka<sup>19</sup> und der Aktivität fundamentalistischer Kreise sei die innenpolitische Stabilität jener Region nicht ernstlich gefährdet. Diese erdölreichen und bevölkerungsarmen Staaten seien jedoch latent erpreßbar. Erneut kam hier der *Präsident* auf die materielle und politische Erpressung Saudi-Arabiens

16 Rifaat al-Assad.

17 Im Zuge des Sechs-Tage-Kriegs vom 5. bis 10. Juni 1967 nahm Israel den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel, den jordanischen Teil von Jerusalem, das Gebiet westlich des Jordans und die Golan-Höhen ein. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

18 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und für die Gouverneursämter statt.

19 Am 20. November 1979 besetzten Bewaffnete die Große Moschee in Mekka und nahmen Geiseln. Zwei Wochen später erstürmten Sicherheitskräfte die Moschee und beendeten die Besetzung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 347 und Dok. 367.

und anderer Golfstaaten durch die syrische Führung zu sprechen. Speziell zur Frage des Fundamentalismus sagte der Präsident, nach der Zerschlagung der Rädelsführer von Mekka sei die Gefahr fundamentalistischer Umtriebe in Saudi-Arabien als gering zu bewerten. Dies gelte übrigens auch für die in Ägypten agierenden fanatischen Moslems.

*BK* sprach von Gefahren des Fundamentalismus islamischer wie christlicher Prägung in der Sowjetunion selbst. Zudem müsse man damit rechnen, daß im Jahre 2000, d.h. bereits in 18 Jahren, die Bevölkerungszahl der moslemischen Bevölkerung in der Sowjetunion größer sein werde als die der russischen.

Der *Präsident* ging auf die Unterschiede zwischen Schiiten und Sunniten ein. Nach seiner Auffassung als Sunnit seien die Schiiten eine fanatische Sekte, die nicht zuletzt im Hinblick auf die Praktizierung islamischer Gebote völlig außerhalb der Tradition des Koran stehen. Die Tatsache, daß Khomeini den Sturz des Schahs<sup>20</sup> habe richtig prophezeien können, gebe ihm im Ansatz in den Augen der schiitischen Massen Irans die Legitimation, sich als Imam zu behaupten. Würde sich seine zweite Prophezeiung hinsichtlich des Sturzes des irakischen Präsidenten Hussein bewahrheiten, würde er die uneingeschränkte Legitimität im Sinne der schiitischen Glaubensrichtung bekommen.

Zum Krieg zwischen Iran und Irak<sup>21</sup> sagte der Präsident, als der irakische Präsident Saddam Hussein den Krieg gegen Iran angefangen habe, sei er von falschen Kalkulationen ausgegangen. Dieser Krieg sei hinsichtlich seines bisherigen Verlaufs und der von außen her beteiligten Akteure ein Sammelsurium an Widersprüchen. Die Sowjetunion unterstütze einmal Irak, einmal Iran. Iran werde unterstützt von Syrien und Libyen (wohlgemerkt arabische Staaten), von Nordkorea, Israel und heute auch von Südkorea.

*BK* und der *Präsident* kamen darin überein, daß die Sowjetunion gerade in instabilen Ländern wie Iran die kommunistischen Parteien wie die Tudeh-Partei in Iran unter dem Deckmantel der nationalen Eintracht und selbst der religiösen Ereiferung massiv einsetze. Der *Präsident* fügte hinzu, auch bei den ägyptischen Kommunisten steige die Tendenz, sich der fundamentalistischen Welle anzupassen. In diesem Zusammenhang sprach der Präsident von den Aktivitäten fundamentalistischer Kreise in der Bundesrepublik, die er als gefährlich nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für arabische und islamische Staaten erachte.

**VS-Bd. 14102 (010)**

<sup>20</sup> Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

<sup>21</sup> Zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran vgl. Dok. 308, Anm. 10.

## 351

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.76 INF-2254/82 VS-vertraulich****14. Dezember 1982<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: INF-Verhandlungen;

Bewertung des Verhandlungsstandes nach Ende der 3. Verhandlungsrunde

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die dritte Runde der zwischen den USA und der SU seit dem 30. November 1981<sup>4</sup> geführten Verhandlungen über die Begrenzung und den Abbau nuklearer Mittelstreckensysteme ging am 30. November 1982 zu Ende.<sup>5</sup>

Die Verhandlungen sind durch den amerikanischen Vertragsentwurf (2.2.82)<sup>6</sup> und die sowjetische Reaktion (Entwurf einer gemeinsamen Absichtserklärung vom 4.2.1982<sup>7</sup>, Vertragsentwurf vom 25.5.1982<sup>8</sup>) schnell zu den Kernproblemen vorgestoßen.

2) Die Verhandlungsführung der USA konzentrierte sich bisher darauf,

- durch eingehende Erörterung der den beiderseitigen Vertragsentwürfen zugrundeliegenden Parameter die SU von der Notwendigkeit zu überzeugen, Vorschläge vorzubringen, die den legitimen westlichen Sicherheitsinteressen Rechnung tragen;
- parallel hierzu in zwei Arbeitsgruppen<sup>9</sup> den Versuch zu unternehmen, Annäherungen im Daten-Bereich und bei nichtzentralen Vertragsbestimmungen zu erreichen, um so Fortschritte in den Kernfragen zu erleichtern.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 16. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Ploetz am 20. Dezember 1982 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 014 und 220 verfügte.

Hat Botschafter Ruth am 22. Dezember 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 15. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 19. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „31. November 1981“.

<sup>5</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „1. Runde 30.11.81 bis 15.3.82. 2. Runde 20.5.82 bis 20.7.82. 3. Runde 30.9.82 bis 30.11.82.“

Die erste Runde der INF-Verhandlungen begann am 30. November 1981 in Genf und wurde am 15. Dezember 1981 für eine Weihnachtspause unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380. Vgl. dazu ferner Dok. 11.

Die INF-Verhandlungen wurden am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen und am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu Dok. 83.

Zur zweiten Runde der INF-Verhandlungen vgl. Dok. 193.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 39.

<sup>7</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 26. Januar bzw. 4. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 40.

<sup>8</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 169.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Daten-AG und Vertragstext-AG.“

Zur Bildung einer Gruppe von Datenexperten und einer Gruppe zur Erarbeitung von Vertragstexten bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 258, Anm. 10, und Dok. 290, Anm. 5.

3) Die Sowjetunion hat ihre Ausgangsposition mehrfach variiert; hierauf wird in Ziffer 4 eingegangen. Im übrigen war sie – etwa im Datenbereich oder in der Vertragstext-AG – nur zum Teil bereit, Streitpunkte detailliert zu erörtern. Sie zögert damit offensichtlich Fortschritte in nichtzentralen Bereichen hinaus. Hauptmotiv hierfür ist offenbar das Bestreben, sich zu der im Rahmen der sowjetischen Öffentlichkeitskampagne gegen die INF-Stationierung verbreiteten These vom Stillstand der Verhandlungen nicht in Widerspruch zu setzen.

4) Der von der SU zu Beginn der zweiten Runde eingebrachte Vertragsentwurf vom 25.5.82 enthielt im Vergleich zu dem in der ersten Runde vorgelegten Entwurf einer gemeinsamen Absichtserklärung folgende neuen Elemente:

- Vorschlag, alle außerhalb der Reduzierungszone<sup>10</sup> stationierten Mittelstreckensysteme hinter Linien zurückzuziehen, von denen aus Gebiete jenseits der „innerdeutschen Grenze“ mit ihnen nicht erreicht werden können. Mündlich wurde hierzu für sowjetische Raketen die 80 Grad östlicher Länge Linie (westlich von Nowosibirsk) angeboten.<sup>11</sup>
- Bereitschaft zu (nichtspezifizierten) kollateralen Beschränkungen für INF kürzerer Reichweite (SRINF).

Im Verlauf der dritten Runde gab es folgende weitere sowjetische „Bewegung“<sup>12</sup>:

- Bisher nur informell erläuteter Vorschlag, statt der im Vertragsentwurf für NATO und WP innerhalb der vorgeschlagenen Reduzierungszone vorgesehenen Höchstgrenze von je 300 Systemen eine Höchstgrenze von 255 Systemen vorzusehen, die der Zahl der britischen und französischen Systeme entsprechen soll.
- Vorschlag, innerhalb der Höchstgrenze von insgesamt 300 Systemen (d.i. Raketen und Flugzeuge) eine spezielle Obergrenze für Raketen festzulegen. Dabei gab die SU zu verstehen, daß diese Höchstgrenze der Zahl der britischen see- und landgestützten Raketen (jetzt 162) entsprechen müsse bzw. bei etwa 150 liegen könne. Falls sich die Zahl der britischen und französischen Systeme wesentlich ändere, müsse über die daraus für die SU zu ziehenden Folgerungen konsultiert werden.
- Bei einem Eingehen auf diesen Vorschlag deutete die SU Kompromißbereitschaft hinsichtlich der Behandlung von INF-Flugzeugen an.

5) Parallel zu dieser „Politik der kleinen Schritte“ hat die SU auch am Verhandlungstisch ihre Drohungen für den Fall der Durchführung der Stationierung verstärkt und ihre Absicht zu erkennen gegeben, dann weitere SS-20 dislozieren sowie luft-, see- und bodengestützte Marschflugkörper<sup>13</sup> stationieren zu wollen. Die Verhandlungen müßten nach einer Stationierung auf neuer Grundlage, nämlich unter Berücksichtigung der zusätzlichen Potentiale beider Seiten, weitergeführt werden.

<sup>10</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Europa und angrenzende Gewässer; d. h. von 40 Grad westlicher Länge (etwa Mitte Atlantik) bis zum Ural.“

<sup>11</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Für sowjetische INF-Flugzeuge die Linie Ural.“

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Analyse der sowjetischen Reduzierungsvorschläge bei den INF-Verhandlungen; Dok. 311.

<sup>13</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Reichweite nach US-Schätzung ca. 1800 km.“

II. 1) Nach den neuesten sowjetischen Vorschlägen stehen sich die Positionen in den Kernfragen wie folgt gegenüber:

a) Einbeziehung von britischen und französischen Systemen

Sowohl die Variante, als Höchstgrenze für NATO und WP statt 300 nunmehr 255 Systeme vorzusehen, als auch der neue Vorschlag einer speziellen Obergrenze für Raketen unterstreichen die zentrale Bedeutung, die das Drittstaatenargument für die SU als Rechtfertigung für ihren Anspruch auf ein Monopol an landgestützten INF besitzt.

Für den Westen kommt eine Anrechnung britischer und französischer Systeme nicht in Betracht. Abgesehen davon, daß Drittstaatensysteme nicht in zweiseitige Verhandlungen einbezogen werden können, würde eine Anrechnung dieser Systeme zur Schwächung der amerikanischen nuklearen Präsenz in Europa führen. Die zur Gewährleistung der Abschreckung für Europa entscheidende Kopplungsfunktion zum strategischen Potential der USA haben die britischen und französischen Systeme nicht.

b) Zählkriterium

Beide Seiten halten hier an ihren Positionen fest: Die USA legen als Zählkriterium Gefechtsköpfe, die SU legt Träger zugrunde.

Die sowjetische Position steht mit ihrer Forderung nach Anrechnung der Drittstaatensysteme in engem Zusammenhang. Für die SU besteht bei dieser Forderung die Schwierigkeit, daß sie – um ihr Drittstaatenargument zahlenmäßig überhaupt plausibel machen zu können – an dem Zählkriterium „Träger“ festhalten muß, obwohl dieses angesichts der MIRVung der SS-20 nicht zu rechtfertigen ist. Diese Argumentationsschwäche sucht die SU durch Hinweis auf die von Frankreich und Großbritannien geplanten Modernisierungen vergeblich zu verdecken.<sup>14</sup>

c) Behandlung der INF-Flugzeuge

Während der westliche Verhandlungsansatz ein stufenweises Vorgehen, d. h. die Konzentration auf landgestützte nukleare Flugkörper größerer Reichweite in der ersten Verhandlungsphase, vorsieht, verlangt die SU in ihrem Vertragsentwurf eine gleichzeitige Reduzierung aller INF-Systeme innerhalb der von ihr vorgeschlagenen Reduzierungszone, d. h. von Raketen und Flugzeugen, auf 300 Systeme für beide Seiten. Der neue Vorschlag einer speziellen Obergrenze für Raketen und die in diesem Zusammenhang gemachten sowjetischen Andeutungen zeigen jedoch, daß die SU sich der westlichen Argumentation nicht länger verschließt, die den besonders bedrohlichen Charakter von Raketen unterstreicht und für Raketen und Flugzeuge getrennte Regelungen als unumgänglich bezeichnet. Die SU gibt damit zu erkennen, daß sie ein phasenweises Vorgehen akzeptieren würde, falls die USA in der Drittstaatenfrage Entgegenkommen zeigen.

Damit ist in der Frage der Behandlung von INF-Flugzeugen eine Akzentverschiebung der sowjetischen Argumentation festzustellen: Nicht mehr die soge-

<sup>14</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bis etwa zum Jahr 1990 wird sich die Zahl der franz[ösi-]schen] Raketen lediglich um 32 (2 neue U-Boote à 16 Raketen) erhöhen, die Zahl der britischen] U-Boot-Raketen wird gleich bleiben. Erst Mitte der 90er Jahre wird sich die Zahl der brit. Gefechtsköpfe durch die (finanziell noch nicht gesicherte) Einführung der Trident-II-Raketen (8 MIRV) erhöhen.“

nannten amerikanischen FBS<sup>15</sup>, sondern die Drittstaatsysteme sollen die Erhaltung eines Bestandes an SS-20 in Europa rechtfertigen.

d) Geographischer Geltungsbereich

Der Vorschlag von Rückzugslinien (80 Grad östlicher Länge für sowjetische Raketen) zeigt, daß die SU die Unhaltbarkeit ihres im Kern nach wie vor auf Europa begrenzten Ansatzes erkannt hat. Reichweite und rasche Verlegbarkeit der SS-20 auf Straße und Schiene machen jedoch eine globale Regelung für bodengestützte Raketen notwendig, wie sie der Westen mit der beiderseitigen Null-Lösung für SU und USA<sup>16</sup> vorgeschlagen hat.

e) Beiderseitiges Kräfteverhältnis

Die Frage des tatsächlichen beiderseitigen Kräfteverhältnisses, die anfänglich im Vordergrund der Diskussion stand, ist durch die Entwicklung der Verhandlungen auf ihre Einzelemente reduziert worden: Diese Elemente sind die vorstehend unter a) bis c) erwähnten Fragen der Berücksichtigung der Drittstaatsysteme, des Zählkriteriums und der Behandlung der INF-Flugzeuge.

2) Zusammenfassende Bewertung

Mit ihrem Angebot einer speziellen Obergrenze für Raketen hat die SU zum ersten Mal ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben, als Preis für den westlichen Verzicht auf die Nachrüstung ihren SS-20-Bestand in Europa zu reduzieren. Die SU hat sich allerdings noch nicht dazu geäußert, ob dies eine Vernichtung von SS-20 oder nur deren Verlegung hinter die 80-Grad-Rückzugslinie bedeuten würde. Dieser Vorschlag weist insofern in die richtige Richtung, weil er anerkennt, daß die sowjetischen Mittelstreckenraketen eine besondere Bedrohung darstellen, und eine vorrangige Behandlung dieser Waffenkategorie ermöglicht. In der Substanz ist er aber ungenügend, weil er der Sowjetunion allein in Europa ein Potential von mindestens 150 SS-20 mit 450 Gefechtsköpfen belassen würde, während der Westen auf die Nachrüstung verzichten müßte. Es kommt hinzu, daß wegen der Reichweite und der Transportierbarkeit der SS-20 Europa nicht nur durch die im westlichen Teil der Sowjetunion verbleibenden Raketen bedroht wäre, sondern auch durch die weiter östlich stehenden oder in den Osten verbrachten Raketen.

Insgesamt berechtigt der bisherige Verhandlungsverlauf zu dem Schluß, daß der westliche Verhandlungsvorschlag eine Bewegung der Sowjetunion ausgelöst und insofern seine Verhandlungswirksamkeit unter Beweis gestellt hat. Trotzdem wird für den Westen die schwierige Aufgabe des kommenden Jahres darin bestehen, mit dem Festhalten an dem rüstungskontrollpolitisch optimalen Verhandlungsziel der Null-Lösung ein Maß an Flexibilität zu verbinden, das den Erwartungen der eigenen Öffentlichkeit Rechnung trägt.

Das BMVg hat zugestimmt.

Ruth

**VS-Bd. 11349 (220)**

<sup>15</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Forward Based Systems (in Europa oder angrenzenden Gewässern stationierte nuklearfähige US-Flugzeuge).“

<sup>16</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

**50-500.32/59-1 Blauer Dienst VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 124 Ortez**

**16. Dezember 1982<sup>1</sup>**  
**Aufgabe: 22. Dezember 1982, 19.00 Uhr**

Betr.: Dritte VN-Seerechtskonferenz<sup>2</sup>;  
hier: Abschluß-Session in Montego Bay/Jamaika (6. bis 10.12.1982) und  
Haltung der Bundesregierung zur Frage der Zeichnung des Seerechts-  
übereinkommens

Bezug: Blauer Dienst XIV Nr. 14 vom 10.12.1982<sup>3</sup>

1) Die Dritte VN-Seerechtskonferenz wurde am 10.12.1982 in Montego Bay/Jamaika mit der Unterzeichnung der das Konferenzergebnis quasi notariell festhaltenden Schlußakte<sup>4</sup> abgeschlossen. Gleichzeitig wurde das Seerechtsübereinkommen selbst für zwei Jahre zur Zeichnung aufgelegt.<sup>5</sup> Wir haben, wie die meisten Konferenzteilnehmer, die Schlußakte der Konferenz gezeichnet.

Von 141 auf der Konferenz vertretenen Staaten haben 117, außerdem Cook Islands und der VN-Council on Namibia, bereits das Seerechtsübereinkommen selbst gezeichnet. Fidschi hat als erster Staat sogar schon ratifiziert. 23 Staaten, uns eingeschlossen, haben lediglich die Schlußakte gezeichnet, darunter Ecuador, Israel, Japan, Libyen, Oman, Peru, Republik Korea, Spanien, Schweiz,

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat Hartmann vermerkte am 29. Dezember 1982, der Runderlaß sei „von Telko am 22.12.82 abgesetzt worden. Er trägt als Unterschrift ‚Steinkühler.‘“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 012, Bd. 124420.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Kiderlen konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Duisberg zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 56, Anm. 23.

<sup>3</sup> Im „Blauen Dienst“ wurde über die 11. Sitzung der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 22. bis 24. September 1982 in New York informiert: „Am 30.4.1982 hatte die Dritte VN-Seerechtskonferenz den Text des Seerechtsübereinkommens und mehrerer Resolutionen gegen die Stimmen der USA, Israels, der Türkei und Venezuelas bei 17 Enthaltungen (darunter wir und mehrere EG-Staaten sowie der Ostblock außer Rumänien) angenommen. [...] Nachdem in der Zwischenzeit der Redaktionsausschuß die Texte überprüft hatte, ist die Konferenz vom 22. bis 24.9.1982 in New York erneut zu einer Sitzung zusammengetreten. Auf ihr sind die redaktionellen Änderungen gebilligt und der Wortlaut der Schlußakte festgelegt worden. Ferner hat die Konferenz beschlossen, ihre Abschlusssitzung vom 6. bis 10.12.1982 auf Jamaika abzuhalten, da Venezuela seine Einladung nach Caracas zurückzog. [...] Die Redaktionsarbeit hat unter erheblichem Zeitdruck gestanden, so daß es nicht möglich gewesen ist, alle Diskrepanzen innerhalb des Wortlauts des Vertragswerks, aber auch zwischen den einzelnen Sprachfassungen zu beseitigen. [...] Wir haben am Rande der Konferenz zahlreiche Konsultationen geführt, vor allem im Kreis westlicher Industrieländer und im Rahmen der EG, aber auch mit der Sowjetunion. Gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien sind wir auf eine Initiative des Konferenzpräsidenten eingegangen, Möglichkeiten der Nachbesserung des Übereinkommens zu prüfen. Die Bemühungen werden von einigen westlichen Staaten im Kontakt mit Vertretern der G 77 fortgesetzt mit dem Ziel, das Mandat der Vorbereitungskommission dahingehend zu erweitern, daß dort Änderungen der Anwendung des Übereinkommens geprüft werden können.“ Vgl. Referat 012, Bd. 124452.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Schlußakte der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 10. Dezember 1982 einschließlich der Anhänge vgl. LAW OF THE SEA, S. 158–189.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1799–2018.

USA, Venezuela, Zaire, sowie Belgien, Italien, Luxemburg, Großbritannien. Die Türkei hat weder das Übereinkommen noch die Schlußakte gezeichnet. 27 Staaten waren nicht anwesend, darunter Afghanistan, Albanien, Argentinien, Bolivien, Guatemala, Guinea, Libanon, Nicaragua, Saudi-Arabien, Südafrika und Syrien.

Endgültig ausgeschlossen haben die Zeichnung bisher nur USA und Türkei. Von den Staaten, die lediglich die Schlußakte gezeichnet haben, haben einige – Japan, Korea – angekündigt, daß sie in Kürze auch das Übereinkommen zeichnen werden. Die übrigen haben mit unterschiedlicher Begründung auf eine noch andauernde Prüfung verwiesen, wobei allerdings die von uns angeführten Bedenken gegen das Meeresbodenregime<sup>6</sup> nur noch bei den anderen EG-Staaten sowie der Schweiz eine Rolle spielen.

An der Abschlußveranstaltung nahmen auch der Präsident der VN-GV<sup>7</sup> sowie der VN-Generalsekretär<sup>8</sup> teil.

2) VN-Generalsekretär kündigte die Einberufung der Vorbereitungskommission für 15.3.1983 nach Kingston/Jamaika an. Aufgabe der Kommission wird es sein, die Einrichtung der vorgesehenen Institutionen (Internationale Meeresbodenbehörde und Internationaler Seerechtsgerichtshof) vorzubereiten und, in Ausführung der Bestimmungen des Übereinkommens, die Regeln und Verfahren des Tiefseebergbaus auszuarbeiten. Mitglieder der Vorbereitungskommission werden die Unterzeichner des Seerechtsübereinkommens sein, während die Zeichner lediglich der Schlußakte nur Beobachterstatus haben werden.

3) In einer Erklärung vor der Konferenz am 8.12.1982 haben wir u. a. bedauert, daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten genutzt worden sind, um ein für alle Konferenzteilnehmer annehmbares Konferenzergebnis zu erreichen; wir haben erneut auf unsere Bedenken gegenüber dem Meeresbodenregime (obligatorischer Technologietransfer, Produktionsbeschränkung, Abgabenlast, Revisionskonferenz) hingewiesen und Notwendigkeit betont, die seevölkerrechtlichen Bestimmungen des Übereinkommens einschließlich Regelung der Meeresforschung i. S. der überkommenen Grundsätze der Freiheit der Hohen See auszulegen; außerdem haben wir Bedeutung der Regelung der friedlichen Streitbeilegung im Über-

<sup>6</sup> Für die Kabinettsitzung am 1. Dezember 1982 übermittelte Bundesminister Genscher Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 29. November 1982 eine Aufzeichnung zur Frage der Zeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen. Darin wurde zur Haltung des Bundesministeriums für Wirtschaft zum vorgesehenen „Internationalen Meeresbodenregime“ festgestellt: „Das Übereinkommen will neues Völkerrecht im wesentlichen durch das Meeresbodenregime schaffen und sucht dabei zum Teil radikal neue Ansätze: Produktionsbeschränkungen, obligatorischer Technologietransfer und andere dirigistische und protektionistische Elemente des Tiefseebergbauregimes wären wegen ihrer rechtsverbindlichen Form von ganz besonderer Tragweite und Präjudiz für andere Bereiche der Weltwirtschaft. Sie wären die erste völkerrechtliche Konkretisierung der Vorstellungen der Entwicklungsländer über eine neue Weltwirtschaftsordnung und gäben diesen neuen Auftrieb. Zum ersten Male würde eine internationale Sozialpflichtigkeit der Technologie anerkannt. [...] Diese wirtschaftlich verfehlten Ansätze der Konvention können durch Ausführungsverordnungen in der Vorbereitungskommission auch nicht mehr abgeändert werden. [...] Für die deutsche Wirtschaft wäre eine Zeichnung psychologisch ein negatives Signal. [...] Sie würde die Proteste der besorgten Industrie vernachlässigen, die wiederholt erklärt hat, daß sie nach einer Zeichnung des Seerechtsübereinkommens die Weiterentwicklung der Tiefseebergbautechnologie nicht fortsetzen würde.“ Vgl. Referat 504, Bd. 194290.

<sup>7</sup> Imre Hollai.

<sup>8</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

einkommen gewürdigt. Wir haben unterstrichen, daß Bundesregierung noch keine Entscheidung über die Zeichnung getroffen hat, und unsere weitere aktive Mitarbeit im Bereich des Seerechts angekündigt.

4) Bundeskabinett hat am 8.12.1982 in der Frage der Zeichnung des Seerechtsübereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland beschlossen, jetzt noch keine Entscheidung zu treffen und sich in einigen Monaten, möglichst vor Zusammentritt der Vorbereitungskommission, erneut mit der Frage zu befassen.

Im Kabinett sind erneut die bestehenden Bedenken gegen das vorgesehene Meeresbodenregime des Seerechtsübereinkommens zum Ausdruck gebracht worden, auf der anderen Seite aber auch diejenigen Gründe, die im Hinblick auf die übrigen Regelungen des Übereinkommens eine Zeichnung nahelegen. Das Kabinett war der Auffassung, daß in jedem Falle auch die Haltung wichtiger Partnerstaaten, insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft, zu berücksichtigen ist.

5) Nur zur eigenen Information: Beschlüsse des Bundeskabinetts sind u. a. von noch andauerndem Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Bundestages beeinflusst. In Kurzdebatte am 3.12. war mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion auf Zeichnung als jedenfalls gegenwärtig verfrüht abgelehnt worden.<sup>9</sup> Eine Rolle spielt auch Haltung Großbritanniens, dem unter unseren auswärtigen Partnern unter den derzeitigen Bedingungen wichtige Schlüsselrolle zukommt. In Erklärung vor dem Unterhaus am 2.12. hatte britische Regierung Zeichnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt, jedoch weitere Prüfung in Aussicht gestellt.<sup>10</sup> Neben der Fortführung der Zusammenarbeit mit USA, vor allem im Tiefseebergbau, kommt Haltung der wichtigsten EG-Mitgliedstaaten für unsere weitere Meinungsbildung weiterhin große Bedeutung zu. Einheitliche EG-Haltung ist gegenwärtig nicht absehbar (F, DK, GR, IRL und NL haben Übereinkommen gezeichnet, I, B und LUX schließen Unterzeichnung in nächster Zeit jedenfalls nicht aus, GB derzeit gegen Zeichnung).

6) Zur Frage der Zeichnung des Seerechtsübereinkommens durch die EWG<sup>11</sup> erfolgt gesonderter Ort.

Steinkühler<sup>12</sup>

**Referat 012, Bd. 124420**

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der SPD-Bundestagsfraktion vom 1. Dezember 1982 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2194.

Für die Debatte im Bundestag am 3. Dezember 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8292–8304.

<sup>10</sup> Für die Debatte über das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen am 2. Dezember 1982 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, Commons, 1982/83, Bd. 33, Spalte 404–410.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Fleischhauer notierte am 20. Dezember 1982, die EWG habe „die Schlußakte gezeichnet. Die Frage der Unterzeichnung des Übereinkommens durch die EWG hat sich noch nicht gestellt, da noch keine Mehrheit von MS gezeichnet hat.“ Vgl. Referat 504, Bd. 194290.

<sup>12</sup> Paraphe vom 21. Dezember 1982.

## 353

**Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Gorenflos und Fischer**

VS-vertraulich

17. Dezember 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Rüstungsexportpolitik;

hier: Orientierungen für die Politik gegenüber Saudi-Arabien

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

In einer Hausbesprechung der beiden Staatssekretäre mit D3<sup>3</sup> und D4<sup>4</sup> am 15. Dezember 1982 wurde die Frage unserer künftigen Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien eingehend erörtert. Als Ergebnis ist festzuhalten:

Auszugehen ist von den neugefaßten politischen Grundsätzen<sup>5</sup> und dem darin bekräftigten Prinzip, daß unsere Rüstungsexportpolitik restriktiv bleibt.

Die Ansicht wurde allgemein gebilligt, daß eine Änderung des grundsätzlich restriktiven Charakters dieser Politik – abgesehen von den innenpolitischen Schwierigkeiten, die dies aufwerfen würde – die Bundesrepublik Deutschland angesichts der hohen Qualität ihrer Waffenproduktion sehr schnell zu einem der ersten Waffenlieferanten der Welt werden ließe. Eine Steuerung hinsichtlich der Empfänger wäre schwer möglich.

Hinsichtlich der Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien ergibt sich hieraus folgendes:

1) Wir lehnen weiterhin die Lieferung der von Saudi-Arabien gewünschten Leopard-Panzer ab.<sup>6</sup> Wir können dieses Waffensystem wie bisher nur NATO-Verbündeten und gleichgestellten Staaten zur Verfügung stellen. Wichtigste Gründe:

- Eine Lieferung der Leopard-Panzer an Saudi-Arabien würde unsere bisherige Rüstungsexportpolitik aufsprengen. Sie hätte eine Präcedenzwirkung für die Behandlung der Wünsche zahlreicher anderer Staaten (insbesondere arabische Staaten, darunter Libyen; auch die Konfliktstaaten Iran und Irak, ebenso Pakistan). Wir würden unter schweren Druck geraten.
- Die verheerenden Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen liegen auf der Hand.

2) Auch die Waffensysteme unterhalb Leopard I und II, für die sich Saudi-Arabien ebenfalls interessiert (z.B. Schützenpanzer Marder, Flak-Panzer Gepard und gepanzerte und bewaffnete Hubschrauber), wurden bisher nicht in Länder

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 17. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden].“ Weiter vermerkte er: „Gibt m. E. d[as] Ergebnis richtig wieder.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VS-v-Einstufung!“ Weiter vermerkte er: „Siehe meinen anliegenden Vermerk.“ Vgl. Anm. 8.

<sup>3</sup> Walter Gorenflos.

<sup>4</sup> Per Fischer.

<sup>5</sup> Zur Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport vgl. Dok. 126.

<sup>6</sup> Zum Ersuchen Saudi-Arabiens um Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 154.

der Dritten Welt geliefert. Diese Systeme sind zwar weniger spektakulär und zum Teil eher zur Verteidigung geeignet. Dennoch gelten hier dieselben Ablehnungsgründe wie für die Leopard-Panzer.

Es würde eine politische Grundsatzentscheidung erfordern, die einer Neuorientierung unserer Rüstungsexportpolitik gleichkäme, wenn wir diese Systeme für Saudi-Arabien freigeben wollten. Davon ist abzuraten.

3) Zur Frage, ob Waffen unterhalb der in Ziffer 2 genannten Systeme geliefert werden können, werden unterschiedliche Positionen vertreten.

a) Nach der insbesondere von StS von Staden und D4 vertretenen Auffassung hat die Lieferung von Leopard-Panzern als Prestigeobjekt für Saudi-Arabien eine so große Rolle gespielt, daß sie die Bereitschaft zur Lieferung anderer, weniger interessanter Waffen als ein „Abfinden mit kleiner Münze“ betrachten könnten. Dies könnte mehr Verärgerung als Verbesserung in unsere bilateralen Beziehungen hineinbringen. Es fragt sich, ob dafür die mit jeder Waffenlieferung an Saudi-Arabien verbundene Verschlechterung der deutsch-israelischen Beziehungen riskiert werden sollte. Überdies vertrat D4 die Auffassung, daß die Entwicklung der letzten Monate keine Verschlechterung der deutsch-saudischen Wirtschaftsbeziehungen gebracht habe, sondern im Gegenteil nicht nur mehrere neue Projekte an deutsche Firmen vergeben worden seien und die saudi-arabische Regierung sogar die GTZ gebeten habe, ihre gesamte Entwicklungshilfe zu organisieren. Eine Neuaufnahme der Waffendiskussion würde nur dazu führen, „alte Wunden wieder aufzureißen“. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß wir Saudi-Arabien bei Gütern unterhalb der Kriegswaffen, d. h. bei sonstigen Rüstungsgütern (AWG-pflichtig<sup>7</sup>), großzügig beliefern.

b) Demgegenüber wurde vor allem von D3 die Auffassung vertreten, daß wir die Möglichkeiten, Waffen und Geräte in diesem Bereich zu liefern, ausschöpfen sollten. Dies sei eine wirksame Geste, mit der wir die langfristig negativen Effekte der Ablehnung der saudischen Wünsche mildern könnten. Damit würde den Saudis verdeutlicht, daß wir ihre Sicherheitsinteressen ernst nehmen und bereit seien, mit ihnen im Rahmen der uns gesteckten Grenzen zusammenzuarbeiten. Die Gefahr, dadurch die Tür für eine erneute Diskussion der Leopard-Lieferung zu öffnen, sei gering zu veranschlagen. Wir könnten sie praktisch ausschließen, wenn wir den Saudis von vornherein in aller Offenheit sagen, daß wir die Panzersysteme nicht liefern können, ebensowenig wie Waffen, die zum Angriff geeignet sind.

Nach Ansicht von D3 haben die Saudis ihre Erwartungen an uns trotz der Absage nie aufgegeben. Für sie sei mit dem Regierungswechsel eine neue Situation entstanden.

Es bestand Übereinstimmung, daß wir auch in diesem Bereich erst tätig werden sollten, wenn die Saudis von sich aus erneut an uns herantreten.<sup>8</sup>

Gorenflos Per Fischer

**VS-Bd. 14114 (010)**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

<sup>8</sup> Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am 20. Dezember 1982: „Ich meine, daß wir an unserer bis-

## 354

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer**

513-542.40 RUM-1049/82 geheim

17. Dezember 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Eilt sehr! Sofort auf den Tisch

Betr.: Restriktionen der Familienzusammenführung aus Rumänien

Zweck der Vorlage: Unterrichtung über den Sachstand und die Möglichkeit des weiteren Vorgehens

Das Dekret des rumänischen Staatsrates vom 22.10.1982 (veröffentlicht am 6.11.1982)<sup>4</sup>, das die Ausreise aus Rumänien zur endgültigen Wohnsitznahme im Ausland mit teilweise untragbaren finanziellen Auflagen belegt, wurde bisher deutschen Volkszugehörigen gegenüber noch nicht<sup>5</sup> angewandt; auch ist bisher ein Rückgang der Zahl der mit Erlaubnis der rumänischen Behörden aus Rumänien ausreisenden deutschen Volkszugehörigen (noch) nicht eingetreten. Die betreffenden Ausreisesezahlen haben sogar zugenommen (Statistik: Anlage<sup>6</sup>).

Verständlicherweise findet das Dekret trotzdem nach wie vor kritische Erwähnung in den deutschen Medien und hat eine nachhaltige Beunruhigung unter den entsprechenden Landsmannschaften, den ihnen nahestehenden Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der deutschstämmigen Bevölkerung Rumäniens hervorgerufen.

Die Lage stellt sich jetzt wie folgt dar:

I. Der Beauftragte des in dieser Angelegenheit federführenden BMI, Rechtsanwalt Dr. Hüscher, MdB, der seit Jahren in Fragen der Familienzusammenfüh-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1814*

herigen, im Ergebnis bewährten Linie festhalten und keine Öffnung machen sollten; wir uns auch auf keinen Fall dem Verdacht aussetzen sollten, als wären wir ‚erpreßbar‘ (Waffenlieferungen als Voraussetzung für politische und wirtschaftliche Kooperation kann und sollte nicht unsere Politik sein, und zwar in keinem Teil der Welt); wir auch vermeiden müssen, etwa vor die Frage gestellt zu werden, an beide ‚Nahost-Kontrahenten‘ zu liefern (was leicht passieren kann, wenn wir unsere bisherige Linie in der Substanz verlassen mit allen Folgen unserer Verwicklung im Nahost-Konflikt); wir im übrigen bei AWG-pflichtigen Gütern und bisher schon gelieferten Waffen (Patrouillenboote) – wie bisher – großzügig sein sollten.“ Vgl. VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Fischer zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Bertele am 23. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 17. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 22. Dezember 1982 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D5 o[der] V[ertreter].“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Dekret der rumänischen Regierung vgl. Dok. 301, Anm. 21.

<sup>5</sup> An dieser Stelle ergänzte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „nachweislich (laut Berichterstattung Bukarest).“

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte Aufzeichnung des Referats 513 betreffend „DRK-Statistik über Zahl der eingereisten Aussiedler aus der ČSSR, Polen, Rumänien und der UdSSR“ bzw. „Zahl der Aussiedler, denen Sichtvermerke erteilt worden sind“ vgl. VS-Bd. 12380 (513); B 150, Aktenkopien 1982.

rung aus Rumänien tätig ist, wird sich am 20./21.12.1982 zu routinemäßigen periodischen Gesprächen über die Abrechnung unserer Zahlungen in Rumänien aufhalten. Angesichts der durch das Dekret geschaffenen Lage wurde ihm nach einer StS-Besprechung (Chef Bundeskanzleramt<sup>7</sup>, BMI<sup>8</sup>, BMF<sup>9</sup>, AA<sup>10</sup>) das Mandat erteilt, bei dieser Gelegenheit Gespräche auch auf folgender Linie zu führen:

„1) Wir halten fest an der besonderen, vertraulichen Vereinbarung mit der rumänischen Seite vom Januar 1978/März 1981<sup>11</sup> über die Ausreise von Deutschen.

2) Wir erwarten, daß durch das Dekret vom 22.10.1982 keine zusätzlichen Schwierigkeiten und Belastungen für die Ausreise von Deutschen geschaffen werden.

3) Im Hinblick auf den Auslauf der geltenden Vereinbarungen am 30.6.1983 sind wir bereit, über eine Fortsetzung dieser Vereinbarungen zu verhandeln.“

Das Ergebnis dieser Gespräche bleibt abzuwarten. Gesonderte Aufzeichnung hierüber bleibt vorbehalten.

II. Maßgeblicher Gesprächsführer auf der rumänischen Seite bei Abschluß der auf unserer Seite von StS van Well getroffenen<sup>12</sup> Vereinbarungen von 1978 war der damalige Leiter des Beraterstabes von Staatspräsident Ceauşescu, Herr Vasile Pungan. Dieser wurde vor einigen Wochen zum neuen Außenhandelsminister ernannt. Trotz seiner neuen Funktionen dürfte er immer noch ein vorrangiger Ansprechpartner auch in Fragen der Familienzusammenführung und der dieser zugrundeliegenden deutsch-rumänischen Vereinbarungen sein. Nachdem der rumänische Botschafter Rambu StS von Staden bei einem Gespräch am 29.11.1982<sup>13</sup> die Bitte vorgetragen hatte, sich für eine baldige Einladung von Außenhandelsminister Pungan durch den BMWi einzusetzen, hat auf Bitte des Staatssekretärs hin Bundesminister Graf Lambsdorff Herrn Pungan eine entsprechende Einladung übermitteln lassen. Das Gespräch zwischen BM Graf Lambsdorff und Herrn Pungan wird am 19.1.1983 stattfinden, an dem auch ein Mittagessen gegeben wird.

Bei einem erneuten Gespräch mit Botschafter Rambu am 13.12.1982, in dem auch über die Einladung an Außenhandelsminister Pungan gesprochen wurde, teilte der Botschafter dem Herrn Staatssekretär mit, daß Minister Pungan vermutlich bereits am 16.1.1983 hier eintreffen werde und neben Industrie-Besu-

<sup>7</sup> Waldemar Schreckenberger.

<sup>8</sup> Siegfried Fröhlich.

<sup>9</sup> Günter Obert.

<sup>10</sup> Berndt von Staden.

<sup>11</sup> Staatssekretär van Well und der Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, trafen in Gesprächen vom 5. bis 7. Januar 1978 vertrauliche Abmachungen über die Familienzusammenführung. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11.

Zu den am 24. März 1981 beschlossenen Modifikationen der Abmachungen vgl. AAPD 1981, I, Dok. 101.

<sup>12</sup> Der Passus „auf unserer ... getroffenen“ wurde von Ministerialdirektor Fleischhauer handschriftlich eingefügt.

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem rumänischen Botschafter Rambu am 29. November 1982 vgl. Dok. 326, Anm. 11.

chen auch eine Reihe von Gesprächen führen wolle. Er hoffe, daß er außer Gesprächen mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister und Herrn Staatssekretär von Staden auch den Herrn Bundesminister des Auswärtigen aufsuchen könne. Außerdem würde er es begrüßen, wenn er Gelegenheit bekommen würde, dem Herrn Bundeskanzler persönlich eine Botschaft von Staatspräsident Ceauşescu zu überbringen. Da ein Gespräch zwischen Ihnen und Minister Pungan dringend wünschenswert erscheint, hat der Herr Staatssekretär dem Botschafter zugesagt, sich hierfür einzusetzen. Die Frage nach der<sup>14</sup> Möglichkeit eines Besuches beim Herrn Bundeskanzler hat der Herr Staatssekretär lediglich registriert. Die Einzelheiten des Besuches werden im Zusammenwirken zwischen BMI, BMWi und AA vorbereitet.<sup>15</sup>

III. Es war bisher nach Erlaß des rumänischen Dekrets unsere politische Linie, uns auf die Fortgeltung der Vereinbarungen von 1978 zu berufen, die als bilaterale völkerrechtliche Vereinbarungen Vorrang vor der rumänischen Gesetzgebung hätten. Diese Argumentation greift jedoch nur bis Ende Juni 1983, da zu diesem Zeitpunkt die Vereinbarungen mit Rumänien ablaufen.

Die Tatsache des bevorstehenden Ablaufs dieser Vereinbarungen stellt uns vor die Notwendigkeit, über eine Verlängerung zu verhandeln, wofür eine Absichtserklärung in der Zusatzvereinbarung vom 25.3.1981 gegeben wurde. Wie sich aus Ziffer I ergibt, wird Herr Hüsch auch Gesprächsbereitschaft bei seinem Gespräch in Bukarest auftragsgemäß bestätigen.

Wir stehen unter einem gewissen Zeitdruck. Der Zeitdruck ergibt sich auch daraus, daß Grund zur Annahme besteht, daß bereits (finanzielle) Arrangements zwischen Israel und Rumänien über die Auswanderung von Juden nach Israel getroffen wurden. Außerdem wird in diesen Tagen ein amerikanischer Emissär in Bukarest über die Auswanderung (von Juden) in die Vereinigten Staaten verhandeln.<sup>16</sup> Wir sollten vermeiden, daß wir schließlich als einzig noch Betroffene dastehen, auf die sich dann der ganze Druck konzentriert.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Die Wörter „Frage nach der“ wurden von Ministerialdirektor Fleischhauer handschriftlich eingefügt.

<sup>15</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich habe darauf hingewiesen, daß d[er] 17. u. 18.1. kaum in Frage kämen.“

<sup>16</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 8. Dezember 1982 mit: „Im State Department wurde uns auf Arbeitsebene folgendes gesagt: 1) Ausreise von Juden: Oberrabbiner Rosen habe in Israel auf eine direkte Anfrage des State Department erklärt, er habe mit der rumänischen Regierung Einvernehmen darüber erzielt, daß ausreisewillige Juden von dem neuen Gesetz nicht betroffen würden. [...] Diese Auskunft sei in der vergangenen Woche von einer stellvertretenden rumänischen Ministerin bei einem Aufenthalt in Washington im wesentlichen bestätigt worden, die erklärt habe, für die Ausreise von Juden nach Israel werde eine Sonderregelung gefunden werden. Es sei wohl zu vermuten, meinte der Gesprächspartner, daß unter dieser Sonderregelung ein finanzielles Arrangement zwischen Israel und Rumänien zu verstehen sei. Die relativ niedrige Zahl der jüdischen Emigranten (seit 1976 durchschnittlich 1300 pro Jahr) werde ein entsprechendes Arrangement sicherlich erleichtern. 2) Amerikanische Haltung zur neuen Ausreiseregelung: Der Gesprächspartner teilte mit, daß Präsident Reagan Ceauşescu in einem persönlichen Schreiben mit deutlichen Worten aufgefordert habe, die Implementierung des neuen Gesetzes auszusetzen und der Entsendung eines hochrangigen amerikanischen Emissärs nach Bukarest zuzustimmen [...]. Präsident Reagan habe unmißverständlich erklärt, daß anderenfalls die Rumänien eingeräumte Meistbegünstigungsklausel gestrichen werden müßte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5270; VS-Bd. 13345 (214); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>17</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „M[eines] W[issens] ca. 12% unseres Volumens (1500 vs. 13 500 p. a.).“

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch im klaren sein, daß eine Neuvereinbarung sicher ohne höhere finanzielle Leistungen von unserer Seite nicht zu erreichen sein wird.<sup>18</sup>

IV. Die aus den Vereinbarungen von 1978/1981 zu leistenden Zahlungen an Rumänien erfolgen aus einem vom BMI verwalteten Haushaltstitel. Er beträgt rund 95,5 Mio. DM jährlich. Aus ihm werden die Zahlungen für die „Kopfquoten“ und die Quartalszahlungen von je 8 Mio. DM geleistet. Sollte es zu erneuten, mit finanziellen Leistungen verbundenen Vereinbarungen kommen, müßte sichergestellt werden, daß diese wiederum im Haushalt des BMI untergebracht werden. Es sollte nicht zuletzt aus politischen Gründen vermieden werden, hiermit etwa den Haushalt des Auswärtigen Amtes zu belasten. Die Verantwortung für die Verwaltung dieses Titels muß beim BMI bleiben<sup>19</sup>, der unter dem Gesichtspunkt Kriegsfolgelasten im weitesten Sinne und Aufnahme von Menschen in die Bundesrepublik Deutschland die primäre Zuständigkeit für den Rumänien-Komplex hat.

V. Vor Eintritt in Verhandlungen über eine Verlängerung oder Neufassung von Ausreisevereinbarungen mit Rumänien muß auf politischer Ebene vor allem die finanzielle Verhandlungsmarge für den deutschen Verhandlungsführer abgesteckt werden. Hierzu wird eine Entscheidung auf höchster politischer Ebene unumgänglich sein. Außerdem müßten die Vertrauensleute der einzelnen Fraktionen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages beteiligt werden.

VI. Bei der Entscheidung über die Verhandlungsführung bei Neuverhandlungen wird zu berücksichtigen sein, daß sich die Angelegenheit ihrer Natur nach weder für öffentliche Verhandlungen noch für den öffentlichen Abschluß von Vereinbarungen eignet. Es wäre daher in Erwägung zu ziehen, wie im Jahre 1981 den bisherigen Beauftragten des BMI, Rechtsanwalt Dr. Hüsich, MdB, hiermit zu betrauen. Dr. Hüsich wäre jedoch eng an das ihm formell vom BMI zu erteilende Mandat zu binden. Seine langjährige Erfahrung mit den anstehenden Problemen und mit seinen rumänischen Gesprächspartnern würde ihm bei Verhandlungen zugute kommen. Die endgültige Entscheidung wird allerdings davon abhängen, auf welcher Ebene die Rumänen schließlich verhandeln wollen.

VII. Um uns nicht vollständig den ohnehin wahrscheinlich recht hoch geschraubten rumänischen finanziellen Erwartungen auszuliefern, sollten wir vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet nach Möglichkeiten suchen, um unsererseits unser Gewicht in die Waagschale zu werfen.

1) In diesem Zusammenhang haben wir zunächst folgendes veranlaßt:

Bei der Neufassung der Ausreisevereinbarungen 1981 verpflichteten wir uns, pro aussiedelndem deutschen Volkszugehörigen je DM 5000 zu zahlen, sofern die Gesamtzahl der Aussiedler jährlich mindestens 13500 betrage (sonst nur DM 4000). Diese Zahl wurde im Jahr 1981 nicht erfüllt; auch im Jahre 1982 ist, trotz der Erhöhung der Aussiedlerzahlen, nicht damit zu rechnen. In Erwartung späterer Erfüllung erhielt Rumänien jedoch für 1981 und die ersten fünf Monate

<sup>18</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „U. zwar ‚wesentlich‘ höhere.“

<sup>19</sup> Der Passus „Haushalt des BMI ... bleiben“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „U. letztlich damit auch die Verantwortung für die Bereitstellung d[er] Mittel.“

1982 Zahlungen von je DM 5000, so daß Überzahlungen eintraten, die sich, hochgerechnet auf den 30.6.1983, auf nicht ganz 16 Mio. DM belaufen werden.

Um diese Überzahlung abzutragen, wurde seit Juni 1982 nur mehr auf der Basis von DM 4000 pro Aussiedler gezahlt; außerdem wurde die September-Quartalszahlung von DM 8 Mio. vorerst einbehalten. Das gleiche wird mit der Dezember-Quartalszahlung geschehen.

2) Darüber hinaus ist folgendes zu erwägen:

### 2.1) Verzögerung der bilateralen Umschuldungsverhandlungen

Die Verhandlungen, deren Abschluß wir nach dem multilateralen Umschuldungsprotokoll vom 28.7.1982<sup>20</sup> nicht von anderen als von den in diesem Protokoll niedergelegten Bedingungen abhängig machen dürfen, dauern zur Zeit noch an. Eine Verzögerung käme de facto einer zinslosen Kreditierung der als bald nach Inkrafttreten fälligen Barquote in Höhe von rund 18 Mio. DM gleich, brächte Rumänien also insofern Vorteile. Andererseits liegt die Umschuldung aber auch im rumänischen Interesse, da erst nach deren Zustandekommen die Gewährung weiterer Hermes-Kredite möglich sein wird.<sup>21</sup>

### 2.2) Verzögerung von Deckungsmöglichkeiten für Rumänien-Geschäfte

Die Wiedereröffnung beschränkter Deckungsmöglichkeiten (Plafonds) für Rumänien-Geschäfte könnte<sup>22</sup> vom Wohlverhalten der rumänischen Seite in der Aussiedlungsfrage abhängig gemacht werden. Dieses Instrument wird allerdings erst dann greifen, wenn die Bürgschaften unter Risikogesichtspunkten (d.h. nach Abschluß des Umschuldungsabkommens, Bezahlung der Rückstände und hinreichender Sicherheit, daß es nicht sofort wieder zu neuen Überfälligkeiten komme) wieder vertretbar sein werden.

### 2.3) Hinauszögern der Verlängerung des Abkommens über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit mit Rumänien vom 29.6.1973<sup>23</sup>

Dieses Abkommen läuft am 28.6.1983 aus. Sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer soll es überprüft werden. In diese Überprüfung sollen auch „die Möglichkeiten für eine Verlängerung des Abkommens“ einbezogen werden (Artikel 12). Die rumänische Seite hat anlässlich der 10. Tagung der gemischten deutsch-rumänischen Regierungskommission am 9./10.12.1982<sup>24</sup> (deutsche Verhandlungsführung: BMWi) eine Verlängerung des Abkommens um zehn Jahre angeregt. Das BMWi hat eine Verlängerung des Abkommens als „im Interesse der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen und der deutschen Wirtschaft“ liegend

<sup>20</sup> Am 28. Juli 1982 unterzeichneten 15 Gläubigerstaaten in Paris ein Protokoll über eine Umschuldung für Rumänien. Zu den Gläubigerstaaten gehörten Belgien, die Bundesrepublik, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien und die USA. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. Referat 422, Bd. 140067.

<sup>21</sup> An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Fischer handschriftlich: „In einer Hausbesprechung unter Leitung von StS v. Staden wurde festgelegt, daß dieses Instrument nicht geeignet ist.“  
Zu diesem Vermerk notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>22</sup> An dieser Stelle fügte Ministerialdirektor Fischer handschriftlich ein: „demgegenüber“.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351 f.

<sup>24</sup> Zur Tagung der deutsch-rumänischen Gemischten Kommission am 9./10. Dezember 1982 in Bonn vgl. Dok. 301, Anm. 18.

bezeichnet. Abteilung 4 hat gegenüber BMWi, BML und BMF erklärt, daß die Verlängerung im Interesse unserer wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen zu Rumänien liege.<sup>25</sup>

Falls wir unsere Zustimmung zur Verlängerung dieses Abkommens mit den Verhandlungen über die Familienzusammenführung in Verbindung bringen wollen, müßte ein entsprechender Beschluß aus Zeitgründen bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Abteilung 5 hat insoweit Verbindung mit Abteilung 4 aufgenommen.<sup>26</sup>

Selbst wenn eine Verbindung von wirtschaftlichen Maßnahmen mit den Neuverhandlungen über eine Vereinbarung über die Familienzusammenführung aus Rumänien nicht nur wirtschaftliche Nachteile für Rumänien, sondern auch für uns selbst nach sich ziehen kann, darf nicht vergessen werden, daß diese Frage auch von ganz erheblicher innenpolitischer Bedeutung ist. Es würde von der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere von einer ganzen Reihe von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nicht verstanden werden, daß wir mit Rumänien Schwierigkeiten in Fragen der Familienzusammenführung hinnehmen, zu gleicher Zeit aber den Wirtschaftsverkehr fortsetzen und sogar noch Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Bereich treffen.<sup>27</sup>

Die Abteilungen 2 und 4 haben mitgezeichnet (D 4 mit handschriftlicher Änderung auf den Seiten 6, 7 und 8<sup>28</sup>).

Es ist beabsichtigt, dem BMI im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Pungan-Besuches ein Exemplar dieser Vorlage zur Kenntnis zu geben.

Fleischhauer

**VS-Bd. 12380 (513)**

<sup>25</sup> Der Passus „hat gegenüber ... liege“ wurde von Ministerialdirektor Fischer gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „vertritt in Übereinstimmung mit BMWi, BML und BMF die Meinung, daß die Verlängerung als solche nicht in Frage gestellt (starkes Eigeninteresse), wohl aber die Aufnahme der Verhandlungen hinausgezögert werden könne. Hierüber bereitet Abt[eilung] 4 eine Vorlage vor.“

<sup>26</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Fischer gestrichen.

<sup>27</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Fischer gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies kann nicht nur von dieser Warte her beleuchtet werden.“

<sup>28</sup> Der Passus „D 4 ... 6, 7 und 8“ wurde von Ministerialdirektor Fleischhauer handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 21, 22 und 25–27.

## 355

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler

310-321.00 ISR-883/82 geheim

17. Dezember 1982<sup>1</sup>

Betr.: Edition der Kabinettsprotokolle durch das Bundesarchiv;  
hier: Prüfung, soweit Zuständigkeit der Abteilung 3 und 5 gegeben ist.

Bezug: Dortige Zuschrift vom 21. Oktober 1982  
– 117-251.01-242/82 geh./BA-Edition<sup>2</sup>

Anlg.: 1) Kabinettsprotokolle des Jahres 1952 (26 Blatt)<sup>3</sup>;  
2) Auszug aus Adenauer, „Erinnerungen 1953 bis 1955“<sup>4</sup>

Referat 310 hat Bedenken gegen die Veröffentlichung der mit Bezugszuschrift zugesandten Protokolle. Gründe:

1) Auch wenn das Gesetzgebungswerk zur individuellen Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts an dem jüdischen Volk abgeschlossen ist<sup>5</sup> und die

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Hat Ministerialdirigent Schönfeld am 22. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rötger am 27. Dezember 1982 vorgelegen.

Des weiteren handschriftlicher Vermerk: „Mitzeichnung Dg 11 auf 1. Ausfertigung.“

<sup>2</sup> Bundesarchiv-Edition.

Ministerialdirigent Schönfeld legte dar: „Am 20.6.1979 hat die Bundesregierung das Bundesarchiv mit der Herausgabe der jeweils mehr als 30 Jahre alten Niederschriften ihrer Kabinettsitzungen beauftragt. Band 1 ‚Die Kabinettsprotokolle 1949‘ ist kürzlich erschienen. Band 2 (Kab[inetts]Prot[okolle] 1950) ist in Vorbereitung; er soll 1984 erscheinen. Ebenfalls in Vorbereitung sind Band 3 (Kab-Prot 1951) und Band 4 (KabProt 1952). Bedenken gegen einzelne Protokolle oder gegen Teile davon, die in Band 3 und 4 veröffentlicht werden sollen, können bis zum 31.12.1982 erhoben werden. [...] Zur Entscheidungshilfe mögen folgende Hinweise dienen: a) In seinen ‚Erinnerungen 1953–1955‘, S. 132–160, schildert Bundeskanzler Adenauer die deutsch-israelischen Verhandlungen, die zum Wiedergutmachungsabkommen (Luxemburger Abkommen) vom 10.9.1952 geführt haben. [...] b) Im Rahmen des vom BMF herausgegebenen Sammelwerks über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland hat der frühere Abteilungsleiter im BMF, MD a. D. Dr. Féaux de la Croix, eine Studie über Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Luxemburger Abkommens verfaßt. Er konnte hierfür auch Akten des AA, offene wie VS, benutzen. Das Manuskript war 1976 abgeschlossen, wurde bisher jedoch nicht vom BMF veröffentlicht. c) Das AA hat bis jetzt alle Anträge von privater wissenschaftlicher Seite abgelehnt, die auf eine Benutzung seiner Akten zwecks Veröffentlichung der daraus gewonnenen Erkenntnisse zielten.“ Vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vgl. DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG, Band 5 (1952), bearbeitet von Kai von Jena, herausgegeben für das Bundesarchiv von Hans Booms, Boppard am Rhein 1989.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vgl. KONRAD ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.

<sup>5</sup> Individuelle Wiedergutmachung wurde durch Entschädigungs- und Rückerstattungsleistungen vorgenommen. Sie erfolgte vor allem im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29. Juni 1956, das rückwirkend zum 1. Oktober 1953 in Kraft trat, und des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 19. Juli 1957. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 562–596, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 734–742.

Ferner sah das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel (Luxemburger Abkommen) Zahlungen der Bundesrepublik an Israel in Höhe von 3 Milliarden DM, und zwar in Form von Warenlieferungen und Dienstleistungen, sowie an Israel zugunsten der „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ in Höhe von 450 Millionen DM vor. Für den Wort-

Globalentschädigungsabkommen in Kraft getreten sind<sup>6</sup>, bleiben die deutsch-israelischen Beziehungen weiterhin äußerst sensibel hinsichtlich aller Fragen, die das nationalsozialistische Unrecht und seine Wiedergutmachung betreffen.

Ganz grundsätzlich scheint dem Referat 310 eine dreißigjährige Verschlußfrist, die im Regelfall ausreichen mag, um die Gefährdung aktueller Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Veröffentlichung interner Akten auszuschließen, bei Vorgängen, die die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts betreffen, als zu kurz. Dieser Problemkreis ist nach wie vor aktuell (vgl. Verjährungsdebatte<sup>7</sup>; Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen<sup>8</sup>; Holocaust-Sendungen im Fernsehen<sup>9</sup> etc.). Dies erweist sich auch bei unseren weiterhin erfolgenden jährlichen FZ-Leistungen an Israel, die nicht entwicklungspolitisch, sondern letztlich nur politisch, vor dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Vergangenheit, zu begründen sind.

Die Freigabe der Kabinettsprotokolle könnte nur dazu führen, daß unsere Leistungen an Israel und das jüdische Volk in der Öffentlichkeit erneut problematisiert würden. Dies hätte einerseits eine Belastung unserer Beziehungen zu Israel, die wir zu „normalisieren“ suchen, zur Folge. Andererseits könnte dadurch auch unser Verhältnis zu den arabischen Staaten getrübt und erneute materielle „Ausgleichsforderungen“ von dieser Seite ausgelöst werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1821*

laut des Abkommens einschließlich der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1952, Dok. 209.

Ursprünglich war für die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ ein Betrag von 500 Millionen DM vorgesehen. Da diese sich nur für die Vertretung und Betreuung von „Glaubensjuden“ als zuständig ansah, beschloß das Kabinett am 15. Juli 1952, einen Fonds in Höhe von 50 Millionen DM für „Nichtglaubensjuden“ zur Verfügung zu stellen. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE 1952, S. 456–458.

<sup>6</sup> In den Jahren 1959 bis 1964 schloß die Bundesrepublik globale Wiedergutmachungsabkommen mit elf Staaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden und Schweiz. Hinzu kam 1961 ein Finanz- und Ausgleichsvertrag mit Österreich. Vgl. dazu den „Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht“ vom 31. Oktober 1986; BT DRUCKSACHEN, Bd. 341, Drucksache Nr. 10/6287, S. 50.

<sup>7</sup> Am 29. März 1979 wurde in der Presse berichtet: „Die Frage, ob Mord künftig nicht mehr verjähren oder ob es bei der Verjährungsfrist von dreißig Jahren bleiben solle, steht an diesem Donnerstag im Mittelpunkt einer ganztägigen Debatte des Bundestages. [...] Die SPD-Minister im Kabinett, vor allem der Bundeskanzler und Justizminister Vogel, unterstützen den [...] Gesetzentwurf von 208 der 224 SPD-Abgeordneten, der die generelle Aufhebung der Verjährung bei Mord verlangt. Diesen Antrag haben auch sieben FDP-Abgeordnete unterzeichnet. Nach dem bisherigen Stand dürfte es im Bundestag eine knappe absolute Mehrheit für die Aufhebung der Mordverjährung geben. Für die Beibehaltung der Verjährungsfrist tritt die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, die Mehrheit der FDP-Fraktion und eine kleine Gruppe von SPD-Abgeordneten ein. Eine dritte Gruppe von Abgeordneten um Maihofer in der FDP und Waltemathe in der SPD möchte zwischen Mord und NS-Mord unterscheiden und nur bei NS-Morden die Verjährungsfrist aufheben.“ Vgl. den Artikel „Heute Verjährungsdebatte im Bundestag“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. März 1979, S. 1. Für den Wortlaut des 16. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 16. Juli 1979, das die Aufhebung der Verfolgungsverjährung bei Verbrechen nach § 211 StGB (Mord) durch Änderung des § 78 StGB brachte, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 1046.

<sup>8</sup> Die Bundesregierung legte dem Bundesrat am 29. September 1982 den Entwurf eines 21. Strafrechtsänderungsgesetzes vor. Vgl. dazu BR DRUCKSACHEN, Bd. 9 (1982), Drucksache Nr. 382/82. Die SPD-Bundestagsfraktion legte dem Bundestag am 10. November 1982 den Entwurf eines 21. Strafrechtsänderungsgesetzes vor. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Bd. 288, Drucksache Nr. 9/2090.

<sup>9</sup> Zur Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ in der Bundesrepublik vgl. Dok. 177, Anm. 11.

2) Auch aufgrund bestimmter Formulierungen in den Protokollen bestehen Bedenken.

Bei Lektüre der Protokolle könnte, in gewissem Widerspruch zu den beiliegenden Auszügen aus Adenauers „Erinnerungen“, der Eindruck entstehen, die Bundesrepublik Deutschland habe sich erst oder insbesondere aufgrund des Drucks der USA zu den Wiedergutmachungsverhandlungen bereit erklärt und/oder sie habe Wiedergutmachung vornehmlich deswegen geleistet, um ihre internationale Kreditfähigkeit zurückzugewinnen (vgl. etwa das Angestrichene in der von hier durchnummerierten Anlage 1 auf S. 1, 3, 11, 14, 21). Dieser Eindruck ist jedoch aus innen- und außenpolitischen Gründen unbedingt zu vermeiden.

Im Hinblick auf unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten wäre insbesondere die Veröffentlichung der auf S. 23 der Anlage 1 angestrichenen Passage unseren Interessen abträglich.

Nach Ansicht von Referat 310 sollte davon abgesehen werden, nur einzelne zu beanstandende Passagen weiterhin unter Verschuß zu halten, im übrigen die Protokollauszüge aber zu veröffentlichen. Dadurch würden negative Vermutungen in der Öffentlichkeit und entsprechende Nachforschungen nachgerade provoziert.

Die verschiedenen Kabinettsbesprechungen zur Wiedergutmachungsfrage stehen in einem unlösbaren Gesamtzusammenhang. Unter Beibehaltung der bisherigen restriktiven Praxis (vgl. Bezugszuschrift, S. 2 unter c)) sollte daher keiner der zur Prüfung vorgelegten TOP und ATO<sup>10</sup> der Kabinettsprotokolle zur Veröffentlichung freigegeben werden.

Fiedler<sup>11</sup>

**VS-Bd. 13559 (310)**

<sup>10</sup> Außerordentlicher Tagesordnungspunkt.

<sup>11</sup> Paraphie.

## 356

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth**

221-372.60

20. Dezember 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu IV.

Betr.: Schwedischer Vorschlag zur Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone

Anlg.: 1 Verbalnote<sup>4</sup>

## I. Die schwedische Initiative

1) Die neue schwedische Regierung<sup>5</sup> hat sich in den Tagen des 8. und 9. Dezember 1982 mit gleichlautenden Noten an alle Mitgliedstaaten der NATO, des Warschauer Pakts sowie an die europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien gewandt, um ihnen die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone vorzuschlagen, die sich von Mitteleuropa bis in die äußersten Flanken der beiden Bündnisse erstrecken soll. Die schwedische Regierung nimmt ausdrücklichen Bezug auf eine bereits im sogenannten Palme-Bericht<sup>6</sup> vom Sommer d. J. enthaltene Empfehlung praktisch gleichen Inhalts. Die schwedische Regierung bittet die angesprochenen Regierungen um eine Äußerung zu diesem Vorschlag.

2) Der schwedische Botschafter in Bonn<sup>7</sup> übergab diese Note dem Herrn Staatssekretär am 9. Dezember. In einer ersten Reaktion wies der Herr Staatssekretär darauf hin, daß die nukleare Bewaffnung der atlantischen Streitkräfte nur im Zusammenhang mit der konventionellen Seite bewertet werden kann, zumal das konventionelle Ungleichgewicht in Europa beunruhigende Ausmaße erreicht hat. Zugleich machte er deutlich, daß es nun darauf ankommt, durch eine klare und feste Haltung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die INF-Verhandlungen<sup>8</sup> zu einem Erfolg werden und wir es daher vermeiden sollten, in die ohnehin schwierige Diskussion neue Felder der Auseinandersetzung einzuführen. Der Herr Staatssekretär stellte die Prüfung des schwedischen Vorschlags in Aussicht.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

Hat Holik am 31. Dezember 1982 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 23. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Staden am 30. Dezember 1982 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 28. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Verbalnote Nr. 152/82 der schwedischen Botschaft vom 8. Dezember 1982 vgl. Referat 221, Bd. 124583.

<sup>5</sup> Am 5. Oktober 1982 wählte das schwedische Parlament den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Palme, zum Ministerpräsidenten.

<sup>6</sup> Zum Bericht der Palme-Kommission vgl. Dok. 170.

<sup>7</sup> Sven Backlund.

<sup>8</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

## II. Inhalt des Vorschlags

1) Der schwedische Vorschlag besteht aus folgenden Elementen:

- Schaffung einer gefechtsfeldwaffenfreien Zone von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse;
- umfassendes Verbot von nuklearen Sprengköpfen in dieser Zone, d. h. ihrer Lagerung, von Vorbereitungen zu ihrer Stationierung und von Manövern mit simuliertem Kernwaffeneinsatz;
- die geographische Ausdehnung der Zone soll Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige geographische Gegebenheiten berücksichtigen; zunächst ist an eine 300 km breite Zone gedacht;
- zuverlässiges Kontrollsystem.

Der Vorschlag wird als „erstklassige vertrauensbildende Maßnahme“ qualifiziert, die die Sicherheit der beteiligten Staaten nicht gefährden würde. Ferner wird er als Möglichkeit gesehen, die MBFR-Verhandlungen<sup>9</sup> zu fördern oder ihn mit diesen zu koppeln.

2) Der Vorschlag entspricht weitgehend der Empfehlung im Palme-Bericht, der die Annahme zugrunde gelegt war, daß die Schaffung einer solchen Zone die nukleare Schwelle anheben und die Versuchung zum Einsatz von Nuklearwaffen um einiges herabsetzen könnte. Nach Auffassung der Autoren des Berichts sollten einem Abkommen über den Abzug der Gefechtsfeldwaffen aus der vorderen Zone beträchtliche Reduzierungen der nuklearen Sprengköpfe in Europa mit wirksamen Kontrollmöglichkeiten folgen. Der jetzt von Schweden vorgelegte Vorschlag enthält diesen Passus nicht. Auch bezeichnet er ein zuverlässiges Kontrollsystem nur als einen wichtigen Verhandlungspunkt, während im Palme-Bericht eine begrenzte Zahl von Inspektionen auf Anforderung zur Überprüfung der Einhaltung gefordert worden war.

Interessant ist, daß das sowjetische Mitglied der Palme-Kommission, Georgij Arbatow, in einer Fußnote Zweifel geäußert hatte, ob dieser Vorschlag rüstungskontrollpolitisch nützlich wäre, da nukleare Sprengköpfe schnell in ein Sperrgebiet zurückgebracht werden könnten und ein solches Abkommen nur geringe militärische Bedeutung hätte. Er sprach sich statt dessen für durchgreifende Reduzierungen bis hin zu einem vollständigen Verbot aller Mittelstrecken- und taktischen Nuklearwaffen aus.

## III. Bewertung

1) Der Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone ist rüstungskontrollpolitisch wenig durchdacht.

- Die Einhaltung der vereinbarten Abzüge und Stationierungsverbote könnte nicht verlässlich überprüft werden. Selbst wenn es gelänge, die mit der Errichtung eines Verifikationssystems verbundenen Probleme – z. B. Unterscheidung der nuklearen von konventionellen Sprengköpfen – technisch und verhandlungsmäßig zu lösen, wäre die Durchführung der erforderlichen Verifikationsmaßnahmen (Inspektionen) besonders in Krisenzeiten nicht gewährleistet.

<sup>9</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 357.

- Nukleare Gefechtsfeldwaffen, vor allem Sprengköpfe, könnten jedoch in einer Krise und nach Beginn einer konventionellen Auseinandersetzung in kurzer Zeit in die Zone zurückverbracht werden. Die Vereinbarung einer solchen Zone wäre deshalb geeignet, ein falsches Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.
  - Für die nukleare Bedrohung ist nicht allein ausschlaggebend, wo eine Kernwaffe stationiert ist, sondern vor allem, welche Ziele sie erreichen kann. Auch rein konventionelle Streitkräfte und wichtige zivile Einrichtungen wie Verkehrsknotenpunkte etc. könnten Ziel atomarer Angriffe sein. Der Vorschlag läßt die Masse der sowjetischen Nuklearwaffen, die außerhalb der vorgesehenen Zone stationiert, aber auf Ziele innerhalb der Zone gerichtet sind, außer Betracht.
- 2) Im Falle seiner Verwirklichung würde der Vorschlag die Verhütung jeglicher kriegerischer Auseinandersetzung in Europa, einschließlich eines konventionellen Konflikts, als zentrales Anliegen der Sicherheitspolitik des Bündnisses erschweren.
- Die Stationierung nuklearer Gefechtsfeldwaffen und anderer nuklearer Systeme im NATO-Bereich ist Gegenstand ständiger Konsultationen im Rahmen der nuklearen Planungsgruppe des Bündnisses, die sich an den Erfordernissen der Abschreckung, der Verteidigung wie auch des möglichen Ausschlusses von Sicherheitsrisiken orientiert. Das gleiche gilt für die Verfahren der politischen Kontrolle zur Freigabe eines eventuellen Nukleareinsatzes. Anpassungen an neue Entwicklungen sind im Rahmen der bündnisinternen nuklearen Planung jederzeit möglich.
  - Für rüstungskontrollpolitische Absprachen ist dieser Bereich ungeeignet. Transparenz der nuklearen Planung würde notwendigerweise dazu führen, das Risiko eines potentiellen Angreifers überschaubarer zu machen. Die Abschreckung würde gemindert, wenn die sog. nukleare Schwelle durch Rüstungskontrollvereinbarungen künstlich hochgesetzt und dem Bündnis dadurch eine wichtige Option innerhalb des Gesamtspektrums der Abschreckung genommen würde.
  - Der Vorschlag zielt aber gerade darauf ab, im Wege einer vertrauensbildenden Maßnahme die „atomare Schwelle heraufzusetzen“. Damit würde gleichzeitig die Aggressionsschwelle gesenkt, da sich ein potentieller Angreifer bei der Beurteilung seines Konfliktrisikos nicht mehr von vornherein mit der Möglichkeit vorbedachter Eskalation konfrontiert sähe. Die zumindest in der Perzeption des Gegners entstehende Lücke im Gesamtspektrum der NATO-Triade würde die Glaubwürdigkeit der Abschreckung insgesamt beeinträchtigen und damit einen konventionellen Krieg führbarer machen.
  - Die NATO wäre gezwungen, abgezogene Gefechtsfeldwaffen außerhalb der Zone in einem schmalen Gebietsstreifen zu konzentrieren, der zu den dichtest besiedelten und industrialisierten in Europa gehört. Dies könnte zu Belastungen der Bevölkerung führen, zusätzliche Sicherheitsprobleme schaffen und die Gefahr präventiver Schläge eher erhöhen als vermindern.
- 3) Ohne Unterstellung unlauterer Motive ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß es der schwedischen Regierung mehr um die mit der Propagie-

rung des Vorschlags verbundenen Effekte als um die Realisierung des Vorschlags selbst geht. Bedenklich ist dabei, daß sich Schweden mit dieser Aktion über wichtige politische Interessen des westlichen Bündnisses und besonders der Bundesrepublik Deutschland hinwegsetzt.

- Da die skandinavischen Länder de facto kernwaffenfrei sind und an der Südflanke praktisch nur die Türkei gemeinsame Landgrenzen mit dem WP aufweist, ist auf westlicher Seite die Bundesrepublik Deutschland der eigentliche Adressat des Vorschlags. Die Festlegung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone enthält bereits im Ansatz die Möglichkeit einer Ausdehnung. Schon ein Gürtel von 300 km Ausdehnung beiderseits der Demarkationslinie würde praktisch das ganze Territorium der Bundesrepublik Deutschland erfassen und damit einem länderorientierten Ansatz für eine kernwaffenfreie Zone gefährlich nahekommen. Eine Koppelung des Vorschlags mit den MBFR-Verhandlungen, wie er von Schweden zur Diskussion gestellt wird, würde die in dem begrenzten geographischen Ansatz von MBFR begründeten Risiken, die sich aus der Rüstungskontrollzone mit besonderem Status für die sicherheitspolitische Einheit des Bündnisgebiets ergeben, noch verstärken.
- Das Ziel einer wirksamen Verringerung der nuklearen Bedrohung und der Schaffung eines stabilen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau ist nur durch vereinbarte Verminderung und Begrenzung der Waffensysteme unter Berücksichtigung der strategischen Zusammenhänge zu erreichen. In den rüstungskontrollpolitischen Bemühungen des Bündnisses, die auf dieses Ziel ausgerichtet sind, kommt gegenwärtig der Durchsetzung der Null-Lösung<sup>10</sup> bei den landgestützten Mittelstreckenraketen im Rahmen der INF-Verhandlungen in Genf Priorität zu. Die Aktion der schwedischen Regierung könnte diese Bemühungen erschweren und in der öffentlichen Sicherheitsdebatte bei uns und in anderen westeuropäischen Ländern denjenigen Kräften Auftrieb geben, die mit Plänen für kernwaffenfreie Zonen in Europa die Opposition gegen den Doppelbeschluß der NATO mobilisieren.

#### IV. Weiteres Vorgehen

1) Der Politische Ausschuß der NATO ist auf italienische Anregung bereits in die Diskussion des schwedischen Vorschlags eingetreten. Wir werden unsere Bewertung einbringen, einer sich hinziehenden Behandlung des Themas im Bündnis entgegenwirken und für eine möglichst einheitliche und abschließende Reaktion auf die schwedische Initiative eintreten. Die Amerikaner haben – etwa mit gleicher Argumentation wie unter III. – bereits negativ auf die Initiative reagiert.

2) Bei der Beantwortung der schwedischen Verbalnote werden wir vor allem diejenigen Überlegungen in den Vordergrund stellen, die aus rüstungskontrollpolitischer und sicherheitspolitischer Sicht gegen den Vorschlag sprechen. Text einer Antwortnote wird dem Herrn Staatssekretär vor Abgang vorgelegt.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.  
Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

3) Die Öffentlichkeit sollte über unsere Antwort auf die schwedische Initiative unterrichtet werden.

Abteilung 2 und das BMVg (Ref. FÜSIII 5) haben mitgezeichnet.

Ruth

Referat 221, Bd. 124583

357

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-16319/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 560

Aufgabe: 20. Dezember 1982, 14.07 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Dezember 1982, 18.15 Uhr

Betr.: MBFR;  
hier: Abschlußbericht der 28. Runde

Zur Information

I. Die 28. Runde (23.9. bis 16.12.82) war von der Diskussion des westlichen Abkommensentwurfs vom 8.7.82<sup>2</sup> geprägt.

1) Der Westen erläuterte unter Betonung der vor allem in der Verknüpfungsfrage gemachten Kompromisse systematisch die einzelnen Teile seines Entwurfs und antwortete dabei auch auf östliche Kritik. Am 11.11.82 führte er Annex II (begleitende Maßnahmen) und am 25.11.82 Annex III (Ausnahmeregelung) in die Verhandlungen ein<sup>3</sup> und entzog damit dem vordergründigen Argument des Ostens den Boden, eine umfassende Stellungnahme zum westlichen Abkommensentwurf sei wegen Ausstehens einiger Teile nicht möglich.

Der Westen konzentrierte seine Argumentation darauf, daß es nach der Lösung der Verknüpfungsfrage im westlichen Abkommensentwurf nun am Osten sei, vergleichbare Zugeständnisse in der Frage der Daten<sup>4</sup> und der begleitenden Maßnahmen zu machen. Geschehe dies, könnten die verbleibenden Streitfragen, die nicht von zentraler Bedeutung seien, eher einer Lösung zugeführt werden.

2) Der Osten reagierte vor allem am Anfang der Runde auf den westlichen Abkommensentwurf mit heftiger globaler Kritik. Er behauptete, daß die westlichen Verteidigungsanstrengungen und die sich im westlichen Vertragsentwurf offenbarende Grundhaltung zusammengenommen den Nachweis lieferten, daß

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

<sup>2</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 216.

<sup>3</sup> Zu Annex II und Annex III des Entwurfs der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 327.

<sup>4</sup> Zur Frage von Streitkräftedaten bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 54, Anm. 21.

der Westen einseitige militärische Vorteile zu erlangen suche und zu diesem Zweck vom Verhandlungsmandat von 1973 abweiche und den Grundsatz der unverminderten Sicherheit<sup>5</sup> verletze. Er griff unter diesem Aspekt das westliche Geographieargument (mit seinen Auswirkungen auf die westliche Position zu Umfang und Form der Reduzierungen in der ersten Etappe, zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs der begleitenden Maßnahmen 1 und 2 sowie die Frage der Behandlung der Rüstungsreduzierungen und des Luftstreitkräftepersonals) mit der Begründung an, der Westen klammere einfach sein europäisches Hinterland mit dessen Streitkräftepotential und Verstärkungskapazitäten aus, und kritisierte heftig die westliche Forderung nach asymmetrischen Reduzierungen, den Umfang der begleitenden Maßnahmen und die Ausklammerung der Rüstungsreduzierungen. Seine im Laufe der Runde zusehends detaillierter und differenzierter vorgebrachte Kritik an Einzelregelungen des westlichen Abkommensentwurfs folgte gleichfalls diesem Leitmotiv.

Gegen Ende der Runde wurde das taktische Bemühen des Ostens erkennbar, weniger auf dem Boden des westlichen Entwurfs zu argumentieren und mehr die Vorzüge des eigenen Abkommensentwurfs<sup>6</sup> in den Vordergrund zu stellen. Rückschlüsse auf die vom Osten in der Substanz verfolgte Linie läßt dies allerdings nicht zu. Alles deutet vielmehr darauf hin, daß der Osten bisher keine Grundsatzentscheidung getroffen hat, wie er sich auf den westlichen Vertragsentwurf einstellen soll.

3) In den drei Bereichen, die vom Westen traditionell als die drei Kardinalfragen eines Abkommens bezeichnet werden (Daten, begleitende Maßnahmen, Verknüpfung), setzte der Osten seine Kritik mit unveränderter Schärfe, wenn auch mit leichter Akzentverschiebung fort.

Bei der Erörterung der Datenfrage trat das Argument des Ostens, daß eine Dateneinigung nicht nötig sei, zurück. Der Osten betonte dafür verstärkt, daß die Datendiskussion wegen des Widerstrebens der westlichen Teilnehmer, ihre Daten entsprechend der Ergebnisse dieser Diskussion zu berichtigen, offensichtlich nicht zu einer Einigung führe und daß man sich deshalb auf ein mehr politisches Abkommen der vom Osten am 18.2.82 vorgeschlagenen Art konzentrieren solle.

Das westliche Paket begleitender Maßnahmen unterzog der Osten, ohne auf Einzelheiten einzugehen, der schon bekannten Kritik, der Westen löse unter Verletzung des Verhandlungsmandats von 1973 die begleitenden Maßnahmen funktionell von der Verminderung und Begrenzung von Streitkräften und Rüstungen und mache sie zu einem selbständigen Vertragsgegenstand. Die Ausdehnung des Anwendungsgebiets von Maßnahmen 1 und 2 lehnte er schon deshalb ab, weil sie den Westen durch die gewählten Modalitäten (Kriterium der Division) einseitig begünstige. Die inhaltlich unveränderte Wiedervorlage des westlichen Pakets begleitender Maßnahmen nach zweijähriger Diskussion war für ihn ganz allgemein Anlaß, den westlichen Verhandlungs- und Kompromißwillen in Frage zu stellen.

<sup>5</sup> Der „Grundsatz der unverminderten Sicherheit“ wurde im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien festgeschrieben. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514.

<sup>6</sup> Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 18. Februar 1982 für ein Phase-I-Abkommen vgl. Dok. 59.

Zur Verknüpfungsfrage erklärte der Osten, sie sei trotz gegenteiliger westlicher Erklärungen durch unseren Abkommensentwurf nicht ausgeräumt. Zwar sei z. B. ein Aspekt der Verknüpfungsproblematik, die Verbindung zwischen den bisherigen zwei Verhandlungsphasen, durch den westlichen Vorschlag gelöst worden. Ein anderer Aspekt jedoch, die Verknüpfung zwischen den Implementierungsphasen oder -etappen, sei nach wie vor ungelöst und erhalte dadurch, daß die Zahl der Etappen von zwei auf vier erhöht und kein automatischer Übergang von einer Etappe auf die andere vorgesehen sei, ein noch größeres Gewicht.

4) In Einzelpunkten des westlichen Abkommensentwurfs richtete sich die östliche Kritik mit bekannten Argumenten hauptsächlich gegen die Ausklammerung von Rüstungsreduzierungen, das Fehlen eines „freeze“ für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte aller direkter Teilnehmer von Anfang an, die Nichtberücksichtigung östlicher Wünsche nach einem eindeutigen Kriterium zur Bestimmung des Umfangs der nationalen Reduzierungsquoten und nach einem Mechanismus zur Aufrechterhaltung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärken (50-Prozent-Klausel).

Der Osten behauptete zudem ohne weitere Begründung, daß die Regelung des Protokolls, in dem die auf Flankensicherheit und begleitende Maßnahmen 1 und 2 bezogenen Rechte und Pflichten der indirekten Teilnehmer verankert sind, mit dem Grundsatz der unverminderten Sicherheit und den Interessen der Flankenstaaten unvereinbar sei. Den erstmals spezifizierten Vorschlag einer Ausnahmeregelung (Annex III) lehnte der Osten mit dem allgemeinen Argument ab, Ausnahmen seien nicht notwendig und begünstigten den Westen. Der Westen täte besser, auf die vom Osten vorgeschlagene Manöverbeschränkung einzugehen. Auf Einzelpunkte des Annex III ging er nicht ein.

II. Andere Themen spielten in dieser Verhandlungsrunde nur eine untergeordnete Rolle.

1) Heftige östliche Kritik an der Verteidigungspolitik der NATO veranlaßte die westlichen Teilnehmer, die NATO-Richtlinie zu dem einseitigen sowjetischen Truppenabzug aus der DDR und der Umstrukturierung der sowjetischen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet<sup>7</sup> bereits in den ersten Wochen der Runde einzuführen und die dort vorgegebenen Argumente auch vor der Presse mehrfach zu wiederholen. Der Osten beantwortete die dabei gestellte Frage, ob die Umstrukturierung der sowjetischen Streitkräfte einen Personalzuwachs im Reduzierungsgebiet zur Folge gehabt habe, mit einem pauschalen „Nein“. Im Gegenzug stellte er seinerseits die Frage, ob die Umstrukturierung der Bundeswehr<sup>8</sup>, der britischen Rheinarmee<sup>9</sup> und der amerikanischen Landstreitkräfte<sup>10</sup> im Reduzierungsgebiet zu einer Erhöhung ihrer Personalstärke geführt habe. Der Westen begrüßte diese Fragen als Anzeichen östlicher Einsicht, daß eine Datendiskussion erforderlich sei, die Erörterung von Strukturfragen zur Klärung von

<sup>7</sup> Vgl. dazu den von Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 27. Mai 1982 übermittelten Entwurf einer Richtlinie; Dok. 216, Anm. 18.

<sup>8</sup> Zur Einführung der Heeresstruktur 4 bei der Bundeswehr vgl. Dok. 150, Anm. 20.

<sup>9</sup> Zu den britischen Streitkräften in der Bundesrepublik vgl. Dok. 288, Anm. 22.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Wunsch der amerikanischen Regierung nach Truppenverlegungen innerhalb der Bundesrepublik; Dok. 79, Anm. 16.

Meinungsverschiedenheiten über Mannschaftsstärken beitragen könne. Er beantwortete unter Verwendung offenen Materials den größten Teil der Fragen und stellte seinerseits spezifische Fragen an den Osten, um Aufklärung über die Auswirkungen der Umstrukturierung auf die sowjetischen Personalstärken im Reduzierungsgebiet zu erhalten.

2) Der westliche Vorschlag einer Bestandsaufnahme in drei Arbeitsgruppen<sup>11</sup> wurde weder vom Osten aufgegriffen, noch vom Westen vertieft. Gleiches gilt mit umgekehrten Vorzeichen für den östlichen Vorschlag, eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Abkommenstextes zu beauftragen. Beide Vorschläge könnten dann wieder aktuell werden, wenn der Osten prozedural und in der Substanz seine künftige Linie festgelegt hat.

III. Der Osten ist durch die Vorlage des umfassenden westlichen Entwurfs verhandlungstaktisch unter Druck geraten. Er hat bisher ohne Gesamtkonzept im wesentlichen defensiv reagiert, auch wenn er schwache Punkte im westlichen Konzept mit guten Argumenten angriff. Der innere Zusammenhang der MBFR-Verhandlungen mit INF<sup>12</sup>, START<sup>13</sup> und KAE<sup>14</sup> und der Wechsel in der sowjetischen Führung<sup>15</sup> könnten bedeuten, daß sich der Osten nicht so schnell festlegen wird. Aus hiesiger Sicht könnte es für ihn – abgesehen von etwaigen propagandistischen Überlegungen – um folgende Hauptprobleme gehen:

- Einbau der neuen westlichen Haltung zur Verknüpfungsproblematik ins östliche Konzept,
- Rüstungsverminderungen und -begrenzungen,
- Datenfrage.

<sup>16</sup>1) Die DDR-Delegation hatte schon Ende der letzten Runde das westliche Abgehen von der Idee eines politischen Teilabkommens bedauert. Was damals als vor allem taktisch motivierte Einlassung einer einzelnen Delegation erschien, beginnt inzwischen in der östlichen Argumentation einen festen Platz einzunehmen. Dies bedeutet sicher nicht, daß der Osten den westlichen Vorschlag vom 20.12.79<sup>17</sup> als verpaßte Chance betrachtet. Der Ansatz eines vereinfachten Teilabkommens mit den dann argumentierbaren Abstrichen bei Daten und begleitenden Maßnahmen dürfte ihm angesichts des detaillierten Gesamtvorschlags des Westens aber sicherlich noch attraktiv erscheinen.

Die Alternative zum Beharren auf dem eigenen Vorschlag eines Teilabkommens wäre die an sich logische Reaktion des Ostens, die im westlichen Vorschlag vom 8.7.82 enthaltenen Konzessionen zu kassieren und in den eigenen Vorschlag zu

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. April 1982; Dok. 112.

<sup>12</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>13</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>14</sup> Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) vgl. Dok. 17, Anm. 11 und 12.

Zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer KAE vgl. Dok. 276.

<sup>15</sup> Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 302, Anm. 4.

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 561 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 35, Anm. 10.

inkorporieren. Dazu böten sich zwei Wege an. Entweder legt der Osten einen revidierten Abkommensentwurf vor, oder er füttert die Annahme des Ein-Phasen-Konzepts in eine Bestandsaufnahme ein. Beides würde jedoch Rückbesinnung auf die Idee eines umfassenden und Aufgabe der Idee eines politischen Abkommens bedeuten, es sei denn, der Osten würde dem Westen zumuten, der Verknüpfungsverpflichtung in einem ersten Abkommen zuzustimmen, da der Westen ja nun ohnedies zur Verknüpfung der Phasen bereit sei.

2) Die Äußerungen des Ostens zur Frage der Rüstungsreduzierungen waren in der Substanz relativ milde („ein Abkommen ohne Rüstungsreduzierungen wäre sehr viel weniger wirksam“). Dies bedeutet aber nicht, daß der Osten an heftiger öffentlicher Kritik an der westlichen Haltung zu Rüstungsreduzierungen sparen wird. Er könnte auf lange Sicht bereit sein, diese Frage für die derzeitigen Verhandlungen auszuklammern, weil er, falls dieser Gegenstand ernsthaft verhandelt würde, vor ähnlichen objektiven Schwierigkeiten stünde wie der Westen.

3) In der Datenfrage dürfte der Osten keinerlei Bereitschaft zur Bewegung zeigen. Er hat deutlich gemacht, daß dies der letzte Bereich sei, in dem der Westen auf sein Entgegenkommen zählen könne. Die Überlegungen des Ostens konzentrieren sich damit – trotz der von kurzfristigen taktischen Überlegungen motivierten Fragen zur Umstrukturierung westlicher Streitkräfte – nicht auf eine Lösung der Datenfrage, sondern darauf, wie die Datenproblematik ausgeklammert werden kann.

In diesem Zusammenhang sind die vom Osten erneut bilateral diskutierten Überlegungen zu sehen, ob man sich nicht von einer Einigung über die Ausgangsdaten weg und auf eine verstärkte Verifizierbarkeit der vereinbarten Höchststärken hin bewegen könne (sog. Michajlow-Initiative<sup>18</sup>, die aber auch von anderen Mitgliedern östlicher Delegationen aufgegriffen worden ist). Bisher fehlt jedoch jede konkrete Äußerung des Ostens, welche Verifikationsmöglichkeiten er zugestehen bereit wäre. Offensichtlich sieht jedoch der Osten im Bereich der begleitenden Maßnahmen noch Bewegungsspielraum. Dies würde nach bilateralen Äußerungen auch Inspektionen einschließen.

IV. 1) Vorerst scheint sich also die westliche Verhandlungsoffensive vom Sommer dieses Jahres festgefahren zu haben. Dennoch sollte der Westen in der nächsten Runde<sup>19</sup> unbeirrt mit der Darlegung seines Vorschlags vom 8.7.82 fortfahren. Selbst wenn einige Teilaspekte dieser Position schwierig zu argumentieren sind, erschiene eine Andeutung weiterer Kompromißbereitschaft von westlicher Seite in Einzelpunkten als taktisch verfehlt, solange der Osten nicht endgültig Position zum westlichen Vorschlag bezogen und seinerseits Entgegenkommen gezeigt hat.

2) In dieser Lage ist es wichtig, daß der Westen eine in sich logische und genauere Beweisführung in die Verhandlungen einführen kann. Eine verfeinerte

<sup>18</sup> Zu den Vorschlägen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, vom 15. Juli 1982 vgl. Dok. 244.

<sup>19</sup> Die 29. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 31. März 1983 in Wien statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 165/166 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 1. April 1983; AAPD 1983.

und eventuell auf weitere Basis gestellte, in der Allianz abgestimmte Argumentation wäre vor allem notwendig für Bereiche wie

- Zurückstellung von Rüstungsverminderungen und -begrenzungen,
- Dauer des Reduzierungsprozesses,
- Behandlung des Personals der Luftstreitkräfte.

3) Ganz unabhängig davon sollte sich der Westen grundsätzlich darüber klar werden, ob der Abkommensentwurf in Einzelpunkten nicht weiterentwickelt oder sogar modifiziert und solche Änderungen nicht zu gegebenem Zeitpunkt als weiterer westlicher Kompromiß in die Verhandlungen eingeführt werden sollten, um auf östliche Initiativen zu antworten oder den Verhandlungen neue Impulse zu geben.

Aus der Sicht der Delegation liegen solche Möglichkeiten evtl. beim freeze und, unter bestimmten Modalitäten, bei der Begrenzung des Personals der Luftstreitkräfte. Hierüber wird gesondert berichtet.<sup>20</sup>

4) Fragen östlicher und westlicher Teilnehmer zu der im Gespräch Falin/Bahr angedeuteten Möglichkeit von Verhandlungen über ein konventionelles Gleichgewicht in Europa oder zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in Europa<sup>21</sup> lassen darauf schließen, daß über die Auswirkungen eines solchen neuen Ansatzes auf die MBFR-Verhandlungen Verwirrung herrscht. Eine Klarstellung, daß mit diesem Ansatz nicht gemeint ist, das MBFR-Forum abzuwerten oder gar überflüssig zu machen, dürfte sich schon allein deshalb empfehlen, um dem Osten nicht den Vorwurf zu ermöglichen, der Westen wolle von MBFR abrücken.

[gez.] Boss

VS-Bd. 11472 (221)

<sup>20</sup> Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 20. Dezember 1982 mit: „Raum für Flexibilität sieht die Delegation auch in der Frage der Begrenzung des Luftstreitkräftepersonals. Zwar scheidet eine Übernahme des östlichen Konzepts einer gesonderten Höchststärke für Luftstreitkräftepersonal aus. Man könnte aber z. B. daran denken, innerhalb der Gesamthöchststärke von 900 000 Mann die Landstreitkräfte auf 700 000 Mann und die Luftstreitkräfte auf 300 000 Mann zu begrenzen. Dies würde beiden Seiten erlauben, im überlappenden Bereich von 100 000 Mann frei zwischen Land- oder Luftstreitkräften zu wählen. Durch einen solchen Kompromiß würde der Westen h[iesigen] E[r-achtens] nicht in eine kritische Umfangsbegrenzung für Luftstreitkräfte geraten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 562; VS-Bd. 11476 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>21</sup> Der SPD-Abgeordnete Bahr und der stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Falin, trafen anlässlich einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21./22. Oktober 1982 in Bonn zusammen. Vgl. dazu Dok. 311, Anm. 22.  
Zur Tagung vgl. ferner Dok. 274, Anm. 20.

358

**Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-16311/82 geheim  
Fernschreiben Nr. 5490

**Aufgabe: 20. Dezember 1982, 17.09 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 20. Dezember 1982, 16.02 Uhr**

Betr.: INF-START;  
hier: derzeitige sowjetische Haltung

Bezug: DB Nr. 5416 vom 15.12.82 – Pol 371.80 VS-NfD<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Der bevorstehende Gromyko-Besuch bei uns<sup>3</sup> und die durch Indiskretionen und verschiedene Veröffentlichungen entstandene Lage in bezug auf die INF-Verhandlungen<sup>4</sup> geben Anlaß zu einer Darstellung des sowjetischen Verhandlungsziels und der Taktik.

2) Ziel der SU ist eine „einseitige Null-Plus-Lösung“. Für den Verzicht auf die Nachrüstung<sup>5</sup> ist sie zu partiellem Abbau sowohl der SS-20 wie von ICBM bereit.

3) Sowohl wegen dieser Struktur ihrer eventuellen Gegenleistung als auch aufgrund ihrer Bedrohungsanalyse, in der ICBM, SLBM, Bomber und FBS sowie Drittstaatsysteme untrennbar verbunden sind, ist es wahrscheinlich, daß sich das sowjetische Interesse an Zusammenlegung von INF und START<sup>6</sup> im Zeitablauf stärker auswirken wird.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Staatssekretär von Staden am 21. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VI. 2 ist mir nicht verständlich.“ Vgl. Anm. 18.

<sup>2</sup> Gesandter Huber, Moskau, berichtete: „Der stellvert[retende] Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Schröder, ist zur Zeit hier in Moskau. Er führte Gespräche mit Falin (Erster St[ell]v[er]tretender) Leiter der ZK-Abteilung Internationale Information) und Tscherwow (Generaloberst, Leiter einer Hauptverwaltung des Generalstabes). [...] Sowohl Falin wie Tscherwow seien länger auf die Frage der Zusammenführung beider Verhandlungen zu einem Forum eingegangen. Beide hätten in diesem Zusammenhang an die Vereinbarungen von Wladiwostok (1974) erinnert. [...] Die USA hätten später in SALT II auch zugesagt, in SALT III über die Reduzierung der FBS zu verhandeln. Davon wollten die USA zwar nichts mehr wissen. Dies sei aber doch ein guter Interessenausgleich gewesen. [...] Tscherwow hat zu diesem Thema zusätzlich geäußert, grundsätzlich sei eine Zusammenlegung beider Foren (INF und START) sinnvoll. Dies sei jedoch kurzfristig nicht möglich, da es zunächst darauf ankomme, im Rahmen von INF den Beginn von Dislozierungen in Westeuropa zu verhindern. Später könne sich dies anders darstellen. Jedenfalls sei der Zeitbedarf für zusammengelegte Verhandlungen so groß, daß sie bis zum Termin der Nachrüstung unmöglich abgeschlossen werden könnten.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124531.

<sup>3</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6/7 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

<sup>4</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

<sup>6</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

4) Ein Ende von INF und die Überführung der Materie zu START erschwert allerdings, die sowjetische Propaganda auf Europa zuzuschneiden. Andererseits erleichterte es, europäische (Mittelstrecken-)Interessen gegen amerikanische (Langstrecken-)Interessen auszuspielen.

5) Westliche Debatten über „Null-Plus-Lösungen“ sind der SU willkommen, weil sie die Verhandlungsposition der NATO in Zweifel ziehen. Sie sind für die SU aber auch gefährlich, weil sie, solange es bei der Trennung der Verhandlungen bleibt, zweiseitige „Null-Plus-Lösungen“ erleichtern könnten.

6) Letztlich zieht die SU eine „zweiseitige Null-Plus-Lösung“ der „Null-Lösung“ vor. Von ihrem Streben nach einer „einseitigen Null-Plus-Lösung“ wird sie aber erst abgehen, wenn sie davon überzeugt ist, daß wir auch hartem Druck, z. B. auch Schwierigkeiten im innerdeutschen Verhältnis, standhalten würden und daß weder amerikanische noch britische und französische Interessen an einer Zusammenlegung ausreichend stark sind, um Dislozierungen in Westeuropa zu verhindern.

7) Die Verdeutlichung von ruhiger Standfestigkeit bei weiterer Kooperationsbereitschaft in allen Bereichen ist deshalb entscheidend.

II. 1) Die SU bezeichnet die Null-Lösung bei INF<sup>7</sup> als absurd. Zwar hat der Nervenkrieg um die Nachrüstung wohl noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht, sondern wird sich im Verlauf der nächsten Monate, vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf bei uns<sup>8</sup>, noch steigern. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die SU die Null-Lösung auch dann ablehnen wird, wenn ihr keine Zweifel an unserem Dislozierungs willen mehr bleiben.

2) Der Grund dafür ist, daß die Null-Lösung von der SU die Verschrottung sämtlicher SS-20 verlangt. Angesichts des in letzter Zeit wohl eher noch weiter gewachsenen Gewichts der Militärs in der hiesigen Entscheidungsfindung ist es unwahrscheinlich, daß die SU auf dieses, wie ihr die politische Entwicklung in Westeuropa und in der Allianz in den letzten Jahren gezeigt hat, äußerst wertvolle System völlig verzichtet.

3) Dies ergibt sich vor allem auch aus ihrem Verständnis von Sicherheit. Grundsätzlich hält die SU sich für sicherer, wenn sie die Waffen, die der Gegner besitzt, auch hat, als wenn beide Seiten auf die entsprechende Waffe verzichten, denn sie traut ihrer eigenen Fähigkeit nicht, der Rüstung des Gegners schnell genug zu folgen, wenn dieser seine Zusage auf Verzicht gebrochen hat.

III. 1) In Betracht kommen für die SU deshalb nur „Null-Plus-Lösungen“.

2) Jede zweiseitige „Null-Plus-Lösung“ führte aber zu einer jedenfalls teilweisen Dislozierung der im Doppelbeschluß genannten Systeme auf dem westeuropäischen Kontinent.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>8</sup> Am 17. Dezember 1982 stimmte der Bundestag über einen Antrag des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Dezember 1982 gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 ab, ihm das Vertrauen auszusprechen. Die Abgeordneten lehnten den Antrag mit 218 Nein-Stimmen bei 248 Enthaltungen und 8 Ja-Stimmen ab. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8937–8973.

Bundespräsident Carstens stand daraufhin vor der Frage, ob er binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen solle. Am 6. Januar 1983 löste er den Bundestag mit Wirkung vom 7. Januar 1983 auf. Die Neuwahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

3) Die Behauptung der Sowjets, bereits die Dislozierung einiger dieser Systeme bewirke eine qualitative Veränderung der Lage, ist nicht nur Propaganda, sondern entspricht der Bedrohungsanalyse der SU.

4) Dies wird schon daraus deutlich, daß wir selbst den entscheidenden Wert der Dislozierung in der Kopplung an die strategische Abschreckung der USA sehen. Dieser Effekt, das sehen die Sowjets auch, tritt aber auch bei Systemzahlen ein, die erheblich unter der von der Nachrüstung vorgesehenen Zahl liegen.

IV. 1) Hartnäckiges Ziel der SU werden deshalb einseitige „Null-Plus-Lösungen“ bleiben, und zwar entweder bis sie, mit den ersten Dislozierungen bei uns, unmöglich geworden sind oder, weniger wahrscheinlich, bis die SU zwar keinen Zweifel an Dislozierungen mehr hat, aber glaubt, wenigstens ihren Umfang besser drücken zu können, wenn sie mit Angeboten nicht bis zum Dislozierungsbeginn wartet.

2) Zur Verfolgung dieses Ziels „einseitiger Null-Plus-Lösungen“ stehen der SU zwei Wege offen: der Weg über die westeuropäische Öffentlichkeit und der Weg über die Ausspielung westeuropäischer gegen amerikanische Interessen. Beide Wege hat sie bereits beschritten.

93) Mit der Verknüpfung ihrer Reduzierungsbereitschaft bei ICBM mit dem Verzicht auf die Nachrüstung durch die NATO hat die SU den Grund dafür gelegt. Schon in seiner New Yorker Pressekonferenz vom Juni (vgl. Schriftbericht Nr. 300/82 VS-v vom 5. Juli 1982<sup>10</sup>) hatte Gromyko die „Übereinkunft von Wladiwostok“<sup>11</sup> wieder ins Spiel gebracht. Im Juli haben die Sowjets die darin liegende Verknüpfung dann offiziell in die START-Verhandlungen eingeführt.

4) Der SU ist nicht verborgen geblieben, daß die Londoner Rede des Bundeskanzlers vom Oktober 1977<sup>12</sup> und der Doppelbeschluß der NATO stark aus der europäischen Kritik der Vereinbarungen von Wladiwostok entstanden waren, weil die Modernisierung der INF der NATO durch sie erheblich erschwert wurde.

Mit dieser Verbindung appelliert die SU also an frühere Vorstellungen der USA, die sich jetzt in den leaks über sowjetische „Konzessionen“ bei SS-20<sup>13</sup>, dem

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5491 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Für den Schriftbericht des Gesandten Huber, Moskau, vgl. Dok. 201.

<sup>11</sup> Anlässlich des Aufenthalts von Präsident Ford am 23./24. November 1974 in der UdSSR wurde am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

<sup>13</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 11. Dezember 1982: „Richard Burt unterrichtete mich heute davon, daß Leslie Gelb von dem jüngsten Vorschlag der Sowjetunion in Genf Kenntnis erhalten habe und daß man damit rechnen müsse, daß er dies am 12.12. in der New York Times veröffentlichen werde. [...] In der Sache handelt es sich um folgendes: In der dritten Runde (zweite November-Hälfte) hat die Sowjetunion vorgeschlagen, im Rahmen des Vorschlags für die Herstellung einer Höchstgrenze von 300 Mittelstreckensystemen in Europa eine spezielle Begrenzung (subceiling) für Mittelstreckenraketen vorzusehen. Die Sowjetunion deutete an, daß diese Höchstgrenze etwa bei der Zahl der britischen und französischen see- und landgestützten Raketen liegen solle. Dementsprechend sei eine Begrenzung bei etwa 150 Systemen denkbar. Die Sowjetunion ließ bei der Einbringung dieses Vorschlags offen: was mit den reduzierten sowjetischen Raketen geschehen solle; wie die dreifache

Aufsatz Hylands in Foreign Policy<sup>14</sup> oder – extrem – in den „Warnke-Vorschlägen“<sup>15</sup> wieder bemerkbar machen. Die SU bietet auf diese Weise den USA Konzessionen im Langstreckenbereich, also bei Systemen, die die USA erreichen, gegen Konzessionen der USA im Mittelstreckenbereich, konkret den Verzicht auf die Nachrüstung.

5) Es wäre jedoch zu einfach, in dieser Verknüpfung lediglich den Versuch einer solchen Spaltung der Bündnisinteressen zu sehen. Aus sowjetischer Sicht hat der amerikanische „Strategic Triad“ vier Zacken. Zu ICBM, SLBM und Bomben kommen die FBS. Sowohl in der militärstrategischen Analyse wie in der Rüstungskontrollpolitik besteht hier ein untrennbarer Zusammenhang.

6) In ihn gehören auch die Drittstaatsensysteme. Die SU weiß, daß sowohl Frankreich wie GB ein Interesse an der mit der Zusammenlegung der Foren verbundenen Überprüfung des Drittstaatenproblems in den START-Zusammenhang haben, weil ihre Systeme – gleichgültig, ob sie offiziell überhaupt westlicherseits als Verhandlungsgegenstand akzeptiert worden sind oder nicht – dort wegen der großen Höhe der ceilings erheblich weniger unter Druck gerieten als bei INF.

V. Für die Prognose der sowjetischen Taktik führt dies zu folgenden Überlegungen:

1) Solange der Weg über die Öffentlichkeit nicht verbaut ist, muß die SU vor allem auf die Glaubwürdigkeit ihres Verhandlungswillens achten. Solange fällt es ihr schwer, die INF-Verhandlungen abubrechen oder mit ihrem Abbruch wenigstens zu drohen.

2) Je deutlicher aber wird, daß es doch zu Dislozierungen kommt, desto stärker wird ihre Neigung werden, nicht mehr mit Verhandlungswillen, sondern mit Druck zu operieren. Das Verhalten der SU im Vorfeld des Doppelbeschlusses, als Breschnew in Ost-Berlin damit drohte, über Mittelstreckensysteme nicht mehr zu verhandeln<sup>16</sup>, und als Gromyko auf seiner Pressekonferenz in Bonn<sup>17</sup> dies für ein gutes halbes Jahr festschrieb, liefert hier das Muster.

3) Solange der Weg über die Öffentlichkeit noch nicht endgültig verschlossen scheint, ist auch mit einem offiziellen Vorschlag der SU der Zusammenlegung der beiden Foren nicht zu rechnen. Die Trennung erleichtert es, die Propagan-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1836*

Zahl an nuklearen Sprengköpfen zu berücksichtigen sei; wie die große Reichweite und Transportierbarkeit der SS-20 in Rechnung zu stellen wäre.“ Vgl. VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

Vgl. dazu den Artikel von Leslie H. Gelb „Moscow Indicates Easing of Stance on Cuts in Missiles“; THE NEW YORK TIMES vom 12. Dezember 1982, S. 1 und 22.

<sup>14</sup> Für den Aufsatz vgl. William George Hyland „Clash with the Soviet Union“; FOREIGN POLICY 1982/83, S. 3–19.

<sup>15</sup> Zum Vorschlag des ehemaligen Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Warnke, für ein INF-Interimsabkommen vgl. Dok. 348, Anm. 7.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 8. Oktober 1979 in der DDR auf. Für den Wortlaut der Rede Breschnews am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

<sup>17</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Legationsrat I. Klasse Barker vermerkte am 24. November 1979, Gromyko habe bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 erklärt: „Die jetzige Position der NATO-Länder, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich jetzt darstellt – sie zerstört die Grundlage der Verhandlungen. Wir haben der Regierung der BRD dies mitgeteilt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120236.

da auf die Westeuropäer zuzuschneiden. Tscherwows Aussage gegenüber Schröder (vgl. den Bezug) ist hierfür symptomatisch.

4) Aus dem substantiellen Zusammenhang beider Bereiche, den sowohl Falin als auch Tscherwow dargelegt haben, läßt sich allerdings auch die entgegengesetzte Schlußfolgerung ziehen. Die SU könnte versuchen, gerade um die Frist für die Nachrüstung aufzubrechen, auf den Zeitbedarf für vereinte Verhandlungen hinzuweisen.

5) Vor allem aber ist es praktisch unmöglich, der westlichen Öffentlichkeit „einseitige Null-Plus-Lösungen“ als ausgewogen darzustellen, solange die Verhandlungen getrennt sind. Vielmehr besteht, bei weiterer Trennung der Foren, aus sowjetischer Sicht die Gefahr, daß sowjetische Konzessionsbereitschaft hinsichtlich der SS-20 lediglich zu entsprechenden Konzessionen bei der Nachrüstung führt und die restliche Dislozierung in Westeuropa an politischer Akzeptanz auch in der kritischen Öffentlichkeit gewinnt.

VI. 1) Das Ziel der Gespräche mit Gromyko sollte deshalb primär nicht in einer erneuten Analyse der Mittelstreckenbilanz gesehen werden. Die Frage, von der die SU ihr weiteres Verhalten abhängig machen wird, ist die Frage nach unserer Grundhaltung ihr gegenüber, also auch stark eine Frage der politischen Psychologie.

2) Bei ausschließlicher Betonung militärstrategischer Aspekte der Bedrohung könnte sich der Eindruck der Sowjets verstärken, daß wir weiterer Verschärfung des politisch-propagandistischen Drucks nicht gewachsen sind.<sup>18</sup>

3) Deshalb ist notwendig, unseren Willen zur Zusammenarbeit in allen Bereichen, auch nach der Nachrüstung, in gleichem Maße hervorzuheben.

4) Die Vermittlung eines Eindrucks ruhiger, nicht aggressiver Standfestigkeit dürfte am besten geeignet sein, die SU von einer Eskalation abzuhalten und zu ernsthaften Verhandlungen in Genf zu bewegen und die Bedeutung von Genf, einschließlich einer positiven Perspektive, anzuerkennen.

[gez.] Meyer-Landrut

**VS-Bd. 11365 (220)**

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden durch Fragezeichen hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte dazu am 27. Dezember 1982: „Betrachtet man diesen Satz für sich allein genommen, könnte sich folgende Interpretation ergeben: Würde die Bundesregierung in den Gesprächen mit AM Gromyko die sowjetische Mittelstreckenbedrohung ins Zentrum stellen, könnte dies auf sowjetischer Seite den Eindruck hervorrufen, daß sie diesem Problem eine alles entscheidende Bedeutung beimißt und sich unter starkem innenpolitischen Druck fühlt, Lösungen zu finden, die ihr das Abgehen von der Stationierungsentscheidung erlauben. Ein solcher Eindruck der Schwäche der Bundesregierung könnte die SU zur weiteren Verschärfung des auf die deutsche Öffentlichkeit zielenden propagandistischen Drucks veranlassen. [...] Andere Stellen des Berichts sind mit dieser Interpretation allerdings kaum zu verbinden.“ Vgl. VS-Bd. 11365 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

359

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth**

222-370.45-2300/82 VS-vertraulich

21. Dezember 1982<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär zur Information und zur Genehmigung von I.3)<sup>2</sup>Betr.: Vierer-Konsultationen über C-Waffen-Verbotsverhandlungen am 16. und 17. d.M. in Bonn<sup>3</sup>Anlg.:2 (Anlg. 1: 222-370.45-2243/82 VS-v<sup>4</sup>)(Anlg. 2: 222-370.45-2299/82 VS-v<sup>5</sup>)

## I. Allgemein

Teilnehmer: vgl. Teilnehmerliste Anlg. 1

1) Auf amerikanische Anregung fanden unter meinem Vorsitz am 16. und 17. d.M. in Bonn Vierer-Konsultationen über die Fortführung der C-Waffen-Verbotdiskussion im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) statt, an der die C-Waffen-Experten der Vier aus den Hauptstädten und aus Genf teilnahmen. Die Runde ergab weitgehende – wenn auch nicht volle – Übereinstimmung über das weitere Vorgehen des Westens in Genf sowie bei der Harmonisierung der westlichen Verifikationsvorstellungen.

Ich betonte, dabei von GB und insbesondere von F unterstützt, wie wichtig gerade im kommenden Jahr angesichts der beginnenden C-Waffen-Kampagne der „Friedensbewegung“ bei uns ein dynamisches und glaubwürdiges Engagement des Westens für ein C-Waffen-Verbotsabkommen sei.

2) Die US-Delegation legte auf der Tagung ein umfangreiches Papier (23 Seiten, vgl. Anlg. 2) vor, das als amerikanische Gegenposition zu den von der SU im Sommer d.J. vorgelegten „Basic Provisions“<sup>6</sup> konzipiert ist. Das Papier soll im Februar 1983 in Genf eingebracht werden und enthält zahlreiche substantielle – bisweilen zu kompliziert erscheinende – Vorschläge; es ist im Gegensatz zu unserem letzten Arbeitspapier CD 326<sup>7</sup> nicht in Vertragssprache abgefaßt. GB, F und wir begrüßten übereinstimmend die Vorlage des US-Papiers als eindrucksvollen Beitrag, der geeignet ist, die Bereitschaft der USA zur vollständigen Abrüstung der C-Waffen unter Beweis zu stellen und die Genfer Diskussionen voranzubringen. Auf vorläufiger Basis äußerten F, GB und wir eine Reihe

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kunz konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 22. Dezember 1982 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden].“

<sup>3</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 280.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 11553 (222); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das amerikanische Papier „U.S. Detailed Views on the Contents of a Chemical Weapons Ban“ vom 16. Dezember 1982 vgl. VS-Bd. 11553 (222).

<sup>6</sup> Für den sowjetischen Entwurf vom 15. Juni 1982 für eine Konvention über das Verbot chemischer Waffen („Basic Provisions of a Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Chemical Weapons and on their Destruction“) vgl. Referat 222, Bd. 124539.

<sup>7</sup> Zum Arbeitspapier Nr. 326 der CD-Delegation der Bundesrepublik vom 6. September 1982 („Proposals on ‚Declaration‘, ‚Verification‘ and the ‚Consultative Committee‘“) vgl. Dok. 280, Anm. 11.

von Änderungswünschen. Insbesondere drängten die drei Delegationen die USA nachhaltig, bei den Ortsinspektionen bei Vorliegen von Verdachtsmomenten („on-challenge inspections“) auf möglichst bindenden Regeln zu bestehen. Das US-Papier läßt demgegenüber eine Ablehnung wegen „overriding security and constitutional concerns“ zu, was von den drei Delegationen als ungenügend angesehen wird. Die Amerikaner versprachen Prüfung und baten um Übermittlung schriftlicher Kommentare bis spätestens 7. Januar 1983.

3) Alle Delegationen bezeichneten den Gedankenaustausch als überaus nützlich und konstruktiv. Der britische Delegationsleiter, Botschafter Cromartie, schlug die Bildung einer auf die Vier beschränkten, jedoch vom Viererrahmen unabhängigen Ad-hoc-C-Waffen-Expertengruppe vor, die in regelmäßigen Abständen in den Hauptstädten zu vertraulichen Konsultationen tagen solle. Die übrigen Delegationen stimmten ad referendum zu.<sup>8</sup> (Hinweis: CW-Konsultationen auf Vierer-Expertenebene bestanden 1977 bis 1980 parallel zu den amerikanisch-sovjetschen bilateralen C-Waffen-Verhandlungen<sup>9</sup>.)

## II. Im einzelnen

1) Wir, unterstützt von GB, dann auch von F, plädierten für eine Erweiterung des Mandats der CW-Arbeitsgruppe des CD (Aufnahme des Begriffes „verhandeln“ anstelle des engeren „ein Abkommen ausarbeiten“). US-Delegations-Botschafter Fields widersprach zunächst mit dem Argument, die Situation sei dafür noch nicht reif, erklärte sich dann aber bereit, sich für die Argumente der europäischen Verbündeten, die ihn persönlich offensichtlich nicht unbeeindruckt ließen, in Washington zu verwenden.

2) Sowohl die USA als auch GB lehnen die Vorlage von Vertragsentwürfen in Genf zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Das würde ihrer Meinung nach zur Forderung der Einsetzung einer Redaktionsgruppe und sodann zur Ausarbeitung der unproblematischen Artikel führen, wodurch der Westen dann in der noch immer ungelösten Verifikationsproblematik unter Konzessionsdruck geraten würde. Ich wies darauf hin, daß dies in Widerspruch zur westlichen Verhandlungsstrategie in allen anderen Abrüstungsforen (INF<sup>10</sup>, START<sup>11</sup>, MBFR<sup>12</sup>) stehe, wo der Westen jeweils eigene Vertragstexte vorgelegt habe.

Die USA wollen demgegenüber zunächst auf eine intensive Behandlung ihres Papiers durch die in Genf gebildeten „Kontaktgruppen“ (= informelle Unterorgane der CW-Arbeitsgruppe) drängen.

3) Die USA befürworten grundsätzlich den von uns empfohlenen step-by-step-approach. Im Vordergrund sollen folgende Komplexe stehen:

- Geltungsbereich des Abkommens und Definitionen,
- Erklärung und Vernichtung der vorhandenen CW-Bestände,

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Gemeinsamen Bericht der USA und der UdSSR vom 7. Juli 1980 über den Fortschritt der bilateralen Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVIII (1980), S. 389–392.

<sup>10</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sovjetschen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>12</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 357.

- Erklärung und Vernichtung der C-Waffen-Produktionsstätten,
- Mechanismen der Nachprüfung.

4) Bei der Behandlung der Verifikationsproblematik zeichnet sich nunmehr hinsichtlich der Einbeziehung der zivilen chemischen Industrie in regelmäßige Ortsinspektionen eine gemeinsame Haltung der Vier ab. Auch die USA sind grundsätzlich – sie müssen allerdings ihre Industrie noch konsultieren – zur Einbeziehung der zivilen Industrie bereit, wenn die Grenze enger gezogen wird (statt der von uns ursprünglich ins Auge gefaßten Produktion von phosphororganischen Verbindungen genügt die von Alkylphosphonylverbindungen; in den USA gibt es davon nur ca. sechs Fabriken, in der Bundesrepublik Deutschland keine). Auch GB stimmte zu, das im Dokument CD 244<sup>13</sup> noch weiter als wir gegangen war (Regelkontrolle auch für die Produktion, die, wie z.B. Blausäure, im zivilen Bereich häufig verwandt wird).

5) F brachte den Gedanken eines Interimsabkommens auf (zunächst nur Verbot der supertoxischen letalen Kampfstoffe). Da in Genf jedoch Einigkeit über das Ziel eines umfassenden C-Waffen-Verbots besteht, könnte dieser Ansatz, der im übrigen nicht nur die supertoxischen, sondern alle letalen Kampfstoffe umfassen müßte, allenfalls dann aufgegriffen werden, wenn die gegenwärtigen Bemühungen um ein umfassendes Abkommen den toten Punkt erreichen.

6) Die US-Delegation informierte erneut über den Einsatz von C-Waffen und Toxinen in Südasien<sup>14</sup>; den USA gingen noch immer neue Proben über neue Einsätze zu.

Die Runde war sich einig, daß der Einsatz von C-Waffen durch die SU dem Westen ein besonders gewichtiges Argument liefere, auf dem Abschluß eines umfassenden und nachprüfbaren Verbotsabkommens zu bestehen.

Zum C-Waffen-Modernisierungsprogramm der USA<sup>15</sup> war zu hören, daß ein neuer Antrag auf Bewilligung der vom letzten Kongreß abgelehnten Gelder für die Produktion binärer Waffen vorbereitet werde, ob als Nachtragshaushalt für 1983 oder als Neuanforderung für 1984, sei noch zu entscheiden. Der Bau der

<sup>13</sup> Für das Arbeitspapier Nr. 244 der britischen CD-Delegation vom 18. Februar 1982 („Working Paper on Verification and the Monitoring of Compliance in a Chemical Weapons Convention“) vgl. Referat 222, Bd. 124538.

<sup>14</sup> Zum Vorwurf der USA, die UdSSR beteilige sich am Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan, Kambodscha und Laos, vgl. Dok. 104, Anm. 20.

<sup>15</sup> Zur geplanten Modernisierung der amerikanischen Bestände an chemischen Waffen vgl. Dok. 54, Anm. 24.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 2. September 1982 mit, im amerikanischen Verteidigungsministerium sei dargelegt worden, die USA könnten sich nicht „auf ihre vorhandenen Bestände an C-Waffen verlassen. Fast zwei Drittel der chemischen Waffen der USA seien eigentlich keine Waffen, da die chemischen Agenzien nicht in Munition abgefüllt, sondern in Kanistern gelagert seien. Nur etwa 30 Prozent der vorhandenen Bestände seien in Munition abgefüllt, wovon wiederum zwei Drittel stark veraltet und in einem nicht gebrauchsfertigen Zustand seien. Es verblieben also nur rund 10 Prozent des gesamten Bestandes [...]. Die Administration plane, während der Haushaltsjahre 1983 bis 1987 zwei binäre C-Waffen zu produzieren, ein 155-mm-Artilleriegeschöß und die „Big-eye“-Bombe, um sowohl die erste Angriffswelle als auch die evtl. folgenden bekämpfen zu können. [...] Bei Anwendung der derzeitigen Technologie werde das gesamte Programm zur Vernichtung veralteter Bestände etwa 2 bis 4 Mrd. Dollar kosten. Die Gesamtkosten für das C-Waffen-Programm 1983 bis 1987 sollen ca. 6 bis 7 Mrd. Dollar betragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3795; Referat 222, Bd. 124540.

Fabrikationsanlage für binäre Waffen sei im übrigen von der Mittelstreichung nicht betroffen und gehe weiter.

Ruth

VS-Bd. 11553 (222)

### 360

#### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-16373/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5544

Aufgabe: 23. Dezember 1982, 13.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 23. Dezember 1982, 12.37 Uhr

Betr.: INF/START;

hier: Rede Andropows am 60. Jahrestag der SU<sup>2</sup>

Bezug: a) DB Nr. 5514 vom 21.12.82 – Pol 322<sup>3</sup>

b) DB Nr. 5490, 5491 vom 20.12.82 – Pol 371.73/1-547/82 geh.<sup>4</sup>

I. 1) Nach einer genaueren Analyse der Elemente der Rede Andropows zu den Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik (vgl. im einzelnen II) zeigt sich, daß die sowjetische Politik im Bereich der strategischen Rüstungen und ihrer Kontrolle auch öffentlich in eine neue Phase eingetreten ist: Im Mittelpunkt stehen nicht mehr, wie in den beiden großen Reden Breschnews aus dem Frühjahr<sup>5</sup>, „freeze“-Vorstellungen, sondern jetzt werden auch relativ konkrete Reduzierungsvorschläge gemacht.

2) So gering der militärische Wert solcher Reduzierungen im einzelnen auch ist, so sind sie doch bezeichnend für die Probleme Andropows, dessen Stellung zwischen Militär- und Wirtschaftsinteressen noch nicht endgültig gefestigt ist.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Erath „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationssekretär Bruns verfügte. Hat Erath vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982 anlässlich des 60 Jahrestags der UdSSR vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden und Schriften, S. 9–25.

<sup>3</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, analysierte die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982: „Andropows Rede aus Anlaß des 60. Jahrestages der SU war keine Abrüstungsrede, obwohl sie in der Tradition der Reden Breschnews bei vergleichbaren Anlässen ihren politischen Schwerpunkt im Bereich der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik hatte. Er stellt vielmehr den Willen der SU, sich unbedingt gegenüber den USA zu behaupten, in den Vordergrund. Nur in zweiter Linie bekräftigt er im wesentlichen bereits bekannte Vorschläge zur Rüstungskontrolle. Es wäre deshalb falsch, die jetzige Offenlegung des Vorschlages für einen subceiling für Raketen bei INF als den Kern seiner Rede zu bewerten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133201.

<sup>4</sup> Für die Drahtberichte des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vgl. Dok. 358.

<sup>5</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 89 und Dok. 97.

Zu den Vorschlägen Breschnews vom 18. Mai 1982 vgl. Dok. 157, Anm. 23.

3) Berücksichtigt man die große Härte und jahrelange Geduld der SU in den SALT-II-Verhandlungen, mit der die SU dort am Ende praktisch eine Festschreibung ihres bestehenden Arsenalts erreichte<sup>6</sup>, dann ist die jetzt veröffentlichte Bereitschaft zu Reduzierungen „strategischer Waffen“ bereits als solche von politischem Gewicht.

4) Trotz des Rückschlags der Administration in der MX-Frage<sup>7</sup> hat so, gerade angesichts der von Andropow seit seiner Amtsübernahme deutlich beschriebenen Wirtschaftsprobleme der SU, auch das sowjetische ökonomische Interesse an der Vermeidung großer neuer Rüstungsanstrengungen ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

5) Der nur sehr begrenzte Wert des einzigen Angebots, welches ein modernes System – die SS-20 – betrifft, ist jedoch ein Anzeichen für die Grenze, auf welche die sowjetische Politik angesichts des Gewichts des Militärs hier stößt.

6) Auch die Elemente der Drohung und des Selbstbehauptungswillens der Rede lassen darauf schließen, daß die Entscheidungen mit Heranrücken der Nachrüstung<sup>8</sup> deutlicher werden. Zweifellos sind in den sowjetischen Arsenalen noch genügend ältere Systeme enthalten, um noch nicht zu wirklich harten Entscheidungen gezwungen zu sein. Die nicht zu überblickende innenpolitische Kraft der Reagan-Administration und die nicht endgültig geklärte Lage in den Stationierungsstaaten Westeuropas geben der SU zusätzlich Marge.

7) Da sich diese Marge seit dem Frühjahr dennoch fühlbar verengt hat, wird der sowjetische Versuch, das Bündnis insbesondere über das Drittstaaten-Problem zu spalten, intensiviert.

II. Sicherheits- und rüstungskontrollpolitisch enthält Andropows Rede folgende Elemente:

1) Polemik zur nuklearstrategischen Debatte in den USA („anhaltender Nuklearkrieg“, „begrenzter Nuklearkrieg“) sowie die Feststellung, jeder Einsatz von Nuklearwaffen werde zu einer „allgemeinen Katastrophe“ führen.

Zugrunde liegt die Annahme, die USA wollen die Nachrüstung, um zu „entkopplern“, worauf, wenn auch nicht völlig ausgesprochen, mit der Gegendrohung der „Kopplung“ durch die SU geantwortet wird.

Insoweit enthält die Rede nichts Neues.

2) Betonung des Ersteinsatzverzichts und Aufforderung, dem zu folgen.

Nicht neu.

3) Behauptung konventionellen Gleichgewichts und Angebot zu Verhandlungen über den Verzicht auf Ersteinsatz konventioneller Rüstungen und deren Begrenzung.

Nicht neu.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>7</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 346, Anm. 7.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 25.

4) Betonung der eigenen Ernsthaftigkeit bei START<sup>9</sup> sowie Ablehnung der amerikanischen Position. „Es ist absurd, auch nur daran zu denken, die SU könne dem zustimmen.“

Inhaltlich bekannt, aber leichte Verschärfung des Tons.

- Eigene Bereitschaft zur Reduzierung „strategischer Waffen“ um mehr als 25 Prozent.

Aufgrund des Kornienko-Interviews mit Newsweek<sup>10</sup> bereits veröffentlicht. In der Sache uns seit dem Sommer (Angebot der Reduzierung auf 1800 Systeme) bekannt.

- Gleiche Obergrenzen für delivery vehicles und nukleare „Ladungen“ (sowjetischer Oberbegriff für Sprengköpfe auf Raketen und für von Flugzeugen getragene Flugkörper und Bomben) sowie „wesentliche Senkung“ dieser Obergrenzen.

Nicht neu und in wesentlichen Teilen auch öffentlich bekannt.

- „Maximale Begrenzung der Verbesserung nuklearer Waffen“, seit den Breschnew-Reden des Frühjahrs (Gewerkschafts-, Komsomol-Kongreß) bekannt. Entscheidender Teil der sowjetischen START-Position, weil sich darin die Bedingung für die Reduzierungsbereitschaft verbirgt: die Verhinderung aller neuen Programme (MX, CM, B-1, D-5).

Dieser Zusammenhang ist der Öffentlichkeit wohl noch nicht völlig bewußt.

- „Freeze“ während der Verhandlungen.

Bekannt.

- Zurückweisung der Angaben über einen amerikanischen „lag“. Seit Prawda-Artikel als Antwort auf Reagan<sup>11</sup> bekannt, aber aufgrund des Gewichts und der Formulierung Andropows erheblich verschärft.

- Entwicklung einer MX entsprechenden Rakete.

Bekannt (Ustinow).

- Tests eigener Langstrecken-CM.

Uns gegenüber von Arbatow bereits angedeutet, aber noch nicht veröffentlicht. (Andropow erhielt hier stärksten Beifall.)

5) Zu CBM im strategischen Bereich grundsätzliche Bereitschaft.

In dieser Form auf dieser Ebene noch nicht vergleichbar dargestellt. Neu ist Andropows Verknüpfung dieser Frage mit seiner Aufforderung „zurück zur Entspannung“.

6) Zu INF<sup>12</sup> den Vorschlag, auf alle nuklearen Waffen in Europa, „die für Ziele in Europa bestimmt sind, zu verzichten“.

Bekannt.

Ebenso die Beschuldigung, der Westen schweige dazu.

<sup>9</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>10</sup> Für das Interview des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kornienko vgl. den Artikel „A Plea for ‚Good Relations‘“; NEWSWEEK, Nr. 22 vom 29. November 1982, S. 16.

<sup>11</sup> Vgl. den Artikel „Nado sčitat'sja s volej narodov“; PRAVDA vom 25. November 1982, S. 6.

Zur Rede des Präsidenten Reagan am 22. November 1982 vgl. Dok. 320.

<sup>12</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

- Reduzierung der Mittelstreckensysteme der SU und der NATO „um mehr als 2/3“.  
Bekannt.
- Ablehnung der Null-Option<sup>13</sup>, weil sie die Beseitigung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht nur in Europa, sondern auch in Asien vorsehe, während das Arsenal der NATO unberührt bleibe und sogar erhöht werden könne.  
Spätestens seit Treffen Breschnews mit WP-AM am 21.10.<sup>14</sup> bekannt, ebenso wie die Behauptung, Washington wolle dadurch nur die Verhandlungen blockieren und dislozieren.
- Bereitschaft, „in Europa nur so viele Raketen zu behalten, wie GB und F dort haben“.  
Aus den Verhandlungen seit einiger Zeit bekannt. Im wesentlichen durch die leaks in Washington<sup>15</sup> und hier (Tscherwow<sup>16</sup>) auch veröffentlicht. Allerdings bisher noch nicht vergleichbar klar und von so hoher Autorität angeboten.
- „In Europa behalten“ heißt, daß die betroffenen SS-20 nicht beseitigt, sondern nur verschoben werden sollen. Dieser Punkt ist es, der den Wert der sowjetischen Konzession am stärksten relativiert.<sup>17</sup>
- Eine nicht unbedeutende Konzession steckt aber doch in der Tatsache, daß die SU mit dem Angebot eines solchen ceiling implizit einräumt, daß im Mittelstreckenbereich die größte Gefahr von den Raketen ausgeht und der auf Raketen zugeschnittene westliche Verhandlungsvorschlag insoweit berechtigt ist.<sup>18</sup>
- Auch wird mit diesem Vorschlag die Zahl der SS-20, wenn auch auf eine unzureichende Weise, zum ersten Mal unter die bei einem „freeze“ resultierende Ebene gedrückt.
- Die Bereitschaft zum Abbau von SS-4 und SS-5 ist dagegen seit langem bekannt, ihr – wegen der Überalterung dieser Systeme – nur geringer Wert aber bei uns öffentlich wohl noch nicht ausreichend bewußt.

<sup>13</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>14</sup> Am 21./22. Oktober 1982 fand in Moskau eine Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 578–582.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Artikel von Leslie H. Gelb „Moscow Indicates Easing of Stance on Cuts in Missiles“; Dok. 358, Anm. 13.

<sup>16</sup> Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 16. Dezember 1982, beim Gespräch des stellvertretenden Chefredakteurs der „Süddeutschen Zeitung“, Schröder, mit dem sowjetischen Generaloberst Tscherwow in Moskau habe letzterer „den sowjetischen Vorschlag eines ‚subceiling‘ für SS-20 erkennen lassen“. Schröder habe zu diesem Gespräch informiert, „Tscherwow habe im Zusammenhang mit seiner Frage nach dem Abkopplungseffekt einer Obergrenze von 300 Systemen längere Ausführungen gemacht und am Ende erklärt, der Effekt bestehe schon deshalb nicht, ‚weil den USA 723 Flugzeuge bleiben‘“. Huber führte dazu aus: „Das sowjetische Weißbuch ‚Von wo die Gefahr ausgeht‘ zählt in [seiner] Mittelstreckenbilanz für die NATO 986 Systeme, für die USA ‚über 720 Flugzeuge‘, für GB und Frankreich 162 Raketen und 99 Flugzeuge. Auf der Basis dieser Zahlen macht die berichtete Äußerung Tscherwows Sinn, wenn man sie auf einen subceiling von 162 Raketen für GB und Frankreich bezieht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5448; Referat 220, Bd. 124531.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Erath hervorgehoben. Dazu drei Ausrufezeichen. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Das ist offen!“

<sup>18</sup> Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Erath handschriftlich: „Ja!“

- Die entscheidende Bedingung des Vorschlages, die Forderung nach Verzicht auf die Nachrüstung, ist als solche zwar auch seit langem bekannt, jedoch wohl ebenfalls in ihrer Konsequenz der „einseitigen Null-Plus-Lösung“ nicht ausreichend bewußt.
- Die Drittstaaten-Problematik wird durch den ceiling für Raketen verschärft, auch der geringere strategische Wert der gegenwärtigen SLBM der Drittstaaten im Vergleich zu den SS-20 und für die NATO wird in den Hintergrund gedrängt.

Die westliche Argumentation zur Drittstaaten-Problematik, die spätestens seit dem NATO-Gipfel von Ottawa<sup>19</sup> den Drittstaaten-Systemen strategischen Wert bei der Verteidigung des Bündnisses beimißt, wird an einer empfindlichen Stelle getroffen.

- Der Vorschlag für eine Obergrenze für „Flugzeuge mittlerer Reichweite, die nukleare Waffen tragen und die sich in der gegebenen Region sowohl auf seiten der SU wie auf seiten der NATO-Staaten befinden“, ist am schwierigsten zu durchschauen. Einerseits könnte darin der Verzicht auf die Berücksichtigung der in den USA stationierten FB-111A liegen.

Zum anderen kommt es auf das Verhältnis dieses Vorschlages zu dem früheren, offenbar noch in Kraft befindlichen Vorschlag<sup>20</sup> für eine Obergrenze von 300 Systemen an. Wenn der ceiling für Raketen ein subceiling unter 300 Systemen ist, bliebe für US-Flugzeuge nur der bekannte geringe Spielraum. Gleichzeitig ist nicht klar, welche Flugzeuge auf sowjetischer Seite erfaßt werden.

7) Der Schlußsatz dieses Teils der Rede („es wäre eine gute Sache, wenn über die schweren Folgen nachgedacht würde, welche die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenwaffen in Europa für alle Anstrengungen nach sich ziehen würde, die zur Begrenzung strategischer Waffen allgemein unternommen werden“) bringt sowohl die Verbindung zwischen INF und START (vgl. den Bezug zu b)) wie die Drohung mit einem eventuellen Abbruch von Verhandlungen ins Spiel.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11365 (220)

<sup>19</sup> In Ottawa fand vom 22. bis 24. Mai 1963 eine NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 158, und AAPD 1963, II, Dok. 190.

<sup>20</sup> Die Wörter „offenbar noch in Kraft befindlichen Vorschlag“ wurden von Legationsrat I. Klasse Erath hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht offenbar.“

361

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.76 INF-2320/82 geheim

27. Dezember 1982<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn BundesministerBetr.: INF-Verhandlungen<sup>3</sup>;

hier: Interne Überlegungen zur Weiterentwicklung der westlichen Position

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung des in Ziffer 3 vorgeschlagenen Vorgehens

Anlg.: 1 (nur bei Original)<sup>4</sup>

1) Die Verhandlungspositionen beider Seiten in Genf sind in wichtigen Punkten unvereinbar. Bei den bisherigen Verhandlungen hat es erst wenige Zeichen östlicher Flexibilität gegeben. Vor allem erklärt die SU in Genf und in der Öffentlichkeit, daß sie die westliche Null-Lösung<sup>5</sup> nie akzeptieren könne. Damit stellt sich für den Westen die Frage nach der künftig einzuschlagenden Verhandlungsstrategie.

Aus rüstungskontrollpolitischer Sicht kann die vom Westen vorgeschlagene Null-Lösung nicht „verbessert“ werden. Die Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie wäre rüstungskontrollpolitisch das weitestgehende Ergebnis. Bei dem Angebot der Null-Lösung handelt es sich jedoch nicht um eine Position des „alles oder nichts“. Die USA haben seit Vereinbarung des Konzepts der beiderseitigen Null-Lösung im Herbst 1981 deutlich gemacht, daß sie bereit seien, andere, „weniger ideale“ Verhandlungsergebnisse in Betracht zu ziehen. Der im Sommer 1982 am Rande von Genf erörterte Denkansatz (75:75) zeigt die amerikanische Bereitschaft, Lösungen oberhalb von Null zu prüfen.<sup>6</sup>

2) Angesichts der zunehmenden sowjetischen Kampagne gegen die Implementierung des Doppelbeschlusses, die versucht, der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck sowjetischer Flexibilität und westlicher Unnachgiebigkeit zu vermitteln, erscheint es nunmehr notwendig, ergänzende Verhandlungsvorschläge auszuarbeiten und mit den USA abzustimmen, damit sie nach Konsultation im Bündnis in Genf eingeführt werden können.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 30. Dezember 1982 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär von Staden am 29. Dezember 1982 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Ich empfehle Ihnen zuzustimmen, daß Bo[tschafter] Ruth diese z[um] T[eil] sehr interessanten Überlegungen in Washington auf strikt persönlicher Basis sondiert. Mit dem Ergebnis müßte alsbald der BSR befaßt werden, um eine förmlichere Einführung entsprechender Anreize zu ermöglichen.“

<sup>3</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für einen Auszug aus dem Drahtbericht Nr. 5441 des Botschafters Hermes, Washington, vom 21. Dezember 1982 vgl. Anm. 11.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den informellen Verhandlungsvorschlag der INF-Delegationsleiter Kwizinskij (UdSSR) und Nitze (USA) vom 16. Juli 1982 („Waldspaziergang“); Dok. 279.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß politische Parteien nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland 1983 darauf bestehen werden, ihre Haltung zur Dislozierung amerikanischer Flugkörper von ihrer Bewertung der Verhandlungsgeschichte abhängig zu machen.

### 3) Weiteres Vorgehen

Es erscheint daher notwendig, vor Beginn der vierten Verhandlungsrunde (27.1.83)<sup>7</sup> mit den USA über die Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition zu sprechen.

In Ziffer 6 werden einige denkbare, auf Arbeitsebene mit dem BMVg abgestimmte westliche Verhandlungsvorschläge unter Berücksichtigung der von Richard Burt bei seinen Bonner Gesprächen Ende Juni d.J. dargelegten Überlegungen<sup>8</sup> skizziert.

Es ist vorgesehen, diese Vorschläge bei vertraulichen Gesprächen von D2A<sup>9</sup> in Washington am 5./6. Januar 1983<sup>10</sup> zusammen mit amerikanischen Überlegungen (s. DB Nr. 5441 geheim aus Washington<sup>11</sup>) zu erörtern, um die Voraussetzungen für eine baldige Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsstrategie zu schaffen. Dabei erscheinen die im DB Nr. 5441 aufgeführten amerikanischen Ansätze nicht ausreichend, um Fortschritte zu erzielen.<sup>12</sup>

### 4) Allgemeine Vorbemerkungen

Bei den nachstehenden Vorschlägen sind folgende Überlegungen berücksichtigt worden:

- Jede regionale Lösung (Obergrenze für europabezogene Systeme) muß in eine globale Lösung eingefügt werden. Die Problematik jeder regionalen Lösung muß dabei aber stets im Auge behalten werden. Die SS-20 ist ein Waffensystem nicht nur taktischer, sondern strategischer Mobilität und kann inner-

<sup>7</sup> Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 27. Januar 1983 wiederaufgenommen und am 29. März 1983 vertagt.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Darlegungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, bei einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26. Juni 1982 in Bonn; Dok. 204, Anm. 20.

<sup>9</sup> Friedrich Ruth.

<sup>10</sup> Die deutsch-amerikanischen Konsultationen über Rüstungskontrolle fanden am 6./7. Januar 1983 in Washington statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 11. Januar 1983; AAPD 1983.

Die Konsultationen wurden am 20./21. Januar 1983 fortgesetzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 299 des Botschafters Ruth, z. Z. Washington, vom 21. Januar 1983; AAPD 1983.

<sup>11</sup> Botschafter Hermes, Washington, teilte am 21. Dezember 1982 mit: „Zur Vorbereitung der rüstungskontrollpolitischen Konsultationen, die Botschafter Ruth am 6./7.1.83 in Washington führen wird, berichtet Botschaft nachfolgend über streng vertrauliche Hinweise aus der ACDA über weiterführende amerikanische Überlegungen zu INF. Danach ist Botschafter Nitze der Auffassung, daß die USA in den INF-Verhandlungen Flexibilität zeigen müßten. [...] Die Überlegungen Nitzes richteten sich darauf, an der Null-Lösung für Mittelstreckenraketen, die auf Europa gerichtet sind, festzuhalten, aber Flexibilität bei der Behandlung der sowjetischen Raketen im außereuropäischen Bereich zu zeigen und die Möglichkeit einer Obergrenze für nuklearfähige Flugzeuge im Mittelstreckenbereich in Europa zu erwägen. Flexibilität bezüglich sowjetischer INF-Systeme im nichteuropäischen Bereich brauche den globalen Ansatz nicht aufzugeben. Man könne an globale Obergrenzen denken, selbst wenn diese von den USA ihrerseits nicht bzw. nicht gleich ausgenutzt würden (Gesprächspartner erwähnte als Beispiel die theoretische Möglichkeit amerikanischer INF-Systeme in Korea). [...] Das Pentagon sehe – wie erwartet – keinen Grund für Flexibilität.“ Vgl. VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ohne Befassung d[es] BSR ... nur auf strikt pers[önlicher] Basis möglich.“

halb von Tagen aus der östlichen SU in Gebiete verlegt werden, von denen aus sie Mitteleuropa erreichen kann. Die Entdeckungswahrscheinlichkeit ist dabei gering.<sup>13</sup>

- Das Jackson-Amendment<sup>14</sup> zu SALT I<sup>15</sup> macht es erforderlich, paritätische Ergebnisse auszuhandeln, wobei durchaus die Möglichkeit bleibt, die Disparität zugunsten einer Seite in einem geographischen Raum durch eine höhere Zahl für die Gegenseite in einer anderen Region auszugleichen. Für die rüstungskontrollpolitische Behandlung solcher regionalen Disparitäten sind zwei Wege denkbar:
  - einmal die Bereitschaft, in Europa eine begrenzte zahlenmäßige Überlegenheit der SU hinzunehmen, diese jedoch durch eine entsprechend höhere Zahl von Systemen in den USA auszugleichen;
  - zweitens die Nutzung des politischen Spielraums, den die im NATO-Doppelbeschuß enthaltende Formel der De-jure-Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte“ bietet.<sup>16</sup>

Eine westliche Bereitschaft, bei den Systemen in und für Europa eine begrenzte Disparität zugunsten der SU hinzunehmen, dürfte es Moskau erschweren, in der Öffentlichkeit Unterstützung für die Drittstaaten-Berücksichtigung zu erhalten.

- Die angestrebten Ergebnisse sehen auf östlicher Seite vor allem Reduzierungen der SS-20 (falls möglich Zerstörung, notfalls Verlegen eines Teils in die östliche SU) und eine Beseitigung aller SS-4 und SS-5 vor. Daneben wird der Westen jedoch seine Bereitschaft erklären müssen, auch Mittelstreckenflugzeuge beider Seiten zu begrenzen.
- Die Vorschläge konzentrieren sich auf das Kernproblem, die LRINF-Flugkörper<sup>17</sup>. Dabei wird davon ausgegangen, daß jede Lösung auch kollaterale Vereinbarungen für SRINF<sup>18</sup> umfassen sollte (z.B. einen freeze für SRINF-Flugkörper).

<sup>13</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Das Angebot der SU, SS-20 aus der westlichen SU in Stellungen ostwärts des 80. Grades östlicher Länge zu verbringen, genügt nicht bei der von uns angenommenen Reichweite von 5000 km. Auch von Nowosibirsk aus kann die Bundesrepublik erreicht werden.“

<sup>14</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Das vom Senat angenommene Jackson-Amendment vom 7.8.1972 forderte den amerikanischen Präsidenten auf, in künftigen Verträgen keine Obergrenzen für die strategischen Streitkräfte der USA zu akzeptieren, die niedriger seien als die der SU.“ Für den Wortlaut des „Jackson Amendment“ vom 7. August 1972 bzw. in der Neufassung vom 13. September 1972 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1972, S. 547 bzw. 652 f.

<sup>15</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>16</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Im Bericht der Special Group v. 28.9.79 heißt es hierzu u. a.: ‚De jure equality in ceilings and rights is politically important, even though we may not choose to exercise those rights‘ (s. S. 11). ‚If the Soviets accepted equal aggregates only with a high ceiling, the West could have to decide whether to build up to the permitted ceiling – which may be higher than we need or want – or to accept a de facto asymmetry‘ (s. S. 12).“ Vgl. Anm. 27, 30 und 31.

<sup>17</sup> Long-Range-Intermediate-Range-Nuclear-Forces-Flugkörper.

<sup>18</sup> Short Range Intermediate Range Nuclear Forces.

- Auf eine Verknüpfung mit START ist bewußt verzichtet worden, weil die Fülle der im Interkontinentalbereich zu lösenden Probleme es kaum erlauben wird, vor dem spätestens Ende 1983 angestrebten ersten INF-Verhandlungsergebnis bereits Zwischenergebnisse bei START zu erzielen. Allenfalls könnte daran gedacht werden, nach einem ersten INF-Zwischenergebnis einige der ungelösten Probleme in den START-Bereich zu verlagern.
- Die Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Systeme bei INF bedarf angesichts der sowjetischen Stoßrichtung besonderer öffentlichkeitswirksamer Bemühungen des Bündnisses.

Hierzu könnten die britische und französische Regierung 1983 wichtige Unterstützung leisten, indem sie Erklärungen abgeben, daß sie bereit seien, auch ihre strategischen Systeme zu begrenzen und zu reduzieren, wenn es bei START zu substantiellen Ergebnissen kommt. Durch solch eine Erklärung würde einmal deutlich gemacht, daß es sich bei diesen Drittstaatensystemen überwiegend um strategische Potentiale handelt, dann aber auch, daß sich Frankreich und Großbritannien nicht grundsätzlich der strategischen Rüstungskontrolle entziehen. (Es gibt bereits Erklärungen von AM Cheysson und der britischen Regierung, welche in diese Richtung deuten.)<sup>19</sup>

Außer den eindeutig zum strategischen Bereich gehörenden U-Booten, welche selbst von Moskau bei SALT I und SALT II<sup>20</sup> als strategisch bezeichnet wurden, gibt es noch eine begrenzte Zahl von Bombenflugzeugen und 18 landgestützte französische Raketen. Hier könnte die in IDD<sup>21</sup> enthaltene Formel, daß die Allianz „de jure“ gleiche Höchststärken anstrebt, eine Lösungsmöglichkeit bieten.

5) Angesichts der Taktik der SU, ihre Maximalposition in Genf in kleinen Schritten zu verändern, um dadurch den Eindruck der Flexibilität zu erwecken, erscheint es wünschenswert, auch für die westliche Verhandlungsstrategie eine Reihe von zeitlich nach und nach einzuführenden Verhandlungsvorschlägen vorzusehen, selbst wenn abzusehen ist, daß diese Einzelschritte nicht für sich, sondern allenfalls später als Paket zu einer Änderung der sowjetischen Haltung führen werden.

Die verschiedenen Vorschläge können in unterschiedlicher Zusammensetzung miteinander kombiniert werden. Der Vorschlag E zur Behandlung der Flugzeuge etwa kann mit jedem der anderen auf Flugkörper bezogenen Konzepte verknüpft werden.

Das sich aus den Einzelvorschlägen ergebende westliche Gesamtpaket sollte von Anfang an so konzipiert werden, daß es der SU schwergemacht wird, es als unangewogen zurückzuweisen.

<sup>19</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Jedenfalls habe ich Zweifel, ob wir diesen Gedanken einführen sollten.“

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>21</sup> Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

## 6) Vorschläge

Die Vorschläge A bis D stellen Variationen eines Grundmusters dar, in dem jeweils globale Obergrenzen mit einer regionalen Obergrenze für europabezogene Systeme<sup>22</sup> verbunden werden. Die in den Vorschlägen aufgeführten Zahlenbeispiele sind illustrativ und können variiert werden.

Vorschlag A: europabezogene beiderseitige Null-Lösung mit globaler Obergrenze für in der östlichen SU und in den USA dislozierte landgestützte Mittelstreckenflugkörper.

Dieser Vorschlag beinhaltet den Verzicht beider Seiten auf Systeme, die Europa bedrohen bzw. von dort die SU erreichen können, aber erlaubt jeweils 300 GK<sup>23</sup> auf landgestützten INF-Flugkörpern in den östlichen Teilen der SU<sup>24</sup> und in den USA.

Bewertung: Der Vorschlag entspricht dem globalen westlichen Ansatz. Er kommt dem Argument der SU entgegen, sie benötige Systeme gegen China. Eine zusätzliche Gefährdung der VR China und Japans wäre so lange nicht gegeben, wie lediglich der sowjetische Bestand in der östlichen SU festgeschrieben würde.

Vorschlag B: Lösung oberhalb von Null für beide Seiten mit dem Ziel weiterer Reduzierungen, d. h. gleiche „subceilings“ für europabezogene Systeme verbunden mit globalen Obergrenzen, bei Aufrechterhaltung der Absicht, die Zahl dieser Systeme in Ost und West schrittweise weiter zu senken, im Idealfall auf Null. Da davon ausgegangen werden muß, daß die SU an einem bestimmten Umfang ihrer SS-20-Rüstung festhalten will, könnte der Westen die im jüngsten sowjetischen Vorschlag<sup>25</sup> angedeuteten Zahlen zum Ausgangspunkt seines Gegenanschlags nehmen.

In der Präsentation sollte deutlich gemacht werden, daß die USA langfristig das Ziel einer beiderseitigen Null-Lösung nicht aufgeben, aber mit Rücksicht auf die sowjetische Haltung Kompromißvorschläge für eine Interimslösung machen, welche die Möglichkeit bieten, das angestrebte Ziel schrittweise zu verwirklichen.

Erster Schritt: (Interimsvereinbarung, die innerhalb von drei Jahren implementiert werden sollte.)

Beiderseitige Begrenzung der GK auf landgestützten Mittelstreckenflugkörpern (de jure gleiche Obergrenzen):

GK, die Europa erreichen können: je 450 GK

GK, in der östlichen SU bzw. in USA: je 300 GK

GK global: je 750

Zweiter Schritt, der innerhalb von fünf Jahren erreicht werden sollte:

Reduzierung auf niedrigere gleiche Obergrenzen, z. B.:

<sup>22</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Angesichts der Reichweite der SS-20 muß noch geklärt werden, welcher geographische Raum als europabezogen angesehen werden soll.“

<sup>23</sup> Gefechtsköpfe.

<sup>24</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die SU verfügt heute über 270 G[efechts]K[öpfe] in diesem geographischen Raum.“

<sup>25</sup> Zu den sowjetischen Reduzierungsvorschlägen bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 311.

GK, die Europa erreichen können: je 150

GK, in östlicher SU bzw. in den USA: je 150

GK global: je 300

Letzter Schritt bis 1990: Beiderseitige Null-Lösung, entweder global oder gegebenenfalls nur europabezogen.

Bewertung: Dieser Vorschlag würde immer noch die Beseitigung zahlreicher sowjetischer Raketen verlangen, der SU jedoch die Aussicht eröffnen, den Umfang der von ihr abgelehnten Nachrüstung auf einem niedrigeren Niveau als geplant zu begrenzen. (Die Zahlen könnten auch im ersten Schritt schon auf je 300 in und für Europa und auf je 600 global limitiert werden.)

Die sowjetische Bedrohung gegen NATO-Europa bliebe zwar immer noch bestehen, wäre aber in ihrer politischen Drowirkung gemindert. Ein solcher Vorschlag könnte in Ergänzung der von der SU bisher abgelehnten Null-Lösung in der Öffentlichkeit als Zeichen westlicher Verhandlungsbereitschaft präsentiert werden.

Der Westen würde durch gleichzeitige Ankündigung seines Konzepts für den zweiten und dritten Schritt deutlich machen, daß er die Null-Lösung als Fernziel nicht aufgegeben hat und langfristig eine weitergehende Abrüstung wünscht.

Variation: (Ausnutzung des Konzepts der „De-jure“-Obergrenzen)

Die Chancen des Vorschlags B könnten vor allem in der Öffentlichkeit dadurch verbessert werden, daß die USA sich bereit erklären, auf freiwilliger Grundlage die ihnen de jure zustehende Obergrenze von 450 GK in Europa nicht voll aufzufüllen, sondern sich z. B. mit 350 GK zu begnügen.

Eine solche auf Europa bezogene einseitige Selbstbeschränkung der USA würde

- einmal der westlichen These gerecht, daß es dem Westen im Interesse der atlantischen Koppelung nicht auf eine Schichtenparität ankommt und
- zweitens würde dieses westliche Entgegenkommen ohne jede Erwähnung der Systeme von UK und F das Argument der SU berücksichtigen, sie brauche ein zahlenmäßiges Gegengewicht gegen die westlichen Drittstaatensysteme.

Vorschlag C: weltweite und regionale gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau, mit Umstrukturierung der westlichen Nachrüstung.

Dieser Vorschlag stellt eine Modifizierung des im Sommer 1982 erörterten Denkansatzes dar und geht von einer Umstrukturierung der westlichen Nachrüstung aus.<sup>26</sup>

Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenflugkörper, die Europa erreichen können, auf 80 SS-20 = 240 GK.

Begrenzung der westlichen Nachrüstung auf

36 Pershing II = 36 GK

48 GLCM-Startrampen à 4 GK = 192 GK

Zusammen: 228 GK

<sup>26</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Eine Umstrukturierung d[er] westlichen] Nachrüst[un]g ist auch i[n] d[en] Variationen zu B erforderl[ich].“

Parallel dazu Begrenzung der ca. 100 sowjetischen Raketen mit ca. 300 GK in der östlichen SU. Die USA erhalten das Recht, eine entsprechende Zahl auf ihrem Territorium oder außerhalb Europas bereitzuhalten.

Bewertung: Die genannten Zahlen sind rein illustrativ und bedürfen der Prüfung durch die amerikanische Seite, ob das zur Abschreckung benötigte strategische Mindestfordernis weiter gegeben ist. Der vorgeschlagene Mix erlaubt den vorgesehenen gleichzeitigen Beginn der Stationierung in den Bündnisstaaten.

<sup>27</sup>Vorschlag D: Reduzierungen in gleichen Prozentsätzen

Die Allianz erklärt sich bereit, den Umfang der vorgesehenen westlichen Dislozierung prozentual der sowjetischen Reduzierungsbereitschaft anzupassen, d. h., wenn die SU die Zahl ihrer GK auf landgestützten Mittelstreckenraketen um 50 % von jetzt weltweit 1200 auf 600 reduziert, ist die Allianz bereit, die Zahl der für Europa vorgesehenen GK von 572 auf 286 zu begrenzen; falls die SU um 75 % auf 300 GK vermindert, wird die Nachrüstung in Europa auf 150 GK gesenkt. (Im globalen Rahmen müßte jedoch Parität gewahrt werden.)

Bewertung: Die mit diesem Vorschlag verbundene Bereitschaft, in und für Europa eine gewisse Disparität zugunsten der SU hinzunehmen, dürfte für die westeuropäische Öffentlichkeit einen überzeugenden Beweis westlicher Flexibilität darstellen. Der SU dürfte eine Ablehnung schwer fallen.<sup>28</sup>

Eine Ratifizierung einer solchen Vereinbarung durch den US-Senat dürfte jedoch nur möglich sein, wenn die regionale Disparität im Rahmen einer globalen Obergrenze<sup>29</sup> ausgeglichen würde, z. B. durch den Anspruch der US, auf ihrem Territorium eine entsprechende Zahl von GK auf INF-Flugkörpern zu dislozieren.

<sup>30</sup>Vorschlag E: Bereitschaft zur Behandlung der Mittelstreckenflugzeuge (müßte im Zusammenhang mit anderen Vorschlägen präsentiert werden).

Bereitschaft, die erste Verhandlungsphase über landgestützte Flugkörper durch Absichtserklärungen enger mit der zweiten Phase über Flugzeuge zu verknüpfen und den Zeitplan für Flugkörperreduzierungen und Flugzeugbegrenzungen im voraus festzulegen.

Da damit gerechnet werden muß, daß die SU nicht bereit sein wird, einer auf landgestützte Flugkörper begrenzten Lösung zuzustimmen, ohne daß der Westen auch eine Verpflichtung für Flugzeuge mittlerer Reichweite eingeht, sollte von westlicher Seite ein Zweistufenplan vorgeschlagen werden, der einen Zeitplan für schrittweises Vorgehen enthält und damit einen Kompromiß zwischen dem westlichen schrittweisen Ansatz und der östlichen Forderung nach sofortiger Einbeziehung der Flugzeuge darstellt.

<sup>27</sup> Beginn der Seite 11 der Vorlage. Vgl. Anm. 16.

<sup>28</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Die ‚Variation‘ zu B leuchtet eher ein, zumal sie ein Element d[er] Flexibilität einführt.“

<sup>29</sup> Die Wörter „globalen Obergrenze“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D[ie] globale Obergrenze muß in allen Variationen de jure gleich bleiben; schon wegen d[er] Beweglichkeit d[er] Waffen.“

<sup>30</sup> Beginn der Seite 12 der Vorlage. Vgl. Anm. 16.

- Die USA können sich vor Abschluß einer Vereinbarung über landgestützte INF-Flugkörper eindeutig verpflichten, anschließend über eine Begrenzung von nuklearfähigen Flugzeugen zu verhandeln.
- Falls eine solche Absichtserklärung der SU nicht genügt, könnte ein westlicher Vorschlag für eine Vereinbarung folgendes vorsehen:<sup>31</sup>

Beide Seiten begrenzen die Zahl von amerikanischen und sowjetischen nuklearfähigen Flugzeugen (mittlerer Reichweite) (mit genauer Bezeichnung der betroffenen Typen und etwaiger Nachfolgemodelle) auf eine bestimmte Höchstzahl.

Bewertung: Eine solche westliche Zusage, in der zweiten Phase die Zahl bestimmter, vorrangig für eine nukleare Rolle vorgesehener Flugzeuge beider Seiten zu begrenzen, würde es der SU erschweren, dem Westen eine Blockade der Genfer Verhandlungen vorzuwerfen. Der Westen würde es damit Moskau erleichtern, der Konzentration auf Flugkörper in der ersten Phase zuzustimmen. Die Höchstzahl könnte so gewählt werden, daß geplante westliche Verstärkungen für Europa mitgerechnet wären.

Es wird bewußt darauf verzichtet, Reduzierungen von Flugzeugen vorzuschlagen, da diese überwiegend sowohl für eine konventionelle wie nukleare Rolle vorgesehen sind.

Die Vorlage ist mit D2A im einzelnen abgesprochen und mit dem BMVg abgestimmt worden.

Citron

**VS-Bd. 11349 (220)**

<sup>31</sup> Ende der Seite 12 der Vorlage. Vgl. Anm. 16.

362

**Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-16415/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5601

**Aufgabe: 28. Dezember 1982, 18.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 28. Dezember 1982, 17.45 Uhr**

Betr.: INF/START;  
hier: Französische Haltung

Bezug: DB Nr. 5570 vom 27.12.82<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. 1) Heute unterrichtete mein französischer Kollege<sup>3</sup> die Viererrunde über seine Demarche bei AM Gromyko am 27.12.82. Auf Weisung aus Paris habe er um einen Termin „auf hoher Ebene“ gebeten und ihn kurze Zeit später bei Gromyko erhalten.

2) Er habe mündlich vorgetragen, daß Frankreich über die sowjetische Haltung zu INF verärgert sei. Die französische Position sei bekannt. Obwohl F oft genug betont habe, daß es an den Verhandlungen nicht beteiligt sei, habe die SU mit der Rede Andropows<sup>4</sup> die französischen Nuklearstreitkräfte als Teil der INF-Verhandlungen<sup>5</sup> groß herausgestellt.

Es gebe keine Bindung der französischen Streitkräfte an die USA und die NATO. Die Force de frappe sei unabhängig und werde entsprechend einer rein nationalen Strategie eingesetzt. Sie sei in die NATO-Strategie der flexiblen Antwort<sup>6</sup> nicht eingebaut.

Es gehe nicht an, die Force de frappe in Verbindung mit der SS-20-Streitmacht zu bringen, denn die SS-20 sei nur ein kleiner Teil des sowjetischen Arsenal. Wenn französische Systeme abgebaut würden gegen ein paar SS-20, dann blieben der SU Tausende von Sprengköpfen und Frankreich nichts. Dies sei nicht akzeptabel.

Nach der Rede Andropows sei es möglich, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, daß Frankreich die Schuld für ein evtl. Scheitern der INF-Verhandlungen<sup>7</sup> trage. Dies sei völlig inakzeptabel.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 29. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr“ und Vortragenden Legationsrat Bolewski verfügte.

Hat Hofmann am 5. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Bolewski am 13. Januar 1983 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete: „Mein französischer Kollege unterrichtete mich soeben telefonisch, daß er auf Weisung aus Paris bei Gromyko demarchiert habe, um im Anschluß an die Rede Andropows vom 21.12.82 die bekannte französische Haltung, nach der die Drittstaatensysteme nicht in die INF-Verhandlungen einbezogen werden können, darzulegen. Gromykos Antwort habe nichts Neues erbracht.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124520.

<sup>3</sup> Claude Arnaud.

<sup>4</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 360.

<sup>5</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>6</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 76, Anm. 22.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „INF“.

3) Gromyko habe sich sein Exposé lächelnd angehört. Die SU fordere ja gar nicht, daß französische und britische Waffen abgebaut würden, sondern lediglich, daß sie einbezogen würden. Schließlich seien beide Staaten Mitglieder der NATO und die britischen Streitkräfte sogar integriert. Die französische Politik und die Erklärungen bei Einführung der Force de frappe seien zwar bekannt, aber Frankreich gehöre zur atlantischen Familie. Gromyko habe sich auf Carter bezogen, der Verständnis für die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme gezeigt habe. Die sowjetische Position, so Gromyko, sei gerechtfertigt und überzeugend, denn auf der Basis der Null-Option<sup>8</sup>, die nur Null für die SU, aber nicht für die USA und die NATO vorsehe, werde es kein Abkommen geben.

4) Der französische Botschafter habe erwidert, natürlich gehöre Frankreich zur atlantischen Familie, es sei jedoch paradox, daß die SU die Unabhängigkeit seiner nuklearen Streitkräfte nicht anerkenne. Wolle die SU etwa ihre Rückkehr in die Integration der NATO? Insgesamt ergebe sich daraus eine Belastung der französisch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere in der Öffentlichkeit.

Gromyko habe dazu erklärt, die Politik der SU sei nicht gegen Frankreich gerichtet, aber sie habe ihre Haltung öffentlich darlegen müssen, weil es inzwischen, wie verschiedene leaks bewiesen<sup>9</sup>, keine vertrauliche Verhandlungsführung durch die USA mehr gebe.

5) Mein französischer Kollege wies darauf hin, daß Gromyko immer in einem Atemzug von französischen und britischen Systemen gesprochen habe. Auf das Argument, daß bei einem französischen Abbau gegen SS-20 noch zahlreiche sowjetische Systeme übrigblieben, habe er keine Antwort gegeben. Beachtenswert sei Gromykos Hervorhebung, daß die sowjetische Position „überzeugend“ sei. Damit werde die Zielrichtung auf die öffentliche Meinung offenbar.

6) Schließlich hätte er mit Gromyko beim Hinausgehen noch kurz über einen Termin für den Besuch von Cheysson in Moskau gesprochen. Bei seinem Abschied von Tschernomir in Paris<sup>10</sup> habe Cheysson den Februar als Termin genannt. Mein französischer Kollege hofft, offizielle Terminvorschläge in der nächsten Woche an die Sowjets übermitteln zu können.<sup>11</sup>

II. 1) Die Prawda vom 28.12. meldet das Gespräch zwischen Gromyko und Arnaud in einer kurzen Notiz.<sup>12</sup>

Besonderen Raum hätten Fragen der Begrenzung und Reduzierung nuklearer Rüstungen in Europa im Lichte der Andropow-Vorschläge eingenommen. Gromyko habe unterstrichen, sie öffneten den Weg zu einer für alle gerechten Vereinbarung. Auf sie ernsthaft zu antworten, sei die Pflicht aller, die an der Stärkung des Friedens und der Sicherheit in Europa interessiert sind. Schließlich seien einige Fragen der beiderseitigen Beziehungen „einschließlich politischer Kontakte“ erörtert worden.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Artikel von Leslie H. Gelb „Moscow Indicates Easing of Stance on Cuts in Missiles“; Dok. 358, Anm. 13.

<sup>10</sup> Stepan Wassiljewitsch Tschernomir war bis Dezember 1982 sowjetischer Botschafter in Paris.

<sup>11</sup> Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR auf.

<sup>12</sup> Vgl. den Artikel „Priem posla Francii“; PRAWDA vom 28. Dezember 1982, S. 4.

2) Der französische Botschafter hat dem Korrespondenten von AFP eine ausführliche Hintergrundinformation über seine Demarche gegeben, die in einem insgesamt zufriedenstellenden Bericht der Agentur ihren Nachschlag gefunden habe.

### III. Bewertung

1) Das Lächeln Gromykos ist verständlich, denn der sowjetische Versuch, Zwiebrucht im Bündnis zu säen, muß ihm nach diesen französischen Vorhaltungen wohlgezielt erscheinen.

2) Wie groß die französische Empfindlichkeit ist, mag sich ihm vor allem daraus erschließen, daß die Franzosen sich nicht nur global gegen jede Einbeziehung wehren, sondern zentral auch auf die von Andropow eher nebenbei bekundete Bereitschaft eingegangen sind, französischen und britischen Reduzierungen zu folgen. Denn darin wurde ihm die französische Besorgnis besonders deutlich, bei weiterem Beharren der NATO auf völligem Abbau der SS-20 evtl. sogar unter öffentlichen Druck zum Abbau bei der Force de frappe zu geraten.

3) Die parallele französische Initiative zu einem Treffen beider Außenminister ist für die Sowjets ein weiteres Zeichen für evtl. Möglichkeiten, die Bündnispartner untereinander auszuspielen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11970 (201)

## 363

### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-16433/82 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5623  
Citissime

Aufgabe: 29. Dezember 1982, 21.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 29. Dezember 1982, 20.39 Uhr

Betr.: Mein heutiges Gespräch mit AM Gromyko

Bezug: DE Nr. 937 vom 29.12.82 – 213-321.00 VS-NfD<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. 1) In einem über einstündigen Gespräch gab sich Gromyko zwar äußerlich freundlich, polemisierte jedoch lange gegen die amerikanische Haltung bei

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 30. Dezember 1982 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 30. Dezember 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hofmann am 5. Januar 1983 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär von Staden bat Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, sich bei seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko an folgender Linie zu orientieren: „Bundesregierung hat rüstungskontrollpolitische Vorschläge Andropows mit dem ihnen gebührenden Interesse aufgenommen. [...] INF: a) Der Vorschlag einer Obergrenze für Mittelstreckenraketen ist ein Schritt in

START<sup>3</sup> und INF<sup>4</sup>, wovon er sich auch durch Rückfragen nicht abbringen ließ.

2) Auf meine mehrfachen Versuche, nähere Aufklärung über die Andropow-Vorschläge<sup>5</sup> zu erhalten, ging er praktisch nicht ein. Für charakteristisch halte ich seine Aussage, die SU habe neue Vorschläge gemacht, weil bei uns die Dislozierung vorbereitet werde.

3) Besonders hart war er in der Charakterisierung der amerikanischen Haltung zu den INF-Verhandlungen in Genf. Die USA wollten keinen Erfolg. Das Scheitern sei von ihnen vorprogrammiert, vorprogrammiert sei auch die Nachrüstung. Die Bundesregierung habe sich mit ihrem Festhalten am Doppelbeschluß in die Hand der USA begeben.

4) Ein kurzer Durchgang durch die Themen für die Gespräche im Januar in Bonn<sup>6</sup> ergab keine Besonderheiten. Gromyko bezeichnet es als politisch bedeutsam, daß die internationale Öffentlichkeit sehe, daß die SU und die Bundesrepublik derzeit Gespräche führten.

## II. Im einzelnen

1) Entsprechend der Weisung trug ich eingangs unseren Wunsch vor, mit dem Besuch Gromykos in Bonn die Serie der bilateralen Gespräche fortzusetzen. Anschließend ging ich detailliert entsprechend der Weisung auf die Andropow-Vorschläge ein.

2) Gromyko antwortete, die Frage der Begrenzung der strategischen Rüstungen und der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite sei die wichtigste ungelöste Frage zwischen der SU und den USA, zwischen der NATO und dem WP. Sie werde auch die wichtigste des Besuchs sein. Es wäre künstlich, unnatürlich und nicht überzeugend, etwas anderes zu behaupten.

Er habe die Erklärungen der Bundesregierung zu diesen Fragen aufmerksam studiert. Sie sage, daß für den Fall, daß bis Ende 1983 in Genf kein Erfolg erzielt worden sei, sie den Doppelbeschluß der NATO erfüllen werde. Zwischen der

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1857*

die richtige Richtung, weil die Sowjetunion damit anerkennt, daß von Systemen dieser Waffenkategorie eine besondere Bedrohung ausgeht, die Mittelstreckenflugzeugen aus einer Anzahl von Gründen (u. a. Reichweite, Durchdringungsfähigkeit) nicht in vergleichbarem Maße zukommt. [...] b) Andererseits nimmt die SU weiter ein Monopol bei landgestützten Mittelstreckenraketen für sich in Anspruch: Der Westen soll auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen gänzlich verzichten, während mehr als 450 Gefechtsköpfe auf im westlichen Teil der SU stationierten SS-20 auf Europa gerichtet blieben. c) Der Hinweis auf das Raketenpotential Großbritanniens und Frankreichs kann den sowjetischen Anspruch auf Erhaltung eines Bestandes von SS-20 in Europa nicht rechtfertigen. Diese Systeme haben (mit Ausnahme einer geringfügigen Zahl französischer Raketen) keinen Mittelstreckencharakter; ihre Abschreckungsfunktion ist primär eine nationale. Die für die Sicherheit Europas entscheidende Kopplungsfunktion zum strategischen Potential der USA besitzen die Systeme Großbritanniens und Frankreichs nicht.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124497.

<sup>3</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) in Genf vgl. Dok. 342.

<sup>4</sup> Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 348 und Dok. 351.

<sup>5</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 360.

<sup>6</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 18. Januar 1983 und den Runderlaß Nr. 6/7 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. Januar 1983; AAPD 1983.

alten und der neuen Bundesregierung gebe es hier keine Unterschiede, allenfalls hätten sich die Akzente verschoben.

Diese Position sei für die SU nicht akzeptabel. Er wiederhole, es sei für die SU nicht akzeptabel, daß derartige Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westeuropäischen Staaten disloziert würden. Derartige Dislozierungen seien gleichbedeutend mit einem Streben nach militärischer Überlegenheit der USA.

Die SU sei für die Erhaltung des gegenwärtigen ungefähren Gleichgewichts zwischen der SU und den USA, zwischen der NATO und dem WP. Dieses Gleichgewicht habe in der gesamten Nachkriegszeit bestanden. Es habe sich historisch entwickelt<sup>7</sup> und sei von der SU mit Zahlen bewiesen worden. Deshalb sei es auch dem Erfindungsreichtum der westlichen Generalstäbe nicht möglich, diese Zahlen zu widerlegen. Trotz unterschiedlicher Arten der Waffen habe die Logik der Ereignisse dazu geführt, daß beide Seiten etwa gleich stark seien. Von dieser präzisen Bewertung könne die SU nicht abgehen, es handele sich um einen objektiven Sachverhalt<sup>8</sup>. Die NATO und die USA wollten jetzt eine bedeutende Überlegenheit erreichen und nichts anderes.

Die SU bedauere, daß gewisse Länder mit einer gewissen Leichtfertigkeit erklärt hätten, sie nähmen das Konzept Washingtons an.

Die Bundesregierung nehme dabei eine wichtige Stellung ein. Die alte wie die neue Bundesregierung wisse, daß der Schlüssel für den Erfolg der Verhandlungen in den Händen der USA liege. Es sei nun einmal so, wenn eine Seite keinen Erfolg wolle, dann gebe es keinen Erfolg, dann könne man den Mißerfolg vorprogrammieren. Das hätten die USA bereits getan. Sie hätten auch die Dislozierung schon vorprogrammiert.

Deshalb sei er pessimistisch für den Ausgang der Verhandlungen. Die USA haben keinen Schritt vorwärts getan. Wenn das so bliebe, dann gebe es keinen Erfolg. Obwohl die SU mehrere Vorschläge gemacht habe<sup>9</sup>, verkünde Präsident Reagan die Null-Variante<sup>10</sup> 24 Stunden am Tag und sage, dies sei der beste Vorschlag. Man brauche aber kein Mikroskop, um zu erkennen, daß er für die SU Null und für die USA eine große Überlegenheit bedeute. Er bedeute einseitige Abrüstung für die SU. Das Kräfteverhältnis solle stark zugunsten der USA und zum Schaden der SU verändert werden. Die wirkliche Null-Variante, den Abzug aller Nuklearwaffen, mittlerer Reichweite und taktische, aus Europa habe die SU vorgeschlagen und die USA abgelehnt. Das sei kein ernsthaftes Vorgehen. Die USA wollten am Verhandlungstisch Zeit totschiessen und dann die Sache durchziehen.

Aus der Presse ergebe sich, daß in der Bundesrepublik bereits Stellungen gebaut würden.<sup>11</sup> Die Bundesregierung habe das nicht dementiert. Deshalb habe

<sup>7</sup> Die Wörter „historisch entwickelt“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In zwei Jahren?“

<sup>8</sup> Die Wörter „objektiven Sachverhalt“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Objektiv“ im dogmat[isch]-marxistischen Sinne.“

<sup>9</sup> Zu den sowjetischen Reduzierungsvorschlägen bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 311.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Zur Frage einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 62.

<sup>11</sup> Zur Vorbereitung einer Stationierung von Pershing-II-Raketen und GLCM in der Bundesrepublik vgl. Dok. 348, Anm. 9.

die SU neue Vorschläge gemacht. Sie schüfen die Möglichkeit für eine Vereinbarung in naher Zukunft, wenn die andere Seite sie objektiv aufnehme.

Er sei besorgt, daß die Vorschläge der NATO nicht zu gefallen schienen. Es sei nicht überzeugend, daß sie so schnell zurückgewiesen würden. Die Bundesregierung sage, sie prüfe die Vorschläge aufmerksam, eine negative Einstellung sei aber erkennbar. So balanciere die Bundesregierung, aber das sei ihre Sache.

Noch vor dem Besuch wolle er sagen, die SU habe ehrliche Vorschläge gemacht. Einige Länder fragten, wieso die SU von französischen und britischen Raketen spreche. Die SU verhandele doch mit den USA. Das seien aber seltsame Überlegungen. Ernsthafte Leute könnten nicht behaupten, England und Frankreich gehörten in eine andere Gruppe. Sie seien im gleichen Bündnis und hätten erklärt, wenn etwas Ernsthaftes passiere, dann stünden alle NATO-Staaten zusammen. Das sei wie ein offenes Buch. Die SU könne das nicht übersehen. Auf die Souveränität, unter der die Sprengköpfe stünden, die auf die SU fielen, komme es nicht an. Er wolle noch einen anderen Aspekt erwähnen. Einige sagten, sie seien nicht Teilnehmer der Verhandlungen, deshalb könne über Reduzierungen ihrer Waffen nicht verhandelt werden. Das sei richtig.

Die SU verlange aber auch keine Reduzierungen, sondern nur, daß die Waffen in der Balance auf seiten der USA berücksichtigt würden. Bei Ermittlung des Gleichgewichts gehöre alles in die Balance.

3) Ich griff die bereits gestellten Fragen zu den Andropow-Vorschlägen erneut auf und fragte Gromyko, was mit den Mittelstreckenraketen geschehen solle, welche die SU aus Europa abziehen wolle. Angesichts ihrer Reichweite und großen Mobilität sei eine Verschiebung keine wesentliche Verringerung unserer Bedrohung.

Gromyko antwortete, in den Verhandlungen gehe es um Europa, er wiederhole, um Europa und um nichts anderes.

4) Nachdem ich meine Frage nach den Raketen wiederholt hatte, welche die SU westlicherseits bei ihrer Berechnung zugrunde lege, antwortete Gromyko, dazu enthielten die Vorschläge nichts Neues. Die Daten seien den USA in Genf übergeben worden. Es gehe um die französischen und britischen land- und seegestützten Raketen.

5) Erneut gefragt, ob sich die Reduzierungsbereitschaft um 25 Prozent auf Launcher oder Sprengköpfe beziehe, antwortete Gromyko, das sei eine Sache der Verhandlungen. Es gehe um das Prinzip. Wenn man sich auf eine Reduzierung in dieser Menge bei den Launchern geeinigt habe, dann werde es nicht schwer sein, eine Verbindung zu den Sprengköpfen zu finden. (Gromyko benutzte das russische Wort für „Sprengkopf“, nicht das bei Andropow verwendete Wort für „Ladungen“.)

6) Gromyko fuhr fort, schon am nächsten Tag hätten die Sprecher des State Department und des Pentagon sich negativ geäußert.<sup>12</sup> Sie hätten offenbar nicht

<sup>12</sup> Gesandter Wallau, Washington, informierte am 21. Dezember 1982: „State Department hat in seiner täglichen Pressekonferenz zu Mittag zum INF-Teil der Andropow-Rede vom 21.12.82 Stellung genommen. [...] In der Erklärung wird die Null-Lösung bekräftigt und der sowjetische Vorschlag mit den bekannten Argumenten als unannehmbar bezeichnet. Eine Bereitschaft zur näheren Prüfung wird weder erklärt noch angedeutet. Der designierte Leiter der Europa-Abteilung im State

gewußt, wovon sie redeten, sondern Standarderklärungen nach dem Muster abgegeben, was aus Moskau kommt, kann nicht gut sein.

7) Man könne aber niemanden betrügen in diesen Dingen, es gebe ja die Mittel der „verification“. Deshalb sei auch die MX-Entscheidung<sup>13</sup> ein grober Verstoß gegen SALT I<sup>14</sup> und II<sup>15</sup>. Neue Silos („Schächti“) seien verboten. Die USA gäben Erklärungen ab, in denen sie mit Worten jonglierten wie Oleg Popow (der bekannte Clown).

8) Nach dem Verhältnis einer Obergrenze für Flugzeuge zu einer Obergrenze für Raketen befragt, antwortete Gromyko, in Genf werde über beides verhandelt. Die schärfste Frage ergebe sich aber bei den Raketen, bei den SS-20 einerseits und den Pershing II und GLCM andererseits. Deshalb habe die SU zu diesem Problem einen besonderen Vorschlag gemacht. Er müsse aber im Komplex behandelt werden. Die SU wolle eine umfassende Vereinbarung, nicht nur ein Abkommen für das eine oder andere.

Die USA könnten sonst auch Tausende von SLCM um Europa herum stationieren oder mit ALCM eine Vereinbarung unterlaufen. Es dürfe keine Schlupflöcher geben.

9) Ich wies noch einmal darauf hin, daß wir die Null-Lösung für die Ideallösung hielten, jedoch auch eine zweitbeste Lösung nicht ausschlossen.<sup>16</sup>

Gromyko ließ sich dies mehrfach übersetzen und fragte, ob dies bedeute, daß es auch bei Ausbleiben eines Erfolges Ende 1983 keine Dislozierungen geben könnte.

Ich verwies auf den Wortlaut des Doppelbeschlusses der NATO.

10) Schließlich verwarnte ich mich gegen die Angriffe auf die USA. Nach unseren Informationen seien die Verhandlungen schneller als z.B. SALT I und II vorangekommen. Ob Gromyko wirklich bei der Behauptung bleiben wolle, die USA hätten den Mißerfolg vorprogrammiert?

Gromyko erwiderte, so wie die Sache jetzt aussehe, sei die Antwort Ja.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1860*

Department, Richard Burt, und der Abteilungsleiter für Internationale Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium, Richard Perle, haben ein gemeinsames Hintergrundgespräch mit Journalisten zur Andropow-Rede geführt. Dabei habe, wie uns gesagt wurde, vor allem die Behandlung der britischen und französischen Systeme interessiert. In den Äußerungen Andropows zur strategischen Rüstungskontrolle seien keine neuen Elemente entdeckt worden. Positiv werde die Einlassung zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gewertet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5451; Referat 201, Bd. 125681.

<sup>13</sup> Zur Frage der Stationierung von MX-ICBM in den USA vgl. Dok. 346, Anm. 7.

<sup>14</sup> Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 3–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 176. Für den Wortlaut der vereinbarten und der einseitigen Interpretationen zum SALT-I-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

III. Gromyko nannte neben der sicherheitspolitischen Problematik folgende Themen für die Gespräche in Bonn:

- Bilaterale Beziehung.
- Die Lage in Europa insgesamt, verbunden damit die Verhandlungen in Madrid<sup>17</sup>.
- Nahost. Dort herrsche eine sehr gespannte Lage. Die Sicherheitsinteressen der SU seien berührt. Auch für uns müsse diese Frage von Interesse sein.
- Südliches Afrika.
- Einige Aspekte Asiens.
- Nichtverbreitung, obwohl es hier wohl keine Differenzen gebe.
- (Nach Einwurf von Bondarenko:) Auch MBFR<sup>18</sup>.
- Wichtig seien die Fragen des Weltraums. Hier gebe es Entwicklungen, die sehr gefährlich werden könnten. Entsprechende Bemühungen seien notwendig, um eine Militarisierung zu verhindern.<sup>19</sup>
- Von großer Bedeutung seien auch die wirtschaftlichen Beziehungen. Die SU und wir gehörten verschiedenen Bündnissen an. Die SU wisse zu schätzen, daß wir eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen wünschten. Es gebe aber Leute, die wollten diese Beziehungen mit Eisengewichten belasten und einen Fahrplan für die Wirtschaftsbeziehungen schreiben. Wo dieser Fahrplan entworfen werde, brauche er nicht zu sagen.
- Abschließend wolle er sagen, sein Besuch sei als Beweis der Tatsache wichtig, daß die SU und die Bundesrepublik Deutschland in der gegenwärtigen Lage nicht schwiegen, sondern miteinander redeten. Sie wohnten in dieser Welt im gleichen, relativ kleinen Haus.

[gez.] Meyer-Landrut

**VS-Bd. 11975 (201)**

<sup>17</sup> In Madrid fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 300 und Dok. 328.

<sup>18</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 357.

<sup>19</sup> Zur militärischen Nutzung des Weltraums durch die USA vgl. Dok. 324.

# Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1982 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1982 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg finden in der Regel mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 196 bzw. von Seite 3 bis Seite 1042, **Band II** von Dokument 197 bis 363 bzw. von Seite 1043 bis 1862.

- Aaron, David Laurence** 1977–1981 stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Deputy Assistant for National Security Affairs) S. 17<sup>7</sup>
- Aba al-Khail, Mohammed al-Ali** Wirtschafts- und Finanzminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 194<sup>9</sup>
- Abadie, François** beigeordneter Staatssekretär für Tourismus beim Minister für Freizeit der Französischen Republik (Secrétaire d'État auprès du ministre du Temps libre, chargé du Tourisme) S. 334
- Abdel Meguid, Ahmed Esmat** Leiter der Ständigen Vertretung der Arabischen Republik Ägypten bei den Vereinten Nationen in New York S. 910
- Abdul Aziz ibn Abd ar-Rahman ibn Faisal al-Saud (Ibn Saud)** 1926–1932 König von „Hedschas und Nadschd und seiner Nebenländer“, 1932–1953 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 810<sup>5</sup>
- Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud** Kommandeur der Nationalgarde und zweiter bzw. seit 13. Juni 1982 stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien, seit 13. Juni 1982 zudem Kronprinz S. 811<sup>5</sup>, 812, 954, 1712
- Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 310, 714
- Abu Shwarib, Mujahed** stellvertretender Ministerpräsident für politische Angelegenheiten der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1277 f.
- Achromejew, Sergeij Fedorowitsch** Erster Stellvertretender Chef des sowjetischen Generalstabs und Kandidat des ZK der KPdSU S. 1218–1220
- Acland, Sir Anthony** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) bis April 1982, anschließend Staatssekretär (Permanent Under-Secretary of State) S. 867<sup>7</sup>
- Acyl Ahmat Akhbach** Außenminister der Republik Tschad bis Oktober 1982 S. 660
- Adenauer, Konrad** 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 108, 132, 222, 1113, 1331, 1339, 1382, 1384, 1389, 1463<sup>10</sup>, 1527, 1601, 1612, 1693, 1821<sup>2</sup>, 1823
- Adeniji, Oluyemi** Abteilungsleiter für europäische Angelegenheiten im nigerianischen Außenministerium S. 439
- Agbenou, Assiongbon** Botschafter der Republik Togo in Bonn S. 244
- Agha Shahi** siehe: *Shahi, Agha*
- van Agt, Andreas Antonius Maria (Dries)** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande bis 4. November 1982, vom 29. Mai bis 4. November 1982 zudem Außenminister **Dok. 203** und S. 941, 1130<sup>27</sup>, 1325, 1329, 1353, 1413, 1653
- Aguirre de Cárcer y López de Sagredo, Nuño** Botschafter des Königreichs Spanien in Brüssel und zudem seit 30. Mai 1982 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel bis September 1982, anschließend Botschafter in Washington S. 1259
- Ailleret, Charles** 1962–1968 Chef des französischen Generalstabs S. 1456<sup>22</sup>, 1485
- Akakpo-Ahiamyo, Anani Kuma** Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit der Republik Togo S. 244, 248, 250
- Alaçam, H. Fahir** Botschafter der Republik Türkei in Athen S. 1689<sup>19</sup>
- Alaini, Mohsin A.** Botschafter der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) in Bonn S. 1278
- Albrecht, Ernst** Ministerpräsident von Niedersachsen (CDU) S. 861, 1201<sup>36</sup>, 1274 f., 1581
- Aldikaçti, Orhan** Professor für Staatsrecht und Vorsitzender des Verfassungsausschusses in der Republik Türkei S. 835, 1632<sup>9</sup>
- Aldridge, Edward C. Jr.** stellvertretender Minister für die Luftwaffe im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of the Air Force) S. 1680 f., 1682<sup>6</sup>
- Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch** Mitglied des ZK und Berater

- des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 18, 1572, 1610, 1623
- Alexejewa, Jelisaweta Konstantinowa** S. 62<sup>13</sup>, 63<sup>14</sup>
- Ali, Kamal Hassan** stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 210** und S. 222, 876, 879, 911, 1124, 1127<sup>20</sup>, 1128, 1801
- Alten, Jürgen von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 189<sup>21</sup>, 217<sup>4</sup>, 1450<sup>54</sup>, 1501<sup>5</sup>
- Altenburg, Günther** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut **Dok. 243** und S. 612<sup>5</sup>, 960<sup>20</sup>, 969<sup>17</sup>, 1010<sup>13</sup>, 1278<sup>5</sup>, 1301<sup>11</sup>, 1548<sup>6</sup>
- Álvarez Álvarez, José Luis** Landwirtschaftsminister des Königreichs Spanien bis 2. September 1982 S. 1038
- Amin, Hafizullah** Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan vom 16. September bis 27. Dezember 1979 S. 39<sup>31</sup>
- Amin Dada, Idi** 1971–1979 Präsident der Republik Uganda S. 437
- Amsberg, Claus von** Prinz der Niederlande S. 351f., 354
- Anderson** S. 684
- Andréani, Jacques** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires politiques) S. 207<sup>7</sup>, 305, 668, 717, 1309–1315, 1477, 1480, 1482, 1537f.
- Andrei, Ștefan** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1564<sup>1</sup>, 1571, 1695
- Andreotti, Giulio** 1972/73 sowie 1976–1979 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1414
- Andrew Albert Christian Edward** Prinz des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 541
- Andropow, Jurij Wladimirowitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, seit Mai 1982 zudem Sekretär des ZK, Leiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB bis 12. November 1982, anschließend Generalsekretär des ZK und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet; 1954–1957 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Budapest **Dok. 302** und S. 589, 968, 976, 1026, 1227, 1343, 1590<sup>16</sup>, 1598, 1609–1611, 1614f., 1622f., 1641f., 1656f., 1668, 1670f., 1727f., 1730, 1743, 1745, 1757, 1771, 1781f., 1785f., 1842, 1844, 1855–1858, 1860
- Androutsopoulos, Adamantios** 1973/74 Ministerpräsident der Hellenischen Republik S. 193<sup>5</sup>, 833<sup>35</sup>
- Anstee, Margaret Joan** Abteilungsleiterin im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 1451
- Antonioni, Giorgio Stea** Botschafter der Italienischen Republik in Mogadischu S. 1109<sup>10</sup>
- Apel, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 1. Oktober 1982 Bundesminister der Verteidigung S. 24, 209<sup>22</sup>, 283<sup>23</sup>, 306, 335, 398<sup>14+16</sup>, 400, 482, 484, 617<sup>2</sup>, 622, 625, 652<sup>4</sup>, 669<sup>1</sup>, 682f., 706f., 708<sup>14</sup>, 709, 715<sup>5</sup>, 716, 783, 1076, 1486, 1560
- Arafat, Yasser** Vorsitzender des Zentralkomitees der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der PLO S. 1095<sup>2</sup>, 1152f., 1261<sup>5</sup>, 1444f., 1733<sup>32</sup>, 1803
- Arbatow, Georgij Arkadjewitsch** Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Mitglied des Obersten Sowjet und der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ S. 168, 886, 888, 1825
- Archipow, Iwan Wassiljewitsch** Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 270
- Arculus, Sir Ronald** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Rom S. 1196
- Argov, Shlomo** Botschafter des Staates Israel in London bis 3. Juni 1982 S. 930<sup>2</sup>, 931, 954

- Armstrong, Sir Robert** Leiter des britischen Kabinettssekretariats (Secretary of the Cabinet) S. 1501
- Arnaud, Claude** Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 1855–1857
- Arndt, Otto** Minister für Verkehrswesen der DDR und Mitglied des ZK der SED S. 1580, 1764<sup>16</sup>
- Arnot, Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 62<sup>13</sup>, 66<sup>1</sup>, 204<sup>15</sup>, 486<sup>1</sup>, 491<sup>25</sup>, 573<sup>12</sup>, 1341<sup>1</sup>, 1342<sup>9</sup>, 1343<sup>13+14</sup>, 1371<sup>22+23</sup>, 1537, 1572<sup>1+4</sup>, 1741<sup>1</sup>, 1857<sup>1</sup>
- Arsenis, Gerasimos** Gouverneur der griechischen Zentralbank S. 195
- Árgeirsdóttir, Berglind** Erste Sekretärin an der isländischen Botschaft in Bonn S. 763
- al-Assad, Hafez** Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 85, 348<sup>2</sup>, 1444, 1549, 1804
- al-Assad, Rifaat Ali** Chef der syrischen paramilitärischen Sicherheitskräfte S. 1804
- Atatürk, Kemal (Mustafa Kemal Pasha)** 1923–1938 Präsident der Republik Türkei S. 800<sup>46</sup>, 837
- Atherton, Alfred Leroy** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kairo S. 1125, 1127
- Atkins, Humphrey** Mitglied des britischen Parlaments und bis 7. April 1982 Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Sprecher der Konservativen Partei im Unterhaus für Auswärtiges und Angelegenheiten des Commonwealth of Nations S. 539<sup>7</sup>
- Attali, Jacques** Sonderberater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand S. 1040, 1642
- al-Attar, Issam** Leiter des Islamischen Zentrums Aachen und Mitglied der Moslembruderschaft in der Arabischen Republik Syrien S. 348<sup>2</sup>, 349 f.
- Attlee, Clement** 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 107<sup>18</sup>
- Aubert, Pierre** Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 257
- D'Aubuisson, Roberto** Vorsitzender der Alianza Republicana Nacionalista in der Republik El Salvador und seit 23. April 1982 Vorsitzender der Verfassunggebenden Versammlung S. 769, 770<sup>6</sup>, 1013, 1390
- Audu, Ishaya Sha'aibu** Außenminister der Bundesrepublik Nigeria S. 432, 438–440
- Averoff-Tossizza, Evangelos** Vorsitzender der Nea Dimokratia in der Hellenischen Republik S. 461, 1684
- Azzopardi, Vivienne** S. 273
- Babrak** *siehe: Karmal, Babrak*
- Backlund, Sven** Botschafter des Königreichs Schweden in Bonn S. 506, 519, 530, 1824
- Bader, George** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 425
- Badr ibn Abdul Aziz al-Saud** stellvertretender Kommandeur der saudi-arabischen Nationalgarde S. 810–812
- Badran, Mudar** Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1097
- Bahr, Egon** Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der SPD; 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 167<sup>14</sup>, 317, 517–519, 592, 618, 622, 624 f., 658, 762, 791<sup>4</sup>, 886, 888 f., 1219, 1298, 1426<sup>20</sup>, 1623<sup>22</sup>, 1665, 1794–1796, 1833
- Baker, Howard Henry Jr.** Senator des amerikanischen Bundesstaats Tennessee (Republican Party) und „Mehrheitsführer“ des Senats (Senate Majority Leader) **Dok. 232** und S. 971 f., 1546, 1608, 1611
- Baker, James Addison III** Stabschef des amerikanischen Präsidenten Reagan S. 1120

- Bald, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amtes S. 875, 978
- Baldrige, Howard Malcolm Jr.** Handelsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 50, 347<sup>6</sup>, 1046<sup>7</sup>, 1172, 1306<sup>6</sup>, 1596
- Baldwin** S. 1603
- Ball, George Wildman** 1961–1966 Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) S. 1020
- Balsemão, Francisco José Pereira Pinto** Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 657, 669–684, 727, 917, 936f., 993
- Balsler, Johannes** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 277, 278<sup>4</sup>, 287<sup>36</sup>, 290, 1028<sup>48</sup>
- Bangemann, Martin** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Vorsitzender der Europäischen Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament S. 1013
- Bani Sadr, Abolhassan** 1980/81 Präsident der Islamischen Republik Iran und Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte S. 215<sup>14</sup>
- Baquiast, Henri** Abteilungsleiter im französischen Außenhandelsministerium (Directeur des Relations économiques extérieures) S. 842
- Barakling, Hans Joachim** Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 230**
- Barcikowski, Kazimierz** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK sowie Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 168, 220
- Barker, Enno** Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 66<sup>1</sup>, 200<sup>1</sup>, 486<sup>1</sup>, 488<sup>10</sup>, 1341<sup>1</sup>, 1837<sup>17</sup>
- Barkley, Richard C.** Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn seit 4. Januar 1982 S. 106, 369<sup>5</sup>, 1118f.
- Bar-On, Hanan** stellvertretender Generaldirektor im israelischen Außenministerium S. 875
- Barque, Moussa Barry** Minister für Öffentliche Arbeiten, Wasserressourcen und Minen der Republik Togo S. 250
- Barre, Raymond** 1976–1981 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 96, 881, 1041
- Barre, Siad** siehe: *Siad Barre, Mohammed*
- de Barry, Jacques Antoine** General der französischen Streitkräfte S. 1485<sup>21</sup>
- Barth, Klaus** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran bis 25. April 1982, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amtes S. 1079<sup>1</sup>
- Bartolomei, Giuseppe** Landwirtschafts- und Forstminister der Italienischen Republik bis 1. August 1982 S. 732
- Bartoszewski, Władysław** polnischer Historiker und Generalsekretär des polnischen PEN-Clubs, vom 13. Dezember 1981 bis 28. April 1982 interniert S. 4<sup>9</sup>
- Barzel, Rainer** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen S. 1493, 1581, 1684
- al-Battal, Abdullah** Generaldirektor für Sicherheitsangelegenheiten im saudi-arabischen Innenministerium S. 223<sup>6</sup>
- Bauch, Johannes** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 1000<sup>21</sup>, 1478<sup>15</sup>
- Baum, Gerhart Rudolf** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und bis 17. September 1982 Bundesminister des Innern S. 617<sup>2</sup>, 1154, 1290<sup>4</sup>
- Baumann, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen“ im Auswärtigen Amt S. 355<sup>1</sup>, 394<sup>16</sup>

- al-Bayanouni, Ali Sadr al-Din** Mitglied der Moslebruderschaft in der Arabischen Republik Syrien, seit 1979 im Exil im Haschemitischen Königreich Jordanien S. 350
- el-Baz, Osama** Unterstaatssekretär im ägyptischen Außenministerium S. 222, 224
- Bazing, Hans Peter** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 27. April 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 56
- Beatrix** Königin des Königreichs der Niederlande **Dok. 70**
- Beck, Ludwig August Theodor** Generaloberst der Wehrmacht, 1935–1938 Chef des Generalstabs des Heeres, Freitod am 20. Juli 1944 S. 1489
- Becker, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ im Auswärtigen Amt S. 885<sup>1</sup>, 897<sup>37</sup>
- Becker, Kurt** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung bis 28. April 1982 S. 25, 50, 61, 416, 442<sup>4</sup>, 487<sup>5</sup>
- van Beethoven, Ludwig** \*1770 †1827 S. 1383
- Begin, Menachem** Ministerpräsident des Staates Israel S. 46, 81<sup>10</sup>, 82, 136<sup>16</sup>, 223<sup>9+10</sup>, 224<sup>11</sup>, 419<sup>11</sup>, 542–546, 801<sup>49</sup>, 907<sup>5</sup>, 909–913, 930<sup>2</sup>, 953, 1001<sup>24</sup>, 1010 f., 1022, 1043<sup>3</sup>, 1094, 1096, 1097<sup>8</sup>, 1124–1126, 1153, 1263, 1295, 1302<sup>15</sup>, 1303, 1489 f., 1601 f., 1734
- Behrendt, Heinz** 1965–1978 Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 710<sup>7</sup>
- Beitz, Berthold** Aufsichtsratsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH S. 961<sup>1</sup>, 1269
- Belaúnde Terry, Fernando** Präsident der Republik Peru S. 1033<sup>5</sup>, 1058
- Ben-Aharon, Jossef** Leiter des Büros des israelischen Außenministers Shamir S. 875
- Ben-Ari, Jitzhak** Botschafter des Staates Israel in Bonn **Dok. 285** und S. 875, 954<sup>15</sup>, 1260, 1548
- Benediktsson, Gudmundur** Staatssekretär im Amt des isländischen Ministerpräsidenten S. 763, 802
- Beneš, Edvard** 1945–1948 Präsident der Tschechoslowakischen Republik S. 108<sup>22</sup>
- Bengsch, Alfred** 1961–1979 Bischof von Berlin, 1967–1979 Kardinal und 1976–1979 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 1493
- Ben-Gurion, David** 1948–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel S. 1601
- Ben-Horin, Eliashiv** Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 875, 880 f.
- Ben-Meir, Jehuda** stellvertretender Außenminister des Staates Israel S. 875
- Bennett, William Tapley Jr.** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 70, 652<sup>4</sup>, 718<sup>6</sup>, 1259
- Bensch, Peter** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1568<sup>21</sup>
- Bente, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt S. 67, 978, 1343<sup>14</sup>, 1397<sup>1</sup>
- Bérégovoy, Pierre** Generalsekretär des französischen Präsidentsamts (Secrétaire général de la Présidence de la République) bis 29. Juni 1982, anschließend Arbeits- und Sozialminister der Französischen Republik S. 97, 105, 1040
- Berg, Eivinn** Staatssekretär im norwegischen Außenministerium S. 287<sup>36</sup>
- Berlinguer, Enrico** Generalsekretär der KPI S. 133, 1605
- Berlinguer, Sergio** außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsi-

- dentent Spadolini bis 30. November 1982 S. 722, 729
- Berry, Henry Vaughan** 1946–1949 Regionalkommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland für Hamburg S. 1113
- Bertele, Franz Josef** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ und des Völkerrechtsberaters im Auswärtigen Amt S. 1238<sup>7</sup>, 1564<sup>1</sup>, 1568<sup>23</sup>, 1635<sup>23</sup>, 1695, 1698<sup>22</sup>, 1815<sup>1</sup>
- Bertram, Christoph** Direktor des „International Institute for Strategic Studies“ in London bis September 1982, anschließend Journalist der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 315, 591
- Bethmann Hollweg, Theobald von** 1909–1917 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 911
- Bianco, Jean-Louis** Generalsekretär des französischen Präsidialamts (Secrétaire général de la Présidence de la République) seit 29. Juni 1982 S. 1335, 1417, 1714, 1716
- Biden, Joseph R. Jr.** Senator des amerikanischen Bundesstaats Delaware (Democratic Party) S. 586<sup>4</sup>
- Biedenkopf, Kurt** Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des CDU-Landesverbands Westfalen-Lippe sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU S. 518, 1297
- Bierut, Bolesław** 1947–1952 Präsident der Republik Polen S. 128
- Biffen, John** Handelsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 6. April 1982, anschließend Lordpräsident des Kronrats (Lord President of the Council) und Oberhaupt des britischen Unterhauses (Leader of the House of Commons) S. 449, 452
- Bignone, Reynaldo** Präsident der Argentinischen Republik seit 1. Juli 1982 S. 1052
- Bilal** Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des syrischen Parlaments S. 349
- Bismarck, Otto Fürst von** 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 723, 1295, 1529, 1599
- Bitan** Mitarbeiterin im israelischen Außenministerium S. 875, 1009
- Blackwill, Robert D.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European Affairs) S. 1662, 1664
- Blanchard, Francis** Generaldirektor der IAO S. 1479
- Blank, Theodor** 1949–1972 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), 1955/56 Bundesminister der Verteidigung, 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 208<sup>16</sup>, 228<sup>10</sup>
- Blankenstein, Hartmut** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, seit 3. Mai 1982 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters in Darressalam S. 995<sup>19</sup>
- Blatow, Anatolij Iwanowitsch** Kandidat des ZK der KPdSU und bis 10. November 1982 Persönlicher Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew S. 18, 1197<sup>19</sup>
- Blech, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio; 1977–1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 409<sup>4</sup>, 847<sup>5</sup>
- Blechman, Barry M.** amerikanischer Berater der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ S. 886
- Block, John R.** Landwirtschaftsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1090<sup>9</sup>, 1725<sup>15</sup>
- Blomberg, Jaako** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Republik Finnland bei den Vereinten Nationen in New York S. 966 f.
- Blomeyer-Bartenstein, Hans-Henning** Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amtes bis 4. Oktober 1982, anschließend Persönlicher Referent des Staatsministers Mertes S. 376<sup>1</sup>

- Blomeyer-Bartenstein, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 544<sup>14</sup>, 1764<sup>21</sup>
- Blum, Léon** 1936/1937 sowie 1938 und 1946/1947 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1732<sup>30</sup>
- Blüm, Norbert** Senator für Bundesanliegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund bis 4. Oktober 1982, anschließend Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 140, 1260<sup>8</sup>, 1636
- Blumenfeld, Erik** Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP) S. 545
- Böcker, Alfons** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 187, 261** und S. 431<sup>16</sup>, 718<sup>6</sup>, 833<sup>33</sup>, 1287<sup>10</sup>, 1700<sup>8</sup>
- Boden, Dieter** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 30<sup>1</sup>, 706<sup>1</sup>, 1218<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1429<sup>8</sup>, 1466<sup>1+5</sup>, 1468<sup>11</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1523<sup>9</sup>, 1544<sup>1</sup>, 1662<sup>1</sup>, 1707<sup>1</sup>, 1857<sup>1</sup>
- Böhm, Volker** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, vom 15. März bis 30. November 1982 im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere START und INF“ S. 1062<sup>1</sup>
- Bolewski, Wilfried** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 30<sup>1</sup>, 31<sup>8</sup>, 46<sup>1</sup>, 47<sup>5+7</sup>, 47<sup>9+10</sup>, 49<sup>15</sup>, 315<sup>1</sup>, 413<sup>1</sup>, 416<sup>16</sup>, 481<sup>1</sup>, 483<sup>14</sup>, 603<sup>1</sup>, 760<sup>1+3</sup>, 1164<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1430<sup>10+11</sup>, 1466<sup>1</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1523<sup>12</sup>, 1524<sup>19</sup>, 1662<sup>1</sup>, 1680<sup>1</sup>, 1707<sup>1</sup>, 1855<sup>1</sup>
- Bölling, Klaus** Staatssekretär und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin bis 28. April 1982, anschließend bis 4. Oktober 1982 Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung **Dok. 82, 140** und S. 138<sup>4</sup>, 139f., 309<sup>16</sup>, 377<sup>5</sup>, 686, 955, 961<sup>1</sup>, 1180<sup>1</sup>, 1273<sup>25</sup>, 1745
- Bølset, Nils** Gesandter an der norwegischen Botschaft in Bonn S. 290, 406
- Bondarenko, Alexander Pawlowitsch** Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium S. 1744, 1862
- Borch, Otto R.** Botschafter des Königreichs Dänemark in Washington S. 1452<sup>58</sup>, 1595
- Boren, David Lyle** Senator des amerikanischen Bundesstaats Oklahoma (Democratic Party) **Dok. 232**
- Borge Martínez, Tomás** Innenminister der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 773<sup>4</sup>
- Boright, John P.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary) S. 185
- Borisow, Gregorij Gregorijewitsch** Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte und Mitarbeiter im sowjetischen Verteidigungsministerium S. 850<sup>10</sup>
- Boss, Walter** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 100, 112, 216, 357** und S. 303<sup>5</sup>, 790<sup>19</sup>, 1284<sup>4</sup>, 1699
- Botha, Pieter Willem** Ministerpräsident der Republik Südafrika S. 814
- Botha, Roelof Frederik (Pik)** Außenminister der Republik Südafrika S. 682
- Bottai, Bruno** Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Politici) S. 1440, 1443
- Böttger, Peter** Erster Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1350<sup>13</sup>
- Bourguiba, Habib Ben Ali** Präsident der Tunesischen Republik S. 1096
- Bourloyannis-Tsangaridis, Ioannis** Gesandter an der griechischen Botschaft in Bonn S. 1683
- Boutros, Fouad** Außenminister der Libanesischen Republik bis 7. Oktober 1982 S. 1261
- Bouverat, Colette** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin

- für Tätigkeiten bei offiziellen Anlässen S. 88<sup>1</sup>, 497<sup>1</sup>, 776<sup>1</sup>, 1036<sup>1</sup>, 1304, 1640, 1683, 1714<sup>1</sup>
- Boverie, Richard T.** General a.D. der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1296<sup>2</sup>
- Bowman, Richard C.** 1975–1981 Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Director for European and NATO Affairs) S. 716
- Bradley, William Warren** Senator des amerikanischen Bundesstaats New Jersey (Democratic Party) S. 1172
- Brady, James F.** Pressesprecher des amerikanischen Präsidentsamts (Press Secretary) S. 430<sup>8</sup>
- Brady, Nicholas Frederick** Senator des amerikanischen Bundesstaats New Jersey vom 20. April bis 27. Dezember 1982 (Republican Party) **Dok. 232**
- Brandt, Jürgen** General und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 651–653, 1561
- Brandt, Willy** Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Präsident der Sozialistischen Internationale und Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“); 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 86, 229, 272, 285, 321, 329, 335, 426, 546<sup>23</sup>, 623, 782, 886, 897, 1219, 1304, 1349<sup>6</sup>, 1426<sup>20</sup>, 1729<sup>13</sup>
- Braun, Ralph Raymond** S. 1791
- Braunmühl, Gerold Edler von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt bis 31. August 1982, anschließend Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ **Dok. 58, 303, 304, 322, 337** und S. 6<sup>1</sup>, 21<sup>1</sup>, 49<sup>1</sup>, 88<sup>1</sup>, 97<sup>1</sup>, 99<sup>15</sup>, 106<sup>1</sup>, 109<sup>27</sup>, 113<sup>1</sup>, 118<sup>1</sup>, 120<sup>12</sup>, 121<sup>16</sup>, 125<sup>1</sup>, 132<sup>24</sup>, 141<sup>1</sup>, 157<sup>46</sup>, 170<sup>1</sup>, 192<sup>1</sup>, 197<sup>1</sup>, 200<sup>1</sup>, 218<sup>1</sup>, 222<sup>1</sup>, 263<sup>1</sup>, 271<sup>32</sup>, 277<sup>1</sup>, 303<sup>3</sup>, 305<sup>1</sup>, 308<sup>14</sup>, 313<sup>1</sup>, 315<sup>1</sup>, 319<sup>1</sup>, 364<sup>1-5</sup>, 364<sup>7</sup>, 365<sup>8+10+13</sup>, 366<sup>14</sup>, 367<sup>17+18</sup>, 368<sup>19+20+22</sup>, 380, 386<sup>1</sup>, 390<sup>1</sup>, 394, 400<sup>1</sup>, 417<sup>1</sup>, 425<sup>1</sup>, 441<sup>1</sup>, 446<sup>1</sup>, 473<sup>1</sup>, 486<sup>1</sup>, 493<sup>1</sup>, 497<sup>1</sup>, 576<sup>1</sup>, 585<sup>1</sup>, 597<sup>1+8+9</sup>, 603<sup>1</sup>, 622<sup>1</sup>, 627<sup>1</sup>, 628<sup>8</sup>, 634<sup>21</sup>, 638<sup>34+35</sup>, 646<sup>1</sup>, 651<sup>1</sup>, 664<sup>3</sup>, 685<sup>1</sup>, 696<sup>1</sup>, 718<sup>1</sup>, 721<sup>16</sup>, 722<sup>1</sup>, 738<sup>1</sup>, 776<sup>1+5</sup>, 784<sup>1+2</sup>, 791<sup>1</sup>, 815<sup>1</sup>, 819<sup>1</sup>, 824<sup>1</sup>, 827<sup>1</sup>, 829<sup>15</sup>, 834<sup>1</sup>, 866<sup>1</sup>, 875<sup>7</sup>, 882<sup>1</sup>, 898<sup>1</sup>, 906<sup>1</sup>, 909, 913<sup>1</sup>, 919<sup>30</sup>, 922<sup>1</sup>, 932<sup>1</sup>, 952<sup>1</sup>, 955<sup>1</sup>, 1012<sup>1</sup>, 1018<sup>1</sup>, 1059<sup>1</sup>, 1068<sup>1</sup>, 1072<sup>13</sup>, 1073<sup>16</sup>, 1074<sup>19</sup>, 1089<sup>1</sup>, 1111<sup>1</sup>, 1124<sup>1</sup>, 1141<sup>1</sup>, 1172<sup>1</sup>, 1180<sup>1</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1246<sup>1</sup>, 1268<sup>1</sup>, 1275<sup>34</sup>, 1276<sup>36</sup>, 1311<sup>9</sup>, 1368, 1403<sup>3</sup>, 1407<sup>20</sup>, 1438, 1481<sup>6</sup>, 1493<sup>13</sup>, 1534<sup>3</sup>, 1537, 1561<sup>1</sup>, 1564<sup>1</sup>
- Bräutigam, Hans Otto** Ministerialdiregent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts bis 30. April 1982, seit 15. Mai 1982 Staatssekretär und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 25, 33, 44, 50, 118, 164, 190, 241** und S. 3<sup>6</sup>, 207<sup>7</sup>, 379, 528<sup>30</sup>, 656<sup>21</sup>, 847<sup>4</sup>, 994<sup>15</sup>, 1154<sup>72</sup>, 1217<sup>9</sup>, 1349<sup>6</sup>, 1351<sup>14</sup>, 1491, 1580<sup>12</sup>, 1743<sup>10</sup>
- Bredow, Leopold Bill von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 205, 875
- Breit, Ernst** Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, seit 19. Mai 1982 Vorsitzender des DGB S. 1465<sup>18</sup>
- Breschnew, Leonid Iljitsch** Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zu seinem Tod am 10. November 1982 S. 6, 9, 13f., 16–18, 21f., 30<sup>5</sup>, 32<sup>13</sup>, 36, 47f., 59, 63<sup>14</sup>, 67, 86, 94, 100, 102, 110f., 116, 154, 160, 172f., 202, 204, 258<sup>1</sup>, 263–265, 267, 270–272, 285, 317<sup>9</sup>, 325<sup>20</sup>, 374, 412, 414–417, 425f., 441f., 472, 481–484, 486f., 488<sup>9</sup>, 489–492, 506<sup>7</sup>, 507, 511, 524, 526f., 533, 538, 550, 574f., 579, 588f., 590<sup>21</sup>, 591, 598, 635, 653<sup>6</sup>, 718<sup>6</sup>, 719, 728<sup>31</sup>, 733, 763, 765, 793, 806f., 822f., 860, 882, 883<sup>8</sup>, 884, 886<sup>8</sup>, 928f., 936, 939, 942, 945, 968, 974–978, 989<sup>11</sup>, 998<sup>9+11</sup>, 1020f., 1026, 1064<sup>13</sup>, 1083f., 1138<sup>18</sup>, 1146, 1150, 1173, 1197, 1216, 1227f., 1247f., 1250, 1276, 1292,

- 1323, 1333, 1338, 1340, 1343, 1366, 1371f., 1376<sup>11</sup>, 1380, 1382, 1413<sup>17</sup>, 1424, 1426, 1433, 1467, 1468<sup>10</sup>, 1519f., 1544<sup>3</sup>, 1572f., 1574<sup>13</sup>, 1575, 1577, 1579<sup>2</sup>, 1584, 1586<sup>2</sup>, 1592, 1595<sup>14</sup>, 1597–1599, 1609<sup>3</sup>, 1610, 1614f., 1616<sup>13</sup>, 1620f., 1623, 1640, 1649, 1655–1657, 1668<sup>9</sup>, 1727f., 1730, 1742–1744, 1767<sup>8</sup>, 1781, 1837, 1842, 1844f., 1849<sup>15</sup>, 1861<sup>14</sup>
- Breshnev** siehe: *Breschnew, Leonid Iljitsch*
- Brockdorff, Cay Graf** Journalist S. 1121<sup>10</sup>
- Brockdorff-Dallwitz, Thilo Johann Roger Graf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amtes bis 25. April 1982, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 210<sup>1</sup>, 332<sup>11</sup>, 360<sup>5</sup>, 515<sup>9</sup>
- van den Broek, Henri (Hans)** Staatssekretär im niederländischen Außenministerium bis 4. November 1982, anschließend Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 1068, 1440, 1443, 1449, 1451, 1453, 1790<sup>25</sup>
- Brooks** General der amerikanischen Streitkräfte S. 1706
- Brown, Harold** 1977–1981 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 17, 1681, 1746
- Brück, Alwin** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 4. Oktober 1982 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 775
- Brühl, Dietrich Graf von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 414 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltprobleme“ im Auswärtigen Amt bis 18. April 1982, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 364<sup>1</sup>, 962<sup>7</sup>, 963<sup>8</sup>, 1311<sup>9</sup>, 1498<sup>10</sup>
- Brunner, Guido** Botschafter z. B. V. im Auswärtigen Amt bis 31. Januar 1982, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 226, 227<sup>8</sup>, 657<sup>25</sup>, 727<sup>25</sup>, 1067f., 1105<sup>24</sup>, 1315, 1718, 1752
- Bruns, Johann** stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen S. 351<sup>1</sup>
- Bruns, Thomas** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amtes bzw. seit 5. April 1982 im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere START und INF“, seit 8. April 1982 Legationssekretär S. 1016<sup>1</sup>, 1062<sup>1</sup>, 1206<sup>1</sup>, 1658<sup>1</sup>, 1766<sup>1</sup>, 1842<sup>1</sup>
- Brzezinski, Zbigniew** 1977–1981 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 40, 1027
- Buchalla, Carl** Journalist und Korrespondent der Tageszeitung „Süddeutsche Zeitung“ im Nahen Osten S. 350
- Buchheim, Lothar-Günther** Maler und Autor S. 925<sup>13</sup>
- Buckley, James Lane** Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Arms Control and International Security Affairs) bis 20. August 1982, vom 9. bis 26. September 1982 Berater des amerikanischen Außenministers Shultz (Counselor) S. 256<sup>16</sup>, 371, 380, 385, 387, 390, 392, 405, 431, 451<sup>21</sup>, 453f., 465f., 542, 798, 842, 844<sup>7</sup>, 846<sup>11</sup>
- Buffum, William B.** stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten und Fragen der Generalversammlung im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 1614
- Bukman, Pieter** Parteivorsitzender des CDA im Königreich der Niederlande S. 1654
- Bullard, Julian L.** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) bis April 1982,

- anschließend stellvertretender Staatssekretär (Deputy to the Permanent Under-Secretary of State, Political Director) S. 207<sup>7</sup>, 716, 1231, 1309–1315, 1537 f., 1798<sup>11</sup>
- Bundy, McGeorge** Professor für Geschichte an der Universität von New York; 1961–1966 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 586, 591, 623–625, 706, 760, 806, 1031, 1075, 1078, 1656<sup>12</sup>
- Burg, Josef** Innen- und Religionsminister des Staates Israel S. 543<sup>10</sup>
- Bürgenfelder** Mitglied des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma S. 424
- Burke, Edmund** \*1729 †1797 S. 459
- Burney, Derek Hudson** Mitarbeiter im kanadischen Außenministerium S. 1182
- Burns, Arthur Frank** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 22, 131, 207, 245, 260** und S. 6, 13<sup>11</sup>, 34, 50, 56, 60 f., 63–66, 88<sup>1</sup>, 105, 398<sup>14</sup>, 429, 669<sup>1</sup>, 690 f., 919, 922, 1116, 1410, 1722, 1726 f., 1729 f.
- Burns, Helen** S. 1354
- Burt, Richard** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director of Politico-Military Affairs), am 10. Mai 1982 nominiert als Abteilungsleiter (Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 258 f., 380, 718 f., 922, 996–1002, 1078, 1296, 1298, 1308<sup>10</sup>, 1309–1315, 1319 f., 1360, 1365, 1367<sup>40</sup>, 1406<sup>18</sup>, 1458<sup>8</sup>, 1475<sup>4</sup>, 1537–1539, 1541–1543, 1561<sup>1</sup>, 1562<sup>4</sup>, 1662, 1664 f., 1704<sup>2</sup>, 1705, 1722, 1726, 1729, 1836<sup>13</sup>, 1848, 1860<sup>12</sup>
- Busch, Rolf Trygve** Botschafter des Königreichs Norwegen in Bonn bis April 1982 S. 277, 290
- Bush, George Herbert Walker** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika; 1976/77 Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA **Dok. 2, 78** und S. 9, 12, 18–20, 112, 808 f., 971 f., 985 f., 1070, 1120, 1175<sup>11</sup>, 1244, 1544–1547, 1574, 1609 f., 1622, 1781
- Bustamante Olivares, Manuel** Präsident der peruanischen Nationalbank S. 1048
- Butler, Michael** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 459
- Butler, Peter von** Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amtes sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs von Staden S. 417<sup>1</sup>, 1206<sup>1</sup>, 1260, 1325<sup>8</sup>, 1514<sup>1</sup>, 1534<sup>3</sup>, 1564<sup>1</sup>
- Byrd, Robert Carlyle** Senator des amerikanischen Bundesstaats West Virginia (Democratic Party), „Minderheitsführer“ des Senats (Senate Minority Leader); 1977–1981 „Mehrheitsführer“ (Senate Majority Leader) S. 492<sup>28</sup>
- Calebow, Wolf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amtes S. 1634<sup>21</sup>
- Callaghan, James** 1976–1979 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 18<sup>11</sup>, 40, 278, 591<sup>28</sup>, 635<sup>26</sup>, 929<sup>27</sup>, 1027<sup>46</sup>, 1113, 1505<sup>22</sup>
- Callaghan, William** Generalmajor der irischen Streitkräfte und Kommandeur von UNIFIL S. 743<sup>7</sup>
- Calvo-Sotelo y Bustelo, Leopoldo** Ministerpräsident des Königreichs Spanien bis 2. Dezember 1982 **Dok. 48** und S. 227, 229–231, 727<sup>25</sup>, 917, 940 f., 1105
- Canaris, Wilhelm Franz** Admiral, 1935 Leiter der Abwehr im Reichkriegsministerium, 1938–1944 Leiter des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, hingerichtet am 9. April 1945 S. 1490
- Carcelén, José** Konteradmiral und Adjutant des peruanischen Ministerpräsidenten Ulloa Elías S. 1048
- Carl XVI. Gustav** König des Königreichs Schweden S. 1764
- Carlucci, Frank Charles III** stellvertretender Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 21

- Carrillo Solares, Santiago José** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens bis November 1982 S. 1622
- Carrington, Peter Alexander Rupert 6th Baron (Lord Carrington)** Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 6. April 1982 S. 27–29, 43, 70, 72f., 136<sup>17</sup>, 161, 287<sup>36</sup>, 292<sup>16</sup>, 383<sup>18</sup>, 423, 449, 451–453, 455–464, 478, 480, 515, 539f., 543f., 548, 572, 854<sup>7</sup>, 855, 912, 919, 1086, 1102, 1114, 1117f., 1229
- Carstens, Karl** Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1960–1966 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 176, 269, 302** und S. 223, 226, 229f., 252<sup>25</sup>, 372, 386, 418<sup>8</sup>, 539<sup>3</sup>, 593, 614<sup>9</sup>, 650<sup>15</sup>, 714, 858, 909, 1155, 1274, 1279, 1394, 1490–1492, 1495, 1502<sup>9</sup>, 1529, 1565, 1579–1585, 1590f., 1595<sup>13</sup>, 1610<sup>5</sup>, 1622, 1638, 1668, 1670, 1693, 1743, 1745, 1764, 1835<sup>8</sup>
- Carstens, Veronica** S. 1490<sup>2</sup>
- Carter, James Earl Jr. (Jimmy)** 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 8<sup>11</sup>, 16, 17<sup>7</sup>, 18, 38<sup>24</sup>, 39f., 68, 82<sup>15</sup>, 105, 158<sup>47</sup>, 186<sup>10</sup>, 191<sup>26</sup>, 223<sup>10</sup>, 224<sup>11</sup>, 269, 278, 281, 286, 298, 300, 372, 396, 451<sup>22</sup>, 490f., 492<sup>28</sup>, 510<sup>25+26</sup>, 523, 550, 591<sup>28</sup>, 635<sup>26</sup>, 653<sup>6</sup>, 721, 856, 929, 1015, 1020, 1027f., 1093, 1113, 1145, 1184, 1243, 1295, 1396, 1400, 1671<sup>21</sup>, 1856
- Cartledge, Bryan George** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Budapest S. 650
- Casaroli, Agostino** Kardinal und Sekretär im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 26, 593, 595f., 1491
- Castañeda y Álvarez de la Rosa, Jorge** Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten bis 30. November 1982 S. 20<sup>25</sup>, 374, 461
- Castro Ruz, Fidel** Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 369, 375, 569<sup>2</sup>
- Cavalchini Garofoli, Guidobono** stellvertretender Leiter des Büros des italienischen Außenministers Colombo S. 1194
- di Cavour, Camillo Benso Conte** 1861 Ministerpräsident des Königreichs Italien S. 723
- Ceașescu, Nicolae** Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei S. 62, 147<sup>8</sup>, 256, 495<sup>6</sup>, 1174, 1567<sup>16</sup>, 1694f., 1816f.
- Ceașu, Dumitru** Botschaftsrat an der rumänischen Botschaft in Bonn S. 1568, 1695
- Çellikol, Z.** Mitarbeiter im türkischen Justizministerium S. 1790
- Ceska, Franz** Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik und Abrüstung im österreichischen Außenministerium sowie Leiter der Delegation der Republik Österreich bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 373
- Chambati, Aristone** Botschafter von Simbabwe in Bonn S. 853
- Chandernagor, André** beigeordneter Minister beim französischen Außenminister (Ministre délégué auprès du Ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) S. 361, 473f., 477–480, 1796–1798
- Chapligin** sowjetischer Generalmajor S. 1064
- Charalambopoulos, Ioannis** Außenminister der Hellenischen Republik S. 27–29, 75–78, 136<sup>14</sup>, 748, 751, 753, 758f., 827, 833f., 930f., 1325, 1689<sup>19</sup>, 1735, 1758f., 1790<sup>25</sup>
- Chaves de Mendonça, Antônio Aureliano** Vizepräsident der Föderativen Republik Brasilien **Dok. 268**
- Chávez Mena, Fidel** Außenminister der Republik El Salvador S. 770, 772, 1391f.
- Chen Feng** Botschafter der Volksrepublik China in Reykjavik bis März 1982 S. 804
- Chen Muhua** Ministerin für wirtschaftliche Beziehungen mit auswärtigen Ländern bzw. seit März 1982 für Außenwirtschaft und Außenhandel sowie bis 4. Mai 1982 Stellvertretende Ministerpräsidentin

- tin der Volksrepublik China, anschließend Staatsrätin S. 971, 1398
- Cheysson, Claude** Außenminister der Französischen Republik **Dok. 60, 152, 283** und S. 27–29, 32, 45, 70, 74f., 78, 83, 97, 99–103, 109, 115, 134, 243, 327<sup>29</sup>, 333f., 338, 417<sup>1</sup>, 423, 454, 476, 517–519, 610, 668, 685, 687, 696<sup>1</sup>, 726, 743f., 751f., 755–758, 763, 783, 822, 824–826, 867<sup>7</sup>, 868–870, 911f., 930f., 947, 951, 961, 1038, 1086, 1130<sup>27</sup>, 1199<sup>26</sup>, 1231, 1306f., 1310, 1316–1325, 1328, 1335f., 1350, 1361<sup>11</sup>, 1363, 1365, 1427f., 1439f., 1442f., 1445f., 1448–1450, 1452f., 1457, 1480–1487, 1508<sup>31</sup>, 1535, 1592–1596, 1645, 1648, 1715<sup>6</sup>, 1725<sup>13</sup>, 1727<sup>4</sup>, 1728, 1732, 1753–1765, 1785, 1789f., 1792, 1796f., 1850, 1856f.
- Chidzero, Bernard** Minister für Finanzen, Wirtschaftsplanung und Entwicklung von Simbabwe S. 853
- Chirac, Jacques** Vorsitzender des „Rassemblement pour la République“ (RPR) und Bürgermeister von Paris S. 1732
- Chissano, Joaquim** Außenminister der Volksrepublik Mosambik **Dok. 188**
- Chňoupek, Bohuslaw** Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 640, 1496
- Christians, Friedrich Wilhelm** Vorstandssprecher der Deutschen Bank S. 1121<sup>6</sup>
- Christopher, Warren** 1977–1981 stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) S. 39
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 7, 111, 270, 290<sup>6</sup>, 472, 975
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer** 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 18<sup>16</sup>, 26<sup>11</sup>, 35<sup>9</sup>, 65<sup>20</sup>, 92<sup>17</sup>, 98<sup>9</sup>, 107<sup>18</sup>, 454, 978<sup>33</sup>, 1501, 1587<sup>8</sup>
- Chuschokow** Konteradmiral der sowjetischen Seekriegsflotte und Stellvertre-
- tender Leiter der Verwaltung der Streitkräfte S. 1218
- Ciosek, Stanisław** Gewerkschaftsminister der Volksrepublik Polen S. 1591
- Ciroma, Adamu** Industrieminister der Bundesrepublik Nigeria bis 15. Februar 1982, anschließend Landwirtschaftsminister S. 436<sup>14</sup>
- Citron, Klaus Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Abteilung 2 A „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Rüstung und Rüstungskontrolle“ des Auswärtigen Amts **Dok. 116, 142, 228, 312, 361** und S. 46<sup>1</sup>, 159<sup>2</sup>, 197<sup>1</sup>, 199<sup>11</sup>, 260<sup>6</sup>, 429<sup>1</sup>, 576<sup>1</sup>, 580, 622<sup>1</sup>, 626, 882<sup>1</sup>, 929<sup>26</sup>, 987, 990, 1016<sup>1</sup>, 1198<sup>23</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1350<sup>13</sup>, 1355, 1520<sup>10</sup>, 1537, 1619, 1655<sup>9</sup>, 1746, 1795<sup>7</sup>
- Clark, William Patrick** stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) bis 9. Februar 1982, seit 4. Januar 1982 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Reagan (Assistent to the President for National Security Affairs) S. 919, 922, 1010<sup>15</sup>, 1120–1123, 1458<sup>8</sup>, 1596, 1642<sup>10</sup>
- Claus** *siehe: Amsberg, Claus von*
- Clausen, Alden Winship (Tom)** Präsident der Weltbank **Dok. 219** und S. 1048<sup>1</sup>, 1094, 1172
- Clay, Lucius D.** 1947–1949 Militärgouverneur der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland S. 921
- Clemenceau, Georges** \*1841 †1929 S. 321f.
- De Clercq, Willy** Finanzminister des Königreichs Belgien S. 1013
- Colding, Kjell** Staatssekretär im Amt des norwegischen Ministerpräsidenten S. 277, 290
- Collins, Gerard** Außenminister der Republik Irland vom 9. März bis 14. Dezember 1982 S. 744, 748, 751, 753, 757, 759, 930f., 1440, 1443, 1449
- Colombo, Emilio** Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 226, 266** und S. 25–29, 70, 73f., 86, 134<sup>9</sup>, 254<sup>6</sup>, 301, 308, 312, 373, 375<sup>34</sup>, 384, 402f.,

- 688<sup>13</sup>, 722, 726, 731–737, 751, 758, 824, 826f., 830, 865, 874, 911, 930f., 947, 951, 1130<sup>27</sup>, 1175, 1231, 1234, 1325, 1328f., 1424, 1443, 1448f., 1453, 1592f., 1595, 1648, 1785–1787, 1790<sup>25</sup>, 1799f.
- Connally, John Bowden** 1971/72 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 957<sup>11</sup>
- Constantin, Nicolae** Stellvertretender Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie von Mai bis November 1982 Außenhandelsminister S. 1567f.
- Cordes** katholischer Geistlicher S. 1495
- Córdovez, Diego** stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 984, 1386<sup>19</sup>, 1478
- Corea, Gamani** Generalsekretär der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) S. 1726
- Cortier, Peter** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 1. Oktober 1982 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 343, 622, 626, 1281, 1315, 1797
- Costa Méndez, Nicanor** Außenminister der Republik Argentinien bis 30. Juni 1982 S. 566<sup>4</sup>, 698, 753<sup>46</sup>, 956<sup>7</sup>, 1050
- Craxi, Bettino** Generalsekretär der PSI S. 375<sup>34</sup>, 724
- Crépeau, Michel** Umweltminister der Französischen Republik S. 334
- Cresson, Edith** Landwirtschaftsministerin der Französischen Republik S. 1038
- Crocker, Chester Arthur** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 181f., 184, 813–815, 1000, 1204f.
- Cromartie, Ronald Ian Talbot** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der IAEO sowie bei der UNIDO in Wien, danach seit Oktober 1982 Leiter der Delegation im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 1840
- Cuadra Chamorro, Joaquín** Finanzminister der Republik Nicaragua S. 775, 1121<sup>7</sup>
- Cuadra Lacayo, Joaquín** stellvertretender Verteidigungsminister der Republik Nicaragua und Stabschef der sandinistischen Volksarmee S. 45<sup>23</sup>
- Cuntz, Eckart** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 680<sup>36</sup>
- Czaja, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1696
- Czerwiński, Jerzy** Persönlicher Sekretär des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kowalczyk S. 738
- Czyrek, Józef** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP sowie bis 21. Juli 1982 Außenminister der Volksrepublik Polen **Dok. 183** und S. 3–5, 58<sup>10</sup>, 127f., 133, 308, 1159–1162, 1199, 1246<sup>3</sup>, 1250, 1586–1592, 1595
- Da Rin, Eric** stellvertretender Generalsekretär der NATO S. 431<sup>16</sup>, 987, 1256
- Dąbrowski, Bronisław** Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz sowie Titular-Bischof bzw. seit 8. Juni 1982 Titular-Erzbischof im Erzbistum Warschau S. 26, 58<sup>10</sup>, 1246, 1251, 1291
- Dam, Kenneth W.** stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) seit 23. September 1982 S. 1293
- Dañino Zapata, Roberto** Generalsekretär des peruanischen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsministeriums S. 1048
- Dannenbring, Fredo** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 14. Januar 1982, anschließend beurlaubt und seit 18. Januar 1982 Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten beim NATO-Generalsekretariat in Brüssel **Dok. 9, 10, 12, 14, 15** und S. 15<sup>23</sup>, 510<sup>26</sup>, 987, 1652
- Danovi, Giancarlo** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 1674<sup>1</sup>
- Dassel, Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts **Dok. 271** und S. 112

- Davignon, Étienne Vicomte** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Industriepolitik, Energie, EURATOM und Forschung) S. 344
- Dayal, Virendra** stellvertretender VN-Generalsekretär und Kabinettschef des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar S. 1373, 1614
- Dayan, Moshe** 1977–1979 Außenminister des Staates Israel S. 224<sup>11</sup>
- Deaver, Michael Keith** stellvertretender Stabschef des amerikanischen Präsidenten Reagan (Deputy Chief of Staff) S. 922
- Debatin, Helmut F.** stellvertretender Generalsekretär für besondere Aufgaben im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 955
- Decastiaux-Hugot, Edouard** Botschafter des Königreichs Belgien in Tel Aviv S. 1009
- Defferre, Gaston** Innenminister und Minister für die Dezentralisation der Französischen Republik; 1950/51 Handelsminister, 1956/57 Minister für die französischen Überseeterritorien S. 334, 1482
- DeLaunay, Jean** Generalstabschef des französischen Heeres S. 1485<sup>1</sup>
- Delors, Jacques** Wirtschafts- und Finanzminister der Französischen Republik S. 50, 307, 337 f., 500, 692<sup>9</sup>
- Demirel, Süleyman** 1965–1971, 1975–1977, 1977/78 und 1979/80 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 124, 282
- Dencker, Norman** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 641, 1666, 1673<sup>26+27</sup>
- Deng Xiaoping** Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission des ZK sowie bis 12. September 1982 Stellvertretender Vorsitzender der KPCh, anschließend zum Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses des ZK; 1973–1976 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China **Dok. 269** und S. 6 f., 655, 766, 971<sup>6</sup>, 973<sup>15+16</sup>, 985, 1343, 1730
- Denktasch, Rauf** Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident von „Nordzypern“) S. 959
- Derwall, Josef (Jupp)** Trainer der Fußballnationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland S. 1067
- Dieckmann, Heinrich-Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt bis 3. August 1982, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 371<sup>16</sup>
- Diekmann, Eduard** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 281<sup>19</sup>, 403<sup>14</sup>
- Dillon, Robert Sherwood** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Beirut S. 1201<sup>37</sup>
- Ding Xuesong** Botschafterin der Volksrepublik China in Reykjavik seit Mai 1982 S. 804
- Dingeldein, Klaus** Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 652<sup>2</sup>, 686<sup>9</sup>, 737<sup>64</sup>, 916<sup>10</sup>
- Disraeli, Benjamin** \* 1804 † 1881 S. 459
- Djuranović, Veselin** Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 16. Mai 1982 und Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ bis Juni 1982 S. 1155
- Dobbins, James F.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European Affairs) S. 1312, 1313<sup>17</sup>, 1520<sup>10</sup>, 1660<sup>19</sup>
- Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 16, 59, 369 f., 445, 822, 1365 f., 1368, 1563
- Dogo, Koudjoulou** Minister für Planung und Verwaltungsreform der Republik Togo bis 30. September 1982 S. 244

- Dohnanyi, Klaus von** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD); 1976–1981 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 493, 495, 703
- Dolanc, Stane** Mitglied des ZK des BdKJ und bis Juni 1982 des Präsidiums des ZK, seit Mai 1982 Innenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1154
- Dole, Robert Joseph** Senator des amerikanischen Bundesstaats Kansas (Republican Party) S. 50
- Dolgich, Wladimir Iwanowitsch** Sekretär des ZK der KPdSU für die Schwerindustrie und seit Mai 1982 Kandidat des Politbüros des ZK S. 976
- Dolibois, John Ernest** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Luxemburg S. 791
- Dollinger, Werner** Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister für Verkehr S. 1580, 1764<sup>16</sup>
- Dönhoff, Marion Gräfin** Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 584
- Dooge, James** Außenminister der Republik Irland bis 9. März 1982 S. 27–29
- Döring, Ernst-Joachim** Legationsrat I. Klasse im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ des Auswärtigen Amtes S. 359<sup>1</sup>
- Dost, Schah Mohammed** Außenminister der Demokratischen Republik Afghanistan S. 984
- Dozier, James Lee** General der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Generalstabschef der NATO-Landstreitkräfte Europa-Süd S. 485
- Dräger, Jürgen** Vortragender Legationsrat im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amtes bis 23. August 1982, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 212
- Draper, Morris** stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, Bureau of Near Eastern and South Asian Affairs) sowie Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten Reagan für den Libanon S. 1802<sup>8</sup>
- Dreher, Johann Georg** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amtes S. 1082<sup>1</sup>
- Dreyfus, Pierre** Industrieminister der Französischen Republik bis 29. Juni 1982 S. 692<sup>9</sup>, 1508
- Dröge, Heinz** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes, seit 26. Dezember 1982 von der Leitung der Unterabteilung 2 entbunden **Dok. 122, 220** und S. 26<sup>9</sup>, 138<sup>1</sup>, 273<sup>1</sup>, 282<sup>20</sup>, 295<sup>36</sup>, 315<sup>1</sup>, 340<sup>6</sup>, 398<sup>16</sup>, 407, 413<sup>1</sup>, 622<sup>1</sup>, 624<sup>12</sup>, 657<sup>25</sup>, 762<sup>16</sup>, 808f., 1075<sup>1</sup>, 1118, 1167<sup>1+2</sup>, 1236<sup>1</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1522<sup>4</sup>, 1526<sup>1</sup>, 1662<sup>1</sup>, 1674<sup>1</sup>, 1683
- Duarte, José Napoléon** Vorsitzender des Partido Demócrata Cristiano und bis 2. Mai 1982 Präsident der Revolutionären Regierungsjunta in der Republik El Salvador **Dok. 192** und S. 19<sup>19</sup>, 375<sup>34</sup>, 461, 569<sup>2</sup>, 769–772, 1390–1392
- Dufner, Wolfram** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Singapur S. 980<sup>12</sup>
- Dufourcq, Bertrand** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur d'Europe) S. 1763
- Duisberg, Claus-J.** Ministerialrat im Bundeskanzleramt bis 30. April 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt, seit 21. Oktober 1982 Leiter der Arbeitseinheit 50 S. 1810<sup>1</sup>
- Dulles, John Foster** 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 192, 973, 1399, 1612
- Duma, Aurel** Minister-Staatssekretär im rumänischen Außenministerium S. 1568, 1695

- Dunlop, Frank** Pressesprecher des irischen Ministerpräsidenten Haughey S. 1098
- Dyvig, Peter** Botschafter z. b. V., dem Staatssekretär im dänischen Außenministerium beigeordnet S. 597
- Eagleburger, Lawrence Sidney** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) bis 26. Januar 1982, seit 12. Februar 1982 Unterstaatssekretär (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 6, 19, 34, 36, 38, 41, 61, 86, 197<sup>4</sup>, 198, 207<sup>7</sup>, 256<sup>16</sup>, 258 f., 262<sup>9</sup>, 380, 384 f., 431<sup>16</sup>, 570, 716<sup>10</sup>, 736, 999<sup>15</sup>, 1019<sup>8</sup>, 1296<sup>2</sup>, 1360, 1365, 1452<sup>58</sup>, 1458<sup>8</sup>, 1475, 1509<sup>36</sup>, 1521, 1525 f.
- Eanes, António dos Santos Ramalho** Präsident und bis Juli 1982 Vorsitzender des Revolutionsrats der Portugiesischen Republik S. 680
- Eban, Abba** Mitglied des israelischen Parlaments; 1966–1974 Außenminister des Staates Israel S. 906–908
- Ebert, Friedrich** 1919–1925 Reichspräsident des Deutschen Reichs S. 228
- Ecevit, Bülent** 1972–1980 Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei sowie 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 74<sup>20</sup>, 124, 282, 837, 872 f.
- Eckerberg, Lennart** Abteilungsleiter im schwedischen Außenministerium S. 506, 519, 531
- Ederer, Adolf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum“ des Auswärtigen Amts S. 369<sup>5</sup>, 1477<sup>10</sup>
- Edgar, William H.** Gesandter-Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn seit 10. August 1982 S. 1722
- van Edig, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT; Grundsatzfragen Nahrungsmittelhilfe“ des Auswärtigen Amts S. 103<sup>30</sup>, 1498<sup>12</sup>
- Edozi, Emmanuel Chukwuma** Berater des nigerianischen Präsidenten Shagari für Wirtschaftsfragen S. 432
- Eggerz, Petur** Botschafter der Republik Island in Bonn S. 763, 802
- Egilsson, Olafur** Chef des Protokolls im Amt des isländischen Ministerpräsidenten S. 763, 802
- Ehmke, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestags sowie des Parteivorstands der SPD und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 622, 1219, 1426<sup>20</sup>
- Ehrenberg, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 28. April 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 650<sup>15</sup>
- Ehrhardt, Hermann** Offizier der Kaiserlichen Marine, 1919/20 Freikorpsführer und 1920 beteiligt am „Kapp-Putsch“ S. 228<sup>12</sup>
- Eichele, Herbert** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 227<sup>6</sup>
- Eichhorn, Peter** Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 1138<sup>17</sup>
- Eichler, Gerhard** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 850<sup>10</sup>, 1001<sup>22</sup>
- Eichler, Heinz** Sekretär des Staatsrats der DDR S. 857
- Eickhoff, Ekkehard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 312<sup>31+32</sup>
- Eiff, Hansjörg** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 112 „Haushalt und Finanzen“ im Auswärtigen

- gen Amt bis 31. Mai 1982, anschließend Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1019<sup>8</sup>
- Eisenhower, Dwight David** 1951/52 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 523, 550, 1030 f., 1147
- Eitan, Raphael** General und Generalstabschef der israelischen Streitkräfte S. 743<sup>7</sup>
- Eitel, Antonius** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt bis 21. Oktober 1982, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1802<sup>8</sup>
- Eitzen, Meino von** Kapitän zur See und bis 30. September 1982 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires (auch für Uruguay zuständig) S. 539<sup>6</sup>
- Eldon, Steward** Zweiter Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn bis April 1982, anschließend Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 542
- Eliav, Pinhas** Mitarbeiter im israelischen Außenministerium S. 875
- Ellemann-Jensen, Uffe** Außenminister des Königreichs Dänemark seit 10. September 1982 S. 1267, 1325, 1439, 1441–1444, 1446–1449, 1451–1453, 1592 f., 1595, 1634, 1646<sup>15</sup>, 1648, 1790<sup>25</sup>, 1800<sup>21</sup>
- Ellerkmann, Richard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Salisbury bzw. seit dem 18. April 1982 in Harare; 1977–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt S. 38<sup>24</sup>, 853, 854<sup>4</sup>, 924<sup>11</sup>
- Engel, Jürgen** Kanzler und Geschäftsträger an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador mit Dienstsitz in Guatemala und zeitweiligem Aufenthalt in San Salvador S. 768<sup>3</sup>, 770<sup>6</sup>, 1015<sup>10</sup>, 1391<sup>8</sup>, 1392<sup>11</sup>
- Engholm, Björn** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD), Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bis 1. Oktober 1982, zudem vom 17. September bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 1290<sup>4</sup>
- Ennes, Paulo** Botschafter der Portugiesischen Republik in Bonn S. 669
- Épervrier, Claude** Botschafter der Französischen Republik in Mogadischu S. 1109<sup>10</sup>
- Eppelmann, Rainer** evangelischer Pfarrer und Dissident in der DDR S. 256<sup>14</sup>
- Eppler, Erhard** Mitglied des Parteivorstands der SPD, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD sowie bis 30. Juni 1982 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg; 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 622, 625 f., 1466–1469, 1744
- Erath, Hermann** Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere START und INF“ des Auswärtigen Amtes S. 576<sup>1</sup>, 1062<sup>1</sup>, 1206<sup>1</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1624<sup>1</sup>, 1661<sup>21</sup>, 1806<sup>1</sup>, 1842<sup>1</sup>, 1845<sup>17</sup>, 1846<sup>20</sup>
- Erhard, Ludwig** 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 460
- Erim, Nihat** 1971/72 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 124<sup>9</sup>
- Erlander, Tage** 1946–1969 Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei S. 520<sup>5</sup>
- Ertl, Josef** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit einer Unterbrechung vom 17. September bis 4. Oktober 1982 sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 498, 600<sup>25</sup>, 649<sup>11</sup>, 1290<sup>4</sup>
- Evans, Richard Mark** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 1408–1410, 1537 f.
- Evren, Kenan** Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrats“, Präsident der Republik Türkei sowie Generalstabschef der

- türkischen Streitkräfte **Dok. 314** und S. 74<sup>19</sup>, 152<sup>29</sup>, 461, 462<sup>18</sup>, 800f., 835, 840, 1240<sup>11</sup>, 1638f., 1791f.
- Eyadéma, Gnassingbé** Präsident und Verteidigungsminister der Republik Togo S. 244–253
- Eylon, Ephraim** Gesandter an der israelischen Botschaft in Bonn S. 542, 1012<sup>19</sup>, 1260
- Fabius, Laurent** beigeordneter Minister beim französischen Wirtschafts- und Finanzminister (Ministre délégué auprès du Ministre de l'Économie et des Finances, chargé du Budget) S. 500
- Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud** Kronprinz und erster stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien bis 13. Juni 1982, anschließend König und Ministerpräsident S. 81–83, 471, 810<sup>5</sup>, 880<sup>29</sup>, 954, 957, 960, 1021, 1104, 1263f., 1279, 1712
- Falin, Walentin Michajlowitsch** Stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 168, 416, 1612, 1623, 1654, 1669, 1744, 1833, 1834<sup>2</sup>, 1838
- Fall, Brian James Proetel** Persönlicher Referent der britischen Außenminister Lord Carrington bzw. Pym (Principal Private Secretary to the Secretary of State) S. 1230–1232
- Fälldin, Thorbjörn** Ministerpräsident des Königreichs Schweden bis 7. Oktober 1982 **Dok. 101, 194** und S. 289, 519–534, 809<sup>25</sup>, 969<sup>18</sup>, 1075
- Falls, Robert H.** Admiral der kanadischen Marine und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 706, 1256–1259
- Fanfani, Amintore** Präsident des italienischen Senats bis 1. Dezember 1982, anschließend Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1387<sup>7</sup>, 1786<sup>8</sup>
- Fattal, Antoine Elias** Botschafter der Libanesischen Republik beim Heiligen Stuhl bis September 1982, anschließend Sicherheitsberater des libanesischen Präsidenten Gemayel S. 1802<sup>8</sup>
- Féaux de la Croix, Ernst** 1959–1971 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Liquidation des Kriegen, Verteidigungslasten, Finanzielle Verteidigungsangelegenheiten, Rechtsangelegenheiten“ im Bundesministerium der Finanzen S. 1821<sup>2</sup>
- Feit, Christian** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt S. 205, 1526<sup>1</sup>
- Fekete, János** Erster Vizepräsident der Ungarischen Nationalbank S. 633
- Feleke Gedle-Giorgis** Außenminister des Sozialistischen Äthiopiens S. 1253–1255
- Ferraris, Luigi Vittorio** Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 25f., 731, 734
- Fett, Heinz Georg** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 1235<sup>23</sup>
- Fiedler, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 173, 355** und S. 79<sup>1</sup>, 81<sup>11</sup>, 222, 223<sup>9</sup>, 224<sup>11</sup>, 348<sup>2</sup>, 542<sup>1</sup>, 545<sup>21</sup>, 546<sup>23</sup>, 656<sup>23</sup>, 659, 875, 878<sup>20</sup>, 879<sup>21</sup>, 909, 930<sup>1+2</sup>, 1009<sup>1</sup>, 1095<sup>1</sup>, 1097<sup>5+6</sup>, 1106<sup>1</sup>, 1110<sup>13</sup>, 1260, 1265<sup>1</sup>, 1282<sup>1</sup>, 1548<sup>1</sup>, 1550<sup>13</sup>
- Fieldhouse, Sir John** Admiral der britischen Marine und bis Oktober 1982 Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich des Ärmelkanals (CINCHAN) S. 1709
- Fields, Louis Glenn Jr.** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 1840
- Figueiredo, João Baptista de Oliveira** Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 539<sup>3</sup>, 957, 1052, 1103, 1185, 1394<sup>3</sup>
- Finke-Osiander, Renate** Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabtei-

- lung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 248<sup>16</sup>
- Fischer, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1068
- Fischer, Oskar** Außenminister der DDR S. 118–121, 148, 1201<sup>35</sup>, 1269, 1272<sup>22</sup>, 1348–1352, 1369f., 1493, 1496, 1580, 1764<sup>21</sup>
- Fischer, Paul Henning** Botschafter des Königreichs Dänemark in Bonn S. 597
- Fischer, Per** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 37, 49, 126, 133, 195, 205, 297, 330, 353** und S. 13<sup>12</sup>, 41, 50, 102<sup>25</sup>, 104<sup>34</sup>, 138, 210–212, 305, 308, 380, 394, 597, 630<sup>12</sup>, 643<sup>10</sup>, 695<sup>13</sup>, 704<sup>4</sup>, 715<sup>5</sup>, 775, 810<sup>1+3</sup>, 842, 891<sup>20</sup>, 951<sup>29</sup>, 1054<sup>20</sup>, 1060<sup>7</sup>, 1115<sup>21</sup>, 1120<sup>1+4</sup>, 1122<sup>13</sup>, 1171<sup>12</sup>, 1182, 1189<sup>1</sup>, 1199<sup>27</sup>, 1478<sup>18</sup>, 1507<sup>26</sup>, 1513<sup>50</sup>, 1537f., 1566, 1567<sup>18</sup>, 1568, 1721f., 1755<sup>1</sup>, 1757<sup>8+10</sup>, 1790, 1815<sup>1</sup>, 1819<sup>21+22</sup>, 1820
- Fischer-Dieskau, Thomas** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bundeskanzleramt bis 31. Juli 1982, anschließend Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 497<sup>1</sup>
- Fiterman, Charles** Staatsminister für Transport der Französischen Republik (Ministre d'État, Ministre des Transports) S. 334
- FitzGerald, Garret** Ministerpräsident der Republik Irland bis 9. März 1982 S. 1102<sup>15</sup>
- Fleischhauer, Carl-August** Ministerialdirektor und Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 354** und S. 283<sup>23</sup>, 621, 853, 1206<sup>20</sup>, 1378, 1564<sup>1</sup>, 1694<sup>1</sup>, 1697<sup>20</sup>, 1790, 1812<sup>11</sup>
- Flender, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Vientiane S. 524<sup>18</sup>
- Flesch, Colette** Außenministerin des Großherzogtums Luxemburg S. 27–29, 254<sup>6</sup>, 343, 743, 749f., 752, 758, 827, 834, 930f., 982, 1325, 1329, 1440, 1448, 1453, 1532f., 1790<sup>25</sup>
- Flittner, Karl** Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 813<sup>1</sup>
- Ford, Gerald Rudolph** 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39f., 279, 412, 451, 550, 1027, 1063<sup>7</sup>, 1172, 1243, 1400, 1836<sup>11</sup>
- Forn dran, Detlef** Diplomingenieur und Leitender Baudirektor, Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis Frühjahr 1982 S. 330<sup>6</sup>
- Fortier, Donald R.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium bzw. seit September 1982 im Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1726
- Fotilas, Assimakis** Staatssekretär im griechischen Außenministerium bis 5. Januar 1982 S. 27–29, 136
- Fourie, Bernardus Gerhardus** Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium S. 181
- Fournes, Roland** Vortragender Legationsrat I. Klasse, abgeordnet an das „NATO Defence College“ in Rom bis Mitte Februar 1982, seit 18. Februar 1982 im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amtes (Arbeitsstab Polen), vom 1. September bis 14. November 1982 an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo abgeordnet, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft in Kairo S. 664<sup>1</sup>, 850<sup>11</sup>, 1159<sup>1</sup>, 1167<sup>1</sup>
- Fraga Iribarne, Manuel** Generalsekretär der Alianza Popular und Mitglied des spanischen Parlaments S. 229
- Franco y Bahamonde, Francisco** 1936–1975 Staatschef von Spanien und Oberbefehlshaber der Nationalen Streitkräfte S. 728, 1158, 1748
- François-Poncet, Jean** 1978–1981 Außenminister der Französischen Republik S. 292<sup>16</sup>, 383<sup>18</sup>

- Frangieh, Abdallah** Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn S. 1154
- Frangieh, Suleiman Kabalan Beik** 1970–1976 Präsident der Libanesischen Republik S. 1263, 1301
- Frank, Paul** Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen bis 2. Oktober 1982; 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 332, 1530<sup>16</sup>
- Franke, Egon** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen S. 119, 293<sup>29</sup>, 712, 1003<sup>4</sup>, 1201<sup>36</sup>, 1270 f.
- Franke, Klaus Max** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Entwicklungspolitik, weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt **Dok. 85** und S. 682<sup>43</sup>, 1488<sup>1</sup>
- de Freitas do Amaral, Diogo Pinto** Verteidigungsminister der Portugiesischen Republik S. 485, 683
- Frej, Elias** Bürgermeister von Bethlehem S. 1266
- Frick, Helmut** Vortragender Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT; Grundsatzfragen Nahrungsmittelhilfe“ des Auswärtigen Amts S. 407<sup>1</sup>
- Friedman, Milton** amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler; 1946–1976 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Chicago S. 522, 1172, 1294
- Friedrich I. („Barbarossa“)** \*ca. 1122 †1190 S. 722<sup>4</sup>
- Fritsch, Hans Wilhelm** Polizeipräsident der Stadt Bonn S. 553
- Fröhlich, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 1698, 1816
- Froment-Meurice, Henri** Botschafter der Französischen Republik in Moskau bzw. seit 2. Februar 1982 in Bonn **Dok. 41** und S. 305, 309–311, 474, 1534
- Fromm, Karsten** Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 801<sup>48</sup>
- Frøysnes, Torbjørn** Persönlicher Sekretär des norwegischen Außenministers Stray S. 406
- Fuchs, Anke** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 28. April 1982 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, anschließend bis 1. Oktober 1982 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit S. 650<sup>15</sup>
- Fukuda Takeo** 1976–1978 Ministerpräsident von Japan S. 906, 1180
- Futscher Pereira, Vasco** Außenminister der Portugiesischen Republik seit 9. Juni 1982 S. 1325, 1790<sup>25</sup>
- Gabin, Jean** \*1904 †1976 französischer Schauspieler S. 1041
- Gablentz, Otto von der** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts bis 14. Oktober 1982, anschließend Rückversetzung in das Auswärtige Amt und seit 8. Dezember 1982 Staatssekretär von Staden in dessen Eigenschaft als Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit zugeteilt S. 6, 16<sup>1</sup>, 21, 34, 61, 88<sup>1</sup>, 97, 106, 125, 170<sup>1</sup>, 192, 225<sup>13</sup>, 244<sup>1</sup>, 248<sup>12</sup>, 263, 277, 287, 288<sup>43</sup>, 315, 351, 423<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 446, 451, 458, 467, 547<sup>1</sup>, 566<sup>1</sup>, 574, 585, 690<sup>1</sup>, 738<sup>1</sup>, 853, 866<sup>1</sup>, 903, 913<sup>1</sup>, 922, 955, 961, 1018, 1048, 1068, 1089<sup>1</sup>, 1098<sup>1</sup>, 1111<sup>1</sup>, 1115,

- 1222, 1246, 1267f., 1289<sup>1</sup>, 1296<sup>1</sup>, 1304<sup>1</sup>, 1352, 1379, 1410, 1465<sup>18</sup>
- el-Gaddafi, Muammar** Oberst der libyschen Streitkräfte und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 45f., 68<sup>11+13</sup>, 224, 246–249, 275, 437f., 469<sup>8</sup>, 471f., 660, 735, 907, 968, 1109<sup>11</sup>, 1127<sup>23</sup>, 1281
- Galbraith, Evan Griffith** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris S. 66
- Galinski, Heinz** Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin S. 542f.
- Gallup, George Horace** amerikanischer Meinungsforscher S. 1612
- Galtieri, Leopoldo** Präsident der Argentinischen Republik bis 18. Juni 1982 S. 683, 747, 955f., 1050, 1052
- Galvêas, Ernane** Finanzminister der Föderativen Republik Brasilien S. 684
- Gandhi, Indira Priyadarshini** Ministerpräsidentin der Republik Indien und Präsidentin der indischen Kongreß-Partei (Indian National Congress–I) S. 1366
- Garcia, Bernard** diplomatischer Berater des französischen Ministerpräsidenten Mauroy S. 1470
- García, José Guillermo** Verteidigungsminister der Republik El Salvador S. 770
- García Meza Tejada, Luis** 1980/81 Präsident der Republik Bolivien S. 617
- Garibaldi, Giuseppe** \* 1807 † 1882 S. 723
- de Gasperi, Alcide** 1945–1953 Ministerpräsident des Königreichs Italien bzw. seit 18. Juni 1946 der Italienischen Republik sowie 1944–1946 und 1951–1953 Außenminister S. 544<sup>13</sup>
- de Gaulle, Charles** 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 30<sup>2</sup>, 1334, 1337, 1481<sup>8</sup>, 1622
- Gehlhoff, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 45, 120, 218** und S. 76<sup>9</sup>, 599<sup>21</sup>
- Gelb, Leslie Howard** Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1836<sup>13</sup>, 1845<sup>15</sup>, 1856<sup>9</sup>
- Gemayel, Amin** Präsident der Libanesischen Republik seit 23. September 1982 S. 1301f., 1549<sup>9</sup>, 1733<sup>35</sup>, 1802<sup>8</sup>
- Gemayel, Béchir** Gründer und Oberbefehlshaber der „Forces Libanaises“, vom 23. August bis zu seiner Ermordung am 14. September 1982 designierter Präsident der Libanesischen Republik S. 1010, 1261–1264, 1278f., 1282<sup>2</sup>, 1300–1302
- Genscher, Barbara** S. 157
- Genscher, Hans-Dietrich** Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland mit einer Unterbrechung vom 17. September bis 4. Oktober 1982, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 19, 30, 31, 32, 41, 43, 46, 47, 48, 57, 60, 61, 77, 78, 80, 89, 101, 107, 113, 117, 121, 123, 124, 132, 137, 144, 147, 149, 152, 160, 168, 185, 186, 188, 192, 210, 214, 217, 226, 233, 268, 274, 283, 286, 287, 296, 314, 315, 332, 333, 338** und S. 3<sup>6</sup>, 6, 9, 13–15, 162<sup>+4</sup>, 17, 19<sup>17</sup>, 21, 23, 25, 27–29, 30<sup>3</sup>, 31<sup>7</sup>, 34<sup>1+2</sup>, 35, 40<sup>32</sup>, 41–46, 49–52, 59, 61<sup>1+2</sup>, 75–78, 88<sup>1</sup>, 97<sup>1</sup>, 101, 106<sup>1</sup>, 111<sup>36</sup>, 113<sup>1</sup>, 118–122, 125<sup>1</sup>, 126, 127<sup>6</sup>, 133, 134<sup>7+9</sup>, 138, 139<sup>8+9</sup>, 140<sup>11–13</sup>, 141<sup>1</sup>, 162, 170<sup>1+16</sup>, 171f., 173<sup>9</sup>, 175, 178, 180f., 192f., 197, 200–205, 210f., 218, 235, 241–244, 253<sup>1</sup>, 254–256, 259, 262<sup>9</sup>, 263<sup>1</sup>, 271<sup>32</sup>, 272<sup>34</sup>, 277<sup>1</sup>, 278, 298–303, 304<sup>11</sup>, 315, 319<sup>1</sup>, 320<sup>7</sup>, 322<sup>9</sup>, 323<sup>14</sup>, 324<sup>15</sup>, 326<sup>21+22</sup>, 327<sup>26+29</sup>, 329, 333–335, 338–341, 344, 351<sup>1</sup>, 355, 357<sup>10+14</sup>, 358<sup>16+22+24</sup>, 359, 364<sup>1</sup>, 369–374, 379–385, 394–400, 417<sup>1</sup>, 420<sup>17</sup>, 428<sup>16</sup>, 432<sup>1</sup>, 438, 446<sup>1</sup>, 449, 451–453, 456, 458f., 462f., 465f., 467<sup>1</sup>, 471<sup>17</sup>, 473<sup>1</sup>, 478, 486<sup>1</sup>, 487<sup>4</sup>, 488, 493<sup>1</sup>, 497<sup>1</sup>, 501<sup>16</sup>, 526<sup>25</sup>, 532, 536<sup>11</sup>, 539, 543, 545<sup>19</sup>, 547<sup>1</sup>, 549, 551f., 554–556, 571–574, 581, 582<sup>5+7</sup>, 583<sup>10</sup>, 584<sup>11–13</sup>, 585<sup>1</sup>, 593–596, 615–617, 618<sup>5</sup>, 622, 624<sup>9+11</sup>, 625<sup>17</sup>, 626<sup>20</sup>, 627<sup>1</sup>, 637, 639<sup>41</sup>, 645, 651<sup>1</sup>, 664, 668f., 671f., 674, 678f., 685, 711, 714f., 716<sup>11</sup>, 718, 721f., 722<sup>1</sup>, 725f., 731, 733–735, 737, 748f., 751–758, 768, 772<sup>17+18</sup>, 776, 780<sup>14</sup>, 782–784, 812–

- 818, 826<sup>10</sup>, 829<sup>12</sup>, 831–833, 846<sup>10</sup>, 847 f., 853<sup>19</sup>, 855, 857<sup>1</sup>, 859, 862<sup>1</sup>, 864–866, 868–870, 874, 882, 888<sup>16</sup>, 898, 903<sup>1</sup>, 906–913, 919, 922, 924–926, 930 f., 947, 951, 952<sup>1</sup>, 954, 955<sup>1</sup>, 966<sup>1</sup>, 1003<sup>1</sup>, 1016 f., 1018<sup>1</sup>, 1032, 1033<sup>3</sup>, 1048<sup>1</sup>, 1059, 1061<sup>8+9</sup>, 1062, 1066, 1068<sup>1</sup>, 1075, 1079, 1082, 1086, 1089<sup>1</sup>, 1090, 1095–1097, 1098<sup>1</sup>, 1102<sup>14</sup>, 1111<sup>1</sup>, 1118, 1122, 1162, 1164, 1167, 1172, 1175, 1180<sup>1</sup>, 1189, 1202, 1205 f., 1215<sup>1</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1246<sup>1</sup>, 1252<sup>1</sup>, 1253<sup>5</sup>, 1254, 1255<sup>12</sup>, 1268<sup>1</sup>, 1270, 1290<sup>4</sup>, 1295 f., 1306<sup>1</sup>, 1309<sup>1</sup>, 1316<sup>1</sup>, 1325<sup>4</sup>, 1330<sup>1</sup>, 1335, 1338<sup>1</sup>, 1340–1352, 1360–1379, 1383, 1388, 1390, 1392, 1403, 1406<sup>16</sup>, 1410<sup>1</sup>, 1427 f., 1431, 1434<sup>16+17</sup>, 1435<sup>19+20</sup>, 1437<sup>22+23</sup>, 1440–1442, 1447 f., 1450, 1453 f., 1457 f., 1459<sup>10+11</sup>, 1462, 1480–1487, 1488<sup>1+6</sup>, 1501–1504, 1507<sup>26</sup>, 1512–1514, 1526<sup>1</sup>, 1527<sup>8</sup>, 1528 f., 1534 f., 1537, 1539<sup>1</sup>, 1554, 1556, 1558<sup>12</sup>, 1561<sup>2</sup>, 1564, 1572, 1577, 1579–1596, 1601<sup>1</sup>, 1602<sup>9</sup>, 1604, 1609–1614, 1618<sup>22</sup>, 1619, 1622 f., 1648, 1652–1657, 1663, 1666–1674, 1683<sup>1</sup>, 1694, 1699, 1710, 1712<sup>12</sup>, 1713<sup>15</sup>, 1726 f., 1729, 1731 f., 1741, 1743, 1745, 1753–1766, 1770, 1771<sup>6</sup>, 1776–1780, 1786, 1788, 1790–1794, 1799–1801, 1806, 1811<sup>6</sup>, 1815, 1817, 1824, 1834<sup>3</sup>, 1847, 1858<sup>6</sup>
- Gergorin, Jean-Louis** Leiter des Planungsstabs im französischen Außenministerium (Chef du centre d'analyse et de prévision) S. 315
- Gerhardt, Walter** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis 13. April 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ im Auswärtigen Amt S. 1537, 1723<sup>6</sup>
- Gerstenmaier, Eugen** 1949–1969 Mitglied sowie 1954–1969 Präsident des Deutschen Bundestags (CDU) S. 129
- Gerz, Wolfgang Ludwig** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amtes bis 24. August 1982, anschließend Botschaftsrat bzw. seit 2. Dezember 1982 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 108** und S. 846<sup>10</sup>
- Ghazali bin Shafie, Tun Mohammed** Außenminister von Malaysia S. 1149
- Gierek, Edward** 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 30<sup>2</sup>, 32<sup>13</sup>, 37, 91, 128, 131, 271 f., 496, 634, 964–966, 1007, 1248 f.
- Giesder, Manfred** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 600<sup>25</sup>, 1740<sup>22</sup>
- Gillmore, David Howe** Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for Arms Control and Disarmament) S. 176, 315, 1786<sup>13</sup>
- Gilmour, Sir Ian** Mitglied des britischen Parlaments; 1979–1981 Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 854<sup>7</sup>
- Giscard d'Estaing, Valéry** 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 18<sup>11</sup>, 30<sup>2</sup>, 32, 40, 134, 209<sup>22</sup>, 246, 278, 328, 335, 591<sup>28</sup>, 635<sup>26</sup>, 836, 929<sup>27</sup>, 1027<sup>46</sup>, 1039, 1041 f., 1114, 1332, 1716
- Gisy, Albert Josef** Amtsrat im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amtes S. 273<sup>1</sup>, 593<sup>1</sup>
- Gläser, Thomas** Legationssekretär bzw. seit 1. April 1982 Legationsrat im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amtes S. 348<sup>1-3</sup>, 1095<sup>1</sup>, 1300<sup>1</sup>
- Glatt, Volker** Oberst i. G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 1678
- Glemp, Józef** Primas von Polen und Erzbischof von Warschau **Dok. 236, 287** und S. 14, 36, 43, 58, 76 f., 115, 129, 218–221, 308, 353, 599, 729, 740, 962, 964 f., 1160<sup>4</sup>, 1161, 1291 f., 1311<sup>9</sup>, 1492, 1557, 1589, 1591, 1715, 1757<sup>9</sup>

- Glenn, John Herschel Jr.** Senator des amerikanischen Bundesstaats Ohio (Democratic Party) S. 586<sup>4</sup>, 1608<sup>17</sup>, 1611
- Glitman, Maynard Wayne** Vertreter des Leiters der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 150<sup>4</sup>, 202<sup>6</sup>, 258, 260<sup>4</sup>, 413–415, 417<sup>17</sup>, 576, 578, 580, 585, 589, 591, 1458<sup>8</sup>, 1519<sup>5</sup>, 1539, 1541
- Glutz, Peter** Bundesgeschäftsführer der SPD S. 760
- Godoy Reyes, Virgilio** Arbeitsminister der Republik Nicaragua und Vorsitzender des Partido Liberal Independiente **Dok. 149**
- Goldmann, Nahum** Präsident der „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“; 1949–1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses S. 95
- Goldschlag, Klaus** Botschafter von Kanada in Bonn S. 141f., 1182f.
- Goldwater, Barry Morris** Senator des amerikanischen Bundesstaats Arizona (Republican Party) S. 1296<sup>4</sup>
- Golob, Ignac** Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium sowie Leiter der Delegation der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 373
- Gompert, David C.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European Affairs) bis Februar 1982, anschließend Stellvertreter des Unterstaatssekretärs Eagleburger (Deputy to the Under Secretary for Political Affairs) S. 198, 259
- Gomułka, Władysław** 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 37, 91, 128, 272
- González Márquez, Felipe** Generalsekretär der PSOE und seit 2. Dezember 1982 Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 229f., 917, 1105, 1315, 1677<sup>18</sup>, 1718, 1747, 1752, 1759
- Goodby, James Eugene** Vertreter des Leiters der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den START-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters seit 31. März 1982 S. 987, 990f., 1355
- Goodison, Alan Clowes** Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 1450<sup>54</sup>
- Gorbatschow, Michail Sergejewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK für Landwirtschaftsfragen S. 976
- Gorenflos, Walter** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 36, 148, 267, 353** und S. 83, 85, 212, 213<sup>6</sup>, 215, 222, 291<sup>10</sup>, 312<sup>32</sup>, 348<sup>4</sup>, 355<sup>2</sup>, 359, 468<sup>5</sup>, 539<sup>3</sup>, 569<sup>1</sup>, 615–617, 621, 663<sup>16</sup>, 681<sup>41</sup>, 772<sup>1+2</sup>, 775<sup>11</sup>, 813<sup>1</sup>, 875, 876<sup>15</sup>, 881, 909, 954<sup>15</sup>, 978, 983–985, 992, 994<sup>13</sup>, 995, 1012, 1014f., 1036, 1048, 1095<sup>2</sup>, 1102<sup>14</sup>, 1148<sup>36</sup>, 1252<sup>1</sup>, 1253<sup>5</sup>, 1548, 1713, 1719<sup>20</sup>
- Gorschkow, Sergej Georgijewitsch** Flottenadmiral der sowjetischen Seekriegsflotte und Mitglied des ZK der KPdSU S. 589
- Goschen, Edward** 1908–1914 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in Berlin S. 911<sup>15</sup>
- Gotlieb, Allan Ezra** Botschafter von Kanada in Washington S. 57
- Gottwald, Kliment** 1946–1948 Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik; 1948–1953 Präsident S. 108<sup>22</sup>
- Goukouni** *siehe: Oueddei, Goukouni*
- Grabert, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 147<sup>7</sup>, 1153, 1342<sup>7</sup>
- Grabski, Tadeusz** 1980/81 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK S. 127f.
- Graham, Sir John** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit Februar 1982 S. 543<sup>9</sup>, 1258, 1329<sup>22</sup>
- Graham, William Franklin (Billy)** amerikanischer Baptistenprediger S. 1494

- Greenspan, Alan** amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Direktor des Council on Foreign Relations in New York sowie Leiter einer überparteilichen Kommission zur Reform des amerikanischen Sozialversicherungssystems S. 1172, 1294
- Grewlich, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes seit März 1982 S. 898<sup>6</sup>
- Grey, Robert** designierter stellvertretender Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 176, 197<sup>4</sup>, 198, 1458<sup>8</sup>
- Griffiths, Eldon** Mitglied des britischen Parlaments (Conservative Party) S. 648<sup>10</sup>
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch** Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 16, 18<sup>13</sup>, 21, 42f., 58f., 72, 86, 111<sup>37</sup>, 114, 143, 154, 158–160, 172, 184, 200–202, 204, 207, 256, 261<sup>7</sup>, 263, 264<sup>6</sup>, 369, 374, 381, 442, 445, 486–492, 511<sup>27</sup>, 579, 589, 700, 813, 893<sup>24</sup>, 894<sup>29</sup>, 976, 996–1002, 1005f., 1021<sup>20</sup>, 1028, 1062–1065, 1122, 1151, 1197<sup>19</sup>, 1199, 1292, 1321–1323, 1338<sup>1</sup>, 1340, 1342f., 1345–1348, 1351, 1362, 1365f., 1368–1373, 1376<sup>11</sup>, 1383, 1422, 1426, 1464<sup>13</sup>, 1494, 1496, 1572, 1577, 1605, 1610, 1615, 1657, 1669–1671, 1722, 1760, 1781, 1792f., 1834, 1836–1838, 1855–1862
- Gröning, Friedrich** Legationsrat I. Klasse und Persönlicher Referent des Staatsministers Corterier im Auswärtigen Amt bis 23. Mai 1982, anschließend Abordnung an das Bundeskanzleramt; 1978–1980 im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ S. 320<sup>7</sup>
- Grove, Henning Kvist Gregersen** Fischereiminister des Königreichs Dänemark seit 10. September 1982 S. 1740<sup>21</sup>
- Grub, Hermann** Architekt S. 1268<sup>3</sup>, 1580<sup>12</sup>, 1764<sup>17</sup>
- Gruber, Karl** 1945–1953 Außenminister der Republik Österreich S. 544<sup>13</sup>
- Gruber, Wilfried** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 1456<sup>20+22</sup>
- Grünhage, Jochen** Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1532<sup>21</sup>
- Gscheidle, Kurt** Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (SPD) bis 28. April 1982 S. 650<sup>15</sup>
- Guerra González, Alfonso** stellvertretender Generalsekretär der PSOE und seit 2. Dezember 1982 stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 1677<sup>18</sup>
- Guerreiro** siehe: *Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio*
- Guldberg, Ove** Internationaler Sekretär der Partei Venstre im Königreich Dänemark S. 1013
- Gutman, Neoma** S. 461
- Gutmann, Francis** Generalsekretär des französischen Außenministeriums S. 30<sup>3</sup>, 31, 914<sup>3</sup>, 1797
- Guyer, Roberto E.** Botschafter der Argentinischen Republik in Bonn S. 566, 571
- Gwertzman, Bernard** Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1563
- Gysi, Klaus** Staatssekretär im Staatssekretariat für Kirchenfragen der DDR S. 1217<sup>9</sup>, 1491
- Haas, Wilhelm** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Afrikapolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 155** und S. 180<sup>3</sup>, 181, 992, 995, 1203<sup>11</sup>, 1204, 1252<sup>1</sup>, 1260
- Habasch, Georges** Generalsekretär der PFLP S. 1010
- Habib, Philip Charles** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Reagan für den Nahen Osten S. 419<sup>10</sup>, 953, 959, 1043<sup>3</sup>, 1095<sup>2</sup>, 1104, 1106<sup>3</sup>, 1107, 1201<sup>37</sup>, 1260f., 1303, 1445

- Habré, Hissène** Anführer der „Forces des Armées du Nord“ (FAN) und vom 19. Juni bis 21. Oktober 1982 Vorsitzender des Staatsrats der Republik Tschad, anschließend Präsident; 1978/79 Ministerpräsident S. 68<sup>11</sup>, 246, 437, 659f.
- Haddad, Saad** Anführer der Miliz „South Lebanon Army“ S. 744, 1282<sup>2</sup>, 1283, 1301–1303
- Haferkamp, Wilhelm** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 343, 1792<sup>16+19</sup>
- Hagen, Karl** Amtsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit)“, insbesondere START und INF<sup>w</sup> des Auswärtigen Amtes S. 1062<sup>1</sup>
- Haig, Alexander Meigs Jr.** Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika bis 5. Juli 1982 **Dok. 113, 152** und S. 6–9, 16, 19, 20<sup>25</sup>, 32, 34–46, 49, 51, 58f., 61–66, 70–72, 76, 78, 114, 142–145, 153f., 158–161, 172, 191, 193, 197<sup>5</sup>, 198, 200–202, 207, 224, 229, 241–244, 254, 256f., 261<sup>7</sup>, 264<sup>6</sup>, 266, 279, 296, 302, 347<sup>7</sup>, 369–374, 380–387, 389–391, 393, 402, 413<sup>4</sup>, 420<sup>17</sup>, 431, 445, 452, 456, 464–467, 495f., 534<sup>11</sup>, 537f., 555<sup>19</sup>, 571f., 585–587, 594<sup>4</sup>, 602, 615f., 629, 646f., 654f., 668, 685–687, 697f., 701, 718, 720f., 725<sup>11</sup>, 744f., 747, 808f., 812–824, 826, 828, 831–833, 836, 840, 846<sup>9+10</sup>, 879<sup>23</sup>, 914<sup>5</sup>, 915, 919, 922, 929, 937, 947, 951, 971f., 976, 996–1002, 1010<sup>15</sup>, 1019f., 1022f., 1028, 1037, 1069, 1086, 1091f., 1094, 1104<sup>21</sup>, 1116, 1121<sup>8</sup>, 1122, 1125, 1152f., 1172, 1205, 1243, 1295, 1504<sup>20</sup>
- Haile Selassie I.** 1930–1974 Kaiser des Kaiserreichs Äthiopien S. 660<sup>10</sup>
- Hajjaj, Aref** Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 659, 1801<sup>1</sup>
- Halefoglu, Vahit** Botschafter der Republik Türkei in Bonn bis Juli 1982 S. 836<sup>12</sup>, 839
- Hallstein, Walter** 1951–1958 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission in Brüssel, am 29. März 1982 verstorben S. 530
- Halstead, John Gelder Horler** Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel bis 22. September 1982 S. 75, 77
- Hamburger, Hans-Helmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tegucigalpa S. 1617<sup>21</sup>
- Hamerlak-Hermesdorff, Maria** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 205, 244, 738, 1246, 1495
- Hammadi, Saadun** Außenminister der Republik Irak S. 613f.
- Hamm-Brücher, Hildegard** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) sowie bis 17. September 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Koordinatorin für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit S. 19, 244
- Hanmer, Stephen R.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1468f.
- Hansen, Niels** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 109, 174, 191, 247** und S. 83<sup>19</sup>, 84<sup>22</sup>, 419<sup>11</sup>, 802<sup>51</sup>, 875, 953<sup>7</sup>, 1279, 1284<sup>3</sup>, 1444<sup>28</sup>, 1734<sup>36</sup>
- Harakabi** israelischer Militäradministrator im Westjordanland und im Gaza-Streifen S. 84
- Haren** Mitarbeiter im israelischen Außenministerium S. 875
- Harmel, Pierre** 1965/66 Ministerpräsident des Königreichs Belgien, 1966–1973 Außenminister S. 61, 372, 382, 395f., 400, 455–458, 554f., 593, 602, 677, 793f., 830, 939, 941, 1031, 1173, 1323, 1481<sup>6</sup>, 1535, 1658
- Hartling, Poul** Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen S. 28<sup>8</sup>, 1451, 1479
- Hartman, Arthur Adair** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 58, 59<sup>14</sup>, 730, 823<sup>28</sup>, 1365f.
- Hartmann, Erwin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ des Auswärtigen Amtes S. 1810<sup>1</sup>
- Hartmann, Rüdiger** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der De-

- legation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis 1. März 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit)“; Genfer Abrüstungsausschuß, B-, C- und R-Waffen, Teststopp, Nichtverbreitung, regionale Abrüstung, Friedens- und Konfliktforschung“ bzw. seit 8. November 1982 Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit)“, insbesondere START und INF“ im Auswärtigen Amt **Dok. 320** und S. 409<sup>1</sup>, 885<sup>1</sup>, 1313<sup>17</sup>, 1462<sup>1</sup>, 1514<sup>4</sup>, 1624<sup>1</sup>, 1766<sup>1+6</sup>, 1794<sup>1</sup>, 1806<sup>1</sup>, 1838<sup>18</sup>, 1842<sup>1</sup>
- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 81<sup>11</sup>, 1734, 1803
- Hassan ibn Talal** Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 19**
- Hassell, Henning-Leopold von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 123<sup>5</sup>, 1700<sup>8</sup>, 1717<sup>10</sup>, 1792<sup>16</sup>
- Hatfield, Mark Odom** Senator des amerikanischen Bundesstaats Oregon (Republican Party) S. 585, 586<sup>4</sup>
- Hauff, Volker** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 4. Oktober 1982 Bundesminister für Verkehr S. 1273<sup>27</sup>
- Haughey, Charles** Ministerpräsident der Republik Irland vom 9. März bis 14. Dezember 1982 S. 1098–1106
- Hausner, Gideon** Vorsitzender des Rats der Gedenkstätte Yad Vashem; 1977–1981 Mitglied des israelischen Parlaments S. 545
- Havemann, Robert Hans Günther** Chemiker und Publizist in der DDR S. 256
- Hawkins, Paula** Senatorin des amerikanischen Bundesstaats Florida (Republican Party) **Dok. 232**
- Hawwa, Said** Mitglied der Moslembruderschaft in Syrien, seit 1978 im Exil S. 350
- Hecht, Reuben** persönlicher Berater des israelischen Ministerpräsidenten Begin S. 542, 546, 909
- Heick, Hermann** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“ des Bundeskanzleramts bis Oktober 1982 S. 50, 439, 473, 690, 903, 1098<sup>1</sup>, 1100
- Heinichen, Otto-Raban** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt **Dok. 42** und S. 104<sup>34</sup>, 169<sup>15</sup>, 284<sup>25</sup>, 1079<sup>1+9</sup>
- Heinsberg, Volker** Legationsrat I. Klasse im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ des Auswärtigen Amts, seit 26. März 1982 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 185<sup>1</sup>, 186<sup>7</sup>
- Heisbourg, Georges** Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn S. 1530<sup>16</sup>
- Hellbeck, Hannspeter** Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 377<sup>4</sup>
- Helms, Jesse Alexander** Senator des amerikanischen Bundesstaats North Carolina (Republican Party) S. 1296, 1298
- Hempel, Johannes** Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens S. 309<sup>16</sup>, 378, 1351<sup>14</sup>
- Henderson, Sir Nicholas** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington bis 2. September 1982 S. 385<sup>30</sup>, 718
- Hendrichske, Hans-Joachim** Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking, seit 25. Februar 1982 im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 970<sup>1</sup>

- Heng Samrin** Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampuchea und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea S. 611
- Henze, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messwesen“ im Auswärtigen Amt S. 235<sup>1</sup>, 241<sup>30</sup>, 617<sup>1</sup>, 664<sup>1</sup>, 810<sup>1</sup>, 1032<sup>1</sup>, 1035<sup>10</sup>, 1120<sup>1</sup>, 1122<sup>13</sup>, 1186<sup>2</sup>, 1189<sup>9</sup>, 1537, 1566<sup>15</sup>, 1633<sup>11</sup>, 1698<sup>21</sup>, 1710<sup>1</sup>, 1755<sup>1</sup>
- Herbst, Otto-Axel** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 8, 16, 64, 103, 275** und S. 91, 96<sup>29</sup>, 217<sup>4</sup>, 474<sup>5</sup>, 685<sup>3</sup>, 1039<sup>15</sup>, 1196<sup>14</sup>, 1243<sup>7</sup>, 1321<sup>2</sup>, 1508<sup>31</sup>, 1715<sup>6</sup>, 1732<sup>30</sup>, 1763<sup>11</sup>, 1789<sup>23</sup>
- Herder, Gerhard** Leiter der Delegation der DDR im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 121
- Hermes, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1973–1975 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 68, 76, 79, 86, 87, 93, 146, 189, 291, 306, 308, 321, 324, 328** und S. 6, 20<sup>26</sup>, 21, 34, 39, 50, 61, 68<sup>13</sup>, 82<sup>15</sup>, 186<sup>10</sup>, 191<sup>28</sup>, 197<sup>5</sup>, 217<sup>4</sup>, 256<sup>16</sup>, 261<sup>7</sup>, 453<sup>14</sup>, 486<sup>25</sup>, 586<sup>4</sup>, 626<sup>19</sup>, 677<sup>26</sup>, 697<sup>5+6</sup>, 718 f., 747<sup>23</sup>, 796<sup>26</sup>, 797<sup>29</sup>, 800<sup>44</sup>, 813<sup>4</sup>, 846<sup>9</sup>, 879<sup>23</sup>, 915<sup>8</sup>, 922, 988<sup>8</sup>, 1010<sup>15</sup>, 1121<sup>8+10</sup>, 1162, 1170<sup>11</sup>, 1175<sup>10+11</sup>, 1293<sup>26</sup>, 1296<sup>4</sup>, 1297<sup>6</sup>, 1306<sup>6</sup>, 1317<sup>7</sup>, 1321<sup>2</sup>, 1361, 1374<sup>7</sup>, 1403<sup>5</sup>, 1452<sup>58</sup>, 1468<sup>10</sup>, 1475, 1509<sup>36</sup>, 1525<sup>24</sup>, 1552<sup>5</sup>, 1553<sup>10</sup>, 1642<sup>10</sup>, 1651<sup>12</sup>, 1697<sup>16</sup>, 1722, 1726, 1729, 1733<sup>35</sup>, 1767<sup>7</sup>, 1817<sup>16</sup>, 1847<sup>4</sup>, 1848<sup>11</sup>
- Hernu, Charles** Verteidigungsminister der Französischen Republik S. 97<sup>5</sup>, 306, 310, 324<sup>18</sup>, 336, 780<sup>16</sup>, 781, 783, 1069, 1074, 1427–1430, 1454, 1457, 1480–1487, 1506
- Herrera Campíns, Luis** Präsident der Republik Venezuela S. 569<sup>2</sup>, 769, 1720<sup>22</sup>
- Herrmann, Frank-Joachim** Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, sowie Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 1579
- Herter, Christian** 1959–1961 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 761<sup>8</sup>
- Herzog, Kurt** Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen seit Oktober 1982 S. 1675<sup>8</sup>
- Heß, Rudolf** 1933–1941 „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reichs (im alliierten Kriegsverbrechergesängnis in Berlin-Spandau inhaftiert) S. 1599
- Heubaum, Horst** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt bis 17. Oktober 1982, anschließend Botschafter in Managua S. 1735
- Heumann, Hans-Dieter** Attaché im Auswärtigen Amt bis 4. April 1982, anschließend Legationssekretär im Referat 331 „Andenpaktstaaten, Mittelamerika, Mexiko „ S. 569<sup>1</sup>, 768<sup>1</sup>, 1392<sup>15</sup>
- Heyden, Albrecht von der** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 1**
- Hille, Hans-Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bzw. seit 22. Januar 1982 in Lima S. 188<sup>17</sup>, 223<sup>10</sup>, 1033<sup>5</sup>, 1035<sup>10</sup>
- Hiller, Armin** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 992<sup>1</sup>, 995<sup>16</sup>
- Hinckley, John Warnock Jr.** S. 430<sup>8</sup>
- Hinton, Deane Roesch** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in San Salvador S. 770<sup>6</sup>
- Hirsch, Burkhard** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 1465<sup>18</sup>

- Hitler, Adolf** 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 10, 30<sup>5</sup>, 107, 174, 766, 1382, 1490<sup>11</sup>, 1598, 1605
- Hochschild, Ulrich** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amtes, seit 5. April 1982 im Büro des Staatsministers Corterier bzw. ab 4. Oktober 1982 des Staatsministers Mertens, seit 8. April 1982 Legationssekretär, vom 7. November bis 18. Dezember 1982 zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid abgeordnet, ab 20. Dezember 1982 im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen“ S. 1797<sup>10</sup>
- Hoehn, William E. Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1466, 1468f.
- Hoessle, Andreas von** Botschaftsrat und Vertreter der Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait bis 7. April 1982, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amtes S. 705<sup>6</sup>, 1374<sup>5</sup>
- Hoff, Hellmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum“ im Auswärtigen Amt bis 23. August 1982, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in La Paz S. 569<sup>2</sup>, 1178<sup>23</sup>
- Hoffmann, Carl** Flottenadmiral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 324<sup>18</sup>, 1201<sup>37</sup>, 1427<sup>4</sup>, 1485<sup>21</sup>
- Höffner, Joseph** Kardinal und Erzbischof von Köln sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 965f., 1199<sup>27</sup>, 1250f., 1292, 1492, 1498<sup>12</sup>, 1499f.
- Hofmann, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 62, 127, 212, 299** und S. 23<sup>6</sup>, 30<sup>1</sup>, 46<sup>1</sup>, 47<sup>8</sup>, 48<sup>12</sup>, 209<sup>22</sup>, 269<sup>27</sup>, 413<sup>1</sup>, 603<sup>1</sup>, 656<sup>23</sup>, 760<sup>1</sup>, 762<sup>12</sup>, 996<sup>1</sup>, 1075<sup>1</sup>, 1138<sup>18</sup>, 1164<sup>1</sup>, 1218<sup>1</sup>, 1220<sup>1</sup>, 1221<sup>7</sup>, 1256<sup>1</sup>, 1315<sup>28</sup>, 1361<sup>9</sup>, 1427<sup>1+3+4</sup>, 1454<sup>1</sup>, 1465<sup>18+20</sup>, 1466<sup>1</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1523<sup>8</sup>, 1526<sup>1</sup>, 1537, 1544<sup>1</sup>, 1662<sup>1</sup>, 1663<sup>8</sup>, 1665<sup>11</sup>, 1680<sup>1</sup>, 1855<sup>1</sup>, 1857<sup>1</sup>, 1859<sup>7+8</sup>, 1861<sup>16</sup>
- Holden** siehe: Roberto, Álvaro Holden
- Holdridge, John H.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs), seit 10. Dezember 1982 designierter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Jakarta S. 6<sup>7</sup>
- Holik, Josef Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ im Auswärtigen Amt **Dok. 59, 244** und S. 70<sup>1</sup>, 175<sup>1</sup>, 178<sup>12</sup>, 179<sup>14</sup>, 409<sup>1</sup>, 503<sup>1</sup>, 784<sup>1</sup>, 788<sup>13+15</sup>, 847<sup>1</sup>, 1082<sup>1</sup>, 1134<sup>1</sup>, 1431<sup>1</sup>, 1504<sup>18</sup>, 1562<sup>4</sup>, 1699<sup>1</sup>, 1704<sup>4+3</sup>, 1824<sup>1</sup>
- Holl, Norbert Heinrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 1254<sup>10</sup>
- Hollai, Imre** Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik und seit 21. September 1982 Präsident der 37. VN-Generalversammlung S. 640<sup>42</sup>, 1618, 1811
- Holmes, Henry Allen** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs), seit 15. Oktober 1982 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Lissabon S. 429, 668, 677
- Holst, Johan Jørgen** Direktor des Norsk Utenrikspolitisk Institutt (NUPI) und Berater der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“, 1976–1979 Staatssekretär im norwegischen Verteidigungsministerium, 1979–1981 Staatssekretär im Außenministerium S. 886, 888<sup>16</sup>
- Holzheimer, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 611<sup>3</sup>, 613<sup>7</sup>, 614<sup>10</sup>
- Holzman, Franklyn D.** amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler S. 901

- Homeyer, Josef Heinrich** Prälät und Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz S. 1495<sup>4</sup>, 1499<sup>14</sup>, 1500
- Hommel, Nicolas** 1968–1973 Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn S. 1530<sup>16</sup>
- Honecker, Erich** Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Generalsekretär des ZK der SED S. 7–10, 20, 36, 95, 126, 131f., 139, 284, 409–412, 637, 709–715, 857–861, 939, 963, 1003–1008, 1197, 1201, 1214, 1216, 1248, 1268–1277, 1349, 1350<sup>13</sup>, 1352, 1370, 1415, 1491, 1493f., 1579–1585, 1590, 1595, 1670, 1691, 1728, 1742f., 1763f.
- Honsowitz, Herbert** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 875
- de Hoop Scheffer, Jakob (Jaap)** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel S. 227<sup>9</sup>, 1523<sup>11</sup>
- Hoppe, Hans-Günter** Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 618
- Hormats, Robert David** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Economic and Business Affairs) bis 25. August 1982 S. 61, 380, 431<sup>16</sup>, 846
- Horn, Erwin** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 622
- Horn, Gyula** stellvertretender Leiter der außenpolitischen Abteilung des ZK der USAP S. 627, 639
- Horstmann, Hans-Henning** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Accra bis 6. August 1982, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes S. 1106<sup>1</sup>, 1172<sup>1</sup>, 1316<sup>1</sup>, 1548, 1579<sup>1</sup>, 1592<sup>1</sup>, 1624<sup>1</sup>, 1710<sup>1</sup>, 1753<sup>1</sup>, 1766<sup>1</sup>, 1776<sup>1</sup>, 1781<sup>1</sup>, 1806<sup>1</sup>
- Hort, Sepp** stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung von Messerschmitt-Bölkow-Blohm S. 428<sup>16</sup>
- Houphouët-Boigny, Félix** Präsident der Republik Elfenbeinküste S. 245, 247
- Howe, Sir Geoffrey** Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Chancellor of the Exchequer) S. 449, 702, 1501, 1507, 1510–1513
- Hoxha, Enver** Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albanien S. 147
- Höynck, Wilhelm** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika“ im Bundeskanzleramt **Dok. 222** und S. 493, 966<sup>1</sup>, 1121<sup>10</sup>, 1162, 1296<sup>1</sup>, 1338, 1599<sup>20</sup>, 1601<sup>1</sup>
- Hu Yaobang** Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh und bis September 1982 Vorsitzender der KPCh S. 971<sup>6</sup>, 973<sup>15</sup>, 985, 1343<sup>14</sup>, 1397<sup>1</sup>, 1402
- Hua Guofeng** 1976–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 655
- Huang Hua** Außenminister der Volksrepublik China bis 19. November 1982 **Dok. 185, 186** und S. 1150<sup>47</sup>, 1399<sup>8</sup>, 1614
- Huber, Antje** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 28. April 1982 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit S. 650<sup>15</sup>
- Huber, Hermann** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 201** und S. 258<sup>1</sup>, 568<sup>9</sup>, 823<sup>28</sup>, 893<sup>24</sup>, 1001<sup>22</sup>, 1077<sup>13</sup>, 1557<sup>9</sup>, 1834<sup>2</sup>, 1836<sup>10</sup>, 1845<sup>16</sup>
- Hughes, John T.** Mitarbeiter des amerikanischen militärischen Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA) (Deputy Director for Intelligence and External Affairs) S. 21
- Hun Sen** Außenminister der Volksrepublik Kambodscha S. 822<sup>24</sup>
- Huonker, Gunter** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 29. April 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, anschließend bis 4. Oktober 1982 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 138<sup>4</sup>, 192, 425, 439f., 547<sup>1</sup>
- Hupka, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1696

- Husák, Gustáv** Generalsekretär des ZK der KPČ und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 640, 1197<sup>19</sup>, 1493<sup>13</sup>
- Hüsch, Heinz Günther** Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1570, 1697f., 1815–1818
- Hussein, Hassan Sheikh** Botschafter der Demokratischen Republik Somalia in Bonn S. 467
- Hussein al-Takriti, Saddam** Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 448<sup>9</sup>, 611–614, 877<sup>19</sup>, 878, 953<sup>7</sup>, 1022<sup>23</sup>, 1096, 1109, 1129, 1341, 1447, 1805
- Hussein ibn Talal** König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 79, 82f., 879, 908, 1095–1097, 1126, 1151, 1280, 1314, 1445, 1550, 1631, 1638, 1733f., 1803
- Hyland, William George** 1975–1977 stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten S. 1837
- Ibn Saud** *siehe: Abdul Aziz ibn Abd ar-Rahman ibn Faisal al-Saud*
- Ibrahimi, Ahmed Taleb** Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien seit Mai 1982 S. 1152
- Ikedo Yukihiko** stellvertretender Leiter des japanischen Kabinettssekretariats S. 903
- Iklé, Fred Charles** Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 21, 394f., 397, 1521, 1524f.
- Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch** Stellvertretender Außenminister und Kandidat des ZK der KPdSU sowie bis März 1982 Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 254<sup>6</sup>, 380<sup>4</sup>, 765<sup>15</sup>, 1343, 1366, 1432<sup>12</sup>, 1547<sup>18</sup>
- Ikin, B.** Mitarbeiter im türkischen Außenministerium S. 1790
- Indira** *siehe: Gandhi, Indira Priyadarshini*
- Isaak, Abdi Warsame** Minister für Arbeit und Soziales der Demokratischen Republik Somalia S. 467
- Işcen, Oktay** Botschafter der Republik Türkei in der Bundesrepublik seit 9. Dezember 1982 S. 1790
- Ischinger, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 15. August 1982, anschließend im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts, seit September 1982 im Referat 010 „Ministerbüro“ S. 1316<sup>1</sup>, 1345<sup>1</sup>, 1347<sup>11+12</sup>, 1368<sup>1</sup>, 1370<sup>17</sup>, 1454<sup>1</sup>, 1475<sup>1</sup>, 1539<sup>1</sup>, 1559<sup>1</sup>, 1579<sup>1</sup>, 1586<sup>1</sup>, 1592<sup>1</sup>, 1604<sup>1</sup>, 1619<sup>1</sup>, 1624<sup>1</sup>, 1666<sup>1</sup>, 1741<sup>1</sup>, 1753<sup>1</sup>, 1776<sup>1</sup>, 1781<sup>1</sup>, 1785<sup>1</sup>, 1790<sup>1</sup>
- Islebe, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala bis 8. Februar 1982, anschließend Generalkonsul in Amsterdam S. 1014<sup>8</sup>
- Israeljan, Wiktor Lewonowitsch** Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 1312<sup>14</sup>
- Iwan IV. („Iwan der Schreckliche“)** \* 1530 † 1584 S. 1026
- Iwanow, Jurij Alexandrowitsch** Vorstandsvorsitzender der Außenhandelsbank der UdSSR S. 1121<sup>6</sup>
- Jackson, Henry Martin (Scoop)** Senator des amerikanischen Bundesstaats Washington (Democratic Party) S. 585, 586<sup>4</sup>, 1228, 1297, 1849
- de Jager, Cornelis** Generalmajor und stellvertretender Generalstabschef der niederländischen Streitkräfte S. 652<sup>4</sup>, 653
- Jagow, Peter von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amts S. 118<sup>1</sup>, 409<sup>1</sup>, 885<sup>1</sup>, 886<sup>7</sup>, 895<sup>31</sup>
- Jahn, Gerhard** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis November 1982 Vertreter der Bundesrepublik

- Deutschland in der VN-Menschenrechtskommission in Genf S. 423–425
- Jaipal, Rikhi** Beauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, für Abrüstung S. 955, 960
- Jalloud, Abdel Salam Ahmed** Major der libyschen Streitkräfte und Stellvertreter von Oberst Gaddafi in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 735
- Jama Barre, Abdirahman** Außenminister der Demokratischen Republik Somalia S. 467, 471, 1109<sup>10</sup>
- Jamil, Ghalib Ali** stellvertretender Außenminister der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1281
- Jansen, Michael** Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes S. 79<sup>1</sup>, 212, 222, 223<sup>8</sup>, 380<sup>1</sup>, 597<sup>1</sup>, 605<sup>1</sup>, 611<sup>1</sup>, 659, 761<sup>1</sup>, 875<sup>1</sup>, 978<sup>1</sup>, 1012<sup>1</sup>, 1032<sup>1</sup>, 1066<sup>1</sup>, 1194<sup>1</sup>, 1345<sup>1</sup>, 1368<sup>1</sup>, 1579<sup>1</sup>, 1586<sup>1</sup>, 1592<sup>1</sup>, 1753<sup>1</sup>, 1776<sup>1</sup>, 1781<sup>1</sup>
- Jaroszewicz, Piotr** 1970–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 128<sup>11</sup>, 271<sup>33</sup>
- Jaruzelski, Wojciech** Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen, Erster Sekretär des ZK der PVAP sowie Vorsitzender des „Militärrats der Nationalen Rettung“ S. 3–5, 13<sup>12</sup>, 14f., 27, 31, 36f., 51, 53–56, 58, 62, 91, 94, 98, 126f., 128<sup>12</sup>, 141, 152–156, 164f., 168, 174f., 218f., 221<sup>11</sup>, 254, 264f., 271<sup>33</sup>, 341, 347, 366, 370, 373, 382f., 445, 466, 528, 581<sup>4</sup>, 582f., 594, 596, 600, 628, 631<sup>14</sup>, 632–634, 653, 679, 733, 738f., 742, 799, 962<sup>7</sup>, 964–966, 1007, 1052, 1088<sup>21</sup>, 1159<sup>3</sup>, 1161, 1167–1171, 1199, 1217, 1247–1250, 1291f., 1372<sup>26</sup>, 1443, 1495<sup>4</sup>, 1496–1498, 1500, 1557, 1585, 1589, 1591, 1715, 1756<sup>6</sup>, 1757<sup>9</sup>
- Jasebi, Abdollah Jafar Ali** stellvertretender Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 311<sup>24</sup>
- Jean** Großherzog des Großherzogtums Luxemburg S. 1530
- Jelonek, Alois Eduard Karl** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 640<sup>42</sup>, 1195<sup>9</sup>
- Jenkin, Patrick** Industrieminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1501, 1507f., 1510
- Jenkins, Roy Harris (Baron Jenkins of Hillhead)** Mitbegründer der Social Democratic Party im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland; 1977–1981 Präsident der EG-Kommission in Brüssel S. 865
- Jenninger, Philipp** Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bis 4. Oktober 1982, anschließend Staatsminister im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin S. 1352<sup>1</sup>, 1386<sup>1</sup>, 1501, 1580, 1716, 1743
- Jervell, Sverre** Mitarbeiter im norwegischen Außenministerium S. 406
- Jesser, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 661<sup>12</sup>
- Jestaedt, Rudolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 597, 1028<sup>48</sup>, 1115<sup>22</sup>
- Jobert, Michel** Minister für Außenhandel der Französischen Republik (Ministre d'État, Ministre du Commerce extérieur); 1973/74 Außenminister S. 334, 1472<sup>7</sup>, 1508
- Joetze, Günter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ im Auswärtigen Amt S. 143<sup>2</sup>, 242<sup>5+6</sup>, 1082<sup>1</sup>, 1403<sup>1</sup>, 1534<sup>1</sup>, 1537, 1704<sup>2</sup>
- Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła)** Papst S. 26, 76f., 115, 129, 218, 392, 430, 593–596, 599, 679, 684, 729, 733, 740, 764, 799, 956, 1160f., 1169<sup>8</sup>, 1199, 1216f., 1229, 1311, 1388, 1414<sup>21</sup>, 1490<sup>2</sup>, 1491f., 1502, 1513, 1557, 1585, 1589f.
- Jóhannesson, Ólafur** Außenminister der Republik Island S. 763, 805, 827, 834, 1325, 1790<sup>25</sup>

- Johannsson, Göran** Staatssekretär in der Kanzlei des schwedischen Ministerpräsidenten Fällidin S. 506, 519
- Johnson, Lyndon Baines** 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 550, 760, 761<sup>8</sup>, 762, 1243, 1400
- Jones, David C.** Generalstabschef der amerikanischen Streitkräfte bis 18. Juni 1982 **Dok. 131** und S. 21, 1227, 1299
- Jones, James Robert** Abgeordneter des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 50, 694
- Jorge, Paulo Teixeira** Außenminister der Volksrepublik Angola S. 184, 1205<sup>18</sup>, 1376
- Jørgensen, Anker** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark bis 10. September 1982; 1978 Außenminister **Dok. 194** und S. 135, 289, 403<sup>13</sup>, 482, 530, 598, 809<sup>25</sup>, 942f., 969<sup>18</sup>, 1037, 1075, 1236
- Jørgensen, Eigil** Staatssekretär im dänischen Außenministerium S. 597
- Jovy, Ernst Michael** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest **Dok. 301, 313** und S. 495<sup>6</sup>, 1695
- Juan Carlos I.** König des Königreichs Spanien **Dok. 47** und S. 233f., 463, 672, 917, 1678
- Jumblatt, Walid** Vorsitzender der Parti Socialiste Progressiste in der Libanesischen Republik S. 1010
- Jung, Ernst Friedrich** Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt; 1978–1981 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 559<sup>9</sup>
- Junker, Ulrich** Vortragender Legationsrat im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ des Auswärtigen Amtes S. 832<sup>32</sup>
- Junker, Wolfgang** Minister für Bauwesen der DDR S. 1580
- Kádár, János** Erster Sekretär des ZK der USAP S. 285, 314, 493f., 590, 627–641, 650, 653, 678f., 939, 1026, 1174, 1248, 1666–1674, 1728
- Kaddumi, Faruk** Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und der PLO sowie Leiter der Politischen Abteilung der PLO S. 960, 1152, 1267, 1444
- Kahn, Herman** Gründer des Hudson Institute in Croton-on-Hudson S. 1020
- Kaiser, Karl** Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln sowie Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn S. 760, 1076, 1078
- Kalangula, Peter** Vorsitzender der Democratic Turnhalle Alliance (DTA) in Namibia bis 15. Februar 1982 S. 312<sup>31</sup>
- Kalkbrenner, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen“ im Auswärtigen Amt S. 1565<sup>7</sup>
- Kamenzew, Wladimir Michajlowitsch** Fischereiminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 404
- Kampelman, Max M.** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 373, 765<sup>15</sup>, 1312, 1344, 1366, 1403–1406, 1407<sup>19</sup>, 1432<sup>12</sup>, 1441, 1561–1564, 1704<sup>3</sup>, 1705f.
- Kane, Robert** 1977–1980 Präsident des Olympischen Komitees der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39<sup>25</sup>
- Kania, Stanisław** Mitglied des ZK der PVAP und seit Mai 1982 Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen; 1980/81 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 153f., 633f.
- Kapiza, Michail Stepanowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit Dezember 1982 Stellvertreter Außenminister S. 975<sup>22</sup>
- Kapp, Wolfgang** 1907–1920 Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, 1920 Mit-anführer des „Kapp-Putsches“ S. 228

- Kapsis, Ioannis** Staatsminister im griechischen Außenministerium S. 1689<sup>19</sup>
- Karamanlis, Konstantinos** Präsident der Hellenischen Republik; 1974–1980 Ministerpräsident **Dok. 325** und S. 45<sup>21</sup>, 193<sup>5</sup>, 289, 671, 833<sup>35</sup>, 1676<sup>11</sup>, 1734
- Karim, Tayeh Abdul** Erdölminister der Republik Irak bis Juni 1982, anschließend Berater im Büro der „Popular Organisation's Affairs“ S. 614<sup>10</sup>
- Karkow, Bodo** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 102** und S. 342<sup>1</sup>, 380<sup>4</sup>, 535<sup>1</sup>, 642<sup>1</sup>, 946<sup>1</sup>, 1378<sup>21</sup>, 1503<sup>11</sup>, 1642<sup>9</sup>, 1650<sup>9</sup>, 1754<sup>9</sup>
- Karmal, Babrak** Vorsitzender des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan und Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 39<sup>31</sup>, 1615
- al-Kasim, Marwan** Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1097, 1152
- Kastl, Hans Jörg** Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt und vom 7. Februar bis 13. März 1982 sowie vom 8. November bis 18. Dezember 1982 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid **Dok. 52, 300** und S. 373<sup>29</sup>, 380<sup>4</sup>, 381<sup>5</sup>, 383, 1406 f., 1629 f., 1706, 1778<sup>12</sup>
- Kastrup, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 75** und S. 138<sup>1</sup>, 709<sup>1</sup>, 1215<sup>5</sup>, 1268<sup>1</sup>, 1275<sup>33</sup>, 1599<sup>20</sup>, 1761<sup>1</sup>
- Katapodis, Nicolas** Generaldirektor für politische Angelegenheiten im griechischen Außenministerium bis 18. August 1982 S. 192
- Kaufmann-Bühler, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ des Auswärtigen Amtes S. 359<sup>1</sup>, 642<sup>1</sup>
- Kaunda, Kenneth David** Präsident der Republik Sambia S. 681, 814, 995<sup>19</sup>
- Keblůšek, Emil** Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 557<sup>6</sup>, 1135<sup>5</sup>
- Keil, Franz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt S. 25<sup>1</sup>, 56<sup>1</sup>, 145, 309<sup>17</sup>, 664<sup>1</sup>, 1156<sup>79</sup>, 1169<sup>8</sup>, 1311<sup>11</sup>, 1495<sup>4</sup>, 1499<sup>14</sup>, 1564<sup>1</sup>
- Keilholz, Karl** Hauptabteilungsleiter im Außenhandelsministerium der DDR S. 710<sup>7</sup>
- Kekkonen, Urho Kaleva** Präsident der Republik Finnland bis 27. Januar 1982 S. 280, 526
- Kennan, George Frost** amerikanischer Historiker und Diplomat, emeritierter Professor am Institute for Advanced Study in Princeton (New Jersey) S. 586, 591, 623–625, 706, 760, 806, 1031, 1075, 1078, 1656<sup>12</sup>
- Kennedy, Edward Moore** Senator des amerikanischen Bundesstaats Massachusetts (Democratic Party) S. 585, 586<sup>4</sup>, 592, 1103
- Kennedy, John Fitzgerald** 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 290<sup>6</sup>, 458, 523, 550, 760, 761<sup>8</sup>, 762, 1103, 1400, 1424
- van de Kerckove, Marcel** Botschafter des Königreichs Belgien in Ankara S. 462<sup>18</sup>
- Kérékou, Mathieu** Präsident der Volksrepublik Benin S. 1479
- de Kergorlay, Roland** Leiter der Ständigen Vertretung der Europäischen Gemeinschaften in Washington bis August 1982 S. 385<sup>30</sup>
- Keynes, John Maynard** \* 1883 † 1946 S. 447, 522, 691
- Khaddam, Abdel Halim** Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 349<sup>5</sup>, 1151 f., 1444

- Khalaf, Karim** Bürgermeister von Ramallah bis März 1982 S. 536<sup>8</sup>
- Khalaf, Salah Mesbah** stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der PLO sowie Sicherheitschef der PLO S. 1261<sup>5</sup>
- Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud** König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien bis zu seinem Tod am 13. Juni 1982 S. 953 f., 958, 1129<sup>25</sup>
- Khalil, Mustafa** 1978–1980 Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten sowie 1979/80 Außenminister S. 224<sup>11</sup>
- Khamenei, Sejjed Ali** Präsident der Islamischen Republik Iran S. 878
- Khan, Shafurdine** Abteilungsleiter im mosambikanischen Außenministerium S. 992
- Khieu Samphan** „Vizepräsident“ der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea seit 22. Juni 1982; 1976–1979 Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea S. 979<sup>10</sup>, 980<sup>12</sup>, 1149<sup>43</sup>
- Khomeini, Ruhollah** schiitischer Geistlicher (Ayatollah), geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 87, 310, 448<sup>9</sup>, 612, 800<sup>44</sup>, 878, 908, 953<sup>7</sup>, 1128, 1447, 1550, 1805
- Kiderlen, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ des Auswärtigen Amtes S. 283<sup>23</sup>, 1810<sup>1</sup>
- Kiening** Mitarbeiter der Firma Rohde & Schwarz S. 705
- Kiep, Walther Leisler** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) bis 26. April 1982, seit Juni 1982 Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg S. 1744
- Kiesinger, Kurt Georg** 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (CDU) S. 520<sup>5</sup>, 1481<sup>8</sup>
- Kiesl, Erich** Oberbürgermeister von München (CSU) S. 431<sup>13</sup>
- Kimche, David** Generaldirektor im israelischen Außenministerium **Dok. 239, 240** und S. 875, 877 f., 1009–1012, 1300–1303, 1802<sup>8</sup>
- Kinkel, Klaus** Präsident des Bundesnachrichtendienstes, seit 14. Oktober 1982 Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 659, 661, 1790, 1794
- Kirchschläger, Rudolf** Bundespräsident der Republik Österreich S. 1272, 1492
- Kirkland, Joseph Lane** Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO S. 692, 1607, 1651<sup>14</sup>, 1657
- Kirkpatrick, Jeane Jordan** Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 374<sup>31</sup>, 846<sup>9</sup>, 914<sup>5</sup>
- Kirstein, Hartmut** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ S. 1256<sup>1</sup>, 1260<sup>24</sup>, 1707<sup>1</sup>
- Kissinger, Henry Alfred** 1969–1975 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39, 63, 66, 105, 267, 269, 451, 523, 761, 792, 972, 1027, 1037, 1104, 1172, 1179, 1229, 1267, 1424, 1730
- Kiszcak, Czesław** Innenminister der Volksrepublik Polen und Mitglied des „Militärrats der Nationalen Rettung“ S. 365<sup>11+12</sup>, 382<sup>16</sup>, 1167<sup>2</sup>, 1591
- Kittel, Walter** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 353<sup>9</sup>, 452<sup>6</sup>, 1236<sup>26</sup>, 1740<sup>21</sup>
- Klar, Christian** Mitglied der Rote-Armee-Fraktion S. 1601, 1603
- Kleindienst, Willi** 1968–1976 als Ministerialrat bzw. seit 1969 als Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 710<sup>7</sup>
- Klose, Hans-Ulrich** Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) S. 622, 625

- Knackstedt, Günter Wilhelm Karl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg S. 1533<sup>25</sup>
- Knieß, Günter** Legationsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 291<sup>13</sup>
- Knoerich, Volker** Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 190<sup>23+24</sup>
- Knoph, Roald** Unterabteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 277, 290
- Kociotek, Stanislaw** Erster Sekretär des PVAP-Komitees in Warschau, seit Juni 1982 Botschafter der Volksrepublik Polen in Moskau S. 1586
- Kohl, Cäcilie** S. 1382, 1601
- Kohl, Hannelore** S. 1353 f., 1383, 1488, 1726
- Kohl, Hans** S. 1382, 1601, 1688
- Kohl, Helmut** Vorsitzender der CDU und bis 4. Oktober 1982 der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 1. Oktober 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz **Dok. 254, 255, 256, 260, 265, 266, 272, 273, 282, 285, 292, 307, 311, 316, 318, 319, 325, 331, 334, 350** und S. 222, 229, 430 f., 1183<sup>12</sup>, 1199<sup>26</sup>, 1292, 1295, 1298, 1304<sup>2</sup>, 1348–1350, 1361, 1365<sup>27</sup>, 1369<sup>10</sup>, 1370, 1372, 1398, 1425, 1442<sup>17</sup>, 1447, 1458, 1476 f., 1480–1482, 1484, 1493, 1494<sup>20</sup>, 1495, 1500–1503, 1504<sup>18</sup>, 1513, 1514<sup>1</sup>, 1515<sup>7</sup>, 1575 f., 1579 f., 1583, 1590 f., 1596–1600, 1604–1618, 1632, 1638, 1647, 1663 f., 1666–1668, 1669<sup>14</sup>, 1671, 1673, 1676<sup>11</sup>, 1698, 1712, 1716 f., 1738–1741, 1744, 1747, 1760<sup>30</sup>, 1797, 1817, 1834<sup>3</sup>, 1835<sup>8</sup>, 1858<sup>6</sup>
- Kohl, Michael** 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, 1973–1978 Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 120, 167<sup>14</sup>, 791<sup>4</sup>
- Kohl, Peter** S. 1384, 1601, 1688
- Kohl, Walter** \*1926 †1944 S. 1333, 1382
- Kohl, Walter** S. 1382, 1384, 1601, 1688
- Köhler, Peter** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1429<sup>9</sup>
- Kohlhaas, Irene** Legationsrätin bzw. seit 27. Mai 1982 Legationsrätin I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 106**
- Koivisto, Mauno** Ministerpräsident der Republik Finnland bis 27. Januar 1982, anschließend Präsident S. 526
- Kolbe, Maximilian Maria** polnischer Minoritenpater, am 14. August 1941 ermordet S. 1414
- Kondraschow, Sergej Alexandrowitsch** stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und Mitglied des Geheimdienstes KGB S. 373<sup>29</sup>
- König, Franz** Kardinal und Erzbischof von Wien S. 1492
- König, Klaus** ab Oktober 1982 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Innere Angelegenheiten und Planung“ des Bundeskanzleramts S. 1683
- Konow, Gerhard** Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Verkehr, anschließend vom 29. April bis 4. Oktober 1982 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts, dann Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen S. 913, 922, 1040, 1048<sup>1</sup>, 1098<sup>1</sup>, 1236, 1304<sup>1</sup>, 1321<sup>2</sup>
- Körber** S. 1293
- Kornblum, John Christian** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Central European Affairs) S. 380
- Kornienko, Georgij Markowitsch** Erster Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 489 f., 823<sup>28</sup>, 1000, 1365, 1368, 1844
- Kornilow, Jurij Emmanuilowitsch** politischer Beobachter bei der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS S. 568<sup>9</sup>
- Koschnick, Hans** Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des Parteivorstands der SPD sowie bis 31. Oktober 1982 Präsident des Bundesrats S. 1394<sup>1</sup>, 1744

- Kosmow, Konstantin Nikolow** Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Bonn S. 145f., 170
- Kossygin, Alexej Nikolajewitsch** 1960–1980 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1964–1980 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 18<sup>13</sup>, 511<sup>27</sup>, 527
- Kostandow, Leonid Arkadjewitsch** Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 1339f.
- Kövári, Péter** Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 493, 641, 1666
- Kowalczyk, Edward** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Vorsitzender der Partei Stronnictwo Demokratyczne **Dok. 144** und S. 763f.
- Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch** Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und seit November 1982 Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 489, 1563
- Krabatsch, Ernst** Leiter der Hauptabteilung „Grundsatzfragen und Planung“ im Außenministerium der DDR S. 120f.
- Krancke, Gerhard** Kapitän zur See und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt bis März 1982, anschließend in das Bundesministerium der Verteidigung zurückversetzt S. 618<sup>5</sup>
- Kreisky, Bruno** Bundeskanzler der Republik Österreich und Vorsitzender der SPÖ S. 628, 735, 968
- Krieg, Jörg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Reykjavik S. 763
- Krier, Stefan** Legationsrat I. Klasse im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beiträge, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ des Auswärtigen Amts S. 359<sup>1</sup>, 567<sup>6</sup>
- Kroesen, Frederick James** General der amerikanischen Streitkräfte sowie Kommandant der Seventh United States Army und der NATO Central Army Group S. 920
- Kröger, Klaus** Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 9. Mai 1982, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 3<sup>1+5</sup>
- Krolikowski, Werner** Staatssekretär und Stellvertretender Außenminister der DDR sowie Mitglied des ZK der SED S. 709, 857
- Kroneck, Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 1564<sup>1</sup>, 1568<sup>23</sup>, 1694<sup>1</sup>, 1696<sup>12</sup>, 1697<sup>17+18</sup>, 1815<sup>1</sup>
- Kubiak, Hieronim** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und bis 16. Juli 1982 Sekretär des ZK S. 1159<sup>3</sup>
- Kuhn, Dieter** Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus (auch für Jordanien und Saudi Arabien zuständig) bis Oktober 1982 S. 79<sup>5</sup>
- Kuhna, Karl Heinz** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 135<sup>13</sup>
- Kuligk, Andreas** Legationsrat I. Klasse im Referat 331 „Andenpaktstaaten, Mittelamerika, Mexiko“ des Auswärtigen Amts S. 569<sup>1</sup>, 768<sup>1</sup>
- Kunhardt, Ulla von** Dolmetscherin S. 1018
- Kunst, Hermann** Bischof und 1949–1977 Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung S. 129

- Kunz, Gerhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Genfer Abrüstungsausschuß, B-, C- und R-Waffen, Teststopp, Nichtverbreitung, regionale Abrüstung, Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amtes S. 409<sup>1</sup>, 893<sup>27</sup>, 1462<sup>1</sup>, 1839<sup>1</sup>
- Kunze, Gerhard** Senatsrat und Beauftragter des Senats von Berlin für den Reise- und Besuchsverkehr S. 1273<sup>24</sup>, 1582<sup>22</sup>
- Kurokawa Tsuyoshi** Mitarbeiter im japanischen Außenministerium S. 903
- Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch** Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 263, 1338
- Kusnezow, Georg** Amtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes S. 364<sup>1</sup>, 1403<sup>3</sup>, 1405<sup>13</sup>
- Kusnezow, Wassilij Wassiljewitsch** Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; 1955–1977 Erster Stellvertretender Außenminister S. 1576
- Kusumaatmadja, Mochtar** Außenminister der Republik Indonesien S. 606
- Kutyla, Leopold** Erster Sekretär an der polnischen Botschaft in Bonn S. 738
- Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch** Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 72<sup>14</sup>, 149, 150<sup>4</sup>, 260, 265 f., 415, 579 f., 588, 590, 1016, 1411 f., 1421 f., 1426, 1458, 1460 f., 1483<sup>15</sup>, 1620 f., 1623, 1624<sup>24</sup>, 1628, 1670, 1745, 1847<sup>6</sup>
- Kyaw, Dietrich von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 202** und S. 359<sup>2</sup>, 642<sup>3+5</sup>, 1791<sup>13</sup>
- Kyprianou, Spyros** Präsident der Republik Zypern S. 959
- de La Genière, Renaud** Gouverneur der französischen Notenbank S. 338
- Lacaze, Jeannou** Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 517<sup>2</sup>
- Lafayette** siehe: *du Motier, Gilbert, marquis de La Fayette*
- Lafontaine, Oskar** Oberbürgermeister von Saarbrücken, Vorsitzender der SPD des Saarlands und Mitglied des Präsidiums der SPD S. 409–412, 622 f., 625, 1213
- Lagorio, Lelio** Verteidigungsminister der Italienischen Republik S. 1424
- Lahn, Lothar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid bis 31. Januar 1982, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amtes S. 230<sup>24</sup>, 1526<sup>1</sup>
- Lahnstein, Manfred** Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts, anschließend vom 28. April bis 1. Oktober 1982 Bundesminister der Finanzen, zudem vom 17. September bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für Wirtschaft S. 6, 9, 48, 50, 97, 102–104, 106, 112, 210, 237, 241<sup>30</sup>, 244<sup>1</sup>, 351<sup>1</sup>, 423<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 467<sup>1</sup>, 547<sup>1</sup>, 617<sup>2</sup>, 618, 650, 732, 1059<sup>3</sup>, 1163, 1199, 1290<sup>4</sup>
- Lahr, Rolf** 1969–1974 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 544<sup>13</sup>
- Lahusen, Carl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin S. 1098<sup>1</sup>, 1102<sup>15</sup>
- Laloy, Jean Léonard** Präsident der französischen interministeriellen Kommission für Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland S. 332, 1477
- Lambsdorff, Otto Graf** Bundesminister für Wirtschaft mit einer Unterbrechung vom 17. September bis 4. Oktober 1982 und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 30<sup>4</sup>, 344, 346–348, 449, 452, 467<sup>1</sup>, 614<sup>10</sup>, 617<sup>2</sup>, 620, 692<sup>9</sup>, 713, 729<sup>37</sup>,

- 1059<sup>3</sup>, 1098<sup>1</sup>, 1155, 1201<sup>36</sup>, 1270f., 1290<sup>4</sup>, 1291, 1339<sup>9</sup>, 1363, 1417, 1472<sup>7</sup>, 1501, 1507–1510, 1533, 1568, 1725f., 1816f.
- Lami Dozo, Basilio Arturo Ignacio** General und Oberbefehlshaber der argentinischen Luftstreitkräfte S. 956<sup>7</sup>
- Landau, Friedrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 45<sup>19</sup>, 462<sup>16</sup>
- Lang, Norbert** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 28<sup>8</sup>
- Lange, Oskar** \*1904 †1965 polnischer Wirtschaftswissenschaftler S. 1248
- Lankes, Johann Christian** seit 1. Februar 1982 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok; 1978–1981 beigeordneter NATO-Generalsekretär für Politische Angelegenheiten mit der Amtsbezeichnung Botschafter und Vorsitzender des Senior Political Committee der NATO S. 980<sup>12</sup>
- Lasater, John R.** General und Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 394, 1466–1468
- Laske, Gerhard** Exekutivdirektor der Bundesrepublik Deutschland beim IWF in Washington S. 630<sup>13</sup>
- Lautenschlager, Hans Werner** Staatssekretär im Auswärtigen Amt **Dok. 200** und S. 25, 185, 187<sup>12</sup>, 191<sup>27</sup>, 235, 237<sup>13</sup>, 238<sup>14–17</sup>, 239<sup>18–22</sup>, 240<sup>23+24</sup>, 240<sup>26–29</sup>, 244, 250, 359, 417<sup>1</sup>, 428<sup>16</sup>, 429<sup>1</sup>, 473, 475, 477–480, 617, 641, 710<sup>7</sup>, 715, 716<sup>9</sup>, 718, 719<sup>8</sup>, 784, 898, 1032, 1066, 1067<sup>8–11</sup>, 1067<sup>13+14</sup>, 1068, 1079, 1080<sup>10</sup>, 1120<sup>1</sup>, 1122<sup>13</sup>, 1189, 1202, 1205<sup>18</sup>, 1206, 1230<sup>1</sup>, 1236<sup>1</sup>, 1296<sup>1</sup>, 1309<sup>13</sup>, 1360<sup>1</sup>, 1387<sup>7</sup>, 1398<sup>2+6</sup>, 1431<sup>2</sup>, 1534f., 1536<sup>19+20+23</sup>, 1537<sup>40</sup>, 1538<sup>42</sup>, 1548<sup>1</sup>, 1633<sup>11</sup>, 1646<sup>15</sup>, 1710, 1713<sup>15</sup>, 1723<sup>6</sup>, 1770, 1813, 1814<sup>8</sup>
- Laxalt, Paul Dominique** Senator des amerikanischen Bundesstaats Nevada (Republican Party) S. 1172
- Lázár, György** Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des Politbüros des ZK der USAP S. 493f., 1673
- Le Pors, Anicet** Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreformen beim französischen Ministerpräsidenten Mauroy S. 334
- Leber, Georg** Vizepräsident des Deutschen Bundestags (SPD); 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 622, 781, 1076, 1078, 1653
- Lee Bum Suk** Außenminister der Republik Korea (Südkorea) seit 2. Juni 1982 S. 1450
- Lee Kuan Yew** Ministerpräsident von Singapur S. 1172, 1179–1181
- Lehlbach, Julius** Vorsitzender des Landesbezirksvorstands Rheinland-Pfalz des DGB S. 1465<sup>18</sup>
- Lehnhardt, Annelie** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 226<sup>1</sup>, 232<sup>1</sup>, 1747
- Leica** General der kubanischen Streitkräfte S. 773<sup>4</sup>
- Lemnitzer, Lyman L.** 1963–1969 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 1456<sup>22</sup>, 1485
- Lenin, Wladimir Iljitsch** 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 225, 387, 1614<sup>4</sup>
- van Lennep, Emile** Generalsekretär der OECD S. 1755
- Lenz, Carl Otto** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit Oktober 1982 Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen S. 1477
- Leonhard, James** amerikanischer Berater der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ S. 886
- Leprette, Jacques** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 547<sup>2</sup>

- Leshem-Stein, Simon** Erster Sekretär an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1260, 1548
- Leuchs, Walter** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 735<sup>55</sup>
- Leutwiler, Fritz** Präsident der schweizerischen Nationalbank S. 338
- Levin, Carl** Senator des amerikanischen Bundesstaats Michigan (Democratic Party) S. 1662
- Lewalter, Karl Walter** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid; 1976–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt S. 120<sup>8</sup>, 227<sup>9</sup>
- Libal, Michael** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 1770<sup>1</sup>
- Liberman, Jewsei Grigorjewitsch** \*1897 †1981 sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler S. 1611
- Limann, Hilla** 1979–1981 Präsident der Republik Ghana S. 245, 247<sup>10</sup>, 437<sup>21</sup>
- Limmer, Herbert** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Lateinamerikapolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 227** und S. 136<sup>16</sup>, 369<sup>5</sup>, 566<sup>4</sup>, 569<sup>1</sup>, 594<sup>4</sup>, 615, 616<sup>9</sup>, 772<sup>1</sup>, 880<sup>30</sup>, 1049<sup>6</sup>, 1109<sup>11</sup>, 1393<sup>16</sup>, 1394<sup>1</sup>
- Lincke, Dietrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen“ des Auswärtigen Amtes bis 16. März 1982, anschließend beurlaubt für eine Tätigkeit bei der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 355<sup>1</sup>
- Lissfelt, Mark C.** Erster Sekretär und Vertreter des Botschaftsrats für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1619
- Llosa** Generalsekretär des peruanischen Außenministeriums S. 1035<sup>10</sup>
- Loeck, Hans Werner** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lima bis Februar 1982, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 161** und S. 496<sup>9</sup>, 810<sup>1</sup>, 1048, 1058, 1120<sup>1</sup>, 1189<sup>1</sup>, 1309, 1326<sup>11</sup>, 1360<sup>1</sup>, 1361<sup>9</sup>, 1537, 1551<sup>1</sup>, 1710<sup>2</sup>, 1792<sup>15</sup>
- Lohse, Johannes** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 849<sup>9</sup>
- Londoño Paredes, Julio** Generaldirektor des kolumbianischen Außenministeriums S. 615–617
- López Portillo y Pacheco, José** Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten bis 30. November 1982 S. 374, 375<sup>33</sup>, 420, 522<sup>7</sup>, 569<sup>2</sup>, 1059, 1720<sup>22</sup>
- Lubbers, Ruud** Vorsitzender des CDA und seit 4. November 1982 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1070<sup>9</sup>, 1413, 1653<sup>f</sup>.
- Lucas García, Fernando Romeo** Präsident der Republik Guatemala bis 23. März 1982 S. 467<sup>11</sup>
- Luce, Baron Richard Napier** Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign Affairs) bis 6. April 1982 S. 539<sup>7</sup>
- Luckhardt, Karl Heinz** Oberbürgermeister von Kiel S. 1018
- Ludendorff, Erich Friedrich Wilhelm** 1916–1918 Erster Generalquartiermeister und stellvertretender Leiter der Obersten Heeresleitung des Deutschen Reichs S. 1489
- Lugar, Richard Green** Senator des amerikanischen Bundesstaats Indiana (Republican Party) S. 1608<sup>17</sup>, 1611
- Luns, Joseph Antoine Marie Hubert** Generalsekretär der NATO **Dok. 319** und S. 78, 288<sup>43</sup>, 327, 482, 652<sup>4</sup>, 670<sup>6</sup>, 678, 919, 935, 937, 946, 1176, 1256–1259, 1325, 1364, 1448, 1688, 1782, 1784
- Lunz, Yosef** Brigadegeneral der israelischen Streitkräfte und Gouverneur der Zivilverwaltung im Gaza-Streifen S. 84

- Lüst, Reimar** Präsident der Max-Planck-Gesellschaft S. 1269<sup>11</sup>, 1273 f.
- Lustiger, Jean-Marie** Erzbischof von Paris S. 966
- Luther, Martin** \* 1483 † 1546 S. 1215 f., 1274, 1494, 1529, 1691, 1762, 1764
- Lüttwitz, Walther Freiherr von** General des Deutschen Heeres, 1918–1920 Oberbefehlshaber der Reichswehr in Berlin-Brandenburg, 1920 beteiligt am „Kapp-Putsch“ S. 228<sup>12</sup>
- Luy, Julius Georg** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 15. März 1982 im Referat im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts S. 1699<sup>1</sup>
- MacEachen, Allan Joseph** stellvertretender Ministerpräsident und bis 9. September 1982 Finanzminister von Kanada, anschließend Außenminister S. 1325, 1329, 1790<sup>25</sup>
- MacGuigan, Mark** Außenminister von Kanada bis 9. September 1982 S. 20<sup>25</sup>, 75, 254 f., 257, 791<sup>6</sup>, 813–815, 818, 827, 831 f., 947, 951, 1205
- Macharski, Franciszek** Kardinal und Erzbischof von Krakau S. 1160<sup>4</sup>
- Machel, Samora Moises** Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 995<sup>19</sup>
- Madej, Zbigniew** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und bis Oktober 1982 Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat S. 1169<sup>9</sup>
- de la Madrid, Miguel** Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten seit 1. Dezember 1982 S. 1059, 1720<sup>24</sup>
- Magaña Borja, Álvaro Alfredo** Intermittierender Präsident der Republik El Salvador seit 2. Mai 1982 S. 769 f., 1015, 1391 f.
- Maihofer, Werner** 1972–1980 Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben und 1974–1978 Bundesminister des Innern S. 1822<sup>7</sup>
- Makarios III., Myriarthos (Michael Christodoulos Muskos)** 1959–1977 Erzbischof und Präsident der Republik Zypern (von Juli bis Dezember 1974 im Exil) S. 288<sup>42</sup>
- Maki, Hassan** stellvertretender Ministerpräsident für wirtschaftliche Angelegenheiten der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1277
- Malagodi, Giovanni** Ehrenvorsitzender der PLI S. 1013
- Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von** Legationsrätin I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 1629<sup>1</sup>
- Mangwende, Witness** Außenminister von Simbabwe S. 853
- Mansfield, Michael Joseph** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Tokio; 1953–1977 Senator des amerikanischen Bundesstaats Montana (Democratic Party) S. 111, 427
- Mao Zedong** 1949–1976 Vorsitzender des ZK der KPCh S. 7, 472, 766
- Marchais, Georges** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs S. 1605
- Marcinkus, Paul** Titular-Erzbischof von Horta, Präsident der Vatikanbank und Substitut im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 599<sup>21</sup>
- Marcora, Giovanni** Minister für Industrie, Handel und lokale Industrie der Italienischen Republik bis 30. November 1982 S. 729<sup>37</sup>
- Margrethe II.** Königin des Königreichs Dänemark S. 1764
- Marjai, József** Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des ZK der USAP Dok. 98 und S. 633<sup>18</sup>
- Marshall, George Catlett** 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 280, 323, 496, 583, 1110, 1550
- Martens, Wilfried** Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 937, 946 f., 951, 1353

- Martínez, Ana Guadalupe** Mitglied der FMLN S. 1392<sup>10</sup>
- Martínez Cuenca, Alejandro** Außenhandelsminister der Republik Nicaragua S. 775
- Martínez Vivot, Julio José** Verteidigungsminister der Argentinischen Republik seit 2. Juli 1982 S. 1187
- Martini-Urdaneta, Alberto** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Venezuela bei den Vereinten Nationen in New York S. 1450<sup>54</sup>
- Martius, Götz-Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Andenpaktstaaten, Mittelamerika, Mexiko“ im Auswärtigen Amt **Dok. 114, 125** und S. 768<sup>1+3</sup>, 772, 773<sup>4</sup>, 1390<sup>1</sup>
- Martre, Jean** Generaldelegierter für Rüstungsfragen im französischen Verteidigungsministerium (Délégué générale pour l'armement) S. 1196<sup>14</sup>, 1428
- Maru, Tesfaye** Wohnungsminister des Sozialistischen Äthopiens S. 1253
- Marx, Karl** \* 1818 † 1883 S. 1382
- Marx, Werner** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und bis 27. Oktober 1982 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, anschließend Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1521–1526
- Masire, Quett Ketumile Joni** Präsident der Republik Botswana S. 995<sup>19</sup>
- Massoud, Schah Ahmad** Mitglied der „Jamiat-i Islami“ in Afghanistan S. 1478<sup>15</sup>
- Matsunaga Nobuo** Unterstaatssekretär im japanischen Außenministerium S. 903
- Matthias, Helmut Richard** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amtes S. 72<sup>13</sup>, 406, 1189<sup>1</sup>, 1242<sup>1</sup>
- Matthöfer, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 28. April 1982 Bundesminister der Finanzen, anschließend bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen S. 307, 338, 449, 473, 475–478, 617<sup>2</sup>, 633, 650<sup>15</sup>
- Mattingly, Mack Francis** Senator des amerikanischen Bundesstaats Georgia (Republican Party) **Dok. 232**
- Matussek, Thomas** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 19. August 1982 Vortragender Legationsrat und Referent im Referat 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei“ des Bundeskanzleramts S. 647<sup>4</sup>, 1501<sup>1</sup>
- Maupassant, Guy de** \* 1850 † 1893 S. 924
- Mauroy, Pierre** Ministerpräsident der Französischen Republik und Bürgermeister von Lille **Dok. 282** und S. 33, 92, 94, 97–101, 107, 115, 134<sup>8</sup>, 193, 324, 327, 329–333, 334<sup>5</sup>, 335, 338, 418, 422f., 450<sup>19</sup>, 473–481, 498, 677, 763, 778<sup>9</sup>, 934f., 944, 1183, 1335, 1476f., 1480–1482, 1789<sup>23</sup>
- Mazowiecki, Tadeusz** Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ und Chefredakteur der Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“, von Dezember 1981 bis Dezember 1982 interniert S. 4<sup>9</sup>, 128
- Mazzini, Giuseppe** \* 1805 † 1872 S. 723
- McCormack, Richard T.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, am 28. Juli 1982 als Abteilungsleiter nominiert (Assistant Secretary of State for Economic and Business Affairs) S. 1537f.
- McDonald, Wesley L.** Admiral der amerikanischen Marine und seit 1. Oktober 1982 Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich Atlantik (SACLANT), Oberbefehlshaber der US Atlantic Fleet (CINCLANTFLT) und des US Atlantic Command (CINCLANT) S. 1515, 1707, 1709
- McNamara, Robert Strange** 1961–1968 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika; 1968–1981 Präsident der Weltbank S. 351<sup>1</sup>, 522<sup>7</sup>, 586, 591f., 623–625, 706, 760–762, 806, 1031, 1075, 1078, 1094, 1656

- Medani, Mustafa** Botschafter der Demokratischen Republik Sudan in Bonn S. 659
- Meese, Edwin A. III** Berater des amerikanischen Präsidenten Reagan mit Kabinettsrang (Counselor to the President) und Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 9, 50, 105, 110, 113, 919, 922
- Meguid** *siehe: Abdel Meguid, Ahmed Esmat*
- Mei Zhaorong** stellvertretender Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 978
- Meichsner, Gunther** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Deutschlandpolitik“ des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen S. 1272<sup>22</sup>
- Meisner, Joachim** Bischof von Berlin und seit September 1982 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz **Dok. 286**
- Menderes, Adnan** 1950–1960 Ministerpräsident der Republik Türkei, 1961 nach Absetzung durch die türkischen Streitkräfte hingerichtet S. 124<sup>9</sup>
- Mendès France, Pierre** 1954/55 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 95, 1331
- Menéndez, Mario Benjamin** General der argentinischen Streitkräfte bis Juli 1982 sowie von April bis Juni 1982 Befehlshaber der argentinischen Streitkräfte auf den Falkland-Inseln S. 956<sup>7</sup>
- Mengistu Haile Mariam** Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats und des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopiens S. 469, 660 f., 663, 1253–1255
- Menne, Fritz Carl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki; 1976–1979 Botschafter in Bagdad S. 202<sup>7</sup>, 1280<sup>13</sup>
- Mentzingen, Franz Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 661<sup>13</sup>, 1127<sup>23</sup>
- Mérimon, Jean-Marie** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel seit Januar 1982 S. 1258, 1329<sup>22</sup>, 1359 f., 1518
- Meroz, Yohanan** Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 542, 875, 909, 1009
- Mertes, Alois** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 4. Oktober 1982 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1076, 1078, 1301, 1398<sup>2</sup>, 1402<sup>17</sup>, 1462, 1530, 1604, 1653, 1793<sup>24</sup>
- Metternich, Cornelius** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu bis 2. September 1982, anschließend beurlaubt zur Dienstleistung als Leiter des United Nations Information Center in Paris S. 1109<sup>10</sup>
- Mevik, Leif** Unterabteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 406
- Meyer, Edward C.** General der amerikanischen Streitkräfte und Stabschef des Heeres (Chief of Staff of the United States Army) S. 1544<sup>5</sup>
- Meyer-Landrut, Andreas** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau; 1978–1980 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 97, 231, 298, 358, 360, 362, 363** und S. 25<sup>5</sup>, 58<sup>13</sup>, 59<sup>14</sup>, 162<sup>2</sup>, 263<sup>1</sup>, 265, 272, 364<sup>1</sup>, 617<sup>12</sup>, 822<sup>23</sup>, 823<sup>28</sup>, 975<sup>25</sup>, 998<sup>9</sup>, 1062<sup>2</sup>, 1341<sup>1</sup>, 1344<sup>21</sup>, 1572, 1586, 1614<sup>4</sup>, 1773<sup>11</sup>
- Meyke, Frank** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi bis 1. August 1982, anschließend Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts S. 1134<sup>1</sup>
- Mez, Theodor** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Doha S. 880<sup>28</sup>
- Michajlow, Walerian Wladimirowitsch** Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 303<sup>7</sup>, 557<sup>4</sup>, 1135 f., 1284 f., 1832
- van Mierlo, Hans** Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande bis 4. November 1982 **Dok. 203** und S. 483 f., 1297

- Milans del Bosch y Ussía, Jaime** 1977–1981 Generalleutnant der spanischen Streitkräfte S. 227<sup>6</sup>
- Milson, Menachem** israelischer Ziviladministrator im Westjordanland und Gaza-Streifen bis September 1982 S. 83f., 1303<sup>18</sup>
- Milstein, Michail** sowjetischer Berater der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ S. 886
- Mintoff, Dominic** Ministerpräsident der Republik Malta S. 273–276, 736
- Mischnick, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 335, 781f., 1067
- De Mita, Ciriaco** Parteisekretär der DC seit Mai 1982 S. 1388
- Mitsotakis, Konstantinos** 1980/81 Außenminister der Hellenischen Republik S. 134
- Mittag, Günter** Mitglied des Staatsrats der DDR und des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Wirtschaft sowie Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro S. 713, 1268<sup>1</sup>, 1274, 1743
- Mitterrand, Danielle** S. 1305
- Mitterrand, François** Staatspräsident der Französischen Republik; 1948/49 Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten (Secrétaire d'État à la Présidence du Conseil) **Dok. 20, 21, 63, 65, 99, 150, 196, 248, 254, 255, 316, 331** und S. 30<sup>2</sup>, 31f., 66–69, 106–109, 111, 113–116, 134<sup>8</sup>, 143, 194, 208<sup>20</sup>, 209<sup>22</sup>, 230<sup>23</sup>, 280, 306f., 313, 329, 356<sup>5</sup>, 361, 375, 385, 417–423, 447, 450, 459, 476, 480, 495, 515, 543f., 547<sup>1</sup>, 548, 639, 649, 675, 677, 685–689, 691f., 725f., 728, 763, 804, 837, 863f., 866–871, 911<sup>19</sup>, 914, 946f., 950f., 1021, 1023, 1047, 1049, 1053, 1067, 1069, 1090, 1104, 1114, 1185, 1200, 1243f., 1249, 1350, 1352f., 1376, 1417f., 1470<sup>2</sup>, 1472<sup>5</sup>, 1476f., 1480–1486, 1508<sup>31</sup>, 1593, 1622, 1647, 1650, 1728, 1731f., 1738–1741, 1797
- Mladenow, Petar Toschew** Außenminister der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 31, 34** und S. 296
- Młokosiewicz, Jerzy** Unterstaatssekretär im polnischen Finanzministerium bis März 1982, seit April 1982 Vorsitzender des Hauptstadtkomitees der Partei Stronnictwo Demokratyczne S. 738
- Mochtar** *siehe: Kusumaatmadja, Mochtar*
- Moczar, Mieczysław** Vorsitzender der Obersten Kontrollkammer der Volksrepublik Polen S. 128
- Modersohn, Christian** Maler S. 639<sup>29</sup>
- Modersohn, Otto** \*1865 †1943 S. 639
- Modrow, Hans** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden S. 309<sup>16</sup>
- Mohieddin, Ahmad Fuad** Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten seit 2. Januar 1982 S. 1801<sup>4</sup>
- Moi, Daniel (Torotich) arap** Präsident der Republik Kenia S. 469
- Mojsov, Lazar** Stellvertretender Außenminister bzw. seit 16. Mai 1982 Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien; 1977/78 Präsident der 32. VN-Generalversammlung **Dok. 217** und S. 1341–1344, 1442<sup>16</sup>
- Moldt, Ewald** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 120, 1275<sup>32</sup>
- Möllemann, Jürgen Wilhelm** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und seit 4. Oktober 1982 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1462, 1604, 1696
- Møller, Otto E.** Unterstaatssekretär im dänischen Außenministerium (Departementschef) S. 597
- Moltrecht, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Regionale Entwicklungspolitik; Projekte und Programme der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit und technischen Zusammenarbeit; Integration aller entwicklungspolitischen Maßnahmen“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bis November 1982 S. 1048
- Molyviatis, Petros** Chef des griechischen Präsidialamts S. 1683
- Mondale, Walter Frederick** 1977–1981 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 592, 809, 1093
- Monge Álvarez, Luis Alberto** Präsident der Republik Costa Rica seit 8. Mai 1982 S. 1058

- Monroe, James** 1817–1825 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1050
- Montfort, Norbert** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 80<sup>6+7</sup>, 613<sup>8</sup>, 614<sup>9</sup>, 1712<sup>12</sup>, 1821<sup>1</sup>
- Móran López, Fernando** Außenminister des Königreichs Spanien seit 2. Dezember 1982 **Dok. 338** und S. 1715<sup>10</sup>, 1718<sup>16</sup>, 1759, 1787
- Morelli Pando, Augusto** Botschafter der Republik Peru in Bonn bis Juli 1982 S. 1048, 1058
- Morris, Robert J.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1551<sup>4</sup>
- Motabbakani, Yusuf** Gesandter an der saudi-arabischen Botschaft in Bonn S. 952
- du Motier, Gilbert, marquis de La Fayette** \*1757 †1834 S. 1334
- Motzfeldt, Jonathan** Ministerpräsident von Grönland und Vorsitzender der Partei Siumut S. 600
- Mubarak, Mohammed Hosni** Präsident sowie bis 2. Januar 1982 Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten; 1975–1981 Vizepräsident **Dok. 46, 214, 350** und S. 81<sup>10</sup>, 82, 85, 248, 464, 469, 471 f., 662, 802, 876 f., 910 f., 960, 1021, 1108, 1125, 1151, 1178, 1444, 1550, 1603
- Mubarak, Mohammed Mirghani** Außenminister der Demokratischen Republik Sudan S. 661
- Mugabe, Robert** Vorsitzender der ZANU und Ministerpräsident von Simbabwe **Dok. 163** und S. 246 f., 995<sup>19</sup>
- Muhammad, Salim Saleh** Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) bis 1. September 1982 S. 1152
- Mühlen, Ewald** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 45<sup>23</sup>
- Müller, Kurt** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts bis 3. Februar 1982, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1127<sup>20</sup>
- Muller, Steven** Präsident der Johns Hopkins University in Baltimore S. 696
- Müller, Walter** Leiter der Abteilung „Westberlin“ des Außenministeriums der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Beauftragter der Regierung der DDR für den Reise- und Besucherverkehr S. 1273<sup>24</sup>, 1582<sup>22</sup>
- Mülmenstädt, Matthias** Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts bis 13. Juni 1982, anschließend Konsul und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 486<sup>1</sup>
- Mundawarara, Silas** stellvertretender Ministerpräsident von Rhodesien vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 S. 854<sup>7</sup>
- Muñiz, Carlos M.** Leiter der Ständigen Vertretung der Argentinischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York seit September 1982 S. 1450<sup>54</sup>
- Munz, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman **Dok. 208** und S. 84<sup>24+25</sup>, 536<sup>8</sup>, 1314<sup>23</sup>
- Murargy, Murade Isaac** Abteilungsleiter im mosambikanischen Außenministerium S. 992
- Murtada, Saad** Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv S. 1802
- Musa, Alhaji Shehu** Staatssekretär in der nigerianischen Präsidialkanzlei S. 439
- Muskie, Edmund Sixtus** 1980/81 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39, 292<sup>16</sup>
- Mussawi, Mir Hossein** Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran; vom 15. August bis 15. Dezember 1981 Außenminister S. 213
- Muzorewa, Abel Tendekayi** Präsident des United African National Council in Simbabwe; vom 1. Juni bis 11. Dezember

- 1979 Ministerpräsident von Rhodesien  
S. 854<sup>7</sup>
- Nachmann, Werner** Vorsitzender des  
Zentralrats der Juden in Deutschland  
S. 1603
- Nagy, János** Stellvertretender Außen-  
minister der Ungarischen Volksrepublik  
S. 639<sup>41</sup>, 641
- Nakasone Yasuhiro** Ministerpräsident  
von Japan seit 27. November 1982  
S. 1714
- Napoleon I. (Napoleon Bonaparte)**  
\* 1769 † 1821 S. 30<sup>2</sup>, 1104, 1598
- Narayanan, Kocheril Raman** Bot-  
schafter der Republik Indien in Wash-  
ington S. 1366
- Narjes, Karl-Heinz** Mitglied der EG-  
Kommission (zuständig für Binnen-  
markt, Zollunion, Industrielle Innovati-  
on, Umwelt, Verbraucherfragen und Nu-  
kleare Sicherheit) S. 343
- Nasser, Gamal Abdel** 1954–1970 Präsi-  
dent der Republik Ägypten bzw. seit  
1958 der Vereinigten Arabischen Repu-  
blik S. 663<sup>16</sup>
- Nasser Mohammed, Ali** Ministerpräsi-  
dent und Vorsitzender des Präsidiums  
des Obersten Volksrats der Demokrati-  
schen Volksrepublik Jemen (Südjemen)  
S. 469<sup>8</sup>, 660<sup>8</sup>, 876, 1616<sup>13</sup>
- Navab-Motlagh, Mohamad-Mehdi** Bot-  
schafter der Islamischen Republik Iran  
in Bonn S. 212
- Neagu, Romulus** Abteilungsleiter im rü-  
mänischen Außenministerium S. 1629–  
1631
- Negwer, Georg** Botschafter der Bun-  
desrepublik Deutschland in Warschau  
**Dok. 13, 26, 73** und S. 3–5, 42<sup>6</sup>, 58<sup>10+12</sup>,  
76<sup>10</sup>, 122<sup>2</sup>, 162<sup>2</sup>, 308<sup>14</sup>, 382<sup>16</sup>, 581<sup>3+4</sup>,  
582<sup>6</sup>, 1159<sup>3</sup>, 1160<sup>5</sup>, 1247<sup>4</sup>, 1350<sup>11</sup>, 1556,  
1557<sup>10</sup>, 1590<sup>20</sup>, 1757<sup>9</sup>
- Neidhart von Gneisenau, Hans Georg  
Graf** Oberst i. G. und Militärattaché  
an der Botschaft der Bundesrepublik  
Deutschland in Ankara S. 840<sup>29</sup>, 1373<sup>3</sup>
- Neto, Antonio Agostinho** 1975–1979  
Präsident der Volksrepublik Angola  
S. 247, 681
- Neuer, Walter** Botschaftsrat I. Klasse  
an der Botschaft der Bundesrepublik  
Deutschland in Moskau bis 31. Juli  
1982, anschließend Vortragender Lega-  
tionsrat I. Klasse und Leiter des Refe-  
rats 211 „Europäische Einigung, bilate-  
rale Beziehungen zu westeuropäischen  
Staaten und der Türkei“ im Bundes-  
kanzleramt S. 1526<sup>1</sup>
- Neukirch, Joachim** Vortragender Lega-  
tionsrat und Vertreter des Leiters im  
Referat 102 „Ausbildung und Fortbil-  
dung“ des Auswärtigen Amts, dort zu-  
ständig für den Bereich „Ausbildung hö-  
herer Dienst“; 1978–1980 Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland in San Sal-  
vador S. 771<sup>13</sup>, 1013<sup>7</sup>, 1390<sup>4</sup>
- Neusel, Hans** Staatssekretär und Chef  
des Bundespräsidialamts S. 919, 1579
- Nguyen Co Thach** Außenminister der  
Sozialistischen Republik Vietnam und  
seit März 1982 Kandidat des Politbüros  
des ZK der Kommunistischen Partei Vi-  
etnams **Dok. 123** und S. 981, 1149
- Nicholls, David** beigeordneter General-  
sekretär der NATO für Verteidigungs-  
planung und -politik S. 1256 f.
- Nielsen, Sven A.** Botschafter des König-  
reichs Dänemark in Tel Aviv S. 1009
- Niemeyer Soares Filho, Oscar Ribeiro  
de Almeida** brasilianischer Architekt  
S. 1052
- Nier, Kurt** Stellvertretender Außenmi-  
nister der DDR S. 1763<sup>11</sup>
- Niles, Thomas** Mitarbeiter im amerika-  
nischen Außenministerium (Deputy As-  
sistant Secretary, Office of European Af-  
fairs) S. 34, 41, 56–61, 380, 466, 1361<sup>11</sup>,  
1475<sup>4</sup>
- Nipperdey, Otto** Vortragender Legati-  
onsrat I. Klasse im Presse- und Informa-  
tionsamt der Bundesregierung bis 19. Ja-  
nuar 1982, anschließend Rückversetzung  
in das Auswärtige Amt und Ernennung  
zum Botschaftsrat I. Klasse und Vertre-  
ter des Botschafters der Bundesrepublik  
Deutschland in Brüssel S. 1071<sup>12</sup>

- Nisio, Girolamo** Botschafter der Italienischen Republik in Tel Aviv S. 1009
- Nitze, Paul Henry** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 117, 119, 311, 312** und S. 46–49, 72<sup>14</sup>, 149, 197<sup>5</sup>, 258, 266, 413–417, 497<sup>1</sup>, 597 f., 626<sup>20</sup>, 654, 1016 f., 1074, 1296, 1299, 1322, 1411 f., 1421–1423, 1458, 1460 f., 1468, 1483<sup>15</sup>, 1670, 1847<sup>6</sup>, 1848<sup>11</sup>
- Nixon, Richard Milhous** 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 16, 18, 39, 66, 105, 111, 250, 267, 268<sup>24</sup>, 270, 279, 299<sup>5</sup>, 317<sup>9</sup>, 396<sup>6</sup>, 415<sup>12</sup>, 458, 506<sup>7</sup>, 510<sup>23</sup>, 523, 526<sup>24</sup>, 550, 586<sup>10</sup>, 679, 728<sup>31</sup>, 730, 783<sup>25</sup>, 883<sup>8</sup>, 886<sup>8</sup>, 936<sup>16</sup>, 957<sup>11</sup>, 989<sup>11</sup>, 1037, 1064<sup>13</sup>, 1092, 1144<sup>20</sup>, 1243, 1276<sup>37</sup>, 1354, 1400, 1424, 1730, 1767<sup>8</sup>, 1849<sup>15</sup>, 1861<sup>14</sup>
- Nkomo, Mqabuko Joshua** Vorsitzender der „Zimbabwe African People’s Union“ (ZAPU) bzw. seit Februar 1980 der „Patriotischen Front“ und bis 17. Februar 1982 Minister ohne Portfolio von Simbabwe S. 854<sup>4+7</sup>
- Noelle-Neumann, Elisabeth** Professorin für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach S. 1612
- Nordenskjöld, Fritjof von** Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers Genscher bis 15. August 1982, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Port-au-Prince S. 222<sup>1</sup>, 380<sup>1</sup>, 970<sup>1</sup>, 978, 1012
- Nordli, Odvar** 1976–1981 Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 279<sup>10</sup>, 280, 298<sup>49</sup>, 527, 809<sup>26</sup>, 942<sup>36</sup>, 1028<sup>48</sup>
- Noske, Gustav** 1919/20 Reichswehrminister des Deutschen Reichs S. 228 f.
- Nott, Sir John William Frederic** Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 483, 539<sup>7</sup>, 707 f., 1501, 1505–1507
- Novak, Michael** Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der VN-Menschenrechtskommission in Genf im Rang eines Botschafters S. 424
- Nujoma, Sam** Präsident der SWAPO S. 680, 815<sup>10</sup>, 995<sup>19</sup>, 1178
- al-Numeiri, Jaafar Mohammed** Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 437, 659 f., 661<sup>12+13</sup>, 663
- Nunn, Samuel Augustus Jr.** Senator des amerikanischen Bundesstaats Georgia (Democratic Party) S. 111 f., 796
- Nyerere, Julius Kambarage** Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 995<sup>19</sup>
- Obasanjo, Olusegun** 1976–1979 Chef des Obersten Militärrats der Bundesrepublik Nigeria S. 245
- Obert, Günter** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 1698, 1816
- Obote, Milton** 1966–1971 und erneut seit 15. Dezember 1980 Präsident der Republik Uganda S. 437<sup>17</sup>
- Oehms, Angelo** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa; 1978–1981 Legationsrat I. Klasse bzw. seit 4. November 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 211<sup>11</sup>
- Oesterhelt, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 789<sup>16</sup>, 1465<sup>20</sup>
- Offergeld, Rainer** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 421, 467<sup>1</sup>, 773<sup>4</sup>, 995<sup>16</sup>, 1048<sup>1</sup>, 1254 f., 1281
- Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch** Marschall der Sowjetunion, Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 17, 285, 527, 589, 653, 765, 850<sup>10</sup>, 1226<sup>15</sup>, 1228

- Olçay, Osman** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel S. 1329<sup>22</sup>, 1790
- Oldenkott, Bernard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 432, 434<sup>12</sup>, 435 f.
- Oldigs, Lühr-Onno** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 281** und S. 1033<sup>4</sup>, 1682<sup>6</sup>
- Olesen, Kjeld** Außenminister des Königreichs Dänemark bis 10. September 1982 **Dok. 121** und S. 27–29, 70, 74, 340<sup>6</sup>, 750, 753, 758, 820, 827, 830 f., 930 f., 1198 f., 1232, 1235<sup>23</sup>, 1798<sup>14</sup>
- Oliart Sausol, Alberto** Verteidigungsminister des Königreichs Spanien bis 3. Dezember 1982 S. 1257
- Oliver, R. Spencer** stellvertretender Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 373<sup>29</sup>
- Omer, Lionel H.** Unterstaatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary for International Trade) S. 1176, 1552<sup>6</sup>
- Olszowski, Stefan** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP sowie bis 16. Juli 1982 Sekretär des ZK, 1971–1976 und seit 21. Juli 1982 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 25<sup>8</sup>, 37, 127 f., 131<sup>21</sup>, 168, 272<sup>34</sup>, 308<sup>14</sup>, 1159, 1311, 1350, 1498, 1500, 1589, 1591
- Oncken, Dirk** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 234** und S. 288<sup>43</sup>, 340<sup>7</sup>, 462<sup>18</sup>, 800<sup>46</sup>, 837<sup>16</sup>, 838<sup>20</sup>, 839, 1632<sup>4+9</sup>
- Ondarza, Hans-Henning von** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 21, 266<sup>19</sup>, 318<sup>11</sup>, 324<sup>18</sup>, 394, 396<sup>8</sup>, 425, 655<sup>18</sup>, 1138<sup>15</sup>, 1425<sup>17</sup>, 1544<sup>5</sup>, 1680<sup>2</sup>
- O'Neill, Thomas Phillip Jr. (Tip)** Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses (Speaker of the House of Representatives) S. 1212<sup>26</sup>, 1374<sup>7</sup>
- Oppermann, Roland** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis 30. November 1982 S. 867<sup>56</sup>, 956<sup>7</sup>, 1112<sup>11</sup>
- Oreja Aguirre, Marcelino** 1976–1980 Außenminister des Königreichs Spanien S. 136<sup>17</sup>
- Orszulik, Alojzy** Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats S. 1498
- Ortega Saavedra, Humberto** Verteidigungsminister der Republik Nicaragua, Oberkommandierender der Streitkräfte und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 773<sup>4</sup>
- Ortega Saavedra, José Daniel** Koordinator der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 422, 773<sup>4</sup>, 1720<sup>22</sup>
- Ortoli, François-Xavier** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Wirtschaft und Finanzen, Kredite und Investitionen sowie Statistik); 1973–1977 Präsident der EG-Kommission S. 287<sup>37</sup>
- Oster, Hans Paul** Generalmajor der Wehrmacht, am 9. April 1945 hingerichtet S. 1489
- Osterheld, Horst** Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 1397<sup>1</sup>
- Osterloh, Klaus** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Djidda S. 310<sup>22</sup>
- Oueddei, Goukouni** Präsident der Übergangsregierung der Republik Tschad bis 7. Juni 1982 S. 68<sup>11</sup>, 246, 437, 659 f.
- Owen, David** Mitglied der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“; 1977–1979 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 886 f., 888<sup>16</sup>
- Ozores Typaldos, Carlos** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Panama bei den Vereinten Nationen in New York S. 1618
- Öztürk, Barbara** S. 1238
- Pabsch, Wiegand** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1242

- Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba **Dok. 237** und S. 660<sup>6+10</sup>
- Pagels, Michael** Vorsitzender des DGB in Berlin S. 556
- Pahlevi, Mohammed Reza** 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 206, 216<sup>15</sup>, 223, 298<sup>2</sup>, 612, 1805
- Pahr, Willibald** Außenminister der Republik Österreich S. 254<sup>6</sup>
- Pallasch, Heinz** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Reykjavik S. 803<sup>7</sup>
- Pallmann, Hans-Dietrich** Regierungsdirektor und Leiter des Ministerbüros im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1255
- Palme, Olof** 1969–1976 und seit 7. Oktober 1982 erneut Ministerpräsident des Königreichs Schweden, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens und der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ sowie bis Februar 1982 Beauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg S. 885 f., 888<sup>16</sup>, 891, 897<sup>37</sup>, 958, 1017<sup>4</sup>, 1028<sup>48</sup>, 1374, 1721, 1824 f.
- Pando** *siehe: Morelli Pando, Augusto*
- Papandreou, Andreas Georgios** Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der PASOK **Dok. 38** und S. 44 f., 133<sup>4</sup>, 134 f., 136<sup>16</sup>, 147<sup>8</sup>, 288 f., 356<sup>6</sup>, 461–463, 485, 514, 516, 728, 736, 801, 935, 943 f., 946, 959, 1176, 1676, 1688<sup>15</sup>, 1734
- Papoulias, Karolos** Staatssekretär im griechischen Außenministerium S. 192
- Parsons, Sir Anthony** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Vereinten Nationen in New York bis Juni 1982 S. 867<sup>7</sup>
- Paschke, Karl Theodor** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 222, 290, 380, 394, 407, 597, 763, 1548, 1790
- Pastinen, Ilkka** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Finnland bei den Vereinten Nationen in New York S. 966
- Pastora, Edén** Vorsitzender der Frente Revolucionario Sandinista in der Republik Nicaragua und seit September 1982 Mitglied der Alianza Revolucionaria Democrática; 1979–1981 stellvertretender Innenminister bzw. stellvertretender Verteidigungsminister S. 773, 1058
- Patolitschew, Nikolaj Semenowitsch** Außenhandelsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 270
- Pauls, Rolf Friedemann** 1976–1980 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 670<sup>6</sup>, 715<sup>6</sup>
- Pawelczyk, Alfons** Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) S. 622
- Paye, Jean-Claude** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires économiques et financières) S. 305, 842, 844, 1537 f.
- Paz Barnica, Edgardo** Außenminister der Republik Honduras seit 27. Januar 1982 S. 1617<sup>21</sup>
- Pazner, Aviezer** Mitarbeiter im israelischen Außenministerium S. 875
- Pell de Borda, Claiborne** Senator des amerikanischen Bundesstaats Rhode Island (Democratic Party) S. 1094<sup>16</sup>
- Péña, Felix** Untersstaatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 1186, 1188
- Peng Zhen** Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros der KPCh S. 1397<sup>1</sup>, 1399<sup>11</sup>
- Percy, Charles Harting** Senator des amerikanischen Bundesstaats Illinois (Republican Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats S. 586<sup>4</sup>, 592, 1107, 1138<sup>15</sup>, 1296<sup>4</sup>

- Pereira, André Gonçalves** Außenminister der Portugiesischen Republik bis 9. Juni 1982 S. 70, 657, 669, 673, 675, 679–684, 827f.
- Peres, Shimon** Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei S. 82<sup>14</sup>, 906–908
- Pérez de Cuéllar, Javier** Generalsekretär der Vereinten Nationen; 1969–1971 Botschafter der Republik Peru in Moskau (zugleich in Warschau akkreditiert) **Dok. 182** und S. 374<sup>31</sup>, 444, 610, 685–688, 697f., 726, 745, 753, 779, 806, 825, 866–868, 870, 885, 895<sup>32</sup>, 1020, 1038, 1049, 1051, 1103, 1112, 1148, 1202<sup>5</sup>, 1203<sup>9+11</sup>, 1322f., 1373–1379, 1503<sup>12</sup>, 1614–1618, 1622, 1811
- Pérez-Llorca y Rodrigo, José Pedro** Außenminister des Königreichs Spanien bis 3. Dezember 1982 S. 657<sup>25</sup>, 1200, 1325
- Perle, Richard Norman** Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) S. 394, 397, 1521–1524, 1560, 1561<sup>1</sup>, 1562, 1706, 1860<sup>12</sup>
- Perlot, Enzo** Pressesprecher des italienischen Außenministeriums S. 1194
- Perry, William A.** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 1189<sup>9</sup>
- Pertini, Alessandro** Staatspräsident der Italienischen Republik S. 737, 1387<sup>7</sup>
- Pétain, Philippe** 1940–1944 Chef des Französischen Staates mit Sitz in Vichy S. 31, 349<sup>5</sup>
- Petersen, Jens** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, vom 15. September bis 2. November 1982 Abordnung ins Auswärtige Amt; 1977–1981 Ministerialdirigent und „Beauftragter für Asienpolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 349<sup>6</sup>, 1373<sup>3</sup>, 1606<sup>10</sup>
- Peterson, Peter George** Vorstandsvorsitzender der Investmentbank Lehman Brothers in New York S. 1172
- Petrignani, Rinaldo** Botschafter der Italienischen Republik in Washington S. 385<sup>30</sup>, 718, 797<sup>29</sup>, 1509<sup>36</sup>
- Petross, Jacob** Mitarbeiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, seit 11. Juli 1981 in der Republik Irak inhaftiert S. 613f.
- Petross, Karin** Sekretärin bei der CSU-Landesgruppe in Bonn S. 613, 614<sup>9</sup>
- Peyrelevade, Jean** stellvertretender Direktor des Kabinetts des französischen Ministerpräsidenten Mauroy S. 474
- Pfeffer, Franz** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 6, 7, 27, 28, 71, 133, 141, 179, 204, 206, 250, 252, 257, 259, 262, 263, 270, 278, 284, 293, 309, 339, 340, 341, 347** und S. 4<sup>7+8+10</sup>, 5, 52<sup>1</sup>, 56<sup>6</sup>, 162<sup>1</sup>, 170, 203<sup>11</sup>, 207<sup>7</sup>, 268<sup>24</sup>, 295<sup>36</sup>, 305, 315<sup>2</sup>, 379, 429<sup>1</sup>, 446<sup>1</sup>, 486<sup>1</sup>, 506, 581<sup>1</sup>, 621, 622<sup>2</sup>, 639<sup>41</sup>, 652<sup>3</sup>, 696<sup>1</sup>, 710<sup>7</sup>, 743<sup>1</sup>, 749<sup>32+33</sup>, 784<sup>2</sup>, 797<sup>29</sup>, 847<sup>4</sup>, 853, 873<sup>16</sup>, 903, 1036, 1118, 1164<sup>2</sup>, 1169<sup>8</sup>, 1189<sup>9</sup>, 1197<sup>19</sup>, 1222<sup>8</sup>, 1231<sup>9</sup>, 1237<sup>3</sup>, 1268<sup>1</sup>, 1271<sup>19</sup>, 1275<sup>33</sup>, 1309, 1319, 1340<sup>11</sup>, 1441<sup>14</sup>, 1477, 1496<sup>9</sup>, 1526<sup>1</sup>, 1551<sup>3</sup>, 1556<sup>2</sup>, 1561<sup>1+2</sup>, 1629<sup>5</sup>, 1631<sup>1</sup>, 1638<sup>1</sup>, 1674<sup>1</sup>, 1716<sup>1</sup>, 1722, 1798<sup>11</sup>
- Pfeiffer, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Colombo; 1978–1981 Leiter der Delegation bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1211<sup>23</sup>
- Pfetten-Arbach, Karl Berchtold Freiherr von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt S. 444<sup>13+14</sup>, 605<sup>1</sup>
- Pham Van Dong** Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Vietnam und Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams S. 610
- Phelps, Homer R. Jr.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1016
- Piccoli, Flaminio** Parteisekretär der DC bis Mai 1982 S. 1387

- Pisani, Edgar** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Entwicklungspolitik) S. 345, 1740
- Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Giovanni Pacelli)** 1939–1958 Papst S. 1612
- Planinc, Milka** Ministerpräsidentin der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien seit 16. Mai 1982 **Dok. 217** und S. 1342
- du Plessis, D. J.** Vizekanzler und Rektor der Witwatersrand Universität in Johannesburg S. 682<sup>43</sup>
- Pleven, René** 1950–1952 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1746<sup>21</sup>
- Ploetz, Hans Friedrich von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters bzw. seit 1. September 1982 Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt, seit 16. September 1982 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 193, 305** und S. 6<sup>1</sup>, 21<sup>1+3</sup>, 25<sup>1</sup>, 41<sup>1</sup>, 49<sup>1</sup>, 75<sup>1</sup>, 122<sup>1</sup>, 143<sup>1</sup>, 145, 170<sup>1</sup>, 205, 222<sup>1</sup>, 290, 291<sup>7-9</sup>, 291<sup>11+12</sup>, 292<sup>14+15+17</sup>, 292<sup>19-21</sup>, 293<sup>22+23</sup>, 293<sup>26+30</sup>, 294<sup>31+32</sup>, 295<sup>33+38</sup>, 296<sup>40</sup>, 297<sup>42+45</sup>, 355<sup>1</sup>, 364<sup>1</sup>, 380<sup>1</sup>, 400<sup>1</sup>, 407, 417<sup>1</sup>, 441<sup>1</sup>, 497<sup>1</sup>, 506<sup>1+4+5</sup>, 507<sup>14+15</sup>, 508<sup>19</sup>, 512<sup>29-31</sup>, 513<sup>35</sup>, 566<sup>1</sup>, 571<sup>1</sup>, 576<sup>1</sup>, 597, 603<sup>1</sup>, 615<sup>6</sup>, 622<sup>1</sup>, 623<sup>6</sup>, 627<sup>1</sup>, 646<sup>1</sup>, 647<sup>4</sup>, 738, 763, 888<sup>16</sup>, 919<sup>1</sup>, 932<sup>1</sup>, 1066<sup>1</sup>, 1172<sup>1</sup>, 1194, 1202<sup>1</sup>, 1230, 1246<sup>1</sup>, 1252<sup>1</sup>, 1316<sup>1</sup>, 1330<sup>1</sup>, 1361, 1368, 1408<sup>1</sup>, 1410<sup>1</sup>, 1421<sup>1</sup>, 1475<sup>1</sup>, 1480<sup>1</sup>, 1481<sup>9</sup>, 1485<sup>22</sup>, 1490<sup>1</sup>, 1495<sup>1</sup>, 1526<sup>1</sup>, 1548<sup>1</sup>, 1550<sup>13</sup>, 1556<sup>1</sup>, 1564<sup>1</sup>, 1579<sup>1</sup>, 1580<sup>9</sup>, 1596<sup>1</sup>, 1601<sup>1</sup>, 1602<sup>8</sup>, 1614<sup>1</sup>, 1619<sup>1</sup>, 1624<sup>1</sup>, 1652<sup>1</sup>, 1683<sup>1</sup>, 1710<sup>1</sup>, 1712<sup>13</sup>, 1726<sup>1</sup>, 1741<sup>1</sup>, 1744<sup>13</sup>, 1747<sup>1</sup>, 1766<sup>1</sup>, 1770<sup>1</sup>, 1781<sup>1</sup>, 1787<sup>18</sup>, 1790, 1792<sup>15</sup>, 1794, 1801<sup>1</sup>, 1806<sup>1</sup>, 1847<sup>1</sup>
- Poensgen, Gisbert** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 101<sup>22</sup>, 196<sup>18</sup>, 230<sup>23</sup>, 421<sup>24</sup>, 459<sup>6</sup>, 536<sup>11</sup>, 547<sup>2</sup>, 643<sup>6+8+9</sup>, 749<sup>33</sup>, 1079<sup>8</sup>, 1200<sup>32</sup>, 1415, 1593<sup>8</sup>, 1715<sup>10</sup>, 1792
- Poggi, Luigi** Titular-Erzbischof von Frontoniana, Delegat des Heiligen Stuhls in der Volksrepublik Polen sowie Sonder-
- nuntius für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten S. 26, 1160<sup>4</sup>
- Pöhl, Karl Otto** Präsident der Deutschen Bundesbank S. 338, 1163
- Pöhlmann, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amtes S. 70<sup>1</sup>, 175<sup>1</sup>, 303<sup>1</sup>, 503<sup>1</sup>, 557<sup>1</sup>, 560<sup>13-15</sup>, 565<sup>28</sup>, 853<sup>19</sup>, 1134<sup>1</sup>, 1699<sup>1</sup>, 1824<sup>1</sup>
- Pol Pot (Saloth Sar)** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kambodschas und Führer der „Roten Khmer“ S. 606, 608–611, 1002, 1149 f.
- Pompidou, Georges** 1969–1974 Staatspräsident der Französischen Republik S. 1334
- Popow, Oleg Konstantinowitsch** sowjetischer Clown S. 1861
- Popow, Wiktor Iwanowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 1501<sup>5</sup>
- Porath, Uri** Pressesprecher des israelischen Ministerpräsidenten Begin S. 542, 909
- Portes, Richard** britischer Wirtschaftswissenschaftler S. 901
- Portillo** siehe: *López Portillo y Pacheco, José*
- Porzner, Konrad** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bis 12. Oktober 1982 S. 244, 467
- Presel, Joseph A.** Mitarbeiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 1410, 1421, 1425
- Preston, Lewis Thompson** Vorstandsvorsitzender der Morgan Guaranty Trust Company in New York S. 50
- Prior, James** Minister für Nordirland des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1100<sup>9</sup>
- Prussia, Leland S.** Vorstandsvorsitzender der Bank of America in Los Angeles S. 50, 842, 844<sup>7</sup>, 846<sup>11</sup>

- Przygodzki, Stanisław** Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 303<sup>6</sup>
- Puja, Frigyes** Außenminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1666, 1671, 1673
- Pungan, Vasile** Minister-Staatssekretär und Berater des rumänischen Präsidenten Ceaușescu, seit November 1982 Außenhandelsminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1564–1571, 1695, 1816f.
- Purcell, Robert Michael** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Mogadischu S. 1109<sup>10</sup>
- Puttkamer, Jesco von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon bzw. seit 25. Januar 1982 in Stockholm S. 506, 519
- Pym, Francis Leslie** Vorsitzender der Regierungsfraktion (Conservative Party) im Unterhaus (Leader of the House of Commons) und Lordpräsident des Kronrats (Lord President of the Council) bis 5. April 1982, anschließend Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 137, 152, 233** und S. 539<sup>3</sup>, 548, 566<sup>4</sup>, 568f., 571, 615f., 645, 646<sup>3</sup>, 668, 725, 737, 744–748, 750–756, 758f., 813–815, 824f., 831, 833, 862, 865, 867<sup>7</sup>, 947, 951, 1033, 1112, 1117f., 1130<sup>27</sup>, 1142, 1175, 1194, 1197, 1199<sup>26</sup>, 1205, 1306–1310, 1316–1325, 1328f., 1364, 1408, 1439, 1442–1450, 1452f., 1501, 1503–1505, 1513, 1592–1595, 1645, 1646<sup>15</sup>, 1648, 1725<sup>13</sup>, 1727<sup>4</sup>, 1753–1765, 1785, 1787f., 1790<sup>25</sup>, 1792
- Qabus ibn Said al-Said** Sultan des Sultanats Oman S. 463
- Qaid Mohammed, Fuad** Entwicklungsminister der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1281
- Qian Qichen** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China seit 4. Mai 1982 S. 975<sup>22</sup>, 1547<sup>18</sup>
- Quayle, James Danforth (Dan)** Senator des amerikanischen Bundesstaats Indiana (Republican Party) S. 1119
- Quisling, Vidkun Abraham Lauritz Jonsson** 1942–1945 „Ministerpräsident von Norwegen“ S. 536<sup>8</sup>
- Rabin, Yitzhak** 1974–1977 Ministerpräsident des Staates Israel S. 546
- Rafindadi, Mohammed Lawal** Botschafter der Bundesrepublik Nigeria in Bonn S. 432, 441
- Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi** Präsident des iranischen Parlaments S. 878
- Rajkiewicz, Antoni** Minister für Arbeit und Soziales der Volksrepublik Polen bis 9. Oktober 1982 S. 55
- Rakowski, Mieczysław Franciszek** Mitglied des ZK der PVAP und Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 3–5, 15, 25<sup>8</sup>, 30<sup>3</sup>, 31, 37, 54, 86, 127, 130, 153, 157, 174, 271, 352, 596, 600, 739, 741, 961<sup>1</sup>, 962f., 1350, 1496f., 1587, 1589
- Ralite, Jack** Gesundheitsminister der Französischen Republik S. 334
- Rallis, Georgios** 1978–1980 Außenminister der Hellenischen Republik, 1980/81 Ministerpräsident S. 45<sup>21</sup>, 134f., 194
- Râmbu, Ion** Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 1566, 1567<sup>17</sup>, 1568, 1695f., 1698<sup>22</sup>, 1816f.
- Ramírez Mercado, Sergio** Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 772<sup>2</sup>, 774f.
- Rantzau, Detlev Graf zu** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf und Vertreter des Leiters der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, vom 7. Februar bis 23. März sowie vom 8. November bis 18. Dezember 1982 zur Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid abgeordnet S. 1405<sup>12</sup>, 1432<sup>12</sup>
- Rapacki, Adam** 1956–1968 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 279
- Rateb, Aisha** Botschafterin der Arabischen Republik Ägypten in Bonn S. 222, 1110<sup>13</sup>

- Rathke, Heinrich** Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs **Dok. 229** und S. 20
- Rau, Johannes** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 622, 1340<sup>11</sup>
- Ravndal, Christian Magelssen** 1951–1956 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Budapest S. 1578
- Rawling, Jerry John** Präsident der Republik Ghana und Vorsitzender des Provisorischen Nationalen Verteidigungsrats S. 247<sup>10</sup>, 437<sup>21</sup>
- Reagan, Nancy** S. 552
- Reagan, Ronald Wilson** Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika; 1947–1951 und 1959 Präsident der Screen Actors Guild, 1967–1975 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien (Republican Party) **Dok. 3, 4, 77, 176, 177** und S. 6<sup>1</sup>, 8, 23, 30<sup>4</sup>, 36–40, 42f., 46<sup>4</sup>, 49f., 52, 56, 59, 63, 65, 68, 93–95, 99f., 104–106, 110–117, 151, 153, 156, 160, 172f., 176, 186<sup>10</sup>, 190f., 193, 197<sup>5</sup>, 198, 241–243, 266, 268<sup>24+26</sup>, 270, 278f., 281, 283<sup>23</sup>, 297, 299f., 315<sup>4</sup>, 327, 347f., 371f., 375, 381f., 385, 390f., 393f., 399, 402, 417f., 420–422, 429–432, 444<sup>12</sup>, 446–448, 450–452, 454–456, 465f., 484, 487f., 492<sup>29</sup>, 497<sup>1</sup>, 500–502, 507, 510, 517, 523f., 533f., 537, 540f., 549–556, 566<sup>4</sup>, 569<sup>12</sup>, 577<sup>4</sup>, 578, 591, 598, 603, 623, 635<sup>27</sup>, 654f., 656<sup>23</sup>, 676–678, 687, 690f., 693–695, 701, 718f., 721f., 729–731, 735<sup>56</sup>, 745, 763, 765, 767, 783, 792<sup>10</sup>, 793, 796, 806–809, 811f., 816, 822–824, 826, 828, 846<sup>9+10</sup>, 860, 870, 894<sup>28</sup>, 905, 915<sup>8</sup>, 916, 932f., 935–937, 939, 942, 944–947, 951, 953, 955f., 962, 967–969, 971<sup>6</sup>, 973, 976, 985, 988, 990, 998f., 1002, 1005, 1010f., 1022–1024, 1036f., 1052–1054, 1063f., 1069, 1073, 1090–1093, 1101, 1113, 1116f., 1120, 1122, 1125–1127, 1145f., 1149<sup>43</sup>, 1173, 1175f., 1178<sup>23</sup>, 1181–1185, 1204, 1207, 1211, 1212<sup>26</sup>, 1213<sup>28</sup>, 1221, 1222<sup>4</sup>, 1223, 1242–1245, 1249–1251, 1260, 1261<sup>6</sup>, 1262–1264, 1265<sup>3</sup>, 1267, 1278, 1280, 1290<sup>6+8</sup>, 1292–1294, 1296, 1303, 1306<sup>6</sup>, 1307, 1314, 1318, 1321, 1342, 1353, 1359, 1361, 1366, 1374<sup>7</sup>, 1377<sup>16</sup>, 1400, 1406, 1409<sup>5+7</sup>, 1411, 1422f., 1439, 1441, 1443–1445, 1448, 1458<sup>8</sup>, 1460, 1468, 1476, 1489, 1499, 1510, 1520<sup>10</sup>, 1546, 1550, 1551<sup>3</sup>, 1552–1555, 1562f., 1577, 1584, 1588, 1590, 1592–1594, 1596–1600, 1604, 1607f., 1610–1612, 1616, 1622f., 1632, 1641–1643, 1645–1647, 1649–1651, 1655–1662, 1668, 1671, 1675, 1684f., 1705f., 1707<sup>9</sup>, 1716–1718, 1719<sup>20+21</sup>, 1720<sup>22</sup>, 1723<sup>9</sup>, 1727, 1730–1736, 1760–1763, 1766, 1767<sup>7</sup>, 1768, 1770, 1781, 1783–1785, 1803, 1843f., 1859
- Rees, Peter** Staatsminister im britischen Finanzministerium S. 1508
- Regan, Donald Thomas** Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 49f., 1596, 1650
- Reichenbaum, Werner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften“ bzw. seit 22. März 1982 des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ im Auswärtigen Amt S. 950<sup>22</sup>
- Reiners, Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat S. 225<sup>14</sup>
- Reinink, Kaspar Willem** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn seit 29. Juni 1982 S. 1068, 1072
- Reitberger, Johannes** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lomé S. 246<sup>6</sup>, 247<sup>10</sup>, 248<sup>16</sup>
- Renger, Annemarie** Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Mitglied der Kontrollkommission der SPD sowie Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe S. 545
- Rentel, Alfred** Referent im Referat 701 „Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden“ bzw. seit 5. April 1982 im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes S. 1043<sup>1</sup>, 1045<sup>1</sup>, 1131<sup>1</sup>, 1645<sup>1</sup>, 1735<sup>1</sup>, 1737<sup>1</sup>

- Rentschler, James Malone** Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika (Director of West European Affairs), seit 18. August 1982 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Valletta S. 429, 1120, 1123
- Reston, James** Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 26<sup>10</sup>
- Riad, Mahmoud** 1964–1972 Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit 2. September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 1489<sup>8</sup>
- Riberholdt, Gunnar** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1200<sup>32</sup>, 1798<sup>11</sup>
- Richstein, Ernst** Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 743<sup>7</sup>, 744<sup>10</sup>, 1278<sup>6</sup>
- Richthofen, Hermann Freiherr von** Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“; 1978–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt S. 409<sup>2</sup>, 994<sup>14</sup>, 1214<sup>1</sup>, 1274<sup>29</sup>
- Riesenhuber, Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie S. 1394<sup>1</sup>, 1395, 1474<sup>11</sup>
- Rietkerk, Koos** stellvertretender Fraktionsvorsitzender der VVD im Königreich der Niederlande S. 1013
- al-Rifai, Abdul Munim** 1968/69 und 1969/70 Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1489<sup>8</sup>
- Rifkind, Malcolm Leslie** Parlamentarischer Staatssekretär im britischen Außenministerium (Parliamentary Under-Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs) seit 6. April 1982 S. 1501<sup>5</sup>
- Rigout, Marcel** Minister für Berufsausbildung der Französischen Republik S. 334
- Ríos Montt, Efraín** Vorsitzender der Militärjunta in der Republik Guatemala vom 23. März bis 9. Juni 1982, anschließend Präsident S. 467
- Ripert, Jean L.** Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Kooperation im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 955, 1373, 1377, 1614
- Ritter, Klaus** Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 760
- Robelo Callejas, Luis Alfonso** Vorsitzender der Partei Movimiento Democrático Nicaragüense und seit September 1982 Mitglied der Alianza Revolucionaria Democrática S. 773
- Roberto, Álvaro Holden** 1975/76 Präsident der angolischen FNLA S. 247
- Robles, Manuel** Planungsminister der Republik El Salvador seit Mai 1982 S. 770
- Roca, Eduardo A.** Leiter der Ständigen Vertretung der Argentinischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York von März bis September 1982 S. 572, 697<sup>7</sup>, 746<sup>18</sup>
- Rocard, Michel** Staatsminister für Raumplanung und -ordnung (Ministre d'État, Ministre du Plan et de l'Aménagement du territoire), Mitglied der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) und Bürgermeister von Conflans-Sainte-Honorine S. 95, 101, 692<sup>9</sup>
- Röding, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 1393
- Rodríguez, Carlos Rafael Rodríguez** stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 369<sup>5</sup>, 1444
- Rogers, Bernard William** General der amerikanischen Streitkräfte, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 656, 1095, 1225, 1227, 1256–1259,

- 1514–1518, 1524, 1549, 1561, 1612<sup>13</sup>, 1676 f., 1679, 1707–1709
- Rogers, William Pierce** 1969–1973 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39, 44<sup>18</sup>, 1489
- Rolandis, Nikos** Außenminister der Republik Zypern S. 45<sup>19</sup>
- Romero y Galdámez, Oscar Arnulfo** 1977–1980 Erzbischof von San Salvador S. 1014
- Roosevelt, Franklin Delano** 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 18<sup>16</sup>, 26<sup>11</sup>, 35<sup>9</sup>, 65<sup>20</sup>, 92<sup>17</sup>, 98<sup>9</sup>, 107<sup>18</sup>, 522, 978<sup>33</sup>, 1587<sup>8</sup>
- Roosevelt, Theodore** 1899/1900 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New York, 1901–1909 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 17
- Ros, Enrique** Unterstaatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 753<sup>46</sup>
- del Rosario, Enrique A.** Leiter der Ständigen Vertretung der Dominikanischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York S. 1450<sup>54</sup>
- Rösch, Franz** Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel in Berlin (West) S. 710<sup>7</sup>
- Rose, Romani** Vorsitzender des Verbandes der deutschen Sinti bzw. seit Februar 1982 des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma S. 424
- Rosen, Moses** Rabbiner und Präsident der Föderation der Jüdischen Gemeinden in Rumänien S. 1817<sup>16</sup>
- Rosengarten, Ulrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Euro-parat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts bis 17. August 1982, anschließend Botschaftsrat bzw. seit 2. Dezember 1982 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 743<sup>1</sup>, 749<sup>32</sup>, 751<sup>39</sup>
- Rostow, Eugene** Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) **Dok. 272, 274** und S. 654, 987<sup>5</sup>, 1284 f., 1296 f., 1458 f., 1483
- Rötger, Thilo** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besetzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ im Auswärtigen Amt S. 1821<sup>1</sup>
- Rothlach, Roswitha** Mitglied der FDP S. 738
- Rothmann, Heinrich-Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in San Francisco S. 720<sup>12</sup>
- Rouget, Werner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ im Auswärtigen Amt S. 185<sup>1</sup>, 187<sup>13</sup>, 188<sup>15+16</sup>, 1478<sup>17</sup>
- Roux, Hilde** S. 682<sup>43</sup>
- Rowas, Franz** Referent im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts bis 31. März 1982 S. 339<sup>1</sup>
- Rowny, Edward Leon** Generalleutnant a.D. der amerikanischen Streitkräfte, Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den START-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 987–989, 1207, 1211, 1322, 1355–1360, 1766–1770
- Royo, Aristides** Präsident der Republik Panama bis 31. Juli 1982 S. 956
- Rudolph, Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 549<sup>1</sup>
- Ruete, Hans** 1966–1970 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 761<sup>9</sup>
- Ruhfus, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 458, 475<sup>9</sup>, 518<sup>9</sup>, 539<sup>3+7</sup>, 566<sup>1</sup>, 569<sup>12</sup>,

- 571<sup>7</sup>, 616<sup>8</sup>, 646<sup>3</sup>, 725<sup>16</sup>, 747<sup>24</sup>, 914<sup>3</sup>, 931<sup>8</sup>, 954<sup>16</sup>, 1100<sup>9</sup>, 1118<sup>34</sup>, 1321<sup>2</sup>, 1501, 1505<sup>22</sup>, 1506<sup>24</sup>
- Rühl, Lothar** Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt und Vertreter des Sprechers der Bundesregierung, seit 30. Oktober 1982 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 648<sup>8</sup>, 1455<sup>10</sup>, 1480, 1544<sup>4</sup>, 1796
- Rumsfeld, Donald** Vorsitzender der Research and Development Corporation (RAND) und Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten Reagan S. 1315<sup>29</sup>
- Runge, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amtes S. 1120<sup>1</sup>, 1121<sup>7</sup>
- Rupérez Rubio, Francisco Javier** Leiter der Delegation des Königreichs Spanien bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bis September 1982, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1259, 1329<sup>22</sup>, 1677<sup>18</sup>
- Rupprecht, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes bis 29. August 1982, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 30<sup>1</sup>, 33<sup>16</sup>
- Ruth, Friedrich** „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2 A des Auswärtigen Amtes **Dok. 24, 35, 39, 53, 151, 162, 169, 170, 206, 246, 258, 276, 279, 280, 294, 327, 342, 348, 351, 356, 359** und S. 48<sup>14</sup>, 203<sup>8</sup>, 205, 243<sup>8</sup>, 303<sup>3</sup>, 315<sup>2+8</sup>, 346<sup>1</sup>, 409<sup>1</sup>, 413, 429<sup>1</sup>, 430<sup>5+11</sup>, 432<sup>17</sup>, 464<sup>1</sup>, 486<sup>1</sup>, 490<sup>21</sup>, 503<sup>4</sup>, 525<sup>20</sup>, 576<sup>1</sup>, 579<sup>f.</sup>, 603<sup>3</sup>, 622<sup>2</sup>, 791<sup>1</sup>, 1016, 1077<sup>19</sup>, 1078<sup>20</sup>, 1206<sup>1</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1284<sup>1</sup>, 1355<sup>1</sup>, 1357<sup>10</sup>, 1361, 1368, 1375, 1377, 1410, 1411<sup>11</sup>, 1421, 1425<sup>f.</sup>, 1519<sup>5</sup>, 1560<sup>6</sup>, 1561<sup>1</sup>, 1623<sup>22</sup>, 1654<sup>8</sup>, 1660, 1662<sup>22</sup>, 1741, 1836<sup>13</sup>, 1847<sup>2</sup>, 1848, 1854
- Ruyter, Hans-Michael** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 375<sup>34</sup>, 1387<sup>6</sup>, 1786<sup>8</sup>
- Saadeddin, Adnan** Mitglied der Moslembruderschaft in der Arabischen Republik Syrien S. 350
- al-Sabah, Scheich Saad al-Abdullah al-Salim** Ministerpräsident und Kronprinz von Kuwait S. 117
- Sabisch, Erika** Dolmetscherin S. 170
- Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch** sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 62<sup>f.</sup>
- al-Sadat, Mohammed Anwar** 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten, 1973/74 und 1980/81 zudem Ministerpräsident S. 80, 85, 223<sup>9+10</sup>, 224<sup>11</sup>, 430, 470, 876<sup>f.</sup>, 910, 1124<sup>f.</sup>, 1264, 1603, 1801<sup>f.</sup>
- Safire, William** Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 110, 1095
- Safrontschuk, Iwan Stepanowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Kabul S. 1000<sup>21</sup>
- Sagladin, Wadim Walentinowitsch** Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU und Mitglied des ZK S. 168, 416, 579, 1744<sup>f.</sup>
- Sahm, Ulrich** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Generalkonsul in Genf bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1982; 1977–1979 Botschafter in Ankara S. 424<sup>5</sup>, 463<sup>23</sup>
- Sakurauchi Yoshio** Außenminister von Japan bis 27. November 1982 S. 903, 947, 951, 1364, 1365<sup>28</sup>, 1448

- Salazar, António de Oliveira** 1932–1968 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 728
- Salber, Herbert** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, vom 1. April bis 30. November 1982 im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ S. 1656<sup>15</sup>
- Salih, Ali Abdullah** Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 1277–1282
- Salgueiro, João** Finanzminister der Portugiesischen Republik S. 669, 673 f., 681, 684, 1235<sup>23</sup>
- Salim, Salim Ahmed** Außenminister der Vereinigten Republik Tansania S. 1203<sup>13</sup>
- Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch** Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU S. 416, 579, 591, 1745
- Şandru, Vasile** Leiter der Delegation der Sozialistischen Republik Rumänien bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid seit November 1982; 1969–1974 Botschafter in Belgrad S. 1629<sup>5</sup>
- dos Santos, José Eduardo** Präsident der Volksrepublik Angola S. 681, 995<sup>19</sup>, 1204
- Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio** Außenminister der Föderativen Republik Brasilien S. 539<sup>3</sup>, 1394<sup>3</sup>
- Sarkis, Elias** Präsident der Libanesischen Republik bis 22. September 1982 S. 1151, 1261 f.
- Sasse, Dieter** Vortragender Legationsrat im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts S. 332<sup>11</sup>
- Sasson, Moshe** Botschafter des Staates Israel in Kairo S. 1124
- Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud** Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 929, 952–955, 1151, 1712
- Sauerbaum, Eckhard** Stadtpräsident von Kiel S. 1018
- Sauvagnargues, Jean** 1970–1974 Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 1530<sup>16</sup>
- Savary, Alain** Minister für nationale Bildung der Französischen Republik; 1956 Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État aux Affaires marocaines et tunisiennes) S. 334
- Savetsila, Siddhi** Außenminister des Königreichs Thailand S. 980
- Savidor, Menachem** Präsident des israelischen Parlaments **Dok. 296** und S. 1602
- Savimbi, Jonas** Präsident der UNITA in der Volksrepublik Angola S. 247, 814, 1000
- Schaad, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 896<sup>24</sup>
- Schäfer, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 1744 f.
- Schaffran, Gerhard** Bischof von Dresden-Meißen und bis September 1982 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 1493
- Schalck-Goldkowski, Alexander** Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordination (Koko) und Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 410, 712, 714, 1273
- Schattmann, Werner** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 231<sup>25</sup>, 669
- Schaub, Alexander** stellvertretender Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn S. 1415
- Schauer, Hans** Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, am 15. Juli 1982 in das Auswärtige Amt versetzt, vom 23. Juli bis 31. August 1982 Leiter der Unterabteilung 21 des Auswärtigen Amts, danach Zuteilung zur Abteilung 2 zur Entlastung des Abteilungsleiters, seit 27. Dezember 1982 Leiter der Un-

- terabteilung 20 des Auswärtigen Amts **Dok. 323** und S. 1387<sup>6</sup>, 1486<sup>25</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1523<sup>9</sup>, 1524<sup>17</sup>, 1542<sup>11</sup>, 1786<sup>13</sup>
- Scheel, Hermann** Legationsrat I. Klasse und Leiter des Sprachendienstes an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 9. September 1982, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1338, 1379
- Scheer, Hermann** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1794
- Schellert, Dietrich** Vortragender Legationsrat im Referat 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte Inland“ des Auswärtigen Amts S. 871<sup>1</sup>, 1719<sup>21</sup>, 1735<sup>1</sup>, 1737<sup>1</sup>
- Schenk, Reinhold** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 115** und S. 280<sup>12</sup>, 290, 400<sup>1</sup>, 407, 506, 597, 668<sup>9</sup>, 696<sup>1</sup>, 715<sup>1</sup>, 716<sup>11</sup>, 717<sup>14</sup>, 763, 1406<sup>18</sup>, 1537
- Scheske, Ulrich** 1973–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 463<sup>23</sup>
- Schikin, Gennadij Serafimowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1368, 1371
- Schindler, Alexander Moshe** Präsident der Union of American Hebrew Congregations S. 1603
- Schinkel, Karl Friedrich** \* 1781 † 1841 S. 1273, 1580, 1764
- Schiwkow, Todor** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens S. 147, 157<sup>46</sup>, 170 f.
- Schlabrendorff, Fabian von** \* 1907 † 1980 Jurist und Offizier der Wehrmacht, 1944 verhaftet S. 1489
- Schlagintweit, Reinhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt S. 212, 223<sup>6</sup>, 463<sup>25</sup>, 469<sup>8</sup>, 611<sup>1</sup>, 703<sup>1</sup>, 705<sup>6</sup>
- Schlüter, Poul** Vorsitzender der dänischen Konservativen Volkspartei und seit 10. September 1982 Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 1652
- Schmidt, Boris** S. 1793
- Schmidt, Gustav L.** S. 1113
- Schmidt, Hannelore (Loki)** S. 351, 355, 695, 871, 963, 1048, 1305
- Schmidt, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bis 1. Oktober 1982; 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen **Dok. 2, 3, 4, 5, 20, 21, 22, 26, 34, 38, 54, 56, 63, 65, 70, 90, 91, 92, 94, 98, 99, 110, 119, 131, 136, 150, 163, 175, 177, 182, 183, 184, 194, 196, 199, 203, 207, 211, 219, 223, 229, 232, 236, 245, 246, 248** und S. 3–5, 26, 30<sup>5</sup>, 32, 33<sup>18</sup>, 34–41, 47, 49–52, 56, 59, 61–66, 69, 87, 113–119, 139<sup>7</sup>, 141–143, 151<sup>27</sup>, 154, 179<sup>13</sup>, 202, 204, 209<sup>22</sup>, 212, 222<sup>4</sup>, 225<sup>13</sup>, 226, 230, 233, 240, 244–253, 294, 299, 306 f., 309, 313 f., 315<sup>8</sup>, 329–333, 344<sup>9</sup>, 371<sup>13</sup>, 386, 398<sup>15</sup>, 399 f., 412, 417–426, 429<sup>4</sup>, 430–441, 464 f., 473–481, 487–491, 511<sup>27</sup>, 515, 519–534, 537<sup>2</sup>, 545, 551 f., 554, 556, 617<sup>2</sup>, 622 f., 626–641, 646–651, 669–689, 700 f., 709 f., 712, 713<sup>19</sup>, 714, 715<sup>5</sup>, 716, 722–737, 765, 774 f., 802–811, 846<sup>9</sup>, 847<sup>4</sup>, 848, 858 f., 861–871, 903–906, 909, 938–941, 943<sup>39</sup>, 946–948, 950–955, 971<sup>5</sup>, 972, 1003, 1004<sup>9</sup>, 1007 f., 1034<sup>6</sup>, 1047, 1059, 1061, 1076, 1098–1106, 1121, 1123, 1124<sup>1</sup>, 1127, 1130, 1132–1134, 1144, 1146, 1160–1162, 1172–1180, 1197<sup>15</sup>, 1201<sup>36</sup>, 1206<sup>20</sup>, 1219, 1236, 1269–1271, 1274, 1276–1282, 1306<sup>2</sup>, 1316<sup>2</sup>, 1321<sup>2</sup>, 1332, 1337, 1346, 1394<sup>1</sup>, 1398, 1424<sup>10+14</sup>, 1465<sup>18</sup>, 1484, 1490<sup>11</sup>, 1493 f., 1527, 1530<sup>16</sup>, 1545, 1567<sup>16</sup>, 1581, 1599<sup>20</sup>, 1601<sup>6</sup>, 1653, 1657, 1663, 1670, 1672, 1694, 1729<sup>13</sup>, 1742, 1795, 1822<sup>7</sup>, 1836
- Schmidt, Rudolf** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel; 1975–1977 Legationsrat I. Klasse an

- der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa S. 681<sup>39</sup>
- Schmidt, Susanne** S. 1053
- Schmidt, Witali** S. 1793
- Schmidt-Pauli, Edgar von** 1979/80 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 404<sup>17</sup>
- Schmitt, Eberhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Valletta **Dok. 55**
- Schmittlein, Christian** Oberregierungsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin bis Mai 1982, danach in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung versetzt S. 695<sup>15</sup>, 1089<sup>3</sup>
- Schmitz, Theodor** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1723<sup>9</sup>
- Schmitz, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 423 „Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr“ des Auswärtigen Amts bis 17. Januar 1982, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 1143<sup>18</sup>
- Schmückle, Gerd** General a.D. der Bundeswehr S. 1544<sup>5</sup>
- Schmude, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und bis 1. Oktober 1982 Bundesminister der Justiz, vom 17. September bis 1. Oktober 1982 zudem Bundesminister des Innern S. 617<sup>2</sup>, 1206<sup>20</sup>, 1290<sup>4</sup>
- Schmülling, Herbert** Pressesprecher der FDP S. 738
- Schneider** amerikanischer Rabbiner S. 1602
- Schneider, Oscar** Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau S. 1474<sup>10</sup>, 1511<sup>42</sup>, 1580
- Schnittger, Otto** Vortragender Legationsrat im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 1009<sup>1</sup>, 1095<sup>1</sup>, 1300<sup>1+4</sup>
- Schnoor, Herbert** Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 553
- Schnur, Walter** S. 1333, 1382
- Schödel, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 537<sup>3</sup>, 971<sup>6</sup>, 972<sup>13</sup>, 973<sup>16</sup>, 974<sup>20</sup>, 975<sup>22</sup>, 978, 1149<sup>43</sup>, 1399<sup>8</sup>, 1402<sup>18</sup>
- Scholl-Latour, Peter** Journalist und Chefkorrespondent des ZDF in Paris S. 321
- Schönfeld, Peter** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ sowie Planungsbeauftragter des Auswärtigen Amts S. 1821<sup>1+2</sup>
- Schönfelder, Wilhelm** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts bis 8. August 1982, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 898<sup>5</sup>, 900<sup>9</sup>, 1189<sup>1</sup>
- Schöning, Ulrich** Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 703<sup>1</sup>, 1710<sup>1</sup>
- Schostakowitsch, Dmitri Dmitriewitsch** \*1906 †1975 sowjetischer Komponist S. 1383
- de Schoutheete, Philippe** Botschafter des Königreichs Belgien in Madrid S. 339
- Schreckenberger, Waldemar** Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz bis 4. Oktober 1982, anschließend Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 1335, 1337, 1352, 1354, 1410, 1415, 1417, 1501, 1614, 1642<sup>10</sup>, 1698, 1714, 1811<sup>6</sup>, 1816
- Schreiber, Rolf** Diplomingenieur sowie Baudirektor und Wehrtechnischer Atta-

- ché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris seit Frühjahr 1982 S. 780<sup>16</sup>, 1196<sup>14</sup>
- Schröder, Dieter** Journalist bei der Tageszeitung „Süddeutsche Zeitung“ S. 1834<sup>2</sup>, 1838, 1845<sup>16</sup>
- Schröter, Georg** Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau seit Februar 1982 S. 1218–1220
- Schtscherbakow, Ilja Sergejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Peking S. 974 f.
- Schubert, Konrad von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis 29. August 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum“ im Auswärtigen Amt S. 1195<sup>9</sup>
- Schuchardt, Helga** Mitglied des Deutschen Bundestags (bis November 1982 FDP) S. 1523<sup>8</sup>
- Schuler, Arthur** S. 1793
- Schulmann, Horst** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen bis 31. Oktober 1982 S. 690, 692, 1642<sup>10</sup>
- Schultheiß, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1288<sup>13</sup>
- Schulze, Franz-Joseph** General a.D. der Bundeswehr S. 760, 1076, 1078
- Schulze-Boysen, Hartmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 1042<sup>20</sup>, 1223<sup>5</sup>
- Schumacher, Peter** Persönlicher Referent des FDP-Vorsitzenden Genscher S. 738
- Schuman, Robert** 1947/48 Ministerpräsident und 1948–1953 Außenminister der Französischen Republik S. 1331
- Schünke, Lothar** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in San Francisco bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende September 1982 S. 1089<sup>3</sup>
- Schurz, Carl** \* 1829 † 1906 S. 1413
- Schütte, Rolf** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amtes S. 1159<sup>1</sup>
- Schütz, Klaus** Intendant der Deutschen Welle S. 275, 276<sup>6</sup>, 881<sup>32</sup>
- Schuermans, Constant** 1970–1976 Botschafter des Königreichs Belgien in Bonn S. 1530<sup>16</sup>
- Schwalber, Hanspeter** Diplomingenieur sowie Leitender Baudirektor und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington (auch für Kanada zuständig) S. 1546<sup>17</sup>
- Schwarz-Schilling, Christian** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen S. 1528
- Schwüppe, Hans** Ministerialrat und Chef des Protokolls des Deutschen Bundestags S. 1548
- Seibert, Günther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes S. 30<sup>1</sup>, 300<sup>9</sup>, 315<sup>1</sup>, 413<sup>1</sup>, 481<sup>1</sup>, 706<sup>1</sup>, 760<sup>1</sup>, 761<sup>7+11</sup>, 762<sup>14+15</sup>, 1075<sup>1</sup>, 1118<sup>1</sup>, 1164<sup>1</sup>, 1212<sup>26</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1521<sup>1</sup>, 1526<sup>1</sup>, 1662<sup>1</sup>, 1680<sup>1</sup>, 1707<sup>1</sup>, 1855<sup>1</sup>
- Seidel, Karl** Leiter der Abteilung „Bundesrepublik Deutschland“ des Außenministeriums der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 709, 1269
- Seitz, Konrad** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters bzw. seit 10. Februar 1982 Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt **Dok. 111, 171, 225, 343**
- Sekeris, George E.** Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel bis April 1982 S. 485 f.
- Selbmann, Eugen** außenpolitischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion S. 309<sup>17</sup>
- Selva, Guillermo** Generalsekretär des „Partido Liberal Independiente“ in der Republik Nicaragua S. 772

- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 54, 89, 256** und S. 313, 426, 487<sup>4</sup>, 488, 574, 577–579, 588, 1062, 1248<sup>6</sup>, 1353, 1356<sup>8</sup>, 1379, 1383, 1413<sup>16</sup>, 1415, 1599<sup>20</sup>
- Semskow, Igor Nikolajewitsch** Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zu seinem Tod 1982 S. 73<sup>18</sup>
- Senghor, Léopold Sédar** 1960–1980 Präsident der Republik Senegal S. 245
- Sermeyó, Manuel Isidro López** Innenminister der Republik El Salvador seit Mai 1982 S. 770
- Shagari, Shehu** Präsident der Bundesrepublik Nigeria; 1971–1975 Finanzminister S. 245, 432–441, 449
- Shahati, Ahmed** Sonderbotschafter von Oberst Gaddafi S. 662<sup>15</sup>
- Shahi, Agha** Außenminister der Islamischen Republik Pakistan bis Februar 1982; 1978–1981 Berater des pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq in außenpolitischen Fragen S. 463<sup>23</sup>
- Shakaa, Bassam** Bürgermeister von Nablus bis März 1982 S. 536<sup>8</sup>
- Shaker, Saadun** Innenminister der Republik Irak **Dok. 124**
- Shamir, Yitzhak** Außenminister des Staates Israel **Dok. 168** und S. 909f., 1110, 1124, 1261<sup>8</sup>, 1303, 1488f., 1550f., 1802
- Sharon, Ariel** Verteidigungsminister des Staates Israel S. 80<sup>6</sup>, 83<sup>21</sup>, 84, 802<sup>52</sup>, 879<sup>22+23</sup>, 1043<sup>3</sup>, 1126, 1153, 1303, 1314<sup>23</sup>, 1734<sup>36</sup>, 1802<sup>8</sup>
- Shehab, Fuad** 1952 und 1958–1964 Präsident der Libanesischen Republik S. 1010
- Shehu, Mehmet** 1954–1981 Ministerpräsident der Volksrepublik Albanien S. 147
- Shmülewitz, Matityahu** Generaldirektor des Büros des israelischen Ministerpräsidenten Begin S. 909
- Shore, Peter** „Schattenfinanzminister“ im britischen Parlament; 1979/80 „Schattenaußenminister“ S. 540
- Shultz, George Pratt** Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten Reagan, seit 16. Juli 1982 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika; 1969/70 Arbeitsminister, 1972–1974 Finanzminister **Dok. 136, 332, 333, 334** und S. 105, 371, 389, 448, 452, 730f., 916, 1020, 1037, 1048<sup>1</sup>, 1052–1054, 1069f., 1092–1094, 1104<sup>21</sup>, 1111, 1116, 1127, 1130, 1172–1182, 1184f., 1199, 1205, 1229–1232, 1242<sup>3</sup>, 1244, 1249, 1290–1293, 1306–1310, 1313, 1316–1330, 1333, 1342, 1344, 1352, 1360–1367, 1371, 1376<sup>13</sup>, 1377<sup>15+16</sup>, 1406, 1417, 1421f., 1439–1441, 1448, 1452, 1458<sup>8</sup>, 1475<sup>4</sup>, 1476<sup>5</sup>, 1478<sup>18</sup>, 1509<sup>36</sup>, 1561–1564, 1574<sup>13</sup>, 1609–1613, 1622, 1640, 1645, 1649, 1662–1664, 1750, 1753–1765, 1778, 1781–1786, 1788, 1817<sup>16</sup>
- Shultz, Helena** S. 1726
- Siad Barre, Mohammed** Präsident und Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Republik Somalia sowie Generalsekretär der Somalischen Sozialistischen Revolutionären Partei **Dok. 94** und S. 1109<sup>10</sup>
- Sidon, Avi** Journalist S. 545<sup>20</sup>
- Siebourg, Gisela** Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 145, 277** und S. 222, 305, 875, 909, 1230, 1330<sup>1</sup>, 1335<sup>1</sup>
- Siegfried, Oskar von** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Chicago S. 720<sup>12</sup>
- Sigrist, Helmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 44<sup>18</sup>, 135<sup>13</sup>, 192, 1176<sup>17</sup>, 1683, 1689<sup>19</sup>
- Sihanouk, Samdech Norodom** Begründer der „Vereinigten Nationalen Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha“ und seit 22. Juni 1982 „Präsident“ der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea; 1960–1970 Staatschef des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. seit 5. Januar 1976 des Demokratischen Kampuchea S. 609<sup>11</sup>, 979<sup>10</sup>, 980–982, 1149

- Sikora, Franz** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 543<sup>10</sup>, 545<sup>20</sup>, 819<sup>5</sup>, 875, 1261<sup>8</sup>, 1302<sup>15</sup>, 1490<sup>11</sup>, 1601<sup>6</sup>
- Silberman** S. 1603 f.
- Siles Zuazo, Hernán** Präsident der Republik Bolivien seit 10. Oktober 1982; 1978, 1979 und 1980 Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Volksunion in Bolivien S. 617<sup>12</sup>
- Silvestrini, Achille** Titular-Erzbischof von Novaliciana und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 26, 593, 1491
- Simon, Dieter** Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiterin im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 122<sup>1</sup>, 1674<sup>1</sup>
- Sindermann, Horst** Präsident der Volkskammer der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1763
- Siwak, Albin** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 128
- Smirnow, Andrej Andrejewitsch** 1956–1966 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 108, 132<sup>25</sup>
- Smirnow, Wassilij** sowjetischer Dolmetscher S. 1572
- Smith, Carl R.** Generalmajor und militärischer Assistent des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger (Military Assistant) S. 425
- Smith, Gerard C.** 1969–1972 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) sowie Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den SALT-Verhandlungen S. 586, 591, 623–625, 706, 760–762, 806, 1031, 1075, 1078, 1656<sup>12</sup>
- Soares, Mário Alberto Nobre Lopes** Vorsitzender der Sozialistischen Partei Portugals S. 670
- Sobolew, Wladimir Michajlowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Helsinki S. 1026
- Soddemann, Hugo** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung VI „Rechtsangelegenheiten, Liquidation des Krieges, Verteidigungslasten, Bundesliegenschaften, bewegliches Bundesvermögen“ bzw. seit Dezember 1982 Leiter der Abteilung Z „Zentralabteilung (Organisation und Personalien, allgemeine Verwaltung)“ im Bundesministerium der Finanzen S. 398<sup>16</sup>
- Solomenzew, Michail Sergejewitsch** Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 265** und S. 1339 f., 1353, 1370, 1413<sup>16</sup>
- Son Sann** Anführer der „Khmer People's National Liberation Front“ und seit 22. Juni 1982 „Ministerpräsident“ der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 609<sup>11</sup>, 749, 979<sup>10</sup>, 980 f.
- Sonnenfeldt, Helmut** 1974–1977 Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) S. 457, 1020
- Sorsa, Kalevi** Ministerpräsident der Republik Finnland seit 19. Februar 1982 **Dok. 184, 194** und S. 289, 530, 809<sup>25</sup>, 1075
- Spadolini, Giovanni** Generalsekretär der PRI und bis 30. November 1982 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 10, 26, 375<sup>34</sup>, 502, 585, 688, 722–737, 869, 935 f., 946 f., 951, 961, 1049, 1387
- Spalcke, Karl** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad bis 21. Februar 1982, seit 22. März 1982 Abordnung bzw. seit 1. April 1982 Versetzung als Vortragender Legationsrat in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 214<sup>8</sup>
- Spassow, Iwan** Mitarbeiter im bulgarischen Außenministerium S. 145, 170
- Speakes, Larry M.** stellvertretender Pressesprecher des amerikanischen Prä-

- sidenten Reagan (Principal Deputy Press Secretary) S. 488<sup>7</sup>, 533<sup>9</sup>
- Sperl, Georg** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 639<sup>39</sup>
- Spiteri, Lino** Finanzminister der Republik Malta S. 273
- Staar, Richard Felix** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1139, 1284<sup>4</sup>, 1322
- Stabreit, Immo** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 178** und S. 133<sup>1</sup>, 517<sup>1</sup>, 518<sup>5</sup>, 519<sup>10-12</sup>, 743<sup>1</sup>, 749<sup>32</sup>, 1800<sup>25</sup>
- Staden, Berndt von** Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und seit 6. Dezember 1982 Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit; 1973–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 11, 221, 239, 240, 249, 251, 253, 326** und S. 13<sup>11</sup>, 17<sup>7</sup>, 21, 34, 41, 50, 52<sup>1</sup>, 56–61, 64, 97, 111<sup>38</sup>, 118, 122, 125, 132f., 138, 139<sup>5+8</sup>, 140<sup>13+14</sup>, 162, 166<sup>12</sup>, 167<sup>13</sup>, 175, 179<sup>13</sup>, 180f., 197, 198<sup>7</sup>, 213, 217<sup>1</sup>, 218, 219<sup>8</sup>, 241<sup>1</sup>, 277, 287–289, 303, 313<sup>1</sup>, 315, 351, 355, 364<sup>1</sup>, 379, 417<sup>1</sup>, 425<sup>1</sup>, 429<sup>1</sup>, 432, 439, 446<sup>1</sup>, 467, 468<sup>5</sup>, 471, 486<sup>1</sup>, 519, 523, 528f., 537<sup>1</sup>, 539–542, 545<sup>21</sup>, 547<sup>2</sup>, 549, 553, 573f., 581, 603, 604<sup>10+11</sup>, 605, 622, 623<sup>6</sup>, 625<sup>13+16+18</sup>, 626<sup>20</sup>, 639<sup>41</sup>, 652<sup>4</sup>, 664, 667<sup>8</sup>, 696, 768, 771f., 847, 850<sup>12</sup>, 851<sup>13</sup>, 853, 866<sup>1</sup>, 867<sup>7</sup>, 882, 885, 898, 914<sup>3</sup>, 932<sup>1</sup>, 955, 978<sup>1</sup>, 1003<sup>1</sup>, 1009, 1075, 1076<sup>10</sup>, 1082, 1083<sup>6</sup>, 1088<sup>20</sup>, 1120–1123, 1159<sup>1+2</sup>, 1164, 1206, 1231<sup>10</sup>, 1241, 1252<sup>1</sup>, 1268<sup>1</sup>, 1278, 1281, 1296<sup>1</sup>, 1300<sup>5</sup>, 1301, 1310, 1321–1324, 1360<sup>1</sup>, 1361<sup>8</sup>, 1365, 1379, 1390, 1403, 1431, 1434<sup>18</sup>, 1435<sup>19</sup>, 1454, 1455<sup>10+13</sup>, 1457<sup>23</sup>, 1458, 1461<sup>15</sup>, 1462, 1514<sup>1</sup>, 1534f., 1536<sup>19+23+24</sup>, 1537<sup>26</sup>, 1538<sup>41+43+44</sup>, 1561<sup>1</sup>, 1563<sup>6</sup>, 1564–1571, 1614, 1629f., 1645, 1658, 1683, 1699, 1704<sup>2</sup>, 1716<sup>1</sup>, 1741, 1761<sup>1</sup>, 1766, 1770, 1771<sup>4+6</sup>, 1772<sup>8</sup>, 1773<sup>9+11</sup>, 1774<sup>12+13+14</sup>, 1775<sup>16-19</sup>, 1794, 1797, 1806, 1813–1817, 1818<sup>18+19</sup>, 1819<sup>21</sup>, 1824, 1827, 1834<sup>1</sup>, 1838<sup>18</sup>, 1839, 1840<sup>8</sup>, 1847, 1848<sup>12</sup>, 1850<sup>19</sup>, 1852<sup>26</sup>, 1853<sup>28+29</sup>, 1857<sup>2</sup>
- Staks, Jürgen** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 814<sup>7</sup>
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 18<sup>16</sup>, 26<sup>11</sup>, 30<sup>5</sup>, 35<sup>9</sup>, 65<sup>20</sup>, 92<sup>17</sup>, 98<sup>9</sup>, 107, 225, 589, 766, 977f., 1587<sup>5</sup>
- Starnitzky, Erwin** Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amtes S. 1674<sup>1</sup>
- Starodubow, Viktor Pawlowitsch** Generalmajor und Mitglied der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den START-Verhandlungen in Genf S. 1062, 1064–1066
- Staveley, Sir William** Admiral der britischen Marine und seit Oktober 1982 Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich des Ärmelkanals (CINCHAN) S. 1515, 1707, 1709
- Stavrev, Dragoljub** Präsident des Vollzugsrats der Sozialistischen Republik Mazedonien seit Mai 1982 S. 1141, 1158
- Steeg, Helga** Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 842, 844–846, 1091, 1307<sup>8</sup>, 1320, 1476<sup>5</sup>
- Steel, David** Vorsitzender der British Liberal Party S. 1013
- Steffler, Christel** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Aus-

- wärtigen Amt S. 122<sup>1</sup>, 257<sup>19</sup>, 273<sup>1</sup>, 276<sup>6</sup>, 834<sup>1</sup>, 1236<sup>1</sup>, 1674<sup>1</sup>
- Stehle, Hansjakob** Publizist S. 1159
- Stein** siehe: *Leshem-Stein, Simon*
- Stein, Hans Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda **Dok. 154** und S. 1712<sup>12</sup>
- Steiner, Michael** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ bzw. seit 15. März 1982 im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amtes S. 875<sup>1</sup>, 1009<sup>1</sup>, 1300<sup>1</sup>, 1548
- Steinert, Jürgen** Wirtschaftssenator der Freien und Hansestadt Hamburg bis 6. Juni 1982, vom 18. Mai bis 12. Dezember 1982 Finanzsenator S. 493
- Steinhoff, Johannes** General a. D. der Bundeswehr S. 760
- Steinkühler, Manfred** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 66, 67, 81, 129, 167, 180, 197, 198, 215, 317, 335, 336, 352** und S. 29<sup>9</sup>, 210<sup>6+8</sup>, 275<sup>5</sup>, 276<sup>6</sup>, 308<sup>9</sup>, 331<sup>10</sup>, 334<sup>4</sup>, 724<sup>9</sup>, 757<sup>49</sup>, 862<sup>3</sup>, 863<sup>7</sup>, 935<sup>13</sup>, 938<sup>24</sup>, 985<sup>28</sup>, 1368<sup>8</sup>, 1383<sup>14</sup>, 1394<sup>3</sup>, 1416<sup>6</sup>, 1447<sup>40</sup>, 1470<sup>2</sup>, 1476<sup>8</sup>, 1490<sup>2</sup>, 1491<sup>11</sup>, 1494<sup>20</sup>, 1503<sup>12</sup>, 1508<sup>33</sup>, 1512<sup>48</sup>, 1595<sup>14</sup>, 1657<sup>24</sup>, 1669<sup>14</sup>, 1715<sup>8</sup>, 1725<sup>14</sup>, 1800<sup>20+23</sup>, 1800<sup>27+28</sup>, 1834<sup>3</sup>, 1858<sup>6</sup>
- Stelzenmüller, Tilemann** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 1720<sup>22</sup>
- Stenseth, Dagfinn** Botschafter des Königreichs Norwegen in Moskau S. 73<sup>18</sup>
- Stepanow, Wladimir Sewastjanowitsch** 1973–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Helsinki S. 527
- Steuben, Friedrich Wilhelm von** \* 1730 † 1794 S. 1334
- van der Stoel, Max** Außenminister des Königreichs der Niederlande bis 29. Mai 1982 S. 27–29, 75 f., 78, 232 f., 254<sup>6</sup>, 351, 353 f., 482, 744, 750, 752 f., 758, 827–830, 1451, 1479
- Stoessel, Walter John Jr.** Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) bis 26. Januar 1982, vom 10. Februar bis 22. September 1982 stellvertretender Außenminister (Deputy Secretary of State), vom 5. bis 16. Juli 1982 amtierender Außenminister; 1976–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 41, 56–60, 86, 256<sup>16</sup>, 380, 398<sup>14+16</sup>, 429, 668, 718<sup>4</sup>, 1002<sup>29</sup>, 1170<sup>11</sup>
- Stolpe, Manfred** Konsistorialpräsident des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg S. 1217<sup>9</sup>
- Stoltenberg, Gerhard** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (CDU) bis 4. Oktober 1982, anschließend Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland S. 464–467, 501<sup>15</sup>, 1018, 1029, 1201<sup>36</sup>, 1363, 1501, 1507, 1510–1512
- Stolze, Diether** Journalist, bis September 1982 Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, ab 8. Oktober Staatssekretär, Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 1501
- Strätling, Erich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 189<sup>22</sup>, 1180<sup>1</sup>
- Stratmann, Karl-Peter** Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 603–605
- Strauß, Franz Josef** Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU S. 222, 229, 375, 425–432, 501<sup>15</sup>, 1073, 1184, 1295, 1398, 1666 f.
- Strauß, Max** S. 429
- Stray, Sverre Thorkild** Außenminister des Königreichs Norwegen **Dok. 80** und S. 70, 73 f., 255, 257, 287<sup>36</sup>, 298, 312, 827, 829 f., 1325, 1328, 1790<sup>25</sup>
- Street, Anthony** Außenminister von Australien S. 58<sup>10</sup>
- Strenziok, Gert** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 138** und S. 448<sup>9</sup>, 612<sup>4</sup>, 1108<sup>8</sup>
- Striganow, Sergej Romanowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Buenos Aires S. 820

- Štrougal, Lubomír** Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 641
- Stücklen, Richard** Präsident des Deutschen Bundestags (CSU) S. 554, 835<sup>5</sup>
- Studnitz, Ernst-Jörg von** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 1148<sup>36</sup>
- Stülpnagel, Paul-Joachim von** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rabat bis 10. August 1982, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt S. 1537
- Stützle, Walther** Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 315
- Suárez González, Adolfo** 1976–1981 Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 229, 917, 1105
- Suazo Córdova, Roberto** Präsident der Republik Honduras seit 27. Januar 1982 S. 1719, 1720<sup>22</sup>
- Sudhoff, Jürgen Hellmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt bis 1. November 1982, anschließend als stellvertretender Sprecher der Bundesregierung in den Geschäftsbereich des Presse- und Informationsamts versetzt, seit 8. November 1982 Ministerialdirektor S. 1392<sup>10</sup>
- Suffot, Zev E.** Mitarbeiter im israelischen Außenministerium S. 875, 909
- Suharto** Präsident der Republik Indonesien S. 449
- Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud** Verteidigungsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 810<sup>4</sup>
- Sunay, Cevdet** 1966–1973 Präsident der Republik Türkei S. 124<sup>9</sup>
- Suslow, Michail Andrejewitsch** Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU bis zu seinem Tod am 25. Januar 1982 S. 157, 160, 285, 374, 526, 976
- Suzuki Zenko** Ministerpräsident von Japan bis 26. November 1982 S. 903–906, 915, 946 f., 951, 1055, 1180
- Svart, Anker** Botschafter des Königreichs Dänemark in Brüssel sowie Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 28<sup>7</sup>
- Symington, William Stuart Jr.** 1953–1976 Senator des amerikanischen Bundesstaats Missouri (Democratic Party) S. 187
- Szczepański, Jan** Abgeordneter des polnischen Parlaments und bis 26. Mai 1982 Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 52–56
- Tabone, Vincent (Censu)** Präsident des Exekutivkomitees der Nationalist Party (NP) Maltas und Sprecher der NP für Auswärtige Angelegenheiten S. 274<sup>4</sup>
- Tadesse, Yilma** Botschafter des Sozialistischen Äthiopiens in Khartum S. 660
- Taliani, Corrado** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 1674<sup>1</sup>, 1675
- de Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice** \*1754 †1838 S. 1414
- Tamir, Avraham** General der israelischen Streitkräfte und Mitarbeiter im israelischen Verteidigungsministerium S. 1802<sup>8</sup>
- Tandeki, Hans-Peter** Generalmajor der Bundeswehr und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 715 f., 1480<sup>1+3</sup>, 1561, 1796
- Tarassow, Nikolaj Konstantinowitsch** 1976–1981 Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 559<sup>9</sup>
- Tawil, Ibrahim** Bürgermeister von Al-Bireh bis 12. März 1982 S. 536<sup>8</sup>
- el-Tayeb, Omer Mohammed** Erster Vizepräsident der Demokratischen Republik Sudan **Dok. 132**

- Taylor, Sir John (Jock)** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn **Dok. 211** und S. 458, 539–542, 568, 571–574, 1501
- Taylor, Maxwell D.** General und 1955–1959 Generalstabschef des amerikanischen Heeres (Chief of Staff of the Army) S. 938f., 1031
- Tejero Molina, Antonio** 1974–1981 Oberstleutnant der spanischen Guardia Civil S. 227<sup>6</sup>
- Teller, Edward** amerikanischer Physiker S. 1682<sup>6</sup>
- Teltschik, Horst** Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Kohl, bis 4. Oktober 1982, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts S. 1338, 1352, 1379, 1410, 1614, 1726, 1744<sup>13</sup>, 1801<sup>1+4</sup>
- Tenorio, Jorge Eduardo** Finanzminister der Republik El Salvador S. 770
- Terechow, Wladislaw Petrowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1198<sup>23</sup>
- Terefe Wolde Tsadik** 1977/78 Erziehungsminister des Sozialistischen Äthopiens S. 1252<sup>3</sup>
- Terfloth, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 1386<sup>19</sup>
- Terlouw, Jan** Wirtschaftsminister des Königreichs der Niederlande bis 4. November 1982 S. 1068, 1070, 1072
- Ternus, Reinhard** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut bis 6. Juni 1982, anschließend dem Arbeitsstab Libanon des Referats 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts zugeteilt, seit 12. Oktober 1982 Legationsrat, am 30. November 1982 endgültig in das Referat 310 versetzt S. 1300<sup>1</sup>
- Tesch, Emmanuel** Präsident des Verwaltungsrats der ARBED S. 1530
- Tevi-Benissan, Tete** Finanz- und Wirtschaftsminister der Republik Togo S. 250
- Tévoédjirè, Albert** Direktor des „International Institute for Labour Studies“ in Genf und stellvertretender Generaldirektor der IAO S. 1479
- Thatcher, Denis** S. 113
- Thatcher, Margaret** Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 90, 91, 92, 110, 175, 318** und S. 97<sup>5</sup>, 113–118, 176<sup>7</sup>, 211f., 418<sup>8</sup>, 421, 475f., 478, 495, 497–499, 515, 539<sup>7</sup>, 540, 568, 572, 616<sup>8</sup>, 646–651, 683, 686–688, 696, 702f., 725, 732, 755, 776–779, 862–866, 868–871, 934f., 937, 946f., 951, 956, 960, 1051–1054, 1069f., 1090, 1100–1103, 1104<sup>21</sup>, 1112–1118, 1228, 1235, 1290, 1319, 1449, 1450<sup>54</sup>, 1501–1503, 1505<sup>22</sup>, 1508<sup>31</sup>, 1512<sup>49</sup>, 1513, 1597, 1642, 1729, 1739, 1761–1763
- Thatcher, Mark** S. 97, 113
- Thibau, Jacques** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium seit Januar 1982 (Directeur général des Relations culturelles) S. 331
- Thiele, Rüdiger** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsbeziehungen“ im Bundeskanzleramt S. 669
- Thomas, Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm bzw. seit 14. Januar 1982 in Sofia S. 145, 170, 511<sup>28</sup>, 527<sup>29</sup>, 958<sup>13</sup>, 1374<sup>5</sup>
- Thorn, Gaston** Präsident der EG-Kommission; 1974–1979 Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg **Dok. 273** und S. 103, 210f., 234, 308, 345, 354<sup>13</sup>, 421f., 459<sup>6</sup>, 461, 515, 645, 702, 750f., 755f., 946f., 951, 1013, 1409, 1443, 1447–1450, 1645<sup>15</sup>, 1739, 1792
- Thoroddsen, Gunnar** Ministerpräsident der Republik Island **Dok. 147, 194** und S. 289, 530, 802–810, 936, 969<sup>18</sup>, 1075
- Thurmond, James Strom** Senator des amerikanischen Bundesstaats South Carolina (Republican Party) und Präsident pro tempore des amerikanischen Senats S. 1374<sup>7</sup>
- Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch** Ministerpräsident der Union der Sozial-

- listischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 263, 265, 272, 976, 1338, 1343
- Tidten, Wolfgang** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris bis 27. Juni 1982, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amtes S. 83<sup>18</sup>
- Tiessen, Hans-Jakob** Regierungsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 709
- Tindemans, Leonard Clemence** Außenminister des Königreichs Belgien; 1974–1978 Ministerpräsident S. 14, 27–29, 43, 51, 70, 73, 101–103, 123<sup>8</sup>, 196<sup>18</sup>, 210, 234, 241<sup>4</sup>, 254<sup>6</sup>, 255, 257, 287<sup>36</sup>, 301, 308, 312, 340, 343, 345, 354<sup>13</sup>, 421 f., 459<sup>6</sup>, 462, 478, 515 f., 536, 610, 645, 702, 743 f., 749, 750<sup>37</sup>, 753, 756–759, 827, 830, 871–873, 911 f., 930 f., 1325, 1329, 1353, 1440 f., 1443, 1449, 1644, 1645<sup>15</sup>, 1764<sup>21</sup>, 1765
- Tito, Josip Broz** 1937–1980 Vorsitzender des BdKJ und 1953–1980 Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 641, 1144, 1157 f., 1173<sup>6</sup>, 1580, 1759
- Tomášek, František** Kardinal und Erzbischof von Prag S. 1492 f.
- Tornetta, Vincenzo** Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 28<sup>7</sup>, 1258, 1329<sup>22</sup>
- Török, István** Staatssekretär im ungarischen Außenhandelsministerium S. 641
- Torrelío Villa, Celso** Präsident der Republik Bolivien bis 19. Juli 1982 S. 617
- Touré, Ahmed Sekou** Präsident der Revolutionären Volksrepublik Guinea S. 245, 448<sup>9</sup>, 1149<sup>43</sup>
- Tower, John Goodwin** Senator des amerikanischen Bundesstaats Texas (Republican Party) S. 1546
- Train II, Harry DePue** Admiral der amerikanischen Marine, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich Atlantik (SACLANT), Oberbefehlshaber der US Atlantic Fleet (CINCLANTFLT) und des US Atlantic Command (CINCLANT) bis 30. September 1982 S. 1258
- Treskow, Wiprecht von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amtes S. 38<sup>22</sup>, 58<sup>10</sup>, 271<sup>33</sup>, 1141<sup>1</sup>, 1629<sup>1</sup>
- Treviranus, Hans** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 501 „Völkerrechtliche Verträge“ im Auswärtigen Amt S. 237<sup>9</sup>
- Trojanowskij, Oleg Alexandrowitsch** Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York S. 1368
- Trudeau, Pierre Elliott** Ministerpräsident von Kanada **Dok. 223** und S. 141–143, 522<sup>7</sup>, 678, 938 f., 946, 951, 987, 1103
- Trujillo, José Horacio** Botschafter der Republik El Salvador in Bonn S. 1012
- Truman, Harry S.** 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 107<sup>18</sup>, 921
- Trumpf, Jürgen** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 602<sup>29</sup>
- Tsamados, Constantin J.** Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 192, 1683
- Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU S. 526, 589, 808, 968, 1026, 1197<sup>19</sup>, 1227, 1343
- Tschernyschew** Oberst und Militärberater der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1136
- Tscherwonenko, Stepan Wassiljewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 66, 1856
- Tscherwow, Nikolaj F.** Generaloberst i. G. der sowjetischen Streitkräfte S. 1064, 1834<sup>2</sup>, 1838, 1845
- Tschiang Kai-schek** 1950–1975 Präsident der Republik China (Taiwan),

- 1950–1972 zudem Ministerpräsident S. 1399<sup>11</sup>
- Tsochatzopoulos, Akis** Minister für Öffentliche Arbeiten der Hellenischen Republik S. 192
- Türkmen, Ilter** Außenminister der Republik Türkei **Dok. 160** und S. 70, 74, 255, 257, 827, 832f., 871–873, 1238, 1325, 1631<sup>1</sup>, 1689<sup>19</sup>, 1790–1794
- Türkmen, Y.** Mitarbeiter im türkischen Justizministerium S. 1790
- Turner, John Napier** 1972–1975 Finanzminister von Kanada S. 1185
- Twal, Ghazi** Übersetzer im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1278
- Ulloa Elías, Manuel** Ministerpräsident sowie Wirtschafts- und Finanzminister der Republik Peru, zudem Gouverneur der Interamerikanischen Entwicklungsbank **Dok. 199** und S. 1033<sup>5</sup>, 1034, 1103, 1112, 1178
- Ullsten, Ola** Außenminister des Königreichs Schweden bis 8. Oktober 1982 S. 610
- Ulusu, Bülent** Ministerpräsident der Republik Türkei **Dok. 315** und S. 943f., 1631<sup>1</sup>, 1791f.
- Ungerer, Werner** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 72** und S. 185, 407, 498<sup>3</sup>, 873<sup>16</sup>, 1044<sup>9</sup>, 1189<sup>1</sup>, 1415, 1418, 1476<sup>5</sup>, 1646<sup>15</sup>
- Ungo, Guillermo** Vorsitzender der Revolutionären Demokratischen Front in der Republik El Salvador S. 569<sup>2</sup>, 768<sup>3</sup>, 1015, 1392
- Unwin, Peter William** Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 1408
- Uribe, Juan C.** Botschaftsrat an der kolumbianischen Botschaft in Bonn S. 616
- Urquhart, Brian E.** stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York S. 955, 958–960
- van Ussel, Michel** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel S. 205<sup>18</sup>, 1523<sup>11</sup>
- Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch** Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 17, 21, 285, 524, 527, 579, 589, 653, 765, 1221, 1226<sup>15</sup>, 1228, 1343, 1614, 1779, 1844
- den Uyl, Johannes (Joop) Marten** stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Soziales und Arbeit des Königreichs der Niederlande bis 29. Mai 1982; 1973–1977 Ministerpräsident S. 354<sup>13</sup>
- Vance, Cyrus Roberts** Mitglied der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“; 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 39, 224<sup>11</sup>, 491, 592, 721<sup>15</sup>, 886, 888<sup>16</sup>, 1021<sup>20</sup>, 1210<sup>21</sup>
- Varfis, Grigoris** Staatssekretär im griechischen Außenministerium, zuständig für Fragen der Europäischen Gemeinschaften S. 196<sup>18</sup>, 1440, 1443, 1453
- Vaurs, Roger** Botschafter der Französischen Republik in Brüssel S. 1036
- Veil, Simone** Präsidentin des Europäischen Parlaments (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) bis Januar 1982 S. 1013
- Velarde, Manuel** Präsident der Industriebank der Republik Peru S. 1048, 1057
- Velayati, Ali Akbar** Außenminister der Islamischen Republik Iran **Dok. 43** und S. 878
- Venzlaff, Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts bis 11. Juli 1982, vom 7. Februar bis 12. März 1982 abgeordnet als Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Fol-

- gekonferenz in Madrid, seit 12. Juli 1982 Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“; 1978–1981 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Addis Abeba S. 56<sup>1</sup>, 660<sup>6</sup>
- Verbeek, Paul** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires **Dok. 224** und S. 956<sup>7</sup>
- De Vere Bentinck, Moyra** S. 273
- Vergau, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt S. 180<sup>1</sup>, 401<sup>7</sup>, 682<sup>43</sup>, 815<sup>10</sup>, 992, 995, 1148<sup>36</sup>, 1202<sup>1</sup>, 1252<sup>1</sup>, 1254<sup>7</sup>
- Verkade, Iwan** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Tel Aviv S. 1009
- Vernier-Palliez, Bernard** Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 385<sup>30</sup>, 718, 1475, 1509<sup>36</sup>, 1552<sup>6+8</sup>, 1643
- Vessey, John William Jr.** Generalstabschef der amerikanischen Streitkräfte seit 18. Juni 1982 S. 1299, 1596
- Vestring, Alfred** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1979–1981 Botschafter in Djidda S. 194<sup>9</sup>
- Vibe, Kjeld** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel S. 73<sup>18</sup>, 652<sup>4</sup>
- Vilaça, José Luís da Cruz** Staatssekretär im portugiesischen Finanzministerium bis 24. Oktober 1982 S. 670
- Vogel, Bernhard** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) S. 1275
- Vogel, Hans-Jochen** Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; 1974–1981 Bundesminister der Justiz, 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 1272, 1545, 1662–1664, 1729
- Vogel, Joachim-Richard** Generalkonsul und Vertreter des Leiters des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong bis 10. Januar 1982, anschließend Generalkonsul in Houston S. 1089<sup>3</sup>
- Vogel, Wolfdietrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts **Dok. 40** und S. 66<sup>1</sup>, 1341<sup>1</sup>, 1572<sup>1</sup>, 1616<sup>13</sup>
- Vogel, Wolfgang** Rechtsanwalt und Bevollmächtigter der DDR für „humanitäre Angelegenheiten“ S. 1276
- Vogeler, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt bis 22. Juli 1982, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 295<sup>37</sup>, 777<sup>6</sup>
- Voigt, Karsten Dietrich** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 622, 1426<sup>20</sup>
- Volcker, Paul Adolph** Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) S. 50, 694, 1223, 1293<sup>26</sup>, 1650f., 1657
- Völkel, Angelika** Legationsrätin I. Klasse im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 1526<sup>1</sup>, 1527<sup>4</sup>
- Vollers, Claus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 605<sup>5</sup>, 1179<sup>28</sup>
- de Vos van Steenwijk, Willem Jan Baron** Leiter der Delegation des Königreichs der Niederlande bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 558, 1139, 1289
- Vreven, Alfred** Verteidigungsminister des Königreichs Belgien S. 484, 1071<sup>12</sup>
- Vrhovec, Josip** Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 16. Mai 1982 und Mitglied des ZK des BdkJ S. 146
- Wagner, Adolf Karl Ritter von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters bzw. vom 11. Juni bis 6. Dezember 1982 kommissarischer Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere START und INF“ im Auswärtigen Amt,

- anschließend von der Funktion im Referat 220 entbunden und der Abteilung 2 A zugeteilt für Sonderaufgaben in Berlin, weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle und fachliche und sprachliche Vorbereitung auf eine künftige Verwendung in Moskau S. 882<sup>1</sup>, 987<sup>1</sup>, 1016<sup>1</sup>, 1062<sup>1+3+6</sup>, 1063<sup>12</sup>, 1222<sup>1</sup>, 1321<sup>1</sup>, 1355<sup>1+2</sup>, 1355<sup>5+6</sup>, 1356<sup>8</sup>, 1357<sup>10+13</sup>, 1358<sup>14</sup>, 1458<sup>1</sup>
- Wagner, Gerd** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes S. 1427<sup>1</sup>, 1707<sup>4</sup>
- Walde, Werner** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus, Mitglied des ZK der SED und Kandidat des Politbüros des ZK sowie Abgeordneter der Volkskammer der DDR S. 378
- Waldheim, Kurt** 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 128 f., 886<sup>6</sup>, 893<sup>24</sup>, 958<sup>13</sup>, 1022<sup>21</sup>, 1374<sup>5</sup>, 1376<sup>11</sup>
- Wałęsa, Lech** Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, vom 13. Dezember 1981 bis 14. November 1982 interniert S. 4 f., 29, 43, 53<sup>3+4</sup>, 55, 57 f., 128<sup>12</sup>, 175, 219, 254, 308, 370, 392, 405, 466, 668<sup>12</sup>, 678 f., 733, 741, 764, 799, 964 f., 1162, 1169<sup>8</sup>, 1251, 1291, 1311, 1479, 1585 f., 1588, 1590 f., 1595<sup>14</sup>, 1598, 1611, 1786
- Walla, Koffi Kadanga** Minister für Handel und Transport der Republik Togo bis 29. September 1982, anschließend Minister für Planung und Verwaltungsreform S. 250
- Wallau, Hans Theodor Wilhelm** Ministerialdirigent und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt bis 13. Januar 1982, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 74, 213, 235, 295** und S. 181<sup>13</sup>, 380, 394, 422<sup>25</sup>, 537<sup>3</sup>, 774<sup>8</sup>, 879<sup>22</sup>, 991<sup>16</sup>, 1064<sup>16</sup>, 1090<sup>9</sup>, 1094<sup>16</sup>, 1152<sup>68</sup>, 1204<sup>14</sup>, 1222<sup>4</sup>, 1359<sup>15+16</sup>, 1376<sup>13</sup>, 1399<sup>8</sup>, 1411<sup>11</sup>, 1551<sup>4</sup>, 1552<sup>5+7+8</sup>, 1574<sup>11</sup>, 1607<sup>11</sup>, 1653<sup>3</sup>, 1725<sup>15</sup>, 1733<sup>33</sup>, 1785<sup>7</sup>, 1841<sup>15</sup>, 1860<sup>12</sup>
- Wallis, Allen** Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic Affairs) seit 23. September 1982 S. 1293, 1475<sup>4</sup>, 1552<sup>6+8</sup>
- Waltemathe, Ernst** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1822<sup>7</sup>
- Walters, Vernon** Sonderbotschafter (Ambassador at Large) im amerikanischen Außenministerium S. 369, 813<sup>4</sup>, 1204
- Wannow, Marianne** Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 594<sup>5</sup>
- Warburg, Eric M.** Bankier S. 1018
- Warner, John** Senator des amerikanischen Bundesstaats Virginia (Republican Party) S. 585, 586<sup>4</sup>
- Warnke, Paul Culliton** 1977/78 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) sowie der SALT-Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1672, 1795, 1837
- Watson, Thomas J. Jr.** 1979–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 158<sup>47</sup>
- Wayne, John** \* 1907 † 1979 amerikanischer Schauspieler S. 925
- Wazzan, Shafiq** Ministerpräsident der Libanesischen Republik S. 1261<sup>5</sup>
- Weber** Mitarbeiter der Friedrich-Nauemann-Stiftung S. 772
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 380, 919<sup>1</sup>, 922, 1012, 1016, 1124<sup>1</sup>, 1127<sup>8</sup>, 1352, 1421, 1614, 1649
- Weber-Lortsch, Christian-Ludwig** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amtes bzw. seit 1. April 1982 im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“, seit 8. April 1982 Legationssekretär S. 1296<sup>1</sup>
- Wechmar, Rüdiger Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom; 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 729<sup>37</sup>, 731, 773<sup>5</sup>, 1108<sup>6</sup>, 1151<sup>59</sup>, 1387<sup>7</sup>, 1424<sup>14</sup>, 1550<sup>12</sup>

- Wegener, Henning** Botschafter und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 121, 895<sup>31</sup>, 1131<sup>3</sup>, 1133<sup>14</sup>, 1463<sup>11+12</sup>
- Wegener, Roland** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 52
- Wegner, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 309f., 335, 364<sup>1</sup>, 781f., 881<sup>32</sup>, 1269, 1304<sup>1</sup>
- Weidenbaum, Murray** Vorsitzender des Wirtschaftsrats (Council of Economic Advisers) des amerikanischen Präsidenten Reagan bis 1. September 1982 S. 50
- Weigel, Detlef** Legationssekretär bzw. seit 2. April 1982 Legationsrat im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amtes S. 847<sup>1</sup>, 1431<sup>1</sup>
- Weinberger, Caspar Willard** Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 5** und S. 6<sup>1</sup>, 80<sup>6</sup>, 114, 149, 279, 283<sup>23</sup>, 346–348, 394–400, 405, 425–428, 482–484, 511, 525f., 707–709, 802<sup>52</sup>, 805, 808, 812, 870, 1010<sup>15</sup>, 1069, 1073, 1128, 1242<sup>3</sup>, 1359<sup>16</sup>, 1377<sup>16</sup>, 1455<sup>10</sup>, 1460, 1560, 1596, 1604–1609, 1612, 1641, 1649, 1655, 1729
- Weirich, Dieter** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1793<sup>24</sup>
- Weisel, Horst** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Caracas S. 1617<sup>20</sup>
- Weiß, Andreas** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 1572
- Weißer, Ulrich** Kapitän zur See und seit April 1982 Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt S. 651<sup>1</sup>
- Weiz, Herbert** Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR und Minister für Wissenschaft und Technik S. 1273<sup>27</sup>
- Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von** Physiker und Philosoph, seit November 1982 Berater für Sicherheitspolitik des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel S. 551, 1662–1665, 1729
- Weizsäcker, Richard Freiherr von** Regierender Bürgermeister von Berlin S. 386, 542–546, 556, 1272
- van Well, Günther** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1977–1981 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **Dok. 264, 310** und S. 87<sup>30</sup>, 374<sup>31</sup>, 753<sup>46</sup>, 914<sup>5</sup>, 955, 958<sup>16</sup>, 1351, 1368, 1446<sup>35</sup>, 1450<sup>54</sup>, 1451<sup>57</sup>, 1564–1566, 1568f., 1694, 1816
- Werndl, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amtes sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lautenschlager S. 1296<sup>1</sup>
- Werner, Pierre** Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg **Dok. 292** und S. 743<sup>2</sup>, 940, 982<sup>18</sup>, 1732
- West, Francis J. Jr.** Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) S. 707<sup>9</sup>
- Weston, Thomas** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Office of Central European Affairs) S. 56
- Westphal, Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und vom 28. April bis 1. Oktober 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 650<sup>15</sup>, 669<sup>1</sup>
- Weygand, Maxime** \*1867 †1965 S. 30<sup>2</sup>
- Wheelock Román, Jaime** Minister für landwirtschaftliche Entwicklung der Republik Nicaragua S. 773<sup>4</sup>, 774
- Whitmore, Clive A.** Erster Privatsekretär der britischen Premierministerin Thatcher (Principal Private Secretary to the Prime Minister) S. 446, 451, 458
- Wickert, Erwin** 1964–1968 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats II 3 „Politische und sozialökonomische Strukturfragen des Ostblocks“

- im Auswärtigen Amt, 1976–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 610<sup>12</sup>, 1179<sup>27</sup>
- Wieck, Hans-Georg** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 17, 18, 83, 96, 139, 156, 157, 158, 159, 179, 238, 289, 329, 344, 345, 346** und S. 28<sup>7</sup>, 159<sup>4</sup>, 202<sup>6</sup>, 205<sup>18</sup>, 227<sup>9</sup>, 261<sup>8</sup>, 265<sup>13</sup>, 376<sup>2</sup>, 543<sup>9</sup>, 652<sup>4</sup>, 670<sup>6</sup>, 742<sup>15</sup>, 984<sup>23</sup>, 987<sup>5</sup>, 1138<sup>18</sup>, 1222<sup>8</sup>, 1329<sup>22</sup>, 1355<sup>4</sup>, 1455<sup>16</sup>, 1652, 1655f., 1676<sup>13</sup>, 1717<sup>12</sup>, 1749<sup>11</sup>, 1754<sup>7</sup>, 1790, 1830<sup>7</sup>
- Wiejacz, Józef** Stellvertretender Außenminister und seit November 1982 Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 1589
- Wieland, André** Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 557<sup>6</sup>, 1136
- Wikberg, Vidar** Mitarbeiter im norwegischen Außenministerium S. 406
- Williams, James A.** General und Direktor des amerikanischen militärischen Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA) S. 21
- Willoch, Kåre** Ministerpräsident des Königreichs Norwegen **Dok. 56, 57, 194** und S. 400, 403<sup>12</sup>, 530, 809<sup>25</sup>, 941f., 969<sup>18</sup>, 1075
- Wilson, Carroll** Professor für Betriebswirtschaftslehre am Massachusetts Institute of Technology in Boston S. 760
- Wilson, James Harold** 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 453, 1113f.
- Wilson, Thomas Woodrow** 1913–1921 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1644<sup>17</sup>
- Wingstrand, John** Gesandter an der schwedischen Botschaft in Bonn bis 19. November 1982 S. 506
- Winkelmann, Egon** Botschafter der DDR in Moskau S. 1579
- Wischniewski, Hans-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags und des Präsidiums der SPD, stellvertretender Vorsitzender der SPD bis 22. April 1982, vom 29. April 1982 bis 1. Oktober 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin, zudem vom 17. September 1982 bis 1. Oktober 1982 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 26, 250, 252f., 569f., 641, 669<sup>1</sup>, 775, 803, 857<sup>1</sup>, 861<sup>13</sup>, 862<sup>1</sup>, 922, 952, 961<sup>1</sup>, 1003<sup>1</sup>, 1198<sup>23</sup>, 1215<sup>1</sup>, 1268–1277, 1290<sup>4</sup>, 1292, 1304<sup>1</sup>, 1494<sup>18</sup>, 1666
- Wisner, Frank G.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for African Affairs) S. 1204f.
- Witte, Barthold** Ministerialdirigent und erster Vertreter des Leiters der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ im Auswärtigen Amt; 1977/78 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 1252<sup>3</sup>, 1565<sup>6</sup>
- Wöckel, Heribert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus **Dok. 69**
- Woessner, William M.** Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 198, 1222, 1421
- Wojtkowski, Mirosław** Botschaftsrat und Geschäftsträger a.i. an der polnischen Botschaft in Bonn bis 10. Dezember 1982 S. 738
- Wolf, Bernhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Andenpaktstaaten, Mittelamerika, Mexiko“ des Auswärtigen Amtes S. 615<sup>1</sup>
- Wolff von Amerongen, Otto** Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages S. 271, 411, 712
- Woodward, John Forster (Sandy)** Admiral der britischen Marine S. 647, 708, 1112
- Wörner, Manfred** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 4. Oktober 1982 Bundesminister der Verteidigung S. 428<sup>16</sup>, 1351<sup>13</sup>, 1363, 1427–1430, 1454, 1455<sup>10</sup>, 1457f., 1480–1487, 1501, 1505f., 1507<sup>26</sup>, 1514, 1515<sup>7</sup>, 1544–1547, 1574, 1606, 1654, 1665, 1708<sup>5</sup>
- Wrede, Hans-Heinrich** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik

- Deutschland in Addis Abeba bis 20. Mai 1982, anschließend Legationsrat bzw. seit 24. Mai 1982 Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 1534<sup>1</sup>
- Wright, Sir John Oliver** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington seit 2. September 1982 S. 1475
- Würzen, Dieter von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1048
- Wüst, Gottfried** Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung S. 772
- Xu Youjun** Zweiter, dann Erster Sekretär an der Botschaft der Volksrepublik China in Bonn S. 978
- Yakub Khan, Sahabzada** Außenminister der Islamischen Republik Pakistan seit 21. März 1982 S. 984, 1386<sup>19</sup>
- Yao Guang** Botschafter der Volksrepublik China in Paris bis Dezember 1982 S. 95
- Yativ, Yechiel** Leiter des Büros des Generaldirektors des israelischen Außenministeriums S. 875
- Yavuzalp, Ercüment** Botschafter der Republik Türkei in Moskau, seit Sommer 1982 Staatssekretär des türkischen Außenministeriums S. 1717<sup>10</sup>
- Ye Hongliang** Persönlicher Referent des chinesischen Außenministers Huang Hua S. 978
- Ye Jianying** Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und bis September 1982 Stellvertreter der Vorsitzender der KPCh S. 972<sup>13</sup>, 974
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 112<sup>42</sup>, 473<sup>1</sup>, 497<sup>1</sup>, 1106<sup>1</sup>, 1121<sup>10</sup>, 1141<sup>1</sup>, 1159<sup>1</sup>, 1296<sup>1</sup>, 1387<sup>6</sup>, 1397<sup>1</sup>, 1480<sup>1</sup>, 1564<sup>1</sup>, 1599<sup>20</sup>, 1619<sup>1</sup>, 1683<sup>1</sup>, 1693<sup>28</sup>, 1741<sup>1</sup>, 1761<sup>1</sup>, 1766<sup>1</sup>
- Zambrano Velasco, José Alberto** Außenminister der Republik Venezuela S. 20<sup>25</sup>, 1719
- Zawadzki, Sylwester** Justizminister der Volksrepublik Polen S. 55
- Zeller, Klaus** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt **Dok. 23, 29, 51, 84, 88, 95, 104, 105, 128, 130, 134, 135, 143, 153, 165, 166, 172, 181, 209, 242** und S. 112<sup>42</sup>, 319<sup>1</sup>, 324<sup>16</sup>, 423<sup>1</sup>, 690<sup>1</sup>, 776<sup>1</sup>, 922<sup>1</sup>, 943<sup>39</sup>, 1180<sup>1</sup>, 1330<sup>1</sup>, 1386<sup>1</sup>, 1387<sup>6</sup>, 1415, 1470, 1514<sup>1</sup>, 1601<sup>1</sup>, 1619, 1640, 1642<sup>10</sup>, 1644<sup>17</sup>, 1649, 1652, 1683
- Zenker, Heike** Botschaftsrätin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria, seit Juli 1982 Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 1095<sup>1</sup>, 1260, 1300<sup>1</sup>
- Zenowa, Zwetana** bulgarische Dolmetscherin S. 145, 170
- Zhang Tong** Botschafter der Volksrepublik China in Bonn bis Oktober 1982 S. 978
- Zhang Wenjin** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China bis Oktober 1982 S. 1402<sup>17</sup>
- Zhao Ziyang** Ministerpräsident der Volksrepublik China sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und im Ständigen Ausschuss des Politbüros S. 971<sup>6</sup>, 973<sup>15</sup>, 984<sup>25</sup>, 985, 1397<sup>1</sup>, 1402
- Zhou Enlai** 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 766
- Zhulew, Stoyan Iliew** Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Washington S. 156
- Zimmerer, Ludwig** Korrespondent des NDR und WDR in Warschau S. 131
- Zimmermann, Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) und bis Oktober 1982 des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, seit 4. Okto-

---

ber Bundesminister des Innern S. 425, 429, 1482

**Zimprich, Werner** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest bis 10. Juni 1982, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, FAO“ bzw. „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale

Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ des Auswärtigen Amts S. 629<sup>10</sup>

**Zirpel, Rolf-Rüdiger** Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messwesen“ des Auswärtigen Amts S. 664<sup>1</sup>



# Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den äthiopisch-sowjetischen Beziehungen unter „Äthiopien“ und dort beim Unterschlagwort „UdSSR“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationalen Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer übernationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 196 bzw. von Seite 3 bis 1042, **Band II** von Dokument 197 bis 363 bzw. von Seite 1043 bis 1862.

**Abkommen und Verträge**

- Vertrag vom 13.7.1713 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und der Spanischen Monarchie über Frieden und Freundschaft  
S. 136<sup>17</sup>, 917
- Vertrag vom 16. bzw. 28.5.1858 zwischen dem Kaiserreich China und dem Russischen Kaiserreich über Freundschaft und Grenzen (Vertrag von Aigun)  
S. 1179<sup>27</sup>
- Vertrag vom 1. bzw. 13.6.1858 zwischen dem Kaiserreich China und dem Russischen Kaiserreich über Frieden, Freundschaft, Handel und Schifffahrt (Vertrag von Tientsin)  
S. 1179<sup>27</sup>
- Vertrag vom 2. bzw. 14.11.1860 zwischen dem Kaiserreich China und dem Russischen Kaiserreich über Handel, Schifffahrt und Grenzen (Vertrag von Peking)  
S. 1179<sup>27</sup>
- Vertrag vom 12. bzw. 24.2.1881 zwischen dem Kaiserreich China und dem Russischen Kaiserreich über die Wiederherstellung der chinesischen Hoheit im Gebiet von Ili (Vertrag von St. Petersburg)  
S. 1179<sup>27</sup>
- Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)  
S. 36<sup>10</sup>
- Vertrag vom 9.2.1920 über Spitzbergen  
S. 915<sup>6</sup>
- Vertrag vom 16.4.1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo)  
S. 25
- Friedensvertrag vom 24.7.1923 zwischen dem Britischen Reich, der Französischen Republik, dem Königreich Griechenland, dem Königreich Italien, dem Kaiserreich Japan, dem Königreich Rumänien und dem Serbokroatisch-Slowenischen Staat einerseits und dem Türkischen Staat andererseits (Vertrag von Lausanne)  
S. 1676
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege  
S. 893, 1462, 1514<sup>4</sup>
- Vertragswerk von Locarno vom 16.10.1925  
S. 107
- Abkommen vom 20.7.1936 zwischen dem Australischen Bund, der Französischen Republik, dem Kaiserreich Japan, dem Königreich Bulgarien, dem Königreich Griechenland, dem Königreich Jugoslawien, dem Königreich Rumänien, der Türkischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Meerengen (Abkommen von Montreux)  
S. 1676
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 35<sup>8</sup>, 107
- Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 35<sup>8</sup>
- Abkommen vom 14.11.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Kontrolleinrichtungen in Deutschland (Londoner Abkommen)  
S. 217<sup>2</sup>
- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945  
*siehe unter: VN*
- Vereinbarung vom 27.12.1945 über die Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Abkommen von Bretton Woods)  
S. 441, 957<sup>11</sup>
- Friedensvertrag vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und der Italienischen Republik  
S. 544<sup>13</sup>
- Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947 in der Fassung vom 21.4.1951  
S. 1409 f., 1740<sup>18</sup>

- Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9.7.1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts  
S. 163, 1350<sup>11</sup>
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949  
S. 50, 193, 935, 1786
- Übereinkommen Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1.7.1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen  
S. 163
- Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950  
S. 462<sup>17</sup>, 1633 f.
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)  
S. 1531<sup>19</sup>
- Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)  
S. 1455
- Vertrag vom 27.5.1952 über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft  
S. 1746<sup>21</sup>
- Abkommen vom 10.9.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)  
S. 1821<sup>2+5</sup>
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)  
S. 1530<sup>16</sup>
- Waffenstillstandsabkommen von Panmunjon und Ergänzungsabkommen vom 27.7.1953 über Kriegsgefangene  
S. 1142<sup>6</sup>
- Abkommen vom 12.10.1953 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Griechenland über militärische Einrichtungen  
S. 45<sup>21</sup>
- Pariser Verträge vom 23.10.1954  
S. 1746<sup>22</sup>
- Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag)  
S. 1465
- Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)  
S. 1465, 1765
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954  
S. 518<sup>9</sup>, 1463<sup>10</sup>, 1506, 1507<sup>25</sup>
- Vertrag vom 2.12.1954 zwischen der Republik China (Taiwan) und den Vereinigten Staaten von Amerika über Verteidigungshilfe  
S. 973
- Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)  
S. 589, 1760
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)  
*siehe unter: Römische Verträge*
- Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zu dem Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)  
S. 1455
- Abkommen vom 6.10.1959 zwischen der Regierung Kanadas und EURATOM über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie  
S. 190<sup>25</sup>
- Vertrag vom 8.4.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag)  
S. 353<sup>10</sup>
- Garantievertrag und Bündnisvertrag vom 16.8.1960 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, dem Königreich Griechenland, der Republik Türkei und der Republik Zypern  
S. 944<sup>43</sup>
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen  
S. 1630<sup>7</sup>

- Vereinbarung vom 30.10.1961 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei zur Regelung der Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland S. 839
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit S. 332, 1331, 1477, 1481<sup>10</sup>, 1641, 1644
- Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Teststop-Abkommen) S. 1026
- Abkommen vom 8.8.1963 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Republik Indien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie S. 186<sup>8</sup>
- Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei S. 838<sup>21</sup>, 1239, 1634<sup>15+16</sup>, 1635<sup>22</sup>, 1791<sup>13</sup>
- Abkommen vom 30.4.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über Soziale Sicherheit S. 1636<sup>24</sup>
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte S. 128
- Abkommen vom 27.1.1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper S. 1681
- Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) S. 648<sup>9</sup>, 896 f.
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag) S. 48, 187–189, 648<sup>9</sup>, 807, 891<sup>20</sup>, 896
- Vertrag vom 26.5.1969 zwischen den Republiken Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru (Anden-Pakt) S. 616 f., 1053, 1056
- Übereinkommen vom 4.3.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherter Urans (Abkommen von Almelo) S. 1395<sup>7</sup>
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag) S. 89, 108, 167<sup>14</sup>, 791<sup>4</sup>, 1027, 1149, 1338<sup>2</sup>, 1362, 1369 f., 1380 f., 1414, 1572 f.
- Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei S. 1239<sup>10</sup>, 1791<sup>13</sup>
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) S. 89, 108, 272, 742, 1027, 1149, 1362, 1369 f., 1414
- Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971 S. 149<sup>17</sup>, 767, 993–995, 1027, 1154<sup>72</sup>, 1501<sup>5</sup>, 1762
- Abkommen vom 30.9.1971 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen zur Verminde rung der Gefahr des Ausbruchs eines unbeabsichtigten Atomkriegs S. 1659
- Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (Transitabkommen) S. 1003

- Vertragswerk vom 22.1.1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Republik Irland und des Königreichs Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS  
S. 286<sup>33</sup>, 460<sup>9</sup>, 671<sup>9</sup>
- Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Frieden und Freundschaft  
S. 878
- Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen  
S. 893, 1322, 1462
- Abkommen vom 25.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Vermeidung von Zwischenfällen auf hoher See  
S. 1659
- Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)  
*siehe unter: SALT*
- Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)  
S. 199<sup>11</sup>, 887, 989, 1359
- Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und der Portugiesischen Republik  
S. 643
- Vertrag vom 21.12.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Grundlagen der Beziehungen (Grundlagenvertrag)  
S. 89, 108, 167<sup>14</sup>, 409<sup>4</sup>, 712, 714f., 791<sup>4</sup>, 851, 1027, 1149, 1362, 1369f., 1580, 1581<sup>20</sup>, 1670, 1764
- Abkommen vom 27.1.1973 über die Beendigung des Kriegs und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam  
S. 250<sup>22</sup>
- Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit  
S. 1273<sup>26</sup>
- Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit  
S. 1567<sup>18</sup>, 1698<sup>22</sup>, 1819
- Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit  
S. 1565
- Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)  
S. 1027, 1149, 1362, 1369f.
- Übereinkommen vom 20.12.1973 über den internationalen Handel mit Textilien  
S. 1045<sup>5</sup>, 1725<sup>14</sup>
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975  
S. 248, 249<sup>17</sup>, 345, 433, 642, 691
- Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel  
S. 931
- Abkommen vom 14.5.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit  
S. 171
- Vertrag vom 13.6.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran über die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen  
S. 214<sup>8</sup>
- Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie  
S. 286<sup>32</sup>, 1395f.

- Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst Vereinbarung hierzu  
S. 131<sup>21</sup>, 272
- Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits  
S. 131<sup>21</sup>, 272
- Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen  
S. 131<sup>21</sup>, 272
- Langfristiges Programm vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit  
S. 131<sup>21</sup>, 272
- Abkommen vom 20.10.1975 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide  
S. 453<sup>14</sup>, 1090<sup>9</sup>
- Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie  
S. 271, 1308<sup>9</sup>, 1381, 1573
- Vertrag vom 3.11.1978 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik Vietnam über Freundschaft und Zusammenarbeit  
S. 610<sup>12</sup>
- Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel (Vertrag von Camp David)  
S. 136<sup>16</sup>, 223<sup>9+10</sup>, 224<sup>11</sup>, 419<sup>12</sup>, 875, 909, 953, 1021, 1264, 1733
- Vertrag vom 28.5.1979 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Dänemark, der Französischen Republik, der Republik Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Hellenischen Republik über den Beitritt der Hellenischen Republik zu EWG und EURATOM  
S. 135
- Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)  
*siehe unter: SALT*
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979  
S. 248, 249<sup>17+18</sup>, 345, 433, 642, 691
- Übereinkommen vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung  
S. 531
- Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten  
S. 1150
- Abkommen vom 29.3.1980 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Republik Türkei über Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft  
S. 1792
- Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien  
S. 344, 1154
- Notenwechsel vom 15.9.1980 zwischen der Italienischen Republik und der Republik Malta über die Neutralität von Malta  
S. 1677<sup>16</sup>
- Vertrag vom 16.9.1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen  
S. 684
- Vertrag vom 8.10.1980 zwischen der Arabischen Republik Syrien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit  
S. 82, 1126<sup>15</sup>
- Abkommen vom 16.1.1981 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Norwegen über die Vorratshaltung von Militärmaterial  
S. 404, 1138<sup>16</sup>

- Abkommen vom 27.3.1981 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die friedliche Nutzung der Kernenergie  
S. 188<sup>19</sup>
- Sechstes Internationales Zinn-Übereinkommen vom 26.6.1981  
S. 342, 449, 450<sup>17</sup>, 452
- Abkommen vom 29.6.1981 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die friedliche Nutzung der Kernenergie  
S. 188<sup>18</sup>
- Abkommen vom 19.8.1981 zwischen der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) und dem Sozialistischen Äthiopien über Freundschaft und Zusammenarbeit  
S. 469
- Abkommen vom 21.9.1981 zwischen der Regierung Australiens und EURATOM über die Weitergabe von Kernmaterial  
S. 190<sup>24</sup>
- Abkommen vom 1.10.1981 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide  
S. 453<sup>14</sup>
- Abkommen vom 26.10.1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie  
S. 188
- Vertrag vom 27.11.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Somalia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen  
S. 473
- Protokoll vom 10.12.1981 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens  
S. 227<sup>9</sup>
- Fischereiabkommen vom 30.12.1981 zwischen der EWG und der Regierung Kanadas  
S. 1115<sup>21</sup>
- Übereinkommen vom 29.3.1982 über die Errichtung einer Europäischen Stiftung  
S. 516<sup>13</sup>
- Abkommen vom 15.4.1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg  
S. 398<sup>14</sup>, 932, 939, 1138 f.
- Vertrag vom 2.7.1982 zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit  
S. 1678, 1750
- Abkommen und Rahmenabkommen vom 6.8.1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über die Konsolidierung nicaraguanischer Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften  
S. 1121<sup>7</sup>
- Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982  
S. 1810–1812
- Protokoll vom 24.6.1983 zwischen der EWG und dem Staat Israel über die finanzielle Zusammenarbeit  
S. 1044
- Zusatzabkommen vom 2.11.1984 zum Abkommen vom 30.4.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über Soziale Sicherheit  
S. 1636<sup>24</sup>
- Vertrag vom 12.6.1985 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Dänemark, der Französischen Republik, der Hellenischen Republik, der Republik Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie der Portugiesischen Republik und dem Königreich Spanien über den Beitritt der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien zu EWG und EURATOM  
S. 362<sup>14</sup>
- Internationales Naturkautschuk-Übereinkommen vom 20.3.1987  
S. 342

**Abrüstung und Rüstungskontrolle**

- S. 88, 100
- Argentinien  
S. 895<sup>31</sup>
- Australien  
S. 120<sup>13</sup>
- Belgien  
S. 120<sup>13</sup>
- Brasilien  
S. 895<sup>31</sup>
- Bulgarien  
S. 147–149, 1676
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 118–121, 148 f., 202 f., 489, 513, 595, 761, 792–795, 807–809, 859, 895, 1028–1030, 1131–1134, 1147, 1312 f., 1463–1465, 1661, 1669 f., 1684, 1779, 1824–1828, 1839–1841
- Committee on Disarmament (CD)  
*siehe unter: VN*
- Dänemark  
S. 78, 895<sup>31</sup>, 1028<sup>48</sup>, 1029 f.
- DDR  
S. 118–121, 138<sup>3+4</sup>, 140, 412, 712, 1350
- Frankreich  
S. 120, 1312, 1336, 1839–1841
- Griechenland  
S. 78, 147<sup>8</sup>, 1676
- Großbritannien  
S. 120<sup>13</sup>, 796, 892, 1839–1841
- Indien  
S. 895<sup>31</sup>, 1132 f.
- Island  
S. 809
- Japan  
S. 120<sup>13</sup>, 1133
- Jugoslawien  
S. 147<sup>8</sup>, 1676
- Kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa  
S. 202 f., 279 f., 298, 512 f., 809, 942, 1028–1030, 1032
- Kuba  
S. 897
- NATO  
S. 932, 1132
- Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 1131<sup>3</sup>, 1132 f.
- Niederlande  
S. 1133
- No First Use (Ersteinsatzverzicht)  
**Dok. 146** und S. 120, 624–626, 706, 795 f., 807, 998, 1005 f., 1031, 1075–1078, 1133, 1228, 1297, 1336, 1357, 1467, 1656, 1843
- Norwegen  
S. 279 f., 1028<sup>48</sup>
- Palme-Bericht  
**Dok. 170** und S. 1028<sup>48</sup>, 1721, 1824 f.
- Polen  
S. 78, 279
- Rumänien  
S. 147<sup>8</sup>, 1676
- Schweden  
**Dok. 356** und S. 512 f.
- UdSSR  
**Dok. 360** und S. 166, 202 f., 279 f., 512<sup>33</sup>, 584, 624, 765, 822<sup>23</sup>, 891–893, 895, 897, 998, 1005 f., 1083, 1133, 1138, 1313, 1462, 1464, 1661, 1839
- Umfassendes Abrüstungsprogramm  
S. 1131
- Umfassendes Teststoppabkommen  
S. 891 f., 942
- Ungarn  
S. 1671 f.
- USA  
**Dok. 320** und S. 78, 760–762, 794–796, 891 f., 933, 1312 f., 1462, 1464, 1716 f., 1768 f., 1783, 1827, 1839–1841
- Verbot chemischer Waffen  
**Dok. 280, 359** und S. 489, 891–894, 1132 f., 1312 f., 1514<sup>4</sup>
- Verbot von Anti-Satelliten-Systemen  
S. 892 f.
- Warschauer Pakt  
S. 203, 1083<sup>7</sup>, 1133
- Academy for the Development of a Democratic Environment (AZAD)**  
S. 273–275
- Afghanistan**  
*siehe außerdem: VN*  
S. 257<sup>21</sup>, 281, 422, 452 f., 678, 745, 905, 935 f., 941 f.
- Belgien  
S. 937
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 443, 489, 492, 507, 985, 1384, 1529, 1616, 1668, 1686, 1779, 1801
- DDR  
S. 1008

- EG/EPZ  
S. 341 f., 444, 535, 1736
- Frankreich  
S. 1478
- Griechenland  
S. 1687
- Iran  
S. 444<sup>14</sup>, 984
- Italien  
S. 827
- NATO  
S. 933
- Pakistan  
S. 444, 984, 1385 f., 1478, 1615
- UdSSR  
S. 8<sup>11</sup>, 39, 43, 51, 62<sup>13</sup>, 65, 86, 158 f., 165 f., 205 f., 214, 250, 268<sup>24</sup>, 291, 300, 369 f., 382, 387 f., 444, 456, 490, 507 f., 524, 525<sup>20</sup>, 526 f., 535, 538, 628, 672, 744, 804, 937, 943, 975, 977, 979, 983–985, 1000 f., 1005, 1008, 1026, 1063, 1145, 1312<sup>15</sup>, 1321 f., 1327, 1366, 1376<sup>11</sup>, 1385 f., 1400 f., 1422, 1462<sup>8</sup>, 1478<sup>15</sup>, 1557, 1574 f., 1599, 1605 f., 1615 f., 1622, 1736, 1757 f., 1841<sup>14</sup>
- USA  
S. 341<sup>11</sup>, 369 f., 444, 1000 f.

**Ägypten**

*siehe außerdem:*

*Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt*

S. 878

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 46, 210, 214, 350** und S. 82, 188, 428, 662, 802, 877, 908, 910, 1151
- EG/EPZ  
S. 644, 872
- Frankreich  
S. 188, 270<sup>29</sup>, 802
- Großbritannien  
S. 189, 270<sup>29</sup>
- Irak  
S. 879, 1109, 1129
- Iran  
S. 1128 f., 1805
- Israel  
S. 270<sup>29</sup>, 545, 743, 801 f., 820, 876 f., 879, 880<sup>30</sup>, 907–911, 1109, 1124–1126, 1550, 1603, 1801 f., 1804
- Jordanien  
S. 879, 908, 1096, 1108, 1129

- Kanada  
S. 189
- Libyen  
S. 248, 735
- Niederlande  
S. 1070
- Saudi-Arabien  
S. 223, 464, 471, 908, 1108, 1129, 1804
- Somalia  
S. 472
- Sudan  
S. 662, 1127<sup>23</sup>
- UdSSR  
S. 224–226, 248, 270
- USA  
S. 188, 223–225, 428, 469<sup>8</sup>, 471 f., 1107, 1125–1127, 1130, 1178

**Albanien**

S. 146 f., 736, 1811

**Algerien**

*siehe außerdem: Nahost-Konflikt*

S. 661<sup>12</sup>, 1597

- Frankreich  
S. 109<sup>29</sup>, 146<sup>5</sup>
- Großbritannien  
S. 97<sup>5</sup>, 113
- Iran  
S. 298<sup>2</sup>
- Italien  
S. 1448
- UdSSR  
S. 736
- USA  
S. 298<sup>2</sup>
- Angola**  
*siehe außerdem: Namibia-Frage*  
S. 68, 267
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 1377<sup>5</sup>
- DDR  
S. 681
- EG  
S. 345
- Italien  
S. 1443
- Kuba  
S. 184 f., 247<sup>9</sup>, 369, 438, 470, 529, 680 f., 813 f., 820, 855 f., 997, 1000, 1032, 1178, 1202–1205, 1376<sup>13</sup>, 1377<sup>15</sup>, 1443

- Nigeria  
S. 438
- Portugal  
S. 680f., 828
- Simbabwe  
S. 855
- Somalia  
S. 470
- Südafrika  
S. 369, 438, 470, 680f., 855, 1203<sup>11</sup>
- UdSSR  
S. 184, 470, 680f., 1026
- USA  
S. 529, 1376<sup>13</sup>, 1377<sup>15</sup>
- Zaire  
S. 428
- Arabische Liga**  
S. 81<sup>11</sup>, 83<sup>17</sup>, 419<sup>10</sup>, 470f., 880<sup>30</sup>, 881<sup>32</sup>,  
953<sup>8</sup>, 1096<sup>3</sup>, 1143, 1262<sup>11</sup>, 1278–1280,  
1290<sup>8</sup>, 1616, 1618, 1803
- Argentinien**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ener-*  
*gie- und Rohstoffpolitik, Falkland-Krieg,*  
*VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 617<sup>12</sup>, 1049, 1192
- Brasilien  
S. 1052
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 224** und S. 188<sup>15</sup>, 547<sup>2</sup>, 566<sup>3</sup>, 648,  
724, 779, 857, 915, 1033f., 1103, 1111,  
1233
- EG/EPZ  
S. 547<sup>2</sup>, 568, 571–573, 701, 730, 734, 747,  
750, 779, 825, 828, 857, 862, 905, 914,  
1049, 1051, 1056, 1111, 1188, 1189<sup>9</sup>,  
1196, 1233
- Frankreich  
S. 1187f., 1196, 1233
- Großbritannien  
*siehe unter: Falkland-Krieg*
- Heiliger Stuhl  
S. 955
- Italien  
S. 723f., 806, 1187f., 1194–1196
- Kanada  
S. 188<sup>15</sup>, 572, 648<sup>9</sup>
- Kuba  
S. 820, 914
- Nicaragua  
S. 725, 806
- Niederlande  
S. 1188
- Norwegen  
S. 829
- Peru  
S. 1033, 1050–1052
- Portugal  
S. 683f., 806
- Schweiz  
S. 648<sup>9</sup>
- Spanien  
S. 806
- UdSSR  
S. 38, 541, 567, 573, 594, 647f., 683f.,  
744f., 779, 820, 856
- USA  
S. 188, 647, 648<sup>9</sup>, 684, 747, 825, 1188
- ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)**  
S. 605f., 609, 980–982, 1720
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 238, 607f., 620, 1150
- EG  
S. 57, 301, 607, 1150
- The Aspen Institute**  
S. 543
- Äthiopien**  
S. 68, 1104, 1157
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 237** und S. 663, 1281
- DDR  
S. 469
- Demokratische Volksrepublik Jemen  
(Südjemen)  
S. 469<sup>8</sup>, 660
- Kuba  
S. 369, 469, 1280
- Libyen  
S. 248<sup>12</sup>, 469<sup>8</sup>, 660
- Somalia  
S. 468<sup>5</sup>, 469, 1109, 1127, 1280
- Sudan  
S. 660f., 663
- UdSSR  
S. 206, 224, 249, 282, 469, 660, 663, 1026,  
1178, 1280f.

**Australien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt*  
S. 239, 856, 1419, 1607

**Bahrain**

S. 80, 85, 224, 310, 463, 878, 1711<sup>7</sup>, 1712

**Bangladesch**

S. 1097

**Belgien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschuß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN*  
S. 10, 454, 544, 592, 911, 1532, 1605

– Bundesrepublik Deutschland  
S. 1764 f., 1822<sup>6</sup>

– DDR  
S. 1764 f.

– El Salvador  
S. 301, 312

– Jugoslawien  
S. 1154

– Niederlande  
S. 354

– Polen  
S. 73

– Schweden  
S. 531

– UdSSR  
S. 73, 255, 937, 1742

– Vietnam  
S. 610

– Zaire  
S. 428<sup>14</sup>

**Belize**

S. 745, 1719<sup>20</sup>

**Benin**

S. 245, 436, 438, 1479

**Berlin**

S. 108, 132, 149, 347<sup>6</sup>, 431, 456, 542, 767, 920 f., 1004, 1053, 1069 f., 1142, 1386<sup>1</sup>, 1603, 1746

– DDR  
S. 354, 710, 714, 1269, 1272 f., 1275 f.

– Drei Mächte  
S. 139

– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge  
S. 411<sup>9</sup>, 786, 789<sup>16</sup>, 993–995, 1154<sup>72</sup>, 1273

– Energieversorgung  
S. 109<sup>28</sup>, 1522<sup>7</sup>

– Frankreich  
S. 1134, 1761–1763, 1765

– Gewässerschutz  
S. 1269, 1273

– Großbritannien  
S. 1118, 1501, 1503, 1597, 1761–1763, 1765

– Israel  
S. 543

– Jugoslawien  
S. 993<sup>10</sup>

– Mosambik  
S. 993–995

– Niederlande  
S. 354

– Nigeria  
S. 440

– Österreich  
S. 994<sup>15</sup>, 1492

– Simbabwe  
S. 993 f.

– UdSSR  
S. 1501<sup>5</sup>

– USA  
S. 301 f., 372, 386, 399, 550, 556, 1761–1763

– Verkehrsfragen  
S. 1269, 1272 f., 1275 f.

**Berliner Bischofskonferenz**

S. 595<sup>7</sup>, 1491<sup>5+6</sup>, 1493 f.

**Berliner Konferenz Europäischer Katholiken**

S. 1494

**Bermuda**

S. 1544<sup>3</sup>

**Bewegung blockfreier Staaten**

S. 249, 566<sup>3</sup>, 612, 615<sup>5</sup>, 641, 818, 1022<sup>23</sup>, 1056, 1144, 1148, 1151, 1153, 1156, 1195, 1341 f., 1374, 1719<sup>21</sup>, 1759

**BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)**

S. 496, 843, 900, 1191

**Bolivien**

S. 355, 359, 616f., 1195, 1811

**Bonner Vierergruppe**

S. 140, 1762

**Brasilien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Argentinien, Energie- und Rohstoffpolitik, Falkland-Krieg, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 617<sup>12</sup>, 684, 1049, 1192, 1195

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 268** und S. 286, 539<sup>3</sup>, 1052, 1103, 1479

– Großbritannien

S. 539<sup>3</sup>

– Peru

S. 1052

– USA

S. 286, 1718<sup>19</sup>, 1735<sup>40</sup>, 1760<sup>29</sup>

**Bulgarien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, NATO-Doppelbeschuß, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 1158, 1774<sup>12</sup>

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 31, 34** und S. 654

– Nicaragua

S. 773<sup>4</sup>

– Polen

S. 150–158, 173f., 453

– Türkei

S. 151f., 154, 1793

– UdSSR

S. 654, 1793

– USA

S. 173

**Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft**

S. 703<sup>2</sup>, 705<sup>6</sup>

**Bundesanstalt für Arbeit**

S. 674<sup>18</sup>

**Bundesarchiv**

S. 1821

**Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien**

S. 1770

**Bundeskanzleramt**

S. 235, 425, 619f., 1119, 1354, 1698, 1816

**Bundesländer**

*siehe: Länder der Bundesrepublik*

**Bundesministerium der Finanzen**

S. 104<sup>34</sup>, 169<sup>15</sup>, 344<sup>8</sup>, 363, 618f., 643, 1033, 1060<sup>7</sup>, 1081, 1537, 1633<sup>11</sup>, 1698, 1816, 1820, 1821<sup>2</sup>

**Bundesministerium der Justiz**

S. 618f., 848, 849<sup>9</sup>, 1206<sup>20</sup>, 1794

**Bundesministerium der Verteidigung**

S. 179f., 200, 235, 619f., 703<sup>2</sup>, 715–717, 790, 838<sup>20</sup>, 847<sup>4</sup>, 848, 1119, 1206<sup>20</sup>, 1285, 1427<sup>4</sup>, 1458, 1486f., 1507<sup>26</sup>, 1561<sup>1</sup>, 1633<sup>11</sup>, 1662, 1703, 1710, 1809, 1828, 1848, 1854

**Bundesministerium des Innern**

S. 223<sup>6</sup>, 349<sup>6</sup>, 1206<sup>20</sup>, 1465<sup>20</sup>, 1697f., 1815–1818, 1820

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

S. 1820

**Bundesministerium für Forschung und Technologie**

S. 185

**Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen**

S. 379, 848

**Bundesministerium für Wirtschaft**

S. 104<sup>34</sup>, 185, 235, 344<sup>8</sup>, 619f., 843, 1034f., 1060<sup>7</sup>, 1099, 1326<sup>11</sup>, 1340<sup>11</sup>, 1537, 1567<sup>17</sup>, 1710, 1811<sup>6</sup>, 1817f., 1820

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

S. 295<sup>37</sup>, 1253, 1255

**Bundesnachrichtendienst**

S. 525<sup>20</sup>, 1190<sup>4</sup>

**Bundesrat**

S. 852, 922, 1364<sup>21</sup>, 1419, 1527, 1822<sup>8</sup>

**Bundessicherheitsrat**

S. 23<sup>6</sup>, 222<sup>5</sup>, 235–240, 241<sup>30</sup>, 286, 398<sup>14+15</sup>, 428<sup>16</sup>, 617, 619–621, 656, 1077, 1455<sup>10</sup>, 1507<sup>26</sup>, 1522<sup>4</sup>, 1710, 1712f., 1796<sup>9</sup>, 1847<sup>2</sup>, 1848<sup>12</sup>

**Bundestag**

S. 14, 34, 51, 89, 91, 98f., 106f., 110, 132, 152, 208<sup>17</sup>, 209<sup>22</sup>, 229, 233, 237, 239f., 245, 255, 274, 295, 298–302, 324, 329, 335, 424, 429<sup>4</sup>, 430, 443, 452, 462, 465, 500, 509, 528<sup>30</sup>, 529, 553, 573, 776, 781, 811, 835, 839, 841, 859, 913, 963, 1007, 1023, 1154, 1197, 1237, 1239, 1269, 1272, 1290, 1298<sup>9</sup>, 1304, 1346, 1348, 1363, 1369, 1411, 1415, 1423, 1477, 1511, 1521, 1522<sup>3</sup>,

- 1530<sup>17</sup>, 1545, 1560 f., 1575, 1581, 1585, 1589, 1598, 1601, 1632, 1634, 1644, 1653, 1677, 1696 f., 1717, 1739, 1750, 1758, 1791, 1792<sup>15</sup>, 1794–1796, 1812, 1815, 1818, 1820, 1822<sup>7+8</sup>, 1835<sup>8</sup>
- Bundesverwaltungsamt**  
S. 1793<sup>23</sup>
- Bundeswehr**  
S. 24, 208, 228, 268, 329, 426, 717, 788, 838<sup>20</sup>, 850, 923, 1027, 1140, 1186<sup>2</sup>, 1206, 1382, 1473, 1522<sup>4</sup>, 1528, 1612, 1685, 1701, 1703, 1830
- CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)**  
S. 208<sup>17</sup>, 229, 319, 410<sup>5</sup>, 427, 429 f., 431<sup>13</sup>, 464, 529<sup>34</sup>, 711, 1295, 1304<sup>2</sup>, 1348, 1354, 1380 f., 1384, 1389, 1527, 1545, 1601, 1653, 1655, 1667, 1683, 1692, 1812, 1822<sup>7</sup>
- CENTO (Central Treaty Organization)**  
S. 463
- Chile**  
S. 355 f., 358, 617<sup>12</sup>, 1049, 1052, 1192
- China**  
*siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China*
- Club of Rome**  
S. 86
- COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)**  
*siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*
- COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)**  
*siehe: RGW*
- Commonwealth of Nations**  
S. 566<sup>3</sup>, 825
- Conference on Jewish Material Claims against Germany**  
S. 1821<sup>5</sup>
- Cook Islands**  
S. 1810
- Costa Rica**  
S. 291, 1015, 1058, 1718<sup>19</sup>, 1719 f., 1735<sup>40</sup>, 1760<sup>29</sup>
- ČSSR (Československá Socialistická Republika)**  
S. 61, 67, 70, 89, 108, 205, 282, 292 f., 409, 458, 850, 945, 1605
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 640, 1496<sup>9</sup>, 1815<sup>6</sup>
- Heiliger Stuhl  
S. 1492
- UdSSR  
S. 392, 456
- Ungarn  
S. 641
- USA  
S. 653
- CSU (Christlich-Soziale Union)**  
S. 208<sup>17</sup>, 375, 427, 429 f., 464, 529<sup>34</sup>, 1304<sup>2</sup>, 1348, 1380, 1398, 1667, 1812, 1822<sup>7</sup>
- Dänemark**  
*siehe außerdem: Abrüstung und Rüstungskontrolle, EG, EPZ, Europäische Akte, Europarat, Falkland-Krieg, KAE, KSZE, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluss, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN*
- S. 387, 403, 592
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 121, 194** und S. 277, 1025, 1115, 1236, 1652, 1822<sup>6</sup>
- DDR  
S. 1764
- Großbritannien  
S. 1652
- Israel  
S. 543
- Kuba  
S. 1444
- Polen  
S. 29, 74, 600, 1443
- Türkei  
S. 281<sup>19</sup>, 340, 836<sup>15</sup>, 837, 1634
- UdSSR  
S. 74
- USA  
S. 1023, 1138<sup>17</sup>
- DDR (Deutsche Demokratische Republik)**  
*siehe außerdem: Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Angola, Äthiopien, Belgien, Berlin, Dänemark, Deutsch-deutsches Verhältnis, Falkland-Krieg, KAE, KSZE, MBFR,*

- NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, SALT, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 67, 70, 89, 108, 600, 733, 945, 1605, 1774<sup>12</sup>
- Evangelische Kirche  
**Dok. 229** und S. 256, 294, 309, 376–379, 1274, 1494, 1529, 1691, 1761, 1764
  - Frankreich  
S. 1763
  - Friedensbewegung  
**Dok. 75** und S. 256, 293, 411, 1494
  - Großbritannien  
S. 1763
  - Heiliger Stuhl  
S. 595<sup>7+8</sup>, 1491–1494
  - Iran  
S. 311
  - Italien  
S. 1201
  - Kuwait  
S. 1352
  - Mosambik  
S. 993
  - Nicaragua  
S. 773<sup>4</sup>
  - Niederlande  
S. 354
  - Polen  
S. 36, 126, 131f., 138–140, 409<sup>2</sup>, 453, 495, 859, 1007, 1217, 1493, 1529, 1585, 1598
  - Schweden  
S. 1764
  - Syrien  
S. 1352
  - UdSSR  
S. 21f., 139, 204, 266, 270, 293, 310, 392, 488, 525, 767, 888<sup>16</sup>, 1005, 1008, 1029, 1138<sup>18</sup>, 1197, 1216, 1270, 1339, 1728, 1742, 1764, 1830
  - USA  
S. 139, 376<sup>2</sup>, 412, 1494, 1762f.
  - Volksrepublik China  
S. 8<sup>10</sup>
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)**  
*siehe außerdem: Äthiopien*  
S. 628
- Libyen  
S. 469<sup>8</sup>
  - UdSSR  
S. 206, 224, 249, 282, 468, 1178, 1280
- Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)**  
S. 773<sup>4</sup>, 1129, 1142, 1401, 1600, 1805
- Deutsch-deutsches Verhältnis**  
**Dok. 24, 28, 82, 140, 164, 190, 229, 241, 259, 303** und S. 8<sup>10</sup>, 9f., 13<sup>10</sup>, 19f., 36, 65, 69, 95, 148, 264<sup>6</sup>, 266, 270, 284f., 293f., 376–379, 406, 424, 431, 440, 456, 595, 637, 767, 848–853, 923f., 927, 939, 963, 994, 1085<sup>13</sup>, 1147f., 1174, 1201, 1369f., 1378<sup>23</sup>, 1493f., 1498, 1529, 1670, 1691, 1743, 1746, 1761, 1763f., 1835
- Ausreisebewegung  
S. 424<sup>5</sup>, 1004, 1349<sup>6</sup>
  - Grenzverlauf im Bereich der Elbe  
S. 409f., 713f., 859–861, 1007, 1271, 1274f., 1581
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 466, 712, 1270
  - Humanitäre Fragen  
S. 424<sup>5</sup>, 1597
  - Innerdeutsche Grenze  
S. 1277
  - Innerdeutscher Reiseverkehr und Mindestumtausch  
S. 293, 409f., 710, 712–714, 858<sup>2</sup>, 1004, 1006–1008, 1146, 1217, 1268, 1272, 1274f., 1277, 1581f., 1762
  - Kulturbeziehungen  
S. 411, 1269, 1273, 1580
  - Nichtkommerzieller Zahlungsverkehr  
S. 1003
  - Staatsangehörigkeitsfragen  
S. 409<sup>3</sup>, 713, 859, 1004, 1007, 1271f., 1582
  - Ständige Vertretungen  
S. 713, 852, 859f., 1007, 1271, 1582
  - „Swing“  
S. 710, 712–714, 858<sup>2</sup>, 1003, 1006
  - Verkehrsfragen  
S. 1580, 1764
  - Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit  
S. 1273
  - Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (Salzgitter)  
S. 409<sup>3</sup>, 713, 853<sup>19</sup>, 859f., 1007, 1271, 1582

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.**  
S. 545<sup>21</sup>
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)**  
S. 1354
- Deutsche Bischofskonferenz**  
S. 595<sup>7</sup>, 1199, 1250<sup>12</sup>, 1491<sup>5</sup>, 1495<sup>4</sup>, 1498<sup>12</sup>, 1499<sup>14</sup>
- Deutsche Bundesbahn (DB)**  
S. 777, 1474
- Deutsche Bundesbank**  
S. 12, 194<sup>9</sup>, 337, 633, 1025, 1191, 1223, 1291, 1471<sup>4</sup>, 1474
- Deutsche Bundespost**  
S. 42<sup>8</sup>, 777
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung**  
S. 64, 92, 321f., 457, 850, 902, 912, 1069, 1339, 1383, 1400f., 1402<sup>18</sup>, 1483, 1491<sup>5</sup>, 1529, 1684, 1688, 1731
- Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbh**  
S. 1255
- Deutsche Reichsbahn (DR)**  
S. 1269<sup>8</sup>, 1272
- Deutscher Beamtenbund (DBB)**  
S. 1354
- Deutscher Caritasverband e.V.**  
S. 42<sup>8</sup>, 468<sup>5</sup>, 1011<sup>18</sup>
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**  
S. 556, 1354, 1465<sup>18</sup>, 1529, 1591
- Deutsches Archäologisches Institut (DAI)**  
S. 411<sup>9</sup>
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)**  
S. 898, 899<sup>8</sup>, 900
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)**  
S. 42<sup>8</sup>, 174, 1371<sup>22</sup>, 1793<sup>23</sup>, 1815<sup>6</sup>
- Diakonisches Werk der EKD e.V.**  
S. 42<sup>8</sup>, 468<sup>5</sup>
- DKP (Deutsche Kommunistische Partei)**  
S. 1201<sup>36</sup>
- Dominikanische Republik**  
S. 1452, 1719<sup>20</sup>
- Doppelbeschluß**  
*siehe: NATO-Doppelbeschluß*
- DP (Deutsche Partei)**  
S. 208<sup>17</sup>
- ECOWAS (Economic Community of West African States)**  
S. 253, 436, 440
- Ecuador**  
S. 1192, 1810
- Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung**  
**Dok. 355**
- EFTA (European Free Trade Association)**  
S. 673f.
- EG (Europäische Gemeinschaften)**  
*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, ASEAN, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Falkland-Krieg, Irak, Iran, Island, Israel, Japan, Jugoslawien, Kanada, Libanon-Krieg, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Peru, Polen, Portugal, Spanien, Südafrika, Türkei, UdSSR, USA, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
**Dok. 67, 129** und S. 946, 976, 1144
- Agrarpolitik  
S. 101<sup>20+22</sup>, 102<sup>25</sup>, 103f., 211f., 230<sup>23</sup>, 233f., 287, 307f., 338, 359<sup>3+4</sup>, 360–363, 421, 423, 459f., 474–481, 498f., 502f., 645, 649f., 671, 674, 688f., 691, 731f., 750, 752–754, 757, 777–780, 862<sup>1</sup>, 863–865, 874, 918, 1045, 1047, 1113–1115, 1417–1419, 1449, 1474, 1511, 1513, 1715f., 1739, 1751f., 1799
- AKP-Staaten  
S. 248f., 283, 345, 433, 642f., 1740
- Belgien  
S. 1101, 1449
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 72, 273** und S. 102–104, 194, 208–212, 230f., 233f., 289, 308, 332, 338, 344f., 397, 402, 406, 421, 440, 454, 459–461, 475–481, 498f., 503, 513, 515, 601, 643–645, 649f., 671f., 674f., 688, 702f., 708<sup>14</sup>, 728, 730–732, 752–757, 776–780, 862–865, 918, 1038f., 1079–1082, 1101, 1113–1115, 1117, 1234–1236, 1409, 1450, 1511, 1533,

- 1632, 1634, 1690–1693, 1715<sup>11</sup>, 1738–1741, 1751f., 1792
- Dänemark  
S. 211<sup>10</sup>, 406, 597<sup>6</sup>, 601, 643, 671, 753, 1079<sup>9</sup>, 1081, 1101, 1113, 1115, 1234<sup>20</sup>, 1235f., 1420, 1503, 1651, 1740, 1797
  - EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)  
S. 332, 359<sup>3+4</sup>, 643, 1531
  - Eigeneinnahmen  
S. 101<sup>20</sup>, 103, 211f., 363, 459, 476, 478, 498f., 514, 650, 778, 1047, 1081, 1416–1418, 1449, 1511, 1739, 1799
  - EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)  
S. 190, 191<sup>26</sup>, 343, 359<sup>3</sup>
  - Europäische Investitionsbank (EIB)  
S. 643
  - Europäische Stiftung  
S. 516
  - Europäischer Gerichtshof (EuGH)  
S. 1533, 1797
  - Europäischer Rat  
**Dok. 102, 106, 197, 198, 335, 336** und S. 95, 101f., 104, 134<sup>9</sup>, 196, 208, 210, 212<sup>14</sup>, 288<sup>39</sup>, 307, 345, 459–461, 478, 497f., 503, 543<sup>8</sup>, 757, 864, 873, 919, 942, 1009, 1055<sup>26</sup>, 1067, 1099, 1104, 1117, 1533, 1643f., 1714–1716, 1758, 1777, 1798, 1800
  - Europäisches Parlament (EP)  
S. 104<sup>34</sup>, 133, 138, 339, 341f., 349, 444, 503, 530, 643f., 832, 1081, 1388, 1419, 1533, 1689, 1691f., 1746
  - EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)  
S. 343, 359<sup>4</sup>, 1812
  - EWS (Europäisches Währungssystem)  
S. 323, 441, 447, 503, 515, 1115, 1471, 1512
  - Fischereipolitik  
S. 234, 287, 359<sup>3</sup>, 360, 362, 406, 750, 1047, 1115, 1235f., 1417, 1420, 1449, 1503, 1651, 1693, 1716, 1739f., 1751
  - Frankreich  
S. 101–104, 208f., 230<sup>23</sup>, 307f., 332, 338, 343, 359<sup>4</sup>, 360<sup>5</sup>, 361, 363, 422f., 459f., 474–481, 498f., 502f., 515f., 643, 645, 649, 672–674, 688f., 752, 755–757, 776–779, 864, 1039, 1079<sup>9</sup>, 1080–1082, 1114, 1234<sup>20</sup>, 1409, 1416<sup>6</sup>, 1417, 1449f., 1533<sup>26</sup>, 1643f., 1715f., 1732, 1738–1741, 1751
  - Griechenland  
S. 195f., 230<sup>23</sup>, 344, 407, 440, 462, 514, 516, 535, 644, 649<sup>11</sup>, 671, 688f., 728, 731f., 753, 833, 840, 1079<sup>9</sup>, 1080f., 1417, 1450, 1689–1692, 1717, 1797
  - Grönland  
S. 406, 597, 601, 804, 1235<sup>25</sup>
  - Großbritannien  
S. 101<sup>22</sup>, 102<sup>26</sup>, 103f., 194, 210–212, 233, 308, 345, 359<sup>4</sup>, 360<sup>5</sup>, 422f., 440, 459–461, 475, 478–480, 498f., 502f., 515f., 536, 642–645, 649f., 671, 688, 702f., 728, 731f., 752–756, 776, 778, 862–865, 918f., 951<sup>29</sup>, 1039, 1079–1082, 1113, 1115–1117, 1234–1236, 1409, 1416f., 1449, 1450<sup>54</sup>, 1511–1513, 1739f., 1748, 1797
  - Haushaltsfragen/Mandat vom 30.5.1980  
**Dok. 205** und S. 101–104, 196, 208–212, 230<sup>23</sup>, 233f., 308, 332, 345, 360, 362f., 421–423, 459–461, 475, 478–480, 498f., 514–516, 601, 615<sup>6</sup>, 645, 649f., 702f., 731f., 752, 754–757, 776, 778, 862–865, 869, 918, 1101, 1113f., 1117, 1234f., 1416, 1449, 1511–1513, 1643, 1798<sup>11</sup>
  - Irland  
S. 211<sup>10</sup>, 644, 671, 732, 753, 757, 1079<sup>9</sup>, 1080f.
  - Italien  
S. 230<sup>23</sup>, 343f., 459<sup>4</sup>, 644, 649<sup>11</sup>, 688f., 729–732, 754, 1039, 1079<sup>9</sup>, 1080–1082, 1234<sup>20</sup>, 1449f., 1751
  - Kommission  
S. 74<sup>20</sup>, 103<sup>28+29</sup>, 104<sup>34</sup>, 196, 211<sup>11</sup>, 230<sup>23</sup>, 308<sup>9</sup>, 332<sup>11</sup>, 343, 344<sup>8</sup>, 345, 353, 362f., 421, 431<sup>16</sup>, 454<sup>18</sup>, 459, 461, 475–479, 498<sup>3</sup>, 503, 514, 516, 536, 644, 649<sup>11</sup>, 650, 689, 778, 832<sup>32</sup>, 864f., 880, 1024<sup>31</sup>, 1038, 1044<sup>8+9</sup>, 1045<sup>5</sup>, 1046f., 1067, 1080f., 1114, 1117, 1234, 1415–1420, 1449, 1508, 1531<sup>20</sup>, 1532, 1634<sup>16</sup>, 1635<sup>22</sup>, 1643<sup>16</sup>, 1651<sup>17</sup>, 1723<sup>6</sup>, 1737–1740, 1752, 1792, 1797f.
  - KSZE  
S. 535, 1736
  - Luxemburg  
S. 752, 1101, 1533
  - Niederlande  
S. 459<sup>4</sup>, 498<sup>3</sup>, 752, 754, 1080–1082, 1101, 1113, 1449

- Sitz der EG-Organen  
S. 1533
- Stahlkrise  
S. 332, 344, 454<sup>18</sup>, 691, 729 f., 1417 f.,  
1447<sup>40</sup>, 1470, 1507 f., 1510, 1530–1533
- Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des  
Europäischen Rats  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
- EGKS (Europäische Gemeinschaft für  
Kohle und Stahl)**  
*siehe unter: EG*
- EKD (Evangelische Kirche in Deutschland)**  
S. 377, 1216
- Elfenbeinküste**  
S. 245
- El Salvador**  
*siehe außerdem:*  
*Belgien, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 467, 568<sup>9</sup>, 615<sup>5</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 148, 192, 267** und S. 44, 280, 290–  
292, 299, 301, 312, 356 f., 375, 389, 394,  
405, 461, 569 f., 1719
- Frankreich  
S. 311, 394, 422, 1390<sup>5</sup>, 1392, 1393<sup>16</sup>
- Großbritannien  
S. 461
- Italien  
S. 301, 312, 375, 389, 405, 1390<sup>5</sup>, 1393<sup>16</sup>
- Kuba  
S. 291, 569<sup>2</sup>, 768 f.
- Mexiko  
S. 569<sup>2</sup>, 1390<sup>5</sup>, 1392
- Nicaragua  
S. 768, 1392
- Norwegen  
S. 278, 280, 281<sup>19</sup>, 403
- Spanien  
S. 1390<sup>5</sup>, 1393<sup>16</sup>
- UdSSR  
S. 291
- USA  
S. 19, 44, 257, 278, 280, 290, 292, 294, 311,  
356 f., 375, 394, 405, 569 f., 683, 769 f.,  
819, 1000, 1015, 1178, 1390, 1391<sup>8</sup>,  
1392<sup>10</sup>, 1393, 1720
- Venezuela  
S. 569<sup>2</sup>, 769
- Energie- und Rohstoffpolitik**  
S. 949 f.
- Ägypten  
S. 188
- Argentinien  
S. 188
- Australien  
S. 190, 191<sup>26</sup>, 532
- Belgien  
S. 189
- Brasilien  
S. 1395 f.
- Bulgarien  
S. 146
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 185–191, 286, 346 f., 435, 440, 448 f.,  
521, 532, 614, 731, 1020, 1174<sup>8</sup>, 1395 f.
- EG  
S. 344, 1738
- Erdöl/Erdölpreise  
S. 215<sup>12</sup>, 252, 286, 440, 448, 494, 508,  
520–522, 614, 731, 735<sup>55</sup>, 1099 f., 1310
- Frankreich  
S. 188, 191, 440, 517, 532, 1478 f.
- Griechenland  
S. 146
- Großbritannien  
S. 189, 191, 448 f., 532, 1174<sup>8</sup>
- Indien  
S. 186 f.
- Irak  
S. 189
- Iran  
S. 215<sup>12</sup>
- Irland  
S. 1099–1101
- Israel  
S. 189
- Italien  
S. 189
- Jugoslawien  
S. 146, 252<sup>25</sup>
- Kanada  
S. 189 f., 191<sup>26</sup>
- Kernenergie/Uranversorgung  
S. 185–191, 440, 448 f., 532, 731

- Libyen  
S. 188 f., 735<sup>55</sup>
- Niederlande  
S. 1174<sup>8</sup>
- Nigeria  
S. 434–436, 441, 521
- Norwegen  
S. 1019 f., 1310
- Pakistan  
S. 187, 1478
- Peru  
S. 1057
- Rumänien  
S. 146
- Saudi-Arabien  
S. 448
- Schweden  
S. 521, 532
- Spanien  
S. 146
- Südafrika  
S. 186
- Togo  
S. 252
- UdSSR  
S. 532, 1121<sup>6</sup>, 1174<sup>8</sup>
- USA  
**Dok. 37** und S. 1174<sup>8</sup>, 1478 f.
- Entspannungspolitik**  
S. 61, 65, 193, 209, 263, 309, 395, 397, 411<sup>12</sup>, 456 f., 485, 490, 555, 606, 710–712, 794 f., 816 f., 829, 831, 858 f., 923, 926 f., 940, 945, 1004–1006, 1026, 1028, 1144, 1328, 1341, 1348, 1369 f., 1380, 1481<sup>6</sup>, 1502, 1535, 1573, 1686, 1705, 1774
- Entwicklungshilfepolitik**  
S. 251, 1156
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 249, 498 f., 854<sup>3</sup>, 1055–1057, 1163 f., 1237<sup>4</sup>, 1254 f., 1780
- EG  
S. 389, 536, 1056, 1740
- Frankreich  
S. 419, 1056
- Kanada  
S. 20<sup>25</sup>, 419, 421
- Mexiko  
S. 20<sup>25</sup>, 419, 421
- USA  
S. 20, 389, 419, 421, 554, 615<sup>5</sup>, 1055 f., 1163 f., 1178, 1184
- Venezuela  
S. 20<sup>25</sup>
- EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)**  
*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Ägypten, Argentinien, Falkland-Krieg, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Polen, Portugal, Saudi-Arabien, Spanien, Syrien, Türkei, USA*  
**Dok. 66, 145, 167, 277** und S. 120, 797 f., 938, 1407, 1797–1800
- Belgien  
S. 356
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 133–138, 194, 230 f., 356, 454
- Dänemark  
S. 134, 297, 356, 930
- Frankreich  
S. 134, 194, 356, 930
- Griechenland  
**Dok. 27** und S. 289, 356, 930
- Großbritannien  
S. 356, 930, 1450<sup>54</sup>
- Irland  
S. 134, 930
- Italien  
S. 356
- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
- KSZE  
S. 134, 341, 1439–1442
- Luxemburg  
S. 356
- Niederlande  
S. 356, 930
- Politisches Komitee  
S. 930
- Reform der EPZ  
S. 133 f., 287<sup>36</sup>
- VN  
S. 356–358, 1451 f.

**EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)**

*siehe unter: EG*

**Europäische Akte/Europäische Union (Genscher-Colombo-Initiative)**

**Dok. 349** und S. 134f., 516, 597, 749, 865, 873f., 951<sup>29</sup>, 1200f., 1234, 1449

- Belgien  
S. 602<sup>29</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 230<sup>24</sup>, 288, 339, 602, 751f., 918, 1104, 1388, 1797–1800
- Dänemark  
S. 340, 601, 602<sup>29</sup>, 750, 972, 1798<sup>11</sup>, 1799
- Europäisches Parlament  
S. 601, 602<sup>29</sup>, 750f., 873<sup>14</sup>, 874, 1200<sup>33</sup>, 1797–1800
- Frankreich  
S. 308, 751, 1796–1798
- Griechenland  
S. 135, 137, 751
- Großbritannien  
S. 750f., 972, 1798<sup>11</sup>
- Irland  
S. 340, 751, 1102
- Italien  
S. 288, 602<sup>29</sup>, 751
- Luxemburg  
S. 602<sup>29</sup>, 750
- Niederlande  
S. 602<sup>29</sup>, 750
- Spanien  
S. 230<sup>24</sup>

**Europäische Gemeinschaften**

*siehe: EG*

**Europarat**

S. 136<sup>17</sup>, 913, 1085

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 401
- Dänemark  
S. 281<sup>19</sup>, 340, 836<sup>15</sup>
- Europäische Kommission für Menschenrechte  
S. 281<sup>19</sup>, 462<sup>17</sup>, 836, 873
- Frankreich  
S. 836
- Niederlande  
S. 340, 836
- Norwegen  
S. 836<sup>15</sup>

– Schweden  
S. 836<sup>15</sup>

– Türkei  
S. 281<sup>19</sup>, 295<sup>36</sup>, 340, 462, 836, 873

**EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)**

*siehe unter: EG*

**Falkland-Krieg**

**Dok. 108, 110, 113, 115** und S. 516<sup>10</sup>, 597, 797, 855, 935, 947, 951, 1045, 1048, 1142f., 1228, 1608

- Argentinien  
S. 539<sup>6</sup>, 566<sup>3+4</sup>, 567, 572, 594, 615f., 646–648, 652<sup>2</sup>, 687, 696–701, 707f., 724f., 734, 737, 744–748, 753<sup>46</sup>, 757–759, 816, 825, 857, 867–869, 914f., 956, 961, 1050, 1102<sup>14</sup>, 1112, 1186–1189, 1195, 1233, 1450<sup>54</sup>, 1477<sup>10</sup>
- Belgien  
S. 758, 830
- Brasilien  
S. 957, 1051, 1196, 1394<sup>3</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 541, 547f., 567–569, 572–574, 594–596, 615f., 629, 646f., 651f., 672, 686–688, 696, 698–702, 711, 724–726, 734, 737, 757f., 778f., 800, 806, 816, 862f., 866–871, 914–917, 956, 960f., 1049, 1051–1053, 1070, 1100, 1102, 1111f., 1186–1189, 1194, 1196, 1233, 1477, 1503
- Dänemark  
S. 734, 758, 831
- DDR  
S. 711, 860
- EG/EPZ  
S. 568, 571–573, 615<sup>6</sup>, 652<sup>3</sup>, 683, 685f., 701, 707, 724<sup>9</sup>, 725, 734, 744–748, 750, 757–759, 779, 825, 862, 905, 914, 960, 1049, 1051–1053, 1111, 1188, 1189<sup>9</sup>, 1196, 1233, 1450, 1503<sup>12</sup>
- Frankreich  
S. 548, 685–688, 697, 725f., 758, 778f., 800, 825, 867–871, 914, 960f., 1053, 1477
- Griechenland  
S. 758f., 1503<sup>12</sup>
- Großbritannien  
S. 539–541, 547f., 566<sup>3+4</sup>, 567f., 571f., 594<sup>4</sup>, 615f., 629, 646–648, 652, 672, 683f., 686–688, 696–702, 707f., 724–726, 734, 737, 744–748, 753, 755, 757–759, 778f.,

- 800, 824f., 862, 864–871, 914–916, 919, 934, 956, 960f., 1049, 1051–1053, 1070, 1100, 1102, 1111–1113, 1118, 1188, 1196, 1232f., 1450<sup>54</sup>, 1477, 1503, 1506
- Heiliger Stuhl  
S. 595
  - Irland  
S. 652, 687, 700f., 734, 757, 759, 1102f.
  - Italien  
S. 687, 723–726, 734, 737, 758, 827, 869, 960f., 1194–1196
  - Japan  
S. 915
  - Kanada  
S. 572
  - Kolumbien  
S. 616
  - Kuba  
S. 683, 687, 724, 956
  - Luxemburg  
S. 758
  - Mexiko  
S. 1195
  - NATO  
S. 707f.
  - Nicaragua  
S. 687
  - Niederlande  
S. 758, 829, 941
  - Norwegen  
S. 825, 829, 915, 1053
  - Peru  
S. 697–700, 726, 737, 745, 1050–1053, 1196
  - Portugal  
S. 683f., 825, 828, 960, 1053
  - Simbabwe  
S. 857
  - Spanien  
S. 683, 960, 1049, 1053
  - Türkei  
S. 832
  - UdSSR  
S. 567f., 573f., 594, 629, 647, 687, 700, 724, 744f., 748, 779, 806, 868f., 956
  - USA  
S. 566–569, 572f., 594, 602, 615f., 629, 646f., 652, 672, 685f., 688, 697–701, 707, 724, 726, 737, 744f., 747, 779, 800, 819f., 824f., 914f., 1050–1052, 1112, 1194, 1503<sup>12</sup>, 1719<sup>21</sup>
  - VN  
S. 685–688, 698, 726, 737, 744–746, 753, 806, 825, 866–870, 914, 955–957, 1233, 1450<sup>54</sup>, 1477, 1503
- FDP (Freie Demokratische Partei)**  
S. 230, 233, 235f., 238–240, 241<sup>30</sup>, 280, 319, 329, 336, 399, 410<sup>5</sup>, 427, 429<sup>4</sup>, 430, 464, 502, 599, 617<sup>2</sup>, 618, 637, 738, 1154, 1201<sup>36</sup>, 1254<sup>10</sup>, 1270, 1290<sup>4</sup>, 1295, 1304<sup>2</sup>, 1398<sup>3</sup>, 1493, 1528, 1545, 1637, 1639, 1667, 1812, 1822<sup>7</sup>
- Fidschi**  
S. 136<sup>16</sup>, 1810
- Finnland**  
S. 1030, 1608
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 184, 194** und S. 508
  - Schweden  
S. 508, 531
  - UdSSR  
S. 388, 508, 524, 526, 968, 1025f.
- Frankreich**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Argentinien, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, EPZ, Europäische Akte, Europarat, Falkland-Krieg, KAE, KSZE, Libanon-Krieg, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, SALT, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt*
- S. 216, 251, 386f., 671, 804, 1093, 1622, 1685
  - Griechenland  
S. 1176
  - Großbritannien  
S. 97<sup>5</sup>, 113f., 422f., 450, 498, 502f., 685<sup>2</sup>, 686–689, 697, 776, 778f., 1331, 1508
  - Indien  
S. 1479
  - Irak  
S. 311
  - Iran  
S. 310f., 802
  - Israel  
S. 310, 375, 419, 881, 911

- Italien  
S. 477
  - Jugoslawien  
S. 717
  - Kanada  
S. 311, 1185
  - Korsika  
S. 544, 911, 1266
  - Nicaragua  
S. 45, 68, 311, 420–422, 1178
  - Niederlande  
S. 1074
  - Pakistan  
S. 1478f.
  - Peru  
S. 1034f.
  - Polen  
S. 29–33, 67, 74, 88–94, 97–100, 106–109, 115, 174, 271, 308f., 322f., 326, 628, 668f., 748, 799f., 825, 1171, 1311, 1439, 1442, 1595<sup>14</sup>, 1605, 1715, 1756f.
  - Portugal  
S. 230<sup>23</sup>, 673–675, 1715
  - Saudi-Arabien  
S. 310, 812
  - Schweden  
S. 311, 531f.
  - Somalia  
S. 468
  - Spanien  
S. 230<sup>23</sup>, 385, 672–674, 727f., 1038, 1047, 1054, 1067, 1104f., 1200, 1450, 1715f., 1759, 1789
  - Tschad  
S. 68, 246, 439
  - Türkei  
S. 340, 518, 836f., 1636
  - UdSSR  
S. 31–33, 67f., 101, 109, 142, 146<sup>5</sup>, 205f., 217, 270<sup>29</sup>, 310, 444<sup>14</sup>, 826, 934, 1337, 1481<sup>6</sup>, 1758, 1789, 1855–1857
  - Ungarn  
S. 496<sup>9</sup>, 639
  - USA  
S. 67–69, 93, 100, 191, 243, 270<sup>29</sup>, 306f., 324, 330<sup>6</sup>, 336f., 370, 375, 417–422, 428<sup>15</sup>, 500–502, 517f., 691f., 870, 1036f., 1046, 1120, 1123, 1231, 1242–1245, 1306, 1331, 1333–1335, 1478f., 1613, 1642f., 1650, 1728f., 1732
  - Verteidigungspolitik  
S. 321f., 324f., 450, 511f., 517f., 525, 783, 826, 1226, 1333, 1336f., 1353, 1427–1430, 1454–1457, 1470<sup>2</sup>, 1484f., 1789
  - Vietnam  
S. 607, 610
  - Volksrepublik China  
S. 95
  - Zaire  
S. 428<sup>14</sup>
- Frankreich–  
Bundesrepublik Deutschland**  
*siehe außerdem: Berlin*
- Dok. 8, 16, 20, 21, 41, 60, 63, 64, 65, 84, 95, 99, 103, 135, 150, 166, 196, 248, 254, 255, 275, 278, 282, 283, 284, 316, 331** und S. 106–109, 115f., 129, 280f., 447, 450, 497, 548, 639, 668, 675, 692, 697, 725, 983, 1053f., 1067f., 1074, 1113, 1140, 1289, 1306<sup>3</sup>, 1353, 1438, 1499, 1525, 1530<sup>16+17</sup>, 1650, 1688, 1728, 1732, 1741, 1796–1798, 1822<sup>6</sup>
- Französische Truppen in der Bundesrepublik  
S. 1427–1430, 1455, 1457, 1481, 1483–1487
  - Rüstungskooperation und gemeinsame Rüstungsexportpolitik  
S. 209, 236, 324, 329f., 335f., 428<sup>15</sup>, 780–783, 1427f., 1430, 1454, 1481, 1486f.
  - Technisch-industrielle Zusammenarbeit  
S. 209, 330f., 1474f.
  - Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit  
S. 323f., 336–338, 352, 1714
- Friedensbewegung**  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluss*
- Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.**  
S. 1078, 1426, 1612, 1623<sup>22</sup>, 1654, 1669, 1795, 1833<sup>21</sup>
- Friedrich-Naumann-Stiftung**  
S. 772, 774<sup>7</sup>
- Gabun**  
S. 245
- Gambia**  
S. 439
- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)**  
*siehe unter: VN*

**Gesetze und Verordnungen**

- Gesetz vom 19.3.1956 zur Ergänzung des Grundgesetzes  
S. 229<sup>15</sup>
- Drittes Gesetz vom 29.6.1956 zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz)  
S. 1821<sup>5</sup>
- Bundesgesetz vom 19.7.1957 zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz)  
S. 1821<sup>5</sup>
- Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG)  
S. 222<sup>5</sup>, 236 f., 621<sup>10</sup>, 1034<sup>8</sup>, 1186<sup>2</sup>, 1710–1712
- Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (AWG)  
S. 222<sup>5</sup>, 236, 619, 1034<sup>8</sup>, 1035, 1186<sup>2</sup>, 1814
- Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz, BAföG) vom 26.8.1971  
S. 1472
- Gesetz vom 16.11.1973 über die Gewährung von Erleichterungen, Vorrechten und Befreiungen an die Ständige Vertretung der DDR  
S. 852
- Gesetz vom 11.9.1974 über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz)  
S. 1697
- Sechzehntes Strafrechtsänderungsgesetz vom 16.7.1979  
S. 1822<sup>7</sup>

**Ghana**

S. 245, 247, 253, 437, 440, 1190

**Griechenland**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, Frankreich, KSZE, Libanon-Krieg, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbezie-*

*hungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt*

S. 147, 387

## – Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 38, 325** und S. 133–138, 288 f., 461 f., 728, 1176, 1676, 1700 f., 1717 f., 1734, 1822<sup>6</sup>

## – Großbritannien

S. 461

## – Italien

S. 728, 1675 f.

## – Polen

S. 27, 29, 77 f., 192 f., 748, 1443, 1687

## – Spanien

S. 385, 463, 791, 801, 833

## – Türkei

S. 44, 137 f., 288 f., 461 f., 728, 736, 833, 840, 944, 959, 1176, 1287, 1676<sup>13</sup>, 1685, 1687–1690, 1700, 1715, 1734

## – UdSSR

S. 77 f., 192, 736

## – USA

S. 44 f., 192 f., 801, 1675, 1718, 1734 f., 1758 f.

**Großbritannien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ägypten, Algerien, Berlin, Brasilien, Dänemark, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, Frankreich, Griechenland, KAE, KSZE, Libanon-Krieg, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluss, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 387, 1093, 1721

## – Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 23, 42, 90, 91, 92, 108, 110, 115, 130, 137, 165, 175, 211, 233, 249, 271, 288, 318** und S. 198, 421 f., 475 f., 498 f., 503, 568, 687 f., 724 f., 776, 778 f., 869, 1032–1035, 1051–1053, 1067, 1070, 1428, 1450<sup>54</sup>, 1455, 1656, 1822<sup>6</sup>, 1830

## – Indien

S. 1507

## – Iran

S. 189<sup>21</sup>

- Irland  
S. 1100–1103
- Israel  
S. 543, 931, 954
- Italien  
S. 724, 726
- Japan  
S. 448
- Jugoslawien  
S. 716, 1142, 1154, 1759
- Kuwait  
S. 117f.
- Nordirland-Konflikt  
S. 154, 174, 544, 568, 757, 1100–1102
- Norwegen  
S. 404<sup>17</sup>
- Peru  
S. 1032f.
- Polen  
S. 72, 115–118, 174, 271, 458, 800, 1170,  
1232, 1409f., 1442f., 1504, 1757
- Portugal  
S. 683, 917
- Saudi-Arabien  
S. 464
- Schweden  
S. 532
- Spanien  
S. 136, 727f., 917, 1067, 1104, 1257–1259,  
1315, 1750f., 1759, 1787
- Sudan  
S. 661
- Türkei  
S. 461f.
- UdSSR  
S. 59, 72, 217, 270<sup>29</sup>, 444<sup>14</sup>, 453, 457, 497,  
647f., 796, 935, 1323, 1501<sup>5</sup>, 1742, 1757f.,  
1765, 1787f.
- Ungarn  
S. 496<sup>9</sup>, 651
- USA  
S. 114–117, 185, 191, 270<sup>29</sup>, 291, 370,  
446–448, 451–453, 455f., 750, 915f.,  
1069f., 1101, 1116f., 1175, 1230–1232,  
1418
- Verteidigungspolitik  
S. 269<sup>27</sup>, 336<sup>11</sup>, 483, 990, 1226, 1505<sup>22</sup>

**Grundgesetz vom 23.5.1949**

S. 64, 222<sup>5</sup>, 229<sup>15</sup>, 230, 237, 713, 723, 852,  
881, 1007, 1304<sup>2</sup>, 1339, 1522<sup>4</sup>, 1527, 1639,  
1835<sup>8</sup>

**Grüne (Die Grünen)**

S. 410<sup>5</sup>, 427, 430, 464, 923, 1349<sup>6</sup>, 1398<sup>3</sup>,  
1545, 1603

**Gruppe der 77**

S. 438, 695<sup>13</sup>, 950, 957, 1055f., 1377f.,  
1810<sup>3</sup>

**GTZ (Deutsche Gesellschaft für Tech-  
nische Zusammenarbeit)**

S. 1814

**Guatemala**

S. 355f., 358, 421, 467, 615<sup>5</sup>, 1721, 1811

**Guinea**

S. 245, 436, 1811

**Guinea-Bissau**

S. 994<sup>14</sup>

**Guyana**

S. 1617

**Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**

S. 275

**Heiliger Stuhl**

*siehe außerdem:*

*Argentinien, ČSSR, DDR, Falkland-Krieg*

S. 1216

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 120, 286** und S. 26, 218–221, 1229

- Polen

S. 26, 76f., 115, 129, 142, 254, 271, 392,  
430, 594–596, 599, 679, 729, 733, 740, 764,  
799, 966, 1160, 1249, 1311, 1557, 1585,  
1589f.

- Portugal

S. 684

- UdSSR

S. 596

**Honduras**

S. 1617, 1718<sup>19</sup>, 1719f., 1735<sup>40</sup>, 1760<sup>29</sup>

**Hongkong**

S. 189<sup>21</sup>, 781, 1045, 1224

**IAEO (Internationale Atomenergieor-  
ganisation)**

*siehe unter: VN*

**Ibero-Amerika Verein e.V.**

S. 1048

**IEA (Internationale Energieagentur)**  
S. 1754, 1783

**IGH (Internationaler Gerichtshof)**  
*siehe unter: VN*

**IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)**  
S. 13, 1011<sup>18</sup>, 1012<sup>19</sup>, 1107, 1143, 1478

**ILO (International Labour Organization)**  
*siehe unter: VN*

### Indien

*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich*  
S. 573<sup>12</sup>, 1366

**Indonesien**  
S. 449, 1607

**INF-Verhandlungen**  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluss*

**International Institute for Strategic Studies (IISS)**  
S. 40<sup>33</sup>, 1027<sup>45</sup>, 1836<sup>12</sup>

**IPW (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft)**  
S. 412

### Irak

*siehe außerdem:*  
*Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt*

S. 522, 731, 1107, 1803

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 124** und S. 1813

– EG/EPZ  
S. 872, 1044

– Israel  
S. 79<sup>5</sup>, 878f., 907

– Jordanien  
S. 1096

– Saudi-Arabien  
S. 1109

– Syrien  
S. 878f., 908

– UdSSR  
S. 250, 878, 1001, 1129, 1805

– USA  
S. 801

### Irakisch-iranischer Krieg

S. 213<sup>6</sup>, 214–216, 311, 448, 611f., 704<sup>4</sup>, 705, 743, 801, 819, 832, 872, 877, 906–908,

935, 943, 951, 953, 958, 977, 1001, 1022, 1044, 1096, 1108f., 1127, 1129, 1152f., 1373–1375, 1446f., 1606, 1711<sup>7</sup>, 1805

### Iran

*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Ägypten, Algerien, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt, VN*

S. 80<sup>7</sup>, 87, 463, 522, 731, 1104, 1711<sup>7</sup>, 1803

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 43, 138** und S. 206, 223, 1805, 1813

– EG/EPZ  
S. 38, 730, 872, 905, 1044

– Israel  
S. 878f., 907f., 1128, 1805

– Jugoslawien  
S. 1153

– Libyen  
S. 1096, 1109, 1128f., 1805

– Saudi-Arabien  
S. 801, 879, 1021

– Syrien  
S. 80, 85, 611<sup>3</sup>, 801, 878f., 907f., 1096, 1128, 1805

– Türkei  
S. 1677

– UdSSR  
S. 224, 250, 310f., 704, 707<sup>9</sup>, 801, 819, 878f., 1001, 1096, 1128f., 1793, 1805

– USA  
S. 38, 51, 213, 223, 225, 298, 310, 541, 672, 730, 801, 819, 905, 1129, 1145, 1296<sup>4</sup>, 1671

### Irland

*siehe außerdem:*  
*EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, Großbritannien, KSZE, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 155

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 209** und S. 239

– Kanada  
S. 1103

– Polen  
S. 1443

- USA  
S. 1099 f., 1103

**Islamische Konferenz**

*siehe: OIC*

**Islamisches Zentrum Aachen e. V.**

S. 349<sup>6</sup>

**Island**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, NATO, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 434, 601

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 147, 153, 194**

- EG

S. 804, 809

**Israel**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Berlin, Dänemark, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, VN*

S. 958

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 109, 168, 173, 174, 191, 239, 240, 247, 285, 296** und S. 82, 129, 662, 953, 969, 1094, 1110, 1529, 1601 f., 1712 f., 1801, 1813 f., 1821–1823

- EG/EPZ

S. 224, 230<sup>23</sup>, 363, 872, 881, 1043 f., 1551

- Italien

S. 911

- Jordanien

S. 79, 908, 910, 1095<sup>2</sup>, 1096 f., 1550

- Libanon

S. 81, 376, 419, 612, 801, 819, 907, 1263 f., 1301 f.

- Libyen

S. 907

- Niederlande

S. 881

- Rumänien

S. 1817

- Saudi-Arabien

S. 79<sup>5</sup>, 310<sup>22</sup>, 545<sup>19</sup>, 1021, 1104

- Spanien

S. 880

- Syrien

S. 349<sup>5</sup>, 1126, 1549

- UdSSR  
S. 969

- USA

S. 80 f., 118, 224, 376, 419, 469<sup>8</sup>, 801 f., 812, 879<sup>22+23</sup>, 881, 953, 1020 f., 1094, 1104, 1110, 1125 f., 1128, 1130, 1178, 1265, 1295, 1488 f.

**Italien**

*siehe außerdem:*

*Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Israel, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 10, 62, 154, 168, 375, 387, 592, 1093, 1605, 1622, 1721

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 6, 143, 226, 266, 323** und S. 675, 1822<sup>6</sup>

- Jugoslawien

S. 1154

- Libyen

S. 734 f.

- Malta

S. 736, 1677

- Nicaragua

S. 773<sup>5</sup>

- Österreich

S. 544<sup>13</sup>

- Polen

S. 25–27, 73, 132 f., 153, 733, 827, 1199, 1595<sup>14</sup>, 1605, 1786

- Portugal

S. 728

- Somalia

S. 470

- Spanien

S. 726 f., 1200, 1678, 1785

- Südtirol

S. 544, 911

- UdSSR

S. 73, 735 f., 936, 1742, 1785

- USA

S. 291, 384, 402, 502, 731, 1175, 1198, 1231, 1448

- Verteidigungspolitik  
S. 336<sup>11</sup>
- IWF (Internationaler Währungsfonds)**  
*siehe unter: VN*
- Jamaika**  
S. 1719<sup>20</sup>
- Japan**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Falkland-Krieg, Großbritannien, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 10, 540, 542, 781, 799, 1180, 1690
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 172** und S. 239, 607, 676, 1055, 1607, 1714f.
- EG  
S. 343, 461, 515, 1739f.
- Nigeria  
S. 435
- Peru  
S. 1050, 1055
- UdSSR  
S. 453, 524, 590, 654, 899, 1401<sup>16</sup>, 1777, 1851
- USA  
S. 692, 694, 1364, 1607, 1651, 1715
- Vietnam  
S. 607
- Volksrepublik China  
S. 1400f.
- Jemen**  
*siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)*
- Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)**  
**Dok. 242** und S. 68<sup>13</sup>
- Jordanien**  
*siehe außerdem:*  
*Ägypten, Irak, Israel, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt*  
S. 907, 1011, 1107
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 19, 208** und S. 1151
- EPZ  
S. 872
- Saudi-Arabien  
S. 878, 1096
- Türkei  
S. 1631, 1638
- USA  
S. 1096, 1733f.
- Jugoslawien**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Belgien, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, KSZE, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 147, 733, 1824
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 141, 217, 257** und S. 391f., 675, 1603, 1759
- EG  
S. 344, 1154
- Kambodscha  
S. 1149
- Kuwait  
S. 1155<sup>78</sup>
- UdSSR  
S. 391, 716, 1147f., 1342f.
- Ungarn  
S. 641
- USA  
S. 716, 1152f., 1155<sup>78</sup>
- KAE (Konferenz über Abrüstung in Europa)**  
S. 71, 144, 172, 203, 207<sup>7</sup>, 242<sup>4</sup>, 373, 381, 602, 789, 848, 850, 888, 891, 977, 1082–1088, 1198, 1232, 1312, 1337, 1344, 1350, 1404, 1406, 1583, 1661, 1736, 1831
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 148, 512, 599, 816, 1145, 1324, 1367, 1431–1438, 1441f., 1504<sup>18</sup>, 1669, 1756, 1778
- Dänemark  
S. 599
- DDR  
S. 148
- Frankreich  
S. 71<sup>11+12</sup>, 100, 243, 326, 794, 1324, 1431–1433, 1756
- Großbritannien  
S. 1504<sup>18</sup>
- Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 100, 1324, 1432, 1435–1437

- Österreich  
S. 1405
- UdSSR  
S. 204, 793<sup>14</sup>, 1432<sup>12</sup>, 1433–1437, 1562f.
- USA  
S. 816, 823, 933, 1433<sup>14</sup>, 1436, 1562f., 1660, 1704, 1706f.
- Vertrauensbildende Maßnahmen  
**Dok. 276** und S. 71<sup>11+12</sup>, 148, 793, 1017, 1324, 1367, 1405, 1441, 1562<sup>4</sup>, 1660, 1669, 1778

**Kambodscha**

*siehe außerdem: Jugoslawien, VN*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 982, 1150
- UdSSR  
S. 268<sup>24</sup>, 395, 524, 525<sup>20</sup>, 983, 1002, 1026, 1312<sup>15</sup>, 1322<sup>11</sup>, 1366, 1462<sup>8</sup>, 1606<sup>9</sup>, 1841<sup>14</sup>
- USA  
S. 1002
- Vietnam  
S. 214, 606, 608f., 611, 975, 977, 979–982, 1002, 1149, 1179, 1321, 1327
- Volksrepublik China  
S. 749, 979–982, 1179

**Kamerun**

S. 245, 439

**Kanada**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Argentinien, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Falkland-Krieg, Frankreich, Irland, KSZE, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 29, 223** und S. 1103
- EG  
S. 1115
- Norwegen  
S. 404
- Polen  
S. 29<sup>8</sup>, 57, 77, 141f., 255
- Somalia  
S. 468
- UdSSR  
S. 77, 255, 257, 938<sup>24</sup>, 1788
- USA  
S. 1103, 1180–1182, 1184f.

**Kap Verde**

S. 1544<sup>3</sup>

**Katar**

S. 880, 1711<sup>7</sup>

**Kenia**

S. 469f., 661, 1544<sup>3</sup>

**Kolumbien**

*siehe außerdem:*

*Falkland-Krieg, Nahost-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

**Dok. 125** und S. 1049, 1195, 1718<sup>19</sup>, 1719<sup>20</sup>, 1735<sup>40</sup>, 1760<sup>29</sup>

**Konferenzen und Verhandlungen**

- Wiener Kongreß vom 18.9.1814 bis 9.6.1815  
S. 35<sup>8</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 28.11. bis 1.12.1943 in Teheran  
S. 107<sup>18</sup>
- Währungskonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 23.7.1944 in Bretton Woods  
S. 441<sup>34</sup>, 957<sup>11</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta  
S. 18, 26, 35, 65, 92, 98, 107<sup>18</sup>, 141<sup>3</sup>, 944<sup>44</sup>, 978, 1587
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam  
S. 107<sup>18</sup>, 141<sup>3</sup>
- Europäischer Kongreß vom 7. bis 10.5.1948 in Den Haag  
S. 1332
- Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London  
S. 1463<sup>10</sup>
- NATO-Ministerratstagung vom 9. bis 11.5.1955 in Paris  
S. 208<sup>15</sup>, 228<sup>11</sup>, 1362<sup>13</sup>
- NATO-Ministerratstagung vom 11. bis 14.12.1956 in Paris  
S. 938<sup>26</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 2./3.5.1957 in Bonn  
S. 938<sup>26</sup>
- Konferenz vom 5. bis 11.2.1959 über Zypern in Zürich  
S. 944<sup>43</sup>

- Konferenz vom 17. bis 19.2.1959 über Zypern in London  
S. 944<sup>43</sup>
- NATO-Ministerratstagung vom 22. bis 24.5.1963 in Ottawa  
S. 1846
- EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris  
S. 777<sup>8</sup>
- EWG-Ministerratstagung am 28./29.1.1966 in Luxemburg  
S. 777<sup>8</sup>
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 29.8. bis 1.9.1967 in Khartum  
S. 1263
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12.1967 in Brüssel  
S. 61<sup>6</sup>
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30.10.1970 in Ottawa  
S. 1227<sup>17</sup>
- Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 14. bis 22.1.1971 in Singapur  
S. 437<sup>17</sup>
- MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien  
S. 787<sup>9</sup>, 788, 890<sup>17</sup>, 1016<sup>3</sup>, 1324<sup>19</sup>, 1367<sup>38</sup>, 1432<sup>9</sup>, 1778<sup>14</sup>, 1829<sup>5</sup>
- Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf  
S. 1022
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich  
S. 287<sup>37</sup>
- Tagung des OECD-Rats am 29./30.5.1974 in Paris  
S. 1509<sup>34</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 18./19.6.1974 in Ottawa  
S. 946<sup>50</sup>
- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 26.6.1974 in Brüssel  
S. 946<sup>50</sup>
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29.10.1974 in Rabat  
S. 83
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12.1974 in Paris  
S. 460<sup>9</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 28.7. bis 1.8.1975 in Kampala  
S. 437<sup>18</sup>
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki  
*siehe unter: KSZE*
- Gipfelkonferenz der Benelux-Staaten am 20./21.10.1975 in Brüssel  
S. 354
- Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London  
S. 186<sup>9</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel  
S. 427<sup>11</sup>
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad  
*siehe unter: KSZE*
- Tagung des Europäischen Rats am 5./6.12.1977 in Brüssel  
S. 516<sup>13</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 7./8.4.1978 in Kopenhagen  
S. 516<sup>13</sup>
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20./21.5.1978 in Nyborg  
S. 361
- VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 23.5. bis 30.6.1978 in New York  
S. 1132<sup>8</sup>, 1133<sup>14</sup>, 1143, 1211<sup>23</sup>
- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5.1978 in Washington  
S. 887<sup>14</sup>, 1707<sup>4</sup>
- KSZE-Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von

- Streitfällen vom 31.10. bis 11.12.1978 in Montreux  
S. 1404
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21.11.1978 in Brüssel  
S. 1150<sup>45</sup>
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23.11.1978 in Moskau  
S. 1083<sup>7</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6.12.1978 in Brüssel  
S. 1707<sup>4</sup>
- Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 5./6.1.1979 auf Guadeloupe  
S. 18, 40, 278, 591, 635, 929, 1027
- Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad  
S. 1280<sup>13</sup>
- Tagung des Komitees der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15.5.1979 in Budapest  
S. 1083<sup>7</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel  
S. 23<sup>6</sup>
- Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel  
S. 15<sup>25</sup>, 384<sup>23</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12.1979 in Brüssel  
S. 177<sup>10</sup>
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10.4.1980 in Lissabon  
S. 136<sup>17</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.4.1980 in Luxemburg  
S. 38<sup>24</sup>
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18.5.1980 in Neapel  
S. 38<sup>24</sup>
- EG-Ministerratstagung am 29./30.5.1980 in Brüssel  
S. 101<sup>20</sup>, 211<sup>11</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig  
S. 543<sup>8</sup>, 1021<sup>19</sup>, 1044, 1097, 1445
- VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25.8. bis 15.9.1980 in New York  
S. 284<sup>25</sup>
- Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8.11.1980 in Wien  
S. 1151<sup>54</sup>
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid  
*siehe unter: KSZE*
- Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5.12.1980 in Moskau  
S. 490<sup>17</sup>, 632
- NATO-Ministerratstagung am 11./12.12.1980 in Brüssel  
S. 292
- Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13.3.1981 in Wien  
S. 1151<sup>54</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 23./24.3.1981 in Maastricht  
S. 1533
- NATO-Ministerratstagung am 4./5.5.1981 in Rom  
S. 64<sup>17</sup>, 383, 385, 792, 794, 816, 818
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 28.6.1981 in Nairobi  
S. 247<sup>11</sup>, 437, 471<sup>15</sup>, 660, 735<sup>58</sup>, 1109<sup>11</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13.10.1981 in London  
S. 133<sup>5</sup>
- Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10.1981 in Cancún  
S. 248, 284<sup>25</sup>, 334<sup>4</sup>, 433, 449, 521f., 695<sup>13</sup>, 950<sup>22</sup>, 972, 1151, 1377
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25.11.1981 in Fes  
S. 81<sup>11</sup>, 85, 1262<sup>11</sup>, 1264
- Tagung des Europäischen Rats am 26./27.11.1981 in London  
S. 101f., 134<sup>9</sup>, 196, 288<sup>39</sup>, 864, 1798

- NATO-Ministerratstagung am 10./11.12.1981 in Brüssel  
S. 44<sup>18</sup>, 413<sup>4</sup>
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15.12.1981 in London  
S. 102<sup>25</sup>
- Außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.1.1982 in Brüssel  
S. 13f., 25, 27–29, 35, 43, 51, 136<sup>14</sup>, 151, 408
- Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 11.1.1982 in Brüssel  
S. 14, 25, 27, 41f., 52, 56–59, 62, 64, 67, 70–78, 86, 94, 99, 105, 141, 151, 217<sup>3</sup>, 482, 1170<sup>10</sup>, 1783
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 14./15.1.1982 in Brüssel  
S. 101f.
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25.1.1982 in Brüssel  
S. 210<sup>6+8</sup>, 212<sup>14</sup>, 480
- EG-Ministerratstagung am 26.1.1982 in Brüssel  
S. 29<sup>9</sup>
- Notstands-Sondertagung der VN-Generalversammlung vom 29.1. bis 5.2.1982 in New York  
S. 213<sup>7</sup>
- Konferenz der dem Ständigen Ausschuß für den Tschad angehörenden OAE-Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11.2.1982 in Nairobi  
S. 659
- EG-Ministerratstagung am 22./23.2.1982 in Brüssel  
S. 342–345, 361, 365<sup>9</sup>, 389, 408
- Konferenz der Außenminister der OAE-Mitgliedstaaten vom 22. bis 28.2.1982 in Addis Abeba  
S. 471, 661<sup>12</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.2.1982 in Brüssel  
S. 339–342, 444<sup>13</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 15.3.1982 in Brüssel  
S. 407f.
- EG-Ministerratstagung am 22./23.3.1982 in Brüssel  
S. 421<sup>24</sup>, 452<sup>6</sup>, 459<sup>6</sup>, 476, 536<sup>11</sup>
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24.3.1982 in Colorado Springs  
S. 481–486, 488, 683
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.3.1982 in Brüssel  
S. 95, 104, 208, 210, 345, 459, 478, 497f., 514–516, 535–537, 1067
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 31.3. bis 2.4.1982 in Brüssel  
S. 498<sup>3</sup>
- Konferenz des Koordinierungsbüros der Bewegung blockfreier Staaten auf der Ebene der Außenminister vom 6. bis 8.4.1982 in Kuwait  
S. 910<sup>13</sup>
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20.4.1982 in Brüssel  
S. 615
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 20. bis 22.4.1982 in Luxemburg  
S. 498<sup>3</sup>
- EG-Ministerratstagung am 26./27.4.1982 in Luxemburg  
S. 516<sup>10</sup>, 601, 615<sup>6</sup>, 642–645, 752, 754
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 28. bis 30.4.1982 in Luxemburg  
S. 649f., 688
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 29.4.1982 in Straßburg  
S. 836<sup>15</sup>
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 5.5.1982 in Brüssel  
S. 708
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7.5.1982 in Brüssel  
S. 677, 683, 706–709

- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9.5.1982 in Villers-le-Temple S. 645<sup>18</sup>, 687, 701 f., 734, 743–759
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 10./11.5.1982 in Brüssel S. 757
- AKP-EWG-Ministerratstagung am 13./14.5.1982 in Libreville S. 642
- Informelle EG-Ministerratstagung am 16./17.5.1982 in Luxemburg S. 724<sup>9</sup>, 757<sup>49</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18.5.1982 in Brüssel S. 863<sup>7</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 17./18.5.1982 in Luxemburg **Dok. 156, 157, 158, 159** und S. 232, 381, 402, 600, 602, 720, 791 f., 872
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 24.5.1982 in Brüssel S. 340, 750, 752, 871–874
- EG-Ministerratstagung am 24./25.5.1982 in Brüssel S. 645, 758<sup>50</sup>, 862<sup>3</sup>, 1080<sup>11</sup>, 1234
- VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7.6. bis 10.7.1982 in New York S. 104, 119 f., 148, 328, 455, 578, 591, 600, 885, 936, 942, 996<sup>3</sup>, 1018, 1024, 1031, 1131–1134, 1143, 1199, 1211<sup>23</sup>, 1464
- Außerordentliches Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9.6.1982 in Bonn S. 930 f.
- Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6.1982 in Bonn **Dok. 179** und S. 242, 313, 327, 372 f., 383–386, 389, 399 f., 402, 418, 420 f., 450, 452, 454 f., 458, 476, 480, 482, 500, 534, 549–555, 598, 600, 602, 654, 676–679, 701, 708 f., 711, 726, 763, 767, 785, 790–792, 795, 798, 805 f., 808, 815 f., 821, 824, 826, 828–830, 832, 870, 916, 921, 930, 947 f., 967, 983, 987, 995 f., 1018 f., 1022 f., 1060, 1069, 1085, 1117, 1134, 1328, 1554, 1647 f., 1657, 1762<sup>8</sup>
- Informelle EG-Ministerratstagung am 20.6.1982 in Luxemburg S. 873 f., 1079<sup>6</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20./21.6.1982 in Luxemburg S. 1049<sup>6</sup>
- EG-Ministerratstagung am 21./22.6.1982 in Luxemburg S. 1023<sup>25</sup>, 1079<sup>6</sup>, 1245<sup>11</sup>
- Außerordentliche Sitzung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 26./27.6.1982 in Tunis S. 953<sup>8</sup>, 1143
- Tagung des Europäischen Rats am 28./29.6.1982 in Brüssel S. 873, 942, 1009, 1023, 1043–1047, 1099, 1117
- Außerordentliche Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 15. bis 17.7.1982 in Nikosia S. 1141, 1151 f.
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19.7.1982 in Brüssel S. 1130
- EG-Ministerratstagung am 19./20.7.1982 in Brüssel S. 1079, 1234<sup>20</sup>
- Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten am 8.8.1982 in Tripolis S. 249<sup>19</sup>, 1109<sup>11</sup>
- Treffen der Außenminister europäischer blockfreier Staaten und europäischer Neutraler und Nichtgebundener Staaten am 30./31.8.1982 in Stockholm S. 1147, 1343
- Jahresversammlung des IWF vom 6. bis 9.9.1982 in Toronto S. 1291, 1512<sup>48</sup>, 1736
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes S. 1096, 1262–1264, 1278–1280, 1290<sup>8</sup>, 1303, 1444–1446, 1803 f.

- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20.9.1982 in Brüssel  
S. 1189<sup>9</sup>, 1233<sup>17</sup>
- EG-Ministerratstagung am 20./21.9.1982 in Brüssel  
S. 1234<sup>20</sup>
- Sondertagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 21.9.1982 in Tunis  
S. 1280
- Informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3.10.1982 in La Sapinière  
**Dok. 253** und S. 976, 1308, 1312, 1317<sup>7</sup>, 1318f., 1361<sup>9</sup>, 1362–1365, 1408, 1439, 1448, 1452, 1476<sup>5</sup>, 1536, 1556<sup>2</sup>, 1645, 1675, 1724, 1779, 1781, 1787
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am 4.10.1982 in Luxemburg  
S. 1236<sup>26</sup>
- Gipfelkonferenz Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas am 8./9.10.1982 in Kinshasa  
S. 1443, 1479
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 16./17.10.1982 in Nyborg  
S. 1361, 1365, 1438–1453, 1534, 1593
- Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 21./22.10.1982 in Moskau  
S. 1845
- Tagung des Assoziationsrats EWG–Zypern auf Ministerebene am 25.10.1982 in Luxemburg  
S. 1450<sup>54</sup>
- EG-Ministerratstagung am 25./26.10.1982 in Luxemburg  
S. 1416<sup>6</sup>, 1508, 1646
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsminister sowie der für Sozialfragen zuständigen Minister am 16.11.1982 in Brüssel  
S. 1046<sup>8</sup>
- Informelles Treffen der für Industriefragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 18.11.1982 in Helsingør  
S. 1508, 1533
- EG-Ministerratstagung am 22./23.11.1982 in Brüssel  
S. 1593, 1595, 1648
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.11.1982 in Brüssel  
S. 1595, 1800
- Ministerkonferenz im Rahmen des GATT vom 24. bis 27.11.1982 in Genf  
S. 692, 949, 1313, 1325, 1363, 1418, 1443, 1508, 1725, 1739, 1783
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 30.11.1982 in Brüssel  
S. 1523<sup>11</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.12.1982 in Brüssel  
S. 1676<sup>13</sup>, 1707f., 1718<sup>17</sup>, 1759<sup>22</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1982 in Kopenhagen  
S. 1438, 1590, 1643f., 1651, 1693, 1714–1716, 1729, 1732, 1735–1741, 1748, 1751, 1758, 1777
- NATO-Ministerratstagung am 9./10.12.1982 in Brüssel  
**Dok. 344, 345, 346** und S. 1476, 1507, 1543, 1556, 1590, 1716, 1717<sup>12</sup>, 1718<sup>16+18</sup>, 1721, 1749<sup>11</sup>, 1750f., 1757, 1761<sup>3</sup>
- EG-Ministerratstagung am 13./14.12.1982 in Brüssel  
S. 1740<sup>18</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am 21.12.1982 in Brüssel  
S. 1740
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5.1.1983 in Prag  
S. 1343
- EG-Ministerratstagung am 24./25.1.1983 in Brüssel  
S. 1800
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 1.3.1983 in Bonn  
S. 1800
- Tagung der Außenminister blockfreier Staaten vom 1. bis 6.3.1983 in Neu Delhi  
S. 1342

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3. 1983 in Neu Delhi  
S. 612<sup>4</sup>, 1153<sup>69</sup>, 1341
- Tagung des Europäischen Rats am 21./22.3.1983 in Brüssel  
S. 1715, 1739, 1800
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23.3. 1983 in Vilamoura  
S. 485<sup>22</sup>
- VI. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6. bis 30.6.1983 in Belgrad  
S. 1155<sup>77</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 9./10.6. 1983 in Paris  
S. 1754
- Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart  
S. 1800
- Informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 8.9.1983 in Madrid  
S. 1781
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1983 in Montebello  
S. 485<sup>22</sup>
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.4.1984 in Çeşme  
S. 485<sup>22</sup>
- VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 31.5. bis 25.6.1988 in New York  
S. 1132<sup>7</sup>

**Kongo**

S. 245, 681

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

S. 274 f.

**Korea**

*siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)*

**Kreditanstalt für Wiederaufbau**

S. 1121<sup>7</sup>, 1255<sup>13</sup>

**KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)**

*siehe außerdem: EG, EPZ*

**Dok. 270** und S. 26, 384, 602, 999, 1149, 1341, 1660 f.

– Belgien  
S. 937, 1440

– Bulgarien  
S. 149 f., 155

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 206** und S. 143 f., 149 f., 154–156, 161, 203 f., 207, 242–244, 373 f., 380 f., 383, 388, 392, 406, 442, 595, 599, 666, 847–853, 1145 f., 1174, 1198, 1312, 1324, 1367, 1372, 1406, 1440–1442, 1504<sup>18</sup>, 1534<sup>6</sup>, 1557, 1561–1564, 1583, 1590 f., 1629<sup>9</sup>, 1668 f., 1722, 1756

– Dänemark  
S. 599, 1405, 1778<sup>12</sup>

– DDR  
S. 1349 f., 1584, 1763<sup>11</sup>

– Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3. 1978 in Belgrad  
S. 1087, 1403<sup>6</sup>, 1669

– Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9. 1983 in Madrid  
**Dok. 300** und S. 14, 28, 43, 71, 73 f., 76 f., 143 f., 149 f., 154–156, 159, 172, 174, 203 f., 207, 242–244, 253–257, 289, 295<sup>38</sup>, 303, 310, 341, 373 f., 380 f., 387, 392, 401, 442, 559, 599, 794, 829, 891, 1082–1088, 1143–1145, 1147 f., 1174, 1198, 1232, 1323 f., 1344 f., 1349, 1367, 1372, 1403–1407, 1431–1433, 1439–1442, 1504<sup>18</sup>, 1583 f., 1589–1591, 1629 f., 1666–1669, 1671 f., 1674, 1704–1707, 1722, 1736, 1778 f., 1782 f., 1789, 1862

– Frankreich  
S. 99, 1323 f., 1405, 1439

– Griechenland  
S. 289, 1440

– Großbritannien  
S. 1083, 1085, 1087, 1324, 1439, 1504<sup>18</sup>

– Irland  
S. 1440

– Jugoslawien  
S. 373, 1143, 1148, 1344, 1404, 1441 f.

– Kanada  
S. 1174, 1403

- Korb I (Prinzipienkatalog)  
S. 1085
  - Korb I (vertrauensbildende Maßnahmen)  
**Dok. 162** und S. 765, 1768<sup>11</sup>
  - Korb II (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz)  
S. 1404, 1775
  - Korb III (Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch)  
S. 207<sup>7</sup>, 1084 f.
  - Luxemburg  
S. 1440
  - Malta  
S. 1404
  - Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 28, 43, 144, 203, 242, 310, 341, 380, 1083–1086, 1148, 1324, 1344, 1349 f., 1372, 1404, 1406, 1407<sup>20</sup>, 1431, 1439–1441, 1561<sup>2</sup>, 1718<sup>16</sup>, 1778<sup>12</sup>
  - Niederlande  
S. 829, 1440
  - Norwegen  
S. 242, 1405
  - Österreich  
S. 203<sup>11</sup>, 373, 1440
  - Polen  
S. 14, 28, 42 f., 62, 71, 76, 99 f., 143 f., 154–156, 159, 174, 204, 242, 253–257, 383, 559, 1082 f., 1085, 1087 f., 1403, 1406, 1407<sup>19</sup>, 1433, 1439, 1589
  - Rumänien  
S. 1404, 1441, 1629<sup>5</sup>
  - Schlußakte vom 1.8.1975  
S. 51, 56 f., 61 f., 65, 71<sup>12</sup>, 91, 99, 128, 143<sup>2</sup>, 151, 153 f., 164, 167, 174, 204, 254<sup>6</sup>, 257<sup>21</sup>, 264, 381<sup>5+6</sup>, 388, 406, 599, 666, 739 f., 742, 847, 848<sup>7</sup>, 849, 860, 924, 934, 937, 941, 1083–1086, 1088, 1146, 1158, 1215, 1322 f., 1327, 1348, 1350<sup>11</sup>, 1369, 1371 f., 1380, 1405, 1431<sup>3</sup>, 1432, 1436, 1441<sup>14</sup>, 1442, 1562<sup>4</sup>, 1570, 1584, 1630, 1633, 1694, 1722, 1736, 1778<sup>12</sup>
  - Schlußkonferenz vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki  
S. 26<sup>12</sup>, 131, 388<sup>11</sup>, 412<sup>15</sup>, 1143
  - Schweiz  
S. 257<sup>21</sup>, 1404, 1406, 1440
  - UdSSR  
S. 42 f., 143 f., 159, 161, 203 f., 207, 242, 373<sup>29</sup>, 374, 380 f., 383, 584, 1083 f., 1086–1088, 1324, 1372, 1722
  - Ungarn  
S. 1671, 1674
  - USA  
**Dok. 328** und S. 161, 242–244, 254, 257, 373 f., 380 f., 383, 933, 1083, 1085–1088, 1174, 1198, 1312, 1324, 1367<sup>40</sup>, 1372, 1403, 1405 f., 1504<sup>18</sup>, 1561–1564
  - Warschauer Pakt  
S. 310, 848–850, 1086
  - Wissenschaftliches Forum  
S. 1404
- Kuba**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Angola, Argentinien, Äthiopien, Dänemark, El Salvador, Falkland-Krieg, Namibia-Frage, VN*  
S. 159, 216, 438, 467, 615<sup>5</sup>, 733, 1142, 1327, 1341 f.
- Nicaragua  
S. 19, 356, 375, 1177, 1735
  - Südafrika  
S. 369
  - Tschad  
S. 660
  - UdSSR  
S. 19, 290 f., 484, 648, 978, 1000, 1177, 1227, 1504<sup>20</sup>, 1721, 1735, 1744
  - USA  
S. 19, 290 f., 369, 375, 484, 683, 1000, 1424, 1504<sup>20</sup>, 1719, 1721, 1735, 1760
- Kuwait**  
*siehe außerdem:*  
*DDR, Großbritannien, Jugoslawien, Nahost-Konflikt*  
S. 349, 463, 872, 878, 1593, 1711<sup>7</sup>, 1712
- Länder der Bundesrepublik Deutschland**
- S. 529<sup>34</sup>, 656, 805, 838, 841
  - Baden-Württemberg  
S. 1545<sup>9</sup>
  - Bayern  
S. 922, 1270, 1398

- Bremen  
S. 1545<sup>9</sup>
- Hamburg  
S. 722–724, 922, 1048, 1201<sup>36</sup>, 1545<sup>9</sup>
- Hessen  
S. 922, 1201<sup>36</sup>, 1270f., 1290, 1494, 1545<sup>9</sup>
- Niedersachsen  
S. 319, 353<sup>10</sup>, 410, 430, 464, 675, 861,  
1275<sup>33</sup>, 1545<sup>9</sup>
- Rheinland-Pfalz  
S. 1382, 1606
- Saarland  
S. 1201<sup>36</sup>, 1272, 1530f.

**Laos**

S. 268<sup>24</sup>, 524, 525<sup>20</sup>, 606, 1312<sup>15</sup>, 1322<sup>11</sup>,  
1462<sup>8</sup>, 1606<sup>9</sup>, 1841<sup>14</sup>

**Libanon**

*siehe außerdem:*

*Israel, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, VN*

- S. 536, 906
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 612, 910, 1278
- USA  
S. 801

**Libanon-Krieg**

**Dok. 191, 208** und S. 944, 947, 952, 979,  
1143<sup>18</sup>, 1293, 1603

- Ägypten  
S. 1106f., 1125–1128, 1130, 1151, 1261,  
1802, 1804
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 931, 953f., 960, 1020f., 1094, 1107f.,  
1128–1130, 1151, 1279, 1295, 1490
- Dänemark  
S. 931
- EG/EPZ  
**Dok. 178** und S. 952, 954<sup>15</sup>, 960, 969,  
1009, 1043f., 1151, 1736f.
- Frankreich  
S. 931, 1044, 1201<sup>37</sup>, 1261, 1314, 1445,  
1737
- Griechenland  
S. 931, 1044
- Großbritannien  
S. 1444
- Irland  
S. 1737

- Israel  
S. 930<sup>2</sup>, 931, 952–954, 959f., 969, 1009–  
1012, 1043, 1094, 1095<sup>2</sup>, 1126, 1152,  
1261f., 1264, 1279, 1283f., 1295, 1300–  
1303, 1488, 1490, 1548f., 1733f., 1802,  
1804
- Italien  
S. 1201<sup>37</sup>, 1261<sup>5</sup>, 1737
- Jordanien  
S. 1095–1097, 1151
- Jugoslawien  
S. 1152f.
- Multinationale Streitmacht (MNF)  
S. 1261<sup>5</sup>, 1314, 1374, 1784, 1787
- NATO  
S. 935<sup>13</sup>, 937f., 952f.
- Niederlande  
S. 931, 1737
- Palästinenser/PLO  
**Dok. 243** und S. 954<sup>15</sup>, 958, 960, 969,  
1001, 1010f., 1043f., 1094, 1095<sup>2</sup>, 1106f.,  
1126–1128, 1130, 1151–1153, 1262, 1264,  
1279, 1301–1303, 1444, 1488<sup>6</sup>, 1549, 1802,  
1804
- Saudi-Arabien  
S. 952–954
- Syrien  
S. 954, 969<sup>17</sup>, 1010f., 1095<sup>2</sup>, 1106f., 1126,  
1152, 1261f., 1264, 1279, 1301–1303,  
1314, 1444, 1488<sup>6</sup>, 1549, 1804
- UdSSR  
S. 959, 1001, 1020f., 1108, 1126, 1128,  
1151, 1153, 1549
- USA  
S. 931, 953, 958f., 969, 1001, 1010, 1020,  
1092, 1094, 1095<sup>2</sup>, 1107, 1125f., 1128,  
1152f., 1201<sup>37</sup>, 1261f., 1264, 1295, 1303,  
1548<sup>6</sup>, 1733f., 1802<sup>8</sup>
- VN  
S. 930<sup>2</sup>, 931, 958–960, 1152f., 1737

**Liberia**

S. 1190

**Libyen**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, Israel, Italien, Nahost-Konflikt, VN*

S. 438, 522, 661<sup>12</sup>, 731, 1107

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 247 f., 437, 450 f., 471, 662, 735, 1813
- Nigeria  
S. 437
- Österreich  
S. 735, 968
- Saudi-Arabien  
S. 46
- Somalia  
S. 471
- Sudan  
S. 248<sup>12</sup>, 659, 1127
- Togo  
S. 249
- Tschad  
S. 68<sup>11</sup>, 246, 248 f., 437, 659 f., 662, 1127<sup>23</sup>
- UdSSR  
S. 188<sup>16</sup>, 224, 246, 248<sup>12</sup>, 250, 437, 468, 472, 735, 1108
- USA  
S. 45 f., 68, 87, 188, 225<sup>13</sup>, 450 f., 735, 1109<sup>11</sup>, 1784
- Lutherischer Weltbund**  
S. 1215
- Luxemburg**  
*siehe außerdem:*  
*EG, EPZ, Europäische Akte, Falkland-Krieg, KSZE, NATO, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 671, 1605
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 292** und S. 1822<sup>6</sup>
- UdSSR  
S. 940
- Volksrepublik China  
S. 749, 982
- Malaysia**  
S. 449, 621
- Mali**  
S. 245, 440
- Malta**  
*siehe außerdem: Italien, KSZE, VN*  
**Dok. 55** und S. 644, 736, 1677
- Marokko**  
S. 81<sup>11</sup>, 230<sup>23</sup>, 644, 661<sup>12</sup>, 953, 1108
- Mauretanien**  
S. 68<sup>13</sup>, 81<sup>11</sup>
- Max-Planck-Gesellschaft**  
S. 1269<sup>11</sup>, 1273 f.
- MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)**  
**Dok. 35, 112, 216, 244, 357** und S. 119, 203, 373, 381, 396, 593, 599, 794, 887–890, 895<sup>31</sup>, 977, 999, 1016, 1074, 1083, 1142, 1146, 1198, 1232, 1322, 1345, 1367, 1441, 1455, 1504, 1562<sup>4</sup>, 1583 f., 1623<sup>22</sup>, 1627, 1654, 1778, 1782, 1825, 1827, 1840, 1862
- Begleitende Maßnahmen  
S. 177 f., 304, 503<sup>4</sup>, 504, 557, 559, 561 f., 564 f., 785 f., 788 f., 1135<sup>5+6</sup>, 1137, 1140, 1699–1703, 1828–1830, 1832
- Belgien  
S. 1287<sup>10</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 175–180, 503–505, 559 f., 565, 785–790, 816 f., 968, 1284–1289, 1324, 1428, 1432, 1438, 1669, 1700–1703, 1721
- Datenfrage  
S. 176–179, 180<sup>15</sup>, 267, 304 f., 503–505, 557, 561, 564 f., 785 f., 790, 968, 1135<sup>5+6</sup>, 1136 f., 1284<sup>4</sup>, 1285 f., 1288, 1701 f., 1828–1833
- DDR  
S. 860, 1136, 1831
- Frankreich  
S. 1134, 1289
- Griechenland  
S. 1287, 1700–1702
- Großbritannien  
S. 175–180, 558, 1139, 1284–1289
- Niederlande  
S. 558, 787 f., 1139, 1289
- Rumänien  
S. 557<sup>6</sup>
- Türkei  
S. 832, 1700 f.
- UdSSR  
S. 790, 1135 f., 1284–1286
- Ungarn  
S. 786
- USA  
**Dok. 100, 151** und S. 175–180, 558–560, 564 f., 762, 816 f., 822 f., 933, 968, 1139 f., 1284–1289, 1701
- Verifikation  
S. 179<sup>13</sup>, 180<sup>15</sup>, 504 f., 561 f., 565, 790, 968, 1136, 1285

- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten  
**Dok. 327** und S. 177, 505<sup>7</sup>, 557–564, 787, 789, 1134–1140, 1284, 1287 f., 1828–1833
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten  
**Dok. 59** und S. 557–559, 561–563, 790, 1136 f., 1829, 1831 f.
- Warschauer Pakt  
S. 178 f., 267<sup>21</sup>, 505, 1134 f., 1137, 1139, 1828–1833
- Menschenrechte**  
S. 207, 236, 239, 242<sup>4</sup>, 340, 355–359, 424, 462<sup>17</sup>, 536, 800<sup>46</sup>, 832<sup>32</sup>, 836, 1084–1087, 1120, 1122, 1175, 1238, 1322, 1344, 1366, 1367<sup>40</sup>, 1404 f., 1502, 1562 f., 1574 f., 1635, 1637, 1687, 1704 f., 1719 f., 1756, 1763<sup>11</sup>, 1778, 1783, 1789, 1792<sup>19</sup>
- Mexiko**  
*siehe außerdem:*  
*El Salvador, Entwicklungshilfepolitik, Falkland-Krieg, VN*  
S. 467, 1049, 1053, 1057, 1059, 1192
- Friedensplan für Mittelamerika  
S. 375, 420, 1719 f.
- Nicaragua  
S. 375<sup>33</sup>
- Ungarn  
S. 495
- USA  
S. 374 f., 461, 1180, 1229, 1720 f.
- Monaco**  
S. 39
- Mongolei**  
S. 975, 1401
- Mosambik**  
*siehe außerdem:*  
*Berlin, DDR, Namibia-Frage*  
**Dok. 188**
- EG  
S. 345
- Portugal  
S. 679, 681 f., 992 f.
- Südafrika  
S. 681 f., 992
- Moslembruderschaft**  
S. 348–350
- Nahost-Konflikt**  
S. 427, 880<sup>30</sup>
- Ägypten  
S. 80, 81<sup>10</sup>, 85, 136<sup>16</sup>, 223 f., 419, 430, 464, 820, 876 f., 1110, 1128, 1178, 1264, 1265<sup>3</sup>, 1266, 1280, 1303, 1444 f., 1802–1804
- Algerien  
S. 81<sup>11</sup>
- Australien  
S. 136<sup>16</sup>
- Autonomieverhandlungen  
S. 223 f., 464, 543, 820, 830 f., 876, 906 f., 911 f., 1109, 1124 f., 1128, 1265–1267, 1303, 1802 f.
- Belgien  
S. 830
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 82, 214, 223, 375, 544, 743, 877, 908–910, 912 f., 1021 f., 1104, 1108, 1110, 1153 f., 1178, 1264, 1267, 1278, 1280, 1290, 1550, 1603, 1804
- Camp-David-Prozeß  
S. 84<sup>22+24</sup>, 136<sup>16</sup>, 224, 464, 470, 544, 819 f., 830, 876, 879, 912, 1126–1128, 1262<sup>10</sup>, 1263, 1265 f., 1550, 1601, 1803 f.
- Dänemark  
S. 543, 831
- EG/EPZ  
S. 85, 134, 342, 536, 543 f., 743 f., 872, 876, 908, 911 f., 1021, 1097, 1108, 1110, 1130<sup>27</sup>, 1263 f., 1267<sup>11</sup>, 1444–1446, 1550, 1736
- Frankreich  
S. 83, 136<sup>16</sup>, 375, 419, 517, 543, 743 f., 1104, 1110
- Griechenland  
S. 135 f.
- Großbritannien  
S. 118, 136<sup>16</sup>, 464, 543, 1444–1446
- Irak  
S. 81<sup>11</sup>
- Iran  
S. 213
- Irland  
S. 744
- Israel  
S. 79–85, 87, 118, 136<sup>16</sup>, 213, 223 f., 376, 419, 464, 536, 543–545, 743 f., 820, 830, 876 f., 907 f., 910–912, 1022, 1110,

- 1262<sup>10+11</sup>, 1263–1265, 1267f., 1303, 1446, 1550, 1733, 1802f.
- Italien  
S. 136<sup>16</sup>
  - Jerusalem-Frage  
S. 81<sup>9</sup>, 83, 86, 419<sup>11</sup>, 876, 1021, 1124f., 1262<sup>10+11</sup>, 1263, 1265<sup>3</sup>, 1733<sup>35</sup>, 1802
  - Jordanien  
S. 79–85, 87, 223<sup>10</sup>, 876, 1110, 1178, 1262<sup>10</sup>, 1263f., 1266, 1280, 1314, 1445, 1733, 1803
  - Jugoslawien  
S. 1157
  - Kolumbien  
S. 136<sup>16</sup>
  - Kuwait  
S. 117f., 419<sup>10</sup>
  - Libanon  
S. 81, 419, 743f., 830, 876
  - Libyen  
S. 81<sup>11</sup>
  - Multinationale Friedenstruppe (MFO)  
S. 136, 536, 1784, 1787
  - Niederlande  
S. 136<sup>16</sup>, 744
  - Palästina-Frage/Besetzte Gebiete  
S. 80, 81<sup>9</sup>, 82<sup>15</sup>, 83–86, 213f., 223<sup>10</sup>, 224, 419<sup>11</sup>, 536, 543, 612<sup>5</sup>, 743, 801f., 872, 877, 907, 911f., 1110, 1125f., 1128, 1178, 1262<sup>10+11</sup>, 1263–1267, 1444, 1550, 1616, 1733
  - PLO  
S. 83, 85, 135, 224, 419<sup>11</sup>, 536<sup>8</sup>, 543f., 612<sup>5</sup>, 744<sup>10</sup>, 773<sup>4</sup>, 876, 908, 910–912, 1021f., 1104, 1108, 1153f., 1157, 1178, 1263–1268, 1280, 1444f., 1550, 1603, 1616<sup>13</sup>, 1733, 1803
  - Saudi-Arabien/Fahd-Plan  
S. 82f., 419<sup>10</sup>, 811f., 1021, 1104, 1178, 1263f., 1279
  - Somalia  
S. 470
  - Syrien  
S. 81, 85, 349<sup>5</sup>, 419<sup>10</sup>, 1445, 1733<sup>32</sup>
  - UdSSR  
S. 82, 136<sup>16</sup>, 224, 471, 743, 912, 1022, 1616, 1862
  - USA  
S. 81<sup>10</sup>, 118, 136<sup>16</sup>, 224, 376, 419, 464, 743f., 801f., 811f., 819f., 906f., 1020, 1022, 1102, 1104, 1178, 1262f., 1265, 1267, 1278–1280, 1290, 1303, 1314, 1444f., 1489, 1550, 1616, 1733, 1736, 1803f.
  - VN  
S. 419<sup>10</sup>, 958, 1110, 1262<sup>11</sup>, 1374, 1616
- Namibia-Frage**  
**Dok. 36, 155, 227** und S. 384, 791, 818, 976
- Angola  
S. 182–184, 680f., 814, 1202–1205, 1376f.
  - Bundesrepublik Deutschland  
S. 160, 180–185, 214, 246, 248, 312, 401, 471, 529, 813–815, 854–856, 995, 1032, 1150, 1178, 1202–1206, 1377
  - DTA (Demokratische Turnhallen Allianz)  
S. 181, 312
  - EG/EPZ  
S. 872, 1443f.
  - Frankreich  
S. 180–185, 312, 813–815, 1443
  - Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)  
S. 181, 681, 855f., 995, 1148<sup>36</sup>, 1202<sup>5</sup>, 1203–1205
  - Großbritannien  
S. 180–185, 813–815, 854f., 1443
  - Jugoslawien  
S. 1148f.
  - Kanada  
S. 180–185, 813–815
  - Kuba  
S. 1202–1205
  - Mosambik  
S. 995
  - Nigeria  
S. 433
  - Portugal  
S. 680f., 814
  - Simbabwe  
S. 854f.
  - Somalia  
S. 470
  - Südafrika  
S. 181–184, 246f., 312, 401<sup>7</sup>, 529, 681, 813f., 1148<sup>36</sup>, 1202<sup>5</sup>, 1203f., 1443
  - SWAPO (South West Africa People's Organization)  
S. 181f., 183<sup>18</sup>, 184, 246f., 312, 401<sup>7</sup>, 680f., 815, 855, 995, 1148<sup>36</sup>, 1202<sup>5</sup>, 1203

- Togo  
S. 246 f.
  - UdSSR  
S. 160, 813 f.
  - USA  
S. 180–185, 252, 401<sup>7</sup>, 529, 813–815, 820, 996 f., 1000, 1178, 1202<sup>5</sup>, 1203–1205, 1376<sup>13</sup>, 1377<sup>15</sup>
  - VN  
S. 180–185, 247 f., 401<sup>7</sup>, 1148<sup>36</sup>, 1202–1206, 1376 f.
- NATO (North Atlantic Treaty Organization)**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Falkland-Krieg, Libanon-Krieg, Polen, START, UdSSR, Volksrepublik China*
- **Dok. 179, 289** und S. 116, 174, 976, 1142, 1144, 1545, 1824, 1826
  - Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)  
**Dok. 139, 329** und S. 23<sup>6</sup>, 383<sup>22</sup>, 427<sup>11</sup>, 656<sup>21</sup>, 677, 1676
  - AWACS  
S. 716, 1707, 1709
  - Belgien  
S. 830, 937
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 319** und S. 23 f., 28<sup>7</sup>, 208, 228, 296 f., 347, 372 f., 383–387, 397, 398<sup>15</sup>, 400–403, 450 f., 454–456, 458, 463, 482, 602, 653, 656, 670<sup>6</sup>, 677 f., 682 f., 706 f., 708<sup>14</sup>, 709, 782, 797 f., 815–818, 923, 932, 938–945, 1030 f., 1069, 1075–1078, 1175, 1225 f., 1259, 1323, 1362, 1505<sup>21</sup>, 1516–1518, 1522–1524, 1528, 1546, 1549<sup>8</sup>, 1606, 1608, 1649, 1676, 1679, 1746, 1776–1780
  - CINCHAN  
S. 1105<sup>26</sup>, 1515<sup>8</sup>, 1709
  - Dänemark  
S. 28<sup>7</sup>, 533, 830 f., 942 f., 1138<sup>17</sup>
  - Einsatzgebiet  
S. 933, 935
  - Eurogroup  
S. 708, 1259
  - Frankreich  
S. 45, 313, 327, 403, 418, 450 f., 677, 708 f., 763, 794, 797–799, 825 f., 934, 1069, 1258, 1333, 1455–1457, 1485<sup>23</sup>, 1486, 1518, 1789 f., 1855 f.
  - Griechenland  
S. 44 f., 75, 77 f., 461–463, 482, 485 f., 833 f., 943 f., 1515<sup>5</sup>, 1675 f., 1685, 1687–1690, 1717, 1751
  - Großbritannien  
S. 383, 450 f., 456, 458, 701, 798, 824 f., 934, 1069, 1258 f., 1505<sup>21</sup>, 1507, 1787 f.
  - Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)  
S. 61, 372, 382, 395 f., 400, 455–458, 554 f., 593, 602, 677, 793 f., 830, 939, 941, 1173, 1323, 1481<sup>6</sup>, 1535, 1536<sup>24</sup>, 1658
  - High Level Group  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschuß*
  - Infrastrukturprogramm  
S. 23 f., 44, 346, 398, 400, 482, 656<sup>21</sup>, 1455<sup>10</sup>, 1505, 1546, 1606, 1656
  - International Military Staff (IMS)  
S. 483, 707
  - Island  
S. 764, 803 f., 834, 936
  - Italien  
S. 28<sup>7</sup>, 826 f., 935 f., 1258, 1389, 1679, 1785–1787
  - Kanada  
S. 831 f., 1183
  - Langfristiges Verteidigungsprogramm (LTDP) vom 30./31.5.1978  
S. 808<sup>23</sup>, 1708<sup>5</sup>
  - Luxemburg  
S. 834
  - Militärausschuß  
S. 261<sup>8</sup>, 652 f., 1256–1259, 1456<sup>21</sup>
  - Ministerial Guidance 1977 (3%-Ziel)  
S. 427<sup>11</sup>
  - NATO-Doppelbeschuß  
*siehe: NATO-Doppelbeschuß*
  - Niederlande  
S. 227<sup>9</sup>, 232 f., 683, 828 f., 941, 1068
  - Norwegen  
S. 277, 290, 400, 402 f., 829 f., 941, 1018
  - Nukleare Planungsgruppe (NPG)  
**Dok. 96** und S. 760 f., 889, 1165, 1227<sup>17</sup>, 1259, 1517<sup>14</sup>, 1523<sup>11</sup>
  - Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)  
S. 77 f., 708<sup>15</sup>, 709, 742<sup>15</sup>, 1827

- Portugal  
S. 463, 657f., 670, 672, 677f., 682–684, 727, 828, 917, 936f., 941, 1105<sup>26</sup>, 1257, 1259
  - Rapid Reinforcement Plan (RRP)  
S. 1708
  - SACEUR  
S. 652, 658, 684, 727, 1105<sup>26</sup>, 1256–1259, 1514–1518, 1707–1709, 1795<sup>7</sup>
  - SACLANT  
S. 652, 657f., 684, 727, 1105<sup>26</sup>, 1258, 1515<sup>8</sup>, 1709
  - SHAPE  
S. 483, 1164–1167, 1514, 1542<sup>11</sup>, 1703
  - Spanien  
**Dok. 238** und S. 44<sup>18</sup>, 227f., 230, 232f., 289, 385, 463, 657f., 672f., 684, 726f., 791, 801, 821, 825f., 828, 832f., 917, 936f., 940–942, 1105, 1314f., 1677f., 1707, 1718, 1746, 1749–1751, 1759, 1776, 1785, 1787, 1789
  - Special Consultative Group  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluss*
  - Ständiger Rat  
S. 28<sup>7</sup>, 72<sup>13+14</sup>, 73<sup>18</sup>, 121, 159<sup>4</sup>, 202<sup>6</sup>, 205<sup>18</sup>, 227<sup>9</sup>, 260, 262, 376, 413–417, 482, 558, 564, 719, 785, 987f., 1207, 1335, 1406, 1455<sup>16</sup>, 1467, 1514f., 1655, 1662, 1676, 1677<sup>18</sup>, 1766, 1782
  - Strategie/Strategie debate  
**Dok. 204** und S. 383f., 517<sup>2</sup>, 518, 586, 591f., 625, 706f., 760–762, 796, 934, 938f., 1030f., 1165, 1456f., 1465, 1467, 1506, 1517, 1524, 1679, 1708, 1855
  - Tagungen des NATO-Ministerrats  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Türkei  
S. 403, 461, 463, 726, 832f., 943, 1515<sup>5</sup>, 1635, 1793
  - USA  
S. 44f., 93, 95, 111f., 296f., 372f., 383–385, 398<sup>15</sup>, 400, 418, 420, 450f., 456, 652f., 655, 677, 682, 707–709, 819–824, 932f., 1069, 1259, 1323, 1364, 1505<sup>21</sup>, 1522–1524, 1608, 1649, 1781–1784
  - Warschauer Pakt  
S. 261<sup>8</sup>, 1164–1166, 1514, 1516f., 1707
- NATO-Doppelbeschluss**
- Amerikanische Mittelstreckensysteme  
S. 15<sup>25</sup>, 47f., 93, 172f., 200f., 259<sup>3</sup>, 260<sup>6</sup>, 261, 317–319, 326, 419, 442, 482f., 491, 502, 509f., 518, 575, 588f., 656, 926, 929, 998, 1030, 1064–1066, 1175, 1228, 1299, 1356, 1423–1425, 1459f., 1466, 1469, 1483, 1523, 1543, 1546<sup>17</sup>, 1583, 1659, 1708, 1757, 1788, 1796, 1852, 1861
  - Belgien  
S. 484, 937, 1071f., 1225, 1353, 1413, 1483, 1523, 1796<sup>9</sup>
  - Bulgarien  
S. 173
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 127, 348, 361** und S. 17, 22f., 40, 47–51, 93, 110, 172f., 197–200, 202f., 206, 208, 258–262, 265–270, 278f., 284, 296, 301, 315–320, 325f., 383f., 395, 397, 399, 426, 429f., 432, 440, 442, 465, 472, 484, 487–489, 502, 507–511, 533, 576–580, 585, 587f., 590–593, 597–599, 635f., 638, 654, 656, 728f., 761, 816f., 925f., 929, 940, 1016f., 1027f., 1030, 1071–1074, 1117, 1121<sup>8</sup>, 1145, 1173–1175, 1197<sup>19</sup>, 1225, 1276, 1292f., 1296–1300, 1332, 1336, 1346, 1351, 1353, 1382, 1388, 1412–1414, 1420, 1423–1426, 1460f., 1465, 1483, 1493, 1502, 1504f., 1520, 1528, 1540f., 1544f., 1559–1561, 1577f., 1583f., 1591, 1599, 1611f., 1616, 1641, 1649, 1652–1655, 1663–1665, 1670, 1673, 1678, 1684f., 1717, 1728f., 1777f., 1788, 1801, 1824, 1827, 1834–1838, 1857<sup>2</sup>, 1858–1861
  - Dänemark  
S. 278, 481f., 484, 598
  - DDR  
S. 22, 266, 270, 379, 711, 714, 860, 1268, 1271, 1276, 1336, 1351, 1483, 1493, 1582–1584
  - Drittstaatensysteme  
S. 47f., 173, 201, 259<sup>3</sup>, 262, 268f., 317, 320f., 414–416, 484, 491, 519, 575–579, 585, 587–589, 626<sup>20</sup>, 654, 882, 891, 998, 1017, 1073f., 1078<sup>20</sup>, 1198<sup>23</sup>, 1298, 1359, 1421, 1458<sup>6</sup>, 1469, 1504, 1520, 1524, 1540f., 1577, 1619<sup>3</sup>, 1620f., 1624f., 1641, 1794–1796, 1807–1809, 1834, 1837, 1843, 1845f., 1849f., 1852, 1855–1857, 1860
  - FBS  
S. 201f., 268f., 484, 491, 575, 1017, 1062–1066, 1198<sup>23</sup>, 1209–1211, 1358, 1673, 1766<sup>5</sup>, 1768f., 1809, 1834, 1837
  - Frankreich  
**Dok. 362** und S. 32, 40, 208, 278, 315–321, 325f., 417<sup>17</sup>, 419f., 422, 502, 517–

- 519, 598, 934, 1333, 1482f., 1622, 1641, 1789, 1850
- Friedensbewegung  
S. 47, 69, 100, 118, 256, 278, 283, 296, 316, 354, 426, 429, 465, 483, 485, 512, 518, 580, 592, 766f., 792, 795, 806f., 831, 923, 934, 1028, 1031f., 1072, 1212, 1299, 1336, 1349<sup>6</sup>, 1460, 1545, 1654, 1678f., 1839
  - Griechenland  
S. 1540f.
  - Großbritannien  
S. 40, 198, 262, 278, 315–318, 483, 598, 817, 1071, 1460, 1502, 1504–1506, 1520, 1650, 1654, 1665, 1729, 1788, 1796<sup>9</sup>, 1850
  - High Level Group (HLG)  
S. 484, 588, 1164–1167, 1542f., 1559, 1561, 1679
  - INF-Verhandlungen  
**Dok. 83, 193, 311, 312, 351** und S. 15, 46–50, 59<sup>14</sup>, 63, 65<sup>21</sup>, 72, 93, 99, 114, 117, 149, 159<sup>4</sup>, 172f., 197–202, 207f., 264<sup>6</sup>, 265–270, 279, 296, 298, 303, 315–321, 325f., 348, 373, 399, 419–422, 425f., 432, 440, 442, 455, 465, 484, 487–489, 502, 507f., 510, 517–519, 527, 554, 559, 574–580, 585, 587–593, 597–599, 602–605, 622–624, 626, 635f., 638, 708, 720f., 728f., 761, 792, 816f., 823, 829, 860, 882, 890f., 925, 933f., 967, 977, 998f., 1062–1066, 1071–1073, 1078<sup>20</sup>, 1083, 1099, 1117, 1137, 1142, 1173f., 1208, 1212, 1221, 1225, 1232, 1271, 1276, 1286, 1292f., 1296–1300, 1322, 1332f., 1336, 1338, 1345–1347, 1351, 1353, 1356, 1358, 1370, 1382, 1384f., 1388, 1411–1414, 1420–1426, 1434, 1441, 1466–1469, 1483, 1502, 1504f., 1519–1521, 1526, 1539–1543, 1545, 1574, 1577f., 1582–1584, 1591, 1599, 1611, 1616, 1641, 1655f., 1658f., 1661, 1663–1665, 1670, 1673, 1678f., 1684f., 1727–1729, 1741<sup>4</sup>, 1742, 1745, 1778, 1782, 1788, 1794–1796, 1824, 1827, 1831, 1840, 1844f., 1847–1861
  - Italien  
S. 261, 502, 729, 817, 1030, 1071, 1117, 1175, 1225, 1353, 1388, 1414f., 1424f., 1460, 1483, 1678f., 1785f., 1788, 1796<sup>9</sup>
  - Kanada  
S. 483
  - Kurzstreckensysteme und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite  
**Dok. 220, 299** und S. 260, 262f., 266, 270, 316, 318, 415f., 484, 575, 578, 580, 588, 882, 884f., 890, 1541, 1624, 1627, 1807, 1849
  - Moratoriumsvorschläge der UdSSR  
S. 202f., 412<sup>13</sup>, 413<sup>2</sup>, 414, 416, 417<sup>17</sup>, 425f., 441f., 444, 481–483, 486–488, 507, 533, 590, 598, 882, 998, 1210, 1413, 1467f., 1519
  - Niederlande  
S. 481–484, 829, 1070–1074, 1117, 1175, 1225, 1292, 1353, 1413, 1415, 1483, 1523, 1653, 1796<sup>9</sup>
  - Norwegen  
S. 278, 296, 298
  - Null-Lösung  
**Dok. 62** und S. 46, 48<sup>14</sup>, 159<sup>4</sup>, 173, 201f., 268, 270, 301, 399, 416, 426, 442, 484, 533, 574<sup>2</sup>, 575, 577f., 580, 587, 590, 592, 597, 604f., 654, 765, 793f., 890, 998, 1017, 1073, 1078<sup>20</sup>, 1145, 1166, 1198, 1293, 1298, 1411f., 1421–1423, 1424<sup>14</sup>, 1425f., 1458, 1461, 1466, 1468, 1520<sup>10</sup>, 1540f., 1542, 1584, 1624, 1659, 1777, 1794f., 1809, 1827, 1835, 1845, 1847, 1848<sup>11</sup>, 1851f., 1856, 1859, 1861
  - Öffentlichkeitsarbeit  
S. 22f., 258f., 263, 416, 485, 590, 1519–1521, 1539f., 1543, 1545
  - Portugal  
S. 485
  - Schweden  
S. 533
  - Sowjetische Mittelstreckensysteme  
S. 21–23, 32, 200–202, 259<sup>3</sup>, 262, 266, 268–270, 278, 315–318, 412<sup>13</sup>, 413<sup>2</sup>, 414, 417<sup>17</sup>, 426, 442, 472, 484, 489, 491, 507, 509f., 524f., 527, 579, 587f., 590f., 598, 603<sup>3</sup>, 635, 654, 883, 890, 929, 998, 1016f., 1027, 1072, 1145, 1228, 1276, 1297f., 1321, 1333, 1346, 1366, 1424f., 1459f., 1468f., 1520, 1523, 1542, 1583, 1625–1627, 1659, 1777, 1807–1809, 1835f., 1843, 1845, 1848f., 1861
  - Special Consultative Group (SCG)  
**Dok. 53, 290, 294** und S. 197–200, 384, 413f., 416, 417<sup>17</sup>, 508, 575, 598, 1346<sup>10</sup>
  - UdSSR  
**Dok. 40, 116, 169, 337** und S. 21, 46–49, 72<sup>14</sup>, 159<sup>4</sup>, 173, 206, 208, 258–261, 263, 265–270, 278, 280, 296, 301, 316–320, 325f., 399, 412<sup>13</sup>, 413–417, 432, 442, 445, 484, 486–489, 491, 507–511, 517f., 527, 533, 559, 576–580, 587, 589f., 598f., 624,

- 635, 638, 817, 890, 929, 998, 1016f., 1062–1066, 1197<sup>19</sup>, 1198, 1201, 1212, 1225, 1228, 1322, 1345–1347, 1370, 1384f., 1411–1413, 1421–1426, 1434, 1458–1461, 1466–1469, 1483, 1519f., 1539–1542, 1543<sup>19</sup>, 1573f., 1577f., 1619–1621, 1623–1628, 1655, 1794f., 1806–1809, 1834–1838, 1843–1847, 1851–1861
- Ungarn  
S. 638, 1672
  - USA  
**Dok. 39, 272** und S. 40, 46–49, 72<sup>14</sup>, 159<sup>4</sup>, 201f., 207, 258–262, 265f., 301, 317, 325f., 348, 399, 413–417, 419, 425f., 465, 482–484, 487f., 491, 502, 509f., 518, 533, 574<sup>2</sup>, 575–580, 585, 587–590, 592, 598, 604, 624, 626, 638, 656, 729, 761, 816f., 823, 926, 929, 933, 998, 1016f., 1027f., 1072, 1074, 1078<sup>20</sup>, 1117, 1225, 1292f., 1296–1300, 1322, 1346, 1351, 1366, 1421–1426, 1458–1461, 1466–1469, 1519, 1522–1524, 1526, 1539–1543, 1619–1621, 1623–1628, 1641, 1663–1665, 1847f., 1854
  - „Waldspaziergang“  
**Dok. 274, 279** und S. 1411f., 1847
  - Warschauer Pakt  
S. 266<sup>19</sup>, 1685
  - Zusammenhang zwischen INF- und START-Verhandlungen  
**Dok. 122, 201, 358** und S. 654, 720f., 792, 794, 823, 829, 988, 999, 1073f., 1078<sup>20</sup>, 1207, 1210–1213, 1351, 1356, 1358, 1628, 1769f., 1795, 1846, 1850
- Neuseeland**  
S. 136<sup>16</sup>, 239, 1409, 1451<sup>57</sup>
- Nicaragua**  
*siehe außerdem:*  
*Argentinien, Bulgarien, DDR, El Salvador, Falkland-Krieg, Frankreich, Italien, Kuba, Mexiko, VN*  
S. 570<sup>5</sup>, 615<sup>5</sup>, 1015, 1617
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 149** und S. 280, 291f., 421, 1121, 1719
  - UdSSR  
S. 19, 773<sup>5</sup>, 1000, 1177, 1366
  - USA  
S. 45, 292, 374<sup>31</sup>, 375, 683, 1177f., 1719f., 1735, 1760
- Niederlande**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ägypten, Argentinien, Belgien, Berlin, DDR, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Europarat, Falkland-Krieg, Frankreich, Israel, KSZE, Libanon-Krieg, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluss, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 10, 387, 592, 1528, 1605
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 70, 203** und S. 1114, 1653f., 1822<sup>6</sup>
  - Polen  
S. 352f., 742<sup>15</sup>, 1443
  - Portugal  
S. 683
  - Schweden  
S. 531
  - Spanien  
S. 227<sup>9</sup>, 232f., 385
  - Türkei  
S. 281<sup>19</sup>, 340, 836f., 1636
  - UdSSR  
S. 353, 941, 1742
  - Ungarn  
S. 496<sup>9</sup>
  - USA  
S. 354f., 773f.
- Niger**  
S. 68<sup>13</sup>, 440
- Nigeria**  
*siehe außerdem:*  
*Angola, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Japan, Libyen, Namibia-Frage, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
**Dok. 88** und S. 253, 1544<sup>3</sup>
- NOK (Nationales Olympisches Komitee)**  
S. 39<sup>26</sup>
- Nordatlantikpakt**  
*siehe: NATO*
- Nord-Süd-Dialog**  
S. 333f., 1102
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 248f., 283f., 449, 452, 521, 691, 695, 1055f., 1377f., 1684, 1687
  - EG  
S. 452, 515
  - Globale Verhandlungen  
S. 248, 284, 449, 695, 947, 950, 957f., 1055f., 1150, 1377<sup>19</sup>, 1378, 1617

- Griechenland  
S. 1687
- Großbritannien  
S. 449f., 452
- Nord-Süd-Kommission (Unabhängige  
Kommission für Internationale Entwick-  
lungsfragen)  
S. 886, 897
- Schweden  
S. 522
- USA  
S. 248, 283, 450, 452, 690, 695, 947, 950,  
1377<sup>19</sup>, 1378
- VN  
S. 1377f.

**Norwegen**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ar-  
gentinien, El Salvador, Energie- und Roh-  
stoffpolitik, Europarat, Falkland-Krieg,  
Großbritannien, Kanada, KSZE, NATO,  
NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirt-  
schaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und  
Finanzpolitik*

S. 39, 62, 110, 298, 387, 434, 804, 928,  
1597

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 56, 57, 80, 194** und S. 1822<sup>6</sup>
- EG/EPZ  
S. 277, 286–288, 297, 402, 406, 1608,  
1751f.
- Polen  
S. 73, 405
- Türkei  
S. 257, 278, 281f., 832, 836<sup>15</sup>, 837
- UdSSR  
S. 73, 255, 257, 278–280, 296, 403f., 524,  
527, 915<sup>6</sup>
- USA  
S. 278, 280, 290, 294, 404f., 532, 1019,  
1023, 1138, 1296<sup>4</sup>, 1310

**OAE (Organisation für Afrikanische  
Einheit)**

S. 68<sup>11</sup>, 246f., 249, 253, 433, 437, 470f.,  
659–661, 735, 1109, 1127<sup>23</sup>, 1143

**OAS (Organization of American States)**

S. 389<sup>13</sup>, 616, 1050, 1143, 1617<sup>21</sup>, 1618

**OAU (Organization of African Unity)**

*siehe: OAE*

**Obervolta**

S. 245

**OECD (Organization for Economic  
Cooperation and Development)**

S. 11, 50, 72<sup>13</sup>, 295<sup>36+37</sup>, 343, 372, 392,  
420, 453, 837f., 844<sup>7</sup>, 845, 899, 904, 949,  
951, 1091<sup>10</sup>, 1122, 1190<sup>6+8</sup>, 1237, 1240,  
1327–1329, 1448f., 1509, 1538, 1636,  
1638, 1717<sup>10</sup>, 1724, 1754f., 1783, 1789,  
1792<sup>15</sup>

**OIC (Organization of Islamic Coopera-  
tion)**

S. 448<sup>9</sup>, 463, 1143, 1374

**Olympische Sommerspiele vom 19.7. bis  
3.8.1980 in Moskau**

S. 39, 51, 110, 281, 300, 928, 1599, 1686

**Oman**

S. 225, 463, 707<sup>9</sup>, 1178, 1711<sup>7</sup>, 1810

**OPEC (Organization of Petroleum  
Exporting Countries)**

S. 252<sup>25</sup>, 337, 440, 448, 731, 733, 735<sup>55</sup>,  
1143, 1194

**Österreich**

*siehe außerdem:*

*Berlin, Italien, KAE, KSZE, Libyen, Ost-  
West-Wirtschaftsbeziehungen*

S. 1098, 1608, 1760

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 239, 372, 435<sup>13</sup>, 628, 1492, 1822<sup>6</sup>
- Polen  
S. 28<sup>8</sup>, 1773<sup>10</sup>
- UdSSR  
S. 589
- Ungarn  
S. 496<sup>9</sup>, 627

**Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen**

**Dok. 225, 249, 251, 253, 271, 317, 343**  
und S. 73f., 130

- Belgien  
S. 109<sup>28</sup>

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 171, 200, 293** und S. 37f., 109f.,  
112–114, 117, 142, 146, 193, 207, 243,  
280f., 286, 299, 346f., 352f., 371<sup>16</sup>, 372f.,  
382, 387f., 390–392, 405, 431, 453, 466,  
490, 494, 542, 628, 633, 672, 695, 731, 806,  
842–846, 856, 927f., 967, 1006, 1019f.,  
1023f., 1026, 1070, 1089<sup>3</sup>, 1090f., 1122,  
1146, 1159<sup>2</sup>, 1170f., 1176, 1182, 1306–  
1309, 1318f., 1328, 1334, 1361<sup>9</sup>, 1408–

- 1410, 1414, 1475<sup>4</sup>, 1476, 1509, 1522<sup>7</sup>, 1529, 1551–1555, 1584, 1592–1597, 1607f., 1646–1648, 1674f., 1722–1725, 1753–1755, 1779
- COCOM  
S. 37, 112<sup>42</sup>, 117, 346, 542, 902, 1024, 1306<sup>3</sup>, 1307f., 1311, 1316f., 1318<sup>8</sup>, 1319f., 1326<sup>9</sup>, 1409, 1476<sup>5</sup>, 1509, 1522<sup>7</sup>, 1524, 1553<sup>10</sup>, 1584, 1646, 1723–1725, 1731, 1753–1755, 1782, 1789
  - Dänemark  
S. 600, 942, 1023, 1592–1595, 1717<sup>12</sup>
  - DDR  
S. 1584
  - EG/EPZ  
S. 29<sup>9</sup>, 344f., 353, 365<sup>9</sup>, 407f., 515, 535, 1023, 1420, 1448f., 1536, 1646
  - Energieversorgung  
S. 1310, 1316–1320, 1476<sup>5</sup>, 1535, 1552<sup>7</sup>, 1646, 1723<sup>6</sup>, 1724, 1731, 1783
  - Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR  
S. 13<sup>10</sup>, 109, 142, 146, 256<sup>16</sup>, 346f., 371f., 390, 405, 420, 440, 453, 466, 490, 730, 846, 899f., 926–928, 967, 1005f., 1019f., 1023, 1046<sup>7</sup>, 1054, 1060f., 1070, 1090f., 1094<sup>16</sup>, 1100, 1121–1123, 1146, 1182, 1197f., 1225, 1230, 1232, 1242–1245, 1293, 1306, 1316, 1326<sup>11</sup>, 1334–1336, 1339<sup>9</sup>, 1364, 1381, 1414, 1418–1420, 1509f., 1522<sup>7</sup>, 1524, 1529, 1596f., 1607f., 1642, 1645, 1656, 1706, 1723<sup>9</sup>, 1724
  - Frankreich  
S. 29<sup>9</sup>, 67, 99, 109, 142, 146, 193, 420, 842–846, 870, 967, 1024, 1090f., 1104<sup>21</sup>, 1171, 1242–1245, 1306f., 1316–1318, 1326, 1328, 1334f., 1449, 1476, 1535, 1553<sup>10</sup>, 1592–1594, 1596, 1607, 1642f., 1646–1648, 1717<sup>12</sup>, 1723f., 1731, 1753–1755, 1789
  - Griechenland  
S. 192f., 1326, 1329, 1717<sup>12</sup>
  - Großbritannien  
S. 114, 117, 452f., 842–846, 1091, 1104<sup>21</sup>, 1117, 1170, 1175<sup>11</sup>, 1306–1310, 1317f., 1326, 1328, 1408–1410, 1448f., 1475<sup>4</sup>, 1509f., 1535, 1553<sup>10</sup>, 1592–1595, 1753–1755, 1788
  - Irland  
S. 1449, 1724
  - Island  
S. 1023
  - Italien  
S. 109<sup>28</sup>, 730, 842–846, 1024, 1091, 1328f., 1408, 1448, 1535, 1553<sup>10</sup>, 1592–1595, 1675, 1755, 1786
  - Japan  
S. 842–846, 1318<sup>8</sup>, 1328, 1365<sup>28</sup>, 1408, 1448, 1535, 1646, 1675, 1755, 1779, 1790
  - Kanada  
S. 141, 842–846, 1329, 1408, 1535, 1646, 1755
  - Kreditvergabe  
**Dok. 161** und S. 29<sup>9</sup>, 38, 63, 254–256, 347, 352, 366, 372, 385<sup>30</sup>, 387f., 390–392, 395, 420, 431, 452f., 466, 515, 528, 535, 542, 633, 695, 798, 806, 856, 870, 900–903, 945, 967, 1059<sup>3</sup>, 1060, 1090f., 1121, 1123, 1170, 1243, 1245, 1306<sup>3</sup>, 1307, 1310, 1316, 1320, 1327–1329, 1361<sup>9</sup>, 1408f., 1476<sup>5</sup>, 1509, 1522<sup>7</sup>, 1524f., 1535f., 1552<sup>7</sup>, 1554<sup>13+14</sup>, 1646–1648, 1675, 1723<sup>6</sup>, 1724f., 1731, 1754, 1775, 1783
  - Luxemburg  
S. 1448
  - Niederlande  
S. 109<sup>28</sup>, 941, 1329
  - Norwegen  
S. 255, 405, 1019, 1328, 1330
  - Österreich  
S. 109<sup>28</sup>, 1509
  - Portugal  
S. 1329
  - Sanktionen gegen die UdSSR  
**Dok. 297, 305** und S. 8, 28f., 32, 37f., 51f., 62, 65, 67, 89, 93, 151, 158, 165f., 174, 192f., 256, 353, 365, 407f., 494, 695, 926, 999, 1005–1007, 1019f., 1023, 1045, 1046<sup>7</sup>, 1054, 1089–1092, 1094<sup>16</sup>, 1104<sup>21</sup>, 1111, 1117, 1120, 1122, 1175<sup>11</sup>, 1176, 1180, 1230, 1242–1245, 1306–1309, 1311, 1319, 1326, 1361<sup>9</sup>, 1364, 1371, 1385, 1408, 1448, 1475<sup>4</sup>, 1476, 1509, 1524f., 1535, 1556, 1584, 1596f., 1642f., 1650, 1656, 1706, 1723<sup>9</sup>, 1724
  - Sanktionen gegen Polen  
S. 4, 13, 15, 29, 51f., 67, 89, 151, 155, 158, 168, 174, 192f., 221, 254, 280, 352, 365–367, 373, 451, 600, 628, 695, 806, 926, 962<sup>4</sup>, 963f., 999f., 1007, 1292, 1311, 1499
  - Schweiz  
S. 1509

- Technologietransfer  
S. 9, 37, 112f., 117, 146, 420, 453, 902, 945, 1024, 1026, 1245, 1307–1310, 1317, 1320, 1326<sup>9+11</sup>, 1327, 1329, 1408f., 1476<sup>5</sup>, 1509, 1522<sup>7</sup>, 1524, 1535, 1552<sup>7</sup>, 1607, 1646, 1648, 1674f., 1723, 1731, 1753, 1775, 1782f.
- USA  
**Dok. 235** und S. 9, 37f., 51f., 67, 71f., 99, 109f., 112, 114, 117, 142, 207, 243, 254, 256, 280f., 299, 344, 346f., 371–373, 381, 385<sup>30</sup>, 387f., 390f., 395f., 405, 408, 420, 431, 453, 465f., 695, 731, 798, 842–846, 870, 926f., 945, 947, 949, 967, 1070, 1090f., 1094<sup>16</sup>, 1104<sup>21</sup>, 1120–1123, 1170<sup>11</sup>, 1171, 1175<sup>11</sup>, 1176, 1182, 1306–1311, 1316–1320, 1326–1328, 1361, 1364, 1365<sup>28</sup>, 1408–1410, 1448f., 1475<sup>4</sup>, 1476<sup>5</sup>, 1509<sup>36</sup>, 1524f., 1535f., 1551–1555, 1597, 1607, 1613, 1642f., 1645–1648, 1706, 1722–1725, 1731, 1753–1755, 1782f.

#### **Pakistan**

*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, VN*

- S. 1097
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 1813
- UdSSR  
S. 983–985
- USA  
S. 187, 1478f.
- Volksrepublik China  
S. 984

#### **Panama**

S. 648, 956

#### **Paraguay**

S. 617<sup>12</sup>

#### **Peru**

*siehe außerdem:*  
*Argentinien, Brasilien, Energie- und Rohstoffpolitik, Falkland-Krieg, Frankreich, Großbritannien, Japan, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

- S. 1192, 1195
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 195, 199**
- EG  
S. 1052f.

- USA  
S. 1050f., 1058

#### **Philippinen**

S. 981

#### **PLO (Palestine Liberation Organization)**

*siehe unter: Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt*

#### **Polen**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Belgien, Bulgarien, Dänemark, DDR, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Italien, Kanada, KSZE, Niederlande, Norwegen, Österreich, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

**Dok. 13, 25, 33, 52** und S. 10, 49f., 205, 303, 307, 401, 422, 451f., 672, 710, 745, 797, 804, 936f., 941f., 1142, 1148, 1622

- EG/EPZ

**Dok. 7** und S. 13f., 43, 51, 55, 62, 101f., 106, 126<sup>4</sup>, 151, 194, 341, 344f., 535, 748f., 1367, 1442f., 1736

- Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe  
S. 28, 29<sup>9</sup>, 42, 72<sup>13</sup>, 73, 74<sup>21</sup>, 90f., 94, 98, 115–117, 220, 1443, 1502

- Internierte

S. 4f., 28, 35, 42, 51, 55, 57, 59, 71f., 76, 91, 98, 125f., 128, 131, 156, 162, 164, 167, 175, 219, 271<sup>33</sup>, 323, 341, 365, 367, 368<sup>21</sup>, 370, 581f., 628, 632, 668<sup>9</sup>, 739, 926, 962<sup>4</sup>, 964, 1162, 1167<sup>3</sup>, 1168, 1169<sup>8</sup>, 1249, 1292, 1588, 1590, 1756<sup>6</sup>, 1786

- Katholische Kirche

**Dok. 45** und S. 4, 13, 26, 28f., 36f., 57–59, 76f., 86, 91, 94, 115, 122, 126<sup>4</sup>, 129, 132, 141<sup>3</sup>, 142, 150, 152–154, 156f., 162, 164–169, 170<sup>16</sup>, 225, 254, 271, 308, 313f., 322, 341, 353, 365f., 368, 392, 528, 581f., 594, 628, 678, 739, 764, 962, 964–966, 1161, 1168, 1199, 1246–1251, 1291f., 1311, 1495–1500, 1557f., 1589, 1757

- Kriegsrecht

S. 1–3, 15, 25<sup>8</sup>, 28, 35–37, 42f., 51–55, 58f., 71f., 76, 91, 98, 122f., 125–128, 131, 139, 141, 150–156, 162, 164, 167, 173–175, 204, 219, 257<sup>21</sup>, 264<sup>6+7</sup>, 271<sup>33</sup>, 301, 323, 341, 364–366, 368<sup>21</sup>, 382f., 528, 581–584, 595f., 599<sup>21</sup>, 628, 632, 664, 678<sup>30</sup>, 738, 740, 806, 926, 962<sup>4</sup>, 963–965, 1087, 1120, 1160f., 1167<sup>3</sup>, 1168, 1169<sup>8</sup>, 1249f., 1292,

- 1406<sup>18</sup>, 1496, 1556, 1587f., 1590, 1736, 1756f., 1780, 1786
- NATO  
**Dok. 14, 17, 18** und S. 28<sup>7</sup>, 86, 91, 94, 106, 165, 265, 482, 632f., 669, 859, 933
  - PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)  
S. 37, 53<sup>4</sup>, 54, 58, 123f., 126–128, 163–165, 218–220, 271, 366<sup>15</sup>, 582, 632, 1247, 1250, 1291, 1557
  - Sanktionen gegen Polen  
*siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*
  - Schweden  
S. 520, 528f.
  - Schweiz  
S. 257<sup>21</sup>
  - Solidarność  
S. 4f., 26, 28f., 42<sup>6</sup>, 51, 53<sup>3+4</sup>, 54f., 57–59, 63, 71f., 76, 90–92, 122f., 126<sup>4</sup>, 127f., 141<sup>3</sup>, 151–154, 156, 162, 164–167, 170<sup>16</sup>, 175, 193, 204, 219, 221<sup>11</sup>, 271<sup>33</sup>, 301, 308f., 314, 352, 365, 368<sup>21</sup>, 370, 405, 528, 581–583, 600, 668<sup>12</sup>, 678, 739, 741, 764, 799, 962, 965, 983, 1161, 1167<sup>3</sup>, 1168, 1246f., 1251, 1291, 1311, 1350<sup>11</sup>, 1403, 1409<sup>7</sup>, 1442f., 1479, 1495, 1496<sup>9</sup>, 1503, 1529, 1557, 1585, 1587<sup>10</sup>, 1588f., 1590<sup>22</sup>
  - Türkei  
S. 74, 255, 742<sup>15</sup>, 835
  - UdSSR  
S. 3<sup>6</sup>, 13f., 25, 27, 31f., 36f., 42f., 51, 53f., 56, 58<sup>13</sup>, 62, 64, 67, 70–74, 90, 94, 98, 102, 107, 116, 122–124, 126–129, 132, 142, 144, 150–155, 158–160, 164–168, 173, 204, 207, 217–219, 225, 242, 254, 265, 271f., 286, 291f., 295, 308f., 313f., 341, 347, 352, 366f., 369f., 373f., 382f., 387f., 392, 395, 408, 453, 456, 472, 490, 508, 528, 538, 582, 584, 590, 596, 632, 654, 665f., 668, 733, 799, 806, 926, 943, 977, 999f., 1005, 1087, 1122, 1162, 1168, 1170, 1199, 1217, 1247, 1250, 1292, 1321, 1323, 1327, 1366, 1372, 1385, 1401, 1414, 1422, 1442, 1483, 1495, 1497f., 1557, 1559, 1574f., 1588, 1598f., 1605, 1611, 1616, 1685, 1687, 1706, 1772
  - Umschuldung und Wirtschaftshilfe  
S. 28, 38, 43, 59f., 63, 72<sup>13</sup>, 74<sup>21</sup>, 117, 130f., 168f., 221, 496, 664–669, 732f., 740, 742, 799, 964f., 1000, 1088, 1160f., 1169–1171, 1174, 1190–1193, 1199f., 1249, 1311, 1410, 1556<sup>2</sup>, 1590, 1757, 1773
  - Ungarn  
S. 453, 494–496, 631–634
  - USA  
S. 13, 28<sup>8</sup>, 34–38, 41–43, 51f., 56–59, 63–65, 70–72, 89, 111, 126, 130, 151, 158–160, 174, 242, 243<sup>12</sup>, 254, 256, 271, 279, 294, 341, 370, 373, 381f., 387, 393, 445, 457, 465f., 528<sup>30</sup>, 628, 668, 720, 799, 820f., 905, 926, 962f., 999f., 1094<sup>16</sup>, 1120, 1170<sup>11</sup>, 1174, 1175<sup>11</sup>, 1311, 1323, 1328, 1367, 1403, 1407<sup>19</sup>, 1409f., 1414, 1439, 1442f., 1499, 1525, 1588f., 1706, 1757, 1783f.
  - Volksrepublik China  
S. 1401
- Polen-Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 1, 26, 61, 73, 118, 133, 144, 183, 218, 221, 236, 287, 298, 304** und S. 13–15, 25–28, 30–38, 41–43, 51, 63, 67, 75–77, 86, 88–94, 97–100, 106–109, 111, 115–117, 138–140, 142, 150–158, 162–170, 174f., 193f., 214, 218–221, 225, 242, 251, 254–256, 264, 271f., 280, 282, 284, 292, 294, 299, 301, 308–310, 322f., 341, 352f., 370, 373f., 381<sup>6</sup>, 382f., 387, 392, 395, 405, 424, 440, 443, 456f., 489, 492, 496, 508, 528, 596, 599f., 628, 630, 632, 653f., 678f., 695, 733, 748f., 764, 799, 806, 817f., 850f., 860, 983, 1052, 1054, 1174, 1199f., 1232, 1291f., 1311, 1350, 1367, 1372, 1384, 1406, 1409f., 1414, 1440–1442, 1479, 1502f., 1534<sup>6</sup>, 1585, 1595<sup>14</sup>, 1668, 1728, 1757, 1780, 1815<sup>6</sup>
- Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe  
S. 35, 89, 115, 129, 157, 174, 272, 353, 634, 963, 1251, 1292, 1502, 1529, 1597, 1612, 1686
- Portugal**  
*siehe außerdem:*  
*Angola, Argentinien, Falkland-Krieg, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Italien, Mosambik, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Niederlande, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 387
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 134** und S. 463, 917, 992
  - EG/EPZ  
S. 230<sup>23</sup>, 231, 343, 359–363, 477, 643f., 670–675, 727f., 840, 918, 1047<sup>10</sup>, 1104f.,

- 1235, 1394, 1416, 1450, 1511, 1715, 1738 f., 1748 f.
- Republik China (Taiwan)  
S. 679
  - Spanien  
S. 657 f., 684, 727 f., 828, 917, 941, 1105, 1748 f.
  - Südafrika  
S. 680–682
  - USA  
S. 679, 682
  - Volksrepublik China  
S. 679, 828
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**  
S. 39<sup>26</sup>
- Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten**
- ABC (American Broadcasting Company)  
S. 551 f.
  - AFP (Agence France Press)  
S. 348 f., 1857
  - ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)  
S. 1601<sup>6</sup>, 1630
  - The Baltimore Sun  
S. 1574<sup>11</sup>
  - Basler Zeitung  
S. 350
  - BBC (British Broadcasting Corporation)  
S. 59, 571, 648, 1010, 1314<sup>22</sup>
  - Bild am Sonntag (Berlin)  
S. 545<sup>20</sup>
  - CBS (Columbia Broadcasting System)  
S. 551 f.
  - Deutsche Welle  
S. 273, 275 f.
  - dpa (Deutsche Presse-Agentur)  
S. 570<sup>5</sup>
  - The Economist (London)  
S. 1225
  - L'Express (Paris)  
S. 30
  - Financial Times (London)  
S. 1417
  - Foreign Affairs (New York)  
S. 760, 1365, 1453, 1534<sup>6</sup>, 1537
  - Frankfurter Allgemeine Zeitung  
S. 108, 1654
  - The Guardian (London)  
S. 1549
  - L'Humanité (Paris)  
S. 30
  - Hürriyet (Istanbul)  
S. 1632<sup>9</sup>
  - International Herald Tribune (Neuilly-sur-Seine)  
S. 1563
  - The Jerusalem Post  
S. 83<sup>19</sup>
  - Los Angeles Times  
S. 1221
  - Le Matin de Paris  
S. 322
  - The Miami Herald  
S. 12
  - Milliyet (Istanbul)  
S. 1632<sup>9</sup>
  - Le Monde (Paris)  
S. 32, 320 f., 1797
  - Münchner Merkur  
S. 1121
  - NBC (National Broadcasting Company)  
S. 551 f.
  - Newsweek (New York)  
S. 393, 397, 549, 551 f., 658, 694, 923, 1844
  - The New York Times (NYT)  
S. 26, 92<sup>18</sup>, 551, 586, 762, 1296<sup>4</sup>, 1411, 1574<sup>11</sup>, 1682<sup>6</sup>, 1836<sup>13</sup>
  - Le Nouvel Observateur (Paris)  
S. 322
  - Novosti  
S. 1064, 1745
  - El País (Madrid)  
S. 227<sup>9</sup>
  - Pravda (Moskau)  
S. 25<sup>8</sup>, 258, 589, 893<sup>24</sup>, 975, 1062<sup>2</sup>, 1221, 1371<sup>19</sup>, 1384, 1657 f., 1661, 1769, 1844, 1856
  - Radio Free Europe/Radio Liberty  
S. 150, 156 f., 220, 1247
  - Radio Israel  
S. 1282<sup>2</sup>
  - Radio Monte Carlo  
S. 1266
  - Radio Moskau  
S. 156

- Radio Tirana  
S. 147<sup>7</sup>
- Reuters  
S. 380
- SDR (Süddeutscher Rundfunk)  
S. 567<sup>7</sup>
- Sozialdemokratischer Pressedienst  
S. 570<sup>4</sup>
- Der Spiegel (Hamburg)  
S. 837<sup>16</sup>, 1121, 1213, 1225, 1285, 1426
- Stern (Hamburg)  
S. 1295, 1482
- Süddeutsche Zeitung (München)  
S. 1834<sup>2</sup>, 1845<sup>16</sup>
- TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)  
S. 258<sup>1</sup>, 261<sup>7</sup>, 568<sup>9</sup>, 579, 822, 974, 1338<sup>1</sup>
- Telenoticiosa Americana (Télam)  
S. 616<sup>8</sup>
- The Times (London)  
S. 1505<sup>22</sup>
- L'Unità (Rom)  
S. 26<sup>9</sup>
- Voice of America  
S. 59, 1247
- Vorwärts (Bonn)  
S. 625
- The Washington Post  
S. 324<sup>8</sup>, 1296<sup>2</sup>
- Die Welt (Berlin)  
S. 1135
- ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)  
S. 321
- Die Zeit (Hamburg)  
S. 584, 1664

#### **Republik China (Taiwan)**

*siehe außerdem: Portugal*

- S. 781, 1070, 1224
- USA  
S. 6–8, 95, 225<sup>13</sup>, 457, 500, 537f., 591, 655, 679, 766, 820, 936, 971–973, 985f., 1243, 1399f., 1730f.
- Volksrepublik China  
S. 6–8, 537f., 679, 972, 974, 986, 1399f., 1730f.

#### **Republik Korea (Südkorea)**

S. 1045, 1142, 1401, 1450, 1600, 1805, 1810f., 1848<sup>11</sup>

#### **RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)**

S. 10, 130, 131<sup>23</sup>, 163, 169, 171f., 174, 292, 367, 494f., 496<sup>8</sup>, 583, 627, 630, 665–667, 842f., 900, 1190f., 1270

#### **Rhodesien**

*siehe: Simbabwe*

#### **Römische Verträge vom 25.3.1957**

S. 135, 460<sup>8</sup>, 499, 516, 537, 689, 750, 780, 1740<sup>22</sup>, 1797

#### – EWG-Vertrag vom 25.3.1957

S. 19<sup>22</sup>, 103f., 724<sup>9</sup>, 838<sup>21</sup>, 862<sup>3</sup>, 864, 874, 1079, 1419<sup>22</sup>, 1791<sup>13</sup>

#### **Rumänien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Israel, KSZE, MBFR, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 207, 282, 496<sup>8</sup>, 600

#### – Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 301, 313, 326, 354** und S. 256, 1174, 1215

#### – UdSSR

S. 453, 472

#### – Ungarn

S. 640

#### – USA

S. 256, 495f., 733, 1696f., 1817

#### **Rüstungsexportpolitik**

*siehe auch: Frankreich–Bundesrepublik*

#### – Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 49, 126, 138, 154, 195, 224, 330, 353** und S. 222f., 715<sup>5</sup>, 716, 880, 954, 1375, 1506<sup>24</sup>, 1507<sup>26</sup>

#### – Frankreich

S. 1187

#### – Großbritannien

S. 1188, 1506<sup>24</sup>, 1507

#### – Italien

S. 1187f.

#### – Niederlande

S. 1188

#### – USA

S. 1188

**SALT (Strategic Arms Limitation Talks)**

- S. 40, 48, 159<sup>2</sup>, 199, 201<sup>3</sup>, 458, 936, 1017, 1207, 1221, 1436, 1584
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 299, 492, 506, 510, 524, 635, 929, 1670
- DDR  
S. 860
- FBS  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluss*
- SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)  
S. 197<sup>6</sup>, 199<sup>11</sup>, 265, 267, 317, 397<sup>9</sup>, 415, 506<sup>7</sup>, 580, 728, 883, 886, 1064, 1276<sup>37</sup>, 1767, 1849 f., 1861
- SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)  
S. 47, 158<sup>47</sup>, 197<sup>6</sup>, 267 f., 317, 381 f., 396, 491<sup>27</sup>, 492, 506<sup>7</sup>, 586<sup>4</sup>, 604, 635, 721, 728, 792, 822 f., 860, 883 f., 886 f., 925, 929, 973<sup>16</sup>, 989 f., 997 f., 1026 f., 1063, 1064<sup>16</sup>, 1065, 1073, 1208–1210, 1276<sup>37</sup>, 1356, 1358 f., 1425, 1659, 1661, 1767, 1778, 1834<sup>2</sup>, 1843, 1850, 1861
- UdSSR  
S. 267 f., 317, 491 f., 929, 998, 1063, 1843
- USA  
S. 267–269, 299, 381 f., 396 f., 492, 586<sup>4</sup>, 604, 728, 792, 822 f., 886 f., 998
- Sambia**  
S. 681, 1544<sup>3</sup>
- Saudi-Arabien**  
*siehe außerdem:*  
*Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Libanon-Krieg, Libyen, Nahost-Konflikt, VN*  
S. 522, 907, 958
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 154, 181, 330, 353** und S. 194, 222 f., 238, 310 f., 337, 464, 471, 545<sup>19</sup>, 621, 880
- EPZ  
S. 872
- Somalia  
S. 470
- Sudan  
S. 662
- Syrien  
S. 879

- UdSSR  
S. 206, 1021, 1104
- USA  
S. 310, 469<sup>8</sup>, 707<sup>9</sup>, 811 f., 953–955
- Schweden**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Belgien, DDR, Entwicklungshilfepolitik, Euro-parat, Finnland, Frankreich, Großbritannien, NATO-Doppelbeschluss, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Polen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 1608
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 101, 104, 105, 194** und S. 239, 1822<sup>6</sup>, 1824–1828
- Türkei  
S. 836<sup>15</sup>, 837
- UdSSR  
S. 311, 508 f., 511, 524, 527 f.
- USA  
S. 312 f., 523, 525 f.
- Verteidigungspolitik  
S. 532 f.
- Vietnam  
S. 610
- Schweiz**  
*siehe außerdem:*  
*Argentinien, KSZE, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Polen*  
S. 239, 347<sup>6</sup>, 372, 1098, 1608, 1810 f., 1822<sup>6</sup>
- SEATO (Southeast Asia Treaty Organization)**  
S. 606
- Senegal**  
S. 245, 439, 1544<sup>3</sup>
- Simbabwe**  
*siehe außerdem:*  
*Angola, Berlin, Falkland-Krieg, Namibia-Frage*  
S. 470, 958, 1544<sup>3</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 163**
- Südafrika  
S. 854–856
- UdSSR  
S. 247
- Singapur**  
S. 781, 1607

**Somalia**

siehe außerdem:

Ägypten, Angola, Äthiopien, Frankreich, Italien, Kanada, Libyen, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Saudi-Arabien, VN

S. 68<sup>13</sup>, 1104

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 94** und S. 1178 f.

– Südafrika

S. 470

– Sudan

S. 469

– UdSSR

S. 249, 468, 472, 1178 f.

– USA

S. 468, 472, 1178 f.

– Volksrepublik China

S. 472

**Sowjetunion**

siehe: *UdSSR*

**Sozialistische Internationale (SI)**

S. 133, 258<sup>1</sup>, 292, 389, 405, 570, 769, 908<sup>9</sup>, 968, 1483

**Spanien**

siehe außerdem:

Argentinien, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Akte, Falkland-Krieg, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, NATO, Niederlande, Portugal, VN

S. 154, 227–230, 232, 1622

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 47, 48, 338** und S. 239, 289, 880, 917, 1038, 1047, 1067 f., 1105, 1200, 1259, 1315, 1450, 1677 f., 1718, 1759, 1776 f.

– EG/EPZ

**Dok. 202** und S. 230 f., 233 f., 343, 359–363, 477, 643 f., 670–674, 727 f., 840, 880, 917 f., 1038, 1047, 1054, 1104 f., 1200, 1235, 1329, 1394, 1416, 1420, 1450, 1511, 1678, 1715, 1718, 1738 f., 1747–1749, 1751 f., 1759, 1777

– Türkei

S. 832

– USA

S. 230, 1314, 1315<sup>28</sup>, 1678, 1749 f.

**SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)**

**Dok. 127** und S. 47<sup>9</sup>, 96, 230, 233, 235–240, 241<sup>30</sup>, 260<sup>6</sup>, 266, 280, 309, 319 f., 329,

336, 399, 410<sup>5</sup>, 426 f., 429 f., 464 f., 502, 518 f., 569 f., 599, 617<sup>2</sup>, 618, 636 f., 658, 689, 710<sup>4</sup>, 714, 728, 760, 782, 954, 1040, 1201<sup>36</sup>, 1212, 1298, 1300, 1315, 1349<sup>6</sup>, 1398<sup>3</sup>, 1426<sup>20</sup>, 1493, 1545, 1653, 1662–1664, 1729, 1794 f., 1812, 1822<sup>7</sup>

**Sri Lanka**

S. 1452

**START (Strategic Arms Reduction Talks)**

**Dok. 228, 261, 342** und S. 160, 203, 266, 369, 373, 421, 455, 554, 602, 708, 891, 925 f., 967, 977, 1024, 1083, 1099, 1142, 1145, 1198, 1221, 1232, 1298, 1322, 1338, 1426, 1434, 1441, 1459, 1521, 1542, 1546, 1658 f., 1662, 1741<sup>4</sup>, 1782, 1785, 1831, 1840

– Bundesrepublik Deutschland

S. 202, 382, 492, 506 f., 510, 577, 591–593, 598, 636, 678, 718–722, 765, 808, 816 f., 870, 987, 990, 1174, 1213, 1357 f., 1584, 1670, 1770, 1778

– DDR

S. 860, 1584

– Frankreich

S. 518, 794, 826, 934, 987, 1359 f.

– Großbritannien

S. 792, 824, 1357

– Italien

S. 936

– Kanada

S. 987

– NATO

S. 987–991, 1206–1213, 1355–1360, 1766–1770

– Niederlande

S. 828

– UdSSR

S. 202, 580, 592, 719–721, 870, 988, 990 f., 996 f., 1062–1066, 1206–1213, 1355–1359, 1661, 1766<sup>5</sup>, 1768–1770, 1844, 1858

– USA

**Dok. 142, 187** und S. 159, 202, 243, 268, 279, 381 f., 465, 482, 484, 506 f., 534, 580, 586<sup>4</sup>, 591–593, 603 f., 654, 870, 887, 996–998, 1063–1065, 1117, 1206–1213, 1296<sup>2</sup>, 1355–1359, 1411<sup>11</sup>, 1660, 1766–1770

**Stiftung Preußischer Kulturbesitz**

S. 411, 1269, 1273

**Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)**

S. 603, 1190<sup>5</sup>

**Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)**

S. 510

**Südafrika**

*siehe außerdem:*

*Angola, Energie- und Rohstoffpolitik, Kuba, Mosambik, Namibia-Frage, Portugal, Simbabwe, Somalia, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

– Bundesrepublik Deutschland

S. 438 f., 471, 682, 856

– EG

S. 471

– USA

S. 186

**Sudan**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Äthiopien, Großbritannien, Libyen, Saudi-Arabien, Somalia*

S. 437, 907

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 132**

– Tschad

S. 659 f.

– UdSSR

S. 224, 249, 369, 469, 660, 1127<sup>23</sup>

– USA

S. 469<sup>8</sup>, 661, 1127<sup>23</sup>

– Zaire

S. 661

**Syrien**

*siehe außerdem:*

*DDR, Irak, Iran, Israel, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien, VN*

S. 1097, 1803

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 69**

– EPZ

S. 872

– UdSSR

S. 82, 85, 250, 282, 468, 1108, 1126

– USA

S. 349<sup>5</sup>

**Tansania**

S. 470, 1190

**Terrorismus**

S. 250<sup>20</sup>, 485<sup>20</sup>, 727, 802, 833, 920, 1314, 1329, 1482, 1601, 1603

**Thailand**

S. 606, 610 f., 1607

**Togo**

*siehe außerdem:*

*Energie- und Rohstoffpolitik, Libyen, Namibia-Frage, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

**Dok. 51** und S. 436

**Tschad**

*siehe außerdem:*

*Frankreich, Kuba, Libyen, Sudan*

S. 1190

**Tschechoslowakei**

*siehe: ČSSR*

**Tunesien**

S. 644, 953

**Türkei**

*siehe außerdem:*

*Bulgarien, Dänemark, Europarat, Falkland-Krieg, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Iran, Jordanien, MBFR, NATO, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden, Spanien, VN, Zypern-Konflikt*

**Dok. 25** und S. 39, 62, 110, 155, 174, 255, 257, 928, 1104, 1676, 1721, 1827

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 160, 234, 314, 315, 347** und S. 19, 151 f., 175, 257, 281 f., 295, 340, 354, 440, 461–463, 675 f., 805, 1175 f., 1229, 1364, 1522 f., 1677, 1684, 1700 f., 1717, 1758

– EG/EPZ

S. 19, 74<sup>20</sup>, 340, 536, 832 f., 838–840, 872 f., 1633–1637, 1640, 1792

– UdSSR

S. 74, 255, 282, 295, 943, 1790–1793

– USA

S. 151, 172, 200–202, 278, 290 f., 294 f., 800 f., 836–838, 840, 1175 f., 1237<sup>4</sup>, 1632, 1677, 1717, 1758, 1792

**UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Äthiopien, Belgien, Bulgarien, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische*

- Volksrepublik Jemen (Südjemen), El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Falkland-Krieg, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon-Krieg, Libyen, Luxemburg, MBFR, Nahost-Konflikt, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Österreich, Pakistan, Polen, Rumänien, SALT, Saudi-Arabien, Schweden, Simbabwe, Somalia, START, Sudan, Syrien, Türkei, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
S. 253, 438, 625, 641, 1677
- Dissidenten  
S. 62f., 1322
  - EG  
**Dok. 81** und S. 101f., 344f., 353, 365<sup>9</sup>, 730, 1409, 1736
  - Einsatz chemischer Waffen  
S. 268<sup>24</sup>, 524f., 1312, 1322, 1462, 1606, 1841
  - NATO  
S. 56f., 59f., 64, 706–708, 1467, 1516, 1518, 1707, 1709
  - Sanktionen gegen die UdSSR  
*siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*
  - Ungarn  
S. 314, 392f., 494, 590, 654, 733, 1026, 1495<sup>4</sup>, 1728
  - USA  
**Dok. 32, 189, 231, 235** und S. 8f., 13, 16–18, 36–38, 40, 42f., 58–60, 62–66, 70–72, 90, 93f., 111, 112<sup>41</sup>, 114, 116, 130, 142f., 157, 158<sup>47</sup>, 166, 184, 206, 217, 224, 243, 254, 256, 280f., 286, 290, 299f., 346f., 369–371, 374, 381–383, 385<sup>30</sup>, 387f., 390f., 395–397, 430f., 443, 445, 452f., 457, 465f., 484, 525, 541, 591, 628, 647, 653, 655, 690, 719, 763, 765, 813f., 820f., 823, 825, 856, 870, 899f., 905, 921, 926–929, 933, 944–946, 954, 968, 975, 1023, 1028, 1055, 1062–1066, 1090f., 1093, 1102, 1122, 1142, 1144–1148, 1173, 1181, 1219f., 1227, 1292, 1317, 1321–1323, 1326–1328, 1365f., 1370f., 1385, 1409, 1414, 1448, 1499, 1504<sup>20</sup>, 1524f., 1557, 1574, 1589, 1597–1599, 1606, 1609–1611, 1622f., 1641f., 1656–1658, 1661, 1671, 1705f., 1721, 1727, 1743f., 1746, 1758, 1760, 1781–1786, 1788, 1836<sup>11</sup>, 1843f., 1858–1861
  - Verteidigungspolitik  
S. 1077, 1145, 1167, 1213, 1228, 1681, 1709, 1771f., 1778f.
  - Vietnam  
S. 291, 610, 975, 977–979, 981f., 1179, 1321, 1399<sup>11</sup>, 1401
  - Volksrepublik China  
S. 6–10, 95, 202, 251f., 472, 500, 524, 538, 587, 591, 654f., 679, 766, 807, 936, 971, 974–979, 981, 984–986, 1002, 1149, 1179, 1181, 1209, 1298, 1343, 1399<sup>11</sup>, 1400f., 1459, 1547, 1600, 1730, 1777, 1851
- UdSSR–Bundesrepublik Deutschland**  
*siehe außerdem: Berlin*
- Dok. 44, 54 89, 97, 230, 256, 258, 263, 265, 302, 363** und S. 9, 14, 16–18, 39f., 60, 62f., 65, 75f., 86, 101f., 108, 109<sup>28</sup>, 111, 116, 132, 143f., 150, 152–155, 170<sup>16</sup>, 173, 200–208, 214, 225, 242, 250f., 254–256, 280f., 284–286, 291–293, 295–297, 300f., 309, 311, 313f., 323, 346f., 352f., 371, 373f., 381<sup>6</sup>, 383, 387f., 390, 392f., 395–397, 402, 405, 411<sup>9</sup>, 431, 466<sup>10</sup>, 472, 495, 507–511, 522, 524–527, 534, 538, 550, 566<sup>3</sup>, 567f., 573–577, 589f., 596, 628, 635, 637, 647f., 653, 662, 666, 679, 691, 714, 763–766, 792–795, 807f., 818, 850, 923, 929, 938–940, 968, 976f., 982–985, 1005f., 1023, 1026, 1031, 1054f., 1071–1073, 1144f., 1151, 1173, 1191, 1197, 1215f., 1226–1228, 1273<sup>26</sup>, 1280, 1297, 1299f., 1323, 1333, 1339, 1344<sup>21</sup>, 1353, 1367, 1378<sup>23</sup>, 1413, 1415, 1441<sup>14</sup>, 1529, 1538, 1547, 1554, 1557–1559, 1598–1600, 1605f., 1610f., 1616, 1622f., 1654–1657, 1668–1671, 1685, 1687f., 1721f., 1742–1746, 1757f., 1777, 1780, 1793, 1805, 1834–1838
- Gemeinsame Deklaration vom 6.5.1978  
S. 524<sup>16</sup>, 588<sup>12</sup>, 635<sup>25</sup>, 1228<sup>22</sup>
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
**Dok. 200** und S. 194, 270f., 372, 388, 391, 408, 695, 899f., 927f., 1046, 1116, 1146, 1308, 1326<sup>11</sup>, 1339<sup>9</sup>, 1340<sup>11</sup>, 1380f., 1383, 1770–1776, 1862
  - Humanitäre Fragen  
S. 927, 1371, 1383–1385, 1576f., 1602f., 1815<sup>6</sup>

**Uganda**

S. 437, 661

**Ungarn**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, ČSSR, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, KSZE, MBFR, Mexiko, NATO-Doppelbeschluß, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, UdSSR, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 61, 67, 70, 108, 166, 205, 271, 282, 293, 313, 945, 1774<sup>12</sup>

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 98, 128, 322** und S. 650f., 654, 678, 733, 939, 968, 1174

– USA

S. 630<sup>12</sup>, 633, 641, 653f., 1672

**UNO (United Nations Organization)**

*siehe: VN*

**Uruguay**

S. 136<sup>16</sup>, 724

**USA (United States of America)**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, ČSSR, Dänemark, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Falkland-Krieg, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Irland, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon, Libanon-Krieg, Libyen, MBFR, Mexiko, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Polen, Portugal, Republik China (Taiwan), Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Saudi-Arabien, Schweden, Somalia, Spanien, START, Südafrika, Sudan, Syrien, Türkei, UdSSR, Ungarn, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt*

S. 625, 1690

– EG/EPZ

S. 343, 363, 537, 1024, 1045–1047, 1069f., 1111, 1115, 1177, 1197–1199, 1245, 1409, 1417–1419, 1447–1449, 1452f., 1470, 1725f., 1739f.

– Federal Reserve

S. 11f., 447, 676, 693f., 1042<sup>20</sup>, 1173, 1293f., 1650, 1651<sup>12</sup>

– Freeze-Bewegung

S. 482, 592, 626, 720, 831, 1228, 1297, 1357<sup>10</sup>, 1525f., 1546, 1649f., 1678f.

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)

S. 112<sup>39</sup>, 115, 158<sup>47</sup>, 186<sup>10</sup>, 187<sup>12</sup>, 190, 300<sup>9</sup>, 307, 310<sup>22</sup>, 346, 355, 382, 396–398, 427, 428<sup>15</sup>, 444<sup>12</sup>, 446, 452, 464f., 537<sup>3</sup>, 586, 590, 603<sup>3</sup>, 676, 694, 728, 762, 792, 796, 973<sup>16</sup>, 1037, 1050, 1069, 1092, 1094, 1116, 1138<sup>15</sup>, 1176, 1178<sup>23</sup>, 1180f., 1212<sup>26</sup>, 1222<sup>4</sup>, 1226, 1229, 1243<sup>9</sup>, 1294, 1296<sup>4</sup>, 1297<sup>6</sup>, 1357<sup>10</sup>, 1359, 1374<sup>7</sup>, 1415, 1455<sup>10</sup>, 1464, 1525<sup>24</sup>, 1544, 1546, 1605, 1608, 1662, 1704<sup>2</sup>, 1705, 1715, 1767<sup>7</sup>, 1785<sup>7</sup>, 1788, 1841, 1849<sup>14</sup>, 1853

– MX-Rakete

S. 173<sup>10</sup>, 300, 399, 720, 887, 1073, 1211, 1359, 1546<sup>17</sup>, 1658, 1767, 1785, 1788, 1843, 1861

– Rapid Deployment Force (RDF)

S. 428<sup>15</sup>, 656, 707, 1175, 1225, 1432, 1434, 1562<sup>4</sup>, 1660, 1677, 1704<sup>3</sup>, 1786<sup>13</sup>

– Verteidigungspolitik

**Dok. 324** und S. 173<sup>10</sup>, 268, 279, 299f., 346, 371f., 391, 395–397, 483, 491f., 510, 512, 525f., 585f., 783, 796, 924, 988, 990, 997, 1064f., 1138<sup>15</sup>, 1210–1213, 1336, 1357–1359, 1464, 1504<sup>20</sup>, 1546, 1606, 1784, 1841f.

– Vietnam

S. 66, 159, 250, 257, 267<sup>20</sup>, 298, 347<sup>7</sup>, 458, 607, 610, 807, 925, 1002

– Volksrepublik China

S. 6–10, 65f., 95, 225<sup>13</sup>, 251, 458, 472, 537f., 655, 679, 766, 820, 936, 971–975, 979, 985f., 1002, 1179, 1209, 1243<sup>9</sup>, 1359, 1399f., 1730f., 1784

**USA–Bundesrepublik Deutschland**

*siehe außerdem: Berlin*

**Dok. 2, 3, 4, 5, 9, 10, 11, 12, 15, 22, 30, 50, 58, 68, 74, 76, 77, 78, 79, 86, 87, 93, 107, 111, 113, 114, 117, 119, 131, 136, 146, 176, 177, 193, 207, 212, 213, 222, 232, 235, 245, 246, 260, 262, 272, 274, 281, 291, 295, 297, 306, 307, 308, 309, 311, 312, 321, 332, 333, 334** und S. 56–59, 89, 93, 105, 114–117, 129, 142, 158–161, 172, 185–191, 193, 207, 213f., 250f., 266, 269, 277f., 286, 292, 294, 296f., 306f.,

- 323–326, 336–338, 352, 354, 356, 368, 420 f., 424, 443, 446–448, 450–458, 476, 494 f., 500–502, 518, 522–524, 528<sup>30</sup>, 534, 609, 628, 634, 668, 676 f., 679, 700, 724 f., 728–731, 783, 805–809, 856, 870, 904 f., 916, 953, 962, 967 f., 974, 976, 1005, 1019 f., 1025, 1027 f., 1036 f., 1046, 1052–1054, 1069 f., 1072, 1074, 1102, 1104, 1113, 1116 f., 1144 f., 1180–1182, 1197, 1231 f., 1265, 1306<sup>6</sup>, 1393, 1396, 1400, 1441<sup>14</sup>, 1476<sup>8</sup>, 1478<sup>18</sup>, 1481<sup>10</sup>, 1484, 1489, 1528 f., 1558–1561, 1638, 1640 f., 1649–1651, 1653, 1655–1657, 1668, 1671, 1697, 1823, 1830
- Master Restationing Plan (MRP)  
S. 398, 482, 1455<sup>10</sup>, 1522, 1606
  - Wartime Host Nation Support (WHNS)  
S. 398, 428, 482, 932, 1138 f.
- Vatikan**  
*siehe: Heiliger Stuhl*
- Venezuela**  
*siehe außerdem:*  
*El Salvador, Entwicklungshilfepolitik, VN*  
S. 1049, 1192, 1195, 1617, 1719 f.
- Vereinigte Arabische Emirate**  
S. 1094, 1711<sup>7</sup>, 1712
- Vereinigte Staaten von Amerika**  
*siehe: USA*
- Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland**  
*siehe: Großbritannien*
- Vereinte Nationen**  
*siehe: VN*
- Vierer-Außenministertreffen**  
**Dok. 152, 251, 252, 339, 340, 341**
- Vierer-Direktorentreffen**  
**Dok. 250** und S. 715–717, 1231, 1326, 1365<sup>28</sup>, 1367<sup>40</sup>, 1406, 1537
- Vierergruppe**  
*siehe: Bonner Vierergruppe*
- Vietnam**  
*siehe außerdem:*  
*Belgien, Frankreich, Japan, Kambodscha, Schweden, UdSSR, USA, VN*
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 123** und S. 981 f.
  - Volksrepublik China  
S. 605 f., 608–610, 977, 979–982, 1179
- VN (Vereinte Nationen)**  
*siehe außerdem:*  
*EPZ, Falkland-Krieg, Libanon-Krieg, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Schweiz, Zypern-Konflikt*  
S. 73, 138
- Afghanistan  
S. 444, 984 f., 1322 f., 1376<sup>11</sup>, 1385 f., 1478, 1615 f., 1622, 1811
  - Argentinien  
S. 1811
  - Australien  
S. 357 f.
  - Begrenzung des Exports konventioneller Waffen  
S. 894 f., 1375<sup>8</sup>
  - Belgien  
S. 44<sup>16</sup>, 356, 1811 f.
  - Berichtssystem für Militärausgaben  
S. 895 f., 1375
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 71, 182, 264, 310** und S. 44, 248, 250, 252, 283<sup>23</sup>, 328, 343, 394, 423–425, 438 f., 471, 611, 640, 1147, 1211, 1292, 1402<sup>17</sup>, 1451<sup>57</sup>, 1661, 1810–1812
  - Charta vom 26.6.1945  
S. 57, 204, 490, 747, 896, 1195, 1450<sup>54</sup>, 1617
  - Committee on Disarmament (CD)  
S. 118<sup>3</sup>, 119, 120<sup>13</sup>, 121, 489<sup>14</sup>, 891, 893 f., 1131 f., 1133<sup>14</sup>, 1211<sup>23</sup>, 1462, 1463<sup>11+12</sup>, 1464 f., 1839–1841
  - Dänemark  
S. 356–358, 1451, 1479, 1812
  - DDR  
S. 424, 1378<sup>23</sup>
  - ECE (Economic Commission for Europe)  
S. 1083, 1174
  - El Salvador  
S. 44, 355–357, 394
  - Flüchtlingsinitiative  
S. 439
  - Frankreich  
S. 44, 48, 248<sup>16</sup>, 328, 356–358, 394, 894, 1452, 1479, 1810<sup>3</sup>, 1812
  - GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)  
S. 343, 692, 731, 904, 949, 1046, 1055<sup>26</sup>, 1176 f., 1313, 1325, 1377<sup>19</sup>, 1409 f., 1418,

- 1443, 1447, 1472<sup>7</sup>, 1508–1510, 1651, 1725, 1739, 1783
- Kuba  
S. 44, 356 f.
- Generalversammlung  
S. 119 f., 128<sup>14</sup>, 213, 216, 248<sup>16</sup>, 279<sup>11</sup>, 355–358, 438<sup>26</sup>, 609, 624<sup>12</sup>, 640, 742, 798, 818, 980, 984<sup>23</sup>, 1131–1133, 1143, 1195 f., 1211<sup>23</sup>, 1230–1233, 1254, 1292, 1375<sup>8</sup>, 1378, 1402<sup>17</sup>, 1446<sup>35</sup>, 1477<sup>10</sup>, 1503<sup>12</sup>, 1615, 1617 f., 1661<sup>21</sup>
- Libanon  
S. 1811
- Libyen  
S. 1810
- Luxemburg  
S. 44<sup>16</sup>, 356, 1811 f.
- Griechenland  
S. 356–358, 1812
- Malta  
S. 1451<sup>57</sup>, 1479
- Großbritannien  
S. 44<sup>16</sup>, 48, 356–358, 438<sup>26</sup>, 894, 1451 f., 1810<sup>3</sup>, 1811 f.
- Menschenrechtskommission  
**Dok. 85** und S. 44<sup>16</sup>, 355–359, 394, 438<sup>26</sup>
- IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)  
S. 186<sup>9</sup>, 187<sup>12</sup>, 190<sup>24</sup>, 648, 1446<sup>35</sup>, 1478<sup>17</sup>
- Mexiko  
S. 44<sup>16</sup>, 357
- IDA (International Development Association)  
S. 950, 1163 f., 1617
- Nicaragua  
S. 356, 1452, 1811
- IGH (Internationaler Gerichtshof)  
S. 661<sup>12</sup>, 746
- Niederlande  
S. 356–358, 1451, 1479, 1812
- ILO (International Labour Organization)  
S. 77, 163, 328, 1350<sup>11</sup>, 1479
- Nigeria  
S. 438
- Iran  
S. 213, 1374 f.
- Norwegen  
S. 1451
- Irland  
S. 134, 1812
- Notstands-Sondertagungen  
S. 213<sup>7</sup>
- Israel  
S. 81, 213, 248<sup>16</sup>, 439, 1446, 1617, 1810
- Pakistan  
S. 1452, 1615
- Italien  
S. 356–358, 1811 f.
- Peru  
S. 1452, 1810
- ITU (International Telecommunication Union)  
S. 1446<sup>35</sup>
- Polen  
S. 356 f.
- IWF (Internationaler Währungsfonds)  
S. 169, 284, 433, 449, 496, 630, 633, 650, 654, 695, 716<sup>10</sup>, 949 f., 957, 1055<sup>26</sup>, 1057, 1155<sup>78</sup>, 1190, 1192, 1194, 1224, 1291, 1294, 1377<sup>19</sup>, 1378, 1512 f., 1566<sup>15</sup>, 1590<sup>20</sup>, 1739
- Portugal  
S. 358, 673
- Japan  
S. 357 f., 1810 f.
- Resolution Nr. 3068 der Generalversammlung vom 30.11.1973  
S. 438<sup>26</sup>
- Jugoslawien  
S. 1143 f.
- Resolution Nr. 34/138 der Generalversammlung vom 14.12.1979  
S. 284<sup>25</sup>, 1378
- Kambodscha  
S. 609–611, 979<sup>10</sup>, 980<sup>12</sup>, 981 f.
- Resolution Nr. 34/139 der Generalversammlung vom 14.12.1979  
S. 284<sup>25</sup>
- Kanada  
S. 357 f.
- Resolution Nr. 35/28 der Generalversammlung vom 11.11.1980  
S. 248<sup>16</sup>
- Resolution Nr. 35/124 der Generalversammlung vom 11.12.1980  
S. 439<sup>30</sup>
- Resolution Nr. 35/142B der Generalversammlung vom 12.12.1980  
S. 895<sup>32</sup>

- Resolution Nr. 35/156A der Generalversammlung vom 12.12.1980  
S. 895<sup>31</sup>
- Resolution Nr. 36/34 der Generalversammlung vom 18.11.1981  
S. 341<sup>11</sup>
- Resolution Nr. 36/51 der Generalversammlung vom 24.11.1981  
S. 248<sup>16</sup>
- Resolution Nr. 36/82B der Generalversammlung vom 9.12.1981  
S. 895<sup>32</sup>
- Resolution Nr. 36/97F der Generalversammlung vom 9.12.1981  
S. 895<sup>33</sup>
- Resolution Nr. 36/148 der Generalversammlung vom 16.12.1981  
S. 439<sup>30</sup>
- Resolution Nr. 36/155 der Generalversammlung vom 16.12.1981  
S. 44, 356 f.
- Resolution Nr. 36/157 der Generalversammlung vom 16.12.1981  
S. 358
- Resolution Nr. 36/183 der Generalversammlung vom 17.12.1981  
S. 1378
- Resolution Nr. 37/9 der Generalversammlung vom 4.11.1982  
S. 1503<sup>12</sup>
- Resolution Nr. 37/37 der Generalversammlung vom 29.11.1982  
S. 1615<sup>9</sup>
- Resolution Nr. 9 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 26.2.1981  
S. 358
- Resolution Nr. 33 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 11.3.1981  
S. 358
- Resolution Nr. 334 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 11.3.1981  
S. 359
- Resolution Nr. 1982/25 der Menschenrechtskommission vom 10.3.1982  
S. 358
- Resolution Nr. 1982/26 der Menschenrechtskommission vom 10.3.1982  
S. 357
- Resolution Nr. 1982/28 der Menschenrechtskommission vom 11.3.1982  
S. 357, 394
- Resolution Nr. 1982/31 der Menschenrechtskommission vom 11.3.1982  
S. 358
- Resolution Nr. 1982/33 der Menschenrechtskommission vom 11.3.1982  
S. 359
- Resolution Nr. 82 des Sicherheitsrats vom 25.6.1950  
S. 1142<sup>6</sup>
- Resolution Nr. 83 des Sicherheitsrats vom 27.6.1950  
S. 1142<sup>6</sup>
- Resolution Nr. 84 des Sicherheitsrats vom 7.7.1950  
S. 1142<sup>6</sup>
- Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967  
S. 81<sup>10</sup>, 82 f., 1022, 1107, 1266, 1803
- Resolution Nr. 353 des Sicherheitsrats vom 20.7.1974  
S. 758
- Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978  
S. 182–185, 248, 312<sup>32</sup>, 401<sup>7</sup>, 813<sup>2</sup>, 815<sup>10</sup>, 854, 856, 1148<sup>36</sup>, 1202 f., 1205
- Resolution Nr. 479 des Sicherheitsrats vom 28.9.1980  
S. 872
- Resolution Nr. 502 des Sicherheitsrats vom 3.4.1982  
S. 548, 568, 571–573, 683, 685, 697<sup>5</sup>, 699, 725, 744 f., 757–759, 827 f., 832, 857, 867 f., 917, 941, 951, 1196
- Resolution Nr. 505 des Sicherheitsrats vom 26.5.1982  
S. 866, 867<sup>7</sup>, 1196
- Resolution Nr. 508 des Sicherheitsrats vom 5.6.1982  
S. 931, 1001, 1802<sup>8</sup>
- Resolution Nr. 509 des Sicherheitsrats vom 6.6.1982  
S. 931, 1001, 1802<sup>8</sup>
- Resolution Nr. 522 des Sicherheitsrats vom 4.10.1982  
S. 1374
- Resolution Nr. 529 des Sicherheitsrats vom 18.1.1983  
S. 1446<sup>34</sup>
- Rumänien  
S. 1810<sup>3</sup>

- Saudi-Arabien  
S. 1811
  - Schweden  
S. 358, 513
  - Seerechtskonferenz  
**Dok. 352** und S. 283<sup>23</sup>, 343, 809, 1101f.,  
1150, 1760
  - Sicherheitsrat  
S. 48, 81, 180<sup>4</sup>, 213, 288<sup>42</sup>, 419<sup>10</sup>, 745,  
893<sup>27</sup>, 896, 914, 930<sup>2</sup>, 931, 958<sup>16</sup>, 1110,  
1143f., 1153, 1261, 1262<sup>11</sup>, 1373, 1375,  
1402<sup>17</sup>, 1446, 1451f., 1479, 1616–1618
  - Somalia  
S. 471
  - Sondergeneralversammlungen  
**Dok. 215** und S. 104, 119f., 148, 284<sup>25</sup>,  
328, 455, 578, 591, 600, 936, 996<sup>3</sup>, 1018,  
1024, 1199, 1211<sup>23</sup>, 1464
  - Spanien  
S. 1810
  - Südafrika  
S. 248, 438f., 1811
  - Syrien  
S. 1446<sup>35</sup>, 1811
  - Togo  
S. 248, 250, 252
  - Türkei  
S. 1810<sup>3</sup>, 1811
  - UdSSR  
S. 594<sup>45</sup>, 624<sup>12</sup>, 894, 1376<sup>11</sup>, 1378<sup>23</sup>, 1614–  
1616
  - UNDP (United Nations Development  
Programme)  
S. 1617
  - UNESCO (United Nations Educational,  
Scientific and Cultural Organization)  
S. 83<sup>18</sup>
  - Ungarn  
S. 640
  - UNHCR (United Nations High Commis-  
sioner for Refugees)  
S. 28<sup>8</sup>, 468<sup>5</sup>, 1451, 1479
  - UNIFIL (United Nations Interim Force  
in Lebanon)  
S. 419<sup>10</sup>, 743f., 958f., 1152, 1314, 1374,  
1446
  - UNTAG (United Nations Transition As-  
sistance Group)  
S. 181f., 183<sup>18</sup>, 401<sup>7</sup>, 813<sup>2</sup>, 815<sup>10</sup>, 995<sup>19</sup>,  
1148<sup>36</sup>, 1202<sup>5</sup>, 1203, 1205f.
  - USA  
S. 44, 81, 248<sup>16</sup>, 283<sup>23</sup>, 343, 356–358, 424,  
439, 894, 1101f., 1810<sup>3</sup>, 1811
  - Venezuela  
S. 1810<sup>3</sup>, 1811
  - Vietnam  
S. 610f.
  - Volksrepublik China  
S. 1402<sup>17</sup>
  - Weltbank  
**Dok. 219** und S. 284, 433, 449, 522, 630f.,  
684, 695, 957, 1055, 1194, 1224, 1377<sup>19</sup>,  
1378, 1617
  - WHO (World Health Organization)  
S. 1312<sup>16</sup>
  - Zaire  
S. 1811
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfür-  
sorge e.V.**  
S. 639<sup>40</sup>
- Volksrepublik China**  
*siehe außerdem:*  
*DDR, Frankreich, Japan, Kambodscha,  
Luxemburg, Pakistan, Polen, Portugal,  
Republik China (Taiwan), Somalia,  
UdSSR, USA, Vietnam, VN, Wirtschafts-  
und Finanzpolitik*  
S. 147, 804, 936, 1070, 1224, 1690
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 185, 186, 269** und S. 6, 538, 607f.,  
655, 679, 766, 1150, 1730f.
- EPZ  
S. 749
- Warschauer Pakt**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung und Rüstungskontrolle, KSZE,  
MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschuß*  
S. 37<sup>18</sup>, 112<sup>42</sup>, 124, 128, 139, 163, 167,  
169, 174, 218f., 367, 393, 445, 507f., 633,  
637f., 825, 889, 1142, 1144, 1238, 1343,  
1380, 1622, 1672f., 1824
- Weizmann Institute of Science**  
S. 543
- Weltbank/Internationale Bank für  
Wiederaufbau und Entwicklung**  
*siehe unter: VN*
- Weltfriedensrat**  
S. 925

- Weltwirtschaftsgipfel**  
 S. 384
- Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.11. 1975 auf Schloß Rambouillet  
 S. 1024
  - Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig  
 S. 32, 522<sup>7</sup>
  - Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello  
 S. 37<sup>17</sup>, 111, 117, 446, 948, 1318
  - Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles  
**Dok. 180** und S. 104–106, 116, 319, 327, 371, 386, 390, 500, 514f., 542, 600, 676f., 690–693, 729–731, 733, 784, 791, 798, 805, 816, 821f., 842, 846<sup>10+11</sup>, 870f., 904f., 922, 927f., 942, 957, 967f., 995, 1018f., 1024, 1036, 1046, 1055, 1060, 1090, 1120, 1150, 1185, 1243, 1305, 1307f., 1316, 1320, 1327f., 1365, 1377, 1535, 1554, 1594, 1617, 1646, 1648, 1674, 1722, 1725, 1779
  - Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5. 1983 in Williamsburg  
 S. 948, 951, 1313, 1319, 1378, 1476<sup>8</sup>, 1503, 1642, 1650, 1754
- Westsahara-Konflikt**  
 S. 437, 661, 1109<sup>11</sup>, 1143
- WEU (Westeuropäische Union)**  
 S. 518, 1482
- Wirtschafts- und Finanzpolitik**
- Argentinien  
 S. 1195
  - Brasilien  
 S. 1014, 1396
  - Bulgarien  
 S. 145, 171
  - Bundesrepublik Deutschland  
 S. 11, 24, 50, 146, 171f., 282f., 323f., 336–338, 352, 371, 421, 446–449, 465, 474, 520, 523, 637, 676f., 691, 693f., 729, 776f., 804f., 922, 1040–1042, 1050, 1098, 1101, 1156, 1163, 1181, 1183, 1223f., 1290f., 1294, 1363, 1471f., 1474, 1510f., 1530–1533, 1546, 1567
  - DDR  
 S. 898<sup>5</sup>, 1270, 1351
  - El Salvador  
 S. 1014
  - Frankreich  
 S. 96, 323f., 336–338, 418, 447, 474f., 500, 677, 691f., 777, 780f., 1039–1042, 1115, 1470f., 1472<sup>5</sup>, 1473f., 1732<sup>30</sup>
  - Griechenland  
 S. 194–196
  - Großbritannien  
 S. 50, 117, 251, 337, 446–449, 1511
  - Irland  
 S. 1098
  - Island  
 S. 764, 804
  - Italien  
 S. 729
  - Japan  
 S. 145f., 251, 521, 676, 691f., 903f., 1291
  - Jugoslawien  
 S. 716<sup>10</sup>, 1154–1156, 1342
  - Kanada  
 S. 1183f., 1291
  - Kolumbien  
 S. 1014
  - Luxemburg  
 S. 1530–1533
  - Niederlande  
 S. 337f.
  - Nigeria  
 S. 434f.
  - Norwegen  
 S. 282f.
  - Peru  
 S. 1057
  - Polen  
 S. 219f., 528, 634, 898<sup>5</sup>, 1246, 1248f., 1772f.
  - Portugal  
 S. 684
  - Rumänien  
 S. 898<sup>5</sup>
  - Schweden  
 S. 520, 523
  - Südafrika  
 S. 251
  - Togo  
 S. 244, 252
  - UdSSR  
 S. 9, 206, 265<sup>13</sup>, 395, 495, 508, 522, 677, 842f., 898<sup>5</sup>, 899–901, 1025f.

- Ungarn  
S. 496<sup>9</sup>, 629–631
- USA  
S. 10–13, 34<sup>4</sup>, 50, 96, 113–115, 117, 145, 193, 250f., 282f., 323f., 333, 337, 352, 371, 390, 398, 418, 420–422, 446–448, 452, 476, 495, 500f., 522f., 676, 690–694, 729, 805, 905, 915f., 947f., 957, 968, 1014, 1025, 1042, 1054, 1056, 1089, 1091–1095, 1098f., 1101, 1116, 1163, 1172f., 1181, 1184, 1222–1224, 1290f., 1293f., 1511, 1650f., 1657
- Volksrepublik China  
S. 970f., 1026, 1179, 1402<sup>19</sup>
- Wirtschaftsunternehmen**
- Abeking & Rasmussen  
S. 1710
- AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft)  
S. 1033f., 1183
- AEG Kanis GmbH  
S. 798
- AEG-Telefunken AG  
S. 704<sup>4</sup>, 1186<sup>4</sup>
- Aeroflot  
S. 8<sup>12</sup>, 736<sup>60</sup>
- Aérospatiale (Société Nationale Industrielle Aérospatiale)  
S. 1486<sup>25</sup>
- Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelingen (ARBED)  
S. 1530–1533
- Airbus GIE  
S. 209<sup>23</sup>, 331
- Air France  
S. 330
- ARBED Saarstahl GmbH  
S. 1530, 1531<sup>20</sup>, 1532
- Astilleros y Fábricas Navales del Estado (AFNE)  
S. 1187
- Bankers Trust Company  
S. 1192
- Banque de France  
S. 1471<sup>4</sup>
- Bayerische Schiffbaugesellschaft  
S. 1710
- Blohm + Voss  
S. 1186<sup>4</sup>
- The Boeing Company  
S. 209<sup>23</sup>, 331, 1707<sup>4</sup>
- British Airways  
S. 330
- British Petroleum (BP)  
S. 436
- Caterpillar Inc.  
S. 1122, 1334
- Chase Manhattan Bank  
S. 1042
- Creusot-Loire  
S. 1242<sup>4</sup>, 1244
- Delta Air Lines  
S. 330
- DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH)  
S. 1099
- Deutsche Bank AG  
S. 1121<sup>6</sup>, 1155<sup>78</sup>, 1192
- Dornier GmbH  
S. 1707<sup>4</sup>
- Dresser-France  
S. 1242–1244
- Drysdale Government Securities  
S. 1042<sup>20</sup>
- Electricité de France S.A.  
S. 777
- Empresas Nucleares Brasileiras S/A  
S. 1395<sup>6</sup>
- Ethiopian Chipwood and Furniture Company  
S. 1255<sup>11</sup>
- Eurosatellite  
S. 331<sup>9</sup>
- Export-Import-Bank  
S. 13<sup>12</sup>
- Exxon  
S. 1099
- Fordwerke AG  
S. 556
- Fried. Krupp GmbH  
S. 1269<sup>11</sup>
- Fritz Werner  
S. 704<sup>4</sup>
- Gaz de France S.A.  
S. 109<sup>29</sup>, 146<sup>5</sup>, 777
- General Electric Company (GE)  
S. 511<sup>28</sup>, 846<sup>9</sup>, 1023

- Gulf Oil  
S. 1099
  - Harmstorf-Gruppe  
S. 1710
  - Heckler & Koch GmbH  
S. 704<sup>4</sup>
  - Hermes-Kreditversicherungs-AG  
S. 466<sup>10</sup>
  - Hoechst AG  
S. 777<sup>6</sup>
  - Hormann GmbH  
S. 613<sup>7</sup>
  - International Harvester Company  
S. 109
  - John Brown Engineering  
S. 1409
  - Kraftwerk Union AG (KWU)  
S. 648<sup>7</sup>, 1395<sup>6</sup>
  - Krauss-Maffei AG  
S. 1676<sup>11</sup>
  - Lürssen Werft GmbH & Co. KG  
S. 1710
  - Mannesmann-Demag AG  
S. 1242<sup>4</sup>
  - Mauser  
S. 704<sup>4</sup>
  - Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB)  
S. 428, 1486<sup>25</sup>
  - Norddeutsche Ferro-Werke GmbH  
S. 287
  - Panavia Aircraft GmbH  
S. 1676<sup>11</sup>
  - Penn Square Bank  
S. 1042<sup>20</sup>
  - Pfanni  
S. 1339<sup>9</sup>
  - Polskie Linie Lotnicze LOT S.A.  
S. 58<sup>12</sup>
  - Pratt & Whitney  
S. 330
  - Rheinmetall AG  
S. 621<sup>10</sup>
  - Rohde & Schwarz  
S. 703–705
  - Roussel-Uclaf S.A.  
S. 777<sup>6</sup>
  - Ruhrgas AG  
S. 109<sup>28</sup>, 1054<sup>20</sup>
  - Saab-Scania  
S. 511<sup>28</sup>
  - Sojuzgasexport  
S. 109<sup>28</sup>, 146<sup>5</sup>, 1054<sup>20</sup>
  - Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH  
S. 1530
  - Standard Elektrik Lorenz AG  
S. 704<sup>4</sup>
  - Thyssen AG  
S. 1187f., 1633<sup>11</sup>
  - Thyssen Henschel AG  
S. 621<sup>10</sup>
  - Thyssen Nordseewerke GmbH  
S. 1186<sup>4</sup>
  - UNIONMATEX  
S. 607
  - Union Sidérurgique du Nord de la France (USINOR)  
S. 730
  - URENCO  
S. 1395<sup>7</sup>
  - Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA)  
S. 1099<sup>6</sup>
- Zaire**  
*siehe außerdem:*  
*Angola, Belgien, Frankreich, Sudan, VN*  
S. 245, 1190
- Zentralafrikanische Republik**  
S. 661
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma**  
S. 424
- Zypern**  
S. 644, 1352, 1450
- Zypern-Konflikt**  
S. 45, 944
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 959, 1176, 1759
  - Frankreich  
S. 1759
  - Griechenland  
S. 288, 462, 758, 801, 840, 959, 1687f.
  - Griechische Volksgruppe  
S. 462<sup>16</sup>, 1176
  - Türkei  
S. 288, 801, 840, 1688

- Türkische Volksgruppe  
S. 462<sup>16</sup>, 1176
- USA  
S. 801

- VN  
S. 959, 1176
- Volksgruppengespräche  
S. 840, 959

**Organisationsplan  
des Auswärtigen Amts  
vom Juli 1982**

